

**ROUTINEN DER KRISE    37. KONGRESS  
KRISE DER ROUTINEN    DER DEUTSCHEN  
   GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE  
6-10 OKTOBER 2014    UNIVERSITÄT TRIER**

# Inhaltsverzeichnis

<u>Eröffnungsveranstaltung</u> .....	14
Martin Endreß: Routinen der Krise – Krise der Routinen .....	15
Stephan Lessenich: Die Externalisierungsgesellschaft - Ein Internalisierungsversuch .....	20
<u>Plenarveranstaltungen</u> .....	28
Plenum 1 »Krieg und Gewalt« .....	29
Teresa Koloma Beck: Jenseits des Ausnahmezustands - Veralltäglichungsprozesse im Bürgerkrieg .....	30
Plenum 2 »Disruptiver sozialer Wandel« .....	40
Oliver Dimbath: Die Ordnung der Dramatisierung - Disruptiver sozialer Wandel im Lichte soziologischer Zeitdiagnostik .....	41
Plenum 4 »Krise (in) der Öffentlichkeit« .....	51
Jörn Ahrens: Film als Krisenmedium - Die Verarbeitung sozialer Krisenerfahrungen im Medium fiktionaler Narrative .....	52
Plenum 5 »Die Eurokrise - Herausforderung der Moderne« .....	61
Julia Häuberer: Solidarität und transnationale Netzwerkeinbettung - Einstellungen zu länderspezifischer Finanzhilfe in zwei europäischen Ländern...62 Martin Heidenreich: Die Eurokrise als Entdeckungsverfahren - Europäische Vergesellschaftungsprozesse im Spannungsfeld von System- und Sozialintegration .....	75
Plenum 6 »Akteure (in) der Krise« .....	88
Stefan Hirschauer: Schwanger! Eine biografische und theoretische Krise .....	89
Plenum 7 »Die Zukunft der Zukunft: Zeitstrukturen und Zeithandeln im Wandel«.....	99
Denis Hänzli: Allgegenwärtige Potentialität - Zukunftsträchtigkeit als gesellschaftliche Formgeberin unserer Zeit .....	100
Plenum 8 »Krisenfeste Individuen? Zur Relevanz und Kritik normativer Subjektperspektiven«.....	111
Ronald Hitzler: Krise der Mitmenschlichkeit - oder: Wie selbst-bewusst muss »Meinesgleichen« sein? Ronald Hitzler .....	112
Anna Henkel: Postheroisches Individuum – überfordertes Individuum Konzeptionelle Anmerkungen auf dem Weg zu Verantwortung im Zeitalter der Postheroik .....	125
Cornelia Koppetsch: Männlichkeit in post-souveränen Zeiten - Vulnerabilität und erwerbsbiographische Krisen im Milieuvergleich .....	135
Plenum 9 »Die Krisen des Mittelmaßes« .....	150
Matthias Zick Varul: Kreative Zerstörung als Rückkehr genialer Gewöhnlichkeit - LEGO, die Kulturtragödie der Exzellenz und die Expropriation des Brickolariats .....	151
<u>Veranstaltungen der Sektionen und Arbeitsgruppe</u> .....	161
»Altern in Krisenzeiten – Neue Analysen zur Lebensqualität im Alter« der Sektionen Alter(n) und Gesellschaft und Soziale Indikatoren .....	162
Claudia Vogel und Stefan Weick: Altern in Krisenzeiten – Neue Analysen zur Lebensqualität im Alter .....	163
»Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?« der Sektion Alter(n) und Gesellschaft .....	167
Harald Künemund und Andreas Motel-Klingebiel: Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise? .....	168
Anne Münch: Der kurze Traum von der späten Freiheit - Zeitkonflikte älterer Pfleger.....	170
Matthias Ruoss: Überalterungsdiskurs, Solidaritätssemantiken und	

Alterspolitik in der Schweiz im 20. Jahrhundert - Eine Beziehungsgeschichte ...	182
Reinhard Messerschmidt: Demografischer Wandel als gesellschaftliche Krise - Deutsche Alterungsdiskurse der Gegenwart und die wachsende Kritik an deren Demografisierung und Dramatisierung.....	192
Heiner Meulemann: Berufserfolg und die Planung eines aktiven Ruhestands	.210
»Aktuelle bildungssoziologische Forschungsprojekte« der Sektion Bildung und Erziehung.....	221
Bettina Arnoldt, Peter Furthmüller und Christine Steiner: Zur Inanspruchnahme non-formaler schulischer und außerschulischer Bildungsangebote während der Schullaufbahn .....	222
Sigrid Hartong: Nationale Bildungsstandards in den USA - Zwischen Transnationalisierung und historischer Pfadabhängigkeit .....	233
»Die Krise als Biographiegenerator« der Sektion Biographieforschung .....	244
Helga Pelizäus-Hoffmeister: Autobiografische Updates als Antwort auf biografische Unsicherheitserfahrungen in der reflexiven Moderne .....	245
Elisabeth Schilling: Krisen in krisenfesten Berufen - Karriereplanung und biografische Unsicherheit bei Beamten der öffentlichen Verwaltung .....	254
»(Über)leben in der Dauerkrise« der Sektion Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie .....	266
Bernhard Martin: Not an uncaptured Peasantry - Die nordtogoischen Bauern zwischen Baumwollboom, veränderten Bedürfnisstrukturen und der ökonomischen Strukturkrise ländlich-peripherer Räume in Westafrika .....	267
»Aktuelle Projekte familiensoziologischer Forschung« der Sektion Familiensoziologie...279	
Thordis Reimer und Björn Andernach: Aktivierte Väter durch Elterngeld? Eine Untersuchung des Zusammenhangs von väterlicher Elterngeldnutzung und ihren Kinderbetreuungszeiten .....	280
Matthias Euteneuer und Frank Mücher: Rekonstruktion familienkonzeptbezogener Lern- und Bildungsprozesse - Ein theoretisch- methodologischer Blick auf die Konstruktion von Familienzusammenhängen im Rahmen familialer Übergänge .....	303
»Familie und soziale Netzwerke« der Sektion Familiensoziologie, in Kooperation mit der Sektion Soziale Netzwerke .....	316
Christine Philippsen: Soziale Netzwerke in gemeinschaftlichen Wohnprojekten .....	317
Bettina Isengard, Ronny König und Marc Szydlik: Familie als Netzwerk? Hilfen jenseits von Haushaltsgrenzen .....	329
»Get (yourself) together – Körper in Krisen« der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung, in Kooperation mit der Sektion Soziologie des Körpers und des Sports.....	337
Anja Gregor: Das ist mein Körper! Intergeschlechtliche Körper zwischen Krise und Emanzipation1 .....	338
Yvonne Niekrenz: Körper in »anderen Umständen« - Schwangerschaft und Praktiken der Vergeschlechtlichung .....	348
»Krise der Reproduktion – Reproduktion in der Krise« der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung.....	355
Alexandra Scheele: Verschärfung geschlechtlicher Ungleichheiten? Auswirkungen der sozialen Krisen in der EU .....	356
Annette von Alemann und Sandra Beaufays: Die Verteilung von Care und Karriere bei Vätern Reproduktionsarbeit als Ungleichheitsdimension zwischen Männern? .....	368
»Verjünglichung« – Krise der Erwachsenen(gesellschaft) oder Krise der Jugend?«	

der Sektion Jugendsoziologie.....	378
Oliver Dimbath: Juvenilität als Eskapismus.....	379
»Intensität – Exzentrizität – Aktivität: Lebenssoziologische Konzepte«der Sektion Kultursoziologie .....	389
Heike Delitz, Frithjof Nungesser und Robert Seyfert: Was ist »Lebenssoziologie«? Das Leben als Subjekt und Objekt soziologischer Theorie.....	390
Wolfgang Eßbach: »Des Menschen Tage sind wie Gras« - Ein Dissens über Wachstum in der Philosophischen Anthropologie .....	400
»Globale Ernährungskrise – Die Frage der Ernährungssicherung«der Sektion Land- und Agrarsoziologie .....	409
Regine Rehaag und Frank Waskow: Globaler Ernährungswandel zwischen Hunger und Übergewicht - Ein »Update« .....	410
»Mediatisierung von Protesthandeln. Digitale Praktiken und die Transformation der Ordnung der Repräsentation« der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie ....	429
Christina Schachtner: Soziale Bewegungen im Zeitalter des Internets.....	430
Luca Tratschin: Soziale Bewegungen im Spiegel von Online-Öffentlichkeit - Die Beobachtung sozialer Bewegungen durch Online-Publika am Beispiel der Occupy-Bewegung .....	438
»Medienskandale und Medienstigmata« der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie, in Kooperation mit der Sektion Soziale Probleme und soziale Kontrolle .....	450
Daniela Klimke und Rüdiger Lautmann: Die mediale Konstitution der Moralpanik um die Missbrauchsdelikte .....	451
Monika Verbalyté: Die emotionale Dynamik des politischen Skandals .....	466
»Krise des Gesundheitssystems – Krise der Gesundheit? Aktuelle Diskussionen der Medizin- und Gesundheitssoziologie« der Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie .....	482
Thomas Schübel: Medikalisierung der Gesellschaft oder Vergesellschaftung des Medizinischen? »Lebensqualität« im medizinischen Diskurs .....	483
»Empirische Analyse von Krisen und Umbrüchen I – Forschungsdesigns«der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung .....	490
Sebastian Kurtenbach: Rekonstruktion des sozialen Wandels eines Wohngebietes mittels Zeitungsanalyse. Ein Fallbeispiel .....	491
»Empirische Analyse von Krisen und Umbrüchen II - Datenanalyse« der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung .....	508
Dina Frommert: Der Normallebenslauf als Auslaufmodell? Zur Differenzierung und Destandardisierung von Erwerbsverläufen.....	509
Petra Stein und Christoph Kern: Dyadische Modellierung regionaler Arbeitsmarktmobilität .....	520
»Methodischer Multikulturalismus. Datenkombination als Experimentierfeld II« der Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung .....	532
Kerstin Stark, Carolin Neubert, Stephan Lorenz: Fallrekonstruktion und Akteur-Netzwerk-Theorie - Erfahrungen mit Datenkombinationen auf Basis eines Verfahrensmodells .....	533
»Neue Migration in die und innerhalb der EU« der Sektion Migration und ethnische Minderheiten .....	543
Albert Scherr: Armutsmigranten oder Flüchtlinge? Soziologische Kritik einer folgenreichen Unterscheidung am Fall von Roma aus dem Kosovo und Serbien .....	544
Anna Gansbergen und Ludger Pries: Zwischen Festung Europa und Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts - NGO-Netzwerke in der	

Institutionalisierung eines europäischen Flüchtlingsregimes .....	556
»Evolution und Zusammenbruch sozialer Ordnung« der Sektion Modellbildung und Simulation .....	571
Georg P. Mueller: Die Krise der wissenschaftlichen Routine - Computersimulationen zu Kuhns »Structure of Scientific Revolutions« .....	572
»Grenzen der Organisation« der Sektion Organisationssoziologie .....	583
Ulrich Dolata und Jan-Felix Schrape: Kollektive Formationen im Internet Eine Typologie .....	584
Jochen Gläser: Interaktionsformen zwischen Organisationen und Gemeinschaften .....	597
»Kreativ aus der Krise? – Neue Formen des Organisierens« der Sektion Organisationssoziologie .....	608
Hannes Krämer: Die (Un-)Wahrscheinlichkeit des Neuen - Wie Werbeagenturen Dauerinnovationen organisieren .....	609
»Partner in Crisis: Professionen, Organisationen und Management« der Sektion Professionssoziologie .....	620
Julian Wolf und Anne Ostermann: Die Pflege als vermittelnde Dritte im Krankenhausmanagement? Empirische Befunde zur Rolle der PflegedirektorInnen .....	621
»Professionalisierung lebensweltlicher Krisen« der Sektion Professionssoziologie.....	632
Tobias Sander und Jan Weckwerth: Soziale Sensibilität und Habitussensibilität - Inszenierungspotentiale und gesellschaftliche Bewertung einer neuen Qualität professionellen Handelns .....	633
Michaela Pfadenhauer und Christoph Dukat: Professionalisierung lebensweltlicher Krisen durch Technik? Zur Betreuung demenziell erkrankter Personen mittels sozial assistiver Robotik .....	645
»Religion und Sozialpolitik« der Sektion Religionssoziologie.....	650
Franz-Xaver Kaufmann: Einflusswege von Religion auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung .....	651
Michael Nollert und Amir Sheikhzadegan: Muslimische Caritas mit humanistischem Anspruch - Islamic Relief und Humanity First im Vergleich .....	661
Manuel Franzmann: Zur Theorie des Zusammenhangs von existenzieller Sicherheit und Säkularisierung bei Pippa Norris und Ronald Inglehart - Anmerkungen aus Sicht einer fallanalytischen Säkularisierungsforschung .....	674
»Soziale Kohäsion als Aspekt der Qualität der Gesellschaft. Aktuelle Analysen vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa« der Sektion Soziale Indikatoren .....	682
Isabel Valdés Cifuentes und Petra Böhnke: Unsichere Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt in Europa .....	683
Julia Simonson, Claudia Vogel, Nicole Hameister und Jochen P. Ziegelmann: Freiwilliges Engagement Älterer - Sozioökonomische Ressourcen und regionale Rahmenbedingungen.....	694
»Aktuelle Forschungsprojekte zu Sozialstruktur und sozialer Ungleichheit« der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse .....	709
Annette von Alemann: »Ungleichheit wird es immer geben« - Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungleichheit durch Führungskräfte der deutschen Wirtschaft .....	710
Sarah Speck: Ernährende Frauen – prekäre Männer. Milieuspezifische Bewältigungsstrategien und Geschlechterarrangements in bei Female-Breadwinner-Couples .....	722
»Soziale Ungleichheiten in Zeiten der Krise« der Sektion Soziale Ungleichheit und	

Sozialstrukturanalyse.....	733
Martin Heidenreich: Long-Term Unemployment Risks in Europe .....	734
Andrea Hense und Daniela Schiek: Führt die Bewältigung konjunktureller Krisen anhand von Recalls zu persönlichen Krisen? .....	747
Silke Kohrs: Statusunsicherheit bei Eltern in der Mittelschicht? Eine Analyse von Förderaktivitäten, Bildungsaspirationen und subjektiver Verunsicherung .....	758
»Institutionen der frühen Kindheit in der Krise (?) – Ursachen, Analysen, Konsequenzen« der Sektion Soziologie der Kindheit .....	771
Onno Husen: Kindheit im Kinder- und Jugendhilfesystem Krise als Form der Etablierung.....	772
»Krisen des Sports – Sport in der Krise?« der Sektion Soziologie des Körpers und des Sports.....	779
Markus Klein, Eike Emrich und Werner Pitsch: Konstruktion und Verwertungslogik sozialer Krisen – dargestellt an der öffentlichen Diskussion über Gesundheit und Fitness von Kindern und Jugendlichen .....	780
»Aktuelle Entwicklungen in der Soziologischen Netzwerkforschung« der Sektion Soziologische Netzwerkforschung .....	792
Mark Lutter: Benachteiligung durch soziale Schließung? Netzwerke, soziales Kapital und geschlechtsspezifische Ungleichheit auf einem projektbasierten Arbeitsmarkt .....	793
»Gesellschaftstheorie als Kritik« der Sektion Soziologische Theorie .....	797
Jens Greve: Gesellschaftskritik und die Krise der kritischen Theorie .....	798
»30 Jahre ›Soziale Systeme‹ – Ende und Anfang einer Theoriekrise?« der Sektion Soziologische Theorie .....	809
Dirk Baecker: Es gibt keine sozialen Systeme .....	810
Wolfgang Ludwig Schneider: Zur Relevanz der Figur des Parasiten für die Theorie sozialer Systeme .....	821
»Die routinisierte Krisenhaftigkeit städtischen Alltagslebens« der Sektion Stadt und Regionalsoziologie.....	830
Gabriela Christmann, Sybille Frank, Johanna Hoerning und Silke Steets: Die routinisierte Krisenhaftigkeit städtischen Alltagslebens .....	831
»Herausforderungen räumlicher Mobilität für soziale Beziehungen, Familie und Partnerschaft – Lebenswelten in der Krise?« der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie.....	833
Katharina Manderscheid: Sozial und räumlich eingebettete Mobilitätspraktiken.....	834
Stine Waibel, Heiko Rüger, Silvia Ruppenthal, Norbert F. Schneider und Brenton Wiernik: Determinanten der mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeit bei internationaler Entsendungsmobilität und ihre Bedeutung im Familienkontext .....	846
Jan Eckhard und Johannes Stauder: Räumliche Mobilität und regionale Partnermärkte .....	862
»Metamorphosen der ökologischen Krise« der Sektion Umweltsoziologie.....	873
Roland Bogun: Die Konsument/-innen – Treiber des Umweltverbrauchs? .....	874
»Neue Trends in der Umweltsoziologie« der Sektion Umweltsoziologie .....	888
Katharina Block: Das Potenzial des Weltbegriffs für die Umweltsoziologie.....	889
Livia Boscardin: »Unsere gemeinsame Zukunft?« Tiere und Nachhaltigkeit.....	897
Stephan Lorenz: Die Wachstumsdebatte Ein Thema der Umweltsoziologie? ...	916
Bernd Sommer und Jasmin Wiefek: Kein richtiges Leben im falschen? Wachstumsneutrale Unternehmen in der Wachstumswirtschaft .....	926
»Neue Technologien, soziale Praktiken und gesellschaftliche Auseinandersetzungen –	

Die Energiewende als Konfliktfeld« der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung.	936
Jessica Longen, Sebastian Hoffmann und Johannes Weyer: Governance of Discontinuation - Neue Perspektiven auf die Energiewende und nachhaltige Mobilität .....	937
Heike Jacobsen, Franziska Blazejewski und Patricia Graf: »Das Fundament unseres Hauses wird uns unter den Füßen weggezogen« - Energieversorger im Reorganisationsprozess .....	947
Daniel Dorniook: Diffusionshürden und Entwicklungsmöglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Energiebereich - Ergebnisse einer Expertenbefragung .....	958
»Verstetigte Brüche – Biographien, Projekte und Themenkonjunkturen in der Wissenschaft« der Sektion Wissenschaft und Technikforschung .....	970
Nilgun Massih-Tehrani: Der lange Weg zur Soziologieprofessur - Etablierte Strukturen und biographische Brüche im französischen und deutschen Hochschulraum .....	971
Julia Reuter und Oliver Berli: Brüchige Erwerbsverläufe in der Wissenschaft und die Rolle von Vertrauen .....	980
Anna Schleisiek: Ökonomische Prinzipien im wissenschaftlichen Alltag - Stetiger Bruch mit wissenschaftlichen Prinzipien? .....	991
Alexander Lenger: Arbeitskraftunternehmertum und projektbasierter Kapitalismus im wissenschaftlichen Feld .....	1004
»Gedächtnis in der Krise – Krise des Gedächtnisses« der Sektion Wissenssoziologie ...	1016
Hannah Haag: Vom Erleben der Krise zum krisenhaften Erinnern - Die DDR im Familiengedächtnis .....	1017
Dietmar Rost: Das soziale Erinnern und vergessen vergangener und zukünftiger Naturkatastrophen .....	1029
»Krisen des Wissens« der Sektion Wissenssoziologie .....	1040
Ronald Hitzler: Ceteris non paribus - Subjektiv bedeutsame Lebensereignisse als Generatoren von Wissenskrisen .....	1041
Joost van Loon: Zögern und Verzweifeln durch Risikoströme - Die Erfassung zwischen einem Dorf und den Stromtrassen des Stromnetzausbaus der BRD .....	1047
Jonas Grutzpalk: Die stille Krise - Der Verlust des Wissensmonopols des Staates und seine Folgen für die Polizei .....	1057
Alexander Hirschfeld: Experten in der Krise? Konstitution von Deutungsmacht im »Feld der Expertise« .....	1068
»Humanismus und Sozialwissenschaft« der AG Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie .....	1079
Tom Kaden: Humanismus und Soziologie im Kontext der amerikanischen Säkularisierungskrise der 1980er Jahre .....	1080
Jens Koolwaay: Mensch und Roboter - Zur Relevanz Gehlens für das Verständnis gegenwärtiger Technik .....	1087
»Neue Ergebnisse der Max Weber-Forschung« der AG Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie .....	1096
Claudius Häpfer: Max Weber und der Zufall .....	1097
Carsten Klingemann: Max Weber-Rezeption zum Ende der Weimarer Republik, im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit - Christoph Steding und seine Kritiker in Politik und Wissenschaft .....	1106
Oliver Neun: Der andere »amerikanische« Max Weber - Hans Gerths und C. Wright Mills' »From Max Weber« und dessen deutsche Rezeption.....	1118
<u>Ad Hoc-Gruppen</u> .....	1140
Ad-hoc-Gruppe »Akteursdynamiken – Von der Krise des Akteurs« .....	1141

Jens Greve: Sinnkriterien und Handeln - Zur sozialtheoretischen Zentralität menschlicher Handlungsfähigkeit .....	1142
Peter Isenböck: Gehaltvolle Intentionalität - Eine postkonstruktivistische Perspektive .....	1153
Ad-Hoc-Gruppe »Armut und Resilienz in soziologischer Perspektive«.....	1158
Daniel F. Lorenz: The Emergence of Resilience in Disaster Research .....	1159
Ad-Hoc-Gruppe »Asyl verwalten: Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems«.....	1171
Julia Dahlvik: Entscheiden über Asyl - Über soziale Konstruktion und das Zusammenspiel von Formalität und Informalität im österreichischen Asyl-Verwaltungsverfahren.....	1172
Ad-hoc-Gruppe »Auf dem Weg in die »Bewertungsgesellschaft? – Wertzuschreibung und Bewertungspraktiken als Fundament des Sozialen« .....	1183
Anne K. Krüger: Theoretical Contributions to a Sociology of (E)valuation .....	1184
Enno Aljets und Frank Meier: Bewertungspluralismus und organisationales Entscheiden .....	1192
Ad-hoc-Gruppe »Die Alltäglichkeit der Krise – Ethnographien zu krisenbezogenen routinisierten (Alltags-)Praxen« .....	1203
Birgit Peuker, Martina Bierbichler, Andrea Jungmann und Martin Voss: Das Alltägliche im Außeralltäglichen - Eine Großübung als Krisenexperiment für die Sicherheit am Flughafen.....	1204
Ad-hoc-Gruppe »Die Europäisierung der Gesellschaften Europas: Zwischennationalstaatlicher und globaler Vergesellschaftung« .....	1213
Martin Heidenreich: Die Europäisierung der Gesellschaften Europas .....	1214
Sebastian M. Büttner, Lucia Leopold und Matthias Posvic: Projektifizierung durch EU-Förderung - Konturen und Tätigkeitsbereiche der EU-Projektwelt....	1217
Vincent Gengnagel, Christian Baier und Nilgun Massih-Tehrani: Zur Entstehung akademischer Konsekrationsinstanzen - Die Europäisierung des Hochschulraums und das symbolische Kapital des European Research Councils (ERC) .....	1229
Jürgen Gerhards, Lars Breuer und Anna Delius: Verfügen die europäischen Bürger über gemeinsame kollektive Erinnerungen? Ein Vergleich zwischen Deutschland, Großbritannien, Polen und Spanien auf der Grundlage von Gruppeninterviews .....	1234
Ad-Hoc-Gruppe »Die krisenhafte Pluralität und die praktische Krise der institutionellen Routinen und Koordinationslogiken«.....	1240
Julia Brandl und Arjan Kozica: Competing logics in evaluating employee performance - Building Compromises through Conventions.....	1241
Rainer Diaz-Bone: Die Economie des conventions und der Institutional Logics-Ansatz im Vergleich .....	1254
Ad-hoc-Gruppe »Die Relationale Soziologie zwischen Latour und White – Verbindungslinien und Abgrenzungszonen«.....	1260
Joost van Loon und Laura Unsöld: Was ist eine Assoziation? .....	1261
Ad-Hoc-Gruppe »Die Soziologie der Kritik, der Rechtfertigung und der Konventionen«.....	1272
Nina Baur und Linda Hering: Konventionen und Wirtschaftskrisen - Zur Wahlverwandtschaft zwischen lokalen Wirtschaftspraktiken und wirtschaftlichen Entwicklungspfaden.....	1273
Regula Julia Leemann, Sandra Da Rin und Christian Imdorf: Ausbildungsverbände als Krisen-Bewältiger und krisen- hafte Modelle in der dualen Berufsbildung - Analysen mit dem Instrumentarium der Soziologie	



der Konventionen .....	1290
Raphael Vogel: Kampf um Konventionen .....	1302
Ad-Hoc-Gruppe »Die Soziologie des Promovierens« .....	1313
Roland Bloch: Promotion und Exzellenz - Stratifikation durch Auswahl im Feld der Doktorandenausbildung .....	1314
Ad-hoc-Gruppe »Die Soziologie und ihre Verlage – Transformation eines vielschichtigen Verhältnisses« .....	1325
Ute Volkmann: Soziologieverlage unter multiplem Veränderungsdruck .....	1326
Ad-hoc-Gruppe »Gefährliche Forschung? – Literatur als Wissenschaftsfolgenabschätzung« .....	1334
Sina Farzin und Emanuel Herold: Von leuchtenden Hasen und sterbenden Menschen - Margaret Atwoods Roman Oryx and Crake als Wissenschaftsfolgenabschätzung .....	1335
Sonja Fückler und Uwe Schimank: Gesellschaftliche Risikodiskurse durch die Linse der Literatur - Zur (inter-)subjektiven Deutung wissenschaftlichen Wissens in »Reading Groups« am Beispiel des Romans Flight Behavior .....	1343
Ad-hoc-Gruppe »Genderismus – Der Umbau der Gesellschaft. Soziologische Annäherung an einen aktuellen Krisendiskurs«.....	1353
Christine Wimbauer, Mona Motakef und Julia Teschlade: Prekäre Selbstverständlichkeiten - Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung.....	1354
Ad-hoc-Gruppe »Hedonistische Routinen und die Lust an der Krise – Soziologische Perspektiven auf den Genuss und Glück in der Gegenwartsgesellschaft«.....	1356
Eva-Maria Endres: Essen im Spannungsfeld zwischen Genuss und Askese - Kulturhistorische Perspektiven .....	1357
Sandra Matthäus: Selbst-Befriedigung - Zur sozialstrukturellen Bedeutsamkeit freud-, lust- und genussgenerierender Praktiken .....	1365
Ad-Hoc-Gruppe »Imaginäre Spielräume. Das soziale Imaginäre als Gegenstand und Methode der Soziologie«.....	1377
Regine Herbrink: Die (sozialwissenschaftliche) Hermeneutik als inter- und transdisziplinäre Methode zur Rekonstruktion des Imaginären .....	1378
Annette Knaut: Soziologische Imaginative - Der Begriff der Öffentlichkeit.....	1384
Ad-hoc-Gruppe »Jenseits der Routine – Praxeologische Ansätze zur Analyse sozialer Dynamiken« .....	1395
Thomas Alkemeyer, Nikolaus Buschmann, Matthias Michaeler: Routine – Kontingenz – Reflexivität - Warum Praxistheorien nicht ohne ein Konzept der Subjektivierung auskommen.....	1396
Anna Daniel, Frank Hillebrandt, Franka Schäfer: Forever Young? Die besondere Dynamik der Praxisformation des Rock und Pop .....	1408
Larissa Schindler: Dynamik und Statik von Praktiken .....	1419
Ad-hoc-Gruppe »Kaufen für eine bessere Welt« .....	1428
Stefan Laser und Jörn Lamla: Demokratischer Experimentalismus in transnationalen Wertschöpfungskollektiven - Über einige Herausforderungen des ethischen Konsums und den Fall Elektroschrott .....	1429
Ad-hoc-Gruppe »Kausalität im Sozialen?«.....	1440
Rainer Greshoff: Worauf verzichtet man, wenn man keine Kausalitätsforschung betreibt? Eine tentative Skizze.....	1441
Oliver E. Kuhn: Kausalität als pragmatisches Beobachtungsschema.....	1447
Ad-hoc-Gruppe »Krise der Intellektuellen?! Intellektuellensoziologie in Zeiten von Experten, sozialen Bewegungen und Bloggern«.....	1458
Alexander Hirschfeld und Vincent Gengnagel: Zur ‚Krise der Intellektuellen‘ –	

von alten und neuen Propheten.....	1459
Susanne Martin und Tilman Reitz: Personalisierung oder Entpersonalisierung? Ein sozialtheoretischer Ansatz zur Analyse von Intellektuellen .....	1469
Lars Tschirschwitz: Intellektuelle zwischen Partei, Bewegung und Elfenbeinturm - Parteiintellektuelle.....	1475
Ad-hoc-Gruppe »Krisen der Kommunikation: Wo bleibt der soziologische Diskurs?« ...	1485
Andreas Stückler: Zum affirmativen Potenzial soziologischer Kritik - Überlegungen zur Dialektik von Kritik und Affirmation in den Sozialwissenschaften.....	1486
Roland Walkow: Hat sich die Soziologie in einem double bind verfangen? .....	1496
Ad-hoc-Gruppe »Krisen, Prozesse, Potenziale«.....	1502
Heiner Schulze: Surviving AIDS - Cultural Trauma among middle-aged Gay Men in New York City .....	1503
Ad-hoc-Gruppe »Krisenerzeugung durch Quantifizierung? Paradoxe Dynamiken numerischen Wissens«.....	1514
Bettina Mahler: Quantifizierung und Krise - Zukunftsprojektionen in der globalen Entwicklungspolitik.....	1515
Ad-Hoc-Gruppe »Krisenmanagement im Studium: Handlungsbedingungen, individuelle Entscheidungen und soziale Mechanismen in der tertiären Bildung«.....	1525
Ivar Krumpal, Julia Jerke und Thomas Voss: Plagiate an Universitäten - Einige Überlegungen und neue empirische Befunde.....	1526
Steffen Hillmert und Volker Lang: Persönliche Lernnetzwerke im Studium Aufbau, Zusammensetzung und soziale Differenzierung .....	1533
Knut Petzold, Tamara Peter und Petra Moog: Die Bedeutung fachspezifischer Präferenzen für studienbezogene Auslandsaufenthalte - Wachstumsneutrale Unternehmen in der Wachstumswirtschaft.....	1549
Ad-hoc-Gruppe »Maritime Sociology: Polish and German Perspectives on a Sociology Of Maritime Spaces«.....	1563
Frank Sowa and Agnieszka Kołodziej-Durnaś: A Short Introductory Note on Maritime Sociology .....	1564
Ulrike Kronfeld-Goharani: Zum Verständnis von Nachhaltigkeit in meeresbezogenen Diskursen .....	1571
Ad-hoc-Gruppe »Medizinisch-Ethisches Entscheiden am Lebensanfang zwischen Routinen und Krisen« .....	1586
Eva Sängler: Vergnügen, Angst und Routine - Ultraschallscreenings als Einstieg in die Zugzwänge pränataler Diagnostik .....	1587
Ad-hoc-Gruppe »Mittelschichten in der Krise des Globalen »Nordens« – (Neue) Mittelschichten im globalen Süden«.....	1598
Dieter Neubert und Florian Stoll: Zur Analyse soziokultureller Differenzierung von Mittelschichten im Globalen Süden - Eine exemplarische Analyse von Milieus in Nairobi .....	1599
Heiko Schrader: »Wenn das Einkommen nicht ausreicht...« - Eine empirische Untersuchung zu Mittelklasse-Haushalten in Kasachstan und Kirgistan .....	1611
Ad-hoc-Gruppe »Mobile Mittelschichten? Strategien und Muster sozialer Mobilität in Zeiten der Krise«.....	1625
Friederike Bahl: Der Blick von außen - Das Ende der gesellschaftlichen Mitte als Aspirationsraum.....	1626
Ad-hoc-Gruppe »Nachbarschaft in der Weltgesellschaft« .....	1633
Lena Laube und Andreas Herz: Nachbarn in der Weltgesellschaft.....	1634
Elżbieta Opiłowska: (Un)gewollte Nachbarschaft? Transnationale	

Beziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum .....	1642
Ad-hoc-Gruppe »Öffentliche Soziologie: Die Soziologie und ihre Publika«.....	1651
Daniel Grummt: Sociology goes Public Der Science Slam als geeignetes	
Format zur Vermittlung soziologischer Erkenntnisse? Daniel Grummt .....	1652
Jasper W. Korte und Christoph Mautz: Öffentliche Selbst- und	
Fremddarstellungen der Soziologie .....	1664
Jan-Felix Schrape: Soziologie als »Marke« - Kernkompetenz, gesellschaftlicher	
Nutzen, Vermittlungswege .....	1673
Michael Reif: Public Sociology? Nicht mit uns! Über die disziplinäre	
Professionalisierung der frühen deutschen Soziologie .....	1683
Ad-hoc-Gruppe »Politik und recht im Krisenmanagement: Die Rolle der Gerichte« .....	1694
Uwe Kranenpohl: Krisenmanagement unter dem Primat der	
Verrechtlichung? Das Bundesverfassungsgericht und die »Eurokrise«.....	1695
Ad-Hoc-Gruppe »Prekarisierung als Krisendiagnostik – Potenziale, Grenzen und	
Herausforderungen der aktuellen Prekarisierungsdebatte« .....	1705
Christine Wimbauer und Mona Motakef: Ungleiche Anerkennung? »Arbeit'	
und »Liebe' im Lebenszusammenhang prekär Beschäftigter .....	1706
Stephan Trinkaus und Susanne Völker: Männlichkeit und Prekarisierung	
Anmerkungen zu einer krisenhaften Beziehung .....	1708
Ad-hoc-Gruppe »Qualitative Comparative Analysis (QCA) – Perspektiven für die	
soziologische Forschung Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche	
Krise?« .....	1718
Thomas Laux: Bedingungen der relativen Lohnungleichheit von Frauen und	
Männern Eine vergleichende Analyse von OECD-Staaten .....	1719
Ad-Hoc-Gruppe »Soziale Ungleichheit und Strategien der Akteure. Erfahrungen und	
Ergebnisse deutsch-polnischer Forschungsoperationen«.....	1733
Martin Barthel: Ökonomisierung der Grenze Grenztourismus als Strategie	
gegen die Krise am Beispiel der polnisch- ukrainischen Grenze .....	1734
Mathias Wagner: Armutsstrategien und soziale Ungleichheit in der polni-	
schen Gesellschaft .....	1745
Ad-hoc-Gruppe »Soziologie der Wissenskulturen – Zur Spezifik soziologischer	
Wissensproduktion« .....	1751
Richard Bettmann und Jo Reichertz: Gemeinsam interpretieren .....	1752
Ad-hoc-Gruppe »Soziologische Perspektiven auf den »Neuen Materialismus«« .....	1757
Andreas Folkers: Paradigma oder Parasit? Der New Materialism, die	
Soziologie und die posthumanistische Herausforderung .....	1758
Ad-hoc-Gruppe »Soziologische Perspektiven auf die Cloud« .....	1769
Michael Eggert und Daniel Kerpen: Trust by design? Vertrauen als zentrale	
Ressource für die Cloud .....	1770
Imme Petersen und Regine Kollek: Digital Scientific Practice in Systems	
Medicine Europäische Vergesellschaftungsprozesse im Spannungsfeld von	
System- und Sozialintegration .....	1783
Ad-hoc-Gruppe »Sterben und Tod als (ent-)routinisierte Krisen?« .....	1793
Julia Böcker: Kein Tod ohne Leben. Zu Krisen des Trauerns nach Fehl- und	
Totgeburt .....	1794
Stephanie Stadelbacher: Sterben zuhause Krisen und Routinen des Sterben-	
Machens im Privaten .....	1808
Thorsten Benkel: »Der Tod wird kommen und kein Ende setzen.«	
Sozialverhältnisse zwischen Leben und Sterben .....	1818
Ad-Hoc-Gruppe »Systemtheorie als kritische Theorie? Zur Normativität und	
Kritikfähigkeit einer amoralischen und apolitischen Theorie« .....	1831
Maren Lehmann: Kann man mit Systemtheorie Gesellschaftskritik üben? Zur	

Unterscheidung der Begriffe »System« und »Gesellschaft« und der Begriffe »Theorie« und »Kritik« .....	1832
Ad-hoc-Gruppe »Verfallende Körper – Verfallende Gesellschaft? Zur Erkundung von Endzeitszenarien« .....	1844
Michael Baumann: Wer tot ist, ist zu faul zum Leben Warm Bodies und die Prädestination des lebenden Körpers .....	1845
Jan R. Riebling und Andreas Schmitz: Die Gesellschaft schlägt zurück! Ein figurationssoziologisches Simulationsmodell von Ansteckungsprozessen am Beispiel der Zombieapokalypse .....	1854
Ad-hoc-Gruppe »Vertrauenskrisen – Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse« .....	1867
Michael Florian: Vertrauenskrisen und der Verlust der Zuversicht. Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse .....	1868
Rolf von Lüde und Jan Fleck: Finanzmarktinstitutionen und Vertrauensordnungen im Zeichen der Krise. Zur Notwendigkeit einer Kontrolle zweiter Ordnung .....	1879
Henrik Dossall: Über die Verwertung von Misstrauen auf Finanzmärkten. Zur Rolle synthetischer CDOs im Rahmen der Finanzkrise von 2007 .....	1886
Bastian Bredenkötter: Die Bewältigung von Vertrauenskrisen im Versicherungs- Strukturvertrieb – am Beispiel Kundenakquise. Privates-persönliches Vertrauen als ökonomische Ressource .....	1896
Sebastian Giacobelli: Quis custodiet ipsos custodes? Über die Schattenseite des Vertrauens in Systeme und Misstrauensagenturen am Beispiel des börslichen Stromhandels .....	1913
Stefan Sauer, Stephanie Porschen-Hueck und Norbert Huchler: Vertrauenskrisen als Felder betrieblicher Gestaltung .....	1925
Ad-hoc-Gruppe »Warten in der Krise – Krisen des Wartens« .....	1937
Eva-Maria Bub: Wenn Emotionen zum Warten zwingen. Paradoxien des Wartens im Kontext konfligierender Diskursfelder .....	1938
Ad-hoc-Gruppe »Wissenschaftsforschung meets soziologische Theorie« .....	1950
Andreas Langenohl und Doris Schweitzer: Die Gesellschaft als Labor? Wissenschaftsforschung meets soziologische Theorie .....	1951
Lars Gertenbach: Die Wissenschaften als Laboratorium der Soziologie. Zur Rolle der Science Studies bei der Reformulierung von Sozial- und Gesellschaftstheorie bei Bruno Latour .....	1957
Doris Schweitzer: Zum Kritikpotential der Untersuchung sozialer Phänomene als epistemische Dinge .....	1968
Ad-hoc-Gruppe »Zur Soziologie des Publikums« .....	1979
Uta Karstein und Nina Tessa Zahner: Anfragen an die Soziologie des Publikums .....	1980
<u>Posterpräsentationen</u> .....	1989
Amrit Bruns: „Identifizierung relevanter Merkmale und Anforderungen an eine Mensch-Maschine-Schnittstelle“ - Welcher Mehrwert ergibt sich aus der Verknüpfung qualitativer und quantitativer Daten? .....	1990
Jean Philippe Décieux: Die Erstellung von sozialen Indikatoren als Entscheidungswissen im transdisziplinären Diskurs. Empirische Fallanalyse der European Expertgroup on Youth Indicators .....	1992
Alexandra Mergener, Philipp Sischa und Jean Philippe Décieux: To force or not to force. That is the question! Die Auswirkungen des Einsatzes von Forced Answering-Fragen auf die Qualität der Befragungsergebnisse .....	2005
Friedericke Hardering und Mascha Will-Zocholl: Die Krise des Sinns in der Arbeit?	

»Sinnvolle Arbeit« als Gegenstand soziologischer Krisendiskurse .....2016

## Eröffnungsveranstaltung

# Routinen der Krise – Krise der Routinen

Martin Endreß

*Grußwort des Sprechers des Organisationsteams zur Eröffnung des 37. Kongresses der DGS, 6.–10. Oktober 2014 in Trier*

Sehr geehrte Frau Ministerin Ahnen,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jensen,  
sehr geehrte Frau Schwan,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Studierende,  
verehrte Ehrengäste unserer heutigen Eröffnungsveranstaltung, u.a. aus unserem Gastland Polen,  
meine Damen und Herren,

Im Namen des Organisationsteams begrüße ich Sie sehr herzlich zum 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier.

Kongresse von Fachgesellschaften dienen als Schaufenster: sie eröffnen sowohl den Fachmitgliedern wie einer breiteren Öffentlichkeit in kondensierter Form Einblicke in die Vitalität und Vielfältigkeit einer Disziplin und disziplinären Kultur.

Vitalität und Vielfältigkeit: diese Erwartungen schienen mit dem Leitthema dieses Kongresses zunächst in Kontrast zu stehen. Sahen sich das Organisationsteam bei dessen Wahl noch eher zweifelnden Rückfragen ausgesetzt, ob denn nicht – erstens – aktuell alle zum Krisenthema tagen würden, und – zweitens – dieses Thema im Jahr 2014 wirklich weiterhin als aktuell angesehen werden könne, so haben sich diese Fragen in den Sommermonaten 2014 von selbst erledigt. Die ausgebrochene Ebola-Epidemie, die militärische Zuspitzung der Auseinandersetzung in und um die Ukraine, die Gewaltexzesse des Islamischen Staates oder auch die Zuspitzung der Flüchtlingsdramen – um nur vier aktuelle Kardinalthemen zu erwähnen – haben die Fragilität und Bedrohtheit humanitärer Lagen erneut markant vor Augen geführt. Deren erschreckende, ja katastrophische Dimension hat inzwischen erneut die Formel der »Weltkrise« auf die Agenda gesetzt. Und die von Außenminister Steinmeier mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis gebrauchte Formulierung (01.10.2014) lässt sich entsprechend wohl generalisieren: »Die Krise des Anderen gibt es nicht mehr«

Der Alltagsbegriff der »Krise« dient nicht nur in europäischen Gesellschaften als Resonanzgeber und ist dabei doch offenkundig zugleich ein Verlegenheitsbegriff: seine rein deskriptive

Kontur fungiert als Formel zur Beschreibung sozialer Lagen, über die diejenigen, die jenen Begriff verwenden, noch wenig oder gar keine Erfahrung haben. Ein Symbol für Erfahrungslosigkeit also scheint der Begriff der Krise zu sein. Nimmt man ihn in dieser Perspektive in den Blick, dann wird er zum Komplementärbegriff des »Neuen«, des Unbegriffenen. Im Krisenbegriff tritt ›das‹ Neue in spezifischen Kontrast zum Gewohnten und wird so zum Maßstab von Erwartungen.

Dieser Bezug bleibt jedoch doppelt ambivalent: Jede Aktualisierung des Krisenbegriffs verweist darauf, dass einige Routinen der Vergangenheit nicht mehr greifen; zugleich aber impliziert die mit ihm einhergehende Annahme eines offenen sozialen Prozesses, dass andere Routinen der Vergangenheit potentiell Wege in eine Zukunft ermöglichen werden. Im Krisenbegriff verschränken sich so Schließung und Öffnung des Zukunftshorizontes.

Das Thema des diesjährigen Kongresses »Routinen der Krise – Krise der Routinen« trägt so jenseits seines anscheinend spielerischen Charakters der für die Soziologie grundsätzlichen Ambivalenz von Krisen und Routinen Rechnung. Mit der in diesem Thema mitschwingenden Spannung von Alltäglichkeit und Außeralltäglichkeit klingt dabei zugleich eine für die Soziologie zentrale begriffliche Opposition an. Konsequenterweise eröffnet sie damit ebenso die Kontroverse darüber, ›was‹ überhaupt als außeralltäglich zu begreifen ist: die Krisen oder die Routinen? Eine für die Soziologie angesichts ihres historisch etablierten Selbstverständnisses als Krisenwissenschaft wie auch ihres Prinzips methodisch-systematisierter Dauerreflexivität offenkundig zur Klärung anstehende Aufgabe. Denn den selbstreflexiven Blick zu schärfen, das meint vor allem auch darauf aufmerksam zu sein, in welchem Ausmaß Gegenwartsdiagnosen ebenso wie analytische Perspektiven von habitualisierten Beobachtungseinstellungen der Disziplin durchzogen und somit einer als vor-krisehaft begriffenen Vergangenheit verpflichtet sind.

Eingedenk des Umstandes, dass im Fach prominente Beiträge zu Thema, Topos und Phänomen der Krise vorliegen,<sup>1</sup> kann doch der Befund formuliert werden, dass dem Fach eine analytisch vertiefte Auseinandersetzung mit dem in den disziplinären Publikationen so verbreiteten Krisenbegriff und den ihm kontrastiv soziologisch Profil verleihenden Konzepten noch bevorsteht. Wenn man den Krisenbegriff soziologisch denn für analytisch tragfähig erachtet; eine Prüfung, die sicherlich auch in den Debatten des Trierer Kongresses auf der Agenda stehen wird.

Dabei ist der »Werkzeugkasten« der Soziologie natürlich keineswegs leer, was die Frage nach analytischen Figuren zur begrifflichen Präzisierung des disziplinären Krisenverständnisses angeht: zirkuläre Prozesse, Teufelskreise, nicht-intendierte Effekte, Nebenfolgen, Eigendynamiken, rekursive Kausalitäten oder Thesen wie die der formierten Gesellschaft, des blockierten Systems oder des achsenzeitlichen Umbruchs sind Konzepte und Phänomene, die zugespitzt solche sozio-historischen Prozesse und Konstellationen auf den Begriff zu bringen suchen, die typischerweise als krisenhaft begriffen und mit dem Etikett der Krise innerdisziplinär versehen werden.

Krisen und ihre kommunikative Konstruktion stehen also sowohl in gesellschaftlicher als auch disziplinärer Hinsicht auf der Agenda. Wissenssoziologisch gesprochen findet der Krisenbegriff in Situationen des Auftretens des A-Typischen Verwendung. Die Grenzen der Routine offenbaren, dass Vergangenheit ihre Zukunftsfähigkeit verliert. Krisen werden ausgerufen – es

<sup>1</sup> Aus dem engeren Fachkontext sei hier nur an die Arbeiten von Peter Berger und Thomas Luckmann (1995), Walter Bühl (1984), Jürgen Habermas (1973), Hans-Jürgen Krysmanski und Peter Marwedel (1995), Ulrich Oevermann (2008), Karl-Dieter Opp (1978), Manfred Prisching (1986) und Gerhard Schulze (2011) erinnert.



handelt sich (auch) um kommunikative Ereignisse. Kommunikative Ereignisse, mit denen Aufmerksamkeitsperspektiven, Grenzziehungen wie Normalitätserwartungen und Sensibilitäten mitgeteilt werden.

Ein Soziologiekongress zum Krisenthema reiht sich in diese Kette kommunikativer Ereignisse ein. Doch auch wenn sich mit diesem Kongress nicht die Erwartung verbinden kann, in den Beiträgen der kommenden Tage zu den Grundrissen einer »Soziologie der Krise« zu gelangen, so eröffnen Kongresse mit ihrer thematischen Fokussierung in einem konzentrierten Veranstaltungsformat die Chance, als Generator für weitere Forschung dienen zu können. Und damit wäre doch schon Einiges gewonnen.

Das Gastland des diesjährigen Kongresses, das Nachbarland Polen und die Polish Sociological Association im Besonderen, möchte ich an dieser Stelle nochmals gesondert ausdrücklich begrüßen. Wir freuen uns, ein Land mit einer großen soziologischen Tradition zu Gast zu haben. Zugleich verbindet sich die Geschichte Deutschlands mit der keines anderen Nachbarn so intensiv wie mit der Polens – leider zu häufig auf höchst tragische Weise, wie uns dies angesichts zahlreicher historischer Jahrestage so nachdrücklich auch im Jahr 2014 in Erinnerung gebracht wird.

Nicht zuletzt freue ich mich deshalb sehr, dass es in Kooperation mit der »Soziologie« zum Trierer Kongress gelungen ist, mit zwei Beiträgen aus der Feder polnischer KollegInnen bereits im Vorfeld das Augenmerk unserer Profession auf einige Konturen der gegenwärtigen soziologischen Szene in unserem Gastland zu richten.<sup>2</sup> Allen Beteiligten gebührt dafür ein herzlicher Dank! Darüber hinaus haben wir uns bemüht, dem Gastland Polen und seiner Soziologie durchgängig einen möglichst breiten Raum im Kongressprogramm zu geben.

Hinsichtlich der Programmstruktur des Trierer Kongresses ist die Idee einer weiteren Verdichtung und Konzentration des Kongressgeschehens leitend: neben jeweils drei parallelen Plenarveranstaltungen von Dienstag bis Donnerstag werden von Dienstag bis Donnerstag zudem jeweils nur eine Mittags- und eine Abendvorlesung als zentrale Referenzpunkte des Kongresses dienen. Zwei weitere Neuerungen treten hinzu: Zunächst ein neues Format: die »Foren« – zentrale Nachmittagsveranstaltungen mit einer jeweils abschließenden übergreifenden Vorlesung zu thematischen Schwerpunkten aktueller Debatten in europäischer Perspektive: die grassierende Jugendarbeitslosigkeit, die Bildungskrise und die Verflechtung von Erinnerungskulturen – hier am Beispiel der deutsch-polnischen Geschichte. Darüber hinaus haben wir einen zweiten zentralen Kongressabend in das Programm aufgenommen: Am Mittwochabend treffen sich die Kongressteilnehmenden in der TUFA, einer ehemaligen Tuchfabrik im Zentrum von Trier, zu Theater und Tanz. Und Kunst ist zugleich auch ein Stichwort für den Campus: dort erleben sie die kommenden Tage eine junge Streetwork-Künstlerin aus der Ukraine, Darina Momot. Für ihre spontane Bereitschaft während der Kongresswoche auf dem Campus künstlerische Akzente zu setzen, danken wir sehr herzlich.

Um ein derart umfassendes Programm wie es für die Kongresse der Deutschen Gesellschaft für Soziologie mit – in Trier – etwas über 2.000 Teilnehmenden inzwischen üblich geworden ist,

---

<sup>2</sup> Antoni Sulek, »A Sociology Engaged on Behalf of the Polish Society« sowie Agnieszka Kolasa-Nowak, »Polish sociology after twenty-five years of post-communist transformation«, *Soziologie* 43, Heft 2, S. 381–398 und 399–425.

»bauen« zu können, bedarf es nicht nur eines hochengagierten Organisationsteams, sondern zugleich einer ganzen Reihe finanzieller Förderer. So möchte ich die Gelegenheit dieses Grußwortes nicht verstreichen lassen ohne der Universität Trier, ihrem Verein der Freunde und Förderer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre außergewöhnliche Unterstützung zu danken. Ebenso sei auf das Herzlichste den 53 Stiftungen, Verlagen und Firmen gedankt, die auch diesen Kongress durch ihr Engagement und ihre Präsentationen erst wieder in dieser Form möglich machen – manche von ihnen bereits seit vielen Jahren.

Die Organisation des diesjährigen Kongresses hat jenseits aller damit verbundenen Arbeit gemeinsam zugleich auch viel Spaß gemacht. Für die dabei stets gegenwärtige Unterstützung der Geschäftsstelle der DGS, insbesondere von Sonja Schnitzler, sowie durch den Vorstand der DGS und ihren Vorsitzenden, Stephan Lessenich, bedanken wir uns an dieser Stelle sehr herzlich. Für mögliche Versäumnisse oder Pannen, die, das wissen wir, eintreten werden, bitten wir schon jetzt um Verständnis. Wir und nicht zuletzt die Vielzahl studentischer »Krisenroutiniers« bemühen uns nach Kräften im Falle von Fragen und Problemen gerne und jederzeit zu helfen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns ebenso vielfältige wie abwechslungsreiche, aber auch einsichtsvolle und kontroverse Tage in Trier und heiße sie nochmals stellvertretend im Namen des Organisationsteams in der ältesten Stadt Deutschlands auf das Herzlichste willkommen!

## Literatur

- Berger, P. L., Berger, B., Kellner, H. 1975 [1973]: Das Unbehagen in der Modernität, Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Berger, P. L., Luckmann, T. 1995: Modernität, Pluralismus und Sinnkrise. Die Orientierung des modernen Menschen. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bühl, W. 1984: Krisentheorien. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang. Darmstadt: WBG.
- Eisermann, G. (Hg.) 1976: Die Krise der Soziologie. Stuttgart: Enke.
- Gouldner, A. 1974 [1970]: Die westliche Soziologie in der Krise. 2 Bde., Reinbek: Rowohlt.
- Habermas, J. 1973: Was heißt heute Krise? Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Merkur 17, 345–364.
- Krysmanski, H.-J., Marwedel, P. (Hg.) 1975: Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader zum 17. Deutschen Soziologentag, Köln: Pahl-Rugenstein.
- Kursbuch 170 2012: »Krisen lieben«, Hamburg: Murmann.
- Link, J. 2013: Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart. Konstanz: kup.
- Mengel, T. (Hg.) 2012: Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Michalski, K. (Hg.) 1986: Über die Krise. Castelgandolfo-Gespräche 1985. Stuttgart: Klett.
- Nassehi, A. 2012: Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise. Kursbuch 170, 34–49.
- Oevermann, U. 2008: Krise und Routine. Abschiedsvorlesung Universität Frankfurt am Main.
- Opp, K.-D. 1978: Theorie sozialer Krisen. Apathie, Protest und kollektives Handeln. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Preunkert, J. 2011: Die Krise in der Soziologie. Soziologie, 40. Jg., 432–442.
- Prisching, M. 1986: Krisen. Eine soziologische Untersuchung, Wien: Böhlau.
- Schulze, G. 2011: Krisen. Das Alarmdilemma, Frankfurt am Main: Fischer.

- Simmel, G. 1999 [1916]: Die Krisis der Kultur. G. Simmel, Gesamtausgabe Bd. 16, hg. v. Gregor Fitzi und Otthein Rammstedt. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 37–53.
- Skirbekk, S. 2008: »Crisis of Sociology« – and consequences for an adequate understanding of contemporary cultural conflicts. *Journal of Sociology* 3, 281–291.
- Vobruba, G. 2012: Kein Gleichgewicht. Die Ökonomie in der Krise. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Weber, C. 2011: Krisen und Krisenwahrnehmung. *Mittelweg* 36, 20 Jg., Heft 5, 51–55.
- Wengeler, M., Ziem, A. (Hg.) 2013: Sprachliche Konstruktionen von Krisen. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein fortwährend aktuelles Phänomen. Bremen: Hempen.

# Die Externalisierungsgesellschaft

## Ein Internalisierungsversuch

Stephan Lessenich

*Vortrag zur Eröffnung des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie »Routinen der Krise – Krise der Routinen« am 6. Oktober 2014 in Trier.<sup>1</sup>*

»Was haben die Römer je für uns getan?« Beim konspirativen Treffen der nicht gerade unter übermäßigem Mitgliederzulauf leidenden Volksfront von Judäa in »Monty Python's Life of Brian« entwickelt sich auf diese eher rhetorische Frage ihres Anführers hin eine durchaus bemerkenswerte Diskussionsdynamik: Jedem der versammelten Befreiungskämpfer fällt ohne größere Bedenkzeit ein gewichtiges Argument dafür ein, dass die räuberische Herrschaft der Besatzungsmacht bei genauerer Betrachtung ein – im wahrsten Sinne – zweischneidiges Schwert sei. Nach kurzem volksrevolutionärem Brainstorming muss der von der gesammelten Empirie kolonialisierter Lebenswelten sichtlich bediente Volksfront-Frontmann Reg (alias John Cleese) seine widerstandsmobilisierend gemeinte Anfrage leicht reformulieren: »Also gut, mal abgesehen von sanitären Einrichtungen, der Medizin, dem Schulwesen, Wein, der öffentlichen Ordnung, der Bewässerung, Straßen, der Wasseraufbereitung und den allgemeinen Krankenkassen – was, frage ich Euch, haben die Römer je für uns getan?« Ob des scharfen Tons der Nachfrage antwortet einer der jüdischen Fußvölkler daraufhin vorsichtig-verschreckt: »Den Frieden gebracht?« Solcherlei Realitätssinn nun ist dem Oberrevolutionär dann doch sichtlich zu viel: »Ach, Frieden – halt die Klappe!« schnauzt er den penetranten Besserwisser an.

Wir wissen nicht, wie der organisationspolitische Meinungsbildungsprozess der militanten Besatzungskritiker wohl weitergegangen wäre, denn der offenkundig ins Konterrevolutionäre zu kippen drohende Disput wird leider an dieser Stelle des Films durch lautes, vermeintlich das Eintrittsbegehren eines imperialen Stoßtrupps signalisierende Türpochen unterbrochen. Mit Sicherheit aber lässt sich sagen, dass in dieser geistreichen Persiflage präpotenter Pseudoradikalität selbstgerechter Salonrevolutionäre ein reales und überhistorisches Dilemma fundamentaler Gesellschaftskritik verhandelt wird. Das »System« hat »uns« – mit der Filmfigur Reg gesprochen

---

<sup>1</sup> Der Eröffnungsvortrag ist bereits in der Zeitschrift SOZIOLOGIE Heft 1, 44. Jg., 2015 erschienen.

– »ausbluten lassen«, »uns alles genommen, was wir hatten«. Und was hat es »dafür als Gegenleistung erbracht«? Nun, ich würde sagen: Da fällt uns doch allen das eine oder andere ein.

Was hat der Kapitalismus je für uns getan? Nicht erst im Lichte der kapitalistischen Krisen, die in den letzten Jahren die Welt in Atem gehalten haben, sondern auch schon mit Blick auf das (die Begriffsanleihe aus der Drittmittelforschung sei hier erlaubt) kapitalistische Normalverfahren der konkurrenz- und profitabilitätsorientierten Durchdringung immer neuer und weiterer gesellschaftlicher Lebensbereiche stellt sich genau diese Frage – und eben nicht als bloß rhetorische. Genauer formuliert könnte sie, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit, in etwa so lauten: Mal abgesehen von einem ungeahnten Wohlstand und einer nie dagewesenen Optionenvielfalt, dem Ende von Hungersnöten, der offenbar unaufhaltsamen Verlängerung der Lebenserwartung und einer Dynamik permanenter technologischer Innovation, Straßen, der öffentlichen Ordnung und den allgemeinen Krankenkassen – was, frage ich uns, hat der Kapitalismus je für uns getan?

Ehrlich gesagt: Wir leben gut im Kapitalismus – das Kapital ist unsere Römer. Wir leben gut vom und mit dem Kapitalismus, ungeachtet oder mehr noch inklusive der Salonkritiken, wie sie, sagen wir, bei Eröffnungsvorträgen von Soziologiekongressen gerne einmal geäußert werden. Wir leben gut mit der Kolonialisierung unserer Lebenswelt, oder jedenfalls arrangieren wir uns mit ihr auf das Beste: Sicher, wir beklagen die Ökonomisierung der Hochschulen, wir kritisieren die Verschärfung des Leistungsdrucks, wir stöhnen über die Grenzen der Belastbarkeit – und dann bedienen wir doch, wie es eben geht, die jeweils neuesten Exzellenzindikatoren, drehen selbst mit an den nie stillstehen dürfenden Rädern der wissenschaftlichen Produktionsmaschine und arbeiten, was das Zeug hält, an der persönlichen »Work-Life-Balance«. Und bei einem guten Glas an einem lauen Abend in einem südländischen Küstenort stoßen wir an und sagen uns: Ach, geht es uns doch gut! Und die Wahrheit ist: Es stimmt.

Es geht uns gut, denn wir leben in einer Externalisierungsgesellschaft. Die Externalisierungsgesellschaft: Na danke, wird die Welt da draußen und werden (geben Sie es doch zu) nicht wenige hier drinnen nun stöhnen – die nächste Sau, die durchs Dorf globaler Gesellschaftsbegriffe gejagt wird, in der Hoffnung, es ins Feuilleton der ZEIT zu schaffen oder wenigstens zur Aufnahme in Schimank/Volkman, »Soziologische Gegenwartsdiagnosen III«. Externalisierungsgesellschaft – was meint der Begriff? Das vielleicht Wichtigste vorab: Nicht etwa soll er der routinetaften politischen Krisenrhetorik des »Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt«, mit der marktradikale Sozialstaatsverächter und suffizienz-orientierte Konsumkritiker gleichermaßen hantieren, soziologische Weihen verleihen. Und überhaupt: Das falsche »wir«, von dem die Rede über »*unser* gutes Leben«, über »*unsere* Verhältnisse hinaus« kündigt, soll hier gleich mal wieder zurückgenommen werden. Suggestiert es doch eine soziale Allgemeinheit, die so nicht existiert und deren Annahme in die Irre führt. Nun gut, werden Sie jetzt – zu Recht etwas ungeduldig geworden – fragen, wenn all dies nicht gemeint sein soll, worum bitte geht es denn dann?

In der Externalisierungsgesellschaft leben die Leute nicht über ihre Verhältnisse. Sie leben über die Verhältnisse anderer. Genaugenommen müsste man sagen: Sie leben auch, nach absoluten Maßstäben, über den Verhältnissen anderer, das heißt, es geht vielen von ihnen besser als vielen derer, die nicht Teil ihres gesellschaftlichen Zusammenhangs sind. Vor allem aber leben die Leute der Externalisierungsgesellschaft eben über die Verhältnisse der anderen. Das ist die soziologisch entscheidende, nämlich relationale Perspektive: Dass die Leute gut bzw. besser als

andere leben, liegt daran, dass sie dies über deren Verhältnisse vermittelt tun. Die sozialstrukturanalytische Kurzformel der Externalisierungsgesellschaft lautet daher: Die einen leben über die Verhältnisse der anderen, auf deren Kosten, zu deren Lasten. Die Externalisierungsgesellschaft funktioniert im Modus der Ausbeutung: »Was du willst, dass man dir tu', das füge keinem anderen zu« lautet ihre goldene – oder sagen wir lieber: eiserne – Regel. Über die Externalisierung von Zwängen werden die eigenen Freiheiten geschaffen, mittels Zerstörung fremder Lebenswelten die eigenen Lebenschancen gesichert, durch eine Politik zu Lasten Dritter die eigenen Verhältnisse gelebt.

Neben uns die Sintflut: Wie es sich im Auge des Orkans lebt, hat zuletzt ein hoher Repräsentant der transnationalen Externalisierungsgemeinschaft auf den Punkt gebracht. Der scheidende NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen beschwor zum Auftakt der jüngsten Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs des euro-amerikanischen Bündnisses die Solidarität des globalen Nordens mit sich selbst und ließ keinen Zweifel daran, gegen wen und was sich die Verbündeten – hoch die internationale Externalität – in Zeiten multipler Krisen zu verteidigen hätten: »Surrounded by an arc of crises, our Alliance, our transatlantic community, represents an island of security, stability and prosperity.« Eine Insel der Sicherheit, der Stabilität und des Wohlstands, umgeben von einem Meer wirtschaftlicher Konkurrenten, umtost von der Brandung terroristischer Milizen und kriegerischer Konflikte, bedroht von einer Flut wanderungsbereiter Armutspopulationen: Ein solches Bild dürfte ziemlich genau das Lebensgefühl krisenverunsicherter Milieus in den Kernländern des nordatlantischen Raums treffen. Um die Zukunft eines Lebens in Sicherheit, Stabilität und Wohlstand fürchtend, genießen gesellschaftspolitische Externalisierungsprogramme, gepaart mit sozialen Exklusionsbewegungen, in der transatlantischen Öffentlichkeit hohe Popularität. »To the South, we see violence, insecurity, instability.« Mögen sie, so kann man den ehemaligen NATO-Generalsekretär ebenso wie zum Beispiel die Philosophie des EU-Grenzregimes oder die Botschaft des neuesten deutschen »Asylkompromisses« wohl verstehen, auch weiterhin dort bleiben – dank fortgesetzter transatlantischer Waffenlieferungen, verstärkter FRONTEX-Einsätze im Mittelmeer und der Entdeckung immer neuer »sicherer Herkunftsländer«.

Der sich hier Bahn brechende kritische Fokus auf ein nordatlantisches »Wir« und dessen vermeintlich gemeinschaftliches Externalisierungsverlangen steht nun allerdings in der bereits benannten Gefahr, das anti-soziologische Geschäft schrecklicher sozialstruktureller Simplifizierung zu betreiben. Die Beispiele für soziale Externalisierungskonstellationen fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften sind zahllos, und keineswegs strukturieren sie ausschließlich den zwischengesellschaftlichen Raum. Es sind die multiplen innergesellschaftlichen Externalisierungsarrangements, deren Analyse vereinfachte Vorstellungen von eindimensionalen und national- oder gar transnational-kollektivgemeinschaftlichen Ausbeutungsverhältnissen zu dementieren vermag. Stattdessen verweist sie auf die vielfältigen Überlagerungen und Durchdringungen, Verkopplungen und Wechselwirkungen, aus denen sich erst das überaus komplexe Bild einer globalisierten Externalisierungsgesellschaft ergibt.

Ein klassisches und für die soziologische Analyse auf vielfache Weise prägendes Beispiel einer innergesellschaftlich angelegten – oder richtiger: einer von der Soziologie lange Zeit als innergesellschaftlich angelegt gedachten – Externalisierungskonstellation ist der in den hoch- und spätindustriellen Kapitalismen der Nachkriegszeit praktizierte Modus der Vergesellschaftung

von Arbeit als Lohnarbeit nach dem *male breadwinner model*. Es ist dies eine geradezu prototypische Konstellation des Lebens der einen über die Verhältnisse der anderen: Die Lebbarkeit des so genannten Normalarbeitsverhältnisses für einen bedeutsamen Teil der männlichen Lohnabhängigen in den Zentren des fordistischen Wohlfahrtskapitalismus beruhte unmittelbar auf der historisch konkreten Gestalt der Lebensverhältnisse eines bedeutsamen Teils der Frauen dieser männlichen Lohnabhängigen, also auf der gesellschaftlichen Organisation und institutionellen Konstruktion von Hausarbeit als Sphäre der Verausgabung so genannten weiblichen Arbeitsvermögens. Dass Papi werktags (und manchmal auch darüber hinaus) dem Betrieb gehören konnte (und am Samstag der ausgiebig zelebrierten öffentlichen Autowäsche), lag funktional wie material daran, dass Mutti von Montag bis Sonntag den Kindern und der Küche gehörte (und damit irgendwie auch dem Papi). Der eine lebte über die Verhältnisse der anderen: Die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und die Formen alltäglicher Lebensführung normalbeschäftigter »Arbeit-Nehmer« (hier stimmt der Begriff mal) waren über eine Vielzahl von institutionellen Praktiken, sozialen Mechanismen und kulturellen Mustern vermittelt mit der Lebensrealität und Alltagspraxis häuslich tätiger »Arbeit-Geberinnen«. »Meine Familie & ich« war nicht nur der Titel einer beliebten Zeitschrift im Marktsegment der gedruckten Hausfrauenhilfen, sondern konnte auch als Formel für einen zeittypischen, durch männliche Beschäftigungsinteressen dominierten, innerfamilialen Externalisierungszusammenhang gelesen werden.

Warum nun aber eigentlich dies alles in der Vergangenheitsform? Gibt es diese Externalisierungskonstellation von auf die Produktionsarbeit bezogener, diese ermöglichender, gleichwohl jedoch abgewerteter, für ihre Ermöglichungsleistungen nicht nach Maßstäben der Produktionsarbeit honorierter Re-Produktionsarbeit etwa nicht mehr? Die Antwort muss selbstverständlich lauten: Doch, durchaus – denn ohne Re-Produktionsleistungen keine Produktionstätigkeit. Aber dieser arbeitsgesellschaftliche Externalisierungs- und Ausbeutungszusammenhang begegnet der soziologischen Beobachtung heute in einer anderen, – wie auch immer man will: postfordistisch, spätkapitalistisch, markt imperialistisch – »modernisierten« Form. Die kapitalistische Dynamik der vergangenen drei Jahrzehnte hat die Organisationsform gesellschaftlicher Arbeit in den europäischen Wohlfahrtsregimen, und selbst in Gesellschaften »konservativer« wohlfahrtsstaatlicher Prägung, in Richtung auf die sozialpolitische Konstitution eines *adult worker model* getrieben. Papi und Mami gehören nun gleichermaßen zwar nicht dem Betrieb (insoweit es den klassischen betrieblichen Modus der Vergesellschaftung von Arbeit zunehmend seltener gibt), aber dem Markt bzw. alle erwachsenen Haushaltsangehörigen sollen ihm zugehören. Die Inklusion der Erwerbsfähigen aller Geschlechter und Altersklassen in den Arbeitsmarkt als dem großen Lebenschancengenerator und -distributor ist zum Maß aller gesellschaftlichen Dinge geworden.

Was nach Gleichstellung klingt und häufig als Teilhabegerechtigkeit firmiert (und die Soziologie schon deswegen freuen müsste, weil mit der »Inklusion« endlich mal wieder ein Theoriekonzept der Disziplin zur gängigen Münze gesellschaftspolitischer Diskurse und sogar parteipolitischer Programme geworden ist), lässt die Re-Produktionsproblematik freilich zunächst ungelöst. Wo und von wem wird nun das re-produziert, was die Produktionstätigkeit der vielen Marktinkludierten erst am Laufen hält? Der Kapitalismus wäre selbst nicht reproduktionsfähig, wenn er nicht auf diese Frage zwei Externalisierungsantworten parat hätte: eine interne und eine externe, oder auch eine offizielle und eine inoffizielle. Marktintern werden alle möglichen Re-Produktionstätigkeiten – von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege – auf Teilarbeitsmärkte aus-

gelagert, die, gemessen an den Standards der Kernsegmente des Produktionsarbeitsmarkts, schlechte Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, Organisations- und Konfliktchancen aufweisen (und nicht zufällig auch die arbeitsinhaltliche Geschlechtersegregation des *male breadwinner model* reproduzieren). Marktextern entwickeln sich parallel zum *adult worker model* die Strukturbildungen und Prozessdynamiken eines *alien carer model*, das als – zumindest in unseren Breitengraden und jenseits der Lebensführungsmodelle von Oberschichthaushalten – neuer und sich zunehmend verbreitender Modus der Verkopplung von formeller Erwerbstätigkeit und informeller, nicht selten auch »illegaler« bzw. illegalisierter Sorgetätigkeit gelten kann. Die Externalisierungsgesellschaft nimmt hier eine neue, man kann sagen zeitgemäß (nämlich den Zeiten des globalisierten Kapitalismus entsprechend) vergeschlechtlichte und ethnisierte Gestalt an: Ohne Re-Produktion keine Produktion, und die Re-Produktionsarbeit wird nun immer häufiger an arbeits- und sozialrechtlich ungeschützte, privaten Herrschaftsverhältnissen unterworfenen und staatsbürgerrechtlich handlungsunfähige Arbeitskräfte delegiert, die als billige und willige *care*-industrielle Reservearmee fungieren. Die Funktionalität dieses erneuerten Externalisierungsarrangements für die flexibel-kapitalistische Vollerwerbsgesellschaft liegt auf der Hand: Etwa die Altenpflege hierzulande würde ohne die externalisierte informelle Dienstleistungsökonomie schlicht zusammenbrechen. Und man muss kein sozialpolitischer Verschwörungstheoretiker sein um festzustellen, dass die Gesetzliche Pflegeversicherung in Deutschland diesen gesellschaftlichen Externalisierungsmechanismus im wahrsten Sinne des Wortes in ihren teilkaskoversicherungsförmig ausgestalteten Leistungskatalog eingepreist hat.

Aber die Externalisierungsgesellschaft hat eben viele Gesichter, die soziale Organisation des Pflegesektors ist nur eines von ihnen. Zu ihnen gehört des Weiteren auch ein intern-externer Doppelmechanismus der externalisierenden Bewältigung der Folgen jener Finanzmarktkrise, die politisch-medial auf erstaunlich erfolgreiche Weise und innerhalb kürzester Zeit in eine Staatsschuldenkrise transformiert worden ist. Deutschland gilt diesbezüglich nicht nur in der öffentlichen Selbstbeschreibung, sondern auch in der Fremdwahrnehmung relevanter politökonomischer Akteure als der wirtschaftspolitische Musterknabe, der als gesunder Mann Europas aus der Krise hervorgeht – und sich deshalb zugleich als Oberlehrer der Fußkranken in der, gleich nebenan in Frankreich beginnenden, südeuropäischen Peripherie gerieren darf. So fährt dann ein politischer Unternehmer namens Peter Hartz nach Paris, um die nächste neosozialdemokratische Führungsriege über die Geheimnisse eines »Beschäftigungswunders« (unter »Wundern« machen es die Deutschen ja nicht, ob nun in Bern, Bonn oder mittlerweile Berlin) aufzuklären, das maßgeblich auf der Externalisierung von Beschäftigungs-, Arbeitslosigkeits-, Einkommens- und sozialen Sicherungsrisiken beruht: auf der Errichtung des größten Niedriglohnssektors EU-Europas, der Konstruktion einer (um meinen Jenaer Kollegen Klaus Dörre zu zitieren) »prekären Vollerwerbsgesellschaft«, der Etablierung eines Arbeitslosenregimes, das die Strukturprobleme spätindustrieller Lohnarbeitsökonomien auf die vermeintlichen Verhaltensprobleme spezifischer Sozialmilieus projiziert und auf politische Strategien der Opferbeschuldigung setzt. Strukturähnliches ließe sich über den externen Externalisierungsmechanismus sagen, der in der sogenannten Eurokrise zum Tragen kommt: In einer Wirtschafts- und Währungsunion, die ganz auf die Funktionsinteressen der deutschen »Nationalökonomie« hin konstruiert ist, hat diese auch in der Krise die Wettbewerbsvorteile ihrer hochproduktiven Exportsektoren ausspielen und im Rahmen der mittlerweile etablierten Niedrigzinspolitik sogar ihren Staatshaushalt sanie-



ren können – auf Kosten zum Beispiel weiter Teile der griechischen Bevölkerung. Griechenlands durch die Währungsunion angefeuerte Verschuldungspolitik wurde nach dem Crash mit einer EU-oktroierten Austeritätspolitik beantwortet, die etwa das griechische Gesundheitswesen hat zusammenbrechen lassen (oder auch, zwar weniger existenziell, aber kaum weniger dramatisch und in Deutschland praktisch nicht wahrgenommen, das griechische Hochschulsystem an den Rand des Kollapses gebracht hat). Gleichzeitig gingen die »Hilfszahlungen« der europäischen »Geberländer« direkt an die (nicht zuletzt deutschen) Gläubigerbanken – ungeachtet dessen, dass »die Griechen« (wobei nicht jene mit gigantischen, steuerlich unangetasteten Auslandsvermögen gemeint sind) neben dem Schaden auch noch den Spott bzw., richtiger, die Missachtung der vereinigten Populisten von Europa zu tragen haben (womit wiederum nicht nur Figuren wie Marine Le Pen oder allein die von Sozialwissenschaftlern als »populistisch« identifizierten Parteien angesprochen sind).

Und wenn wir den soziologischen Blick noch über Hartz IV-Empfängerhaushalte in Deutschland, griechische Rentner oder ukrainische Pflegearbeiterinnen hinaus weiten, dann gerät der externalisierungsgesellschaftliche Ausbeutungsmechanismus par excellence ins Auge: die Tatsache, dass das einst, zu Zeiten des kapitalistisch-sozialistischen Systemwettbewerbs, »westlich« genannte Lebensmodell – die Lebensweise breiter Bevölkerungsmehrheiten auf den nordatlantischen Inseln der Sicherheit, der Stabilität und des Wohlstands – auf der systematischen Externalisierung der Voraussetzungen und insbesondere der Folgen des mit diesem Lebensmodell einhergehenden Ressourcenverbrauchs beruht. Hier, auf der Ebene des Stoffwechsels wachstumsökonomischer Entwicklungsmodelle, sind gesellschaftliche Externalisierungsprozesse und ihre ausbeuterische Qualität geradezu mit Händen zu greifen. Und hier wird zugleich besonders deutlich, dass das gesellschaftspolitische Deutungsangebot, wonach »wir« über »unsere« Verhältnisse lebten – in diesem Fall über die »unseres« Planeten –, hochgradig ideologisch verzerrt und, mehr noch, selbst ein Instrument der Externalisierung ist.

Namentlich in Deutschland, wo ja historisch durchaus gerne in sehr langen Zeiträumen gedacht und geplant worden ist, erfreut sich das Konzept der »Generationengerechtigkeit« regierungsamtlich, politikberaterisch wie zivilgesellschaftlich großer Beliebtheit. »Generationengerechtigkeit«, das ist die nationalgesellschaftliche Schrumpfformel einer Politik der Externalitätenvermeidung: Da geht es dann um »unsere Kinder und Kindeskinde«, in deren Interesse »wir« unter anderem auf die Atomkraft verzichten (dafür allerdings die Energiemonopolisten entschädigen), unseren Individualverkehr beschränken (dafür aber mehr Autos exportieren) und die Staatsschulden tilgen (dafür aber an das Sozialvermögen der ansonsten nichtbesitzenden Schichten ran) müssten. Was hier im Namen des Schutzes des ungeborenen Inselbewohnerlebens gefordert wird, sieht von der Realität der gegenwärtigen Externalisierungsdynamiken und dem Gebot nicht intertemporaler, sondern vorrangig internationaler bzw. globaler Umverteilung von Externalisierungsrisiken ab (und soll womöglich sogar davon ablenken). Der massive Verbrauch knapper Ressourcen etwa für die Bedienung unserer mittlerweile ins Absurde gesteigerten Smartphonemanie findet ebenso heute statt wie die Überlastung der Absorptions- und Regenerationskapazitäten biologischer Senken wie der Atmosphäre, der Böden und des Wassers. Und dies alles geschieht maßgeblich nicht bei »uns«, sondern bei anderen, in den Weltregionen außerhalb der Sicherheits-, Stabilitäts- und Prosperitätsinseln der »westlichen« Welt. Dort, bei »denen«, ist die von »unseren« politischen Repräsentanten bedroh-

lich beschworene Welt der Gewalt, der Unsicherheit und der Instabilität wesentlich auch deswegen schon heute bittere Realität, weil die Zeche des süßen Insellebens für viele im Nordatlantik von vielen anderen auf den Meeren des globalen Südens gezahlt wird.

Nun, Sie merken schon: Ich könnte mich hier in Rage reden. Nur kurz noch, bevor ich zum Ende komme: Das Tolle (im Sinne von: Verrückte) an all dem ist ja, dass ich überhaupt nichts Neues erzähle, sondern nur einige wenige Elemente des beachtlichen soziologischen Wissensbestandes in einigen ausgewählten soziologischen Wissensfeldern schlaglichtartig beleuchte. In jedem einzelnen der genannten und vielen weiteren, strukturanalog gelagerten Fällen gilt die Logik der kapitalistischen Externalisierungsmaschinerie: Die einen leben ihr Leben auf Rechnung der anderen. Und bemerkenswert – wenn auch vielleicht nicht erstaunlich – scheint mir zudem zu sein, dass wesentliche sozialanalytische Fortschritte im Sinne einer Theorie und Empirie der Externalisierungsgesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten gerade aus der Perspektive des externalisierten Außen und vom Standpunkt der externalisierten Anderen aus vollzogen worden sind. Seien es nun Positionen der feministischen Theorie, der postkolonialen Soziologie oder der Internationalen Politischen Ökonomie, seien es Debatten um Intersektionalität, gesellschaftliche Naturverhältnisse oder Globale Soziale Rechte: Fast schon systematisch waren es Stimmen aus dem inner- oder interdisziplinären, nicht selten auch aus dem außerakademischen »Off«, die erst gehört wurden, als das mainstreamsoziologische Schweigen im Walde der kapitalistischen Externalisierungsdynamiken allzu laut und offensichtlich zu werden begann.

Damit aber, mit der Frage nach der Diagnosefähigkeit der Soziologie, komme ich nun tatsächlich zum Schluss. Und mithin, wie es sich für einen ordentlichen Vortrag gehört, zum Ausgangspunkt zurück. Was hat der Kapitalismus je für uns getan? Ungeahnter Wohlstand und nie dagewesene Optionenvielfalt, das Ende von Hungersnöten, die offenbar unaufhaltsame Verlängerung der Lebenserwartung, eine Dynamik permanenter technologischer Innovation, Straßen, öffentliche Ordnung und allgemeine Krankenkassen – das hat (um es analytisch leicht, oder vielleicht auch stark, verkürzt zu sagen) der sogenannte Wohlfahrtskapitalismus für viele von »uns«, in den Gesellschaften des globalen Nordens, getan. Soziologisch gilt es allerdings in Erwägung zu ziehen, dass die Tatsache all dieser positiven Nebeneffekte der kapitalistischen Kolonialisierung unserer Lebenswelten unmittelbar mit der weiteren Tatsache zusammenhängt, dass all diese positiven Nebeneffekte anderen Menschen, hier und insbesondere anderswo, strukturell und systematisch vorenthalten geblieben sind und bleiben – und diese Anderen stattdessen hauptsächlich oder gar ausschließlich mit den externalisierten Negativeffekten kapitalistischer Kolonialisierung leben müssen. Beziehungsweise sterben. Denn nicht hier, daheim, aber wohl da draußen sterben die Leut' – und zwar ganz real.

Soziologie, so ein von einem anderen Jenaer Mitstreiter, Hartmut Rosa, und meinem neuen Münchner Kollegen Armin Nassehi geprägtes Bonmot, sollte sich Problemen widmen, die die Gesellschaft auch dann hätte, wenn es die Soziologie nicht gäbe. Manchmal hat man umgekehrt den Eindruck, dass sich die Soziologie mit Problemen beschäftigt, die die soziale Welt auch gern hätte. So gesehen ist das Gute – wenn man das überhaupt so sagen darf – an der gegenwärtigen Krise und ihren politisch-medialen Konjunkturen, dass die »postlehmanbrothersianische« Zeit nicht nur ein verbreitetes, wie auch immer unbestimmtes gesellschaftliches Unbehagen am Kapitalismus mit sich gebracht hat. Sie hat zugleich, und darauf hat zuletzt auf dem Weltsoziologiekongress in Yokohama Ulrich Beck hingewiesen, den sozialen und eben auch den sozio-

logischen Sinn für globale Prozesse, Relationen und Interdependenzen geschärft. Das, was der Sozialpolitikforscher Hans Achinger einst, in anderem zeithistorischen Kontext, so treffend als »das Spiel mit dem Wegdenken« bezeichnet hat – so als könnte man die »guten alten Zeiten« des durch den nationalen Wohlfahrtsstaat eingehegten sozialen Kapitalismus zurückholen –, dieses Spiel ist heute schlichtweg nicht mehr möglich.

Keine Frage: Es ist zwar durchaus noch politisch-ideologisch möglich – die Presseparolen Anders Fogh Rasmussens kündigen davon ebenso wie die Politikangebote all der Alternativen für Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweden oder welche europäische Nation auch immer sich in ihrer relativen weltgesellschaftlichen Herrschaftsposition mittlerweile noch bedroht fühlen mag. Worum es mir geht ist: Das Spiel mit dem Wegdenken ist gesellschaftsanalytisch nicht mehr möglich. Wenn die Soziologie diese Unmöglichkeit internalisiert, dann ist damit zwar noch kein einziges soziales Problem der globalisierten Externalisierungsgesellschaft gelöst. Aber unsere Disziplin – dieses kleine »wir« sei mir an dieser Stelle ausnahmsweise und abschließend erlaubt – wäre jedenfalls auf der Höhe ihrer gesellschaftlichen Zeit.

## Plenarveranstaltungen

Plenum 1 - »Krieg und Gewalt«  
organisiert von Katharina Inhetveen und Thorsten Bonacker

# Jenseits des Ausnahmezustands

## Veralltäglichungsprozesse im Bürgerkrieg

Teresa Koloma Beck

*Beitrag zum Plenum 1 »Krieg und Gewalt« – organisiert von Katharina Inhetveen und Thorsten Bonacker*

In populären und wissenschaftlichen Debatten werden Kriege gemeinhin als Ausnahmezustand vorgestellt, als gewaltsame Abweichung vom »normalen« Gang der Dinge. Grundsätzlich etwas geändert hat daran weder die Arbeit an der Dekonstruktion des Mythos von der gewaltfreien Moderne, noch die mikrosoziologische Wende in der Konfliktforschung.<sup>1</sup> Die Konjunktur der Traumavokabel beispielsweise legt von dieser Persistenz beredt Zeugnis ab. Syrien, der Nordirak oder Afghanistan gelten als *Krisengebiete*. Und was einen von dort erreicht, erweckt den Eindruck, als sei dort der Alltag mit seinen Routinen durch Gewalt suspendiert.

Doch Kriege werden nicht an einem Tag entschieden; sie dauern Jahre, bisweilen Jahrzehnte. Aus der Psychologie wissen wir, dass Erfahrungen der Krisenhaftigkeit für den Einzelnen schnell zum Zusammenbruch führen (Schauer, Elbert, Neuner, 2005). Und soziologische Forschungen aus anderen Feldern zeigen, dass gerade auch unter widrigen Bedingungen eine Tendenz zur sozialen Produktion von »Normalität« zu beobachten ist – erinnert sei hier beispielsweise an Erving Goffmans Studien zu Insassen (Goffman, 1961). So liegt es nahe, dass auch bewaffnete Konflikte Alltag nicht verdrängen, sondern vor allem verändern. *Doch wie lässt sich eine solche Transformation von Alltäglichkeit unter den Bedingungen des Bürgerkriegs rekonstruieren?* Inwiefern ist eine Veralltäglichung des Krieges zu beobachten und wo liegen deren Grenzen? Wie stellt sich das Verhältnis von Krise und Routinen unter den Bedingungen eines Gewaltkonflikts dar? Diese Fragen stehen im Zentrum dieses Vortrags.

Ausgangspunkt ist die Beobachtung der mikrosoziologischen und mikropolitischen Konfliktforschung, dass dem Verhältnis von Krieg und Alltäglichkeit im Konfliktgeschehen der Gegen-

---

<sup>1</sup> Zum paradoxen Gewaltverhältnis moderner Gesellschaften siehe für einen Überblick (Koloma Beck, Schlichte 2014: 23–35) sowie ausführlich Bauman 1993; Baecker 1996; Mann 2005; Reemtsma, 2008. Zum mikrosoziologischen/-politischen Forschungsprogramm in der Konfliktforschung siehe beispielsweise King 2004; Kalyvas 2006; Weinstein 2007; Schlichte 2009.

wart besondere Bedeutung zukommt. Denn die Mehrzahl der Kriege heute sind innerstaatliche Konflikte. In diesen verschwimmt die Unterscheidung zwischen Kombattant/innen und Nicht-Kombattant/innen, zwischen Schlachtfeld und Hinterland, zwischen Kriegs- und Friedenszeiten. In der Konsequenz greift der Krieg in den Alltag aus (Trotha 1999: 89). In der empirischen Forschung jedoch bleibt das Verständnis davon, was »Alltäglichkeit« oder »Normalität« meint, vage. Häufig rückt der Begriff in seiner Bedeutung nahe an den des »Lokalen« heran oder wird sogar mit diesem gleichgesetzt. Studien zum Alltag des Bürgerkrieges sind dann Studien zu sozialen Dynamiken auf lokaler Ebene. In einer solchen Perspektive lässt sich jedoch das angesprochene Ausgreifen des Krieges in den Alltag konzeptuell nicht einfangen.

Im Folgenden werde ich zunächst ein alternatives Verständnis von Alltäglichkeit vorschlagen und dessen konzeptuelle Grundlagen skizzieren. Danach werde ich anhand einiger Beispiele aus eigener empirischer Forschung die Fruchtbarkeit dieser Perspektive illustrieren. Abschließend werde ich diskutieren, welche Einsichten über das Verhältnis von Alltäglichkeit und Ausnahmezustand, zwischen Routinen und Krise sich daraus ergeben. Empirischer Hintergrund der Überlegungen sind zwei Fallstudien zum Alltag des Krieges und des Nachkriegs mit längeren Feldforschungen in Angola und Mosambik.

## Alltag und Gewohnheit: Phänomenologische und pragmatistische Perspektiven

Damit komme ich zum theoretischen Rahmen: Im Rückgriff auf phänomenologische und pragmatistische Theoriefiguren<sup>2</sup> schlage ich vor, »Alltäglichkeit« nicht als Hinweis auf ein analytisches Disaggregationsniveau zu verstehen, sondern stattdessen als einen spezifischen Modus der *Erfahrung* – und zwar einen der durch leibliche Gewohnheitsstrukturen ermöglicht wird, die routinisierte und prä-reflexive Handlungsweisen erzeugen. So verstanden verweist der Begriff auf all jene Vollzüge menschlichen Lebens, die so selbstverständlich sind, dass sich kein Anlass zum Innehalten oder zur Reflexion bietet. In dieser Perspektive beschreiben die Begriffe »gewöhnlich«, »alltäglich« oder »normal« keine Eigenschaft der Dinge selbst. Nein, sie verweisen auf eine bestimmte Art und Weise, diese wahrzunehmen und zu erfahren. Ein solches Verständnis macht auf die Kontingenz von Alltags- oder Normalitätserfahrungen aufmerksam.

Und in diesem Licht lässt sich die Frage nach dem Alltag in und der Veralltäglichen von Bürgerkriegen präzisieren. Will man verstehen, wie Kriege in den Alltag ausgreifen, gilt es zu klären, *wie Krieg zu einer gewöhnlichen oder alltäglichen Erfahrung wird* (hierzu ausführlicher Koloma Beck 2012: 39–68; Koloma Beck 2016). Um diese Frage zu beantworten, müssen wir jedoch zunächst die Besonderheiten von Alltagserfahrungen genauer ins Auge fassen.

<sup>2</sup> Hier ist nicht der Ort, um auf die lebhaften Diskussionen zum Verhältnis von Pragmatismus und Phänomenologie näher einzugehen. Gemeinsam ist beiden die vor allem durch Henri Bergson inspirierte Hinwendung zur gelebten Erfahrung. Allerdings kritisiert insbesondere der Pragmatismus Deweyscher Prägung Bergsons vitalistischen Ansatz, der den Begriff des Handelns hinter den des Lebens zurücktreten lässt (zum Beispiel Dewey 1912) Für einen aktuellen Überblick zum Verhältnis beider Tradition aus Sicht der Soziologie siehe (Renn, Sebold, Weyand, 2012)

Die theoretische Auseinandersetzung mit diesem Thema begann im späten 19., frühen 20. Jahrhundert im Kontext von Lebensphilosophie und Phänomenologie in Europa sowie im zeitgleich in den USA entstehenden Pragmatismus. Diese Entwicklungen kann ich hier im Detail nicht vorstellen. Doch lassen sie sich mit Blick auf die vorliegende Fragestellung auf zwei Begriffe engführen: Habitualisierung und Anpassung.

Der in der Soziologie geläufige Begriff der *Habitualisierung* verweist darauf, dass alltägliche Vollzüge prä-reflexiv auf Grundlage leiblicher Gewohnheitsstrukturen ablaufen. In der phänomenologischen Tradition verbindet er sich vor allem mit dem französischen Philosophen und Arzt Maurice Merleau-Ponty (Merleau-Ponty, 1976). Inspiriert von Henri Bergson (Bergson, 1903) und Helmuth Plessner (Plessner, 1928) interessiert sich Merleau-Ponty für die Formierung von Gewohnheitsstrukturen durch *Wiederholung*. Wiederholung führt zur Physiognomisierung von Handlungsweisen mit dem Effekt, dass man über das *wie* der Handlung nicht mehr nachdenken muss und sich ganz deren Inhalt zuwenden kann. Daraus erklärt sich ihre Bedeutung im Alltag: Erst, wenn ich ein Fahrrad sicher zu führen weiß, kann ich mich auf den Straßenverkehr konzentrieren; nur wenn die Hände sich von selbst auf der Tastatur zurechtfinden, habe ich volle Aufmerksamkeit für das, was ich schreibe; oder, um auf den hier interessierenden Gegenstand zurückzukommen: Erst wenn ich eine Waffe wie im Schlaf zu handhaben weiß, kann ich effektiv zielen. In diesem Sinne stellen Habitualisierungen eine Wissensstruktur dar, jedoch eine, die nicht in einem »ich-weiß«, sondern in einem »ich-kann« ihren Ausdruck findet (Merleau-Ponty 1976:170). Wichtig ist, dass solche Gewohnheiten niemals nur den Körper, sondern immer auch das Bewusstsein betreffen – denn sie sind auf bestimmte Typen von Situationen zugeschnitten und damit an die Deutung von Situationen gebunden. Das Funktionieren dieser Gewohnheitsstrukturen ist also an spezifische Erwartungshorizonte gebunden.

Was aber geschieht, wenn sich Bedingungen ändern, beispielsweise, weil ein politischer Konflikt zu einem Krieg eskaliert? Wenn die handlungspraktische Relevanz von Gewohnheits- und Erwartungsstrukturen plötzlich in Frage steht? Genau diese Überlegungen spielten für die frühen Pragmatisten eine zentrale Rolle. Sie stellten sich die Frage, wie Menschen handlungsfähig bleiben angesichts einer sich beständig verändernden Umwelt. Und damit komme ich zum zweiten Begriff: dem der *Anpassung*.

Auch den Pragmatisten galten leibliche Gewohnheitsstrukturen – *habits* – als Grundlage alltäglicher Handlungsfähigkeit. Doch arbeiteten sie heraus, dass die Stabilität solcher Strukturen gerade aus ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit ergibt. Die praktische Relevanz der *habits* besteht also nicht nur darin, Handeln von der Koordination und Reflexion motorischer Abläufe zu befreien. Sie bilden auch eine Grundlage dafür, sich auf nicht-identische Umweltsituationen einstellen zu können – oder anders gesagt: sich *anzupassen*. Für die hier vorliegende Fragestellung entscheidend ist nun die Entdeckung, dass diese Anpassungsprozesse in der Regel schleichend und zäh verlaufen. Das Alltagsbewusstsein ist träge. Es deutet neue Situationen bevorzugt im Lichte des schon bekannten und ermöglicht so die Fortsetzung vertrauter, habitualisierter Praktiken. So wird Anpassung möglich und gleichzeitig die Erfahrung von Kontinuität und Identität reproduziert. Der Philosoph und Psychiater William James arbeitet heraus, dass dieser Mechanismus sogar in Situationen greift, die der externen Beobachterin als anomisch erscheinen mögen. Dank dieser »kreativen Trägheit« des Alltagsbewusstseins bleibt die Erfahrung radikaler Anomie empirisch ein Ausnahmefall.



Beide Theorietraditionen – die phänomenologische wie die pragmatistische – legen nahe, dass die Reproduktion von Alltäglichkeit zu erwarten ist. Und zwar gerade auch angesichts »dramatischer« Veränderungen. Denn leibliche Gewohnheitsstrukturen und die Reproduktion vertrauter alltäglicher Vollzüge vermitteln die Erfahrung von Identität. Alltägliche Vollzüge orientieren und stabilisieren. Das macht sie hochrelevant – und gleichzeitig hochbrisant: Menschliches Leben braucht die Erfahrung von Alltäglichkeit – und genau deshalb wird Alltäglichkeit beständig produziert, und zwar auch und gerade unter Bedingungen, die irritieren und verunsichern. Die Logik des Alltags erzeugt eine Tendenz zur handlungspraktischen Anpassung an Umweltbedingungen *unabhängig* von deren normativer Bewertung. Die Gewohnheit, bemerkt Marcel Proust, ist eine Umzugskünstlerin (zitiert in Waldenfels 2009: 98).

### Beispiele aus dem Bürgerkrieg in Angola (1975 – 2002)

Wie lassen sich diese Überlegungen nun für eine Analyse von Alltag und Prozessen der Veralltäglichung im Bürgerkrieg nutzbar machen? Die vorgestellte Perspektive lenkt den Blick auf die Produktion, Reproduktion und Transformation habitualisierter Vollzüge sowie auf die Erwartungshorizonte, in deren Kontext sie sich stellen. Und sie fragt, wie sich beides unter den Bedingungen des Krieges verändert.

Nun sind die Auswirkungen von Kriegen vielfältig. Gemeinsam ist jedoch allen Kriegskontexten die Gewalt. Gerade in langanhaltenden bewaffneten Konflikten findet Gewalt Eingang in den Erwartungshorizont alltäglicher Praxis und verändert so habitualisierte Handlungsmuster. Allerdings verlaufen diese Anpassungsprozesse, abhängig vom Gewaltverhältnis der Akteure verschieden (vergleiche Koloma Beck 2011): Armeen und bewaffnete Gruppen müssen die Bereitschaft, Gewalt auszuüben, auf Dauer stellen. Sie wirken gezielt auf die Gewohnheitsstrukturen ihrer Kombattant/-innen ein, um »Kampffähigkeit« zu erzeugen. Darüber hinaus werden Routinen der Verarbeitung von Gewalterfahrung als Opfer oder Beobachter implementiert. Für die sogenannte Zivilbevölkerung hingegen geht es um die Aufrechterhaltung basaler Alltagsaktivitäten angesichts des Risikos Gewalt zu erleiden. Im ersten Fall geht es also um die gezielte Habitualisierung von Gewalthandeln. Im zweiten um eine Anpassung bestehender Alltagsvollzüge dergestalt, dass unter den Bedingungen von Kriegsgewalt Subsistenzaktivitäten fortgesetzt werden können. Beide Dynamiken tragen zu einer Veralltäglichung der Kriegssituation im eben beschriebenen Sinne bei. Im Folgenden will ich skizzieren, wie sich dies im Bürgerkrieg in Angola darstellte, zunächst mit Blick auf die Kombattant/-innen, danach mit Blick auf die Nicht-Kombattant/innen.

### Habitualisierung: Veralltäglichung der Kriegsgewalt bei Kombattant/-innen

Was die Kombattant/-innen betrifft, habe ich mich vor allem mit der Rebellenarmee UNITA beschäftigt. Diese entwickelte sich im Laufe der achtziger Jahre von einer militärisch fast geschlagenen Busch-Guerilla zu einer mehr als 20.000 Mitglieder starken Gruppe mit quasi-staatlichen Strukturen. Um die Ausübung von Gewalt verlässlich reproduzierbar zu machen, setzte UNITA –

wie im Militär üblich und bewährt – auf Trainingsregime. Diese sollten Gewalthandlungen *habitualisieren* und Resilienz gegenüber Gewalterfahrungen erzeugen. Geübt wurde nicht nur die praktische Handhabung von Kriegsgerät wie das Laden, Zielen und Abfeuern von Waffen, sondern auch andere wichtige Abläufe wie etwa plötzliche Aufbrüche bei Nacht oder andere schnelle Ortswechsel. So wurden sie Teil der leiblichen Gewohnheitsstruktur, des körperlichen Gedächtnisses und konnten im Bedarfsfall ohne großen Reflexions- und Koordinationsaufwand aktiviert werden.

Allerdings ist die »Herstellung von Kampffähigkeit« allein durch *Habitualisierung* nicht erklärt. Denn Kämpfen und Töten ist in allen Kulturen Regeln unterworfen und mit Tabus belegt; deshalb bringt man es Menschen nicht bei wie Radfahren oder Maschineschreiben. Deshalb war das übende Lernen der Kombattant/-innen eingebunden in Prozesse, die auf die *Anpassung* an das Leben als Soldat zielten.

Den Ausgangspunkt hierfür bildete die Praxis der Zwangsrekrutierung, über die UNITA ihren Bedarf an Mitgliedern deckte und die einen Erfahrungsbruch inszenierte. Jungen und junge Männer, aber auch Mädchen und junge Frauen wurden aus ihren Dörfern geholt, manchmal auch an Straßensperren gefangen genommen und in UNITAs informelle Hauptstadt Jamba oder in andere Basen gebracht. In den Regionen, in denen UNITA über längere Zeit Gebietskontrolle ausübte, verlief dieser Prozess nach und nach geordneter. Es bildeten sich Interaktionsmuster zwischen der bewaffneten Gruppe und der Zivilbevölkerung heraus, und das »Ausheben« von Rekruten wurde ein organisierter Prozess, in dem UNITA-Vertreter und lokale Führer kooperierten. Entscheidend ist, dass diese Praxis für die Rekruten in jedem Fall einen deutlichen Kontinuitätsbruch produzierte: zum einen durch den Zwangscharakter selbst – der erhalten blieb auch wenn der Prozess selbst organisierter wurde – ; und zum anderen durch die Verbringung der Rekruten in militärische Basen, die weit von ihren Heimatorten entfernt waren, und bisweilen auf tage- oder wochenlangen Fußmärschen erreicht werden mussten.

An diese Diskontinuitätserfahrung knüpften dann jedoch Prozesse an, die – nun im veränderten Kontext – Erfahrungen des Vertrauten reproduzieren sollten. So bettete UNITA ihre Mitglieder in ein quasi-ziviles Leben ein. »*Arma, enchada e lápiz*« lautet das Motto – »Waffe, Hacke und Stift«, dies seien die Instrumente der UNITA-Kombattantin und des UNITA-Kombattanten. Die waren eben nicht nur Kämpfer/-innen, sondern musste zwischen den Einsätzen und Übungen auf dem Feld arbeiten und Schulunterricht besuchen. Hinzu kam, dass die UNITA-Führung auf die Einbettung ihrer Kombattant/-innen in eine Familie bestand. Von jeder und jedem wurde erwartet, zu heiraten und Kinder zu bekommen – wer dieser Erwartung nicht nachkam, wurde gezwungen. Dies ist auch der Hauptgrund dafür, dass UNITA nicht nur Jungen sondern auch Mädchen zwangsrekrutierte. Indem die Kombattant/-innen in den Militärbasen – unter Aufsicht der UNITA-Führung – bekannte, »zivile« Alltagstätigkeiten ausübten, wurde die alltagskonstituierende Erfahrung des Vertrauten aufs neue erzeugt. So wurde *Anpassung* an das Leben als Soldat möglich und Resilienz gegenüber systematischen Gewalterfahrungen produziert.

## Verteidigung des Alltags: Anpassung bei den Nicht-Kombattant/-innen

Bei den Nicht-Kombattantinnen und Nicht-Kombattanten führte der Krieg – anders als es vor allem mediale Berichte nahelegen – nicht zum Bruch oder Abreißen alltäglicher Routinen. Stattdessen sind vor allem graduelle Anpassungsprozesse zu beobachten: Routinen wurden so verändert, dass subsistenznotwendige Aktivitäten auch unter den Bedingungen des Krieges aufrechterhalten werden konnten, dass das Erleiden von Gewalt vermieden wurde (dazu ausführlich Koloma Beck 2012:121–42). Dabei lassen sich verschiedene Anpassungsdynamiken unterscheiden, und zwar mit Blick auf die Art der Gewaltdrohung, auf die sie reagieren.

Da waren zum einen Veränderungen, die auf die Vermeidung von wahlloser Gewalt (*indiscriminate Violence*) zielten. Zeitliche und räumliche Muster von Alltagshandlungen, insbesondere Feldarbeit oder Marktgänge, wurden dem Rhythmus des Krieges angepasst. Zur Illustration eine Geschichte aus Huambo: Dort erzählte mir ein junger Mann von seiner Mutter. Im Ton der Verständnislosigkeit berichtete er, dass diese täglich zweimal zum Markt ginge: einmal am Morgen, um die Zutaten für das Mittagessen zu kaufen, und ein zweites Mal am Nachmittag, um Essen für den Abend zu besorgen. Einst hatte er sie gefragt, warum sie nicht gleich am Morgen das Essen für den ganzen Tag kaufe. Nach einigem Überlegen hatte sie sich erinnert, sich diese Vorgehensweise während der schlimmsten Zeit des Krieges Anfang der neunziger Jahre angewöhnt zu haben. Damals war die Stadt ein Jahr lang belagert worden. In dieser Zeit der Not und Unsicherheit war es unmöglich, am Morgen schon an den Abend zu denken, den man vielleicht gar nicht erleben würde. Man dachte nur von einer Mahlzeit zur nächsten. Nach dem Ende des Krieges hatte die Mutter die damals angenommene »Gewohnheit« einfach fortgesetzt — ohne je darüber nachzudenken.

Doch veränderten sich habitualisierte Alltagspraktiken nicht nur aufgrund der Bedrohung durch wahllose Gewalt, sondern auch in Reaktion auf personalisiertere Gewaltdrohungen (*discriminate Violence*). Beide Kriegsparteien entwickelten Techniken, Unterstützer der Gegenseite zu identifizieren und zu bestrafen. Dies führte dazu, dass Alltagsvollzüge so verändert wurden, dass man vermied, von einer der Kriegsparteien als »einer von den Anderen« angesehen zu werden. Besonders deutlich wurde dies in einem Dorf, das lange Zeit im Grenzgebiet zwischen von UNITA und der angolanischen Armee gelegen hatte. Die Bewohner fühlten sich permanent von beiden Kriegsparteien beobachtet. Als Reaktion darauf begannen sie, jede Form der Gruppeninteraktion in der Öffentlichkeit zu vermeiden — vom traditionellen Dorfrat bis hin zum kurzen Schwatz auf der Straße. Und zwar weil sie fürchteten, Menschenansammlungen würden als feindliche Konspiration gedeutet werden. Eine andere wichtige Veränderung betraf die Sprache. Weil man immer und überall Denunziationen fürchten musste, entwickelte sich ein hochkodiertes Idiom, in dem kaum noch etwas bei seinem eigentlichen Namen genannt wurde. Neben dieser Reorganisation bestehender Gewohnheitsstrukturen angesichts wahlloser und personalisierter Gewaltdrohungen spielt für die Veralltäglichung der Kriegsgewalt bei Nichtkombattant/-innen noch ein drittes Element eine wichtige Rolle: nämlich Strukturen der kollektiven Verarbeitung von Viktimisierungs-Erfahrungen. Hierbei kam existierenden religiösen oder rituellen Praktiken eine wichtige Rolle zu. Bisweilen jedoch entstanden auch neue kollektive Rituale aus einer gegebenen Situation heraus.

Die beschriebenen Anpassungen leiblicher Gewohnheitsstrukturen waren unmittelbar lebenssichernd. Und zwar nicht nur, weil sie im Erfolgsfall das Risiko, Gewalt ausgesetzt zu sein, verringerten. Sondern vor allem auch deshalb, weil sie die Fortsetzung lebenssichernder Alltagsaktivitäten ermöglichten, insbesondere die basale Versorgung mit Lebensmitteln durch landwirtschaftliche Tätigkeit und/oder Handel. In der Konsequenz hatten sie so jedoch noch eine dritte wichtige Wirkung: In einem Kontext, der von vielerlei Zwangsstrukturen gekennzeichnet war, erzeugten sie die Erfahrung der *Wirksamkeit* eigenen Handelns, die Erfahrung von *Gestaltung* persönlichen Lebens. In den Interviews wurde dies besonders deutlich immer dort, wo von der Ingangsetzung von Alltagsvollzügen wie von einer Heldentat berichtet wurde – der Rundgang durchs eigene Haus in der verbotenen Stadt; zwangsumgesiedelte Bauern, die trotzdem zu ihren Äckern zurückkehren; ein junger Mann berichtete sogar, wie er gemeinsam mit einigen Freunden im besetzten Kuito, in dem Scharfschützen die Straßen kontrollierten und die verbliebenen Bewohner langsam verhungerten, Schulunterricht organisiert hatte. Die Bedeutung dieser Alltagshandlungen erschließt sich oft kaum noch aus ihrem unmittelbaren praktischen Nutzen. Wichtiger ist, dass auf diese Weise im Tätigsein das Normgedächtnis der Nicht-Kriegsgesellschaft lebendig- und wachgehalten wurde. Die kompetente Ausübung vertrauter Handlungsweisen erzeugte die Erfahrung von Kontinuität und *Agency* und wurde so zu einer Quelle der Resilienz.

## Grenzen der Veralltäglichung

Neben den vielfältigen und kreativen Formen der Anpassung an die Kriegssituation wurden in der Forschung jedoch auch die Grenzen und Bruchlinien solcher Prozesse deutlich. Charakteristisch für als krisenhaft beschriebene Situationen ist dabei das Motiv der Selbst-Entfremdung. »Sich selbst nicht wiederzuerkennen«, »sich selbst verloren zu haben«, »seine Menschlichkeit verloren zu haben« – so beschreiben die Gesprächspartner/-innen Ausnahme-Situationen.

Interessant ist nun, dass sich die so beschriebenen Krisenerfahrungen sich nicht vornehmlich auf besonders intensive Formen gewaltsamer Interaktion beziehen. Typische Kontexte sind stattdessen anhaltende Situationen extremer Entbehrung oder extremer sozialer Kontrolle, wie sie sich beispielsweise in den belagerten und besetzten Städten entwickelten, aber auch im Kontext von Zwangsumsiedlungen bäuerlicher Populationen in städtische Notunterkünfte. Hunger und die Angst vor Denunziation ließen Menschen in diesen Situationen Dinge tun, die mit ihrem Bild von sich selbst und ihren Vorstellungen von sozialem Zusammenleben unvereinbar waren – zu Situationen also, in denen das Alltagsbewusstsein die Kluft zwischen Umweltveränderung und Gewohnheitsstrukturen durch konservative Deutung nicht mehr überbrücken konnte.

Die Anlässe für ein solches krisenhaftes Auseinandertreten waren vielfältig. Anhaltende Situationen extremer Entbehrung, wie sie sich etwa in den belagerten Städten entwickelten, wo es an Nahrung und Trinkwasser fehlte, waren ein typischer Kontext. Selbstentfremdung wurde hier getrieben durch die physische Auszehrung, aber auch dadurch, dass die Menschen in dieser Not Dinge taten, die mit ihren Werten, ihrem Bild von sich selbst und ihren Vorstellungen

von sozialem Zusammenleben unvereinbar waren. Normalitätsbrüche sind aber auch in anhaltenden Situationen extremer sozialer Kontrolle und Denunziation zu beobachten, wie sie beispielsweise im belagerten Huambo gegeben war. Die größte Gefahr ging hier nicht von fremden Feinden aus, sondern von den Personen, die einem am nächsten standen, insbesondere von Familienmitglieder und Nachbarn. Diese Situationen erlaubten eine Verschränkung der Dynamik des politischen Konfliktes mit interpersonellen Konflikten und erzeugten so extrem personalisierte Gewaltdrohungen. Darüber hinaus produzierte die Angst vor Denunziation Erfahrungsbrüche, weil sie zu Verhaltensweisen führte, die als extrem artifiziell erlebt wurden, in einigen Fällen auch zum vollständigen Rückzug in die eigenen vier Wände. Die anhaltende Unmöglichkeit, vertraute, habitualisierte Praktiken ausüben zu können, war eine weitere wichtige Ursache von Erfahrungsbrüchen. Mit dieser Unmöglichkeit waren jene konfrontiert, die sich im besetzten Huambo in ihrem eigenen Haus versteckt hielten. Noch deutlicher trat dies jedoch in Interviews mit Bauern hervor, die gegen Ende des Krieges in städtische Zentren zwangsumgesiedelt wurden, um die Rebellen zu schwächen, und die dort ihre Tage tatenlos in improvisierten Sammelunterkünften zubringen mussten.

Für Nicht-Kombattant/-innen gab es darüber hinaus noch einen letzten wichtigen Kontext von Erfahrungen der Selbstentfremdung, nämlich die Ausübung von Gewalt: Unter den Bewohnern der belagerten Städte beispielsweise wurde bisweilen um einen Laib Brot oder ein Glas Maismehl bis aufs Blut gekämpft. Während bei den Kombattant/-innen die Erzeugung von Resilienz gegenüber Gewalterfahrungen als Täter fester Bestandteil der Organisationspraxis war, standen im Milieu der Nicht-Kombattant/-innen keine Mechanismen bereit, mit solchen Erfahrungen umzugehen. Die zuvor angesprochenen kollektiven *Coping*-Strategien im Kontext religiöser oder anderer Rituale bezogen sich allein auf die Erfahrung von Gewalt als Opfern. »Zivilisten«, die zu Tätern geworden waren, standen weder Rechtfertigungsordnungen noch kollektive Praxen bereit, eine solche Erfahrung zu integrieren. In diesem Kontext konnte die Ausübung von Gewalt zur traumatisierenden Erfahrung im engeren Sinne werden.

## Zwischen Alltag und Ausnahmezustand

Welche Schlüsse lassen sich nun aus dieser Diskussion für die politische Soziologie des Bürgerkrieges ziehen, insbesondere mit Blick auf das Verhältnis von Alltag und Ausnahmezustand?

*Erstens*, legt die Analyse nahe, dass die Grenzen der Alltäglichkeit und die Intensität von Ausnahmeerfahrungen nicht primär durch Formen und Intensität der Gewalt bestimmt sind. Ob etwas als alltäglich oder außeralltäglich erlebt wird, hängt davon ab, ob und inwiefern in der gegebenen Situation Gewohnheitsstrukturen reproduziert werden können. Entscheidend ist, inwieweit das, was als alltägliches Leben gilt, um die Kriegsgewalt herum re-organisiert werden kann und sich mit bestehenden Wahrnehmungs- und Denkschemata zusammenbringen lässt. So kann die drohende Verhaftung in einer besetzten Stadt, die keinerlei *Marge de Manoeuvre* lässt, oder auch die Zwangsumsiedlung aus einem bäuerlichen Kontext in eine Notunterkunft, zu einer größeren Belastung werden als wiederkehrender Mörserbeschuss in einer ländlichen Gegend, wo es Raum für Ausweichen und Anpassung gibt.

Daraus ergibt sich, *zweitens*, dass Normalitätsbrüche immer vor dem Hintergrund spezifischer Vorstellungen und Praktiken von Alltäglichkeit entstehen. Diese variieren von Kontext zu Kontext. So ist die bisweilen erstaunliche Resilienz von Nicht-Kombattant/innen in Angola nur vor dem Hintergrund des eben erst zu Ende gegangenen portugiesischen Kolonialismus zu verstehen, der ebenfalls durch gewaltförmige Herrschaft gekennzeichnet war.

*Drittens* macht die Diskussion darauf aufmerksam, dass die soziale Ordnung »Krieg« nicht einfach durch das gewaltsame Agieren von Armeen und Rebellen entsteht, denen sich die Zivilbevölkerung passiv ausliefert. Bewaffnete Konflikte erzeugen Aktivität; und zwar nicht nur bei den Kämpfern, sondern auch bei den Nicht-Kombattant/-innen, die sich – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne – ihr Leben durch den Krieg nicht nehmen lassen wollen. Im Wechselspiel von gewaltsamer Intervention und kreativer Anpassung, kann eine relativ stabile Gewaltordnung entstehen, die allein durch einen Friedensvertrag nicht aus der Welt schaffen ist.

## Literatur

- Baecker, D. 1996: Gewalt im System. Soziale Welt, 47. Jg., Heft 1, 92–109.
- Bauman, Z. 1993: Modernity and the Holocaust. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Bergson, H. 1903 [1896]: Matière et mémoire. Essai sur la relation du corps à l'esprit. Paris: Félix Alcan.
- Dewey, J. 1912: Perception and Organic Action. In The Journal of Philosophy, Psychology and Scientific Methods, Jg. 9, Heft 24, 645–68.
- Goffman, E. 1961: Asylums. Essays on the social situation of mental patients and other inmates. New York: Doubleday.
- Kalyvas, S. N. 2006: The logic of violence in civil war. Cambridge; New York: Cambridge University Press.
- King, C. 2004: The micropolitics of social violence. World Politics, 56. Jg., Heft 3, 431–55.
- Koloma Beck, T. 2011: The eye of the beholder. Violence as a social process. International Journal of Conflict and Violence, 5. Jg., Heft 2, 346–56.
- Koloma Beck, T. 2012: The normality of civil war. Armed groups and everyday life in Angola. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Koloma Beck, T. 2016: Krieg und Gewohnheit. Phänomenologische und pragmatistische Perspektiven auf verkörpertes Gedächtnis in Bürgerkriegen. In O. Dimbath, M. Heinlein, L. Schindler (Hg.), Der Körper als soziales Gedächtnis. Wiesbaden: Springer VS.
- Koloma Beck, T., Schlichte, K.: 2014. Theorien der Gewalt zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Mann, M. 2005: The dark side of democracy. Explaining ethnic cleansing. Cambridge: Cambridge University Press.
- Merleau-Ponty, M. 1976. Phénoménologie de la perception. Paris: Gallimard. [Original edition 1945].
- Plessner, H. 1928: Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die philosophische Anthropologie. Berlin: de Gruyter.
- Reemtsma, J.P. 2008. Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne. Hamburg: Hamburger Edition.
- Renn, J., Sebald, G., Weyand, J. 2012: Lebenswelt und Lebensform. Zum Verhältnis von Phänomenologie und Pragmatismus. Weilerswist: Velbrück.
- Schauer, M., Elbert, T., Neuner, F.: 2005. Narrative exposure therapy. A short-term intervention for traumatic stress disorders after war, terror, or torture. Toronto: Hogrefe & Huber.
- Schlichte, K. 2009. In the shadow of violence. The micropolitics of armed groups. Frankfurt am Main, New York: Campus.

- Trotha, T. V. 1999. Formen des Krieges. Zur Typologie kriegerischer Aktionsmacht. In S. Neckel, M. Schwab-Trapp (Hg.), Ordnungen der Gewalt. Beiträge zur politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen: Leske+Budrich. 71–95.
- Waldenfels, B. 2009. Ortsverschiebungen, Zeitverschiebungen. Modi leibhaftiger Erfahrung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Weinstein, J.M. 2007: Inside rebellion. The politics of insurgent violence. Cambridge, New York: Cambridge University Press.

Plenum 2 »Disruptiver sozialer Wandel«  
organisiert von Martina Löw und Hartmut Rosa



# Die Ordnung der Dramatisierung

Disruptiver sozialer Wandel im Lichte soziologischer Zeitdiagnostik

Oliver Dimbath

*Beitrag zum Plenum 2 »Disruptiver sozialer Wandel« – organisiert von Martina Löw und Hartmut Rosa*

Soziologische Zeitdiagnostik, gleichzusetzen mit Gegenwarts- oder Gesellschaftsdiagnostik, wird immer wieder als ein ›Genre‹ und damit als eine besondere Gattung soziologischer Literatur bezeichnet (zum Beispiel Schimank 2007). Ihr Gegenstand ist die Beschreibung, Bestimmung und Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation, wie es zu ihr gekommen ist und manchmal auch, wie es weitergeht. In der Regel wird dabei *ein* soziales Phänomen in den Mittelpunkt gerückt. Zeitdiagnosen sind besonders leicht zu erkennen, wenn sie eine spezifische Verbindung mit dem Wort ›Gesellschaft‹ im Titel führen. Der beige stellte Begriff benennt dann das besondere Charakteristikum der als prägnant ermittelten sozialen Situation: *Dienstleistungsgesellschaft*, *Informationsgesellschaft*, *Risikogesellschaft*, *Erlebnisgesellschaft*, *Netzwerkgesellschaft*, aber auch *Spaßgesellschaft*, *Stressgesellschaft* oder neuerdings eine Gesellschaft der *Angst*. Zeitdiagnostische Motive finden sich auch in Titelkonstruktionen, die grundlegende Prozesse sozialen Wandels wie zum Beispiel Technisierung, Entfremdung oder Beschleunigung ausmachen, in der Benennung von Wesensmerkmalen etwa beim ›flexiblen Menschen‹ oder beim ›erschöpften Selbst‹ sowie schließlich beim Ausrufen einer an einer neuen Generation festgemachten Grundorientierung. Beispiele hierfür sind die skeptische Generation, die 1968er oder Generation Golf, X, Y oder @ (Dimbath 2016).

Vielen dieser Diagnosen liegt eine Vorannahme zugrunde, die Bestandteil des soziologischen Kultursediments geworden zu sein scheint. Sie besteht in dem für die moderne Gesellschaft typischen und für selbstverständlich genommenen Wissen, dass sich die soziale Welt bzw. die gesellschaftliche Ordnung im Laufe der Zeit verändern kann. Fragt man nicht nach den *Voraussetzungen* zeitdiagnostischer Aussagen, erscheinen sie zunächst als in der Regel auf Gemeinverständlichkeit angelegte Gesellschaftstheorien, indem sie Mutmaßungen über den Zustand und den Wandel gesellschaftlicher Ordnung anstellen. Nicht immer gehen sie dabei wissenschaftlich in dem Sinne vor, dass sie die in ihnen entwickelten Ideen an die bereits vorliegende Literatur

anschließen bzw. sie einer strengen empirischen Prüfung unterziehen. Spätestens dann werden sie zum Ärgernis für diejenigen, die den Auftrag erhalten, die Plausibilität ihrer Aussagen wissenschaftlich nachzuvollziehen.<sup>1</sup>

Zwar werden Zeitdiagnosen von unterschiedlichen Disziplinen hervorgebracht, das Fach Soziologie scheint jedoch in besonderem Maße zu diesem ›Genre‹ berufen zu sein. Wenn Soziologinnen und Soziologen als Experten für gesellschaftliche Probleme identifiziert werden, sind sie die ersten Adressaten bangen Fragens, ob die Menschen wirklich immer einsamer und depressiver werden, ob die Computer bald die Kontrolle übernehmen oder ob der Gesellschaft tatsächlich die Arbeit ausgeht.

Verglichen mit dem gewaltigen Aufkommen an Zeitdiagnosen, gibt es vergleichsweise wenige Initiativen, das an der Schnittstelle von Wissenschaft und Publizistik liegende Genre mit wissenssoziologischem Interesse zu untersuchen. Und selbst wenn eine solche Meta-Analyse angestrebt wird,<sup>2</sup> bleibt es nicht immer dabei, Erzeugnisse dieser Textgattung sachlich-neutral als Datenkorpus zu analysieren, ohne sogleich in den Gestus des Rezensierens und damit einer inhaltlichen Bewertung zu verfallen (zum Beispiel Osrecki 2011). Dabei sind Zeitdiagnosen im Hinblick auf ihre Rezeption und Wirkung ebenso unspezifisch wie hinsichtlich der von ihnen aufgeworfenen Fragen und Problemstellungen. Eines aber scheint den meisten gemeinsam zu sein: Sie akzentuieren eine grundlegende gesellschaftliche Strukturveränderung.

Es liegt daher nahe, die Begriffe der Krise und des disruptiven sozialen Wandels in ebendiesem Zusammenhang zu stellen. Da Zeitdiagnosen ohne eine handfeste Veränderungs- und Krisenerzählung wenig Gehör finden, soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, Gemeinsamkeiten solcher Diagnosen herauszuarbeiten. Mit Blick auf den sozialen Wandel werden drei typische Figuren vorgestellt, von denen jede auf eine bestimmte Form der Krise verweist. Eine weitere Gemeinsamkeit von Zeitdiagnosen ist die Konstruktion einer gesellschaftlichen Kontrastvergangenheit. Auch hier lassen sich drei unterschiedliche Varianten erkennen, mit deren Entwicklung dieser Beitrag schließt.

## Disruptiver sozialer Wandel und soziale Vergesslichkeit

Der Soziologiekongress 2014 hat sich den Begriff der *Krise* zum Thema gewählt; unter anderem wird hier über *disruptiven sozialen Wandel* diskutiert. Beiden Konzepten wohnt ein deutliches Dramatisierungspotential inne, wie es auch in Zeitdiagnosen zu finden ist. Die Vorstellung einer nüchtern beschreibenden Zeitdiagnose, die nur der Selbstvergewisserung eines Kollektivs dient, erscheint ohnehin etwas ungewohnt. Die Architektur zeitdiagnostischer Argumente ist in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass ein neues Ordnungs- oder Unordnungsmoment ausgewiesen und ein entsprechender Übergang von einem älteren Ordnungszustand zu einem neueren beschrieben wird. Gleichgültig, ob das nun schleichend und unbemerkt im Sinne eines evolutio-

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu zum Beispiel Axel Honneth (1995: 7): »Kaum ein theoretisches Unternehmen wird heute voreiliger und unbesonnener betrieben als das der Zeitdiagnose.«

<sup>2</sup> Projekte, die einem solchen Interesse folgen, wurden von Uwe Schimank und Ute Volkmann (2007; 2006) sowie von Alexander Bogner (2012) durchgeführt.

nären Anpassungsprozesses oder eruptiv als Revolution vonstattengeht – in jedem Fall handelt es sich um eine Krise der gesellschaftlichen Ordnung.

Das Wort ›Krise‹ ist ein temporaler Begriff.<sup>3</sup> Seit Auguste Comte, der die Soziologie als Krisenwissenschaft bezeichnete, dient Krise »zur weitreichenden Bezeichnung tiefgreifender kultureller und gesellschaftlicher Erschütterungen und Umwälzungen, stark beschleunigter Wandlungsprozesse, die mit Gefahren der Auflösung von Moral und Ordnung, aber auch mit Chancen einer rationalen Gestaltung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse verbunden waren« (Hillmann 2007: 467). Aus dieser Begriffsbestimmung geht hervor, dass man die Krise nicht als einen singulären *Zeitpunkt* verstehen kann. Vielmehr bezeichnet der Begriff ein oft nicht näher bestimmtes Zeitintervall, in dem vor allem eines stattfindet: eine Destabilisierung bislang für stabil gehaltener Erwartbarkeiten – vulgo: Strukturen.

Beim disruptiven sozialen Wandel denkt man an so plötzliche wie grundlegende Veränderungen. Arnold Gehlen (1963: 72) hat eine solche Strukturveränderung nur mit katastrophalen Ereignissen wie Kriegen oder Revolutionen verbunden. Ansonsten seien soziale Strukturen weitestgehend stabil und bestenfalls einer sehr langsamen Veränderung unterworfen. Die Institutionalisierungstheorie von Peter Berger und Thomas Luckmann (1989) beschreibt die langsame Veränderung sozialer Strukturen im Verlauf eines immer wieder nicht identisch, sondern ähnlich durchgeführten Handelns, dessen Vollzug irgendwann zum selbstverständlich vorausgesetzten Verhaltensrepertoire gehört. Gleichgültig wie abrupt, eruptiv oder auch nur schleichend die Veränderung gesellschaftlicher Ordnung vonstattengeht – sie ist *immer* disruptiv in dem Sinn, dass die alte Struktur überschrieben, zerstört und vergessen wird.

Generell scheint der Zeitdiagnostik eigen zu sein, dass sie, wenn sie Krisenphänomene entdeckt, bei ihrer Adressatengruppe erst einmal ein Bewusstsein für die jeweilige Krisensituation schaffen muss. Es ist eine der Chancen aber auch der Bürden soziologischer Forschungsarbeit, dass sich viele soziale wie gesellschaftliche Prozesse der unmittelbaren Erlebbarkeit bzw. der alltäglichen Wahrnehmung entziehen. Wer den Diagnosen nicht folgen will oder ihren Indizienketten keinen Glauben schenkt, kann sie mit der Feststellung abtun, hier werde doch eine Krise herbeigeredet. Nur sehr selten fällt, wie 1986 beim Erscheinen von Ulrich Becks Risikogesellschaft, eine soziologische Krisendiagnose mit einer thematisch korrespondierenden Katastrophe zusammen. Der Erfolg von Zeitdiagnosen bemisst sich im Normalfall daran, ob es ausreichend alltagsweltlich nachvollziehbare Indizien für den behaupteten Wandel gibt. Sozialtheoretisch relevant wird die Diagnose dann, wenn der aus den Indizien abgeleitete Gesamtprozess auf eine Vielzahl gesellschaftlicher Teilbereiche bezogen werden kann (hierzu Osrecki 2011). Die Existenz von Netzwerken lässt sich ebenso gut in der alltäglichen Lebensführung nachvollziehen wie das Motiv der Beschleunigung. Aufgabe der Diagnostiker ist es aber dann, ein plausibles Deutungs- und Syntheseangebot zu machen, vermittels dessen viele kleine Störungen des Alltagslebens in der Summe als gesellschaftliche Strukturkrise erfahren werden können. Ihre Funktion ist es somit, sedimentierte Strukturzusammenhänge wieder bewusst zu machen und dadurch Steuerungspotenziale zu schaffen. Generell gilt, dass sehr viele Routinen des Zusam-

---

<sup>3</sup> Diese Einsicht entfaltet Klaus Lichtblau (1991) in seiner modernitätstheoretischen Rekonstruktion der soziologischen Zeitdiagnostik.

menlebens der sozialen Vergesslichkeit anheimfallen.<sup>4</sup> Anders gesagt *erinnern* Zeitdiagnostiker dann an eine alte Ordnung, wenn sie vermuten, dass diese durch eine neue Ordnung unwiederbringlich abgelöst wird.

## Struktur- und Epochenbruch als Diagnosesemantiken

Die bisherige Wortwahl war darum bemüht, jeden Eindruck eines naiven Realismus zu vermeiden. Mancher Zeitdiagnostiker mag vor den Kopf gestoßen sein, wenn nicht von faktischen, sondern von wahrgenommenen Strukturveränderungen, nicht von Entdeckung, sondern von Erinnerung die Rede ist. Darüber hinaus ist mit Erinnerung nicht gemeint, dass etwas, das einmal da gewesen ist, wieder hervorgezogen werden könnte. Vielmehr geht es darum, dass bestimmte Erfahrungen zur Rekonstruktion vergangenen Erlebens herangezogen werden. Und schließlich wird hier ein Krisenkonzept zugrunde gelegt, das weniger faktisch-katastrophisch als vielmehr narrativ zu verstehen ist.

Eine wissenssoziologische Perspektive auf die Beschreibung gesellschaftlicher Strukturkrisen will die Zeitdiagnostik jedoch keinesfalls enteignen. Ihr Verdienst für Störungen zu sensibilisieren, Selbstverständliches zu hinterfragen und gesellschaftliche Strukturphänomene zur Diskussion zu stellen steht nicht in Abrede. Gerade die soziologische Zeitdiagnostik wird auch weiterhin als Seismograph für Prozesse sozialen Wandels Forschungsarbeiten inspirieren. Wenn man sich aber an der Art und Weise der Präsentation, an ihrer Ungenauigkeit, an den vergleichsweise groben Argumentationslinien, an den bisweilen großen Gesten und vor allem daran stört, dass man diese Analysen nicht vollends ins Feuilleton verbannen kann, deutet dies darauf hin, dass offenbar noch kein geeignetes Interpretationswerkzeug zur Verfügung steht. Gelingt es, zentrale Argumentationsstrukturen der Zeitdiagnostik transparent zu machen, kann man mit diesem hybriden Genre aus Sicht der Wissenschaft gelassener und mit Gewinn umgehen. Zunächst bietet es sich bei der Entwicklung eines solchen Sensoriums an, die Semantik der Struktur- oder Epochenbruchdiagnosen in den Blick zu nehmen. Anschließend wird die für die Plausibilisierung erforderliche Erinnerung an überkommene Ordnungen thematisiert.

*a) Bedrohliche Verläufe – idealer Prozesstyp als Dramatisierung:* Eine Zeitdiagnose, die gehört werden will, muss den Zeitgeist aufnehmen.<sup>5</sup> Bisweilen gelingt dies durch ein neues Identifikationsangebot, wenn eine neue Generationsgestalt das Lebensgefühl vieler Menschen gut zu bündeln vermag. In der Regel wird jedoch ein Kritik- oder Bedrohungsszenario entworfen, das sozialen Wandel auf einen Struktur- oder Epochenbruch zuspitzt. Die Dramatisierung besteht dann entweder in der Mahnung vor einem Verlust etablierter Ordnungsprinzipien oder in der Warnung vor einer gefährdeten Zukunft, falls die beschriebenen Entwicklungen so weitergehen.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Zur sozialen Vergesslichkeit und dem Zusammenhang von Erlebnis und Erfahrung vgl. Oliver Dimbath (2014).

<sup>5</sup> Mit Zeitgeist ist im Anschluss an die Wilhelm-Pinder-Rezeption Karl Mannheims (1964) nicht der Denkstil einer Epoche gemeint, sondern ein durch Medien aus ihrer jeweils historisch-sozialen Perspektive vermitteltes zeitbestimmendes Phänomen, das man auch als ein konstruiertes Epochenbewusstsein bezeichnen kann.

<sup>6</sup> Alexander Bogner (2012: 16) spricht in diesem Zusammenhang vom »Alarmismus« der Gesellschaftsdiagnostik.

Erst mit der intellektuellen Aufarbeitung der Aufklärung im 19. Jahrhundert und dem Beginn einer Zeitdiagnostik der Moderne setzt ein Nachdenken über allgemeinere Prinzipien des Wandels ein. Etwa in dieser Zeit lässt sich auch die Verbreitung epochisierendes Denkens verorten, zu dessen prominenten Beispielen das auf Turgot zurückgehende und von Saint-Simon sowie Auguste Comte weitergetragene Drei-Stadien-Gesetz zählt. Der Übergang vom theologischen über das metaphysische zum positiven Stadium wird anfangs als radikaler und revolutionärer Umbruch gezeichnet. Erst später kommt die Vorstellung weicherer Übergänge in Phasen gesellschaftlicher Stabilität und Instabilität hinzu.<sup>7</sup> Geschichtsphilosophische Zeitdiagnosen erklären die Gegenwart, deuten sie allerdings als Etappe auf dem Weg in eine bessere Zukunft.

Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts erhält die Zeitdiagnostik vernehmbar kritische Tendenzen. Dies ist einer wachsenden Skepsis an den Errungenschaften der Moderne geschuldet. Aufbruchstimmung und der Glaube an eine bessere Zukunft erhalten einen empfindlichen Dämpfer. Alexander Bogner (2012: 34) stellt hierzu fest, dass die frühen Zeitdiagnosen »generalisierende Epochendeutungen in kulturkritischer Absicht« darstellten.

War die Aufklärung zunächst als Emanzipation und Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung betrachtet worden, so wird sie im Zuge der Kulturkritik negativ empfunden. Die Diagnose eines Struktur- und Epochenbruchs bleibt dabei weitgehend gleich – es kommt jedoch zu unterschiedlichen Bewertungen. Ein Hauptmotiv der Veränderungsdynamik lässt sich dem Amerikabericht Alexis de Tocquevilles (1956) entnehmen: Es geht um die Licht- und Schattenseiten der Ermöglichung individueller Handlungsautonomie als Folge einer dort bereits vollendeten und hier zögerlichen Demokratisierung.

Diese ambivalente Einschätzung der Moderne als Befreiung und Emanzipation beziehungsweise als kultureller Verfall ist Nährboden und Ausgangslage der Zeitdiagnose seit der soziologischen »Klassik«. Damit lässt sich die Frage stellen, welche typischen Grundmotive der Deutung sozialen Wandels aus unterschiedlichen zeitdiagnostischen Arbeiten gewonnen werden können. Wichtig ist dabei, dass diese Motive nicht immer die Grundtendenz *einer* Argumentation abbilden, sondern ihrerseits idealtypisch angelegt sind. Man erhält dadurch eine Taxonomie der Deutung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse.

Ein erstes Motiv kritischer Zeitdiagnostik, das als Konsequenz eines Strukturbruchs ausgewiesen werden kann, entstammt dem Bereich der Differenzierungstheorien. Im Mittelpunkt steht die mit einer fundamentalen Verunsicherung des Individuums einhergehende Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die ehemals als verlässlich empfundenen gesellschaftlichen Bindungen weichen einem Individualismus, bei dem das Interesse des Einzelnen dem Wohl des Kollektivs bzw. der Gesellschaft übergeordnet wird (Kalupner 2003: 41 ff.). Schon Durkheims Anomieanalyse (1996) beschreibt mit dem Übergang von mechanischer zu organischer Solidarität eine solche Problematik. Nicht alle Individuen werden in die neuen berufsständischen und verbandlichen Kohäsionssysteme eingebunden. Dieses *Auflösungs- oder Atomisierungsmotiv* als Grund und zugleich Folge des Zerbrechens eingelebter Ordnung findet sich in zahlreichen Kritiken des Individualismus, Subjektivismus oder Egoismus bis hin zu bestimmten Lesarten der neueren Individualisierungsdiskussion, wenn zum Beispiel im Rückgriff auf Sartres

---

<sup>7</sup> Vgl. etwas ausführlicher Oliver Dimbath (2011).

Existentialismus auf die Einsamkeit der individuellen Entscheidung hingewiesen wird.<sup>8</sup> Die These der Multioptionsgesellschaft (Gross 1994), bei der eine Paralyisierung des vor lauter Entscheidungszumutungen völlig überforderten Individuums konstatiert wird, entspricht einer neueren Deutung dieses Motivs. Wie aber lässt sich die Dramatik dieser Veränderungsfigur darstellen? Indem die gesellschaftliche Ordnung dem Einzelnen immer mehr Freiheiten zugestehen muss, zerfallen die Bindungsstrukturen sozialer Gruppenformationen. Dies führt über Individualismus und Egoismus zu Solidaritätsverlust und Anomie. Damit verbundene Krisen auf allen gesellschaftlichen Ebenen vom Individuum über die soziale Gruppe bis hin zur Großformation können wir den *Zerfalls- und Destabilisierungskrisen* zuordnen.

Während das Auflösungs- oder Atomisierungsmotiv einen Rückgang sozialer Kohäsion thematisiert, beschreibt das *Standardisierungs- oder Konzentrationsmotiv* die Durchsetzung eines dominanten Ordnungsprinzips. Die Strukturveränderung vollzieht sich durch einen Verlust an Vielfalt – ein Entdifferenzierungsmoment. Max Webers (1980: 835) Diagnose der Bürokratisierung als Folge der Verbreitung des zweckrationalen Handlungstyps gilt hierfür als richtungweisend. Nicht eine Befreiung des Individuums bis hin zu seiner Überforderung steht im Mittelpunkt, sondern der beständige Rückbau von Freiheiten durch als rational empfundene Problemlösungen – Weber zeichnet hier bekanntlich das düstere Bild eines Gehäuses der Hörigkeit, aus dem es kein Entrinnen mehr gibt. James Colemans (1986) Zeitdiagnose einer asymmetrischen Gesellschaft nimmt dieses Motiv unmittelbar auf, indem es dem diffusen Rationalisierungsimperativ das Gesicht eines korporativen Akteurs gibt.<sup>9</sup> Aber auch die am Rande von Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns entwickelte Zeitdiagnose einer Kolonialisierung der Lebenswelt durch die Systemmedien Macht und Geld entspricht diesem Motiv.<sup>10</sup> In gewisser Nähe zu diesem Rationalisierungsbefund steht die Feststellung einer um sich greifenden Verdinglichung. Rationalisierung wäre der Motor, Verdinglichung das Phänomen einer Vernichtung von Vielfalt im Sinne von Standardisierung, Gleichschaltung und Konzentration. Die Dramatik dieser zweiten Veränderungsfigur besteht in einer fortlaufenden Verbesserung von Problemlösungen, die allerdings mit einer Tyranis der Ordnung erkaufte wird. Diese äußert sich in Freiheitsverlust, Entfremdung und Seins- oder Sinnvergessenheit.<sup>11</sup> Die hier zu gewärtigenden Irritationen der gesellschaftlichen Ordnung können wir als *Verdrängungs- und Sublimierungskrisen* bezeichnen. Sie entfesseln sich in Konflikten um Ideologie und Utopie<sup>12</sup> oder Freiheit und Kontrolle und haben die Tendenz, gleich das gesamte Ordnungsgefüge infrage zu stellen.

Eine Weiterentwicklung dieses Standardisierungs- und Konzentrationsmotivs ist das *Reflexivitäts- oder Selbsttransformationsmotiv*. Allerdings geht es hier nicht um eine immer weiter fortschreitende Reinigung, sondern um Nebenfolgen – also eigentlich um Verunreinigung. Im Mittelpunkt steht die Annahme, dass die erfolgreiche Umsetzung von Teilprozessen der Modernisierung neue Probleme aufwirft, die ihrerseits wieder neue Lösungen fordern. In Verbindung

8 Vgl. den Überblick von Oliver Dimbath (2003: 99 ff.) über die Diskussion des Zusammenhangs von Individualisierung und Entscheidung.

9 Vgl. auch den kommentierenden Beitrag von Uwe Schimank (2007).

10 Vgl. Jürgen Habermas (1988) und den zeitdiagnosespezifischen Kommentar von Ralf Heming (2007).

11 Diese Motive werden bekanntlich von Edmund Husserl (1982) und Martin Heidegger (1946) entwickelt.

12 Dieses Gegensatzpaar wird im Sinne Karl Mannheims (1952) verwendet.

mit dem Begriff der Reflexivität ist das Motiv des Goetheschen Zauberlehrlings mit Becks Risikogesellschaft in die soziologische Diskussion eingeführt worden. Aber auch ältere soziologische Zeitdiagnosen wie die Herausbildung des außergelenkten Charakters bei David Riesman (1958) oder die von Daniel Bell (1975) beschriebenen nachindustriellen Gesellschaft können in diesem Sinn gelesen werden. In beiden Fällen treten Veränderungen auf, nachdem ein großes gesellschaftliches Ziel – das der kollektiven Wohlstandsmehrung – erreicht worden ist. Das Problem der Beschleunigung kann ebenfalls dem Reflexivitäts- und Selbsttransformationsmotiv zugeordnet werden.<sup>13</sup> Freilich sind Etappen der verstärkten Temposteigerung auszumachen; aber letztlich werden durch Zeitersparnis Ressourcen freigesetzt, die sogleich an anderer Stelle wieder zum Einsatz kommen. Beschleunigung erhöht die Wahrscheinlichkeit des Aufkommens unerwarteter Probleme durch eine Modernisierung an anderer Stelle ebenso wie durch Folgen der Desynchronisation. Die Dramatik der mit diesem Motiv entfalteten Veränderungsdynamik erwächst der Auseinandersetzung mit Fortschrittsproblemen, aus der sich ein mannigfaltiger Regelungsbedarf bei gleichzeitiger Relativierung von Ordnungen ableitet. Die zu gewärtigenden Folgen sind Verunsicherung, der Rückzug ins Einfache sowie eine Renaissance segmentärer Differenzierung.<sup>14</sup> Als Krisenkategorie könnte man hier die Gruppe der *Orientierungs- oder Diffusionskrisen* einführen.

Die beiden älteren zeitdiagnostischen Motive der Auflösung und der Standardisierung sind als Modernisierungsfolgen zu begreifen. Der mit ihnen verbundene Struktur- oder Epochenbruch erfolgt durch das Einsetzen einer neuen Ordnung zu Beginn des Modernisierungsprozesses. In ihrer typisierend-dramatisierenden Darstellung lassen sich pathologische Szenarien entwerfen, die in eine krisenhafte Zukunft weisen. Ähnliches gilt für die vielen Nebenfolgenprozesse des Reflexivitätsmotivs. Die Konstruktion eines Struktur- oder Epochenbruchs durch die abstrakten Markierungen einer ersten und zweiten Moderne erscheint als wenig plausibel. Vielmehr legt das Reflexivitätsprinzip eine wuchernde und unkontrollierte Irritation gesellschaftlicher Ordnungen nahe, auf die mit inkrementellen Anpassungsversuchen reagiert wird. Es geht also eher um permanente Strukturbrüche in einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen. Bemerkenswerterweise läuft das typisierend-dramatisierende Zukunftsbild bei diesem Motiv auf eine Desintegrationstendenz hinaus, womit sich auf gesellschaftlich-institutioneller Ebene der Kreis zum Auflösungsmotiv wieder schließen würde. Ulrich Beck (1997) hat sich mit dem Konzept des Kosmopolitismus bekanntlich für eine andere Vision entschieden, bei der die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen ohnehin für obsolet erklärt werden.

*b) Temporale Kontrastierung – dramatische Vergangenheitskonstruktionen:* Nach dieser Skizze zeitdiagnostischer Krisenfiguren soll der Blick nun auf das Problem der Plausibilisierung von Zeitdiagnosen in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Gegenwart gerichtet werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich der soziale Wandel – wenngleich disruptiv – der Erlebbarkeit des Subjekts weitgehend entzieht. Aus diesem Grund muss die Zeitdiagnostik ausgehend von dem von ihr entdeckten Veränderungsmotiv eine Vergangenheit rekonstruieren, die definitiv anders war. Diese *Erinnerung* entwirft das Bild einer Ordnung, die so nie existiert hat.

---

<sup>13</sup> Vgl. hierzu die Beschleunigungsdiagnose von Hartmut Rosa (2005).

<sup>14</sup> Hier wäre zum Beispiel an die Erlebnismilieus bei Gerhard Schulze (2000) oder an posttraditionale Gemeinschaften (Hitzler et al. 2008) zu denken.

Im Zusammenhang mit Modernisierungstheorien ist bei einer solchen Verfertigung der Vergangenheit immer wieder von der ›traditionalen‹ Gesellschaft oder Agrargesellschaft die Rede. Sie wird durch eine dezentrale Sozialstruktur, Gemeinschaftlichkeit, segmentäre oder bestenfalls stratifikatorische Differenzierung, agrarische Formen der Subsistenzsicherung und so weiter beschrieben. Diese Liste ließe sich mit Blick auf eine Vielzahl zeitdiagnostischer Befunde fortführen. Im Mittelpunkt steht jeweils ein zur Kontrastierung der Jetztzeit geeigneter Vergangenheitsmythos, der mal mehr, mal weniger mit geschichtswissenschaftlichen Befunden übereinstimmt. Diesen Umgang mit Vergangenheit hat Fran Osrecki (2011: 200) als »retrospekiven Realismus« bezeichnet, als Reduktion der Vergangenheit auf »ein Set von Typen [...], die ein Kontrastbild zur Gegenwart darstellen.« Es darf nicht bezweifelt werden, dass ein solches Vergangenheitsbild aus mehreren Zeitdiagnosen so bunt wie aufschlussreich sein dürfte.

Aber man kann auch hier versuchen, Grundlinien herauszuarbeiten. Der Erkenntnisgewinn aus einem solchen Unterfangen besteht in dem Wissen um das, was der moderne Mensch unwiederbringlich überwunden bzw. verloren zu haben glaubt. Drei Figuren der Erinnerung an gesellschaftliche Vergangenheiten zeichnen sich dabei ab:

Auf der ersten Stufe geht es um die Darstellung gesellschaftlicher Modernisierungserfolge im Nachklang der Aufklärung. Hier steht die Überwindung der Abhängigkeit von sozialen und naturgegebenen Zwängen im Vordergrund. Entsprechend ist die typisierte Kontrastvergangenheit eine Gesellschaft der Unbeweglichkeit, Dumpfheit und Unterdrückung. Das Motiv disruptiven sozialen Wandels ist Emanzipation – die Krise war die der überkommenen Verhältnisse.

Die zweite Stufe beschreibt den Zustand erfolgreicher Modernisierung, also einer übersichtlichen, sicheren und stabilen Ordnung. Hier setzen die vorangehend entfalteten Motive der Auflösung ebenso wie der Konzentration an. In Krisendiagnosen wird vor dem Zerfall gesellschaftlicher Ordnung oder vor ihrer Verhärtung und der Verdrängung von Problemen gewarnt. Referenzpunkt ist jedoch die Rückbesinnung auf ein erwartungssicheres Ordnungsgefüge in der Vergangenheit.

Auf der dritten Stufe, die bis heute nicht alle Zeitdiagnosen erreichen, wird ebenfalls eine übersichtliche, sichere und stabile Ordnung dargestellt. Ergänzt wird sie aber nun bereits um einige Dysfunktionen der Moderne. Nebenfolgen, neue Diversität und Kontrollverlust lassen die Ordnungskategorien der Vergangenheit als unangemessen und unterkomplex erscheinen. Die diagnostizierten Orientierungs- und Steuerungskrisen gestatten jetzt keine Rückbesinnung mehr auf die gute alte Zeit. In dieser Vergangenheit gelangt man zu der Einsicht, nie modern gewesen zu sein oder die moderne Wirklichkeit auf völlig falschen Prämissen aufgebaut zu haben. Für künftige Zeitdiagnosen, die sich der Fehlbarkeit einfacher Vergangenheitskonstruktionen bewusst werden, wird es nicht leicht sein, diese Kontrastierungen weiterhin vorzunehmen. Aber vielleicht reicht es auch aus, sich und anderen einzugestehen, dass man die analysierten Effekte nur dann sehen kann, wenn man die Rahmenbedingungen der Diagnose einigermaßen kontrolliert.



## Literatur

- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. 1997: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bell, D. 1975: Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus.
- Berger, P. L., Luckmann, T. 1989: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bogner, A. 2012: Gesellschaftsdiagnosen. Ein Überblick. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Coleman, J. 1986: Die asymmetrische Gesellschaft. Vom Aufwachsen mit unpersönlichen Systemen. Weinheim: Beltz.
- Dimbath, O. 2003: Entscheidungen in der individualisierten Gesellschaft. Eine empirische Untersuchung zur Berufswahl in der fortgeschrittenen Moderne. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Dimbath, O. 2011: Einführung in die Soziologie. Paderborn: Fink.
- Dimbath, O. 2014: Oblivionismus. Vergessen und Vergesslichkeit in der modernen Wissenschaft. Konstanz: UVK.
- Dimbath, O. 2016: Soziologische Zeitdiagnostik. Paderborn: Fink, UTB.
- Durkheim, É. 1996: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gehlen, A. 1963: Anthropologische Forschung. Zur Selbstbegegnung und Selbstentdeckung des Menschen. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Gross, P. 1994: Die Multioptionsgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. 1988: Theorie des kommunikativen Handelns. Zwei Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heidegger, M. 1946: Der Spruch des Anaximander. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.
- Heming, R. 2007: Systemdynamiken, Lebenswelt und Zivilgesellschaft – Zeitdiagnostische Aspekte der Gesellschaftstheorie. In U. Schimank, U. Volkmann (Hg.), Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme. Wiesbaden: VS, 57–73.
- Hillmann, K.-H. 2007: Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart: Kröner.
- Hitzler, R., Honer, A., Pfadenhauer, M. (Hg.) 2008: Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnographischer Erkundungen. Wiesbaden: VS.
- Honneth, A. 1995: Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose. Frankfurt am Main: Fischer.
- Husserl, E. 1982: Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie. Hamburg: Meiner.
- Kalupner, S. 2003: Die Grenzen der Individualisierung. Handlungstheoretische Grundlagen einer Zeitdiagnose. Frankfurt am Main: Campus.
- Lichtblau, K. 1991: Soziologie und Zeitdiagnose. Oder: Die Moderne im Selbstbezug. In S. Müller-Doohm (Hg.), Jenseits der Utopie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 15–47.
- Mannheim, K. 1952: Ideologie und Utopie. Frankfurt am Main: Schulte-Blumke.
- Mannheim, K. 1964: Das Problem der Generationen. In K. H. Wolff (Hg.), Karl Mannheim. Wissenssoziologie. Neuwied, Berlin: Luchterhand, 509–565.
- Osrecki, F. 2011: Die Diagnose-Gesellschaft. Zeitdiagnostik zwischen Soziologie und medialer Popularität. Bielefeld: transcript.
- Riesman, D. 1958: Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Rosa, H. 2005: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schimank, U., Volkmann, U. (Hg.) 2007: Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme. Wiesbaden: VS.

- Schimank, U. 2007: Das ›stahlharte Gehäuse der Hörigkeit‹, revisited – James Colemans ›asymmetrische Gesellschaft‹. In U. Schimank, U. Volkmann (Hg.), Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme. Wiesbaden: VS, 239–255.
- Schimank, U. 2007: Soziologische Gegenwartsdiagnosen – Zur Einführung. In U. Schimank, U. Volkmann (Hg.), Soziologische Gegenwartsdiagnosen I – Eine Bestandsaufnahme. Wiesbaden: VS, 9–22.
- Schulze, G. 2000: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt am Main: Campus.
- Tocqueville, A. d. 1956: Über die Demokratie in Amerika. Frankfurt am Main: Fischer.
- Volkmann, U., Schimank, U. (Hg.) 2006: Soziologische Gegenwartsdiagnosen II. Vergleichende Sekundäranalysen. Wiesbaden: VS.
- Weber, M. 1980: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Plenum 4 »Krise (in) der Öffentlichkeit«  
organisiert von Kornelia Hahn und Andreas Langenohl

# Film als Krisenmedium

Die Verarbeitung sozialer Krisenerfahrungen im Medium fiktionaler Narrative

Jörn Ahrens

*Beitrag zum Plenum 4 »Krise (in) der Öffentlichkeit« – organisiert von Kornelia Hahn und Andreas Langenohl*

Soziale Krisen sind öffentliche Krisen. Sie entstehen, werden identifiziert, kommuniziert, ausgetragen und repräsentiert auf dem Umschlagplatz gesellschaftlicher Öffentlichkeit. Schon weil Gesellschaft ein Raum ist, der auf die Kommunikation und Interaktion zwischen Akteuren angewiesen ist und da insbesondere Konfliktlagen überhaupt nur zwischen einer Pluralität an Konfliktparteien auftreten und sich über deren engere Grenzen hinaus in Gesellschaft hinein vermitteln, zielt der Konflikt in jedem Fall gesellschaftlich auf eine öffentliche Realisierung und Umsetzung. In Frage steht also nicht so sehr, ob Konflikte, und aus diesen emergierende Krisensituationen, überhaupt öffentlich zu verorten sind. Sie sind immer öffentlich definiert, benötigen ihre Akteure, Bühnen und ein Publikum, da Konflikte niemals nur zwischen den unmittelbar beteiligten Konfliktparteien ausgetragen werden, sondern immer auch für ein gesellschaftliches Auditorium, an das Botschaften gerichtet, dem Inhalte, Positionen, Überzeugungen vermittelt werden sollen.

So gesehen geht es im agonal und dichotomisch geführten Konflikt nicht nur um die Frage, wer am Ende, ganz schmittianisch, obsiegt, sondern vor allem darum, welche gesellschaftliche Epistemologie sich durchsetzt. Konflikte sind immer auch Kämpfe um soziale Dispositive der Wahrheit; sie etablieren Erzählungen dessen, was als Referenzhorizont gesellschaftlicher Realität anerkannt werden kann. Insofern ist jede Konfliktlage notwendig verbunden mit einem Moment der Narration und entfaltet auch selbst ein Narrativ über die mit ihr verbundenen sozialen Prozesslagen, das vielfältigen Zwecken dienen kann – der Rechtfertigung, der historischen Verortung, der Pathosproduktion. Entsprechend weist der als Gesellschaftstheoretiker nicht genug zu würdigende Albrecht Koschorke darauf hin, es obliege »dem Erzählen in Spannungslagen [...] die Aufgabe, imaginäre Gemeinschaften zu formen, die sich als kollektive Akteure verstehen und deren Mitglieder sich wechselseitig so viel symbolischen Kredit geben, dass sie zu koordiniertem Handeln über Partikularinteressen hinaus imstande sind« (2013: 238).

Vor diesem Hintergrund wird plastischer, dass soziale Konfliktlagen nicht nur die Ausdehnung und Durchsetzung von Interessefeldern und Hegemoniesphären betreffen, sondern dass sie

nachhaltig in die Alltagsrealität und in die Ordnungsroutinen von Gesellschaft eingreifen. So sehr nun aber Konfliktlagen notwendig zur Normalität von Gesellschaft gehören, und deren Dynamik, Pluralität und Unabgeschlossenheit geschuldet sind, so sehr können sie doch auch, sofern sie in zugespitzter Form geführt werden, deren Selbstverständnis erschüttern und zur Krisenerfahrung werden. Hier kommt immer auch die Auseinandersetzung um die Perspektivierung gesellschaftlich geteilter Realitätshorizonte ins Spiel. So hat sich spätestens seit den Anschlägen der Al Quaida vom 09. September 2001 auf das New Yorker World Trade Center und auf das Pentagon an diese Konstellation auch in den Sozialwissenschaften ein expliziter Diskurs um die Genese und Bedeutung sozialer Traumata angeschlossen, die über Konfliktlagen generiert und über soziale Narrationen transportiert werden. Speziell Jeffrey Alexander hat wiederholt darauf hingewiesen, ein gesellschaftliches Trauma verfüge über keine intrinsische Kausalität, sondern sei lediglich eine sozial vermittelte Zuschreibung (2003: 91). Als solche beziehe sich die Kategorie des Traumas immer sowohl auf Prozesse der Imagination als auch der Repräsentation (Alexander 2003: 92), und diese realisiere sich insbesondere mittels fiktionaler Narrative. Damit aber stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von sozialem Konflikt respektive Krise und Öffentlichkeit neu. Denn sofern es für derlei Prozesse und Phänomene bedeutsam ist, in kulturelle Repräsentationen übersetzt zu werden, überschreiten sie die Markierungen und die Identitäten der beteiligten Parteien und setzen sich fort auf einem ganz anderen, weit abstrakter gehaltenen Terrain öffentlicher Repräsentationen und Symbolisierungen. Diese zirkulieren in der Öffentlichkeit insbesondere in Form der Erzählung als Fiktion, kommuniziert über die diversen, dafür bereit stehenden massenmedialen Formen als den symbolischen Formen der Gegenwart. Deren prominenteste ist, erstaunlich genug in der digitalen Netzwerkgesellschaft, noch stets der Film.

Solche Erzählungen bearbeiten gesellschaftlich relevante Thematiken im Modus der Fiktion und verleihen diesen innerhalb der sozialen Öffentlichkeit Plastizität und eine Signatur. Politische, historische, kulturelle Zusammenhänge überführen sie in eine narrative Konstellation. Ein Charakteristikum der Erzählungen ist, dass sie nicht privilegiert kommuniziert werden, sondern explizit mittels den auf massenhafte Rezeption abzielenden Medien der Moderne. Vor diesem Hintergrund kommt ihnen für die Verhandlung und symbolische Durchsetzung gesellschaftlicher Wahrheitsdispositive eine bedeutende Rolle zu. Solche Dispositive bezeichnet Koschorke etwas nüchterner als wirklichkeitsmächtige »Sozialfiktionen«, nämlich »all jene konstruierten sozialen Einheiten und Akteure, über die Gesellschaften sich in ihrer jeweiligen Gegenwart Form zu geben versuchen« (2013: 229). Mittels solcher Narrative erfolgt zunächst eine Rationalisierung exemplarischer Krisenerfahrungen im Medium fiktionalisierter Konfliktlagen. Antagonistische, irritierende, als existentiell erfahrene Konflikte lassen sich so mit einem Horizont der Sinngebung versehen, der fraktalisiert erscheinenden »Sinnprovinzen« nicht lediglich Kohärenz, sondern überhaupt einen Ort innerhalb des Rahmens sozialer Wirklichkeit gibt (Berger, Luckmann 1991: 105). Rationalisierung heißt also genau dies: Gerade indem die gesellschaftlich erfahrene Krisensituation verschoben wird in das Medium der Fiktionalisierung und des Imaginären, wird sie auch der gesellschaftlichen Erfahrung und kollektiven Bearbeitung zugänglich. Als mediale Repräsentation spielt das performativ aktivierte soziale Imaginäre in mimetischer Weise die Erfahrung sozialer Krisenkonstellationen durch. Darüber aber fiktionalisiert es diese auch selbst. Dass gesellschaftlich hergestellt wird, was als wahr gilt und sich als Wahres konsolidiert, weil Wahrheit stets eine Frage der gesellschaftlichen Epistemologie der Macht ist, braucht

nicht mehr eigens hervorgehoben zu werden. Wohl aber der Umstand, dass jener Prozess einer gesellschaftlichen Produktion von Wahrheit und Wirklichkeit über die Erfindung und Distribution von Erzählungen verläuft. Im Zuge einer medial vermittelten Fiktionalisierung sozialer Konflikte und Krisenerfahrungen geht es daher erstens wesentlich um die narrative und ästhetische Bearbeitung gesellschaftlich relevanter Themen durch Medienartefakte, über welche die verhandelten Thematiken in einen genuin öffentlichen Diskurs eingespeist werden. Zweitens werden die betreffenden Themen verallgemeinert, sodass sie als ästhetisierte kulturelle Erzählung exemplarischen Charakter erhalten, also als typische Repräsentation der jeweiligen Konfliktsituation gelten können. Denn drittens erlangen fiktive Erzählungen eine stark aufgeladene soziale Repräsentationsfunktion, weil sich innerhalb der Form der Fiktionalisierung etwas aufhebt, das über die je spezifische Krisenerfahrung hinausgeht. Obwohl scheinbar eine typische Repräsentation der dargestellten Konstellation, löst sich die Fiktionalisierung zugleich vom exemplarischen Fall ab und schließt diesen an eine Varietät möglicher Konstellationen an – sei es über den Mythos, das Genre oder die Routinen der Wiederholung.

## Mediale Konfliktdiskurse

Die Erzählung stellt demzufolge nicht nur ein Medium sozialer Kommunikation dar, insbesondere von Meta-Kommunikationen. Vielmehr basiert Gesellschaft offenkundig notwendig auf dem Prinzip der Erzählung. Vergesellschaftung ist ein Verfahren der Narration und spart Imaginäres dabei nicht aus. Es gibt keine Gesellschaft ohne Erzählungen und es gibt keine Gesellschaft, die nicht zugleich erzählte Gesellschaft wäre. »Wo immer sozial Bedeutsames verhandelt wird, ist das Erzählen im Spiel«, so Koschorke (2013: 19), der auch unmissverständlich klarmacht, dass die Welt durch den in sie intervenierenden Akt des Bezeichnens als einem »kreativen Aneignungsprozess« überhaupt erst entsteht (2013: 22).

Damit ist im Übrigen auch die Frage berührt, ob es sich im Falle von Gesellschaft nun eher um eine dynamische, in fortlaufender Veränderung oder gar in Transformation begriffene Formation handelt, oder um ein Substrat an Institutionen und Routinen, dem an der Sicherung eines auf Kontinuität angelegten Normalzustandes gelegen ist. Der Konflikt, der diesbezüglich immer wieder aufflammt, bleibt aber völlig unverständlich, denn natürlich ist beides der Fall. Entscheidend aber ist, dass diese Gleichzeitigkeit von Dynamik und Kontinuität sowohl miteinander verzahnt als auch gegenläufig ist. Denn natürlich handelt es sich bei jener für gesellschaftliche Normalität einstehenden Kontinuität, der Verlässlichkeit und Vertrautheit gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, immer um eine Illusion von Kontinuität, die einerseits eingelassen ist in soziale Machtverhältnisse und Wahrheitsepisteme und die andererseits grundsätzlich unter der Bedingung fortlaufender Dynamik und Veränderung in allen gesellschaftlichen Feldern aufrecht erhalten wird. Gerade die Erfahrung gesellschaftlicher Normalität, in die Individuen täglich neu ihr lebensweltliches Vertrauen investieren können, verdankt sich der erfolgreichen Etablierung und Zirkulation von Erzählungen über diese Normalität, ihre Kontinuität und Legitimität. Wenngleich daher Vertrauen in die Stabilität und Zukünftigkeit gesellschaftlicher Ordnung eine unbedingte Voraussetzung für die Funktionalität von Gesellschaft überhaupt

ist, bildet sich doch gerade ein solches Vertrauen nur unter der Bedingung einer Erzählung von Normalität, deren fiktionale und imaginäre Anteile in jedem Fall enorm sind. Normalität wird so gerade im Medium der Erzählung gewährleistet, das zugleich die Flexibilität und die Kompetenz besitzt, deren Rahmungen zu verändern, ohne dass diese Veränderung auch gesellschaftlich als solche durchschlägt, da die Narration gesellschaftlicher Normalität selbst ja unberührt bleibt.

Soziale Krisenlagen und daran geheftete Traumata entstehen, wenn es zum Kollaps dieser soziale Normalität rahmenden, Dynamik gewährleistenden Narration kommt. In der Krise kann die Erzählung den Normalitätsrahmen nicht mehr halten; sie verliert ihre Legitimation und wird dysfunktional. Auch deshalb werden gesellschaftliche Krisenerfahrungen über kulturelle Erzählungen bearbeitet, um jene, auch von Alexander hervorgehobene, narrative Rahmung lebensweltlicher Normalität wieder zu ermöglichen (2003: 92). Die Art und Weise, wie soziale Krisenlagen in medial vermittelte fiktionale Narrationen übersetzt werden, lässt sich ganz allgemein in vier Kategorien einteilen. Mit Blick auf die Kulturtechniken der Fiktionalisierung und der Erzählung bietet sich zunächst der Zugriff über eine rein imaginativ gehaltene, kreative Bearbeitung gesellschaftlicher Abstraktionsverhältnisse an. Mittels scheinbar höchst konkreter Plotkonstellationen lassen sich soziale wie kulturelle Metakategorien und -konstellationen durchspielen und reflektieren. Die unverstellt fiktionale Erzählung stellt eine Schnittmenge her, um reale gesellschaftliche Probleme zu bearbeiten und diesen eine Repräsentation zu verleihen. Gerade das eindeutig Imaginäre kann sich so mit einem dezidierten sozialen Wahrheitsgehalt aufladen. Produktionen dieser Art bewegen sich häufig im Bereich des sogenannten Mainstreams.

Eine zweite Variante bietet die Intervention in gesellschaftliche Konfliktlagen mit Hilfe von fiktionalen Narrativen. Traditionell greifen kulturelle Erzählungen aktiv in aktuelle Konfliktdiskurse ein, indem sie Handlungs- und Personenkonstellationen beschreiben oder durchspielen, die zwar fiktiv angelegt, aber einer gesellschaftlich vorfindbaren und identifizierbaren Situation entlehnt sind. Solche Narrationen und Ästhetisierungen sind zu verstehen als Kommentare oder Analysen distinkter gesellschaftlicher Problemlagen, oft angelegt als Parabeln, wobei es keine Rolle spielt, ob diese Erzählungen sich camouflieren, indem sie in andere Zeiten oder Regionen verlegt werden. Was zählt ist hier die engere Plot- und Charakterkonstellation, die letztlich einer dichten Beschreibung mit medialen Mitteln ähnelt. Drittens bietet die fiktive Erzählung als Gedankenexperiment die Option auf die Übersetzung solcher Krisenlagen, die akut die Gegenwart betreffen, in eine zwar imaginierte Zukunft, die aber in höchstem Maße realistisch entworfen wird. Solche Erzählungen sind Planspiele, die soziale Abläufe in prognostischer Weise im Rahmen erwartbarer Möglichkeitshorizonte zu skizzieren suchen.

Für das hier diskutierte Thema interessant, setzt schließlich, viertens, der Zugriff einer realitätsmimetischen Fiktionalisierung an. Diese Variante der kulturellen Erzählung wirkt einerseits historisierend, in der Bereitstellung von Repräsentationen historischer Ereignisse, die vermittels ihrer medialen Repräsentation sozial Wirklichkeitsmächtigkeit erlangen. Damit wirken Erzählungen dieses Formats andererseits realitätsgenerierend, indem sie der sozialen Realität ein Antlitz, eine Begründung und eine Genese verleihen. Die Besonderheit dieses Zugriffs besteht darin, dass hier an einer Konkretisierung des Bildes von sozialer Realität gearbeitet wird und dies abermals über den Entwurf zwar fiktionaler Narrationen erfolgt, die in unmittelbarer Nähe zur Beanspruchung von gesellschaftlicher Authentizität operieren. Diesmal allerdings in historisierender, die Gegenwart legitimierender Absicht und nicht als Prognose einer zukunftsgerichteten

Entwicklung, wie beim Gedankenexperiment. Insbesondere unterwirft diese Variante solche krisenhaften Ereignisse der Vergangenheit einer Masterlesart für die Gegenwart, die entweder uneindeutig oder unscharf verbleiben oder aber für die Öffentlichkeit nicht hinreichend dokumentiert sind. Es bleibt freilich beim Anspruch, denn ob die Erzählung selbst authentisch ist, dies jemals sein kann oder es auch nur sein will, ist mit Blick auf ihre mögliche Wirkung in die Gesellschaft hinein völlig unerheblich, da es in erster Linie um die Etablierung einer Masterlesart für die Gegenwart geht: »In Gestalt von Narrativen kann sich ursprünglich frei Erfundenes im kollektiven Bewusstsein sedimentieren und zu einer harten sozialen Tatsache werden« (Koschorke 2013: 24). »Realitätsmimetisch« heißt hier daher, eine erzählerische und ästhetische Angleichung an die Realität zu vollziehen. Diese Mimesis an eine historische Realität, deren Bilder der Gesellschaft fehlen, und damit auch ein legitimes Wissen über deren Hergang, soll ein Substitut jener realen, nicht mehr einholbaren Ereignisse ermöglichen. Die Repräsentation tritt dann vollends und vollständig an Stelle einer ohnehin nicht möglichen Authentizität.

### *Zero Dark Thirty*

Die soziale Kraft der realitätsmimetischen Variante fiktionaler Narrative soll im Folgenden an einem Beispiel untersucht werden. Dabei handelt es sich um den 2012 produzierten Spielfilm *Zero Dark Thirty* der US-amerikanischen Regisseurin Kathryn Bigelow. Die 1951 geborene Bigelow ist eine der wenigen Regisseurinnen, die sich erfolgreich im Action-Genre profiliert haben. Bekannt wurde sie 1990 mit *Blue Steel*, einer kontrovers aufgenommenen Geschichte über einen Serienmörder, sowie 1995 mit der Science Fiction Dystopie *Strange Days*. 2008 produzierte sie mit *The Hurt Locker* erstmalig ein im Irak angesiedeltes Kriegsdrama, in dem es um eine Einheit des US-Kampfmittelräumdienstes geht. Der Film brachte ihr große Aufmerksamkeit in der Fachkritik sowie eine Reihe von Auszeichnungen ein, unter anderem 2010 den Oscar für die Beste Regie. Die hier schon praktizierte, erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Drehbuchautor Mark Boal setzte Bigelow 2012 mit *Zero Dark Thirty* fort, der 2013 in der Kategorie Bester Film eine Oscar-Nominierung erhielt.

*Zero Dark Thirty* stellt insofern einen interessanten kinematographischen Fall dar, als Bigelow und Boal an ihrem Projekt eines Films über die Jagd auf Osama Bin Laden, als dem Verantwortlichen hinter den Terroranschlägen am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington, schon arbeiteten, als dieser im Mai 2011 tatsächlich von einer Sondereinheit des US-Militärs in seinem pakistanischen Versteck aufgespürt und erschossen wurde. Daraufhin schrieben sie das Drehbuch in Angleichung an den Ereignishergang um; am Ende steht ein Film, der nicht nur die zehn Jahre währende Jagd auf Osama Bin Laden darstellt, sondern der zuletzt gewissermaßen in Echtzeit die Kommandoaktion seiner Erschießung nachzeichnet. Dieses Kommando nimmt einen jener besonderen Orte im Rahmen gesellschaftlicher Narrationen und Diskurse ein. Während das Ereignis einerseits als spektakulär und zentral wahrgenommen wird und politisch für die Reputation des amtierenden Präsidenten Barack Obama zum Ende von dessen wenig glanzvoller erster Amtszeit nicht unbedeutend war, fehlen in der Öffentlichkeit davon jegliche Bilder. Das zentrale Ereignis geht einher mit einer seltsamen



Abwesenheit der Vergegenwärtigung. Zugleich jedoch gibt es diese Bilder bekanntlich, denn bekannter als die Bilder des Ereignisses selbst, sind die Bilder Zeugen, die rasch zu Bild-Ikonen der Gegenwart wurden – Obama und sein Stab, wie sie im Weißen Haus zu Washington der Live-Übertragung der Exekution beiwohnen. Just diese Bilder, zusammen mit der Gesamtnarration über die zehn Jahre währende Aufspürung Bin Ladens, liefert Bigelows Film nun nach. Mit seiner Narration von der Verfolgung, Ortung und Liquidierung Osama Bin Ladens füllt dieser Film eine bedeutende Lücke hinsichtlich der allgemeinen Erfahrung einer zentralen gesellschaftlichen Traumatisierung der Gegenwart.

Dies erreicht *Zero Dark Thirty* über sein Verfahren einer rekonstruktiven Narration. Das heißt, dass diesem Film eine klassische Story völlig fehlt und er sich fast ausschließlich auf die Nachzeichnung von Ereignissen konzentriert, die sich tatsächlich zugetragen haben. Ob diese Ereignisse genau so passiert sind, ist dabei zweitrangig, sofern sie nur plausibel genug erscheinen. Stattdessen geriert sich die Produktion mehr als Chronik der Ereignisse, denn als Plot (dazu White 1990). Der Film selbst gibt sich dabei als nüchterner Beobachter, der jegliche Nähe zu seinen Figuren meidet. In der Tat wird auf eine Figurenzeichnung mit Backstories, Motivationen, Emotionen fast vollständig verzichtet. Stattdessen werden alle handelnden Charaktere als Typen präsentiert, die in keiner Weise für sich selbst, sondern nurmehr für institutionelle Handlungsweisen stehen. Dies trifft insbesondere auch auf die Hauptfigur in *Zero Dark Thirty* zu, die CIA Agentin Maya, über deren Persönlichkeit nichts bekannt ist, mit der Ausnahme, dass sie seit ihrem Eintritt in die CIA an nichts anderem gearbeitet hat, als an der Verfolgung Bin Ladens und dass sie als hart und durchsetzungsfähig gilt («Langley says she's a killer.«). In der Figur der Maya erhält der Krieg gegen den Terror ein Gesicht, und ein ausgesprochen attraktives dazu, nicht etwas das Abziehbild eines klischierten maskulinen Folterknechts. Zugleich aber bleibt die Person Maya selbst so blass, dass es möglich ist, alle nur möglichen Anknüpfungspunkte in ihr gespiegelt zu sehen. Im Sinne einer historischen Rekonstruktion ist Maya so gesehen die perfekte Identifikationsfolie. Wichtig für diese Figur ist der Anfang des Films – letztlich übernimmt der Charakter der Maya nicht nur für das Publikum, sondern auch mit diesem zusammen, die Funktion der Zeugenschaft für die im Film zwar nur medial repräsentierten, aber dennoch als real erfahrenen, als symbolische Form aufgeladenen Ereignisse.

Bigelows Produktion setzt ein mit einer schwarzen Leinwand, über die Stimmen gelegt sind, Aufnahmen aus dem attackierten World Trade Center und aus einem der entführten Flugzeuge. Es gibt keinen Hinweis darauf, was geschehen ist, aus welchem Kontext diese Stimmen heraus kommen, dennoch dürfte jedem sofort klar sein, dass es sich hier um die Tragödie von 9/11 handelt, um Stimmen von Menschen, die dem Terroranschlag zum Opfer fielen. Indem diese Stimmen, die Aufzeichnungen von Telefonaten darstellen, vor dem monochrom schwarzen Grund der Filmleinwand zu hören sind, erfahren sie eine Transzendierung, werden zur kosmischen Erfahrung, als seien diese Stimmen für immer aufgehoben in einer medialen Präsenz des digitalen Äthers und zugleich wird der Verlust derjenigen Menschen plastisch, die diese Stimmen einmal besaßen. Diese sehr kurze Sequenz der Stimmführung verdeutlicht nachdrücklich die ganze über 9/11 realisierte Traumatisierung der US-amerikanischen Gesellschaft. Von dort aus schneidet der Film nahtlos über in eine andere Dunkelheit, die sich als Blechbaracke in Afghanistan oder Pakistan entpuppt, in der der CIA Gefangene foltert, um auf die Spur hochrangiger Al Quaida Mitglieder zu kommen. Im Raum hängt, an Seilen aufgespannt, die um seine

Handgelenke gebunden sind, ein Mann, dem man ansieht, dass er die Folter schon länger erdulden muss – verquollenes Gesicht, schmutziger, verschwitzter Körper, zerrissene Kleidung. Licht flutet ins Bild, als die Tür der Baracke aufgerissen wird, maskierte Männer hereinstürmen, sowie ein Mann mit kurzem Bart im T-Shirt; hinter ihm erscheint eine ebenfalls maskierte, grazielle Gestalt. Bei letzterer handelt es sich um die eben am Schauplatz eingetroffene CIA Agentin Maya. Schon bald nimmt sie ihre Maskierung ab, dringt darauf, die Befragung fortzusetzen, wo ihr Kollege eigentlich pausieren möchte. Dann steht sie im Raumhintergrund, sieht dem Kollegen beim Foltern zu, versteift dabei ihren Körper, presst ihre Arme an sich, ihr Blick kommuniziert noch deutlicher den Schock, den sie bei ihrer Initialisierungserfahrung als Foltersubjekt erleidet. Während einer Folterpause, in der sie mit dem Gefangenen allein ist, wird allerdings deutlich, dass Maya nichtsdestotrotz keinerlei Zweifel an der Legitimität dessen hegt, was in der Baracke geschieht. Als nämlich der Gefangene die Gunst des Augenblicks nutzen möchte, um an die Moral der sichtlich berührten Agentin zu appellieren, gibt diese kühl zurück, er müsse nur die Wahrheit sagen, dann gehe es ihm besser. Genau dies qualifiziert die Figur der Maya als paradigmatische Zeugin: dass sie, obwohl sie genau sieht und sichtlich fühlt, wie schrecklich die Folter ist, in keinem Moment an deren Notwendigkeit zweifelt. Alles, was dazu beiträgt, Bin Laden zur Strecke zu bringen, ist daher auch legitim. Hinter dem größeren Ziel, das Rache für die der amerikanischen Nation beigelegte Schmach verspricht, verschwinden etwaige humanitäre Skrupel völlig.

Schließlich steht der Akt der Folter im Film ja nicht isoliert. Vielmehr wird gezeigt, wie erst die Folter Spuren ans Licht bringt, die Schritt für Schritt Bin Ladens Versteck einkreisen. Monate der Folter in jener Blechbaracke werden investiert für die Nennung eines Namens, der Maya und ihre Kollegen weiter führt. Durch die Jahre hält sie allein an dieser Suche fest, während nahezu alle anderen Agenten, mit denen sie zusammentrifft, davon ablassen, andere, einfacher zu ortende Ziele wählen, Karrieresprünge der Feldarbeit vorziehen. Das bildet den Wechsel tagespolitischer Prioritäten ab, in denen die Person Bin Laden kaum eine Rolle mehr spielt, ja sogar, wie ein Lagegespräch zeigt, als Gegner gar nicht mehr ernst genommen wird. Während »Bin Laden« daher zu einer bloßen Chiffre für den »Krieg gegen der Terror« wird, steht einzig und allein Maya kompromisslos zur einmal eingeschlagenen Mission, diesen Mann zu finden und zu töten. So wird sie selbst zur Chiffre für den Willen der amerikanischen Gesellschaft, diesen Akt der Rache zu vollziehen. Und nur über eine Figur wie sie lässt sich dann auch die Chronik der Ereignisse so verdichten und darstellen, dass sie ineinandergreifen, als handele es sich tatsächlich um eine sich nahtlos ineinander fügende Ereigniskette und nicht um ein hochgradig inszeniertes Narrativ, das mit den Mitteln der Fiktion Realität mimetisch generiert. Dass Bigelows Film dabei auch eine Debatte über die Legitimität der Folter und ihrer Darstellung angestoßen hat, spricht nur für die mimetische Qualität. Diese bedeutet nicht, eine Version gesellschaftlicher Realität bereit zu stellen, die konsensual auf Zustimmung trafe. Realität ist in keinem Fall konsensartig verfasst, sondern immer perspektivisch organisiert und durch Modi des Konflikts gekennzeichnet.

Während für die einen nun *Zero Dark Thirty* eine Apologetik der Folterpraxis amerikanischer Geheimdienste darstellt, sehen die anderen darin lediglich einen dokumentaristischen Zugriff auf das Thema, der es bei aller Ambivalenz den Zuschauern überlässt, sich zu positionieren. Letztere Haltung nimmt Bigelow selbst in einem offenen Brief an die Los Angeles Times ein: »Torture was, however, as we all know, employed in the early years of he hunt. That doesn't

mean it was the key to finding Bin Laden. It means it is a part of the story we couldn't ignore« (Bigelow 2013). Unter Bezug auf die erstgenannte Haltung hingegen wendet sich Slavoy Zizek gegen die Behauptung der Neutralität: »One doesn't need to be a moralist [...] to think that torturing a human being is in itself something so profoundly shattering that to depict it neutrally [...] is already a kind of endorsement« (Zizek 2013). Und natürlich ist die Repräsentation der Folter, eingelassen in spezifische narrative Konstellation und transportiert als spezifische Ästhetisierung, unter keinen Umständen als neutral zu begreifen. Eine neutrale, nicht befangene kulturelle Repräsentation kann es so gesehen nicht geben. Und so liegt die Kraft der realitätsmimetischen Repräsentation just darin, dass sie beides kann: sich als Dokumentation einer verschütteten oder ferngehaltenen Episode zu inszenieren und sich noch im Gestus der Dokumentation normativ zu positionieren. Mehr noch: Die normative Positionierung in *Zero Dark Thirty* gegenüber der Folter gelingt überhaupt nur, weil der Film zugleich dokumentarisch auftritt und zeigt, dass der Krieg gegen den Terror als dem Inhumanen schlechthin nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn er selbst auf ein Übermaß an Humanität verzichtet. In dieser Perspektive ist die Affirmation der Folter ganz offensichtlich ein wesentlicher Bestandteil der ersten zwei Drittel des Films. Auch dass der Skandal um die Demütigungen und Folter von Gefangenen im Bagdader Gefängnis Abu Ghraib nur am Rande und noch dazu verschlüsselt erwähnt werden, spricht hierfür. Bigelow zeigt ja nicht nur, woran sich die Debatte über ihren Film maßgeblich entzündete, das water boarding, sondern auch, wie Gefangene an Hundehalsbändern herumgeschleift werden. Das aber verweist eindeutig auf den Folterskandal von Abu Ghraib, nämlich an die Bilder der Militärpolizistin Lynndie England, die diese mit einem an ein Hundehalsband angeleiteten Gefangenen zeigen. Irgendwann später im Film heißt es dann einmal, Maya solle aufpassen, was ihre Ermittlungsmethoden angehe, damit sie nicht die letzte sei, die mit einem Hundehalsband in der Hand erwischt werde.

Mit seinen 150 Minuten reiner Spielzeit lässt sich Bigelows Film in drei größere Abschnitte untergliedern, die teils auch als Kapitel mit Überschriften identifiziert sind. In seinen ersten 100 Minuten, also schon allein in klassischer Spielfilmlänge, widmet sich der Film der langen und lange vergeblichen Suche nach Bin Laden. Etwa 20 Minuten Laufzeit sind dem administrativen Entscheidungsprozess der CIA in deren Hauptquartier in Langley, Virginia, gewidmet. Dieser Prozess verläuft quälend langsam und wird dominiert nicht von einem Gespür für militärische Handlungschancen, das Maya einfordert, sondern von politischen Skrupeln und Bedenken, gegen die sich die im Feld erprobte Maya durchsetzen muss. Die eigene Bürokratie erweist sich hier als der zweite Feind, zumindest als die zweite Frontlinie, gegen die der Krieg gegen Terror, sofern er erfolgreich sein will, angehen muss. Die letzten 24 Minuten der Handlung zeichnen dann nahezu in Echtzeit die nächtliche Kommandoaktion nach, in der über sehr leichte Helikopter Bin Ladens Versteck in Pakistan angefliegen, durchsucht und dieser schließlich exekutiert wird; es folgen circa sechs Minuten Abspann. Dieses letzte Kapitel erfährt eine interessante Rahmung durch Darstellungen Mayas. Zu Kapitelbeginn hängt sie mit den robusten, vitalen Kämpfern der Sondereinheit in einem afghanischen Stützpunkt ab. Man sieht ihr an, wie die zehn Jahre Erfahrung im Nahen Osten und im Krieg gegen den Terror diese zu Filmbeginn so verletzlich wirkende Frau selbstbewusst, hart und professionell gemacht haben. Ganz eindeutig genießt sie den Aufenthalt in der Wüste, unter den hartgesottenen Männern. Faktisch geht sie selbst in Bin Ladens pakistanisches Versteck und tötet ihn; die virilen Soldaten fungieren nur als

ihr Medium. Und sie sagt zu ihnen auch, dass sie Bin Laden für sie töten, nicht etwa für den Präsidenten, sondern für sie selbst in ihrer Eigenschaft als Repräsentantin des amerikanischen Volkes, das nun endlich seine Rache für 9/11 erhält. Am Ende aber, als sie nach erfolgreicher Mission abgezogen wird, sitzt sie ganz allein im Frachtraum einer großen Militärmaschine; und nun fließen, den Kopf an die Bordwand gelehnt, hinter sich ein Muster aus Frachtgurten, deren Farbenspiel unmissverständlich die amerikanische Flagge heraufbeschwört, der noch immer jungen Frau die Tränen übers Gesicht. Das ist dann die Traumaerlösung für alle, in der Erleichterung und spätes Eingeständnis existentieller Anspannung verschmelzen.

Im ganzen letzten Kapitel jedoch wird Osama Bin Ladens Gesicht nicht gezeigt, bleibt die Ikone des islamischen Terrorismus unangesichtig. Entweder wird das Gesicht, sofern es in wenigen Einstellungen doch einmal ins Bild gelangt, so flüchtig gestreift, dass man es doch nicht sieht. Oder es wird aus indirekten Einstellungen gefilmt, die jede personale Identifikation unmöglich machen. Einzig eine klare Einstellung auf Bin Ladens Blut am Boden, nachdem die Leiche abtransportiert worden ist, verweist auf das Individuum und zeigt doch nur höchst allgemein: Ein Mensch ist tot. Im afghanischen Stützpunkt sodann identifiziert Maya die Leiche während des Telefonats eines Offiziers mit dem Präsidenten. Kein Wort fällt, ein Kopfnicken nur: Er ist es. Im Narrativ erfolgt die Identifikation also für den Präsidenten; im Rahmen der realitätsmimetischen Konstruktion aber erfolgt sie explizit für das Publikum, das am Ende seiner Zeugenschaft der Mission zur Exekution Osama Bin Ladens – der Aktion in der jüngsten Militärgeschichte der USA, die wohl gleichermaßen spektakulär ikonisch wie spektakulär bilderlos ist – endlich ein kulturelles Wissen vom Tod des Enemy No. 1 an die Hand bekommt.

## Literatur

- Alexander, J.C. 2003: *Social Life: A Cultural Sociology*. Oxford et al: Oxford Univ. Press.
- Bigelow, K. 2013: Kathryn Bigelow addresses ›Zero Dark Thirty‹ torture criticism. Los Angeles Times 15.01.2013, <http://articles.latimes.com/2013/jan/15/entertainment/la-et-mn-0116-bigelow-zero-dark-thirty-20130116> (letzter Aufruf 14. August 2014).
- Berger, P. L., Luckmann, Th. 1991: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Koschorke, A. 2013: *Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer allgemeinen Erzähltheorie*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- White H. 1990: *Die Bedeutung der Form. Erzählstrukturen in der Geschichtsschreibung*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Zizek, S. 2013: Zero Dark Thirty: Hollywood's gift to American power. The Guardian 25. Januar 2013, <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/jan/25/zero-dark-thirty-normalises-torture-unjustifiable> (letzter Aufruf 14. August 2014).

Plenum 5 »Die Eurokrise: Herausforderung der Moderne«  
organisiert von Andrea Maurer und Maurizio Bach

# Solidarität und transnationale Netzwerkeinbettung

## Einstellungen zu länderspezifischer Finanzhilfe in zwei europäischen Ländern

Julia Häuberer

*Beitrag zur Plenum 5 »Die Eurokrise: Herausforderung der Moderne« – organisiert von  
Andrea Maurer und Maurizio Bach*

Die Europäische Finanzkrise stellt eine der härtesten Prüfungen für die EU dar. Ausgelöst von einer globalen Finanzkrise gerieten mehr und mehr EU Staaten in Staatsschuldenkrisen, die sie ohne Hilfe der EU nicht selbst lösen konnten. Als Antwort auf die Krisen wurde 2010 die temporäre »Europäische Finanzstabilisierungsfazilität« und im Jahre 2013 der permanente »Europäische Stabilitätsmechanismus« geschaffen, aus denen die Krisenstaaten Darlehen beantragen können um ihren Haushalt zu sanieren. Die Etablierung der Stabilitätsmechanismen kann als Prozess beschleunigter Systemintegration interpretiert werden, da die EU nun aktiv in die Finanzpolitik von Ländern eingreifen kann, die Gelder aus dem Europäischen Stabilitätspakt erhalten. Somit wurde die Souveränität der europäischen Krisenstaaten eingeschränkt und die bisher sehr hochgeschätzte Nichtbeistandsklausel durch Ergänzung des Lissabon-Vertrages um Artikel 136(3) abgeschwächt, die jetzt die Einrichtung eines Stabilitätsmechanismus ermöglicht. Nun stellt sich die Frage, ob der beschleunigten Systemintegration auch Sozialintegration (im Sinne Lockwoods 1964) folgt. Sozial integrieren sich die Europäer aufgrund räumlicher Mobilität und transnationaler Praktiken, die durch europaweite rechtliche Regelungen erleichtert werden. Dies ist die Basis für die Entwicklung grenzüberschreitender europäischer Solidarität, deren Existenz und Bedingungsfaktoren dieser Beitrag untersucht, wobei besonders die Effekte transnationaler Netzwerkeinbettung europäischer Bürger betrachtet werden. Als Indikator für länderübergreifende Solidarität dient hier die Akzeptanz finanzieller Hilfen an die EU Mitgliedsstaaten Irland, Griechenland, Spanien und Italien durch portugiesische und deutsche Bürger.

Zunächst werden Einflussfaktoren und Kriterien transnationaler Solidarität diskutiert und Hypothesen bezüglich der Akzeptanz von Finanzhilfe abhängig von kulturellem Hintergrund, Solidaritätskriterien und transnationaler Netzwerkeinbettung abgeleitet. Die Hypothesen werden daraufhin mit Daten der Studie »Fiskalische Solidarität in der Europäischen Union« (FSEU), die 2012 in Deutschland und Portugal durchgeführt wurde, mit Hilfe von Strukturgleichungsmodellen überprüft.

## Solidaritätskriterien und Einstellungen zu länderspezifischer Finanzhilfe

Nach van Oorschot (2008: 3) lassen sich formelle und informelle Solidaritäten unterscheiden. Formelle Solidarität besteht, wenn sich Individuen direkt an Verfahren zur Verbesserung der Lebensbedingungen gesellschaftlicher Gruppen beteiligen. Informelle Solidarität hingegen bezeichnet Einstellungen gegenüber Umverteilung, worunter Haltungen zur Finanzhilfe zählen. Bisherige Studien zeigen, dass allgemeine Finanzhilfe auf breite Zustimmung stößt (Ciornei 2014; Lengfeld et al. 2014; 2015). Doch lassen die Studien die Frage offen, ob Finanzhilfe an konkrete Länder (im Folgenden »länderspezifische Finanzhilfe«) gleichermaßen akzeptiert wird und worauf die Entscheidungen für länderspezifische Finanzhilfe basieren.

Solidaritätsentscheidungen folgen verschiedenen Kriterien, die die Einschätzung erlauben, welche Personengruppen würdige Bedürftige sind. Folgende Kriterien spielen hierbei eine Rolle: 1) Kontrolle über die eigene Lage, 2) Höhe der benötigten Hilfe, 3) Identität; 4) Geisteshaltung und 5) Reziprozität (van Oorschot 2000: 36). Das heißt also, dass Personen und Gruppen als würdige Bedürftige eingeschätzt werden, 1) die keine Kontrolle über ihre missliche Lage haben, 2) die sehr umfangreiche Hilfen benötigen, 3) mit denen sich ein Individuum identifizieren kann, bzw. denen es ähnlich ist; 4) die sich dankbar für Hilfe zeigen und 5) die vormals andere Gruppen unterstützten, oder in Zukunft fähig sein werden, Hilfe zu erwidern. Bezogen auf die Akzeptanz von Finanzhilfe spielt die Höhe der benötigten Hilfe als Kriterium eine untergeordnete Rolle, da anzunehmen ist, dass Finanzhilfe in einer Höhe geleistet wird, die sich der Vorstellungskraft einzelner EU-Bürger entzieht. Daher ist eine Unterscheidung zwischen viel und wenig Finanzhilfe schwierig. Wie wiederum über die anderen genannten Kriterien entschieden wird, hängt davon ab, welche Informationen über das jeweilige Land vorliegen. Diese können sich durch Netzwerkeinbettung ändern oder verstärken, denn Interaktionen mit anderen Personen erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines Ressourcen- (Häuberer 2014) und Informationsaustausches (McPherson et al. 1992). Ein solcher Austausch erweitert bestehende Informationen und hilft Fehlinformationen, die möglicherweise von den Medien propagiert werden, zu korrigieren. Demnach hängen Solidaritätsentscheidungen bezüglich der Gewährung von Finanzhilfe an bestimmte europäische Mitgliedsstaaten davon ab, aus welchem Herkunftsland die befragte Person stammt, welche Informationen über das Zielland der Finanzhilfe und dessen Bürger bestehen und ob eine Person Kontakte in das Zielland unterhält, die die Informationen erweitern und korrigieren mögen.

Die vorliegende Studie vergleicht Deutschland und Portugal; zwei Länder, die in der Finanzkrise als Kontrastfälle bezeichnet werden können. Erstens unterscheiden sich beide Länder in der Mitgliedschaftsdauer in der EU. (West-)Deutschland war bereits Gründungsmitglied der europäischen Montanunion im Jahre 1951. Portugal trat der Europäischen Gemeinschaft erst 35 Jahre später bei. Zweitens liegt Deutschland geographisch im Zentrum der Europäischen Union, während Portugal ein südeuropäisches Land ist. Einige Studien zeigten, dass eine längere Mitgliedschaftsdauer, sowie die geographische Nähe zu Brüssel einen positiven Einfluss auf Einstellungen zum europäischen Integrationsprozess haben (Mau, Verwiebe 2010: 338). Drittens weisen beide Länder trotz konservativ-korporatistischer (Esping-Andersen 1990; Pereirinha et al. 2008) Charakteristika unterschiedliche Ausstattungen auf. Während der deutsche Wohlfahrtsstaat eine hohe Sozialleistungsquote aufweist, ist der portugiesische Wohlfahrtsstaat rudimen-

tär ausgestattet und von Korruption geprägt (Ferrera 1996). Schließlich zeigt sich ein ähnliches Bild bezüglich der ökonomischen Lage beider Länder. Während Deutschland der finanzstärkste EU-Mitgliedsstaat ist, zählt Portugal zu den ökonomisch schwächsten EU-Ländern. 2011 hatte Portugal neben Griechenland, Irland und Zypern große Probleme bei der Finanzierung seines Haushaltes und musste bei der Europäischen Union und dem IWF Kredite beantragen. So war Portugal eines der Länder, die Darlehen zum Zeitpunkt der Umfrage Mitte 2012 erhielten<sup>1</sup> (EFSF 2015). Portugal setzte die von IWF und EU auferlegten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vorbildlich um. Daher wird hier davon ausgegangen, dass Portugal ein typisches Nehmerland repräsentiert. Im Gegensatz dazu zählt Deutschland zu den Geberländern, welches durch seine wirtschaftliche Stärke in der EU die höchsten Garantien im europäischen Stabilitätsmechanismus trug bzw. trägt (ESM 2015).

Die Beschreibung beider Vergleichsländer zeigt, dass hier zwei gegensätzliche Mechanismen wirken. Einerseits ist anzunehmen, dass Deutsche durch die längere Mitgliedschaftsdauer und zentrale europäische Lage europafreundlicher eingestellt sind und Finanzhilfe somit eher befürworten sollten als Portugiesen. Andererseits befinden sich die Portugiesen selbst in der Lage eines Nehmerlandes und profitieren stark von der Finanzhilfe, wohingegen Deutschland Gefahr läuft, die Kosten selbst tragen zu müssen, wenn die Garantien nicht zurückgezahlt werden. Einige Befunde deuten an, dass letzteres großes Gewicht bei der Formierung von Einstellungen zur Finanzhilfe hat. So befürworteten weniger deutsche Befragte den europäischen Stabilitätsmechanismus als Italiener, Rumänen und Spanier (Ciornei 2014: 122f.). Daher kann davon ausgegangen werden, dass die Deutschen auch bei länderspezifischer Solidaritätsbereitschaft zurückhaltender sind als die Portugiesen. Daraus lässt sich Hypothese H1 formulieren: *Portugiesen akzeptieren länderspezifische Finanzhilfe eher als Deutsche.*

Die Einschätzung, ob Finanzhilfe zu leisten sei, hängt neben der eigenen Herkunft auch davon ab, ob persönliche Kontakte in die Empfängerländer bestehen. Die europäischen Bürger sind in transnationale Netzwerke eingebettet und pflegen grenzüberschreitende Alltagspraktiken (Recci et al. 2014; Mau 2010). Darüber hinaus ruft transnationale Einbettung kosmopolitische Orientierungen hervor, die mit der Ansicht einhergehen, dass transnationale Institutionen die richtigen Adressaten für transnationale und globale Probleme sind (Mau 2010: 101). Zudem sind kosmopolitisch eingestellte Personen Ausländern gegenüber toleranter und haben transnationales Vertrauen (Mau 2010: 107, 113). Diese Befunde stehen im Einklang mit der Kontakthypothese, die davon ausgeht, dass Personen, die sich häufig in Kontakt mit Ausländern befinden, toleranter diesen gegenüber werden (Stouffer 1949). Die Konflikttheorie hingegen geht davon aus, dass der Kontakt mit Ausländern Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen aufzeigt und daher eher Spannungen zwischen den Gruppen entstehen (Blumer 1958). Bezogen auf Finanzhilfe deutet sich die Gültigkeit der Kontakthypothese an: Während die Netzwerkgröße ausländischer Freundesnetzwerke keinen Einfluss auf Einstellungen zur Finanzhilfe ausüben, so sind Bürger, die Auslandskontakte in verschiedene europäische Länder haben, Finanzhilfe gegenüber eher positiv eingestellt (Ciornei 2014: 117). Damit lässt sich Hypothese H2 ableiten:

---

<sup>1</sup> Im Juni 2014 konnte Portugal aus dem Stabilitätspakt wieder austreten, da der Haushalt in angemessener Weise refinanziert war.



*Transnationale Netzwerkeinbettung hat einen positiven Einfluss auf Einstellungen zur länderspezifischen Finanzhilfe.*

Wie bereits erwähnt spielen für die Einstellungen zur Finanzhilfe nicht nur die eigene Herkunft und transnationale Netzwerkeinbettung eine Rolle, sondern auch die Länder, welche Finanzhilfe erhalten sollen. Anhand dieser Länder werden die Solidaritätskriterien angelegt, die eine Entscheidung über würdige Bedürftigkeit zulassen. Im Jahre 2012 erhielt nicht nur Portugal Finanzhilfe sondern auch Irland, Griechenland und Spanien. Italien befand sich aufgrund hoher Zinsforderungen auf Staatsanleihen am Geldmarkt am Rande einer Krise und wurde bereits in den Medien als möglicher zukünftiger Empfänger von Finanzhilfe diskutiert.

Während der Hochphase der Finanzkrise zogen einige dieser Nehmerländer die Medienöffentlichkeit stark auf sich. Zum Beispiel wurde aufgedeckt, dass Griechenland die eigenen Statistiken manipulierte, um die Kriterien erfüllen zu können, die den Eintritt in die EU bzw. die Eurozone zuließen. Weiterhin sind in den südeuropäischen Ländern korrupte politische Strukturen vorhanden (Ferrera 1996: 25). Dies wird auch so von der Bevölkerung wahrgenommen, wie der Korruptionsindex von Transparency International (2013), der Werte zwischen 0 (hohe Korruption) und 100 (geringe Korruption) annimmt, aufzeigt: Griechenland erreichte einen Wert von 40, Italien von 43 und Spanien von 59. Verstärkt werden die korrupten Strukturen durch einen in den südeuropäischen Ländern vorherrschenden fragmentierten korporatistischen Wohlfahrtsstaat (Ferrera 1996: 19). Das Versicherungssystem setzt auf Statuserhalt, indem es bestimmte Gruppen, besonders die im Staatsdienst aktiv sind, absichert. Somit werden bestehende Strukturen gestärkt und Korruption gefördert. Die klientelistischen Strukturen gepaart mit Korruption können so Wahrnehmungen hervorrufen, dass die südeuropäischen Länder selbst an der finanziellen Lage schuld sind (Solidaritätskriterium »Kontrolle der eigenen Lage«). Zudem erscheint es fraglich, ob die Strukturen zulassen, dass die Anleihen wieder zurückgezahlt werden (Solidaritätskriterium »Reziprozität«). Diese Frage ist gerade wieder topaktuell mit dem Regierungswechsel zum Linksrechtsbündnis in Griechenland, von welchem die Rechtmäßigkeit von Sparmaßnahmen öffentlich in Frage gestellt wird. Es ist anzunehmen, dass diese Bedenken durch Interaktionen in sozialen Netzwerken mit Griechen und Spaniern schon 2012 bestärkt wurden, da es hier massive öffentliche Demonstrationen gegen die Sparmaßnahmen gab. Hier kommt das dritte Solidaritätskriterium – die »Geisteshaltung« – ins Spiel (van Oorschoot 2000: 36): die Demonstrationen zeigen an, dass die Südeuropäer der Finanzhilfe eben nicht dankbar gegenüberstehen, sondern diese eher ablehnen. Zudem ist sich die südeuropäische Bevölkerung darüber im Klaren, dass Korruption ein großes Problem der Länder ist, wie der Korruptionsindex anzeigt.

In Irland hingegen herrschen weniger korrupte Strukturen vor, die für eine Verschuldung verantwortlich sein bzw. eine Rückzahlung der Anleihen hemmen könnten. Das Land wies einen Korruptionsindex von 72 auf (und liegt damit nahe dem deutschen Wert von 78) (Transparency International 2013). Daher ist anzunehmen, dass Irlands Krise als weniger selbst verschuldet wahrgenommen wird (Solidaritätskriterium »Kontrolle der eigenen Lage«) und die Kapazität, dass Rückzahlungen erfolgen, erfolgreich eingeschätzt werden. Zudem hat es einen liberalen Wohlfahrtsstaat mit einer liberalen Wohlfahrtskultur (Pfau-Effinger 2009), die sich dadurch auszeichnet, dass unabhängig vom Staat, jede/r für den eigenen Erfolg am Markt und für soziale Sicherung selbst verantwortlich ist. Diese Wohlfahrtskultur spiegelt sich auch im Lebensgefühl der Irländer wieder, welches besonders in sozialen Interaktionen mit Iren evident werden sollte

und die Wahrnehmung hervorrufen kann, dass die Rückzahlungen aktiv in die Hand genommen werden (Solidaritätskriterium »Reziprozität«). Zudem fanden in Irland keine so massiven Demonstrationen gegen die Sparmaßnahmen wie in den südeuropäischen Ländern statt, die auf Unerwünschtheit der Finanzhilfe schließen ließen (Solidaritätskriterium »Geisteshaltung«). Insgesamt ist also anzunehmen, dass Kontakte zu Iren die Wahrnehmung bestärken, dass Irlands Bedürftigkeit rechtmäßig ist. Aus dieser Argumentationslinie lassen sich folgende Hypothesen formulieren: H3a: *Soziale Kontakte zu Iren zeigen die würdige Bedürftigkeit Irlands auf und führen daher dazu, dass Finanzhilfe an Irland eher akzeptiert wird.* H3b: *Soziale Kontakte zu Südeuropäern bestärken die Wahrnehmung, dass die südeuropäischen Länder unwürdige Bedürftige sind und führen dazu, dass Finanzhilfe an Griechenland, Spanien und Italien eher abgelehnt wird.*

Letztlich werden Menschen und Gruppen, die uns ähnlich sind, als eher unterstützenswert eingestuft (Solidaritätskriterium »Identität«) (van Oorschot 2000: 36). Nach diesem Kriterium erscheint die Identifikation mit Europa einen wichtigen Hinweis auf die Akzeptanz von Finanzhilfe zu geben. Personen, die sowohl eine nationale als auch europäische Identität besitzen unterstützen den europäischen Einigungsprozess (Fligstein 2008: 144). Nationale Identität (Hooghe, Marks 2009; Fligstein 2008), sowie nationalistische und politisch rechtsgerichtete Einstellungen hingegen führen zur Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses (zum Beispiel Gerhards, Lengfeld 2013). Gleiche Muster zeigen sich bezüglich der Finanzhilfe: europäische Identität führt zur Akzeptanz genereller Finanzhilfe (Lengfeld et al. 2015; Ciornei 2014). Daher lässt sich Hypothese H4 ableiten: *Europäische Identität beeinflusst Akzeptanz von Finanzhilfe an bestimmte Länder positiv, nationalistische Einstellungen eher negativ.*

## Daten

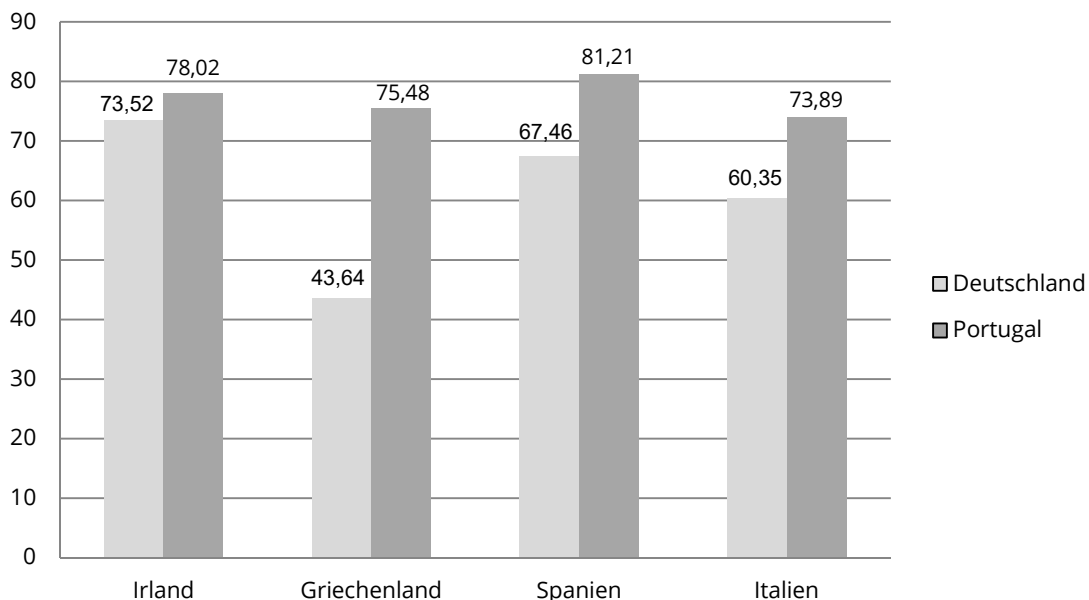
Um die oben formulierten Hypothesen zu testen und die Frage nach den Bedingungsfaktoren von Einstellungen zu länderspezifischer Finanzhilfe zu beantworten, werden Daten der Umfragestudie »Fiskalische Solidarität in der Europäischen Union« (FSEU) analysiert (Lengfeld et al. 2012). Die Studie wurde in zwei Ländern – Deutschland und Portugal – durchgeführt, die aus den zuvor diskutierten Gründen ausgewählt wurden und ein Geber- sowie Nehmerland in der europäischen Finanzkrise repräsentieren. Die etwa zehnminütige Umfrage wurde von TNS Europe Anfang bis Mitte Juli 2012 in den Untersuchungsländern in eine allgemeine Bevölkerungsumfrage eingespeist, wobei in Deutschland 999 und in Portugal 1000 wahlberechtigte Personen über 18 Jahren mit Hilfe von computergestützten telefonischen Interviews (CATI) befragt wurden. Der standardisierte Fragebogen wurde in deutscher Sprache entwickelt und vom deutschen Vertreterinstitut »TNS Infratest« ins Portugiesische übersetzt und von einem unabhängigen Übersetzungsbüro überprüft.

*Abhängige Variablen.* Die Einstellungen zur länderspezifischen Finanzhilfe wurden separat für Griechenland, Irland, Spanien und Italien abgefragt. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, ob das jeweilige Land finanzielle Hilfe erhalten soll (für die Frageformulierung siehe Abbildung 1). Dies sollte auf einer vierstufigen Skala (1 ja, auf jeden Fall; 2 eher ja; 3 eher nein; 4 nein, sicher nicht) eingeschätzt werden. Für die Analysen wurde diese Skala umkodiert.

*Transnationale Netzwerkeinbettung.* Transnationale Netzwerkeinbettung wurde anhand zweier verschiedener Indikatoren gemessen: Erstens, die konkrete Anzahl von Personen aus anderen EU-Ländern, zu denen der/die Befragte in regelmäßigem Kontakt steht, und zweitens, ob sich unter diesen Kontakten Personen aus Irland, Griechenland, Spanien und/oder Italien befinden (ja/nein). Da die Verteilung der ersten Variable (Anzahl der Kontakte im Ausland) keiner Normalverteilung entspricht, wurde diese Variable auch dichotomisiert und gibt nun an, ob Kontakte (1) oder keine Kontakte (0) zu EU Bürgern anderer Länder bestehen.

*Kontrollvariablen.* Effekte der sozialen Herkunft der Befragten auf länderspezifische Solidarität wurden mithilfe folgender Indikatoren in der Analyse kontrolliert: Herkunft der Befragten (0 Deutschland; 1 Portugal), Geschlecht, Alter in Jahren, Bildung (1 Abitur oder höher; 0 niedrigere Bildung), logarithmiertes Haushaltsäquivalenzeinkommen und soziale Klassenzugehörigkeit nach dem Erickson-Goldthorpe-Portocarero-Schema (1 unqualifizierte und qualifizierte Arbeiter; 0 Routinearbeiter, obere und untere Dienstklasse, Gewerbetreibende). Zudem wurden Items zu Einstellungen zur EU eingefügt: europäischen Identität (1 deutsche/portugiesische Identität und Europäische Identität; 0 nur deutsche/portugiesische Identität), politische Orientierung (1 links – 10 rechts) und zwei Items zum Nationalismus, die abfragen, ob die Befragten die eigene nationale Gemeinschaft als schützenswert ansehen und ob ein hoher Ausländeranteil zum Verfall der Kultur des Landes führt. Die Items waren auf einer vierstufigen Skala zu beantworten (1 stimme voll und ganz zu, 2 stimme eher zu, 3 lehne eher ab; 4 lehne voll und ganz ab), welche für die Analysen umkodiert wurde.

Abb. 1: Zustimmungsraten zur Finanzhilfe an (in Prozent),



*Anmerkungen:* FSEU 2012, N (Deutschland) = 676; N (Portugal) = 628, Frageformulierung: Sagen Sie mir zu jedem der folgenden EU-Länder, ob es Ihrer Meinung nach in Krisenzeiten finanzielle Hilfe erhalten soll. Wie ist das mit...? (1 ja, auf jeden Fall; 2 eher ja; 3 eher nein; 4 nein, sicher nicht), Antwortkategorien 1 und 2 zusammengefasst.

*Analyse.* Die Diskussion möglicher Einflussfaktoren auf Einstellungen zur länderspezifischen Finanzhilfe zeigte, dass ein recht komplexes Modell anzunehmen ist. In diesem Falle bietet sich die Verwendung von Strukturgleichungsmodellen (SEM) an, da das Verfahren mehrere Vorteile aufweist: Erstens lassen sich mehrere Hypothesen mit einem Modell testen, zweitens können Fehler im Vergleich zu anderen multivariaten Ansätzen besser kontrolliert werden, da die Fehlervarianzen in systematische sowie zufällige Fehler zerlegt werden, und drittens werden Kovariationen zwischen allen Variablen im Modell angenommen (Urban, Mayerl, 2014: 17). Basis der Analyse bildet eine polychorische Korrelationsmatrix, da mehrere Items kategorial gemessen wurden, sowie einige Variablen fehlende Werte aufwiesen.

## Ergebnisse

Abbildung 1 zeigt zunächst die deskriptiven Befunde zur länderspezifischen Akzeptanz von Finanzhilfe. Für fast alle Länder sind die Zustimmungsraten deutlich über 50 Prozent mit Ausnahme der Finanzhilfe an Griechenland. Diese befürworteten nur knapp 44 Prozent der deutschen Befragten. Griechenland ist auch der Fall, in dem die größten Unterschiede zwischen den beiden Befragungsländern auftreten, denn 75,5 Prozent der portugiesischen Befragten befürworteten Finanzhilfe an Griechenland. Die anderen Länder betreffend sind die Zustimmungsraten der Portugiesen etwas höher als die der deutschen Befragten und schwanken zwischen 74 Prozent bezüglich der Finanzhilfe an Italien und 81 Prozent an Spanien. Die Deutschen stehen der Finanzhilfe an Irland am offensten gegenüber, 73,5 Prozent der Befragten befürworteten diese. Insgesamt weisen die höheren Zustimmungsraten der Portugiesen darauf hin, dass Hypothese 1, die davon ausgeht, dass Portugiesen Finanzhilfe eher als Deutsche befürworten Gültigkeit besitzt. Da die deskriptiven Befunde jedoch keine Kontrollvariablen einbeziehen, sind weitere multivariate Analysen notwendig.

Abb. 2: Strukturgleichungsmodelle zur Erklärung der Einstellungen bezüglich Finanzhilfe an südeuropäische Länder und Irland

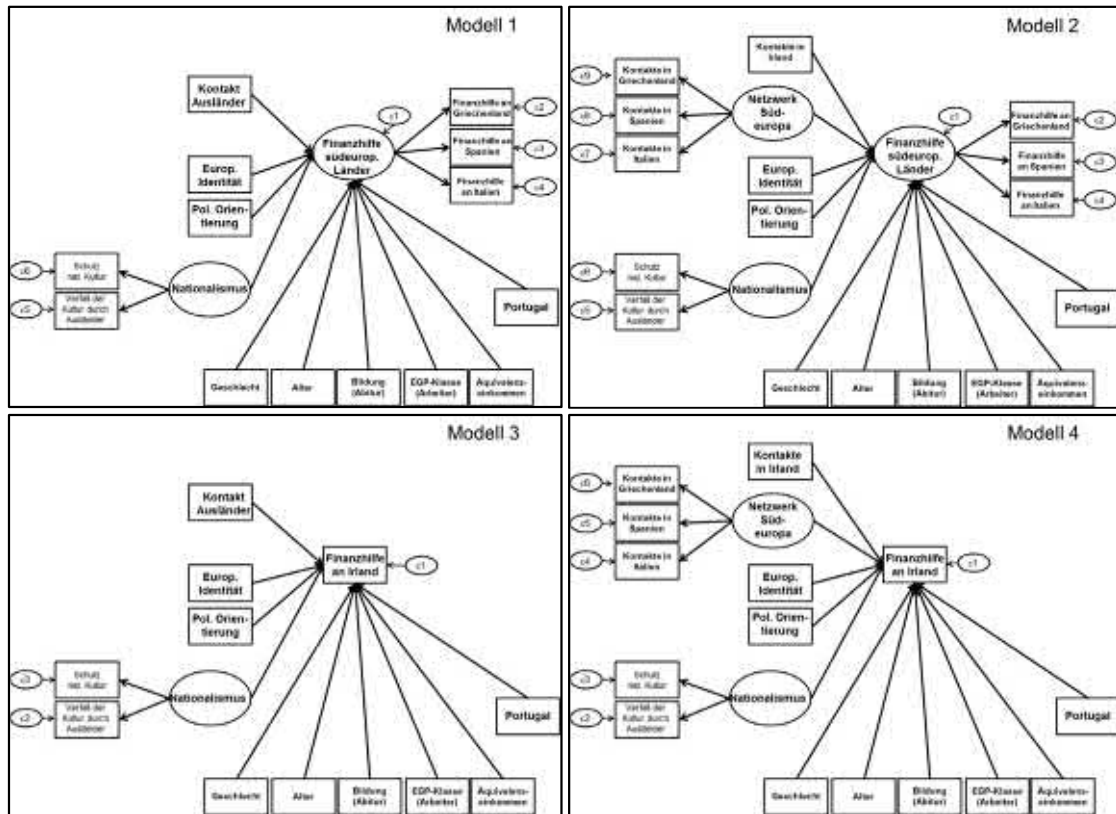


Abbildung 2 stellt die berechneten Strukturgleichungsmodelle zur Analyse der Einstellungen zur Finanzhilfe an südeuropäische Länder und an Irland dar. Die rechteckigen Felder zeigen die erhobenen Variablen an, wohingegen die ovalen Felder latente Faktoren/Variablen repräsentieren. Finanzhilfe an Südeuropa wurde als latenter Faktor konzeptualisiert, der sich aus den Einstellungen zur Finanzhilfe an Griechenland, Spanien und Italien konstruiert. Da die Einstellungen zur Finanzhilfe an Irland nur mit einem Item gemessen wurden, wird hier kein latenter Faktor gebildet, sondern die erhobene Variable direkt als abhängige Variable in das Modell integriert. Auch die Netzwerkeinbettung in Südeuropa, sowie Nationalismus wurden als latente Faktoren gemessen. Alle Items, die die Faktoren konstruieren, weisen eine hohe Faktorladung von über 0.44 auf und deuten damit auf eine akzeptable Konsistenz der Faktoren hin (Tabelle 1).

Die Ergebnisse der Strukturgleichungsmodelle sind in Tabelle 1 dargestellt. Zunächst zeigt sich für alle Modelle, dass die Portugiesen im Vergleich zu den Deutschen Finanzhilfe eher befürworten. Damit werden die deskriptiven Ergebnisse gestützt und Hypothese H1 gänzlich bestätigt. Die schwierige wirtschaftliche Lage und der Status als Nehmerland scheinen eine positive Einstellung zur Finanzhilfe auch an spezifische Länder zu bedingen. Die deutsche Zurückhaltung kann im Geberstatus begründet liegen, der mit relativer Unsicherheit bezüglich zukünftiger Zahlungen verbunden ist. Zudem beeinflusst Netzwerkeinbettung nicht per se positive Einstellungen zur Finanzhilfe. Kontakt zu Ausländern in anderen EU Ländern führt sogar zur Ablehnung von Finanzhilfe (siehe Modelle 1 und 3). Damit muss Hypothese H2 verworfen werden.

Einen tieferen Einblick diesbezüglich erlaubt die Betrachtung konkreter Netzwerke, in die Respondenten eingebettet sind (Modelle 2 und 4). Kontakte zu Südeuropäern führen zur ablehnenden Haltung gegenüber Finanzhilfe sowohl an südeuropäische Länder als auch an Irland. Kontakte zu Iren hingegen rufen eine positive Einstellung zur Finanzhilfe hervor. Die Analysen bestätigen demnach Hypothese H3a, die annimmt, dass Kontakte nach Irland zur zustimmenden Haltung gegenüber Finanzhilfe führen und Hypothese H3b, die annimmt, dass Kontakte zu Griechen, Spaniern und Italienern zur ablehnenden Haltung gegenüber Finanzhilfe führen. Dieses Ergebnis weist weder auf die Gültigkeit der Kontakthypothese noch der Konflikttheorie hin. Es deutet jedoch an, dass in Netzwerken Informationen ausgetauscht werden, die den Individuen anhand von Solidaritätskriterien eine Abschätzung erlauben, ob ein Land würdig bedürftig ist oder nicht. So ist anzunehmen, dass die südeuropäische Lage als selbstverschuldet eingestuft wird (Solidaritätskriterium »*Kontrolle der eigenen Lage*«), da hier korrupte politischer Strukturen vorherrschen, die zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage beitragen und wiederum eine Rückzahlung der Finanzhilfe hemmen (Solidaritätskriterium »*Reziprozität*«). Zudem erscheint die Finanzhilfe nur begrenzt vom Volke südeuropäischer Länder gewünscht zu sein, da diese an Einschnitte in die Sozialpolitik der jeweiligen Länder gebunden sind (Solidaritätskriterium »*Geisteshaltung*«). Kontakte zu Iren hingegen zeigen die liberale Wohlfahrtskultur auf, die vermittelt, dass jeder Bürger das seinige unternimmt, um das Land aus der Krise zu holen (Solidaritätskriterien »*Reziprozität*« und »*Geisteshaltung*«), was wiederum durch wenig korrupte Strukturen ungehindert vonstattengehen kann (Solidaritätskriterium »*Kontrolle der eigenen Lage*«).

Schließlich zeigt sich wie in anderen Studien, dass europafreundliche Einstellungen auch mit offenen Haltungen bezüglich der Finanzhilfe an Südeuropa sowie Irland verbunden sind. Respondenten mit europäischer Identität befürworteten Finanzhilfe. Personen hingegen, die nationalistisch eingestellt sind, lehnen Finanzhilfe an beide Ländergruppen ab. Somit wird Hypothese H4 von den Daten gestützt, der das Solidaritätskriterium »*Identität*« zugrunde liegt. Individuen, die sich mit anderen Europäern identifizieren sind auch eher offener für Finanzhilfe an andere europäische Länder.

Tab. 1: Einflussfaktoren der Akzeptanz länderspezifischer Finanzhilfe

	Finanzhilfe an südeuropäische Länder		Finanzhilfe an Irland	
	M1	M2	M3	M4
<b>Strukturmodell</b>				
Kontakt Ausländer	-.104*** (.029)		-.080** (.029)	
Netzwerk Südeuropa		-.088* (.041)		-.152*** (.039)
Kontakte in Irland		.079* (.034)		.237*** (.032)
Geschlecht (weiblich)	-.089** (.028)	-.096** (.029)	-.074** (.028)	-.073** (.028)
Alter	-.025 (.030)	-.020 (.030)	.074* (.029)	.079** (.029)
Bildung (mind. Abitur)	-.201*** (.055)	-.234*** (.057)	.129* (.052)	.076 (.052)
EGP Klasse – Arbeiter	-.211*** (.041)	-.222*** (.044)	-.059 (.040)	-.093* (.043)
Netto-HH-Äquivalenzeinkommen	.201*** (.041)	.207*** (.042)	.071 (.040)	.090* (.040)
	-.025 (.029)	-.020 (.029)	.004 (.028)	.018 (.027)
Politische Orientierung (links-rechts)				
Europäische Identität	.204*** (.033)	.185*** (.034)	.185*** (.032)	.150*** (.031)
Nationalismus	-.338*** (.052)	-.342*** (.052)	-.100* (.046)	-.112* (.045)
Portugal	.549*** (.044)	.566*** (.045)	.150*** (.043)	.190*** (.043)
<b>Messmodell</b>				
Finanzhilfe an südeuropäische Länder				
Finanzhilfe an Griechenland	.771*** (.013)	.771*** (.013)	n.a.	n.a.
Finanzhilfe an Spanien	.898*** (.009)	.898*** (.009)	n.a.	n.a.
Finanzhilfe an Italien	.891*** (.009)	.890*** (.009)	n.a.	n.a.
Nationalismus				
Schutz nationaler Kultur	.445*** (.031)	.440*** (.031)	.439*** (.033)	.434*** (.033)
Verfall der Kultur durch Ausländer	.716*** (.038)	.722*** (.038)	.725*** (.042)	.733*** (.042)
Netzwerk – Südeuropa				
Kontakte in Griechenland		.742*** (.015)		.742*** (.015)
Kontakte in Italien		.890*** (.012)		.890*** (.012)
Kontakte in Spanien		.719*** (.016)		.720*** (.016)

Tab. 1: Einflussfaktoren der Akzeptanz länderspezifischer Finanzhilfe (Fortsetzung)

	Finanzhilfe an südeuropäische Länder		Finanzhilfe an Irland	
	M1	M2	M3	M4
$\chi^2$	424.565	1295.575	30.768	686.33
p	.000	.000	.000	.000
RMSEA	.099	.124	.043	.121
CFI	.885	.806	.964	.806

Anmerkungen: FSEU 2012; standardisierte Effekte; N = 1304; \*\*\*  $p < 0.001$ , \*\*  $p < 0.01$ , \*  $p < 0.05$

## Diskussion

Die europäische Finanzkrise stellt eine der größten gegenwärtigen Herausforderungen der EU dar. Begegnet wurde ihr durch die Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, der als Vertiefung europäischer Systemintegration gewertet werden kann, da mit diesem unter anderem die Souveränität von Finanzhilfe empfangenden Ländern eingeschränkt wird und die Nichtbeistandsklausel im Lissabon-Vertrag für den Stabilitätsmechanismus ausgesetzt wurde. Der Beitrag fragt nun, ob der beschleunigten Systemintegration auch eine Sozialintegration folgt. Als Indikator für geglückte Sozialintegration wird das Bestehen grenzüberschreitender informeller Solidarität unter den europäischen Bürgern herangezogen, die über Einstellungen zur Finanzhilfe an die EU Mitgliedsstaaten Irland, Griechenland, Spanien und Italien operationalisiert wurde. Analysiert wurden Daten einer Umfragestudie »Fiskalische Solidarität in der Europäischen Union« (FSEU), die 2012 in Deutschland und Portugal durchgeführt wurde.

Bedingungsfaktoren für Solidarität sind der kulturelle und ökonomische Hintergrund einzelner Individuen, Informationen über Bezugsländer von Finanzhilfe sowie soziale Netzwerkeinbettung mit Personen eben dieser Bezugsländer, die mögliche bestehende Fehlinformationen korrigieren oder korrekte Informationen erweitern. Dabei ist anzunehmen, dass Bürger aus Ländern, die selbst von der Finanzkrise stark betroffen sind und Finanzhilfe beantragen mussten, Finanzhilfe eher befürworten als Bürger aus wirtschaftlich stabilen Ländern, die zudem Finanzhilfe leisten. Bei letzteren besteht die Gefahr, dass die Bevölkerung für nicht zurückgezahlte Anleihen selbst aufkommen muss. Diese Annahme wird von den Ergebnissen der vorliegenden Studie gestützt. Portugiesen befürworten im Vergleich zu Deutschen Finanzhilfe eher, sowohl an südeuropäische EU Länder als auch an Irland.

Anhand der Informationen über ein Zielland von Finanzhilfe kann eingeschätzt werden, ob ein Land würdig bedürftig ist. Hierzu werden die Solidaritätskriterien »Kontrolle über die Lage«, »Reziprozität«, »Geisteshaltung« und »Identität« herangezogen. Ein Land wird hierbei als würdig bedürftig eingeschätzt, wenn es die finanzielle Lage nicht selbst verursacht hat, in der Zukunft fähig sein wird, die Anleihen des Stabilitätsmechanismus zurückzuzahlen und dabei eine dankbare Haltung gegenüber der Finanzhilfe vorliegt. Weiterhin werden Länder als würdig bedürftig eingeschätzt, mit denen sich ein Individuum identifizieren kann.

Bezüglich des Solidaritätskriteriums »Identität« zeigt die Studie erwartungsgemäße Ergebnisse. Personen mit einer europäischen Identität befürworten länderspezifische Finanzhilfe, wäh-



rend nationalistisch eingestellte Personen Finanzhilfe ablehnen. Weiterhin deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Netzwerkeinbettung die Entscheidung über die Solidaritätskriterien stark beeinflusst. So zeigt sich, dass regelmäßige Kontakte zu EU Ausländern Ablehnung von Finanzhilfe an die südeuropäischen Länder als auch an Irland hervorrufen. Trennt man die Netzwerkkontakte nach Kontakten in die südeuropäischen Mitgliedstaaten und Irland auf, so zeigt sich, dass Netzwerkeinbettung in Erstere Ablehnung und Netzwerkeinbettung in Letzteres Akzeptanz von Finanzhilfe hervorrufen. Erklären lässt sich dies damit, dass in südeuropäischen Ländern starre korrupte Strukturen vorherrschen, die mit Hilfe der Wohlfahrtsstaatssysteme, die auf Stuserhalt ausgelegt sind, verfestigt werden. Öffentlich kann dies zur Wahrnehmung führen, dass die Krise der südeuropäischen Länder selbstverschuldet ist und sie somit keine würdigen Empfänger von Finanzhilfe sind. Öffentliche Demonstrationen zeigen an, dass die Südeuropäer die Austeritätspolitik ablehnen. Somit ist zu erwarten, dass Individuen, die sozialen Kontakte zu Südeuropäern haben, in ihrer öffentlichen Wahrnehmung bestärkt werden und es somit fragwürdig erscheint, ob Finanzhilfe zurückgezahlt werden kann bzw. ob dies auch gewünscht ist. Demnach lässt sich Reziprozität sowie eine dankbare Haltung in den südeuropäischen Ländern vermissen. Darauf basierend kann Netzwerkeinbettung dazu führen, dass die Länder als unwürdig bedürftig eingeschätzt werden und somit die in Südeuropa gut vernetzten Respondenten Finanzhilfe ablehnen. Irland hingegen weist weniger korrupte staatliche Strukturen auf, die die Verschuldung des Landes hervorgerufen haben könnten bzw. die Rückzahlung der Anleihen hemmen könnten. Zudem ist Irland durch eine liberale Wohlfahrtskultur gekennzeichnet, in der jeder Bürger für sich selbst verantwortlich ist und nur Armutsvermeidung eine Rolle spielt. Vergleichbare massive Demonstrationen gegen die Sparpolitik, wie sie in Südeuropa stattfanden, erfolgten in Irland nicht. Es ist denkbar, dass Irland in der öffentlichen Wahrnehmung eine würdige Bedürftigkeit zugesprochen wird die sich durch Kontakte zu Iren manifestiert, da es nicht selbst verantwortlich für seine Lage ist, die Kapazität der Rückzahlung der Anleihen besteht und die Bevölkerung der Finanzhilfe tendenziell positiv gegenübersteht.

Insgesamt zeigt die Studie auf, dass die der beschleunigten Systemintegration folgende Sozialintegration begrenzt ist. Solidarische Einstellungen werden vorwiegend von der eigenen Betroffenheit, Europafreundlichkeit sowie der Einschätzung bestimmter Länder als würdige Empfänger von Finanzhilfe bestimmt, wobei Kontakte in die betroffenen Länder ablehnende als auch zustimmende Haltungen gegenüber der Finanzhilfe verstärken. Somit kann geschlossen werden, dass die Intensivierung von Kontakten unter EU-Bürgern nicht per se Solidaritätsentwicklung sicherstellen. Eher scheinen Netzwerkkontakte in betroffene Länder dazu zu führen, dass in dem Land vorherrschende Einstellungen übernommen werden. Wie genau diese Beeinflussung vonstattengeht ist dabei Aufgabe zukünftiger Forschung.

## Literatur

- Blumer, H. 1958: Race Prejudice as a Sense of Group Position. *The Pacific Sociological Review*, 1. Jg., Heft 1, 3-7.
- Ciornei, I. 2014: Transnational solidarity and cross-border practices in Europe. In E. Recchi (Hg.), *The Euro-*

- peanisation of Everyday Life: Cross-Border Practices and Transnational Identifications among EU and Third-Country Citizens – Final Report, 114–126.
- EFSF 2015: Frequently Asked Questions on the EFSF, updated 19.3.2015, <http://www.efsf.europa.eu/about/publications/index.htm> (letzter Aufruf 15. April 2015).
- ESM 2015: Frequently Asked Questions on the European Stability Mechanism (ESM), updated 23.03.2015, <http://www.esm.europa.eu/publications/index.htm> (letzter Aufruf 15. April 2015).
- Esping-Andersen, G. 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Ferrera, M. 1996: The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe. *Journal of European Social Policy*, 6. Jg., 17–37.
- Fligstein, N. 2008: *Euroclash. The EU, European Identity, and the Future of Europe*. Oxford: Verlag, 123–164.
- Gerhards, J., Lengfeld H. 2013: *Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger*. Wiesbaden: Springer VS.
- Häuberer, J. 2014: Social Capital in Voluntary Associations: Localizing Social Resources. *European Societies*, 16. Jg., Heft 4, 570–593.
- Hooghe, L., Marks, G. 2009: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. *British Journal of Political Science*, 39. Jg., 1–23.
- Lengfeld, H., Schmidt, S., Häuberer J. 2015: Is There a European Solidarity? Attitudes Towards Fiscal Assistance for Debt-Ridden European Union Member States. Leipzig, *Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie* Nr. 67, [http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=2597605](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2597605) (letzter Aufruf 5. Mai 2015).
- Lengfeld, H., Schmidt, S., Häuberer J. 2014: Fiskalpolitische Solidarität in der Europäischen Union: Erste Befunde einer Umfrage 2012 aus Deutschland und Portugal. In M. Löw (Hg.), *Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, CD.
- Lengfeld, H., Schmidt S., Häuberer, J. 2012: Solidarität in der europäischen Fiskalkrise: Sind die EU-Bürger zu finanzieller Unterstützung von hoch verschuldeten EU-Ländern bereit? In *Hamburg Reports on Contemporary Societies* Nr. 5, [http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/sozialoekonomie/lengfeld/HRCS/HRCS\\_05\\_2012.pdf](http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/sozialoekonomie/lengfeld/HRCS/HRCS_05_2012.pdf) (letzter Aufruf am 05. Mai 2015).
- Mau, S. 2010: *Social Transnationalism. Lifeworlds beyond the nation-state*. London: Routledge.
- Mau, S., Verwiebe, R. 2010: *European Societies. Mapping structure and change*. Portland: The Policy Press.
- McPherson, J. M., Popielarz, P. A., Drobnic, S. 1992: Social networks and organizational dynamics. In *American Sociological Review*, 57. Jg., 153–70.
- Pereirinha, J.A., Arcanjo, M., Nunes, F. 2008: Von einem korporativen Regime zu einem europäischen Wohlfahrtsstaat: Das portugiesische Wohlfahrtsystem. In K. Schubert, S. Hegelich, U. Bazant (Hg.), *Europäische Wohlfahrtsysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS, 483–501.
- Pfau-Effinger, B. 2009: Wohlfahrtsstaatliche Politiken und ihre kulturellen Grundlagen. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 34. Jg., Heft 3, 3–21.
- Recchi, E., Salamońska, J., Rossi, T., Baglioni, L. G. 2014: Cross-border mobilities in the European Union: An evidence-based typology. In E. Recchi (Hg.), *The Europeanisation of Everyday Life: Cross-Border Practices and Transnational Identifications among EU and Third-Country Citizens – Final Report*, 114–126.
- Stouffer, S. 1949: *American Soldier*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Transparency International 2013: *Corruption Perception Index: Tabellarisches Ranking*, [www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2400.0.html](http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2400.0.html) (letzter Aufruf 15. April 2015).
- Urban, D., Mayerl, J. 2014: *Strukturgleichungsmodellierung. Ein Ratgeber für die Praxis*. Wiesbaden: Springer VS.
- van Oorschot, W. 2008: Solidarity towards immigrants in European welfare states. *International Journal of Social Welfare*, 17. Jg., 3–14.
- van Oorschot, W. 2000: Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. *Policy & Politics*, 28. Jg., Heft 1, 33–48.

# Die Eurokrise als Entdeckungsverfahren

## Europäische Vergesellschaftungsprozesse im Spannungsfeld von System- und Sozialintegration

Martin Heidenreich

*Beitrag zum Plenum 5 »Die Eurokrise - Herausforderung der Moderne« - organisiert von Andrea Maurer und Maurizio Bach*

### Einleitung

Die 2008 begonnene und noch immer nicht beendete Finanzmarkt-, Staatsschulden- und Wirtschaftskrise in Europa trägt zu einem besseren Verständnis der transnationalen Vergesellschaftungsprozesse in der Eurozone bei. In dieser Krise, die in der Regel als Folge der unzureichenden Institutionalisierung der Währungsunion (Hodson 2009) in Europa angesehen wird, treten konstitutive Besonderheiten europäischer Vergesellschaftungsprozesse klarer als bisher hervor und können somit zur theoretischen Erfassung gesellschaftlicher Sachverhalte genutzt werden: „Wie in einem unbeabsichtigten perversen Effekt kommt bei ständigen Krisendiagnosen nach und nach heraus, daß es sich gar nicht um Krisen handelt, sondern um die Gesellschaft selbst.“ (Luhmann 1991: 148). Hier soll die Idee verfolgt werden, dass durch die Eurokrise die Besonderheiten und Widersprüche einer Vergesellschaftung jenseits des Nationalstaats erneut und nachdrücklich in Erinnerung gebracht wird. Dies gilt vor allem für das Spannungsfeld von systemischer und sozialer Integration, da Politik und Wirtschaft Umgangsformen mit den Folgeproblemen transnationaler Beziehungen entwickelt haben, aber die soziale Integration der Bevölkerung immer noch als nationalstaatliche Domäne behandelt wird. Diese allgemeine These wird am Beispiel der Währungsunion spezifiziert.

Das damit skizzierte Spannungsfeld zwischen einer inkrementellen, inkonsistenten und immer nur provisorischen Institutionalisierung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik und der zunehmenden Brisanz sozialer Ungleichheiten in Europa wird im Folgenden in drei Schritten analysiert: Zunächst werden die Konzepte von System- und Sozialintegration vorgestellt und für die Analyse der Währungsunion adaptiert (2). Anschließend werden die Strategien zur nachholenden Institutionalisierung einer koordinierten Haushalts- und Geldpolitik in systemi-

scher Perspektive rekonstruiert (3). Im nächsten Schritt werden die damit einhergehenden sozialen Folgen für den Arbeitsmarkt und die Wahrnehmung von Einkommensungleichheiten beschrieben (4). Der Artikel schließt mit einem kurzen Fazit, in dem die „Rückkehr der Gesellschaft“ auf die europäische Bühne als Hintergrund der Spannungen von System- und Sozialintegration beschrieben wird (5).

## Systemische und sozialintegrative Dimensionen der Eurokrise

Eine erste Erklärung für die Eurokrise ist die Kluft zwischen einer europäisierten Geldpolitik und einer immer noch weitgehend nationalen Währungspolitik. Preunkert & Vobruba (2012) bezeichnen dies als defizitäre Institutionalisierung. Diese These geht von der Norm einer auf einen Nationalstaat begrenzten Währungsunion aus, in der Geld- und Währungspolitik im nationalen Rahmen zur Deckung kommen. Die Besonderheiten einer Währungsunion, die aus verschiedenen Nationalstaaten besteht und in denen eine transnational koordinierte Wirtschaftspolitik nur das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen souveränen Nationalstaaten sein kann, sind daher defizitär, da eine Geldpolitik ohne eine Fiskalpolitik, die im Bedarfsfall die Nachfrage stimuliert oder für gescheiterte Banken haftet, oder ohne einen *lender of last resort* kaum funktionieren kann. Im Anschluss an die Unterscheidung von System- und Sozialintegration kann dies als systemintegratives Problem bezeichnet werden: „Während beim Problem der sozialen Integration die geordneten oder konfliktgeladenen Beziehungen der Handelnden eines sozialen Systems zur Debatte stehen, dreht es sich beim Problem der Systemintegration um die geordneten oder konfliktgeladenen Beziehungen zwischen den Teilen eines sozialen Systems.“ (Lockwood 1970: 125) Seit 2010 wurden auf inkrementellem Weg Lösungen für viele der Probleme gefunden, die sich aus der im Vertrag von Maastricht verankerten Nichtbeistandsverpflichtung der Eurostaaten ergaben (Shambaugh 2012; Heidenreich 2014). *Im nächsten Abschnitt wird daher die These vertreten, dass seit dem Beginn der Eurokrise in den ersten beiden der drei kritischen Dimensionen – beim Umgang mit Staatsschulden und bei der Regulierung der Banken, nicht aber bei der Stabilisierung des Wirtschaftszyklus – erhebliche Fortschritte bei der institutionellen Einbettung einer transnationalen Währungsunion gemacht wurden.*

Im Zuge der Einführung einer gemeinsamen Währungsunion entfallen flexible Wechselkurse und eigene Zentralbanken, mit denen Staaten auf asymmetrische Schocks (durch Auf- und Abwertungen) und Insolvenzrisiken (durch die Bereitstellung von Mitteln durch den „lender of last resort“) entfallen. Alternativ können sich Länder durch Reallohnsenkungen, Arbeitslosigkeit, Migration, internationale Transferzahlungen oder grenzüberschreitend koordinierte Wirtschaftspolitiken an die jeweiligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen.<sup>1</sup> Da insbesondere die

---

<sup>1</sup> De Grauwe (2014: 118) arbeitet die die mit einer unvollständigen Währungsunion verbundenen Risiken und Kosten heraus: „If a monetary union has the implication of destroying these automatic stabilizers, it is unclear whether the social and political basis for such a union can be maintained.“

südeuropäischen Länder seit dem Beginn der Eurokrise in erheblichem Maße trotz ihrer institutionellen Heterogenität auf eine „innere Abwertung“ (d.h. durch eine Absenkung des Preis- und Lohnniveaus relativ zu dem Niveau anderer Länder) gesetzt haben, scheinen sich solche Formen der Anpassung durchaus entwickelt zu haben. Allerdings gehen die in den letzten sieben Jahren gefundenen institutionellen Lösungen mit Massenarbeitslosigkeit, einer Spaltung der europäischen Länder in zentrale und periphere Länder und einer massiven Erosion des Vertrauens der europäischen Bürger einher. (siehe etwa die Ergebnisse des Standard-Eurobarometers 82/2014). Die EU wird stärker als bisher als zentraler Bestimmungsfaktor sozialer Ungleichheiten wahrgenommen. *Im vierten Abschnitt soll daher herausgearbeitet werden, dass der limitierende Faktor der europäischen Krisenpolitik die Zustimmung und Duldsamkeit der Bevölkerung ist (Vobruba 2014).* Die Frage, ob die gemeinsame Währung scheitert, wird somit im Spannungsfeld zwischen systemischer und sozialer Integration zu suchen sein.

## Euro-Krisen als Gelegenheit zur inkrementellen Europäisierung der Fiskalpolitik<sup>2</sup>

In der Finanz-, Staatsschulden- und Wirtschaftskrise, die Europa seit 2008 erschütterte, bildeten sich Konturen einer europäischen Fiskal- und Wirtschaftspolitik heraus, deren Form, Reichweite, Konsistenz und Legitimation sich deutlich von nationalen Mustern unterscheidet. Im Folgenden soll herausgearbeitet werden, dass sich die entstehende europäische Fiskalpolitik auf *inkrementellem Wege* entwickelte (Streeck, Thelen 2005). Im Detail sind die Ersetzung bislang dominanter durch vorher periphere oder abweichende Muster (*displacement*), die Überlagerung bisheriger durch neue Muster (*layering*), die fehlende aktive Unterstützung für die Fortführung bisheriger institutioneller Muster (*drift*) und die Ausrichtung vorhandener Institutionen auf neue Ziele und Funktionen (*conversion*) zu beobachten. Die Eurokrise wird somit als Gelegenheit für die Entwicklung neuer institutioneller Regelungen für die Währungsunion interpretiert werden.

Ausgangs- und Brennpunkt dieser krisenhaften institutionellen Lernprozesse ist die Nichtbeistandsklausel, die im Zentrum der 1992 in Maastricht vereinbarten Währungsunion steht: „Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten (...) eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein.“ (Art. 125 AEUV) Dieser Passus schreibt die Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten in haushaltspolitischen Fragen fest. Aus dieser Nichtbeistandsklausel ergab sich zum einen der Verzicht auf eine wechselseitige Haftung der Mitgliedsstaaten für die Schulden anderer Staaten. Zum anderen implizierte sie den Verzicht auf eine zwischenstaatliche Haftung für private Schulden und damit auch für die Bankenaufsicht, die Einlagensicherung und die Abwicklung insolventer Banken. Zum dritten folgte aus der Nichtbeistandsklausel die Ablehnung einer gemeinsamen europäischen Verantwortung für die wirtschaftliche und Arbeitsmarktentwicklung der Mitgliedsstaaten. Ausgeschlossen wurden somit eine gemeinsame Haftung für die Schulden anderer Staaten, für die Schulden von Banken (Einlagensicherung, Finanzierung von Bankenabwicklungen) und für die Finanzierung „automatischer Stabilisatoren“.

---

<sup>2</sup> Dieser Abschnitt stützt sich auf Heidenreich (2014).

Die auf der Nichtbeistandsklausel beruhende institutionelle Ordnung wurde in den genannten drei Feldern (Haushaltspolitik, Bankenregulierung, Wirtschaftspolitik) durch die Eurokrise seit 2008 schrittweise in Frage gestellt. Die Erosion des bisherigen „Nichtbeistandsregimes“ und die zögerliche, umstrittene und letztendlich defizitäre Entwicklung eines neuen Regimes, das auf einer geteilten, national-europäischen Verantwortung für staatliche und Bankenschulden und für die wirtschaftliche Entwicklung beruht, erklären die Schärfe und Dauer der aktuellen Integrationskrise. Dies wird im Folgenden nachgezeichnet.

### 3.1 Von fiskalischer Souveränität zu einer geteilten Haftung für Staatsschulden

Im Gefolge der globalen Finanzmarktkrise rückte die auch aufgrund der Bankenrettung stark angestiegene Verschuldung einzelner Länder der Eurozone in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Komplementär zu der 2010 vermeintlich gerade erfolgreich bewältigten Finanzmarktkrise entwickelte sich eine Staatsschuldenkrise. Damit erodierte die erste Säule des Nichtbestandsregimes.

2010 stiegen die Zinsen für griechische, portugiesische, irische, italienische und spanische Staatsanleihen so stark an, dass sich die Frage des Staatsbankrotts stellte. Damit standen die anderen Länder der Währungsunion vor der Frage, ob sie die Konsequenz der Nichtbeistandsklausel in Kauf nehmen wollten. Die zu erwartenden Kreditausfälle und Risikoaufschläge für weitere Euroländer, die Gefahr weiterer Staatsbankrotte und letztendlich das Risiko des Scheiterns der Währungsunion sprachen dagegen. Damit hatte sich die Nichtbeistandsklausel als unglaubwürdig erwiesen. Auf diese Situation reagierten die Staats- und Regierungschefs mit gemeinsamen Rettungsmaßnahmen für Griechenland (2010, 2011/12), für Irland (2010), für Portugal (2011), für Spanien (2012) und für Zypern (2013). Teilweise wurden hierfür bilaterale Kredite und Mittel des Internationalen Währungsfonds (IMF) genutzt, teilweise wurde auf zwei neugeschaffene Rettungsschirme – zunächst die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSS) und später der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) – zurückgegriffen. Im Gegenzug wurden eine verbindlichere Koordinierung der nationalen Haushaltspolitiken im Rahmen des Europäischen Fiskalpaktes und eine Reform der europäischen Finanzaufsicht beschlossen. Ausschlaggebend für die Deeskalierung der Eurokrise erwies sich jedoch die Bereitschaft der Europäischen Zentralbank, als Kreditgeber der letzten Instanz zu fungieren, d.h. den Staaten und Banken weitere Kredite und Liquidität bereitzustellen. Hierdurch gelang es der EZB 2012, die starke Differenzierung der Zinsen wieder rückgängig zu machen und die wirtschaftliche Lage in den Krisenländern zu stabilisieren – ohne aber eine wirtschaftliche Konsolidierung in Südeuropa zu ermöglichen. In institutionalistischer Sicht ist die veränderte Rolle der EZB als *Konversion* zu interpretieren: Eine geldpolitische Institution übernimmt faktisch auch fiskalpolitische Aufgaben. Die Schaffung der Rettungsfonds hingegen kann als *Überlagerung* verstanden werden: Neue Regeln und Mechanismen überlagern bisherige, auf der Nichtbeistandsverpflichtung beruhende Regeln. Die faktische Erosion der Nichtbeistandsklausel ist ein Beispiel für die Verdrängung (*displacement*) bisheriger Regeln. Unter dem Druck der Krise gelangen somit erhebliche institutionelle Innovationen, die zu einer verstärkten Europäisierung der Haftung für staatliche Verbindlichkeiten führten - insbesondere

durch die EZB. Das Nichtbeistandsregime wurde in einem entscheidenden Punkt grundlegend verändert.

### 3.2 Von nationalen Banken Krisen zu einer rudimentären Bankenunion

Die unzureichende fiskalische Koordinierung prägt auch den Umgang mit der zweiten großen Herausforderung, vor der die Eurozone seit 2007 steht – den Umgang mit nicht mehr tragbaren privaten Schulden (insbesondere bei Banken). Mit Ausnahme Deutschlands sind die privaten Schulden in allen EU-Ländern seit Beginn der Währungsunion angestiegen. Die notleidenden Forderungen sind insbesondere in Irland, Spanien, Portugal, Griechenland, Italien und dem Vereinigten Königreich stark angestiegen. Im Sinne der Nichtbeistandsklausel waren die Staaten bislang selber für die Bankenaufsicht und damit auch für die Abwicklung oder Rettung überschuldeter Banken zuständig. Daher konnten sich Banken Krisen und Staatsschulden Krisen wechselseitig verstärken. Die hohe Staatsverschuldung insbesondere von Irland und Spanien war eine Folge dieses Teufelskreises. Banken mit einem hohen Anteil notleidender Kredite gehen allerdings nicht pleite, sondern existieren als so genannte Zombie-Banken weiter, ohne allerdings ihre zentrale volkswirtschaftliche Funktion – die Vergabe von Krediten an Unternehmen – hinreichend erfüllen zu können.

Um den Teufelskreis zwischen Staats- und Bankenschulden aufzubrechen und die Kreditversorgung gerade auch in den Krisenländern sicherzustellen, sollte daher sukzessive sichergestellt werden, dass ohnehin stark verschuldete Staaten sich nicht weiter für die Rettung ihrer Banken engagieren mussten. Dies verlangte eine Europäisierung der Bankenaufsicht und -abwicklung. 2013 wurde ein einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus geschaffen und die EZB mit der Aufsicht über die 130 größten Banken beauftragt – ein weiteres Beispiel für eine Umwidmung (*conversion*) bisheriger Institutionen für neue Zwecke. 2014 wurde der einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus beschlossen, mit dem die Abwicklung überschuldeter Banken, der Aufbau eines von den Banken selber finanzierten Bankenabwicklungsfonds und eine Haftungskaskade, die zunächst die Eigentümer und Gläubiger von Banken und die Bankenindustrie selber in die Pflicht nahm, geregelt. Damit werden die Risiken von Banken und Ländern stärker entkoppelt. Die Gründung des Bankenabwicklungsfonds kann als *Überlagerung* bisheriger, nationalstaatlicher Absicherungsformen gewertet werden.

Festgehalten werden kann, dass im Bereich des Bankensystems in der aktuellen Krise noch weitgehend an der Nichtbeistandsklausel festgehalten wird, auch wenn die Krisenstaaten ihre Kreditwürdigkeit massiv verschlechtern mussten, um systemisch relevante Banken mit eigenen Mitteln zu retten oder abzuwickeln. Damit wurden ungleiche Finanzierungs- und Wachstumsmöglichkeiten in der Währungsunion festgeschrieben. Die zweite Säule des Nichtbeitrittsregimes, die Verantwortung der Nationalstaaten für die Aufsicht und ggfs. Abwicklung ihrer eigenen Banken, wurde durch eine Haftungskaskade vor allzu schneller Erosion geschützt. Dies verstärkte allerdings die wirtschaftliche Spaltung Europas.

### 3.3 Weder eine gemeinsame Haushaltspolitik noch koordinierte Wirtschaftspolitiken

Beim Übergang zu einer Währungsunion müssen konjunkturelle Schwankungen anders als durch Abwertungen kompensiert werden – etwa durch konzertierte Konjunkturprogramme oder automatische Stabilisatoren wie etwa Arbeitslosengeld. In der Eurozone gibt es solche automatischen Stabilisatoren bislang nicht, da etwa eine europäische Arbeitslosenversicherung mit der fiskal- und beschäftigungspolitischen Eigenverantwortung der Nationalstaaten kollidiert. Auch konzertierte Konjunkturprogramme gibt es bislang nicht, auch wenn der neue Kommissionspräsident Juncker Ende 2014 ein milliardenschweres Investitionspaket angekündigt hat. Stattdessen sollen durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt, den Fiskalpakt und die Aufforderung zu Strukturformen antizyklische Konjunkturprogramme überflüssig gemacht und damit ein institutioneller *Drift* zu einer Transferunion verhindert werden. Dies verweist auf die Verteidigung des Nichtbeistandsregimes auch in diesem Punkt. Angesichts der damit einhergehenden sozialen Spaltung ist die EZB mit Leitzinssenkungen und dem Kauf von Staatsanleihen in die Bresche gesprungen - ein weiteres Beispiel für die Ausrichtung vorhandener Institutionen auf neue Ziele und Funktionen, d.h. für *conversion*.

Festgehalten werden kann, dass die Währungsunion mit einem Verzicht auf eine eigenständige Geldpolitik einherging. Daher können Mitglieder der Eurozone nicht mehr wie bisher auf wirtschaftliche Herausforderungen durch Abwertungen und die Bereitstellung von Mitteln in der eigenen Währung reagieren. Auf Bankenkrisen und wirtschaftliche Abschwünge können sie nur im Rahmen der eigenen fiskalischen Spielräume reagieren. Dieser Verlust der geldpolitischen Souveränität erwies sich bis 2010 als unproblematisch. So konnte die Fiktion aufrechterhalten werden, dass eine europäische Geldpolitik mit weiterhin nationalstaatlich verantworteten Fiskalpolitiken einhergehen kann. Diese Fiktion, die auch der Nichtbeitragsklausel zugrundelag, musste jedoch seit dem ersten Hilfspakt für Griechenland im Mai 2010 aufgegeben werden. Seitdem bewegt sich die Euro-Zone im Spannungsfeld zwischen einem wirtschaftlich nicht mehr gangbaren Nichtbeitragsregime und einer gemeinsamen europäischen Fiskalpolitik, einer Bankenunion und einer Fiskalunion. Öffentlich diskutiert wurden vor allem radikale institutionelle Innovationen wie die gemeinsame Aufnahme von Staatsschulden (Eurobonds), eine gemeinsame Regulierung, Refinanzierung und Abwicklung von Banken und eine gemeinsam finanzierte Konjunkturpolitik. Durchsetzen konnten sich allerdings vor allem inkrementelle institutionelle Innovationen wie die Bereitstellung von Geld und Garantien durch die EZB, ihre Einbindung in die Bankenaufsicht und die Wahl einer Niedrigzins- und (globalen) Abwertungsstrategie, die auch den Krisenländern und ihren Banken hilft (*conversion*). Die Schaffung der Rettungsfonds, des Bankenabwicklungsfonds und des Fiskalpaktes sind ein Beispiel für die Überlagerung bisheriger durch neue Strukturen (*layering*). Auf *inkrementellem Wege* ist somit durchaus eine Europäisierung der Fiskalpolitik zu verzeichnen, die am besten als „Notfall-Europäisierung“ bezeichnet wird.

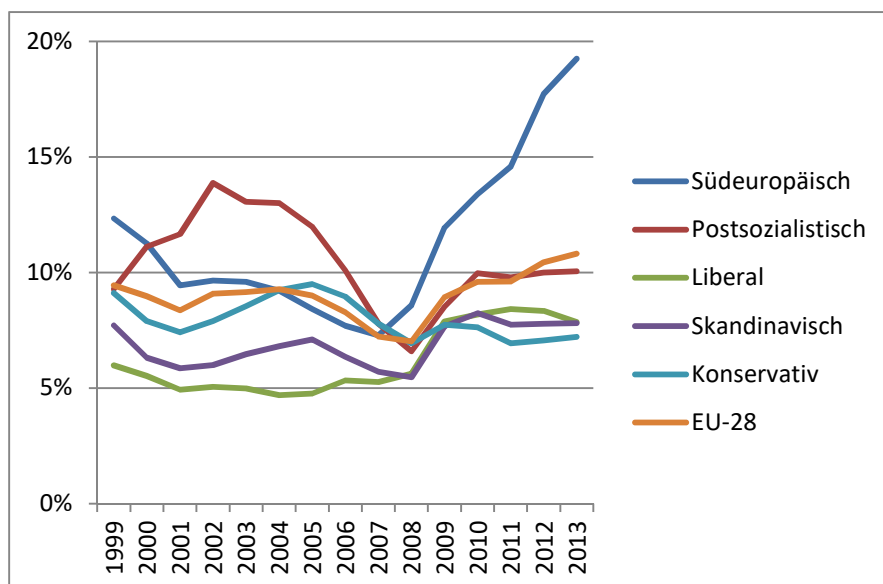


## Die horizontale Europäisierung sozialer Ungleichheiten: Zur sozialintegrativen Dimension der Eurokrisen

Die situative, inkrementelle, unzureichend geregelt und improvisierte Form der Europäisierung nationaler Fiskalpolitiken hat zahlreiche unerwünschte politische und soziale Folgen, die die gesellschaftlichen Grundlagen der europäischen Integration bedrohen. Nicht nur nehmen Armut und Ausgrenzung und die Unterschiede zwischen dem kontinental- und nordeuropäischen Zentrum und der südeuropäischen Peripherie zu, sondern auch die Skepsis gegenüber dem vermeintlichen deutschen Hegemon (Beck 2012; Giddens 2014). Anstelle automatisch wirkender „Spillover-Prozesse“ bestimmen zunehmend gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Art und die Ausrichtung der europäischen Integrationsprozesse das Feld. Dies kann als horizontale Europäisierung bezeichnet werden (Mau 2015). Hierunter verstehen wir die zunehmende Bedeutung grenzüberschreitender organisatorischer, wirtschaftlicher, politischer und soziokultureller Verflechtungen insbesondere in Europa und die Öffnung individueller Einstellungs- und Verhaltensmuster auch für transnationale, insbesondere europäische Bezüge.

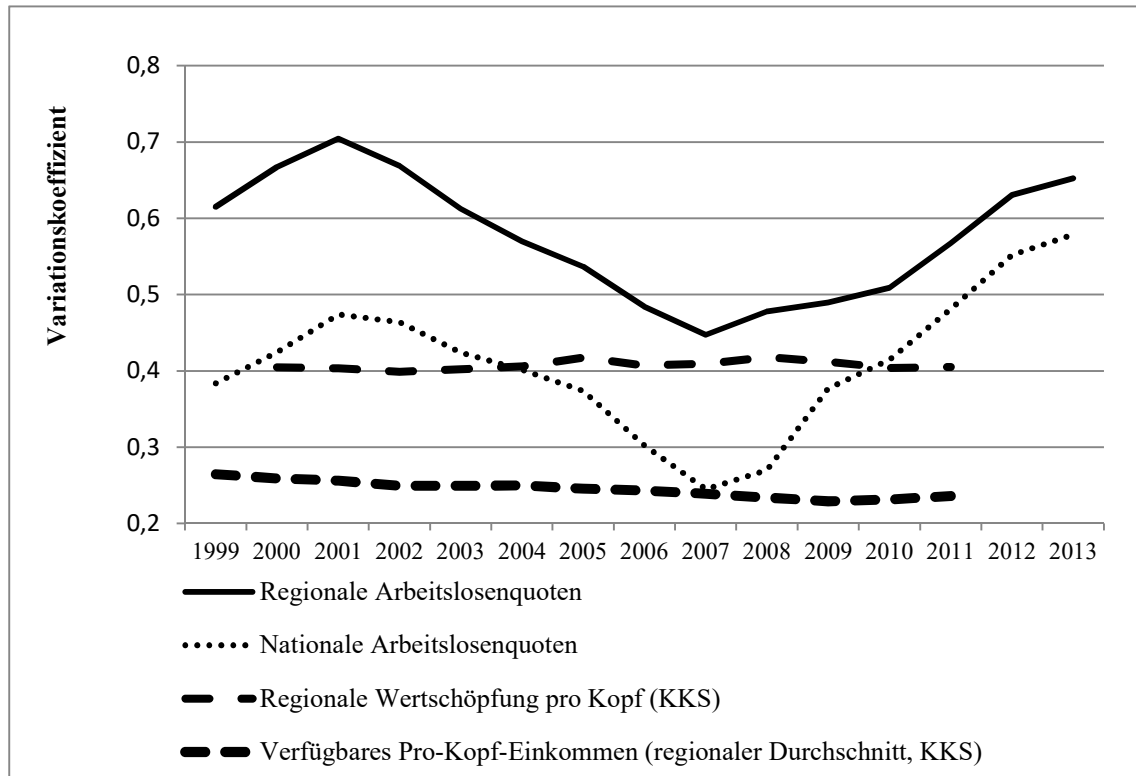
Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten in der Krise hat zunächst eine objektive Dimension, da sich die europaweit koordinierten Wirtschafts- und Geldpolitiken in der Krise unmittelbar auf die soziale Situation der Europäer auswirken. Dies gilt vor allem für den exorbitanten Anstieg der Arbeitslosigkeit in Südeuropa (Abbildung 1). Im Anschluss an den rasanten Konvergenzprozess 2001-2007 nahmen die nationalen und regionalen Unterschiede der Arbeitslosigkeit in Europa wieder deutlich zu (Abbildung 2). Europäisierung ist somit nicht mit Konvergenz gleichzusetzen, sondern mit einer Zunahme der tatsächlichen oder wahrgenommenen Interdependenzen.

Abbildung 1: Regimespezifische Arbeitslosenquoten (1999-2013)



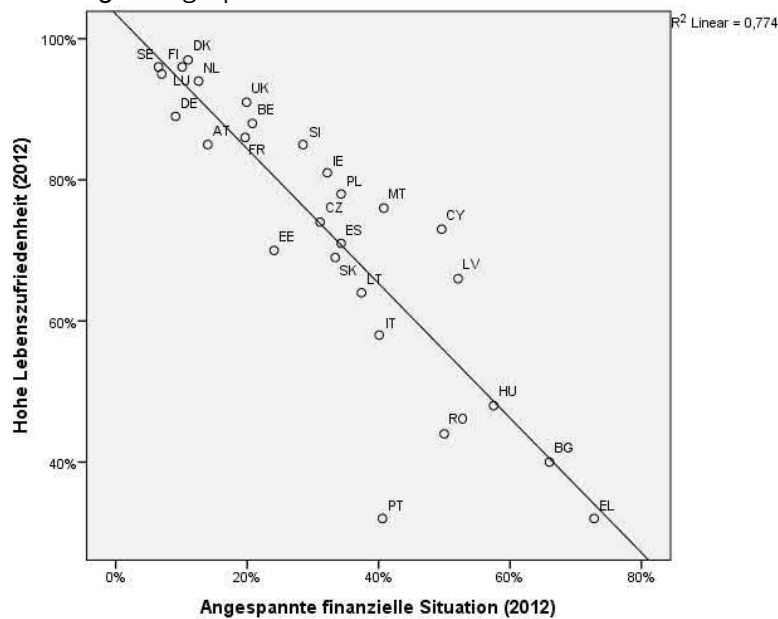
Quelle: Eurostat. Arbeitslosenquote gewichtet mit Zahl der Erwerbspersonen.

Abbildung 2: Variation regionaler und nationaler Arbeitslosenquoten, Wertschöpfungspotentiale und verfügbarer Einkommen (1999-2013)



Komplementär zur objektiven Europäisierung der sozialen Lagen ist auch eine subjektive Europäisierung zu beobachten. Dies kann am Beispiel der wahrgenommenen finanziellen Situation des eigenen Haushalts illustriert werden. Ausgangspunkt für die vermutete Europäisierung und Transnationalisierung der Ungleichheitsvorstellungen ist die Beobachtung, dass eine angespannte finanzielle Situation mit einer deutlich geringeren Lebenszufriedenheit einhergeht (Abbildung 3). Beispielsweise bezeichnen 73% der Griechen und 66% der Bulgaren ihre Situation im Jahr 2012 als angespannt; dementsprechend sind nur 32 % bzw. 40 % mit ihrem Leben zufrieden. Im griechischen Fall hat sich die Lebenszufriedenheit seit 2008 halbiert, während die nationale Armutsquote um 3 Prozentpunkte (von 20,1 % auf 23,1 %) angestiegen ist.

Abbildung 3: Angespannte finanzielle Situation und Lebenszufriedenheit (EU-27, 2012)



Quelle: EU-SILC (2012) und Standard Eurobarometer Nr. 78 (Herbst 2012). Die entsprechenden Fragen lauten: 1) „Wie kommt Ihr Haushalt mit dem monatlichen Einkommen zurecht?“ Berechnet wurde der Anteil der Personen, deren Haushaltsvorstände diese Frage mit „schlecht“ oder „sehr schlecht“ beantwortet haben. 2) „Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen,“ sehr bzw. ziemlich zufrieden?

Damit stellt sich die Frage, ob die wahrgenommene finanzielle Situation des eigenen Haushalts in erster Linie an der Höhe des eigenen Einkommens im Vergleich zum nationalen Durchschnitt orientiert oder ob sie auch von der Höhe des Einkommens im Verhältnis zu europäischen bzw. transnationalen Einkommensniveaus bestimmt wird. Letzteres wäre ein Hinweis auf die Bedeutung transnationaler, grenzüberschreitender Standards für ein als angemessen empfundenes Einkommen (vgl. zur Europäisierung des Bezugsrahmens für subjektive Armut- und Deprivationserfahrungen Fahey 2007). Dies soll auf Grundlage binärer logistischer Mehrebenenmodelle überprüft werden. auch von der absoluten Höhe dieses Einkommens abhängig ist. Ergänzend werden in diesen Modellen auch individuelle und haushaltsbezogene Faktoren und die *Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen der jeweiligen Länder und der jeweilige institutionelle Kontext* einbezogen.

Tabelle 1: Subjektive finanzielle Belastung der europäischen Bevölkerung (2005-2012)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Verfügbares Einkommen (Dezile)	-0,015**	-0,008**	-0,003**	-0,005**	-0,009**	-0,013**	-0,011**	-0,011**
	(-14,92)	(-8,50)	(-3,86)	(-5,58)	(-9,92)	(-14,71)	(-11,09)	(-11,61)
Verfügbares Einkommen in % des nationalen Medians (Dezile)	-0,025**	-0,032**	-0,032**	-0,032**	-0,029**	-0,027**	-0,029**	-0,028**
	(-37,42)	(-48,75)	(-49,89)	(-46,60)	(-40,92)	(-39,79)	(-38,00)	(-36,06)
Beschäftigung in der Industrie	-0,000**	-0,000**	-0,000**	-0,000**	-0,000**	-0,000**	-0,000**	-0,000**
	(-11,85)	(-11,97)	(-12,88)	(-13,93)	(-16,96)	(-22,31)	(-24,16)	(-21,90)
Erwerbstätigenquote Frauen (%)	0,002**	-0,000	-0,001**	-	-0,000	-0,000+	-0,003**	-0,000
	(5,05)	(-1,15)	(-3,54)	(-1,85)	(-1,31)	(-1,77)	(-14,15)	(-1,13)
Nationale Arbeitslosenquote	0,006**	0,003**	-0,001	0,002**	0,003**	0,003**	-0,002**	0,004**
	(8,01)	(8,79)	(-1,14)	(3,75)	(7,13)	(6,52)	(-3,47)	(6,82)
Sozialschutzausgaben (% BIP)	-0,009*	-0,007	-0,008+	-0,012*	-0,016**	-0,016**	-0,012**	-0,011*
	(-2,09)	(-1,40)	(-1,95)	(-2,49)	(-3,30)	(-3,43)	(-2,73)	(-2,56)
Ungleichheit (Gini)	0,005	0,020**	0,015*	0,004	0,003	0,004	0,008	0,005
	(0,78)	(3,95)	(2,23)	(0,57)	(0,46)	(0,59)	(0,95)	(0,66)
Austerität (Veränderung des primären Haushaltssaldos)	0,033+	0,031	-0,039**	0,000	-0,003	0,002	-0,002	-0,014
	(1,81)	(1,32)	(-2,84)	(0,02)	(-0,32)	(0,32)	(-0,35)	(-1,22)
EU-Binnenmarkt-Integration	-0,004	0,002	0,000	-0,001	-0,002	-0,001	-0,001	-0,001
	(-1,52)	(0,92)	(0,14)	(-0,46)	(-0,62)	(-0,33)	(-0,38)	(-0,30)
Fallzahl	301.448	309.886	328.691	363.302	359.048	356.583	354.498	359.860
McFadden pseudo-R <sup>2</sup>	0,136	0,146	0,139	0,138	0,144	0,152	0,155	0,152

Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse verschiedener binärer logistischer Mehrebenenmodelle. Die abhängige Variable wurde mit 1 kodiert, wenn der Haushalt des Befragten mit dem monatlichen Einkommen schlecht oder sehr schlecht zurechtkommt, ansonsten mit 0. Die Zahlen beziehen sich auf die Befragten in 24 EU-Ländern (ohne Bulgarien, Rumänien, Luxemburg und Kroatien). Soziodemographische Merkmale der Befragten (Alter, Geschlecht, Haushaltstyp, Migrationshintergrund, subjektiver Gesundheitszustand, Bildungsniveau, Art der Tätigkeit, Arbeitsloser im Haushalt) werden im Modell berücksichtigt, aber hier nicht wiedergegeben. Die Koeffizienten sind durchschnittliche marginale Effekte (vgl. Mood 2010), die Zahlen in Klammern: t-Werte. Legende: + p < 0,1; \* P < 0,05; \*\* P < 0,01. Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von EU-SILC UDB 2005-2012.

In Tabelle 1 wird der Einfluss der nationalen Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen ebenso wie die Sozialsysteme auf die subjektive Armut der Befragten wiedergegeben. Das finanzielle Risiko verringert sich bei einem höheren Anteil von Industriearbeitnehmern, da hier die Löhne höher und egalitärer als im Dienstleistungssektor sind. Auch eine höhere Frauenbeschäftigungsquote verringert das finanzielle Risiko, da damit oftmals die Zahl der Erwerbstätigen im Haushalt ansteigt. Eine geringere Arbeitslosenquote und höhere Ausgaben für den Sozialschutz verringern ebenfalls die finanziellen Risiken von Haushalten. Hohe Einkommensungleichheiten, Austeritätspolitiken und die wirtschaftliche Integration der EU haben hingegen keine eindeutigen Auswirkungen auf die wahrgenommene finanzielle Situation der Haushalte.

Weiterhin wurden Indikatoren für die relative Einkommensposition der Befragten im Vergleich zu den nationalen und europäischen Median einbezogen. Wie zu erwarten sind beide Einkommensindikatoren negativ mit der finanziellen Situation der Haushalte korreliert: Ein höheres Einkommen verringert den finanziellen Stress. Die Position in der transnationalen Einkommenshierarchie hat einen signifikanten Einfluss auf die subjektive Armut der Befragten. Allerdings ist dieser Einfluss geringer als der Einfluss der Position in der nationalen Einkommenshierarchie. Eine Verbesserung der transnationalen Einkommensposition reduziert den finanziellen Stress um 1,5 (2005) bzw. 1,1 (2012) Prozentpunkte. Im Vergleich hierzu verbessert sich die wahrgenommene finanzielle Situation der Haushalte um 2,5 bzw. 2,8 Prozentpunkte, wenn ein Haushalt seine Position in der nationalen Einkommenshierarchie um ein Dezil verbessert. Die Stellung in der grenzüberschreitenden Einkommenshierarchie hat somit eine erhebliche Auswirkung auf die subjektive Wahrnehmung der eigenen Situation - auch unter Berücksichtigung der nationalen Einkommensposition. Dieses Ergebnis stützt die vermutete Transnationalisierung bzw. Europäisierung des Bezugsrahmens.

Insgesamt zeigt der Vergleich der wahrgenommenen finanziellen Belastungen vor und während der Krise, dass die wahrgenommenen finanziellen Risiken geringer sind in Ländern mit einem starken industriellen Sektor, einer geringen Arbeitslosigkeit und einem ausgebauten Wohlfahrtsstaat. Wenig überraschend gehen mit einem höheren Einkommen auch die wahrgenommenen finanziellen Risiken zurück. Keineswegs selbstverständlich ist jedoch, dass auch die Position in der europäischen und transnationalen Einkommenshierarchie - und nicht nur die Stellung in der nationalen Hierarchie - die wahrgenommenen finanziellen Risiken prägt. Insgesamt ist die subjektive Wahrnehmung finanzieller Restriktionen vor und während der Krise überraschend ähnlich - ein Hinweis, darauf, dass die Transnationalisierung des Bezugsrahmens schon vor der Krise erfolgt ist.

## Zusammenfassung und Ausblick: Die Rückkehr der Gesellschaft auf die europäische Bühne

In diesem Beitrag wurden die europäischen Finanzmarkt-, Staatsschulden- und Wirtschaftskrise seit 2008 im Spannungsfeld von System- und Sozialintegration verortet. Herausgearbeitet wurde zum einen, dass seit 2010 in der Eurozone eine koordinierte Wirtschaftspolitik auf eine nachholende, inkrementelle und fragmentierte Weise entwickelt wurde. Durch die Neuinterpretation des Mandats der EZB, durch den Stabilitätspakt und das Europäische Semester, durch die Rettungsfonds und durch die Europäisierung der Bankenaufsicht und -abwicklung wurden wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Europäisierung der Haushaltspolitik und einer Koordinierung von Geld- und Fiskalpolitik unternommen. Hierbei wurde das Ziel verfolgt, die europäischen Banken und Finanzmärkte zu stabilisieren und das Risiko der Insolvenz von Eurostaaten zu verringern. Die dritte Dimension der aktuellen Banken-, Staatsschulden- und Wirtschaftskrise, wurde jedoch noch nicht angegangen. Das Fehlen einer antizyklischen Wirtschaftspolitik und automatischer Stabilisatoren führt zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere in den südeuropäischen Ländern und zu einer Erosion der Zustimmung zur EU. Die die Lebenszufriedenheit

in der EU maßgeblich von der wahrgenommenen finanziellen Situation abhängt, wurde diese Situation detaillierter untersucht und eine tendenzielle Europäisierung und Transnationalisierung der Bewertungs- und Vergleichsmaßstäbe belegt. Sowohl diese Europäisierung als auch die tatsächliche Zunahme der Arbeitsmarktungleichheiten in Europa erklären, warum die aktuelle Krise den Zusammenhalt der EU massiv untergräbt. Die institutionellen Lösungen für die „systemischen“ Herausforderungen der Währungsunion mögen sich somit für die Stabilisierung der Banken und die Verhinderung von Staatsbankrotten als hinreichend erweisen. Die hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit und die massive Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen insbesondere in den südeuropäischen Staaten verweisen allerdings auf erhebliche Diskrepanzen zwischen den systemischen und den sozialintegrativen Dimensionen der europäischen Integration. Sowohl die traditionelle Indifferenz der nationalen Bevölkerungen gegenüber dem bisherigen Elitenprojekt der europäischen Integration als auch die komplementäre Indifferenz integrationsfreundlicher Eliten gegenüber den Interessen, Sichtweisen und Lebensverhältnissen der Bevölkerung scheinen an Grenzen zu stoßen. Zu beobachten ist eine „Rückkehr der Gesellschaft“ auf die europäische Bühne, nachdem die soziokulturelle und politische Heterogenität Europas im Zuge der Bildung der europäischen Nationalstaaten jahrhundertlang ausgeblendet und ausschließlich als Domäne der internationalen Politik behandelt worden war (Flora 2000).

## Literatur

- Beck, U. 2012: Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise. Berlin: Suhrkamp.
- De Grauwe, P. 2014: Economics of monetary union. Oxford: Oxford University Press.
- Fahey, T. 2007: The Case for an EU-wide Measure of Poverty. *European Sociological Review*, 23. Jg., Heft 1, 35-47.
- Flora, P. 2000: Externe Grenzbildung und interne Strukturierung. Europa und seine Nationen. *Berliner Journal für Soziologie*, 10. Jg., Heft 2, 151-165.
- Giddens, A. 2014: Turbulent and Mighty Continent: What Future for Europe. Cambridge: Polity.
- Heidenreich, M., 2014: Eurokrisen und Vergesellschaftung. Die krisenhafte Europäisierung nationaler Fiskalpolitiken. Eine Einführung. In M. Heidenreich (Hg.), *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: VS, 1-28.
- Hodson, D. 2009: EMU and political union: what, if anything, have we learned from the euro's first decade? *Journal of European Public Policy*. 16. Jg., Heft 4, 508-526.
- Lockwood, D. 1970: Soziale Integration und Systemintegration. In: W. Zapf (Hg.), *Sozialer Wandel*. Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch, 124-137.
- Luhmann, N. 1991: Am Ende der kritischen Soziologie. *Zeitschrift für Soziologie*, 20. Jg., Heft 2, 147-152.
- Mau, S. 2015: Horizontale Europäisierung–eine soziologische Perspektive. In: U. Liebert, J. Wolff (Hg.), *Interdisziplinäre Europastudien*. Wiesbaden: VS, 93-113.
- Mood, C. 2010: Logistic regression: Why we cannot do what we think we can do, and what we can do about it. *European Sociological Review*, 26. Jg., Heft 1, 67-82.
- Preunkert, J., Vobruba, G. 2012: Die Eurokrise. Konsequenzen der defizitären Institutionalisierung der gemeinsamen Währung. In K. Kraemer, S. Nessel (Hg.), *Entfesselte Finanzmärkte. Soziologische Analysen des modernen Kapitalismus*. Frankfurt a. M.: Campus, 201-223.
- Shambaugh, J. C. 2012: The euro's three crises. *Brookings Papers on Economic Activity*, 157-211.

- Streeck, W., Thelen, K. 2005: Introduction: Institutional Change in Advanced Political Economies. In W. Streeck, K. Thelen (Hg.), *Beyond Continuity. Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford: Oxford University Press, 3–39.
- Vobruba, G. 2014: Gesellschaftsbildung durch die Eurokrise. In M. Heidenreich (Hg.), *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: VS, 185-200.

Plenum 6 »Akteure (in) der Krise« – organisiert von Maximiliane Wilkesmann  
und Ronald Hitzler



# Schwanger!

## Eine biografische und theoretische Krise

Stefan Hirschauer

*Beitrag zur Plenum 6 »Akteure (in) der Krise« – organisiert von Maximiliane Wilkesmann und Ronald Hitzler*

Dieser Text soll ein paar theoretische Konsequenzen aus einer auf zehn Jahre angelegten Studie zur Soziologie der Schwangerschaft vorstellen.<sup>1</sup> Wir haben fünf Jahre lang mit schwangeren Paaren gesprochen und sind zu dem Schluss gekommen, dass es sich bei Schwangeren nicht um rationale Akteure handelt, die sinnhaft kommunizieren und verstehbare soziale Beziehungen haben. Alternativ müssten wir nämlich folgern, dass Schwangerschaft ein Phänomen ist, das soziologische Grundbegriffe des Akteurs, des Handelns, der Interaktion, Kommunikation und der sozialen Beziehung so grundlegend herausfordert, dass man sich fragen muss, wie die Begründer unseres Faches (Max W., Emile D., Georg S. und Georg Herbert M.) und ihre Nachfolger all dies an ihren eigenen Schwangerschaften nur übersehen konnten.

Eine Schwangerschaft ist eine hochgradig außeralltägliche Erfahrung, deren Krisenpotenzial sich historisch zuspitzt. Auf der einen Seite ist sie in Gesellschaften mit geringen Geburtenraten ein zunehmend singuläres biografisches Ereignis, das Frauen ohne Erfahrungswissen und zur beruflichen Unzeit ereilt. Für die meisten Erstgebärenden ist sie daher ein absoluter Ausnahmezustand und eine krisenhafte Statuspassage, die die Identität umwälzt. Auf der anderen Seite gilt dieser biografisch exzeptionelle Zustand aber als eine allgemein-weibliche Lebenslage. Während die Geschichte der Individualisierung die Geschlechtszugehörigkeit zu einer archaischen Form der Klassenbildung werden lässt (Hirschauer 2013), wirft die Semantik der Schwangerschaft Frauen auf den Status eines Gattungswesens zurück, das in seiner Geschlechtszugehörigkeit versämtlicht wird.

---

<sup>1</sup> Die erste Phase dieser Studie war das DFG-Projekt »Pränatale Sozialität« (2009 bis 2013), die zweite Phase (2013 bis 2016) ist das Projekt »Geschlechtliche Differenzierung und Entdifferenzierung pränataler Elternschaft«, das im Rahmen der DFG-Forschergruppe »Un/Doing Differences. Praktiken der Humankategorisierung« an der Universität Mainz durchgeführt wird. Eine dritte Phase wird folgen. Dieser Beitrag stellt in Kurzform einige theoretische Folgerungen aus dem Basisprojekt der Studie vor. Für eine ausführlichere und empirisch gesättigte Darstellung siehe Hirschauer et al. (2014).

Exemplarisch für diese Semantik stehen die über 2.000 Schwangerschaftsratgeber auf dem deutschen Buchmarkt, die das Schwangersein in Frauen verorten und zentrieren. Sie konzipieren sie als hormonell bestimmte Wesen, die durch die Schwangerschaft gewissermaßen zu ihrer natürlichen Bestimmung kommen. Diese *Gynisierung* der Schwangerschaft besteht aus drei kulturellen Axiomen: 1. ›Frauen kriegen Kinder‹, weil dies einfach zum Frausein gehört, also weil ihre Geschlechtsklassifikation dies impliziert. 2. ›Die Frauen kriegen die Kinder‹ – sie sind nämlich vorrangige Adressaten der Fortpflanzungserwartung. 3. Eine Schwangerschaft findet in Frauen statt, sie hat ihren Sitz und ihre materielle Form in einem weiblichen Körper.

## Rahmungen und Zeiten der Schwangerschaft

Vor dieser Folie kann man versuchen, das Schwangersein zunächst tatsächlich als einen devianten Körperzustand der Frauen zu beschreiben. Im Hinblick auf die wachsenden körperlichen Einschränkungen erscheint es als ein Fall für die *Disability Studies*, eine Lebensabschnittsbehinderung, bei der eine Person temporär auf ein signifikantes Körperteil reduziert wird. Dabei ist die Behinderung progredient, die Abmessungen des Leibesvehikels verändern sich rapide. Diese Deformierung lässt Schwangere einerseits von weiblichen Attraktivitätsnormen abweichen, andererseits begegnet man der Behinderung auch mit einer gewissen Rücksichtnahme etwa in Form von Höflichkeiten und Mutterschutzgesetzen.

An Grenzen stößt diese Rahmung, weil das Schwangersein eine gesellschaftlich ›erwünschte Behinderung‹ ist, womit aber auch schon die emotionalen Widersprüche bezeichnet sind, denen Schwangere ausgesetzt sind. Ihr Erleben unterliegt Affektnormen, denen nicht leicht zu entsprechen ist: Sie dürfen ›Beschwerden‹ haben, aber sie haben sich eigentlich nicht zu beschweren, sondern sollen sich freuen – eine Einladung für Schuldgefühle und emotionale Krisen so wie man sie auch durch Glückserwartungen bei Weihnachtsfesten erzeugen kann.

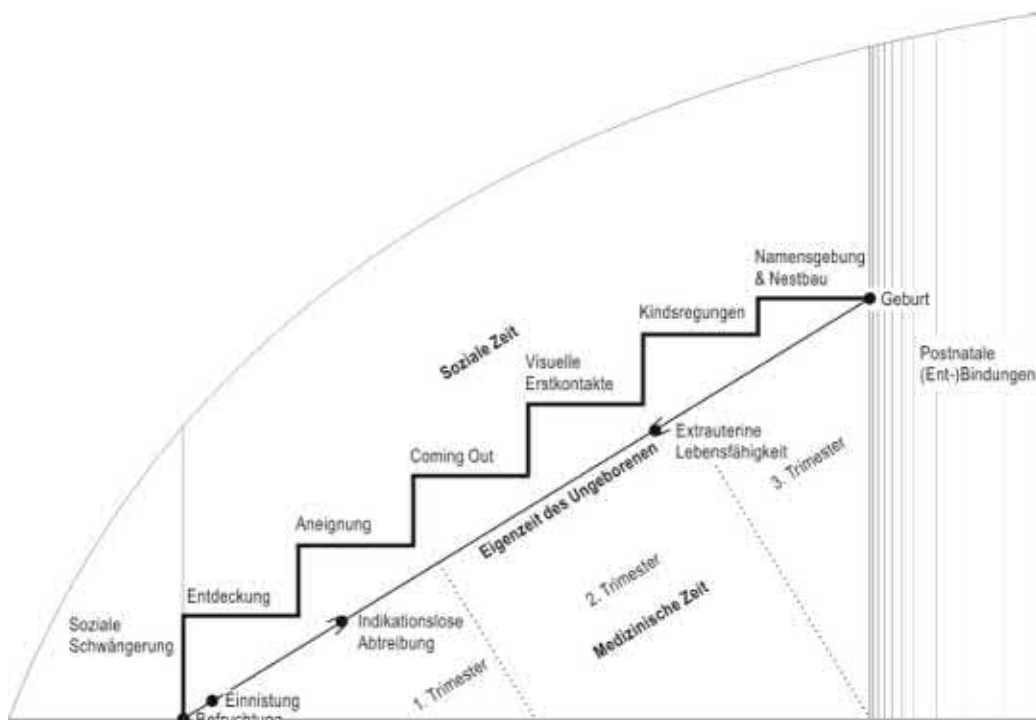
Eine verwandte Rahmung fasst die Schwangerschaft als *Krankheit*, als krisenhaft fortschreitenden devianten Zustand, der mit gesundheitlichen Risiken verbunden ist und medizinischer Regie bedarf. Als Krankheit hat das Phänomen aber wieder eine Besonderheit. Die Besorgnis gilt hier nicht primär der Schwangeren: Es ist vor allem der in ihr wachsende Organismus, derretwegen ihr Körper stellvertretend überwacht, vermessen und medikamentiert wird. Der Gegenstand des Interesses wird durch sie hindurch beaufsichtigt. Insgesamt betrachtet ist das Schwangersein also ein Körperzustand, der sich den Basisschemata der Medizin nicht ohne weiteres fügt. Daher errichtet diese ein Zeitregime, das die Schwangerschaft eigenen Phasierungen, Untersuchungsrhythmen und Normwerten unterwirft. Dieses Regime ist dabei ganz auf die Eigenzeit der körperlichen Entwicklung des Ungeborenen abgestimmt, setzt ihr aber auch eigensinnige ›erzieherische‹ Taktungen wie Vorsorgetermine und Entbindungszeitpunkte entgegen.

Für die von uns befragten Paare stellt sich eine Schwangerschaft dagegen in einer anderen zeitlichen Logik dar. Sie verläuft nicht so linear wie die körperliche Entwicklung des Ungeborenen, sondern als Überschreitung von zwei Sorten Schwellen, von ›points of no return‹. Zum einen sind es drei *Überlebenszeitpunkte*, nach denen es ›geschafft‹ bzw. ›zu spät‹ ist: die körperliche Einnistung des Embryos, die rechtlich gewährte Frist für eine indikationslose Abtreibung

und die technisch leistbare extrauterine Lebensfähigkeit des Fötus. Nach diesen Überlebenszeitpunkten gewinnt eine Schwangerschaft an Realität, an Unausweichlichkeit und an Erwartungssicherheit. Zum anderen gibt es *Schwellen psychischer Aneignung*. Dazu zählen die Diagnose, die Entscheidung für das Austragen, das Coming Out und die Namensgebung, sowie Momente persönlicher Begegnung bei Ultraschallterminen oder ersten Kindsregungen. Solche Momente tragen dazu bei, die Schwangerschaft als werdende Elternschaft irreversibel zu machen. Vergleicht man diese Schwellen mit der linearen Eigenzeit der Fötalentwicklung, so kann man sagen: Ein Embryo wächst, eine Schwangerschaft *springt*.

Es gibt also verschiedene Zeiten und Tempi, in denen sich eine Schwangerschaft auf die Zukunft zubewegt. In ihr konkurrieren: zwei Berufsbiografien mit einer Paarbiografie, (selbst geweckte) drängende Erwartungen eines mitfiebrnden sozialen Umfelds, das medizinische Zeitregime und die Eigenzeit des Ungeborenen, einschließlich von ›Frühgeborenen‹ oder ›Verspäteten‹, die auf sich warten lassen. Unter diesen Bedingungen einer Verdichtung gegenläufiger Erwartungen ist ein zentrales Thema von Schwangeren die *Zeitsouveränität*, die sie der Eigenzeit der Fötalentwicklung, die sie ›mitnimmt‹, dem Erwartungsdruck des Umfelds, der sie antreibt, und dem Zeitregime der Medizin, das sie dirigiert, noch abtrotzen können.

Abb. 1: Der Erwartungsbogen sozialer Schwangerschaft, Quelle: Hirschauer u.a. 2014: 263



## Gynisierung der Reproduktion: die soziale Schwängerung von Frauen

Diese Beschreibung konkurrierender Zeiten beruht auf einer soziologischen Konzeption von Schwangerschaft als einem *Erwartungszustand*, der zunächst zwischen Generationen herrscht, dann in Paaren, dann zwischen Paaren und privatem Umfeld, und schließlich in Austragenden. Die Gesellschaft adressiert die stillschweigende Erwartung ihrer eigenen generationellen Fortsetzung primär an Frauen. Schon ihre Geschlechtskategorisierung bei der Geburt nimmt sie als Fortpflanzungsagenten ins Visier. Später werden sie durch regelmäßige gynäkologische Untersuchungen in dieser Funktion adressiert. Ihre gesamte Biografie wird anhand dieser Erwartung ›gedrittelt‹: Sie sind entweder *noch nicht* ›geschlechtsreif, im ›gebärfähigen Alter‹ oder *nicht mehr* fruchtbar, nämlich wenn die Erwartungen in den ›Wechseljahren‹ zu anderen (jüngeren) Frauen wechseln, während sie selbst womöglich ›kinderlos‹ geblieben sind. Die Tatsache, Kinder zu haben oder nicht, wirkt unter Frauen wie ein zweiter Geschlechtsunterschied. Ein analoger Erwartungsdruck existiert für Männer nicht.

Schon lange vor einer Befruchtung also gibt es eine biografisch vorgeifende *soziale Schwängerung* von Frauen, die zugleich die Fortpflanzung gynisiert. Das Schwangersein ist eine Erwartungsstruktur, die institutionell von vielen Seiten aufrechterhalten wird: nicht nur von der Medizin, auch durch ein soziales Umfeld, das Frauen ›in Erwartung‹ hält, durch Arbeitgeber, die sie ›unter Schwangerschaftsverdacht‹ stellen, und durch einen öffentlichen Moraldiskurs, der Familien Gründungskonflikte von Paaren in den Frauen lokalisiert.<sup>2</sup>

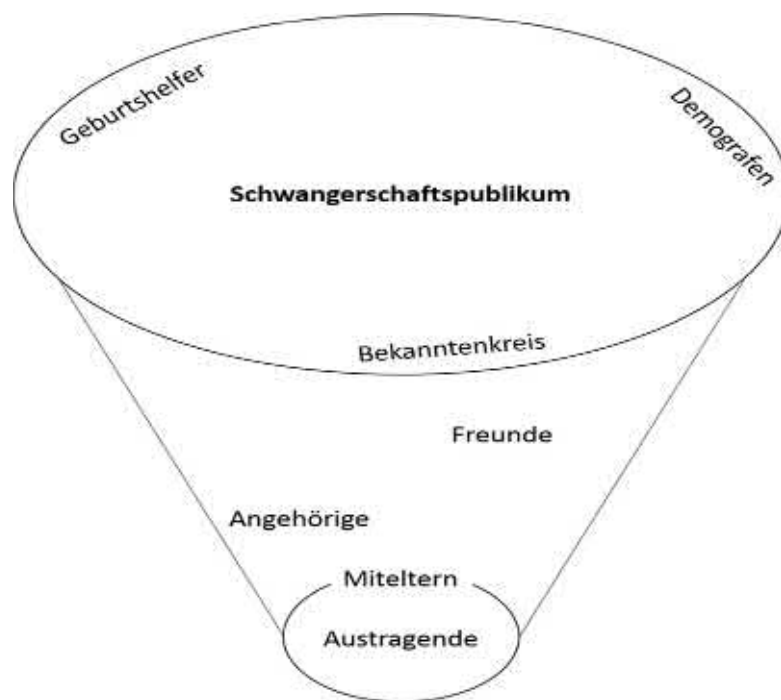
Der erste Schritt einer Soziologisierung besteht daher in einer *konzeptuellen Dezentrierung* der Schwangerschaft von den Schwangeren, denen man sie zuschreibt: Ebenso wie man Gesetzesverstöße einmal in ›Kriminellen‹ lokalisierte, oder die geschlechtsgleiche Zuneigung in einer rätselhaften ›Homosexualität‹, oder wie man Partizipationshindernisse als Eigenschaft von ›Behinderten‹ begreift – ebenso ist es kulturell etabliert, eine Schwangerschaft in den Körpern der sie austragenden Menschen zu verorten.

Uns stellte sich der fragliche Zustand anders dar: Es gibt neben der sozialen Elternschaft auch eine *soziale Schwangerschaft*, einen Erwartungszustand, der sich über eine Reihe von Teilnehmern distribuiert. Nach der Vorempfängnis und Befruchtung verdichten sich diese Erwartungen in einem Feld der *Koschwangerschaft*, in dessen Zentrum sich Teilnehmer als ›schwanger‹ bezeichnen. Das sind meistens die Austragenden, deren Körper den Zustand – wie die Symptomträger einer Familie – artikulieren, sowie jene Koschwangeren, die zur Elternschaft vorgesehen sind, emotional ›mitgehen‹, körperlich mitbetroffen sowie Informations- und Sorgenträger sind. Drumherum staffeln sich die Erwartungen werdender Großeltern, Geschwister, Onkel und Tanten, die auch ›ein Kind kriegen‹, nämlich als Gegenüber ihrer zukünftigen sozialen Beziehungen. Koschwangere sind empirisch genauso variabel engagiert und einstimmungsbedürftig wie die Austragenden auch. Das Feld ist ein Partizipationskontinuum, an dessen Rändern Teilnehmer zum bloßen Publikum werden. Ein Paar bewegt sich in den Mittelpunkt dieses Feldes in dem Maße, wie es sich die Schwangerschaft als soziale Elternschaft aneignet, eine Beziehung

<sup>2</sup> Darüber hinaus wird die Schwangerschaft natürlich auch durch eine Frauenforschung gynisiert, die sie für Frauen reklamiert. Wer die Schwangerschaft demedikalisiert und soziologisch verstehen will, muss sie nicht für die Frauen zurückgewinnen, sondern von den Frauen distanzieren.

zum Ungeborenen aufbaut und dieses als sein Kind ›adoptiert‹. Die größten Bewegungen im Feld der Koschwangerschaft vollziehen die Austragenden: Nachdem sie durch ärztliche Auskunft zum ersten Mitglied des Publikums ihrer Schwangerschaft wurden, werden sie im Prozess der Elternwerdung von einer gesellschaftlichen ›Leihmutter‹, die ein Kind für andere austrägt, zur Zentralfigur einer Schwangerschaft.

Abb. 2: Das Feld der Koschwangerschaft, Quelle: eigene Darstellung



Eine solche dezentrierende Sicht auf die Schwangerschaft lässt diese als eine Statuspassage erkennen, die während sie soziale Beziehungen und Identitäten umbricht, auch auf spezifische Weise Körper beansprucht, verbindet und teilt. Eine Schwangerschaft ist ein kollektiver Erwartungszustand, der zu seiner Verkörperung bestimmte Personen rekrutiert, sie in einen singulären Fokus rückt und als ›Schwangere‹ fixiert. ›Schwangerschaft‹ ist der Name einer massiven Vergesellschaftung von Kindsausträgern, ein hochsozialisierter Zustand, in den Frauen durch ihre Schwängerung hineingeraten und in dem ihre körperlichen Erlebnisse als sie beherrschende biologische Gesetze gedeutet werden.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Dass die theoretische Dezentrierung der Schwangerschaft kulturgeschichtlich ›auf der Tagesordnung steht‹, lässt sich auch an den aktuellen medizintechnischen Dezentrierungen der mütterlichen Schwangeren erkennen. Die ›Mutter‹ wird dabei bekanntlich in vier verschiedene Figuren dekomponiert: in die Eizellenspenderin, die Austragende, die Auftraggeberin und die soziale Mutter. Die Reproduktionsmedizin holt die Schwangerschaft sozusagen aus den Frauen heraus. Damit führt sie dem gesellschaftlichen Publikum einerseits das kulturelle Axiom der ›Kinder kriegenden Frau‹ in seiner Kontingenz vor Augen, andererseits bestätigt sie stur, dass Kinderwünsche an den Körpern von Frauen vollbracht werden sollen. Die soziologische Dezentrierung kann die technische in ein klareres Licht rücken: Erst wenn man die soziale Schwangerschaft ins Auge fasst,

## Inwändige und Auswändige: Schwangerschaft als sozialtheoretische Anomalie

Versuchen wir stattdessen eine soziologische Beschreibung dieser körperlichen Erlebnisse, so müssen wir feststellen, dass viele von ihnen, etwa die Kindsregungen, gar nicht als subjektiv krisenhaft erfahren werden, dass ihre Existenz aber soziologische Theoreme in Krisen versetzt. Denn das Schwangersein ist theoretisch noch gar nicht eingeholt. Es ist nicht nur ein alltagsweltlicher ›Ausnahmestand‹, es ist auch eine Anomalie der Sozialtheorie. Nur ein paar Probleme seien hier angedeutet: Es fragt sich etwa, wieweit ein handlungstheoretisches Vokabular für das Geschehen und Geschehenlassen einer Schwängerung und Geburt taugen kann. Oft beruht die Entstehung von Kindern auf dem Absetzen von ›Verhütungsmaßnahmen‹, also der *Unterlassung* einer *Unterbindung selbsttätiger* körperlicher Prozesse in den Gewohnheiten sexueller Beziehungen. Hier handeln nicht nur Akteure. Und denkt man an das Thema des Abbruchs oder der Fortsetzung von Schwangerschaften, so fragt sich, wie weit ein *entscheidungstheoretisches* Vokabular tragen kann, wenn die Entscheidung über Elternschaft eine Entscheidung über die Entwicklung der beiden Entscheider ist. Eine solche, subjekttransformierende Entscheidung kann eigentlich kein ›Ich‹ treffen, sondern nur jener Andere, der ich sein werde, sobald ich sie getroffen habe (Burkart 2002). Vor allem aber fragt sich, wie man eigentlich *Kommunikation* denken muss, wenn sich nicht zwei *Gegenüber* ›face-to-face‹ begegnen, sondern ein *Inwändiges* und ein *Auswändiges*.

Eine Austragende erfährt eine ganz außerordentliche innerkörperliche Präsenz eines Anderen, die die Frage aufwirft, ob sie eigentlich noch eine Einzelne darstellt oder vielmehr ein *Dividuum* in einem Zustand leibschematischen Irreseins: ›Ist da noch wer? Was bin noch ich?‹ Die Austragende ist zuerst ›befallen‹ von etwas, das sie schwanger macht, dann ›besetzt‹ von einem Fremdkörper, der sie allmählich einnimmt, dann ›bewohnt‹ von einem blinden Passagier und ›belebt‹ von einem Untermieter, mit dem sie sich zu teilen hat, um schließlich von diesem ›verlassen‹ zu werden. Zu wem sagt sie eigentlich noch ›ich‹?

Und wen oder was beginnt sie im Verlauf ihrer Schwangerschaft zu duzen? Hier wird *etwas* Unbekanntes, das als ein Außerweltlicher auftaucht, zu *einem* Unbekannten, der sich nur unter äußerst schwierigen kommunikativen Bedingungen kennenlernen lässt. Auch in dieser Hinsicht ist eine Schwangerschaft ein Zustand, dessen Außeralltäglichkeit historisch wächst. Im Maße der Zunahme ganz selbstverständlicher Telekommunikation mit Nahestehenden wird es zur Anomalie, dass gerade jemand, den man noch nicht kennt, in extremer *Proximalkommunikation* erfahren wird. Das Ungeborene schreibt keine Mail und keine SMS. Es ist zugleich maximal nah und doch nicht ohne weiteres kommunikativ erreichbar. Es präsentiert sich in einer ganz eigenen – der medialen Kommunikation diametral entgegengesetzten – Kombination aus Nähe und Ferne.

---

wird verständlich, in welchem Maße die menschliche Fortpflanzung technisiert werden konnte: weil die *physischen* Beiträge zu einer Schwangerschaft zwar notwendige, aber immer schon klar begrenzte Zutaten gewesen sind, die streckenweise auch durch Keimzellenspender, Leihmütter und Brutkästen beigesteuert werden können.

Einerseits ist ein Ungeborenes also gewissermaßen der Prototyp des Unbekannten, nämlich dessen, *was* wir nicht kennen, und dessen, *den* wir noch nicht kennen. Andererseits hockt dieses Wesen inwändig in der Austragenden. Mit Georg Simmel (1908: 764ff.) könnte man sagen, dass es in zwei Hinsichten ein Fremder ist: in seiner verwirrenden Kombination von Nähe und Ferne und als eine Gestalt, die wie ein Zuwanderer zugleich innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft ist, nämlich der gegebenen Gesellschaft, der er zuwächst, und der werdenden Familie, die erst durch sein Erscheinen *entsteht*. Dieses Wesen ist ein *inwändiger Auswärtiger*. Und auf der anderen Seite zerran an diesem Inbegriffensein in der Auswändigen dieses hohe gesellschaftliche Interesse und die Anteilnahme der Koschwangeren. Aus Sicht der Auswändigen ist ein Ungeborenes in ihr verschlossen (sie sind zu zweit allein), es öffnet sie aber auch für die ganze Welt – eine ganz außerordentliche Mischung aus körperlicher und sozialer Bedrängnis, in der Einsamkeit, Zweisamkeit und soziale Vereinnahmung zugleich vertieft werden.

Es kann hier nur knapp skizziert werden, wie unter diesen Bedingungen mit der Zeit eine kommunikative Beziehung zwischen Inwändigem und Auswändiger entsteht. 1. Die innerkörperlichen Präsenzen eines Anderen beginnen mit der körperlichen *Mitbetroffenheit* eines innerleiblichen Mit-Essers von der Nahrungs- und Genussmittelaufnahme der Austragenden. Der leibliche Untermieter bringt sie in die ganz außergewöhnliche Lage, dass sie nicht mehr nur für sich selbst essen kann, sondern für jemand anderen essen muss, der körperliche Rücksichtnahme verlangt. Das spezifische Moment seiner Präsenz liegt in seiner Vulnerabilität.

2. Ferner wird ein Inwändiges als Objekt mit Sinneswahrnehmungen wahrgenommen, also als *Miterlebendes*. Dies ist dadurch vorstrukturiert, dass die Auswändige mit ihm dauerhaft zwei Räume teilt: den engen leiblichen und den weiteren situativen, in dem sie sich jeweils bewegt. Sie kann annehmen, dass einige ihrer auswändigen Wahrnehmungen – z.B. Helligkeit oder laute Musik – auch inwändig *zeitgleich* erlebt werden. Auch in dieser Hinsicht ist die Auswändige bereits zu zweit: geteilter Leib – geteilte Zeit.

3. Weiter wird das Inwändige als *Fremderlebendes* aufgefasst, das etwas ander(e)s wahrnehmen kann als die Auswändige, darunter diese selbst. Schwangersein besteht auch aus einer diffusen Einstellung darauf, selbst von jemandem aus einer Nähe wahrgenommen zu werden, die jede Intimbeziehung übersteigt. Die Fremdwahrnehmung ist verglichen mit der Begegnung von Geborenen zugleich viel schwächer, da sensuell unscharf und kognitiv primitiv, als auch stärker – da maximal proximal und ununterbrochen. Insofern können sich Auswändige ›unter Beobachtung‹ wähnen, zwar längst nicht so präzise wie durch die Augen eines sehgeschulten Geborenen, aber so wie unter der eines scheu versteckten Tieres, das nach Achtsamkeit und leisem Auftreten verlangt. Auswändige nehmen sich selbst als wahrgenommen wahr, und zwar von einem Wesen, das nicht wegdämmert wie Komapatienten und Demente (Meyer 2014), sondern allmählich herandämmert.

4. Irgendwann wird das Inwändige für die Auswändige auch ein *Eigenbewegliches*, dessen Positionsänderungen und Gewichtsverlagerungen am eigenen Körper wahrnehmbar werden. Die Auswändige muss daher davon ausgehen, dass die Bewegungen beider Körper *füreinander* spürbar sind. Die zeitliche Synchronisierung von Mit- und Gegenbewegungen bekommt Ähnlichkeit mit der Koaktivität von Tanz- und Sexualpartnern. Es bilden sich rudimentäre Reaktionsrhythmen heraus, ein Mit- und Gegeneinander. Wie fasst man das soziologisch? Eine einmalige Anpassung eines Körpers an einen anderen kann man als *Reiz-Reaktions-Verhältnis* fassen, eine

wiederholte Adjustierung beider Körper als eine *Wechselwirkung*, aber eine sich regelmäßig wiederholende wechselseitige Adjustierung in Reaktion aufeinander wird zu einer *Interaktion* – auch ohne dass man schon von Kommunikation sprechen könnte. In einem wiederholten Reagieren zweier Körper auf den je anderen entsteht ein *Aufeinander*, also ein elementares, wortloses ›Wir‹.

5. Dieses verdichtete und grob rhythmisierte Motilitätsgeschehen evoziert eine weitere Steigerung der Binnenwahrnehmung der Auswändigen. Wenn sie sich ›unter Beobachtung‹ wähnt, so reagiert sie darauf, indem sie verstärkt in sich hineinhorcht und dem Inwändigen auflauert. Der eigene Körper wird unter erhöhte Spannung gesetzt und zu einem Resonanzboden gemacht, der noch die leisesten Regungen des Inwändigen aufzeichnet. Die ›Empfangsbereitschaft‹ richtet sich dabei nicht mehr nur auf Lebenszeichen, sondern auf Zeichen dessen, was das Inwändige gerade *erlebt* (etwa Platznot). Es gerät unter Kommunikationsverdacht und wird als *Signalgeber* wahrgenommen.

6. In dieser kommunikativen Achtsamkeit wird das Ungeborene schließlich auch umgekehrt zum *Adressaten* von Kommunikationsinitiativen: mündlich, schriftlich im Tagebuch, ›telepathisch‹ in Gedanken, taktil und gesanglich wird das Inwändige adressiert und damit Reaktionserwartungen ausgesetzt, die ihm eine *Antwortlücke* einräumen, einen Raum für die Äußerung eines Anderen. Mit Goffman (1974: 54ff.) könnte man sagen: ein Territorium des ungeborenen Selbst.

## Was kann die Soziologie vom Schwangersein lernen?

Die Kindsregungen werden von den meisten Austragenden irgendwann als Interaktion oder gar Kommunikation gedeutet. Soziologisch gesehen, ist diese Kommunikation natürlich mehrfach gestört. Erstens ist es eine Kommunikation unter Abnahmevorbehalt, der Kontakt ist ungesichert (»Ist da wer?«) und steht unter dem Vorbehalt, einseitig zu bleiben. Zweitens ist das Medium der Verständigung wenig elaboriert. Ungeborene sind wie Zelleninsassen, die man nur durch Klopfzeichen hört, oder wie Taubblinde, die nur über ein innerleibliches ›Lormen‹ erreichbar sind. Drittens gibt es auch noch eine Antwortunsicherheit, so wie sie Betende in Erwartung eventueller göttlicher Zeichen erleben. Das Kommunizieren mit Ungeborenen braucht deshalb starke Reziprozitätsunterstellungen. Und die Auswändigen wissen, dass sie Vieles unterstellen: Erreichbarkeit (dass sie irgendwie wahrgenommen werden), Adressierbarkeit (dass es jemanden gibt, an den sie sich richten können), Responsivität (dass Regungen Antworten sind, also in einem zeitlich-sinnhaften Zusammenhang mit ihrem Handeln stehen) und Symbolizität (dass ein Zeichen für zwei Wahrnehmende dasselbe bedeutet).

Es ist klar, dass unter diesen Prämissen nicht das stattfinden kann, was wir in der sprachlichen Kommunikation wohlartikulierter Geborener erwarten und was die soziologische Theorie (etwa: Luhmann 1995), als Kommunikation definiert hat. Auf der anderen Seite enthalten solche Kommunikationsbegriffe aber eben auch Prämissen, die zu wenig auf diesen empirischen Fall – die pränatale Sozialität – eingestellt sind. So wie die zeitgenössische Kommunikationstechnik dem Interagieren neue Formen von Teleinteraktion hinzufügte (Knorr Cetina 2009, Hirschauer



2015), so stiftet auch die uralte Proximalkommunikation mit Ungeborenen Formen von Kommunikation, an die die Soziologie bislang noch nicht dachte, weil ihre Grundbegriffe von anderen paradigmatischen Fällen bestimmt werden. Natürlich ist es nicht zwingend, solche Begriffe neu anzusetzen, um das besondere Resonanzverhältnis der Schwangerschaft erfassen zu können, aber warum sollte man sie auf die sprachlichen Verhaltensweisen von Erwachsenen beschränken?

Außerdem gibt es einen guten Grund, den soziologischen Begriff der Kommunikation für jene Erfahrungen zu öffnen, die sich in der Schwangerschaft machen lassen. Auswändige kommunizieren – wie es bei erzieherischem Handeln generell geschieht – ›auf Kredit‹, im Vorgriff auf Zukunft. Ihre Kontaktversuche zum Ungeborenen werden in der Perspektive *werdender* Interaktionen, Kommunikationen und sozialer Beziehungen vollzogen. Diese sind genauso ›groß zu ziehen‹ wie die Person, an deren Entstehung man eben damit arbeitet. Ungeborene wie geborene Kinder werden *prospektiv* – im Vorgriff – personalisiert. Sie werden also Personen, indem andere so tun, als seien sie es bereits, zum Beispiel indem sie so zu ihnen sprechen, als könnten sie die ihnen gebotenen Antwortlücken schon füllen.

Was also kann die Soziologie vom Schwangersein lernen? Eine wichtige Lektion scheint mir in der Verschränkung körperlicher, kommunikativer und psychosozialer Prozesse zu liegen (Schadler 2013, Hirschauer et al. 2014: 274ff.), die sich in einem Strom von *Koaktivitäten* vermischen, von denen ›Handlungen‹ nur einen kleinen Teil darstellen.

Eine zweite Lektion liegt in einer neuen Perspektive auf soziale Beziehungen. Wenn ein wesentlicher Teil der Schwangerschaft als Erwartungsstruktur bereits vor einer Befruchtung existiert, so gilt umgekehrt, dass ein anderer Teil auch die Geburt *überdauert*. Im Sinne einer körperlich fundierten und nicht ohne Weiteres kündbaren Nahbeziehung, die viel stärker von Abhängigkeit bestimmt ist als die souveränen Akteure der soziologischen Handlungstheorie annehmen, geht eine Schwangerschaft über die Geburt hinaus: Diese ent–bindet ja nur physisch, sozial bindet sie erst richtig, und zwar so, dass zunächst auch körperliche Anforderungen in diese Bindung eingearbeitet sind: das Stillen, Füttern, Tragen und Versorgen. Die auch diese Phase überdauernde elterliche Sorge – die ängstlichen Fantasien und die Sprungbereitschaft – setzt in gewisser Weise auch die Gravidität der Schwangerschaft fort. Man trägt die Kinder weiter und spürt ihr Gewicht. Ein Kind muss über die Jahre noch mehrfach ›abgenabelt‹ werden, wenn es zuerst in die Verantwortung anderer, dann in seine eigene übergeht.

Wenn man den Gebärrakt auf diese Weise in eine Serie von sozial äquivalenten Ereignissen einträgt, eröffnet das umgekehrt, soziale Beziehungen als *postnatale Sozialität* ernst zu nehmen. Das hieße, Beziehungen einmal nicht, wie soziologisch eingeübt, aus der Perspektive sich mündlich oder vertraglich aufeinander beziehender Individuen zu sehen, sondern aus einer emotionssoziologischen Perspektive: als zur Ent–Bindung anstehende affektive Verbindungen. Das paradigmatische Objekt einer solchen anderen Konzeptualisierung sozialer Bande wäre nicht der Vertrag, es wäre die Nabelschnur.

## Literatur

- Burkart, G. 2002: Entscheidungen zur Elternschaft revisited. Was leistet der Entscheidungsbegriff für die Erklärung biographischer Übergänge? In N.F. Schneider, H. Matthias-Bleck (Hg.), Elternschaft heute. Opladen: Leske & Budrich, 23–48.
- Goffman, E. 1974: Das Individuum im öffentlichen Austausch. Mikrostudien zur öffentlichen Ordnung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hirschauer, S. 2013: Geschlechts(in)differenz in geschlechts(un)gleichen Paaren. Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Sonderheft 2, 37–56.
- Hirschauer, S. 2015: Intersituativität. Teleinteraktionen und Koaktivität jenseits von Mikro und Makro. Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft Interaktion, Organisation und Gesellschaft revisited, 109–133.
- Hirschauer, S., Heimerl, B., Hofmann, P., Hoffmann, A. 2014: Soziologie der Schwangerschaft. Explorationen pränataler Sozialität. Stuttgart: Lucius
- Knorr Cetina, K. 2009: The Synthetic Situation. Interactionism for a Global World. Symbolic Interaction 32, 61–87.
- Niklas Luhmann, N. 1995: Was ist Kommunikation? In N. Luhmann, Soziologische Aufklärung, Band 6. Opladen: Westdeutscher Verlag, 113–124.
- Meyer, C. 2014 Menschen mit Demenz als Interaktionspartner. Zeitschrift für Soziologie, 43, 95–112.
- Schadler, C. 2013: Vater, Mutter, Kind werden. Eine posthumanistische Ethnographie der Schwangerschaft. Bielefeld: Transcript.
- Simmel, G. [1908] 1992: Exkurs über den Fremden. In G. Simmel, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Gesamtausgabe Bd.11. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Plenum 7 »Die Zukunft der Zukunft: Zeitstrukturen und Zeithandeln im Wandel«  
– organisiert von Nadine Schöneck-Voß und Sighard Neckel

# Allgegenwärtige Potentialität

## Zukunftsträchtigkeit als gesellschaftliche Formgeberin unserer Zeit

Denis Hänzi

*Beitrag zur Plenum 7 »Die Zukunft der Zukunft: Zeitstrukturen und Zeithandeln im Wandel«  
– organisiert von Nadine Schöneck-Voß und Sighard Neckel*

»Die Anwesenheit eines Mannes hindert eine Frau daran, ihr Shopping-Potenzial ganz auszuschöpfen.« Diese bemerkenswerte Problematisierung, meine Damen und Herren, fand sich im Frühjahr 2014 auf einer Webseite der *Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)*, angelegt als Eigenwerbung für einen Beitrag in der *NZZ am Sonntag*, wo man die ganze Misere nachlesen kann. Der Titel dann dort: *Sie will shoppen, er stört* (Helg 2014). Kurzum: Männliche Präsenz blockiert weibliches Potenzial. Paradoxerweise ist es ein Satz Theodor W. Adornos, der sich am reibungslosesten sinn- und zweckentfremden ließe, fühlte man sich veranlasst, den männlichen Störenfried zu rügen: »Vernünftig«, so nämlich schreibt Adorno, sei »die Menschheit eingerichtet einzig, wofern sie die vergesellschafteten Subjekte ihrer ungefesselten Potentialität nach erhält« (Adorno 2003: 775). Dass Adorno mit seiner »ungefesselten Potentialität« so ziemlich das Gegenteil dessen im Blick gehabt haben dürfte, was uns im Blendbild der schier unerschöpflichen weiblichen Kauflust vorschwebt, bedarf hier keiner gesonderten Erörterung. Bei Georg Simmel hingegen bin ich mir nicht ganz so sicher, ob er, konfrontiert mit dem besagten Teaser in der *NZZ am Sonntag*, nicht eine gewisse Genugtuung empfände – eine Genugtuung darüber, dass seine anno 1911 formulierte Bestimmung dessen, was die »Weibliche Kultur« (Simmel 1996) ausmache, auch hundert Jahre später noch *plus ou moins* zuzutreffen scheint. In der gleichnamigen Schrift erörtert Simmel die Potentialitätsfrage hinsichtlich der »Bedeutung des Entwicklungsbegriffs für die ganze männlich-weibliche Kulturfrage« (Simmel 1996: 422). Vom männlichen Standpunkt her besehen, so schreibt er, möge Potentialität als »Unentwickeltheit von Endwerten« (Simmel 1996: 426) gelten und daher immer nur im Sinne einer »Anwartschaft auf eine andere, zukünftige Formung« (Simmel 199: 425) von Bedeutung sein. In der »weiblichen Psyche« (Simmel 1996: 426) hingegen sei Potentialität stets ein sinnvoll Gegebenes, eine Möglichkeit nämlich »im Sinne wesensbestimmender Wirklichkeit« (Simmel 1996: 427). Kein Wunder also – und ich spitze der Anschaulichkeit halber nochmals etwas zu –, dass es zu Reibungen kommt: Für einen Mann, in seiner Eigenschaft eines Shoppingmall-Muffels, birgt das Ausleben von Kauflust im Kaufhaus

keinerlei Aussicht auf »eine andere, zukünftige Formung« von Wirklichkeit.<sup>1</sup> Einer Frau hingegen, vom paternalistischen Sparsamkeitszwang endlich befreit, ist der Shopping-Exzess sinnlich-wirklicher Beweis ihres ureigentlich verschwenderischen Wesens.

Nun können wir mit Niklas Luhmann sagen, dass »Wesenheiten« (Luhmann 2002: 206) seit Aristoteles und Platon doch eigentlich als Garant/-innen der Konstanz, als Repräsentant/-innen des Unbewegten gelten. Das Irritierende an der ganzen Problematik ist dann, dass der hier implizierte Wesenszug der Frau – die ihr gleichsam innewohnende Kauflust – doch eigentlich für allerhand Bewegung sorgt: ohne Shopping kein Umsatz, ohne Umsatz kein Gewinn, ohne Gewinn kein Wirtschaftswachstum, ohne Wirtschaftswachstum keine kapitalistische Dynamik. Somit lässt sich das Geschlechterverhältnis der Gegenwart – immerhin im Sinne der heutigen *Neuen Zürcher Zeitung* – auf die Formel bringen: Während die Präsenz des Mannes keine Zukunft hat, ist die Potentialität der Frau Zukunft. Darob wäre Simmel dann vielleicht doch etwas beunruhigt.

Meine Damen und Herren, im Folgenden will ich die These entwickeln, dass wir es aktuell mit der Entfaltung eines gesellschaftlichen Regimes zu tun haben, das in der unserer Tage gleichsam allgegenwärtigen Rede von *Potenzialen* seinen diskursiven Ausdruck findet. Stephan Lessenich hat uns unlängst auf das immer lauter werdende Knattern und Stampfen einer gesellschaftlichen »Potenzialbeschwörungsmaschinerie« (Lessenich 2013: 76) aufmerksam gemacht. Ich teile seine Diagnose und will mich später im Vortrag daran machen, das Getriebe dieser sozialen Apparatur an einigen seiner Komponenten eingehender zu inspizieren. Wie ich dabei zeigen möchte, geht die im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts manifest werdende, nach wie vor virulente »Krise sozialer Zeitperspektiven« (Neckel 1988: 466) mit einer Reihe objektiver Handlungsprobleme einher, angesichts welcher der gegenwärtig grassierende Glaube an *Potenziale* eine denkbare und praktikable Lösung zu sein verspricht. In der Gemengelage der aktuellen Krise des Zeitlichen bildet sich ein gesellschaftliches Potentialitätsregime heraus, welches recht ausschließlich solcherart Entitäten, Denk- und Handlungsweisen zu reklamieren und nicht zuletzt auch zu prämiieren neigt, die Zukunft – und zwar in zeitlicher *wie* sachlicher Hinsicht – zugleich verheißen *und* vorwegnehmen. Mit Blick auf das in der *NZZ* unterstellte Shopping-Potenzial der Frau (*à contrecœur* übernehme ich abermals den Kollektivsingular) heißt das: Indem die Frau gegenwärtig bis zur Erschöpfung kauflustig ist, trägt sie nicht unwesentlich dazu bei, das Schwungrad der Wirtschaft in Bewegung zu halten – und wird folglich auch in Zukunft bis zur Erschöpfung kauflustig sein können. Oder umgekehrt: Die Frau wird auch künftig sich als Kauflustige voll ausleben können, sofern sie hier und heute eine Vollblutkauflustige ist. Die Rede vom Potenzial suggeriert also, eine bestimmte Zukunft sei in der Gegenwart schon enthalten – ja die betreffende Zukunft *bedürfe* eines spezifischen gegenwärtigen Zustands, in dem eben diese bereits angelegt ist. Im Untertitel des Vortrags habe ich versucht, dieser Eigentümlichkeit des Potentialitätsregimes Ausdruck zu verleihen, indem ich von einer gewissen *Zukunftsträchtigkeit* als gesellschaftliche Formgeberin unserer Zeit spreche.

---

<sup>1</sup> Anders stellt sich die Sache für ihn freilich beim Besuch eines *Baumarktes* dar: Hier nämlich, im *Do-it-yourself-Paradies*, lockt die Chance auf Befriedigung des männlichen »Kürwillens« (Tönnies 1912).

## Potentialität als zeitlich-sachliche Überbrückungsformel

Gesetzt nun den Fall, am Heraufkommen dieses Regimes sei etwas dran: Dann müsste sich – einem verstehenden Ansatz im Sinne Max Webers (1988) folgend – doch wohl eruieren lassen, wie es denn *kommt*, dass die potentialistische Gesinnung in der Gesellschaft unserer Tage ihre adäquateste Form, die Gegenwartsgesellschaft andererseits in ihr die adäquateste Triebkraft glaubt finden zu können. Woher also rührt diese Glaubensverdichtung? Zum einen, so werde ich argumentieren, lässt sich zeigen, dass die grassierende Potentialitätsgläubigkeit als Antwort auf ein sich zuspitzendes Problem der gesellschaftlichen Zukunftsbearbeitung zu begreifen ist, welches sich aus der allzu offenkundig werdenden Implosivität jener sozialen Umgangsform mit Zeit ergibt, die ich eine possibilistische nennen möchte. Hieran anknüpfend soll sodann – zum anderen – verdeutlicht werden, dass die gleichsam omnipräsent werdende Orientierung an Potentialitäten in sachlicher Hinsicht sich insbesondere im Kontext gesellschaftlicher Fraglichkeiten beobachten lässt, mit Blick auf welche einst solide Glaubensfundamente recht offenkundig im Zerfall begriffen sind.

Um den ersten genannten Schritt tun zu können, sei hier der notwendigerweise vereinfachende Versuch unternommen, in maximalem Zeitraffer eine kleine Genealogie sozialer Zukunftskonzeptionen in europäischen Gesellschaften nachzuzeichnen. Ansetzen kann man hierfür bei der spätmittelalterlichen Imagination einer Endzeit, »auf die hin alle Gegenwart zuläuft« (Neckel 1988: 471). Das, was dereinst sein wird, gilt den Gläubigen als vorgezeichnet. Diese im Kern *prädestinistische* Konzeption verliert ab Mitte des 16. Jahrhunderts an sozialer Durchschlagkraft: Mit der »Säkularisierung der christlichen Zeitauffassung im entstehenden Protestantismus« (Neckel 1988: 473) gewinnt allmählich eine Auffassung die Oberhand, im Rahmen derer Zukunft als eine beeinflussbare Größe, ja als individueller »Gestaltungsauftrag« (Rosa 2005: 397) wahrgenommen wird. Die Etablierung des Versicherungswesens im Übergang vom 17. zum 18. Jahrhundert kann als exemplarisch für diese im Kielwasser der Aufklärung auftauchende »Umstellung der Zeitsemantik« (Rosa 2005: 397) gelten. Nun ist es der qua Extrapolation des Gewesenen plausibilisierte Glaube an eine gewisse Vorhersehbarkeit, der – wie Rainer Rilling es formuliert – eine »Bresche in die Unsicherheit des Zukünftigen« (Rilling 2014: 17) zu schlagen verspricht. Diese *probabilistisch-prognostisch* gewendete Zukunftskonzeption ist es denn auch, die den Beginn der sozialen Verwandlung von Gefahren in Risiken markiert. Im 19. Jahrhundert zeitigen sodann der Siegeszug der kapitalistischen Wirtschaftsform und die Entstehung der bürgerlichen Aufstiegs-gesellschaft einen gleichsam ausufernden »Bedeutungsgewinn des Möglichen« (Rilling 2014: 18): Nach 1789 und mit der technisch-industriellen Revolution setzen sich die Idee des Fortschritts und die Vorstellung von Zukunft als einem verheißungsvollen Bezugspunkt individuell gestaltbarer Lebenspraxis durch. Es schwingt sich im Laufe des 19. Jahrhunderts also eine *possibilistische* Zukunftskonzeption empor im Sinne der Vorstellung, dass – so Niklas Luhmann – »die Zukunft anders sein wird als die Vergangenheit« (Luhmann 2002: 209). Zukunft erscheint nun als ein offenes und zu erweiterndes »Feld von Möglichkeiten« (Neckel 1988: 482). Eine Konzeption, der indes eine verzwickte Dynamik, eine Paradoxie eingelagert ist: Je stärker der Raum möglicher Zukünfte im Dienste der Gegenwart ausgeweitet und je dichter er dabei *a priori* befrachtet wird, desto enger werden die künftig gegenwärtigen Handlungsspielräume. Im Laufe des 20. Jahrhunderts spitzt sich dieses Dilemma des Possibilismus zu –

und spätestens seit Mitte der achtziger Jahre sind wir immer wieder Zeuginnen und Zeugen der ihm inhärenten Implösivität. Lanciert der Autohersteller *Toyota* 1985 seinen (übrigens von einer Düsseldorfer Werbeagentur entworfenen) Markenclaim »Nichts ist unmöglich«, so bestätigt sich dieser Slogan, dieses heimliche Abschiedslied des Possibilismus im Folgejahr aufs Dramatischste in der Katastrophe von Tschernobyl. Die absatzstrategisch forcierte Kundenidentifikation mit dem Phantasma der unbegrenzten Möglichkeiten und die »Einsicht in das unentrinnbare Ausgeliefertsein« (Beck 1986: 8) an die tödlichen Folgen desselben sind es, die hier zeitlich zusammenfallen – und äußerst schlecht zusammengehen wollen. Was dem Possibilismus bleibt, ist, um es mit Ulrich Beck zu formulieren, die »Resthoffnung« auf einen »günstigen *Wind*« (Beck 1986: 9) – ein Moment, der als neuerlicher Wendepunkt hinsichtlich des gesellschaftlichen Modus der Zukunftsbearbeitung zu begreifen ist. »Heute« nämlich, so schreibt Sighard Neckel vor rund einem Vierteljahrhundert, »wissen wir, dass die Idee einer [...] selbstverantwortlich zu gestaltenden Zukunft [...] zu sich selbst nicht gekommen ist« (Neckel 1988: 479).

Was sich um die Wende zum neuen Jahrtausend radikal offenbart, ist, dass die Zukunft uns regelmäßig (böse) zu überraschen neigt. Vor diesem Hintergrund lässt sich das Potentialitätsregime, das sich unserer Tage zu verfestigen sucht, als ein Regime in den Blick nehmen, das sich – mit Hartmut Rosa gesprochen – durch mannigfaltige »Hoffnungen auf [...] *Resynchronisation*« (Rosa 2005: 414) auszeichnet. Denn, wie Rainer Rilling schreibt: »Je stärker der Bruch zwischen Gegenwart und Zukunft scheint, desto dringlicher und umfassender die Versuche, ihn zu überbrücken.« (Rilling 2014: 18)

Von welcherart Überbrückungsversuchen aber zeugt die aktuelle Hochkonjunktur der Beschwörung zukunftssträchtiger Potentialitäten, wenn wir deren *inhaltlich-sachliche* Problembezüge ins Auge fassen? Recht offensichtlich greift der Potenzialbegriff unserer Tage im Feld der Bildung und berufsbezogenen Bewährung um sich. Grund- und Hauptschulen händigen ihren Schülerinnen und Schülern neuerdings nicht mehr nur Zeugnisse, sondern – nach Absolvierung eines entsprechenden Programms – auch individuelle *Potentialpässe* aus (Wiesner 2010), Universitäten fordern ihre Studierenden zusehends nicht mehr nur zur Studienberatung, sondern zur *Potenzialanalyse* auf (siehe exemplarisch FU Berlin 2014; TU Braunschweig 2015; Universität Jena 2011) und Wirtschaftsunternehmen installieren so genannte *High-Potential-Pools*, also Exklusivstatus verheißende Personenreservoirs, in welche nur jene Arbeitnehmenden inkludiert werden, bei denen *bestimmte* Potenziale in höchstem Ausmaß ausgemacht werden wollen (Voswinkel, Wagner 2014).

Individuelle Potenziale möglichst *dingfest* zu machen, verspricht in diesen Kontexten jeweils jene Brücke zwischen Gegenwart und Zukunft schlagen zu können, die im betreffenden Zusammenhang instabil, ja akut einsturzgefährdet geworden ist. Die mit Blick auf das schulische Berechtigungswesen unserer Tage auszumachende »Bildungspanik« – siehe Heinz Bude (2011) – ist sicherlich nicht zuletzt ein Kind der um sich greifenden Ungewissheit darüber, ob die Entscheidung für die und die Schulform an dem und dem Ort nicht vielleicht diese oder jene Zukunftschance des fraglichen Heranwachsenden eher zunichtemacht, statt sie zu eröffnen. Die formalisierte Bekundung des persönlichen Potenzials verspricht demgegenüber immerhin dies: Dass man da nämlich für die Zukunft etwas vorrätig habe, was man *heute* schon verkörpert. Analoges kann für die von der Credit-Point-Panik ergriffenen Bachelor-Studierenden gelten. Von den Bildungstiteln, die hier angestrebt werden, kann aktuell auch keiner sagen, wohin sie ein-

mal führen werden. Und auch hier verheißt die diagnostische Vergewisserung subjektiver Potentialität doch wenigstens eine gewisse Realisierungsmöglichkeit der Möglichkeit, dass – um nochmals Luhmann heranzuziehen – die »künftige Gegenwart« des Absolventen im Sinne seiner »gegenwärtigen Zukunft« ausfallen wird (Luhmann 1992: 187; 142). Schließlich unterliegt auch der in der projektbasierten Polis um beruflich-positionalen Erfolg ringende Arbeitnehmer der Potenzialbeschwörungsmaschinerie, die mit dem *neuen* Geist des Kapitalismus – der sich, wie ich meine, im Kern als ein Geist des Potentialismus ausnimmt – aufs Feinste abgestimmt ist: Wie Luc Boltanski und Ève Chiapello zeigen, formiert sich die Rangordnung der Menschen in einer solchen Polis wesentlich entlang des Kriteriums, ob sich das Individuum in ihr dadurch als Wertigkeitsträger zu etablieren versteht, dass es ein hinreichend ausgeprägtes »Engagementvermögen« (Boltanski, Chiapello 2003: 169) aufweist. Manche Subjekte, so schreiben der Autor, die Autorin, »verkörpern [...] diese Potenzialität geradezu modellhaft in ihrer Person« (Boltanski, Chiapello 2003: 162). Wie beim Shopping-Potenzial der Frau aus der *NZZ am Sonntag* ist es auch in allen hier genannten Konstellationen letztlich ein als zukunftssträftig codiertes, verheißungsvolles Wesen der Person, auf das es ankommt.

## Bauherrinnen des Potentialitätsglaubens

Sucht man nach den gesellschaftlichen Glaubenssätzen, die sich in diesem Ideal verklammern, so stößt man recht unweigerlich auf jene in den fünfziger Jahren einsetzende »Psychologisierung der Kreativität« (Reckwitz 2012: 198), wie Andreas Reckwitz sie als eine zentrale Triebfeder der gesellschaftlichen »Normalisierung des Ressourcen-Selbst« (Reckwitz 2012: 198) rekonstruiert hat; als genealogisches Element einer sozialen Normalisierung, von der zweifelsohne auch die Konstitution des »Arbeitskraftunternehmers« (Voß, Pongratz 1998) oder des »unternehmerischen Selbst« (Bröckling 2007) geprägt ist. Nun stellt sich die Frage, ob das basale Strukturierungsprinzip, das diesen sozialen Leitfiguren – einschließlich dem von Reckwitz herauspräparierten Dispositiv der Kreativität – zugrunde liegt, nicht eigentlich im Regime der Potentialität zu finden ist. Reckwitz selbst erkennt im so genannten *human potential movement* (einer in den fünfziger Jahren einsetzenden Bewegung innerhalb der US-amerikanischen Psychologie) jedenfalls einen nicht unwesentlichen Taktgeber der sozialen Konstruktion des Ressourcen-Selbst – geht dem Potenzialbegriff aber nicht weiter nach. Dabei scheint die Idee der Potentialität ganz zentral zu jenen sozialkritischen »Konzeptionen einer alternativen, besseren Gesellschaft« (Rosa 2005: 400) zu zählen, die im Laufe des possibilistisch orientierten 20. Jahrhunderts zusehends »in die Zukunft projiziert« (Rosa 2005: 400) werden, um hierüber Eingang in verschiedenste Politiken zu finden. Die revisionistischen Potentialitätskonzeptionen der Neofreudianer können etwa als solche Entwürfe gelten. Herbert Marcuse kritisierte sie dahingehend, dass sie »sowohl die unfreien wie die freien [...] Möglichkeiten des Menschen« (Marcuse 1965: 255) umfassten und somit »das herrschende Realitätsprinzip mit der Größe eines Versprechens« versehen würden, welches *de facto* »nur jenseits dieses Realitätsprinzips eingelöst werden« (Marcuse 1965: 255) könne. Schon 1955 also – da erscheint *Triebstruktur und Gesellschaft* im englischen Original



– weist Marcuse auf die Ambivalenz hin, die der Vorstellung einer realisierbaren Potentialität innewohnt.

Nach seinem Debüt bei Simmel wird der Potentialitätsbegriff in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eben gerade auch im soziologischen Diskursuniversum immer wieder aufgegriffen; erinnert sei an Adornos Lob der »ungefesselten Potentialität«. Recht durchgängig ist den entsprechenden Positionierungen in den siebziger und achtziger Jahren daran gelegen, dass Potentialitäten – wie etwa Oskar Negt 1971 schreibt – zwar als »reale Möglichkeiten der wahren Bedürfnisbefriedigung« (Negt 1971: 87), nicht aber im Sinne der »Fixierung imaginärer [...] »Endziele«« (Negt 1971: 87) aufgefasst werden. Es soll ja *alles* möglich sein. Im selben Jahr, also 1971, trägt Niklas Luhmann das Seine bei, indem er darauf hinweist, dass die »Funktionsweise sinnhafter Erlebnisverarbeitung« das »evidente Erleben« stets auch mit »*Negationspotentialen*« (Luhmann 1971: 37) durchziehe. Pierre Bourdieu entzaubert dieses einen emanzipatorischen Potenzialbegriff ermöglichende Theoriekonstrukt dann zwar ziemlich umgehend: In seiner *Esquisse d'une théorie de la pratique* erhellt er den Habitus als eine strukturierte und strukturierende Struktur, die im Grunde nicht anders weiß, als sich an den »*potentialités objectives*« (Bourdieu 1972: 263) zu orientieren, um hierüber an der Reproduktion der herrschenden Verhältnisse zu partizipieren. Nichtsdestotrotz gehen soziologisch-kritische, emanzipatorisch gewendete Potentialitätskonzeptionen bis in die späten achtziger Jahre – vielleicht nicht zuletzt *wegen* Bourdieu – typischerweise von der Autonomie ermöglichenden Möglichkeit der Verneinung aus. So appelliert anno 1986 etwa Claudia Honegger – in ihrem Epilog zu dem heute noch brandaktuellen Band *Wie männlich ist die Wissenschaft?* – an das weiblich-subversive »Abweichungspotential« (Honegger 1986: 297), um indes gleichzeitig dessen gesellschaftliche Erschöpfungstendenz zu diagnostizieren – 1986, meine Damen und Herren.

Mit dem sich zum Jahrhundertwechsel abzeichnenden Ende des Possibilismus verflüchtigen sich entsprechende Codierungen dann allerdings recht rasch, und der Begriff des Potenzials erfährt – ich rede immer noch vom Feld der Soziologie – eine bemerkenswerte Bedeutungsverschiebung. Gerade im Rahmen solcher Positionierungen, die sich – um mit Bourdieu zu sprechen – nicht an Rezipierende am »Pol der reinen Produktion« (Bourdieu 2001: 198) im soziologischen Feld richten, sondern sich der Tendenz nach am »Pol der den Erwartungen des breiten Publikums unterworfenen Massenproduktion« (Bourdieu 2001: 198) orientieren, finden sich zusehends Konzeptionen des Potenzialbegriffs im Sinne einer affirmativen, *verwertungslogisch* gewendeten Formel. Beispiele für diese Rekonfiguration der Potentialität finden sich etwa in der Erörterung von »Potentiale[n] des Alters für die Gesundheitswirtschaft«, wie Rolf G. Heinze (2013) sie unlängst in einer Publikation der AOK Baden-Württemberg vorgenommen hat, oder auch in der Diskursivierung von Frauen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, als »verschenkte Potenziale« – siehe Jutta Allmendinger (2010).

Diese Bedeutungsverschiebung des Potenzialbegriffs – hin zu einer verwertungslogischen Verwendungsweise – legt fast unweigerlich nahe, hier kurzerhand einen Ökonomisierungseffekt zu diagnostizieren. Dagegen ist einzuwenden, dass der zu konstatierende *Shift* eben gerade *nicht* ohne die vielerlei Wurzeln aufweisende, verworrene Genealogie potentialistischen Denkens zu verstehen ist. Dass Psychologie und Soziologie am Konstrukt einer bestimmten Wesenheiten innewohnenden Zukunftsträchtigkeit ordentlich mit gebaut haben, dürfte deutlich geworden sein. Weitere Orte, an denen sich je bestimmte Potentialitätskonzeptionen herausgebil-

det haben, um zur sozialen Tragfähigkeit dieses Regimes beizutragen, sind – um nur *ein* weiteres Exempel anzuführen – etwa in jenem weiten Feld auszumachen, in dem es um das *Fleischliche* geht. So herrscht beispielsweise da, wo es um die Problematik des Muskelaufbaus bei Bodybuildern geht, ein gleichermaßen reges Interesse am so genannten *genetischen Potenzial* wie dort, wo man sich mit der Wachstumsveranlagung von Zuchtschweinen befasst: »Je näher Sie Ihrem genetischen muskulären Potenzial kommen, umso besser« (McGuff, Little 2014: 93), können wir etwa in einem aktuellen Krafttrainings-Ratgeber lesen. Man wird demnach als zahlendes Mitglied einer Muckibude die eigenen Anstrengungen noch intensivieren müssen, um das individuelle Potenzial zu realisieren – und die Laufzeit des Abonnements wohl abermals verlängern. Ganz zur Freude der Fitnessbranche. Beim Mitteldeutschen Schweinezuchtverband frohlockt man ebenso: »Genetisches Potential der Zuchtschweine weiter verbessert!« (Wünsch, Oltmanns 2012: 3), heißt es in der Verbandszeitschrift *Schweinezucht aktuell*, Ausgabe 40/2012. Auch in diesen beiden Kontexten besteht *Potentialität* in einer vermeintlichen *Wesenheit*, die das Problem der Überbrückung von Gegenwart und Zukunft zu lösen verspricht: Das, was das genetische Material *ist* (und herzugeben weiß), bestimmt hier und heute, was dereinst erreicht werden kann. Nun scheint aber zwischen dem Bodybuilder und dem Zuchtschwein doch ein – wenn vielleicht auch feiner – Unterschied zu bestehen: Während ersterer sein ihm innewohnendes Potenzial höchstens voll zur Geltung bringen kann – in der Sportmedizin hat sich hierfür der Begriff des *genetischen Limits* etabliert –, gilt das Substanzielle am Schwein, also sein genetisches Wachstumspotenzial, als etwas durch Zucht zu Optimierendes. Das rührt nun zweifelsohne daher, dass die Zukunft der Schweinefleischindustrie nicht unwesentlich von der Ausschöpfung dieser Verbesserungsmöglichkeit abhängt. Beim Schweinezuchtverband wird der Optimierungszwang jedenfalls explizit qua Hinweis auf den wirtschaftlichen Druck zu rechtfertigen versucht, der auf der Branche lastet. So ist im betreffenden Beitrag zu lesen: »Gerade unter den permanenten ökonomischen Zwängen, welchen die Schweineproduktion ausgesetzt ist, ist es notwendig, neben der Optimierung der ökonomischen Einflussfaktoren auch höchste Qualität der genetischen Wertigkeit der Zuchttiere zu erreichen.« (Wünsch, Oltmanns 2012: 3) Mit anderen Worten: Die Fleischindustrie arbeitet hart am *genetischen Limit* ihrer Produkte, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dass dem so ist, erhellt sich sicherlich unter dem Gesichtspunkt, dass – wie Paul Windolf schreibt – der »Markt permanent *seine eigenen* Erwartungen [verstärkt] – in der einen oder in der anderen Richtung« (Windolf 2006: 31).

## Eine expansive Dynamik

Da wir nun doch bei dem Problem der kapitalistischen Dynamik angelangt sind, bleibt festzustellen: Die Institutionalisierung des wettbewerbsorientierten Marketings, wie sie in der Spätphase des possibilistischen Kapitalismus – also in den achtziger Jahren – zu verzeichnen ist (siehe exemplarisch Bruhn 1989), zeugt davon, dass spätestens ab eben diesem Zeitpunkt ein ehemals zentraler Glaubenssatz der modernen Betriebswirtschaftslehre nicht mehr wirklich glaubwürdig schien: derjenige nämlich der unbegrenzten realwirtschaftlichen *Wachstums- und Absatzpotenziale*. Auch am hierauf allenthalben grassierenden Glauben an die so genannten

*Wertsteigerungspotenziale* von Aktien und Anleihen, Optionen und *futures* lässt sich inzwischen kaum mehr festhalten. Das zentrale Problem des Finanzmarktkapitalismus besteht bekanntlich darin, dass er beständig neue, immer noch abstraktere »Markt-Surrogate« (Windolf 2006: 28) erfinden muss, um – ich zitiere Karl Marx – »die Vorstellung vom Kapital als einem sich durch sich selbst verwertenden Automaten« (Marx 1964: 484) am Leben zu erhalten. Dabei wird es immer *unmöglich*, die soziale Suggestivität dieser Surrogate irgendwie auf Dauer zu stellen und also die gesellschaftliche Fiktion der tatsächlichen Erfüllbarkeit *fiktionaler Erwartungen* (siehe Beckert 2014) zu perpetuieren. So setzt denn neuerdings auch die eine oder andere Großbank auf das werbestrategisch nicht ungeschickte Versprechen, man habe verstanden, entsage fürderhin dem Spiel mit den Spekulationen und wolle sich stattdessen in der »Konzentration auf das Wesentliche« (Commerzbank 2009) üben. Der Finanzsektor also ebenfalls beseelt vom Geist des Potentialismus? Was im Geschäftsbericht zum Jahr 2008 der Deutschen Commerzbank anklängt, kann durchaus als finanzinstitutionelles Unterfangen einer potentialistischen Reprofilierung verstanden werden. Im Umschlagtext wird näher ausgeführt, worin das Interesse am *Wesentlichen* besteht: »Konzentration auf das Beste, was in uns steckt – dieses Erfolgsrezept teilen wir als Unternehmen mit vielen unserer Kunden«, heißt es dort. Angesichts einer spätestens seit der Insolvenz von *Lehman Brothers* im September 2008 zusehends finanzmarktskeptischen Öffentlichkeit mag das von bankseitigen »Reparaturarbeiten am Vertrauensverhältnis« (Magnin 2010: 241) zeugen. Nicht minder dürfte sich hinter dem neuen Credo aber auch eine potentialistische Geschäftsstrategie verbergen, im Rahmen derer die Bank nur noch an solchen Kunden interessiert ist, die *selbst* als ein zukunftssträftig strukturiertes Produkt gelten können – und also ihrer Potentialität nach heute schon ein *future* darstellen.

Im Zuge der das 20. Jahrhundert kennzeichnenden possibilistischen Kolonialisierung immer noch abstrakterer Räume des Möglichen, hat sich *Zukunft* – so diagnostiziert Sighard Neckel schon 1988 – zu einem »Verschiebebahnhof gegenwärtig unlösbarer Widersprüche« (Neckel 1988: 480) entwickelt. Bleibt man bei dieser Metapher, lässt sich für unsere Tage eine neue *Maxime* ausmachen, wonach die Zeitschiene nur mehr von solchen Waggons befahren werden will, die mit als *wesenhaft-zukunftsträftig* gedachten Potentialen befrachtet sind, die sich dereinst – der Idee nach – gut einsetzen und verwerten lassen. Eine Rekonstruktion der sozialen Deutungstraditionen und gesellschaftlichen Institutionalisierungen, die in wechselseitiger Verklammerung zur Verdichtung dieser potentialistischen Gesinnung beigetragen haben mögen, konnte hier nur ansatzweise geleistet werden. Die Erarbeitung einer umfassenden Soziologie der Potentialität steht mir noch bevor. Angesichts der anhaltend expansiven Dynamik des skizzierten Regimes gilt es gar vieles zu berücksichtigen. Abermals weitere Akteursgruppen entdecken unserer Tage das Ideal zukunftssträftiger Potentiale für ihre Sache: In astrologischen Beratungssituationen wird das »kosmische Potential« einer bastelreligiösen Klientel (Overmann 1999: 18) unter der Verheißung eruiert, hierüber den ureigentlichen »Lebensplan« der Person zu identifizieren; am Knotenpunkt von Fachkräftemangel- und Migrationsdiskurs wiederum mausert sich die Argumentationsfigur des »schlummernden Potentials« zum anerkennungsrelevanten Kriterium (siehe etwa dpa Deutsche Presse-Agentur 2014; Jacobsen 2010); und zur Beschreibung der geheimnisvollen Kraft dessen schließlich, was einst als Sinnlichkeit, Begierde oder Fleischeslust begriffen wurde, scheinen Autorinnen und Autoren verschiedenster literarischer Gattungen gerade die Chiffre des »erotischen Potentials« zu erfinden (Foenkinos 2005; Hakim 2011; Wins-

ton 2013). Stellt man in Rechnung, dass jedwede gesellschaftliche Orientierung mit zunehmender Reichweite und Verbindlichkeit ihrer (symbolischen) Wirkmacht dazu neigt, den Status einer regelrechten sozialen Leitwährung für sich zu beanspruchen, wird wohl auch zu erörtern sein, ob sich wesenhaft-zukunftsträchtige *Potentialität* nicht vielleicht daran macht, den idealtypisch dem Geld eigenen Charakter einer »endlos nachgefragten Ware« – Rolf Haubl (2011: 159) – anzunehmen: Es kann nie genug Potenziale geben; und man kann nie genug davon haben.

Auch im soziologischen Glaubensuniversum kommt die Attraktivität des Potenzialbegriffs immer wieder neu – und zuweilen auch wieder etwas anders – zum Ausdruck: In ihren Beiträgen *Soziologie und Kritik* respektive *Soziologische (Selbst-)Kritik und transformative gesellschaftliche Praxis* haben Georg Vobruba und Peter Wehling unlängst das »kritische Potential« (Vobruba 2013: 163; Wehling 2014: 37) einer Soziologie der Kritik erörtert. Will unsere Disziplin nicht zur heimlichen Logistik-Partnerin jener aktuellen Großveranstaltung werden, die Stephan Lessenich als »ständigen Winterschlussverkauf der Potenziale« (Lessenich 2013: 76) charakterisiert, tut diese Auseinandersetzung zweifelsohne not. Die beiden Aufsätze liefern hierzu die Steilvorlage. Bleibt zu hoffen, dass wenigstens dieses Potenzial sich seiner spätkapitalistischen Verwurstung irgendwann zu widersetzen versteht.

## Literatur

- Adorno, T. W. 2003 [1969]: Marginalien zu Theorie und Praxis. In T. W. Adorno, *Gesammelte Schriften*, Band 10.2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 759–782.
- Allmendinger, J. 2010: Verschenkte Potenziale? Lebensläufe nicht erwerbstätiger Frauen. Frankfurt am Main: Campus.
- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beckert, J. 2014: Capitalist Dynamics. Fictional Expectations and the Openness of the Future (MPIfG Discussion Paper 14/7). Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Boltanski, L., Chiapello, È. 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P. 1972: Esquisse d'une théorie de la pratique. Genève: Droz.
- Bourdieu, P. 2001: Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brockling, U. 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bruhn, M. 1989: Handbuch des Marketing. Anforderungen an Marketingkonzeptionen aus Wissenschaft und Praxis. München: C. H. Beck.
- Bude, H. 2011: Bildungspanik. Was unsere Gesellschaft spaltet. München: Hanser.
- Commerzbank 2009: Konzentration auf das Wesentliche. Geschäftsbericht 2008, [www.commerzbank.de/media/de/aktionaeere/service/archive/konzern/2009\\_2/coba\\_gb2008\\_2.pdf](http://www.commerzbank.de/media/de/aktionaeere/service/archive/konzern/2009_2/coba_gb2008_2.pdf) (letzter Aufruf 5. Oktober 2014).
- dpa Deutsche Presse-Agentur 2014: Nahles sieht Fachkräftepotenzial bei Frauen und Migranten. In *Süddeutsche Zeitung* vom 12. März 2014, <http://www.sueddeutsche.de/news/karriere/arbeitsmarkt-nahles-sieht-fachkraeftepotenzial-bei-frauen-und-migranten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140311-99-08136> (letzter Aufruf 5. Oktober 2014).
- Foenkinos, D. 2005: Das erotische Potential meiner Frau. Roman. München: C. H. Beck.
- FU Berlin 2014: Potenziale entdecken und entwickeln. Ankündigung des Workshops vom 28.03.2014, <http://www.fu-berlin.de/sites/promovieren/drs/qualification/pro-business-2014/programm2014/potenzialanalyse.html> (letzter Aufruf 17. Februar 2015).

- Hakim, C. 2011: *Erotisches Kapital. Das Geheimnis erfolgreicher Menschen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Haubl, R. 2011: *Kalkuliertes Risiko. Kollektive monetäre Ideale im Umbruch*. In C. Koppetsch (Hg.), *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus. Zur Transformation moderner Subjektivität*. Wiesbaden: VS, 155–170.
- Heinze, R. G. 2013: *Die Potentiale des Alters für die Gesundheitswirtschaft*. In AOK Baden-Württemberg (Hg.), *Gesund alt werden. Rehabilitation maßgeschneidert*. Berlin, 67–78.
- Helg, M. 2014: *Sie will shoppen, er stört*, <https://www.nzz.as/shopping> (letzter Aufruf 18. September 2014).
- Honegger, C. 1986: *Epilog*. In K. Hausen, H. Nowotny (Hg.), *Wie männlich ist die Wissenschaft?* Frankfurt am Main: Suhrkamp, 293–299.
- Jacobsen, J. 2010: *Das verschenkte Potential der Migranten*. Zeit Online vom 25.10.2010, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-10/fachkraeftemangel-migranten-berufsabschluss> (letzter Aufruf 5. Oktober 2014).
- Lessenich, S. 2013: *Alles muss raus: Die politische Logik des »Potenzials«*. WSI Mitteilungen, 66. Jg., H. 2, 76.
- Luhmann, N. 1971: *Sinn als Grundbegriff der Soziologie*. In J. Habermas, N. Luhmann, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Theorie-Diskussion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 25–100.
- Luhmann, N. 1992: *Beobachtungen der Moderne*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. 2002: *Zeit*. In N. Luhmann, D. Bäcker (Hg.), *Einführung in die Systemtheorie*. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme, 195–220.
- Magnin, C. 2010: *Verspieltes Vertrauen. Zur Wiederentdeckung einer Geschäftsgrundlage*. In C. Honegger, S. Neckel, C. Magnin (Hg.), *Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt*. Berlin: Edition Suhrkamp, 236–244.
- Marcuse, H. 1965: *Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marx, K. 1964 [1894]: *Das Kapital. Dritter Band*. Berlin: Dietz Verlag.
- McGuff, D., Little, J. 2014: *12 Minuten pro Woche. Der wissenschaftliche Beweis für die unschlagbare Effizienz des hochintensiven Krafttrainings*. München: Riva.
- Neckel, S. 1988: *Entzauberung der Zukunft. Zur Geschichte und Theorie sozialer Zeitperspektiven*. In R. Zoll (Hg.), *Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 464–486.
- Negt, O. 1971: *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Oevermann, U. 1999: *Die Krise der Arbeitsgesellschaft und das Bewährungsproblem des modernen Subjekts. Vortrag auf der Sommerakademie der Studienstiftung des deutschen Volkes in St. Johann (Südtirol) am 15.09.1999*. Frankfurt am Main, (unveröffentlichtes Manuskript).
- Reckwitz, A. 2012: *Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung*. Berlin: Edition Suhrkamp.
- Rilling, R. 2014: *Transformation als Futuring*. In M. Brie (Hg.), *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 12–48.
- Rosa, H. 2005: *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Simmel, G. 1996 [1911]: *Weibliche Kultur*. In G. Simmel, *Gesamtausgabe, Band 14*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 417–459.
- Tönnies, F. 1912: *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*. Berlin: Karl Curtius.
- TU Braunschweig 2015: *Der Job, der zu mir passt: Den eigenen Potentialen auf der Spur. Ankündigung des Workshops vom 28./29.01.2015*, <https://www.tu-braunschweig.de/career/studierende/potential> (letzter Aufruf 17. Februar 2015).
- Universität Jena 2011: *Potenzialanalyse. Klarheit über Ihr Kompetenzprofil. Ankündigung des Workshops vom 14.12.2011*, <https://www.uni-jena.de/Studium/Careerservice/Workshops/Potenzialanalyse.html> (letzter Aufruf 17. Februar 2015).
- Vobruba, G. 2013: *Soziologie und Kritik. Soziologie, 42. Jg., Heft 2, 147–168*.

- Voß, G. G., Pongratz, H. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50. Jg., Heft 1, 131–158.
- Voswinkel, S., Wagner, G. 2014: Die Organisation des Erfolgs. Regulierung verunsicherter Anerkennungsansprüche. In D. Hänzi, H. Matthies, D. Simon (Hg.), Erfolg. Konstellationen und Paradoxien einer gesellschaftlichen Leitorientierung. Leviathan Sonderband 29. Baden-Baden: Nomos, 105–122.
- Weber, M. 1988 [1921/22]: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In M. Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 17–206.
- Wehling, P. 2014: Soziologische (Selbst-)Kritik und transformative gesellschaftliche Praxis. Soziologie, 43. Jg., Heft 1, 25–42.
- Wiesner, S. 2010: Potenzial(s)pass. Pädagogisches Konzept, [www.potenzialspass.de/Konzept.pdf](http://www.potenzialspass.de/Konzept.pdf) (letzter Aufruf 17. Februar 2015).
- Windolf, P. 2006: Was ist Finanzmarktkapitalismus? In P. Windolf (Hg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. KZfSS Sonderheft 45, 20–57.
- Winston, S. 2013: Entfalte dein erotisches Potenzial – Landkarte zur Erkundung der weiblichen Sexualität. Bielefeld: Kamphausen.
- Wünsch, U., Oltmanns, C. 2012: Genetisches Potential der Zuchtschweine weiter verbessert! Schweinezucht aktuell. Zeitschrift des Mitteldeutschen Schweinezuchtverbands, 19. Jg., H. 40, 3–5.

Plenum 8 »Krisenfeste Individuen? Zur Relevanz und Kritik normativer  
Subjektperspektiven«  
– organisiert von Elisabeth Tuidier und Ulrich Bröckling

# Krise der Mitmenschlichkeit - oder: Wie selbst-bewusst muss ›Meinesgleichen‹ sein?

Ronald Hitzler

*Beitrag zur Plenum 8 »Krisenfeste Individuen? Zur Relevanz und Kritik normativer Subjekt-perspektiven« – organisiert von Elisabeth Tuidier und Ulrich Bröckling*

Selbstverständlich erfasse ich meinen Mitmenschen in unmittelbarer Erfahrung des Außen und in vermittelter des Innen als Einheit [...] Aber ich weiß sehr wohl, dass sein Äußeres nicht alles Innere anzeigt und dass es unter bestimmten Umständen etwas anzeigen könnte, das gar nicht innen ist« (Schütz, Luckmann 2003: 609).

## Ein konkreter Anlass für basale Fragen

In der in Gesellschaften wie der unseren – nicht zuletzt infolge der ambivalenten Dynamik medizinischen Fortschritts (Aronowitz 1998) – ständig anschwellenden Flut degenerativ-neurologischer und psychischer Erkrankungen stellen Störungen des Selbst- und Weltbewusstseins (Giaccino, Trott 2004) eine Teilmenge und stellen (sozusagen als Teil dieser Teilmenge) erworbene schwere Hirnschädigungen, die die davon Betroffenen in ein chronifiziertes Wachkoma führen<sup>1</sup>, quantitativ gesehen eine Marginalie dar.<sup>2</sup> Unbeschadet dessen – oder vielleicht auch gerade

---

<sup>1</sup> Medizinisch gesehen resultiert der Zustand »Wachkoma« daraus, dass ein Mensch eine – aufgrund äußerer Gewalteinwirkungen auf den Schädel und/oder einer anderweitig verursachten massiven Unterversorgung des Gehirns mit Sauerstoff erfolgte – schwere Schädigung der Großhirnrinde und/oder ihrer Verbindungen zu den tiefer gelegenen Kerngebieten des Thalamus und/oder der Basalganglien überlebt. Ernst Kretschmer hat in den dreißiger–vierziger Jahren den in Frage stehenden Zustand als (relativ seltene) Folgewirkung ausgebreiteter entzündlicher Prozesse beider Großhirnhemisphären oder traumatischer Schädigungen des Großhirns oder schwerer degenerativer Veränderungen der Großhirnhemisphären infolge zum Beispiel vaskulärer Prozesse (das heißt von Erkrankungen der Arterien/Venen) diagnostiziert und als »apallisches Syndrom« bezeichnet (vergleiche Kretschmer 1940). In der internationalen Diskussion werden gegenwärtig in aller Regel die Begriffe »vegetative state (VS)« – mit und ohne die Qualifizierung als »persistent« oder »permanent« – sowie neuerdings das Etikett »Unresponsive Wakefulness Syndrome (UWS)« (vergleiche Nacimiento 2007; Laureys et al. 2010), bzw. »Syndrom teilnahmsloser Wachheit« verwendet. Von »minimal consciousness state (MCS)« ist dann die Rede, wenn Mediziner Bewusstseinsleistungen diagnostizieren, die *nicht* (mehr) mit dem Symptomkomplex »Wachkoma« vereinbar sind bzw. als vereinbar erscheinen (vergleiche Laureys, Boly 2007).

<sup>2</sup> Verlässliche Daten über die *Zahl* der Menschen, die sich im Zustand »Wachkoma« befinden, gibt es nicht. Schätzungen, die immer wieder zu lesen sind, liegen zwischen 4.000 und 10.000 Menschen, die sich in Deutschland derzeit im Zustand »Wachkoma« befinden sollen. – Dass das »apallische Syndrom« überhaupt so



deswegen – gehört der »Zustand Wachkoma« sozusagen zum Gruselkabinett von Lebensformen am Rande dessen, was Menschen gemeinhin als Mitmenschen anzuerkennen, ja als »menschlich« überhaupt noch zu qualifizieren im Stande zu sein scheinen.<sup>3</sup>

Das hat grundsätzlich damit zu tun, dass es pragmatisch gesehen nahe liegt, etwas als kommunikativen Akt zu deuten, wenn es als aufgrund einer *intendierten* Kundgabe geschehend erscheint. Die Wahrnehmung eines Aktes als einem kommunikativen wiederum legt dem wahrnehmenden Subjekt die Annahme nahe, das, was dabei bzw. damit in Erscheinung tritt, ein ihm »analoges« Anderes sei. Und dieses naheliegende Attest schließlich wird in aller Regel anhand alltagspragmatischer Kriterien daraufhin überprüft, ob das, was da in Erscheinung tritt, dem, dem es erscheint, überhaupt irgendwie und wenn ja, in welcher Weise und in welchem Maße ähnlich ist. Dass etwas in dieser Weise in Erscheinung treten muss, um sich als Anderer zu »qualifizieren«, hat wiederum (nicht nur, aber besonders eklatant) damit zu tun, dass dem in der Moderne notorisch gewordenen Alltagsverstand der Mensch – beiläufig-fraglos cartesianisch – als *genuin kognitives* Wesen gilt, das folgerichtig in dem Maße »entmenschlicht« wird, in dem es seiner – wie auch immer erkennbaren – kognitiven Fähigkeiten verlustig geht. Dementsprechend ist die Vorstellung weit verbreitet, ein Leben im Wachkoma sei nur noch ein bewusstloses Dahinvegetieren. Auf einen kurzen Nenner gebracht impliziert dies die keineswegs nur unter Fachleuten diskutierte Frage, ob es, wenn der Mensch im Wachkoma kein Selbstbewusstsein mehr hat, überhaupt noch ethisch relevant sei, wie mit ihm umgegangen wird (vergleiche dazu zum Beispiel die Beiträge in Dörr et al 2000; Jox et al. 2011; Jox et al. 2012; Ueberschär, Ralph 2007).

Damit eröffnet sich meines Erachtens »eigentlich« eine *gouvernementalitäts-analytische* Problemstellung sozusagen »wie aus dem Lehrbuch« (vergleiche Foucault 2004; dazu Bröckling et al. 2000; Papadopoulos 2008). Konzentrieren werde ich mich hier aber vor allem darauf, dass die Befassung mit einem menschlichen Individuum, dessen Persönlichkeit, dessen Souveränität, ja dessen Subjekt-Status *empirisch* in Frage steht, eben auch impliziert, nochmals grundlegend

---

häufig vorkommt, ist »als Folge medizinischer Intensivmaßnahmen entstanden, wie sie am Anfang des vorigen Jahrhunderts entwickelt wurden. Menschen konnten seither durch entsprechende medizinische Interventionen vermehrt am Leben erhalten werden, obgleich ihr Gehirn schwer beschädigt war« (Klie, Student 2007: 158).

3 Wenn von Menschen schlechthin, oder wenn gar anthropologisch von *dem* Menschen die Rede ist, ist damit fast durchgehend das gemeint, was Alfred Schütz die (oder den) »normalen, hellwachen Erwachsenen« nennt. Dementsprechend gelten Verweise auf einige aus der spezifischen menschlichen Daseinsverfassung resultierenden Konsequenzen *empirisch* auch nur für diesen Personenkreis bzw. für Personen mit dieser zwar weit verbreiteten, dennoch spezifischen mentalen Disposition. Thomas Luckmann (1980) hat »die Grenzen der Sozialwelt« zwar transzendentalphänomenologisch neu bestimmt, »materiell« ging es ihm aber eher um kulturelle Variabilitäten in historischer und ethnologischer Hinsicht. Erst Gesa Lindemann hat damit begonnen, anthropologisch »Das Soziale von seinen Grenzen her« in dem Sinne zu denken, um den es auch mir hier zu tun ist. – Aber auch wenn ich Gesa Lindemanns einschlägigen Untersuchungen (vor allem 2002, 2006 und 2009) wichtige Impulse für meine Arbeit zum Thema »Wachkoma« verdanke, erachte ich als grundlegend für meine weitere Argumentation die mundanphänomenologische Beschreibung der Gegebenheitsweise des Anderen schlechthin: Gegeben ist der Andere dem erkennenden Subjekt im Sinne der von Alfred Schütz und Thomas Luckmann (2003, 602–614) so genannten »mittleren Transzendenz« – und das heißt, er ist nicht wirklich direkt *als* Anderer erfahrbar. Vielmehr *konstituiert* das erkennende Subjekt anderes (beziehungsweise manches andere) als Anderen »wie sich«. Vereinfacht ausgedrückt: Der Andere ist sozusagen eine pragmatische Unterstellung (Luckmann 2007).

darüber nachzudenken, was es eigentlich ist, das etwas zu Meinesgleichen, das heißt zu einem Mitmenschen im vollgültigen Sinne macht (vergleiche als Überblick über einschlägige sozialphilosophische Positionen Bedarf 2011; zur für mich gegebenen Grundproblematik vergleiche Soeffner, zum Beispiel 2012).

Diese Problemstellung spielt in Untersuchungen zu sogenannten Geistesstörungen und Geistesschwäche »schon immer« eine wesentlich Rolle. Zunehmend überlagert werden diese traditionellen Themengebiete des modernen Umgangs mit dem »Wahnsinn« (vergleiche Foucault 1973) gegenwärtig von der sozusagen flächendeckenden Beschäftigung mit dementiellen Erkrankungen (vergleiche aus einem »Meer« einschlägiger Publikationen als die für mich naheliegendsten Honer 2011a, 2011b; Beer, Keller 2012; Pfadenhauer, Dukat 2015). Mundanphänomenologisch-hermeneutisch mit einem Fall der Rückkehr eines Menschen aus posttraumatischer Orientierungslosigkeit in die Pragmatismen des Alltagslebens hat sich in jüngerer Zeit Thomas S. Eberle befasst (vergleiche Eberle, Eberle Rebitzke 2012, Eberle 2013 und 2015). Und auch ich forsche seit mehr als fünf Jahren dort, wo das menschliche Leben, mit Martin Heidegger (1967) begriffen als Ganzheit des Daseins, in seiner Qualität als »Sein zum Tode« unabweisbar und in seiner Qualität als Mit-Sein im höchsten Maße zweifelhaft wird. Hier, im Grenzgebiet zwischen Leben und Nicht-mehr-Leben, habe ich es mit einer Entität mit zunächst einmal unklarem ontologischen Status<sup>4</sup> zu tun und sehe mithin dringenden Klärungsbedarf zu solchen basalen Fragen wie: Ist der Mensch dadurch ein Mensch, dass er das »Gattungsschicksal« teilt? Ist der Mensch deshalb ein Subjekt, weil er als Individuum sinnhaft handelt? Ist das Subjekt dann eine Person, wenn sein Handeln sinnhaft an Anderen orientiert ist? Oder ist die Person – und ist *nur* eine Person – ein sozialmoralisch relevanter Anderer, wenn ihr *von Anderen* Subjekthaftigkeit attestiert wird?<sup>5</sup>

## Postsouveränes Subjekt und konstruierte Person

Fragen wie diese führen auf die Spur poststrukturalistischer Theorien (vergleiche Reckwitz 2012) – und dabei nicht zum wenigsten auch zu der von Judith Butler. Nun ist mir die dem Butlerschen Dekonstruktivismus inhärente, normativ einseitig vorentschiedene Lesart des Foucaultschen Denkens genuin *fremd*, denn ich halte prinzipiell ziemlich hartnäckig an der – alteuropäischen? – Idee fest, dass, *erkenntnislogisch* gesehen, das, was wir als Wirklichkeit betrachten, sich sinnhaft vom Subjekt aus aufbaut, und dass sich wissenssoziologisch folglich vor allem anderen die Frage stellt, wie es möglich ist, dass subjektiv gemeinter Sinn zu objektiver Faktizität wird (Berger, Luckmann 1969). Denn auch das von Thomas Luckmann (2006) so genannte »soziohistorische Apri-

---

4 »Entitäten mit unklarem ontologischem Status« gehören kategorial zum von Erving Goffman (1974) so genannten »Komplex des Erstaunlichen«. Elemente des Komplexes des Erstaunlichen irritieren bekanntlich unsere primären Rahmungsselbstverständlichkeiten. Ihre Bewältigung erfordert deshalb einen (mehr oder weniger deutlich) erhöhten Deutungsaufwand (vergleiche dazu exemplarisch Grewe 2012).

5 Und woher überhaupt »stammt dieses »Wissen«, dass ein anderer Körper eines Anderen meinesgleichen ist?« (Schütz, Luckmann 2003: 605.)

ori« *konstituiert* das erkennende Subjekt keineswegs.<sup>6</sup> Aber immerhin vermag es empirisch-rekonstruktiv Arten und Weisen dessen zu erklären, was man auch »Subjektivierung«, »Subjektivation« bzw. »Subjektformation« oder ähnliches nennen kann.

Um die Frage des *erkennenden* Subjekts ist mir hier allerdings nicht oder allenfalls am Rande zu tun. Hier geht es mir vor allem um die konkrete Subjektivierung eines Menschen, der augenscheinlich erwachsen, augenscheinlich aber auch *weder* normal, *noch* hellwach ist. Die Frage, die mich beschäftigt, ist also: Was wird *da* wie als was erzeugt? Und ich denke, dass das, was da erzeugt wird, etwas ist, das, wenn auch mit ganz anderen Konnotationen und Erkenntnisabsichten, in gewisser Hinsicht einige Ähnlichkeiten zu dem aufweist, was Judith Butler (2006: 219) als »postsouveränes Subjekt« bezeichnet. Ich meine damit ein Subjekt, dessen innere Kohärenz *empirisch* zumindest hochgradig zweifelhaft ist und das *als Subjekt* deshalb – sozusagen empirisch aufweisbar – durch andere in deren praktischem Tun erzeugt bzw. »gemacht« wird.<sup>7</sup>

Das so verstandene – im Nicht-Butlerschen Sinne – »postsouveräne Subjekt«, um das *mir* hier zu tun ist, tritt zum Beispiel, wie ich an anderer Stelle (Hitzler 2012a) ausführlich zu zeigen versucht habe, nicht zum wenigsten als ein Phänomen namentlicher Benennung in Erscheinung. Benennung bzw. namentliche »Anrufung« spielt aber auch, wenngleich wiederum anders (nämlich als *stigmatisierende* Identifizierung) konnotiert, in Butlers Argumentation zur Subjektivation eine wichtige Rolle (vergleiche Butler 1997: 310), bei der sie ja die Idee eines innerlich kohärenten, die Welt und sich selbst auslegenden Subjekts dekonstruiert und durch die Idee eines Prozessierens von Interaktions- bzw. Kommunikationseffekten ersetzt:

»Über das Subjekt wird oft gesprochen, als sei es austauschbar mit der Person, mit dem Individuum. Die Genealogie des Subjekts als kritische Kategorie jedoch verweist darauf, dass das Subjekt nicht mit dem Individuum gleich zu setzen, sondern vielmehr als sprachliche Kategorie aufzufassen ist [...]. Individuen besetzen die Stelle des Subjekts [...]. Das Subjekt ist die sprachliche Gegebenheit des Individuums, Verständlichkeit zu gewinnen und zu reproduzieren, also die sprachliche Bedingung seiner Existenz und Handlungsfähigkeit« (Butler 2001: 15f).

Solchen jedenfalls von mir vermeinten Ähnlichkeiten stehen nun allerdings allein schon deutlich divergente Konnotationen zentraler Begriffe gegenüber: Mit »Subjekt« meine ich das sinnhaft handelnde Individuum; Butler meint mit »Subjekt« die *Bedingung* dafür, dass das Individuum (sinnhaft) handeln kann. Butler setzt Person mit Individuum gleich; ich begreife als Individuum lediglich ein von anderem und anderen abgrenzbares Lebewesen (keineswegs also notwendigerweise einen Menschen). Als »Person« hingegen bezeichne ich (entsprechend der lateinischen

<sup>6</sup> Das Subjekt in diesem *transzendentalphänomenologischen* Verstande ist »voraussetzungslos« gedacht (eine Prämisse, die für Soziologen gemeinhin schwer erträglich ist): Vorsozial, vorkulturell, vormoralisch, vorgeschlechtlich usw. *Mundanphänomenologisch* ist dann in der Regel vom normalen, hellwachen, erwachsenen Menschen die Rede. Ich vermute inzwischen allerdings, dass das ein im Hinblick auf Konstitutionsprobleme zu empiristisches Konzept des Subjekts ist.

<sup>7</sup> »Inwiefern und inwieweit der *Mitmensch* das Leben des sogenannten »Individuums« konstituiert – es sei in zuträglicher oder auch abträglicher Weise, praktisch und theoretisch –, dies aufzuweisen ist die Absicht der phänomenologischen Strukturanalyse des *Miteinanderseins*« (Löwith 1981: 16).

»Persona«) einen mit einem Eigenwillen begabten Mitspieler am sozialen Geschehen.<sup>8</sup> »Person« ist in meiner Diktion also der voraussetzungsvollste Begriff: er setzt das Individuum als sinnhaft handelndes, also als Subjekt voraus und spezifiziert es als *sozialen* Akteur.<sup>9</sup> Butler hingegen operiert, soweit ich sehe, ohne ausgearbeiteten Begriff der Person, sondern kapriziert sich auf die Kritik eines transzendental gedachten Subjekts.

Es geht mir hier aber nicht um einen Streit über Begrifflichkeiten. Es geht mir vielmehr darum, gewisse, aber tatsächlich nur *gewisse* Ähnlichkeiten aufzuzeigen zwischen dem empiriefernen Theorie-Konzept des »postsouveränen Subjekts« und dem in der hermeneutisch-wissenssoziologischen Theorie- und Begriffstradition stehenden, empirisch aufweisbaren Konzept der von mir sogenannten »konstruierten Person«: Ob nun irgendwelche historisch hintergründigen Macht- und Diskursgeflechte Subjekte hervorbringen, oder ob doch sinnhaft handelnde Individuen im komplexen Zusammenwirken ihre Wirklichkeit(en) konstruieren, das ist ja eine keineswegs neue Diskussion. Und diese Diskussion wird auch mit der Positionierung post-strukturalistischer Perspektiven keineswegs beendet, sondern lediglich einmal mehr vorangetrieben werden. Mit der Rede von der dem »postsouveränen Subjekt« in einer gewissen Hinsicht ähnelnden »konstruierten Person« geht es *mir* aber nicht um solche großen Erzählungen, sondern – in gouvernementalitätstheoretischer Diktion ausgedrückt (vergleiche Bröckling, Krasmann 2010) – um Mikro-Praktiken im Rahmen einer »lokalen Wissensordnung«, das heißt um *konkrete*, auf bestimmte Deutungsmuster rekurrierende Handlungszusammenhänge, in denen etwas zu Jemandem gemacht wird. Und es geht mir um die Rekonstruktion der »guten Gründe« dafür, dieses »Jemand« zu konstruieren. Sollte ich, was ich fast vermute, damit die gesamte Grundidee des Butlerschen Denkens verfehlen, tut das dem Umstand keinen Abbruch, dass ich mich als durch bestimmte Aspekte *ihrer* Problemstellung für bestimmte Aspekte *meiner* Problemstellung sensibilisiert erachte. Denn diese Sensibilisierung führt zu der von Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp (2000: 131) mit ganz anderen Intentionen gestellten Fragen, »was geschieht, wenn Menschen von diskursiver Macht ausgeschlossen sind? Wenn sie [...] keinen Subjektstatus in Anspruch nehmen können?« Eben dieser Ausschluss aus der diskursiven Konstruktion dessen, als was er sozial angesehen wird, scheint die Weise zu sein, in der ein Mensch, der im Wachkoma lebt, »in der Welt« ist (Lorey 1996: 153), das heißt, in der er als Subjekt bzw. als Person »hervorgebracht« wird.

## Die Augenscheinlichkeit des im Wachkoma lebenden Menschen

In Frage steht bei dieser spezifischen Art und Weise des In-der-Welt-Seins nicht etwa die andauernde Identität eines individuellen Organismus (wie das zum Beispiel bei extremen körperlichen Veränderungen der Fall sein kann). Unklar ist vor allem, ob dieser individuelle Organismus

<sup>8</sup> »Die Mitmenschen begegnen sich nicht als eine Mannigfaltigkeit für sich seiender ›Individuen‹, sondern als ›personae‹, die eine ›Rolle‹ haben, nämlich innerhalb und für ihre Mitwelt, aus der heraus sie sich dann selbst personhaft bestimmen« (Löwith 1981: 67).

<sup>9</sup> »Als Individuum ein Mitmensch sein und diese Rolle haben und spielen macht den Ernst und den Reiz des menschlichen Lebens aus« (Löwith 1981: 197; vergleiche dazu Eisermann 1991; Teichert 1999).

(noch) die Identität jenes Menschen appräsentiert, der zu sein ihm in aller Regel attestiert wurde, bevor der in den Zustand gekommen ist, der sich als »Wachkoma« etikettieren lässt.<sup>10</sup> Denn die Folie, auf der sich diese Hervorbringung abbildet, ist die in unserer Gegenwartsgesellschaft typische alltägliche Wahrnehmung: Menschen, die zum ersten Mal einem im Wachkoma lebenden Menschen begegnen, empfinden diesen zwar fast ausnahmslos *auch* als »Menschen«. Ansonsten aber irritiert er sie typischerweise mehr oder weniger stark – vor allem, weil sie durch sein ungewohntes und mithin befremdliches Gesamtbild – geschlossene oder »blicklose« Augen, starre Körperhaltung, spastische Verkrümmungen der Extremitäten, Automatismen in der Gesichtsmuskulatur, Fixierungen bei sitzender Position, oft auch Trachealkanüle, automatische Nahrungs- und Flüssigkeitszufuhr über eine Magensonde usw. – zumindest zunächst einmal so affiziert werden, dass sie ihn als (relativ) »lebles« wahrnehmen. Manche Menschen, die sich ein solches »lebles« Bild bereits vor ihrer ersten Begegnung mit einem Menschen im Zustand »Wachkoma« von diesem gemacht haben, erschrecken aber auch, wenn sie dann tatsächlich eben *nicht* auf einen Menschen im Koma (also im bewusstlosen *Schlaf*) treffen, sondern auf ein augenscheinlich *waches*, sich bewegendes, zuckendes, grimassierendes, röchelndes, hustendes und vor allem ein oft »irgendwie« – mitunter völlig »starr« – schauendes menschliches Wesen. Ob dieses Wesen dem ähnelt, der seiner ansichtig wird, ist ungewiss.

Gewiss ist zunächst einmal lediglich, dass ein Mensch im Wachkoma ein *Individuum* (das heißt, ein von anderem und anderen abgrenzbares Lebewesen) ist. Und kaum zu bestreiten ist auch, dass er als Individuum Besonderheit(en) aufweist, dass er also eine *Individualität* hat. Augenscheinlich auch ist er für andere qua charakteristischer Eigenschaften identifizierbar. Ob er sich aber selber als eine *Identität*, das heißt ob er sich zumindest in Kontinuität erlebt, ob er sich als ein *Selbst* begreift, oder ob er von einem *Ich*-Pol aus denkt, ist auch epistemologisch kaum zu klären; und ebenso wenig lässt sich klären, ob er (im Sinne von Schütz 2004 bzw. von Schütz, Luckmann 2003) Handlungsprobleme, d.h. Probleme des Einholens vorentworfener Erfahrungen hat, ob er also sinnvoll als ein sinnhaft handelndes Individuum, als sinnkonstituierendes »*Subjekt*« in dem von mir protegierten Sinne zu bezeichnen ist.

Was dem Menschen im Zustand »Wachkoma« dem intersubjektiv erkennbaren, alltäglichen Anschein nach jedenfalls weitestgehend *fehlt*, das sind Eigenschaften, die es nahelegen, ihn ohne apriorisch »positive« Glaubensentscheidung *aktuell* als »Person«, als mit einem Eigenwillen begabten Mitspieler im sozialen Geschehen anzusehen. Denn all die für die Anerkennung des Person-Status relevanten, sozial plausibilisierbaren Kriterien scheinen damit zusammenzuhängen, dass wir etwas wahrnehmen, was wir nicht nur als Folge eines Einwirkens oder als durch Einwirken evoziertes Reflex-Verhalten interpretieren, sondern als mit einer intendierten Kundgabe geschehend. Das Statthaben von – in diesem weiten Sinne verstandener – Kommunikation jedoch ist eben gerade das, was (mehr als) zweifelhaft wird im Umgang mit Menschen im sogenannten Wachkoma (vergleiche Hitzler 2012c). Und insbesondere deshalb unterminiert das spezifische Sein des im Wachkoma lebenden Individuums nicht nur Interaktionsnormalitäten und damit auch Intersubjektivitätserfahrungen, wie das etwa körperlich und vor allem geistig

---

<sup>10</sup> Wie wir etwa an sogenannten Hirntoten sehen, kann auch der menschliche Körper »funktionieren«, ohne mental repräsentiert zu sein (vergleiche Laureys 2006). Die Identität eines individuellen Organismus reicht analytisch also *nicht* hin, um die Identität eines Subjekts beziehungsweise einer Person zu erfassen.

schwerstbehinderte, hochgradig demente und manche psychiatrisierten Menschen (auch) tun. Das Individuum im Wachkoma unterminiert – wie sonst nur anhaltend komatöse und (hirn-)tote Menschen – darüber hinaus tatsächlich nachgerade alle sozial plausibilisierbaren Kriterien, denen entsprechend einem Individuum der Status zugesprochen wird, eine *Person* zu sein.

## Die Personalisierung des im Wachkoma lebenden Menschen

Im Hinblick auf die sozusagen »lokale« Hervorbringung dieser Person zeigen sich nun dementsprechend zu bewältigende Schwierigkeiten: Selbst dort, wo die grundsätzlich defizitorientierte Diagnose der Schulmedizin einem grundsätzlich potenzialorientierten Befund des – durch neueste neurophysiologische Erkenntnisse gestützten – pflegerisch-therapeutischen und beziehungsmedizinischen Milieus weicht, ist die in diesem Milieu notorische Annahme, der im Wachkoma lebende Mensch *beteilige* sich (»auf seine Art« bzw. »in seiner Eigenart«) am ihn betreffenden Diskurs, zumindest zunächst einmal eher als Deklaration, denn als Vollzugspraxis erkennbar (vergleiche Hitzler/Grewe 2013). Auch mit Blick *darauf* sehe ich eine wesentliche Differenz zwischen Butlers und meinem Anliegen also darin, dass es ihr um Prozesse geht, in denen jenes Subjekt hergestellt wird, dem es explizit *um sich selber*, um seine Identität und um seine Autonomie zu tun ist, während *mich* hier eben beschäftigt, wie ein menschliches Wesen »praktisch« als Subjekt konstruiert wird, bei dem ausgesprochen *zweifelhaft* ist, ob es noch – wie ehemals – einen Selbstbezug bzw. ein Bewusstsein seiner selbst hat.

Unbeschadet dieser doch deutlich anderen »Konfiguration« setze ich – allerdings *empirisch* – ebenfalls an bei in spezifischen Konstellationen situierten Wahrnehmungen von etwas und frage danach, wie in deren Rahmen ein Individuum qua Interpretationen zu »Jemandem«, das heißt zu einem Subjekt – genauer: zu einem Subjekt mit Personenstatus – *gemacht* wird. Und diese Bewältigungspraxis lässt sich signifikant eben in jenem Deutungsmilieu beobachten, in dem Menschen mit zu großen Teilen schweren und schwersten Hirnschädigungen im Zentrum allseitiger Aufmerksamkeit und Zuwendung stehen (bzw. in dieses Zentrum gestellt werden) und in dem (dergestalt) relativ konsensuell eine andere Idee von »Normalität« konstruiert und stabilisiert wird (vergleiche Hitzler 2014). Im Rahmen dieser anderen, nachgerade unweigerlich spirituell, partiell aber auch kirchenreligiös unterfütterten »Normalitätskonstruktionen« ist der im Wachkoma lebende Mensch nicht nur als soziales Wesen fraglos »gesetzt«. Zumindest der in diesem Milieu geltend gemachten Weltsicht nach darf – nachgerade konträr zur traditionellen Idee des Verhältnisse von Psychiater und »Geistesgestörtem«<sup>11</sup> – auch weder seine Subjekthafte noch sein Status als Person »wie ich« jemals in Zweifel gezogen werden.

---

11 »Es ist doch etwas völlig anderes, ob ich mit einem anderen Menschen in einer Situation zusammen bin, z.B. wenn wir uns unterhalten (...), oder ob der Arzt einem Geisteskranken gegenübersteht, dessen Zustand er ergründen will. Im letzteren Falle besteht überhaupt keine dem Arzt und dem Kranken in dem Sinne gemeinsame Situation, dass sie im Hinblick auf diese etwas miteinander tun. Nur da aber sprechen wir vom Bestehen einer gemeinsamen Situation, wo Menschen miteinander etwas tun und so als Situationspartner sich erleben. Der Arzt aber hat ein Objekt vor sich, das er erforscht; - von dieser Intention her ist alles, was er mit dem Kranken tut und spricht, geleitet. Der Kranke lebt seinerseits in einer Welt, die wir eine pathologische nennen;

Erfahrene Pflege- und Therapeutenkräfte als in diesem Deutungsmilieu ausgesprochen einflussreiche Akteure erklären nun oft – aus ihrem Praxiswissen heraus und üblicherweise ohne explizite Begründungen –, kommunikative Äußerungen von Menschen mit schwersten Hirnschädigungen als solche erfassen und diese von unwillkürlichen (pathologischen und/oder zufälligen) Reaktionsmustern unterscheiden zu können: Oft gelten ihnen dabei schon ein Öffnen der Augen, eine Ausrichtung des Kopfes oder ein Aufrichten des Oberkörpers als Hinweise auf »Präsenz« bzw. »erhöhte Präsenz« des Menschen, mit dem sie befasst sind. Insbesondere ihre eigenen taktilen Eindrücke begreifen sie als Indizien für dessen Befindlichkeitsäußerungen, denn die Muskulatur des Körpers eines Menschen mit schweren Hirnschädigungen weist zumeist durch Spastiken verursachte starke Kontraktionen auf. Folglich kann dieser Mensch oft (so gut wie) keine Muskelpartie willentlich oder gar gezielt bewegen. Gleichwohl ertasten erfahrene Pflege- und Therapeutenkräfte offenbar für ihre Beurteilung des Patienten relevante Differenzen im Tonus.

Im Übrigen werden Appräsentationen der von ihnen versorgten Menschen schlechthin zumeist nicht als einseitig messbare Zustandsanzeigen gedeutet, sondern vielmehr als erst im Prozess der Pflege bzw. Therapie interaktiv bzw. kommunikativ *erzeugt* verstanden (vergleiche Hitzler et al. 2013). Phänomene wie Grimassierung und Blickfixierung gelten zum Beispiel eben nicht nur als Anzeichen, sondern als (intendierte) Zeichen (im Sinne von Schütz, Luckmann 2003: 634 ff.) von Wachheit und Zugewandtheit. Und innerhalb dieses Deutungsrahmens ganz folgerichtig gehen erfahrene Therapie- und Pflegekräfte auch davon aus, dass nicht nur sie (auf der Basis einer Mischung aus implizitem Erfahrungs- und explizitem Sonderwissen) Befindlichkeiten ihrer Klienten erspüren, sondern dass auch diese spüren bzw. »registrieren«, wie Pflege- und Therapeutenkräfte die Kommunikation und Kooperation mit ihnen empfinden (vergleiche zum Beispiel Herkenrath 2012). Dieser Deutung zugrunde gelegt wird also der *Glaube* an ein *wechselseitiges* Gewahrwerden im Sinne jenes von Charles Horton Cooley (1902: 183 f.) in die Diskussion gebrachten Spiegelungsprozesses, der aktuell durch die Theorie der »Spiegelneuronen« naturwissenschaftlich bestätigt zu werden scheint (vergleiche Zaboura 2008; vergleiche im weiteren Zusammenhang auch die Beiträge in Reichertz, Zaboura 2006). Ja, erfahrene Pflege- und Therapeutenkräfte erklären, tatsächlich am eigenen Leib zu spüren, dass und wie ihnen die ihnen vertrauten Klienten eben als *Personen* begegnen, die sich auf soziale Beziehungen mit ihnen einlassen können.

Mittels all dieser Personalisierungsmaßnahmen wird – teilweise absichtsvoll, großteils aber beiläufig – eine Art von sekundärer Normalität<sup>12</sup> dadurch erzeugt, dass die fundamentale Krise der Mitmenschlichkeit in mental, emotional und handlungspraktisch entlastenden *Bewältigungsritualen* »aufgehoben« wird. Manche Rituale zur Bewältigung aller genannten, existenziellen Krisen

---

von und aus ihr heraus spricht er zum Arzt. Für den Arzt ist der Kranke kein Situationspartner, mit dem zusammen er in einer gemeinsamen Situation und gemäß dem Sinne dieser Situation etwas tut, wie es etwa sein Kollege ist, mit dem er einen Fall berät. Vielmehr ist der Kranke ein Gegenstand, den der Arzt erkennen und bestimmen will. Sowohl der Arzt wie der Kranke hat je seine eigene Situation, wobei es der Sinn der Situation des Arztes ist, in die Welt des Kranken einzudringen, die er aber mit dem Kranken nicht als gemeinsame teilt« (Gurwitsch 1977: 26f).

12 »Nachdem wir es einmal gelernt haben (...), ist es in der natürlichen Einstellung keine große Sache, den Gesichtsausdruck und die Gesten anderer Menschen zu lesen. Aber wir erfahren etwas, das nicht selbst unmittelbar gegeben ist, sondern sich, obwohl gegenwärtig, nur in einer Verwandlung zeigt« (Schütz, Luckmann 2003: 597).

evozierenden Zweifel daran, es (noch) mit einem Anderen zu tun zu haben, sind auf den ersten Blick gar nicht als solche offenkundig, sondern erscheinen eher als bzw. wie Routinen des alltäglichen Umgangs von Personen miteinander. Genauer betrachtet aber haben die scheinbaren Routinen unter den gegebenen Umständen durchaus einen rituellen Charakter, denn Menschen im Wachkoma scheinen angesichts ihrer augenscheinlich massiven mentalen Retardierungen und ihrer symptomatischen physischen Einschränkungen eben keineswegs nahezulegen, sie als Interaktionspartner im Sinne eines alltäglichen Miteinanders wahrzunehmen: Auch wenn sie mit offenen Augen da liegen oder da sitzen, blicken sie typischerweise ins Leere, das heißt sie fixieren nicht. Sie reagieren zumeist auch nicht ›sinnvoll‹ (das heißt: so ohne weiteres verständlich) auf Ansprache oder Berührung. Und schon gar nicht nehmen sie (jedenfalls für ungeübte ›Beobachter‹ erkennbar) selber Kontakt auf zu jemandem oder zu etwas.

Mithin ist ausgesprochen fraglich, ob es – auch Skeptikern gegenüber – plausibilisierbare Gründe gibt für die Annahme, dass Menschen, die im sogenannten Wachkoma leben, überhaupt (kommunikativ) handeln können, denn »zwar gibt es körperliche Expressionen ... bei schwerst-bewusstseinsbeeinträchtigten Menschen, die als gezielte, reflexive Bezugnahme auf die Umwelt gedeutet werden können. Es bleibt jedoch häufig unklar, ob diese Entäußerungen als ein Ausdrucksverhalten im Sinne exzentrischer Positionalität zu verstehen sind« (Remmers et al. 2012: 676). Die *alltägliche* Gewissheit einer wechselseitigen Beziehung mit in diesem Zustand befindlichen Menschen setzt sozusagen zwangsläufig den *Glauben* bereits voraus, dass es nicht nur überhaupt ein *Gegenüber* gibt, sondern dass dieses Gegenüber eine *Person* ist.<sup>13</sup> Und das heißt eben, dass das, was mit Blick auf das alltägliche Miteinander als zwischenmenschliches Routinehandeln erscheint, im Umgang mit Menschen im Wachkoma dazu dient, so zu tun, *als ob* dieser Mensch nicht nur ein *prinzipiell* handlungsfähiges Subjekt, sondern tatsächlich je *aktuell* eine andere Person – und folglich stets so rücksichtsvoll, so höflich, so ›würdig‹ wie möglich bzw. mit der jeweils notwendigen Verrichtung vereinbar zu ›behandeln‹ – sei. Anders ausgedrückt: Typischerweise bewältigt wird die »Krise der Mitmenschlichkeit«, die aus der augenfälligen Irritation alltäglicher Interaktions- und Kommunikationsgewohnheiten resultiert, dadurch, dass der im Wachkoma – und damit per Definition in einem nicht normalen, nicht hellwachen Bewusstseinszustand – lebende Mensch eben sozusagen rituell als Person konstruiert wird (vergleiche nochmals Hitzler 2012a).

## Irritationen des erkennenden Subjekts

Dergestalt wird das in Frage stehende Individuum empirisch tatsächlich als ein qua kommunikativem Handeln im genealogischen Sinne *entstehendes* Subjekt erkennbar. Erkennbar *gemacht* aber wird es bzw. wird die ganze Konstruktion, um so doch wieder auf meiner epistemologischen Halsstarrigkeit zu insistieren, *durch* das erkennende Subjekt (vergleiche Luckmann 1999: 19). Jedenfalls hat, unbeschadet meiner Rekonstruktion jenes in der alltäglichen Pflege- und

---

<sup>13</sup> »Die in meiner Umwelt vorfindlichen menschlichen Körper sind für mich selbstverständlich mit einem Bewusstsein ausgestattet, das dem meinen prinzipiell ähnlich ist; ferner ist es mir selbstverständlich, [...] dass ich mit meinen Mitmenschen in Beziehung treten und mich mit ihnen verständigen kann« (Schütz, Luckmann 2003: 98).



Therapiepraxis virulenten Deutungsmusters, die Erfassung von Befindlichkeiten, von Stimmungen und von Strebungen von Menschen im sogenannten Wachkoma *mich* für eine lange Zeit vor kaum bzw. nicht lösbare Deutungsprobleme gestellt: Kaum währte ich, einer signifikanten Korrelation von Ausdruck und Befindlichkeit auf der Spur zu sein, schon erwies sie sich als nicht *verlässlich* reproduzierbar. Kaum habe ich Wahrgenommenes als *unwillkürliche* Anzeichen *unwillkürlicher ›innerer‹* Vorgänge begriffen, schon hat sich bei mir Gewissheit von Appräsentationen willkürlicher Re-Aktivität – und das heißt: für basale Kommunikationsfähigkeit – des Menschen eingestellt, um den mir zu tun war (vergleiche dazu auch Hitzler 2012b). Damit stand ich eben vor der Frage, wie ich mich dessen, wovon ich situativ subjektive Gewissheit hatte, transsituativ objektivierend vergewissern könne. Denn miterlebt hatte ich unter vielem anderen zum Beispiel multiple, nicht kontrollierbare organische Zustände und Prozesse dieses Menschen, kleine Bewegungen, Körperhaltungen und Gesichtsausdrücke, Reaktionen, Re-Aktionen und sogar rudimentäre umweltbezogene Aktionen, expressives Verlangen nach Zuwendung, registrierbares Registrieren von Anwesenheit, von Zärtlichkeit, von Angesprochen-Werden, von Musik, Erleben eines Spaziergangs im Rollstuhl, einer Ausfahrt im Auto, eines Konzertbesuchs, eines Einkaufsbummels. Vor allem und bei allem aber hatte ich ein ganzes Spektrum von Empfindungen miterlebt: Empfindungen, die kamen und gingen und mitunter auch sich verdichteten zu situativen und transsituativen Befindlichkeiten (vergleiche Hitzler 2015).

Ich schlussfolgere also in verallgemeinernder Absicht: Anzunehmen, dass der Mensch unter *allen* Umständen und in *allen* denkbaren Bewusstseinszuständen, ein sinnhaft handelndes Individuum, das heißt ein Subjekt sei, erschiene mir als sowohl empirisch als auch epistemologisch unhaltbar.<sup>14</sup> Anzunehmen, dass der Mensch schlechthin, also in *allen* menschenmöglichen Lebensformen, zumindest mitunter sinnhaft handelt, das heißt dass er unter anderem *auch* ein Subjekt in dem von mir protegierten transzendental-phänomenologischen Sinne sei, liegt hingegen nahe – keineswegs nur, aber allemal dann, wenn ich *mich* hier als das erkennende Subjekt reflektiere. Ob ich damit eine empirische Möglichkeit des Mensch-Seins im Rahmen einer konkreten soziohistorischen Aprioris realisiere, oder ob ich mich damit einem »Regime der Subjektivierung« (Bröckling 2013: 10) beuge bzw. einer »Grammatik« des Mich-selbst-Regierens genüge, ist und bleibt diskussionswürdig, erscheint mir im Hinblick auf die hier zur Diskussion gestellte, ausgesprochen *existenzielle* »Krise der Mitmenschlichkeit« aber durchaus nicht als vordringlich, denn »niemals gibt es mitmenschliche Begegnungen, die absolut horizontlos wären ... Allerdings kann dieser Horizont, in dem wir dem Mitmenschen begegnen, im Zusammensein selbst zurücktreten ... Dann findet das Zusammensein seinen Sinn in sich selber, zum Beispiel wenn wir mit einem Menschen ›um seiner selbst willen‹ zusammen sind« (Gurwitsch 1977: 52).

*Para mi compañera fallecida*

---

<sup>14</sup> Anders formuliert: Der Mensch ist »mit dem erkenntnistheoretischen Begriff des Subjekts nicht abgedeckt« (Beelmann 1990: 343).

## Literatur

- Aronowitz, R. A. 1998: *Making Sense of Illness: Science, Society, and Disease*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Becker-Schmidt, R., Knapp, G.-A. 2000: *Feministische Theorien zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Bedorf, Th. 2011: *Andere*. Bielefeld: transcript.
- Beelmann, A. 1990: *Die Krisis des Subjekts*. Bonn: Bouvier.
- Beer, Th., Keller, Ch. 2012: »Hallo, hallo, wo bin ich?« Emotionsorientierte Kommunikationsansätze im Umgang mit Menschen mit Demenz. N. Schröer, V. Hinnenkamp, S. Kreher, A. Pofertl (Hg.), *Lebenswelt und Ethnographie*. Essen: Oldib, 345–354.
- Berger, P.L., Luckmann, Th. 1969: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bröckling, U. 2013: *Das unternehmerische Selbst*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, U., Krasmann, S. 2010: Ni méthode, ni approche. Zur Forschungsperspektive der Gouvernementalitätsstudien – mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen zur Diskursforschung. In J. Angermüller, S. von Dyk (Hg.), *Diskursanalyse meets. Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 23–42.
- Bröckling, U., Krasmann, S., Lemke, Th. 2000 (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, J. 1997: *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, J. 2001: *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, J. 2006: *Hass spricht. Zur Politik des Performativen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Cooley, Ch. H. 1902: *Human Nature and the Social Order*. New York: Scribner's.
- Dörr, G., Grimm, R., Neuer-Miebach, T. 2000 (Hg.): *Aneignung und Enteignung*. Düsseldorf: Verlag Selbstbestimmtes Leben.
- Eberle, Th. S. 2013: *Regaining Sense-Connexions after Cerebral Hemorrhage*. *Schutzian Research* 5: 81–102.
- Eberle, Th. S. 2015: *Phänomenologie der olfaktorischen Wahrnehmung. Ein Beitrag zur Synästhesie der Sinne*. In R. Hitzler (Hg.), *Hermeneutik als Lebenspraxis*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 22–34.
- Eberle, Th. S., Rebitzke Eberle, V. 2012: »Alles war ohne Inhalt, ohne Bedeutung«. *Der Umgang mit den Folgen einer Hirnblutung*. In N. Schröer, V. Hinnenkamp, S. Kreher, A. Pofertl (Hg.), *Lebenswelt und Ethnographie*. Essen: Oldib, 325–343.
- Eisermann, G. 1991: *Rolle und Maske*. Tübingen: Mohr.
- Foucault, M. 1973: *Wahnsinn und Gesellschaft: Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. 2004: *Geschichte der Gouvernementalität. 2 Bände*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giacino, J.T., Trott, C. 2004: *Rehabilitative Management of Patients with disorders of consciousness*. *Journal of Head Trauma Rehabilitation*, 19. Jg., Heft 3, 262–273.
- Goffman, E. 1974: *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grewe, H.A. 2012: *Wachkoma: Deutungsmuster eines irritierenden Phänomens*. In N. Schröer, V. Hinnenkamp, S. Kreher, A. Pofertl (Hg.), *Lebenswelt und Ethnographie*. Essen: Oldib, 367–378.
- Gurwitsch, A. 1977: *Die mitmenschlichen Begegnungen in der Milieuwelt*. Berlin: de Gruyter.
- Heidegger, M. 1967: *Sein und Zeit*. Tübingen: Niemeyer.
- Herkenrath, A. 2012: *Von der Lebenswelt eines Menschen im Wachkoma: Grenzen lebensweltanalytischer Ethnographie und die Chancen therapeutischer Begleitung*. In N. Schröer, V. Hinnenkamp, S. Kreher, A. Pofertl (Hg.), *Lebenswelt und Ethnographie*. Essen: Oldib, 379–386.

- Hitzler, R. 2012a: Die rituelle Konstruktion der Person. Aspekte des Erlebens eines Menschen im sogenannten Wachkoma [44 Absätze]. In *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 13(3), Art. 12, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1203126>
- Hitzler, R. 2012b: Hirnstammwesen? Das Schweigen des Körpers und der Sprung in den Glauben an eine mittlere Transzendenz. In R. Gugutzer, M. Böttcher (Hg.), *Körper, Sport und Religion*. Wiesbaden: VS: 125–139.
- Hitzler, R. 2012c: Am Ende der Welt? Zur Frage des Erlebens eines Menschen im Wachkoma. In N. Schröer, V. Hinnenkamp, S. Kreher, A. Pofertl (Hg.), *Lebenswelt und Ethnographie*. Essen: Oldib, 355–366.
- Hitzler, R. 2014: In der Konsensmaschinerie. Milieuzugehörigkeit zwischen dem Entdecken von Gemeinsamkeiten und dem Erleben von Gemeinschaft. In *Zeitschrift für Theoretische Soziologie (ZTS)*, 1. Sonderband, P. Isenböck, L. Nell, J. Renn (Hg.), *Die Form des Milieus*. Weinheim, Basel: BeltzJuventa: 100–114.
- Hitzler, R. 2015: Ist der Mensch ein Subjekt? – Ist das Subjekt ein Mensch? Über Diskrepanzen zwischen Doxa und Episteme. In A. Pofertl, N. Schröer (Hg.): *Wer oder was handelt?* Wiesbaden: Springer VS: 125–145.
- Hitzler, R., Grewe, H. A. 2013: Wie das Bewusstsein (der einen) das Sein (der anderen) bestimmt. Über ungleiche Lebensbedingungen von Menschen im Wachkoma. In O. Berli, M. Endreß (Hg.), *Wissen und soziale Ungleichheit*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 240–259.
- Hitzler, R., Leuschner, C.I., Mücher, F. 2013: *Lebensbegleitung im Haus Königsborn*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Honer, A. 2011a: Problemkörper. Einige physische Aspekte der Pflege von Demenzkranken. In dies., *Kleine Leiblichkeiten*. Wiesbaden: VS, 121–130.
- Honer, A. 2011b: Zeit-Konfusionen. Zur intersubjektiven Rekonstruktion des temporalen Erlebens Demenzkranker. In dies., *Kleine Leiblichkeiten*. Wiesbaden: VS: 131–139.
- Jox, R. J., Kühlmeyer, K., Borasio, G. D. 2011 (Hg.): *Leben im Koma*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Jox, R. J., Kühlmeyer, K., Marckmann, G., Racine, E. 2012 (Hg.): *Vegetative State – A Paradigmatic Problem of Modern Society*. Münster: Lit.
- Klie, Th., Student, J.Ch. 2007: *Sterben in Würde*. Freiburg, Basel, Wien: Herder.
- Kretschmer, E. 1940: Das apallische Syndrom. *Zeitschrift für die Gesamte Neurologie und Psychiatrie* 169, 579–579.
- Laureys, St. 2006: Hirntod und Wachkoma. *Spektrum der Wissenschaft*, Februar, 62–72.
- Laureys, St., Boly, M. 2007: What is it like to be vegetative or minimally conscious? *Current Opinion in Neurology* 20, 609–613.
- Laureys, St., Celesia, G.G., Cohadon, F., Lavrijsen, J., Leon-Carrion, J., Sannita, W.G., Szabon, L., Schmutzhard, E., von Wild, K.R., Zeman, A., Dolce, G. 2010: Unresponsive wakefulness syndrome: a new name for the vegetative state or apallic Syndrome? *BMC Medicine* 8: 68.
- Lindemann, G. 2002: *Die Grenzen des Sozialen*. München: Fink.
- Lindemann, G. 2006: *Das Soziale von seinen Grenzen her denken*. Weilerswist: Velbrück.
- Lindemann, G. 2009: Gesellschaftliche Grenzregime und soziale Differenzierung. *Zeitschrift für Soziologie*, 38. Jg., Heft 2, 94–112.
- Löwith, K. 1981: Das Individuum in der Rolle des Mitmenschen. In dies., *Mensch und Menschenwelt (Sämtliche Schriften 1)*. Stuttgart: Metzler: 9–197.
- Lorey, I. 1996: Immer Ärger mit dem Subjekt. Theoretische und Politische Konsequenzen eines juristischen Machtmodells: Judith Butler. Tübingen: edition diskord.
- Luckmann, Th. 1980: Über die Grenzen der Sozialwelt. In dies., *Lebenswelt und Gesellschaft*. Paderborn: Schöningh, 56–92.
- Luckmann, Th. 1999: Wirklichkeiten: Individuelle Konstitution und gesellschaftliche Konstruktion. In R. Hitzler, J. Reichertz, N. Schröer (Hg.), *Hermeneutische Wissenssoziologie*. Konstanz: UVK, 17–28.
- Luckmann, Th. 2006: Die kommunikative Konstruktion der Wirklichkeit. In D. Tänzler, H. Knoblauch, H.-G. Soeffner (Hg.), *Neue Perspektiven der Wissenssoziologie*. Konstanz: UVK, 15–26.

- Luckmann, Th. 2007: Phänomenologische Überlegungen zu Ritual und Symbol. In ders., *Lebenswelt, Identität und Gesellschaft*. Konstanz: UVK, 112–126.
- Nacimiento, W. 2007: Apallisches Syndrom, Wachkoma, persistent vegetativ state: Wovon redet und was weiß die Medizin? In W. Höflich (Hg.), *Das sog. Wachkoma. Rechtliche, medizinische und ethische Aspekte*. Berlin: Lit Verlag, 29–48.
- Papadopoulos, D. 2008: In the ruins of representation: Identity, individuality, subjectification. *British Journal of Social Psychology*, 47. Jg., Heft 1, 139–185.
- Pfadenhauer, M., Dukat, C. 2015: Robot Caregiver or Robot-Supported Caregiving? The Per-formative Deployment of the Social Robot PARO in Dementia Care. In: *International Journal of Social Robotics* <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs12369-015-0284-0>.
- Reichert, J., Zaboura, N. 2006 (Hg.): *Akteur Gehirn*. Wiesbaden: VS.
- Remmers, H., Hülsken-Giesler, M., Zimansky, M. 2012: Wachkoma, Apallisches Syndrom: Wie tot sind Apalliker? In M. Anderheiden (Hg.), *Handbuch Sterben und Menschenwürde*. Berlin: de Gruyter, 671–696.
- Schütz A. 2004: *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt (ASW II)*. Konstanz: UVK.
- Schütz, A., Luckmann, Th. 2003: *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz: UVK.
- Soeffner, H.-G. 2012: Der Eigensinn der Sinne. In N. Schröer, V. Hinnenkamp, S. Kreher, A. Pofel (Hg.), *Lebenswelt und Ethnographie*. Essen: Oldib, 461–474.
- Teichert, D. 1999: *Personen und Identitäten*. Berlin, New York: de Gruyter.
- Ueberschär, E., Ralph C. 2007 (Hg.): *Lebensverlängernde Maßnahmen beenden? Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum*.
- Zaboura, N. 2008: *Das empathische Gehirn*. Wiesbaden: VS.

# Postheroisches Individuum – überfordertes Individuum

Konzeptionelle Anmerkungen auf dem Weg zu Verantwortung im Zeitalter der Postheroik

Anna Henkel

*Beitrag zum Plenum 8 »Krisenfeste Individuen? Zur Relevanz und Kritik normativer Subjektperspektiven« organisiert von Elisabeth Tuider und Ulrich Bröckling*

## Postheroische Theorie für eine postheroische Gesellschaft

Beobachtet man im Modus der Gegenwartsanalyse Gesellschaft auf ihre Individuen hin, fallen zwei Gegensätzlichkeiten auf: Einerseits erscheint das Individuum als Heros im klassischen Sinne. Dank Einsicht, Stärke und Reflektionsfähigkeit ist das Individuum in der modernen Gesellschaft verantwortlich für alle zentralen gesellschaftlichen Bereiche. Andererseits scheint das Individuum im Zeitalter des Postheroischen angekommen zu sein. Die Welt des kraftvoll-strahlend eigenverantwortlichen Individuums, das zu wissen wagt und so die Geschicke in die eigene Hand nimmt, wird überformt von individuellen Kollateralschäden wie burnout und lebensstilbedingten Erkrankungen. Hinzu kommt eine Überwältigung durch krisenhafte Entwicklungen, die von naturwissenschaftlichem Fortschritt ebenso ausgehen wie von wirtschaftlicher Eigendynamik. Zeitdiagnosen etwa eines erschöpften Selbst (Ehrenberg 2004), eines unternehmerischen Selbst (Bröckling 2007) oder einer Neuerfindung des Sozialen (Lessenich 2008) bringen diese Entwicklung zum Ausdruck. Der Mensch, der Heros der Aufklärung, scheint zum Tragikos geworden zu sein, der kaum umhin kann, die Geschichte des an den Umständen zugrunde gehenden, heldenhaften Tuns zu schreiben.

Gegenstand dieses Beitrags ist die These, dass sich die moderne Gesellschaft durch eine selbst geschaffene Komplexität an die Grenzen der Funktionsfähigkeit der Weltauslegungen ge-

bracht hat, mit welchen sie die Welt als reduzierbare Komplexität schematisiert. Bereits die funktional differenzierte Gesellschaft ist auf die Fiktion des eigenverantwortlichen Individuums angewiesen. Denn genau diesen Mechanismus der Komplexitätsreduktion – Zurechnung von Ereignissen als individuell zu verantwortende kausale Folgen menschlichen Handelns – nimmt Gesellschaft zentral in Anspruch, um eine gerade aus der funktionalen Differenzierung und damit dem eigenständigen Operieren vor allem von Wissenschaft und Wirtschaft resultierende Komplexitätssteigerung zu bearbeiten.

Die fortgeschritten funktional differenzierte Gesellschaft ist auf die Plausibilität der Fiktion des eigenverantwortlichen Individuums deshalb mehr denn je angewiesen – überfordert aber zunehmend das Individuum in diesem Angewiesensein und bringt das Prinzip der individuellen Verantwortung selbst an die Grenzen der Plausibilität. Eine Aufgabe soziologischer Konzeptentwicklung muss deshalb darin liegen, die Vorstellung des Individuums von normativen Ansprüchen zu entkleiden, um diese als kontingente und damit dezidiert auch anders gestaltbare Anforderungen wiedereinzuführen. Mit anderen Worten: Die Soziologie muss sich auf die Möglichkeit einer postheroischen Gesellschaft einstellen.

Zur Entwicklung einer postheroischen Soziologie wird hier ein Vorschlag entwickelt. Dieser geht davon aus, das Konzept des Menschen – als Akteur, Individuum, Subjekt oder Bewusstsein – zunächst aufzugeben und dann ein von normativen Bezügen und quasi-ontologischen Eigenschaften befreites analytisches Konzept an dessen Stelle zu setzen. Den Ansatzpunkt dafür bietet der frühe Vorschlag Luhmanns, Sinn als Grundbegriff der Soziologie zu fassen. Um Materialität dezidiert Rechnung tragen zu können, wird die frühe Luhmannsche Formulierung unter Rekurs auf Plessners Positionalitätstheorie erweitert. Dies liefert die sozialtheoretische Grundlage, um zu einer post-humanistischen Unterscheidung von Sozialität und Materialität zu gelangen.

Auf dieser Grundlage lässt sich das Thema der Verantwortung wieder adäquat bearbeiten, und zwar auch unter dem Aspekt, das derzeitige Dilemma einer Zurechnung von Verantwortung anzuerkennen: Einerseits ist das normativ autonom gedachte Individuum notwendige Prämisse gerade auch der entwickelten funktional differenzierten Gesellschaft. Andererseits ist eine steigende gesellschaftliche Komplexitätsmöglichkeit zu beobachten, die eine Erweiterung des Sozialen und des Materiellen umfasst. Bislang geht Gesellschaft mit dieser Lage um, indem sie mehr vom Selben nutzt und den Verantwortungsmechanismus ausweitet. Eine postheroisch ausgerüstete Soziologie ist in der Lage, solche Entwicklungen nicht nur normativ-humanistisch zu kritisieren, sondern außerdem postheroisch informiert paradoxe Entwicklungen aufzuzeigen und Strukturveränderungen vorzuschlagen. Dem Individuum mag gerade dies als Hilfestellung dienen, zu den an es gestellten Anforderungen Distanz zu gewinnen.

## Ausgangspunkte einer postheroischen Soziologie

Es soll hier der Versuch unternommen werden, sowohl an die soziologische Theorietradition als auch an die Errungenschaften des material turn anzuschließen: an die soziologische Theorietradition, ohne dabei die implizite Prämisse des autonomen Individuums als vernunftbegabten Menschen mitzuführen; an den material turn, ohne dabei das soziologische Selbstreflektions- und

Gesellschaftstheoriepotential über Bord zu werfen. Der Gewinn, den dieses Unterfangen verspricht, ist, einen Wandel von Weltauslegungen zu beobachten, von dem plausibel angenommen werden kann, dass er sich aktuell vollzieht.

## Weltauslegung und Weltzugänge – zwei postheroische Perspektiven

In einer frühen Überlegung stellt Niklas Luhmann ein Konzept von Gesellschaft vor, dessen Grenzen über die Ausgrenzung von unbestimmter und unbestimmbarer, also nicht manipulierbarer Komplexität festgelegt sind (Luhmann 1971: 19). Gesellschaft wird in diesem Modell vorgestellt als umgrenzt nicht etwa über einen Personenverband, ein Territorium oder eine Kulturgemeinschaft, sondern über die Sinn Grenzen einer spezifischen Weltauslegung. Innerhalb dieser Weltauslegung befindet sich, was als Ereignis bestimmbar, schematisierbar, als Komplexität reduzierbar ist (ebd.). Gesellschaft verstanden als sinnhafte Weltauslegung impliziert somit die äußerste Komplexität, die durch selektive Strategien reduzierbar ist. Ausgegrenzt ist damit das *Unbestimmbare*. Mit gesellschaftlichem Wandel geht demnach nicht nur ein Wandel des gesellschaftlichen Strukturprimats einher, wie in der späteren Systemtheorie betont wird (Luhmann 1999), sondern auch ein Wandel der Formen der *Angstbewältigung* und damit die moralische Qualität der Gesellschaft (Luhmann 1971: 21).

Die Herausforderung einer postheroischen soziologischen Theorie ist nicht zuletzt, mit der Entwicklung eines entsprechenden analytischen Instrumentariums einen Beitrag zur gesellschaftlichen Angstbewältigung zu leisten. Dies kann durch erweiternde Anknüpfung an frühe systemtheoretische Überlegungen zum Sinn als Grundbegriff der Soziologie gelingen.

Dabei werden in mehrfacher Hinsicht Überlegungen von Gesa Lindemann aufgegriffen: So formuliert Lindemann die These vom impliziten Konsens der Soziologie, wonach die soziologische Theorie durchweg von Menschen als der kleinsten Einheit des Sozialen ausgehe (Lindemann 2009a). Weiter entwickelt Lindemann eine These über die Grenzen des Sozialen, wonach gesellschaftliche Formationen auf deren spezifisches Grenzregime der Bestimmung des Sozialen hin befragt werden können. Das Grenzregime der funktional differenzierten Gesellschaft sei geprägt durch das anthropologische Quadrat, das den Menschen definiert durch die vierfache Abgrenzung gegenüber Geburt, Tod, Tieren und Maschinen (Lindemann 2009a; Lindemann 2009b). Ebenfalls gefolgt wird Lindemann in der Vermutung, dass die Positionalitätstheorie Helmut Plessners einen geeigneten Ansatzpunkt für eine Soziologie bietet, die nicht von autonomen menschlichen Individuen als zentraler Prämisse ausgeht (passim etwa Lindemann 1993; Lindemann 2002; Lindemann 2006; Lindemann 2009a; Lindemann 2014).

Lindemann setzt diese Überlegungen fort, indem sie im Anschluss an Plessner und Hermann Schmitz mit der Theorie der Weltzugänge eine operative Theorie mehrdimensionaler Ordnungsbildung vorschlägt, die explizit nicht das anthropologische Quadrat bzw. die Vorstellung des autonomen, vernunftbegabten Individuums zur Prämisse hat (Lindemann 2014). Diese Theorie reflexiver Ordnungsbildung ist eine leibzentrierte Theorie, indem sie vom als Leib gegebenen Körper und dessen Welterschließung ausgeht.

Während bei Lindemann die erweiterte Weltoffenheit des als Leib gegebenen Körpers im Mittelpunkt steht, von dem aus Sozialität und dessen Sinn- und Symbolbildung entwickelt wird, folgt der hier gemachte Vorschlag dem frühen Gedanken Luhmanns, Sinn als Grundbegriff der Soziologie anzusetzen. Beide Ansätze – der von Lindemann und der von Luhmann – konvergieren in der Überlegung kontingenter Ausformungen von Sozialität, Zeitlichkeit und Sachlichkeit, eine Konvergenz, die sich selbst in der verwendeten Terminologie niederschlägt. So spricht Luhmann von Gesellschaft als begrenzt durch eine spezifische Weltauslegung (Luhmann 1971: 25), Lindemann von Weltzugängen (vgl. der Buchtitel von Lindemann 2014). Gleichwohl handelt es sich um sozialtheoretisch genuin unterschiedliche Ansätze, setzt der Lindemannsche Ansatz doch den Leib zentral, der Luhmannsche hingegen den Sinn. Das vermutlich sich wechselseitig ergänzende Beobachtungspotential beider Ansätze muss sich in der empirischen Analysefähigkeit erweisen – im Folgenden sei zunächst nur der Vorschlag einer vom frühen systemtheoretischen Sinnbegriff ausgehenden Analyseperspektive posttheroischer Soziologie aufgezeigt.

## Sinn als Grundbegriff und die sinnhaft operierende Entität

In der späteren Entwicklung der Systemtheorie steht das sich durch Kommunikation reproduzierende soziale System im Mittelpunkt, in dessen Umwelt Gedanken prozessierende Bewusstseins-systeme angesiedelt sind. Mit dieser Fokussierung werden frühe Formulierungen zwar nicht unbedingt aufgegeben, nach wie vor ist der Sinnbegriff an zentraler Stelle verankert. Doch ein im Sinn als Grundbegriff der Soziologie angelegtes Potential posttheroischer Soziologie liegt in dieser konzeptionellen Entwicklung brach.

Dieses Potential besteht darin, von *Sinn* auszugehen, verstanden als Einheit der Differenz von Aktualität und Potentialität. Sinn ist entsprechend diesem Verständnis über das Negationspotential gefasst, etwas vor dem Hintergrund von allem anderen zu unterscheiden und auf diese Weise Komplexität zugleich zu reduzieren (durch Aktualisierung einer Sinnform) und beizubehalten (durch Aufrechterhalten des Potentials). Mit dieser analytischen Formulierung ist Sinn zunächst nicht notwendig sprachhafter Sinn – und Sinnprozessieren nicht notwendig auf sprachhafte Kommunikation oder sprachhafte Gedanken festgelegt.

Um diese grundsätzlich im Sinnbegriff angelegte Offenheit umzusetzen, ist es hilfreich, die Überlegungen Luhmanns mit der Positionalitätstheorie Plessners zu verbinden. Dies gelingt über das Verständnis von Sinn als Negation. Ebenso wie Luhmann sieht Plessner es als den zentralen Aspekt des Sinnbegriffs, etwas vor dem Hintergrund von allem anderen – vor dem Nichts – zu aktualisieren. Doch anders als bei Luhmann ist dies bei Plessner gerade nicht das Charakteristikum eines Bewusstseins-systems - vielmehr handelt es sich um die Errungenschaft eines Selbstverstehens des Lebens, das auf der Stufe exzentrischer Positionalität erreicht ist.

Die Position exzentrischer Positionalität wird gewonnen entlang den Stufen des Organischen. Ausgehend von der Grenze des Dings, über die Selbsterstellung dieser Grenze durch offen organisiertes Leben und über die Gegebenheit dieser Grenze beim zentrisch positionalen Selbst ist das exzentrisch positionale Selbst in der Lage, auf diese Gegebenheit der selbsthergestellten Grenze selbst wiederum zu reflektieren. Auf dieser Stufe ist es möglich, etwas als Ding



vor dem Hintergrund des Nichts zu unterscheiden, analog zur Einheit der Differenz von Aktualität und Potentialität. Der zentrale Unterschied gegenüber dem Luhmannschen Sinnbegriff ist jedoch, dass in der Plessnerschen Formulierung nicht-sprachhafte Sinnformen offensichtlich mit eingeschlossen sind. Leib-körperhafter Sinn, wie er in Geräuschen, Gerüchen oder taktilen Berührungen aktualisiert werden kann, ist Teil der Potentialität eines selbstverstehenden Lebens.

Auf dieser Grundlage ist es möglich, das Potential des Luhmannschen Sinnbegriffs auszuschöpfen, und Sinn aufzufassen als sprachhafte und leib-körperhafte Sinnformen umfassend. Die zentrale Erweiterung der Systemtheorie besteht also darin, ausgehend von der frühen Definition des Sinnbegriffs als Ordnungsform bewussten Erlebens die Engführung von Sinn auf sprachhaften Sinn zu erweitern.

Diese Erweiterung hat zur Konsequenz, dass der Begriff des Bewusstseinsystems nunmehr zu kurz greift. Das Bewusstseinsystem mit seiner Reproduktion von Gedanken ist zumindest entlang der gewählten Begrifflichkeiten auf sprachhaften Sinn reduziert. Dieses Konzept kann entlang des erweiterten Sinnbegriffs ersetzt werden durch das Konzept der *sinnhaft operierenden Entität*. Damit sind jene Entitäten bezeichnet, die zugleich sind und denen ihr Sein in irgendeiner Form als Welt gegeben ist – die also sinnhaft entlang der Unterscheidung von Aktualität und Potentialität unterscheiden.

Setzt man an die Stelle eines Gedanken prozessierenden Bewusstseins sinnhaft operierende Entitäten, so ist es möglich, Sinn in seiner umfassenden Definition einer aufgrund von Negationsfähigkeit entlang der Unterscheidung von Aktualität und Potentialität ordnenden Selektionsweise beizubehalten. Sprachhafter Sinn erscheint dann als eine mögliche Manifestationsform von Sinn, der leib-körperhafter Sinn gleichwertig zur Seite zu stellen ist. Auf diese Weise sind neben Sprache sinnhafte, auf sinnhaft operierende Entitäten bezogene Selektionen als Interpenetrationsmedium anzusehen und auf diese Weise Materialität systematisch einzubeziehen.

In dieser Theorieanlage können beispielsweise auch Gerüche selbst und nicht erst vermittelt über Sprache sinnhaft sein derart, dass sie vor dem Hintergrund von Potentialität aktualisiert werden, statt lediglich Teil eines Reflexprogramms zu sein. Die Situation doppelter Kontingenz bleibt eine Situation sinnhaft vermittelter wechselseitiger Erwartungen. Setzt man jedoch anstelle zweier Bewusstseinsysteme zwei sinnhaft operierende Entitäten als begegnende Einheiten an, so fließen in diese Begegnung über sprachhaften und leib-körperhaften Sinn strukturierte Erwartungen ein, die wechselseitig aufeinander bezogen und damit auch wechselseitig irritierbar (statt sprachlich präformiert) sind. Wechselseitig abgestimmtes Körperverhalten in Tanz oder Sport – aber auch in all jenen Situationen, die Polanyi mit dem Konzept des impliziten Wissens oder Bourdieu mit dem Konzept des Habitus untersucht – ist dann nicht mehr man weiß nicht woher präzisiert, sondern resultiert aus leib-körperhafter Sinnbildung unter Bedingung doppelter Kontingenz.

Die zentrale Konsequenz der so vorgeschlagenen Umstellung von sinnhaft sich begegnenden Bewusstseinsystemen auf sich begegnende sinnhaft operierende Entitäten ist, dass nun nicht mehr allein sprachhafte Realisierungen als kontingent erscheinen, sondern auch einer begegnenden Entität verschiedene Möglichkeiten seiner Realisierung zugerechnet werden können. Auf der Ebene der sinnhaft operierenden Entität entspricht dem ein Prozessieren von Empfindungen, das soziologisch ebenso unzugänglich ist wie das Prozessieren der Gedanken eines Bewusstseinsystems. Auf der Ebene von Kommunikation entspricht dem die Möglichkeit, dass eine

spezifische körperliche Realisierung als Mitteilung mit Informationswert verstanden werden kann (in ähnlichem Sinne Luhmann 1984: 294). Worin eine solche körperliche Realisierung besteht, ist prinzipiell offen. Es kann sich dabei um eine Bewegung ebenso handeln wie um einen Geruch, eine visuelle Erscheinung oder ein produziertes Geräusch. Sinnhaft sind solche körperlichen Realisierungen, indem sie als etwas vor dem Hintergrund des anders Möglichen sinnhaft mitproduziert werden – eine Bewegung kann als Schlag oder als Streicheln, ein Geruch als Nachlässigkeit oder erotische Aufforderung sinnhaft verstanden werden. Dabei ist die Aktualisierung gerade dieser leib-körperhaften Realisierung ebenso kontingent wie die Aktualisierung eines spezifischen sprachhaften Sinninhaltes.

Mit dem Konzept der sinnhaft operierenden Entität liegt ein insofern posttheroisches Konzept vor, als es geeignet ist, sowohl Menschen als auch andere Entitäten konzeptionell zu umfassen. Dies ist die Grundlage dafür, historisch kontingente Grenzen von Sozialität und Materialität zu beobachten.

## Die Grenzen von Sozialität und Materialität im Wandel

Die sozialtheoretische Rückbesinnung auf das frühe Konzept von Sinn als Negationsoperation ist als Ergänzung im systemtheoretischen Theoriegebäude zu verstehen. Dies erlaubt, die Grenzen des Sozialen und damit auf einer grundsätzlichen Ebene das Verhältnis von Sozialität und Materialität neu in den Blick zu nehmen. Mit der Erweiterung von sprachhaftem Sinn auf Sinn als spezifische Selektionsweise geht die Möglichkeit einher, *mit dem frühen Luhmann im ersten Schritt analytisch offen zu lassen, wer als miterlebendes Subjekt jeweils gilt.*

Es eröffnet sich damit die Möglichkeit, Sozialität jenseits von menschlicher Sozialität zu definieren und damit zugleich analytisch eine harte Unterscheidung von Natur und Kultur oder von Materialität und Sozialität hinter sich zu lassen: Als *Sozialität* bzw. als soziale Person kann gelten, was als selbst sinnhaft operierende Entität beobachtet wird und damit in einer Situation doppelter Kontingenz in seinem Prozessieren sinnhaft beeinflussbar ist. Als *Materialität* bzw. als Ding kann gelten, was als Entität nicht mittels der Unterscheidung von Aktualität und Potentialität zu operieren scheint und daher nur mechanisch, nicht aber durch sinnhaftes Eingehen beeinflussbar ist. Mit dieser Definition ist nicht festgelegt, *wer* konkret zur sinnhaften Selektion in der Lage *ist*. Es handelt sich vielmehr um eine analytische Unterscheidung, mit der danach gefragt werden kann, *wie* in einer je konkreten Interaktionssituation oder gesellschaftlichen Gesamtformation sinnhaftes Operieren auf Entitäten *plausibel zugerechnet* wird.

Dabei lassen sich zwei Grenzfälle beobachten: Alle sinnhaft unterschiedenen Entitäten als sozial zuzurechnen, ist annähernd in einer animistischen Weltordnung der Fall, in der auch Bäume oder Gebirge als selbst sinnhaft operierend erlebt werden. Alle sinnhaft unterschiedenen Entitäten als Material zuzurechnen, wäre etwa der Fall in einer realisierten Welt des social engineering, in der Menschen als kausal steuerbar gelten. Die Plausibilität solcher Zurechnungen ist auf der Ebene der Kommunikation angesiedelt. Sie festzustellen, umfasst die klassische system-

theoretische Frage nach Stabilisierungsmechanismen und ist mit dem hier vorgeschlagenen begrifflichen Instrumentarium zu erweitern um die Frage nach sprachhaften und leib-körperhaften Sinnrealisierungen. Doppelte Kontingenz ist damit gerade nicht auf sprachhafte Ausdrucksfähigkeit angewiesen, sondern allein auf eine sinnhafte, sich potentiell unterschiedlich manifestierende Selektionsweise.

Fasst man Sozialität und Materialität entsprechend der oben vorgeschlagenen analytischen Definition entlang der Frage, ob eine Entität als sinnhaft operierend und damit sinnhaft beeinflussbar gilt oder aber als mechanisch beeinflussbare Entität, so lassen sich hinsichtlich einer Beobachtung des Wandels der Grenzen von Sozialität und Materialität drei heuristische Fragen ableiten:

Die erste Frage ist, welche Entitäten aufgrund welcher Kriterien als sinnhaft beeinflussbar gelten. Für die funktional differenzierte Gesellschaft hat Lindemann diese Frage mit Hinweis auf das anthropologische Quadrat beantwortet: Die Zurechnung sinnhafter Beeinflussbarkeit wird per Ausschlussverfahren erreicht durch die vierfache Abgrenzung gegenüber Geburt, Tod, Tieren und Maschinen. An eine solche Antwort auf der gesellschaftstheoretischen Primärebene können weitere Differenzierungen anschließen. So betrifft die These des anthropologischen Quadrats die Hochphase funktionaler Differenzierung. Wie aber wurde im Übergang zu dieser Phase unterschieden? Und erfolgen solche Zurechnungen auf sachlich tieferliegenden Ebenen, also etwa den funktionssystemspezifischen Teilbereichen? Welche Semantiken sind es, die eine Zurechnung als sinnhaft beeinflussbar plausibilisieren? Dabei ist der Blick auf die Vergangenheit gerade deshalb interessant, weil sich so unter Umständen ein sich aktuell vollziehender, erneuter Wandel aufzeigen lässt.

Die zweite Frage ist, was dem so bestimmten Sozialen aufgrund welcher Kriterien als Materialität gilt. Diese Frage ist keineswegs trivial. So sind seit Beginn des 19. Jahrhunderts chemische Elemente und darauf aufbauend pharmazeutische Wirkstoffe eindeutig mechanisch beeinflussbare Materialität. Kurz zuvor war jedoch die Existenz solcher Materialität gar nicht vorstellbar. Die Wissenschaftsgeschichte zeugt von mehreren solcher Beispiele, in denen Materialitäten entstehen und verschwinden. Das vielleicht prominenteste Beispiel ist das sogenannte Phlogiston: Ein Stoff, der für etwa hundert Jahre als fraglos existent galt und dessen Nicht-Existenz dann bewiesen wurde (Carrier 1984). Zentral für eine Analyse des Wandels der Grenzen von Sozialität und Materialität ist deshalb eine Untersuchung der Semantiken und damit korrelierenden leib-körperhaften Sinnformen, die Materialität als solche entstehen lassen. Für die funktional differenzierte Gesellschaft scheint in dieser Hinsicht die Naturwissenschaft zentral zu sein. Die Entstehung von neuen Dingen im naturwissenschaftlichen Labor ist ein zentrales Thema der Wissenschafts- und Technikforschung (Latour 1987; Rheinberger 1997). Gerade hier lohnt es, die Perspektive der Wissenschafts- und Technikforschung in den Kontext der allgemeinen Soziologie und Gesellschaftstheorie zu stellen. So wird deutlich, dass die semantischen Konstruktionsleistungen der Naturwissenschaft mit denen des Rechts, der Wirtschaft aber auch von Organisationen zusammenwirken (dazu Henkel 2014).

Schließlich ist die dritte und zentrale Frage, die zugleich zum Thema der Verantwortung überleitet, wie eine so bestimmte Materialität in das als jeweils sozial Bestimmte zurückgebunden ist. In der stratifizierten Gesellschaftsform von der Antike bis ins ausgehende Mittelalter ist diese Frage durch Hinweis auf einen geordneten Kosmos beantwortet. Jede Entität – ob sinnhaft oder

mechanisch beeinflussbar – hat ihren Platz in einem Kosmos der Elemente. Stört eine Entität das Gleichgewicht, indem sie ihren Platz verlässt, ob sie durch Tugend – sinnhaft – das Gleichgewicht wiederherstellt oder aber durch Eingriff von außen – mechanisch – zurückversetzt wird, was selbst wiederum, wie Lindemann zeigt, hierarchisch bearbeitet wird. In der funktional differenzierten Gesellschaft tritt an die Stelle dieser Ordnungs- und Tugendvorstellung die Idee der Verantwortung. Ausgehend von der Vorstellung des autonomen Individuums, das ohne archimedischen Punkt die Welt erkennt und beherrscht ist mechanisch beeinflussbare Materialität über den Konnex der Verantwortung in das Soziale eingebunden: autonome Individuen tragen Verantwortung für die von ihnen beeinflussten Dinge. Mit der Erfindung der Gefährderhaftung kommt die Wirkmächtigkeit dieses Prinzips voll zur Geltung: schon das Eigentum an einem Ding löst die Verantwortung des Eigentümers für ein von diesem Ding verursachten Schaden aus.

Ist die Vermutung richtig, dass die funktional differenzierte Gesellschaft in ihre Spätphase eintritt, in der das anthropologische Quadrat als Kriterium der plausiblen Zurechnung sinnhafter Beeinflussbarkeit an seine Grenzen kommt, so ist auch das Prinzip der Verantwortung zur Zuordnung des Materiellen zum Sozialen – ausgereizt.

## Eigenverantwortung im Zeitalter der Postheroik

Mit dem Aufweichen der klaren Abgrenzung zwischen menschlicher Sozialität und einer naturwissenschaftlich bestimmten Materialität ist auch das Prinzip der Eigenverantwortung zur Rückbettung von Materialität in Sozialität kaum mehr geeignet. Die Konstellation ist paradox: In dem Maße, in dem durch die Kategorie des Risikos ein Zwischenbereich zwischen sinnhaft beeinflussbarer menschlicher Sozialität und mechanisch beeinflussbarer dinglicher Materialität entsteht, wird das Prinzip der menschlichen Verantwortung verabsolutiert.

Dies ist für verschiedene gesellschaftliche Bereiche beobachtbar. Die ökologische Gefährdung, der demografische Wandel, die Entwicklung des Arbeitsmarkts, die Individualisierung der modernen Gesellschaft – all dies sind Phänomene, die seit den 1970er Jahren als zu komplex gelten, als dass sie kausal gesteuert werden könnten. Durch neue Mechanismen der Governance, der Partizipation und der Gestaltung von Kollektivakteuren wird damit teilweise umgegangen. Doch es bleibt ein Risiko. Seit den 1990er Jahren ist zu beobachten, dass für eben diese Risiken die Eigenverantwortung des mündigen Bürgers aktiviert wird. Während im 19. Jahrhundert neue Mechanismen der Verantwortungsformulierung und -zurechnung entstanden, erfolgt nun eine Ausweitung des Verantwortungsprinzips in allen Sinndimensionen:

Sozial sind nunmehr alle Bürger, Organisationen und kumulierte Akteure in der Eigenverantwortung – auch Kinder werden zumindest partiell mit verantwortlich gemacht, beispielsweise für das Erreichen ihrer Lernziele. Beobachtbar ist die Entwicklung der Ausweitung des Kreises von Verantwortungsträgern hinsichtlich ökologischer Fragen und Ernährungsaspekten.

Sachlich bezieht sich Verantwortung nun nicht mehr auf einen sich aus der professionellen Tätigkeit oder der persönlichen Lebenssituation ergebenden Teilbereich, sondern jeder ist für individuelle, gesellschaftliche und globale Herausforderungen mit zuständig. Der Klimawandel geht sozusagen jeden an.

Zeitlich erfolgt ebenfalls eine Ausweitung. Dies wird gerade am Arzneimittelbereich deutlich. So kann eine lange zurückliegende Ernährungsgewohnheit nach neuesten Erkenntnissen ursächlich für eine schwere Erkrankung sein. Auch wenn ein solcher Zusammenhang neu aufgefunden wird und eine Krankheit zuvor als Krankheit nicht ausgewiesen war, so besteht aufgrund des ursächlich auslösenden Verhaltens des Betroffenen zumindest die Möglichkeit einer Zurechnung als eigene Verantwortung. In der Gegenwart Verschmelzen auf diese Weise die Sorgen von Vergangenheit und Zukunft.

Räumlich schließlich lässt sich eine ähnliche Ausweitung beobachten. Verantwortung betrifft nicht mehr nur den unmittelbaren Lebensbereich, sondern lokales Handeln wirkt global. Entsprechend entstehen Zusammenhänge zwischen dem Konsumverhalten hier und der Naturkatastrophe auf der anderen Seite des Erdballs.

All diese Zurechnungsverhältnisse und Erweiterungen sind plausibel. Geht man von den Prämissen der funktional differenzierten Gesellschaft aus, so sind solche Zurechnungen logisch zulässig. Zugleich jedoch überstrapazieren sie die zentrale Prämisse des autonomen Individuums in einer Weise, die die Prämisse ad absurdum zu führen droht. Eben dies zu untersuchen, zu benennen und zu bearbeiten, ist die Herausforderung einer postheroischen Soziologie. Ich möchte abschließend zwei konkrete Arbeitsaufträge formulieren.

Der erste Arbeitsauftrag greift eine Bemerkung von Stephan Lessenich auf, nach der Verstehen zwar nicht dasselbe wie widerstehen, aber als kritische Praxis doch auch schön sei (Lessenich 2008: 142). In diesem Sinne ist der erste Schritt einer postheroischen Soziologie, sich zumindest auf der Ebene des eigenen Beobachtungsinstrumentariums von den Zumutungen einer ausgereizten Eigenverantwortungssemantik frei zu machen. Es gilt, eine postheroische Perspektive auf die Gesellschaft zu gewinnen – vielleicht gerade, um das humanistische Erbe der funktional differenzierten Gesellschaft zu bewahren. Dazu gehören einerseits sozialtheoretische Ansätze, wie hier einer vorgeschlagen wurde, und zu dem mit den Ansätzen aus der Wissenschafts- und Technikforschung oder der Praxistheorie Alternativen bestehen. Dazu gehört aber andererseits ein kritisch-widerstehender Umgang mit positiv besetzten Begrifflichkeiten wie dem Verantwortungsbegriff. Es geht nicht darum, die Verantwortung des autonomen Individuums abzuschaffen – aber um sie zu bewahren, ist vielleicht gerade einer paradoxen Ausreizung dieses Konzepts entgegenzuwirken.

Damit hängt der zweite Arbeitsauftrag eng zusammen. Dieser besteht darin, derart entwickeltes analytisches Instrumentarium zu nutzen, um alternative Zurechnungs-, Rückbettungs- und Verbindungsmechanismen zu schaffen. Die Semantik der Eigenverantwortung ist nicht nur deshalb gefährlich, weil sie eine Kausalität suggeriert, die vielleicht als Aufforderung, aber nicht als Effekt existiert. Die Semantik der Eigenverantwortung ist vor allem deshalb gefährlich, weil mit ihr das Problem des Risikos gelöst zu sein scheint: Jeder ist schlicht selbst verantwortlich. Tatsächlich besteht damit zwar eine Aufforderung und oftmals eine bis zur Erschöpfung umfassende Selbstzurechnung, die hinsichtlich des zugrundeliegenden Problems aber im Prinzip ohne Einfluss bleibt – im Gegenteil: Sie verhindert das Schaffen adäquater Zurechnungsbedingungen. Die

Herausforderung liegt darin, Rahmenbedingungen von Zurechnung auf gerade autonome Individuen zu schaffen, die eben diese individuelle Autonomie bewahren. Dies aber ist eine politische Aufgabe, eine Aufgabe der Wissensregulierung.

## Literatur

- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main.
- Carrier, Martin (1984): Atome und Kräfte. Die Entwicklung des Atomismus und der Affinitätstheorie im 18. Jahrhundert und die Methodologie Imre Lakatos'.
- Ehrenberg, Alain (2004): Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt.
- Henkel, Anna (2014): Drugs in Modern Society – Analysing Polycontextural Things under Condition of Functional Differentiation. In *Unfolding Observation - a New Sociology of medical Treatment*, Hrsg. Vogt, Werner und Knudsen, Morten, S. London.
- Latour, Bruno (1987): *Science in Action*. Milton Keynes.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld.
- Lindemann, Gesa (1993): Das paradoxe Geschlecht. Transsexualität im Spannungsfeld von Körper, Leib und Gefühl. Frankfurt am Main.
- Lindemann, Gesa (2002): Die Grenzen des Sozialen. Zur sozio-technischen Konstruktion von Leben und Tod in der Intensivmedizin. München.
- Lindemann, Gesa (2006): Die Emergenzfunktion und die konstitutive Funktion des Dritten. *Perspektiven einer kritisch-systematischen Theorieentwicklung*. *Zeitschrift für Soziologie* 35 (2): 82-101.
- Lindemann, Gesa (2009a): Das Soziale von seinen Grenzen her denken. Weilerswist.
- Lindemann, Gesa (2009b): Gesellschaftliche Grenzregime und soziale Differenzierung. *Zeitschrift für Soziologie* 38 (2): 94-112.
- Lindemann, Gesa (2014): Weltzugänge. Die mehrdimensionale Ordnung des Sozialen. Weilerswist.
- Luhmann, Niklas (1971): Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse. In *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, Hrsg. Habermas, Jürgen und Luhmann, Niklas, S. 7-24. Frankfurt.
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme*. Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (1999): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main.
- Rheinberger, Hans-Jörg (1997): *Toward a History of Epistemic Things. Synthesizing Proteins in the Test Tube*. Stanford, California.

# Männlichkeit in post-souveränen Zeiten

## Vulnerabilität und erwerbsbiographische Krisen im Milieuvvergleich

Cornelia Koppetsch

*Beitrag zum Plenum 8 »Krisenfeste Individuen? Zur Relevanz und Kritik normativer Subjektperspektiven« – organisiert von Elisabeth Tuijer und Ulrich Bröckling*

Was geschieht, wenn infolge von Krisen feste Orientierungspunkte persönlicher Identität verschwimmen? Auf welche Weise kann das Subjekt Handlungsfähigkeit und Autonomie zurückgewinnen? Identitätskrisen lassen sich nicht auf emotionale Fragen und psychische Faktoren reduzieren, sie sind Teil gesellschaftlicher Strukturen, durch die Identitäten herausgebildet, bestätigt oder beschädigt werden. Die Aufmerksamkeit ist somit auf soziale Prozesse zu richten, durch die Erfahrungen der Souveränität und Autonomie oder aber Gefühle der Demütigung und Wertlosigkeit ausgelöst werden. Das Subjekt ist nicht souverän, seine Handlungsfähigkeit wird in unterschiedlichen sozialen Kontexten und Beziehungen mittels Adressierungen durch andere hervorgebracht (Butler 2001). Hieraus kann nun die Frage abgeleitet werden, was passiert, wenn wichtige Kontexte, in denen das Subjekt als souverän und handlungsfähig adressiert wird, wegbrechen. Wenn zum Beispiel durch Erfahrungen des Scheiterns oder des Verlustes von Bindungen Partner verloren gegangen sind, durch die das Ich in der Vergangenheit als autonom und handlungsfähig adressiert wurde. In diesen Momenten erfährt das Individuum, dass es nicht autonom, sondern in ein Beziehungsgeflecht eingebunden und von anderen abhängig ist. In diesen Augenblicken erfährt das Individuum seine Verletzbarkeit.

In Zeiten beschleunigten Wandels und wachsender Abstiegsrisiken häufen sich die sozialen Anlässe des Scheiterns und der Verwundbarkeit. Dies zeigt sich in jüngerer Zeit vor allem in den Kontexten von Arbeit und Erwerb. Im Zuge der Globalisierung von Märkten ist es Unternehmen zunehmend gelungen, ökonomische Risiken auf die Beschäftigten abzuwälzen (Blossfeld 2006 et al; Castel 2000). Auch betriebliche Herrschaftssysteme sind für Beschäftigte vielfach problematisch geworden.<sup>1</sup> Befristete und atypische Beschäftigungsverhältnisse sind zentrale Aspekte neoliberaler Beschäftigungspolitik. Unsichere Erwerbsbiografien, prekäre Beschäftigungsver-

---

<sup>1</sup> Unsichere Beschäftigungsverhältnisse führen zu einem Machtgewinn von Arbeitgebern, zu Disziplinierungsgewinnen innerhalb der Stammebelegschaften und zu Loyalitätsverlusten der Beschäftigten gegenüber dem Unternehmen (Dörre 2009).

hältnisse und Phasen der Arbeitslosigkeit haben bei vielen Individuen zu Erwerbsbrüchen und biografischen Krisen geführt, die auch durch den Wohlfahrtsstaat nicht mehr aufgefangen werden. Ein großer Teil weiblicher Arbeitsplätze war immer schon durch ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse gekennzeichnet (Nickel 2009; Aulenbacher 2009; Völker 2009). Neu ist jedoch, dass prekäre Erwerbssituationen heute auch qualifizierte Berufe sowie männlich geprägte Beschäftigungsfelder in Industriebetrieben und Unternehmen erfasst haben. Auch zunehmend mehr Hochschulabsolventen sind davon betroffen (Tölke 2005).<sup>2</sup> Vor allem in jüngeren Kohorten haben unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Phasen der Arbeitslosigkeit, insbesondere in den ersten Berufsjahren, zugenommen.

Während die sozialpolitischen und ökonomischen Auswirkungen von Erwerbskrisen<sup>3</sup> in Medien und Öffentlichkeit häufiger diskutiert werden, sind die Auswirkungen prekärer und unsicherer Beschäftigung auf die Betroffenen, auf Identität und Lebensführung, insbesondere auch vor dem Hintergrund des Scheiterns biografischer Lebensentwürfe (Zahlmann, Scholz 2005), bislang kaum untersucht worden. Auf welche Weise erleben, bewerten und bewältigen Individuen Identitätsbrüche, die sie im Kontext von Erwerbskrisen erleben? Welche Rolle spielen dabei Geschlechterverhältnisse und Muster privater Lebensführung? Anknüpfend an die Perspektiven soziologischer Identitätstheorien, die an das Konzept post-souveräner Subjektivität anknüpfen (Butler 2001), soll untersucht werden, welche Auswirkungen Erwerbskrisen, die mit einem akuten Verlust von Autonomie einhergehen, auf Identitätsprozesse bei Männern haben.

Der folgende Beitrag konzentriert sich, basierend auf den Ergebnissen eines qualitativ-empirischen, von der DFG geförderten, Forschungsprojektes<sup>4</sup>, auf die Ausdeutung und Bewältigung von Erwerbskrisen bei Männern aus unterschiedlichen Milieus und deren Auswirkung auf Geschlechterverhältnisse in Paarbeziehungen. Im Fokus des Forschungsprojekts stehen Paare, die infolge von Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung des Mannes, in einer Familienernährer-Konstellation leben, in der die Partnerin das Familieneinkommen verdient.<sup>5</sup> Im ersten

<sup>2</sup> Dies ist auf die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen, wie etwa befristeter und geringfügiger Beschäftigung, Leiharbeit, Teilzeitbeschäftigungen, freier Mitarbeit in fast allen Beschäftigungsbereichen, vor allem aber in den Medien- und Kulturberufen und im öffentlichen Dienst, zurückzuführen. Zwar sind nach wie vor Personen ohne Ausbildungsabschluss die am häufigsten betroffene Gruppe. Doch sind Beschäftigte mit Hochschulabschluss mit einem Anteil von zehn Prozent unsicherer Beschäftigung die am zweithäufigsten betroffene Gruppe, wobei Frauen weitaus stärker (14,3 Prozent) als Männer (7,2 Prozent) betroffen sind (Allmendinger, Schreyer 2005).

<sup>3</sup> In neueren Debatten stehen zumeist die arbeits- und sozialpolitischen Auswirkungen prekärer Beschäftigung im Vordergrund (Bourdieu 1998; Castel 2000; Kronauer 2002; Castel; Dörre 2009; Bude, Willisch 2008; Bude 2010).

<sup>4</sup> Das Projekt wird unter dem Titel *Prekäre Verhältnisse. Erwerbsunsicherheiten und der Wandel von Geschlechterarrangements in Paarbeziehungen im Milieuvvergleich* unter der Leitung von Cornelia Koppetsch von der DFG gefördert und von Sarah Speck und Alice Jockel bearbeitet – Laufzeit Juni 2012–Juni 2014. Das daraus hervorgegangene Buch erscheint im Oktober (Koppetsch, Speck 2015).

<sup>5</sup> Befragt wurden insgesamt 29 Paare aus drei Milieus zur Erwerbsbiografie, der Aufteilung von Haus- und Familienarbeit, Einkommen, Kontenverwaltung, Konsum, Geldausgaben, Freundschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen und Freizeitgestaltung zunächst in getrennten Einzelinterviews und dann in einem Paarinterview. Die Methode der Perspektivverschränkung von Mann und Frau erlaubte eine Rekonstruktion latenter Sinnstrukturen im Geschlechterverhältnis und ermöglichte, zwischen schützenden Außendarstellungen und tatsächlichen Bewältigungsversuchen der Männer zu unterscheiden. Charakteristisch für fast alle der von uns Befragten ist zudem, dass sie sich zum Zeitpunkt des Interviews nicht mehr in der akuten Krisensituation befanden, sondern bereits mehrjährige Phasen der Arbeitslosigkeit und/oder prekären Beschäftigung hinter sich hatten. Eine ausführlichere Darstellung der Methode und Ergebnisse der Untersuchung findet sich bei Koppetsch, Speck 2015.



Schritt geht es um den Zusammenhang von Männlichkeit, Souveränität und Erwerb. Im zweiten Schritt werden milieutypische Bewältigungskonstellationen von Erwerbskrisen des Mannes im Kontext von Familie und Paarbeziehung dargestellt. Der dritte Abschnitt befasst sich anhand von Fallbeispielen mit drei Formen der Selbstbehauptung in der Krise: Rückzug, Auflehnung und Re-Souveränisierung.

## Männlichkeit, Souveränität und Erwerb

Die Erwerbsrolle bildet in modernen Industriegesellschaften die Basis männlicher Identität (Meuser 2012) und ist ein wesentlicher Handlungskontext, in dem das männliche Ich als souverän und handlungsfähig adressiert wird. Männliche Identität wird in doppelter Weise durch die Erwerbsrolle konstituiert: Zum einen ist meist der Mann nach wie vor der Ernährer der Familie. Zwar hat sich die weibliche Erwerbsbeteiligung seit den siebziger Jahren deutlich erhöht – allerdings arbeiten Frauen nach wie vor überwiegend in Teilzeitbeschäftigungen.<sup>6</sup> Das typische Geschlechterarrangement in westdeutschen Haushalten ist das Eineinhalb-Verdiener-Modell, wonach der Mann das Haupteinkommen verdient und die Frau einen Zuverdienst erwirbt (Lewis 2004).<sup>7</sup> Zum anderen wird Männern im Berufsleben nach wie vor meist ein höherer Status zugeschrieben, was sich im Gender-Pay-Gap, in der Überrepräsentanz von Männern in Führungspositionen, wie auch in der geschlechtsspezifischen Segregation der Arbeitswelt, widerspiegelt.<sup>8</sup> Zwar haben viele Berufe ihren vormaligen geschlechtsexklusiven Charakter verloren – und das betrifft mehr klassische Männer- als Frauenberufe<sup>9</sup> – doch wird nach wie vor und vor allem in qualifizierten Berufen eine enge Verknüpfung zwischen professionellen Kernkompetenzen und Männlichkeit hergestellt, während Frauen zumeist in weniger prestigeträchtige Tätigkeitsbereiche abgedrängt werden. Derartige symbolische Grenzziehungen, durch die Geschlechterdif-

---

6 Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den vergangenen Jahren auf circa 65 Prozent gestiegen. Allerdings stellt man bei genauerem Hinsehen fest, dass dieser Anstieg in erster Linie auf gestiegene Teilzeitquoten zurückzuführen ist. Zwar hat sich die absolute Anzahl weiblicher Arbeitnehmer erhöht, das tatsächlich von ihnen geleistete Arbeitsvolumen indes kaum. Die geschlechterbezogene Segregation der Arbeitsmärkte besteht weitgehend fort. Sie drückt sich in den unterschiedlichen Beschäftigungsfeldern von Frauen und Männern aus, in der niedrigeren Entlohnung der Frauen, sowie in ihren geringeren Aufstiegs- und Karriere-möglichkeiten (Könekamp, Haffner 2005; Haffner et al. 2008: 12).

7 Beinahe die Hälfte aller beschäftigten Mütter arbeiten in Teilzeit oder in geringfügiger Beschäftigung (Lengfeld, Kleiner 2007: 11). Frauen in Teilzeit sind öfter verheiratet und so häufiger über ihren Haushaltskontext/Partner abgesichert, weshalb ihr Erwerb als »Zuverdienst« zum Haupteinkommen des Mannes gewertet wird.

8 Nach wie zeigt sich eine ungebrochene Geschlechtstypik bei der Berufswahl: Die jungen Frauen entscheiden sich vor allem für Berufe im Dienstleistungssektor, der am häufigsten gewählte Beruf ist Verkäuferin. Die jungen Männer wählen hauptsächlich technische Berufe – der häufigste Beruf ist Kfz-Mechatroniker. Im Jahr 2010 konzentrierten sich 75 Prozent der weiblichen Auszubildenden in nur 25 Berufen, bei den männlichen Auszubildenden betrug der entsprechende Wert circa 60 Prozent (BMBF, 08.2014, [http://www.bmbf.de/pub/bbb\\_2011.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_2011.pdf)).

9 So beträgt der Frauenanteil bei der Polizei, je nach Bundesland, zwischen 14 und 20 Prozent. Und nachdem Frauen zum Dienst an der Waffe zugelassen wurden, liegt der Anteil der Soldatinnen heute bei etwa zehn Prozent (Meuser 2012: 19). Beträchtlich aufgeholt haben Frauen auch in einigen akademischen Berufsgruppen, wie zum Beispiel im Journalismus, in politischen Spitzenämtern, in den Arztberufen und in den Lehrämtern. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass der Anteil von Frauen in mittleren Führungspositionen beträchtlich gestiegen ist.

ferenzen fortlaufend aktualisiert und rekonstruiert werden, spielen vor allem dort eine Rolle, wo männliche Privilegien durch wachsendes Eindringen von Frauen nicht mehr automatisch institutionell geschützt werden. Dies zeigt sich in neuerer Zeit etwa in Arztberufen, in Berufen bei der Polizei, beim Militär und in der Informatik, Beschäftigungsfelder also, bei denen die Männlichkeit der jeweiligen beruflichen Tätigkeiten durch die Öffnung gegenüber Frauen in Frage gestellt geworden ist.

Die Berufswelt stellt somit die gesellschaftliche Arena dar, in der berufliche Leistungs- und Erfolgsordnungen mit herrschenden Geschlechterkulturen verknüpft und auf die Ebene der persönlichen Identität übersetzt werden. Autonomie, Macht und Männlichkeit gehen hier meist eine enge Verbindung ein. Aus diesen Gründen sind Erwerbseinbrüche für Männer in der Regel mit größeren Kränkungen und Statureinbußen als für Frauen, auch im Geschlechterverhältnis, verbunden. Empirische Studien belegen dies. Sie zeigen, dass trotz zunehmender Schwierigkeiten des Erreichens gesicherter Berufsexistenzen die Bedeutung von Erwerbsarbeit für männliche Identitätskonstruktionen nicht geringer wird; sie bildet nach wie vor den normativen Bezugspunkt für männliche Lebensentwürfe (Meuser, Scholz 2012: 29 f.).

Jüngere Ereignisse zeigen zudem, dass Erwerbskrisen existenziell bedrohlich sein können. Nach dem Zusammenbruch von Großbanken, wie Lehman Brothers im Jahr 2008, nahmen sich einige der Entlassenen – oft auf spektakuläre Weise – das Leben. In den USA und in vielen Ländern Europas hat einer aktuellen Untersuchung zufolge (Chang et al. 2013), die Zahl der Suizide seit Ausbruch der Finanzkrise deutlich zugenommen. Besonders signifikant war der Anstieg unter Männern und in Ländern mit großen wirtschaftlichen Problemen. Suizide in Erwerbskrisen sind keine Ausnahmephänomene. Häufig sind es Führungskräfte, die nach einer plötzlichen Entlassung in eine tiefe Verzweiflung geraten und eine biografische Neuorientierung für sich nicht in Erwägung ziehen. Allerdings gilt dies nicht für alle Betroffenen. Einigen scheint eine biografische Neuorientierung nach einer Entlassung durchaus zu gelingen.

Wovon hängt dies ab? In aktuellen psychologischen Debatten wird die erfolgreiche Bewältigung biografischer Extremsituationen auf den Faktor Resilienz – im Gegensatz zur Vulnerabilität – zurückgeführt (Birkmann 2006, 2008; Seifert 2011; Fröhlich-Gildhoff, Rönau-Böse 2009). Bezeichnet wird damit eine persönliche Disposition, die nach Meinung der Psychologen Menschen in die Lage versetzt, Lebenskrisen aus eigener Kraft zu meistern. Diese Fähigkeit würde unter günstigen Sozialisationsbedingungen in Kindheit und Jugend erworben. Sie basiere auf einem positiven Selbstbild und der festen Überzeugung, eigenständig handlungsfähig zu sein.

Doch greift das psychologische Theorem der Resilienz aus soziologischer Sicht zu kurz. Wenn es wahr ist, dass Autonomie weniger eine persönliche Eigenschaft, als das empfundene Korrelat von Adressierungen und Bewährungen in den für die subjektive Identität zentralen gesellschaftlichen Handlungskontexten darstellt, dann gehen Lebenskrisen, die etwa durch das Wegbrechen von Erwerbsrollen und beruflicher Handlungskontexte ausgelöst wurden, mit massiven Handlungs- und Autonomieverlusten einher, was eine Krisenbewältigung aus eigener Kraft eher fraglich erscheinen lässt. Unbestritten ist, dass günstige Bedingungen des Aufwachsens und die Herausbildung von Ich-Stärke die individuelle Krisenbewältigung erleichtern, doch kann eine erschütterte Identität niemals solitär, durch reine Willensakte unter Ausschaltung der umgebenden Welt, sondern nur innerhalb gesellschaftlicher Bezüge und Handlungskontexte rehabilitiert

werden. Für manche Personen manifestiert sich in der Krise die hautnahe Erfahrung der sozialen Bedingtheit der persönlichen Existenz.

## Erwerbskrisen im Kontext von Paarbeziehungen – Bewältigungsstrukturen in drei Milieus

Die Ergebnisse des Projekts, in dem, wie gesagt, die Erwerbslosigkeit bzw. prekäre Beschäftigung von Männern im Kontext von Paarbeziehungen untersucht wird, bestätigen die notwendige Verankerung von Bewältigungsversuchen innerhalb konkreter sozialer Bezüge, die bei den Betroffenen eine Rekonstruktion der Identität, eine persönliche Neuorientierung, einleiten. Betroffene Männer, die sich auf neue Orientierungen einlassen und Bewährungsfelder jenseits des Erwerbssystems erschließen, erlangen eher wieder ein emotionales Gleichgewicht, wohingegen Männer, die eigenwillig an einem Identitätskonzept erwerbszentrierter Männlichkeit festhalten, ohne eine konkrete Aussicht, für sich realistische Perspektiven entwickeln zu können, in ihrem Selbstbild erstarren.<sup>10</sup> Letzteres geht meist mit depressiven Verstimmungen und Prozessen des fatalistischen Rückzugs aus sozialen Bezügen einher (Koppetsch, Speck 2015: Kapitel 7). Zwar können die Betroffenen durch Flucht in imaginierte Erfolge und ehrgeizige Zukunftspläne den gefürchteten sozialen Abstieg hinauszögern – allerdings nur um den Preis der sozialen Entkopplung.

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse die soziale Kontextabhängigkeit von Identitätskonstruktionen und Bewältigungsprozessen in Krisenzeiten im Hinblick auch auf milieuspezifische Leitbilder von Männlichkeit und Muster der Lebensführung. Während in traditionellen Milieus Beharrungstendenzen hinsichtlich der Orientierung an regulären Arbeitsformen und geschlechterdifferenzierenden Lebensformen überwiegen, zeigen sich im individualisierten Milieu Anpassungsbestrebungen an die sich wandelnde Arbeitswelt, wie auch die Bereitschaft zur Herausbildung neuer Identitätsprojekte im Geschlechterverhältnis.<sup>11</sup> Im individualisierten Milieu sind die Projektoren auf den beziehungsfähigen, sensiblen neuen Mann gerichtet, den zärtlichen Vater inmitten von Strampelanzügen und Babyfläschchen. Die neuen Arbeitsformen scheinen diese Vielfalt zu begünstigen, denn die Erwerbstätigen des individualisierten Milieus, die aus akademischen Berufsfeldern und den Kreativberufen stammen, sind, anders als etwa Schweißer oder Elektrotechniker, darauf eingestellt, ein »Leben jenseits der Festanstellung« zu führen (Friebe, Lobo 2006). Es dominieren das Gebot der Flexibilität und das Arbeiten und Leben in Projekten (Boltanski, Chiapello 2003). Viele Paare glauben daher, familiäre und berufliche Anforderungen dadurch besser vereinbaren zu können: Wenn einer mehr Aufträge hat, kümmert sich der andere mehr um die Kinder – so jedenfalls die erklärte Absicht. Und während

10 Dies stimmt mit neueren arbeitspsychologischen Befunden überein. Einschlägige Studien haben ergeben, dass Erwerbslose und prekär Beschäftigte sich besser an neue Lebensumstände anpassen können, wenn sie ihre Arbeitsorientierung reduzieren (Mohr 2011: 21) und hinsichtlich ihrer zukünftigen Integration ins Arbeitsleben weniger Optimismus an den Tag legen. Dies wird damit erklärt, dass weitere Enttäuschungen und Fehlschläge im Erwerbsleben, wie zum Beispiel erfolglose Bewerbungen, dann besser bewältigt werden können.

11 Die Milieuspezifität von Erwerbskrisen wird in Studien zur Situation prekär Beschäftigter oft nicht ausreichend berücksichtigt (vergleiche zum Beispiel Diewald 2003; Bescherer et al. 2009; Sondermann et al. 2009; Völker 2009; Bohler 2009; Manske 2009; Schiek 2010).

im traditionellen Facharbeitermilieu die Erwartung an den Mann besteht, der Familienernährer zu bleiben, hat sich diese Erwartung im individualisierten Milieu längst aufgeweicht.

Doch die eingehendere Analyse zeigt, dass es für die persönliche Neuausrichtung der Lebensführung nach Erwerbseinbrüchen in keinem der Milieus einfache Lösungen gibt – soziale Widersprüche durchziehen die neue Identität in allen Richtungen. Deutlich wird, dass das männliche Subjekt in der Krise durch konkurrierende Identitätsnormen geprägt wird und gezwungen ist, sich inmitten der Widersprüche als einheitliches Selbst zu behaupten. Es muss sich einerseits an die neuen Bedingungen anpassen und darf dennoch die männliche Identität nicht preisgeben. Betrachten wir die milieuspezifischen Bewältigungsmuster und ihre Folgeprobleme im Kontext von Partnerschaften etwas genauer.<sup>12</sup>

### Das individualisierte Milieu

Die befragten Männer aus dem individualisierten Milieu verfügen allesamt über einen Hochschulabschluss und sind zum Zeitpunkt des Interviews als Künstler, alternative Handwerker, Journalisten, »Erfinder«, Geisteswissenschaftler oder Kreative, meist in prekär-alleinständiger Stellung in Selbstverwirklichungsberufen tätig. Sie sind also weiterhin in den gelernten akademischen Berufsfeldern als Kulturproduzenten tätig – nur verdienen sie eben kein oder kaum Geld damit. Für ihre Lage ist charakteristisch, dass sie zumeist nicht plötzlich in eine Erwerbskrise geraten sind, sondern in der Kette unterschiedlicher befristeter Beschäftigungen lediglich keinen weiteren Anschluss erhalten haben. Ihre Bewältigungsstrategie besteht, nachdem eine reguläre Beschäftigungssituation nicht mehr erreicht werden konnte, nun in einer Verlagerung der beruflichen Aktivitäten auf die Rolle des freischaffenden Kulturproduzenten. Betont wird dabei stets die Möglichkeit zur autonomen, nichtentfremdeten Arbeit und zur Persönlichkeitsentwicklung in künstlerischer oder kreativer Absicht. Die Authentizität der aktuellen Tätigkeit wird gegenüber dem »reinen« Erwerbs- und Karrierestreben – oft auch in Abgrenzung zur Partnerin – herausgekehrt.

Dies ermöglicht es zunächst, symbolische Anerkennung und Persönlichkeitsentfaltung auch jenseits der Erwerbsrolle zu erlangen und sich weiterhin in der (unter- oder unbezahlten) Arbeit

---

12 Bei der Auswahl der Interviewpartner orientierten wir uns an der Milieudifferenzierung der früheren Studie, da auf diese Weise ein breites Spektrum von Berufen bzw. beruflich fundierten Lebensstilen quer durch die Sozialstruktur erfasst werden konnte (Koppetsch, Burkart 1999: 14 ff.). Die Milieus wurden durch einen methodischen Prozess der wechselseitigen Abstimmung von Strukturkategorien – in erster Linie Bildung und Beruf – sowie Kategorien der kulturellen Orientierung (Leitvorstellungen, Kodes) gewonnen. Im Sinne eines »theoretical sampling« gingen wir nicht von bereits vorgegebenen Milieuabgrenzungen aus, denen dann nur noch die Geschlechtervariable hätte hinzugefügt werden müssen, sondern rückten milieuspezifische Unterschiede im Geschlechterverhältnis in den Mittelpunkt. Dies führte zur Unterscheidung dreier Milieus mit folgenden Kodierungsformen von Partnerschaften: im individualisierten Milieu der egalitäre Partnerschaftskode, der den Schwerpunkt auf die Gleichheit der Geschlechter und Werte wie Autonomie und Selbstverwirklichung legt; im familistischen Milieu eine an Geschlechterkomplementarität orientierte Gemeinschaft, die Werte wie Solidarität und Gemeinsinn in den Vordergrund stellt; im traditionellen Milieu die hierarchische Sphärentrennung und der rituelle Patriarchalismus (Koppetsch, Burkart 1999: 16). In sozialstrukturellen Kategorien ausgedrückt, handelt es sich dabei um die gebildete Mittelschicht mit urbanem Lebensstil (Akademikermilieu); das Segment der mittleren Dienstleistungsberufsgruppen, Beamten und in Sozialberufen (pädagogische Berufe, Pflege- und Gemeindeberufe) Tätigen mit mittlerem Qualifikationsniveau; sowie das traditionale Handwerker- und Arbeitermilieu.

zu bewähren. Die prekäre Erwerbsarbeit erscheint nicht als Stigma, solange sie nur irgendwie kreativ und anspruchsvoll ist. Autonomie und Selbstverwirklichung im Beruf erscheinen – vordergründig betrachtet – wichtiger als ein hohes Einkommen.

Allerdings geht die Fortsetzung einer akademischen Tätigkeit in ungesicherter Erwerbsform in beruflicher wie auch privater Hinsicht faktisch mit Autonomieverlusten einher. Da die notwendigen Kooperations- und Kundennetze in den unterschiedlichen Kultur- und Medienberufen eher – und dort meist zwanglos – im Rahmen von Arbeitsorganisationen entstehen, ist die Alleinselbständigkeit mit beträchtlichen Anfangsinvestitionen und auch mit Risiken des Scheiterns verbunden. Zudem sind die Verdienstmöglichkeiten, verglichen mit Angestelltentätigkeiten, meist unterdurchschnittlich. Aufwand und Ertrag stehen, insbesondere zu Beginn der Alleinselbständigkeit, in einem Missverhältnis. Um Kooperationspartner oder Abnehmer ihrer Produkte zu gewinnen, versuchen die Betroffenen nun mit eigenen finanziellen Mitteln, erfolgsversprechende Projekte anzuleiern. Einige der alleinselbstständigen Männer unseres Samples haben sich dadurch verschuldet.

Das zweite Problem ergibt sich aus der Tatsache, dass der Mann nun auf die finanzielle Unterstützung seiner Partnerin angewiesen ist. Dem Anspruch nach leben die Paare gemäß des Leitbildes der egalitären Partnerschaft, weshalb sie großen Wert auf Autonomie und Selbstverwirklichung legen: Beide Geschlechter sind berufstätig und die Hausarbeit soll geteilt werden. Die Paare tun meist so, als sei dieser Anspruch in etwa eingelöst. Da die Frau jedoch mehr verdient, schenkt oder leiht sie dem Mann Geld, lädt ihn zu gemeinsamen Urlauben ein oder bezahlt stillschweigend anfallende Rechnungen. Zurzeit kann der Mann seinen Beitrag nicht leisten, irgendwann aber vielleicht schon. Aber auch die Haus- und Sorgearbeit ist nicht gleich verteilt. Obwohl die Frau das Familieneinkommen verdient, trägt sie hinsichtlich der Haus- und Sorgearbeit die größere Verantwortung, während sich der Mann meist umso mehr aus dem Häuslichen zurückzieht, je schlechter seine Auftragslage ist. Die Partnerin akzeptiert seine Zurückhaltung bis zu einem gewissen Grade, da sie ihn in seinen wissenschaftlichen oder künstlerischen Ambitionen nicht entmutigen möchte und seinen künstlerischen Ehrgeiz häufiger auch bewundert. Ein Prozess, der im dritten Teil unter dem Konzept der »Re-Souveränisierung« genauer untersucht wird.

### Familistisches Milieu

Die individualisierte Paarkonstellation kontrastiert auffällig mit der Bewältigungsstrategie von Paaren aus dem familistischen Milieu, die sich am weitesten aus klassischen Rollen herausgelöst haben. Die befragten Männer haben die Schule mit mittlerer Reife oder Abitur abgeschlossen und waren zunächst als mittlere Angestellte, zum Beispiel als Bio- oder Chemielaborant, Elektrotechniker, Kaufmann oder Bauingenieur, tätig. Nachdem sich abzeichnete, dass die Befragten, aufgrund plötzlicher Erwerbseinbrüche oder aufgrund der sukzessiven Herauslösung aus der Erwerbssphäre, nicht mehr die Rolle des Familienernährers einnehmen können, nehmen die Paare – zunächst allmählich und mit jedem weiteren Kind dezidiert – einen Rollentausch vor. Nun ist es der Mann, der sich in erster Linie um Haushalt, Kinder und pflegebedürftige Angehörige

rige kümmert, häufiger auch Häuser baut oder renoviert und Ehrenämter in der Kirche oder Gemeinde ausübt.

Möglich ist der Rollentausch auf der Grundlage des familistischen Leitbildes, welches das Leben in der Gemeinschaft in den Mittelpunkt der Lebensführung rückt. Die Einzelnen verfolgen keinen autonomen Lebensentwurf. Daran orientiert sich auch das Leitbild guter Arbeit. Arbeit wird nicht primär als Mittel der kreativen Selbstentfaltung und der Selbstbestätigung verstanden und auch nicht auf den Erwerbsstatus reduziert – sie gilt stets als Beitrag zum übergeordneten Ganzen. Vordergründig betrachtet wird der Ertrag der Arbeit nicht am Erwerbseinkommen gemessen. Die Familie, die Kirchengemeinde, Vereine oder der Elternrat stellen solche Gemeinschaften dar, in der die Erwerbsarbeit neben dem Ehrenamt, der Schülerhilfe, der Kinderbetreuung oder die Hausarbeit – wie die Paare immer wieder betonen – als mit der Erwerbsarbeit gleichwertige Beiträge anzusehen sind. Deshalb kann auch ein Mann die Rolle des Hausmannes übernehmen. Die empfundene Gleichwertigkeit der Rollen soll sich auch im finanziellen Arrangement widerspiegeln: Beide Partner haben volle Verfügung über das gesamte Einkommen und betrachten dieses als gemeinsam erwirtschaftet. Ein Mann sagt: »So gehört uns alles – bei Scheidung wird uns auch alles gehören. Hälfte-Hälfte.«

Allerdings ist auch dieses Arrangement nicht ohne Ambivalenzen, da die Rolle des Hausmannes gesamtgesellschaftlich betrachtet eben nicht die gleiche Wertschätzung wie die Erwerbsarbeit genießt. Insbesondere dann nicht, wenn sie von Männern ausgeübt wird. Einige der Befragten sehen gerade darin eine Herausforderung und sich selbst in einer gesellschaftlichen Vorreiterrolle. Andere sehen die neue Rolle hingegen im Widerspruch zu ihrer männlichen Identität. So äußert einer der befragten Hausmänner, er hätte zunächst Schwierigkeiten gehabt, in die »weibliche Position reinzukommen«. In der Kita wurde er von den Müttern vorgeführt und im Freundeskreis hätten die Männer ihn nicht mehr als einen der Ihren anerkannt: »Meine Frau saß bei den Männern. Ich saß bei den Frauen. Ich bin hinterher nicht mehr hingegangen.«

Zudem wird der Rollentausch, vor allem in ländlichen Regionen, in denen eher traditionelle Geschlechterordnungen vorherrschend sind, vielfach mit skeptischer Verwunderung, wenn nicht sogar Verachtung, aufgenommen: »Und man wusste jetzt nicht: Wird des noch ma' was oder wird des eben nix mehr. Und die Leute außen rum: Hat er wieder Arbeit? Was, er macht das Essen? Schafft er das überhaupt? Ja wie packst dann du des?«

## Traditionales Milieu

Auch im traditionellen Milieu ist der Mann in der Erwerbskrise einem starken Rahmen unterworfen, der Halt bietet zugleich aber auch Unterordnung fordert. Die befragten Männer haben nach Abschluss der Hauptschule oder der Realschule eine Ausbildung als Facharbeiter absolviert und sind plötzlich erwerbslos geworden. Auch hier ist es die Frau, die in die Rolle der Familienernährerin gerät. Doch anders als im familistischen Milieu ist eine dauerhafte Umkehrung der Rollen undenkbar – die aktuelle Situation gilt als Provisorium. Die Frau darf einfordern, dass der Mann seine Rolle als Ernährer zukünftig wieder ausfüllt – sie darf ihm einen »Tritt in den Hintern« verpassen. Darin wird sie von den Herkunftsfamilien unterstützt. Man nimmt vom Arbeitsamt angebotene Umschulungsmaßnahmen wahr. Der Mann soll der Ernährer bleiben, und seine

Erwerbslosigkeit gilt als Übergangsphase. Manchmal wird die finanzielle Unterstützung durch das Amt (Arbeitslosengeld, Fahrtkosten bei Umschulungsmaßnahmen) vom Mann als eigenständiges Einkommen ausgegeben. Diese Deutungen erlauben es dem Paar, an der Idee des Mannes als Ernährer der Familie festzuhalten, auch wenn es in der aktuellen Situation ausschließlich die Frau ist, die ein reguläres Einkommen verdient. Eine der befragten Frauen formuliert: »Ich kann erst n' Kind haben, wenn er einen Job hat«.

Für einige der Befragten ist es zudem sehr wichtig, sich gegenüber der Öffentlichkeit wie auch der Familie nicht als »Verlierer« oder gar in einer »Opferrolle« zu präsentieren. Dies äußert sich auch in der Herausbildung von Scheinwelten gegenüber Nachbarn und Freunden, in der Wichtigkeit von Statussymbolen oder der Darbietung eines demonstrativ genussorientierten Lebensstils. Zudem streicht der Mann häufiger seine Handlungsmächtigkeit heraus, etwa wenn er behauptet, die Erwerbslosigkeit sei durch eigene Kündigung selbst herbeigeführt oder die atypische Beschäftigung sei »frei gewählt« worden. Aufgrund der Gültigkeit traditioneller Geschlechterordnungen wird eine stärkere Verantwortlichkeit für Hausarbeit und Familie von den Arbeitermännern nicht in Erwägung gezogen und von den Frauen nicht ernsthaft erwartet.

Doch manchmal scheitern alle Versuche der Wiedereinsetzung der Normalität, etwa wenn trotz aller Hoffnungen der Erfolg der Umschulungsmaßnahmen ausbleibt und eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt partout nicht mehr gelingen will. In solchen Augenblicken verlangt die Familie Loyalität – der Mann soll sich nicht zurückziehen und seine Zeit am PC verbringen, sondern sich weiterhin um Arbeit bemühen und sich in die Familie einbringen. Entzieht sich der Mann dem Einfluss der Familie, ist auch die Einbindung in das schützende Netz von Partnerschaft und Verwandtschaft gefährdet. Dies zeigt sich etwa bei Saskia und Manfred Zenker aus dem ländlichen Arbeitermilieu. Manfred bezieht seit einigen Jahren ALG II. Aufgrund der zu befürchtenden Stigmatisierungen im ländlichen Sozialgefüge sind nur die Partnerin und die eigene Familie darüber informiert. Die Wahrung des Scheins wird nun zu einer vielgestaltigen, oft alle Energien absorbierenden Aufgabe: Vor »dem Amt« muss das Leben eines armen Singles vorgetäuscht werden – gegenüber Bekannten und Nachbarn behauptet Manfred hingegen, selbständig zu sein. Die gescheiterte Firma wird der Partnerin übertragen, damit Manfred diese auf 100-Euro-Basis weiterführen kann – auch dies muss dem Amt verborgen bleiben, ebenso wie der Mittelklassewagen, den er behält, um im Nachbarschaftskreis sein Ansehen nicht zu verlieren.

Das Paar kann nicht zusammenziehen, um den Bezug der Sozialleistungen nicht zu gefährden. Die Situation scheint ohne Perspektive und Saskia verliert allmählich die Geduld: Sie persönlich würde lieber »in sämtlichen Kneipen jobben« als »in Hartz 4 zu fallen«. Auch moniert sie seinen aggressiven Umgang mit dem Amt. Als besonders störend empfindet sie allerdings das fehlende Bekenntnis zu ihrer Beziehung. Sie würde gerne bald heiraten, weil das für sie »dazu gehört«. Er hingegen ist gegen die Heirat. Je länger seine Erwerbslosigkeit andauert, desto mehr wird die Aufrechterhaltung des Scheins zu einer Gefährdung für die Beziehung.

## Die Arbeit an der Identität in der Krise: Rückzug, Auflehnung oder Re-Souveränisierung

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus nun hinsichtlich der Transformation der männlichen Identität in Krisenzeiten ziehen? Zunächst einmal lässt sich feststellen, dass die Bewältigungsformen in allen drei Milieus mit Konflikten und Widersprüchen verbunden sind. Im individualisierten Milieu besteht der Widerspruch in dem gesteigerten Anspruch auf Autonomie auf der einen Seite und der Ohnmacht des Mannes, diesem Anspruch umfassend gerecht zu werden, auf der anderen Seite. Seinem Leben durch einen eigenen Identitätsentwurf Sinn zu verleihen – dies ist die Devise individualisierter Lebensentwürfe. Entsprechend stark lastet der Druck auf den Einzelnen, aus eigener Kraft wieder eine Beschäftigung oder eine lohnende Aufgabe zu finden. Familie und Partnerschaft haben hier nur geringe Schutzfunktionen. Die Vorstellung, der Mann möge sich beruflich entwickeln und sein »eigenes Ding« machen und sich notfalls auch jenseits konkreter Erwerbsperspektiven als freischaffender Künstler oder Intellektueller in der Öffentlichkeit bewähren, wird auch von Seiten der Frauen an den Mann herangetragen. Der Mann soll cool sein.

Im Idealfall, und in der Regel eher bei den Jüngeren, führt dies zu einer Explosion von Möglichkeiten, zur Vervielfältigung von Selbstbildern durch immer neue Projekte und Engagements. Doch diejenigen, die nicht über entsprechende Fähigkeiten oder Ressourcen verfügen, nehmen die neuen Gebote der Flexibilität und des Unternehmertums als destabilisierend wahr und suchen hartnäckig nach Fixierungen zur Wiederherstellung von Kohärenz. Für sie vertieft der Autonomieanspruch das persönliche Leiden, denn der Anspruch auf Authentizität verhindert eine psychische Distanzierung von der eigenen Situation. Insbesondere für die Älteren erweist die Solo-Selbständigkeit sich häufiger als berufliche und emotionale Sackgasse, da sie der sozialen Entkopplung und dem einsamen Rückzug Vorschub leistet. Das Scheitern wird zum Teil der Persönlichkeit.

Daher das emotionale Aufbäumen und die von den Befragten häufig eingestandenen depressiven Stimmungstiefs: »Mit den mangelnden Projekten, der mangelnden Motivation, der mangelnden Kommunikation ist der Depressive das genaue Negativ zu den Normen unserer Sozialisation« (Ehrenberg 2004: 279). Die Depression ist das Gegenstück zu einem Individuum, das fähig ist, zu handeln und den Sinn seines Lebens zu definieren. Die depressiven Verstimmungen zeugen somit von den Schwierigkeiten der Männer, die Identitätsarbeit auf sich zu nehmen, sich als autonom handelndes Selbst mit einem eigenständigen Lebensentwurf in der Krise zu behaupten.

Demgegenüber besitzt die Identität in den anderen beiden Milieus eine stärkere institutionelle Rahmung, an die sich das Individuum in Krisenzeiten anlehnen kann und von der es Regeln und Kriterien der Selbstdefinition empfängt, die vor der alles zersetzenden, inneren Leere schützen. Dafür zahlen die Betroffenen allerdings den Preis der Unterordnung. Am stärksten ist dieser Konflikt im traditionellen Milieu, in dem der einzelne sich durch Konventionen und Rollen umklammert findet, die wie eine lebensweltliche Barriere gegenüber der Selbstzuschreibung des erwerbsbiografischen Scheiterns wirken. Allerdings schwinden mit dem Verlust der Erwerbsrolle auch die Autonomiespielräume des Mannes. Denn je stärker sich der Mann von der



vorgegebenen Rolle des Ernährers entfernt, desto größer werden die seitens der Herkunftsfamilien und der Frau ausgeübten Zwänge, gegen die sich der Mann meist »trotzig« auflehnt.

Bei Franziska (28) und Karsten (32) durfte Franziska in der Phase der Arbeitslosigkeit ihres Mannes Forderungen an ihn stellen. Da sie diejenige war, die das Geld nach Hause brachte, war sie dazu berechtigt, »auf den Putz zu hauen«, wenn sie »abends um neun von der Arbeit komm[t] und [die Spülmaschine] wieder nicht gemacht wurde«. Anders als im individualisierten Milieu wird die Rolle der Hauptverdienerin hier nicht kaschiert und die Forderung, der Mann möge stattdessen mehr Hausarbeit übernehmen, stellt keinen Tabubruch dar. Im Gegenteil: Die Abweichung des Mannes von seiner Rolle geht mit einem Machtverlust einher. Erfüllt der Mann seine Rolle nicht, darf sie ihn triezeln. Wer als Mann keiner Lohnarbeit nachgeht, »trägt nichts bei«.

Unter der Arbeitslosigkeit habe er gelitten, weil er Franziska »auf der Tasche gelegen« habe, erklärt Karsten. Dennoch erfüllte er ihre Erwartungen nicht. Weder schränkte er das teure Rauchen ein, noch beteiligte er sich an der Hausarbeit. Unter dem Vorwand, als Einzelkind erzogen worden und »n zu fauler Sack« zu sein, nimmt er das Privileg der Untätigkeit für sich in Anspruch. Hausarbeit, so sagt er, sei für ihn »wirklich die absolute Pest«. Es sei »wirklich so, dass man [ihn] auf alles mit der Nase drauf stumpfen muss«. Franziska hat dem jedoch nichts entgegensetzen: Zwar fordert sie seine Mitarbeit ein, doch auf die Frage der Interviewerin, was ihr Partner »zum Ausgleich« machen würde, sagt sie lachend: »Er kümmert sich um sich selbst«.

Karstens Verweigerungshaltung und seine Gewohnheit, »vor dem Rechner« oder »vor der Glotze zu hängen« oder »nächtelange Internetsessions« zu machen, wird eine Zeit lang geduldet. Erwerbsarbeit wird als fremdbestimmt wahrgenommen – faul auf der Couch zu liegen oder vor dem Fernseher zu sitzen, gilt als Akt der Selbstbestimmung. Anders als im individualisierten Milieu, in dem die persönliche Weiterentwicklung auch in der Freizeit einen verinnerlichten Anspruch darstellt, ist die Erfüllung der Rolle des Ernährers der Familie – dies zeigt das »trotzige« Verhalten der arbeitslosen Männer – im traditionellen Milieu keine Frage persönlicher Identität, sondern eine Rollenverpflichtung: Man arbeitet, heiratet und bekommt Kinder, weil es so erwartet wird. Doch tut der Mann gut daran, die Auflehnung nicht zu übertreiben und den schützenden Kokon der Familie nicht zu verlassen. Dieses Risiko geht etwa Manfred Zenker ein, der sich immer weiter aus dem gemeinsamen Rahmen herausbewegt und Gefahr läuft, auch seine Partnerin zu verlieren.

Die dritte Form der Selbstbehauptung in der Krise stellt die Re-Souveränisierung dar, die nicht mit Auflehnung zu verwechseln ist. Während etwa Karsten durch seinen trotzigsten Widerstand gegenüber den Forderungen der Frau einen Bruch mit bestehenden Normen inszeniert, zielt Re-Souveränisierung auf die Wiederermächtigung durch Rückgewinnung von Deutungshoheiten und symbolischer Macht. Bezogen auf das Geschlechterverhältnis ist Re-Souveränisierung weniger auf die Wiederherstellung des Status quo ante gerichtet, sondern stellt eine Anpassung von Männlichkeitskonstruktionen an die neuen Umstände dar. Sie beinhaltet, sofern massenhaft erfolgreich, eine *Modernisierung* männlicher Vorherrschaft.

Es gibt unterschiedliche Strategien der Re-Souveränisierung. Im Arbeitermilieu ist die entsprechende Absicht offensichtlich, da die prekär beschäftigten Männer ihre Überlegenheit hier primär im öffentlichen Raum, etwa durch ritualisierte Abgrenzungen gegenüber Frauen und die Inszenierung von Statussymbolen, auszuspielen versuchen. Dies zeigt sich besonders bei den Arbeitermännern aus dem urbanen Raum, die sich öffentlich inszenieren. Hier wird die prekäre

Beschäftigungssituation überspielt, die faktische Erfolglosigkeit durch unrealistische Zukunftspläne geleugnet und das Gefühl der Degradierung durch die Inszenierung vermeintlicher Überlegenheit gegenüber der Partnerin kompensiert. Die Männer verkörpern ein älteres System der Werte, das System der Ehre, wonach sich Männlichkeit vor allem in der öffentlichen Sphäre der Gesellschaft bewähren muss.

Die von uns als Coolness bezeichnete Haltung vieler Männer im individualisierten Milieu (vergleiche Speck 2015 in diesem Band) ist demgegenüber eine subtilere Form der Re-Souveränisierung. Dabei geht es um den Erhalt und die Demonstration persönlicher Unabhängigkeit seitens des Mannes, selbst wenn im Gegenzug herbe materielle Einschränkungen hingenommen werden müssen. Nicht nur der Konsumverzicht, der im Einklang mit der antimaterialistischen Wertorientierung dieses Milieus steht, sondern auch die Berufung auf das Ideal der partnerschaftlichen Gleichheit ist dabei hilfreich. Demnach verpflichten die besseren Einkommens- und Karrierechancen des einen Partners den anderen nicht dazu, mehr Verantwortung für Haushalt und Kinder zu übernehmen: Beide Partner sollen sich beruflich verwirklichen und die Hausarbeit soll gleich verteilt werden.

Gleichwohl kann Coolness als Strategie der Wiederherstellung männlicher Überlegenheit nur unter der Voraussetzung finanzieller Unabhängigkeit funktionieren. Besonders eindrücklich zeigt sich die Strategie der Re-Souveränisierung durch Umwertung bei Frank und Lisa – Lisa, die als freiberufliche Architektin circa 2.000 Euro Einkommen und Frank, der als selbständiger Handwerker 400 Euro erzielt. Das Paar unterhält getrennte Konten, die monatlichen Kosten sollen zu gleichen Teilen beglichen werden. Da Frank seinen Anteil an den Kosten regelmäßig nicht zahlen kann, leiht Lisa ihm Geld, das er, so das Arrangement, ihr irgendwann zurückzahlen soll. Die Vereinbarung der Leihgabe bewahrt Franks Unabhängigkeit – im Moment könne er seinen Beitrag nicht leisten, prinzipiell aber schon. Frank behauptet, Geld spiele für ihn keine Rolle, wohingegen Lisa »das Gefühl« hat, »dass sie quasi das Familieneinkommen absichert«.

Und obwohl Frank und Lisa sich die Betreuungsarbeit für das gemeinsame Kind eigentlich teilen wollten – in den ersten sieben Monaten sollte sich Lisa, anschließend Frank um das Kind kümmern – ist es Lisa, die sich in beiden Phasen mehr um das Kind kümmert. Doch Lisa zögert, die Karte der Familienernährerin allzu deutlich auszuspielen oder von Frank mehr Engagement bei der Betreuung des Kindes zu verlangen. Auch sie legt viel Wert auf Gleichheit. Doch ihre primäre Sorge gilt weniger der gleichen Aufteilung von Haus- und Familienarbeit. Sie möchte vielmehr den Eindruck vermeiden, Frank werde beruflich benachteiligt. Frank hingegen leitet aus seiner Haltung einen Anspruch auf Überlegenheit ab. Er sieht sich als den »Ruhepol« in der Beziehung, und Lisa teilt diese Einschätzung. Seine Partnerin bezeichnet er mehrfach als ehrgeizig, sie sei »zu engagiert«, immer genau darauf »bedacht, wie die Sachen funktionieren«. Diese geschlechtstypische Gegenüberstellung findet sich bei den Paaren des individualisierten Milieus relativ oft. Durch seine Gelassenheit »bringt« der Mann die Frau »runter«. Es geht dabei vor allem auch um die Wahrung emotionaler Unabhängigkeit (von der Partnerin): Denn während die Frau als karriereorientiert, hyperaktiv und kontrollierend gilt, repräsentiert der Mann Authentizität und Autonomie – gegenüber Geld und Karriere im Allgemeinen und der Partnerin im Besonderen und gibt zu erkennen, dass er notfalls auf beides gut verzichten kann.

## Schluss

Die vorangehenden Überlegungen zeigen, dass der Mensch in der Krise zutiefst in soziale Kontexte und Beziehungen verstrickt ist und sein Selbst durch die Annahme neuer Adressierungen und Rollenzumutungen fortlaufend rekonstruiert. Das Subjekt steht nicht außerhalb, sondern ist selbst ein Fragment der Gesellschaft seiner Zeit, soziales Material, das täglich neu durch Kontexte geschaffen wird (Gergen 1996; Ehrenberg 2004; Kaufmann 2005; Illouz 2011). Es ist nicht aus sich heraus souverän, sondern Teil eines dynamischen Prozesses, bei dem »Handlungsfreiheit und soziale Determinationen sich ständig überschneiden« und eng ineinander verschachtelt sind (Kaufmann 2005: 49). In Krisenzeiten wird das Gewicht der sozialen Determinationen gegenüber Handlungsfreiheiten stärker – das Risiko des Scheiterns steigt. Reagiert der Einzelne nun mit Trauer über den Verlust? Realisiert er persönliche Abhängigkeiten und das Geworfensein in eine gesellschaftliche Existenz? Oder versucht er den Anspruch auf Souveränität kontrafaktisch – und gegen die Welt gerichtet – aufrechtzuerhalten? Die Konsequenz der »Unfähigkeit zu trauern«, das haben Margarete und Alexander Mitscherlich bereits vor etwa 50 Jahren herausgearbeitet, ist die emotionale Entleerung, die Erstarrung des Selbst auch in der Depression, die bis zum Zusammenbruch der Handlungsfähigkeit führen kann. Es wird sich zukünftig zeigen, ob durch massenhafte Erfahrungen des Scheiterns gesellschaftliche Lernerfahrungen in Gang gesetzt werden, die von unrealistischen Autonomieansprüchen entlasten und das Subjektmodell des »postsouveränen Subjektes« (Butler 2001) auch im Alltagsleben etablieren. Dadurch wären Verlusterfahrungen für den Einzelnen leichter zu bewältigen.

## Literatur

- Allmendinger, J., Schreyer, F. 2005: Trotz allem gut – Zum Arbeitsmarkt von AkademikerInnen heute und morgen. In J. Allmendinger (Hg.), *Karriere ohne Vorlage. Junge Akademiker zwischen Hochschule und Beruf*. Hamburg: Edition Körber-Stiftung, 29–47.
- Aulenbacher, B. 2009: Die soziale Frage neu gestellt. Gesellschaftsanalysen der Prekarisierungs- und Geschlechterforschung. In R. Castel, K. Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus 65–80.
- Bescherer, P., Röbenack, S., Schierhorn, K. 2009: Eigensinnige »Kunden«. Wie Hartz IV wirkt... und wie nicht. In R. Castel, K. Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus, 145–156.
- Birkmann, J. 2006: *Measuring Vulnerability to Natural Hazards: Towards Disaster Resilient Societies*. Tokyo, New York, Paris: United Nations University Press.
- Blossfeld, H.-P., Buchholz, S., Hofäcker, D. (Hg.) 2006: *Globalization, Uncertainty, and Late Careers in Society*. Routledge: London.
- BMBF 2011: *Berufsbildungsbericht*. Bonn, [http://www.bmbf.de/pub/bbb\\_2011.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_2011.pdf) (letzter Aufruf August 2014).
- Boltanski, L., Chiapello, E. 2003: *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bohler, K.-F. 2009: Verstetigung prekärer Lebensformen. Ein Fall aus der Kinder- und Jugendhilfe. In R. Castel, K. Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus, 229–240.

- Bourdieu, P. 1998: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz: UVK.
- Bude, H., Willisich, A. 2008: *Exklusion. Die Debatte über die Überflüssigen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bude, H. 2010: *Die verunsicherte Mitte. Die Signalfunktion des Bildungsthemas*. In A. Hirsch, R. Kurt (Hg.), *Interkultur – Jugendkultur. Bildung neu verstehen. Teil II*. Wiesbaden: VS, 135–144.
- Butler, J. 2001: *Psyche der Macht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Castel, R. 2000: *Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Castel, R., Dörre K. 2009: *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus.
- Chang, S., Stuckler, D., Yip, P., Gunell, D. 2013: *Impact of 2008 global economic crisis on suicide. Time trend study in 54 countries*. In *British Medical Journal*, Nr. 347, <http://www.bmj.com/content/347/bmj.f5239> (letzter Aufruf August 2014).
- Diewald, M. 2003: *Kapital oder Kompensation? Erwerbsbiografien von Männern und die sozialen Beziehungen zu Verwandten und Freunden*. In *Berliner Journal für Soziologie*, 13. Jg., Heft 2, 213–237.
- Dörre, K. 2009: *Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus*. In R. Castel, K. Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus, 35–64.
- Ehrenberg, A. 2004: *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Campus.
- Friebe, H., Lobo, S. 2006: *Wir nennen es Arbeit. Die digitale Boheme oder intelligentes Leben jenseits der Festanstellung*. München: Heyne.
- Fröhlich-Gildhoff, K., Rönnau-Böse M. 2009: *Resilienz*. München: Reinhardt.
- Gergen, K. 1996: *Das übersättigte Selbst. Identitätsprobleme im heutigen Leben*. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.
- Haffner, Y., Kraus, B., Schumann, R. 2008: *Moderne Arbeitswelten, beruflicher Erfolg und private Lebensverhältnisse*. In Y. Haffner, B. Kraus (Hg.), *Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit in akademischen Berufsfeldern*. Frankfurt am Main: Campus, 7–18.
- Illouz, E. 2011: *Warum Liebe weh tut: Eine soziologische Erklärung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kaufmann, J.-C. 2005: *Die Erfindung des Ich. Eine Theorie der Identität*. Konstanz: UVK.
- Könekamp, B., Haffner, Y. 2005: *Ein Balanceakt? Dual Career Couples in den Berufsfeldern der Natur- und Ingenieurwissenschaften*. In H. Solga, C. Wimbauer (Hg.), *»Wenn zwei das Gleiche tun...«*. Ideal und Realität sozialer (Un-)Gleichheit in Dual Career Couples. Opladen: Budrich, 77-100.
- Koppetsch, C., Burkart, G. 1999: *Die Illusion der Emanzipation. Zur Reproduktion von Geschlechternormen in Paarbeziehungen im Milieuvvergleich*. Konstanz: UVK.
- Koppetsch, C., Speck, S. 2014: *Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Coolness als Strategie männlichen Stuserhalts in individualisierten Paarbeziehungen*. In C. Behnke, D. Lengersdorf, S. Scholz (Hg.), *Wissen – Methode – Geschlecht. Erfassen des fraglos Gegebenen*. Wiesbaden: Springer VS, 281–298.
- Koppetsch, C., Speck, S. 2015: *Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten*. Berlin: Suhrkamp.
- Kronauer, M. 2002: *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Campus.
- Lengfeld, H., Kleiner, T.-M. 2007: *Arbeitsmarktflexibilisierung und soziale Ungleichheit in Deutschland. Stand und Perspektiven der Forschung*. In *Hagener Arbeitsberichte zur Soziologischen Gegenwartsdiagnose HASG*, Heft 1.
- Lewis, J. 2004: *Auf dem Weg zur »Zwei-Erwerbstätigen«-Familie*. In S. Leitner, I. Ostner, M. Schratzenstaller (Hg.), *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 62–83.
- Manske, A. 2009: *Unsicherheit und kreative Arbeit. Stellungskämpfe von Soloselbständigen in der Kulturwirtschaft*. In R. Castel, K. Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus, 283–296.

- Meuser, M. 2012: Entgrenzungsdynamiken. Geschlechterverhältnisse im Umbruch, In *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62. Jg., Heft 40, 17–24.
- Meuser, M., Scholz, S. 2012: Herausgeforderte Männlichkeit – Männlichkeitskonstruktionen im Wandel von Erwerbsarbeit. In M. Baader, J. Bilstein, T. Tholen (Hg.), *Erziehung, Bildung und Geschlecht – Männlichkeiten im Fokus der Gender-Studies*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 23–40.
- Mitscherlich, A, Mitscherlich, M. 1977 [1967]: *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*. München: Piper.
- Mohr, G. 2011: 11 Thesen – Positionspapier des Fachbeirates Gesundheitsförderung bei Arbeitslosen. In S. Mühlpfordt, G. Mohr, P. Richter (Hg.), *Erwerbslosigkeit. Handlungsansätze zur Gesundheitsförderung*. Lengerich: Pabst Science Publishers, 15–34.
- Nickel, H., M. 2009: Die »Prekari« – eine soziologische Kategorie? Anmerkungen aus einer geschlechtersoziologischen Perspektive. In R. Castel, K. Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus, 209–218.
- Schiek, D. 2010: *Aktivisten der Normalbiografie. Zur biografischen Dimension prekärer Arbeit*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Seifert, A. 2011: *Resilienzförderung an der Schule. Eine Studie zu Service-Learning mit Schülern aus Risikolagen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sondermann, A., Ludwig-Mayerhofer, W., Behrend, O. 2009: Die Überzähligen. Teil der Arbeitsgesellschaft. In R. Castel, K. Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus, 157–167.
- Tölke, A. 2005: Die Bedeutung von Herkunftsfamilie, Berufsbiografie und Partnerschaften für den Übergang zur Ehe und Vaterschaft. In A. Tölke, K. Hank (Hg.), *Männer – Das »vernachlässigte« Geschlecht in der Familienforschung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 98–126.
- Völker, S. 2009: Entsicherte Verhältnisse – veränderte Dynamiken sozialer Ein- und Entbindung. In R. Castel, K. Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus, 219–228.
- Zahlmann, S., Scholz, S. 2005: *Scheitern und Biographie. Die andere Seite moderner Lebensgeschichten*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Plenum 9 »Die Krisen des Mittelmaßes« – organisiert von Anne Waldschmidt und  
Hans-Georg Soeffner

# Kreative Zerstörung als Rückkehr genialer Gewöhnlichkeit

## LEGO, die Kulturtragödie der Exzellenz und die Expropriation des Brickolariats

Matthias Zick Varul

*Beitrag zur Plenum 9 »Die Krisen des Mittelmaßes« – organisiert von Anne Waldschmidt und Hans-Georg Soeffner*

Die Krise des Mittelmaßes – der call for papers nimmt indirekt auf Aristoteles Bezug, auf sein Ideal der Mäßigung (*σωφροσύνη*), nach dem tugendhaftes Verhalten immer in der Mitte (*μεσότης*) zwischen zwei Extremen liege. Und Aristoteles, mit seiner Vorstellung des guten Lebens, des Strebens nach Glück statt Gewinn, sinnvoll-tätiger Muße statt sinnlos-geschäftiger Arbeit, scheint tatsächlich wieder aktuell angesichts eines ständig überhitzten, sich krisenhaft zuspitzenden Kapitalismus – ein Kapitalismus, in dem die Hybris des leistungssteigernden Perfektionsstrebens einerseits zu ausufernder Arbeitslast führt und andererseits zu weitgehender Sinnentleerung angesichts der Lächerlichkeit des Exzellenzkults. Der Rückfall auf das Ideal behäbig-bürgerlicher Mäßigung ist daher durchaus verständlich.

Aber es gibt noch einen anderen klassischen Begriff der Mitte – und der hat erstaunlich wenig mit Ruhe und Gelassenheit zu tun, ist aber, das ist meine These hier, für das bürgerliche Selbstverständnis wie für die Dynamik kapitalistischer Entwicklung um einiges relevanter.

Für Platon war die Mitte eine prekäre Position. Das Abgleiten nach ganz unten, ins totale Chaos, ist nur durch beständiges Streben nach ganz oben aufzuhalten. In einer Welt, die nach Heraklit nicht nur *in* Flammen steht, sondern geradezu *aus* Flammen besteht (Popper 1998: 15ff.), geht es nicht darum, sich vorsichtig zu bewegen, um das Bestehende nicht zu zerstören: Was immer an Form da ist, muss beständig reproduziert, erneut hergestellt werden, damit es Bestand hat. Platon versucht das zu leisten, indem er dieses immer prekäre und ephemere Werden als Vergehen mit dem absoluten Sein, das Parmenides als ewig und immergleich postulierte, verbindet (Popper 1998: 27), um so dem von Parmenides als reines Nichtsein verachteten Weltgeschehen (Parmenides 1981: 9f.) wenigstens etwas Geltung zu verleihen. Der Mensch, der sich dem attischen Stadtbürger Platon als protobürgerliches Subjekt darstellt, wird als ein in einer unruhigen Mittelposition suspendierter gefasst. Bei Platon steht der Gott Eros, und damit

das den Menschen bestimmende Prinzip der Liebe (des verlangenden Strebens), für diese Positionalität ein: Er ist der Sohn von Penia – Mangel, Armut – und Poros – Reichtum. Während er darum kämpft, wie sein Vater zu sein (rational, weise, schön und reich), wird der erdgebundene Eros ständig in den Morast seiner mütterlichen Herkunft zurückgezogen. Die quasi-ökonomische Verortung zwischen Reichtum und Armut nimmt den Wirtschaftsbürger vorweg, noch bevor Platons Schüler Aristoteles sehr entsetzt die Marktwirtschaft entdeckt (Polanyi 1957). Weil Eros besitzlos anfängt, ist seine Mittelposition (*μέσον*) die eines *self-made mans*, Ergebnis von angestrebter Ambition. Er ist das Urbild des welt- und selbstverbessernden, aber stets abwärtsbedrohten Produzenten. Dieser wird dann in eine Welt eingestellt, die selbst diesem Streben offen ist und die beständig reproduziert werden muss, da sie sonst zerfällt. Dem Kosmos ist der Imperativ konstanter Produktion eingeschrieben (Voegelin 1966: 265). Platons metaphorischer Schöpfermythos ist mit Blick auf die kapitalistische Moderne prophetisch. Es ist ein Baumeister, Ingenieur, Architekt, Techniker, der Demiurg (*δημιουργός*) (Brisson 1974: 35ff.) – der *Produzent*, der den Kosmos zusammenfügt, indem er, die Marxsche Analyse des Arbeitsprozesses als Naturverhältnis vorwegnehmend (Marx 1962: 194), die vorgefundene chaotische Ursubstanz *χώρα*, die sich nach blinder Notwendigkeit (*Ανάγκη*) chaotisch durcheinanderbewegt, ordnet, ziellose Prozesse also zweckrational kanalisiert.<sup>1</sup> Er versucht, einen dem Bauplan (*παράδειγμα*) ewigen Seins möglichst ähnlichen Zustand herzustellen.

Wichtig ist dabei, dass die Abbildung der Ewigkeit nur als Zeitlichkeit, als Prozess, als Werden möglich ist. Selbst die Fixsterne, in ihrer perfekten Ruhe Höhepunkt der Konstruktion, bewegen sich – sie bewegen sich auf der Stelle. Die Konstruktion ist damit keine einmalige Anstrengung, sondern muss beständig wiederholt werden, um das Abgleiten ins Chaos abzuwenden. Mensch und Kosmos, im prekären Zwischen (*μεταξύ*), sind damit in einer existenziellen Dauerkrise: *κρίσις* als Entscheidung über Sein und Nichtsein (Cassirer 1964: 158). Platon liefert uns einen Urtext kapitalistischer Mittelständigkeit, deren Position durch Produktion der Welt erarbeitet ist und durch beständige Anstrengung behauptet werden muss, um Klassenabstieg und Weltverlust abzuwenden.

## Die bürgerliche Logik des Überstiegs

Dass heutzutage solche Anstrengung und Steigerung der Akkumulationsdynamik und der Indeterminiertheit des Geldes als unendlicher Möglichkeitshorizont zu verdanken sind, ist allgemein akzeptiert. Ebenso, dass dies einen kulturellen Niederschlag hat. Dominik Schrage (2004: 292) hat den produktivistischen Überstieg charakterisiert als Versuch Leben «mit Hilfe wissenschaftlicher und technologischer Verfahren progressiv und *quantitativ* zu steigern». Aber dieser Überstieg stößt regelmäßig an Grenzen – Grenzen, die nicht allein ökonomisch zu verstehen sind, sondern materiell-kulturell. *Geld* ist abstrakt und unendlich. Aber *Produkte* sind es nicht. Irgendwann ist die Welt materiell durchproduziert. Von Marx bis Picketty wurde dies als wachsende Übermacht von Kapital (vergangene, geronnene, tote Arbeit) über lebendige Arbeit verstanden. Wenn, wie Christoph Deutschmann (1998: 49ff.) betont, die lebendige Arbeit die

<sup>1</sup> Karin Alt (1978: 446) übersetzt *πλανωμένη αίτια* als *Ursache ohne Ziel*.



eigentlich zentrale Zutat für die unternehmerische Funktion der schöpferische Zerstörung im Sinne Schumpeters ist, dann ist klar, warum das so bedrohend ist. Georg Simmel (1986) hat diesen Vorgang übersetzt in eine «Tragödie der Kultur» (1986: 195ff.) in der vergangener, vergegenständlichter kreativer Ausdruck gegenwärtiges expressives Handeln einengt und erstickt. Unserem inversen Platonismus jedoch ist die metaphysisch gesetzte absolute Obergrenze des Erreichbaren abhanden gekommen (Barth 1971: 246). Es kommt zum Wachstumsdrang nach außen und zur blinden Zerstörungswut als Antwort sowohl auf die ökonomische wie auch auf die als ontologisch erfahrene kulturelle Krise. Um einen zu zitieren, dem es um das Sein sehr bange war – hier ist Martin Heidegger um 1943:

»Zum Wesen des Lebens gehört das Wachsenwollen, die Steigerung. Jede Erhaltung des Lebens steht im Dienste der Lebenssteigerung. Jedes Leben, das nur auf Erhaltung beschränkt ist, ist schon Niedergang. Die Sicherung des Lebensraumes z.B. ist für das Lebendige niemals das Ziel, sondern nur ein Mittel zur Lebenssteigerung. Umgekehrt erhöht wiederum das gesteigerte Leben das frühere Bedürfnis nach Raumerweiterung.« (Heidegger 1977: 229)

Wenn Theodor W. Adorno (1966: 81f.) darauf verweist, dass Heideggers Einsichten ins »eigentliche« Dasein nur das kapitalistische Sein einsehen – und das nur verschwommen – so findet das hier seine Bestätigung. Die ökonomische Notwendigkeit, Altes beiseite zu schaffen, um Platz für neue Waren zu machen, findet einen Widerhall im Ruf nach dem reinigenden Stahlgewitter. Krieg gegen die Durchproduziertheit der Welt.

Das ändert sich mit der sich über die letzten sechzig, siebzig Jahre beschleunigenden Verlagerung von produktivistischer zu konsumistischer Ausrichtung.

## Konsumistischer Überstieg – Rise of the Prosumer

Denn es gibt eine Alternative zur Absurdität von zyklischer Vernichtung und Neubeginn – und das ist die Lebenssteigerung im Konsumismus. Mit Bezug auf Colin Campbells (1987) Untersuchung zum romantischen Geist des Konsumismus charakterisiert Schrage (2004: 299f.) dies als Steigerung *erwarteten* Erlebens von *qualitativ* Neuem. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Vorstellungskraft, auf *fiktionalen* Gehalt. Angemerkt sei, dass Vorstellungskraft immer schon dem kapitalistischen Geist eigen war. Dies kann zum Beispiel an Max Webers Kronzeugen Benjamin Franklin gezeigt werden – er war nicht nur rastloser Arbeiter und knallharter Buchhalter, sondern eben auch eifriger Romaneleser, Erfinder und politischer Visionär. Aber, wie Jens Beckert (2013) zeigt, muss die Wirtschaftssoziologie auf die zentrale Bedeutung der Vorstellungskraft für unternehmerisches Handeln noch richtig aufmerksam werden.

Die konsumistische Verschiebung ermöglicht den Unternehmen, Bedürfnisse und Verlangen anzusprechen und anzufachen, die weit über bloß Körperliche hinausgehen. Seit den 1970ern wurde von neomarxistischen Theoretikern – allen voran Guy Debord (1967), Jean Baudrillard (1970) und Wolfgang Fritz Haug (1971) – eine Verlagerung des Gebrauchswerts ins Semantisch-Ästhetische attestiert. Das heißt nicht, dass es bei Produkten mit wesentlich immateriellen Anteilen überhaupt nicht zu Verdinglichungsprozessen käme. Immerhin war Simmels Kulturtragödie ja auf künstlerischen Ausdruck gemünzt.

Aber es gilt hier, was Cassirer (1942: 121) Georg Simmel entgegenhielt, nämlich dass solche Produkte in ihrer Existenz davon abhängen, dass sie von Rezipientinnen und Rezipienten aufgenommen, gedeutet, imaginiert – mitproduziert werden – und damit beweglich, lebendig bleiben. Die aktive Vorstellungskraft ist eine romantische Kompetenz, die seitdem als autonom-imaginativer Hedonismus (ein Begriff Colin Campbells) in den *general intellect* übergegangen ist. Als Konsumierende trainieren die Produzierenden ihr kreatives Potenzial. Nur erschafft dieses Potenzial im kapitalistischen Betrieb, der unweigerlich auf quantitative Steigerung von Profiten angelegt ist, und verkommt zum Optimierungswillen. Qualitativ führt das zu polierter Mittelmäßigkeit minimalst-inkrementaler Innovation – der mit einer erstaunlichen Unausweichlichkeit das Etikett *Exzellenz* aufgepappt wird.

Als Ausweg bietet sich hier die Aktivierung der Konsumierenden als Prosumierende, ihre Involvement in den Designprozess. Dies kann direkt geschehen, wie im Abgreifen von *Open-source*-Erzeugnissen, oder einfach, indem Verbindungen von Unternehmen zu *Kundencommunities* hergestellt werden (Cova, Dalli 2011) und durch Interaktion in den unternehmens-eigenen Entwicklerinnen und Entwicklern der konsumistische autonom-imaginäre Hedonismus reaktiviert wird.

Ein prominentes Beispiel für eine solche Ausbeutung des *general intellect* ist Lego. Nicht nur machen Legoenthusiastinnen und -enthusiasten kostenlos Werbung, indem sie selbstgedrehte Videoanimationen auf Youtube veröffentlichen, sondern es werden über *Lego Ideas* auch Designvorschläge eingeladen, von denen dann einzelne tatsächlich produziert und in die Läden gestellt werden (Zwick et al. 2008).

## Lego

Dass Lego oft als pädagogisch wertvolles Kulturgut gepriesen wird, hat damit zu tun, dass es sowohl zur produktivistischen als auch zur konsumistischen Seite kapitalistischer Subjektivität spricht. In seiner klassischen Form von den 1950ern bis in die 1970er war es ein simples Konstruktionsspielzeug – perfekt verklickbare quadratische und rechteckige Bausteine in rot, gelb, grün und blau, aus denen man überraschend viele Gebilde kreieren konnte.

Schon damals war aber die – um James J. Gibsons (1977) abgenutzten Begriff zu gebrauchen – *affordance* zu beidem gegeben: kreativ-innovativer Rekombination und technologischem Perfektionsstreben. Das verbindet das Spielzeug mit dem Kulturheros des Ingenieurs. Lego Bausteine, *bricks*, sind idealer Rohstoff für die *bricoleuse* und den *bricoleur*, für die Bastlerin und den Bastler, welche die produktive Rolle der Unordnung durch phantasievoll geschaffene Farb- und Formharmonien mit ephemeren Ordnungen durchziehen. Aber darin liegt eben schon die *affordance* zur Durchproduktion der Welt im technologischen Sinn, die einen inversen Platonismus in sich birgt. Wie der Künstler Zbigniew Libera es auf den Punkt brachte, als er seine Kreation – ein Legokonzentrationslager – rechtefertigte:

»The rationality of the Lego system is shocking. You cannot build an irregular construction from these blocks, or something shapeless, there will always have to be a right angle somewhere. You can only do

what the rational system allows you to do. What is more, theoretically everyone can build whatever he or she wants, but in practice you build what is shown on the box.« (Marcoci 2005)

Und tatsächlich wurde das Legospiel dem plangemäßen Montieren des Demiurgen Platons immer ähnlicher. Kaum jemand kauft noch einfache *bricks* – diese werden von Bausätzen, oft begleitend zu populären Kinoproduktionen wie *Star Wars* mit lebensechteren Figürchen und genauen Bauanleitungen, verdrängt. Auch diese noch – wie der *κόσμος* Platons – sind nicht bewegungslos, sondern sollen bespielt werden, das ewige *παράδειγμα* in der Zeit abspielen, doch sind diese Spielabläufe sehr von der cinematischen Vorgabe determiniert.

Aber im Kinderzimmer setzt recht schnell die Entropie ein und der Zerfall der teuren Kompositionen scheint unausweichlich. Oft genug liegt nicht einfach Zerstörung vor, sondern respektlos kreativer Umbau – kreative Zerstörung im Sinne Joseph Schumpeters (1934: 14): Rekombination. Um Libera eine (wenn auch künstlerisch weniger gewagte) Alternative beiseite zu stellen – Nathan Sawaya schafft es durchaus, eine nicht so rechtwinklige, humanere *affordance* der Steinchen zu zeigen.

Das jüngst in den Kinos gelaufene *Lego Movie* dokumentiert, feiert und appropriiert den Prozess der bastlerischen Wiederaneignung der Lego Technologie.

Der Lego-Film ist eine Produktion von Warner Brothers, lizenziert und mitvermarktet vom Lego-Konzern. Kommerziell wie ideologisch war der Film ein massiver Erfolg (fast 450 Millionen Dollar weltweit, durchweg positive Kritiken und *Fox News* hält ihn für ein antikapitalistisches Machwerk). Und natürlich sind die Hauptdarsteller und zentrale Szenen nun auch als Konstruktionssets im Einzelhandel erhältlich. Der Film, obwohl vollständig *CGI* animiert, folgt der Ästhetik der Youtube-Amateurlegovideos.

Die (wörtlich:) Hauptfigur Emmet Brickowsky, Bewohner der Lego-City-Welt ist ein Bauarbeiter im Dienste des monopolkapitalistischen *Octan* Konzerns. Er ist ein tayloristisch disziplinierter Arbeiter und kulturindustriell verblödeteter Konsument, den eine einzige Sitcom (*Where Are My Pants*) und ein einziger Hit (*Everything Is Awesome*) völlig zufriedenstellt. Durch eine Verkettung von Zufällen wird er zum Hoffnungsträger einer Verschwörung gegen den allmächtigen Bösewicht, Konzernchef und Präsidenten *Lord Business*. Diese Untergrundbewegung wurde initiiert vom ersten Baumeister Vitruvius (in Anspielung auf den Architekten des Kaisers Augustus) und besteht aus den weiteren Architekten (*masterbuilders*) der Legowelten – darunter *Batman* (der die Phase der Filmfranchises repräsentiert) und der Raumschiffbauer *Benny*, Überbleibsel aus der Phase freien Kombinierens der späten 1970er Jahre.

Lord Business, wie die Verschwörer im Verlauf herausfinden, will nicht nur seine Herrschaft festigen, sondern den Status Quo wörtlich fixieren – mit Klebstoff. Ziel ist, seine Untertanen davon abzuhalten, ständig die von ihm geplante perfekte Ordnung zu stören. Statt sie von seinen Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten instandhalten zu lassen, zieht er es vor, sie leblos einzufrieren. In einer überraschenden Wendung stellt sich heraus, dass die Legofiguren Teil eines großen Modells des *man upstairs* sind. Den halten die Legofiguren für ihren Schöpfergott – aber er ist tatsächlich nur ein büroangestellter Mensch mit einem Hobby. Weil sein Sohn sich heimlich an den Modellen vergeht und daran herumbastelt, klebt er sie Stein für Stein fest. Lord Business vollendet nur den Plan des Mannes da oben, während die *master builders* unter Anführung des infantilen Emmet den kindlichen, spielerischen Geist des Lego zu retten suchen.

Aber der Vater hat ein Einsehen, nachdem er die phantasievollen Kreationen seines Sohnes sieht – und in der Legowelt kommt es zur Versöhnung von Lord Business und den Rebellen. Lord Business ist jetzt für Kreativität offen... Und in einer letzten komischen Wendung eröffnet der *man upstairs* seinem entsetzten Sohnmann, dass jetzt, wo er an die Legos darf, natürlich auch seine kleine Schwester mitspielen darf. In der Legowelt selbst spiegelt sich das in einer Invasion der Monster vom Planeten Duplo wieder – allgemeine Panik – Film Ende.

## Die Grenzen des produktivistischen Überstiegs (platonische Parallele)

Lord Business repräsentiert einen Sklerokapitalismus. Er ist vom auf Innovation verpflichteten Unternehmer zum antiken Tyrann regrediert, der die Konvergenz auf den Menschen (Dux 1990: 295ff.) bzw. auf die Männchen nicht mitbekommen hat – soll heißen: er merkt nicht, dass der Ideenhimmel menschlichem technologischen Strebens entstpringt, und nicht (wie bei Platon) umgekehrt. Und natürlich, in der Legowelt trifft Platons Schöpfungsmythos zu: Der *man upstairs*, Gott-der-Vater selbst hat die Welten nach den Ideen/Formen, den mitgelieferten Bauanleitungen zusammengefügt und verteidigt die so erreichte Annäherung ans Ideal. Die Tyrannei von Lord Business und der Griff zum Klebstoff sind natürlich kontraproduktiv – die ewige Idee muss in zyklisch zeitlichen Prozessen entwickelt werden. Sobald die Bewegung abgestellt wird, ist es mit der Perfektion auch vorbei. Das Imperium des *Lord Business* entspricht ziemlich genau dem, was Friedrich Pollock auf dem Höhepunkt faschistischer Machtentfaltung als Endstadium des siegreichen Staatskapitalismus antizipiert hat. Sobald nicht einmal mehr der Krieg als Innovationsgenerator verfügbar ist, also

» [...] as soon as state capitalism turns from concentrating upon armaments to a genuine peace economy its only alternative, if it wants to avoid unemployment, is to spend a very substantial part of the national income for the construction of modern 'pyramids,' or to raise considerably the standard of living.« (Pollock 1941: 216)

Die Parallele reicht bis ins Detail: Die Volkswirtschaft wird mit sinnlosen Investitionen in Großbauprojekte am Laufen gehalten; mangelnde Konkurrenz lässt die Preise ins Lächerliche steigen (Emmet zahlt brav \$37 für seinen Kaffee), und Widerspruch wird durch eine Mischung von Brot- und Spielen und Repression kontrolliert:

»Political domination is achieved by organized terror and overwhelming propaganda on the one side, on the other by full employment and an adequate standard of living for all key groups, the promise of security and a more abundant life for every subject who submits voluntarily and completely.« (Pollock 1941: 223)

Wie Beckert (2013: 339) unterstreicht, stellt für die wettbewerbskapitalistischen Unternehmen offene Zukunft sowohl eine Bedrohung als auch eine Chance dar. Fürs siegreiche Monopolkapital jedoch bietet die Zukunft keine weiteren Entwicklungsmöglichkeiten – sie wird zum reinen Horror. Sie muss stillgestellt werden, um scheinbare Perfektion zu bewahren. Man wird das Exzellenzstandards nennen – aber den Wortsinn (»Übersteigen«) – verfehlt man damit.

Dieser Stillstand bricht das Versprechen des Kapitalismus, mit dem die mitgelieferte Ungleichheit gerechtfertigt wird: Life, Liberty and the Pursuit of Happiness. Die rigide Durchpro-

duziertheit der Legowelten muss aufgemischt werden, um, wenn nicht die Form, so doch die Formhaftigkeit der Welt in steter Erneuerung zu erhalten. Es kommt die Sehnsucht nach einem reinigenden Plastikgewitter auf. Da der aufzubrechende Sklerokapitalismus die Welt materiell durchproduziert hat, und da selbst das Phantasiespielzeug Lego aus Materie besteht (hauptsächlich Erdöl) – vor allem aber weil selbst immaterielle Produkte ein stoffliches Substrat haben und daher Platz brauchen, muss es zur Materialschlacht kommen, in dem jene *tabula rasa* gemacht wird, die von Platon bis Tkachev und Stalin als Voraussetzung ästhetisch/philosophisch inspirierter gesellschaftlicher Neuordnung postulierten. (Popper 2003: 175f.)

Eine Rebellion wird angezettelt, die den Massenintellekt des Brickolariats mobilisiert – jener Beschäftigten und Konsumierenden also, die ohne es zu merken, sich in der Ausführung der vorgegebenen Pläne die technische Kompetenz angeeignet haben, selber zu planen. Das ist der *appeal* des Films: eine antifordistische, prosumistische Befreiungsgeschichte, die die Freuden, Frustrationen und Rebellionen der kindlichen Legospielenden mit jenen der erwachsenen Beschäftigten und Konsumierenden in Zusammenhang bringt. Lego wird damit zur Metapher für den gegenwärtigen Kapitalismus.

Die Art, wie nun der stagnierende Staatskapitalismus des Lord Business aufgemischt wird, ist bezeichnend. Es sind nicht die in den Untergrund gegangenen *master builders* von Benny bis Batman, die das System zum Wanken bringen. Es ist der massenkulturell und tayloristisch konforme Emmet, dessen Schöpferpotentiale aktiviert werden.

Was er beitragen kann, ist wie gesagt die eingeschleifte Fähigkeit, Konstruktionspläne umzusetzen, kombiniert mit einer inneren Leere, die aus der Unterforderung bloßer Ausführung resultiert. Emmet ist in dieser Welt zum kompetenten Männchen ohne Eigenschaften geworden. Er ist so eigenschaftslos, daß seine Kollegen ihn nicht anders als *regular guy* beschreiben können – er unterscheidet sich von allen anderen, indem er sich in nichts von ihnen unterscheidet. Als Vitruvius, die weibliche Hauptfigur Wyldstyle und Emmet selbst Emmets Bewusstsein betreten, finden sie *zenhafte* Leere – und nicht einmal der weise Vitruvius kann verstehen, wie die aufgrund des Rückfahrens von Realitätssinn möglichen Wahnsinnskonstruktionen irgendetwas zur bevorstehenden Revolution beitragen könnten (Emmets einzige Kreation bislang ist ein Doppeldeckersofa).

Aber es ist gerade diese (wie Robert Musils Ulrich vor sich hin siniert) »passive Phantasie unausgefüllter Räume«, die dem Mann ohne Eigenschaften alles gestattet, »nur nicht das eine: das ernst zu nehmen, [...] was ihn ausfüllen sollte.« Es entsteht, so Musils (1978: 34) Ulrich weiter, »[...] ein leerer, unsichtbarer Raum, in dem die Wirklichkeit darinsteht wie eine von der Phantasie verlassene kleine Steinbaukastenstadt.«

Wird diese passive Phantasie der Konsumierenden prosumistisch aktiviert, gibt es kein Halten mehr. Die kleine Steinbaukastenstadt wird nach den Regeln Guy Debords (1980) Psycho-geographie umgebaut. Die Fähigkeit zu montieren wird in *bricolage* übersetzt und die technologisierten Roboterarmeen des Lord Business müssen vor den unerwarteten Umbauten des Brickolariats kapitulieren. Hier geht es um den Übergang einer rein produktivistisch-materialistischen Mentalität zu einer prosumeristisch-idealistischen.

Doch die Revolution endet nicht in Umsturz, sondern lediglich in Reform. Es bleibt bei einer Entkalkung des kapitalistischen Innovationsprozesses. Die revolutionäre Avantgarde wird kooperiert. Emmet erinnert Lord Business daran, dass er selbst auch einst als unabhängigschöpferi-

scher *master builder* angefangen hat, der den Beitrag prosumistischer Kreativität (unausgesprochen: zur Kapitalakkumulation) eigentlich begreifen müsste. Er hat ein Einsehen und die Konsumierendenproduktivität wird wieder ins Unternehmen eingegliedert.<sup>2</sup> Der mediokre Exzellenzkult ist von genialer Gewöhnlichkeit besiegt. Das heißt aber nicht, dass die invers-platonische Überstiegsdynamik einer freien *bricolage* weicht. Die, wie Christoph Deutschmann (1997) sie nennt, »Mythenspirale« kapitalistischer Reinvention muss sich weiterdrehen, denn gerade jetzt droht der Verfall. Es wird ja immer wieder betont, dass gerade Prosumierende schwieriger zu kontrollieren seien (Ritzer, Jurgenson 2010: 31). Sie müssen durch eine negative Utopie in Zaum gehalten werden.

Dies geschieht durch eine ideologische Konstruktion, die Anklänge an patriarchale Enteignungs- und Ordnungsmythen hat – etwa wie den der Baruya (Godelier 1996: 179): Die Angst vor einem Abgleiten ins weibliche Urchaos (*χώρα...*). Dieses wird von den Duplo Monstern der kleinen Schwester repräsentiert, die in die Legowelt einfallen. Die Ängste um männliche Ordnungskraft werden durch eine widerspenstige Zähmung beruhigt. Wie der platonische Schöpfungsmythos ist die kapitalistische Kosmologie des Legouniversums geschlechterstereotypisch strukturiert. Bis auf das fahrig-hysterische Einhornkätzchen Unikitty ist die einzige signifikante weibliche Figur die Lederjacken tragende und Motorrad fahrende Actionheldin Wyldstyle. Scheinbar – und laut offizieller Website (LEGO 2014) – repräsentiert sie die unabhängige, kreative und starke Frau. Von Anfang an ist sie jedoch über die Unterordnung unter männliche Initiative definiert: Zu Emmets Enttäuschung stellt sie sich nämlich als Freundin und bedingungslose Bewundererin Batmans heraus. Im Laufe des Films entdeckt sie dann ihre domestizierte Weiblichkeit wieder, und macht statt Batman den ihr in allem außer der nominellen Maskulinität unterlegenen Emmet zum Objekt rehägiger Bewunderung. Der Wandel wird damit besiegelt, dass sie das an Lévi-Strauss' wilde Denken anspielende Pseudonym ablegt und ihren *eigentlichen* Namen, Lucy, wieder annimmt (und in einem solch anspielungsreichen Film wäre es nicht überraschend, wenn auch dies einen Bezug hätte – etwa auf die säkulare Eva der Paläoanthropologie?).

Ist die dysfunktional gewordene Übermacht des Systems einmal unterminiert, ist destruktive Weiblichkeit nicht mehr gefragt. Sie wird damit auf die Bahn von der (scheinbaren) Emanze zur häuslichen Modepuppe gesetzt, die in der Welt von *Lego Friends* endet. Diese Erziehung besteht der kleinen Schwester noch bevor.

---

<sup>2</sup> Die Kritik an der Überschätzung der Rolle der Prosumierenden und ihres kreativen Beitrags tendiert dazu, die Rolle, die der Bezug auf sie für den kreativen Prozess in den Entwicklungsabteilungen hat, zu übersehen: Es geht weniger darum, dass die Konsumierenden an Einfluss auf die Produktion gewinnen (obwohl das zu einem gewissen Maß tatsächlich geschieht), sondern darum, dass die Produktentwickler/innen lernen, sich selbst auch als kreativ-träumerische Konsumierende einzubringen (Comor 2010 kommt dieser Einsicht noch am nächsten).

## Literatur

- Adorno, Th. W. 1966: *Negative Dialektik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Alt, K. 1978: Die Überredung der Ananke. Zur Erklärung der sichtbaren Welt in Platons *Timaios*. *Hermes*, Heft 106, 426–466.
- Barth, H. 1971: *Wahrheit und Ideologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Baudrillard, J. 1970: *La société de consommation*. Paris: Denoël.
- Beckert, J. 2013: Capitalism as a System of Expectations. *Politics and Society*. 41. Jg., Heft 3, 323–350.
- Brisson, L. 1974: *La même et l'autre dans le Timée de Platon*. Paris: Klincksieck.
- Campbell, C. 1987: *The Romantic Ethic and the Spirit of Modern Consumerism*. Oxford: Blackwell.
- Cassirer, E. 1942: *Zur Logik der Kulturwissenschaften*. Göteborg: Elanders.
- Cassirer, E. 1964: *Philosophie der symbolischen Formen*. Zweiter Teil: Das mythische Denken. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Comor, E. 2010: Contextualizing and Critiquing the Fantastic Prosumer: Power, Alienation and Hegemony. *Critical Sociology*, 37. Jg., Heft 3, 309–327.
- Cova, B., Dalli, D. 2009: Working Consumers: The Next Step in Marketing Theory?. *Marketing Theory*, 9. Jg., Heft 3, 315–339.
- Debord, G. 1967: *Société de Spectacle*. Paris: Buchet/Chastel.
- Debord, G. 1980: *Rapport zur Konstruktion von Situationen*. München: Edition Nautilus.
- Deutschmann, C. 1998: Marx, Schumpeter and the Myths of Economic Rationality. *Thesis Eleven*, Heft 53, 45–64.
- Deutschmann, C. 1997: Die Mythen spirale. Eine wissenssoziologische Interpretation industrieller Rationalisierung. *Soziale Welt*, 48. Jg., Heft 1, 55–70.
- Dux, G. 1990: *Die Logik der Weltbilder*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gibson, J. J. 1977: The Theory of Affordances. In R. Shaw, J. Bransford (Hg.), *Perceiving, Acting, Knowing*. Hillsdale NJ: Lawrence Erlbaum, 67–82.
- Godelier, M. 1996: *L'énigme du don*. Paris: Fayard.
- Haug, W. F. 1971: *Kritik der Warenästhetik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heidegger, M. 1977: Nietzsches Wort »Gott ist tot«. In *Gesamtausgabe 1.Abt, 5.Bd.* Frankfurt am Main: Klostermann, 209–267.
- LEGO (2014): *Wyldstyle*, <http://www.lego.com/en-gb/movie/explore/characters/wyldstyle>, (letzter Aufruf 19. Oktober 2014).
- Marx, K. 1962: *Das Kapital I* (MEW 23). Berlin: Dietz.
- Marcoci, R. 2005: The Antinomies of Censorship: The Case of Zbigniew Libera. In S. Feinsein (Hg.), *Absence/Presence*. New York: Syracuse University Press, 259–268.
- Musil, R. 1978: *Der Mann ohne Eigenschaften*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Parmenides 1981: *Über das Sein* (übersetzt von Jaap Mansfeld). Stuttgart: Reclam.
- Polanyi, K. 1957: Aristotle Discovers the Economy. In C. M. Arensberg, H. W. Pearson, K. Polanyi (Hg.), *Trade and Market in Early Empires*. Glencoe Ill.: The Free Press, 64–94.
- Pollock, F. 1941: State Capitalism: Its Possibilities and Limitations. *Studies in Philosophy and Social Science*, 9. Jg., Heft 2, 200–225.
- Popper, K. R. 1998: *The World of Parmenides*. London: Routledge.
- Popper, K. R. 2003: *The Open Society and Its Enemies*. Volume One: The Spell of Plato. London: Routledge.
- Ritzer, G., Jurgenson, N. 2010: Production, Consumption, Prosumption: The Nature of Capitalism in the Age of the Digital »Prosumer«. *Journal of Consumer Culture*, 10. Jg., Heft 1, 13–36.
- Schrage, D. 2004: Optimierung durch Überbietung: »Leben« in produktivistischer und konsumistischer Perspektive. In U. Bröckling, A. T. Paul, S. Kaufmann (Hg.), *Vernunft – Entwicklung – Leben*. München: Fink, 291–303.

- Schumpeter, J. A. 1934: *The Theory of Economic Development*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Simmel, G. 1986: *Philosophische Kultur*. Berlin: Wagenbach.
- Voegelin, E. 1966: *Anamnesis. Zur Theorie der Geschichte und Politik*. München: Piper.
- Zwick, D., Bonsu, S. K., Darmody, A. 2008: Putting Consumers to Work: «Co-creation” and New Marketing Govern-Mentality. *Journal of Consumer Culture*, 8. Jg., Heft 2, 163–196.



## Veranstaltungen der Sektionen und Arbeitsgruppe

»Altern in Krisenzeiten – Neue Analysen zur Lebensqualität im  
Alter« der Sektionen Alter(n) und Gesellschaft und Soziale Indikatoren

# Altern in Krisenzeiten – Neue Analysen zur Lebensqualität im Alter

Claudia Vogel und Stefan Weick

*Einleitung zur Veranstaltung »Altern in Krisenzeiten – Neue Analysen zur Lebensqualität im Alter der Sektionen Alter(n) und Gesellschaft und Soziale Indikatoren*

Keiner Generation von Älteren ging es in der bundesdeutschen Geschichte besser als den heutigen Rentnerinnen und Rentnern sowie insbesondere Pensionärinnen und Pensionären, die überwiegend über sichere Alterseinkommen und zum Teil auch beträchtliche Vermögen verfügen. Das Altern und die Gestaltung der Lebensphase Alter sind jedoch vielfältiger und möglicherweise auch ungleicher geworden (vergleiche zum Beispiel Motel-Klingebiel et al. 2010). Während die Schere der Erwerbseinkommen weiter auseinandergeht, unter anderem durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors und prekärer Selbständigkeit einerseits und leistungs- bzw. bilanzabhängiger Boni usw. andererseits, wurde Einkommensarmut im Alter lange Zeit als überwunden betrachtet und entsprechend kaum noch erforscht (vgl. z.B. vergleiche zum Beispiel Motel-Klingebiel, Vogel 2013). Aufgrund der sich wandelnden Erwerbsverläufe und des Rückbaus des Wohlfahrtsstaates rückt die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen aber nun auch bei den Älteren wieder verstärkt in den Blickpunkt des wissenschaftlichen Interesses. Über die Absenkung des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung hinaus büßen auch vermeintlich sichere kapitalgedeckte Altersvorsorgeprodukte in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrisen an Überzeugungskraft ein, da die erwirtschafteten Renditen kaum mehr den in der Vergangenheit geäußerten Versprechen der Protagonisten entsprechen und die Sicherheit der Alterseinkünfte über die Altersphase hinweg insgesamt nicht mehr gewährleistet ist (vergleiche zum Beispiel Vogel, Künemund 2014).

Die Lebensqualität im Alter wird jedenfalls keineswegs allein durch die objektive materielle Situation bestimmt. Auch subjektive Faktoren können besonders in Krisenzeiten zu einer Verminderung der Lebensqualität beitragen, Sorgen und Unsicherheit können die Lebensqualität auch derjenigen beeinträchtigen, die finanziell vermeintlich gut abgesichert sind. Sorgen über die Verlässlichkeit der Altersvorsorge, aber auch solche über den Zeitpunkt des Übergangs in den Ruhestand, dürften künftig weiter zunehmen (vergleiche zum Beispiel Noll, Weick 2013). Eine Erwerbstätigkeit parallel zum Rentenbezug, gewissermaßen lebenslange Arbeit, droht zum Modell der Zukunft zu werden. Neben diesen Entwicklungen wurden auf der gemeinsamen

Sektionsveranstaltung der Sektionen *Alter(n) und Gesellschaft* und *Soziale Indikatoren* darüber hinaus Fragen nach den kurz- und langfristigen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Lebensqualität im Alter nachgegangen.

Thomas Lux und Simone Scherger (beide Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen) präsentierten Ergebnisse empirischer Analysen zum Thema *Der Effekt von Erwerbstätigkeit im Rentenalter auf die Lebenszufriedenheit in Deutschland und Großbritannien*, basierend auf dem British Household Panel Survey (BHPS) und dem Sozio-Ökonomischen Panel (SOEP). Sie debattierten die ansteigende Erwerbsarbeitsquote von über fünfundsiebzehnjährigen Personen im Spannungsfeld von sich ändernden Lebensstilen und steigender Altersarmut und zeigten, dass die Lebenszufriedenheit bei Erwerbstätigen im Alter von 66 bis 75 höher ist als bei gleichaltrigen Personen im Ruhestand. Um Selektionseffekte bezüglich generell zufriedener Älterer in einer Erwerbstätigkeit von den Folgen einer Tätigkeit für die Lebenszufriedenheit zu trennen, nahmen Lux und Scherger auch die Neuaufnahme von Tätigkeiten im Alter von 66 bis 75 Jahren in den Blick, wiederum mit dem Ergebnis einer höheren Lebenszufriedenheit bei Erwerbstätigen. Eine pauschale Empfehlung, allen unabhängig etwa von Bildungsabschluss, Gesundheitszustand oder Einkommensposition eine längere Lebensarbeitszeit zu ermöglichen, sollte daraus aus Sicht der Autoren jedoch nicht resultieren, da die negativen Effekte von Erwerbsarbeit die positiven Effekte bei Personen in weniger privilegierten sozialen Lagen deutlich übertreffen könnten.

Katja Möhring (Institut für Soziologie der Universität Bremen) fragte *Lohnt sich die Mühe?* und präsentierte Ergebnisse zum Einfluss von Erwerbs- und Familienbiografien auf die materielle Lage und das subjektive Wohlbefinden im Alter. Die Befunde auf Basis der dritten Welle des *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* (SHARELIFE) zeigen im Geschlechtervergleich wesentliche Unterschiede zwischen den Determinanten der objektiven und der subjektiven Lage im Alter. Für Männer sind sowohl beim Einkommen als auch bei der Lebenszufriedenheit erwerbsbiografische Faktoren ausschlaggebend. Für Frauen sind beim Einkommen erwerbs- und familienbiografische Faktoren gleichermaßen relevant, während bei der Lebenszufriedenheit in erster Linie die Familienbiografie zählt – jedoch mit im Vergleich zum Einkommen genau gegenteiligen Effekten. Im Ländervergleich wird zudem die Rolle von ökonomischen und institutionellen Kontextbedingungen deutlich. Während bei Männern in erster Linie die allgemeine ökonomische Entwicklung die individuelle Lage im Alter bestimmt, sind für Frauen insbesondere die Institutionen des Wohlfahrtsstaats bedeutsam.

Dietrich Oberwittler und Dominik Gerstner (beide Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg) führen aktuell eine Studie zum Thema *Die Lebensqualität von Älteren im Wohnquartier – (Auch) eine Frage der Adresse?* durch. Erste Ergebnisse auf Basis der postalischen Befragung von circa 4.000 älteren Bewohnern im Alter 60 bis 89 Jahren – durchgeführt in 140 ausgewählten kleinen Wohngebieten in Köln und Essen zu Fragen der allgemeinen Lebenszufriedenheit, der Zufriedenheit mit dem Wohngebiet, dem Gesundheitsstatus sowie einer Reihe auf das jeweilige Wohnquartier bezogener Informationen (soziale Kontakte, Wahrnehmung von Disorder, Kriminalitätsfurcht, kollektive Wirksamkeit, Einstellung zu Diversität usw.) – zeigen unter anderem, dass die Wohndauer einen Einfluss auf die Zufriedenheit hat. Zudem zeigen sich Wechselwirkungen zwischen den individuellen Merkmalen und den aus Daten der amtlichen Statistik bekannten Merkmalen der Wohngebiete wie deren sozioökonomische Struktur.

Valentina Ponomarenko präsentierte ihre gemeinsam mit Javier Olivera (beide Universität Luxemburg, Walferdange) entwickelten Forschungsergebnisse zu *Rentensicherheit und Lebenszufriedenheit nach der Wirtschaftskrise*. Die Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 führte weltweit zu großen Verlusten auf den Aktien- und Kapitalmärkten, von den negativen Effekten der Wirtschaftskrise waren jedoch nicht nur Personen mittleren Alters sondern auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kurz vor dem Renteneintritt betroffen. Auf Basis des *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* können die Autorin und der Autor zeigen, dass die nach der Krise zunehmende Rentenunsicherheit die subjektive Lebenszufriedenheit von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verringert hat, da negative Rentenerwartungen nach der Krise die Lebenszufriedenheit signifikant schmälern.

Jakob Schröber präsentierte Ergebnisse der Projektgruppe um Frank Micheel, Volker Cihlar und Andreas Mergenthaler (alle Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden) zu *Übergängen in die Altersrente – Formen, Bedingungen und Konsequenzen*. Als Datengrundlage diente der vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im Jahr 2013 durchgeführte *Survey Transitions and Old Age Potential (TOP)*. Die Autoren zeigten auf, dass die Ausgestaltung des Übergangs in den Ruhestand nach wie vor abhängig ist vom Bildungsniveau und von den unterschiedlichen sektorenspezifischen Möglichkeiten betrieblicher Altersvorsorge.

Christian Deindl (Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität Köln) stellte den Zusammenhang von *kritischen Lebensereignissen und Gesundheit im Alter* ins Zentrum seines Vortrages und präsentierte Ergebnisse auf Basis von Analysen der dritten Welle des *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE-LIFE)*. Hunger, Stress und finanzielle Probleme erhöhen offensichtlich das Risiko einer Herzerkrankung älterer Menschen, wobei die gesundheitsschädlichen Einflüsse schwerwiegender sind, je länger die Beeinträchtigungen andauern. Auch das Alter, in dem kritische Lebensereignisse auftreten, spielt für das spätere Erkrankungsrisiko eine Rolle.

Die aktuellen Beiträge zur Lebensqualität im Alter haben also verschiedene Aspekte der Lebensqualität in den Blick genommen, das subjektive Wohlbefinden und die Lebenszufriedenheit, Fragen der Alterssicherung und der ökonomischen Situation, Erwerbsarbeit im Alter und nachberufliche Tätigkeiten sowie soziale Ungleichheiten im Lebensverlauf und die Gesundheit. Insgesamt zeichneten die in der gemeinsamen Sektionsveranstaltung präsentierten Befunde und Diskussionen ein komplexes Bild der für die Lebensqualität im Alter ausschlaggebenden objektiven und subjektiven Faktoren auf Individual- und Institutionenebene. Alterssicherung und Ungleichheit im Alter müssen ebenso wie die subjektive Lebensqualität weiter im Blick der soziologischen Forschung bleiben.

## Literatur:

Motel-Klingebiel, A., Vogel, C. 2013: Altersarmut und die Lebensphase Alter. In C. Vogel, A. Motel-Klingebiel (Hg.), *Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut?* Wiesbaden: Springer VS, 463–480.

- Motel-Klingebiel, A., Wurm, S., Huxhold, O., Tesch-Römer, C. 2010: Wandel von Lebensqualität und Ungleichheit in der zweiten Lebenshälfte. In A. Motel-Klingebiel, S. Wurm, C. Tesch-Römer (Hg.), *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys*. Stuttgart: Kohlhammer, 15–33.
- Noll, H.-H., Weick, S. 2013: Strategie des „active ageing“ in Deutschland besonders erfolgreich: objektive und subjektive Indikatoren zum Übergang in den Ruhestand im europäischen Vergleich. In *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, Heft 50, 11–16.
- Vogel, C., Künemund, H. 2014: Armut im Alter. In S. Frech, O. Groh-Samberg (Hg.), *Armut in Wohlstandsgesellschaften*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag, 123–136.

»Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?«  
der Sektion Alter(n) und Gesellschaft  
– organisiert von Harald Künemund und Andreas Motel-Klingebiel

# Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?

Harald Künemund und Andreas Motel-Klingebiel

## *Einleitung zur Veranstaltung »Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?« der Sektion Alter(n) und Gesellschaft*

Krisendiagnosen zu Altern und Alter sind ein *Dauerthema* in Wissenschaft und Gesellschaft. Als Beispiele können auf individueller Ebene die Probleme der Anpassung an den Ruhestand und an alterstypische Verluste – typischerweise verbunden mit Hinweisen auf Aktivität und Engagement – und auf gesellschaftlicher Ebene die Probleme der Finanzierung des Generationenvertrags in der Alterssicherung – typischerweise verbunden mit Hinweisen auf Kapitaldeckung und Eigenvorsorge – angeführt werden. In Anbetracht des umfassenden gesellschaftlichen Wandels sind solche Kontinuitäten der Krisen und auch der Routinen der Krisenthematisierung in gewisser Hinsicht überraschend und erklärungsbedürftig. Ungeachtet dessen lassen sich aber auch neue Krisenszenarien ausmachen, etwa im Bereich der Altersarmut, die lange Zeit als Thema im Hintergrund schlummerte, nun aber als Resultat der vermeintlichen Krisenbewältigung wieder in den Vordergrund rückt. Oder im Bereich der Altersgrenzen, wo die Anhebung der Rentenzugangsalter sozialen Ungleichheiten in der Lebenserwartung wieder mehr Bedeutung zuweist und gewissermaßen innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung die Umverteilung *von unten nach oben* verstärkt. Grundsätzlich scheint die dahinterstehende Frage weiterhin offen, in welcher Gesellschaft wir leben und alt werden wollen, und die Sektion Alter(n) und Gesellschaft widmete diesem Thema eine Sektionsveranstaltung.

Ziel dieser Sektionsveranstaltung war vor diesem Hintergrund die Bestandsaufnahme und kritische Reflektion der Krisen von Altern und Alter auf individueller und gesellschaftlicher Ebene wie auch ihrer Thematisierung und Bewältigung. In dieser haben Andreas Mergenthaler, Volker Cihlar, Frank Micheel und Jakob Schröber (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung BiB, Wiesbaden) in ihrem Beitrag *Alternsstile beim Übergang in den Ruhestand – konzeptioneller Ansatz und empirische Befunde zum Umgang mit individuellen und demografischen Krisen* Muster produktiver Tätigkeiten auf Basis des Surveys *Transitions and Old Age Potential* (TOP) beschrieben. Aufgrund der typischen Konzentration auf jeweils einen Tätigkeitsbereich schließen die Autoren auf ein kompetitives Verhältnis der unterschiedlichen produktiven Tätigkeiten zueinander. Anne Münch (Universität Jena) ging in ihrem Beitrag *Der kurze Traum von der späten Freiheit:*



*Zeitkonflikte älterer Pflegender* der Frage nach, wie Menschen im Ruhestand mit der Ambivalenz von alltäglichem Zeitreichtum und biographischer Zeitknappheit umgehen. Ergebnis ihrer qualitativen Untersuchung ist eine Unterscheidung zwischen *männlich-fordistischen* und *weiblich-prekären* Strategien, wobei sich erstere durch eine affirmative Erwerbsarbeitszentrierung im aktiven Umgang mit der Pflegesituation auszeichnen, letztere durch eine prekäre Doppelbelastung bei einem passiven Umgang.

Matthias Ruoss (Universität Bern) präsentiert in seinem Beitrag *Demographisches Krisenbewusstsein und Alterspolitik in der Schweiz* eine historische Perspektive auf die Wirkungsmacht von Überalterungsdiskursen seit den 1930er Jahren. Ruoss argumentiert, dass der Überalterungsdiskurs insbesondere seit den 1980er Jahren zur Legitimierung alterspolitischer Abbauforderungen wie etwa der Erhöhung des Rentenalters oder der Stärkung kapitalgedeckter Altersvorsorge eingesetzt wurde. Reinhard Messerschmidt (Universität Köln) zeichnete in seinem Beitrag *Demografischer Wandel als gesellschaftliche Krise – Deutsche Alterungsdiskurse der Gegenwart und die wachsende Kritik an deren Demografisierung und Dramatisierung* für Deutschland Diskurse nach und arbeitet heraus, wie Argumente aus der Demografie in politischen Debatten eingesetzt werden, um dann vermeintlich alternativlose sozial- und altenpolitische Lösungen durchsetzen zu können.

Veronika Salzburger (Universität Köln) ging in ihrem Beitrag *Der generationale Übergang: Die Intensivierung familialer Beziehungen in Zeiten der Krise?* auf Basis des Beziehungs- und Familienpanel pairfam (Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics) der Frage nach, wie die Geburt eines Kindes die Ausgestaltung der Beziehung zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern verändert. Als Ergebnis ihrer längsschnittlichen Analysen lässt sich eine Intensivierung der Generationenbeziehungen bezüglich der Kontakthäufigkeit konstatieren, jedoch keine Veränderung etwa bezüglich finanzieller Transfers zwischen den Generationen. Heiner Meulemann (Universität Köln) untersuchte am Beispiel einer Kohorte ehemaliger Gymnasiasten von der Jugend bis zur späten Lebensmitte den Zusammenhang von *Berufserfolg und die Planung eines aktiven Ruhestands*; mit dem Ergebnis, dass es Kontinuität in Hinsicht auf gute Startbedingungen in der Jugend gibt, die Ruhestandsplanung jedoch unabhängig vom Berufserfolg in der mittleren Lebensphase erfolgt.

Insgesamt gab es eine lebhaft diskutierte Diskussion, die die besonderen Stärken soziologischer Analyse für die gesellschaftliche Selbstverständigung im Kontext Altern und Alter herausstellen konnte.

# Der kurze Traum von der späten Freiheit

## Zeitkonflikte älterer Pflegender

Anne Münch

*Beitrag zur Veranstaltung »Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?« der Sektion Alter(n) und Gesellschaft – organisiert von Harald Künemund und Andreas Motel-Klingebiel*

Alltagsweltlich geäußerte Vorstellungen vom Ruhestand gehen immer wieder mit der gängigen Annahme einher, nach dem Ausstieg aus dem Erwerbsleben endlich weniger Termine, damit einhergehend weniger Verpflichtungen, somit auch weniger Stress und insgesamt ganz einfach mehr Zeit zu haben. Auch in Medien, Politik und Wissenschaft werden Rentner/-innen immer wieder pauschalisierend als vermeintliche *Zeitmillionäre* dargestellt (BMFSFJ 2006; Gaschke 2011; Reisch 2002). Und befragt man seine Internetsuchmaschine nach Treffern für die Kombination *Ruhestand* und *Zeit*, dann erhält man eine Liste populärwissenschaftlicher Ratgeberliteratur, die dazu gratulieren, nun »Endlich Zeit für ALLES« (Layer 2008) zu haben und darüber informieren, was man wissen sollte, »Wenn das Wochenende 7 Tage hat« (Stumpf 2014).

Obschon man beim Eintritt in den Ruhestand durch den Wegfall der Erwerbsarbeit rein quantitativ zunächst einmal täglich rund sechs Stunden mehr Zeit zur Verfügung hat (Statistisches Bundesamt 2004), ist die Vermutung naheliegend, dass diese Pauschalisierungen zu kurz greifen, was in den letzten Jahren auch bereits durch verschiedene qualitativ-empirische Studien zur Zeitgestaltung im Alter nachgewiesen werden konnte (Burzan 2002; Köller 2006; Münch 2014). Diese befassen sich vorrangig mit Ruheständler/-innen, die abgesehen von kleineren Ehrenämtern oder Enkelbetreuung weitestgehend selbstbestimmt über ihre Zeit verfügen können. Vor dem Hintergrund der Debatten um die mit dem demographischen Wandel einhergehende Tatsache, dass immer mehr Menschen immer älter werden und im Zuge dessen auch immer mehr Menschen irgendwann im Alter auf Pflege angewiesen sein werden (Statistisches Bundesamt 2015), drängt sich zunehmend die Frage auf, wie es um die Zeit jener Menschen bestellt ist, die sich im Ruhestand um einen pflegebedürftigen Angehörigen zu kümmern haben?

Ein Blick in die Statistiken verrät, dass es in Deutschland aktuell bereits rund 2,6 Millionen Pflegebedürftige gibt, von denen 71% durch Angehörige versorgt werden. In der Gruppe der Angehörigen sind wiederum rund 60% 55 Jahre und älter. Berechnungen für das Jahr 2050

prognostizieren einen Anstieg Pflegebedürftiger auf insgesamt 4,5 Millionen Menschen (Statistisches Bundesamt 2015). Zwar ist das Problembewusstsein für Fragen der zukünftigen Pflege Älterer in den letzten Jahren nicht nur politisch und medial, sondern auch in der Wissenschaft stark angestiegen, aber in vielen Bereichen, wie beispielsweise im Kontext der Forschungen über die Zeit im Alter, bilden pflegende Angehörige bisher noch einen blinden Fleck. Im Rahmen des Forschungsprojektes *Altern als Zukunft*, das von der Volkswagen Stiftung gefördert wird, nimmt sich eine Teilstudie des Projektes daher dieser Personengruppe an und untersucht das individuelle Zeithandeln im Rahmen der Alltags- und Lebensgestaltung von Ruheständler/-innen, die ihre Partnerin bzw. ihren Partner pflegen. Von Interesse sind dabei insbesondere potentielle Konflikte in Zusammenhang mit der Wahrnehmung und Gestaltung von Zeit in der alltäglichen Pflege sowie im Hinblick auf die verbleibende Lebenszeit im Ruhestand.

Der vorliegende Artikel gibt einen Einblick in die laufende Arbeit innerhalb dieser Teilstudie. Dafür werden zunächst das methodische Vorgehen und die schrittweise Entwicklung der Forschungsfrage(n) beschrieben. Im Anschluss daran dient die Analyse zweier Fallbeispiele der Präsentation erster Zwischenergebnisse, die als relevante Merkmale der untersuchten (Pflege)Situation verstanden werden können und wichtige Zutaten für den abschließenden Ausblick auf die weiteren Analysen im Rahmen dieses Teilprojektes über pflegende Angehörige liefern.

## Forschungsprozess und methodisches Vorgehen

Der Fokus auf die Untersuchung der älteren pflegenden Angehörigen ist – wie bereits angedeutet – das Resultat eines breit angelegten, zunächst einmal ganz generell an Zeithandeln im Alter interessierten Forschungsprozesses, dem eine induktive Logik zugrunde liegt. Klar war vor Beginn der Erhebungen zunächst einmal nur, dass mithilfe narrativer Interviews sowohl die Ebene der Alltagszeit als auch die der Lebenszeit sowie sich daraus möglicher Weise ergebende Spannungsfelder beleuchtet werden sollten. Hierbei interessierten insbesondere interaktive Praktiken des Zeithandelns innerhalb von Partnerschaft, Familie, sozialen Netzwerken oder Institutionen. Um diesen inhaltlichen Interessen gerecht zu werden, erschien die Durchführung problemzentrierter Interviews als geeignete Erhebungsmethode (Witzel 2000). Der in diesem Rahmen entworfene Leitfaden basiert auf erzählgenerierenden Fragen und wurde durch verständnisgenerierende Sondierungsfragen ergänzt. Narrative Themenkomplexe bezogen sich dabei beispielsweise auf die Alltagsgestaltung im Ruhestand, Zeiterfahrungen in der Erwerbsarbeitsphase oder auch auf Gedanken über die Zukunft. Nachsondiert wurde im Gespräch dann unter anderem im Hinblick auf individuelle Begründungsmuster oder die subjektive Deutung von Rollenverteilungen in der Partnerschaft.

Die Analyse der Interviews erfolgt nach den Prinzipien der Grounded-Theory-Methodologie (GTM) (Glaser, Strauss 1967; Strauss 2004; Charmaz 2011), wobei sich innerhalb der verschiedenen Theorieströmungen und Weiterentwicklungen der GTM insbesondere am pragmatisch-interaktionistischen Ansatz von Anselm Strauss orientiert wurde, da dieser im Hinblick auf das generelle Forschungsinteresse an den interaktiven Praktiken des Zeithandelns besonders geeignet erscheint. Entsprechend der in der GTM verankerten Methode des theoretischen Samp-

lings begann die Auswertung des Datenmaterials zusammen mit den Interviewerhebungen und es entwickelte sich ein zirkulierender Prozess von Datengewinnung und -analyse. Das bedeutet, dass durch offenes und später auch axiales Kodieren bereits erhobener Daten Kategorien generiert wurden, die für die induktive Theoriebildung produktiv erschienen. Diese Kategorien fungierten dann als Maßgabe für die schrittweise Auswahl der Interviewpartner/-innen im Samplingprozess und wurden innerhalb des dazukommenden Datenmaterials immer wieder geprüft, weiterentwickelt, zugespitzt oder auch verworfen.

Das Bemühen um eine sowohl minimale als auch maximale Kontrastierung der subjektiven Zeitressourcen im Sample führte dazu, dass neben dem mehr oder weniger zeitsouveränen *Durchschnittsruheständler* irgendwann auch jene Älteren in den Blick gerieten, deren Ruhestand durch eine Pflegeverpflichtung für einen nahestehenden Angehörigen geprägt ist. Die in diesem Kontext gewonnenen Daten waren so ergiebig, dass sie über daran anschließende Kontrastierungen so weit angereichert und vertieft wurden, dass die pflegenden Angehörigen im – final mit rund 50 Interviews theoretisch gesättigten – Projektsample rund ein Fünftel der Interviews ausmachen. Auf diese Weise wurde ein eigenes Subsample generiert, das bereits für sich allein stehend so komplex und ergiebig erscheint, dass daraus schließlich eine in den Gesamtkontext des generell an Zeithandeln im Alter interessierten Forschungsprojektes eingegliederte Teilstudie zu den Zeitkonflikten älterer Pflegender entstand.

Da weder das Forschungsprojekt noch die soeben benannte Teilstudie abgeschlossen sind, stellen die im Folgenden vorgestellten Analysen zweier Fälle von pflegenden Angehörigen lediglich erste systematisierte Beobachtungen aus der kontrastierend-analytischen Arbeit mit den Interviewdaten dar und zeigen auf, in welche Richtungen das vorhandene Datenmaterial in Zukunft vertiefend analysiert werden wird. Die Auswahl der beiden Fälle erfolgte über die minimale Kontrastierung der Pflegesituation. Konkret bedeutet dies, dass beide Personen ihren Partner bzw. ihre Partnerin pflegen und nicht etwa einen Elternteil. Außerdem haben die zu Pflegenden beide eine schwere Demenz, wodurch sich ähnliche Pflegeanforderungen ergeben. Und schließlich sind die Interviewten in beiden Fällen seit rund zehn Jahren mit der Pflege des Partners bzw. der Partnerin beschäftigt. Analysiert werden die beiden Fälle vor dem Hintergrund der induktiv entwickelten Forschungsfragen zum einen danach, welche *Zeitkonflikte* älterer Pflegender sich im Spannungsfeld von Pflegealltag und abnehmender Lebenszeit beobachten lassen. Zum anderen interessiert, welche *Zeitstile* in diesem Kontext entwickelt werden – und in welchem Zusammenhang diese mit gesellschaftlichen Zeitregimen stehen.

## Herr Franz – Zeit stehlen und in Zukunft nachholen, wofür gegenwärtig keine Zeit bleibt

Herr Franz ist zum Zeitpunkt des Interviews 83 Jahre alt und lebt in einer Großstadt in Süddeutschland. Zusammen mit seiner Frau wohnt er etwas außerhalb des Stadtzentrums im Erdgeschoss eines Reihenhauses. Herr Franz hat eine Tochter und ein Enkelkind, die in derselben Stadt wohnen wie er. Er ist im Alter von 65 Jahren in den Ruhestand gegangen und hat zuvor in leitender Position bei der Stadtverwaltung gearbeitet. Seine Frau ist vor rund 13 Jahren an Krebs

erkrankt. Nachdem dieser erfolgreich behandelt werden konnte, zeigten sich bei ihr wenig später allerdings erste Anzeichen von Demenz. Zum Zeitpunkt des Interviews liegt bei ihr eine schwere Demenzerkrankung vor, was bedeutet, dass der Alltag nicht mehr selbstständig bewältigt werden kann, die Fähigkeit, Gedankengänge nachvollziehbar zu kommunizieren, stark eingeschränkt ist und herausfordernde Verhaltensweisen, wie Unruhe, Wutausbrüche oder ein gestörter Tag-Nacht-Rhythmus, stark ausgeprägt sind.

Über sein Leben vor Eintritt der Pflegeverpflichtung weiß Herr Franz viel Positives zu berichten. Nachdem er zusammen mit seiner Frau ein paar Jahre im Ausland gelebt hat, sind die beiden Mitte der 1970er Jahre wieder nach Deutschland gekommen, und während seine Frau schwanger wurde und seitdem keine Erwerbstätigkeit mehr aufnahm, hat Herr Franz eine Anstellung bei der Stadt erhalten und sich durch ausgeprägtes berufliches Engagement im Laufe der Jahre seine leitende Position erarbeitet. Mit der Bereitschaft zu beruflicher Verantwortungsübernahme ging auch die Ausweitung seiner Arbeitszeiten einher. Wenn er dann aber Feierabend machen konnte, stand ihm seine Freizeit infolge der traditionellen Rollenverteilung allerdings auch komplett zur freien Verfügung. Vor dem Hintergrund des von ihm internalisierten fordistischen Zeitregimes<sup>1</sup> deutet er die Zeitzwänge, die damals mit der Erwerbsarbeit verbunden waren, dementsprechend weniger belastend als jene in seiner aktuellen Lebenssituation:

»Ich habe früher mehr Zeit gehabt, weil ich habe mich da im Häuslichen überhaupt nicht drum gekümmert. Das hat alles sie gemanagt. [...] Ich habe gearbeitet. Ich habe noch eine nebenberufliche Vertretertätigkeit gehabt und alles. Und das habe ich alles gemacht, und ohne Probleme, ne. [...] Und sie hat das Schiff praktisch als Kapitän geleitet. [...] Wir haben so eine richtige, wie man so im Gericht sagt, so eine Gewaltenteilung gehabt. Sie hat ihre Erziehung gemacht, sie hat das gemacht, ne. Das Häusliche all das gemacht. Während ich das Wirtschaftliche dann gemacht habe, und das Finanzielle, und so weiter und so fort.« (Z 392ff)

Herr Franz deutet die traditionelle Rollenverteilung innerhalb seiner Beziehung als gelungen. Er selbst war »viele Jahre Chef« (Z 114) im Beruf und die Frau erhielt ihren Verantwortungsbereich im häuslich-familiären Kontext. Macht man sich die von ihm bemühte Metapher zu eigen und stellt sich die Ehe bzw. die Familie als Schiff vor, auf dem seine Frau in allen Angelegenheiten die Leitungsaufgabe zugewiesen bekommen hatte, dann wäre er auf diesem Schiff so etwas wie ein nach Feierabend und an den Wochenenden regelmäßig wiederkehrender Urlauber oder gar Schiffseigner, der finanziell den Erhalt und die Instandsetzung des Schiffes sicherstellt, ansonsten aber nicht weiter involviert sein möchte, sondern bei seinen Aufenthalten an Bord insbesondere um seine Erholung bedacht ist. Dieses für ihn sehr zufriedenstellende Rollenkonzept wurde auch nach Eintritt in den Ruhestand zunächst noch aufrechterhalten. Durch den Kauf eines Hauses in Spanien, das als Alterswohnsitz ausgebaut werden sollte, schaffte sich Herr Franz direkt nach dem Ausstieg aus dem Erwerbsleben ein neues Projekt, in das es viel Arbeit zu investieren galt und das die Fortsetzung seines recht beispielhaften männlich-fordistischen Erwerbsarbeitszeitstils auch für seine Zeitgestaltung im Ruhestand rechtfertigte.

Durch die Erkrankung seiner Frau beginnen die eingespielten Rollenmuster jedoch etwa fünf Jahre nach Ruhestandseintritt langsam brüchig zu werden. Während es anfangs nur kleinere

<sup>1</sup> Das Konzept des fordistischen *Zeitregimes* umschreibt die weitgehende Standardisierung, Normierung und institutionelle Synchronisierung der gesellschaftlichen Zeitorganisation, deren zentraler Taktgeber die fordistischen Unternehmen sind (vgl. Läßle et al. 2010: 12).

Aufgaben im Haushalt sind, die von Herrn Franz übernommen werden müssen, kommen mit Fortschreiten ihrer Demenzerkrankung immer mehr Bereiche dazu, in denen seine Frau auf Hilfe angewiesen ist. Der Plan vom gemeinsamen Alterswohnsitz im Ausland zerschlägt sich und Herr Franz muss das Haus in Spanien wieder verkaufen. Stattdessen kommt es zur unfreiwilligen, aber moralisch unumgänglichen Übernahme der von ihm eigentlich als traditionell weiblich gedeuteten Pflegerolle, die mit einer Doppelbelastung aus Haushalts- und Pflegeaufgaben einhergeht, in der er sich sowohl mit ungewohnten Tätigkeitsbereichen, vor allem aber auch mit biographisch noch nicht erlebten Zeitwängen konfrontiert sieht.

Im Alltag des Ehepaars Franz ist es zum Zeitpunkt des Interviews nicht mehr so, dass die Arbeitszeiten von Herrn Franz den Tag strukturieren und die gemeinsame Zeit limitieren, sondern seit der Erkrankung seiner Frau sind es die Pflegeanforderungen, die zunehmend seine Alltagszeit dominieren und seine Eigenzeit minimieren: »Zeit habe ich gar keine. Ich/ da sagt man eh schon, die Rentner haben keine Zeit, aber bei mir ist das noch schlimmer. Ich habe so viel zu machen.« (Z 713f) Über die im öffentlichen Diskurs eher floskelhaft-ironisch verwendete Rede vom zeitknappen Rentner grenzt sich Herr Franz von jenen Ruheständlern ab, die keine Pflegeverpflichtungen haben und unterstreicht zugleich die Brisanz seiner Zeitarmut. Am Morgen ohne den Wecker aufzustehen, musste er sich daher wieder abgewöhnen, denn »dann fehlt die Zeit« (Z 440). Nach dem Aufstehen bleibt ihm eine halbe Stunde, um sich selbst fertigzumachen, anschließend kümmert er sich um seine Frau, hilft beim Anziehen, gibt ihr ihre Medikamente, macht das Frühstück, räumt auf, kocht, wäscht, bügelt und ist »praktisch den ganzen Tag« (Z 308) mit seiner Frau und dem Haushalt beschäftigt. Unterstützung von der Tochter erhält Herr Franz dabei nur in Notfällen, weil diese beruflich stark eingespannt sei.

In dieser Situation werden seine sozialen Netzwerke für Herrn Franz zum einzigen Garant zumindest kurzer Pflegeauszeiten, und da sich in seinem Pflegealltag die benötigten Zeitfenster für soziale Kontakte nicht von selbst auftun, wird er selbst aktiv und holt sich ein bisschen von seiner Zeit zurück:

»Und die Zeit stehle ich mir dann. Ja. Die MUSS ich mir stehlen. [...] Jeden Donnerstag treffe ich mich mit Freunden. Wenn ich ihr ihr Bett gerichtet habe, eine Wärmflasche und was sie halt wünscht, dann verschwinde ich. Und, na ja, das sind dann so zwei Stunden, wo man dann ganz andere Diskussionen hat, und so weiter. [...] Ja, ja, ich versuche irgendwie, wenn es geht, wegzugehen, sonst fällt mir die Decke auf den Kopf.« (Z 308ff)

Die Strategie, sich vom Alltagszeitkonto, das durch die Doppelbelastung mit Pflege und Haushalt eigentlich immer bereits geschröpft ist, trotzdem regelmäßig ein paar Stunden für den Eigenbedarf zu stehlen, zeigt, dass die von Herrn Franz praktizierte moralische Selbstverpflichtung zur Pflege der Partnerin ihre Grenzen hat. Die erfolgreich gestohlene Zeit nutzt er dann dazu, aus seiner Situation auszubrechen und sich sowohl räumlich als auch gedanklich zu distanzieren. Dabei basiert sein Bestreben, der Frau vorher alles Recht zu machen, auf der Erfahrung, schneller Zeit für sich zu haben, wenn alles zu ihrer Zufriedenheit und so gewohnt wie möglich abläuft.

Interessanterweise bleibt es bei Herrn Franz aber bei diesen zwar regelmäßigen, aber dennoch minimalen Zeitdiebstählen, denn auch wenn er berichtet, immer wieder darüber nachzudenken, mal wieder für mehrere Wochen zu verreisen, so setzt er seine Fluchtpläne letztendlich doch nie um, weil er sich für das Wohlergehen seiner Frau verantwortlich fühlt. Dieses Verant-

wortungsgefühl ist bei Herrn Franz zum Zeitpunkt des Interviews allerdings weniger durch die emotionale Bindung zu seiner Ehefrau als vielmehr über seine Religiosität und das Festhalten am Eheversprechen begründet: »Und durch meinen Glauben [...] habe ich das halt hingenommen. [...] Und dann habe ich mich halt jetzt in das Leben des Betreuenden der Demenzkranken hineingefunden. Und heute betrachte ich meine Frau nicht mehr als meine Frau, sondern nur noch als, als betreute Person.« (Z 226ff) Diesen Wandel der Beziehungsperspektive beschreibt er als Ergebnis der krankheitsbedingten Persönlichkeitsveränderung seiner Frau innerhalb der letzten beiden Jahre. Die emotionale Distanzierung von ihr zeigt sich unter anderem darin, dass er in den Narrationen über sie nie ihre Zugehörigkeit zu ihm anzeigt, sondern ausschließlich unter Nutzung von Demonstrativpronomen über »die Frau« (Z 48; 83; 1053) berichtet. Für die Pflegetätigkeiten hat diese emotionale Abspaltung von seiner Frau wiederum dazu geführt, dass er sich als Dienstleister bzw. Pflegekraft für seine Frau versteht. Der von ihm zuvor gelebten männlich-fordistischen Zeitlogik folgend legt er den Pflegetätigkeiten schließlich eine berufsähnliche Arbeitsethik zugrunde, innerhalb derer es dann auch leichter zu rechtfertigen ist, sich nach einem langen Arbeitstag ein paar Stunden Zeit für den Feierabend zu stehlen.

Mit Blick auf die Bedeutung der Pflegeverpflichtung für die Gestaltung der verbleibenden Lebenszeit zeigt sich bei Herrn Franz eine deutliche Enttäuschung darüber, dass die ursprüngliche Vorstellung vom *verdienten Ruhestand* nicht wie geplant umgesetzt werden konnte – stattdessen »war eigentlich der ganze Lebensweg dann KAPUTT, sozusagen« (Z 9f). Doch obwohl der Traum vom eigenen Haus in Spanien für ihn auch in Zukunft nicht mehr zu realisieren sein wird, gibt er sich in seiner Situation nicht desillusioniert, sondern eher als vorübergehend ausgebremst. Anders als die Mehrzahl der pflegenden Angehörigen im Sample macht sich Herr Franz ganz explizit Gedanken über sein Leben nach dem Tod seiner Frau. Für ihn ist klar, dass ihn dann nichts mehr hält und er »dauernd unterwegs« (Z 1212) sein wird, um nachzuholen, wofür er in der Gegenwart keine Zeit hat. Dabei sorgt die Orientierung am durchschnittlich sehr hohen Sterbealter der anderen männlichen Familienmitglieder für einen subjektiven Lebenszeithorizont, der ihm trotz seines Alters von 83 Jahren noch ausreichend Lebenszeit zum Nachholen der »späten Freiheit« zur Verfügung stellt.

## Frau Moser – Zeit absitzen und die Gegenwart konservieren

Frau Moser ist zum Zeitpunkt des Interviews 86 Jahre alt und wohnt gemeinsam mit ihrem Mann in einer kleinen Wohnung am Stadtrand einer süddeutschen Großstadt. Zusammen mit der ganzen Familie ist das Ehepaar Moser Anfang der 1990er Jahre nach Deutschland immigriert und während ihr Sohn mittlerweile in einem anderen Teil von Deutschland lebt, wohnen ihre Tochter und die drei Schwestern von Frau Moser gleich bei ihr in der Nähe. In ihrer Heimat hat Frau Moser ihr Leben lang in einer Fabrik am Fließband gearbeitet und nachdem sie in Deutschland angekommen war, begann sie zusammen mit ihrem Mann als Reinigungskraft zu arbeiten, um sich eine eigene Wohnung finanzieren zu können. Diesen Job legte das Ehepaar Moser erst nach zwölf Jahren altersbedingt nieder und Frau Moser ging mit 74 Jahren endgültig in den Ruhestand. Rund zwei Jahre später kündigte sich dann die Erkrankung des Mannes an, sodass

Frau Moser zum Zeitpunkt des Interviews seit etwa zehn Jahren ihren mittlerweile schwer demenzten Ehepartner pflegt.

Über ihr Leben in der mittleren Lebensphase weiß Frau Moser vor allem zu berichten, dass es durch viel Arbeit und wenig Zeit geprägt war:

»Zuerst Wäsche waschen, mit der Hand, bis Mittag. Dann schnell anziehen und acht Stunden in die Arbeit. [...] Ich habe in drei Schichten gearbeitet. Und manchmal solche Arbeit, dass ich dachte: wenn nur der Tag vergeht, dass ich diesen Tag überstehe. [...] und wir hatten nicht einmal Zeit, auf die Toilette zu gehen, [...] wegen den Maschinen, die dann alle gestanden sind.« (Z 602ff)

Frau Moser, die bereits in sehr jungen Jahren anfang, in der Fabrik zu arbeiten, war unter fordistischen Bedingungen tätig, bei denen das Interesse an einer reibungslos-standardisierten Massenproduktion über den Grundbedürfnissen der Arbeitnehmer/-innen angeordnet war. Nur mithilfe der von ihr beschriebenen instrumentellen Arbeitshaltung war es ihr möglich, den unangenehmen Arbeitsalltag am Fließband insgesamt mehr als 40 Jahre durchzustehen. Durch das Schichtsystem ist Frau Mosers Alltagszeit in dieser Lebensphase ganz maßgeblich durch die Zeitanforderungen des Arbeitgebers dominiert und Familienzeiten müssen um die Schichten herum angeordnet werden. Weiterhin macht Frau Moser deutlich, dass sie zwar genauso viel gearbeitet hat wie ihr Ehemann, beide in ihrer Beziehung aber trotzdem einem traditionellen Rollenverständnis folgten, womit Frau Moser neben dem Beruf auch die Hauptverantwortung für die Reproduktions- und Erziehungsarbeit trug. Dadurch entstand für sie eine Doppel- und Dreifachbelastung, die von ihr allerdings nicht kritisch, sondern vielmehr als selbstverständlich reflektiert wird. Freie Zeit oder Zeit für sich habe sie in der mittleren Lebensphase daher eigentlich nie zur Verfügung gehabt, was bei ihr dazu führte, dass sie häufig darüber nachdachte, was sie alles machen werde, wenn sie erstmal in Rente gehe. Dementsprechend verkörpert Frau Moser ein biographisch recht beeindruckendes Fallbeispiel für weiblich-prekäre Lebensverläufe und die geschlechtsspezifischen Zeitkonflikte in dieser Lebensphase.

Durch die bereits erwähnte Migration nach Deutschland und die anschließend notwendige Fortsetzung der Erwerbstätigkeit musste Frau Moser sich allerdings noch fast zehn Jahre länger als eigentlich von ihr erwartet gedulden, bis sie endlich mehr Zeit für die Umsetzung eigener Interessen haben sollte. Nach der Aufgabe des Reinigungsjobs nutzten die Mosers ihre freie Zeit dann vor allem für gemeinschaftliche Aktivitäten. Sie nahmen verstärkt die Angebote in ihrer Kirchengemeinde wahr, machten Tages- und Wochenausflüge mit Bekannten aus der Heimat, gingen zu Vorträgen oder trafen sich mit Familie und Freunden zum Musizieren. Als sich allerdings bereits nach zwei Jahren die Alzheimerdemenz des Mannes ankündigt, gerät Frau Mosers erst kürzlich frei verfügbar gewordene Alltagszeit in ein neues Zwangskorsett. Wegen der mit der Erkrankung einhergehenden Verhaltensänderungen wie Orientierungslosigkeit und ständige Unruhe war die Teilnahme an Ausflügen und Kurzreisen bald nicht mehr möglich. Stattdessen reduzierte sich die räumliche Mobilität der Mosers zunehmend auf ihr Stadtviertel und die eigenen vier Wände und der Kontakt mit zuvor aufgebauten Freundes- und Bekanntenkreisen riss wieder ab. Zum Zeitpunkt des Interviews beschränken sich die außerehelichen Sozialkontakte von Frau Moser auf die Tochter, die jeden Morgen vorbei kommt, um beim Waschen und Anziehen des Vaters zu helfen. Darüber hinaus besucht Frau Moser mehrmals im Monat ihre Schwestern, zu denen sie ihren Mann noch mitbringen kann, und nimmt alle zwei Wochen an



einem Treffen für pflegende Angehörige teil. Hin und wieder geht sie außerdem zu einem Singkreis, was allerdings nur unregelmäßig klappt, weil die Tochter in der Zeit verfügbar sein muss, um auf den Vater aufzupassen. Für Frau Moser ist dieser Alltag alles andere als zufriedenstellend, wobei sie sich allerdings nicht darüber beklagt, zu wenig Zeit zu haben:

»Ich habe viel zu viel Zeit. Ich möchte diese Freizeit, die wir haben, wenn man dann gespült hat und alles, dann bis zum Abendessen wäre ja Zeit. Aber dass man sagt: Na, wir gehen jetzt spazieren. Das geht nicht. Dann sitzt man hier in der Wohnung. Die Bekannten sind auch alle weit weg und kann man nicht hingehen. Und so ist die Zeit, wie soll ich sagen, so traurig. Man weiß nicht, soll man immer im Fernsehen sehen, was einen oft nur aufregt. Ich habe nicht die Beschäftigung oder, wie soll ich sagen? Für mich wäre das, wenn ich hinausgehen könnte, spazieren gehen, in das Grüne, in die Natur. Das gefällt mir sehr. Oder, wie ich sagte, so in Vorträge und so. Aber das fällt alles weg.« (Z 284ff)

Frau Moser beschreibt sich selbst als »Hausfrau« (Z 93), die die täglichen Arbeiten, wie Kochen, Waschen, Bügeln, nach wie vor ganz selbstverständlich und nebenher erledigt. Auch die Pflegeaufgaben werden von ihr nicht als zeitaufwendig markiert. Stattdessen steht sie vor dem Problem, die außerhalb der Pflege- und Haushaltstätigkeiten zur Verfügung stehende Zeit subjektiv nicht sinnvoll für sich nutzen zu können. Aufgrund ihres Selbstverständnisses als fürsorgende Ehefrau bindet sie sich nicht nur emotional, sondern auch zeitlich und räumlich komplett an ihren dementen Mann, und da dieser kaum noch mit ihr interagieren kann, wird die Zeit von ihr als leer und im Überfluss vorhanden empfunden. Anstatt den Tag außerhalb der eigenen vier Wände aktiv zu gestalten, sitzt sie die Zeit irgendwie in der Wohnung, auf dem Sofa oder vor dem Fernseher passiv ab. Frau Moser, die sich selbst als »krankhaft neugierig« (Z 306) und wissbegierig beschreibt, neigt in ihren Narrationen über ihre vielfältigen Interessen dazu, sich ein *Leben im Konjunktiv* zu konstruieren, in dem sie zumindest in Gedanken die Zeit sinnvoll zu füllen weiß. Was sie davon abhält, ihr Bedürfnis nach mehr Aktivität und Abwechslung in die Tat umzusetzen, ist zum einen das schlechte Gewissen, wenn sie ihren Mann allein zuhause »einsperrt« (Z 939). Zum anderen sei sie es so gewöhnt, alles mit ihm gemeinsam zu machen, dass es für sie auch nicht schön sei, allein unterwegs zu sein: »Ich habe es gerne mit jemandem zu gehen und dann zu sprechen und mich zu freuen [...]. Schau das und schau das. Und allein macht mir das nicht Freude.« (Z 940f)

Nachdem ihr Mann in den letzten Monaten immer schlechter laufen konnte, kam es häufiger zu Stürzen in der Wohnung und zu Situationen, in denen Frau Moser als Hauptpflegeverantwortliche überfordert war. Daher begann sie, sich mit dem Gedanken auseinanderzusetzen, ihren Mann in ein Pflegeheim zu geben. Allerdings bleibt sie auch hier bei Formulierungen im Konjunktiv und verweist auf ihre Fürsorgeverantwortung als Frau und begründet ihre Zurückhaltung zusätzlich darüber, dass ihr Mann einen Umzug ins Heim sowieso ablehnen würde. Und da die Tochter immer eher zu ihm als zu ihr halte, habe sie bisher auch einfach »nicht die Courage gehabt« (Z 969), ihre zeitweise Überforderung mit der Pflege und das Thema Heimunterbringung anzusprechen. In diesen Bedenken zeigt sich einmal mehr die Wirkmächtigkeit der traditionellen Rollenverteilung, die es Frau Moser nicht erlaubt, der subjektiv wahrgenommenen Selbstverständlichkeit der Durchführung weiblicher Fürsorgearbeit eine Grenze zu setzen. Und so findet sie sich weiterhin mit ihrer Situation ab und muntert sich über den Vergleich mit anderen Menschen auf, denen es im Leben viel schlechter gehe als ihr.

Doch trotz der von ihr beschriebenen subjektiven Zeitkonflikte und der Überforderungsmomente innerhalb des Pflegealltags ist Frau Moser im Hinblick auf ihre Lebenszeit darauf bedacht, ihre aktuelle Lebenssituation gemeinsam mit ihrem Ehemann so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Dabei gibt sie sich bescheiden: »Dass es so weiter geht, dann sind wir zufrieden. Diese Krankheit ist schrecklich, aber trotzdem, bin zufrieden. Nur dieses, dass ich diese Jahre, dass wir diese vielen Jahre nicht haben leben KÖNNEN so [...] wie wir das gerne gemacht hätten, das ist traurig. Aber wenn es nicht geht, geht es nicht.« (Z 699) Gedanken an eine Zukunft ohne ihren Mann spielen in Frau Mosers Narrationen keine Rolle – auch nicht, wenn sie direkt danach gefragt wird. Stattdessen konzentriert sie sich auf das Hier und Jetzt, findet sich mit ihrer Situation als pflegende Ehefrau ab und hält die *Wir-Identität* als Ehepaar aufrecht. Damit zeigt Frau Moser auch ein Festhalten an der Gegenwart, das wir in vielen Interviews mit Älteren beobachten können. Der immer wieder geäußerte Wunsch, die Gegenwart und damit vor allem den aktuellen Stand der Gesundheit (oder Krankheit, wie im Falle von Herrn Moser) zu konservieren, scheint mit der Vorstellung verknüpft zu sein, dass es in der Zukunft nur schlechter werden kann. Eine Vorstellung, die zumindest im akuten Fall von Frau Moser nicht unbedingt naheliegend erscheint, da zu vermuten wäre, dass eine Zukunft ohne Pflegeverpflichtung – ganz wie im Fall von Herrn Franz – eine nicht nur zeitliche, sondern auch nervliche Erleichterung bedeuten würde – »[w]eil wir mehr belastet sind als der Kranke. Und das greift einem sehr die Seele und die Nerven an.« (661f) Dennoch scheint die bei Frau Moser weiterhin starke emotionale Bindung an ihren Mann dafür zu sorgen, dass es auch in Zukunft – bzw. der noch möglichst lange anhaltenden Gegenwart – unwahrscheinlich bleibt, dass Frau Moser aufhört, ihre Zeit abzusitzen und stattdessen ihrem persönlichen Bedürfnis nach Abwechslung und Aktivität nachzugehen.

## Vergleichende Bilanz und Ausblick

Das Anliegen der hier vorgestellten Fallanalysen war es, einen ersten Einblick in die Komplexität der Zeitanforderungen zu geben, mit denen pflegende Angehörige im Ruhestand alltäglich und biographisch konfrontiert sind. Dabei sollte es nicht darum gehen, idealtypische Konstruktionen von Zeithandeln in der Pflegesituation vorzunehmen, sondern darum, einen Ausschnitt aus der laufenden kontrastierenden Analyse zu zeigen, bei der am Fallmaterial unterschiedliche Typiken bzw. Stile herausgearbeitet werden sollen, für die der konkrete Fall jeweils eine Schnittfläche bildet (Przyborski, Wohlrab-Sahr 2010: 335).

Für die vergleichende Bilanz beider Fälle lässt sich erstens festhalten, dass trotz minimaler Kontrastierung der generellen Pflegesituation die von den Interviewten subjektiv gedeuteten Zeitkonflikte kaum gegensätzlicher hätten ausfallen können: Während Herr Franz das Problem schildert, im Pflegealltag *zu wenig* Zeit zur Verfügung zu haben, kritisiert Frau Moser, durch die Bindung an ihren immobilen pflegebedürftigen Ehemann *viel zu viel* Zeit zu haben, die subjektiv nicht sinnvoll gestaltet werden kann. Diese unterschiedlichen Formen der Zeitwahrnehmung stehen zweitens in Zusammenhang mit den verschiedenen Zeitstilen, die sich in beiden Fällen beobachten lassen. Dabei ist es wiederum interessant, dass die Taktik von Herrn Franz, sich aktiv die *Zeit zu stehlen*, um hin und wieder ein bisschen Eigenzeit zu haben, eine Reaktion auf

seine Wahrnehmung darstellt, insgesamt zu wenig Zeit zu haben. Bei Frau Moser hingegen entsteht der Eindruck, dass der von ihr wahrgenommene Überfluss an leerer Zeit eine Konsequenz aus ihrer eher passiven Praxis ist, die *Zeit abzusetzen*.

Schließlich und drittens konnte aus den subjektiven Deutungen der Pflegesituation abgeleitet werden, dass die Zeitkonflikte im Pflegealltag sich nicht nur auf die Wahrnehmung und Gestaltung der Alltagszeit auswirken, sondern auch eine Rolle spielen im Hinblick auf den Umgang mit der verbleibenden Lebenszeit. Denn die von Herrn Franz wahrgenommene Zeitarmut im Alltag und die Konsequenz, sich an den Abenden regelmäßig ein bisschen Zeit für sich zu stehlen, führen bei ihm dazu, dass er auch mit Blick auf die Zukunft aktiv wird und bereits genaue Pläne davon entwickelt, was er alles im Sinne der *Logik des Nachholens* machen wird, wenn die Frau irgendwann gestorben und er von der Pflegeverpflichtung befreit ist. Im Gegensatz dazu zeigt der Fall von Frau Moser, dass – auch wenn dies naheläge – die Unzufriedenheit mit im Überfluss zur Verfügung stehender, aber nicht aktiv nutzbarer Alltagszeit im gegenwärtigen Pflegealltag trotzdem nicht unbedingt zu einer aktiven Planung der pflegebefreiten Zukunft führt, sondern weiterhin die Gegenwart konserviert wird.

Als aufschlussreich für die Herleitung der beobachteten Zeitpraktiken und Deutungsmuster im Pflegealltag erwies sich – wie so oft – die Berücksichtigung der jeweiligen Biographie. Im Laufe der mittleren Lebensphase erfahrene Zeitanforderungen sowie daraufhin angeeignete Zeitstile stehen, wie sich gezeigt hat, in engem Zusammenhang mit geschlechtsspezifischen Rollenmustern und -praktiken. Diese wurden innerhalb der Partnerschaft über mehrere Jahrzehnte praktiziert und als Selbstverständlichkeit internalisiert und dienen auch in der Pflegesituation als wirkmächtiges Deutungs- und Begründungsmuster für das jeweilige Zeithandeln. Für Herrn Franz, der vor Eintritt der Pflegeverpflichtung dem klassisch männlich-fordistischen Alleinverdienermodell folgte und dadurch in der mittleren Lebensphase und darüber hinaus eine traditionell organisierte Rollenverteilung praktizierte, ist die Übernahme der von ihm als traditionell weiblich gedeuteten Pflegerolle alles andere als selbstverständlich, aber aus verantwortungsmoralischen Gründen unumgänglich. Bei Frau Moser hingegen, die trotz der Vollzeitberufstätigkeit stets zusätzlich allein sämtliche Reproduktions- und Fürsorgearbeiten innerhalb der Partnerschaft und Familie übernahm, sorgt das Selbstkonzept als fürsorgende Ehefrau mit ausgeprägter *Wir-Identität* dafür, dass sie die Erfüllung der Pflegeaufgaben als selbstverständlichen Part ihrer weiblichen Rolle und Verpflichtung gegenüber ihrem Mann versteht. Innerhalb dieses tradierten weiblichen Selbstverständnisses scheint es dann wiederum schwierig, Grenzen zu ziehen und Pflegeauszeiten einzufordern. Dieser Aspekt zeigt sich bei Frau Moser unter anderem darin, dass sie sich trotz der nervlichen Belastung und Überforderung mit der Situation nicht traut, der Hauptpflegeverantwortung gegenüber ihrem Mann zu entsagen, da in ihrer Wahrnehmung die Erfüllung dieser Rollenanforderung von Ehemann und Tochter erwartet wird. Interessanterweise spielen externe Erwartungen an ihn als Pflegenden bei Herrn Franz überhaupt keine Rolle, was darauf hindeutet, dass es innerhalb der Pflege zu sowohl zeitlichen als auch moralischen Konflikten mit potentieller Geschlechtsspezifität kommt.

Für die weiteren Analysen des Interviewmaterials generieren diese Fallanalysen daher eine Reihe von Fragen, die es im Verlauf der weiteren Forschungen noch zu beantworten gilt: Zum einen kann man fragen, inwieweit sich die beobachtete Geschlechtsspezifität der Pflegerolle im restlichen Sample wiederfindet und welche Varianzen und Ausprägungen sich diesbezüglich

beobachten lassen. Zum anderen gilt es die Bedeutung subjektiv gesetzter Grenzen<sup>2</sup> der Pflege genauer zu untersuchen und zu fragen, inwiefern diese Grenzen vergeschlechtlicht sind. Außerdem ist von Interesse, inwieweit die emotionale Abspaltung vom Partner bzw. das Festhalten an der *Wir-Identität* geschlechtsspezifische Formen des Umgangs mit der Pflegesituation darstellen oder aber biographisch über die subjektiv resümierte Qualität der Partnerschaft zu begründen sind. Für die Fortsetzung des theoretischen Samplings erscheint es zudem sinnvoll, die bereits erfolgten Analysen mit Fällen zu kontrastieren, bei denen es in der mittleren Lebensphase eine weniger traditionelle Rollenverteilung gab und zu schauen, ob sich andere Pflegeselbstverständlichkeiten zeigen und wie diese gerahmt werden. Abgesehen vom Fokus auf die Kategorie Geschlecht wird zukünftig außerdem die Varianz des Alters der pflegenden Angehörigen und die damit verbundene Frage nach Generationsunterschieden stärker mit zu berücksichtigen sein. Und schließlich gilt es ganz generell genauer zu ergründen, welche Rolle die *Gesellschaft* - vertreten durch Familie, Freunde, Bekannte, Nachbarn oder vermeintlich Fremde – als subjektiv erfahrener Beobachter der Pflegenden für das Zeithandeln und den Umgang mit Zeitkonflikten in der Pflege spielt.

Geschlossen werden diese Ausführungen daher weniger mit dem Gefühl, sich zurücklehnen und einen Strich unter die bisherige Forschungsarbeit machen zu können, als vielmehr in erwartungsvoller Neugier auf die Fortsetzung der empirischen Analysen.

## Literatur

- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 2006: Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft, [www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/fuenfter-altenbericht,property=pdf,bereich=rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/fuenfter-altenbericht,property=pdf,bereich=rwb=true.pdf) (letzter Aufruf: 10.04.2015).
- Burzan, N. 2002: Zeitgestaltung im Alltag älterer Menschen. Opladen: Leske & Budrich.
- Charmaz, K. 2011: Den Standpunkt verändern. Methoden der konstruktivistischen Grounded Theory. In G. Mey, K. Mruck (Hg.), *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 181–205.
- Gaschke S. 2011: Entspann dich, Alter! DIE ZEIT, 15, <http://www.zeit.de/2011/15/DOS-Senioren> (letzter Aufruf: 10.04.2015).
- Glaser, B., Strauss, A. 1967: *The discovery of grounded theory. Strategies for qualitative research*. New York: Aldine.
- Köller, R. 2006: Ruhestand – mehr Zeit für Lebensqualität?, <http://d-nb.info/985072393/34> (letzter Aufruf: 10.04.2015).
- Läpple, D., Mückenberger, U., Oßenbrügge, J. 2010: *Zeiten und Räume der Stadt*. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Layer, D. 2008: *Endlich Zeit für ALLES! Das kleine Buch zum Ruhestand*. Stuttgart: Esslinger.
- Münch, A. 2014: "Also dieses enge Korsett ist nicht mehr da." Zur Zeitsouveränität im Alter. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 15(3), Art. 19, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1403193> (letzter Aufruf: 10.04.2015)
- Przyborski, A., Wohlrab-Sahr, M. 2010: *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg.

<sup>2</sup> Gemeint sind – wie in den Fallanalysen bereits angedeutet – zeitliche Grenzziehungen zur Wahrung von Pflegeauszeiten oder auch inhaltlich gesetzte Grenzen der Pflege (zum Beispiel Windeln wechseln), die zur Abgabe der Pflegeverpflichtung führen (würden).

- Reisch, L. 2002: Ist das Thema Zeitwohlstand theoriefähig? Plädoyer für einen theoriegeleiteten Zeitwohlstandsdiskurs. In J. Rinderspacher (Hg.), *Zeitwohlstand. Ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation*. Berlin: Edition Sigma, 37–58.
- Statistisches Bundesamt 2004: *Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung*, Wiesbaden, [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbu dgeterhebung/Alltag1030443049004.pdf;jsessionid=2F900C03FEB064CAC8F88373DFF107F4.cae3?\\_\\_ blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbu dgeterhebung/Alltag1030443049004.pdf;jsessionid=2F900C03FEB064CAC8F88373DFF107F4.cae3?__ blob=publicationFile) (letzter Aufruf: 10.04.2015).
- Statistisches Bundesamt 2015: *Pflegestatistik 2013*. Wiesbaden, [https://www.destatis.de/DE/ Publikatio nen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschland ergebnisse 5224001139004.pdf?\\_\\_blob= publi cationFile](https://www.destatis.de/DE/ Publikatio nen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschland ergebnisse 5224001139004.pdf?__blob= publi cationFile) (letzter Aufruf: 10.04.2015).
- Strauss, A. 2004: Methodologische Grundlagen der Grounded Theory. In J. Strübing, B. Schnettler (Hg.), *Methodologie interpretativer Sozialforschung. Klassische Grundlagentexte*. Konstanz: UVK, 427–451.
- Strauss, A., Corbin, J. 1990: *Basics of qualitative research: Grounded theory procedures and techniques*. Newbury Park: Sage.
- Strübing, J. 2008: *Grounded Theory: Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Ver fahrens der empirisch begründeten Theoriebildung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stumpf, H. 2014: *Wenn das Wochenende 7 Tage hat: Berufsende – Rente – Älterwerden... und alles, was Sie dazu wissen sollten*. Norderstedt: Books on Demand.
- Witzel, A. 2000: Das problemzentrierte Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 1(1), Art. 22, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228> (letzter Aufruf: 10.04.2015).

# Überalterungsdiskurs, Solidaritätssemantiken und Alterspolitik in der Schweiz im 20. Jahrhundert

Eine Beziehungsgeschichte

Matthias Ruoss

*Beitrag zur Veranstaltung »Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?« der Sektion Alter(n) und Gesellschaft – organisiert von Harald Künemund und Andreas Motel-Klingebiel*

Über Demografie und die damit verbundenen »Probleme« wie Geburtenrückgang und verlängerte Lebensdauer, aber auch Landflucht oder solch nebulöse Phänomene wie »Dichtestress«, wurde in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so intensiv diskutiert wie heute. Dabei erscheinen die Bevölkerungsentwicklungen, speziell die demografische Alterung, im öffentlichen und Fachdiskurs fast ausnahmslos als düstere Krisen- bzw. Katastrophenszenarien (Etzemüller 2007). In den Augen vieler PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Medienschaffenden vergeist die Schweizer Demokratie schon mal zur Gerontokratie und nicht wenige fürchten sich vor dem Schreckgespenst des real existierenden Seniorismus. Gleichzeitig wird angesichts der demografischen Alterung mehr Solidarität zwischen den Generationen eingefordert, um den vermeintlich bevorstehenden Generationenkonflikt oder sogar -krieg zu verhindern (Cosandey 2014). Zu vernehmen ist zudem die auffällig laut vorgetragene Forderung nach einer Generationenpolitik (Bundesamt für Sozialversicherungen 2009; Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften 2010), welche die Verteilung von materiellen Ressourcen, Lebenschancen und -qualität zwischen erwerbstätigen Jungen und pensionierten Alten neu und vor allem gerecht auszuhandeln, aber auch die Pflichten der einen und die Rechte der anderen neu festzulegen vermag (auch Streeck 2007: 302). Dazu gehören eine ganze Reihe von alterspolitischen Reformvorschlägen, allen voran die Erhöhung des Rentenalters, nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa (Europäische Kommission 2005; Zenker 2009). Häufig wird auch das Umlageverfahren in der staatlichen Altersversicherung zum Auslaufmodell erklärt und das Kapitaldeckungsprinzip der beruflichen und individuellen Vorsorge (2. und 3. Säule) als demografieresistent und generationengerecht geradezu glorifiziert (Bessard 2007; Moog et al. 2015).

Dass die sogenannten Probleme, die mit der demografischen Alterung zusammenhängen, die solidarische Versicherungsgesellschaft herausfordern und alterspolitische Reformen nötig machen, scheint heutzutage evident und kaum umstritten zu sein. Zwar erheben sich auch kriti-

sche Stimmen, die auf die politiklegitimierende Kraft des Überalterungsdiskurses und der Solidaritätssemantiken hinweisen, doch werden sie kaum gehört. Auch sozial- und kulturwissenschaftliche Studien (zum Beispiel Prisching 2003: 157–190; Barlösius, Schiek 2007; Butterwegge 2007: 163–166; Christen 2011) haben mehrfach auf die alterspolitische Indienstnahme von demografischem Wissen und die diskursive Funktion hingewiesen, die dem Reden über Solidarität innerhalb einer (alternden) Gesellschaft zukommt. Dabei haben sie vor allem herausgestrichen, warum demografische Analysen eine hohe Anziehungskraft auf die Politik haben. Attraktiv sind sie insbesondere deshalb, weil sie die Komplexität von Bevölkerungsentwicklungen auf wenige Indikatoren wie Geburten- und Sterberaten zu reduzieren vermögen und ihrer Kontingenz durch scheinbar gesetzmäßige Prognosen begegnen. Das »evidenzbasierte« Argumentieren mit demografischen »Tatsachen« hilft mit, den Raum für politische Aushandlungsprozesse zu verengen und bestimmte alterspolitische Forderungen als Sachzwänge darzustellen. Eine Politik, welche diese Sachzwänge ignoriert, gilt nicht nur als realitätsfremd, sondern auch als unsolidarisch. Zusammen mit der Selbstevidenz demografischer Aussagen dient der Vorwurf der Unsolidarität oder Ungerechtigkeit dazu, den Handlungsdruck zu erhöhen und gewisse Alterspolitiken moralisch zu legitimieren.

Historische Arbeiten, die sich mit der Demografisierung der Alterspolitik, das heißt mit der dauerhaften Präsenz bevölkerungswissenschaftlicher ExpertInnen, ihrer Argumente und Forschungsergebnisse in Verwaltungen und Ämtern, in Parteien und Parlamenten sowie deren Einfluss auf die *politics of policy making* beschäftigen, existieren dagegen – vor allem für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts – nur wenige (Mackensen 1998; Rosental 2003; Lengwiler 2007). Die Schweiz ist hier keine Ausnahme – erstaunlich, ist sie doch für einmal tatsächlich ein interessanter Sonderfall, aus dem sich auch für die aktuelle alterspolitische Debatte relevante Erkenntnisse gewinnen lassen.

Die Schweiz ist eines der wenigen europäischen Länder<sup>1</sup>, das seine staatliche Altersversicherung im Kontext des sich formierenden Überalterungsdiskurses eingeführt hatte: Erst 1948 stimmte die männliche Stimmbevölkerung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) zu. In der vergleichenden Wohlfahrtsforschung gilt die Schweiz deshalb als verspäteter Sozialstaat (Armingeon 2001). Diese Verspätung bietet die rare heuristische Chance zu zeigen, wie und unter welchen Bedingungen das heute als selbstverständlich erachtete und so vertraut wirkende Zusammenspiel von Demografie, Solidarität und Alterspolitik entstanden ist. Um dies darzulegen, möchte ich in einem ersten Schritt kurz erläutern, wie die amtliche Statistik in den 1930er Jahren die Alterung der Bevölkerung als neues demografisches Phänomen entdeckte. Danach werde ich aufzeigen, wie dieses neue, von staatlichen Verwaltungszweigen produzierte Bevölkerungswissen der Politik ein Deutungsangebot lieferte, mit dem ganz andere Forderungen legitimiert wurden als heute: nämlich die Einführung einer staatlichen, umlagefinanzierten Altersversicherung. Zum Schluss werde ich den Bogen zur aktuellen alterspolitischen Debatte spannen und dabei versuchen zu zeigen, welchen Nutzen die anhand des Fallbeispiels Schweiz gewonnenen historischen Erkenntnisse des »frappierend Anderen« (Kocka 1990: 438) haben können.

---

1 Neben Norwegen (1936) und Finnland (1937) (Kuhnle, Sander 2010: 71–74).

## Formierung und Politisierung des Überalterungsdiskurses Ende der 1930er Jahre

Im Jahr 1934 erklärte der promovierte Volkswirt Carl Brüscheiler, von 1931 bis 1946 Leiter des Eidgenössischen Statistischen Amtes in Bern (Steffen Gerber 2003), den Mitgliedern der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft anlässlich ihrer Jahresversammlung:

»Geburtenrückgang und Sterblichkeitsverminderung haben zur Folge, dass in einer Bevölkerung die Jugendlichen immer spärlicher, die älteren Jahrgänge immer reichlicher werden. Es tritt jene Erscheinung zutage, die als Überalterung eines Volkes bezeichnet wird. Diese Überalterung hat bei uns bereits deutlich eingesetzt und wird sich je länger je mehr auswirken« (Brüscheiler 1934: 258).

Mit dieser pointierten Feststellung verwies Brüscheiler auf ein demografisches Phänomen, das im 19. Jahrhundert noch gänzlich unbekannt war. Seit der Gründung des Schweizer Bundesstaates 1848 hatte sich die Bevölkerung zwar stetig vergrößert, ist jedoch in ihrem Altersaufbau relativ stabil geblieben (Höpfinger 1986). Dementsprechend drehten sich die statistischen Berechnungen und bevölkerungspolitischen Überlegungen hauptsächlich um die sogenannte Übervölkerung. Erst um die Jahrhundertwende veränderte sich die demografische Lage und mit einer zeitlichen Verzögerung von rund dreißig Jahren auch ihre bevölkerungswissenschaftliche Perzeption (Ferdinand 2003): Mitte der 1930er Jahre war nicht mehr die Übervölkerung das prioritäre demografische Problem, sondern die Überalterung.

Maßgeblich beteiligt an dieser neuen Problemwahrnehmung und Interpretation der Bevölkerungsentwicklung als demografische Transition, das heißt als Übergang von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten und dem daraus resultierenden veränderten Bevölkerungswachstum, war das Eidgenössische Statistische Amt. Seit 1929 veröffentlichte es im *Statistischen Jahrbuch der Schweiz* Tabellen und bildlich ansprechende Grafiken, welche den Geburtenrückgang zusammen mit der verlängerten Lebensdauer darstellen (Eidgenössisches Statistisches Amt 1930: 75), ab 1933 auch international vergleichend (Eidgenössisches Statistisches Amt 1934: 447).

Die Diskursivierung von neuem Bevölkerungswissen schuf ein neues demografisches Krisenbewusstsein, das in der Weltwirtschaftskrise und durch die außenpolitische Bedrohung durch den Faschismus stark popularisiert wurde. Die amtlich beglaubigte Kunde, die schweizerische Bevölkerung schrumpfe und vergreise, verbreitete sich in der medialen Öffentlichkeit in den 1930er Jahren wie ein Lauffeuer. Auch die von Alltagsorgen geplagte Bevölkerung empfand die Überalterung vielfach als existentielle Bedrohung und nahm sie als Gefahr für die Nation wahr.

Als mächtige Wissensproduzentin forderte das Eidgenössische Statistische Amt die Politik zudem explizit zum Handeln auf und stellte ihr empirisches Material als Orientierungswissen zur Verfügung. So zählte Brüscheiler die Bekämpfung der »Überalterung« kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu einer »ganz neue[n] Aufgabe« (Brüscheiler 1939: 295) der Politik. Dass gleichzeitig aber auch eine umgekehrte Vereinnahmungsbewegung stattfand, die Politisierung und Vermachtung der Demografie, wurde etwa an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft von 1938 offenkundig, an der Statistiker zusammen mit ranghohen Politikern, Beamten, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sowie Fürsorgeexperten über die demografische Alterung konferierten. In seiner Begrüßungsrede erklärte Paul Victor Keller, Professor für Nationalökonomie an der Handelshochschule St. Gallen



und Präsident der Gesellschaft, es sei das Ziel der Veranstaltung, »nützliche Arbeit« zu leisten und wenn möglich »Anregungen für die praktische Politik zu geben« (Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft 1938: 216). Die nötigen statistischen Daten dafür lieferte Wilhelm Bickel, Adjunkt des Statistischen Amtes der Stadt Zürich (Bickel 1939). Als Referenten lud die Gesellschaft zwei prominente Personen ein: Zum einen den wohl bedeutendsten Familienpolitiker der Zwischenkriegszeit, den Katholisch-Konservativen Bundesrat Philipp Etter (Widmer 2005), der als Innenminister zugleich Chef des Eidgenössischen Statistischen Amtes war; zum anderen den angesehenen Altersexperten Werner Ammann (Roth 1962), Zentralsekretär der gemeinnützigen Stiftung »Für das Alter« (Ruoss 2015), der damals wie heute größten schweizerischen Altersfürsorgeorganisation.

Wie von Keller vorgegeben, kündigte Philipp Etter zu Beginn seines Vortrages über den »Geburtenrückgang als nationales Problem« an, aus den statistischen »Tatsachen, gewisse Folgerungen zu ziehen« (Etter 1939: 156). Mit einer in der Zwischenkriegszeit nicht unüblichen darwinistisch gefärbten Rhetorik legte er zuerst die »unbarmherzige Logik« (Etter 1939: 158) der Menschheitsgeschichte frei, nach der sich diejenigen Völker behaupten und durchsetzen, die sich am stärksten fortpflanzen; alle anderen würden früher oder später ihren Lebensraum verlieren, werden »an die Wand gedrückt« (Etter 1939: 159), so Etter. Um dies zu verhindern, müsse der »Wille zur Fruchtbarkeit« (Etter 1939: 159) neu angefacht werden. Dazu empfahl er diverse politische »Massnahmen im Sinne des Familienschutzes«, so zum Beispiel Steuererleichterungen, Wohnungsbeihilfen für kinderreiche Familien oder Familienzulagen (Etter 1939: 163f.).

Auch Werner Ammann legte seinem Referat empirische Daten zugrunde, zog aber andere sozialpolitische Schlüsse. Für ihn stand fest, dass die demografische Alterung »eine der Hauptursachen der zunehmenden Altersnot« ist, da sie »die ganze Wirksamkeit der Verwandtenunterstützung in Frage« (Ammann 1939: 186, 190) stellte: »Eine durchschnittlich kleiner werdende Kinderzahl kann der Unterstützungspflicht gegenüber durchschnittlich länger lebenden Eltern nicht mehr genügen« (Ammann 1939: 190). Auch die Armenpflege »versagt dem Massennotstand des Alters gegenüber, weil viele Armenkassen der übermässigen Belastung zu erliegen drohen« (Ammann 1939: 190). Deshalb forderte er, bei der Lösung der Altersfrage »neue Wege einzuschlagen« (Ammann 1939: 185). Einzig eine prämienbasierte Altersversicherung, so Ammann, könne die demografische Herausforderung parieren.

Obwohl der Überalterungsdiskurs primär pronatalistische Maßnahmen zum Familienschutz bekräftigte und legitimierte (Schumacher 2009: 139–163), erhöhte er auch den Druck auf die Lösung der Altersfrage. Im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern existierte in der Schweiz Ende der 1930er Jahre noch keine obligatorische Versicherung, welche das soziale Risiko Alter kollektiv absicherte. Die Hürden der Referendumsdemokratie und der ausgeprägte Föderalismus verhinderten die Einführung eines wirksamen zentralstaatlichen Altersvorsorgesystems lange Zeit. Erst im Zweiten Weltkrieg wurde die AHV mehrheitsfähig (Leimgruber 2008: 116–186; Studer 2012: 944–947). Die historische Forschung erklärt den Durchbruch mehrheitlich als Ergebnis von *policy learning*. Aufgrund der Erinnerungen an die sozialen Unruhen des Ersten Weltkriegs, die im Landesgeneralstreik von 1918 – eine der schwersten politischen Krisen der Schweiz im 20. Jahrhundert (Gautschi 1988) – kulminierten, setzte sich nun auch das bürgerliche Lager für Sozialreformen ein.

Ausschlaggebend für den Durchbruch waren aber nicht nur machtpolitische Überlegungen zur Sicherung des sozialen Friedens, sondern auch ein neues Problembewusstsein, das mit der Demografisierung der Sozialpolitik entstanden ist. Nicht nur stellte die demografische Alterung die Verwandtenunterstützung in Frage, worauf schon Werner Ammann hinwies. Entscheidend waren vor allem die neuen sozial- und finanzpolitischen Szenarien, die im Wissen um die demografische Alterung entstanden. So suggerierten statistische Prognosen zur demografischen Alterung einen kontinuierlichen Anstieg an arbeitslosen und bedürftigen alten Menschen und damit eine Verschärfung der sozialen Risiken Altersarbeitslosigkeit und Altersarmut, die in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre ohnehin virulent waren (Ruoss 2015). Neben der bevölkerungswissenschaftlich prognostizierten Potenzierung sozialer Probleme wurden demografische Expertisen in zunehmendem Masse zur Kritik an den bestehenden Fürsorgeeinrichtungen herangezogen, wobei Überlegungen zur Kostenverträglichkeit eine zentrale Rolle spielten (Greiner 1935; Kaiser 1947). So warnten Versicherungsexperten vor den expandierenden Fürsorgekosten, welche die Armenpflege künftig zu tragen hätten. Die demografische Alterung drohe, so die Argumentation, die steuerfinanzierte Armenpflege und damit die öffentliche Hand zu überlasten. Ein beitragsfinanziertes Vorsorgesystem, an dessen Finanzierung sich die Versicherten selbst und allenfalls die Arbeitgeber mit Prämienbeiträgen beteiligen, sei davon hingegen weniger betroffen. Zudem wiesen versicherungstechnische Grundlagenarbeiten, die immer stärker auf bevölkerungstatistisches Wissen abstellten, ein zunehmendes Ungleichgewicht im sogenannten Rentnerverhältnis nach, das heißt dem Verhältnis zwischen der Zahl der Beitragspflichtigen und der Zahl der Rentenberechtigten. Weil es mit der fortschreitenden demografischen Alterung »in den nächsten Jahrzehnten zu einem noch ungünstigeren Verhältnis« (Greiner 1935: 39) kommen werde, rieten führende Versicherungsexperten, die Altersversicherung möglichst bald einzuführen.

## Solidarität: Soziale Verpflichtung und alterspolitisches Paradigma

Der Versicherungsgedanke wurde angesichts der drohenden Überalterung der Bevölkerung aber noch aus einem weiteren Grund salonfähig. Bereits in den sozialpolitischen Debatten im Anschluss an den Landesgeneralstreik von 1918 appellierten bürgerliche Kreise an die Solidarität gegenüber alten Menschen und versuchten auf diese Weise der Altersversicherung den Boden zu bereiten, von der sie sich eine Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung erhofften. Gemäß dem österreichischen Historiker Josef Ehmer waren die Debatten um die Altersvorsorge auch in anderen europäischen Ländern äußerst stark mit machtpolitischen und hegemonialen Implikationen für die bürgerliche Gesellschaft ausgestattet (Ehmer 1990: 91f.). Vielfach reichten sie weit über das sozialpolitische Ziel, die Altersfrage zu lösen, hinaus und verdrängten es teilweise sogar. Die Hoffnung, durch eine Altersversicherung die Integration der Arbeiterklasse zu fördern, wurde in den Debatten vielfach zum eigentlichen Motiv. Der Grund für diese starke gesellschaftspolitische Akzentuierung sieht Ehmer im sozialen Risiko Alter selbst begründet. Während etwa die Unfall- und Krankenversicherung darauf abzielt, die Arbeitskraft wiederherzustellen, richtet sich die Altersvorsorge an eine definitiv aus dem Arbeitsprozess ausgeschie-

dene Gruppe. Gerade deshalb lassen sich in den Debatten keine profitorientierten Interessen der Privatwirtschaft erkennen, die in der Wohlfahrtsforschung als Motoren der sozialstaatlichen Entwicklung gelten (Kuhnle, Sander 2010). Stattdessen trat das wesentlich diffusere Moment einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung in allen Ländern stark in den Vordergrund. Weil dieses Moment aber keinen unmittelbaren, das heißt verwertbaren Nutzen versprach, trugen bürgerliche Kreise, in denen die Akzeptanz für zentralstaatliche Projekte ohnehin gering war, das Solidaritätsargument in der Debatte besonders laut vor.

In einer sich selbst reflektierenden alternden und ab 1939 erneut kriegsbedrohten Gesellschaft erhielten Solidaritätsforderungen eine neue, geradezu existenzielle Bedeutung: Es galt nicht mehr nur, die Klassengegensätze zu überbrücken, sondern auch einer Bevölkerungsentwicklung entgegenzutreten, die als nationale Gefahr wahrgenommen wurde. Neben pronatalistischen Maßnahmen zur Geburtenförderung wurde die Einrichtung einer gemeinsam füreinander einstehenden Versicherungsgesellschaft, in der sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Reiche und Arme, Frauen und Männer, aber auch Junge und Alte solidarisch unterstützen, zu einer Kollektivaufgabe der nationalen Selbstbehauptung erklärt. Die Solidaritätsforderungen, die im Zweiten Weltkrieg zu einer übersteigerten, teils aggressiven Form des gemeinschaftlichen Einheitsdenkens mutierten, prägten ein neues nationales Selbstverständnis aus, das eine »gewaltige sozialpolitische Schubkraft« (Luchsinger 1995: 70) entwickelte. Während die drohende Überalterung neue finanzielle Expertenargumente für die Einführung der staatlichen Altersversicherung lieferte, verlieh die Solidarität der Altersfrage die nötige nationale Bedeutung und verpflichtete den patriotischen Stimmbürger, die AHV zu unterstützen.<sup>2</sup>

Die Solidarität wirkte sich auch direkt auf den Gesetzgebungsprozess aus, insofern sie zur Lösung und Begründung von versicherungstechnisch heiklen Grundsatzfragen wie dem Kreis der Versicherten oder dem Finanzierungsverfahren herangezogen wurde. Nur die Einführung eines Obligatoriums wurde als einer »Sozialversicherung« würdig angesehen, Einschränkungen »widersprache[n] dem Grundsatz der Volkssolidarität« (Botschaft 1946: 379), so der Bundesrat in seiner Botschaft zum Gesetzesentwurf. Auch legte es die Generationensolidarität nahe, die Renten mit dem Umlageverfahren zu finanzieren (Krämer 1947: 5). Mit diesem Verfahren werden die von Erwerbstätigen eingezahlten Beiträge unmittelbar zur Finanzierung der Leistungsberechtigten herangezogen, also an die RentnerInnen wieder ausbezahlt. »Jedes andere Vorgehen«, so der Bundesrat, würde »das dem Sozialversicherungssystem innewohnende Prinzip der Solidarität zwischen jung und alt durchbrechen« (Botschaft 1946: 470). Das »unsolidarische« Kapitaldeckungsverfahren, das heißt das individuelle Sparen für den Ruhestand, fand in einer Zeit des radikalen Gemeinschaftsdenkens dagegen keinerlei Gehör. Hinzu kam, dass die Übergangsgeneration<sup>3</sup> mit diesem Finanzierungsverfahren leer ausgegangen wäre: »Ohne die Solidarität von jung und alt könnten den Bedarfsrentnern keine Renten bezahlt werden« (Botschaft 1946: 443), so der Bundesrat apodiktisch.

---

<sup>2</sup> Die AHV wurde am 6. Juli 1947 bei einer Stimmbeteiligung von 80 Prozent von rund vier Fünfteln der Stimmbürger angenommen (Studer 2012: 944).

<sup>3</sup> Zur Übergangsgeneration zählten die vor 1883 Geborenen, die bei Einführung der AHV 1948 das Rentenalter 65 bereits erreicht hatten.

## Schlussbetrachtung

Die historische Beschäftigung mit dem Fallbeispiel Schweiz zeigt, welche unterschiedlichen Verwendungszwecke demografische Krisendiagnosen in der Sozialpolitik haben und welche politiklegitimierende Bedeutung dem Reden über (Generationen)solidarität zukommt. Anders als in der aktuellen Debatte um die langfristige Finanzierbarkeit der Altersversicherung übernahmen das oft so aufgeregte demografische Krisengerede und die Anrufung von Solidarität in den 1930er und 1940er Jahren einen ganz anderen Zweck. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg wiesen Versicherungsexperten auf die finanziellen Lasten, die auf eine überalterte Gesellschaft zukommen werden. Dabei diskutierten sie vor allem die Finanzierungsprobleme der steuerfinanzierten Armenpflege und strichen die Sparvorteile einer beitragsfinanzierten Altersversicherung heraus. Zusammen mit einem sich radikalisierenden Gemeinschaftsdenken, das im Krieg einer Sozialpolitik auf Bundesebene Vorschub leistete, legitimierten sie mit ihrer Expertise die Einführung der gesamtschweizerischen AHV 1948 zu einem »Werk der umfassenden Solidarität« (Botschaft 1946: 380).

Weiter hat das Fallbeispiel aufgezeigt, dass Demografie und Politik »Ressourcen füreinander« (Ash 2002) sind. Der Topos Überalterung diente der Politik nicht nur zur Simplifizierung realer Bevölkerungsentwicklungen und zur Legitimation von Reformen. Auch die demografischen Wissensproduzenten, allen voran das Eidgenössische Statistische Amt, waren keineswegs politisch neutrale Instanzen, sondern stellten der Politik willentlich ein neues wirkmächtiges Deutungsangebot zur Verfügung. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch gegenwärtig ist das Bundesamt für Statistik noch die wichtigste Ressourcenquelle im Eidgenössischen Departement des Inneren, demjenigen Departement, das die bevorstehende AHV-Revision 2020 vorbereitet, die unter anderem eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre vorsieht (Botschaft 2015).<sup>4</sup>

Zudem haben die Ausführungen dargelegt, dass Solidarität zwischen Generationen nicht einfach etwas ist, das existiert oder nicht. Während intergenerationelle familiäre Solidarität oft informell und unorganisiert geschieht, ist gesellschaftliche Generationensolidarität eine soziale Verpflichtung, die populistisch angerufen und eingeklagt, aber auch sozialpolitisch hergestellt werden kann (Höpflinger 2008: 40). Insofern ermöglicht und beruht sie auf institutionellen Regelungen der sozialstaatlichen Ressourcenverteilung. Vor allem in ihrer Appellfunktion ist Solidarität keineswegs nur eine Chimäre, sondern kann je nach Kontext eine Wirkungsweise entfalten, die alterspolitische Reformen maßgebend vorantreibt. Interessant zu beobachten ist – und dies ist historisch betrachtet ein völlig neues Phänomen –, dass diese Funktion in jüngster Zeit zunehmend verwissenschaftlicht wird. Vermehrt wird die Generationensolidarität mittels »Generationenbilanzen« quantifiziert, die sogenannte Nachhaltigkeitslücken für jüngere oder nachkommende Generationen aufzeigen (Moog et al. 2014). Dass damit nicht zuletzt versucht wird, die Altersreform 2020 sachdringlicher erscheinen zu lassen, versteht sich schon fast von selbst (Moog et al. 2015).

---

<sup>4</sup> Zurzeit liegt das Rentenalter für Frauen bei 64, für Männer bei 65 Jahren.

## Literatur

- Ammann, W. 1939: Die Auswirkungen der Überalterung auf die Altersversicherung und -fürsorge. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 74. Jg., Heft 1, 184–195.
- Armington, K. 2001: Institutionalising the Swiss Welfare State. West European Politics, 24. Jg., Heft 2, 145–168.
- Ash, M. G. 2002: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In R. vom Bruch, B. Kaderas (Hg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart: Steiner, 32–51.
- Barlösius, E., Schiek, D. (Hg.). 2007: Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS.
- Bessard, Pierre. 2007: Der grosse Betrug. Warum die AHV individualisiert werden muss. Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur, 87. Jg., Heft 9/10, 9.
- Bickel, W. 1939: Die Überalterung der schweizerischen Bevölkerung. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 74. Jg., Heft 1, 141–155.
- Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, vom 24. Mai 1946. In Bundesblatt 1946. Bd. II, 365–588.
- Botschaft zur Reform der Altersvorsorge 2020, vom 19. November 2014. Bundesblatt 2015. Bd. I, 1–244.
- Brüschweiler, C. 1934: Strukturwandlungen der schweizerischen Bevölkerung. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 70. Jg., Heft 2, 243–261.
- Brüschweiler, C. 1939: Bevölkerungspolitik. In Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft (Hg.), Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft. Bd. I. Bern: Verlag Benteli, 294–298.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). 2009: Generationenpolitik – Internationale Ansätze und Entwicklungen. Schlussbericht. Bern: BSV.
- Butterwegge, C. 2007: Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)politik. In ders., B. Lösch, R. Ptak (Hg.), Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften, 135–219.
- Christen, C. 2011: Politische Ökonomie der Alterssicherung. Kritik der Reformdebatte um Generationengerechtigkeit, Demographie und kapitalgedeckte Finanzierung. Marburg: Metropolis.
- Cosandey, J. 2014: Generationenungerechtigkeit überwinden. Revisionsvorschläge für einen veralteten Vertrag. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Ehmer, J. 1990: Sozialgeschichte des Alters. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eidgenössisches Statistisches Amt (Hg.) 1930: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929, Bern: Buchdruckerei Stämpfli & Cie.
- Eidgenössisches Statistisches Amt (Hg.) 1934: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1933, Bern: Emil Birkhäuser & Cie.
- Etter, P. 1939: Der Geburtenrückgang als nationales Problem. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 74. Jg., Heft 1, 156–170.
- Etzemüller, T. 2007: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert. Bielefeld: Transcript.
- Europäische Kommission. 2005: Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen. Grünbuch. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, [http://ec.europa.eu/employment\\_social/social\\_situation/green\\_paper\\_de.html](http://ec.europa.eu/employment_social/social_situation/green_paper_de.html) (letzter Aufruf 21. Mai 2015).
- Ferdinand, U. 2003: Systematisierungen der Geburtenrückgangstheorien »um 1930«. Leibniz-Sozietät/ Sitzungsberichte, 62. Jg., Heft 6, 171–186.
- Gautschi, W. 1988: Der Landesstreik 1918, 3. Auflage. Zürich: Chronos.
- Greiner, K. 1935: Aufbau und Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung in den Kantonen. Richtlinien für eine Versicherungskasse des Kantons Zürich. Zürich: Orell Füssli.

- Höpflinger, F. 1986: Bevölkerungswandel in der Schweiz. Zur Entwicklung von Heiraten, Geburten, Wanderungen und Sterblichkeit. Grösch: Rügger.
- Höpflinger, F. 2008: Einführung: Konzepte, Definitionen und Theorien. In P. Perrig-Chiello, F. Höpflinger, C. Suter, Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz. Zürich: Seismo Verlag, 19–44.
- Kaiser, E. 1947: Demographische und wirtschaftliche Rechnungsgrundlagen zur eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung. Bern: Stämpfli.
- Kocka, J. 1990: Geschichte – wozu? In W. Hardtwig (Hg.), Über das Studium der Geschichte. München: DTV, 427–443.
- Krämer, M. 1947: Das Solidaritätsprinzip in der sozialen Altersversicherung. Solothurn: Buchdruckerei Vogt-Schild AG.
- Kuhnle, S., Sander, A. 2010: The Emergence of the Western Welfare State. In F. G. Castles u. a. (Hg.), The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford: Oxford University Press, 61–80.
- Leimgruber, M. 2008: Solidarity Without the State? Business and the Shaping of the Swiss Welfare State, 1890-2000. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lengwiler, M. 2007: Vom Übervölkerungs- zum Überalterungsparadigma. Das Verhältnis zwischen Demographie und Bevölkerungspolitik in historischer Perspektive. In E. Barlösius, D. Schiek (Hg.), Demographisierung des Gesellschaftlichen, 187–204.
- Luchsinger, C. 1995: Solidarität, Selbständigkeit, Bedürftigkeit. Der schwierige Weg zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter in der AHV, 1939-1980. Zürich: Chronos.
- Mackensen, R. (Hg.). 1998: Bevölkerungsfragen auf Abwegen der Wissenschaften. Zur Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert. Opladen: Leske + Budrich.
- Moog, S., Weisser, S., Laub, N., Metzger, Ch., Raffelhüschen, B. 2015: Erste Schritte auf einem langen Weg. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit der Reform Altersvorsorge 2020, [www.ubs.com/ch/de/swissbank/privatkunden/vorsorge/broschueren-ratgeber-publikationen/ubs-vorsorge-forum.html](http://www.ubs.com/ch/de/swissbank/privatkunden/vorsorge/broschueren-ratgeber-publikationen/ubs-vorsorge-forum.html) (letzter Aufruf 15. Mai 2015).
- Moog, S., Weisser, V., Raffelhüschen, B. 2014: Altersvorsorge – Lasten in die Zukunft verschoben. Altersvorsorge und die Schweizer Generationenbilanz, [www.ubs.com/ch/de/swissbank/privatkunden/vorsorge/broschueren-ratgeber-publikationen/ubs-vorsorge-forum.html](http://www.ubs.com/ch/de/swissbank/privatkunden/vorsorge/broschueren-ratgeber-publikationen/ubs-vorsorge-forum.html) (letzter Aufruf 15. Mai 2015).
- Prisching, M. 2003: Solidarität: Der vielschichtige Kitt gesellschaftlichen Zusammenlebens. In S. Lessenich (Hg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt am Main: Campus, 157–190.
- Rosental, P. 2003: L'intelligence démographique. Sciences et politiques des populations en France (1930–1960). Paris: Odile Jacob.
- Roth, J. 1962: Dr. iur. Werner Ammann (Nachruf). Pro Senectute. Schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung, 40. Jg., Heft 3, 90f.
- Ruoss, M. 2015: Fürsprecherin des Alters. Geschichte der Stiftung Pro Senectute im entstehenden Schweizer Sozialstaat (1917–1967). Zürich: Chronos.
- Schumacher, B. 2009: Familien(denk)modelle. Familienpolitische Weichenstellungen in der Formationsphase des Sozialstaats (1930-1945). In M. Leimgruber, M. Lengwiler (Hg.), Umbruch an der »inneren Front«. Krieg und Sozialpolitik in der Schweiz 1938-1948. Zürich: Chronos, 139–163.
- Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW). Netzwerk Generationenbeziehungen. 2010: Auf dem Weg zu einer Generationenpolitik. Bern: SAGW.
- Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft (SGSV). 1938: Jahresversammlung 1938 in Liestal und Langenbruck. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 74. Jg., Heft 1, 214–226.
- Steffen Gerber, T. 2003: Carl Brüscheiler, [www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D31851.php](http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D31851.php) (letzter Aufruf 18. Mai 2015).

- Streeck, W. 2007: Politik in einer alternden Gesellschaft: Vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt? In P. Gruss (Hg.), Die Zukunft des Alterns. München: Beck, 279–304.
- Studer, B. 2012: Ökonomien der sozialen Sicherheit. In P. Halbeisen, M. Müller, B. Veyrassat (Hg.), Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel: Schwabe Verlag, 923–974.
- Widmer, J. 2005: Philipp Etter, [www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D4642.php](http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D4642.php) (letzter Aufruf 21. Mai 2015).
- Zenker, C. G. 2009: Die AHV. Eine Vorsorge mit Alterungsblindheit. Zürich: Avenir Suisse.

# Demografischer Wandel als gesellschaftliche Krise

## Deutsche Alterungsdiskurse der Gegenwart und die wachsende Kritik an deren Demografisierung und Dramatisierung

Reinhard Messerschmidt

*Beitrag zur Veranstaltung »Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?« der Sektion Alter(n) und Gesellschaft – organisiert von Harald Künemund und Andreas Motel-Klingebiel*

Demografischer Wandel adressiert bekanntlich die Alterung einer Bevölkerung (Schimany 2003) unter Perspektive ihrer Schrumpfung (Kaufmann 2005). In der Presse ist dagegen häufig pejorativ von Überalterung oder Vergreisung die Rede. Darüber hinaus werden dort oftmals bevölkerungsdynamische Teilphänomene mit gesellschaftspolitischen Themen in Form vermeintlicher Sachzwänge vermischt. Häufig geschieht dies in dramatisierender Rhetorik, wie die folgende latent morbide Titelchronologie exemplarisch illustriert:

- »Die deutsche Eiche verdorrt« (FAZ, 21.7.2000)
- »Land ohne Leute« (Die Zeit 20/2001)
- »VOLK OHNE ZUKUNFT; DEUTSCHLAND IM JAHR 2030 / Unser Land - eine Greisenrepublik. Die Sozialkassen sind implodiert, die Märkte zusammengebrochen.« (Stern, 26.4.2001)
- »Demografen malen düsteres Zukunftsbild« (Süddeutsche Zeitung, 17.8.2001)
- »Nur ein Prognosefehler kann uns noch retten; Wenn alles so bleibt, wird's finster: Peter Schimany über Ursachen und Folgen des demographischen Wandels« (FAZ, 2.12.2003)
- »Der letzte Deutsche – auf dem Weg zur Greisenrepublik« (Der Spiegel, 1.5.2004)
- »Deutschland 2014: Nach dem Menschen kommt der Wolf« (Financial Times Deutschland, 18.8.2004)
- »In zwölf Generationen sind wir Deutschen ausgestorben« (BILD, 15.3.2006)
- »Deutsche Bevölkerung schrumpft und altert dramatisch« (Der Spiegel, 7.11.2006)
- »Deutsche sterben langsam aus« (Die Welt, 27.10.2011)
- »Demografischer Wandel – Wo die Dörfer sterben« (Die Welt, 28.11.2011)
- »Menschenleere Landschaften im Osten Deutschlands« (Focus, 30.11.2011)
- »Alternde Gesellschaft: Nullwachstum erodiert Sozialsysteme« (Financial Times Deutschland, 29.12.2011).
- »Demografischer Wandel: Im Norden Hessens wird es menschenleer« (Die Welt, 12.1.2012)
- »Rentner-Republik: Autor warnt | Deutschland droht der Alters-Schock« (BILD, 5.5.2013)



Derartige »Demodystopien<sup>1</sup>« sind auch international, wie Andreu Domingo (2008) in seiner genealogischen Untersuchung literarischer *Zukunftsaussichten auf die demografische Hölle* gezeigt hat, keineswegs ein Novum. Auch Michael J. Teitelbaum und Jay M. Winter haben bereits vor dreißig Jahren betont, dass die »Angst vor dem Bevölkerungsrückgang« (1985: 1) im vergangenen Jahrhundert abhängig von demografischen Realitäten und den wahrgenommenen Verknüpfungen zwischen Bevölkerungsdynamik und ökonomischer, sozialer sowie politischer Macht mehrfach zunahm und abebbte. Weiterhin hat Steven Katz sieben Jahre später »alarmistische Demografie« als Charakteristikum öffentlicher und professioneller Diskurse zur Bevölkerungsalterung identifiziert. Dort werde davon ausgegangen, dass die kollektiv abhängigen Älteren »die Koffer des Wohlfahrtsstaats leerten und eine Steuerbelastung jenseits der Mittel der Erwerbsbevölkerung erzeugten« und dadurch »eine wirtschaftliche Krise mit schwerwiegenden Konsequenzen für Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme sowie industrielle und intergenerationale Beziehungen drohte« (Katz 1992: 203f.). Katz hat in bereits unter Bezug auf Michel Foucault bereits klar herausgestellt, dass »die institutionelle Differenzierung der älteren Bevölkerung Teil der generellen biopolitischen Einteilung der Bevölkerung westlicher Gesellschaften ist« (1992: 214).

Im deutschsprachigen Raum hat Diana Hummel (2000: 15) den »Bevölkerungsdiskurs« seit dem späten 18. Jahrhundert einer Fundamentalkritik unterzogen und herausgearbeitet, dass Demografie von Anbeginn als eine *politische* Wissenschaft verstanden werden kann. Bevölkerung stellt demzufolge ebenso ein politisches Konzept wie auch eine Konstruktion dar (Mackensen, Reulecke 2005). Eva Barlösius (2007, 2010) hat wiederum explizit die Demografisierung des Gesellschaftlichen kritisiert, während Thomas Etzemüller (2007, 2008) »den apokalyptischen Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert« als »transnationale Matrix« eines »ewigwährenden Untergangs« bezeichnete und Thomas Bryant (2011) »Alterungsangst und Todesgefahr« im deutschen Demografie-Diskurs von 1911–2011 als Kontinuitäten identifizierte. Schließlich haben Denninger et al. (2014) eine ausführliche Studie zur »Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft« vorgelegt.

Trotz unterschiedlicher Akzente dieser Arbeiten<sup>2</sup> wird deutlich, dass an eine längere internationale Traditionslinie disziplinübergreifender Kritik an Dramatisierung demografischen »Zukunftswissens« (Hartmann, Vogel 2010) angedockt werden kann, um die bisherige Forschung um ein spezifisch vertieftes und aktualisiertes Bild zu erweitern. Angesichts der Vielzahl wissenschaftlicher Publikationen, welche trotz einer sich gegenwärtig konturierenden »postalarmistischen« Demografie<sup>3</sup> demografischen Wandel im Bourdieuschen Sinn (2004) weitgehend unreflektiert als politischen Sachzwang darstellen, ist trotz partikularer Divergenzen in Details nur ein komplementäres Verständnis kritischer Perspektiven sinnvoll. Dass der öffentliche Bedarf an derartiger Forschung ungebrochen fortbesteht, zeigt beispielsweise die jüngste dreiteilige Titelstory-Serie des Spiegel (ab 12/2015) *2030 – Deutschland, deine Zukunft* zum »Megathema Demografie«, der zu Folge »härtere Jahre« kämen und »ein ganzes Land zittern« müsse – bislang hat sich an den hegemonialen massenmedialen Diskursstrukturen wenig geändert.

1 Titel und Zitate in diesem Absatz sind Übersetzungen des Verfassers.

2 Weitere Literatur zum Thema siehe Messerschmidt 2014.

3 Zum Beispiel Schwentker, Vaupel 2011.

## Theoretischer Rahmen und methodischer Zugang

Bei dem diesem Beitrag zu Grunde liegenden Dissertationsprojekt<sup>4</sup> handelt es sich um eine interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Arbeit mit philosophischem Schwerpunkt, welche auf Basis des Gesamtwerks Michel Foucaults<sup>5</sup> darauf abzielt, Formationsregeln und Regelmäßigkeiten demografischer Aussagesysteme bzw. Wahrheitsspiele und entsprechender Praktiken der Veridiktion (des Wahrsprechens) in der spezifischen Verwobenheit des akademischen und journalistischen Feldes herauszuarbeiten. Auch wenn das theoretische Fundament hier kaum erschöpfend dargestellt werden kann, soll zunächst kompakt die basale Perspektive der Arbeit mit der entsprechenden Terminologie umrissen werden. Trotz eines oftmals nicht sehr trennscharf angewandten Kernbegriffs (Messerschmidt, Saar 2014; Messerschmidt 2011), ist dessen Definition bei Foucault jedoch relativ klar: Diskurse sind ihr zufolge Mengen von Aussagen unter einem gleichen Formationssystem, sie unterliegen also bestimmten Regeln (Foucault 1973: 156ff.). Aussagen wiederum sind keinesfalls nur sprachlich oder textlich verfasst, sondern ganz allgemein Folgen von Zeichen, Graphismen, Tabellen oder anderen Spuren, die einer erkennbaren Ordnung unterliegen und in Diskursen folglich regelmäßig hervorgebracht werden. Dem entsprechend lässt sich die zentrale Fragestellung des Projekts in Abwandlung der *archäologischen* Kernfrage Foucaults folgendermaßen formulieren: Warum existiert gegenwärtig ein bestimmtes Aussagesystem zum demografischen Wandel in der ihm eigentümlichen meist dramatisierenden Form und kein anderes an seiner Stelle?

Diskurse unterliegen als Wissensordnungen bzw. Denksysteme spezifischen historisch und kontextabhängig variablen Produktionsregeln. Sie bringen damit kein neutrales Wissen, sondern spezifische Wahrheitspolitiken hervor und sind grundsätzlich in relationale Machtenssembles eingebunden. Macht besitzt bei Foucault sowohl einen restriktiven als auch einen produktiven Charakter, wenn es darum geht, bestimmtes Wissen zu fabrizieren und im Gefüge anderer Diskurse zu positionieren. Ausgehend von der bereits durch Hummel (2000) pointierten Erkenntnis, dass es sich bei der Demografie wissenschaftsgeschichtlich um eine genuin »politische« Wissenschaft handelt, soll hier im Sinne einer Foucault'schen »Ontologie der Gegenwart« (2009: 39) deren aktuelle Version zusammengefasst dargestellt, soweit dies in der Kürze des Beitrags möglich ist.

Dabei lautet die erste Kernthese, dass in Konsequenz der gegenwärtigen diskursiven Regeln eine verengte Darstellung demografischen Zukunftswissens beide diskursiven Felder dominiert. Ausgehend von Eva Barlösius' Begriff der Demografisierung werden zunächst im ersten Teil Bevölkerungsprojektionen in diesem Zusammenhang hinterfragt. Die zweite Kernthese ist, dass normative Vorstellungen über Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft bzw. spezifische Interessen im hegemonialen massenmedialen Diskurs unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Seriosität als objektiv, eindeutig und vermeintlich unausweichlich dargestellt werden. Beide Thesen beziehen sich auch auf das interdisziplinäre Selbstverständnis der Demografie, welches momentan in einer eigentümlichen Schiefelage in Richtung vermeintlich naturwissenschaftlicher

---

4 Das 2009 im Rahmen eines Stipendiums an der a.r.t.e.s. Graduate School for the Humanities Cologne begonnene Projekt wird 2015 abgeschlossen.

5 Retrospektiv zusammengefasst in Foucault 2009: 14ff.

Vorhersagbarkeit auf einseitig quantitativer Basis und stark in Richtung Ökonomie orientiert ist. Dabei zeigt sich insbesondere im mehrheitlich alarmistischen Diskurs der Massenmedien die Einführung eines derartig einseitigen Blicks auf die Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen. Das Kernanliegen dieses Projekts besteht folglich in der Steigerung der sozialwissenschaftlichen Reflexivität in Bezug auf Kategorien, Maße und Modelle, um eine sachlichere Diskussion des demografischen Wandels zu befördern, deren Konturen abschließend umrissen werden. Methodisch basiert die Arbeit auf einem themenspezifisch zugeschnittenen zweistufigen Analyseverfahren, dessen Teile interdependent sind: während im ersten die epistemologischen Grundlagen der Produktion demografischen Zukunftswissens untersucht wurden, erfolgte für den zweiten Teil eine aufwändige interpretative Kodierung in MaxQDA unter qualitativem Fokus auf die Aussageregelmäßigkeiten in 3.810 Texten aus der deutschen Presse von 2000 bis 2013. Über 39.000 manuell annotierte und auf Basis der Fragestellung vorwiegend induktiv aus dem Textkorpus entwickelte Codes erlauben im Sinne von »Mixed Methods« (Kuckartz 2014), kodierete Regelmäßigkeiten des Diskurses im zeitlichen Verlauf darzustellen.

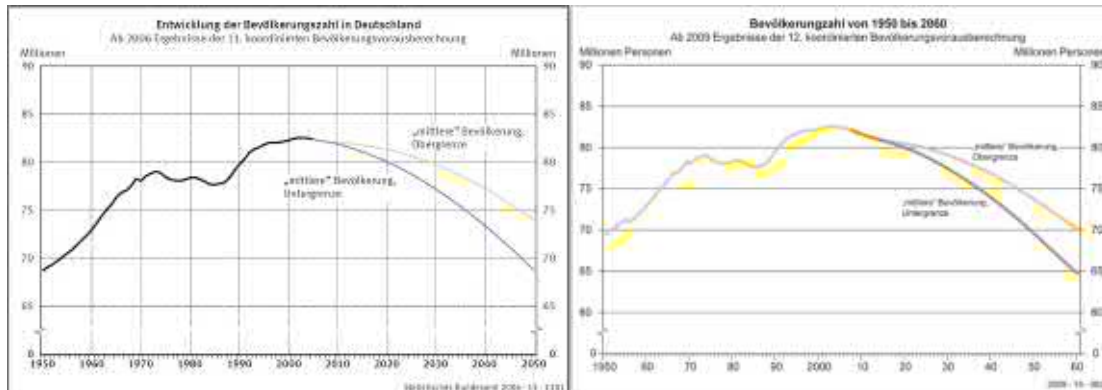
## Demografisierung und Bevölkerungsprojektionen

Als zentraler Ankerpunkt sowohl dieses Beitrags als auch des gesamten Diskurses lassen sich die in Barlösius' Kritik an der Demografisierung des Gesellschaftlichen herausgearbeiteten »drei Eigenheiten« heranziehen, welche »charakteristisch für die gegenwärtige Debatte über den demografischen Wandel« sind:

Erstens suggeriert die grafische Darstellung (*vermeintliche Eindeutigkeit*, es »könnte aus der Vergangenheit und Gegenwart *eindeutig* die Zukunft hergeleitet werden«, wobei »zudem eine bestimmte Interpretation der zukünftigen Folgen des demografischen Wandels« mit eingeschlossen ist. Zweitens dokumentiert sich in diesen Repräsentationen ein fundamentaler *Perspektivwandel*: »Statt über die Gesellschaft wird immer häufiger von der Bevölkerung gesprochen, statt von gesellschaftlichem Wandel wird immer öfter vom demografischen Wandel berichtet«, insbesondere im Hinblick auf gesellschaftliche und ökonomische Zukunftsfähigkeit. Drittens sind demografische Repräsentationen im Hinblick auf eine *technokratische Ausrichtung* »so aufgebaut, dass sie den Eindruck evozieren, als ließe sich daraus sogleich herleiten, welcher Handlungsbedarf besteht, welche Eingriffe und Steuerungen erfolgreich sein werden, um die Zukunft wie geplant einzurichten.« (Barlösius 2010: 232; Hervorhebung d. Verf.)

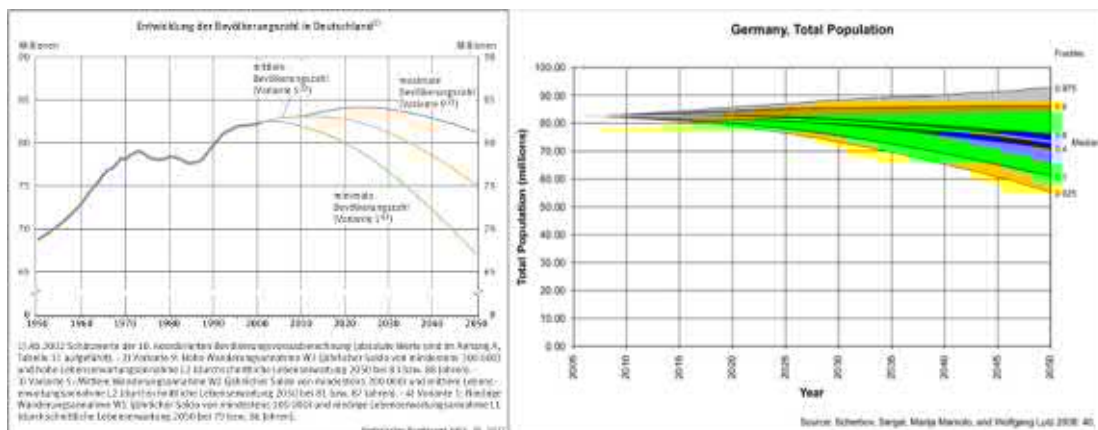
Für die im Zeitraum von 2000 bis 2013 analysierten massenmedialen Texte, deren Fallzahlen insbesondere ab 2006 stark zunehmen (siehe Abb. 4b) sind vor allem die elfte und zwölfte »koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung« des Statistischen Bundesamts (2006, 2009) – kurz: DESTATIS – relevant. Im Hinblick auf Methode, Annahmen und Konsequenzen sind diese recht ähnlich, lediglich der projizierte Zeithorizont ist unterschiedlich. Beide deterministischen Bevölkerungsprojektionen zeigen mehrere Eigentümlichkeiten, welche mit Barlösius' kritischer Diagnose im Einklang stehen:

Abb. 1: »mittlere« Szenarien der 11. und 12. »koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen« des Statistischen Bundesamts (2006: 15, 2009: 12) bzgl. schrumpfender Bevölkerungszahl



So werden von insgesamt zwölf Szenarien unter verschiedenen Annahmen zu Sterblichkeit, Geburtenentwicklung und Migration nur die beiden mittleren dargestellt. Weiterhin fällt auf, dass die spezielle Modifikation der Achsen den Abwärtstrend der Graphen optisch verstärkt. Durch Abtrennung der unteren 60 Millionen auf der X-Achse und Erweiterung der Y-Achse um 50 Jahre vor Beginn der Projektion entsteht ein visuell dramatischerer Kurvenverlauf. Insbesondere die konservativen Annahmen eines Wanderungssaldos von max. 200.000 wurden in den letzten Jahren in Folge der krisenbedingt stark erhöhten Migration inzwischen mehr als doppelt überschritten. Umso mehr verwundert es, dass trotz Hinweisen auf den Modellcharakter seit der Projektion von 2006 immer noch von einer »koordinierten Vorausberechnung« gesprochen wird. Diese Terminologie suggeriert eine vermeintliche technische Präzision, welche dem eigentlich generell zutreffenden Charakter von Modellrechnungen unter verschiedenen Annahmen kaum gerecht wird und grundsätzliche Missverständnisse in der Rezeption begünstigen dürfte. Wengleich die Annahmen unterschiedlich wahrscheinlich sein mögen, erweist sich eine prospektive Bestimmung der Bevölkerungszahl oftmals als schwierig, insbesondere bei der hochgradig von historischen Entwicklungen bzw. politischen Entscheidungen abhängigen Migration. Dies wird deutlich, wenn wie in der DESTATIS-Projektion von 2003 (siehe Abb. 2) eine Variante »maximale Bevölkerungszahl« in die Grafik integriert wird, welche u.a. auch auf einem moderat erhöhten Wanderungssaldo basiert. Im Vergleich dazu zeigt die Grafik einer probabilistischen Projektion des Vienna Institute of Demography (VID) bei gleichem Modellcharakter keine unausweichliche Entwicklung, sondern im zeitlichen Verlauf zunehmende Unsicherheit:

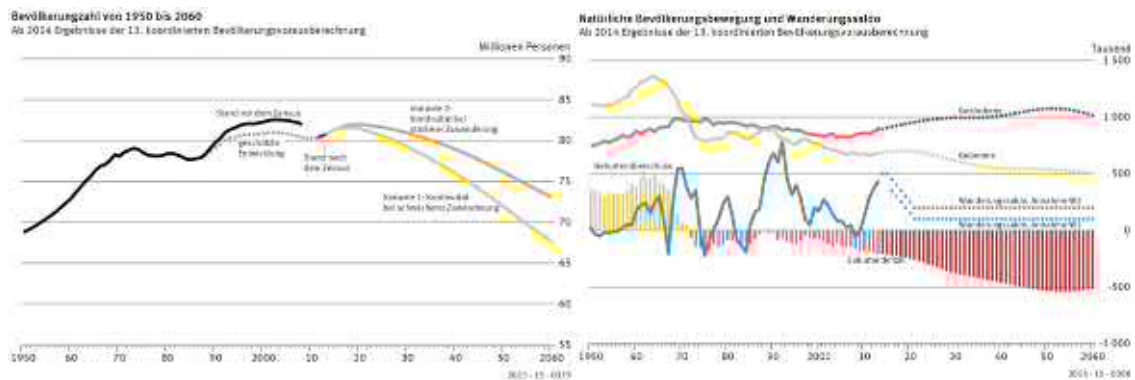
Abb. 2: Entwicklung der dt. Bevölkerungszahl in der 10. »koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung« des Statistischen Bundesamts (2003: 26) und probabilistische Projektion des VID (Scherbov et al. 2008: 40)



Trotz relativ ähnlicher Zahlen im mittleren Bereich und immer noch diskutabler Annahmen ist die diskursive Aussage wesentlich weniger dramatisch und die Konfidenzintervalle symbolisieren eine vergleichsweise offene Zukunft (wengleich man über die Wahrscheinlichkeiten ebenfalls diskutieren könnte). Im Vergleich zu 2006, 2009 (und 2015) bildet auch die deterministische DESTATIS-Projektion von 2003 zumindest die Möglichkeit eines höheren Ergebnisses ab, was zu einer etwas moderateren visuellen Gesamtaussage führt. Während DESTATIS in 505 der analysierten massenmedialen Texte als Datenquelle referenziert wird, kommt das VID lediglich zehnmal und nicht im Zusammenhang mit probabilistischen Projektionen vor. Beides ist kaum überraschend, da nachvollziehbarerweise DESTATIS primärer Ansprechpartner für Journalist/innen ist und einer offeneren demografische Zukunft ein wesentlich geringerer Nachrichtenwert zukommt. Beim VID werden aber auch chronologisches Alter und der sogenannte Alters- bzw. Altenquotient (dependency ratio) sowie die vermeintliche »Kinderzahl pro Frau« (total fertility rate) als zentrale Maße in Frage gestellt, worauf am Ende dieses Beitrags genauer eingegangen wird.

Zuvor ist jedoch festzustellen, dass auch die »13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung« des Statistischen Bundesamts (2015) trotz Integration des Zensus von 2011 und der seit 2009 gestiegenen Zuwanderung wenig an der diskursiven Tendenz ändert. Hinsichtlich der projizierten Bevölkerungszahlen bleibt weiterhin Skepsis angebracht, insbesondere im Hinblick auf die Annahmen zum zukünftigen Wanderungssaldo (Abb. 3):

Abb. 3: Entwicklung der Bevölkerungszahl und Annahmen zum Wanderungssaldo, Quelle: Statistisches Bundesamt 2015: 15f.



Zunächst zeigt sich eine zunehmende Tendenz bis 2018 bzw. 2020, erst danach beginnt die Bevölkerung wieder zu schrumpfen. Bis 2060 zeigen jedoch beide Varianten im Vergleich zur Projektion von 2009 nicht nur kein kontinuierliches Schrumpfen, sondern auch immerhin um mehrere Millionen erhöhte Endergebnisse. Die zuvor geäußerte Kritik an der eigentümlichen Achsenmodifikation bleibt weiterhin gültig, wenngleich inzwischen das auf den Bruch zum Nullpunkt der Y-Achse hinweisende Symbol fehlt. Im Hinblick auf die gegenwärtig politisch stark aufgeladene Migration erscheinen die zu Grunde liegenden Annahmen problematisch. Bereits der zwischen »natürlicher Bevölkerungsbewegung« und Wanderungssaldo differenzierende Sprachgebrauch im Titel der Grafik lässt vermuten, dass grenzüberschreitende Migration auch im Zeitalter der Globalisierung als unnatürlich begriffen wird. Unabhängig davon sind die aktualisierten Annahmen äußerst folgenreich, da davon ausgegangen wird, dass sich der Wanderungssaldo »schrittweise« von 500.000 im Jahr 2014 auf 100.000 bzw. 200.000 für 2020 reduzieren werde, was exakt den Vorgängerprojektionen entspricht. Die Rechtfertigung erfolgt in tendenziell ahistorisch verkürzender Form: zwar habe es in der Geschichte »mehrere Migrationswellen« gegeben, im »langfristigen Durchschnitt« (zwischen 1954 und 2013!) bewegte sich der Wanderungssaldo jedoch zwischen 142.000 (vor der Wiedervereinigung) und 186.000 (Statistisches Bundesamt 2015: 37). Dass die Welt von 1954 oder 1989 insbesondere im Hinblick auf Migration eine fundamental andere ist als die heutige, bildet die numerisch verengte Weltsicht solcher Durchschnittswerte nicht ab.

Weiterhin werden die Herkunftsländer in zwei Gruppen eingeteilt: alternde Bevölkerungen aus Süd- und Osteuropa, »welche überwiegend eine sogenannte Arbeitsmigration« hervorbrachten sowie »durch Asylsuchende geprägt[e]« junge Bevölkerungen aus Afghanistan, Irak und Syrien (Statistisches Bundesamt 2015: 38). Während erstere in zehn bis zwanzig Jahren weniger Menschen im wanderungsaktiven Alter hätten und der dortige Arbeitskräftebedarf bei einer stabilen ökonomischen Situation steigen dürfte, würde der Wanderungsgewinn aus letzteren auch noch länger anhalten, wenn keine wesentliche Änderung der dortigen Bedingungen erfolge. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass aus Afrika und Asien Zuwanderungspotenzial bestünde und »[j]e nach Lage im Heimatland und in Europa [...] eine Auswanderung auch nach Deutschland attraktiv sein« könnte, insbesondere angesichts möglicher Auswirkungen des Klimawandels und des hierzulande rückläufigen Erwerbsspersonenzpotenzials (Statistisches Bundesamt 2015: 38). Dass die gegenwärtigen komplexen und keineswegs klar vorhersehbaren

globalen und europäischen Krisen auch fundamentale Änderungen in der Einwanderungspolitik erfordern könnten, bleibt als politisch normative Frage jedoch externalisiert. Implizit scheinen die Annahmen eher eine kontinuierliche Abschottung der »Festung Europa« zu verkörpern – ob diese ebenfalls normativ geprägte Situation in Zukunft Bestand haben wird, bleibt in Ermangelung einer Glaskugel zumindest ebenso offen, wie die politische Zukunft Europas. Die politische Aufladung von Bevölkerungsprojektionen tritt hier klar und deutlich zu Tage. DESTATIS bleibt jedoch hinsichtlich ihres epistemologischen Status ambivalent, denn wenige Absätze vor Hinweisen auf den Modellcharakter und mit zunehmender Dauer steigender Unsicherheit heißt es:

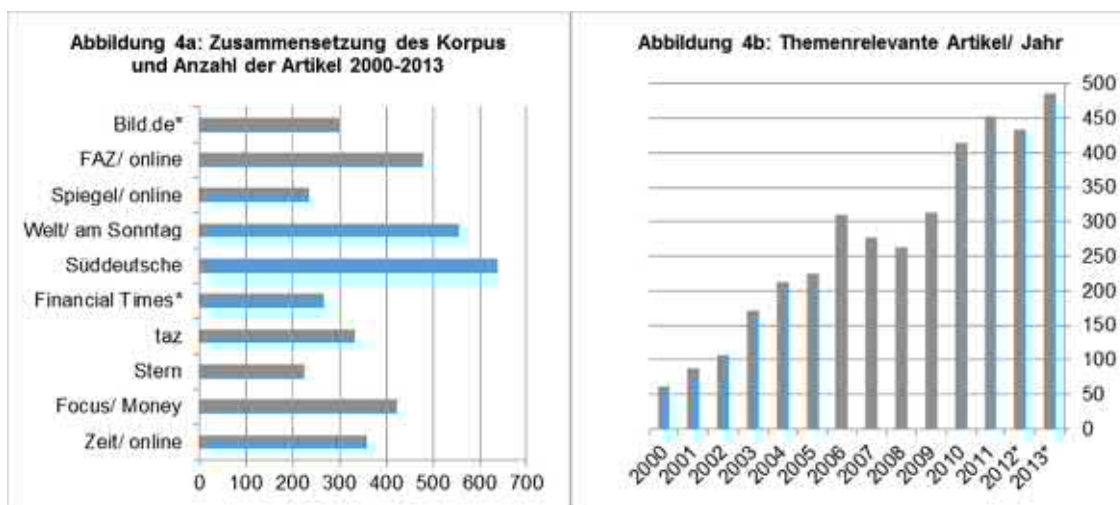
»Bevölkerungsvorausberechnungen liefern auf die Zukunft gerichtete Basisinformationen für politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse. Sie verdeutlichen die Auswirkungen heute bereits angelegter Strukturen und erkennbarer Veränderungen auf die künftige Bevölkerung. Die Bevölkerungsvorausberechnungen sind deshalb unverzichtbar als Grundlage für politisches und wirtschaftliches Handeln« (Statistisches Bundesamt 2015: 9).

Statt einer Basisinformation oder unverzichtbarer Grundlage für politisches und wirtschaftliches Handeln, entsteht vielmehr in gegenwärtiger Form eine demografisch verengte und politisch instrumentalisierbare Sicht auf gesellschaftliche Komplexität. Dennoch hat die demografische Zukunft die Eigenschaft, zu einem gewissen Maß offen, weil politisch gestaltbar zu sein. Natürlich gibt es gegenwärtig Tendenzen wie steigende Lebenserwartung und sinkende Fertilität – erstere ist jedoch eher positiv und letztere gilt es sozialpolitisch zu gestalten. Aus Platzgründen bleiben die klassischen grafischen Repräsentationen der Altersstruktur von der *Pyramide* zur *Urne*, zum *Döner*, zur *zerzausten Tanne* etc. hier leider ausgespart – diese hat Barlösius (2007) allerdings bereits ausführlich besprochen.

## Demografisierung in deutschen Massenmedien von 2000 bis 2013

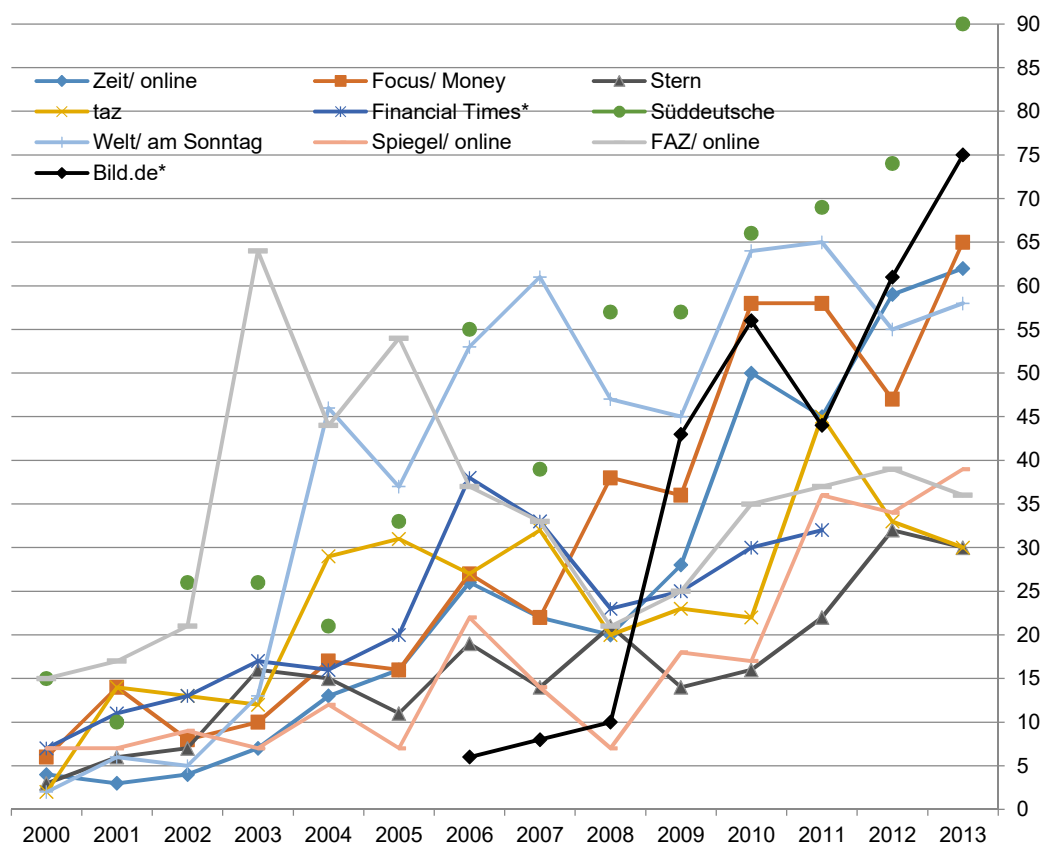
Das für die Diskursanalyse erstellte Textkorpus umfasst insgesamt 3.810 Artikel der wichtigsten überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie Zeitschriften und wurde auf Basis der jeweiligen Onlinearchive sowie LexisNexis mit dem Anspruch größtmöglicher Vollständigkeit erstellt. Es basiert auf einem mehrfach getesteten Auswahlprinzip mittels logisch verknüpfter Suchbegriffe. Daher variiert die Anzahl der jeweils vorhandenen Artikel (Abb. 4a) zusätzlich zu Einflüssen durch Erscheinungsrhythmus, Tendenz etc. – angesichts des Fokus auf Regelmäßigkeiten innerhalb des gesamten Diskurses ist die entsprechende Heterogenität für die Analyse nur unwesentlich. Dies gilt ebenfalls für zeitlich begrenzte Präsenz (markiert mit \*): während Artikel der eingestellten *Financial Times Deutschland* nur bis 2011 vorhanden sind, lieferte das *BILD-Onlinearchiv* zu themenbezogenen Suchbegriffen nur Resultate ab 2006. Ungeachtet dessen zeigt das gesamte Korpus eine stark zunehmende Tendenz über den Analysezeitraum (Abb. 4b).

Abb.4a,b: Zusammensetzung des Korpus nach Publikationen bzw. im zeitlichen Verlauf



Auch wenn angesichts der Heterogenität des Korpus ein direkter Vergleich einzelner Publikationen nur bedingt aussagekräftig sein kann, ermöglicht die parallele Darstellung der jeweiligen zeitlichen Verläufe (Abb. 5) einige interessante Beobachtungen:

Abb. 5: Überblick zur Zusammensetzung des Korpus im zeitlichen Verlauf

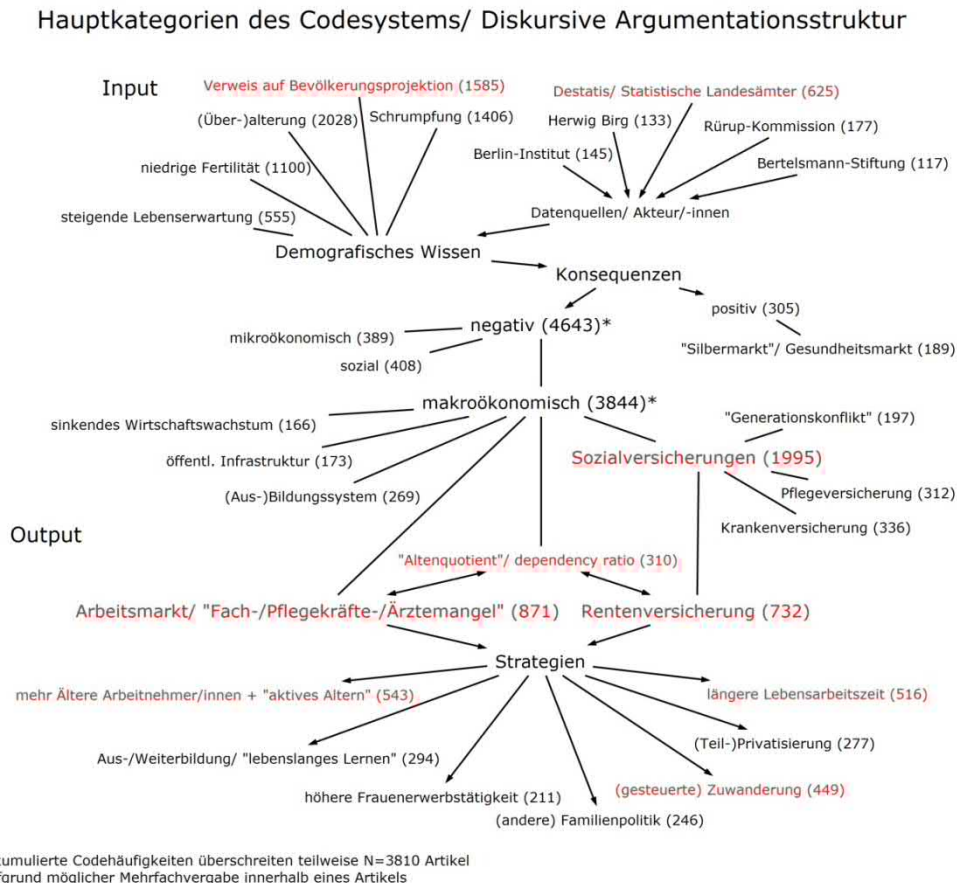




Deutlich wird, dass bei der quantitativen Zunahme offensichtlich die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Jahr 2003 eine Schlüsselrolle einnimmt. Angesichts des 2004 erschienen Bestsellers *Das Methusalem-Komplott* des FAZ-Mitherausgebers Frank Schirrmacher, welcher von mehrteiligen Artikelserien eingerahmt wurde (2003 *Die demographische Zeitbombe* und 2005 *Grundkurs Demographie* von Herwig Birg) überrascht dies kaum.

Wenngleich die Anzahl der Artikel erste grobe Erkenntnisse ermöglicht, ist deren als Mixed Methods Transferdesign (Kuckartz 2014: 87) realisierte Analyse primär auf qualitative Aspekte fokussiert, welche im Rahmen kontextabhängiger Interpretation in MaxQDA kodiert wurden. Die dadurch generierten Codes erlauben die quantitative Vermessung interner Regelmäßigkeiten im zeitlichen Verlauf des Diskurses und können als strukturierende Machtvektoren interpretiert werden, welche den möglichen Einfluss bestimmter Aussagen und/ oder Datenquellen bzw. Akteure verkörpern. So lässt sich genau nachvollziehen, wie demografisches Wissen in den Massenmedien aufbereitet wird. Derartige diskursive Regelmäßigkeiten sind das abstrakte Resultat konkreter sozialer Praktiken von Wissenschaftler/-innen, Journalist/-innen, Politiker/-innen, Lobbyist/-innen und anderen Expert/-innen, welche den Diskurs beeinflussen und davon beeinflusst werden. Abbildung 6 zeigt die entsprechenden Hauptkategorien und zentrale Argumentationsschemata innerhalb eines Codesystems, welches über 39.000 einzelne Codes umfasst:

Abb. 6: Hauptkategorien des Codesystems; die häufigsten Kategorien sind rot hervorgehoben



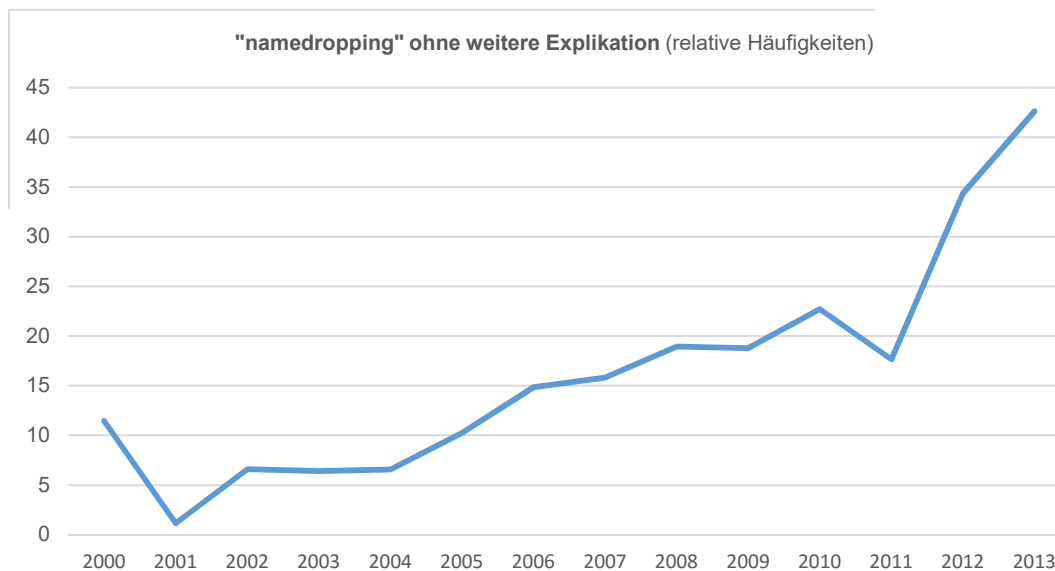
Im Sinne der stark vereinfachenden Dichotomie von Input und Output lässt sich eine zentrale diskursive *storyline* (Hajer 2004) identifizieren, in welcher von bestimmten Datenquellen und Akteur/-innen erzeugtes oder kommuniziertes demografisches Wissen herangezogen wird, von dem zumeist negative Konsequenzen und wiederum entsprechende Bewältigungsstrategien abgeleitet werden. Diese *storyline* muss nicht zwangsläufig vollständig in den Artikeln vorhanden sein, stattdessen genügen auch einzelne Elemente, um den ungesagten Teil des Diskurses zu adressieren.

Dies erscheint insbesondere dadurch plausibel, dass die Bezüge auf demografisches Wissen im zeitlichen Verlauf abnehmen (Abb. 7), während einfaches *namedropping* (Abb. 8) von Termen wie demografischer Wandel, demografische Entwicklung, Bevölkerungswandel/ -entwicklung etc. umso mehr zunimmt, wie die vergleichsweise technische Wissensbasis als zunehmend bekannt vorausgesetzt werden kann (unabhängig davon, inwieweit sie wirklich verstanden wurde). Dennoch bleiben Bevölkerungsprojektionen ein relativ konstantes Element.

Abb. 7: relative Codehäufigkeiten zu Bezügen auf Komponenten demografischen Wissens im zeitlichen Verlauf

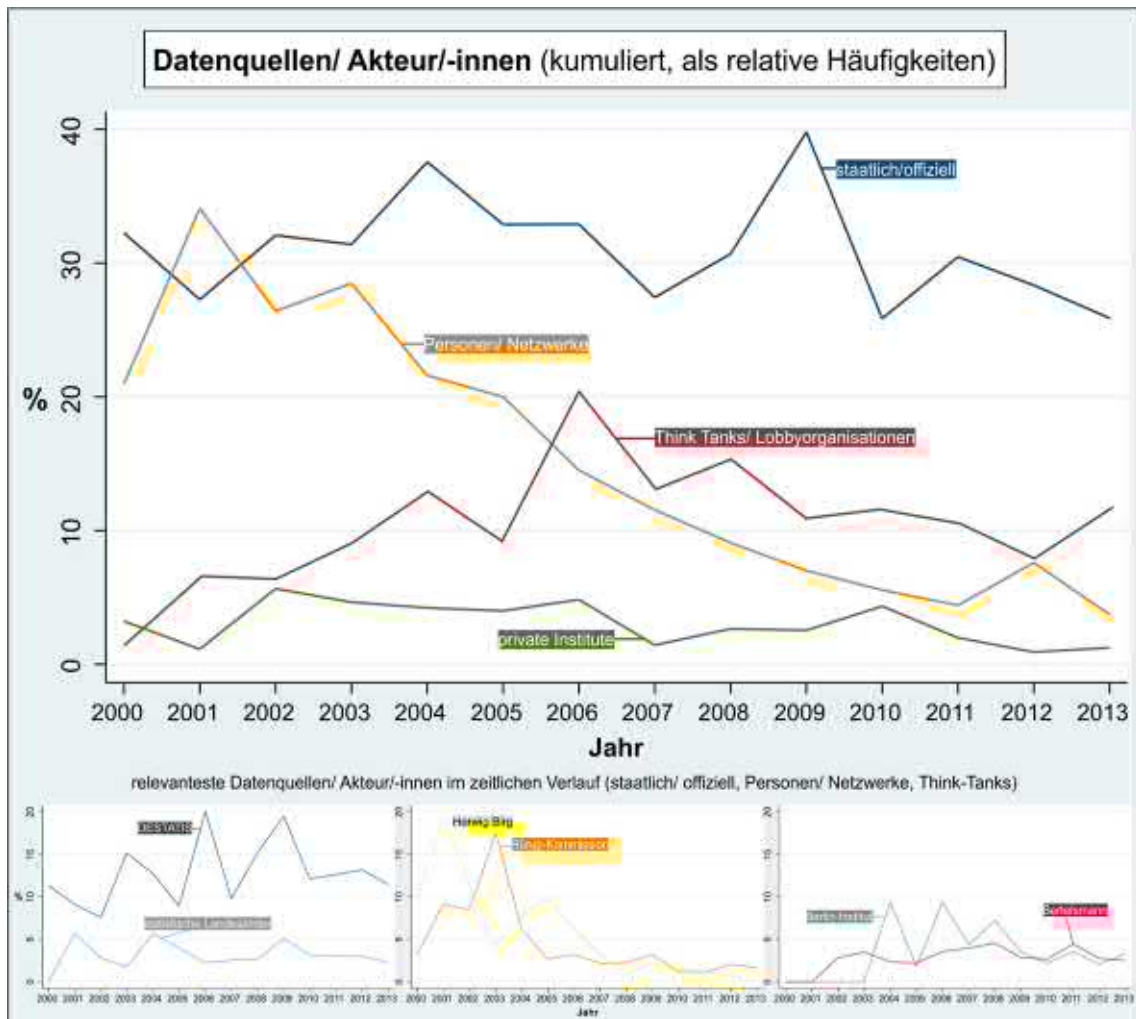


Abb. 8: relative Codehäufigkeiten zu *namedropping* (demografische/r Entwicklung/Wandel etc.) im zeitlichen Verlauf



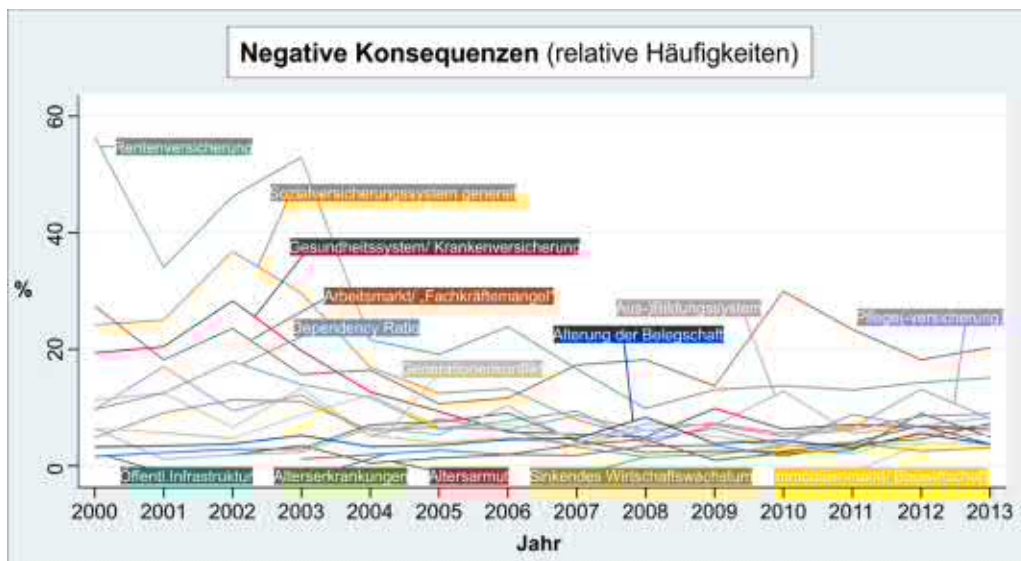
Wesentlich relevanter ist jedoch der vergleichende Blick auf die Hauptelemente in der Kategorie Datenquellen/ Akteur/-innen (Abb. 9), welcher den bisher starken Fokus auf Bevölkerungsprojektionen sowie angeführte Beispiele des Berlin-Instituts bzw. Herwig Birg rechtfertigt. Die unteren Grafiken zeigen das diskursive Echo der *koordinierten Bevölkerungsprojektionen* von 2003, 2006 und 2009 sowie Birgs Monografien von 2001 und 2005. Der ab 2003 stark rückläufige Einfluss der Rürup-Kommission dürfte darauf zurückzuführen sein, dass der Bedarf an erklärender und legitimierender Präsenz im massenmedialen Diskurs nach der Implementierung entsprechender *Rentenreformen* rapide abgenommen hat. Die entstehende Lücke scheint jedoch über den gesamten Analysezeitraum hinweg trotz Schwankungen zu einem nicht unerheblichen Teil durch die zunehmende Präsenz von Think-Tanks gefüllt worden zu sein.

Abb. 9: relative Codehäufigkeiten relevantester Datenquellen und Akteur/-innen im zeitlichen Verlauf



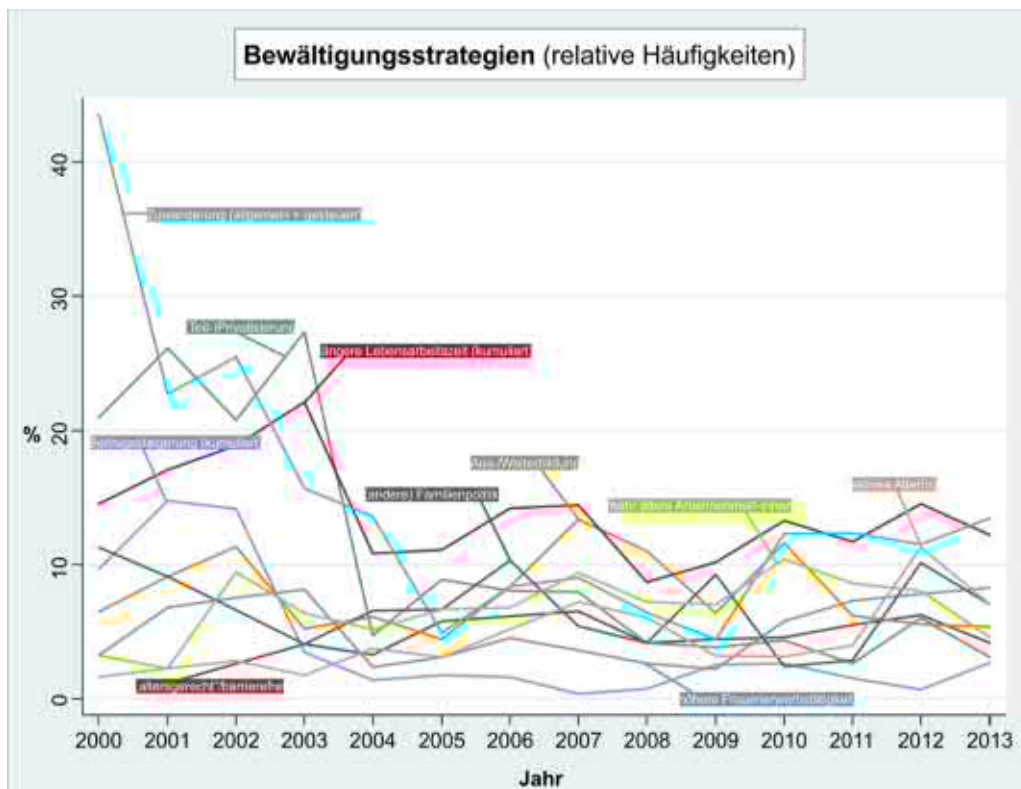
Im Hinblick auf Konsequenzen des demografischen Wandels (Abb. 10) sind abgesehen vom sogenannten Silbermarkt wenig überraschend kaum positive, sondern eine Vielzahl negativer Folgen auf die Gesellschaft und ihre Mitglieder im Diskurs enthalten. Der Hauptfokus liegt dabei auf den Sozialversicherungen und insbesondere der Rentenversicherung. An dieser Stelle erweist sich das *dependency ratio*, also das Verhältnis aus Erwerbs- und abhängiger Bevölkerung (auch: *Alters-* oder *Altenquotient*) als zentral, worauf am Ende dieses Beitrags noch genauer eingegangen wird. Es zeigt sich jedoch deutlich eine ab 2003 verschobene Akzentuierung von den Sozialversicherungen hin zu einer fortlaufenden Diversifizierung negativer Konsequenzen, bei der auch *neue* Elemente auftauchen (zum Beispiel Altersarmut ab 2002 bzw. -erkrankungen ab 2004).

Abb. 10: relative Codehäufigkeiten der häufigsten negativen Konsequenzen im zeitlichen Verlauf



Bezüglich darauf bezogener Bewältigungsstrategien (Abb. 11) zeigt sich ein ähnliches Bild:

Abb. 11: relative Codehäufigkeiten der häufigsten Bewältigungsstrategien im zeitlichen Verlauf



Zunächst geht es im Hinblick auf die Sozialversicherungen vor allem um die Erhöhung des Renteneintrittsalters bzw. der Lebensarbeitszeit und private Vorsorge. Exemplarisch sind dazu diverse Artikel des Focus(/Money), welche direkt nach der Präsentation der alarmistischen Story-

line Hinweise geben, wo man sich denn am besten versichern könne bzw. welche Investments die besten Renditeaussichten brächten. Ab 2003 zeigt sich dann eine Art *Paradigmenwechsel* hin zu aktivierenden Konzepten wie aktivem Alter(n), Erhöhung des Anteils älterer Arbeitnehmer/-innen und *lebenslangem Lernen* (unter *Aus-/Weiterbildung*), welche allesamt auch als Bestandteile einer »neozosialen Aktivgesellschaft« (Lessenich 2008) interpretiert werden können. Auf den Punkt gebracht läuft der Diskurs zum überwiegenden Teil auf ein demografisch legitimes Umverteilungsschema im Sinne von privatisiertem Nutzen und sozialisierten Kosten hinaus, was als spezifische Gouvernamentalität des demografischen Wandels bezeichnet werden kann.

## Konturen einer post-alarmistischen Demografie

In beiden analysierten diskursiven Feldern zeigt sich eine starke Tendenz zur Naturalisierung kontingenter Ordnungen, die Pierre Bourdieu mit »Doxa« begrifflich gefasst hat. Diese gilt es mit Foucault in Frage zu stellen, um folglich demografischen Wandel im Sinne einer post-alarmistischen Demografie *anders* denken zu können. Wissenschaftliches Wissen ist stets nur provisorisch und im Idealfall mit der besten zum gegebenen Zeitpunkt verfügbaren Begründung versehen. Nancy Riley und James McCarthy haben bereits 2003 diagnostiziert, dass der formale Kern der Demographie im Umbruch befindlich sei und tatsächlich ist in der Disziplin vermehrte Selbstreflexion zu beobachten. So stellen Warren Sanderson und Sergei Scherbov chronologisch konzipierte Altersmaße unter Verweis auf den Anstieg der Lebenserwartung grundsätzlich in Frage (Sanderson, Scherbov 2007: 50) und haben davon ausgehend praktikablere Alternativen zum *klassischen dependency ratio* vorgeschlagen:

Abb. 12: unterschiedliche dependency ratios nach Sanderson, Scherbov 2010 (eigene Berechnung für jeweilige Zunahme)

OADR (Old-age dependency ratio)			
	2005-10	2025-30	2045-50
Deutschland	0,33	0,48	0,63
Zunahme		0,15	0,30
%		45,45	90,91
POADR (Prospective OADR)			
	2005-10	2025-30	2045-50
Deutschland	0,21	0,25	0,34
Zunahme		0,04	0,13
%		19,05	61,90
ADDR (Adult disability dependency ratio)			
	2005-10	2025-30	2045-50
Deutschland	0,12	0,13	0,15
Zunahme		0,01	0,03
%		8,33	25,00

Während die Verwendung eines prospektiven auf verbleibende Lebensjahre bezogenen dependency ratio dessen projizierte alterungsbedingte Zunahme bereits um fast ein Drittel verringert, werden beim auf die Zunahme der Pflegebedürftigkeit fokussierten ADDR über zwei Drittel des vermeintlichen Dramas *entschärft*, ohne darüber hinaus irgendeine der zugrunde liegenden Projektionsannahmen zu hinterfragen. Tomáš Sobotka und Wolfgang Lutz plädieren wiederum: »dafür, die konventionelle Perioden-TFR nicht länger als Universalindikator der Geburtenhäufigkeit zu verwenden, wie es zurzeit üblich ist. Während sich Demografen zunehmend der Schwierigkeiten in Verbindung mit dieser Maßzahl bewusst sind, begünstigt ihre unablässige Bezugnahme auf diese Kennzahl bei Politikern, in den Medien sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit eine völlig falsche Wahrnehmung der Fertilitätsniveaus und -entwicklungen. Als Mindeststandard für die Berichterstattung sollten Demografen, die die Perioden-TFR weiterhin verwenden möchten, diese nicht mehr als »durchschnittliche Kinderzahl pro Frau« bezeichnen, was sie offensichtlich nicht ist« (Sobotka, Lutz 2010: 687).

Diese Kritik trifft alle bisherigen DESTATIS-Bevölkerungsprojektionen ebenso wie nahezu den gesamten massenmedialen Diskursstrang zum Thema Fertilität bzw. deren Rückgang. Auch andere renommierte Demograf/-innen wie James W. Vaupel und Michaela Kreyenfeld plädieren seit Jahren regelmäßig in Wissenschaft und Öffentlichkeit für eine unaufgeregttere und sachlichere Debatte. Dennoch findet diese bislang im massenmedialen Diskurs nur wenig Echo und droht in der Hegemonie alarmistischer Untergangsszenarien unterzugehen. Die unterschiedlichen Funktionslogiken des wissenschaftlichen und journalistischen Diskurses dürften zum Teil dafür verantwortlich sein, wie Pierre Bourdieu es auf den Punkt gebracht hat:

»Es ist offenkundig, dass wissenschaftliche Ideen wie alle anderen Ideen sozial gefiltert werden, sie werden von Individuen nach deren Wahrnehmungskategorien rezipiert, die zu einem großen Teil soziale Kategorien sind, und auch Politiker können in gutem Glauben den wissenschaftlichen Diskurs falsch auffassen, nicht nur, weil sie ihn nicht verstehen, und auch wenn sie ihn verstehen und wohlgesonnen sind, können sie ihn verdrehen und entsprechend ihren Erwartungen und Interessen deformieren. Es ist richtig, dass Politiker dazu tendieren, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu instrumentalisieren. Ein Problem ist, wie man sich gegen diese Instrumentalisierung schützen kann. Damit sind wir wieder bei den Journalisten. Der Zugang zum öffentlichen Raum ist äußerst ungleich verteilt, und es ist sehr schwierig, sich gegen Manipulation zu wehren. Was ist also zu tun?« (Bourdieu 2001: 36).

Das Kernanliegen dieses Beitrags besteht eher darin, diese Frage im Ergebnis der dargestellten Diskursanalyse aufzuwerfen, als sie umfassend zu beantworten. Dennoch sollen abschließend eine ggf. zu erweiternde Liste daraus abgeleiteter Vorschläge zur Diskussion gestellt werden:

1. Aufbrechen des technokratisch orientierten einseitig quantitativen formalen Kerns des wissenschaftlichen Diskurses im Hinblick auf zentrale Maße und Kategorien;
2. Entkopplung normativer politischer Diskussionen über Konsequenzen von der Demografie;
3. Aktiverer interventionistische Öffentlichkeitsarbeit seriöser Institute gegen die Dominanz interessengeleiteter Think-Tanks und Unternehmen im medialen Diskurs (Berlin-Institut, Bertelsmann, Mc Kinsey etc.);
4. Erhöhung datenjournalistischer Kompetenz.

Demografie post-alarmistisch *anders* zu denken würde bedeuten, auf Basis unverfälschter Diagnosen die Herausforderungen des demografischen (und sozialen) Wandels politisch im Interesse der Allgemeinheit zu diskutieren, statt Partikularinteressen im Sinne einer Umverteilung durch Privatisierung zu bedienen oder normative politische Standpunkte mit einer Patina vermeintlicher Objektivität als vermeintlich alternativlos zu propagieren.

## Literatur

- Barlösius, E. 2007: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In E. Barlösius, D. Schiek (Hg.), Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag, 9–36.
- Barlösius, E. 2010: Bilder des demografischen Wandels. In H. Hartmann, J. Vogel (Hg.), Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900. Frankfurt am Main: Campus, 231–250.
- Birg, H. 2001: Die demographische Zeitenwende. München: Beck.
- Birg, H. 2005: Die ausgefallene Generation. München: Beck.
- Bourdieu, P. 2001: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P. 2004: Science of Science and Reflexivity. Cambridge: Polity Press.
- Bryant, T. 2011: Alterungsangst und Todesgefahr. Der deutsche Demografie-Diskurs (1911–2011). *ApuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61. Jg., Heft 10–11, 40–46.
- Denninger, T., Van Dyk, S., Lessenich, S., Richter, A. 2014: Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Domingo, A. 2008: «Demodystopias»: Prospects of Demographic Hell. *Population and Development Review* 34(4), 725–745.
- Etzemüller, T. 2007: Ein ewigwährender Untergang. Bielefeld: transcript.
- Etzemüller, T. 2008: «Dreißig Jahre nach Zwölf?» Der Apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert. In A. K. Nagel, B. U. Schipper, A. Weymann (Hg.), Apokalypse. Zur Soziologie und Geschichte religiöser Krisenrhetorik, Frankfurt am Main: Campus, 197–216.
- Foucault, M. 1973: Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. 2009: Die Regierung des Selbst und der anderen. Vorlesung am Collège de France 1982/83. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hajer, M. A. 2004: Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In R. Keller (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis, Opladen: Leske + Budrich, 271–98.
- Hartmann, H., Vogel, J. 2010: Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900. Frankfurt am Main: Campus.
- Hummel, D. 2000: Der Bevölkerungsdiskurs. Opladen: Leske + Budrich.
- Katz, S. 1992: Alarmist Demography: Power, Knowledge, and the Elderly Population. *Journal of Aging Studies* 6 (3): 203–25.
- Kaufmann, F.-X. 2005: Schrumpfende Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kuckartz, U. 2014: Mixed Methods. Methodologie, Forschungsdesigns und Analyseverfahren. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lessenich, S. 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Mackensen, R., Reulecke, J. (Hg.) 2005: Das Konstrukt "Bevölkerung" vor, im und nach dem "Dritten Reich". Wiesbaden: VS Verlag.



- Messerschmidt, R. 2011: Review Essay: Ein Diskurs über Diskurse des Diskursiven? Divergenzen und mögliche Konvergenz gegenwärtiger Diskurs- und Gouvernementalitätsforschung aus Sicht alethurgischer Diskursanalyse. *Forum: Qualitative Social Research*, 13 Jg., Nr. 1, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1201195> (letzter Aufruf: 24. April 2015).
- Messerschmidt, R. 2014: «Garbled demography» or «demographization of the social»? A Foucaultian discourse analysis of German demographic change at the beginning of the 21st century. *Historical Social Research*, 39. Jg., Heft 1, 299–335.
- Messerschmidt, R., Saar, M. 2014: Diskurs und Philosophie. In J. Angermüller, M. Nonhoff, E. Herschinger, F. Macgilchrist, M. Reisigl, J. Wedl, D. Wrana, A. Ziem (Hg.), *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Band 1, Bielefeld: transcript, 42–55.
- Riley, N. E., McCarthy, J. 2003: *Demography in the age of the postmodern*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Sanderson, W. C., Scherbov, S. 2007: A new perspective on population aging. *Demographic Research*, 16. Jg., Nr. 2, 27–58.
- Sanderson, W. C., Scherbov, S. 2010: Remeasuring Aging. *Science*, Bd. 329, Nr. 5997, 1287–1288.
- Scherbov, S., Mamolo, M., Lutz, W. 2008: Probabilistic Population Projections for the 27 EU Member States Based on Eurostat Assumptions. Vienna: Vienna Institute of Demography, [http://www.oeaw.ac.at/vid/download/edrp\\_2\\_08.pdf](http://www.oeaw.ac.at/vid/download/edrp_2_08.pdf) (letzter Aufruf: 24. April 2015).
- Schimany, P. 2003: *Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schwentker, B., Vaupel, J. W. 2011: Eine neue Kultur des Wandels. *ApuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61. Jg., Heft 10–11, 3–10.
- Sobotka, T., Lutz, W. 2010: Wie Politik durch falsche Interpretationen der konventionellen Perioden-TFR in die Irre geführt wird: Sollten wir aufhören, diesen Indikator zu publizieren? *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 35. Jg., Nr. 3, 665–696, [www.comparativepopulationstudies.de/index.php/CPoS/article/viewFile/54/39](http://www.comparativepopulationstudies.de/index.php/CPoS/article/viewFile/54/39) (letzter Aufruf: 24. April 2015).
- Statistisches Bundesamt 2003: *Bevölkerung Deutschlands bis 2050*. 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, [www.bpb.de/system/files/pdf/XCOOB8.pdf](http://www.bpb.de/system/files/pdf/XCOOB8.pdf) (letzter Aufruf: 27. August 2015).
- Statistisches Bundesamt 2006: *Bevölkerung Deutschlands bis 2060*. 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2006/Bevoelkerungsentwicklung/bevoelkerungsprojektion2050.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2006/Bevoelkerungsentwicklung/bevoelkerungsprojektion2050.pdf?__blob=publicationFile) (letzter Aufruf: 27. August 2015).
- Statistisches Bundesamt 2009: *Bevölkerung Deutschlands bis 2060*. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18. November 2009 in Berlin. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Vorausberechnung/Bevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Vorausberechnung/Bevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile) (letzter Aufruf: 24. April 2015).
- Statistisches Bundesamt 2015: *Bevölkerung Deutschlands bis 2060*. 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2015/bevoelkerung/Pressebrochure\\_Bevoelk2060.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2015/bevoelkerung/Pressebrochure_Bevoelk2060.pdf?__blob=publicationFile) (letzter Aufruf: 24. Juli 2015).
- Teitelbaum, M. S., Winter, J. M. 1985: *The fear of population decline*. Orlando: Academic Press.

# Berufserfolg und die Planung eines aktiven Ruhestands

Heiner Meulemann

*Beitrag zur Veranstaltung »Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?« der Sektion Alter(n) und Gesellschaft – organisiert von Harald Künemund und Andreas Motel-Klingebiel*

## Kontinuitätstheorie und Aktivitätshypothese

Das Berufsleben ist eine Folge von Episoden, in denen man Erfolge anstrebt, die sich in Einkommen und Prestige ausdrücken. Die Ruhestandsgrenze setzt diesem Antrieb zwangsläufig ein Ende. Man steht vor der Frage, ob man die oktroyierte »äußerliche« Diskontinuität akzeptiert oder Kontinuität »innerlich« behauptet, indem man den Beruf fortsetzt oder sich neue Ziele steckt (Atchley 1989). Die Kontinuität vom Erfolgswunsch im Beruf zu seiner Fortsetzung oder zur Übernahme neuer Ziele aber beruht auf dem andauernden Wunsch nach Wertschätzung durch andere. Mein Bild in den Augen der anderen begründet mein Selbstbild, Identität lässt sich nicht ohne »Bestätigung durch andere« gewinnen (Popitz 1987). Die »innerliche« Kontinuität über die Ruhestandsgrenze hinweg besteht also im Wunsch, Identität aufgrund der Wertschätzung durch andere zu wahren. Sie wurde zuvor durch Einkommen und Prestige gleichsam ausgezahlt, sie wird danach in neuen Aktivitäten angestrebt (Nimrod 2007).

Weil die Kontinuität sich »innerlich« in der gewährten Identität ergibt, kann sie sich in vielen Optionen »äußern« – im alten wie einem neuen Beruf, im Zivil- oder im privaten Leben – und die Wertschätzung der anderen muss sich an Maßstäben jenseits der Optionen orientieren. Ein *erster Maßstab* ist das *Anspruchsniveau*. Ist der Ruhestand auf eine neue Identität gerichtet oder setzt er nur das frühere Leben ohne die bisherigen Anforderungen des Berufs fort? Habe ich mir selbst ein Ziel gesteckt, das einen Anspruch stellt und an dem ich scheitern kann? Ein zweiter Maßstab ist die *Produktivität*, also die Marktfähigkeit und Zertifizierbarkeit. Erstelle ich etwas, das für andere nützlich ist, so dass sie es kaufen oder zertifizieren würden (Bass, Caro 2001)? Wie die Wertschätzung anderer während meiner Berufslaubahn sich in der Zuweisung von Erfolg ausdrückt, so richtet sie sich im Ruhestand auf das Anspruchsniveau und die Produktivität, die »Aktivität« meiner Optionen jenseits des Berufslebens. Und wie ich mich im Berufsleben um Erfolg bemühe, so strebe ich für den Ruhestand anspruchsvolle Aktivitäten an. Daher: *Je mehr Erfolg man im Berufsleben hatte, desto eher sollte man einen aktiven Ruhestand planen.*

Diese *Aktivitätshypothese* wird im Folgenden m.W. erstmals über mehrere Optionen und erstmals in lebensgeschichtlicher Perspektive (Bonsdorf et al. 2009) betrachtet. Analysiert wird

ein prospektiver Längsschnitt vom Anfang der Berufslaufbahn bis kurz vor die Ruhestandsgrenze. Über eine so lange Lebensspanne können aber neben dem beruflichen Erfolg auch wechselnde Präferenzen, aktuelle Ressourcen und Startbedingungen die Neigung zu einem aktiven Ruhestand bestimmen.

## Hypothesen zu Freizeitpräferenzen, Gesundheit und Startbedingungen

Im Gegensatz zum Beruf orientiert sich die Freizeit nicht an der Wertschätzung anderer, sondern an meinen Präferenzen: Ich kann tun und lassen, was ich will. Aber anspruchsvolle Pläne für den Ruhestand kosten Zeit und mindern Dispositionsspielräume; sie geraten in Konflikt mit der Freizeitpräferenz. Die Freizeitpräferenz sollte die Kontinuität eines aktiven Lebens vom Beruf in den Ruhestand daher negativ beeinflussen – wie es sich in der Tat für die Fortsetzung des Berufs zeigt (Bonsdorf et al. 2009). Je mehr man die Freizeit dem Beruf vorzieht, desto seltener sollte man anspruchsvolle Aktivitäten für den Ruhestand planen. Das wird als *Freizeitpräferenzhypothese* bezeichnet.

Die Freizeitpräferenz ist zwar eine Persönlichkeitseigenschaft, aber sie kann durch berufliche Erfahrungen verändert werden. Wenn sie vor allem Persönlichkeitseigenschaft ist, dann sollte sich ihr Einfluss auf die Planung eines aktiven Ruhestands während des Berufslebens nicht verändern; wenn sie durch berufliche Erfahrungen geprägt ist, dann sollte ihr Einfluss im Laufe des Berufslebens stärker werden.

Aktuell erlaubt es eine gute Gesundheit, für den Ruhestand anspruchsvolle Aktivitäten zu wählen – wie es sich in der Tat für die Fortsetzung der Berufs (Bonsdorf et al. 2009; Adams, Rau 2011) und die private Freizeit (Nimrod 2007) zeigt. Das wird als *Gesundheitshypothese* bezeichnet.

Startbedingungen *vor dem Eintritt ins Berufsleben* können anspruchsvolle Handlungsentscheidungen über die ganze Lebensspanne ermöglichen. Erstens kann die soziale Herkunft im wörtlichen wie übertragenen Sinn, als wirtschaftliches wie soziales Kapital, vererbt werden. Zweitens sind kognitive Fähigkeiten eine personale Ressource, die es erleichtert, Ziele zu planen und zu erreichen. Drittens deutet das Anspruchsniveau der früheren Lebensplanung auf Selbstvertrauen und Zielstrebigkeit, die die Berufslaufbahn bis über ihr institutionell festgelegtes Ende begleiten, so dass sie die Neigung zu anspruchsvollen Aktivitäten im Ruhestand steigern können. Je höher die soziale Herkunft, je größer die kognitiven Fähigkeiten und je höher das Anspruchsniveau der frühen Lebensplanung, desto anspruchsvoller sollte die Planung für den Ruhestand sein. Das wird als *Herkunfts-, Leistungs- und Aspirationshypothese* bezeichnet.

## Untersuchungsgruppe

Untersuchungsgruppe sind Schüler des 10. Schuljahres an Gymnasien des Landes Nordrhein-Westfalen, die 1969 zum ersten Male klassenweise schriftlich und 1984 mündlich, sowie 1997 und 2010 telefonisch wiederbefragt wurden.<sup>1</sup> Da die Erstbefragung und die drei Wiederbefragungen im modalen Alter von 16, 30, 43 und 56 Jahren stattfanden, werden sie im Folgenden als EB16, WB30, WB43 und WB56 abgekürzt. EB16 umfasste 3240 Befragte, von denen 61%, 49% und 40% wiederbefragt werden konnten. Die vorliegende Analyse bezieht sich auf alle noch in WB56 Befragten (n=1301). Die Untersuchungsgruppe ist seit EB16, aber danach nur noch in geringem Maße nach Bildung selektiv (Birkelbach 2011).

Im Folgenden werden alle Variablen mit Kürzeln und dem modalen Alter der Befragung dargestellt; Kürzel für konstante oder aus den Daten der drei Wiederbefragungen gebildeten Prädiiktoren haben keine Ziffer.

## Zielvariable

Das Anspruchsniveau der Aktivitäten im Ruhestand lässt sich auf drei Weisen konkretisieren. Erstens sollte es sich eher in einer Fortsetzung des Berufslebens auch jenseits der Ruhestandsgrenze als in einem Rückzug aus ihm widerspiegeln. Denn im Berufsleben arbeitet man sachbezogen unter Zurückstellung persönlicher Gesichtspunkte zusammen; die Partner stellen hohe und verbindliche Ansprüche, so dass die Hürden der Wertschätzung höher liegen. Jenseits des Berufslebens aber lebt man mit Interessen- oder Gesinnungsgenossen, Freunden und Intimpartnern zusammen, sodass die Ansprüche weniger hoch und verbindlich sind und die Wertschätzung leichter zu erringen ist.

Sofern man sich aber aus dem Berufsleben zurückziehen will, sollte das Anspruchsniveau sich zweitens eher im Engagement in der Zivilgesellschaft als in dem Bereich widerspiegeln, der nach dem Rückzug aus den beiden öffentlichen Bereichen Beruf und Zivilgesellschaft offen bleibt: dem Privatleben. Denn in der Zivilgesellschaft arbeitet man wie früher im Beruf mit anderen zusammen, im Privatleben aber bewegt man sich unter Freunden und Intimpartnern, so dass dort die Ansprüche höher und verbindlicher sind als hier und die Wertschätzung schwerer zu erringen ist.

Sofern man sich schließlich auf das Privatleben zurückzieht, sollte das Anspruchsniveau sich drittens eher in produktiven Aktivitäten, die auf die Wertschätzung des Produkts durch andere gerichtet sind, als in konsumtiven Aktivitäten (Altenbericht 2005) widerspiegeln, die auf die eigene Befriedigung zielen und der Wertschätzung anderer nicht bedürfen.

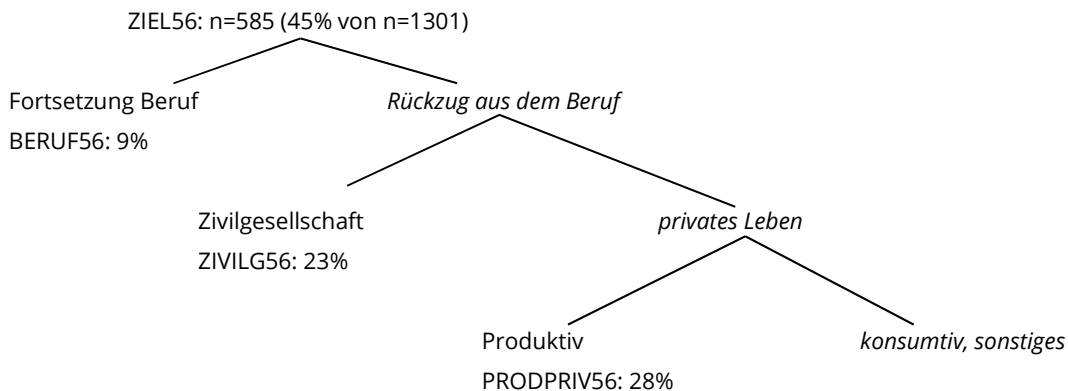
Der Wunsch, ein Ziel erreichen zu wollen, wurde so erfragt: »Haben Sie sich für die Zeit nach Ihrem Eintritt in den Ruhestand vorgenommen, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, das sie auf längere Zeit immer wieder beschäftigen wird?« Daraus ergab sich die dichotome Variable ZIEL56: ja (1) und nein (0). Wer ja sagte, wurde gefragt »Was ist das?« Bis zu acht Antworten

---

<sup>1</sup> EB16 und WB1 wurden von Hans-Joachim Hummell, Michael Klein, Maria Wieken-Mayser und Rolf Ziegler durchgeführt. EB161 wurde vom Land NRW, WB1-3 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Ich danke den Datengebern und Förderern für die Unterstützung.

wurden gegeben, die vom Interviewer am Telefon notiert, von zwei Auswertern nach rund 30 Kategorien verkodet<sup>2</sup> und auf die Basis mit einem gegebenen Ziel prozentuiert wurden. Die Variablen sind in Abbildung 1 dargestellt.

Abb. 1: Gegebenheit von Zielen und Anspruchsniveau gegebener Ziele



Die *erste* Bedeutung von Aktivität im Ruhestand liegt in der Fortsetzung des Berufs auch jenseits der Ruhestandsgrenze. Wer angab, berufliche Vorhaben fortführen oder abschließen zu wollen oder eine Selbständigkeit anzustreben, erhielt auf der Variable BERUF56 den Wert 1, alle übrigen den Wert 0. Die *zweite* Bedeutung von Aktivität liegt in der Wendung zur Zivilgesellschaft. Wer dazu Vorhaben nannte, erhielt auf der Variable ZIVILG56 den Wert 1, alle übrigen den Wert 0. Aus den verbliebenen Nennungen zu Privatleben wurden nach einem *dritten* Verständnis von Aktivität produktive Aktivitäten ausgewählt. Produktiv sind Aktivitäten, die marktfähig oder zertifizierbar sind (Bass, Caro 2001): Kunstausübung sowie Lernen und Studium sind produktiv, Hobbies, Reisen, Sport und Kunstrezeption konsumtiv. Entsprechend wurde eine dichotome Variable PRODPRIV56 mit dem Wert 1 für produktive Aktivitäten und dem Wert 0 für alle übrigen gebildet. Weiterhin wurde eine die drei Bedeutungen zusammenfassende Variable PROD56 mit dem Wert 1 bei 54% der Nennungen gebildet.

## Prädiktoren

Der *objektive Berufserfolg* wird durch Berufsprestige und das Einkommen erfasst. Das Berufsprestige (Wegener 1988) wurde in WB30, WB43 und WB56 in einem Inventar von bis zu 21 Berufsphasen erhoben. Aus ihnen wurden das *letzte* Prestige und das *letzte* Endeinkommen vor den Erhebungszeitpunkten ausgewählt: bis zum 30. Lebensjahr LPREST30 und LEINK30, zwischen 30. und 43. Lebensjahr LPREST43 und LEINK43, zwischen 43. und 56. Lebensjahr LPRST56 und LEINK56.

Der *subjektive Berufserfolg* wurde *erstens* in WB30, WB43 und WB56 durch die *Einschätzung* erfragt, ob man mehr (3), gleich viel (2) oder weniger als erwartet (1) erreicht habe: ERREICHT30,

<sup>2</sup> Das Kategoriensystem ist in einer ausführlichen Fassung dieses Berichts beim Autor erhältlich.

ERREICHT43, ERREICHT56. In WB56 wurde gefragt, wie »erfolgreich man alles in allem« nach vier Stufen gewesen sei. ERFOLG56. Er wurde zweitens in WB56, WB43 UND WB56 als Zufriedenheit mit der *beruflichen Laufbahn* auf 11 Stufen erhoben: BZUF30, BZUF43 und BZUF56. Er wurde drittens als Zufriedenheit mit der *letzten Arbeitsstelle* auf vier Stufen erfragt: BSTZUF56.

Die *Freizeitpräferenz* wurde erstens in WB30, WB43 und WB56 als Bewertung von »Freizeit und Erholung« abzüglich der Bewertung von »Arbeit und Beruf« auf sieben Stufen *geäußert*: FREI-BER30, FREI-BER43 und FREI-BER56. Sie wurde zweitens in WB56 als *bekundete* Praxis von Ehrenamt und privaten Hilfen und Fernsehzeit in Halbstunden erfragt: EHREN56 und HILFE56 sollten die Planung produktiver Aktivitäten positiv (Erlinghagen 2007), TVSTUND56 negativ beeinflussen.

Die *Gesundheit* wurde in WB56 von den Befragten auf fünf Stufen eingeschätzt: GESUND56. Die *soziale Herkunft* wurde in EB16 durch den Berufsstatus des Vaters, den Ausbildungsabschluss des Vaters und sowie der Mutter erhoben: BSTATVA16, AUSBVA16, AUSBMU16, die zusammen mit dem Familiennettoeinkommen zu einem Schichtindex SCHICHT16 kombiniert wurden (Meulemann 1979). *Kognitive Fähigkeiten* wurden durch zwei verbale und zwei nichtverbale Subtests aus dem Intelligenz-Struktur-Test IST16 von Amthauer (1953) und durch die Durchschnittsnote in den schulformspezifischen Hauptfächern DNOTE16 erfasst (Meulemann 1979). Die *Lebensplanung* in EB16 wurde von Eltern und Schülern für Abitur und Studium erfragt. ABI16-E (für Eltern) und ABI16 hatte folgende Ausprägungen: (3) Abitur, (2) unsicher, (1) kein Abitur; STUD16-E und STUD16: (4) Studium sicher, (3) Studium vielleicht, (2) weiß noch nicht, (1) nicht studieren (Naumann, Romeu Gordo 2010). Die Eltern wurden weiterhin gefragt; ob die »Entscheidung für den Besuch der höheren Schule schon immer feststand«: IMMERFEST16. Die Schüler wurden gefragt, ob sie (3) »ein festes Lebensziel«, (2) »allgemeine Vorstellungen«, oder (1) »habe keine genauen Vorstellungen« hätten – LEBENSZIEL16 – und ob sie »eine Beschäftigung außerhalb der Schule hätten, die Sie besonders interessiert oder die Sie für besonders wichtig halten und der sie einen wesentlichen Teil Ihrer Freizeit widmen« oder nicht – BESCHAEFTIG16.

Kontrolliert wurde das Geschlecht MANN.

Im Folgenden werden zunächst die Korrelationen der Prädiktoren mit den fünf Zielvariablen berichtet. Sie können für die Prädiktoren aus WB30 und WB43 aufgrund der Zeitdifferenz kausal interpretiert werden; für die Prädiktoren aus WB56 jedoch nur dann, wenn der gleichzeitig erhobene Prädiktor sich auf einen vorausgehenden Sachverhalt bezieht, also nur für LPREST56 und LEINK56. Nach diesen Ergebnissen werden die Zielvariablen und Prädiktoren für logistische Regressionen ausgewählt, die eigenständige kausale Einflüsse der Startbedingungen und des Lebenslaufs ermitteln sollen.

## Ergebnisse: Korrelationen

Der objektive wie subjektive *Berufserfolg* hat auf die Planung eines aktiven Ruhestands so gut wie keinen Einfluss. Von den Korrelationen der o.g. 14 Prädiktoren mit den fünf Zielvariablen sind nur zwei auf dem 5%-Niveau signifikant positiv. Die *Aktivitätshypothese* wird nicht bestätigt.

Tab. 1: Freizeitpräferenz und Pläne für den Ruhestand: Korrelationen, Tau b

	H	ZIEL56	BERUF56	ZIVILG56	PRODPRIV56	PROD56
FREI-BER30	-		-.10**		-.08*	-.09*
FREI-BER43	-		-.09*		-.08*	-.09*
FREI-BER56	-		-.11**			-.08*
EHREN56	+	.08**		.19***		.11**
HILFE56	+	.11***				
TVSTUND56	-				-.09*	-.11**

H: Hypothese. Nur Korrelationen, die mindestens auf 5%-Niveau signifikant sind. \*  $p < .05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$ . n für ZIEL56: 1283 – 1294, n für übrige: 583 – 585

Die geäußerten Freizeitpräferenzen (Tabelle 1) senken zwar nicht die Planung eines aktiven Ruhestands überhaupt, aber die einer Fortführung des Berufslebens und produktiver Aktivitäten. Sie wirken zudem über den Lebenslauf mit konstanter Stärke, so dass man sie als Persönlichkeitseigenschaften ansehen kann. Die bekundeten Freizeitpräferenzen beeinflussen die Planung eines aktiven Ruhestands wie erwartet. Die Freizeitpräferenzhypothese wird für berufliche und produktive Ziele überwiegend, für Ziele überhaupt und zivilgesellschaftliche Ziele aber kaum bestätigt.

Die Gesundheit hat auf keine der Zielvariablen den erwarteten positiven Zusammenhang.

Tab. 2: Ressourcen, Aspirationen, Geschlecht und Pläne für den Ruhestand: Korrelationen, Tau b

	H	ZIEL56	BERUF56	ZIVILG56	PRODPRIV56	PROD56
BSTATVA16	+					.08*
AUSBVA16	+	-.05*			.14***	.12**
AUSBMU16	+					
SCHICHT16	+		.08**			.12**
IST16	+	-.05*				
DNOTE16	+				-.08**	
IMMERFEST16	+				.12**	.11*
ABI16-E	+				.12**	.15***
STUD16-E	+					.09*
ABI16	+				.11**	.11**
STUD16	+				.10**	.09**
LEBENSZIEL16	+					
BESCHAEFTIG16	+	.07**				
MANN	?	-.06*		-.19***		-.17***

H: Hypothese, ?: Kontrollvariable. Nur Korrelationen, die mindestens auf 5%-Niveau signifikant sind. \*  $p < .05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$ . n für Ziel: 1111 – 1294, n für übrige: 504 – 585

Der Einfluss der sozialen Herkunft und der kognitiven Fähigkeiten auf aktive Pläne für den Ruhestand ist schwach und unsystematisch (Tabelle 2). Die Lebensplanung hat Einflüsse, sofern sie auf die Schullaufbahn überhaupt gerichtet ist, nicht aber sofern sie darüber hinausgeht. Je am-

bitionierter die Pläne von Eltern und Schülern für die Bildungslaufbahn waren, desto eher wählen die Schüler produktive Aktivitäten für den Ruhestand. Männer haben seltener Ziele überhaupt als Frauen; sie wollen sich zudem seltener zivilgesellschaftlich und generell produktiv engagieren als Frauen.

Vergleicht man zusammenfassend die Prädiktoren nach ihrer Stärke, so werden die *Aktivitäts-* und die *Gesundheitshypothese* nicht, die *Freizeitpräferenzhypothese* oft, und die *Herkunfts-, Leistungs-* und *Aspirationshypothese* nur sporadisch bestätigt. Der Einfluss von Herkunft, Leistung und Aspirationen – also der Startbedingungen – ist stärker als der des Berufserfolgs und der Gesundheit und etwa so stark wie der Einfluss der Freizeitpräferenzen – also des Lebenslaufs und der aktuellen Situation.

Vergleicht man zusammenfassend die Zielvariablen nach ihren Einflüssen, so ist die Planung überhaupt deutlicher als die spezifischen Pläne bestimmt. Für alle Prädiktoren außer EHREN56 gilt: Was die Planung überhaupt beeinflusst, hat auf die spezifischen Pläne keinen oder einen gegenläufigen Einfluss.

## Ergebnisse: Logistische Regressionen

Nach den Ergebnissen der Korrelationen ist es nur für ZIEL56 und PROD56 sinnvoll, Regressionen zu berechnen, und beide Zielvariablen verlangen einen unterschiedlichen Prädiktorsatz. ZIEL56 wird auf Berufserfolg, Freizeitpräferenz und Startbedingungen regrediert (Tabelle 3); Modell 1 prüft alle drei Prädiktorgruppen zusammen, die Modelle 2 bis 4 prüfen jede einzeln. Zur Prüfung der Aktivitätshypothese wird das höchste Einkommen zwischen 16 und 56 HEINK als Prädiktor eingesetzt.

Tab. 3: Logistische Regression von ZIEL56 auf Berufserfolg, Freizeitpräferenz und Startbedingungen

	H	Min-Max	Chancenverhältnisse			
			Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Interzept			2.433	1.675	1.617	2.921
HEINK	+	0-163838	1.000	1.000		
ERFOLG56	+	1-4	1.192+	1.231*		
EHREN56	+	0-1	1.265+		1.331*	
HILFE56	+	0-1	1.852***		1.713***	
AUSBVA16	+	1-6	.928+			.948
IST16	+	76-151	.987*			.0988*
BESCHAEFT16	+	0-1	1.430*			1.408*
MANN	?	0-1	.827			
Pseudo R <sup>2</sup>			.0421	.009	.017	.011

H: Hypothese, ? = Kontrollvariable. +  $p < .10$ , \*  $p < .05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$ .  $n=1107$ ,  $n$  (ZIEL56=1) =495.



In Modell 1 ist die Erklärungskraft gering. Der objektive Berufserfolg hat keinen Einfluss; der subjektive Berufserfolg hat zwar den erwarteten positiven Einfluss, aber er ist nur schwach signifikant. Insgesamt wird die *Aktivitätshypothese* also nicht bestätigt. Das aktuelle Engagement HILFE56 hat den stärksten Einfluss. Die soziale Herkunft AUSBVA16 und die Intelligenz behalten ihren erwartungswidrig negativen Einfluss. Die nicht institutionell orientierte Lebensplanung behält ihren erwarteten positiven Einfluss. Aber der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist nicht mehr signifikant.

Vergleicht man die Einflussstärken der drei Prädiktorgruppen in Modell 2-4, so verringern sich durch die geringere Variablenzahl und den Fortfall von MANN die erklärten Varianzen noch einmal. Der Berufserfolg hat den geringsten und die Freizeitpräferenz den stärksten Einfluss. Für die *Aktivitätshypothese* spricht also nichts und für ihre Konkurrenten etwas. Von den Startbedingungen wirkt die nicht institutionelle Lebensplanung der Jugend noch in der späten Lebensmitte als Planung eines Ziels für den Ruhestand fort – allerdings nicht ganz wie erwartet. Mit steigender Intelligenz wird zwar die Planung eines Ziels für den Ruhestand seltener. Aber das Interesse für eine Beschäftigung außerhalb der Schule im 16. Lebensjahr findet im 56. Lebensjahr ein Echo im Plan einer besonderen Beschäftigung für dem Ruhestand. Wenn auch der Berufserfolg sich nicht in Plänen für den Ruhestand widerspiegelt, so bildet die eigenständige Lebensplanung eine Brücke von der Jugend bis zur späten Lebensmitte.

PROD56 wird auf Freizeitpräferenzen und Startbedingungen regrediert (Tabelle 4). Modell 1 prüft beide Prädiktorgruppen zusammen; Modelle 3 und 4, die zur Vergleichbarkeit mit Tabelle 3 gleich nummeriert sind, prüfen jede einzeln.

Tab. 4: Logistische Regression von PROD56 auf Freizeitpräferenz und Startbedingungen

	H	Min-Max	Chancenverhältnisse			
			Modell 1	Modell 1a	Modell 3	Modell 4
Interzept			.303	.389	1,231	.278
EHREN56	+	0 – 1	1.532*	1.550*	1.522*	
TVSTUND56	-	1,5 - 6,5	.954	.942	.845*	
FREI-BER30	-	(-6) – (+6)	.873+	.835**	.900+	
FREI-BER43	-	(-6) – (+6)	.913			
FREI-BER56	-	(-6) – (+6)	.970			
AUSBVA16	+	1 – 6	1.093	1.171**		1.168**
SCHICHT16	+	1 – 6	1.149			
IMMERFEST16	+	0 – 1	.997			
ABI16-E	+	1 – 3	1.230	1.454*		1.450**
STUD16-E	+	1 – 3	.959			
ABI16	+	1 – 3	1.232			
STUD16	+	1 – 4	.983			
MANN	?	0 – 1	.396***	.400***		
R <sup>2</sup>			.107	.099	.027	.035

H: Hypothese, keine Nennung=Kontrollvariable. +  $p < .10$ , \*  $p < .05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$ .  $n = 493$ .  $(PROD=1) = 223$ .

Die Erklärungskraft ist wieder gering. In Modell 1 behalten allein das ehrenamtliche Engagement und das Geschlecht ihren Einfluss. Setzt man in Modell 1a nur eine Variable aus jeder der drei Prädiktorgruppen ein, so verringert sich die Erklärungskraft fast nicht, aber die Effekte vergrößern sich und werden signifikant.

Vergleicht man die Einflussstärke von Freizeitpräferenz und Startbedingungen in Modell 3 und 4, so verringern sich durch die geringere Variablenzahl und den Fortfall von MANN die erklärten Varianzen. Aber durch die Freizeitpräferenz wird weniger Varianz erklärt als durch Startbedingungen im 16. Lebensjahr. Auch wenn die Berufslaufbahn zwischen der Jugend und heute keinen Einfluss auf die Planung produktiver Aktivitäten im Ruhestand hat, sind doch die Startbedingungen in der Jugend für die Planung eines produktiven Ruhestands gewichtiger als die Freizeitpräferenz. Als Startbedingung hat aber nicht nur die soziale Herkunft, sondern auch die institutionell orientierte Lebensplanung im 16. Lebensjahr einen positiven Einfluss auf die Planung eines aktiven Ruhestands.

Für beide Zielvariablen bringt die multivariate Analyse also nicht nur ein negatives, sondern auch ein positives Ergebnis. Sie bekräftigt nicht nur, dass die Ruhestandsplanung vom Berufserfolg unabhängig ist, sondern deutet auch an, dass sie in Facetten die Lebensplanung der Jugend fortsetzt.

## Ausblick: Kontinuität und »späte Freiheit«

Warum scheitert die Aktivitätshypothese? Die erste Erklärung wäre, dass für viele unserer Kohorte der Ruhestand noch nicht biografisch aktuell ist. Ist die Frage zu früh gestellt? Dagegen sprechen vier Gründe.

Erstens *muss* gegen Ende des sechsten Lebensjahrzehnts der Ruhestand geplant werden. Während im vorausgegangenen Berufsleben der Verzicht auf Planung nur die Fortsetzung der Normalität bedeutete, macht das sichere Ende der Normalität Planung unumgänglich.

Zweitens ist der Ruhestand unter den Altersgenossen unserer Kohorte sozial sichtbar. In der gesamten 55-59-jährigen Bevölkerung sind bereits 28% im Ruhestand (Naumann, Romeu Gordo 2010) – deutlich mehr als in unserer privilegierten Kohorte. Wer nicht von sich aus vorausplanen will, kann dem Modell der anderen kaum entgegen.

Drittens gibt es Hinweise auf die psychische Realität des bevorstehenden Ruhestands in unserer Kohorte. 17% haben den Ruhestand bereits ins Auge gefasst oder realisiert; an sie ist die Frage bereits zu spät gestellt. 45% haben einen Plan für den Ruhestand und davon wiederum 54% einen produktiven Plan. Wie weitere Analysen zeigen, schafft die zeitliche Nähe nicht die psychische Realität; der geplante Zeitpunkt hat nur einen schwachen und nicht eindeutigen Einfluss auf die Intensität der Ruhestandsplanung. Und der Berufserfolg hat in der Gruppe, die den Ruhestandseintritt bereits festgelegt hat, ebenso wenig Einfluss auf die Ruhestandsplanung wie in der Gruppe, für die der Ruhestandseintritt noch hinter dem Horizont einer offenen Zukunft liegt. Das Scheitern der Aktivitätshypothese resultiert also nicht aus der Distanz zwischen Planungszeitpunkt und zu planender Lebensphase, sondern aus der Besonderheit der zu planenden Lebensphase selber.

Viertens haben lebensgeschichtlich frühere Bedingungen mehr Einfluss auf die Ruhestandsplanung als der Berufserfolg. In den Regressionen wurden ZIEL56 und PROD56 durch die Eigenständigkeit der Lebensplanung in der Jugend signifikant positiv beeinflusst: Wer sich in der Jugend Ziele setzt, ist auch geneigt, sich in der späten Lebensmitte Ziele für das Alter zu setzen. Allerdings sind auch diese Einflüsse nicht stark, die Prädiktoren wurden nachträglich ausgewählt und sind nicht identisch für die beiden Zielvariablen.

Die Frage ist also nicht zu früh gestellt. Und die Planung eines aktiven Ruhestands ist generell schwer zu erklären – jedenfalls nicht auf die gleiche Weise wie Lebensplanung bis zur Lebensmitte. Offenbar sind beide unterschiedlicher Natur.

*Von der Jugend bis zur Lebensmitte* folgt die Lebensplanung ihren eigenen Imperativen. Identität muss in der Jugend gesucht und gefunden und im Erwachsenenleben bewahrt werden. Eine Ausbildung muss abgeschlossen, ein Beruf gewählt und erfolgreich ausgeübt, eine Familie gegründet und ausgebaut, eine Weltsicht angeeignet und mit Gründen verteidigt werden. Die Herkunft bietet dazu nicht nur Ressourcen, sondern auch Orientierung. Sie ist der nächste und einfachste Weg zu ersten Erfolgen, und erste können weitere Erfolge hervorrufen. Auf diese Weise lenken Herkunft und Wechselfälle der Lebensgeschichte die Identitätsbildung.

*Im Blick auf den bevorstehenden Ruhestand* hingegen haben diese Imperative ihre Macht verloren. Die bis heute gewährte Identität tritt gleichsam ab. Sie unterliegt keiner Bewährung mehr, aber sie ist als Vergangenheit gegenwärtig. Sie ist eine erste, hintergründige Identität, vor die eine zweite treten kann, ohne durch sie präjudiziert zu sein. Weder werden die Ressourcen und Orientierungen der Herkunft gebraucht, noch muss der Faden der bisherigen Lebensgeschichte fortgesponnen werden. Die Spielräume sind gewachsen, der Erfolgsdruck ist gewichen. Wer eine zweite Identität sucht, erlebt eine »späte Freiheit« (Rosenmayr 1983).

Wenn man wie hier Kontinuität zwischen Berufsleben und Ruhestand im Streben nach Wertschätzung durch andere sieht und eine Vielzahl von Optionen für den Ruhestand betrachtet, findet sich zwischen Berufsleben und Ruhestandsplanung also keine Kontinuität. Die »späte Freiheit« entzieht sich lebensgeschichtlichen Erklärungen. Wer sie mit Leben füllt, folgt vermutlich Gelegenheiten, die sich nur ihm bieten, und Wünschen, die nur er hegt – und bedarf deshalb auch keiner lebenspraktischen Unterstützung. Ohne Diskontinuitäten keine zweite Identität.

## Literatur

- Adams, G., Rau B. 2011: Putting Off Tomorrow to Do What You Want Today. *Planning for Retirement*. *American Psychologist* 66: 180–192.
- Altenbericht, 2005: Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.).
- Amthauer, R. 1953: *Intelligenz-Struktur-Test* (2. erw. Auflage). Göttingen: Hogrefe.
- Atchley, R. C. 1989: A Continuity Theory of Normal Aging. *The Gerontologist* 29: 183–190.
- Bass, S. A., Caro, F. G. 2001: Productive Aging: A Conceptual Framework. In N. Morrow-Howell, J. Hinterlong, M. Sherraden (Hg.), *Productive Aging – Concepts and Challenges*. Baltimore, London: The John Hopkins University Press, 37–80.

- Birkelbach, K. 2011: Ausfälle im Kölner Gymnasiastenpanel 1969: Ursachen und Folgen. Manuskript: Forschungsinstitut für Soziologie, Universität zu Köln.
- Bonsdorf, M., Shultz, K., Leskinen, E., Tansky, J. 2009: The choice between retirement and bridge employment: A continuity theory and life course perspective. *International Journal of Aging and Human Development* 69: 79–100.
- Erlinghagen, M. 2007: Soziales Engagement im Ruhestand: Erfahrung wichtiger als freie Zeit. *DIW-Wochenbericht*: 39/200.
- Meulemann, H. 1979: Soziale Herkunft und Schullaufbahn. Frankfurt am Main: Campus.
- Naumann, D., Romeu Gordo, L. 2010: Gesellschaftliche Partizipation: Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Bildung. In A. Motel-Klingebiel, S. Wurm, C. Tesch-Römer (Hg.), *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)*. Stuttgart: Kohlhammer, 188–141.
- Nimrod, G. 2007: Expanding, Reducing, concentrating and Diffusing: Post Retirement Leisure Behavior and Life Satisfaction. *Leisure Sciences* 29: 91–111.
- Noone, J., Alpass, F. 2009: Preretirement Planning and Well-Being in Later-Life. A Prospective Study. *Research on Aging* 31: 295–317.
- Popitz, H. 1987: Autoritätsbedürfnisse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39: 633–647.
- Rosenmayr, L. 1983: *Die späte Freiheit*. Darmstadt: Severin und Siedler.
- Wegener, B. 1988: *Kritik des Prestiges*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

»Aktuelle bildungssoziologische Forschungsprojekte« der Sektion  
Bildung und Erziehung – organisiert von Andrea Lange-Vester

# Zur Inanspruchnahme non-formaler schulischer und außerschulischer Bildungsangebote während der Schullaufbahn

Bettina Arnoldt, Peter Furthmüller und Christine Steiner

*Beitrag zur Veranstaltung »Aktuelle bildungssoziologische Forschungsprojekte« der Sektion Bildung und Erziehung – organisiert von Andrea Lange-Vester*

Wenn es um Bildung im Kindes- und Jugendalter geht, dann stehen in der Regel der Schulbesuch oder die weiterführende berufliche Ausbildung im Mittelpunkt des bildungssoziologischen Interesses (Solga, Becker 2012: 9). Schließlich ist das erfolgreiche Absolvieren formaler Bildungsgänge eine entscheidende Ressource für den weiteren Erfolg im Lebensverlauf und nach wie vor sind die Chancen auf den Erwerb dieser Ressource sozial höchst ungleich verteilt. Zu diesen ungleichheitsgenerierenden Faktoren zählt insbesondere in der Bundesrepublik die soziale Herkunft. Das hat zuletzt die PISA-Studie aus dem Jahr 2000 nachdrücklich ins öffentliche Bewusstsein gerufen.

Umso mehr erstaunt es, dass die vielfältigen Formen des Lernens und des Kompetenzerwerbs, die in der Familie selbst stattfinden oder durch sie vermittelt werden, wie beispielsweise der Besuch von Musikschulen, das Sporttreiben im Verein oder das politische Engagement in Verbänden, innerhalb der jüngeren Bildungsdebatten lange Zeit vernachlässigt wurde (Rauschenbach et al. 2006). Im Sinne eigenständiger Sozialisations- und Bildungspraktiken waren außerschulische Bildungsangebote zudem eher selten Gegenstand empirischer Untersuchungen. Dies hat sich inzwischen erkennbar geändert. Im Nationalen Bildungsbericht werden inzwischen auch Indikatoren zur Bildung in der Familie oder zu Aktivitäten in außerschulischen Lernorten ausgewiesen; der Bildungsbericht 2012 hatte zudem den Stellenwert der kulturellen Bildung im Lebensverlauf sein Schwerpunktthema gewidmet (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 157 ff.). Nicht-formale Lernumwelten sind darüber hinaus auch Teil des Erhebungsprogrammes des Nationalen Bildungspanel (NEPS) (dazu Bäumer et al. 2011).

Dieser Bedeutungsgewinn geht auf eine Grenzverschiebung im Verhältnis von privat-familialer und öffentlicher Bildung, Betreuung und Erziehung zurück: Aufgrund des wachsenden Anteils von Familien, in denen beide Eltern erwerbstätig sind, nimmt sowohl der Bedarf als auch die Inanspruchnahme an außerfamiliären Bildungs- und Betreuungsangeboten zu. Der Anspruch ist also ein doppelter: Eine verlässliche Betreuung zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familienle-

ben und Erwerbsarbeit und eine angemessene, vor allem auch sozial kompensatorische individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Für den Schulbereich steht dafür exemplarisch der sich seit zehn Jahren vollziehende Ausbau von Ganztagschulen. Mittlerweile verfügt mehr als jede zweite allgemeinbildende Schule über einen ganztägig verfassten Schulalltag (Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 2015: 1<sup>\*</sup>). Um als Ganztagschule anerkannt zu werden, muss eine Schule neben der Bereitstellung einer Mittagsversorgung zusätzliche Bildungsangebote an mindestens drei Wochentagen mit einem zeitlichen Umfang von mindestens 7 Zeitstunden vorhalten (ebd.: 4). In der Regel handelt es sich um non-formale, das heißt um pädagogisch gestaltete Bildungsformate mit einer zum Teil deutlichen Lernorientierung. In der Gestaltung des Angebotes haben Schulen einen vergleichsweise großen Spielraum. Die meisten Ganztagschulen bieten jedoch nicht nur Angebote zur Unterstützung fachbezogener, sondern vor allem auch verschiedener sozialer Kompetenzen wie beispielsweise Teamfähigkeit, die Unterstützung der Lernmotivation oder dem Aufbau sozialer Beziehungen. Trotz dieser Gestaltungsfreiheit müssen Schulen sicherstellen, dass zwischen dem Unterricht und den neu hinzukommenden Angeboten ein konzeptioneller Zusammenhang besteht und dies auch im Schulkonzept darlegen.

Vorliegende Untersuchungen zu den Wirkungen ganztägiger Angebote zeigen, dass die Inanspruchnahme durchaus mit einer Reihe förderlicher Wirkungen einhergeht, so etwa bei der Entwicklung des Sozialverhaltens (Fischer et al. 2011) sowie – unter bestimmten pädagogischen Bedingungen – bei der Entwicklung der Schulnoten (Kuhn, Fischer, 2011). Dies korrespondiert mit den Befunden der US-amerikanischen Forschung zu den außerunterrichtlichen Aktivitäten von Schüler/-innen, die dort eine lange Tradition hat. Einige dieser Studien konnten bei Teilnehmenden auch den Wunsch nach anspruchsvolleren Bildungslaufbahnen sowie größere berufliche Chancen feststellen (Villarruel et al. 2005). Insofern ist zu vermuten, dass außerunterrichtliche Angebote auch zum Aufbau kulturellen und sozialen Kapitals beitragen.

Allerdings wird die Inanspruchnahme non-formaler Bildungsangebote sehr unterschiedlich operationalisiert (im Überblick Feldman, Matjasko 2005). Zwar beschränkt sich kaum eine Untersuchung auf die dichotome Darstellung von Inanspruchnahme versus Nicht-Inanspruchnahme, mit Konstrukten wie der Dauer, der Intensität oder der Frequenz, aber auch der Art und der pädagogischen Qualität der Bildungsangebote werden jeweils unterschiedliche Dimensionen thematisiert. Hinzu kommt, dass die Teilnahme an non-formalen Angeboten auch im schulischen Kontext häufig freiwillig ist, was das Risiko für selektive Formen der Teilhabe erhöht (für Ganztagschulen mit wählbarer Teilnahme – offene GTS – et al. Beher, Prein 2007, Steiner 2009). Eine sozial ungleiche Teilnahme sollte sich jedoch insbesondere dann zeigen, wenn man nicht auf ein einzelnes Angebot fokussiert, sondern längere biografische Phasen in den Blick nimmt. Gefordert werden daher Erhebungs- und Analysekonzepte, die der Multidimensionalität der Inanspruchnahme Rechnung tragen und dadurch sozial ungleiche Teilhabemuster erkennbar werden zu lassen.

Genau hier setzt das Teilprojekt »Stabilisierung von Bildungsverläufen durch die Ganztagschule« des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2005 finanzierten

Forschungsverbundes *Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen* (StEG) an<sup>1</sup>. Im Projekt soll der zeitlichen und angebotsspezifischen Inanspruchnahme während der Schullaufbahn sowie deren möglichen Einfluss auf kritische Ereignisse und Passagen im Schulsystem nachgegangen werden. Dazu wurden im Frühjahr 2013 1.901 Schüler/-innen der Abschlussklassen 9 und 10 an 65 nichtgymnasialen Ganztagschulen aus zwölf Bundesländern gebeten, ihre Teilnahme an non-formalen schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten seit der 5. Klasse rückblickend zu dokumentieren.

Im folgenden Beitrag wird zunächst dargelegt, dass sich auf der Basis einer solchen, an der retrospektiven Erfassung von Lebensereignissen in Form eines Life History Calendar angelehnten Erhebung, die non-formalen Bildungsverläufe der Schüler/-innen rekonstruieren lassen. Dazu werden exemplarisch für die Schüler/-innen der Klassenstufe 10 (n=1.293) unterschiedliche Teilnahmeprofile vorgestellt, die auch sozial unterschiedliche Formen der Inanspruchnahme repräsentieren. Schließlich wird geprüft, welchen Einfluss die Teilnahmeprofile auf die weitergehenden Bildungspläne der Schüler/-innen im Anschluss an die Sekundarstufe I haben. Zum Abschluss werden die Ergebnisse und Erkenntnisse resümierend zusammengefasst.

## Kalenderinstrument zur Erhebung der außerunterrichtlichen Bildungsbiografie

Der Ausbau von Ganztagschulen schlägt sich für die Jugendlichen in zunehmend diversifizierten Gelegenheitsstrukturen und individualisierten Nutzungsbiografien bildungsrelevanter Aktivitäten nieder, die sich in ihrer Heterogenität nur schwer mit üblichen standardisierten Verfahren der empirischen Sozialforschung bestimmen lassen. Insofern stellt es eine gewisse methodische Herausforderung dar, diese »Expansion von Bildungsoptionen« und die Mehrdimensionalität ihrer Inanspruchnahme empirisch zu erheben. Um nicht nur die Art der außerunterrichtlichen Aktivitäten zu bestimmen, sondern auch Rückschlüsse auf den Zeitpunkt und die Dauer ihrer Praxis zu ziehen, wurde für StEG das Instrument des »Life History Calendar« an das eigene Forschungsvorhaben angepasst. Ziel war es, die Aktivitäten der Jugendlichen seit der 5. Klasse sowohl innerhalb als auch außerhalb des Schulkontextes retrospektiv zuverlässig und trennscharf zu erheben, um daraus individuelle Nutzungsbiografien so lückenlos wie möglich rekonstruieren zu können.

Retrospektive Studien werden im Allgemeinen mit einem höheren Risiko lückenhafter bzw. verzerrter Erinnerungen verbunden, wobei das Ausmaß möglicher Fehler eng mit dem Befragungsthema, der verstrichenen Zeit seit einem Ereignis, der Interviewsituation und individuellen kognitiven Faktoren zusammenhängt (vergleiche Dex 1995; Sudman, Bradburn, Schwarz 1996). Bereits Ende der sechziger Jahre wurde vermutet, dass sich die Qualität von Retrospektiverhebungen durch die Verwendung eines kalendarisch strukturierten Erhebungsinstrumentes ver-

---

<sup>1</sup> Der Verbund besteht aus Wissenschaftler/-innen des Deutschen Instituts für Internationale pädagogische Forschung (DIPF), dem Institut für Schulforschung der TU Dortmund, dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) sowie der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU). Mehr Informationen zum Verbund und den Teilstudien sind auf Homepage des Verbundes [www.projekt-steg.de](http://www.projekt-steg.de) zu finden.



bessern lässt (vergleiche Balán et al., 1969). Auf Grundlage dieser Idee haben Freedman et al. (1988) den *Life History Calendar* entwickelt, dessen zentrale Gestaltungselemente für das Kalenderinstrument von StEG übernommen wurden: Ähnlich einem Koordinatensystem ist der *Life History Calendar* mit einer Zeitachse und einer thematischen Achse versehen, die den Befragungsteilnehmer/-innen ein Raster zur Aufzeichnung von biografischen Informationen vorgeben. Auf der thematischen Achse sind alle Lebensbereiche, Themenfelder und Ereignisse aufgelistet, zu denen biografische Auskünfte erteilt werden sollen. Die Zeitachse ermöglicht die Datierung dieser Ereignisse anhand von vorgegebenen Zeiteinheiten. Durch die Matrix- bzw. Rasterdarstellung können die einzelnen Einträge von den Befragten sowohl kognitiv als auch visuell aufeinander bezogen werden, wodurch sich die Erinnerungsleistung verbessern lässt (zusammenfassend vergleiche Glasner, van der Vaart 2009). Aufgrund ihres Formats eignen sich Kalenderinstrumente besonders dafür, heterogene Ereignisse und Episoden inklusive ihrer Unterbrechungen und Überschneidungen auf eine standardisierte und kompakte Weise zu erfassen (vergleiche Freedman et al. 1988).

Der *Life History Calendar* war ursprünglich für eine Face-to-Face-Befragung konzipiert worden, bei der die Angaben der Befragten von geschulten Interviewer/-innen in das kalendarische Raster eingetragen werden. Da die Ausgangserhebung in StEG anhand eines schriftlichen, selbst auszufüllenden Fragebogens von Schüler/-innen im Klassenverband erfolgen sollte, waren weitreichende Anpassungen des Instruments erforderlich.

Das *Kalendarium* von StEG wurde vor dem Feldeinsatz in unterschiedlichen Varianten getestet. Dabei hat sich insbesondere herausgestellt, dass die Jugendlichen verschriftlichte Instruktionen kaum lesen oder befolgen. Für die Haupterhebung wurde daher auf ein leitfadengestütztes Moderationsverfahren umgestellt, bei dem ein/e Erhebungsleiter/-in das Ausfüllen des Kalenderinstrumentes Schritt für Schritt erläutert und an einem Poster demonstriert hat. Als Zeitskala wurden im *Kalendarium* Jahrgangsstufen verwendet, wobei die Schüler/-innen die Zeitachse selbst beschriften sollten, um individuell wiederholte Klassen bei der Datierung gesondert berücksichtigen zu können. Das Zuordnen von Aktivitäten zu vorgegebenen Kategorien sowie das Abzählen von parallelen Ereignissen hat sich im Pretest ebenfalls als problembehaftet herausgestellt, da diese Fragen stark von der eigentlichen Erinnerungsaufgabe abgelenkt haben. Alle praktizierten außerunterrichtlichen Aktivitäten sollten daher in der Haupterhebung von den Jugendlichen mit ihrer genauen Bezeichnung auf der thematischen Achse des Kalenders aufgelistet werden. Auf diese Weise konnten die Zuordnungs- und Abzählaufgaben von den Mitarbeiter/-innen des Forschungsprojekts übernommen und die Jugendlichen entlastet werden. Der höhere Kodieraufwand bei der Datenaufbereitung hat sich als lohnend erwiesen, da sowohl Qualität als auch Informationsgehalt der Daten durch die offene Abfrage deutlich verbessert werden konnte.

Deine Aktivitäten innerhalb der Schule seit der 5. Klasse, z. B. Ganztagsangebote (NICHT Unterricht)

↓ Trage hier deine Klassen ein und kreuze an, wann du eine Aktivität gemacht hast ↓

↓ Trage hier deine Aktivitäten ein ↓	5	6	7	7	8	9	10	
SCHULBAND	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FUßBALL	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
THEATER AG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CHOR	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
SCHULSANITÄTER	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FOTO AG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
MOFAKURS	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abb. 1: Fiktives Beispiel eines ausgefüllten StEG-Kalenders, Quelle: StEG-A Schüler/-innen-Befragung, Fragebogen 2013

Eine große Herausforderung bei der offenen Abfrage lag allerdings darin, den Schüler/-innen eine Vorstellung davon zu vermitteln, welche ihrer Aktivitäten für StEG von Interesse sind und welche *nicht* in das Kalendarium eingetragen werden sollten. Die Eingrenzung der Menge an relevanten Aktivitäten wurde vom Kalendarium mit einer vorgeschalteten Aufgabe getrennt. Auf einem einfachen *Merkzettel* sollten die Schüler/-innen alle Aktivitäten notieren, die sie a) seit der 5. Klasse b) regelmäßig (»mindestens einmal pro Woche«) c) dauerhaft (»mindestens ein halbes Jahr lang«) praktiziert haben und die d) kein Unterricht waren. Der nächste Bearbeitungsschritt sah vor, dass die Schüler/-innen die notierten Aktivitäten vom Merkzettel in das Kalendarium übertragen.

Mit den individuell beschrifteten Themen- und Zeitachsen stand den Schüler/-innen im Kalendarium letztlich ein personalisierter Referenzrahmen zur Verfügung, in dem sie den Zeitraum für jede einzelne praktizierte Aktivität durch einfaches Ankreuzen angeben konnten. Um die Trennschärfe der Angaben beizubehalten, wurde ein Kodierschema entwickelt, das Analysen und Rekodierungen sowohl nach Einzelaktivitäten (zum Beispiel »Fußball« und »Schulband«) als auch nach thematischen Oberkategorien (zum Beispiel »Sport« und »Musik«) ermöglicht. Die erhobenen Kalenderdaten lassen sich somit nicht nur hinsichtlich eines breiten Themenspektrums analysieren, sondern ermöglichen auch Rückschlüsse bezüglich der Dauerhaftigkeit der Inanspruchnahme (Teilnahme in mehreren aufeinanderfolgenden Klassen bzw. Unterbrechungen) sowie der Intensität von Aktivitäten (parallele Teilnahme an mehreren Angeboten in einer Klasse).

Bereits auf deskriptiver Ebene lassen sich anhand der Kalenderdaten interessante Entwicklungen beobachten, denn Aktivitäten des innerschulischen und außerschulischen Bereichs weisen jeweils unterschiedliche Altersdynamiken auf. Während vor allem innerhalb der Schule ein genereller Rückgang der außerunterrichtlichen Beteiligung zu beobachten ist, wächst außerhalb der Schule auch der Anteil der Jugendlichen, die mehreren Aktivitäten gleichzeitig nachgehen. Die Kalenderdaten belegen damit zum einen den bekannten Befund sinkender Ganztagssteil-

nahme bei steigender Jahrgangsstufe (vergleiche Steiner 2011) als auch den altersbedingten Wechsel des Aktivitätsschwerpunkts vom schulischen in den außerschulischen Kontext (vergleiche Grgic, Züchner 2013). Insgesamt ist die Gruppe der mehrfach Aktiven im außerschulischen Bereich in allen Klassen größer als im innerschulischen Bereich, der Anteil der Nicht-Aktiven ist hingegen generell niedriger. Ein weiteres Indiz für die Validität der Kalendereinträge ist der hohe Stellenwert, dem Sport und musisch-kulturellen Aktivitäten zugesprochen wird, da sich die Beliebtheit dieser Themengebiete in Untersuchungen immer wieder zeigt (vergleiche etwa Züchner 2008). Ein relativ konstant bleibender Teil der Schüler/-innen nimmt von der 5. bis zur 10. Klasse außerhalb der Schule Angebote in den Themengebieten »Sport«, »Musik« und »Tanz« in Anspruch. Im Gegensatz dazu lässt sich innerhalb der Schule bei Sport- und Musikangeboten nach der 6. Klasse ein deutlicher Rückgang beobachten, wohingegen dort Angebote aus den Bereichen »Lernen« und »Soziales Lernen« häufiger frequentiert werden. Über den gesamten Zeitraum seit der 5. Klasse betrachtet, haben die Jugendlichen für den innerschulischen Bereich ein breiteres Themenspektrum an Aktivitäten benannt als außerhalb der Schule.

Diese deskriptiven Befunde werfen ein erstes Licht auf Entwicklungen bei der Inanspruchnahme von außerunterrichtlichen Angeboten, die einer systematischeren Analyse zugeführt und zu »Nutzungsprofilen« verdichtet werden sollten.

## Nutzungsprofile von Ganztagschüler/-innen

Zur Bildung der Nutzungsprofile wurden zunächst aus der Art und der Dauer der Aktivitäten Sequenzmuster gebildet. Hierfür wurden in einem ersten Schritt die Art der Aktivitäten weiter zusammengefasst, um eine noch handhabbare Menge an möglichen Ereignissen pro Zeitabschnitt (hier: Jahrgangsstufe) zu haben. Es gingen die neun Oberkategorien Sport, Lernen, Medien, Gesundheit & Ernährung, musisch-kulturelle Bildung, soziales Lernen, andere Angebote, Angebote mehrerer Kategorien sowie keine Angebote in die Analyse ein. Die so erhaltenen Sequenzmuster wurden in einem zweiten Schritt einer hierarchischen Clusteranalyse unterzogen, wobei das WARD-Verfahren angewendet wird. Die Clusterung basiert auf der Distanzmatrix der Optimal Matching Prozedur (STATA 13.1). Dabei ergaben sich drei Cluster.

Das Cluster *Späteinsteiger* ist das größte Cluster. In diesem befinden sich 56 Prozent der Schüler/-innen, die Angebote gar nicht, sporadisch oder vor allem nicht gleich zu Beginn der Sekundarstufe I nutzen. Wenn die Schüler/-innen sich für Angebote entscheiden, dann liegt ihre Auswahl eher bei Lernangeboten, sozialem Lernen oder anderen Angeboten. Das Cluster *Sport* ist das kleinste und umfasst 18 Prozent der Schüler/-innen. Diese nutzen vor allem Sportangebote, überwiegend auch dauerhaft. Das Cluster *Intensivnutzer* vereint ein Viertel der Schüler/-innen in sich. Diese nehmen kontinuierlich an Angeboten teil und wählen dabei entweder überwiegend Angebote aus mehreren Themenbereichen pro Schuljahr oder Angebote aus dem musisch-kulturellen Bereich. Die Clusterzugehörigkeit ist abhängig vom Geschlecht. So befinden sich überproportional Jungen (rund 67 Prozent) im Sport-Cluster und überproportional Mädchen im Intensivnutzer-Cluster (rund 71 Prozent). Es gibt keine bedeutenden Unterschiede nach Migrationshintergrund oder sozialer Herkunft der Schüler/-innen.

Von den drei verschiedenen Nutzungsprofilen wird ein unterschiedlicher Einfluss auf die Bildungspläne der Schüler/-innen in den Abschlussklassen der 10. Jahrgangsstufen erwartet. Da vorliegende Forschungsbefunde – wie oben skizziert – auf den Wunsch nach anspruchsvolleren Bildungslaufbahnen sowie größere berufliche Chancen bei Teilnehmenden an außerunterrichtlichen Angeboten verweisen, kann angenommen werden, dass im Fall der vorliegenden Nutzungsprofile besonders Schüler/-innen des Sport- oder des Intensivnutzer-Clusters weitergehende Bildungsaspirationen entwickelt haben. Zudem kann mit diesen Angaben auch geprüft werden, inwieweit die Inhalte der besuchten Angebote hierbei eine Rolle spielen.

### Bildungspläne der Ganztagschüler/-innen in Abschlussklassen

Die Bildungspläne wurden über die Frage erfasst, was die Schüler/-innen nach dem Schuljahr wahrscheinlich tun werden. 44 Prozent der Schüler/-innen gab an, weiter zur Schule gehen zu wollen, ein Drittel möchte eine betriebliche Lehre beginnen und 8 Prozent eine schulische Berufsausbildung. 3,5 Prozent sehen sich ein Berufsgrundschuljahr (BGJ) bzw. Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) absolvieren und 3 Prozent planen einen Bundesfreiwilligendienst. Die restlichen 8 Prozent wollen jobben, ein Praktikum oder etwas anderes machen oder wissen es noch nicht. Die verschiedenen Antwortmöglichkeiten wurden in drei Kategorien zusammengefasst: Schule (weiter zur Schule, BGJ/BVJ; 49,2 Prozent), Ausbildung (betriebliche Lehre, schulische Berufsausbildung; 42,9 Prozent), weder noch (alles andere; 7,9 Prozent).

Betrachtet man, wie die Bildungspläne mit den Nutzungsprofilen der Schüler/-innen zusammenhängen, so ist vor allem die Zugehörigkeit zum Sport-Cluster (C2) von Bedeutung. Schüler/-innen, die in der Ganztagschule überwiegend Sportangebote genutzt haben, möchten eher eine Ausbildung beginnen als weiter zur Schule zu gehen (vergleiche Abbildung 1). Schüler/-innen, die in der Ganztagschule intensiv (C3) Angebote genutzt haben, verfolgen eher den Plan, weiter zur Schule zu gehen. Unterschiedliche Nutzungsprofile gehen demnach mit unterschiedlichen Bildungsaspirationen einher, wobei die Gruppe der Späteinsteiger überall durchschnittliche Werte erreicht. Auch wenn man als Indikator für Bildungsaspiration die Frage nach dem höchsten angestrebten Berufsabschluss heranzieht, verstärkt sich das Bild: Schüler/-innen des Intensivnutzer-Clusters streben überproportional einen (Fach)Hochschulabschluss an, während Schüler/-innen des Sport-Clusters überwiegend keinen weitergehenden Abschluss anvisieren. Auch hier antworten Schüler/-innen des Späteinsteiger-Clusters unauffällig.

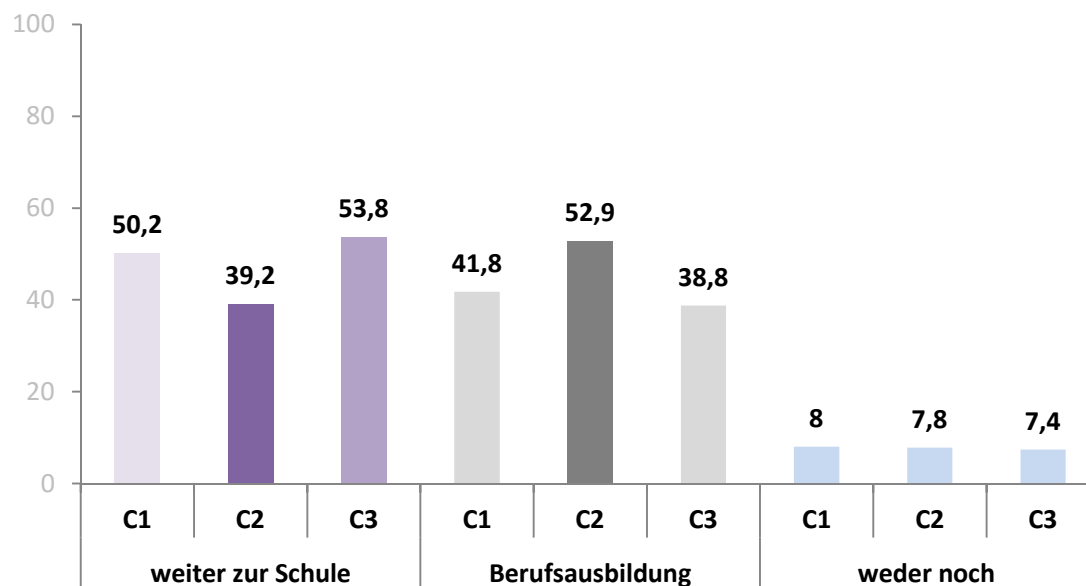


Abb. 2: Teilnahmeprofile und Bildungspläne, Quelle: StEG-A Schüler/-innen-Befragung 2013;  $n=1.288$ ; weiter zur Schule: C1/C3 - C2:  $p<.01$ ; Ausbildung: C1/C3 - C2:  $p<.01$

Um zu überprüfen, ob die Teilnahmeprofile auch unter Kontrolle der üblichen Einflussfaktoren bedeutsam für die Bildungspläne der Schüler/-innen sind, wird eine logistische Regression berechnet. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass soziale Herkunftsmerkmale der Schüler/-innen einerseits die Clusterzugehörigkeit und andererseits die Bildungspläne voraussagen, werden zwei logistische Regressionen kombiniert<sup>2</sup>. Zudem wird die geclusterte Struktur der Daten (Schüler/-innen an Schulen) berücksichtigt. Als unabhängige Variable gehen die Bildungspläne ein, wobei nach dem Plan Ausbildung dichotomisiert wird. Als abhängige Variable wird von den Teilnahmeprofilen das Sport-Cluster dichotomisiert einbezogen, da diesbezüglich ein bivariater Zusammenhang vorliegt. Kontrolliert werden beide Variablen mit weiteren ganztags-schulbezogenen Variablen sowie Variablen, die im Allgemeinen für Bildungspläne relevant sind: Schulform, Organisationsform, Geschlecht, Schulnoten, Klassenwiederholung, Migrationshintergrund, sozio-ökonomischer Status (HISEI), Dauer der Nutzung von außerschulischen Aktivitäten.

Es zeigt sich, dass das Nutzungsprofil Sport auch unter Kontrolle weiterer Faktoren den Plan eine Ausbildung zu beginnen, positiv beeinflusst (vergleiche Abbildung 2). Darüber hinaus wird der Plan stärker verfolgt von Schüler/-innen mit niedrigem sozialen Status, ohne Migrationshintergrund, mit schlechteren Schulnoten in Mathematik und Deutsch, an Hauptschulen und an Schulen, die sich nicht in kreisfreien Großstädten befinden sowie bei hoher Qualität der berufsorientierenden Angebote. Das Nutzungsprofil selbst wird wiederum durch das Geschlecht, außerschulische Aktivitäten und die Organisationsform der besuchten Ganztagschule erklärt: Jungen, außerschulisch aktive Jugendliche und Schüler/-innen an vollgebundenen Ganztagschule haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, dem Cluster Sport zuzugehören.

<sup>2</sup> Combined Models mit STATA 13.1

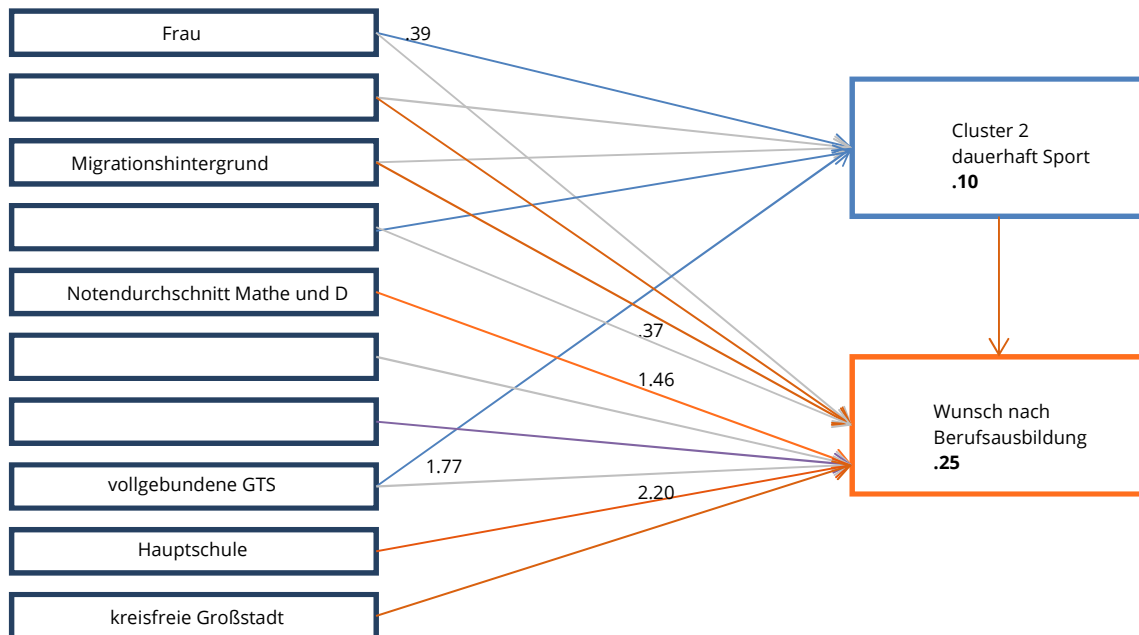


Abb. 3: Vorhersage des Bildungsplans »Berufliche Ausbildung«, Quelle: StEG-A Schüler/-innen-Befragung 2013,  $n=1169$ , Likelihood-Ratio- $\chi^2$ : -1214.0289, Freiheitsgrade: 18, AIC: 2464.05, Modell berechnet unter Berücksichtigung der geclusterten Datenstruktur, Signifikanzniveau mindestens  $p < .05$

Die Ergebnisse deuten daraufhin, dass die bevorzugte Nutzung von Sportangeboten an Ganztagschulen nicht zu erweiterten Bildungsaspirationen führt. Es verhilft jedoch dazu, einen Bildungsplan überhaupt zu entwickeln und erhöht somit die Wahrscheinlichkeit für einen gelingenden Übergang nach dem (vorerst) letzten Schuljahr.

## Fazit

Angesichts des nicht zuletzt durch den flächendeckenden Ausbau ausgelösten Bedeutungsgewinns non-formaler Bildungsangebote stellt sich die Frage, wie deren Inanspruchnahme angemessen erfasst werden kann. Das betrifft den zeitlichen und thematischen Umfang diesbezüglicher Angebote ebenso wie deren pädagogische Gestaltung und die soziale Zusammensetzung der Teilnehmerschaft. Die hier vorgestellte Erfassung non-formaler Bildungsaktivitäten in Form einer retrospektiven Kalenderabfrage konzentriert sich auf die beiden erstgenannten Merkmale. Eine solche Kalenderabfrage erfordert zwar einen erhöhten Erhebungsaufwand, ermöglicht aber eine recht verlässliche Erfassung der Inanspruchnahme außerunterrichtlicher und schulischer Bildungsangebote. Unseres Wissens gibt es bisher nur wenige Versuche, Retrospektivangaben bei einer Befragung von Jugendlichen einzusetzen (unter anderem Martin 2009). Soweit sie an den für die Zielgruppe relevanten biografischen Bezügen ansetzt, bestehen nach unseren Erfahrungen keine anderen Restriktionen als die aus entsprechenden Befragungen mit Erwachsenen bekannten (vergleiche Dürnberger et al. 2011). Insofern könnte ein solches Vorgehen auch zu anderen Themen vielversprechend sein.

Die auf dieser Basis ermittelten Angaben ermöglichen vielfältige und differenzierte Analysemöglichkeiten, die in diesem Beitrag nur im Ansatz vorgestellt werden konnten. Auf der Basis der Angaben der Schüler/-innen der Klassenstufe 10 in nichtgymnasialen Schulen konnten Gruppen von Schüler/-innen mit sehr unterschiedlichen Teilnahmeprofilen identifiziert werden. Sieht man von der vergleichsweise großen Gruppe ab, die sich durch das Muster einer vergleichsweise späten, thematisch wenig spezifizierten Inanspruchnahme auszeichnet, dann fällt vor allem die recht ausgeprägte geschlechtsspezifische Inanspruchnahme in den beiden verbleibenden Gruppen der dauerhaft Sporttreibenden und der intensiv in musisch-kulturellen Angeboten Engagierten auf. Sowohl im Hinblick auf den non-formalen Charakter als auch im Hinblick auf die thematische Konzentration schließen diese Profile eher an den Lebensgewohnheiten und Alltagspraktiken von Mittelschichtsfamilien an (dazu Lareau 2003: 238; Zerle 2008: 356 ff.). Sie spielen zum Teil auch bei der Planung des nachschulischen Verbleibs eine Rolle. Im hier vorgestellten Fall beeinflusst ein dauerhaft sportliches Engagement den Wunsch nach einer beruflichen Ausbildung, und zwar auch dann, wenn sowohl die für die Gruppenzugehörigkeit als auch die für den Bildungswunsch relevanten Merkmale berücksichtigt werden. In dieser kleinen Gruppe von Jugendlichen greift die Beteiligung an außer- und innerschulischen Aktivitäten ineinander. Hier scheint sich eine milieuspezifische sozial-kulturelle Praxis abzuzeichnen, die in den verbleibenden Gruppen in dieser Weise nicht deutlich wird.

## Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebensverlauf. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Bäumer, T., Preis, N., Roßbach, H.-G., Stecher, L., Klieme, E. 2011: Education processes in life-course-specific learning environments. In H.-P. Blossfeld, H.-G. J. Roßbach, J. von Maurice (Hg.), *Education as a lifelong process: The German National Educational Panel Study (NEPS)*. Sonderheft der Zeitschrift für Erziehungswissenschaft Nr. 14, Wiesbaden: VS, 87–101.
- Beher, K., Prein, G. 2007: Wie offen ist der Ganztags? DJI Bulletin, 78. Jg., Heft 1, 15–16.
- Dex, S. 1995. The reliability of recall data: A literature review. *Bulletin de Methodologie Sociologique*, 49. Jg., Heft 1, 58–89.
- Dürnberger, A. 2011: Kontextgestützte Abfrage in Retrospektiverhebungen. Ein kognitiver Pretest zu Erinnerungsprozessen bei Weiterbildungsereignissen. *Methoden, Daten, Analysen. Zeitschrift für empirische Sozialforschung*, 5. Jg., Heft 1, 3–35.
- Feldman, A., Matjasko, J. 2005: The role of school-based extracurricular activities in adolescent development: A comprehensive review and future directions. *Review of Educational Research*, 75. Jg., Heft 2, 159–211.
- Fischer, N. et al. 2011: Entwicklung von Sozialverhalten in der Ganztagschule. Einflüsse der Ganztagsbeteiligung und der Angebotsqualität. In N. Fischer, H.-G. Holtappels, E. Klieme, T. Rauschenbach, L. Stecher, I. Züchner, (Hg.), *Ganztagschule: Entwicklungen, Qualität, Wirkungen. Längsschnittliche Befunde der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG)*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 246–266.
- Freedman, D. et al. 1988: The life history calendar: A technique for collecting retrospective data. *Sociological Methodology*, Vol. 18, 37–68.
- Glasner, T., van der Vaart, W. 2009: Applications of calendar instruments in social surveys: A review. *Quality and Quantity*, 43. Jg., Heft 3, 333–349.

- Grgic, M., Züchner, I. (Hg.). 2013. Medien, Kultur und Sport. Was Kinder und Jugendliche machen und ihnen wichtig ist. Die MediKuS-Studie. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kuhn, H.-P., Fischer, N. 2011: Entwicklung der Schulnoten in der Ganztagschule. Einflüsse der Ganztags-  
teilnahme und der Angebotsqualität. In N. Fischer, H-G. Holtappels, E. Klieme, T. Rauschenbach, L. Ste-  
cher, I. , Züchner (Hg.), Ganztagschule: Entwicklungen, Qualität, Wirkungen. Längsschnittliche Befunde  
der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG). Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 207–226.
- Lareau, A. 2003: Unequal Childhoods. Class, Race, and Family Life. Berkeley: University of California Press.
- Martin, K. K. 2009. Adolescent health research and clinical assessment using self-administered event histo-  
ry calendars. In R. F. Belli, F. Stafford, D. F. Alwin (Hg), Calendar and time diary methods in life course re-  
search. Thousand Oaks: Sage Publications, 69–86.
- Rauschenbach, T. et al. (Hg.) 2006: Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimensionen der  
Bildungsdebatte. Weinheim, München: Juventa.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland  
(Hg.) 2015: Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern der Bundesrepublik Deutsch-  
land. Statistik 2008–2012. Berlin, [http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/GTS\\_2013\\_Bericht.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/GTS_2013_Bericht.pdf)  
(letzter Aufruf 15. Juli 2015).
- Solga, H., Becker, R. 2012: Soziologische Bildungsforschung – eine kritische Bestandsaufnahme. In K. Solga,  
R. Becker (Hg.), Soziologische Bildungsforschung. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und  
Sozialpsychologie, 52/2012, Wiesbaden: Springer VS, 7–43.
- Steiner, C. 2009: Mehr Chancengleichheit durch die Ganztagschule? In L. Stecher, C. Allemann-Ghionda, W.  
Helsper, E. Klieme (Hg.): Ganztägige Bildung und Betreuung. 54. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik,  
Weinheim, Basel: Beltz, 81–105.
- Steiner, C. 2011: Teilnahme am Ganztagsbetrieb. In N. Fischer, H-G. Holtappels, E. Klieme, T. Rauschenbach,  
L. Stecher, I. , Züchner (Hg.), Ganztagschule: Entwicklungen, Qualität, Wirkungen. Längsschnittliche Be-  
funde der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG). Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 57–75.
- Sudman, S., Bradburn, N. M., Schwarz, N. 1996: Thinking about answers: The application of cognitive pro-  
cesses to survey methodology. San Francisco: Jossey-Bass.
- Villarruel, F.A., et al. 2005: Dorothy, There Is No Yellow Brickroad: The Paradox of Community Youth Devel-  
opment Approaches for Latino and African American Urban Youth. In J. L. Mahoney, R. Larson, J. S. Ec-  
cles (Hg.), Organized activities as contexts of development: extracurricular activities, after-school, and  
community programs. NJ: Mahwah, 111–130.
- Zerle, C. 2008: Lernort Freizeit. Die Aktivitäten von Kindern zwischen 9 und 13 Jahren. In: C. Alt (Hg.), Kinder-  
leben – Individuelle Entwicklungen in sozialen Kontexten, Bd. 5: Persönlichkeitsstrukturen und ihre Fol-  
gen. Wiesbaden: VS, 345–368.
- Züchner, I. 2008: Ganztagschule und die Freizeit von Jugendlichen. In H.-G. Holtappels, E. Klieme, T. Rau-  
schenbach, L. Stecher, (Hg.): Ganztagschule in Deutschland. Ergebnisse der Ausgangserhebung der  
Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG). Weinheim, München: Juventa, 333–352.



# Nationale Bildungsstandards in den USA

## Zwischen Transnationalisierung und historischer Pfadabhängigkeit

Sigrid Hartong

*Beitrag zur Veranstaltung »Aktuelle bildungssoziologische Forschungsprojekte« der Sektion Bildung und Erziehung – organisiert von Andrea Lange-Vester*

Der vorliegende Beitrag gibt Einblicke in das DFG-Forschungsprojekt *Transnationalisierung von Bildungspolitik*, das zwischen 2012 und 2015 an der Universität Bamberg durchgeführt worden ist. Hierbei standen aktuelle Bildungsreformen in vier unterschiedlichen Bildungssystemen – Deutschland, England, Schweden und den USA – im Blickpunkt, die auf das Zusammenspiel von globaler Konvergenz und lokalen Tendenzen pfadabhängiger Rekontextualisierung (Wodack, Fairclough 2010) hin untersucht wurden.<sup>1</sup> Die Durchsetzung sogenannter standardbasierter Reformen – das heißt das Etablieren eines Sets national zentralisierter Bildungsstandards als Grundlage für sämtliche weiteren Instrumente von Bildungssteuerung – spielt dabei als Teil eines globalen Modells von Bildungspolitik eine besondere Rolle. So findet sich in sämtlichen Untersuchungsfällen ein neuartiger Komplex standardisierter Steuerungsinstrumente, welcher sich jeweils durch Praktiken globalen Benchmarkings, durch evidenzbasiertes Entscheiden und Steuern (Bellmann, Müller 2011) sowie durch eine Implementationskontrolle über Strukturen verteilter, polyzentrischer und strategischer Governance auszeichnet (Ball 2009: 100; Hartong 2015b). Dieser Befund entspricht dabei aktuellen Ergebnissen weiterer Länderstudien, darunter etwa für Australien (Savage, O'Connor 2014) oder Kanada (Wallner 2012), sodass hier durchaus von einem global induzierten Trend gesprochen werden kann. Dieser Trend steht im Kontext einer wachsenden Aktivität internationaler Akteure, allen voran der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die das globale Vergleichen von Bildungssystemen und ihren Leistungen ins Zentrum ihrer Aktivitäten gestellt und hierdurch seit Ende des zwanzigsten Jahrhunderts einen neuen Raum der Bildungsvermessung (Sellar, Lingard 2014) bzw. einen neuen Referenzrahmen für die Ausrichtung von Länderpolitiken produziert haben.

---

<sup>1</sup> Detailliertere Ergebnisse des Forschungsprojektes werden unter anderem in den Beiträgen von Marttila 2014 (Schweden und England), Hartong 2014 sowie Hartong 2015a und b (USA und Deutschland) genauer illustriert.

Trotz der dadurch entstehenden wachsenden Konvergenz von nationalen bildungspolitischen Ansätzen und Reformpraktiken (hier: Bildungsstandardisierung), weist eine zunehmende Anzahl von Studien gleichzeitig darauf hin, dass sich global induzierte Zwänge und Prozesse in unterschiedlichen Systemen sehr different gestalten (Beech 2011; Dale 2005; Ozga et al. 2011). Nationale Reformen »[...] do not simply emerge in a uniform fashion across different nation states« (Savage, O'Connor 2014: 4), sondern entstehen in kontextspezifischen, sich inkrementell verändernden *Möglichkeitsräumen*. Im Sinne des Theorems der Pfadabhängigkeit (Mahoney 2000; Pierson 2004) sind in diesem Zusammenhang vor allem institutionelle, historisch gewachsene Strukturen von Bedeutung, im Sinne »[...] historischer Hinterlassenschaften von Richtungsentscheidungen an kritischen Weggabelungen« (Hartong, Nikolai 2016: 3). Nationale Bildungsreformen können entsprechend nur als das Ergebnis komplexer, aber gleichzeitig kontextspezifischer Transformationsprozesse verstanden werden, die zwar durchaus global dominante Ideen und Praktiken reflektieren, aber gleichzeitig unter demselben Label durchaus unterschiedliche Ausrichtungen und Widersprüche erfahren. So ist die Transnationalisierung von Bildungspolitik in jedem der untersuchten Fälle nicht als ein gegebener Trend, sondern als spezifisches Projekt zu begreifen (Robertson, Dale 2015), das sich in jeweils zu untersuchenden Räumen unterschiedlich gestaltet.

Globale Trends bzw. die Transnationalisierung von Bildung dürfen also nicht allein als von globalen Akteuren initiierte Top-Down-Prozesse oder als binäre Spannung zwischen globaler und nationaler Ebene begriffen werden (Dale 2005), sondern vielmehr als Momente räumlicher Neuvermessung zwischen bildungsrelevanten Ebenen, Sektoren und Räumen.

Im Sinne dieses Ansatzes wurden im Rahmen des DFG-Projektes jüngste Bildungsreformen nationaler Bildungsstandardisierung ins Zentrum der Betrachtung gestellt. So wurde im Rahmen des Teilprojektes USA die seit dem Jahr 2001 stattfindende Emergenz der sogenannten *Common Core State Standards* (CCSS) einer eingehenden Analyse unterzogen, bei der eine prozessuale Transformation des Möglichkeitsraums für nationale Bildungsstandards über die Zeit hinweg, das heißt im Sinne sich verändernder Möglichkeitsräume, identifiziert wurde. Das Konzept der Transnationalisierung meint entsprechend ein neudimensioniertes Wechselspiel zwischen globalen, nationalen und lokalen Prozessen und Strukturen, im Rahmen dessen immer wieder und immer wieder neu Möglichkeitsräume für Wandel geöffnet oder geschlossen werden. Kernergebnisse dieser historischen und aktuellen Untersuchung werden im Rahmen dieses Beitrages zusammenfassend illustriert.

So sind in den USA – einem Land des bildungspolitischen Dezentralismus, in dem Bildungsstandardisierung auf nationalem Level traditionell als illegitim erachtet wurde – zwischen 2001 und 2013 macht- und wirkungsvolle staatsübergreifende, de facto nationale Bildungsstandards entwickelt und politisch durchgesetzt worden, die sich auf der einen Seite klar am globalen Trend standardbasierter Reform ausrichten, auf der anderen Seite aber auch deutlich am bildungspolitischen Kontext der USA verhaftet bleiben. Eine detaillierte, hier feldanalytische Betrachtungsmethode (Bernhard, Schmidt-Wellenburg 2012) kann zeigen, dass es bereits früh bestimmte Sequenzen der US-Bildungsgeschichte gab, die trotz eines Verhaftens am bildungspolitischen Dezentralismus die Weichen für eine Ermöglichung nationaler Bildungsstandardisierung stellten.

## Theoretische Rahmung der Untersuchung

Beim Komplex nationaler Bildungsstandards als Ausdruck transnationalisierter Bildungspolitik handelt es sich um einen systematischen Zusammenhang zwischen *sichtbaren Objektivierungen* (zum Beispiel Texten oder Institutionen) einerseits, Kontexten bzw. Akteurspositionen im Sinne gesellschaftlicher Produktionskonfigurationen andererseits (Müller 2005: 37). Einen solchen doppelten Betrachtungsansatz hat *Pierre Bourdieu* mit seiner feldanalytischen Soziologie (Überblick Bourdieu 1987, 1998) bereits sehr früh betrieben und hierbei zahlreiche bahnbrechende Erkenntnisse im Bereich der Bildungssoziologie grundgelegt. Bis heute hat sich aus seinen Arbeiten eine (schier unübersichtliche) Fülle an fruchtbaren Feldansätzen entwickelt.

Im Zusammenhang des vorgestellten Teilprojektes wurde weniger Bourdieu selbst, sondern ein von Bernhard und Schmidt-Wellenburg (2012) aus unterschiedlichen Feldansätzen erarbeitetes Feld-»Programm« angewendet, das für ein forschungspragmatisches Feldverständnis plädiert und dieses methodologisch auf eine begrenzte Menge von Grundlagen stellt. Diese Grundlagen des Programms, das hier nicht im Detail vorgestellt werden kann, besagen (Bernhard, Schmidt-Wellenburg 2012: 34ff) etwa, dass Felder als ein kraftvolles, eigenlogisches Zusammenspiel bestimmter Elemente funktionieren, Ausdruck von Feldkräften und Machtbeziehungen zwischen Akteursgruppen sind, von Akteuren reproduziert und verändert werden sowie von Institutionen als Ressourcenverteilungselemente stark beeinflusst sind.

Das Feldprogramm ermöglicht es durch seine forschungspragmatische Anlage, bei einem Feld nationaler Bildungsstandardisierung zunächst keine genaue Vorstellung davon zu haben, was dieses Feld in seiner Kernlogik ausmacht, welche Praktiken entscheidend und welche Kapitalien oder Akteure etwa besonders einflussreich sind. Denn wie bereits oben angeführt, zeichnen sich die nationalen Bildungsstandards heute genau dadurch aus, dass sie das Produkt aufgelöster bzw. verschwommener Grenzen (zwischen Ebenen, Sektoren oder Räumen) darstellen. Dennoch, so die These des Feldprogramms, können gerade im Rahmen dieser Unbestimmbarkeit neue (in diesem Sinne kulturunabhängige, globale) Charakteristika ausgemacht werden, die am Ende doch Grenzen des *reskalierten*, transnationalisierten Feldes definieren.

Im Rahmen der Auflösung von Grenzen spielen schließlich sogenannte Agenten des Wandels (Hartong, Schwabe 2013) eine entscheidende Rolle – sowohl für Phasen des Wandels (Mobilisierung von Kapital) als auch von Stabilisierung (zum Beispiel über die Etablierung von Institutionen). Werden nationale Bildungsstandards als die Emergenz eines transnationalisierten Feldes verstanden, geht es hierbei vor allem auch um neue Akteursrollen im globalen Kontext, die (neue oder bereits etablierte) Akteure einnehmen und damit Wandel anstoßen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die Analyse nationaler Bildungsstandards als Feldemergenz die folgenden Fragen:

- 1) Wie entstanden nationale Bildungsstandards *als* Feld in den USA?
- 2) Welche sozialen Feldpraktiken konnten sich warum (nicht) bei der Emergenz und Legitimierung nationaler Bildungsstandards durchsetzen?
- 3) Welche Akteure agieren (ab wann) legitimiert auf dem Feld (wer darf *mitspielen?*), welche relative Positionierung nehmen sie ein? Welche Akteure agieren als *transnationalisierte* Agenten des Wandels?

## Notwendige Bedingungen global induzierter Bildungsstandardisierung in den USA

Öffentliche Schulbildung in den USA gestaltet sich historisch als ein hochgradig dezentralisiertes, lokal- und gemeindeorientiertes System (Meyer 2011), das durch enorme regionale Qualitätsunterschiede gekennzeichnet ist (Kirst 2004: 16f). Diese regionalen und auch lokalen Differenzen veranlassten die US-Regierung in der Vergangenheit immer wieder, Versuche zu unternehmen, Curriculum und Schulsteuerung zu standardisieren bzw. Qualitätskontrolle zu zentralisieren; die Reformimplementation erwies sich dabei jedoch als höchst problematisch. Trotz regelmäßiger »[...] efforts to 'order' school from above« (Mehta 2013: 2), scheiterte gerade eine nationale Zentralisierung von Bildungsregulierung kontinuierlich – bis Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts.

Dennoch haben bereits die Reformen der Jahrhunderte und Jahrzehnte zuvor Spuren hinterlassen und damit Feldtransformationen produziert, die *von innen* heraus, also im Sinne eingeschlagener Systempfade, massiv dazu beitrugen, dass (und wie) schließlich trotz Bildungsdezentralismus national zentralisierte Bildungsstandards entstehen konnten. Diese notwendigen Bedingungen bzw. Pfade lassen sich wie folgt beschreiben:

1. Seit der Etablierung öffentlicher Schulen (Mitte bis Ende des neunzehnten Jahrhunderts) kennzeichnete das Bildungssystem eine spezifische *hybride Dopplung*, was die Strukturen der Bildungssteuerung betrifft. Mit dem Ausbau des öffentlichen, staatlich beaufsichtigten Schulwesens wurde eine hierarchische Schulbürokratie implementiert, welche seitdem der zuvor legitimierten Praxis von Schulpolitik als lokale Interessensverhandlung in sogenannten Schulboards gegenüberstand. Die Geschichte des Kampfes um Bildungsstandardisierung liest sich entsprechend nicht nur als ein Kampf zwischen unterschiedlichen Politik- als Einflussebenen, sondern ebenso zwischen Formen der Strukturierung von Bildungskontrolle. Von Anbeginn sind die politischen Versuche einer Bildungsstandardisierung mit diesem Strukturkonflikt verbunden, der frühzeitig eine Grundatmosphäre des gegenseitigen Misstrauens im System verankerte. Immer wieder wurden administrative Versuche einer Standardisierung, zum Beispiel in den lokalen Boards, unterlaufen. Vor diesem Hintergrund, so zeigt sich, ist die Legitimierung nationaler Bildungsstandards (der *Common Core State Standards*, CCSS) erst über die bewusste Loslösung von diesem Grundkonflikt in eine separate Feldstruktur hinein möglich, die sich sowohl vom Modus der Interessensverhandlung als auch von bürokratischer Kontrolle distanzierte und stattdessen über einen Modus informeller Partnerschaft ausgewählter (globaler) Expert/-innen im Sinne von Agenten des Wandels funktionierte (siehe unten).

2. Zum Zeitpunkt der CCSS war die amerikanische Bildungspolitik bereits regelmäßig von sogenannten *diskursiven Schocks* bzw. *Bildungskrisen* getroffen worden, darunter der *Coleman Report* in den Sechzigerjahren (Ravitch 1981) oder der Bericht *A Nation At Risk* im Jahr 1983 (Mehta 2013: 116), die glaubhafte Belege dafür lieferten, dass das amerikanische Schulsystem qualitativ minderwertig, risikobehaftet und höchst ungerecht sei. Immer wieder wurde auf diese Weise das systeminterne Misstrauen neu legitimiert. Die Reformversuche gestalten sich bis heute entsprechend radikal im Sinne *großer Erneuerungen* als Antwort auf solche Krisen; graduelle, langsame Reformansätze gab und gibt es hingegen kaum.

3. Der eher *geringe Professionalisierungsgrad* der Lehrkräfte (Meyer 2011: 206), die sich spätestens seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts in machtvollen Arbeitnehmergewerkschaften zusammenschlossen, verstärkte die *Reformblockadekraft* des Systems zusätzlich.

4. Bereits früh wurde *Akteuren der Testindustrie* in den USA wesentlich mehr Vertrauen entgegen gesetzt (Sacks 2000) als den Lehrkräften, Leistung messen und schulpolitische Entscheidungen hierdurch legitimieren zu können. Die Organisation oder der Handel mit Tests und Assessmentdaten bildeten damit bereits seit Etablierung der Schulbürokratie eine legitime Strategie der Autoritätsverschiebung weg von der lokalen Ebene, zum Beispiel in Märkte hinein.<sup>2</sup>

5. Bereits seit den Fünfzigerjahren, konkret im Zuge des sogenannten Sputnik-Schocks, hat sich in der amerikanischen Bildungspolitik eine wachsende Orientierung auf Konkurrenten um *militärische und wirtschaftliche Vormacht im globalen Wettbewerb* durchgesetzt. Die Rhetorik der Bedrohung von außen wurde in dieser Zeit zum dominanten Diskurselement und konnte so das erste Mal eine sogenannte *kategorische Unterstützung* von Schulen – statt einer lediglich allgemeinen Förderung ohne Regulierungen – durch die föderale Ebene ermöglichen. Seit den Fünfzigerjahren wurde es der föderalen Ebene damit schrittweise möglich, regulative Bedingungen an die Geldvergabe für Staaten und Distrikte zu knüpfen (Bailey, Mosher 1968: 20).

6. In diesem Zuge wurden bereits seit den Sechzigerjahren mit der Idee des sogenannten »Pferdehandels« (Cross 2004: 80) Zentralisierung und staatliche Autonomie neuartig kombiniert. Föderale Regularien wurden seitdem nicht unmittelbar bürokratisch verordnet, sondern mittelbar über ein komplexes Anreizsystem sowie über eine strategische Auslegung von Wettbewerbskriterien um die *Einwerbung* föderaler Gelder organisiert. Über diesen Modus der Verbindung von Freiwilligkeit und Wettbewerbsregularien begann die föderale Ebene schließlich, Schritt für Schritt ihren Einfluss zu erweitern.

7. Traditionell nehmen *Wirtschaftsakteure und Stiftungen* großen Einfluss auf die amerikanische Bildungspolitik, wobei sich dieser Einfluss gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts nochmals massiv transformiert. Hierbei entsteht ein zunehmend global agierender »Philanthrokapitalismus«, also eine gezielte Investition in Bildungspolitik und -praxis durch bildungsexterne Privatakteure (Kovacs 2011). Auch die nationalen Standards können als Teil dieser neuen philanthrokapitalistischen Investitionsstrategie erachtet werden.

8. Zuletzt spielt die Wissenschaft, vor allem die sogenannte *Schuleffektivitätsforschung*, schon früh die Rolle eines zusätzlichen Standardisierungspromoters. Mit dem Siegeszug der sogenannten »evidenzbasierten Bildungspolitik« (Bellmann, Müller 2011) als global vernetzte Wissenschaft gewinnt diese *regulative* Bildungsforschung auch in den USA weiter an Einfluss und beginnt schließlich, die Wissensproduktion für Bildungsstandardisierung zu dominieren.

Diese ausgewählten Aspekte sollen verdeutlichen, welche Systempfade das System bis Ende des zwanzigsten Jahrhunderts zu prägen begannen. Die Charakteristika und Pfade spiegeln sich dann, ab dem Jahr 2001, deutlich in der Art und Weise wider, wie nationale Bildungsstandards als neues transnationalisiertes Regulationsinstrumentarium implementiert wurden. Weiter zeigt die historische Analyse aber auch, dass bereits vorher Momente der Transnationalisierung zu

---

2 Ein prominentes Beispiel hierfür, das später auch für die CCSS hoch relevant ist, sind die Hochschulzugangstests SAT (Scholastic Aptitude Test) und ACT (American College Testing), die seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts miteinander um die Nutzung durch Hochschulen bei der Student/-innenauswahl konkurrieren.

finden sind (zum Beispiel der wachsende Einfluss des globalen Philanthrokapitalismus sowie der global vernetzten Schuleffektivitätsforschung, das neue Diskurselement des globalen Wettbewerbs seit den Fünfzigerjahren usw.), die dann jedoch nochmals massiv an Bedeutung gewinnen.

### Transnationalisierung und Radikalisierung der Reformen nach 2001<sup>3</sup>

Der Beginn der Etablierung nationaler Bildungsstandards kann etwa auf das Jahr 2001 datiert werden, als das Bildungsgesetz *No Child Left Behind* (NCLB) die föderale Einflussnahme im Sinne zentralisierter Schulleistungsvergleiche im Zuge einer radikalen Reform stark erweiterte (Anderson 2007: 173; Payne 2008: 10). Das Programm ging auf die wachsende Bedeutung eines Netzwerkes von Reformagenten zurück, die bereits seit der Publikation von *A Nation At Risk* in den Achtzigerjahren ihren Einfluss auf die Bildungspolitik zunehmend erweitert hatten (Mehta 2013). Das Netzwerk bestand aus einer Reihe von (auch international agierenden) Beratungsakteuren bzw. *Denkfabriken*, Philanthrokapitalisten, Wirtschafts- und Industrieakteuren sowie einer Gruppe von (primär konservativen) Gouverneuren, die bereits Anfang der Neunzigerjahre eine Reformwelle der nationalen Bildungsstandardisierung (hier noch des Curriculums) initiieren wollten. Die Initiative der Neunzigerjahre scheiterte, dennoch engagierten sich diese Akteure weiter und etablierten eine Allianz, die die Idee der Curriculumstandards nun in sogenannte Performanzstandards im Sinne einer Outputmessung von Kernfähigkeiten (*core skills*) transformierten. Hierbei überspitzten sie das Argument des globalen Wettbewerbs zu einem alternativlosen Szenario (Munck, 2003).<sup>4</sup> Sämtliche Netzwerkmitglieder hatten internationale Arbeitserfahrungen oder waren selbst Teil internationaler Netzwerke und repräsentierten damit zentrale Agenten des Wandels. Mit der *National Governors Association* (NGA) sowie dem *Council of Chief State School Officers* (CCSSO) kamen zwei föderale Vereinigungen von Staatsakteuren hinzu, die inzwischen zu hoch einflussreichen Agenten der Staatsverwaltung geworden waren.

Mit dem NCLB-Gesetz verzichtete die föderale Regierung zunächst bewusst auf nationale Standards, schrieb aber stattdessen ein einheitliches Messsystem vor (die Messung des sogenannten adäquaten jährlichen Leistungszuwachses, AYP), das sämtliche Schulen zu erfüllen hatten. Das Erreichen oder Nicht-Erreichen des Zuwachses wurde wiederum an scharfe Sanktionen gekoppelt. Gleichzeitig wurde den Schulen nun *evidenzbasiertes Handeln* vorgeschrieben sowie freie Schulwahl, die Gründung freier Charter-Schulen und die Einflussmöglichkeiten privater Dienstleister und Firmen der Bildungsorganisation massiv forciert, indem Gelder (teilweise über die verhängten Sanktionen) in die Hände privater Marktakteure gegeben wurden. Die Sanktionen nahmen zu, je länger eine Schule den AYP verfehlte, sodass NCLB zwischen 2001 und 2009 ein Regime wachsenden Leistungsdrucks für die Staaten und Schulen produzierte, während letztere immer abhängiger von den schier explodierenden Märkten wurden (Abbildung 1):

<sup>3</sup> Der folgende Teil wird im Detail bei Hartong 2015a: 10ff. sowie Hartong 2015b ausgeführt und wurde hier entsprechend gekürzt.

<sup>4</sup> Siehe auch Beiträge der Alliantreffen 1996 und 1999, [www.achieve.org/summits](http://www.achieve.org/summits).

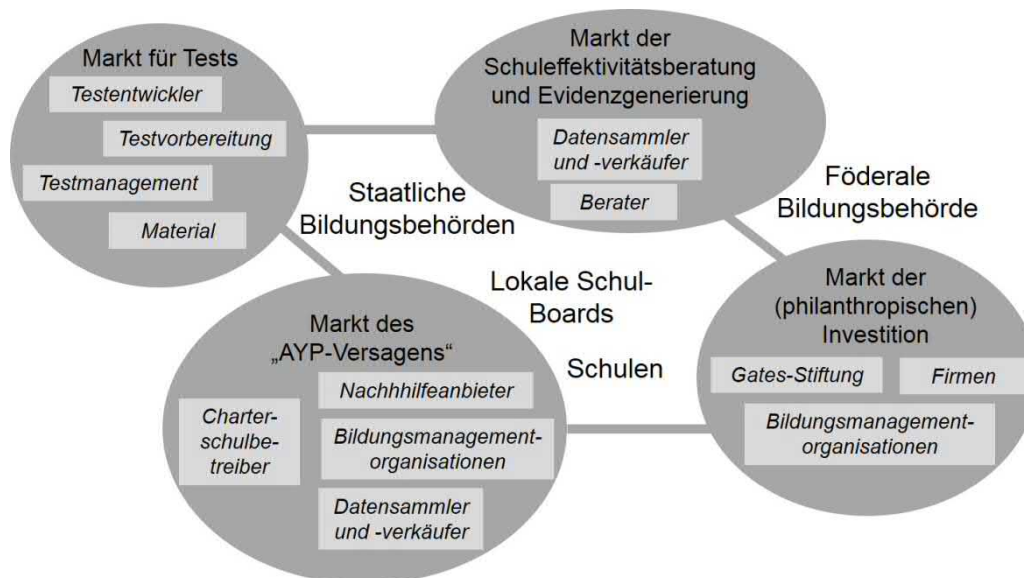


Abb. 1: Neue Märkte und neue Machtungleichgewichte durch NCLB.

Märkte, die bereits durch die Testindustrie oder durch den Philanthrokapitalismus geschaffen worden waren, wurden durch NCLB weiter ausgebaut und zum Handeln in Bildungspolitik, -verwaltung und -praxis autorisiert. Beispiele sind der Beratungsmarkt (zum Beispiel für *evidenzbasiertes* Handeln), der Testmarkt (die Staaten müssen den AYP selbst erheben und die Daten verwalten) sowie ein enormer Markt des *AYP-Versagens*. Diese Märkte bildeten eine neue Struktur des Handelns auf dem Feld, die vom Gesetz direkt profitierte und gleichzeitig die traditionellen Strukturen sukzessive herausforderte.

Quasi parallel begann die oben genannte Reformallianz, im Rahmen eines eigenen Netzwerks nationale Bildungsstandards zu entwickeln. Hierfür wurde eine eigene Organisation, *Achieve, Inc.*, gegründet und damit beauftragt, sogenannte *Weltklasse-Standards* der Bildung zu benchmarken und gleichzeitig die zwischenstaatliche Kooperation für eine Akzeptanz nationaler Standards zu fördern. Weiter initiierten *Achieve*, der *Education Trust* und die *Fordham Stiftung* im Jahr 2001 das *America Diploma Project*. College- und Wirtschaftsakteure definierten Kernfähigkeiten, die Schüler/-innen erworben haben sollten, sobald sie in Hochschule und Karriere einsteigen wollen. Damit wurde das Symbol *college and career readiness* zum Kernmantra des Standardisierungsprogramms der Reformallianz (Burris, Garrity 2012; Rothman 2011). Zusammen mit den Gouverneuren *James B. Hunt* und *Bob Wise* beschloss die Gruppe dann 2006 die Entwicklung der CCSS für den Primar- und Sekundarschulbereich, und zwar mit der *college and career readiness* als Zielmarke der Standards. Im Jahr 2008 bildete sie eine internationale Benchmarking-Beratungsgruppe (NGA et al. 2008), die, aufbauend auf der Arbeit von *Achieve*, die Übertragbarkeit sogenannter *world-best-performing education policy* in die USA hinein vorantrieb. 2009 kamen wiederum die beiden Betreiber der Hochschuleingangstests (siehe Fußnote 2) hinzu. Zu-

sammen wurden die Standardkriterien ausgearbeitet und Gruppen zur Erarbeitung der Standards gebildet.<sup>5</sup> Nur ein Jahr später wurden die Standards fertiggestellt und verabschiedet.

Im Zuge dieses Prozesses lässt sich eine ganz klare Feldschließung im Sinne von Transnationalisierung rekonstruieren: Während formal von einer »breiten Partnerschaft« der Standardentwicklung gesprochen wird (Achieve 2010, 2012), wird diese Partnerschaft von Anbeginn auf doppelte Weise eingegrenzt: 1) Symbolisch durch die Festlegung der *college and career readiness* als Ankerpunkt der CCSS sowie durch Evidenzbasierung und internationalem Benchmarking als vorausgesetzte, alternativlose Praktiken der Standardentwicklung; 2) materiell durch eine philanthrokapitalistische Finanzierung sowie schließlich durch die entsprechende Verteilung von Zentralpositionen innerhalb des Netzwerkes, die nachher zum Beispiel über die Besetzung der Standard-Entwicklungsgruppen bestimmten.

Bis 2009 hatte die Allianz also Standards entwickelt, während der Rest des Bildungssystems unter den Lasten der NCLB-Sanktionen stöhnte. Immer lauter wurde die Forderung nach einer Lockerung der Sanktionen, bis Präsident *Barack Obama* im Jahr 2009 wiederum einen Pferdehandel anbot: NCLB-Sanktionen wurden Staaten erlassen, die Standards entwickeln, die dieselbe Ausrichtung aufwiesen wie die CCSS, das heißt auf *college and career readiness* ausgerichtet sind und über Evidenzorientierung und internationales Benchmarking entwickelt wurden. Binnen weniger Monate führte dieser neue Wettbewerb um föderale Gelder dazu, dass die meisten Staaten die CCSS adaptierten. Bei der Standardentwicklung und -implementation werden sie bis heute wiederum von *Achieve* und seinen Partnern unterstützt, deren Portfolio neben der Beratung die Verbreitung von *standards alignment resources*, *instructional support*, *state materials* oder *classroom tasks* umfasst.

## Funktionslogiken des transnationalisierten Feldes und Schlussfolgerungen

Neben der historisch kontextualisierten Analyse der CCSS-Emergenz wurde im Rahmen des Projekts ebenfalls die interne Funktionslogik des Feldes nationaler Bildungsstandardisierung untersucht, etwa über Netzwerkanalysen, qualitative Inhaltsanalysen und Interviews mit einzelnen Agenten des Wandels. Diese konnten zeigen,

- 1) dass auf dem Feld die Orientierung an und Ausrichtung auf (global vergleichbare) Bildungsdaten über Leistung, also auf Datenkapital, dominiert. Diese Daten werden gezielt über die Infrastruktur der CCSS in das Feld hineingetragen, über die autorisierten Bildungsmärkte *gehandelt* und ihre Produktion bzw. Konsumption politisch verordnet. In diesem Sinne determiniert die Macht über diese Daten die Positionierung auf dem Feld. Es haben also solche Akteure Zentralpositionen inne, die (globale) Bildungsdaten nutzen, um ihre Position zu festigen.

---

<sup>5</sup> Diese Gruppen wurden explizit breit aufgestellt, und bis heute ist die CCSS-Initiative stolz darauf, als eine Allianz zu gelten, die auch Lehrkräfte, Lehrgewerkschaften, Staats- und Distriktpolitiker/-innen sowie eine Vielzahl externer Interessen in die Gruppen eingebunden hat. Siehe hierzu kritisch Hartong 2015a.



2) *Leadership* und *Partnership* funktionieren im Feld als differenzierende Kategorien im Sinne einer Typenbildung von Positionen und Akteuren, aber auch als Mechanismus der Autorisierung und Autonomisierung des Feldes. Das Feld ist über eine bestimmte Form von Strukturierung, nämlich Mischformen von Wettbewerben/Märkten, Hierarchien/Bürokratien und Netzwerken im Sinne von feld- und ebenenübergreifenden Partnerschaften charakterisiert. Hierdurch entstehen auf der einen Seite starke Macht- und Regulationszentren (zum Beispiel *Achieve*), die gleichzeitig durch eine Vielzahl von Partnerschaften verschleiert werden. Die CCSS operieren damit über verteilte, polyzentrische und strategische Governance (Hartong 2015b), die erst über diese Partnerschaften neue räumliche Verortungen und damit Transnationalisierung produziert.

In der Tat bestärken die Untersuchungsergebnisse, dass es sich bei diesen Charakteristika der Transnationalisierung von Bildungssteuerung über nationale Standards um eine Art globales Modell handelt, das sich ähnlich auch in anderen Ländern findet (Hartong 2014; Savage, O'Connor 2014). Dennoch, so wollte dieser Beitrag verdeutlichen, spielen in jedem Moment der Transnationalisierung Pfade und lokalspezifische Kontexte hinein, wie etwa in den USA die starke Markt- und Testorientierung, der große Einfluss von Privatakteuren oder die Radikalität bestimmter symbolischer Ordnungen. Schließlich können nur historisch fundierte Untersuchungen zu einem umfassenden Verständnis beitragen, wie Transnationalisierung von Bildung in unterschiedlichen kulturellen und nationalen Kontexten tatsächlich funktioniert.

## Literatur

- Achieve 2010: On the road to implementation. Achieving the Promise of the Common Core State Standards. Washington, D.C: Achieve.
- Achieve 2012: Achieve & The American Diploma Project Network. [www.achieve.org](http://www.achieve.org).
- Anderson, L. 2007: Congress and the Classroom: From the Cold War to 'No Child Left Behind'. Pennsylvania: University Press.
- Bailey, S. K., Mosher, E. K. 1968: ESEA. The Office of Education Administers a Law. New York: Syracuse University Press.
- Ball, S. J. 2009: Academies in context: Politics, business and philanthropy and heterarchical governance. *Management in Education*, Heft 3, 100–103. URL: <http://eprints.ioe.ac.uk/4634/1/Ball2009Academies.pdf>
- Beech, J. 2011: Global Panaceas, Local Realities. *International Agencies and the Future of Education*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Bellmann, J., Müller, T. (Hg.) 2011: Wissen, was wirkt. Kritik evidenzbasierter Pädagogik. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bernhard, S., Schmidt-Wellenburg, C. (Hg.) 2012: Feldanalyse als Forschungsprogramm 1. Der Programmatische Kern. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bourdieu, P. 1987: Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1998: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Burris, C. C., Garity, D. T. 2012: *Opening the Common Core*. Thousand Oaks: Sage.
- Cross, C. T. 2004: *From A Nation at Risk to No Child Left Behind: National education goals and the creation of federal education policy*. New York: Teacher College Press.

- Dale, R. 2005: Globalisation, knowledge economy and comparative education. *Comparative Education*, 41. Jg., Heft 2, 117–149.  
URL: [http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/03050060500150906#.VTD67JPzI\\_E](http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/03050060500150906#.VTD67JPzI_E)
- Hartong, S. 2014: Neue Bildungsregulierung im Zeitalter der *governance by numbers*. Das Beispiel standard-basierter Bildungsreform in Deutschland und den USA. *Leviathan*, 42. Jg., Heft 4, 1–29.  
URL: <http://www.leviathan.nomos.de/archiv/2014/heft-4/>
- Hartong, S. 2015a: Global policy convergence through *distributed* governance? The emergence of national education standards in the US and Germany. *Journal of International and Comparative Social Policy*, 31. Jg., Heft 1, 10–33.  
URL: [http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/21699763.2014.977803#.VTD7PZPzI\\_E](http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/21699763.2014.977803#.VTD7PZPzI_E)
- Hartong, S. 2015b: New structures of power and regulation within *distributed* education policy - the example of the US Common Core State Standards Initiative. *Journal of Education Policy*. DOI: 10.1080/02680939.2015.113903 (im Erscheinen).
- Hartong, S., Nikolai, R. 2016: Schulstrukturereform in Bremen: Promotoren und Hindernisse auf dem Wege zu einem inklusiveren Schulsystem. *Zeitschrift für Pädagogik* (im Erscheinen).
- Hartong, S., Schwabe, U. 2013: Wie *Agenten des Wandels* deutsche Bildungspolitik transformierten – ein integratives Diffusionsmodell für die Prozesse PISA und Bologna. *Schweizer Zeitschrift für Soziologie*, 39. Jg., Heft 3, 493–515.  
URL: <http://cat.inist.fr/?aModele=afficheN&cpsidt=27854052>
- Kirst, M. W. 2004: Turning Points: A History of American School Governance. In N. Epstein (Hg.), *Who's in Charge Here? The Tangled Web of School Governance and Policy*. Washington: Brookings Institution Press, 14–41.
- Kovacs, P. 2011: *The Gates Foundation and the future of US public schools*. New York: Routledge.
- Mahoney, J. 2000: Path Dependence in Historical Sociology. *Theory and Society*, 29. Jg., Heft 4, 507–548.  
URL: <http://link.springer.com/article/10.1023%2FA%3A1007113830879?LI=true>
- Marttila, T. 2014: Die wissensbasierte Regierung der Bildung – Die Genese einer transnationalen Gouvernementalität in England und Schweden. *Berliner Journal für Soziologie*, 24. Jg., Heft 2, 257–287.  
URL: <http://link.springer.com/article/10.1007/s11609-014-0247-6#page-1>
- Mehta, J. 2013: *The Allure of Order: High Hopes, Dashed Expectations, and the Troubled Quest to Remake American Schooling*. Oxford: University Press.
- Meyer, H.-D. 2011: Path Dependence in German and American Public Education – The Persistence of Institutional Difference in a Globalizing World. In D. E. Mitchell, R. L. Crowson, D. Shipps (Hg.), *Shaping Education Policy: Power and Process*. London, New York: Routledge, 189–212.
- Müller, H.-P. 2005: Handeln und Struktur. Pierre Bourdieus Praxeologie. In C. Colliot-Thélène, E. Francois, G. Gebauer (Hg.), *Bourdieu, Pierre, Deutsch-Französische Perspektiven*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 21–42.
- Munck, R. 2003. Neoliberalism, necessitarianism and alternatives in Latin America: There is no alternative (tina)? *Third World Quarterly*, 24. Jg., Heft 3, 495–511.  
URL: [http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/0143659032000084438#.VTD7rZPzI\\_E](http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/0143659032000084438#.VTD7rZPzI_E)
- NGA, CCSSO, Achieve 2008: *Benchmarking for Success: Ensuring U.S. Students Receive a World-Class Education*. Washington.
- Ozga, J., Dahler-Larsen, P., Segerholm, C., Simola, H. 2011: *Fabricating Quality in Education. Data and governance in Europe*. London, New York: Routledge.
- Payne, C. 2008: *So much reform, so little change: The persistence of failure in urban schools*. Cambridge: Harvard Education Press.
- Pierson, P. 2004. *Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis*. Princeton: Princeton University Press.
- Ravitch, D. 1981: The meaning of the new Coleman report. *Phi Delta Kappan*, 62. Jg., Heft 10, 718–720.  
URL: <http://www.jstor.org/discover/10.2307/20386113?uid=3737864&uid=2&uid=4&sid=21106490626693>

- Robertson, S. L., Dale, R. 2015: Towards a *critical cultural political economy* account of the globalising of education. *Globalisation, Societies and Education*, 13. Jg., Heft 1, 149–170.  
URL: [http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/14767724.2014.967502#.VTD7-pPzl\\_E](http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/14767724.2014.967502#.VTD7-pPzl_E)
- Rothman, R. 2011: *Something in Common. The Common Core Standards and the Next Chapter in American Education*. Cambridge: Harvard Education Press.
- Sacks, P. 2000: *Standardized minds: The high price of America's testing culture and what we can do to change it*. Boston: Da Capo Press.
- Savage, G. C., O' Connor, K. 2014: National Agendas in global times: curriculum reforms in Australia and the USA since the 1980s. *Journal of Education Policy*, DOI: 10.1080/02680939.2014.969321.  
URL: [http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/02680939.2014.969321#.VTD8FJPzl\\_E](http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/02680939.2014.969321#.VTD8FJPzl_E)
- Sellar, S., Lingard, B. 2014: The OECD and the expansion of PISA: new global modes of governance in education. *British Educational Research Journal*, 40. Jg., Heft 6, 917–936.  
URL: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/berj.3120/full>
- Wallner, J. 2012: Internal Answerability and Intergovernmental Policy Learning: Accountability in Canadian Mandatory Education. In P. Graefe, J. Simmons, L. A. White (Hg.), *Overpromising and Underperforming? Understanding and Evaluating New Intergovernmental Accountability Regimes*. Vancouver: UBC Press, 238–257.
- Wodack, R., Fairclough, N. 2010: Recontextualizing European Higher Education Policies: the Cases of Austria and Romania. *Critical Discourse Studies*, 7. Jg., Heft 1, 19–40.  
URL: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/17405900903453922>

»Die Krise als Biographiegenerator« der Sektion Biographieforschung  
– organisiert von Wolfram Fischer

# Autobiografische Updates als Antwort auf biografische Unsicherheitserfahrungen in der reflexiven Moderne<sup>1</sup>

Helga Pelizäus-Hoffmeister

*Beitrag zur Veranstaltung »Die Krise als Biographiegenerator« der Sektion Biographieforschung – organisiert von Wolfram Fischer*

Eine besondere Form der autobiografischen Erzählung gewinnt in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung: Immer mehr Menschen berichten Personen ihres sozialen Netzwerkes in sogenannten Jahres- oder Weihnachtsbriefen über ihre Erlebnisse des vergangenen Jahres. Sie erzählen darin von beruflichen und familiären Ereignissen, von Urlaubsreisen, und sie schildern ihre privaten Sorgen und Nöte. Die Briefe sind meist drei bis fünf Seiten lang, liebevoll gestaltet und persönliche Fotos ergänzen häufig die schriftlichen Ausführungen. Typische Empfängerinnen und Empfänger dieser – für alle identischen – Briefe sind Freunde und Freundinnen, Verwandte, Bekannte, aber auch Arbeitskollegen und -kolleginnen. Da diese *Lebensabschnittsbeschreibungen* meist regelmäßig wiederkehrend am Ende jeden Jahres verschickt werden, bezeichne ich sie hier als *Autobiografische Updates*.

Autobiografische Updates sind aus meiner Sicht eine neue Textgattung, die sich in vielerlei Hinsichten von anderen autobiografischen Texten unterscheidet. In Deutschland erfreuen sie sich etwa seit den siebziger Jahren immer größerer Beliebtheit. Dies mag unter anderem mit den verbesserten technischen Möglichkeiten zusammenhängen, denn erst mit dem Einzug des Computers in die Privathaushalte wurde es sehr einfach, persönlich gestaltete Briefe in guter Qualität, geschmückt mit eigenen Fotos, zu vielfältigen (Hoggart 2004: 2). Dennoch gehe ich davon aus, dass es vor allem die gesellschaftlichen Bedingungen der sogenannten reflexiven bzw. modernisierten Moderne (Beck, Bonß 2001) mit ihren steigenden Unsicherheiten sind, die Menschen dazu veranlassen, gerade diese Form des Selbstbekenntnisses zu wählen.

Dass die Formen der Selbstthematization immer in enger Wechselbeziehung mit den jeweiligen historischen und sozial-kulturellen Bedingungen stehen, darauf verweisen vielfältige Erkenntnisse aus der Biografieforschung (zum Beispiel Willems 1982; Willems 1999; Brose, Hildenbrand 1988). Diese Einsicht lieferte einen ersten Ansatzpunkt für meine These, dass Autobi-

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist in Anlehnung an ein zweisemestriges Forschungsseminar entstanden, in dem sich zehn Studierende der Universität der Bundeswehr München sowohl theoretisch als auch empirisch mit autobiografischen Updates beschäftigt haben. Daraus ist ein Forschungsbericht entstanden, der 2011 im VS Verlag veröffentlicht wurde (Pelizäus-Hoffmeister 2011).

ografische Updates eine geeignete Form der Auseinandersetzung mit dem eigenen Lebensverlauf in Zeiten größerer Unsicherheiten sind, da sie bei den Autorinnen und Autoren zu einem Gefühl biografischer Sicherheit – im Sinne zukünftiger Eindeutigkeit – beitragen können. Im Rahmen dieses Beitrags möchte ich die These einerseits in Form einer theoretischen Heuristik zumindest knapp plausibilisieren. Andererseits werde ich auf der Basis einer empirischen Untersuchung eine Typologie verschiedener Formen biografischer Sicherheitskonstruktionen präsentieren, die sich in den Autobiografischen Updates identifizieren lassen und bei dessen Verfasserinnen und Verfassern einen gewissen Grad an biografischer Sicherheit erzeugen.

Einführend werde ich zunächst das Problem *Wie kann biografische Sicherheit unter Bedingungen steigender gesellschaftlicher Unsicherheiten erreicht werden?* präzisieren, auf das die Autobiografischen Updates aus meiner Sicht einen Lösungsansatz bieten. Anschließend wird die neue Textgattung von anderen Formen autobiografischer Selbstbekenntnisse abgegrenzt. Im dritten Schritt wird die knappe theoretische Heuristik vorgestellt, während Abschnitt vier der empirischen Untersuchung gewidmet ist. Hierbei wird zunächst das methodische Design vorgestellt, um daran anschließend die gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich verschiedener Formen biografischer Sicherheitskonstruktionen zu präsentieren.

## Biografische Sicherheit in unsicheren Zeiten?

Es muss vorausgeschickt werden, dass Menschen seit der frühen Modernisierung verschiedene Formen biografischer Konstruktionen, also Vorstellungen und Erwartungen hinsichtlich ihres Lebensverlaufs und ihrer Zukunft entwickeln.<sup>2</sup> Felix Friese und Christian Pohl (2011: 70) sprechen von einer »modernen« Notwendigkeit zur Selbstreflexion«, die den gesellschaftlichen Rahmen für biografische Konstruktionen absteckt. Nach Alois Hahn können diese Konstruktionen als Äußerungen verstanden werden, in denen sich der Mensch selbst zum Thema macht (Hahn 1987). Monika Wohlrab-Sahr (1999: 485) beschreibt sie als eine Form »selektiver, verzeitlichter und ich-zentrierter Vergegenwärtigung des Lebens«. Wichtig werden biografische Konstruktionen nach Wolfram Fischer-Rosenthal und Gabriele Rosenthal (1997: 407), weil sie zur sozialen und individuellen Identitätsbildung beitragen. Und Uwe Schimanks Einschätzung ihrer Relevanz mündet in seiner Quintessenz: »wer ich bin, weiß nur der, der weiß, wer ich geworden bin« (Schimank 2002: 221). Wolfgang Bonß (1997) und Franz-Xaver Kaufmann (1970) verweisen noch deutlicher darauf, dass relativ stabile biografische Konstruktionen unverzichtbar sind, da sie biografische Sicherheit bedeuten – also relativ übersichtliche und klare Bedingungen zukünftigen Handelns –, die für die Handlungsfähigkeit der Menschen fundamental sind.

Nun stellt sich die Frage, wie vor dem Hintergrund der Bedingungen reflexiver Modernisierung – mit ihrem radikalisierten Individualisierungsschub, der Pluralisierung von Lebensformen, dem Auflösen traditioneller Familienmuster, dem Wandel bzw. der Erosion der Erwerbsstrukt-

---

<sup>2</sup> Aus der Sicht Alois Hahns (1982) finden Ansätze biografischer Konstruktionen schon in der Beichte im hohen Mittelalter ihren Ausdruck. Cornelia Bohn und Alois Hahn (1999) beschreiben die Beichte als die erste Vorform eines Biographiegenerators, bei der erstmals eine Selbstreflexion stattfand. Diese war allerdings noch wenig biografisch ausgerichtet.

ren usw. (Beck, Bonß 2001) – biografische Sicherheit erzeugt werden kann. Oder anders gefragt: Wie kann zumindest ein gewisses Maß an »Erwartbarkeit, Planbarkeit und Vorhersehbarkeit des eigenen Lebenslaufs« und damit biografische Sicherheit in zunehmend unsicheren und ungewissen Zeiten geschaffen werden (Bonß et al. 2001: 155)? Dass hierzu Autobiografische Updates einen möglichen Beitrag leisten können, soll – im Anschluss an deren Abgrenzung von anderen autobiografischen Repräsentationen – plausibilisiert werden.

## Das Autobiografische Update

Autobiografische Updates bezeichne ich als eine neue Textgattung, da sie sich systematisch von anderen autobiografischen Textformen, wie autobiografisch orientierten persönlichen Briefen, Tagebüchern oder Autobiografien unterscheiden, was nun knapp und exemplarisch veranschaulicht werden soll.

Eine Differenz zum persönlichen Brief zeigt sich in der Hinsicht, dass beim Autobiografischen Update ein identischer Brief – identisch in Form und Inhalt – an eine Vielzahl von Personen verschickt wird. Der persönliche Brief hingegen ist an ein einziges konkretes Du gerichtet, das in direkter Weise angesprochen wird (Mattenklott et al. 1988). Hier findet eine dialogische Auseinandersetzung statt, während die Gruppe der Adressatinnen und Adressaten der Autobiografischen Updates weniger als individuelle Personen denn als Institution angesprochen werden. Diese Distanz zum *Publikum* erinnert an eine Autobiografie, mit dem Unterschied allerdings, dass im letzten Fall das Publikum unbekannt ist, während die Adressatinnen und Adressaten von Autobiografischen Updates dem sozialen Umfeld des Verfassers oder der Verfasserin entstammen. Zudem umfasst ein Autobiografisches Update meist die Spanne eines Jahres, während in einer Autobiografie ein sehr viel größerer Zeitraum, wenn nicht gar das ganze Leben rekonstruiert werden soll. Vom Tagebuch unterscheidet sich das Autobiografische Update, da die biografischen Konstruktionen durch ihr Versenden sozial sichtbar gemacht werden und insofern immer auch eine Wirkung aus dem sozialen Umfeld des Verfassers bzw. der Verfasserin hervorgerufen wird. Unterschieden werden kann das Autobiografische Update auch von Jahresbriefen von Organisationen wie Vereinen, Stiftungen und Kirchen usw., die schon eine längere Tradition haben und bis zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zurückverfolgt werden können, die aber eben nicht autobiografisch orientiert sind.

## Passung zwischen reflexiver Moderne und Autobiografischem Update

Wende ich mich nun der Frage zu, warum Autobiografische Updates gerade in der reflexiven Moderne, unter Bedingungen steigender Unsicherheiten und Ungewissheiten, an Bedeutung gewinnen, dann lautet mein erstes Argument: Durch die schriftliche Fixierung ihrer Erlebnisse des vergangenen Jahres setzen sich die Verfasserinnen und Verfasser bewusst und reflektiert mit dem eigenen komplexen Leben auseinander und entwickeln insofern eine biografische Perspektive. Und indem sie spezifische Ereignisse vernachlässigen, andere hervorheben und wie-

der anderen eine ganz besondere Bedeutung zuweisen, entwickeln sie zugleich einen *roten Faden* für ihr Leben, der ihre Wahrnehmungen über die Vergangenheit ordnet, strukturiert und dabei identitätsstiftend und -stärkend wirkt. Auf diese Weise entsteht eine biografische Eindeutigkeit, die in die Zukunft hinein fortgeschrieben werden kann.

Die Erfassung eines Zeitraumes von (nur) einem Jahr erscheint darüber hinaus in Zeiten größerer Unsicherheiten und schnelleren Wandels eher bewältigbar als das schriftliche Fixieren eines längeren Zeitraums, da die Komplexität des Lebens zumindest in gewissen zeitlichen Grenzen gehalten werden kann. Außerdem ist das Festhalten eines kürzeren Zeitraums mit weniger Zeitaufwand verbunden – die Briefe umfassen meist nur drei bis fünf Seiten – und die jährliche Wiederholung des Schreibprozesses bildet eine weitere biografische Kontinuität im Leben des Verfassers oder der Verfasserin, die ebenfalls zur Eindeutigkeit und Sicherheit beitragen kann. Ein noch wichtigerer Vorteil dieser knappen Zeitspanne liegt aber möglicherweise darin, dass sich der Verfasser bzw. die Verfasserin einfacher und schneller an diesen *zerstückelten* und dadurch gleichzeitig weniger komplexen Erzählungen orientieren kann, da sie »schneller zur Hand [sind] als eine unübersichtliche Großerzählung des ›Was-bin-Ich‹«, wie Christian Pohl (2011: 96) in Anlehnung an Herbert Willems (1999: 92) argumentiert.

Auch die soziale Sichtbarmachung der subjektiven biografischen Konstruktionen durch das Versenden der Autobiografischen Updates hat aus meiner Sicht stabilisierende, sinn- und identitätsstiftende Wirkung. Denn die Verfasserinnen und Verfasser versichern sich ihrer eigenen biografischen Wirklichkeit auch dadurch, dass sie diese in den Handlungen (Reaktionen) ihres Gegenübers wiederfinden – oder wie es George H. Mead (1975) formulieren würde, im Spiegel der Anderen –, was ihre biografischen Konstruktionen gleichzeitig verstärkt bzw. stabilisiert. Das gilt auch für Fälle ohne direktes Antwortverhalten auf die Autobiografischen Updates, denn der Verfasser oder die Verfasserin kann sich relativ sicher sein, dass den Adressaten und Adressatinnen ihre biografischen Konstruktionen – beim nächsten Zusammentreffen, aber auch so – zumindest bewusst sein werden. Und da das eigene soziale Netzwerk die Gruppe ihrer/seiner Adressatinnen und Adressaten bildet, kann sich der Verfasser oder die Verfasserin ebenso sicher sein, dass er oder sie eine explizite oder implizite Reaktion auf seine/ihre Autobiografischen Updates erhalten wird.

Passend zu den reflexiv modernen Lebensbedingungen erscheint das Autobiografische Update auch in der Hinsicht, dass Personen des eigenen sozialen Netzwerkes, die aufgrund gesteigerter Mobilitätsanforderungen nicht mehr im direkten räumlichen Umfeld wohnen, hiermit sehr leicht erreicht werden können.

Ein nicht zu vernachlässigender, das Aufkommen der Autobiografischen Updates unterstützender Effekt sind vermutlich auch die Innovationen bei den Informations- und Kommunikationstechnologien in den letzten Jahrzehnten, die das Verfassen, Vervielfältigen und Versenden der Autobiografischen Updates wesentlich erleichtern.



## Empirische Untersuchung

Welche Formen biografischer Sicherheitskonstruktionen in den Autobiografischen Updates ihren Niederschlag finden, war eine Fragestellung, mit der sich zehn Studierende der Universität der Bundeswehr München im Rahmen zweier, aufeinanderfolgender Forschungsseminare beschäftigten (Pelizäus-Hoffmeister 2011). In einer qualitativ orientierten, empirischen Untersuchung identifizierten sie auf der Basis einer Analyse von Autobiografischen Updates verschiedene Muster von biografischen Sicherheitskonstruktionen, die sie in einer Typologie festhielten.

## Methodisches Vorgehen

Die Datenbasis bestand aus den Autobiografischen Updates von 32 Verfasserinnen und Verfassern. Ihre Anzahl wurde vorab nicht festgelegt, sondern hatte sich in Form eines »theoretical samplings« (Strauss 1991) aus dem Forschungsprozess selbst ergeben. Es wurden Autobiografische Updates in die Untersuchung einbezogen, die von den Verfasserinnen und Verfassern sowohl als Papierversion verschickt, als Dateien Emails angehängt oder im Internet auf Homepages per Link zur Verfügung gestellt wurden.

Um das Material sinnvoll auswerten zu können, kam eine qualitativ orientierte Auswertungsmethode – die Grounded Theory (Strauss, Corbin 1996) – zur Anwendung (Weber, Schatz 2011). Das Ziel der Untersuchung bestand darin, mit der Analyse von Einzelfällen die verschiedenen Formen biografischer Sicherheitskonstruktionen fallübergreifend und typisierend zu erfassen. Dabei sind die entwickelten Typen als symbolische Konstruktionen zu verstehen, die pointiert dargestellt wurden, um ihre spezifischen Charakteristika besonders deutlich zu machen. Im Sinne Max Webers erfolgte ihre Bildung in der Form, dass »wichtige Aspekte des Phänomens in widerspruchlos gedachten Zusammenhängen konstruiert wurden, durch gedankliche Steigerung der Elemente, die als besonders wichtig erachtet wurden, durch Zusammenschluss diffuser Aspekte und durch Vernachlässigung als unwichtig angesehener Elemente« (Pelizäus-Hoffmeister 2011: 18; Weber 1922: 191).

Die ermittelten Befunde sind nicht statistisch repräsentativ und sollen es auch nicht sein. Aber sie genügen dem Anspruch einer Gegenstandstheorie, die »ein Phänomen spezifiziert, indem sie es in Begriffen unter Bedingungen (unter denen das Phänomen auftaucht), der Aktionen und Interaktionen (durch welche das Phänomen ausgedrückt wird), in Konsequenzen (die aus dem Phänomen resultieren) erfasst« (Steinke 1999: 75).

## Typologie biografischer Sicherheitskonstruktionen

Um die biografischen Sicherheitskonstruktionen der Verfasserinnen und Verfasser von Autobiografischen Updates herausarbeiten zu können, wurde bei der Analyse der Autobiografischen Updates der Fokus auf die Perzeptionen von und den Umgang mit biografischen Unsicherheiten gerichtet (Pelizäus-Hoffmeister 2011: 179). Die verschiedenen Strategien zur Unsicherheitsbe-

wältigung wurden in einer Typologie dargestellt (Oska, Schmidt 2011). Alle Typen können als erfolgreiche Muster des Umgangs mit Unsicherheit beschrieben werden, denn allen Verfasserinnen und Verfassern gelingt es, mit ihnen Eindeutigkeit und damit Sicherheit zu erzeugen. Diese Sicherheit resultiert allerdings aus völlig unterschiedlichen Überzeugungen:

### Der Glaubende

Verfasserinnen und Verfasser, die dem sogenannten Typus des *Glaubenden* zugeordnet werden, nehmen Unsicherheiten als Bedrohungen von außen wahr, die sie nicht mit eigenen Mitteln steuern können (Oska, Schmidt 2011: 126ff.). Sie erleben sich selbst als eher irrelevant für ihre eigene biografische Gestaltung. Unsicherheiten erscheinen ihnen vorbestimmt, nicht kalkulierbar und in der Regel als von ihnen nicht beeinflussbar. Ein typisches Muster für Personen dieses Typus ist, dass beispielsweise eine Krankheit, eine Scheidung, der Arbeitsplatzverlust des Partners usw. als schicksalhaftere Ereignis wahrgenommen wird, »*das die Familie heute noch im Griff hat*« (Oska, Schmidt 2011: 127).

Ihre Strategien zur Bewältigung dieser anscheinend immer von außen vorgegebenen Unsicherheiten bestehen darin, möglichst (schnell) in angemessener Weise auf die »*Dinge, die da kommen werden*« zu reagieren. Diese Form der Unsicherheitsbewältigung ist insofern immer als eine *Re*-Aktion auf von außen vorgegebene Situationen zu verstehen und nicht als ein aktives Einflussnehmen. Bei ihren Reaktionen orientieren sich Personen dieses Typus unhinterfragt selbstverständlich an von außen vorgegebenen *Regeln* – wie denen ihres sozialen Umfeldes, allgemeinen gesellschaftlichen Vorgaben und Normen oder auch religiösen Überzeugungen. Ihr Rückgriff auf von außen vorgegebene Muster der Problembewältigung ist einleuchtend und naheliegend, da sie sich selbst mit ihren Einstellungen und Überzeugungen – wie oben schon angedeutet – als unbedeutend für ihre biografische Gestaltung erleben. Gleichzeitig lässt sich bei ihnen eine Art von *Gottvertrauen* identifizieren. Sie sind von der *Richtigkeit* der unerwarteten zukünftigen Ereignisse überzeugt, was für sie ein hohes Maß an biografischer Sicherheit impliziert. Ein typisches Zitat ist daher: »*Wir danken Gott für alles. Was uns in diesem Jahr begegnet ist, nicht nur für das, was uns Freude gemacht hat, denn nichts ist ohne Bedeutung*« (Oska, Schmidt 2011: 126). Mit Gott wird hier eine Instanz konstruiert, die ihnen nur *passende* zukünftige Herausforderungen zumuten wird, so dass sie sich nur dafür verantwortlich fühlen müssen, in adäquater Weise darauf zu reagieren. In das zukünftige Leben aktiv steuernd eingreifen zu wollen, liegt ihnen fern.

### Der Kalkulierer

Ganz anders hingegen muss der Typus des *Kalkulierers* beschrieben werden. Personen dieses Typus sind davon überzeugt, ihr Leben »*im Griff zu haben*« (Oska, Schmidt 2011: 144). Zentral ist bei ihnen die Gewissheit, dass Unsicherheiten selbst eingegangen werden und aktiv und eigenverantwortlich bewältigt werden müssen und auch können. Prägend ist bei ihnen das Gefühl, selbst für ihr (zukünftiges) Leben verantwortlich zu sein. Dies geht einher mit einer großen »*Bereitschaft zu Spontanität und Flexibilität bei der Umsetzung eigener biografischer Vorstellun-*

gen« (Oska, Schmidt 2011: 143). Sie begreifen die Welt als einen Raum der vielen Handlungsoptionen und nutzen alle Chancen, die sie sehen. Unsicherheiten werden auf dieser Basis als positiv und willkommen angesehen. Sie werden vor allem mit Freiheiten und Unabhängigkeiten assoziiert, die sie als wesentlich für ein selbstbestimmtes Leben erachten.

Als zentraler Bezugspunkt bei der Bewältigung von Unsicherheiten gelten ihnen dementsprechend eigene Überzeugungen, Wünsche und Ideen (Oska, Schmidt 2011: 144). Diese werden auch als wesentlicher Orientierungsrahmen für zukünftiges Handeln angesehen. Gleichzeitig weisen die biografischen Konstruktionen eine stark teleologische Perspektive auf (Oska, Schmidt 2011: 144). Personen dieses Typus begreifen ihr Leben als ein Projekt, das der ständigen Weiter- und Aufwärtsentwicklung durch eigene aktive Einflussnahme bedarf. Dabei wird nichts dem Zufall überlassen, denn das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten ist überragend.

## Der Ambivalente

Ein weiterer Typus des Umgangs mit biografischen Unsicherheiten lässt sich identifizieren, den Stefan Oska und Laura Schmidt (2011: 131ff.) den *Ambivalenten* genannt haben. Dieser zeichnet sich durch innere Widersprüchlichkeiten aus. Zentral ist, dass sich Personen, die diesem Typus zugeordnet werden, einerseits ihrem Schicksal eher hilflos ausgeliefert fühlen, andererseits aber gleichzeitig davon überzeugt sind, dass es ihnen gelingen wird, dieses aktiv in ihrem Sinne zu bewältigen. Einerseits wird die Zukunft also als wenig kontrollierbar erlebt, andererseits wird von der Wirksamkeit eigenen Handelns bei der biografischen Gestaltung ausgegangen (Oska, Schmidt 2011: 131). Ein Ausdruck dieser Widersprüchlichkeit scheint zu sein, dass ihre Wahrnehmungen und Bewertungen biografischer Unsicherheiten stark von den jeweiligen, konkreten Handlungssituationen abhängig sind.

Bei den Formen des Umgangs mit biografischen Unsicherheiten konnten Differenzen identifiziert werden, die es aus der Sicht des Forschers und der Forscherin rechtfertigten, zwischen zwei Untertypen zu unterscheiden, dem *Hoffenden* und dem *Vertrauenden* (Oska, Schmidt 2011: 132).

Personen des Typus des *Hoffenden* rechnen Unsicherheiten – ähnlich den Personen des Typus des *Glaubenden* – vorwiegend dem Außen zu und sehen sich auf den ersten Blick eher weniger in der Lage, Unsicherheiten selbst aktiv zu bewältigen. Dennoch zeigt sich bei ihnen zumindest ein gewisser Grad an Eigeninitiative, um ihre Zukunft in ihrem Sinne zu beeinflussen. »Sie agieren zwar aus einer eher defensiven Position heraus, aber dennoch nehmen sie die Ereignisse nicht einfach passiv [...] hin«, so beschreiben es die Forscher/-innen (Oska, Schmidt 2011: 133). Dass zukünftigen unerwarteten Ereignissen in der Regel optimistisch entgegengesehen wird, ist ihrem (vermeintlichen) Wissen um die vielfältige Unterstützungsbereitschaft ihres sozialen Netzwerkes geschuldet. Biografische Sicherheit entsteht insofern auch vor dem Hintergrund des Gefühls, jederzeit mit sozialer Unterstützung rechnen zu können.

Personen des Typus des *Vertrauenden* hingegen fühlen sich selbst sehr viel mehr für die Gestaltung ihres Lebensverlaufes verantwortlich als die des Typus des *Hoffenden*. Gleichzeitig sind sie stärker von ihren eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Überwindung von Unsicherheiten überzeugt. Biografische Sicherheit gründet dementsprechend mehr auf dem Vertrauen in eige-

ne Kompetenzen als dem Hoffen auf Unterstützung durch das soziale Netzwerk. Ähnlich dem Typus des Hoffenden kann auch bei ihnen ein großer Optimismus identifiziert werden, der es den Personen gestattet, ohne Angst in die Zukunft zu blicken. Die Zukunft erscheint zwar als offen und damit als unsicher, aber sie kann durch eigens entwickelte Bewältigungsstrategien im eigenen Sinne geformt werden, so lautet hier die Devise.

## Fazit

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es allen untersuchten Personen in ihren Autobiografischen Updates gelingt, erfolgreiche und eindeutige Strategien im Umgang mit biografischen Unsicherheiten zu entwickeln. Dies legt es nahe zu vermuten, dass sie durch die schriftlich fixierten Rekonstruktionen ihrer Bewältigungsmuster im vergangenen Jahr auch für sich selbst einen gewissen Grad an biografischer Sicherheit, im Sinne zukünftiger Eindeutigkeit, gewonnen haben.

Die These, dass Autobiografische Updates *allgemein* eine geeignete Form des Umgangs mit biografischen Unsicherheiten unter Bedingungen reflexiver Modernisierung sind, kann allerdings nicht bestätigt werden. Nach Untersuchung der sozio-strukturellen Verortung der Personen des erhobenen Samples scheint dies in der Regel nur für eine spezielle Gruppe zuzutreffen, und zwar für Personen mit höherer Bildung aus der gehobenen, gutbürgerlichen Schicht – im Sinne Geißlers (2008: 97ff.) –, die sich in der mittleren bis höheren Phase des Lebensverlaufes befindet und damit schon auf einen gewissen *Lebenserfolg* – wie Familiengründung und/oder beruflichen Erfolg – zurückblicken kann (Pelizäus-Hoffmeister 2011: 183; Kessel, Klusmann 2011). Gleichzeitig zeigt sich, dass das eigene Leben in den Autobiografischen Updates als eine Erfolgsgeschichte – als *gelungenes Leben* – inszeniert wird, so dass vermutet werden kann, dass Personen, die ihr Leben nicht als einen wie auch immer gearteten *Erfolg* begreifen, nicht diese Form der Selbstdarstellung wählen würden.

Nichtsdestotrotz sind die Autobiografischen Updates als ein Ausdruck oder als *Zeugnis* biografischer Sicherheitskonstruktionen ihrer Verfasserinnen und Verfasser zu interpretieren, die diese im Umgang mit den differenzierten und komplexen Herausforderungen in der reflexiven Moderne entwickelt haben. Und durch die notwendig komprimierte, schriftliche Fixierung ihrer Strategien zur Bewältigung von Unsicherheiten wird das Autobiografische Updates gleichzeitig zum wichtigen Generator für Komplexitätsreduktion und Eindeutigkeitserzeugung und ist damit selbst ein *Mittel* zur Erzeugung biografischer Sicherheit.

## Literatur

- Beck, U., Bonß, W. 2001: Die Modernisierung der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bohn, C., Hahn, A. 1999: Selbstbeschreibung und Selbstthematisierung: Facetten der Identität in der modernen Gesellschaft. In H. Willems, A. Hahn (Hg.), Identität und Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 33–61.
- Bonß, W. 1997: Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. In E. Lippert, A. Prüfert, G. Wachtler (Hg.), Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, 21–41.
- Bonß, W., Hohl, J., Jakob, A. 2001: Die Konstruktion von Sicherheit in der reflexiven Moderne. In U. Beck, W. Bonß (Hg.), Die Modernisierung der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 147–159.
- Brose, H.-G., Hildenbrand, B. 1988: Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen: Leske + Budrich.
- Fischer-Rosenthal, W., Rosenthal, G. 1997: Warum Biographieanalyse und wie man sie macht. In Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 17. Jg., Heft 4, 405–427.
- Friese, F., Pohl, C. 2011: Die Rolle des Selbstbekenntnisses. In H. Pelizäus-Hoffmeister (Hg.), Autobiografische Updates. Jahresbriefe zur Bewältigung biografischer Unsicherheit. Wiesbaden: VS, 69–105.
- Geißler, R. 2008: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit Bilanz der Wiedervereinigung. Wiesbaden: VS.
- Hahn, A. 1982: Zur Soziologie der Beichte und anderer Formen institutionalisierter Bekenntnisse. Selbstthematisierung und Zivilisationsprozeß. In Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34. Jg., Heft 3, 407–434.
- Hahn, A. 1987: Identität und Selbstthematisierung. In A. Hahn, V. Kapp (Hg.), Selbstthematisierung und Selbstzeugnis: Bekenntnis und Geständnis. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9–24.
- Hoggart, S. 2004: The Cat that Coul Open the Fridge. A Curmudgeon's Guide to Christmas Round Robin Letters, London: Atlantic Books.
- Kaufmann, F.-X. 1970: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zur Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften. Stuttgart: Enke Verlag.
- Kessel, F., Klusmann, M. 2011: Inszenierung des »gelungenen Lebens«. In H. Pelizäus-Hoffmeister (Hg.), Autobiografische Updates. Jahresbriefe zur Bewältigung biografischer Unsicherheit. Wiesbaden: VS, 165–175.
- Mattenklott, G., Schlaffer, H., Schlaffer, H. 1988: Deutsche Briefe 1750 – 1950. Frankfurt am Main: Fischer.
- Mead, G. H. 1982: Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Oska, S., Schmidt, L. 2011: Zwischen »Ausgeliefertsein« und »Alles im Griff«. In H. Pelizäus-Hoffmeister (Hg.), Autobiografische Updates. Jahresbriefe zur Bewältigung biografischer Unsicherheit. Wiesbaden: VS, 125–150.
- Pelizäus-Hoffmeister, H. 2011: Autobiografische Updates. Jahresbriefe zur Bewältigung biografischer Unsicherheit. Wiesbaden: VS.
- Pohl, C. 2011: Schriftlichkeit und biografische Sicherheit. In H. Pelizäus-Hoffmeister (Hg.), Autobiografische Updates. Jahresbriefe zur Bewältigung biografischer Unsicherheit. Wiesbaden: VS, 89–105.
- Strauss, A. L. 1991: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München: Fink.
- Strauss, A. L., Corbin, J. 1996: Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz, Psychologie Verlags Union.
- Steinke, I. 1999: Kriterien qualitativer Sozialforschung. Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung. Weinheim: Juventa.
- Weber, M. 1922: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen: Mohr.
- Weber, D., Schatz, A. 2011: Methodisches Vorgehen. In H. Pelizäus-Hoffmeister (Hg.), Autobiografische Updates. Jahresbriefe zur Bewältigung biografischer Unsicherheit. Wiesbaden: VS, 107–121.
- Willems, H. 1999: Institutionelle Selbstthematisierungen und Identitätsbildungen im Modernisierungsprozess. In H. Willems, A. Hahn (Hg.), Identität und Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 62–101.
- Wohlrab-Sahr, M. 1999: Biographieforschung jenseits des Konstruktivismus? In: Soziale Welt, 50. Jg., 483–494.

# Krisen in krisenfesten Berufen

## Karriereplanung und biografische Unsicherheit bei Beamten der öffentlichen Verwaltung

Elisabeth Schilling

*Beitrag zur Veranstaltung »Die Krise als Biographiegenerator« der Sektion Biographieforschung – organisiert von Wolfram Fischer*

Die Arbeit der Beamten in einer öffentlichen Verwaltung galt lange Zeit als absolut sicher. Der Beamtenstatus schützte vor Kündigungen, die Arbeitsabläufe änderten sich selten, Routine verhalf zum Gefühl der Stabilität (vergleiche Lutz 2008). Eine Beschäftigung bei einer Stadtverwaltung wurde als eine Garantie gegen berufliche Krisen angesehen und als solche von besonders sicherheitsbedürftigen Individuen angestrebt. Bereits vor Dienstantritt war der Lauf beruflicher Karriere vorgezeichnet, für Beamte im höheren Dienst bedeutete das: ein Fachhochschulstudium, danach Eingruppierung in die Besoldungsstufe A9 gepaart mit einem Beamtenverhältnis auf Probe, nach in der Regel drei Jahren eine Beförderung auf A10 und die Übernahme auf ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. Einige besonders ehrgeizige Arbeitnehmer/-innen hofften auf eine bis zwei weitere Beförderungen, andere (vor allem Frauen) planten einen Ausstieg und die Familiengründung. Die Verrentung erfolgte schließlich ebenfalls zu einem festdefinierten Zeitpunkt (Sackmann 2008). Insgesamt war aber die Diversität der möglichen Karrieren in der öffentlichen Verwaltung sehr gering.

Seit in den neunziger Jahren öffentliche Verwaltungen massiv und andauernd reformiert und umstrukturiert wurden (diese Prozesse sind bis heute nicht abgeschlossen), befinden sich diese ehemals krisenfesten Berufe in einem andauernden Ausnahmezustand. Die dabei entstandenen Veränderungen können im Vergleich zu anderen Arbeitsmarktsegmenten als nicht so gravierend erscheinen. Dennoch werden sie subjektiv von den Betroffenen als eine tiefe Krise empfunden, weil sie die Grundannahmen der Lebenswelt erschüttern, weil sie die Betroffenen völlig überraschend treffen und weil die betroffenen Individuen besonders empfindlich auf Veränderungen dieser Art reagieren.

Dieser Aufsatz hat zum Ziel, die Bio-Grafien der Betroffenen unter den Bedingungen der subjektiv empfundenen Krise nachzuzeichnen. Wie Fischer (2014) im Call for Papers treffend anmerkt, liefern Krisen Anlässe für eine biografische (Um-)Strukturierung. Sie regen Reflexionen an, stellen Selbstverständliches in Frage, zwingen die (vergangene) Biografie neu zu konstituieren, um ihr unter der gegenwärtigen Perspektive einen neuen Sinn zu verleihen bzw. um ihr wieder einen Sinn zu geben. Gleichzeitig wird die zukünftige Biografie prospektiv neu konzeptualisiert, wieder in der Anpassung an die Krisenverarbeitung. So geschieht die Verarbeitung der Krise simultan und in Wechselwirkung mit der biografischen Arbeit. Die dabei entstehenden biografischen Muster sind nicht zufällig, es besteht ein Zusammenhang mit dem Ausgang der Krise (zum Beispiel Gefahr oder gar das Ende der Karriere) und mit der individuellen Verarbeitung des Krisenerlebens.

## Der Wandel der Arbeitswelt und der Umbruch in der öffentlichen Verwaltung

Die allgemeinen Veränderungen der Arbeitswelt der letzten zwanzig bis dreißig Jahre brachten auch eine deutliche Veränderung der Arbeitswelt innerhalb der öffentlichen Verwaltungen. Das neue Steuerungsmodell (Grzanna, Fürstenau 2013) sah im Bürger nun einen Kunden und hatte eine bessere Kundenzufriedenheit zum Ziel (Elsner 2004). Dies führte zu einem notwendigen Wandel der Berufsrollen (Gottschall et al. 2015), weg von einer starken Orientierung auf routinierte Verfahren und Regeln hin zu einer stärkeren Beachtung von individuellen Situationen. Wie Karen Gottschall et al. (2015) treffend anmerken, ist dieser Wandel nicht vollständig vollzogen worden. Für die Beschäftigten bedeutete er in erster Linie eine deutlich gewachsene Unsicherheit bezüglich professioneller Werte, eigener Kompetenz und Selbstverständnis, Verfahrensregeln und Strukturen. Dies musste bei simultaner Kostensenkung und immer knapper werdender Personalausstattung geschehen, so dass die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltungen eine neue, ergebnisorientiertere Art zu arbeiten erlernen mussten. Diese Umstrukturierungen führen zur drastischen Abnahme der Vorhersehbarkeit von Karriereentwicklungen. Auch führte der Kostendruck zur Diversifizierung der Belegschaft innerhalb der öffentlichen Verwaltungen. Ähnliche Arbeit wurde von verbeamteten und (auf diverser Basis) angestellten Mitarbeiter/-innen verrichtet. Leiharbeit, befristete Verträge, weitere atypische Beschäftigungsverhältnisse führten zur unklaren Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung. Dies führte zur rapiden Senkung der Mitarbeiterzufriedenheit der gesamten Belegschaft (Bogumil et al. 2006), denn die Folgen der Umstrukturierung betrafen sogar sicher beschäftigte Beamt/-innen.

Wie bereits erwähnt waren die wachsende Aufgabenvielfalt, der Kostendruck, die mangelnde Personalausstattung, die Veränderung der Berufsrolle, die unklaren Zuständigkeiten und Abläufe bei wachsender persönlichen Verantwortung eine krisenhafte Erfahrung. Zusätzlich kam die Unsicherheit bezüglich der beruflichen Weiterentwicklung hinzu. Mit der Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung wurde auch die Reduktion der Hierarchiestufen angestrebt, so dass der hierarchische Karriereaufstieg nun erschwert wurde.

Auch der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Pause stellte ein krisenhaftes Erlebnis dar. Zwar existiert ein gesetzlich verbrieftes Versprechen des Arbeitgebers auf den Wiedereinstieg bei gleichem Gehalt, doch wird dieser in der Praxis vielfach in Frage gestellt. Da die höheren Hierarchiestufen (insbesondere bei Stellen mit Führungsverantwortung) rar und umkämpft sind, stehen sie bei einem Wiedereinstiegswunsch in der Regel nicht zur Verfügung. Den Kandidat/-innen wird eine Wahl angeboten: entweder zu warten (mit ungewissen Zeitperspektiven und Erfolgsaussichten) oder weniger attraktive Stellen anzunehmen. Letztere können beispielsweise unbeliebte Aufgaben (zum Beispiel im Jobcenter), Arbeit für schwierige Vorgesetzte oder Aufgaben mit zu viel oder zu wenig Verantwortung für die Gehaltsstufe beinhalten. Beides wird von den Betroffenen gemieden, denn beides bedeutet eine Arbeit jenseits der eigenen Qualifikation, birgt ein großes Risiko zu scheitern und von jeglicher weiteren Beförderung ausgeschlossen zu werden. In der organisationsinternen Sprache wird diese Option als das »Abstellgleis« bezeichnet. Aber nicht nur die Arbeitnehmer/-innen der höheren Hierarchiestufen begegnen solchen Schwierigkeiten. Auch andere Wiedereinsteiger/-innen sind gezwungen, die Stellensuche über persönliche Kontakte zu betreiben. Die Vakanzen werden nicht immer öffentlich ausgeschrieben, so sind sie auf die Hinweise von Insidern angewiesen. Nach einem längeren Ausstieg erweist sich das als besonders herausfordernd und stärkt das Gefühl der persönlichen professionellen Krise. Diese wird in der Regel nicht als Chance für einen Neuanfang, sondern primär als eine existenzielle Bedrohung wahrgenommen.

## Unterbrochene Karrieren in der öffentlichen Verwaltung

Zur empirischen Untersuchung subjektiver Krisenerfahrung beim beruflichen Wiedereinstieg wurde eine qualitative Studie bei der Stadtverwaltung einer deutschen Großstadt durchgeführt. Dabei wurden 35 narrative Interviews durchgeführt. Die Befragten waren sowohl Männer (N=3) als auch Frauen mit unterbrochenen Erwerbsverläufen, das heißt sie haben im Laufe ihrer Berufsbiografie mindestens ein Mal für mindestens sechs Monate pausiert. Die Untersuchung beschränkte sich auf eine Generation der Beschäftigten, in die Stichprobe wurden solche Mitarbeiter/-innen aufgenommen, die in den Jahren 1988 – 1989 ihr Fachhochschulstudium begonnen haben und zum Zeitpunkt der Befragung noch immer bei der selben Stadtverwaltung beschäftigt waren. Sie waren zu diesem Zeitpunkt 42 – 52 Jahre alt und gehörten somit zum Kern der Belegschaft, die nach den Angaben von Prognos (2008), in dieser Altersstufe den größten Arbeitnehmeranteil hat. Zwei Jahre nach der ersten Befragung wurde eine kleinere Verbleibstudie durchgeführt.

Bei der Befragung wurde ein narratives Interview mit dem themenzentrierten Zugang kombiniert. Die Interviews der ersten Befragungswelle (die für die hier berichtete Auswertung zentral ist) fanden zwischen April und Juni 2012 statt. Sie wurden aufgezeichnet, transkribiert, anonymisiert und anschließend analysiert. Für die Analyse wurden die Methode der biografischen Fallrekonstruktion nach Gabriele Rosenthal und Wolfram Fischer-Rosenthal (2003) und die Cross-Case-Analyse nach Peter Kels (2008) kombiniert (Schilling 2015). Die Analyseergebnisse



wurden im letzten Auswertungsschritt in einer fallübergreifenden Typologie zusammengefasst (siehe Tabelle 1).

## Typologie der Krisenerfahrungen

Aufgrund der Thematik der vorliegenden Studie war die Betrachtung der Krisen (das heißt hier Übergänge und Statuspassagen) (Glaser, Strauss 1971) zentral für die Analyse biografischer Verläufe. Als solche wurden Brüche und Wechsel des gesellschaftlichen Status, wie zum Beispiel der Eintritt in den Beruf, Beförderungen, Wechsel der Organisationseinheiten, Austritt aus dem Beruf, Rückkehr zur beruflichen Tätigkeit verstanden.

Karriereverlauf nach der Unterbrechung				
Bewertung eigener Karriereentwicklung		Aufstieg	Gleiche Stelle	Ausstieg
	Zufrieden	<i>Etablierte</i> N=5 14,3%	<i>Bewahrung</i> N=19 54%	<i>Weg-Orientierung</i> N=1 2,9%
	Aufstrebend	<i>Aufstiegshoffnung</i> N=5 14,3%	<i>Reformwille</i>	
	Unzufrieden	-	N=3 8,6%	<i>Resignation/ Exklusion</i> N=2 5,7%

Tab. 1: Typologie der Übergangserfahrungen, Eigene Darstellung (vergleiche Schilling 2015, S. 56). N = absolute Zahl der Befragten, die dem jeweiligen Typus zugeordnet wurden. Die Prozentzahl bezieht sich auf den Anteil der Befragten des jeweiligen Typus in dieser Stichprobe.

Bei der Typologie geht es einerseits um die soziale Mobilität nach der Unterbrechung, andererseits um die subjektive Zufriedenheit mit der eigenen Entwicklung. Diese scheinbare Zweidimensionalität impliziert aber weitere Querverknüpfungen.

Bei der Beschreibung des eigenen Karriereverlaufs nach der Unterbrechung handelt es sich um die erzählte Geschichte, die leicht objektivierbar ist: Die Befragten könnten entweder in ihrer hierarchischen Position aufsteigen oder auf der gleichen Position bleiben oder aussteigen. Für die Beschäftigten einer großen Stadtverwaltung ist sie eine sehr wichtige Unterscheidungsdimension. In einer streng hierarchisch organisierten Institution, mit vielen Hierarchiestufen drückt sie gleichzeitig eine Veränderung der Aufgaben aus, die Fähigkeit, neue Aufgabenfelder

zu bewältigen, die Wertschätzung des Beschäftigten durch die Institution und das soziale Umfeld. Ein beruflicher Aufstieg ist desweiteren ein Ausdruck des beruflichen Erfolgs, eine größere Handlungsfreiheit, ein Statussymbol und nicht zuletzt auch ein finanzieller Fortschritt.

Ähnlich vielfältig ist auch die Dimension des subjektiven Erlebens und Bewertens. Hier handelt es sich um die erlebte Geschichte, die Bio-Grafie im eigentlichen Sinne. Die Bewertung der eigenen Karriereentwicklung trägt in sich die normativen Vorstellungen von einer Biografie, das Selbstbild, den sozialen Vergleich und nicht zuletzt die Zeitdimension. Auf diese möchte ich genauer eingehen, denn es ist essenziell für das Coping mit der Krise, wann diese Krise eigentlich stattgefunden hat. Objektiv handelt es sich bei allen Befragten um Ereignisse (Erwerbsunterbrechung, Wiedereinstieg), die in der Vergangenheit liegen. Subjektiv ist diese Krise aber für viele nicht abgeschlossen, für einige wird sie sogar in die Zukunft projiziert. Es würde sich um eine vergangene Vergangenheit handeln nur wenn die Krise keine Konsequenzen für die Gegenwart oder Zukunft hätte: Dies war in keinem Interview der Fall und lässt sich auch theoretisch kaum vorstellen.

In unserer Stichprobe wurde die Krise als ein Grundstein des persönlichen Erfolgs oder Misserfolgs betrachtet, das war in den Gruppen »Etablierte« und »Resignation/Exklusion« der Fall, spielte sich also in der gegenwärtigen Vergangenheit ab. Oder sie stellte eine Bedrohung für den weiteren Werdegang dar und war somit gegenwärtig und in die Zukunft projiziert (Gegenwart und gegenwärtige Zukunft). Das war in den Typen Aufstiegshoffnung und Weg-Orientierung der Fall. In den Gruppen Bewahrung und Reformwille wurde das damalige Selbstbild, verbunden mit dem Konzept der normativen Biografie herausgefordert. Das »nicht-gelebte Leben« nimmt in den Erzählungen eine große Rolle ein. Da spielte sich die Krise vor allem in der vergangenen Zukunft ab.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass ein starker Zusammenhang zwischen dem Typus und der Bio-Grafie besteht. In der Gruppe der »Etablierten« wurde ein Heldenmythos konstruiert. Die Befragten betonten in ihrer Geschichte die Hindernisse auf ihrem Weg und die persönlichen (erfolggekrönten) Anstrengungen, um diese Hindernisse zu überwinden. Ihr Erfolg war somit ein Resultat eigener Bemühungen und Verdienste und war keineswegs durch günstige strukturelle Bedingungen entstanden. In der Gruppe »Aufstiegshoffnung« wurde die Krise vertuscht und geleugnet. Ein Zugeständnis erlebter (oder wahrgenommener) Schwierigkeiten wurde als ein Zeichen von Schwäche oder mangelnder Kompetenz aufgefasst. Da diese Befragten noch auf einen weiteren Aufstieg hofften, betonten sie die Geradlinigkeit ihrer bisherigen Karriere und leugneten bzw. verharmlosten organisationale Probleme, die möglicherweise nicht nur in Vergangenheit, sondern auch gegenwärtig (weiter-)wirkten. In der Gruppe »Bewahrung« wurde die vergangene Krise sehr harmlos dargestellt. Es gab zwar kritische Momente, die jedoch nicht als existenziell bedrohlich dargestellt wurden. Ob nun wirklich in Vergangenheit keine subjektiv erlebte Krise stattgefunden hat oder die Bio-Grafie nachträglich umgeschrieben wurde, lässt sich nicht in jedem vorliegenden Fall abschließend beantworten. In der Gruppe »Reformwille« ist die Erzählung von der Krise zentral. Diese wird zum heroischen Widerstand gegen das System für mehr Gerechtigkeit stilisiert. Jeder Moment der Irritation wird dafür neu reflektiert und für die Geschichtsschreibung verwendet. Daraus und nicht aus dem objektivierten hierarchischen Aufstieg wird das Selbstwertgefühl geschöpft. In der Gruppe »Weg-Orientierung« war die Krise sehr präsent. Sie wurde als gegenwärtig wahrgenommen und auch sehr deutlich geschil-

dert. Die vergangenen Erfahrungen wurden durch die Krisenperspektive gesehen und bewertet und auch in die Zukunft wurde eine fortdauernde, durch die Organisation induzierte Krise projiziert. Schließlich wurde in der Gruppe »Resignation/Exklusion« die Krise als ein Schicksalsschlag beschrieben. Sie hatte keine Wurzeln in der Vergangenheit, es wurde auch auf eine Zukunft ohne Krise gehofft. Die Krise war gegenwärtig und übermächtig: Die Biografie vor dem Übergang wurde als krisenlos dargestellt. Es wurde eine Lebensgeschichte erzählt, in der die Karriere sich linear und vorhersehbar entwickelte, bis zu einem gewissen Zeitpunkt, der die gesamte Vorgeschichte durchkreuzte. Diese kurz skizzierten Unterschiede in der biografischen Rekonstruktionsarbeit der Befragten soll nun anhand des empirischen Materials beispielhaft verdeutlicht werden.

### Krise als Biografiegenerator: Etablierte

Herr Baumann (alle Namen sind geändert), erzählt über seine Aus- und Wiedereinstiegserfahrungen:

»So eine Unterbrechung führt **meistens** dazu, dass man Eingliederung**schwierigkeiten** hat, wieder eine neue Stelle zu bekommen. Ja. Also, die **Besonderheit** war auch durch diese Tätigkeit in der Fraktion, weil es war klar, dass ich in diese Tätigkeit nicht zurückgehen kann, weil **ein halbes Jahr diese Zeit nicht überbrückt werden konnte**. Es wurde auf jeden Fall ein Neuer dann in dieser Funktion eingestellt und ich habe dann das große Glück gehabt, dass der Herr X. mich dann angesprochen hat, weil er **mich kannte aus der Fraktionsarbeit**, ob ich Interesse hätte an einer Referententätigkeit hier im D. So.« (Herr Baumann, 44)

In dieser Passage wird die Konstruktion des eigenen Heldenmythos sichtbar, obwohl Herr Baumann auch auf die gebührende Bescheidenheit der Darstellung (»das große Glück«) achtet. Zunächst wird die Übergangssituation als grundsätzlich schwierig deklariert. Im eigenen Fall werden diese Schwierigkeiten (das heißt auch die zu bewältigenden Hürden) sogar als noch größere beschrieben. Indem die bewältigten Probleme übertrieben werden, betont er seine Fähigkeit, Außergewöhnliches zu leisten. Desweiteren wird die Wichtigkeit seiner bisherigen Aufgabe herausgestellt, welche nicht einfach (so wie bei anderen, unwichtigen Aufgaben) kurz überbrückt werden könnte. Schließlich, findet er einen Wiedereinstieg, dank seines guten Rufes. Ein Vorgesetzter kennt seine Arbeit und bietet ihm deswegen etwas an. Verschwiegen (und möglicherweise gar nicht reflektiert) wird hier die hilfreiche Rolle der Parteizugehörigkeit, die Netzwerke werden zwar als hilfreich beschrieben, aber als Instrument um die eigene Fachkompetenz sichtbar zu machen, außerdem werden weitere hilfreiche Faktoren, beispielsweise das männliche Geschlecht und der kurze Ausstieg nicht thematisiert.

Noch deutlicher wird in ihrer Beschreibung des eigenen Werdegangs Frau Matthiesen:

»Ich habe nie das Kind als Karriereknick empfunden. [...] Das war- das war nie mein Problem. Aber ich glaube einfach, **weil ich so bin, wie ich bin**. Das ist eben auch sehr personenabhängig. [...] **viele sagen**: »Das ist mir hier nicht angeboten worden.« Und ich sage auch immer: »Das geht nicht. Man darf nicht darauf warten, dass etwas passiert, **man muss es selber tun**. Man muss selber aktiv werden.« (Frau Matthiesen, 42)

Somit drückt Frau Matthiesen sehr offen und deutlich aus, dass sie wegen ihrer persönlichen Eigenschaften aufgestiegen sei. Ihre Karriere sei ein Ergebnis eigener Bemühungen, gleichzeitig folgt daraus, dass diejenigen, die nicht aufsteigen, sich nicht genügend bemühen. Ungesagt bleibt hier, dass sie einen sehr unterstützenden Vorgesetzten hatte, der aus politischen Gründen sehr gerne eine Frau auf dieser Position wollte und der den Wiedereinstieg geplant, vorgeschlagen, vorbereitet und durchgeführt hatte.

In beiden hier präsentierten Fällen wird ein Ereignis, das in der erlebten Geschichte keine Krise war, als eine Krise nach-erzählt. Dadurch bekommt der eigene Aufstieg eine zusätzliche Legitimation und liefert mehr Zufriedenheit und Selbstbewusstsein.

### Krise als Biografiegenerator: Aufstiegshoffnung

Ganz anders wird das ähnliche Ereignis in der Gruppe »Aufstiegshoffnung« konzeptualisiert. Der Übergang wird als eine deutliche Krise verstanden. Diese dauert noch an, denn die Diskontinuität bildet einen Makel im Lebenslauf und bedroht die anvisierten Lebenspläne. Die Befragten sind sich dieser Krise bewusst, versuchen diese aber diskursiv zu vertuschen, um den weiteren hierarchischen Aufstieg nicht zu gefährden.

»Ich habe die Prüfung 1992 abgelegt. Nach der Prüfung war ich zunächst im Sozialamt gewesen, bin aber schon nach einigen Wochen zur K. **gewechselt**, und habe dort zunächst in der **S.** gearbeitet, und bin seit 1994 in der **X.**, habe dort als **Sachbearbeiterin** angefangen und bin jetzt hier **Gruppenleiterin** für die Y-Fragen.« (Frau Lambrecht, 44)

Hier wird eine lineare Geschichte von einer Abfolge verschiedener Aufgaben und Beförderungen erzählt. Der Erzählfluss ist frei und routiniert, diese Geschichte wurde offenbar kürzlich bei verschiedenen Gelegenheiten (Vorstellungsgesprächen) wiederholt. Potentiell kritische Stellen (erste Stelle nach wenigen Wochen aufgegeben) werden schnell und ohne Erklärungen fallen gelassen. Die erlebte Geschichte lässt sich nur schwer, nach vielen Nachfragen rekonstruieren. Bemerkenswert ist hier nicht nur was gesagt wird, sondern auch was ausgelassen und verschwiegen wird. So beispielsweise erzählt Frau Lambrecht bruchstückhaft, zögernd und unwillig, dass sie in der oben geschilderten Zeit zwei Kinder bekommen und daraufhin längere Auszeiten genommen hat. Die Auszeiten wurden begleitet durch Phasen der Teilzeitarbeit. Auch eine Trennung und ein neuer Lebenspartner beeinflussten ihre erlebte Geschichte, fanden aber keinen Platz in der Erzählung, obwohl sie für das Verständnis des Erwerbsverlaufs relevant waren.

Teilzeit stellt eine weitere Möglichkeit dar, wie die Krise der Unterbrechung sich ausdehnen kann. Hier kann darauf nicht ausführlich eingegangen werden, aber es sei darauf hingewiesen, dass dadurch vor allem für die Gruppe Aufstiegshoffnung die Krise gegenwärtig und verstetigt wird.

Insgesamt wird in den Erzählungen dieser Gruppe die eigene Kompetenz in den Vordergrund gestellt. Im Hinblick auf die eigene Lebensgeschichte wird kontraproduktiv und selbstzerstörerisch behauptet, dass es keine Krise gibt, wenn man fähig ist, sie zu meistern. Auf diese Weise passen sich die Befragten dieser Gruppe den organisationalen Anforderungen an lineare Erwerbsverläufe an. Sie beugen sich dem Druck der Stärkeren und gestalten ihre Biografie neu.

## Krise als Biografiegenerator: Bewahrung

In der Gruppe der Befragten, die dem Typus »Bewahrung« zugeordnet werden können, wurde die Krise des Übergangs in der erzählten Geschichte verharmlost. Diese lag immer in der Vergangenheit, in vielen Fällen lag dies bereits lange zurück. Es wurde in vielen Fällen von den Respondent/-innen bezweifelt, dass es sich um eine Krise handelt. Retrospektiv wird der positive Ausgang des Problems unterstellt, die Sorgen erscheinen unbegründet (oder werden so dargestellt). Damit wird die Krise zur Normalität umgedeutet, auch wenn man unkonventionelle und nicht ganz regelkonforme Mittel zur Lösungsfindung verwendet. So beispielsweise beschreibt Frau Scholz ihren Wiedereinstieg, der faktisch mit großen Unsicherheiten, persönlichen Kontakten und persönlicher Fürsprache von Förderern verbunden war, von ihr aber ganz gelassen als übliches Verfahren gesehen wird.

»Es war halt so: Man kannte die Leute da, wenn man da sieben, acht Jahre gesessen hat, dann kennen die einen. Danach (...) und dann legt einer ein gutes Wort ein oder so. Also, so läuft das ja manchmal dann. [...]« (Frau Scholz, 50).

Im weiteren Interviewverlauf schildert sie die ganze Geschichte ihres Wiedereinstiegs, bei der sich erlebte und erzählte Anteile stark unterscheiden. Die kritische Situation, knapp einen Monat ohne Bezahlung zu arbeiten und ein bis anderthalb Jahre keinen Arbeitsvertrag zu haben wird retrospektiv als »ganz lustig« bezeichnet.

»Bei der Stadt, das- **ich bin schon lange genug bei der Stadt**, dass ich da nichts zu sage. (lachend) [...] Bei mir war es so: Ich bin dann arbeiten gegangen und habe dann einen **Scheck bekommen nach ein paar Wochen**. Einen Bar-Scheck, da muss man dann noch mit einem Bar-Scheck durch die Welt laufen, das war auch gut, **aber gut – ja, so ein paar Sachen hat man doch erlebt bei der Stadt, ja, die sind ganz lustig**. Ja, also das Geld habe ich bekommen und aber ja, ich habe also hier und da Kontakt mit der Sachbearbeiterin gehabt per Mail, habe da noch einmal nachgefragt, wann ich denn da mal was Schriftliches bekomme, weil ich denke mal, man muss das ja einfach auch schon haben. Ja. Aber wie gesagt, ich habe es dann irgendwann auch bekommen. Nach einem guten Jahr, anderthalb.« (Frau Scholz, 50)

Der positive oder zumindest der zufriedenstellende Ausgang der Krise lässt sie harmlos erscheinen. Dementsprechend erscheint die Unterbrechung in der Biografie recht unreflektiert.

Zur Normalisierung der eigenen biografischen Krise des Übergangs trug auch der Vergleich mit anderen Personen, die als Referenzgruppe verstanden werden können. Dabei wurden Kolleginnen und Freundinnen ausgewählt, die eine vergleichbare Qualifikation und einen ähnlichen Lebenslauf hatten. Dieser Vergleich stellte erstens fest, dass Übergänge Beruf-Familie-Beruf häufig waren und zweitens, dass sie bei anderen Arbeitgebern deutlich komplizierter waren.

»Ich finde die Phase zu Hause, die habe ich sehr positiv empfunden, dass ich überhaupt die Möglichkeit hatte, so lange beurlaubt zu sein, einfach halt der Vorteil, und gleichzeitig habe ich auch positiv den Wiedereinstieg gesehen, **dass es möglich war**. Weil **ich kannte auch dann in meinem Bekanntenkreis viele Mütter**, die eben auch lange zu Hause waren und eben nicht im öffentlichen Dienst tätig waren und die Schwierigkeiten hatten, wieder einen Job zu finden, und das waren halt auch meistens dann gering angesehene Jobs, die vielleicht vorher bei einer Krankenkasse oder bei einer Versicherung gearbeitet haben und dann wieder bei [einer Bäckerei]. Also das war für sie die einzige Möglichkeit nach zehn Jahren oder so.« (Frau Piel, 50)

Die Zufriedenheit mit dem eigenen Verlauf schützte also vor der Thematisierung der Krise. Es könnte angenommen werden, dass der Leidensdruck bei dieser erlebten Krise nicht hoch genug war, um die organisationalen Strukturen des eigenen Arbeitgebers zu hinterfragen.

### Krise als Biografiegenerator: Reformwille

Im Typus »Reformwille« waren die Befragten dagegen mit dem bisherigen Erwerbsverlauf stark unzufrieden. Ihre Hoffnungen, Selbstverwirklichungswünsche und Pläne wurden von der Organisation hintergangen. Diese Krise wurde im Gegensatz zu den anderen Typen noch nicht bewältigt. Aus diesem Grund lässt es sich sagen, dass sie zum Zeitpunkt der Befragung noch andauert und in der erzählten Geschichte gegenwärtig ist. Desweiteren ist auch die Zukunft von dieser Krise bedroht, denn ihr Ende ist nicht absehbar, der Ausgang ungewiss.

»[...] und dann nach den zwei Jahren habe ich dann nachgefragt, ob es eine Stelle für mich gäbe und da sagte man mir: ›Ja, nein, aber ich könnte ins alte Amt zurückgehen.« Da habe ich gesagt: ›Als was denn? Meine Gruppe ist doch weg!‹ Ich sage: ›Was soll ich da tun mit meiner A12? Blumen abstauben und Kaffee kochen? Da kann mich keiner mehr brauchen.« Ja, aber was anderes hätten sie nicht für mich. Und dann habe ich gesagt: ›**Gut, dann werde ich mich weiter beurlauben lassen, das mache ich nicht.**‹ Dann habe ich mich noch ein Jahr beurlauben lassen, habe noch einmal nachgefragt, da war das Gleiche, da habe ich dann gesagt: ›**Gut, das ist bestimmt Methode, die wollen mich nicht bezahlen, möchten gerne, dass ich länger in Beurlaubung bleibe.**‹ Das war so eine Idee von mir und wenn die nichts Attraktives anbieten, komme ich natürlich auch nicht wieder [...]. Ist natürlich auch eine Strategie, man bietet einem nur blöde Sachen an, dann kommt auch keiner wieder.« (Frau Jordan, 42).

Im Zentrum der erzählten Geschichte steht der eigene Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des Systems. Die organisationalen Hindernisse werden nicht nur reflektiert, sondern auch deutlich verbalisiert. Aus dieser Reflexionsarbeit und aus den Bemühungen zur organisationalen Veränderung schöpfen die Befragten dieses Typs ihr Selbstbewusstsein. Die Biografie wird dementsprechend umgedeutet. Die Krise wird nicht als zufällig beschrieben. Vielmehr sind das bewusst getroffene, eigenständige Entscheidungen, häufig entgegen den Empfehlungen von Mentoren und Vorgesetzten. Die Befragten übernehmen Verantwortung für diese Entscheidungen und für ihre Konsequenzen, auch in den Fällen (beispielsweise organisationale Umstrukturierung), die sie nicht zu verantworten haben. Aus dieser Verantwortung heraus starten sie Aktivitäten, um die Organisation von innen zu verändern.

### Krise als Biografiegenerator: Weg-Orientierung

Diese Gruppe ist nur durch eine Befragte repräsentiert. Jedoch wird hier angenommen, dass in der Realität die Gruppe deutlich größer ist. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Mitarbeiter/-innen dieser Gruppe von der Organisation so enttäuscht und verärgert sind, dass sie nicht auf Interviewaufrufe reagieren. Außerdem ist es wahrscheinlich, dass Menschen mit ähnlicher Einstellung die Organisation bald verlassen und so gar nicht angeschrieben werden.

In dem analysierten Fall finden sich deutliche Hinweise auf eine andauernde Krise. Dies sind beispielsweise der protrahierte Übergang (in diesem Fall zwölf Jahre), diverse ungelöste Konflikte (mit der Organisation als Gesamteinstitution und mit einzelnen Menschen) und die unklare, nicht verbalisierte Zukunftsperspektive.

»damals, gerade wie ich in der Offenen Hilfe im Sozialamt war, da waren- da war so einiges im Argen sage ich jetzt mal. Also, da haben Sie den Job teilweise mit nach Hause genommen und das darf eigentlich nicht sein. Ja. Und wie gesagt, also gerade Offene Hilfe ist schon ein harter Job. Und wie gesagt, da hapert es oft mehr im Organisatorischen bei der Stadt und das hat mich halt auch immens geärgert. Wenn Sie so etwas in der freien Wirtschaft machen würden, wären Sie pleite.« (Frau Mayer, 51).

Obwohl die Krise gegenwärtig ist und auch in die Zukunft projiziert wird, vermeidet Frau Mayer möglichst, über eine Krisen-Biografie zu sprechen. Für sie ist die Krise externalisiert, die Organisation der Stadtverwaltung befindet sich in der Krise, nicht die eigene Person. Obwohl ihr Lebenslauf höchst ungewöhnlich ist, bezieht sie sich öfter auf Normalitäts-Argumente wie »*man* [im Sinne ›ich‹, ES] *hat eben genug zu tun*« oder »*so ist es*«.

I.: Könnten Sie mir über Ihren beruflichen Verlauf erzählen?

**M.: Oh Gott, muss ich echt überlegen.** Ich habe also angefangen bei der Stadt Köln 1978 oder 77 war das gewesen mit dem mittleren- im- mit der mittleren Laufbahn und da war ich- habe halt zwei Jahre **diese, ich sage mal, Ausbildung** gemacht, und dann habe ich eine Planstunde beim Kassen- und Steueramt bekommen. Dort bin ich ein paar Jahre geblieben, [...] und dann habe ich den Aufstieg gemacht in den gehobenen Dienst drei Jahre lang und- [lange Pause]

I.: Welches Jahr war das? Wissen Sie es noch?

**M.: Oh Gott.** Da fragen Sie mich was. Wann war denn das? Also, müsste ich jetzt echt überlegen, sage ich jetzt mal. Wann war denn das gewesen? Das müsste ungefähr 1987 etwa gewesen sein. Um den Dreh, 87, 88 [das war frühestens 1989] müsste das gewesen sein.

Die Erinnerung von Frau Mayer ist so ungenau, dass man annehmen könnte, dieser Teil ihrer Biografie existiere für sie nicht. Sie versucht, sich nicht mit der Krise zu beschäftigen, keine expliziten Zukunftspläne zu schmieden (oder zu äußern) und möglichst wenig von sich oder ihrer Beschäftigung bei der Stadtverwaltung preiszugeben. Da die vergangenen Konflikte ungelöst geblieben sind, die vergangene Biografie nicht umgeschrieben wurde, sind die gegenwärtigen und die zukünftigen Handlungsoptionen von Frau Mayer begrenzt. Sie »lässt es auf sich zukommen« und verzichtet auf jegliche Mitgestaltung des Geschehens.

»Eine Wunschvorstellung habe ich eigentlich nicht. Aber ich sage jetzt mal, ich würde mich wahrscheinlich erst einmal mit dem Personalamt unterhalten, ich bin ja nun auch nicht mehr die Jüngste. Und was man mir eventuell anbieten würde, ich würde das davon vielleicht ein bisschen abhängig machen, mal gucken. Also, ich lass' das auf mich zukommen, bin ich ganz ehrlich. [...] Ich würde gar nicht zurückkehren.« (Frau Mayer, 51).

Die Organisation wird somit zu einem mächtigen Feind stilisiert, der die zukünftige Biografie bedroht.

## Krise als Biografiegenerator: Resignation/Exklusion

Die Gruppe der Befragten, die dem Typus Resignation/Exklusion zugeordnet wurde weist deutlich andere Krisenbewältigungsstrategien auf. Die erlebte Krise dauert an, ist sehr präsent und erzeugt einen großen Leidensdruck. Dennoch wird sie in der erzählten Geschichte als beendet deklariert. In der erzählten Biografie bildet die Narrative über unüberwindbare Hindernisse, erfahrene Ungerechtigkeiten und plötzliche Krise als Schicksalsschlag den roten Faden. Die vergangene Zukunft, das heißt die Zukunftspläne, die vor der Unterbrechung aktuell waren, werden als gescheitert angesehen. Diese Erfahrung des Scheiterns untergräbt die Handlungsbereitschaft der Respondent/-innen und vernichtet zukünftige Handlungsoptionen.

»Wenn ich da [beim Personalamt] anrief, dann hieß es entweder, sie haben jetzt nichts [in meiner Qualifikation] oder sie müssen es eruieren, und dann kam auch nichts, ich schickte meine Unterlagen, und sie meldeten sich nicht zurück (...). Da fühlt man sich einfach nicht mehr willkommen!« (Frau Hussmann, 52)

Rat- und Aussichtslosigkeit sind bei diesen Interviews stark in den Vordergrund gerückt. Die Organisation wird – ähnlich wie im Typus Reformwille – als ein mächtiger Gegner gesehen. Die Befragten dieses Typs kämpfen jedoch nicht und können sich auch keine sinnvolle Widerstandsstrategie vorstellen, weil sie die Logik hinter dem gegnerischen Handeln nicht nachvollziehen können. Das Einzige, was ihnen bleibt, ist die Ablehnung der anderen Seite und der Zweifel an ihren geistigen Fähigkeiten.

»Leute, ihr habt mich teuer ausgebildet, ich habe viel gemacht, ich kann viel vorweisen, ihr habt sogar so einen Potenzialträgerlehrgang für mich finanziert und ihr habt nichts für mich?! Ist dumm.« (Frau Seil, 41)

## Fazit: Sichtbarmachung des Kriseneinflusses auf biografische Erzählungen

Wie an Beispielen verschiedener Erwerbsverläufe in öffentlichen Verwaltungen im Umbruch nun deutlich geworden ist, ist das Muster der biografischen Rekonstruktion stark von den gegenwärtigen Erlebnissen und erwarteten Zukunftsoptionen abhängig. Dabei spielt es eine große Rolle, ob eine Krise subjektiv erlebt und reflektiert wurde, wo, das heißt in welchem Zeitmodus, diese Krise verortet wird und mit welchem Ziel die biografische Arbeit gemacht wird. Die Gründe dafür können sowohl in der erzählenden Person als auch außerhalb liegen, in jedem Fall sind aber diese Gründe vielfältig und eng miteinander verwoben.

Zu analytischen Zwecken, beispielsweise um den Kriseneinfluss auf die biografischen Erzählungen sichtbar zu machen, zu beschreiben und zu verstehen, wäre die Nutzung einer Heuristik sinnvoll. Diese Heuristik soll helfen, einzelne Faktoren gesondert zu betrachten. Hier wird vorgeschlagen, neben erzählten und erlebten Geschichte zusätzlich zwischen erzählter/erlebter Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu differenzieren, um den Zeitmodus und die Reichweite der Krise zu erfassen. Um die Tiefe der Krise zu erfassen, wäre eine Differenzierung zwischen eigenen Aspirationen, Normalitätsvorstellungen, erfahrenen oder befürchteten Sanktionen (Krisenfortsetzung) von außen und institutionalisierten Routinen sinnvoll.



## Literatur

- Bogumil, J., Grohs, S., Kuhlmann, S. 2006: Ergebnisse und Wirkungen kommunaler Verwaltungsmodernisierung in Deutschland - Eine Evaluation nach zehn Jahren Praxiserfahrung. In Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 37, 151–184.
- Elsner, M. 2004: Vom regel- und verfahrensorientierten Staatsdiener zum ergebnisorientierten Public Manager. Bonn: Schriftenreihe des Bundesinstituts für Berufsbildung.
- Fischer, W. 2014: Die Krise als Biographiegenerator. Abgerufen am 12. Mai 2015 von Call for Papers zur Sektionsveranstaltung des DGS-Kongress 2014. Sektion Biographieforschung, [http://kongress2014.sozioogie.de/fileadmin/user\\_upload/kongress2014/Calls\\_Sektionen/Biographieforschung/Krise\\_Biographiegenerator\\_DGS-Kongress\\_2014.pdf](http://kongress2014.sozioogie.de/fileadmin/user_upload/kongress2014/Calls_Sektionen/Biographieforschung/Krise_Biographiegenerator_DGS-Kongress_2014.pdf) (letzter Aufruf 19. Mai 2015).
- Glaser, B. G., Strauss, A. L. 1971: Status passage. Chicago: Aldine-Atherton.
- Gottschall, K., Häberle, A., Heuer, J.-O., Hils, S. 2015: Weder Staatsdiener noch Dienstleister. Selbstverständnis öffentlich Beschäftigter in Deutschland (TranState Working Papers, 187). In Staatlichkeit im Wandel. Sfb 597, <http://www.sfb597.uni-bremen.de/pages/pubApBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=227> (letzter Aufruf 19. Mai 2015).
- Grzanna, C., Fürstenau, B. 2013: Berufsforschung zum Bereich »Verwaltung«. In J.-P. Pahl, V. Herkner (Hg.), Handbuch Berufsforschung. Bielefeld: wbv, 701–714.
- Kels, P. 2008: Arbeitsvermögen und Berufsbiografie. Karriereentwicklung im Spannungsfeld zwischen Flexibilisierung und Subjektivierung. Wiesbaden: VS.
- Lutz, B. 2008: Konsequenzen der demographischen Entwicklung für den öffentlichen Dienst. In R. Sackmann, B. Jonda, M. Reinhold (Hg.), Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. Wiesbaden: VS, 17–23.
- Prognos 2008: Zukunftsreport MODERNER STAAT 2008. Basel: Prognos AG.
- Rosenthal, G., Fischer-Rosenthal, W. 2003: Analyse narrativ-biographischer Interviews. In U. Flick, E. von Kardorff, I. Steinke (Hg.), Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS, 456–467.
- Sackmann, R. 2008: Demographischer Wandel und der Arbeitsmarkt des öffentlichen Sektors. In R. Sackmann, B. Jonda, M. Reinhold (Hg.), Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. Wiesbaden: VS, 47–69.
- Schilling, E. 2015: Unterbrochene Karrieren: Wandel weiblicher Erwerbsverläufe in der öffentlichen Verwaltung. Wiesbaden: Springer VS.

»(Über)leben in der Dauerkrise«  
der Sektion Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie  
– organisiert von Wolfgang Gabbert und Petra Dannecker

## Not an uncaptured Peasantry

Die nordtogoischen Bauern zwischen Baumwollboom, veränderten Bedürfnisstrukturen und der ökonomischen Strukturkrise ländlich-peripherer Räume in Westafrika

Bernhard Martin

*Beitrag zur Veranstaltung »(Über)leben in der Dauerkrise« der Sektion Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie – organisiert von Wolfgang Gabbert und Petra Dannecker*

Ländlich-periphere Räume in Westafrika sind ökonomisch benachteiligt: Durch die große Entfernung zu den hauptstädtischen Märkten fallen hohe Transportkosten an, die zu niedrigen Aufkaufpreisen für Grundnahrungsmittel auf den lokalen Märkten führen, sodass die Bäuerinnen und Bauern nur geringe Einnahmen erzielen können. Nicht zuletzt aufgrund dieser unbefriedigenden wirtschaftlichen Situation – aber auch aus innergesellschaftlichen Gründen – verlassen viele junge Männer (und Frauen) für mehrere Monate oder Jahre ihre Dörfer, um in den Städten, Bergbau- und Plantagengebieten in den südlichen Landesteilen oder in den Nachbarländern zu arbeiten.

Einen möglichen Ausweg aus dieser Strukturkrise verspricht der Anbau von Exportkulturen, vor allem dann, wenn hierfür hohe, staatlich garantierte Aufkaufpreise gezahlt werden. In den neunziger Jahren stellte in der Région des Savanes, der nördlichsten der fünf Regionen Togos, der Baumwollanbau eine solche Möglichkeit dar, da die Regierung aufgrund der massiven Kürzung der Entwicklungshilfezahlungen durch die westlichen Geberländer die Produzentenpreise erhöhte, um auf diese Weise die Einnahmen aus den Agrarexporten zu steigern. In Nordtogo kam es in der Folge zu einem Baumwollboom mit hohen Einnahmen für die Bäuerinnen und Bauern und einem deutlichen Rückgang der Arbeitsmigration. Dieser Boom endete 2004 nach der Insolvenz des parastaatlichen Baumwollunternehmens SOTOCO (Société Togolaise du Coton) und der anschließenden Restrukturierung des togoischen Baumwollsektors.

Anders als von Goran Hyden (1980) postuliert, stellen die nordtogoischen Bäuerinnen und Bauern keine »uncaptured peasantry« dar, die sich weitgehend folgenlos aus der Marktökonomie zurückziehen kann. Vielmehr hatte der Baumwollboom die venale Monetarisierung der

lokalen Ökonomien und Lokalgesellschaften beschleunigt und die Bedürfnisstrukturen der Bäuerinnen und Bauern signifikant verändert. Während der Boomjahre hatten viele Bäuerinnen und Bauern neue Lehmziegelhäuser mit Wellblechdach errichten, sich Fahrräder und Motorräder kaufen können etc. Auch nach 2004 wollten viele Bäuerinnen und Bauern diesen erhöhten Lebensstandard mit vergleichsweise hohen Ausgaben beibehalten. Anstelle von Baumwolle versuchten sie nun, Getreide, Erdnüsse, Bohnen und Soja an togoische Händler/-innen zu verkaufen. Aufgrund der strukturell niedrigen Aufkaufpreise auf den lokalen Märkten war diese Strategie jedoch nur bedingt erfolgreich. Daher sind viele Bäuerinnen und Bauern heute frustrierter als vor dem Baumwollboom und die Arbeitsmigration der jungen Männer hatte größere Ausmaße angenommen als in den achtziger Jahren.

## Methodik

Dieser Beitrag basiert auf vier Feldforschungsaufenthalten in der Région des Savanes zwischen 2007 und 2010 mit einer Gesamtdauer von 20 Monaten im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projektes »Agrarkrise, Strukturwandel und bäuerliche Handlungsstrategien in Nordtogo« des Instituts für Geowissenschaften und Geographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dabei führte der Autor in Zusammenarbeit mit togoischen Geographie- und Soziologiestudenten 1.319 themenzentrierte Leitfadeninterviews in 14 Dörfern der Région des Savanes durch. In diesen 16 Dörfern (und zwei Kontrolldörfern) wurden alle mindestens 15 Jahre alten Einwohner (insgesamt 3.409 Personen) unter Verwendung von standardisierten Fragebögen durch nordtogoische Gymnasialschüler interviewt.

Die Dorfstudien wurden durch quantitative Untersuchungen auf zwölf ländlichen und städtischen Märkten ergänzt. Der Autor und togoische Studenten erfassten die dort tätigen Händlerinnen und Händler (insgesamt 4.186 Personen) und interviewten insgesamt 815 Händlerinnen und Händler sowie 834 Marktbesucher und Marktbesucherinnen mit Hilfe von standardisierten Fragebögen. Ergänzend befragten der Autor und zwei togoische Geographiestudenten in Dapaong, Gando, Mandouri und Mango 127 Händler und Händlerinnen unter Zuhilfenahme von Interviewleitfäden.

## Die Untersuchungsregion: Die Région des Savanes in Nordtogo

Im Westen an Ghana, im Norden an Burkina Faso, im Osten an Benin und im Süden an die Région de la Kara angrenzend ist die Région des Savanes die nördlichste der fünf Regionen Togos (Abbildung 1). Auf einer Fläche von 8.425 km<sup>2</sup> leben laut dem Ergebnis der Volkszählung von November 2010 rund 830.000 Einwohner (davon circa 86 Prozent im ländlichen Raum). Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 90 Einwohner pro km<sup>2</sup>, wobei zwischen den fünf Präfekturen große Unterschiede bestehen: Während in den nordwestlichen Präfekturen Cinkansé, Tandjoaré und Tône ein hoher Siedlungsdruck mit 139 – 284 Einwohnern pro km<sup>2</sup> herrscht, sind die südliche Oti-Präfektur mit 44 Einwohnern pro km<sup>2</sup> und die nordöstliche

Kpendjal-Präfektur mit 89 Einwohnern pro km<sup>2</sup> vergleichsweise dünn besiedelt sind. In der Région des Savanes leben im Wesentlichen sechs verschiedene Ethnien: in der Nordhälfte die Moba, Gurma und Natchaba, in der Südhälfte die Anufòm und Ngam-Ngam. Die Agrar-systeme aller genannten Ethnien weisen große Übereinstimmungen auf. In linguistischer Hinsicht sowie durch ihre hierarchische Sozialstruktur unterscheiden sich die Anufòm von den anderen Ethnien.



Abb. 1: Die Région des Savanes, eigener Entwurf, Kartographie: E. Bischoff

## Die Genese der ökonomischen Strukturkrise ländlich-peripherer Räume in Westafrika: Das Beispiel Nordtogo

Die periphere Randlage von Gebieten wie der Région des Savanes ist das Ergebnis der Grenzziehungen der europäischen Kolonialmächte. Nordtogo wurde 1895 von deutschen Truppen erobert. Ähnlich die Franzosen und Briten in ihren Kolonien an der Guineaküste machten auch die Deutschen mit Lomé eine Küstenstadt zur Hauptstadt ihres »Schutzgebietes«. Damit geriet die Région des Savanes in eine periphere Randlage mit einer Entfernung von circa 600 km bis zum Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum des neuen Staatsgebildes. Auch in ihrer Inwertsetzungspolitik bevorzugten die deutschen Kolonialherren die südlichen Landesteile aufgrund ihrer Nähe zu Lomé und ihrer günstigeren Klimate. Südtogo erhielt eine vergleichsweise gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Die dortigen Bäuerinnen und Bauern wurden zum Anbau von Kaffee, Kakao und Baumwolle animiert. Nordtogo fungierte während der deutschen Kolonialzeit ausschließlich als Arbeitskräftereservoir für Infrastrukturprojekte und die exportorientierte Landwirtschaft in den südlichen Landesteilen (Erbar 1991).

Kurz nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs besetzten französische Truppen die heutige Région des Savanes. Als Ergebnis des Versailler Vertrages wurde Togo fortan von Frankreich verwaltet. Paris führte zunächst die deutsche Inwertsetzungspolitik fort. Ab 1933 veranlasste die französische Kolonialverwaltung die nordtogoischen Bäuerinnen und Bauern jedoch zum Erdnussanbau für den Export ins Mutterland. Gleichzeitig musste die Kopfsteuer nunmehr ausschließlich mit Bargeld bezahlt werden. Hierdurch wurde der Prozess der Monetarisierung der lokalen Ökonomien in Gang gesetzt. Dennoch wurden weiterhin Männer aus der Région des Savanes als Arbeitskräfte für Infrastrukturprojekte in Südtogo rekrutiert (de Haan 1993: 125–132; Rey 1979: 935–966). Auch nach dem Zweiten Weltkrieg kultivierten die nordtogoischen Bäuerinnen und Bauern Erdnüsse für den Export. Die Produktion dieser Cash Crop wie auch ihre volkswirtschaftliche Bedeutung sanken jedoch bis in die achtziger Jahre kontinuierlich (de Haan 1993: 186–188, 197–199, 247–276).

1960 erlangte Togo die politische Unabhängigkeit. Sieben Jahre später putschte sich Gnassingbé Eyadéma an die Macht und errichtete eine diktatorische Herrschaft. Trotz der Demokratisierung in den neunziger Jahren blieb er bis zu seinem Tod Präsident. Nachfolger wurde 2005 sein Sohn Faure Gnassingbé. Eyadéma vernachlässigte zunächst die Landwirtschaft (Olschewski 1993: 132–138), sodass sich für die Bewohner der Région des Savanes vorerst nur wenige Veränderungen gegenüber der Kolonialzeit ergaben. In den achtziger Jahren begann die togoische Regierung im Rahmen der Strukturanpassungspolitik verstärkt den Baumwollanbau zu fördern. Während dieser Dekade blieb dessen Umfang in Nordtogo jedoch bescheiden und die Textilfasern lösten lediglich die Erdnüsse als wichtigste Cash Crop ab. Kennzeichnend für beide agrarischen Exportprodukte waren ihre vergleichsweise niedrigen Aufkaufpreise. Daher war ihr Anbau für die Bäuerinnen und Bauern wenig attraktiv (Akibodé 1990; Djagni 2007: 147–192; Faure 1990: 141–161).

Neben Erdnüssen und Baumwolle verkaufen die Bäuerinnen und Bauern in der Région des Savanes auch einen Teil ihrer Getreide- (Hirse und Sorghum) und Bohnenüberschüsse auf den lokalen Wochenmärkten. Die Nahrungsmittel werden einerseits auf den städtischen Märkten

der Region (Dapaong und Mango) verkauft, andererseits nach Lomé »exportiert«. Dieser in den Händen von Frauen liegende Handel ist privatwirtschaftlich organisiert und wurde durch die togoische Regierung zu keinem Zeitpunkt reguliert, weshalb es keine Preisgarantien gibt. Vielmehr richten die Händlerinnen ihre Preise nach Angebot und Nachfrage aus. Sie besitzen eine sehr große Marktmacht und können daher den Bäuerinnen und Bauern gegenüber als Oligopolisten auftreten. Außerdem rechnen die Händlerinnen ihre sich aus der großen Entfernung zur Hauptstadt Lomé ergebenden hohen Transportkosten in die Aufkaufpreise ein, die hierdurch sehr niedrig sind. Weitere Strukturprobleme des Nahrungsmittelhandels in der Région des Savanes sind die bescheidene Größe der regionalen städtischen Absatzmärkte, die Tatsache, dass viele Städter selbst Ackerbau betreiben und die geringe Elastizität der Handelsdestination Lomé. Auf den hauptstädtischen Märkten konkurrieren die Agrarprodukte der Région des Savanes mit jenen aus den anderen Landesteilen. Aus diesen Faktoren resultieren ein häufiges Überangebot an Nahrungsmitteln und anschließende Preisstürze auf den nordtogoischen Märkten. Insgesamt sind die Verdienstmöglichkeiten für die Bäuerinnen und Bauern somit sehr begrenzt.

Die kontinuierliche Zunahme der Vermarktung von Agrarprodukten spiegelt die steigende Monetarisierung der lokalen Ökonomien in der Région des Savanes wider. Diese begann mit der Umstellung der Kopfsteuerbezahlung auf Bargeld in den dreißiger Jahren. Durch mehrjährige Arbeitsaufenthalte in Ghana kamen viele junge nordtogoische Männer in Kontakt mit industriell hergestellten Konsumgütern aus Europa. Sie investierten einen Teil ihres Verdienstes in den Kauf solcher Importwaren und brachten sie mit in ihre Heimatdörfer. Dort bewunderten sie viele Gleichaltrige wegen des Besitzes dieser Produkte. Hierdurch entwickelte sich allmählich eine Nachfrage nach solchen Industriegütern. Der Ausbau des Markt- und Händlernetzes machte diese Importprodukte sukzessive auch in der Région des Savanes verfügbar. Zahlreiche Bauern verwendeten einen Teil ihrer Bargeldeinnahmen zu ihrem Kauf.

Die Arbeitsmigration der jungen nordtogoischen Männer kann jedoch nicht monokausal auf wirtschaftliche Gründe zurückgeführt werden: Sie begann bereits während der deutschen Kolonialzeit, als zahlreiche junge Männer in die Nachbarkolonien flüchteten, um dem rigiden Zwangsarbeitssystem zu entgehen (de Haan 1993: 63). In der Folgezeit wurde dieser politische Migrationsgrund von innergesellschaftlichen Konflikten zwischen jungen und alten Männern abgelöst. Die gerontokratischen Sozialstrukturen zwangen erstere zu einer viele Jahre dauernden Unterordnung unter die Autorität der letzteren und bürdeten ihnen hohe Arbeitslasten zu Gunsten ihrer Familien und der alten Männer auf. Der Erdnussanbau erhöhte die Arbeitsbelastung der jungen Männer. Gleichzeitig waren die Alten nur zu geringen Zugeständnissen an die Jüngeren bereit. Diese Situation veränderte sich bis Ende der achtziger Jahre nicht grundsätzlich. Vielmehr verstärkten zunehmende Machtmissbräuche der alten Männer in ihren Funktionen als Gehöftvorsteher oder Repräsentanten der Verwandtschaftsgruppen die Unzufriedenheit der jüngeren Generationen. Deshalb nahm die Zahl der Migranten beständig zu (de Haan 1993: 151–159; Rey 1979: 620–626, 718–723; SEDES 1977: 133–139, 177–179). In den siebziger und achtziger Jahren hielt sich durchschnittlich ein Viertel aller 15–45-jährigen nordtogoischen Männer zu Arbeitszwecken im Ausland auf. Ein in der Regel drei Jahre dauernder Arbeitsaufenthalt in den Kaffee- und Kakaoanbaugebieten in Ghana und der Côte d'Ivoire oder im nigerianischen Middle Belt bot letzteren die Möglichkeit, zumindest temporär den Zwängen der gerontokratischen Lokalgesellschaften zu entgehen. Mit dem verdienten Bargeld konnten die jungen Män-

ner außerdem begehrte europäische Industriegüter erwerben und ihre Familien im Heimatdorf unterstützen. Insgesamt stellte die Arbeitsmigration jedoch keine kollektive ökonomische Strategie der Familien in der Région des Savanes dar, sondern war das Resultat individueller Entscheidungen der jungen Männer (de Haan 1993: 179–181, 190–193, 294–305; Rey 1979: 986–1012; SEDES 1977: 203–222).

## Baumwollboom und sozialer Wandel in Nordtogo in den neunziger Jahren

Da Bäuerinnen und Bauern in ländlich-peripheren Regionen in Westafrika mit der Vermarktung von Überschüssen ihrer Nahrungsmittelproduktion nur geringe und zudem unsichere Einnahmen erzielen können, stellen Cash Crops für den Weltmarkt eine interessante Alternative dar: Ihr Anbau wird von staatlichen Agrarberatern betreut und durch die Bereitstellung subventionierten Kunstdüngers gefördert. Parastaatliche Unternehmen kaufen die Ernten zu garantierten Preisen auf, die in der Regel landesweit einheitlich sind, das heißt die Transportkosten werden nicht angerechnet, wovon insbesondere Bäuerinnen und Bauern in peripheren Landesteilen profitieren. Da die Aufkaufpreise jedoch zumeist relativ niedrig sind, kultivierten die meisten von ihnen Cash Crops als Bargeldquelle zur dominierenden Nahrungsmittelproduktion zur Selbstversorgung ihrer Familien.

Ab den achtziger Jahren erlebte der Baumwollanbau in den früheren französischen Kolonien in West- und Zentralafrika in dieser und der nachfolgenden Dekade einen Boom. Allein zwischen 1991 und 2004 stieg die Textilfaserproduktion um 75 Prozent. Zwar drängte die Weltbank auch diese Länder – mit unterschiedlichem Erfolg – zur Liberalisierung ihrer Baumwollökonomien, doch konnte im frankophonen Afrika bislang das Prinzip landesweit einheitlicher Aufkaufpreise erhalten werden (Levrat 2009).

In Togo nahm in den neunziger Jahren die strategische Bedeutung des Baumwollsektors stark zu, weil die Regierung in besonderem Maße auf die Einnahmen aus dem Textilfaserexport angewiesen war. Zwar leitete Éyadéma ab 1991 Schritte zur politischen Demokratisierung ein, torpedierte diesen Prozess jedoch nach Kräften. Übergriffe des Militärs auf friedliche Demonstranten führten schließlich dazu, dass die westlichen Geberländer ab 1993 ihre Entwicklungshilfe für Togo um circa 80 Prozent kürzten und an dieser Politik trotz einer deutlichen Verbesserung der Menschenrechtslage und der Einführung eines pluralistischen politischen Systems bis 2007 festhielten. Die Förderung des Baumwollanbaus ermöglichte der togoischen Regierung in dieser Situation eine dauerhafte Steigerung ihrer Einnahmen. Daher erhöhte sie von 1990 bis 2001 die Aufkaufpreise von 100 auf 200 FCFA pro kg Rohbaumwolle.

In der Région des Savanes übertraf der Anstieg der Textilfaserproduktion den nationalen Durchschnitt. Zwischen 1990 und 2004 erhöhte sich die regional erzeugte Menge an Rohbaumwolle von 8.898 t auf 58.664 t. Die Gesamtanbaufläche in der nördlichsten Region Togos stieg von 9.738 ha im Jahre 1985 auf 55.617 ha im Jahre 2004. Die befragten Männer – Frauen kultivierten in der Région des Savanes keine Textilfaserpflanzen – gaben an, in den neunziger Jahren bei durchschnittlichen Gesamtanbaufläche von 2,62 ha auf durchschnittlich 1,15 ha Baumwolle angebaut zu haben. Laut ihren Angaben erzielten sie mit dem Textilfaserverkauf durchschnittli-



che Bruttoeinnahmen in Höhe von 123.871 FCFA (= 189 Euro) pro Kopf. In den Rekordjahren nach der Jahrtausendwende verdienten sie sogar durchschnittlich brutto 190.756 FCFA (= 290 Euro) pro Kopf. Wenn man berücksichtigt, dass das togoische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahre 2004 348 USD pro Kopf betrug und die Région des Savanes der ärmste Landesteil ist, wird die große Attraktivität des Baumwollanbaus für die nordtogoischen Bauern verständlich.

Voraussetzung für den Baumwollboom in der Région des Savanes war ein grundlegender Wandel der Generationenbeziehungen: Während die älteren Bauern die Reservierung großer Ackerflächen für den Textilfaserpflanzenanbau mehrheitlich ablehnten, favorisierten die meisten jungen Männer diese Option, da diese ihrer Ansicht nach die Möglichkeit eröffnete, langgehegte Investitions- und Konsumwünsche zu realisieren. Um ihre Vorstellungen bezüglich des Baumwollanbaus umsetzen zu können, mussten sie gegen die alten Männer rebellieren. Der Schlüssel hierzu war die Heirat mit von ihnen selbst ausgewählten jungen Frauen nach dem Ideal der »romantischen Liebe« anstelle der bisherigen von den Repräsentanten der Verwandtschaftsgruppen arrangierten Eheschließungen. Hierdurch konnten sie einen eigenen Haushalt gründen und hatten gemäß den »traditionellen« Regeln das Recht, das väterliche Gehöft zu verlassen. Außerdem konnten sie sich nun ausreichend Land für die Versorgung ihrer Kleinfamilie zuteilen lassen und über dessen Bewirtschaftung frei entscheiden.

Die hohen Einnahmen aus dem Baumwollanbau ermöglichten vielen Bäuerinnen und Bauern in den neunziger Jahren die Realisierung von Investitionen und den Kauf von Konsumgütern, die zuvor als unerreichbarer Luxus angesehen worden waren. So nutzten 37,4 Prozent der befragten Männer (Mehrfachantworten) die Einkünfte aus dem Textilfaserpflanzenverkauf zum Bau eines oder mehrerer Lehmziegelgebäude in ihren Gehöften, die 22,6 Prozent der Befragten mit Wellblech deckten konnten. Außerdem verwendeten die Bauern die Baumwollgelder zum Erwerb moderner Transportmittel. Ein Drittel der befragten Männer kaufte ein Fahrrad, 7,3 Prozent sogar ein Motorrad. Darüber hinaus investierten zahlreiche Nordtogoer in die Modernisierung der Landwirtschaft in Gestalt von Pflügen und den dazugehörigen Zugochsen (von 34,6 Prozent der Befragten genannt) und Kunstdünger (20,5 Prozent).

Die hohen Einnahmen aus dem Baumwollanbau trugen jedoch auch zur venalen Monetarisierung der Lokalgesellschaften bei. Georg Elwert (1987) definierte Venalität als Eindringen der Geldwirtschaft in die »traditionellen« Sozialbeziehungen. In der Région des Savanes äußerte sich dies in der Teilmonetarisierung der Arbeitsbeziehungen zwischen den Gehöften eines Dorfes. Neben der reziproken Nachbarschaftshilfe existierten in Nordtogo sogenannte »Einladungen zu kollektiver Feldarbeit«, bei denen ein Gehöftvorsteher Bäuerinnen und Bauern aus anderen Gehöften für einen Arbeitstag anwarb und seine »Arbeitsgäste« mit gutem, fleischhaltigem Essen und Sorghumbier verköstigte. Ab Ende der achtziger Jahre forderten die an diesen Arbeitseinsätzen teilnehmenden jungen Männer zusätzlich kleine Bargeldsummen. Ab den neunziger Jahren bürgerte sich die neue Praxis saisonaler Landverleihungen gegen Bargeld ein. Gleichzeitig kam es zu einem starken Anstieg der Kosten für Begräbniszereemonien, da zahlreiche junge Männer diese zu zum Teil mehrtägigen Festen umgestalteten, auf denen große Mengen Fleisch und Sorghumbier konsumiert und die Gäste mit Musik aus generatorbetriebenen Lautsprecherboxen beschallt wurden.

## Nordtogo nach dem Baumwollboom

Der Baumwollboom in der Région des Savanes endete abrupt im Jahre 2005: Die schon länger bestehenden Finanzprobleme der SOTOCO spitzten sich – auch aufgrund von Veruntreuungen – dramatisch zu und trieben das Unternehmen in die Insolvenz. Die Leidtragenden waren die togoischen Bauern. Für die Anbausaison 2004 wurde die Baumwollernte zwar von SOTOCO-Mitarbeitern bei den Produzenten abgeholt, jedoch nicht bezahlt. Die Bauern wurden vertröstet und über das Ausmaß der Krise des Unternehmens im Unklaren gelassen. Da sie bereits aus den Vorjahren an eine verzögerte Bezahlung gewöhnt waren, vertrauten sie zunächst den Beteuerungen der SOTOCO-Mitarbeiter und hielten 2005 am Textilfaserpflanzenanbau fest, reduzierten dessen Anbauflächen jedoch um durchschnittlich 22 Prozent. Die während der Regenzeit von der Regierung verkündete Absenkung der Aufkaufpreise von 200 auf 150 FCFA pro kg Rohbaumwolle, zerstörte endgültig das Vertrauen der nordtogoischen Bauern in die Export-Cash Crop. Sie vernachlässigten daher die Behandlung der Baumwollpflanzen mit Insektiziden, wodurch sich der Hektarertrag mehr als halbierte. Die SOTOCO begann zwar, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Produzenten nachzukommen – allerdings weiterhin mit großen Verzögerungen.

Für die Bauern in der Région des Savanes waren die unmittelbaren Folgen der SOTOCO-Krise verheerend: Da die Ausweitung der Baumwollanbauflächen in den Boomjahren mit einer starken Verkleinerung der Getreideanbauflächen erkaufte worden war und die Bauern einen Teil ihrer Einnahmen aus dem Textilfaserverkauf genutzt hatten, um zusätzliche Nahrungsmittel für die Versorgung ihrer Familien zu kaufen, traf sie das Ausbleiben der Zahlungen für 2004 und die verzögerte Bezahlung für 2005 doppelt hart. Ihre Getreideernten reichten zur Selbstversorgung nicht aus und das für Zukäufe einkalkulierte Geld aus dem Textilfaserpflanzenanbau blieb aus. Die Ernährungssicherung war somit in Frage gestellt. Durch den verstärkten Verkauf von Geflügel, Schafen, Ziegen und Rindern und sogar Zugochsen sowie die Aufnahme von Krediten bei Händlerinnen und Inhabern von Geschäften versuchten sie, die Krise abzumildern. Dennoch blieb die Ernährungssituation der meisten Familien prekär. Deshalb nahm die Arbeitsmigration der jungen Männer, die während des Baumwollbooms stark zurückgegangen war, wieder sprunghaft zu. 77 Prozent der Befragten gaben an, dass mindestens einer ihrer Söhne das Gehört auf der Suche nach Arbeit verlassen habe.

Nach den Enttäuschungen der beiden Vorjahre wandten sich 2006 viele nordtogoische Bauern vom Baumwollanbau ab. In der Folge brach die Textilfaserproduktion in der Région des Savanes um 61 Prozent ein. Diese Entwicklung setzte sich in den beiden nächsten Jahren fort. In den Untersuchungsdörfern gaben mehr als zwei Drittel der befragten Bauern den Baumwollanbau auf. Diejenigen, die an diesem festhielten, reduzierten ihre Anbauflächen deutlich auf 0,65 ha, während es in den Boomjahren noch 1,15 ha gewesen waren.

Die von der Regierung eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen im togoischen Baumwollsektor, die 2009 in die Gründung der die SOTOCO ersetzenden Nouvelle Société Togolaise du Coton (NSCT) mündeten, verbesserten die Rahmenbedingungen für den Textilfaserpflanzenanbau in Nordtogo nicht. Zum einen bezahlte die SOTOCO/NSCT aufgrund ihrer angespannten Finanzlage die verbliebenen Baumwollproduzenten weiterhin nicht pünktlich. Zum anderen zielten die Reformen primär auf Kosteneinsparungen für die SOTOCO/NSCT ab. Hierzu wurde

die Zahl der Agrarberater reduziert, der Abgabepreis für Kunstdünger erhöht und der Aufkaufpreis dauerhaft abgesenkt und außerdem stärker als zuvor an den Weltmarktpreis gekoppelt, so dass die togoischen Baumwollproduzenten dessen Schwankungen heute direkter spüren als in der Vergangenheit.

Die Bäuerinnen und Bauern in der Région des Savanes suchten nach alternativen Einkommensquellen: Sie kehrten zum großflächigen Getreideanbau zurück. Die Ernten dienten jedoch nicht nur der Selbstversorgung der Familien. Vielmehr wurde ein Großteil der Produktion auf den lokalen Märkten verkauft. Die hierbei generierten Einnahmen machten durchschnittlich knapp die Hälfte der gesamten Einkünfte der befragten Männer aus. Der Erdnussanbau erlebte eine Renaissance, wobei private Händlerinnen die Ernten auf den ländlichen Märkten aufkauften und sie zur Speiseölverarbeitung nach Südtogo transportierten. Nach der Insolvenz der SOTOCO avancierte Soja zu einer wichtigen Cash Crop, die ebenfalls in die südlichen Landesteile »exportiert« wird. Insgesamt trugen Baumwolle, Erdnüsse, Bohnen und Soja in den Jahren 2006 – 2010 mit knapp einem Drittel zu den Einkünften der interviewten Männer bei.

Die nordtogoischen Frauen besitzen lediglich kleine eigene Parzellen von durchschnittlich 0,72 ha, mit denen sie ein primär für sie selbst bestimmtes Zusatzeinkommen erwirtschafteten. Reis stellte dabei die wichtigste Einkommensquelle der Bäuerinnen in der Région des Savanes dar. Mit dem Verkauf anderen Getreides erwirtschafteten sie 24,8 Prozent der nicht aus dem Reisanbau stammenden Einnahmen. Von größerer Bedeutung waren in den Jahren 2006 – 2010 jedoch die Einkünfte aus der Vermarktung der Bohnen-, Erdnuss-, Soja- und Voandzouproduktion mit einem Anteil von 44,8 Prozent.

Insgesamt fielen die Einnahmen aus den alternativen Einkommensquellen aber aufgrund der bereits genannten Charakteristika des Handelssystems deutlich niedriger aus als die in den Boomjahren mit Baumwolle erwirtschafteten Einkünfte. Daher konnten die Bäuerinnen und Bauern in der Région des Savanes weniger Investitionen tätigen und Konsumwünsche realisieren als vor 2004. Dies beklagten alle befragten Nordtogoer. Wenngleich der Lebensstandard in den Untersuchungsjahren im Wesentlichen mit jenem der achtziger Jahre vergleichbar war, führte die Erfahrung des relativen Wohlstands während des Baumwollbooms zu einer nun wesentlich größeren Unzufriedenheit der Menschen mit dieser Situation. Die Folge war, dass knapp ein Fünftel der jungen Männer in den Untersuchungsdörfern sich zu Arbeitszwecken in Ghana, der Côte d'Ivoire oder im nigerianischen Middle Belt aufhielten. Allerdings verkürzte sich die Aufenthaltsdauer von mehreren Jahren auf mehrere Monate. Außerdem dominierten ökonomische Migrationsmotive wie Erwirtschaftung von Bargeld für persönliche Zwecke beziehungsweise zur Unterstützung ihrer Familie.

## Not an uncaptured Peasantry

In seinem Buch »Beyond Ujamaa in Tanzania« postulierte Hyden (1980) eine spezifische Produktionsweise der afrikanischen Bäuerinnen und Bauern, die er als »vorkapitalistisch« bezeichnete. Charakteristisch seien das Vorherrschen kleiner, die eigenen Produktionsmittel kontrollierender Familienbetriebe im Handhackbau und eine »economy of affection« auf Verwandtschaftsbasis,

in der die landwirtschaftlichen Arbeiten im Kollektiv durchgeführt würden und in der nicht die Maximierung der Erträge, sondern die Reproduktion der Verwandtschaftsgemeinschaft im Vordergrund stünde. Hyden stellte des Weiteren die These auf, dass die verschiedenen Versuche der kolonialen und unabhängigen Regierungen zur Agrarmodernisierung die spezifisch bäuerliche Produktionsweise nicht grundlegend verändern konnten. Vielmehr sei es den Bäuerinnen und Bauern stets gelungen, sich entweder gegen die Vereinnahmungsversuche der Regierungen und der dominierenden Klassen erfolgreich zu wehren oder sich diesen zu entziehen. Auch könnten sich die afrikanischen Bäuerinnen und Bauern auch für sie weitgehend folgenlos aus der Marktproduktion zurückziehen. Daher könne von einer »uncaptured African Peasantry« gesprochen werden.

Das vorgestellte Beispiel der Evolution der nordtogoischen Lokalgesellschaften im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert regt zur Hinterfragung von Hydens Thesen an: Es zeigt zum einen, dass sich die bäuerliche Produktionsweise mit ihrer gemeinschaftlichen Arbeitsorganisation und ihrem Fokus auf der Nahrungsmittelproduktion zum Zwecke der Selbstversorgung und Reproduktion der Verwandtschaftsgemeinschaft durchaus mit einer komplementären Agrarproduktion für den Markt vereinbaren lässt. Dies gelang den Lokalgesellschaften in der Région des Savanes bis in die achtziger Jahre. Hyden vernachlässigt jedoch, dass die bäuerliche Produktionsweise gerontokratische Gesellschaftsstrukturen begünstigt, die zu starken innergesellschaftlichen Spannungen führen können, die in Nordtogo zunächst ihren Ausdruck in der Arbeitsmigration der jungen Männer fanden und schließlich zu Beginn der neunziger Jahre zur erfolgreichen Rebellion derselben gegen die Macht der alten Männer führte. In der Folge brachen die jungen Männer mit der bäuerlichen Produktionsweise, indem sie auf hohe Einnahmen aus dem Baumwollanbau fokussierten und die Reproduktion der Verwandtschaftsgemeinschaft nicht mehr zu einem primären Ziel ihrer ökonomischen Strategien machten. Es waren in der Région des Savanes somit nicht die Regierung oder dominierende Klassen, die die »vorkapitalistische« Produktionsweise beendeten, sondern bislang benachteiligte Mitglieder der Lokalgesellschaften.

Zum anderen unterstreicht die Fallstudie, dass die Einführung der Geldwirtschaft durch die französischen Kolonialherren via monetarisierter Kopfsteuer und Erdnussanbau die nordtogoischen Lokalgesellschaften schon sehr früh grundlegend veränderte: Es entstand ein dauerhaftes Bedürfnis nach Bargeldeinnahmen, zu deren Generierung entweder Cash Crops angebaut oder Getreideüberschüsse verkauft werden mussten. Im Laufe der Jahrzehnte nahmen die Konsumbedürfnisse kontinuierlich zu und bedingten eine fortgesetzte Teilnahme der nordtogoischen Bäuerinnen und Bauern an der Marktökonomie. Ein Rückzug aus dieser wäre für sie nicht – wie von Hyden postuliert – folgenlos gewesen. Sie waren daher keine »uncaptured Peasantry« mehr. Vielmehr waren die Investitions- und Konsumwünsche der jungen Männer ein zentraler Grund für ihre Rebellion gegen die bestehende Gesellschaftsordnung.

Die starke Erhöhung der Einnahmen während des Baumwollbooms und die damit verbundene Möglichkeit, lang gehegte Investitions- und Konsumwünsche zu realisieren, veränderte nachhaltig die Bedürfnisstrukturen der Bäuerinnen und Bauern in der Région des Savanes: Sie wollten ihren während der »goldenen Dekade« erreichten Lebensstandard halten und weiterhin in ähnlichem Umfang Investitionen tätigen und – für nordtogoische Verhältnisse – teure Konsumgüter erwerben. In den quantitativen Interviews nannten 28,7 Prozent der befragten Män-

ner (Mehrfachantworten) und 44,5 Prozent der interviewten Frauen den Bau weiterer moderner Gebäude als wichtiges Investitionsvorhaben. 20,4 Prozent der befragten Männer und 21,9 Prozent der interviewten Frauen wünschten sich, ein Motorrad kaufen zu können. Den Erwerb eines Fahrrades strebten 11,2 Prozent der befragten Männer und 13,8 Prozent der interviewten Frauen an. Den Kauf eines Mobiltelefons gaben 13,6 Prozent der befragten Männer als Konsumwunsch an.

Diese Veränderung der Bedürfnisstrukturen belegt auch die aktuelle Ausgabenstruktur: Die Nennung von Kleidung für sich selbst und ihre Kinder durch 82,3 Prozent der Befragten (Mehrfachantworten) verdeutlicht die starke Einbindung der Bäuerinnen und Bauern in der Région des Savanes in die Marktökonomie. Für sie ist es heute sehr wichtig, nur mit gepflegter Kleidung, Städte, Behörden, Märkte oder Kirche aufzusuchen. Auch der zweitwichtigste Ausgabenposten Medikamente und eventuelle Besuche von Krankenstationen, den 72,5 Prozent der Interviewten nannten, lässt einen Rückzug aus der Marktökonomie unrealistisch erscheinen. Trotz ihrer hohen Kosten genießt westliche Medizin in Nordtogo heute eine große Akzeptanz, während das Vertrauen in die »traditionellen« Heiler abnimmt. Die Abkehr von überkommenen Lebensmodellen belegt auch die große Wertschätzung moderner Schulbildung. In einem Drittel der Familien in den Untersuchungsdörfern besucht mindestens ein Kind die Grundschule.

Die große Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern in der Région des Savanes von der Marktökonomie wird auch durch die Budgetsituation der Familien unterstrichen, die sich am Ende der Regenzeit mit hohen Ausgaben konfrontiert sehen, die sie zum Verkauf eines Teils ihrer Getreideernten auf den lokalen Märkten zu Niedrigpreisen zwingen. Um jedoch die Ernährungssicherung im Jahresverlauf zu gewährleisten, müssen sie am Ende der Trockenzeit und zu Beginn der Regenzeit zu wesentlich höheren Preisen Getreide zurückkaufen.

## Fazit

Die nordtogoischen Bäuerinnen und Bauern sind heute keine »uncaptured African Peasantry« im Sinne Hydens. Vielmehr sind sie aufgrund ihrer Bedürfnisstrukturen zur Teilnahme an der Marktökonomie gezwungen. Die Befriedigung ihrer Investitions- und Konsumwünsche ist jedoch aufgrund der strukturellen Benachteiligung der ländlich-peripheren Regionen in Westafrika mit Hilfe der Einnahmen aus Nahrungsmittelverkäufen nicht möglich und die Option Baumwollanbau derzeit nicht gegeben. Daher empfinden viele Menschen in der Région des Savanes aktuell eine große Unzufriedenheit mit ihrer ökonomischen Situation. Viele junge Männer reagieren auf diese Krise mit der Arbeitsmigration ins Ausland.

Die Strukturkrise von Regionen wie Nordtogo ist – ebenso wie die aus ihr resultierende Arbeitsmigration – kein neues Phänomen, sondern ein Produkt der Kolonialzeit und der privatwirtschaftlichen Organisation des Nahrungsmittelhandels. Diese garantiert zwar eine effektive Versorgung der städtischen Zentren zu erschwinglichen Preisen, benachteiligt aber aufgrund der Transportkostenproblematik die Bäuerinnen und Bauern ländlich-peripherer Regionen. Das subjektive Empfinden dieser Strukturkrise ist jedoch nicht statisch. Vielmehr steigert die Zunahme der Investitions- und Konsumbedürfnisse – insbesondere infolge kurzfristiger Boomphasen – die Unzufriedenheit der Menschen.

## Literatur

- Akibodé, A. K. 1990: La prise en compte des schémas cotonniers au sein des systèmes de production dans le bassin de l'Oti. In Actes des Journées Scientifiques de l'Université du Bénin, 6 – 13 Avril 1990. Tome 2, 209–231.
- de Haan, L. J. 1993: La Région des Savanes au Togo. L'État, les paysans et l'intégration régionale (1885 – 1985). Paris: Karthala.
- Djagni, K. K. 2007: Capacité d'ajustement des exploitations agricoles aux processus de libéralisation de la filière cotonnière au Togo. Groningen: Rijksuniversiteit Groningen. (PhD Thesis)
- Elwert, G. 1987: Ausdehnung der Käuflichkeit und Einbettung der Wirtschaft. Markt und Moralökonomie. In K. Heinemann (Hg.), Soziologie wirtschaftlichen Handelns. Opladen: Westdeutscher Verlag, 300–321.
- Erbar, R. 1991: Ein »Platz an der Sonne«? Die Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte der deutschen Kolonie Togo 1884–1914. Stuttgart: Steiner.
- Faure, G. 1990: Pression foncière, monétarisation et individualisation des systèmes de production en zone cotonnière au Togo. Montpellier: ENSAM. (Thèse de doctorat)
- Hyden, G. 1980: Beyond Ujamaa in Tanzania. Underdevelopment and an uncaptured peasantry. London: Heinemann.
- Levrat, R. 2009: Le coton dans la zone franc depuis 1950. Un succès remis en cause. Paris: Harmattan.
- Olshewski, M. 1993: Landwirtschaftspolitik in Togo 1967 – 1987 und ihre Auswirkungen auf die Kleinbauern. Münster/Hamburg: Lit.
- Rey, P.–P. 1979: Les concepts de l'anthropologie économiste marxiste. Critique et mise à l'épreuve. Paris: Université de Paris I. (Thèse d'État)
- Société d'Études pour le Développement Économique et Social (SEDES) 1977: Mise en valeur des terres libérées de l'Onchocercose. Inventaire des ressources et programmation du développement de la vallée de l'Oti. Rapport d'étude. Paris: SEDES.

»Aktuelle Projekte familiensoziologischer Forschung«  
der Sektion Familiensoziologie  
– organisiert von Johannes Stauder und Matthias Pollmann-Schult

## Aktiviere Väter durch Elterngeld?

Eine Untersuchung des Zusammenhangs von väterlicher Elterngeldnutzung und ihren Kinderbetreuungszeiten

Thordis Reimer und Björn Andernach

*Beitrag zur Veranstaltung »Aktuelle Projekte familiensoziologischer Forschung« der Sektion Familiensoziologie – organisiert von Johannes Stauder und Matthias Pollmann-Schult*

Mit der Einführung des Elterngeldes wurde in Deutschland 2007 ein Paradigmenwechsel bezüglich der staatlichen Unterstützungsstrukturen von Familien eingeleitet, dessen Ziel als Teil eines ganzen Paketes *nachhaltiger Familienpolitik* insbesondere die geschlechtergerechtere Aufteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit nach der Geburt eines Kindes war. Die mit dem Elterngeld angelegten Anreize durch die Zahlung einer einkommensabhängigen Lohnersatzleistung für zwölf Monate und der Gewährung zweier zusätzlicher Partnermonate bezogen sich dabei zum einen auf den schnelleren Einstieg von Frauen in den Beruf ein Jahr nach der Geburt eines Kindes, zum anderen auf eine höhere Beteiligung von Vätern an der alltäglichen Betreuung ihrer Kinder. Insgesamt sollte so einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse (Grunow et al. 2007) nach der Geburt eines Kindes tendenziell entgegen gewirkt werden, und dies mit nachhaltigem Effekt auch über das erste Jahr hinaus.

In Anlehnung an das *Best Practice* Beispiel der skandinavischen Länder war das Elterngeld somit als ein politisches Instrument entworfen worden, das mit seinen Anreizen dazu geeignet sein sollte, Väter für die Betreuung ihrer Kinder zu »aktivieren« (Ehlert, Rüling 2008). Das Elterngeld sollte als ein ökonomischer Anreiz insbesondere für erwerbstätige Väter bewirken, dass sie die bezahlte Elternzeit für sich nutzen und dadurch ihre Beteiligung an der Kinderbetreuung nicht nur während der Elternzeit, sondern auch längerfristig erhöhen. Allerdings stellt sich diesbezüglich die Frage, inwieweit die Leistungsstrukturen für Familien die Entscheidungen von Müttern und Vätern hinsichtlich der Aufteilung der Kinderbetreuung tatsächlich direkt beeinflussen können. In den skandinavischen Ländern, in denen bezahlte Elternzeiten schon vor geraumer Zeit eingeführt wurden, ist tatsächlich eine erhöhte Nutzung von Elternmonaten durch Väter festzustellen (Haas, Rostgaard 2011). Hierbei wird insbesondere den exklusiv für einen Elternteil reservierten Monaten ein direkter positiver Effekt auf väterliche Elternzeitnutzung zugesprochen (Haas, Rostgaard 2011; Fox et al. 2006; Brandth, Kvande 2009; Lappegard 2008). Allerdings setzen viele Studien väterliches Engagement mit der väterlichen Nutzung von Elternzeiten gleich<sup>1</sup> und bieten daher keinen Einblick in die Auswirkungen von Elternzeitnutzung auf die Zeit, die Väter auch über die genutzten Elternzeiten hinaus mit ihren Kindern verbringen, und den damit verbundenen »care arrangements« (Pfau-Effinger 2005).

---

<sup>1</sup> Siehe zum Beispiel Sundström, Duvander (2002); O'Brien, Moss (2010).



Für den deutschen Kontext gibt es einige Studien, die den Einfluss der Elternzeitnutzung von Vätern auf ihr Engagement in der Kinderbetreuung untersuchen und dabei auch schon die mit dem neuen Gesetz zur Elternzeit einhergehenden Entwicklungen miteinbeziehen. Bislang existieren allerdings nur wenige Analysen, die die Auswirkungen der Elternzeitnutzung deutscher Väter auf die Zeit beleuchten, die sie auch darüber hinaus mit ihren Kindern verbringen. Inwieweit sich die mit dem Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetz formulierten Erwartungen in Bezug auf die *nachhaltige* Väterbeteiligung an der Kinderbetreuung auch tatsächlich erfüllt haben, ist somit noch unklar.

Es gibt einige Studien, die im Rahmen einer international vergleichenden Perspektive den Zusammenhang von väterlicher Elternzeitnutzung und dem Engagement von Vätern untersuchen<sup>2</sup>. In diesen Studien wird die Elternzeitnutzung oftmals als ein Ausgangspunkt für eine stärkere Einbindung in die Kinderbetreuung in den Folgejahren beschrieben. Jedoch wird in diesen Querschnittsstudien nicht für länderspezifische Einstellungsmuster über Geschlechterarrangements oder Leitbildern von Vaterschaft kontrolliert, weshalb es unklar bleibt, ob diese Muster innerhalb eines nationalen Kontextes eher strukturell oder kulturell zu interpretieren sind. Neben solchen Querschnittsstudien gibt es mittlerweile Längsschnittstudien, die auf einen direkten langfristigen Effekt der Elternzeitnutzung von Vätern auf ihre Zeit mit Kindern deuten (Tanaka, Waldfogel 2007; Huerta et al. 2013). In diesen Längsschnittstudien wird auch ein positiver Zusammenhang zwischen der Dauer von Elternzeiten und höherer väterlicher Beteiligung an der Betreuung von Kindern festgestellt (Nepomaschy, Waldfogel 2007; Huerta et al. 2013). Diese Analysen behandeln jedoch nicht den deutschen institutionellen Kontext und die Wirkungen der spezifischen neuen Leistungen für Eltern in Deutschland. Die Ergebnisse sind daher nicht geeignet, auf die Betrachtung der Wirkungen des Elterngeldes direkt übertragen zu werden. Mit der Analyse der Wirkungen des deutschen Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes auf das väterliche Engagement möchten wir zur Diskussion von Elternzeitregelungen und deren Wirken auf die Geschlechterverhältnisse beitragen.

Dabei ist es sinnvoll, für die Betrachtung der Effekte der neuen Elternzeitregelungen auch die Arbeitsbedingungen der Väter in die Analyse miteinzubeziehen. Denn neben den Elternzeitregelungen eines Landes werden insbesondere auch die Arbeitsplatzbedingungen und Arbeitszeitregelungen als einflussreiche Faktoren auf das väterliche Engagement bei der Kinderbetreuung angesehen (Seward et al. 2006; Norman et al. 2013; Coverman 1985). Elternzeiten sind zwar durch den Gesetzgeber garantierte Ansprüche; die Nutzung solcher Zeiten wird jedoch mit dem jeweiligen Arbeitgeber individuell verhandelt. Daneben ist zusätzlich zu bedenken, dass Elternzeitnutzung immer auch im Paarkontext verhandelt wird, und daher die Arbeitssituation der Mutter mitberücksichtigt werden sollte.

Im Rahmen der Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes in Deutschland bietet sich die Möglichkeit, den Zusammenhang zwischen der Nutzung von Elternzeiten beziehungsweise Partnermonaten durch Väter und den väterlichen Betreuungszeiten genauer zu untersuchen. Mit der Analyse der längerfristigen Effekte des Elterngeldes ist es möglich, die Wirkungsannahmen des neu eingeführten familienpolitischen Instrumentes zum väterlichen Engagement im Rahmen eines quasi-experimentellen Designs (Geyer et al. 2014) systematisch

---

<sup>2</sup> Siehe zum Beispiel Huerta et al. (2013); Hook, Wolfe (2012).

zu beleuchten. Die auf Deutschland beschränkte Untersuchung hat dabei international vergleichenden Analysen voraus, dass Effekte länderspezifischer Geschlechterkulturen (Pfau-Effinger 1996; Pfau-Effinger 2000) die Interpretation der Ergebnisse nicht abschwächen. Insgesamt soll diese Form der Analyse Rückschlüsse darauf ermöglichen, inwieweit Elterngeldleistungen und exklusive Vätermomente geeignet sind, einen Wandel der Geschlechterverhältnisse im Rahmen elterlicher Betreuungsleistungen zu bewirken, und durch welche zusätzlichen Faktoren die Wirkung solcher familienpolitischen Instrumente mit ihren inhärenten Anreizsetzungen vermittelt sind. Durch die Einbeziehung von Arbeitsplatzbedingungen der Väter und der Arbeitszeit der Mütter kann für deren Einfluss auf die Kinderbetreuungszeiten der Väter kontrolliert werden, wodurch eine kontextbezogenere Deutung der Effekte des Elterngeldes ermöglicht wird.

Unsere Analyse ist wie folgt aufgebaut: Zunächst geben wir einen Überblick über die Leistungen im Rahmen des neuen Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes, das 2007 in Deutschland eingeführt wurde. Anschließend werden wir die erwarteten Effekte der neuen Regelung umreißen und diskutieren. Danach werden wir die bis dato vorhandenen Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Elternzeitnutzung von Vätern auf die Betreuungszeit ihrer Kinder darstellen und darauf aufbauend unsere Fragestellungen entwickeln. Nachfolgend beschreiben wir die von uns genutzten Daten und statistischen Methoden. Im Anschluss präsentieren wir dann unsere Ergebnisse, die wir zuletzt zusammenfassen und diskutieren werden.

## Das Elterngeld als Policy-Instrument

In diesem Abschnitt geben wir zuerst einen kurzen Einblick in die Struktur und die Logiken des 2007 in Deutschland neu eingeführten Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes. Wir diskutieren im Anschluss die erwarteten Effekte der in dieser Policy angelegten Anreize unter Hinznahme der bestehenden Literatur.

### Das Elterngeld

Mit dem 2007 verabschiedeten neuen Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetz änderten sich in Deutschland nicht nur die finanziellen Zuwendungen für Familien nach der Geburt eines Kindes, sondern auch die Logiken des deutschen Wohlfahrtsstaates mit einer Neuausrichtung der Wechselbeziehungen zwischen Familie, Wirtschaft und Staat (Reimer 2013). Während vor der Einführung des Elterngeldes das Modell des männlichen Alleinverdieners oder das der modernisierten Versorgung (Pfau-Effinger 2001) im Mittelpunkt der Familienpolitik stand, so fördern die neuen Leistungen das Modell der Zwei-Verdiener-Familie, in dem die familiären Aufgaben weniger ungleich zwischen den Geschlechtern aufgeteilt sind.

Das vor der Einführung des Elterngeld- und Elternzeitgesetzes gezahlte Erziehungsgeld wurde im Rahmen einer *Cash-for-care*-Logik einkommensunabhängig gezahlt; das seit 2007 gezahlte Elterngeld ist dagegen eine einkommensabhängige Leistung. Die Höhe des Elterngeldes beträgt grundsätzlich 67 Prozent des vor der Geburt erzielten Nettoeinkommens der Antragsstellenden und wird für längstens 14 Monate gezahlt. Es beträgt mindestens 300,- Euro und höchstens

1.800,- Euro. Für Elternteile mit einem Einkommen unter 1.000,- Euro wird eine erhöhte Einkommensersatzrate zugrunde gelegt; Elternteile ohne vorheriges Einkommen erhalten mindestens 300,- Euro.

Vor Einführung des Elterngeldes gab es in Deutschland keine besonderen gesetzlichen Regelungen für Väter; beide Geschlechter waren im Rahmen eines genderneutral formulierten Anspruches für Eltern gleichermaßen berechtigt, die Leistungen für sich zu beanspruchen. Im Jahr 2006, kurz bevor das Elterngeld eingeführt wurde, beanspruchten allerdings nur 3,5 Prozent der Väter Elternzeit für sich. Das Elterngeld setzt nun für alle Väter besondere Anreize, Elternzeiten für sich zu nutzen. Denn um Anspruch auf die vollen 14 Monate zu erhalten, muss *jedes* Elternteil mindestens zwei Monate Elternzeit nehmen. Das Elterngeld folgt zwar immer noch dem theoretischen Prinzip der Geschlechterneutralität; in der Praxis sind die exklusiven Partnermonate jedoch an die Väter gerichtet, weshalb sie oft auch *Vätermonate* genannt werden. Sieben Jahre nach seiner Umsetzung wird das Elterngeld als Erfolg gewertet: 29,3 Prozent der deutschen Väter mit einem im Jahr 2012 geborenen Kind gehen in bezahlte Elternzeit. Allerdings ist das Ziel einer gerechten Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern bei weitem noch nicht erreicht. Der Anteil der Frauen, die Elterngeld beanspruchen, ist immer noch wesentlich höher als bei den Männern (Statistisches Bundesamt 2015a), und viele dieser Frauen bleiben ihrer Arbeit sogar für mindestens 24 Monate fern. Bei den Männern, die Elternzeit für sich beanspruchen, bleibt es dagegen meistens bei einer Erwerbsunterbrechung von zwei Monaten entlang der sogenannten Vätermonate-Regelung (Statistisches Bundesamt 2015b)

Die Zahl der Väter, die in Elternzeit gehen, steigt von Jahr zu Jahr und das Policy-Instrument Elterngeld zeigt eine positive Wirkung auf die Gleichstellung der Geschlechter insofern, dass (mehr) Väter als vorher für ihre Kinder eine Auszeit von der Arbeit nehmen. Allerdings haben wir bis jetzt nur geringe Kenntnisse über die erwarteten langfristigen Auswirkungen des Elterngeldes auf eine erhöhte väterliche Beteiligung an der Kinderbetreuung. Daher stellt sich hier die Frage, ob das neue Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetz tatsächlich in der Lage ist, der Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse nach der Geburt eines Kindes auch *nachhaltig* entgegen zu wirken, insbesondere auch im Hinblick auf die Effekte kurzer Elternzeiten im Rahmen der zwei sogenannten Vätermonate. Entlang der Wirkungsannahmen des Elterngeldes auf das väterliche Engagement in der Kinderbetreuung formulieren wir die folgende Annahme:

H1: Die mittlere Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung im zweiten Jahr nach der Geburt eines Kindes hat sich nach der Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes (im Gegensatz zu vorher) erhöht.

## Das Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetz und die erwarteten Wirkungen

Das Elterngeld sollte als ein Policy-Instrument mit inhärenten Anreizen zur »Aktivierung« (Ehlert, Rüling, 2008) der Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung dienen. Die Leistungen wurden an die Elternzeitgesetze in skandinavischen Ländern angelehnt, in denen sie schon vor einiger Zeit eingeführt worden sind. Sie sollten dabei auf dreifache Weise eine Wirkung erzielen. (1)

Erstens wurde erwartet, dass aufgrund der einkommensabhängigen Struktur der Leistungen und der damit verbundenen Verringerung ihrer finanziellen Verluste mehr Männer als bisher Elternzeit für sich beanspruchen würden. (2) Zweitens sollten die für den zweiten Elternteil reservierten Monate (auch Vätermomente genannt) das Interesse der Väter daran wecken, zumindest für zwei Monate in Elternzeit zu gehen. (3) Drittens wird angenommen, dass eine erhöhte Beteiligung von Vätern an der Elternzeit langfristig zu einer gleichwertigeren Beteiligung bei der Kinderbetreuung führen wird und damit einen dauerhaften Einfluss auf eine weniger gegenderte Aufteilung der Aufgaben innerhalb der Familie hat.

Mit der Untersuchung dieser erwarteten Wirkungszusammenhänge haben sich bislang einige Studien befasst. Eine Analyse zum Einfluss des Elterngeldes auf die Geschlechterverhältnisse ergab zum Beispiel, dass die Entscheidungen der Väter, Elterngeld zu beanspruchen, hauptsächlich von finanziellen Überlegungen der Paare abhingen (Trappe 2013). Dabei ist die Gruppe der Väter mit mehr als zwei Monaten Elternzeit im Laufe der Zeit sogar noch kleiner geworden (Trappe 2013). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen immer noch zu einer gegenderten Nutzung von Elternmonaten führt, trotz oder gerade wegen der einkommensabhängigen Struktur des Elterngeldes. Daher scheint es möglich, dass der erwartete Einfluss auf die Kinderbetreuungszeiten von Vätern sich nur dann vollständig erfüllen kann, wenn beide Partner gleich viel verdienen. Das zweite Ergebnis der Studie von Trappe (2013), das sich auf die Effekte der Dauer von väterlichen Elternzeiten bezieht, kann als Hinweis gesehen werden, dass die zwei Vätermomente im Rahmen einer *neuen Norm* eine adäquate Dauer der Elternzeiten von Vätern definieren. Daraus würde folgen, dass weniger Männer als vorher längere Elternzeiten für sich in Betracht ziehen und damit auch weniger Männer sowohl die Elternzeit als auch die Kinderbetreuung gleichberechtigt mit ihren Partnerinnen teilen. Wichtig ist an dieser Stelle außerdem nochmals zu erwähnen, dass die beiden exklusiven Monate einen *genderneutralen* Anspruch formulieren. Der oft genutzte Begriff der *Vätermomente* verweist jedoch darauf, dass die exklusiven Ansprüche für den zweiten Elternteil eigentlich auf den männlichen Elternteil ausgerichtet sind. Sie dienen im Rahmen einer *Use-it-or-lose-it*-Logik insbesondere als ein Anreiz für Väter, für sich selbst Elterngeld und Elternzeit zu beanspruchen. Doch inwieweit ist ein Policy-Instrument wie das Elterngeld tatsächlich geeignet, sich im Rahmen exklusiver Ansprüche für Väter auf die väterliche Nutzung von Elternzeiten auszuwirken? Hier lohnt ein Blick auf die Nutzung von Elternzeiten durch die Väter in Dänemark gegenüber den Vätern in Island: Während in Dänemark lediglich 24 Prozent (2005) aller Väter bezahlte Elternzeit nahmen, teilten sich in Island 95,4 Prozent (2010) der Väter Elterngeldleistungen mit ihren Partnerinnen. Dieser deutliche Unterschied in der anteiligen Elternzeitnutzung von Vätern könnte als Konsequenz der exklusiven Leistungen für den zweiten Elternteil gedeutet werden, da in Dänemark keine Väterquote existiert, während in Island pro Kind drei von den neun Elternmonaten für die Väter reserviert sind.

Allerdings lassen sich die Beanspruchung bezahlter Elternzeit und Kinderbetreuungspraxen nicht einfach als Folge von Policy-Anreizen interpretieren, denn die Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung ist vielschichtiger. Pfau-Effinger und Smidt (2011) weisen auf Folgendes hin: »Mit ihrem Verhalten reagieren die Individuen nicht einfach auf Anreize und Restriktionen der Familienpolitik. Der Einfluss der Politiken auf das Verhalten wird insbesondere durch kulturelle Faktoren und weiter auch durch soziale, ökonomische und institutionelle Faktoren modifi-

ziert«. Daher sollte eine Analyse der Wirkungen des Elterngeldes diese unterschiedlichen Faktoren möglichst auch miteinbeziehen, um die wesentlichen Dimensionen der Betreuungspraxen von Vätern zu erfassen.

### Der Zusammenhang von bezahlten Elternzeiten und väterlichem Engagement

Zusammen mit der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt sind Elterngeldgesetze zu einem weiteren Basisindikator für Geschlechterverhältnisse geworden (Hook 2006; Haas, Rostgaard 2011). Elterngeldregelungen werden als ein wesentlicher Faktor für die Zeit, die Väter mit ihren Kindern verbringen, angesehen, da sie das Potential bieten, sowohl die alltägliche als auch die emotionale Einbindung der Väter zu fördern (O'Brien, Moss 2010). In vielen internationalen Analysen wird die Nutzung von Vätermoaten daher sogar mit väterlichem Engagement gleichgesetzt. Hier geht man entweder explizit<sup>3</sup> oder implizit<sup>4</sup> davon aus, dass Väter die in der Elternzeit gesammelten Erfahrungen und Praxen auch in ihrem späteren Alltag fortsetzen und sich aus den Elternzeiten ein nachhaltiger Effekt für ihre Kinderbetreuungszeiten ergibt.

Bislang existieren nur wenige Untersuchungen, in denen ein solcher kausaler Zusammenhang systematisch beleuchtet wird. Seward et al. (2006) haben in einer Studie mit 38 Paaren aus den USA herausgefunden, dass Väter, die Elternzeit beansprucht hatten, eher Kinderbetreuungsaufgaben mit ihren Partnerinnen teilen als die Väter, die keine Elternzeit genommen hatten. Ekberg et al. (2003) stellen für Dänemark fest, dass sich im Rahmen von Elternzeitnutzung zwar Kurzzeiteffekte im Rahmen erhöhter Betreuungszeiten ergeben, auf langfristige Sicht jedoch – gemessen an der Sorge für das kranke Kind in den Folgejahren – die ungleiche Arbeitsteilung der Geschlechter unberührt bleibt. Huerta et al. (2013) können im Ländervergleich dagegen nachweisen, dass sich längere Väterzeiten nach der Geburt eines Kindes auch signifikant nachhaltig auf mehr Zeit der Väter mit ihren Kindern auswirkt, und dies nicht nur im ersten Jahr, sondern auch wenn die Kinder zwei bis drei Jahre alt sind. Eine DIW-Studie zeigt für deutsche Väter, dass wenn diese bezahlte Elternzeit für sich nutzen, sie sich im ersten Jahr nach der Geburt auch stärker an der Kinderbetreuung beteiligen (Wrohlich et al. 2012). Allerdings lässt sich dieser Zusammenhang nicht für das darauf folgende Jahr nachweisen (Wrohlich et al. 2012).

In Bezug auf den Einfluss der Dauer von väterlichen Elternzeiten auf ihre Zeit mit Kindern zeigen Haas und Hwang (2008), dass bei schwedischen Vätern ein positiver Effekt der Anzahl der genommenen Tage Elternzeit auf ihre Beteiligung an der Kinderbetreuung festzustellen ist, auch nachdem für weitere mit der Kinderbetreuung zusammenhängende Faktoren kontrolliert wurde. Aus diesem Grund schlagen sie vor, dass schwedische Väter zu längeren Elternzeiten ermutigt werden sollten (Haas, Hwang 2008). Bezüglich der Bedeutung der Länge von Elternzeiten stellt sich für Deutschland und die Wirkungen des Elterngeldes die Frage, ob kurze Elternzeiten von Vätern im Rahmen der zwei Vätermoate die Erwartungen bezüglich der Förderung väterlicher Sorgeleistungen erfüllen können.

---

3 Vgl. zum Beispiel O'Brien, Moss (2010).

4 Vgl. zum Beispiel Sundström, Duvander (2002).

In weiteren Untersuchungen zu Faktoren väterlicher Kinderbetreuung jenseits von Elternzeitnutzung durch Väter wird zusätzlich die Bedeutung der Erwerbssituation der Partnerin hervorgehoben (Coverman, 1985). Norman et al. (2013) kommen zu dem Erkenntnis, dass für ein erhöhtes Engagement der Väter die Arbeitsstunden der Mütter sogar entscheidender sind als die Arbeitsstunden der Väter, und das sowohl kurz- als auch langfristig. Dies folgt einer Logik des Ersatzes, nach der der Vater für die eingeschränkte Verfügbarkeit der Mutter einspringt. Schon Pleck (1985) hat darauf verwiesen, dass Mütter, die stärker in der Rolle der Erwerbstätigen eingebunden sind, auch weniger Zeit mit der Rolle als Mutter verbringen. Im Gegensatz zu diesen Erkenntnissen, die die partnerschaftliche Arbeitsteilung als wesentlichen Faktor für das väterliche Engagement bewerten, findet allerdings eine weitere Studie, dass die Zeit, die Väter mit ihren Kindern verbringen, weniger durch die Arbeitszeiten der Mütter, sondern hauptsächlich durch die Arbeitszeiten der Väter bestimmt wird (Hallberg, Klevmarken 2003).

In der hier vorgestellten Literatur wird diskutiert, dass Policy-Maßnahmen durchaus einen Einfluss auf die väterlichen Kinderbetreuungszeiten haben können. Es existieren zudem einige Belege dafür, dass dies auch längerfristige Effekte sind und dass daher Policy-Maßnahmen wie das Elterngeld- und Elternzeitgesetz tatsächlich geeignet sind, das Engagement von Vätern und damit auch eine gerechtere Aufteilung der Haushaltstätigkeiten zu fördern. Allerdings wird auch festgestellt, dass die Arbeitsbedingungen der Väter die Wirkung dieser Maßnahmen beeinflussen, da sie deren zeitliche Freiräume beträchtlich einschränken können. Es wird zusätzlich diskutiert, dass auch die Erwerbseinbindung der Partnerin einen Einfluss auf die alltäglichen Kinderbetreuungszeiten von Vätern hat. Wir formulieren dazu die weiteren Annahmen:

H2: Die mittleren Betreuungszeiten von Vätern im zweiten Jahr nach der Geburt eines Kindes stehen in negativem Zusammenhang mit den Arbeitszeiten der Väter und in einem positiv gerichteten Zusammenhang mit den Arbeitszeiten der Mutter.

H3: Kurze Elternzeiten im Rahmen der zwei Vätermomente stehen in einem positiven Zusammenhang sowohl mit den *absoluten* Kinderbetreuungszeiten von Vätern als auch mit den im Paarkontext betrachteten *relativen* nachhaltigen Betreuungszeiten von Vätern.

Im Folgenden werden wir die erwarteten Wirkungen des Elterngelds auf die nachhaltigen Betreuungspraxen von Vätern sowie auf eine geschlechtergerechtere Sorgearbeitsteilung zwischen Elternpaaren untersuchen entlang unserer Hypothesen untersuchen.

## Daten und Methoden

Die Analyse der Wirkungen des Elterngeld- und Elternzeitgesetzes auf väterliche Kinderbetreuungszeiten wird mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels<sup>5</sup> sowie mit zusätzlichen Daten aus *Familien in Deutschland*<sup>6</sup> durchgeführt. Wir untersuchen die Entwicklungen der Nutzung bezahlter Elternzeiten zwischen 2003 und 2010, vier Jahre vor und vier Jahre nach der Einführung des Elterngelds. Der SOEP ist eine umfassende repräsentative Längsschnittstudie deutscher Privat-

<sup>5</sup> SOEP; Welle 2002–2012.

<sup>6</sup> FiD, F10–F12.

haushalte im Auftrag des DIW Berlin. Seit 1984 werden jährlich Daten von ungefähr 11.000 Haushalten und mehr als 20.000 Personen erhoben. Die behandelten Themen umfassen dabei u.a. die berufliche, finanzielle und gesundheitliche Situation, Zeitverwendung sowie Fragen zur Zufriedenheit und zu Einstellungen. Jedes Jahr werden Daten zum laufenden und zum vorherigen Jahr gesammelt, letztere zur Erfassung exakter biographischer Daten in monatlichen Intervallen. Anhand dieser Daten können biographische Entscheidungen sowie sozioökonomische Daten einer Person im Längsschnitt analysiert werden. Der FiD-Datensatz bietet eine wesentliche Verbesserung der wissenschaftlichen Basis der Untersuchung von deutschen Haushalten mit Kindern (Bonin et al. 2013). Er deckt vornehmlich die folgenden Familientypen ab, die im Hinblick auf Familienpolitik besonders wichtig sind: Familien auf einem kritischen Einkommensniveau, Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil, Familien mit mehr als einem Kind und Familien mit kleinen Kindern. FiD-Daten werden seit 2010 erhoben und orientieren sich in ihrer Struktur dicht an den SOEP-Daten, so dass sie in kombinierten Analysen als eine Erweiterung des SOEP genutzt werden können. Jedes Jahr werden mehr als 4.000 Haushalts- und 7.500 Personeninterviews für den FiD durchgeführt.

Insgesamt können wir für unsere Analysen auf die Daten von 1.152 Vätern mit insgesamt 1.396 zwischen 2003 und 2010 geborenen Kindern aus den beiden Datensätzen zurückgreifen. Da einige der Väter mehr als ein Kind in diesem Zeitraum bekommen haben, tauchen diese im Datensatz mehrfach auf. Die Anzahl solcher doppelten Fälle sowie die Gesamtzahl der primären Fälle sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tab. 1: Anzahl der (doppelten) Fälle (Väter mit einem zwischen 2003–2010 geborenen Kind)

	SOEP 2003–2010 und FiD 2010–2012 Anzahl (Prozent)
Doppelte Fälle	244 (17.5%)
Einzelfälle	1152 (82.5%)
Insgesamt	1396 (100%)

Quelle: SOEP (2001–2012) und FiD 2010–2012; eigene Berechnungen

Nur Väter, die auch Angaben über ihre Kinderbetreuungszeiten gemacht haben, wurden für die Analyse herangezogen. Die Anzahl der von den Vätern genommenen Elternmonate wurde aus den Kalenderdaten generiert. Alle Einkommensdaten stellen das monatliche Nettoeinkommen im zweiten Jahr nach der Geburt des Kindes dar und umfassen lediglich Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder Selbstständigkeit. Fehlende Werte beim Einkommen wurden durch die in den Datensätzen vorhandenen imputierten Werte ersetzt. Bei diversen anderen Variablen wur-

den fehlende Werte, die sich durch Drop-In oder Drop-Out erklären ließen, mittels Experten-Imputation durch Daten aus vorhergehenden oder nachfolgenden Wellen ersetzt.

In Tabelle 2 sind alle Variablen mit der jeweiligen Anzahl an gültigen Fällen (N) aufgeführt. Für die Beantwortung der ersten Frage zu den Wirkungen des Elterngeldes auf väterliche Betreuungszeiten wurden gewichtete Daten benutzt.

Tab. 2: Variablen (Väter mit einem zwischen 2003–2010 geborenen Kind)

Variablenname	N	M	SD
Abhängige Variablen			
Zeit mit Kindern von Vätern (werktags)	1396	2.50	2.53
Relative Zeit mit Kindern (Vater/Mutter)	1153	1.83	0.46
Erklärende Variablen (in alphabetischer Reihenfolge)			
Alter des Vaters	1396	35.92	6.68
Anzahl der Kinder im HH	1396	1.82	0.97
Dauer Elterngeldmonate	1396	0.41	1.82
Autonomie (am Arbeitsplatz) ja=1/nein=0	1394	0.35	0.48
Bildung des Vaters (ISCED)	1394	4.00	1.48
Elterngeld, nach=1/vor=0	1396	0.47	0.50
FiD Daten ja=1/nein=0	1396	0.08	0.27
Führungsposition ja=1/nein=0	1394	0.32	0.47
Größe des Unternehmens	1217	2.47	1.16
Dauer Arbeitsverhältnis	1396	0.50	0.50
Nettoeinkommen des Vaters (LABNET)	1396	1909.52	1500.55
Öffentlicher Arbeitgeber ja=1/nein=0	1394	0.18	0.38
Relative Arbeitszeit der Partnerin	1252	2.02	2.94
Arbeitszeit des Vaters	1395	7.73	3.43

Quelle: SOEP (2001–2012) und FiD 2010–2012; eigene Berechnungen

Die abhängige Variable der Analysen ist die geschätzte Zeit von Vätern mit ihren Kindern in der Werkwoche. Die Daten basieren auf bei jährlichen Befragungen erhobenen geschätzten Daten zur Zeitverwendung, welche als stilisierte Daten<sup>7</sup> oder Zeitschätzungen<sup>8</sup> bezeichnet werden. Im Fragebogen des SOEP wird die Frage nach der täglichen Zeitverwendung an Werktagen wie folgt gestellt: *Wie sieht gegenwärtig Ihr normaler Alltag aus? Wie viele Stunden pro Tag entfallen bei Ihnen*

<sup>7</sup> Stylized data, siehe hierzu zum Beispiel Kan (2008).

<sup>8</sup> Survey estimates, siehe hierzu zum Beispiel Schulz, Grunow (2012).



*an einem durchschnittlichen Werktag auf die folgenden Tätigkeiten: Kinderbetreuung.* Mit dieser Frage sind die Befragten gefordert (1) sich an ihre Zeitverwendung in der letzten Zeit zu erinnern und (2) diese Zeit angemessen als durchschnittliche Zeit zu schätzen (Kan, Pudney 2008). Aufgrund der Schwierigkeit dieser Aufgabe für die Befragten und der mangelnden Detailliertheit der Angaben, die letztendlich zu Messfehlern führen können, wird die Genauigkeit stilisierter Daten oft angezweifelt (Kann, Pudney 2008). Daher müssen die Ergebnisse von Analysen auf Basis solcher Messwerte, die auf stilisierten Daten beruhen, immer mit angemessener Vorsicht interpretiert werden.

Die diversen Fragen bezüglich der Wirkungen des Elterngeldes auf die Kinderbetreuungszeiten der Väter werden mit unterschiedlichen Datensätzen und Methoden beantwortet. Zunächst untersuchen wir als Basis der Analysen die Entwicklung der Elternzeitnutzung von Vätern in Deutschland anhand der Daten des Statistischen Bundesamtes und beschreiben den Anteil an Vätern, die zwischen 2009 und 2012 Elterngeld beansprucht haben. Für die vorangegangenen Jahre stammen die Zahlen aus Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ, 2012) und einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (2012), so dass insgesamt Daten aus den Jahren 2007 bis 2012 genutzt wurden, um die Entwicklungen nach Einführung des Elterngeldes zu beschreiben. Anhand der Daten von Genesis Online wurden weiterhin eigene Berechnungen durchgeführt, um zusätzliche Informationen über den Anteil der Väter an allen genommenen Elternmonaten zu berechnen.

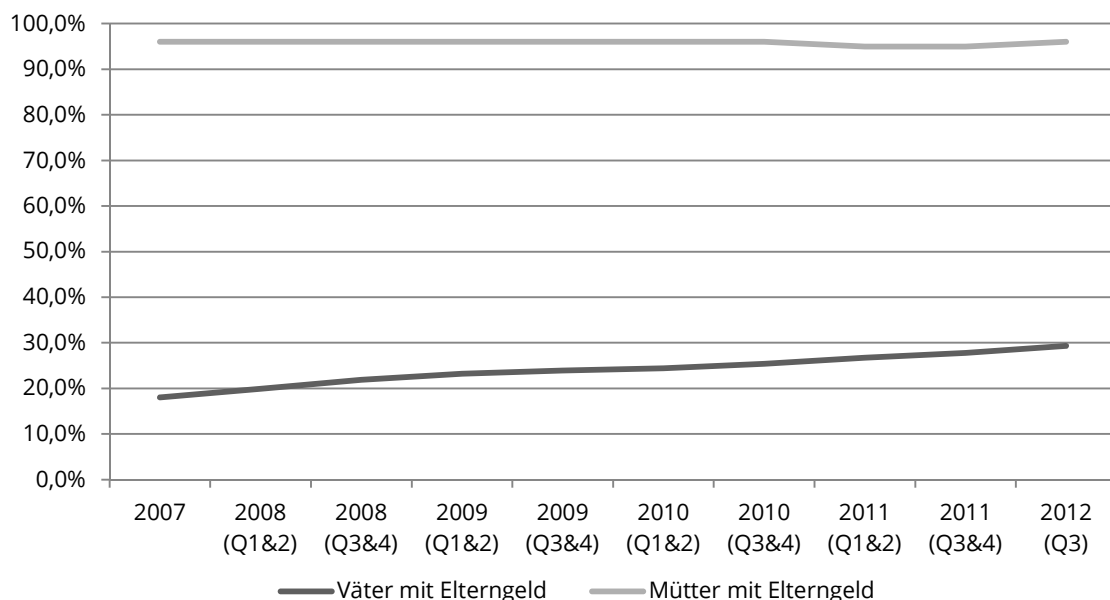
In einem nächsten Schritt sehen wir uns an, ob die Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes einen Einfluss auf die Zeit hat, die Väter mit ihren Kindern im zweiten Jahr nach der Geburt verbringen. Dies geschieht durch einen Vergleich der durchschnittlichen Kinderbetreuungszeiten vor und nach Einführung des Elterngeldes. Hierfür werden nur die Daten des SOEP herangezogen, da die FiD-Daten aufgrund des auf bestimmte Familientypen spezialisierten Samples eine systematische Verzerrung bei den Kinderbetreuungszeiten aufweisen. Die Daten werden gewichtet, um Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung zu erlauben. Dieser deskriptiven Analyse folgt ein Regressionsmodell (unter Verwendung ungewichteter Daten), das den Grad des Zusammenhangs verschiedener Faktoren mit den Betreuungszeiten der Väter aufdecken soll. Dabei werden die Effekte des Elterngeldes, diverse sozio-ökonomische Daten, Arbeitsplatzfaktoren sowie die Situation der Partnerin schrittweise in das Modell eingeführt. Aufgrund der stark rechtsschiefen Verteilung der diskreten abhängigen Variablen wenden wir eine negativ binomiale Regression an. Auf den Ergebnissen der Regressionsmodelle aufbauend befassen wir uns weiterhin mit der Frage nach dem Einfluss der Dauer der bezahlten Elternzeit von Vätern auf ihre Kinderbetreuungszeiten sowie auf die Aufteilung der Sorgearbeit für die Kinder mit den Partnerinnen. Zusätzlich untersuchen wir anhand von Kreuztabellen den Zusammenhang zwischen der Anzahl der von den Vätern genommenen Elternmonate und ihren absoluten und relativen Kinderbetreuungszeiten zwei Jahre nach der Geburt.

## Ergebnisse

Für die Betrachtung des Zusammenhangs zwischen der Einführung des Elterngeld- und Elternzeitgesetzes und väterlichen Kinderbetreuungszeiten stellen wir die deskriptive Darstellung der Entwicklungen bezüglich der Elternzeitnutzung und Kinderbetreuungszeiten von Vätern *vor* und *nach* Einführung des Elterngeldes voran.

Seit Einführung des Elterngeld- und Elternzeitgesetzes steigt der Anteil der Väter, die bezahlte Elternzeit in Anspruch nehmen, konstant an. Während vorher nur 3,5 Prozent aller Väter in Elternzeit gegangen sind, liegt der Anteil inzwischen (2012) bei 29,3 Prozent. Betrachtet man die Elternzeit als Zeit, die die Väter mit ihren Kindern verbringen, scheint das neue Gesetz mit seinen neuen Leistungen tatsächlich das väterliche Engagement für ihre Kinder zu fördern (siehe Abbildung 1).

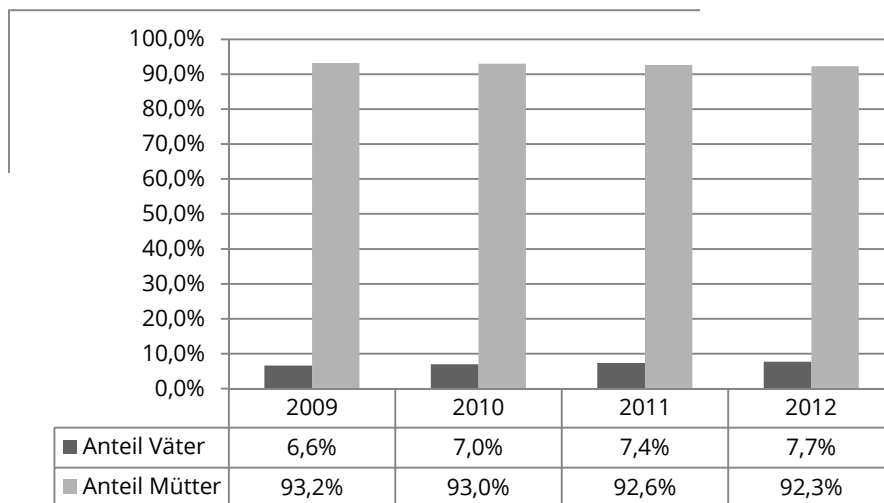
Abb. 1: Anteil der Väter und Mütter, die Elterngeld erhalten haben; 2007–2012



Quelle: Destatis 2014; eigene Berechnungen

Allerdings beanspruchen Väter vornehmlich Elternzeiten im Rahmen der zwei exklusiven Vätermomente. Daher liegt ihr Anteil an allen genommenen Elternmonaten auch bei nur 7,7 Prozent (2012; siehe Abbildung 2). So gesehen ist auch nach der Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes immer noch eine hoch gegenderte Aufteilung der Elterngeldmonate festzustellen und die Effekte des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes auf die Abschwächung einer Retraditionalisierungstendenz der Geschlechterverhältnisse kurz nach der Geburt eines Kindes sind als sehr moderat zu bewerten.

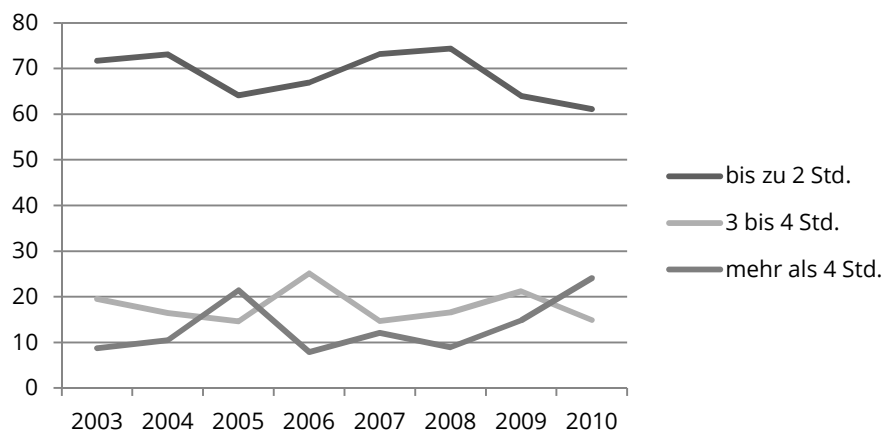
Abb. 2: Anteil der genutzten Elternzeiten in Monaten (2009–2012), unterschieden nach Geschlecht



Quelle: Destatis 2014; eigene Berechnungen

Die mit den Daten des SOEP ermittelten Zahlen zu Kinderbetreuungszeiten von Vätern zwischen 2003 und 2010, also vor und nach Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes im Jahr 2007, zeigen keine klaren Tendenzen über die Zeit (siehe Abb. 3). Vergleicht man allerdings nur die Jahre 2003 und 2010 miteinander, scheint sich hier im Verlauf dieser Jahre ein Wandel vom *marginalen* Vater mit täglich höchstens zwei Stunden gemeinsamer Zeit mit seinen Kindern zum *involvierten* Vater mit einer Kinderbetreuungszeit von mehr als vier Stunden am Tag anzudeuten.

Abb. 3: Väter und ihre Zeit mit Kindern werktags im zweiten Jahr nach der Geburt, in Kategorien, in %



Quelle: SOEP (2001–2012) und FiD 2010–2012; Daten sind gewichtet; eigene Berechnungen

Bei der Betrachtung der mittleren Werte der väterlichen Kinderbetreuung vor und nach der Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes zeigt sich ein deutlicher Anstieg der Kinderbetreuungszeiten von Vätern an Werktagen (siehe Tabelle 3).

Tab. 3: Väterliche mittlere Betreuungszeiten (werktags) vor und nach der Einführung des Elterngeldes (in Stunden)

	Anzahl Fälle (gewichtet nach Jahr)	Mittlere Zeit mit Kindern (in der Werkwoche, im zweiten Jahr nach der Geburt des Kindes)	SD
Vor Einführung Elterngeld (2003–2006)	2285	2,24	2.47
Nach Einführung Elterngeld (2007–2010)	1828	2,52	2.29

Quelle: SOEP (2001–2012) und FiD 2010–2012; Daten sind gewichtet; eigene Berechnungen; die Unterschiede zwischen den Gruppen sind signifikant ( $p = .000$ )

Der Unterschied zwischen den täglichen mittleren Kinderbetreuungszeiten von Vätern vor und mit dem neuen Elterngeld beträgt 17,8 Minuten pro Tag. Die durchschnittlichen 2 Stunden und 14 Minuten Betreuungszeit der Väter mit einem vor dem Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetz geborenen Kind (2003–2006) haben sich damit für Väter mit einem zwischen 2007 und 2010 geborenen Kind im Durchschnitt um ein Achtel erhöht. Dies deutet darauf hin, dass sich zusammen mit der Einführung des Elterngeldes wie erwartet die längerfristige Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung erhöht hat. Die Hypothese 1 wird somit unterstützt. Hierzu muss allerdings bemerkt werden, dass diese Entwicklungen keinesfalls als kausaler Zusammenhang gedeutet werden können. Denn inwieweit die erhöhte Beteiligung der Väter tatsächlich mit der Nutzung von Elternzeiten im Rahmen des neuen Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes zusammenhängt oder ob sich in diesen Zahlen lediglich ein zugleich stattfindender gesellschaftlicher Wandel der Wünsche und Einstellungen von Vätern andeutet, kann anhand dieses einfachen Vorher-Nachher-Vergleichs nicht beantwortet werden. Hierzu wäre zum Beispiel eine Kontrolle der Einstellungen von Vätern sinnvoll, die an dieser Stelle allerdings mit den vorliegenden Daten für diese Väter nicht geleistet werden kann.

Der Frage nach weiteren Einflussfaktoren, die sich zusätzlich zu genutzten Elternzeiten auf väterliche Betreuungszeiten auswirken können, nähern wir uns mit Regressionsmodellen. Um das Zusammenspiel näher zu beleuchten, bedienen wir uns der hierarchischen Regressionsanalyse. Mit dem in Tabelle 4 dargestellten Modell 1 kann der Einfluss der Einführung des Elterngeldes sowie der Dauer der bezahlten Elternzeit auf die Kinderbetreuung zwei Jahre nach der Geburt nachvollzogen werden. Wie erwartet gibt es eine systematische Verzerrung bei den Kinderbetreuungszeiten hinsichtlich der integrierten Daten des FiD, für die deswegen auch in diesem und allen zusätzlichen Modellen kontrolliert wird.

Wir sehen hier, dass im Rahmen dieses Modells 1, das auch den Einfluss der *Dauer* von Elterngeldmonaten miteinbezieht, allein mit der Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes keine Erhöhung der Kinderbetreuung durch die Väter angezeigt wird. Stattdessen ist ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Dauer der bezahlten Elternzeiten (zwischen 0

und 14 Monaten) von Vätern und ihrer Zeit für Kinderbetreuung festzustellen. Dies ist als zusätzlicher Hinweis dafür zu werten, dass die Elterngeldleistungen, die ja auch gleichzeitig eine höhere Inanspruchnahme von Elternzeiten durch Väter fördern, geeignet sind, einen positiven Effekt auch für die nachhaltige Beteiligung von Vätern an der Betreuung ihrer Kinder zu haben.

Nach der Hinzunahme der sozioökonomischen Faktoren der Väter wie Alter, Bildung, Anzahl der Kinder sowie Einkommen im Modell 2 (Tabelle 4) bleiben die signifikanten Zusammenhänge des ersten Modells bestehen. Von den hinzugefügten Variablen zeigt nur das Nettoeinkommen einen signifikanten negativen Einfluss auf die Kinderbetreuungszeiten der Väter. Weder Alter des Vaters, Bildungsniveau des Vaters noch Anzahl der Kinder im Haushalt besitzen einen signifikanten Zusammenhang mit den väterlichen Kinderbetreuungszeiten.

*Tab. 4: Regressionsmodelle zum Einfluss des Elterngelds und sozioökonomischer Faktoren auf die Kinderbetreuungszeiten der Väter*

Abhängige Variable: Zeit mit Kindern	Modell 1 (alle Fälle)		Modell 2 (alle Fälle)	
	N=1396		N=1396	
	Koeffizient	SD	Koeffizient	SD
Konstante	1.362***	.106	2.029***	.233
FiD Daten ja=1/nein=0	-.498***	.118	-.441***	.120
Elterngeld, nach=1/vor=0	-.070	.068	-.084	.069
Dauer Elterngeldmonate	.062***	.016	.050**	.017
Alter des Vaters			-.012	.005
Bildung des Vaters (ISCED)			-.046	.080
Anzahl der Kinder im HH			.048	.034
Nettoeinkommen des Vaters			-.199***	.027

*Quelle: SOEP (2001–2012) und FiD 2010–2012; eigene Berechnungen; Signifikanzniveau: \*  $p < .05$ ; \*\*  $p < .01$ ; \*\*\*  $p < .001$*

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes mit einer erhöhten Beteiligung an der väterlichen Kinderbetreuung in der Werkwoche einhergeht. Ein signifikanter Zusammenhang besteht insbesondere zwischen der Dauer der Elternzeit von Vätern und ihren späteren Kinderbetreuungszeiten. Dies könnte darauf verweisen, dass mit einem Zusammenhang zwischen genommenen Elternzeiten (im Gegensatz zu nicht genutzten Elternzeiten) durch Väter und ihrer Zeit für Kinder zu rechnen ist. Wir werden dies später noch mit einem Gruppenvergleich genauer beleuchten.

In einem nächsten Schritt wenden wir uns der Frage des Einflusses der Arbeitszeiten und der Arbeitsplatzbedingungen der Väter auf ihre Betreuungszeiten im zweiten Jahr nach der Geburt eines Kindes zu (Modell 3, Tabelle 5). Dieses Modell kann nicht mit den vorhergehenden direkt verglichen werden, da es sich nicht mehr auf alle, sondern nur noch auf berufstätige Väter bezieht. Hier wurden die Arbeitsplatzfaktoren wie Größe des Unternehmens, Bestehen eines Ar-

beitsverhältnisses mit einem öffentlicher Arbeitgeber, Autonomie am Arbeitsplatz und das Innehaben einer Führungsposition hinzugefügt. Keiner dieser Arbeitsplatzfaktoren zeigt einen signifikanten Einfluss auf die Betreuungszeiten von Vätern im zweiten Lebensjahr ihres Kindes. Der Einfluss des Einkommens des Vaters ist in diesem Modell verschwunden; stattdessen ist als einziges ein starker negativer Zusammenhang zwischen den Arbeitszeiten der Väter und ihrer Zeit für Kinderbetreuung zu erkennen. Damit zeigt sich, dass die Beziehung zwischen väterlichen Arbeitszeiten und ihren Kinderbetreuungszeiten tatsächlich im Rahmen einer *Trade-off*-Logik funktioniert. Die *Aktivierung* der Väter durch Elterngeldleistungen zeigt sich somit deutlich vermittelt durch die zeitliche Einbindung des Vaters am Arbeitsmarkt. Das Väter für nachhaltige Betreuung *aktivierende* Instrument Elterngeld bedarf so gesehen zusätzlicher Maßnahmen, die geeignet sind, zu einer Entlastung der Väter in ihrer alltäglichen zeitlichen Arbeitseinbindung zu führen.

Für eine nähere Betrachtung, auch des Zusammenhangs zwischen den Erwerbsstunden der Partnerin und der Kinderbetreuungszeiten von Vätern an Werktagen, wurden in das vierte Modell die Arbeitszeiten der Mütter miteinbezogen (Modell 4, Tabelle 5). In diesem Modell, das sich nur auf die Auswahl an Vätern bezieht, für die auch Daten zur Zeit für Erwerbsarbeit der Partnerinnen vorliegen, zeigt sich weiterhin ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen den Arbeitszeiten der Väter und ihren Kinderbetreuungszeiten im zweiten Jahr nach der Geburt. Zusätzlich zeigt sich auch ein positiver Zusammenhang zwischen den Arbeitszeiten der Partnerinnen und den väterlichen Kinderbetreuungszeiten. Das heißt: Je mehr Zeit die Mütter bei der Arbeit verbringen, umso mehr Zeit wenden die Väter tendenziell für ihre Kinder auf. Das Engagement folgt demnach einer Ersatz-Logik, in der der Vater die fehlende Verfügbarkeit der Mutter auffängt. Die eben erwähnte *Trade-off*-Logik mit dem Verweis auf die Bedeutung der zeitlichen Einbindung des Vaters am Arbeitsplatz ist jedoch auch in diesem Modell der stärkste Prädiktor väterlichen Engagements. Der Vollständigkeit halber muss auch erwähnt werden, dass im Modell 4 das Alter des Vaters zu einem relevanten Faktor geworden ist, wobei jüngere Väter tendenziell mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Dieser Effekt könnte jedoch durch das reduzierte Sample in diesem Modell erklärt werden, in dem allein berufstätige Väter mit Angaben zu ihrem Arbeitsplatz untersucht werden.

Tab. 5: Regressionsmodelle zum Einfluss des Elterngelds und sozioökonomischer Faktoren auf die Kinderbetreuungszeiten der Väter, unter Hinzunahme von Arbeitsplatzbedingungen und Arbeitszeiten der Väter (Modell 3) und Arbeitszeiten der Väter und ihrer Partnerinnen (Modell 4)

Abhängige Variable: Zeit mit Kindern	Modell 3 (berufstätige Väter)		Modell 4 (berufstätige Väter, mit vorhandenen Daten der Partnerin)	
	Koeffizient	SD	Koeffizient	SD
	N=1220		N=1099	
Konstante	2.886***	.359	2.497***	.262
FiD Daten ja=1/nein=0	-.405**	.141	-.329*	.130
Elterngeld, nach=1/vor=0	-.026	.076	-.058	.074
Dauer Elterngeldmonate	.009	.020	.019	.019
Alter des Vaters	-.009	.007	-.019**	.006
Bildung des Vaters (ISCED)	-.031	.101	.048	.083
Anzahl der Kinder im HH	.004	.039	.020	.037
Nettoeinkommen des Vaters	-.055	.035	-.033	.033
Arbeitszeit des Vaters	-.143***	.019	-.094***	.013
Größe des Unternehmens	-.022	.077		
Öffentlicher Arbeitgeber ja=1/nein=0	-.087	.093		
Autonomie ja=1/nein=0	.023	.214		
Führungsposition ja=1/nein=0	.049	.228		
Dauer Arbeitsverhältnis	-.076	.076		
Arbeitszeiten der Partnerin			.038**	.012

Quelle: SOEP (2001–2012) und FiD 2010–2012; eigene Berechnungen; Signifikanzniveau: \*  $p < .05$ ; \*\*  $p < .01$ ; \*\*\*  $p < .001$

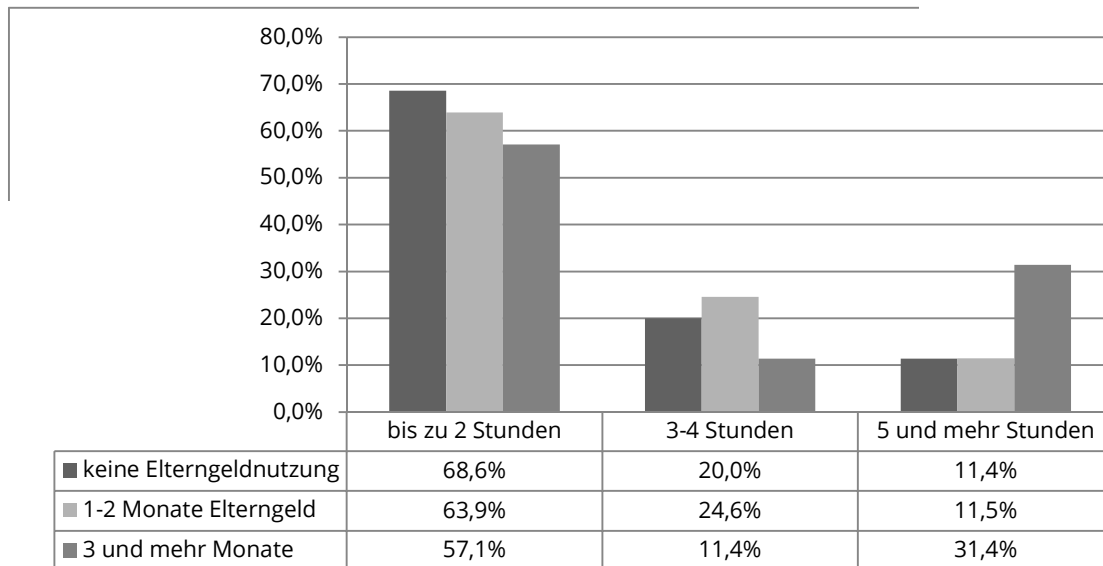
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass unter Hinzunahme der Arbeitszeiten der Väter und der Arbeitszeit ihrer Partnerin der signifikante Zusammenhang der Dauer von Elternzeiten der Väter mit ihrem Maß an Kinderbetreuung, wie er im Modell 2 zu erkennen war, verschwindet. Damit wird auch die zweite unserer Hypothesen unterstützt. Zusammen mit den Ergebnissen zu der erhöhten mittleren Beteiligung der Väter, die mit der Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes einhergeht, verweist die hier festgestellte Bedeutung der Arbeitszeiten von Vätern und der ihrer Partnerinnen darauf, dass zur Herstellung einer erhöhten Geschlechtergleichheit neben bezahlten Elternzeiten zusätzliche Policy-Maßnahmen notwendig wären, die Väter in ihren alltäglichen Arbeitszeiteinbindungen entlasten. Daneben ist, wie in Modell 4 deut-

lich wurde, auch die gleichwertige Beteiligung der Partnerinnen am Arbeitsleben vielversprechend; wie die *Trade-off*-Logik in der zeitlichen Verfügbarkeit der Väter deutlich anzeigt, könnte ein einseitiges Anpassen der mütterlichen Arbeitszeiten an die der Väter im Ergebnis tatsächlich zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen, die sich dann allerdings in der Praxis als Überlastung der Eltern und Entbehrungen von Kindern äußern könnte.

In den Regressionsmodellen zum Zusammenhang der Einführung des Elternzeit- und Elterngeldgesetzes und sozioökonomischer Faktoren mit den Kinderbetreuungszeiten von Vätern (Modell 1 und Modell 2, Tabelle 4), die sich auf alle Väter bezogen, wurde ein Zusammenhang zwischen der Dauer von väterlichen Elternzeiten und ihren Kinderbetreuungszeiten im zweiten Lebensjahr des Kindes deutlich. Um diesen Einfluss näher zu beleuchten, betrachten wir zusätzlich die Zeit von Vätern mit ihren Kindern getrennt danach, ob die Väter keine, ein bis zwei oder mehr als zwei Monate Elterngeld für sich beansprucht haben. Wir stellen fest (siehe Abbildung 4), dass Väter, die zwei Monate Elterngeld bezogen haben, im Durchschnitt ein wenig mehr Zeit für Kinderbetreuung aufwenden als solche Väter, die kein Elterngeld beansprucht haben. Allerdings gibt es keine erkennbaren Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen in der Kategorie der Väter mit fünf oder mehr Stunden Kinderbetreuung pro Arbeitstag. Nur die Väter, die Elterngeld für drei oder mehr Monate bezogen haben, sind in dieser Kategorie deutlich stärker vertreten als die Väter ohne Elterngeldnutzung. Die eher kurzen Elternzeiten im Rahmen der zwei Vätermonate zeigen somit im Rahmen einer Betreuung von mehr als vier Stunden am Tag keinen langfristigen Zusammenhang mit den Kinderbetreuungszeiten der Väter. Auch an dieser Stelle ist es wichtig zu betonen, dass die Interpretation des Zusammenhangs von Elternzeiten und Kinderbetreuungszeiten nicht als kausaler Zusammenhang gedeutet werden kann, auch weil in dieser Gegenüberstellung die wichtige Frage nach der Bedeutung von Einstellungen der Väter für Elternzeitnutzung und Kinderbetreuungszeiten nicht geklärt werden kann. Die dritte Hypothese lässt sich damit weder widerlegen noch kann sie unterstützt werden; allerdings gibt es leichte Hinweise auf einen moderaten positiven Einfluss auch von kurzen Elternzeiten auf väterliche Betreuungszeiten. Hier bedarf es weiterer Untersuchungen, die eine Erklärung der Zusammenhänge ermöglichen.



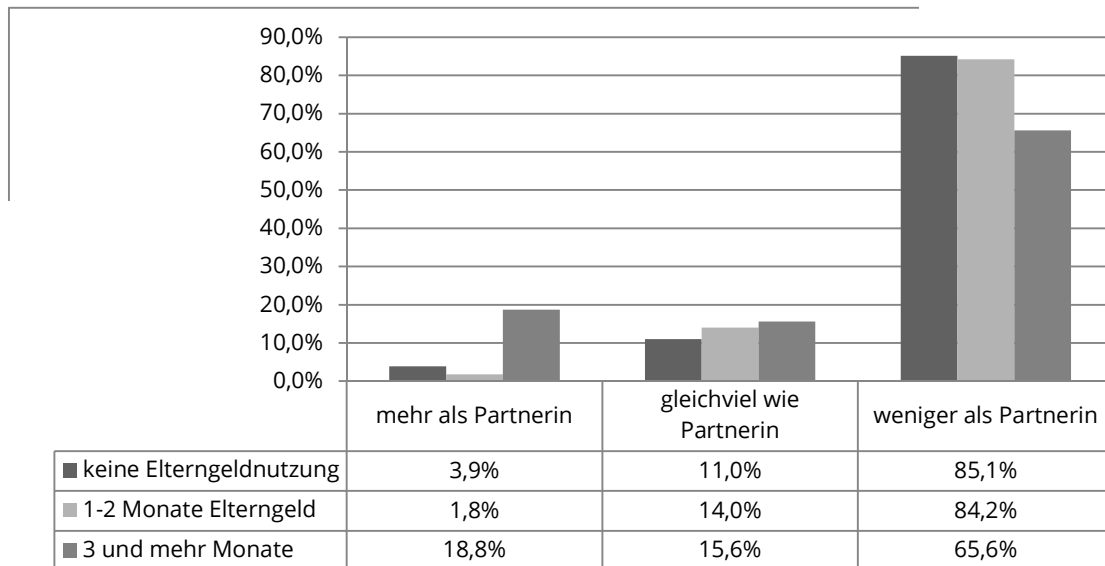
Abb. 4: Der Zusammenhang von Elternzeiten von Vätern (kategorisiert) und den absoluten väterlichen Kinderbetreuungszeiten im zweiten Jahr nach der Geburt (kategorisiert)



Quelle: SOEP (2007–2012; 542 Fälle); eigene Berechnungen; die Unterschiede zwischen den Gruppen sind signifikant ( $p = .011$ )

Abschließend betrachten wir (siehe Abbildung 5) das Zusammenspiel verschiedener Längen von Elterngeldnutzung mit der Aufteilung der Kinderbetreuung zwischen den Geschlechtern, also der *relativen* Betreuungszeiten von Vätern. Auch hier zeigt sich ein moderater positiver Zusammenhang zwischen den Vätern, die gar kein Elterngeld beansprucht haben, und denen, die die zwei Monate bezahlte Elternzeit genommen haben. Dies deutet darauf hin, dass die Vätermonate möglicherweise die in sie gesetzten Erwartungen bezüglich der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit zwar in geringem, aber nicht im erwarteten Maße erfüllen können. Allerdings ist vermutlich auch dieser Zusammenhang vermittelt oder sogar begründet in den väterlichen Einstellungen und muss daher mit entsprechender Vorsicht interpretiert werden.

Abb. 5: Der Zusammenhang von Elternzeiten von Vätern (kategorisiert) und den relativen väterlichen Kinderbetreuungszeiten im zweiten Jahr nach der Geburt (kategorisiert)



Quelle: SOEP (2007–2012; 542 Fälle); eigene Berechnungen; Unterschiede zwischen den Gruppen sind signifikant ( $p = .002$ )

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich im Rahmen dieser Analyse Indizien finden lassen, dass sich auch kurze Elternzeiten von Vätern nachhaltig positiv auf ihre absolute und relative Zeit mit Kindern auswirken. Allerdings bedarf es zur präziseren Klärung der Zusammenhänge weiterer Analysen, die insbesondere für die Frage des Einflusses von Einstellungen der Väter kontrollieren können.

## Zusammenfassung und Diskussion

Die Einführung des neuen Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes in Deutschland im Jahr 2007 war mit der Zielsetzung verbunden, mehr Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Die einkommensabhängige Struktur der Leistungen sowie die beiden exklusiven Monate für den zweiten Elternteil waren als Anreize für Väter angelegt, Elternzeiten für sich zu nutzen und damit zugleich nachhaltig ihre alltäglichen Betreuungszeiten zu erhöhen. Diese Ziele wurden aufgrund der Annahme formuliert, dass das väterliche Engagement für ihre Kinder schon im Babyalter eine stärkere Bindung des Vaters mit seinem Kind ermöglicht, die sich auch langfristig auf ein erhöhtes Engagement in der Kinderbetreuung auswirkt. Des Weiteren wurde darauf gezielt, dass Mütter von ihren Kinderbetreuungspflichten entlastet werden, um ihnen eine gleichberechtigttere Beteiligung an der Erwerbsarbeit zu ermöglichen und sie im Rahmen unbezahlter Betreuungsleistungen zu entlasten.

Bisher ist wenig darüber bekannt, ob die mit dem deutschen Elterngeld einhergehenden Anreize die Erwartungen bezüglich der langfristigen Kinderbetreuungspraxen von Vätern erfüllen können. Unsere Analyse hat sich mit diesem Thema systematisch befasst, indem folgende Fra-

gen gestellt wurden: (1) Zeigt sich zusammen mit der Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes eine erhöhte Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung, und dies auch über das erste Jahr nach der Geburt eines Kindes hinaus? (2) Welche Zusammenhänge sind erkennbar zwischen den Betreuungszeiten von Vätern im zweiten Jahr nach der Geburt des Kindes und ihrer Nutzung von Elternmonaten, ihren Arbeitsbedingungen/Arbeitszeiten und den Arbeitszeiten der Partnerin? (3) In welcher Beziehung steht die Nutzung von zwei Vätermo- naten mit den absoluten und den relativen Kinderbetreuungszeiten von Vätern im zweiten Jahr nach der Geburt des Kindes?

(1) Unsere Analyse hat gezeigt, dass sich zusammen mit der Einführung des Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetzes die mittlere Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung im zweiten Jahr nach der Geburt eines Kindes signifikant erhöht hat. Dies entspricht den mit dem Ziel der *Aktivierung der Väter* formulierten Erwartungen. Inwieweit die erhöhte Beteiligung allerdings tatsächlich auf die Elterngeldleistungen zurückzuführen sind oder doch eher auf einen gesellschaftlichen Wandel väterlicher Wünsche und Einstellungen verweisen, konnte in dieser Analyse nicht beantwortet werden, da Daten zu väterlichen Einstellungen nicht verfügbar waren.

(2) In der Betrachtung der Relevanz zusätzlicher Einflussfaktoren für väterliche Betreuungszeiten wurde die Bedeutung der Inanspruchnahme von Elternzeiten für das Maß väterlicher Zeit für Kinderbetreuung deutlich. Dies ist als Hinweis dafür zu werten, dass die neuen Elterngeldleistungen, die ja auch Anreize für eine höhere Inanspruchnahme von Elternzeiten durch Väter setzen, tatsächlich hohes Potenzial haben, sich positiv auf die nachhaltige Beteiligung von Vätern an der Betreuung ihrer Kinder auszuwirken. Mit der Einbeziehung der Arbeitszeiten der Väter und die ihrer Partnerinnen in die Regressionsanalysen wurde jedoch deutlich, dass die väterlichen Kinderbetreuungszeiten nicht in erster Linie durch Elterngeldleistungen, sondern vielmehr durch die zeitlichen Einbindungen der Eltern in den Arbeitsmarkt bestimmt sind. Der stärkste Zusammenhang zeigt sich hier in Bezug auf die Arbeitszeiten des Vaters, die im Sinne einer *Trade-off*-Logik die alltägliche zeitliche Einbindung wesentlich bestimmen und damit die Verfügbarkeit von Vätern für alltägliche Kinderbetreuung einengen. Zusätzlich sind außerdem die Arbeitszeiten der Partnerin entscheidend für das väterliche zeitliche Engagement im zweiten Jahr nach der Geburt eines Kindes: Je mehr Stunden die Partnerin arbeitet, umso mehr engagieren sich tendenziell auch die Väter in der Kinderbetreuung. So gesehen werden Väter im Rahmen einer Ersatz-Logik auch durch die verstärkte Beteiligung der Mütter am Arbeitsmarkt »aktiviert«.

(3) Die Betrachtung der Beziehung zwischen keiner, kurzer oder längerer Elternzeitnutzung von Vätern und ihren Betreuungszeiten bietet Hinweise darauf, dass die eher kurzen Elternzeiten im Rahmen der zwei Vätermo- nate die in sie gesetzten Erwartungen bezüglich der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit tatsächlich, wenn auch in eher geringem Maße, erfüllen können. Allerdings kann dieser Zusammenhang nur mit Vorsicht interpretiert werden, da auch hier für zusätzliche Einflussfaktoren wie die Einstellungen von Vätern nicht kontrolliert werden konnte.

Für die adäquate Interpretation der Analysen ist es notwendig zu bedenken, dass die Ergebnisse auf geschätzten Zeitverwendungsdaten beruhen, die Angaben der Zeitverwendung nur in ganzen Stunden zulassen. Daher könnten die Ergebnisse die mittlere Zeitverwendung von Vätern unter- oder überschätzen. Eine Analyse dieses Zusammenhangs mit genaueren Daten auf Zeittagebuch-Basis wäre wünschenswert, da dieses Erhebungsinstrument für die Messung von Zeitverwendung als verlässlicher angesehen wird.

Aufgrund unserer Analyse kann das Bundeselternzeit- und Elterngeldgesetz für die Aktivierung der Väter für Kinderbetreuung als moderater Erfolg gewertet werden. Für die Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit sind allerdings, wie die Ergebnisse unserer Analyse auch zeigen, neben bezahlten Elternzeiten zusätzliche Policy-Maßnahmen notwendig, die die Väter auch in ihren alltäglichen Arbeitszeiteinbindungen entlasten können. Wichtig ist die Feststellung, dass das Elterngeld im Rahmen exklusiver Elternzeiten für den zweiten Elternteil neue Möglichkeitsräume für Väter bietet, sich von Anfang an mehr in der Kinderbetreuung zu engagieren. Die Frage der Kausalität der Wirkungen, die mit dem Elterngeld einhergehen, bleibt allerdings weiterhin unklar: sind die Väter tatsächlich durch das Elterngeld *aktiviert* oder sind die Leistungen des Elterngeldes eher als Grundlage zu bewerten, die den Vätern ein erhöhtes Engagement ermöglicht, das ihren eigenen schon vorhandenen Vorstellungen entspricht? Hier sind weitere Untersuchungen wünschenswert, die sich auch der Frage des Einflusses von väterlichen Einstellungen und Wünschen im Zusammenhang mit Elternzeitnutzung nähern können.

## Literatur

- Bonin, H., Fichtl, A., Rainer, H., Spieß, C. K., Stichnoth, H., Wrohlich, K. 2013: Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen, [www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.428680.de/13-40-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.428680.de/13-40-1.pdf) (letzter Aufruf 02. August 2014).
- Brandth, B., Kvande, E. 2009: Gendered or Gender-Neutral Care Politics for Fathers? The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 624, Heft 1, 177–189.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2012: Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trends. [www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=176198.html](http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=176198.html) (letzter Aufruf 10. Juni 2015)
- Coverman, S. 1985: Explaining Husbands' Participation in Domestic Labor. Sociological Quarterly, 26. Jg., Heft 1, 81–97.
- Ehlert, N., Ruling, A. 2008: Elterngeld als Teil nachhaltiger Familienpolitik. Berlin: HUB.
- Ekberg, J., Eriksson, R., Friebel, G. 2003: Sharing Responsibility? Short- and Long-term Effects of Sweden's »Daddy-Month« Reform. Swedish Institute for Social Research Working Paper Series, Heft 3.
- Fox, E., Pascall, G., Warren, T. 2006: Work–family policies, participation, and practices: fathers and childcare in Europe. Community, Work & Family, 12. Jg., Heft 3, 313–326.
- Geyer, J., Haan, P., Wrohlich, K. 2014: The effects of family policy on mothers' labor supply: Combining evidence from a structural model and a natural experiment. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 645, [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.461578.de/diw\\_sp0645.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.461578.de/diw_sp0645.pdf) (letzter Aufruf 02. August 2014).
- Grunow, D., Schulz, F., Blossfeld, H.P. 2007: Was erklärt die Traditionalisierungsprozesse häuslicher Arbeitsteilung im Eheverlauf: Soziale Normen oder ökonomische Ressourcen? Zeitschrift für Soziologie, 36. Jg., Heft 3, 162–181.
- Haas, L., Hwang, C. P. 2008: The Impact of Taking Parental Leave on Fathers' Participation In Childcare And Relationships With Children: Lessons from Sweden. Community, Work & Family, 11. Jg., Heft 1, 85–104.
- Haas, L., Rostaard, T. 2011: Fathers' rights to paid parental leave in the Nordic countries: consequences for the gendered division of leave. Community, Work & Family, 14. Jg., Heft 2, 177–195.
- Hallberg, D., Klevmarck, A. 2003: Time for Children, a Study of Parent's Time Allocation. Journal of Population Economics, Heft 16, 205–226.

- Hook, J. L. 2006: Care in Context: Men's Unpaid Work in 20 Countries, 1965–2003. *American Sociological Review*, 71. Jg., Heft 4, 639–660.
- Huerta, M.C., Adema, W., Baxter, J., Han, W., Lausten, M., Lee, R., Waldfogel, J. 2013: Father's leave, father's involvement and child development: Are they related? Evidence from four OECD countries. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 140. [www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=DELSA/ELSA/WD/SEM%282012%2911&docLanguage=En](http://www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=DELSA/ELSA/WD/SEM%282012%2911&docLanguage=En) (letzter Aufruf 2. August 2014).
- Kan, M. Y. 2008: Measuring Housework Participation: The Gap between »Stylised« Questionnaire Estimates and Diary-based Estimates. *Social Indicators Research*, 86. Jg., Heft 3, 381–400.
- Kan, M. Y., Pudney, S. 2008: Measurement error in stylized and diary data on time use. *Sociological Methodology*, 38. Jg., Heft 1, 101–132.
- Lamb, M.E. (Hg.) 2010: *The Role of the Father in Child Development*. New York: Wiley.
- Lappegard, T. 2008: Changing the Gender Balance in Caring: Fatherhood and the Division of Parental Leave in Norway. *Population Research Policy Review*, 27. Jg., Heft 2, 139–159.
- Nepomnyaschy, L., Waldfogel, J. 2007: Paternity Leave And Fathers' Involvement With Their Young Children. *Community, Work & Family*, 10. Jg., Heft 4, 427–453.
- Norman, H., Elliot, M., Fagan, C. 2013: Which fathers are the most involved in taking care of their toddlers in the UK? An investigation of the predictors of paternal involvement. *Community, Work & Family*, 17. Jg., Heft 2, 163–180.
- O´Brien, M., Moss, P. 2010: Fathers, Work and Family Policies in Europe. In M.E. Lamb (Hg.), *The Role of the Father in Child Development*. New York: Wiley, 551–577.
- Pfau-Effinger, B. 1996: Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen - theoretischer Rahmen und empirische Ergebnisse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48. Jg., Heft 3, 462–492.
- Pfau-Effinger, B. 2000: *Kultur, Wohlfahrtsstaat und Frauenerwerbstätigkeit im europäischen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- Pfau-Effinger, B. 2001: Wandel wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitiken im soziokulturellen Kontext. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 53. Jg., Sonderheft 41, 487–511.
- Pfau-Effinger, B. 2005: Welfare State Policies and care arrangements. *European Societies*, 7. Jg., Heft 2, 321–347.
- Pfau-Effinger, B., Smidt, M. 2011: Differences in Women's Employment Patterns and Family Policies: Eastern and Western Germany. *Community, Work & Family*, 14. Jg., Heft 2, 217–232.
- Pleck, J. H. 1985: *Working wives, working husbands*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Reimer, T. 2013: *Elterngeld*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schulz, F., Grunow, D. 2012: Comparing Diary and Survey Estimates on Time Use. *European Sociological Review*, 28. Jg., Heft 5, 622–632.
- Seward, R. R. et al. 2006: Employment Leave and Fathers' Involvement with Children: According to Mothers and Fathers. *Men and Masculinities*, 8. Jg., Heft 4, 405–427.
- Statistisches Bundesamt 2012: Eltern- und Betreuungsgeld. [www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Elterngeld/Elterngeld.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Elterngeld/Elterngeld.html) (letzter Aufruf 10. Juni 2015).
- Statistisches Bundesamt 2015a: Knapp 835 000 Elterngeldbezüge im 1. Quartal 2015. [www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/06/PD15\\_223\\_22922.html](http://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/06/PD15_223_22922.html) (letzter Aufruf 13. Juli 2015).
- Statistisches Bundesamt 2015b: Rund 80 % der Väter in Elternzeit beziehen Elterngeld für 2 Monate. [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/03/PD15\\_109\\_22922.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/03/PD15_109_22922.html) (letzter Aufruf 13. Juli 2015).
- Sundström, M., Duvander, A.E. 2002: Gender Division of Childcare and the Sharing of Parental Leave among New Parents in Sweden. *European Sociological Review*, 18. Jg., Heft 4, 433–447.
- Tanaka, S., Waldfogel, J. 2007: Effects Of Parental Leave And Work Hours on Fathers' Involvement With Their Babies. *Community, Work & Family*, 10. Jg., Heft 4, 409–426.

- 
- Trappe, H. 2013: Väterzeit - das Elterngeld als Beschleuniger von Gleichstellung? Zeitschrift für Familienforschung, 25. Jg., Heft 2, 238–264.
- Wrohlich, K., Berger E., Geyer, J., Haan, P., Sengül, D., Spieß, C.K., Thiemann, A. 2012: Elterngeld Monitor, [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.393652.de/diwkompakt\\_2012-061.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.393652.de/diwkompakt_2012-061.pdf) (letzter Aufruf 02. August 2014).

# Rekonstruktion familienkonzeptbezogener Lern- und Bildungsprozesse

Ein theoretisch-methodologischer Blick auf die Konstruktion von Familienzusammenhängen im Rahmen familialer Übergänge

Matthias Euteneuer und Frank Mücher

*Beitrag zur Veranstaltung »Aktuelle Projekte familiensoziologischer Forschung« der Sektion Familiensoziologie – organisiert von Johannes Stauder und Matthias Pollmann-Schult*

Folgender Beitrag befasst sich mit auf die Gestaltung des Familienalltags bezogenen Lern- und Bildungsprozessen, die unserer Annahme nach vor allem in familialen Übergangsphasen stattfinden. Ausgehend von einer Konzeption von Familie als interaktiv zu gestaltenden Sozialzusammenhang, möchten wir an dieser Stelle die theoretisch-methodischen Grundlagen eines gegenwärtig laufenden DFG-Forschungsprojekts zum Thema »Familienkonzeptbezogene Lern- und Bildungsprozesse im Rahmen familiärer Übergänge« vorstellen und daran anschließend ausgewählte Lern- und Bildungsthematiken exemplarisch am Beispiel familialer Arbeitsteilung erläutern. Ziel dieser qualitativen Längsschnittstudie ist es, Veränderungen von subjektiven Familienkonzepten in biographischer Sicht sowie im Rahmen aktueller Übergänge im Lebenslauf zu erfassen und die damit verbundenen Lern- und Bildungsprozesse transparent zu machen. Die Kernthese unseres Forschungsprojektes lautet, dass sich subjektive Familienkonzepte aus verschiedenen biographisch wie auch gesellschaftlich verfügbaren Familienbildern zusammensetzen, die von Eltern reflexiv in Beziehung gesetzt und dabei möglichst so zueinander positioniert werden, dass die Herausbildung eigener Vorstellungen eines (gelungenen) Familienlebens möglich wird.

## Diversifizierung familialer Lebensform im Lebenslauf

Wirft man einen Blick auf die Debatte über den gegenwärtig in europäischen Gesellschaften stattfindenden Wandel familialer Lebensformen, so weisen die meisten Studien zum Wandel der Familie darauf hin, dass viele Elemente des Zusammenlebens in der Form der »bürgerlichen Kleinfamilie« von vielen Menschen weiterhin geschätzt und für eine bestimmte Lebensphase häufig auch gelebt werden. Zugleich ist diese Form des familialen Zusammenlebens aber auch

ihrer normativen Verbindlichkeit entkleidet worden, indem andere Lebensphasen und Lebensformen an Bedeutung gewonnen haben. So eröffnet etwa die Infragestellung traditioneller Geschlechterrollen (und damit zusammenhängend: einer Auflösung geschlechtsspezifischer Aufgabenverteilung im Haushalt und Erziehung) dem Individuum prinzipiell eine größere Vielfalt familialer Gestaltungsoptionen als je zuvor. Empirisch ist dabei eine deutliche Dynamisierung und Differenzierung familialer Lebensläufe im biographischen Längsschnitt zu beobachten (BMFSFJ 2006; Brückner, Mayer 2005; Elzinga, Liefbroer 2007; Widmer, Ritschard 2009). So durchlaufen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Modernisierung (Individualisierung) eine zunehmende Zahl an Menschen in ihrem Lebenslauf unterschiedliche (familiale) Lebensformen, die sich biographisch auf eine immer weniger einheitliche Art und Weise aneinanderreihen.

Daher stellt der Entwurf eines als ›gelungen‹ empfundenen Familienlebens eine Herausforderung dar, der nicht einfach mit ›vorhandenen‹ Familienentwürfen begegnet werden kann, wie sie etwa im Rahmen der eigenen familialen Sozialisation erworben wurden oder als gesellschaftlich-mediale Entwürfe vorgegeben sind. Vielmehr ist davon auszugehen, dass eine reflexive Auseinandersetzung mit: (1) den eigenen Vorstellungen; (2) gesellschaftlichen Erwartungen und Rahmenbedingungen sowie (3) den Vorstellungen und Konzepten der anderen Familienmitglieder deutlich an Relevanz gewonnen hat. Aus der Perspektive von Familien und Eltern führen diese Entwicklungen zur Notwendigkeit den Familienalltag (wie auch komplexe Beziehungen zwischen Berufs- und Familienleben) immer wieder aufs Neue ordnen zu müssen. Wir begreifen diese reflexive Auseinandersetzung als individuell zu bewältigende Lern- und Bildungsaufgabe, der sich Familienmitglieder (und in diesem Zusammenhang besonders: Eltern) vor allem im Rahmen familialer Übergangssituationen immer wieder neu stellen müssen.

## Familiale Übergänge als Bildungsanlässe

Legt die klassische Bildungsforschung ihren Fokus eher auf Aspekte formalen Lernens in der Schule – für die Familie (im Sinne einer Platzierungsfunktion in der Gesellschaft) offenbar hoch relevante ›Vorleistungen erbringt‹ – so möchten wir uns im Folgenden auf einen eher interaktionistischen Bildungsbegriff beziehen, und Familie als ein (sich selbstbildendes) Interaktions- und Beziehungsgeflecht in den Vordergrund stellen. Von diesem Blickpunkt aus betrachtet erscheint uns Familie bzw. die alltägliche Herstellung eines (gemeinsamen) familialen Alltags als ein Ort, an dem Lern- und Bildungsprozesse eben in Form einer (fortwährenden) Modifizierung von Familienentwürfen stattfinden.

In ihrem Familienalltag setzen sich Eltern mit einer Vielzahl von Familienbildern (reflexiv) auseinander und setzen diese in Bezug zueinander, um ein eigenes Familienkonzept zu entwickeln. Hierbei finden oftmals Transformationen grundlegender Orientierungsmuster statt, die sich unseres Erachtens als Lern- und Bildungsprozesse beschreiben lassen.<sup>1</sup> Als theoretische Basis lässt sich insbesondere auf die Arbeit von Mollenhauer et al. (1975) verweisen, die (wiede-

---

<sup>1</sup> Während wir unter Lernprozesse eine Veränderung innerhalb eines gegebenen Orientierungsrahmens verstehen, meinen wir mit Bildungsprozessen eine grundlegende Veränderung des Orientierungsrahmens.



rum im Rückgriff auf Burgess 1926) vorschlagen, Familie weniger als normativ gegebenen sozialen Tatbestand, sondern als voraussetzungsvollen, veränderlichen und alltäglich immer wieder interaktiv herzustellenden Sozialzusammenhang in den Blick zu nehmen. Diese Perspektive wird in der aktuellen Debatte jüngst unter dem Begriff ›doing family‹ aufgegriffen (Jurczyk et al. 2014). Familie ist aus dieser Perspektive eine soziale Praxis, welche in der alltäglichen Interaktion ihrer Mitglieder stetig erzeugt wird. Vorstellungen von Familie – und Vorstellungen eines ›richtigen‹, ›guten‹ oder gar ›besseren‹ Familienlebens – werden dabei nicht nur zwischen den einzelnen Familienmitgliedern, sondern auch in Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Erwartungen, Normen und Leitbildern verhandelt.

## Familienbilder und Familienkonzepte

Um uns der Frage, wie Familienmitglieder Vorstellungen von Familie reflexiv entwickeln, empirisch anzunähern, nutzen wir den Begriff der Familienkonzepte: Mit dem Begriff Familienkonzept meinen wir dabei ein individuelles – mehr oder weniger klar strukturiertes – Konglomerat an bildhaften Deutungen und Vorstellungen von Familie, welche Familienmitglieder zueinander in Bezug setzen und durch die Reflexion ihres Familienalltags im Laufe ihres Lebens stetig weiterentwickeln. Familienbilder aus verschiedenen biographischen wie gesellschaftlichen Quellen werden hier zueinander positioniert und bilden in ihrer Gesamtheit einen Rahmen für die Reflexion, Gestaltung und (Re)Organisation des Familienalltags. Unter Familienbildern verstehen wir dabei in Anlehnung an Cyprian (2003) zentrale Vorstellungen, Ideen und Ideale, die Menschen in den Sinn kommen, wenn sie über ihre eigenen Erfahrungen mit Familie sowie über Familie im Allgemeinen nachdenken. Familienbilder sind also das ›konzentrierte‹ Ergebnis (der Reflexion) von familienbezogenen Alltagserfahrungen. Sie werden sowohl durch eigene Erfahrungen, durch Wahrnehmung anderer Familien als auch durch medial vermittelte Familienbilder (wie zum Beispiel Fernsehserien oder auch Boulevardmedien) erzeugt.

Familienkonzepte stehen insofern mit Lern- und Bildungsprozessen im Zusammenhang, als dass sie im Lebenslauf (ständigen) Veränderungen und Modifizierungen unterliegen.

## Das Familienkonzeptmodell: Annahmen und empirisches Vorgehen

Das im Folgenden skizzierte Familienkonzeptmodell bildet den konzeptionell-theoretischen Rahmen eines gegenwärtig laufenden DFG-Projekts (Laufzeit: April 2013 – März 2016). Im Rahmen einer Längsschnittstudie haben wir insgesamt 58 Eltern in einem Abstand von 1,5 Jahren zu ihren Familienkonzepten interviewt. Hierbei konzentrierten wir uns auf Familien, die Angebote der Familienbildung sowie Angebote der Jugendhilfe (Sozialpädagogische Familienhilfen) in Anspruch nehmen und sich zudem in einer von drei besonders relevanten Übergangssituationen im familialen Lebenslauf befinden:

(1) Dem Übergang von der Partnerschaft zur Elternschaft,

- (2) dem Wiedereinstieg des bislang hauptertragsbringenden Elternteils in den Beruf sowie
- (3) dem ungeplant eintretenden und gewöhnlich als Krise gedeuteten Übergang zu Trennungs- Scheidungsfamilien bzw. zu Stieffamilienkonfigurationen.

Vor dem Hintergrund dieser drei Übergangssituationen bildet das Familienkonzeptmodell ein heuristisches Gerüst, das es erlaubt, den Wandel von Familienkonzepten anhand verschiedener Zeitebenen zu erfassen. Befragt man Eltern, können diese in aller Regel ausführlich auf ausgeprägte bildhafte Schilderungen ihres gegenwärtigen Familienlebens (*Alltagsbilder*), vom Leben in ihrer Herkunftsfamilie (*Referenzbilder*), sowie Vorstellungen eines besseren Familienlebens (*subjektive Leitbilder*) zurückgreifen. Im Folgenden möchten wir diese drei Zeitebenen kurz charakterisieren:

*Alltagsbilder*: Eltern reflektieren ihren Familienalltag und können detaillierte Beschreibungen zu einzelnen Dimensionen ihres Alltags geben (zum Beispiel Arbeitsteilung, Kindererziehung oder Tagesstruktur). Diese Schilderungen bilden den Familienalltag natürlich nicht unmittelbar ab, sondern sind als Erklärungsmuster und Interpretationen des gegenwärtigen Familienalltags einzuschätzen. Als solche beinhalten sie auch Bewertungen, wie zufriedenstellend oder belastend gewisse Aspekte des Alltagslebens erlebt werden.

*Referenzbilder*: Im Alltag von Familien spielen die eigenen biografischen Vorerfahrungen eine zentrale Rolle. Dabei wird auf Referenzbilder der Kindheit (Herkunftsfamilie) zurückgegriffen, um Vergleichshorizonte zum gegenwärtigen Familienalltag zu ziehen und so zu einer bewertenden Einschätzung des gegenwärtigen Familienalltags zu kommen.

*subjektive Leitbilder*: Weiterhin finden sich in den von uns durchgeführten Interviews auch subjektive Leitbilder (*Idealbilder*), die Familienmitglieder für ihr eigenes Familienleben konkret entwerfen: Eltern verfügen in aller Regel nicht nur über abstrakte Vorstellungen, wie eine ideale Familie im Allgemeinen aussieht, sondern haben auch konkrete Vorstellungen davon, wie ihr eigener Familienalltag zukünftig aussehen sollte. Diese Leitbilder können dabei auch in deutlichem Widerspruch zu gesamtgesellschaftlichen Werten und Normvorstellungen, wie auch zu den Vorstellungen der Partner stehen.

Des Weiteren gehen wir von der Hypothese aus, dass die in Familienkonzepten herausgestellten *Differenzerfahrungen*, also die von den Eltern als spannungsreich erlebten Zusammenhänge zwischen verschiedenen Familienbildern, auf aktuell wahrgenommene Lern- und Bildungsherausforderungen verweisen. Nicht jede Differenz (im Sinne eines erkennbaren ›Unterschieds‹) zwischen Familienbildern wird dabei jedoch per se als spannungsreich und als unbefriedigend erlebt. So gibt es unserer Annahme nach auch Differenzen, die als positiv erlebt werden und im Sinne bereits erfolgter biografischer Veränderungen auf mittlerweile abgeschlossene Lern- und Bildungsprozesse verweisen.

Eine erste Fragestellung unseres Projektes war darauf gerichtet, wie die befragten Elternteile aus ihrer Sicht verschiedene Dimensionen ihres Familienalltags gestalten. Wir fragten danach, auf welche (mehr oder weniger gelungene) Weise unterschiedliche Balanceakte hergestellt und welche Arten von Differenzerfahrungen dabei thematisiert werden. Unser Augenmerk richtet sich dabei auf sieben Dimensionen, die wir sowohl aus theoretischen Überlegungen als auch aus dem Material selbst gewonnen haben:

- a) Konstruktion des *Familiennetzwerkes*: Wer wird aus der Sicht der Eltern zur Familie gezählt? Wer wird wie für die Bewältigung des Familienalltags in die Verantwortung genommen?
- b) *Rollenmuster und Arbeitsteilung in der Partnerschaft*: Wie sind nach Einschätzung der Befragten die Zuständigkeiten für Erwerbsarbeit, Fürsorge und Hausarbeit zwischen den Partnern verteilt?
- c) *Fürsorge- und Selbstsorgemuster*: Wie wird Fürsorge (insbesondere für Kinder) organisiert, strukturiert und erlebt und wie wird sie mit der Sorge für sich selbst vereinbart?
- d) *Zeit-räumliche Organisation* des Familienalltags: Wie wird der Familienalltag aus Sicht der Eltern strukturiert? Wie und inwieweit wird dabei eine zeiträumliche Kopräsenz der Familienmitglieder hergestellt?
- e) *Paarbeziehung* im Verhältnis zur Familie: Wie wird das Verhältnis von partnerschaftlicher Intimität und Familie austariert?
- f) *Erziehungskonzepte und Eltern-Kind Verhältnis*: Welche Erziehungsvorstellungen und Ideale werden hervorgehoben? Wie wird das Verhältnis zu den Kindern modelliert?

Das erhobene Interviewmaterial haben wir anhand dieser Dimensionen kodiert und bezüglich aller Dimensionen Typologien entwickelt. Sie werden von uns im weiteren Projektverlauf auf alle drei im Interview thematisierten Zeitebenen angewendet und dergestalt zur Herausarbeitung von Veränderungen (Transformationen) und auf diese Veränderungen bezogene Lern- und Bildungsprozesse genutzt. Im Folgenden stellen wir beispielhaft unsere Analysen zur Arbeitsteilung in der Partnerschaft vor, um einen Einblick in unser empirisches Vorgehen und erste Ergebnisse zu geben.

## Arbeitsteilung im Paar: Typenbildung, Transformationspfade und Reflexionsprozesse

Die Dimension der Arbeitsteilung wurde zunächst anhand eines typenbildenden Verfahrens in Anlehnung an Kelle, Kluge (2010) ausgewertet, wobei die Typen aus den Beschreibungen zum gegenwärtigen Familienalltag gewonnen wurden, und erst in einem zweiten Schritt unter Einbeziehung der Referenz- (Herkunftsfamilie) sowie subjektiven Idealbilder (Zukunftsvorstellungen) ergänzt und modifiziert wurden. In der Durchsicht des Materials kristallisierten sich als Merkmale der Typenbildung drei Tätigkeitsbereiche heraus, in Bezug auf welche eine Verantwortungsaufteilung in den Interviews systematisch thematisiert wurde:

1. Erwerbsarbeit / wirtschaftliche Verantwortlichkeit (Unterhaltssicherung)
2. Fürsorgeverantwortung (Betreuung, Pflege, Erziehung der Kinder)
3. alltägliche Haushaltstätigkeiten (Kochen, Putzen, Waschen/Bügeln, Einkaufen)

Als Ausprägungen innerhalb dieser Merkmale fanden sich im Material sowohl ›Alleinzuständigkeiten‹ wie auch ›gemischte Verantwortlichkeiten‹ zwischen den erwachsenen Partnern für die

genannten Bereiche. Bei den zwei-Eltern-Familien<sup>2</sup> in unserem Material konnten wir schließlich fünf Typen der Arbeitsteilung in einem Merkmalsraum abbilden, der durch die Verteilung der Verantwortung für Haus- und Fürsorgearbeit auf der einen Achse sowie für Erwerbstätigkeit auf der anderen Achse aufspannt (Abbildung 1).

Abb. 1: Typologie Arbeitsteilung; Zahlen = Häufigkeit im Alltagsbild (A), Referenzbild (R), subjektives Leitbild (Idealbild) (I)

Erwerbsarbeit Haushalt- / Fürsorgearbeit	spezialisiert bis teil-spezialisiert (Ein- bis Eineinhalb-Verdiener)	nicht-spezialisiert (Doppelverdiener)
spezialisiert	Typ 1: Voll spezialisiert / klare Teilung R=19; A=7; I=5	Typ 2: Hausarbeit spezialisiert R=11; A=0; I=1
teilspezialisiert	Typ 3: Teil-Spezialisiert / klare Gewichtung R=7; A=11; I=10	*** tritt nicht im Sample auf***
nicht-spezialisiert	Typ 4: Schwach spezialisiert / schwache Gewichtung R=4; A=19; I=15	Typ 5: nicht spezialisiert/ egalitär R=2; A=2; I=8

Im Folgenden möchten wir die in der Tabelle dargestellten Typen kurz beschreiben:

Im Rahmen einer ›vollen Spezialisierung‹ bzw. ›klaren Teilung‹ (Typ 1) der Verantwortlichkeiten ist ein Partner für Haushalts- und Fürsorgearbeit zuständig, während der andere Partner für die Erwerbsarbeit verantwortlich ist. Dieses Arbeitsteilungsmuster findet sich im Sample nur in einer klassischen Geschlechterkonfiguration: Männer konzentrieren sich auf Erwerbsarbeit, während die Frauen für Haushalt und Kind verantwortlich sind und gar nicht oder nur einige wenige Wochenstunden einer Erwerbsarbeit nachgehen. Ein typischer geschilderter Tagesablauf sieht so aus, dass der Mann, wenn er von der Arbeit kommt, sich erholt (zum Beispiel eine Dusche oder ein Bad nimmt oder fernsieht), während die Frau das Essen zubereitet. Nach der gemeinsamen Mahlzeit bringt die Frau die Kinder ins Bett und anschließend verbringt das Paar Zeit für sich. Typisch für die männlichen Partner ist, dass ihnen keine Routineaufgaben im Rahmen der Haus- und Fürsorgearbeit zukommen, wenngleich sie an gemeinsamen Familienaktivitäten wie Abendessen oder Wochenendunternehmungen durchaus partizipieren. Legitimiert wird eine solche Arbeitsteilung pragmatisch und unter Bezug auf klassische Rollenvorstellungen, indem sie als effiziente Art der Leistungserbringung charakterisiert wird, bei der »*jeder das macht, was er am besten kann*«. Weiterhin wird diese Form der Arbeitsteilung durch die Fairnessvorstellung legitimiert, dass beide Partner vom Umfang her in etwa gleich viel Arbeit vollbringen.

Typ 2 ist dadurch geprägt, dass klassische, traditionelle Rollenmuster auf ein hohes bis sehr hohes Engagement beider Eltern in Erwerbsarbeit treffen. Dieses Muster fand sich in unserem Material nicht in den Alltagsbildern, aber recht häufig in den Referenzbildern. Meist wird hier

<sup>2</sup> Damit meinen wir zusammenlebende Paare mit Kindern, bei denen keine Partner aus vorangegangenen Beziehungen mehr für die oben genannten Aufgabenbereiche alltäglich relevant sind.

davon berichtet, dass es aufgrund starker Geschlechterrollenmuster (zum Teil allerdings auch aufgrund mütterlichen ›Gatekeepings‹) eine Selbstverständlichkeit gewesen sei, dass Frauen trotz umfangreicher (bis hin zu Vollzeit reichender) Beschäftigung auch noch hauptzuständig für Fürsorge- und Haushaltsarbeit gewesen seien. Als Hintergrundbedingungen werden dabei in den Referenzbildern eine sehr autonomiegeprägte ›Straßenkindheit‹ ab dem mittleren bis späteren Kindesalter sowie eine Unterstützung in der Kinderbetreuung durch Verwandtschaftsnetzwerke und ältere Geschwister sichtbar. In einem vorliegenden Fall stellt ein solches Arbeitsteilungsmodell tatsächlich auch die Idealvorstellung einer Mutter dar, wobei ein zeitlich extensives Kinderbetreuungsangebot in einer Kindertagesstätte den Hintergrund bildet, der eine solches Arbeitsteilungsmodell ermöglichen soll.

Charakteristisch für Typ 3 ›klare Gewichtung‹ ist, dass eine eindeutige Hauptzuständigkeit eines Partners (in unserem Sample immer die Frau) für Haushalt und Fürsorgearbeit reklamiert wird, während sich der andere Partner überwiegend auf die Erwerbsarbeit konzentriert. Allerdings wird keine klare Spezialisierung der Partner favorisiert: So ist es für die Frauen in diesem Typus bedeutsam, nicht nur Hausfrau und Mutter, sondern auch erwerbstätig zu sein, während Männer ihr häusliches Engagement hervorheben, dessen Schwerpunkt im Sinne ›aktiver Vaterschaft‹ typischerweise in der Fürsorgearbeit liegt und *nicht* in Hausarbeit. Sofern das ergänzende ›Nebenengagement‹ von beiden Geschlechtern in den Interviews stark hervorgehoben wird, handelt es sich offenbar um identitätsstiftende Modifikationen der traditionellen Geschlechterrollen. Nicht eine tatsächliche Entspezialisierung oder Geschlechtergerechtigkeit, sondern die Konstruktion einer Identität als ›moderne‹ Väter und Mütter steht (oft als gemeinsames Projekt des Paares) im Vordergrund. In Bezugnahme auf mutmaßlich gesellschaftlich dominante Werte wird diese Modernität für Männer vor allem in einem dem Kind zugewandten, um eine gute und intensive Beziehung bemühten Verhalten gesehen, für Frauen dagegen vor allem in der (Teilzeit)Erwerbstätigkeit. Vor dem Hintergrund ist es typisch für diese Form der Arbeitsteilung, dass die Partnerinnen neben ihrer Teilzeiterwerbstätigkeit nahezu die gesamte anfallende Hausarbeit übernehmen, um dem haupterwerbstätigen Partner Zeit mit dem Kind zu ermöglichen und gemeinsame Zeit als Familie möglich zu machen. Ein typischer Tagesablauf sieht so aus, dass der von der Arbeit heimkommende Mann sich der Fürsorge widmet, etwa ein Kind badet, wickelt, mit ihm spielt, während die Frau diese Zeit nutzt um Haushaltstätigkeiten zu erledigen. Bezüglich der Legitimierung der Arbeitsteilung greifen die Interviewpartner meist auf geschlechterneutrale Modelle zurück, und argumentieren, dass die stärkere Involviertheit des einen Partners in Haus- und Fürsorgearbeit durch das stärkere Erwerbsengagement des anderen Partners ausgeglichen werde. Zudem wird eine Gleichheitsillusion derart aufgebaut, dass die Kinderbetreuung als gleichberechtigt geteilt dargestellt wird, obgleich der zeitliche Umfang des Engagements offensichtlich ungleich bleibt: *»Mit der Kinderbetreuung, da sind wir eigentlich wirklich fünfzig-fünfzig [...]. Also das ist wirklich fünfzig-fünfzig. Wenn er hier ist. Natürlich in der Zeit wo er arbeitet ist das meine Sache«.*

Kennzeichnend für eine schwache Gewichtung (Typ 4) ist, dass zwar ein Partner hauptzuständig für Fürsorge- und Betreuungstätigkeiten ist und in Teilzeit arbeitet, und der andere Partner hauptzuständig für Erwerbsarbeit ist, letzterer aber (wenn er nicht arbeiten ist) ersteren in allen Belangen unterstützt. Dabei steht (im Gegensatz zu Typ 3) nicht nur die Betreuung des Kindes im Vordergrund, sondern auch die Hausarbeit wird in den Zeiten geteilt, in denen der

Partner zu Hause ist. Abgesehen von wenigen Ausnahmen ist auch hier der Mann der haupterwerbstätige Partner, der dann nach Feierabend Haushalts- und Betreuungsarbeiten übernimmt. Auffällig ist, dass diese Interviewpartner gewandelte Geschlechterrollen sehr viel weniger thematisieren, sondern die prinzipielle Involviertheit beider Partner in alle Tätigkeitsbereich als Selbstverständlichkeit begreifen. Insofern liegt hinter dieser Arbeitsteilung weniger ein besonders ideologisches als ein sehr pragmatisches Arrangement, den (oft als belastend empfundenen) Alltag gemeinsam zu bewältigen. Meist besteht Einvernehmen darüber, dass die Sorge und Hausarbeit anstrengender, arbeitsintensiver und zeitextensiver ist, als die Erwerbsarbeit. Es gilt folglich als fair, dass der/die mehr erwerbstätige Partner(in) (nach Feierabend und in Abhängigkeit von seiner Arbeitsbelastung) seine(n) weniger erwerbstätige(n) Partner(in) in allen Belangen unterstützt.

Paare des Typ 5, deren Familienalltag nach dem Modell einer ›egalitären‹ bzw. genauer eigentlich geschlechtersymmetrischen, durch Nicht-Spezialisierung geprägten Zuständigkeit organisiert ist, finden sich in unserem Sample äußerst selten (als Zukunftsmodell sind sie etwas häufiger anzutreffen, aber auch nicht dominant). Nur in zwei Fällen ist eine egalitäre Arbeitsteilung im Alltag verwirklicht: Einmal strebt der Mann einen Berufswechsel an, befindet sich halbtags in einer Umschulung und die Frau arbeitet in einer Halbtagsstelle. Ein anderes Mal sind es offenbar prekäre Arbeitsmarktbedingungen, unter denen sich beide Partner für den Erwerb und die Familie gleichermaßen zuständig sehen und in wechselnden geringfügigen Beschäftigungsformen um ein Familieneinkommen bemüht sind. In beiden Fällen ist also die Erwerbstätigkeit des Mannes und einmal sogar die beider Partner unsicher und unter dem Standard des Normalarbeitsverhältnisses liegend. Die Alltagsstrukturen sind in beiden Fällen durch einen flexiblen, zwischen den Partner stetig neu abgesprochenen Wechsel von Erwerbs- sowie Haushalts- und Fürsorgearbeit geprägt. Zwar wird am Rande auch auf Geschlechternormen verwiesen, überwiegend sind die Arrangements aber durch ein pragmatisches Einstellen auf erwerbsbedingte Rahmenbedingungen geprägt.

In einem weiteren Analyseschritt wurden die gebildeten Typen den drei Zeitebenen (Alltag, Referenz, subjektives Leitbild) zugeordnet, so dass sich fallbezogene Transformationspfade der Arbeitsteilung ergaben. Um im Folgenden zu einer Typologie von zentralen Transformationsbewegungen und dahinterstehenden Erfahrungen zu kommen, haben wir die Fälle in zwei Schritten weiter analysiert: (a) Zunächst haben wir die Fälle nach ihrer Zuordnung im Alltagsbild gruppiert, also zum Beispiel alle Fälle, die im Alltag eine Arbeitsteilung entsprechend dem Typ 1 aufweisen, vergleichend in den Blick genommen. Wir haben gefragt, welche Arbeitsteilungsmodelle den biographischen Hintergrund bilden, wie diese reflektiert und verändert werden, welche subjektiven Idealbilder konstruiert werden und vor dem Hintergrund welcher (neuen) Vorstellungen diese als wünschenswert erscheinen. Nachdem dergestalt Transformationspfade sowie dahinterstehende Reflexionen in einzelnen Fallgruppen (sortiert nach den Alltagsbildern) herausgearbeitet wurden, wurden (b) durch den kontrastierenden Vergleich von Transformationspfaden zwischen den Gruppen übergreifende, generalisierbare Bewegungsmuster im Rahmen unserer Typologie und damit verbundene Reflexionen und Transformationen herausgestellt. Im Falle der Arbeitsteilung ließen sich drei generalisierbare Bewegungsmuster identifizieren, hinter denen typische biographische und auf das subjektive Leitbild bezogene Reflexionsmuster

standen. Dabei entsprechen diese Bewegungsmuster zwei horizontalen und einer vertikalen Bewegung innerhalb der Typologie:

### Bewegungsmuster 1: Abwendung von Doppelverdienermodell, hin zu (teil)spezialisierten Arrangements

Hinter Bewegungen ›von rechts nach links‹ in der Typologie (Typ 2 und 5 zu Typ 1, 3, 4; Abbildung 1) ließ sich als typisches Reflexionsmuster eine Bezugnahme auf Ideale einer auf die Bedürfnisse von Kindern zentrierten, durch viele gemeinsame Zeit als Familie geprägten alltäglichen familialen Lebensführung sehen. Im Sinne von Lernen und Bildung sprechen wir hier von einer *Aneignung von Modellen kind- und familienzentrierter Lebensführung*. In der biographischen Reflexion setzten sich die Interviewten von einem Alltagsmodell in der Herkunftsfamilie ab, das ihres Erachtens nur sehr wenig gemeinsame Zeit für Eltern-Kind-Interaktionen und gemeinsame Familienunternehmungen bot. Das Fehlen von Familienzeit, einer gezielten Förderung und Anregung der kindlichen Entwicklung, sowie von Zeit für den Aufbau enger Eltern-Kind-Bindungen wird (aus der kindlichen Perspektive der Herkunftsfamilie heraus) deutlich kritisiert oder zumindest eindeutig als nicht mehr zeitgemäßes Modell bewertet. Typischerweise beschreiben die Interviewten, dass sie in ihrer Kindheit viel Zeit in Peergroups in öffentlichen Räumen verbracht haben, was ebenfalls als nicht mehr wünschenswertes sowie zeitgemäßes Modell betrachtet wird. Sofern dies ökonomisch möglich erscheint, ziehen es die befragten Eltern vor, dass sich einer der Partner ganz oder partiell aus der Erwerbsarbeit zurückzieht, um so ein kindzentriertes, durch viel Zuwendung und Förderung geprägtes Alltagsleben zu ermöglichen und viel gemeinsame Zeit als Familie zu verbringen. Im gewissen Sinne lässt sich diese Transformation als ›Modernisierung‹ lesen, obgleich sie im Sinne des sich herausbildenden Arbeitsteilungsmusters zu einer Bewegung führt, die als ›Traditionalisierung‹ der Arbeitsteilung beschrieben werden kann. Denn zumindest aus einer subjektiven Sicht steht hinter der biographischen Transformation der Arbeitsteilung eine Anpassung an ›moderne‹ (zeitgemäße) *Familiennormen*, nach denen einer umfassenden Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder sowie viel Zeit für Erziehung und Bildung höchste Priorität im Familienalltag zukommt. Dass sich im Rahmen dieser Transformation allerdings vornehmlich Frauen für die Verwirklichung solcher Ideale eines kindzentrierten Familienalltags in der Pflicht sehen, verweist auf weiterhin bestehende geschlechterkulturelle Unterschiede, die von den Interviewten allerdings höchst selten benannt und reflektiert wurden.

### Bewegungsmuster 2: von spezialisierten hin zu teilspezialisierten Formen der Arbeitsteilung

Bewegungen ›von oben nach unten‹ in der Typologie (Typ 1 zu Typ 2, 3) sind durch *geschlechterrollenbezogene Lern- und Bildungsprozesse* gekennzeichnet. Dabei lassen sich nochmals zwei unterschiedlich weit reichende Bewegungen unterscheiden: (a) Transformationen, die von Typ 1 zu Typ 3 führen, lassen sich als ›symbolische‹ *Transformationen von Geschlechterrollen* begreifen. Damit meinen wir kleinere Modifikationen der Geschlechterrollen, denen aber eine hohe identi-

fikatorische Bedeutung zukommt. Väter im Sample reflektieren hier typischerweise, dass die eigenen Väter im Familienleben wenig präsent waren und sich aus der Erziehung der Kinder weitgehend herausgehalten haben. Sie kritisieren dabei besonders, dass die eigenen Väter kein gleichberechtigter Ansprechpartner für sie als Kinder im Familienalltag gewesen seien, und die eigene Beziehung zu den Eltern folglich ungleichgewichtig, durch eine deutlich unterschiedliche Nähe geprägt gewesen sei. Demgegenüber betonen sie, dass sie »von Anfang an voll mit dabei« seien, also bereits im Säuglings- und Kleinkindalter bemüht sind, eine enge (der Mutter-Kind-Beziehung gleichwertig entsprechende) Beziehung zu ihren Kindern aufzubauen. Unhinterfragt bleibt dabei die Übernahme der klassischen Versorgerrolle, wie sie die Väter in ihrem eigenen Aufwachsen erlebten. Viele dieser »neuen Väter« thematisieren vor diesem Hintergrund eine Vereinbarkeitsproblematik, in der die Frage im Zentrum steht, wie man trotz Vollzeiterwerbsarbeit viel Zeit mit den Kindern und der Familie verbringen kann, um enge Vater-Kind-Bindungen zu ermöglichen. Insofern diese Transformation meist ein gemeinsames Anliegen des Paares vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Familienideale eines Kind- und familienzentrierten Alltagslebens ist, stützen die weiblichen Partner diese Transformation gewöhnlich durch eine Übernahme nahezu der gesamten Haushaltsarbeit. Frauen in diesem Transformationspfad knüpfen meist positiv und fortführend an die Rolle der eigenen Mutter an, welche die Abwesenheit des Vaters in der eigenen Kindheit kompensiert: »Mein Vater war viel arbeiten, aber meine Mutter hat das aufgefangen, war immer da. Ich hab mich immer sicher und geborgen gefühlt und das möchte ich meinem Kind weitergeben«. Gleichzeitig formulieren sie jedoch ein gewandeltes Selbstverständnis bezüglich beruflicher Selbstverwirklichung, die sie sich selbst wünschen und die aus Sicht der Frauen aber auch zusehends als »normal« von ihnen erwartet würde. Hausfrau zu sein »würde mich jetzt nicht über Jahre befriedigen, dazu hab ich nicht studiert« formuliert eine Interviewpartnerin, während eine andere erläutert, dass auch der Partner eine Selbstverwirklichung im Beruf erwarte: »ich denke, dass meine Berufstätigkeit wichtig für meinen Mann ist, dass es auch mal ein anderes Gesprächsthema als nur Kind gibt«.

In »weitreichenderen« Transformationen der Arbeitsteilung (b) wie sie im biographischen Übergang von Typ 1 zu Typ 4 zu finden sind, sind Lern- und Bildungsbewegungen durch eine viel *pragmatischere Veränderung der Geschlechterrollenvorstellungen* geprägt. Dass sich Männer aus Fürsorge- und Haushaltsarbeiten heraushalten können, ist zur Zeit ihres Aufwachsens in der Herkunftsfamilie aus Sicht der Befragten zeittypische Normalität gewesen, gilt den Interviewpartnern allerdings heutzutage (vor dem Hintergrund gewandelter Wert- und Normvorstellungen) als »völlig undenkbar«. Obwohl so die Arbeitsteilung in der Herkunftsfamilie deutlich weniger kritisiert wird, verbirgt sich hinter diesem Übergang eine viel grundlegendere, viel stärker verinnerlichte Transformation von Geschlechterrollen als im zuvor geschilderten Fall; nämlich dahingehend, dass beide Partner selbstverständlich Verantwortung für Fürsorge-, Haushalts- und Erwerbsarbeit tragen, und kein Partner eine dieser Verantwortungen zurückweisen bzw. vollständig dem Partner überlassen kann. Insofern im Rahmen dieses Transformationspfades jedoch auch meist am Ideal eines familien- und kindzentrierten Alltags festgehalten wird, erscheint vielen Interviewten eine Vollzeiterwerbstätigkeit beider Partner nicht sinnvoll. Dass es auch im Rahmen dieses Typus überwiegend die Frauen sind, die nur einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen und die Hauptverantwortung für den kind- und familienzentrierten Alltag übernehmen, wird von den Interviewten teilweise als Zufall erklärt bzw. verklärt, teils aber deutlich auf



traditionelle Restbestände im geschlechterkulturellen Selbstverständnis zurückgeführt. So formuliert zum Beispiel eine Interviewte, dass »Männer eben noch mehr Beruf brauchen für ihr Ego als Frauen«. Oft wird zudem auch auf Arbeitsmarktstrukturen und unternehmenskulturelle Erwartungen verwiesen, die für Männer eine Teilzeitbeschäftigung oft nicht zulasse. Oftmals wäre eine ›lange Teilzeit‹ für beide Partner ein attraktives Modell für diese Paare, das jedoch nur selten verwirklichtbar erscheint.

### Bewegungsmuster 3: Etablierung einer nicht-spezialisierten Arbeitsteilung

Schließlich lassen aus dem bisher Gesagten und im Rückbezug auf einige wenige Fälle im Sample vorsichtige Hypothesen für eine Transformation in Richtung fehlender Spezialisierung bilden. Als reflexiver Prozess der stattgefundenen oder in Bezug auf das Ideal geplanten Transformationen von ›links nach rechts‹ in unserer Typologie (Typ 1, 2 oder 4 in Typ 5; Abbildung 1) begleitet, findet sich insbesondere bei den weiblichen Interviewten eine kritische Auseinandersetzung mit und Distanzierung von den als dominierend erlebten Normen eines kind- und familienzentrierten Alltagslebens. Demgegenüber wird eine Alltagsgestaltung angestrebt, die möglichst gleichberechtigt Rücksicht auf die Bedürfnisse *aller* Familienmitglieder nimmt und sich deutlich von einer als ›übertrieben‹ bewerteten familialen Behütung der Kinder absetzt. Offenbar erweisen sich insbesondere für Frauen dominierende Normen bezüglich eines ›guten Familienlebens‹ sowie damit verbunden einer ›guten Kindheit‹ als zentrales Hemmnis für eine umfassende Erwerbstätigkeit – zumindest arbeiten sich Frauen, die ein umfassenderes Engagement in Erwerbsarbeit anstreben, deutlich an diesen Normen ab. Findet diese Auseinandersetzung vor dem Hintergrund gewandelter Geschlechterrollen statt, so ergeben sich aus diesen beiden überlagernden Bewegungen Transformationen in Richtung Typ 5. Allerdings wird an den vorhandenen Fällen im Sample deutlich, dass eine gleichmäßige Aufteilung der Erwerbsarbeit oft nur dann entsteht und angestrebt wird, wo der Erwerbsstatus der Männer unsicher ist oder diese einer statusniedrigeren Erwerbsarbeit als die Frauen nachgehen. Nicht selten sind es ökonomische Zwänge unter Bedingungen prekärer Erwerbsarbeit, die zu einer Doppelerwerbstätigkeit beider Partner führen und infolgedessen auch gegebenenfalls zu einer als gleichberechtigter empfundenen Teilung der Fürsorge und Haushaltsarbeiten.

### Fazit

Biographische Reflexionsprozesse und damit verbundene Transformationen von Familienbildern erweisen sich als relevant für die Gestaltung familialer Arbeitsteilung. Die biographischen Reflexionen sind aber in ihrem Verlauf und Ergebnis offenbar hochgradig durch einen (zumeist affirmativen, selten kritischen) Bezug auf aktuelle gesellschaftliche Normen und Wertvorstellungen geprägt. Die hier vorgestellten Lern- und Bildungsbewegungen leisten dabei einen Beitrag zum Verständnis von Veränderungen der Arbeitsteilung im Lebensverlauf und tragen insbesondere zum Verständnis von ›Traditionalisierungsprozessen‹ im Übergang zur Elternschaft bei, was sich durch gängige familiensoziologische Modelle der Arbeitsteilung im Paar bislang nur

unzureichend erklären lässt (Schulz, Blossfeld 2006; Grunow 2013a; Rüssmann et al. 2015). In den vorhergehenden Ausführungen wurde deutlich, dass auf ein gutes familiales Alltagsleben sowie eine gute Kindheit bezogene Vorstellungen offenbar von hoher Relevanz für die Gestaltung der familialen Arbeitsteilung sind, oftmals scheinen diese die Bedeutung von Geschlechterrollenvorstellungen sogar in den Schatten zu stellen. Biographische Reflexionen von Eltern zur Arbeitsteilung sind mindestens ebenso dadurch bestimmt, dass der Familienalltag hochgradig auf die Bedürfnisse des Kindes ausgerichtet werden soll und ein hohes Maß alltäglicher Zeit, die Eltern und Kinder miteinander verbringen, als Grundbedingung einer guten Kindheit sowie einer möglichst umfassenden Förderung und Erziehung der Kinder angesehen wird. Dies verweist wiederum darauf, dass trotz eines gegenwärtig erfolgenden massiven Ausbaus institutioneller Betreuung sowie (professioneller) Erziehung und Bildung aus der subjektiven Perspektive der Eltern die Anforderungen bezüglich der Erziehung und Bildung ihrer Kinder im biographischen Vergleich eher gestiegen sind. Dies betrifft immer noch vorrangig Mütter, allerdings in einem zunehmenden Maße auch Väter, die infolgedessen im Rahmen des geschlechterkulturellen Wandels prioritär eine stärkere Involvierung in fürsorgenden Tätigkeiten suchen. Insofern die von den Eltern vorrangig angelegte Kind- und familienzentrierte Perspektive Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überdeckt bzw. in den Hintergrund stellt, verwundert es nicht, dass die beobachtbaren Transformationen der Arbeitsteilung eher graduelle Veränderungen als radikale Veränderungen darstellen: Wird doch aus Sicht vieler Eltern die eine traditionelle Arbeitsteilung im eigenen Elternhaus (aus Kinderperspektive) in Teilen positiv evaluiert, wie wiederum Doppelverdienermodelle häufig für ihre ›Kinderunfreundlichkeit‹ kritisiert werden.

Die Ergebnisse verweisen insgesamt darauf, dass (informelles) Lernen und Bildung als Ergebnis lebenslanger Sozialisationsprozesse für die Arbeitsteilung im Paar eine wichtige Rolle spielt (ähnlich vermutet dies Grunow 2013b). Auf die Gestaltung von Familie generell übertragen heißt dies, dass familienkonzeptbezogene Lern- und Bildungsprozesse als bewusst reflexive Formen lebenslanger Sozialisation einen insgesamt untersuchenswerten Gegenstand darstellen, als ein Verständnis von Prozessstrukturen und typischen Verläufen dazu beiträgt, den Wandel der Familie bzw. sozialen Wandel generell besser zu verstehen. Allerdings werden auch Grenzen unseres Forschungsansatzes deutlich kenntlich: So finden sich Veränderungen der Arbeitsteilung im Sample, in denen offenbar vorrangig familienexterne Ursachen (prekäre Arbeitsmärkte, Notwendigkeit zum Doppelverdienerhaushalt im Niedriglohnsektor) zu einer Veränderung der Arbeitsteilung führen, die erst nachrangig reflexiv bearbeitet und eingeordnet werden. Die Frage, ob und wann Veränderungen der Arbeitsteilung (getrieben durch präreflexive Prozesse und externe Faktoren) den von uns untersuchten reflexiven Prozessen vorweglaufen, lässt sich mit dem von uns gewählten Ansatz nicht klären.

Über diese Aspekte hinaus ist die Analyse familialer Bildungsprozesse auch für sozialpolitische Fragestellungen von Bedeutung: Wenn man in längerfristiger Perspektive über die Entwicklung der Familienformen sowie wünschenswerte sozialpolitische Rahmenbedingungen nachdenkt, ist die Frage nach der Bandbreite und der Wandlungsfähigkeit von Familienvorstellungen von zentraler Relevanz. So lassen sich aus einer ›Bestandsaufnahme‹ subjektiver Familienkonzepte etwa Folgerungen ableiten, wie sozialpolitische Rahmenbedingungen, die ein gelingendes Familienleben unterstützen, gestaltet werden müssen.

## Literatur

- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) 2006: Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin: Deutscher Bundestag. Drucksache 16/1360.
- Brückner, H., Mayer, K. U. 2005: De-standardization of the life course: What it might mean? And if it means anything, whether it actually took place? *Advances in Life Course Research*, 9. Jg., 27–53.
- Burgess, E. W. 1926: The family as a unit of interacting personalities. *The Family*, 7. Jg., 3–9.
- Cyprian, G. 2003: Familienbilder als Forschungsthema. In G. Cyprian, M. Heimbach-Steins (Hg.), *Familienbilder. Interdisziplinäre Sondierungen*. Opladen: Leske und Budrich, 9–11.
- Elzinga, C., Liefbroer, A. 2007: De-standardization of family-life trajectories of young adults. A cross-national comparison using sequence analysis. *European Journal of Population*, 23. Jg., Heft 3-4, 225–250.
- Grunow, D. 2013a: Aufteilung von Erwerbs-, Haus und Familienarbeit in Partnerschaften im Beziehungsverlauf. Der Einfluss von Sozialpolitik in Europa. In D. Lück, W. Cornelißen (Hg.), *Geschlechterunterschiede und Geschlechterunterscheidungen in Europa*. Stuttgart: Lucius und Lucius, 237–263.
- Grunow, D. 2013b: Zwei Schritte vor, eineinhalb Schritte zurück. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aus Perspektive des Lebensverlaufs. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 33. Jg., Heft 4, 384–398.
- Jurczyk, K., Lange, A., Thiessen, B. (Hg.) 2014: *Doing Family. Warum Familienleben heute nicht mehr selbstverständlich ist*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Kelle, U., Kluge, S. 2010: *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer.
- Mollenhauer, K., Brumlik, M., Wudtke, H. 1975: *Die Familienerziehung*. München: Juventa.
- Rüssmann, K., Kopp, J., Hill, P. B. 2015: Macht, Arbeitsteilung, Konflikt, Konfliktstile und Gewalt in Partnerschaften. In P. N. Hill, J. Kopp (Hg.), *Handbuch Familiensoziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 487–525.
- Schulz, F., Blossfeld, H. P. 2006: Wie ändert sich die häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58. Jg., Heft 1, 23–49.
- Widmer, E., Ritschard, G. 2009: The de-standardization of the life course: Are men and women equal? *Advances in Life Course Research*, 14. Jg., Heft 1-2, 28–39.

»Familie und soziale Netzwerke« der Sektion Familiensoziologie, in  
Kooperation mit der Sektion Soziale Netzwerke  
– organisiert von Marina Hennig und Anja Steinbach

# Soziale Netzwerke in gemeinschaftlichen Wohnprojekten

Christine Philippsen

*Beitrag zur Veranstaltung »Familie und soziale Netzwerke« der Sektion Familiensoziologie, in Kooperation mit der Sektion Soziologische Netzwerkforschung – organisiert von Marina Hennig und Anja Steinbach*

## Gemeinschaftliche Wohnprojekte als neue Wohnform

Gemeinschaftliche Wohnprojekte – als eine zwischen Gemeinschaft und Individualität angesiedelte Wohn- und Lebensform – entstehen in Deutschland verstärkt seit den 1970er Jahren. Ihre Vorläufer und Vorbilder reichen jedoch viel weiter zurück, zu den Beginnen ins Mittelalter oder der Genossenschaftsbewegung ins ausgehende 19. Jahrhundert (Novy 1983; Unger 2005). Auch die Kommunebewegung der sechziger Jahre gab wichtige Impulse (Kraushaar 2001). Die Realisierung von Wohnprojekten hat sich besonders in den letzten zehn Jahren merklich beschleunigt (BBSR 2014; Fromm 2012: 391), wobei vor allem die Mehrgenerationenprojekte an Bedeutung zunehmen (BBSR 2012).

In einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt schließen sich Personen aus mehreren Haushalten zu einer Gemeinschaft zusammen. Gewohnt wird in einem oder mehreren Häusern. Fester Bestandteil eines Projekts sind ein Gemeinschaftsraum oder -haus sowie oft weitere gemeinschaftliche Flächen und Räume (Hieber et al. 2005: 6; McCamant, Durrett 2011: 25 ff.). Gemeinschaftliche Wohnprojekte sind selbstverwaltete Wohnformen. So übernehmen einzelne Bewohner/-innen oder Arbeitsgruppen Aufgaben für die Wohngruppe, wie etwa Hausmeistertätigkeiten oder Öffentlichkeitsarbeit (Choi 2004: 1201). Auch der Planungs- und Realisierungsprozess wird maßgeblich von den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern gestaltet und vorangetrieben. Wohnprojekte unterscheiden sich in vielen Kriterien wie Größe, soziale Zusammensetzung, Form der Initiierung, Rechtsform oder architektonische Gestaltung. Am häufigsten finden sich mittelgroße Projekte zwischen 20 und 50 Haushalten<sup>1</sup>. Die soziale Struktur der Projekte unterscheidet sich in erster Linie nach Alter, Geschlecht und Lebenslage der Bewohner/-innen und danach, ob es sich diesbezüglich um homogen oder heterogen zusammengesetzte Projekte handelt (Brech 1999).

---

<sup>1</sup> Eine eindeutige Untergrenze, ab welcher Anzahl Haushalte von einem Wohnprojekt gesprochen wird, existiert nicht. Meist gelten sehr kleine Gemeinschaften als Hausgemeinschaften (Voegen 1989b: 238).

Derzeit existieren deutschlandweit rund 540 Wohnprojekte (Fedrowitz 2015). Mit Blick auf den gesamten Wohnungsmarkt erscheint diese Zahl zwar als relativ gering. Sie spiegelt aber nicht in angemessener Weise die gesellschaftliche Relevanz dieser Wohnform wider, sondern ist vor allem dem langen, komplizierten Umsetzungsprozess der Projekte geschuldet. Darauf deutet die stärkere Nachfrage nach Wohnprojekten im Ausland, wie den Niederlanden oder Dänemark, in denen es umfassendere, stärker institutionalisierte Fördermaßnahmen gibt (Brech 1999: 124 ff.; McCamant, Durrett 2011), sowie die Nachfrage nach und das Interesse an gemeinschaftlichem Wohnen in Deutschland (Fedrowitz, Gailing 2003: 65).

Die zunehmende Verbreitung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten lässt sich interpretieren als Reaktion auf verschiedene gesellschaftliche Wandlungsprozesse, primär den demografischen Wandel. So sucht die wachsende Zahl älterer Menschen heute nach adäquaten Wohnformen. Autonomie und aktives Altern sind der gegenwärtigen älteren Generation wichtiger als früheren Kohorten (Kehl, Then 2013: 42f.). Konventionelle Alten- und Pflegeheime verlieren an Akzeptanz (Krämer 2008) und viele Ältere präferieren eine »Nähe auf Distanz« (Henckmann 1999: 20) zu ihren Kindern und möchten ungern von ihnen versorgt werden. Neben dem zunehmenden Bedürfnis älterer Menschen nach selbstbestimmtem Wohnen steht ein wachsender Unterstützungsbedarf bei gleichzeitig geringeren Unterstützungsstrukturen (Göschel 2010: 248). Die Einnahmen des Sozialstaates verringern sich aufgrund der sinkenden Zahl erwerbsfähiger Menschen (Schulte 2009: 17). Zudem werden Familienangehörige zukünftig nicht mehr in dem Maße Unterstützung leisten können wie bisher (WBfF 2012: 38f.), besonders aufgrund einer wachsenden Zahl Kinderloser sowie einer höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen (Naegele 2011: 91f.). In vielen Wohnprojekten machen ältere Menschen einen Großteil der Bewohner/-innen aus (Choi 2004: 1196), vor allem die Gruppe der Sechzig- bis Achtzigjährigen und Frauen (Glass 2012: 351).

Die zweite große Zielgruppe von Wohnprojekten sind Haushalte mit minderjährigen Kindern, für die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen dringender geworden ist (BMFSFJ 2012; MBV 2008: 6). Auch wenn familiäre Generationenbeziehungen heute durch eine hohe emotionale Nähe und vielfältigen Austausch sozialer Unterstützung gekennzeichnet sind (BMFSFJ 2012: 27f.), wird die Gestaltung familialer Beziehungen auch von Restriktionen bestimmt, etwa der Wohnentfernung (Lauterbach 1998: 114). Besonders mit zunehmendem Bildungsniveau von Eltern und erwachsenen Kindern steigt die Wohnentfernung zwischen ihnen (Lauterbach 1998: 128 f.). Da Bewohner/-innen von Wohnprojekten mehrheitlich zu den Hochgebildeten zählen (Glass 2012: 351), kann bei ihnen eine überdurchschnittlich hohe Wohndistanz zwischen den Generationen unterstellt werden.

Eine Möglichkeit, den zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, stellen informelle, nichtfamiliale Unterstützungsstrukturen im direkten Wohnumfeld dar, die auf gegenseitiger Hilfe basieren (Kremer-Preiß, Stolarz 2003: 7). Als ein solches nichtfamiliales Unterstützungsnetzwerk könnte die Gemeinschaft in einem Wohnprojekt gelten.

## Forschungsstand und Fragestellungen des Beitrags

Sozialer Austausch erfolgt in gemeinschaftlichen Wohnprojekten auf vielen Ebenen: Während in der Planungsphase formelle Treffen Vorrang haben, verlagert sich der Schwerpunkt nach dem Einzug auf die informelle Ebene. Neben Aktivitäten für die ganze Gruppe handelt es sich dabei oft um persönliche Kontakte einzelner Personen. Auf dieser Ebene ist der Austausch sozialer Unterstützung besonders wichtig: Sich gegenseitig im Alltag zu helfen, nennen Bewohner/-innen als eines der zentralsten Motive für den Einzug in ihr Projekt (Garciano 2011; Glass 2009: 297). Weitere wichtige Motive sind die Verhinderung von Einsamkeit, das Erleben von Gemeinschaft, Verbundenheit und Geborgenheit sowie gemeinsame Freizeitgestaltung (Brenton 2001; Margolis, Entin 2011). Bei diesen Motivlagen stehen zum einen zwanglose, gesellige Interaktionen und zum anderen emotional engere, freundschaftliche Beziehungen im Mittelpunkt. Als noch relativ gut erforscht gelten kann der gesellige Austausch, der häufig auf Ebene der gesamten Gruppe oder kleinerer Untergruppen erfolgt (vergleiche Choi 2004: 1201 ff.; Hieber et al. 2005: 73; Voegen 1989a: 102 ff.). Demgegenüber ist die Forschungslage zu Freundschaften oberflächlich und widersprüchlich. In der einen Studie wird berichtet, dass zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern in vielen Fällen ein intensiviertes, nachbarschaftliches Verhältnis besteht, während sich zwischen einigen engere, freundschaftliche Bindungen aufbauen (KDA 2000: 101). In der anderen Studie betonen Befragte, dass die Beziehungen eher unverbindlich sind und nicht den Ansprüchen an Freundschaften genügen (Voegen 1989b: 286). Ein angemessenes Verhältnis von Distanz und Nähe zu finden, ist vor allem aufgrund der hohen räumlichen und zugleich sozialen Nähe der Bewohner/-innen, ein zentrales Thema in Wohnprojekten (Jarvis 2011: 569 f.; Schulz-Nieswandt et al. 2012: 126 f.).

Der Austausch sozialer Unterstützung ist etwas besser erforscht, aber auch hier fehlen tiefergehende Erkenntnisse. Typische Unterstützungsleistungen in Wohnprojekten sind kleinere Hilfen im Alltag, wie etwa der Austausch von Alltagsgegenständen oder die Versorgung der Wohnung im Urlaub, sowie Besorgungen für Kranke, Kleinreparaturen, Kinderbetreuung, Car-sharing und Einkaufsgemeinschaften (Hieber et al. 2005: 78 ff.; Jarvis 2011: 567; KDA 2000: 64f.; Margolis, Entin 2011: 6). Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die emotionale Unterstützung über alltägliche Kommunikation und die Möglichkeit, sich bei Gesprächsbedarf über persönliche Probleme an andere aus der Gruppe wenden zu können (Hieber et al. 2005: 79). Die Wohngruppe bildet folglich ein verlässliches soziales Netz, auf das die Bewohnerinnen und Bewohner jederzeit zurückgreifen können (Binner et al. 2011: 180 f.). Die Übernahme von langfristigen, aufwändigen Hilfeleistungen, vor allem Pflege, wird in Wohnprojekten »nicht unter nachbarschaftlicher Hilfe verstanden« (Hieber et al. 2005: 38) und häufig per Konzeption ausgeschlossen. In diesen Fällen greifen die Bewohner/-innen eher auf externe Hilfequellen informeller oder formeller Art zurück, das heißt auf enge Bezugspersonen oder ambulante Pflegedienste (KDA 2000: 101; Schulz-Nieswandt et al. 2012: 125). Soziale Unterstützung in Wohnprojekten geht insgesamt häufig über jene in konventionellen Nachbarschaften hinaus (Binner et al. 2011; Williams 2005: 147), muss dies aber nicht zwingend, wenn es nicht erwünscht ist (Voegen 1989b: 358 ff.).

Ambivalent sind Formulierungen, mit denen Bewohner/-innen selbst die Beziehungen in ihrer Wohngruppe umschreiben: Es finden sich Projektamen wie *Wahlverwandtschaft* oder *Woh-*

nen mit Freunden, Projektziele wie ‚verlässliche‘ und ‚verbindliche‘ Nachbarschaft oder Umschreibungen von Befragten, die von »Großfamilie ohne Verwandtschaft« sprechen (Voegen 1989a: 105). Sozialkontakte im Wohnprojekt werden folglich verglichen mit den klassischen Beziehungsformen Familie, Freundschaft und Nachbarschaft, die jeweils ganz unterschiedliche Spezifika und Funktionen aufweisen. Strukturell können soziale Beziehungen in Wohnprojekten charakterisiert werden als räumlich nah, (relativ) frei gewählt, nicht hierarchisch und kaum institutionalisiert, und somit offen in der konkreten Ausgestaltung der Beziehungen. Zudem sind die Kontakte eingebettet in ein klar umgrenztes soziales Netzwerk. In diesem Beitrag soll die Gestaltung der sozialen Beziehungen und die Einbindung der Bewohner/-innen in ihre Gemeinschaft im Hinblick auf Freundschaften und den Austausch sozialer Unterstützung beleuchtet werden. Darüber lässt sich herausarbeiten, welchen (Mehr-)Wert das Leben im Wohnprojekt den Bewohnerinnen und Bewohnern – auch vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen – bietet, im Sinne von aktivierbarem Sozialkapital. Es wird vermutet, dass sich in dieser Hinsicht Differenzen zwischen verschiedenen Bewohnergruppen zeigen. Während etwa alleinlebende Personen in den sozialen Beziehungen zu anderen eventuell Ersatz bzw. Kompensation für fehlende, nah stehende Personen ihres persönlichen Netzwerks suchen, benötigen Eltern minderjähriger Kinder möglichenfalls eher praktische Entlastung im Alltag.

## Methode und Daten

Im Rahmen einer schriftlichen Befragung wurden zwischen April und Oktober 2010 insgesamt 220 Bewohner/-innen aus sieben gemeinschaftlichen Wohnprojekten in Nordrhein-Westfalen befragt. In Ermangelung offizieller Quellen basiert die Stichprobenziehung auf einer eigenen Liste mit 90 realisierten Wohnprojekten<sup>2</sup>. Mehrgenerationenprojekte machen die größte Gruppe bei den ermittelten Projekten aus. Ihnen wird derzeit das größte Entwicklungspotential zugeschrieben (BBSR 2012), weshalb sich die vorliegende Studie auf diesen Projekttyp konzentriert. So wurden fünf Jung-Alt-Projekte über eine geschichtete Zufallsauswahl nach dem Kriterium der Gruppengröße gezogen. Des Weiteren wurde ein 50plus- sowie ein reines Familien-Projekt befragt. Die nachfolgend präsentierten Ergebnisse beziehen sich nur auf die Zielgruppe der fünf Jung-Alt-Projekte (n=171). Organisiert war die Erhebung als Gruppenbefragung vor Ort, an je ein oder zwei Terminen pro Wohngruppe. Dies bot einerseits einen guten Einblick in die räumlichen Gegebenheiten der Projekte und andererseits die Möglichkeit für Rückfragen oder Unterstützung beim Ausfüllen des Fragebogens. Zumeist füllten die Bewohner/-innen ihren Fragebogen selbständig aus.

Erhoben wurden Gesamtnetzwerke, das heißt befragt werden sollten möglichst alle Erwachsenen einer Wohngruppe. Ziel war es, auf diese Weise ein möglichst umfassendes Bild des Lebens in den Wohnprojekten, auch von eventuell weniger engagierten und in die Gruppe eingebundenen Bewohnerinnen und Bewohnern, zu erhalten. Dies konnte in den fünf Wohnprojek-

---

<sup>2</sup>Für die über einen Zeitraum von 2007 bis 2010 kontinuierlich aktualisierte Liste wurden Informationen aus zahlreichen Quellen zusammengetragen. Hierzu zählten unter anderem Fachtagungen, Veröffentlichungen, Projektbörsen im Internet sowie Projektlisten von wichtigen regionalen Akteuren.



ten mit Rücklaufquoten zwischen 83 und 97 Prozent realisiert werden. Ein großer Fragenkomplex erhob die sozialen Beziehungen der Bewohner/-innen untereinander. Hierbei wurden bewährte Verfahren der Erhebung sozialer Netzwerke eingesetzt, etwa eine Adaption des Fischer-Instruments (McCallister, Fischer 1978).

Die Gruppengröße der fünf Projekte variiert zwischen knapp 20 und über 70 erwachsenen Bewohner/-innen. Es folgt eine kurze Beschreibung der Stichprobe (Tabelle 1). Im Mittel sind die Bewohnerinnen und Bewohner der fünf Jung-Alt-Projekte 56 Jahre alt mit einer Spanne zwischen 24 und 87 Jahren. 60 Prozent zählen zu den Fünfzig- bis Neunundsiebzigjährigen, während mit knapp drei Prozent kaum Personen über 80 Jahre in den Projekten leben. Frauen sind mit durchschnittlich 72 Prozent deutlich überrepräsentiert. Mit 45 Prozent sind Haushalte, in denen Frauen alleine leben, am häufigsten vertreten, während es kaum allein lebende Männer gibt. Frauen und Männer, die mit Partner/-in und ohne Kinder im Haushalt leben, machen 27 Prozent der Befragten aus. 21 Prozent leben mit Kindern zusammen, wobei es sich dabei eher um Elternpaare und weniger um Alleinerziehende handelt. In einzelnen Wohnprojekten leben sogar nur ein oder zwei Haushalte mit Kindern. Die Bewohner/-innen sind mehrheitlich hoch gebildet: 69 Prozent verfügen über die (Fach)Hochschulreife.

*Tab. 1: Stichprobenbeschreibung*

	N	%
18-49 Jahre	63	37,1
50-64 Jahre	47	27,6
65-79 Jahre	55	32,4
ab 80 Jahre	5	2,9
Frauen	123	71,9
Männer	48	28,1
Frau, allein lebend	76	44,7
Mann, allein lebend	12	7,1
Person in Paarhaushalt ohne Kind	46	27,1
Person in Paarhaushalt mit Kind	29	17,1
Frau, allein erziehend	7	4,1
ohne Schulabschluss / Haupt-/Volksschule	22	13,0
mittlere Reife/Realschule	30	17,6
(Fach)Hochschulreife	118	69,4
<b>gesamt</b>	<b>171</b>	<b>100,0</b>

*Quelle: Eigene Erhebung und Berechnung.*

## Ergebnisse

Im Rahmen einer offenen Frage, was den Bewohner/-innen am Leben in ihrem Wohnprojekt besonders gut gefällt, verweisen die Antworten auf einen insgesamt vertrauensvollen, wenig distanzierten Umgang innerhalb der Gruppe. Positiv hervorgehoben werden der unkomplizierte, spontane Austausch untereinander, das Eingebundensein in eine feste Gemeinschaft und zugleich die Möglichkeit zum Rückzug, die vielfältigen Gelegenheiten zur gemeinsamen Freizeitgestaltung, die selbstverständliche gegenseitige Unterstützung im Alltag sowie ein allgemeines Gefühl der Sicherheit. Auf eine weitere offene Frage nach negativen Aspekten des Zusammenlebens werden teils Gefühle sozialer Kontrolle genannt, die sicherlich primär aus der hohen räumlichen Nähe resultieren. Überdies kommt es teils zu Konflikten, da sich Bewohner/-innen aufgrund von divergierenden familialen und beruflichen Belastungen unterschiedlich stark für ihre Gruppe engagieren (können).

Des Weiteren wurde untersucht, ob auch emotional enge Beziehungen bzw. Freundschaften unter den Bewohnerinnen und Bewohnern entstehen. 69 Prozent der Bewohner/-innen der fünf Jung-Alt-Projekte haben in ihrer Wohngruppe eine oder mehrere Personen, mit denen sie sich sehr eng verbunden fühlen und die sich umgekehrt auch mit ihnen sehr eng verbunden fühlen (reziproke Wahl). Von diesen 69 Prozent sind ein Viertel der Personen mit einer Person in ihrer Wohngruppe sehr verbunden, weitere 52 Prozent mit zwei bis vier Personen und 23 Prozent mit mehr als fünf Personen.

Zum Austausch sozialer Unterstützung wurde untersucht, von wem aus ihrem persönlichen Netzwerk die Bewohnerinnen und Bewohner primär bestimmte Hilfeleistungen erhalten, wenn sie Bedarf daran haben. So wurde für zehn Hilfeleistungen (acht instrumentelle und zwei emotionale) erfragt, wer den Bewohner/-innen hierbei in erster Linie hilft: Personen aus dem Wohnprojekt oder andere Personen, wie Familienangehörige oder Freunde. Primär unterstützen sich die Bewohner/-innen mit kleineren Gefälligkeiten im Alltag, wie etwa beim eigenen Einkauf etwas füreinander mitbringen oder sich bei Abwesenheit um die Wohnung kümmern (Tabelle 2). Auch bei der Versorgung bei kurzfristiger Krankheit, kleineren Arbeiten in der Wohnung und der Beaufsichtigung der Kinder greifen die Bewohner/-innen eher auf die Hilfe aus dem Wohnprojekt zurück als auf andere persönliche Kontakte.

Tab. 2: Erhaltene Hilfeleistungen aus dem persönlichen Netzwerk

	in %		<b>gesamt* abs.</b>
	Person aus Wohnprojekt	andere Personen	
kleinere Gefälligkeiten / Hilfen im Alltag (z.B. vom Einkauf etwas mitbringen, Versorgung der Wh. bei Abwesenheit)	80,2	19,8	<b>167</b>
Versorgung bei kurzfristiger Krankheit (z.B. Hilfe im Haushalt, Einkäufe erledigen)	60,7	39,3	<b>135</b>
Hilfe bei kleineren Arbeiten in der Wohnung (z.B. Reparatur von elektrischen Geräten, Möbel rücken)	58,9	41,1	<b>151</b>
Beaufsichtigung der Kinder / des Kindes	54,1	45,9	<b>37</b>
Begleitung in verschiedenen Situationen	40,3	59,7	<b>62</b>
sachliche Beratung in versch. Situationen	33,6	66,4	<b>131</b>
Trost spenden, wenn man sich niedergeschlagen fühlt oder einem zum Weinen zumute ist	25,5	74,5	<b>145</b>
Pflegeleistungen	23,5	76,5	<b>51</b>
Hilfe im Haushalt	17,1	82,9	<b>76</b>
persönlicher Rat bei wichtigen Entscheidungen (z.B. über die Familie oder die Arbeit)	13,3	86,7	<b>143</b>

In anderen Situationen suchen die Bewohnerinnen und Bewohner eher Unterstützung bei sonstigen Personen aus ihrem persönlichen Netzwerk, vor allem beim Bedarf an emotionaler Unterstützung (Trost spenden, persönlicher Rat bei wichtigen Entscheidungen), an Hilfe im Haushalt sowie Pflegeleistungen. Dennoch gibt es bei allen zehn Hilfeleistungen einen Teil der Bewohnerschaft, die diese Hilfe von Personen aus ihrem Wohnprojekt erhalten.

In einem weiteren Schritt wurde analysiert, ob sich verschiedene Bewohnergruppen in der Einbindung in ihre Wohngruppe hinsichtlich bestehender Freundschaften und dem Austausch sozialer Unterstützung unterscheiden. Für diesen Beitrag wurden die drei Merkmale Geschlecht, Zusammenleben mit Kind(ern) und Zusammenleben mit einem Partner/einer Partnerin betrachtet. Der Austausch sozialer Unterstützung wurde aus vier Blickwinkeln analysiert: der Erhalt von instrumenteller und emotionaler Unterstützung sowie die Erbringung von instrumenteller und emotionaler Unterstützung. Diese vier Variablen sind jeweils dichotom kodiert. Unterschieden werden hoch und gering integrierte Personen, die sich in der Anzahl von Bewohner/-innen unterscheiden, von denen sie Hilfe erhalten bzw. denen sie Hilfe leisten (Tabelle 3).

Frauen haben tendenziell mehr Freunde im Wohnprojekt als Männer und sind tendenziell etwas stärker in den Austausch emotionaler Unterstützung involviert, wobei sie sich nur beim Erhalt emotionaler Unterstützung signifikant von den Männern unterscheiden. Hinsichtlich des Austauschs instrumenteller Unterstützung zeigt sich, dass Frauen tendenziell von mehr Bewohner/-innen Hilfe erhalten und – auf schwach signifikantem Niveau – weniger Bewohner/-innen Hilfe erbringen als Männer.

Tab. 3: Partielle Korrelationen

	Geschlecht (0=w, 1=m)	Kind(er) im Haushalt <sup>b</sup>	Partner/-in im Haushalt <sup>b</sup>
Anzahl Freundschaften (reziproke Wahl)	-0,11	0,10	-0,20*
Erhaltene emotionale Unterstützung <sup>a</sup>	-0,18*	-0,03	-0,20**
Geleistete emotionale Unterstützung <sup>a</sup>	-0,13	-0,16*	-0,11
Erhaltene instrumentelle Unterstützung <sup>a</sup>	-0,11	0,12	-0,22**
Geleistete instrumentelle Unterstützung <sup>a</sup>	0,13 <sup>†</sup>	0,02	-0,06

n=136 (Freundschaften) bzw. 170 (soziale Unterstützung)

\*\* p≤0,01; \* p≤0,05; † p≤0,10

partielle Korrelationen jeweils unter Kontrolle der übrigen zwei Variablen

a 0=gering integriert, 1=hoch integriert; b 0=nein, 1=ja

Personen, die mit Kind(ern) zusammenleben, leisten für signifikant weniger Bewohner/-innen emotionale Unterstützung. Zudem erhalten sie von tendenziell mehr Personen instrumentelle Unterstützung als Personen, die nicht mit Kindern zusammenleben.

Den stärksten Einfluss auf die Gestaltung der sozialen Beziehungen hat das Zusammenleben mit einem Partner/einer Partnerin. So haben Bewohnerinnen und Bewohner<sup>3</sup> ohne Partner/-in im Haushalt signifikant mehr Freunde im Wohnprojekt und erhalten von signifikant mehr Personen emotionale und auch instrumentelle Unterstützung. Tendenzuell leisten sie auch mehr emotionale Unterstützung als Personen aus Partnerhaushalten.

## Diskussion und Fazit

Die Analysen zeigen, dass innerhalb der Wohngruppen insgesamt ein vertrauter, wenig distanzierter Umgang vorherrscht. Zugleich haben mehr als zwei Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner mindestens eine Person in ihrer Gruppe gefunden, mit der sie sich freundschaftlich verbunden fühlen. Entgegen den Befunden der Studie von Voesgen (1989b) bietet das Wohnprojekt offensichtlich einen adäquaten Rahmen, in dem emotional enge Kontakte entstehen können. Es wird aber von einer eher selektiven Freundschaftswahl ausgegangen, da drei Viertel der Befragten mit einer bis vier Personen freundschaftlich verbunden sind.

<sup>3</sup> 87 Prozent der Bewohner/-innen, die ohne Partner/-in im Haushalt leben, sind Frauen.

Hinsichtlich der ausgetauschten Hilfeleistungen zeigt sich, dass die Bewohner/-innen in erster Linie füreinander soziale Unterstützung in den Bereichen erbringen, bei denen die räumliche Nähe relevant ist und die teils spontan erbracht werden müssen. In diesen Situationen scheint ein Vorteil der Kontakte im Wohnprojekt gegenüber anderen sozialen Beziehungen zu liegen, da Hilfe durch die schnelle gegenseitige Erreichbarkeit leichter organisiert werden kann. Demgegenüber spielen solche Hilfeleistungen eine eher untergeordnete Rolle, die eine hohe Intimität und Vertrautheit erfordern, wie emotionale Unterstützung und Pflege, oder die langfristig und mit hohem zeitlichem Aufwand erbracht werden müssen, wie Hilfe im Haushalt und Pflege. Es kann vermutet werden, dass sich hier die Bewohner/-innen am ehesten an nahe Familienangehörige oder enge Freunde wenden. Dies zeigen auch andere Studien (Binner et al. 2011; Hieber et al. 2005: 78 ff.; Voegen 1989b: 356). Dass jedoch auch teils intimere und zeitlich aufwendigere Hilfen füreinander geleistet werden, wie Pflege und emotionale Unterstützung, ergaben bisherige Studien nicht.

Wie in anderen empirischen Studien aus Nordeuropa und den USA (Choi 2004: 1196; Glass 2013: 351) sind Frauen in den fünf untersuchten Jung-Alt-Projekten deutlich überrepräsentiert. Frauen pflegen tendenziell mehr Freundschaften in ihrer Wohngruppe und sind stärker in den Austausch emotionaler Unterstützung eingebunden als Männer. Dies lässt sich erstens über die Wirksamkeit des Homophilieprinzips erklären. So wurde in den Projekten Geschlechtshomophilie bei der Freundschaftswahl nachgewiesen (Philippsen 2014: 182 ff.). Dies bedeutet, dass für die Männer deutlich weniger potentielle enge Vertrauenspersonen zur Wahl stehen als für die Frauen. Zweitens ergaben frühere Analysen dieser Stichprobe, dass den Frauen der Aufbau enger Bindungen und der Austausch emotionaler Unterstützung wichtiger ist als den Männern (Gierse, Wagner 2012: 74f.). So sind es anscheinend Differenzen in Gelegenheiten und Präferenzen, die zu den berichteten Geschlechterunterschieden führen. Männer nennen andere Aspekte, die ihnen am gemeinschaftlichen Wohnen wichtig ist: ein geselliger Austausch auf Ebene der gesamten Wohngruppe und sich für die Gruppe engagieren zu können (Gierse, Wagner 2012: 74). Besonders letzterer Punkt spiegelt sich im höheren Engagement der Männer bei der Erbringung instrumenteller Unterstützung für die anderen Bewohner/-innen.

Knapp ein Viertel der Befragten der fünf Jung-Alt-Projekte leben in Haushalten mit Kindern, wobei ihr Anteil stark zwischen den einzelnen Projekten schwankt. Dass Mehrgenerationenprojekte oft weniger junge Familien für den Einzug in ihr Projekt gewinnen können als zuvor geplant, ist aus dem professionellen Kontext der Wohnprojektlandschaft bekannt. Dies liegt wohl vor allem daran, dass junge Familien einen weniger langfristigen Planungshorizont haben als ältere Personen. Junge Familien leisten weniger emotionale Unterstützung, aber nicht weniger instrumentelle Unterstützung als Personen ohne Kinder im Haushalt. Zugleich erhalten sie tendenziell mehr instrumentelle Unterstützung. Dieser Aspekt korrespondiert mit früheren Analysen, wonach sich Mütter und Väter stärker Hilfe im Alltag wünschen als Personen ohne Kinder im Haushalt (Gierse, Wagner 2012: 74). Aus den Analysen lässt sich schließen, dass junge Familien einerseits wichtige Ressourcen in ihrer Wohngruppe aktivieren können, besonders um ihren Alltag zu entlasten, und andererseits auch relevante Fertigkeiten – vor allem praktischer Art – in ihre Wohngruppe einbringen.

56 Prozent der Befragten leben nicht mit einem Partner/einer Partnerin zusammen. Fast 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Die Alleinlebenden erhalten deutlich mehr emotionale und auch

instrumentelle Unterstützung und haben auch signifikant mehr Freunde in ihrer Wohngruppe als Personen mit Partner/-in im Haushalt. Diese Resultate legen nahe, dass die Sozialkontakte in den Wohnprojekten für diese Personengruppe besondere Relevanz haben, da sie wichtige Funktionen im persönlichen Netzwerk übernehmen und somit zumindest teilweise Kompensation für das Fehlen eines Partners/einer Partnerin leisten können.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die sozialen Beziehungen in gemeinschaftlichen Wohnprojekten und die sich darin entwickelnden Formen des sozialen Austauschs für verschiedene Bewohnergruppen wichtige Funktionen im persönlichen Netzwerk übernehmen können. Diese Folgerung soll jedoch nicht zu der Annahme verleiten, dass das gemeinschaftliche Wohnprojekt eine für alle Menschen geeignete Wohnform darstellt. Grundvoraussetzungen sind persönliche Eigenschaften, wie »ein gewisses Maß an Toleranz« und »Respekt vor der Andersartigkeit« der Anderen (Hieber et al. 2005: 30) sowie die Bereitschaft, sich selbst engagieren zu wollen. Zudem trägt der in Deutschland bislang komplizierte und aufwendige Planungs- und Realisierungsprozess mit dazu bei, dass diese Wohnform überwiegend von höher gebildeten Personen präferiert wird<sup>4</sup>. Zukünftig wird jedoch von einer zunehmenden quantitativen Verbreitung von Wohnprojekten ausgegangen, wie die Autoren einer Studie des BBSR (2012b) folgern: »Aus den bisher vorliegenden Zahlen und der laufenden Beobachtung ist auch für die Zukunft ein weiteres Anwachsen der Zahl gemeinschaftlicher Wohnprojekte in allen Rechtsformen zu erwarten, insbesondere mit einem Mehrgenerationen-Ansatz«.

---

<sup>4</sup> So wird vermutet, dass Höher Gebildete über mehr soziale und fachliche Fertigkeiten sowie mehr Motivation und Durchhaltevermögen verfügen (KDA 2000: 101).

## Literatur

- BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2012: Mehrgenerationen-Wohnprojekte in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Forschungsprojekt des BBSR, [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ReFo/Wohnungswesen/2011/Mehrgenerationen\\_Wohnen/01\\_Start.html?nn=445820](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ReFo/Wohnungswesen/2011/Mehrgenerationen_Wohnen/01_Start.html?nn=445820) (letzter Aufruf 12. Juni 2015).
- BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2014: Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften, [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonder\\_veroeffentlichungen/2014/DL\\_NeuesWohnen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonder_veroeffentlichungen/2014/DL_NeuesWohnen.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (letzter Aufruf 12. Juni 2015).
- Binner, U., Ortmann, K., Zimmermann, R.-B. 2011: Mehrgenerationenwohnen. Soziale Unterstützung in einem Wohnprojekt. *Soziale Arbeit*, 60. Jg., Heft 5, 176–182.
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012: Achter Familienbericht. Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Berlin.
- Brech, J. 1999: Ein Wandel im Wohnen in der Zeit des Umbruchs. Eine Studie zu neuen Wohnformen. In Wüstenrot Stiftung (Hg.), *Neue Wohnformen*. Stuttgart, Berlin; Köln: Kohlhammer, 81–151.
- Brenton, M. 2001: Older people's CoHousing Communities. In S. M. Peace, C. Holland (Hg.), *Inclusive housing in an ageing society. Innovative approaches*. Bristol: The Policy Press, 169–188.
- Choi, J. S. 2004: Evaluation of community planning and life of senior cohousing projects in northern European countries. *European Planning Studies*, 12. Jg., Heft 8, 1188-1216.
- Fedrowitz, M. 2013: Gemeinschaftliches Wohnen in Deutschland, [www.gemeinschaftswohnprojekte.de](http://www.gemeinschaftswohnprojekte.de) (letzter Aufruf 12. Juni 2015).
- Fedrowitz, M., Gailing, L. 2003: Zusammen wohnen. Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Strategie sozialer und ökologischer Stadtentwicklung. *Blaue Reihe. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung* 112. Dortmund: Universität Dortmund.
- Fromm, D. 2012: Seeding Community: Collaborative Housing as a Strategy for Social and Neighbourhood Repair. *Built Environment*, 38. Jg., Heft 3, 364–394.
- Garciano, J. 2011: Affordable Cohousing: Challenges and Opportunities for Supportive Relational Networks in Mixed-Income Housing. *Journal of Affordable Housing & Community Development Law*, 20. Jg., Heft 2, 169–192.
- Gierse, C., Wagner, M. 2012: Gemeinschaftliche Wohnprojekte – eine Wohnform für alle sozialen Lagen und Lebensalter? *Zeitschrift für Sozialreform*, 58. Jg., Heft 1, 59–82.
- Glass, A. P. 2009: Aging in a Community of Mutual Support: The Emergence of an Elder Intentional Cohousing Community in the United States. *Journal of Housing for the Elderly*, 23. Jg., 283–303.
- Glass, A. P. 2012: Elder Co-Housing in the United States: Three Cases Studies. *Built Environment*, 38. Jg., Heft 3, 345–363.
- Göschel, A. 2010: Gemeinschaftliches Wohnen: (K)ein neuer Wohnungsmarkt? In vhw FWS Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5, 247–251. [http://www.vhw.de/fileadmin/user\\_upload/Download-Dokumente/St%C3%A4dtenetzwerk/Gemeinschaftliches\\_Wohnen\\_FWS\\_5\\_10\\_G%C3%B6schel.pdf](http://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/Download-Dokumente/St%C3%A4dtenetzwerk/Gemeinschaftliches_Wohnen_FWS_5_10_G%C3%B6schel.pdf) (letzter Aufruf 16. August 2013).
- Henckmann, A. 1999: Aufbruch in ein gemeinsames Altern. Neue Wohnformen im Alter am Beispiel des Modellprojektes »Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter«. Opladen: Leske + Budrich.
- Hieber, A., Mollenkopf, H., Wahl, H.-W., Oswald, F. 2005: Gemeinschaftliches Wohnen im Alter: Von der Idee bis zum Einzug. Deutsches Zentrum für Altersforschung an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, [http://www.psychologie.uni-heidelberg.de/mediendaten/ae/apa//fb20\\_gemwohnen.pdf](http://www.psychologie.uni-heidelberg.de/mediendaten/ae/apa//fb20_gemwohnen.pdf) (letzter Aufruf 26. Dezember 2012).
- Jarvis, H. 2011: Saving space, sharing time: integrated infrastructures of daily life in cohousing. *Environment and Planning*, 43. Jg., Heft 3, 560–577.
- KDA, Kuratorium Deutsche Altershilfe 2000: Vom Idealismus zum Realismus. Über fünfzehn Jahre gemeinschaftliches Wohnen älterer Menschen in den Niederlanden. Köln: KDA.

- Kehl, K., Then, V. 2013: Community and Civil Society Returns of Multi-generation Cohousing in Germany. *Journal of Civil Society*, 9. Jg., Heft 1, 41–57.
- Krämer, S. 2008: Demografischer Wandel - neue Wohnformen im Alter? *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 31. Jg., Heft 2, 337–349.
- Kraushaar, W. 2001: Denkmodelle der 68er-Bewegung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 22–23, 14–27.
- Kremer-Preiß, U., Stolarz, H. 2003: Neue Wohnkonzepte für das Alter und praktische Erfahrungen bei der Umsetzung – eine Bestandsanalyse. Köln: KDA, Bd. 1.
- Lauterbach, W. 1998: Die Multilokalität später Familienphasen. Zur räumlichen Nähe und Ferne der Generationen. *Zeitschrift für Soziologie*, 27. Jg., Heft 2, 113–132.
- Margolis, D., Entin, D. 2011: Report on Survey of Cohousing Communities 2011, [http://www.cohousing.org/docs/2011/survey\\_of\\_cohousing\\_communities2011.pdf](http://www.cohousing.org/docs/2011/survey_of_cohousing_communities2011.pdf) (letzter Aufruf 19. April 2012).
- Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) 2008: Neues Wohnen mit Nachbarschaft. Wohnprojekte von Baugruppen, Genossenschaften und Investoren. Düsseldorf.
- McCallister, L., Fischer, C. S. 1978: A Procedure for Surveying Personal Networks. *Sociological Methods & Research*, 7. Jg., Heft 2, 131–148.
- McCament, K., Durrett, C. 2011: *Creating cohousing. Building sustainable communities*. Gabriola Island: New Society Publishers.
- Naegele, G. 2011: Demografischer Wandel: Mega-Herausforderungen für die Sozialpolitik. *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*, Heft 2, 88–97.
- Novy, K. 1983: *Genossenschafts-Bewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform*. Berlin: Transit-Buchverlag.
- Philippsen, C. 2014: *Soziale Netzwerke in gemeinschaftlichen Wohnprojekten. Eine empirische Analyse von Freundschaften und sozialer Unterstützung*. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich UniPress.
- Schulte, E. 2009: *Mehrgenerationenwohnen. Eine Antwort auf die Herausforderungen des demographischen und sozialen Wandels?* Hamburg: Diplomica Verlag.
- Schulz-Nieswandt, F., Köstler, U., Langenhorst, F., Marks, H. 2012: *Neue Wohnformen im Alter. Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Unger, H. 2005: *Die Beginen. Eine Geschichte von Aufbruch und Unterdrückung der Frauen*. Freiburg im Breisgau, Basel, Wien: Herder Verlag.
- Voesgen, H. 1989a: Stunden der Nähe – Tage der Distanz. Zum Verhältnis von Distanz und Nähe in Wohngruppen. In J. Brech (Hg.), *Neue Wohnformen in Europa. Berichte des vierten internationalen Wohnbund-Kongresses in Hamburg*. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 94–107.
- Voesgen, H. 1989b: Stunden der Nähe – Tage der Distanz. In U. Schneider, W. Siebel, H. Voesgen, H.-N. Mayer (Hg.), *Wandel des Wohnverhaltens*. Oldenburg, 231–412, [www.irbnet.de/daten/rswb/92009500561.pdf](http://www.irbnet.de/daten/rswb/92009500561.pdf) (letzter Aufruf 25. Februar 2010).
- WBfF, Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen 2012: *Generationenbeziehungen. Herausforderungen und Potenziale: Gutachten für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Wiesbaden: Springer VS.
- Williams, J. 2005: Sun, Surf and Sustainable Housing – Cohousing, the Californian Experience. *International Planning Studies*, 10. Jg., Heft 2, 145–177.



# Familie als Netzwerk?

Hilfen jenseits von Haushaltsgrenzen

Bettina Isengard, Ronny König und Marc Szydlík

*Beitrag zur Veranstaltung »Familie und soziale Netzwerke« der Sektion Familiensoziologie, in Kooperation mit der Sektion Soziale Netzwerke – organisiert von Marina Hennig und Anja Steinbach*

Die öffentlich wie auch wissenschaftlich viel thematisierte und diskutierte Debatte um die *Krise der Familie* hat zahlreiche Gesichter: Angehörige, so wird behauptet, gehen verstärkt eigene Wege, ein verlässlicher Zusammenhalt sei kaum erkennbar, Partner trennen sich, Eltern und Kinder stünden entweder in permanentem Konflikt oder hätten sich nichts mehr zu sagen. Dies gilt besonders für Familienbeziehungen, die durch getrennte Haushalte geprägt sind. Der Niedergang bzw. Zerfall der Familie, teilweise ist sogar vom »Tod der Familie« (Peuckert 2012: 1) die Rede, wird dabei vor allem auf Basis demografischer und sozialer Veränderungen geführt. So markieren der Rückgang von Fertilität, Heiratsneigung und Haushaltsgrößen bei einem gleichzeitigen Anstieg der Scheidungsziffern den vermeintlichen familialen Bedeutungsverlust (zum demografischen und sozialen Wandel siehe z.B. den Überblick bei Hoff 2006).

Darüber hinaus zeigen sich bedeutende Herausforderungen auf gesellschaftlicher Ebene, die sich nachhaltig auf die Institution Familie auswirken können. Ökonomische Transformationsprozesse wie Globalisierung und Flexibilisierung mit den damit einhergehenden Unsicherheiten sowie der gleichzeitige Rückzug des Wohlfahrtsstaates setzen die einzelnen Angehörigen, Familien insgesamt und allgemein das soziale Netzwerk verstärkt unter Druck (Szydlík 2016).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern Familie heutzutage überhaupt als soziales Netzwerk begriffen werden kann, und zwar vor allem dann, wenn man nicht (mehr) im selben Haushalt lebt. Daher widmet sich der vorliegende Beitrag den Unterstützungsleistungen in Form von Zeit und Geld zwischen nicht-koresidenten Angehörigen. Die zentrale Forschungsfrage lautet: In welchem Ausmaß zeigen sich zeitliche und finanzielle Transfers über Haushaltsgrenzen hinweg? Dabei wird zwischen Eltern, erwachsenen Kindern, Enkeln, anderen Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten unterschieden. Einbezogen sind a) praktische Hilfen im Haushalt und Garten, bei Reparaturen oder beim Einkaufen, b) bürokratische Hilfen zum

Beispiel beim Ausfüllen von Formularen, c) persönliche Pflege, d) finanzielle Unterstützungen in Form von Geld oder Sachgeschenken sowie e) Enkelbetreuung.

Die Untersuchung bezieht sich auf 14 europäische Länder auf der Basis des *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* (SHARE)<sup>1</sup>. Zunächst werden Hilfeleistungen in sozialen Netzwerken insgesamt betrachtet, bevor in einem zweiten Schritt spezieller auf intergenerationale Solidarität eingegangen wird. Nach der Darstellung und Diskussion der empirischen Befunde folgt ein kurzes Fazit.

## Hilfeleistungen in sozialen Netzwerken

Netzwerke lassen sich ganz allgemein definieren als »eine abgegrenzte Menge von Knoten oder Elementen und der Menge der zwischen ihnen verlaufenden sogenannten Kanten. [...] Die Knoten oder Elemente sind die Akteure, zum Beispiel Personen [...]. Die Kanten sind die zwischen ihnen verlaufenden Beziehungen oder Relationen« (Jansen 2006: 58; zur allgemeinen Netzwerkanalyse siehe auch Hennig et al. 2012). Auf den zwischenmenschlichen Bereich bezogen bedeutet dies, dass einzelne Akteure durch soziale Interaktionen miteinander verbunden sind. Wie frühere familiensoziologische Befunde zeigen, setzen sich die persönlichen Netzwerke vor allem aus verwandtschaftlich verbundenen Interaktionspartnern zusammen, aber auch der Freundeskreis ist – mit großem Abstand zu Partnern und Kindern – als Netzwerk relevant (Baas 2008). (Gegenseitige) Hilfe und Unterstützung in Netzwerken ist demnach im Prinzip also weder an einen gemeinsamen Haushalt noch an biologische oder soziale Verwandtschaft gebunden.

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden zunächst untersucht werden, wer als zentrales soziales Unterstützungsnetzwerk fungiert. Die Stichprobe umfasst Personen ab 50 Jahren und ihre (jüngeren) Partnerinnen bzw. Partner. Die vorliegende Untersuchung dokumentiert die sozialen Unterstützungsnetzwerke von Haushalten. Die Analysen beziehen sich damit auf 27.288 Haushalte in 14 Ländern: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, die Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, die Schweiz, Spanien und die Tschechische Republik.

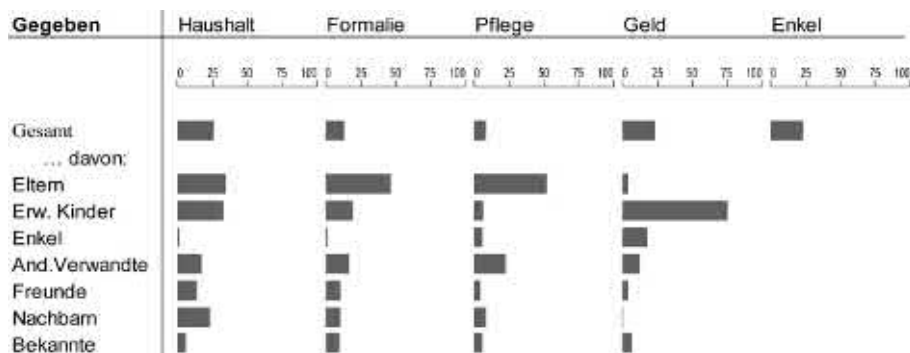
Abbildung 1 dokumentiert für die untersuchten Länder die geleisteten Unterstützungen an verschiedene Personengruppen, differenziert nach zeitlichen und finanziellen Transfers<sup>2</sup>. Es

1 Mit der Datennutzung ist folgende Erklärung abzugeben: »This paper uses data from SHARE Waves 1 and 2 release 2.6.0, as of November 29th 2013 (DOI: 10.6103/SHARE.w1.260 and 10.6103/SHARE.w2.260). The SHARE data collection has been primarily funded by the European Commission through the 5th Framework Programme (project QLK6-CT-2001-00360 in the thematic programme Quality of Life), through the 6th Framework Programme (projects SHARE-I3, RII-CT-2006-062193, COMPARE, CIT5-CT-2005-028857, and SHARELIFE, CIT4-CT-2006-028812) and through the 7th Framework Programme (SHARE-PREP, N° 211909, SHARE-LEAP, N° 227822 and SHARE M4, N° 261982). Additional funding from the U.S. National Institute on Aging (U01 AG09740-13S2, P01 AG005842, P01 AG08291, P30 AG12815, R21 AG025169, Y1-AG-4553-01, IAG BSR06-11 and OGHA 04-064) and the German Ministry of Education and Research as well as from various national sources is gratefully acknowledged (see [www.share-project.org](http://www.share-project.org) for a full list of funding institutions).«

2 Hilfeleistungen beinhalten hier finanzielle und zeitliche Transfers der vergangenen zwölf Monate (zu den Originalfragen siehe die Fragebögen unter [www.share-project.org/data-access-documentation/questionnaires](http://www.share-project.org/data-access-documentation/questionnaires)) an

zeigt sich, dass insbesondere die direkten Linienverwandten unterstützt werden, also die Eltern und (erwachsenen) Kinder. Dabei fließen an die ältere Generation vor allem zeitliche Transfers, wohingegen Kindern insbesondere finanziell unter die Arme gegriffen wird. Beide Gruppen werden zwar mit etwas über 30 Prozent durch instrumentelle Hilfeleistungen (im Haushalt) unterstützt. Hilfe bei Formalien mit 47 Prozent und Pflegetätigkeiten mit 52 Prozent gehen jedoch hauptsächlich an die Eltern, während Kinder primär finanziell (mit sage und schreibe 75 Prozent aller Geldtransfers) und auch zeitlich bei der Enkelbetreuung (23 Prozent) bedacht werden. Dagegen spielen Geldleistungen an die Eltern mit 4 Prozent und Pflege der erwachsenen Kinder mit 7 Prozent insgesamt nur eine marginale Rolle.

Abb. 1: Gegebene Unterstützungsleistungen



Quelle: SHARE, Wellen 1 & 2 (2004/7), gewichtet, eigene Berechnungen (n=27.288).

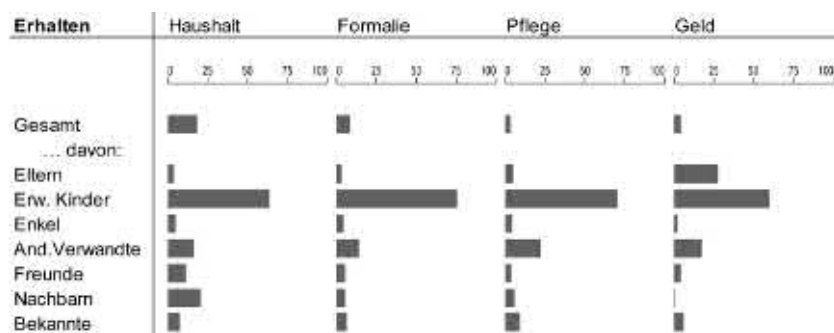
Aber auch Transfers an andere Verwandte außerhalb des Haushalts wie zum Beispiel an Geschwister, Onkel, Tanten oder an Cousins bzw. Cousinen sowie an Freunde, Bekannte und vor allem Nachbarn, sind nicht zu vernachlässigen. 12 Prozent der monetären Unterstützung fließen an erweiterte verwandtschaftliche Netzwerke, und dies gilt für immerhin jeweils rund 17 Prozent der zeitlichen Unterstützung im Haushalt und bei Formalien sowie 23 Prozent der Pflegetätigkeiten. Gleichzeitig profitieren bei 23 Prozent der haushaltsnahen Hilfen sowie 11 Prozent der administrativen bzw. 8 Prozent der pflegerischen Unterstützungen die Nachbarn. Dabei beschränken sich die Hilfen an diese Empfängergruppe in erster Linie auf zeitliche Unterstützungen, da geldwerte Leistungen praktisch nicht vorkommen. Insgesamt werden die Freunde häufiger unterstützt als der Bekanntenkreis, wobei auch hier zeitliche Hilfe bedeutsamer ist als Geld. So gehen 14 Prozent der Hilfen im Haushalt, 11 Prozent der Unterstützungen bei Formalien sowie 4 Prozent der Pflegeleistungen an Freunde außerhalb des Haushalts. Geld spielt mit lediglich 4 Prozent eine untergeordnete Rolle.

Doch von welchen Personen(gruppen) erhalten die Haushalte im Bedarfsfall selber Hilfe? Dies wird in Abbildung 2 dokumentiert. Es zeigt sich, dass die empfangenen Unterstützungsleis-

bzw. von jeweils maximal drei Personengruppen, wobei mehrmalige – das gleiche Netzwerk betreffende – Unterstützungen (z.B. verschiedene Geldtransfers an Kinder oder erhaltene Hilfen von mehreren Kindern) zusammengefasst betrachtet werden. Während finanzielle Unterstützung Geld- oder Sachgeschenke im Wert von insgesamt mindestens 250 Euro im letzten Jahr umfasst, wird bei zeitlichen Transfers zwischen Hilfe im Haushalt, bei Formalien, Pflege und Enkelbetreuung differenziert.

tungen vor allem auf die (erwachsenen) Kinder zurückgehen. Über 64 Prozent der erhaltenen Hilfe im Haushalt, 76 Prozent bei Formalien, 70 Prozent bei der Pflege und auch 60 Prozent der finanziellen Unterstützung fließt von der jüngeren an die ältere Generation. Die meist älteren oder betagten Eltern der Befragten leisten mit Werten zwischen 3 und 5 Prozent kaum mehr zeitliche Hilfe, dafür sind sie aber weiterhin wichtige Geldgeber: 28 Prozent der finanziell unterstützten Haushalte erhalten von den Eltern Geld- und/oder Sachleistungen.

Abb. 2: Empfangene Unterstützungsleistungen



Quelle: SHARE, Wellen 1 & 2 (2004/7), gewichtet, eigene Berechnungen (n=27.288).

Auch die erweiterten Verwandtschaftsnetzwerke sind nicht zu vernachlässigen: Immerhin 16 Prozent der Hilfe im Haushalt, 14 Prozent der Formalien, 22 Prozent der Pflegeleistungen sowie 17 Prozent der Geldtransfers fließen von nahen Verwandten wie Brüdern, Schwestern, Onkeln oder Tanten an die befragten Haushalte. Enkelkinder sind als Hilfenetzwerk nicht zentral. Lediglich 4 bis 5 Prozent der zeitlichen und 2 Prozent der finanziellen Unterstützungen gehen auf die Kindeskinde zurück.

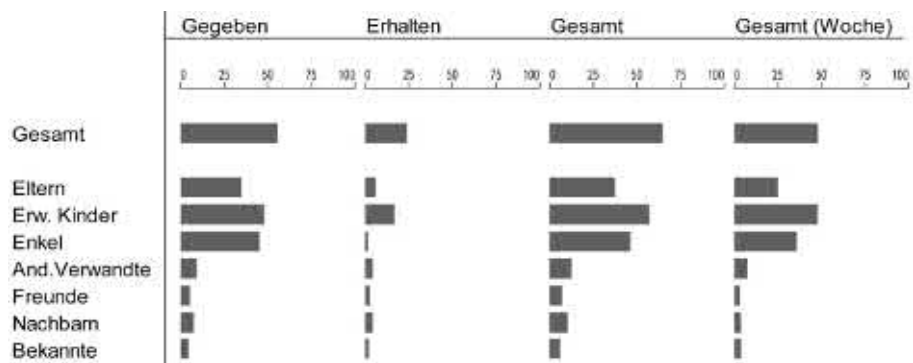
Der Freundes- und Bekanntenkreis ist im Vergleich zu familialen Netzwerken ebenfalls ein weniger wichtiger Transfergeber. Freunde helfen und unterstützen die befragten Haushalte noch vergleichsweise häufig (12 Prozent) durch instrumentelle Hilfen im Alltag. Andere Formen der zeitlichen sowie auch monetären Unterstützung spielen hingegen kaum eine Rolle. Lediglich von Nachbarn erhalten sie mit 21 Prozent der haushaltsnahen Hilfen relativ häufig direkte Zuwendungen, wenngleich weitere zeitliche Unterstützung in Bereichen der Administration und Pflege kaum bzw. monetärer Transfer praktisch nicht vorkommen.

Abbildung 3 dokumentiert schließlich die gegebenen und erhaltenen Unterstützungen insgesamt<sup>3</sup>. Hierbei zeigt sich wiederum, dass die Familiengenerationen, also Eltern, Kinder und Enkelkinder, die Hauptempfänger der Unterstützungen sind. Ein Großteil der Eltern hilft ihren (erwachsenen) Kindern zeitlich und/oder finanziell (48 Prozent), und 45 Prozent der Großeltern unterstützen die Enkel. Aber auch 35 Prozent greifen ihren (älteren) Eltern unter die Arme. Die Befunde zeigen, dass die Befragten eher Unterstützungen geben als empfangen (56 bzw. 25 Prozent). Wenn sie aber Hilfe erhalten, dann am häufigsten von ihren (erwachsenen) Kindern

<sup>3</sup> Im Gegensatz zu Abbildungen 1 und 2 beziehen sich die Anteile bei den einzelnen Personengruppen nun nicht mehr auf die obere Gesamtquote. Vielmehr wird der Anteil an Unterstützungen für bzw. von diesen Personengruppen *jeweils* dokumentiert. Bei den Linienverwandten werden dabei »lediglich« Befragte mit lebenden Eltern, erwachsenen Kindern bzw. Enkeln einbezogen.

(17 Prozent). Als nächstes folgen die Eltern und sonstigen Verwandten mit Werten um 5 Prozent. Enkel (2 Prozent), Freunde (3 Prozent), Nachbarn (4 Prozent) sowie sonstige Bekannte (2 Prozent) sind hierfür kaum relevant.

Abb. 3: Gegebene und empfangene Unterstützungsleistungen



Quelle: SHARE, Wellen 1 & 2 (2004/7), gewichtet, eigene Berechnungen (n=27.288).

Insgesamt leisten und/oder empfangen zwei Drittel der befragten Haushalte zeitliche bzw. finanzielle Hilfen. Gut ein Drittel derjenigen mit noch mindestens einem lebenden Elternteil hilft der Mutter bzw. dem Vater bzw. wird von ihnen unterstützt. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) der Eltern erwachsener Kinder ist mit ihnen durch Hilfeleistungen verbunden, und dies gilt auch für knapp die Hälfte der befragten Großeltern in Bezug zu ihren Enkeln (46 Prozent). Andere Verwandte, Freunde, Nachbarn und Bekannte sind mit Werten unter 10 Prozent deutlich weniger relevant.

Kinder stellen somit das engste Transfernetzwerk dar, gefolgt von den Enkeln und Eltern. Dieser Befund bestätigt sich gerade auch für intensive Hilfen. Die letzte Spalte von Abbildung 3 dokumentiert »lediglich« Unterstützungen, die im letzten Jahr mindestens einmal pro Woche erfolgt sind. Andere Verwandte, Freunde, Nachbarn und Bekannte sind bei diesen regelmäßigen Unterstützungen besonders stark unterrepräsentiert. In einem Viertel der befragten Haushalte erfolgen mindestens einmal pro Woche relevante Unterstützungsleistungen von bzw. zu den Eltern, und dies gilt sogar für die Hälfte der Beziehungen zu den erwachsenen Kindern – und dabei wohnen diese noch nicht einmal im selben Haushalt. Die Werte für die anderen Gruppen liegen mit 8 Prozent (Andere Verwandte), 3 Prozent (Freunde) und jeweils 4 Prozent für Nachbarn und Bekannte massiv darunter.

## Familiäre Generationensolidarität

Die obigen empirischen Befunde untermauern, dass private Unterstützungsleistungen vor allem zwischen Linienverwandten erfolgen und Solidarität insbesondere intergenerational stattfindet. Die Familiengenerationen bleiben selbst über die Haushaltsgrenzen hinweg ein Leben lang außerordentlich bedeutsam (Nauck, Steinbach 2010). In der Tat stellen sie die wichtigsten sozialen

Netzwerke dar, so dass nun zentrale Aspekte der familialen Generationensolidarität aufgeführt werden<sup>4</sup>.

Annahmen der klassischen Modernisierungstheorie zufolge (zum Beispiel Parsons 1943) müsste sich die Verbundenheit der Herkunftsfamilie zwar durch eine »strukturelle Isolation der Gattenfamilie« nach dem Auszug der erwachsenen Kinder aus dem Elternhaus und der Gründung einer eigenen Familie deutlich abschwächen. Dem stehen jedoch mittlerweile vielfältige empirische Untersuchungen gegenüber, die sich der Erforschung verschiedener Formen intergenerationaler Solidarität widmen (siehe unten). Diese Studien verweisen eindrucksvoll auf die Tatsache, dass gerade auch über Haushaltsgrenzen hinweg ein reger Austausch zwischen den Generationen erfolgt.

Dabei wird davon ausgegangen, dass vier Faktorengruppen intergenerationale Unterstützung beeinflussen: (1) Opportunitäten und (2) Bedürfnisse von Individuen, (3) Familienstrukturen und (4) gesellschaftliche Kontexte (Szydlík 2000, 2016). Diese sind auf unterschiedlichen Analyseebenen angesiedelt, nämlich der Mikro-, Meso- und der Makroebene. Zunächst wird für die Mikroebene davon ausgegangen, dass auf der Seite der (potentiellen) Geber und Empfänger spezifische Möglichkeiten und Bedürfnisse existieren, die solidarische Handlungen fördern oder hemmen. Dabei spielen auch die Familienstrukturen auf der Mesoebene häufig eine entscheidende Rolle. So können beispielsweise Familienmitglieder um mögliche Leistungen in Konkurrenz stehen oder entlastend wirken. Schließlich sind auf der Makroebene kulturell-kontextuelle Strukturen angesiedelt, die das intergenerationale Austauschverhalten ebenfalls nachhaltig (mit)bestimmen können.

Die allgemeinen theoretischen Annahmen werden von umfangreichen empirischen Analysen zu verschiedenen Aspekten intergenerationaler Beziehungen und Solidarität bestätigt (Bertogg, Szydlík 2016; Brandt 2009; Deindl 2011; Haberkern 2009; Igel 2012; Isengard 2013; König 2016; Neuberger 2015; Schmid 2014). Je nach Beziehungsaspekt (zum Beispiel Kontakte, Konflikte, Enge), Unterstützungsform (zum Beispiel Hilfe, Pflege, Enkelbetreuung oder Geldleistungen) bzw. Transferrichtung (zum Beispiel von Eltern an Kinder oder umgekehrt) zeigen sich durchaus spezielle Bedingungskonstellationen. Allgemein ergibt sich jedoch, dass auf der Mikroebene in der Tat die individuellen Möglichkeiten und Bedürfnisse einen großen Einfluss auf die Generationenbeziehungen haben. Generell gilt: Je umfangreicher die Ressourcen der Geber und je größer die Bedürfnisse der Empfänger, umso eher kommt es zu intergenerationalen Unterstützungsleistungen. Naturgemäß spielen gerade die Möglichkeiten der Geber eine zentrale Rolle: Wer mehr hat, kann mehr geben.

Daneben ist aber auch immer die familiäre Einbettung auf der Mesoebene wichtig, wenn es darum geht, Unterschiede in den Beziehungen einschließlich intergenerationaler Solidarität zu erklären. Denn um knappe elterliche Ressourcen konkurrierende Familienmitglieder wie Ge-

---

<sup>4</sup>Die Zürcher Forschungsgruppe *Arbeit, Generation, Sozialstruktur* (AGES) hat entsprechend insbesondere Generationenbeziehungen im Blick. Untersucht werden alle relevanten Aspekte: Demografie, Distanz, Koresidenz, Kontakte, Hilfe, Pflege, Großelternschaft, emotionale Enge, Konflikte, Normen, Typen, Lebensqualität, aktuelle Geldtransfers und Erbschaften. Die Mitglieder der Forschungsgruppe sind Ariane Bertogg, Bettina Isengard, Ronny König, Klaus Preisner und Marc Szydlík (Leitung). Frühere Mitglieder sind Martina Brandt, Christian Deindl, Corinne Igel, Franz Neuberger und Tina Schmid. Für Forschungsergebnisse und Publikationen siehe [www.suz.uzh.ch/ages](http://www.suz.uzh.ch/ages).

schwister oder Enkelkinder, aber auch entlastende Personen wie Partner können einen signifikanten Einfluss auf den intergenerationalen Zusammenhalt haben.

Zudem beeinflussen kulturell-kontextuelle Strukturen das Transferverhalten von Familien- generationen zwischen Ländern. Denn auch wenn die allgemeinen Solidaritätsmuster über verschiedene europäische Gesellschaften hinweg recht stabil sind, zeigen sich signifikante länder- spezifische Unterschiede im Verhältnis zwischen Familiengenerationen, die eng mit wohlfahrts- staatlichen Systemen korreliert sind (Kohli 1999; Künemund, Rein 1999; Motel-Klingebiel et al. 2005). Dabei lässt sich – je nach spezifischer Form und Ausprägung der jeweiligen Leistung – ein Bedingungsgefüge zwischen gesellschaftlichem Kontext einerseits und privater Generationenso- lidarität andererseits erkennen.

## Fazit

Die empirischen Befunde belegen, dass auch jenseits von Haushaltsgrenzen ein großes Maß an sozialer Verbundenheit existiert. Vor allem Eltern und erwachsene Kinder übernehmen hierbei Verantwortung und sorgen füreinander. Andere Verwandte und Nichtverwandte wie Freunde, Nachbarn und Bekannte sind als soziale Unterstützungsnetzwerke durchaus ebenfalls relevant, aber im Vergleich zu den Familiengenerationen deutlich weniger wichtig. Über alle Länder und Leistungsformen hinweg zeigt sich, dass die Befragten in der zweiten Lebenshälfte hauptsächlich ihren Eltern und erwachsenen Kindern (zum Teil auch vermittelt über die Enkelbetreuung) hilfreich unter die Arme greifen. Im Gegenzug erhalten sie primär Unterstützung von ihren Nachkommen. Hilfen jenseits von Haushaltsgrenzen finden also in erster Linie zwischen den Linienverwandten statt. Bei der Erforschung sozialer Netzwerke macht es somit Sinn, insbesondere die (erwachsenen) Familiengenerationen in den Blick zu nehmen.

## Literatur

- Baas, S. 2008: Soziale Netzwerke verschiedener Lebensformen im Längsschnitt – Kontinuität oder Wandel? In W. Bien, J. H. Marbach (Hg.), *Familiale Beziehungen, Familienalltag und soziale Netzwerke. Ergebnisse der drei Wellen des Familiensurvey*. Wiesbaden: VS, 148–183.
- Bertogg, A., Szydlík, M. 2016: The Closeness of Young Adults' Relationships with Their Parents. *Swiss Journal of Sociology*, Vol. 42, Issue 1, 41–59.
- Brandt, M. 2009: *Hilfe zwischen Generationen. Ein europäischer Vergleich*. Wiesbaden: VS.
- Deindl, C. 2011: *Finanzielle Transfers zwischen Generationen in Europa*. Wiesbaden: VS.
- Haberkern, K. 2009: *Pflege in Europa. Familie und Wohlfahrtsstaat*. Wiesbaden: VS.
- Hennig, M., Borgatti, S. P., Krempel, L., Schnegg, M. 2012: *Studying Social Networks. A Guide to Empirical Research*. Frankfurt, New York: Campus Verlag & The University of Chicago Press.
- Hoff, A. 2006: Intergenerationale Familienbeziehungen im Wandel. In C. Tesch-Römer, H. Engstler, S. Wurm (Hg.), *Altwerden in Deutschland*. Wiesbaden: VS, 231–287.
- Igel, C. 2012: *Großeltern in Europa. Generationensolidarität im Wohlfahrtsstaat*. Wiesbaden: VS.
- Isengard, B. 2013: »The Apple doesn't Live Far from the Tree«: Living Distances between Parents and their Adult Children in Europe. *Comparative Population Studies*, Vol. 38, Issue 2, 237–263.

- Jansen, D. 2006: Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. Wiesbaden: VS.
- Kohli, M. 1999: Private and Public Transfers between Generations: Linking the Family and the State. *European Societies*, Vol. 1, Issue 1, 81–104.
- König, R. (2016). Bildung, Schicht und Generationensolidarität in Europa. Wiesbaden: Springer VS.
- Künemund, H., Rein, M. 1999: There is More to Receiving than Needing: Theoretical Arguments and Empirical Explorations of Crowding In and Crowding Out. *Ageing and Society*, Vol. 19, Issue 1, 93–121.
- Motel-Klingebiel, A., Tesch-Römer, C., Kondratowitz, H.-J. von 2005: Welfare States Do Not Crowd out the Family: Evidence for Mixed Responsibility from Comparative Analyses. *Ageing and Society*, Vol. 25, Issue 6, 863–882.
- Nauck, B., Steinbach, A., 2010: Intergenerational Relationships. In German Data Forum (RatSWD) (Hg.), Building on Progress. Expanding the Research Infrastructure for the Social, Economic, and Behavioral Sciences: Recommendations of the German Data Forum (RatSWD). Opladen, Farmington Hills, MI: Budrich UniPress, 1057–1080.
- Neuberger, F. 2015: Kinder des Kapitalismus. Subjektivität, Lebensqualität und intergenerationale Solidarität in Europa. Berlin: Edition Sigma.
- Parsons, T. 1943: The Kinship System of the Contemporary United States. *American Anthropologist*, Vol. 45, Issue 1, 22–38.
- Peuckert, R. 2012: Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmid, T. 2014: Generation, Geschlecht und Wohlfahrtsstaat. Intergenerationelle Unterstützung in Europa. Wiesbaden: Springer VS.
- Szydlik, M. 2000: Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Opladen: Leske + Budrich.
- Szydlik, M. 2016: Sharing Lives. Adult Children and Parents. London, New York: Routledge.



»Get (yourself) together – Körper in Krisen«  
der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung,  
in Kooperation mit der Sektion Soziologie des Körpers und des Sports  
– organisiert von Gabriele Klein und Katharina Liebsch

# Das ist mein Körper!

## Intergeschlechtliche Körper zwischen Krise und Emanzipation<sup>1</sup>

Anja Gregor

Bereits 1984 stellte Carol Hagemann-White den zu jenem Zeitpunkt auch in Kreisen feministischer Forscher\_innen<sup>2</sup> radikalen Ansatz zur Diskussion, dass *sex* ebenso wenig wie *gender* einen natürlichen Ursprung hat, sondern beide Anteile der Kategorie Geschlecht sozial konstruiert seien und es damit keine eindeutigen biologischen Kriterien gebe, die eine strikt binäre Klassifikation von Menschen in Mann oder Frau zuließen (Hagemann-White 1984: 29ff.). Es wird in der deutschsprachigen Diskussion also bereits vor Erscheinen von Judith Butlers *Unbehagen der Geschlechter* (1991) und den darin verhandelten Überlegungen zur performativen Konstruktion der heterosexuellen Matrix zur Diskussion gestellt, dass das kulturelle System der Zweigeschlechtlichkeit erst die Kriterien der ›biologischen‹ Unterscheidung zweier Geschlechter hervorbringt, anstatt darauf zu beruhen. Bis dahin findet jedoch nahezu keine tiefergehende Auseinandersetzung mit der sozialen Konstruktion ›körperlicher Vorgänge‹ statt (gemeint sind beispielsweise Menstruation, Hunger/Durst, Müdigkeit, Harndrang, Bartwuchs etc.)<sup>3</sup>. Aktuell nimmt die Diskussion um Materialität im deutschsprachigen Raum neue Züge an: Der *new materialism* oder Neo-Materialismus verhandelt durch eine Verschränkung von natur- und lebenswissen-

---

1 Der vorliegende Aufsatz ist die schriftliche Ausführung eines Vortrags, in dem ich zentrale Thesen meiner Dissertation zur Notwendigkeit der Berücksichtigung des Körpers in der Biographieforschung vorgestellt habe. Die Thesen wurden dort entsprechend bereits expliziert und ausführlicher diskutiert. Ähnlichkeiten mit der ursprünglichen Arbeit sind damit unvermeidlich, möchte ich doch nicht heimlich alten Wein in neuen Schläuchen präsentieren. Die Dissertation ist mittlerweile unter dem Titel *Constructing Intersex. Intergeschlechtlichkeit als soziale Kategorie* erschienen.

2 Im Falle der vorliegenden Arbeit wird eine inklusive Schreibweise verwendet, die über die Logik der Zweigeschlechtlichkeit hinausweist, indem sie mit dem Unterstrich (*gender gap*) einen Raum *zwischen* den Geschlechtern öffnet (vgl. Herrmann 2003). Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Das verhandelte Thema verhandelt die Erfahrungen intergeschlechtlicher Menschen, also Menschen, deren Körper sich nicht eindeutig einem der zwei gültigen, sprachlich repräsentierten Geschlechter zuordnen lässt und die sich nicht allumfassend einem der zwei gültigen Geschlechter zuordnen lassen (möchten).

3 Der Anteil des Körpers, der als ›Natur‹ eingeordnet wird (weil sozial nicht unmittelbar beeinflussbar), wird hier verstanden als fortwährend im Wandel und nicht grundsätzlich biologisch-physisch determiniert und starr. ›Kultur‹ hat auch auf diesen Aspekt des Körpers Einfluss, seine Fähigkeit zur Anpassung, also Modifikation, ist jedoch widerständiger als die jenes Teils, die als ›Kultur‹ eingeordnet wird.

schaftlichen mit sozialwissenschaftlichen Ansätzen die Relevanz von Materialität und damit auch die Relevanz des menschlichen Körpers als Akteur von Sozialtheorie neu.

Mit dem vorliegenden Artikel unternehme ich den theoretisch neomaterialistisch begründeten und empirisch biographieforschend fundierten Versuch, dem Körper als Akteur der Subjektivation im Anschluss an Judith Butler »einen angemessenen Raum zu geben« – ihn zu reanimieren, ohne jedoch einer Reifikation im Sinne der oben genannten, ehemals verhandelten Biologismen zu verfallen. In dieser Absicht möchte ich den konkret-materiellen Körper (als biologisch-physische Entität) für eine sozialkonstruktivistisch orientierte Geschlechterforschung als eigenständige Kategorie diskutierbar machen.

### *matterless matter!*? Körper in feministischer Theorie

Unbestritten bleibt für Butler auch in ihren späteren Arbeiten, dass *sex* ebenso wie *gender* sozial-sprachlich hervorgebracht ist. Durch die stete Wiederholung der Normen in der Sprache (und später auch: in sozialen Prozessen), die festlegen, wie sich (je räumlich und zeitlich abhängig) Männlichkeit und Weiblichkeit gestalten, sind diese derart tiefgreifend in alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens verwoben, dass sie als vermeintliche Naturtatsache erscheinen; der (vergeschlechtlichte) Körper (*sex*) wird dabei als das Fundament für soziale Ausformungen des jeweiligen Geschlechts (*gender*) verhandelt, das den Körper in bestimmter Weise lesbar werden lässt, ihn im Sinne der Normen materialisiert. Die Geschlechts-Regulierungen (Butler 2009) binden Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität zirkulär aneinander und markieren alle Individuen als verworfene, die jenseits der Grenzen der vernetzten Struktur der Summe aller Normen des Diskurses verortet sind, die Menschen in dieser Gesellschaft zu Männern oder Frauen macht (*abjection*). Der Zweigeschlechtlichkeitsdiskurs ist die Bedingung für das Erscheinen von Körpern als intelligible (männliche oder weibliche) Körper, ist jedoch nicht befähigt, Körper als solche zu erzeugen. Der materielle Körper geht nie ganz in der Sprache auf, in *Körper von Gewicht* (1997) führt Butler hierfür die *primären, unwiderlegbaren Erfahrungen* an: »leben und sterben, essen und schlafen, Schmerz empfinden und Freude verspüren, Krankheit und Gewalt erleiden« (Butler 1997: 15)<sup>4</sup>: Sie betont, dass die Materialität von Körpern nicht negiert werden kann und dass es jene unwiderlegbaren Erfahrungen *gibt*, die den Körper als Ursprung dieser Erfahrungen markieren. Wie sich diese Notwendigkeit unwiderlegbarer Erfahrungen darstellt, wird von ihr jedoch nicht erläutert. Stattdessen stellt sie die Materie des Körpers als vernaturalisierte Konstruktion heraus.

Der Körper bleibt in Butlers Theoriegebäude auf Äußerlichkeit beschränkt, seine Konfiguration ist das Ergebnis der Verschränkung des Körpers mit sozialen und Umweltbedingungen. Er ist »gesellschaftlichen Gestaltungs Kräften und Formierungen« (Butler 2010: 11) ausgesetzt. Es gibt

<sup>4</sup> Butler rekurriert hier meines Erachtens auf zwei Gruppen von Erfahrungen. Einerseits nennt sie Erfahrungen, die bereits der normativen Auslegung unterworfen sind, welche Erfahrungen als jene gewertet werden und welche nicht, andererseits auf körperbasierte Vorgänge: Während es vorstellbar ist, bis zu einem gewissen Grad unabhängig von der körperlichen Erfahrung zu konstruieren, was Krankheit eigentlich bedeutet, ist Sterben (oder sein Endpunkt, der Tod) meines Erachtens in letzter Konsequenz frei von einer derartigen Möglichkeit der Auslegung.

damit keinen Zugriff auf den Körper, der nicht schon Teil seiner (sozialen) Materialisierung wäre; er »steht mit der Sprache in einem ständigen Zusammenhang« (Butler 1997: 104), ohne jedoch in der Sprache aufzugehen. Butler stellt damit letztlich alles, was intersubjektiv über den Körper erfahren werden kann, als sprachlich vermittelt heraus. Auch wenn sie eine Materialität zugesteht, die irgendwie über diese sprachliche Vermitteltheit hinausgeht, so konstatiert sie jedoch, dass diese voraussetzen »die Möglichkeit [unterminiert], daß die Sprache imstande sein könnte, diesen Bereich radikaler Alterität anzugeben oder ihm zu korrespondieren [sic]« (Butler 2007: 103f.). Auch soziale Handlungen fallen damit ihres Erachtens genau dann aus dem Wirkungsbereich des Menschlichen, wenn sie nicht verbalisiert werden können. Was aber ist mit den Körperrepräsentationen von Schmerz? Erschöpfung? Oder der Wirksamkeit der Interaktion und dem Empfindungsvermögen von Körpern bei sexuellen Handlungen? Ebenso, wie *sex* nicht vollends in *gender* aufgeht oder *gender* in der Sprache, kann der (soziale relevante) Körper vollständig sprachlich erfasst werden. Die Materialität hat eine Eigenlogik, die zwar bis zu einem gewissen Grad sprachlich vermittelt werden kann, jedoch nicht mit dieser Repräsentation deckungsgleich ist. Jeder biologische Organismus ist ein Resultat aus Natur *und* Kultur; deren Einflüsse auf die Entwicklung des Organismus sind gleichzeitig und lassen sich nicht systematisch trennen (Fausto-Sterling 2000: 23). Auf die Vergeschlechtlichung von Körpern bezogen, meint das:

»[T]he matter of bodies cannot form a neutral pre-existing ground from which to understand the origins of sexual difference. [...] [M]atter already contains notions of gender and sexuality, it cannot be a neutral recourse on which to build *scientific* or *objective* theories of sexual development and differentiation.« (Fausto-Sterling 2000: 22)

Körper sind immer schon vergeschlechtlichte Organismen, in denen Prozesse ablaufen, die sich zwar höchst widerständig gegen soziale Einflüsse erweisen – das bedeutet aber nicht, dass Körper eine passive Masse sind, die sozial ›beschrieben‹ wird. Anne Fausto-Sterling hebt damit auf die inneren Vorgänge eines Körpers ab, wo Butler ›an der Oberfläche‹ verbleibt. Diese Widerständigkeiten beeinflussen den Prozess der sozialen Vergeschlechtlichung, wie sie von sozialen Einflüssen wiederum verändert werden. Körpergeschlechtliche Unterschiede wie zwischen primären Geschlechtskörperteilen sind kein rein ideologisches Konstrukt, keine reinen Ergebnisse sozialer Zuschreibung: Die chirurgische Herstellung eines Genitals – an inter- wie transgeschlechtlichen Körpern – hat immer kulturellen Wert, ist symbolisch höchst aufgeladen, lässt sich aber zugleich als praktisch-handwerkliche Zurichtung von Materie beschreiben. »This physiological signifiers have functions in the real that will escape, or exceed, their signifying function in the symbolic system“ (Hausman 1999: 69).

Auf den intergeschlechtlichen Körper bezogen lässt sich ableiten: Die Genitalien als Marker für eine angemessene Geschlechtsentwicklung zu setzen und operativ entsprechend zuzurichten, wird dem intergeschlechtlichen Körper auch deshalb nicht gerecht, weil der Körper immer untrennbar in den komplizierten Vorgang des Werdens involviert ist (Roen 2009: 19). Der Körper wird hier also nicht als ein Objekt verstanden, sondern als *event* (Roen 2009: 20f.). Katarina Roen setzt dem Verständnis von *sex* als passive, formbare Masse, die durch die soziale Zurichtung erst wahrnehmbar und aktiviert wird, die Definition des Körpers als sich entwickelnde Materialität entgegen. Der Clou ihrer Ausführungen ist dabei, dass durch die medizinischen Eingriffe

intergeschlechtliche Menschen in besonderer Weise subjektiviert werden, weil diese Erfahrungen in die Entwicklung des Selbst aufgenommen werden (*imbricated*): Narbenbildung, ästhetische Differenzen, die Veränderung der Empfindsamkeit werden kontinuierlich gelebt (Roen 2009: 21) und sind Teil der Summe aller Erfahrungen, die die Beziehung zur Welt konstituieren.

Anne Fausto-Sterling arbeitet diesen Aspekt für die Geschlechtsentwicklung im Allgemeinen heraus. Die wesentlichen Prämissen ihrer Forschung zum *embodiment* sind, dass Natur und Kultur nicht voneinander zu trennen sind, dass Organismen von der Befruchtung bis zum Tod als aktive Prozesse, bewegte Ziele (*moving targets*) verstanden werden müssen und dass nur eine disziplinenübergreifende Forschung eine hinreichende Beschreibung des Phänomens leisten kann. »As we grow and develop, we literally, not just ›discursively‹ (that is, through language and cultural practices), construct our bodies, incorporate experience into our very flesh« (Fausto-Sterling 2000: 20; Herv. ag). Ihr Ansatz zielt damit auf einen doppelseitigen Prozess, der die Produktion vergeschlechtlichten Wissens mit dem Körpergeschlecht (*gender within the body*) verbindet. Sie verknüpft dazu den biologischen Diskurs über die Entwicklung des Geschlechts mit geschlechtertheoretischen Ausführungen der Sozialwissenschaften und stellt heraus, dass es die strikte Trennung von *sex* und *gender* (und die Subsummierung von *sex* unter *gender*) deshalb nicht geben kann, weil Geschlecht als ein komplexes Zusammenspiel von Zellen, Organismus, Psyche, den Beziehungen zwischen Menschen, Kultur und Geschichte betrachtet werden muss. Jeder Körper weist eine je individuelle Konstellation dieser ›Schichten‹ auf und verändert sich über die Zeit: Wie wir die Gegenwart und unsere Position darin deuten, ist Ergebnis historischer Prozesse und aktueller kultureller Ereignisse, ebenso beeinflussen uns Beziehungen zu anderen Menschen und die Art und Weise, wie wir Erlebtes (auch emotional) verarbeiten. All diese Komponenten strukturieren den Prozess der *Einkörperung von Sozialität*, gleichzeitig wird der Prozess individuell unterschiedlich vom Körper umgesetzt. Wird eine der Komponenten des *embodiment* beeinflusst und verändert sich, verändert sich damit auch die Struktur des Netzes der Komponenten.

### *body matters*: Konnotationen des Körper-Themas

Wenn nun – so haben meine Analysen gezeigt – Biographien von intergeschlechtlichen Menschen beschrieben werden wollen, so wird die Berücksichtigung der Thematisierung von Körper(n) unumgänglich. Körper als Erfahrungsspeicher sind die konkrete Materialität erlebter Verletzungen und verhalten sich somit auch im Interview zu diesen – die körperlichen Sedimente der Erfahrungen sind deshalb im Interview auch immer anwesend. Im Kontext meiner Forschung ließen sich – gesprochen im Terminus der *Grounded Theory* – verschiedene Dimensionalisierungen der Kategorie des Körpers in Biographien ableiten. Peter Alheit hat drei solcher Konnotationen des Körper-Themas (oder auch: *Gehalte* der Körperrepräsentation in Biographien) herausgearbeitet, die einen plausiblen Ausgangspunkt für die Formulierung weiterer Gehalte bieten: eine instrumentelle, eine soziale und eine biographische Konnotation (Alheit 2002: 242); ich habe im Zuge der Analyse des Materials die extrovertierte und die eigen-sinnige Konnotation ergänzt.

Der *instrumentelle* Gehalt der Körperrepräsentation meint ›technische‹ Regelungen des Körperlichen. Alheit beschreibt für seine Einzelfallanalyse verschiedene Erfahrungen als »Enteignungsprozesse« (Alheit 2002: 242): Medizinische Eingriffe in der Kindheit (Brille, Zahnspange) und fremdbestimmte Verhandlungen von Sexualität und Schwangerschaft (Delegation körperbezogener Angelegenheiten an autorisierte Einrichtungen). Hier zeigt sich eine auch geschlechtliche Dimension der Zugriffe (Stichwort: Medikalisierung von Weiblichkeit); intergeschlechtliche Menschen sind darüber hinaus von medizinischen Eingriffen in ihre Körper in besonderer Weise betroffen, wenn ihr KörperGeschlecht operativ oder medikamentös verändert wird. Der *soziale* Gehalt von Körperrepräsentationen bemisst sich an normativen Körperdiskursen. Bezogen auf die hier verhandelte Studie sind damit neben Annahmen des sozialen Umfelds darüber, was ›normal‹ ist, auch normative Maßgaben des medizinischen Diskurses an vergeschlechtlichte Körper gemeint. Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit ebenso wie eine heteronormative Vorstellung von sexuellen Handlungen und Beziehungskonstellationen strukturieren soziale Interaktionen zwischen Menschen – und medizinische Eingriffe in den intergeschlechtlichen Körper. Diesen ersten zwei entlehnten Konnotationen als vor allem auf der Ebene der biographischen Erzählung verhandelten Gehalte füge ich den *extrovertierten* Gehalt hinzu. Extrovertiert meint hier, dass der Körper dezidiert als ›Mittel zum Zweck‹ eingesetzt wird. Im Gegensatz zum instrumentellen Gehalt geht es hierbei nicht um ›technische‹ Regulierungen, sondern um das selbstbestimmte Einsetzen des Körpers für ein konkretes Ziel. Denkbar ist hier die Teilnahme an Demonstrationen oder das Stechen von (bestimmten) Tattoos und Piercings – daneben kann der Körper explizit als ›unnormale markierter‹ eingesetzt werden, um beispielsweise als intergeschlechtlicher Mensch Vorträge über Intergeschlechtlichkeit zu halten oder als Lesben und Schwule an öffentlichen Kiss-Ins teilzunehmen, um sich für die ›Ehe für alle‹<sup>5</sup> einzusetzen.

Für eine Konturierung des *biographischen* Gehalts ist eine Unterscheidung zwischen chronologisch verzeitlichten Körperprozessen und geschichtlich verzeitlichten Biographisierungen hilfreich, wie Gunter Weidenhaus (2015) sie vornimmt: Während Prozesse immer chronologisch verzeitlicht sind, also einer zeitlichen Logik folgen und gleichsam in mathematische Einheiten unterteilt werden können, werden Biographien geschichtlich verzeitlicht, indem die Erzählenden ihre Erzählung, je nach räumlicher und zeitlicher Verortung, immer wieder anders pointiert gestalten können. Im SprachHandeln wird so Verzeitlichung erzeugt (Barad 2012: 65ff.). Der biographische Gehalt kann auf drei Ebenen verhandelt werden: Erstens betrifft dies die Ebene des *lebendigen Körpers als* Konstituens von Erzählbarkeit als ›*Sprechinstrument*‹ bei gleichzeitiger *Strukturierung des Erzählflusses*. Ohne Bemühungen um den Erhalt der Lebensfähigkeit (essen, trinken, schlafen) und Lebendigkeit (kommunizieren, bewegen, interagieren) des Körpers gibt es nichts, niemanden, di\_er die Biographie erzählen könnte. Die beiden weiteren Ebenen beschreibt Alheit in seinem Artikel: Körperentwicklungen und -reaktionen können zweitens mit als ›normal‹ oder ›unauffällig‹ geltenden *Biographisierungen von Statuspassagen* abgeglichen werden – eine solche, in den untersuchten Biographien besonders hervorstechende Passage ist beispielsweise das (Nicht-)Einsetzen der Pubertät als *chronologisch verortbare Station des Entwicklungsprozesses* eines Körpers. Solche Statuspassagen werden in der Erzählung immer *biographi-*

<sup>5</sup> Gemeint sind hier alle monogamen Zweierbeziehungen – die Bezeichnung ist hier also als (mono)normativgerahmtes Konzept zu verstehen.

siert und damit geschichtlich verzeitlicht. Alheit stellt heraus, dass Normalisierungen als soziale Konstruktionen gerade dann sichtbar werden, wenn der biographische ›Normalverlauf‹ – ich spreche von *geschlechtlichen Normalbiographien* – Brüche und/oder Verschiebungen erfährt. Er fasst solche Statuspassagen vor allem als sozial verhandelte Normalisierungen auf (mit den *peers* ab einem bestimmten Alter rauchen, trinken, tanzen gehen); ich ergänze diese Ebene um die am und im Körper vorgenommenen medizinischen *Normalisierungen von Körperprozessen*, beispielsweise durch Hormongabe zum Einsetzen einer ›Pubertät‹. Zudem lassen sich aus Biographien drittens »*body stories*« (Alheit 2002: 243) ›destillieren‹ – an die Überlegungen von Bettina Dausien (2002) anschließend sind Biographie und Körper untrennbar miteinander verwoben und erzeugen eine je individuelle biographische Konstruktion des (gelebten, erlebten und gespürten) Körpers.

Auch, um diesen *body stories* vollumfänglich gerecht zu werden, muss den genannten Konnotationen aus meiner Sicht der *eigen-sinnige* Gehalt des Körpers zur Seite gestellt werden. Im Sinne des oben erläuterten Entwurfes der Einkörperung von Sozialität gebe ich damit solchen Schilderungen einen Raum, in denen Erfahrungen derart erleb- und spürbar sind, dass ihre körperliche Repräsentationen Eingang in die Erzählung finden. Im folgenden Abschnitt stelle ich einige Passagen aus dem Interview mit Rasloa vor, um dieser sicher streitbarsten Dimensionalisierung als jene, die ich auch in meinem Vortrag prominent verhandelt habe, einen empirisch begründeten Gehalt zu verleihen.<sup>6</sup>

### *the matter in bodies: eigen-sinniger Gehalt als Vexierbild der Materialisierung*

Wenn geseufzt wird, häufige Pausen und Stockungen im Redefluss entstehen, hörbar Luft geholt wird oder gelacht, es *Schilderungen* vom Weinen, Lachen, Zittern oder konkreten wie diffusen Gefühlslagen gibt, dann werden subjektive Zustände sicht- und lesbar, die die Grenzen des auf einer sprachlich-kognitiven Ebene Darstellbaren herausfordern und nach einer angemessenen – immer nur annäherungsweise möglichen – Repräsentation verlangen. Die Verletzlichkeit des Körpers etwa, Leiden und Erleiden, ist hier konkret repräsentiert. Gleichzeitig – und da ist das methodologische Dilemma – ist konkretes Leid nur bedingt zugänglich; aus einer Fremdperspektive ist es nahezu unmöglich, sinnhaft zu rekonstruieren, wenn es keine rationalisierbaren Anhaltspunkte (wie einige psychische oder physische Merkmale) gibt. Nichtsdestoweniger nimmt sich der Körper Raum, wenn er Regungen jenseits von Sprache zeigt: Rasloa zeigt beispielsweise wiederholt eine konkrete körperliche Reaktion:

»wobei ich mich jetzt da vom Gericht aus die ham meine ganze Akte, bei irgendwelchen Ärzten vorstellen soll, [mhm] (1) ähm. und ich hab grade, zurückgeschrieben, dass ich das nicht machen kann. [mhm] ›ich kann nicht zu nem fremden Arzt gehen das schaff ich nicht. < ›ich« ((lacht auf)) da krieg ich das große Zittern, und kann nachts nicht mehr schlafen.«

<sup>6</sup> Die Konturierung muss ob des Umfangs dieses Artikels eine behelfsmäßige bleiben, für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem eigen-sinnigen Gehalt sei auf die Ausführungen in meiner Dissertationsschrift verwiesen.

Sie lacht. Auffällig ist dabei, dass sie dies an einer Stelle tut, die von Außenstehenden wohl kaum als erheiternd eingelesen wird. Stattdessen erscheint das Lachen hier als paradoxe Reaktion auf das Erzählte. Sie lacht im gesamten Interview immer wieder nach der Erzählung von solch belastenden Situationen. Rasloa selbst interpretiert diese wiederkehrende Reaktion bei der Reflexion ihres transkribierten Interviews in einer E-Mail an mich als »Kompensation durch Lachen«. Die geschilderte Situation ist weit entfernt davon, lustig zu sein, es hat wie auch im Rest des Interviews die Funktion einer Übersprunghandlung. Ulrike Loch deutet Lachen in der Interviewsituation als eine Art der Distanznahme, die in der Verbalisierung von »schwierigen Situationen« (Loch 2008 [19]) auftreten kann. Helmuth Plessner stellt in *Lachen und Weinen* heraus, dass Menschen eine Bindung zu der Situation brauchen, über die sie lachen, und dass Lachen immer das Durchbrechen eines Widerstandes ist (Plessner 2003: 328). Lachen als Reaktion auf Situationen, an die nicht angeknüpft werden kann, deutet er als Flucht aus der Situation.

»Unbeantwortbarkeit bei fehlender unmittelbarer Existenzbedrohung ist die notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung, die eine Situation erfüllen muss [die zweite ist Bindung; s.o.], um zum Lachen zu reizen« (Plessner 2003: 328).

In derselben Passage beschreibt Rasloa zudem körperliche Reaktionen in oder vor belastenden Situationen. Sie führt mit dem Zittern und der Schlaflosigkeit Ausprägungen innerer Unruhe an, die sich dann zeigen, wenn sie sich durch die Möglichkeit der Konfrontation mit »nem fremden Arzt« bedroht fühlt. Das Zittern beschreibt sie zudem in der Reflexion des Interviews nach der Haupterzählung:

»das ist auch das erste Interview überhaupt oder das das erste [mhm] Mal dass ich überhaupt außerhalb von Selbsthilfe:, die Geschichte so erzähle. [mhm] (1) weil: (4) ja. ich jetzt nur so=n bisschen zitter.«

Wenn sich Rasloa mit ihren Erfahrungen konfrontiert, zittert sie. Dieser Zustand der Erregung kann als eine der Folgen traumatischer Erlebnisse gedeutet werden, die Julia König et al. als »[k]örperliche Reaktionen bei der Konfrontation mit [...] Hinweisreizen, die einen Aspekt des traumatischen Ereignisses symbolisieren oder an Aspekte desselben erinnern« (König et al. 2012: 11) beschreiben. Erzählen ist *Als-ob-Handeln* (Alheit 1985: 20), die Erfahrungen können im Erzählfluss erneut mit den Emotionen zum Zeitpunkt des Erlebens verknüpft werden. Indem Rasloas Körper unkontrolliert zittert, nimmt er der Möglichkeit einer direkten Konfrontation mit dem belastenden Erlebten den Raum. Peter A. Levine (2011) stellt heraus, dass solche (eigen-sinnigen) Körperreaktionen ein Hinweis auf ungenügend oder nicht verarbeitete Traumata sein können. Wenn in einer Situation überwältigender Hilflosigkeit keine Möglichkeit besteht, entweder zu fliehen oder mit der Situation fertig zu werden (*fight or flight*), weil ein Überfluss an aversiven Reizen besteht, erstarrt der Körper (*freeze*) als eine Art Schutzreaktion; gleichzeitig wird die Verarbeitung im autobiographischen Gedächtnis derart beeinflusst, dass sich im Nachgang nicht oder nur in Teilen an das Erlebte erinnert werden kann (*fragment*).<sup>7</sup> Rasloa themati-

<sup>7</sup> Wenn das autobiographische Gedächtnis als eine Art Ringordner verstanden wird, in den Menschen ihre Erfahrungen »einheften« (und ggf. umsordieren), dann werden bei einem Trauma die Seiten, die das traumatisierende Erlebnis betreffen, herausgerissen und flattern unkontrolliert im Gedächtnis herum. Assoziierte Bilder, Gefühle, Gerüche, Worte etc. werden mit manchmal ähnlichen, manchmal auch nicht unmittelbar mit dem Ereignis in Verbindung zu bringenden Ereignissen oder Eindrücken verknüpft und produzieren dadurch unkontrollierbare, unangenehme affektive Reaktionen (Huber 2003; König et al. 2012).



siert das Zittern an einer weiteren Stelle als eine ihr bekannte Reaktion auf die Auseinandersetzung mit dem belastenden Erlebten:

»danach, ähm. wenn ich dann davon **erzählt** habe dann hab ich innerlich nur gezittert. [mhm] jetzt kann ich ja schon. so=n **bisschen** drüber reden. [mhm] ähm, das ging dann halt das ging da also **überhaupt** nicht. (1) von all dem da, das is: (1) von allem was da war, so da. da **will** ich mich teilweise auch gar nicht erinnern. [mhm] und wenn ich dann. sage okay jetzt äh kann i- jetzt äh bringt mich eben nicht mehr so aus der **Fassung**.«

Hier wird deutlich, dass bei Rasloa bereits eine ansatzweise Distanzierung (durch zeitlichen und/oder räumlichen Abstand, Auseinandersetzung/Konfrontation) zum Erlebten<sup>8</sup> stattgefunden hat. Diese Distanznahme sorgt dafür, dass sie es mittlerweile in Worte fassen kann, ohne dass die damit verknüpfte körperliche Reaktion dies vollständig verhindert. Dass die Geschichte für sie zeitweise und verschiedentlich gar nicht ›in Worte zu fassen war‹, zeigt die folgende Interviewpassage:

»also mir war dann, von jetzt auf gleich total schwindelig trotz dieser ganzen Hormone die ich da nehmen musste, [...] es hat alles nicht mehr funktioniert, (1) ähm, mit Schweißausbrüchen, und mit ähm: (2) mit solchen Wahrnehmungsstörungen, [...] ähm, hab, (2) vergessen wie man spricht, (2) ((lachend)) /hab irgendwie/ nicht mehr. richtig reden können, (1) wenn ich was sagen wollte denn kam das nur so=n, so=n Polter und Gestotter, [hm,] ja, war irgendwie wie, (2) weiß ich auch nicht. (2) ähm. (2) wie, **behindert**. (2) wollte was sagen und konnte es nicht mir fielen die Worte nicht ein. (3) vielleicht **fehlten** mir einfach die Worte kann ich nicht anders sagen [mhm] vielleicht wars das.«

Rasloa schildert hier die Auswirkungen der Hormonersatztherapie nach der Entfernung ihrer Keimdrüsen. Sie versucht hier, physische Vorgänge zu versprachlichen, die nicht sprachlich (oder allgemeiner gefasst: kognitiv) kontrolliert werden können. Besonders deutlich wird dies in der Reflexion des Geschehenen »vielleicht **fehlten** mir einfach die Worte kann ich nicht anders sagen«. Sie stößt hier an die Grenzen dessen, was sich sprachlich repräsentieren lässt und versucht dennoch, dieses *Etwas* zu umreißen. Die Passage weist viele Pausen im Redefluss auf, zudem legt Rasloa hier ihre Suche nach Worten auch offen, indem sie diese ›verbalisiert‹ (ja, war irgendwie wie, [2] weiß ich auch nicht. [2] ähm. [2]). Es könnte sich hier um das Ringen nach Worten für etwas, das (noch) nicht sagbar ist, handeln – damit ist nicht nur die Intelligibilität der medizinischen Eingriffe als eingekörperte Erfahrung, sondern sind auch fehlende sprachliche Mittel gemeint, um Intergeschlechtlichkeit und erlebte Traumata erläutern zu können. Das Fehlen der Worte kann zudem in doppelter Bedeutung gelesen werden: Während die Sprachlosigkeit einerseits mit der Hormondosis korrelieren könnte und damit eine physische Folge der veränderten Hormonlage wäre, kann das Fehlen der Worte auch als psychische Reaktion gelesen werden: Rasloa sagt zuerst, ihr fielen die Worte nicht ein, dann verändert sie die Beschreibung des Phänomens noch einmal in einer Wiederholung: »vielleicht **fehlten** mir einfach die Worte«. Die Passage legt nahe, dass mit ihrem körperlichen ein Zustand einhergeht, der sich ihrer Verbalisierung entzieht, für den sie keine Worte findet, um ihn zu beschreiben.

<sup>8</sup> Ich habe mich hier für den Begriff der Distanz(nahme)/Distanzierung entschieden, statt, wie im Kontext von traumatherapeutischen Ansätzen üblich, von Dissoziation zu sprechen. Bei der Dissoziation handelt es sich um eine diagnostische Beschreibung, ich habe aber nicht den Anspruch, eine gestellte Diagnose zu überprüfen.

Der eigen-sinnige Gehalt der Körperrepräsentation kann damit als eine Art ›Vexierbild der Materialisierung‹ beschrieben werden: Er umfasst einerseits konkret materielle Körperaspekte, die sich hier als das (Ver)Lachen belastender Situationen oder Pausen zeigen, andererseits werden körperliche Reaktionen wie das Zittern als Folge einer Traumatisierung durch die sprachliche Repräsentation für die Interviewende/Lesende\_n im Text materialisiert. Der Eigen-Sinn des Körpers ist an der Strukturierung der biographischen Konstruktion beteiligt, ebenso wie er sich in der Interaktionssituation des Interviews sichtbar macht. Körper als Kategorie von Biographie ist in gleicher Weise bedeutsam wie Geschlecht(lichkeit) in Biographie (prominent Dausien 1996). Jenseits der bereits betonten Tatsache, dass es ohne den lebendigen Körper keine Biographie gibt, gibt es sie in der vorliegenden Form, weil es den Körper als den gibt, der zum Zeitpunkt des Interviews konkret in Erscheinung tritt: ein zeitlich und räumlich situierter Erfahrungsspeicher, der auch jenseits versprachlichter Vorgänge Bezug zu Erfahrungen in Vergangenheit und Zukunft hat, indem er Erlebtes auch präreflexiv spürbar macht und dessen Einordnung darüber letztlich mitträgt, weil sich die Erfahrungen auf zukünftige (auch) körperliche Reaktionen auswirken können.

## Fazit: Körper in Biographien

Der Körper ist, solange er ›funktioniert‹, solange er uns ohne Widerstände trägt, unsichtbar. In Schilderungen der Enteignung durch fremdbestimmte Verhandlungen der Geschlechtlichkeit muss der Körper offen zum Thema werden; er ist das Medium, an dem die Intersexualisierung durchgeführt wird – und muss thematisiert werden, um diese als Vorgang ebenso wie ihre Folgen beschreiben zu können. In der hier kurz vorgestellten Biographie – ebenso wie in allen weiteren untersuchten Biographien – ist der Körper nicht nur impliziter, sondern *expliziter Bestandteil der biographischen Konstruktion*. Schilderungen finden sich vor allem über den Körper als Ort von Handlungen und als Adresse für normalisierende Interaktionen. Der Körper ist als materieller Aspekt des Selbst-Bezugs und der Ort, an dem Erfahrung spürbar wird, wesentlicher Bestandteil des intergeschlechtlichen Widerstands. Alle Befragten haben aufgrund der Enteignung ihrer Körper durch medizinische Eingriffe teils einen verfremdeten, teils einen offen als solchen thematisierten *verstellten Zugang zum Körper*: Die Hormonsubstitutionstherapie beispielsweise beschreiben alle Befragten als etwas, deren Wirkung sie nicht als etwas wahrnehmen, das in ihrem Körper vorgeht, sondern als etwas, das von außen Wirkungen auf ihren Körpern entfaltet, ihm widerfährt und das damit jenseits eigener Körpervorgänge verortet wird. Widerstand kann beispielsweise darin bestehen, notwendige Hormoneinnahmen im Sinne des eigenen Gesundheitsempfindens und entgegen gängiger heteronormativer Behandlungsrichtlinien umzustellen. Auch nach einer solchen Wiederaneignung bleibt der Körper aber insofern enteignet, als dass die irreversiblen Eingriffe ihn zu einem versehrten intergeschlechtlichen Körper machen. Eine Rückkehr zum ›ursprünglichen‹ Körper ist nicht möglich – der einmal enteignete Körper kann nie wieder ganz angeeignet werden.

Der lebendige Körper als ermöglichende Materialität von Biographie ist *das* Hintergrundgerüst biographischer Konstruktionen, das sich darüber hinaus vielgestaltig in die Erzählung ›ein-

räumt«. Er ist in der biographischen Konstruktion als Akteur anwesend, auch die recht kurzen Andeutungen meiner Ergebnisse sollten einen Eindruck davon vermittelt haben, dass sich dieser Umstand mit hoher Wahrscheinlichkeit durchaus auch für »geschlechtliche Normalbiographien« von »gesunden« Menschen annehmen lässt. Diese Tatsache sollte in der Analyse von Biographien m.E. grundsätzlich angemessen berücksichtigt werden.

## Literatur

- Alheit, P. 1985: *Alltag und Biographie. Studien zur gesellschaftlichen Konstitution biographischer Perspektiven*. Bremen: Universität Bremen.
- Alheit, P. 2002: Reading Body Stories. Zur »leibhaftigen« Konstruktion der Biographie. In P. Alheit, B. Dausien, W. Fischer-Rosenthal, A. Hanses, A. Keil (Hg.), *Biographie und Leib*. Gießen: Psychosozial, S. 223–244.
- Barad, K. 2012: *Agentieller Realismus. Über die Bedeutung materiell-diskursiver Praktiken*. Berlin: Suhrkamp.
- Butler, J. 1991: *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, J. 1997: *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, J. 2009: *Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, J. 2010: *Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dausien, B. 1996: *Biographie und Geschlecht. Zur biographischen Konstruktion sozialer Wirklichkeit in Frauenlebensgeschichten*. Bremen: Donat.
- Dausien, B. 2002: Geschlechterkonstruktionen und Körpergeschichten. Überlegungen zur Rekonstruktion leiblicher Aspekte des »doing gender« in biographischen Erzählungen. In P. Alheit, B. Dausien, W. Fischer-Rosenthal, A. Hanses, A. Keil (Hg.), *Biographie und Leib*. Gießen: Psychosozial, S. 177–200.
- Fausto-Sterling, A. 2000: *Sexing the Body. Gender Politics and the Construction of Sexuality*. New York: Basic Books.
- Gregor, A. 2015: *Constructing Intersex. Intergeschlechtlichkeit als soziale Kategorie*. Bielefeld: transcript.
- Hagemann-White, C. 1984: *Sozialisation: Weiblich – männlich?* Opladen: Leske+Budrich.
- Hausman, B. L. 1999<sup>2</sup>: *Changing Sex: Transsexualism, Technology, and the Idea of Gender*. Durham: Duke University Press.
- Herrmann, S. K. 2003: *Performing the Gap – Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung*. Erstmals abgedruckt in *arranca! Zeitschrift für eine linke Strömung*. Nr.28, Aneignung I. S. 22–26.
- Huber, M. 2003: *Trauma und die Folgen: Trauma und Traumabehandlung, Teil 1*. Paderborn: Junfermann.
- König, J., P. A. Resick, R. Karl, R. Rosner 2012: *Posttraumatische Belastungsstörung. Ein Manual zur Cognitive Processing Therapy*. Göttingen, Bern, Wien, Paris, Oxford, Prag, Toronto, Cambridge, MA, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm: Hogreve.
- Levine, P. A. 2011: *Sprache ohne Worte. Wie unser Körper Traumata verarbeitet und uns in die innere Balance zurückführt*. München: Kösel.
- Loch, U. 2008: Spuren von Traumatisierungen in narrativen Interviews [20 Absätze]. In *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum Qualitative Social Research* 9(1), Art. 54, <http://nbnresolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0801544> (letzter Aufruf 15. Juni 2015).
- Plessner, H. 2003: *Lachen und Weinen. Eine Untersuchung der Grenzen menschlichen Verhaltens*. (1941) In G. Dux, O. Marquard, E. Ströker (Hg.), *Ausdruck und menschliche Natur. Gesammelte Schriften VII*. Frankfurt: Suhrkamp, S. 201–388.
- Roen, K. 2009: *Clinical Intervention and Embodied Subjectivity: Atypical Sexed Children and their parents*. In Morgan Holmes (Hg.), *Critical Intersex*. Farnham, Burlington: Ashgate. S. 15–40.
- Weidenhaus, G. 2015: *Soziale Raumzeit*. Berlin: Suhrkamp.

# Körper in »anderen Umständen«

## Schwangerschaft und Praktiken der Vergeschlechtlichung

Yvonne Niekrenz

*Beitrag zur Veranstaltung »Get (yourself) together – Körper in Krisen« der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung, in Kooperation mit der Sektion Soziologie des Körpers und des Sports – organisiert von Gabriele Klein und Katharina Liebsch*

Die erste Schwangerschaft ist eine Umbruchphase in den Lebensgeschichten vieler Frauen, die mit Verunsicherungen und Neuorientierungen im Alltag einhergeht. Schwangerschaft markiert das Eintreten in das Muttersein. Die Verunsicherungen in diesem Lebensabschnitt hängen nicht zuletzt mit den Veränderungen eines nun schwangeren Körpers zusammen. Im Zentrum dieses Beitrags steht die Frage, wie schwangere Frauen den sich verändernden Körper erleben, mit ihm umgehen und welche Praktiken der Vergeschlechtlichung im Kontext von Schwangerschaft zutage treten. Dafür wird auf empirisches Material zurückgegriffen, welches im Zusammenhang mit einem laufenden Forschungsprojekt entstanden ist. Von 13 leitfadengestützten und problemzentrierten Interviews werde ich einen Fall herausgreifen und ihn einer exemplarischen Analyse unterziehen. Das Sample enthält ausschließlich Interviews mit Frauen, deren Schwangerschaft gewollt und/oder geplant ist und die sich nicht konflikthaft zum Austragen der Schwangerschaft verhalten. Der im Folgenden vorgestellte Fall erweist sich im Hinblick auf das eigene Sample, aber auch auf die Studien von Lucy Bailey (1999), Kati Mozygamba (2011), Cornelia Schadler (2013) oder Stefan Hirschauer et al. (2014) als recht typisch. Das empirische Material wird durch drei Interviews mit Hebammen sowie ethnografische Beobachtungen von Geburtsvorbereitungskursen und Schwangerenyoga ergänzt, die in diesem Beitrag zwar keiner tiefgehenden Analyse zugeführt werden, jedoch ein Wissen generieren, das implizit in die Darstellung einfließt. Die Analyse des Interviews erfolgt rekonstruktiv hermeneutisch, um über einen methodisch kontrollierten Prozess das Gesagte und dessen Bedeutung zu entschlüsseln (vergleiche Honer 1993; Soeffner 2004). Erzählt wird die Schwangerschaftsgeschichte von Jana, die zum Interviewzeitpunkt in der 31. Schwangerschaftswoche ist. Sie ist 29 Jahre alt, verheiratet und Doktorandin an einer norddeutschen Universität.

## »Andere Umstände« – Entdecken, Erleben und Bearbeiten des schwangeren Körpers

Gewollte Schwangerschaften beginnen nicht erst mit dem Ausbleiben der Periode, sondern meist schon vorher mit der Erwartung der Möglichkeit einer Schwangerschaft. Durch das Einsetzen oder Weglassen von Verhütungsmitteln sind sie planbar. Innerhalb der Partnerschaft werden Schwangerschaften zumeist in Gesprächen über Kinderwunsch, die Konkretisierung der Familiengründung oder die Verhütungspraxis thematisiert. Die ersten leiblichen Zeichen einer Schwangerschaft können vielfältig sein. Das Aussetzen der Menstruation als stärkstes Anzeichen ist nur einer von vielen möglichen Hinweisen. Ein Ziehen in der Brust oder im Unterleib, Müdigkeit oder Unwohlsein können ebenso auftreten. Aber diese Anzeichen sind interpretationsbedürftig und können fehlgedeutet werden, denn für ihr Auftreten sind auch andere Ursachen möglich. Beim »verdächtigsten« Anzeichen – dem Ausbleiben der Periode – läuft die Interpretation von Jana in zwei Richtungen: »entweder ich bin schwanger oder es stimmt was nicht« (Jana, S. 1, Z. 15)<sup>1</sup>. Sie zieht neben einer Schwangerschaft auch eine andere organische Ursache in Betracht, die sie aber im Gegensatz zur Schwangerschaft als Störung der körperlichen Normalität deutet (»es stimmt was nicht«). Jana wird in eine gewisse Unruhe und Aufregung versetzt, denn sie hat – so berichtet sie – »nen sehr regelmäßigen Zyklus« (S. 1, Z. 11). Aber diese Regelmäßigkeit und die damit verbundenen (Körper-)Routinen geraten durcheinander. In ihrer Verunsicherung entwirft Jana Strategien, mit denen sie wieder Sicherheit erlangt: »Na=hab ich mir nen Test geholt« (S. 1; Z. 15) und »hab mir halt nen Termin bei der Gynäkologin geben lassen« (S. 1, Z. 16/17). Diese Handlungspraktiken können als Teil eines »mehrstufigen Evidenzierungsprozess[es]« beschrieben werden (Hirschauer et al. 2014: 259). Ein Test aus der Drogerie legt die Selbstdiagnose in Janas Hände, vertreibt aber nicht alle Unsicherheiten. Erst durch die Bestätigung von ärztlicher Seite bekommt die Schwangerschaft Evidenz. Das Körpergefühl und das Körperwissen von Jana sind nicht hinlänglich. Eine professionelle Instanz muss die Diagnose stellen. Die Diagnose Schwangerschaft normalisiert zwar die Verunsicherung über die ausbleibende Periode, aber versetzt die Betroffene auch in einen erneuten Zustand der Verunsicherung. Wird eine Schwangerschaft entdeckt, gerät das »Denken-wie-üblich« (Schütz, Luckmann 2003) zunächst in eine Krise. Der »Fluss der Gewohnheiten« des alltäglichen Lebens wird unterbrochen, denn die Person steht – zumindest vorübergehend – in Distanz zu den Idealisierungen des »Und-so-weiter« (Schütz, Luckmann 2003) und des »Ich-kann-immer-wieder« (Schütz, Luckmann 2003) ihres bisherigen Alltags. Jana erzählt: »Aber man braucht erstmal n=paar Tage um das irgendwie erstmal zu realisieren überhaupt« (S. 1, Z. 30/31). »Das war dann eigentlich son paar Tage Wechselbad der Gefühle« (S. 2, Z.1). Die Routinen des Alltags müssen erst einmal beiseitegeschoben werden. Um das Gefühl der Unsicherheit zu meistern, werden nun neue Routinen installiert, mit denen wieder Sicherheit gewonnen und sich gleichzeitig des Zustands des Schwanger-Seins versichert wird. Diese neuen Routinen werden von Jana explizit als »anders« markiert und betreffen wesentlich den Körper:

---

1 Dieses und die folgenden Zitate stammen aus der Transkription eines Interviews, das mit einer Schwangeren in deren 31. Schwangerschaftswoche geführt wurde.

»Dann rennst halt in die Arztpraxis, und ich musste dann gleich in der Woche danach nochmal hin um es zu bestätigen und zu gucken, obs sich richtig einnistet und so. (1) Und wenn man sonst nicht viel Zeit in Arztpraxen zubringt, dann ist das, also ist es son Stück auf dem Weg, was dir zeigt ok, irgendwas ist jetzt grade anders und (1) naja dann zeigen sie dir halt deine Werte und (1) dann denkt man sich so aha ok, es stimmt [...] Und von daher ist es dann schon so, geht man Wege die man sonst nicht geht und dann (1) ja dann gehts sofort los. Folsäure und so ist ja ganz wichtig in der Frühschwangerschaft dann rennt man dann sofort zur Apotheke und steht halt dann in der Früh da und nimmt irgendwas und denkt sich so, ja ok irgendwas ist anders, ne. (2) Musst dich halt von der Ernährung (1) gegebenenfalls n=bisschen umstellen oder halt n=paar Sachen weglassen« (S. 2, Z. 26–S. 3; Z. 8).

Was »anders« ist versetzt Jana schrittweise in »andere Umstände«. Die vermehrten Arztbesuche, die morgendliche Einnahme von Folsäure und die Veränderung von Ernährungsgewohnheiten bestätigen für Jana die Schwangerschaft in ihrem eigenen Handeln. Das »Realisieren« der Schwangerschaft deutet an, dass Jana nicht plötzlich schwanger ist, sondern es erst Stück für Stück wird, indem sie Evidenzen der Schwangerschaft in ihrem Alltag installiert. Die Diagnose Schwangerschaft versetzt sie auch in einen Zustand des Erwartens, denn sie sagt auch die (zukünftigen) Symptome einer Schwangerschaft voraus. Diese sind bei Jana aber noch nicht gegeben: »In der Zeit habe ich auch absolut nichts gemerkt. Also (.) Null. Ich hatte keine Symptome (.) überhaupt gar nichts. [...] du merkst gar nichts, fühlst dich eigentlich kerngesund und wie immer (.) und weißt jetzt so (1) ok (.) du hast da jetzt son (1) kleines (.) Ding in dir drin (.) das wächst. Das ist eigentlich das Komische, dass du am Anfang eben gar nichts merkst« (S. 2, Z. 9–13). Janas Körpergefühl stimmt nicht mit der für sie abstrakt bleibenden Information überein, schwanger zu sein. Ihre Irritation über die ausbleibenden Symptome drückt sich im Wiederholen des »gar nichts gemerkt« aus. Sie erwartet (fast sehnsüchtig) die ersten leiblichen Zeichen einer Schwangerschaft. Diese nämlich wären eindeutige Belege für einen Zustand, der für Jana zu diesem Zeitpunkt noch nicht (be)greifbar ist.

Der Körper wird für das Selbstkonzept der werdenden Mütter bedeutsam, denn er symbolisiert das Werden sichtbar und unsichtbar. Er ist vorübergehend in einen Ausnahmezustand versetzt, der mit veränderten Verhaltensweisen (zum Beispiel Wissensaneignung, Körperpflege), bestimmten Verhaltensvorschriften (zum Beispiel Ernährungs- und Bewegungsverbote) und medizinischer Kontrolle einhergeht. Diese veränderten Verhaltensweisen und -vorschriften fallen nicht selten mit Praktiken der Vergeschlechtlichung zusammen, auf die ich im zweiten Teil dieses Beitrags eingehen will.

## Schwangerschaft und Praktiken der Vergeschlechtlichung

Schwangerschaft als Leib-Körper-biographisches Schlüsselerlebnis geht in praxeologischer Sicht mit vielfältigen Praktiken der Vergeschlechtlichung einher. Dies betrifft die Wissensaneignung, bei der auf vergeschlechtlichte Wissensvorräte zurückgegriffen wird und lässt sich ebenso auf geschlechternormierte und -normierende (Körper-)Vorschriften beziehen, die sich an Frauen als verantwortungsvolle Mütter richten. Mit der Schwangerschaft haben Frauen einen hohen Wissensbedarf, der über Lektüre einschlägiger Ratgeberbücher, Broschüren, Internetseiten oder Foren gestillt wird. Jana beschreibt diese Informationsangebote als Orientierungshilfe: »dann

muss man erstmal tausend Bücher lesen und (lacht kurz) sich irgendwie orientieren« (S. 12, Z. 17/18). Bedeutsamer für die Frauen ist aber in der Regel das medizinische Wissen von »Fachleuten für Schwangerschaften«, nämlich Gynäkologinnen und Gynäkologen sowie Hebammen und Entbindungspfleger. Durch die ärztliche Vorsorge, die im Mutterpass rhythmisiert ist, wird die Schwangerschaft unter medizinische Überwachung gestellt. Die Untersuchungen und das Expertenwissen sind jedoch beruhigend und verunsichernd zugleich, denn pränatal-diagnostische Untersuchungen erzeugen, wie Barbara Duden (1991), Eva Schindele (1999) oder Elisabeth Beck-Gernsheim (1996) herausgestellt haben, nicht nur erstaunliche Einsichten ins Innere des weiblichen Körpers, sondern auch Risiken (vergleiche auch Heimerl 2013). Mit den diagnostischen Möglichkeiten sollen Anomalien vor der Geburt festgestellt werden. Diese Anomalien werden als Risiken entworfen, denen eine verantwortungsvolle Schwangere mit regelmäßigen Untersuchungen begegnen muss (zum Beispiel Triple-Test).

Dem Diktat der regelmäßigen Ultraschalluntersuchung entzieht sich Jana, nachdem sie bei einem Ultraschall einen beunruhigenden Effekt auf das Ungeborene erspürt hat: »Ich hab seitdem kein Ultraschall mehr machen lassen, weil=er darauf nicht gut reagiert hat« (S. 16, Z. 15/16). Allerdings bestätigt der Ultraschall auch, dass alles »in super bester Ordnung« (S. 16, Z. 25) ist und Jana diese Entscheidung damit beruhigt trifft. Die Erfahrung während der Untersuchung macht sie skeptisch gegenüber dem Ultraschall als pränatal-diagnostischer Methode: »Das Baby hat aber so vehement darauf reagiert, also ich hab gedacht, der springt durch die Bauchdecke, dass ich nur gedacht hab na so harmlos ist=es ja offensichtlich dann nicht für die Kinder, wie einem die Ärzte immer weismachen wollen« (S. 16, Z. 22–25). Ihre Empfindungen deutet Jana als Abwehrreaktion des ungeborenen Kindes. Sie gesteht ihm damit eine eigene Äußerungsmöglichkeit zu, die sie zum Anlass nimmt, Ultraschalluntersuchungen nicht weiter in Anspruch zu nehmen, weil sie weniger harmlos sein könnten als von medizinischer Seite beschrieben. Kindsbewegungen werden von den Schwangeren häufig als Kommunikation des Ungeborenen gesehen, das beispielsweise auf das unmittelbare Geschehen reagiere (Sänger et al. 2013: 62).

Dem Risikoblick der Pränataldiagnostik auf Schwangerschaften folgen aber in den überwiegenden Fällen keine Therapiemöglichkeiten, wenn Normabweichungen festgestellt bzw. für wahrscheinlich gehalten werden. Die Frau steht dann vor der Entscheidung für oder gegen einen späten Abbruch. Schwangerschaft gerät hier zu einem technisch-apparativen Projekt, wie etwa Eva Schindele (1995) bereits Mitte der neunziger Jahre warnt. Bereits mit der Pubertät geraten Frauenkörper unter regelmäßige medizinische Überwachung. Umbruchphasen wie Pubertät, Schwangerschaft oder Wechseljahre sind hierzulande fast selbstverständlich medikalisiert und unterliegen damit, wie Petra Kolip (2000) feststellt, der Normierung, Pathologisierung und Regulierung. Sie werden also im Hinblick auf Normwerte beurteilt, Abweichungen von diesen werden als behandlungsbedürftig definiert und der Korrektur unterzogen (Kolip 2000: 18–20). Diese Medikalisierung von Umbruchphasen ist spezifisch für weibliche Körper, nicht aber für geschlechtsreif gewordene männliche Körper.

Während der Schwangerschaft greift die »Verantwortungsrhetorik« (Beck-Gernsheim 1996: 289) eines naturwissenschaftlichen Risikodiskurses. Wer das technisch Machbare nicht in Anspruch nimmt, erscheint verantwortungslos. Gleiches gilt für Ernährungsvorschriften und Bewegungsgebote. Das Wohl des ungeborenen Kindes bedarf eines Verzichts auf bestimmte Nah-

rungsmittel, zum Beispiel Rohmilch, rohes Fleisch, Räucherfisch oder ungewaschenes Obst, und des Gebots einer ausgewogenen und gesunden Ernährung. Alkohol, Tabak und sonstige Suchtmittel sind fortan tabu, aber auch mit Koffein schränken sich viele Frauen ein. Jana erklärt: »Also alles was ich esse oder nicht esse, wie ich mich bewege, beeinflusst ja, wie=es dem Kind geht. Was ich für Stress hab oder nich hab. (1) Meine emotionale Lage=es überträgt sich alles aufs Kind, auf die Herzfrequenz (1) darauf wie=es dem Kind geht.« (S. 10, Z. 3–6). Die Interviewte reproduziert medizinische Erkenntnisse über die Auswirkungen des Alltagshandelns der Schwangeren auf das Ungeborene und unterstreicht so die besondere Verantwortung, die sie trägt: Die werdende Mutter sei verantwortlich für das Wohl des Kindes. Dabei sind Frauen oft mit einer normativen Überhöhung der Mutterrolle und einem Ideal von Schwangerschaft konfrontiert. Mit der Verantwortungsrhetorik werden sie in ihrem Körperhandeln diszipliniert. Sie tragen die Verantwortung für ein gesundes Kind – und zwar nicht nur dem Ungeborenen gegenüber, sondern auch der Familie, dem werdenden Vater, der Gesellschaft gegenüber. In Geboten und Verboten äußern sich Machttechnologien, mit denen die Frauen zu gesundem Körperhandeln diszipliniert werden, um leistungsfähigen Nachwuchs zu gebären. Die Interviewte etwa gönnt sich mehr Ruhe und nimmt zum Beispiel häufiger ein Bad. Sie schränkt ihre Aktivitäten ein und geht nicht mehr joggen, sondern fährt lieber Rad. Der Appell an Selbstverantwortung und Verantwortungsübernahme für das »werdende Leben« sind nicht zuletzt als Praktiken der Vergeschlechtlichung von Schwangerschaft zu verstehen (vergleiche Sontowski 2010: 14). In vergeschlechtlichte und vergeschlechtlichende Praktiken ist auch die Partnerschaft einbezogen. Schwangerschaft gilt im Alltagswissen unhinterfragt als das »Natürlichste« und das »Weiblichste« der Welt. Und damit verstärkt sie auch die Differenz zwischen den Partnern in einer heterosexuellen Partnerschaft. Der schwangere Körper symbolisiert ja gerade die Geschlechterdifferenz. Die Frau verändert ihren Alltag und ihr Körperhandeln, während der Mann davon nicht betroffen sein muss. Der Körper der Frau gerät in den Fokus, sie achtet auf leibliche Signale, bedarf der Unterstützung durch den Partner. Sie stellt bei sich eine verstärkte Emotionalität oder Sensibilität fest, wie etwa Jana: »siehst irgendeine bescheuerte Fernsehwerbung und fängst an zu heulen« (S. 24, Z. 21/22). Andere Frauen berichten unter dem Schlagwort »Schwangerschaftsdemenz« von zunehmender Vergesslichkeit. Die wahrgenommenen Veränderungen werden als natürliche Vorgänge oder als Resultat von Hormonausschüttungen (»dann hast du halt irgendwelche Hormonschübe« – S. 24, Z. 20/21) gedeutet. Die Frau ist leiblichen Vorgängen unterworfen, gegen die sie nichts ausrichten kann. Hier deutet sich ein Diskurs an, der den Körper und das Erleben sowie Handeln der Schwangeren als Symbol für eine naturhafte Differenz zwischen den Geschlechtern versteht (vergleiche Maier 2000: 131). Die beobachteten Veränderungen werden als Normabweichungen oder Beeinträchtigungen gedeutet, die nicht nur die Schwangere selbst von sich erwartet, sondern die auch vom Umfeld erwartend beobachtet werden. Jana bilanziert: »Also die Gesellschaft erwartet, dass ne schwangere Frau Dinge tut, die sie im Normalfall nicht tun würde, weil ihr Körper sich gerade auf ne sehr wundersame Weise verändert und sie dazu bringt, sich quasi abnormal zu verhalten« (S. 25, Z. 10–13). Dafür wird ihr ein Schonraum zugestanden. Es ist für alle in Ordnung, wenn sich eine schwangere Frau abweichend verhält. Dieses Moratorium bietet der Frau einerseits Schonung, bedeutet aber auch Ausschließung. Mit einem »abnormalen« Handeln steht sie außerhalb der Norm und der Normalitätserwartungen, mit denen die Gesellschaftsmitglieder konfrontiert sind.



Vergeschlechtlichende Praktiken betreffen auch das Ungeborene. Durch Pränataldiagnostik ist schon recht früh feststellbar, ob es sich um einen männlichen oder weiblichen Fötus handelt. Diese Information macht die werdenden Eltern zu Eltern eines Mädchens oder eines Jungen, woran sich nicht nur differente Vorbereitungen anknüpfen, etwa die Suche nach einem männlichen oder weiblichen Namen, der Kauf farblich unterschiedlicher Erstausrüstung usw. Auch leibliche Zeichen werden vergeschlechtlicht: Eine hohe Aktivität des Ungeborenen wird etwa – so berichten einige der Interviewten – als typisch für einen Jungen, einen zukünftigen Fußballer gedeutet. Auch mit »Weisheiten« des Volksglaubens sind Schwangere konfrontiert und zitieren diese häufig belustigt und nehmen symbolisch Abstand von ihnen. Etwa dass ein runder Bauch auf ein Mädchen, ein spitzer Bauch auf einen Jungen hindeutet. Oder dass Mädchen gern ein paar Tage nach dem errechneten Geburtstermin kämen, weil sie sich erst hübsch machen müssten. Bei aller Distanzierung wird doch deutlich wie wirkmächtig die Orientierung an traditionellen Geschlechtsrollen während der Schwangerschaft ist.

## Fazit

Weiblichkeit wird während der Schwangerschaft mehr denn je mit Naturhaftigkeit, Körperlichkeit, mit Passivität, Fürsorge, Emotionalität in Verbindung gebracht oder sogar als Abweichung von der Norm gedeutet. Damit werden Geschlechterhierarchien bestätigt, die schwangere Frauen als »anders« oder »abnormal« ausschließen. Der weibliche Körper wird mittels Verantwortungsrhetorik subtilen Machtmechanismen unterworfen, die schwangere Frauen im Hinblick auf ihr Körperhandeln disziplinieren und sie Normativitätsvorstellungen von guter Mutterschaft unterwerfen sollen (vergleiche Schütze 1986). Die Verantwortung für das werdende Leben und das Gebären gesunden Nachwuchses hat einerseits Ernährungsverbote, Bewegungsgebote und Empfehlungen zu Körperpflege und Stressvermeidung, andererseits aber auch medizinische Überwachung des schwangeren Körpers und des Fötus zur Folge.

Schwangerschaft ist eine Statuspassage, die verunsichert und irritiert. Sie geht mit Veränderungen alltäglichen Handelns einher und erzeugt Erwartungen – Erwartungen der Frau an sich selbst, Erwartungen des Partners, des Umfeldes, des begleitenden medizinischen Personals usw. Schwangerschaft erweist sich als ein Zustand, in dem Frauen mehr als je zuvor mit Geschlechtlichkeit und Geschlechterhierarchien konfrontiert sind. Sie betont die (Geschlechter-)Differenz des heterosexuellen Paares, indem eine »naturhafte« Differenz hergestellt und inszeniert wird. Der Körper der Frau verändert sich, sie konstruiert sich als ihm und seinen natürlichen Vorgängen unterworfen und wird darin mitunter vom sozialen Umfeld bestärkt. Damit werden implizit Körperlichkeit und Weiblichkeit gleichgesetzt und die traditionalistische Zuschreibung von Körper und Natur zu allem Weiblichen und von Geist und Kultur zu allem Männlichen wiederholt. Darüber hinaus geht der »natürliche Vorgang« Schwangerschaft mit der Erwartung »abnormalen Verhaltens« einher, wie Jana es benennt. Die »Normabweichungen« im Handeln der Schwangeren werden vom Umfeld akzeptiert und erwartet, weshalb ihnen ein Schonraum zugesprochen wird, der sie aber auch sozial »abseits stellt«.

## Literatur

- Bailey, L. 1999: *Refracted Selves? A Study of Changes in Self-Identity in the Transition to Motherhood*. *Sociology*, 33 Jg., Heft 2, 335–352.
- Beck-Gernsheim, E. D. 1996: *Die soziale Konstruktion des Risikos. Das Beispiel Pränataldiagnostik*. *Soziale Welt. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis*, 47. Jg., Heft 3, 284–296.
- Duden, B. 1991: *Der Frauenleib als öffentlicher Ort. Vom Mißbrauch des Begriffs Leben*. Hamburg: dtv.
- Heimerl, B. 2013: *Die Ultraschallsprechstunde. Eine Ethnografie pränataldiagnostischer Situationen*. Bielefeld: transcript.
- Hirschauer, S., Heimerl, B., Hoffmann, A., Hofmann, P. 2014: *Soziologie der Schwangerschaft. Explorationen pränataler Sozialität*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Honer, A. 1993: *Lebensweltliche Ethnographie. Ein explorativ-interpretativer Forschungsansatz am Beispiel von Heimwerker-Wissen*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Kolip, P. 2000: *Frauenleben in Ärztehand. Die Medikalisierung weiblicher Umbruchphasen*. In P. Kolip (Hg.), *Weiblichkeit ist keine Krankheit. Die Medikalisierung körperlicher Umbruchphasen im Leben von Frauen*. Weinheim, München: Juventa, 9–30.
- Maier, M. 2000: *Milieuspezifische Verkörperungen von Weiblichkeit. Zur Symbolik des schwangeren Körpers*. In C. Koppetsch (Hg.), *Körper und Status. Zur Soziologie der Attraktivität*. Konstanz: UVK, 125–145.
- Mozygemba, K. 2011: *Die Schwangerschaft als Statuspassage. Das Einverleiben einer sozialen Rolle im Kontext einer nutzerinnenorientierten Versorgung*. Bern: Huber.
- Sänger, E., Dörr, A., Scheunemann, J., Treusch, P. 2013: *Embodying Schwangerschaft: pränatales Eltern-Werden im Kontext medizinischer Risikodiskurse und Geschlechternormen*. *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Heft 1, 56–71.
- Schadler, C. 2013: *Vater, Mutter, Kind werden. Eine posthumanistische Ethnographie der Schwangerschaft*. Bielefeld: transcript.
- Schindele, E. 1995: *Schwangerschaft. Zwischen guter Hoffnung und medizinischem Risiko*. Hamburg: Rasch und Röhring.
- Schütz, A., Luckmann, T. (2003): *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz: UTB.
- Schütze, Y. 1991: *Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters »Mutterliebe«*, 2. Aufl. Bielefeld: Kleine.
- Soeffner, H.-G. 2004: *Auslegung des Alltags – Der Alltag der Auslegung. Zur wissenssoziologischen Konzeption einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik*, 2., durchgesehene und ergänzte Auflage. Konstanz: UVK.
- Sontowski, C. 2010: *»Körper und Geschlecht in der Schwangerschaft. Aneignung medizinischen Wissens durch Gynäkolog\_innen und schwangere Frauen«*. *Onlinejournal Kultur und Geschlecht*, No. 6, URL: [www.ruhr-uni-bochum.de/genderstudies/kulturundgeschlecht/pdf/Sontowski\\_KoerperUndGeschlecht.pdf](http://www.ruhr-uni-bochum.de/genderstudies/kulturundgeschlecht/pdf/Sontowski_KoerperUndGeschlecht.pdf) (letzter Aufruf 3. Februar 2015).

»Krise der Reproduktion – Reproduktion in der Krise« der Sektion  
Frauen- und Geschlechterforschung – organisiert von Birgit Riegraf und Angelika Pofert

# Verschärfung geschlechtlicher Ungleichheiten?

Auswirkungen der sozialen Krisen in der EU

Alexandra Scheele

*Beitrag zur Veranstaltung »Krise der Reproduktion – Reproduktion in der Krise« der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung – organisiert von Birgit Riegraf und Angelika Poferl*

Seit der großen Rezession 2008 ist eine Verkettung von unterschiedlichen »Krisen«<sup>1</sup> zu beobachten: Auf die Bankenkrise folgte eine Krise der Realökonomie und mittlerweile sind viele EU-Staaten von einer Staatsschulden- bzw. Fiskalkrise betroffen. Aus der Perspektive der Geschlechtersozioologie lassen sich die unterschiedlichen Krisen als Kulminations- und Beschleunigungsprozesse einer tiefer greifenden gesellschaftlichen Strukturkrise begreifen. Diese Strukturkrise besteht darin, dass nicht nur die Art der strukturellen Verknüpfung von klassischem Produktionskapitalismus und grenzüberschreitendem globalen Finanzmarktkapitalismus an ihre Grenzen gekommen ist, sondern auch die quer dazu liegende Verknüpfung von Produktions- und Reproduktionssphäre inklusive des ihr unterlegten Genderregimes. Die Geschlechtersozioologie erweitert deshalb den Blick auf die gesamte – und nicht nur auf den Markt bezogene – Güter- und Leistungsproduktion und identifiziert dadurch die hochgradig nach Geschlecht hierarchisierten Segmente wirtschaftlichen Handelns (Michalitsch, 2013, 128): den globalen Finanzmarkt, die ›reale Marktwirtschaft‹, den öffentlichen Dienstleistungssektor, den informellen Sektor und die als ›privat‹ definierte Versorgungsökonomie. Die Hierarchie besteht nun darin, dass der Finanzsektor und die Versorgungsökonomie jeweils die entgegengesetzten Pole hinsichtlich Einkommen, Status und Entscheidungsmacht abbilden – und zudem deutlich geschlechtlich codiert sind (Lepperhoff, Scheele 2014; Michalitsch 2013, 128).

---

<sup>1</sup> Ganz allgemein gesprochen resultieren Krisen – wie Alex Demirovic und Andrea Maihofer (2013) ausführen – »aus Widersprüchen und Spannungen, die schon zuvor bestanden und zu einer Vielzahl von kleinen Krisen führen, die sich, wenn keine entscheidenden Gegenmaßnahmen ergriffen werden, zu großen Krisen aufschaukeln können« (Demirović, Maihofer 2013, 32). Insofern treten in Krisensituationen bereits bestehende Unvereinbarkeiten und Konflikte zutage, wie sich gerade an einer Auseinandersetzung mit den Geschlechterverhältnissen gut zeigen lässt.

Im Unterschied zu vielen Krisenanalysen, die sich vorrangig mit marktförmig ausgestalteten Krisenprozesse auseinandersetzen, soll im Folgenden der Blick auf die sozialen Krisenprozesse in Folge der genannten Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrisen gerichtet werden. Die Spekulations- und Finanzmarktgeschehnisse waren schließlich nicht nur mit negativen Wirkungen für andere Segmente der Ökonomie verbunden, sondern haben massive, vielfach beschränkende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und die Handlungs- und Kritikfähigkeit von Personen und sozialen Gruppen.

Wir haben es dabei mit einer doppelten sozialen Krise zu tun: Die erste soziale Krise besteht darin, dass die Europäische Union deutlich gespalten ist (vergleiche zum Beispiel Dauderstädt, Keltek 2012; Dauderstädt, Keltek 2015): Auf der einen Seite gibt es Staaten, die relativ unbeschadet aus der Krise herausgegangen sind und gegenwärtig von einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung – Wirtschaftswachstum –, von einer innerhalb der Maastricht-Kriterien relativ niedrigen Verschuldung und von relativ niedriger Erwerbslosigkeit gekennzeichnet sind. Neben Deutschland betrifft dies insbesondere die baltischen Staaten, Schweden oder Österreich. Demgegenüber stehen jene Staaten mit schwacher wirtschaftlicher Leistung, hoher Verschuldung und hoher Erwerbslosigkeit. Dazu gehören die südlichen EU-Mitgliedsstaaten, aber auch mittlerweile Italien und Frankreich. Eine Analyse des Pro-Kopf-Einkommens in den EU-Staaten zeigt, dass das »Verhältnis der Einkommen des reichsten und ärmsten Fünftels der EU-Bevölkerung (Quintilverhältnis 80/20)« (Dauderstädt, Keltek 2015, 1) in Europa mit 9,5 in Euro und 6,2 in Kaufkraftstärke »höher ist als in den USA, Indien oder Russland« (Dauderstädt, Keltek 2015, 3). Während die Ungleichheit in der EU bis 2009 deutlich abgenommen hat, bleiben seit 2011 die Einkommensunterschiede in Europa trotz leichter Veränderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehen. Zu dieser sozialen Krise zwischen den EU-Staaten kommt jene innerhalb der einzelnen EU-Staaten, die eng mit der ersten Krise verknüpft ist. Zum Abbau der öffentlichen Verschuldung und zur Vermeidung eines erneuten Anstiegs der Staatsschulden (»Schuldenbremse«) haben die meisten europäischen Länder einen austeritätspolitischen Kursschwenk vollzogen. Dieser zielt auf Einsparungen im Bereich der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen. Allerdings haben »Entlassungen und Gehaltskürzungen bei Angestellten des öffentlichen Dienstes, Verminderung der Sozialleistungen, Streichung von Subventionen [...] ihre Grenzen bei den Folgen: dem sinkenden Nationaleinkommen, der höheren Arbeitslosigkeit und den dadurch wiederum steigenden Sozialleistungen« (Lepsius 2013, 185). Es verschlechtert sich durch diese Maßnahmen die soziale Lage von einkommensschwachen Gruppen und sogenannten Risikogruppen, was mit steigenden finanziellen, gesundheitlichen und sozialen Belastungen der Menschen verbunden ist.<sup>2</sup> Diese sozialen Folgekosten (extreme Ungleichheit, Unsicherheit, Prekarisierung, Armut, Arbeitslosigkeit etc.) stellen das Einsparungspotential im Bereich der sozialstaatlicher Leistungen und öffentlicher Angebote in Frage.

---

<sup>2</sup> Im Extremfall können diese Belastungen sogar zu einem Anstieg der Suizidzahlen führen. Eine Datenanalyse eines internationalen Forscher/-innenteams, die von der WHO und den Centers for Disease Control und Prevention veröffentlicht wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass sich im Jahr 2009 in den 54 erfassten Ländern knapp 5.000 Männer mehr das Leben genommen haben, als es vom langjährigen Trend her zu erwarten gewesen wäre. Expert/-innen begründen diesen Anstieg mit der Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Existenzbedrohungen und dem möglichen Verlust gesellschaftlichen Ansehens (Weber 2014).

Ausgehend von dieser zweiten sozialen Krise soll im Folgenden untersucht werden, wie sich die geschlechtliche Ungleichheit im Zuge der Konsolidierungs- und insbesondere austeritätspolitischen Maßnahmen, die zur Eindämmung der Staatsschulden- bzw. Fiskalkrise ergriffen wurden, entwickelt hat. Dazu werden – neben Deutschland – exemplarisch Spanien und Griechenland betrachtet. Bereits zu Beginn der Banken- und Finanzkrise wurde in geschlechtersoziologischen Analysen die Befürchtung geäußert, dass sich die Austeritätsmaßnahmen direkt, zum Beispiel im Kontext von Stellenkürzungen oder auch zeitversetzt, zum Beispiel durch den Abbau sozialer Dienstleistungen, zum Nachteil von Frauen auswirken (vergleiche Annesley, Scheele 2011; Kurz-Scherf, Scheele 2012, 8; Scheele 2009; Wichterich 2010).

Zur Analyse und Differenzierung der Organisationsprinzipien von Produktion (Erwerbsarbeit) und Reproduktion (Für- und Selbstsorge) sind der Begriff des Genderregimes sowie die Unterscheidung von Wohlfahrtsstaaten in familisierende und de-familisierende Regime hilfreich. Mit dem Begriff des Genderregimes werden die Organisationsprinzipien, die zu einer unterschiedlichen Verteilung und Hierarchisierung zwischen den Genusgruppen führen, in den Blick genommen. Bei der Analyse von familisierenden und de-familisierenden Wohlfahrtsregimes werden wohlfahrtsstaatliche Politiken dahingehend untersucht, ob sie die Erbringung von Betreuungsaufgaben in den Familien stärken oder schwächen. Gestärkt wird die Betreuungsfunktion von Familien zum Beispiel durch steuerliche Begünstigungen (z.B. Ehegattensplitting) oder direkte Familientransfers (z.B. Betreuungsgeld). Im Unterschied dazu entlasten öffentliche Einrichtungen, wie Kindergärten oder Pflegeheime oder auch die öffentlich geförderten oder marktvermittelten Dienste zum Beispiel im Bereich der Pflege die Familien (vergleiche Appelt 2014, 105f). Sigrid Leitner (2013) differenziert die familisierenden Regime weiterhin danach, ob sie dieses Modell explizit (oftmals mit Verweis auf traditionelle Geschlechterrollen), implizit (mangelhafter Ausbau oder hohe Kosten von Einrichtungen bürden den Familien die Aufgaben auf) oder auch optional (eröffnen reale Wahlmöglichkeiten) verfolgen.

## Geschlechterungleichheit in der Krise

Zur Beschreibung sozialer Ungleichheit wird in erster Linie die Dimension »Erwerbsarbeit« in den Blick genommen, da das Erwerbsleben der Ort ist, an dem sich entlang zugeschriebener Merkmale, wie z.B. Geschlecht oder sozialer Herkunft ebenso wie entlang erworbener Merkmale wie Bildung, Chancen und Risiken konzentrieren und Dynamik entfalten. Darüber hinaus verfestigen sich über den ungleichen, oftmals nur prekären Zugang zu Erwerbsarbeit im Lebensverlauf Einkommens- und Vermögensungleichheiten sowie ungleich verteilte Armuts- und Gesundheitsrisiken, Lebensbedingungen und Handlungsressourcen. Und schließlich sind die sozialen Sicherungssysteme meist an Erwerbsarbeit gekoppelt<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> Aus der geschlechtersoziologischen Perspektive ist diese forschungspraktisch begründete Fokussierung insofern verkürzt, als dass nicht-marktförmige Organisationsformen von Arbeit ausgeschlossen sind und damit die konstatierte Hierarchisierung zwischen – vereinfacht gesprochen – »Produktion« und »Reproduktion« gewissermaßen bestärkt wird.

Die Erwerbsbeteiligung in der Europäischen Union (EU-28) ist zwischen 2008 und 2013 deutlich zurückgegangen und zwar von 70,3 Prozent auf 68,4 Prozent. Während die Erwerbstätigenquote von Frauen relativ stabil geblieben ist, ist die der Männer deutlich (um 3,7 Prozentpunkte) gesunken. Dies hat zu einer Verringerung des sogenannten Gender Gaps in der Beschäftigungsquote geführt. Für die Krisenjahre 2008 bis 2013 ist dies jedoch kein gleichstellungspolitischer Fortschritt, sondern vielmehr Ergebnis einer Angleichung »nach unten«, da die Beschäftigungsquote von Männern gesunken ist – und nicht die der Frauen gestiegen. Hervorzuheben ist vielmehr, dass die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit, die in den Vorkrisenjahren nicht nur erklärtes politisches Ziel der EU (z.B. »beschäftigungspolitische Leitlinien« von 2001 im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie, Maier 2015, 9; Smith, Villa 2015, 13) war, sondern auch wichtiges Merkmal des Arbeitsmarktes, zu einem Stillstand gekommen ist (vgl. auch Bettio et al. 2012).

Die Daten zur Erwerbsbeteiligung bestätigen die bereits angesprochene Ungleichentwicklung einzelner EU-Staaten: Während in Deutschland die allgemeine Erwerbsbeteiligung zwischen 2008 und 2013 gestiegen ist (und jeweils auch die Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern), ist sie in Spanien und Griechenland deutlich zurückgegangen. Allerdings geben diese Daten noch keinen Aufschluss über den Umfang der Erwerbstätigkeit. Ein Blick auf die Entwicklung in Vollzeitäquivalenten macht deutlich, dass Frauen häufiger Teilzeit arbeiten und insofern ihre Erwerbsbeteiligung deutlich geringer ist, als es die Erwerbstätigenquote anzeigt. In Vollzeitäquivalenten angezeigt, lag die Erwerbsbeteiligung EU-weit von Frauen 2008 bei 51 Prozent und 2012 bei 50 Prozent. In Griechenland ist sie in diesem Zeitraum um sieben Prozentpunkte gesunken. Aber auch der Anteil der Männer, die Teilzeit arbeiten, hat seit 2008 deutlich zugenommen. Ihre Erwerbsbeteiligung gemessen in Vollzeitäquivalenten betrug 2008 71 Prozent und 2012 nur noch 67 Prozent. In Spanien und Griechenland ist die Vollzeitäquivalenzrate von Männern besonders stark gesunken: In Spanien um 14 Prozentpunkte und in Griechenland um 16 Prozentpunkte (Eurostat 2014).

Als Spiegelbild zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit können die Daten zur Entwicklung der Erwerbslosigkeit gesehen werden. Die Erwerbslosenquote ist EU-weit deutlich angestiegen – von 7,0 Prozent in 2008 auf 10,8 Prozent in 2013. Während in Deutschland ein Rückgang zu beobachten ist, ist die Erwerbslosigkeit in den beiden südlichen Ländern dramatisch angewachsen: In Spanien lag sie 2008 noch bei 11,3 Prozent und im Jahr 2013 bereits bei 26,1 Prozent, in Griechenland ist sie von 7,8 Prozent in 2008 auf 27,5 Prozent in 2013 gestiegen. Darüber hinaus fällt der überdurchschnittliche Anstieg des Anteils der erwerbslosen Frauen dort ins Auge. In Spanien von 11,5 Prozent in 2008 auf 31,4 Prozent in 2013 (zum Vergleich: Männer von 10,1 Prozent auf 25,6 Prozent), in Griechenland von 12,8 Prozent auf 26,7 Prozent (zum Vergleich: Männer von 5,1 Prozent auf 24,5 Prozent) (vergleiche Eurostat 2014). Besonders stark zugenommen hat die Jugendarbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 15 – 24-Jährigen. Sie betrug EU-weit in 2008 15,8 Prozent und in 2013 23,5 Prozent. Besonders in Griechenland und Spanien sind die Arbeitsmarktchancen von jungen Menschen katastrophal. In Griechenland sind mittlerweile fast zwei Drittel der jungen Frauen und mehr als die Hälfte der jungen Männer unter 25 Jahren von Erwerbslosigkeit betroffen, in Spanien sind es mehr als 54 Prozent der jungen Frauen und gut 56 Prozent der jungen Männer. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO (2012) bezeichnete die jungen Menschen in den südlichen europäischen Ländern bereits als »verlorene Generation«, da es auch keine Aussicht für eine Verbesserung ihrer Beschäftigungsperspek-

tiven gäbe. Dies wird durch Studien (zum Beispiel Schmillen, Umkehrer 2014) bestätigt, die einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit zu Beginn des Erwerbslebens und einem deutlich erhöhten Arbeitsmarktrisiko im späteren Erwerbsverlauf festgestellt haben. Darüber hinaus sind Personen mit Migrationshintergrund und bereits vor der Krise atypisch Beschäftigte besonders stark von Arbeitsplatzverlusten betroffen und weisen ein erhöhtes Armutsrisiko auf (Bettio et al. 2012).

Auch hinsichtlich des Einkommens bleiben bestehende Geschlechterungleichheiten erhalten bzw. verstärken sich: Das unbereinigte *Gender Pay Gap*, das die Differenz in den Einkommen zwischen Frauen und Männern anzeigt, ist zwar zwischen 2008 und 2012 leicht gesunken (2008: 17,8 Prozent in EU-27), liegt im EU-Durchschnitt aber noch immer bei 16,4 Prozent – mit deutlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten. In Deutschland liegt es relativ konstant bei 22,4 Prozent, die letzten Angaben aus Griechenland sind von 2010 mit 15 Prozent (von 22 Prozent in 2008) und in Spanien bei 17,8 Prozent (2008 16,1 Prozent). Aber ähnlich wie beim Gender Gap bei der Erwerbsbeteiligung ist die Verringerung des Gender Pay Gaps überwiegend durch sinkende Männereinkommen zustande gekommen und nicht durch bessere Einkommensbedingungen von Frauen (Smith 2015, 20).

Wie lassen sich nun diese Daten erklären? Im Folgenden soll knapp auf die Krisenpolitiken und Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland, Griechenland und Spanien<sup>4</sup> eingegangen und gezeigt werden, wie diese direkt oder indirekt zu einer Verstärkung der Geschlechterungleichheit beigetragen haben.

## Sparen »auf Kosten der Frauen«? Austeritätspolitiken in Deutschland, Spanien und Griechenland

Aufgrund der kurzfristigen Krisenbewältigungsmaßnahmen ab 2008 und der guten konjunkturellen Entwicklung ist *Deutschland* relativ glimpflich durch die drei zu Beginn erwähnten Krisen gekommen. Eine Ursache dafür ist auch, dass Deutschland bereits in den Jahren zuvor im Rahmen der sogenannten Agenda 2010 einen deutlichen Umbau des Sozialstaates und damit auch Kürzungen im Bereich sozialstaatlicher Leistungen vorgenommen hat. Insbesondere die »Hartz-Gesetze« von 2003–2005 haben durch die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und der restriktiveren Gestaltung der Bezugsvoraussetzungen den Druck auf die Erwerbslosen erhöht und diese überwiegend in atypische, vielfach prekäre Arbeit gezwungen. Dies geschieht jedoch um den Preis eines Anstiegs sozialer Ungleichheit: Eine Studie der OECD hat 2011 gezeigt, dass in Deutschland die Einkommensungleichheit seit 1990 stärker gewachsen ist als in den meisten anderen OECD-Ländern. In den neunziger Jahren verdienten die obersten 10 Prozent der deutschen Einkommensbezieher/-innen noch sechsmal so viel wie die untersten 10 Prozent, im Jahr 2008 lag das Verhältnis bereits bei 8 zu 1 (57.300 zu 7.400 Euro) (OECD 2011). Die jüngste Studie der OECD von 2015 kommt nun allerdings zu dem Ergebnis, dass die Un-

---

<sup>4</sup> Mit dieser Auswahl wird ein EU-Staat in den Blick genommen, der gemeinhin als Krisengewinner gilt und zwei Länder, die besonders stark unter den Folgen der Krise zu leiden haben bzw. deren bestehende Probleme durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und die nachfolgenden Konsolidierungsmaßnahmen verstärkt wurden.



gleichheit bei den Einkommen seit dem Beginn der Krise 2007 nicht weiter zugenommen hat. Herausgehoben wird nun vielmehr, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland im Vergleich zu vielen anderen OECD-Ländern sehr hoch ist: »Im OECD-Schnitt halten die zehn Prozent der Reichsten nur 50 Prozent der Vermögen« (OECD 2015), in Deutschland hingegen besitzen sie 60 Prozent des Nettohaushaltsvermögen (OECD 2015).

Im Zuge der Krise verkündete die Regierung dennoch Mitte 2010 ein Sparpaket, um die im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen entstandenen Ausgaben wieder auszugleichen. Dieses Sparpaket umfasste bis zum Jahr 2014 Einsparungen in Höhe von rund 80 Milliarden Euro (Auth 2012, 145). Dies entspricht pro Jahr 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Bieling 2012, 71).<sup>5</sup> Diese Haushaltskonsolidierungspolitik der Jahre 2011 und 2012 zielte unter anderem auf sozialstaatliche Leistungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende, der Rentenversicherung und der Familienpolitik. Diana Auth (2012) kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass es sich dabei um eine stark selektive Politik handele, die sich besonders negativ für Langzeitarbeitslose auswirke. Damit werde fortgesetzt, was bereits vor der jetzigen Krise begonnen wurde, nämlich den Sozialstaat in »Richtung Eigenverantwortung und Selbstregulierung sowie Re-Aktivierung subsidiärer Elemente und Re-Privatisierung ehemals kollektiver Risiken« (Kurz-Scherf, Scheele 2012, 15) um- bzw. abzubauen. Betrachtet man nun die geschlechtlichen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, bei den Arbeitszeiten, bei den Einkommen usw., so zeigt sich, dass diese auch in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs bestehen bleiben (Scheele 2013). In der Wohlfahrtsstaatsdiskussion wird das deutsche Gender-Regime als eine Mischung aus explizit und optional familisierend charakterisiert (zum Beispiel Leitner 2013). Deutschland ist gekennzeichnet von inkonsistenten politischen Regulierungen, die einerseits die Verschiebung von einem »male breadwinner model« hin zu einem »adult worker model« fördern (z.B. Ausbau Kinderbetreuungseinrichtungen, Elternzeitregelung, Neuregelung der Unterhaltspflicht nach Scheidungen), andererseits aber auch eine Fortsetzung des modernisierten Ernährermodells unterstützen (z.B. Ehegattensplitting, beitragsfreie Mitversicherung). Auch die soziale Praxis ist von Inkohärenzen in der sozialen Praxis, wo sich das proklamierte Gleichheitsideal mit »traditionellen« Geschlechterarrangements bricht.

In *Spanien* hat die Regierung ebenfalls im Jahr 2010 ein Austeritätsprogramm für die nachfolgenden drei Jahre vorgelegt. Dazu gehörten die Streichung von mehr als 13.000 Stellen sowie die Reduzierung der Gehälter im öffentlichen Dienst, die Rentenreform oder auch Kürzungen von öffentlichen Ausgaben im Bereich Gesundheit, Soziales, Bildung und Familie. Darüber hinaus wurde 2012 der Arbeitsmarkt weiter dereguliert und unter anderem der Kündigungsschutz gelockert. Darüber hinaus enthält die Regulierung von Teilzeitarbeit die Möglichkeit, dass der Arbeitgeber einseitig zugunsten einer größeren Flexibilität Überstundenarbeit fordern kann. Auch wurden bestehende Anreize, mit denen die Wiedereingliederung von Müttern nach einer Erwerbsunterbrechung in Folge der Geburt eines Kindes gefördert werden sollten, wieder abgebaut. Desweiteren wurden Austrittsmöglichkeiten aus Tarifverträgen erweitert und viele Gleichstellungspläne auf Unternehmensebene wurden nicht umgesetzt. Das Gender Pay Gap in

---

<sup>5</sup> In den südlichen sogenannten GIPS-Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien ist der Umfang des Sparpakets nicht nur gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sondern in Griechenland, Italien und Spanien auch nominal noch umfassender.

Spanien ist zwischen 2008 und 2012 um 1,7 Prozentpunkte gestiegen und betrug zuletzt (unbereinigt) 17,8 Prozent und damit 1,6 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt (Smith 2015, 20). Die Entwicklung von Gleichstellungsmaßnahmen und insbesondere die Gleichstellungspläne, die seit 2007 verpflichtend sind (aktuell für die Jahre 2014-16) haben in Spanien zu einem Kulturwandel in Sachen Gleichstellung geführt (Gonzales Gago, Kirzner 2014). Spanien gehört, wie Griechenland, in den wohlfahrtsstaatlichen Klassifikationen zu den südlichen bzw. mediterranen Ländern, die unter anderem von einem expliziten Familialismus geprägt sind. Das heißt der Familie bzw. insbesondere auch den Frauen wird eine wichtige Rolle bei der Bewältigung sozialer Notlagen zugewiesen – bei insgesamt sehr niedrigen Sozialleistungen. Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung der institutionalisierten Gleichstellung nicht zu unterschätzen. Das bisher Erreichte erscheint jedoch fragil zu sein, da die Ausgabenkürzungen auch eine breite Palette geschlechtersensibler Politiken betreffen und eine Abkehr von bisherigen gleichstellungsrelevanten Maßnahmen befürchten lassen. Zwischen 2011 und 2014 wurden die Ausgaben für Gleichstellungsmaßnahmen um 37 Prozent gekürzt, im Bereich Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt wurde das Budget zwischen 2011 und 2014 um 30 Prozent gekürzt.

Auch auf institutioneller Ebene wurden Einschnitte vorgenommen. Das erst 2008 neu eingerichtete Ministerium für Geschlechtergleichstellung wurde im Herbst 2010 im Zuge der Ausgabenkürzungen wieder abgeschafft und das Thema Gleichstellung in das Ministerium für Gesundheit und Soziales integriert<sup>6</sup>. Darüber hinaus verfügen die Regionalverwaltungen über exklusive Kompetenzen für Gleichstellungspolitiken in ihrem Gebiet und haben eigenständige regionale Gleichstellungsgesetze entwickelt, die dem Nationalen Gleichstellungsplan folgen (Gonzales Gago, Kirzner 2014, 12). Allerdings findet gegenwärtig eine Reform dieser Regionalverwaltungen statt, die für kleinere Regionen (unter 20.000 Einwohner/-innen) mit starken Einsparungszielen verbunden sind. Zwar wird der Rahmen für die Gleichstellungspolitik auf nationaler Ebene durch den Gleichstellungsplan vorgegeben, die konkreten Entscheidungen werden allerdings auf regionaler Ebene getroffen. Elvira Gonzalez Gago und Marcelo Segales Kirzner (ebd.) problematisieren in diesem Zusammenhang, dass eine bessere Koordination zwischen beiden Ebenen notwendig wäre, um eine erfolgreiche Gleichstellungsstrategie zu erreichen. Dieser Schritt schränkt folglich nicht nur konkret die Möglichkeiten zur Koordination von gleichstellungspolitisch relevanten Aufgaben ein, sondern besitzt auch hohen symbolischen Gehalt: Geschlechtergleichstellung wird zu einem zweitrangigen Gut erklärt, auf das in Krisenzeiten verzichtet werden kann (ebd.).

Auch die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben sich in der Krise weiter verschlechtert. Eine gleichstellungspolitisch relevante familienpolitische Maßnahme, nämlich die Ausdehnung der Zeiten der Elternzeit für Väter von 13 bzw. 15 auf 28 Tage wurde nicht wie ursprünglich geplant im Januar 2011 eingeführt, sondern auf 2015 verschoben. Die Kinderbetreuungquote liegt bei unter Dreijährigen bei 30,2 Prozent und bei Dreijährigen bis zur Schulpflicht bei 95,2 Prozent – allerdings gibt es ähnlich wie in Deutschland deutliche regionale Diffe-

---

<sup>6</sup> Im Sinne von Gender Mainstreaming könnte natürlich diskutiert werden, ob Gleichstellung ein Querschnittsthema ist bzw. sein sollte oder ob es eines eigenen Ministeriums bedarf. Allerdings zeigt der Kontext des in Spanien stattfindenden Umbaus, dass es nicht um die Herstellung eines bestmöglichen Rahmens zur Herstellung von Gleichstellung geht, sondern um einen Abbau desselbigen.

renzen hinsichtlich des öffentlichen bzw. halb-öffentlichen Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen, gerade für die unter Dreijährigen. Zwar gab es im laufenden Jahr keine Budgetkürzungen, seit 2011 wurden aber die Ausgaben in der frühkindlichen und vorschulischen Erziehung bereits um knapp 40 Prozent reduziert. Der vorgesehene weitere Ausbau von Einrichtungen wurde dadurch konterkariert, da die regionalen Stellen schon jetzt Probleme haben, die bestehenden Angebote zu finanzieren. Dort, wo es keine öffentlichen Angebote gibt, müssen die Familien auf private Einrichtungen zurückgreifen, die jedoch teuer sind. Auch bei der Pflege gab es widersprüchliche Entwicklungen. Zunächst wurde der Bereich der Langzeitpflege seit 2006 deutlich verbessert, indem die Pflegepersonen (66 Prozent davon sind Frauen) finanzielle Unterstützung erhalten haben. Allerdings wurden gerade in diesem Bereich zwischen 2012 und 2014 deutliche Kürzungen (- 3,02 Millionen Euro) vorgenommen und die Zuschüsse für weniger pflegebedürftige Personen abgeschafft. Die Bedingungen für Pflegepersonen haben sich verschlechtert, da die Leistungen von pflegenden Familienmitgliedern um 15 Prozent gekürzt wurden und auch die Übernahme ihrer Sozialversicherungsbeiträge abgeschafft wurde. Dadurch hat sich die Zahl der sozialversicherten Pflegepersonen allein zwischen 2012 und 2013 um 39 Prozent verringert (vergleiche Gonzales Gago, Kirzner 2014). Eine andere Untersuchung (Picchi, Simonazzi 2014) der Auswirkungen der Austeritätspolitik auf die öffentliche Bereitstellung von Langzeitpflege in Spanien und Italien zeigt, dass die starken Einsparungen in diesem Bereich dazu geführt haben, dass Ansätze der Formalisierung und De-Familialisierung in diesen Ländern gestoppt wurden und nun der Bereich der Langzeitpflege wieder verstärkt in die Familien verschoben wurde. Diese sind jedoch zunehmend von Einkommensarmut betroffen, sodass der für die familiäre Pflege wichtige informelle Arbeitsmarkt von migrantischen Pflegekräften ebenfalls unter Druck gerät (ebd.).

Gonzales Gago und Kirzner (2014) sprechen darüber hinaus von einer »subtilen Transformation«, die das Thema »Work-Life-Balance« im aktuellen Gleichstellungsplan durchlaufen hat. Im Unterschied zu den vorherigen Gleichstellungsplänen wird das Thema der Work-Life-Balance in den Zusammenhang des Schutzes der Familie gestellt, alternative Familienmodelle jedoch nicht mehr erwähnt. Die Rechte von LGBT-Personen hinsichtlich des Zugangs zu reproduktionsmedizinischen Behandlungen werden eingeschränkt und die monatelange Diskussion um eine Verschärfung des Abtreibungsrechts – der Gesetzentwurf wurde nach Protesten am 23. September 2014 gestoppt – deutet ebenfalls auf eine zumindest symbolische Rückkehr zu einem konservativen bzw. auch explizit familisierenden Geschlechter- bzw. Familienmodell hin.

*Griechenland* hatte zur Bewältigung der Schuldenlast seit 2010 zwei sogenannte Euro-Rettungspakete geschnürt bekommen, die – gewissermaßen als »Schocktherapie«, wie Maria Karamessini schreibt (2012, 193) – an die Umsetzung großflächiger Sparmaßnahmen gebunden wurden. Griechenland hat für den Zeitraum 2011 bis 2015 ein Sparpaket um Umfang von 138 Milliarden Euro vorgesehen. Dies entspricht 10,6 Prozent des Bruttoinlandprodukts pro Jahr. Zum Vergleich: In Deutschland sollen zwischen 2011 und 2014 80 Milliarden Euro eingespart werden, dies entspricht allerdings »nur« 0,6 Prozent des BIP pro Jahr (Bieling 2012, 70).

Kern der zu Beginn 2010 einsetzenden Sparmaßnahmen waren Lohn- und Gehaltskürzungen, Kürzungen von Bonuszahlungen und von Überstundenvergütung im öffentlichen Dienst, Senkung von Renten und Pensionszahlungen, Reduzierung der Budgets für laufende Ausgaben

der Ministerien sowie Einschnitte bei den Mittelzuweisungen an Gemeinden und für öffentliche Investitionen (Karamessini 2012, 194). Konkret führte das dazu, dass zwischen Mai 2010 und Mai 2011 die Nominallöhne im öffentlichen Dienst um 15 Prozent und das Rentenniveau um 10 Prozent sanken. »Zusätzlich trat am 1. November 2011 für Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein neuer, einheitlicher Tarif(vertrag) in Kraft, der eine erneute Reduzierung der Nominallöhne um durchschnittlich 30 Prozent beinhaltet« (Karamessini 2012, 194). Desweiteren wurden im öffentlichen Dienst die wöchentlichen Arbeitszeiten von 37,5 Stunden auf 40 Stunden erhöht und ein Einstellungsstopp verfügt, der sich auf die Neubesetzung freiwerdender Stellen sowie befristete Stellen bezieht. Damit kam es bereits in 2010 zu einer Abnahme von Stellen im öffentlichen Dienst um durchschnittlich 10 Prozent (Karamessini 2012, 194). In Griechenland arbeiten 37,5 Prozent der erwerbstätigen Frauen und 20,4 Prozent der erwerbstätigen Männer im öffentlichen Sektor (Eurostat 2012, 3). Der Verlust des Arbeitsplatzes ist in Griechenland armuts- und existenzgefährdend, da das Arbeitslosengeld nur für ein Jahr gezahlt wird und unabhängig vom bisherigen Einkommen nur 360 Euro beträgt. Es gibt ansonsten keine staatliche Mindestsicherung. Das Armutsrisiko (at-risk-of-poverty-rate) ist in Griechenland von 27,7 Prozent im Jahr 2010 auf 34,6 Prozent im Jahr 2012 gestiegen. Das Armutsrisiko von Kindern unter 18 Jahren liegt noch höher – von 28,7 Prozent in 2010 ist es im Jahr 2012 auf 35,4 Prozent gestiegen, wobei der stärkste Anstieg zwischen 2011 und 2012 von 20,4 Prozent auf 35,4 Prozent stattfand (der EU-27 Durchschnitt lag bei 28 Prozent). Die Konsolidierungsmaßnahmen betreffen den Bereich Bildung, Gesundheit und Soziales auch an anderer Stelle: Ansprüche an Sozialleistungen werden reduziert, Eigenleistungen für die ambulante medizinische Behandlung erhöht und die Zahl der Krankenhäuser und Schulen wurde reduziert. Einer Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin (2013) zufolge, nehmen die Menschen in Griechenland – ähnlich wie fast alle osteuropäischen Mitgliedsstaaten – darüber hinaus eine Verschlechterung der Qualität von öffentlichen Dienstleistungen seit 2007 wahr. Dies betrifft insbesondere den Zugang zu Gesundheitsdiensten: Der Anteil der Griechen, die sagen, dass sie Schwierigkeiten mit den Kosten der Gesundheitsdienste haben, ist zwischen 2007 und 2011 von 45 Prozent auf 64 Prozent gestiegen (Eurofound 2013). Darüber hinaus wurden Arbeitnehmer/-innenrechte massiv eingeschränkt, wie zum Beispiel durch Herabsetzung des Kündigungsschutzes, die Ausweitung befristeter Beschäftigung und von Zeitarbeitsverträgen (Karamessini 2012, 196f.). Trotz der Kürzungen wird weiterhin angestrebt, das Angebot für öffentliche Kinderbetreuung auszubauen. 2011 besuchten 19 Prozent der unter Dreijährigen (8 Prozent in 2010) und 75 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen (69 Prozent in 2010) öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen. Griechenland liegt damit allerdings deutlich unter dem EU-28 Durchschnitt von 30 Prozent bzw. 83 Prozent.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die sozialen Dienstleistungen, die in Griechenland ohnehin im europäischen Vergleich geringer ausgebaut sind, durch die Sparmaßnahmen teilweise stark gekürzt wurden und damit Familien kaum entlasten. Das griechische Wohlfahrtsregime bleibt weiterhin ein familisierendes, wobei Familien keine staatliche oder betriebliche Unterstützung für die zu erbringenden Pflege- und Betreuungsleistungen erhalten. Durch die sehr prekären Erwerbsmöglichkeiten von Frauen (und Männern) werden darüber hinaus die Bedingungen für eine eigenständige Existenzsicherung und soziale Absicherung sowie die Versorgung von Angehörigen stark eingeschränkt.

Die Sparmaßnahmen haben auch an anderer Stelle zu Rückschritten hinsichtlich der Gleichstellung geführt. So wurde das staatliche Institut für Geschlechtergerechtigkeit GSGE, das seit 1985 existiert und für die Planung, Umsetzung und Evaluierung aller Gleichstellungsmaßnahmen verantwortlich ist – darunter auch den Nationalen Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter – im März 2013 so stark umstrukturiert, dass es einer Schließung gleichkam: Die ehemals 25 Einheiten wurden auf acht zusammengestrichen, drei der fünf Direktorate wurden geschlossen, 19 Abteilungen auf sechs reduziert und der Posten des Generaldirektors abgeschafft (Horak 2013).

## Schluss

Die Konsolidierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise zielen vorrangig auf Einsparungen bei den Sozialleistungen, bei Rentenzahlungen und im öffentlichen Sektor (vergleiche auch Bieling 2012, 73). In Deutschland – das relativ unbeschadet durch die verschiedenen Krisen gekommen ist – wurden diese Kürzungen bereits im Zuge der Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Agenda 2010 vorgenommen. In Spanien und Griechenland wurden die Reformen jedoch in einer ohnehin wirtschaftlich problematischen Situation in Form einer »Schocktherapie« durchgeführt. Dies hat nicht nur zu einem dramatischen Anstieg von Arbeitslosigkeit, sondern auch von unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung geführt und zwar gerade in den Segmenten, in denen Frauen überdurchschnittlich häufig beschäftigt sind.

Geschlechterungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt bleiben – und hier unterscheiden sich Deutschland und die beiden südlichen Länder nicht – auch in der Krise bestehen. Die Verringerung von Gender Gaps, mit denen die Ungleichstellung von Frauen und Männern angezeigt wird, sind in erster Linie Ausdruck einer Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen von Männern und bedeuten keinen gleichstellungspolitischen Fortschritt. Der Verlust an Arbeitsplatzsicherheit wird verstärkt durch die Kürzungen von Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit einerseits und bei familienpolitischen Leistungen wie Mutterschutz- oder Elterngeldzahlungen andererseits. Die Entwicklung zeigt eine problematische Entwicklung: Auf der einen Seite konzentrieren sich die Sparmaßnahmen auf den Bereich der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, während zugleich die finanziellen, gesundheitlichen und sozialen Belastungen der Menschen durch die Krise ansteigen. Die Einschnitte bei den Versorgungsleistungen führen zu einer (Re-)Familialisierung sozialer und gesundheitlicher Risiken sowie zu einer Verlagerung ehemals staatlicher Aufgaben in den privaten Bereich, wo sie häufig von Frauen unentgeltlich übernommen werden. Die beiden mediterranen Länder Spanien und Griechenland gelten zwar ohnehin traditionell als familialistische Wohlfahrtsstaatsregime, jedoch belegen der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit, der Ausbau von de-familialisierenden Maßnahmen sowie staatliche Gleichstellungsmaßnahmen vor der Krise, dass ein Wandel zumindest hin zu einem optionalen Familialismus stattgefunden hat, bei dem nicht mehr explizit eine geschlechtliche Zuschreibung von Versorgungsaufgaben vorgenommen wurde. Dieser beginnende Wandel scheint jedoch mit den Konsolidierungspolitiken gestoppt worden zu sein – auf Kosten sozialer Gleichheit und Geschlechtergleichheit.

## Literatur

- Annesley, C., Scheele, A. 2011: Gender Capitalism and Economic Crisis: Impact and Responses across Europe. *Journal of Contemporary European Studies*, 19. Jg., Heft 3, 335–347
- Appelt, E. 2014: Sorgearbeit und soziale Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. In B. Aulenbacher, M. Dammayr (Hg.), *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care*. Weinheim: Beltz Juventa, 103–115.
- Auth, D. 2012: Auswirkungen der (Finanz- und Wirtschafts-)Krise auf den Wohlfahrtsstaat. In I. Kurz-Scherf, A. Scheele (Hg.), *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 141–162.
- Bettio, F., Corsi, M., D'ippoliti, C., Lyberaki, A., Samek, L., Verashchagina, A. 2012: The Impact of the Economic Crisis on the Situation of Women and Men and on Gender Equality Policies. Synthesis Report for the European Commission, Directorate-General for Justice; Unit D2, November 2012, [http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/130410\\_crisis\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/130410_crisis_report_en.pdf) (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Bieling, H.-J. 2012: Transnationale (Krisen-)Dynamiken des Finanzmarktkapitalismus. Klassenverhältnisse, Gender und Ethnizität aus politökonomischer Perspektive. *Berliner Journal für Soziologie*, 22 Jg., Heft 22, 53–77.
- Busch, K., Hermann, C., Hinrichst, K., Schulten, T. 2012: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung November 2012, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf> (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Dauderstädt, M., Keltek, C. 2012: Eurokrise. Die Ungleichheit wächst wieder in Europa. WISO direkt, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09283.pdf> (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Dauderstädt, M., Keltek, C. 2015: Das soziale Europa in der Krise. WISO direkt, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11342.pdf> (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Demirović, A., Maihofer, A. 2013: Vielfachkrise und die Krise der Geschlechterverhältnisse. In A. Heilmann, H. M. Nickel (Hg.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim: Beltz Juventa, 30–48.
- Eurofound 2013: Foundation Focus– Quality of Life, public services and the crisis. In *Foundation Focus*, Issue 13, September 2013, [http://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef\\_publication/field\\_ef\\_document/ef1342en.pdf](http://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef1342en.pdf) (letzter Aufruf 19. November 2015).
- Eurostat 2014: Labour Force Survey, [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Labour\\_market\\_and\\_Labour\\_force\\_survey\\_%28LFS%29\\_statistics](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Labour_market_and_Labour_force_survey_%28LFS%29_statistics) (letzter Aufruf 30. Juni 2015).
- Gonzalez Gago, E., Kirzner, Segales M. 2014: Spanish Report: Recent developments and current priorities in the field of gender equality: mapping and evaluating national strategies. ENEGE Thematic Report (unveröffentlicht).
- Horak, G. 2013: Die Verzweiflung der Griechinnen. *An.schläge*. April 2013.
- ILO, 2012: Global Employment Trends for Youth 2012, [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms\\_180976.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_180976.pdf) (letzter Aufruf 30. Juni 2015).
- Karamessini, M. 2012: Strukturkrise, Schocktherapie und Gender in Griechenland. In I. Kurz-Scherf, A. Scheele (Hg.), *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 187–205.
- Kurz-Scherf, I., Scheele, A. 2013: Macht oder ökonomisches Gesetz? Einleitung. In I. Kurz-Scherf, A. Scheele (Hg.): *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot, 7–19.
- Leitner, S. 2013: Varianten von Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Berlin: Duncker & Humblot.
- Lepperhoff, J., Scheele, A. 2014: Zwischen Finanzmarkt und Fürsorge. Feministische Perspektiven auf Arbeit und Ökonomie. In B. Rendtorff, B. Riegraf, C. Mahs (Hg.), *40 Jahre Feministische Debatten. Resümee und Ausblick*. Weinheim: Beltz Juventa, 118–133.

- Lepsius, M. R. 2013: In welchen Krisen befindet sich die Europäische Union? *Zeitschrift für Politik*, 60. Jg., Heft 2, 182–193.
- Maier, F. 2015: Europäische Politiken zur Gleichstellung – nur noch schöne Worte? *WSI-Mitteilungen*, 68. Jg., Heft 1, 5–12.
- Michalitsch, G. 2013: Arbeit und Geschlecht: Macht- und Wahrheitseffekte der Krise. In I. Kurz-Scherf, A. Scheele (Hg.), *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot, 125–140.
- OECD 2011: *Divided we stand. Why Inequality keeps rising*, <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/dividedwestand-whyinequalitykeepsrising.htm> (Letzter Aufruf 30. Juni 2015)
- OECD 2015: *In it together: Why less inequality benefits all*. [http://www.oecd-ilibrary.org/employment/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all\\_9789264235120-en](http://www.oecd-ilibrary.org/employment/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all_9789264235120-en) (Letzter Aufruf 30. Juni 2015).
- Picchi, S., Simonazzi, A. 2014: The Mediterranean Care Model in Times of Austerity. The Case of Italy and Spain. In B. Aulenbacher, B. Riegraf, H. Theobald (Hg.), *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Soziale Welt. Sonderband 20*. Baden-Baden: Nomos, 379-396.
- Scheele, A. 2013: Geschlechterdemokratie: Kein Thema in der politischen Krisenbewältigung? In H. M. Nickel, A. Heilmann (Hg.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim: Beltz Juventa, 86–100.
- Scheele, A. 2009: Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht? *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54. Jg., Heft 3, 26–28.
- Schmillen, A., Umkehrer, M. 2014: Verfestigung von früher Arbeitslosigkeit: Einmal arbeitslos, immer wieder arbeitslos? IAB-Kurzbericht 16/2014. Nürnberg, <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb1614.pdf> (Letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Smith, M., Villa, P. 2015: EU-Strategien zur Geschlechter- und Lohngleichstellung und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. *WSI-Mitteilungen*, 68. Jg., Heft 1, 13–24.
- Weber, C., 2014: Job weg, Ansehen weg, Hoffnung weg. *SZ.de* 17. Juni 2014, <http://www.sueddeutsche.de/wissen/anstieg-der-suizidzahlen-job-weg-ansehen-weg-hoffnung-weg-1.1994847> (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Wichterich, C. 2010: Geschlechteranalysen und –diskurse in der Krise. *Peripherie*, 30. Jg., Heft 118/119, 164–187.

# Die Verteilung von Care und Karriere bei Vätern

## Reproduktionsarbeit als Ungleichheitsdimension zwischen Männern?

Annette von Alemann und Sandra Beaufaÿs

Mit der Durchsetzung der bürgerlichen Geschlechterordnung wurde die Zuständigkeit für Sorgearbeit Frauen zugeschrieben, was mit einer Abwertung der Sorgetätigkeiten einher ging, während die berufliche Sphäre als männlicher Bereich eine höhere Bewertung erhielt (Meuser 2014). Beruflicher Aufstieg (Karriere) wurde und wird immer noch besonders hoch bewertet und gleichzeitig männlich konnotiert; der »ideal worker« wird als »disembodied« und damit auch frei von Care-Verpflichtungen gedacht (Acker 1990; Alemann et al. 2012).

Inzwischen ist die Berufstätigkeit und in gewissem Maß auch die Karriere von Frauen selbstverständlicher Bestandteil gesellschaftlicher Leitbilder und Diskurse. Sie wird auch durch Politik und Gesetzgebung gefördert und erwartet (Alemann, Oechsle 2015). Tatsächlich hat sich die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und Männern im Zeitverlauf immer mehr angeglichen (Holst, Wieber 2014; Kümmerling et al. 2015). Trotz der beruflichen Partizipation von Frauen und ihrer gesetzlichen Gleichstellung ist Care jedoch immer noch eine zentrale Ungleichheitsdimension zwischen den Geschlechtern. Frauen wird auch heute noch weitgehend die Zuständigkeit für Care zugeschrieben, und tatsächlich arbeiten nach Daten des Statistischen Bundesamts fast 70 % aller Mütter in Teilzeit (Destatis 2014: 17) – mit negativen Folgen für ihre weitere berufliche Karriere. Männern dagegen wird nicht per se Familienzuständigkeit zugeschrieben. Die Teilzeitrates von Vätern ist mit 5,5 % eher gering (BMFSFJ 2013; Destatis 2014: 18); Väter gehen selten länger als zwei Monate in Elternzeit und verbringen eher »quality time« mit ihren Kindern, als dass sie Sorgearbeit (und auch Hausarbeit) übernehmen (BMFSFJ 2012: 23-24; Hobson 2014).



## Väterliche Lebensführung und Ungleichheit

Dennoch deuten Studien darauf hin, dass auch Väter mit Vereinbarkeitswünschen und ausgeprägter Care-Orientierung tendenziell aus der »Karrieremaschine« (Connell 2010) heraus fallen (vgl. auch Burnett et al. 2013; Murgia, Poggio 2013; Possinger 2013). Wenn Care auch bei Männern zu ungleichen Karrierechancen führen kann, dann ist Verantwortung für Reproduktionsarbeit möglicherweise auch eine Ungleichheitsdimension *zwischen* Männern.

Gerade die Sorge für Kinder wird von Vätern zunehmend als wichtiger Teil von Lebensqualität gesehen (Hobson 2014; Toppe 2014). Viele Männer bewerten die Beschäftigung mit ihren Kindern als sinnvolle und befriedigende Tätigkeit, teilweise sogar in Konkurrenz zu oder als Priorität gegenüber ihrem Beruf (König 2012; Hobson, Fahlén 2011). Immer mehr Väter wünschen sich, ebenso wie Mütter, die aktive Teilhabe am Familienalltag und Karriere bzw. ein erfüllendes Berufsleben. Damit wird die Balance von Arbeit und Familie zu einem eigenständigen Lebensziel (Hobson, Fahlén 2009).

In unserem Beitrag fragen wir danach, welche Einflussfaktoren zu den unterschiedlichen Chancen von Vätern beitragen, ihre Lebensziele einer ausgewogenen Work Family Balance (WFB) zu verwirklichen, und welche Ungleichheiten zwischen Männern dabei entstehen können. Dabei geht es uns nicht in erster Linie (im Sinne der klassischen Ungleichheitsforschung) um Einkommens- und Karrierechancen, sondern um Verwirklichungschancen hinsichtlich beruflicher und privater Lebensziele. Sens Capability-Ansatz folgend, nehmen wir an, dass Menschen über unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten (capabilities) verfügen, um das zu erreichen, was sie unter einem guten Leben verstehen. Mit Sen (1992, 1993) verstehen wir somit Ungleichheit als ungleiche Chancen der Verwirklichung relevanter Lebensziele. Bezug nehmend auf die Konversionsfaktoren bei Sen (d.h. Faktoren, mit denen Ressourcen in Handlungsfähigkeit (*agency*) konvertiert werden können), nimmt Hobson (2014: 14) zur Untersuchung der Work Family Balance von Vätern folgende Einflussfaktoren in den Blick: (1) individuelle Faktoren (wie Ressourcen und Fähigkeiten, sozialstrukturelle Kategorien wie Geschlecht, Klasse, Alter sowie Einflussfaktoren der privaten Lebensführung), (2) institutionelle Faktoren (mit den Ebenen Wohlfahrtsstaat, Arbeitsorganisation und Arbeitszeitregime) und (3) gesellschaftliche/kulturelle Faktoren (wie Normen, soziale Bewegungen, öffentliche Diskurse). Wir nehmen das Modell von Hobson als Anregung für die Suche nach Einflussfaktoren, die für die Ungleichheitsproduktion unter Vätern relevant sind.

In unserer Darstellung konzentrieren wir uns auf Konstellationen der Lebensführung und der Beschäftigung sowie den Organisationskontext als Einflussfaktoren, die direkt auf die Väter wirken. Dabei stützen wir uns auf Ergebnisse des Forschungsprojekts »Arbeitsorganisationen und väterliche Lebensführung«. Dieses von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Teilprojekt des SFB 882 »Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten« untersuchte soziale Mechanismen in Arbeitsorganisationen und privater Lebensführung, die die Teilhabe von Vätern an Familie beeinflussen. Das Projekt zielte auf die Analyse der wechselseitigen Einflussnahme von Arbeitsorganisationen und Beschäftigten bei der Verwirklichung privater und beruflicher Lebensziele. Die Forschungsfragen lauteten: Wie beeinflussen Organisationskontexte die Teilhabe von Vätern an Familie? Und wie entstehen aus personen- und familienbezogenen Heterogenitätsmerkmalen ungleiche Verwirklichungschancen in Beruf und Familie? Das Projekt war als

qualitative Untersuchung mit parallel durchgeführten Fallstudien in sieben ausgewählten Wirtschaftsunternehmen (verschiedene Branchen, privater und öffentlicher Sektor) angelegt. Die Analyse des Organisationskontexts erfolgte mit Hilfe von Dokumentenanalysen und Expertengesprächen (Management, Gleichstellung/Diversity, Personalbereich, Betriebsrat u.ä.). Zur Analyse individueller Lebensführung und paarbezogener Aushandlungsprozesse wurden problemzentrierte Interviews mit 110 Vätern und 16 Partnerinnen sowie mit 24 Müttern im Unternehmen durchgeführt und in einem mehrstufigen Verfahren ausgewertet.

Eine Besonderheit des Projektes bestand darin, dass auch partnerschaftliche Aushandlungsprozesse in den Blick genommen wurden, um das unterschiedliche Zusammenwirken der Faktoren in Arbeitsorganisationen und Familie zu analysieren. Dabei verstehen wir Familie als soziale Praxis, die nicht als Ressource bereit steht, sondern von ihren Mitgliedern aktiv hergestellt werden muss (Jurczyk 2010). Familiäre Praxen und Arbeitsteilungsarrangements sind nicht von vornherein gegeben, sondern werden alltäglich gelebt und bestätigt. Wir sehen partnerschaftliche Aushandlungsprozesse mit Peukert (2015) als Grundlage für die innerfamiliäre Arbeitsteilung und als eine zwischen den Familienmitgliedern »ausgehandelte Ordnung« (2015: 19). Peukert spricht auch von »*doing family, doing couple*, aber auch *doing gender* und *doing (in-)equality*« (2015: 17; Hervorhebung im Original).

## Ungleiche Verwirklichungschancen von Vätern – Zwei exemplarische Fälle

In unserem Beitrag stellen wir exemplarisch zwei Väter aus unserer Untersuchung vor, die sich im Hinblick auf ihre beruflichen und privaten Konstellationen sowie ihre Arbeitsorganisationen systematisch unterscheiden. Sie gleichen sich aber in ihrem Wunsch, aktive Väter zu sein und Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Und sie wünschen sich beide ein erfüllendes Berufsleben. Die Väter zeigen weitere Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Ressourcen, die sie zur Erfüllung ihrer Lebensziele mitbringen: Beide sind hoch qualifiziert und arbeiten auf gehobenen beruflichen Positionen. Und beide leben mit Partnerinnen zusammen, die ähnlich hoch qualifiziert und beruflich interessiert sind wie sie und auf ähnlich anspruchsvollen Positionen arbeiten.

*Arno Müller*, 33 Jahre alt, arbeitet als studierter Kulturwissenschaftler im Marketing eines Konsumgüterkonzerns in einer westdeutschen Großstadt. Er arbeitet durchschnittlich 50 Stunden/Woche und beanspruchte keine Elternzeitmonate. Seine Partnerin arbeitet als angestellte Zahnärztin. Das Paar hat ein Kind unter zwei Jahren und wünscht sich weitere Kinder. *Thomas Schmitz*, 49 Jahre alt, besitzt einen Fachhochschul-Abschluss und ist als verbeamteter Hauptsachbearbeiter im öffentlichen Dienst tätig, ebenfalls in einer westdeutschen Großstadt. Er arbeitet 30 Stunden im alternierenden Teleworking und nahm zwei getrennte Elternzeitmonate. Seine Frau ist gleich qualifiziert wie er und arbeitete bis zu ihrer aktuellen Elternzeit mit dem zweiten Kind als Teamleiterin auf Vollzeitbasis im gleichen Unternehmen. Das Paar hat zwei Kinder im Kleinkindalter.

Herr *Müller* und seine Partnerin haben nach der Geburt des Kindes ein Haus gebaut und zogen aus der Großstadt in die ländliche Umgebung. Beide Partner hatten die Vorstellung, dass ihr

Kind in einem Haus mit Garten aufwachsen sollte, obgleich dies eine starke finanzielle Belastung für die Familie darstellt. Herr Müller hat nun eine Dreiviertelstunde Fahrtzeit zum Arbeitsplatz und ist insgesamt etwa zwölf Stunden außer Haus. Seine Partnerin wechselte auf eine Arbeitsstelle in der Nähe des Wohnortes, wo auch die Kindertagesstätte ist. Zum Zeitpunkt des Interviews mit Herrn Müller arbeitet sie bis zu 35 Stunden wöchentlich, und zwar im Schichtdienst mit zwei Früh- und zwei Spätschichten. Wenn seine Partnerin Frühschicht hat, bringt Herr Müller sein Kind in die Kindertagesstätte. An den Spätschichttagen der Mutter wird es von einem Kindermädchen abgeholt und ist dann etwa zehn Stunden in Fremdbetreuung. Herr Müller ist an diesen Tagen spätestens um 19 Uhr zu Hause, um sein Kind ins Bett zu bringen.

Familie *Schmitz* wohnt in einer Eigentumswohnung am Stadtrand, in Sichtweite der Arbeitsstelle von beiden Eltern. Mit dem Fahrrad oder zu Fuß ist der Arbeitsplatz in wenigen Minuten erreichbar. Frau Schmitz ist gerade für ein Jahr in Elternzeit. Danach möchte sie wieder in Vollzeit auf ihre alte Stelle als Hauptsachbearbeiterin zurückkehren. Seit der Geburt des ersten Kindes teilen sich die Eltern die Sorgearbeit. Dieses Kind ist etwa sechs Stunden am Tag bei einer Tagesmutter untergebracht, der Vater bringt es morgens hin und holt es nachmittags wieder ab. Das jüngere Kind wird von der Mutter zu Hause betreut.

Im weiteren Vergleich der Paare stellt sich heraus, dass beide ähnliche Leitbilder haben, die sich nicht an traditionellen Rollen, sondern an einem »entspannten« Familienleben orientieren. Sie möchten ihr Kind möglichst viel selbst betreuen und ein erfüllendes Berufsleben mit einem harmonischen Familienleben vereinbaren. Die beiden Väter, die im Interview Beruf *und* Familie als relevante Lebensziele genannt haben, können diese Ziele aber nur in sehr unterschiedlicher Weise miteinander vereinbaren. Mit Blick auf die Arbeitsorganisationen und die Aushandlungsprozesse im Paar fragen wir im Weiteren danach, wie es dazu kommt.

## Konstellationen der Arbeitsorganisation und der Beschäftigung

In der Arbeitsorganisation von *Arno Müller*, einem stark am Markt ausgerichteten Konsumgüterkonzern, gilt offiziell Vertrauensarbeitszeit, doch wird Anwesenheit mit Leistung gekoppelt. Die Arbeitszeiten von Herrn Müller und seinen Kolleg/-innen richten sich zudem nach den Geschäftspartnern; es gibt eine Kernarbeitszeit von 9 bis 18 Uhr. Durch die starke Marktorientierung des Unternehmens, die sich auch auf die Teamkultur überträgt, und durch konstante Umstrukturierungsprozesse in Anpassung an sich ständig verändernde weltweite Märkte herrschen Unsicherheit und ein hoher Arbeitsdruck. In diesem Unternehmen wird die aktive Wahrnehmung von Familienverantwortung unsichtbar gemacht, auch von den Mitarbeitern selbst. So schildert Herr Müller sein eigenes vorsichtiges Verhalten gegenüber dem CEO:

»da ist halt auch nicht so allzu viel Verständnis dafür zu erwarten, dass ich abends nach Hause will, oder dass ich später komme, [...] weil ich das Kind in die Kita gebracht habe oder so. Also solche Sachen erwähne ich da einfach gar nicht. Das versuche ich da irgendwie fernzuhalten, um vor dem dann auch nicht irgendwie so als ja quasi ungeeignet irgendwie so dazustehen, weil ich einfach das Gefühl habe, er wird das nicht so sehen und nicht so verstehen.« (Herr Müller)

Aus Unternehmenssicht scheinen Care-Verpflichtungen einen Bruch der organisationalen Verfügbarkeitsnorm darzustellen und organisationale Routinen zu stören. Die Organisation selbst ›hilft‹ den Eltern dabei, Care-Verpflichtungen zu externalisieren und damit unsichtbar zu machen: Als die Partnerin von Herrn Müller wieder in den Beruf einsteigt und Herr Müller überlegt, seine Arbeitszeit zu reduzieren, wird das Paar bei der Suche nach einem Kindermädchen unterstützt, denn Arbeitszeitreduzierungen sind in diesem Unternehmen, insbesondere bei einem Mann und in einer Karriereposition wie der von Herrn Müller, offenbar nicht denkbar. Herr Müller wird stattdessen mit der Option konfrontiert, die vakante Position seines ehemaligen Chefs zu übernehmen, obgleich er selbst mit dem Aufstieg in eine Führungsposition negative Auswirkungen auf seine Familienzeit assoziiert. Als junger Mann ist er in seinem Unternehmen jedoch Zielscheibe einer »Grow or go«-Politik.

Die Organisation, in der *Thomas Schmitz* arbeitet, ist ein regionales, öffentlich-rechtlich organisiertes Einzelunternehmen. Die Organisationskultur ist durch das New Public Management geprägt und ist durchaus leistungsorientiert. Eine hohe Kundenorientierung und der im Kontext einer Unternehmensumstrukturierung vorgenommene Personalabbau erzwingen eine hohe Arbeitseffizienz der einzelnen Teams. Es gibt keine Kernarbeitszeiten, aber eine Servicezeit zwischen 8.30 und 16 Uhr; Arbeit am Computer ist nur bis 19 h möglich (danach wird der zentrale Rechner vom Netz genommen). Teleworking für Personen mit Sorgeverpflichtungen ist weitgehend akzeptiert, wird aber nur genehmigt, wenn sich die Beschäftigten durch eine hohe Leistungsbereitschaft und Disziplin auszeichnen. Sie ist damit an Bedingungen gebunden, die nicht allein den Familienstatus der Mitarbeiter berücksichtigen.

Herr Schmitz hat Vertrauensarbeitszeit. Da er langfristige Aufgaben hat, fühlt er sich durch die Arbeitsbelastung nicht unter Druck. Er kann Krankheitsfälle (des Kindes, der Tagesmutter oder eigene leichte Erkrankungen) durch die Heimarbeit abfangen und auf diese Weise bestimmte Stressfaktoren von vornherein vermeiden. Das Einzige was ihm Sorgen macht, ist eine mögliche Aberkennung seines Teleworker-Status und damit der Verlust seiner Flexibilität. Und deshalb bleibt er an vielen Tagen bewusst länger in (Telefon-)Rufbereitschaft, als er es eigentlich müsste.

»Ich hab im Hinterkopf immer die Uhr mitlaufen, komme ich auf meine Arbeitszeit. Weil eins möchte ich nicht, die Arbeitszeit regelmäßig unterbieten, weil Sie wissen, worauf das hinauslaufen würde. Irgendwann würde man sagen, der Kamerad ist unzuverlässig, wir können hier keine Vertrauensarbeitszeit gewähren, [...] Und deswegen bin ich eher bereit, da etwas zu übertreiben, [...] also diese Dienstbereitschaft.« (Herr Schmitz)

Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird offiziell als wichtiges Ziel für die Zukunftssicherung des Unternehmens gesehen. Herr Schmitz selbst hat als Beamter eine abgesicherte berufliche Position. Für ihn steht Karriere als Option nicht mehr im Raum; aus seiner Sicht hat er seine berufliche Laufbahn abgeschlossen und ist mit seiner Position zufrieden.

Einige Monate nach dem Interview mit den Vätern wurden Interviews mit beiden Partnerinnen geführt. Zu diesem Zeitpunkt steigt Herr Müller in eine Führungsposition auf, die er eigentlich – aus Familiengründen – nicht angestrebt hatte. Thomas Schmitz denkt darüber nach, wie er seine Elternzeit beim zweiten Kind gestalten möchte. Um erklären zu können, wie es dazu gekommen ist, lohnt sich ein Blick auf die familialen Arbeitsteilungsarrangements.

## Familiale Arbeitsteilungsarrangements und partnerschaftliche Aushandlungsprozesse

Zum Zeitpunkt des Interviews mit Frau *Müller* hat diese ihre Teilzeitstelle in der bisherigen Zahnarztpraxis gekündigt. Sie hatte diese Praxis gewählt, da sie sich dort beruflich weiterentwickeln konnte, war allerdings mit ihrer beruflichen und familiären Situation unzufrieden, da sie in der »Karrierepraxis« (wie sie es selbst nennt) Beruf und Familie nicht gut vereinbaren konnte. Ausschlaggebend für die Kündigung ihrer Stelle war nicht nur die Mehrarbeit, die sie selbstverständlich leisten sollte, sondern auch die regelmäßigen Früh- und Spätschichten, die zu einer Diskontinuität der Familienzeiten führten und mit ihren familiären Leitbildern kollidierten. Um das System Familie wieder zu stabilisieren, suchte sie bewusst nach einem Halbtagsjob ohne Karriereaussichten.

Frau *Schmitz* blieb nach der Geburt des ersten Kindes sechs Monate zu Hause. Sie hätte auch eine längere Elternzeit genommen, ihr wurde allerdings signalisiert, dass sie als Teamleiterin nicht länger als ein halbes Jahr abwesend sein sollte. Herr Schmitz nahm Elternzeit und begann mit dem Teleworking, um seiner Frau den Wiedereinstieg zu ermöglichen. Diese behielt bis zur Geburt des zweiten Kindes ihre Teamleiterinnen-Position in ihrem angestammten Team und arbeitete weiterhin Vollzeit. Nach ihrer aktuellen Elternzeit plant sie, die Teamleitung abzugeben, da sie auch als Teleworkerin sonst eine sechsstündige Präsenzpflcht im Unternehmen hätte.

Wir verstehen diese Entwicklungen als Ergebnis der partnerschaftlichen Aushandlungsprozesse. In diese Aushandlungsprozesse gehen nicht nur Wünsche und Bedürfnisse beider Partner ein, sondern auch wahrgenommene Anforderungen von Arbeitsmarkt, Familie und sozialem Umfeld sowie (bewusst und unbewusst) Geschlechterkonstruktionen und Leitbilder beider Partner: Leitbilder der Mütter- und Väterlichkeit, von Berufstätigkeit und familiärer Lebensweise (vgl. Lück et al. 2015).

In den Interviews mit Herrn und Frau *Müller* werden kaum Aushandlungsprozesse geschildert. Die Analyse zeigt, dass *beide* das Ausmaß ihrer beruflichen und familiären Arbeit an den *angenommenen* Bedürfnissen des jeweils anderen ausrichten: Während Herr Müller annimmt, dass die mit dem Kind verbrachte Zeit für seine Partnerin (noch) wichtiger ist als für ihn, geht seine Partnerin davon aus, dass sie ihn auf Grund seiner anstrengenden Berufstätigkeit nicht in die Familienorganisation einbinden kann. In Bezug auf die Erwerbsarbeit ihres Partners ist Frau Müller ambivalent: einerseits würde sie mehr arbeiten, damit er weniger arbeiten (und mehr Zeit mit dem gemeinsamen Kind verbringen) kann, andererseits unterstützt sie sein berufliches Fortkommen, weil sie ihn als Haupternährer sieht. Herr Müller wiederum versteht sich als Unterstützer seiner Partnerin, die Anforderungen seines Arbeitgebers haben jedoch für ihn Priorität. Seine langen Arbeitszeiten sind für ihn »gesetzt«, während seine Partnerin seit der Familiengründung diverse Konzessionen an ihre Berufstätigkeit gemacht hat. Während Herr Müller bei seiner Entscheidung den Verzicht auf Familienzeit in Kauf nimmt, verzichtet Frau Müller durch ihre Entscheidung auf ihre berufliche Weiterentwicklung. Dadurch geraten beide allerdings in eine Dynamik bzw. Pfadabhängigkeit, die die Vollzeitarbeit von Herrn Müller aus der Sicht beider Partner langfristig notwendig macht.

Bei Familie *Schmitz* wurden von Anfang an klare Absprachen getroffen. Die Arbeitsteilung wurde sehr bewusst geplant, und beide Partner fühlen sich für das Funktionieren ihres Modells

verantwortlich – auch wenn das Lebensmodell der partnerschaftlichen Arbeitsteilung vor allem im ersten Lebensjahr ihres älteren Kindes als sehr anstrengend beschrieben wird. Beide wollten jedoch ihr Engagement im Beruf und in der Familie weiter verfolgen und ihr Kind so viel wie möglich selbst betreuen. Daher wurde der Heimarbeitsplatz beibehalten, als das Kind stundenweise durch eine Tagesmutter betreut wurde. Während sich die Entwicklung bei Familie Müller »von selbst« ergeben hat, wurde die Entscheidung bei Familie Schmitz bewusst getroffen.

Im Hinblick auf die Zufriedenheit beider Väter mit dem Teil ihrer Lebensziele, den sie erreicht haben, zeigen sich in den Interviews mit Herrn und Frau Schmitz wesentlich mehr Anzeichen als bei Herrn und Frau Müller. Ein Vergleich der Lebenssituation beider Väter macht deutlich, dass beide ursprünglich den Wunsch hatten, berufliche Ziele mit einer aktiven Vaterschaft zu verbinden. Während es Herrn Müller nicht gelingt, seine Vaterschaft in dem von ihm gewünschten Maß zu leben, und er mit seiner aktuellen Prioritätensetzung teilweise unzufrieden ist, macht Herr Schmitz Abstriche an seiner beruflichen Weiterentwicklung und seinem Gehalt.

Im Hinblick auf die Verwirklichung von Lebenszielen scheint also Herr Schmitz mehr erreicht zu haben als Herr Müller. Als wichtige Faktoren lassen sich die günstigen Konstellationen der Organisation – Telearbeit, ein familienfreundliches organisationales Umfeld sowie die Möglichkeit, Arbeitsprozesse ohne Zeitdruck erledigen zu können – und die Konstellationen der Beschäftigung – insbesondere die durch die Verbeamtung gegebene Arbeitsplatzsicherheit – anführen. Aber auch die Aushandlungsprozesse im Paar spielen eine Rolle. Sie werden aktiv vorgenommen, und beide Eltern bekunden ihre Interessen an einem ausgewogenen Verhältnis von beruflicher und familiärer Arbeit und setzen diese auch um.

## Fazit

Die Fallbeispiele zeigen, inwiefern Bedingungen in Arbeitsorganisationen und partnerschaftliche Aushandlungsprozesse daran beteiligt sind, dass Ungleichheiten zwischen Vätern hinsichtlich der Verwirklichung ihrer Lebensziele zustande kommen. Ein Ergebnis unserer Untersuchung besteht darin, dass sich die Organisationskultur von Unternehmen als verhindernde oder fördernde Bedingung für aktive Vaterschaft auswirken kann. Vor allem in wissensbasierten Organisationen und hochqualifizierten Positionen wird eine Form hegemonialer Männlichkeit gelebt, die nicht care-orientiert ist und (weiterhin) auf dem Modell des Familienernährers basiert (Burnett et al. 2013; Connell 2010; Murgia, Poggio 2013). Der Einfluss von Arbeitsorganisationen auf die Produktion sozialer Ungleichheit im Hinblick auf den Zugang zu Status, Macht und materiellen Belohnungen ist durch umfassende Untersuchungen belegt (für einen Überblick Tomaskovic-Devey 2014). Dabei erweisen sich besonders die ökonomischen Konstellationen der Organisation (Sektor, Größe, Marktposition etc.), ihre Organisationskultur (Leistungs-, Zeit-, Team-, Führungs- sowie Geschlechterkultur), das Angebot an Vereinbarkeitsmaßnahmen und die mikropolitischen Konstellationen machtvoller und weniger machtvoller Akteure (Vorgesetzte, Kolleg/innen, für Familienfreundlichkeit zuständige Fachabteilungen) als relevant für die Verwirklichungschancen der Väter. Eine wichtige Rolle spielen die Konstellationen der Beschäftigung als

struktureller Rahmen für die aktuelle berufliche Situation des Vaters. Dazu zählen Qualifikation und aktuelle Position (Beschäftigungssicherheit, Arbeitsbelastung, Karrierestufe und -chancen, Arbeitszeiten und Einkommen) sowie die Arbeitsmarktchancen. Das Fallbeispiel Müller macht deutlich, dass unsichere Beschäftigungsverhältnisse und das Prinzip des »Grow or go« eine Koalition mit Tendenzen zu traditioneller Arbeitsteilung im Paar eingehen und sie verstärken, indem sie scheinbar geschlechtsneutral Care-Verpflichtungen sanktionieren. Das bedeutet im Falle von Herrn Müller einen Verzicht auf die gewünschte WFB. Das Fallbeispiel Schmitz zeigt, dass sich diese Dynamik nicht automatisch und immer vollziehen *muss*, sondern durch das aktive Handeln der Partner durchbrochen werden *kann* (*agency* im Sinne des Capability-Ansatzes), *wenn* sie auf Ressourcen zurückgreifen können, die in den Konstellationen ihrer Beschäftigung (hier als Beamte in einem familienfreundlichen Betrieb des öffentlichen Dienstes) zu sehen sind.

Wie sich in den beiden dargestellten Fällen exemplarisch gezeigt hat, können wir auf dem Hintergrund unserer Studie eine Dynamik der wechselseitigen Unterstützung und Verstärkung der Vergeschlechtlichung von Care konstatieren. Während die *Verknüpfung* von Geschlecht und Care-Verpflichtungen für Frauen schon immer zu Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt und in Organisationen geführt hat, führt sie bei Vätern erst im Falle der konkreten *Ausübung* von Care zu Karrierenachteilen. Da Führungspositionen mit Verfügbarkeit für das Unternehmen gekoppelt sind, gilt die Ausdehnung von Arbeitszeiten in karriererelevanten Positionen und Bereichen als wichtige Strategie »männlicher Distinktion« (Hofbauer 2010), die sich dann gegenüber care-orientierten Vätern auswirkt. Arbeitsteilungsarrangements, die sich mit steigender Karriereposition des Mannes immer stärker traditionalisieren, wie im Fallbeispiel von Herrn Müller, fördern den Weiterbestand einer Organisationskultur, bei der Führungspositionen nur möglich sind, wenn Care-Verpflichtungen delegiert werden.

Insgesamt zeichnen sich in unserem Material Tendenzen ab, die als ungleiche Chancenverteilungen *zwischen* Vätern interpretiert werden können. Diese neuen Ungleichheiten zeigen sich jedoch eher graduell und sind nicht so stark und so sichtbar wie bei Frauen, die häufig auch durch Teilzeittätigkeit ihre Care-Orientierung offenlegen. Väter verbalisieren ihre Care-Orientierung tendenziell bisher nicht, sondern treffen ihre Entscheidung in der Regel, bevor Karrierenachteile entstehen, oder nehmen Karrierenachteile stillschweigend in Kauf. Mit der Verwirklichung des Lebensziels WFB gehen aber auch für Väter Konsequenzen einher, die zu *sozialen* Ungleichheiten zwischen ihnen führen können. Im Hinblick auf die klassischen Ungleichheitsdimensionen (aktuelles und zukünftiges) Einkommen, (Haus- und Grund-)Besitz, (persönliches und berufliches) Ansehen sowie (private und berufliche) Machtpositionen haben karriereorientierte Väter entscheidende Vorteile. Die bewusste Verwirklichung von aktiver Vaterschaft geht hingegen oftmals mit einem Verlust an Einkommen, Status und Macht einher, was bislang (auf Grund ihrer unterschiedlichen Vereinbarkeitspraxen) vor allem für Frauen konstatiert worden ist.

Die Fallbeispiele zeigen, dass der Fokus auf zwei unterschiedliche Konzepte von Ungleichheit gelegt werden kann: auf die Verteilung von Status, Karrierechancen und Einkommen zwischen Vätern, die ihre Care-Orientierungen mehr oder weniger verwirklichen – oder auf die Verwirklichungschancen von (aktiver) Vaterschaft im Kontext von organisationalen Bedingungen, Arbeitsmarktchancen, Konstellationen der Lebensführung und partnerschaftlichen Aushandlungsprozessen. Je nachdem, wie Ungleichheit gefasst wird, können unterschiedliche Aussagen

über Ungleichheit zwischen Männern getroffen werden. Festzuhalten bleibt: In dem Maße, wie es auch von Vätern als erstrebenswert angesehen wird, Lebensziele gleichermaßen in Beruf und Familie verwirklichen zu können, beginnt Care auch für Männer als Ungleichheitsdimension Wirkung zu zeigen.

## Literatur

- Acker, J. 1990: Hierarchies, jobs, bodies: A theory of gendered organizations. *Gender & Society* 4 (2), 139–158.
- Alemann, A. von, Beaufays, S., Reimer, Th. 2012: Gaining Access to the Field of Work Organizations with the Issue of »Work-Family-Life Balance« for Fathers. SFB 882 Working Paper Series 7, DFG Research Center (SFB) 882 From Heterogeneities to Inequalities, Bielefeld. Internetquelle: <http://pub.uni-bielefeld.de/luur/download?func=downloadFile&recordId=2549460&fileId=2549466> (letzter Aufruf: 03.06.2015)
- Alemann, A. von, Oechsle, M. 2015: Die zwei Seiten der Vereinbarkeit. In U. Wischermann, A. Kirschenbauer (Hg.), *Bewegliche Geschlechterarrangements – Neuformierung von Arbeit und Leben durch Informatisierung?* Bielefeld: Transcript, 293–326.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 2012: Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht. Berlin: BMSFJ. Internetquelle: [http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Achter-familienbericht\\_property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Achter-familienbericht_property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf) (letzter Aufruf: 03. Juni 2015)
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 2013: 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Berlin: BMSFJ. Internetquelle: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/2.-Atlas-zur-Gleichstellung-in-Deutschland,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (letzter Aufruf: 03. Juni 2015)
- Burnett, S. B., Gatrell, C. J., Cooper, C. L., Sparrow, P. 2013: Fathers at Work: A Ghost in the Organizational Machine. *Gender, Work & Organization* 20(6), 632–646.
- Connell, R. W. 2010: Im Innern des gläsernen Turms: Die Konstruktion von Männlichkeiten im Finanzkapital. *Feministische Studien* 28 (1), 8–24.
- Destatis (Statistisches Bundesamt) 2014: Auf dem Weg zur Gleichstellung? Bildung, Arbeit und Soziales – Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Internetquelle: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Querschnitt/WegzurGleichstellung5120001149004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Querschnitt/WegzurGleichstellung5120001149004.pdf?__blob=publicationFile) (letzter Aufruf: 22. Juni 2015).
- Hobson, B., 2014: Introduction: capabilities and agency for worklife balance – a multidimensional framework. In B. Hobson (Hg.), *Worklife Balance: The Agency and Capabilities Gap*. Oxford: Oxford University Press, 1–31.
- Hobson, B., Fahlén, S. 2009: Competing Scenarios for European Fathers: Applying Sen's Capabilities and Agency Framework to Work–Family Balance. *ANNALS, AAPSS*, 624 (July 2009), 214–244.
- Hobson, B., Fahlén, S. 2011: Zur Zukunft des Vaters: Eine europäische Perspektive. In H. Bertram, N. Ehlert (Hg.), *Familie, Bindungen und Fürsorge. Familiärer Wandel in einer vielfältigen Moderne*. Freiburger Studie zum familiären Wandel im Weltvergleich. Opladen & Farmington Hills, MI: Barbara Budrich.
- Hofbauer, J. 2010: Soziale Homogenität und kulturelle Hegemonie. Ausschließung und Organisation aus Bourdieu'scher Perspektive. *Feministische Studien* 1: 25–39.
- Holst, E., Wieber, A. 2014: Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn. *DIW Wochenbericht* Nr. 40.2014, 967-975. Internetquelle: [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.483778.de/14-40-5.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.483778.de/14-40-5.pdf) (letzter Aufruf: 03.06.2015)
- Jurczyk, K. (Hg.) 2010: *Doing Family – Familienalltag heute*. Warum Familienleben nicht mehr selbstverständlich ist. Weinheim: Juventa.



- König, T. 2012: Familie heißt Arbeit teilen. Transformationen der symbolischen Geschlechterordnung. Konstanz: UVK.
- Kümmerling, A., Postels, D., Slomka, Ch. 2015: Arbeitszeiten von Männern und Frauen – alles wie gehabt? Analysen zur Erwerbsbeteiligung in Ost- und Westdeutschland. IAQ-Report 02/2015. Internetquelle: <http://www.industrieplatz-hessen.de/mm/report2015-02.pdf> (letzter Aufruf: 03. Juni 2015)
- Meuser, M. 2014: Care und Männlichkeit in modernen Gesellschaften – Grundlegende Überlegungen illustriert am Beispiel involvierter Vaterschaft. In B. Aulenbacher, B. Riegraf, H. Theobald (Hg.), *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Soziale Welt, Sonderband 20*. Baden-Baden: Nomos, 159–174.
- Murgia, A., Poggio, B. 2013: Fathers' Stories of Resistance and Hegemony in Organizational Cultures. *Gender, Work & Organization* 20(4), 413–424.
- Peukert, A. 2015: *Aushandlungen von Paaren zur Elternzeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Possinger, J. 2013: *Vaterschaft im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schneider, N. F., Diabaté, S., Ruckdeschel, K. (Hg.) 2015: *Familienleitbilder in Deutschland: Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben*. Opladen & Farmington Hills, MI: Barbara Budrich.
- Sen, A. 1992: *Inequality re-examined*. Oxford: Oxford University Press.
- Sen, A. 1993: Capability and Well-Being. In M. Nussbaum, A. Sen (Hg.), *The Quality of Life*. Oxford: Oxford University Press, 30–53.
- Tomaskovic-Devey, D. 2014: The Relational Generation of Workplace Inequalities. *Social Currents* 1(1), 51–73.
- Toppe, S. 2014: Bedeutung von Elternschaft und deren Ausgestaltung durch Frauen und Männer. In D. Lück, W. Cornelißen (Hg.): *Geschlechterunterschiede und Geschlechterunterscheidungen in Europa*. Stuttgart: Lucius & Lucius, 259–287.

»Verjugendlichung« – Krise der Erwachsenen(gesellschaft)  
oder Krise der Jugend?«  
der Sektion Jugendsoziologie  
– organisiert von Christine Wiezorek, Karsten Speck und Jens Luedtke

# Juvenilität als Eskapismus

Oliver Dimbath

*Beitrag zur Veranstaltung »Verjugendlichung« – Krise der Erwachsenen(gesellschaft) oder Krise der Jugend?» der Sektion Jugendsoziologie – organisiert von Christine Wiezorek, Karsten Speck und Jens Luedtke*

In der Sektionsveranstaltung der Jugendsoziologie im Rahmen des Kölner Soziologiekongresses im Jahr 2000 berichtete Ronald Hitzler über ein Phänomen, das ihm am Rande seiner Szeneforschung begegnet ist. So war er in seinen ethnographischen Erkundungen der Techno-Szene nicht nur auf Heranwachsende getroffen, sondern immer wieder auf deutlich ältere Erwachsene, die jedoch völlig in die Jugendszene integriert zu sein schienen. In der Vorrede merkte Hitzler auch an, dass er nicht als Jugendsoziologe hier auftrete, sondern als Kulturosoziologe. Das, worüber er berichten wolle, habe nur noch im Ansatz etwas mit Jugend zu tun: den Typus des *juvenilen* Erwachsenen, der, sofern er in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Verbreitung findet, ein Zivilisationsrisiko darstellen könne.

Ein Aspekt der Konzeption des Juvenilen scheint sich mit einem Kritikmotiv des pädagogischen Diskurses zu decken. Jugendliches Verhalten wird bekanntlich dann zum Problem, wenn es abweicht. Dabei muss es nicht gleich um Delinquenz gehen; die »Erwachsenengesellschaft« kann auch einfach einer gewissen Besorgnis Ausdruck verleihen. Und diese Besorgnis kann sich in einem verhaltenen Vorwurf des *Eskapismus* äußern. Sobald Heranwachsende den Eindruck erwecken, sich zu lange mit bestimmten Tätigkeiten aufzuhalten und Anlass zur Befürchtung geben, dass sie auf dem Weg ins Erwachsensein trödeln, wird unterstellt, sie ließen sich dazu verführen, in Scheinwelten abzutauchen, um sich den Problemen der Realität nicht stellen zu müssen.

Ganz offensichtlich enthält das Konzept des Juvenilen einige Motive von Eskapismus. Im Folgenden sollen zunächst die Begriffe Eskapismus und dann Juvenilität eingeführt werden. Dann wird es um die Frage gehen, ob man Verjugendlichung gegenwartsdiagnostisch als Risiko bzw. als gesellschaftliche Krise betrachten kann. Im Zentrum stehen somit die Untersuchung einer spezifischen Verjugendlichungsdiagnose vor dem Hintergrund eines pädagogischen Kritikmotivs und die Beantwortung der Frage, ob eine solche Diskussion Gegenstand der Jugendsoziologie sein kann.

## Sozialtheorie des Eskapismus

Eskapismus steht als sozialtheoretischer Begriff im Zweifel, da er nur schwer operationalisierbar und damit empirisch greifbar ist. Zudem erscheint er als Instrument normativer Kritikäußerung. Wenn er im Folgenden verwendet wird, um der Frage nach dem Phänomen der Jugendlichkeit nachzugehen, ist an erster Stelle auf sein diagnostisches Potenzial einzugehen. Im Anschluss daran wird er in einem etablierten Verwendungskontext beleuchtet: der Diskussion um die Jugend.

### Eskapismus als sozialpathologische Diagnose

Das Wort Eskapismus bezeichnet eine Neigung zur »Flucht vor der Wirklichkeit und den realen Anforderungen des Lebens in eine imaginierte Scheinwirklichkeit.« Es adressiert aber auch eine »Zerstreuungs- und Vergnügungssucht, besonders in Folge einer bewussten Abkehr von eingefahrenen Gewohnheiten und Verhaltensmustern« (Duden 1990: 228).

Diese Unterscheidung lässt sich auch soziologisch – etwa im Sinne von Norbert Elias (1976) – deuten. Im ersten Fall liegt dann ein Problem des Fremdzwangs vor und im zweiten eines des Selbstzwangs. Ein heute fast klassischer Verweis auf Fremdzwang ist der *homo sociologicus*, der Rollenmensch. Die Gesellschaft ist für ihn bekanntlich eine ärgerliche Tatsache, weil er sich mit vielen Erwartungen konfrontiert sieht, denen er entsprechen kann, soll oder muss (Dahrendorf 1974). Fügt er sich nicht, wird gleich geschaut, welche Alternativen er zur Lösung anstehender Probleme findet. Solange sich diese anderen Möglichkeiten noch nicht herumgesprochen haben, erscheinen sie den meisten als suspekt und bisweilen meinen sie dann, dass sich das betreffende Individuum einer imaginierten Scheinwirklichkeit hingibt.

Voraussetzungsreicher ist demgegenüber ein Eskapismus, der auf Selbstzwang gerichtet ist. Nach der lexikalischen Definition, bei der auch hedonistische Motive adressiert werden, muss ein Reflexionswissen im Hinblick auf Verhaltensroutinen vorliegen, denen man ganz bewusst entgehen möchte. Drei Situationen können hierfür exemplarisch genannt werden: Der Schüchterne kann sich ›locker machen‹, indem er ›vorglüht‹ bevor er die Party betritt.<sup>1</sup> Der Fachmensch findet Entspannung durch Erwartungsentzug am Adriastrand, an dem er nicht so ›funktionieren‹ muss wie im Büro. Der Funktions- und Entscheidungsträger begibt sich in die außeralltäglichen Geselligkeitsangebote des Vereinslebens, wo er ›einfach nur Mensch‹ sein kann und Position und Status keine Rolle spielen. Eskapismus ist also immer die Folge einer Konfrontation mit Zwängen. Die korrespondierende Verhaltensweise besteht dann in einer Vermeidungs- oder Fluchtaktivität.

Geht man mit dieser Begriffsbestimmung einen Schritt weiter, kommt man mit dem Humanographen Yi-Fu Tuan (1998) überein, der Eskapismus geradezu als anthropologische Konstante begreift. In jeder Kultur und zu jeder Zeit waren Menschen mit Zwängen konfrontiert. Die individuellen und kollektiven Krisen, die von natur- oder menschengemachten Katastrophen ausgelöst wurden, führten immer zu großen und kleinen Fluchten – von großen kollektiven

---

<sup>1</sup> Er nimmt dann enthemmende Drogen wie Alkohol oder Cannabis zu sich und hemmt auf diese Weise die in der nüchternen Alltagskommunikation eingeübten Muster des Distanzhaltens und der individuellen Zurückhaltung.

Wanderungsbewegungen bis hin zur Flucht in religiöse Weltdeutungen oder vom Bau eines einfachen Unterstands bis hin zur Entwicklung von Kulturlandschaften. Sozialer Wandel oder technischer Fortschritt wird als Flucht vor naturkatastrophalen oder tradiert-überkommenen Zwängen gedeutet. Aber was gewinnt man, wenn man das Flüchten als Grundmotiv menschlichen Handelns begreift? Man schafft einen All-Begriff und verliert einen wesentlichen Aspekt des Konzepts: seine wertbezogene oder normative Komponente. Der Fluchtraum erscheint nicht als Sehnsuchtsort, sondern als Refugium. Im Refugium wird eine Auszeit genommen. Von dort aus kann eine Neuorientierung erfolgen. Es ist aber selten das Ziel – weder der ewige Rausch noch der unendliche Urlaub werden ernsthaft angestrebt.

Versteht man Eskapismus als Zuschreibung, bezeichnet er in der Regel eine Charakterschwäche.<sup>2</sup> Der Eskapist gönnt sich eine Auszeit, weil er seine Situation nicht mehr auszuhalten glaubt. Mit den Anforderungen der Leistungsgesellschaft lässt sich Eskapismus in diesem Verständnis schlecht vereinbaren.

### Eskapismus von Jugend

Wenn die Lebensphase ›Jugend‹ einen Übergang von der Kindheit ins Erwachsenenalter darstellt, der mit zunehmender Autonomie unter sich verschärfendem Anpassungsdruck verbunden ist, liegt die Verbindung mit einem Fluchtmotiv nahe. Jugendeskapismen hängen mit solchen Fluchten zusammen. Das Hauptargument besteht dann in der Anzeige eines in der Regel konsumtiv-hedonistischen Verhaltens, das mit dem Nichterfüllen einer konkreten Handlungserwartung assoziiert wird. Dabei liegt die Verbindung mit dem Jugendalter nicht auf den ersten Blick nahe. Jedes freie Individuum kann sich seinen kleinen und großen Fluchten hingeben. In westlichen Gesellschaften wird allerdings der Gruppe der Jugendlichen mehr Spielraum zur freien Zeit- und Tätigkeitsgestaltung zugestanden als den benachbarten Altersgruppen. Wir bezeichnen diesen Zustand als Moratorium.<sup>3</sup> Mit anderen Worten verfügen Jugendliche gerade aufgrund ihrer Teilautonomie über mehr disponible Zeit. Sie müssen nicht oder nur zum Teil für ihren Lebensunterhalt aufkommen und tragen nur ausnahmsweise Verantwortung für andere. Die Gesellschaft lässt ihnen Zeit, Erwachsensein auszuprobieren. Sie toleriert auf diesem Weg schlechte Laune, manche Nachlässigkeit, Unsicherheit oder unangebrachten Enthusiasmus, aber sie erwartet zugleich, dass bestimmte Entwicklungsaufgaben in Angriff genommen und gelöst werden. Schrecken die jungen Menschen davor zurück oder zaudern sie, beginnen die gesellschaftlichen Sanktionssysteme zu greifen. Der Vorwurf eskapistischen Verhaltens liefert die Legitimationsgrundlage für ein korrigierendes Eingreifen in Bereiche, die eigentlich schon der autonomen Gestaltung überantwortet wurden. Die Argumentationsfigur sieht dabei wie folgt aus: Ein Verhalten wird als abweichend deklariert und im Rückgriff auf eine dramatisch übersteigerte Katastrophenerzählung ausgeschmückt. Der fliegende Robert aus dem berühmtesten Erziehungsratgeber *Der Struwwelpeter* von Heinrich Hoffmann illustriert eine solche erziehe-

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu auch Young (1976), der zwischen traditionalem und dynamischem Eskapismus unterscheidet.

<sup>3</sup> Der Begriff des psychosozialen Moratoriums geht auf Erik H. Erikson (1973: 137) zurück.

rische Verwendung des Bedrohungsszenarios.<sup>4</sup> Der Eskapist Robert, der gern bei schlechtem Wetter draußen ist, wird vom Wind erfasst und weggeblasen.<sup>5</sup>

Der Eskapismusvorwurf bezieht sich auf die Erschließung neuer, dem Erwachsensein zugedachter Gestaltungsformen, sofern ein gewisses und für ›normal‹ erachtetes Maß überschritten wird. So wird es toleriert, hin und wieder Alkohol zu trinken; Koma-Saufen und andauernde Räusche rufen Ordnungskräfte und Drogenberatung auf den Plan.<sup>6</sup> Es wird goutiert, zu gegebener Zeit als Rucksacktourist die Welt kennenzulernen; eine fortdauernde Reiseaktivität erscheint jedoch schnell als fruchtlos-zwanghafte Sinnsuche (Locker-Murphy, Pearce 1995). Dass sich junge Menschen mit der Nutzung von Informationstechnologien beschäftigen, wird als fortschrittlich angesehen; wenn sie jedoch den Platz vor dem Bildschirm nicht mehr verlassen, wird ihnen Realitätsverlust unterstellt.<sup>7</sup>

Wird dagegen einer ganzen Alterskohorte Eskapismus attestiert, scheint eine konservativ-kulturkritische Intention zugrunde zu liegen. Die unterstellte Realitätsferne liefert Hinweise auf einen gesellschaftlichen Wandel, bei dem eine Wirklichkeit von einer neuen abgelöst zu werden droht. Der Eskapismusvorwurf bezieht sich auf ein Vordringen in Bereiche, in die die Älteren nicht zu folgen willens oder in der Lage sind.

Bis hier lässt sich festhalten, dass Eskapismus mehr eine die bestehenden Verhältnisse stabilisierende Zuschreibungskategorie zu sein scheint als ein sozialwissenschaftliches Diagnosekonzept. Gleichwohl gibt die Rede von Eskapismen einen Hinweis darauf, dass aus Sicht der Etablierten etwas mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht stimmt. Es ist aufschlussreicher Eskapismusvorwürfe zu analysieren als sich mit der Diagnose vermeintlich faktischer Eskapismen aufzuhalten.

Nicht nur die Sorge, dass es Räume gibt, in die sich jemand flüchten könnte, um sich der Erfüllung gesellschaftlicher Erwartungen zu entziehen, erweist sich als Scheinargument. ›Die‹ Jugend als Alterskohorte verfügt sicher nicht über ein so ausgeprägtes Kollektivbewusstsein, dass sie als kollektiver Akteur betrachtet werden könnte. Hier hilft Karl Mannheims (1964) Begriff der Generationseinheit weiter, wenn man ihn als zeitdiagnostisches Konzept liest (Dimbath 2016). Vor diesem Hintergrund kann man sagen, dass Jugend gerade deshalb kritisch adressiert wird, weil sie traditionell als Wegbereiterin sozialen Wandels gilt. Seit jeher wird ihr ein gewisses Destabilisierungspotenzial im Hinblick auf etablierte Werthaltungen beigemessen. Und seit jeher wird diese vermeintliche Destabilisierungsentention vonseiten der etablierten Gesellschaft nicht hingenommen.

---

4 Vgl. Hoffmann (2009).

5 Vgl. hierzu auch das gleichnamige Gedicht von Hans Magnus Enzensberger.

6 Ein frühes Beispiel zum Motiv ›Flucht in den Rausch‹ findet sich bei Schär und Biener (1971).

7 Vgl. als ›klassisches‹ Dokument der Diskussion um Medieneskapismus den Aufsatz von Elihu Katz und David Foulkes (1962). Ein neuerer Kurzüberblick zu dieser Diskussion findet sich bei Myriam Reimer (2008).

## Verjugendlichung durch die Juvenilen

Nach diesen Überlegungen zum Zusammenhang von Jugend und Eskapismus soll im Weiteren das Problem der Verjugendlichung genauer betrachtet werden. Dies erfolgt zunächst durch einen kurzen Blick auf die Kontexte, in denen von Verjugendlichung gesprochen wird. Im Anschluss daran wird das Konzept des ›juvenilen‹ eingeführt, um dort den Aspekt der Verweigerung als Klischee des Jungseins herauszuarbeiten.

### Verjugendlichungsbefunde – Junggebliebene, Juvenile und Jugendwahn:

Über die Probleme mit der Sozialisation Heranwachsender hinausgehend führt das Thema Jugend seit jeher ein Eigenleben, wird doch der jugendliche Körper als Antipode zum verbrauchten und welkenden Körper des Alters gesehen. Die Chance, einige Probleme des altersbedingten Verfalls durch vermehrtes Wissen einzudämmen, hat auch dazu geführt, von einer kurativen zu einer optimierenden Medizin zu gelangen. Deren Errungenschaften werden dazu genutzt, nicht mehr ›alt‹ auszusehen sowie den Körper an aktuell geltenden Schönheitsidealen auszurichten. Der Sehnsuchtsort des Jungbrunnens scheint für die, die es sich leisten können, ein Stück näher gerückt zu sein.<sup>8</sup>

Um die körperliche Leistungsfähigkeit als Hauptaspekt des gesellschaftlichen Jugenddiskurses soll es hier jedoch nur am Rande gehen. Neben körperästhetischen Aspekten gibt es auch eine Orientierung an Verhaltensweisen, die dem Jungsein zugeschrieben werden. Begriffe wie der des ›Junggebliebenen‹, des ›Jugendkults‹ oder auch des ›Jugendwahns‹ weisen in diese Richtung.

Junggebliebensein ist eher eine Zuschreibung als eine Selbstbeschreibung. Es erfasst nicht nur den rüstigen Rentner, der noch Auto fährt, wandert oder Reisen unternimmt, sondern auch einen Kommunikationsstil. Dieser besteht in einer weltzugewandten, gelassen-fröhlichen Haltung, die insbesondere auch Alterskohorten übergreifende Kontakte einschließt sowie die aktive Teilnahme am kulturellen Leben. Jugendlichkeit erscheint hier als eine Persönlichkeitseigenschaft der Aktivität und Anpassungsbereitschaft, die man erwerben kann, wenn man sich nicht zu sehr gehen lässt.<sup>9</sup>

Die *Kritik* des Jugendwahns richtete sich bisher überwiegend gegen Arbeitgeber, die ihre Belegschaften in genau diesem Sinn zu verjüngen suchen. Hintergrund einer solchen Personalpolitik ist die Befürchtung, dass ältere Mitarbeiter langsamer und weniger flexibel seien, höhere Fehlzeiten aufwiesen und dadurch Mehrkosten erzeugen könnten.<sup>10</sup> Jugend wird hier nicht nur mit Anpassungs- sondern auch mit Risiko- und Einsatzbereitschaft sowie mit Flexibilität, Mobilität, Regenerations- und Reproduktionsfähigkeit in Verbindung gebracht.

---

8 Vgl. hierzu die Diskussion zur Entgrenzung der Medizin zum Beispiel bei Peter Wehling und Willy Viehöver (2011).

9 Vgl. hierzu kritisch die Befunde bei Tina Denninger et al. (2014).

10 In seinem Bestseller *Das Methusalem-Komplott* leitet Frank Schirrmacher (2005) das Phänomen des Jugendwahns aus der Generation der Babyboomer ab, die sich gegen das Altern ihrer eigenen Elterngeneration verwehrt hat, nun selbst dieses Schicksal erfährt und sich diesem mit aller Macht entziehen will.

Die Attribute sowohl der Junggebliebenen als auch der Wunschmitarbeiter mancher Personaler markieren einen Mythos von Jugendlichkeit, der sich wenig zur Charakterisierung der Lebenswirklichkeit Heranwachsender eignet. Die weniger wünschenswerten Eigenschaften dieser Altersgruppe, das Ungelenke, Unsichere, Unzuverlässige, Suchende, Launische, Unberechenbare und so weiter werden systematisch ausgeblendet.

Hitzlers Konzept des *Juvenilen* repräsentiert jedoch einen Typus, der sowohl den dunklen als auch den lichten Seiten von Jugendlichkeit Rechnung trägt und zugleich einen Charaktertypus des Dauerjünglichen zeichnet.

### Was ist ›jugendlich‹ am Juvenilen?

Das Konzept des Juvenilen ist ein Beifang der Techno-, Szene- und Eventforschung. Es geht auf eine ältere idealtypische Konstruktion Hitzlers zurück, die er als ›Jugendlichkeit‹ bezeichnet hatte. Jugendlichkeit »verweist eher auf eine bestimmte grundsätzliche mentale Disposition; eine mentale Disposition, die sich gegenwärtig [...] bei Menschen nachgerade jeden Alters finden lässt. Eine mentale Disposition dezidiert Un-Erwachsenheit [...].« (Hitzler 2000).

Die unabhängig vom Lebensalter als jugendlich ausgewiesenen Protagonist(inn)en sind dadurch charakterisiert, dass sie »all das, was getan wird, weil es, dem Selbst- und Weltverständnis von Erwachsenen zufolge, ›aus guten Gründen‹ getan werden muss, ebenso praktisch wie beiläufig in Frage stellen dadurch, dass sie es nicht nur nicht tun, sondern dass sie sich schlicht nicht damit befassen [wollen]« (Hitzler 2011: 71).<sup>11</sup> Ein weiteres Merkmal ist, dass diese ›Jünglichen‹ sich aus gesellschaftlich erwartbaren Verantwortungsübernahmen und Verantwortlichkeiten heraushalten, ›ihr Ding‹ machen und ansonsten in Ruhe gelassen werden wollen. Zwei Einstellungsmomente werden dabei besonders hervorgehoben: Vitalität und Erlebnisorientierung.

Weder Vitalität noch Erlebnisorientierung werden in der Konzeption von Juvenilität eindeutig bestimmt. Zudem finden sich kaum detaillierte Hinweise darauf, was die beiden Begriffe mit Jugend zu tun haben. Offenbar handelt es sich um Bestandteile eines Deutungsmusters, die der Lebensphase des Heranwachsens zugeordnet werden, wobei selbst Gerhard Schulzes (2000) Erlebnismilieus eher an der sozialen Lage und weniger am Aspekt des Lebensalters orientiert zu sein scheinen.

Wenn es juvenile Erwachsene gibt, dann haben sie mit der Lebensphase ›Jugend‹ nur insofern etwas zu tun als ihr Lebensentwurf Momente aufweist, die vonseiten der Erwachsenenengesellschaft auch bei Jünglichen als Problem identifiziert werden. Es geht um Anpassungsverweigerung. Lebensformen, die von der modern-bürgerlichen Vorstellung abweichen, wurden schon immer und werden auch gegenwärtig mit Kritik überzogen.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Die zitierte Formulierung findet sich so und in ähnlicher Form in einer Reihe von Publikationen der Dortmunder Szeneforschung.

<sup>12</sup> Mit dem Konzept der Seniorität im Kontext der Kategorie des Mindsets öffnet die Szeneforschung den Blick dafür, dass es noch weitere Abweichungen dieser Art gibt (Hitzler 2010). Der Typ des Juvenilen entspricht der mythischen Figur der ewigen Jugend. James Matthew Barries (2013) Romanfigur des Peter Pan spiegelt die Ambivalenz eines solchen Abweichlers wider: ein Junge, der nicht altert, Anführer einer Clique Gleichgesinnter



## Juvenilität als Verweigerungshaltung

Offenbar haben wir es bei Juvenilität und Jugendlichkeit mit einem Klischee von Jungsein zu tun, das sich an der empfundenen Abweichung, an Verhaltensmerkmalen Heranwachsender entzündet. Es taugt weder zur Beschreibung des Phänomens ›Jugend‹ noch vermag es einen bestimmten Lebensstil plausibel abzubilden. Das Deutungsmuster scheint vielmehr – und ganz im Sinne des Eskapismusvorwurfs – die Infragestellung geltender Wertvorstellungen zu adressieren. Im Fall der Etikettierung eines Individuums als ›juvenil‹ steht hinter der Zuschreibung eines Bekenntnisses zur Verantwortungsabstinenz der offenkundig problematische Wert bürgerlicher Teilhabe: Warum zur Wahl gehen? Warum über 8- oder 9-stufiges Gymnasium abstimmen, wenn man keine schulpflichtigen Kinder hat? Warum über Studienbeiträge abstimmen, wenn man doch überhaupt nicht oder schon fertig studiert hat?

Hinter der Zuschreibung von *Vitalität* steht der infrage gestellte Wert körperbezogener Selbstbestimmung wie er sich auch in der Kritik des Jugendwahns findet. Denn Selbstbestimmung heißt auch schwach, krank, lethargisch, fett oder runzlig sein zu dürfen. All das gerät ins Wanken, wenn die Verbeamtung vom Body-Mass-Index abhängt, wenn Unternehmen die Fitness ihrer Mitarbeiter zu Pflicht erheben und Krankenversicherer ihre Tarife mit Rücksicht auf einen Eigenbeitrag zur Erhaltung der individuellen Vitalität berechnen.

Und auch hinter der Feststellung einer verstärkten *Erlebnisorientierung* verbirgt sich eine Kritik der Pflichtvernachlässigung. Sie stößt in dasselbe Horn wie David Riesman (1958), der vor dem Aufkommen eines nur an Äußerlichkeiten orientierenden beziehungsweise sich vom Urteil der Anderen abhängig machenden Sozialcharakters warnt oder wie Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (1988), die eine Verführung des schwachen Individuums durch die Kulturindustrie befürchten. Das Menschenbild hinter solchen Ängsten ist das eines wertrationalen *homo protestanticus*, der innengelenkt ist und seine Handlungen nur mit sich selbst und Gott<sup>13</sup> ausmacht.

Der Juvenile bietet eine Kontrastfolie zu dem hier skizzierten Werthorizont der bürgerlichen Gesellschaft, aus deren Sicht er als unzuverlässiger, liederlicher Luftikus erscheint, der auch noch mit durchgefüttert werden will. Er ist ihr verlorener Sohn, ihr Bohemièn, Sonderling, Tagedieb, ihr Peter Pan.

## Juvenilität als Eskapismus

Es ist nun nicht mehr schwierig, den altersunabhängigen ›Jugendlichen‹ als Eskapisten zu bezeichnen, der sich in Refugien des Jungseins flüchtet, um möglichst nicht mit den gesellschaftlichen Erwartungen an die mit seinem Lebensalter assoziierte Lebensführung konfrontiert zu werden.

---

ist, eine beispiellose Verantwortungslosigkeit lebt und dazu neigt, seine eigene Vergangenheit zu vergessen – allem voran seine Mutter, die bei Barrie sicherlich die wichtigste Instanz der primären Sozialisation verkörpert. Jede dieser Eigenschaften adressiert zugleich Wertkonformität und Wertverletzung.

13 Diese Gott-Vorstellung scheint nicht variabel zu sein, sondern dem tradiert-gewachsenen Wertesystem der Hochmoderne, also des ausgehenden 19. Jahrhunderts, zu entsprechen.

Sein Nimmerland wäre dann die Szene oder posttraditionale Gemeinschaft – ein Land, das in und aus seiner Gestaltungsfreiheit entsteht und ihn mit außeralltäglichen Problemen völlig in Beschlag nimmt. Vermutlich gibt es solche Tendenzen und manche Juvenile bleiben hier vorübergehend ›hängen‹. Aber es handelt sich nicht um totale Institutionen (Goffman 1977) – der Wirklichkeitsakzent der Alltagswelt (Schütz 1971) kann nicht auf lange Sicht ausgeblendet werden und der juvenile Eskapist wird immer wieder von der gesellschaftlichen Realität und ihren Normalitätsvorstellungen eingeholt.

Aber vielleicht ist auch alles ganz anders. Das Juvenile konstituiert sich aus sozialen Klischees, die einer bestimmten Altersgruppe als Merkmale zugeschrieben werden. Das mag dann schon auch als Mindset<sup>14</sup> funktionieren – nur dass es vermutlich kaum zur Selbstbeschreibung, geschweige denn für die Konstituierung einer kollektiven Identität herangezogen wird. Der als juvenil Bezeichnete empfindet sich vielleicht als Individualist, nicht aber als Jugendlicher. Vermutlich ist er auch kein Totalverweigerer oder Libertin, sondern jemand, der es sich leistet, sich an der einen oder anderen Stelle der gesellschaftlichen Gestaltungserwartung im Hinblick auf die alltägliche Lebensführung zu widersetzen. Dies wird dann von dem ›Normalen‹ oder der ›Angepassten‹ als abweichend und in seinem Deutungsversuch als eskapistisch – und das meint: irgendwie pathologisch – bezeichnet. Der Ruf nach Therapie wird bekanntlich dann laut, wenn die gesellschaftliche Ordnung gefährdet zu sein scheint.<sup>15</sup>

Ich bezweifle die Triftigkeit eines juvenilen Mindsets als gesellschaftliches Problem, da es sich letztlich auch nur um das Resultat einer normativen Vergleichsoperation im Hinblick auf die tradierte Normalitätsvorstellungen der bürgerlich-modernen Gesellschaft handeln dürfte. Eine solche wird sichtbar, wenn man Eskapismusdiagnosen betrachtet. Wo von Eskapismus die Rede ist, sieht eine gesellschaftliche Gruppe, die ihre Wirklichkeitsvorstellung für allgemein maßgebend hält, ihre Werthaltungen so bedroht, dass sie sich zur Konstruktion von Krisenszenarien veranlasst sieht. Allerdings geht es in solchen Fällen nicht um Einzelbeobachtungen, sondern stets um Massenphänomene, die eine bestehende Ordnung wenn nicht gefährden, so doch als alternative Handlungsmöglichkeit irritieren und problematisch werden lassen.

## Droht eine juvenile Gesellschaft?

Wenn Ronald Hitzler als Kulturosoziologe aus seiner Entdeckung der Juvenilen ein Zivilisationsrisiko ableitet, bestätigt er diesen Diagnoseansatz. Er erkennt, dass es gar nicht per se um junge Menschen geht, sondern um eine Lebenseinstellung, die nicht an einer bestimmten Altersgruppe festgemacht werden kann. Er stellt fest, dass es eine gewisse Schnittmenge dieser Lebenseinstellung mit der Bewältigung von Orientierungsproblemen der Lebensphase Jugend gibt. Möglicherweise verbindet er aber dann Klischees des Jungseins mit Motiven einer ›klassischen‹

<sup>14</sup> Die Szeneforschung hat diesen Anglizismus für die Beschreibung lebensstilmäßiger Orientierungen bestimmter Altersgruppen an Klischees anderer Altersgruppen reserviert (Hitzler 2010).

<sup>15</sup> »Therapie bedient sich einer theoretischen Konzeption, um zu sichern, daß wirkliche oder potentielle Abweichler bei der institutionalisierten Wirklichkeitsbestimmung bleiben. Sie soll mit anderen Worten verhindern, daß ›Einwohner‹ einer bestehenden Sinnwelt ›auswandern‹.« (Berger, Luckmann 1989: 121)

Individualismuskritik, was die Reichweite seiner Ethnographie alternder Szenegänger einschränken würde, weil seine Beobachterposition mit der Position der Kulturkritik bzw. der Behauptung einer individualisierungsbedingten Destabilisierung etablierter Werthaltungen ver schwimmt.

Was aber wäre die Konsequenz einer gesamtgesellschaftlichen Juvenilisierung? Tendenziell würden alle eskapieren und niemand zivilgesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Für die Zeitdiagnose einer gesellschaftlichen Krise durch Juvenilität fehlen die empirischen Belege. Erstens ist nicht ausgemacht, worin genau zivilgesellschaftliche Abstinenz, Vitalität und Erlebnisorientierung bestehen und welche Konsequenzen diese Orientierungen für die alltägliche Lebensführung größerer gesellschaftlicher Gruppen haben. Zweitens gibt es bisher kaum Anhaltspunkte dafür, dass von diesen Mindsets überhaupt ein gesellschaftlicher Wandel ausgehen könnte. Vielleicht wäre es deshalb besser, das Pferd von hinten aufzuzäumen und entlang der Eskapismusunterstellung an Juvenile ebenso wie an Jugendliche den Spuren nachzugehen, die auf Momente der Gefährdung einer bestehenden gesellschaftlichen Ordnung hinweisen. Man kann daraus viel über die geltende Sozialmoral und das Wertesystem in Gesellschaften erfahren. Zugleich sieht man, welchen Gruppen zugetraut wird, sich neue beziehungsweise alternative Sinnquellen zu erschließen, zu denen die Etablierten ihnen nicht zu folgen vermögen oder nicht zu folgen bereit sind.

Eskapismusdiagnosen befassen sich mit Indikatoren des *Widerstands* der Etablierten gegen soziokulturellen Wandel. Jugendlichkeit oder Juvenilität hat, so betrachtet, kein Krisenpotenzial, da sie einen kulturkritischen Reflex auf eine bestimmte Kategorie von Abweichungsmomenten einschließt.

Und die Jugendsoziologie kann sich ihrem Interesse an einer Lebensphase zuwenden, in der die geltende gesellschaftliche Ordnung im Spannungsfeld von Teilautonomie und Abhängigkeit geprüft, übernommen und neu interpretiert wird. Es gibt keine Krise der Jugend, sondern – wie immer schon – eine Krise des etablierten sozialen Erwartungsgefüges mit der Jugend. Allerdings könnte die Jugendsoziologie auch einmal den Blick heben, sich dieses gesellschaftliche Reflektieren auf Jugend genauer ansehen und damit ihren Beitrag zur Diagnose sozialen Wandels sowie zur Gesellschaftstheorie leisten.

## Literatur

- Barrie, J. M. 2013: Peter Pan. München: Knesebeck.
- Berger, P. L., Luckmann, T. 1989: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.
- Dahrendorf, R. 1974: Homo Sociologicus. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Denninger, T., Dyk, S. v., Lessenich, S., Richter, A. 2014: Leben im Ruhestand: Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Dimbath, O. 2015: Soziologische Zeitdiagnostik. Paderborn: Fink, UTB.
- Duden 1990: Fremdwörterbuch. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Dudenverlag.
- Elias, N. 1976: Über den Prozess der Zivilisation. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Erikson, E. H. 1973: Identität und Lebenszyklus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Goffman, E. 1977: *Asyle. Über die Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hitzler, R. 2000: *Jugendlichkeit als Zivilisationsrisiko. Vom Intergenerationenproblem zum Intrakulturkonflikt*. Vortrag im Rahmen der Sektionsveranstaltung Jugendsoziologie des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln.
- Hitzler, R. 2010: *Mindsets*. In P. A. Berger, R. Hitzler (Hg.), *Individualisierungen. Ein Vierteljahrhundert 'jenseits von Stand und Klasse'?* Wiesbaden: VS, 325–338.
- Hitzler, R. 2011: *Eventisierung. Drei Fallstudien zum marketingstrategischen Massenspass*. Wiesbaden: VS.
- Hoffmann, H. 2009: *Der Struwwelpeter oder lustige Geschichten und drollige Bilder von Dr. Heinrich Hoffmann*. Zürich: Diogenes.
- Horkheimer, M., Adorno, T. W. 1988: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Katz, E., Foulkes, D. 1962: *On the Use of Mass Media as ›Escape‹: Clarification of a Concept*. In *The Public Opinion Quarterly*, 26 Jg., Heft 3, 26, 377–388.
- Locker-Murphy, L., Pearce, P. L. 1995: *Young Budget Travellers. Backpackers in Australia*. In *Annals of Tourism Research*, 22 Jg., Heft 4, 22, 819–843.
- Mannheim, K. 1964: *Das Problem der Generationen*. In K. H. Wolff (Hg.), *Karl Mannheim. Wissenssoziologie*. Neuwied, Berlin: Luchterhand, 509–565.
- Reimer, M. 2008: *Eskapismus-Konzept*. In U. Sander, F. v. Gross, K.-U. Hugger (Hg.), *Handbuch Medienpädagogik*. Wiesbaden: VS, 297–300.
- Riesman, D. 1958: *Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Schär, M., Biener, K. 1971: *Jugend und Drogen*. In *Zeitschrift für Präventivmedizin*, 16 Jg., Heft 16, 343–347.
- Schirmmayer, F. 2005: *Das Methusalem-Komplott. Die Menschheit altert in unvorstellbarem Ausmaß. Wir müssen das Problem unseres eigenen Alters lösen, um das Problem der Welt zu lösen*. München: Heyne.
- Schulze, G. 2000: *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schütz, A. 1971: *Über die mannigfaltigen Wirklichkeiten*. In A. Brodersen (Hg.), *Alfred Schütz. Gesammelte Aufsätze I. Das Problem der sozialen Wirklichkeit*. Den Haag: Nijhoff, 237–298.
- Tuan, Y.-F. 1998: *Escapism*. Baltimore: John Hopkins Univ. Press.
- Wehling, P., Viehöver, W. 2011: *Entgrenzung der Medizin: Transformationen des medizinischen Feldes*. In P. Wehling, W. Viehöver (Hg.), *Entgrenzung der Medizin. Von der Heilkunst zur Verbesserung des Menschen?* Bielefeld: transcript, 7–47.
- Young, W. L. 1976: *Escapism in Literature and Life*. *Neohelicon*, 4 Jg., Heft 3-4, 4, 377–380.

»Intensität – Exzentrizität – Aktivität: Lebenssoziologische Konzepte«  
der Sektion Kulturosoziologie  
– organisiert von Heike Delitz, Frithjof Nungesser und Robert Seyfert

# Was ist »Lebenssoziologie«?

## Das Leben als Subjekt und Objekt soziologischer Theorie

Heike Delitz, Frithjof Nungesser und Robert Seyfert

### *Einführung zur Veranstaltung »Intensität – Exzentrizität – Aktivität: Lebenssoziologische Konzepte« der Sektion Kulturosoziologie*

In gegenwärtigen soziologischen Theoriediskussionen stellt der Begriff des *Lebens* ein vielversprechendes Paradigma dar, das auf intrikate Weise verschiedene Theorietraditionen verbindet und zugleich neue Denkmöglichkeiten eröffnet. In all diesen Denkrichtungen ist das Leben, wie man mit Georges Canguilhem (2009 [1952]: 22) sagen kann, zugleich Subjekt und Objekt: »Wir unsererseits denken, dass ein vernünftiger Rationalismus seine Grenzen anerkennen und die Bedingungen seiner Ausübung einbeziehen muss. Das Denken des Lebendigen muss die Idee des Lebendigen dem Leben selbst entnehmen«. Helmuth Plessner hat in der Perspektive der Philosophischen Anthropologie, einer soziologischen Konzeption im kenntnisreichen Kontakt mit der Biologie (statt der Medizin wie bei Canguilhem), ganz ähnlich formuliert: Philosophische Anthropologie sei das Projekt, das menschliche Leben aus ›einer Perspektive‹ zu sehen, das heißt als »Subjekt-Objekt der Natur und als Subjekt-Objekt der Kultur« (Plessner 1975 [1928]: 32). Zugleich ist der Begriff des Lebens für Plessner auch ein Begriff zur Überwindung jedes anthropologischen Reduktionismus: »Es wird vermieden dieser theoretische Egoismus, es wird auch vermieden die Vorrangstellung des Menschen in der Welt, als ob der Mensch letzten Endes das Zentrum wäre ... Es ist so, daß wir im Lebensbegriff eine ursprüngliche Gemeinsamkeit auch mit Außermenschlichem ... herausheben; denn nicht nur ich, die anderen Menschen sind belebt, sondern auch die Tiere und die Pflanzen leben« (Plessner 2002 [1931/32]: 89).

Anhand weniger ausgewählter Vorträge aus dem weiten Feld lebenssoziologischer Denkweisen wurden im Rahmen der Sektionsveranstaltung die Möglichkeiten und Grenzen eines lebenssoziologischen Paradigmas, besser: differenter lebenssoziologischer Konzepte in der Soziologie diskutiert. ›Lebenssoziologie‹ meint dabei – in erster Näherung – eine soziologische Konzeption, die ›Leben‹ und ›Denken‹ nicht in dualistischer, intellektualistischer Weise als getrennt versteht, sondern die Frage stellt, wie ›Denken‹ aus ›Leben‹ entsteht und das ›Leben‹ umgekehrt Gegenstand des ›Denkens‹ werden kann. Lebenssoziologische Konzepte nähren sich nicht von der Annahme einer ›Lebenskraft‹, schließen das Thema des Lebens aber auch nicht von vornherein aufgrund des habituellen Verdachts aus, solche Konzepte könnten nur in Irrationalismen oder Reduktionismen münden. Vielmehr ist es aus lebenssoziologischer Sicht überraschend,

dass es in großen Teilen der Sozialwissenschaften als ›unreduktionistisch‹ gilt, das Vitale, Körperliche, Affektive auszuklammern. Die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtende Wiederentdeckung der Emotionen, des Körpers und der Materialität in soziologischen Konzepten verweist auf die Dringlichkeit einer lebenssoziologischen Perspektive, um die verschiedensten Lebensformen als Subjekt und Objekt des *sozialen* Lebens zu denken. Gegenstand der soziologischen Theorie sind dann Kollektive vitaler Wesen, die – wie Maurice Hauriou (1965 [1925]) Institutionen – als Makroakteure mit ›vitalen‹ Eigenschaften oder als Interaktionszusammenhänge verschiedener Lebewesen verstanden werden können. Unabhängig von dieser konzeptionellen Frage geht es ihnen um die Vermeidung eines anthropologischen Egoismus, von dem sich übrigens auch William James distanzierte. Mit ihm lässt sich der Gegenstand lebenssoziologischer Forschung so umreißen: Alle Formen von »collectivism of personal lives (which may be of any grade of complication, and superhuman or infrahuman as well as human), variously cognitive of each other, variously conative and impulsive, genuinely evolving and changing by effort and trial, and by their interaction and cumulative achievements making up the world.« (James 1920: 444).

### Drei differente Denktraditionen und deren Schlüsselkonzepte

Um das lebenssoziologische Feld zu ordnen, es in seinen Linien und Gegenlinien zu verstehen, lassen sich *theoriegeschichtlich* mindestens drei diskrete Denklinien identifizieren, die je eine enge Relation zur zeitgenössischen Philosophie wie zu den Lebenswissenschaften unterhalten haben. Es gibt soziologische Theorien wie die von Cornelius Castoriadis, Gilles Deleuze, Georges Simondon oder Canguilhem, die sich im kritischen Anschluss an die französische Philosophie *Henri Bergsons* entfaltet haben und international derzeit als ›Neovitalismus‹ aktualisiert werden. Es gibt die deutschsprachige Tradition der *Philosophischen Anthropologie*, die ausgehend von allgemeinen Theorien des Lebens (Hans Driesch, Jakob von Uexküll) und in deren Korrektur zu soziologischen Konzepten kommt (bei Max Scheler, Helmuth Plessner, Arnold Gehlen und deren Erben). Und es gibt als dritte *klassische* Denktradition den *Pragmatismus* von Charles S. Peirce, William James, John Dewey und George H. Mead. Dieser entstand in der philosophischen, psychologischen und sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den lebenswissenschaftlichen Durchbrüchen des 19. Jahrhunderts und hat vielfältige soziologische Fortführungen erfahren, die indes seine lebenswissenschaftliche Orientierung oft aus den Augen verloren.

Es lässt sich von einer ›Familienähnlichkeit‹ sprechen: Alle drei Denklinien versuchen, Alternativen zu einer als atomistisch, intellektualistisch und wenig ›lebendig‹ wahrgenommenen Konzeption des Menschen *und* seiner Umwelt zu formulieren. Hierbei treten sie in einen kritisch-produktiven Dialog mit den Biowissenschaften. Kritisch sind sie, indem sie sich gegen Reduktionismen wenden; produktiv sind sie, wenn sie diese nicht als Irrtümer abtun, sondern als Aspekte der Vielfalt des Lebens verstehen, zu denen andere Aspekte (psychische, soziale, imaginäre) hinzutreten müssen. (Menschliches) ›Leben‹ ist eine Vielfalt aus nicht aufeinander rückführbaren Modi vitaler Systeme. Es handelt sich also nicht (allein) um phänomenologische Konzepte: vom Leben ist soziologisch nicht im Sinne des Alltagslebens, sondern des Vitalen, Organischen die Rede. Darüber hinaus zeichnen sich die Konzepte durch relationale Definitionen des

Lebens aus: Lebensformen definieren sich durch ihr Verhältnis zur Umwelt, durch das, was sie affizieren oder tun können und wovon sie affiziert werden beziehungsweise was sie erleiden.

Die Ähnlichkeit der Denkweisen hat Grenzen. Die Perspektiven fokussieren das (soziale) ›Leben‹ unterschiedlich und aus Sicht mitunter widerstreitender biologischer Theorien. Sie schreiben dem ›Leben‹ einen unterschiedlichen Status zu: Manche verstehen es als eine Art Makroakteur, andere als nur in konkreten Interaktionen oder Lebewesen verwirklicht. Es gibt einen differenten Umgang mit dem Begriff des ›Organismus‹, der im Pragmatismus eher affirmativ verwendet wird (jedoch nicht zu einem Organismus führt), während der Neovitalismus ihn eher ablehnt, kritisch gegenüber der in der Biologie etablierten Vorstellung der Hierarchie von Organen und damit verbundenen organizistischen Gesellschaftsvorstellungen. Auch finden sich Differenzen in der Frage, wie zwischen tierischem und menschlichem Leben unterschieden wird – manche machen diese Differenz zur Basis der Konzeption des Sozialen (Philosophische Anthropologie), manche unterlaufen sie (Neovitalismus), manche versuchen, Kontinuität und Differenz zusammen zu denken (Pragmatismus). Die differenten Grundannahmen im Zug einer Lebenssoziologie lassen sich mit den Begriffen *Aktivität* für den Pragmatismus, *Exzentrizität* für die Philosophische Anthropologie und *Intensität* für den Neuen Vitalismus bündeln.

**Pragmatismus: Ein naturalistisches, prozessuales und nicht-reduktionistisches Konzept des Lebens als ›Aktivität‹**

Das pragmatistische Konzept der ›Aktivität‹ entwickelt sich im Dialog mit den Naturwissenschaften des 19. Jahrhunderts, vor allem der Evolutionstheorie. Der – im damaligen Kontext keineswegs selbstverständliche – positive Anschluss an Charles Darwins Theorie war nicht nur der Tatsache geschuldet, dass die Pragmatisten in ihr eine bahnbrechende biologische Leistung sahen. Vielmehr erkannten sie in ihr auch die Möglichkeit, die Geschichte nicht als geschlossen, determiniert und statisch, sondern als offen, kontingent und dynamisch zu konzipieren (vergleiche Dewey 1998 [1909]). Die Darwin'sche Revolution zwingt zugleich dazu, den Handlungsprozess neu zu denken. Im Verein mit anderen Durchbrüchen dieser Zeit – vor allem in der Psychologie – führte sie die Pragmatisten zur Konzentration auf das Verhalten konkreter Organismen in ihrer Umwelt sowie dazu, die Spezifik menschlichen Handelns aus dessen evolutionärer Kontinuität zu verstehen: Die »Idee der Kontinuität ... schließt einerseits einen vollständigen Bruch und andererseits eine bloße Wiederholung des Gleichen aus; sie beugt ebenso der Reduktion des ›Höheren‹ auf das ›Niedrigere‹ vor, wie sie vollständige Brüche ... vermeidet.« (Dewey 2002 [1938]: 38) Menschliche Aktivität ist naturalistisch und prozessual zu konzipieren, als dynamische Wechselwirkung zwischen Organismus und Umwelt – Leben ist »*life in action*« (Dewey 1998 [1930]: 20). Wahrnehmung, Emotionen, Gedächtnis, Reflexion, Wissen werden als für den Lebensvollzug funktional verstanden. Sie treten nicht handlungsunabhängig auf, sondern dann, wenn die »Welt, die einfach da ist« (Mead 1967 [1934]: 135), problematisch wird, Widerstände auftreten und habituelle Routinen versagen. Konstitutiv für die menschliche Erfahrung ist daher nicht nur Handeln, sondern auch Erleiden (vergleiche Dewey 1998 [1917]: 58). Die Welt ist nicht nur Gegenstand der Kontrolle, sondern auch Quelle von Kontingenzen und Widerständen. Aktivität ist nur im Wechselspiel mit Passivität zu denken.



Jedes Leben muss aus pragmatistischer Sicht zudem als *soziales* Leben gedacht werden: Nur im Kontext gemeinsamer Aktivität erlangt das Individuum Handlungsfähigkeit. Zu dieser gehört die – zumindest in diesem Maße – humanspezifische Möglichkeit, Situationen auf Distanz zu bringen und gemeinsam soziale Prozesse zu reorganisieren. Die durch Darwin aufgezeigte Kontingenz der Geschichte wird für die Pragmatisten auch zur normativen Ressource: Sie ermöglicht die Abwehr sozialdarwinistischer Geschichtsthesen und lässt den reflexiven Wandel von Institutionen und die demokratische Rekonstruktion der Gesellschaft als möglich und wünschenswert erscheinen. In dieser reflexiven Rekonstruktion des Sozialen sehen die Pragmatisten eine neue Form von Kreativität, wobei sie hier eine Differenz zu Henri Bergson ausmachen (vergleiche Mead 1907: 383 f.). Anders als die frühe Rezeption in Europa behauptet, führt der Pragmatismus weder zu einem evolutionistischen Reduktionismus noch zu einer Apologie des Kommerzialisismus (vergleiche Joas 1992: 66–145). Vielmehr offenbart das Spektrum seiner Kernthemen – vom alltäglichen und wissenschaftlichen Problemlösen über die Mannigfaltigkeit religiöser, ästhetischer und moralischer Erfahrung bis zu pädagogischen und sozialpolitischen Reformen – die pragmatistische Sensibilität für die Vielfalt der Handlungs- und Erfahrungsweisen. In ihrer Skepsis gegenüber fundierenden Philosophien und teleologischen Konzeptionen wenden sich die Pragmatisten auch gegen Konzepte, die *das* ›Leben‹ als eigenlogisches Prinzip verstehen oder im steten Wandel einen neuen archimedischen Punkt finden (vergleiche Dewey 1998 [1917]: 63f.). Gegenstand der Wissenschaft können daher nur das Verhalten und die Erfahrung konkreter Organismen in Interaktion mit ihrer Umwelt sein, wobei dieser kontingente Prozess im menschlichen Organismus eine folgenreiche Wendung genommen hat: Durch die Einbindung sozialer Perspektiven und Wissensgehalte wird die Erfahrung zunehmend selbstreflexiv und entdeckt in der Gestaltung der Umwelt eine neue Art der ›Problemlösung‹. Auch die soziologische Reflexion ist Ergebnis dieser ›Evolution‹ der Erfahrung. Der Pragmatismus versucht diese Reflexion auf eine Weise zu leisten, die die natürlichen Grundlagen eben dieser Reflexion nicht aus dem Blick verliert. Er kommt dabei zu philosophisch und sozialtheoretisch innovativen Einsichten und entwickelt sich durch den Austausch mit den Lebenswissenschaften stetig weiter (vergleiche zum Beispiel Jung 2009, Nungesser 2012, 2016).

### Philosophische Anthropologie: das Konzept der ›Exzentrizität‹ menschlichen Lebens

Die Philosophische Anthropologie entwirft eine Bestimmung menschlichen Lebens, die die Frage nach dem organischen Körper genauso einschließt wie die nach dem erlebten Leib. Das menschliche Lebewesen ist den Gesetzen des organischen Lebens ebenso unterworfen, wie es die anderen Lebewesen, namentlich nichtmenschliche Tiere sind; zugleich ist menschliches Leben dadurch gekennzeichnet, dass es durch eine sich stetig wandelnde kulturelle Geschichte geprägt ist. Dabei macht die Philosophische Anthropologie mit Plessners Konzept der *exzentrischen Positionalität* einen Theorievorschlag, der das menschliche Leben weder durch ein substantielles Innen noch durch ein konstitutionelles Außen bestimmt. Sein Konzept beinhaltet eine Alternative, die *zwischen* die klassische Vorstellung des zentralisierten, autonomen Menschen und die poststrukturalistische Vorstellung eines dezentralisierten, dekonstruierten Subjekts tritt. So definiert Plessner jede Lebensform über deren ›Grenze‹ und zudem immer differentiell, in

Relation zu anderen Lebensformen. Menschliches ›Leben‹ heißt wie bei allen organischen Körpern Aufrechterhaltung der Körpergrenze zur Umwelt, und zugleich, dass diese Lebensform exzentrisch relationiert ist – gebrochen zu sich selbst, aber organisch gebunden bleibend.

›Exzentrisch‹ und ›unergründlich‹, historisch, variabel und nicht festzulegen ist das menschliche Leben im Vergleich zum tierischen, aber ›exzentrisch‹ und ›unergründlich‹ ist es nicht führbar. Es bedarf vielfältiger, stets nur vorläufiger Zentralisierungen. Das ist das soziologische Konzept: Der Unergründlichkeit menschlichen Lebens entspricht die Notwendigkeit, sich kollektiv und kulturell zu fixieren. Die Nichtfeststellbarkeit menschlichen Lebens zwingt es zur Grenzziehung, zur Schließung des Kollektivs nach außen ebenso wie zur integrativen Erfindung einer Leitidee, eines gesellschaftlichen Imaginären. Gehlen benutzt den Begriff der Exzentrizität nicht – bei ihm steht an dieser Stelle das ›nichtfestgestellte Tier‹, das sich ein *Bild* von sich machen muss (Gehlen 1993 [1940/50]: 3f.), und sich mit diesem Bild formt. Institutionen sind – komplementär zu Instinkten, aber mit ganz anderen Dynamiken und Folgen – das *konstitutionelle Zwischen*. Sie sind soziale Formen, *mit denen sich* der Mensch zum Mensch macht. Institutionen sind imaginäre Fixierungen, Entscheidungen für *einen* Aspekt menschlichen Lebens; sie zentrieren sich, wie Gehlen (1993: 453f.) mit dem Bergsonianer Maurice Hauriou (1965 [1925]) sagt, in ›Leitideen‹. Diese ›zentralen gesellschaftlichen Bedeutungen‹ (Castoriadis) muss man für eine Gesellschaft identifizieren, will man diese auf den Begriff bringen. Und immer erneut »überrennt« das Leben »alle festen Formen« (Gehlen 2007 [1956]: 100), in ihnen brodelt das Vitale weiter: das Nicht-Gebundene, Nicht-Instituierte. Oder wieder mit Plessner: In den Kollektiven muss sich dieses Lebewesen zu dem machen, was es schon ist, wobei es nie zur Ruhe kommt. Dass das Leben im Menschen eine Existenzform gefunden hat, in der es mit sich selbst experimentiert und sich ein – wirksames! – ›Bild‹ von sich macht: dies gilt neben den biotechnischen, artefaktischen, psychologischen, medizinischen Disziplinen ebenso für die *Soziologie und deren Gegenstand*: in den Gesellschaften macht sich dieses Leben zu einem je spezifischen Leben, und zugleich ist die Soziologie das, in dem das Leben als Subjekt und als Objekt wirkt.

Kurz: Philosophische Anthropologie ist eine soziologische Denkweise, die den Menschen *zugleich* als natürlich und künstlich, organisch und historisch-kulturell denkt. Weder handelt es sich um eine naive Wesensfeststellung (wie der stereotype Vorwurf seitens marxistischer wie auch seitens deutscher poststrukturalistischer Positionen lautet) noch um eine ›bloß‹ historische Anthropologie. Das Konzept betont sowohl die vitale Notwendigkeit sozialer Formen als auch deren Vielfalt und subjektformende Effekte. Das wird in *Macht und menschliche Natur* (1931) deutlich, wo Plessner eine historische Anthropologie *und* deren lebenstheoretische Begründung entfaltet. Es wird deutlich, wenn man Gehlens *Der Mensch* – mit seinem Vergleich von Instinkten und Institutionen (1940/50) – und *Urmensch und Spätkultur* mit seiner historischen Anthropologie oder Soziologie (1956) – zusammenliest.

### Neovitalismus im Anschluss an Henri Bergson: ›Intensität‹

Auch neo-vitalistische Ansätze operieren mit der Vorstellung des konstitutiven Zwischens; auch diese setzen an der Aktivität in ihrer Umwelt an, der ›Aufmerksamkeit auf das Leben‹ (Bergson 2015 [1896]: 9 und öfter) – also an das, was Lebewesen in ihrer Umwelt wahrnehmen. Die Dis-

kussion von Lebensformen beschränkt sich hier jedoch (über Bergson hinaus bereits bei Gilbert Simondon, vergleiche dazu sowie zu den bergsonschen Kernkonzepten Delitz 2015) nicht allein auf menschliche, tierische oder insgesamt organische Wesen, sondern entwickelt einen universalen Vitalismus. Dieses neovitalistische Denken operiert zudem nicht mit Wesensdifferenzen, mit Stufen des Lebens, und Identitäten – jedenfalls nicht als Ausgangspunkt des soziologischen Konzeptes. Vielmehr bezeichnet ›Leben‹ hier reine Immanenz; die vielfältigen Lebensformen werden als immanente *Intensitäten* konzipiert: als ständige Übergänge, Transformationen, permanente Prozesse des Werdens oder ›Individuationen‹ (Simondon 1964, 2007). Man müsste hier vom sich stets verändernden – *werdenden* – Leben sprechen, dass sich weniger durch (physiologische oder morphologische) Strukturen als unvorhersehbare Veränderung definiert. Lebensformen definieren sich hier zudem nicht durch Ähnlichkeiten in Gestalt oder genetischer Struktur, durch einen Körper oder eine Innerlichkeit, sondern durch ihre Beziehung zur Umwelt: Sie definieren sich durch das, was sie in ihrer Umwelt beeinflussen können und wodurch sie beeinflusst werden. Im Wechselspiel von Affizieren und Affiziert-Werden ist Leben ständiges, unvorhersehbares Anders-Werden. Das ist das (doppelte) Kernaxiom der Lebenstheorie Bergsons.<sup>1</sup> Wenn ständiges Anders-Werden Identität verhindert, sichern differentielle Wiederholungen gleichwohl die Konsistenz einer Lebensform: Diese definiert sich durch wiederholtes Affizieren und Affiziert-Werden von Körpern in der Umwelt, was nie identisch wiederholbar ist. Die Lebensformen definieren sich dabei über Intensitätsunterschiede oder -schwankungen, qualitative Differenzen, die in dieser bergsonschen Denktradition immer erneut von quantitativen, nur graduellen Differenzen unterschieden werden. Bergson selbst geht es etwa um die verschiedenen Intensitäten des Handelns als Grade der Indeterminiertheit des Lebens. Eine solche Definition von (menschlichen) Lebensformen via ›Intensität‹ verweist auf die Singularität des Lebens, das immer neue Formen erfindet. Es richtet sich gegen jede evolutionistische (eurozentrische) Konzeption der Geschichte und Gesellschaft. Insofern geht es einer solchen Forschung nicht etwa um das Alltagsleben; im Gegensatz zur phänomenologischen Soziologie geht es eher um Desubjektivierungsprozesse, denen das Leben permanent unterworfen ist. Mit Michel Foucault gesprochen, wäre der Forschungsgegenstand ebenso ›Bios‹ wie ›Eros‹: Steht ›Bios‹ für die Analyse von Subjektivierungsformen, des Managements, der Optimierung des Lebens, so entzieht ›Eros‹ sich solchen Optimierungen. ›Eros‹ steht für Prozesse der Ent-Subjektivierung, die »das Äußerste an Intensität« hervorrufen (Foucault 2005: 54). Zum einen gehören solche Momente der Intensität, der Desubjektivierung und Transgression genauso zum Leben wie das ›Alltagsleben‹. Zum anderen haben solche Momente wissenssoziologische Relevanz, wird Erkenntnisproduktion doch erst durch Desubjektivierungsprozesse in Gang gesetzt, wo nämlich »Grenzerfahrungen in Erkenntnisobjekte« verwandelt werden (Foucault 2005: 72): Im »großen Rausch des Geistes gerät die Unvernunft in den Bannkreis des Wissens« (Foucault 1972: 103). Der analytische Fokus dieser Denktradition liegt daher auf solch intensiven Transformationsprozessen, wie sie Gilles Deleuze und Félix Guattari (2002 [1980]) beschreiben: Wenn sich Leben durch Different-Werden, durch ständiges Sich-Selbst-Übersteigen definiert, so interessiert sich diese Analyse wissenssoziologisch dafür, welche Veränderungen sich im sozietaalen Leben gerade ankündi-

---

1 Und weniger der *élan vital*, der sich bei genauerer Bergson-Lektüre als ein Unterkonzept des allgemeinen Konzepts – Leben ist ständiges, unvorhersehbares (Anders-)Werden – darstellt.

gen, wobei diese nicht Gesetzmäßigkeiten der Geschichte, sondern erfinderische Potentiale des Vitalen manifestieren. Hier lässt sich die lebenssoziologische Methode sowohl von der Phänomenologie als auch der Archäologie der Subjektivierungsformen unterscheiden: Im Gegensatz zur Untersuchung der Alltagserfahrung und historischer Subjektformen erschließt sich eine Lebenssoziologie über die Kategorie der ›Intensität‹ solcher Grenzerfahrungen, in denen das Leben seiner Subjektivierung entrissen wird.

In neueren Ansätzen wird diese Frage der Intensitäten und Transformationen etwa am Beispiel biologischer Körper sowie ihrer Verknüpfungen mit artifizialen Systemen diskutiert (bei Donna Haraway, Scott Lash), anschließend an einen weiteren Aspekt des Konzeptes: die Ausstattung noch der *anorganischen* Materie mit einem Werden, einem ›Leben‹, spezifischen energetischen Potentialen der Moleküle, die jede Individuation tragen. Hier liegt vielleicht die wirkliche Differenz neo-vitalistischer (auch poststrukturalistischer) Ansätze zur Philosophischen Anthropologie (vergleiche Seyfert 2012): Jene erschließen sich das *Zwischen*, aus dem sich die Intensitätsdifferenzen ergeben, die wir ›Leben‹ nennen, nicht aus der Trennung von organischem versus anorganischem Leben, sondern aus deren *Nebeneinander*, aus dem ständig neues – noch nicht kategorisiertes, unbestimmtes – Leben entsteht. Zwar beziehen sich die Autoren mit Bergson, Driesch und von Uexküll auf dieselben Gründerfiguren, unterlaufen aber dabei die Trennung zwischen organischer und anorganischer Materie, woraus neue Konzeptionen auch in der Frage entstehen, was eine Gesellschaft ›ist‹, aus welchen Elementen sie sich konstituiert, wie sich spezifische Gesellschaften kennzeichnen. In diesem Sinne – im Anschluss an Simondon prä-individuelle Materie vor jeder Trennung von Anorganischem/Organischem (Simondon 1964: 131 f., 272, 279; Simondon 2007: 219, 226) – können Deleuze und Guattari (2002: 697) sagen: Das »Leben ist um so intensiver und kraftvoller, je anorganischer es ist«. Gesellschaftsanalytisch interessiert dann etwa, welche gesellschaftsverändernde Stellung der Metallurg in verschiedenen Kulturen hat (Deleuze, Guattari: 566-574) – insofern er derjenige ist, der sich unvoreingenommen in das ›Leben‹ der Materie einschmiegt, ›wirklich‹ frei ist, da er dabei keinen sozialen Normen unterliegt – und die »tatsächliche soziale Vernunft« in die Gesellschaft einführt (Simondon 2008: 53 f.).

## Weitere Perspektiven der Lebenssoziologie

›Soziologien des Lebens‹ beziehen sich nicht allein auf diese Denktraditionen. Es gibt viele lebenssoziologische Konzepte. In sie wären auch die strukturalistischen und poststrukturalistischen Projekte von Claude Lévi-Strauss (das Natur-Kultur-Verhältnis und das Gesellschaft herstellende Inzestverbot) und Michel Foucault (die Analytik der Bio-Macht) einzuordnen. Es gibt Anschlüsse an andere Lebenstheorien, namentlich an Friedrich Nietzsche: bei Robert Hertz, dann im *Collège de Sociologie*, das eine eigene Melange von Émile Durkheim, Marcel Mauss und Nietzsche kreiert (vergleiche Moebius 2006), natürlich bei Deleuze und Foucault und Michel Maffesoli. Der erwähnte Canguilhem hingegen kommt wiederum eher von Bergson; auch seine soziologische Konzeption gilt es erst zu erschließen: die Kritik an jeder ›Brutalisation‹ des (menschlichen) Lebens als Gesellschafts- und Soziologiekritik im Sinne der Kritik an der positivis-

tischen Grundhaltung empiristischer Forschung. Auch ließen sich die Anschlüsse an die ›Lebenssoziologie‹ Georg Simmels bei Maffesoli und Scott Lash nennen – letzterer unter dem (deutschen) Begriff der »Lebenssoziologie« und des ›soziologischen Vitalismus‹ (Lash 2005, 2006, im Anschluss auch an Deleuze, Foucault, Gabriel Tarde). Von ihm aus sowie in der Rezeption von Deleuze lässt sich derzeit in der angloamerikanischen Soziologie die ausdrückliche Etablierung vitalistischer Konzepte beobachten (vergleiche Greco 2005, Fraser et al. 2006). Die lebenssoziologischen Konzepte sind in ihren Gemeinsamkeiten und Differenzen nicht zuletzt in Hinblick auf ihre ›Anwendung‹ interessant, der Frage, welche Analysen der Gegenwartsgesellschaft daraus folgen, und welche Aspekte der Gesellschaft als zentral erscheinen, als gesellschaftszentrierend und -aufschließend. Foucaults Analysen der Bio-Macht und alle davon inspirierten Analysen wären ein Aspekt einer solchen Gesellschaftstheorie, ebenso wie dessen Analyse der Erkenntnisproduktion; Maffesolis ›Stämme‹ (1988) ein anderer; Deleuzes Analyse der kapitalistischen Gesellschaft entlang ihrer De- und Reterritorialisierungen ein dritter. Schließlich wäre für ein lebenssoziologisches Denken einzubeziehen, welche Gemeinsamkeiten und Differenzen die Lebenswissenschaften derzeit bei den Lebensformen identifizieren, welche Rekonzeptionalisierungen des Lebensbegriffs sich hier ereignen – etwa jenseits strikter Individualisierungen bislang als ›einzeln‹ konzeptualisierte Lebewesen als millionenfache Ansammlung verschiedenster Lebensformen sichtbar machend. Kurz, die Lebenssoziologie müsste sich biologisch, technologisch, epistemologisch informieren. Im ›biologischen Zeitalter‹ (Illies 2006), das auch ein technologisches und artifizielles ist, wäre eine solche Konzeption – die sich auch als Korrektur aller Reinigungen der Soziologie von ›nicht-sozialen‹ Entitäten verstünde – nur konsequent.

### *Vital turn – irrationaler turn – anti-humanistischer turn ?*

Die folgenden beiden Beiträge konzentrieren sich auf eine Debatte, die 2012 anlässlich der Dresdner Tagung *Kultursoziologie im 21. Jahrhundert* entsprang. Reagierend auf den Beitrag von Heike Delitz (2014), hatte Joachim Fischer von einem sich anbahnenden *vital turn* gesprochen, der alle *turns* der poststrukturalistischen Theoriebewegung zusammenfasst (Materialität, Raum, Körper, Artefakte, Affekte usw.). Das Provokante war, den poststrukturalistisch faszinierten Soziolog/-innen vorzuwerfen, sich stets vom Vorurteil des ›Irrationalismus‹ beeindruckt haben zu lassen, sobald in der Soziologie vom ›Leben‹ oder gar vom ›Vitalen‹ die Rede war. Die »etablierten deutschen Poststrukturalisten und ihre Nachwuchswissenschaftler wagen im Nachvollzug alle *turns* – nur den *vital turn*, die Wende zum Leben, zum ›élan vital‹ – das wagen sie nicht« (Fischer 2014: 53). Dieser Vorwurf war namentlich an Wolfgang Eßbach gerichtet, wohl der deutsche Kultursoziologe, der neben Dietmar Kamper am unermüdlichsten am Denktransfer der französischen Kulturtheorie und des Poststrukturalismus gearbeitet hat. Im Vergleich zur neo-marxistischen Soziologie hatte die deutsche Rezeption des Poststrukturalismus jedoch nur geringe Berührungspunkte gegenüber sogenannten irrationalistischen Denkern und war daher gerade selbst dem Irrationalismus-Vorwurf ausgesetzt (zum Beispiel Frank 1984). Wenn Wolfgang Eßbach also zu denjenigen gehört, die in der deutschen Kultursoziologie intellektuell wohl das meiste gewagt haben, dann wiegt Fischers Vorwurf der »Hasenfüßigkeit« umso schwerer.

Wir halten diesen Vorwurf für falsch adressiert. Wir finden, dass Eßbach auf geradezu paradigmatische Weise lebenssoziologisch arbeitet (wie auch Fischer). Wir stimmen Fischer aber insofern zu, als dass die deutsche Soziologie (jenseits von Eßbach und wenigen anderen) den Begriff des Lebens stets als ›gefährlich‹ wahrnahm, insofern er mit einer Vernunftkritik verbunden wurde. In diesem Zusammenhang haben sich konkurrierende Theorieunternehmen nicht gescheut, Überlegungen zum Leben mit einem Irrationalismus und Anti-Humanismus gleichzusetzen. Dabei ist der Irrationalismuskritik besonders im Zusammenhang mit vitalistischen und neovitalistischen Denkkonzeptionen eine deutsche Spezifität – diese Denktabus erklären sich zweifellos aus der besonderen geschichtlichen Situation. So wie das Denken von Nietzsche und Heidegger erst über den Poststrukturalismus wieder nach Deutschland kommen konnte (Seyfert 2016), kommt auch das (neo-)vitalistische Denken nur über die internationale Diskussion hierher: An die anderswo mittlerweile rege geführte Diskussion schließt der deutsche Diskurs nur langsam an und ist dabei nach wie vor von den von Fischer beschriebenen Zurückhaltungen gekennzeichnet.

In den folgenden Beiträgen geht diese Zweier-Debatte weiter. In größerer Breite wollen wir die Diskussion lebenssoziologischer Konzepte demnächst entfalten (Delitz, Nungesser, Seyfert 2017). Dabei verschreiben wir uns weder dem Irrationalismus, noch steuern wir auf einen *vital turn* zu, ein Unternehmen, das wir – zumindest momentan – für zu ambitioniert halten. Vielmehr geht es um einen ersten Versuch, aus sehr heterogenen Theoriezusammenhängen und -traditionen Konvergenz- und Differenzlinien zu bestimmen, die in der Gesamtsicht verschiedene lebenssoziologische Zugänge ermöglichen. Verweisen möchten wir schließlich auf eine erste Ad-hoc-Gruppe zur *Soziologie des Lebens*, die die Sektion Kultursociologie 2006 veranstaltet hatte.

## Literatur

- Bergson, H. 2012 [1907]: Schöpferische Evolution. Hamburg: Meiner.
- Bergson, H. 2015 [1896]: Materie und Gedächtnis. Eine Abhandlung über die Beziehungen zwischen Körper und Geist. Hamburg: Meiner.
- Canguilhem, G. 2009 [1952]: Das Denken und das Lebendige. Einleitung. In G. Canguilhem, Die Erkenntnis des Lebens. Berlin: August, 15–22.
- Deleuze, G., Guattari, F. 2002 [1980]: Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie 2. Berlin: Merve.
- Delitz, H. 2014. Eines Tages wird das Jahrhundert vielleicht bergsonianisch sein. In J. Fischer; S. Moebius (Hg.), Kultursociologie im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Springer VS, 43–51.
- Delitz, H. 2015: Bergson-Effekte. Aversionen und Attraktionen im französischen soziologischen Denken. Weilerswist: Velbrück.
- Delitz, H., Nungesser, F., Seyfert, R. (Hg.) 2017: Lebenssoziologie (in Vorbereitung).
- Dewey, J. 1998 [1909]: The Influence of Darwin on Philosophy. In Dewey, J., The Essential Dewey 1. Pragmatism, Education, Democracy. Hg. v. L. A. Hickman, Th. M. Alexander. Bloomington: Indiana UP, 39–45.
- Dewey, J. 1998 [1917]: The Need for a Recovery of Philosophy. In Dewey, J., The Essential Dewey 1. Pragmatism, Education, Democracy. Bloomington: Indiana UP, 46–70.
- Dewey, J. 1998 [1930]: From Absolutism to Experimentalism. In J. Dewey, The Essential Dewey 1. Pragmatism, Education, Democracy. Bloomington: Indiana UP, 14–21.
- Dewey, J. 2002 [1938]: Logik. Die Theorie der Forschung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fischer, J. 2014: Kommentar zu Heike Delitz. In J. Fischer, S. Moebius (Hg.), Kultursociologie im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Springer VS, 52–55.

- Foucault, M. 1972: *Histoire de la folie à l'âge classique*, Paris: Gallimard.
- Foucault, M. 2005 [1980]: Gespräch mit Ducio Trombadori, In M. Foucault, *Schriften 4*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 51–119.
- Frank, M. 1984: *Was ist Neostrukturalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraser, M., Kemper S., Lury C. 2006. *Inventive Life: Approaches to the New Vitalism*, London: SAGE.
- Gehlen, A. 1993 [1940/50]: *Der Mensch: Seine Natur und seine Stellung in der Welt*. Textkritische Ausgabe, hg. v. K.-S. Rehberg. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Gehlen, A. 2007 [1956]: *Urmensch und Spätkultur*. Philosophische Ergebnisse und Aussagen. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Greco, M. 2005: On the Vitality of Vitalism. *Theory, Culture & Society*, 22. Jg., Heft 1, 15–27.
- Hauriou, M., 1965 [1925]: *Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Illies, Chr. 2006: *Philosophische Anthropologie im biologischen Zeitalter: Zur Konvergenz von Moral und Natur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- James, W. 1920: *Collected Essays and Reviews*, London: Longmans, Green and Co.
- Joas, H. 1992. *Pragmatismus und Gesellschaftstheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jung, M. 2009. *Der bewusste Ausdruck*. Anthropologie der Artikulation. Berlin: de Gruyter.
- Lash, S. 2005: *Lebenssoziologie: Georg Simmel in the information age*. *Theory, Culture & Society*, 22. Jg., Heft 3, 1–23.
- Lash, S. 2006: *Life (Vitalism)*. *Theory, Culture & Society*, 23. Jg., Heft 2-3, 323–329.
- Maffesoli, M. 1988: *Le temps des tribus. Le déclin de l'individualisme dans les sociétés de masse*. Paris: Méridiens Klincksieck.
- Mead, G.H. 1907: Review of *L'Évolution Créatrice* by Henri Bergson. In *Psychological Bulletin*, 4, 379–384.
- Mead, G. H. 1967 [1934]: *Mind, Self & Society*. From the Standpoint of a Social Behaviorist. Hg. v. Charles Morris. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Moebius, S. 2006. *Die Zauberlehrlinge*. Soziologiegeschichte des Collège de Sociologie. Konstanz: UVK.
- Nungesser, F. 2012: Three Dimensions of the Sociality of Action. Some Reflections Based on the Cultural Psychology of Michael Tomasello and Sociological Pragmatism. *European Journal of Pragmatism and American Philosophy*, Vol. IV, Issue 1, 178–207.
- Nungesser, F. 2016: Mead Meets Tomasello. Pragmatism, the Cognitive Sciences, and the Origins of Communication. In D. R. Huebner, H. Joas (Hg.), *The Timeliness of G. H. Mead*. Chicago: University of Chicago Press, (im Erscheinen).
- Plessner, H. 1975 [1928]: *Die Stufen des Organischen und der Mensch*. Einleitung in die philosophische Anthropologie. Berlin: de Gruyter.
- Plessner, H. 2002 [1931/32]: *Elemente der Metaphysik*. Eine Vorlesung aus dem Wintersemester 1931/32. Berlin: Akademie.
- Simondon, G. 1964: *L'individu et sa genèse physico-biologique; l'individuation à la lumière des notions de forme et d'information*. Paris: Puf.
- Simondon, G. 2007 [1964/1989]. *L'individuation psychique et collective: A la lumière des notions de Forme, Information, Potentiel et Métastabilité*. Paris: Aubier.
- Simondon, G. 2008. Ergänzende Bemerkung zu den Konsequenzen des Individuationsbegriffs. In I. Becker, M. Cuntz, A. Kusser (Hg.), *Unmenge – Wie verteilt sich Handlungsmacht?* München: Fink, 45–74.
- Simondon, G. 2012 [1958]: *Die Existenzweise technischer Objekte*. Zürich: diaphanes.
- Seyfert, R. 2011: *Das Leben der Institutionen*. Weilerswist: Velbrück.
- Seyfert, R. 2012. Poststrukturalistische und Philosophische Anthropologien der Differenz. In T. Ebke, M. Schloßberger (Hg.), *Dezentrierungen: Zur Konfrontation von Philosophischer Anthropologie, Strukturalismus und Poststrukturalismus*. Berlin: Akademie, 65–80.
- Seyfert, R. 2016. Streifzüge durch Tausend Milieus. Eine Archäologie poststrukturalistischen Denkens in der westdeutschen Soziologie bis 1989. In J. Fischer, S. Moebius (Hg.), *Soziologische Denkschulen. Zur Archäologie der bundesrepublikanischen Soziologie*, (im Erscheinen).

## »Des Menschen Tage sind wie Gras«

Ein Dissens über Wachstum in der Philosophischen Anthropologie<sup>1</sup>

Wolfgang Eßbach

*Beitrag zur Veranstaltung »Intensität – Exzentrizität – Aktivität: Lebenssoziologische Konzepte« der Sektion Kultursoziologie – organisiert von Heike Delitz, Frithjof Nungesser und Robert Seyfert*

### »Poststrukturalismus« und »Lebenssoziologie«

Zur Diskussion stehen in dieser Sektion die Möglichkeiten einer Lebenssoziologie im Anschluss an drei Traditionen: der Linie des französischen Neo-Vitalismus Henri Bergsons, der deutschen Philosophische Anthropologie und des amerikanischen Pragmatismus. Ich freue mich, dass ich an dieser Diskussion, die manchem unter Ihnen vielleicht allzu neu und ungewohnt erscheinen mag, teilnehmen kann, denn es geht um Weichenstellungen am Anfang. Eine irriige Weichenstellung hat Joachim Fischer auf der Sektionsveranstaltung Juni 2013 »Kultursoziologie im 21. Jahrhunderts« in Dresden vorgenommen. Ich habe es sehr bedauert, dass ich nicht teilnehmen konnte, denn dann hätte ich dort meine Einwände einbringen können. Jetzt ist der Tagungsband erschienen, und die Angelegenheit ist publik. (Fischer, Moebius 2014) In seinem Kommentar zum Referat von Heike Delitz unternimmt Fischer den Versuch zwischen »Poststrukturalismus« als der »Theorierichtung der turns« und »Lebenssoziologie« eine Demarkationslinie zu ziehen und der poststrukturalistischen Soziologie eine bergsonianische Kehre anzudienen.

In diesem Zusammenhang hat er mir persönlich eine Art historisches Versagen angekreidet. Die etablierten deutschen Poststrukturalisten und ihre Nachwuchswissenschaftler würden alle möglichen turns wagen »nur den vital turn, die Wende zum Leben, zum »elan vital« – das wagen sie nicht.« Und dann bemerkt Fischer:

---

<sup>1</sup> »Des Menschen Tage sind wie Gras,/er blüht wie die Blume des Feldes./Fährt der Wind darüber, ist sie dahin;/der Ort, wo sie stand,/weiß von ihr nichts mehr.« (Psalm 103 Vers 15-16). Eine erste Fassung habe ich unter dem Titel *Über das Vegetative in der Philosophischen Anthropologie* auf der IFK-Tagung: *Philosophische Anthropologie – Natur und Medien*, Wien, 24. – 25. Oktober 2013 vorgetragen.



»Das ist bereits das theoriegeschichtliche Drama bei Wolfgang Eßbach, der als Pionier der 80er Jahre alle Karten in der Hand hatte, um in der bundes-republikanischen Soziologie einen vital turn zu vollziehen, spektakulärer Pionier einer Lebenssoziologie zu werden – und sich das aus der bekannten mentalen west-deutschen Blockade – der Bann von Lukacs und das Diktum der Kritischen Theorie: »Zerstörung der Vernunft« durch die »irrationale« Lebensphilosophie bei Bergson, Simmel, Scheler etc. – nicht getraut hat.« (Fischer, Moebius 2014: 53)

Dieses mein Versagen habe dann auch noch verderbliche Wirkungen gehabt:

»Und diese intellektuelle Blockade, die gewisse Hasenfüßigkeit gilt für alle teilweise auch von Eßbach geprägten – poststrukturalistischen Soziologen in der Generation vor Heike Delitz: Ob Bröckling, Reckwitz, Schrage, Moebius und die vielen anderen verdienstvollen Poststrukturalisten und turn-Turner: alle schnuppern in den turns an den Aspekten des Vitalen – den Bildern, den Emotionen, der Efferveszenz, den Artefakten, den Sinnen, der Kreativität, dem Räumlichen – aber zupacken tun sie nicht – sie werden hasenfüßig, sobald das Ungeheure eines »vital turn« sich abzeichnet – und zwar in gewisser Weise zu Recht, weil der vital turn wirklich die Wende aller Wendungen wäre und alle anderen turns einholt.« (Fischer, Moebius 2014: 54)

Dazu nur drei Bemerkungen:

1. Ich eigne mich nicht zum Herold von Paradigmen oder turns, auch nicht wenn es der turn aller turns wäre. Im Gegenteil an Paradigmen interessieren mich zuerst die Opfer, das heißt die Theoriemotive und die gesellschaftlichen Erfahrungen, die auf dem Altar der jeweiligen Paradigmas geopfert werden. Ein großer Gewinn postmodernen Denkens in der Gesellschaft des Spektakels – um es mit Guy Debord zu sagen – ist für mich das, was Gianni Vattimo und Pier Aldo Rovatti *Il pensiero debole*, das schwache Denken genannt haben. (Rovatti, Vattimo 1983) Es verzichtet auf die Fanfaren des Modernismus.
2. Wenn ich die Musik der Sätze höre: »aber zupacken tun sie nicht – sie werden hasenfüßig, sobald das Ungeheure eines »vital turn« sich abzeichnet – und zwar in gewisser Weise zu Recht, weil der vital turn wirklich die Wende aller Wendungen wäre und alle anderen turns einholt«, dann denke ich Joachim Fischer hat zu wenig Texte des europäischen faschistischen Bürgertums im Original mit ihrer Feier von Tatkraft, Dynamik, Emotionalismus, der Irrationalität der Lebenskräfte, der ungeheuerlichen Urkräfte und der totalen Wende aller Wendungen gelesen. Ich denke, keine Lebenssoziologie kommt heute daran vorbei, sich mit der Vulgarisierung der lebensphilosophischen Motive Nietzsches oder Bergsons, die Beschwörung von »Leben« als Bezugsgröße anstelle von »Vernunft« und »Fortschritt« ernsthaft auseinanderzusetzen. Für den amerikanischen Pragmatismus hat Peter Vogt begonnen, die Familienähnlichkeit zwischen Pragmatismus und Faschismus aufzuarbeiten. (Vogt 2002)
3. Ich rate davon ab, Vernunft, Entwicklung, Leben als Schlüsselbegriffe der Moderne gegeneinander auszuspielen.<sup>2</sup> Denn es liegt im Begriff des Lebens, dass der Tod dazugehört. Diese Wende vom lebensbehaltenden Vitalismus zum todessüchtigen Vitalismus lässt sich sehr gut

<sup>2</sup> Siehe dazu meinen Beitrag: *Vernunft, Entwicklung, Leben. Schlüsselbegriffe der Moderne*. Zunächst als Vortragstext für ein französisch-deutsch-chinesisches Kolloquium zu dem Thema »Philosophische Moderne und kulturelle Tradition« verfasst. Das Kolloquium, das im September 1989 an der Pekinger Akademie für Sozialwissenschaften hätte stattfinden sollen, fiel den Juni-Ereignissen zum Opfer. Veröffentlicht wurde der Text dann Heinrich Popitz gewidmet in *Wer inszeniert das Leben? Modelle zukünftiger Vergesellschaftung* (Eßbach 1996); titelgebend wiederveröffentlicht in der mir gewidmeten Festschrift *Vernunft – Entwicklung – Leben. Schlüsselbegriffe der Moderne* (Eßbach 2004); schließlich aufgenommen in: Eßbach 2011: 131–140.

am italienischen Futurismus 1909 – 1944 ablesen, dem das New Yorker Guggenheim Museum in diesem Jahr eine überzeugende und heilsame Ausstellung gewidmet hat, von der zu hoffen ist, das sie irgendwann einmal auch in Deutschland zu sehen sein wird. Soviel aus gegebenen Anlass vorweg.

## Wachstum sehen können – Ein folgenreiches Kinoerlebnis

Entscheidend für die Diskussion lebenssoziologischer Konzepte ist selbstredend eine Klärung dessen, was man unter »Leben« verstehen soll, denn sonst kommt man über die beschwörende Rhetorik des Vitalen nicht hinaus. Dazu möchte ich im Folgenden über einen Dissens in der Philosophischen Anthropologie berichten, der die Vorstellungen vom Wachstum betrifft. Ich meine nicht die metaphorische Rede etwa vom wirtschaftlichen Wachstum, sondern das vegetative, pflanzliche Wachstum, dem meines Erachtens eine Schlüsselfunktion für Lebenskonzepte zukommt.

Am 25.2.1926 kam es im Filmtheater der UFA, dem Café Piccadilly in Berlin zu einer denkwürdigen Filmvorführung. Auf dieses Medienereignis werden sich Max Scheler und Helmuth Plessner beziehen und Arnold Gehlen wird dazu noch einmal eine andere Auffassung entwickeln. Im Programmheft war zu lesen:

»Warum sollen wir es verheimlichen? So fing es an mit unserem Film. Die Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen a.Rh., wollte Stickstoff zum Düngen der Äcker verkaufen. Um den Bauern die Wirkung des Stickstoffes zu zeigen, stellte sie Filme her, Filme, in denen dokumentarisch bewiesen wurde, wie der Mais, wie der Tabak und andere Pflanzen ohne und mit Stickstoff gedeihen, also ungeschminkte Werbefilme mit dem einzigen Motiv, Geld zu verdienen.« (Programmheft *Das Blumenwunder* 1926)

Mit der neuen filmischen Technik des Zeitraffers – alle 45 Minuten wurde monatelang ein Bild der mit Stickstoff gedüngten Pflanzen aufgenommen – gelang es das Pflanzenwachstum sichtbar zu machen. Die Filmemacher der BASF entschlossen sich, aus dem Material etwas anderes zu machen:

»Stickstoff hin, Stickstoff her, Werbearbeit hin, Werbearbeit her! Hier hatte man mit Höherem zu tun. Ohne jegliche Rücksicht auf geschäftliche Interessen wurden Ranken und Blumen aufblühend und verwelkend aufgenommen. Man kann diese Bewegungen nicht beschreiben, dieses Suchen, Kämpfen und Greifen der Kletterpflanzen, die Krampfbewegungen der Knospe vor der Entfaltung, das Sterben der Blumen. Es fehlen der geschriebenen Sprache die Worte. Das schildert uns wie ein heiliges Buch das bewegte Bild.

Wir sind keine Botaniker. Wir ziehen aus diesen geheimnisvollen, traumalbgleichen, tänzerischen Bewegungen keine Folgerungen. Wir wollen nichts als sie euch zeigen! Aber eins ist sicher! Dieses lodernde Lied von Blühen und Welken rührt das Innerste in uns auf. Unsere Augen werden sehend. Wir sehen in einem Spiegel; wir sehen Gottes Auge im Spiegel der Natur.« (Programmheft *Das Blumenwunder* 1926)

Es handelt sich um den 77-minütigen Stummfilm *Das Blumenwunder*. Die Zeitrafferaufnahmen der Pflanzen wurden durch allegorische Szenen mit Schauspielerinnen ergänzt. Dazu gab es Tanzeinlagen des Balletts der Preußischen Staatsoper. Die Musik zum Film komponierte der bekannte Operettenkomponist Eduard Künneke (Programmheft *Das Blumenwunder* 1926).

Bei denen, die den Film gesehen haben, hat er nachhaltige Eindrücke hinterlassen. Oskar Loerke vermerkt in einem Tagebucheintrag vom 7.3.1926:

»Gestern im Film ›Das Blumenwachsen‹ [sic!]. Ein Erlebnis ersten Ranges. Ungeheuer. Es hat fast Beweiskraft für alles Übersinnliche. Sieht man Pflanzen wachsen und leben, die nur ein anderes Tempo haben als wir Menschen, – da ist jede Ordnung zu denken, noch langsameres oder rasend schnelles Tempo, beide, um dieser Verschiedenheit halber nicht wahrnehmbar.« (Loerke 1955: 137).

Theodor Lessing, urteilte: »Die neue Entdeckung gelegentlich der Blumenfilme wird voraussichtlich schon in wenigen Jahren die ganze Lebenswissenschaft und damit auch die Wissenschaft von der Seele um und um wandeln.« (Lessing, 1927: 178. Besonderen Eindruck haben auf Lessing die Szenen der Passiflora gemacht, die sich an vier nebeneinander gestellten Stangen hochrankte. Diese Blume hat es auch Max Scheler angetan. Er schreibt in einem Brief an seine Frau Märit Furtwängler über den Film: »Am schönsten waren Ranken, die sich an vier nebeneinander gestellten Stangen aufreihen. Das stürmische ›Suchen‹ nach Halt, die ›Befriedigung‹, wenn sie die Stange gefunden, die vergeblichen Versuche [...] u. vor allem: die Erscheinung, daß – wenn die Ranke die 4. letzte Stange im Wachsen erreicht hat – sie ›verzweifelt‹ ins Leere greift, sucht und bis (unerhört!) sie sich nach Mißerfolgen umwendet u. zur 4. Stange zurückkehrt. Das erschütterte mich so, daß ich mit Mühe die Thränen rückhielt. O wie ist das ›Leben‹ überall gleich süß, zuckend und schmerzhaft ... und wie ist alles, alles Leben eins.« (zitiert nach: Mader 1980: 117–118).

Der Film *Das Blumenwunder* war geeignet eine Frage zu reaktivieren, die Philosophen seit der Antike nicht in Ruhe gelassen hat: die Frage nach der Seele der Pflanzen. Hans Werner Ingensiep ist der Geschichte der Pflanzenseele von der Antike bis zur Gegenwart 2001 in einem voluminösen Werk nachgegangen. Was er beschreibt ist die »Geschichte einer verlorenen Idee.« Das Buch ist ein tapferer Versuch gegen den »historische[n] Gedächtnisschwund in Sachen ›Pflanzenseele« (Ingensiep 2001: 1 und 597; zur Diskussion der Zeitrafferfilme: 541–542).

## Widersprüchliches zur Pflanzenseele

Freilich, so einfach verschwinden faszinierende Ideen nicht. Der Wissenschaftsredakteur Joseph Scheppach vom Redaktionsbüro »Wortstark« weiß 2009 vom »geheimen Bewusstsein der Pflanzen« zu berichten, etwa von Experimenten, bei denen morgendlich freundlich begrüßte Tomatenpflanzen besser gediehen als die Kontrollgruppe, die den Morgengruß entbehren musste (Scheppach, 2009). Aber es klappt eben nicht immer: Rita Gudermann berichtet auf der online-Rundfunkseite »Planet Wissen«:

»Ein Team des WDR ließ im Pflanzenversuchslabor im Forschungszentrum Jülich einige Sonnenblumen mehrere Tage lang mit klassischer Musik, Ausschnitten aus dem ›Dschungelbuch‹ und Naturgeräuschen beschallen – ohne erkennbare Auswirkungen oder Unterschiede. Wurde dagegen die Menge des Lichts oder des Wassers verändert, reagierten die Pflanzen sofort.« (Gudermann, Ziegler 2014)

Andererseits berichtet »Trends in Plant Science«, dass Knackgeräusche von Pflanzen wahrgenommen werden:

»Ausgerechnet im Frequenzbereich von 220 Hz richten sich Pflanzenwurzeln bei ihrem Wachstum nach der akustischen Quelle aus, Pflanzen haben also folglich sensible ›Organe‹, die auf Schallwellen reagieren. Das dürfte kein Zufall sein, glauben die Forscher. Die Knacklaute sind ein Kommunikationssignal zwischen zwei Pflanzen.« (o.V. 2012)

Für viele Bundesbürger dürfte das nicht überraschend sein: Nach einer repräsentativen Emnid-Untersuchung im Auftrag des Magazins »Zeit Wissen« aus dem Jahre 2005 sind fast die Hälfte der Bundesbürger (49 Prozent) davon überzeugt, dass Pflanzen Gefühle haben. Jeder Dritte bekannte sich sogar dazu, mit Pflanzen zu sprechen. Viele Deutsche glauben auch, dass Pflanzen es einem danken, wenn man mit ihnen spricht (o.V. 2005).

Das Interesse am Thema Kommunikation mit Pflanzen ist ungebrochen und folgt einer Linie, die Nicole Karafyllis als »Animalisierung der der Pflanze« bezeichnet hat. (Karafyllis 2009: 8–9). Wichtig für die Kultursoziologie ist an diesen Debatten die Tendenz zur Entdifferenzierung des Lebensbegriffs in Richtung auf eine generelle aktivistische Vereinseitigung, die dem Tiermodell folgt. In der Rezeption von Behaviorismus und Pragmatismus, von soziologischen Theorien zu Handlung und Interaktion und nicht zuletzt in der wachsenden Popularität von Tierfilmen dominiert die Faszination an der Bewegung, Mobilität, und action gegenüber den Dimensionen des Lebens, die mit Wachstum zu tun haben.

## Seele und Form der Pflanze, Plessners Sperrklausel

Ich komme nun zum Dissens zwischen Max Scheler, Helmuth Plessner und Arnold Gehlen. Zunächst zu Scheler. Dieser greift das aristotelische Motiv eines Psychismus der Pflanzen auf. »Leben« meint bei Aristoteles eine Seele besitzen. Das erfordert nun Scheler zufolge eine Präzision dessen, was mit Seele/Psyche gemeint ist. Empfindung und Bewusstsein können nicht die elementarsten Bestandteile des Psychischen sein. (Scheler 1928: 16–18) Denn dann müsse es eine spezifische Rückmeldung an ein Zentrum geben, und Versuche Pflanzen nach Pawlowscher Manier zu dressieren seien fehlgegangen. Pflanzen haben auch kein Triebleben, aber was sie haben, ist eine Psyche im Sinne von »Fürsich- und Innesein« (Scheler 1928: 17). Und wohl noch den Film *Das Blumenwunder* erinnernd, merkt er dazu an: »Der Eindruck, der Pflanze mangle ein Innenzustand, rührt nur von der Langsamkeit ihrer Lebensvorgänge her. Vor der Zeitlupe verschwindet dieser Eindruck vollkommen.« (Scheler 1928: 18)

Die unterste Stufe des Psychischen bildet bei Scheler »der bewußtlose, empfindungs- und vorstellungslose ›Gefühlsdrang‹« (Scheler, 1928: 17). Scheler akzentuiert nicht wie Plessner titelgebend *Stufen des Organischen*, sondern den »Aufbau der biopsychischen Welt« (Scheler, 1928: 16). Was sich bei Scheler durch alle Wandlungen seiner Philosophie hindurch erhält, nämlich das Interesse am emotionalen Leben der realen Person, am A priori der Emotionen, das wurzelt im vegetativen Gefühlsdrang.

Plessners Interesse am Vegetativen ist mäßig. In *Stufen des Organischen und der Mensch* widmet er der Pflanze gerade einmal neun Seiten (Plessner 1981: 282–238). Dem Tier ist ein eigenes großes Kapitel von über 50 Seiten gewidmet. Hinter Plessners allgemeinem Lebensbegriff, Leben als Grenzrealisierung, steht das Modell der Zelle, das auch für die Pflanze-Tier-Differenz

relevant wird. Sie ist bei einzelligen Lebewesen noch unentschieden. Aber mit der Zellteilung, dem Übergang zum Vielzeller, gibt es einen »Zwang zur Entscheidung im Sinne der Pflanze oder des Tieres«. Und Plessner vermutet, »daß in diesem Zwang zur Differenzierung ein Wesensgesetz des Lebens überhaupt manifest wird« (Plessner 1981: 282). Halten wir fest: kein vegetativer Gefühlsdrang wie bei Scheler, sondern ein Entscheidungszwang – vegetativ oder animalisch – bildet bei Plessner den Ausgangspunkt für den Variantenreichtum des Lebens.

Aber warum wächst ein Vielzeller nicht einfach so weiter, warum muss er sich entscheiden, entweder Pflanze oder Tier zu werden? Der Grund liegt in der Definition des lebendigen Dings als Organismus, der deshalb lebendig ist, weil er »zur Einheit nur vermöge eines Lebenskreises kommt, der durch ihn hindurch und aus ihm herausführt« (Plessner 1981: 282). Dies steht jedoch im Widerspruch zur Geschlossenheit eines Körpers, die Plessner zufolge unvermeidlich ist. Er schreibt: »Für das lebendige Ding besteht hier ein radikaler Konflikt zwischen dem Zwang zur Abgeschlossenheit als physischer Körper und dem Zwang zur Aufgeschlossenheit als Organismus.« (Plessner 1981: 283).

Im Anfang haben sich die grenzrealisierenden Dinge zu entscheiden. »Wählt das Leben einmal den Weg der Mehrzelligkeit, so wählt es den Konflikt zwischen Organisation und Körperlichkeit«. Und: »Die Lösung des Konflikts findet das lebendige Ding in seiner Form, deren Ausprägung in der jeweiligen Gestalt ihrer Typus sinnlich faßbar wird, ohne allerdings selbst in Erscheinung zu treten.« (Plessner 1981: 283) Hieran schließen sich die beiden Formen des Ausgleichs an, die Plessner mit Hans Driesch als offene und geschlossene Form bezeichnet, als Typus der Pflanze und als Typus des Tieres.

Plessner greift auch eine Formulierung von Hans Driesch auf, mit der dieser den Unterschied von offener und geschlossener Form charakterisiert: »Tiere erreichen einen Punkt, auf dem sie fertig sind, Pflanzen sind, wenigstens in sehr vielen Fällen, nie fertig.« (Plessner 1981: 286) Pflanzen verkümmern und verwelken, wenn sich die Voraussetzungen ihres Lebenskreises in für sie ungünstiger Weise verändern, aber sie können auch, wie man von manchen Baumarten weiß, sehr alt werden. Der Old Tjikko, eine Gemeine Fichte in den Bergen des Nationalparks der schwedischen Provinz Dalarna, ist mit 9.550 Jahren der älteste individuelle Baum der Welt, den man heute kennt. Die Frage, wann dieser Baum mit sich fertig wird, verbietet sich. Immer bleibt an Pflanzen »ein umgestaltetes gestaltbares Material«, aus dem ein weiteres Wachstum entspringen kann (Plessner 1981: 286). Man könnte dies mit den seit 1951 weiterwachsenden isolierten Krebszellen der inzwischen verstorbenen Henrietta Lacks vergleichen.

Dieses Charakteristikum des Unfertigen als das unmittelbare Hineinwachsen und Eingliedern in das, was das umgebende Medium ermöglicht, hat Plessner zufolge zu Fehlschlüssen geführt, dies »als absolute Hingegebenheit, als Sichverlieren und Aufgehen im Funktionskreis des Gattungslebens« aufzufassen. Ohne Schelers Namen zu nennen bemerkt er, dies habe den Anlass gegeben »für die psychistische Deutung der Lebenserscheinung« und dafür, »von einem ekstatischen Wesen der Pflanze zu sprechen.« (Plessner 1981: 286–287). Ebenso wie die Animalisierung der Pflanze, etwa bei Bergson, den er mit der berühmten Formulierung »la plante est un animal endormie« zitiert, führe ein positives Bild von der Pflanze in die Irre, gleich wofür es stehe, sei es für »das ungehemmt Verströmende, die Verkörperung schenkender Selbsthingabe, den ekstatischen Gefühlsdrang, eine nachwandlerische Sicherheit, die das Bewußtsein nicht mehr braucht, in Form und Funktion das Genie der Natur« (Plessner 1981: 291).

Und dann folgt eine apodiktische Sperrklausel: »Es ist nun einmal ein Verrat am Wesen der Pflanze (wie es ein Verrat am Wesen der Natur ist), sie symbolisch zunehmen« (Plessner 1981: 291). Auch der Zeitraffer hilft hier nicht weiter.

»Natürlich macht es Eindruck, wenn man im Film die Bewegungen etwa einer Cucurbitaceenranke oder eine Winde, auf ein Zehntausendstel der wirklichen Zeit verkürzt, beobachtet, wie sie durch eine Phase des ›Suchens‹ nach Stützpunkten in eine Phase übergehen, in der sich die Ranke zurückwendet und an sich selber den Halt für einrückläufiges Wachstum findet. Auch hier liegt nicht der mindeste Grund vor, empfindungsmäßig oder auch nur zentral-vermittelte Prozesse als Grundlage dieser Erscheinungen anzunehmen.« (Plessner 1981: 290–291)

Man sieht, Wuchsbewegung gerade der Passiflora aus dem Blumenwunder bleibt kontroverses Thema. Man kann grundsätzlich davon ausgehen: Mehr noch als Steine und Sterne, als Tintenfische und Menschen sind die Pflanzen, diskursgeschichtlich gesehen, Statthalter für Grundfragen der Theorie des Lebendigen. Denn Pflanzen sind Naturdinge, die, was die mögliche verwandtschaftliche Phänomenalität angeht, dem Menschen nicht so nah wie die Tiere und nicht so abständig wie die Felsen sind. Pflanzen haben einen mittleren Grad der Andersheit. Scheler und Plessner bestimmen diesen mittleren Grad in verschiedener Weise: Scheler, indem er das Psychische, das auch in der anthropologischen Trias: Körper, Seele, Geist die Mitte hält, als welt-schöpferisches Prinzip zugrunde legt. Plessner, indem er die Pflanze als die alternative, dem Tier gegenüberliegende Form des Lebendigen bestimmt.

## Wildwuchs und Triebverwertung bei Gehlen

In Arnold Gehlens *Der Mensch* sucht man vergebens nach Pflanzen. Aber es gibt das Vegetative als eine Dimension des Menschen. Von einer der Gehlenschen Zentralkategorien, der »Entlastung«, heißt es: »Wir vermögen sie nach unten, nach dem Biologischen hin zu verfolgen, im ›bedingten Reflex‹ noch eben zu greifen, und wir verlieren sie erst über die Gewohnheit hin im Dunkel des Vegetativen.« (Gehlen 1986: 67).

Dieses Dunkel steht für zwei Phänomenbereiche von recht unterschiedlicher Art. Einmal wächst aus dem Vegetativen das, was Gehlen Instinkte nennt, einen Begriff, den er im Sinne der vergleichenden Verhaltensforschung verwendet. »Bei Menschen gibt es instinktives Verhalten überall da, wo die Organe arbeiten ›wie es sich gehört.« (Gehlen 1986: 329) Darum brauchen Menschen sich normaler Weise nicht zu kümmern, sie sind davon entlastet.

Das Vegetative steht aber nicht nur für das, was in leiblichen Prozessen gleichsam von selbst ohne unser bewusstes Zutun abläuft, sondern auch in Anlehnung an Freuds und Jungs Libidobegriff für das Gegenteil, für eine überschüssige Antriebsquelle im Menschen, die zur notorischen inneren Belastung wird. Beide vegetativen Dimensionen müssen Gehlen, in dessen Anthropologie, nicht zuletzt inspiriert durch den amerikanischen Pragmatismus, der handelnde Mensch steht, besonders interessieren. Handeln kann in bedingten Reflexen und automatisierter Gewohnheit versinken und Handeln kann im Chaos eines mit seinen Überschüssen nicht fertig werdenden Trieblebens verlottern. Das Vegetative ist somit für beides verantwortlich: für Instinkt im Sinne der Ethologie und für Trieb im Sinne der Psychoanalyse. Das Vegetative ist

einmal Problemlöser, wenn es Verhaltensautomatismen, Gewohnheiten stützt, das andere Mal ist es Problemverursacher. Im letzteren Fall hilft es nur Handlungen von den vitalen Antrieben zu entkoppeln. Gegenüber einer entdifferenzierten Antriebsstruktur im vegetativen Bereich hat sich der Mensch durch Entkopplung zu wappnen.

Auf der anderen Seite können Antriebe den Handlungen nachwachsen. Vorbereitende Tätigkeiten, regelmäßig wiederholt in arbeitsteiligen Zusammenhängen, können zur Gewohnheit werden. Aber wenn die Routine stockt, merken wir bisweilen, dass inzwischen ein vitales Bedürfnis nach dieser Handlung nachgewachsen ist, wir fühlen uns unbefriedigt. So ermöglicht die Entdifferenzierung der Antriebsstruktur die »potenzielle Antriebsbesetzung schlechterdings aller menschlicher Tätigkeitsarten, von der Philosophie bis zur Kopfjägerei« (Gehlen 1986: 329–330). Man könnte sagen, bei Gehlen wirkt der Schelersche Gefühlsdrang, die Bewegungsform des Pflanzenhaften, gleichsam in umgekehrter Richtung als Antriebsbesetzung der vom Triebbereich abgekoppelten Kulturleistungen.

Wo diese Besetzung von Gewohnheiten mit Trieben, diese der Passiflora ähnliche Wendung des Rankentriebes zur Stange, nicht gelingt, zerstört er sein vegetatives System:

»Ein Mensch, der es aus pathologischen Gründen zu keiner weltzugewandten und dauertätigen Bedürfnisformierung und Interessenarchitektur bringt, entartet im Überdruck des drängenden Antriebsüberschusses in selbstzerstörerischen Süchten. Diese Formierung der Antriebskräfte zur Tätigkeit ist sogar eine Bedingung des vegetativen Ordo: die vegetativen Funktionen des Menschen sind dahin abgestimmt.« (Gehlen 1986: 59–60)

»Vegetative Ordo« umfasst den weiten Bereich der vegetativen Physiologie, das heißt der Lehre von den physikalischen und biochemischen Vorgängen in den Zellen, Geweben und Organen aller Lebewesen. »Urphantasie« nennt Gehlen schließlich den letzten Kern des vegetativen Lebens, und er kann sich für diese Überlegung Unterstützung bei Erich Rothacker holen, der vermutete, »die Phantasie sei eine Hilfsfunktion vegetativer Wachstumsprozesse« (Rothacker 1947:53) und auch bei Hans Kunz, der es für möglich hielt, »daß die Phantasie die verinnerlichte organische Bildungskraft darstelle, vielleicht im Sinne eines gemeinsamen Ursprungs beider« (Kunz 1946: 133). Urphantasie meint:

»auf dem Grunde der Geschiebe des Traumes oder der Zeiten verdichteten vegetativen Lebens – der Kindheit oder im Kontakt der Geschlechter, gerade da, wo die Kräfte werdenden Lebens sich anzeigen, gibt es wohl, unter sehr wechselnden Bildern, gewisse Urphantasien eines Vorentwurfs des Lebens, das in sich die Tendenz zu einem Mehr an Formhöhe, an »Stromstärke« spürt: diese aber als Anzeichen einer unmittelbaren vitalen Idealität, d.h. einer in der substantia vegetans liegenden Richtung nach einer höheren Qualität oder Quantität hin – wobei selbst das Recht zu dieser Unterscheidung fraglich bleibt. Und wenn die schöpferische Phantasie die Welt »idealisiert«, so zeichnet sie sich die Entwicklungsziele dieses inneren Anspruchs vor – eine »Biologie der Poesie« ist kein unmöglicher und gerade ein von tiefen Denkern wie Schelling, Novalis und Nietzsche entworfener Gedanke.« (Gehlen 1986: 325)

Ich komme zum Schluss: Pflanzen mit ihrem mittleren Grad der Andersheit sind Statthalter für Grundfragen der Theorie des Lebendigen. Eine vertiefte Reflexion des Vegetativen kann helfen, die Einseitigkeit zu vermeiden, lebenssoziologische Konzepte von vornherein in Richtung auf einen animalischen Lebensbegriff, der die Aktion ins Zentrum setzt, zu verengen. Also: Biologie der Poesie oder Verrat am Wesen der Pflanze, sie symbolisch zu nehmen oder ein psychisches

»Fürsich- und Innesein«? Oder so etwas wie Julia Roberts im Film *Pretty Woman* sagt: »Let's watch old movies all night... we'll just veg out in front of the TV.«<sup>3</sup>

## Literatur

- Eßbach, W. 2004: Vernunft, Entwicklung, Leben. Schlüsselbegriffe der Moderne. In U. Bröckling et al., Vernunft – Entwicklung – Leben. Schlüsselbegriffe der Moderne. München: Fink, 13–22.
- Fischer, J., Moebius, S. (Hg.) 2014: Kultursoziologie im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Springer.
- Gehlen, A. 1986: Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt, 13. Auflage. Wiesbaden: Aula.
- Gudermann, R., Ziegler, W. 2014: Sinne der Pflanzen. Wissensfrage, [http://www.planet-wissen.de/natur/pflanzen/sinne\\_der\\_pflanzen/pwiewissensfrage528.html](http://www.planet-wissen.de/natur/pflanzen/sinne_der_pflanzen/pwiewissensfrage528.html) (letzter Aufruf 11. September 2015).
- Ingensiep, H. W. 2001: Geschichte der Pflanzenseele. Philosophische und biologische Entwürfe von der Antike bis zur Gegenwart. Stuttgart: Kröner.
- Karafyllis, N. 2009: Die Anthropologie der Pflanze. In IFKnow 2.
- Kunz, H. 1946: Die anthropologische Bedeutung der Phantasie I. Basel: Verlag für Recht und Gesellschaft.
- Lessing, T. 1927: Blumen. Berlin.
- Loerke, O. 1955: Tagebücher 1903 – 1939. Hg. v. H. Kasack. Heidelberg, Darmstadt: Lambert Schneider.
- Mader, W. 1980: Max Scheler. Reinbek: Rowohlt.
- Plessner, H. 1981: Die Stufen des Organischen und der Mensch. In H. Plessner, Gesammelte Schriften. Band 4, hg. von Dux, G., Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Programmheft »Das Blumenwunder« 1926. Berlin.
- Rothacker, E. 1947: Tatkräfte und Wachstumskräfte. In Blätter für deutsche Philosophie, Bd.17, 43–61.
- Rovatti, P. A., Vattimo, G. (Hg.) 1983: Il pensiero debole. Mailand: Feltrinelli.
- Scheler, M. 1928: Die Stellung des Menschen im Kosmos. Darmstadt: Otto Reichl.
- Scheppach, J. 2009: Das geheime Bewusstsein der Pflanzen. Botschaften aus einer unbekanntem Welt. München: Droemer.
- Vogt, P. 2002: Pragmatismus und Faschismus. Kreativität und Kontingenz in der Moderne. Weilerswist: Velbrück.
- o.V. 2012: Pflanzen-Kommunikation: Sag's durch die Wurzel, <http://www.geo.de/GEO/natur/oekologie/bioakustik-pflanzen-kommunikation-sags-durch-die-wurzel-72017.html> (letzter Aufruf: 11. September 2015).
- o.V. 2010: »veg out«, <http://de.urbandictionary.com/define.php?term=veg+out&defid=4648897> (letzter Aufruf 11. September 2015).
- o.V. 2005: Jeder dritte Deutsche spricht mit seinen Pflanzen! Aber können die das auch verstehen? Wissenschaftler erforschen den Pflanzen-IQ, <http://www.openpr.de/news/58570/Jeder-dritte-Deutsche-spricht-mit-seinen-Pflanzen-Aber-koennen-die-das-auch-verstehen-Wissenschaftler-erforschen-den-Pflanzen-IQ.html> (letzter Aufruf 11. September 2015).

---

<sup>3</sup> to veg out »Deriving from a »vegetative« state often used in the medical field, it is a state of total physical apathy, usually on a couch or bed with music or in front of a TV; influence of drugs aids but is not essential to the meaning of the term.« (o.V. 2010)



»Globale Ernährungskrise – Die Frage der Ernährungssicherung«  
der Sektion Land- und Agrarsoziologie  
– organisiert von Jana Rückert-John und Lutz Laschewski

# Globaler Ernährungswandel zwischen Hunger und Übergewicht

Ein ›Update‹

Regine Rehaag und Frank Waskow

*Beitrag zur Veranstaltung »Globale Ernährungskrise – Die Frage der Ernährungssicherung« der Sektion Land- und Agrarsoziologie – organisiert von Jana Rückert-John und Lutz Laschewski*

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages hat im Jahr 2009 eine Untersuchung beauftragt zur Frage, welchen Beitrag die Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems leisten kann. Schwerpunkt der Untersuchung lag auf der Forschungslandschaft in Deutschland unter der Fragestellung, in welchen Bereichen besonderer Forschungsbedarf besteht, spezifische Restriktionen zu überwinden, neue Formen der inter- und transdisziplinären Forschung zu entwickeln sowie relevante Beiträge zu den zahlreichen, heterogenen Einflussgrößen auf die Welternährungssituation zu erwarten sind.

Die Autoren haben in diesem Zusammenhang die Teilstudie *Veränderung der globalen Ernährungsgewohnheiten* durchgeführt, ein Thema das bis dato keine systematische Rezeption im deutschen Forschungsraum erfahren hatte (Rehaag et al. 2010). Der Beitrag resümiert zentrale Ergebnisse dieser Teilstudie sowie der durch die Autoren weiter geführten Darstellung (Waskow, Rehaag 2011), beschreibt ihre Rezeption bei politischen Entscheidungsträgern und Fachöffentlichkeit und stellt seitdem zu verzeichnende Veränderungen auf struktureller Ebene - Forschungszugänge und Forschungsaktivitäten - wie auch auf Gegenstandsebene - Globalisierung von Ernährungsmustern und Ernährungssystem - dar.

## Globale Veränderung der Ernährungsgewohnheiten

Weltweit lässt sich die Ausbreitung von Ernährungsmustern nach westlichem Vorbild (Westernization of dietary patterns) feststellen (vgl. Die weltweite Ausbreitung westlicher Ernährungsmuster, 2).

Die zunehmende Verbreitung ressourcenintensiver Ernährungsgewohnheiten hat nicht nur problematische Implikationen für Ernährungssicherung (Land Grabbing<sup>1</sup>, Flächenkonkurrenz) und Klimawandel (Sand 2013: 4)<sup>2</sup> - veredelte Lebensmittel, vor allem tierische, zeichnen sich neben hohen Veredelungsverlusten durch deutlich höhere Klimagasemissionen aus. Die tief greifenden Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten haben einen epidemiologischen Wandel mit dramatischen Konsequenzen für den Gesundheitsstatus zur Folge, die öffentliche Gesundheitssysteme weltweit vor neue Herausforderungen stellen (vgl. Double Burden of Malnutrition, 6).

Die verschiedenen Facetten des Wandels der globalen Ernährungsgewohnheiten werden in der internationalen Ernährungsforschung unter dem Begriff *Nutrition Transition* in einem Entwicklungsmodell<sup>3</sup> zusammengeführt (vgl. Rehaag et al. 2010: 5).

## Die weltweite Ausbreitung westlicher Ernährungsmuster

Der globale Wandel der Ernährungsgewohnheiten steht im Kontext gesellschaftlicher Transformationsprozesse und folgt einem bestimmten Muster: Im Zuge von Verstädterung und wirtschaftlicher Entwicklung sowie der Globalisierung des Ernährungssystems<sup>4</sup> werden traditionelle Ernährungsmuster durch einen urban-industriellen Ernährungsstil abgelöst.

Der Verbrauch von Grundnahrungsmitteln stagniert oder geht sogar tendenziell zurück, während die Nachfrage nach verarbeiteten Lebensmitteln - insbesondere tierischen Veredelungsprodukten wie Fleisch- und Milchprodukte und Convenience-Produkten - mit in der Regel höherer Energiedichte zunimmt. Folglich ist die Ernährung durch einen höheren Anteil an gesättigten Fetten, Zucker und andere raffinierte Kohlenhydrate und einen geringeren Anteil an mehrfach ungesättigten Fettsäuren und Ballaststoffen gekennzeichnet (Waskow, Rehaag 2011: ff).

Die stofflich-materielle Ebene des globalen Ernährungswandels schlägt sich in Verzehrserhebungen nieder. Im Zeitraum von 1990/1992 bis 2007/2009 ist die tägliche Energieaufnahme in den Großregionen der Erde (Asien, Lateinamerika und Karibik, Nördliches Afrika, Afrika südlich der Sahara, Ozeanien und Industriestaaten) gestiegen - in den Entwicklungsländern um durchschnittlich 275 kcal täglich (FAO 2012: 16). Zudem haben sich die Beiträge der einzelnen Lebensmittelgruppen zur täglichen Energiezufuhr verändert (vgl. Abb. 2).

---

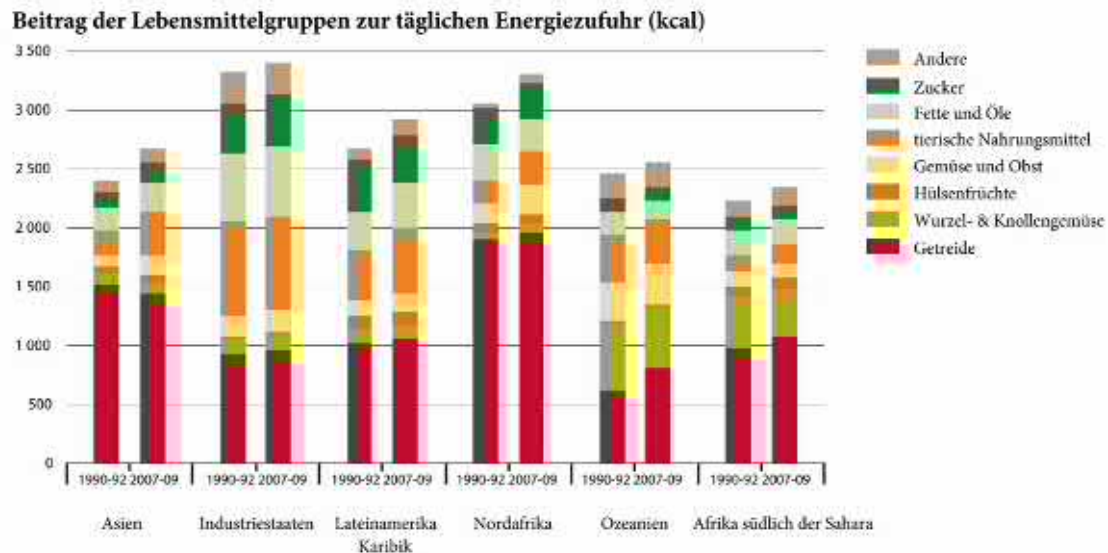
1 Verlagerung der Lebensmittelproduktion in andere Länder durch Pacht oder Kauf von Landflächen.

2 Der Klimawandel ist das größte Risiko für die globale Ernährungssicherung, Erwärmung und Wetterextreme führen in vielen Ländern des Südens zu niedrigeren Erträgen und Missernten.

3 Barry Michael Popkin (Leiter des interdisziplinären Zentrums für Adipositas an der Universität von North Carolina, Chapel Hill School of Public Health) hat das Konzept »Nutrition Transition« im Jahr 1993 zum ersten Mal unter dem Titel *Nutritional Patterns and Transitions* vorgestellt und seitdem in vielfältigen Länderstudien weiter entwickelt (Publikationen, [www.cpc.unc.edu/projects/nutrans/popkin](http://www.cpc.unc.edu/projects/nutrans/popkin)).

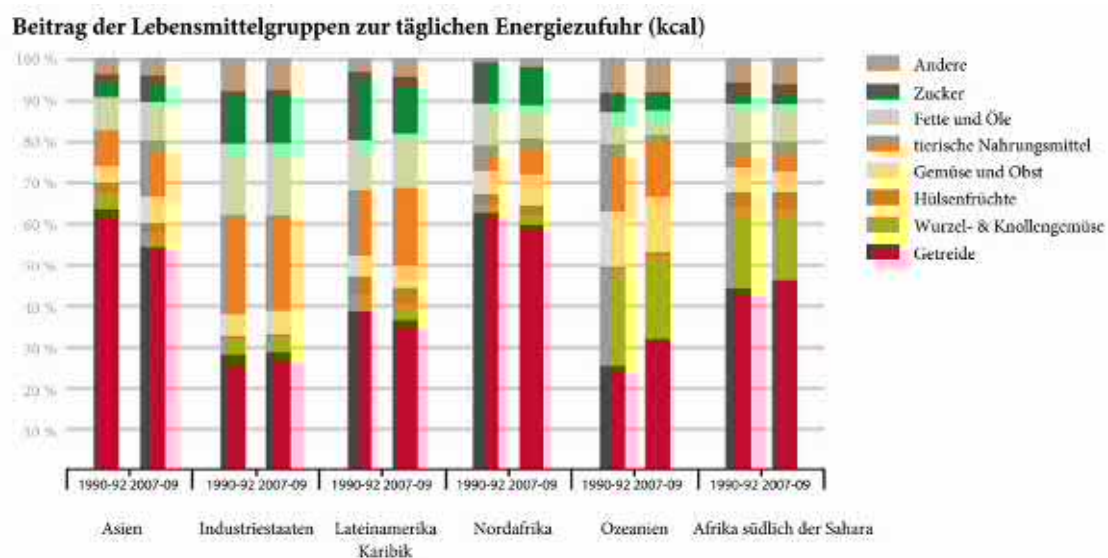
4 Since 2000, new driving forces have rapidly defined the global food system, including income growth, climate change, and the increased production of biofuels motivated by higher oil prices (Shrimpton, Rokx 2012: 15)

Abb. 1: Beiträge der Lebensmittelgruppen zur täglichen Energiezufuhr 1990/92 und 2007/09 (eigene Darstellung nach FAO 2012: 17)



Der Anteil an Obst und Gemüse sowie an tierischen Produkten inklusive Fisch hat weltweit zugenommen, vor allem in Asien, gefolgt vom nördlichen Afrika und Afrika südlich der Sahara sowie Lateinamerika. Die Zunahmen werden deutlicher, wenn man die Beiträge als Anteile an der Energiezufuhr insgesamt (hundert Prozent) darstellt (vgl. Abb. 2).

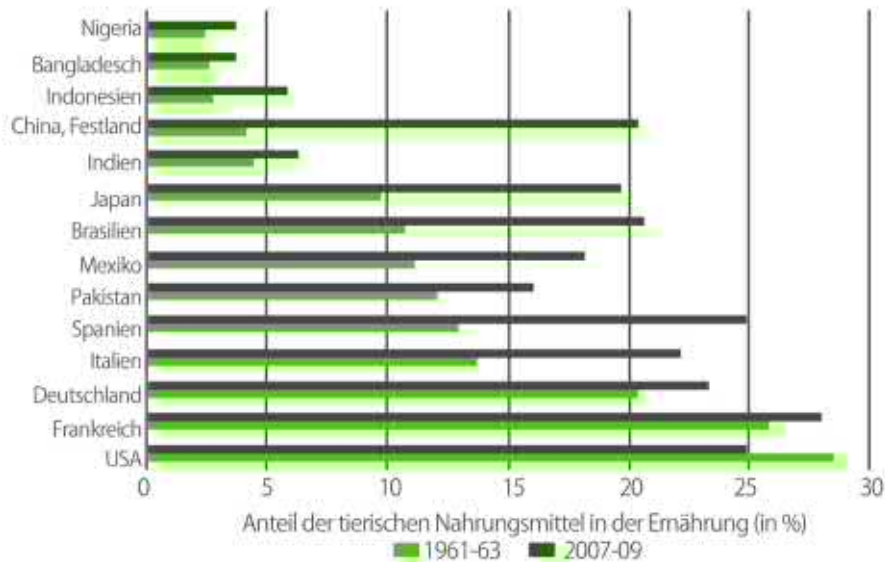
Abb. 2: Beiträge der Lebensmittelgruppen zur täglichen Energiezufuhr 1990/92 und 2007/09 (eigene Darstellung in Anlehnung an FAO 2012: 17)



Im Vergleich der Verzehrentwicklung auf Ebene von Einzelstaaten wird deutlich, wie groß die Bandbreite ist beim Anstieg des Anteils tierischer Nahrungsmittel an der täglichen Energiezufuhr. Unter den Ländern mit einem niedrigen Verzehrsniveau Anfang der 1960er Jahre ver-

zeichneten insbesondere China, aber auch Japan, Brasilien, Mexiko, Pakistan, Spanien und Italien bis 2007/09 immense Zuwächse (Abb. 3).

Abb. 3: Anteil tierhaltiger Nahrung (in %) an der täglichen Energiezufuhr (eigene Darstellung, Quelle FAO 2012: 19)



Laut Prognosen der UN-Welternährungsorganisation FAO werden die Hot Spots des Fleischkonsums pro Quadratkilometer (vgl. Abb. 4) im Jahr 2030 in Asien, speziell in China und Indien liegen, beim Pro-Kopf-Konsum dagegen in USA, Australien und Argentinien (vgl. Abb. 5).

Abb. 4: Zunahme der Fleischnachfrage 2000 – 2030, kg/km<sup>2</sup> (FAO 2014)

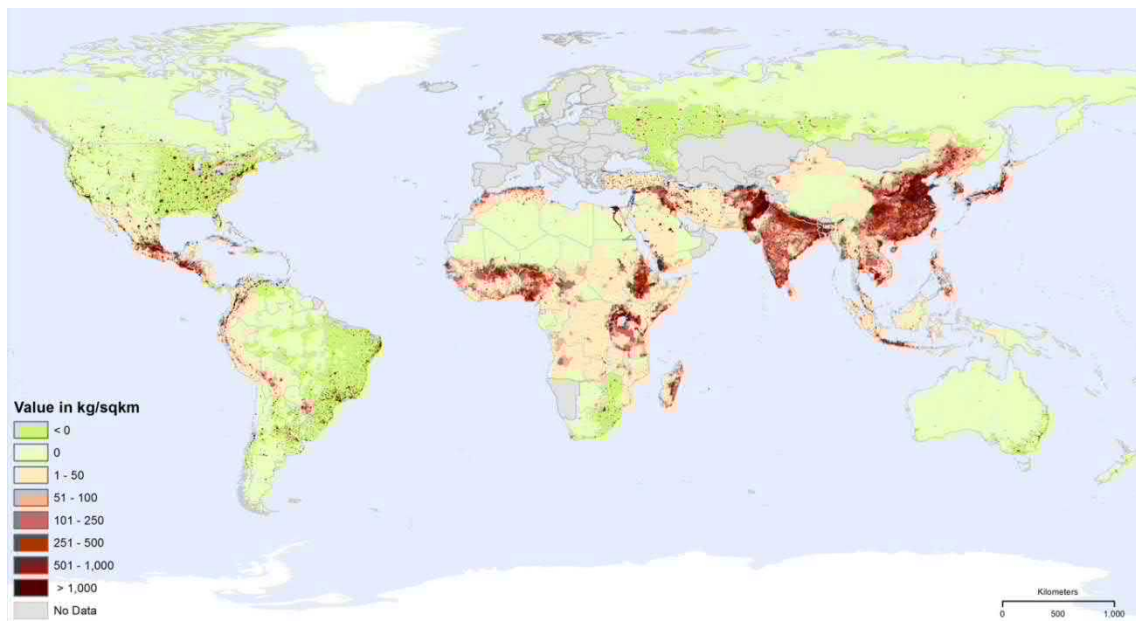
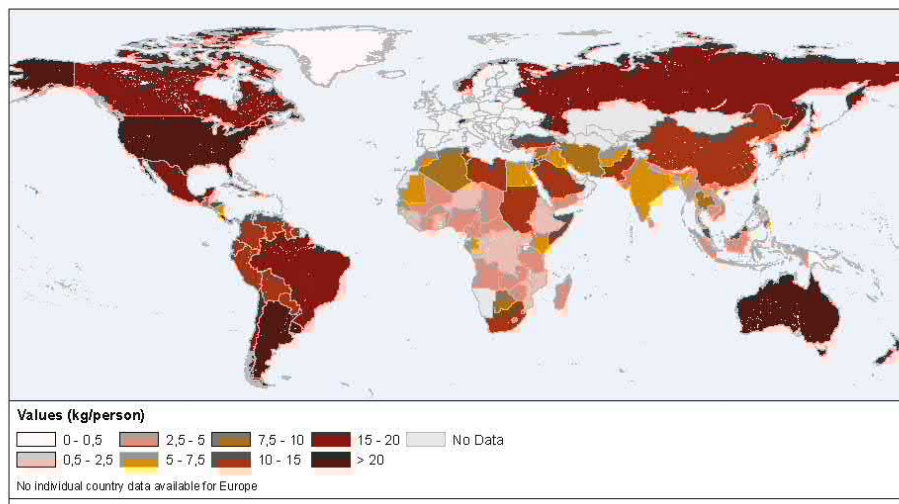


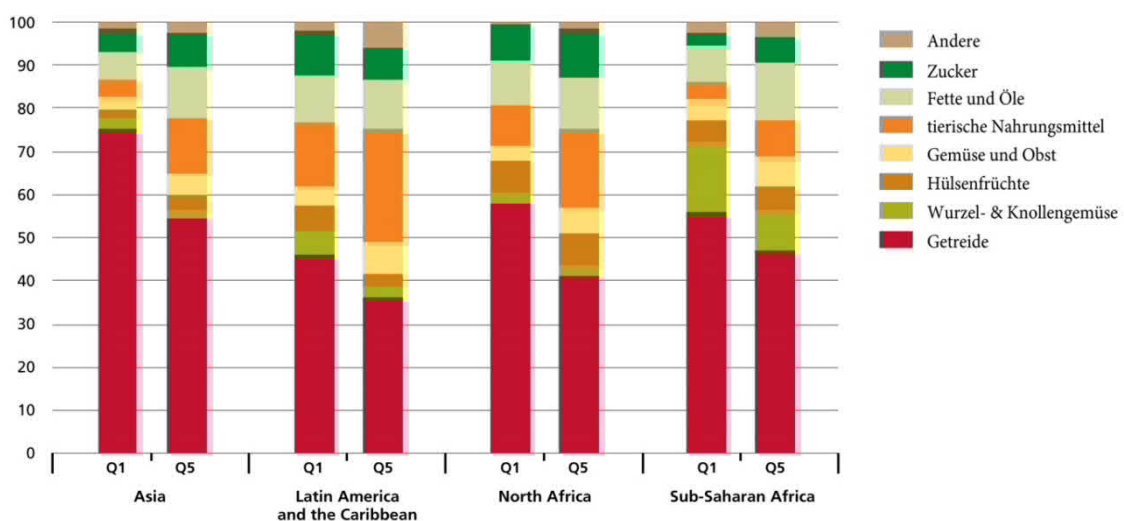
Abb. 5: Zunahme der Fleischnachfrage 2000 – 2030 kg/Person (FAO 2011: 24)



### Einkommensabhängigkeit des Ernährungswandels

Vergleichende Analysen zeigen, dass sich die Diversität der Ernährung zwischen der untersten (Q1 unterstes Quintil) und der obersten Einkommensgruppe (Q5 oberstes Quintil) einer Gesellschaft in allen untersuchten Regionen deutlich unterscheidet. Der Anteil an Obst und Gemüse und tierischen Produkten nimmt zu und der Anteil an Getreide, Knollen und Wurzelgemüse geht zurück. Ein weiterer Indikator für einen substantziellen einkommensabhängigen Wandel ist, dass der Beitrag von Kohlenhydraten aus Zucker und anderen Lebensmittelgruppen höher ist als der von Fett (FAO 2012: 19).

Abb. 6: Einkommensabhängigkeit der Diversität der Ernährung (FAO 2012: 18)



## Double Burden of Malnutrition

Fehlernährung, die zu Übergewicht führt und nichtübertragbare Krankheiten galten über lange Zeit als typische Ernährungsprobleme von Wohlstandsgesellschaften bzw. Industrienationen. Der Schwerpunkt von Gesundheitspolitik und internationaler Hilfe für arme Regionen lag und liegt entsprechend auf der Bekämpfung von Unterernährung und Infektionskrankheiten. Seit einigen Jahren wird jedoch deutlich, dass Unterernährung und Übergewicht nicht mehr als die beiden Enden eines Kontinuums gelten können. Internationale Organisationen weisen schon seit längerem auf die doppelte Belastung durch das gleichzeitige Auftreten von Unterernährung und Übergewicht in einer Gesellschaft hin.

»There is growing recognition of the emergence of a ›double burden‹ of malnutrition with under- and over-nutrition occurring simultaneously among different population groups in developing countries. This phenomenon is not limited to upper-income developing countries, but is occurring across the globe in countries with very different cultures and dietary customs. There is accumulating evidence that when economic conditions improve, obesity and diet related non-communicable diseases may escalate in countries with high levels of undernutrition. There is also evidence to indicate that undernutrition in utero and early childhood may predispose individuals to greater susceptibility to some chronic diseases.« (FAO 2006: v).

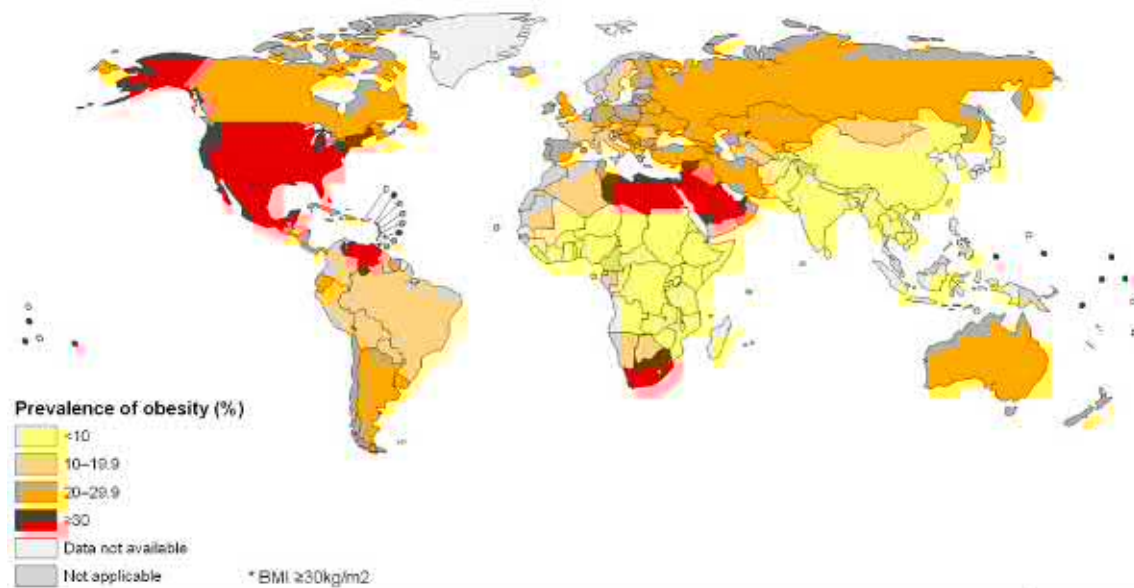
Unterernährung in frühen Lebensphasen erhöht die Anfälligkeit für Übergewicht im Erwachsenenalter, was sich gerade in vulnerablen Bevölkerungsgruppen in einer Lebensspannen übergreifenden Koexistenz von Unter- und Überernährung manifestiert (Shrimpton, Rokx 2012: x, Felix 2014). Besonders hoch ist das Risiko für Adipositas und damit verbundene nichtübertragbare Erkrankungen bei Frauen, die in ihrer frühen Kindheit einem extremen Nahrungsmangel ausgesetzt waren (vgl. Abb. 8 und Abb. 9). Entsprechend nimmt Übergewicht in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen besonders bei Frauen vielfach schneller zu, als Untergewicht zurückgeht. Besonders betroffen sind Länder, die schnellen Transformationen unterworfen sind und der Einfluss der Globalisierung des Lebensmittelmarktes auf die Ernährungsgewohnheiten verstärkt wirksam wird (FAO, IFAD, WFP 2014: 14; Braun 2008: 25).

Die Gesundheitssysteme der betroffenen Entwicklungs- und Schwellenländer müssen neben dem noch nicht gelösten Problem von Hunger und Unterernährung gleichzeitig auch mit Überernährung und Übergewicht sowie sich daraus ergebenden chronisch-degenerativen ernährungsbedingten Erkrankungen wie Bluthochdruck und Diabetes II umgehen.

### Adipositas Prävalenz auf Länderebene

Im Folgenden sind die Schätzungen zu den weltweiten Prävalenzen von Adipositas auf Länderebene zu zwei verschiedenen Zeitpunkten vergleichend dargestellt: Stand 2008 (Abb.7) und Stand 2013 (Abb. 8 und Abb. 9).

Abb.7: Prävalenz von Adipositas, Stand 2008 (Quelle WHO 2011)



Laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO 2011) leiden im Jahr 2008 in den folgenden Ländern mehr als dreißig Prozent der Bevölkerung an Adipositas: USA, Mexiko, Venezuela, Libyen, Ägypten, Syrien, Jordanien, Saudi Arabien, Kuwait, Katar und Südafrika.

Umfangreiche geschlechterdifferenzierte Analysen zur globalen Verbreitung von Adipositas kommen zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2013 in den folgenden Ländern die Adipositasprävalenz bei der weiblichen Bevölkerung **über dreißig Prozent** liegen<sup>5</sup>: Chile (♀30,3%/♂22%), Guyana (30,4%/♂11,5%), Paraguay (♀30,5%/♂21,2%), Nicaragua (♀30,8%/♂10,3%), Mexiko (32,7%/♂20,6%), Surinam (♀33,8%/♂12,5%), USA (33,9%/♂31,7%), Türkei (♀34,1%/♂20,1%), Oman (♀36,9%/♂20,6%), Irak (♀37,5%/♂25,7%) und Syrien (39,9%/♂24,2%).

Zwischen **vierzig bis fünfzig Prozent** liegt der Anteil beispielsweise in Südafrika (♀42%/♂13,5%), Saudi Arabien (♀44,4%/♂30%), Jordanien (♀45,6%/♂27,5%) und Ägypten (♀48,4%/♂26,4%), **über fünfzig Prozent** beispielsweise in Katar (54,7%/♂44%), Libyen (♀57,2%/♂30,2%)<sup>6</sup> und Kuwait (♀58,6%/♂43,4%)<sup>7</sup>. Die Adipositasprävalenz ist in allen diesen

5 In aufsteigender Reihenfolge der Prävalenzen bei Frauen, durch Unterstreichung markiert Länder die bei der geschlechtsübergreifenden Betrachtung nicht ausgewiesen sind.

6 Die Adipositasrate lag im Jahr 2008 in Libyen im Schnitt bei 30,5 Prozent, eine deutlich höhere Prävalenz als in Tunesien, bei vergleichbarem ethnischen Hintergrund, was Umweltfaktoren als Ursache nahe legt. Die libysche Ernährung ist kohlenhydratreich (Brot, Couscous, Nudeln und Reis) und arm an Gemüse - die tägliche Energiezufuhr übersteigt schon Anfang der 2000er Jahre den Kalorienbedarf um rund 1.200kcal - und wurde im letzten Jahrzehnt vermehrt durch den westlichen Ernährungsstil beeinflusst, verbunden mit einem Anstieg von Zucker und gesättigten Fettsäuren. Auffällig sind die starken Geschlechtsunterschiede. Übergewicht hat bei Frauen zwischen 1984 und 2008 dramatisch zugenommen von 42,5 auf 69,7 Prozent, davon 40,1 Prozent Adipositas. Die weibliche Adipositas-Prävalenz war damit im Jahr 2008 fast doppelt so hoch wie bei Männern (Elmehdawi, Albarsha 2012) und ist seitdem noch einmal erheblich angestiegen (Ng et al. 2014: 773).

7 Die Aufzählungen beschränken sich auf die größeren, in den Karten erkennbaren Länder, die vollständigen Länderdaten finden sich in (Ng et al. 2014: 771-775)



Ländern bei der männlichen Bevölkerung niedriger, größtenteils sogar mit deutlichem Abstand zu den Prävalenzen bei der weiblichen Bevölkerung (vgl. Ng et al. 2014: 771-775).

Abb. 8: Prävalenz von Adipositas bei Frauen ( $\geq 20$  Jahre), Stand 2013 (eigene Darstellung in Anlehnung an Ng et al. 2014: 776)

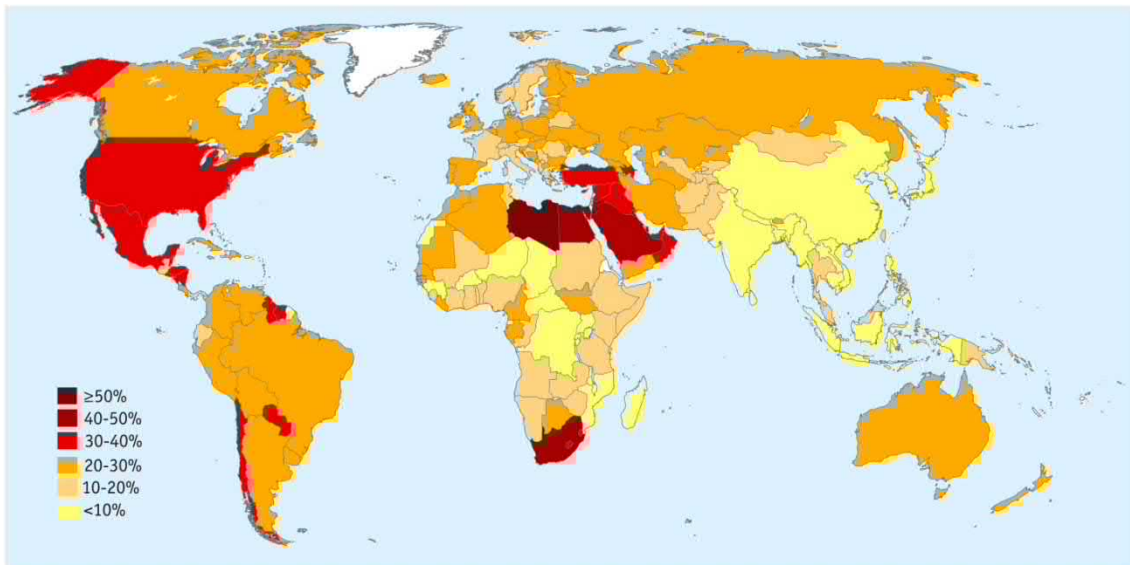
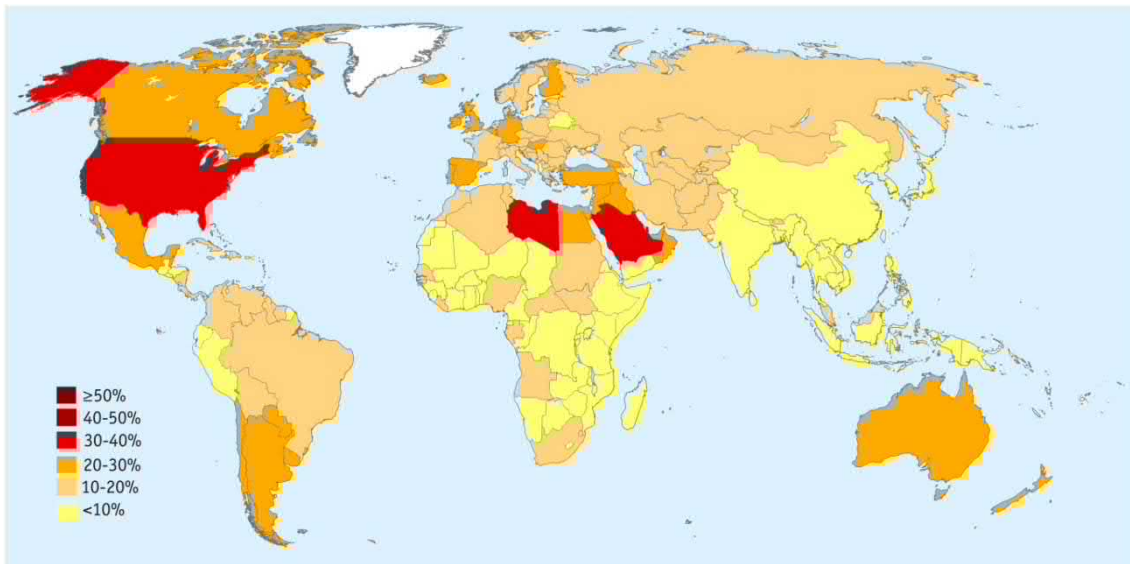


Abb. 9: Prävalenz von Adipositas bei Männern ( $\geq 20$  Jahre), Stand 2013 (eigene Darstellung in Anlehnung an Ng et al. 2014: 776)



### Adipositas-Prävalenz Großregionen im Vergleich

Auf aggregierter Ebene ergibt sich für Adipositas-Prävalenzen bei Frauen (vgl. Tab. 1) folgende Rangfolge: die Großregionen Afrika südlich der Sahara, Nordafrika und Naher Osten und Nordamerika führen mit Prävalenzen zwischen 30 und 40 Prozent. Im Segment mit Prävalenzen zwischen 20 und 30 Prozent führen Australien & Neuseeland, Zentralamerika, Osteuropa, Karibik, Südliches Lateinamerika, Andines Lateinamerika und Zentralasien.

Tab. 1: Adipositasprävalenzen 21 Großregionen (eigene Darstellung Ng et al. 2014: 771-775)

Großregionen	♀	♂	Großregionen	♀	♂
Afrika südlich der Sahara	37,0%	11,7%	Tropisches Lateinamerika	20,9%	11,9%
Nordafrika und Naher Osten	33,9%	20,3%	Zentraleuropa	20,7%	18,0%
Nordamerika	32,5%	30,6%	Ozeanien	20,0%	12,0%
Australien & Neuseeland	29,8%	27,6%	Westliches Afrika südlich der Sahara	11,9%	9,4%
Zentralamerika	28,4%	16,7%	Ostafrika südlich der Sahara	8,8%	4,4%
Osteuropa	27,0%	14,8%	Zentralafrika südlich der Sahara	8,5%	7,0%
Karibik	24,5%	12,5%	Südostasien	7,6%	4,8%
Südliches Lateinamerika	23,6%	21,6%	Südasien	5,2%	4,8%
Andines Lateinamerika	23,4%	8,5%	Ostasien	4,9%	3,8%
Zentralasien	22,0%	12,6%	Brunei, Japan, Singapur, Südkorea	4,2%	5,3%
Westeuropa	21,0%	20,5%			

### Zum Stand der Hungerproblematik

Die weltweite Hungersituation wird jährlich vom Internationalen Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik (IFPRI<sup>8</sup>) mit dem Instrument des Welthunger-Index (WHI) umfassend berechnet und dargestellt. Rückgang bzw. Zunahme des WHI werden im Vergleich zum WHI 1990 in Prozent berechnet. Ein Anstieg des WHI weist auf eine Verschlechterung der Hungersituation eines Landes hin, ein Rückgang eine Verbesserung der Hungersituation eines Landes.

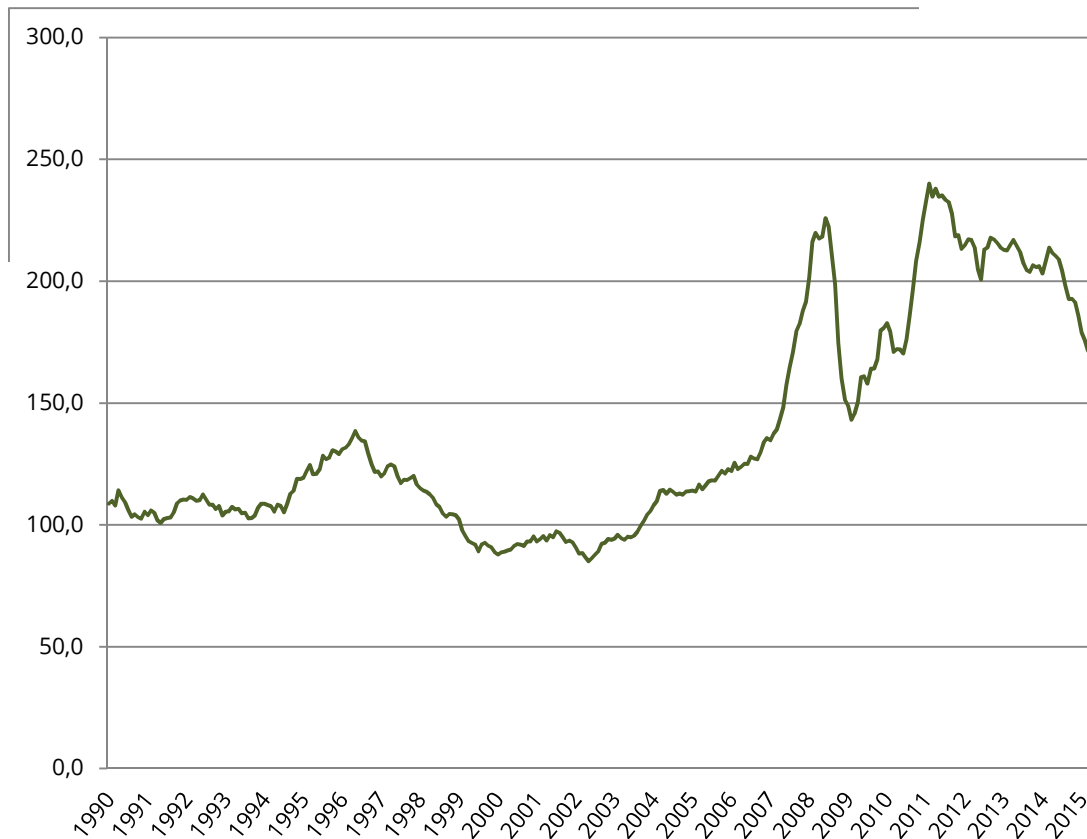
Die globale Hungersituation ist laut Welthunger-Index 2014 (WHI) weiterhin als ›ernst‹ einzustufen (Grebmer et al. 2014: 5)<sup>9</sup>, zumal die Widerstandsfähigkeit gegenüber Ernährungskrisen

8 Das 1975 gegründete Internationale Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik (International Food Policy Research Institute IFPRI®) führt Forschungsprojekte durch und liefert forschungsbasierte Politikempfehlungen, um die Armut nachhaltig zu senken und Hunger und Unterernährung zu beenden, eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion zu sichern, gesunde Ernährungssysteme zu fördern, Märkte und Handel zu verbessern, die Landwirtschaft umzugestalten, Widerstandsfähigkeit gegen Krisen aufzubauen sowie Institutionen zu stärken und eine verantwortliche Regierungsführung zu unterstützen.

9 16 Ländern verzeichnen ›sehr ernste Hungerwerte‹ (WHI 20-29,9: Timor-Leste, Komoren, Sudan/Süd Sudan, Tschad, Äthiopien, Jemen Republik, Sambia, Haiti, Sierra Leone, Madagaskar, Zentralafrikanische Republik, Niger, Mosambik, Laos, Grebmer et al. 2014: 19), zwei davon sogar gravierende (WHI >30: Burundi und Eritrea

durch die globalen Nahrungsmittelpreis- und Finanzkrisen der letzten Jahre, politische Unruhen und Naturkatastrophen geschwächt wurde (Grebmer et al. 2013: 5). So überschritt der Index für Nahrungsmittelpreise der Welternährungsorganisation (FAO) im Jahr 2011 noch einmal deutlich den historischen Höchstwert der Ernährungskrise 2008 und rangiert seitdem im Jahresmittel zwar unter dem Krisenjahr 2008, aber immer noch über dem Wert von 2007 (vgl. Abb. 10).

Abb. 10: FAO Food Price Index 1990 – 2014 (eigene Darstellung)



Der Welthungerindex 2013 weist darauf hin, dass bei der Vulnerabilität<sup>10</sup> und Hilfebedürftigkeit von Bevölkerungsgruppen verschiedene Einflussgrößen zum Tragen kommen

- Ausmaß der Ernährungsunsicherheit (Länder mit einem WHI-Wert unter zehn sind weniger verwundbar)
- Exposition gegenüber Naturgefahren (indiziert durch den Bevölkerungsanteil, der von extremen Wetterereignissen betroffen ist)

mit jeweils mehr als 60 Prozent der Bevölkerung durch den höchsten Anteil unterernährter Menschen gekennzeichnet (Grebmer et al. 2014: 18)

<sup>10</sup> Grebmer et al. 2013 operationalisieren Vulnerabilität einerseits durch den WHI und wählen für die Abbildung auf die Überschrift › Vulnerabilität und Exposition gegenüber Naturgefahren‹, sprechen im selben Kontext aber auch von einer Vulnerabilität gegenüber Naturgefahren (Grebner et al. 2013:19). Im vorliegenden Aufsatz wird Vulnerabilität im weiteren Verständnis verwendet.

und es geraten erscheint, an den strukturellen Ursachen von Vulnerabilität anzusetzen und den Kampf gegen Ernährungsunsicherheit verstärkt von Nothilfe auf die Stärkung der Resilienz zu verlagern (Grebmer et al. 2013: 19ff.).

Die Naturgefahren nehmen im Zuge von Klimawandel und Umweltzerstörung zu und betreffen verstärkt vulnerable Regionen. Die Anzahl der weltweiten Schäden aus Naturkatastrophen hat sich laut der Schaden-Datenbank NatCatSERVICE des Rückversicherers MunichRe im Zeitraum 1980 bis 2012 fast verdreifacht (vgl. Abb. 11). Einen besonders starken Anstieg gibt es bei den hydrologischen (rund 440%) und den klimatologischen Ereignissen (rund 320%), also den Bereichen auf die menschliches Handeln Einfluss hat (vgl. Abb. 12).

Abb. 11: Naturkatastrophen weltweit 1980 – 2014 (Munich Re 2015)

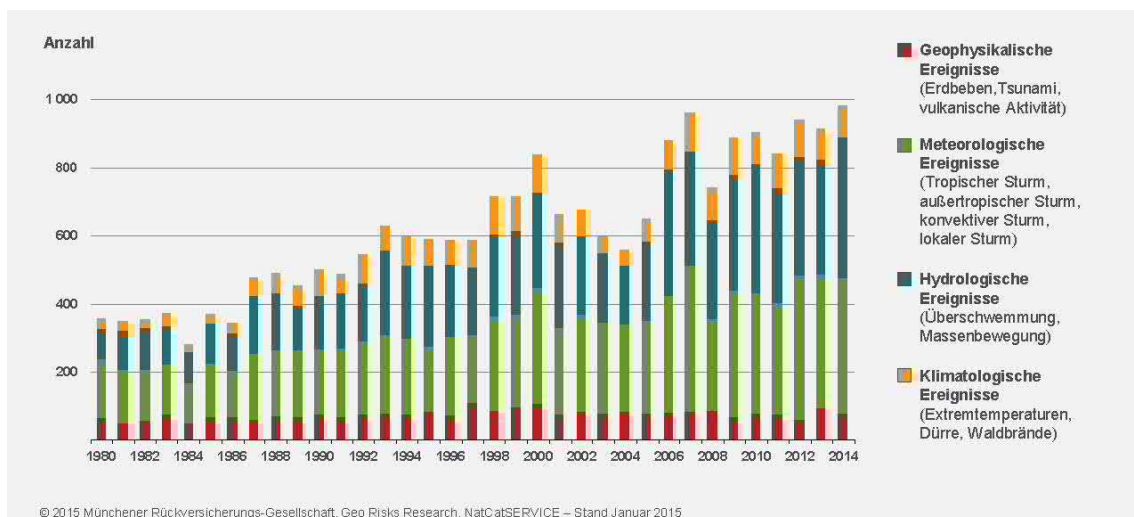
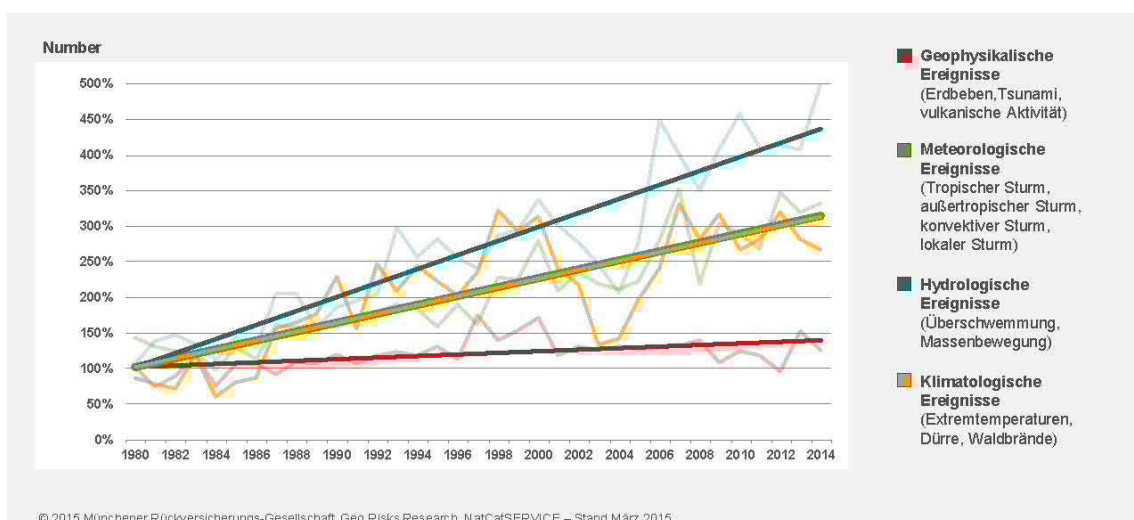


Abb. 12: Schadenereignisse weltweit 1980 – 2014 mit relativem Trend (Munich Re 2015)

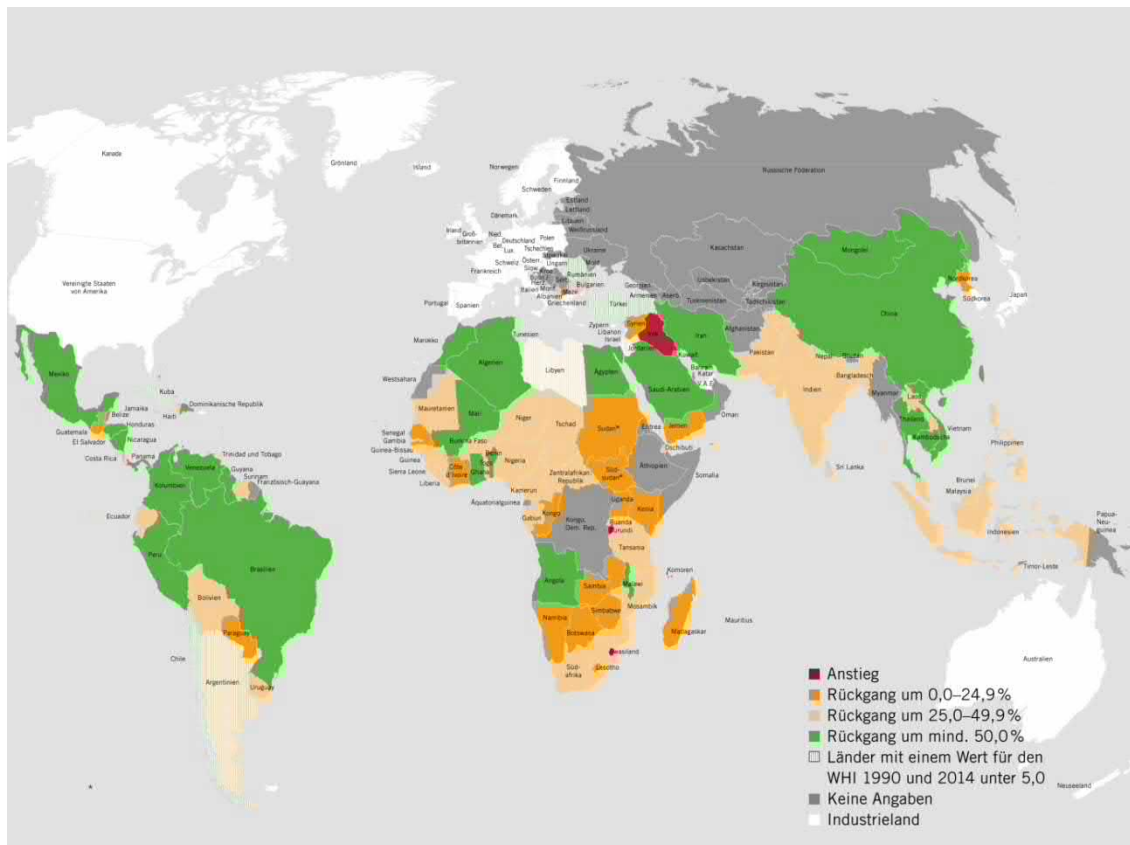


## Erfolge der Hungerbekämpfung und ihre Kehrseite

Trotz weiterhin ernster globaler Hungersituation sind bei der Bekämpfung des Hungers signifikante Fortschritte erzielt worden. Beim Welthunger-Index für Entwicklungsländer ist von 1990 bis 2014 ein Rückgang um 39 Prozent zu verzeichnen (20,6 → 12,5). Die Last der infektionsbedingten Krankheiten ist weltweit ebenso rückläufig, wie die Zahl der unterernährten Menschen.

Im Vergleich zu 1990 haben 26 Länder ihren WHI 2014 um 50 Prozent oder mehr gesenkt (■), 39 Länder senkten ihre Werte um 25 bis 49,9 Prozent (■) und 17 Länder um weniger als 25 Prozent (■) (vgl. Abb. 13).

Abb. 13: Entwicklung des Welthunger-Indexes auf Länderebene (WHI 2014 im Vergleich zum WHI 1990 in %)



Wie in den vorhergehenden Kapiteln beschrieben, steigt vor allem in urbanen Regionen von traditionell durch Hunger gekennzeichneten Schwellen- und Entwicklungsländern schon seit einigen Jahren der Anteil an fettleibigen Menschen. Von dieser Entwicklung sind Frauen am stärksten betroffen (Ng et al. 2014: 775<sup>11</sup>; Shrimpton, Rokx 2012: 7f<sup>12</sup>; Collin, Doak, Popkin 2008;




11 In developed countries, more men than women were overweight and obese, whereas in developing countries, overweight and obesity was more prevalent in women than in men, and this association persisted over time (Ng et al. 2014: 775)

12 At the population level, the DBM is most commonly found among women. The proportion of overweight women exceeds the proportion of underweight women in most developing countries, in urban and rural pop-

Albrecht 2009: 159). In vielen Entwicklungsländern ist der Anteil übergewichtiger Frauen höher, als der Anteil untergewichtiger Frauen. Das gleichzeitige Vorkommen von Untergewicht und Adipositas bei Frauen ist in Abb. 14 beispielhaft für ausgewählte Länder dargestellt. Zugrunde gelegt sind jeweils die aktuellsten Daten aus der WHO Global Database on Body Mass Index aus den Jahren 2003 bis 2008.

In der oberen Hälfte der Länderauswahl ist Adipositas (BMI > 30) häufiger vertreten als Untergewicht (BMI <18,5): Saudi Arabien (43,8/-4,9), Ägypten (39,5/-1,6) Mexiko (34,5/-1,4), Türkei (23,9/-1,6), Nicaragua (19,6/-3,7), Bolivien (17,4/-2,0), Brasilien (16,0/-3,5), Peru (12,5/-1,9), Elfenbeinküste (11,6/-5,8) und Ghana (9,3/-8,6). Nachfolgend wird der Anteil untergewichtiger Frauen zunehmend größer als der Anteil adipöser Frauen, am Ende der Länderauswahl in den Ländern mit ausgeprägtem Untergewicht gibt es immer noch einen geringen Adipositas-Anteil: Bangladesch (-29,7/1,7), -Kambodscha (-20,3/1,2), Nepal (-24,4/0,9) und Äthiopien (-26,5/0,7).

In der Studie für den Deutschen Bundestag haben wir zum ersten Mal den Zusammenhang zwischen dem Rückgang des Hungers und der epidemiological Transition durch die Art der Visualisierung hervorgehoben, indem wir die Balken in den Farben der WHI Reduktionsklasse dargestellt haben.

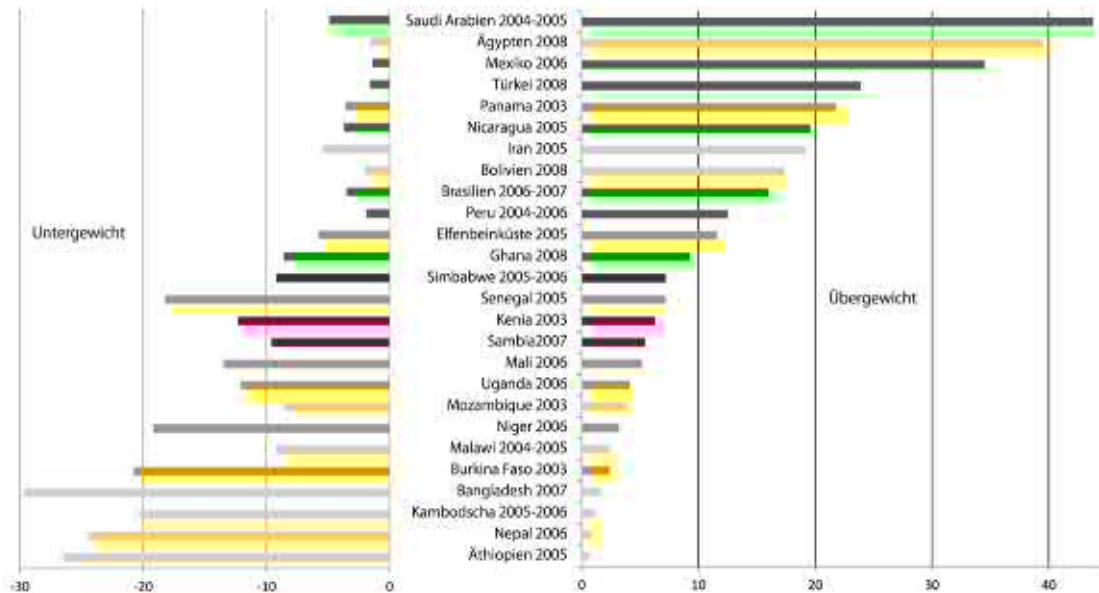
-  WHI um 50 Prozent oder mehr gesenkt
-  WHI um 25,0 bis 49,9 Prozent gesenkt
-  WHI um weniger als 25 Prozent gesenkt

Die farbliche Markierung gemäß dem Rang im World Hunger Index 2009 (WHI 2009) macht deutlich, dass sich die höchsten Anteile adipöser Frauen in den Ländern finden, die die größten Erfolge bei der Bekämpfung des Hungers verzeichnen konnten (im Vergleich zum Jahr 1990).

---

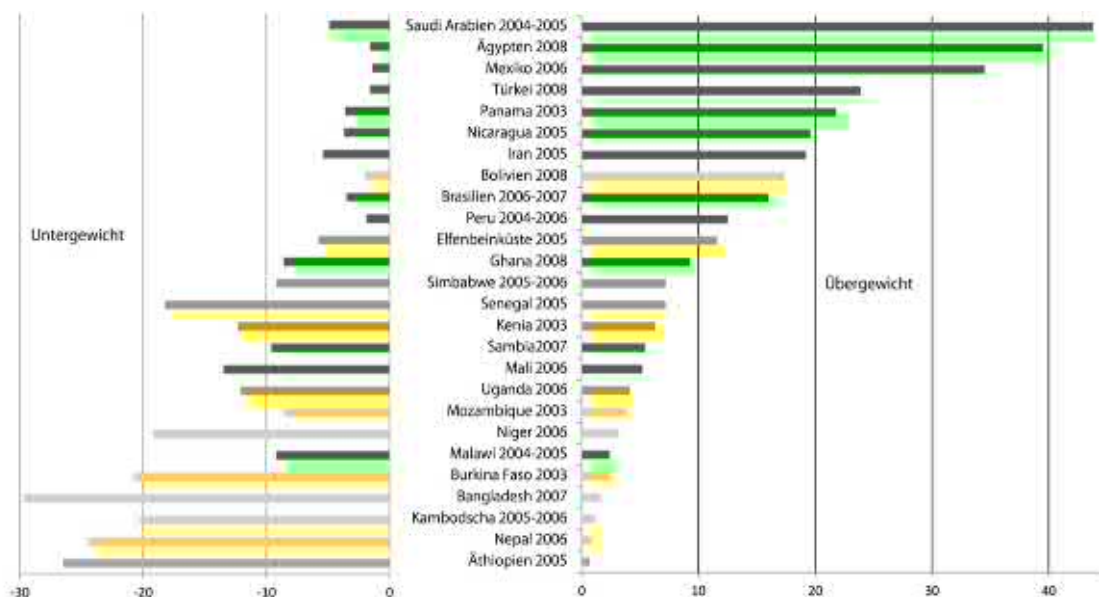
ulations (Mendez et al. 2005). Furthermore, as national income increases, the burden of obesity tends to shift towards lower socioeconomic groups, with this shift occurring at a lower level of income for women than men (Monteiro et al 2004). (Shrimpton, Rox 2012: 7)

Abb. 14: Prävalenz Untergewicht und Übergewicht bei Frauen in ausgewählten Ländern (farblich markiert gemäß WHI-Indexierung 2009, eigene Darstellung Datenbasis WHO b, Global Database on Body Mass Index)



Im weiteren Verlauf der World Hunger Indexierung wird dieser Zusammenhang zunehmend sinnfälliger, 2010 erreichte aus der Länderauswahl auch der Iran den Status ›WHI um 50 Prozent oder mehr gesenkt‹, 2013 kommt Malawi und 2014 Mali dazu (vgl. Abb. 16).

Abb. 15: Prävalenz Untergewicht und Übergewicht bei Frauen in ausgewählten Ländern (farblich markiert gemäß WHI 2014, eigene Darstellung Datenbasis WHO b, Global Database on Body Mass Index)



Abschließend wird ein Überblick gegeben, wann welche Länder im Zeitraum 2009 bis 2014 den Status ›WHI um 50 Prozent oder mehr gesenkt‹ erreicht haben und in der rechten Spalte die jeweilige Ausgangssituation in Form des WHI im Jahr 1990 dargestellt. Die Anzahl der Länder, mit

dem Status ›WHI um 50 Prozent oder mehr gesenkt‹ hat sich zwischen 2009 und 2014 mehr als verdoppelt.

Abb. 16: Ausweitung des Status ›WHI um 50 Prozent oder mehr gesenkt‹ (eigene Darstellung Datenbasis ›Entwicklung des Welthunger-Indexes auf Länderebene‹ WHI 2009 bis 2014)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014			1990
Afrika						Ägypten	2014	<5	7
						Algerien	2014	<5	6,6
						Angola	2014	17,4	40,8
						Benin	2014	11,2	22,5
	Ghana	Ghana	Ghana	Ghana	Ghana	Ghana	2009	7,8	27,2
				Kongo 11,4			2012	18,1	22,6
						Malawi	2014	13,6	31,3
						Mali	2014	13	27,2
						Marokko	2014	<5	7,6
				Mauretanien			2012	11,9	23
Tunesien	Tunesien					2009	<5	<5	
	Iran	Iran	Iran	Iran	Iran	Iran	2010	<5	8,5
Saudi Arabien	Saudi Arabien	Saudi Arabien	Saudi Arabien			Saudi Arabien	2009	<5	6
Asien	China		China	China	China	China	2011	5,4	13,6
						Kambodscha	2014	16,1	32,9
						Mongolei	2014	9,6	20,3
	Malaysia	Malaysia	Malaysia				2009	5,7	9,4
	Thailand	Thailand	Thailand	Thailand	Thailand	Thailand	2009	5	21,3
Vietnam	Vietnam	Vietnam	Vietnam	Vietnam	Vietnam	2009	7,5	31,4	
	Albanien	Albanien					2010	5,3	9,1
Türkei	Türkei	Türkei	Türkei				2009	<5	<5
Lateinamerika	Brasilien	Brasilien	Brasilien	Brasilien	Brasilien	Brasilien	2009	<5	8,8
					Dom. Republik	Dom. Republik	2013	7	15,6
			Guyana	Guyana	Guyana	Guyana	2011	6,5	14,5
						Honduras	2014	6	14,6
						Kolumbien	2014	5,3	10,9
					Kuba		2013	<5	5,5
	Mexiko	Mexiko	Mexiko	Mexiko	Mexiko	Mexiko	2009	<5	5,8
	Nicaragua	Nicaragua	Nicaragua	Nicaragua	Nicaragua	Nicaragua	2009	9,6	24
					Panama	Panama	2013	<5	11,6
	Peru	Peru	Peru	Peru	Peru	Peru	2009	5,7	16,1
					Venezuela	2014	<5	7,5	
	<b>12</b>	<b>13</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>16</b>	<b>26</b>			

Grau markiert: Länder, für die das gleichzeitige Vorkommen von Über- und Untergewicht in Abb. 14 und Abb. 15 dargestellt ist.

## Globalisierung des Ernährungssystems

Es greift zu kurz, die Entwicklung der neuen Ernährungsmuster aus veränderten Konsumentenbedürfnissen erklären zu wollen bzw. auf das Konsumentenverhalten als Ansatzpunkt für Steuerungsversuche zu fokussieren. Der Konsumwandel steht im Kontext von globalen Prozessen



gesellschaftlichen Wandels. Die jahrzehntelange Ausrichtung der Landwirtschaft auf Ertragssteigerungen und Industrialisierung der Nahrungsmittelverarbeitung hat einen weltweiten Wandel in Erzeugung und Verarbeitung ausgelöst und damit das Angebot von Nahrungs- und Genussmitteln verändert (Albrecht 2009: S. 158) Voraussetzung für die Globalisierung des Ernährungssystems - gekennzeichnet u.a. durch ausländische Direktinvestitionen, die Zunahme des transnationalen Lebensmittelhandels sowie die Herausbildung transnationaler Lebensmittelunternehmen und globaler Marketingstrategien - ist die Liberalisierung der Agrarmärkte<sup>13</sup>. Die Globalisierung des Ernährungssystems hat mit einem veränderten Lebensmittelangebot und veränderten Handelsstrukturen die Voraussetzung für die so genannte Nutrition Transition geschaffen (Nestle 2013, 2002).

## Stand der Rezeption in der nationalen und internationalen Politik

Nutrition Transition und die damit verbundenen Globalisierungs-, Governance- und Policyfragen werden seit Jahren von Internationalen Organisationen für Ernährung/Landwirtschaft und Gesundheit<sup>14</sup> bearbeitet (Rehaag et al 2010: 62) und haben auch weiterhin einen festen Platz auf ihrer der Agenda. Strategisch spielt dieser Zusammenhang in den betroffenen Staaten wie auch in der internationalen gesundheitspolitischen Debatte bislang jedoch noch eine untergeordnete Rolle. Im Kontext deutscher Ernährungspolitik wird die Problematik der doppelten Belastung durch Hunger und Übergewicht weiterhin (auch fünf Jahre nach der TAB-Studie 2010) so gut wie nicht rezipiert. In die bundesdeutsche forschungs- und entwicklungspolitische Diskussion hat die Double Burden of Malnutrition als eine der großen Herausforderungen neben Bevölkerungswachstum, Bodenverlust, Klimawandel, globaler Verflechtung und Nahrungsmittelverluste inzwischen – zumindest als Problemhorizont - Eingang gefunden (vgl. BMZ 2015a; Bundesregierung 2014: 50).<sup>15</sup> Ein grundlegender Einstieg der deutschen Forschung in das Thema *Veränderung der globalen Ernährungsgewohnheiten* und deren gesundheitliche, soziale und ökologische Implikationen zeichnet sich allerdings weiterhin nicht ab. In der Forschung hat das Thema zu-

13 Transnationale Handelskonzerne beschaffen Rohstoffe und Lebensmittel auf den internationalen Agrar- und Lebensmittelmärkten und bedienen weltweit Absatzmärkte unter Einsatz von global-lokaler Lebensmittelwerbung. Verlierer sind traditionelle, lokale Märkte in den Regionen. Sie werden zunehmend durch Supermärkte ersetzt, man spricht auch von Supermarktisierung.

14 FAO Food and Agriculture Organization of the United Nations  
WHO World Health Organization,  
IFPRI International Food Policy Research Institute,  
CGIAR Consultative Group on International Agricultural Research,  
IFAD International Fund for Agricultural Development,  
WFP World Food Program

15 An anderer Stelle wird konzidiert: Schon heute leben zwei von drei übergewichtigen Menschen in Entwicklungsländern. Fachleute sprechen von »Double Burden« (»doppelte Belastung«), wenn Unterernährung und Übergewicht in der gleichen Gesellschaft auftreten. Oft lassen sie sich sogar gleichzeitig innerhalb einer Familie beobachten (BMZ 2015b).

mindest in Form von wissenschaftlichen Abschlussarbeiten Eingang gefunden (bspw. Rischke 2014).

Eine von systematische Analyse der Entwicklung von Übergewicht und Adipositas im Zeitraum 1980 bis 2013 schließt mit dem Appell:

»To counter the impending health effects on populations, especially in low-income and middle-income countries, urgent global leadership is needed to help countries to more effectively intervene against major determinants such as excessive caloric intake, physical inactivity, and active promotion of food consumption by industry, all of which exacerbate an already problematic obesogenic environment.«(Ng et al 2014: 780).

## Herausforderungen für Politik und Forschung

Ernährungs- und Gesundheitspolitik müssen auf die Herausforderung angesichts des tiefgreifenden Wandel von Ernährungsgewohnheiten reagieren. Der Problemdruck wird mit zunehmender Integration in den globalen Ernährungsmarkt massiv ansteigen. Der Wandel der globalen Ernährungsgewohnheiten ist in der internationalen wissenschaftlichen Debatte über Welt-ernährung wie auch auf der Agenda der multilateralen Landwirtschafts-, Ernährungs- und Gesundheitsorganisationen (FAO; UNSCN<sup>16</sup>, IFPRI, WHO) seit Jahren ein fest verankerter Topos.

Auch die deutsche Politik und Forschung steht in der Verantwortung brisante gesellschaftliche Problemstellungen, wie den Wandel der weltweiten Ernährungsgewohnheiten und die Globalisierung des Ernährungssystems, aufzugreifen und die Regierung bei der Entwicklung von angemessenen ernährungs- und gesundheitspolitischen Strategien zu unterstützen.

## Literatur

- Albrecht, S., Engel, A. (Hg.) 2009: Weltagrarbericht Synthesebericht. Hamburg: University Press.
- BMZ 2015a: Themenportal, (letzter Aufruf 22. Mai 2015).
- BMZ 2015b: Was ist Hunger? Doppelte Belastung – Fehlernährung, (letzter Aufruf 22. Mai 2015).
- Braun J., Díaz-Bonilla, E. (Hg.) 2008: Globalization of Food and Agriculture and the Poor. Oxford University Press OUP India, 978-0-19-569528-1.
- Die Bundesregierung 2014: Nahrung für Milliarden. Forschungsaktivitäten der Bundesregierung als Beitrag zur globalen Ernährungssicherung. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin.
- Elmehdawi R. R., Albarsha, A. M. 2012: Obesity in Libya: a review. *Libyan J Med* 2012, 7: 19086 <http://dx.doi.org/10.3402/ljm.v7i0.19086>.
- FAO 2011: Mapping Supply and Demand for Animal-Source Foods to 2030. Animal Production and Health Working paper Food and Agriculture Organization of the United Nations Rome, 2011.

---

<sup>16</sup> United Nations Standing Committee on Nutrition, dem UN-Organen und bilaterale Geber als auch Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und Vertreter der Zivilgesellschaft angehören, die Mitglieder behandeln in einem jährlichen Symposium ein aktuell für die Ernährungssicherung bedeutsames Thema.

- FAO 2006: The double burden of malnutrition Case studies from six developing countries. FAO Food and Nutrition Paper 84. Food and Agriculture Organization of the United Nations. Rome, 2006.
- FAO 2004: Globalization of food systems in developing countries: impact on food security and nutrition. FAO Food and Agriculture Organization of the United Nations, Rome.
- FAO 2004: Globalization of food systems in developing countries: impact on food security and nutrition. FAO Food and Nutrition Paper 83. FAO Food and Agriculture Organization of the United Nations, Rome.
- FAO, IFAD, WFP 2014: The State of Food Insecurity in the World (SOFI) 2014. Strengthening the enabling environment for food security and nutrition. Rome.
- FAO, IFAD, WFP 2012: The State of Food Insecurity in the World Economic growth is necessary but not sufficient to accelerate reduction of hunger and malnutrition. Rome.
- FAO 2014: Animal Production and Health. Mapping Supply and Demand. Related Documents: Mapping supply and demand for animal supply food.
- FAO 2012: World agriculture towards 2030/2050: the 2012 revision. N. Alexandratos, J. Bruinsma, Global Perspective Studies Team. ESA Working Paper No. 12 - 03 June 2012.
- FAO 2011: Mapping supply and demand for animal-source foods to 2030, by T.P. Robinson, F. Pozzi, Animal Production and Health Working Paper. No. 2. Rome.
- Félix, L. 2014: The Double Burden of Malnutrition. Center for Mexican Studies, Columbia University (Centro de Investigación y Docencia Económicas - CIDE in Mexico City).
- Grebmer, K., Saltzman, A., Birol, E., Wiesmann, D., Prasai, N., Yin S., Yohannes, Y., Menon, P., Thompson, J., Sonntag, A. 2014: Welthunger-Index. Herausforderung verborgener Hunger. Welthungerhilfe, Internationales Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik (IFPRI), Concern Worldwide, Bonn, Washington D. C., Dublin Oktober 2013.
- Grebmer, K., Headey, D., Olofinbiyi, T., Wiesmann, D., Fritschel, H., Yin, S., Yohannes, Y., Béné, C., Haddad, L., Foley, C., Oppeln, C., Iseli, B. 2013: Welthunger-Index. Herausforderung Hunger: Widerstandsfähigkeit stärken, Ernährung sichern. Welthungerhilfe, Internationales Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik (IFPRI), Bonn, Washington D. C., Concern Worldwide, Dublin Oktober 2013.
- Grebmer, K., Nestorova, B., Quisumbing, A., Fertziger, R., Fritschel, H., Pandya-Lorch, R., Yohannes, Y. 2009: Welthunger-Index. Herausforderung Hunger: Wie die Finanzkrise den Hunger verschärft und warum es auf die Frauen ankommt. Welthungerhilfe, Internationales Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik (IFPRI), Bonn, Washington D. C., Concern Worldwide Bonn, Washington D. C., Dublin Oktober 2009.
- Munich Re 2015: Naturkatastrophen – immer häufiger, heftiger, tödlicher, teurer? Münchener Rück Stiftung, Dialogforen 2015, 3. 3. 2015. Peter Höpfe, Leiter Geo Risks Research, Corporate Climate Centre, Munich Re.
- Nestle, M. 2013: Food politics: How the food industry influences nutrition and health. 10th Anniversary Edition with a Foreword by Michael Pollan. Berkeley: University of California Press.
- Ng, Marie et al. 2013: Global, regional, and national prevalence of overweight and obesity in children and adults during 1980-2013: a systematic analysis for the Global Burden of Disease Study 2013. The Lancet, Volume 384, Issue 9945, 766-781.
- Oxfam 2011: Growing a better future – Food justice in a resource-constrained world. Oxfam GB for Oxfam International. Oxford. Juni 2011. 17, 36.
- Rehaag, R., Waskow, F., Sprenger, U. 2010: Veränderungen der globalen Ernährungsgewohnheiten. Studie im Rahmen des TA-Projekts Welchen Beitrag kann die Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems leisten? Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag.
- Rehaag, R., Waskow, F., Sprenger, U. 2011: Veränderungen der globalen Ernährungsgewohnheiten. In M. Dusseldorp, A. Sauter (Hg.): Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems – Ansatzpunkte, Strategien, Umsetzung. Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag Arbeitsbericht 2011, Nr. 142: 95101.

- Rischke, R. 2014: Issues on Food Security and the Nutrition Transition in Developing Countries. Ph.D. These Universität Göttingen Supervisor: Prof. Stephan Klasen, Chair of Development Economics 27 November 2014.
- Sand, K. van de 2013: Die Risiken nehmen zu. Germanwatch-Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung.
- Semba, R. D., Bloem, M. W. (Hg.) 2008: Nutrition and Health in Developing Countries. Humana Press.
- Shrimpton R., Rokx, C. 2012: The double Burden of Malnutrition. A Review of Global Evidence. Health, Nutrition, and Population (HNP) Discussion Paper. The International Bank for Reconstruction and Development / The World Bank.
- Waskow, F., Rehaag, R. 2011: Globaler Ernährungswandel zwischen Hunger und Übergewicht. In A. Ploeger, G. Hirschfelder, G. U. Schönberger (Hg.): Die Zukunft auf dem Tisch. Analysen, Trends und Perspektiven der Ernährung von morgen. Über den Essalltag in Gegenwart und Zukunft, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2011: 143–165.
- Welthungerhilfe 2014: Was ist Hunger? Zwei Milliarden Menschen leiden an Mangelernährung.
- WHO a) Nutrition. Challenges World Health Organization, (letzter Aufruf 24. Mai 2015)
- WHO b) Global Database on Body Mass Index an interactive surveillance tool for monitoring nutrition transition
- Zukunftsstiftung Landwirtschaft 2013: Wege aus der Hungerkrise. Die Erkenntnisse und Folgen des Weltagrарberichts: Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen. Dezember 2013.

»Mediatisierung von Protesthandeln. Digitale Praktiken und die  
Transformation der Ordnung der Repräsentation«  
der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie  
– organisiert von Tanja Thomas, Rainer, Winter und Andrea Pabst

# Soziale Bewegungen im Zeitalter des Internets

Christina Schachtner

*Beitrag zur Veranstaltung »Mediatisierung von Protesthandeln. Digitale Praktiken und die Transformation der Ordnung der Repräsentation« der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie – organisiert von Tanja Thomas, Rainer Winter und Andrea Pabst*

Die digitalen Netzmedien wurden den Medienwissenschaftlern Henry Jenkins und David Thorburn zufolge als ein zweiter Start partizipativer Medien gesehen, die ihre Vorläufer in Untergrundzeitungen, Grassroot-Videos und autonomen Rundfunksendern hatten (Jenkins, Thorburn 2004: 11). Der den Netzmedien zugesprochene Demokratisierungseffekt blieb jedoch nicht unwidersprochen; es gab und gibt Stimmen, die betonen, dass das im Netz entwickelte politische Engagement besser in politische Aktionen offline investiert werden sollte (Jenkins, Thorburn 2004: 8). Diese Position unterstellt ein Entweder-Oder, denn sie unterscheidet zwischen politischer Teilhabe im Netz und jenseits des Netzes im sogenannten real life. Es handelt sich um eine dualistische Position, die angesichts der Mediatisierung der Gegenwartsgesellschaft, das heißt der medialen Durchdringung des gesamten sozialen und kulturellen Lebens (Krotz 2010: 106; Hepp 2010: 67 ff.) nicht in der Lage ist, neue Formen sozialer Bewegungen zu erfassen. Unter den Bedingungen einer mediatisierten Gesellschaft ist soziales Handeln einschließlich politischer Teilhabe stets in seiner möglichen Verbindung mit Medien zu untersuchen. Entsprechend dieser Annahme lauten die erkenntnisleitenden Fragen dieses Beitrags:

- Welche Merkmale zeichnen neue Formen politischer Teilhabe im Zeitalter des Internets aus?
- Welche Rolle spielt das Internet bei der Generierung dieser Merkmale?

Ein zentraler theoretischer Bezugspunkt der Analyse ist der von Manuel Castells in seinem Buch *Network of Outrage and Hope, Social Movements in the Internet Age* (Castells 2012) entwickelte Ansatz, der die neuen Formen politischer Teilhabe in den Kontext einer mediatisierten Gesellschaft stellt und nicht zwischen Politikformen in und außerhalb digitaler Netzwerke unterscheidet. Ein weiterer theoretischer Bezugspunkt ist das Rhizom-Konzept von Gilles Deleuze und Félix Guattari, mit dem ein wesentliches Merkmal der Struktur neuer Politikformen beschrieben werden soll. Empirische Bezugspunkte sind in erster Linie die Ergebnisse einer eigenen Studie

*Kommunikative Öffentlichkeiten im Cyberspace*<sup>1</sup> zu den jüngsten politischen Bewegungen im Mittleren Osten und Nordafrika sowie Ergebnisse aus weiteren Untersuchungen und journalistische Berichte, die sich auf die weltweite Occupy-Bewegung, auf die Bersih-Bewegung in Malaysia, auf die Proteste im Gezi-Park in Istanbul, auf die spanischen Indignadas, sowie auf die Besetzung des Syntagma-Platzes in Athen beziehen.

## Merkmale sozialer Bewegungen im Zeitalter des Internets

Im Folgenden werden fünf Merkmale sozialer Bewegungen im Zeitalter des Internets diskutiert, die sich sowohl in der Untersuchung *Kommunikative Öffentlichkeiten im Cyberspace* gezeigt haben als auch von Manuel Castells als bedeutsam beschrieben werden. Es handelt sich um Merkmale, die sich teils im Widerspruch zu den Merkmalen bisheriger politischer Bewegungen befinden, teils um bekannte Merkmale, die unter dem Einfluss von Netzwerkmedien eine spezifische Gestalt gewinnen.

### Emotionen und Betroffenheit als Starting Point

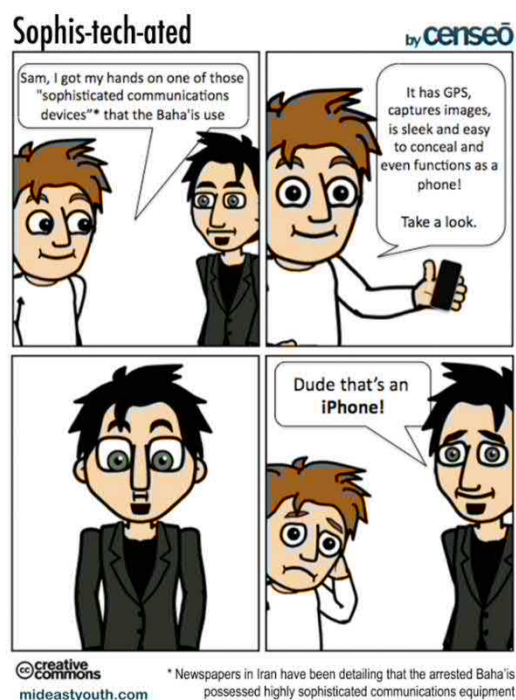
Betroffenheit wurde in der Studie *Kommunikative Öffentlichkeiten im Cyberspace*<sup>2</sup> als stärkstes Motiv politischen Protests bei den arabischen Aktivistinnen und Aktivisten festgestellt. Sie verweist auf die gemeinsame Verstrickung in Strukturen und Institutionen, die das Leben beeinflussen, beeinträchtigen oder bedrohen (Fraser 2007: 249). Betroffenheit geht mit starken Gefühlen einher, die Castells als einen häufigen Auslöser für neue Formen politischer Teilhabe beschreibt (Castells 2012: 219; siehe auch Rucht 2014). Jeder soziale Wandel gründet Castells zufolge auf individuellen und kollektiven Aktionen, die emotional motiviert sind (Castells 2012: 219). Ärger und Zorn wachsen nach Castells mit der Wahrnehmung von Ungerechtigkeit und der Identifikation eines verantwortlichen Akteurs. In der Untersuchung *Kommunikative Öffentlichkeiten im Cyberspace* zeigte sich unter arabischen Netzakteurinnen und Netzakteuren Zorn und Empörung angesichts der Unterdrückung von Rede- und Meinungsfreiheit durch die etablierten politischen Kräfte. Betont wurde aber auch das Leiden an solchen Verhältnissen, wie die Äußerung einer jemenitischen Netzakteurin illustriert: »We're talking about many years of suffering, of people suffering in their own nation by their own regime«. Auch auf Furcht sind wir angesichts elektronischer Botschaften durch Überwachungsorgane gestoßen, die Bedrohungen

1 Forschungsteam: Nicole Duller, Katja Koren Ošljak, Katja Langeland, Christina Schachtner, Heidrun Stückler. Die Untersuchung wurde vom FWF und der VW-Stiftung gefördert; Projektdauer 2009–2013. Es handelt sich um ein Teilprojekt der Gesamtstudie *Subjektstrukturen und digitale Kultur*, die in Kooperation mit Forschungsteams der Universitäten Bremen, Münster sowie der TU Hamburg-Harburg durchgeführt wurde.

2 Im Rahmen dieser Studie wurden Netzdiskussionen der Plattform *Mideast Youth* analysiert, Netzbeobachtungen in weiteren arabischen Netzwerken wie bahairights und migranrights angestellt, Interviews mit Netzakteur/-innen aus Bahrain, Saudi-Arabien, Jemen, Vereinigte Arabische Emirate geführt; zusätzlich liegen Visualisierungen der Interviewpartner/-innen vor. Es handelt sich um eine Teilstudie, die sich auch auf Europa, die USA und Kanada bezieht.

enthielten. Während Ärger, Zorn, Frustration eher in ein Gegenhandeln umschlagen, wird dieses durch Furcht und Leiden blockiert. In der Kommunikation können nach Castells blockierende Gefühle jedoch überwunden werden (Castells 2012: 219). Darauf weist auch die zitierte jemenitische Bloggerin hin, indem sie die Netzwerkmedien als »assisting tools« bezeichnet, die den Austausch über emotionales Erleben befördern.

Einen emotionalen Gegenpol zu Zorn und Empörung bilden Humor und Witz als Auslöser für politische Teilhabe, auf den wir häufig in arabischen Online-Comics gestoßen sind. Mit Hilfe von Comics wurden Mechanismen der Diskriminierung oder Kriminalisierung bestimmter ethnischer Gruppen wie Kurden oder Bahais dekonstruiert. Comics erlauben, Kritik verschlüsselt zu äußern und schützen dadurch vor Repressionen. Sie verkehren durch ihren Witz zudem das Belastende ins Leichte und können so Gefühle der Ohnmacht mindern, wie diese Bildgeschichte illustriert. Zwei politische Führer der Bahais, eine ethnische Minderheit, werden verhaftet. Es wird ihnen vorgeworfen, verdächtiges Kommunikationsequipment mit sich zu führen. Mit dem einen Wort »iPhone« wird dieser Verdacht als absurd entlarvt. Wer den Besitz dieser Technik als gefährlich einstuft, macht sich lächerlich. Wer lächerlich ist, besitzt keine Macht. So verkehrt die Bildgeschichte die Macht in ihr Gegenteil.



## Vernetzte Erfahrungen und Praktiken als tragende Säulen politischen Protests

Im Unterschied zu etablierten Formen politischer Teilhabe, wie sie in Parteien entwickelt werden, verbinden die neuen Formen politischer Teilhabe keine Programme, sondern Erfahrungen und Praktiken (Castells 2012: 144). Geteilte Erfahrungen, die Erkenntnisse, Einsichten, Emotio-



nen integrieren, konstituieren ein Wir-Gefühl, das uns in den Interviews mit den arabischen Netzakteur/-innen immer wieder begegnet ist. Die gemeinsamen Erfahrungen werden als Bestandteile einer Wir-Identität betrachtet, wie das folgende Zitat einer arabischen Aktivistin illustriert: »We have a lot of stories, a lot of issues, a lot of aspects, a lot of faces that we want the world to know about«. Auf diese geteilten Geschichten gründet sich eine gemeinsame politische Stimme, die aus Sicht der Aktivist/-innen zur Kenntnis genommen werden soll: »We have a voice and we want it to be heard«.

Die gemeinsamen Erfahrungen sind meist an gemeinsame Praktiken geknüpft. Margarita Tsomou berichtet von einem tagtäglichen Protestritual auf dem Syntagma-Platz in Athen im Jahre 2011, bei dem die Menschen gleichzeitig ihre beiden Arme in die Luft streckten und mit den Handflächen zitterten (Tsomou 2014: 120). Melanie Radue schildert die Bersih Rally 2011, veranstaltet von der Bersih-Bewegung<sup>3</sup> in Malaysia, als ein praktisches politisches Handeln, das durch Einbeziehung des Internets eine gemeinsame Erfolgsbasis konstituierte. Bei der Rally war es zu gewaltsamen Übergriffen der Polizei gekommen, die mittels Internet für alle sichtbar gemacht wurden: »(...) the Internet was used to disseminate news and to share experiences. Videos, photos and statements of participants were immediately spread all over the world« (Radue 2012: 65).

Die Herstellung einer gemeinsamen Erfahrungsbasis schließt die Weiterexistenz von Differenzen nicht aus. Bereits in dem im Jahre 2007 veröffentlichten Selbstverständnis der Gründer und Gründerinnen der arabischen Plattform Mideast Youth heißt es: »We are a diverse group of young students, bloggers, and activists who strive for coexistence through democracy and democracy through coexistence« (<http://www.mideastyouth.com>, 31. Juli 2007). Was hier von den arabischen Netzaktivist/-innen angestrebt wird, kommt dem nahe, was Yvonne Spielmann in Anlehnung an Mary Pratt (1992) »Kontaktzonen« nennt, in denen Unterschiede und Widersprüche nicht geglättet werden, sondern vielmehr differenzerhaltende Prozesse mit differenzauflösenden Prozessen koexistieren (Spielmann 2010: 61 ff.; siehe auch Winter 2010: 107).

## Togetherness

Togetherness ist laut Castells ein Schlüsselmerkmal neuer Formen politischer Teilhabe, die auf vernetzten Erfahrungen basiert (Castells 2012: 225). Sie unterstützt Menschen darin, Furcht zu überwinden und Hoffnung zu schöpfen und bildet nach Castells auf diese Weise a »source of empowerment« (Castells 2012: 225). Togetherness entsteht in den neuen Protestbewegungen im Unterschied zu etablierten politischen Vereinigungen und Parteien nicht durch ein Programm oder durch Leitlinien einer starken Führung, sondern in einem Prozess der Verständigung über Kritik, durch die Herstellung einer gemeinsamen Wertebasis, durch die Entwicklung geteilter Visionen, die über den Status quo hinausführen, wie die folgende Frage, die, wie die Gründerin der Plattform Mideast Youth im Interview berichtete, auf die Plattform gestellt wurde, um einen kritischen Diskurs zu initiieren: »What would you do if Saudi Arabia just has it's first female president?«.

<sup>3</sup> Die Bersih-Bewegung fordert die Reform des malaysischen Wahlrechts.

Diese Frage auf eine Plattform gestellt, die von Netzakteuren und Netzakteurinnen bespielt wird, die weitgehend in patriarchal regierten Ländern leben, ist allein schon eine Provokation. Das Bedürfnis, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen, dokumentiert eine partizipative Kultur, mit der die Kommunikationsteilnehmerinnen und -teilnehmer neue Wege des politischen Diskurses beschreiten.

Hat im virtuellen Raum der gemeinsame Diskurs gemeinschaftsbildende Effekte, so ist es, wie Margarita Tsomou am Beispiel des Syntagma-Platzes berichtet, auf den Plätzen der mimetische Vollzug von Gesten und Bewegung, der verbindet. Als am Tag der Abstimmung über das Kürzungspaket im Parlament die Polizei durch Tränengaseinsatz versuchte, den Platz zu räumen, fassten sich an jeder Ecke die Menschen an den Händen und fingen an, traditionelle griechische Kreistänze zu tanzen. Tsomou schreibt: »(...) je lauter die Tränengasgranaten über den Köpfen der Menschen platzen, desto lebendiger, kräftiger und entschiedener scheint der Tanz zu werden« (Tsomou 2014: 133). Die Kreisbewegung stellt nach Tsomou die »Selbstvergewisserung des kollektiven Widerstehens und die gegenseitige Aufführung von Solidarität dar« (Tsomou 2014: 134).

### Translokalität

Neue Formen politischer Teilhabe machen nicht mehr an den geografischen Grenzen halt. Auch wenn der Ausgangspunkt des Protests lokale Probleme sind, wie die geplante Bebauung des Gezi-Parks in Istanbul, entwickelt sich in der Auseinandersetzung mit solchen Vorhaben oft eine translokale Kritik zum Beispiel an der Entfesselung der Ökonomie oder an autoritären Führungsstilen der Mächtigen. Handy-Videos sorgen dafür, dass die lokalen Proteste weltweit sichtbar werden. Es kann aber auch umgekehrt verlaufen. Globale Probleme werden lokal verhandelt wie zum Beispiel die Mechanismen kapitalistischer Finanzwirtschaft im Zucotti Park durch die Aktivistinnen und Aktivisten der Occupy-Wallstreet-Bewegung, was gleichwohl für die Weltöffentlichkeit dank digitaler Medien und der Berichterstattung durch die Massenmedien sichtbar blieb. Translokalität ergibt sich nach Spielmann daraus, dass alle Informationen ständig in »mobilen flexiblen Verknüpfungen zirkulieren und keine feststehenden Positionen einnehmen« (Spielmann 2010: 65). Für die neuen politischen Bewegungen in einer Netzwerkgesellschaft ist es nach Castells typisch, dass sie einen »permanenten globalen Diskurs im Netz« (Castells 2012: 223) initiieren, der über das Netz hinauswirkt und sichtbare Formen gewinnt, wie auf dem Syntagma-Platz, auf dem neben griechischen auch ägyptische, tunesische und spanische Fahnen wehten (Tsomou 2014: 114). Castells spricht von der Viralität politischer Teilhabe (Castells 2012: 224). Wenn man die Proteste irgendwo anders mitbekommt, so schürt das nach Castells die Hoffnung auf die Möglichkeit von Veränderung (Castells 2012: 224).

### Ohne Kommandozentrale

Die politischen Bewegungen im Kontext der Netzwerkgesellschaft brauchen keine formale Führung und keine Kommandozentrale, um Informationen zu verteilen, Kommunikationsprozesse und politische Aktionen zu initiieren. Die dezentrale Struktur digitaler Netzwerke bewirkt endlo-

se Netze ohne definierte Grenzen (Castells 2012: 221). Diese Netze repräsentieren »a world with no center, no gate keeper, no margins« (Jenkins, Thorburn 2004: 11).

Zur Konkretisierung dieses Gedankens lässt sich die von Deleuze und Guattari in den philosophischen Diskurs eingeführte Rhizom-Metapher heranziehen (Deleuze, Guattari 1977: 35). Der Begriff Rhizom stammt aus der Botanik und bezeichnet ein meist unterirdisch oder direkt über dem Boden wachsendes Sprossachsensystem.

Für Deleuze und Guattari steht das Rhizom für ein nicht-zentriertes, nicht-hierarchisches System ohne General; jeder Punkt ist mit jedem verbunden und es gibt viele Ein- und Ausgänge (Deleuze, Guattari 1977: 35). Deleuze und Guattari stellen die Rhizom-Metapher der Baum-Metapher gegenüber, die ein hierarchisches System repräsentiert, in dem »ein Element Informationen immer nur von einer höheren Einheit erhält« (Deleuze, Guattari 1977: 27). Beim Rhizom dagegen sind die Verbindungen nicht festgelegt; die Kommunikation verläuft mit beliebigen Nachbarn (Deleuze, Guattari 1977: 16). Rhizome bleiben nicht für sich, sie machen – nach Deleuze und Guattari – Rhizom mit ihrer Umgebung, mit dem Wind, mit einem Tier, mit Menschen (Deleuze, Guattari 1977: 19).

Eigenschaften dieser Art spielen auch für die auf das politische Potenzial digitaler Netzwerke gerichteten Hoffnungen eine Rolle. Wenn sich diese Hoffnungen bestätigen, dann sind durch die Verbindung von politischen Akteurinnen und Akteuren und digitalen Netzwerken neuartige Formen politischer Teilhabe zu erwarten, die sich im Widerspruch zu allen bisherigen Formen politischer Teilhabe befinden, soweit sich diese durch zentralisierte Strukturen und festgelegte Verbindungen auszeichnen; dann darf angenommen werden, dass diese Formen der Teilhabe und des Teilens von Kritik und Meinungen unterirdisch weiterwuchern, um – selbst wenn sie zeitweilig für die physikalische Welt unsichtbar bleiben – plötzlich wieder an einem Punkt in der Welt sichtbar zu werden.

## Rolle des Internets als Raum und Instrument politischer Teilhabe

Digitale Netzwerke sind weder per se demokratisch, noch lösen sie demokratische Prozesse aus (Castells 2012: 227; Winter 2010: 20). Als verursachend wirkt vielmehr, wenn die Menschen Empörung und Zorn über gesellschaftliche Zustände teilen, die sie als Missstände wahrnehmen, wie mangelnde Rede- und Meinungsfreiheit, autoritäre Herrschaftsstrukturen, Verschlechterung von Lebensbedingungen, wenn sie sich als zusammengehörig erleben und Alternativen für sie vorstellbar sind (Castells 2012: 29). Gleichwohl haben die virtuellen Räume einen wichtigen Stellenwert bei der Initiierung und Förderung politischer Teilhabe. Eine politische Aktivistin aus Bahrain erklärt im Interview: »We use new media in order to fight against oppression, oppression against ourselves, oppression against minorities«. Der tunesische Medienwissenschaftler Larbi Chouikha bestätigt die revolutionsrelevante Rolle der digitalen Technik für Tunesien: »Communication technologies such as Internet and mobile phone greatly accelerated Ben Ali's flight and the fall of the regime« (Chouikha 2012: 151).

Was macht die digitalen Netzwerke geeignet als Orte und Instrumente politischer Teilhabe? Im Hinblick auf die vorgestellten Merkmale neuer Formen politischer Teilhabe erscheinen folgende Besonderheiten digitaler Netzmedien als wesentlich:

- Digitale Netzwerke zeichnen sich durch einen niedrigschwelligen Zugang aus, der es erleichtert, eigene Meinungen zu präsentieren und Informationen zu recherchieren (Schmidt 2012: 3; Jenkins, Thorburn 2004: 2).
- Die Netzstruktur des Mediums unterstützt die Erzeugung von Betroffenheit insbesondere durch die Vernetzung von Bildern und Videos.
- Viralität stützt sich wesentlich auf die grenzüberschreitende Struktur der Netzwerke, die jeden Punkt der Welt mit jedem verbindet und keine definierten Grenzen hat. Tsomou nimmt an, dass die zitternden Hände, die zum Protestritual auf dem Syntagma-Platz wurden, über die Rezeption von YouTube-Videos von anderen Plätzen in anderen Ländern »aufgeschnappt« wurden (Tsomou 2014: 120).
- Die Interaktivität digitaler Kommunikationsmedien fördert den Austausch von Erfahrungen, Gefühlen und Gedanken und damit das Entstehen von Togetherness.
- Die horizontale Netzstruktur digitaler Heterotopien zeichnet verantwortlich dafür, dass Kommandozentralen und Generäle (Deleuze, Guattari 1977: 40) überflüssig sind zugunsten von Kooperation und Solidarität (Castells 2012: 225).
- Das Internet kann derzeit noch in Teilen selbst gestaltet werden, auch wenn die Gestaltungsoptionen beschränkt sind.

Digitale Medien eröffnen einen Raum, der zum Experimentier- und Schutzraum werden kann, wenn er auf entsprechende Interessen bei den Netzakteur/-innen trifft (Winter 2010: 96). Arabische Netzakteur/-innen berichteten im Interview, dass sie den digitalen Raum in diesem Sinne nutzen, indem sie dort die Grenzen des Erlaubten diskursiv überschreiten, wie dieses Zitat einer 24-jährigen arabischen Interviewpartnerin illustriert: »We talk a lot of taboos, homosexuality, [...], atheism, sex traffic, things that people don't do outside of Mideast Youth«.

Die neuen Formen politischer Teilhabe etablieren ein neues Set an Werten, das die Bedürfnisse des Individuums und der Gemeinschaft in Balance zu bringen sucht. Sie befördern nach Castells nicht Individualismus sondern Individuation, die auf geteilten Idealen wie Erhaltung der Umwelt, Verwirklichung der Menschenrechte oder Abbau ökonomischer Ungleichheit ruht, während Individualismus das Wohlergehen des Einzelnen in den Mittelpunkt rückt Castells 2012: 230 siehe auch Hipfl, Marschick 2011: 20). Wenn diese Prognose stimmt, geht es um eine kulturelle Transformation, für die das Zusammenspiel von digitalen Netzwerken und realen Plätzen ein unverzichtbarer Faktor ist.

## Literatur

- Anderson, J., Bharthapudi K., Cao H. 2012: Occupy the Heterotopia. In IRIE. International Review of Information Ethics, Vol. 18, 150–168, [http://www.i-r-i-e.net/current\\_issue.htm](http://www.i-r-i-e.net/current_issue.htm) (letzter Aufruf 10. April 2015).
- Castells, M. 2012: Networks of Outrage and Hope. Social Movements in the Internet Age. Cambridge: Polity Press.
- Chouikha, L. 2012: Tunisian Youth, Use of ICT's and Ben Ali's Fall. In J. Gertel, A-L. Augustin (Hg.), *Realigning Power Geometries in the Arab World*, Conference Reader. Leipzig: Orientalisches Institut, 151–154.
- Deleuze, G., Guattari, F. 1977: *Rhizom*. Berlin: Merve.
- Foucault, M. 1992: Andere Räume. In K. Barck, P. Gente, H. Paris, S. Richter (Hg.), *Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik*. Leipzig: Reclam, 34–46.
- Fraser, N. 2007: Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. In P. Niesen, B. Herborth (Hg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 224–253.
- Hepp, A. 2010: Mediatisierung und Kulturwandel: Kulturelle Kontextfelder und die Prägkraft der Medien. In M. Hartmann, A. Hepp (Hg.), *Die Mediatisierung der Alltagswelt*. Wiesbaden: VS, 65–84.
- Hipfl, B., Marschik, M. 2011: »A Fan of Shocking Punk!« Valerie Walkerdine – Eine Einführung. In B. Hipfl, M. Marschik (Hg.), *Subjektivität, Feminismus, Psychoanalyse*. Wien: Turia + Kant, 9–44. <http://www.mideast.youth.com>
- Jenkins, H., Thorburn, D. (2004): Introduction: The Digital Revolution, The Formal Citizen, and the Culture of Democracy. In: J. Henry, D. Thorburn (Hg.), *Democracy and New Media*, Cambridge: MIT Press, 1–17.
- Krotz, F. 2010: Leben in mediatisierten Gesellschaften. In M. Pietraß, R. Funiok (Hg.): *Mensch und Medien*. Wiesbaden: VS, 91–114.
- Pratt, M. L. 1992: *Imperial Eyes, Travel Writing and Transculturation*. London: Routledge.
- Radue, M. 2012: The Internet's role in the Bersih movement in Malaysia. A Case Study. In IRIE, International Review of Information Ethics, Vol. 18, 60–70, [http://www.i-r-i-e.net/current\\_issue.htm](http://www.i-r-i-e.net/current_issue.htm) (letzter Aufruf 10. April 2015).
- Tholl, A. 2014: »Advokatorisches Engagement ist stark verbreitet«. Soziologe Dieter Rucht über die moralischen Grundsätze von Aktivisten, das Phänomen des »Slackivism« und die Entstehung von sozialen Bindungen. In Goethe Institut (Hg.), *Rückeroberung des Öffentlichen. Partizipation im Spannungsfeld von öffentlichem und digitalem Raum*. München: Goethe-Institut, 22–23.
- Schachtner, Ch. 2012: Virtualität und Realität, Über die neuen Lebensorte in einer digitalen Kultur. Vortrag Kontaktspeicherbühne Bremen am 7.10.2012.
- Schmidt, J.-H. 2012: Das demokratische Netz? In *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 7, 3–8.
- Spielmann, Y. 2010: Medienkulturelle Dialoge, Virtuell-interaktive Ethnoscapes. In *Paragrana, internationale Zeitschrift für Historische Anthropologie*. Schwerpunktheft »Kontaktzonen, Dynamik und Performativität kultureller Begegnungen, Bd. 19, Heft 2, 60–73.
- Tsomou, M. 2014: Der besetzte Syntagma-Platz 2011: Körper und Performativität im politischen Alphabet der »Empörten«. In R. V. Burri, K. Evert, S. Peters E. Pilkington, G. Ziemer (Hg.), *Versammlung und Teilhabe. Urbane Öffentlichkeiten und performative Künste*. Bielefeld: Transcript, 113 – 142.
- Winter, R. 2010: *Widerstand im Netz, Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation*. Bielefeld: Transcript.

# Soziale Bewegungen im Spiegel von Online-Öffentlichkeit

## Die Beobachtung sozialer Bewegungen durch Online-Publika am Beispiel der Occupy-Bewegung

Luca Tratschin

*Beitrag zur Veranstaltung »Mediatisierung von Protesthandeln. Digitale Praktiken und die Transformation der Ordnung der Repräsentation« der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie – organisiert von Tanja Thomas, Rainer Winter und Andrea Pabst*

Welche Rolle nimmt öffentliche Sichtbarkeit für soziale Bewegungen ein? Diese Frage soll im Folgenden im Hinblick auf die *Selbstbeobachtung* und *-konstitution* sozialer Bewegungen diskutiert werden. Dazu werden grundsätzliche Überlegungen zu der Frage vorgestellt, wie ein kommunikationssoziologisch informierter Zugang zu sozialen Bewegungen aussehen kann. Zu diesem Zweck wird zunächst auf in der Bewegungsforschung prominente Zugriffsweisen auf das Phänomen sozialer Bewegungen eingegangen, um daraus unter Rückgriff auf systemtheoretische Überlegungen ein Konzept sozialer Bewegungen zu entwickeln. Es wird das Argument entwickelt, dass Öffentlichkeit nicht bloß für die Aussenwirkung sozialer Bewegungen – also bezüglich Persuasion von Entscheidungsträgern und Mobilisierung von Sympathisanten – von entscheidender Bedeutung ist, sondern dass öffentliche Sichtbarkeit auch eine zentrale Funktion für die *Selbstvergewisserung* und *interne Einheitsbeobachtung* sozialer Bewegungen einnimmt.

Im Anschluss an diese konzeptuellen Überlegungen zum Gegenstandsbereich sozialer Bewegungen werden kurz Argumente zur Frage präsentiert, welche Implikationen *neue Kommunikationstechnologien*, besonders das Internet, für die Möglichkeit der Selbstbeobachtung sozialer Bewegungen im Medium der *Öffentlichkeit* zeitigen.

Abschließend sollen Kerngedanken der hier präsentierten Argumentation am Beispiel der Occupy-Bewegung illustriert werden. Das Beispiel wird mit der eingeschränkten Ambition verwendet, die vorgestellten Argumente plausibel zu machen. Es wird nicht der Anspruch vertreten, den konzeptuellen Zugriff auf soziale Bewegungen mit diesem einen Beispiel empirisch abzusichern. Vielmehr soll gezeigt werden, dass die hier vorgestellten Argumente es erstens erlauben, neue Typen von Fragen in Bezug auf soziale Bewegungen zu stellen. Zweitens werden anhand ausgewählten Materials zur Occupy-Bewegung erste Hinweise auf die Fruchtbarkeit dieses Zugriffs geliefert.

## Soziale Bewegungen als soziale Einheiten – theoretischer Zugriff

In der Bewegungsforschung werden soziale Bewegungen zuweilen konzeptuell, häufiger jedoch wenn es um ihre Operationalisierung geht, als Serien von Protestereignissen verstanden. Eine solche konzeptuelle Strategie findet sich zum Beispiel bei Charles Tilly, wenn er soziale Bewegungen als eine »series of challenges in the name of an aggrieved population« (Tilly 1995: 145) beschreibt. Er verweist an dieser Textstelle auf das fluide soziale Substrat sozialer Bewegungen und argumentiert, dass beispielsweise Organisationen oder Gruppierungen, die einer Bewegung zugerechnet werden können, im Lebenszyklus einer sozialen Bewegung üblicherweise kommen und gehen und eine soziale Bewegung trotz dieses Wandels als eine bestimmte Bewegung identifiziert werden kann. Die Implikation dieses Arguments besteht darin, dass eine soziale Bewegung als Einheit einer *Challenge* zu verstehen ist und nicht primär als Einheit ihrer zurechenbarer Organisationen oder Netzwerke. In *Contentious Politics* werden die Folgen dieser Konzeptualisierung sozialer Bewegungen dann von Tilly und seinem Ko-Autor Tarrow nochmals explizit gemacht, wenn sie betonen, dass man zwischen der »social movement base« und der »social movement campaign« zu unterscheiden habe (Tilly, Tarrow 2007: 113f.).

Diese konzeptuelle Strategie, soziale Bewegungen anhand ihrer kommunikativen Manifestierung in Protestdarbietungen zu behandeln, findet sich immer wieder in der Literatur, so zum Beispiel bei Ron Eyerman, der soziale Bewegungen als *koordinierte Serien von Protestereignissen* behandelt (Eyermann 2006: 210) oder bei Herbert Kitschelt, der sie ganz ähnlich als *komplexe Aggregationen von Protestereignissen* beschreibt (Kitschelt 1986: 61).

In Anlehnung an Autoren wie Tilly, Tarrow, Kitschelt und Eyerman wird hier vorgeschlagen, das Phänomen sozialer Bewegungen explizit anhand seiner spezifischen Kommunikationstypik zu theoretisieren. Unterstützung für ein solches Vorgehen lässt sich in der systemtheoretischen Literatur finden, die soziale Bewegungen als selbstreferentielle Netzwerke von Protesten versteht.<sup>1</sup> Soziale Bewegungen sind in dieser Perspektive als soziale Systeme zu verstehen, die einen sich selbst gegen eine Umwelt abschliessenden Verweisungszusammenhang von Protesten darstellen.<sup>2</sup> Selbstverständlich bedürfen soziale Bewegungen Personen, Interaktionen, Organisationen oder Netzwerken – die Spezifität des Phänomens sozialer Bewegungen liegt aber darin, dass sie im Sinne von Veränderung (oder auch Bewahrung) sozialer Realitäten protestieren und (Heraus-)Forderungen formulieren. Die Systemtheorie soll nun aber nicht bloß als weitere Gewährstheorie dienen, die den Vorschlag, soziale Bewegungen über ihre Proteste bzw. *Herausforderungen* zu konzeptualisieren, zu plausibilisieren hilft. Vielmehr legt eine systemtheoretisch inspirierte Perspektive einen Fragetypus nahe, der in den Ansätzen der Bewegungsforschung noch nicht gestellt wurde. Es stellt sich dann nämlich die *Frage, wie soziale Bewegungen sich selbst als Einheit ihrer Proteste beobachten*. Soweit soziale Bewegungen in der Forschungsliteratur als Aggregate von Protesten behandelt werden, handelt es sich üblicherweise um eine Abstraktion, die von Forschenden selbst vorgenommen wird. Sozialwissenschaftler/-innen wählen dann aus, welche Proteste sie einer Bewegung, die sie untersuchen möchten,

1 Zum Beispiel Luhmann (1991: 136, 1997: 854).

2 Zum Beispiel Ahlemeyer (1995).

zuschreiben. Die Einheit der Bewegung stellt bei diesem Vorgehen ein analytisches Problem der Sozialwissenschaftler/-innen dar. Eine systemtheoretisch informierte Perspektive legt nun nahe, dass die Einheit der Proteste einer sozialen Bewegung für soziale Bewegungen selbst ein Problem darstellt. Gerade diese Frage ist in der Soziologie sozialer Bewegungen bisher kaum verfolgt worden. Die Frage, inwiefern soziale Bewegungen sich selbst als Einheit beobachten und beschreiben, ist selbstverständlich in verschiedenen soziologischen Beiträgen der Bewegungsforschung präsent und wird gemeinhin unter dem Begriff der kollektiven Identität verhandelt (Benford, Snow 2000: 631; Hunt et al. 1994; Polletta, Jasper 2001; Stryker 2000). Allerdings wurde die Frage kaum so gestellt, dass man sich dafür interessierte, wie soziale Bewegungen sich selbst als Einheit ihrer Proteste beobachten. Am ehesten noch haben sich Niklas Luhmann und Ernesto Laclau für solche Fragen interessiert. Luhmann gibt dabei die Antwort, dass soziale Bewegungen sich durch funktionale Äquivalente zu den Codes und Programmen der Funktionsbereiche als selbstreferentielles Netzwerk von Protesten beobachten (Luhmann 1997: 852).<sup>3</sup> Laclau interessiert sich hingegen besonders am Beispiel der Arbeiterbewegung dafür, wie lokale Arbeiterkämpfe in bestimmten Fabriken und Manufakturen sich als äquivalente Kämpfe erkannten, die ein gemeinsames Anliegen und mithin eine übergeordnete soziale Bewegung vertraten (Laclau 2002: 70ff.). Sicherlich unterscheiden sich die beiden genannten Autoren in vielen Hinsichten. Aber wenn man sich die Freiheit nimmt, Gemeinsamkeiten zu akzentuieren, geht es in beiden Fällen um die Frage, wie raum-zeitlich beschränkte Ereignisse – einzelne Protestkommunikationen bei Luhmann, einzelne Arbeiterkämpfe bei Laclau – miteinander in Bezug gesetzt und als Ausdruck einer übergeordneten Bewegung verstanden werden können. Gerade von diesen beiden Autoren kann man somit lernen, das, was in der Bewegungsforschung regelmässig als analytische Abstraktion der Bewegungsforschung behandelt wird – soziale Bewegungen als Aggregate ereignishafter Vorfälle –, als Problem sozialer Bewegungen anzusehen. Hier sollen nicht die theoretischen Vorschläge von Luhmann und Laclau diskutiert werden. Es soll stattdessen explorativ der Frage nachgegangen werden, wie die eben vorgestellte Problemkonstruktion für die Analyse semantischer Artefakte, die soziale Bewegungen produzieren, fruchtbar gemacht werden kann. Zunächst muss aber erläutert werden, wieso es für soziale Bewegungen überhaupt ein Problem darstellen soll, sich als Einheit ihrer zurechenbarer Proteste zu beobachten.

## Problemstellung: Identifizierung und Relationierung von Protesten

### Wie beobachten sich soziale Bewegungen?

Wenn man dem Vorschlag folgt, soziale Bewegungen als sich selbst identifizierende Serien von Protesten zu behandeln, kann man zwei verschiedene Subtypen von Problemen entdecken, die sich sozialen Bewegungen stellen: Ein Subproblem besteht in der Identifizierung von Protesten, ein anderes in der Relationierung verschiedener Proteste.

---

<sup>3</sup> Vergleiche Hellmann (1996: 82f.).



A Identifizierung *einzelner Proteste*: Betrachtet man einzelne Proteste, zeigt sich, dass sie typischerweise als Ereignisse beobachtet und thematisiert werden. Wenn man über Proteste spricht oder zum Beispiel die Massenmedien darüber berichten, wird gewissermaßen davon ausgegangen, dass ein einzelner Protest eine klar identifizierbare und abgrenzbare Einheit darstellt, die anhand bestimmter Merkmale beschrieben werden kann: Man unterstellt zum Beispiel, mehr oder weniger genau angeben zu können, wie viele Personen an einer Protestveranstaltung teilgenommen haben und beschreiben zu können, wovon der Protest inhaltlich gehandelt hat. Tatsächlich aber stellen einzelne Proteste äußerst amorphe Geschehnisse dar. Sie erstrecken sich über einen längeren Zeitraum. Der Anfang und das Ende eines Protestes – zum Beispiel einer Demonstration – ist im Einzelnen schwer zu identifizieren. Teilnehmerzahlen sind bekanntlich schwer abzuschätzen – wie man an unterschiedlichen Schätzungen von Polizei und Veranstaltern regelmäßig sehen kann. Weiterhin ist davon auszugehen, dass die Teilnehmerzahl während der Dauer des Protestes selbst nicht stabil bleibt. Gerade auch bezüglich der Frage, wovon einzelne Proteste handeln, kann man feststellen, dass Teilnehmende sich diverser Motivvokabulare und Problemkonstruktionen bedienen – wie man zum Beispiel der Heterogenität der Botschaften auf Transparenten von Teilnehmenden regelmässig entnehmen kann. Weiterhin kann man Proteste zunächst als hochgradig lokalisierte Geschehnisse verstehen. Sie sind raum-zeitlich gebunden und verweisen reflexiv auf den Kontext, in dem sie sich vollziehen. Wenn man also über einen Protest *als Protest(ereignis)* spricht, muss man – um eine Unterscheidung von Gaye Tuchman (1980: 190f.) zu übernehmen – aus einem *amorphous happening* ein *event* machen: Ein Ereignis mit relativ eindeutigem Anfang und Ende und klar zuschreibbaren Eigenschaften (wie Teilnehmerzahl, Protestanliegen). Dies erfordert gewissermaßen ein Dis-Embedding der Begebenheit eines Protestes aus der Mannigfaltigkeit der kausalen Ketten, die ihn an seinen raum-zeitlichen Kontext zurückbinden. Der Protest muss als eigenständige Einheit mit unproblematisch zuschreibbaren Merkmalen behandelt werden. Genau dies erfordert eine De-Indexikalisierung und damit eine De-Kontextualisierung einzelner Proteste.

B *Relationierung verschiedener Proteste*: Aus der oben diskutierten Problemstellung folgt, dass Beobachter und Beobachterinnen sozialer Bewegungen – und damit im Besonderen soziale Bewegungen als Selbstbeobachtende – eine Konstruktionsleistung vollbringen müssen, wenn sie Proteste als identifizierbare und thematisierbare Ereignisse beschreiben. Sofern man soziale Bewegungen als selbstidentifizierende Serien von Protesten begreift, ergibt sich nicht nur das Problem, einzelne Proteste als de-indexikalisierte Ereignisse zu beschreiben. Vielmehr bedarf es auch einer Konstruktionsleistung, um eine Vielzahl von Protestereignissen als Ausdruck einer sozialen Bewegung erkennbar zu machen. Die De-Kontextualisierung einzelner Proteste aus ihrer lokalen Verwobenheit erfordert diesem Gedankengang zufolge eine Re-Kontextualisierung einer Vielzahl einzelner Protestereignisse in den Zusammenhang einer Vielzahl von Protesten, die alle einer bestimmten sozialen Bewegung zugeschrieben werden können.

Das Problem sozialer Bewegungen, sich selbst als Serie von Protesten beobachten zu können, lässt sich somit anhand zweier Subprobleme präzisieren: 1) Proteste als amorphe Geschehnisse müssen als Ereignisse simplifiziert und typisiert werden. 2) Solcherart typisierte Proteste müssen in einen Zusammenhang anderer, gleichermaßen typisierter Proteste eingebettet werden. Beide Subprobleme bedürfen Konstruktionsleistungen seitens sozialer Bewe-

gungen, da ihre Lösungen jeweils kontingent sind: Einzelne Proteste können – ganz prinzipiell betrachtet – unterschiedlich typisiert werden und grundsätzlich unterschiedlichen Protestserien zugeordnet werden.

## Wo beobachten sich soziale Bewegungen?

Soweit wurde die Frage diskutiert, inwiefern sich bei sozialen Bewegungen Beobachtungsprobleme hinsichtlich ihrer Proteste ergeben. Dabei wurde die prinzipielle Sichtbarkeit von Protesten als unproblematischer Sachverhalt unterstellt. Aber natürlich liegt eine Grundbedingung der Relationierung verschiedener Proteste darin, dass sie für eine Bewegung überhaupt als sichtbar erscheinen. Selbstverständlich wissen Bewegungsteilnehmende regelmäßig über die Proteste ihrer Bewegung durch bewegungsinterne Kommunikationskanäle. Verschiedene Autoren haben jedoch auch auf die zentrale Bedeutung der Massenmedien in Bezug auf die Informationsverbreitung und Selbstbeobachtung sozialer Bewegungen hingewiesen (Koopmans 2004: 369f.; Gitlin 1980: 22; Luhmann 2002: 316). Gerade für soziale Bewegungen, deren Proteste an einer Vielzahl von Orten oder sogar in mehreren Ländern stattfinden und deren *social movement base* heterogen und nur relativ schwach vernetzt ist, stellt massenmediale Öffentlichkeit eine wichtige Informationsquelle dar. So hält beispielsweise Todd Gitlin in Bezug auf die *Students for Democratic Change* fest, dass ihr Selbstbild wesentlich durch Medienbilder geprägt wurde: »To some extent the movement even recognized itself through mass-mediated images« (Gitlin 1980: 22). Auch Ruud Koopmans hält in allgemeinerer Form fest, dass soziale Bewegungen zu einem Bild von sich über die Massenmedien gelangen:

«[T]he wider implications of such events depend increasingly on if and how they are communicated to relevant others who were not at the scene, be they movement adherents in other locations, competitors and political opponents, or authorities. That flow of communication, I argue, is channeled largely through the mass media, with all the selection and distortion that this entails« (Koopmans 2004: 371).

Öffentliche Sichtbarkeit hat für soziale Bewegungen sicherlich die vordergründige Funktion, die Adressaten und Adressatinnen des Protestes sowie ein Publikum, das allenfalls für die Bewegung mobilisierbar ist, zu erreichen. Protest, der nicht über massenmediale Öffentlichkeit für politische Autoritäten und ein Publikum sichtbar ist, findet in einem gewissen Sinne gar nicht statt, wie Lipsky einmal pointiert formuliert hat (Lipsky 1968: 1151).<sup>4</sup> Vordergründig mag also die öffentliche Sichtbarkeit für soziale Bewegungen die Funktion haben, Adressatinnen und Adressaten zu erreichen. Folgt man aber Autoren wie Gitlin, Koopmans oder auch Luhmann, stellt massenmediale Öffentlichkeit für soziale Bewegungen auch einen Spiegel dar, in dem sie sich selbst beobachten können (Luhmann 2002: 316). Sofern man diesen Argumenten zustimmt, kann also gesagt werden, dass öffentliche Sichtbarkeit für soziale Bewegungen in verschiedenen Hinsichten von fundamentaler Bedeutung ist: Sowohl dafür, andere soziale Adressaten kommunikativ zu erreichen, als auch dafür, sich selbst beobachten zu können.

---

4 Auch: Schmitt-Beck (1990: 642).

Die Forschungsliteratur hat nun gezeigt, dass soziale Bewegungen in einem ambivalenten Verhältnis zu den Massenmedien und der durch sie erzeugten Öffentlichkeit stehen. Einzelnen Protesten gelingt es prinzipiell zwar relativ gut, Indifferenzschwellen der Massenmedien zu überwinden, da sie Nachrichtenwerte der Massemedien (wie zum Beispiel Konflikt, Devianz) bedienen. Jedoch stehen einzelne Proteste immer in Konkurrenz mit anderen möglichen Nachrichten, so dass sie keineswegs automatisch mit massenmedialer Aufmerksamkeit rechnen können (Hilgartner, Bosk 1988; Gamson, Wolfsfeld 1993). Außerdem weisen Massenmedien eine Präferenz für das Ereignishafte, Abweichende von Protesten auf, so dass soziale Bewegungen keineswegs damit rechnen können, dass sie und damit ihre Proteste gemäß eigenen Relevanzsetzungen in den Massenmedien präsentiert werden.<sup>5</sup> Es ist somit davon auszugehen, dass soziale Bewegungen sich selbst zwar in der massenmedial konstituierten Öffentlichkeit relativ gut anhand ihrer Proteste beobachten können, dass dieses Bild aus ihrer Perspektive aber als unvollständig und zuweilen auch verzerrt erscheinen kann.

Gerade die Verbreitungstechnologie des Internets erlaubt es nun prinzipiell, Probleme der Selektivitäten und Relevanzsetzungen der Massenmedien zu umgehen. Das Internet ermöglicht es, einen unbekanntem, unbegrenzten Adressatenkreis potentiell zu erreichen und verspricht – zumindest vom technologischen Potential her – eine Öffentlichkeit zu erreichen, ohne den »Umweg« über die Gatekeeper der Massenmedien suchen zu müssen (Garrett 2006: 214f.). Freilich ist damit nicht gesagt, dass sich über das Internet gleichermaßen gesellschaftliche Aufmerksamkeit erzeugen lässt wie durch die Thematisierung über massenmediale Organe. Und natürlich gibt es auch massenmediale Organe, die sich der Internettechnologie bedienen – man denke hier zum Beispiel an den Onlineauftritt des Spiegels oder die Huffington Post. Diese Komplikationen bezüglich des Verhältnisses der *Verbreitungstechnologie* Internet und des *sozialen Systems* der Massenmedien weglassend<sup>6</sup> kann man aber festhalten, dass sich soziale Bewegungen über bewegungseigene Websites selbst auf eine Art und Weise darstellen können, die ihren eigenen Relevanzsetzungen Rechnung trägt, und zumindest davon ausgehen, dass damit eine Öffentlichkeit – im Sinne eines unbegrenzten Adressatenkreises – erreicht werden kann. Sie können somit davon ausgehen, dass sie über ihre Internetauftritte prinzipiell für Protestadressen wie politische Autoritäten oder mobilisierbare Individuen sichtbar werden – wobei dies üblicherweise wohl besonders dann erfolgreich sein wird, wenn ihnen die Massenmedien zu gesellschaftlicher Aufmerksamkeit verhelfen. Weiterhin – und das interessiert an dieser Stelle besonders – bieten die Internetauftritte ein Forum für soziale Bewegungen, in dem sie sich *für sich selbst* sichtbar machen können. Gerade in dieser Hinsicht scheinen über das Internet zugänglich gemachte Informationen einer Bewegung ein funktionales Äquivalent für die Selbstbeobachtung im Spiegel der massenmedialen Öffentlichkeit darzustellen.

---

5 Vergleiche Gitlin (1980: 42).

6 Siehe dazu: Luhmann (1981: 28, 1996: 12f.)

## Zwischenfazit

Soweit wurde argumentiert, dass soziale Bewegungen als *sich selbst identifizierende* Zusammenhänge von Protestereignissen verstanden werden können. Weiter wurde ausgeführt, dass diese Selbstidentifikation mit zwei zusammenhängenden Problemen verbunden ist: Einzelne Proteste müssen von *amorphous happenings* aus ihren lokal-räumlichen Kontexten entbettet werden, so dass sie als isolierbare Ereignisse behandelt werden können. Dieses Dis-Embedding geht für soziale Bewegungen mit der Herausforderung einher, eine Vielzahl solcher Ereignisse in den Zusammenhang der Proteste, die eine Bewegung sich zurechnet, umzubetten (Re-Embedding). Sodann wurde argumentiert, dass die massenmedial konstituierte Öffentlichkeit für soziale Bewegungen einen Spiegel darstellt, in dem sie sich anhand ihrer Proteste beobachten können, wobei das Bild der Bewegung aber durch die Eigenlogik der Massenmedien gebrochen erscheint. Im Internet können soziale Bewegungen nun eigene Öffentlichkeiten schaffen, in denen sie sich spiegeln können. Natürlich gibt es bewegungsbezogene (Gegen-)Öffentlichkeiten nicht erst seit dem Internet, aber es kann das Argument vertreten werden, dass das Internet erstens die Selbstpräsentation wesentlich einfacher macht und dass sich zweitens neue Möglichkeiten der Selbstspiegelung bieten, wie abschließend anhand ausgewählten Materials zur Occupy-Bewegungen illustriert wird.

## Selbstbeobachtung der Occupy-Bewegung in Online-Öffentlichkeiten

Der Ursprung der Occupy-Bewegung lässt sich auf einen Protestaufruf des konsumkritischen Magazin Adbusters zurückführen. Auch wenn die Wahl von Anfangspunkten immer kontingent ist, lässt sich doch festhalten, dass die dadurch angeregte Protestkundgebung vom 17. September 2011 den Moment darstellte, indem die Occupy-Bewegung die öffentliche Bühne betrat. Waren die Occupy-Proteste zunächst ein lokal eingeschränktes Phänomen der Stadt New York, so verbreiteten sich Proteste unter dem Occupy-Label zunächst in verschiedene Regionen der USA und ließen sich bald weltweit beobachten. Der Bewegung gelang es, unterschiedliche Orte und eine Diversität von *grievances* unter dem Occupy-Label und unter dem Slogan *we are the 99%* zu vereinen. Einer der Höhepunkte der Mobilisierung im Sinne der Occupy-Bewegung stellte wohl der 15. Oktober 2011 dar, an dem in 951 Städten in 82 Ländern Proteste stattfanden, die die Occupy-Bewegung als Ausdruck ihrer selbst beobachtete. Nach einer relativ starken Mobilisierungsphase bis etwa Mitte 2012 klangen dann die Proteste immer mehr ab, so dass viele Beobachter davon ausgehen, dass die Occupy-Bewegung entweder in eine längere Latenzphase geraten ist oder mittlerweile ihr Ende gefunden hat.<sup>7</sup>

Im Folgenden will ich die skizzierte theoretische Perspektive illustrativ auf online publiziertes Material der Occupy-Bewegung beziehen. Die Fragen, die an das online verfügbare Material der Occupy-Bewegung angelegt werden müssen, lauten dann: Finden sich überhaupt Hinweise dafür, dass sich die Occupy-Bewegung als Serie von Protesten identifiziert? Falls dies der Fall ist:

-----

<sup>7</sup> Zu Occupy siehe zum Beispiel Calhoun (2013); Gitlin (2012); Juris (2012); Costanza-Chock (2012).

Mit welchen Mitteln leistet die Occupy-Bewegung die Selbstabstraktion als Serie von Protesten? Wie macht sie die Dekontextualisierung einzelner Proteste und ihre Rekontextualisierung in einer Serie von anderen Protesten plausibel? Und: Wie macht sie sich selber als Serie von Protesten überhaupt beobachtbar?

Zunächst einmal lässt sich feststellen, dass sich im Internet eine Vielzahl von Webseiten findet, die sich selbst als Publikationsorgane der Bewegung darstellen und mithin Selbstbeschreibungen der Bewegung anbieten. Typischerweise identifizieren sich diese Seiten schon in ihrem Domain-Namen als Repräsentanten der Bewegung, indem sie beispielsweise auf den Namen *occupy* rekurren oder sich des Slogans *we are the 99%* bedienen. Sie lassen sich weiterhin der Bewegung zuordnen, sofern sie sich explizit mit der Bewegung identifizieren. Betrachtet man solche Seiten, lassen sich eine Vielzahl von Funktionen ausmachen, die sie erfüllen sollen. So finden sich Vorschläge für diagnostische und prognostische Rahmungen, aber auch Motivvokabulare und Mobilisierungsaufrufe sind identifizierbar. Untersucht man das Material aber vor dem Hintergrund der eben vorgestellten Thesen und Fragestellungen, stößt man regelmäßig auch auf Selbstthematierungen, die die Bewegung als Ausdruck einer Serie von Protesten beschreiben.

*A Selbstbeobachtung durch Karten:* Es findet sich eine Vielzahl von Darstellungen, in denen sich die Bewegung selbst anhand von *Karten* beschreibt, auf denen Proteste, die die Bewegung sich zurechnet, eingetragen sind. Die Karten bilden selbstverständlich auch Unterschiede der Proteste ab – nämlich dass sie eben an unterschiedlichen Orten veranstaltet wurden. Gleichzeitig werden die Proteste üblicherweise in Form von Punkten oder vergleichbaren Markern abgebildet, die sie sozusagen vor dem Hintergrund der Karte hervorheben und mithin ihre Similarität unterstellen. Alle lokalen Differenzen der Proteste – zum Beispiel wogegen sie im Speziellen protestiert haben, vor welchem lokalen politischen Kontext sie sich vollzogen haben – verschwinden in dieser Darstellung gänzlich. Dass zum Beispiel die Proteste in New York und in Oakland – obwohl sie beide vor dem gleichen nationalstaatlichen Hintergrund der USA stattfanden – auf je spezifisch lokale Probleme verwiesen haben und unterschiedlichen Dynamiken gefolgt sind, wird (und soll auch) durch die Punktedarstellung ausgeblendet (werden). In New York Stadt haben die Proteste relativ direkt an die Proteste der *New Yorker against Budget Cuts* angeschlossen, die – wie der Name sagt – gegen Kürzungen des städtischen Budgets protestierten. In Oakland war bei den Protesten dagegen eine starke Thematisierung polizeilichen Machtmissbrauchs zu beobachten – besonders am Fall des im Jahr 2009 durch Polizeigewalt gestorbenen Oscar Grant. Sie waren also durchaus in erheblichem Sinne lokal kontextualisierte Proteste. Unter Rückgriff auf visuelle Darstellungsformen wird mit diesen Karten jedoch *gezeigt*, dass die Bewegung sich durch eine Vielzahl von Protesten auszeichnet, die von gleicher Qualität sind. Unterschiede werden zuweilen höchstens in quantitativer Hinsicht gemacht – Protestorte mit großer Mobilisierung werden zuweilen durch größere Punkte dargestellt. Aber die Bewegung reflektiert nicht nur ihre Vergangenheit als Serie von Protesten, sondern antizipiert in gewissen Darstellungen auch ihre Zukunft anhand geplanter Protestanlässe. Die Bewegung beobachtet sich anhand von Karten mithin als Einheit der Differenzen geographisch unterschiedlich situierter, qualitativ jedoch identischer Proteste.

*B Selbstbeobachtung durch Zeitlinien:* Während Karten die Bewegung vom Darstellungsprinzip her natürlich den Zusammenhang der Bewegung als Serie geographisch verteilter, aber qualitativ identischer Proteste aufzeigt, findet sich regelmäßig auch eine Form der Selbstbeschreibung, die die Occupy-Bewegung als Verweisungszusammenhang zeitlich aufeinander folgender Proteste darstellt. Dies wird immer wieder durch *Zeitlinien* geleistet, die einzelne Proteste, die die Bewegung sich zurechnet, in eine zeitliche Reihenfolge bringen. Diese Zeitlinien identifizieren üblicherweise Proteste, die der Bewegung als besonders wichtige Momente gelten. Diese Proteste werden dann chronologisch geordnet. Während das Darstellungsprinzip der Karten vor allem auf die Similarität der Proteste anhand ihrer visuellen Reduktion auf Punkte verweist, leisten Zeitlinien noch etwas weiteres: Die ausgewählten Proteste werden nicht nur in eine zeitliche Ordnung gebracht, sondern auch visuell mittels Linien verbunden, so dass gewissermaßen gezeigt wird, dass ein Zusammenhang zwischen den Protesten besteht: Die Proteste gehen auseinander hervor. Proteste werden so in einen Zusammenhang anderer Proteste gesetzt, die die Bewegung sich zuordnet, während die lokale Gebundenheit und damit der unmittelbare Entstehungs- und Vollzugskontext gänzlich ausgeblendet werden. In einigen Darstellungen, die im über das im Internet verbreiteten *Occupy Wall Street Journal* verbreitet wurden, nimmt die Linie, die Proteste miteinander verbindet, eine Form an, die an die Darstellungsweise der Herzfrequenz erinnert.<sup>8</sup> Es wird hier also geradezu darauf verwiesen, dass die Proteste die Lebenslinie der Bewegung fortführen. Die Bewegung beschreibt sich also tatsächlich als Serie aneinander anschließender Proteste und erzeugt Similarität und Konnektivität der Proteste durch visuelle Formen der Veranschaulichung, die die Proteste von ihrer situativen Reflexivität reinigt und in ein neues Bezugssystem – nämlich dasjenige anderer, zusammengehörender Proteste – einordnet.

Auch im Fall der in Zeitlinien aufgegriffenen Proteste erweist sich bei genauerem Hinschauen, dass sie regelmäßig auf stark lokale Problemkonstruktionen verweisen. So werden in der Zeitlinie der zweiten Ausgabe des *Occupy Wallstreet Journals* zwei Proteste als Ausdruck der Bewegung geführt, die auf relativ spezifische Problemkonstruktionen verweisen, deren Relation zur Occupy-Bewegung keineswegs evident ist.<sup>9</sup> Zum Beispiel werden Proteste, die sich über die Hinrichtung des zum Tode verurteilten Troy Davies im Bundesstaat Georgia empörten, gleichermaßen der Occupy-Bewegung zugeschlagen wie der Hungerstreik von 12.000 Häftlingen, die gegen die Haftbedingungen im Bundesstaat Kalifornien protestierten. Es soll damit keineswegs gesagt sein, dass diese Proteste nicht plausibel der Occupy-Bewegung zugerechnet werden können. Jedoch weisen solche Beispiele darauf hin, dass einzelne Proteste immer auch auf ihre lokale Situierung verweisen und nur durch abstrahierende Typisierung zu einem Protest einer bestimmten Bewegung werden können.

Was für Schlüsse lassen sich nun aus diesem Material ziehen? Diese Selbstbeschreibungen der Bewegung als Einheit geographisch verteilter Proteste und als temporal geordnete Anschlüsse verschiedener Proteste aneinander machen erstens die Annahme plausibel, dass die

---

<sup>8</sup> Siehe zum Beispiel: [occupiedmedia.us/download-the-paper](http://occupiedmedia.us/download-the-paper), 8.7.2013.

<sup>9</sup> Occupy Wall Street Journal, Issue 2, [occupiedmedia.us/download-the-paper](http://occupiedmedia.us/download-the-paper), 8.7.2013.

Bewegung *sich selbst* als Serie von Protesten identifiziert. Zweitens zeigt sich, dass kontextuelle Eigenheiten einzelner Proteste invisibilisiert oder zumindest abgedunkelt werden müssen, damit Einzelproteste nachvollziehbar in den Zusammenhang anderer Proteste eingeordnet werden können. Insofern stützt das Material die These, dass die Selbstbeobachtung in dem Sinne für soziale Bewegungen ein Problem darstellt, als sie selbst Arbeit in die De- und Rekontextualisierung ihrer Proteste investieren müssen. Diese Arbeit wird bei Occupy besonders in der Online-Öffentlichkeit geleistet, die die Bewegung mit ihren Webseiten konstituiert. Die beiden Beispiele, die soweit vorgestellt wurden, machen nun offensichtlicher Weise nur eingeschränkt Gebrauch von den Möglichkeiten, die neue Medien bieten. Sie wären problemlos auch über gedruckte Flugblätter oder Bewegungszeitungen verbreitbar. Was sie auszeichnet, ist eigentlich nur, dass sie im Internet verbreitet werden. Abschließend soll deshalb noch ein Beispiel vorgestellt werden, in dem die Möglichkeiten neuer Medien durch die Bewegung um einiges konsequenter ausgeschöpft werden.

Es handelt sich hier um die Webseite *map.occupy.net*.<sup>10</sup> Sie stellt eine bemerkenswerte Reaktion auf das Selbstidentifizierungsproblem der Bewegung dar. Interessant ist hierbei einerseits, dass diese Seite die Selbstbeobachtung der Bewegung durch Karten und Zeitlinien kombiniert. Andererseits ist an dieser Seite bemerkenswert, dass die Selbstdarstellung der Bewegung anhand von protestbezogenem Handeln als *Bottom-up*-Prozess einer Vielzahl von Bewegungsteilnehmern erzeugt wird.

Auf dieser Seite können Occupy-Aktivisten über Computer oder ihre Smartphones direkt Berichte über protestbezogene Ereignisse auf die Website hochladen. Diese Ereignisse werden dann auf der Seite in einem Archiv sichtbar, wenn sie von einem einzelnen Mitglied hochgeschaltet wurden, bleiben aber zunächst in einem *unverifizierten* Status, bis sie von anderer Seite *verifiziert* werden – es gibt also einen Kontrollmechanismus, um zu gewährleisten, dass die gemeldeten Ereignisse auch nachweislich stattgefunden haben. Tatsächlich gilt die große Mehrheit der Ereignisse auf der Webseite als verifiziert.<sup>11</sup>

Diese Internetseite reagiert auf besonders interessante Weise auf das Problem der Protestbewegung, sich selbst als Einheit von Protesten zu beobachten: Die Selbstabstraktion der Bewegung wird hier nicht durch klar identifizierbare Instanzen (einzelne Teilnehmende, bestimmte Bewegungsorganisationen) geschaffen, sondern geradezu von der Bewegung als *Kollektivakteur* selbst erzeugt. Man kann kaum unterstellen, dass sie auf eine(n) bestimmte(n) Autor/-in – seien es individuelle Teilnehmende einer Bewegungsorganisation oder ein Redaktionsteam – zurückzuführen ist. Etwas zugespitzt formuliert könnte man argumentieren, dass hier geradezu die Bewegung selbst als Autorin in Erscheinung tritt. Freilich ist nicht abschätzbar, wie vollständig und adäquat die Beiträge im Einzelnen sind. Es ist davon auszugehen, dass die Qualität und Angemessenheit der hochgeschalteten *Reports* variiert. Dies ist aber für das hier vertretene Argument auch gar nicht in einem strengen Sinne nötig. Vielmehr veranschaulicht diese Seite eindrücklich, dass es für die Bewegung zur Herausforderung wurde, sich selbst anhand der ihr

---

<sup>10</sup> Zuletzt eingesehen am 8.7.2013.

<sup>11</sup> Vergleiche *map.occupy.net/reports*, 8.7.2013.

zuordenbaren protestbezogenen Handlungen zu beschreiben. Auf der Grundlage dieser von Bewegungsteilnehmenden hochgeschalteten Proteste erstellt die Seite dann eine Karte sowie eine Zeitlinie der Occupy-Proteste, die in einer Graphik zusammen dargestellt werden. Diese *Kombination von Karte und Zeitlinie* liefert gewissermaßen eine visualisierte Selbstabstraktion der Occupy-Bewegung, die auch der durch Protestereignisse konstituierten Temporalität der Bewegung Rechnung trägt. Die Spiegelmetapher der Selbstbeobachtung erscheint gerade am Beispiel dieser Seite als sehr angebracht. Einzelne Bewegungsteilnehmende schalten bewegungsbezogene Einzelereignisse hoch, die in ihrer Aggregation durch die Internetseite ein (Spiegel-)Bild der Bewegung als Gesamtheit ihrer temporal-räumlich verteilten Protestaktivitäten erzeugt.

## Literatur

- Ahlemeyer, H.W. 1995: Soziale Bewegungen als Kommunikationssystem. Einheit, Umweltverhältnis und Funktion eines sozialen Phänomens. Opladen: Leske + Budrich.
- Benford, R.D., Snow, D.A. 2000: Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26. Jg., 611–639.
- Calhoun, C. 2013: Occupy Wall Street in Perspective. *The British Journal of Sociology*, 64. Jg., Heft 1, 26–38.
- Costanza-Chock, S. 2012: Mic Check! Media Cultures and the Occupy Movement. *Social Movement Studies*, 11. Jg., Heft 3 und 4, 375–385.
- Eyerman, R. 2006: Performing Opposition or, How Social Movements Move. In J.C. Alexander, B. Giesen, J.L. Mast (Hg.), *Social Performance. Symbolic Action, Cultural Pragmatics, and Ritual*. Cambridge: Cambridge University Press, 193–217.
- Gamson, W.A., Wolfsfeld, G. 1993: Movements and Media as Interacting Systems. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Heft 528, 114–125.
- Garrett, R.K. 2006: Protest in an Information Society. A Review of Literature on Social Movements and New ICTs. In *Information, Communication & Society*, 9. Jg., Heft 2, 202–224.
- Gitlin, T. 1980: *The Whole World Is Watching. Mass Media in the Making and Unmaking of the New Left*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Gitlin, T. 2012: *Occupy Nation. The Roots, the Spirit, and the Promise of Occupy Wall Street*. New York: Harper Collins.
- Hellmann, K.U. 1996: *Systemtheorie und neue soziale Bewegungen. Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hilgartner, S., Bosk, C.L. 1988: The Rise and Fall of Social Problems: A Public Arenas Model. *American Journal of Sociology*, 94. Jg., Heft 1, 53–78.
- Hunt, S.A., Benford, R.D., Snow, D.A. 1994: Identity Fields: Framing Processes and the Social Construction of Movement Identities. In E. Laraña, H. Johnston, J.R. Gusfield (Hg.), *New Social Movements. From Ideology to Identity*. Philadelphia: Temple University Press, 185–207.
- Juris, J.S. 2012: Reflections on #Occupy Everywhere: Social Media, Public Space, and Emerging Logics of Aggregation. *American Ethnologist*, 39. Jg., Heft 2, 259–279.
- Kitschelt, H.P. 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. *British Journal of Political Science*, 16. Jg., Heft 1, 57–85.
- Koopmans, R. 2004: Movements and Media: Selection Processes and Evolutionary Dynamics in the Public Sphere. *Theory and Society*, 33. Jg., Heft 3 und 4, 367–391.
- Laclau, E. 2002: *Emanzipation und Differenz*. Wien: Turia + Kant.



- Lipsky, M. 1968: Protest as a Political Resource. *The American Political Science Review*, 62. Jg., Heft 4, 1144–1158.
- Luhmann, N. 1981: Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation. In ders., *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 25–34.
- Luhmann, N. 1991: *Soziologie des Risikos*. Berlin: De Gruyter.
- Luhmann, N. 1996: *Die Realität der Massenmedien*. 2. erweiterte Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 2002: *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Polletta, F., Jasper, J.M. 2001: Collective Identity and Social Movements. *Annual Review of Sociology*, 27. Jg., 283–305.
- Schmitt-Beck, R. 1990: Über die Bedeutung der Massenmedien für die Mobilisierung sozialer Bewegungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 42. Jg., Heft 4, 642–663.
- Stryker, S. 2000: Identity Competition: Key to Differential Social Movement Participation? In S. Stryker, T.J. Owens, R.W. White (Hg.), *Self, Identity, and Social Movements*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 21–40.
- Tilly, C. 1995: *Popular Contention in Great Britain. 1758–1834*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Tilly, C., Tarrow, S. 2007: *Contentious Politics*. Boulder: Paradigm.
- Tuchman, G. 1980: *Making News. A Study in the Construction of Reality*. New York, London: MacMillan.

»Medienskandale und Medienstigmata« der Sektion Medien- und  
Kommunikationssoziologie, in Kooperation mit der  
Sektion Soziale Probleme und soziale Kontrolle  
– organisiert von Axel Groenemeyer und Dagmar Hoffmann

# Die mediale Konstitution der Moralpanik um die Missbrauchsdelikte

Daniela Klimke und Rüdiger Lautmann

*Beitrag zur Veranstaltung »Medienskandale und Medienstigmata« der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie, in Kooperation mit der Sektion Soziale Probleme und soziale Kontrolle – organisiert von Axel Groenemeyer und Dagmar Hoffmann*

## Die mediale Erfindung des Pädophilen

Seit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft wird die Organisation des Sexuellen verhandelt. Seitdem herrscht auch die Vorstellung, das Sexuelle sei problematisch und in ihm liege der Schlüssel zum Subjekt. Zugleich wurden sündige Handlungen zu perversen Persönlichkeiten gruppiert. Während der Geständniszwang das Sexuelle erfasste, dem Geheimnisse über seinen *Eigner* zu entlocken waren, entstanden vor etwa zweihundert Jahren die »öffentlichen Kulturen des ›social problem sexual talk« (Plummer 2004: 522). Die sexuellen Disparitäten sollen sich zeigen und zum Reden gebracht werden – seit einigen Jahrzehnten aber sind es die Opfer, die die medial höchst präsenten Sexualdiskurse um intime Gewalt bestimmen.

Medial geführte viktimistische Sexualprobleme haben seit den achtziger Jahren eine Kunstfigur des Pädophilen geschmiedet, eine Projektionsfigur, an die sich in den vergangenen Jahrzehnten eine beachtliche Reihe von Sexualproblemen heften konnte. Sie unterscheidet sich gravierend von der Realfigur der Pädophilie, wie sie in unterschiedlichen Fachdiskursen verhandelt wird. Einst spielte der Pädophile als distinkte Kategorie einer perversen Persönlichkeit in den Sexualwissenschaften nur am Rande mit (Angelides 2005: 277). Auch in der Öffentlichkeit führte Pädophilie bis Ende der siebziger Jahre eine blasse Existenz. Soweit sich mit dem Pädophilen überhaupt Vorstellungen verbanden, galt er als harmlos, bemitleidenswert und geriet sogar zum Opfer kindlicher Verführungskunst (Angelides 2005: 277).

Um die Pädophilie in diesem *klassischen* Sinne bleibt es seitdem still. Sie war einst höchstens am Rande der Homosexuellenbewegung vernehmbar. Die Betroffenen sind mehr denn je zum Stillschweigen gebracht und ebenso die Wissenschaft, die nicht in den aufgebrachten Ton des öffentlich geführten Missbrauchsdiskurses einstimmt oder präventive Rezepte anbietet. Als

Realfigur kann die Pädophilie gegenwärtig nicht aus der Deckung kommen, hingegen als schillernder Repräsentant sexueller Abgründe steht sie im Zentrum öffentlicher Erregung. Die Figur des Pädophilen wird inzwischen allein von außen konturiert und dabei weitgehend unbestimmt gelassen.

Eine Gemengelage sexueller Interaktionen mit Nichterwachsenen wird der Figur des Pädophilen zugeschlagen. Mit dem Pädophilen in seiner empörten Wahrnehmung ist eine Sonderpersönlichkeit geschaffen worden, die auf der Bühne öffentlichen Schauderns eine Hauptrolle spielt. Damit wird dem von Foucault beschriebenen Sexualitätsdispositiv eine weitere späte Figur hinzugefügt, die alle anderen zumindest in den Schatten stellt. Gleichauf mit der fortschreitenden Entpathologisierung der Homosexualität, rückte die Figur des Pädophilen ins Blickfeld und verschob den Grenzbereich der Perversionen (Angelides 2005). Zu unterscheiden ist hierbei das Realphänomen der Pädophilie vom Sozialproblem des sexuellen Missbrauchers, der zum Volksteufel und zum Verursacher intimen Leids stilisiert wurde.

Einst eine Randfigur im Kabinett der sexuellen Abweichler, steht die Figur des Pädophilen seit den achtziger Jahren für die Perversion schlechthin mit einigen vagen Kennzeichen, die weniger dem Verstehen dienen als der Ausweitung des Problemgehalts. Damit hat der – immer männliche – Pädophile stereotypisierte Erkennungsmerkmale bekommen: Vor allem gehört dazu die Annahme eines Missbrauchszyklus, wonach in einer Art Erbsünde aus Opfern später Täter werden. Er weist vage äußere Indizien auf (vor allem die Überrepräsentanz in Berufen mit Kontakt zu Kindern). Dabei erlangt er eine allgegenwärtige Präsenz, die ihn in der scheinbaren Normalität verschwinden lässt, als eine Art von *sexuellem Schläfer*, der äußerlich gut angepasst das Böse in sich trägt und planvoll umsetzt. Und schließlich manifestiert sich die Sonderpersönlichkeit noch in der Nicht-Therapierbarkeit seiner Lüste, die damit immer Teil von ihm bleiben.

Bleibt die Realfigur des Pädophilen weithin unsichtbar, definieren Opfer unter der viktimistischen Deutungsmacht medial gern verbreitet die Situation. Nicht mehr der Sex soll zum Reden gebracht werden, sondern die Leidtragenden und die Vertreter ihrer vermeintlichen Interessen aus Medien, Politik, Sozialarbeit und Kinderschutz mit all den damit verbundenen Affekten. So entfallen jedwede Differenzierungen. Hören wir von Opfererlebnissen, bleiben sie plakativ. Die Ereignisse und Interaktionen einer pädosexuellen Adressierung werden zumeist nicht benannt, häufig werden diese vermischt mit non-sexueller Gewalt gegen Kinder. Überdies bleibt zumeist der situative Kontext verschwiegen (Gewalt/Konsens, Inzest, Beziehungsform) sowie das Begehren, ob es sich etwa um situative bzw. kernpädophile Adressierungen handelt. Eine Diffusion und Allgegenwärtigkeit sexueller Gefährdungen von Kindern wird insinuiert, deren Folgen als ebenso überbordend postuliert werden wie sie nicht belegt sind. Die freimütigen Bekenntnisse der Opfergeschichten haben sich kulturell so weit durchgesetzt, dass sie von der Couch der Psychoanalyse in den halbprivaten Raum der Selbsthilfegruppen bis hin zu den öffentlichen Darstellungen der privaten Leidenserfahrung etwa in Talk-Shows oder in der »diseased victim literature« (Furedi 2004: 41) gelangten.

Im Gegensatz zu ehemals, als das Problem des Sexuellen mitten *in* uns war und sich an der *Sittlichkeit* rieb, sind die Pädophilen mitten *unter* uns in der Normalität des Alltags, wie man nicht müde wird zu betonen, und konfrontieren *Opfer*. Die Rede von der Allgegenwärtigkeit – mitten unter uns, in allen Schichten, jeden Alters etc. – weist die Pädophilie als normal-perverse Disposition aus. Dies dient nicht einfach nur der skandalisierenden Problemausweitung, einer übli-

chen Strategie von Moralunternehmern. Hier lässt sich eine medial höchst aktiv vollzogene viktimistische Wende im Sexualitätsdispositiv rekonstruieren.

In Weiterentwicklung des modernen »Geständniszwangs« (Foucault 1977) traten so zwei Verschiebungen ein. Zum einen fand ein Rollenwechsel im Bekenntnis statt. War es einst der sexuell Deviante, der seine innersten Abgründe der Wissenschaft und dem Therapeuten zeigen sollte, ist es nun vor allem das Opfer sexueller Annäherungen, das von sich reden macht. Zum anderen offenbarte das Subjekt einst sein Wissen von sich selbst gegenüber Experten. Inzwischen sind die Opfererlebnisse Teil einer öffentlichen Erzählkultur. Beibehalten wurde dabei der Glaube an die heilende Wirkung des Bekenntnisses und umgekehrt der an die krankmachenden Folgen, sein Innerstes für sich zu behalten.

## Sexuelle Gewaltdiskurse

Beginnen wir mit den einfachen Gedanken. Beim Topos *sexueller Missbrauch* handelt es sich um ein *Sozialproblem* und nicht (oder: nicht nur) um ein *bloßes Faktum*. Als Problemdiskurs werden Fakten wahrgenommen (Zahl und Arten der sexuellen Aggressionen, Schwere der Folgen für die Opfer, Vorgehen und Entdeckung der Täter usw.). Diesen Realumständen wird die Bedeutung eines *Missstands* beigelegt: das Gewicht der Wertverletzung und der Ruf nach gesellschaftlichem Einschreiten. Zu den einfachen Gedanken gehört auch, dass die Medien am Problemdiskurs beteiligt sind.

Wir müssen aber genauer fragen: Leisten die Medien einen eigenständigen Beitrag zur Problematisierung oder wird in ihnen die öffentliche Erregung bloß abgebildet? Und wie lässt sich das abgrenzen? Die Medienwirkungsforschung hat hierzu keine einfache Antwort. Journalistik arbeitet weder wie ein Forschungsprojekt noch wie eine Untersuchungskommission. Sie berichtet über Erkenntnisse – und sie beschafft welche. Auf beiden Ebenen wirken Medien mit an der Konstitution eines öffentlichen Themas. Angesichts dieser Vorreiterfunktion (in der Psychologie *Primacy Effect* geheißen) schlägt eine durch Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen einheitlich übermittelte Botschaft widerstandslos durch und prägt die öffentliche Meinung und die kollektive Gestimmtheit. Emotionen der Bedrohung durch allüberall lauernernde Gefahren werden evoziert. Sie betreffen die *eigene* Biographie und die *aller* Frauen und Kinder. Die heutige Verfolgung von Sexualtätern wird mit der einstmaligen von Hexen verglichen, weil Rede- und Kritikverbote bestehen und Betroffene auch einen unbegründeten Verdacht nie mehr loswerden (Seifert 2014: 65). So steigerte sich das Sozialproblem Sexualstraftaten zuletzt zur Moralpanik im Sinne von Stanley Cohens Begriffsprägung von 1972, wie eine Reihe soziologischer Beobachter/-innen unterstrichen hat (Jenkins 1992, 1996; Critcher 2003, 2006; Seifert 2014: 115). Ohne das Mediengewitter hätte es dazu nicht kommen können.

Die Medien haben indes die Moralpanik und die Pädophilen als Volksteufel nicht originär erschaffen, wohl aber zum einen vorhandene gesellschaftliche Verdachtsmomente verstärkt und zum pädophilen Narrativ verdichtet und sich zum anderen vom nach wie vor durch innerfamiliäre sexuelle Gewalt dominierten Fachdiskurs gelöst. Wird der Fachdiskurs vom Gedanken der strukturellen Gewalt geprägt, konzentrieren sich die Medien auf die greifbarere Form der Ge-

walztätigkeit einzelner Individuen, oft Serientäter, und seit Mitte der neunziger Jahre zusätzlich auf pädosexuelle Missbrauchssyndikate. Diese Verschiebung von den (patriarchalen) Verhältnissen auf perverse Individuen und Netzwerke ermöglicht zugleich, eine Lösbarkeit des Problems in Form einfacher, zumeist stark punitiver Maßnahmen zu präsentieren (Kitzinger 1999: 135). Der Mediendiskurs vereinfacht den Fachdiskurs somit in zweifacher Weise als stark kontrastierende Begegnung von unschuldigen mit gefährlichen Individuen und mit gesellschaftlich wohlvertrauten repressiven Maßnahmen als Lösung des Problems. So überführt der Mediendiskurs komplexe Fragen gesellschaftlicher Machtverteilung in die einfachen von Gut und Böse und erreicht so eine moralische Schließung.

Die beiden eigenständigen Problemdiskurse lassen sich mit folgenden Stichworten skizzieren.

Mehrstimmiger <b>Fachdiskurs</b> seit sechziger Jahren	Eigenständiger <b>Mediendiskurs</b> seit achtziger Jahren
Interessengruppen (Feminismus, Kinderschutz), Wissenschaft	Nachrichten- und Unterhaltungswert (angelehnt an Krimi, Thriller)
Frauenrechte: Missbrauch als strukturell patriarchal	Moral: Zusammenprall von Gut und Böse
der normale Mann als Täter	Täter ist männlich, krankhaft, meist vorbestraft, oft Sozialhilfeempfänger, hat oft Kontakt zu Missbrauchssyndikat
Väter als Täter	Fremdtäter <i>Kinderschänder</i> <i>Pädophiler</i>
Opferorientierung (Aufdeckung, Folgen)	Täterorientierung (Strafe)

## Fachdiskurs

Die Ursprünge des Fachdiskurses um den sexuellen Missbrauch von Kindern reicht in die sechziger Jahre zurück, als auf einem US-amerikanischen Fachkongress das Thema körperlich misshandelter Kinder («Battered Child Syndrom») die Aufmerksamkeit erst des Fachpublikums, dann der Öffentlichkeit erreichte und umfängliche gesetzliche Aktivitäten in allen Bundesstaaten auslöste. Ging es bis in die achtziger Jahre allein um non-sexuelle Gewalt an Kindern, dominierte bald die feministische Perspektive und verschob den Akzent auf familiäre sexuelle Gewalt an Kindern und Frauen (Jenkins 1992: 101 ff.). Während sich der feministische Kampf in den siebziger Jahren zuvörderst gegen Pornografie richtete («Pornografie ist die Theorie, Vergewaltigung die Praxis», so etwa die Parole von Robin Morgan), gelang eine ganze Reihe von Themensetzungen und erst etwa zehn Jahre später, mit dem Problem des sexuellen Missbrauchs von Kindern,

eine breit konsensfähige sexuelle Skandalisierung, in deren Windschatten sich immer neue Probleme sexueller Gewalt etablieren können und sehr erfolgreich mitlaufen.

Diese Themensetzung bringt bis heute eine ungebrochene Aufmerksamkeit für die Botschaft, männerdominierte Strukturen seien in ihrem Kern gewalttätig und damit ein soziales Problem. Der sexuelle Missbrauch wurde als Folge patriarchaler Familienverhältnisse und gesellschaftlicher Machtverteilung gedeutet. Ein wohl einzigartiger Vorgang wurde in Gang gesetzt. Sämtliche Phänomene sexueller Übergriffigkeit, die vor gar nicht langer Zeit zu den herausragenden Opferlagen gehörten, denen fraglos ein Anteil individueller Mitverursachung und Schuld zugeschrieben wurde, fallen innerhalb weniger Jahrzehnte der Skandalisierung, den sozialen Problemen ohne jegliche Verschuldung des Opfers zu. So sind heute die ursprünglich feministischen Botschaften als »breites Massen-Sozialphänomen« (Fraser 2009: 107 f.) mit »leitkulturellem Charakter« (Marx 2007: 523) gesellschaftlich fest etabliert.

Mit der Herleitung des Missbrauchs aus patriarchalen Bedingungen trat gleichauf eine Normalisierung der männlichen Akteure ein. Nicht mehr der fremde, perverse, unterschichtige Mann wird der sexuellen Gewaltigkeit verdächtigt, sondern Intimgewalt gilt als eingeschrieben in die gesellschaftlichen Strukturen. Der Ort der Gefahr ist hiernach auch nicht mehr der öffentliche Raum in den Abendstunden, dem sich auszusetzen auch immer die Frauen verdächtig machte, sondern die heterosexuelle Normalfamilie, wovon auch das berühmte Buch »Väter als Täter« (Kavemann, Lohstöter 1984) zeugt. Das Skandalon liegt also gerade nicht in einer sexuellen Aberration, sondern in der Ubiquität sexueller Gefahren, die nicht vorausgesehen und individuell therapiert werden können, und mit denen sich die patriarchalen Machtverhältnisse als gewalttätig entblößen.

Durch geschickte Themensetzungen sind ganz eindeutige Fronten der Problemwahrnehmung und der Schuld geschaffen worden, die reine unschuldige Opferlagen produzieren konnten.<sup>1</sup> Mit diesem Opferdiskurs sexueller Gewalt wird gezielt ein Publikum aus der Sozialarbeit und der Psychotherapie angesprochen, das die Folgen des sexuellen Missbrauchs bearbeitet. Nach Inkrafttreten des deutschen Gewaltschutzgesetzes 2002 wurden auch die polizeilichen Routinen bei Intimgewalt geändert (zum Beispiel Wegweisung, Vermeidung sekundärer Viktimisierung).

## Mediendiskurse

Der Mediendiskurs hob in den achtziger Jahren an und ist seitdem durch eine Vielzahl von neuen Themen um den sexuellen Missbrauch ständig erweitert und am Laufen gehalten worden. Eine Auszählung der Berichte in der Bild-Zeitung über Kindesmissbrauch durch die Süddeutsche Zeitung (1998: 24) zeigt ein Anschwellen der Berichterstattungsaktivitäten von jährlich einigen über bis zu zwanzig Artikeln in den achtziger Jahren bis hin zu über 150 im Jahre 1990. Danach sinkt die Anzahl wieder ab, um nach 1994 steil anzusteigen auf 350 Berichte im Jahre 1998. Im

---

<sup>1</sup> Sexualität war bereits seit etwa 200 Jahren als soziales Problem etabliert. Verstanden wurde es aber zuvörderst als moralische Herausforderung, die darin bestand, eine sittliche Einhegung des sexuellen Begehrens zu sichern (Plummer 2004: 522). Als Opfer unzureichender sexueller Ordnung galten damit nicht bestimmte Individuen, sondern Sittlichkeit und Anstand.

Vergleich mit der Fachliteratur berichten die Printmedien über den sexuellen Kindesmissbrauch weitaus einheitlicher, sodass ein eigenständiger Printmediendiskurs entstanden ist. Ausgegangen wird von einer *typischen* Kasuistik, angelehnt an die Unterhaltungsgenres Krimi oder Thriller. Das Böse eignet sich allemal eher zur Meldung als das Gute. Das eine ist kurzweilig und spannend, das andere langweilig und anstrengend.

Die feministische, antipatriarchale Einfärbung wird in den Printmedien meist vermieden (Rapold 2002: 147-152). »Die Missbrauchsfrage ist so von einer Frauenrechtsfrage zum moralischen Problem der Gesellschaft mutiert« (Rapold 2002: 152). Moralischer Anstand und ethische Ordnung sind die Wertmaßstäbe des Printmediendiskurses, wie schon im Sittlichkeitsdiskurs in der Ära nach dem Nationalsozialismus. Die Missbrauchsberichte stellen vollkommen bössartige Täter gegen gute unschuldige Opfer. Damit produzieren sie eine vorreflexive Einigkeit in der Diagnose eines moralischen Verfalls. Wir alle werden, sei es real, sei es symbolisch, zu Opfern der sexuellen Aggression gegen die Schuldlosen. Die Sünde der Täter kommt über die Gesellschaft als Ganze und verdirbt unsere Zukunft. Neu hinzugetreten sind Mängel »der staatlichen *Obrigkeit* und eine internationale *Hyperstruktur*«. Für die Printmedien der achtziger und neunziger Jahre resümiert Rapold (2002: 102-112) das Auftauchen des Modells *Missbrauch* und *Kinderschändung* (anstelle von gelassenen Bezeichnungen der intergenerationalen Sexualkontakte). Die von bestimmten Bewegungssprechern vorgegebenen Muster wurden nahtlos übernommen und damit popularisiert: die Rede von der großen Zahl, die Nivellierung der Begrifflichkeit, Metaphern wie Trauma, die Täter-Opfer-Dichotomie. Die Vokabulare betonen Aspekte der Gewalt sowie der Dominanz versus Hilflosigkeit. Die sexuelle Misshandlung wird als *Mord an der Kinderseele* bezeichnet. Hatte es anfänglich noch Bezugnahmen auf den Fachdiskurs gegeben – in dem vor einem Perhorreszieren und Nivellieren gewarnt wurde –, schwiegen bald die abwägenden Stimmen, mundtot gemacht durch eine drohende Etikettierung als Verharmloser/-innen und Mittäter/-innen.

Der männliche Täter ist krankhaft, meist vorbestraft, oft Sozialhilfeempfänger, oft hat er Kontakt zu einem Missbrauchssyndikat. Das Opfer stellt sich typischerweise als *kleines* passives Mädchen dar (bei Pornografie und Prostitution gelegentlich auch ein Junge). Häufig heißt es *Kinderschändung*, »eine Begriffswahl, die die dramatisierenden und moralisierenden Akzente des Diskurses der Printmedien hervorhebt und die Gefährlichkeit der sexuellen Attacke für das Kind betont« (Rapold 2002: 149).

Es dominieren Berichte zum schweren Missbrauch und über spektakuläre Einzelfälle; Taten von Fremden (statt im sozialen Nahbereich) werden hochgespielt (Scheufele 2005: 73). Die Horror- und Bedrohungsszenarien eines Massenmissbrauchs oder international organisierter Verflechtungen werden durch die Medien bebildert, betextet und kommuniziert. Zur Dramatisierung dienen Behauptungen über »mafiaartig organisierte Pädophilen-Ringe«, die »Kinder entführen und zum Sex versklaven« und die »mit Kinderpornografie Unsummen verdienen« (Norlik 2013: 417).

Emblematisch hierfür war der Fall Dutroux aus Belgien, der den weiteren Mediendiskurs nachhaltig geprägt hat:

Der Belgier Marc Dutroux, geb. 1956, hat in den frühen neunziger Jahren mehrere Mädchen in seine Gewalt gebracht und gefangen gehalten. Von den fünf Vergewaltigten waren zwei erst zwölf Jahre alt. Anscheinend sollte mit ihnen pornographisches Material produziert werden. Vier kamen um. Der Fall wurde 1996 entdeckt und erregte höchstes Aufsehen, auch in Deutschland.



Der Täter wurde meist als Pädophiler bezeichnet; seine Taten standen von nun an als typisch für sexuellen Kindesmissbrauch (Beispiele: Stern vom 25. 2. 2004; Bild-Zeitung vom 3. 3. 2004; The Scotsman vom 18. 6. 2004; BBC Nachrichten vom 22. 6. 2004).<sup>2</sup>

Acht Jahre nach den Vorfällen, als im Strafprozess die Taten detailliert geklärt waren, war immer noch ständig vom »Pädophilen Dutroux« die Rede. Hieran zeigt sich deutlich der eigenständige Medienbeitrag; denn bestimmt wussten die Journalisten zwischen Mördern, Porno-producingen und Pädosexuellen zu unterscheiden, wählten aber das Pädophilen- oder Schänderstereotyp.

Mit dem Fall Dutroux entstand auch hier, wie in anderen europäischen Ländern und den USA, die Vorstellung, Pädophile seien typischerweise in netzwerkartigen geheimen Strukturen organisiert. Die konspirative Struktur der Pädophilen soll auch Teile der (männlichen) Staatselite, des Politik- und Kulturbetriebes umfassen. Ein Beispiel investigativen Journalismus hat dieses Bild einer verschwörerischen Unterwanderung der Gesellschaft abgestützt:

Im Auftrag des *Stern*-Magazins und des ZDF gab Manfred Karremann vor, im pädosexuellen Milieu recherchiert zu haben. Er erwarb sich das Vertrauen von Pädophilen, indem er sich selbst als pädophil ausgab und so zu Gruppentreffen eingeladen wurde. Hier wurde dann verborgen gefilmt und die Polizei hinbestellt.

Die Sehnsucht des Publikums wird mit fiktiven Fällen gefüttert, in den letzten Jahren besonders oft im Krimi. Auch die *Enthüllungen* von Manfred Karremann zielten darauf. Auf dem Bildschirm war dann zwar nichts Strafbares zu sehen, aber die Betroffenen waren *geliefert* und die Zuschauer genossen den Schauer.

Eher überdreht wurde die Schraube der Moralpanik um den sexuellen Missbrauch mit dem höchst umstrittenen Sendeformat von RTL2 *Tatort Internet*, das sich an die von 2004 – 2007 ausgestrahlte US-amerikanische Enthüllungsserie *To Catch a Predator* anlehnte – als *Predator*, Raubtier, werden im angelsächsischen Raum bevorzugt Sexualdelinquenten bezeichnet.

Von dem ehemaligen Hamburger Innensenator und in den ersten Folgen noch mit der ehemaligen Präsidentin des Vereins *Innocence in Danger*, Stephanie zu Guttenberg, 2010 moderiert, wurden reale Männer in Chats mit vorgeblich jugendlichen Mädchen und Jungen zu einem vortäuschten Date mit den Chatpartner/-innen gebracht – die geheime Kamera lief und zeichnete neben dem inszenierten Cyber-Grooming auch das peinliche Verhör der Männer auf.

Zu dieser Schaffung von Wirklichkeit kam das sich ausweitende Genre der fiktionalen Fälle in Krimis etc. Das unterscheidet sich kaum von den solchermaßen real hergestellten Fällen investigativer Medien oder der Darstellung echter Fälle.

Hinzu kommen die Netzwerkmedien; sie stehen nicht außerhalb der Panikerzeugung. Hier wird das Missbrauchsmuster genauso, wenngleich unverhohlener kommuniziert wie in den übrigen Medien. In den Blogs finden sich zwar manchmal abwägende Stimmen, die aber im

---

<sup>2</sup> Der Strafprozess fand erst 2004 statt. Eine Ausnahme machte in Deutschland die FAZ. Nicht nur hieß es in ihrer Berichterstattung durchwegs »Kindermörder«, »Mädchenmörder« oder ähnlich. Und wenn sie einmal davon abwich (mit einer von AFP übernommenen Meldung am 28. 4. 2004), dann erschien eine Woche später ein redaktioneller Artikel, der die für den Kinderschutz kontraproduktiven Folgen der journalistischen Zerrbilder aufzeigte (Bachmann 2004). Diese Linie hat die Zeitung allerdings nicht beibehalten.

Chor untergehen. Allenfalls wagt sich einer der wenigen verbliebenen Sprecher einer Pädophilenorganisation hervor und postet seinen Standpunkt; das trifft dann auf vehementen Widerspruch und wird gesperrt.

Medial wird zwar dem Opfer sexuellen Missbrauchs eine Bühne gegeben, Gefühle und Leid auszudrücken, etwa in den reihenweisen Enthüllungsgeschichten bekannter Persönlichkeiten, die selbst betroffen waren, oder den prominenten Fürsprechern der Opfer; in den Interviews von Opfern und Opferanwälten im Anschluss an Strafprozesse, häufig mit der Klage über das zu geringe Strafmaß; oder in Fernsehtalkrunden, in denen die Opfer sexueller Gewalt nicht nur als authentische Zeugen ihrer selbst und der beklagten Zustände auftreten, sondern auch als durch eigene Betroffenheit ausgewiesene Experten. Im Gegensatz zur Opferorientierung im Fachdiskurs dient dieser medial geschaffene Raum für das Opferleid aber nicht diesen selbst, sondern der Beschreibung des sexuellen Gefährders aus einer Außenperspektive mit all den damit verbundenen Elementen der Subjektivität, der Echtheit, des Leids und weiterer Affekte. Sie lädt damit zu unmittelbarer, über Emotionen hergestellter Identifikation mit der Opferseite ein und schafft einen stark polarisierenden Abstand zur Täterseite. Dies ermöglicht eindeutige Schuldzuschreibungen und die Artikulation harscher Bestrafungswünsche als Ausdruck von moralischer Vortrefflichkeit. Suggestiert wird die prinzipielle Lösbarkeit des Problems sexueller Gefährdungen über die Individualisierung des Bösen, das durch entschiedene strafrechtliche Reaktionen gebannt werden kann.

## Die Neuordnung nicht nur des Sexuellen unter Bedingungen der Panik

Es besteht eine ganze Reihe von Konzepten, die die mediale Herstellung von gesellschaftlichen Panikreaktionen beleuchtet. Ohne die Diskussionen zum Konzept der Moralpanik hier angemessen darstellen zu können (Hier 2011; Critcher 2003, 2006), sei zunächst auf die bedeutende Rolle der Medien in der Schaffung einer Moralpanik und eines sozialen Problems eingegangen. Soziale Probleme unterscheiden sich von der Moralpanik darin, dass »Volksteufel, panische Reaktionen oder wilde Fluktuationen der Objekte der Sorge« fehlen (Critcher 2003: 23). Obwohl gerade die medialen Diskurse um den sexuellen Missbrauch nicht ohne die Volksteufel der Pädophilen vorstellbar sind, bietet auch diese Perspektive für unsere Analyse wichtige Ansatzpunkte. Der mediale Prozess der Problemherstellung nach dem Kokonmodell von Schetsche (2014: 43 ff.) verläuft ähnlich zu dem der Moralpanik nach Stanley Cohen:

Eine *Problemkarriere* beginnt mit der Thematisierung eines Sachverhalts durch primäre Akteure (Experten, Advokaten, soziale Bewegungen), die ein *Problemmuster* definieren, nach dem der soziale Sachverhalt als Verletzung bestehender gesellschaftlicher Werte gedeutet wird, und die *Diskursstrategien* entwickeln, wie die »Verwendung dramatisierender Statistiken oder das Moralisieren« (Schetsche 2014: 53). Mithilfe dieser Diskursstrategien soll der Sprung des Problemmusters in die Fachöffentlichkeit und in die Massenmedien gelingen. Eine starke Emotionalisierung trägt dazu bei, »den Wirkungsgrad der kognitiven Mechanismen« zu reduzieren, um das Problem einer kritischen und rationalen Überprüfung zu entziehen.

In diesem Prozess entstehen zwei Problemwirklichkeiten. Das von den primären Akteuren entwickelte Problemmuster umhüllt in der Art eines Kokons den eigentlichen Sachverhalt, der im Modell von Schetsche entgegen radikal-konstruktivistischer Ansätze besteht. Die kollektiven Akteure und die Öffentlichkeit können mithin nicht mehr den Sachverhalt selbst wahrnehmen, sondern nur noch die im Rahmen des Problemmusters konstituierten Wissensbestände, die ihn um- und verhüllen. Auch die wissenschaftliche Analyse ist von dieser Einwebung des Sachverhalts in Zuschreibungen bestimmt: »der Wahrnehmungskokon ist analytisch weitgehend undurchdringlich geworden« (Schetsche 2014: 44). Eine weitere Problemwahrnehmung entsteht dann in den Massenmedien. Von den Diskursstrategien hängt es wesentlich ab, ob ein Problem angesichts begrenzter Aufmerksamkeitsressourcen wahrgenommen wird und ob sich ein Problemmuster gegen konkurrierende Angebote durchzusetzen vermag. Der Fachdiskurs wird auf der medialen Bühne neu ausgestaltet. Es entsteht hier ein eigener Mediendiskurs, der in erster Linie die Aufmerksamkeit des Publikums zu fesseln versucht.

Nach Stanley Cohen (1972: 9) bricht eine Moralpanik aus, nachdem Sachverhalte oder Personen zur »Bedrohung der gesellschaftlichen Werte und Interessen« definiert wurden. Dieser Vorgang wird massenmedial begleitet. Wohl beleumdete Akteure treten als *moralische Barrikaden* auf, und Experten verkünden Diagnosen und Lösungen, worauf Bewältigungsstrategien entwickelt werden. Üblicherweise ebbt dann die Moralpanik nach einer gewissen Zeit wieder ab. Den Medien kommt hier vor allem in der frühen Phase der Problemkonstituierung die entscheidende Funktion zu, Moralpaniken und Volksteufel zu erzeugen. Dies geschieht über drei Strategien der Dramatisierung (Cohen 1972: 30):

- *Übertreibung und Verzerrung* durch Behauptung schwerwiegender Ereignisse, eine hohe Anzahl von Beteiligten, ein großes Ausmaß der Gewalt und der angerichteten Schäden. Hierfür wird eine emotionsgeladene Sprache gewählt und mythische Geschichten sowie Verdächtigungen präsentiert.
- *Vorhersage*, dass solche Ereignisse wieder und jederzeit geschehen werden, womit ein aktuelles Problem in die Zukunft verlängert wird.
- *Sprachliche Symbolisierung*, die Volksteufel erzeugt und zu einer Sonderpersönlichkeit macht.

Ein weiteres Kennzeichen der Moralpanik ist deren Volatilität. Eine Moralpanik ebbt nach recht kurzer Zeit ab. Sie kann zwar auf einer vorangegangenen aufbauen, doch jede einzelne hält nicht lange an (Critchler 2003: 24). Im Falle der Sexualgewalt aber werden in kurzen Abständen immer weitere Skandale angezeigt. Dies lässt sich mühelos an der stattlichen Liste sexueller Problemlagen ablesen, die der Öffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten präsentiert wurden:

- »Väter als Täter« (Kavemann, Lohstöter)
- Satanistischer Missbrauch
- Missbrauch im Ausland (Sextourismus)
- Pädophilennetzwerke
- Kinderpornografie, Kinderpornohändlerringe und Tauschbörsen
- Missbrauch durch pädagogische Berufe (Kindergarten, Internate, Kirche)
- Missbrauch unter Kindern/Jugendlichen
- Cyber-Grooming

- Nacktbilder
- »Frühsexualisierung« ...

Das Konzept der *Humanitarian Crusaders* (Gusfield 2015) scheint geeignet, um diesen Vorgang zu beschreiben. Die Kreuzzügler finden sich nicht damit ab, wenn ein Problem gelöst ist oder die öffentliche Aufmerksamkeit nachlässt, sondern halten in einer ständigen Zulieferung abgewandelter Problemlagen ihre Mission am Laufen. Im Gegensatz zu den Konzepten der Moralpanik werden hier die Interessenlage und der Organisationsgrad der Moralunternehmer betont. Sie »nutzen das Thema als Vehikel ihrer eigenen Interessen. Damit daraus eine Moralpanik erwächst, müssen Kreuzzügler eine breitere Anhängerschaft mit verschiedenen Interessen mobilisieren. Der Kreuzzug ist damit eine organisierte Agitation, die Moralpanik hingegen eine kontingente Allianz von Interessen« (Cricher 2003: 23).

Die symbolische Gesetzgebung gewinnt im Kreuzzug Bedeutung. Gerade das Sexualstrafrecht ist seit den neunziger Jahren Schauplatz eines geradezu hyperaktiven gesetzgeberischen Treibens, wie es für ein kriminalstatistisch kleines Gebiet höchst ungewöhnlich ist. Wobei vom Strafrecht tatsächliche Problemlösungen weder zu erwarten noch überhaupt bezweckt sind. Die symbolischen Aspekte des Rechts »sind symbolisch in einem Sinne, der nahe an dem in Literaturanalysen verwendeten liegt« (Gusfield 2015). Ähnlich hat Hassemer diagnostiziert (2001: 1004): Das symbolische Strafrecht scheint »ohne Rücksicht auf seine Bewirkungspotenzen alle Aufgaben an sich zu ziehen, die ihm vom politischen System angeboten werden«. Das Strafrecht gibt »ungedruckte Schecks aus. Es symbolisiert sich« (Hassemer 2001: 1006).

Gusfield (2015) erkennt die symbolische Funktion des Rechts darin, »einen bestimmten Normenbestand als öffentliche Moralität zu proklamieren«. Am Recht erweise sich die kulturelle Dominanz bestimmter sozialer Gruppen über andere, die damit als deviant markiert werden. Was Gusfield hier am Beispiel der US-amerikanischen Abstinenzlerbewegung analysiert, lässt sich nicht ohne weiteres auf unseren Zusammenhang übertragen. Denn sein Text stammt aus einer Zeit, in der über »Sünden« (Gusfield 2015) und deren Übertretung verhandelt wurde. Die Geschlechtsgewalt hat aber unter den Bedingungen des Paradigmas sexueller Selbstbestimmung ihren aktuellen Problemgehalt bekommen und wird gerade nicht als Konflikt um Sittlichkeit geführt.

Soweit man in sexuellen Interaktionen an Grenzen der Sittlichkeit stieß, wurde allen Beteiligten ein gewisser Wunsch nach Übertretung unterstellt. Das erotische Feld unter dem Gebot der Selbstbestimmung negiert alle Interaktion und Uneindeutigkeit und fasst Sexualkriminalität stattdessen allein als Zwang und Gewalt. Hierüber kann es keinen kulturellen Konflikt geben, wie er von Gusfield in den Mittelpunkt seiner Analyse gerückt wurde, sondern nur Einigkeit in der Entrüstung über das Opferleid und Abscheu gegen den Verursacher. In diesem Fall ist also nicht nur die Gesetzgebung symbolisch, sondern auch die öffentliche Verhandlung der Sexualgewalt, für die es keine Fürsprecher und mithin keine gesellschaftliche Debatte gibt. Worum aber wird dann in diesem Problemdiskurs gerungen?

*Autoritäten.* Die Botschaft des medialen Diskurses, dass Kinder und Frauen umfänglich durch männliche Lust gefährdet seien, hallt in einem gesellschaftlichen Klima im Nachgang der Achtundsechziger wider, in dem autoritäre Herrschaftsstrukturen und Hierarchien attackiert und gegen die Maximen von Eigenverantwortlichkeit, Selbstverwaltung, Kreativität, Mobilität, Flexibi-

lität sowie Offenheit gegenüber anderem und anderen gehalten wurden (Boltanski/Chiapello 2003: 217, 226, 143 f.). Die Infragestellung überkommener Herrschaftsstrukturen wurde einst auch über das sexuelle Feld hergestellt, das als Projekt einer Befreiung aus repressiven Fesseln bearbeitet wurde. Dem Kind und seiner antiautoritären, sexuell liberalen Erziehung kam als Symbol der Unschuld und Reinheit und als das Ursprüngliche und Unverstellte, als Gegenidee zur bekämpften gesellschaftlichen Heteronomie große Bedeutung zu. Aktuell heftet sich der sexuelle Gefahrendiskurs erneut an das Kind, das medial einerseits als erotisches Subjekt und andererseits als Wesen asexueller Sauberkeit inszeniert wird, um das sich ein »generelles (sexuelles) Berührungsverbot« (Berkel 2010: 266) etabliert. Die Figur des Kindes steht darüber hinaus auch für den Anspruch auf volle Umsorgung und Gefahrlosigkeit – vor allem durch strafrechtliche Mittel. Über den sexuellen Missbrauch verarbeitet eine posttraditionale Gesellschaft mithin eine »genealogische Krise« (Berkel 2006) in Frage gestellter (männlicher) Autoritätsstrukturen. Mit der laufenden Neuskandalisierung sexueller Gewalt werden jene Autoritäten zu Fall gebracht und politische Überzeugungen desavouiert, die im Verdacht stehen, dem Subjekt illegitim Zwang anzutun. Dies betrifft alle gesellschaftlich relevanten Bereiche der Pädagogik, Wissenschaft, Kirche, Kunst und der Politik. Zugleich verhandelt die Gesellschaft über den Missbrauch die Unsicherheiten, die aus der sexuellen Reflexivität resultieren. Hatte einst vor allem der Homosexuelle die Grenzen der Sittlichkeit abgesteckt, hat für die sexuelle Selbstbestimmung die Figur des Pädophilen den Posten bezogen.

*Individualisierung, Privatisierung.* Der sexuelle Missbrauch erscheint als paradigmatische Kriminalität für eine individualisierte Gesellschaft. Waren ehemals skandalisierte Kriminalitätsbereiche, wie öffentliche Gewalt, Drogen, Raub und anderes sozialökonomisch verwurzelt, erscheint der Missbrauch als gegenwärtige Master-Kriminalität als Ergebnis emotionaler Perverterung von Individuen, die durch einen inneren Trieb gedrängt werden (Furedi 2004: 30). Ebenso spiegelt das Opfer ein individualisiertes Leid wider, das aus einer intimen Begegnung entstanden ist und das den Körper zum zentralen Objekt der Sorge werden lässt. Aufgrund dieser privaten Misere wird das Opfer zum repräsentativen und typischen Charakter (Garland 2008: 56). Eine Viktimisierung ist kein situatives Merkmal mehr, sondern formt die Person überzeitlich zum Opfer. Viktimisierung wirkt »als eine neue Art von citizenship« (Pratt 2005: 280). Dieser *Citizen* reflektiert eine radikal privatisierte Bedeutung von Gerechtigkeit (Shapiro 1997: 13). Der Gerechtigkeitsbegriff wurde von den ökonomischen Kategorien, in denen die Umverteilung verhandelt wurde, auf die ehemals privaten Themen von »Sexualität, Hausarbeit, Reproduktion und Gewalt gegen Frauen« gelenkt (Fraser 2009: 103). Aus dieser Position des Opfers lassen sich Ansprüche an den Staat stellen. Der »Sinn für Verwundbarkeit« (Brown 1995: 66) konstruiert politische Identitäten, die den Staat regelmäßig zur rechtlichen Regulation anrufen, wohin der Staat seine Ansprechbarkeit zum Gutteil verlagert hat. Hierfür wird freilich der Status des *Citizen* gegen den des Klienten getauscht (Furedi 2009: 29), wenn nicht gar das Bedürfnis, sich unter den Schutzschirm des Strafrechts zu begeben, einer kindlichen Regression auf die Stufe von Zuwendung, Versorgung, Unschuld gleichkommt.

*Anomie.* Wenn sich der Blickwinkel von den Ungleichheit stiftenden Wirtschaftsstrukturen auf die sexuellen Verfehlungen verschoben hat, dann mag das daher rühren, dass die Ökonomie weniger in Begriffen kollektiver Interessenlagen verhandelt wird, sondern vor allem als Sphäre individueller Anpassungen von Selbstunternehmern. Der Bereich der Kriminalität und vor allem

der Sexualdelinquenz wird zum Feld gemeinschaftlichen Mitgefühls und der Solidarität. Kriminalität in erster Linie als Normbruch zu verstehen, unterscheidet sich vom Gerechtigkeitsgefühl darin, dass man so »ohne Identifikation mit dem Opfer auskommt«. Verletzt wird danach eine Rechtsnorm, nicht ein Mensch. Das Gerechtigkeitsgefühl aber stimuliert »die emotionale Nähe zum Opfer« (Reemtsma 1999: 5). Leicht erwächst aus dieser Intimisierung der Kriminalität die naive Illusion, in der mit der Opferidentifikation gleichermaßen die Abscheu gegen den Täter wächst, bis sich Gut und Böse, Leid und Schuld, »Reinheit und Verschmutzung« (Pratt 2005: 270) unversöhnlich gegenüberstehen.

Die Figur des Missbrauchers eignet sich mithin dazu, traditionelle patriarchale Autoritäten infrage zu stellen und jenseits aller gesellschaftlichen Individualisierung und Anomie einen Konsens moralischer Verachtung herzustellen. Bleibt der Großteil gegenwärtiger Risiken in ihrer Verursachung und ihren Folgen verschwommen, vermag die Suche nach der Quelle des Unheils leicht auf das griffige und vertraute Terrain der Sexualmoral abzuschweifen. Dies bietet außerdem den Vorteil, mühelos soziales Kapital zur gemeinsamen Entrüstung gegen einen gesellschaftlichen Feind zu mobilisieren und staatlich erhört zu werden. Nach Edelman (2005: 138) können »Verdichtungssymbole«, »unterschiedliche Ängste und Emotionen vereinen«, ohne sich an der Wirklichkeit messen lassen zu müssen (Edelman 2005: 5). Als solche Symbole eignen insbesondere Delikte körperlicher Gewalt. Die größte metaphorische Verdichtung kommt hierbei den Sexualdelikten zu. Der Geschlechtsgewalt, eine kriminalstatistische Marginalie von nicht einmal einem Prozent der Hellfeldkriminalität, kommt in erster Linie ein symbolischer Wert zu. Man erahnt an ihr den Verfall moralischer Ordnung. Am Werk ist hier »assoziative Logik, magisches Denken, die Logik der Panik«, ausgerichtet an »älteren Ideen von Gefahr, Tabu und ritueller Beschmutzung« (Lancaster 2011: 80).

Im Zentrum dieser atavistischen Ideen steht das *reine Opfer*. Das wirkt als Idealfigur, worüber weitgehende gesellschaftliche Einigkeit darin besteht, dass ihr Leid und Unrecht widerfahren ist, und auf die als Adressat uneingeschränkter Mitgefühls und Gerechtigkeitsverlangens Bezug genommen wird. Um die Figur des reinen Opfers spannen sich eine ganze Reihe öffentlicher Diskurse, die das Opfer ins Zentrum gesellschaftlicher Missstände und politischer Forderungen rücken und damit zugleich die ehemals zentralen gesellschaftlichen Problemlagen – allen voran die ehemaligen Themen sozialökonomischer Ungleichheit – verdrängen. Dieses reine Opfer lässt sich als kleinster gemeinsamer Nenner einer hoch individualisierten Gesellschaft verstehen.

## Die mediale Signifikanz sexueller Gewalt

Abschließend lassen sich aus dem Vorangegangenen Publizitätskriterien benennen, die das Aufkommen medialer sexueller Gefahrendiskurse und ihre spezifische Gestalt in den Medien in Abgrenzung zum Fachdiskurs erklären können, indem sie die Anschlussstellen zu gesellschaftlichen Wissensbeständen und spezifische mediale Eigengesetzlichkeiten darstellen. Medien haben zwar einen eigenständigen Gefahrendiskurs sexueller Gefährdungen installiert. Dieser baut jedoch auf vorhandenen Überzeugungen und Unsicherheiten, Zuschauerbedürfnissen und Unterhaltungsmustern auf.

## Anschluss an gesellschaftliche Wissensbestände

### Wertbezug

- Wert des Kindes
- Gewaltsensibilität
- Krise der (patriarchalen) Autorität
- Sexualmoral: Pädophilie als Grenzposten sexueller Selbstbestimmung
- Vulnerabilität: Viktimisierung als neue *Citizenship* (Pratt 2005) bzw. »sense of woundedness« (Brown 1995)

### Vertrautheit mit dem thematischen Bezugsrahmen:

- Verweis auf vorherige Medienfälle und fiktionale Formate
- Äußerungen von Prominenten (eigene Betroffenheit, Empörung)

### Betroffenheit

- Entlarvung angesehener Persönlichkeiten und Organisationen entsprechend des Pädophilie-Narrativs der Medien
- unmittelbare emotionale Identifikation mit konkreten Opfern
- moralisch legitimierter Hass gegen die Täter

## Darstellbarkeit

Simplifizierbarkeit, Verschweigen von Uneindeutigkeit/Widerspruch: Handlung wird dekontextualisiert (Konsens versus Zwang/Gewalt; Beziehung zwischen den Akteuren; Alter der Beteiligten, vor allem des Nichterwachsenen; Handlungen, Gefühle)

Abbildbarkeit: Täter- und Opferbilder

Konfrontation eindeutiger Figuren: Konflikt zwischen Gut und Böse, Reinheit und Verschmutzung, Unschuld und Schuld.

Spannung, Affekte: Sex & Crime

## Lösbarkeit

Individualisierbarkeit, Personalisierbarkeit: *Pädophiler, Predator, Stranger Danger*, statt Missbrauch in der Familie

Verteufeln, Verantwortlichmachen:

- Verortung der Bedrohung in einer Sonderpersönlichkeit der Figur des Pädophilen
- Privater Trieb jenseits sozialökonomischer Bedingungen von Kriminalität
- Privates Leid der Opfer versus sozialökonomische Opferlagen

Repression und Prävention:

- Sexualstrafrechtsverschärfungen aufgrund weniger Fälle

- Medien treiben Strafjustiz vor sich her (Gesetzgebung, Fall *Emden*, Fall *Edathy*)
- Kritiker sind mundtot gemacht oder passen ihre Meinung an

Generell wird heute nicht bezweifelt, dass die Medien dadurch Wirkungen entfalten, dass sie Nachrichten auswählen, aufbereiten und transportieren. Sie beeinflussen oder bestimmen, was die Bevölkerung weiß, worüber sie nachdenkt, gar sich erregt. Dabei übernehmen die Rezipienten weniger die Tendenz der Berichte, vielmehr denken sie vermehrt über das berichtete Thema nach (Agenda-Setting).

Für Missstände zeigen die Medien den Wertbezug auf und bieten Interpretationen an. Die *Wahrheit* ihrer Meldungen wird im Konsenswege dadurch hergestellt, dass skandalisierte Personen und Institutionen zu Boden gehen und sich geschlagen geben. Sei es, dass sie von ihren Ämtern zurücktreten, sei es, dass eine Einrichtung schließen muss. Um ihre soziale Existenz fürchten sie allemal und tun alles, das erforderliche Mindestmaß an Reputation zurückzugewinnen. Die Schuldgeständnisse, von Journalisten hervorgehoben und wiederum massenmedial verbreitet, validieren den gegenwärtigen Stand der Erkenntnis (übrigens ohne jemals zu prüfen, warum man sich vorher geirrt hat). Der moralische Konkurs beglaubigt die Einflussverhältnisse auf dem Meinungsmarkt.

## Literatur

- Angelides, S. 2005: The Emergence of the Paedophile in the Late Twentieth Century. In *Australian Historical Studies* 36, 272–295.
- Bachmann, K. 2004: Der Fall Dutroux. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Mai 2004.
- Berkel, I. 2006: Missbrauch als Phantasma. München: Fink.
- Berkel, I. 2010: Ende des Schweigens. *Zeitschrift für Sexualforschung*, Vol. 23, H. 3, 262–267.
- Boltanski, L., Chiapello, È. 2003: *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Brown, W. 1995: *States of Injury*. Princeton: Princeton University Press.
- Cohen, S. 1972: *Folk Devils and Moral Panics. The Creation of the Mods and Rockers*. London: MacGibbon & Kee.
- Critcher, C. 2003: *Moral Panic and the Media*. Buckingham: Open University Press.
- Critcher, C. (Hg.) 2006: *Critical Readings: Moral Panic and the Media*. Maidenhead, New York: Open University Press.
- Edelman, M. 2005: *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*, 3. erw. Aufl., Frankfurt am Main: Campus.
- Foucault M. 1977: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*, Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraser, N. 2009: Feminism, Capitalism and the Cunning of History. *New Left Review*, 56. Jg., März/April, 97–117.
- Furedi, F. 2004: *Therapy Culture*. London: Routledge.
- Garland, D. 2008: *Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Gusfield, J. R. 2015: Moralische Passage. Der symbolische Prozess der öffentlichen Kennzeichnung von Devianz. In D. Klimke, A. Legnaro (Hg.), *Kriminologische Grundlagentexte*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Hassemer, W. 2001: Das Symbolische am symbolischen Strafrecht. In B. Schünemann (Hg.), *Festschrift für Claus Roxin zum 70. Geburtstag am 15. Mai 2001*. Berlin, New York: de Gruyter, 1001–1020.



- Hier, S. P. (Hg.) 2011: *Moral Panic and the Politics of Anxiety*. London: Routledge.
- Illouz, E. 2011: *Die Errettung der modernen Seele*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jenkins, P. 1992: *Intimate Enemies: Moral Panic in Contemporary Great Britain*. New York: Aldine de Gruyter.
- Jenkins, P. 1996: *Pedophiles and Priests: Anatomy of a Contemporary Crisis*. New York: Oxford University Press.
- Kavemann, B., Lohstöter, I. 1984: *Väter als Täter*. Reinbek: Rowohlt.
- Lancaster, R. N. 2011: *Sex Panic and the Punitive State*. Berkeley: University of California Press.
- Marx, D. 2007: »Rettungsszenarien« im Widerstreit: massenmediale Herausforderungen und feministische Positionierungen zum Thema Islam im deutsch-niederländischen Vergleich. Göttingen, (Diss.).
- Norlik, M. 2013: *Tabu Zone: Wissenschaftliche Erkenntnisse und ethische Grundsätze zum Umgang mit kindlicher Sexualität und Pädophilie*, <https://www.ipce.info/host/norlik/Tabuzone%20e-Version.pdf> (letzter Aufruf 25. Mai 2015).
- Plummer, K. 2004: *The Sexual Spectacle: Making a Public Culture of Sexual Problems*. In G. Ritzer, (Hg.), *Handbook of Social Problems: A Comparative International Perspective*. Thousand Oaks: SAGE, 521–541.
- Pratt, J. 2005: *Child Sexual Abuse: Purity and Danger in an Age of Anxiety*. *Crime, Law & Social Change*, Vol. 43, Issue 4, 263–287.
- Rapold, M. 2002: *Schweigende Lämmer und reißende Wölfe, moralische Helden und coole Zyniker. Zum öffentlichen Diskurs über »sexuellen Missbrauch« in Deutschland*. Herbolzheim: Centaurus-Verl..
- Reemtsma, J. P. 1999: *Das Recht des Opfers auf die Bestrafung des Täters – als Problem*. München: Beck.
- Schetsche, M. 2014: *Empirische Analyse sozialer Probleme*, 2. akt. Aufl., Wiesbaden: VS.
- Scheufele, B. 2005: *Sexueller Missbrauch – Mediendarstellung und Medienwirkung*. Wiesbaden: VS.
- Seifert, S. 2014: *Der Umgang mit Sexualstraftätern. Bearbeitung eines sozialen Problems im Strafvollzug und Reflexion gesellschaftlicher Erwartungen*. Wiesbaden: VS.
- Shapiro, B. 1997: *Victims & Vengeance*. *The Nation* vom 10. Februar 1997, S. 11-13.
- Süddeutsche Zeitung 1998: *Wie nah dran sind die Medien an der Wirklichkeit?* *Süddeutsche Magazin*, H. 24.

# Die emotionale Dynamik des politischen Skandals

Monika Verbalytė

*Beitrag zur Veranstaltung »Medienskandale und Medienstigmata« der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie, in Kooperation mit der Sektion Soziale Probleme und soziale Kontrolle – organisiert von Axel Groenemeyer und Dagmar Hoffmann*

Der politische Skandal ist ein mediales Ereignis, das die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Politik lenkt. Diese Aufmerksamkeit ist jedoch zwiespältig zu bewerten. Einerseits bezieht der Skandal auch die Bürger/-innen ein, die sonst wenig an der Politik interessiert sind, und bietet ihnen die seltene Gelegenheit der politischen Teilhabe. Andererseits haben die Bürger/-innen jedoch kaum Möglichkeiten, den Verlauf des Skandals tatsächlich zu beeinflussen, weswegen ihre Teilnahme eher symbolisch bleibt (Bösch 2006; Hondrich 1992; Neckel 1989a; Schmitz 1981). Nicht selten wird in der Soziologie auch der Skandal selbst als eine Inszenierung verstanden, die keine politischen Veränderungen bewirkt, sondern ganz im Gegenteil, den auf das politische System gerichteten Zorn auf eine politische Persönlichkeit lenkt oder auf ein einziges Ereignis konzentriert, und damit diesen Zorn kanalisiert und das System stabilisiert (Bredow 1992; Schütze 1992). Die Inszenierung muss jedoch dramatisch dargestellt werden, um alle Bürger/-innen, auch diejenigen, die wenig politisch ausgebildet sind, emotional einzubeziehen (zum Beispiel Käsler 1989: 324). Diese emotionale Vereinnahmung scheint für den Skandal unabdingbar zu sein, bleibt jedoch in der Skandalforschung weitaus untertheoretisiert. Das Ziel dieses Beitrags ist es, die Rolle der Emotionen im politischen Skandal zu präzisieren.

## Skandal und sein Ebenbild Empörung

Ohne starke Empörung scheint es keinen richtigen Skandal zu geben. Skandal wird deswegen auch nicht selten durch diese emotionale Reaktion des Publikums definiert (zum Beispiel Köbler 2007; Laermann 1985) oder zumindest wird die Empörung zu einem der Hauptkriterien des gelungenen oder echten Skandals benannt (zum Beispiel Klose 1971). Die Natur dieser Emotion wird aber kaum untersucht, was ihrem hohen Stellenwert in der Skandaltheorie keinerlei Rechnung trägt. Darüber hinaus kann die ungenaue Definition der Empörung zu den maßgeblichen Missverständnissen ihrer Rolle im Skandal führen.

Die Probleme fangen schon mit der sehr unpräzisen Nutzung des Begriffes an. Empörung wird nicht nur viel zu oft synonym mit der eher moralischen Kategorie des Ärgernisses (Käsler

1989; Schütze 1992) oder anderen Emotionen wie Zorn (Bredow 1992) benutzt, sondern auch austauschbar mit ganz anderen Arten von emotionalen Zuständen wie Erregung (Schütze 1992), Aufheizung sowie affektive Aufladung (Silbermann 1992). Das bringt ganz unterschiedliche Auffassungen der Emotion zusammen, die widersprüchliche Aussagen über ihre Rolle im Skandal treffen lassen. Einerseits ist die Empörung eine spontane (zum Beispiel Schütze 1992; Hondrich 2002), fast instinktive (Schütze 1967: 324), kaum kalkulierbare (Bösch 2006) sowie nicht kontrollierbare und deswegen nicht manipulierbare (Hondrich 2002) Reaktion der Gesellschaft. Andererseits ist sie doch etwas, was öffentlich (re)präsentiert (Schütze 1992; Thompson 2000), und medial verbreitet (Käsler 1989: 309) werden soll, um die Wirkungskraft zu entfalten, und dadurch der Kontrolle der Öffentlichkeit unterliegt (vergleiche Neckel 1989b: 241-242). Einerseits ist Entrüstung eine private Sache (Schütze 1992), andererseits ist der Skandal viel mehr durch eine geteilte (Köbler 2007; Laerman 1985) und kollektive Empörung gekennzeichnet (Bösch 2006; Hondrich 2002; Schütze 1967). Einerseits sind die Emotionen im Skandal mit dem primitiven assoziativen Denken verbunden (Käsler 1989: 328) und als Gegenpol der Rationalität gelten (Hondrich 1992: 181). Andererseits erfüllen sie solche komplexen sozialen Funktionen, wie unmittelbare Erfahrung, Bestätigung und Einprägung der gesellschaftlich relevanten Normen sowie stärkere Einbindung der Person in die Gemeinschaft (vergleiche Alexander 1990; Binder 2013; Hondrich 2002).

Eine solche Darstellung der Emotionen in der Skandaltheorie wirft mehrere Fragen auf. Erstens ob die beschriebenen spontanen und flüchtigen Emotionen sich steuern lassen, und wenn ja, wie sie im öffentlichen Diskurs aufzufangen beziehungsweise von ihm zu lenken sind. Zweitens ob nicht genau dann, wenn die individuellen Emotionen zu den kollektiven Emotionen »werden«, ihre öffentliche Steuerung sichtbar wird und wie dieser Werdegang der individuellen zu den kollektiven Emotionen sich vollzieht beziehungsweise wie die Verbindung zwischen den individuellen und kollektiven Emotionen hergestellt wird. Drittens ob die Normen tatsächlich unmittelbar durch die automatischen emotionalen Reaktionen vermittelt werden können.<sup>1</sup> Ich werde im Rest des Kapitels die drei Punkte noch ausführlicher bearbeiten. Ich fange mit dem letzten Aspekt an, weil dieser in der Skandaltheorie am umfangreichsten behandelt worden ist.

Die Grundaussage über den Skandal bezüglich Empörung lässt sich so formulieren: Einen echten Skandal erkennt man an der öffentlichen Entrüstung, die ein großes Ärgernis auslöst (vergleiche Schütze 1992). Daraus folgt, dass je größer der Normverstoß ist, der jedem Skandal zugrunde liegt, desto größer wird die öffentliche Empörung über diesen Normverstoß und desto eher wird er zum Skandal. Das Problem dabei ist, dass der Status der Normverletzung im Skandal mittlerweile stark diskutiert wird. Die neueste Skandalforschung geht davon aus, dass es im Skandal kaum um Wahrheitsfindung, Aufklärung und die Behandlung konkreter Sachverhalte geht (Burkhardt 2006: 25; Kepplinger 2009: 41–49). Viel ausschlaggebender als das Ausmaß der zu skandalisierenden Missstände sei eine erfolgreiche Inszenierung der öffentlichen Moral (Burkhardt 2006: 20) und die Kraft der moralisierenden und anprangernden Diskurse

---

<sup>1</sup> Die Verbindung zwischen Emotionen und Normen ist auch eine der größten und soweit noch nicht eindeutig gelösten Fragen der Emotionstheorie. Die wichtigste Kontroverse ist dabei, ob die Emotionen in der Lage sind, spezifisch den Bruch der Norm zu signalisieren (Demmerling, Landweer 2007: 301-303).

(Kepplinger 2012; vergleiche auch Thompson 2000: 16), die meistens in keinem angemessenen Verhältnis zu den tatsächlichen Missständen stehen (Ehmig 2015; Kepplinger, Hartung 1993).

Der Skandal wird nicht zum Skandal, weil er so empfunden wird, sondern weil er zu einem gemacht wird (Käsler 1989: 312) und weil er im Diskurs als Skandal konstruiert wird (Capelos 2010: 1512; Kepplinger et al. 2012; Thompson 2000: 20; vergleiche auch Hitzler 1989). Ob die versuchte Skandalisierung zum Skandal wird, entscheidet dementsprechend nicht das Vergehen der/des Skandalisierten, sondern das Durchsetzen der Missstandsdeutung »mit [der] unzweifelhaften Wertigkeit«, die den Weggefährten des Angegriffenen keine Abwehrmöglichkeiten mehr bietet und sie zwingt, sich von dem Skandalisierten zu distanzieren (Kepplinger 2009: 25–26). Skandale sind in dem Sinne keine Aufdeckungen der ungeheuerlichen Normverstöße, sondern Deutungskämpfe (Burkhardt 2006: 19), in denen die Normen erst geklärt sowie hergestellt werden (Alexander 1990; Alexander 1995; Hondrich 2002; Kepplinger 2012). In den hochindividualisierten pluralistischen Gesellschaften, die sich durch sehr heterogene Normenvorstellungen auszeichnen (zum Beispiel Schmitz 1981: 24), in denen viele Normen zumindest von Teilen der Gesellschaft umstritten oder hinterfragt werden und der normative Konsensus immer schwieriger zu erreichen ist (zum Beispiel Schütze 1992: 31), dienen Skandale als Orte, in denen nicht so sehr bestehende Normen gefeiert, sondern eher gesellschaftliche Normkonflikte ausgetragen werden (Alexander 1990; Beule, Hondrich 1990; Binder 2013; Hondrich 2002).

Anstatt die Geltung vorhandener sozialer Normen in Erscheinung treten zu lassen, verfolgt der Skandal eine rekursive Logik: Erst nachdem die Normverletzung öffentlich angeprangert wurde, gewinnt die Norm an gesellschaftlicher Relevanz; erst nachdem der Skandal zu Ende ist, kann er anhand einer Norm, die im Laufe des Skandals etabliert wurde, erklärt werden (Binder 2013: 198); erst nachdem der Skandal eine Erklärung gefunden hat, kann der gesellschaftliche Konsensus über seine Bedeutung festgestellt werden (vergleiche Mast 2006; Thompson 2000: 73–77).

Eine solche Konzipierung des Skandals zieht auch eine Veränderung des Verständnisses von Emotionen nach sich, weil sie dann auch weniger mit der Natur und Ausmaß des Missstands verbunden (Bredow 1992: 202; Silbermann 1992: 44), sondern vielmehr von der erfolgreichen diskursiven Inszenierung des Normverstößes abhängig sind. Dem folgend können die Emotionen nicht als automatische, nicht kontrollierbare und unmittelbare Reaktionen auf Normverstöße, wie die Skandaltheorie sie sehen möchte,<sup>2</sup> aufgefasst werden. Noch weniger stichhaltig wird diese Auffassung, wenn die kollektiven öffentlichen Emotionen ins Spiel kommen und wenn der Versuch unternommen wird, das Verhältnis von individuellen und kollektiven Emotionen im Verlauf des Skandals zu erklären.

Eine Möglichkeit wäre es anzunehmen, dass keinerlei Verbindung zwischen den individuellen und kollektiven Emotionen im Skandal besteht. Kollektive Emotionen würden dann gar nicht individuell empfunden werden und öffentliche Emotionen könnten demzufolge individuelle Emotionen nicht zum Ausdruck bringen. Letztere könnten in der Öffentlichkeit, die keinen Zugang zu den lebensweltlichen Emotionen hätte, nur imitiert sowie simuliert werden (Binder 2013: 205; 230; Bredow 1992: 201). Dem widerspricht jedoch der größte Teil der Skandallitera-

---

<sup>2</sup> »Der Skandal, mag er auch kunstvoll inszeniert sein, ist im Kern eine spontane Bewegung der Gefühle« (Hondrich 2002: 15).

tur, die behauptet, dass für den Skandal die Reaktion der nicht involvierten Dritten<sup>3</sup> notwendig ist (zum Beispiel Klose 1971; Thompson 2000: 14). Die Dritten unterscheiden sich von den Zuschauern, indem sie ihre Rolle nicht von Anfang an zugeschrieben bekommen, sondern für aktives Miterleben erst zu gewinnen sind (Neckel 1989a). Ihr Miterleben wird durch das aus den Medien stammende Wissen geformt und ist in dem Sinne keine von ihnen selbst erlebte Erfahrung (Thompson 2000: 85), es ist jedoch mehr als nur eine Simulation der Teilnahme.

Das nicht alle Bürger/-innen zu den aktiv(iert)en Dritten gehören, ist verständlich. Viele Bürger/-innen lassen sich von der Geschichte gar nicht aufregen, weil sie den Missstand, der skandalisiert wird, wenig schockierend finden und den Vorfall als einen üblichen Fall der »schmutzigen« Politik abschreiben (vergleiche Jasper 2014: 344; Schütze 1992: 32). Andere reagieren eher spaßhaft oder schadenfreudig als missbilligend, und viele zeigen nur eine sehr moderate Ablehnung (vergleiche Hitzler 1989: 335; Thompson 2000: 16–20). Einige empfinden Ärger, aber aus vielen anderen als moralischen Gründen, zum Beispiel sind sie frustriert und enttäuscht, weil die Illusion der Unfehlbarkeit und Hoheit der Politiker/-innen verloren geht (Giesen 2009) oder ihre Aufmerksamkeit wieder auf die Politik gelenkt wird, obwohl sie sich damit gar nicht auseinandersetzen wollen (vergleiche Edelman 2005). Der intensive Ärger kann auch auf die Skandalisierenden und nicht auf die/den Skandalisierte/-n gerichtet werden, weil sie die/den beliebte/-n Politiker/-in attackieren, was wiederum eine andere Emotion ist als die Empörung, die den Skandal definitorisch ausmacht.

Es ist immer die Minderheit, die sich richtig ärgert, aber damit nicht jede Gruppe, die »Skandal« ruft, auch tatsächlich seinen Aufruf Skandal nennen kann, muss mehr Empörung akkumuliert und zusätzlich entdeckt werden (vergleiche Schütze 1992). Natürlich können nicht alle stark involviert und missbilligend sein (Thompson 2000: 16), aber eine parteiübergreifende und über die unterschiedlichen Interessen hinaus reichende Mehrheit sollte entstehen (Bösch 2006; Hondrich 2002: 21–22), um diese »emotional aufgeladene Mehrheitsmeinung« zu erreichen (Kepplinger 2009: 7), die die Einigkeit der Befürworter/-innen des/der Skandalisierten durchbricht und zumindest einige von denen in ihre/seine Gegner umwandelt.

Immer noch zu klären ist, wie diese emotionale Mehrheit zustande kommt und wie sie eine solche Kraft entwickelt. Entsprechend der Theorie verleihen die Emotionen in dem umkämpften Skandalisierungsdiskurs unterschiedlichen Deutungen der Ereignisse Gewicht (vergleiche Santos 2009) und bekräftigen sie mit der Leidenschaft (vergleiche Dayan, Katz 1994: 78–92). Die akkumulierte Empörung bestärkt den Skandaldiskurs noch mehr, weil ihre ansteckende Kraft schafft, die anders Fühlenden zu überwinden und zu disziplinieren (Beule, Hondrich 1990: 146; vergleiche auch Schütze 1992: 27), und trägt dadurch zur Homogenisierung der Meinungslandschaft bei (Kepplinger 2012; Thompson 2000: 84).

---

<sup>3</sup> Die große Frage ist definitiv, ob die Dritten auch die Medien selber oder die gesellschaftlichen Gruppen, die den direkten Zugang zu der Öffentlichkeit haben, und keine allgemeine Bevölkerung sein können. Die Berichterstattung der Medien im Skandal ist durch eine sehr intensive und unreflektierte Art gekennzeichnet (Garment 1991; Kepplinger 2012), was auf ihre Rolle als mehr als nur passive Beobachter hinweist (Laermann 1985: 163–164; Sabato et al. 2001: xvii–xviii; Tavuchis 1991: 81–82). Wenn aber davon ausgegangen wird, dass die Medien dadurch eine Identifikationsfläche für die Bürger/-innen anbieten (Corcoran 2006; vergleiche Döveling 2005), kann der mediale Diskurs in Bezug auf das Publikum nicht nur als die Volksstimme imitierend, sondern als das Drittenengagement aktivierend und motivierend verstanden werden.

Diese Schilderung beschreibt die Prozesse, erklärt jedoch die genauen Mechanismen, wie sich diese emotionale Unterfütterung der Wirklichkeitsdeutungen tatsächlich vollzieht und eine Deutung sich durchsetzt nicht. Meiner Ansicht nach liegt es an der Unpräzision des benutzten Emotionsbegriffes. Obgleich einige Werke betonen, dass Emotionen im Skandal ohne diskursive – politische und mediale – Lenkung kaum zustande kommen können, verhindert ein Verständnis von Emotionen als eine automatische und unkontrollierbare Reaktion die Möglichkeit, die Mechanismen der Steuerung zu ergründen. Die moralisierende und normierende Wirkung der Empörung kann nicht auf die Verbreitung durch emotionale Ansteckung (wie zum Beispiel bei Beule, Hondrich 1990: 146) zurückgeführt werden. Die Vorstellung, dass es ein empörungsbereites Publikum gibt, das nur auf die Empörungsangebote wartet, um sie gedankenlos aufzunehmen (vergleiche Giesen 2010: 226; Hondrich 2002: 45), ist abstrus. Das könnte vielleicht für die allgemeine Erregung der Fall sein, aber nicht für eine kognitiv komplexe und moralische Emotion wie Empörung. Die konstante Verwechslung der zwei Ebenen der Emotionen – der unspezifischen Aufregung und der diskreten Emotion – zeigt aber klar auf, dass ihre konzeptuelle Klärung im Skandal mehr als notwendig ist. Im nächsten Kapitel versuche ich mit Hilfe der Emotionstheorie eine solche konzeptuelle Klärung der Emotionen im politischen Skandal zu unternehmen. Aufbauend auf dieser Konzeptualisierung der Emotionen beschäftigt sich der darauf folgende Abschnitt mit den Emotionslenkungsprozessen im Skandalverlauf.

## Konzeptuelle Klärung der Emotionen

Die Emotionen gewinnen immer mehr Aufmerksamkeit in beiden, Politik- und Kommunikationswissenschaften. Den meisten Werken, wie auch der Skandaltheorie, fehlt es jedoch an einer klaren Definition der Emotionen und an deren theoretischer Fundierung (Polletta, Amenta 2001). Die Rolle der Emotionen im öffentlichen Leben wurde zwar von den Assoziationen mit der Manipulation der Massen (Hoggett 2009: Chapter 1), Sensationsmacherei, Mangel an journalistischer Qualität und am kritischen Denken gelöst (Bösch, Borutta 2006; Hediger 2006; Konijn, Holt 2011), dennoch fällt es den Sozialwissenschaften schwer, ihre Rolle adäquat darzustellen.

Im politischen und Medienkontext werden die Emotionen sehr oft als unbewusste und unmittelbare Reaktionen auf politische und mediale Stimuli (zum Beispiel Buck, Powers 2011; Marcus et al. 2000) oder als irgendeine Art von Energie (zum Beispiel Lukes 1977: 54; Massumi 1995) betrachtet. Nur wenige machen den klaren Unterschied, dass es in diesen Fällen um einen Affekt, eine körperliche Intensität geht, dem bzw. der nicht unbedingt emotionale Gründe zugrunde liegen und der bzw. die nicht immer zu einer spezifischen Emotion wird. (zum Beispiel vergleiche Papacharissi 2015) Dieser Affekt, der in der Skandaltheorie der spontanen emotionalen Reaktion gleicht, ist anhand der Emotionspsychologie nicht in der Lage, automatisch und unmittelbar Normen zu vermitteln. Er erregt die Aufmerksamkeit und bereitet körperlich sowie mental für weitere Handlungen vor (Bless et al. 1996; Böhner et al. 1988), kann aber keine spezifischen Inhalte übertragen oder konkrete Aktivitäten anleiten. Die primäre affektive Reaktion signalisiert Unsicherheit, Abweichung zwischen den Erwartungen und vorkommenden Ereignissen oder Unzulänglichkeit der vorhandenen Verhaltensmuster bzw. Einstellungen (Lazarus

1984; Seyd 2013). Darüber hinaus ist sie ein Zeichen der persönlichen Relevanz des skandalösen Ereignisses und erzeugt zugleich die Motivation, die darauf folgenden Ereignisse zu beobachten, um mehr Informationen über das Geschehene zu erhalten, um sich dann der Situation adäquat verhalten zu können (Borutta 2006; Unz 2011).

Der Affekt ist offen für eine unendliche Anzahl an Handlungsalternativen, die sich von der Umwandlung der Emotionen auslösenden Situation bis zur Veränderung der in der Situation gescheiterten Verhaltens- und Denkstrukturen strecken (Lang, Ewoldsen 2011; Seyd [o. J.]<sup>4</sup>). Der Affekt stellt diese Offenheit jedoch nur für einen kurzen Augenblick her, weil umgehend eine Wieder- oder Neustrukturierung stattfindet (Kappelhoff 2006). Die frei schwebenden und vagen Emotionen sind von einem niedrigen Informationswert für das Individuum (zum Beispiel Clore, Huntsinger 2007). Um zu konkreten Emotionen zu gelangen, bedarf es einer präziseren Einschätzung der Situation (zum Beispiel Ortony et al. 1988): einer subjektiven Deutung des Ereignisses; Klärung der Emotionsauslöser und möglichen Konsequenzen; Bewertung des eigenen Emotionsbewältigungspotentials sowie der gesellschaftlichen Erwünschtheit dieser Emotion (Ellsworth, Smith 1988; Lazarus 2001; Lerner, Keltner 2000; Roseman 1996; Scherer 1984; Weiner 1985). Ohne diese Situationsdeutungs- und Auslegungsprozesse würde der Affekt ein riesiges, aber unerfülltes Potential bleiben. Um sinnvoll zu werden, soll die primäre emotionale Reaktion von Kausalitätszuschreibungen, Interpretationsmustern und Narrativen ausgeformt, mit bestimmten Symbolen und Deutungsstrukturen verbunden sowie normativ bewertet werden (vergleiche Corcoran 2006; Döveling et al. 2011; Hochschild 1979; Manstead 2005; Shott 1979; Schachter, Singer 1962; Slaby 2014).

Die primäre affektive Reaktion bereitet den Organismus für die körperliche und mentale Aktivität vor, nicht nur indem sie aufregt sondern auch, indem sie ein riesiges Netzwerk von Assoziationen mit Interpretationsschemata, sozialen Kategorien, symbolischen Formationen und Deutungsmustern abrufbar macht (Bower 1981; Lodge et al. 2006). Die weitere Auslegung der Emotion greift aber eines dieser Glieder des Assoziationsnetzwerks auf und baut die Interpretation der affektiven Reaktion darauf auf. Eine solche Interpretation muss nicht ein sehr reflektierter Prozess sein. Im Laufe der Sozialisation eignen sich Menschen ein gewisses implizites emotionales Wissen an, das Narrative, Situationen und Symbole mit bestimmten Emotionen verknüpft (vergleiche Averill 1988: 100; Engelen et al. 2009; Nisbett, Wilson 1977; Smith, Lazarus 1993; Thoits 1984) und es ermöglicht, Emotionen von diesen Phänomenen abzuleiten. Komplexere Emotionen wiederum sind nicht von ihrer sprachlichen Artikulation zu trennen, durch die durch bestimmte Phänomene hervorgerufene Emotionen weiterentwickelt und präzisiert werden, so dass die Bedeutung der Emotion sich weiter von der primären Reaktion entfernt (vergleiche Angerer 2007).

Diese emotionstheoretischen Ausarbeitungen demonstrieren, wie viele konzeptuelle »Schritte« die Skandaltheorie weglässt, wenn sie behauptet, dass die emotionale Intensität die kollektive Empörung bilde. Das liegt sehr wahrscheinlich daran, dass die soziologischen Theorien (Collins 2004; Collins 2014; Durkheim 1981), auf die sich die Skandaltheorie beruft, die Konsequenzen der kollektiven Emotionen ansprechen, ohne die Mechanismen, wie diese Emotionen zustande kommen, genauer zu ergründen (vergleiche Scheve 2011). Die Emotionsforschung geht

---

4 Der Begriff der Liminalität (Turner 1977/1969) kann auch mit dem Affekt in Verbindung gesetzt werden.

davon aus, dass es viel mehr Möglichkeiten gibt, wie mehrere Menschen zu der gleichen Emotion gelangen, als lediglich durch emotionale Ansteckung und automatische Übernahme der emotionalen Reaktion der Mitmenschen (Hess et al. 2014). Zu den Gründen, die die gleiche Emotion bei mehreren Menschen verursachen können, gehören: 1) die gleiche Einschätzung der Situation, die sich auf Gruppenzugehörigkeiten, gemeinsame Handlungen, geteilte Erwartungen, Absichten, Ziele, Werte, Verpflichtungen, kulturelle Repertoires, gespürte Gemeinsamkeiten und soziale Strukturen bezieht; 2) Interaktions- und Gruppenprozesse sowie soziale Normen, die die Menschen dazu bringen, ihre eigenen Emotionen auf die Emotionen ihrer Mitmenschen auszurichten (Helm 2014: 47; Jasper 2014; Lawler et al. 2014: 191; 201; Scheve 2011).

Die Vereinheitlichung der Emotionen findet sowohl durch eine übereinstimmende Einschätzung der Situation, als auch durch die Anpassung eigener Emotionen an die Emotionen der anderen statt. Beide Prozesse können auch unter den Terminus der sozialen Einschätzung (Manstead, Fischer 2001) gebracht werden. Das heißt, dass die Menschen im Prozess der Auslegung ihrer affektiven Reaktionen die Emotionen der Mitmenschen beachten und ihre Emotionsinterpretation gegen sie prüfen (Bruder et al. 2014: 144–146), noch bevor sie anfangen, ihre Emotionen auszudrücken, zu teilen und sprachlich zu artikulieren. Soziale Einschätzung erfordert auch keine physische Kopräsenz der gleich Fühlenden und erschafft dadurch mehr Raum für die Top-down-Prozesse (Bruder et al. 2014: 150), wie die Emotionssteuerung, die von den Überzeugungsversuchen der führenden Personen in den Gruppen (Jasper 2014: 345–346) oder von den Medien in breiteren gesellschaftlichen Zusammenhängen (Scheve, Salmela 2014: xv) geleitet wird. In der Politik, mit der die meisten Bürger/-innen keine persönliche Erfahrung haben (Gerhards, Schäfer 2007: 210), kann die öffentliche Meinung auch einen sehr starken Einfluss darauf ausüben, wie jede/-r Einzelne die Situation einschätzt und demzufolge ihre/seine Gefühle versteht.

Da die Einschätzung dennoch als ein sehr subjektiver Prozess zu verstehen ist, kann die gleiche Situation auch bei der gleichen Identifikation mit der sozialen Gruppe und gleichen Platzierung in der Gesellschaft unterschiedliche Individuen zu unterschiedlichen Ergebnissen führen (Scheve 2011). Das lässt auch den Einfluss der Öffentlichkeit auf die individuellen Emotionen ganz unterschiedlich ausfallen, auch wenn fast alle davon betroffen werden, sei es durch den ersten Anstoß, die Aufmerksamkeit auf ein berichtetes Ereignis zu lenken, sei es durch die Interpretation dieses Ereignisses, die bestimmte Emotionen auslöst oder sei es durch die im Diskurs etablierte Emotionsauslegung, die normierende Wirkung aufweist. Obgleich nicht alle dieser Emotionsnorm entsprechend fühlen, reicht es für den Skandal dennoch aus, dass eine Emotionsnorm sich im Artikulationsprozess herausstellt. Diese Emotion wird öfter als die anderen im Diskurs dargestellt, dadurch wird sie verfügbarer und scheint angemessener zu sein.

Dieser öffentliche Artikulationsprozess, der individuelle Emotionen lenkt und eine kollektive Emotion herstellt, vermittelt Emotionsnormen (Nabi et al. 2011) und bindet Personen stärker in ihre Gemeinschaft ein (vergleiche Döveling, 2005). Die diskursive Artikulation beruft sich auf die primäre emotionale Intensität, ist aber kaum durch Spontanität, Unmittelbarkeit und Unreflektiertheit gekennzeichnet. Wenn die Artikulation reibungslos in eine einheitliche Geschichte mündet, verdeckt sie jedoch den Artikulationsaufwand, und die erzielte konsensuale Bedeutung scheint die primäre Emotion ausgelöst zu haben, obgleich tatsächlich die Emotionen von der gleichen rekursiven Logik wie die Normen im Skandal vereinnahmt sind: Erst nachdem der Kon-



sensus über die emotionale Bedeutung des Ereignisses im Verlauf des Skandals erzielt wird, gewinnen die Emotionen die ihnen schon am Anfang des Skandals zugeschriebene normative Kraft.

## Die emotionsdiskursive Arbeit

Als emotionsdiskursive Arbeit bezeichne ich diesen langwierigen Prozess der diskursiven Emotionsproduktion, die mit der Lenkung der Aufmerksamkeit auf die politischen Ereignisse, Akkumulierung der diffusen anfänglichen Aufregung sowie unterschiedlichen Emotionen des Publikums beginnt und mit ihrer Artikulation zu spezifischeren und komplexeren Emotionen, wie moralische Empörung, weitergetrieben wird. Obgleich im politischen Skandal mehrere politische und gesellschaftliche Akteure involviert und an der öffentlichen Artikulation der Emotionen beteiligt sind, wird diese emotionsdiskursive Arbeit hauptsächlich durch die Medien erledigt. Erstens weil nur durch die mediale Vermittlung die meisten politischen Prozesse öffentlich, das heißt dem breiteren Publikum zugänglich werden (vergleiche Luhmann 2009), und zweitens weil es die Funktion der Medien ist, die politischen Entscheidungen durch die öffentliche Meinung zu legitimieren. Das hat zur Folge, dass die Medien diese öffentliche Meinung nicht nur ausbreiten, sondern auch formen (vergleiche Kamps 2007: 18–21).

Diese technischen, normativen und praktischen Aspekte der Funktionalisierung von Medien sind jedoch so miteinander verwoben, dass es kaum festzustellen ist, welcher dieser Aspekte zuerst kommt. Die Medien verfügen über die technischen Möglichkeiten, dem Publikum den Zugang zur Realität zu verschaffen, der den für die meisten Menschen tatsächlich möglichen Zugang bei weitem überragt (Buck, Powers 2011: 189; Dayan 2009; Dayan, Katz 1994: 1. Kapitel). Das führt aber nicht nur dazu, dass die mediale Realität der alltäglichen Welt vorgezogen wird, sondern auch dazu, dass die Medien, die die sonderbare Quelle dieser Realität sind, zu den legitimen führenden Akteuren in den meisten zu beleuchtenden Ereignissen werden und somit anfangen, die Gesellschaft um sich zu zentrieren (Couldry 2002; Kepplinger 2012; Pantti 2011: 224). Die Positionierung als Zentrum in einer Gesellschaft ist nicht zu trennen von der Fähigkeit, kulturelle und normative Deutungen von wichtigen Ereignissen vorzulegen. Diese Position der Medien wird dadurch legitimiert, dass die meisten eingesetzten kulturellen und normativen Muster in der Gesellschaft schon vorhanden sind und in den Medien schlicht stets aktualisiert und erneuert werden (vergleiche Alexander, Jacobs 2002). Die verwendeten rituellen Praktiken, Narrative, Symbole und soziale Repräsentationen begründen und naturalisieren gleichzeitig die Macht der Medien (vergleiche Coman 2005: 47–51; Couldry 2002).

Da, wie bereits im ersten Kapitel festgestellt wurde, der normative Konsens der heutigen Gesellschaft umkämpft ist und es fast immer zu Auseinandersetzungen über unterschiedliche Ereignisversionen kommt, wird nicht nur durch, sondern auch von den unterschiedlichen Medien dieser Kampf vollzogen. Im Zeitalter des Informationsüberflusses und der sich immer erhöhenden Komplexität der politischen Zusammenhänge, in dem die Politik für die meisten nur eine »gelegentlich überwältigende Sekundärerfahrung« (Kamps 2007: 19) ist, ist der Kampf um den gesellschaftlichen Konsens auch der Kampf um die knappe, flüchtige Aufmerksamkeit und

Zustimmung des Publikums. In diesem Sinn ist die Macht, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen, nicht etwas an sich Stabiles und Dauerhaftes, sondern etwas, was immer wieder hergestellt und verhandelt wird. Diese Macht ist interpretativ statt repressiv und an der Situation sowie strategischen Handlungen im Prozess der Herstellung von Sinn mehr als Ressourcen und Institutionen gebunden (Alexander, Jacobs 2002: 27–28; Dorer 1999).

Die Zerbrechlichkeit der viel zu oft vorausgesetzten Ordnungen wird besonders in den Situationen sichtbar, wo die Versuche, bestimmte Deutungen der Ereignisse durchzusetzen, scheitern, zum Beispiel in den erfolglosen Skandalisierungen, die keine Resonanz in der Gesellschaft finden, oder in den Versionen der Skandale, die nie genügend Zuspruch des Publikums bekommen. Ebenfalls zeigen solche Fälle, vor welchen Herausforderungen die Medien, aber auch andere im öffentlichen Diskurs wirkende Akteure stehen. Die Inszenierung der Moral, auch wenn alle bekannten normativen Deutungen und narrativen Skripte der Ereignisse hervorgebracht werden, können scheitern, wenn sie unglaubwürdig vollzogen werden (vergleiche Alexander 2004; Hepp, Couldry 2009; Rothenbuhler 1990). Am besten muss die Inszenierung implizieren, Identifikationsfläche präsentieren anstatt zu überzeugen, zu argumentieren oder vorzuschreiben (Dayan, Katz 1994: 78-92; Rothenbuhler 2009: 64-66; Zillmann 2011: 105), dann kommt sie unbemerkt und fast natürlich vor (Raney 2011).

Um diesen intakten Fluss der Inszenierung zu sichern, »begleitet« die emotionsdiskursive Arbeit den ganzen im letzten Kapitel geschilderten Prozess der Emotionsentwicklung. Der Affekt erregt die Aufmerksamkeit, deswegen werden Nachrichten immer als unerwartet, schockierend und akut präsentiert. Sogar wenn der Missstand zum zweiten oder dritten Mal skandalisiert wird, konstruiert die Berichterstattung das dennoch als eine Aufdeckung. Das entspricht nicht nur einigen der bedeutensten Nachrichtenwertfaktoren (vergleiche Maier et al. 2010), sondern ist auch emotionstheoretisch sinnvoll: Dringlichkeit, Neuigkeit, Relevanz, Plötzlichkeit und Ziel(in)kongruenz sind die Einschätzungschecks, die für die Auslösung und Intensität des Affekts entscheidend sind (Lazarus 2001; Scherer 1984). Die hervorgerufene Intensität kann dann weiter mit der emotionalen Dramaturgie – bildlicher Sprache, Rhetorik und drastischen Bildern – sowie mit den emotionalen Themen, wie dem Triumph und dem Fall, akkumuliert und verstärkt werden (Nash 1989: 2. Kapitel; Samra-Fredericks 2004; Schwab, Schwender 2011: 16; Zillmann 2011: 111-112).

Wie der Affekt ohne weitere Ausarbeitung nur ein leeres Potential bleibt, erhalten die rhetorischen und bildlichen Mittel auch erst im thematischen Rahmen ihre Funktion (Unz 2011: 301–302). Die zweite Einschätzung, die die Situation ergründet und detaillierter ausdeutet, bahnt den Narrativ an, der die diskrete Emotion bilden kann. Zum Beispiel führen Zuschreibungen der Verantwortung und Schuld dem spezifischen Akteur zu Ärger, während ein negatives Ereignis ohne genannte Verantwortungsattribution Enttäuschung oder Traurigkeit konstituiert (Gross 2008; Gross, D'Ambrosio 2004; Kepplinger et al. 2012; Meier, Jansen 2012).

Um dramatische Übertreibungen und Intensitätsrhetorik zu begründen und zu rechtfertigen, reicht aber die Verantwortungszuschreibung nicht aus – das skandalöse Ereignis muss als ein schwerwiegendes abweichendes Verhalten oder ein Normbruch gedeutet werden (Kepplinger 2002; Schudson 2005: 125). Das ist jedoch erst durch die sprachliche Artikulation der Emotion(en) möglich, die ihre kognitive Struktur(en) mit den normativen Diskursen verbindet (vergleiche Jäger 1999; Kepplinger 2012; Pantti 2011: 224). In der Artikulation werden Emotionen nicht

selten auch bewertet, verhandelt, vorgeschrieben, in weitere Narrative eingebettet. Dadurch entstehen viel subtilere Unterschiede der Emotionen, die zum Beispiel zwischen Ärger, moralischer Empörung, Ressentiment sowie Neid differenziert werden können (Demmerling, Landweer 2007: 209-211; Gebauer 2004: 762-763).

Diese feinen Unterschiede zwischen den Emotionen werden sehr oft benutzt, um die von anderen Akteuren oder anderen Medien dargestellten Emotionen zu hinterfragen und eigene als moralisch zu begründen. Diese Wichtigkeit der Legitimation der ausgedrückten Emotionen, ihre moralische Vertretbarkeit ist das, was öffentliche Artikulation der Emotionen und emotionsdiskursive Arbeit von der individuellen Emotionsauslegung unterscheidet. Das wird jedoch fast nie explizit gemacht: Der Ärger wird einfach als moralische Empörung, jede Anschuldigung oder gar Anprangerung als Kampf gegen die Ungerechtigkeit (vergleiche Boltanski, Thevenot 2007) und als im Namen des Volkes ausgeführt (vergleiche Binder 2013: 179–180; Corcoran 2006) dargestellt.

Besonders die Identifikation mit dem Publikum legitimiert die Parteilichkeit der Medien und immunisiert sie gegen mögliches Hinterfragen. Emotionen sind ein Teil dieser Identifikation, aber auch das Ziel der erfolgreichen Skandalisierung (vergleiche Laermann 1985; Thompson 2000: 19-20), womit die rekursive Logik des Skandals wieder in Erscheinung tritt. Der Normbruch gilt als der einzig akzeptable Grund der Dramatisierung, obgleich die intensive Rhetorik zeitlich viel früher auftritt, noch bevor geklärt ist, ob und welche Normverletzung im Skandal begangen wurde. Außerdem behaupten die Medien aufgrund der Identifikation mit dem Publikum, den Zorn der Bürger/-innen auszudrücken, obgleich sowohl die moralische Empörung des Publikums als auch die Identifikation des Publikums mit bestimmten medialen Positionen eigentlich erst Ergebnisse der Skandalisierung sind. So funktioniert suggestive Macht des öffentlichen Diskurses: Nicht durch Überzeugung und Argumentation, sondern durch die konsequente Erfüllung der Erwartungen des Publikums, die aber größtenteils von der Öffentlichkeit geweckt wurden.

Die rekursive emotionale Logik funktioniert bis zum Ende des Skandals. Der Skandalisierungsdiskurs wird immer mehr anprangernd und oft die/den Skandalisierte/-n degradierend sowie verachtend, dazu höchst homogen und selbst-referentiell. Die unterschiedlichen Medien verstärken einander und sanktionieren kollektiv die alternativen Versionen des Skandals, (Garment 1991; Kepplinger 1991; Thompson 2000: 84) damit die Verteidiger/-innen der/des Skandalisierten keine Chance mehr haben, sich durchzusetzen. Der Ausschluß der/des Skandalisierten aus der politischen Gemeinschaft wird zur einzigen Lösung der Situation. Der Rücktritt der/des Skandalisierten wird wiederum als Bestätigung der Schuld gesehen (auch wenn sie im Skandalisierungsdiskurs konstituiert wurde) und dient somit als Rechtfertigung der Anprangerung. Und wenn immer noch nicht alle von der moralischen Notwendigkeit der Denunziation überzeugt wurden, kommt, nachdem der Skandal zu Ende ist, eine Phase der Reflektion und ein gewisses Bedauern der Skandalisierenden (Hondrich 2002: 21), dass das vorherige Verhalten der Anprangernden als Verfall der Öffentlichkeit in eine sich selbst perpetuierende und kaum kontrollierbare emotionale Dynamik scheinen lässt.

## Fazit

Viel zu oft werden Emotionen in der Skandalforschung pauschalisiert und undifferenziert behandelt. Ihre Darstellung erscheint sogar paradox, wenn relativ wenig ausgearbeitete diffuse Emotionen für die Übertragung komplexer normativer Inhalte verantwortlich gemacht werden. Dieser Beitrag argumentierte, dass diese Funktionen den Emotionen zugeschrieben werden können, nur wenn sie nicht als spontane, automatische und unmittelbare Reaktionen der Menschen auf die Normenverletzung verstanden, sondern als diskursive Praktiken, die Emotionen der Bürger/-innen erklärend und interpretierend, erfasst werden. Die Skandalisierung ist dementsprechend eine emotionsdiskursive Arbeit, die den Inhalt und das Ausmaß öffentlicher und individueller Emotionen bestimmt, und der Skandalisierungsdiskurs ist der Kampf der unterschiedlichen emotionalen Versionen der Wirklichkeit um die Dominanz, der mit der Konstruktion, Zuschreibung, Beeinflussung und Normierung der Emotionen vollzogen wird.

Die emotionsdiskursive Arbeit besteht aus mehreren Stufen, die den »Werdegang« der komplexen sozialen oder moralischen Emotion abbilden. Erregte Aufmerksamkeit und Dramatisierung, die die Intensität der Aufregung erhöht, werden anschließend durch die kognitive Einschätzung der Situation begründet und interpretiert sowie durch die normative Deutung legitimiert. Die damit konstruierte Emotion wird durch sprachliche Artikulation weiter ausgelegt und differenziert. Im Skandalisierungsdiskurs können diese subtilen Unterschiede sowohl dem Etablieren als auch dem Hinterfragen der diskursiv produzierten Emotionen dienen. Wenn die Skandalisierung erfolgreich ist, erstellt der Skandalisierungsdiskurs im Laufe des Skandals eine dominierende Emotionsversion, die normierend auf die Teilnehmer/-innen des Skandals, die Medien und das Publikum wirkt, und zu einem Ausschluss alternativer Versionen des Skandals führt.

## Literatur

- Alexander, J. C. 1990: Culture and Political Crisis: »Watergate« and Durkheimian Sociology. In J. C. Alexander (Hg.), *Durkheimian sociology. Cultural studies*. Cambridge: Cambridge University Press, 187–224.
- Alexander, J. C. 1995: Watergate. In S. M. Lipset (Hg.), *The encyclopedia of democracy*. Washington, D.C: Congressional Quarterly, 1367–1369.
- Alexander, J. C. 2004: Cultural pragmatics: Social performance between ritual and strategy. *Sociological Theory*, 22. Jg., Heft 4, 527–573.
- Alexander, J. C., Jacobs, R. N. 2002: Mass communication, ritual, and civil society. In J. Curran, T. Liebes (Hg.), *Media, Ritual and Identity*. o. O.: Taylor & Francis e-Library, 23–41, [http://samples.sainsburysebooks.co.uk/9781134721887\\_sample\\_484142.pdf](http://samples.sainsburysebooks.co.uk/9781134721887_sample_484142.pdf) (letzter Aufruf 4. Dezember 2015)
- Angerer, M.-L. 2007: *Vom Begehren nach dem Affekt*. Zürich: Diaphanes.
- Averill, J. R. 1988: The Acquisition of Emotions during Adulthood. In R. Harré (Hg.), *The Social Construction of Emotions*. Oxford: Basil Blackwell, 98–118.
- Beule, J., Hondrich, K. O. 1990: Skandale als Kristallisationspunkt politischen Streits. In U. Sarcinelli (Hg.), *Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 144–156.
- Binder, W. 2013: *Abu Ghraib und die Folgen. Ein Skandal als ikonische Wende im Krieg gegen den Terror*. Bielefeld: Transcript.

- Bless, H., Clore, G. L., Schwarz, N., Golisano, V., Rabe, C., Wölk, M. 1996: Mood and the use of scripts: Does a happy mood really lead to mindlessness? *Journal of Personality and Social Psychology*, 71. Jg., Heft 4, 665–679.
- Bösch, F. 2006: Politische Skandale in Deutschland und Großbritannien. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, Heft 7/2006, 25–32.
- Bösch, F., Borutta, M. 2006: Medien und Emotionen in der Moderne. Historische Perspektiven. In F. Bösch, M. Borutta (Hg.), *Die Massen bewegen: Medien und Emotionen in der Moderne*. Frankfurt am Main: Campus, 13–41.
- Bohner, G., Bless, H., Schwarz, N., Strack, F. 1988: What triggers causal attributions? The impact of valence and subjective probability. *European Journal of Social Psychology*, 18. Jg., Heft 4, 335–345.
- Boltanski, L., Thevenot, L. 2007: *Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Borutta, M. 2006: Geistliche Gefühle. Medien und Emotionen im Kulturkampf. In F. Bösch, M. Borutta (Hg.), *Die Massen bewegen: Medien und Emotionen in der Moderne*. Frankfurt am Main: Campus, 119–141.
- Bower, G. H. 1981: Mood and memory. *American Psychologist*, 36. Jg., Heft 2, 129–148.
- Bredow, W. v. 1992: Legitimation durch Empörung: Vorüberlegungen zu einer politischen Theorie des Skandals. In J. H. Schoeps (Hg.), *Der politische Skandal*. Stuttgart, Bonn: BURG, 190–208.
- Bruder, M., Fischer, A., Manstead, A. S. R. 2014: Social appraisal as a cause of collective emotions. In C. v. Scheve, M. Salmela (Hg.), *Collective emotions. Perspectives from psychology, philosophy, and sociology*. Oxford: Oxford University Press, 141–155.
- Buck, R., Powers, S. R. 2011: Emotion, media, and the global village. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 181–194.
- Burkhardt, S. 2006: *Medienskandale. Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse*. Köln: Halem.
- Capelos, T. 2010: Scandals and Blame Management. In G. T. Kurian, J. M. Boryczka (Hg.), *Encyclopedia of Political Science*. Washington, DC: CQ Press, 1511–1513.
- Clore, G. L., Huntsinger, J. R. 2007: How emotions inform judgment and regulate thought. *Trends in cognitive sciences*, 11. Jg., Heft 9, 393–399.
- Collins, R. 2004: *Interaction Ritual Chains*: Princeton University Press.
- Collins, R. 2014: Interaction ritual chains and collective effervescence. In C. v. Scheve, M. Salmela (Hg.), *Collective emotions. Perspectives from psychology, philosophy, and sociology*. Oxford: Oxford University Press, 299–311.
- Coman, M. 2005: Cultural Anthropology and Mass Media. A Processual Approach. In E. W. Rothenbuhler, M. Coman (Hg.), *Media anthropology*. London: Sage, 46–58.
- Corcoran, P. 2006: *Emotional Framing in Australian Journalism*. Adelaide: University of Adelaide.
- Couldry, N. 2002: *Media rituals: A critical approach*. London: Routledge.
- Dayan, D. 2009: Beyond media events. Disenchantment, derailment, disruption. In N. Couldry, A. Hepp, F. Krotz (Hg.), *Media events in a global age*. London: Routledge, 23–31.
- Dayan, D., Katz, E. 1994: *Media Events: The Live Broadcasting of History*. Cambridge: Harvard University Press.
- Demmerling, C., Landweer, H. 2007: *Philosophie der Gefühle. Von Achtung bis Zorn*. Stuttgart: Metzler.
- Döveling, K., Scheve, C. v., Konijn, E. A. 2011: Emotions and mass media: an interdisciplinary approach. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 1–12.
- Dorer, J. 1999: Das Internet und die Genealogie des Kommunikationsdispositivs: Ein medientheoretischer Ansatz nach Foucault. In A. Hepp, R. Winter (Hg.), *Kultur – Medien – Macht: Cultural Studies und Medienanalyse*. Opladen: VS, 295–305.
- Durkheim, E. 1981: *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Edelman, M. J. 2005: *Politik als Ritual: Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*. Frankfurt am Main, New York: Campus.

- Ehmig, S. C. 2015: Wie der Alltag zum Skandal wird. Bedingungen und Implikationen der Anprangerung von Missständen mit regionaler und überregionaler Reichweite. In M. Ludwig, C. v. Sikorski, T. Schierl (Hg.), *Skandalisierung und Viktimisierung durch mediale Berichterstattung*. 19–20.
- Ellsworth, P. C., Smith, C. A. 1988: From appraisal to emotion: Differences among unpleasant feelings. *Motivation and Emotion*, 12. Jg., Heft 3, 271–302.
- Engelen, E.-M., Markowitsch, H. J., Scheve, C. v., Röttger-Rössler, B. 2009: Emotions as Bio-cultural Processes: Disciplinary Debates and an Interdisciplinary Outlook. In B. Röttger-Rössler, H. J. Markowitsch (Hg.), *Emotions as bio-cultural processes*. New York: Springer, 23–53.
- Garment, S. 1991: *Scandal. The crisis of mistrust in American politics*. New York: Times Books.
- Gebauer, G. 2004: Das Ressentiment denkt: Rousseau – Nietzsche – Heidegger. In K. H. Bohrer, K. Scheel (Hg.), *Ressentiment! Zur Kritik der Kultur*. Stuttgart: Klett-Cotta, 762–773.
- Gerhards, J., Schäfer, M. S. 2007: Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung. *Publizistik*, 52. Jg., Heft 2, 210–228.
- Giesen, B. 2009: Skandaltheater. In G. Preyer (Hg.), *Neuer Mensch und kollektive Identität in der Kommunikationsgesellschaft*. Wiesbaden: VS; GWV Fachverlage, Wiesbaden, 129–134.
- Giesen, B. 2010: *Zwischenlagen. Das Außerordentliche als Grund der sozialen Wirklichkeit*. Weilerswist: Velbrück.
- Gross, K. 2008: Framing Persuasive Appeals: Episodic and Thematic Framing, Emotional Response, and Policy Opinion. *Political Psychology*, 29. Jg., Heft 2, 169–192.
- Gross, K., D'Ambrosio, L. 2004: Framing emotional response. *Political Psychology*, 25. Jg., Heft 1, 1–29.
- Hediger, V. 2006: Gefühlte Distanz. Zur Modellierung von Emotionen in der Film- und Medientheorie. In F. Bösch, M. Borutta (Hg.), *Die Massen bewegen: Medien und Emotionen in der Moderne*. Frankfurt am Main: Campus, 42–62.
- Helm, B. W. 2014: Emotional communities of respect. In C. v. Scheve, M. Salmela (Hg.), *Collective emotions. Perspectives from psychology, philosophy, and sociology*. Oxford: Oxford University Press, 47–60.
- Hepp, A., Couldry, N. 2009: Introduction: media events in globalized media cultures. In N. Couldry, A. Hepp, F. Krotz (Hg.), *Media events in a global age*. London: Routledge, 1–20.
- Hess, U., Houde, S., Fischer, A. 2014: Do we mimic what we see or what we know? In C. v. Scheve, M. Salmela (Hg.), *Collective emotions. Perspectives from psychology, philosophy, and sociology*. Oxford: Oxford University Press, 94–107.
- Hitzler, R. 1989: Skandal ist Ansichtssache. Zur Inszenierungslogik ritueller Spektakel in der Politik. In R. Ebbighausen, S. Neckel (Hg.), *Anatomie des politischen Skandals*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 334–354.
- Hochschild, A. R. 1979: Emotion Work, Feeling Rules, and Social Structure. *American Journal of Sociology*, 551–575.
- Hoggett, P. 2009: *Politics, identity, and emotion*. Boulder Col.: Paradigm.
- Hondrich, K. O. 1992: Skandale als gesellschaftliche Lernmechanismen. In J. H. Schoeps (Hg.), *Der politische Skandal*. Stuttgart, Bonn: BURG.
- Hondrich, K. O. 2002: *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jäger, S. 1999: Zwischen den Kulturen: Diskursanalytische Grenzgänge. In A. Hepp, R. Winter (Hg.), *Kultur – Medien – Macht: Cultural Studies und Medienanalyse*. Opladen: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jasper, J. M. 2014: Emotions, sociology, and protest. In C. v. Scheve, M. Salmela (Hg.), *Collective emotions. Perspectives from psychology, philosophy, and sociology*. Oxford: Oxford University Press, 341–355.
- Kamps, K. 2007: *Politisches Kommunikationsmanagement*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kappelhoff, H. 2006: Urszenen des Mitgefühls. Zur Mediengeschichte der Emotionen. In F. Bösch, M. Borutta (Hg.), *Die Massen bewegen: Medien und Emotionen in der Moderne*: Campus, 94–115.

- Käsler, D. 1989: Der Skandal als »Politisches Theater«. Zur schaupolitischen Funktionalität politischer Skandale. In R. Ebbighausen, S. Neckel (Hg.), *Anatomie des politischen Skandals*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 307–333.
- Kepplinger, H. M. 2002: Erlaubte Übertreibungen: Anmerkungen zu den berufsethischen Ursachen des Skandaljournalismus. In U. Nawratil, P. Schönhagen, H. Starkulla jr. (Hg.), *Medien und Mittler sozialer Kommunikation: Beiträge zu Theorie, Geschichte und Kritik von Journalismus und Publizistik*: Leipziger Universitätsverlag, 265–276.
- Kepplinger, H. M. 2009: *Publizistische Konflikte und Skandale*. Wiesbaden: VS.
- Kepplinger, H. M. 2012: Die Mechanismen der Skandalisierung. Zu Guttenberg, Kachelmann, Sarrazin & Co.: Warum einige öffentlich untergehen; und andere nicht. München: Olzog.
- Kepplinger, H. M., Geiss, S., Siebert, S. 2012: Framing Scandals: Cognitive and Emotional Media Effects. *Journal of Communication*, 62. Jg., Heft 4, 659–681.
- Kepplinger, H. M., Hartung, U. 1993: *Am Pranger*. Eine Fallstudie zur Rationalität öffentlicher Kommunikation. München: Fischer.
- Klose, W. 1971: *Skandal und Politik. Ein Kapitel negativer Demokratie*. Tübingen: Katzmann.
- Köbler, M. 2007: Doppelmoral als Showgeschäft. Der Medienskandal um Günter Grass im August 2006. In C. Schertz (Hg.), *Rufmord und Medienopfer. Die Verletzung der persönlichen Ehre*. Berlin: Links.
- Konijn, E. A., Holt, J. M. ten. 2011: From noise to nucleus. Emotions as key construct in processing media messages. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 37–59.
- Laermann, K. 1985: *Die gräßliche Bescherung: zur Anatomie des politischen Skandals*. Wiesbaden: Steiner.
- Lang, A., Ewoldsen, D. R. 2011: The measurement of positive and negative affect in media research. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 79–98.
- Lawler, E. J., Thye, S. R., Yoon, J. 2014: The emergence of collective emotions in social exchange. In C. v. Scheve, M. Salmela (Hg.), *Collective emotions. Perspectives from psychology, philosophy, and sociology*. Oxford: Oxford University Press, 189–203.
- Lazarus, R. S. 1984: Thoughts on the Relations Between Emotion and Cognition. In K. R. Scherer, P. Ekman (Hg.), *Approaches to emotion*. Hillsdale, NJ: L. Erlbaum Associates, 247–257.
- Lazarus, R. S. 2001: Relational Meaning and Discrete Emotions. In K. R. Scherer, A. Schorr, T. Johnstone (Hg.), *Appraisal Processes in Emotion. Theory, Methods, Research* Oxford University Press, USA, 37–67.
- Lerner, J. S., Keltner, D. 2000: Beyond valence: Toward a model of emotion-specific influences on judgement and choice. *Cognition & Emotion*, 14. Jg., Heft 4, 473–493.
- Lodge, M., Taber, C. S., Weber, C. 2006: First Steps toward a Dual-Process Accessibility Model of Political Beliefs, Attitudes, and Behavior. In D. P. Redlawsk (Hg.), *Feeling politics. Emotion in political information processing*. New York, NY: Palgrave Macmillan, 11–30.
- Luhmann, N. 2009: *Die Realität der Massenmedien*. Wiesbaden: VS.
- Lukes, S. 1977: *Political Ritual and Social Integration, Essays in Social Theory*. New York: Macmillan Press, 52–73.
- Maier, M., Stengel, K., Marschall, J. 2010: *Nachrichtenwerttheorie*. Baden-Baden: Nomos.
- Manstead, A. S. R. 2005: The Social Dimension of Emotion. *The Psychologist*, 18. Jg., Heft 8, 484–487.
- Manstead, A. S. R., Fischer, A. H. 2001: Social appraisal: The social world as object of and influence on appraisal processes. In K. R. Scherer, A. Schorr, T. Johnstone (Hg.), *Appraisal processes in emotion: Theory, methods, research*. New York: Oxford University Press, 221–232.
- Marcus, G. E., Neuman, W. R., MacKuen, M. 2000: *Affective intelligence and political judgment*. Chicago: University of Chicago Press.
- Massumi, B. 1995: The autonomy of affect. *Cultural Critique*, No. 31, 83–109.

- Mast, J. L. 2006: The Cultural Pragmatics of Event-ness. The Clinton / Lewinsky Affair. In J. C. Alexander, B. Giesen, J. L. Mast (Hg.), *Social performance. Symbolic action, cultural pragmatics, and ritual*. Cambridge, New York: Cambridge University Press, 115–145.
- Meier, J., Jansen, C. 2012: Framing the Scandal. How the Press Covered the Plagiarism Scandal of the German Secretary of Defense. Vortrag auf dem 35th Annual Scientific Meeting of the International Society of Political Psychology. Chicago (unveröffentlicht).
- Nabi, R. L., So, J., Prestin, A. 2011: Media-based emotional coping. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 116–133.
- Nash, W. 1989: *Rhetoric: the wit of persuasion*. Oxford, New York: Blackwell.
- Neckel, S. 1989a: Das Stellhölzchen der Macht. Zur Soziologie des politischen Skandals. In R. Ebbighausen, S. Neckel (Hg.), *Anatomie des politischen Skandals*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 55–80.
- Neckel, S. 1989b: Machen Skandale apatisch? In R. Ebbighausen, S. Neckel (Hg.), *Anatomie des politischen Skandals*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 234–257.
- Neckel, S. 1991: Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit. Frankfurt, New York: Campus.
- Nisbett, R. E., Wilson, T. D. 1977: Telling more than we can know: Verbal reports on mental processes. *Psychological Review*, 84. Jg., Heft 3, 231–259.
- Ortony, A., Clore, G. L., Collins, A. 1988: *The cognitive structure of emotions*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Pantti, M. 2011: Disaster news and public emotions. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 221–236.
- Papacharissi, Z. 2015: *Affective publics. Sentiment, technology, and politics*. Oxford Studies in Digital Politics. Oxford: Oxford University Press.
- Polletta, F., Amenta, E. 2001: Second that Emotion?: Lessons from Once-Novel Concepts in Social Movement Research. In J. Goodwin, J. M. Jasper, F. Polletta (Hg.), *Passionate politics. Emotions and social movements*. Chicago: University of Chicago Press, 303–316.
- Raney, A. A. 2011: Media enjoyment as a function of affective dispositions toward and moral judgment of characters. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 166–178.
- Roseman, I. J. 1996: Appraisal Determinants of Emotions: Constructing a More Accurate and Comprehensive Theory. In *Cognition & Emotion*, 10. Jg., Heft 3, 241–278.
- Rothenbuhler, E. W. 1990: The Liminal fight: mass strikes as ritual and interpretation. In J. C. Alexander (Hg.), *Durkheimian sociology. Cultural studies*. Cambridge: Cambridge University Press, 66–89.
- Rothenbuhler, E. W. 2009: From media events to ritual to communicative form. In N. Couldry, A. Hepp, F. Krotz (Hg.), *Media events in a global age*. London: Routledge, 61–75.
- Sabato, L. J., Lichter, S. R., Stencel, M. 2001: *Peep Show: Media and Politics in an Age of Scandal*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Samra-Fredericks, D. 2004: Managerial elites making rhetorical and linguistic ›moves‹ for a moving (emotional) display. *Human Relations*, 57. Jg., Heft 9, 1103–1143.
- Santos, J. 2009: *Daring to feel. Violence, the news media, and their emotions*. Lanham, Md: Lexington Books.
- Schachter, S., Singer, J. 1962: Cognitive, social, and physiological determinants of emotional state. *Psychological Review*, 69. Jg., Heft 5, 379–399.
- Scherer, K. R. 1984: Emotion as a multicomponent process: A model and some cross-cultural data. *Review of Personality & Social Psychology*, Heft 5, 37–63.
- Scheve, C. v. 2011: Collective emotions in rituals: Elicitation, Transmission, and a »Mattheweffect«. In A. Michaels, C. Wulf (Hg.), *Emotions in rituals and performances*. New Delhi: Routledge, 55–77.
- Scheve, C. v., Salmela, M. 2014: Collective emotions. An introduction. In C. v. Scheve, M. Salmela (Hg.), *Collective emotions. Perspectives from psychology, philosophy, and sociology*. Oxford: Oxford University Press, xiii–xxiv.



- Schmitz, M. 1981: *Theorie und Praxis des politischen Skandals*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Schütze, C. 1967: *Die Kunst des Skandals: über die Gesetzmäßigkeiten übler und nützlicher Ärgernisse*. München, Bern: Scherz.
- Schütze, C. 1992: Was ist ein Skandal? In J. H. Schoeps (Hg.), *Der politische Skandal*. Stuttgart, Bonn: BURG, 11–36.
- Schwab, F., Schwender, C. 2011: The descent of emotions in media. Darwinian perspectives. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 15–36.
- Schudson, M. 2005: News as Stories. In E. W. Rothenbuhler, M. Coman (Hg.), *Media anthropology*. London: Sage, 121–128.
- Seyd, B. S. 2015: An Absence that Makes Itself Felt. On the Place of Affect in the Theory of Hegemony (zum Peer-Review eingereichtes Manuskript).
- Seyd, B. S. 2013: Gegenwart des Unbehagens. Gefühle und Globalisierung. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, 63. Jg., Heft 32–33, 20–26.
- Shott, S. 1979: Emotion and social life: A symbolic interactionist analysis. *American Journal of Sociology*, 1317–1334.
- Silbermann, A. 1992: Vom Skandal und dem Mythos der öffentlichen Meinung. In J. H. Schoeps (Hg.), *Der politische Skandal*. Stuttgart, Bonn: BURG, 37–51.
- Slaby, J. 2014: Emotions and the extended mind. In C. v. Scheve, M. Salmela (Hg.), *Collective emotions. Perspectives from psychology, philosophy, and sociology*. Oxford: Oxford University Press, 32–46.
- Smith, C. A., Lazarus, R. S. 1993: Appraisal and Beyond. In N. H. Frijda (Hg.), *Appraisal and Beyond: The Issue of Cognitive Determinants of Emotion*. Hove, Hillsdale: L. Erlbaum, 233–269.
- Tavuchis, N. 1991: *Mea culpa. A sociology of apology and reconciliation*. Stanford, Calif: Stanford University Press.
- Thoits, P. A. 1984: Coping, Social Support, and Psychological Outcomes: The Central Role of Emotion. In K. G. Shaver (Hg.), *Review of Personality and Social Psychology 5: Emotions, Relationships and Health*. Beverly Hills Ca.: Sage, 219–238.
- Thompson, J. B. 2000: *Political scandal. Power and visibility in the media age*. Cambridge, Malden, MA: Polity Press, Blackwell.
- Turner, V. W. 1977/1969: *The ritual process. Structure and anti-structure*. New York: Cornell Univ. Press.
- Unz, D. C. 2011: Effects of presentation and editing on emotional responses of viewers. The example of TV news. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 294–309.
- Weiner, B. 1985: An attributional theory of achievement motivation and emotion. *Psychological Review*, 92. Jg., Heft 4, 548–573.
- Zillmann, D. 2011: Mechanisms of emotional reactivity to media entertainments. In K. Döveling, C. v. Scheve, E. Konijn (Hg.), *The Routledge handbook of emotions and mass media*. London, New York: Routledge, 101–115.

»Krise des Gesundheitssystems – Krise der Gesundheit? Aktuelle  
Diskussionen der Medizin- und Gesundheitssoziologie« der Sektion Medizin- und  
Gesundheitssoziologie – organisiert von Claus Wendt und Peter Kriwy

# Medikalisierung der Gesellschaft oder Vergesellschaftung des Medizinischen?

»Lebensqualität« im medizinischen Diskurs

Thomas Schübel

*Beitrag zur Veranstaltung » Krise des Gesundheitssystems – Krise der Gesundheit? Aktuelle Diskussionen der Medizin- und Gesundheitssoziologie« der Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie – organisiert von Claus Wendt und Peter Kriwy*

Die Einbeziehung von Lebensqualitätskriterien in klinische Studien gilt in der Medizin seit 30 Jahren als unverzichtbarer Standard (bereits Beckmann 1983; zusammenfassend: Fayers, Machin 2007). Die Plausibilität des Lebensqualitätsthemas wird im medizinischen Kontext explizit damit gerechtfertigt, dass hier Aspekte aufgegriffen werden, deren Bedeutsamkeit sich längst außerhalb der Medizin erwiesen hätte (Bullinger 1996: 13). Tatsächlich greift die Medizin mit »Lebensqualität« auf ein Thema zurück, das seit spätestens Mitte des 20. Jahrhunderts *außerhalb* medizinischer Debatten in politischen und sozialwissenschaftlichen Kontexten eine wichtige Rolle gespielt hat. Was bedeutet es, wenn sich die »moderne Medizin« in ihrer Argumentation ausgerechnet und explizit auf ein nicht-medizinisches Thema beruft?

»Lebensqualität« in der Medizin: Ein weiterer Aspekt von Medikalisierung?

Unter dem Stichwort »Medikalisierung« (zusammenfassend: Clarke, Shim 2011) wurde aus sozialwissenschaftlicher Perspektive immer wieder eine zunehmende Ausdehnung des medizinischen Geltungsbereichs auf vormals nicht-medizinische Alltagsphänomene beschrieben. Mit der Hinzunahme von medizinischen Lebensqualitätskriterien, die sich auf das Alltags(er)leben von Menschen beziehen, scheint eine solche Ausdehnung noch einmal potenziert gegeben zu sein. Die zentrale, hier vertretene These lautet hingegen, dass die medizinische Thematisierung von »Lebensqualität« als diskursive Bearbeitung von Rationalitäts- und Legitimationsdruck innerhalb der Medizin interpretiert werden kann, mithin als gesellschaftliche Zumutung an die Medizin. Vor dem Hintergrund der Wissenssoziologie von Berger und Luckmann (1992[1966]) erfolgte eine wissenssoziologische Diskursanalyse (im Sinne von Keller 2011). Es wurde untersucht, in

welcher Weise medizinisches Wissen über Lebensqualität diskursiv zur Geltung gebracht wird. Wie wird »Lebensqualität« in der Medizin (nicht) thematisiert? Wie wird Konsens hergestellt und mit Dissens umgegangen? Welche Sprechpositionen gibt es? Wie materialisiert sich der Diskurs? Der Datenkorpus bestand im Kern aus medizinischen Konferenz- und Sammelbänden, die sich mit »Lebensqualität« befassen. Diese sind vom Beginn bis ins Jahr 1989 vollständig berücksichtigt, für die Folgejahre lag der Fokus auf breit rezipierten Kongress-/Sammelbänden sowie ausgewählten Monographien. Medizinisches Wissen gerät in dieser Zugangsweise als kommunikative Weise der Hervorbringung von Wissen im öffentlichen Raum in den Blick. Das Zum-Thema-Machen von »Lebensqualität« wird in Bezug auf soziale Bedeutungszusammenhänge untersucht. Diese liegen notwendigerweise jenseits einer zur Geltung gebrachten medizinischen Plausibilisierung. Damit gerät das Verhältnis von Medizin und Gesellschaft im Sinne einer *sociology of medicine* (Straus 1957) in den Blick.

## Diskursfeld der medizinischen Thematisierung von »Lebensqualität«

Das Diskursfeld erweist sich als diskursiv-kommunikatives Geflecht von vier SprecherInnenpositionen. »Kontrolle«, »Organisation«, »Expertise« und »Praxis« bezeichnen die Themen, worüber jeweils in legitimer Weise gesprochen werden kann. Die Positionen beziehen sich auf strukturelle Bedingungen des Sprechens über »Lebensqualität« in Hinblick auf die jeweiligen Themen. Über ärztliche Praxis sprechen nicht nur praktisch tätige ÄrztInnen, sondern auch EthikerInnen oder PolitikerInnen, und die diskursanalytisch einzig interessante Frage ist, inwieweit sie darin eine institutionalisierte Chance haben Gehör zu finden. Die vier Positionen sind absichtlich in nicht-subjektivierender Weise formuliert (also etwa »Kontrolle« statt »KontrollleurIn«), um deutlich zu machen, dass es sich bei den hier angesprochen Positionen um strukturelle Aspekte des Diskurses handelt. Im Schnittfeld der SprecherInnenpositionen strukturieren sich institutionell-organisatorische Arrangements. Erst im Geflecht der SprecherInnenpositionen können Argumente wirksam und kann die Wissensproduktion arrangiert werden zum Beispiel in Form von Abteilungen im Gesundheitsministerium, (regierungsnahen) Forschungseinrichtungen, »Think Tanks«, neuen Lehrstühlen oder »pharmanaher« Forschung.

In der Verzahnung von SprecherInnenpositionen, Themen und Arrangements lassen sich vier verschiedene Wirkungen des Diskurses identifizieren. Diese spannen das Diskursfeld auf, innerhalb dessen Geltungsansprüche auf medizinisches Wissen über »Lebensqualität« legitimer Weise geltend gemacht werden können. Die Wirkungsweisen lassen sich wie folgt beschreiben. (1) Autorisierte Problemsetzung: Im Schnittfeld des Sprechens über Kontrolle und Organisation materialisieren sich Restriktionen einerseits und Institutionen andererseits. Sie konstituieren institutionell-organisatorische Arrangements, innerhalb deren Probleme legitimer Weise gesetzt werden können, so dass gesetzte Problemlösungen überhaupt an eine mit gesellschaftlicher Legitimität ausgestattete Institution delegierbar werden, etwa an ein staatliches Amt für Gesundheitsstatistik oder eine eigene Abteilung für Fragen der »Lebensqualität« innerhalb der WHO. (2) Anerkannte Expertise: Im Schnittfeld des Sprechens über Organisation und Expertise materialisieren sich problembearbeitende Institutionen und in deren Kontext entwickelte Tech-

niken. Dadurch werden Probleme in einer Weise ansprechbar, dass ihr Bearbeitungsmodus als Expertise Anerkennung erfahren kann. Genau darin gründet die Problematisierbarkeit von »Wissenschaftlichkeit«, das heißt die Möglichkeit, legitimer Weise über Modi einer »rationalen« Wissensproduktion zu sprechen. (3) Machbare Umsetzung: Im Schnittfeld des Sprechens über Expertise und Praxis materialisieren sich Techniken in Verknüpfung mit Prinzipien ärztlicher Praxis. Techniken werden ausweisbar als umsetzbar und verantwortbar. Die Behauptung von handlungsbezogenem Konsens beweist letztlich die Praktikabilität der technischen Verfahrensweisen der Wissensproduktion. (4) Sinnvolle Problemlösung: Im Schnittfeld des Sprechens über Praxis und Kontrolle materialisieren sich Restriktionen und Prinzipien, in deren Verknüpfung sich legitimer Weise etwas darüber sagen lässt, was angesichts der Notwendigkeiten sinnvoll ist. Als das Sinnvolle werden im medizinischen Lebensqualitätsdiskurs Selbstverständlichkeiten herausgestellt: Ad-hoc-Plausibilitäten und Kontinuitäten.

Die *Konstitution* des Geltungsanspruchs medizinischen Wissens über »Lebensqualität« lässt sich verorten im Schnittfeld der Problematisierung von »Notwendigkeit« (Dass etwas gesagt werden muss.) und »Selbstverständlichkeit« (Dass es so und von diesen AkteurInnen gesagt werden muss.). Verzahnt mit der Konstitution des Wissensfeldes ist die Praktikabilität der Wissensproduktion, gewissermaßen als Beweisführung dafür, dass der Anspruch auf das neue Wissensfeld auch real einlösbar ist. Im Schnittfeld der Problematisierung von »Konsens« (Dass einstimmig gehandelt werden muss und kann) und von »Wissenschaftlichkeit« (Dass belegbar ist, was getan werden muss.) entsteht eine breiten Koalition zwischen AkteurInnengruppen. In einer thematischen Verknüpfung von Restriktionen, Institutionen, Prinzipien und Praxis kommt es zur Darstellung der Begründungsfähigkeit des Wissensfeldes und zur Präsentation der Möglichkeitsbegründung der Wissensproduktion. Die Konstruktion des Konsensuellen und des Wissenschaftlichen mutet dabei als changierend zwischen Faktizität und Fiktionalität an, letztere in dem Sinne, dass Wissenschaftlichkeit als legitimierendes Argument mindestens genauso wichtig oder sogar in Teilen wichtiger zu sein scheint als ein inhaltlich-gegenstandsbezogenes Argument.

Die *Praktikabilität* des Geltungsanspruchs medizinischen Wissens über »Lebensqualität« wird über zweierlei Problematisierungen hervorgebracht: Die Problematisierung von »Konsens« erwirkt die Darstellung von Handlungsfähigkeit vermittelt Belegen der Produzierbarkeit von Wissen. Die Problematisierung von »Wissenschaftlichkeit«, mithin die Behauptung »wissenschaftlicher« Produzierbarkeit von Wissen, markiert Wissen als solide und vertrauenswürdig. Die prinzipielle Bewältigbarkeit der »wissenschaftlichen« Probleme wird mit dem Argument in Aussicht gestellt, dass das Thema längst in anderen Disziplinen etabliert sei. Die grundsätzliche Begründetheit des Themas, also die prinzipielle »wissenschaftliche« Legitimität von Thema und Terminus, wird über den Verweis auf andere wissenschaftliche Disziplinen ausgewiesen. Auf diese Weise bleibt das Lebensqualitätsthema diskursiv bearbeitbar als »wissenschaftlich« und kann, auch in Hinblick auf seine Handlungsfolgen, als rational gerechtfertigt dargestellt werden. Im medizinischen Diskurs um »Lebensqualität« wird Anspruch darauf erhoben, es lasse sich »medizinisch« etwas sagen auch unter Unsicherheit produzierenden Bedingungen.

## Immunisierung medizinischen Wissens gegenüber gesellschaftlichem Legitimierungsdruck

Trotz aller Mächtigkeit, auf Fragen nach der Optimierbarkeit des Wohlbefindens Antworten zu geben, hat die Medizin letztlich *als Medizin* dafür keine Antworten, sie kann »diese Art des Wohlbefindens« (Lenk 2011: 73) nicht herstellen. Die Tatsache, dass der überwiegende Teil der im medizinischen Feld zur Anwendung kommenden Instrumente zur Erhebung von »Lebensqualität« eine überschaubare Anzahl relativ herkömmlicher medizinischer Indikatoren enthält (etwa die Funktionalitätsitems in den WHOQOL-Fragebögen, z.B. Beweglichkeit von Gelenken oder Kopfschmerzen) bei gleichzeitiger Überhöhung des damit verbundenen Anspruchs (»ganzheitlich«, »spirituell«, »Menschheitsfrage«) lässt sich derart interpretieren, dass die Rede von der »Lebensqualität« ganz erheblich auch eine legitimatorische Funktion hat. Mit »Lebensqualität« gerät *prinzipiell* stets das ganze Leben in den Fokus. Die Rede von der »Lebensqualität« scheint dann allerdings etwas überspannt angesichts der Tatsache, dass hier letztlich ein relativ überschaubarer medizinischer Befund erhoben wird.

Der medizinische Lebensqualitätsdiskurs erscheint als Ausweg einer stark unter Rationalitätsdruck geratenen Selbstbegründung der »modernen« Medizin. Lebensqualitätswissen kann als »Rationalitätsfiktion« (Schimank 2006) gedeutet werden. Durch Rückgriff auf den in der Sprachgemeinschaft bereits vorfindbaren »Wortschatz des Ethischen« (Bülow 1984) besteht für den medizinischen Lebensqualitätsdiskurs – rein sprachlich – die Möglichkeit zur Verknüpfung mit (alltäglichen) Bedeutungsfeldern, von denen nicht gesagt werden kann, worin ihre »Wissenschaftlichkeit« besteht und was sie konkret bedeuten. An und für sich ist »Lebensqualität« unbegrenzt *denkbar*, trägt somit in sich stets die Möglichkeit der *Potenzierung medizinischen Wissens*. So ist es wohl gerade die Polysemie des Ausdrucks »Lebensqualität«, die dessen Karriere befördert und »Lebensqualität« sehr viel stärker zu einem ärztlichen Handeln begründendem Kriterium werden lässt als »Gesundheit«. »Lebensqualität« erscheint in diesem Lichte tatsächlich als »catch-phrase« (Fayers, Machin 2007: xvii) und »bandwaggon« (Katschnig 2006), allerdings nun in einer anderen Weise als in der medizinischen Selbstbeschreibung. Weil das Lebensqualitätsthema als »gut im Prinzip« diskursiv konstruiert ist, besteht es als Wissen letztlich *jenseits* ethischer Relativierungen. Pointiert könnte gesagt werden, dass mit der Zuspitzung der ethischen Frage in der Medizin ein Thema Einzug hielt, das in ethischer Hinsicht als immer schon ethisch legitimiert ausweisbar ist. Damit weicht der medizinische Diskurs vor den bereits bei Schluchter (1974) beschriebenen Legitimationsproblemen aus, indem Medizin als »Kunstlehre« durch eine »biochemische Wissenschaft und Technik« (Labisch 1992: 376) ersetzt wird. Gill (2005: 28) hat kritisiert, dass mit ethischen Rechtfertigungen oftmals »biotechnische Herrschaftsansprüche« lediglich verschleiert würden.

»Lebensqualität« ist keine Leerformel, sondern ein Begriff mit angebbaren Konnotationen, die sozial konstruierte Wertevorstellungen betreffen. Über das, was gut, schön und richtig ist im Leben, kann etwas gesagt werden, so die Botschaft. Die im medizinischen Lebensqualitätsdiskurs in Aussicht gestellte Orientierung auf »gute Lebensbedingungen« kann interpretiert werden als ein In-Aussicht-Stellen einer guten Entscheidung anhand guter medizinischer Kriterien. Daran hatten und haben neben Ärzten und Ärztinnen vor allem diejenigen sozialen AkteurInnen Interesse, denen an Veränderungen in der medizinischen Versorgung gelegen ist und die den

Einsatz von Ressourcen in Verweis auf medizinische Kriterien zu rechtfertigen haben. »Lebensqualität« führt zu einer schier unbegrenzten Vielfalt an Entscheidungs- und Argumentationsmöglichkeiten, ohne einen neuen »Zielparameter« dingfest machen zu wollen (und zu können).

Die medizinische Thematisierung von »Lebensqualität« wird als eine Antwort auf Rationalisierungs- und Legitimierungsdruck interpretiert, der immer auch eine Fiktion von Rationalität und Wissen produziert. Es kommt, so könnte gesagt werden, zu einer Art Immunisierung gegenüber Rationalitätserwartungen an die »moderne« Medizin. In der Folge kommt es zur Entgrenzung medizinischen Wissens derart, dass die Grenze zwischen Medizin und Nicht-Medizin verschwimmt. Auch in diesem Sinne kann medizinisches Wissen als »Wissen an der Grenze« (Peter, Funcke 2013) und als entgrenztes Wissen (Viehöver, Wehling 2011) beschrieben werden. Medizin stößt mit ihrem Versuch, aus sich selbst heraus Lebensqualitätskriterien begründen zu wollen, an die Grenze der rationalen Begründbarkeit entsprechender Kriterien und erwirkt in der Folge Deutungshoheit über diese Kriterien selbst. Die Thematisierung von Lebensqualität in der Medizin ist zwar an sich nicht Ausdruck von Medikalierungsprozessen, indem gerade das Nicht-Medizinische der mit »Lebensqualität« angesprochenen Phänomene im Diskurs beständig hervorgehoben wird. Allerdings ergeben sich aus der Hereinnahme medizinisch indifferenter Handlungskriterien schwerwiegende Konsequenzen für Medikalierungsprozesse, die sich (etwa in Hinblick auf »Enhancement«) jeglicher Kritik zu entziehen drohen, da medizinische Interventionen mit vorgeblich bereits gerechtfertigten Kriterien begründet werden. Wissen über »Lebensqualität« wird Bestandteil eines Wissensregimes, durch welches das Verhältnis von Medizin und Gesellschaft eine Neuordnung erfährt.

Indem der medizinische Lebensqualitätsdiskurs Nicht-Medizinisches medizinisch sagbar macht, kann er als ein Wegbereiter bzw. als ein Wirkmechanismus von »Healthism« (Crawford 1980) verstanden werden, durch den »Gesundheitswissen« zu einer subjektiven, selbstverantworteten Frage der Lebensführung und Lebensweise wird. Medizinisches Wissen wird gesellschaftlich verfügbar auch jenseits ärztlicher Verantwortung, wird zum Gegenstand von Wissenspolitiken, die von vielen sozialen AkteurInnen betrieben werden. Vor allem die Rede von der »Gesundheitsförderung« knüpft am medizinischen Diskurs an. Die von Barker (2014) beschriebene »Do-it-yourself-medicalization« vollzieht sich mittlerweile auf einem schier unübersichtlichen »Gesundheitsmarkt«. An »Healthism« wirken viele AkteurInnengruppen in konkreter Weise mit. Auf dem weiten Feld der »Gesundheitsförderung«, auf dem Ärzte und Ärztinnen nur unter anderen tätig sind, neben SozialwissenschaftlerInnen, PsychologInnen, ErziehungswissenschaftlerInnen, SozialarbeiterInnen, versuchen sie alle, am konkreten Verhalten von »Zielgruppen«, »Benachteiligten«, »Unterschichten« etwas zu verändern, was als »gesundheitsfördernd« geltend zu machen ist. Dabei berufen sie sich auf die medizinische Relevanz etwa ihrer sozialarbeiterischen Tätigkeit. »Lebensqualität« in der Medizin ist alles das, was zusätzliche Handlungsmöglichkeiten produziert und dabei als autorisiert, sinnhaft, messbar und umsetzbar glaubhaft gemacht werden kann. Das Lebensqualitätsthema erweist sich in diesem Zusammenhang immer *auch* als Rationalitätsfiktion und Wissensinszenierung zur Rechtfertigung medizinischer Interventionen. Mittels Differenzierung von Wissen (worüber etwas gewusst werden muss) und Nicht-Wissen (worüber nichts gewusst werden muss) schützt sich der medizinische Diskurs vor einem möglichen Deutungsverlust, der ihm aufgrund der »dialectic of medical progress« (Gallagher 1994) droht.

## Folgerungen für die Lebensqualitätsforschung

Die medizin- und gesundheitssoziologische Auseinandersetzung mit »Lebensqualität« muss systematischer berücksichtigen, dass es sich bei Kriterien der »Lebensqualität« nicht um genuin medizinische Maßstäbe handelt. Medizinische »Lebensqualitätsdaten« spiegeln stets medizinische Interessen an der Handlungsfähigkeit der Disziplin wider. Dies ist etwa im Umgang mit medizinischen Survey-Daten zu berücksichtigen. Medizinische Daten entstehen interessenbezogen, gründen in institutionalisierten Handlungserwartungen. Indikatoren für »Lebensqualität« sind Ergebnisse medizinischer Standardisierungsprozesse. Sie mögen als (sozial-)wissenschaftlich fundiert anmuten, genügen aber ausschließlich medizinischen Interessen, die in unterschiedlicher Weise und auch aus guten Gründen ärztliches Handeln zu steuern suchen. Medizinische Konzepte und Kriterien sind stets normativ und derart ausgewählt, dass sie Unterscheidungen produzieren zwischen Behandlungsoptionen. Im Rahmen soziologischer Gesundheitsforschung sprechen die Indikatoren keine selbstverständliche Sprache. Lebensqualitätskriterien liefern keine Entscheidungsheuristiken und beantworten weder Fragen nach Ethik noch Fragen nach Qualität oder sinnvollen Outcomes. »Lebensqualität« ist ein programmatischer und kein Erkenntnisbegriff.

Die Expansion von »Lebensqualität« als medizinischem Konzept geht längst über die Grenzen des medizinischen Diskurses hinaus. »Lebensqualität« wird unter anderem in den »Nursing Sciences«, in der Heil- und Sonderpädagogik und in der Sozialen Arbeit rezipiert. Auch in diesem Sinne könnte von einer »Vergesellschaftung des Medizinischen« gesprochen werden. Die Folge einer zunehmenden Ausrichtung am medizinischen Diskurs in medizinischen Feldern wie der Gesundheitsförderung und eines zunehmenden »Medizinsprechens« außerhalb der Medizin (etwa in der Sozialen Arbeit) besteht in der Gefahr einer unreflektierten Referenzierung auf medizinische Bedeutungszusammenhänge. Die Rede von der »Wissenschaftlichkeit« und Hinweise auf einen bestehenden »Konsens« können im Hinblick auf die Begründung von lebensqualitätsbezogenen Interventionen die Frage nach der Verantwortung nicht ersetzen. Die Ignorierung praxisfeldbezogener Interessen und institutionell-organisatorischer Rahmenbedingungen kann zu Verantwortungsdiffusion und unreflektiertem Paternalismus führen. Damit das vorgeblich »Selbstverständliche« nicht zum legitimationsfreien Selbstläufer wird, müssen die konkreten Bedingungen, Interessen, Machtasymmetrien, Aufträge und Verantwortungszuschreibungen im Anwendungsfeld reflektiert werden. Nur so kann vermieden werden, dass beispielsweise in den angewandten Sozialwissenschaften (zum Beispiel in Projekten der Gesundheitsförderung oder in Praxisfeldern der Sozialen Arbeit) Interventionen als nicht weiter begründungsbedürftig gelten. Das kann leicht übersehen werden aufgrund der scheinbaren Ad-hoc-Plausibilität von Leitbegriffen der Gesundheitsforschung wie zum Beispiel »Lebensqualität«.



## Literatur

- Barker, K. K. 2014: Mindfulness meditation: Do-it-yourself medicalization of every moment. *Social science & medicine*, 106, 168–176.
- Beckmann, J. 1983 (Hg.): *Quality of life: methods of measurement and related areas*. County Hospital Service of Funen.
- Berger, P. L., Luckmann, T. 1992 [1966]: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bullinger, M. 1996: Lebensqualität – ein Ziel- und Bewertungskriterium medizinischen Handelns? In H.-J. Möller, R. R. Engel, P. Hoff (Hg.), *Befunderhebung in der Psychiatrie: Lebensqualität, Negativsymptomatik und andere aktuelle Entwicklungen*. Wien: Springer, 13–30.
- Bülow, E. 1984: *Der Wortschatz des Ethischen und die Grundwerte-Diskussion*. Tübingen: Gunter Narr.
- Clarke, A. E., Shim, J. 2011: Medicalization and biomedicalization revisited: Technoscience and transformations of health, illness and American medicine. In B. A. Pescosolido, J. K. Martin, J. D. McLeod, A. Rogers (Hg.), *Handbook of the Sociology of Health, Illness, and Healing*. New York: Springer, 173–199.
- Crawford, R. 1980: Healthism and the medicalization of everyday life. *International journal of health services*, 10(3), 365–388.
- Fayers, P., Machin, D. 2007: *Quality of life: the assessment, analysis and interpretation of patient-reported outcomes*. Chichester: Wiley.
- Gallagher, E. B. 1994: Quality of life issues and the dialectic of medical progress: illustrated by end-stage renal disease patients. *Advances in medical sociology*, 5, 67–90.
- Gill, B. 2005: Kritische Theorie und biomedizinische Herrschaftsverhältnisse. In *Erwägen – Wissen – Ethik*, 16, 28–30.
- Katschnig, H. 2006: How useful is the concept of quality of life in psychiatry? In H. Katschnig, H. Freeman, N. Sartorius (Hg.), *Quality of life in mental disorders*. Chichester: Wiley, 3–17.
- Keller, R. 2011: *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS.
- Labisch, A. 1992: *Homo hygienicus. Gesundheit und Medizin in der Neuzeit*. Frankfurt am Main: Campus.
- Lenk, C. 2011: Enhancement vor dem Hintergrund verschiedener Konzepte von Gesundheit und Krankheit. In W. Viehöver, P. Wehling 2011, *Entgrenzung der Medizin. Von der Heilkunst zur Verbesserung des Menschen?* Bielefeld: transcript, 67–88.
- Peter, C., Funcke, D. 2013: *Wissen an der Grenze. Zum Umgang mit Ungewissheit und Unsicherheit in der modernen Medizin*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schimank, U. 2006: Rationalitätsfiktionen in der Entscheidungsgesellschaft. In D. Tänzler, H. Knoblauch, H. G. Soeffner (Hg.), *Zur Kritik der Wissensgesellschaft*. Konstanz: UVK, 57–82.
- Schluchter, W. 1974: Legitimationsprobleme der Medizin. *Zeitschrift für Soziologie*, 3. Jg., Heft 4, 375–396.
- Straus, R. 1957: The Nature and Status of Medical Sociology. *American sociological review*, 22 (2), 200–204.
- Viehöver, W., Wehling, P. 2011: *Entgrenzung der Medizin. Von der Heilkunst zur Verbesserung des Menschen?* Bielefeld: transcript.

»Empirische Analyse von Krisen und Umbrüchen I – Forschungsdesigns«  
der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung  
– organisiert von Stefanie Eifler

# Rekonstruktion des sozialen Wandels eines Wohngebietes mittels Zeitungsanalyse

Ein Fallbeispiel

Sebastian Kurtenbach

*Beitrag zur Veranstaltung »Empirische Analyse von Krisen und Umbrüchen I – Forschungsdesigns« – organisiert von Stefanie Eifler*

»Der Norden setzt auf die späte Liebe« titelte der Kölner Stadtanzeiger am 07. Juni 1977 in einem Bericht über die neu errichtete Großsiedlung Köln-Chorweiler. Zwar wohnten dort bereits viele mittelschichtsangehörige Familien, und auch zahlreiche öffentliche und kulturelle Einrichtungen hatten sich angesiedelt, doch ein Heimatgefühl stellte sich noch nicht ein. Die Einrichtungen, wie ein Schwimmbad oder eine Bücherei, sind geblieben, doch die Bewohnerschaft hat sich verändert. Lebten anfangs eher Familien mit durchschnittlichem Einkommen in den Sozialwohnungen, die damals noch breiten Schichten, und nicht denjenigen mit Problemen auf dem Wohnungsmarkt, gewidmet waren, wohnen heute dort eher ökonomisch schwächere Gruppen. Augenscheinlich hat sich ein radikaler sozialer Wandel der lokalen Bevölkerung vollzogen. Eine Möglichkeit, einen solchen Wandel empirisch zu rekonstruieren, wird im Rahmen dieses Beitrags diskutiert. Dazu wird zu Beginn der soziale Wandel westdeutscher Großsiedlungen anhand einschlägiger Studien skizziert. Anschließend wird, am Beispiel der Großsiedlung Köln-Chorweiler gezeigt, wie sich mittels Zeitungsartikeln ein solcher Wandel empirisch rekonstruieren lässt. Abschließend werden die Anwendungsmöglichkeiten und Einschränkungen eines solchen Vorgehens diskutiert.

## Fünf Phasen des sozialen Wandels westdeutscher Großsiedlungen

Unter sozialem Wandel wird »Veränderung sozialer Strukturen über die Zeit« (Lehner 2011: 342) verstanden. Beim Wandel von Wohngebieten bedeutet dies eine Bevölkerungsveränderung beispielsweise von wohlhabend und monoethnisch zu mittellos und ethnisch heterogen. Die retrospektive Untersuchung des sozialen Wandels kann Erklärungen für gegenwärtige Situationen liefern und erste Antwortmöglichkeiten auf die Frage »How does the past affect the present?«

(Sampson 2013: 10; Herv. i.O.) finden, denn Gegenwart ist nur im Kontext der Vergangenheit interpretierbar (Elias 1997: 22).

Ein deutlicher Vorteil der Erforschung von Großsiedlungen ist die Dokumentation der gesamten Siedlungszeit. Lebten dort in den siebziger Jahren eher Haushalte der Mittelschicht, hat sich dies vielerorts dahingehend geändert, dass dort oftmals die Ärmsten der Stadtgesellschaft leben. Für Großsiedlungen existiert keine einheitliche Definition (Musterd, van Kempen 2007: 311). Gibbins (1988) schlägt folgende Definition von Großsiedlungen vor: »Mit dem Begriff >>Großsiedlung<< bezeichnen wir solche Wohngebiete, die in den 60er und 70er Jahren als separate oder zumindest funktional eigenständige Siedlungseinheiten geplant und realisiert wurden. Nicht nur sämtliche Wohnungen, sondern auch die Infrastruktur, Grün- und Freizeitflächen sowie Verkehrserschließung waren Gegenstand der Planung und Realisierung. Das Erscheinungsbild ist durch eine dichte und hochgeschossige Bebauung geprägt. Der überwiegende Anteil des Wohnungsangebotes besteht aus Mietwohnungen, von denen ein hoher Anteil öffentlich gefördert ist. Die Siedlung sollte mindestens einen Bestand von 500 Wohneinheiten umfassen.« (Gibbins 1988: 9) Aus der Literatur lassen sich fünf Phasen des sozialen Wandels westdeutscher Großsiedlungen herausarbeiten<sup>1</sup>.

### Phase 1: Großsiedlungen als Wohnstandort der modernen Kleinfamilie

Die Beschreibungen der Gründerjahre der Großsiedlungen zeichnen sich durchweg mit der Vielzahl an Kindern aus, die dort wohnten (Zapf et al. 1969: 224; Weeber, 1971: 27; Müller 1977: 22). Es wurde auch von einem »Kinderberg« gesprochen, der zugleich Ursache vieler Probleme war (Heil 1974: 190). Oftmals waren die Familien aus derselben Stadt zugezogen (Dorsch 1971: 54, Herlyn 1990: 159). Bedingt durch die Belegungspraxis des sozialen Wohnungsbaus (Weeber 1971: 39), Filter für andere Mietbewerber (Weeber 1971: 32) und Alternativlosigkeit (Zapf et al. 1969: 207) wurden bürgerliche Familien an den Stadträndern nahezu separiert.

Mit der Fertigstellung der ersten Wohnungen zogen auch die ersten Familien zu, die in doppelter Hinsicht Pionierarbeit zu leisten hatten (Dorsch 1972: 46f.). Zum einen zogen sie in noch nicht fertiggestellte Stadtteile, die eher Großbaustellen glichen (Dorsch 1972: 40) und zum anderen gab es noch keine nachbarschaftlichen Netzwerke oder Anknüpfungspunkte. Dorsch beschreibt diese Herausforderung mit den Worten: »Ortspezifische Normen und Wertevorstellungen müssen erst entwickelt werden, soziale Leitlinien in Form von Vereinen oder Gruppierungen als Manifestation sozialer Kommunikation existieren noch nicht.« (Dorsch 1972: 22)

### Phase 2: Großsiedlungen als Kompensationsorte für Bewohner von Behelfssiedlungen

Ab Ende der 1970er Jahren gab es zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu genügend Wohnungen. In diese Zeit fällt auch die erste Umschichtung der jeweils lokalen Bevölkerung, was im Wesentlichen an zwei Entwicklungen lag: zum einen änderte sich das Image der

<sup>1</sup> Die beschriebene Entwicklung ist idealtypisch, und in der Praxis finden sich naturgemäß eine Reihe von Abweichungen.

Großsiedlungen aufgrund anhaltender Kritik an baulichen Missständen<sup>2</sup> (Dorsch 1972: 44; Friedrichs, Dangschat 1986: 9). Zum anderen wurden Alternativen für die offenbar finanziell potente Mittelschicht möglich und attraktiv (Häußermann, Siebel 2004: 159). Aufgrund der degressiven Förderpraxis des sozialen Wohnungsbaus stiegen die Mieten stetig an (Friedrichs 1995: 124), was viele Familien dazu veranlasste in ein Eigenheim in die Vorstädte zu ziehen (Friedrichs 1995: 105)<sup>3</sup>. Die Phase der Suburbanisierung brach an. Politisch unterstützt wurde dies durch die Eigenheimzulage (Göschel 2007: 35). Zu sehen war, dass die Wohnungen, aus denen die Familien auszogen, durch »Risikomieter« nachbelegt wurden (BMBau 1990: 17; Friedrichs, Dangschat 1986: 9), was die verbliebenen Mittelschichtfamilien ebenso zum Auszug bewegte. Dazu gehört auch die Einweisung von Obdachlosen in die Sozialwohnungen, was Ende der 1970er Jahre gängige Praxis war (Lenz 2007: 99).

Die Umschichtung der Großsiedlungen begann fast mit ihrer Errichtung selbst. Während der Planungs- und Errichtungszeit der neuen Siedlungen herrschte Wohnungsnot, die mit der Schaffung vieler Wohnungen überwunden werden sollte. Bevor es soweit war, mussten Notlösungen gefunden werden. Eine war die Einrichtung von Behelfswohnheimen (Dorsch 1972: 10). Dort wohnten Menschen, die kriegsbedingt keine andere Bleibe fanden. Die Behelfswohnheime wurden im Laufe der Zeit aufgelöst, und die Bewohner fanden oftmals in den Großsiedlungen eine neue Unterkunft (BMBau 1990: 14). In diesem Rahmen wurden erste Erfahrungen in der Einweisung Wohnungsloser in Wohnungsbestände des sozialen Wohnungsbaus gemacht, der ursprünglich den »breiten Schichten des Volkes«, also der Mittelschicht, vorbehalten war.

### Phase 3: Großsiedlungen als gemiedene Gebiete

Die Umschichtung der lokalen Bevölkerung verschärfte sich zu Beginn der 1980er Jahre noch einmal. Durch den Fortzug der Mittelschicht und das anhaltend schlechte Image wollten immer weniger Menschen in die peripheren Großsiedlungen ziehen (Friedrichs, Dangschat 1986: 3). Zugleich führte eine zunehmende Alterung der Gesamtgesellschaft (Kaufmann 2005: 50) bei einem nahezu gesättigten Wohnungsmarkt (Kreibich 1985: 184) zu geringerer Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt. In der Folge wurden Großsiedlungen als Wohnstandort weniger nachgefragt, sodass erhöhte Leerstandsproblematiken auftraten (Huf 1991: 12; Kreibich 1985: 183). Zusammenfassend folgte auf Entmischung der Leerzug, sobald es Alternativen gab. Diese Phase der Großsiedlungen lässt sich am besten dadurch beschreiben, dass vorwiegend sozial belastete Haushalte dort lebten oder Leerstand herrschte. Das Zeitfenster dauerte etwa von 1983 bis 1986 (Friedrichs 1995: 124).

### Phase 4: Großsiedlungen als Migrationszielgebiete

Großsiedlungen, die kürzlich noch relativ hohe Leerstände verzeichneten, wurden in dieser Phase wieder verstärkt nachgefragt. Allerdings hat es nur partiell Veränderungen der baulichen

---

<sup>2</sup> Siehe beispielsweise: Mitscherlich 1974.

<sup>3</sup> Leider lassen sich diese Wanderungsbewegungen, aufgrund fehlender Daten, nicht rekonstruieren.

Struktur gegeben, ohne dass sich Image verbessert hätte. Der Grund lag in der verstärkten Zuwanderung aus Gebieten der zerfallenden UDSSR. Spätaussiedler konnten durch den nun durchlässigen »Eisernen Vorhang« in die westdeutschen Städte ziehen (Kamper 2013: 21; Strubelt, Veith 1997: 109ff.). Die Kommunen waren aufgerufen, Zuwanderer aufzunehmen und angemessene Wohnungen zu gewährleisten. Nun trat einer der Geburtsfehler der Großsiedlungen offen zu tage. In ihnen konzentrierten sich Wohneinheiten, in denen die Kommunen Belegungsrechte hatten, da sie die Erbauung subventionierten.

Auch wenn eine Kommune keine direkten Belegungsrechte hatte, waren die Mietpreise aufgrund von Nachsubventionierung (Huf 1991: 13) in den Siedlungen kostengünstig, sodass Mietraum den Neankömmlingen zur Verfügung gestellt werden konnte (Huf 1991: 12). Dadurch wurden Großsiedlungen ein weiteres Mal mit sozial Bedürftigen belegt, diesmal mit mittellosen Zuwanderern (Herlyn 1990: 169). Das hatte den Effekt, dass länger Ansässige, darunter auch der sinnbildliche »Rest der Mittelschicht«, auszogen (Huf 1991: 13) und diese zu meist wieder durch Migranten ersetzt wurden. Zwar standen die Siedlungen nun nicht mehr leer, doch wurden sie endgültig zu Wohnstandorten der Marginalisierten.

### Phase 5: Großsiedlungen Wohnorte der Marginalisierten

Großsiedlungen liegen nach wie vor an den Stadträndern und die Anbindung an den ÖPNV ist heute fast überall gelöst. Andere Probleme hingegen nicht. Sie sind heute oftmals mehrfachsegregierte Gebiete einer städtischen Unterschicht (Häußermann 1998: 170ff.). Zwar sind sie, gemessen an den Problemlagen, von Stadtpolitik wenig beachtet, doch ist eine Abwesenheit des Staates nicht zu diagnostizieren. Weder direkte staatliche Institutionen wie Schulen und Kindertageseinrichtungen fehlen, noch intermediäre Organisationen mit Beratungs- und Hilfeinrichtungen. Auch ist die Nahversorgung durch Einkaufszentren und Wochenmärkten sichergestellt. Von einer Ghettoisierung im amerikanischen Sinne ist nicht auszugehen (Wacquant 2004).

## Empirische Rekonstruktion des sozialen Wandels am Beispiel Köln-Chorweiler

Es stellt sich die Frage, ob sich der theoretisch skizzierte Verlauf an einem Beispiel rekonstruieren lässt. Dazu werden im Normalfall Befragungen wiederholt. Ein Beispiel dafür ist die Studie von Friedrichs et al. (2002) zu Euskirchen. Im Kern der Untersuchung stand eine wiederholte Befragung von 1952, wodurch der Wandel der Kleinstadt nachgezeichnet werden kann. Surveys wie das Sozio-ökonomische Panel oder das European Social Survey, die mehrere Erhebungswellen aufweisen, können nicht, bzw. nur mit sehr geringen Fallzahlen, kleinräumig ausgewertet werden.

Nun besteht das Problem, dass nicht zu allen Stadtteilen geeignete Studien vorliegen, die wiederholt werden könnten, um die skizzierten Phasen zu prüfen. Zum Teil sind auch die Befragungsdaten aus vorangegangenen Untersuchungen nicht zugänglich, wodurch eine Wiederholung und ein gezielter Vergleich nicht möglich ist. Es ergeben sich dadurch folgende Optionen: (1) Nur die Orte untersuchen, die schon einmal Gegenstand einer Untersuchung waren, (2) kei-

ne Untersuchung solcher Quartiere mit dem Ziel, den sozialen Wandel abzubilden oder (3) die Auswahl alternativer Datenquellen. Letztere Option ließe sich durch unterschiedliche Strategien verfolgen, z. B. durch Oral-History Interviews.

Auch Oral-History, als bewährtes Instrument, bringt forschungspraktische Probleme mit sich. Zum einen muss davon ausgegangen werden, dass die Interviewten auch lang zurückliegende Zeitabschnitte präzise wiedergeben können, zum anderen müssen geeignete Interviewpartner vor Ort gefunden werden, was sich häufig schwierig gestaltet. Eine weitere Datenquelle sind Dokumente aus Stadtarchiven, wobei sich hier die Herausforderung einer akzeptablen, systematischen, intersubjektiven und nachvollziehbaren Auswahl an Dokumenten über z.B. einen Stadtteil stellt, anhand derer sich der Wandel der lokalen Sozialstruktur skizzieren lässt.

In vielen, zumeist kleineren, Kommunen besteht die kleinräumige Statistik erst seit der Volkszählung (VZ) 1987, auch wenn es bereits in den vorangegangenen Volkszählungen kleinräumige Zählbezirke gab. Jedoch wurden diese bei der VZ 1987 umgestaltet. Ein Beispiel für die Etablierung der kleinräumigen Statistik im Zuge der VZ 1987 bietet die Stadt Mülheim an der Ruhr, deren statistischen Bezirke so festgelegt wurden. Doch selbst dann wurden die Daten erst im Laufe der 1990er Jahre auf der kleinräumigen Ebene, also unterhalb der Stadtbezirke, aufbereitet. Zudem hat sich in einigen Kommunen der Zuschnitt der statistischen Raumeinheiten verändert, sodass eine Vergleichbarkeit über die Zeit nicht mehr gegeben ist.

Eine relativ valide und leicht verfügbare Quelle hingegen bieten Zeitungsartikel. Diese Datenquelle hat, neben der freien und einfachen Verfügbarkeit, die Vorteile, dass sie den Kriterien der Authentizität, Glaubwürdigkeit, Repräsentativität und Bedeutungsklarheit entsprechen (Flick 2010: 325; Klein 2014). Wie der soziale Wandel eines Stadtteils mittels Zeitungsartikeln skizziert werden kann, wird anhand des Fallbeispiels der Großsiedlung Köln-Chorweiler (Mitte) untersucht.

## Beschreibung des Fallbeispiels und der Vorgehensweise

Als Untersuchungskontext wird die Großsiedlung Köln-Chorweiler (Mitte) ausgesucht, welche Teil der größten Großsiedlung Nordrhein-Westfalens ist. Aufgrund seiner Größe und Ausstattung bringt Chorweiler den Vorteil mit sich, stellvertretend für den Typus Westdeutsche Großsiedlung zu stehen.

Die Analyse des Zeitungsmaterials orientiert sich an der Inhaltsanalyse von Mayring und Brunner (2007) und lehnt sich an die Vorgehensweise von Kearns et al. (2013) an, welche die Medienberichterstattung zwischen 1998 und 2011 über zwei armutssegregierte Glasgower Stadtteile auswerten. Im Zentrum des Verfahrens steht die Codierung bzw. Verschlagwortung der Zeitungsartikel, welche die Analyseeinheit darstellt<sup>4</sup>. Die Verschlagwortung erfolgt in zwei Teilen: zum einen wird der Sinnzusammenhang der Aussage des Artikels über Chorweiler in einer einfachen Likert-Skala (Friedrichs 1980: 175) positiv (1), neutral (0) und negativ (-1) kategorisiert. Ist die Aussage des Artikels über Chorweiler unklar oder widersprüchlich, wird sie als neutral gewertet. Die Zuweisung eines der Werte erfolgt im Sinne der Inhaltsanalyse interpretativ, wie es Gläser und Laudel (2010) für die Auswertung qualitativer Experteninterviews vorge-

---

<sup>4</sup> Alternativ können auch Absätze oder Sätze die Analyseeinheit bilden.

schlagen haben. Es wird keine Abstufung zwischen positiv und sehr positiv bzw. negativ und sehr negativ unternommen, wie es beispielsweise Nauta et al. (2000) über Medienberichte zu einer niederländischen Großsiedlung unternommen haben, da eine sinnbezogene Einordnung die interne Abgrenzung inkonsistent werden lässt. Zum anderen werden relevante Themenfelder nach Auftreten codiert (0=Nein, 1=Ja). Die Erstellung des Kategoriensystems nach Themen erfolgt deduktiv (Mayring, Brunner 2007), wodurch mit jeder hinzugekommenen Kategorie alle vorangegangenen Artikel nachbearbeitet werden muss.

Grundlage des Datensatzes sind Zeitungsartikel des Kölner Stadtanzeigers (KSTA)<sup>5</sup> seit 1973, dem ersten vollständigen Jahr der Besiedlung Köln-Chorweilers. Ein Artikel wurde ausgewählt, wenn er das Wort »Chorweiler« enthält und sich auf die Großsiedlung Chorweiler (Mitte) bezieht. Die Zeitungsartikel wurden aus unterschiedlichen Quellen zusammengetragen, da eine Primärerhebung ein sehr aufwändiges Verfahren darstellt, was die Möglichkeit der vorliegenden Untersuchung übersteigt<sup>6</sup>. Aufgrund dessen wurden alternative Datenquellen gesucht und einzig bei Alternativlosigkeit auf die Möglichkeit der Primärerhebung zurückgegriffen. Im Wesentlichen setzt sich der Datensatz aus drei Datenquellen zusammen:

1. Zeitungsartikel aus der Geschichtswerkstatt Chorweiler, welches sich aus den Beständen zweier ehemaliger und freiwillig organisierter Stadtteilwerkstätten zusammensetzt. Darunter sind auch einzelne Artikel die nicht nur dem KSTA zuzuordnen sind.
2. Der Onlineplattform des KSTA, die eine Vollerhebung ab 2002 ermöglicht.
3. Originalen, wenn im Falle eines Jahres weniger als 10 Zeitungsartikel vorhanden waren.

Der daraus gewonnene Datensatz hat einen Umfang von  $N = 1.468$ . Selbstverständlich birgt es Risiken, Daten aus den ehrenamtlich geführten Stadtteilwerkstätten zu übernehmen und sich bei der Auswahl zugleich auf eine hinreichende Fallzahl zu stützen. Zudem kann eine Zusammenführung einer Vollerhebung (ab 2002) mit einer Stichprobe (bis 2001) durchaus problematisch sein, da das Ausmaß der Verzerrungen nicht hinreichend zu untersuchen ist. Dennoch ist davon auszugehen, dass bei der Sammlung der Zeitungsartikel erstens keine Themen systematisch ausgelassen wurden und zweitens sich das Risiko einer Einseitigkeit durch das Zusammenführen mehrerer Datenquellen minimiert. In den Beständen der Stadtteilwerkstätten befinden sich einzelne Artikel, die nicht im KSTA erschienen sind. Sollte auf diese zurückgegriffen werden, wird dies entsprechend angegeben.

## Abbildung des sozialen Wandel mittels Zeitungsartikeln

Zur Darstellung des Verlaufs des sozialen Wandels der Großsiedlung wurden die Zeitungsartikel Jahrweise ausgewertet. Im Folgenden wird erst die Verteilung nach Wertung beschrieben und anschließend die Verteilung nach ausgewählten inhaltlichen Kategorien. Im anschließenden

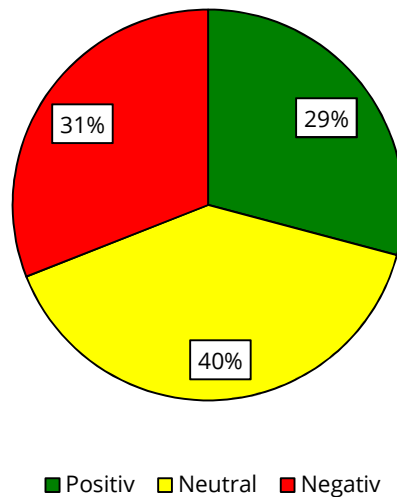
<sup>5</sup> Der KSTA ist mit der Kölnischen Rundschau zusammen eine regelmäßig erscheinende Tageszeitung Kölns. Beide gehören der Mediengruppe M. DuMont Schauberg GmbH & Co. KG. Eine separate oder vergleichende Analyse beider Tageszeitungen erscheint daher nicht notwendig.

<sup>6</sup> Einige Zeitungsbestände sind einzig auf Mikrofilm gespeichert, was eine umfangreiche Erhebung aufwändig gestaltet.



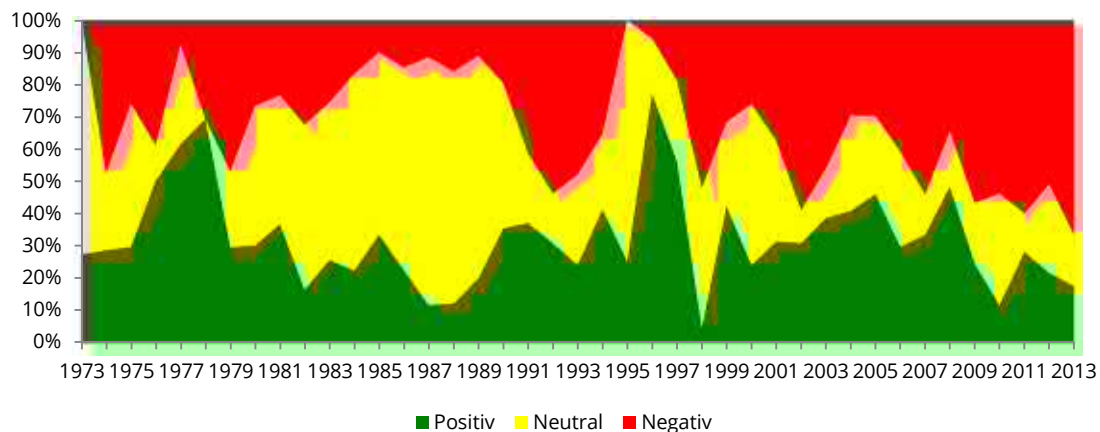
Schritt werden die Beschreibungen der Entwicklung und eine inhaltliche Auswertung der Berichte zu Phasen der Entwicklung des sozialen Wandels in Chorweiler verdichtet. Abbildung 1 zeigt die Einteilung nach Wertung aller Artikel.

Abb. 1: Übersicht der Wertung der Artikel, N= 1.468



Insgesamt handelt es sich um eine eher ausgeglichene Verteilung, wobei neutrale bzw. nicht eindeutig zu verortende Artikel mit 40 Prozent die häufigste Ausprägung bildet. Zur Darstellung des Wandels der Siedlung wird in Abbildung 2 die Verteilung pro Jahr dargestellt.

Abb. 2: Verlauf der Medienberichterstattung, N= 1.468



Zu erkennen ist eine positive Berichterstattung zu Beginn der Siedlungszeit, insbesondere bis Ende der 1970er Jahre. Anschließend nehmen neutrale Berichte über die Siedlung deutlich zu und zugleich positive Berichte ab, was sich bis Ende der 1980er Jahre fortsetzt. Mit Beginn der 1990er Jahre nimmt die positive Berichterstattung im KSTA deutlich zu und erreicht 1996 ihren Höhepunkt. 1998 ist bereits der Anteil der negativen Berichte über Chorweiler höher als der

Anteil der positiven Berichte, eine Entwicklung, die sich bis zum Ende des Erhebungszeitraums so verstetigt hat.

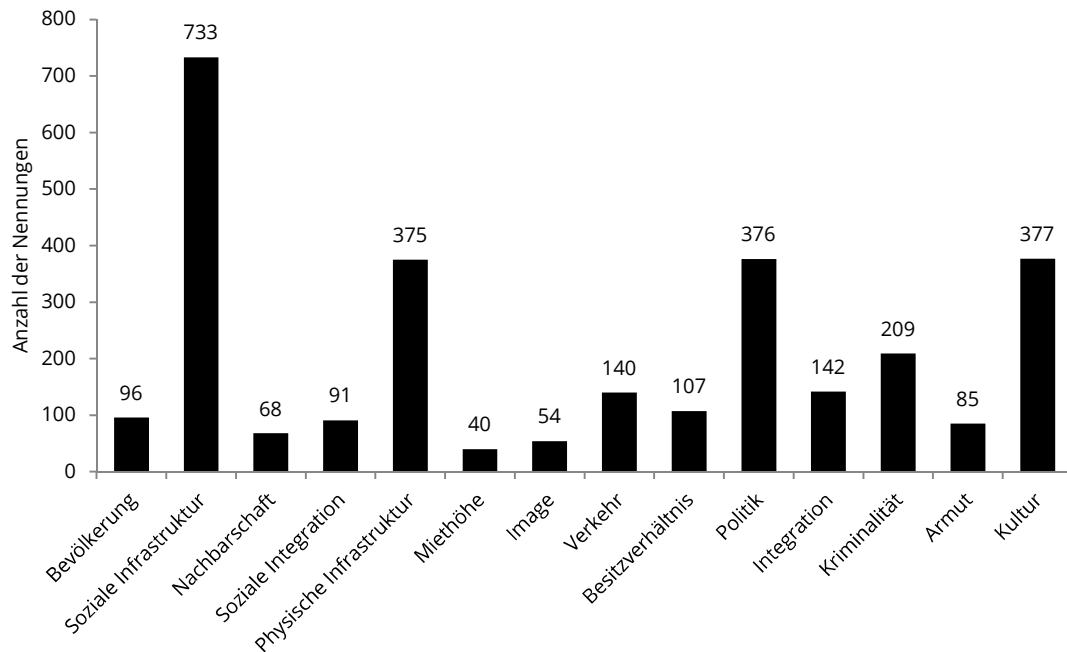
Neben der Gesamtaussage der Wertung über Chorweiler wurden die Artikel auch nach inhaltlichen Kategorien codiert. Dabei sind auch Mehrfachcodierungen möglich, da sich Artikel in der Regel mehreren inhaltlichen Themen gleichzeitig annehmen.

Tab. 1: Beschreibung der inhaltlichen Kategorien

Kategorie	Beschreibung
Bevölkerung	Es wurden Aussagen zur Sozialstruktur der lokalen Bevölkerung im Artikel getroffen.
Soziale Infrastruktur	Im Artikel fanden sich Aussagen zu Angeboten der Sozialen Arbeit, Vereinen und sonstigen formal verfassten sozialen Opportunitäten.
Nachbarschaft	Das Verhältnis zwischen unterschiedlichen Einzelpersonen oder Gruppen in einem Wohnblock wurde im Artikel beschrieben.
Soziale Integration	Es finden sich Aussagen zu Integration von Gruppen wie beispielsweise Wohnungslose.
Physische Infrastruktur/Opportunitäten	Im Artikel wird die Ausstattung der Siedlung mit Geschäften oder der Zustand der Häuser beschrieben.
Miethöhe	Es finden sich im Artikel Aussagen zur Miethöhe.
Image	Der Ruf der Siedlung wird im Artikel beschrieben.
Verkehr	Die Verkehrsanbindung Chorweilers wird im Artikel thematisiert.
Eigentümergeverhältnisse	Es finden sich Aussagen über Eigentümergeverhältnisse im untersuchten Artikel.
Politik	Es wird über Politik in und über Chorweiler-Mitte berichtet.
Integration/Migration	Im Artikel wird die Zuwanderung von außerhalb Deutschlands und das Zusammenleben der unterschiedlichen Nationalitäten und Ethnien thematisiert.
Kriminalität	Es wird im Artikel über Kriminalität in Chorweiler-Mitte berichtet.
Armut	Im Artikel finden sich Aussagen über Armut in Chorweiler.
Kultur	Aussagen zu Kultur und Freizeitangebote in Chorweilersind im Artikel zu finden.

Begonnen wurde mit den aus der Literatur gewonnenen Kategorien: Bevölkerung, Soziale Infrastruktur, Nachbarschaft, Soziale Integration und Physische Infrastruktur. Alle weiteren Kategorien sind im Laufe der Auswertung hinzugekommen. Abbildung 3 zeigt die Häufigkeitsverteilung der inhaltlichen Kategorien.

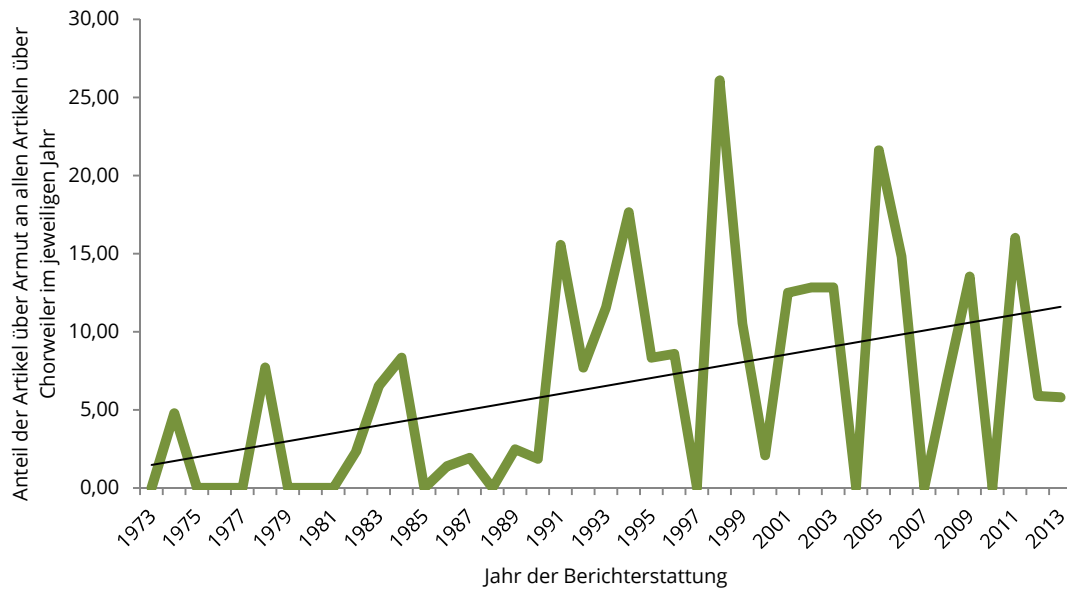
Abb. 3: Häufigkeitsverteilung der inhaltlichen Kategorien



*N= 1.468; Mehrfachnennungen möglich*

Auch diese lassen sich einzeln über den Beobachtungszeitraum hinweg auswerten, doch liegt der Fokus auf der Untersuchung des sozialen Wandels, weswegen auf die Auswertung aller Kategorien verzichtet wird. Die Zunahme der Berichte über Armut in Chorweiler, wie sie Abbildung 4 zeigt, kann allerdings als ein Indiz für eine soziale Umschichtung im Quartier gelten.

Abb. 4: Entwicklung der Berichterstattung über Armut in Chorweiler-Mitte



Quelle: KSTA; N= 85; Mehrfachnennungen möglich

Bei einer Zusammenführung von Aussagen über die Siedlung, inhaltlichen Kategorien und interpretativer Inhaltsanalyse lassen sich die Phasen des sozialen Wandels in Chorweiler herausarbeiten. Grundlage dafür ist Abbildung 2. Insgesamt finden sich fünf inhaltlich sinnvoll voneinander abgrenzbare Phasen.

Tab. 2: Phasen der Entwicklung von Köln-Chorweiler

Phase	Zeit	Name
Phase 1	1973-1978	Pionier- und Etablierungsphase
Phase 2	1979-1982	Vom Pionier- zum Problemviertel
Phase 3	1983-1987	Etablierung der Mängel und lokale Wohnungsmarktkrise
Phase 4	1988-2000	Der Versuch des Umsteuerns
Phase 5	2001-2013	Marginalisierung und Desinvestition

### Phase 1: Pionier- und Etablierungsphase (1973-1978)

Die Medienberichte zwischen 1973 und 1978 dokumentieren anschaulich den Aufbau der »Neuen Stadt«. Im Vordergrund stehen infrastrukturelle Themen wie der geplante Bau einer Bürostadt (der nie realisiert wurde), aber auch der Bau einer Bahntrasse für einen Schnellzug. Bereits in dieser Phase wurde der S-Bahn-Anschluss in Chorweiler realisiert, was zahlreiche Verkehrsprobleme löste.

Es kamen auch Forderungen nach mehr Betreuungsplätzen auf und der Bau des Kaufhauses (heute City-Center Chorweiler) war zum Einzug der ersten Bewohner noch nicht abgeschlossen. Dieser Mangel wurde aber binnen der ersten zwei Jahre behoben. Auch gab es erste kritische Stimmen gegenüber der Architektur, die als seelenlos und stur bezeichnet wurde. Am 3. Juni 1975 titulierte der KSTA »Sozialwohnungen nur in der Neuen Stadt?« und weist auf Kürzungen im kommunalen Budget hin, wodurch geförderte Wohnungen sich zunehmend auf Chorweiler konzentrierten. Auch zeigten sich bereits in dieser Phase erste Probleme mit Aufzügen. Unter dem Titel »Das schwebende Problem« berichtete der KSTA am 6. März 1975 über die mangelnden oder defekten Aufzuganlagen in den Hochhäusern Chorweilers.

Mit der Kommunalwahl 1975 begann auch das politische Leben in Chorweiler. Die Neue Stadt war in dieser Phase geprägt von der Sozialdemokratie, und die SPD erlangte eindeutige Wahlerfolge. Neben dem politischen Leben in Chorweiler etablierte sich auch die Bezirksverwaltung.

Bereits zum Ende der Phase deuteten die Medienberichte auf zunehmende Probleme der Siedlung hin. Im Material einer Stadtteilwerkstatt findet sich ein Artikel der Wochenzeitschrift »Kölner Wochenspiegel« vom 28.12.1978 mit dem Titel »Chorweiler ist besser als sein Ruf«. Anlass war die sich häufende Kritik an der Siedlung und ein kritischer Beitrag über die Neue Stadt im Westdeutschen Rundfunk (WDR). Ein Jahr zuvor gründete sich der Bürgerverein »Chorweiler Selbsthilfe« (CS). Ziel der CS war es, das öffentliche Leben im neu entstandenen Stadtteil zu fördern. Insgesamt ist in dieser Phase der Aufbau der Siedlung dokumentiert.

## Phase 2: Vom Pionier- zum Problemviertel (1979–1982)

Was sich bereits zum Ende der ersten Phase abzeichnete, setzte sich in aller Deutlichkeit zu Beginn der zweiten Phase (1979-1982) weiter fort: die negative Berichterstattung über Chorweiler. Es finden sich Hinweise über Unzufriedenheit mit der städtebaulichen Gestaltung der Siedlung, die insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Alltagsmobilität, wie z. B. ältere Bewohner oder Menschen mit Behinderung, problematisch war.

Bereits in dieser Phase gab es erste größere Auseinandersetzungen zwischen Vermietern und Mietern, wie der KSTA für den 29. Mai 1980 zeigt. Unter der Überschrift »Mieter protestieren gegen Hausverwalter« beschreibt der Artikel den Umgang mit Mietern bei Aufnahme bzw. Beendigung eines Mietverhältnisses von Seiten einer Hausverwaltung, die hohe Reparaturkosten und unrechtmäßige Forderungen an die Mieter stellte

Ein weiteres als problematisch empfundenenes Themenfeld war der Autoverkehr. Zwar gab es einen S-Bahn Anschluss, doch fuhren Viele mit ihrem Auto u.a. zum City-Center Chorweiler, was wiederum zu Parkplatzproblemen auch für Anwohner führte. Für mittelschichtsangehörige Haushalte, für die ein Auto zum selbstverständlichen Lebensstil gehörte, war dies aller Wahrscheinlichkeit nach ein negativer Wohnstandortfaktor. Dies veranlasste das Bezirksparlament dazu, über verkehrsberuhigende Maßnahmen im gesamten Stadtbezirk zu diskutieren, von denen aber nur wenige umgesetzt werden konnten. In dieser Phase etablierten sich auch zunehmend kulturelle Angebote und Events, wie beispielsweise das Stadtteilstfest oder auch Angebote im City-Center Chorweiler. Nicht zuletzt hängt das mit der Eröffnung des Bürgerzentrums Chorweiler zusammen, welches einen großen Saal für solche Veranstaltungen bietet.

### Phase 3: Etablierung der Mängel und lokale Wohnungsmarktkrise (1983-1987)

Nach der Phase, in der die Mängel der Großsiedlung immer offensichtlicher wurden, schließt sich die Phase der Etablierung dieser, zwischen 1983 und 1987, an. Es sind zunehmend Hinweise auf einen Rückzug mittelschichtsangehöriger Haushalte aus dem öffentlichen Leben in Chorweiler zu finden. Insbesondere in einem Artikel vom 30. Juni 1983 über ein Straßenfest findet sich eine deutliche Passage über Kritik, welche die beiden Kirchen in der Neuen Stadt übten: »Grund dafür war [...] daß das Straßenfest nur der Imagepflege von Chorweiler diene. Dem stehe jedoch entgegen, daß sich die soziale Situation in Chorweiler gerade in den letzten Jahren erheblich verschärft habe.« Dies verdeutlicht, dass es in Chorweiler ein wachsendes Armutsproblem gab.

Die Thematisierung des schlechten Images der Siedlung findet sich wieder in einem Artikel über Proteste der FDP Fraktion im Bezirksparlament gegen den Film »Leben in der Betonstadt« von im ZDF über Chorweiler. Daraus resultierte ein parteiübergreifender Antrag im Bezirksparlament mit dem Ziel die negative Darstellung Chorweilers in der Öffentlichkeit zu unterbinden. Das Imageproblem der Siedlung bestehe, so ein Zeitungsartikel vom 19. Januar 1984, in der Wahrnehmung als »menschenunwürdige Betonwüste«. In der Folge würde Wohnungssuchenden davon abgeraten, nach Chorweiler zu ziehen und Unternehmen sich weigern sich dort niederzulassen<sup>7</sup>. Der Fernsehfilm trug jedoch auch zu einer Diskussion im Stadtteil bei, wie die Situation verbessert werden könnte. Die SPD und die FDP luden zu einer Bürgerversammlung ein und es wurden Vorschläge gemacht, die sich primär an die städtebauliche Gestaltung der Siedlung, in Form weiterer Grünflächen, richteten. In dieser Zeit verfestigte sich offensichtlich ein schlechtes Image über die Großsiedlung, was zu einer abwehrenden Haltung und dem Zwang der Dementierung führte. In der Diskussion über den Film zeigt sich, dass die Mängel der Siedlung nicht behoben wurden. Dazu zählen die unzureichende Kinderbetreuung und der Mangel an Arbeitsmöglichkeiten vor Ort.

Es besteht Grund zur Annahme, dass sich die Bevölkerungszusammensetzung bereits deutlich verändert hat, was, neben dem Image, an der Preisgestaltung des sozialen Wohnungsbaus liegt. In einem Artikel der Kölnischen Rundschau vom 12. Januar 1984 wird die lokale Wohnungsmarktkrise deutlich skizziert. Durch die degressive Förderpraxis des sozialen Wohnungsbaus lagen die Kosten einer Dreizimmerwohnung für eine Familie mit einem Bruttoeinkommen von 2.700 DM bei 750 DM warm, abzüglich Zahlungen des Landes zum Härteausgleich, wodurch 33 Prozent des Nettoeinkommens für die Miete aufgewendet werden müsste. Zudem setzte sich die Verteuerung weiter fort. Zu diesem Zeitpunkt waren die hohen Mietpreise die Ursache für den Leerstand von rund 400 Wohnungen. Zudem finden sich Berichte, dass sich Bürger wesentlich weniger an Veranstaltungen und Fotowettbewerben beteiligen als noch zuvor. Da solche Angebote tendenziell mittelschichtsorientiert sind, ist dies ein weiteres Indiz für einen stattgefundenen Auszug der Mittelschicht.

---

<sup>7</sup> Ob dies tatsächlich zutrifft, kann mit dem vorhandenen Zeitungsmaterial nicht zweifelsfrei beantwortet werden.

#### Phase 4: Der Versuch des Umsteuerns (1988-2000)

Nach den immer deutlicher werdenden Problemen in Chorweiler wurden von Seiten der Kommune Pläne entwickelt, um der sich verschlechternden sozialen und städtebaulichen Situation entgegenzutreten. Es beginnt die Phase des Versuchs des Umsteuerns (1988-2000). In dieser Zeit gab es zwei Städtebauförderprogramme, mit deren Hilfe die sozialen Herausforderungen in der Großsiedlung bewältigt werden sollten. Zum einen das sog. »Ergänzungsprogramm«, welches in den späten 1980er Jahren anlief und zum anderen »Soziale Stadt« welches in den späten 1990er Jahren begann. Das Planungsgebiet umfasste auch Gebiete angrenzender Stadtteile. Die ersten Artikel über das erste anlaufende Programm berichten über Informationsveranstaltungen für Bürger und die Vorstellung unterschiedlicher Planungsvorhaben.

Nach anfänglich positiver Berichterstattung in dieser Phase gab es zunehmend Kritik an der zögerlichen Umsetzung der Planungsvorhaben. Projekte wurden diskutiert, wie z.B. der Umbau eines Parkhauses, welches nach längerem Vorlauf umgesetzt wurde. Ein zentrales Ziel des Programms war es, Arbeitsmöglichkeiten im Quartier zu schaffen. Dazu wurde der Bau eines Handwerks Hofes geplant. Dort sollten sich Handwerksbetriebe ansiedeln und Ausbildungsplätze anbieten. Die Idee war es eine Hochgarage<sup>8</sup> umzubauen und dort Betriebe anzusiedeln. Letztendlich war dieses Konzept nicht zu finanzieren. Schließlich wurde ein Neubau am Athener-Ring realisiert und die Stadt ebenfalls zum Mieter machte, indem die Volkshochschule dort untergebracht wurde. Es wurden weniger Handwerksbetriebe angesiedelt sondern vielmehr Maßnahmenträger zur Qualifizierung Arbeitssuchender für den ersten Arbeitsmarkt. Auch wurde in dieser Phase die »Kulturbrücke« über den Athener Ring gebaut, in der gemeinnützige Initiativen Räumlichkeiten finden. Neben Neubauten wurden auch Rückbau- und Begrünungsmaßnahmen umgesetzt, wie z. B. der Abriss einer rund 100 Meter langen Fußgängerbrücke.

Durch die Investitionen in das städtebauliche Erscheinungsbild und in die soziale Infrastruktur wurden während eines Zeitraums zwischen 1995 und 1997 viele positive Artikel über Chorweiler publiziert, was auch den Wert von +0,7 für 1996 (N=36) erklärt. Neben der städtebaulichen Förderung wurden auch zahlreiche soziale Initiativen unterstützt. Ein Zeitungsartikel des KSTA vom 19. Januar 1996 dokumentiert, dass fast eine Millionen DM an Jugendförderung zusätzlich in den Stadtteil geflossen sind. Finanziert wurde dies zu 90 Prozent durch das Programm Soziale Stadt und damit vom Land NRW und dem Bund. Mit dem Geld wurden Projekte, im Schwerpunkt zur Arbeitsmarktförderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, umgesetzt. Auch im weiteren Verlauf der Phase wird von hohen Summen für Jugendarbeit berichtet. Der Versuch des Umsteuerns beinhaltete auch die Initiierung sozialer Projekte.

In dieser Phase gibt es aber auch die erste erhöhte Anzahl von Berichten über Kriminalität in der Siedlung. So findet sich ein Artikel der davon berichtet, dass eine 79 Jährige Frau von ihrer maskierten 19 Jährigen Nachbarin mit einem Messer bedroht wurde, aber auch ein Bericht über einen Einbruch in eine Mieterwerkstatt bei dem das Inventar beschädigt wurden. Auch die ersten Berichte über unterlassene Investitionen finden sich zum Ende dieser Phase. Besonders im Blickpunkt stehen dabei die Hochhäuser der Stockholmer Allee. Die Bezirkspolitik forderte die

---

<sup>8</sup> Diese befand sich nicht in Chorweiler-Mitte, sondern im Stadtteil Chorweiler-Nord, der ebenfalls Teil des Planungsgebietes war.

Hauseigentümer, bzw. die Hausverwaltung, auf die Mängel zu beheben. Die einzigen in den Medien dokumentierten Investitionen waren allerdings Videokameras, die in den Hausfluren installiert wurden.

### Phase 5: Diversifizierung und Marginalisierung (2001-2013)

Nach dem Auslaufen des Ergänzungsprogramms und nur noch weniger medial berichteter Aktivitäten des Programms »Soziale Stadt« brach ab 2001 die Phase der Diversifizierung und Marginalisierung Chorweilers an. Bereits zu Beginn der Phase häufen sich Berichte über Kriminalität, darunter Morde, Gewalttaten unter Nachbarn und gegenüber Taxifahrern. Die meisten Berichte über Kriminalität finden sich jedoch am Ende der Phase, in Zusammenhang mit zwei, auch überregional, medial viel beachteten Straftaten<sup>9</sup>. Zum einen gab es 2012 eine Geiselnahme in einer Kindertagesstätte, bei der ein Mann den Einrichtungsleiter gefangen hielt und ein Sonderinsatzkommando der Polizei den Mann befreite. Zum anderen wurde zum Jahresende 2012 die zweijährige Lea-Sofie vom Lebensgefährten ihrer Mutter so schwer misshandelt, dass sie in der Wohnung der Mutter ihrer Kopfverletzung erlag. Nach kurzer Ermittlung wurden die Mutter und der Lebensgefährte festgenommen. In nahezu allen Berichten über die Tat findet sich eine Nennung des Stadtteils, in dem das verstorbene Kind mit ihrer Mutter lebte, was Artikeln zum Gerichtsprozess miteinschließt.

Deutlicher als in den vorangegangenen Phasen wird über die problematische Bausubstanz und die Verwahrlosung einzelner Immobilien berichtet. Insbesondere nach der Insolvenz eines Großes Eigentümers und der folgenden Zwangsverwaltung, verschlechtert sich in der medialen Aufmerksamkeit die Situation zunehmend. Hinzu tritt das Engagement eines Privatinvestors, welcher seine Bestände durch einen Dienstleister verwalten lies. In einem Artikel des KSTA vom 06. Dezember 2012 heißt es: »Die BGP-Hausverwaltung Hermes weist die Kritik am Zustand ihrer Wohnungen zurück. Beschwerden würden ernst genommen. Man habe »nicht unerheblich in die Liegenschaften investiert«. Die Beschwerden seien kontinuierlich zurückgegangen. Dies habe die letzte große Mieterversammlung aufgezeigt. Zudem wurde die Zwangsversteigerung der 1.199 in Zwangsverwaltung befindlichen Wohnungen von Seiten der Stadt Köln aufgeschoben, da die Befürchtung bestand, dass sich ein weiterer Finanzinvestor in der Großsiedlung aktiv wird und sich die städtebauliche Situation nicht verbessert.

Andere Artikel berichten über mangelnde Sprachkompetenzen und Gesundheitsbeeinträchtigungen von Kindern. Letzteres ist eher als Armutsproblem einzuschätzen, ersteres als Zeichen einer wachsenden Diversifizierung der Stadtteilbevölkerung. Diese vollzieht sich nicht im Dualismus Deutsch/Migrant, sondern bezieht sich allein auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, die offenbar heterogener geworden. Deutlich wird dies vor allem bei Berichten über Stadtteilstunden und anderen von Bürgern organisierten Veranstaltungen. Hinzu kommen Berichte über mangelnde Wahlbeteiligung, wie beispielsweise in einem Artikel des KSTA zur Kommunalwahl 2004, der die Überschrift trägt: »Wahlbeteiligung in Chorweiler bei 19,2 Prozent«.

---

<sup>9</sup> Ob Kriminalität in Chorweiler tatsächlich zugenommen hat, kann nicht nachvollzogen werden, da kleinräumige Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht zugänglich sind.



## Fazit

Ziel war es, zu diskutieren wie der soziale Wandel westdeutscher Großsiedlungen mittels Medienberichterstattungen anhand eines Fallbeispiels rekonstruiert werden kann. Dazu wurde zu Beginn der Forschungsstand zu westdeutschen Großsiedlungen dahingehend aufgearbeitet, mögliche Phasen der Entwicklung zu identifizieren. Anschließend wurde am Beispiel der Kölner Großsiedlung Chorweiler die Berichterstattung des KSTA als Datenmaterial herangezogen. Insgesamt sind 1.468 Artikel in die Analyse eingeflossen. Die Auswertung erfolgte deskriptiv und interpretativ.

Die Verdichtung des empirischen Materials zum Wandel der Großsiedlung Chorweiler ergab, ebenso wie die theoretische Aufarbeitung, fünf Phasen. Allerdings unterscheiden sich die Phasen in der Medienberichterstattung von denen der theoretischen Diskussion. In den Artikeln der Zeitungen finden sich vermehrt Aussagen zu städtebaulichen Interventionsprogrammen, während die Bevölkerungsumschichtung eher in den Hintergrund rückt. Allerdings finden sich Hinweise im Material, welche den skizzierten Verlauf des sozialen Wandels bestätigen. Dazu gehören die empirischen Phasen zwei, drei und fünf.

Insgesamt eignet sich die Betrachtung und Quantifizierung von medialer Berichterstattung zur Rekonstruktion des sozialen Wandels eines Wohngebietes. Zeitungsartikel können, neben Panel-Befragungen, als weitere Möglichkeit gesehen werden, um den Wandel des Aggregats Wohnsiedlung zu skizzieren. Der Vorteil des Materials liegt in seiner kostenlosen und relativ barrierearmen Verfügbarkeit. Zudem enthalten Zeitungsartikel Informationen zum Verhältnis der Siedlung zur Gesamtstadt oder anderen Siedlungen. Nachteilig ist der hohe zeitliche Aufwand der Aufbereitung und Codierung. Allerdings ist das Material nicht ohne Einschränkungen zu interpretieren. Die mediale Aufmerksamkeit richtet sich verstärkt auf Anlässe, wie Jubiläen oder bauliche Maßnahmen. Sozialstrukturelle Veränderungen werden seltener und weniger ausführlich besprochen. Die mediale Realität ist damit nicht zwingend deckungsgleich mit dem Alltagsleben in der Siedlung.

Für die weitere Forschung sollten vergleichende Arbeiten über Medienberichte zu unterschiedlichen Stadtteilen einer Stadt oder gleichen Typen von Stadtteilen in unterschiedlichen Städten umgesetzt werden. Auch ergänzende Datenquellen, wie Oral-History-Interviews, Shift-and-Share Untersuchungen oder die Auswertung von Panels können herangezogen werden, um mögliche systematische Verzerrungen im Datenmaterial Zeitungsartikel zu identifizieren. Festzuhalten bleibt, dass die systematische Aufarbeitung von Medienartikeln über ein Wohngebiet ein vielversprechender Ansatz der Rekonstruktion des sozialen Wandels einer Siedlung ist.

## Literatur

- BMBau. 1990: Städtebauliche Lösungen für die Nachbesserung von Großsiedlungen der 50er bis 70er Jahre. Teil A: Städtebauliche und bauliche Probleme und Maßnahmen. Bonn-Bad Godesberg: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.
- Dorsch, P. 1972: Eine neue Heimat in Perlach. Das Einleben als Kommunikationsprozess. München: Georg D.W. Callway.

- Elias, N. 1997: Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Erster Band: Wandlungen in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. Amsterdam: Suhrkamp Verlag.
- Flick, U. 2010: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbeck bei Hamburg: Rowolth Taschenbuch Verlag.
- Friedrichs, J. 1995: Stadtsoziologie. Opladen: Leske und Budrich.
- Friedrichs, J. 1980: Methoden empirischer Sozialforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Friedrichs, J., Kesckes, R., Wolf, C., 2002. Struktur und Wandel einer Mittelstadt. Euskirchen 1952-2002, Opladen: Leske und Budrich.
- Friedrichs, J, Dangschat, J. 1986: Gutachten zur Nachbesserung des Stadtteils Mümmelsmannberg. Hamburg: Universität Hamburg, Forschungsstelle vergleichende Stadtforschung.
- Herlyn, U. 1990: Leben in der Stadt. Lebens- und Familienphasen in städtischen Räumen. Opladen: Leske und Budrich.
- Heil, K. 1974: Neue Wohnquartiere am Stadtrand. Lebensbedingungen, Aufgaben, Planung. In W. Peht (Hg.) Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Philipp Reclam, 181–200.
- Gibbins, O. 1988: Großsiedlungen. Bestandspflege und Weiterentwicklung. München: Callwey.
- Gläser, J., Laudel, G., 2010: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Göschel, A. 2007: Schrumpfung, demographischer Wandel und Kulturpolitik. Kulturpolitische Mitteilungen 2: 35–38.
- Häußermann, H. 1998: Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch Entstehung einer sozialen »underclass«? In W. Heitmeyer, R. Dollase, O. Backes (Hg.), Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklungen für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 145–175.
- Häußermann, H., Siebel, W. 2004: Stadtsoziologie - Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus.
- Huf, B. 1991: Brückenhof. Zusammenleben in einer Großsiedlung am Stadtrand. Kassel: Gesamthochschule Kassel. Arbeitsbericht des Fachbereichs Stadt- und Landschaftsplanung.
- Kamper, P. 2013: Die Neue Vahr und die Konjunkturen der Großsiedlungskritik 1957-2005. Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1: 13–24.
- Kaufmann, F.-X. 2005: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Ed. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Suhrkamp Verlag.
- Kearns, A, Kearns O., Lawson, L. 2013: Notorious Places: Image, Reputation, Stigma. The Role of Newspapers in Area Reputation for Social Housing Estates. Housing Studies 28: 579–898.
- Klein, H. 2014: Zeitungsartikel. In N. Baur, J. Blasius (Hg.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 841–846.
- Kreibich, V. 1985: Wohnversorgung und Wohnstandortverhalten. In Die Städte in den 80er Jahren, Ed. Jürgen Friedrichs, 181–195. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lehner, F. 2011: Sozialwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lenz, M. 2007: Auf dem Weg zur Sozialen Stadt. Abbau benachteiligender Wohnbedingungen als Instrument der Armutsbekämpfung.
- Müller, W. 1977: Aktivität im Neubaublock. In Nachbarschaft im Neubaublock. Empirische Untersuchungen zur Gemeinwesenarbeit, theoretische Studien zur Wohnsituation, Eds. Reimer Groenemeyer and Hans-Eckehard Bahr, 204–293. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Nauta, O., Hette T., Van Soomeren, P. 2000: De Bijlmer Monitor 2000. Amsterdam: Van Dijk, Van Soomeren en partners.
- Sampson, R. J. 2013. The place of context: A theory and strategy for criminology's hard problems. Criminology, 51(1): 1–31.

- Strubelt, W. Veith, K. 1997: Zuwanderung und Integration - Deutschland in den 80 und 90er Jahren. In J. Friedrichs (Hg.) Die Städte in den 90er Jahren. Demographische, ökonomische und soziale Entwicklungen, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 109–135.
- Mayring, P. Brunner, E. 2007: Qualitative Inhaltsanalyse. In R. Buber, H. H. Holzmüller (Hg.) Qualitative Marktforschung. Konzepte — Methoden — Analysen, Wiesbaden: Gabler Verlag, 669–680.
- Mitscherlich, A., 1974: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Musterd, S., van Kempen, R. 2007: Trapped or on the springboard? Housing careers in large housing estates in European cities. *Journal of Urban Affairs* 29: 311–329.
- Wacquant, L. J. D. 2004: Roter Gürtel, Schwarzer Gürtel: Rassentrennung, Klassenungleichheit und der Staat in der französischen städtischen Peripherie und im amerikanischen Ghetto. In H. Häußermann, M. Kronauer, W. Siebel (Hg.) An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 148–200.
- Weeber, R. 1971: Eine neue Wohnumwelt. Beziehungen eines Neubaugebiets am Stadtrand zu ihrer sozialen und räumlichen Umwelt. Stuttgart/Bern: Karl Krämer Verlag.
- Zapf, K., Heil, K., Rudolph, J. 1969: Stadt am Stadtrand. Eine vergleichende Untersuchung in vier Münchener Neubausiedlungen. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

»Empirische Analyse von Krisen und Umbrüchen II - Datenanalyse«  
der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung  
– organisiert von Stefanie Eifler

# Der Normallebenslauf als Auslaufmodell?

## Zur Differenzierung und Destandardisierung von Erwerbsverläufen

Dina Frommert

*Beitrag zur Veranstaltung »Empirische Analyse von Krisen und Umbrüchen II – Datenanalyse« der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung – organisiert von Stefanie Eifler*

Seit Jahrzehnten wird in der Soziologie über die Krise des Normalarbeitsverhältnisses und damit einhergehende Veränderungen der Lebensverläufe diskutiert (Mückenberger 1985). Oft wird von perforierten, unterbrochenen oder diskontinuierlichen Erwerbsverläufen ausgegangen, obwohl die Befunde hierzu keineswegs eindeutig sind. Während Diskontinuitäten zu Beginn und Ende des Berufslebens nachgewiesen werden konnten, konnte auch gezeigt werden, dass die Erwerbsverläufe insgesamt einer bemerkenswerten Stabilität unterliegen.

Veränderungen der Erwerbsverläufe werden oft mit ereignisanalytischen Methoden untersucht, obwohl das Instrumentarium der Sequenzdatenanalyse aufgrund der expliziten Umsetzung des Längsschnittbezugs für die Fragestellung besonders geeignet erscheint (Aisenbrey, Fasang 2010). Eine Hürde für die Anwendung der Sequenzdatenanalyse ist dabei sicherlich, dass die Methode bislang weitgehend explorativ für die Deskription von Verlaufsmustern und ggf. die Klassifikation bzw. Generierung von Typen herangezogen wurde und die Befunde daher in ihrer Aussagekraft eingeschränkt sind.<sup>1</sup>

Die Konzepte aus der Sequenzdatenanalyse können aber ebenso gut in einen analytischen Ansatz integriert werden. Der folgende Beitrag versteht sich als ein erster Schritt in diese Richtung. Es werden zwei zentrale Konzepte der Sequenzdatenanalyse aufgegriffen und in einfachen Regressionsmodellen getestet. Die beiden Konzepte beziehen sich auf unterschiedliche Eigenschaften von Lebensverläufen und decken das intuitive Verständnis von einem Wandel der Erwerbsverläufe gut ab. Zunächst wird untersucht, ob Erwerbsverläufe zunehmend diskontinuierlich und instabil sind, sich also individuell ausdifferenzieren. Außerdem wird geprüft, ob Erwerbsverläufe sich zunehmend von einem Standard-Modell oder Normallebenslauf unterscheiden. Diese beiden Aspekte werden häufig gemeinsam genannt und können auch analytisch nicht immer unterschieden werden. Das Instrumentarium der Sequenzdatenanalyse bietet

---

<sup>1</sup> Vgl. zum Beispiel Elzinga, Liefbroer 2007; Frommert 2013; Robette 2010; Simonson et al. 2011; Zähle et al. 2009.

durch die explizite Umsetzung des Längsschnittbezugs den Vorteil, dass eine Unterscheidung und getrennte Betrachtung der beiden Konzepte möglich ist.

Im Folgenden wird zunächst die Datenbasis kurz vorgestellt. Daraufhin werden die beiden theoretischen Konstrukte definiert und ihre Operationalisierung erläutert. Nach einer Darstellung der Ergebnisse werden abschließend Vor- und Nachteile sowie die Relevanz des hier vorgestellten Ansatzes diskutiert.

## Datenbasis

Der Beitrag basiert auf Daten der Studie Altersvorsorge in Deutschland (AVID), die mit Daten der Nacherhebung zur individuellen Altersvorsorge (IAV) aus dem Jahr 2009 ergänzt werden (Haak 2011; Heien et al. 2007). Für die AVID-Studie werden Daten einer Befragung individuell per record linkage mit den Versicherungskonten der Deutschen Rentenversicherung zusammengeführt (Heien 2007). Die Angaben zu den Erwerbsverläufen stammen aus beiden Datenquellen und sind durch die Verwendung der administrativen Daten in Verbindung mit einer telefonischen Nachbefragung sehr valide. Mit der Ergänzung aus der Nachbefragung IAV liegen zu den Erwerbsverläufen monatsgenaue Daten ab dem 15. Geburtstag bis ins Jahr 2009 vor. Um Sequenzen gleicher Länge zu erhalten, werden hier allerdings insgesamt nur 33 Jahre ab dem 15. Geburtstag betrachtet und längere Verläufe abgeschnitten.

Die Datenbasis umfasst die Geburtsjahrgänge 1942–1961. Es werden allerdings nicht alle Personen betrachtet, da es in der hier vorgestellten Analyse zunächst darum gehen soll, ob Konzepte aus der Sequenzdatenanalyse auf andere Art als bisher für die Analyse von Lebensverläufen fruchtbar gemacht werden können. Bei dieser methodischen Zielsetzung erscheint es sinnvoll, zunächst nur die Personengruppe heranzuziehen, bei der eine *typische* Entwicklung ohne starke Periodeneffekte erwartet werden kann. Die folgende Analyse bezieht sich daher auf westdeutsche Männer. Frauen weisen in der Regel diskontinuierlichere Erwerbsverläufe auf und zumindest bei westdeutschen Frauen dieser Jahrgänge kann nicht davon ausgegangen werden, dass ihr Lebensweg dem erwerbsorientierten Drei-Phasen-Modell des *Normallebenslaufs* folgt (Kohli 1985; Krüger, Levy 2001). Personen aus Ostdeutschland werden nicht betrachtet, da die Deutsche Einheit mit der darauf folgenden Transformation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt einen einschneidenden Effekt auf die Erwerbsverläufe in den ostdeutschen Bundesländern hatte (Diewald et al. 2006). Die Einteilung in West- und Ostdeutschland wird dementsprechend auch nach dem Wohnort im Jahr 1990 vorgenommen. Für die Analyse stehen damit die Daten von 2.496 westdeutschen Männern zur Verfügung.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> 2 Männer mit vielen fehlenden Angaben zum Erwerbsverlauf (über 4 Jahre kumuliert) werden ebenfalls ausgeschlossen.

Die soziale Erwerbssituation (SES) wird in der AVID mit 13 verschiedenen Status erfasst. Hier werden die verschiedenen Formen der Erwerbstätigkeit zusammengefasst und folgende SES-Zustände unterschieden:

- Bildung (schulische Bildung)
- Erwerbstätigkeit (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Beamtenzeiten, Zeiten als Selbstständiger)
- Geringfügige Beschäftigung
- Arbeitslosigkeit
- Familienarbeit (Kindererziehung, Pflege)
- Krankheit/Erwerbsminderung
- Sonstiges

Unter Sonstiges fallen insbesondere Zeiten der Wehrpflicht, aber auch längere Auslandsaufenthalte. Außerdem werden nicht definierte Zeiten (missings) dieser Kategorie zugeordnet.<sup>3</sup>

## Definition und Operationalisierung der Konzepte

Im Rahmen der Lebensverlaufsforschung wird Wandel mit mehreren Begriffen wie beispielsweise Destandardisierung, Differenzierung und Polarisierung thematisiert. Die Begriffe werden teilweise synonym verwendet, hätten aber sinnvoll gegeneinander abgegrenzt das Potential, verschiedene Aspekte von Wandel zu fassen (Brückner, Mayer 2005). In diesem Beitrag werden zwei davon aufgegriffen und im Folgenden definiert und operationalisiert.

Das Konzept der *Differenzierung* wird herangezogen, um eine zunehmende Diskontinuität der Erwerbsverläufe zu beschreiben. Differenzierung bezieht sich auf den individuellen Verlauf und beinhaltet, dass die Anzahl der verschiedenen Status oder Lebensphasen über die Abfolge der Geburtsjahrgänge zunimmt, die Verläufe also diskontinuierlicher werden (Brückner, Mayer 2005: 33).

Das Konzept der *Destandardisierung* beschreibt dagegen eine zunehmende Abweichung von einem *Normallebenslauf*. Destandardisierung bezieht sich damit auf den interindividuellen Vergleich und beinhaltet, dass bestimmte Ereignisse, Ablaufsequenzen oder Lebensphasen von immer weniger Personen erlebt werden oder zu unterschiedlicheren Zeitpunkten bzw. mit unterschiedlicheren Dauern auftreten (Brückner, Mayer 2005: 32f). Zunehmende individuelle Differenzierung kann ein Grund für eine zunehmende Destandardisierung sein.<sup>4</sup> Dieser Zusammenhang ist aber nicht zwingend und kann mehr oder weniger stark ausgeprägt sein.

Eine zunehmende Differenzierung speist sich aus zwei unterschiedlichen Aspekten: der Anzahl der in einem Verlauf vorhandenen unterschiedlichen Status und der Zahl der Wechsel zwischen den Status. Beide Aspekte werden in dem von Gabadinho et al. (2010: 64) vorgeschlagene

<sup>3</sup> Unter die Kategorie Sonstiges fallen auch die hier wenig relevante Tätigkeit als mithelfender Familienangehöriger und der Bezug einer Altersrente.

<sup>4</sup> Szydlik (2008) spricht in diesem Zusammenhang von Destandardisierung auf zwei Ebenen, wobei es sich eigentlich anbietet, die beiden Aspekte auch sprachlich eindeutig zu trennen.

nen Komplexitätsindex aufgegriffen. Der Index eignet sich daher besonders gut als Operationalisierung für das Konzept der Differenzierung (Aisenbrey, Fasang 2010; Gabadinho et al. 2011).

Er ist definiert als

$$C(x) = \sqrt{\frac{nt(x) h(x)}{l(x) h_{\max}}},$$

wobei  $nt(x)$  die Anzahl der Wechsel in einer Sequenz  $x$  darstellt, die anhand der Länge der Sequenz  $l(x)$  standardisiert wird und  $h(x)$  die auf die Sequenz bezogene Shannon-Entropie darstellt, die mit dem theoretischen Maximum  $h_{\max}$  standardisiert wird. Die Shannon-Entropie berechnet sich aus

$$h(p_1, \dots, p_a) = -\sum_{i=1}^a p_i \log(p_i),$$

wobei  $p_i$  der Anteil des Status  $i$  an einer Sequenz und  $a$  die Anzahl der möglichen Status, das sogenannte Alphabet, darstellen. Der Maximalwert  $h_{\max}$  ergibt sich aus  $\log(a)$ .

Das Konzept der Destandardisierung beinhaltet einen Vergleich mit etablierten Mustern oder Standardverläufen. Es liegt daher nahe, für die Operationalisierung ein Distanzmaß heranzuziehen (Aisenbrey, Fasang 2010). Bei der Sequenzdatenanalyse werden häufig die Distanzen zwischen allen Verläufen errechnet. In diesem Fall erscheint es aber sinnvoller, die Distanz zu einem modellhaften Referenzverlauf zu errechnen, der in Anlehnung an Kohli (1985) als Standard- oder Normallebenslauf entwickelt werden kann.

Als Distanzmaß wird die Levenshtein-Distanz herangezogen (Levenshtein 1966). Die Levenshtein-Distanz ergibt sich als Summe der Kosten, die sich aus der Überführung einer Sequenz in eine andere ergeben. Dabei sind folgende Transaktionen möglich: Status können ersetzt, eingefügt oder gelöscht werden. Jede dieser Transaktionen ist dabei mit vorher festgelegten Kosten verbunden.

An zwei Stellen der Operationalisierung ergibt sich demnach noch weiterer Definitionsbedarf. Es müssen ein Referenzverlauf und die Kosten für die einzelnen Transaktionen festgelegt werden. Der Referenzverlauf wird hier in Anlehnung an das Drei-Phasen-Modell von Kohli (1985) mit einer empirischen Stützung entwickelt: Auf eine Bildungsphase folgt die Erwerbsphase und es muss bei der hier vorliegenden maximalen Länge der Verläufe von 33 Jahren ab dem 15. Geburtstag lediglich noch festgelegt werden, in welchem Alter der Übergang erfolgt. Für den empirischen Beginn der Erwerbsphase ergibt sich aus den ab dem 15. Geburtstag vorliegenden Daten ein Modus von Alter 15. Der Großteil der Männer hat den Übergang also schon vor dem Anfang des vorliegenden Datenfensters vollzogen. Der Durchschnittswert fällt mit Alter 17,7 erwartungsgemäß höher aus. Es scheint jedoch sinnvoller, als Erwerbsbeginn für den Referenzverlauf den am häufigsten vorzufindenden Wert heranzuziehen.<sup>5</sup>

Der Referenzverlauf für die folgenden Analysen ist damit definiert als durchgängige Erwerbstätigkeit über alle 396 Monate. Dies ist gleichzeitig auch die empirisch am häufigsten auftretende Sequenz: rund 4 Prozent der Männer weisen genau diesen Verlauf auf. Bei einer Toleranz

<sup>5</sup> Da der Betrachtungszeitraum mit 396 Monaten insgesamt sehr lang ist, würde aber auch ein etwas höheres Eintrittsalter keinen großen Unterschied in den Ergebnissen bewirken.



von zwölf Monaten sind es rund 15 Prozent der Männer und bei einer Toleranz von 36 Monaten mit rund 48 Prozent fast die Hälfte.

Die Kosten für die Transaktionen müssen ebenfalls definiert werden. Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten, die Kosten festzulegen: Sie können als gleich angenommen werden, nach theoretischen Gesichtspunkten festgelegt werden oder mittels Übergangsraten aus den Daten generiert werden. Eine theoretische Festlegung ist in der Regel schwierig, da eine eindeutige Rangfolge gebildet werden muss, die festlegt, welche Status sich im Vergleich zu den anderen inhaltlich ähnlicher sind. Soll beispielsweise das Ersetzen von Erwerbstätigkeit mit Arbeitslosigkeit teurer oder billiger sein als das Ersetzen mit Krankheit/Erwerbsunfähigkeit? Sowohl Arbeitslosigkeit als auch Krankheit/Erwerbsunfähigkeit beinhalten eine Nichterwerbstätigkeit, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Bei Arbeitslosigkeit steht die Person dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung, aber begründet dies auch – beispielsweise im Alltag – eine inhaltliche Ähnlichkeit mit dem Status Erwerbstätigkeit?

Die Kosten einfach aus den Daten zu generieren, erscheint zunächst als elegante Lösung für das Definitionsdilemma. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass dabei unerwünschte Annahmen getroffen werden (Hollister 2009). In den vorliegenden Daten ist der häufigste Übergang, und damit in der Logik der datengenerierten Kosten die billigste Transaktion, der Übergang von Erwerbstätigkeit in den Status Krankheit/Erwerbsunfähigkeit. Die billigsten Kosten bedeuten in der Distanzlogik jedoch, dass diese Status sich inhaltlich besonders ähnlich sind. Dies ist bei Erwerbstätigkeit und Krankheit/Erwerbsminderung nicht der Fall. Datengenerierte Kosten erscheinen daher zumindest für die hier betrachteten Erwerbsverläufe nicht sinnvoll. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Schwierigkeiten werden in der folgenden Analyse konstante Kosten gesetzt. Die Transaktion, einen Status zu ersetzen, kostet dabei genau doppelt so viel wie die Transaktionen, einen Status einzufügen oder zu löschen.<sup>6</sup>

## Ergebnisse

Um einen ersten Eindruck zu gewinnen, werden im folgenden Abschnitt zunächst die Mittelwerte der beiden Konzepte über die Geburtsjahrgänge und die Korrelationen betrachtet.<sup>7</sup> Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Komplexitätsmaßes. Obwohl sich ein schwach positiver Trend andeutet, ist dieser keineswegs stetig. Vielmehr scheint es Geburtsjahrgänge zu geben, die im Durchschnitt mehr oder weniger von einer Differenzierung der individuellen Verläufe betroffen sind. Ein ähnlicher Eindruck ergibt sich bei der Betrachtung des Distanzmaßes (Abbildung 2). Der visuelle Eindruck eines schwach positiven Zusammenhangs wird in Tabelle 1 bestätigt: Der Korrelationskoeffizient zwischen Komplexitätsindex und Geburtsjahr liegt bei rund 0,12, die Korrelation für das Distanzmaß mit dem Geburtsjahr ist noch schwächer ausgeprägt und liegt lediglich bei 0,08.

<sup>6</sup> Laut Scherer, Brüderl (2010) sind die Ergebnisse einer Sequenzdatenanalyse gegenüber unterschiedlichen Kostenspezifikationen relativ robust, so dass die Frage nach der Kostendefinition weniger brisant ist, als sie zunächst scheint.

<sup>7</sup> Alle Ergebnisse beruhen auf ungewichteten Daten. Eine Kontrollrechnung mit Gewichtungsfaktoren kommt zu nur minimal abweichenden Ergebnissen.

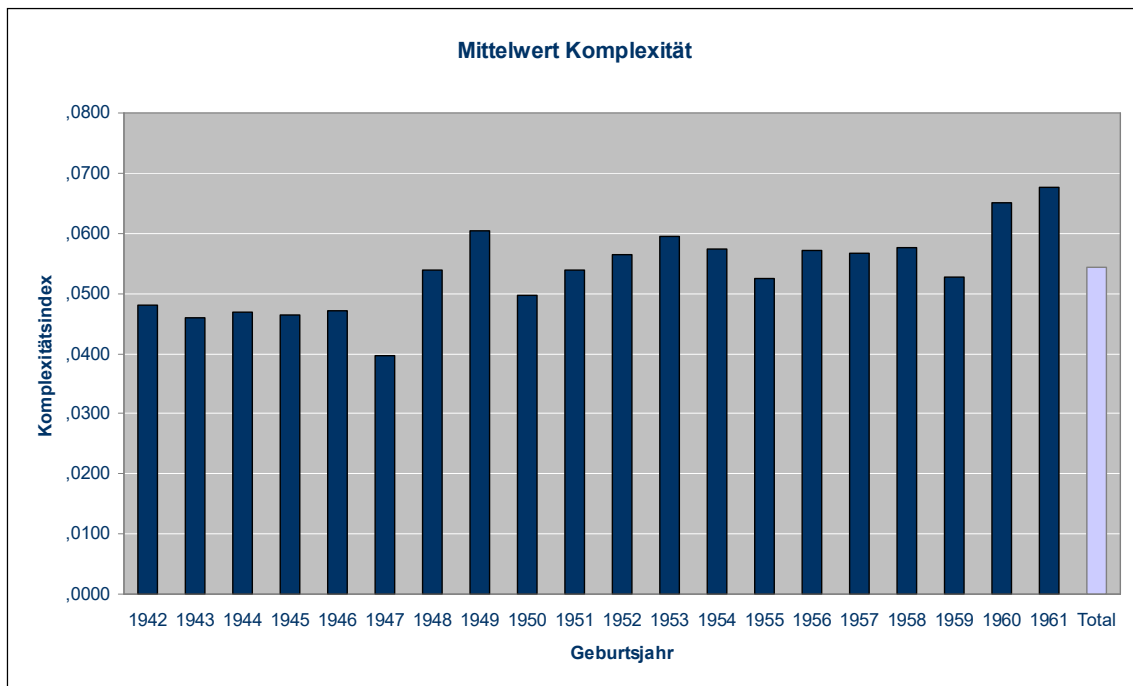


Abb. 1: Entwicklung Differenzierung über die Kohorten, Quelle: AVID/IAV, eigene Berechnungen,  $n = 2.496$

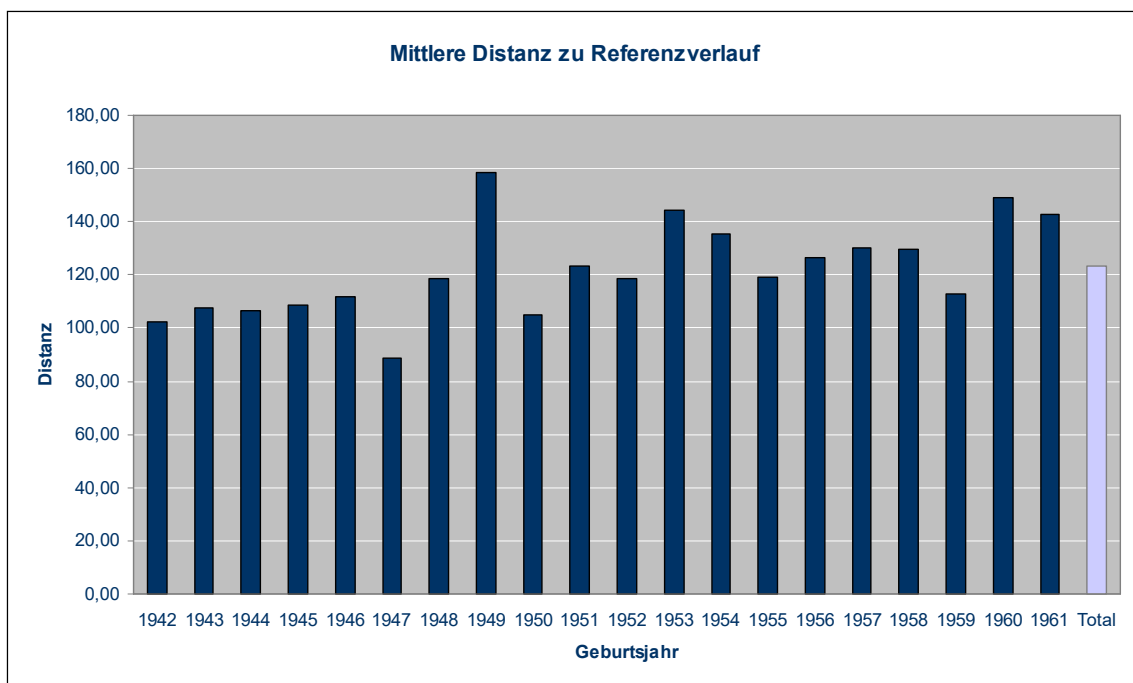


Abb. 2: Entwicklung Destandardisierung über die Kohorten, Quelle: AVID/IAV, eigene Berechnungen,  $n = 2.496$

Besonders auffällig sind die mittleren Tendenzen bei Männern, die Ende der 1940er Jahre geboren wurden: Jahrgang 1947 weist bei beiden Konstrukten die kleinsten Durchschnittswerte auf, Jahrgang 1949 die höchste Distanz und immerhin den dritthöchsten Komplexitätswert. Im Durchschnitt geht ein hoher Komplexitätswert also mit einem hohen Distanzwert einher, allerdings ist der Zusammenhang nicht so deutlich ausgeprägt, dass sich die höchsten Durchschnittswerte jeweils bei den gleichen Geburtsjahrgängen finden. Der Korrelationskoeffizient zwischen dem Komplexitätsmaß und dem Distanzmaß ist mit rund 0,72 sehr hoch positiv.

	Komplexitätsindex	Distanz Referenz	Geburtsjahr
Komplexitätsindex	1	,718 ***	,124 ***
Distanz Referenz	,718 ***	1	,081 ***
Geburtsjahr	,124 ***	,081 ***	1

Tab. 1: Korrelationskoeffizienten (Pearson), Quelle: AVID/IAV, eigene Berechnungen,  $n = 2.496$ , \*\*\*  $p < 0,001$

Bei der bivariaten Betrachtung haben sich schwache Hinweise auf einen Wandel der Erwerbsverläufe ergeben, denen mit Hilfe eines Regressionsmodells und der Kontrolle einiger soziodemografischer Variablen nachgespürt werden soll. Außer der erklärenden Variable Geburtsjahr gehen in das Modell das Bildungsniveau und ein Dummy zum Familienstand ein.

Die Bildungsexpansion lässt erwarten, dass bei den jüngeren Jahrgängen mehr Männer einen höheren Bildungsabschluss haben, der bei Komplexitäts- und Distanzmaß unabhängig vom Geburtsjahr zu höheren Werten führen sollte. Bei Verheirateten sollten die Werte dagegen geringer ausfallen, da Stabilität im familiären Bereich auch oft mit Stabilität im Erwerbsleben verbunden ist (Frommert 2013). Weiterhin wird anhand eines Dummys kontrolliert, ob fehlende Angaben in den Lebenslaufdaten vorliegen, da instabile Verläufe häufiger Erinnerungsfehler und Lücken aufweisen als stabile Verläufe (Reimer 2001).

Tabelle 2 zeigt standardisierte Koeffizienten einer OLS-Regression für die individuelle Differenzierung. Alle Einflussfaktoren sind hochsignifikant. Der Einfluss des Geburtsjahres ist auch unter Kontrolle des Bildungsniveaus und des Familienstandes ähnlich stark ausgeprägt wie in dem einfachen Regressionsmodell (Modell 1): Bei jüngeren Männern treten höhere Komplexitätswerte auf. Außerdem finden sich höhere Komplexitätswerte bei Männern mit höherem Bildungsabschluss, insbesondere bei Hochschulabsolventen im Vergleich zur Referenzkategorie Hauptschulabschluss mit Berufsausbildung. Aber auch Männer ohne Berufsausbildung zeigen höhere Werte als die Referenzkategorie. Dies deckt sich mit Befunden zur schwierigen Arbeitsmarktintegration von Geringqualifizierten (Giesecke, Heisig 2010).

Verheiratete Männer weisen im Vergleich zu unverheirateten Männern wie erwartet geringere Komplexitätswerte auf. Wer dagegen durch fehlende Angaben in den Lebenslaufdaten auffällt, hat tendenziell höhere Komplexitätswerte. Die Erklärungskraft des Modells ist mit einer erklärten Varianz von 14 Prozent allerdings gering.

	Modell 1	Modell 2
Geburtsjahr	0,124 ***	0,112 ***
Mittlere Reife/Abitur mit Berufsausbildung <sup>#</sup>		0,080 ***
(Fach-)Hochschulabschluss <sup>#</sup>		0,218 ***
Keine Berufsausbildung <sup>#</sup>		0,157 ***
Verheiratet		-0,241 ***
Fehlende Angaben im Lebensverlauf		0,106 ***
Ad. R <sup>2</sup>	0,01	0,14

*Tab. 2: Differenzierung, OLS-Regression Komplexitätsindex, Quelle: AVID/IAV, eigene Berechnungen, n = 2.496, <sup>#</sup> Referenzkategorie Hauptschulabschluss mit Berufsausbildung, Standardisierte Koeffizienten, \* p < 0,05, \*\*\* p < 0,001*

Die Koeffizienten einer OLS-Regression für das Konzept der Destandardisierung können Tabelle 3 entnommen werden.<sup>8</sup> Auch hier bleibt der Einfluss des Geburtsjahres unter der Kontrolle von Bildung, Familienstand und missings erhalten.

Der Einfluss des Bildungsniveaus auf die Distanz zum Referenzverlauf ist deutlich stärker als der Einfluss des Geburtsjahres. Besonders deutlich ist dies bei Männern mit Hochschulabschluss. Im Vergleich zu Männern mit Hauptschulabschluss und Berufsausbildung (Referenzkategorie) liegt ihr Distanzmaß um rund eine halbe Standardabweichung höher. Aber auch Männer ohne Berufsausbildung weisen im Vergleich zur Referenzkategorie höhere Distanzwerte auf.

Verheiratete Männer weisen geringere Distanzwerte auf als unverheiratete Männer, ihre Erwerbsverläufe entsprechen also eher dem Referenz- oder Normallebenslauf. Für den Indikator zu fehlenden Angaben im Lebensverlauf ergibt sich nur ein geringer Einfluss, der im Gegensatz zu allen anderen Koeffizienten auch nur auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant ist. Die erklärte Varianz ist für die Destandardisierung mit drei Prozent noch deutlich geringer als bei der Differenzierung. Offensichtlich ist das Geburtsjahr nicht als entscheidender Faktor zu sehen und es müssen künftig weitere Faktoren getestet werden, die einen Einfluss auf die Distanz zum Referenzverlauf haben können.

<sup>8</sup> Mit einer gewissen Berechtigung könnte das nicht normalverteilte Distanzmaß auch als Zählvariable mit einer negativen Binomialverteilung modelliert werden. Allerdings wären auch dann die Voraussetzungen zur Anwendung des Modells nicht optimal erfüllt.

	Modell 1	Modell 2
Geburtsjahr	0,081 ***	0,079 ***
Mittlere Reife/Abitur mit Berufsausbildung <sup>#</sup>		0,164 ***
(Fach-)Hochschulabschluss <sup>#</sup>		0,562 ***
Keine Berufsausbildung <sup>#</sup>		0,163 ***
Verheiratet		-0,201 ***
Fehlende Angaben im Lebensverlauf		0,035 *
Ad. R <sup>2</sup>	0,00	0,03

Tab. 3: Destandardisierung, OLS-Regression Distanzmaß, Quelle: AVID/IAV, eigene Berechnungen,  $n = 2.496$ , # Referenzkategorie Hauptschulabschluss mit Berufsausbildung, Standardisierte Koeffizienten, \*  $p < 0,05$ , \*\*\*  $p < 0,001$

## Diskussion und Schlussfolgerungen

In dem vorliegenden Beitrag sollte in erster Linie ausgelotet werden, inwiefern Konzepte aus der Sequenzdatenanalyse gewinnbringend in inferenzstatistische Analysemethoden integriert werden können. Ein Vorteil der Sequenzdatenanalyse im Vergleich zu Methoden der Ereignisanalyse liegt darin, dass Verläufe in ihrer Gesamtheit betrachtet werden können und nicht nur Aussagen zu einzelnen Übergängen möglich sind. Da die Sequenzdatenanalyse bislang aber weitgehend explorativ eingesetzt wird, wird das Potential, das sich aus der Betrachtung der Gesamtverläufe ergeben könnte, nicht genutzt.

Ein weiterer Vorteil der Sequenzdatenanalyse liegt darin, dass unterschiedliche Eigenschaften der Verläufe und damit unterschiedliche Aspekte des Wandels analytisch getrennt werden können. Diese Vorteile können für die Lebensverlaufsforschung gewinnbringend genutzt werden, wenn die Sequenzdatenanalyse weiterentwickelt wird und aus dem explorativen, deskriptiven Stadium heraustritt.

Der vorliegende Beitrag hat einen ersten Versuch in dieser Richtung unternommen. Es wurden zunächst die beiden Konzepte Differenzierung und Destandardisierung in Bezug auf Erwerbsverläufe eindeutig definiert und dann mit Konzepten aus der Sequenzdatenanalyse operationalisiert. Differenzierung wurde als Maß der Diskontinuität eines Verlaufs interpretiert und mit dem Komplexitätsindex intuitiv zugänglich gemessen.

Die Operationalisierung der Abweichung von einem modellhaften Standard-Verlauf scheint mit der Distanz zu einem Referenzverlauf zunächst ebenfalls gut gelungen. Schwierigkeiten können sich aber auf zwei Ebenen ergeben: Einerseits muss der Referenzverlauf definiert werden und andererseits ist es möglich, dass zwei sehr unterschiedliche Verläufe den gleichen Abstand zum Referenzverlauf aufweisen. Die Höhe des Distanzmaßes sagt also inhaltlich nichts über die Art der Differenz zum Standard-Verlauf aus.

Bei beiden Operationalisierungen bleibt außerdem problematisch, dass die Ergebnisse von der Definition und Anzahl der möglichen Zustände abhängig sind. Je nachdem wie kleinteilig die verschiedenen Zustände definiert sind, können sich aus der gleichen Datengrundlage unterschiedliche Ergebnisse ergeben.

Die geringe Erklärungskraft der Modelle weist auf die Notwendigkeit hin, künftig weitere Aspekte zu berücksichtigen, die zu Differenzierung und Destandardisierung beitragen können. Tätigkeiten, Branchen und Arbeitsverhältnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt und diese Veränderungen haben Auswirkungen auf der Ebene der individuellen Erwerbsverläufe gehabt. Eine Berücksichtigung von inhaltlichen Veränderungen der Erwerbsstatus könnte zu einer besseren Erklärung beitragen und zeigen, ob sich die Befunde einer schwach zunehmenden Differenzierung und Destandardisierung auch unter der Kontrolle von weiteren Aspekten bestätigen lassen.

Neben den schon angesprochenen methodischen Herausforderungen stellt sich auch die Frage, mit welchen Modellen die Indikatoren am besten getestet werden sollten. Insbesondere für das Distanzmaß sollten weitere Möglichkeiten der Modellierung geprüft werden. Trotzdem wird der hier dargestellte, erste Versuch, Konzepte der Sequenzdatenanalyse aus dem explorativen Nischendasein zu befreien, positiv bewertet, da er bislang unbeachtete Potentiale der Sequenzdatenanalyse aufgezeigt hat. Eine Weiterentwicklung auf der Basis des hier vorgestellten Ansatzes erscheint vielversprechend.

## Literatur

- Aisenbrey, S., Fasang, A.E., 2010: New life for old ideas: The second wave of sequence analysis bringing the course back into the life course. *Sociological Methods and Research*, 38. Jg., Heft 3, 420–462.
- Brückner, H., Mayer, K.U., 2005: De-standardization of the life course: What it might mean? And if it means anything, whether it actually took place? *Advances in Life Course Research*, 9. Jg., 27–53.
- Diewald, M., Goedicke, A., Mayer, K.U., 2006: Unusual turbulences – unexpected continuities: Transformation life courses in retrospective. In M. Diewald, A. Goedicke, K. U. Mayer (Hg.), *After the fall of the wall: Life courses in the transformation of East Germany*. Stanford, California: Stanford University Press, 293–317.
- Elzinga, C.H., Liefbroer, A.C., 2007: De-standardization of family-life trajectories of young adults: A cross-national comparison using sequence analysis. *European Journal of Population*, 23. Jg., Heft 3/4, 225–250.
- Frommert, D., 2013: *Erwerbsverläufe und Alterssicherung*. Universität Duisburg-Essen, <http://d-nb.info/1043447822/34>, (letzter Aufruf 20.02.2015).
- Gabadinho, A., Ritschard, G., Müller, N.S., Studer, M., 2011: Analyzing and visualizing state sequences in R with TraMineR. *Journal of Statistical Software*, 40. Jg., Heft 4, 1–37.
- Gabadinho, A., Ritschard, G., Studer, M., Müller, N.S., 2010: Indice de complexité pour le tri et la comparaison de séquences catégorielles. *Extraction et gestion des connaissances (EGC 2010)*, *Revue des nouvelles technologies de l'information*, E-19. Jg., 61–66.
- Giesecke, J., Heisig, J.P., 2010: Destabilisierung und Destandardisierung, aber für wen? Die Entwicklung der westdeutschen Arbeitsplatzmobilität seit 1984. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62. Jg., Heft 3, 403–435.

- Haak, C., 2011: Das angesparte Altersvorsorgekapital aus Riester-Verträgen: Eine empirische Auswertung auf Basis der Befragung »Individuelle Altersvorsorge 2009«. Deutsche Rentenversicherung, 66. Jg., Heft 1, 105–116.
- Heien, T., 2007: Altersvorsorge in Deutschland (AVID) 2005: Methodenbericht Teil I: Datenerhebung und -aufbereitung. München: TNS Infratest Sozialforschung.
- Heien, T., Kortmann, K., Schatz, C., 2007: Altersvorsorge in Deutschland 2005: Alterseinkommen und Biografie. Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund und Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Hollister, M., 2009: Is optimal matching suboptimal? *Sociological Methods and Research*, 38. Jg., Heft 2, 235-264.
- Kohli, M., 1985: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs: Historische Befunde und theoretische Argumente. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 37. Jg., Heft 1, 1–29.
- Krüger, H., Levy, R., 2001: Linking life courses, work, and the family: Theorizing a not so visible nexus between women and men. *Canadian Journal of Sociology*, 26. Jg., Heft 2, 145–166.
- Levenshtein, V.I., 1966: Binary codes capable of correcting deletions, insertions, and reversals. *Soviet Physics-Doklady*, 10. Jg., Heft 8, 707–710.
- Mückenberger, U., 1985: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. *Zeitschrift für Sozialreform*, 31. Jg., Heft 8, 415–434, 457–475.
- Reimer, M., 2001: Die Zuverlässigkeit des autobiographischen Gedächtnisses und die Validität retrospektiv erhobener Lebensverlaufsdaten. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.
- Robette, N., 2010: The diversity of pathways to adulthood in France: Evidence from a holistic approach. *Advances in Life Course Research*, 15. Jg., Heft 2/3, 89–96.
- Scherer, S., Brüderl, J., 2010: Sequenzdatenanalyse. In C. Wolf, H. Best (Hg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1031–1051.
- Simonson, J., Romeu Gordo, L., Titova, N., 2011: Changing employment patterns of women in Germany: How do baby boomers differ from older cohorts? A comparison using sequence analysis. *Advances in Life Course Research*, 16. Jg., Heft 2, 65–82.
- Szydlik, M., 2008: Flexibilisierung und die Folgen. In M. Szydlik (Hg.), *Flexibilisierung: Folgen für Arbeit und Familie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7–22.
- Zähle, T., Möhring, K., Krause, P., 2009: Erwerbsverläufe beim Übergang in den Ruhestand. *WSI Mitteilungen* 11/2009, 62. Jg., 586–595.

# Dyadische Modellierung regionaler Arbeitsmarktmobilität

Petra Stein und Christoph Kern

*Beitrag zur Veranstaltung »Empirische Analyse von Krisen und Umbrüchen II - Datenanalyse« der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung – organisiert von Stefanie Eifler*

Wenngleich eine Vielzahl von Forschungsarbeiten räumliche Mobilitätsentscheidungen und deren Erklärungsdeterminanten thematisieren, ist die Einbeziehung des Haushaltskontextes in der statistischen Modellierung regionaler Arbeitsmarktmobilität bislang defizitär. Dabei erfolgt die Berücksichtigung partnerschaftlicher Erklärungsmerkmale in der empirischen Umsetzung zumeist im Rahmen von Modellstrukturen, welche Entscheidungsprozesse mit mehreren handelnden Akteuren nur eingeschränkt abbilden können. Insbesondere steht die Spezifizierung von Partnereffekten auf der Ebene von Mobilitätsintentionen im Rahmen einer mehrstufigen Entscheidungsmodellierung bisher noch aus. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Beitrag eine dyadische Konzeptionalisierung räumlicher Mobilitätsentscheidungen vorgeschlagen, mit welcher partnerschaftliche Beeinflussungs- und Anpassungsprozesse im Haushaltskontext in einem zweistufigen, simultan zu schätzenden Entscheidungsmodell berücksichtigt werden können.

Ausgehend von Stein und Pavetic (2013) erfolgt die formale Umsetzung des dyadischen Entscheidungsmodells in Form eines multivariaten Probit Modells mit nicht-metrischen abhängigen Variablen. Aufgrund der unbekanntenen Fehlervarianzen der kategorialen endogenen Variablen geht die Spezifizierung dieser Modellklasse mit erheblichen Identifikationsproblemen einher, in deren Folge Einflussstärken innerhalb der Modellstruktur nicht unmittelbar miteinander verglichen werden können. Eine Lösung dieses Problems bietet die Einführung nicht-linearer Parameterrestriktionen, mit welchen potentielle Ungleichheiten von Parametern zwischen den Beziehungsstrukturen statistischen Tests zugänglich gemacht werden können. Vor diesem Hintergrund erfolgt im Rahmen dieses Beitrags eine erste mobilitätsbezogene Anwendung des multivariaten Probit Modells unter Einbeziehung nicht-linearer Parameterrestriktionen auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).

Im Folgenden wird das dyadische Entscheidungsmodell nach einem inhaltlichen Kurzüberblick über bisherige Befunde haushaltsbezogener Erklärungsmodelle zusammenfassend dargestellt. Anschließend erfolgt eine Vorstellung der empirischen Datengrundlage und der verwendeten



Variablen. Nach der Illustration der zentralen Befunde schließt dieser Beitrag mit einem kurzen Ausblick.

## Mobilitätsentscheidungen im Haushaltskontext

Die Rolle des Haushaltskontextes im Rahmen der Erklärung räumlicher Mobilitätsentscheidungen wird in der bisherigen Mobilitätsforschung vornehmlich in zwei Forschungssträngen diskutiert. Dabei beschäftigt sich ein erstes, breites Forschungsfeld mit der Untersuchung der relativen Bedeutsamkeit der Erklärungsmerkmale des männlichen und des weiblichen Partners im Hinblick auf die Mobilitätsvorhersage des Gesamthaushaltes.<sup>1</sup> Ausgangspunkt ist hierbei die Annahme einer grundsätzlich symmetrischen bzw. geschlechtsneutralen Gewichtung von Kosten-Nutzen Funktionen im Rahmen der Neuen Haushaltsökonomie, welche eine einfache Subsumierung von individuellen Mobilitätskalkülen im Haushaltskontext postuliert (Mincer 1978). Vor diesem Hintergrund berichtet eine Reihe von Forschungsarbeiten hingegen von einer asymmetrischen Gewichtung der Nutzenpotentiale innerhalb des Haushaltes in der Form einer stärkeren Bedeutsamkeit der (erwerbsbezogenen) Erklärungsmerkmale des männlichen Partners (Lichter 1982; Baldrige et al. 2006; McKinnish 2008; Brandén, Ström 2011; Nivalainen 2004; Melzer 2013; Tenn 2010). Ein ähnliches Muster zeigt sich auch bei der Betrachtung berufsbezogener Ereignisse, welche insbesondere dann mit einer erhöhten Mobilitätswahrscheinlichkeit des Haushaltes verbunden sind, wenn sich diese auf die berufliche Laufbahn des männlichen Partners beziehen (Rabe, Taylor 2010). Dennoch ist der Befund einer asymmetrischen Entscheidungsgewichtung im Haushaltskontext nicht gänzlich stabil: Werden neben den erwerbsbezogenen Merkmalen beider Partner weiterführende Merkmale der ausgeübten Berufe (zum Beispiel berufsspezifische Einkommensspreizung und regionale Stellenkonzentration) berücksichtigt, berichtet Brandén (2012) von einer Angleichung der Effektstärken beider Partner, während Shauman (2010) demgegenüber weiterhin asymmetrische Einflusststrukturen im Haushaltskontext beobachtet. Anzeichen für eine symmetrischere Gewichtung der partnerschaftlichen Merkmale finden sich darüber hinaus bei Smits et al. (2003, 2004) bei einem Vergleich der Einflusststrukturen von Haushaltsumzügen zwischen den Jahren 1977 und 1996. Wenngleich sich vereinzelt auch gegenläufige Effektmuster beobachten lassen (Shields, Shields 1993), zeigen sich zusammenfassend dennoch mehrheitlich divergierende Einflusstärken (zugunsten des männlichen Partners) bei der Erklärung von Mobilitätsentscheidungen von Paarrehaushalten.

Während bei der Analyse der relativen Entscheidungsgewichte im Haushaltskontext der direkte Einfluss partnerschaftlicher Merkmale im Hinblick auf die Mobilitätsumsetzung betrachtet wird, wird in einem zweiten Forschungsfeld die Rolle des Haushaltzusammenhangs im Rahmen mehrstufiger Mobilitätsmodelle diskutiert. Ausgehend von einer Differenzierung zwischen Mobilitätsintentionen (bzw. Mobilitätsgedanken und -plänen; Kalter 1997) und deren Umsetzung steht hierbei die Erklärungsrelevanz partnerschaftlicher Mobilitätsabsichten im Hinblick auf das Erreichen verschiedener Entscheidungsstufen im Fokus. Dabei zeigt sich, dass durch die Antizi-

---

<sup>1</sup> Eine Übersicht findet sich bei Cooke (2008).

pation von Verhandlungsschwierigkeiten im partnerschaftlichen Entscheidungsprozess eine fehlende Mobilitätsabsicht des Partners bereits auf intentionaler Ebene eine mobilitätshemmende Wirkung ausübt (Kalter 1998, 1999). Auf dieser Basis lässt sich der Haushaltskontext als eine Form »externer Abhängigkeiten« begreifen, welche im Falle partnerschaftlich divergierender Absichten bereits der Bildung von positiven Mobilitätsintentionen gegenüberstehen kann. Gleichsam sind darüber hinaus niedrigere Mobilitätsumsetzungsraten bei Intensionsdifferenzen im Haushalt erwartbar (Coulter et al. 2012). Dem folgend wird deutlich, dass eine erweiterte Einbeziehung individueller Präferenzen im Haushaltzusammenhang durch die zusätzliche Betrachtung der Mobilitätseinstellung des Partners sowohl auf der Stufe von Mobilitätsgedanken und -plänen (Kley 2011) als auch hinsichtlich der Mobilitätsumsetzung (Coulter et al. 2012; Coulter 2013; Ferreira, Taylor 2009) mit einem bedeutsamen Erklärungszuwachs einhergeht.

Wenngleich beide dargestellten Forschungsperspektiven mit der Betrachtung haushaltsbezogener Einflussstrukturen die Relevanz der Einbeziehung partnerbezogener Merkmale verdeutlichen, fehlt bislang eine explizite Modellierung des Entscheidungsfindungsprozesses räumlicher Mobilität im Haushaltskontext. Hintergrund ist hierbei die bisherige Fokussierung auf statistische Analyseverfahren, welche Entscheidungsprozesse mit mehreren Akteuren nicht adäquat abbilden können. Werden Mobilitätsentscheidungen hingegen als dyadische Entscheidungsprozesse konzeptionalisiert, ergibt sich eine Modellstruktur, welche es ermöglicht, sowohl partnerschaftliche Beeinflussungs- und Anpassungseffekte in die Entscheidungsmodellierung mit einzubeziehen als auch Unterschiede in den akteursspezifischen Einflussstrukturen aufzudecken. Ausgehend von einer zweistufigen Konzeptionalisierung des Entscheidungsprozesses wird dabei in diesem Beitrag angenommen, dass für die Vorhersage der Mobilitätsdispositionen auf der ersten Entscheidungsstufe sowohl akteurs- als auch partnerbezogene Individualdeterminanten erklärungsrelevant sind.<sup>2</sup> Auf der zweiten Entscheidungsstufe wird die Mobilitätsentscheidung des Haushaltes schließlich als anteiliges Produkt der individuellen (bzw. partnerschaftlich beeinflussten) Mobilitätsdispositionen verstanden, deren Einflusskoeffizienten das relative Entscheidungsgewicht der Akteure hinsichtlich der Mobilitätsumsetzung widerspiegeln.

## Dyadische Entscheidungsmodellierung

Mit der Unterscheidung zwischen akteursspezifischen Mobilitätsdispositionen und der gemeinsamen Mobilitätsentscheidung des Haushalts beinhaltet das dyadische Entscheidungsmodell drei endogene Variablen: Die Mobilitätsdisposition des männlichen Partners ( $\eta_{i1}$ ), die Mobilitätsdisposition des weiblichen Partners ( $\eta_{i2}$ ) und die gemeinsame Mobilitätsentscheidung ( $\eta_{i3}$ ). Auf der exogenen Seite des Modells werden die Mobilitätsdispositionen als Funktionen von Merkmalen der Haushalts- und Individualebene spezifiziert, wobei neben unmittelbar akteursbezogenen Effekten auch partnerschaftliche Einflüsse (Partnereffekte) zugelassen werden. Die gemeinsame Mobilitätsentscheidung wird als Ergebnis des Entscheidungsprozesses von beiden

---

<sup>2</sup> Qualitative Hinweise auf partnerschaftliche Beeinflussungsprozesse auf intentionaler Ebene finden sich bei Hiller und McCaig (2007).

Dispositionen bedingt. Diese Beziehungsstrukturen lassen sich formal in einem allgemeinen Strukturgleichungsmodell abbilden:<sup>3</sup>

$$\boldsymbol{\eta} = \boldsymbol{\mu} + \mathbf{B}\boldsymbol{\eta} + \boldsymbol{\Gamma}\mathbf{x} + \boldsymbol{\varepsilon}$$

Hierbei werden die drei endogenen Variablen als latente Größen aufgefasst, welche der  $(k \times 1)$  Vektor  $\boldsymbol{\eta}$  beinhaltet.  $\boldsymbol{\mu}$  ist ein  $(k \times 1)$  Vektor von Regressionskonstanten,  $\mathbf{B}$  eine  $(k \times k)$  Matrix von Regressionskoeffizienten zwischen den latenten endogenen Variablen und  $\boldsymbol{\Gamma}$  eine  $(k \times j)$  Matrix von Regressionskoeffizienten zwischen  $\boldsymbol{\eta}$  und  $\mathbf{x}$ .  $\boldsymbol{\varepsilon}$  stellt den  $(k \times 1)$  Vektor der Residuen dar, wobei  $\boldsymbol{\varepsilon} \sim N(\mathbf{0}, \boldsymbol{\Omega})$ . Die reduzierte Form des Modells ist:

$$\boldsymbol{\eta} = \boldsymbol{\delta} + \boldsymbol{\Pi}\mathbf{x} + \boldsymbol{\epsilon}$$

mit

$$\boldsymbol{\delta} = (\mathbf{I} - \mathbf{B})^{-1}\boldsymbol{\mu}$$

$$\boldsymbol{\Pi} = (\mathbf{I} - \mathbf{B})^{-1}\boldsymbol{\Gamma}$$

$$\boldsymbol{\epsilon} = (\mathbf{I} - \mathbf{B})^{-1}\boldsymbol{\varepsilon}$$

Wobei  $\boldsymbol{\epsilon} \sim N(\mathbf{0}, \boldsymbol{\Sigma})$  und  $\boldsymbol{\Sigma} = (\mathbf{I} - \mathbf{B})^{-1}\boldsymbol{\Omega}(\mathbf{I} - \mathbf{B})^{-1}$ . Die Verbindung von  $\boldsymbol{\eta}$  mit manifesten  $y$ -Variablen erfolgt über ein Schwellenwertmodell, wobei für die akteursspezifischen Mobilitätsdispositionen gilt:

$$y_{i1} = \begin{cases} 1 & \text{wenn } -\infty \leq \eta_{i1} < \tau_1 \\ 2 & \text{wenn } \tau_1 \leq \eta_{i1} < \tau_2 \\ 3 & \text{wenn } \tau_2 \leq \eta_{i1} < \infty \end{cases} \quad y_{i2} = \begin{cases} 1 & \text{wenn } -\infty \leq \eta_{i2} < \tau_3 \\ 2 & \text{wenn } \tau_3 \leq \eta_{i2} < \tau_4 \\ 3 & \text{wenn } \tau_4 \leq \eta_{i2} < \infty \end{cases}$$

Hinsichtlich der Mobilitätsentscheidung liegt ein binärer Mobilitätsindikator vor:

$$y_{i3} = \begin{cases} 0 & \text{wenn } -\infty \leq \eta_{i3} < \tau_5 \\ 1 & \text{wenn } \tau_5 \leq \eta_{i3} < \infty \end{cases}$$

Da bei einer gleichzeitigen Spezifizierung aller Schwellenwerte und Intercepts das Modell nicht identifiziert ist, werden die Regressionskonstanten in  $\boldsymbol{\delta}$  auf den Wert Null restringiert ( $\boldsymbol{\delta}^* = \mathbf{0}$ ). Gleichsam werden die unbekanntes Fehlervarianzen der latenten endogenen Variablen auf den Wert 1 fixiert, so dass  $\boldsymbol{\epsilon}^* \sim N(\mathbf{0}, \boldsymbol{\Sigma}^*)$  mit  $\text{diag}(\boldsymbol{\Sigma}^*) = \mathbf{I}$ . Auf Basis dieser Restriktionen ergibt sich das Probit Modell:<sup>4</sup>

$$\boldsymbol{\eta}^* = \boldsymbol{\Pi}^*\mathbf{x} + \boldsymbol{\epsilon}^*$$

Aufgrund der Fixierung der Fehlervarianzen ( $\boldsymbol{\Sigma}^* = \boldsymbol{\Lambda}\boldsymbol{\Sigma}\boldsymbol{\Lambda}$ ) beziehen sich die Koeffizienten der  $\boldsymbol{\Pi}$ -Matrix auf  $\eta$ -Variablen in reskaliert Form und entsprechen somit  $\boldsymbol{\Pi}^* = \boldsymbol{\Lambda}\boldsymbol{\Pi}$ . Analog gilt für die Strukturparameter:

<sup>3</sup> Eine ausführlichere Darstellung eines vergleichbaren Modells findet sich bei Pavetic (2009).

<sup>4</sup> Hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit von z.B.  $y_{i1} = 1$  folgt  $P(y_{i1} = 1) = \Phi(\tau_1 - E(\eta_{i1}^*))$ .

$$\begin{aligned}\Gamma^* &= \Lambda \Gamma \\ \mathbf{B}^* &= \Lambda \mathbf{B} \Lambda^{-1} \\ \Omega^* &= \Lambda \Omega \Lambda\end{aligned}$$

Wobei  $\Lambda$  die Matrix der Inversen der unbekannteten Fehlerstandardabweichungen darstellt:

$$\Lambda = \begin{bmatrix} \sigma_1 & 0 & 0 \\ 0 & \sigma_2 & 0 \\ 0 & 0 & \sigma_3 \end{bmatrix}^{-1}$$

Auf Skalarebene gilt dementsprechend  $\gamma_{1j}^* = \frac{\gamma_{1j}}{\sigma_1}$ ,  $\gamma_{2j}^* = \frac{\gamma_{2j}}{\sigma_2}$ ,  $\beta_{31}^* = \frac{\sigma_1 \beta_{31}}{\sigma_3}$  und  $\beta_{32}^* = \frac{\sigma_2 \beta_{32}}{\sigma_3}$ .

Aufgrund dieser Relationen sind die  $\gamma^*$ - Koeffizienten nicht zwischen den Gleichungen sowie die  $\beta^*$ - Koeffizienten nicht innerhalb derselben Gleichung unmittelbar miteinander vergleichbar. Soll auf dieser Basis die Hypothese  $\gamma_{1j} = \gamma_{2j}$  getestet werden, muss die Relation der unbekannteten Fehlervarianzen in die Restriktion miteinbezogen werden (Sobel, Arminger 1992):

$$\begin{aligned}\gamma_{1j}^* \sigma_1 &= \gamma_{2j}^* \sigma_2 \\ \gamma_{1j}^* &= \frac{\sigma_2}{\sigma_1} \gamma_{2j}^* \\ \gamma_{1j}^* &= \lambda \gamma_{2j}^*\end{aligned}$$

Entsprechend gilt hinsichtlich des Tests von  $\beta_{32} = \beta_{31}$ :

$$\begin{aligned}\beta_{32}^* \frac{\sigma_3}{\sigma_2} &= \beta_{31}^* \frac{\sigma_3}{\sigma_1} \\ \beta_{32}^* &= \beta_{31}^* \frac{\sigma_3}{\sigma_1} \frac{\sigma_2}{\sigma_3} \\ \beta_{32}^* &= \lambda \beta_{31}^*\end{aligned}$$

Gleichheitstests sind somit auf der Ebene der  $\gamma^*$ - und  $\beta^*$ - Koeffizienten durch die Formulierung nicht-linearer Parameterrestriktionen durchzuführen, welche anschließend einer unrestringierten Modellvariante gegenüber gestellt werden können. Ein Vergleich der Anpassungsgüte dieser Modelle gibt schließlich Aufschluss über die Gültigkeit der unterstellten (proportionalen) Gleichheitsrestriktion.

Die Umsetzung des dyadischen Probit-Modells unter Einbeziehung nicht-linearer Parameterrestriktionen erfolgt mithilfe des Analyseprogramms Mplus (Muthén 1998–2004). Die folgenden Modellergebnisse basieren dabei auf dem (dreistufigen) WLSM-Schätzverfahren unter Verwendung der Theta-Parametrisierung (Muthén 1984).

## Daten und Variablen

Für die empirische Umsetzung des dyadischen Entscheidungsmodells wird im Folgenden auf Daten des vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) bereitgestellten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP; Wagner et al. 2007) zurückgegriffen. Grundlage der Entscheidungsmodellierung sind dabei Daten der Jahre 2009 und 2010 (Welle z & ba), wobei auf Basis der SOEP-Samples A bis I die Stichprobe auf 18- bis 65-jährige Personen in Privathaushalten

eingegrenzt wurde. Weiterhin werden nur Fälle berücksichtigt, für welche zu beiden Zeitpunkten der(selbe) Partner im Datensatz identifiziert werden konnte ( $n = 4036$  Dyaden).

Die endogenen Variablen des Modells sind:

- $\eta_1$ : Mobilitätsdisposition von Partner 1 (Mann), welche über die Mobilitätsneigung ( $y_1$ ) zum Zeitpunkt  $t_1$  (2009) gemessen wird.<sup>5</sup>
- $\eta_2$ : Mobilitätsdisposition von Partner 2 (Frau), welche über die Mobilitätsneigung ( $y_2$ ) zum Zeitpunkt  $t_1$  (2009) gemessen wird.
- $\eta_3$ : Mobilitätsentscheidung des Haushaltes, welche über einen Mobilitätsindikator hinsichtlich eines arbeitsmarktbezogenen Wohnortwechsels ( $y_3$ ) zwischen  $t_1$  und  $t_2$  (2009 - 2010) gemessen wird (0 = Immobil / 1 = Mobil).

Die exogenen Variablen der Individualebene (gemessen zum Zeitpunkt  $t_1$ , 2009) sind:<sup>6</sup>

- $x_1, x_{17}$ : Alter des Manns / der Frau
- $x_2, x_{18}$ : Bildungsjahre des Manns / der Frau
- $x_3, x_{19}$ : Erwerbsstatus des Manns / der Frau  
(1 = Geringfügig beschäftigt / Ref. = Voll-/Teilzeit beschäftigt)
- $x_4, x_{20}$ : Erwerbsstatus des Manns / der Frau  
(1 = nicht Erwerbstätig / Ref. = Voll-/Teilzeit beschäftigt)
- $x_5, x_{21}$ : allgemeine Lebenszufriedenheit des Manns / der Frau
- $x_6, x_{22}$ : Risikobereitschaft des Manns / der Frau

Die exogenen Variablen der Haushaltsebene (gemessen zum Zeitpunkt  $t_1$ , 2009) sind:

- $x_7$ : Haushaltseinkommen
- $x_8$ : Haushaltsgröße
- $x_9$ : Haushaltsgröße<sup>2</sup>
- $x_{10}$ : Wohnstatus (0 = Mieter / 1 = Eigentümer)
- $x_{11}$ : Wohndauer in Jahren
- $x_{12}$ : Kontakthäufigkeit mit Nachbarn
- $x_{13}$ : Anzahl der Kinder unter 6 Jahren im Haushalt
- $x_{14}$ : Anzahl der Kinder zwischen 6 und 16 Jahren im Haushalt
- $x_{15}$ : Mobilität im Vorjahr (0 = Immobil / 1 = Mobil)
- $x_{16}$ : Wohnstatus\*Wohndauer

<sup>5</sup> Die Dispositionsindikatoren basieren auf der Frage »Könnten Sie sich vorstellen, von hier wegzuziehen, z.B. aus familiären oder beruflichen Gründen?« mit den Antwortkategorien 1=»Nein, ausgeschlossen«, 2=»Kommt darauf an« und 3=»Ja«.

<sup>6</sup> Die (metrischen) exogenen Variablen gehen in zentrierter Form in das Modell ein. Die Auswahl der Modellvariablen erfolgte entlang bisheriger Befunde der Mobilitätsforschung (zum Beispiel Kley 2011; Böheim, Taylor 2002; Nivalainen 2004; Lu 1998).

## Befunde

Die Darstellung erster Ergebnisse der dyadischen Entscheidungsmodellierung erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden auf Basis des vorgestellten Grundmodells verschiedene Modellvarianten gegeneinander getestet, welchen jeweils unterschiedliche Annahmen in Hinblick auf die Symmetrie der partnerschaftlichen Einflusststrukturen zugrunde liegen. Anschließend erfolgt eine nähere Darstellung desjenigen Modells, welches im Rahmen der Modelltests den besten Kompromiss zwischen Modellfit und -sparsamkeit aufweist.

Die Befunde SB-korrigierter  $\chi^2$ -Differenztests (Satorra, Bentler 1999) und ausgewählte Fitmaße der verschiedenen Modellvarianten sind in Tabelle 1 dargestellt. Ausgangspunkt ist hierbei ein vollständig restringiertes Modell (*Modell 1*), welches auf beiden Entscheidungsstufen eine (proportionale) Gleichheit aller Probitkoeffizienten zwischen den Partnern impliziert. Der Vergleich zwischen *Modell 1* und *Modell 2* zeigt, dass die Aufhebung der Restriktion  $\beta_{32}^* = \lambda\beta_{31}^*$  mit einer signifikanten Anpassungsverbesserung einhergeht, so dass auf dieser Basis die Einflusskoeffizienten der Dispositionen beider Partner auf die Mobilitätsentscheidung als ungleich angesehen werden müssen.<sup>7</sup> Hinsichtlich der Einflusststrukturen auf der ersten Entscheidungsstufe wird deutlich, dass die Freisetzung der Partnereffekte in *Modell 3* ebenfalls mit einer bedeutsamen Modellverbesserung einhergeht, womit auch auf dieser Ebene Anzeichen für Ungleichheiten in den Effektstrukturen vorliegen. Eine Freisetzung der restringierten Effekte der Haushaltsmerkmale (*Modell 4*) und der akteursbezogenen Effekte der Individualmerkmale (*Modell 5*) zeigt im Rahmen der  $\chi^2$ -Differenztests hingegen keine bedeutsame Verbesserung in der Modelanpassung. Da auf Basis der Pseudo- $r^2$  Werte keine konsistenten Hinweise auf eine deutlich bessere Erklärungskraft von *Modell 4* und *5* vorliegen, wird das teilrestringierte *Modell 3* im Folgenden als präferierte Modellvariante näher dargestellt.

Modell	Restriktion	$\chi^2$	df	$\chi^2_{sc}$ Diff.	$p$	$r_{y1}^2$	$r_{y2}^2$	$r_{y3}^2$
1	$\gamma_{11}^* = \lambda\gamma_{2.17}^* \dots \gamma_{16}^* = \lambda\gamma_{2.22}^*$ $\gamma_{17}^* = \lambda\gamma_{27}^* \dots \gamma_{1.16}^* = \lambda\gamma_{2.16}^*$ $\gamma_{1.18}^* = \lambda\gamma_{22}^* \dots \gamma_{1.22}^* = \lambda\gamma_{26}^*$ $\beta_{32}^* = \lambda\beta_{31}^*$	36.754	46			.160	.137	.183
2	$\gamma_{11}^* = \lambda\gamma_{2.17}^* \dots \gamma_{16}^* = \lambda\gamma_{2.22}^*$ $\gamma_{17}^* = \lambda\gamma_{27}^* \dots \gamma_{1.16}^* = \lambda\gamma_{2.16}^*$ $\gamma_{1.18}^* = \lambda\gamma_{22}^* \dots \gamma_{1.22}^* = \lambda\gamma_{26}^*$	30.356	45	12.086	.001	.155	.141	.224
3	$\gamma_{11}^* = \lambda\gamma_{2.17}^* \dots \gamma_{16}^* = \lambda\gamma_{2.22}^*$ $\gamma_{17}^* = \lambda\gamma_{27}^* \dots \gamma_{1.16}^* = \lambda\gamma_{2.16}^*$	17.847	41	9.920	.042	.149	.155	.226
4	$\gamma_{11}^* = \lambda\gamma_{2.17}^* \dots \gamma_{16}^* = \lambda\gamma_{2.22}^*$	11.444	31	7.811	.647	.154	.149	.225
5		5.751	26	4.881	.431	.157	.147	.225

Tab. 1: Modellvergleich (Modell 1 – 5)

Die Ergebnisse der Parameterschätzung (in Form von unstandardisierten sowie vollstandardisierten Probit-Koeffizienten) des nicht-linearen multivariaten Probit Modells (Modell 3) sind in Tabelle 2 zusammengefasst. Auf Dispositionsebene bestätigen die ermittelten akteursbezoge-

<sup>7</sup> Alternative Modellspezifikationen zeigen, dass die Dispositionseffekte  $\beta_{31}^*$  und  $\beta_{32}^*$  stark abhängig von der Wahl des Mobilitätsindicators  $y_3$  sind und es sich somit hierbei um kein robustes Effektmuster handelt.

nen Effekte der Individual- und Haushaltsmerkmale weitestgehend bisherige Befunde der Mobilitätsforschung. Dabei ist mit steigendem Alter, höherer Lebenszufriedenheit, dem Besitz von Wohneigentum, zunehmender Wohndauer, häufigen Nachbarschaftskontakten und bei kürzlichem Haushaltsumzug (im Vorjahr / 2008) eine niedrigere Mobilitätsneigung beobachtbar, während ein höheres Bildungsniveau und eine hohe Risikobereitschaft eine erhöhte Mobilitätsneigung bedingen. Zugleich zeigt sich ein U-förmiger Effektverlauf hinsichtlich der Haushaltsgröße sowie eine positive Interaktion zwischen dem Wohnstatus und der Wohndauer, womit der negative Effekt des Status *Eigentum* mit steigender Wohndauer abgeschwächt wird (die beiden korrespondierenden Haupteffekte sind damit als bedingte Effekte zu interpretieren). Aufgrund der Restriktionen in  $\Gamma^*$  gelten diese Effektstrukturen für beide Partner, wobei deren analoge Koeffizienten der akteursbezogenen Individual- und Haushaltsmerkmale jeweils in der Beziehung  $\gamma_{1j}^* = \lambda \gamma_{2j}^*$  zueinander stehen ( $\lambda = 1.093$ ). Hinsichtlich der unrestringierten Partnereffekte lassen sich hingegen deutliche Effektunterschiede beobachten: Einerseits zeigt sich in beiden Gleichungen ein positiver Partnereffekt für die Variablen Bildungsjahre und Risikobereitschaft, so dass mit steigendem Bildungsniveau sowie erhöhter Risikobereitschaft des Partners (unter Kontrolle der analogen akteursbezogenen Individualmerkmale) eine erhöhte akteurspezifische Mobilitätsneigung beobachtet werden kann. Andererseits gilt dies für den Erwerbsstatus nur einseitig, wobei nur eine geringfügige Beschäftigung (bzw. nicht Erwerbstätigkeit) des weiblichen Partners einen positiven Effekt auf die Mobilitätsneigung des Mannes ausübt. Entsprechend der Annahme partnerschaftlicher Interdependenzen im Haushaltskontext zeigt sich ferner eine signifikante Fehlerkorrelation zwischen den Dispositionsgleichungen ( $\psi_{21}$ ). Schließlich lassen sich auf Basis der unrestringierten Effekte der akteurspezifischen Mobilitätsdispositionen auf die gemeinsame Mobilitätsentscheidung Anzeichen für ungleiche Einflusststrukturen zugunsten des weiblichen Partners auf der zweiten Entscheidungsstufe finden. Aufgrund der Instabilität der Dispositionseffekte bei der Verwendung alternativer Mobilitätsdefinitionen bedarf dieses Effektmuster allerdings einer weitergehenden Validierung.<sup>8</sup> Zusammenfassend zeigt das vorliegende Modell eine akzeptable Erklärungskraft auf beiden Entscheidungsstufen (Pseudo- $r_{y1}^2$ : 0.149, Pseudo- $r_{y2}^2$ : 0.155, Pseudo- $r_{y3}^2$ : 0.226) sowie exzellente Werte in den ausgegebenen Modellfitmaßen.<sup>9</sup>

8 Siehe den Hinweis in Fußnote 7.

9 Als »Sample Statistic« der diesen Fitmaßen zugrundeliegenden WLSM-Schätzung dienen Koeffizienten saturierter uni- und bivariater Probit-Regressionen (Muthén 1984).

<i>y</i> = Disposition	Partner 1 (Mann)			Partner 2 (Frau)		
	$\gamma^*$	<i>se</i>	$\gamma_{Sxy}^*$	$\gamma^*$	<i>se</i>	$\gamma_{Sxy}^*$
<i>Individualeffekte</i>						
Alter	-.013 <sup>***</sup>	(.003)	-.124	-.012 <sup>***</sup>	(.003)	-.113
Bildungsjahre	.050 <sup>***</sup>	(.006)	.128	.045 <sup>***</sup>	(.006)	.110
D_Geringfügig <sup>†</sup>	.113 <sup>†</sup>	(.068)	.015	.103 <sup>†</sup>	(.062)	.028
D_nicht Erw. <sup>†</sup>	.009	(.037)	.003	.008	(.034)	.003
allg. Zufr.	-.054 <sup>***</sup>	(.009)	-.084	-.049 <sup>***</sup>	(.008)	-.077
Risiko	.056 <sup>***</sup>	(.007)	.112	.052 <sup>***</sup>	(.007)	.095
<i>HH-Effekte</i>						
HH-Eink.	.000	(.000)	.128	.000	(.000)	.116
HH-Größe	-.099 <sup>***</sup>	(.026)	-.100	-.091 <sup>***</sup>	(.024)	-.091
HH-Größe <sup>2</sup>	.031 <sup>**</sup>	(.011)	.072	.028 <sup>**</sup>	(.010)	.066
D_Eigentum <sup>††</sup>	-.318 <sup>***</sup>	(.042)	-.143	-.291 <sup>***</sup>	(.040)	-.130
Wohndauer	-.014 <sup>***</sup>	(.004)	-.143	-.013 <sup>***</sup>	(.003)	-.130
lokale Kontakte	-.124 <sup>***</sup>	(.021)	-.096	-.114 <sup>***</sup>	(.020)	-.087
Kinderz. < 6 J.	.000	(.045)	.000	.000	(.041)	.000
Kinderz. 6 - 16 J.	.053	(.032)	.039	.049	(.030)	.036
D_Mobil 2008 <sup>†††</sup>	-.233 <sup>**</sup>	(.076)	-.050	-.213 <sup>**</sup>	(.070)	-.046
D_Eigent.*Wohnd.	.012 <sup>**</sup>	(.004)	.097	.011 <sup>**</sup>	(.004)	.088
<i>Partnereffekte</i>						
Bildungsjahre	.020 <sup>*</sup>	(.009)	.048	.048 <sup>***</sup>	(.009)	.123
D_Geringfügig <sup>†</sup>	.141 <sup>*</sup>	(.066)	.039	.039	(.217)	.005
D_nicht Erw. <sup>†</sup>	.150 <sup>**</sup>	(.048)	.061	-.022	(.056)	-.007
Risiko	.022 <sup>*</sup>	(.010)	.040	.022 <sup>*</sup>	(.009)	.043
$\psi_{21}$	.542 <sup>***</sup>	(.015)				
$\tau_1$	-.466	(.050)		-.496	(.050)	
$\tau_2$	.695	(.050)		.703	(.050)	
$\lambda$	1.093	(.100)				
<i>y</i> = Mobilität	$\beta^*$	<i>se</i>	$\beta_{Sxy}^*$	$\beta^*$	<i>se</i>	$\beta_{Sxy}^*$
Disposition	.096 <sup>*</sup>	(.044)	.092	.434 <sup>***</sup>	(.072)	.415
$\tau_1$	2.642	(1.550)				
$r^2_{MZ Disp.}$	.149			.155		
$r^2_{MZ Mob.}$	.226					
$\chi^2$ (41)	17.847					
RMSEA	.000					
CFI	1.000					
TLI	1.018					
<i>n</i>	3631					

† Ref.: Voll/Teilzeit, †† Ref.: Mieter, ††† Ref.: Immobil 2008

+:  $p \leq 0.1$ ; \*:  $p \leq 0.05$ ; \*\*:  $p \leq 0.01$ ; \*\*\*:  $p \leq 0.001$

Tab. 2: nicht-lineares multivariates Probit Modell (Modell 3)



## Fazit und Ausblick

Die in diesem Beitrag vorgeschlagene dyadische Analyseperspektive regionaler Mobilitätsentscheidungen beinhaltet ein umfassendes Analysepotential, welches in bisherigen Mobilitätsmodellen noch nicht ausreichend berücksichtigt werden konnte. Dabei ergibt sich aus der dyadischen Modellstruktur insbesondere die Möglichkeit, partnerschaftliche Anpassungs- und Beeinflussungsprozesse im Rahmen einer mehrstufigen Entscheidungskonzeptionalisierung zu integrieren und sich somit einer empirischen Abbildung des komplexen Prozesses der Entscheidungsfindung im Haushaltskontext anzunähern. Erste empirische Befunde verdeutlichen, dass partnerbezogene Erklärungsmerkmale bereits auf intentionaler Ebene einen bedeutsamen Erklärungsbeitrag leisten können, so dass mit deren Einbeziehung ein zusätzlicher Erklärungsbaustein im Rahmen der Modellierung individueller Mobilitätsneigungen identifiziert werden konnte. Zugleich zeigten sich auf beiden Entscheidungsstufen Hinweise auf Ungleichheiten in den Effektstrukturen, welche insbesondere auf asymmetrische Partnereffekte (hinsichtlich des Erwerbsstatus) auf der Ebene von Mobilitätsdispositionen hindeuten.

Das vorgestellte Grundmodell einer dyadischen Entscheidungsmodellierung regionaler Arbeitsmarktmobilität soll in verschiedener Weise erweitert werden. Zentral ist hierbei die Einbeziehung regionaler Kontextmerkmale als zusätzliche Erklärungsebene, womit dem Mehrebenencharakter der Erklärungs determinanten räumlicher Mobilität (in Form von Individual-, Haushalts- und Kontextdeterminanten) Rechnung getragen werden soll. Zudem sind Gruppenvergleiche zwischen verschiedenen Paar- und Mobilitätskonstellationen (zum Beispiel zwischen Paaren mit gleichgewichtiger und ungleichgewichtiger Ressourcenausstattung) angedacht, mit welchen der Vergleich von Einflussstrukturen innerhalb des spezifizierten Modells um Gleichheitstests zwischen den betrachteten Gruppen erweitert werden kann.

## Literatur

- Baldrige, D. C., Eddleston, K. A. und Veiga, J. F. 2006: Saying 'no' to being uprooted: The impact of family and gender on willingness to relocate. *Journal of Occupational and Organizational Psychology*, 79. Jg., Heft 1, 131–149. doi: 10.1348/096317905X53174.
- Böheim, R. und Taylor, M. P. 2002: Tied down or room to move? Investigating the relationship between housing tenure, employment status and residential mobility in Britain. *Scottish Journal of Political Economy*, 49. Jg., Heft 4, 369–392. doi: 10.1111/1467-9485.00237.
- Brandén, M. 2012: Couples' Education and Regional Mobility - The Importance of Occupation, Income and Gender. *Population, Space and Place*, 19. Jg., Heft 5, 522–536. doi: 10.1002/psp.1730.
- Brandén, M. und Ström, S. 2011: For whose sake do couples relocate? Gender, career opportunities and couples internal migration. IFAU Working Paper 2011:3.
- Cooke, T. J. 2008: Migration in a Family Way. *Population, Space and Place*, 14. Jg., Heft 4, 255–265. doi: 10.1002/psp.500.
- Coulter, R. 2013: Wishful thinking and the abandonment of moving desires over the life course. *Environment and Planning*, 45. Jg., Heft 8, 1944–1962. doi: 10.1068/a45314.
- Coulter, R., van Ham, M. und Feijten, P. 2012: Partner (dis)agreement on moving desires and the subsequent moving behaviour of couples. *Population, Space and Place*, 18. Jg., Heft 1, 16–30. doi: 10.1002/psp.700.

- Ferreira, P. und Taylor, M. 2009: Residential mobility, mobility preferences and psychological health. In M. Brynin, J. Ermisch (Hg.), *Changing Relationships*. Routledge: Oxford.
- Hiller, H. H. und McCaig, K. S. 2007: Reassessing the role of partnered women in migration decision-making and migration outcomes. *Journal of Social and Personal Relationships*, 24. Jg., Heft 3, 457–472. doi: 10.1177/0265407507077233.
- Kalter, F. 1997: Wohnortwechsel in Deutschland. Ein Beitrag zur Migrationssoziologie und zur empirischen Anwendung von Rational-Choice-Modellen. Opladen: Leske + Budrich. doi: 10.1007/978-3-663-11886-2.
- Kalter, F. 1998: Partnerschaft und Migration. Zur theoretischen Erklärung eines empirischen Effekts. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50. Jg., Heft 2, 283–309.
- Kalter, F. 1999: Migrationsentscheidungen bei Paaren: eine Anwendung des Habit- Modells. In H. Schwengel (Hg.): *Grenzenlose Gesellschaft? 29. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Kley, S. 2011: Explaining the stages of migration within a life-course framework. *European sociological review*, 27. Jg., Heft 4, 469–486. doi: 10.1093/esr/jcq020.
- Lichter, D. T. 1982: The Migration of Dual-Worker Families: Does the Wife's Job Matter. *Social Science Quarterly*, 63. Jg., Heft 1, 49–57.
- Lu, M. 1998: Analyzing migration decisionmaking: relationships between residential satisfaction, mobility intentions, and moving behavior. *Environment and Planning*, 30. Jg., Heft 8, 1473–1495. doi: 10.1068/a301473.
- McKinnish, T. 2008: Spousal Mobility and Earnings. *Demography*, 45. Jg., Heft 4, 829–849. doi: 10.1353/dem.0.0028.
- Melzer, S. M. 2013: Why do couples relocate? Considering migration from East to West Germany. *European Societies*, 15. Jg., Heft 3, 423–445. doi: 10.1080/14616696.2013.787434.
- Mincer, J. 1978: Family Migration Decisions. *Journal of Political Economy*, 86. Jg., Heft 5, 749–773.
- Muthén, B. O. 1984: A general structural equation model with dichotomous, ordered categorical, and continuous latent variable indicators. *Psychometrika*, 49. Jg., Heft 1, 115–132. doi: 10.1007/BF02294210.
- Muthén, B. O. 1998–2004: *Mplus Technical Appendices*. Los Angeles, CA: Muthén & Muthén.
- Nivalainen, S. 2004: Determinants of family migration: short moves vs. long moves. *Journal of Population Economics*, 17. Jg., Heft 1, 157–175. doi: 10.1007/s00148-003-0131-8.
- Pavetic, M. 2009: *Familiengründung und -erweiterung in Partnerschaften: Statistische Modellierung von Entscheidungsprozessen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi: 10.1007/978-3-531-91719-1.
- Rabe, B. und Taylor, M. 2010: Residential mobility, quality of neighbourhood and life course events. *Journal of the Royal Statistical Society*, 173. Jg., Heft 3, 531–555. doi: 10.1111/j.1467-985X.2009.00626.x.
- Satorra, A. und Bentler, P. 1999: A Scaled Difference Chi-square Test Statistic for Moment Structure Analysis. *UCLA Statistics Series No. 260*.
- Shauman, K. A. 2010: Gender Asymmetry in Family Migration: Occupational Inequality or Interspousal Comparative Advantage? *Journal of Marriage and Family*, 72. Jg., Heft 2, 375–392. doi: 10.1111/j.1741-3737.2010.00706.x.
- Shields, M. P. und Shields, G. M. 1993: A Theoretical and Empirical Analysis of Family Migration and Household Production: U. S. 1980–1985. *Southern Economic Journal*, 59. Jg., Heft 4, 768–782.
- Smits, J., Mulder, C. H. und Hooimeijer, P. 2003: Changing gender roles, shifting power balance and long-distance migration of couples. *Urban Studies*, 40. Jg., Heft 3, 603–613. doi: 10.1080/0042098032000053941.
- Smits, J., Mulder, C. H. und Hooimeijer, P. 2004: Migration of couples with nonemployed and employed wives in the Netherlands: The changing effects of the partners' characteristics. *Journal of ethnic and migration studies*, 30. Jg., Heft 2, 283–301. doi: 10.1080/1369183042000200704.
- Sobel, M. E. und Arminger, G. 1992: Modeling household fertility decisions: A nonlinear simultaneous probit model. *Journal of the American Statistical Association*, 87. Jg., Heft 417, 38–47. doi: 10.2307/2290449.

- Stein, P. und Pavetic, M. 2013: A nonlinear simultaneous probit-model for the investigation of decision-making processes: Modelling the process of setting up a family in partnerships. *Quality and Quantity*, 47. Jg., Heft 3, 1717–1732. doi: 10.1007/s11135-011-9622-y.
- Tenn, S. 2010: The relative importance of the husband's and wife's characteristics in family migration, 1960-2000. *Journal of Population Economics*, 23. Jg., Heft 4, 1319–1337. doi: 10.1007/s00148-009-0253-8.
- Wagner, G. G., Frick, J. R. und Schupp, J. 2007: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) - Scope, Evolution and Enhancements. *Schmollers Jahrbuch*, 127. Jg., Heft 1, 139–169.

»Methodischer Multikulturalismus. Datenkombination als Experimentierfeld II«  
der Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung  
– organisiert von Stefan Hirschauer, Ruth Ayaß und Christian Meyer

# Fallrekonstruktion und Akteur-Netzwerk-Theorie

Erfahrungen mit Datenkombinationen auf Basis eines Verfahrensmodells

Kerstin Stark, Carolin Neubert, Stephan Lorenz

*Beitrag zur Veranstaltung »Methodischer Multikulturalismus. Datenkombination als Experimentierfeld II« der Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung – organisiert von Stefan Hirschauer, Ruth Ayaß und Christian Meyer*

Komplexe Fragestellungen und eine komplexe soziale Welt bedürfen einer methodischen Herangehensweise, die sich dem Feld anpasst und die nicht vor der Berücksichtigung von Daten zurückschreckt, die sich jenseits bisheriger methodischer oder methodenkultureller Grenzen befinden. Die Frage ist, wie es gelingt, der Komplexität gerecht zu werden und zugleich systematisch und nicht beliebig bzw. voreingenommen selektiv vorzugehen. In unserem Beitrag möchten wir mit der »prozeduralen Methodik« eine Perspektive vorstellen, die hierauf eine Antwort gibt. Wir werden dies anhand eines empirischen Beispiels illustrieren. Dabei werden Methoden der fallrekonstruktiven Sozialforschung mit der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) verknüpft und im Rahmen eines Verfahrensmodells methodologisch und forschungspraktisch zueinander in Beziehung gesetzt. Es geht nicht darum, etwas in jeder Hinsicht Neues zu präsentieren. Vielmehr handelt es sich um eine Herangehensweise, die bewährte Methoden und Ansätze begründet kombinieren kann und auch für umweltsoziologische Forschungsgegenstände fruchtbar macht.

Die hier dargelegten Erfahrungen mit diesem Ansatz entstammen einem umweltsoziologischen Forschungsprojekt zum »Bienensterben« (vergleiche Lorenz 2015; Lorenz, Stark 2015a; Lorenz, Stark 2015b).<sup>1</sup> Gegenstand sind die Koexistenzbedingungen von Bienen und Menschen und ihre Bedrohungen, die im populären Begriff des »Bienensterbens« ihren Ausdruck finden. Durch Bestäubung sichern die Honigbienen elementare Nahrungsgrundlagen und Ökosystemfunktionen für die Menschen. Mit der in Öffentlichkeit wie Fachkreisen diskutierten Gefährdung der Bienen erfährt diese Koexistenz eine Dynamik, die alle Beteiligten zum Handeln auffordert. Inwieweit dieses »Bienensterben« im Zusammenhang mit gesellschaftlichem Wandel steht, wird

---

<sup>1</sup> Das Projekt ist unter der Leitung von Stephan Lorenz am Jenaer Institut für Soziologie angesiedelt und wird für 39 Monate von der VolkswagenStiftung gefördert (Az. 86161).

im Projekt durch vergleichende Fallstudien zu verschiedenen Formen der Bienenhaltung untersucht.

Die Herausforderung soziologischer Untersuchung besteht darin, sich diesem heterogenen Feld, das bislang vor allem naturwissenschaftlich untersucht wird, aus einer neuen Perspektive zu nähern. Aus der Besonderheit des Feldes ergeben sich die Anforderung und die Relevanz von Daten- und Methodenkombinationen. Wir haben es dabei gleich mit mehreren Kombinationen zu tun, auf die wir eingehen werden, die wir allerdings im gegebenen Rahmen nicht alle gleichermaßen ausführlich diskutieren können. Zum einen geht es um Kombinationen von sprachlichen und nicht-sprachlichen, materiellen Daten, dann um die Kombination unterschiedlicher Forschungsstrategien, die wir verschiedenen Methoden entlehnen, und schließlich darum, die forschungspraktischen Kombinationsmöglichkeiten auch methodologisch begründen zu können.

Zunächst werden wir auf die Vorgehensweise der Akteur-Netzwerk-Theorie und der »politischen Ökologie« eingehen und den Bezug zu angrenzenden methodologischen Traditionen, insbesondere der Grounded Theory, herstellen. Anschließend stellen wir ein Modell vor, das einen verfahrensförmigen Forschungsprozess abbildet und mit dem wir verschiedene Methoden integrieren. Illustriert werden soll dies anhand unseres Vorgehens in einem konkreten Fall aus unserem Forschungsprojekt. Schließlich ziehen wir ein kurzes Fazit und schlagen weitere Kombinationen im Sinne der vorgestellten Überlegungen vor.

## Herausforderungen sozioökologischer Forschungen

Besonders in einem Forschungsfeld, das, wie in unserem Forschungsprojekt, etablierte Disziplinengrenzen überschreitet, wird augenscheinlich, dass das Soziale nicht nur aus menschlichen Beziehungen besteht, sondern wesentlich aus materiellen, nicht-menschlichen, heterogenen Vernetzungen aufgebaut ist. So ist es angebracht, dass die Forschenden bestrebt sind, dieser Heterogenität und Komplexität Rechnung zu tragen. Wie kann man sich dieser Komplexität nähern und den Phänomenen gerecht werden?

In der an die Akteur-Netzwerk-Theorie angelehnten Perspektive wird der Untersuchungsgegenstand als ein Beziehungsgeflecht gedacht: Unterschiedliche Akteure, etwa Menschen und Bienen, Obstplantagen und imkerliche Betriebsweisen, sind damit befasst, Beziehungen zueinander aufzubauen, ihre Verbindungen zu stabilisieren oder wieder aufzulösen. Untersuchungsziel ist es, diese Vernetzungsvorgänge und Verflechtungen zu begreifen. Das sogenannte Bienensterben wird aus dieser Perspektive nicht einfach als ein biologisches Problem behandelt. Denn die vermuteten Gefährdungsursachen sind vielfältig und inter- wie intradisziplinär kontrovers. Sie stehen außerdem in Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen. Daraus ergibt sich die Aufgabe, die Verflechtungen zu analysieren, wer und was wie involviert ist.

Methodisch wird dieses Vorgehen in der »Follow the Actors«-Strategie abgebildet: den Akteuren folgen, ihre Bewegungen nachzeichnen (Latour 2005, 12). Mit dieser Herangehensweise ist ein bestimmter Handlungsbegriff verbunden. Neben dem Aspekt, dass es sich um menschliche wie nicht-menschliche Akteure handeln kann, spielen nur die Veränderungen im Netzwerk oder die Bewegungen der Akteure eine Rolle, denn nur sie können mit dem »follow« erfasst

werden. Eine monokausale Aussage, wie zum Beispiel dass die intensive Landwirtschaft Ursache des Bienensterbens ist, wäre in dieser Perspektive zu einfach. Die konkreten Auswirkungen des einen auf den anderen Akteur und die damit einhergehenden Veränderungen müssen aufzeigbar sein und alle Verbindungsglieder zwischen bestimmten Praktiken in der Landwirtschaft und gestorbenen Bienen müssen empirisch nachvollzogen werden können. Dabei werden die vielen verschiedenen Faktoren sichtbar, auch Faktoren und Verkettungen, die sonst weniger in den Blick geraten oder ausgeblendet werden. Insbesondere materielle Aspekte, Dinge und ihre sozio-ökologischen Wirkungen werden oft aus der sozialwissenschaftlichen Analyse ausgeschlossen.

Aber wie kommen die Forschenden in der ANT-Perspektive mithilfe der Follow-Strategie an Daten? Hier sind es die »Spuren« der Akteure, die gefunden und verfolgt werden sollen (Latour 2005, 34). Und dazu kann auf Erhebungsinstrumente, wie Interviews, Beobachtung, Dokumentenanalyse, zurückgegriffen werden. Eine Komplikation ergibt sich daraus, dass sich im Unterschied zu den meisten menschlichen Akteuren Bienen oder Monokulturen nicht einfach befragen lassen. Allerdings ist zu beachten, dass es auch bei Interviews selten (nur) um die konkrete befragte Person geht, sondern dass Menschen oft stellvertretend für eine Gruppe oder ein Phänomen befragt werden. Auch Bienen und sterbende Bienen bedürfen der Repräsentation beziehungsweise brauchen Sprecherinnen und Sprecher. Bruno Latour beschreibt dies im folgenden Zitat am Beispiel der BSE auslösenden Prionen. Um die Rolle der bis dahin unbekanntenen Prionen beurteilen zu können, müssen adäquate »spokespersons« oder Zeugen gefunden werden und diese müssen in jeweilig angepassten Verfahren (»procedures«) konsultiert werden:

»Who is to judge these prions, candidates for a durable and dangerous existence? Biologists, of course, but also a large assembly whose composition must be ensured by the slow search for reliable witnesses capable of forming a voice that is at once hesitant and competent (...). This search for good spokespersons is going to necessitate a rather complicated course of action as well for veterinarians, cattle farmers, butchers, and government employees, not to mention cows, calves, sheep, and lambs, who must all be consulted, one way or another, according to procedures that have to be reinvented every time, some coming from the laboratory, others from political assemblies, a third group from the marketplace, a fourth from government, but all converging in the production of authorized or stammering voices.« (Latour 2004, 112)

Die vielfältigen Akteure müssen also konsultiert werden. Sie müssen eine Stimme bekommen, dafür »übersetzt« werden, um repräsentiert werden zu können. Übersetzung und Repräsentation sind die entscheidenden Konzepte in der ANT-Terminologie, wenn es darum geht, nicht-menschliche Akteure in die Analysen einzubinden.

Eine weitere Herausforderung, die sich im Zitat mit dem Hinweis auf die spezifischen Konsultationsverfahren ebenfalls andeutet, ist, dass wir es bei der Untersuchung unseres sozioökologischen Problems mit verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und Stakeholder-Perspektiven zu tun haben. Wir wollen das Bienensterben möglichst umfassend in seiner Entstehung und seinen Auswirkungen untersuchen, treffen aber auf verschiedenartige Wissensbestände und Zeugnisse – um nur einige zu nennen, sind das etwa Presseprodukte und Fachartikel, Imkerinnen und Imker, Pestizide, Unternehmen der Saatgut- und Pflanzenschutzmittelproduktion, Forschende im Feld der Biologie ebenso wie der Kulturwissenschaft, auf politische Entscheidungen, auf rechtliche Regulierungen und, nicht zu vergessen, die präformierten Methoden und Theorien der eigenen soziologischen Perspektive. Wie lassen sich diese Wissensbestände integrieren und aufeinander beziehen?

Im bereits zitierten Buch »Politics of Nature« (Latour 2004 bzw. deutsch »Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie« (Latour 2001)) erarbeitet Latour ein Modell für ein »demokratisches« Verfahren. In diesem Verfahrensmodell werden die Entscheidungen über die Zusammensetzung der »gemeinsamen Welt« unter Einbezug der verschiedenen Akteure, einschließlich der verschiedenen Wissenschaften, verhandelt und getroffen (im oben genannten BSE-Beispiel sind es die Prionen, über deren dauerhafte Relevanz für die gemeinsame Welt befunden werden soll).

Lorenz (2008, 2010) hat diesen Ansatz methodologisch interpretiert. In Anlehnung daran gehen wir im Forschungsprojekt vor. Zentraler Aspekt dabei ist, dass der Forschungsprozess verfahrensförmig gedacht wird: Bestimmte Verfahrensschritte stellen den Rahmen für die Untersuchung bereit, begründen methodologisch die Kombinationsmöglichkeit unterschiedlicher methodischer Vorgehensweisen und bieten Kriterien für ihre Wahl und Anwendung.

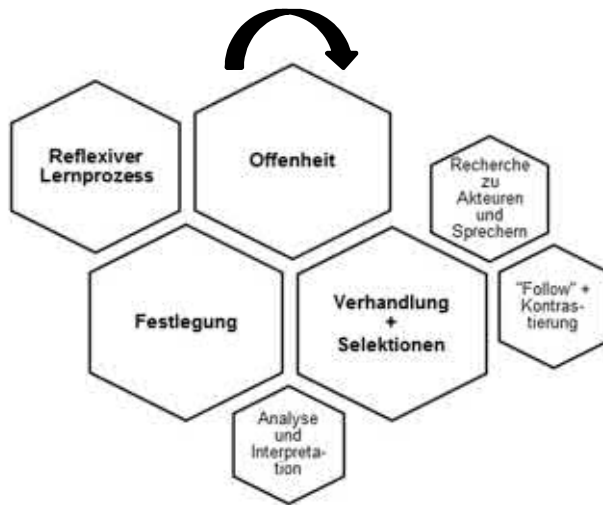
## Das Verfahrensmodell

Im Referenzmodell (Latour 2001) werden bestimmte Schritte oder Aufgaben unterschieden, die ein (im Sinne einer politischen Ökologie) demokratisches Verfahren mit dem Ziel der Versammlung der »gemeinsamen Welt« begründen. Dieses Verfahren soll hier nur verkürzt dargestellt werden. Der erste Verfahrensschritt ist die »Perplexität«, welche die Offenheit für die zu berücksichtigenden Akteure fordert. Der nächste Schritt ist die »Konsultation«, das heißt das Zumsprechen-Bringen der Akteure mittels geeigneter Sprecher. Darauf folgt die »Hierarchisierung«, wobei es um die Selektion und Ordnung der Akteure geht, die unterschiedlich relevant sind für die Entscheidung über Aufnahme oder Ablehnung der neu aufzunehmenden Akteure (in Latours BSE-Beispiel die Prionen). Anschließend bedeutet der Schritt der »Institution« die verbindliche, aber nicht endgültige Schließung des Aufnahmeverfahrens in die gemeinsame Welt. Das Ergebnis ist ein stabilisiertes Netzwerk oder »Kollektiv« aus Akteuren, die zusammen das betrachtete Problem, die Zusammenhänge und Folgen bearbeiten – im Beispiel die Frage, ob Prionen BSE auslösen und welche Auswirkungen dies für die gemeinsame Welt hat. Durch die »Verlaufskontrolle« als einer weiteren Aufgabe in diesem Demokratie-Modell soll sichergestellt werden, dass das Verfahren eingehalten und bei Bedarf wieder aufgenommen werden kann.

Bezieht man sich methodisch auf dieses Modell (vergleiche Lorenz 2008; Lorenz 2010), dann muss eine entsprechende Methodik Mittel anbieten, die die Zusammensetzung der gemeinsamen Welt, die Vernetzungsprozesse, entlang der Verfahrensschritte rekonstruieren lassen.



Abb.1: Verfahrensmodell, angelehnt an Lorenz 2010



In dem von uns in Anlehnung an Latour verwendeten Konzept der prozeduralen Methodik werden die Schritte beziehungsweise Aufgaben der Offenheit, der Verhandlungen und Selektionen, der Festlegung sowie der reflexiven Wiedereröffnung als Verfahrensschritte unterschieden (siehe Abbildung). Mit »Offenheit« für neue Phänomene und Entwicklungen, für Krisen und Irritationen, beginnt der Forschungsprozess. Die sich daran anschließenden Fragen lauten: Aus welchen Beziehungen setzt sich der Forschungsgegenstand zusammen? Welche Akteure spielen eine Rolle? Welcher Art und Stärke sind die Beziehungen der Akteure untereinander? Methodisch geht es darum, eine möglichst breite und unvoreingenommene Recherche zu unternehmen und die Hinweise nicht a priori zu kategorisieren und zu gruppieren, mit der Folge, dass bestimmte Akteure (etwa nicht-menschliche) ausgeschlossen werden. Im Schritt der »Verhandlung und Selektionen« geht es sowohl darum, die »relevanten« Akteure zu identifizieren, anhand derer sich die Beziehungen nachzeichnen lassen, als auch darum, die Rollen der Akteure und ihre Kompetenz als Sprecher und Sprecherinnen zu bestimmen und zu gewichten. Dafür müssen die Akteure zum Sprechen gebracht werden, das heißt, es müssen Daten erhoben und analysiert werden. Die Art der Daten ist abhängig von der Art des Akteurs. Dementsprechend müssen geeignete Erhebungsinstrumente eingesetzt werden. Menschliche Akteure lassen sich beispielsweise mit einem Interview befragen, Bienen bedürfen, in der Terminologie der ANT, der »Übersetzung« und »Repräsentation«. Im letzten Schritt, der »Festlegung«, ist eine gültige Repräsentation gefunden, das heißt bestimmte Akteure sind in ihren Vernetzungen erkannt.

Das Verfahren wird so lange durchlaufen, bis die Forschenden zu dem Schluss kommen, dass alle relevanten Akteure identifiziert sind und das Akteursnetzwerk erschlossen ist. Folgen neue Informationen beziehungsweise machen neue Akteure von sich Reden, wird das Verfahren wieder aufgenommen. Die Wiederaufnahme begründet einen »reflexiven Lernprozess«.

## Methodenkombination – methodologische Begründung und Forschungspraxis

Bisher stand im Vordergrund, dass verschiedenartige Akteure, insbesondere menschliche und nicht-menschliche, und Wissensbestände kombiniert werden sollen. Wie gestaltet sich nun die Methodenkombination? Bewährte Methoden sollen für die Kombination mit der ANT-Perspektive fruchtbar gemacht werden, um die Vorteile dieser und der ANT zu integrieren und gleichzeitig deren Schwächen gegenseitig auszugleichen. Um die beschriebenen Methoden systematisch zu kombinieren, bedarf es eines geeigneten Rahmens beziehungsweise bestimmter Kriterien. Diesen Rahmen bietet das »Verfahrensmodell«, indem es eine Reihe allgemeiner Verfahrensschritte identifiziert, an denen sich die Forschungsarbeit orientiert. »Verfahrenförmigkeit« wird dabei für die Organisation des Forschungsprozesses ebenso angenommen wie für die Auswertungspraxis und die Interpretation der Daten. So können etwa die methodischen Mittel der Grounded Theory für den Forschungsprozess, die der Objektiven Hermeneutik für Dateninterpretationen zur Anwendung kommen, lassen sich doch beide auf ein methodologisches Konzept beziehen, eben das Verfahrensmodell (Lorenz 2008).

Während so eine methodologische Begründungsmöglichkeit für Methodenkombinationen gewonnen wird, stellen sich in der Forschungsarbeit ganz praktische Fragen danach, wie unterschiedliche Daten mit geeigneten Mitteln so erfasst und analysiert werden können, dass sie sich produktiv ergänzen. Auch dafür bietet das Verfahrensmodell die Verfahrensschritte als forschungspraktische Anleitung. Denn die kombinierten Methoden verfügen über je eigene Mittel der Analyse, die jeweils die Aufgaben der Verfahrensschritte umsetzen können. Entscheidend ist also zunächst, *dass* die Verfahrensaufgaben bearbeitet werden. *Wie* dies geschieht, hängt vom Gegenstand ab und dafür können dann die geeignetsten Mittel verschiedenster bewährter Methoden genutzt werden. Um im verfahrensförmig organisierten Forschungsverlauf von der offenen Ausgangssituation über Verhandlungen/Selektionen zu Festlegungen kommen zu können, nutzen wir in unserer Studie beispielsweise sowohl Strategien der ANT als auch solche der Grounded Theory.

Als Vorteile der ANT gelten uns deren weitgefasster Akteursbegriff, die Vernetzungslogik und insbesondere die *Forschungsstrategie des »Follow the Actors«*. Allerdings bietet die ANT kaum das »Follow« konkretisierende Instrumentarien an, mit denen sich die Vernetzungen rekonstruieren lassen. So multiplizieren sich in einem offenen Forschungsprozess die Daten, das heißt die potenziell verfolgbaren Akteure, sehr schnell – man könnte allem und jedem folgen. Es müssen also Entscheidungen getroffen werden, welchen Spuren (zuerst) zu folgen ist. Dafür nutzen wir nun die Möglichkeiten der Grounded Theory. Mit Hilfe der *Kontrastierungs-Strategien*, insbesondere dem theoretical sampling, sind methodisch begründete Selektionskriterien für die gesuchten Entscheidungen gegeben.

Für die Analyse der erhobenen Daten bewährte sich ein Vorgehen in Anlehnung an die Analyseprinzipien der Objektiven Hermeneutik (Oevermann 2002). Die sequenzanalytische Vorgehensweise eignet sich ebenfalls als Korrektiv für die Follow-Strategie. Denn statt allen möglichen Akteuren lediglich »hinterher zu laufen«, interessiert sich die Objektive Hermeneutik vielmehr für die Selektionsentscheidungen der Akteure. Mindestens ebenso wichtig wie die Frage nach den realisierten Schritten der Akteure ist die Frage danach, welche Wege sie *nicht* gegangen sind,

welche Optionen sie *nicht* nutzten, obwohl sie als Möglichkeit bestanden. Auf diese Weise gelingt es dann fall- bzw. netzwerktypische Selektionsmuster zu identifizieren.

Während uns also die ANT bei der Erschließung eines nicht-menschlichen Untersuchungsfeldes gute Dienste leistet, stützen wir uns in den Analysen zugleich auf bewährte methodische Mittel der fallrekonstruktiven Sozialforschung.

## Am Beispiel aus der Forschungspraxis

Anhand eines Beispiels aus unserem Forschungsprojekt soll das vorgestellte prozedurale Vorgehen ausschnittsweise illustriert werden. Als eine Teilstudie untersuchen wir im Projekt die Bestäubungsimkerei im Alten Land bei Hamburg. Erforscht werden in dieser Fallstudie die Wechselwirkungen in der Koexistenz von Menschen und Bienen im Hinblick auf mögliche Gefährdungen der Bienen, der Bestäubung und daraus resultierend möglicherweise auch der Menschen.

Aus der bereits zuvor abgeschlossenen Fallstudie zur Stadtimkerei in Berlin (Lorenz und Stark 2015a, b), aus dem Literaturstudium sowie einer Medien- und Diskursanalyse haben wir bereits einige Erkenntnisse zur Imkerei und den Beziehungen zwischen Menschen und Bienen gewonnen. Wir erwarten von der Bestäubungsimkerei aber neue, spezifische Beziehungen, die das Phänomen des »Bienensterbens« weiter beleuchten und die Erkenntnisse zu diesem Forschungsgegenstand erweitern. Wie folgen wir also den Akteuren und wie bringen wir sie zum Sprechen?

Unser erster Schritt ist die Recherche im Internet nach Hinweisen auf Bestäubungsimkerei im Alten Land. Dazu diente uns eine Suchmaschinen-Stichwortsuche (Google-Suche zu »Bestäubungsimker«, »Bestäubungsimkerei«, »Altes Land« und »Bestäubung«), eine Fachdatenbanken-Stichwortsuche (»Primo«) sowie Suchanfragen in den Datenbanken einzelner Medienangebote (Deutschlandradio, Spiegel Online, Süddeutsche Online) und der medienübergreifenden Datenbank Wiso Praxis. Nach dieser ersten Sichtung und Sammlung von Hinweisen zur Bestäubungsimkerei im Alten Land geht es darum, eine Auswahl zu treffen. Nicht allen Hinweisen soll gefolgt, sondern bei »relevanten« begonnen werden. Für diese Auswahl sind die Forschungsfragen maßgebend.

Die Hinweise oder Spuren haben wir in einem Dokument festgehalten und systematisiert. Wir haben Obstbauern und Obstbau, Imker und Imkerei, Imkerei- und Obstbauorganisationen, wissenschaftliche Einrichtungen, Tourismusvertretungen des Alten Landes und einen Bestäubungsmangel gefunden. Letzterer lässt sich empirisch an einem Aufruf festmachen, einer »Bitte an die Imker«, die im Namen der Einrichtung Obstbauversuchsring (OVR) verfasst wurde. Darin wird an die Imker und Imkerinnen im Alten Land appelliert, kurzfristig Bienen für die Bestäubung bereitzustellen. Vor dem Hintergrund unserer Fragestellung und bisherigen Erkenntnissen ist der Aufruf besonders interessant: Er verweist darauf, dass es einen Bestäubungsmangel sowie Reaktionen von Akteuren darauf gibt. Wir sehen uns den Aufruf also näher an.

Der Aufruf besagt, dass es »jedes Jahr« durch »erkrankte Imker und erkrankte Bienenvölker« zu »kurzfristigen Engpässe[n] bei der Versorgung der Obstblüte mit Bienen im Alten Land kommt«. Damit zeigt er an, dass das bisherige Bestäubungsmanagement (langfristige Partner-

schaften zwischen Imker/-innen und Obstanbauer/-innen, eingerichtete Online-Vermittlungsplattform, persönliche Ansprache) noch nicht ausreicht. Aus dem Obstbau heraus verfasst, richtet sich der Aufruf an die »Liebe(n) Imkerkolleginnen und -Kollegen«, erscheint also an vermittelnder Stelle zwischen Imkerei und Obstbau. Wir entscheiden uns, dieser Spur via Interview weiter zu folgen, dies auch vor dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse, dass der Mangel an Bienen (bzw. an Imkerei) ein Hinweis auf das »Bienensterben« ist, dass ein Konfliktverhältnis zwischen Landwirtschaft und Imkerei besteht und die Bestäubungsimkerei deshalb ein Gefährdungspotential für die Mensch-Bienen-Koexistenz birgt. In der ersten Fallstudie zur Stadtimkerei sind landwirtschaftliche Akteure nicht direkt zu Wort gekommen, sie wurden vor allem aus der Sicht der Imkerei-Akteure ins Spiel gebracht und dabei mehr oder weniger als Gegner der Imker und Bienen dargestellt. Mit der nun ausgewählten Spur entscheiden wir uns für einen Akteur, der der antagonistischen Perspektive eine alternative hinzufügt, die Perspektive eines Mittlers.

Im Schema des Verfahrensmodells haben wir damit erste Schritte der »Verhandlung und Selektion« durchlaufen, insofern wir auf Basis von »Konsultationen« eine Auswahl relevanter Akteure treffen und diese gewichten und priorisieren. Im Zuge dessen haben wir eine Reihe anderer Akteure verworfen oder hintangestellt. Ergänzend zur Follow-Strategie wenden wir die Kontrastierungsstrategie an, um Kriterien für die »Verhandlung und Selektion« an der Hand zu haben. Das heißt, wir wollen Spuren nachgehen, die sich als Kontrastfälle zu unseren ersten Spuren ergeben. So zeigt sich im Verlauf unserer Analysen, dass im Kontrast zur vermittelnden Position der Spur des Aufrufs nach geeigneten Repräsentanten für nicht-vermittelnde Positionen gesucht werden sollte.

Der folgende Auszug aus dem ersten Interviewtranskript kann das veranschaulichen. Auf die Frage, welche Rolle die Bestäubungsimkerei im Alten Land spielt, fragt der Interviewte (P) zurück, was wir unter Bestäubungsimkerei genau verstehen würden.

P: Mhmh. Äh die Rückfrage basiert darauf, dass es ja, äh, Bestrebungen gibt einzelner Imker (...), äh, dieses, diese, dieses Thema Bestäubungsimker sehr viel stärker nach oben zu stellen, d.h. professioneller, also auch Beratung, äh, mit an als Dienstleistung anzubieten oder, äh, taggenau da auch abzurechnen, wie lange sind die Bienen im zu bestäubenden Bestand etc., ähm, aber wenn Sie´s allgemein fassen, haben wir dieses Thema dann seit, ja, seitdem wir zusammenarbeiten, der Obstbau und die Imkerei. (...) Und, äh, da sehe ich, also eigentlich ne riesige Kontinuität über die, ja, letzten 80 Jahre, äh, weil auch die Abhängigkeiten recht eindeutig definiert sind, ja, ich rechne gelegentlich, wenn es in Vergessenheit kommt, äh, gelangt, auch Imkern, Imkerkollegen schon mal vor, wieviel Fläche müssten wir denn haben, wenn wir ein Volk zentral aufstellen und den Tieren unterschreiben, unterstellen, dass sie einen Flugradius vielleicht von, na lassen wir´s über den Daumen drei Kilometer sein, wieviel Hektar brauch´ma denn, um auf eigenem Land, die Tiere zu ernähren?

In der Textstelle verweist P. auf eine gewisse Konfliktbeziehung, die aber auch von gemeinsamen Interessen oder eben »Abhängigkeiten« geprägt ist. Des Weiteren gibt es offenbar Professionalisierungstendenzen in der Bestäubungsimkerei, die er aber ablehnt und auf ein Randphänomen reduziert (»einzelne Imker«). Er verweist auf eine traditionelle Beziehung des fairen Interessenausgleichs, die durch diese Tendenzen gefährdet wird. Trotz einer grundsätzlich vermittelnden Position, werden hier vor allem als unangemessen erachtete Ansprüche von Bestäubungsimkern zurückgewiesen. Hier lässt sich mit einem Kontrastfall anschließen: Was sagen die organisierten, professionellen Bestäubungsimker zu diesen Punkten? Ist die Professionalisie-

nung ein Randphänomen? Und gibt es wirklich keinen Anlass für die Imker, sich zu professionalisieren? Inwiefern besteht aus ihrer Sicht eine Ausgleichsbeziehung?

Wir folgen also den Hinweisen des Akteurs und sind offen für die Akteure, die uns dabei im Text begegnen, bedienen uns aber der Kontrastierungsstrategie für die Auswahl. Wir entscheiden uns damit gegen eine Reihe von Akteuren; allein im obigen Textbeispiel findet sich etwa der Hinweis auf Imkerkollegen.

Mit diesen knappen Hinweisen sollte ein Eindruck davon vermittelt werden, wie im konkreten Fall nach dem Verfahrensmodell vorgegangen wurde und welchen Nutzen die Ergänzung der »Follow-Strategie« um die Kontrastierungsstrategie entfalten kann. In der Kombination profitieren die Möglichkeiten der ethnografischen Offenheit der ANT von den bewährten Mitteln fallrekonstruktiver Forschung.

## Fazit

Wir haben es bei der Untersuchung des Bienensterbens mit einem interdisziplinär untersuchten, heterogenen Feld zu tun und sind mit menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren sowie verschiedenartigen Wissensbeständen konfrontiert. Der Ausgangspunkt unseres Beitrags war die Frage, wie Daten und Methoden in der qualitativen Sozialforschung kombiniert werden können. Mit dem prozeduralen Ansatz haben wir ein Modell vorgestellt, das eine Kombination der Akteur-Netzwerk-Theorie mit bewährten Methoden fallrekonstruktiver Forschung erlaubt und letztere dadurch für neue Möglichkeiten umweltsoziologischer Analysen öffnet.

Die ANT bietet sich aufgrund ihres Akteurs- und Handlungsbegriffs, der expliziten Berücksichtigung des Materiellen, der Netzwerkperspektive und Prozesslogik als Ansatz gerade für umweltsoziologische Fragestellungen an. Methodisch bleibt die Forschungsmaxime der ANT »Follow the Actors« aber unzureichend. Es reicht nicht, Akteuren nur zu folgen. Vielmehr bedarf es weiterer Kriterien, die die Datenauswahl und -auswertung begründet anleiten. Insbesondere die rekonstruktive Sozialforschung im Stile der Grounded Theory bietet solche Kriterien. Die pragmatistischen Bezüge von Grounded Theory und Latour'scher Forschungsperspektive werden in deutlichen Parallelen der offenen und gegenstandsnahen Forschungsstile sichtbar. Das gilt ebenso für die Prämisse des »all-is-data« (Strauss 1998, vor allem Seite 25 f.), denn auch in der ANT ist alles »data« respektive Akteur: Alle Akteure hinterlassen Spuren und damit Daten, auch jene Akteure, die üblicherweise in der Soziologie unberücksichtigt bleiben, wie etwa Bienen.

Die Kombinationsmöglichkeiten heterogener Daten, verschiedener Forschungsstrategien und Analysetechniken werden methodologisch begründet und forschungspraktisch angeleitet durch das vorgestellte Verfahrensmodell. Auf dieser Basis sind viele weitere Kombinationen denkbar. Sie können und sollten in künftigen Forschungsprojekten im Hinblick auf ihre empirische Tragfähigkeit und ihre methodologische Begründung getestet werden.

## Literatur

- Latour, B. 2001: *Das Parlament der Dinge: Für eine politische Ökologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 2004: *Politics of nature: How to bring the sciences into democracy*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Latour, B. 2005: *Reassembling the social: An introduction to actor-network-theory*. Clarendon lectures in management studies. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Lorenz, S. 2008: Fallrekonstruktionen, Netzwerkanalysen und die Perspektiven einer prozeduralen Methodologie [41 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research*, 9. Jg., Heft 1, Art. 10, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0801105> (letzter Aufruf 27. Mai 2015).
- Lorenz, S. 2010: Prozeduralität als methodologisches Paradigma – Zur Verfahrensförmigkeit von Methoden [44 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research*, 11. Jg., Heft 1, Art. 14.
- Lorenz, S. 2015: Bienengefährdung, Menschengefährdung? Zur Einleitung. In S. Lorenz, K. Stark (Hg.), *Menschen und Bienen. Ein nachhaltiges Miteinander in Gefahr*. München: Oekom, 9–26.
- Lorenz, S., Stark, K. 2015a: Die summende Stadt. Zum Stadtimkereitrend in Berlin. In S. Lorenz, K. Stark (Hg.), *Menschen und Bienen. Ein nachhaltiges Miteinander in Gefahr*. München: Oekom, 217–228.
- Lorenz, S., Stark, K. 2015b. »Saving the honeybees in Berlin? A case study of the urban beekeeping boom.« *Environmental Sociology*, 1. Jg., Heft 2, 116–126.
- Marcus, G. E. 1995: *Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sided Ethnography*. *Annual Review of Anthropology*. Vol. 24, 95–117.
- Oevermann, Ulrich 2002: *Klinische Soziologie auf der Basis der Methodologie der objektiven Hermeneutik – Manifest der objektiv hermeneutischen Sozialforschung*. Institut für hermeneutische Sozial- und Kulturforschung e.V., [www.ihs.de/publikationen/Ulrich\\_Oevermann-Manifest\\_der\\_objektiv\\_hermeneutischen\\_Sozialforschung.pdf](http://www.ihs.de/publikationen/Ulrich_Oevermann-Manifest_der_objektiv_hermeneutischen_Sozialforschung.pdf) (letzter Aufruf 27. Mai 2015).
- Obstbauversuchsring (OVR) (o.J.): Eine Bitte an die Imker des KIV Stade zum Thema Bienenverfügbarkeit während der Obstblüte im Alten Land. Hg. v. Obstbauversuchsring (OVR), [www.kreisimkerverein-stade.de/dateien/ovb-info%20fuer%20kivstade%20imker.pdf](http://www.kreisimkerverein-stade.de/dateien/ovb-info%20fuer%20kivstade%20imker.pdf) (letzter Aufruf 27. Mai 2015).
- Strauss, A. L. 1998: *Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. München: Wilhelm Fink.

»Neue Migration in die und innerhalb der EU«  
der Sektion Migration und ethnische Minderheiten  
- organisiert von Janina Söhn und Norbert Cyrus

# Armutsmigranten oder Flüchtlinge?

Soziologische Kritik einer folgenreichen Unterscheidung am Fall von Roma aus dem Kosovo und Serbien

Albert Scherr

*Beitrag zur Sektionsveranstaltung »Neue Migration in die und innerhalb der EU« der Sektion Migration und ethnische Minderheiten - organisiert von Janina Söhn und Norbert Cyrus*

Im politischen und medialen Diskurs wird mit einer Unterscheidung von drei Kategorien von Migrant/-innen unterschieden: Als erwünschte und legitime Zuwanderer gelten diejenigen, die aufgrund ihrer Qualifikationen für den Arbeitsmarkt benötigt werden; eine Berechtigung auf Zuwanderung wird auch denjenigen zugesprochen, die als politische Verfolgte und als Bürgerkriegsflüchtlinge im Sinne des Asylrechts und der Genfer Flüchtlingskonvention eingeordnet werden. Als Armuts- oder Wirtschaftsflüchtlinge werden dagegen diejenigen etikettiert, denen sowohl ökonomische Nützlichkeit wie legitime Fluchtgründe bestritten werden und deren »irreguläre Migration«<sup>1</sup> verhindert werden soll. Trotz umfangreicher Anstrengungen, unerwünschte Zuwanderung durch rechtliche Regelungen, zum Beispiel bei der Visavergabe und Maßnahmen der Grenzüberwachung und Grenzsicherung, zu verhindern<sup>2</sup>, gelingt dies nicht umfassend. Folglich stellt sich das Problem, wie gesellschaftlich mit denjenigen unerwünschten Migrant/-innen umgegangen werden kann und soll, denen es gleichwohl gelingt, das nationalstaatliche Territorium zu betreten.

Die hoch problematische und nicht trennscharfe Unterscheidung von Armutsmigrant/-innen und Flüchtlingen (s.u.) ist diesbezüglich nicht nur Grundlage für die politische und mediale Bewertung der Legitimität von Zuwanderung, sondern ist auch rechtlich folgenreich: Denjenigen Migrant/-innen, die aufgrund der europäischen<sup>3</sup> und nationalen Gesetzgebung als Asylberechtigte, als Flüchtlinge oder als subsidiär Schutzberechtigte gelten,<sup>4</sup> wird rechtlich ein (dauerhafter oder

---

1 So die gängige Terminologie der Europäischen Union; siehe Europäische Kommission 2011.

2 Siehe dazu etwa Feldman 2012; Hess, Kasperek 2010.

3 Hier und im Folgenden wird europäisch in Sinne des politischen und rechtlichen Raums der EU verwendet.

4 Bedeutsam sind hierfür unterschiedliche Rechtsinstrumente, so das deutsche Asylverfahrensgesetz sowie auf europäischer Ebene die Aufnahme richtlinie, die Anerkennungsrichtlinie, die Asylverfahrensrichtlinie, die Dublin-III-Verordnung und die Eurodac-Verordnung.



befristeter) Aufenthaltsstatus zuerkannt.<sup>5</sup> Dagegen werden denjenigen, die als Armutsmigranten gelten, nicht nur moralisch legitime Migrationsmotive aberkannt; ihnen wird auch die rechtliche Anerkennung als Flüchtling – also als schutzbedürftig und aufenthaltsberechtigt – verweigert.

Dies betrifft gegenwärtig in Deutschland und anderen Ländern der EU nicht zuletzt Roma aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.<sup>6</sup> Ihnen wird unterstellt, die asylrechtlichen Vorschriften und Verfahren in unzulässiger Weise zu instrumentalisieren – der einschlägige Terminus hierfür lautet *Asylmissbrauch*<sup>7</sup>. Ihre Asylanträge werden regelmäßig abgelehnt, ebenso werden die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft und die Gewährung eines subsidiären Schutzes verweigert. In der Folge wird ihnen kein Aufenthaltstitel erteilt. Sofern sie weder freiwillig ausreisen und ihre Abschiebung aktuell auch nicht erzwungen werden kann,<sup>8</sup> werden sie auf den prekären Status von Geduldeten verwiesen.<sup>9</sup> Bei einer erheblichen Fallzahl wird die Ausreise zwangsweise durch Abschiebung durchgesetzt. In Deutschland war dies im Jahr 2014 bei 10.198 Personen der Fall.<sup>10</sup> In der Praxis der mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen durchgesetzten Abschiebungen wird Gewalt als ein Mittel zur Aufrechterhaltung nationalgesellschaftlicher Ordnungen in ähnlicher Weise sichtbar wie in den tödlichen Folgen einer auf Absicherung der EU- und nationalen Grenzen gegen unerwünschte Zuwanderer ausgerichteten Politik.<sup>11</sup>

Die folgenreiche Unterscheidung zwischen denjenigen, die als Flüchtlinge anerkannt werden oder denen dies verweigert wird, ist soziologisch als eine Form der sozialen Schließung beschreibbar, mit denen nationalstaatlich verfasste Gesellschaften unter Bedingungen globaler Ungleichheiten Kontrolle über Zugang und Aufenthalt auf ihrem Territorium auszuüben

5 In Expertenbefragungen wurde deutlich, dass die komplexen juristischen Regulierungen dazu führen, dass selbst Fachanwälte sich in jeweiligen Fällen keine Prognose über die Erfolgsaussichten von Gerichtsverfahren zutrauen. Zudem geht die Entscheidungspraxis der zuständigen Verwaltungsgerichte von unterschiedlichen Voraussetzungen aus.

6 Die Migration von Roma aus Serbien und dem Kosovo wird politisch als unerwünschte Migration wahrgenommen; dies hat zu unterschiedlichen Versuchen der Verhinderung weiterer Migration sowie zur Erzwingung von Ausreise geführt. Bestandteile dessen sind unter anderem beschleunigte Asylverfahren für Migrant/-innen aus den Westbalkanstaaten, ein Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo sowie Sammelabschiebungen auf dem Luftweg. Inzwischen hat Serbien Maßnahmen der Ausreiseverhinderung für Roma ergriffen und die missbräuchliche Stellung von Asylanträgen unter Strafe gestellt; dies wohl mit Einverständnis der EU und der deutschen Politik, jedenfalls mit dem Kalkül, den Annäherungsprozess nicht zu gefährden. 2014 wurde Serbien dann zu einem *sicheren Herkunftsstaat* erklärt; dies mit der Konsequenz von rechtlicher und moralischer Delegitimation von Asylanträgen serbischer Flüchtlinge.

7 Siehe etwa der Bundesinnenminister in der Pressemitteilung des BMI vom 12.10.2012 ([www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/10/asylzahlen\\_oktober.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/10/asylzahlen_oktober.html)).

8 Das sog. *Vollzugsdefizit* bei Abschiebungen ist inzwischen Gegenstand auch der medialen Berichterstattung; s. zum Beispiel [www.faz.net/aktuell/politik/inland/behoerden-bei-abschiebung-von-asylbewerbern-ueberfordert-13418947.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/behoerden-bei-abschiebung-von-asylbewerbern-ueberfordert-13418947.html).

9 Die Duldung stellt keinen eigenständigen Aufenthaltstitel dar, sondern ist rechtlich als »vorübergehende Aussetzung der Abschiebung« (§ 60a Aufenthaltsgesetz) definiert. Für einen Überblick über die einschlägigen rechtlichen Festlegungen von Aufenthaltstiteln siehe <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/FAQs/DE/Themen/Migration/Auslaenderrecht/01.html>.

10 Genauere Daten dazu finden sich in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dağdelen, Harald Petzold (Havelland), Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE, BT-Drucksache 18/3896 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/038/1803896.pdf>).

11 Siehe dazu etwa Feldman 2012.

versuchen.<sup>12</sup> Diese Unterscheidung operiert mit umstrittenen rechtlichen und politischen Festlegungen, die Ausdruck eines Spannungsverhältnisses zwischen dem staatlich-politischen Interesse an der Kontrolle von Migration einerseits, der staatlich-politischen Selbstverpflichtung auf die Achtung menschenrechtlicher Prinzipien und humanitärer Grundsätze andererseits sind.<sup>13</sup> Sie sind soziologisch als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozesse, also auch von sozialen Konflikten und Machtverhältnissen, zu analysieren. Das zugrunde liegende, nicht auflösbare Spannungsverhältnis zwischen national definierten Interessen einerseits, menschenrechtlichen Verpflichtungen und moralischen Prinzipien andererseits<sup>14</sup> ermöglicht und motiviert eine Kritik, die EU-weiter und nationaler Politik eine unzureichende Beachtung der menschenrechtlichen Grundsätze vorwirft, die sie als Wertegrundlage beansprucht.<sup>15</sup>

Damit ist eine gesellschaftliche Konstellation skizziert, bezüglich der die Frage nach den spezifischen Aufgaben und Perspektiven soziologischer Flüchtlingsforschung zu stellen und zu beantworten ist. Dazu werden im Weiteren einige Überlegungen entwickelt, die an die soziologische Kritik des »methodischen Nationalismus« (Beck 2010: 28ff.) sowie die Gerechtigkeitstheoretische Kritik des »gewöhnlichen Nationalismus« (Pogge 2011: 150ff.) anschließen.<sup>16</sup> Empirische Grundlage dafür ist einerseits eigene empirische Feldforschung zur Situation von Roma in Serbien und im Kosovo; andererseits teilnehmende Beobachtung der zivilgesellschaftlichen Solidaritätsarbeit mit Flüchtlingen, die als Geduldete in Deutschland leben.

Auf dieser Grundlage wird argumentiert, dass soziologische Flüchtlingsforschung die politischen und rechtlichen Definitionen dessen, was eine/n Migrant/-in/ zum Flüchtling macht und was einen Schutzanspruch begründet, nicht voraussetzen kann; sie hat vielmehr die zugrunde liegenden Kriterien zu hinterfragen. Denn es handelt sich ersichtlich nicht um alternativlose Definitionen, die sich logisch zwingend – etwa aus strukturellen Merkmalen nationalstaatlicher Vergesellschaftung sowie aus menschenrechtlichen Grundsätzen – ergeben, sondern um ein Ergebnis politischer und rechtlicher Festlegungen, die fragwürdig, umstritten und veränderlich sind.

## Die Verweigerung des Flüchtlingsstatus

Asylanträge von Roma aus Serbien werden in den Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf der Grundlage von § 30 Asylverfahrensgesetz regelmäßig als *offenkundig unbegründet* abgelehnt.<sup>17</sup> Zur Begründung wird darauf verwiesen, dass die

<sup>12</sup> Siehe dazu Castles 2005; Castles et al. 2013.

<sup>13</sup> Dieses Spannungsverhältnis wird im § 1 des Aufenthaltsgesetzes explizit als Grundlage der Gesetzgebung benannt. Dort heißt es: »Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz dient zugleich der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland.« ([http://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/\\_1.html](http://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/_1.html)).

<sup>14</sup> Siehe dazu Scherr 2013.

<sup>15</sup> Eine der zentralen Akteure diese Kritik ist die BGO *Pro Asyl*; s. [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de).

<sup>16</sup> Siehe für eine Diskussion der sozialwissenschaftlichen Relevanz des Konzepts Scherr 2012.

<sup>17</sup> Siehe [www.gesetze-im-internet.de/asylvfg\\_1992/\\_30.html](http://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/_30.html).

unstrittig problematische sozioökonomische Situation kein Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht begründet. Dies wird exemplarisch in einem dem Verfasser vorliegenden Schreiben des Regierungspräsidiums Karlsruhe, der für Durchführung von Asylverfahren und Abschiebungen zuständigen Landesbehörde in Baden-Württemberg, wie folgt deutlich:

»Für die Anordnung eines Abschiebungsstopps sind sozioökonomische Gründe nicht ausschlaggebend, solange die zurückzuführenden Personen nicht erheblichen Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit ausgesetzt sind. [...] Die Minderheitenangehörigen in den Westbalkanstaaten sind sicherlich von einer schwierigen sozialen Lage betroffen. Die daraus resultierenden Probleme und insbesondere auch eine bessere Inklusion der Minderheitenangehörigen in diesen Staaten sollten jedoch zunächst vor Ort gelöst werden.«

Ausführlichere Begründungen, die recht detailliert auf die soziale Lage eingehen, finden sich in den Bescheiden des BAMF, der für erste Entscheidung über Asylanträge zuständigen Behörde. Zur Verdeutlichung der Argumentationsweise ein Zitat aus einem ca. 20-seitigen Bescheid des BAMF, in dem die Ablehnung eines Antrags als offenkundig unbegründet erläutert wird:<sup>18</sup>

»Jede dritte Familie in Serbien kann mit dem Einkommen [aus Sozialleistungen, A. S.] die Lebenskosten nicht decken. Nahrung wird immer teurer. Vielen gelingt es nur durch Schwarzarbeit, ihre Existenz zu sichern. Die Schattenwirtschaft erzeugt nach Schätzungen mindestens 30% des BIP, die Überweisungen aus dem Ausland machen ca. 16% aus. [...] Familiäre und nachbarschaftliche Solidaritätsnetzwerke sind in Serbien noch relativ funktionsfähig. Eine allgemein schwierige soziale und wirtschaftliche Lage begründet kein Abschiebungsverbot, sie muss und kann von den Antragstellern ebenso wie von vielen ihrer Landsleute ggf. unter Aufbietung entsprechender Aktivitäten bewältigt werden. Eine Rückkehr für die Antragsteller ist insofern auch zumutbar.« (Ablehnungsbescheid BAMF, 2014)

In den einschlägigen Bescheiden, in denen standardisierte Textbausteine verwendet und um fallspezifische Darlegungen ergänzt werden, wird also keineswegs bestritten, dass die Antragsteller/innen plausible Gründe für ihre Auswanderung hatten; bestritten wird jedoch, dass diese rechtlich anerkennungsfähig sind.

Im Juni 2014 hat der Deutsche Bundestag in Übereinstimmung mit dieser Perspektive beschlossen, Serbien (sowie Bosnien und Mazedonien) zu einem *sicheren Herkunftsstaat* zu erklären, also zu einem Staat, in dem keine asyl- und flüchtlingsrechtlich relevante Verfolgung stattfindet. Der Bundesrat hat diesem Gesetz im September 2014 zugestimmt. Dies gegen den erheblichen Protest von NGOs und Flüchtlingsinitiativen.<sup>19</sup> Die Kritik hat dabei unter anderem eine weitere Erosion des Asylrechts fokussiert, da an die Stelle der asylrechtlich angemessenen Einzelfallprüfung nunmehr ein generelles Bestreiten des Anspruchs auf Asyl trete.<sup>20</sup>

Gleichwohl ist es nicht bestreitbar, – und wird von der Kritik dieser Entscheidung auch nicht bestritten – dass es sich bei Roma aus dem Balkan überwiegend nicht um Asylberechtigte im Sinne des geltenden Asylrechts handelt. Durchaus bestreitbar ist aber, dass es sich allein um eine Migration aus ökonomischen Gründen handelt. Denn die Situation von Roma aus den

<sup>18</sup> Dem Verfasser liegen zahlreiche dieser Bescheide vor, die Antragstellern zugesandt werden.

<sup>19</sup> Siehe dazu s. Pro Asyl 2014.

<sup>20</sup> »Der Entwurf ist ein Machwerk, das jeden gesetzgeberischen Standard unterläuft«, so Marei Pelzer, rechtspolitische Referentin von PRO ASYL. »Der Entwurf zeigt, dass die Regierungskoalition alles daran setzt, schutzsuchenden Roma eine faire Prüfung ihrer Asylanträge zu verweigern.« ([http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/gesetzentwurf\\_erklaert\\_serbien\\_mazedonien\\_und\\_bosnien\\_zu\\_sicheren\\_herkunftsstaaten](http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/gesetzentwurf_erklaert_serbien_mazedonien_und_bosnien_zu_sicheren_herkunftsstaaten))

Westbalkanstaaten ist durch eine zirkuläre Verschränkung von Armut, alltäglicher und institutioneller Diskriminierung sowie sozialräumlicher Segregation gekennzeichnet (s.u).<sup>21</sup> Dies führt zu Lebensbedingungen, die auch dann keinen Zugang zu elementaren Menschenrechten ermöglichen, wenn keine Form der Verfolgung geben ist, die den geltenden rechtlichen Kriterien entspricht, welche die Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) definieren.<sup>22</sup>

Auch dies wird seitens der zuständigen staatlichen Behörden nicht In Frage gestellt. Ich zitiere zur Verdeutlichung aus einem Bescheid des BAMF vom August 2014, in dem einer Roma-Familie aus Serbien das Asylrecht, die Flüchtlingseigenschaft und das Vorliegen eines subsidiären Schutzstatus bestritten wird, da die Wahrscheinlichkeit einer Verfolgung nicht zureichend groß sei:

»Trotz Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes sind Diskriminierungen, insbesondere bei Roma, Menschen mit Behinderungen sowie Homosexuellen nach wie vor weit verbreitet. Auch die Lage der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen ist nach wie vor sehr schwierig (vgl. US Department of State, Human Rights Report Serbia 2012, April 19, 2013). [...] Die tatsächliche Lage der Minderheiten entspricht bislang aber nicht in allen Fällen internationalen Standards. Die Pflege der Kultur, Freizügigkeit, freie Berufswahl und andere Rechte sind zwar nicht per Gesetz, aber de facto noch eingeschränkt. [...] Auch wenn anders als früher Menschenrechtsverstöße – soweit bekannt und nachweisbar – disziplinarisch bzw. strafrechtlich geahndet werden, sind die Bereiche Polizei und Justiz nach wie vor problematisch. Die tatsächliche Lage entspricht noch nicht den Menschenrechtsstandards, es gibt nach wie vor diskriminierende Praktiken [...] Ein Großteil der Roma-Bevölkerung ist mit äußerst schwierigen Lebensbedingungen und auch mit Diskriminierung beim Zugang zur sozialen Infrastruktur konfrontiert (Commission of the European Communities, Progress Report Serbia, November 2010; US Department of State, Human Rights Report Serbia 2012, April 19, 2013). Sie gehören meist den unteren sozialen Schichten der Bevölkerung an; dabei kommt es zu Benachteiligungen durch die Behörden, [...] (S.3f.) Ethnisch motivierte Gewaltakte gegenüber Roma kommen immer wieder vor, sind aber nicht in größerer Zahl dokumentiert.«

## Feldforschung in Serbien und im Kosovo

Meine eigene, im Sommer 2013 durchgeführte Feldforschung war ein Versuch, einen Beitrag zu einer solchen Empirie zu leisten, die dazu beiträgt, die Einordnung von Roma aus Serbien und dem Kosovo als illegitime Armutsmigrant/-innen zu hinterfragen. Bevor ich darauf etwas näher eingehe, zunächst einige knappe Hintergrundinformationen:

<sup>21</sup> Analysen dazu liegen vor bei Joksic 2015; Scherr, Scherr 2014; Waringo 2013

<sup>22</sup> »(1) Ein Ausländer ist Flüchtling im Sinne des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559, 560), wenn er sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb des Landes (Herkunftsland) befindet, a) dessen Staatsangehörigkeit er besitzt und dessen Schutz er nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht nicht in Anspruch nehmen will oder b) in dem er als Staatenloser seinen vorherigen gewöhnlichen Aufenthalt hatte und in das er nicht zurückkehren kann oder wegen dieser Furcht nicht zurückkehren will.« (§ 3 Asylverfahrensgesetz, siehe [http://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg\\_1992/\\_3.html](http://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/_3.html)).

- Seit dem Bürgerkrieg im Kosovo Ende der 1990er Jahre ist eine bis heute anhaltende Migration von Flüchtlingen, überwiegend (80-90%) handelt es sich um Roma, aus dem Kosovo und Serbien nach Deutschland zu beobachten. Dabei handelt es sich überwiegend um das Ergebnis eines zweistufigen Migrationsprozesses: Ca. 100.000 Roma sind zunächst aus dem Kosovo nach Serbien geflohen und dann von dort aus in die EU weitergewandert. Die Zahl der Asylanträge serbischer Flüchtlinge in Deutschland belief sich 2013 auf 11.459, aus dem Kosovo auf 4.423<sup>23</sup>. 2014 sind die Zahlen weiter angestiegen.<sup>24</sup>
- 2013 lebten ca. 27.000 serbische und kosovarische Staatsangehörige als Geduldete bzw. als Ausreisepflichtige ohne Duldung in Deutschland, sind also von Abschiebung bedroht.<sup>25</sup> Der Zustand der Duldung erstreckt sich bei über einem Drittel der Flüchtlinge aus Serbien und dem Kosovo auf über 10 Jahre. Denn trotz der rechtlichen Nicht-Anerkennung als Flüchtlinge gelingt es in einer erheblichen Zahl von Fällen, Abschiebungen durch gerichtliche Verfahren und zivilgesellschaftliche Proteste zu verzögern.
- Zu den auch relevanten Kontexten des Themas gehört deshalb auch die Existenz einer Solidaritätsbewegung, in der lokale Initiativen, die Flüchtlingsräte auf der Ebene der Bundesländer, auf nationaler Ebene die NGO Pro Asyl sowie die Wohlfahrtsverbände, aber auch Selbstorganisationen von Roma von zentraler Bedeutung sind. Dies ist hier vor allem deshalb relevant, weil die dort geübte Kritik an Politik und Rechtsprechung einen rechtlichen Begründungsbedarf und einen politischen Legitimationsbedarf<sup>26</sup> erzeugt und damit ein Konfliktfeld etabliert.

Vor diesem Hintergrund war es Ziel meiner Forschung, vorliegende Darstellungen der Situation von Roma in Serbien und im Kosovo durch eigene Empirie zu überprüfen bzw. zu präzisieren. Eine Grundlage dafür waren zum einen Kenntnisse zur Situation in Serbien, im Kosovo und in Montenegro, die ich zwischen 1995 und 2006 im Rahmen von Hilfsprojekten vor Ort erworben habe. Zu den nachdrücklichen Beobachtungen gehört dabei zum Beispiel, dass Ärzte sich mehrfach weigerten, jugendliche Roma auch in Notfällen zu behandeln, und dies mit der explizit rassistischen Begründung, selbst keine Roma behandeln zu wollen. Ein weiterer Anstoß für meine Forschung waren Erzählungen von Roma-Flüchtlingen über ihre Fluchtgründe, über erlittene Gewalt, strukturelle und institutionelle Diskriminierung in ihren Herkunftsregionen. Das dann durchgeführte Forschungsprojekt bestand vor allem in einer mehrwöchigen Feldforschungsreise nach Serbien und in den Kosovo, bei der Roma-Siedlungen aufgesucht sowie Gespräche und Interviews mit Roma sowie mit Vertretern von lokalen und europäischen NGOs und Vertretern staatlicher Behörden geführt wurden. Der Feldzugang erfolgte auf der

<sup>23</sup> <http://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2014/20140110-0001-pressemitteilung-bmi-asylzahlen-dezember.html>.

<sup>24</sup> Siehe BAMF 2015.

<sup>25</sup> Siehe dazu Deutscher Bundestag Drucksache 18/316, Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 18/197.

<sup>26</sup> Deutlich wird dieser in der ausführlichen Begründung des Gesetzesentwurfs zur *Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer*; s. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/015/1801528.pdf>.

Grundlage von in Deutschland lebenden Flüchtlingen, die auch Kontakte zu möglichen Interviewpartnern in Serbien und im Kosovo vermittelt haben.

Im Weiteren möchte ich zunächst nicht auf die Ergebnisse, sondern ihre methodologischen und methodischen Herausforderungen eingehen. Dazu ist festzustellen, dass für die realisierte Forschung, zunächst unabhängig von der Forschungsabsicht, im Kontext der Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge entstandene Kontakte eine wesentliche, unverzichtbare Grundlage waren. Dies aus mehreren Gründen:

Erstens: Flüchtlinge und potenzielle Flüchtlinge sind – auch wenn man von forschungsethischen Fragen absieht – kein problemlos zugängliches Forschungsobjekt.<sup>27</sup> Denn sie sind veranlasst, im Umgang mit Behörden strategisch zu kommunizieren. Und dass Soziologen etwas anders sind als ein verlängerter Arm staatlicher Behörden, setzen Flüchtlinge nicht selbstverständlich voraus – und sie können dies auch nicht tun. Folglich setzen Zugänge zu verlässlichen Informationen die Herstellung einer Vertrauensgrundlage voraus. Dies war im vorliegenden Fall dadurch gegeben, dass ich Roma-Flüchtlingen nicht primär als Forscher, sondern als vertrauenswürdige Person aus der zivilgesellschaftlichen Solidaritätsarbeit bekannt bin.

Zweitens: Aus Kosovo nach Serbien geflüchtete Roma sowie Roma im Kosovo leben zu einem erheblichen Teil in sogenannten informellen Siedlungen am Rand oder außerhalb der Städte sowie in ländlichen Regionen. Diese sind zum Teil ohne Insiderinformationen nicht oder nur schwer aufzufinden und werden seitens der Behörden zum Teil auch gezielt der Sichtbarkeit entzogen. So haben etwa internationale Pressberichte über eine informelle Roma-Siedlung in Belgrad 2013 dazu geführt, dass diese aufgelöst wurde und Roma in Camps umgesiedelt wurden, von deren Lage man wissen muss, um sie zu finden.<sup>28</sup>

Drittens: ist es auch keineswegs unproblematisch, manche Roma-Siedlungen in Serbien und im Kosovo als Außenstehender zu betreten sowie Zugang zu gesprächsbereiten Personen zu finden. Insbesondere in den Siedlungen, in denen die Armut und das Elend besonders stark ausgeprägt sind, wird man bei der Annäherung misstrauisch beobachtet. Einer der Gründe dafür ist darin zu sehen, dass sich Roma in den informellen Siedlungen in einer beschämenden Elendssituation vorfinden und sich in dieser keiner voyeuristischen Beobachtung aussetzen wollen. Die (forschungs-) praktische Lösung des Problems bestand in meinem Fall darin, dass ich von in Deutschland lebenden Roma-Flüchtlingen Adressen und Namen von Bekannten und Verwandten erhalten hatte und diesen im Vorfeld als vertrauenswürdig angekündigt war. Damit war es möglich, als Besucher namentlich bekannter Personen aufzutreten und somit schließlich Zugang zu finden. Ob und wie ein Zugang seitens soziologischer Forschung unter anderen Voraussetzungen möglich ist, stellt eine methodisch interessante Frage dar. Eine denkbare Möglichkeit wäre die Zusammenarbeit mit lokalen NGOs und Roma-Organisationen.

Diese im vorliegenden Fall gegebene Verschränkung von Wissenschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement hat noch einen weiteren Vorteil: Sie ermöglicht einen Zugang zu Dokumen-

---

<sup>27</sup> Denn sie befinden sich zum einen in einer Situation der Vulnerabilität. Was über sie geforscht wird, verstärkt oder verringert ihre Vulnerabilität in dem Maße, wie Forschungsergebnisse Eingang in die Begründung politischer und rechtlicher Entscheidungen finden. Schon deshalb ist es forschungsethisch in hohem Maße begründungsbedürftig, was geforscht und wie Forschungsergebnisse verwendet werden.

<sup>28</sup> Das Betreten dieser Camps wird zudem immer wieder auch von Behördenvertretern verboten und zu verhindern versucht.

ten, wie den oben zitierten Bescheiden des BAMF, die nicht öffentlich zugänglich sind sowie zur teilnehmenden Beobachtung von Situationen, so bei der Begleitung von Behördenbesuchen, Anwaltsgesprächen, der im Rahmen gewöhnlicher Forschung nicht, oder jedenfalls nur schwer zu erzielen wäre.

Vor diesem Hintergrund stellen sich – auch für den Umgang mit Informationen – die Fragen nach dem Verhältnis von Engagement und Distanzierung, Perspektivenübernahme und Objektivität in der Flüchtlingsforschung. Eine Klärung von Positionen zu diesen Fragen – auch im Hinblick auf das politische und ethische Selbstverständnis der Soziologie als kritische Sozialwissenschaft – ist für die Flüchtlingsforschung von zentraler Bedeutung und verweist auf einen grundsätzlichen Diskussionsbedarf zum Selbstverständnis dieses Forschungsbereichs. Die Ergebnisse der realisierten Forschung können hier wie folgt zusammengefasst werden: Die Feldforschung ermöglichte Beobachtungen zu einer Situation, die abstrahierend als Überleben unter Bedingungen beschreiben werden kann, in der Armut, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung sich wechselseitig bedingen und verstärken: Unter Bedingungen grassierender Massenarbeitslosigkeit von offiziell ca. 30% in Serbien, ca. 40% im Kosovo finden Roma nur in Ausnahmefällen Zugang zu regulärer Arbeit; typische Formen der Existenzsicherung sind das Sammeln von verwertbaren Abfällen und Tätigkeiten als Tagelöhner im informellen Sektor sowie in der Landwirtschaft. Unter Bedingungen eines miserabel ausgestatteten öffentlichen Gesundheitssystems ist angemessene Krankheitsbehandlung in vielen Fällen nur bei erheblichen Zuzahlungen möglich, die sich die Armutsbevölkerung nicht leisten kann. Folglich bleiben auch gravierende Krankheiten vielfach unbehandelt und ein typisches Erkennungsmerkmal der Armutsbevölkerung sind auch schon bei jüngeren Erwachsenen fehlende Zähne. Zum Überleben in der informellen Ökonomie sind auch Kinder als Arbeitskräfte, so beim Müllsammeln und beim verdeckten Betteln, unverzichtbar. In der Folge nehmen sie vielfach nicht am schulischen Unterricht teil; dies liegt insbesondere dann nahe, wenn Roma-Kinder in der Schule massive Diskriminierungserfahrungen machen sowie Schulen auch deshalb schwer erreichbar sind, weil Roma-Siedlungen vom öffentlichen Nahverkehr abgeschnitten sind. Die Wohnsituation in den besuchten Roma-Siedlungen ist zwar durchaus unterschiedlich: einige der informellen Siedlungen sind Slums aus Haus- und Steinhütten ohne funktionierende Infrastruktur im Bereich der Trinkwasser-, Abwasser- und Müllentsorgung, in anderen sind die Standards besser. Durchgängig handelt es sich aber um Siedlungen oder Wohnbezirke, die ausschließlich von Angehörigen der Minderheiten bewohnt werden.

In besonderer Weise als problematisch gelten muss die Situation derjenigen, die als Kinder und Jugendliche in Deutschland aufgewachsen sind und sich nunmehr als erzwungene Rückkehrer in ein Land integrieren müssen, das ihnen keine Perspektive bietet und in dem ihnen Anpassung an soziokulturelle Normen abverlangt ist, an die sich zumindest diejenigen nicht anpassen können und wollen, die ihre Hoffnungen auf eine Rückkehr nach Deutschland setzen.

Zur exemplarischen Verdeutlichung dient eine Fallskizze. Diese bezieht auf eine in Nordrhein-Westfalen geborene und aufgewachsene Frau, die im Februar 2010 mit 17 Jahren gemeinsam mit ihrer Familie in den Kosovo abgeschoben wurde. Sie lebt in einem kleinen Dorf, in der ich sie bei der Suche nach einem Übersetzer zufällig kennengelernt habe. Auffällig war beim ersten Kontakt, dass sie nicht nur mit mir, sondern auch mit ihren beiden Kindern durchgängig auf

Deutsch sprach. Auf Nachfrage hat sie sich sofort zu einem Interview bereit erklärt; sie war ersichtlich daran interessiert, mir als Deutschen von ihrem Schicksal zu berichten – und auch daran, von mir eine Einschätzung zur Frage ihrer möglichen Rückkehr nach Deutschland zu erhalten. Das Gespräch fand in einer kleinen Wohnung statt, in der sie mit ihren Eltern, ihrem Ehemann und ihren beiden eigenen Kindern lebt. Auf die Frage, warum sie mit ihren Kinder oft deutsch spricht, war die Antwort: »Deutsch ist meine Muttersprache. Ich spreche mit meinen beiden Kindern nur deutsch.« In diesem Satz verdichtet sich die gesamte Situationswahrnehmung, die im Interview berichtet wird: Vor dem Hintergrund ihres Aufwachsens in Deutschland ist sie nicht bereit, die materielle Situation im Kosovo sowie die Normen der dominanten, sehr patriarchalisch ausgeprägten Alltagskultur zu akzeptieren. Ihre gesamte Erzählung hat den Fokus, dass sie unbedingt nach Deutschland zurückkehren möchte. In Reaktion auf die von mir formulierte Einschätzung, dass Chancen zu einer legalen Einreise nach Deutschland in ihrem Fall nicht erkennbar sind, bittet sie abschließend darum, ob ich ihr möglicherweise ihre deutschen Schulzeugnisse beschaffen könnte. Sie erklärt, sie sei bei der Abschiebung am frühen Morgen wegen Widerstands mit Handschellen gefesselt worden und habe so die Zeugnisse nicht mitnehmen können.

Die Flüchtlingswelle aus dem Kosovo, die in Deutschland Anfang 2015 eine aufgeregte mediale Debatte über die Ursachen veranlasste, war vor dem Hintergrund der Beobachtungen vor Ort erwartbar. Dass jede/r, die/ der eine Chance dazu sieht, den Kosovo verlassen werde, da sich keinerlei Perspektive auf Verbesserung der Lage abzeichne, wurde in den geführten Gesprächen wiederkehrend formuliert.

## Folgerungen

Die gravierenden Auswirkungen der herrschenden Migrations- und Flüchtlingspolitik stellen für eine Soziologie, die sich nicht auf die Rolle einer distanzierten Beobachtung sozialer Verhältnisse und ihrer Kritik zurückzieht, sondern sich als Critical Social Science (Sayer 2011: 216ff.) versteht, einer weitreichende Herausforderung dar. Dies betrifft unter anderem die folgenden Aspekte: Feldforschung zur Situation von Roma im Kosovo und in Serbien führt – wie auch Recherchen in anderen Herkunftsregionen und an den Außengrenzen der EU<sup>29</sup> – zu Begegnungen mit Geflüchteten und Abgeschobenen und damit zu einer Konfrontation mit tragischen und traurigen Lebensgeschichten, in denen Verschränkungen individueller Biografien mit gesellschaftlichen Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen in zugespitzter Weise sichtbar werden. In den persönlichen Begegnungen werden die Distanzierungen und die Abstraktionen, die in einem kategorialen Reden in Begriffe wie *die Roma*, *Flüchtlinge*, *Migrationsregime* und in statistischen Daten vorausgesetzt sind, brüchig. Soziale Realität wird hier in einer Weise sichtbar, die den programmatischen Satz der NGO Pro Asyl *Jeder Einzelfall zählt* als eine weitreichende Forderung überzeugend erscheinen, aber zugleich deutlich werden lässt, dass der gesellschaftliche

---

29 Siehe etwa Bühler 2015; del Grande 2008; Gatti 2011.



Umgang mit Flüchtlingen Ausdruck von Verhältnissen ist, durch die diese Forderung strukturell negiert wird. Vor diesem Hintergrund stellt es eine meines Erachtens hoch bedeutsame wissenschaftstheoretische Frage für die Soziologie dar, ob und wie ihre Tendenz zu einer distanzierenden und abstrahierenden Fassung ihrer Forschungsgegenstände, ihr kategorialer Blick auf Individuen selbst Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse ist, die kritische Soziologie in Frage zu stellen beansprucht. Diesbezüglich lässt sich in Anschluss an Adornos Negative Dialektik (Adorno 1966) sowie Zygmunt Bauman (1992: 169ff.) mit guten Gründen die Annahme formulieren, dass die strukturelle Gewalt der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Distanzierungsleistungen der kategorialen Abstraktion in einem wechselseitigen Bedingungs Zusammenhang stehen. Insofern stellt sich die Frage, ob und wie eine Soziologie möglich ist, die sich herrschaftslegitimierender Distanzierung entzieht.

1. Soziologischer Flüchtlingsforschung stellt sich die Aufgabe einer theoretisch und empirisch fundierten Analyse und Kritik des Flüchtlingsbegriffs<sup>30</sup>: Das heißt: Einerseits ist zu analysieren, warum, wie und mit welchen Folgen jeweilige Fassungen des Flüchtlingsbegriffs gesetzt und durchgesetzt wurden und werden; andererseits kann eine Aufgabe empirischer soziologischer Forschung darin gesehen werden, die Situation von Flüchtlingen in ihren Herkunftsländern zu untersuchen, also eine wissenschaftliche Informationsgrundlage zu erarbeiten, die über das hinaus geht, was staatliche Behörden an Wissen erzeugen und zur Legitimation politischer und rechtlicher Entscheidungen verwenden. Denn in den rechtlichen Entscheidungen über Asylanträge und Flüchtlingsschutz wird ausdrücklich und zum Teil auch recht detailliert mit Aussagen über die soziale Lebenssituation der Antragsteller/-innen, zum Arbeitsmarkt, zum Bildungssystem, zum Gesundheitssystem sowie zum Umgang staatlicher Behörden mit Minderheiten argumentiert. In Entscheidungen des BAMF, also der in Deutschland zentral definitionsmächtigen Behörde, wird dabei vor allem auf eigene Expertisen sowie Berichte des Auswärtigen Amtes, des US Department of State und der Europäischen Kommission Bezug genommen; dort sowie in Gerichtsentscheidungen darüber hinaus gelegentlich auch auf Berichte von NGOs. Eine unabhängige sozialwissenschaftliche Forschung wäre als ein mögliches Korrektiv hierzu politisch und auch juristisch relevant.
2. Für die Soziologie stellen die Überlegungen zu einem erweiterten Flüchtlingsbegriff, die der UNHCR (2003) entwickelt hat, eine relevante Herausforderung dar. Denn dort wird die Möglichkeit einer begründbaren Erweiterung der Kriterien sichtbar, die zu einer Anerkennung als Flüchtling führen sollen; argumentiert wird insbesondere, dass kumulative Diskriminierung unter bestimmten Bedingungen einen legitimen Fluchtgrund darstellen kann:

»In vielen Gesellschaften gibt es in der Tat mehr oder minder stark ausgeprägte Unterschiede in der Behandlung verschiedener Gruppen. Personen, die auf Grund solcher Unterschiede eine weniger gute Behandlung erfahren, sind nicht notwendigerweise das Opfer von Verfolgung. Nur unter bestimmten Voraussetzungen ist Diskriminierung mit Verfolgung gleichzusetzen. Dies wäre nur der Fall, wenn die Diskriminierungsmaßnahmen Konsequenzen mit sich brächten, welche die betroffene Person in hohem Maße benachteiligen würden, z.B. eine ernstliche Einschränkung des Rechts, ihren Lebensunterhalt zu verdienen oder des Zugangs zu den normalerweise verfügbaren Bildungseinrichtungen. In Fällen, in denen

<sup>30</sup> Siehe dazu auch Scherschel 2011.

die Diskriminierungen an sich noch nicht allzu schwer wiegen, können sie trotzdem die Ursache verständlicher Furcht vor Verfolgung sein, wenn sie bei der betroffenen Person ein Gefühl der Furcht und Unsicherheit im Hinblick auf ihre Zukunft hervorrufen; ob solche Akte der Diskriminierung einer Verfolgung gleichkommen, muss unter Berücksichtigung aller Umstände entschieden werden. Das Vorbringen einer Furcht vor Verfolgung wird umso eher begründet sein, wenn eine Person bereits eine Reihe diskriminierender Akte dieser Art zu erdulden hatte und daher ein kumulatives Moment vorliegt.« (UNHCR 2003: 16).<sup>31</sup>

In dieser Formulierung, die ausdrücklich nicht nur auf staatliche Verfolgung, sondern umfassender auf gesellschaftliche Verhältnisse und ihre Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und Perspektiven verweist, kann ein wichtiger Anstoß für die erforderliche Klärung eines soziologischen Flüchtlingsbegriffs gesehen werden, also für begriffliche Anstrengungen, die über ein rechtspositivistisches Verständnis der Kategorie Flüchtlinge hinausgeht. Die Formulierung des UNHCR lässt sich auch als Aufforderung zu einer solchen soziologischen Forschung lesen, die sich mit Formen und Folgen struktureller, institutioneller und direkter Diskriminierung von Migrant/-innen in ihren Herkunftsländern als Fluchtursachen befasst, also die Bewertung von Fluchtgründen nicht regierungsamtlichen Behörden und der dort eingebetteten Expertise überlässt.

## Literatur

- Adorno, T. W. 1966: Negative Dialektik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bauman, Z. 1992: Dialektik der Ordnung. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
- Bühler, J. 2015: Am Fuße der Festung. Begegnungen vor Europas Grenze. Berlin: Schmetterling Verlag.
- Beck, U. 2010: Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit. In: U. Beck, A. Pfoerl (Hg.): Große Armut, großer Reichtum. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 25–52.
- Castles, S. 2005: Warum Migrationsregime scheitern. In: Peripherie, 25. Jg., Heft 97/98, 10–34.
- Castles, S., de Haas, H., Miller, M. J. 2013: International Population Movements in the Modern World. New York: Guilford Press.
- BAMF 2015: Schlüsselzahlen Asyl 2014, [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/flyer-schluesselzahlen-asyl-jahr-2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/flyer-schluesselzahlen-asyl-jahr-2014.pdf?__blob=publicationFile) (letzter Aufruf 10.03.2015).
- Europäische Kommission 2011: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Gesamtansatz für Migration und Mobilität, [http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/1\\_DE\\_ACT\\_part1\\_v2.pdf](http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/1_DE_ACT_part1_v2.pdf) (letzter Aufruf 10.03.2015).
- Feldman, G. 2012: The Migration Apparatus. Stadford: Stadford University Press.
- Gatti, F. 2011: Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa. Reinbek: Rowohlt.
- del Grande, G. 2008: Mamadous Fahrt in den Tod: Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer. Karlsruhe: von Loeper Verlag.
- Hess, S., Kasperek, B. 2010: Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin, Hamburg: Assoziation A.

<sup>31</sup> Vgl. UNHCR 2004.

- Joksic, Tijana (2015): Discrimination of Roma in Serbia. Government Response. [http://www.freiburgerforum.net/wordpress/wp-content/uploads/2015/05/Tijana\\_Joksic\\_Roma\\_Discrimination-1.pdf](http://www.freiburgerforum.net/wordpress/wp-content/uploads/2015/05/Tijana_Joksic_Roma_Discrimination-1.pdf) (letzter Aufruf 22.6.2015)
- Pogge, T. 2011: Weltarmut und Menschenrechte. Berlin, New York: De Gruyter.
- Pro Asyl 2014: Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina: Zur faktischen und rechtlichen Bewertung des Gesetzgebungsvorhabens der Großen Koalition zur Einstufung von Westbalkanstaaten als »sichere Herkunftsstaaten«, [http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2014/Pro\\_Asyl\\_Gutachten\\_zum\\_Vorhaben\\_der\\_Einstufung\\_von\\_Serbien\\_Mazedonien\\_und\\_Bosnien\\_und\\_Herzegowina\\_als\\_sichere\\_Herkunftsstaaten\\_.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2014/Pro_Asyl_Gutachten_zum_Vorhaben_der_Einstufung_von_Serbien_Mazedonien_und_Bosnien_und_Herzegowina_als_sichere_Herkunftsstaaten_.pdf) (letzter Aufruf 10.03.2015).
- Sayer, A. 2011: Why Things Matter to People. Social Science, Values and Ethical Life. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scherr, A. 2012: Nationalstaatlichkeit. Moral und Kritik. In: Sozialwissenschaftliche Literaturreisenschau, 35. Jg., Heft 1, 27–35.
- Scherr, A. 2013: Offene Grenzen? Migrationsregime und die Schwierigkeiten einer Kritik des Nationalismus. Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 43. Jg., Heft 171, 335–349.
- Scherr, A., Scherr, E. 2014: Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung: Die Situation von Roma in Serbien und im Kosovo. Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie ([http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/Roma\\_Armut%20und%20Diskriminierung\\_0.pdf](http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/Roma_Armut%20und%20Diskriminierung_0.pdf)). (letzter Aufruf 10.03.2015).
- Scherschel, K. 2011: Who is a refugee? Reflections on social classifications and individual consequences. In: Migration Letters, Volume 8, No: 1, 67–76.
- UNHCR 2003: Handbuch über Verfahren und Kriterien zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft, [http://www.unhcr.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/03\\_profil\\_begriffe/fluechtlinge/Handbuch.pdf](http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/fluechtlinge/Handbuch.pdf) (letzter Aufruf 10.03.2015).
- UNHCR 2004: Kommentar des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) zur Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, <http://www.refworld.org/pdfid/48abd537d.pdf> (letzter Aufruf 10.03.2015).
- Waringo, K. 2013: Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland?, Frankfurt: Pro Asyl ([http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Serbien\\_kein\\_sicherer\\_Herkunftsstaat.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Serbien_kein_sicherer_Herkunftsstaat.pdf)) (letzter Aufruf 10.03.2015).

## Zwischen Festung Europa und Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

NGO-Netzwerke in der Institutionalisierung eines europäischen Flüchtlingsregimes

Anna Gansbergen und Ludger Pries

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Migration in die und innerhalb der EU« der Sektion Migration und ethnische Minderheiten – organisiert von Janina Söhn und Norbert Cyrus*

Seit dem Jahre 2000 sind bis 2015 fast 30.000 Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch umgekommen, als Flüchtlinge in die Europäische Union (EU) zu gelangen. Gleichzeitig haben sich in den vergangenen fünfzehn Jahren die allgemeinen EU-weit gültigen Normen für die Aufnahme und Behandlung von Flüchtlingen und Asylsuchenden ganz erheblich ausgeweitet und verbessert. Nach jeder größeren Flüchtlingskatastrophe – wie z.B. in der Folge des Massensterbens vor Lampedusa im Oktober 2013 und dann nach den noch dramatischeren Havarien von mehreren mit Flüchtlingen überladenen Booten vor Libyen im Frühjahr 2015 – wurden auf der Ebene der EU und einiger ihrer Mitgliedsländer neue Aktionspläne beschlossen, um solche Flüchtlingsdramen für die Zukunft zu verhindern. Allerdings klappte bisher zwischen diesen Ankündigungen, dem »talk«, und der Wirksamkeit des europäischen Flüchtlingssystems, der »action«, eine offensichtliche Lücke. Jenseits aller moralischen Bewertungen stellt sich die Frage, wie sich dieser Hiatus zwischen *talk* und *action* wissenschaftlich erklären lässt.

In diesem Beitrag wird von der Annahme ausgegangen, dass ein europäisches Asyl- und Flüchtlingssystem erst am Anfang seiner gesellschaftlichen Institutionalisierung steht. In Anlehnung an neo-institutionalistische Konzepte lässt sich argumentieren, dass mit der Verabschiedung eines *Gemeinsamen Europäischen Asylsystems* (GEAS) auf der regulativen Ebene bereits eine weitgehende Homogenisierung erreicht wurde. Dem sind aber bisher keine entsprechenden Institutionalisierungen auf der normativen und kognitiven Ebene gefolgt (Abschnitt 1). Ausgangspunkt der im Folgenden vorzustellenden empirischen Befunde ist die Annahme, dass sich ein GEAS als europäische Institution nur dann stabilisieren kann, wenn entsprechende handlungswirksame organisationale Felder entstehen, innerhalb derer sich asyl- und flüchtlingsbezogene kollektive und korporative Akteure zu legitimieren haben.<sup>1</sup> Aufbauend auf Datenerhe-

---

<sup>1</sup> Asylrecht und Asylangelegenheiten sind ein spezifischer Teilaspekt der breiteren menschen- und völkerrechtlich basierten Fragestellung von Flucht und Flüchtlingen. Die Trennung zwischen beiden Bereichen ist gesell-

bungen in fünf EU-Mitgliedsländern, die als Mittelmeeranrainerstaaten besonders von den Asyl- und Flüchtlingsherausforderungen betroffen sind, wird am Beispiel der egozentrierten organisationalen Netzwerke flüchtlingsbezogener Organisationen in Italien und Zypern gezeigt, dass flüchtlingsbezogene organisationale Netzwerke zwischen lokaler, nationaler und europäischer Ebene tatsächlich existieren und vielfältige Akteurstypen mit variierenden Werten und Normen integrieren (Abschnitt 2). Dies erlaubt abschließend einen Ausblick auf mögliche Institutionalisierungsdynamiken eines GEAS und auf weitere Forschungsdesiderata (Abschnitt 3).

## Institutionalisierung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems?

Seit den Schengener Abkommen von 1985, die 1995 in Kraft traten, wurde in der EU die Idee der freien Mobilität von Personen schrittweise umgesetzt. Dies hat allen beteiligten Wirtschaften und Gesellschaften genutzt. Unternehmen, Touristen, Studierende, wir alle genießen heute die innereuropäische Mobilität. Kaum jemand möchte zu den Zuständen der früheren Grenzkontrollen zurück. Mit diesem europäischen Mobilitätsversprechen ging die Verabredung einher, die Außengrenzen der EU (genauer: der Schengen-Staaten) nach gemeinsamen Prinzipien und mit geteilten Anstrengungen (etwa der Ausbildung von Grenzschützern) zu kontrollieren. Auch die Flüchtlings- und Asylpolitik wurde im Rahmen der so genannten Dublin-Abkommen (1997, 2003, 2013) schrittweise harmonisiert (für die EU-Mitgliedsländer außer Großbritannien und Irland und einschließlich Norwegen, Island und die Schweiz).

In der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, ihrer Erweiterung 1967 sowie in den entsprechenden Verträgen zum UN-Flüchtlingskommissariat verpflichteten sich alle unterzeichnenden Nationalstaaten – und dazu gehörten alle EU-Mitgliedsländer – zur Einhaltung der entsprechenden Normen. Mit den Dublin-Abkommen wurden zwar neue EU-Direktiven und -Richtlinien sowie Agenturen (wie Frontex und Eurodac) geschaffen. Die tatsächliche Zuständigkeit für eine dem Völkerrecht und den Menschenrechten entsprechende Behandlung von Flüchtlingen und Asylsuchenden allerdings verschwand in dem großen Meer der organisierten Unverantwortlichkeit.

Betrachtet man nur die rechtlich-normative Ausgestaltung des EU-Flüchtlingsregimes, so hat sich im letzten Jahrzehnt eindeutig eine Verbesserung ergeben. Die Flüchtlings- und Asylbestimmungen der EU wurden 2013 im so genannten *Gemeinsamen Europäischen Asylsystem* (GEAS) zusammengefasst. In entsprechenden Direktiven und Richtlinien wird europaweit geregelt, wie im EU-Ersteintrittsland eine Identitätsprüfung stattzufinden hat, nach welchen Kriterien über Asylverfahren entschieden werden sollen, wie Asylverfahren zu gestalten sind und wie Asylsuchende unterzubringen und zu versorgen sind. Vergleicht man das EU-Rahmenwerk GEAS mit den Bestimmungen der Einzelstaaten, so ergibt sich insgesamt eine Anhebung der Standards, nach denen Flüchtlinge und Asylsuchende zu behandeln sind. Einige Studien zeigen auch bereits, dass durch EU-veranlasste Qualifizierungsmaßnahmen und EU-Monitorings (etwa die jährlichen Länderberichte des EU-Unterstützungsbüros für Asylfragen EASO) ein Upgrading in

---

schaftlich wie wissenschaftlich schwierig, aber nicht irrelevant. Dieser Text hat den weiteren Bezugsrahmen von Flucht und Flüchtlingen, auch wenn der spezifische institutionelle Bezugsrahmen als Gemeinsames Europäisches Asylsystem bezeichnet wird.

verschiedenen Ländern und bei bestimmten Maßnahmen zu verzeichnen ist (Thielemann, El Enany 2009: 24; Kaunert, Léonard 2011: 11).

Eine pauschale Ablehnung des Dublin-Systems, wie sie von einigen ›kritischen MigrationsforscherInnen‹ gefordert wird, geht deshalb an den eigentlichen Problemen vorbei. Ein Zurück zur nationalstaatlichen Verantwortung in Flüchtlings- und Asylfragen würde keinerlei Verbesserung bringen. Die organisierte Nicht-Verantwortung ist nicht allein eine Angelegenheit der EU. Sie besteht aus einem Gestrüpp aus (1) formalrechtlichen Uneindeutigkeiten, die dem Geist des GEAS eigentlich widersprechen, (2) der halbherzigen Beachtung bestehender eindeutiger Regelungen und (3) der opportunistischen Zuständigkeitsverschiebung und Verantwortungsweitergabe, wo immer sich hierzu eine Gelegenheit bietet. Diese organisierte Nicht-Verantwortung erstreckt sich als ein Mehrebenen-Geflecht innerhalb der Nationalstaaten, zwischen ihnen und auf der EU-Ebene. Sie ist so ausgeprägt, dass in ihr jedes Jahr Tausende von Menschen untergehen und ihr Leben lassen. Einige Beispiele mögen diese Verstrickungen verdeutlichen.

Die Flüchtlingsaufnahmepolitiken der EU-Staaten unterscheiden sich ganz erheblich, während es gleichzeitig die einheitliche Rechtsnorm gibt, dass Asylverfahren in dem Land durchzuführen sind, über das ein Asylsuchender erstmalig in den Schengen-Raum eintritt. Dies sind für Europa vor allem Mittelmeeranrainerländer wie Griechenland, Italien oder Spanien. Tatsächlich konzentrierten sich z.B. im Jahre 2014 die Flüchtlingseintritte auf Italien; allein durch das Seerettungsprogramm Mare Nostrum wurden etwa 150.000 Flüchtlinge aufgenommen. Griechenland betrieb dagegen eine Strategie, alle herannahenden Flüchtlingsboote wieder weit aufs Mittelmeer zurück zu drängen. Spanien hat seit einigen Jahren durch eine Mischung aus Drohungen und Anreizen die Flüchtlingsabwehr auf Mauretanien, Marokko und Senegal verlagert. GEAS-Normen werden so schon hinsichtlich der Aufnahmepolitiken von betroffenen Ländern völlig unterschiedlich umgesetzt (EASO 2014; UNHCR 2012).

Dies gilt auch für Registrierungen von Asylsuchenden. Von den in Italien im Jahre 2014 insgesamt angekommenen Geflüchteten, von denen ›nur‹ etwa 150.000 registriert wurden, stellte etwas mehr als ein Drittel einen Asylantrag in Italien. Die anderen zogen weiter, viele nach Deutschland, Frankreich oder Österreich. In Deutschland wurden 2014 mehr als 173.000 Erstanträge auf Asyl gestellt. Ganz offensichtlich kommt Italien seinen formalen Verpflichtungen, alle ersteinreisenden Flüchtlinge zu registrieren, nicht nach. Legitimiert wird dies implizit damit, dass Italien mit der Flüchtlingsproblematik von der EU allein gelassen werde. Spanien registrierte nur etwa 5.000 Asylsuchende, also ein Zehntel Italiens, Griechenland etwa 8.000. So entsteht – entgegen allen GEAS-Absichten – ein Heer von in der EU hin und her geschubsten Asylsuchenden. In 2013 wurden allein zwischen Deutschland und anderen EU-Staaten für etwa 40.000 Menschen Übernahmeersuchen gestellt, also die Übernahme der Zuständigkeit für einen entsprechenden Asylantrag; tatsächlich überstellt wurden mehr als 6.600 Antragstellende.

Auch bei den tatsächlichen Anerkennungsquoten von Asylbeantragenden zeigt sich, dass die GEAS-Normen nicht annähernd einheitlich Anwendung finden. Natürlich können die Anteile derjenigen, die in einem bestimmten Land einen Asylantrag stellen und tatsächlich anerkannt werden, stark schwanken. Dies kann daran liegen, dass sich die Antragstellenden aus besonders asylberechtigenden Krisengebieten wie Afghanistan oder Syrien aufgrund geographischer Bedingungen oder geschichtlicher (Kolonial-)Verbindungen in wenigen EU-Ländern konzentrieren. Wenn aber Antragstellungen aus dem gleichen Herkunftsland in verschiedenen EU-Ländern

völlig unterschiedliche Anerkennungsquoten aufweisen, liegt die Vermutung nahe, dass die GEAS-Normen in der Praxis eben doch nicht homogenisiert sind. So werden in der EU im Durchschnitt drei Viertel der aus Eritrea stammenden Asylantragstellenden anerkannt, in Italien sogar über 90%, in Spanien aber nur die Hälfte, in Griechenland nur ein Drittel. Auch für andere Herkunftsländer schwanken die Anerkennungsquoten zwischen EU-Ländern so erheblich, dass von einem in der Praxis funktionierenden GEAS kaum gesprochen werden kann (EASO 2014).

Auch hinsichtlich anderer Kriterien ist das Niveau einer europäischen Institutionalisierung von GEAS sehr niedrig. Nationalstaaten können bestimmte Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklären und die entsprechenden Asylverfahren gleichsam in einen *fast track* geben. Zwar gilt das Prinzip der Einzelfallprüfung, aber durch den Mechanismus der sicheren Herkunftsstaaten werden zwei Geschwindigkeiten und zwei Klassen von Asylantragstellenden geschaffen. Deutschland hat 2014 Bosnien-Herzegovina, Mazedonien und Serbien und 2015 auch Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Über das Für und Wider ›sicherer Herkunftsstaaten‹ lässt sich trefflich streiten, kaum aber darüber, dass ihre je nationale Festlegung dem Gedanken eines GEAS zuwiderläuft.

Eine EU-weite GEAS-Institutionalisierung bräuchte zwingend auch Mechanismen eines Lastenausgleichs zwischen den Schengen-Staaten, der zumindest die Kosten für Unterbringung und Antragsbearbeitung einbezieht. Einige EU-Länder wie Belgien, Deutschland oder Tschechien sind von ihrer geographischen Lage her nur über andere EU-Länder terrestrisch zu erreichen. Andere Länder wie die Mittelmeerländer oder Bulgarien, Polen und Rumänien grenzen an Krisengebiete, aus denen potentiell viele Geflüchtete kommen. Diese fühlen sich mit den Flüchtlingsaufgaben, die zwar EU-einheitlich definiert, aber einzelstaatlich umgesetzt werden, allein gelassen. So hat Italien nach dem Massensterben vor Lampedusa im Oktober 2013 monatlich etwa 10 Millionen € für das Rettungsprogramm Mare Nostrum aufgebracht, welches bis Oktober 2014 von der italienischen Marine und Küstenwache durchgeführt wurde. Die EU verweigerte Kompensationen und legte das Programm Triton mit nur etwa 2,8 Millionen € pro Monat auf, welches nur sehr begrenzt die italienischen Küstengewässer überwacht.

Die Beispiele national variierender Politiken und Praktiken zur Aufnahme von Geflüchteten, zur Asylanererkennung, zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten und eines fehlenden Lastenausgleichs zeigen, dass die EU von einer tatsächlichen GEAS-Institutionalisierung noch weit entfernt ist. Zwischen dem *talk* eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und der *action* des tatsächlichen Verhaltens der entsprechenden Akteure auf lokaler, nationaler und EU-Ebene besteht offensichtlich eine sehr große Lücke. Diese lässt sich wissenschaftlich mit Hilfe des soziologischen Neo-Institutionalismus bearbeiten (Meyer, Rowan 1977; DiMaggio, Powell 1983). Demnach ist davon auszugehen, dass in die entsprechenden asyl- und flüchtlingsbezogenen Maßnahmen sehr viele Organisationen als kollektive und korporative Akteure mit divergenten Zielen und Strategien auf lokaler, nationaler, supra-nationaler und transnationaler Ebene einbezogen sind. Diese Organisationen verhalten sich einerseits gemäß eigener, mehr oder weniger rational kalkulierter Ziele, andererseits aber auch entsprechend der von ihnen wahrgenommenen Legitimitätserwartungen ihres *organisationalen Feldes* (als des jeweils wahrnehmungs- und handlungsrelevanten Kontextes aller kollektiven und korporativen Akteure). Viele neo-institutionalistische Organisationsforscher gehen davon aus, dass Legitimationsstrategien im

organisationalen Feld (talk) nur zeitlich und inhaltlich begrenzt von tatsächlichem Verhalten (action) entkoppelt werden können (Oliver 1991; Scott 1991).

Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass eine längerfristige Institutionalisierung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems nur möglich ist, wenn die dafür relevanten kollektiven Akteure (lokale, nationale und europäische flüchtlingsbezogene NGOs wie Flüchtlingsräte, Pro Asyl, ECRE etc.) und korporativen Akteure (lokale, nationale und europäische staatliche bzw. offizielle Agenturen und Stellen wie Polizei, Asylentscheidungsagenturen, Monitoring-Agenturen wie EASO; internationale Regierungsorganisationen wie UNHCR etc.) sich wechselseitig als Teil eines asyl- und flüchtlingsbezogenen EU-weiten organisationalen Feldes wahrnehmen und ihre Strategien und Strukturen an den damit verbundenen Legitimitätserwartungen ausrichten. Nach Scott (1991) lassen sich dabei eine regulative, eine normative und eine kognitive Säule der Legitimität gesellschaftlicher Institutionen unterscheiden.

Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Problemstellung und wissenschaftlichen (neoinstitutionalistischen) Fundierung wurden im Rahmen eines empirischen Lehrforschungsprojektes die egozentrierten Netzwerke von asyl- und flüchtlingsbezogenen Organisationen in fünf EU-Mittelmeeranrainerländern (Griechenland, Italien, Malta, Spanien, Zypern) untersucht.<sup>2</sup> Eine der zentralen Fragestellungen, die im Rahmen des Projekts bearbeitet wurden, lautete: Wie sind die Netzwerke der flüchtlingsbezogenen Organisationen am Mittelmeer beschaffen und welche Rolle spielen sie für die Herausbildung des Flüchtlingsregimes in der EU? Im Lehrforschungsprojekt wurden in der ersten Erhebungsphase im Frühjahr 2014 insgesamt 50 Interviews mit staatlichen Behörden, internationalen Organisationen, Forschungseinrichtungen, verschiedenen Arten von NGOs, Asylsuchenden und Flüchtlingen in den fünf Ländern durchgeführt. Ergänzend wurden sekundäranalytisch wissenschaftliche Studien, offizielle Dokumente und Homepages sowie vorhandene Netzwerkdaten ausgewertet.

## Egozentrierte organisationale Flüchtlingsnetzwerke in Zypern und Italien

In diesem Abschnitt werden partielle egozentrierte Netzwerke der ausgewählten flüchtlingsbezogenen Organisationen in Zypern und Italien näher betrachtet. Im Rahmen von Experteninterviews wurden Vertreter von Organisationen darum gebeten, ca. zehn Kooperationspartner anzugeben, die für ihre Arbeit mit Asylsuchenden und Flüchtlingen relevant sind. Da die meisten Befragten berichteten, dass eine simple Unterscheidung zwischen besonders wichtigen und weniger wichtigen Kooperationspartnern kaum möglich sei, wurde auf eine Hierarchisierung der Kooperationspartner nach deren Wichtigkeit für die Arbeit der Organisationen verzichtet.

---

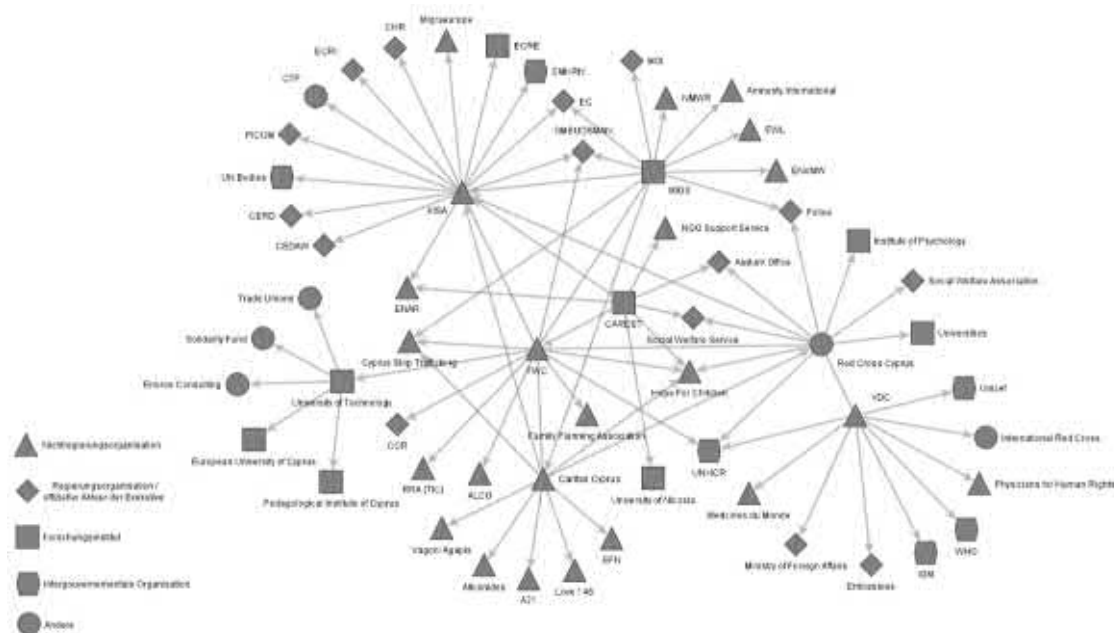
<sup>2</sup> In dem interdisziplinären Lehrforschungsprojekt MAREM, das von 2013 bis 2015 an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt und im Rahmen des InStudies-Programms der Ruhr-Universität Bochum mit Mitteln des BMBF unterstützt wurde. Das Hauptziel des Projekts war, auf der Grundlage von Primärerhebungen sowie umfangreichen Dokumentenanalysen eine Google-Earth-basierte Dokumentation zu den folgenden Punkten zu entwickeln: Ankunftsorten und Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen in den fünf Ländern; entsprechenden nationalen und europäischen gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen; Erhebung der asyl- und flüchtlingsbezogenen Organisationen in den fünf Ländern sowie deren egozentrierten Kooperationsnetzwerken; vgl. zu dem Lehrforschungsvorhaben, welches voraussichtlich bis 2016 weitergeführt wird, die Dokumentation unter [www.rub.de/marem](http://www.rub.de/marem).



Aus Reliabilitätsgründen wurden dabei lediglich die sogenannten »first order stars«, d.h. nur direkte Kontakte abgefragt, ohne Kontakte zwischen den erwähnten Kooperationspartnern zu erheben (Leist-Villis 2004: 33-34). Dementsprechend stellen die hier analysierten Kooperationsnetzwerke nur einen Auszug aus den jeweiligen Gesamtnetzwerken der entsprechenden flüchtlingsbezogenen Organisationen in den beiden Ländern dar.

Im Zuge der Recherche wurden Homepages der entsprechenden Organisationen analysiert, um relevante Charakteristika der Netzwerkmitglieder zu rekonstruieren. Dabei wurden der Akteurstyp, das entsprechende Legitimationsfeld sowie Werte und Normen der Beteiligten bestimmt. Anschließend wurden die Kontakte sowie die relevanten Charakteristika von Netzwerkmitgliedern mit der Software *Visone* visualisiert. Zusätzlich wurde für jedes egozentrierte Netzwerk mit der Software *Stata* der Index der Netzwerkdiversität berechnet, der dem *Hirshman-Herfindahl-Index* (vgl. Baum et al. 2000: 277) entspricht und Werte zwischen 0 und 1 annehmen kann.

Abb. 1: Akteurstyp von 8 egozentrierten Netzwerken flüchtlingsbezogener Organisationen in Zypern



Quelle: Daten aus Experteninterviews und Homepageanalysen, eigene Darstellung.<sup>3</sup>

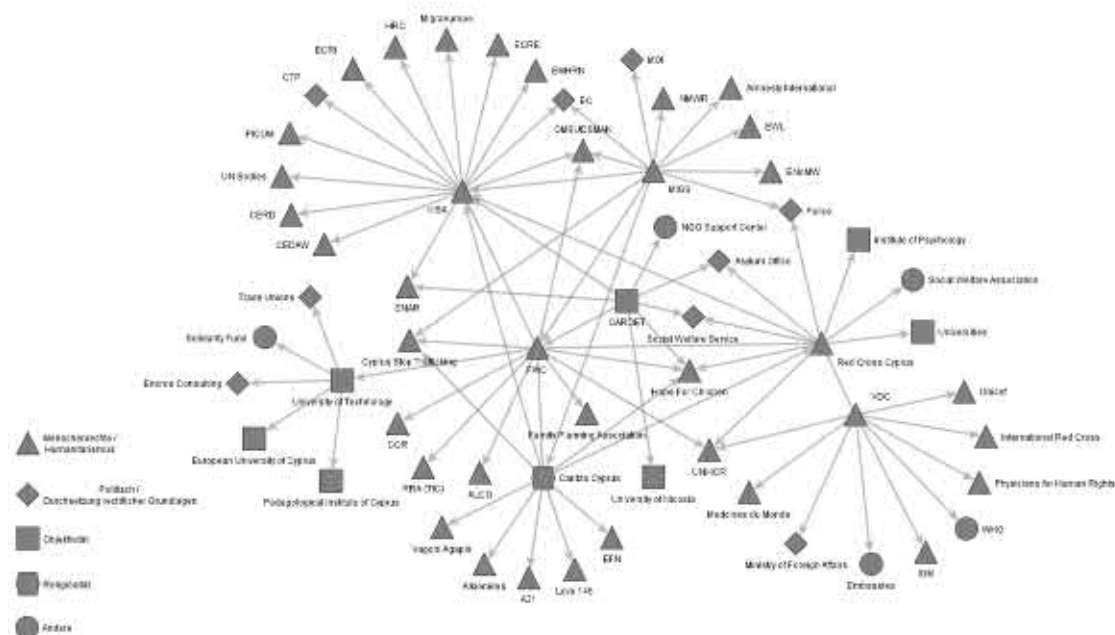
Abbildung 1 zeigt die Zusammensetzung der egozentrierten Netzwerke zyprischer Flüchtlingsorganisationen in Bezug auf den Akteurstyp der Netzwerkmitglieder. Darauf sind die wichtigsten Kooperationspartner zu sehen, die in Experteninterviews mit vier verschiedenen NGOs, drei Forschungsinstituten und einer Organisation anderen Akteurstyps erwähnt wurden. In den partiellen Netzwerken befinden sich verschiedene Akteurstypen, wobei die meisten Befragten unabhängig von der Art ihrer Organisation vor allem NGOs als Kooperationspartner benennen.

<sup>3</sup> Siehe Anhang für Erklärungen zu Abkürzungen von Organisationsnamen.

Die heterogene Zusammensetzung der beobachteten Netzwerke entspricht nicht dem Homophilie-Konzept (z.B. McPherson et al. 2001), das auf interorganisationale Netzwerke zutreffen kann (Salk et al. 2001) und eine höhere Wahrscheinlichkeit von Kontakten zwischen Akteuren postuliert, die sich in relevanten Dimensionen ähneln (in Bezug auf Akteurstyp kann so z.B. eine Kooperation zwischen zwei NGOs eher erwartet werden als zwischen einer NGO und einem Forschungsinstitut). In den meisten Fällen, die hier betrachtet werden, greift das Homophilie-Prinzip nicht. Es zeigt sich eher ein komplementäres Netzwerkmodell, bei dem Kooperation zwischen sich ergänzenden Organisationen besteht.

Jede in Zypern befragte Organisation hat im Durchschnitt zehn Kooperationspartner erwähnt. Die egozentrierten Netzwerke in Zypern bestehen durchschnittlich aus fünf NGOs, drei offiziellen Akteuren der Exekutive, einer Forschungsinstitution, einer internationalen Organisation und einem Akteur anderen Typs, der als sonstiger eingeordnet werden kann<sup>4</sup>. Die durchschnittliche Diversität im Netzwerk beträgt 0,677, was zum Wertebereich der oberen Hälfte gehört und somit als vergleichsweise hoch angesehen werden kann.

Abb. 2: Normen und Werte von 8 egozentrierten Netzwerken flüchtlingsbezogener Organisationen in Zypern



Quelle: Daten aus Experteninterviews und Homepageanalysen, eigene Darstellung.

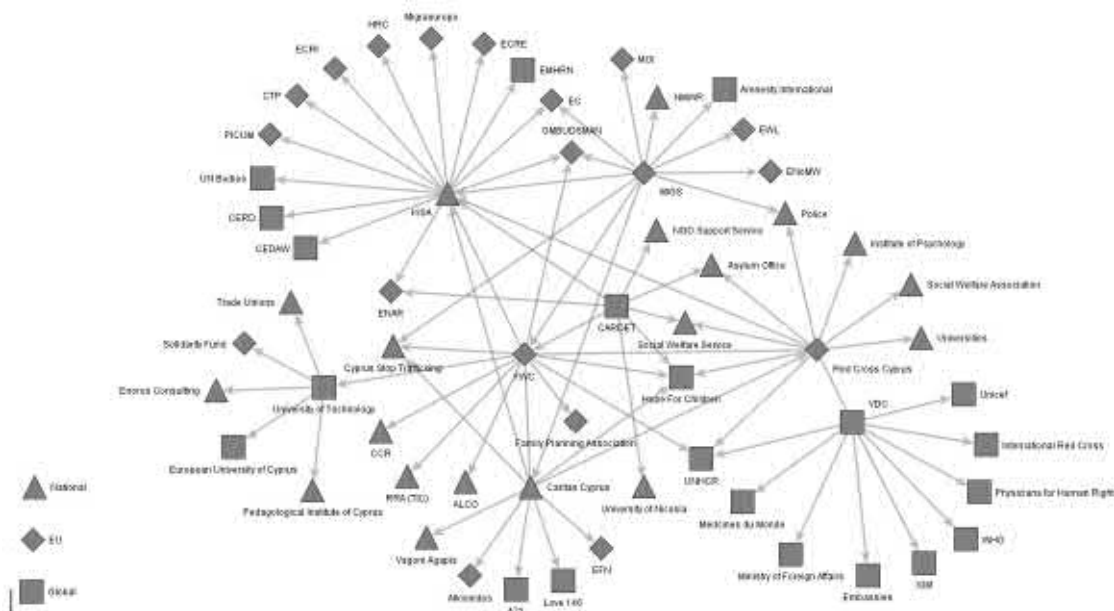
Betrachtet man die Visualisierung der Normen, Werte und Kooperationen von flüchtlingsbezogenen Organisationen in Zypern (Abbildung 2), fällt auf, dass Menschenrechte als Orientierung dominieren. Das ist vergleichbar mit der Tendenz von befragten Organisationen im Fall des Akteurstyps, mit NGOs zu kooperieren. Die meisten NGOs in der vorliegenden Stichprobe setzen sich für Menschenrechte ein, sodass diese zwei Charakteristika miteinander korrespondieren.

<sup>4</sup> Wegen Rundungen bei Berechnungen ergibt sich bei der Addition der aufgezählten Akteurstypen ein Wert, der größer als zehn ist.

ren. Organisationen mit einem Fokus auf Menschenrechte folgen zu einem gewissen Grad dem Homophilie-Prinzip, wenn es um Normen und Werte von Kooperationspartnern geht. Doch nicht nur menschenrechtliche Organisationen geben Kooperationen mit derselben Orientierung an, auch Akteure mit solchen Normen wie Objektivität und Religiosität erwähnen vor allem Organisationen, deren Handlungsorientierung Menschenrechte sind, als Partner. Eine Ähnlichkeit in Bezug auf Normen und Werte oder andere Merkmale kann zu einer reibungslosen Kooperation der Netzwerkmitglieder beitragen. Bei verschiedenen Zielen und Interessen aufgrund von unterschiedlichen Eigenschaften ist der Aufwand der Kooperation für Akteure wahrscheinlich höher als bei übereinstimmenden. Auf der anderen Seite ermöglichen heterogene Netzwerke den Zugang ihrer Mitglieder zu nichtredundanten Informationen, Kontakten und anderen relevanten Ressourcen.

Wider Erwarten ist die norm- und wertebezogene Netzwerkdiversität von religiösen Organisationen wie Caritas sehr hoch. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass Caritas eine katholische Organisation ist und so eine andere Haltung zu flüchtlingsrelevanten Fragen hat als die auf Zypern dominierende griechisch-orthodoxe Kirche. Religiöse Organisationen in Zypern gelten als konservativ und gehen auf Asylsuchende selten ein, was in Experteninterviews mit relevanten Akteuren deutlich wurde. Die werte- und normbezogene Netzwerkdiversität von befragten flüchtlingsbezogenen Organisationen auf Zypern liegt im Durchschnitt im Mittelfeld (0,499).

Abb. 3: Legitimationsfeld von 8 egozentrierten Netzwerken flüchtlingsbezogener Organisationen in Zypern



Quelle: Daten aus Experteninterviews und Homepageanalysen, eigene Darstellung.

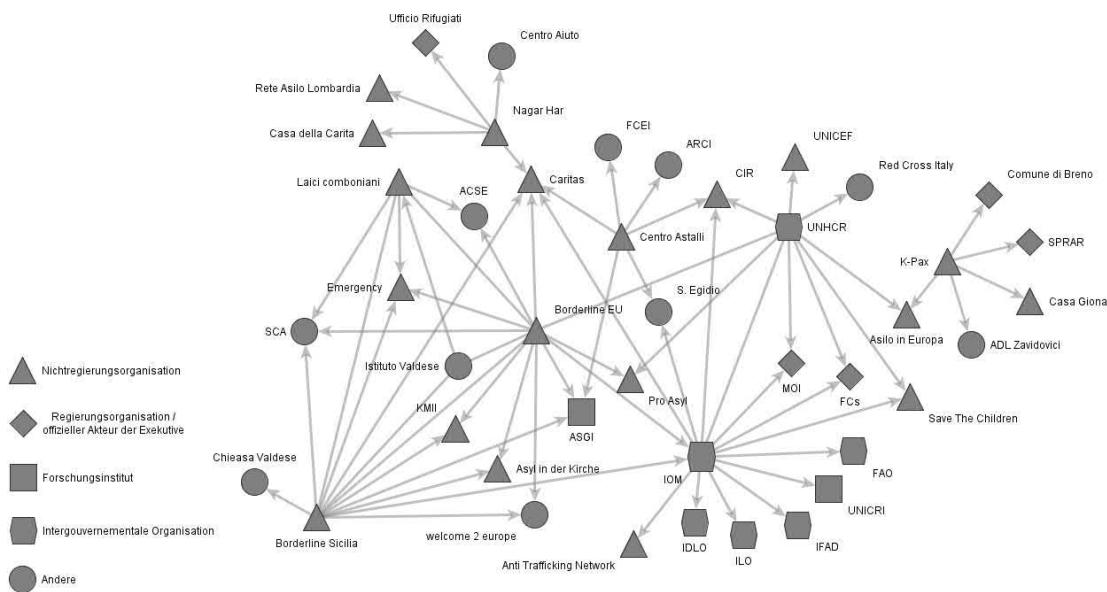
In Bezug auf das Legitimationsfeld kann in den Netzwerken der flüchtlingsbezogenen Organisationen ebenfalls keine Tendenz zur Homophilie beobachtet werden. Alle Befragten haben Netzwerke mit einem hohen Grad an Diversität in Bezug auf das Legitimationsfeld. Im Durchschnitt

hat jede befragte Organisation auf Zypern ca. vier nationale, vier globale und vier EU-weit agierende Partner. Die Netzwerkdiversität erreicht in diesem Fall mit 0,624 einen hohen Wert. Die Verbindungen zwischen verschiedenen Ebenen sind bemerkenswert: Nationale Flüchtlingsorganisationen haben Kooperationen mit global agierenden Akteuren oder denjenigen, die auf der EU-Ebene tätig sind. Auffällig ist weiterhin, dass global und EU-weit agierende Organisationen ein Bindeglied zwischen den nationalen Organisationen zu sein scheinen. Blendet man alle diese Organisationen aus, erkennt man keine gewachsene Struktur der nationalen Akteure Zyperns. Es fällt eine eher supranationale Einbettung der Netzwerkstrukturen auf.

Betrachten wir das egozentrierte Netzwerk der NGO *KISA* näher, so wird deutlich, dass sie ein weitgehend heterogenes Netzwerk hat und als zentraler Akteur in Zypern angesehen werden kann. Sie nennt nicht nur besonders viele Kooperationspartner, sondern wird auch von anderen Interviewpartnern als Netzwerkmitglied genannt. Auch in den meisten anderen Ländern sind typische Key-Player nationale NGOs, die für Rechte Schutzsuchender kämpfen, juristische Beratung anbieten und bei Alltagsproblemen helfen (z. B. *AITIMA* in Griechenland).

Das Netzwerk der *Cyprus University of Technology (CUT)* ist ähnlich aufgebaut. Hier befinden sich nicht nur andere Forschungseinrichtungen, sondern auch andere Akteurstypen. Die Organisationen in diesem Netzwerk sind verschieden motiviert und arbeiten auf unterschiedlichen Ebenen: national, global oder auf der EU-Ebene. Die Verfolgung verschiedener Ziele aufgrund unterschiedlicher Charakteristika erfordert womöglich einen höheren Aufwand bei gemeinsamer Kommunikation, sie machen aber den Zugang zu nichtredundanten Ressourcen möglich. Vermutlich nach diesem Prinzip kooperiert auch das *Mediterranean Institute of Gender Studies (MIGS)* mit Organisationen, die sich von ihm oft vor allem in Bezug auf Akteurstyp und Legitimationsfeld unterscheiden.

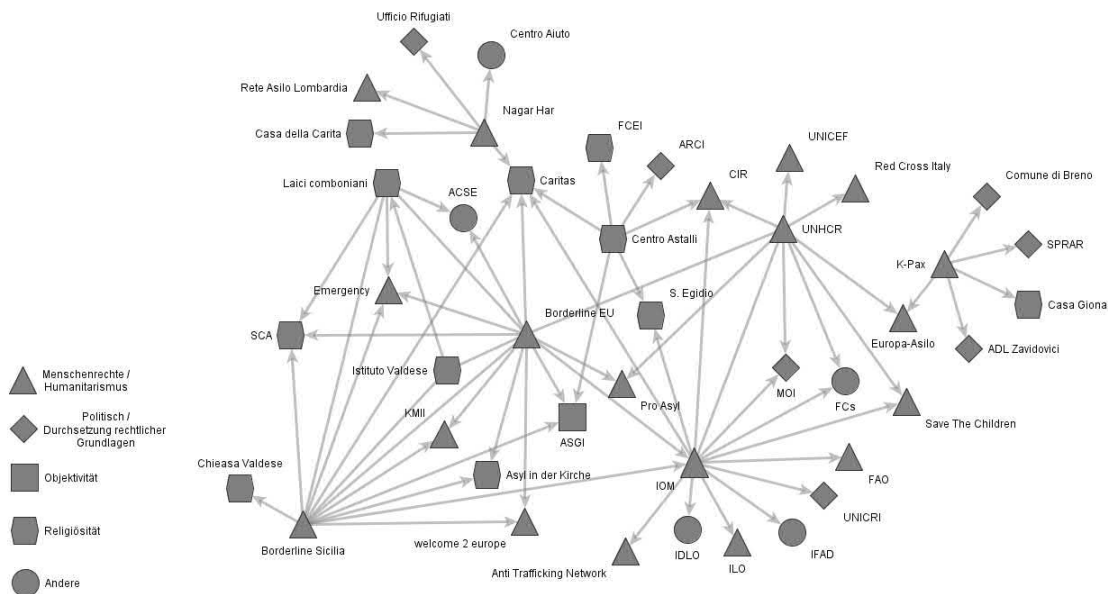
Abb. 4: Akteurstyp von 9 egozentrierten Netzwerken flüchtlingsbezogener Organisationen in Italien



Quelle: Daten aus Experteninterviews und Homepageanalysen, eigene Darstellung.

Die meisten flüchtlingsbezogenen Organisationen in Italien, die von Projektmitgliedern interviewt wurden, sind – wie auch im Fall von Zypern – NGOs. Sie haben im Durchschnitt acht Kooperationspartner, wobei sich jedoch große Unterschiede von Fall zu Fall ergeben: So erwähnt *Istituto Valdese* lediglich drei Kooperationspartner und kann als befragte Organisation mit dem kleinsten Netzwerk beschrieben werden, während *Borderline Europe* mit 14 Partnern in ein vergleichsweise großes Netzwerk eingebunden ist. Die durchschnittliche Zusammensetzung der Netzwerke in Italien in Bezug auf den Akteurstyp ist die folgende: vier NGOs, ein offizieller Vertreter der Exekutive, eine intergouvernementale Organisation und zwei Organisationen, die zu sonstigen Akteurstypen zählen. Das Niveau der Netzwerkdiversität in Bezug auf den Akteurstyp in Italien ist etwas niedriger als in Zypern, die Werte sind jedoch vergleichbar (0,657 vs. 0,677).

Abb. 5: Normen und Werte von 9 egozentrierten Netzwerken flüchtlingsbezogener Organisationen in Italien



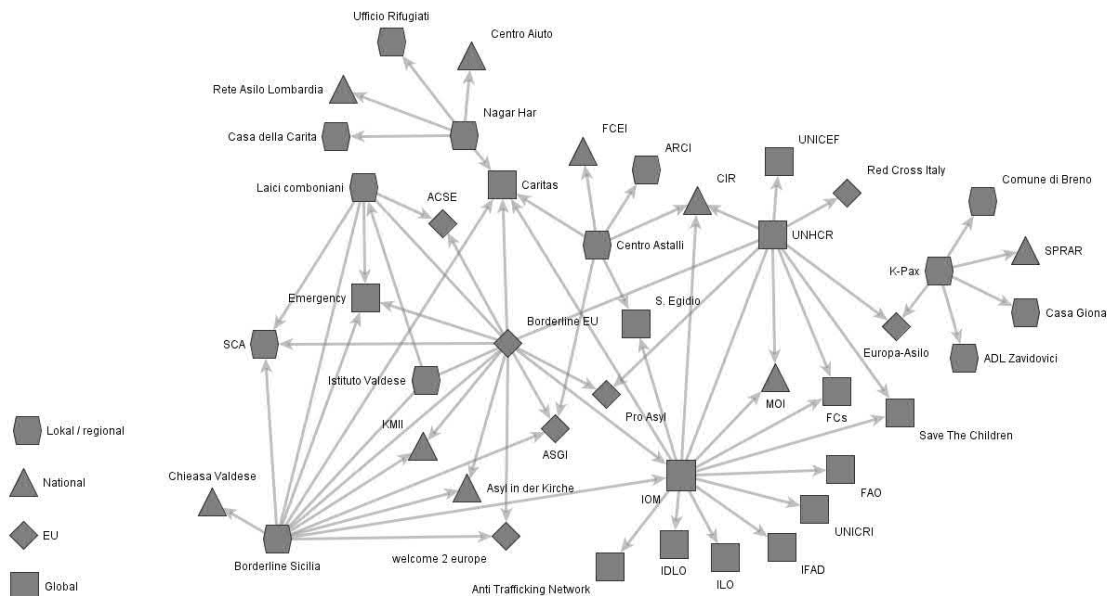
Quelle: Daten aus Experteninterviews und Homepageanalysen, eigene Darstellung.

Abbildung 5 zeigt, dass der Akteurstyp in der Regel mit entsprechenden Normen und Werten der Organisation einhergeht: NGOs kämpfen oft für Menschenrechte, während z.B. Forschungsinstitute Objektivität als normative Orientierung haben. Doch nicht alle Organisationen folgen diesem Muster: Es gibt beispielsweise religiös orientierte NGOs wie *Laici comboniani* und *Casa della Carita*. Im Fall von Italien korreliert der Akteurstyp mit den Normen und Werten der Organisationen. Daher ist die Zusammensetzung der flüchtlingsbezogenen Organisationen Italiens in Bezug auf den Akteurstyp vergleichbar mit ihrer Zusammensetzung in Bezug auf Normen und Werte.

Zu einem Kooperationsnetzwerk flüchtlingsbezogener Organisationen in Italien gehören im Durchschnitt vier menschenrechtliche Organisationen, eine politische, zwei religiös orientierte und eine Organisation mit anderen Werten und Normen. Die Netzwerkdiversität der Organisationen Italiens in Bezug auf ihre Normen und Werte beträgt 0,669 und entspricht ungefähr dem Diversitätswert derselben Netzwerke in Bezug auf den Akteurstyp (0,657). Er ist auch viel höher

als der Diversitätswert für Netzwerke der zyprischen Organisationen in Bezug auf Normen und Werte.

Abb. 6: Legitimationsfeld von 9 egozentrierten Netzwerken flüchtlingsbezogener Organisationen in Italien



Quelle: Daten aus Experteninterviews und Homepageanalysen, eigene Darstellung.

Abbildung 6 zeigt die Netzwerkkomposition der italienischen flüchtlingsrelevanten Organisationen bezogen auf das Legitimationsfeld der Kooperationspartner. Das durchschnittliche Netzwerk in Italien besteht aus zwei regionalen, zwei nationalen, drei global agierenden Organisationen und zwei auf der EU-Ebene. Die Netzwerkdiversität der italienischen flüchtlingsrelevanten Organisationen in Bezug auf das Legitimationsfeld der Partner beträgt 0,737. Dieser Wert ist etwas höher als derjenige im Fall von Organisationen in Zypern (0,624), aber vergleichbar, da in Zypern aufgrund der Größe des Landes keine lokalen bzw. regionalen Organisationen identifiziert werden können. Wenn man sich nur regional und national agierende Organisationen Italiens ansieht, kann man verglichen mit Zypern eher gewachsene Netzwerkstrukturen feststellen, die aber auch in internationale Netzwerke eingebettet sind.

Zu den globalen Key-Playern im Flüchtlingsschutzbereich Italiens gehören *UNHCR* und *IOM* – Internationale Organisation für Migration. Diese Akteure können als intergouvernementale Organisation beschrieben werden, die sich für Menschenrechte einsetzen. *IOM* unterhält als konfessionsunabhängige Organisation auch Kontakte zu mindestens zwei Partnern, die religiöse Normen und Werte haben. Religiöse Organisationen bleiben also nicht – wie nach dem Homophilie-Prinzip erwartet werden kann – unter sich, wenn es um Kooperationen geht. Unter Partnern von *IOM* findet man nicht nur intergouvernementale Organisationen, sondern auch NGOs, Akteure im Bereich Exekutive und andere Akteurstypen. Die meisten Alteri handeln global im Sinne der Menschenrechte, aber auch nationale Organisationen und Akteure mit anderen Werten und Normen gehören zum Netzwerk von *IOM*. Als Key-Player nennt diese Organisation nicht

nur viele Partner, sondern wird auch von einigen als Kooperationspartner genannt. Sie pflegt Kontakte mit unterschiedlichen Akteurstypen auf mehreren Ebenen, wobei man eine gewisse Tendenz zur Homophilie zumindest in Bezug auf Legitimationsfeld sieht.

Ein anderer zentraler Akteur im Gesamtnetzwerk der italienischen Migrantenorganisationen ist *Borderline Europe*. Es handelt sich um eine EU-weit handelnde NGO, die sich für Menschenrechte einsetzt. Die Geschäftsführerin dieser Organisation kommt aus Deutschland, was wichtige Kontakte zu deutschen Organisationen erklärt. *Borderline Europe* kooperiert mit sieben NGOs sowie Menschenrechtsverfechtern, neigt dabei aber nicht zur Homophilie in diesen Bereichen: die anderen sieben Kooperationspartner haben andere Charakteristika. Unter den Kooperationspartnern findet man nicht nur EU-agierende Player, sondern auch nationale und regionale Akteure. Das Netzwerk ist heterogen, was den Informationsfluss stark fördern dürfte. *Borderline Sicily* ist ein Pendant zu *Borderline Europe* auf regionaler Ebene, die Netzwerke der Organisationen überlappen sich stark, was mit ihren gemeinsamen Zielen einhergeht.

## Institutionalisierung eines europäischen Asylsystems?

Im Hinblick auf die Rolle von asyl- und flüchtlingsrelevanten Organisationen in der Herausbildung eines gemeinsamen europäischen Flüchtlingsregimes lässt sich festhalten, dass Organisationen in erster Linie verschiedene Aufgaben übernehmen und sich in ihrer Arbeit somit potenziell ergänzen. Es entwickeln sich Netzwerke von Organisationen im Asylbereich, die unterschiedliche Typen von Organisationen (nach Aktivitätsfeld, Normen und Werten etc.) integrieren und Verbindungen zwischen lokaler, nationaler und supra-nationaler Ebene herstellen. Einige NGOs konzentrieren sich auf Kontakte mit Asylsuchenden und Flüchtlingen, andere übernehmen dagegen die Brückenrolle zwischen den staatlichen Strukturen und Schutzsuchenden. NGOs *Borderline Europe* und *Borderline Sicily* setzen sich z. B. für die Rechte von Asylsuchenden und Flüchtlingen ein und haben wenig Kooperation mit relevanten staatlichen Organisationen. *Jesuit Refugee Service* als NGO in Malta dagegen sieht ihre Funktion als Brücke zwischen Asylsuchenden und staatlichen Behörden. Sie versucht, Migranten bei alltäglichen Problemen zu helfen. Gleiches trifft auch auf Caritas Zypern zu.

NGOs im Flüchtlingsregime weisen zum Teil sehr komplexe Beziehungen auf der lokalen, nationalen und supra-nationalen Ebene auf. Alle Organisationen betonen die Wichtigkeit nationaler wie auch internationaler Kooperation für das Erreichen ihrer Ziele. Die Geschäftsführerin einer italienischen NGO bringt es auf den Punkt: »Ohne Netzwerke ginge gar nichts«. Diese sich entwickelnden Netzwerke von Organisationen repräsentieren die »bottom-up«-Seite des emergierenden EU-Flüchtlingsregimes, dessen »top-down«-Seite *GEAS*, *EASO*, *Frontex* etc. sind. Die entstehenden Netzwerke von Organisationen profitieren von Ressourcen, die von der EU im Asylbereich angeboten werden. Mit den Netzwerken von Organisationen wird ein organisationales Feld gestärkt, in dem regulative, normative und kognitive Legitimationserwartungen an ein EU-Flüchtlingsregime präzisiert werden können.

Dabei stellen die untersuchten flüchtlingsbezogen arbeitenden Organisationen Beziehungen zwischen den öffentlichen (Sicherheits-)Strukturen der Grenzsicherung (Grenzschutz, Polizei

etc.) und der Sicherung der Asyl-, Flüchtlings- und Mobilitätsrechte (staatliche Stellen, UNHCR, Rotes Kreuz etc.), den betroffenen Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie interessierten und engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren her. Indem organisationale Netzwerke soziale Beziehungen zwischen diesen unterschiedlichen beteiligten Gruppen und Ebenen herstellen und stabilisieren, wirken sie als Teile organisationaler Felder mit geteilten Legitimationsrahmungen. Einige NGOs kooperieren eher mit anderen NGOs in demselben Land und auch grenzüberschreitend und konzentrieren sich so auf *bonding*-Funktionen untereinander sowie gegebenenfalls direkt mit Flüchtlingen. Andere Organisationen sehen ihr Aufgaben- und Legitimationsfeld eher im *bridging* zwischen unterschiedlichen Typen von Organisationen (z.B. öffentlichen bzw. staatlichen Strukturen, den NGOs und gegebenenfalls betroffenen Flüchtlingen oder Asylsuchenden). Die untersuchten Organisationen variieren erheblich nach Größe, Ressourcenbezug, Geschichte, Werte- und Normenausrichtung. Während einige egozentrierte organisationale Netzwerke eher lokal oder national ausgerichtet sind, sind andere eher transnational, europäisch oder global ausgerichtet.

Da die bisherigen Datenerhebungen auf Querschnittserhebungen fokussierten, kann über die Dynamik einer möglichen Institutionalisierungsrichtung bisher wenig ausgesagt werden. Festgestellt werden kann ein nicht unerheblicher Grad der Vernetzung und der Diversität von egozentrierten organisationalen Netzwerken. Diese organisationalen Verflechtungen können als eine wesentliche Basis und Voraussetzung einer europäischen Institutionalisierung eines gemeinsamen Asylsystems und Flüchtlingsregimes angesehen werden. Neben bereits etablierten regulativen Legitimitätserwartungen können durch diese organisationalen Verflechtungen vor allem die normativen und kognitiven Säulen europäischer Legitimität gestärkt werden. Weitere Forschungen sollten sich expliziter auf das Verhältnis und die Wirkungen zwischen diesen verschiedenen Legitimitätsebenen und deren Dynamik im Zeitverlauf konzentrieren.

## Literatur

- Baum, J. A. C., Calabrese, T., Silverman, B. 2000: Don't go it alone: Alliance network composition and startups' performance in Canadian biotechnology. *Strategic Management Journal*, 21. Jg., Heft 3, 267-294.
- DiMaggio, P. J., Powell, W. W. 1983: The iron cage revisited: Institutional isomorphism and collective rationality in organizational fields. *American Sociology Review*, 48. Jg., Heft 2, 147-160.
- EASO 2014: Annual Report. Situation of Asylum in the European Union 2013, <http://easo.europa.eu/wp-content/uploads/EASO-AR-final1.pdf> (letzter Aufruf 31. Mai 2015).
- Kaunert, Ch., Leonard, S. 2011: European Security Governance after the Lisbon Treaty: Neighbours and New Actors in a Changing Security Environment. *Perspectives on European Politics and Society*, 12. Jg., Heft 4, 359-508.
- Leist-Villis, A. 2004: Zweisprachigkeit im Kontext sozialer Netzwerke: unterstützende Rahmenbedingungen zweisprachiger Entwicklung und Erziehung am Beispiel griechisch-deutsch. Münster: Waxmann Verlag.
- McPherson, M., Smith-Lovin, L., Cook, J. M. 2001: Birds of a Feather. Homophily in Social Networks. *Annual Review of Sociology*, 27. Jg., Heft 1, 415-444.
- Meyer, J. W., Rowan, B. 1977: Institutionalized organizations: Formal structure as myth and ceremony. *American Journal of Sociology*, 83. Jg., Heft 2, 340-363.



- Oliver, C. 1991: Strategic Responses to Institutional Processes. *Academy of Management Review*, 16. Jg., Heft 1, 145–179.
- Salk, J., Nielsen, F., Marks, G. 2001: Patterns of Cooperation among Regional Offices in Brussels, Homophily, Complementarity and National Embeddedness. Southern Sociological Society meeting, Atlanta. 4–7, March 2001.
- Scott, W. R. 1991: Unpacking Institutional Arguments. In W. W. Powell, P. J. DiMaggio (Hg.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago, London, 164–182.
- Thielemann, E. R., El-Enany, N. 2009: Beyond fortress Europe?: How European Cooperation Strengthens Refugee Protection. European Union Studies Association Eleventh Biennial International Conference, 23rd–25th April 2009, Marina Del Rey, Los Angeles, USA.
- UNHCR 2012: The state of the World's Refugees. Search of Solidarity. Synthesis Report. Vienna, <http://www.unhcr.org/4fc5ceca9.html> (letzter Aufruf 31. Mai 2015).

## Anhang

In den Abbildungen verwendete Abkürzungen:

a) Zypern

ALCO: Accept LGBTI Cyprus OASIS

CARDET: Centre for the Advancement of Research and Development in Educational Technology

CCR: Commissioner for Children's Rights

CEDAW: Committee on the Elimination of Discrimination against Women

CERD: Committee on the Elimination of Racial Discrimination

CTP: Committee Against Torture

CUT: Cyprus University of Technology

EC: European Commission

ECRE: European Council on Refugees and Exile

ECRI: European Commission against Racism and Intolerance

EFN: European Freedom Network

EMHRN: Euro-Mediterranean Human Rights Network

ENAR: European Network against Racism

ENoMW: European Network of Migrant Women

EWL: European Women's Lobby

FWC: The Future Worlds Center

HRC: Human Rights Council

IOM: International Organization for Migration

MIGS: Mediterranean Institute of Gender Studies

MOI: Ministry of Interior

NMWR: National Machinery for Women's rights

PICUM: Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants

RRA (TIC): Refugees Rights Association

UNHCR: United Nations High Commissioner for Refugees

UNICEF: United Nations International Children's Emergency Fund

VDC: Volunteer Doctors of Cyprus

WHO: World Health Organization

## b) Italien:

ADL Zavidovici: Ambasciata della Democrazia Locale a Zavidovici

ASGI: The Association for Juridical Studies on Immigration

CIR: Consiglio Italiano Per I Rifugiati

FAO: Food and Agriculture Organization of the United Nations

FCs: Foreign Consulates

FCEI: Federazione delle chiese evangeliche in Italia

IDLO: International Development Law Organization

IFAD: International Fund for Agricultural Development

ILO: International Labour Organization

IOM: International Organization for Migration

KMII: Kein Mensch ist illegal

MOI: Ministry of Interior

SCA: Santa Chiara Associazione

SPRAR: System for the Protection of Asylum Seekers and Refugees

UNHCR: United Nations High Commissioner for Refugees

UNICEF: United Nations International Children's Emergency Fund

UNICRI: United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute

»Evolution und Zusammenbruch sozialer Ordnung«  
der Sektion Modellbildung und Simulation  
– organisiert von Andreas Diekmann, Monika Jungbauer-Gans und Ben Jann

# Die Krise der wissenschaftlichen Routine

## Computersimulationen zu Kuhns »Structure of Scientific Revolutions«

Georg P. Mueller

*Beitrag zur Veranstaltung »Evolution und Zusammenbruch sozialer Ordnung« der Sektion Modellbildung und Simulation – organisiert von Andreas Diekmann, Monika Jungbauer-Gans und Ben Jann*

Dieser Beitrag ist ein Versuch, zentrale Gedanken von Thomas Kuhn aus seinem 1962 erstmals erschienenen Buch *The Structure of Scientific Revolutions* einer mathematischen Formalisierung zu zuführen. Kuhn beschreibt in diesem Buch den Lebenszyklus von sogenannten Paradigmen, welcher in der Regel mit einem neuen wissenschaftlichen Programm beginnt, das aus Theorien, Erkenntnis leitenden Fragen, einem Katalog von wissenschaftlichen Problemen (»Rätseln«) sowie Methoden zu deren Lösung besteht. In einer revolutionären Anfangsphase vermögen solche Paradigmen eine rasch wachsende Zahl von Wissenschaftler/-innen zu überzeugen und werden so zum neuen »main stream« einer »scientific community«. Auf diese Anfangsphase folgt nach Kuhn (1962: Kap. 4) die Etappe der »normal science«, in welcher die »scientific community« mit den etablierten Methoden des neuen Paradigmas routineartig dessen wissenschaftliche Rätsel zu lösen versucht. Schließlich endet nach Kuhn (1962: Kap. 6) das neue Paradigma in einer Krise: Alle einfachen wissenschaftlichen Rätsel sind gelöst und die verbleibenden Fragen lassen sich mit den alten wissenschaftlichen Routineprozeduren nicht wirklich beantworten. Damit ist die »scientific community« bereit, sich im Rahmen einer wissenschaftlichen Revolution einem neuen Paradigma zu zuwenden und so den Lebenszyklus des beschriebenen alten Paradigmas abzuschließen.

Obschon das Buch von Kuhn sehr berühmt ist, sind zwei wesentliche Konstruktionsmängel unübersehbar: Zum einen nimmt das Buch vor allem auf historische Revolutionen Bezug und ignoriert so weitgehend die zentralen Institutionen des gegenwärtigen Wissenschaftsbetriebs wie etwa das *Peer Reviewing* von Publikationen oder das *Publish-or-Perish*-Prinzip bei der Vergabe von akademischen Positionen. Zum andern geht Kuhn von einer monoparadigmatischen Wissenschaftskonzeption aus, in welcher für die Koexistenz von mehreren Paradigmen kein Raum ist. Diese Konzeption mag für die von Kuhn analysierten Naturwissenschaften durchaus ihre Berechtigung haben, sie greift aber für die Geistes- und Sozialwissenschaften mit oft mehreren koexistierenden Schulen und Paradigmen zu kurz (Tracy et al. 2004).

Um diese zwei Probleme des Kuhnschen Wissenschaftsmodells wenigstens ansatzweise lösen zu können, präsentieren wir im Folgenden ein Simulationsmodell auf der Grundlage der evolutionären Spieltheorie. Anders als das Buch von Kuhn berücksichtigt dieses Modell das institutionelle Setting des modernen Wissenschaftsbetriebs (Edmonds et al. 2011) und erlaubt es zudem, sowohl die Entwicklung von mono- als auch von polyparadigmatischen Wissenschaften zu simulieren.

Das Modell, das wir in dieser Arbeit vorstellen werden, unterscheidet sich deutlich von den schon etwas älteren Simulationsstudien von Sterman (1985) sowie Sterman und Wittenberg (1999), die ebenfalls auf Kuhns *Structure of Scientific Revolutions* basieren. Während die letzten einen Systems-Dynamics Ansatz verfolgen (Gilbert, Troitzsch 2011: Kap. 3), beruht die vorliegende Arbeit auf der evolutionären Spieltheorie (Maynard Smith 1993), die wir für die Beschreibung des Wettbewerbs zwischen verschiedenen Paradigmen als besonders geeignet halten. Dieser Ansatz erlaubt es, die multiparadigmatische Koexistenz verschiedener Schulen zu erklären, während das Modell von Sterman und Wittenberg (1999: 329, Abbildung 7a) nur die von Kuhn (1962) postulierte sequentielle Abfolge von paradigmatischen Monopolen zu erklären scheint.

## Ein spieltheoretisches Modell der Paradigmenkonkurrenz

Die evolutionäre Spieltheorie (Maynard Smith 1993; Weibull 1996; Webb 2007: Kap. 8) ist ursprünglich für die theoretische Biologie und deren Interesse an der Dynamik von Teilpopulationen entwickelt worden. Ihr mathematisches Kernstück ist eine 2x2 Matrix, welche die vier möglichen Auszahlungen (Payoffs) aus dem zufälligen Zusammentreffen zweier Spezies beschreibt. Je höher die gewichtete Summe der Auszahlungen für die eine Spezies ist, desto höher ist deren relative Fitness und deren Bevölkerungswachstum im Vergleich zur anderen.

Diese ursprünglich eher biologisch orientierten Konzepte sind mit Erfolg auch für die Analyse dynamischer sozialer Prozesse verwendet worden (Axelrod 1990; Mueller 2009; Mueller 2012; Hanauske 2012). Da es bei Kuhns Modell der wissenschaftlichen Revolutionen letztlich um die Dynamik von Paradigmenkonkurrenz geht, versuchen wir in dieser Arbeit die Theorie von Kuhn mit den Mitteln der evolutionären Spieltheorie zu formalisieren. Die beiden interagierenden Spezies sind hierbei offensichtlich die Anhänger/-innen des alten und des neuen Paradigmas, die wir hier durch die Parameter:

$$S_n = \text{Anteil (share) der Anhänger/-innen des neuen Paradigmas} \quad (1a)$$

$$S_o = 1 - S_n = \text{Anteil der Anhänger/-innen des alten (old) Paradigmas} \quad (1b)$$

beschreiben.<sup>1</sup> Die Arenen, in denen diese beiden *Spezies* als Antragsteller/-innen und als Entscheidungsträger/-innen aufeinandertreffen, sind die Herausgeberkollegien (Editorial Boards) von wissenschaftlichen Zeitschriften, universitäre Berufungskommissionen sowie Entscheidungsgremien von wissenschaftlichen Förderinstitutionen. Die Interaktionen zwischen den beiden *Spezies* sind aufgrund der Unverträglichkeit der von ihnen vertretenen Paradigmen wohl eher feindlich, zumindest wenn man die Beziehungen innerhalb einer paradigmatischen Gruppe zum

<sup>1</sup> Siehe Glossar der mathematischen Symbole am Ende des Artikels.

Maßstab nimmt. Die daraus resultierende unterschiedliche Behandlung von intra- und extra-paradigmatischen Förderanliegen hat offensichtlich Konsequenzen für die wissenschaftliche Karriere und das *akademische Überleben* der Antragsteller/-innen, die wir im Folgenden am Beispiel des *Peer Reviewings* von Manuskripten für wissenschaftliche Zeitschriften untersuchen werden.

Tab: 1: Die Akzeptanzraten des alten und des neuen Paradigmas<sup>2</sup>

Reviewer-Paradigma:	Anteil:	Autoren-Paradigma:	
		Altes Paradigma	Neues Paradigma
Altes Paradigma	$S_o$	$A_i$	$A_e$
Neues Paradigma	$S_n$	$A_e$	$A_i$
Gesamte Akzeptanzrate des Paradigmas		$A_o = S_o * A_i + S_n * A_e$	$A_n = S_o * A_e + S_n * A_i$

Legende:  $A_i$  = Akzeptanzrate der intra-paradigmatischen Artikel;  $A_e$  = Akzeptanzrate der extra-paradigmatischen Artikel;  $A_o$  = Akzeptanzrate des alten Paradigmas;  $A_n$  = Akzeptanzrate des neuen Paradigmas.

Nimmt man an, dass die Zusammensetzung der Paradigmenorientierung der Mitglieder eines *Editorial Board* proportional zu den allgemeinen Populationsanteilen  $S_o$  und  $S_n$  des alten und des neuen Paradigmas ist, so kann man daraus die *totale Akzeptanzrate*  $A_o$  des *alten* und den entsprechenden Wert  $A_n$  des *neuen Paradigmas* berechnen. Gemäß Tabelle 1 entsprechen diese Werte den gewichteten Summen aus den *Akzeptanzraten*  $A_i$  der *intra-paradigmatischen* und  $A_e$  der *extra-paradigmatischen* Arbeiten:

$$A_n = S_o * A_e + S_n * A_i \quad (2a)$$

$$A_o = S_o * A_i + S_n * A_e \quad (2b)$$

Wir postulieren somit, dass das Ergebnis des Reviewing-Prozesses bezüglich der Akzeptanz eines Manuskripts unter anderem durch die Zufälligkeit der Zuordnung von Manuskript und Reviewer/-innen beeinflusst ist (siehe Bornmann, Daniel 2009). Falls wir zusätzlich noch von einer Diskriminierung extra-paradigmatischer Arbeiten ausgehen (Daniel 1993: 71, Shatz 2004: Kap. 3), so dass

$$A_e < A_i \quad (3)$$

so ergibt sich aus den Gleichungen (2a) und (2b) für neue Paradigmen im Vergleich zu  $A_o$  eine anfänglich eher tiefe Akzeptanzrate  $A_n$ : Zu Beginn sind ja jeweils  $S_n \approx 0$  und  $S_o \approx 1$ .

<sup>2</sup> Zur Vereinfachung werden in dieser Tabelle nur männliche Formulierungen verwendet, ohne dass dadurch die wissenschaftlichen Leistungen von Frauen verkannt werden sollen.

Allerdings haben neue Paradigmen gegenüber alten anfänglich den Vorteil, dass sie noch unverbraucht sind und ambitionierten Forschern/-innen viele einfach zu lösende wissenschaftliche Rätsel anbieten. In dieser Phase ist daher die *Einfachheit von Entdeckungen mit dem neuen Paradigma*  $E_n$  deutlich besser als der zeitgleiche entsprechende Wert  $E_o$  des alten Paradigmas. Letzteres ist am Ende seines Lebenszyklus angelangt und steht nach Kuhn (1962, Kap. 7) bei der Lösung der verbleibenden wissenschaftlichen Rätsel oft vor unüberwindbaren Schwierigkeiten. Das hat Konsequenzen für die wissenschaftliche Produktivität  $F_o$  der Anhänger/-innen des alten Paradigmas, resp. der Produktivität  $F_n$  der Anhänger/-innen des neuen, weil die Einfachheit von Entdeckungen  $E_o$  und  $E_n$  die ursprünglichen Akzeptanzraten  $A_o$  und  $A_n$  (siehe Tabelle 1) auf folgende Weise modifiziert:

$$F_n = E_n * A_n = E_n * (S_o * A_e + S_n * A_i) \quad (4a)$$

$$F_o = E_o * A_o = E_o * (S_o * A_i + S_n * A_e) \quad (4b)$$

Da die vorerwähnte Produktivität in Form von akzeptierten wissenschaftlichen Arbeiten die Karrieren und akademischen Überlebenschancen der Anhänger/-innen der beiden Paradigmen beeinflussen, haben wir diese in den Formeln (4a) und (4b) mit den Symbolen  $F_o$  und  $F_n$  bezeichnet, welche für die *Fitness* der Anhänger/-innen des alten, resp. des neuen Paradigmas stehen. In Übereinstimmung mit generellen Annahmen der evolutionären Spieltheorie (Weibull 1996: Kap. 3) postulieren wir daher, dass das *Wachstum*  $\Delta S_n$  der Anhänger/-innen des *neuen* Paradigmas auf folgende Weise von  $F_n$  und  $F_o$  abhängt:

$$\Delta S_n = \delta * (F_n - F_o), \text{ falls } 0 < S_n < 1, \text{ sonst } \Delta S_n = 0, \text{ wobei } \delta = \text{konstanter Zeitschritt.} \quad (5a)$$

Analog postulieren wir, dass für das *Wachstum*  $\Delta S_o$  der Anhängerschaft des *alten* Paradigmas folgendes gilt:

$$\Delta S_o = \delta * (F_o - F_n), \text{ falls } 0 < S_o < 1, \text{ sonst } \Delta S_o = 0. \quad (5b)$$

Beide Gleichungen (5a) und (5b) sind so konzeptualisiert, dass die Populationsanteile  $S_o$  und  $S_n$  das Definitionsintervall  $[0,1]$  nicht verlassen können und summiert immer 1 ergeben.<sup>3</sup> Die durch diese Gleichungen beschriebenen Populationsveränderungen sind zum einen das Resultat von Paradigmenwechseln von etablierten Wissenschaftler/-innen und zum andern das Ergebnis eines rationalen Entscheidungskalküls des wissenschaftlichen Nachwuchses, der seine eigenen Karrierechancen durch die Wahl des jeweils besten Paradigmas zu optimieren trachtet.

Der komparative Vorteil, dass neue Paradigmen Karriere orientierten Akademiker/-innen viele einfach zu lösende wissenschaftliche Rätsel anbieten, verschwindet im Verlaufe der Zeit, weil nach der Lösung der einfacheren Rätsel immer mehr schwierige wissenschaftliche Probleme zurückbleiben. Dementsprechend sinkt mit der Zeit die Einfachheit  $E_n$  von Entdeckungen mit dem neuen Paradigma. Diese Erosion schreitet umso schneller voran, je grösser die Population  $S_n$  der wissenschaftlichen Rätsellöser/-innen und deren intellektuelle Produktivität  $F_n$  ist.

<sup>3</sup> Aus (5a) und (5b) folgt  $\Delta S_n = -\Delta S_o$ , so dass die Summe  $S_n + S_o$  zeitinvariant und immer gleich 1 ist (siehe Formel (1b)).

Wir postulieren daher:

$$\Delta E_n = -\delta * F_n * S_n, \text{ wobei der Anfangswert } E_n = 1 \text{ und } \delta = \text{konstanter Zeitschritt.} \quad (6a)$$

Analoge Überlegungen gelten auch für das alte Paradigma, so dass

$$\Delta E_o = -\delta * F_o * S_o, \text{ wobei der Anfangswert } E_o < 1. \quad (6b)$$

Somit sind nach einer gewissen Zeit beide Paradigmen veraltet und werden unter Umständen durch ein drittes, neues Paradigma ersetzt. Dieser Prozess ist allerdings nicht Gegenstand des vorliegenden Artikels.

## Modell-Simulationen

### Einleitung

In diesem Abschnitt verfolgen wir zwei miteinander verbundene Ziele: Als erstes versuchen wir für die Anhänger/-innen der beiden Paradigmen einen *Gesamtüberblick* über die verschiedenen *Populationsdynamiken* zu gewinnen, welche sich durch Variation der Input-Parameter des Modells erzeugen lassen. Von besonderem Interesse ist dabei einerseits die von Kuhn (1962) postulierte Abfolge von sich ausschließenden Paradigmen mit Monopolcharakter und andererseits die in Realität oft anzutreffende Koexistenz von mehreren Paradigmen. Unmittelbar damit verbunden, verfolgen wir als zweites Ziel die Analyse der *Determinanten* der vorerwähnten Populationsdynamiken. Da das Modell nur wenige Input-Parameter aufweist, können wir uns dabei auf zwei Determinanten konzentrieren: Die Akzeptanzrate für extra-paradigmatische Arbeiten  $A_e$  und die initiale Einfachheit von Entdeckungen mit dem alten Paradigma  $E_o$ . Zwecks Standardisierung setzen wir die Initialwerte der analogen Parameter  $E_n = 1$  und  $A_i = 1$ , so dass sich die untersuchten  $E_o$  und  $A_e$  als Bruchteile von  $E_n$  und  $A_i$  darstellen lassen.

Wegen der relativen Komplexität unseres Modells haben wir versucht, die vorgenannten Ziele mittels *Computersimulation* zu erreichen. Zu diesem Zweck haben wir ein Excel-Programm geschrieben, dessen Kolonnen die einzelnen Modell-Variablen wie zum Beispiel  $S_o$  und  $S_n$  repräsentieren und dessen Zeilen den jeweils um  $\delta = 0.1$  Einheiten verschobenen, aufeinanderfolgenden Zeitpunkten der Differenzgleichungen des Modells entsprechen. Die einzelnen Zeilen sind dabei so miteinander verbunden, dass sich die in den Gleichungen (5a, 5b) und (6a, 6b) beschriebenen Veränderungen einzelner Variablen durch das gesamte Excel-Spreadsheet fortpflanzen. Diese Veränderungen werden dadurch ausgelöst, dass zwischen den Zeitpunkten  $t = 1$  (Spreadsheet-Zeile 1) und  $t = 1 + \delta$  (Spreadsheet-Zeile 2) ein neues Paradigma auftaucht, welches das initiale Monopol des alten Paradigmas aufweicht und so den Anteil der Anhänger/-innen dieses Paradigmas von  $S_o = 1.0$  auf  $S_o = 0.95$  senkt. Auf diese Weise lässt sich die Populationsdynamik der Anhänger/-innen des alten und neuen Paradigmas unter variierenden Annahmen bezüglich  $E_o$  und  $A_e$  studieren.

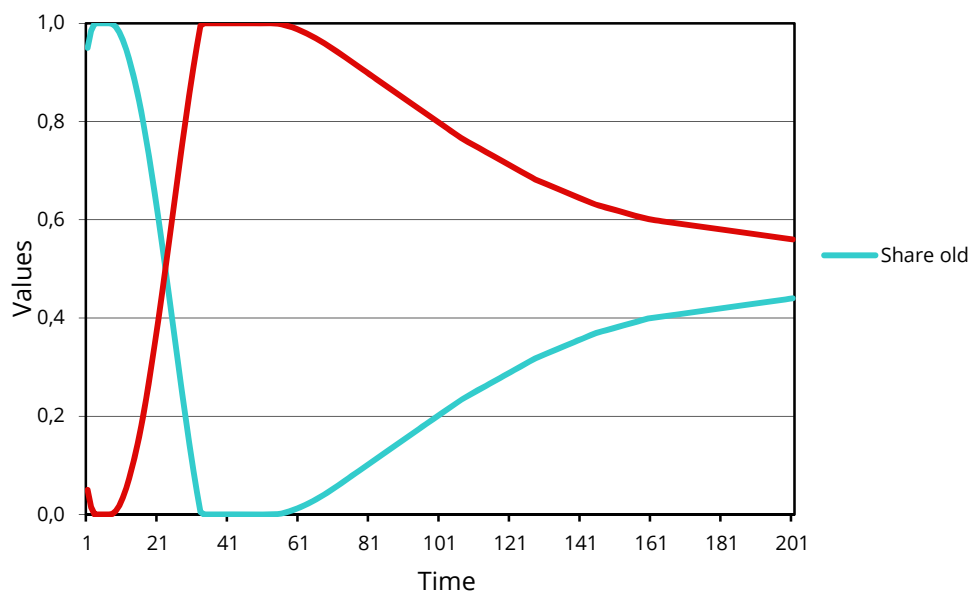


## Eine Typologie der simulierten Populationsdynamiken

Anhand der vorerwähnten Simulationen lassen sich insgesamt vier Typen von wissenschaftlichen Revolutionen unterscheiden:

- Die klassische, *vollständige Revolution*, die von Kuhn (1962) beschrieben worden ist. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass ein neues Paradigma ein altes, ursprünglich monopolistisch dominierendes, vollständig und unwiderruflich verdrängt. Bei zufälliger Wahl der Modellparameter  $E_o$  und  $A_e$  tritt diese Art der Populationsdynamik in unseren Modellsimulationen allerdings eher selten auf.
- Die *unvollständige Revolution*. Charakteristisch für diesen Revolutionstyp ist, dass das neue Paradigma das alte nicht wirklich zu verdrängen vermag, so dass schlussendlich eine multiparadigmatische Situation mit zwei koexistierenden Paradigmen entsteht. Solch unvollständige Revolutionen sind in unseren Simulationen bei zufälligem Parameterinput weit häufiger als die vorerwähnten vollständigen Revolutionen von Kuhn.
- Die *verzögerte Revolution*. Typischerweise gibt es bei diesem Revolutionstyp zunächst ein neues Paradigma, welches ein *Untergrunddasein* fristet und nur wenige Anhänger/-innen hat, weil das alte Paradigma noch nicht wirklich abgenutzt ist und damit seine Monopolstellung zu behaupten vermag. Nach einer gewissen Latenzzeit beginnt sich das neue Paradigma auf Kosten des alten aber rasch auszubreiten. Das Endresultat dieses Wachstums kann eine unvollständige Revolution mit zwei koexistierenden Paradigmen sein. Ebenso lässt sich als Simulationsergebnis aber auch eine vollständige Revolution beobachten, die eine neue monopolparadigmatische Situation zur Folge hat.

Abb. 1: Beispiel einer verzögerten unvollständigen Revolution.<sup>4</sup>



<sup>4</sup> Initiale Parameterwerte von Abbildung 1:  $E_o = 0.9$ ,  $A_e = 0.5$ .

- d) Die *verhinderte Revolution*: In diesem Fall erweist sich das Festhalten am alten Paradigma als evolutionär stabile Strategie (Weibull 1996: Kap. 2.1), welche die *Invasion* der wissenschaftlichen Disziplin durch Vertreter/-innen des neuen Paradigmas auf Dauer abzuwehren vermag. Diese kehren entweder zum alten Paradigma zurück oder verlassen mangels akademischer Karrierechancen die Scientific Community auf Dauer.

Die vorerwähnten Revolutionstypen lassen sich zum Teil mischen, so dass zum Beispiel eine verzögerte vollständige oder eine verzögerte unvollständige Revolution simulierbar sind. Abb. 1 illustriert den letztgenannten Typ einer verzögerten unvollständigen Revolution.

### Determinanten der Stabilität und Langzeit-Dominanz der beiden Paradigmen

Die im letzten Unterkapitel beschriebenen Revolutionen und Paradigmenwechsel unterscheiden sich im Wesentlichen auf zwei Dimensionen:

- 1) Bezüglich der längerfristigen *Stabilität des alten Paradigmas*, falls ein neues auftaucht, das zunächst von 5% aller Wissenschaftler/-innen übernommen wird. Dabei sind für das alte Paradigma drei Typen von Stabilität zu unterscheiden: *Permanente Stabilität*, *zeitweilige Stabilität*, oder *sofortige Instabilität*. Der erste Fall ist das Ergebnis einer verhinderten Revolution, der zweite einer verzögerten Revolution und der letzte einer klassischen oder unvollständigen Revolution.
- 2) Bezüglich des *Paradigmas*, das schlussendlich *dominiert*, falls das ursprüngliche Gleichgewicht durch das Auftreten eines neuen Paradigmas auf die unter (1) beschriebene Weise gestört worden ist. Zu unterscheiden sind wiederum drei Situationen: Das *alte Paradigma* behält langfristig seine Monopolstellung, das *neue* setzt sich vollumfänglich durch, oder es etabliert sich eine *multiparadigmatische Situation*, in der sowohl das alte auch das neue Paradigma gewichtige Teile der Scientific Community hinter sich haben.

Wie schon früher erwähnt, hängt die Klassifikation der simulierten Ergebnisse auf diesen zwei Dimensionen von der Einfachheit  $E_o$  von Entdeckungen mit dem alten Paradigma sowie der Akzeptanz  $A_e$  der jeweils externen, *fremden* Paradigmen ab. Um eine gute Übersicht über die Effekte dieser beiden Input-Variablen zu erhalten, haben wir das Modell für systematisch variierte Werte  $E_o = 0., 0.2, 0.4, \dots, 1$  und  $A_e = 0., 0.2, 0.4, \dots, 1$ <sup>5</sup> über einen Prognosezeitraum von 400 Zeitschritten mit jeweils  $\delta = 0.1$  Einheiten Abstand simuliert. Die Ergebnisse dieser Simulationen sind in den Abbildungen 2a und 2b visualisiert und lassen drei unterschiedliche Situationen erkennen:

<sup>5</sup> Definitionsgemäß sind  $A_e = 0$  und  $E_o = 0$  die *niedrigsten* möglichen Werte dieser zwei Parameter. Da  $A_e < A_i = 1$  und  $E_o < E_n = 1$  können die Parameter  $A_e$  und  $E_o$  den Wert 1 *nicht überschreiten*.

Abb. 2a: Die Stabilität des alten Paradigmas, als Funktion der Akzeptanz  $A_e$  und der Einfachheit  $E_o$

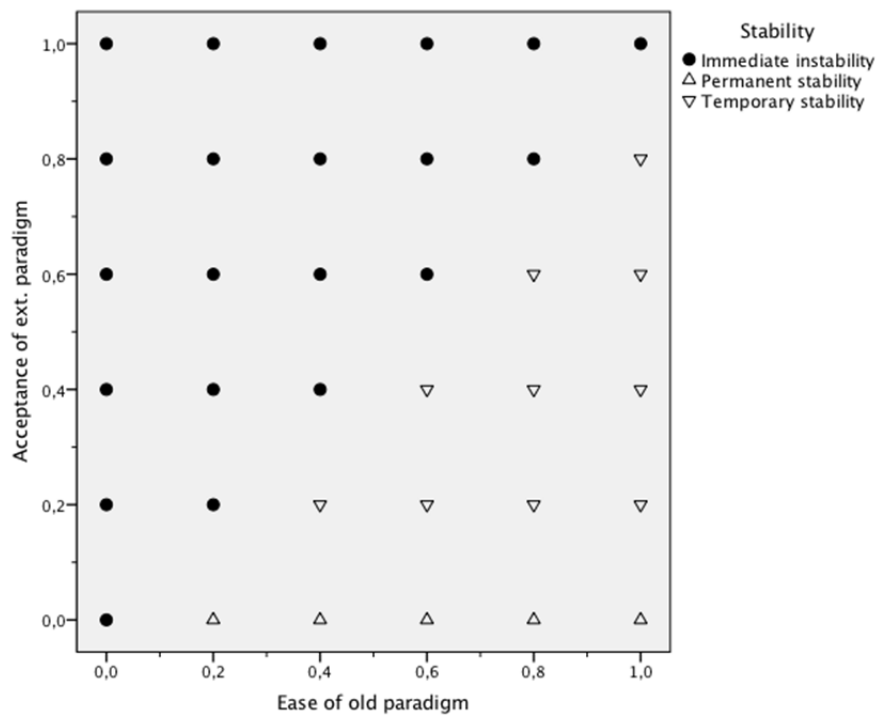
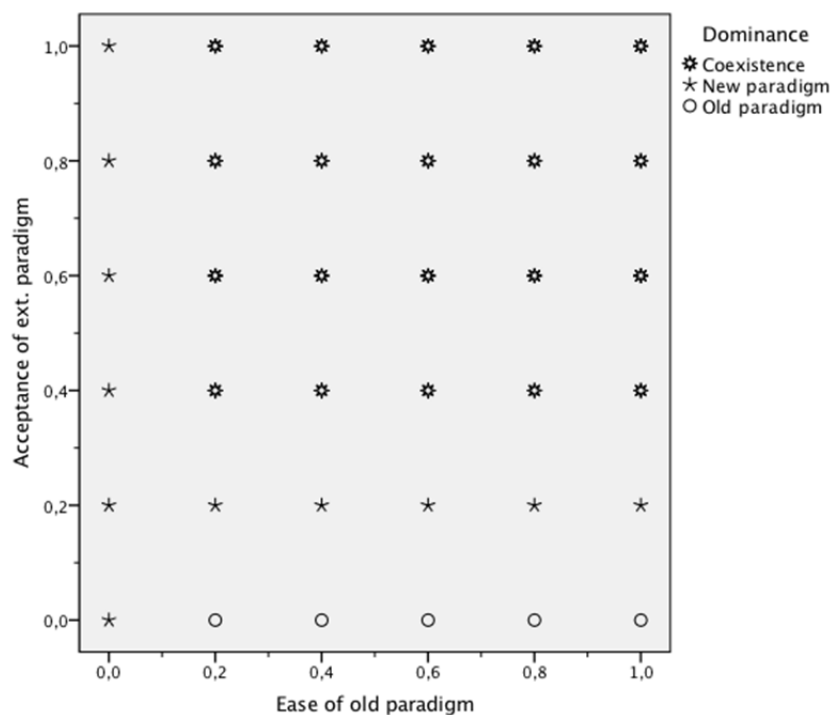


Abb. 2b: Die Langzeit-Dominanz der beiden Paradigmen als Funktion der Akzeptanz  $A_e$  und der Einfachheit  $E_o$ <sup>6</sup>



6 Zeithorizont: 400 Zeiteinheiten.

- a)  $A_e \geq E_o$ : Wie Abbildung 2a zeigt, brechen wissenschaftliche Revolutionen in dieser Situation immer *ohne Verzug* aus. Wenn also die Anhänger/-innen des alten Paradigmas, die qua Voraussetzung zum Startzeitpunkt die *Editorial Boards* der Fachzeitschriften monopolistisch kontrollieren, gegenüber extra-paradigmatischen Ideen und damit insbesondere gegenüber dem neuen Paradigma zu tolerant sind, so tritt die Schwächung des alten Paradigmas unverzüglich ein. Falls für die Akzeptanz des externen Paradigmas zusätzlich noch  $A_e > .2$  gilt, so bleibt die Revolution unvollständig und endet fast immer in einer multiparadigmatischen Situation (siehe Abbildung 2b): Das neue Paradigma wächst dann aufgrund seiner hohen Akzeptanz zu rasch und nützt sich in diesem Fall zu schnell ab, so dass das alte Paradigma seine relative Attraktivität nicht gänzlich verliert. Falls hingegen  $A_e \leq .2$  ist, so setzt sich das neue Paradigma gemäß Abbildung 2b vollständig durch. Wie schon zuvor bemerkt, ist diese Art von unmittelbarer vollständiger wissenschaftlicher Revolution bei zufälliger Wahl der Simulationsbedingungen  $A_e$  und  $E_o$  eher selten (vgl. Abbildung 2a, b).
- b)  $A_e < E_o$  aber  $A_e > 0$ : Die Einfachheit der Entdeckungen mit dem alten Paradigma ist in diesem Fall zu hoch für einen unverzüglichen Wandel, wie wir ihn im vorangehenden Abschnitt (a) diskutiert haben (siehe Abbildung 2a). Erst nach einer zusätzlichen Abnutzung des alten Paradigmas und einer Reduktion von  $E_o$  unter den Grenzwert  $A_e$  wird eine verzögerte Revolution ausgelöst (siehe Abbildung 2a). Für  $A_e > .2$  endet diese verzögerte Revolution wiederum in einer multiparadigmatischen Situation (siehe Abbildung 2b). Ist dagegen  $A_e \leq .2$ , so setzt sich, wie im letzten Abschnitt (a) beschrieben, das neue Paradigma vollständig und monopolistisch durch (siehe Abbildung 2b).
- c)  $A_e = 0$ : Die Anhänger/-innen des alten Paradigmas üben in diesem Fall zu Beginn der Simulation eine monopolistische Kontrolle über die wissenschaftliche Produktion aus und verwenden diese zur Durchsetzung einer De-facto-Zensur für extra-paradigmatische Arbeiten. Wie Abbildung 2b zeigt, erweist sich dies nicht ganz unerwartet als eine evolutionär stabile Strategie, welche Revolutionen und paradigmatischen Wandel so lange zu verhindern vermag, als das alte Paradigma nicht völlig abgenutzt ist. Falls es allerdings im Rahmen des alten Paradigmas keine lösbaren Rätsel mehr gibt und  $E_o$  den Wert 0 erreicht, so müssen die Anhänger/-innen des alten Paradigmas ihren Widerstand gegen Neues aufgeben und es bricht unverzüglich eine klassische, vollständige Revolution aus, die mit dem Monopol des neuen Paradigmas endet (siehe Punkt ( $E_o = 0, A_e = 0$ ) in Abbildung 2b).

## Zusammenfassung und Ausblick

In diesem Artikel haben wir ein Modell vorgestellt, mit dem sich sowohl wissenschaftliche Revolutionen im Sinne von Kuhn (1962) als auch andere Formen des paradigmatischen Wandels studieren lassen. Die von Kuhn beschriebene vollständige Ablösung eines alten Paradigmas durch ein neues erweist sich dabei als ein eher seltener Spezialfall, der nur dann eintreten kann, falls die Akzeptanz  $A_e$  externer, hier also neuer Paradigmen kleiner oder gleich 0.2 ist. In Anbetracht der großen Zahl konkurrierender wissenschaftlicher Fachzeitschriften ist die *Distanz* von  $A_e$  zu der auf 1 normierten Akzeptanz  $A_i$  der intra-paradigmatischen Arbeiten im Allgemeinen wohl nur klein. Weil dadurch  $A_e$  oft grösser als 0.5 ist, sollten gemäß Abbildung 2b eher multi- denn monoparadigmatische Situationen zu beobachten sein. Deren Entstehung ist für die erwähnten hohen Werte von  $A_e$  keinesfalls an die weitgehende Abnützung eines alten Paradigmas gebunden: Sobald die Einfachheit von Entdeckungen  $E_o$  kleiner ist als die eher *hohe* Akzeptanz  $A_e$  neuer, externer Paradigmen, so kann sich neben dem noch vitalen alten Paradigma *ohne weitere Verzögerung* ein neues bilden (siehe Abbildung 2a).

Unsere Aussagen zur spontanen Herausbildung multiparadigmatischer Wissenschaft beruhen auf Simulationen mit einem empirisch nicht weiter geprüften Modell. Als Fortsetzung dieser Arbeit ist daher geplant, geeignete Zeitreihendaten zur Ausbreitung von neuen Paradigmen zu suchen und das Simulationsmodell dann so zu kalibrieren, dass es diese Daten möglichst gut zu reproduzieren vermag. Als Datenquellen bieten sich hierzu die elektronischen Fachbibliografien *Google Scholar* (Google 2015) und *Web of Science* (Thomson Reuters 2015) an. Mit diesen Datenbanken kann man durch geschickte Auswahl von geeigneten Titelstichwörtern jene Zeitschriftenartikel und Bücher identifizieren, die im Rahmen eines bestimmten Paradigmas geschrieben worden sind. Diese lassen sich zur Jahresproduktion einer paradigmatischen Gemeinschaft aggregieren und anschließend zur empirischen Prüfung des Modells dieser Arbeit verwenden.

## Literatur

- Axelrod, R. 1990: *The Evolution of Cooperation*. London: Penguin Books.
- Bornmann, L., Daniel, H.-D. 2009: The Luck of the Referee Draw: The Effect of Exchanging Reviews. *Learned Publishing*, 22. Jg., Heft 2, 117–125.
- Daniel, H.-D. 1993: *Guardians of Science: Fairness and Reliability of Peer Review*. Weinheim: VCH Verlagsgesellschaft.
- Edmonds, B., Gilbert, N., Ahrweiler, P., Scharnhorst, A. 2011. Simulating the Social Processes of Science. *Journal of Artificial Societies and Simulation*, 14. Jg., Heft 4, 14 ff.
- Gilbert, N., Troitzsch, K. 2011: *Simulation for the Social Scientist*. Maidenhead: Open University Press.
- Google (Hg.) 2015: *Google Scholar*, <http://scholar.google.de/> (letzter Aufruf 5. Mai 2015).
- Hanuske, M. 2012: Evolutionary Game Theory and Complex Networks of Scientific Information. In A. Scharnhorst et al. (Hg.), *Models of Science Dynamics*. Berlin: Springer, Kap. 5.
- Kuhn, Th. 1962: *The Structure of Scientific Revolutions*. Chicago: University of Chicago Press.
- Maynard Smith, J. 1993: *Evolution and the Theory of Games*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mueller, G. 2009: Universities as Producers of Evolutionarily Stable Signs of Excellence for Academic Labor Markets? *Semiotica*, Heft 175, 429–450.

- Mueller, G. 2012: The Dynamics and Evolutionary Stability of Cultures of Corruption: Theoretical and Empirical Analyses. *Advances in Complex Systems (ACS)*, 15. Jg., Heft 6.
- Shatz, D. 2004: *Peer Review: A Critical Inquiry*. Lanham: Rowman Littlefield.
- Sterman, J. 1985. The Growth of Knowledge: Testing a Theory of Scientific Revolutions with a Formal Model. *Technological Forecasting and Social Change*, 28. Jg., 93–122.
- Sterman, J., Wittenberg, J. 1999. Path Dependence, Competition, and Succession in the Dynamics of Scientific Revolution. *Organization Science*, 10. Jg., Heft 3, 322–341.
- Thomson Reuters (Hg.) 2015: *Web of Science*, <http://wokinfo.com/> (letzter Aufruf 5. Mai 2015).
- Tracy, J. et al. 2004: Tracking Trends in Psychological Science. In T. Dalton, R. Evans (Hg.), *The Life Cycle of Psychological Ideas*, New York: Kluwer, Kap. 5.
- Webb, J. 2007: *Game Theory: Decisions, Interaction and Evolution*. London: Springer.
- Weibull, J. 1996: *Evolutionary Game Theory*. Cambridge (Mass.): MIT Press.

## Glossar der mathematischen Symbole

- $A_e$  = Akzeptanzrate der extra-paradigmatischen Arbeiten.
- $A_i$  = Akzeptanzrate der intra-paradigmatischen Arbeiten.
- $A_n$  = Akzeptanzrate des neuen Paradigmas (new paradigm).
- $A_o$  = Akzeptanzrate des alten Paradigmas (old paradigm).
- $\delta$  = Intervall-Länge zwischen zwei sequentiellen Zeitpunkten einer Differenzgleichung.
- $\Delta S_n$  = Wachstum des Anteils (share) der Anhänger des neuen Paradigmas (new paradigm).
- $\Delta S_o$  = Wachstum des Anteils (share) der Anhänger des alten Paradigmas (old paradigm).
- $E_n$  = Einfachheit von Entdeckungen mit dem neuen Paradigma (new paradigm).
- $E_o$  = Einfachheit von Entdeckungen mit dem alten Paradigma (old paradigm).
- $F_n$  = Fitness der Anhänger/-innen des neuen Paradigmas (new paradigm).
- $F_o$  = Fitness der Anhänger/-innen des alten Paradigmas (old paradigm).
- $S_n$  = Anteil (share) der Anhänger/-innen des neuen Paradigmas (new paradigm).
- $S_o$  = Anteil (share) der Anhänger/-innen des alten Paradigmas (old paradigm).

»Grenzen der Organisation« der Sektion Organisationssoziologie –  
organisiert von Maja Apelt und Uwe Wilkesmann

# Kollektive Formationen im Internet

## Eine Typologie

Ulrich Dolata und Jan-Felix Schrape

*Beitrag zur Veranstaltung »Grenzen der Organisation« der Sektion Organisationssoziologie – organisiert von Maja Apelt und Uwe Wilkesmann*

Prosumer, Swarms, Crowds, E-Movements, E-Communities – an schnellen Benennungen neuer sozialer Formationen und kollektiver Akteure, die ökonomische, politische und soziale Dynamiken sowie die weitere Ausformung des Internets mitprägen, herrscht kein Mangel. Im Blickpunkt stehen dabei zum einen Massenphänomene wie die Nutzer von Social-Networking-Plattformen oder mitarbeitende Konsumenten, die sich im Web aufeinander beziehen oder Beiträge in Produktions- und Innovationsprozessen leisten, zum zweiten organisierter auftretende Formationen, die als Bewegungen oder Gemeinschaften aktiv in die (nichtkommerzielle) Entwicklung von Inhalten, Hard- und Software oder die Regulierung der Netznutzung involviert sind (zum Beispiel Wikis, Open-Source-Projekte, Creative Commons), und schließlich eher informell angelegte und oft nur sehr lose geknüpfte subversive Formationen, die die neuen Möglichkeiten im Online-Bereich für politische bzw. ideologische Zwecke nutzen (zum Beispiel Anonymous) oder aktive Technikentwicklung jenseits legaler Zusammenhänge betreiben (zum Beispiel Hacker oder Cracker).

Die damit befasste Literatur gibt allerdings oft eher tentative und skizzenhafte als soziologisch informierte Auskunft darüber, welche konkreten Akteureigenschaften, Handlungsorientierungen und Organisationsmuster solchen Formationen jeweils zugeschrieben werden können und in welchem Verhältnis dabei volatiles kollektives Verhalten und zielorientiertes kollektives Handeln stehen. Insbesondere mangelt es an Versuchen, die Vielfalt kollektiver Aktivitäten im Netz analytisch differenziert zu erfassen. Pauschale und ohnehin sehr dehnungsfähige Begriffe wie ›swarms‹, ›crowds‹ oder ›networks‹, mit denen oft schlicht alle Formationen beschrieben werden, die sich nicht als stabile soziale Gebilde fassen lassen, helfen hier ebenso wenig weiter wie entsprechend weite Definitionen solcher Phänomene als »an undefined (and generally large) network of people« (Howe 2006; Hammon, Hippner 2012).

Mit diesem Aufsatz möchten wir zu einer Systematisierung und Einordnung der sehr unterschiedlich strukturierten kollektiven Formationen beitragen, die sich im Internet herausgebildet haben. Wir geben dazu zunächst einen orientierenden Überblick über wesentliche neuartige Sozialfiguren und soziale Formationen im Web, die wir nach dem Grad ihrer situationsübergrei-



fenden Organisations-, Handlungs- und Strategiefähigkeit voneinander abgrenzen. Auf dieser Grundlage unterscheiden wir anschließend zwischen verschiedenen Formen kollektiven Verhaltens und kollektiven Handelns und skizzieren, welche Rolle technische Infrastrukturen bei der Mobilisierung und Institutionalisierung kollektiver Formationen im Netz spielen.

## Sozialfiguren und kollektive Formationen im Netz – ein Überblick

### Neue Sozialfiguren

Die in der Literatur am weitesten verbreitete neue Sozialfigur ist zweifellos die des *Prosumers*, also des aus seiner Passivität entlassenen und nun in der einen oder anderen Weise interaktiven und mitgestaltenden Konsumenten. Er steht jedoch nicht erst seit dem Internet und dem zum Mitmachnetz stilisierten ›Web 2.0‹ in der Diskussion.

Die Figur des Prosumers wurde bereits Anfang der 1980er Jahre durch Alvin Toffler (1980) eingeführt, um eine zunehmende Aufweichung der starren Rollenverteilung zwischen passiven Konsumenten und aktiven Produzenten zu beschreiben. In seiner ursprünglichen und auch heute noch verbreiteten Fassung dient diese Kategorie als Sammelbegriff sowohl (1) für Konsumenten, die durch die im- oder explizite Kommunikation ihrer Präferenzen die Gestalt neuer Produkte mitbestimmen (Baringhorst et al. 2007), als auch (2) für arbeitende Kunden, die durch Unternehmen aktiv in Produktionsprozesse eingebunden werden (Kleemann et al. 2012), (3) für Teilnehmer an nichtmarktlichen Do-it-Yourself-Netzwerken (Offe, Heinze 1990) und (4) für Nutzer, die in der Produktentwicklung eigenständig Impulse setzen (Hippel 2005). Don Tapscott (1995) bezog den Ausdruck erstmals auf Phänomene der Massenkollaboration im Web. Seit Mitte der 2000er Jahre gelten partizipative Onliner auch im allgemeinen Sprachgebrauch als Prosumer.

Diese Begriffskarriere hat zu erheblichen analytischen Unschärfen geführt: George Ritzer und Nathan Jurgenson (2010: 19) etwa stilisieren »the implosion of production and consumption« zum Kernmerkmal des ›Web 2.0‹ und fassen höchst unterschiedliche Phänomene wie Wiki-Beiträger, (Micro-)Blogger, Youtube-Uploader und aktive Amazon- oder Google-Kunden unter dem Begriff des Prosumers zusammen. Unterscheidungen zwischen Nutzern, die irgendetwas aktiv (mit-)entwickeln und Konsumenten, die mittels ›Likes‹ wenig mehr als ihre Meinung zu vorhandenen Produkten kundtun, werden oft nicht vorgenommen. Dadurch, dass der Begriff des Prosumers meist als weit aufgespannter ›umbrella term‹ genutzt wird, bleibt die Gestalt dieser Sozialfigur diffus – zumal es zu ihrer empirischen Relevanz kaum valide Aussagen gibt (Rust 2012). Aus Analysen zum Nutzerverhalten im Web wissen wir immerhin, dass nur wenige Onliner kontinuierlich in Prozesse der aktiven Ko-Produktion involviert sind und sich das Interesse an der Online-Veröffentlichung jenseits semi-privater Kontexte in engen Grenzen hält (Mende et al. 2013; Pentzold 2011).

Ähnlich wie der Prosumer, der im weiten Zwischenbereich zwischen Produzenten und Konsumenten verortet wird, ist auch die im differenzierungstheoretischen Kontext entwickelte Kategorie der *sekundären Leistungsrolle* als »aktivistische Alternative zu einem reinen Publikums-

status« konnotiert (Stichweh 2005: 35). Auch sie verspricht das Aufbrechen starrer Dichotomien zwischen aktiven Leistungs- und passiven Publikumsrollen und wird mittlerweile ebenfalls zur Beschreibung der Ausdifferenzierung von Handlungsmöglichkeiten im Online-Kontext genutzt. So haben etwa Julius Reimer und Max Ruppert (2013) am Beispiel der Berichterstattung zur Plagiatsaffäre um Karl Theodor zu Guttenberg gezeigt, wie sich der klassische Journalismus (Leistungsrolle) und die investigativen Aktivitäten von Laien im Rahmen des GuttenPlag-Wikis (sekundäre Leistungsrolle) in der Kernphase des Skandals wechselseitig stimuliert haben. Allerdings bleibt auch hier in den meisten Studien offen, in welchen Situationen individuelle Akteure von der Publikums- in die sekundäre Leistungsrolle hineinwachsen und welche unterschiedlichen Aktivitätsgrade sie dabei aufweisen können.

Zur Erfassung der gesamten Bandbreite möglicher Aktivitätsmuster, Handlungsorientierungen und Einflussmöglichkeiten von Onlinern reicht der Rückgriff auf den einen alles subsummierenden Begriff offenkundig nicht aus. Dazu ist es notwendig, mit Hilfe gradueller Abstufungen zwischen verschiedenen Intensitäten der Nutzeraktivität zu unterscheiden – beginnend mit der nach wie vor weit überwiegenden Zahl passiver Konsumenten, die mit ihren Präferenzen als Masse gleichwohl weitreichende Effekte erzielen können, bis hin zu den vergleichsweise kleinen Kerngruppen regelmäßig aktiver (Weiter-)Entwickler von Inhalten, Produkten und Infrastrukturen.

Eine solche typisierende Gesamtverortung fehlt bislang, obgleich seit einigen Jahren durchaus differenziertere Zugriffsweisen auf das weite Feld zwischen Produzenten und Konsumenten diskutiert werden. So hat beispielsweise Axel Bruns (2010: 204) vorgeschlagen, zwischen Prosumern als Feedbackgebern in klassischen Wertschöpfungsketten und »von industrieller Produktion unabhängig aktiv[en]« *Producers* zu unterscheiden, die sich in Open-Content-Projekten wie der Wikipedia oder im Rahmen von Open-Source-Projekten wie Linux aktiv an der kollaborativen Weiterentwicklung von Inhalten oder Software beteiligen. Auf diesem Terrain bewegen sich mit dem User-Entrepreneur und dem Outlaw-Innovator auch zwei spezifischere Sozialfiguren. Während die weit gefasste Figur des Prosumers ausgesprochen schemenhaft bleibt, sind die Figuren des Producers, User-Entrepreneurs und Outlaw-Innovators präziser auf konkrete Teilaspekte des aktiven Nutzers zugeschnitten.

Als *User-Entrepreneure* lassen sich individuelle Nutzer und kleinere Nutzergruppen zusammenfassen, die materielle oder immaterielle Produkte, welche sie selbst aktiv verwenden, eigenständig weiterentwickeln und anschließend versuchen, darauf ein Geschäft aufzubauen (Haefliger et al. 2010). Auch sie gab es bereits vor dem Web: Das Snowboard beispielsweise wurde von passionierten Surfern erfunden, aus deren Kreis 1977 die heute marktprägende Firma Burton hervorging. Die Onlinetechnologien haben den Marktzugang für User-Entrepreneure allerdings insbesondere bei der Kommerzialisierung immaterieller Güter erleichtert. Unabhängige Softwareentwickler konnten ihre Programme bereits in den 1990er Jahren über Shareware-Kanäle vertreiben. Heute spielen eigenständige App- und Content-Entwickler im Markt für Mobile Devices eine wichtige Rolle: Als *Micropreneure* beliefern sie die Plattformen der großen Hersteller wie Apple oder Google, deren Marktpositionen zunehmend auch von den »software ecosystems« ihrer Hardware abhängen (Thackston, Umphress 2012). Die Gewichte zwischen den zahllosen Micropreneuren und den wenigen großen Anbietern sind dabei sehr ungleich verteilt: Letztere bestimmen, welche Angebote überhaupt in ihren Stores angeboten werden dürfen (Dolata, Schrape 2014b).

*Outlaw-Innovatoren* sind demgegenüber in rechtlichen Grauzonen bzw. in der Illegalität agierende Akteure wie Hacker, Cracker oder die Betreiber von Filesharing-Plattformen, die ohne Autorisierung legale Hardware- oder Software-Angebote modifizieren, Sicherheitssysteme knacken oder Infrastrukturen für den illegalen Austausch rechtlich geschützter Produkte bereitstellen, welche dann von einer größeren Zahl von *Outlaw-Usern* genutzt werden können (Flowers 2008). Die Übergänge zwischen Illegalität und Legalität sind im Handeln von Outlaw-Innovatoren zum Teil ebenso fließend wie jene zwischen nichtmarktlichem Handeln und kommerziellem Unternehmertum. Hacker und Cracker weisen mit ihren Aktivitäten nicht nur auf Sicherheitslücken hin, sondern geben zugleich Impulse für die Weiterentwicklung entsprechender Produkte, indem sie neue Lösungen entwerfen, die von den betroffenen Unternehmen später verwertet werden können (Flowers, Henwood 2010). Und Outlaw-User können – etwa als massenhaft auftretende Filesharer in den Bereichen Film und Musik – massiven Druck auf die dort etablierten Akteure ausüben (Dolata 2011).

### Neue soziale Formationen

Die skizzierten Sozialfiguren treten in der Realität des Internets im Regelfall allerdings nicht individuell, sondern als soziale Formationen unterschiedlicher Art auf und erlangen dadurch oft erst gesellschaftliche Relevanz. Zu solchen Formationen zählen Massenphänomene wie feedbackgebende Kunden in Online-Stores und Nutzer von Social-Networking-Diensten ebenso wie die aktiven Kerngruppen in Open-Content- und Open-Source-Projekten, themenzentrierte Gruppen von Bloggern oder Protestkollektive wie Anonymous. Mit Blick auf ihre Größe, innere Struktur, Stabilität, Leistung und Strategiefähigkeit heben sich derartige Formationen ähnlich deutlich voneinander ab wie die hinter ihnen stehenden Sozialfiguren.

In vielen Fällen handelt es sich bei derartigen Formationen im Netz um wenig mehr als reine *Aggregate* individueller Akteure, die sich durch ein schwarmartiges Verhalten auszeichnen und ohne kollektive Strategie aufeinander beziehen. Derartige Aggregate können in der Beobachtung zwar als Einheit beschrieben werden. Die individuellen Akteure eines Schwarms interagieren aber nicht absichtsvoll miteinander und bilden auch keine überindividuellen Handlungsdispositionen aus (Scharpf 1997: 51–68). Das betrifft vor allem ohne weitergehende Ambitionen agierende Konsumenten bzw. Nutzer von Plattformen im Web. Sie koproduzieren nichts, sind nicht bewusst in kollaborative Aktivitäten involviert und interagieren nicht zielgerichtet miteinander. Gleichwohl können sie durch ihre individuellen Auswahlleistungen eine erhebliche Wirkungskraft entfalten, falls sich diese zu Massenphänomenen verdichten. Im Bereich der Social-Networking-Dienste mussten etwa MySpace und StudiVZ geradezu ohnmächtig erleben, wie sie aufgrund einer massenhaften Umorientierung ihrer Nutzer in kurzer Zeit obsolet wurden. In vielen Mediensektoren haben sich Filesharer zu einer ernsthaften Bedrohung für die etablierten Akteure des jeweiligen Feldes entwickelt (Dolata, Schrape 2013). Und auch die Etablierung der freien Enzyklopädie Wikipedia als meistgenutztes Lexikon unserer Zeit ist das Resultat massenhafter individueller Nutzerentscheidungen, die ohne einen organisierenden oder orientierenden Nukleus auskommen.

Gegenüber solchen Schwärmen lassen sich Internetnutzer, die sich aufgrund spezifischer Anlässe zusammenfinden bzw. ihre Aufmerksamkeit gezielt auf bestimmte Themen konzentrieren, als *Crowd* im eigentlichen Sinne charakterisieren: als Menge, die sich von der Masse durch elementare Ausprägungen kollektiven, durch ein Ereignis ausgelöst und ein Thema zusammengehaltenen Verhaltens abhebt, das aber noch keine dauerhafteren sozialen Formen angenommen hat (Glynn et al. 1999: 17). Facebook- oder Twitter-User, die einen Beitrag tausendfach »liken« oder »retweeten«, Youtube-Nutzer, die einem Video durch ihre Klicks temporär zu allgemeiner Sichtbarkeit verhelfen, oder Clicktivisten, die sich an Kampagnen beteiligen, ohne intensiver in das Thema einzusteigen, interagieren zwar ebenfalls nicht direkt oder auf der Basis organisierter Strukturen miteinander. Sie richten sich jedoch im Unterschied zu reinen Aggregaten an identifizierbaren, oft affektiv aufgeladenen Bezugspunkten aus, die ihrem Handeln Kontur geben und es aufeinander beziehen. Ab einem gewissen Schwellenwert bietet ein derart fokussiertes Verhalten eine ideale Referenz für die mediale Berichterstattung und kann etwa in Form von Empörungswellen im Social Web (»shitstorms«) kurzfristig große Wirkkraft entfalten.

Die *Crowd* kann sich wiederum zu einer mehr oder weniger volatilen *Teilöffentlichkeit* verdichten, wenn die Teilnehmer sich nicht bloß punktuell, sondern intensiver in die Diskussionen um ein konkretes Thema einbringen und sich dabei an der Erarbeitung einer Position oder Haltung beteiligen (Künzler et al. 2013; Schrape 2011). Auch Teilöffentlichkeiten sind im Web in vielen Fällen zunächst zeitlich befristet und verflüchtigen sich am Ende der Aufmerksamkeitskarriere des anlassgebenden Problems oft wieder. Ein prominentes Beispiel sind um »hashtags« gruppierte Diskussionsfelder zu viral verdichteten Themenstellungen (Thimm et al. 2012). Aber auch Diskursfigurationen, die stabilere Kollektivitäten umlagern, lassen sich als solche Teilöffentlichkeiten fassen: Im Falle des GutenPlag-Wikis etwa trug ein kleiner engagierter Kern an Plagiatssuchern ebenso zu dessen Wirkung bei, wie eine sehr viel größere Gruppe an darüber diskutierenden Onlinern (Reimer, Ruppert 2013). Auch im Falle der Proteste gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ließen sich neben mehreren organisierten Bewegungskernen eine Reihe umliegender Diskursnetzwerke identifizieren (Herweg 2013). Die Übergänge zwischen solchen themenzentrierten, eher volatilen Teilöffentlichkeiten und dauerhafteren Formationen kollektiven Handelns sind allerdings gerade im Online-Bereich oft fließend.

Zu letzteren zählen *Communities of Interest*, die sich in verschiedenen Varianten auch im Netz herausgebildet haben. Das sind zum Beispiel *epistemische Gemeinschaften*, die Haas (1992: 3) als »network of professionals with recognized expertise and competence in a particular domain« beschrieben hat, sowie *Communities of Practice*, deren Teilnehmer mit ähnlichen (beruflichen) Aufgaben befasst sind (Wenger 1998). Dazu gehören zudem *subversive Communities* (Flowers 2008), die technische Infrastrukturen für den illegalen Austausch von Produkten bereitstellen (zum Beispiel The Pirate Bay) oder politische Ziele jenseits legaler Strukturen verfolgen (zum Beispiel WikiLeaks). Das können aber auch *Brand Communities* sein, die durch ein markenbezogenes Zusammengehörigkeitsgefühl und zweckrationale Bedürfnisse geprägt sind (Fournier, Lee 2009). Bei allen Unterschieden in ihrer Ausrichtung sind ihre übergreifenden Kennzeichen eine über Ad-hoc-Aktivitäten deutlich hinausgehende Fokussierung auf ein Thema und die Entwicklung einer Gruppenidentität mit geteilten Grundsätzen, Sichtweisen oder Expertisen unter den aktiven Gemeinschaftsteilnehmern, die ohne den Unterbau ausgeprägter formaler Organi-

sationsstrukturen gemeinsame Projekte verschiedenster Art betreiben – vom professionellen Austausch bis hin zur kollaborativen Entwicklung von Produkten und Inhalten (Mayntz 2010).

Zu den stabileren Formationen kollektiven Handelns gehören schließlich *soziale Bewegungen*, also dauerhaftere politisch motivierte Protestgruppen mit organisationsfähigen Kernen sowie belastbaren kollektiven Identitäten, die sich auf der Basis geteilter Ziele herausgebildet haben. Mit Blick auf das Internet sind zunächst recht unterschiedliche Vorstellungen zur Reichweite ihres technisch induzierten Wandels entstanden: Am einen Ende des Spektrums entwickelte sich die Vorstellung, dass die neuen Medien die Koordinationsstrukturen sozialer Bewegungen fundamental verändern, da sie die Transaktionskosten für gemeinsames Engagement verringern und sich dadurch die Notwendigkeit eines organisierenden Kerns auflöst (Bimber et al. 2012). Am anderen Ende wurde die Einschätzung vertreten, dass sich durch die effizienteren Kommunikationsmöglichkeiten nicht die Qualität, sondern lediglich der Aufwand für die Organisation klassischer Protestformen verringern würde (Rucht 2005). Jennifer Earl und Katrin Kimport (2011: 12) haben indes hervorgehoben, dass je nach Kontext beide Effekte eintreten können: In *e-mobilizations* wird das Web als Instrument genutzt, um die Koordination von Offline-Protesten zu vereinfachen (zum Beispiel Demonstrationen); in *e-movements* erfolgen sowohl die Organisation des Protests als auch der Protest selbst online (zum Beispiel Website-Blockaden); *e-tactics* kombinieren Online- und Offlinekomponenten (zum Beispiel im Kontext von Petitionen). In der Realität lassen sich diese Ausprägungen gleichwohl nicht immer eindeutig voneinander abgrenzen, da Online- und Offline-Proteste häufig ineinander übergehen, wie es bei der Occupy-Bewegung oder den spanischen Indignados der Fall war (Bennett, Segerberg 2012; Anduiza et al. 2014; Earl et al. 2013).

## Kollektives Verhalten und kollektives Handeln im Netz – eine Systematisierung

Im Online-Kontext finden sich also eine Vielzahl kollektiver Formationen, die sehr unterschiedlich strukturiert sind und nicht umstandslos als soziale Akteure mit eigenen Identitäten, situationsübergreifenden Organisationsformen, geteilten Ressourcen und fokussierten Handlungsorientierungen beschrieben werden können. Sie lassen sich zwei basalen Typen von Kollektivität zuordnen, die wir als *nicht-organisierte Kollektive* und *strategiefähige kollektive Akteure* bezeichnen (Dolata, Schrape 2014a).

### Nicht-organisierte Kollektive und kollektives Verhalten

Nicht-organisierte Kollektive zeichnen sich durch die Aggregation ähnlicher individueller Entscheidungen aus. Sie verfügen über keinen organisierenden Kern, sondern fußen auf geteilten individuellen Wahrnehmungen oder Konsumäußerungen, die sich zu gleichgerichtetem sozialem Verhalten verdichten, ohne dass diesem eine kollektive Handlungsorientierung zugrunde läge. Mit derart massenhaftem Verhalten können, darauf hat schon Herbert Blumer (1939) hingewiesen, durchaus weitreichende Effekte erzielt werden. Allerdings lassen diese sich nicht auf

die Entscheidung eines kollektiven Akteurs zurückführen: »The aggregate effect is then a result of individual choices, but it is not itself an object of anyone's purposeful choice.« (Scharpf 1997: 54) Nicht-organisierte Kollektive sind also keine strategiefähigen Akteure eigener Art, sondern zeichnen sich durch spontane Formen *kollektiven Verhaltens* aus. Im Online-Bereich lassen sich entlang Blumers (1939) klassischer Taxonomie drei idealtypische Ausprägungen solcher Kollektive identifizieren:

- Die nichtorganisierte *Masse* kann als Aggregat anonymer Individuen beschrieben werden, die nicht bewusst miteinander interagieren, aber durch ihre individuellen Auswahlleistungen in der Summe gleichwohl einen erheblichen Einfluss auf Wirtschaft, Politik und Technikentwicklung nehmen können. Der Erfolg von Google oder Facebook, der rasante Bedeutungszuwachs der freien Enzyklopädie Wikipedia oder die wirtschaftliche Bedrohung der Medienindustrien durch milliardenfaches Filesharing – all das sind genuine Massenphänomene.
- Die schon eingrenzbarere *Menge* verfügt ebenfalls über keine ausgeprägten Koordinationsstrukturen, zeichnet sich aber gegenüber der Masse durch elementare Formen kollektiv gerichteten Verhaltens aus, das sich punktuell entlang benennbarer Ereignisse ausbildet. Sich selbst verstärkende Ballungen der Aufmerksamkeit einer Vielzahl von Onlinern, wie das hunderttausendfache »liken« eines Beitrags, die clicktivistische Beteiligung an Kampagnen oder auch »shitstorms« – das sind *Crowd-Phänomene* par excellence.
- Davon zu unterscheiden ist wiederum die *Public*, die Blumer (1939: 189) weder als allgemeine politische Öffentlichkeit noch als »following public« eines Prominenten definiert, sondern als volatile Teilöffentlichkeit, deren Teilhabende sich aktiv in die Diskussion über ein aktuelles Thema einbringen: »It comes into existence not as a result of design, but as a natural response to a certain kind of situation«. Schnelllebige Diskussionsfelder zu viral verdichteten bzw. medial eingeführten Themenstellungen auf Twitter, Facebook oder in der allgemeinen Blogosphäre – das sind *Publics* im Sinne volatiler Teilöffentlichkeiten.

Alle drei Varianten kollektiven Verhaltens zeichnen sich im Gegensatz zu Phänomenen kollektiven Handelns durch ihre Volatilität und Spontanität sowie durch das Fehlen distinkter Koordinations- und Identitätsstrukturen aus, die über den konkreten Moment hinausgehen. Sie werden geprägt durch eine *situative Formierung des Kollektiven* und verflüchtigen sich nach dem anlassgebenden Ereignis zumeist ebenso schnell wieder wie sie entstanden sind.

Die skizzierten Spielarten nicht-organisierten kollektiven Verhaltens im Internet bewegen sich in den meisten Fällen auf bereits vorhandenen digitalen Plattformen und technischen Infrastrukturen wie zum Beispiel den stark frequentierten Social-Networking-Diensten. Diese erweitern die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung, vereinfachen die wechselseitige Beobachtung des Verhaltens fremder Individuen, erhöhen die Interaktivität und Geschwindigkeit kollektiver Kommunikations- und Austauschformen und ermöglichen ortsungebundene kollektive Abstimmungsprozesse ohne größeren Aufwand. All dies erleichtert die situative Formierung nicht-organisierter Kollektive und erweitert deren Aktivitätsradius.

Darüber hinaus zeichnen sich die Internetplattformen, in deren Kontext sich kollektives Verhalten formiert und äußert, aber auch durch koordinierende und regelsetzende Eigenheiten aus. Mit vorgegebenen und reproduzierbaren Anwendungen, Funktionen und Nutzungsbedingungen, die wie technisch vermittelte soziale Ordnungsmuster wirken, fungieren sie als »organi-

zing agents« (Bennett, Segerberg 2012: 752) und tragen nicht nur zur Strukturierung nicht-organisierter Kollektive und kollektiven Verhaltens im Netz bei, sondern auch zu deren situationsübergreifender Stabilisierung.

Gleichzeitig eröffnen diese Netzinfrastrukturen deutlich erweiterte Möglichkeiten sozialer Kontrolle. Die Meinungs- und Bewegungsprofile nicht-organisierter Kollektive und die Ausprägungen kollektiven Verhaltens lassen sich mit ihnen erheblich exakter und effektiver observieren, auswerten und positiv wie negativ sanktionieren als dies zuvor möglich war (Fuchs 2012; Smythe 1981) – sowohl durch die privatwirtschaftlichen Plattformbetreiber als auch durch staatliche Nachrichtendienste, die, wie mittlerweile allgemein bekannt, die Aktivitäten der Onlinenutzer nahezu lückenlos beobachten.

Ermöglichung, Koordination und Kontrolle – das sind die ambivalenten Effekte, die die technischen Infrastrukturen des Netzes und ihre Plattformen auf die Formierung und Bewegung nicht-organisierter Kollektive haben. Sie stellen nicht nur »technological tools that fundamentally enhance connectivity among people« (Bimber et al. 2012: 3) bereit, sondern bieten – dies wird gerne übersehen – zugleich verhaltensstrukturierende Leistungen an und machen kollektives Verhalten auf neue Weise observier- und auswertbar. Die technischen Infrastrukturen des Internets, die größtenteils von wenigen global agierenden Konzernen wie Google, Facebook oder Apple entwickelt und bereitgestellt werden, wirken damit wie soziale Institutionen, da sie ähnlich wie Gesetze, Vorschriften, Normen oder Werte individuelles Handeln und kollektives Verhalten in beachtlichem Maße strukturieren bzw. kontrollieren und von den Nutzern nicht einfach ignoriert oder hintergangen werden können (Dolata, Werle 2007: 21f.; Orwat et al. 2010).

## Kollektive Akteure und kollektives Handeln

Wenn sich die beschriebenen Formen elementarer Kollektivität situationsübergreifend stabilisieren und sich zu Gemeinschaften oder Bewegungen mit bewusst geteilten Zielen, Regeln und Identitäten verdichten, dann kann demgegenüber von handlungs- und strategiefähigen *kollektiven Akteuren* gesprochen werden. Diese zeichnen sich durch drei wesentliche Merkmale aus, die sie von nicht-organisierten und volatilen Kollektiven abheben: (1) durch Institutionalisierungsdynamiken, die kollektives Handeln auf der Basis eigener, vornehmlich informeller Regeln, Normen und Organisierungsmuster strukturieren und stabilisieren; (2) durch die Herausbildung einer eigenen kollektiven Identität, die als Ideologie, Programmatik oder Leitorientierung handlungsorientierend wirkt und die Aktivitäten nach außen abgrenzt; sowie (3) durch interne Differenzierungsprozesse, in denen sich mit der Zeit organisierende Kerne und meinungsführende Aktivisten mit umliegenden Peripherien aus unterstützenden Teilnehmern herauskristallisieren (Zald, Garner 1966, Marwell, Oliver 1993; Rucht 1994, DellaPorta, Diani 2006).

Derartige Institutionalisierungsdynamiken, die die Entstehung, Verstetigung und Etablierung jeder Gemeinschaft und Bewegung begleiten und prägen, sind traditionell als vornehmlich soziale Prozesse konzipiert und analysiert worden – als Herausbildung sozialer Regeln, sozialer Identitäten, sozialer Organisationsmuster und sozialer Differenzierungen. Die Rolle und Bedeutung technischer Infrastrukturen für die Institutionalisierung strategiefähiger kollektiver Akteure ist dagegen lange allenfalls am Rande wahrgenommen worden (zum Beispiel Davis et al. 2005).

Das ist den entsprechenden Arbeiten auch gar nicht vorzuwerfen: Es war einfach nicht notwendig, sich damit auseinanderzusetzen.

Mit dem Web hat sich das signifikant geändert. Vieles, was soziale Bewegungen und Gemeinschaften auszeichnet, hat sich mittlerweile dorthin verschoben: kollektive Meinungsbildung und Abstimmung, politische Kampagnen und Mobilisierung, Organisierung und Koordination der Aktivitäten, fachlicher Austausch und gemeinschaftliche Produktion. Damit stellt sich die Frage, wie durch das Internet das Verhältnis von sozialen und technischen Organisations- und Strukturierungsleistungen in Bewegungen und Gemeinschaften neu ausbalanciert wird.

Am einen Ende des Spektrums finden sich im Online-Kontext *offene und lose gekoppelte Bewegungen* wie das Occupy Movement, die unter einem sehr allgemein gehaltenen identitätsstiftenden Dach etwa gegen soziale und ökonomische Ungleichheit protestieren und zur Kommunikation und Mobilisierung vornehmlich auf bereits bestehende Plattformen wie zum Beispiel Facebook, Tumblr oder Twitter zurückgreifen (Caren, Gaby 2012). Obgleich derartige Social-Web-Dienste zu wichtigen Grundlagen der Entstehung, Kommunikation und Mobilisierung derartiger onlineaffiner Bewegungen geworden sind, werden solche Formationen aber nicht einfach durch die digitalen Infrastrukturen selbst organisiert (so zum Beispiel Bennett, Segerberg 2012: 742). Stattdessen bilden sich in (durchaus technisch vermittelten) sozialen Prozessen verteilte, informelle und von Aktivisten getragene organisierende Kerne heraus, welche die umliegenden Peripherien mitlaufender Teilnehmer binden und kollektives Handeln durch die Ausbildung von Koordinationsstrukturen und Dachidentitäten situationsübergreifend stabilisieren. Technik allein kann das auch in Zeiten des Internets nicht leisten.

Am anderen Ende des Spektrums finden sich *elitär strukturierte und klar fokussierte Gruppierungen* im Zwischenfeld von Bewegung und Gemeinschaft, die sich durch subversive oder illegale Internetaktivitäten auszeichnen, dazu auf eigene technologische Plattformen zurückgreifen und über kleine, teils hermetisch abgeschottete organisierende Kernstrukturen und -akteure mit umliegenden Unterstützernetzwerken verfügen. WikiLeaks beispielsweise kann als eine solche überaus personenzentrierte Gemeinschaft beschrieben werden, die sich um eine demokratischer Einflussnahme kaum zugängliche nichtkommerzielle Organisation gebildet hat, die geheime Dokumente aufbereitet und öffentlich zugänglich macht (Davis, Meckel 2012). Demgegenüber lässt sich das Hacker-Kollektiv Anonymous als dezentral strukturierte Online-Bewegung charakterisieren, unter deren Dach illegale Cyberattacken unterschiedlichster Art durchgeführt werden. Das Kollektiv hat zwar keinen klar umrissenen Kern, verfügt dafür aber über kleine, gut organisierte Gruppen, die Anonymous als übergreifendes Label nutzen und sich vor allem über formationseigene Internetplattformen austauschen (Dobusch, Schoeneborn 2013; Coleman 2013).

Zwischen diesen beiden Polen gibt es onlineaffine *soziale Bewegungen im eher klassischen Sinne*, die in ihren grundsätzlichen Organisationsmodi Ähnlichkeiten zu ihren Offline-Pendants aufweisen und nun auch auf internetbasierte Kampagnen- und Mobilisierungsstrukturen zurückgreifen. Sie werden von einer Reihe eigenständiger, projektbezogen kooperierender Akteure wie Vereinen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien und Einzelaktivisten getragen, die thematisch fokussiert Protestaktionen planen und diese sowohl offline wie auch online durchführen. In der Regel übernehmen dabei einige der beteiligten Akteure federführend die Koordination der Aktivitäten (Earl, Kimport 2011: 147–151; Della Porta, Diani 2006: 162). Die Massen-



proteste gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) sind dafür ein Beispiel: Koordiniert und öffentlichkeitswirksam vertreten wurden die Proteste durch eine breite Koalition aus etablierten linken und grünen Parteien, NGOs wie Attac, Avaaz oder Campact, Vereinen wie dem Chaos Computer Club und zentralen Netzaktivisten aus den jeweiligen Ländern (Herweg 2013).

Schließlich existieren mittlerweile relativ gefestigte *produktionsorientierte Gemeinschaften* (zum Beispiel im Open-Source- und Open-Content-Bereich), bei denen die soziale wie technische Institutionalisierung ihrer Aktivitäten weit fortgeschritten ist. Sie verfügen nicht nur über eigene und offene technologische Plattformen, auf denen sie arbeiten und kommunizieren, sondern auch über eine klar umrissene und weithin akzeptierte kollektive Identität und haben, wie sich am Beispiel der Wikipedia zeigen lässt, zum Teil überaus strukturierte Formen der Selbstorganisation auf der Arbeitsebene ausgebildet – mit klaren Qualitätsnormen, Arbeitsregeln, Partizipations- und Kontrollstrukturen sowie eindeutigen Rollenverteilungen (Stegbauer 2009). Diese Formen strukturierter Selbstorganisation werden durch die Etablierung von assoziierten Organisationen wie der Wikimedia Foundation, Creative Commons, der Open Source Initiative oder der Linux Foundation abgesichert, die oft auch die Repräsentation der Gemeinschaft nach außen übernehmen (Ahrne, Brunsson 2011).

Zweierlei fällt nach dieser kurzen Einordnung kollektiver Akteure im Internet auf. Erstens sind die *technischen Infrastrukturen des Netzes* in verschiedener Hinsicht zu einem wesentlichen handlungsorientierenden und -strukturierenden Bezugspunkt sozialer Bewegungen und Gemeinschaften geworden. Die Entstehung und Formierung neuer kollektiver Akteure findet heute primär über onlinebasierte Kommunikationszusammenhänge statt. Das Internet ist mittlerweile der zentrale Ausgangspunkt und Ort, an dem neue und oft ortlos agierende soziale Formationen entstehen. Auch die Binnenstrukturen sozialer Bewegungen und Gemeinschaften werden von den technischen Möglichkeiten des Internets zunehmend mitgeprägt. Durch sie eröffnen sich nicht nur niedrighschwellige Möglichkeiten der Beteiligung an kollektiven Aktivitäten, die es zuvor nicht gab. Sie ermöglichen zudem eine intensivere wechselseitige Beobachtung der Teilnehmer, erweitern deren Interaktionsmöglichkeiten, können zur Transparenz und Kontrolle der Bewegungsaktivitäten beitragen und bilden die zentrale Grundlage gemeinschaftlicher Arbeits- und Produktionsprozesse, die ohne das Web gar nicht möglich wären. Die technischen Infrastrukturen des Netzes erlauben schließlich auch neue Formen der Außenwirkung kollektiver Akteure, da sie die Möglichkeiten der Skandalisierung von empfundenen Missständen wie auch die Mobilisierung und Vernetzung von Protest signifikant erweitern.

Die Onlinetechnologien setzen damit aber nicht – das ist der zweite Punkt, den wir herausstellen möchten – klassische Formen des Organisierens und Strukturierens außer Kraft. Auch stark onlineaffine Bewegungen oder Gemeinschaften durchlaufen im Zuge ihrer situationsübergreifenden Stabilisierung regelmäßig Prozesse der (technisch vermittelten) *sozialen Institutionalisierung ihrer kollektiven Aktivitäten* und greifen dabei durchaus auf bekannte Muster zurück (O'Mahony, Ferraro 2007):

- Erstens bilden sich mit der Zeit regelmäßig kollektiv akzeptierte soziale Regeln, Normen und Werte heraus, die handlungsorientierend wirken und nun in vielen Fällen über Austauschprozesse im Web konkretisiert werden – seien es die Editier- und Exklusionsregeln für Wikipedia-Beiträge oder die kollaborativen Arbeits- und Produktionspraktiken in Open-Source-Communities.
- Zweitens zeichnen sich auch onlinezentrierte Communities und Bewegungen durch die allmähliche Ausformung einer kollektiven Identität aus, die sich in einer spezifischen Programmatik oder Leitorientierung niederschlägt, meist weit über ihren aktivistischen Kern hinausreicht und den wesentlichen motivationalen Bezugspunkt für mitlaufende Teilnehmer bildet, mobilisierend wirkt, kollektives Handeln verstetigt und eine Sinngrenze nach außen konstituiert.
- Drittens entwickeln sich zwar sehr verschieden ausgeprägte, aber überall aufspürbare organisatorische Verstrebungen und Kerne heraus, welche die Aktivitäten in sozialen Bewegungen oder Gemeinschaften anleiten, koordinieren und zum Teil auch kontrollieren. Sie werden im Online-Bereich oft über eigenständig betriebene technische Plattformen zusammengehalten, auf denen der Großteil der Kommunikation, Meinungsbildung und konkreten Arbeit stattfindet.
- Viertens bilden sich damit einhergehend regelmäßig mehr oder minder ausgeprägte Einfluss- und Machtasymmetrien heraus, die sich aus internen Ausdifferenzierungsprozessen ergeben. Auch onlinezentrierte Bewegungen und Gemeinschaften zeichnen sich in aller Regel durch einen aktivistischen Kern aus, der für den Großteil der Strukturierungsleistungen und des Outputs verantwortlich ist, sowie durch eine weit größere Peripherie an Sympathisanten, die projektbezogen mobilisierungsfähig sind (Pentzold 2011; Gamson 2004; Oliver et al. 1985).

Die Onlinetechnologien führen also keineswegs zu einer Disintermediation sozialer Organisations- und Strukturierungsleistungen. Stattdessen vermischen sich klassische soziale Organisationsmuster kollektiver Akteure mit technischen Strukturierungsleistungen auf neuartige Weise.

## Literatur

- Ahrne, G., Brunsson, N. 2011: Organization outside organizations: The significance of partial organization. *Organization*, 18. Jg., Heft 1, 83–104.
- Anduiza, E., Cristancho, C., Sabucedo, J. M. 2014: Mobilization Through Online Social Networks: The Political Protest of the Indignados in Spain. *Information, Communication & Society*, 17. Jg., Heft 6, 750–764.
- Baringhorst, S., Kneip, V., März, A., Niesyto, J. (Hg.) 2007: Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft. Bielefeld: Transcript.
- Bennett, W. L., Segerberg, A. 2012: The Logic of Connective Action. Digital media and the personalization of contentious politics. *Information, Communication & Society*, 15. Jg., Heft 5, 739–768.
- Bimber, B., Flanagin, A. J., Stohl, C. 2012: *Collective Action in Organizations. Interaction and Engagement in an Era of Technological Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Blumer, H. 1939: Collective behavior. In A. Lee McClung (Hg.), *New outline of the principles of sociology*. New York: Barnes & Noble, 166–222.

- Bruns, A. 2010: Vom Prosumenten zum Produzter. In B. Blättel-Mink, K. Hellmann (Hg.), *Prosumer Revisited*. Wiesbaden: VS, 191–205.
- Caren, N., Gaby, S. 2012: Occupy Online: How cute old men and Malcolm X Recruited 400,000 U.S. Users to OWS on Facebook. *Social Movement Studies*, 11. Jg., Heft 3/4, 367–374.
- Coleman, G. (2013): *Anonymous in Context: The Politics and Power behind the Mask*. Internet Governance Papers 3/2013. Waterloo: Centre for International Governance Innovation.
- Davis, J. W., Meckel, M. 2012: Political Power and the Requirements of Accountability in the Age of Wikileaks. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22. Jahrgang, Heft 4, 463–491.
- Della Porta, D., Diani, M. 2006: *Social Movements: An Introduction*. London: Blackwell.
- Dobusch, L., Schoeneborn, D. 2013: *Lessons in Fluidity: Anonymous and the Communicative Formation of Organizational Identity*. ZH Business Working Paper No. 335. Zürich: Universität Zürich.
- Dolata, U. 2011: *Wandel durch Technik. Eine Theorie soziotechnischer Transformation*. Frankfurt am Main: Campus.
- Dolata, U., Schrape, J.-F. (Hg.) 2013: *Internet, Mobile Devices und die Transformation der Medien. Radikaler Wandel als schrittweise Rekonfiguration*. Berlin: Edition Sigma.
- Dolata, U., Schrape, J.-F. 2014a: Kollektives Handeln im Internet. Eine akteurtheoretische Fundierung. *Berliner Journal für Soziologie*, 24. Jg., Heft 1, 5–30.
- Dolata, U., Schrape, J.-F. 2014b: App Economy: Demokratisierung des Software-Marktes? *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis*, 23. Jg., Heft 2, 76–80.
- Dolata, U., Werle, R. (Hg.) 2007: *Gesellschaft und die Macht der Technik*. Frankfurt am Main: Campus.
- Earl, J., Kimport, K. 2011: *Digitally enabled Social Change*. Cambridge: MIT Press.
- Earl, J., McKee Hurwitz, H., Mejia Mesinas, A., Tolan, M., Arlotti, A. 2013: This Protest Will Be Tweeted: Twitter and Protest Policing During the Pittsburgh G20. *Information, Communication & Society*, 16. Jg., Heft 4, 459–478.
- Flowers, S. 2008: Harnessing the Hackers: The Emergence and Exploitation of Outlaw Innovation. *Research Policy*, 37. Jg., Heft 2, 177–193.
- Flowers, S., Henwood, F. (Hg.) 2010: *Perspectives on User Innovation*. London: Imperial.
- Fournier, S., Lee, L. 2009: Getting Brand Communities Right. *Harvard Business Review*, 87. Jg., Heft 4, 105–111.
- Fuchs, C. 2012: Dallas Smythe Today. *The Audience Commodity, the Digital Labour Debate, Marxist Political Economy and Critical Theory*. *triple*, 10. Jg., Heft 4, 692–740.
- Gamson, W. A. 2004: Bystanders, Public Opinion, and the Media. In D. Snow, S. Soule, H. Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*. Maldon, Oxford: Blackwell, 242–261.
- Glynn, C., Herbst, S., O'Keefe, G., Shapiro, R., Lindeman, M. 1999: *Public Opinion*. Boulder: Westview.
- Haas, P. M. 1992: Epistemic Communities and International Policy Coordination. *International Organization*, 46. Jg., Heft 1, 1–35.
- Haefliger, S., Jäger, P., Krogh, G. v. 2010: Under the Radar: Industry Entry by User Entrepreneurs. *Research Policy*, 39. Jg., Heft 9, 1198–1213.
- Hammon, L., Hippner, H. 2012: Crowdsourcing. *Business & Information Systems Engineering*, 4. Jg., Heft 3, 165–168.
- Herweg, S. 2013: Politische Diskursnetzwerke und der Konflikt um das Anti-Piraterie-Abkommen ACTA. *Papers on International Political Economy* 15/2013.
- Hippel, E. v. 2005: *Democratizing Innovation*. Cambridge: MIT Press.
- Howe, J. 2006: The Rise of Crowdsourcing. *Wired*, 14. Jg., Heft 6. [http://www.wired.com/wired/archive/14.06/crowds\\_pr.html](http://www.wired.com/wired/archive/14.06/crowds_pr.html) (4/2015).
- Kleemann, F., Eismann, C., Beyreuther, T., Hornung, S., Duske, K., Voß, G. G. 2012: *Unternehmen im Web 2.0*. Frankfurt am Main: Campus.
- Künzler, M., Wassmer, C., Oehmer, F., Puppis, M. (Hg.) 2013, *Medien als Institutionen und Organisationen*. Baden-Baden: Nomos, 13–25.

- Marwell, G., Oliver, P. 1993: *The Critical Mass in Collective Action. A Micro-Social Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mayntz, R. 2010: Global Structures: Markets, Organizations, Networks – and Communities? In M. Djelic, S. Quack (Hg.), *Transnational Communities. Shaping Global Economic Governance*. Cambridge: Cambridge University Press, 37–54.
- Mende, A., Oehmichen, E., Schröter, C. 2013: Gestaltwandel und Aneignungsdynamik des Internets. *Mediaperspektiven* 1/2013, 33–49.
- O'Mahony, S., Ferraro, F. 2007: The Emergence of Governance in an Open Source Community. *Academy of Management Journal*, 50. Jg., Heft 5, 1079–1106.
- Offe, C., Heinze, R. 1990: *Organisierte Eigenarbeit*. Frankfurt am Main: Campus.
- Oliver, P. E., Marwell, G., Teixeira, R. 1985: A Theory of Critical Mass. *American Journal of Sociology*, 91. Jg., Heft 3, 522–556.
- Orwat, C. et al. 2010: Software als Institution und ihre Gestaltbarkeit. *Informatik Spektrum*, 33. Jg., Heft 6, 626–633.
- Pentzold, C. 2011: Vermisste Massen? Digitale vernetzte Medien und die Theorie der kritischen Masse. In M. Hartman, J. Wimmer (Hg.), *Digitale Medientechnologien*. Wiesbaden: VS, 99–125.
- Reimer, J., Ruppert, M. 2013: GuttenPlag-Wiki und Journalismus: das Verhältnis eines neuen Medienakteurs im Social Web zu den traditionellen Massenmedien. In U. Dolata, J.-F. Schrape (Hg.), *Internet, Mobile Devices und die Transformation der Medien*. Berlin: Edition Sigma, 303–329.
- Ritzer, G., Jurgenson, N. 2010: Production, Consumption, Prosumption. The Nature of Capitalism in the Age of the Digital ›Prosumer‹. *Journal of Consumer Culture*, 10. Jg., Heft 1, 13–36.
- Rucht, D. 1994: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rucht, D. 2005: Cyberprotest – Möglichkeiten und Grenzen netzgestützter Proteste. In *Netzwerk Recherche e.V. (Hg.), Online-Journalismus. Chancen, Risiken und Nebenwirkungen der Internet-Kommunikation*. Wiesbaden: NR, 11–26.
- Rust, H. 2012: Gesucht: der Prosument. *Harvard Business Manager*, 34. Jg., Heft 9, 102.
- Scharpf, F. W. 1997: *Games Real Actors Play. Actor-Centered Institutionalism in Policy Research*. Boulder/Oxford: Westview.
- Schrape, J.-F. 2011: Social Media, Massenmedien und gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion. *Berliner Journal für Soziologie*, 21. Jg., Heft 3, 407–429.
- Smythe, D. W. 1981: *Dependency Road: Communications, Capitalism, Consciousness, and Canada*. Norwood: Ablex.
- Stegbauer, C. 2009: *Wikipedia: Das Rätsel der Kooperation*. Wiesbaden: VS.
- Stichweh, R. 2005: *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*. Bielefeld: Transcript.
- Tapscott, D. 1995: *The Digital Economy: Promise and Peril in the Age of Networked Intelligence*. New York: Portfolio.
- Thackston, R., Umphress, D. 2012: Micropreneurs: The Rise of the MicroISV. *IT Professional*, 15. Jg., Heft 2, 50–56.
- Thimm, C., Einspänner, J., Dang-Anh, M. 2012: Politische Deliberation online. Twitter als Element des politischen Diskurses. In F. Krotz, A. Hepp (Hg.), *Mediatisierte Welten. Forschungsfelder und Beschreibungsansätze*. Wiesbaden: VS, 283–305.
- Toffler, A. 1980: *The third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. New York: Bantam.
- Wenger, E. 1998: *Communities of Practice: Learning, Meaning, and Identity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zald, M. N., Garner, A. 1966: Social Movement Organizations: Growth, Decay and Change. *Social Forces*, 44. Jg., Heft 3, 327–340.

# Interaktionsformen zwischen Organisationen und Gemeinschaften

Jochen Gläser

*Beitrag zur Veranstaltung »Grenzen der Organisation« der Sektion Organisationssoziologie – organisiert von Maja Apelt und Uwe Wilkesmann*

Die Organisationssoziologie beschreibt seit einiger Zeit eine Proliferation neuer Formen des Organisierens, die als ›partielle‹, ›zeitweise‹ ›flüssige‹ Formen mit unscharfen Grenzen beschrieben werden (Übersicht in Schreyögg, Sydow 2010: 1251–1253). Ein typisches Argument ist das von Ahrne und Brunsson (2011: 84):

»It may appear as if organization, often associated with bureaucracy and hierarchy, is a phenomenon of the past, and that contemporary societies are characterized either by less structured forms of interaction among highly autonomous actors, perhaps leading to networks; or by highly structured forms with little freedom of action for individuals and organizations, such as the concept of institution suggests. In contrast to the viewpoints underlying these developments, we believe that organization is a highly useful concept for analysing contemporary society. But organization must then be defined somewhat more broadly than students of organization have usually defined it.«

Diese Forderung vorweg nehmend definierten DeSanctis und Monge (1999: 693) die »virtuelle Organisation« wie folgt: »A virtual organization is a collection of geographically distributed, functionally and/or culturally diverse entities that are linked by electronic forms of communication and rely on lateral, dynamic relationships for coordination.«

In meinem Beitrag möchte ich die Frage stellen, ob nicht zumindest einige der so identifizierten ›neuen‹ Formen des Organisierens besser als Überlagerungen verschiedener Typen sozialer Ordnung behandelt werden sollten. Wenn sich in einem empirischen Phänomen mehrere sozialtheoretisch unterscheidbare Typen sozialer Ordnung überlagern, dann führt eine empirische Generalisierung – die Verallgemeinerung von Gemeinsamkeiten beobachteter Fälle und ihre Zurechnung auf einen neuen Typ des Organisierens – auf andere Ergebnisse als die analytische Unterscheidung von Typen sozialer Ordnung und die Erklärung des Phänomens aus deren Überlagerung. Die zweite Strategie erlaubt es, existierende Theorien besser auszunutzen, trägt zur Kohärenz des Feldes bei und erleichtert die Konzeptualisierung von Paradoxa und Widersprüchen.

Ich möchte diesen Gedanken und die aus ihm folgende analytische Strategie, die der von Schreyögg und Sydow (2010) aufgestellten Forderung nach der Verwendung komplementärer Perspektiven auf neue Organisationsphänomene entspricht, am Verhältnis von Organisationen und Gemeinschaften demonstrieren. Zu diesem Zweck werde ich zunächst Gemeinschaften und formale Organisationen als Typen sozialer Ordnung unterscheiden und dann in der Organisationssoziologie beobachtete Phänomene als Überlagerung dieser beiden Typen sozialer Ordnung interpretieren, die sich jeweils in der Verteilung der Autorität unterscheiden, die durch jeden der beiden Typen über den Produktionsprozess ausgeübt wird (Autorität verstehe ich hier als institutionell geformten Einfluss, Schimank 2014).

## Organisationen und Gemeinschaften als Typen sozialer Ordnung

Aus der etwas unübersichtlichen und diskontinuierlichen Literatur zu Typen sozialer Ordnung (Gläser 2006: 51–60) lässt sich als allgemeinste Herangehensweise die Idee ableiten, dass Typen sozialer Ordnung verstetigte Muster der Handlungsabstimmung in Akteurkonstellationen sind (Schimank 2007). Für diese Typen – in der Literatur werden in der Regel formale Organisationen, Netzwerke, Märkte und Gemeinschaften genannt – müssen als definierende Merkmale jeweils das die Mitgliedschaft in der Akteurkonstellation konstituierende soziale Phänomen und der basale Mechanismus der Ordnungsbildung benannt werden (Tabelle 1). In dieser Unterscheidung lassen sich Mitgliedschaft und soziale Ordnung von Organisationen als auf formalen Regeln und hierarchischen Entscheidungen beruhend definieren, während Gemeinschaften als eine durch eine kollektive Identität und daran orientiertem Handeln geordnete Akteurkonstellation definiert werden können. Weil individuelle Identitäten immer auch soziale Identitäten sind, die über die Wahrnehmung der Zugehörigkeit zu Gruppierungen konstruiert werden (Ashforth, Mael 1989), können Gemeinschaften alle anderen Typen sozialer Ordnung überlagern. Gemeinschaften können gewissermaßen überall hinreichen, vollbringen aber in den allermeisten Fällen auch nur vergleichsweise schwache Ordnungsleistungen (Gläser 2007a).

Tab. 1 Vergleich von Typen sozialer Ordnung

	<i>Markt</i>	<i>Organisation</i>	<i>Netzwerk</i>	<i>Gemeinschaft</i>
Mitgliedschaft konstituiert durch	Tauschangebot	Formale Mitgliedschaftsregel	Verhandlung	Wahrnehmung einer Gemeinsamkeit mit anderen
Ordnungsbildung durch	Beobachtung (Preis) und unilaterales Handeln	Formale Regeln und hierarchisches Entscheiden	Verhandlung und Regeln	Beobachtung (kollektive Identität) und unilaterales Handeln

Soziale Ordnungen überlagern einander, wenn Akteure Mitglieder mehrere Akteurkonstellationen sind und ihr Handeln deren Ordnungswirkungen ausgesetzt ist. Überlagerungen

von Organisationen und Gemeinschaften haben mindestens drei verschiedene Ursachen. Erstens sind alle Organisationsmitglieder auch Mitglieder mehrerer ganz unterschiedlicher Gemeinschaften, weil sie Gemeinsamkeiten mit anderen Menschen wahrnehmen und einige ihrer Handlungen an diesen wahrgenommenen Gemeinsamkeiten orientieren. Zweitens können Organisationen die Bildung von Gemeinschaften initiieren oder Gemeinschaften unterstützen. Das Marketing hat zum Beispiel in jüngster Zeit die Schaffung von Markengemeinschaften als Mittel der Kundenbindung entdeckt (McAlexander et al. 2002). Drittens können Gemeinschaften Organisationen ausbilden, um die Interessen ihrer Mitglieder besser verfolgen zu können. Charakteristische Beispiele dafür sind Fanclubs, Berufsorganisationen oder Vereine, die Bürgerbewegungen organisieren. Diese Organisationen sind jeweils nicht mit den Gemeinschaften koextensiv – nicht jedes Mitglied einer Gemeinschaft wird auch der Organisation beitreten. Damit deutet sich bereits ein Spektrum möglicher Formen der Überlagerung von Organisationen und Gemeinschaften an.

## Formen der Überlagerung von Organisationen und Gemeinschaften.

Die folgende Betrachtung wird auf Überlagerungen von Organisationen und Gemeinschaften eingeschränkt, bei denen in beiden Typen sozialer Ordnung Autorität über Produktions- und Innovationsprozesse ausgeübt werden kann.<sup>1</sup> Die relevanten Gemeinschaften können anhand des sozialen Phänomens, das Gegenstand der Identitätsbildung ist, weiter differenziert werden. Für die Überlagerung mit Produktions- und Innovationsprozessen in Organisationen sind Praxisgemeinschaften von besonderem Interesse. Praxisgemeinschaften sind Gemeinschaften, deren Identität durch die wahrgenommenen Ausübung einer gleichen Tätigkeit konstituiert wird (Lave, Wenger 1991). Unter diesen Praxisgemeinschaften sind Produktionsgemeinschaften noch einmal von besonderem Interesse. Produktionsgemeinschaften sind spezifische Praxisgemeinschaften. Ihre Identität wird nicht schlechthin durch die Wahrnehmung einer *gleichen* Tätigkeit konstituiert, sondern durch die Wahrnehmung, dass diese Tätigkeit auch *gemeinsam* ausgeübt wird, dass die Mitglieder der Gemeinschaft also gemeinsam miteinander produzieren (Gläser 2006). Aus der Überlagerung dieser beiden Typen von Gemeinschaften mit Produktionsorganisationen entstehen unterschiedliche Verteilungen der Autorität über Produktions- bzw. Innovationsprozesse.

### *Überlagerungen von Organisationen und Praxisgemeinschaften*

---

<sup>1</sup> Damit werden zwei Phänomene aus der Diskussion ausgeschlossen. Erstens vernachlässige ich die Überlagerung von Organisationen und lokalen Gemeinschaften, die in der Organisationssoziologie ebenfalls wieder größere Aufmerksamkeit gefunden hat (Marquis et al. 2011: xi). Diese Überlagerungen beeinflussen organisationale Entscheidungen, nicht aber die Autorität der Organisationen über ihre Leistungsprozesse. Zweitens schließe ich ein neueres Phänomen aus, das zum Beispiel Hippel (2005) als Innovationsgemeinschaften beschreibt. Nutzer eines Produkts können Praxisgemeinschaften ausbilden, die durch die Wahrnehmung der Nutzung geordnet werden (dazu gehören auch die oben erwähnten Markengemeinschaften). In solchen Gemeinschaften können Vorschläge für Produktinnovationen entstehen. Sie (oder einzelne ihrer Mitglieder) interagieren mit den Organisationen, überlagern diese aber nicht notwendig. Die Autorität bezüglich der Auswahl und Realisierung von Innovationen liegt allein bei der Produktionsorganisation.

Formen der Überlagerung von Organisationen und Praxisgemeinschaften lassen sich anhand der relativen Autorität über die Produktions- bzw. Innovationsprozesse wie folgt ordnen:

*Arbeitsbezogene Praxisgemeinschaften als Lernkontexte:* Lave und Wenger (1991) haben den Begriff der Praxisgemeinschaften eingeführt, um Lernen durch legitime periphere Interaktionen zu beschreiben. Die Rezeption dieses Konzepts durch die Organisationssoziologie war mit seiner Anwendung auf die schon ältere Beobachtung verbunden, dass Beschäftigte innerhalb und zwischen Organisationen arbeitsspezifisches *Know how* austauschen, weil dies Problemlösungsprozesse in ihrer Arbeit unterstützt (zuerst von Hippel 1987; mit Einordnung als Praxisgemeinschaften Brown, Duguid 1991; O'Mahony, Lakhani 2011: 16–18). In solchen arbeitsbezogenen Praxisgemeinschaften wird nicht nur Wissen ausgetauscht und angereichert. Sie können auch den sozialen Kontext einer Berufsgruppe formen, in denen Organisationsangehörige Reputations- und Statuskarrieren durchlaufen (Zabusky, Barley 1996).

Die Überlagerung von Organisationen durch arbeitsbezogene Praxisgemeinschaften beeinflusst die Verteilung der Autorität bezüglich der organisationalen Leistungsprozesse nur marginal. Arbeitsbezogene Praxisgemeinschaften können dadurch, dass sie arbeitsspezifisches *Know how* bereitstellen, partiell Autorität über die Art und Weise der Aufgabenbearbeitung erlangen. Diese Autorität bezieht sich aber auf einen Bereich, der zuvor ohnehin nicht der Autorität der Organisation, sondern der Diskretion der Organisationsmitglieder unterlag. Die Autorität über Arbeitsaufgaben und Qualitätsstandards der Ausführung verbleibt bei der Organisation.

*Professionen als teilautonome Arbeitskontexte:* Professionen werden in der Professionssoziologie nicht als Praxisgemeinschaften definiert, sondern als Berufe, die ihre exklusive Verfügung über einen formalen Wissensbestand ausnutzen, um die Kontrolle über Arbeitsmärkte und die Qualitätsstandards ihrer Arbeit in Organisationen zu erlangen und aufrechtzuerhalten (Brint 1994; Freidson 2001). Diese differenzierungstheoretische Einordnung lässt den Typ sozialer Ordnung unbestimmt. Ältere Vorschläge von Goode (1957) und van Maanen und Barley (1984) legen es jedoch nahe, Professionen als transorganisationale Praxisgemeinschaften zu definieren.

Zur relativen Autorität von Professionen und Organisationen über die professionelle Arbeit und zu Veränderung in diesem Verhältnis in den letzten Jahrzehnten gibt es eine umfangreiche Literatur. Diese Literatur stimmt aber darin überein, dass die Arbeitsaufgaben der Professionellen durch die Organisation oder Klienten definiert werden, die auch beträchtliche Kontrollmöglichkeiten haben (Child, Fulk 1982; Freidson 1984; Simpson 1985). Professionen als Gemeinschaften nehmen auf die Aufgabenformulierung in den Organisationen ebenfalls keinen Einfluss.

*›Epistemische Gemeinschaften‹ als teilautonome kreative Arbeits- und Innovationskontexte:* Grabher (2004) hat Gemeinschaften identifiziert, die die Basis für projektbasierte Firmen in den so genannten ›kreativen Industrien‹ bilden, und diese als »epistemische Gemeinschaften« oder »epistemische Kollektive« bezeichnet.<sup>2</sup> Sie entwickeln einen notwendigen Wissenshintergrund und

<sup>2</sup> Diese Bezeichnung scheint konsistent mit einer früheren Verwendung des Begriffs »epistemische Gemeinschaft« durch Haas (1992), der den Begriff in der Politikwissenschaft benutzt hat, um Gemeinschaften zu charakterisieren, die neben normativen Überzeugungen auch Kausalannahmen und Annahmen über die Validität von Aussagen teilen. In beiden Fällen handelt es sich um spezifische Praxisgemeinschaften, deren Identität zusätzlich zur wahrgenommenen gleichen Tätigkeit auch durch den Bezug auf einen gemeinsamen Wissensbestand hergestellt wird. Im Unterschied zur Profession ist dieser Wissensbestand aber informell organisiert und nicht Quelle von formalem Training und kodifizierten Qualitätsstandards.



den Personal-Pool für organisationsbasierte projektförmige wissensbasierte Produktionsprozesse. Dieser für die Organisationen essentielle Wissensbestand wird organisationsübergreifend entwickelt und vorgehalten. Die Organisation kann keine Autorität über ihn ausüben. Der Rückgriff auf diesen Hintergrund beeinflusst auch die Formulierung kreativer Aufgaben. Die Formulierung von Arbeitsaufgaben unterliegt nicht mehr vollständig der Autorität der projektbasierten Firmen. Die Firmen teilen die Autorität mit den sie überdauernden »epistemischen Gemeinschaften«, in die sie eingebettet sind.

### Überlagerungen von Organisationen und Produktionsgemeinschaften

Produktionsgemeinschaften unterscheiden sich insofern von den zuvor diskutierten Praxisgemeinschaften, als sie auch produzierende Akteurkonstellationen sind. Arbeitsaufgaben, Interaktionen im Produktionsprozess sowie Bewertung und Integration von Beiträgen zum gemeinsamen Produkt finden in den Gemeinschaften statt. Die kollektive Produktion beruht auf autonomen Entscheidungen der individuellen Produzenten, die ihre Arbeitsaufgaben in einem Prozess der Selbst-Selektion für sich definieren (Benkler 2002). Soziale Ordnung entsteht – und ein kollektiver Produktionsprozess ist möglich –, weil sich die autonomen Produzenten in ihrem Handeln an dem gemeinsamen Arbeitsgegenstand/Produkt orientieren, der Gegenstand der kollektiven Identitätsbildung ist und die Abstimmung der Handlungen der Produzenten vermittelt. Das Produkt verändert sich dadurch, dass eine größere Zahl von Produzenten angebotene Veränderungen in ihren anschließenden Arbeitsprozessen nutzen und sie dadurch *de facto* in das gemeinsame Produkt integrieren (Gläser 2006).

Produktionsgemeinschaften stehen deshalb insofern neben Organisationen, als sie einen alternativen sozialen Kontext konstituieren, in dem die Produktion stattfindet (Gläser 2006; Seidel, Stewart 2011). Dennoch scheinen formale Organisationen für gemeinschaftliche Produktionsprozesse unverzichtbar. Fast die gesamte moderne Forschung findet in formalen Organisationen statt. Prominente Beispiele für solche Produktionsgemeinschaften sind wissenschaftliche Gemeinschaften und Open Source Software produzierende Gemeinschaften. Die organisationssoziologische Literatur diskutiert vor allem die Arbeitsprozesse letzterer, während die Organisation wissenschaftlicher Arbeit vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit findet.<sup>3</sup> Open Source Software produzierende Gemeinschaften schaffen sich Organisationen, um Koordinations- und Entscheidungsprobleme zu lösen. Das wirft die Frage nach dem Verhältnis von formalen Organisationen und gemeinschaftlicher Produktion auf. Dieses Verhältnis unterscheidet sich zwischen der Produktion wissenschaftlichen Wissens und der Produktion von Open Source Software in interessanter Weise.

*Formale Organisationen in der Forschung:* Der auf Beobachtung des gemeinschaftlichen Wissensbestandes und daraus abgeleiteter autonomer Formulierung von Aufgaben beruhende Produktionsmechanismus wissenschaftlichen Wissens kann einige zentrale Ordnungsprobleme

---

<sup>3</sup> In der Literatur werden zahlreiche weitere empirische Phänomene als Formen gemeinschaftlicher Produktion behandelt, darunter vor allem internetbasierte Formen wie zum Beispiel Wikipedia (Benkler 2002; Seidel, Stewart 2011). Die spezifischen Überlagerungen von Typen sozialer Ordnung variieren zwischen diesen Phänomenen und wären jeweils gesondert zu diskutieren.

der modernen Wissenschaft nicht lösen. Dazu gehören vor allem die Koordinierung der Kommunikation und großer Kooperationen, die Versorgung der Wissenschaft mit materiellen Ressourcen und der Transfer von Leistungen für die Gesellschaft, die letztere im Gegenzug für die Bereitstellung von Ressourcen erwartet. Diese Funktionen werden durch formale Organisationen wahrgenommen, die als Schnittstellen zwischen der Wissenschaft und der »Organisationsgesellschaft« (Perrow 1991) fungieren und wissenschaftsbezogene Entscheidungen ermöglichen (Gläser, Lange 2007).

Daraus ergibt sich eine spezifische Autoritätsverteilung zwischen den formalen Organisationen, die Forschungsprozesse »beherbergen«, und den wissenschaftlichen Gemeinschaften. Die Organisation hat keine Autorität über zentrale Aspekte »ihres« Leistungsprozesses. Die Autorität über die Zielbildung, die Durchführung der Arbeiten einschließlich der Interdependenzen im Arbeitsprozess sowie die Bewertung und Verwendung der Ergebnisse wird durch die Wissenschaftler und ihre Gemeinschaften ausgeübt. Deshalb ist es Universitäten zum Beispiel unmöglich, in einer Firmen vergleichbaren Weise organisationspezifische Fähigkeiten zu entwickeln und für Organisationsziele einzusetzen (Whitley, Gläser 2014).

*Formale Organisationen in der Produktion von Open Source Software:* Open Source Software produzierende Gemeinschaften operieren grundsätzlich genauso wie wissenschaftliche Gemeinschaften (Benkler 2002; Gläser 2007b). Anders als bei der Produktion wissenschaftlichen Wissens lässt sich aber gerade bei größeren Software-Projekten eine ungleich stärkere Formalisierung und Hierarchisierung der Koordination der Produktion beobachten. Das Recht zur Veränderung des Produkts wird durch die Gemeinschaft selektiv zugewiesen. Das impliziert mindestens zwei Typen von Entscheidungsinstanzen, nämlich eine für die Zuweisung von Rechten an Produzenten und eine, die diese Rechte ausübt. Der Zuweisung und Ausübung von Rechten liegen formale Entscheidungsprozesse zugrunde, die in Regelwerken niedergelegt und meist mit demokratischen Prozessen verbunden sind (O'Mahony, Ferraro 2007; Mateos-Garcia, Steinmueller 2008). Die differenzierte Vergabe und Nutzung von Rechten zur Veränderung der Software wird durch die für die gemeinschaftliche Produktion von Open Source Software genutzten Internet-Plattformen unterstützt. Diese Plattformen ermöglichen die differenzierte Zuweisung von Rechten an die Inhaber spezifischer Rollen.

Formale Organisationen und Organisationselemente spielen also bei der Definition von Aufgaben und bei der Integration von Beiträgen in der Produktion von Open Source Software eine ungleich größere Rolle, als das bei der Produktion wissenschaftlichen Wissens der Fall ist. Obwohl die Gleichheit der Mitglieder der Gemeinschaft und die Beteiligung aller ein zentraler Bestandteil der Ideologie der Open Source-Gemeinschaften ist, werden die Formalisierung und Hierarchisierung durch die Gemeinschaftsmitglieder akzeptiert. Der Hintergrund dafür ist eine interessante Differenz zwischen den Produkten der beiden Gemeinschaften. Die Produktion wissenschaftlichen Wissens hängt nicht davon ab, dass der gemeinschaftliche Wissensbestand eindeutig und widerspruchsfrei formulierbar ist. Da alle Mitglieder einer wissenschaftlichen Gemeinschaft auf der Grundlage ihrer eigenen Interpretation dieses Wissensbestandes arbeiten, setzt die Erarbeitung von Beiträgen keine allgemein akzeptierte widerspruchsfreie Version des Wissensbestandes voraus.

Open Source-Softwaregemeinschaften stellen dagegen ein technisches Produkt her, dass – zumindest zu den Zeitpunkten, zu denen neue Versionen freigegeben werden – für einen grö-

ßeren Kreis von Nutzern unabhängig von deren Interpretationen und lokalen Anpassungen funktionieren soll. Das bedeutet, dass Funktionalitäten gesichert werden und Fehler vermieden werden müssen. Es bedarf einer Qualitätskontrolle für das Gesamtprodukt, die ihrerseits die Kontrolle der Beiträge zum Gesamtprodukt und von deren Integration in das Produkt erfordert. Dieses Problem wird dadurch gelöst, dass das Recht zur Veränderung des Arbeitsgegenstandes meritokratisch an durch hochwertige Beiträge zum Produkt ausgewiesene Mitglieder der Gemeinschaft übertragen wird.<sup>4</sup>

In den Open Source Gemeinschaften, in denen sich diese Hierarchisierung und Formalisierung vollzieht, überlagern Organisationen und Produktionsgemeinschaften einander in einer spezifischen Weise. Liegen der Verteilung von Rechten Wahlen und diesen wieder ein an bestimmte Interaktionen gebundenes Wahlrecht zugrunde, dann existieren eine Mitgliedschaftsregel und hierarchische Entscheidungsverfahren, und wir können von einer formalen Organisation sprechen. Die formale Organisation kann Einfluss auf die Formulierung, Bearbeitung und Integration von Arbeitsaufgaben nehmen. Sie teilt sich diese Autorität aber mit der Produktionsgemeinschaft. So kann die Organisation zwar die Integration von Beiträgen in das gemeinsame Produkt verhindern, sie kann aber Mitgliedern keine Arbeitsaufgaben oktroyieren. Außerdem ist die Zahl der Gemeinschaftsmitglieder, die das Produkt beobachten und Beiträge zu ihm anbieten, stets größer als die Zahl der Organisationsmitglieder.

Die durch Open Source Gemeinschaften geschaffenen Organisationen erfüllen auch Schnittstellenfunktionen. Dabei geht es weniger um den Transfer von Ressourcen und Leistungen, obwohl diese Funktionen in dem Maße zunehmen, wie Firmen mit den Gemeinschaften interagieren.<sup>5</sup> Eine wichtige Schnittstellenfunktion besteht vielmehr darin, die freie Zugänglichkeit der Software zu sichern und Verstöße gegen die diese Zugänglichkeit begründenden Lizenzen aufzuspüren und zu unterbinden (O'Mahony 2003).

### ›Unscharfe‹ Organisationsgrenzen und fluide Organisationen als Überlagerungseffekt

Mit den vorgenommenen Unterscheidungen können wir nun die Frage stellen, ob das »Verschwimmen« oder die »Durchlässigkeit« von Organisationsgrenzen in einigen Fällen als Resultat der Überlagerung von Organisationen und Gemeinschaften und der daraus resultierenden verteilten Autorität über Produktions- und Innovationsprozesse interpretiert werden kann (Tabelle 2). Es zeigt sich, dass insbesondere bei kreativen Arbeitsprozessen Gemeinschaften Einfluss auf die Formulierung von Produktionszielen gewinnen.

Die Formen der Überlagerung von Organisationen durch Gemeinschaften lassen erkennen, wo Organisationsgrenzen »verschwimmen« und Organisationsphänomene »fluide« werden können. Versteht man Organisationsgrenzen als Grenzen, innerhalb derer die Organisation

---

4 Ein ähnliches Argument ließe sich für Wikipedia entwickeln (zum Beispiel Viégas et al. 2007).

5 Neben Organisationen, die die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaften vergrößern, gibt es auch Firmen, die sich an Open Source-Gemeinschaften »anlagern« und Geschäftsmodelle realisieren, mit denen sie auf das frei zugängliche Produkt bezogene Anschlussprodukte und Leistungen verkaufen. Manche dieser Firmen initiieren oder unterstützen die Produktion von Open Source Software, so dass es zu symbiotischen Beziehungen kommt (siehe zum Beispiel Dahlander, Magnusson 2005; O'Mahony, Bechky 2008).

Autorität über die organisationalen Leistungsprozesse ausübt, dann muss die Übernahme eines Teils dieser Autorität durch fluide Gemeinschaften als Verschwimmen von Organisationsgrenzen und Fluidität der Organisation erscheinen. Gemeinschaften überschreiten Organisationsgrenzen und haben eine auf individuellen Wahrnehmungen beruhende Mitgliedschaft, die deshalb ständig wechselt und zum Teil unbekannt bleibt. Ihnen fehlen auch adressierbare Kontrollzentren, die als kollektive Akteure mit den Organisationen interagieren könnten.

Tab. 2: Formen der Überlagerung von Gemeinschaften und Organisationen

	<i>Organisationen überlagernde Gemeinschaften</i>			
	<i>Arbeitsbezogene Praxisgemeinschaften</i>	<i>Professionen</i>	<i>Epistemische Gemeinschaften</i>	<i>Produktionsgemeinschaften</i>
Funktion	Akkumulation und Austausch von Erfahrungswissen	Kontrolle von Arbeitsmärkten und Qualitätsstandards der Arbeit	Entwicklung von Produktionswissen, Innovationsquelle	Produktion und Innovation
Autorität über Produktionsziele	Organisation	Organisation	Primär Organisation, partiell Gemeinschaft	Gemeinschaft <sup>6</sup>
Autorität über Aufgabenbearbeitung	Organisation	Geteilt zwischen Organisation und Gemeinschaft	Geteilt zwischen Organisation und Gemeinschaft	Gemeinschaft <sup>6</sup>
Empirische Fälle	Alle Organisationen	Wissensintensive Produktion	Kreative Produktion	Kreative Produktion

Zugleich wird nun auch der Unterschied zwischen empirischer Verallgemeinerung und sozialtheoretisch informierter Differenzierung deutlich. Empirische Verallgemeinerungen gehen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der betrachteten Fälle aus und versuchen, Typen zu identifizieren und allgemein zu beschreiben. Dabei führt eine empirische Verallgemeinerung von Beobachtungen der Produktion von Open Source-Software Gemeinschaften dazu, dass man Instrumente zur Erhöhung der Handlungsfähigkeit wie »Infrastrukturen« und formale Organisationen den Gemeinschaften zurechnet, in denen sie entstehen, und diesen Gemeinschaften große Handlungsfähigkeit zuspricht (Dolata, Schrape 2014) tun. Eine sozialtheoretisch informierte Differenzierung wird dagegen das Verdikt des »endogenen Governance-Defizits« von Gemeinschaften (Gläser 2007a) aufrechterhalten und die Handlungsfähigkeit den die Gemeinschaften überlagernden formalen Organisationen zurechnen.

<sup>6</sup> Bei der Produktion von Open Source-Software partiell an Organisationen delegiert.

## Schlussfolgerungen

Die hier vorgestellte Analyse der Überlagerung von Organisationen und Gemeinschaften musste sehr kursorisch bleiben und kann lediglich als ›proof of concept‹ dienen. Abgesehen von den Auslassungen und Verkürzungen, die bereits bei der Analyse der beiden ausgewählten sozialen Ordnungen notwendig waren, kommen ja für die Analyse der meisten empirischen Phänomene noch zwei soziale Ordnungen hinzu. Gemeinschaften und Organisationen bilden Netzwerke aus und werden durch Netzwerke überlagert. Firmen agieren auf Märkten. Eine empirische Analyse, die dem hier vorgestellten Konzept folgt, müsste also die kausale Zurechnung auf drei oder vier Typen sozialer Ordnung probieren.

Trotz des kursorischen Charakters der Analyse hoffe ich, zwei Dinge gezeigt zu haben. Erstens kann es nützlich sein, auf neue empirische Beobachtung nicht mit der Ausweitung existierender oder der Einführung neuer Konzepte zu reagieren, sondern zunächst zu fragen, ob die neuen Phänomene nicht Effekte einer Überlagerung schon bekannter Phänomene sind. Das hat neben größerer Übersichtlichkeit auch den Vorteil, dass die Erklärungskraft existierender Theorien ausgeschöpft werden kann. Auch ist es wahrscheinlich, dass auf diese Weise zumindest einige »widersprüchliche Organisationsprozesse« und »Paradoxa« (Schreyögg, Sydow 2010: 1259) besser erklärt werden können. Ich behaupte nicht, dass sich alle neuen Phänomene so reduzieren lassen. Ich plädiere lediglich dafür, zunächst zu prüfen, *ob* das der Fall ist.

Zweitens wollte ich auf ein Problem aufmerksam machen, das die Ausweitung des Organisationskonzepts auf soziale Ordnungen jenseits der formalen Organisation mit sich bringen kann. Wie weit soll die Ausweitung des Organisationsbegriffs gehen? Sollen alle durch die verschiedenen Typen sozialer Ordnung erfassten Phänomene aufeinander abgestimmten Handelns erfasst werden? Dann wird der Begriff ›Organisation‹ koextensiv mit ›soziale Ordnung‹, und die Organisationssoziologie hat sich den Gegenstandsbereich der gesamten Soziologie ›angeeignet‹. Wofür sollte das gut sein? Sollte ›Organisation‹ aber enger gemeint sein als ›soziale Ordnung‹, dann stellt sich die Frage, welche Phänomene ein- und welche ausgeschlossen werden sollen. Natürlich muss die Organisationssoziologie Phänomene untersuchen, die Prozesse in formalen Organisationen beeinflussen, aber selbst nicht durch Organisationen ausgelöst werden. Die Bearbeitung der Phänomene durch die Ausweitung des Organisationsbegriffs ist aber nicht die einzige mögliche Lösung des Problems. Die Kooperation mit der Soziologie der Gemeinschaft (O'Mahony, Lakhani 2011) und der Soziologie sozialer Bewegungen (O'Mahony, Bechky 2008) ist dem Einschluss der Gemeinschaft als neuer »Organisationsarchitektur« (Seidel, Stewart 2011) gewiss vorzuziehen.

## Literatur

- Ahrne, G., Brunsson, N. 2011: Organization outside organizations: the significance of partial organization. *Organization*, 18. Jg., Heft 1, 83–104.
- Ashforth, B. E., Mael, F. 1989: Social Identity Theory and the Organization. *Academy of Management Review*, 14. Jg., Heft 1, 20–39.

- Benkler, Y. 2002: Coase's Penguin, or, Linux and The Nature of the Firm. *Yale Law Journal*, 112. Jg., Heft 3, 369–446.
- Brint, St. G. 1994: *In an Age of Experts: The Changing Role of Professionals in Politics and Public Life*. Princeton: Princeton University Press.
- Brown, J. S., Duguid, P. 1991: Organizational Learning and Communities-of-Practice: Toward a Unified View of Working, Learning, and Innovation. *Organization Science*, 2. Jg., Heft 1, 40–57.
- Child, J., Fulk, J. 1982: Maintenance of Occupational Control: The Case of Professions. *Work and Occupations*, 9. Jg., Heft 2, 155–192.
- Dahlander, L., Magnusson, M. G. 2005: Relationships between open source software companies and communities: Observations from Nordic firms. *Research Policy*, 34. Jg., Heft 4, 481–493.
- DeSanctis, G., Monge, P. 1999: Introduction to the Special Issue: Communication Processes for Virtual Organizations. *Organization Science*, 10. Jg., Heft 6, 693–703.
- Dolata, U., Schrape, J.-F. 2014: Kollektives Handeln im Internet. Eine akteurtheoretische Fundierung. *Berliner Journal für Soziologie*, 24. Jg., Heft 1, 5–30.
- Freidson, E. 1984: The Changing Nature of Professional Control. *Annual Review of Sociology*, 10. Jg., 1–20.
- Freidson, E. 2001: *Professionalism: The third Logic*. Cambridge: Polity Press.
- Gläser, J. 2006: *Wissenschaftliche Produktionsgemeinschaften. Die soziale Ordnung der Forschung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Gläser, J. 2007a: Gemeinschaft. In A. Benz, S. Lütz, U. Schimank, G. Simonis (Hg.), *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS, 82–92.
- Gläser, J. 2007b: The Social Order of Open Source Software Production. In K. St. Amant, B. Still (Hg.), *Handbook of Research on Open Source Software: Technological, Economic, and Social Perspectives*. Hershey, PA: Idea Group Inc., 168–182.
- Gläser, J. Lange, St. 2007. Wissenschaft. In A. Benz, S. Lütz, U. Schimank, G. Simonis (Hg.), *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS, 437–451.
- Goode, W. J. 1957: Community Within a Community: The Professions. *American Sociological Review*, 22. Jg., Heft 2, 194–201.
- Grabher, G. 2004: Temporary Architectures of Learning: Knowledge Governance in Project Ecologies. *Organization Studies*, 25. Jg., Heft 9, 1491–1514.
- Haas, P. M. 1992: Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination. *International Organization*, 46. Jg., Heft 1, 1–35.
- Hippel, E. von 1987: Cooperation between rivals: Informal know-how trading. *Research Policy*, 16. Jg., Heft 6, 291–302.
- Hippel, E. von 2005: Democratizing innovation: The evolving phenomenon of user innovation. *Journal für Betriebswirtschaft*, 55. Jg., Heft 1, 63–78.
- Lave, J., Wenger, E. C. 1991: *Situated Learning: Legitimate Peripheral Participation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Maanen, J. van, Barley, St. R. 1984: Occupational Communities: Culture and Control in Organizations. In B. Straw, L. Cummings (Hg.), *Research in Organizational Behaviour*. London: JAI Press, 287–365.
- Marquis, Ch., Lounsbury, M. Greenwood, R. 2011: Introduction: Community as an Institutional Order and a Type of Organizing. In Ch. Marquis, M. Lounsbury, R. Greenwood (Hg.), *Communities and Organizations*. Bingley: Emerald Group, ix–xxvii.
- Mateos-Garcia, J., Steinmueller, W. E. 2008: The institutions of open source software: Examining the Debian community. *Information Economics and Policy*, 20. Jg., Heft 4, 333–344.
- McAlexander, J. H., Schouten, J. W., Koenig, H. F. 2002: Building Brand Community. *Journal of Marketing*, 66. Jg., Heft 1, 38–54.
- O'Mahony, S. 2003: Guarding the commons: how community managed software projects protect their work. *Research Policy*, 32. Jg., Heft 7, 1179–1198.

- O'Mahony, S., Bechky, B. A. 2008: Boundary Organizations: Enabling Collaboration among Unexpected Allies. *Administrative Science Quarterly*, 53. Jg., Heft 3, 422–459.
- O'Mahony, S., Ferraro, F. 2007: The Emergence of Governance in an Open Source Community. *Academy of Management Journal*, 50. Jg. Heft 5, 1079–1106.
- O'Mahony, S., Lakhani, K. R. 2011: Organizations in the Shadow of Communities. In Ch. Marquis, M. Lounsbury, R. Greenwood (Hg.), *Communities and Organizations*. Bingley: Emerald Group, 3–36.
- Perrow, Ch. 1991: A society of organizations. In *Theory and Society*, 20. Jg., Heft 6, 725–762.
- Schimank, U. 2007: Elementare Mechanismen. In A. Benz, S. Lütz, U. Schimank, G. Simonis (Hg.), *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 29–45.
- Schimank, U. 2014: Wandel der »Regelungsstrukturen« des Hochschulsystems und die Folgen für die wissenschaftliche Forschung – zur Entwicklung der Governance-Perspektive. In A. Bora, A. Henkel, C. Reinhardt (Hg.), *Wissensregulierung und Regulierungswissen*. Weilerswist: Velbrück, 19–40.
- Schreyögg, G., Sydow, J. 2010: CROSSROADS – Organizing for Fluidity? Dilemmas of New Organizational Forms. *Organization Science*, 21. Jg., Heft 6, 1251–1262.
- Seidel, M.-D. L., Stewart, K. L. 2011: An Initial Description of the C-Form. In Ch. Marquis, M. Lounsbury, R. Greenwood (Hg.), *Communities and Organizations*. Bingley: Emerald Group, 37–72.
- Simpson, R. L. 1985: Social Control of Occupations and Work. *Annual Review of Sociology*, 11. Jg., 415–436.
- Viégas, F. B., Wattenberg, M. and McKeon, M. M. 2007: The Hidden Order of Wikipedia. In Douglas Schuler (Hg.), *Online Communities and Social Computing*. Berlin, Heidelberg: Springer, 445–454.
- Whitley, R. Gläser, J. 2014: The Impact of Institutional Reforms on the Nature of Universities as Organisations. In R. Whitley, J. Gläser (Hg.), *Organizational Transformation and Scientific Change: The Impact of Institutional Restructuring on Universities and Intellectual Innovation*. Bingley: Emerald Group, 19–49.
- Zabusky, St, Barley, St. R. 1996: Redefining success: Ethnographic observations on the careers of technicians. In P. Osterman (Hg.), *Broken Ladders: White-Collar Careers in Transition*. Cambridge: Cambridge University Press, 185–214.

»Kreativ aus der Krise? – Neue Formen des Organisierens«  
der Sektion Organisationssoziologie  
– organisiert von Victoria von Groddeck und Maximiliane Wilkesmann



# Die (Un-)Wahrscheinlichkeit des Neuen

## Wie Werbeagenturen Dauerinnovationen organisieren

Hannes Krämer

*Beitrag zur Veranstaltung »Kreativ aus der Krise? – Neue Formen des Organisierens« der Sektion Organisationssoziologie – organisiert von Victoria von Groddeck und Maximiliane Wilkesmann*

Werbeagenturen stellen einen paradigmatischen Fall kreativer Organisationsorientierung dar und zwar in mindestens zweifacher Hinsicht. Erstens fabrizieren sie ein ökonomisches Produkt, welches von unterschiedlichen Stellen als kreativ markiert wird: Werbungen wird sowohl von den Auftraggeber/-innen als auch von den Werbepraktiker/-innen, zuweilen gar vom Publikum, eine kreative Qualität zugesprochen, welche in der zeitgenössischen Mediengesellschaft als konstitutiv erachtet wird (vergleiche Schmidt 2002). Zweitens wird die tägliche Praxis der Akteurinnen und Akteure innerhalb der Werbeagenturen selbst auf eine kreative Leistung hin orientiert. In den Fremd- sowie Selbstbeschreibungen der Werbepraktiker/-innen wird deutlich, wie diese auf Kreativität als eine maßgebliche Ressource ihres täglichen Arbeitens setzen (vergleiche Koppetsch 2006). Kreativität wird also einmal als Außenorientierung im Sinne einer Zuschreibung auf kreative Produkte virulent sowie als Binnenorientierung der Akteur/-innen selbst. Diese doppelte Anwesenheit des Neuen macht Werbeagenturen für die Frage nach dem Zusammenhang von »Organisation und Kreativität« zu einem interessanten Fall, da sich hier verschiedene organisationale Praxen des Umgangs mit Kreativität zeigen. Dieses Verhältnis gilt es im Folgenden genauer auszuleuchten, indem danach gefragt wird, wie Werbeagenturen versuchen, Kreativität verfügbar zu machen und wie sie dieses Neue nicht als zufälligen Treffer, sondern als regelmäßige, wiederkehrende, und damit auch ökonomisch kalkulierbare Leistung adressieren.

Wie kommt das Neue in die Werbewelt? Auf den ersten Blick scheint die Antwort auf diese Fragen recht eindeutig. Werbeagenturen haben sich historisch als spezifische Organisationen für die Markenkommunikation herausgebildet und im Laufe der Entwicklung so genannte »Kreativabteilungen« ausgewiesen (vergleiche Frank 1997: 97 ff.). Es lässt sich demnach innerhalb der Agenturen eine Abteilung identifizieren, die explizit für die kreative Einfallsproduktion zuständig ist – ähnlich dem, was in anderen Organisationssettings die Forschungsabteilung darstellt (vergleiche Argyris, Silverman 2004: 391 ff.). Die arbeitsteilige Einrichtung einer derartigen

Kreativ-Arena ist nun keine überraschende, sondern eher eine klassische Antwort auf das Problem des Auf-Dauer-Stellens kreativer Produktion. Meines Erachtens besteht die organisationssoziologische Herausforderung darin, unterhalb dieser Trennung danach zu fahnden, wie in derartigen Kreativ-Reservaten der Anforderung begegnet wird, kontinuierlich kreative Produktionen zu ermöglichen. Es werden daher im Folgenden die Arten und Weisen eines »Doing Creativity« konturiert, um darüber die routinierten und alltäglichen Prozesse des Vollzugs und der Hervorbringung einer kreativen Organisation nachzuvollziehen. Die These also, von der hier ausgegangen wird, besagt, dass sich gerade in der Praxis der Kreativarbeit, also im habitualisierten Umgang mit Einfällen, eine maßgebliche Qualität der Organisation kreativer Produktion offenbart. Eine derartige Grundierung stützt sich zum einen auf die theoretische Annahme, dass Organisationen grundsätzlich über ihre Praxis strukturiert sind (vergleiche Mietinen et al. 2009; Nicolini 2013). Zum anderen weisen auch empirische Studien, beispielsweise im Kontext von Projektarbeit, darauf hin, dass die situative Praxis der Akteur/-innen immer stärker als maßgeblicher Strukturierungsmoment der Arbeits- und Organisationswirklichkeit anerkannt wird – ein Umstand, der wie zu sehen ist, auch strategisch eingesetzt wird (vergleiche Grabher 2004; Sydow et al 2004; Whitley 2006).

Die empirischen Daten, an denen im Folgenden die organisationalen Praktiken kreativer Produktion verdeutlicht werden, entstammen einer ethnografischen Studie, in der die Arbeitspraxis in den Creative Industries untersucht wurde. Der Fokus lag dabei auf einer gleichermaßen kultur- sowie arbeitssoziologischen Fokussierung der allmählichen Verfertigung und Verfestigung des Kreativen im ökonomischen Setting der Werbewirtschaft. Neben zwei längeren Feldaufenthalten von insgesamt sechs Monaten, wurden zahlreiche Interviews mit verschiedenen Akteur/-innen der Branche geführt, Artefakt- und Videoanalysen durchgeführt sowie eine kleine Inhaltsanalyse von Branchenpublikationen vollzogen (vergleiche Krämer 2014).

Um diesen Prozess der Produktion von Kreativität organisationssoziologisch zu erhellen, schlage ich vor, zentrale Praktiken des Kreativen in den Blick zu nehmen. Dabei werde ich den Fokus exemplarisch auf drei spezifische Praxisformen lenken, die aber jeweils auf größere Praktikenkomplexe verweisen und stellvertretend für drei zentrale Bezugsprobleme kreativer Produktion stehen: Erstens rückt die Temporalität der Werbeproduktion in den Fokus und hier besonders die Dynamik ständiger Veränderung. Zweitens wird die Sozialdimension der Produktion, speziell die informellen Praktiken der Zusammenarbeit, fokussiert. Schließlich, drittens, wird kurz die Sachdimension kreativer Organisationspraxis angesprochen werden, indem verschiedene evaluative Praktiken identifiziert werden und danach gefragt wird, wie Agenturen bestimmen, was als kreativ zählt und was nicht.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Eine weitere Möglichkeit, die organisationale Rahmung kreativer Fertigungsprozesse zu erhellen, besteht darin, stärker professionssoziologisch auf die Ausbildung spezifischer beruflicher Anforderungsprofile und entsprechende Positionen im Unternehmen zu verweisen; vergleiche dazu: Koppetsch 2006; Krämer 2014: 49 ff, 148 ff.

## Temporalisierungen

Das erste Bezugsproblem kreativer Organisation in Werbeagenturen hat mit deren spezifischer Form von Zeitlichkeit zu tun: mit der Temporalisierung von Wandel. Werbeagenturen weisen ein immens hohes Veränderungstempo auf, welches sich auf verschiedenen Dimensionen verorten lässt:

Auf einer personellen Ebene verfügen Agenturen über eine hohe Fluktuation. Die durchschnittliche Verweildauer innerhalb der Agenturen ist eher kurz, Festanstellungen sind vor allem zu Beginn der Karriere die Seltenheit und der Brancheneinstieg geschieht meist über kurzfristige Praktika oder Traineeships, die keineswegs in allen Fällen zu einer Weiterbeschäftigung führen. Auch wenn nicht selten ein »Kernteam« (Grabher 2004: 107) über einen mehrjährigen Zeitraum die Basis der Agenturbesetzung ausmacht, vollzieht sich jenseits davon ein maßgeblicher Wandel über die Fluktuation der Personen. Auch je nach Projekt- und Auftragslage wachsen bzw. schrumpfen die Agenturen; nicht selten geht die veränderte Auftragslage auch mit einem Wechsel der Kernakteure einher (vergleiche Grabher 2004: 116).

Auch branchenintern sind die Agenturen einem großen Wandel ausgesetzt, welcher durch eine hochgradig wettbewerbsorientierte Marktsituation forciert wird. Hier wirken einerseits direkte Konkurrenzverhältnisse, die etwa über so genannte *Pitches* um einen Kundenauftrag organisiert sind. Andererseits finden sich aber auch ständige Veränderungen im Bereich der konzeptionellen (beispielsweise webbezogen, printbezogen) oder inhaltlichen Agenturorientierung (etwa auf den Automobilmarkt, den Finanzmarkt oder den Nahrungsmittelmarkt bezogen), was nicht selten mit Fusionen, Aufkäufen von Agenturen bzw. Agentursparten oder Integration in überregionalen bis hin zu globalen Netzwerken kulminiert (vergleiche Grabher 2002).

Des Weiteren reagieren Agenturen, eingebunden in ein (Funktions-)System der Massenmedien, zeit- und themenbezogen dynamisch. Sie zielen auf die beständige Erzeugung von Aufmerksamkeiten in der (Medien-)Gesellschaft und setzen dabei auf diejenigen Botschaften, die sich mit soziokulturellen Entwicklungen respektive dem Zeitgeist koppeln lassen. Daher sind die Agenturen auch auf thematischer Ebene hohen Veränderungen ausgesetzt. Werbung präferiert diejenigen Themen, die einen hohen Schnelligkeits- und Neuigkeitswert besitzen (vergleiche Luhmann 1996: 94; Schmidt 2002: 105).

Neben diesen drei Dimensionen – personeller Wandel, organisationaler Wandel, thematischer Wandel – findet sich noch mindestens eine weitere Ebene der Veränderung, nämlich die des alltäglichen Arbeitsablaufes. Auf dieser Aggregatstufe wird die Dynamik in der Auseinandersetzung mit konkreten Produkten deutlich. Erstens bilden die Organisationen eine *hohe Produktionsfrequenz* aus. Das bedeutet, dass immer zahlreiche Projekte in kürzesten Abständen bearbeitet werden. Durch die Zergliederung von Projekten in einzelne Bestandteile sowie arbeitsteilig-professionelle Kopplungen ist es möglich, Projektbestandteile in kürzesten Abschnitten hintereinander zu bearbeiten. Entgegen der Idee, dass die einzelnen Aufgaben komplett, sukzessiv und kontinuierlich abgearbeitet werden und erst nach ihrem Abschluss zum nächsten Projekt geschritten wird, sind es eher verschiedene Projektabschnitte, die an einem Tag bearbeitet werden. Dies bedeutet, dass Projekte parallel behandelt werden. Im empirischen Fall der beobachteten Agenturen konnten dies bis zu 10 Projekte gleichzeitig sein, die eine einzelne Person der

Kreativabteilung zu betreuen hat. Dies führt zu einer hohen Dichte an Projekten. Zugleich zeichnet sich die Bearbeitungszeit dieser Produkte durch eine recht *kurze Projektdauer* aus. Projekte innerhalb der Agenturen sind keine langwierigen Angelegenheiten, sondern reichen von wenigen Tagen bis anderthalb Monaten. Sollte die Arbeit an einem spezifischen Kundenvorhaben länger andauern, wird dies in Unterprojekte aufgegliedert.

Dies hohe Frequenz der Projekte, die kurze Dauer der Projekte sowie die arbeitsalltäglichen Konsequenzen der oben geschilderten Einflüsse führen zu einer erhöhten Dynamik beständig wechselnder Aufgaben, die wiederum zu einer Steigerung von Unplanbarkeiten führen können. Wie reagieren Agenturen nun auf diese Veränderungen? Es lässt sich beobachten, dass die Agenturen kurzfristige Praktiken des Reagierens als Reaktion auf diese Dynamiken und das hohe Tempo ausbilden. In Anlehnung an Harold Garfinkels Studie zur Kodierpraxis (Garfinkel 1967: 18 ff.) oder mit einem Verweis aus der Managementforschung (Mintzberg, McHugh 1985) lässt sich diese Form von Reaktion als *Ad-hocing* bezeichnen. Gemeint ist damit die mehr oder minder spontane Reaktion auf plötzlich auftretende Veränderungen in der Projektbearbeitung. Ein ständig wiederkehrender Fall ist die Reaktion auf zeitliche Engpässe. Aufgrund der angedeuteten engen Zeitstruktur der Werbeproduktion kommt es immer wieder zu Neuordnungen des Projekts. Der Projektform als »zeitlimitierte[r] Ordnung« (Luhmann 1992: 338) fehlt es in vielen Fällen an strukturellen Vorgaben für die Auflösung solcher Zeitdilemmata.<sup>2</sup> Das bedeutet, dass die Lösungsstrategie für anfallende Aufgaben in die konkrete Situation selbst verlagert wird, wobei die Lösungen oft gar nicht sonderlich überraschend sein müssen. So wird für den Fall von Zeitproblemen meist abgewogen, ob freie Mitarbeiter hinzugezogen (Art Director zum »Freien« am Telefon: »Für einen halben Tag bist du schon gebucht, du musst [...] illustrieren. Mal sehen, es kann gut sein, dass dann noch andere Aufgaben auf dich zukommen«; FN-2, Art Director), andere Aufgaben zurückgestellt (»dann machst du jetzt erst mal Kunde XYZ, das ist Priorität«; A-10, Art Director), deutlich Überstunden geleistet (»das wird dann 'ne Nachtschicht«; FN-1 Grafikerin) oder Termine verschoben werden können (»Ansage war halt, dass ich mich zurückhalten soll, damit ihr Zeit habt, was zu machen. [...] Wenn sie jetzt sagen, okay es hat noch eine Woche Zeit, dann kommt Sebastian mit dazu«; A-10, Art Director).<sup>3</sup>

Ein weiteres Beispiel dieses *Ad-hocings* findet sich im Umgang mit Problemen der Ideenfindung. Die Schwierigkeit der Ideenfindung besteht darin, nicht bereits vorher zu wissen, ob die gefundenen Ideen geeignet sind. Dafür werden, wie weiter unten beschrieben ist, Praktiken ausgebildet, die die Passung der Ideen zur Aufgabe behandeln. Wenn nun deutlich wird, dass die Vorschläge nicht genügen, müssen spontane und im Arbeitsablauf bislang nicht vorgesehene Reaktionen daraufhin getroffen werden. Denkbar ist dann etwa Intensivierungsstrategien zu

2 Wohl finden sich in den Projekten Routinen des Bearbeitens, also gemeinschaftliche Verfahren des Zergliederns und Zuordnens einzelner Aufgaben, welche somit die sukzessive Bearbeitung des Kundenwunsches ermöglichen, ohne sich jedes Mal über die grundsätzliche Herangehensweise verständigen zu müssen. Quasi als Hintergrundpraktiken nutzen die Akteur/-innen routinierte Verfahren, mit denen sie jedes Kommunikationsproblem angehen. Dies bedeutet aber nicht, dass sie wissen, wie es *konkret* zu lösen ist. Ebenso werden die Routinen regelmäßig erschüttert, wenn etwa neue Aufträge dazukommen, andere wichtiger werden, Personen ausfallen usw.

3 Die Wortäußerungen beziehen sich alle auf meine Beobachtungen (FN=Feldnotizen) oder auf mitgeschnittene Gespräche (A=Audiodatei). Die Daten sind selbstverständlich pseudonymisiert bzw. anonymisiert.

vollziehen, also mehr Zeit oder mehr Personen in eine neue Runde der Ideenfindung zu senden. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Verfahren zu ändern, beispielsweise nicht mehr auf Brainstorming zu setzen, sondern andere Kreativtechniken anzuwenden. Ebenso ließ sich beobachten, dass das Problem an freie Teams ausgelagert wird. Wichtig hieran ist, dass die Entscheidung über den Weg dahin in der Situation selbst getroffen wird.

Wichtig für die vorliegende Frage nach der Organisation von Dauerinnovationen ist also der Umstand, dass *kurzfristig* auf vermeintliche Probleme reagiert wird. Es ist die Unmittelbarkeit und plötzliche Reaktion, die maßgeblich für diese Art des Arbeitens steht. Im Hinblick auf die enge Zeitplanung innerhalb der Agenturen und die prinzipiell jederzeit veränderbaren Arbeitsinhalte lässt sich die Praxis des *Ad-hocings* als ein Umgang mit Unplanbarkeit interpretieren. Dieser Umgang besteht weniger in der rationalen Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit etwaiger Probleme als eher in der direkten Reaktion auf die organisatorischen Unwägbarkeiten.<sup>4</sup> So betont das *Ad-hocing* eine Praxis organisationellen Umgangs mit einer ungewissen Zukunft, die ihre Sicherheit aus der Situationsadäquanz der Bearbeitung zieht und als solche auf eine ‚Kraft‘ der Praxis setzt. Es lässt sich hier von einer Verzeitlichung der Organisationspraxis sprechen. Das bedingt eine Betonung des Praxismodus temporalen Organisierens, also quasi eine Entdeckung der Zeitlichkeit in der Organisation selbst. Oder, in den Worten von Henry Mintzberg und Alexandra McHugh: »To manage this process is not to preconceive strategies but to recognize their emergence and intervene when appropriate« (1985: 195). Dies bedeutet hochfrequente Veränderungsrythmen explizit in der Organisation zu verankern und sie quasi als systematische Impulse zu behandeln. Veränderungen sind demnach keine zu verhindernden, sondern zuweilen gar gewünschte Effekte. So gilt auch diese Perspektive der spontanen, situationsbezogenen Bearbeitung als zentraler Bezugspunkt der Selbstbeschreibungen: »Zeitliche Improvisationen«, so ein Agenturinhaber, werden als eine dezidierte Leistung der Organisation regelmäßig hervorgehoben (FN-2, Creative Director). Dieses *Ad-hocing* ist also gerade kein zufälliges Beiprodukt der Arbeitspraxis, sondern gewünscht und von der Geschäftsführung als solches auch strategisch eingesetzt.<sup>5</sup>

## Informalisierung

Kommen wir von der Zeitdimension zur Sozialdimension. Das Argument für diesen zweiten Praxiskomplex lautet: Werbeagenturen setzen in der Verfertigung kreativer Produkte auf informelle Praktiken und eröffnen sich darüber organisationelle Möglichkeitsräume.

Wie das *Ad-hocing* zielt auch der Praktikenkomplex der »Informalisierung« auf eine Form der Kooperation, welche die Anpassungsleistungen in der Situation selbst verortet. Formen informeller Kooperation sind dabei keineswegs die einzigen Koordinationsmodi innerhalb der Agen-

---

4 Die Managementstrategie besteht hier also unter anderem in der grundsätzlichen Akzeptanz der Offenheit und Unplanbarkeit der Arbeitsbedingungen (ebenso Mintzberg, McHugh 1985: 191).

5 Das bedeutet nicht, dass es keine langfristigen Orientierungen gibt – die gibt es durchaus, etwa in so genannten Strategiemeetings – aber die konkrete Produktionspraxis ist zu einem größeren Anteil von dieser kurzfristigen Orientierung durchzogen.

turen.<sup>6</sup> Aber sie stellen maßgebliche Verfahren dar, die die Arbeit am konkreten kreativen Produkt begleiten und auf den Entwurf einwirken. Als informell können diese Praktiken bezeichnet werden, da sie nicht in Gremien und eigens dafür festgelegten Sitzungen stattfinden.<sup>7</sup> Dennoch sind sie häufig erwartbar. Beispielsweise gehört es zu den Aufgaben des Kreativdirektors bzw. der Kreativdirektorin (CD), als Leitungsperson der Abteilung der Kreation die Entwürfe hinsichtlich der Güte und eines kreativen Sättigungsgrades einzuschätzen. Es ist also nicht überraschend, dass die bzw. der CD plötzlich neben dem Schreibtisch erscheint – unsicher ist dagegen, wann dies geschieht. Es haben sich entsprechende Arbeitsroutinen ausgebildet (in diesem Fall Praktiken der Evaluation), die ihre organisationale Passung nicht formal *ex ante*, sondern *in situ*, also aus der Situation heraus regeln. Daneben lassen sich ebenso weniger erwartbare Momente der Abstimmung finden wie beispielsweise der plötzliche Kommentar eines vorbeilaufenden Kollegen zu einem Entwurf oder die Nachfrage der Grafiker oder Texter beim Nachbarn über die Einschätzung einzelner Entwurfsdetails. Derartige Kooperationen entstehen ebenso aus der Situation heraus, sind dabei nicht geplant, wohl aber hochgradig erwünscht, da hierüber ästhetische Reflexionen in Gang gesetzt und Entwürfe bestätigt oder hinterfragt werden (siehe dazu unten).

Gemein ist diesen Situationen ihre beiläufige *Plötzlichkeit* und vor allem ihre *Situationsbezogenheit* und ihre *Explorativität*, um zwei zentrale Merkmale aus der arbeitssoziologischen Forschung zur Informalität aufzugreifen (vergleiche Böhle, Bolte 2002: 147 ff.). Das heißt, informelle Abstimmungen geschehen, wenn es dazu kommt und weniger zu einem vorgesehenen Zeitpunkt. Gerade weil der Grafiker einen vorbeigehenden Texter etwas fragt und dieser sich dabei eher beiläufig positiv auf einen Gestaltungsentwurf bezieht, was wiederum einen weiteren Grafiker dazukommen lässt und ein Gespräch über die Entwürfe nach sich zieht, gerade deshalb eröffnet sich eine informelle *Kooperationsgelegenheit*. Hier wird der *Situativitäts*-Bezug deutlich. Zugleich geht informellen Abstimmungen häufig ein konkretes Problem voraus. Der Grafiker kommt mit einem neuen Designprogramm nicht zurecht, der Berater braucht Informationen über die genauen Abmaße eines Werbeobjekts, der Kreativdirektor muss wissen, wann die Texte fertig sind usw. Es lassen also sich in der Regel Problembezüge finden, die sich konkret an einem Gegenstand entfalten. Dies verweist auf den Aspekt der *Explorativität*, an dem deutlich wird, dass die Auseinandersetzung sich eben nicht ausreichend auf vorherige Lösungen verlassen kann, sondern neue erst entwickeln muss. Das organisationssoziologisch Interessante an

---

6 Daneben lassen sich noch formelle Kooperationsgelegenheiten identifizieren wie etwa regelmäßige Sitzungen (zum Beispiel das agenturweite wöchentliche Jour Fixe, die regelmäßigen Abteilungstreffen oder die Briefing-übergabe); vergleiche dazu Krämer 2014: 308 ff.

7 Die deutsche arbeitssoziologische Diskussion stellt als Merkmale der informellen Kooperation Gegenstandsbezogenheit, Situativität und Explorativität heraus (vergleiche Böhle, Bolte 2002: 147 ff.). So entstehen Problemdefinition und Zielfindung »oftmals erst im wechselseitigen Dialog« (Bolte, Porschen 2006: 51). In Abgrenzung zum formalen Meeting wird hier die informelle Kooperation als dem Arbeitsgeschehen innewohnend und die formelle entsprechend als dem Arbeitsfluss äußerlich konzipiert (Bolte, Porschen 2006: 52 ff.). Diese klare Trennung lässt sich keineswegs für alle Kooperationsgelegenheiten aufrechterhalten, wie meine Daten zeigen (Krämer 2014: 321 ff.). Allerdings ist der Hinweis auf den Formalisierungsgrad der Kooperationsgelegenheiten sehr hilfreich, um hier verschiedene Formen zu unterscheiden.

der informellen Kooperation besteht meines Erachtens in der expliziten Akzeptanz und organisationellen Erwünschtheit dieser informellen Perspektive. Agenturen setzen in der Bearbeitung der anstehenden Projekte und Aufgaben explizit auf die Selbstorganisationskräfte ihrer Mitarbeiter und liefern so mögliche Antworten auf spezifische organisationelle Probleme. Drei seien hier angedeutet:

1) Zunächst etablieren die informellen Formen der Kooperation ein Feedbacksystem, mithilfe dessen die starke Veränderlichkeit der Produktion wieder eingefangen werden soll. Etwa werden über informelle Gespräche die festgelegten Zeitpläne an die konkrete Situation angepasst. Komplexer wird diese Rückkopplungsdimension, wenn man den Projektverlauf betrachtet und sich die informellen Kooperationen als eine Art *fortwährende* Abstimmung und Abgleich am Produkt vergegenwärtigt. Durch die zahlreichen Momente der Abstimmung wird eine ständige Orientierung über das Stadium und die Entwicklung des Produktes möglich – und zwar bei den verschiedenen Beteiligten, den involvierten Grafiker/-innen, den Texter/-innen, den Berater/-innen usw. So werden die verschiedenen Veränderungen (zum Beispiel neue Zeitpläne, andere inhaltliche Ausrichtungen, personelle Neubesetzungen), denen die Produktionen ausgesetzt sind, in den Fertigungsablauf integriert.

2) Dies verweist auf einen zweiten Aspekt: Informelle Kooperationen ermöglichen Abstimmungen über die Gestalt von Produkten aufgrund eines »Managements durch die Sache«, wie Karin Knorr-Cetina es nennt. Das bedeutet, dass »Entscheidungen gegenstandsnahe von denjenigen Personen [getroffen werden], die mit den entsprechenden Gegenständen arbeiten und sie kennen« (Knorr-Cetina 2002: 242). Es bildet sich in der Produktion eine Art Netzwerk an Akteuren, die allesamt auf den Produkt-Gegenstand bezogen sind und mit diesem unmittelbar zu tun haben. Das heißt, informelle Entscheidungen beziehen ihre Wirkung häufig nicht aus der Kraft reiner Befugnis (etwa durch eine Rangpositionen), sondern aus der Betonung einer Befähigung, die ihren Ursprung in der Nähe zum Produkt hat. Befugnismacht kommt in den Agenturen meist in den entsprechenden formellen Abstimmungssituationen zur Geltung. Entsprechend sind die informellen Kooperationsgelegenheiten an Kompetenz als Basis der Meinungsäußerungen gekoppelt. Legitime Bezugnahmen auf den kreativen Einfall versammeln Akteure, die auch inhaltlich »wissen, wovon [sie] reden« (FN-2, Grafikerin).

3) Schließlich: Informelle Abstimmungssituationen wirken entwurfsstabilisierend. Das heißt, sie weisen eine grundlegende evaluative Dimension auf, indem sie schon während der Gestaltung, Entwürfe positiv qualifizieren. Durch die ständigen Einschätzungen von Kollegen während der Entwurfsphase, erhalten die Entwürfe eine Stabilität. Diese informellen Gespräche begegnen damit einem zentralen Problem kreativer Arbeit – nämlich der Reduktion von Optionalität. Kreative Arbeit steht vor der Herausforderung, dass Veränderungen immer auch eine reduktionistische Gefahr in sich tragen. Wenn sich etwa der Grafiker für etwas entscheidet, schließt er andere Möglichkeiten aus, die aber vielleicht später benötigt werden. Da nicht alle Varianten endlos offen gehalten werden können, müssen Entscheidungen getroffen werden. Wie auf einer Punkteskala werden durch die informellen Gespräche ästhetische oder andere Punkte (etwa die Zeiträume oder die inhaltliche Ausrichtung betreffend) vergeben, die den Entwurf als besonders »schön«, »geeignet«, »unpassend« usw. qualifizieren.

## Evaluierung

Eng mit dem vorher Gesagten hängt der dritte Aspekt zusammen – die Sachdimension kreativer Produktion. Hier sei vor allem auf die Dimension der *Evaluation* verwiesen. Kreative Produktion ist ein fortwährendes Qualifizieren von Entwürfen, Darstellungen und Optionen. Dies näher zu untersuchen bildet immer noch eine Herausforderung der interdisziplinären Forschung zur kreativen Produktion. Evaluationen kreativer Produkte werden in der Forschung häufig in der Form hierarchisch motivierter Entscheidungen diskutiert (vergleiche etwa Matthews 2009). Dies trifft allerdings nicht den Kern kreativer Arbeitspraxis. Denn es lassen sich mehrere Praktiken des Bewertens sowie unterschiedliche Fluchtpunkte der Wertzuschreibung unterscheiden – davon ist Hierarchie sicherlich einer, aber eben nur einer von vielen (vergleiche auch Hutter 2011; allgemeiner: Lamont 2012).

Darüber hinaus wird hier noch ein weiterer Aspekt deutlich, der auf die Spezifität der Produkte zielt: Werbeagenturen erschaffen Produkte, die auf einer dezidiert ästhetischen und symbolischen Ebene bestehen müssen. Sie verweisen dabei entsprechend nicht nur auf ein Denotat, also einen bezeichneten Gegenstand oder Sachverhalt (ein Eis, einen Urlaub, einen Versicherungsvertrag) sondern maßgeblich auch auf das Konnotat (ein leckeres, lustmachendes Eis, eine ansprechende Erholung, das Gefühl von Freiheit im Alter). Bei dieser Art der Produkte besteht eine maßgebliche Herausforderung gerade in der Fixierung dieser ästhetischen, symbolischen, sinnlichen Qualität.

Innerhalb der kreativen Arbeitspraxis lassen sich Bewertungen nicht erst am Ende einer Produktionsphase (etwa durch den Kunden oder die Kundin) feststellen, sondern finden sich bereits während des Erarbeitens von Entwürfen (und nicht erst bei fertigen Entwürfen). Zum einen lassen sich dabei selbstevaluative Praktiken beobachten, also Arten und Weisen der eigenen Evaluation der Arbeit – etwa das Zurücktreten vom Bildschirm, das nochmalige Begutachten des Entwurfs nach einer Phase des »Liegenlassens«, die Änderung des Aggregatzustandes durch Ausdrucken usw. Hierbei zielt die Selbstbefragung meist auf die unmittelbare Wahrnehmung des Entworfenen – darauf, ob sich ein Entwurf so »sehen lassen« kann (FN-1, Grafikerin). Zum anderen finden sich auch Momente der wertenden Bezugnahme, bei denen andere Personen die Entwürfe einschätzen. Auch diese Einschätzungen zielen nicht nur auf die Kongruenz von Entwurf und Kundenauftrag, sondern zugleich auch auf die kreative Qualität des Produkts. Systematisch lassen sich hier mindestens drei relevante Formen des Bewertens identifizieren, mithilfe derer über die Qualität der Produkte entschieden wird. Interessant ist an diesen drei Formen außerdem, dass in nahezu allen Fällen begründete Werturteile abgegeben werden:

1) Die Agenturen nutzen im Ablauf der Produktion festgelegte Evaluationsmomente. So finden sich während der Produktion beispielsweise Evaluationssituationen, an denen die Projektleitenden die Entwürfe begutachten. Diese Momente finden in der Regel immer zum gleichen Zeitpunkt innerhalb des Produktionsprozesses statt. Hier werden die Entwürfe nicht nur hinsichtlich ihrer kreativen Kraft, sondern ebenso hinsichtlich ihrer Eignung für den Kunden und die Kundin eingeschätzt. Das bedeutet, ein Effekt dieser Meetings besteht maßgeblich in der Überprüfung einer vermeintlichen Geschmackskongruenz. Hier wird nicht nur entschieden, ob der Entwurf eine originelle Idee ist, sondern gleichermaßen, ob diese Idee auch von den Werbekund/-innen als originell, zu originell oder vielleicht auch zu wenig originell eingeschätzt wird.



2) Neben diesen festgelegten Momenten setzen die Agenturen dezidiert auf die evaluative Praxis des Kollektivs. Wie so etwas aussehen kann, wurde bereits oben bei den informellen Praktiken angedeutet. Es sind demnach die vielen Bezugnahmen der einzelnen Akteurinnen und Akteure, die den Entwürfen einen Wert zusprechen und als zahlreiche kleine Bewertungen einen evaluativen Gesamteffekt zeitigen. Indem meist mehrere Äußerungen zu einem Entwurf (Nachfragen bei anderen Personen, Einschätzungen von Kolleg/-innen, Evaluationen der Kreativdirektor/-in) vorliegen, kumulieren diese auf einer Art unsichtbaren Punkteskala zu einem Werturteil. Viele positive Äußerungen der Kolleginnen und Kollegen führen zu einer höheren Annahmewahrscheinlichkeit des Entwurfs innerhalb der Entwurfsphase.<sup>8</sup>

3) Schließlich sind es agenturweite Gütekriterien, die als Maßstäbe immer wieder an die Entwürfe herangetragen werden. Da diese in einem Sozialisationsprozess herausgebildet werden und entsprechend auch unterschiedlichen Sozialisationsinstanzen unterworfen sind, finden sich verschiedene Spezifika guter Gestaltungen. Dennoch lassen sich agentur- sowie professionsübergreifend vor allem folgende Kriterien herausstellen: Ein Entwurf ist gut,

- wenn er ein ästhetisches Erlebnis evoziert, also wenn der Entwurf in seiner Unmittelbarkeit ein eigenständiges, sinnliches Erleben ermöglicht.
- wenn er den formalen Anforderungen genügt, also wenn er beispielsweise den Vorgaben der Werbekund/-innen entspricht, aber auch dem Rahmen des Genres entspricht.
- wenn er eine logische Stringenz aufweist. Hier geht es in erster Linie um das gestalterisch umgesetzte Argument, darum dass der Inhalt und die Form auch »im Denken gut zusammenpassen« (FN-1, Texter) und dass eine inhaltliche Konsequenz gewahrt wird.

Diese entwurfsbezogenen Geltungsansprüche fungieren als allgemeine Leitlinien, die in ihrer jeweiligen konkreten Ausgestaltung durchaus differieren, in Konkurrenz zueinander treten und auch den Gegenstand intensiver Auseinandersetzung bilden.

Sowohl diese Geltungsansprüche als auch die beiden anderen Formen des Bewertens sind für die Frage nach der Organisation von Dauerinnovation von zentraler Bedeutung, da sie die Organisation von Kreativität als einen hoch evaluativen Prozess ausweisen, der sowohl eine stets mitlaufende Qualitätskontrolle als auch eine erhöhte Legitimität und Akzeptanz von Entscheidungen ermöglicht. So bilden diese Evaluationen routinierte Formen der Wertzuschreibung und damit eine unerlässliche Notwendigkeit in der Produktion kreativer Erzeugnisse.

---

<sup>8</sup> Da in der Entwurfsphase immer mehr Entwürfe produziert werden als sowohl intern den Projektleitenden als auch extern den Werbekund/-innen präsentiert werden, bleiben einige Entwürfe auf der Strecke. Ohnehin lässt sich der Produktionsprozess als eine immer enger zulaufende Reduktions- und Selektionsmaschinerie lesen. Während zu Beginn der Projekte noch zehn Vorschläge denkbar sind, werden nur fünf davon als Entwürfe probenhalber gestaltet und nur drei davon dem Kunden bzw. der Kundin präsentiert. Zur organisationalen Leistung dieser Optionalität vergleiche Krämer 2014: 254 ff., 351 f.

## Schluss

Im vorliegenden Beitrag wurde dargestellt, wie Werbeagenturen auf die Anforderung reagieren, Dauerinnovationen zu organisieren. Es wurde vorgeschlagen, einer praxeologischen Methodologie folgend, die Antwort auf diese Frage nicht in strukturellen Organisationsmerkmalen zu verorten, sondern in der Handlungspraxis der Akteure selbst. Anhand dreier Praxiskomplexe wurde nachgezeichnet, dass Werbeagenturen eine spezifische Form von Temporalität ausbilden, die eine hohe Dynamik aufweist, eine Form von Sozialität, die die spontanen und informellen Organisationskräfte explizit einbezieht und schließlich auf verschiedene, aber dezidierte evaluative Strategien der Fixierung kreativer Qualitäten setzen. Diese Praxiskomplexe und die mit ihnen verbundenen einzelnen Handlungspraktiken, ermöglichen eine Ausrichtung der Organisation auf eine kreative Produktion. Dabei zeigt eine derartige Perspektive, dass das organisationssoziologisch Interessante dieser »Laboratorien des Begehrens« (Hennion, Méadel 2013) weniger in ihrem kreativen Nimbus als dann doch eher in der Alltäglichkeit ihrer Praxis zu suchen ist.

## Literatur

- Argyris, N. S., Silverman, B. S. 2004: R&D, Organization Structure, and the Development of Corporate Technological Knowledge. In *Strategic Management Journal*, 25 Jg., Heft 8–9, 929–958.
- Böhle, F., Bolte, A. 2002: Die Entdeckung des Informellen: Der schwierige Umgang mit Kooperation im Arbeitsalltag. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Bolte, A., Porschen, S. 2006: Organisation des Informellen: Modelle zur Organisation von Kooperation im Arbeitsalltag. Wiesbaden: VS.
- Frank, T. 1997: *The Conquest of Cool. Business Culture, Counterculture, and the Rise of Hip Consumerism.* London, Chicago: University of Chicago Press.
- Garfinkel, H. 1967: *Studies in Ethnomethodology.* Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Grabher, G. 2002: The Project Ecology of Advertising: Tasks, Talents and Teams. In *Regional Studies*, 36. Jg., Heft 3, 245–262.
- Grabher, G. 2004: Learning in Projects, Remembering in Networks?: Communitarity, Sociality, and Connectivity in Project Ecologies. In *European Urban and Regional Studies*, 11. Jg., Heft 2, 103–123.
- Hennion, A., Méadel, C. 2013: In den Laboratorien des Begehrens: Die Arbeit der Werbeleute. In T. Thielmann, E. Schüttpelz (Hg.), *Akteur-Medien-Theorie.* Bielefeld: transcript, 341–376.
- Hutter, M. 2011: Infinte Surprises: On the Stabilization of Value in the Creative Industries. In J. Beckert, P. Aspers (Hg.), *The Worth of Goods. Valuation and Pricing in the Economy.* Oxford: Oxford University Press, 201–220.
- Knorr-Cetina, K. 2002: *Wissenskulturen. Ein Vergleich naturwissenschaftlicher Wissensformen.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Koppetsch, C. 2006: *Das Ethos der Kreativen. Eine Studie zum Wandel von Arbeit und Identität am Beispiel der Werbeberufe.* Konstanz: UVK.
- Krämer, H. 2014: *Die Praxis der Kreativität. Eine Ethnografie kreativer Arbeit.* Bielefeld: transcript.
- Lamont, M. 2012: Toward a Comparative Sociology of Valuation and Evaluation. In *Annual Review of Sociology*, 38. Jg., Heft 21, 201–221.
- Luhmann, N. 1992: *Die Wissenschaft der Gesellschaft.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1996: *Die Realität der Massenmedien.* Opladen: Leske+Budrich.

- Matthews, B. 2009: Intersections of Brainstorming Rules and Social Order. In *CoDesign*, 5. Jg., Heft 1, 65–76.
- Miettinen, R., Samra-Fredericks, D., Yanow, D. 2009: Re-Turn to Practice: An Introductory Essay. In *Organization Studies*, 30. Jg., Heft 12, 1309–1327.
- Mintzberg, H., McHugh, A. 1985: Strategic Formation in an Adhocracy. In *Administrative Science Quarterly*, 30. Jg., Heft 2, 160–197.
- Nicolini, D. 2013: *Practice Theory, Work & Organization. An Introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Schmidt, S. J. 2002: Werbung oder die ersehnte Verführung. In H. Willems (Hg.), *Die Gesellschaft der Werbung. Kontexte und Texte. Produktionen und Rezeptionen. Entwicklungen und Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 101–119.
- Sydow, J., Lindkvist, L., DeFillippi, R. 2004: Project-based Organizations, Embeddedness and Repositories of Knowledge: Editorial. In *Organization Studies*, 25 Jg., Heft 9, 1475–1489.
- Whitley, R. 2006: Project-based Firms: New Organizational Form or Variations on a Theme? *Industrial and Corporate Change*, 15 Jg., Heft 1, 77–99.

»Partner in Crisis: Professionen, Organisationen und Management«  
der Sektion Professionssoziologie  
– organisiert von Ellen Kuhlmann und Andreas Langer

# Die Pflege als vermittelnde Dritte im Krankenhausmanagement?

Empirische Befunde zur Rolle der PflegedirektorInnen

Julian Wolf und Anne Ostermann

*Beitrag zur Veranstaltung »Partner in Crisis: Professionen, Organisationen und Management« der Sektion Professionssoziologie – organisiert von Ellen Kuhlmann und Andreas Langer*

Die Rolle der Pflege im Krankenhausmanagement ist in der soziologischen Krankenhausforschung bisher kaum aufgearbeitet. Während das Verhältnis von Ärzten<sup>1</sup> und Management in den letzten Jahren Thema vieler Untersuchungen war<sup>2</sup>, werden Pflegedienstleitungen bzw. Pflegedirektorinnen als Managementakteure kaum wahrgenommen. Neben vereinzelt Studien, in dem das Pflegemanagement thematisiert wird (zum Beispiel Küpper 1996; Bolton 2005; Kirkpatrick et al. 2011), ist keine systematische Ausarbeitung der Rolle der Pflegeleitung aus organisations- oder professionssoziologischer Perspektive erfolgt (siehe auch Rosenthal 2005: 302).

Angesichts des derzeit zu beobachtenden »epochalen Strukturwandels« (Bode 2010: 63) im Gesundheitssektor ist dieser Umstand überraschend, legen doch Strukturänderungen wie die Einführung des DRG-Systems, die Konzipierung von Managementstudiengängen für das Krankenhauswesen oder der Einsatz von New-Publik-Management-Tools auch Änderungen in den Verhältnissen der professionellen Akteure zueinander, deren Aufgabenübernahme und Rollenausgestaltung nahe. Krankenhäuser sind nicht nur zunehmend ökonomischem Druck ausgesetzt, sondern können auch als »permanently failing organizations« (Meyer, Zucker 1989) beschrieben werden. Das Management gewinnt unter diesen Umständen gegenüber der Profession der Ärzte an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Rolle die Pflegedirektorinnen im Krankenhaus einnehmen. Können sie als *vermittelnde Dritte* begriffen werden, die neben Ökonomie (Geschäftsführung) und Medizin (Ärzte) eine eigene Position im Krankenhausmanagement ausbilden, oder reiben sie sich zwischen den beiden Polen auf? Und was bedeutet Vermittlung? Kann damit das Überwinden von Professionsgrenzen gemeint sein, oder das Austarieren interner Spannungen?

---

1 Für die Berufsbezeichnungen verwenden wir im Folgenden die Form des in unserem Sample häufiger vorkommenden Geschlechts in der jeweiligen Position. Das jeweils andere Geschlecht ist immer mitgemeint.

2 Zum Beispiel: Kitchener 2000, Vogd 2007, Evetts 2011, als Übersicht: Numerato et al. 2012.

Im Rahmen der DFG-geförderten Studie *Entscheidungsfindung im Krankenhausmanagement*<sup>3</sup> wurden 12 Expert/-inneninterviews (Meuser, Nagel 1991) mit Pflegedirektorinnen aus deutschen Krankenhäusern mit der dokumentarischen Methode (Bohnsack 2003) ausgewertet. Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse zeigen, dass sich zwei unterschiedliche Pole der Positionierung und Vermittlung finden lassen. Auf der einen Seite kann ein Typus rekonstruiert werden, der sich von der eigenen Berufsgruppe distanziert und die eigene Position im Krankenhausmanagement wahrnimmt. Zwei Handlungsmodi können diesem zugerechnet werden: ein strategischer und ein situativ-vermittelnder. Einhergehend damit variiert die Positionierung der Pflegedirektorinnen zu anderen Managementakteuren und Berufsgruppen im Krankenhaus, beispielsweise werden Ärzte eher als Gegner (strategisch) oder als Partner (situativ-vermittelnd) wahrgenommen. Beide Modi übergreifend zeigt sich ein handlungsleitendes Selbstverständnis der Pflegedirektorinnen, die sich am Wohl der gesamten Organisation orientieren. Auf der anderen Seite können Formen des Umgangs mit dem Spannungsverhältnis zwischen Management- und Pflegeinteressen rekonstruiert werden. Damit korrespondierend zeigen sich unterschiedliche Bearbeitungsformen seitens der Pflegedirektorinnen. Die zunehmende Arbeitsbelastung der Pflegemitarbeiter kann zum Beispiel durch Effizienzmaßnahmen versucht werden abzufedern, kann aber auch zu leidvollen Erfahrungen werden, wenn persönliche Beziehungen zum Personal ausgebildet sind. Andererseits kann anhand einer kommissarischen Pflegedienstleitung gezeigt werden, dass das Verhältnis zwischen Geschäftsführung und Pflegemitarbeitern ein ständiges role-making impliziert.

## Das reibungslose Funktionieren der Organisation: Zwei Handlungsmodi

Anhand der Interviews lassen sich zwei Handlungsmodi rekonstruieren, die den Pflegedirektorinnen zur Verfügung stehen: Der Modus der situativ-vermittelnden Problemlösung und der Modus der Prozessstrukturierung. Beide sind am reibungslosen Funktionieren der Organisation orientiert und werden von fast allen Befragten themenabhängig wechselnd angewendet. Beide Handlungsmodi werden im Folgenden anhand ausgewählter Zitate illustriert.

### Situativ-vermittelnde Problemlösung

Der erste Handlungsmodus der Pflegedirektorinnen korrespondiert mit der Selbstbeschreibung der Pflegeleitung als Managementakteur. Diese schreiben sich die Identität als *Bindeglied zwischen den Berufsgruppen* zu. An den folgenden Interviewziten kann abgelesen werden, dass sich die Pflegeleitung in den Dienst der Organisation stellt und in dieser Rolle verschiedene Organisationsakteure miteinander verknüpft, um situativ auftretende Probleme zu bearbeiten:

---

<sup>3</sup> Die DFG-geförderte Studie *Entscheidungsfindung im Krankenhausmanagement* untersucht die Entscheidungspraxen von Managementakteuren in Krankenhäusern in Deutschland. Das Sample besteht aus 14 Krankenhäusern der Regelversorgung (ca. 200–500 Betten) in Berlin, Brandenburg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Die Studie ist auf drei Jahre angelegt. Start: Oktober 2013.

Frau Sick: Wir hatten vorige Woche hatten wir ein Problem, da sind unsere beiden C-Bögen, das sind so Röntgengeräte, die während der Operation sozusagen benutzt werden, zeitgleich am späten Nachmittag ausgefallen. Und es hätte bedeutet, wenn wir es nicht in den Griff bekommen hätten, dass wir am nächsten Vormittag nicht hätten operieren können. Und in der Nacht ja auch wieder von der Rettungsstelle auch verunfallte Patienten kommen. Und da ist es ganz normal, dass ich dann auch die Medizintechniker zu Hause anrufe und sage: «Mensch, wir haben hier ein Problem und ich möchte jetzt gerne, dass Sie sich mit der Firma in Verbindung setzen, was kann man denn da jetzt machen?»

Ein medizinisches – also nicht genuin pflegerisches – Problem (PatientInnen können aufgrund eines Gerätedefekts nicht behandelt werden) wird hier zu einem Problem der Pflegeleitung, das von dieser durch einen Telefonanruf beim Medizintechniker bearbeitet wird. Frau Sick verknüpft verschiedene Berufsgruppen (Medizin, Medizintechnik) miteinander. Die Bearbeitung des Problems wird nicht als unangemessen oder überlastend interpretiert, sondern als »ganz normal«. Ähnlich fällt auch die Schilderung bezüglich Abstimmungsproblemen oder Konflikten zwischen Pflege und Medizin aus.

Frau Sick: Oder wenn es irgendwo Personalengpässe gibt, hatten wir vorige Woche einen Riesenkrankenstand bei uns im Diagnostikzentrum, da finden die ganzen vor- und nachstationären Spezialsprechstunden, Einweisungssprechstunden statt. Dann ist es halt auch immer so, dass immer eine Sprechstunde ohne Arzthelferin laufen muss, dann kommt der Chefarzt, war grad gestern der Fall, sagt, »Mensch Frau Sick, ein ganz schlechter, eine schlechte Situation für uns Ärzte, was ist vorgesehen, wie lange müssen wir mit diesem Zustand noch leben?« Oder wenn beispielsweise die Pflege den Impuls gibt und sagt, wir haben hier Probleme, die ärztliche Präsenz ist nicht so, wie wir uns das vorstellen. Wir haben keinen Ansprechpartner, oder das läuft nicht rund in der Abteilung. Dann kommen die Stationschwwestern zu mir und bringen ihre Probleme hierher und dann sage ich mal, dann machen wir mal einen gemeinsamen Termin, weil sie sagen, wir haben schon oft gesprochen beispielsweise mit dem Chefarzt und merken nicht, dass da was passiert, dann sage ich, dann wäre ja gut, wenn wir uns alle mal zusammen an einen Tisch setzen.

In diesem Interviewausschnitt werden zwei Probleme thematisiert. Erstens gab es im Diagnostikzentrum Personalengpässe aufgrund eines Krankenstandes. Ein Chefarzt ist zur Pflegeleitung gegangen, um sich über die Situation zu erkundigen. Zweitens gab es auf Stationsebene Abstimmungsprobleme zwischen Pflege und Ärzten, die trotz mehrmaliger Thematisierung nicht bereinigt werden konnten. Die Pflegeleitung hat infolge dessen einen »runden Tisch« mit den beteiligten Berufsgruppen einberufen.

#### *Was sagen die Beispiele über die Rolle der Pflegeleitung aus?*

Erstens wird diese von verschiedenen Berufsgruppen (also nicht nur von der Pflege) kontaktiert, wenn Probleme auftreten. Zweitens werden die Probleme von der Pflegeleitung unparteiisch bearbeitet. Die Probleme vom Chefarzt wie von der Pflege werden beide als relevant eingestuft, und die Pflegedienstleitung vertritt eben nicht primär die Interessen der Pflege. Die beiden Berufsgruppen sollen sich untereinander, in Anwesenheit der Pflegeleitung, absprechen. Das Verhältnis der Berufsgruppen und Akteure zueinander wird als partnerschaftlich im Hinblick auf das reibungslose Funktionieren der Organisation gerahmt. Drittens werden die punktuell auftretenden Probleme als handhabbar beschrieben. Abstimmungsprobleme, technische Defekte oder Krankenstände treten auf, die von der Pflegedirektorin relativ mühelos bearbeitet werden. Viertens werden die auftretenden Probleme als Managementaufgaben gerahmt. Die nicht be-

sonders aufwendigen Aufgaben könnten auch von anderen Organisationsakteuren übernommen werden<sup>4</sup>. Doch die Zuständigkeit für die Probleme wird positiv – und nicht im Sinne, man sei *Mädchen für alles* – gerahmt. Durch die Selbstzuschreibung als Bindegliedfunktion können somit triviale Aufgaben als Managementaufgaben gerahmt und positiv angenommen werden.

## Prozessstrukturierung

Der zweite Handlungsmodus, der sich aus den Interviews mit den Pflegedirektorinnen rekonstruieren lässt, betrifft die Strukturierung von Aufnahme- und Belegungsmanagement im Krankenhaus. Hier zeigt sich die Pflege weniger als Bindeglied zwischen den Berufsgruppen, sondern als *kompetenter Managementakteur hinsichtlich der Prozesssteuerung*. Während es im ersten Handlungsmodus darum geht, Probleme situativ und partnerschaftlich mit den anderen Akteuren zu lösen, werden hinsichtlich Strukturierungsbemühungen Ärzte häufig als Gegner gerahmt, die Widerstand gegen vernünftige Organisationsentscheidungen leisten. Dabei wird das Wissen über Prozesse als originär pflegerische Kompetenz gerahmt und als strategische Kompetenz auf die Managementebene übertragen. Der Handlungsmodus der Prozessstrukturierung wird anhand zweier Zitate illustriert werden.

Herr Kämpfer: »Zu sagen Bitteschön, du bist Mediziner, du bist Chirurg, sieh zu, dass du gut operierst und [...] zu den Fällen gerufen wirst, wo es kritisch ist und wo es schwierig ist, aber alles andere, wie wir das organisieren, das machen wir dann. So, das ist das, wo wir, glaube ich, in der Pflege hin müssen, dass wir hier diejenigen sind, weil wir so nah an Patienten sind, 24 Stunden, dass wir die Prozesse auch dementsprechend sinnvoll steuern und auch im Rahmen der Interprofessionalität [...].«

Herr Fuchs, der seine Meinung in Appellform formuliert, möchte ein Neuarrangement der Stationsarbeit: der Arzt (in diesem Fall ein Chirurg) soll Aufgaben übernehmen, die ausschließlich seine medizinische Kompetenz betreffen (operieren). Für den organisatorischen Rahmen soll der Pflegebereich (»wir«) zuständig sein, der »die Prozesse auch [...] sinnvoll steuer[t]«. Die Pflege soll zusätzliche Aufgaben übernehmen und Kompetenzen erhalten, der Arzt hingegen wird in seiner Arbeit fragmentiert: er muss nicht den Überblick haben, sondern nur definierte Abläufe ausführen. Als Argument für das neue Arrangement wird die Patientennähe der Pflegekräfte angeführt, also eine spezifische Kompetenz, die folgelogisch den Ärzten abgeht. Diese berufsspezifische Unterscheidung basiert auf einer Managementperspektive, die die Prozesse auf Stationsebene durch Fragmentierung der Arbeit optimieren möchte. Interessant dabei ist die Aufteilung der Aufgaben: die Pflege wird zur Kopfarbeiterin, die die Prozesse begleitet und Änderungen einleitet. Der Arzt ist in diesem Arrangement der Handarbeiter, der gut zu operieren hat. Obwohl Herr Fuchs in einem anderen Interviewabschnitt das medizinische Handeln als »ärztliche Kunst« definiert, für die die Pflege »nur der Boden« sein soll, um diese zu ermöglichen, wird diese Hierarchisierung in der vorgestellten Praxis umgedreht. Hier bestimmt die Pflege den Prozess und die Ärzte werden auf einen engen Handlungsbereich begrenzt. Die an-

<sup>4</sup> Den Medizintechniker könnte auch der Oberarzt anrufen, der Chefarzt könnte sich auch bei der Stationschwester erkundigen und die Probleme zwischen den Berufsgruppen könnten auch auf einer anderen Hierarchieebene geklärt werden.



gestrebte Logik wird von Herrn Fuchs zusätzlich durch einen wirtschaftlichen Rahmen argumentativ abgestützt, indem er im weiteren Interviewverlauf auf die »zurückgehende Ressource Arzt« verweist: »Das muss nicht alles ärztlich gesteuert werden, das kann dementsprechend auch von anderen Berufsgruppen genommen werden.« Im Modus des prozessstrukturierenden Handelns werden Ärzte als knappe Ressource, Kostenträger, *Durchreisende* mit Loyalitätsdefiziten (bedingt durch ausbildungs- und berufsbiographisch bedingten Arbeitsplatzwechsellern) und Nicht-Wissende wahrgenommen. Demgegenüber wird das Pflegepersonal als kostenschonend, prozesskompetent, wissend und organisationsloyal interpretiert. Folglich ist es unter Rationalitätsgesichtspunkten vernünftig, das Pflegepersonal mit mehr Kompetenzen auszustatten.

Dass die angestrebten Umstrukturierungsmaßnahmen jedoch auf Widerstände seitens der Mediziner stoßen, stellt die Pflegedirektorinnen vor erhebliche Probleme. Aufgestellte Regeln können von den Ärzten unterlaufen werden, ohne dass der Pflegedirektion Sanktionsmittel zur Verfügung stünden. Beispielsweise wird den Ärzten vorgeworfen, das mühsam vom Management eingeführte Patientenmanagement bewusst zu unterminieren, indem Fälle ungerechtfertigt zu Notfällen umdefiniert werden, die dann außerhalb der Regelprozeduren behandelt werden können.

Herr Kämpfer: Wo man irgendwie das einfach mal so auch als zwar medizinisch Bewandertes ganz klar sagt: Wo ist denn da der Notfall? Dann wird da aber daraus ein Notfall definiert. Das ist alles möglich. Also man kann solche Systeme immer unterminieren, indem man dann einfach seine eigenen Regeln aufstellt.

Hier zeigt sich, dass Herr Kämpfer sich einerseits zutraut, ärztliche Entscheidungen als sachlich falsch (kein Notfall) zu beurteilen, und dass ihm andererseits bewusst ist, in einem Machtspiel den Ärzten trotzdem unterlegen zu sein. Zu einer Krise der eigenen Managementposition führt dies für die Pflegedirektorinnen jedoch nicht. Im Gegenteil, der ärztliche Widerstand kann in das Gesamtbild integriert werden: Die eigene Position ist die vernünftigere im Sinne einer besser funktionierenden Organisation, und die Position der Ärzte wird machtpolitisch interpretiert. Es wird den Ärzten nicht zugestanden, dass sie durch ihren professionellen Blick sinnvolle Entscheidungen treffen können. Sogar medizinische Notfälle werden kritisch betrachtet, nämlich als Versuche der Ärzte, ihr mikropolitische Spiel weiterzuführen. Eine machtpolitische Rahmung mit Rückgriff auf die Professionen wird von den Pflegeleitungen jedoch explizit abgelehnt. Sie selbst berufen sich in erster Linie auf die Interessen der Organisation und eben nicht auf ein Pflegeethos, wenngleich, wie schon aufgezeigt, auf argumentativer Ebene einige Managementkompetenzen als typisch pflegerisch interpretiert werden. Der Pflege steht auch als Managementakteur keine Sanktionsmöglichkeit dieser ärztlichen Praxis zur Verfügung.

Es findet eine doppelte Legitimation der Pflegedirektorinnen als Managementakteure statt. Erstens wird Prozesskompetenz als originär pflegerisch gerahmt und im Umkehrschluss Ärzten abgesprochen. Zweitens wird argumentiert, dass es Chefärzten, da sie im Gegensatz zu Pflegedirektorinnen auch in die Stationsarbeit eingebunden sind, strukturell nicht möglich ist, der Organisation auf Managementebene so gute Dienste zu leisten wie die Pflege. Damit wird gleichzeitig der negativ unterstellte Spartenkannibalismus der Ärzte strukturell begründet, was es wiederum möglich macht, sie im Modus der situativen Problemlösung als Partner zu adressieren. Es wird versucht, sie auf ihr professionelles, operatives Handeln zu begrenzen und Managementaufgaben der Pflege vorzubehalten. Weiter wird auf ökonomische Argumente zurück-

gegriffen, worin sich eine Nähe zur Geschäftsführung und gleichzeitig Distanzierung zu Professionslogiken der Medizin und der Pflege zeigt.

## Positionierung zwischen Geschäftsführung und Stationspflege

Dass der ökonomische Druck im Krankenhaussektor insbesondere den Pflegebereich betrifft, zeigen aktuelle Statistiken. Im Zeitraum zwischen 1995 und 2006 ist ein Rückgang von 45.839 (14.2%) Vollkräften zu verzeichnen, der in den Jahren 2003 und 2004 (das heißt kurz nach der DRG-Einführung) einen Höhepunkt erreicht hat (Simon 2009). Zwar hat seit 2007 eine Beruhigung der Situation eingesetzt (11.000 neue Stellen im Zeitraum 2007–2014), doch die Arbeitssituation im Pflegebereich ist nach wie vor angespannt (Isfort et al. 2014). Gründe dafür sind neben der Personalknappheit die Fallzahlsteigerung, die Reduktion durchschnittlicher Verweildauern (und damit ein Anstieg der arbeitsintensiven Patientenaufnahmen und -entlassungen) und die demographische Entwicklung, die eine Zunahme älterer (multimorbider und dementer) Patienten zur Folge hat. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass das Verhältnis zwischen Management und Stationsmitarbeitern angespannt ist. Wie Pflegedienstleitungen mit dieser Situation umgehen, wird anhand von drei Fällen aufgezeigt.

### Distanzierung von der Stationsebene

Die Vermittlung zwischen diesen beiden Polen wird nicht von allen Interviewten durchgeführt. Die Mehrzahl der Pflegeleitungen entziehen sich der Vermittlungsarbeit und gehen in einer wirtschaftlich orientierten Managementrationalität auf. Personaleinsparungen werden in einer solchen Orientierung nicht als Problem wahrgenommen, sondern als logische Folge der wirtschaftlichen Entwicklung des Krankenhauses. Folglich werden die Perspektive der Pflegemitarbeiter und die Logik der Pflegearbeit nicht mitreflektiert. Paradigmatisch dafür steht Herr Kämpfer, der wie folgt auf die Personalkürzungen antwortet:

Herr Kämpfer: Na ja, es ist ja immer eine Frage, wie man es verkündet, nicht? Also ich versuche nun wirklich viel zu kommunizieren und das auch viel zu erläutern, also ich meine, mir ist das plausibel, ich habe mich ja jetzt nicht mit der Geschäftsführung darüber gestritten, weil das für mich klar war, dass das ist ein notwendiger Prozess. Wenn wir hier rote Zahlen schreiben, können wir alle etwas dafür tun und habe das nachvollziehen können und entsprechend natürlich auch mit den Stationsleitungen gesprochen, weil das ist dann ja sozusagen für mich dann - sind das die Multiplikatoren. Und da, wo es dann natürlich hakt, wo es dann möglicherweise Probleme gibt, da gehe ich dann natürlich auch jeweils in die Teamsitzung rein und dann besprechen wir das. Also jetzt nächste Woche beispielsweise bin ich noch auf einer Station, weil das da halt nicht so empfunden oder als nicht als richtig empfunden wird, dann erläutere ich das halt noch mal; aber es bleibt trotzdem natürlich, es gibt ja keine Alternative.

Obwohl Herr Kämpfer versucht, viel zu kommunizieren und viel zu erläutern, wird in diesem Absatz klar, dass es für diesen keine Alternative zum Stellenabbau gibt. Damit wird eine Kausalität konstruiert, die mit dem Geschäftsführer geteilt wird: wenn rote Zahlen, dann Personalkürzung. Die Kommunikation nach unten läuft über die Stationsleitungen. Nur bei Problemen schaltet sich Herr Kämpfer persönlich ein und bespricht den Stellenabbau in Teamsitzungen. Dies elaboriert der Interviewte an den Mitarbeitern, die die Maßnahme nicht als richtig empfinden. An der Wortwahl merkt man, dass die Entscheidung aus Sicht von Herrn Kämpfer alterna-

tivlos ist und die Personen, die diese Sichtweise nicht teilen, nur anders *empfinden* würden. Objektiv ist die Entscheidung folglich richtig, aber subjektiv sind davon abweichende Wahrnehmungen festzustellen, denen mit Erläuterungen entgegnet wird. Die Teamsitzung ist dann auch kein Gespräch auf Augenhöhe, in dem beide Seiten Argumente liefern und die Entscheidung ein offener Prozess ist, sondern die Einsparungen müssen nochmals auf den Tisch gelegt werden. Mögliche Folgen und Bedenken von pflegerischer Seite werden von Herrn Kämpfer an dieser Stelle nicht mitreflektiert. Die Vermittlungsarbeit wird somit zu einem Minimum reduziert: die Personaleinsparungen müssen umgesetzt werden und die möglichen Gegenargumente werden erst gar nicht in Betracht gezogen.

### Vermittlung zwischen ökonomischem Druck und Pflegearbeit

Als kontrastierenden Fall kann Herr Fuchs angeführt werden. Dieser ist seit 30 Jahren im selben Krankenhaus und kennt die Pflegemitarbeiter, unter denen eine geringe Fluktuation bestehen würde, persönlich. Durch den Trägerwechsel vor einem Jahr ist die personelle Situation angespannt. Gute Pflegearbeit, die Nähe zum Patienten, die Bedürfnisse der Mitarbeiter und der ökonomische Druck werden als »erhebliches Spannungsverhältnis« erlebt. Dieses wird versucht, durch verschiedene Maßnahmen abzufedern:

1. Appell: An die Pflegekräfte wird appelliert, Patientennähe und die Ausführung guter fachlicher Pflege ernst zu nehmen. Dies sind für Herrn Fuchs Werte, die nicht unter einer wirtschaftlichen Logik subsumiert werden können (zum Beispiel gute Pflege als Werbemaßnahme, um Patientenzufriedenheit zu steigern und Fallzahlen zu erhöhen), sondern für sich stehen.
2. Prozessoptimierung: Um neue Kapazitäten freizusetzen, wird versucht bestimmte Prozesse zu optimieren. So hat Herr Fuchs die Stationsschwestern durch Bereichsleiter ersetzt oder versucht, den Aufwand der Dokumentation durch Digitalisierung zu reduzieren.
3. Verschiebungen der Pflegekräfte: wenn auf einer Station Personalmangel herrscht, wird versucht diesen durch »Verschiebungen« von anderen Stationen aufzufangen.

Um die hier beschriebenen Praktiken durchzuführen, die das Spannungsverhältnis entschärfen sollen, ist eine intensive Absprache mit den Pflegebereichsleitungen notwendig. So meint Herr Fuchs: »24 Stunden, sieben Tage die Woche kümmern wir uns darum, dass die Stationen (..) sich um Nachbesetzungen im Krankheitsfall nicht kümmern müssen«. Die Nähe zu den Mitarbeitern ist allerdings nicht nur Segen (»was immer ganz gut angekommen ist, dass wir uns um unsere Mitarbeiter kümmern«), sondern auch Fluch, weil die Abgrenzung zu diesen gleichzeitig eine Belastung darstellt:

Herr Fuchs: Das heißt wir sind hier alle gemeinsam alt geworden, merken jetzt, dass einfach die (..) Arbeitsdichte doch relativ groß ist und dass die älter werdenden Mitarbeiter an ihre Grenzen kommen. Das ist das, was ich mit im Fokus habe zu sagen wie gehen wir damit um [...]

[D]a ich in diesem Haus groß geworden bin, habe ich zu den Mitarbeitern auch einen relativ engen persönlichen Kontakt, was manchmal die Situation noch ein bisschen erschwert, weil man eben auch mitbe-

kommt, wie der eine oder der andere eben dementsprechend auch leidet. Manchmal wäre es ganz schön, mehr Distanz zu haben, um zu sagen, (lacht) das geht mich gar nichts an, aber das geht nicht.

Der Interviewte teilt aufgrund des jahrelangen persönlichen Austauschs einen gemeinsamen Erfahrungsraum mit den Mitarbeitern, (»wir sind hier alle gemeinsam alt geworden«). Die Arbeitsdichte wäre aber recht groß geworden und das würden auch besonders die älteren Mitarbeiter zu spüren bekommen (»an ihre Grenze kommen«). Herr Fuchs versucht zunächst, dieses Spannungsverhältnis positiv zu gestalten und einen Umgang damit zu finden. Doch erhält der zunächst nette gegenseitige Umgang einen bitteren Beigeschmack: man sieht wie die Mitarbeiter leiden. Daraufhin wird der Wunsch geäußert, mehr Distanz zu haben, aber dies gehe aufgrund des persönlichen Involviertseins nicht. Somit wird nicht nur das gestalterische Momentum der Situation mitreflektiert, sondern auch die Gefahren – die Situation lasse nicht mehr Distanz zu und deshalb müsse man (mit)leiden. So meint Herr Fuchs, dass man als »Pflegedienstleiter schauen muss, wie lange kann ich das selbst eigentlich aushalten. [...] Also das ist etwas, wo man aufpassen muss, dass man da selbst nicht (..) nicht an seine Grenzen kommt«.

Das Spannungsverhältnis zwischen Einsparen und guter Pflege/Mitarbeiterorientierung ist bei Herrn Fuchs inkorporiert: dieser hängt als *Urgestein* am konkreten Krankenhaus, versteht daher auch, dass gespart werden muss, damit das Krankenhaus überleben kann (ist deshalb auch froh, dass das Krankenhaus von einem privaten Träger übernommen worden ist). Daneben verfolgt dieser das Ziel der Patientennähe der Pflege. Zusätzlich identifiziert er sich mit seinen Pflegekräften und kann nicht auf Distanz gehen. Die Integration der Perspektiven (Personalkürzungen, Patientennähe, gute Pflege, Mitarbeiterbedürfnisse) wird einerseits versucht pragmatisch zu lösen (Prozessoptimierung, Verschiebungen der Mitarbeiter), andererseits zur leidvollen Erfahrung.

### Positionierung (Role-Making)

Ein weiterer Kontrastfall zum Haupttypus der sich auf die Managementseite zurückziehenden Pflegedirektorinnen ist Frau Köfler. Im Unterschied zu Herrn Fuchs ist Frau Köfler erst seit einem halben Jahr kommissarische Pflegedienstleitung. Diese Stelle hat sie von der Geschäftsführung angeboten bekommen. Nach einigem Zögern hat sie die neue Position angenommen und ist seitdem *kommissarisch* tätig. Das Verhältnis von Geschäftsführungserwartungen und der Pflegepraxis erlebt sie als ein Spannungsverhältnis, wobei im Unterschied zu Herrn Fuchs, der Pflegebezug bei Frau Köfler um einiges ausgeprägter ist. In dem folgenden Interviewausschnitt geht es um die Dokumentation der Pflegekräfte. Diese würden in manchen Situationen nicht bzw. falsch dokumentieren, was aus der Sicht von Frau Köfler nichts mit »Bösartigkeit« zu tun hätte, sondern mit der »pflegerischen Denke«, die primär am Patienten orientiert wäre.

Frau Köfler: Ich bin natürlich in so einer Zwittersituation. Da sage ich natürlich, ich bin vom Herzen her Pflegekraft, ne, wie gesagt, ich habe bis vorletztes Jahr selbst am Bett gestanden, war im Rahmen der Pflegebereichsleitung halt eben auch nochmal ganz nah dran am Patienten, Pflegequalitätskontrollen, ne, Matratze mit aussuchen und, und, und. Und bin jetzt natürlich in der höheren Position halt eben eher im Sinne, von wegen einhalten. Obwohl ich der Letzte bin, der sagt, einhalten um jeden Preis. Ich weiß ja, was die da

durchmachen, und, ja. Schulung, ja, Lob, Belohnung, aber auch Verständnis dafür, wenn es halt eben mal nicht hinhaut.

I: Und das müssen Sie dann in der, also der Geschäftsführung gegenüber/

Frau Köfler: Das ist aber wiederum die andere Sache, zu sagen, nach dem Motto, von wegen, was wollen Sie denn, im Sinne von wegen, wollen Sie gut versorgte Patienten, ne, die keine Komplikationen erleiden, oder die vielleicht nicht bezahlt werden, die trotzdem gut und lebendig hier raus gehen, übertrieben.

Frau Köfler beschreibt sich als in einer »Zwitterposition« zwischen den Pflegekräften und der »höheren Position« eingebettet. Wobei eine stärkere Bindung mit der Pflegerolle besteht (»vom Herzen her Pflegekraft«). Diese Bindung zur Pflege hat sie auch in der Rolle der Bereichsleitung aufrechterhalten können, obwohl die direkte Patientenarbeit abgenommen hat. Der Bruch und somit der Übergang in die »Zwitterposition« vollzieht sich jedoch erst mit der »höheren Position« der Pflegedirektorin, in der es darum ginge, »einzuhalten«. Frau Köfler bezieht sich hier auf die Einhaltung von Kodierrichtlinien durch Pflegekräfte, die sie auf Stationsebene anmahnt. Das »Einhalten« wird jedoch problematisiert und »einhalten um jeden Preis« möchte Frau Köfler nicht. Diese Position wird damit gerechtfertigt, dass sie weiß, was »die [Pflegerinnen auf Station, Anm. d. Verf.] da durchmachen«. Durch den Praxisbezug weiß Frau Köfler, was die Pflegemitarbeiter »durchmachen«, also weiß auch, dass in der Praxis Normen mal nicht eingehalten werden (können).

Der Zwitterbezug bedeutet nicht, dass die Perspektive der Geschäftsführung als gleichwertig behandelt wird. Dies zeigt sich daran, dass diese in Form eines Appells adressiert wird: gut versorgte Patienten werden monetären Erwartungen gegenübergestellt und die Geschäftsführung fiktiv mit der Frage adressiert, was dieser wichtiger wäre. Anhand des Appells wird deutlich, dass die Geschäftsführung mit der wirtschaftlichen Perspektive gleichgesetzt wird. Folglich wird eine Distanz zur Geschäftsführung aufgebaut, Frau Köfler identifiziert sich nicht mit dieser Perspektive (sonst wäre der Appell nicht nötig). Gleichzeitig unterscheidet sich ihre Perspektive von der der Stationspflege, sie sieht die *Kehrseite der Medaille*, die Notwendigkeit der Abrechenbarkeit der Leistungen. Der Zwitterbezug kann somit als ein Konflikt der Pflegeverbundenheit von Frau Köfler mit den Erwartungen, denen sie in der »höheren Position« ausgesetzt ist, interpretiert werden: einerseits Normeinhaltung, andererseits Arbeitsbelastung und Patientenbetreuung. Die Vermittlungslogik verläuft einerseits im Appell an die Geschäftsführung und in der Übertretung von Regelungen/Normen, wenn es dafür gute Gründe gibt (zum Beispiel gut versorgte Patienten), andererseits in der Aufforderung der Regelbefolgung seitens der Pfleger oder, wie andere Interviewstellen zeigen, der Arbeit an einem eigenen Regelwerk. Der Fall von Frau Köfler unterscheidet sich von der Mehrheit der Fälle durch eine stärkere Identifizierung mit der Stationspflege und einer Distanzierung von der Geschäftsführung.

## Diskussion

Die vorgestellten Fälle lassen unterschiedliche Positionierungen und Formen der Vermittlung von Pflegedirektorinnen erkennen. Diese Vielfalt ist zunächst überraschend und erklärungsbedürftig. Zunächst ist auffällig, dass ein Großteil der durchgeführten Interviews (9 von 12 Fällen) dem rekonstruierten Typus zuzuweisen ist, für den das reibungslose Funktionieren der Organi-

sation Priorität hat. Dies korrespondiert zumeist mit einer Positionierung im Management, das Verhältnis zum Pflegebereich ist distanziert. Die Pflege wird dann als ein Bereich neben den anderen wahrgenommen und bei Problemen (zum Beispiel Personaleinsparungen) wird unter Umständen kurz interveniert, aber die grundsätzliche Orientierung (Management) dabei nicht in Frage gestellt. Die Positionierung im Management kommt damit einer *Flucht nach oben* gleich: Die eigene Berufsgruppe, in der man sozialisiert wurde, wird nicht im Management vertreten und der *Pflegeblick*, der die Bedürfnisse des Patienten fokussiert, weicht einem *Organisationsblick*, der die Bedürfnisse der Organisation identifiziert und bearbeitbar macht. Aus einer machttheoretischen Perspektive<sup>5</sup> heraus ist diese Orientierung und Positionierung nachvollziehbar. Sich als *Management* zu begreifen und wahrgenommen zu werden, bedeutet eine symbolische Aufwertung. Die Identifizierung mit den Pflegekräften, die im Verhältnis zu den Ärzten marginalisiert sind, schafft keine Distinktionsgewinne. Die hergestellte Nähe zur neuen Gruppe der Manager (Geschäftsführer) hingegen ermöglicht nicht nur Anerkennung, sondern auch neues Einflusspotenzial. Gegen die Ärzte, denen man als Pflegekraft unterlegen war, kann man, in Allianz mit den Geschäftsführern und im Namen der *vernünftigen Organisation*, selbstbewusst entgegentreten.

Auf der anderen Seite kann gefragt werden, warum sich manche Fälle überhaupt dem Spannungsverhältnis zwischen Management- und Stationsebene aussetzen. Am Fall von Herrn Fuchs wird eine Identifikation mit den eigenen Mitarbeitern bewahrt, da diese einen gemeinsamen Erfahrungsraum (man ist gemeinsam alt geworden) bilden. Die Distanzierung kann hier nicht funktionieren, auch wenn es sich Herr Fuchs durchaus wünscht. Die Vermittlungsarbeit, die zum Beispiel in der Literatur des *boundary spannings* häufig positiv konnotiert wird, verkommt zur leidvollen Erfahrung. Etwas anders ist der Fall von Frau Köfler gelagert. Hier ist eine noch stärkere Verbundenheit mit Pflege gegeben. Die angesprochene »Zwitterposition« zwischen Geschäftsführung und Pflegepersonal kann als Intrarollenkonflikt beschrieben werden. Darüber hinaus sieht man an dem Fall, dass nicht nur unvereinbare Erwartungen austariert werden müssen, sondern dass darüber hinaus Frau Köfler eine eigene Position herstellt, von der aus sie Forderungen an die Geschäftsführung und die Pflegekräfte adressiert. Das *role-taking* kombiniert sich hier mit einem *role-making*.

Die Verknüpfungsarbeit der Pflegedirektorinnen korrespondiert mit dem Standort in der Organisation. Jene Akteure, die sich stärker im Krankenhausmanagement verorten, können als Netzwerkakteure beschrieben werden, die unterschiedliche Berufsgruppen situativ miteinander verknüpfen. Diese Praxis wird als unproblematisch erfahren: man ist Partner der anderen Akteure, mit dem Ziel, die Organisation am Laufen zu halten. Die Verknüpfungsarbeit zwischen Pflegebereich und Management wird dahingegen als Spannung erlebt. Diese Spannung muss tagtäglich bearbeitet werden und kann zur leidvollen Erfahrung werden. Daneben besteht die Herausforderung in der Positionierung zwischen Geschäftsführererwartungen und Pflegemitarbeitererwartungen.

---

<sup>5</sup> An dieser Stelle könnten beispielsweise die Überlegungen zu Feldern bei Bourdieu (1998) angewendet werden.

## Literatur

- Bode, I. 2010: Der Zweck heil(ig)t die Mittel? Ökonomisierung und Organisationsdynamik im Krankenhaussektor. In M. Endreß, T. Matys (Hg.), *Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bohnsack, R. 2003: *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*. 5. Auflage. Opladen: Barbara Budrich.
- Bolton, S. C. 2005: ›Making up‹ managers: the case of NHS nurses. *Work, employment and society*, 19. Jg., Heft 1, 5–23.
- Bourdieu, P. 1998: *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Evetts, J. 2011: A new professionalism? Challenges and opportunities. *Current Sociology*, 59. Jg., Heft 4, 406–422.
- Isfort, M., Klostermann, J., Gehlen, D., Siegling, B. 2014: *Pflege-Thermometer 2014. Eine bundesweite Befragung von leitenden Pflegekräften zur Pflege und Patientenversorgung von Menschen mit Demenz im Krankenhaus*. <http://www.dip.de>, Köln (letzter Aufruf 19. Juni 2015).
- Kirkpatrick, I., Dent, M., Jespersen, P. K. 2011: The contested terrain of hospital management: Professional projects and healthcare reforms in Denmark. *Current Sociology*, 59. Jg., Heft 4, 489–506.
- Kitchener, M. 2000: The ›bureaucratization‹ of professional roles: The case of clinical directors in UK hospitals. *Organization*, 7. Jg., Heft 1, 129–154.
- Küpper, G. 1996: *Weibliche Berufskarrieren in der stationären Krankenpflege. Pflegedienstleiterinnen als Führungskräfte zwischen Tradition und institutioneller Modernisierung*. Bielefeld: Kleine Verlag.
- Meuser, M., Nagel, U. 1991: *ExpertInneninterviews – Vielfach erprobt, wenig bedacht: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion*. In D. Garz, K. Kraimer (Hg.), *Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meyer, M.W., Zucker, L.G. 1989: *Permanently failing organizations*. Newbury Park California: Sage Pub.
- Numerato, D., Salvatore, D., Giovanni, F. 2013: The impact of management on medical professionalism: a review. *Sociology of Health & Illness*, 34. Jg., Heft 4, 626–644.
- Rosenthal, T. 2005: *Pflege und Management: ein Spannungsfeld. Konzepte – Kontroversen – Konsequenzen*. In K. S. Schroeter, T. Rosenthal (Hg.), *Soziologie der Pflege. Grundlagen, Wissensbestände und Perspektiven*. Weinheim: Juventa.
- Simon, M. 2009: *Persalabbau im Pflegedienst der Krankenhäuser: Hintergründe, Ursachen, Perspektiven*. *Pflege & Gesellschaft*, 14. Jg., Heft 2, 101–123.
- Vogd, W. 2007: Von der Organisation Krankenhaus zum Behandlungsnetzwerk? Untersuchungen zum Einfluss von Medizincontrolling am Beispiel einer internistischen Abteilung. *Berliner Journal für Soziologie*, 17. Jg., Heft 1, 97–119.

»Professionalisierung lebensweltlicher Krisen«  
der Sektion Professionssoziologie  
– organisiert von Rainer Schützeichel, Ursula Unterkoffer



# Soziale Sensibilität und Habitussensibilität

## Inszenierungspotentiale und gesellschaftliche Bewertung einer neuen Qualität professionellen Handelns

Tobias Sander und Jan Weckwerth

*Beitrag zur Veranstaltung »Professionalisierung lebensweltlicher Krisen« der Sektion Professionssoziologie – organisiert von Rainer Schützeichel, Ursula Unterkoffer*

Soziale Sensibilität ist im Laufe der letzten Jahre verstärkt auf die Agenda professionellen Handelns gerückt. Dies lässt sich an zweierlei Entwicklungen aufzeigen: Zum einen erhebt eine zunehmende Anzahl professioneller oder sich professionalisierender Gruppen den (Selbst-)Anspruch, einen – zunächst nicht genauer definierten – *sozialen Hintergrund* ihrer Gegenüber, also der Klient/-innen und Patient/-innen zu berücksichtigen und gewissermaßen als additive Qualität in die professionelle Handlungslogik zu integrieren. Zum anderen sind aber auch entsprechende gesellschaftliche Erwartungshaltungen an bestimmte Professionen zu verzeichnen, nach denen ein sozial sensibler Umgang mit den Nutzer/-innen professioneller Leistungen als Zeichen von Professionalität zu betrachten sei (Cleppien 2004; Kessler, Otto 2012). Nicht mehr nur von Sozialarbeiter/-innen, bei denen der Bezug auf die Eigenheiten der Klient/-innen sicherlich im Kern des professionellen Handelns verortet werden kann, sondern beispielsweise auch von Onkolog/-innen, Lehrer/-innen oder Anwalt/-innen wird heutzutage verlangt, bei der professionellen Problemlösung die klientenspezifischen Wahrnehmungen und Erwartungen in der bzw. an die professionelle(n) Interaktionssituation angemessen einzubeziehen (Vehviläinen-Julkunen 1992; Margulies 1996; Biesta 2009). Schließlich sind Klient/-innen – etwa im Vergleich zu bloßen Kund/-innen – ja aktiver in die Herstellung des Falles sowie in das »Enactment« für die letztlich resultierende professionelle Tätigkeit involviert (Bailey 2000: 356).

Der vorliegende Beitrag greift beide skizzierten Entwicklungen auf. Zunächst werden aus einer professionssoziologischen Warte Bedingungen der Integrierung sozialer Sensibilität in der Interaktionssituation beleuchtet (Kapitel 2). Im Anschluss soll die eher unspezifische Begrifflichkeit soziale Sensibilität einer Konkretisierung unterzogen werden. Wie ist und wie kann *das Soziale* definiert sein, auf das sich Professionelle in ihrem alltäglichen Handeln positiv beziehen (können)? In diesem Zusammenhang fragen wir nach der unterschiedlich zu veranschlagenden Qualität sozial sensiblen Handelns, wofür der Rückgriff auf bekannte Konzepte der sozial-(strukturellen) Differenzierung erfolgt (soziale Lage, Alltagskultur, Habitus; Kapitel 3). Eine derar-

tige, scheinbar fachfremde Erweiterung der Grundlagen professionellen Handelns kann durchaus weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen – nicht nur für die Interaktionssituation an sich, sondern auch für die Verortung im professionellen Wissensbestand und damit für potentielle Modifikationen der Aus- und Weiterbildung (Kapitel 4). In einem letzten Schritt betrachten wir das Verhältnis von professioneller Selbstdarstellung bzw. Inszenierung und gesellschaftlichen Zuschreibungen bezüglich dieser vergleichsweise neuen Anforderung an professionelles Handeln (Kapitel 5), bevor wir einen kursorischen Ausblick wagen (Kapitel 6).

## Soziale Sensibilität in professionssoziologischen Ansätzen

Komplexes berufliches Wissen, welches im Idealfall auf theoretisch-abstrakten Konzepten und formalen Lernformaten beruht, stellt einen der Grundpfeiler für professionelles Handeln dar (Freidson 2001; Eraut 1994). Ein derartiger Kernwissensbestand ist in der Regel gegenständlich konkret bezogen und damit auch begrenzt: auf das Recht, das Lernen, die Physis, die Technik etc. Dahingegen fungiert der/die Adressat/-in professioneller Leistung nur in Ausnahmen – zu nennen wären hier die soziale Arbeit oder die Psychotherapie – als genuine Wissensreferenz respektive zentraler Anwendungsgegenstand des professionellen (Handlungs-)Wissens. Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass selbst in diesen relativen Ausnahmen zumeist weniger die Spezifika der Adressat/-innen, sondern vielmehr der *Fall* an sich – also eine bestimmte Problemkonstellation – im Zentrum des professionellen Interesses steht. Die professionelle Handlungslogik verbleibt insofern bei einer eher abstrakten Fall- an Stelle einer Klient/-innen-differenzierung.

Dabei beschäftigen sich verschiedene professionssoziologische Strömungen bereits seit einigen Jahrzehnten – wenngleich oftmals indirekt – mit sozialer Sensibilität in professionellen Kontexten. So haben etwa interaktionistische Ansätze die soziale Konstruktion des Falles bzw. des Problems hervorgehoben, aufgrund dessen der/die Professionelle konsultiert wird. Der Fall bzw. der professionelle Auftrag erwächst erst aus der subjektiven (und damit auch sozial distinktiven) *Deutung* der vorliegenden Konstellation. Klient/-innen sind hiernach keine passiven Leistungsempfänger/-innen, sondern gestalten die professionelle Praxis wesentlich mit. Zugleich gilt die Subjektivität des Verstehens, welches ja für die Fallkonstruktion obligat ist, eben auch für die Seite der Professionellen (Oevermann 1983; Schütze 1984; Gildemeister 1995). Aus dieser Perspektive wird ersichtlich, wie grundlegend die soziale Spezifität der jeweiligen Klient/-innen eigentlich im professionellen Handeln verankert sein müsste: nämlich als eine Form sozialer Sensibilität, die jene in ihrer zunächst eigensinnigen Erwartungshaltung an die Welt – oder konkreter: den Fall – ernst zu nehmen versucht (Sander 2014).

In Ulrich Oevermanns *Revidierter* Professionalisierungstheorie ist die Aufgabe professioneller Tätigkeit von der stellvertretenden Krisenbewältigung durch die Professionellen (bzw. aus Klient/-innensicht von der stellvertretenden Deutung seiner/ihrer Probleme) auf der Basis von »routinisiertem Wissen« (Oevermann 2005: 23) gekennzeichnet (weiterhin Oevermann 1983, 1997). Für den Professionellen entsteht dabei die Diskrepanz zwischen dem vorhandenen Wissens- und Regelbestand und dem Fall, auf den dieser konkret appliziert werden soll

(Pfadenhauer 2003). Eine rein standardisierte – an anderer Stelle spricht er von »ingenieurialer« (Oevermann 2005) – Anwendung des Wissens scheitert an der Spezifität der Krise, welche zwangsläufig nicht-standardisierbare – eben akteursspezifische – Elemente in sich birgt.

Hieraus entspringt die Anforderung, dass die Professionellen nicht nur die *nackten Instrumente* zur Diagnose und Bewältigung des Problems parat haben müssen, also medizinisches, juristisches oder pädagogisches Fach- bzw. Kernwissen. Um stellvertretend deuten und (be)arbeiten zu können, müssen sie vielmehr auch die Position und Haltung des/der Klient/-in als Problemträger/-in gegenüber dem Problem (er)kennen, einordnen und in ihrem Handeln berücksichtigen. Es ist anzunehmen, dass Wahrnehmung, Bewertung und subsequeunte Praxisorientierungen selbst bei vordergründig ähnlichen oder gleichen Problemen je nach Klient/-in beträchtlich divergiert. Im Grunde genommen ergibt sich damit für den/die Professionelle/n die Schwierigkeit, die *gesamte Person* des/der Klient/-in in das professionelle Handeln einzubeziehen und für das professionelle Handeln nutzbar zu machen. Nur wie, also auf welcher Grundlage können diese sozialen Differenzierungen in Hinsicht auf die gesamte Person nun vorgenommen werden?

## Von sozialer Sensibilität zu Habitussensibilität

Vielerorts erschöpft sich die Abstellung auf soziale Sensibilität lediglich in dem Anspruch, eine oftmals diffuse und nicht näher konturierte Lebenslage oder soziale Lage der Klient/-innenseite zu berücksichtigen. Damit findet eine Anknüpfung an öffentliche Debatten um soziale Ungleichheit statt, die sich – wie auch die soziologische Ungleichheitsforschung bis in die 1980er Jahre – insbesondere auf die ungleiche Verteilung von gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen konzentrieren. Derartige Konzepte der sozialen Lage werden üblicherweise mit den Kategorien Bildung(sniveau), Beruf(sposition) und Einkommen(schancen) abgebildet, der so genannten »meritokratischen Triade« (Kreckel 2004).<sup>1</sup> Lange Zeit fungierte dieser Ansatz als zentrale Erklärungsinstanz für die sozialstrukturelle (Aus-)Differenzierung der heutigen Leistungsgesellschaften. Pierre Bourdieu hat eine Erweiterung hin zu allen verfügbaren – inneren wie äußeren – Handlungsressourcen vorgenommen, die Akteur/-innen überhaupt in Anschlag bringen können, und bezeichnet diese als Kapitalien mit der bekannten Unterteilung in eine ökonomische, eine kulturelle und eine soziale Dimension (Bourdieu 1983).

Solche Skizzierungen der sozialen Lage bemühen sich um eine möglichst exakte Deskription der objektiven Lebensverhältnisse. Aber selbst der penibelste Abgleich der Ressourcenausstattung ist für eine sozial sensible Klient/-innendifferenzierung aus gleich mehreren Gründen ungeeignet. Zunächst einmal treten diese Merkmale dem/der Professionellen in der professionellen Interaktionssituation im Normalfall gar nicht unverfälscht gegenüber. So dürfte eher selten die exakte ökonomische Situation nachweisbar sein (Kontoauszüge, Arbeitsvertrag,

-----  
<sup>1</sup> Zur meritokratischen Triade vgl. weiter Hradil 1987; allgemein zum meritokratischen Prinzip in der Ungleichheitsforschung vgl. insbesondere Solga 2005; Becker, Hadjar 2011.

Grundbesitz, Wertgegenstände etc.). Bildungsabschlüsse und Berufstätigkeit können zwar im Gespräch Erwähnung finden, müssen dies aber keineswegs, insbesondere nicht biographisch vollständig. In die Bereiche des sozialen Kapitals (also der Menge und Qualität an sozialen Beziehungen) und des inkorporierten kulturellen Kapitals (also des expliziten Wissensbestandes) erhält der/die Professionelle gerade zu Beginn einer Arbeitsbeziehung vermutlich noch weniger Einblicke (Weckwerth 2014).

Aber selbst *wenn* sich eine rasche Identifizierung der sozialen Lage als möglich erweisen würde, wäre deren Aussagekraft eher gering zu bemessen. Die Verfügung über eine gewisse Menge und Art von Ressourcen sagt ja grundsätzlich nicht unbedingt viel darüber aus, in welcher Form diese in einer konkreten Situation eingesetzt werden. Beispielsweise stellt eine bestimmte Summe Geld eine unfasslich große Anzahl an Handlungsoptionen bereit, welche von unterschiedlichen Akteur/-innen erstens nicht gleichermaßen erkannt und zweitens durchaus divergent eingeschätzt werden kann (nach Präferenz, nach Erfolgsaussicht, nach Risiko etc.). Ebenso ist aus einer ungleichen Ressourcenverteilung nicht per se ersichtlich, ob und wie diese von den jeweiligen Betroffenen wahrgenommen wird und inwieweit sich diese Wahrnehmung auf ihre Praxis auswirkt. Es kommt demnach vielmehr darauf an, was als »innere Haltung« (Hradil 2001: 371) zum Umgang mit den Ressourcen bezeichnet werden kann: die Handlungsdispositionen in Form der Lebensstile, Alltagskulturen, Mentalitäten bis hin zum Bourdieu'schen Habitus als zugrundeliegendem Dispositionssystem.<sup>2</sup> Die sozialisatorisch früh ausgeprägten und dadurch insbesondere vom Herkunftsmilieu beeinflussten Dispositionen sind dafür verantwortlich, wie das Subjekt wahrnimmt, denkt, bewertet und letztlich – auch hinsichtlich der aktuell verfügbaren Ressourcen – handelt.<sup>3</sup>

Diese Ausführungen induzieren einen gewissen Modifikationsbedarf für den Anspruch eines sozial sensiblen professionellen Handelns. Das vor allem in der Sozialen Arbeit verbreitete Credo der Berücksichtigung der sozialen Lage der Klient/-innen meint eigentlich etwas anderes: nicht etwa das Aufspüren oder einen vermeintlichen Beweis für Elemente der objektiven Lebensbedingungen und die anschließende professionelle Orientierung an diesen, sondern ein reflektiertes Verständnis der Lebenswelt, der Alltagskultur des/der Klient/-in – und damit auch ein Nachvollziehen der Dispositionen. Die Fokussierung auf die Handlungsdispositionen in der Interaktionssituation kann also davor schützen, dass die klient/-innenspezifischen Mentalitäten und damit die Grundlage von auch für die Problembetrachtung und -bewältigung relevanten

2 Für eine ausführliche Darlegung der Dispositionen und ihrer Strukturierung vgl. insbesondere Bourdieu 1982, 1987.

3 Hiermit soll keinesfalls impliziert werden, dass die soziale Lage überhaupt keine Bedeutung für das ausgeprägte Verhalten besitzt, schließlich existieren Kongruenzen bzw. Homologien zwischen sozialer Lage (bzw. Raum der Positionen) und Alltagskultur (bzw. Raum der Repräsentationen oder Lebensstile) (Bourdieu 1982: 266–268, Barlösius 2004: 128–137). Diese können jedoch im Einzelfall beträchtlich voneinander abweichen, etwa weil das Milieu eine größere Affinität zu kulturellem als zu ökonomischem Kapital aufweist oder weil die Eltern aus einem höheren Milieu stammen, als ihr aktueller Beruf oder ihre Vermögensverhältnisse vermuten lassen würden. Das soziale Milieu, in dem spezifische Sichtweisen, Wertvorstellungen und Präferenzen dominieren, prägt die Sichtweisen etc. des in ihm sozialisierten Subjekts eben deutlich mehr als die vermeintlich objektive soziale Lage, welche ja durchaus starken temporären Schwankungen unterworfen sein kann.

Praxen unterschlagen werden. In diesem Sinne müsste man etwas präziser von *alltagskultureller Sensibilität* sprechen, die eine besondere Qualität der Dechiffrierung, (Re-)Codierung sowie der nachfolgenden mehr oder minder ausgeprägten Abstimmung des Handelns zwischen den Akteur/-innen beschreibt. Diese Sensibilität muss konkret auf der maßgeblichen Einsicht fußen, dass die Alltagskulturen –diejenigen des/der Professionellen, diejenigen des/der Klient/-in, letztlich diejenigen aller Subjekte – jeden Bereich der Interaktion respektive jeden Bereich des Gegenübertretens strukturieren. In Bezug auf die Praxis des/der Klient/-in umfasst das etwa so basale Bereiche wie die Art der Problemschilderung, die (scheinbar) natürliche Distanz zur fachlichen Autorität, die Menge und Art des Fragens und Nachfragens, den Umgang mit einer ungünstigen Prognose, die Befolgung des professionellen Rates bzw. der Expertise, aber auch grundlegend die Bereitschaft, überhaupt (und ab welchem Moment) Hilfe in Anspruch zu nehmen (Weckwerth 2014).

Eine solche Klient/-innenorientierung und -differenzierung beinhaltet notwendigerweise Konsequenzen für das konkrete professionelle Handeln selbst. Dazu ist eine Reflektion der eigenen Inszenierung in Auftreten, Sprache etc. und deren situative Anpassung erforderlich, was wiederum ein vorgängiges *Einfühlen* in die – soziale im Sinne von alltagskulturell spezifische – Wahrnehmung des Gegenübers unerlässlich macht. Eine derartige Überbrückung sozialer Distanz konstituiert nicht nur ein effektiveres Arbeitsbündnis – weil das gegenseitige Verstehen zumindest quasisoziologisch grundgelegt ist –, sondern ermöglicht auch einen fundamental veränderten Zugriff auf die lebensweltliche(n) Krise(n).

Will man sich hingegen noch weiter der sozialen Ausgangsposition der Subjekte nähern, muss gewissermaßen noch einen Schritt zurückgegangen und der Habitus als Grundlage sozial sensiblen Verhaltens herangezogen werden. Nach Bourdieu ist der Habitus ein durch die Sozialisation ausgeprägtes, relativ beständiges System von strukturierten und strukturierenden Handlungsdispositionen, welches als »Erzeugungs- und Ordnungsgrundlage für Praktiken und Vorstellungen« (Bourdieu 1987: 98) fungiert. In diesem Sinne generiert der Habitus die Alltagskultur bzw. den Lebensstil – und stellt somit eine besondere Tiefenstruktur im Bereich der ohnehin tief im Subjekt sedimentierten Handlungsdispositionen dar. Mit dem Habitus lässt sich demnach das für eine/n Akteur/-in wahrscheinliche, im Sinne von *erwartbare* Denken und Handeln erfassen, mit welchem diese/r in eine soziale Situation hineintritt, ohne dass diese Situation selbst die Handlungsgrundlagen bereits beeinflusst.<sup>4</sup>

4 Um diese Unterscheidung von Habitus und erlebter bzw. erlebbarer Praxis zu spezifizieren: Der Habitus, also die in das Subjekt eingeschriebenen Dispositionen, werden im konkreten Handeln in zwei Schritten sozial konkretisiert und kontextualisiert: zunächst im Raum der Lebensstile, der eine soziale Relation der Praxisformen und Werke aller Subjekte darstellt (nach Bourdieu die strukturierten Produkte der Habitus, das jeweilige *opus operatum*). Hier wird durch die wechselseitige Wahrnehmung und Klassifikation von Praktiken (sowie ihres Distinktionspotentials, ihres symbolischen Werts) das eigene, habituell generierte Handeln in einem ersten Schritt sozial eingeordnet und (re)formiert. Die Konkretisierungen hängen insbesondere auch von der sozialräumlichen Verfasstheit ab; so wäre in unterschiedlich konturierten sozialen Räumen die Herausbildung voneinander abweichender Praxismuster auch bei ähnlich gelagerten Dispositionen denkbar. Man könnte daher bei der Alltagskultur auch vom *Handeln an sich* oder von *Handlungspräferenzen* sprechen. Diese alltagskulturell in Form der Lebensstile konkretisierten Praxismuster werden nun in der konkreten sozialen Situation – dem Feld mit seiner spezifischen Logik, seinem präferierten Kapitalienverhältnis sowie der eigenen aktuellen Kapitalienausstattung – nochmals intersubjektiv abgeglichen. Damit *realisiert* sich das Handeln wiederum leicht verändert und in womöglich unterschiedlich wahrnehmbaren Formen. Diese beiden

Versucht man also die *Voraussetzungen* der Professionellen-Klient/-innen-Konstellation in den Blick zu nehmen, muss man streng genommen – auch im Kontrast zu Lebensstil, Alltagskultur oder dem Sozialen im Allgemeinen – von *Habitussensibilität* sprechen. Nur mit dem Habitus als Bezugsgröße erscheint es möglich, tief in das Subjekt eingeschriebene Denkstrukturen für die professionelle Interaktion fruchtbar zu machen, die von ihm selbst nicht (oder nicht unbedingt) in die (Ver-)Handlungsmasse eingebracht worden wären. Dazu muss der Habitus von seiner Wirkungsweise her allerdings auch als »System von Grenzen« (Bourdieu 1992: 33) verstanden werden – Grenzen, die dem Gegenüber zumeist nicht bewusst sind und über die es nicht *hinausdenken* oder *-handeln* kann. Ein langfristig besonders ertragreicher professioneller Eingriff müsste sich der Thematisierung eben jener Grenzen verschreiben – durch die Sichtbarmachung der habituellen Prinzipien zum Zwecke der Reflektion über die eigenen Dispositionen oder sogar zur Reduzierung seiner Distinktionspraktiken (Bourdieu, Wacquant 1996: 170 f.).<sup>5</sup>

## Habitussensibilität und professionelles (Kern-)Wissen

Trotz der öffentlichen berufspolitischen sowie wissenschaftlichen Debatten um soziale Sensibilität ist deren Funktion für das professionelle Handlungswissen sowie deren Position im professionellen Wissensbestand weiterhin relativ ungeklärt. Dabei haben schon die vom soziologischen Interaktionismus geprägten Professionsansätze betont, dass professionelles Handeln erst durch die Herstellung eines Arbeitsbündnisses, also durch den Praxisbezug inklusive der Überbrückung sozialer Distanzen, zu *echtem* professionellen Handeln wird. In diesem Sinne reicht professionelles Handeln wesentlich über die bloße Anwendung deklarativ-fachlichen Wissens hinaus – und zwar auch über das Herunterbrechen wissenschaftlicher Komplexität auf alltagspraktische Probleme (Schütze 1984, 1992). Alltagskulturelle oder Habitussensibilität würde folglich neben der fachlichen eine zweite professionelle Handlungsgrundlage darstellen – ein mindestens additives professionelles Handlungswissen. In einigen Professionen (Soziale Arbeit, Pflegeberufe etc.) ließe sich Habitussensibilität gar als weiterer Kern professionellen Wissens veranschlagen, da hier das explizit fachliche Wissen oftmals erst mittels des zusätzlichen *Handlungswissens* Habitussensibilität erfolgreich zur Anwendung gebracht werden kann (Sander 2014).

Die Einbeziehung von Habitussensibilität in den Handlungsapparat als explizites, zunächst wissenschaftliches, dann praxistaugliches Wissen auf der Basis von Aus- oder Weiterbildungsformaten stellt die Professionellen (bzw. die beruflichen Profile) durchaus vor Herausforderungen. Schließlich muss ja bereits das professionelle Kernwissen quasi routinisiert für die alltägliche Anwendung fall- bzw. klient/-innenspezifisch umgedeutet werden. Auf welche Weise

---

Schritte sorgen quasi für eine Nachjustierung des Handelns in der aktuellen Interaktionssituation (vgl. hierzu etwa Bourdieu 1982, 1987; Barlösius 2004; Sander 2014; Weckwerth 2014; Sander, Weckwerth 2015).

<sup>5</sup> Auf die Diskussion, inwieweit der/die Professionelle überhaupt befugt ist, Problemkonstellationen von Klient/-innen über das von ihnen Explizierte hinaus zu deuten und zu vertreten, kann in diesem Rahmen nicht weiter eingegangen werden (vgl. hierzu Sander 2014).

kann nun ein zusätzlicher, ebenfalls akademisch generierter, also komplexer Wissensbestand sinnvollerweise hinzutreten?

Hierfür müssten zunächst einmal bestehende sozialwissenschaftliche Verfahren so weiterentwickelt und entsprechende Wissensformationen (etwa zu sozialen Milieus, Alltagskulturen, ihrer Bedingtheit, ihren Ausprägungen, ihrer Regelmäßigkeit etc.) so transportiert werden, dass sie erstens auch für Nicht-Sozialwissenschaftler/-innen unfallfrei angewendet werden können und dass zweitens die Chance besteht, dass sie ohne nennenswerten Qualitätsverlust in das alltägliche professionelle Handeln integriert werden können. Als heuristische Grundlage käme insbesondere die Habitushermeneutik in Betracht.<sup>6</sup> Neben der Fähigkeit, den Habitus des Gegenübers grob einordnen zu können, liegt hier ein besonderes Gewicht auf der Reflexion des eigenen sozialen Standortes und der damit verbundenen Implikationen für die alltägliche, in jeglichen sozialen Kontexten immer stattfindende Deutung der sozialen Position bzw. der Alltagskultur des Gegenübers. Dies ermöglicht die tendenzielle Offenlegung distinktiver sozialer Praxis – eben auch der des/der Professionellen selbst! An den Versuch, sich die eigenen routinenhaften (Vor-)Urteile sowie die erwartbaren des Gegenübers so weit als möglich bewusst zu machen, kann dann die weitere, gewissermaßen fachlich basierte Professionellen-Klient/-innen-Interaktion anschließen. Damit können potentielle lebensweltliche Störvariablen für das Arbeitsbündnis zumindest in Teilen in den Bereich des Bewussten befördert und damit womöglich bearbeitungsfähig gemacht werden.

## Professionelle Inszenierungen und gesellschaftliche Erwartungshaltungen

Eine professionssoziologische Konzeptualisierung von Alltagskultur- oder Habitussensibilität kommt indes nicht ohne die Frage nach der Genese und der professionsspezifischen Einordnung dieser neuen Qualität professionellen Handelns aus. Zunächst wären dabei die Motive des (vorgetragenen) Selbstanspruchs von professionellen Gruppen, die habitussensibel handeln oder handeln wollen, zu fokussieren. Diese können einer intrinsischen Basis entspringen, das heißt, dass Habitussensibilität als genuine Verbesserung der professionellen Leistung respektive Hilfe bei der Bewältigung lebensweltlicher Krisen erkannt und anerkannt worden ist. Von einem solchen intrinsischen Selbstanspruch können wir etwa bei der Sozialen Arbeit oder bei diversen Pflegeberufen ausgehen.

Unter Verweis auf den *power approach* der Professionssoziologie wäre weiterhin die Rolle von mehr oder weniger strategischen Selbstdarstellungen von Berufsgruppen zur Durchsetzung ihrer Interessen zu erörtern (Pfadenhauer 2003; Evetts et al. 2006; Pfadenhauer, Sander 2010). Schließlich lässt sich mit der Selbstzuschreibung von besonderer, unter Umständen sogar akademisch basierter sozialer Sensibilität als zusätzlicher Qualität des eigenen beruflichen Handelns die gesellschaftliche Reputation der Profession steigern. Eine solche berufliche Statusauf-

-----  
<sup>6</sup> Zur Konzeption der Habitushermeneutik vgl. grundlegend Lange-Vester, Teiwes-Kügler 2004; Bremer, Teiwes-Kügler 2013.

wertung bedingt in der Regel zumindest die Stabilisierung, wenn nicht gar den Ausbau von Zuständigkeiten der Berufsgruppe gegenüber potentiellen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt – und damit meist die – gesellschaftliche oder staatliche – Zuerkennung von Privilegien materieller wie immaterieller Natur. Dies kann sowohl der Erweiterung als auch der Kontrolle im Sinne der Schließung eines Arbeitsmarktsegments für eben jene professionelle Gruppe Vorschub leisten (Larson 1977; Abbott 1988; MacDonald 1995; Evetts 2013; Beiträge in Torstendahl, Burrage 1990). In Deutschland oder Kontinentaleuropa dürften solche Aufwertungsambitionen zudem eine besondere Kontur aufweisen, da hier der Staat als »Professionalisierungsagent« (Siegrist 1988: 22) wesentliche Funktionen der (eben auch gesetzlich verankerten) Privilegien(v)erteilung übernimmt (Collins 1990; Jaraus 1990; Siegrist 1996; Sciulli 2005; Beiträge in Svensson, Evetts 2010).

Hiermit bietet der machttheoretische Ansatz Anknüpfungspunkte an die auf berufliche Formationen bezogene professionssoziologische Trias aus Können, Wollen und Dürfen (Pfadenhauer 2008; Schützeichel 2010). Für den vorliegenden Kontext ist insbesondere das Verhältnis von *Wollen* und *Dürfen* von Belang: Das Dürfen, also die Zuerkennung eines geschützten Arbeitsmarktsegmentes mit entsprechend höheren Einkommenschancen, kann als soziale Reaktion auf das Wollen – die Selbstdarstellung einer Berufsgruppe – verstanden werden.

Mitunter ist jedoch auch eine Zuschreibung von Zuständigkeit, gewissermaßen von außen und/oder oben, an bestimmte Professionen zu verzeichnen – eine Art gesellschaftlich induziertes *Sollen*. Solche Erwartungshaltungen an einzelne Berufsgruppen haben ihren Ursprung in gesellschaftlichen Machtkonstellationen, in denen über Kern und Qualität des professionellen Handelns – und damit letztlich über den Status der Berufsgruppe und die daran geknüpften Zuständigkeiten – verhandelt wird (Sander 2014; McClelland 1990; Siegrist 1988). So wird beispielsweise von Onkolog/-innen oder Pflegekräften in der Palliativmedizin ein derart erweitertes *Einfühlen* in die Mentalitäten der Patient/-innen in den vergangenen ein, zwei Jahrzehnten vermehrt von außen erwünscht (Heuer 2014; Müller et al. 2014).

Unter den dargelegten Prämissen ließe sich das Verhältnis von Selbstanspruch (intrinsisch wie machttheoretisch fundiert) und gesellschaftlichen Zuschreibungen in punkto Habitussensibilität etwa anhand folgender Elemente umreißen:

1. Wer kann Alltagskultur- oder Habitussensibilität überhaupt in Anschlag bringen?
2. Wer inszeniert sich entsprechend und aufgrund welcher realen oder argumentativ-legitimatischer Basis? Fungieren Habitussensibilität oder Vorformen davon als professionelles Kernwissen oder als additives Wissen? Inwieweit ist diese Wissensaneignung formalisiert (durch Ausbildung bzw. konkret darauf abgestellte Weiterbildungen) oder wird sie aus der professionellen Praxis heraus generiert (als eine Art Erfahrungswissen)?
3. Wo trifft die Inszenierung auf eine soziale Erwartung, dass gedurft (oder sogar *gesollt*) wird?
4. Existieren auch diesbezügliche Erwartungshaltungen – und wenn ja, in welchen gesellschaftlichen Bereichen –, ohne dass ein professionelles Profil entsprechendes anstrebt, also ohne dass es sich zwangsläufig in besonderem Maße inszenieren will oder vorgängig inszeniert haben muss?



## Ausblick: Zunahme von Fremdansprüchen?

Da zum Verhältnis von Selbstanspruch und Erwartungshaltungen, habitussensibel zu handeln, noch keine vergleichende Forschung vorliegt, können in diesem Rahmen lediglich Vermutungen angestellt werden. So muss davon ausgegangen werden, dass die gesellschaftlichen Erwartungshaltungen den Selbstanspruch bei der Mehrheit der höheren Berufe übertrifft.<sup>7</sup> Hierbei könnte indes auch die zunehmend kritische Haltung der Nutzer/-innen professioneller Dienstleistungen sowie deren sich neuerdings bietenden Gelegenheiten zur Schaffung von Öffentlichkeit (Austausch und Bewertungen in Internetforen etc.) eine Rolle spielen (Lamla 2013; Stollberg 2008; Castells 1996).

Allerdings sind noch von einer anderen Seite verstärkt Fremdansprüche an Professionsmitglieder zu erwarten, und zwar von den Organisationen bzw. Unternehmen, in denen die Professionellen mehr und mehr beschäftigt sind (Reed 1996; Muzio, Kirkpatrick 2011; Evetts 2011, 2013). Auch wenn hierzulande dieser Trend sicherlich nicht ganz die einschneidenden Auswirkungen wie für die freieren angloamerikanischen Professionen haben dürfte (Muzio, Kirkpatrick 2011), wird das Handeln von Professionellen in Organisationskontexten doch stärker als in freiberuflichen reguliert und intern standardisiert. Die diesbezügliche heuristische Trennung in »liberal professions« und »organizational professions« (Reed 1996) respektive »occupational professionalism« und »organizational professionalism« (Evetts 2009, 2011) unterstreicht die veränderten Rahmenbedingungen für die organisationsbasierten Professionellen, welche divergente Strategien für die Sicherung und den Ausbau von Privilegien adaptieren und anwenden (müssen).<sup>8</sup>

Inwiefern und inwieweit der Einfluss der Organisationen Konsequenzen für die Funktion des konkreten Motivs der Habitussensibilität aufweist, wäre unter dieser Maßgabe zu klären. So könnten sich entweder die Organisationen den Anspruch der Professionellen für ihre Zwecke zu Nutze machen oder sie könnten gegenteilig den Professionellen diesen Anspruch erst auferlegen. In heutigen, hochgradig arbeitsteiligen Organisationen ist zudem eine Auslagerung eines solchen additiven Handlungswissens auf subalterne Hilfsberufe zu beobachten, was eine effektivere Bearbeitung der lebensweltlichen Krise(n) bzw. grundlegend die Integration der gesamten Person in die professionelle Handlungslogik nicht unbedingt wahrscheinlicher macht.

## Literatur

- Abbott, A. 1988: *The System of Professions. An Essay on the Division of Expert Labour*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bailey, J.J. 2000: Students as Clients in a Professional/Client Relationship. *Journal of Management Education*, 24. Jg., Heft 3, 353–365.
- Barlösius, E. 2004: *Kämpfe um soziale Ungleichheit. Machttheoretische Perspektiven*. Wiesbaden: VS.

7 Siehe hierzu die Auflistung bei Sander 2014: 31.

8 Vgl. weiterführend auch Brint 1994; Leicht, Fennell 2001; Lounsbury 2007; Faulconbridge, Muzio 2008.

- Becker, R., Hadjar, A. 2011: Meritokratie – Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften. In R. Becker (Hg.), *Lehrbuch der Bildungssoziologie*. Wiesbaden: VS, 37–62.
- Biesta, G. 2009: Values and ideals in teachers' professional judgement. In S. Gewirtz, P. Mahony, I. Hextall, A. Cribb (Hg.), *Changing Teacher Professionalism. International Trends, challenges and ways forward*. London/New York: Routledge, 184–193.
- Bourdieu, P. 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In R. Kreckel (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz, 183–198.
- Bourdieu, P. 1987: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1992: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg: VSA.
- Bourdieu, P., Wacquant, L.J.D. 1996: *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bremer, H., Teiwes-Kügler, C. 2013: Zur Theorie und Praxis der »Habitus-Hermeneutik«. In A. Brake, H. Bremer, A. Lange-Vester (Hg.), *Empirisch arbeiten mit Bourdieu. Theoretische und methodische Überlegungen, Konzeptionen und Erfahrungen*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 93–129.
- Brint S. 1994: *In an Age of Experts: The Changing Role of Professionals in Politics and Public Life*. Princeton: Princeton University Press.
- Castells, M. 1996: *The Information Age. Economy, Society, and Culture (Vol. 1): The Rise of the Network Society*. Cambridge: Blackwell.
- Cleppien, G. 2004: *Jugendhilfeforschung und Jugendhilfe. Eine systemtheoretische Reformulierung einer Theorie der Sozialpädagogik am Beispiel der Jugendhilfe der Gesellschaft*. Dortmund: Universität Dortmund.
- Collins, R. 1990: Changing conceptions in the sociology of the professions. In R. Torstendahl, M. Burrage (Hg.), *The Formations of Professions. Knowledge, State and Strategy*. London et al.: Sage, 11–23.
- Eraut, M. 1994: *Developing Professional Knowledge and competence*. London: Falmer.
- Evetts, J. 2009. The management of professionalism. A contemporary paradox. In S. Gewirtz, P. Mahony, I. Hextall, A. Cribb (Hg.), *Changing Teacher Professionalism. International Trends, challenges and ways forward*. London, New York: Routledge, 19–30.
- Evetts, J. 2011: A new professionalism? Challenges and opportunities. *Current Sociology*, 59. Jg., Heft 4, 406–422.
- Evetts, J. 2013: Professionalism: Value and ideology. *Current Sociology*, 61. Jg., Heft 5–6, 778–796.
- Evetts, J., Mieg, H., Felt, U. 2006: Professionalization, Scientific Expertise and Elitism: A Sociological Perspective. In K.A. Ericsson, N. Charness, P.J. Feltovich, R.R. Hoffman (Hg.), *The Cambridge Handbook of Expertise and Expert Performance*. Cambridge: Cambridge University Press, 105–123.
- Faulconbridge J.R., Muzio, D. 2008: Organizational professionalism in globalizing law firms. *Work, Employment and Society*, Jg. 22, Heft 1, 7–25.
- Freidson, E. 2001: *Professionalism. The Third Logic*. Cambridge: Polity Press.
- Gildemeister, R. 1995: Professionelles soziales Handeln. Balance zwischen Wissenschaft und Lebenspraxis. In H. Wilfing (Hg.), *Konturen der Sozialarbeit. Ein Beitrag zur Identität und Professionalisierung der Sozialarbeit*. Wien: WUV, 5–40.
- Hradil, S. 1987: *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klasse und Schicht zu Lagen und Milieus*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hradil, S. 2001: *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. 8. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Heuer, K. 2014: Die Bedeutung von habitussensiblen Zugängen in der Begleitung sterbender Menschen. In T. Sander (Hg.), *Habitussensibilität. Eine neue Anforderung an professionelles Handeln*. Wiesbaden: VS, 87–101.
- Jarusch, K.H. 1990: *The Unfree Professions: German Lawyers, Teachers and Engineers, 1900–1950*. New York: Oxford University Press.

- Kessl, F., Otto, H.-U. 2012: Soziale Arbeit. In G. Albrecht, A. Groenemeyer (Hg.), Handbuch soziale Probleme. Band 2. 2. Auflage. Wiesbaden: VS, 1306–1331.
- Kreckel, R. 2004: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. 3. Auflage. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Lamla, J. 2013: Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lange-Vester, A., Teiwes-Kügler, C. 2004: Soziale Ungleichheiten und Konfliktlinien im studentischen Umfeld. Empirische Ergebnisse zu Studierendenmilieus in den Sozialwissenschaften. In S. Engler, B. Kraus (Hg.), Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen. Sozialstrukturelle Verschiebungen und Wandlungsprozesse des Habitus. Weinheim/München: Juventa, 158–187.
- Larson, M.S. 1977: The Rise of Professionalism. Berkeley, CA: University of California Press.
- Leicht, K., Fennell, M. 2001: Professional Work: A Sociological Approach. Oxford: Blackwell.
- Lounsbury M. 2007: A tale of two cities: Competing logics and practice variation in the professionalizing of mutual funds. *Academy of Management Journal*, 50. Jg., Heft 2, 289–307.
- MacDonald, K.M. 1995: The Sociology of the Professions. London et al.: Sage.
- Margulies, P. 1996: The Lawyer as Caregiver. *Child Client's Competence in Context*. *Fordham Law Review*, 64. Jg., Heft 4, 1473–1504.
- McClelland, C.E. 1990: Escape from freedom? Reflections on German professionalization, 1870–1933. In R. Torstendahl, M. Burrage (Hg.), *The Formations of Professions. Knowledge, State and Strategy*. London et al.: Sage, 97–113.
- Müller, F., Schütte-Bäumner, C., May, M. 2014: Grenzen der Habitussensibilität oder wer bestimmt eigentlich, was Habitus-Sensibel ist? Anmerkungen zur Habitus-Konstruktion im Kontext der Patientenorientierten Palliativversorgung. In T. Sander (Hg.), *Habitussensibilität. Eine neue Anforderung an professionelles Handeln*. Wiesbaden: VS, 147–174.
- Muzio, D., Kirkpatrick, I. 2011: Introduction: Professions and organizations – a conceptual framework. *Current Sociology*, 59. Jg., Heft 4, 389–405.
- Oevermann, U. 1983: Hermeneutische Sinnkonstruktion: Als Therapie und Pädagogik missverstanden, oder: Das notorische strukturtheoretische Defizit pädagogischer Wissenschaft. In D. Garz, K. Kraimer (Hg.), *Brauchen wir andere Forschungsmethoden? Beiträge zur Diskussion interpretativer Verfahren*. Frankfurt am Main: Cornelsen, 113–155.
- Oevermann, U. 1997: Die Architektonik einer revidierten Professionalisierungstheorie und die Professionalisierung rechtspflegerischen Handelns. In A. Wernet (Hg.), *Professioneller Habitus im Recht. Untersuchungen zur Professionalisierungsbedürftigkeit der Strafrechtspflege und zum Professionshabitus von Strafverteidigern*. Berlin: Edition Sigma, 9–20.
- Oevermann, U. 2005: Wissenschaft als Beruf. Die Professionalisierung wissenschaftlichen Handelns und die gegenwärtige Universitätsentwicklung. *die hochschule*, 14. Jg., Heft 1, 15–51.
- Pfadenhauer, M. 2003: Professionalität. Eine wissenssoziologische Rekonstruktion institutionalisierter Kompetenzdarstellungskompetenz. Opladen: Leske + Budrich.
- Pfadenhauer, M. 2008: Organisieren. Eine Fallstudie zum Erhandeln von Events. Wiesbaden: VS.
- Pfadenhauer, M., Sander, T. 2010: Professionssoziologie. Theoriepositionen im Widerstreit. In G. Kneer, M. Schroer (Hg.), *Spezielle Soziologien. Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS, 361–378.
- Reed; M.I. 1996: Expert power and control in late modernity: An empirical review and theoretical synthesis. *Organization Studies*, 17. Jg., Heft 4, 573–597.
- Sander, T. 2014: Soziale Ungleichheit und Habitus als Bezugsgrößen professionellen Handelns: Berufliches Wissen, Inszenierung und Rezeption von Professionalität. In T. Sander (Hg.), *Habitussensibilität. Eine neue Anforderung an professionelles Handeln*. Wiesbaden: VS, 9–36.
- Sander, T., Weckwerth, J. 2015: Kompetenzen als symbolisches Kapital in beruflich-sozialen Feldern. Ein Vergleich des Kompetenzbegriffs mit den Habitus-, Kapital- und Praxiskonzepten Bourdieus [im Erscheinen].

- Schütze, F. 1984: Professionelles Handeln, wissenschaftliche Forschung und Supervision. In N. Lippenmeier (Hg.), Beiträge zur Supervision. Band 3. Kassel: Gesamthochschul-Bibliothek, 262–389.
- Schütze, F. 1992: Sozialarbeit als ›bescheidene‹ Profession. In B. Dewe, W. Ferchhoff, F.-O. Radtke (Hg.), Erziehen als Profession. Zur Logik professionellen Handelns in pädagogischen Feldern. Opladen: Leske + Budrich, 133–170.
- Schützeichel, R. 2010: Wissen, Handeln, Können. Über Kompetenzen, Expertise und epistemische Regime. In T. Kurtz, M. Pfadenhauer (Hg.), Soziologie der Kompetenz. Wiesbaden: VS, 173–190.
- Sciulli, D. 2005: Continental sociology of professions today. Conceptual contributions. *Current Sociology*, 53. Jg., Heft 6, 915–942.
- Siegrist, H. 1988: Bürgerliche Berufe. Die Professionen und das Bürgertum. In H. Siegrist (Hg.), Bürgerliche Berufe. Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 11–48.
- Siegrist, H. 1996: Advokat, Bürger und Staat. Sozialgeschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18.–20. Jh.). Frankfurt: Klostermann.
- Solga, H. 2005: Meritokratie. Die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen. In P.A. Berger, H. Kahlert (Hg.), Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungssystem Chancen blockiert. Weinheim: Juventa, 19–38.
- Stollberg, G. 2008: Patientenbeteiligung. Ein politisches Konzept. In A. Groenemeyer, S. Wieseler, G. Albrecht (Hg.), Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik. Wiesbaden: VS, 425–435.
- Svensson, L.G., Evetts J. (Hg.) 2010: *Sociology of Professions: Continental and Anglo-Saxon Traditions*. Göteborg: Daidalos.
- Torstendahl, R., Burrage, M. (Hg.) 1990: *The Formations of Professions. Knowledge, State and Strategy*. London et al.: Sage.
- Vehviläinen-Julkunen, K. 1992: Client-Public Health Nurse Relationships in Child Health Care: A Grounded Theory Study. *Journal of Advanced Nursing*, 17. Jg., Heft 8, 896–904.
- Weckwerth, J. 2014: Sozial sensibles Handeln bei Professionellen. Von der sozialen Lage zum Habitus des Gegenübers. In T. Sander (Hg.), Habitussensibilität. Eine neue Anforderung an professionelles Handeln. Wiesbaden: VS, 37–66.

# Professionalisierung lebensweltlicher Krisen durch Technik?

Zur Betreuung demenziell erkrankter Personen mittels sozial assistiver Robotik<sup>1</sup>

Michaela Pfadenhauer und Christoph Dukat

*Beitrag zur Veranstaltung »Professionalisierung lebensweltlicher Krisen« der Sektion Professionssoziologie – organisiert von Rainer Schützeichel und Ursula Unterkoffer*

»Man kann die Geschichte der modernen Gesellschaft unter anderem auch schreiben als Geschichte der Ablösung von Laienlösungen durch Formen rationalisierter Expertenlösungen von Problemen« (Luckmann, Sprondel 1972: 15). Bereits 1972 haben Thomas Luckmann und Walter Sprondel diagnostiziert, dass für immer mehr Handlungs- und Lebensprobleme, die ehemals im familialen, verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Verbund bewältigt wurden, Expertenlösungen nicht nur angeboten, sondern auch nachgefragt werden.

Die von Luckmann und Sprondel (1972: 18) angeführte Reihe von Experten (Ehe- und Familienberater, Psychiater usw.), die wir immer selbstverständlicher in Anspruch nehmen, kann un-  
schwer um jenen Bereich ergänzt werden, um den es uns im Folgenden geht: Denn die private bzw. familiäre Überforderung durch die Betreuung eines dementen Angehörigen, ist ein medialer Dauerbrenner, und die Überführung dieses Angehörigen in eine professionelle Betreuung gilt keineswegs mehr als moralische Verletzung des Generationenvertrags, sondern im Gegenteil als verantwortungsvoller Umgang mit einer weder individuell noch laienhaft angemessen zu bewältigenden Krisensituation.

Handlungstheoretisch betrachtet ist eine Krise ein existentiell bedeutsames Problem, für dessen Bewältigung keine (Routine-)Lösung bereitsteht, weshalb Routine, wie das im Themenaufriss zum Kongress getan wurde, als Komplementärbegriff zu Krise verstanden werden kann. Dies schließt ein konstruktivistisches Verständnis von Krise, wonach diese erst oder auch definiert werden muss, bevor sie als solche erfahren werden kann, nicht aus. Die Definition bestimmter körperlicher Manifestationen und Verhaltensweisen als Demenz und deren Qualifizierung als Krankheit kann in diesem Sinne als Konstitution einer Krise und zugleich als deren Konstruktion betrachtet werden. Auf der Ebene individuellen Handelns ist dies genau der Kern des

---

<sup>1</sup> Eine ausführliche Darstellung dieser Überlegungen wird 2016 in einem Sonderheft zu Interaktions- und Handlungskrisen der Österreichischen Zeitschrift für Soziologie erscheinen.

Vorschlags, professionelles Handeln als »Problem zur Lösung« zu begreifen, das heißt als *Konstruktion* eines Problems zu einer Lösung, die man schon hat (Pfadenhauer 2005).

Allerdings besteht Niklas Luhmann und Karl-Eberhard Schorr (1979) zufolge die Eigentümlichkeit professioneller Problemlösung in ihrer Nicht-Technisierbarkeit, das heißt darin, dass sich zu ihrer Bearbeitung keine Routinen ausbilden lassen. Deshalb lassen sich diese Probleme aus Sicht der von Ulrich Oevermann (1996) revidierten Professionalisierungstheorie, die ihren Ausgang dezidiert an der Krise nimmt, auch nicht lösen, sondern nur stellvertretend deuten. Aus professionssoziologischer Sicht bildet u.E. deshalb nicht Routine, sondern Kompetenz den Komplementärbegriff zu Krise, wobei professioneller Kompetenz der Einzelfallbezug inhärent ist (Pfadenhauer 2014).

Während es nach Ursula Unterkofler und Rainer Schützeichel (Call for Papers zu dieser Veranstaltung) die Krisen sind, die professionalisiert werden, hebt der Professionalisierungsbegriff wissenssoziologisch auf Berufsrollen ab, die durch die Systematisierung eines Wissensgebietes, durch die Länge und Komplexität der (institutionell spezialisierten) Ausbildung, durch die Beglaubigung beruflicher Kompetenzen in institutionellen Kategorien und durch ein Geflecht von auf Sonderwissen bezogenen Selbst- und Fremdtypisierungen sozial verfestigt und legitimiert werden (Pfadenhauer 2003). Dabei dürfte die Konstruktion (der Konstitution) einer lebensweltlichen Krise der ›Stein‹ sein, der diesen Prozess ins Rollen bringt. Diesbezüglich interessiert uns nun die Rolle, die Technik für diesen Vorgang spielt.

Die Zeit erlaubt es nicht, das uns interessierende technische Artefakt genauer zu beschreiben, das auf den ersten Blick weder technisch noch robotisch, sondern wie ein Kuscheltier anmutet (Pfadenhauer, Dukat 2015).

Wesentlich ist, dass im Zusammenwirken der (aus diversen Sensoren, Lautsprecher, Aktuatoren und Prozessoren bestehenden) Hardware-Komponenten mit einem auf Software basierenden Verhaltensmodell sogenannte »proactive and reactive Processes« initiiert werden können. Dergestalt simuliert der Roboter zum einen Reaktionen auf Berührungen und plötzliche, laute Umgebungsgeräusche. Zum anderen erweckt das Zusammenwirken der Aktuatoren mit den taktilen Sensoren den Eindruck, dass der Roboter seinen Kopf, seine Seiten- und Schwanzflossen ebenso wie seine Augenlider »eigentätig« bewegt.

Zu den motorischen kommen auditive »Äußerungsformen« hinzu, bei denen Robbengeräusche simuliert werden, die sich als Wohl- oder Missfallenslaute interpretieren lassen. Zudem bieten die Aktuatoren in den Augenlidern dem Betrachter die Möglichkeit, das ›selbsttätige‹ Öffnen und Schließen der überdimensioniert großen Augen als ›Sehen‹ bzw. ›Schauen‹ zu interpretieren.

Ethnographisch untersuchen wir, wie diese Roboter-Robbe in der stationären Demenzbetreuung eingesetzt wird. In unserem Feld wird die uns interessierende Technik ausschließlich von sogenannten *zusätzlichen Betreuungskräften* eingesetzt. Dabei handelt es sich um eine erst vor wenigen Jahren eingeführte berufliche Tätigkeit, die in § 87b des Sozialgesetzbuches geregelt wird und die aufgrund ihrer Gering-Qualifizierung als semiprofessionell einzustufen ist. Entsprechend den *Richtlinien nach § 87b Abs. 3 SGB XI zur Qualifikation und zu den Aufgaben von zusätzlichen Betreuungskräften in Pflegeheimen (Betreuungskräfte-RI vom 19. August 2008)* sollen diese

mit 160 Unterrichtsstunden und einem zweiwöchigen Betreuungspraktikum qualifizierten<sup>2</sup> Betreuungskräfte »in enger Kooperation und fachlicher Absprache mit den Pflegekräften und den Pflgeteams die Betreuungs- und Lebensqualität von Heimbewohnern verbessern, die infolge demenzbedingter Fähigkeitsstörung, psychischer Erkrankungen oder geistiger Behinderungen dauerhaft erheblich in ihren Alltagskompetenzen eingeschränkt sind und deshalb einen hohen allgemeinen Beaufsichtigungs- und Betreuungsbedarf haben.«

Der Einsatz eines Roboters zur Betreuung von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern ist im Katalog der in § 87b Abs. 3 SGS XI aufgeführten Aktivierungsmaßnahmen nicht explizit aufgeführt. Der Liste beispielhaft genannter Maßnahmen, mit denen Betreuungskräfte Heimbewohner mit besonderem Betreuungsbedarf zu »Alltagsaktivitäten motivieren sollen« (§ 2 Abs. 2 Betreuungskräfte-RI), ist allerdings ein Passus vorangestellt, wonach grundsätzlich »Maßnahmen und Tätigkeiten in Betracht [kommen], die das Wohlbefinden, den physischen Zustand oder die psychische Stimmung der betreuten Menschen positiv beeinflussen können« (§ 2 Abs. 1 Betreuungskräfte-RI). In der von uns untersuchten Einrichtung hat der Einsatz des Roboters unter den vielzähligen Maßnahmen, die von der Aktivierung mit Klangschalen und Snoezelen-Wagen über Erinnerungs-Frühstück, Gottesdienst, Theater, Aktivgruppen bis hin zur Aktivierung mit Hunden reichen, zwischenzeitlich einen festen Platz.

Empirisch können wir unterschiedliche Verwendungsweisen registrieren, die sich idealtypisch folgendermaßen kontrastieren lassen: Im einen Fall setzt die Betreuerin immer wieder einen Gesprächsstimulus, greift einen abgerissenen Gesprächsfaden wieder auf, fordert zum Streicheln des Fells auf, kommentiert die Äußerungsformen des Roboters oder lädt zu dessen Deutung ein. Dies ähnelt der Alltagssituation mit Haustieren, für die typisch ist, dass die direkte Ansprache *des* Tiers in der Regel rasch zum Gespräch *über* das Tier, von dort aus zu *anderen* Themen überwechselt – und wieder auf das Tier zurückspringt, wenn es sich bemerkenswert verhält oder das Gespräch stockt (Bergmann 1988).

Im anderen Fall hält sich die Betreuerin fast vollständig zurück. Ihre Haltung ebenso wie ihre Positionierung erinnert an die eines Psychoanalytikers, der durch die sich selber auferlegte Zurückhaltung eine künstliche Gesprächsatmosphäre erzeugt, die beim Patienten einen Erzählzwang evoziert. Sie agiert hier weniger als Gesprächsteilnehmerin denn als Beobachterin, deren Blick zwischen Bewohnerin und Gerät hin und her wechselt. Dabei deutet sie in dieser für sie kommunikativ handlungsentlasteten Situation, wie die Bewohnerin die motorischen und auditiven Äußerungsformen des Roboters deutet bzw. ob und welchen Zusammenhang die Bewohnerin zwischen ihren Handlungen und der Selbsttätigkeit des Geräts herstellt.

Hier eröffnet der Einsatz des technischen Artefakts einen optionalen Kommunikations-Zeitraum, den die Betreuerin performativ, nämlich a) *körperlich*, durch ihre Körperhaltung und -positionierung, b) *gestisch*, dadurch, dass sie das Gerät darbietet und selbst beim Ablegen auf dem Tisch vor oder (selten auch) auf dem Schoß der Bewohnerin selber berührt, c) *mimisch*, durch Blickkontakt, und d) mitunter auch *verbal*, durch die thematische Bezugnahme auf den Roboter, relativ lange aufrechterhält.

---

<sup>2</sup> Gerahmt ist diese Schulung durch ein fünftägiges Orientierungspraktikum vor und mindestens einer zweitägigen Fortbildung pro Jahr nach der Qualifizierungsmaßnahme (§ 4 der Betreuungskräfte-RI).

Als Anzeichen für eine Professionalisierung der Aktivierungsrolle gilt uns die Performanz der Betreuerin. Ihre »professionelle Leistung« (Mieg, Pfadenhauer 2003) besteht in der gezielten Selbst-Zurücknahme, die Bewohnerinnen und Bewohner erst zum Agieren in die Lage versetzt. Die Krise, die hier angenommen und als existentiell wahrgenommen wird, ist nicht Demenz, was Aktivierungskräfte ebenso wie Pflegekräfte ohnehin als unzulängliche Diagnose ansehen. Das Problem, das es zu bearbeiten gilt, ist auch nicht einfach eine Krise der Kommunikation, bewegt sich aber auf der Ebene mittlerer Transzendenz. Die Krise ist der fehlende sozialweltliche Bezug, für den die reduzierte Kommunikation und Interaktion ein Ausdruck ist, das heißt das abhanden gekommene Vermögen, mit der Welt der anderen in Beziehung zu treten.

Weder geben die Betreuungskräfte den Bewohnerinnen und Bewohnern das uns interessierende technische Artefakt einfach als *Spielzeug* an die Hand, noch haben wir bislang Anhaltspunkte für die seitens der Technikfolgenabschätzung befürchtete Substitution menschlicher Arbeitskraft durch Robotik. Aus der Tragetechnik und daraus, dass sie das Gerät nicht beiläufig oder im Karton durchs Haus tragen, schließen wir, dass sie das Artefakt auch nicht schlicht als ein Aktivierungs-*Werkzeug* unter anderen betrachten. In der ersten Variante wird es vielmehr tatsächlich zu einer Art »Dritter im Bunde«. Mit dieser Verwendungsweise demonstriert die Betreuerin ein Verhältnis zur Technik, die als »alterity relation« (Ihde 1990: 97) bezeichnet werden kann: Sie tritt ihr als »quasi-Otherness« gegenüber, von der eine besondere Faszination ausgeht. Dabei ist es das Nicht-Vorhersagen-Können, wann der Roboter überhaupt etwas und was er dann »tut«, das die triadische Gesprächssituation für die Betreuungskräfte »besonders macht«.

Auch wenn der Entwickler derzeit die Anerkennung seines als *Mental Commitment Robot* deklarierten Geräts als therapeutisches Mittel heftig vorantreibt, liegt die Professionalisierungsdimension u.E. nicht in dessen propagierten Einsatz als *Heilmittel*, sondern in der als *Instrument*, wie es in Variante 2 zu beobachten ist: Technik verhilft dem Menschen hier, etwas über die Welt zu erfahren, indem sie Zeichen produziert, die sich als Information interpretieren lassen. Mensch und Technik sind in dieser zweiten Variante auf eine Weise aufeinander bezogen, die Don Ihde (1990: 80) »hermeneutic relation« nennt und am Thermometer exemplifiziert.

Während die US-amerikanische Food and Drug Administration (FDA) das Gerät dementsprechend tatsächlich als »biofeedback medical device« zertifiziert hat, weil sich - evidenzbasiert - eine Steigerung des Wohlbefindens (z.B. am Serotoninspiegel im Urin) messen lässt, besteht die Besonderheit dieser Technik aus Sicht der Betreuungskräfte darin, dass sich mit ihr - und nur mit ihr - die »Herzenstüren der Erinnerung« öffnen lässt. Damit meint die Gesprächspartnerin mehr als einen Zugang zu für die Bewohnerin oder den Bewohner wertvollen Biografiebestandteilen wie die Kindheit auf dem Bauernhof. Sie konnotiert damit das Durchscheitern der durch den demenziellen Prozess verschütteten Persönlichkeit. In der Mimik, Gestik, Haptik, Prosodie und Erzählung, die der Roboter beim Bewohner hervorruft, appäsentieren sich Bestandteile der »persönlichen Identität«, die den prinzipiell exzentrisch positionierten Menschen Thomas Luckmann (1979) zufolge in einem Verhältnis zur Welt der anderen feststellt.



## Literatur

- Bergmann, J. 1988: Haustiere als kommunikative Ressourcen. In H.-G. Soeffner (Hg.), *Kultur und Alltag*. Göttingen: Schwartz, 299–312.
- Ihde, D. 1990: *Technology and the Lifeworld: From Garden to Earth*. Bloomington, Indianapolis: Indiana University Press.
- Luckmann T. 1979: Persönliche Identität, soziale Rolle und Rollendistanz. In O. Marquard, K. Stierle (Hg.), *Identität*. München: Fink, 109–120.
- Luckmann, T., Sprondel, M. 1972: Einleitung. In T. Luckmann, M. Sprondel, (Hg.), *Berufssoziologie*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 11–21.
- Luhmann, N., Schorr, K.-E. 1979: *Reflexionsprobleme im Erziehungssystem*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Mieg, H., Pfadenhauer, M. (Hg.) 2003: *Professionelle Leistung – Professional Performance*. Positionen der Professionssoziologie. Konstanz: UVK.
- Oevermann, U. 1996: Theoretische Skizze einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns. In A. Combe, W. Helsper (Hg.), *Pädagogische Professionalität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 70–182.
- Pfadenhauer, M. 2003: *Professionalität*. Opladen: Leske+Budrich.
- Pfadenhauer, M. 2005: Die Definition des Problems aus der Verwaltung der Lösung. *Professionelles Handeln revisited*. In M. Pfadenhauer (Hg.), *Professionelles Handeln*. Wiesbaden: VS, 9–26.
- Pfadenhauer, M. 2014: Professionalität als spezifische Kompetenzdarstellungskompetenz. Begriffsklärung aus Inszenierungstheoretischer Perspektive. In M. P. Schwarz, K. Feistel, P. J. Weber (Hg.), *Professionalität: Wissen – Kontext*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 162–183.
- Pfadenhauer, M., Dukat, C. 2015: Robot Caregiver or Robot-Supported Caregiving? The Performative Deployment of the Social Robot PARO in Dementia Care. In *International Journal of Social Robotics*, Vol. 7, Issue 3, 393–406, <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs12369-015-0284-0> (letzter Aufruf 13. November 2015).
- Richtlinien nach § 87b Abs. 3 SGB XI zur Qualifikation und zu den Aufgaben von zusätzlichen Betreuungskräften in Pflegeheimen (Betreuungskräfte-RI vom 19. August 2008) [https://www.gkv-spitzenverband.de/media/dokumente/pflegeversicherung/richtlinien\\_vereinbarungen\\_formulare/rahmenvertraege\\_richtlinien\\_und\\_bundesempfehlungen/2014\\_12\\_29\\_Angepasste\\_Richtlinien\\_87b\\_SGB\\_XI\\_final.pdf](https://www.gkv-spitzenverband.de/media/dokumente/pflegeversicherung/richtlinien_vereinbarungen_formulare/rahmenvertraege_richtlinien_und_bundesempfehlungen/2014_12_29_Angepasste_Richtlinien_87b_SGB_XI_final.pdf) (letzter Aufruf 21. November 2015).

»Religion und Sozialpolitik« der Sektion Religionssoziologie  
– organisiert von Kornelia Sammet, Marc Breuer und Stefan Kutzner

# Einflusswege von Religion auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung

Franz-Xaver Kaufmann

*Beitrag zur Veranstaltung »Religion und Sozialpolitik« der Sektion Religionssoziologie – organisiert von Kornelia Sammet, Marc Breuer und Stefan Kutzner*

Unterschiedliche Forschungsrichtungen thematisieren unterschiedliche Formen des Einflusses von ›Religion‹ auf Sozialpolitik und die Entwicklung des Sozial- oder Wohlfahrtsstaats. In systematischer Absicht zu klären ist sowohl das zugrunde liegende Religionsverständnis als auch der Modus der Einflussnahme

Obwohl die Bedeutung des Christentums für die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in der den Konfessionen nahestehenden Literatur schon früh thematisiert wurde, dauerte es bis 1983, dass sich die Soziologie des Themas annahm. Einflussreich wurde der deutsch-amerikanische Soziologe Arnold Heidenheimer, der in einem geistreichen Essay, nämlich einem imaginären Dialog zwischen Max Weber und Ernst Troeltsch, die Frage aufwarf, warum gerade in Deutschland zuerst ein staatlich reguliertes soziales Sicherungssystem geschaffen wurde, was beim internationalen Vergleich als wichtigster Indikator wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung gilt. Die skandinavischen Länder schlossen sich noch um 1900 an, während die stärker industrialisierten Länder England, Frankreich, Niederlande und USA erst sehr allmählich (und im Falle der Vereinigten Staaten bis heute nur sehr lückenhaft) folgten. In Deutschland und Skandinavien dominierte ein lutherisches Staatskirchentum, während England, die Niederlande und die Vereinigten Staaten in ihrer Geschichte stark durch den Calvinismus geprägt worden sind, der ein weit distanzierteres Verhältnis zur staatlichen Macht entwickelt hat. Sollte dies – so diskutieren Weber und Troeltsch in Heidenheimers imaginärem Dialog – eine Erklärung für den unterschiedlichen Gang der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung sein? (Heidenheimer 1983)<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Ebenfalls 1983 habe ich auf dem internationalen Kongress der Religionssoziologen in London über »The Churches and the Emergent Welfare State in Germany« gesprochen. Es folgte ein öffentlicher Vortrag »Christentum und Wohlfahrtsstaat« auf der Jahrestagung der Görres-Gesellschaft 1987, der in ausgearbeiteter Form 1988 in der Zeitschrift für Sozialreform erschienen ist (Kaufmann 1988) und zwei überarbeitete Nachdrucke erfahren hat (Kaufmann 1989: 89-119; englisch 2012: 75-93).

Hier also wurde zum ersten Mal *in vergleichender Absicht* nach dem *differentiellen* Einfluss christlicher Konfessionen auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung gefragt und damit eine soziologische Perspektive auf unser Thema eingeführt. Sie wurde bis in jüngste Zeit weniger von Religionssoziologen als von Wohlfahrtsstaatsforschern oder Wissenschaftlern mit einem Doppelinteresse weiter verfolgt. Mit dem großen Projekt »Die religiöse Tiefengrammatik des Sozialen« am Exzellenzcluster »Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne« der Universität Münster (vgl. Gabriel u.a. 2013: V) und einem schwedisch-britisches Projekt (Bäckström, Davie u.a. 2010/2011) beginnen nun auch Religionssoziologen und Theologen, sich der Thematik anzunehmen. Hinzu kommt, dass in der Wohlfahrtsstaatsforschung generell das lange vernachlässigte Interesse an kulturellen Erklärungsfaktoren zunimmt. Religion ist nur einer von mehreren Faktoren einer ›Wohlfahrtskultur‹, also der Gesamtheit der im in Betracht gezogenen Raum wirksamen Legitimationen für sozialpolitischen Handelns oder Unterlassen.

Vergleicht man den Umgang mit unserem Thema, so fällt auf, dass Wohlfahrtsstaatsforscher den religiösen Faktor in der Regel recht pauschal operationalisieren, beispielsweise durch den Anteil einer bestimmten Konfession an der Bevölkerung oder durch die Präsenz einer Partei mit religiös legitimer Programmatik. Stets werden auch andere Erklärungsfaktoren in Betracht gezogen. Auf der Seite wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungen wird dagegen häufig nach Policy-Feldern oder ähnlichen Größen differenziert. Umgekehrt bleiben Religionssoziologen im Bereich der als abhängig gesetzten sozialpolitischen Faktoren eher pauschal und differenzieren stärker auf der Religionsseite. Das ist nicht unerwartet, man differenziert eher dort, wo die Kenntnisse dichter sind. Es ist jedoch gleichzeitig ein Hinweis, dass hier fruchtbare Kooperationen möglich wären, die vielleicht aus unserer heutigen Zusammenkunft resultieren könnten. Dass das Fehlen ausreichender Kenntnisse auf der Seite der Religionen zu Fehlresultaten führen kann zeigt sich beispielsweise an der viel diskutierten Studie von Sigrun Kahl zu konfessionsspezifischen Ausprägungen von Armutspolitik (Kahl 2005; 2006).<sup>2</sup>

Nach einer Sichtung der wichtigsten neueren Literatur finde ich den Forschungsstand über den Zusammenhang von Religion und wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung nach wie vor wenig befriedigend. Darüber möchte ich im Folgenden in der spezifischen Perspektive der jeweils behandelten Fragestellungen und der Auffassung des Zusammenhangs kurz berichten und einige Schlussfolgerungen ziehen. Im Vordergrund stehen dabei postulierte Einflusswege von als religiös qualifizierten Faktoren auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung, während die umgekehrte Fragerichtung, inwieweit wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen die religiösen Verhältnisse beeinflussen noch kaum systematische Beachtung gefunden hat, obwohl das im Rahmen säkularisierungstheoretischer Perspektiven naheläge.

## Kees van Kersbergen und Philip Manow

Begonnen sei mit dem chronologisch ältesten Thema, dem Einfluss konfessioneller Parteien und sozialer Bewegungen auf die sozialpolitische Gesetzgebung. In Reaktion auf die skandinavi-

---

<sup>2</sup> Vgl. Gorski 2005; Gabriel u.a. 2013: 15 ff.

sche Wohlfahrtsstaatsforschung um Walter Korpi (1978; 1983), die den Einfluss von Klassenkonflikten und der sozialistischer oder sozialdemokratischer Parteien auf Entstehung sozialpolitischer Einrichtungen hervorhob, betonte als erster Wilensky (1981) den konkurrierenden Einfluss des Katholizismus auf die politischen Entscheidungsprozesse. Daraus hat sich eine ganze vorwiegend politikwissenschaftliche Forschungsrichtung entwickelt, welche den »welfare state effort« operationalisieren und erklären will, wobei die Frage nach religiösen Einflüssen eine wachsende Rolle spielt. Diese Forschungsrichtung operiert mit vergleichsweise kurzen Wirkungsketten. Der religiöse Faktor wird in der Regel durch die Repräsentation konfessionell gebundener Interessen in den Parlamenten operationalisiert. Lediglich die bahnbrechende Studie von Kees van Kersbergen (1995) untersucht auch die ideellen Hintergründe und daraus abgeleiteten Legitimationen der Christlich-Demokratischen Parteien in Europa und damit implizit des Katholizismus. Philip Manow hat bei seiner geistreichen Kritik an Esping-Andersens (1990) einflussreicher Typologie von Wohlfahrtskapitalismen dessen Religionsblindheit aufgewiesen und auch den Einfluss des Protestantismus auf die Entstehung des bunderepublikanischen Modells herausgearbeitet (Manow 2001; 2002; 2008). Manow und van Kersbergen haben schließlich eine wesentlich komplexere Theorie konfessioneller Einflüsse entwickelt, die zum einen von dem herrschenden Wahlrecht (Mehrheitswahlrecht verhindert konfessionelle Parteien), zum anderen von den geschichtlich gewordenen Staat-Kirche-Verhältnissen (Konflikte fördern konfessionelle Parteien) bestimmt werden (Kersbergen, Manow 2009). Mit diesem Ansatz erklären sie die spezifischen Differenzen der Typologie von Esping-Andersen differenzierter und damit plausibler. Allerdings nehmen sie ebenso wenig wie er Länder ins Visier, die sich keinem der Typen fügen. Das Resümee für uns: *Konfessionelle Einflüsse können politisch zum Tragen kommen, aber ob dies geschieht ist von weiteren Faktoren abhängig.* Die Betrachtung des konfessionellen Faktors allein bringt keine brauchbaren Ergebnisse. Da in Skandinavien der religiöse Einfluss gering oder zum mindesten sehr mittelbar erscheint, in Deutschland dagegen sehr deutlich, überrascht es den Wissenssoziologen nicht, dass deutsche Sozialstaatsforscher diesem Faktor größere Beachtung schenken.

## Francis G. Castles

Als zweites sei eine seltener erwähnte Studie von Francis Castles besprochen: »On religion and public policy: Does Catholicism make a difference?« (Castles 1994). Während die vorangehende Forschungsrichtung sich für die Erklärung des *Policy-Input* interessiert, richtet Castles das Augenmerk auf den *Policy Output*. Castles, dessen »Families of Nation«-Ansatz als Konkurrenz zum typologischen Ansatz von Esping-Andersen zu verstehen ist, postuliert »a Catholic family of nations quite distinct in the character of its policy outcomes from other groups of Western democratic nations. ... Here I seek to demonstrate that religious beliefs characteristic of the Catholic faith have had a major influence in shaping the policy experience of a grouping of core Western European and Southern European nations.« (Castles 1994: 21 f). Castles zählt zur »katholischen Familie von Nationen« alle Länder, deren Bevölkerung *entweder* zu mindesten 75 % katholisch ist *oder* eine so starke christlich-demokratische Partei aufweisen, dass ihr für Koalitionsbildungen

strategische Bedeutung zukommt, und nennt: Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, Griechenland,<sup>3</sup> Irland, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien (Castles 1994: 24). Zwei Unterschiede zu anderen Ländern stechen hervor: (1) Massiv überproportionale Ausgaben für Soziale Sicherung (wobei die Differenz von 1960 bis 1990 zugenommen hat!) und (2) Charakteristische Unterschiede in den Bereichen Familienrecht und Familienpolitik sowie Arbeitsmarktpolitik, wobei die Differenz sich direkt oder indirekt auf die Orientierung an traditionellen Rollenmustern der Frauen bezieht. Dass die katholische Kirche der Frauenemanzipation bis in jüngste Zeit ablehnend gegenüber stand, ist bekannt. Frauen- und Kinderrechte wurden in protestantischen Ländern durchweg früher eingeführt als in katholischen. Allerdings deckt sich die Konfessionsgrenze auch weitgehend mit derjenigen der Rechtskreise; als katholisch qualifizierte Länder gehören in die römisch-rechtliche Tradition, die protestantischen in die nordische oder angelsächsische Tradition. Das römische Recht war restriktiver hinsichtlich der Rechte von Frauen und Kindern. Daran ist zu sehen, wie schwierig es ist, eindeutige historische Kausalitäten festzustellen.

Was die höhere Ausgabenneigung für Geldleistungen des sozialen Sicherungssystems und das Fehlen von Strategien einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in den katholischen Ländern betrifft, so ist ein Zusammenhang plausibel, wird aber von Castles m.E. ungenügend erklärt. Hier spielt die katholische Kirche noch eine andere Rolle, indem sie nämlich die Verselbständigung und Handlungsfähigkeit des Staates durch ihre moralischen und politischen Ansprüche behindert hat. Vor allem in den Ländern Südeuropas blieb der kirchliche Einfluss auf die Politik unmittelbar. Wie Maurizio Ferrera (1996) gezeigt hat, ist in Südeuropa die staatliche Administration in hohem Maße durch klientelistische Beziehungen infiltriert, sodass Sozialleistungen oft aus zweckfremden Gründen gewährt werden. Gleichzeitig bleiben die Wohlfahrtssysteme partikularistisch, d.h. sie helfen gerade den Bedürftigsten oft nicht. Die Armenfürsorge beanspruchte die katholische Kirche für sich bzw. für ihre Orden, ohne allerdings den steigenden Ansprüchen an Professionalität und Vollständigkeit der Hilfen gerecht zu werden. Wie jedoch eine Studie von Frank Adloff (2003) zeigt, gehört die katholische Kirche in den Vereinigten Staaten zu den aktivsten Promotoren einer am Schutz der Armen orientierten Sozialpolitik. Allerdings waren in den USA die Katholiken stets in der Minderheit, wie übrigens auch im deutschen Reich, wo das »Zentrum« zu den zuverlässigsten Stützen der Sozialpolitik gehörte. Die Wirkungen der katholischen Kirche scheinen unterschiedlich, je nachdem, ob Sie dominiert oder als Minderheit agiert.

Das Konzept der »Families of Nations« postuliert, »that groups of nations may have common policy outcomes in consequence of shared historical and cultural attributes. Religion is but one possible basis of such commonality.« (Castles 1994:21) Das ist bereits ein wesentlich komplexerer Ansatz als der erwähnte politikwissenschaftliche. Allerdings postuliert er auch weiter greifende und damit indirektere Zusammenhänge, sodass sich das Problem kausaler Erklärungen auch in anspruchsvollere Weise stellt.

---

<sup>3</sup> Griechenland als Land mit ganz überwiegend orthodoxer Bevölkerung wird wohl auf Grund äußerer Ähnlichkeiten zu anderen südeuropäischen Staaten einbezogen (hierzu Ferrera 1996), was mir jedoch inkonsequent erscheint, zumal Griechenland nach der Studie von Gabriel u.a. (2013) in eine andere, zusammen mit anderen orthodoxen Ländern eine eigene Kategorie fällt.

## Karl Gabriel und Hans-Richard Reuter

Einleitend wurde bereits das Projekt »Die religiöse Tiefengrammatik des Sozialen« erwähnt, aus dem ein bedeutender, von Karl Gabriel, Hans Richard Reuter, Andreas Kurschat und Stefan Leibold herausgegebener Band »Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa« (2013) veröffentlicht wurde. Er beinhaltet 13 nach gemeinsamen Vorgaben erstellte Länderstudien, wobei nicht nur die »üblichen Verdächtigen« der Wohlfahrtsstaatsliteratur (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Schweden, Vereinigtes Königreich) sondern auch osteuropäische (Bulgarien, Polen, Russland) und südeuropäische (Griechenland, Italien, Spanien) Länder und sogar die Türkei vorkommen. Aus religionssoziologischer Sicht ist beachtlich, dass nicht nur katholisch, lutherisch und calvinistisch orientierte Länder, sondern auch drei von orthodoxen Kirchen geprägte Länder sowie ein islamisches einbezogen wurden.

In dieser Studie geht es in wesentlich breiterer Form um den Zusammenhang von Religion und wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung. Beide Größen werden nicht durch einheitliche Maßzahlen operationalisiert, denn die Autoren gehen im Anschluss an Kaufmann (2003) davon aus, dass die Sozialpolitik in den einzelnen Ländern *idiosynkratisch* verlaufe, also im Wesentlichen durch innere Bedingungen, Dynamiken und Widerstände bestimmt werde, sodass »einmalige Konfigurationen entstanden sind, die eine Typenbildung erschweren und nur unter Inkaufnahme von hohen Informationsverlusten möglich erscheinen lassen.« (Gabriel u.a. 2013: 468) Um die länderspezifischen Konfigurationen vergleichen zu können, bedienen sich die Forscher sehr pauschaler Kategorien: »[...] geringe (I), mittlere (II) und hohe (III) Stärke des religiösen Faktors auf der einen Seite und minimale (I), partielle (II) und volle (III) Ausprägung der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung auf der anderen Seite.« (Gabriel u.a. 2013: 468 f.) Die Kategorisierung der Länder erfolgte nachträglich durch die Projektleiter aufgrund der Länderberichte und mit diskursiven Begründungen. Im Ergebnis zeigen die orthodoxen Länder und die Türkei minimalen religiösen Einfluss und geringe wohlfahrtsstaatliche Entwicklung. Hoher religiöser Einfluss wird nur für Deutschland und die Niederlande registriert, beides Länder mit einer bi- oder mehrkonfessionellen Struktur. Länder mit hohem katholisch-kirchlichem Einfluss haben nur einen partiellen Wohlfahrtsstaat geschaffen; als voll entwickelt gilt er in Dänemark, Schweden, dem Vereinigten Königreich und Frankreich, wobei in all diesen Ländern der religiöse Einfluss als »mittel« qualifiziert wird.

Was lässt sich daraus lernen? Zur Interpretation des religiösen Einflusses orientieren sich die Autoren an dem britischen Religionssoziologen David Martin (1978): »Die Dynamik religiös-politischer Entwicklungsprozesse sieht Martin bestimmt durch die Konstellation, ob ein Land katholisch ist oder nicht, ob ein religiöses Monopol herrscht oder nicht, ob eine Spirale der Säkularisierung in Gang gekommen ist oder nicht, ob die nationale Revolution säkularistisch gegen die Religion gerichtet ist oder nicht, und ob die Religion eine von außen bedrohte Nation eint oder nicht.« (Gabriel u.a. 2013: 485). Der Einfluss der Religionen ist also von vielfältigen Umständen abhängig, »Aus sich heraus ... entwickeln Religionen keine Wohlfahrtsstaatsproduktivität.« (Gabriel u.a. 2013: 494) Aber unter für sie günstigen politischen und kulturellen Umständen können sie durchaus einflussreich werden, sofern ihre Lehren und ihr Selbstverständnis der Entwicklung von Wohlfahrtsstaatlichkeit günstig sind. Das trifft im Wesentlichen auf das Luthertum und eingeschränkt für den Katholizismus zu; andere als die aus dem lateinischen Christen-

tum hervorgegangenen Konfessionen haben sich nicht als wohlfahrtsproduktiv erwiesen, auch wenn sie private Wohltätigkeit legitimieren.

## Anders Bäckström und Grace Davie

Wenigstens kurz sei auch über das internationale Projekt »Welfare and Religion in a European Perspective« berichtet, das von den Religionssoziologen Anders Bäckström (Uppsala) und Grace Davie (Exeter) geleitet wird (Bäckström, Davie u.a. 2010/2011). Das Projekt ist bemerkenswert, weil es den Zusammenhängen von Religion und Wohlfahrt nicht auf nationaler, sondern lokaler Ebene nachgeht, und zwar in mittelgroßen Städten aus acht entwickelten Wohlfahrtsstaaten plus Griechenland. Damit wird das Wirken des Wohlfahrtsstaats sozusagen an der Basis sichtbar, und zwar mit spezifischem Bezug auf der »Rolle der Kirchen innerhalb der sozialen Ökonomie«, so der Untertitel des Projekts. Gefragt wird »nach dem expliziten und impliziten Einfluss unterschiedlicher konfessioneller Soziallehren, der Bedeutung des diakonisch-caritativen Engagements der Kirchen für ihr institutionelles Selbstverständnis, der Definition ihrer Aufgaben und der religiösen Spezifik ihrer Praxis gegenüber den säkularen Trägern.« (Gabriel u.a. 2013: 17) Dies erscheint als eine hochaktuelle Thematik in Zeiten fiskalischer Knappheit, und nach den Ergebnissen des Projekts nimmt die kirchlicher Wohlfahrtsproduktion neuerdings in den meisten Ländern tatsächlich zu und bildet als »Vicarious Religion« (G. Davie) einen wichtigen Bindungsfaktor erheblicher Bevölkerungsteile an die Kirchen. Auch wenn der politische Kontext für unseren Zusammenhang etwas zu kurz kommt, sind die Studien wertvoll, weil sie Aspekte der Wohlfahrtsproduktion wie informelle und ehrenamtliche Hilfen ans Licht bringen, die in der üblichen sozialpolitischen Literatur kaum erwähnt werden.

## Michael Opielka

Schließlich sei der bei weitem ambitionierteste Beitrag zu unserem Thema erwähnt: Michael Opielkas »Christian foundations of the welfare state: strong cultural values in comparative perspective« (2008). Ausgehend von dem in der soziologischen Forschung inzwischen verbreiteten mehrerebenen-theoretischen Ansatz postuliert Opielka jenseits der makrosoziologischen Ebene eine Ebene der »symbolischen Legitimation« (Opielka 2008: 92), und dieser allein gilt sein Erkenntnisinteresse. Er orientiert sich an Talcott Parsons Konzept eines »cultural system«, welchem Religion durch »ultimate values« das Verhältnis von Gesellschaften zu ihrer »ultimate reality« stabilisiert (Opielka 2008: 101). Auf dieser meta-sozialen Ebene werden die wesentlichen Inhalte der Weltreligionen vor allem in der Perspektive ihres Legitimationspotentials für komplexe Solidarität unter den Bedingungen von Modernität betrachtet. Opielka beschränkt sich nicht auf die christlichen Konfessionen, sondern bezieht alle großen Weltreligionen (Konfuzianismus, Daoismus, Islam, Judentum, Buddhismus, Hinduismus) in seine Betrachtung mit ein. Und nicht nur das: Er berücksichtigt auch zwei säkulare Glaubensrichtungen, nämlich den Wissenschaftsglauben und die »Subjektive Religion«, als deren letzte Werte er die Menschenrechte



ansieht. Den quasi-religiösen Charakter der Menschenrechte hebt auch Hans Joas (2011) hervor. Opielkas Systematik ist dem Parsonianischen Ansatz geschuldet, und seine Spezifikationen sind in dem genannten Beitrag wenig begründet und nicht immer einleuchtend (vgl. Opielka 2008: 103), weil der Ansatz auf heroische Vereinfachungen angewiesen ist. Dennoch verdient die Ausweitung der Fragestellung Beachtung, insbesondere die Aufmerksamkeit für säkulare Formen »letzter Werte« (z.B. »Sicherheit«), die bisher in unserem Problembereich kaum Beachtung gefunden haben, aber als Konkurrenten der christlichen Konfessionen gerade in den entwickelten Wohlfahrtsstaaten Nord- und Westeuropas die wohlfahrtsstaatlichen Legitimationen erheblich beeinflussen.

## Zusammenfassende Thesen

Ich breche damit meinen Überblick über die Forschungslandschaft ab, der gewiss nicht vollständig ist, und komme zu einigen Schlussfolgerungen.

1. Betrachtet man die Staaten der Welt mit der Doppelperspektive »Religion« und »politisch organisierte Sorge für die Bedürftigen und für sozialen Ausgleich« so ergibt sich eine hochgradige Korrelation zwischen einer Prägung durch das lateinische Christentum (einschließlich der Reformation) einerseits und der Existenz sozialpolitischer bzw. wohlfahrtsstaatlicher Vorkehrungen andererseits. Außerhalb des Einflussbereichs des lateinischen Christentums ereignen sich sozialpolitische Entwicklungen erst in jüngster Zeit im Horizont der Doktrin sozialer Menschenrechte, die ihrerseits im Westen entstanden ist (Kaufmann 2003 a). Es liegt also nahe, hier nach Zusammenhängen zu suchen.
2. Gebote und Praktiken der Armenhilfe gab es schon im alten Israel, ja sie finden sich in vielen, auch nicht-christlichen Kulturen. Die neutestamentliche Einstellung zur Armut unterscheidet sich von diesen in mindestens zwei nachhaltigen Hinsichten: (1) Der Arme ist nicht nur Adressat von Hilfe, sondern er genießt besondere Wertschätzung (2) Nicht nur die Armen innerhalb einer bestimmten Sozialformation, sondern grundsätzlich allen Menschen, vorzugsweise jedoch den Armen gilt die frohe Botschaft des Evangeliums. Die Wertschätzung eines jeden Individuums und die universalistische Ausrichtung der Moral sind kulturelle Selbstverständlichkeiten, die tief in das europäische Selbstverständnis eingelassen sind und auch dem wohlfahrtsstaatlichen Universalismus zugrunde liegen.
3. Wesentlich ambivalenter war die Haltung des frühen Christentums zur Politik und der nachreformatorischen Konfessionen zur neuzeitlichen Staatsentwicklung. Das Luthertum verband sich mit den Fürstenstaaten seiner Konfession, und so kam es wie in England zu einem Staatskirchentum. Calvin wollte das Gemeinwesen unter die unmittelbare Herrschaft Gottes stellen und legitimierte den Widerstand gegen Herrscher, die von den Geboten Gottes abwichen. So bleibt der politisch verfasste Staat bis heute im Einflussbereich des Calvinismus eine ambivalente Angelegenheit. Die römisch-katholische Kirche rezipierte schon in der Spätantike Elemente des institutionenfreundlichen römischen Rechts und entwickelte sich nach dem Investiturstreit zur Konkurrentin oder vielerorts zur Gegnerin der entstehenden politischen Gemeinwesen, insbesondere in nachreformatorischer Zeit. So ist es nachvollziehbar,

dass die staatskirchlich verfassten protestantischen Länder zu Pionieren der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung wurden, während die moralischen Wohlfahrtsmotive in der katholischen Tradition nicht politisch zum Tragen kamen, und der Calvinismus ›charity‹ ganz von der Politik getrennt wissen wollte. Diese Interpretation stimmt mit der durch die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung ermittelten Phänotypik konfessioneller und nationaler Unterschiede weitgehend überein.

4. Art, Kraft und Wirkungsweise religiöser Einflüsse werden durch vielfältige andere Faktoren gefördert, behindert oder in bestimmte Richtungen gelenkt. Es gibt deshalb allenfalls auf der Ebene kultureller Selbstverständlichkeiten eindeutige Zusammenhänge oder auch Widersprüche zu den kirchlichen Soziallehren. Sobald wir die Ebene der Institutionen betrachten, erscheinen religiöse Einflüsse bestenfalls in verfassungsmäßig, politisch und zivilgesellschaftlich gebrochener Form. Das zeigen die Untersuchungen von Van Kersbergen und Manow einerseits, von Gabriel und Reuter andererseits deutlich.
5. »Wohlfahrtsstaatsproduktiv« (Gabriel u.a.) erscheinen religiöse Konstellationen vor allem in Ländern mit konkurrierenden Konfessionen. Dazu zählen auch die staatskirchlich verfassten protestantischen Länder mit starken Gruppen religiöser Dissenters (vgl. Gabriel u.. 2013: 488 ff.) Sie berufen sich häufig auf genuin christliche Motive, auch in Kritik an den herrschenden Kirchen, womit die alte Spannung zwischen Herrschern und religiösen Außenseitern (Propheten, Orden) in neuer Form wirksam wird. Diese Spannung findet sich nur in der jüdisch-christlichen Tradition und darf als Ferment oder Katalysator der okzidental Entwicklung gelten.
6. Vergleicht man die vorgestellten Forschungsergebnisse, so zeigt sich, dass sie recht unterschiedliche Einflusswege von Religion postulieren: Partei- und bewegungspolitische (Manow & Kersbergen), ideologische (Castles), Historisch-institutionelle (Gabriel & Köster), caritativ-dienstleistende (Bäckström & Davie), kulturell-religiöse (Opelka). Daraus wird deutlich, dass nur eine mehr-ebenen-analytische Betrachtungsweise den Zusammenhängen zwischen Religion und wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung gerecht werden kann. Die Terminologie ist dabei variabel, doch wird man im Wesentlichen eine symbolisch-kulturelle Ebene, eine institutionelle Ebene, eine organisatorische Ebene, eine Ebene der Gruppen und sozialen Bewegungen, sowie eine individuelle Ebene der ›moralischen Unternehmer‹, aber auch der in Befragungen erscheinenden Bevölkerungsgruppen unterscheiden müssen. Dabei scheint das Verhältnis zwischen den Einflüssen auf den verschiedenen Ebenen im Zuge fortschreitender Modernisierung (Optionserweiterung, Globalisierung) kontingenter zu werden. Dem entsprechend wird es auch schwieriger, eindeutige Beziehungen zwischen unterschiedlichen (religiösen, politischen, ökonomischen, räumlichen) Faktoren herzustellen.
7. Religiöse Impulse kommen am ehesten dort zum Tragen, wo moralische Empörung in Politik umschlägt. Das war am Anfang der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung wahrscheinlicher als in entfalteten Wohlfahrtsstaaten. Aber es ist für Krisensituationen auch in Zukunft durchaus denkbar. Religiöse Sinnformen sind in kulturellen Tiefenschichten verankert und bleiben in konfliktarmen Zeiten latent. Auch kollektive Rückgriffe sind unter kritischen Umständen weiterhin nicht auszuschließen.

Diese Ausführungen stehen unter der Frage nach den Einflusswegen von Religion auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung. Es spricht einiges dafür, dass das Ethos des biblisch überlieferten Christentums mit seiner Wertschätzung der Armen und dem Pathos der Gleichheit aller Menschen vor Gott zum mindesten in die vom lateinischen Christentum geprägten okzidentalen Nationalkulturen Eingang gefunden hat, während im Bereich der Orthodoxie sich dafür nur sporadische Anzeichen finden lassen. Es mussten also andere Faktoren hinzukommen, etwa die stärkere Unabhängigkeit der Kirche und ihre Rezeption des römischen Rechts. Diese historischen Voraussetzungen aus vorreformatorischer Zeit wurden überlagert von unterschiedlichen Staat-Kirche-Verhältnissen und wie Gabriel u.a. im Anschluss an David Martin verdeutlichen, prägenden historischen Ereignissen, und schließlich von der Entwicklung unterschiedlicher Regeln politischer Repräsentation. All diese Faktoren können Eigendynamiken hervorrufen, in denen das christliche Ethos seine Eigenart verliert und in variablen säkularen Bruchstücken noch wie in einer Ruinenlandschaft überwuchert sichtbar bleibt.

Wenn wir deshalb heute die kulturellen Grundlagen wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung verstehen wollen, würde eine Engführung auf religiöse Faktoren in die Irre führen. Die wohlfahrtskulturellen Legitimationen haben viele, nicht zuletzt auch lokale Quellen.

## Literatur

- Adloff, F. 2003: Im Dienste der Armen. Katholische Kirche und amerikanische Sozialpolitik im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Campus.
- Bäckström, A., Davie G. 2010: Welfare and Religion in 21st Century Europe. Vol. 1: Configuring the Connections. Farnham & Burlington: Ashgate.
- Bäckström, A., Davie, G., Edgardh, N., Petterson, P. 2011: Welfare and Religion in 21<sup>st</sup> Century Europe. Vol. 2: Gendered, Religious and Social Change. Farnham & Burlington: Ashgate.
- Castles, F. G. 1994: On religion and public policy: Does Catholicism make a difference? *European Journal of Political Research* 25: 19–40.
- Ferrera, M. 1996: The ›Southern Model‹ of Welfare in Social Europe. *Journal of European Social Policy*, 6–17.
- Gabriel, K. Reuter, H.-R. Kurschat, A., Leibold, S. (Hg.) 2013: Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Gorski, P. S. 2005: Comment on Sigrun Kahl. *European Journal of Sociology* XLVI: 371–377.
- Heidenheimer, A. J. 1983: Secularization Patterns and the Westward Spread of the Welfare State, 1883–1983. Two dialogues about how and why Britain, the Netherlands, and the United States have differed. *Comparative Social Research* 6: 3–38.
- Joas, H. 2011: Die Sakralität der Person. Eine neue Genealogie der Menschenrechte. Berlin: Suhrkamp.
- Kahl, S. 2005: The Religious Roots of Modern Poverty Policy: Catholic, Lutheran, and Reformed Protestant Traditions Compared. *European Journal of Sociology* XLVI: 91–126.
- Kahl, S. 2006: The Religious Foundations of the Welfare State: Poverty Regimes, Unemployment, and Welfare-to-Work in Europe and the United States. Diss. Humboldt Universität Berlin (Ms.)
- Kaufmann, F.-X. 1988: Christentum und Wohlfahrtsstaat. *Zeitschrift für Sozialreform* 34. Jg., 65–89.
- Kaufmann, F.-X. 1989: Religion und Modernität – Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Kaufmann, F.-X. 2003: Varianten des Wohlfahrtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kaufmann, F.-X. 2003a: Die Entstehung sozialer Grundrechte und die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung, (Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 387), Paderborn: Schöningh.

- Kaufmann, F.-X. 2012: *European Foundations of the Welfare State*, New York & Oxford: Berghahn.
- Kersbergen, K. van, Manow, P. (Eds.) 2009: *Religion, Class Coalitions and Welfare State Regimes*. New York: Cambridge University Press.
- Kersbergen, K. van 1995: *Social Capitalism. A study of Christian democracy and the welfare state*. London: Routledge.
- Korpi, W. 1978: *The Working Class in Welfare Capitalism – Work, Unions, and Politics in Sweden*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Korpi, W. 1983: *The Democratic Class Struggle*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Manow, P. 2001: Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie. *Leviathan*, 29. Jg., 179–198.
- Manow, P. 2002: »The Good, the Bad and the Ugly«. *Esping-Andersens Sozialstaats-Typologie und die konfessionellen Wurzeln des westlichen Wohlfahrtsstaats*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54. Jg., Heft 2, 203–225.
- Manow, P. 2008: *Religion und Sozialstaat. Die konfessionellen Grundlagen europäischer Wohlfahrtsstaatsregime*. Frankfurt am Main: Campus.
- Martin, D. 1978: *A General Theory of Secularization*. Oxford: Blackwell.
- Opielka, M. 2008: Christian foundations of the welfare state: strong cultural values in comparative perspective. In W. Van Oorschot, M. Opielka, B. Pfau-Effinger (eds), *Culture and Welfare State*. Cheltenham UK, Northampton MA: Edward Elgar, 89–114
- Wilensky, H. L. 1981: Leftism, Catholicism, and Democratic Corporatism. The role of political parties in recent welfare state development. In P. Flora, A. J. Heidenheimer (Eds.), *The Development of Welfare States in Europe and America*. New Brunswick: Transaction Books. 345–382

# Muslimische Karitas mit humanistischem Anspruch

## *Islamic Relief* und *Humanity First* im Vergleich

Michael Nollert und Amir Sheikhzadegan

*Beitrag zur Veranstaltung » Politische Prozesse in der Weltgesellschaft. Ausbreitung, Anpassung und Wandel globaler Normen« der Sektion Politische Soziologie – organisiert von Thomas Kern und Thomas Laux*

Karitative Organisationen gewinnen an Bedeutung, wenn der Wohlfahrtsstaat nicht mehr bereit oder in der Lage ist, seine Aufgaben adäquat wahrzunehmen. Angesichts der Herausforderungen europäischer Wohlfahrtsstaaten durch Neoliberalismus, Globalisierung und demographische Trends ist abzusehen, dass vermehrt auch wieder religiös orientierte Organisationen bei der Bewältigung sozialer Probleme mitwirken. In Deutschland und der Schweiz sind die meisten dieser Organisationen noch immer christlich geprägt. Mit der Zuwanderung von Muslim/-innen haben sich indes inzwischen auch in der Schweiz zahlreiche Hilfswerke etabliert, die sich an der muslimischen Karitas orientieren (für einen Überblick siehe Martens 2013; Martens 2014; Ndiaye 2007).

Im Vordergrund des vorliegenden Beitrags steht die karitative Tätigkeit von zwei transnationalen Organisationen, *Islamic Relief* und *Humanity First*, die gleichermaßen ihre islamische Grundorientierung mit dem humanistischen Anspruch kombinieren, dass alle Notleidenden unabhängig von Glaube, Ethnizität oder Nationalität Unterstützung verdienen. *Islamic Relief* wurde 1984 in Birmingham von zwei dem sunnitischen Islam zugehörigen Medizin-Studenten als Reaktion auf die Hungersnot am Horn von Afrika gegründet. In der Schweiz ist dieses Hilfswerk seit 1994 mit einem Büro in Basel und seit 2002 durch ein Büro in Genf sowohl in der Deutschschweiz als auch in der Romandie vertreten. *Humanity First* wurde 1992 in London als Hilfswerk der Ahmadiyya-Gemeinschaft durch dessen vierten *Khalifa*, Mirza Tahir Ahmad, gegründet, mit der Zielsetzung, weltweite Katastrophenhilfe zu leisten. Die Ahmadiyya sind eine im indischen Subkontinent entstandene und verfolgte muslimische Minderheit.<sup>1</sup> *Humanity First* ist durch den in Zürich angesiedelten Zweig der Ahmadiyya auch in der Schweiz vertreten.

---

<sup>1</sup> Das Misstrauen gegenüber der Ahmadiyya bleibt nicht auf den indischen Subkontinent beschränkt. Seitdem die von Saudi-Arabien finanzierte *Islamische Weltliga* im April 1974 offiziell diese Bewegung aus der muslimischen Gemeinschaft ausgeschlossen hat, stößt sie in vielen Ländern auf Ablehnung und Distanzierung bis zur offenen Verfolgung.

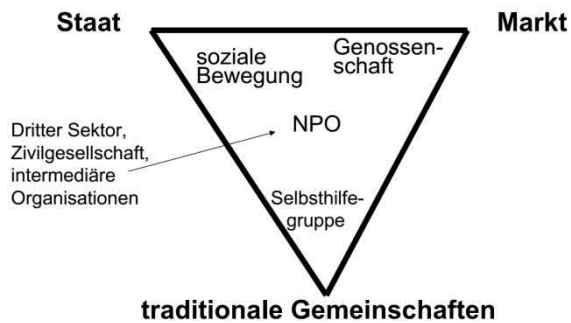
Im ersten Abschnitt des Beitrags fokussieren wir auf die Wohlfahrtsproduktion von Verbänden im Allgemeinen und der muslimischen Verbände im Besonderen. Wir weisen darauf hin, dass die soziale Wohlfahrt nicht bloß auf den staatlichen Leistungen, sondern unter anderem auch auf der Leistung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den Wohlfahrtsverbänden, beruht. Im zweiten Abschnitt wird der religiöse Kontext muslimischer Hilfswerke skizziert. Vorab weisen wir darauf hin, dass auch im Islam karitatives Gedankengut tief verankert ist. Dafür spricht nicht nur die Hervorhebung des *Zakat* als eine der fünf Säulen des Islam. Auch andere Begriffe wie *Sadaqa* (Almosen), *Infaq* (Spenden) oder *Ihsan* (Gütigkeit), die sehr häufig im Koran sowie in Sunnah vorkommen, bestätigen die hohe Stellung der Diakonie im Islam. Im dritten Abschnitt konzentrieren wir uns auf den Entstehungskontext der beiden Hilfswerke. Es liegt auf der Hand, dass die Gründung beider Hilfswerke mit dem Anstieg der Immigration aus islamisch geprägten Ländern, dem Aufstieg des politischen Neoliberalismus und der Erosion des Sozialstaates koinzidiert. Im vierten Abschnitt werden *Islamic Relief* und *Humanity First* vergleichend analysiert, wobei wir zumindest sechs Dimensionen identifizieren, auf denen sich die beiden Organisationen grundlegend unterscheiden.

Der Beitrag beruht auf einem vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Forschungsprojekt über zivilgesellschaftliches Engagement von Muslim/-innen in der Schweiz. Gewonnen wurden die Daten einerseits durch teilnehmende Beobachtung in dreizehn muslimischen Freiwilligenverbänden in der Deutsch- und West-Schweiz, andererseits aus narrativ-biografischen Interviews mit aktiven Mitgliedern dieser Assoziationen.

## Karitative Organisationen in der Wohlfahrtsproduktion

Wohlfahrtsverbände oder Hilfswerke, wie sie in der Schweiz bezeichnet werden, haben ihre historischen Wurzeln im 19. Jahrhundert. Mit der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise und den damit verknüpften sozialen Problemen haben insbesondere kirchennahe Verbände an Bedeutung gewonnen. Angesichts der Proletarisierung und Armut großer Teile der Bevölkerung auf der einen und eines passiven Staats auf der anderen Seite haben sich zunächst auf kommunaler und dann nationaler Ebene kontinuierlich Organisationen gebildet, welche sich das Ziel gesetzt haben, die im Kapitalismus verankerten Probleme zu bewältigen. Dabei spielten von Beginn an religiös orientierte Organisationen eine wichtige Rolle, zumal die päpstliche Enzyklika *Rerum Novarum* (1891) gleichermaßen die gesellschaftlichen Missstände im Kapitalismus als auch die sozialistische Lösung anprangerte und für den Aufbau christlich gesinnter Organisationen plädierte. So wurde etwa 1897 der katholische Deutsche Caritasverband gegründet. Ansätze zu einem evangelischen Wohlfahrtsverband finden wir bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zum Beispiel der Central-Ausschuss für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche (gegründet 1848). Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden wurde schließlich 1917 gegründet, 1939 aufgelöst und dann 1951 unter dem Namen Zentralwohlfahrtsstelle für Juden in Deutschland revitalisiert. Auch in der Schweiz finden wir das katholische Hilfswerk Caritas (1901 gegründet) sowie das Hilfswerk der evangelischen Kirchen in der Schweiz (HEKS, 1946 gegründet).

Abb. 1: Dreieck der Wohlfahrtsproduktion



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Evers und Olk (1996)

Die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände lässt sich gut anhand des sogenannten Dreiecks der Wohlfahrtsproduktion veranschaulichen (Abbildung 1). Dieses Dreieck unterstellt, dass die soziale Wohlfahrt eines politischen Gemeinwesens nicht bloß auf dem Markt und dem Staat, sondern auch auf traditionellen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen beruht (vergleiche Evers und Olk 1996). Sozialleistungen werden demnach nicht bloß vom Sozialstaat, sondern vor allem auch durch private Wohlfahrtsverbände erbracht.

Bezüglich des Zusammenhangs zwischen der Expansion des Sozialstaats und der Rolle der Wohlfahrtsverbände sind je nach Wohlfahrtsregime unterschiedliche Trends zu beobachten. Auf der einen Seite hat die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats im 20. Jahrhundert in den meisten westlichen Ländern abgenommen. Vor allem in den sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsregimes hat sich die Ansicht durchgesetzt, dass die Bewältigung sozialer Probleme primär eine Aufgabe des Staats ist. Im Unterschied dazu herrscht in den liberalen und konservativen Wohlfahrtsregimes nach wie vor die Ansicht vor, dass freiwillige Organisationen den Sozialstaat entlasten sollen, wobei sich vor allem in den konservativen Regimes wie etwa Deutschland, aber auch in der Schweiz, enge Kooperationen zwischen den Verbänden und dem Staat herausbildete.

Inzwischen werden die Wohlfahrtsstaaten vielfältig herausgefordert. Einerseits argumentieren Neoliberale, dass der Wohlfahrtsstaat zu teuer sei, seine Klienten abhängig mache, die individuelle Freiheit einschränke und die Marktmechanismen zerstöre (Hirschman 1992). Andererseits klagen transnationale Unternehmen, der Wohlfahrtsstaat sei zu teuer, die Steuerlast zu hoch, und drohen folglich, ihre Produktionsstandorte zu verlagern. Schließlich sind die Wohlfahrtsstaaten auch mit demographischen Trends konfrontiert, die vor allem die Finanzierung der Altersvorsorge gefährden.

Bemerkenswert ist indes, dass sich die neoliberale Globalisierung bislang vornehmlich in den liberalen Wohlfahrtsregimes niedergeschlagen hat (Korpi und Palme 2003). Gemessen an der Sozialleistungsquote und der Einkommensungleichheit blieb der Wohlfahrtsstaat in der Schweiz jedoch vergleichsweise verschont. Dennoch spricht einiges dafür, dass der Leistungsabbau der Wohlfahrtsstaaten vorab durch private Nonprofit-Organisationen kompensiert wird.

Selbstverständlich ist diese Verlagerung von öffentlichen zu privaten Organisationen umstritten: Während die Befürworter des Trends vor allem die fiskalpolitischen Vorteile sehen, wenden Kritiker ein, dass die Entlastung des Sozialstaats letztlich durch die Ausbeutung freiwilliger Laien

finanziert wird. Kurzum: Auch wenn absehbar ist, dass die westlichen Wohlfahrtsstaaten nicht verschwinden, ist zumindest damit zu rechnen, dass private Akteure und damit auch die Wohlfahrtsverbände und Hilfswerke wieder an Relevanz gewinnen.

Wohlfahrtsstaaten sind nicht nur mit Neoliberalismus, Globalisierung und kostspieligen demographischen Trends konfrontiert. Sie müssen auch auf die zunehmende Immigration reagieren, zumal nicht alle Migrant/-innen hochqualifiziert sind und sich deshalb nicht optimal in den Arbeitsmarkt integrieren lassen. Migrant/-innen aus muslimischen Kontexten bilden aus zwei Gründen eine besondere Herausforderung: Erstens weil sie häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht sind als die Einheimischen (Für Statistiken der Arbeitslosigkeit unter den Muslim/-innen in einigen europäischen Ländern siehe Euro-Islam.Info, 24. Mai 2015, <http://www.euro-islam.info/country-profiles>). Zweitens weil sie zahlenmäßig ins Gewicht fallen. Gemäß einem Report des Pew Research Center (2015) wird sich der Anteil der Muslim/-innen in allen europäischen Ländern zwischen 2010 und 2050 mehr oder weniger stark erhöhen. Für die Schweiz wird ein Anstieg von 4,9 Prozent auf 7,6 Prozent, für Deutschland gar ein Anstieg von 5,8 Prozent auf 10 Prozent prognostiziert. Entsprechend finden vor allem in Deutschland Stimmen Resonanz, die analog zu den großen konfessionell geprägten Wohlfahrtsverbänden ein islamisches Pendant fordern. In der Schweiz ist dieser Ruf kaum zu hören, was wohl damit zu tun hat, dass einerseits die christlichen Hilfswerke nicht den gleichen Stellenwert haben wie die deutschen Wohlfahrtsverbände und andererseits die Muslim/-innen vornehmlich säkularisiert sind und kein starkes Bedürfnis nach einer zentralisierten Interessenvertretung artikulieren.

Dennoch ist zu beachten, dass die Schweiz zu den wenigen Ländern gehört, in denen die Regierung aktiv die Kooperation mit muslimischen Hilfswerken vorangetrieben hat (Ndiaye 2007). So setzte sich das Außenministerium mit der so genannten *Montreux Initiative 2005*, später *Islamic Charity Project*, für einen Verhaltenskodex für muslimische Hilfswerke ein, um ihnen die Anerkennung als vollwertige Partner in der Sozialpolitik zu gewährleisten. Ausgangspunkt der Montreux-Initiative war das Misstrauen, dass vielen muslimischen Hilfswerken seit der Jahrtausendwende entgegenschlägt. In der Tat haben insbesondere die USA nach 9/11 bei vielen Hilfswerken ideologische und finanzielle Bindungen zu Al Kaida und Taliban offengelegt und folglich diese verboten (Kroessin 2007). Gelitten haben darunter indes in erster Linie all jene Organisationen, die keine missionarischen Absichten verfolgen.

Petersen (2012) bietet eine Typologie, die zwischen da'watistischen, jihadistischen, solidaritätsorientierten (solidarity-based) und säkularen Organisationen unterscheidet. *Da'watistische* Organisationen haben Petersen zufolge ihren Ursprung vornehmlich in der Hungerkrise am Horn von Afrika in den 1980er Jahren. Diese Organisationen kombinieren vorab die Hilfe für Muslim/-innen mit islamischer Seelsorge. Prominentestes Beispiel dafür ist die *International Islamic Relief Organization of Saudi-Arabia* (IIROSA), die ihr Hilfsangebot mit missionarischem Anliegen kombiniert (etwa durch Projekte wie *Qur'an memorization programs*) und sich auf die Unterstützungen von Muslim/-innen sunnitischer Glaubensrichtung fokussiert. Die *jihadistischen* Hilfswerke sind vornehmlich das Ergebnis der sowjetischen Okkupation Afghanistans 1979. Diese Organisationen beschränken sich nicht auf Hilfe und Missionierung, sie sehen sich vor allem auch als Instrument im Kampf des Islams gegen den »atheistischen Westen«. Die wichtigste, inzwischen als Terrororganisation designierte und seit 2004 nicht mehr existente Organisation war die in Pakistan gegründete, hauptsächlich von Saudi-Arabien unterstützte *Al Haramain*.



Die Organisation mit Hauptsitz in Riyadh unterstützte Al-Kaida, die Taliban und diverse Bombenattentate (wie etwa den Anschlag von 2002 in Bali).

Die *solidaritätsorientierten* Organisationen haben ihre Wurzeln im Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien 1992 – 1995. Im Unterschied zu den da'watistischen und jihadistischen Organisationen betonen sie ihre Neutralität und pflegen auch Kontakte zu christlichen Hilfswerken. Allerdings konzentriert sich auch ihre Hilfe auf die muslimische Umma. Die wichtigste Organisation, die sich diesem Typus zuordnen lässt, ist die britische *Muslim Aid*. Die säkularisierten Organisationen haben vor allem nach 9/11 an Gewicht gewonnen, zumal sie im Unterschied zu den anderen Typen einen universalistischen, humanistischen Ansatz verfolgen und bei der Hilfeleistung nicht zwischen Gläubigen und Ungläubigen differenzieren. Unter solchen Organisationen ragen zwei Organisationen hinsichtlich der Ausdehnung ihrer Hilfsprojekte heraus: *Islamic Relief* und *Humanity First*.

Schulze (2004) zufolge lassen sich philanthropische, transnationale, nationale, lokale und globale »Solidaritätsnetzwerke« unterscheiden. Die *philanthropischen* Netzwerke wie etwa die schiitische *al-Khoei Foundation* (Baghdad, London) oder die ismailitische *Aga-Khan Foundation* (Genf) bedienen über ihre eigenen Netzwerke hinaus auch andere sozialen Gruppen. Die auf die Pflege einer kollektiven Identität bedachten *transnationalen* Netzwerke, wie beispielsweise die *al-Haghani*-Stiftung der Naqshbandiyya Sufi-Bruderschaft oder die saudische *Islamic World League*, sorgen dagegen über nationale Grenzen hinaus ausschließlich für ihre eigenen Netzwerke. Die meist islamistisch orientierten *nationalen* Netzwerke sind Organisationen »die einen islamischen öffentlichen Raum in einem bestimmten Nationalstaat oder einem bestimmten staatlichen Territorium durchzusetzen trachten« (Schulze 2004: 212–13). Beispiele dafür sind die ägyptischen *Muslimbrüder* oder die algerische *Front Islamique du Salut (FIS)*. Die meist militanten *lokalen* Netzwerke, wie etwa die *Hamas* in Palästina oder die *Groupes Islamiques Armées* in Algerien, versuchen in der Regel das sozialpolitische Vakuum infolge eines fehlenden bzw. schwachen Staates zu füllen. Bei den *globalen* Solidaritätsnetzwerken wie al-Qaida handelt es sich schließlich um globale »Mikrostrukturen«, deren Akteure »keinen festen Ortsbezug haben, ihr Handeln global definieren und für ihre Kommunikation einen Code verwenden, der für Außenstehende völlig unverständlich ist« (Schulze 2004: 214). Gemäß dieser Typologie lassen sich Islamic Relief und Humanity First als philanthropische Solidaritätsnetzwerke klassifizieren.

## Karitas im Islam

Analog zu anderen abrahamischen Religionen ist das karitative Gedankengut auch im Islam tief verankert, bildet es doch einen wichtigen Pfeiler der innerweltlichen Ethik dieser Religion. Karitas im Islam besteht aus einem komplexen Regelwerk, in welchem mindestens drei Differenzierungen erkennbar sind:

## Differenzierung nach normativer Stellung karitativer Tätigkeiten

In islamischer Theologie wird zwischen zwei Typen karitativer Tätigkeiten unterschieden: denjenigen, die als *Wajib* (obligatorisch) definiert werden, und solchen, die als *Mustahab* (empfohlen) gelten. Als *Wajib* gelten die religiöse Steuer *Zakat* (oder *Zakah*), die Zakat-ul-Fitr<sup>2</sup>, die am Ende des Monats Ramadan bezahlt wird und eher symbolischer Natur ist, und *Fidya* bzw. *Kaffara*, die als Sühnung für das Unterlassen des Fastens bezahlt werden. Die Schiiten kennen eine weitere Form der obligatorischen Gabe, die sie als *Khums* (wörtlich: Ein Fünftel) bezeichnen. Und die Ahmadiyya kennen eine spezifische Gemeinschaftssteuer, die ein Sechzehntel des individuellen Einkommens ausmacht. Die als *Mustahab* bestimmten karitativen Tätigkeiten kommen in Form von mehreren religiösen Konzepten, wie etwa *Sadaqa*<sup>3</sup> (Almosen), *Infaq* (Spenden), *Ihsan* (Gütigkeit), *Karam* bzw. *Sakha* (Großzügigkeit) und im weitestem Sinne *Amal os-Salihah* (gute Taten/gute Werke), zum Ausdruck.

## Differenzierung nach Adressaten karitativer Tätigkeit

In der islamischen Theologie, welcher Glaubensrichtung auch immer, wird von jedem Gläubigen erwartet, vorab für seine Glaubensgenossen Sorge zu tragen. Gleichzeitig nimmt im Islam Güte gegenüber Mitmenschen jenseits der Glaubensgrenzen eine hohe Stellung ein. In der Theologie hat man diesen doppelten ethischen Auftrag mit Hilfe der ersten, oben beschriebenen Differenzierung auseinanderzuhalten versucht. So sind die obligatorischen Gaben (mehr oder weniger<sup>4</sup>) den Menschen desselben Glaubens vorenthalten,<sup>5</sup> während die freiwilligen Gaben an alle Menschen gerichtet werden können. Es gilt ja sogar, den Tieren gegenüber Güte walten zu lassen.

## Differenzierung zwischen organisierter und nicht-organisierter Hilfe

Während das normative Regelwerk hauptsächlich direkte Zahlungen an die oben definierten Empfängergruppen vorsieht, besteht seit dem frühen Islam auch die Tradition, die Gaben im Rahmen einer stiftungsähnlichen Organisation namens *Waqf* zu institutionalisieren. Neuerdings entstehen auch Stiftungen sowie Hilfswerke nach westlichem Muster, welche individuelle Gaben in gesammelter Form an die Bedürftigen verteilen. Das erlaubt zum einen die geographische Distanz zwischen Gebern und Abnehmern zu überwinden und zum andern die Realisierung

<sup>2</sup> *Zakat-ul-Fitr* besteht aus der Speisung von Bedürftigen (eine Mahlzeit). Dabei ist die Anzahl der Empfänger gleich Anzahl der Personen, die am letzten Iftar (Fastenessen) eines Haushaltes anwesend sind.

<sup>3</sup> Obwohl im Koran *Sadaqa* und *Zakat* gelegentlich als Synonyme verwendet werden, stimmen die Gelehrten weitgehend überein, dass *Zakat* ein Obligatorium ist, während *Sadaqa* eine empfohlene Gabe darstellt.

<sup>4</sup> Manche Theologen meinen, dass die vierte Kategorie von *Zakat* (Ausgaben, um die Herzen zu versöhnen) dazu dient, die Herzen der Ungläubigen für den Islam zu gewinnen. Von der fünften Kategorie von *Zakat* profitieren auch Sklaven, die in der Regel Nichtmuslim/-innen sind.

<sup>5</sup> Während die obligatorischen Gaben bei den Sunniten grundsätzlich allen Muslim/-innen gelten, dienen sie bei den (Zwölfer)Schiiten und bei der Ahmadiyya dem Schutz der eigenen Glaubensgemeinschaft.

größerer Hilfsprojekte, wobei das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zunehmend Anklang findet.

Die oben ausgeführten Differenzierungen hat die islamische Theologie hervorgebracht, und zwar in einem aufwendigen und komplizierten Rechtsfindungsprozess, in welchem die Koranexegese zwar die wichtigste, aber nicht die einzige Rechtsquelle darstellt. Der Koran appelliert lediglich an die Gläubigen, allen Menschen in Not beizustehen, also nicht bei der Gabe nur Gläubige zu berücksichtigen. An dieser Norm orientieren sich nicht zuletzt die humanistisch orientierten Hilfswerke.

Im Folgenden nehmen wir den Zakat, als Beispiel für obligatorische Gaben, etwas genauer unter die Lupe.

Zakat gilt in sämtlichen Glaubensrichtungen und Rechtsschulen als ein gewichtiges islamisches Gebot, das heißt die dritte der fünf Säulen dieser Religion.<sup>6</sup> Dass Zakat im Koran sehr häufig im gleichen Atemzug mit der zweiten Säule des Islam, nämlich *Salat* (täglichem Gebet) erscheint, untermauert die hohe Stellung dieses Gebots. Im Folgenden einige Beispiele, welche die hohe Stellung von Zakat im Koran veranschaulichen sollen:

»[...] und meine Barmherzigkeit umfaßt alle Dinge. Und wahrlich verzeichnen will ich sie für jene, die gottesfürchtig sind und die Armenspende [zakāt] zahlen, und für die, welche an unsere Zeichen glauben« (Koran 7: 155)

»[...] Siehe, wer da glaubt und das Rechte tut und das Gebet [salāt] verrichtet und die Almosenspende [zakāt] zahlt, deren Lohn ist bei ihrem Herrn, und keine Furcht soll über sie kommen, und nicht sollen sie traurig sein« (Koran 2: 277).

In 51: 19 zählt der Koran zu den Merkmalen der Gottesfürchtigen das Folgende: »Und in ihrem Gut (war) ein Teil für den Bittenden und den verschämtem Armen«.

Zakat bedeutet wörtlich Reinigung oder Säuberung, aber auch Vermehrung, und wird sowohl im Koran als auch im Sunna (Überlieferungen der Sprüche oder Handlungen Mohammeds) in diesem doppelten Sinn verwendet. Das Wort »tuzakki« im folgenden Ayah etwa, ist eine deklinierte Form von Zakat: »Nimm von ihrem Gut als Almosen, damit Du sie reinigst [tuzakki-hem] und heiligst [...]« (Koran 9: 103).<sup>7</sup> Auch in theologischen Büchern wird diese Bedeutung von Zakat hervorgehoben. Als Beispiel die Worte eines sunnitischen Gelehrten:

»[...] *zakah* is a blessing, a cleanser and betterment. [...] Regarding this, Ibn Taymiyyah said, ›The soul of the person who pays his *zakah* becomes purified, and the blessings in his money increase« (Zulfiqar 2014: 17).

Zakat soll gemäß Koran (9: 60) für folgende acht Zwecke ausgegeben werden: 1) Arme (Bettler), 2) Bedürftige, 3) (Zakat-)Verwalter, 4) Ausgaben, um »die Herzen zu versöhnen«, 5) (Loskauf von)

<sup>6</sup> Diese sind: Schahada (Glaubensbekenntnis), Salat (tägliches Gebet), Zakat (Almosensteuer), Soum/Siam (Fasten) und Hadj (Mekka-Pilgerfahrt).

<sup>7</sup> Sämtliche deutsche Übersetzungen koranischer Verse sind der Reclam-Ausgabe (Koran 1990) entnommen. Die Kommentare in rechteckigen Klammern sind von den Autoren des vorliegenden Beitrages.

Sklaven, 6) Schuldner, 7) (gestrandete) Reisende (»den Sohn des Weges«), und 8) Ausgaben für die Sache Allahs (»Auf Allahs Weg«).<sup>8</sup>

Freilich sind alle diese Kategorien Gegenstand der Interpretation. Dies gilt insbesondere für die vierte Kategorie (»Ausgaben, welche die Herzen versöhnen«) sowie die achte (»Ausgaben für die Sache Allahs«).

So zahlreich und konzeptionell vielfältig die koranischen Hinweise auf die Karitas sind, beschränken sich Empfehlungen zur Wohltätigkeit bei weitem nicht auf den Koran. Denn auch im Sunna sind Empfehlungen zum Spenden und zum guten Tun sehr ausgeprägt und variantenreich.<sup>9</sup> Bei den Schiiten kommen noch die Empfehlungen der heiligen Imams zum karitativen Handeln hinzu. Und bei der Ahmadiyya ist die Karitas ein gewichtiger Teil der Doktrin dieser Gemeinschaft, was sich dementsprechend in den Anweisungen ihrer Oberhäupter niederschlägt.

## Zwei muslimische Hilfswerke mit humanistischem Anspruch

Im Folgenden analysieren wir zwei transnationale, von London aus agierende muslimische Hilfswerke, die im Gegensatz zu den auf die Umma beschränkten Hilfswerke auch nichtmuslimische Hilfsbedürftige berücksichtigen (siehe Abbildung 2). Beide Hilfswerke lassen sich vorab als Reaktion auf eine kollektive Identitätskrise verstehen. Islamic Relief kombiniert eine elitäre Rückbesinnung auf den Islam als Weltreligion mit einem humanistischem Anspruch – also ein Islam-Verständnis, das auf einer Abgrenzung zum politischen Islam einerseits und zum ethnisch fragmentierten, ländlich habituierten Volksislam andererseits basiert. Humanity First hingegen sollte die Selbstachtung einer stigmatisierten, vertriebenen und isolierten Minderheit restaurieren. Universalismus und Humanismus zielen hier also auf eine symbolische Aufwertung des marginalisierten sozialen Status ab.

*Islamic Relief* wurde 1984 in Birmingham von Hany El-Banna – damals ein Medizin-Student – und einigen Gleichgesinnten gegründet, und zwar als Reaktion auf die Hungersnot in Äthiopien 1984. Die Zielsetzung von Islamic Relief wird auf dessen Homepage (Vorstellung, 23. Mai 2015, <http://www.islamic-relief.ch/vor/?lang=de>) folgendermaßen beschrieben: »Islamic Relief teilt die Werte von Respekt, Neutralität, Integrität, aber auch Unabhängigkeit und Professionalität. In Bezug dieser Werte [sic!] hilft Islamic Relief den Bedürftigen ohne Unterschied in Religion, Geschlecht oder Herkunft, welche Armut, Konflikte, Naturkatastrophen oder Hungersnot erdulden«. Was die Projekte des Islamic Relief anbelangt, sind folgende Programme hervorzuheben: Katastrophen- und Flüchtlingshilfe, Gesundheit und Ernährung, Wasser und sanitäre Anlagen,

<sup>8</sup> In Reclams Koran-Ausgabe sind diese Kategorien teilweise anders übersetzt: »Die Almosen sind nur für die Armen und Bedürftigen und die, welche sich um sie bemühen, und die, deren Herzen gewonnen sind, und für die Gefangenen und die Schuldner und den Weg Allahs und den Sohn des Weges [...]«.

<sup>9</sup> Zu den karitativen Empfehlungen im Sunna und im Koran siehe etwa Al-Qasim (1999); Kailani (1998); Zulfiqar (2014); Ali (2014). Für eine kurze und übersichtliche Literaturangabe zur Zakat aus islamwissenschaftlicher bzw. historischer Perspektive siehe Martens (2014).

Bildung, Rehabilitation/Wiederaufbau, Mikrokredite, Programme im Ramadan sowie zum Kurban-Fest und permanente Programme.

*Humanity First* ist das Hilfswerk der Ahmadiyya, einer verfolgten Minderheit innerhalb des Islam. *Humanity First* entstand um die Jahre 1992/1993 in London und ist seit 1997 in Deutschland vertreten, mit Sitz in Frankfurt am Main. In der Schweiz wird *Humanity First* durch die Verwaltung der Ahmadiyya in Zürich vertreten. Die Zielsetzung von *Humanity First* wird auf der Homepage dieses Hilfswerks (<http://humanityfirst-deutschland.de/uber-uns/unser-auftrag>, Zugriff am 29. Mai 2015) wie folgt beschrieben: »*Humanity First* ist eine transnationale Hilfsorganisation, die mit dem Ziel gegründet wurde, Leben und Würde der Menschen zu sichern und zu wahren. *Humanity First* ist unpolitisch und setzt sich vor allem in den Gebieten ein, wo die Ärmsten und Hilfsbedürftigsten leben, wobei Herkunft, Kultur oder Religionszugehörigkeit der Betroffenen keine Rolle spielen.«

Folgende Aktivitäten werden auf der Homepage des Hilfswerks aufgelistet: Medizinische Hilfe (»medical relief«), Katastrophenhilfe (»disaster relief«), Nahrungshilfe (»feed a village«), Bildung (»learn a skill« sowie »knowledge for life«), Augenoperationen (»gift of sight«), Wasserversorgung (»water for life«) und Waisenfürsorge (»orphan care«).

Abb. 2: Die Logos von *Islamic Relief* und *Humanity First*



*Entstehungskontext:* Bei beiden Organisationen lassen sich – wie übrigens auch beim zweitgrößten islamische Hilfswerk der Welt, der in Großbritannien 1985 gegründeten Muslim Aid – endogene und exogene Faktoren identifizieren, die erklären, weshalb sie wo und wann entstanden sind. Ein zentraler endogener Faktor ist die Tatsache, dass Großbritannien mehr als alle anderen westlichen Länder spätestens seit den 1950er Jahren ein beliebtes Ziel muslimischer Migrant/-innen ist. Dabei stammten die Migrant/-innen zuerst vorwiegend aus ehemaligen britischen Kolonien im südasiatischen Raum. Ab den 1970er Jahren immigrierten aber auch Muslim/-innen aus dem Nahen Osten, Nordafrika und der Türkei und bildeten Diasporagemeinschaften (Schiffauer 2004; Schiffauer 2007). Der Zeitpunkt der Gründung verweist dagegen vorab auf den Aufstieg des Neoliberalismus unter Thatcher (1979 – 1990). Während sich der britische Staat hinsichtlich des Abbaus der staatlichen Leistungen unnachgiebig zeigte, unternahm er nichts gegen die Genese muslimischer Parallelgesellschaften. Im Gegenteil: Die Gewährung kultureller Rechte kompensierte den Abbau sozialer Rechte.

In Ergänzung dazu scheinen vier endogene Faktoren die Entstehung von muslimischen Hilfswerken in Großbritannien gefördert zu haben: Erstens herrschte in den 1980er Jahren eine

rege gegenseitige Inspiration zwischen dem Thatcherismus in Großbritannien und dem Reaganismus in den USA, womit der Neoliberalismus zur dominierenden Ideologie des weltweiten Kapitalismus avancierte. Zweitens war die Weltgesellschaft seit den 1970er Jahren Zeuge der explosionsartigen Zunahme internationaler NGOs (Ronalds 2010: 47). Da muslimische Gemeinschaften in westlichen Gesellschaften mehr als ihre Glaubensgenossen in *Muslim-Majority-Ländern* diesem Fieber ausgesetzt waren, war es naheliegend, dass sie früher oder später in den Zugzwang geraten, zumal der universalistische Anspruch im Islam sehr ausgeprägt ist. Drittens schockierten negative Schlagzeilen über die häufige und exzessive Verletzung von Menschenrechten im postrevolutionären Iran die Weltöffentlichkeit. Beispiele hierfür wären: die Einführung des Schleierzwangs für Frauen 1979, Hinrichtungen von Angehörigen des alten Regimes 1979 – 1980, das Geiseldrama in der US-amerikanischen Botschaft 1979 – 1981, die Bombardierung von Kurdistan und Hinrichtung von Peschmerga-Kämpfern 1979 – 1980, die Folter und Hinrichtung von Dissidenten ab 1979, der Ausbruch des verlustreichen Iran-Irak-Krieges 1980 usw. Angesichts des Kontrasts zwischen den neu entstehenden, humanistisch orientierten, internationalen NGOs und Menschenrechtsverletzungen in islamischen Ländern, lag es auf der Hand, dass liberal und kosmopolitisch gesinnte Muslim/-innen auf diese Negativbilder reagierten. Der Islamic Relief stillte dieses Bedürfnis nach einem Abbau von negativen Islam-Stereotypen *par excellence*. Viertens hielt eine fast beispiellose Dürre am Horn von Afrika in den 1980er Jahren die Völkergemeinschaft in Atem und löste weltweit Hilfsaktionen durch staatliche, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure aus. Das unmittelbare Motiv zur Gründung von Islamic Relief, aber auch Muslim Aid, war vorab diese Hungerkatastrophe. Von großer Relevanz war dabei die Berichterstattung der Massenmedien. Insbesondere eine Reportage der BBC am 23. Oktober 1984 über die Hungerkatastrophe löste bei den Zuschauer/-innen großes Entsetzen über das Ausmaß der Katastrophe aus.

## Islamic Relief und Humanity First im Vergleich

Die beiden Hilfswerke unterscheiden sich in mindestens sechs Dimensionen: Erstens sind beide Hilfswerke in unterschiedlichen Weltanschauungen verankert. Während bei den Gründern des Islamic Relief ein liberaler Habitus eines kosmopolitisch orientierten Bildungsbürgertums auffällt, ist das Helfen bei der Ahmadiyya ein Grundpfeiler der innerweltlichen Ethik dieser Gemeinschaft (Gualtieri 2004). Zweitens betonen beide Hilfswerke unterschiedliche Demarkationslinien. Während beim Humanity First eine starke Abgrenzung zum politischen Islam hervorsticht, dominiert beim Islamic Relief neben der Abgrenzung zum politischen Islam auch die Distinktion gegenüber einem fragmentierten, ländlich habituierten Islam. Drittens ist Humanity First durch die Anweisung des religiösen Oberhauptes dieser Gemeinschaft entstanden, wogegen Islamic Relief durch eine dezentrale, *Grassroots*-Aktion zustande gekommen ist. Viertens beruht Humanity First auf einer Globalität der Ahmadiyya, welche die Exil-Situation dieser verfolgten Minderheit reflektiert. Die dem Islamic Relief zugrunde liegende Globalität ist hingegen eher als Anpassung an das NGO-Zeitalter sowie als Reaktion auf eine akute, weltbewegende menschliche Katastrophe zu verstehen. Fünftens scheint Humanity First hinsichtlich des Missi-

ons-Gedanken – zumindest unterschwellig – mehr als Islamic Relief daran interessiert zu sein, durch ihre Hilfsaktionen Sympathie für die Anliegen der Ahmadiyya zu erwecken. Sechstens spielt beim Humanity First das freiwillige Engagement eine viel größere Rolle als beim Islamic Relief. Tabelle 1 fasst die sechs Unterschiede zwischen den beiden Hilfswerken zusammen.

Tab. 1: *Humanity First und Islamic Relief im Vergleich*

Dimensionen	Hilfswerke	
	Humanity First	Islamic Relief
Weltanschauung	Helfen als Selbstverständnis der Ahmadiyya	humanistisches Islam-Verständnis des Bildungsbürgertums
Distinktion	Abgrenzung vom politischen Islam	Abgrenzung vom politischen Islam; Abgrenzung vom ländlichen Islam
Genese	Anweisung des Oberhauptes	Initiative von Studenten; dennoch großer Anklang in der islamischen Welt
Globalität	Folge der Verfolgung	Folge der Anpassung an das NGO-Zeitalter und Reaktion auf Hungersnot
Missionierungsabsicht	unterschwellig vorhanden	nicht vorhanden
Freiwilligkeit	von zentraler Bedeutung	von marginaler Bedeutung

Quelle: eigene Darstellung

## Schlussfolgerungen

Ausgangspunkt dieses Beitrags ist die Diagnose, dass die westlichen Wohlfahrtsstaaten gleichermaßen durch Neoliberalismus, Globalisierung, demographische Trends und die Immigration aus islamisch geprägten Ländern herausgefordert werden. Da absehbar ist, dass die politischen Akteure kaum bereit sein werden, das Angebot an öffentlichen Sozialleistungen auszubauen, werden die Wohlfahrtsverbände an Bedeutung gewinnen. Dabei ist zu vermuten, dass neben den traditionellen, an christlichen Werten orientierten Verbänden mehr und mehr auch islamisch orientierte Verbände expandieren, zumal zahlreiche Passagen im Koran zu karitativem Engagement auffordern.

Die international vergleichende Verbandsforschung dokumentiert, dass es bereits eine große Menge an solchen transnationalen Organisationen gibt. Spätestens seit 9/11 haben sich viele dieser Hilfswerke diskreditiert, da sie terroristische Organisationen unterstützen. Darunter leiden nicht zuletzt all jene Verbände, die einen universellen und humanistischen Ansatz verfolgen, ihre Leistungen also nicht auf Muslime beschränken.

Zwei solcher auch in der Schweiz aktiven Organisationen stehen im Vordergrund unserer Analyse. Die Gründung von *Islamic Relief* und *Humanity First* in Großbritannien lässt sich durch eine Vielzahl endogener und exogener Faktoren erklären. Allen voran zeigt sich, dass die Entstehung beider Organisationen auf die starke Immigration von Muslim/-innen aus ehemaligen britischen Kolonien, den neoliberalen Angriff auf den britischen Wohlfahrtsstaat, die Expansion humanistischer NGOs und den Imageschaden des Islams im Westen verweist. Trotz dieser Gemeinsamkeiten lassen sich auch mindestens sechs zentrale Unterschiede erkennen. Wenn wir davon ausgehen, dass sowohl die Immigration von Muslim/-innen – nicht zuletzt bedingt durch »failed states« bzw. Bürgerkriege (Irak, Syrien, Yemen, Afghanistan, Somalia, Mali, Sudan, Pakistan etc.) – als auch der Leistungsabbau der Wohlfahrtsstaaten in Europa anhält, ist absehbar, dass die muslimischen Hilfswerke an Bedeutung gewinnen. Auch wenn das weltweite islamische Wiedererwachen für eine weltumspannende Umma spricht, stehen auch die muslimischen Hilfswerke im Zeitalter der universalistisch orientierten NGOs im Zugzwang, ihre Aktivitäten auf alle Bedürftigen unabhängig von ihrem Glauben auszudehnen.

## Literatur

- Ali, J. A. 2014: Zakat and Poverty in Islam. In M. Clarke, D. Tittensor (eds.), *Islam and Development. Exploring the Invisible Aid Economy*. Farnham: Asghate, 15–32.
- Al-Qassim, A. M. 1999: *Charity even with a Trifle*. Translated by Jalal Abualrub. Riyadh: Darussalam publishers.
- Der Koran 1990: Übersetzung aus dem Arabischen von Max Henning. Stuttgart: Reclam.
- Evers, A., Olk, T. (Hg.) 1996: *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gualtieri, A. 2004: *The Ahmadis: Community, Gender, and Politics in a Muslim Society*. Montreal: McGill-Queen's University Press.
- Hirschman, A. O. 1992: *Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion*. München, Wien: Hanser.
- Kailani, M. I. 1998: *The Book of Zakat: Precepts Dealing With Poor Due*. Riyadh: Darussalam publishers.
- Korpi, W., Palme, J. 2003: *New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975-95*. *American Political Science Review*, Vol. 97, Issue 3, 425–446.
- Kroessin, M. R. 2007: *Islamic charities and the »War on Terror«: dispelling the myths*. *Humanitarian Exchange Magazine*, Issue 38, 37–29.
- Martens, S. 2013: *Muslimische Wohltätigkeit in der Schweiz*. Würzburg: Ergon Verlag.
- Martens, S. 2014: *Muslim charity in a non-Muslim society – the case of Switzerland*. *Journal of Muslims in Europe*, Vol. 3, Issue 1, 94–116.
- Ndiaye, A. 2007: *Islamic Charities in Switzerland and the Practice of Zakat*. PSIO Occasional Paper 2/2007, [http://graduateinstitute.ch/files/live/sites/iheid/files/sites/ccdp/shared/Docs/Switzerland\\_Islamic\\_Charities.pdf](http://graduateinstitute.ch/files/live/sites/iheid/files/sites/ccdp/shared/Docs/Switzerland_Islamic_Charities.pdf) (letzter Aufruf 11.Mai.2015).
- Petersen, M. J. 2012: *Trajectories of transnational Muslim NGOs*. *Development in Practice* Vol. 22, Issue 5–6: 763–778.
- Pew Research Center 2015: *The Future of World Religions: Population Growth Projections, 2010-2050*.
- Ronalds, P. 2010: *The Change Imperative: Creating the Next Generation NGO*. Sterling, VA: Kumarian Press.
- Schiffauer, W. 2004: *Von Exil- zum Diaspora-Islam. Muslimische Identitäten in Europa*. *Soziale Welt*, 55. Jg., Heft 4, 347–368.



- 
- Schiffauer, W. 2007: From exile to diaspora: the development of transnational Islam. In A. Al-Azmeh, E. Fokas (eds.), *Islam in Europe: Diversity, Identity and Influence*. New York Cambridge: Cambridge University Press, 68–95.
- Schulze, R. 2004: Islamische Solidaritätsnetzwerke: Auswege aus den verlorenen Versprechen des modernen Staates. In J. Beckert, J. Eckert, M. Kohli, W. Streeck (Hg.), *Transnationale Solidarität : Chancen und Grenzen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 195–218.
- Zulfiqar, M. 2014: *Zakah According to the Quran & Sunnah*. Ryadh: Darussalam publishers.

# Zur Theorie des Zusammenhangs von existenzieller Sicherheit und Säkularisierung bei Pippa Norris und Ronald Inglehart

Anmerkungen aus Sicht einer fallanalytischen Säkularisierungsforschung

Manuel Franzmann

*Beitrag zur Veranstaltung »Religion und Sozialpolitik« der Sektion Religionssoziologie – organisiert von Kornelia Sammet, Marc Breuer und Stefan Kutzner*

Mit ihrem in dem Jahr 2004 publizierten Buch »Sacred and Secular. Religion and Politics Worldwide« richten Pippa Norris und Ronald Inglehart die Aufmerksamkeit auf einen Zusammenhang zwischen »existenzieller Sicherheit« und »Säkularisierung«. Mit einer eindrucksvoll großen Menge von Umfragedaten und Indikatoren aus 80 Ländern der Welt scheinen sie ihn empirisch bestätigen zu können, und sie entwickeln vor diesem Hintergrund den Vorschlag einer revidierten Säkularisierungstheorie. Ihre Arbeit verdient eine breitere fachliche Diskussion, gerade auch im Dialog zwischen sozialpolitischer und religionssoziologischer Forschung.

Die Bedeutung der Säkularisierungsthematik für die sozialpolitische Forschung wird schon an dem strukturellen Zusammenhang zwischen Säkularisierung und moderner Sozialstaatlichkeit greifbar. Letztere ist insbesondere eine Konsequenz der *Säkularisierung des Politischen*. Der historische Übergang vom Gottesgnadentum zur Volkssouveränität als Prinzip der Herrschaftslegitimation führte, vermittelt über die politischen Auseinandersetzungen zur »sozialen Frage« des 19. Jahrhunderts, zum allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht. Letzteres integrierte die Interessen von Arbeitern, Armen und Besitzlosen in das politische System der Entscheidungsfindung und legte damit strukturell das Fundament für den Auf- und Ausbau des modernen Sozialstaats,<sup>1</sup> obgleich bei dessen konkreter Ausgestaltung auch religiös-sozialethische Traditionen eine wichtige Rolle spielten.

Norris und Inglehart nehmen die umgekehrte Perspektive ein. Sie untersuchen förderliche Effekte von existenzieller Sicherheit auf die Säkularisierung, insbesondere der Subjekte. Der Begriff der »existenziellen Sicherheit« hat in entwicklungspolitischen Kontexten, nicht zuletzt im

---

<sup>1</sup> Zwar versuchte in Deutschland bekanntlich Bismarck der durch die Sozialdemokratie repräsentierten Demokratiebewegung durch seine bahnbrechende Sozialgesetzgebung in defensiver Abwehr *vorauseilend* den Wind aus den Segeln zu nehmen. Jedoch ändert das nichts an dem strukturellen Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Sozialstaatlichkeit.

Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) große Bedeutung erlangt bei dem Bemühen um einen umfassenderen Wohlstandsindikator als das Bruttoinlandsprodukt. Der Human Development Index (HDI), der auch Indikatoren wie Lebenserwartung und Bildungsgrad einbezieht, ist ein Ergebnis davon.<sup>2</sup> Der Begriff fasst dort basale Bedingungen der Autonomie zusammen. Norris und Inglehart schließen an diese Begriffstradition an und verstehen unter existenzieller Sicherheit solche Bedingungen, die *eine Freiheit von elementaren Lebensrisiken und -gefahren* gewährleisten (Norris, Inglehart 2004: 14). Eine solche existenzielle Sicherheit treibe den Säkularisierungsprozess voran. So lautet ihre ausdrücklich *probabilistische*, nicht deterministische Zusammenhangshypothese (Norris, Inglehart 2004: 16, 53).<sup>3</sup> Sie sehen sie in einer Vielzahl quantifizierender Daten klar bestätigt, auch noch in der erweiterten, zweiten Auflage des Buches (Norris, Inglehart 2011).<sup>4</sup> Ihre statistische Triftigkeit werde ich in diesem Beitrag als gegeben nehmen und mich auf die *theoretische Erklärung* konzentrieren. Die von Norris und Inglehart angebotene ist, so sei schon vorweggeschickt, insgesamt nicht sehr überzeugend. Das ändert jedoch nichts daran, dass es ein großes Verdienst beider Autoren ist, den grundsätzlichen Zusammenhang mit einer so eindrucksvoll großen Datenbasis statistisch ausgewiesen und zum systematischen Forschungsgegenstand erhoben zu haben. Genau das erscheint mir originär, ebenso wie die Benutzung der Zusammenhangshypothese zur Erhellung diverser »Anwendungsfälle«. Dazu zählt an vorderer Stelle die relativ starke Religiosität in den modernen USA. Vor allem aber ist die Auseinandersetzung mit ihrem Erklärungsansatz hilfreich bei der Suche nach einer plausibleren Theorie.

Die Auseinandersetzung erfolgt hier vor dem Hintergrund eigener sozialpolitischer und religionssoziologischer Forschung.<sup>5</sup> Dazu zählen detaillierte Rekonstruktionen von Fällen einer fortgeschritten-säkularisierten, religiös-indifferenten Lebensführung anhand von Interviews. Sie sollten in säkularisierungstheoretischer Absicht erhellen, was konkret entsteht, wenn Religion vergeht (Franzmann 2014). Ausgehend von der methodischen Annahme, dass Natur und Stoßrichtung einer Entwicklungsdynamik wie der Säkularisierung an besonders »entwickelten« Fällen, wie schon die Sprache nahelegt, offener zutage tritt und sich leichter erkennen lässt, habe ich eine *materiale* Säkularisierungstheorie zu entwickeln versucht, die den Säkularisierungsprozess nicht bloß *ex negativo* bestimmt, als »fortschreitenden Bedeutungsverlust von Religion«, »Unglauben«, »Religionslosigkeit« usw. Die Theorie soll vielmehr etwas von der in diesem Prozess entstehenden *Positivität* säkularisierter Glaubensvorstellungen und Lebensführung auf den

2 Das dahinter stehende Verständnis »menschlicher Entwicklung« richtet sich in den Worten des indischen Wirtschaftswissenschaftlers Amartya Sen, der an den Diskussionen maßgeblich beteiligt war und für seine wohlfahrtsökonomischen Beiträge den Nobelpreis erhielt, allgemein auf die *Handlungsmöglichkeiten von Menschen*, auf deren *Autonomie* (Sen 2000).

3 Sie führen damit eine Tradition der Säkularisierungsforschung fort, die *Kontextbedingungen* der Säkularisierung zu bestimmen versucht. Besonders in der britischen Religionssoziologie ist sie verbreitet (David Martin, Bryan Wilson, Steve Bruce und Andere). Norris' und Ingleharts Ansatz richtet sich allerdings mit der »existenziellen Sicherheit« auf sehr elementare Lebensbedingungen.

4 Sie haben diese Auflage am Ende um einen Teil ergänzt, in dem sie sich mit Kritikern ihres Ansatzes auseinandersetzen, ihre Modellbildung mit weiteren Ausführungen versehen, neuere Daten hinzufügen sowie eine größere Zahl von empirischen Studien verwerten, die für ihre Thesen Aussagekraft besitzen.

5 Eine Publikationsliste ist im Internet unter [www.manuelfranzmann.de](http://www.manuelfranzmann.de) zu finden.

Begriff bringen.<sup>6</sup> Gegenüber dem quantifizierenden Methodenansatz, der Norris' und Ingleharts Theoriebildung zugrunde liegt, hat ein fallanalytischer Zugang den Vorteil, exemplarische Einblicke in die hinter statistischen Korrelationen stehenden *Strukturzusammenhänge* zu eröffnen.

Die beiden Autoren verstehen ihre Theorie als »nachfrageorientiert« und setzen sie »angebotsorientierten« Rational-Choice-Theorien des religiösen Wandels und »religiöser Märkte« (Finke, Stark, Iannaccone, Bainbridge, Warner et al.) entgegen. Sie betrachten letztere angesichts der neueren Datenlage mehr oder weniger als widerlegt (Norris, Inglehart 2004: 7, 11–13, 24, 95–103, 112–16, 124–31, 229–31). Dementsprechend bildet für sie der *Bedarf nach Religion* den Ausgangspunkt. An diesem erkennen sie nichts Universelles. Sie sehen ihn maßgeblich in existenzieller Unsicherheit begründet. Daher fiele mit existenzieller Sicherheit der Bedarf nach Religion fort, deren praktische Funktion sie vor allem in einer psychischen Beruhigung (»religious reassurance«) und Stressreduktion in existenziell bedrohlichen Handlungssituationen sehen (Norris, Inglehart 2004: 18–20, 2011: 245). Wie sie sich das genau vorstellen, erläutern sie kaum. Sie geben noch den Hinweis, dass sie das unter einem existenziellen Handlungsdruck stehende, von elementaren Gefahren bedrohte Subjekt als bedürftig im Hinblick auf die Vorgabe einer klaren Handlungsorientierung sehen. Inwieweit dies unmittelbar etwas mit religiösen Glaubensinhalten zu tun hat, bleibt unausgeführt, zumal sie in ihrem Buch autoritäre säkulare Ideologien den Religionen beigesellen (Norris, Inglehart 2004: 19, 2011: 278), die durch existenzielle Sicherheit überflüssig würden. In der zweiten Buchaufgabe charakterisieren sie den Bedarf nach »religious reassurance« auch noch so: »that one's fate is in the hands of a benevolent higher power even when it is uncertain that one's family will have enough to eat« (Norris, Inglehart 2011: 245). Ein in sicheren Verhältnissen lebender Mensch könne demgegenüber ein größeres Maß an *Ambiguitäten* zulassen (Norris, Inglehart 2004: 19), was dann irgendwie auch auf säkularisierte Inhalte hinausläuft. Man könnte schon an dieser Stelle einiges einwenden gegen den verwendeten Religionsbegriff. Aber es erscheint mir wichtiger, erst noch ein weiteres wesentliches Element ihrer Theorie zu erwähnen.

Beide legen großes Gewicht darauf, sich in einem zentralen Punkt von Max Weber abzugrenzen. Und zwar betrifft dies die Annahme, dass wissenschaftliche Rationalität und Bildung die Verbreitung von Skepsis bezüglich der Existenz Gottes und anderer religiöser Glaubensvorstellungen befördern und schließlich zur Erosion von Religionen führen. Sie präsentieren Umfragedaten, die zeigen, dass gegenwärtige Gesellschaften mit einem starken »Glauben an die Wissenschaft« bzw. einem starken »Vertrauen« in diese meistens auch einen starken religiösen Glauben haben. Dagegen erweisen sich säkulare postindustrielle Gesellschaften als recht skeptisch im Hinblick auf Wissenschaft und Technik. Allein darin sehen sie bereits die Webersche Theorie einer durch wissenschaftliche Rationalität und Bildung angetriebenen Säkularisierung widerlegt (Norris, Inglehart 2004: 53–69). Hier wird es in methodischer Hinsicht krude. Denn ihre Schlussfolgerung scheint nicht nur auf einem einzigen Item zu beruhen (»confidence in science«). Sie pflegen auch einen fragwürdigen Zahlenpositivismus. Sie nehmen die Umfrageresultate inter-

---

<sup>6</sup> Es handelt sich dabei um ein erstaunlich lange unbearbeitetes Forschungsdesiderat der Religionssoziologie, das schon in Max Webers Auseinandersetzung mit den säkularisierten Erben der protestantischen Ethik in dem konsolidierten Kapitalismus seiner Zeit aufscheint (Weber 1988: 53f.). Dazu ausführlich meine demnächst bei Beltz-Juventa erscheinende Dissertationsschrift.

pretationslos-unkritisch für bare Münze und stellen diverse Interpretationsmöglichkeiten gar nicht erst in Rechnung. Die jenseits der Umfragedaten stehende, für Jeden zugängliche gesellschaftliche Realität der postindustriellen Wissenschaftsskepsis wird zudem einfach außen vor gelassen. Es ist sehr die Frage, ob sich diese Skepsishaltung, wie sie sich seit den 1970er Jahren in den postindustriellen Ländern allgemein verbreitet hat, einfach nur in Gegensatz zur wissenschaftlichen Rationalität bringen lässt. Denn für die Wissenschaft ist die Kultivierung des methodischen Zweifels und des Geistes der Kritik geradezu charakteristisch und konstitutiv. Wenn davon massenhaft auch Bürger außerhalb der wissenschaftlichen Praxis, nicht zuletzt in ihrem Verhältnis zu deren Hervorbringungen und zu den praktischen Folgen, erfasst werden, die zuvor einer naiven Wissenschafts- und Technikgläubigkeit anhängen, ist das eine Entwicklung, die der wissenschaftlichen Rationalität und Aufklärung zumindest in wesentlichen Hinsichten durchaus entspricht. Umgekehrt läge es nahe zu fragen, ob der starke Wissenschafts- und Fortschritts glauben, den Norris und Inglehart paradigmatisch in einigen muslimisch geprägten Ländern ausgebildet sehen, womöglich gerade mit einem Mangel an Erfahrung, Aufklärung und kritischem Geist bezüglich der Grenzen und Risiken von Wissenschaft und Technik zusammenhängt.

Mit der vermeintlichen Widerlegung der Bedeutung der wissenschaftlichen Rationalität und Bildung für den Säkularisierungsprozess rückt bei Norris und Inglehart »existenzielle Sicherheit« zum *zentralen* Antriebsfaktor der Säkularisierung auf. Ihre revidierte Theorie erhält dadurch eine starke *materialistische* Schlagseite, die an das alte Basis-Überbau-Schema des Marxismus erinnert. Tatsächlich ähnelt Religion in ihrer Darstellung einem »Seufzer der bedrängten Kreatur« (Karl Marx), der schlicht hinfällig würde, wenn basale Bedingungen existenzieller Sicherheit gegeben seien. Säkularisierung wird auch bei diesen Autoren nur in einer *Verfallsperspektive* betrachtet. So verkennen sie, dass es an der Religion durchaus universelle Momente gibt,<sup>7</sup> die in der Säkularisierung fortexistieren. Diese zeigen sich insbesondere dann, wenn man die *Positivität* säkularisierter Glaubensvorstellungen und Lebensführung *materialanalytisch* betrachtet. Worin bestehen sie? Nach meiner Auffassung, sehr verknüpft und einfach ausgedrückt, darin, dass eine konkrete Lebenspraxis, auch eine säkularisierte, die *Sinnfrage* angesichts ihrer Endlichkeit auf eine Weise für sich beantworten muss, die das endliche Leben auch noch nach dem Tod (das heißt aus verallgemeinerter Perspektive) als sinnvoll erscheinen lässt. Und zwar, indem sie dieses Leben, und sei es bloß auf vermittelte Weise, sich glaubhaft als sinnvoll im Hinblick auf etwas *Weiterexistierendes* darstellt. Unter den Vorzeichen der Säkularisierung kommen hier insbesondere in Betracht: andere Menschen, die Familie, Gemeinschaften, das Gemeinwesen, dem man angehört, die Menschheit. Sie fungieren gewissermaßen als Bezugspunkte eines *säkularen Jenseits*. Dagegen würde eine rein immanente Sinnhaftigkeit ohne eine solche *säkulare Transzendenz* die Logik der Selbstreproduktion bzw. Eigeninteresseverfolgung nicht überschreiten und daher mit dem Tod schlicht hinfällig werden. Auf diesen Sachverhalt lässt sich auch die bekannte Bibelstelle beziehen: »Der Mensch lebt nicht nur von Brot, sondern von jedem Wort, das aus Gottes Mund kommt.« (Deuteronomium 8.3, Matthäus 4.4, Lukas 4.4) Wer also »die Sinnfrage« nicht auf eine das endliche Leben und dessen Selbstreproduktion transzendierende Weise beantwortet bzw. eine solche Antwort lebenspraktisch übernimmt, beantwortet sie gar nicht und hat in der Konsequenz dem Tod als Skandalon und Inbegriff von Negativität nichts

<sup>7</sup> Dass es an der Religion universelle Momente gibt, besagt (selbstredend) nicht, Religion sei universell.

entgegenzusetzen, mit potenziell verheerenden Konsequenzen für die Lebensmotivation. Auch noch fortgeschritten säkularisierte Subjekte müssen die Sinnfrage für sich beantworten. Und sie können dies angesichts der *prinzipiellen Zukunftsoffenheit* ebenfalls nur in *gutem Glauben* tun. Sie können nicht wissen, ob sich ihre Antwort auf die Frage nach dem Sinn ihres Lebens bewähren wird. Daher erscheint es mir auch angemessen, von säkularisiertem *Glauben* und nicht etwa von Unglauben zu sprechen und dabei ein pragmatistisches Glaubensverständnis zugrunde zu legen, das sich auch noch auf säkularisierte Inhalte erstreckt.<sup>8</sup>

Aber auch ein in extremer Armut lebender Mensch, der sich nicht sicher sein kann, ob er den nächsten Tag noch genügend zu Essen findet, benötigt Sinnantworten. Dies ist jene Gruppe von Menschen, die nach Norris und Inglehart in dieser Überlebensunsicherheit Bedarf nach psychischer Beruhigung durch religiöse Versprechungen hat, jedoch angeblich (erst einmal) keinen Bedarf nach Antworten auf die Sinnfrage (Norris, Inglehart 2011: 245). Sie benötigt diese Antworten aber nicht weniger dringend als Lebensmittel. Es wäre naiv zu denken, Lebensmittel seien elementarer, weil ohne sie kein Weiterleben möglich ist. Letzteres gilt nämlich ebenso für Sinnantworten. Es ist daher ein folgenschwerer Fehler, Religiosität und Sinnfragen als »weichen Faktor« zu charakterisieren und von »harten Faktoren« wie ökonomischen zu unterscheiden. Eine Sinnkrise ist prinzipiell nicht weniger hart und existenziell bedrohlich als eine Hungersnot, lediglich auf andere Weise. Insofern formuliert das angeführte Bibelzitat, wenn man es von religiösen Inhalten im engeren Sinne abstrahierend auf die Sinnfrage bezieht, einen elementaren Sachverhalt des menschlichen Lebens, den Norris und Inglehart nicht angemessen berücksichtigen.<sup>9</sup>

Die Spur zu einem plausibleren Erklärungsansatz des Zusammenhangs von existenzieller Sicherheit und Säkularisierung können wir noch bei Norris' und Ingleharts Theorie selbst aufnehmen. Wo das Leben existenziell gefährdet ist und das Subjekt unter einem entsprechenden Handlungsdruck steht, ist eine Absorption der subjektiven Energien im praktischen Überlebenskampf und in der Problembewältigung die Folge. Ein solches Subjekt verfügt nicht über die zeitlichen und subjektenergetischen Ressourcen, um selbst über Sinnfragen zu reflektieren, für die es aber gleichwohl existenziell eine Antwort benötigt. Dies begründet einen Bedarf nach sinnhafter Handlungsorientierung durch eine als kompetent erscheinende (religiöse) Lehrinstanz, deren sinnstiftende Wegweisung entlastend befolgt werden kann. Mit dem Wegfall des existenziellen Problemdrucks fällt der Bedarf nach einer solchen *vorgegebenen* Handlungsorientierung durch Autoritäten tendenziell weg, jedoch nicht der Bedarf nach Antworten auf die Sinnfrage als solche. Die Notwendigkeit, angesichts der Endlichkeit im guten Glauben Antworten auf die Sinnfrage lebenspraktisch zu geben, bleibt bestehen. Aber es wachsen die Spielräume der Subjekti-

<sup>8</sup> Eine ausführlichere Begründung dieser Begriffsstrategie enthält meine demnächst bei dem Verlag Beltz-Juventa verfügbare religionssoziologische Dissertationsschrift.

<sup>9</sup> In ihrem einseitig auf materialistische Faktoren ausgerichteten Theorieansatz gehen sie sogar (durchaus konsequent) soweit, bei einem Verlust an »existenzieller Sicherheit« die Rückkehr zur Religion als Folge zu sehen, auch wenn dieser Verlust von bis dahin säkularisierten Subjekten oder Gemeinwesen erlitten wird (Norris, Inglehart 2011: 278). Das »Sein« bestimmt hier also das »Bewusstsein« und lässt ein schon erreichtes Aufklärungs- und Rationalitätsniveau gegebenenfalls einfach vergessen. Aber wie soll das gehen? Als fallanalytischer Forscher kann man hier nur darauf beharren, dass Norris und Inglehart zumindest ein paar Fälle präsentieren, bei denen *en détail* ein solcher Rückfall tatsächlich stimmig darstellbar ist. Mir sind solche Fälle noch nie begegnet, und ich bezweifle, dass es sie gibt.

vität, sich damit selbst reflexiv auseinanderzusetzen und Antworten eigenständig zu entwickeln. Wo die subjektiven Energien nicht völlig durch die unmittelbare praktische Bewältigung bedrängender existenzieller Herausforderungen absorbiert werden, entstehen innerlich Freiräume zur handlungsentlasteten Reflexion und Rekonstruktion des lebenspraktisch Erfahrenen sowie generell zur Bildung als Subjekt. Tatsächlich spricht vieles dafür, dass existenzielle Sicherheit Säkularisierung befördert, *weil* mit ihr Freiräume entstehen, in denen sich subjektive Bildungsprozesse entfalten können, die ihrerseits zur Rationalisierung von Weltbildern und *in the long Run* zur Säkularisierung beitragen, je länger solche Freiräume währen, je größer sie werden und je weiter sich auch die kulturellen Tradierungsmechanismen und mit ihnen die gesellschaftlichen Bedingungen der Erfahrungsakkumulation entwickeln.

Damit komme ich allmählich zum Ende und schließe mit einem kurzen Blick auf ungehobene Potenziale existenzieller Sicherheit in den entwickelten Sozialstaaten der Gegenwart. Im Allgemeinen erlebten diese nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Jahrzehnte der Mehrung des »Wohlstands für Alle«, der Vollbeschäftigung und eines enormen Sozialstaatsausbaus. Aber seit Mitte der 1970er Jahre wurden sie durchgängig von einer schwerwiegenden Krise am Arbeitsmarkt erfasst.<sup>10</sup> Einige Länder konnten diese zwar in den Folgejahrzehnten halbwegs eindämmen. Allerdings nicht ohne dafür einen gewaltigen Preis zahlen zu müssen, darunter eine sozial sehr ungleich verteilte, aber dennoch allgemein zunehmende *Prekarisierung* in den Sozialverhältnissen – ein eigentümliches *Prekarität mitten im Wohlstand*. Der jahrzehntelange Abwehrkampf gegen die (vor allem technologisch bedingte) Arbeitslosigkeit hat in einem asketischen Furor des Gürtel-enger-Schnallens zugunsten von Kapitalinteressen (von deren Förderung man sich neue »Jobs« und irgendwann die Rückkehr zu Zeiten der Vollbeschäftigung erhoffte) zur Opferung sozialstrukturell verfügbarer Mußpotenziale geführt, trotz (!) des weiter steigenden, jedoch zunehmend ungleich verteilten Wohlstandsniveaus. Das ist ein erstaunlicher Umstand, nehmen doch Mußpotenziale normalerweise mit wachsendem Wohlstand zu und nicht ab. Anschaulich ist die mußfeindliche Entwicklung in den europäischen Bologna-Reformen des Bildungswesens. Sie haben nicht nur zur zeitlichen Kürzung aller Phasen einer institutionellen Bildung geführt, sondern bezeichnenderweise auch zur flächendeckenden Verschulung ihrer inneren Strukturen. Dadurch wurden Freiräume der Bildung (Mußpotenziale) systematisch im Geiste einer verbetriebswirtschaftlichten »Praxisorientierung« beseitigt bzw. unter Kuratel eines Curriculums gestellt (selbst im Kindergarten), letztlich in der Erwartung der Verbesserung von Arbeitsmarktchancen. Wohl nie zuvor gab es eine *Wohlstandsgesellschaft*, die der frühindustriellen Sentenz »Müßiggang ist aller Laster Anfang« derart beflissen (aber letztlich angstgetrieben) gefolgt ist. Allerdings ist Muße in Wirklichkeit der Anfang jeder Bildung und Kultur sowie geradezu Inbegriff von Autonomie. Daher forderte Martin Luther King Jr. in seinem letzten Buch »Where Do We Go from Here. Chaos or Community« (Luther King Jr. 1967: Kap. V) die *direkte* anstelle der auch heute noch vorherrschenden *indirekten* Armutsbekämpfung, durch Einführung einer direkten bedingungslosen staatlichen Grundeinkommenszahlung. Sie würde tatsächlich eine noch weitaus radikalere Form von existenzieller Sicherheit gewährleisten als der bisherige Sozialstaat. Und vor allem würde sie der Prekarisierung der Sozialverhältnisse die strukturelle

<sup>10</sup> Sie wurden in dieser Zeit noch mit einer Reihe weiterer schwerwiegender neuer Problemlagen konfrontiert, von denen hier abstrahiert wird.

Grundlage entziehen. Diese ist schlussendlich in dem Festhalten an Erwerbsarbeit als Normalmodell zu sehen, also jenem arbeitgesellschaftlichen Sittlichkeitsentwurf, von dem Hannah Arendt in einer geradezu prophetischen Weitsicht ahnte, wie schwer es modernen Gemeinwesen fallen würde, sich davon zu lösen (Arendt 1960: 11f.). Das Festhalten an diesem Modell drängt die Politik und Gesellschaft zur Ergreifung von immer drastischeren Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahr der Arbeitslosigkeit: darunter nicht nur die Politik der Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung, die wiederum der Prekarisierung den Weg ebnet, sondern auch die enorme Verschuldungsdynamik, die zum großen Teil der Politik eines beschäftigungsorientierten Wirtschaftswachstums auf Pump geschuldet ist, des Weiteren die gigantische Subventionierung des Faktors Arbeit (»besser Arbeit als Arbeitslosigkeit finanzieren«), die nachhaltige Schwächung von Gewerkschaften, die Durchsetzung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, welche die Schuld für Arbeitslosigkeit nach der Sündenbocklogik *individualisiert* und eine destruktive Misstrauenskultur befördert, sowie vieles andere mehr. Nur ein zum Leben ausreichendes bedingungsloses Grundeinkommen könnte den Abschied von Erwerbsarbeit als Normalmodell vollziehen. Es bedeutete zugleich die *Demokratisierung der Verfügung über Mußepotenziale* (Franzmann 2010), der entscheidenden Ressource für subjektive Bildungsprozesse, die früher ein besonderes Privileg der Aristokratie, später eines des gehobenen Bürgertums war. Diese Demokratisierung schüfe eine zentrale strukturelle Bedingung für eine radikale Bildungs- und Wissensgesellschaft, die sich nicht bloß auf die Ermöglichung von »lebenslangem Lernen« beschränkt. Das wäre viel zu wenig, weil Lernen dem Routinemodus angehört und keine tiefer gehenden Transformationen des Subjekts einschließt. Solche sind genuinen Bildungsprozessen vorbehalten. Genau solche Bildungsphasen würden unter Bedingungen der Muße möglich, wenn man so will die zeitweise Rückkehr in die Existenzweise eines Adoleszenten, der sich erprobt. Wie anders soll es in Zukunft möglich sein, als arbeitender Mensch dem immer rasanteren Strukturwandel nachzufolgen, wie er von Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee in ihrem Buch »Race against the Machine« (Brynjolfsson, McAfee 2011) sowie von Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne in ihrer bahnbrechenden Studie zu aktuellen Rationalisierungspotenzialen der Kombination von Big Data, des Internets und smarterer Roboter (Frey, Osborne 2013)<sup>11</sup> beschrieben worden ist? Ein simples lebenslanges Lernen reicht mit Sicherheit nicht aus, um die innerhalb einer Erwerbsbiografie wiederholt notwendigen, persönlichkeitstransformierenden Anpassungsleistungen zu erbringen.

## Literatur

Arendt, H. 1960: Vita activa oder vom tätigen Leben. Stuttgart: W. Kohlhammer.

<sup>11</sup> Während Frey und Osborne im Hinblick auf den Arbeitsmarkt der USA davon sprechen, dass nach ihren Berechnungen etwa 47 Prozent der derzeitigen Jobs in den nächsten Jahren wahrscheinlich robotisiert werden, kommen Ökonomen der Bank ING DiBa im Hinblick auf Deutschland in einer ähnlichen Studie, die sich an Osborne und Frey orientiert, zu dem Ergebnis, dass aufgrund der unterschiedlichen Industriestrukturen sogar 59 Prozent von dieser Rationalisierungswelle bedroht seien (Brzeski, Burk 2015: 1).



- Brynjolfsson, E., McAfee, A. 2011: *Race Against The Machine: How the Digital Revolution is Accelerating Innovation, Driving Productivity, and Irreversibly Transforming Employment and the Economy*. Lexington, Massachusetts: Digital Frontier Press, <http://raceagainstthemachine.com/> (letzter Aufruf 20. Mai 2015).
- Brzeski, C., Burk, I. 2015: Die Roboter kommen. Folgen der Automatisierung für den deutschen Arbeitsmarkt. ING DiBa Bank. (= Economic Research, 30. April 2015), [https://www.ing-diba.de/imperia/md/content/pw/content/ueber\\_uns/presse/pdf/ing\\_diba\\_economic\\_research\\_die\\_roboter\\_kommen.pdf](https://www.ing-diba.de/imperia/md/content/pw/content/ueber_uns/presse/pdf/ing_diba_economic_research_die_roboter_kommen.pdf) (letzter Aufruf 20. Mai 2015).
- Franzmann, M. 2014: Materiale Analyse des säkularisierten Glaubens als Beitrag zu einem empirisch gesättigten Säkularisierungsbegriff. In M. Hainz et al. (Hg.), *Zwischen Säkularisierung und religiöser Vitalisierung Religiosität in Deutschland und Polen im Vergleich*. Wiesbaden: Springer VS, 127–133, [http://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-658-04663-7\\_12](http://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-658-04663-7_12) (letzter Aufruf 20. Mai 2015).
- Franzmann, M. 2010: Einleitung. Kulturelle Abwehrformationen gegen die »Krise der Arbeitsgesellschaft« und ihre Lösung: Die Demokratisierung der geistesaristokratischen Muße. In M. Franzmann (Hg.), *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 11–103, [www.velbrueck-wissenschaft.de/pdfs/978-3-938808-76-4\\_lese\\_exemplar.pdf](http://www.velbrueck-wissenschaft.de/pdfs/978-3-938808-76-4_lese_exemplar.pdf) (letzter Aufruf 20. Mai 2015).
- Frey, C. B., Osborne, M. A. 2013: *The Future of Employment: How Susceptible are Jobs to Computerisation?* Oxford: Oxford Martin Programme on the Impacts of Future Technology, [www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The\\_Future\\_of\\_Employment.pdf](http://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf) (letzter Aufruf 20. Mai 2015).
- Luther King Jr., M. 1967: *Where Do We Go From Here: Chaos or Community?* New York: Harper & Row.
- Norris, P., Inglehart, R. 2004: *Sacred and secular. Religion and politics worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, P., Inglehart, R. 2011: *Sacred and Secular: Religion and Politics Worldwide*, 2. erw. Aufl. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sen, A. 2000: *Development as freedom*. New York: Knopf.
- Weber, M. 1988: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In M. Weber (Hg.), *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*. Tübingen: Mohr, 17–206.

»Soziale Kohäsion als Aspekt der Qualität der Gesellschaft. Aktuelle Analysen vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa«  
der Sektion Soziale Indikatoren  
- organisiert von von Stefan Weick und Jan Delhey

# Unsichere Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt in Europa

Isabel Valdés Cifuentes und Petra Böhnke

*Beitrag zur Sektionsveranstaltung »Soziale Kohäsion als Aspekt der Qualität der Gesellschaft. Aktuelle Analysen vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa« der Sektion Soziale Indikatoren*

Seit den 1970er Jahren lässt sich auf Europas Arbeitsmärkten beobachten, dass die Anzahl klassischer Normalarbeitsverhältnisse abnimmt. Unbefristete Vollzeitstellen werden weniger, davon abweichende atypische Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu (Allmendinger et al. 2013). Die Arbeitslosenquoten haben sich in vielen europäischen Ländern erhöht. Gleichzeitig ist mit den prekär Beschäftigten eine Gruppe entstanden, die sich zwischen diesen beiden Polen befindet. Sie sind weder vollständig in den Arbeitsmarkt integriert, noch aus diesem ausgeschlossen (Castel 2008). Erwerbsarbeit gilt nach wie vor als zentrale Integrationsdimension – prekäre Beschäftigung als eine Art der Arbeitsmarktanbindung, die deutlich vom Sicherheitsversprechen des Normalarbeitsverhältnisses abweicht und mit materieller Unsicherheit sowie einem Planungs- und Anerkennungsverlust verbunden ist, erfüllt diese Aufgabe nur unzureichend. Entsprechend geht die dominante These des Prekarisierungsdiskurses von einer geringeren sozialen Integration prekär Beschäftigter im Vergleich zu regulär Beschäftigten aus (Castel 2008). Gleichzeitig beobachten wir einen Wandel des Sozialstaats. Eigenverantwortung wird vermehrt eingefordert und individuellen Ressourcen kommt ein erhöhter Stellenwert in der sozialen Sicherung zu (Alber 2002; Giddens 2001).

Quantitative Studien stellen fest, dass unsicher Beschäftigte in geringerem Maße in die Gesellschaft integriert sind (Gundert, Hohendanner 2014), weniger soziale Kontakte haben (Paugam, Russel 2004) und mit diesen weniger zufrieden sind (Diewald 2003) als regulär Beschäftigte. Diese desintegrativen Wirkungen werden vor allem in weniger umfassenden Wohlfahrtsstaaten festgestellt, in denen staatliche Sicherungsleistungen in geringerem Maße zur Verfügung stehen (Paugam, Russel 2004). In diesen Ländern kommt aber gerade sozialen Beziehungen eine wichtige kompensatorische Funktion unsicherer ökonomischer Lagen zu (Böhnke 2008; Gallie, Paugam 2002; Kääriäinen, Lehtonen 2006; Lüdicke, Diewald 2007; Paugam, Russel 2004). Die Wirkung sozialer Sicherungsleistung ist dabei umstritten und findet sich in der Debatte um ein Crowding-In und Crowding-Out sozialer Sicherungsleistungen wieder, die hier

nur am Rande angerissen werden kann: Einerseits werden staatliche Sicherungsmaßnahmen als Kompensation (van der Meer et al. 2008), andererseits als Voraussetzung für den Aufbau sozialer Beziehungen und damit als Grundlage für den Aufbau einer hohen Qualität des sozialen Lebens gesehen (Gelissen et al. 2012; van Oorschot, Arts 2005). Was aber in diesem Zusammenhang fehlt, ist eine systematische Untersuchung des Einflusses der Beschäftigungsform auf die Qualität des sozialen Lebens unter Berücksichtigung institutioneller Rahmenbedingungen und staatlicher Maßnahmen.

Im folgenden Beitrag untersuchen wir mit Hilfe der Daten des European Quality of Life Survey aus dem Jahr 2012 folgende Fragen: (1) In welchem Zusammenhang stehen die Integration in das Erwerbsleben und die wahrgenommene Qualität des sozialen Lebens in Europa? (2) In welcher Weise können staatliche Maßnahmen Einfluss auf diesen Zusammenhang nehmen? Unter der Überschrift *Qualität des sozialen Lebens* beziehen wir uns auf die subjektive Wahrnehmung sozialer Integration, bestehend aus den drei Dimensionen Zufriedenheit mit der Familie, mit sozialen Netzwerken und gesellschaftlicher Teilhabe.

## Theorie

Die *Anerkennungstheorie* unterscheidet drei Formen von Anerkennung: rechtlich, emotional und sozial. Sie sind eng miteinander verbunden; für eine vollständige Integration in die Gesellschaft gelten alle drei Arten als notwendig (Honneth 1992a, 1992b, 2000). Soziale Anerkennung bildet sich insbesondere durch Erwerbsarbeit und entsteht in modernen Erwerbsgesellschaften überwiegend aus der Prestigeträchtigkeit des Jobs sowie dem in der Erwerbsarbeit erzielten Erfolg. Entsprechende Größen wie Einkommen, Prestige und (Sichtbarkeit des) Arbeitserfolg(s) sind bei prekär Beschäftigten aber in aller Regel geringer als bei regulär Beschäftigten. Hinzu kommt, dass der kurzfristige Charakter insbesondere von befristeten und Leiharbeitsverträgen den Arbeitnehmern eine Ersetzbarkeit der eigenen Arbeitskraft suggeriert. Entsprechend wird prekäre Beschäftigung aus anerkenntnistheoretischer Sicht mit einem Verlust von sozialer Anerkennung in Verbindung gebracht (Hardering 2011; Schweiger, Peitler 2010; Voswinkel 2002). Eine gute Ausstattung mit sozialer Anerkennung ist aber wichtig für das Bindungsverhalten der Individuen und damit für die verschiedenen Dimensionen, die eine hohe Qualität des sozialen Lebens ausmachen (Wimbauer 2012). Aus anerkenntnistheoretischer Sicht sind dabei zwei grundsätzliche Auswirkungen denkbar: In Folge des sozialen Anerkennungsverlusts verringert sich die Qualität des sozialen Lebens, da die prekär Beschäftigten aufgrund dieses Anerkennungsverlustes weniger soziale Beziehungen eingehen (können). Oder aber prekär Beschäftigte verfügen über eine höhere Qualität des sozialen Lebens, weil sie ihren Anerkennungsverlust auf sozialer Ebene durch besonders hohe emotionale Anerkennung (die durch soziale Nahbeziehungen entsteht) auszugleichen versuchen.

Aus *ungleichheitstheoretischer* Sicht wird angenommen, dass eine Akkumulation sozialer Ungleichheiten stattfindet, weil eine geringe Ressourcenausstattung auf einer Ebene mit einer geringeren Ressourcenausstattung auf einer anderen Ebene einhergeht (Bourdieu 1983). Die Benachteiligungen prekär Beschäftigter hinsichtlich der Ausstattung an Bildung, Einkommen, aber

auch Prestige setzen sich dieser Logik zufolge in eine im Vergleich zu regulär Beschäftigten geringere Ausstattung mit sozialem Kapital um und verstärken somit die Risiken prekärer Beschäftigung (Diewald 2003). Aus *differenzierungstheoretischer* Sicht wird hingegen angenommen, dass Benachteiligungen im Teilbereich Arbeitsmarkt, wie sie prekär Beschäftigte erfahren, eine Hinwendung zum Teilbereich Privatheit zur Folge haben (Esser 1996). Hier können also kompensatorische Effekte angenommen werden, so dass wir insgesamt aus individualtheoretischer Sicht sowohl kumulative als auch kompensatorische Effekte prekärer Beschäftigung annehmen können.

Die Verknüpfung dieser individualtheoretischen Erkenntnisse mit Überlegungen aus der Institutionalismusforschung verdeutlicht, dass der Staat verschiedene Möglichkeiten hat, die Risiken, die mit einer prekären Beschäftigung einhergehen, abzufedern: Bei der Ausgestaltung der Beschäftigungs- und Sozialpolitiken geht es, abgesehen vom Niveau der sozialen Sicherung an sich, vor allem darum, in welcher Art die Erwerbspersonen in die sozialen Sicherungssysteme integriert werden (Lessenich 2013; Wimbauer 2012). Hier zeigen sich deutliche Unterschiede je nach Wohlfahrtsstaat (Schmid 2010): Während etwa im liberalen Wohlfahrtsstaat soziale Sicherungsmechanismen weniger umfassend sind und alle – auch regulär Beschäftigte – auf private Unterstützungsressourcen angewiesen sind, ist dies etwa im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat der skandinavischen Länder für alle Erwerbspersonen weniger der Fall. Im konservativen Wohlfahrtsstaat hingegen ist das soziale Sicherungssystem in besonderem Maße an das Normalarbeitsverhältnis gekoppelt und dieses gilt als gesellschaftlich erstrebenswerte Norm, so dass angenommen werden kann, dass die Beschäftigungsform eine besonders große Rolle spielt, prekär und regulär Beschäftigte sich also hier in Bezug auf ihre Qualität des sozialen Lebens am deutlichsten unterscheiden. Gleichzeitig werden Arbeitsmärkte länderspezifisch flexibilisiert. Das Ausmaß bzw. die Ausgestaltung der Flexibilisierung ist für prekär Beschäftigte bedeutsam, da sie angesichts ihrer unsicheren Erwerbslage beispielsweise einem erhöhten Risiko des Arbeitsplatzverlusts ausgesetzt sind und Wiedereinstiegschancen für sie essentiell sind. Auch kann flexible Beschäftigung im Sinne von flexiblen Arbeitszeiten oder wechselnden Arbeitsaufgaben den Wünschen der Arbeitnehmer entsprechen (Seifert 2012).

Um die Effekte, die sich aus theoretischer Sicht von einer prekären Beschäftigung auf das private Unterstützungspotenzial ergeben, abzuschwächen, sollten staatliche Maßnahmen sowohl eine Flexibilisierung der Beschäftigungsbedingungen beinhalten, gleichzeitig aber dafür sorgen, dass diese flexiblen Jobs ausreichend sozial abgesichert und die sozialen Sicherungssysteme an die veränderten Beschäftigungsbedingungen angepasst sind. Die von der EU vorgeschlagenen Flexicurity-Maßnahmen sind der Theorie nach ein solcher Maßnahmenkatalog, der gezielt auf eine Verknüpfung von Beschäftigungs- und Sozialpolitik abzielt. Ziel ist es, Flexibilisierungselementen des Arbeitsmarkts eine absichernde Komponente zur Seite zu stellen, um einerseits wettbewerbsfähige Arbeitsmärkte zu erhalten bzw. zu etablieren, andererseits aber die Risiken der hierdurch entstandenen Beschäftigungsformen abzufedern (Eurofound 2007). Entsprechend dieser Überlegungen lassen sich folgende Hypothesen aufstellen:

Hypothese 1: Wenn ein soziales Sicherungssystem am Normalarbeitsverhältnis ausgerichtet ist, ist der positive wie negative Zusammenhang zwischen prekärer Beschäftigung und der Qualität des sozialen Lebens besonders stark.

Hypothese 2: Investitionen in soziale Sicherung verringern den Zusammenhang zwischen prekärer Beschäftigung und der Qualität des sozialen Lebens.

Hypothese 3: Werden diese sichernden Elemente von Beschäftigungs- und Sozialpolitik nicht von einem gewissen Ausmaß an Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt begleitet, so verstärkt sich wiederum der Zusammenhang zwischen prekärer Beschäftigung und der Qualität des sozialen Lebens.

## Daten und Methodik

Zur Beantwortung unserer Fragestellung werten wir Daten des European Quality of Life Survey (EQLS) aus dem Jahr 2012 aus und betrachten dabei 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Da es sich um eine Fragestellung handelt, die sowohl Einflüsse der Mikro- als auch der Makroebene beinhaltet, führen wir Mehrebenenanalysen durch. Aufgrund der hohen Anschaulichkeit wenden wir ein zweistufiges Verfahren an, indem wir zunächst lineare multivariate Regressionen auf Länderebene schätzen und die länderspezifischen Koeffizienten prekärer Beschäftigung auf die Qualität des sozialen Lebens anschließend mit Kontextfaktoren korrelieren.

Unsere abhängige Variable ist die Qualität des sozialen Lebens, ein z-standardisierter Index aus der Zufriedenheit mit dem sozialen und familialen Leben (Skala von 1 [sehr gering] bis 10 [sehr hoch]) sowie dem subjektiven Integrationsempfinden (Skala von 1 [sehr gering] bis 5 [sehr hoch]). Dieser Indikator stellt einen Versuch dar, in möglichst komprimierter Weise einen entsprechenden Indikator zu gewinnen, der das Datenpotenzial ausschöpft und die unserer Meinung nach wichtigsten Dimensionen sozialer Integration abdeckt.

Die wichtigste erklärende Variable ist die Beschäftigungsform. Wir differenzieren zwischen Arbeitslosen, Personen in unbefristeter Vollzeit (Normalarbeitsverhältnis), atypisch Beschäftigten ohne Prekaritätsrisiko (Teilzeit, Befristung, Leiharbeit, Soloselbständigkeit) und prekär Beschäftigten (atypisch Beschäftigte mit Prekaritätsrisiko). Prekaritätsrisiken operationalisieren wir in Anlehnung an Keller und Seifert (2011) mit der Sorge um die Arbeitsplatzsicherheit sowie mit Einkommensarmut. Regulär Beschäftigte gelten jeweils als Referenzgruppe. Kontrolliert wird auf die soziodemographischen Merkmale Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltskontext.

Auf der Makroebene<sup>1</sup> verwenden wir Indikatoren, welche eine bestmögliche Auskunft über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik eines Landes geben. Hierfür orientieren wir uns an der Matrix von Wilthagen und Tros (2004) und differenzieren zwischen den folgenden Dimensionen von Sicherheit und Flexibilität: extern-numerische (Anpassung der Beschäftigtenzahl), intern-numerische (Dauer der Arbeitszeit), funktionale (Arbeitsorganisation) sowie Lohnflexibilität auf Seiten der Flexibilität und auf der Sicherheitsseite zwischen Arbeitsplatz- (Sicherung des aktuellen Arbeitsplatzes), Beschäftigungs- (Wahrung der Beschäftigungsquote), Einkommens-

---

<sup>1</sup> Weitgehend in Analogie zu bereits bestehenden Wohlfahrtsstaatstypologien (unter anderem Esping-Andersen 1990; Ferrera 2005) und Typologien zur Flexicurity-Politik (Lehweß-Litzmann 2012) unterteilen wir die Länder anhand ihrer Flexicurity-Strategien wie folgt: Sozialdemokratisch: Dänemark, Schweden, Finnland und Niederlande; liberal: Großbritannien und Irland; kontinental: Deutschland, Belgien, Frankreich, Österreich und Luxemburg; mediterran: Spanien, Griechenland, Zypern, Malta, Italien, Portugal; postkommunistisch: Bulgarien, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien und die Slowakei.

(materielle Absicherung) sowie Vereinbarkeitssicherheit. Aus diesen Indikatoren bilden wir einen Index für das Sicherheitsniveau sowie einen für das Ausmaß an Flexibilität eines Landes. Den Flexicurity-Indikator erhalten wir, indem wir den Flexibilitätsindikator von dem entsprechenden Wert für Sicherheit abziehen. Positive Werte deuten auf eine Dominanz der Sicherheitskomponente hin, während negative Werte ein tendenzielles Übergewicht an Flexibilität wiedergeben.

## Ergebnisse

Die deskriptiven Befunde zeigen, dass die Qualität des sozialen Lebens in Europa am geringsten in den postkommunistischen Ländern und am höchsten im sozialdemokratischen sowie konservativen Cluster ist. Sie variiert europaweit mit der Intensität der Erwerbsintegration: Regulär Beschäftigte weisen, gefolgt von atypisch und prekär Beschäftigten, die höchsten Werte auf, während sich für Arbeitslose die geringsten Werte zeigen. Somit ist auf deskriptiver Ebene ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Integration in das Erwerbsleben und der Qualität des sozialen Lebens erkennbar.

Die Unterschiede zwischen regulär und prekär Beschäftigten werden in Abbildung 1 noch einmal für die einzelnen Cluster verdeutlicht. Abgetragen ist hier die Diskrepanz zwischen der Qualität des sozialen Lebens von prekär und regulär Beschäftigten. Je höher der Balken, desto größer ist der Wert für regulär Beschäftigte im Vergleich zu dem prekär Beschäftigter und desto höher damit die Bedeutung, die der regulären Beschäftigung im jeweiligen Cluster zukommt. Es zeigt sich, dass prekär Beschäftigte im Vergleich zu ihrer regulär beschäftigten Referenzgruppe im konservativen Wohlfahrtsstaat besonders deutliche Einbußen in der Qualität des sozialen Lebens haben, während im liberalen Cluster die geringsten Diskrepanzen zwischen den beiden Beschäftigungsformen festzustellen sind. Unter Rückbezug auf unsere theoretischen Überlegungen bedeutet dies: Im konservativen Cluster existiert eine starke Ausrichtung der sozialen Sicherungssysteme am Normalarbeitsverhältnis und die reguläre Beschäftigung ist die gesellschaftlich am meisten akzeptierte Beschäftigungsform. Eine Abweichung von dieser Beschäftigungsform bedeutet in diesem Fall eine starke Einschränkung im Sinne von Anerkennungsverlusten, aber auch hinsichtlich der materiellen Absicherung. Soziale Kontakte werden dahingehend stark beeinflusst und die Qualität des sozialen Lebens sinkt. Kompensationsmechanismen zeigen sich nicht. Im liberalen Cluster wie Großbritannien hingegen ist jede Form der Beschäftigung, auch die reguläre, großen Risiken am Arbeitsmarkt ausgesetzt, so dass sich hier nur ein marginaler Unterschied zwischen den Beschäftigungsformen zeigt. Wichtig ist hier aber noch einmal der Hinweis auf den Niveauunterschied: Auch prekär Beschäftigte haben im konservativen Cluster eine relativ gesehen hohe Qualität des sozialen Lebens, auch wenn die Diskrepanz zwischen den Beschäftigungsformen dort am höchsten ist.

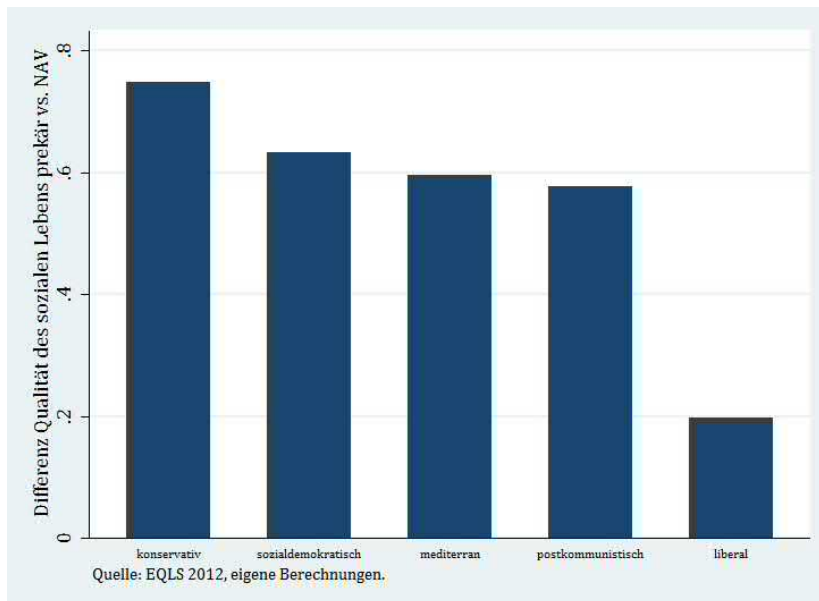


Abb. 1: Die Differenz zwischen der Qualität des sozialen Lebens von prekär und regulär Beschäftigten nach Flexicurity-Cluster

Die Ergebnisse der multivariaten Analysen sind in Abbildung 2 dargestellt. Auf der Y-Achse ist der länderspezifische Koeffizient prekärer Beschäftigung auf die Qualität des sozialen Lebens, kontrolliert für die genannten soziodemographischen Merkmale, abgetragen. Auf der X-Achse ist der Flexicurity-Index ausgewiesen. Die waagerechte Linie verdeutlicht die Stelle, an der der Koeffizient prekärer Beschäftigung einen Wert von Null aufweist. Die senkrechte Linie zeigt an, dass Flexibilitäts- und Sicherheitskomponenten eines Landes ausgeglichen sind. Positive Werte deuten auf eine Dominanz von Sicherheit, negative Werte auf eine Dominanz von Flexibilität hin.

In dieser Grafik zeigt sich, dass die Länder recht breit gestreut sind, sich aber mit Ausnahme von Litauen allesamt unterhalb der roten Linie befinden, so dass die Kumulationsthese auch multivariat Unterstützung erfährt. Der deskriptive Befund eines stärkeren Einflusses der Beschäftigungsform im konservativen Cluster wird multivariat allerdings nicht bestätigt, ansonsten müssten diese Länder systematisch im unteren Bereich der Grafik angeordnet sein. Das deskriptive Ergebnis geht demnach auf die soziodemographischen Kontrollvariablen zurück. Hypothese 1 findet damit angesichts der Tatsache, dass die postkommunistischen, aber auch die nordischen Länder deutlich negative Werte aufweisen, multivariat keine Bestätigung. Hypothese 2 ging davon aus, dass Investitionen in soziale Sicherheit den Zusammenhang einer prekären Beschäftigung mit der Qualität des sozialen Lebens verringern. Entsprechend müssten die Länderpunkte in den rechten Quadranten um die waagerechte Linie angeordnet sein. Dies ist nicht der Fall. Hohe Sicherheitsmaßnahmen allein sind damit nicht ausschlaggebend für die Stärke des Zusammenhangs zwischen prekärer Beschäftigung und der Qualität des sozialen Lebens.

Eine tendenzielle Bestätigung erfährt aber Hypothese 3, die sich auf die Kombination aus Sicherheits- und Flexibilisierungselementen bezog: Die Annahme, dass ein ausgewogener Mix aus Sicherheit und Flexibilität den Koeffizient prekärer Beschäftigung besonders verringert, zeigt sich zwar nur in den wenigen Ländern, die sich um das Achsenkreuz gruppieren. Was sich allerdings andeutet, ist eine Bewegung in Richtung dieser Mitte: Sowohl bei mehr Sicherheit als



Flexibilität (Quadranten rechts) als auch bei einer Fokussierung auf flexibilisierende Elemente (Quadranten links) ist der Zusammenhang zwischen prekärer Beschäftigung und der Qualität des sozialen Lebens geringer, je ausgeglichener Sicherheit und Flexibilität sind.

Darüber hinaus ordnen sich die Ländercluster ebenfalls in einer gewissen Systematik an: Im liberalen Cluster sind – wie erwartet – die niedrigsten Koeffizienten prekärer Beschäftigung zu finden. Die in den deskriptiven Ergebnissen angedeutete geringe Relevanz der Beschäftigungsform für die Qualität des sozialen Lebens in den liberalen Ländern mit ihrem allgemein hohen Unsicherheitspotenzial auf dem Arbeitsmarkt wird multivariat also bestätigt.

In allen südeuropäischen Ländern haben prekär Beschäftigte eine geringere Qualität des sozialen Lebens als regulär Beschäftigte, insbesondere die Krisenländer Spanien und Griechenland fallen hierbei mit ihren stark flexibilisierten Arbeitsmärkten ohne entsprechendes Absicherungspendant auf. Die hohe Anzahl an befristeter Beschäftigung, Leiharbeit und die Angst vor Arbeitslosigkeit werden vermutlich zu diesem stark negativen Wert beitragen. Nicht aus dieser Grafik ersichtlich, aber bemerkenswert ist die unterschiedliche Flexibilisierungsstrategie in Spanien und Griechenland: Spanien setzt vermehrt auf extern flexibilisierte Arbeitsmärkte, also beispielsweise eine überdurchschnittlich hohe Quote befristet Beschäftigter, während Griechenland interne Formen anwendet, die allerdings – im Gegensatz zu den nordischen Ländern – nicht mit entsprechenden Sicherungsmechanismen abgefedert werden. Doch auch im nordischen Cluster sind die Werte prekär Beschäftigter hinsichtlich der Qualität ihres sozialen Lebens geringer als von regulär Beschäftigten. Diese können offensichtlich von ihrer grundsätzlich als erfolgreich geltenden Flexicurity-Politik mit einer Kombination aus internen Flexibilisierungsmaßnahmen und Beschäftigungssicherung nicht ausreichend abgeschwächt werden. An dieser Stelle sei allerdings noch einmal auf den Niveauunterschied verwiesen: Prekär Beschäftigte in den nordischen Ländern weisen beispielsweise eine höhere Qualität des sozialen Lebens auf als regulär Beschäftigte in den postkommunistischen Ländern.

Innerhalb des postkommunistischen Clusters zeigt sich die größte Varianz. Bei gleichem Flexicurity-Niveau ist der Zusammenhang zwischen prekärer Beschäftigung und der Qualität des sozialen Lebens in Rumänien deutlich negativ, in Bulgarien fast nicht existent. Die Ursache hierfür kann in der – hier nicht abgebildeten – Strategie der Länder liegen: Rumäniens (grundsätzlich niedrige) Absicherungslogik folgt dem Prinzip der Arbeitsplatzsicherheit, eine Strategie, die mit einer stärkeren Segregation des Arbeitsmarktes in Verbindung gebracht wird als etwa die Beschäftigungssicherheit. Dass prekär Beschäftigte sich in diesem Kontext der Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes in besonderem Maße bewusst sind und sie dementsprechend eine geringere Qualität des sozialen Lebens aufweisen, ist nicht verwunderlich. In Bulgarien hingegen erfolgt die (tendenziell ebenfalls niedrige) Absicherung eher über die Vereinbarkeitskomponente, welche sich positiv auf die Höhe der Qualität des sozialen Lebens eines Landes auswirkt.<sup>2</sup>

Auch im kontinentalen Cluster variieren beispielsweise Deutschland und Frankreich nicht hinsichtlich ihres Flexicurity-Niveaus, wohl aber hinsichtlich der Stärke ihres Zusammenhangs zwischen prekärer Beschäftigung und der Qualität des sozialen Lebens. Die Flexicurity-Strategien der beiden ähneln sich zwar, unterscheiden sich aber insofern, als dass die Flexibilisie-

---

<sup>2</sup> Dieses Ergebnis geht auf von uns zur Überprüfung unserer Ergebnisse durchgeführte Random-Intercept-Modelle zurück. Diese können hier aus Platzgründen nicht detaillierter dargestellt werden.

rungs- und Absicherungslogik in Frankreich stärker über die materielle Seite erfolgt, wobei insbesondere eine hohe Lohnflexibilität das Unsicherheitspotenzial prekärer Beschäftigung erhöhen dürfte. Die in Deutschland dominierenden Dimensionen sind Beschäftigungssicherheit und funktionale Flexibilität, wobei beide Dimensionen jeweils mit einer hohen Qualität des sozialen Lebens in Verbindung stehen.

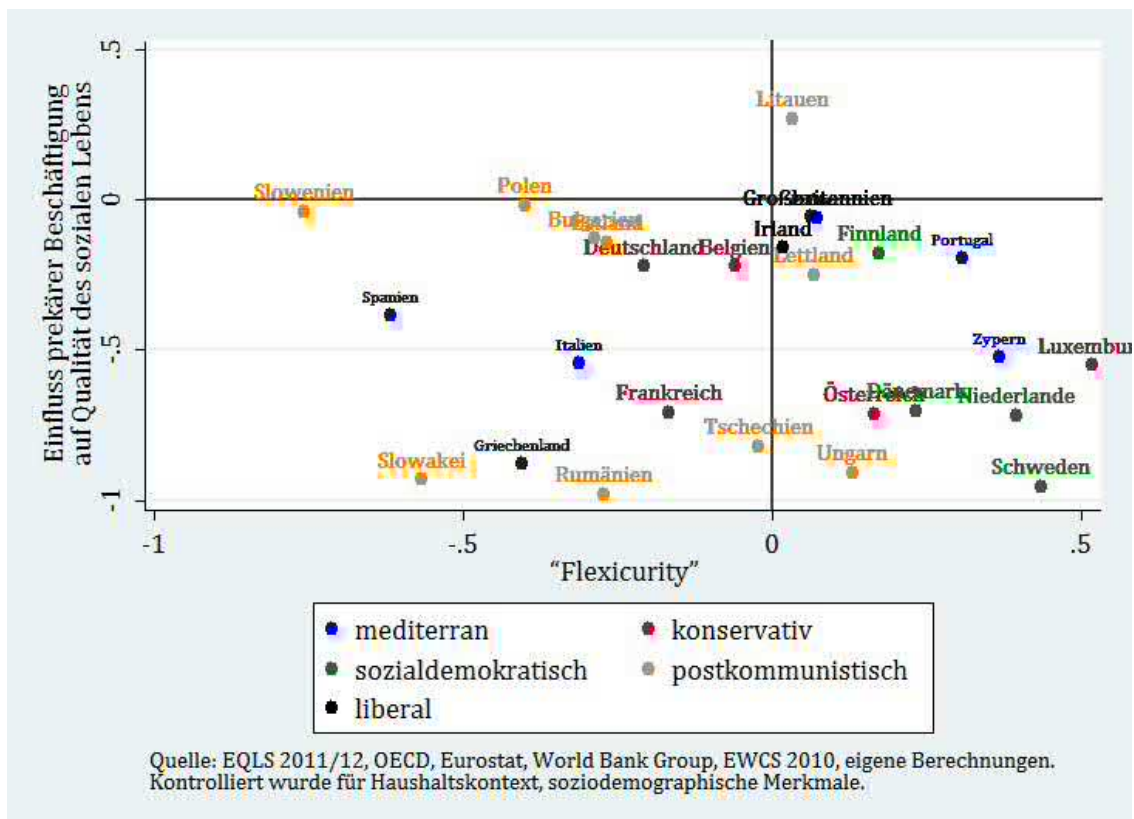


Abb. 2: Zusammenhang zwischen prekärer Beschäftigung und der Qualität des sozialen Lebens und Flexicity

## Fazit und Ausblick

Der vorliegende Beitrag hat sich dem Zusammenhang von prekärer Beschäftigung und der Qualität des sozialen Lebens aus einer europäisch vergleichenden Perspektive gewidmet. Deskriptiv zeigt sich recht deutlich, dass der Einfluss prekärer Beschäftigung auf die Qualität des sozialen Lebens negativ ist, am stärksten in Ländern mit einer intensiven Ausrichtung des sozialen Sicherungssystems am Normalarbeitsverhältnis. Multivariat allerdings lassen sich weniger eindeutige und allgemeine Schlussfolgerungen ziehen, ein Hinweis darauf, dass sich die Gruppen prekär Beschäftigter in den einzelnen Clustern sozialstrukturell unterschiedlich zusammensetzen.

Bei aller Heterogenität wird aber deutlich, dass auch unter Kontrolle soziodemographischer Faktoren die Effekte prekärer Beschäftigung auf die Qualität des sozialen Lebens in fast allen

Ländern negativ sind. Leichte Tendenzen in Richtung eines geringeren Effekts prekärer Beschäftigung wurden festgestellt, wenn die Flexibilisierungs- und Sicherheitselemente eines Landes weitgehend ausgeglichen sind. Dies zeigte sich aber nicht in allen Ländern. Nichtsdestotrotz verdeutlicht dies die Dringlichkeit einer Kombination beschäftigungs- und sozialpolitischer Maßnahmen, um das Spaltungspotenzial prekärer Beschäftigung möglichst gering zu halten. In diesem Zusammenhang konnten insbesondere die risikomindernde Wirkung der Kombination aus Beschäftigungs- und Vereinbarkeitssicherheit auf der einen Seite und funktionaler Flexibilität auf der anderen Seite ausgemacht werden. Da sich dies aber nicht in den nordischen Ländern zeigte, die mit einer ähnlichen Strategie als erfolgreiche Umsetzer der Flexicurity-Leitlinien gelten, kann hierzu keine für alle Länder gültige Aussage getroffen werden. Unabhängig von der politischen Ausrichtung eines Landes scheinen in diesen Ländern die Anerkennungsverluste und Gefühle relativer Deprivation gerade angesichts hoher Integrationswerte aller Beschäftigter und einer geringen Verbreitung prekärer Beschäftigung deutlich zu werden.

In diesem Beitrag konnten wir eine Reihe von Punkten nicht berücksichtigen, die uns relevant erscheinen und denen wir uns in weiteren Untersuchungen widmen werden. Zum einen ist eine differenziertere Betrachtung der Kontextfaktoren wünschenswert, da – wie ersichtlich wurde – weniger der allgemeine Wert an Flexicurity, sondern vielmehr die dahinter stehenden Strategien ausschlaggebend sind. Angesichts der Kürze des Beitrags erschien uns eine zusammenfassende Darstellung legitim. Ähnliches gilt für die Zusammensetzung unserer abhängigen Variablen, deren drei Einzelindikatoren in zukünftiger Forschung ebenfalls genauere Berücksichtigung erfahren werden. Schon jetzt können wir allerdings sagen, dass eine zunehmende Anzahl prekär Beschäftigter den sozialen Zusammenhalt in Europa gefährdet und Möglichkeiten staatlicher Einflussnahme auf diese Entwicklung bestehen. Prekäre Beschäftigung geht mit negativen Begleiterscheinungen in anderen Lebensbereichen einher und stellt Risiken für Individuen wie Gesellschaft dar, denen es durch gezielte sozial- und beschäftigungspolitische Maßnahmen entgegenzusteuern gilt.

## Literatur

- Alber, J. 2002: Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats? *Berliner Journal für Soziologie*, 12. Jg., Heft 1, 5–35.
- Allmendinger, J., Hipp, L., Stuth, S. 2013: Atypical Employment in Europe 1996–2011. WZB Discussion Paper P 2013-003.
- Böhnke, P. 2008: Does Society Matter? Life Satisfaction in the Enlarged Europe. *Social Indicators Research*, 87. Jg., Heft 2, 189–210.
- Bourdieu, P. 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In R. Krekel (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz, 183–198.
- Castel, R. 2008: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. 2. Aufl., Sonderausgabe. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.
- Diewald, M. 2003: Kapital oder Kompensation? Erwerbsbiografien von Männern und die sozialen Beziehungen zu Verwandten und Freunden. *Berliner Journal für Soziologie*, 13. Jg., Heft 2, 213–238.
- Esping-Andersen, G. 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esser, H. 1996: Die Definition der Situation. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48. Jg., Heft 1, 1–34.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound). 2007: *Varieties of flexicurity: reflections on key elements of flexibility and security*. Dublin. [www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2007/21/en/1/ef0721en.pdf](http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2007/21/en/1/ef0721en.pdf) (letzter Aufruf 10.03.2015).
- Ferrera, M. 2005: *The boundaries of welfare: European integration and the new spatial politics of social protection*. Oxford: Oxford University Press.
- Gallie, D., Paugam, S. 2002: *Soziale Prekarität und soziale Integration*. Bericht für die Europäische Kommission auf der Grundlage von Eurobarometer 56.1.
- Gelissen, J. P., Oorschot, W.J. van, Finsveen, E. 2012: How does the Welfare State influence Individual's Social Capital? Eurobarometer evidence in individual's access to informal help. *European Societies*, 14. Jg., Heft 3, 416–440.
- Giddens, A. 2001: *Die Frage der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gundert, S., Hohendanner, C. 2014: Do fixed-term and temporary agency workers feel socially excluded? Labour market integration and social well-being in Germany. *Acta Sociologica*, 57. Jg., Heft 2, 135–152.
- Hardering, F. 2011: *Unsicherheiten in Arbeit und Biographie. Zur Ökonomisierung der Lebensführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Honneth, A. 1992a: *Kampf um Anerkennung: Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, A. 1992b: *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Campus.
- Honneth, A. 2000: *Das Andere der Gerechtigkeit. Aufsätze zur praktischen Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kääriäinen, J., Lehtonen, H. 2006: The Variety of Social Capital in Welfare State Regimes – A Comparative Study of 21 Countries. *European Societies*, 8. Jg., Heft 1, 27–57.
- Keller, B., Seifert, H. 2011: *Atypische Beschäftigung und soziale Risiken. Entwicklung, Strukturen, Regulierung. Expertisen und Dokumentationen zu Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). Bonn.
- Lehweß-Litzmann, R. 2012: *Flexibilität und Sicherheit - Deutschland im europäischen Vergleich*. In *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht, Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung* (Hg.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 243–282.
- Lessenich, S. 2013: *Übergänge im Wohlfahrtsstaat*. In W. Schröer, B. Stauber, A. Walther, L. Böhnisch, K. Lenz (Hg.), *Handbuch Übergänge*. Weinheim: Beltz Juventa, 895–911.

- Lüdicke, J., Diewald, M. 2007: Modernisierung, Wohlfahrtsstaat und Ungleichheit als gesellschaftliche Bedingungen sozialer Integration. Eine Analyse von 25 Ländern. In J. Lüdicke, M. Diewald (Hg.), Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit. Zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 265–301.
- Paugam, S., Russel, H. 2004: The Effects of Employment Precarity and Unemployment on Social Isolation. In D. Gallie, S. Paugam (Hg.), Welfare regimes and the experience of unemployment in Europe. Oxford: Oxford University Press, 243–264.
- Schmid, J. 2010: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schweiger, G., Peitler, M. 2010: Umkämpfte Arbeit - Umkämpftes Leben. Kampf um Anerkennung im Kontext der Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit. In G. Schweiger (Hg.), Der Kampf um Arbeit. Dimensionen und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 337–377.
- Seifert, H. 2012: Die zwei Gesichter der Flexibilität. In R. Bispinck, G. Bosch, K. Hofemann, G. Naegele (Hg.), Sozialpolitik und Sozialstaat. Festschrift für Gerhard Bäcker. Wiesbaden: Springer VS, 189–199.
- van der Meer, T., Scheepers, P., te Grotenhuis, M. 2008: Does the State affect the informal Connections between its Citizens? New Institutional Explanations of social participation in everyday life. In H. Meulemann (Hg.), Social capital in Europe. Similarity of countries and diversity of people?: Multi-level analyses of the European social survey 2002. Leiden, Boston: Brill, 41–72.
- van Oorschot, W., Arts, W. 2005: The social capital of European welfare states. The crowding out hypotheses revisited. *Journal of European Social Policy*, 15. Jg., Heft 5, 5–26.
- Voswinkel, S. 2002: Bewunderung ohne Würdigung? Paradoxien der Anerkennung doppelt subjektivierter Arbeit. In A. Honneth (Hg.), Befreiung aus der Mündigkeit: Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus, 65–92.
- Wilthagen, T., Tros, F.H. 2004: The Concept of Flexicurity: A New Approach to Regulation Employment and Labour Markets. *Transfer: European Review of Labour and Research*, 10. Jg., Heft 2, 166–168.
- Wimbauer, C. 2012: Wenn Arbeit Liebe ersetzt. Doppelkarriere-Paare zwischen Anerkennung und Ungleichheit. Frankfurt am Main: Campus.

# Freiwilliges Engagement Älterer

Sozioökonomische Ressourcen und regionale Rahmenbedingungen

Julia Simonson, Claudia Vogel, Nicole Hameister und Jochen P. Ziegelmann

*Beitrag zur Veranstaltung »Soziale Kohäsion als Aspekt der Qualität der Gesellschaft. Aktuelle Analysen vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa« der Sektion Soziale Indikatoren – organisiert von Stefan Weick und Jan Delhey*

Freiwilliges Engagement ist eine wichtige Facette sozialer Teilhabe. Zwar ist Engagement über den gesamten Lebensverlauf bedeutsam, es kann jedoch in der Lebensphase Alter, in der die Erwerbstätigkeit mit ihrer Teilhabefunktion in den Hintergrund tritt bzw. wegfällt, zusätzlich an Relevanz gewinnen. In den Diskursen um *produktives* und *aktives Altern* kommt dem freiwilligen Engagement eine zentrale Bedeutung zu. Zum einen eröffnet es Möglichkeiten, die Potenziale Älterer jenseits der Erwerbsarbeit für die Gesellschaft zu nutzen, was vor dem Hintergrund des demografischen Wandels als zunehmend bedeutsam gesehen wird (zum Beispiel Kolland, Oberbauer 2006; Olk 2007). Zum anderen kann freiwilliges Engagement eine wichtige Rolle für die Beteiligung am öffentlichen Leben spielen und sich positiv auf die soziale Einbindung und die Lebenszufriedenheit auswirken (zum Beispiel Morrow-Howell 2010; Wilson 2012).

Freiwilliges Engagement ist allerdings in starkem Maße sozial strukturiert. Es kann insofern gleichermaßen als Ergebnis sozialer Ungleichheit sowie als einer ihrer Ausgangspunkte betrachtet werden. Studien verweisen auf einen starken Bildungs- (zum Beispiel Erlinghagen 2008) und Schichtbias (Simonson et al. 2013) sowie darauf, dass bessere finanzielle Ressourcen die Wahrscheinlichkeit, sich freiwillig oder ehrenamtlich zu engagieren, erhöhen (Böhnke 2009). Darüber hinaus zeigen sich geschlechtsspezifische Zugangsmuster (vergleiche Alscher 2010; Zierau 2009). Zudem hängen die Möglichkeiten, die Älteren offen stehen, maßgeblich von den Rahmenbedingungen und Angebotsstrukturen in ihrer Wohnregion ab (Wiest et al. 2015; Simonson et al. 2013).

Im vorliegenden Beitrag wird auf Basis des Deutschen Freiwilligensurveys der Frage nachgegangen, welche Ungleichheiten sich im freiwilligen Engagement Älterer zeigen. Anhand von Mehrebenenanalysen werden sozialstrukturelle und regionale Aspekte auf der Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Wahrscheinlichkeit, sich freiwillig

zu engagieren untersucht. Es werden deskriptive Befunde sowie Ergebnisse multivariater Modelle präsentiert und hinsichtlich ihrer Implikationen diskutiert.

## Gesellschaftliche Relevanz des freiwilligen Engagements

Das Thema *Freiwilliges Engagement* hat in den letzten Jahrzehnten deutlich an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. In Deutschland spiegelt sich die Relevanz des Themas unter anderem in der Einsetzung der Enquete-Kommission *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* im Jahr 1999, in der 2013 bereits zum zweiten Mal erfolgten Einberufung einer Sachverständigenkommission für die Erstellung eines Engagementberichts sowie dem seit 1999 alle fünf Jahre durchgeführten Freiwilligensurvey (Schmiade et al. 2014). Prominent ist das Thema auch in den Altenberichten der Bundesregierung, etwa im sechsten Bericht über Altersbilder (zum Beispiel BMFSFJ 2010b). Freiwilliges Engagement dient als Oberbegriff für unterschiedliche Formen des Engagements, wie Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe oder Tätigkeiten in selbst organisierten Initiativen und Projekten (Rosenblatt 2009: 16). Mit dem Begriff des freiwilligen Engagements wird dabei der Aspekt der Freiwilligkeit eines Engagements betont, das eher aufgrund subjektiver Bedürfnisse, Interessen und Sinnorientierungen als aus Pflichterfüllung ausgeübt wird (Olk, Hartnuß, 2011: 146). In der deutschsprachigen Literatur ist die von der Enquete-Kommission *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* vorgelegte Begriffsbestimmung bürgerschaftlichen Engagements verbreitet. Es ist definiert durch fünf Bestimmungsstücke (Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« 2002: 38 ff.): Bürgerschaftliches Engagement ist (1) freiwillig, (2) nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, (3) gemeinwohlorientiert, (4) öffentlich bzw. im öffentlichen Raum stattfindend und wird (5) in der Regel gemeinschaftlich oder kooperativ ausgeübt. Im Freiwilligensurvey wird anstelle des Begriffs des *bürgerschaftlichen Engagements* der des *freiwilligen Engagements* verwendet, in Anlehnung an den international gebräuchlichen Begriff der *Freiwilligenarbeit* bzw. des *Volunteering*. Freiwilliges Engagement zielt ebenfalls auf freiwillige, unentgeltliche (oder gegen geringe Aufwandsentschädigungen erbrachte) und gemeinwohlorientierte Tätigkeiten, die öffentlich und in der Regel kooperativ ausgeübt werden, und wird im Freiwilligensurvey über das Nennen freiwilliger bzw. ehrenamtlicher Aufgaben und Tätigkeiten außerhalb von Familie und Beruf gemessen (BMFSFJ 2010a, Anhang: 4 ff.).

Freiwilliges Engagement wird als zentrale Form gesellschaftlicher Partizipation in der öffentlichen Debatte ganz überwiegend positiv bewertet, da es die Gesellschaft zusammenhalten (Zimmer, Rauschenbach 2011: 11), die Demokratie weiterentwickeln und negative Folgen von Individualisierung und Pluralisierung kompensieren könne (Olk, Hartnuß 2011: 5). Hinter der Bedeutung, die dem freiwilligen Engagement zugemessen wird, steht auch die Hoffnung, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wirke sich nicht nur positiv auf die Gesellschaft aus, sondern auch auf die Lebenssituation und das Befinden der engagierten Individuen selbst. Diese Hoffnungen lassen sich teilweise durch empirische Forschungsergebnisse stützen, die beispielsweise einen positiven Zusammenhang zwischen freiwilligem Engagement und Lebenszu-

friedenheit sowie Gesundheit der Engagierten belegen (van Willigen 2000; Morrow-Howell et al. 2003; 2009).

Allerdings kann freiwilliges Engagement in Einzelfällen durchaus auch negative Auswirkungen haben, zum Beispiel wenn daraus eine Überforderung der Engagierten erwächst. So konnten Tim Windsor et al. (2008) zeigen, dass eine höhere Stundenzahl im Engagement mit einem geringeren Wohlbefinden zusammenhängt. Kritisch diskutiert wird darüber hinaus die Gefahr, freiwilliges Engagement könne reguläre Arbeitsplätze verdrängen, zum Beispiel wenn in Organisationen des dritten Sektors hauptamtliche Stellen abgebaut und Ehrenamtliche als unbezahlte Arbeitskräfte eingesetzt werden (Droß 2013). Schließlich wird dem freiwilligen Engagement zwar per definitionem eine Gemeinwohlorientierung unterstellt; was von den Engagierten im Einzelnen unter Gemeinwohl verstanden wird, muss aber keinesfalls deckungsgleich mit den Interessen und Anliegen der Mehrheit einer Gesellschaft sein (Geiges et al. 2015). Insgesamt gehen wir allerdings – trotz der genannten Einschränkungen – davon aus, dass freiwilliges Engagement in der überwiegenden Zahl der Fälle durchaus mit positiven Aspekten für die Engagierten und die Gesellschaft verbunden ist.

## Freiwilliges Engagement und soziale Ungleichheiten

Ob sich Personen freiwillig engagieren oder nicht, hängt von vielen Faktoren ab. Neben individuellen Präferenzen und Dispositionen sind dabei sowohl die jeweiligen Ressourcen als auch Rahmenbedingungen bedeutsam. Der Zugang zu freiwilligen Tätigkeiten ist nach wie vor ungleich verteilt, wobei das Ausmaß der Ungleichheit für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel nach Alter variieren kann (Tang 2006). Eine Reihe empirischer Studien belegt, dass die Wahrscheinlichkeit sich zu engagieren von sozioökonomischen Ressourcen abhängt. So üben Personen mit hoher Bildung deutlich häufiger eine freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeit aus als Personen mit geringer Bildung (BMFSFJ 2010a; Erlinghagen 2008; Künemund 2000, 2006; Naumann, Romeu Gordo 2010). Personen mit hoher Bildung können sich besser über die Möglichkeiten zum Engagement informieren; sie verfügen über bessere Möglichkeiten, sich zu artikulieren und ihre Interessen zu vertreten. Ähnliches gilt für die Schichtzugehörigkeit: Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS) zeigen zum Beispiel, dass Personen aus höheren Schichten deutlich häufiger engagiert sind als Personen aus niedrigeren sozialen Schichten (Simonson et al. 2013). Darüber hinaus geht mit höherer Schicht häufiger stabiles Engagement einher (Simonson et al. 2013) und mit sozialen Abstiegen tendenziell eine Reduktion des Engagements (Böhnke 2009; Scherger et al. 2011).

Gezeigt wurde außerdem, dass sich armutsgefährdete Personen seltener engagieren (Böhnke 2008) und dass arbeitslose Personen zu geringeren Anteilen als Erwerbstätige in Vereinen und Verbänden engagiert sind (Strauß 2009), möglicherweise, weil zum Teil dieselben Mechanismen, die ausschlaggebend sind, um eine Arbeitsstelle zu finden, auch beim »Besetzen« ehrenamtlicher Positionen wirksam sind, oder aber weil wichtige Gelegenheitsstrukturen fehlen. Ohne Arbeit ergeben sich aufgrund geringerer sozialer Eingebundenheit weniger Anlässe sich zu engagieren, wenn man davon ausgeht, dass sich die Aufnahme freiwilliger Tätigkeiten oft



über das persönliche soziale Netz vermittelt (Tang 2006). Darüber hinaus verfügen Arbeitslose häufig nicht über ausreichende ökonomische Ressourcen, die Kosten zu tragen, die oftmals mit der Übernahme einer ehrenamtlichen oder freiwilligen Tätigkeit anfallen, zum Beispiel durch Mitgliedsbeiträge. Neben den mangelnden finanziellen Ressourcen und Gelegenheiten können allerdings auch bildungs- und schichtspezifisch unterschiedliche Wertvorstellungen und Prägungen einen Einfluss haben.

Schließlich zeigen sich nach wie vor Geschlechterdifferenzen im Engagement (Alscher 2010; Backes 2011), wobei Frauen nicht nur geringere Quoten des Engagements aufweisen als Männer, sondern auch seltener eine Leitungsfunktion im Engagement ausüben (BMFSFJ, 2010a). Es ist anzunehmen, dass die Unterschiede im Engagement geschlechtsspezifischen Mustern aus der Erwerbs- und Familienarbeit folgen und die gesellschaftliche Arbeitsteilung als eine zentrale Rahmenbedingung für die Unterschiede im Engagement betrachtet werden kann. Auch beim freiwilligen Engagement stellt sich etwa die Frage nach der Vereinbarkeit mit familialen und beruflichen Aufgaben und Verpflichtungen für die Geschlechter in unterschiedlicher Weise (vergleiche Alscher 2010).

Ältere engagieren sich insgesamt zu geringeren Anteilen als Personen im mittleren Lebensalter und als Jüngere. Bei den Älteren ist die Engagementquote zwischen 1999 und 2009 jedoch am deutlichsten gestiegen (BMFSFJ 2010a; Nowossadeck, Vogel 2013). Vor dem Hintergrund der längeren Lebenserwartung, einer verbesserten gesundheitlichen Situation und gesteigener Bildungsniveaus heute Älterer im Vergleich zu früheren Kohorten, sind mit dem höheren Lebensalter immer häufiger Erwartungen an künftige Entwicklungsmöglichkeiten und persönliche Gewinne verknüpft (Motel-Klingebiel, Simonson 2012). Freiwilliges Engagement gilt zunehmend als sinnvolle Handlungsoption im Alter, die mit sozialer Integration, einer verbesserten gesundheitlichen Situation sowie Sinnstiftung und Gemeinschaftsgefühl einhergehen kann (vergleiche Backes, Höltege 2008; Goth, Småland 2014; Son, Wilson 2012). Der Anteil Engagierter an der älteren Bevölkerung könnte somit weiter steigen, falls die Rahmenbedingungen für das Engagement Älterer nicht durch andere Entwicklungen wie ein steigendes Risiko für Altersarmut eingeschränkt werden.

## Regionale Rahmenbedingungen für Engagement

Die Möglichkeiten für Ältere sich freiwillig oder ehrenamtlich zu engagieren, werden auch von kontextuellen Faktoren bestimmt und hängen in besonderem Maße von den Angebotsstrukturen in der Wohnregion ab (Motel-Klingebiel 2012; Simonson et al. 2013). Bekannt ist beispielsweise, dass sich die Engagementquoten deutlich zwischen den Bundesländern unterscheiden. So variierten die Engagementquoten in den Bundesländern 2009 zwischen 26 Prozent in Sachsen-Anhalt und 41 Prozent in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz (BMFSFJ 2010a). In Ostdeutschland sind die Quoten freiwillig Engagierter insgesamt niedriger als in Westdeutschland (Olk, Gensicke 2014). Dies kann an (historisch gewachsenen) kulturellen Unterschieden liegen, aber auch an unterschiedlichen Rahmenbedingungen sowie an den immer

noch ausgeprägten sozialen Ungleichheiten zwischen neuen und alten Bundesländern (Roth 2001).

Soziale Teilhabe und Beteiligung ist an Orte und deren sozialräumliche Gegebenheiten gebunden. Freiwilliges Engagement findet häufig in Vereinen oder Verbänden statt; eine entsprechende Vereins- oder Verbändestruktur ist daher Voraussetzung für viele Formen freiwilligen Engagements. Für die Bereitstellung entsprechender Rahmenbedingungen kommt Kreisen und Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Es ist davon auszugehen, dass neben unterschiedlich gewachsenen Vereinskulturen insbesondere die ökonomische Situation der Kreise und Kommunen die Rahmenbedingungen für Teilhabe und Engagement vor Ort entscheidend mitbestimmt. Unterschiede zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen sind hinsichtlich der Angebotsstrukturen für freiwilliges Engagement, zum Beispiel in Bezug auf die Vereinsdichte zu erwarten, sowie hinsichtlich der mehr oder minder ausgeprägten Förderung von Projekten freiwilligen Engagements. Ältere Menschen engagieren sich am häufigsten in den Bereichen *Kirchlicher oder religiöser Bereich, Freizeit und Geselligkeit* und *Kultur und Musik*, ältere Männer zudem im Bereich *Sport und Bewegung*, ältere Frauen engagieren sich zudem anteilig häufig im *Sozialen Bereich* (Nowossadeck, Vogel 2013). Neue Projekte, die im Zuge des demografischen Wandels wünschenswert werden, etwa im sozialen und kulturellen Bereich, können sich finanziell schwächere Kommunen jedoch häufig nicht leisten. Darüber hinaus können sich Unterschiede in der spezifischen, auf das Engagement bezogenen Infrastruktur zeigen, beispielweise wenn in wirtschaftlich schwachen Regionen nicht genügend Mittel vorhanden sind ein umfassendes Netz an Anlaufstellen oder Informationsbörsen für Personen, die sich engagieren möchten, bereitzustellen. Des Weiteren kann sich die Qualität der allgemeinen Infrastruktur auf die Möglichkeit, sich freiwillig zu engagieren, auswirken, zum Beispiel wenn Personen auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind, um zu dem Ort zu gelangen, an dem sie ihr freiwilliges Engagement ausüben.

Schließlich kann der Bedarf an Engagement regional unterschiedlich stark ausgeprägt sein. In wirtschaftsschwachen Regionen besteht dabei möglicherweise ein höherer Bedarf als in wirtschaftlich stärkeren Regionen, zum einen durch einen höheren Anteil ärmerer Einwohnerinnen und Einwohner, denen das Engagement anderer zugutekommt oder die sogar darauf angewiesen sind. Zum anderen, wenn freiwilliges Engagement Lücken in Grundversorgung und Infrastruktur kompensiert, zum Beispiel bei der Renovierung von Schulen oder Kindergärten durch freiwilliges Engagement von Eltern oder Großeltern.

## Untersuchungsfragen und Arbeitshypothesen

Auf Grundlage der vorangehenden Überlegungen wird im Folgenden untersucht, welche sozialen und regionalen Ungleichheiten sich im freiwilligen Engagement Älterer zeigen. Betrachtet werden dabei zum einen individuelle sozioökonomische Ressourcen. Zum anderen wird untersucht, wie sich die Wirtschaftsstärke von Regionen auf freiwilliges Engagement auswirkt. Wir gehen davon aus, dass niedrigere individuelle Ressourcen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit sich zu engagieren einhergehen (Hypothese 1). Hinsichtlich der regionalen Rahmenbedin-

gungen erwarten wir eine geringere Engagementbeteiligung in wirtschaftlich schwächeren Regionen (Hypothese 2). Die Überprüfung dieser Hypothesen wird für zwei Zeitpunkte, 1999 und 2009, vorgenommen.

## Daten und Methoden

Der Beitrag basiert auf Daten des Deutschen Freiwilligensurveys (FWS). Der FWS ist eine repräsentative telefonische Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, die sich an Personen ab 14 Jahren richtet und seit 1999 in fünfjährlichem Rhythmus durchgeführt wird. Hier werden die Daten der Erhebungen 1999 und 2009 verwendet. Der Freiwilligensurvey ist die wesentliche Grundlage der Sozialberichterstattung zum freiwilligen Engagement in Deutschland und wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. In allen Wellen wurden Auskünfte zu folgenden Themenbereichen erfragt: Neben allgemeinen Aktivitäten und der Identifizierung von Engagement geben alle Engagierten detailliert Auskunft über ihre freiwillige Tätigkeit (Engagierte mit mehreren freiwilligen Tätigkeiten über ihre zeitintensivste Tätigkeit) sowie deren Kontext, außerdem werden Hintergrundmerkmale sowohl für Engagierte als auch für Nicht-Engagierte erfasst. Befragt wurden 14.922 Personen im Jahr 1999 und 20.005 Personen im Jahr 2009.

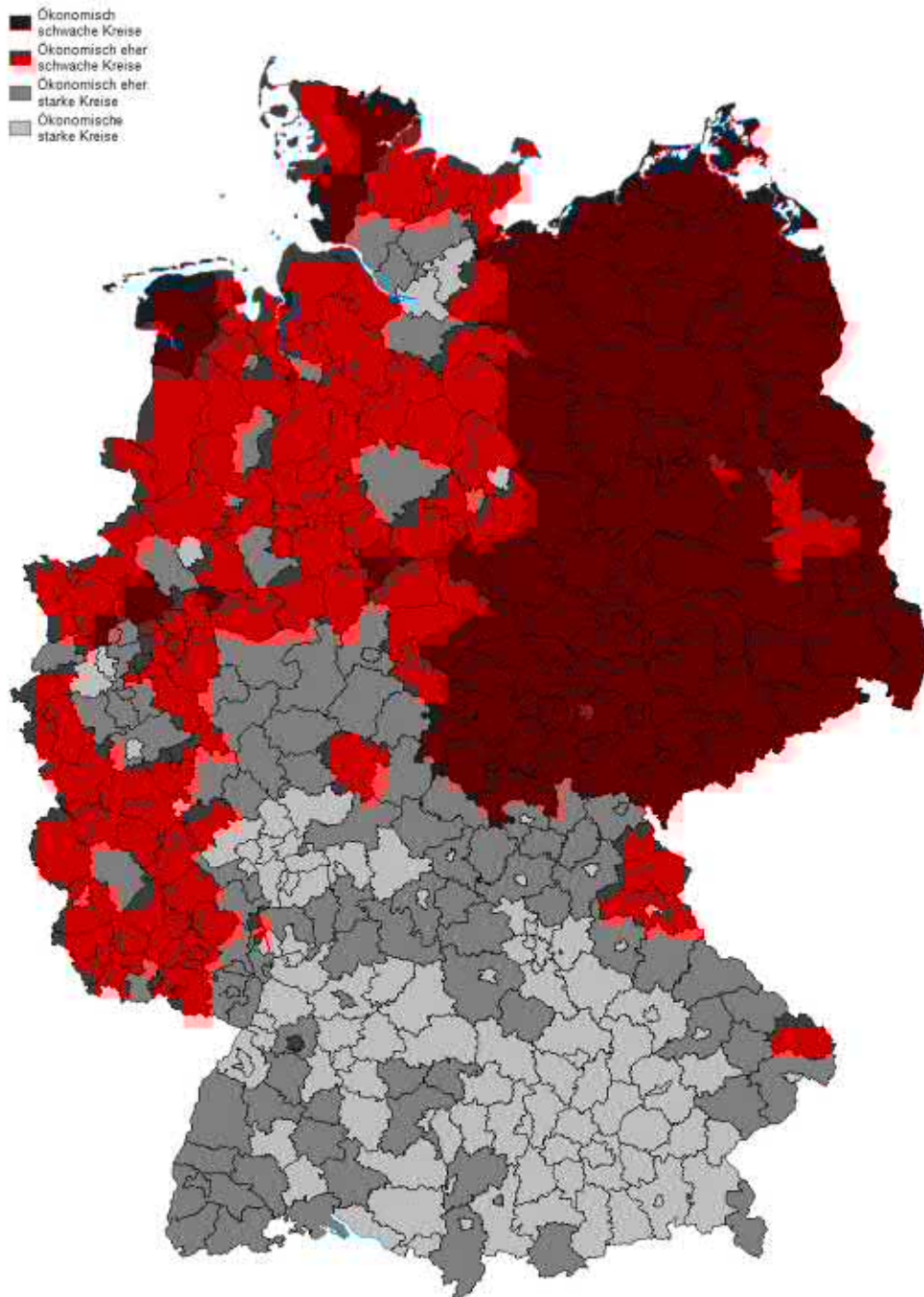
Die Analysen dieses Beitrags fokussieren auf Personen ab 50 Jahren. Der Altersrange in der Analysestichprobe beträgt 50 bis 98 Jahre für das Erhebungsjahr 1999 (Mittelwert: 63,3 Jahre;  $n = 5.944$ ) und 50 bis 99 Jahre für das Erhebungsjahr 2009 (Mittelwert: 63,6 Jahre;  $n = 9.034$ ). Um der Schichtung der Stichprobe nach Bundesländern sowie den unterschiedlichen Teilnahme-wahrscheinlichkeiten von Personengruppen Rechnung zu tragen, wird bei den deskriptiven Analysen ein Gewichtungsfaktor verwendet (vergleiche BMFSFJ 2010a, Anhang). Die multivariaten Modelle werden ungewichtet berechnet, der Schichtung der Stichprobe wird dabei durch die Mehrebenenstruktur (Ebene 1: Personen, Ebene 2: Kreise, Ebene 3: Bundesländer) und durch den Einbezug der Gemeindegrößenklassen Rechnung getragen. Darüber hinaus werden weitere relevante Merkmale wie Geschlecht und Alter kontrolliert. Verwendet wird ein binär logistisches Mehrebenenmodell, um die Wahrscheinlichkeit zu modellieren, einer freiwilligen Tätigkeit nachzugehen. Mehrebenenanalysen ermöglichen es, sowohl die Effekte von Merkmalen auf der Ebene von Aggregaten (in diesem Fall: (Land-)Kreise bzw. kreisfreie Städte) als auch die Einflüsse von individuellen Eigenschaften statistisch adäquat zu schätzen (vergleiche zum Beispiel Engel, Simonson 2006).

Abhängige Variable ist das freiwillige Engagement, also die Information ob man derzeit eine freiwillige Tätigkeit ausübt oder nicht. Diese wird im Freiwilligensurvey über das Nennen freiwilliger bzw. ehrenamtlicher Aufgaben und Tätigkeiten außerhalb von Familie und Beruf in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gemessen (vergleiche BMFSFJ 2010a, Anhang: 4 ff.; Schmiade et al. 2014). Um die sozioökonomische Lage abzubilden, werden neben Geschlecht und Alter die Schulbildung (niedrig: kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss; mittel: mittlere Reife; hoch: Fachhochschulreife, Abitur, Hochschulabschluss), der Erwerbsstatus (erwerbstätig; arbeitslos oder sonstig nicht erwerbstätig; im Ruhestand), die subjektive finanzielle

Lage (gut; befriedigend; schlecht), die Staatsangehörigkeit (deutsch; nicht-deutsch), die Konfessionszugehörigkeit (ja; nein) sowie die Haushaltsgröße (eine Person; zwei Personen; drei und mehr Personen) in das Modell einbezogen.

Regionale Unterschiede werden zum einen über Regionsgrößenklassen einbezogen. Darüber hinaus werden wirtschaftlich starke und schwache Regionen über vier Kreistypen differenziert. Zur Bildung der Typen wurden alle Kreise und kreisfreien Städte anhand ihrer wirtschaftlichen Lage gruppiert. Verwendet wurde ein Index aus drei Indikatoren: die auf das jeweilige Erhebungsjahr des Freiwilligensurveys (1999 bzw. 2009) und die jeweiligen Kreise bzw. kreisfreien Städte bezogene Arbeitslosenquote, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und die Einkommenssteuer pro Kopf. Die Informationen wurden dem vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) herausgegebenen Informationssystem INKAR entnommen. Aus den Quartilen des Index ergeben sich vier Regionstypen: Der Regionstyp I umfasst die 25 Prozent der bundesdeutschen Kreise und kreisfreien Städte mit der (bezogen auf diesen Index) schlechtesten ökonomischen Lage, in ihm sind also ökonomisch schwache Kreise zusammengefasst. Regionstyp II umfasst die 25 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte mit eher schlechter ökonomischer Lage, Regionstyp III die 25 Prozent der Kreise mit eher starker ökonomischer Lage und Regionstyp IV die 25 Prozent der ökonomisch starken Kreise. Abbildung 1 zeigt die regionale Verteilung der Regionstypen auf das Gebiet der Bundesrepublik beispielhaft für das Jahr 2009. Deutlich zu erkennen ist der hohe Anteil von Kreisen, die dem Regionstyp der ökonomisch schwachen Kreise zuzuordnen sind, auf dem Gebiet der neuen Bundesländer. Darüber hinaus zeigt sich ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Ökonomisch starke Kreise (Regionstyp IV) sind nur ganz vereinzelt in Norddeutschland (und überhaupt nicht in Ostdeutschland) lokalisiert, ökonomisch schwache Kreise (Regionstyp I) findet man überwiegend im östlichen und vereinzelt im nordwestlichen Teil der Republik.

Abb.1: Differenzierung zwischen ökonomisch starken und schwachen Regionen (2009)



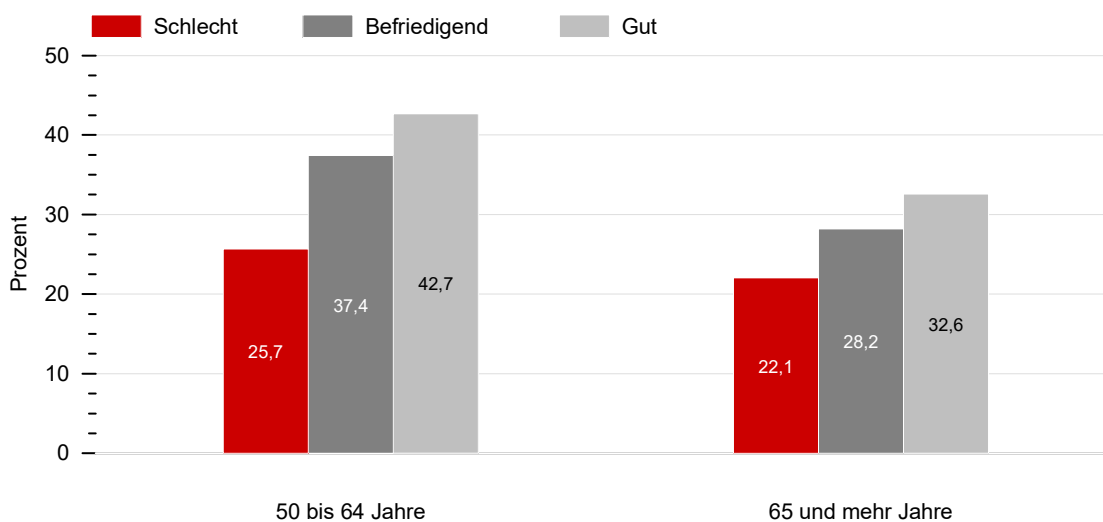
Quelle: INKAR (Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung), Daten für 2009, Gebietsstand 2010, eigene Berechnungen. Karte erstellt mit Easymap.

## Ergebnisse: Soziale und regionale Strukturiertheit des Engagements Älterer

Betrachtet man die Entwicklung der Engagementquote in höheren Altersgruppen getrennt für Frauen und Männer, so hat sich der Anteil der engagierten Frauen in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen von knapp 31 Prozent im Jahr 1999 auf gut 33 Prozent im Jahr 2009 leicht erhöht, während der Anteil bei den Männern in dieser Altersgruppe leicht gesunken ist (von gut 42 auf knapp 41 Prozent). Bei Personen im Ruhestandsalter (ab 65 Jahren) sind dagegen deutlichere Zuwächse zu verzeichnen: Bei den Frauen dieser Altersgruppe stieg die Engagementquote von 18 auf 26 Prozent, bei den Männern von 28 auf 34 Prozent (eigene Berechnungen, gewichtet, ohne Abbildung).

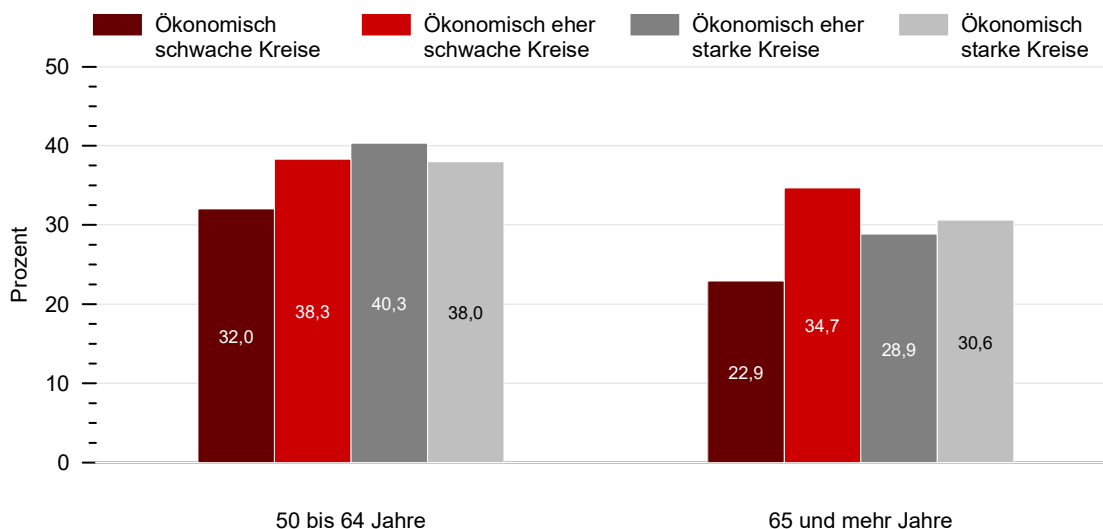
Allerdings unterscheiden sich die Engagementraten deutlich nach den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Personen, die ihre eigene finanzielle Situation als gut beschreiben, engagieren sich häufiger als Personen in nur befriedigender oder schlechter finanzieller Lage (Abbildung 2). Während von den 50- bis 64-Jährigen mit guter finanzieller Lage rund 43 Prozent ein freiwilliges Engagement ausüben, sind es bei Personen der gleichen Altersgruppe in schlechter finanzieller Lage nur rund 26 Prozent. Auch bei Personen ab 65 Jahren sind je nach finanziellen Ressourcen unterschiedliche Engagementraten zu beobachten (mit höheren Raten bei denjenigen mit besserer finanzieller Ausstattung), allerdings sind hier die Unterschiede nicht ganz so stark ausgeprägt wie in der jüngeren Altersgruppe.

Abb. 2: Anteile freiwillig Engagierter nach Altersgruppe und individueller finanzieller Situation 2009



FWS 2009 ( $n = 8.987$ ), gewichtet, eigene Berechnungen. Differenzen zwischen schlechter, befriedigender und guter finanzieller Situation jeweils signifikant bei  $p \leq 0,05$ .

Abb. 3: Anteile freiwillig Engagierter nach Altersgruppe und Regionstyp 2009



FWS 2009 ( $n = 8.996$ ), gewichtet, eigene Berechnungen. Differenzen zwischen ökonomisch schwachen Kreisen und anderen Kreisen jeweils signifikant bei  $p \leq 0,05$ . Differenz zwischen ökonomisch eher schwachen und eher starken Kreisen bei Personen im Alter von 50 bis 64 Jahren signifikant bei  $p \leq 0,05$ . Sonstige Differenzen zwischen Regionstypen nicht signifikant.

Darüber hinaus zeigen sich in beiden Altersgruppen Differenzen je nach wirtschaftlicher Lage der Wohnregion. Die Engagementraten unterscheiden sich deutlich und statistisch signifikant zwischen den wirtschaftlich schwachen Kreisen und den anderen Regionstypen (Abbildung 3). Letztere unterscheiden sich dagegen überwiegend nicht signifikant voneinander.

Die in Tabelle 1 dargestellten Effekte der soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmale entsprechen weitgehend den aus der Literatur bekannten Befunden. Zudem weisen die Effekte für die Jahre 1999 und 2009 mit wenigen Ausnahmen in dieselbe Richtung. Frauen im Alter ab 50 Jahren haben – kontrolliert für die in Tabelle 1 dargestellten weiteren Merkmale – eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit als Männer dieser Altersgruppe, sich freiwillig zu engagieren. Personen mit hoher Bildung haben im Vergleich zu Personen mit niedriger Bildung eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, freiwillig engagiert zu sein. Dies gilt in einem geringeren Ausmaß auch für Personen mit mittlerer Bildung im Vergleich zu Personen mit niedriger Bildung.

Darüber hinaus weisen Personen, die bereits im Ruhestand sind, im Jahr 2009 eine relativ höhere Wahrscheinlichkeit auf, ein freiwilliges Engagement auszuüben als die Referenzgruppe der erwerbstätigen Personen im Alter ab 50 Jahren. Gleichzeitig ist ein Alterseffekt dergestalt zu beobachten, dass Personen mit steigendem Lebensalter seltener freiwillig engagiert sind. Ein geringerer Anteil Engagierter im höheren Lebensalter kann unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass Ältere ihr Engagement beenden, etwa aus gesundheitlichen Gründen oder weil Höchstaltersgrenzen im Engagement erreicht werden, die beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr vergleichbar zur Regelaltersgrenze des Renteneintritts gesetzlich geregelt sind.<sup>1</sup>

Geringere Wahrscheinlichkeiten sich zu engagieren, weisen zudem Personen auf, die ihre finanzielle Lage als schlecht einschätzen, im Vergleich zu Personen, die ihre finanzielle Situation

<sup>1</sup> Bei der Freiwilligen Feuerwehr gelten in allen Bundesländern Altersobergrenzen für den aktiven Dienst, die zwischen 60 und 67 Jahren liegen.

als gut beschreiben. Dies entspricht der Erwartung, dass eine unzureichende Ausstattung mit individuellen finanziellen Ressourcen in manchen Bereichen eine Barriere für die Ausübung freiwilliger Tätigkeiten darstellt.

Tab. 1: Sozioökonomische und regionale Einflussfaktoren des freiwilligen Engagements Älterer (1999, 2009)

		Modell I: 1999	Modell II: 2009
Geschlecht (Ref. Mann)	Frau	0,63**	0,78**
Bildung (Schulabschluss)	mittlere Bildung	1,80**	1,59**
(Ref. niedrige Bildung)	hohe Bildung	2,43**	2,60**
Alter	in Jahren	0,96**	0,97**
Erwerbsstatus	arbeitslos, sonstig nicht erwerbstätig	0,94 n. s.	0,98 n. s.
(Ref. erwerbstätig)	im Ruhestand	0,95 n. s.	1,26**
Finanzielle Lage	befriedigend	0,83**	0,91 n. s.
(Ref. gut)	schlecht	0,64**	0,75**
Staatsangehörigkeit	nicht deutsch	0,77 n. s.	0,54**
(Ref. deutsch)			
Konfession (Ref. nein)	ja	1,61**	1,79**
Haushaltsgröße	zwei Personen	0,97 n. s.	1,21**
(Ref. eine Person)	drei und mehr Personen	1,17 n. s.	1,27**
Regionsgrößenklassen	100.000 bis unter 500.000	1,07 n. s.	1,13 n. s.
(Ref. 500.000 und mehr)	20.000 bis unter 100.000	1,42**	1,33**
	unter 20.000	1,33**	1,43**
Regionstypen	ökon. eher schwache Kreise	1,21*	1,40**
(Ref. ökon. schwache Kreise)	ökon. eher starke Kreise	1,34**	1,31**
	ökon. starke Kreise	1,33**	1,29**
Nagelkerke R <sup>2</sup>		9,0%	6,9%
Fallzahlen (n)	Ebene 1: Personen	5.338	8.903
	Ebene 2: Kreise	402	410
	Ebene 3: Bundesländer	16	16

FWS 1999, 2009, nur Personen im Alter ab 50 Jahren, eigene Berechnungen, ungewichtet. Logistisches Mehrebenenmodell. Dargestellt sind Odds Ratios, \*\* $p \leq 0.01$ , \* $p \leq 0.05$ , n. s. = nicht signifikant

Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, engagieren sich – kontrolliert für die in Tabelle 1 dargestellten Merkmale – seltener als Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; dieser Effekt ist 2009 signifikant (nicht jedoch 1999). Gründe hierfür können Sprachbarrie-



ren sein sowie in Ausnahmefällen Zugangsregeln zu ehrenamtlichen Tätigkeiten, die die deutsche Staatsangehörigkeit vorsehen. Plausibel ist aber auch, dass eine mangelnde interkulturelle Öffnung von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Institutionen dazu beiträgt, dass sich Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit seltener freiwillig engagieren. Insgesamt lässt sich die eingangs aufgestellte Hypothese, dass niedrigere Ressourcen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit ein Engagement auszuüben einhergehen, für beide betrachtete Zeitpunkte bestätigen.

Zusätzlich zu diesen individuellen Einflussfaktoren zeigen sich auch statistisch signifikante Zusammenhänge regionaler Merkmale mit freiwilligem Engagement. Zunächst ist festzuhalten, dass sich Personen in Regionen mit wenigen Einwohnerinnen und Einwohnern, aber auch in mittelgroßen Gebietseinheiten, vergleichsweise häufiger engagieren als in großen Städten mit mindestens 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Zudem haben die nach wirtschaftlicher Stärke differenzierten Regionstypen, erwartungskonform zu Hypothese 2, einen signifikanten Einfluss auf das freiwillige Engagement: Im Vergleich zu in ökonomisch schwachen Kreisen lebenden Personen, haben Personen in den drei ökonomisch stärkeren Regionstypen eine höhere Wahrscheinlichkeit sich zu engagieren, wobei sich Letztere auch im multivariaten Modell statistisch nicht signifikant voneinander unterscheiden. Somit korrelieren sowohl individuelle sozioökonomische als auch regionale Faktoren mit der Wahrscheinlichkeit, ein freiwilliges Engagement auszuüben. Zudem lässt sich zeigen, dass die Einflussfaktoren auf der individuellen und der regionalen Ebene additiv wirken. Die Wahrscheinlichkeit sich zu engagieren, ist besonders gering, wenn individuelle Benachteiligungen und schlechte regionale Rahmenbedingungen zusammentreffen.

## Zusammenfassung und Diskussion

Die Ergebnisse bestätigen die These ungleicher Zugangschancen für freiwilliges Engagement, beispielsweise hinsichtlich Erwerbsstatus, Bildung, Geschlecht und subjektiver finanzieller Lage. Diese erweisen sich im Zeitvergleich zwischen 1999 und 2009 als weitgehend stabil. Darüber hinaus zeigt sich, dass Ältere in wirtschaftlich schwachen Regionen deutlich seltener engagiert sind als Ältere in wirtschaftlich stärkeren Gebieten. Die ökonomischen Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene sind also zusätzlich zu individuellen Merkmalen bedeutsam dafür, ob man sich freiwillig engagiert oder nicht. Als besonders ausgeprägt hat sich dabei der Unterschied zwischen den ökonomisch schwachen und den anderen Regionen herausgestellt.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass in den präsentierten Analysen nur ausgewählte Faktoren zur Erklärung freiwilligen Engagements herangezogen wurden. Möglich ist beispielsweise, dass soziale Netzwerkbeziehungen, die unterschiedliche Möglichkeiten für Engagement bieten, in strukturschwachen Gebieten anders ausgestaltet sind als in strukturstarken Regionen. Hiervon könnten wiederum moderierende Effekte ausgehen. Darüber hinaus können die Effekte, die von den ökonomischen Rahmenbedingungen in einer Region ausgehen, unterschiedlich stark ausgeprägt sein, je nachdem um welche Form von Engagement es sich handelt. Denkbar ist beispielsweise, dass freiwilliges Engagement in Vereinen oder

Verbänden stärker auf eine gute Infrastruktur angewiesen ist als selbstorganisiertes Engagement in Gruppen oder Projekten.

Insgesamt kumulieren sich nachteilige Effekte, wenn begrenzte individuelle Ressourcen und schlechte ökonomische Rahmenbedingungen zusammentreffen. Maßnahmen zur Förderung sozialer Teilhabe ökonomisch benachteiligter Personengruppen sollten daher auch darauf abzielen, auf kommunaler Ebene Gelegenheiten für Engagement zu schaffen und die Infrastruktur für Engagement und Mobilität zu stärken sowie Barrieren abzubauen. Letzteres ist insbesondere für diejenigen Älteren wichtig, die aufgrund von Einschränkungen weniger mobil beziehungsweise stärker von bedarfsgerechter kommunaler Infrastruktur abhängig sind.

## Literatur

- Alscher, M. 2010: Auf der Suche nach Balance. Frauen und Männer zwischen Beruf, Familie und Engagement. WZB-Mitteilungen, Heft 129, 31–33.
- Backes, G. M. 2011: Geschlechterdifferenz im Engagement. In T. Olk, B. Hartnuß (Hg.), Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 65–75.
- Backes, G. M., Höltge, J. 2008: Überlegungen zur Bedeutung ehrenamtlichen Engagements im Alter. M. Erlinghagen, K. Hank (Hg.), Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS, 277–299.
- BBSR 2015: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2014. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). [www.inkar.de](http://www.inkar.de)
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) 2010a: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hg.) 2010b: Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Böhnke, P. 2009: Abwärtsmobilität und ihre Folgen. Die Entwicklung von Wohlbefinden und Partizipation nach Verarmung. WZB Discussion Papers SP I 2009–205. Berlin: WZB.
- Böhnke, P. 2008: Are the poor socially integrated? The link between poverty and social support in different welfare regimes. *Journal of European Social Policy*, Vol. 18, Heft 2, 133–150.
- Droß, P. J. 2013: Ökonomisierungstrends im Dritten Sektor. Verbreitung und Auswirkungen von Wettbewerb und finanzieller Planungsunsicherheit in gemeinnützigen Organisationen. WZB Discussion Paper SP V 2013–301. Berlin: WZB.
- Engel, U., Simonson, J. 2006: Sozialer Kontext in der Mehrebenenanalyse. In A. Diekmann (Hg.), Methoden der Sozialforschung, Sonderheft 44 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS, 303–329.
- Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« 2002: Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft (Bundestagsdrucksache 14/8900). Berlin: Deutscher Bundestag.
- Erlinghagen, M. 2008: Ehrenamtliche Arbeit und informelle Hilfe nach dem Renteneintritt. In M. Erlinghagen, K. Hank (Hg.), Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Wiesbaden: VS, 93–118.
- Geiges, L., Marg, S., Walter, F. 2015: PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld, Transcript.

- Goth, U. S., Småland, E. 2014: The role of civic engagement for men's health and well being in Norway – a contribution to public health. *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 11. Jg., Heft 6, 6375–6387.
- Kolland, F., Oberbauer, M. 2006: Vermarktlichung bürgerschaftlichen Engagements im Alter. In K. R. Schroeter, P. Zängl (Hg.), *Alter und bürgerschaftliches Engagement. Aspekte der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter*. Wiesbaden: VS, 153–174.
- Künemund, H. 2000: »Produktive« Tätigkeiten. In M. Kohli, H. Künemund (Hg.), *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*. Opladen: Leske + Budrich, 277–317.
- Künemund, H. 2006: Tätigkeiten und Engagement im Ruhestand. In C. Tesch-Römer, H. Engstler, S. Wurm (Hg.), *Altwerden in Deutschland*. Wiesbaden: VS, 289–327.
- Morrow-Howell, N. 2010: Volunteering in later life: Research frontiers. In *The Journals of Gerontology Series B: Psychological Sciences and Social Sciences*, Vol. 65B, Issue 4, 461–469.
- Morrow-Howell, N., Hinterlong, J., Rozario, P. A., Tang, F. 2003: Effects of Volunteering on the Well-Being of Older Adults. *Journal of Gerontology: Social Sciences*, Vol. 58B, Issue 3, 137–145.
- Morrow-Howell, N., Hong, S.-I., Tang, F. 2009: Who benefits from volunteering? *Gerontologist*, Vol. 49, Heft 1, 91–102.
- Motel-Klingebiel, A. 2012: Sozialer Wandel und gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Intervention. In H.-W. Wahl, C. Tesch-Römer, J.P. Ziegelmann (Hg.), *Angewandte Gerontologie*. Stuttgart: Kohlhammer, 102–108.
- Motel-Klingebiel, A., Simonson, J. 2012: Aktives Alter – Altern im Wandel. Zu Lebenssituationen, Lebensgefühlen, Bildung und Engagement älterer Menschen. *Forum Erwachsenenbildung – Themenheft Aktives Alter*, 9. Jg., Heft 1, 23–25.
- Naumann, D., Romeu Gordo, L. 2010: Gesellschaftliche Partizipation: Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Bildung. In A. Motel-Klingebiel, S. Wurm, C. Tesch-Römer (Hg.), *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)*. Stuttgart: Kohlhammer, 118–141.
- Nowossadeck, S., Vogel, C. 2013: Aktives Altern. Erwerbsarbeit und freiwilliges Engagement. Report Altersdaten (2). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen, [http://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/Gerostat\\_Report\\_Altersdaten\\_Heft\\_2\\_2013\\_PW.pdf](http://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/Gerostat_Report_Altersdaten_Heft_2_2013_PW.pdf) (letzter Aufruf 7. Oktober 2015)
- Olk, T. 2007: Bürgergesellschaft und Engagement älterer Menschen – Plädoyer für einen Welfare-Mix in der kommunalen Daseinsvorsorge. In *Informationsdienst Altersfragen*, 34. Jg., Heft 2, 5–8.
- Olk, T., Gensicke, T. 2014: Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Wiesbaden: Springer VS.
- Olk, T., Hartnuß, B. 2011: Bürgerschaftliches Engagement. In T. Olk, B. Hartnuß (Hg.), *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement*. Weinheim: Beltz Juventa, 145–161.
- Rosenblatt, B. v. 2009: Zusammenfassung. In B. v. Rosenblatt (Hg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Band 1: Gesamtbericht, 3. Aufl., Wiesbaden: VS, 16–29.
- Roth, R. 2001: Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51, B 39-40, 15–22.
- Scherger, S., Nazroo, J., Higgs, P. 2011: Leisure activities and retirement: Do structures of inequality change in old age? *Ageing & Society*, Vol. 31, Heft 1, 146–172.
- Schmiade, N., Vogel, C., Lux, K., Simonson, J. 2014: Trends in Civil Society: The German Survey on Volunteering 1999, 2004, 2009 and 2014 (Deutscher Freiwilligensurvey – FWS). *Schmollers Jahrbuch*, Vol. 134, Heft 2, 249–259.
- Simonson, J., Hagen, C., Vogel, C., Motel-Klingebiel, A. 2013: Ungleichheit sozialer Teilhabe im Alter. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, Vol. 46, Issue 5, 410–416.
- Son, J., Wilson, J. 2012: Volunteer Work and Hedonic, Eudemonic, and Social Well-Being. *Sociological Forum*, Vol. 27, Issue 3, 658–681.
- Strauß, S. 2009: Ehrenamt in Deutschland und Großbritannien – Sprungbrett zurück auf den Arbeitsmarkt? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 61. Jg., Heft 4, 647–670.

- Tang, F. 2006: What resources are needed for volunteerism? A life course perspective. *Journal of Applied Gerontology*, Vol. 25, Heft 5, 375–390.
- Van Willigen, M. 2000: Differential Benefits of Volunteering Across the Life Course. *Journal of Gerontology: Social Sciences*, Vol. 55B, Heft 5, 308–318.
- Wiest, M., Nowossadeck, S., Tesch-Römer, C. 2015: Regionale Unterschiede in den Lebenssituationen älterer Menschen in Deutschland. Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): DZA-Diskussionspapier Nr. 57, [https://www.dza.de/no\\_cache/informationsdienste/diskussionspapiere-des-dza.html?download=Diskussionspapier\\_Nr\\_57.pdf&did=32](https://www.dza.de/no_cache/informationsdienste/diskussionspapiere-des-dza.html?download=Diskussionspapier_Nr_57.pdf&did=32) (letzter Aufruf 7. Oktober 2015).
- Wilson, J. 2012: Volunteerism Research: A Review Essay. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, Vol. 41, Heft 2, 176–211.
- Windsor, T. D., Anstey, K. J., Rodgers, B. 2008: Volunteering and Psychological Well-Being among Young-Old Adults: How Much Is Too Much? *The Gerontologist*, Vol. 48, Heft 1, 59–70.
- Zierau, J. 2009: Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen. In S. Picot (Hg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland*, Bd. 3, 3. Aufl., Wiesbaden: VS, 15–110.
- Zimmer, A., Rauschenbach, T. 2011: Bürgerschaftliches Engagement unter Druck? Einleitung. In T. Rauschenbach, A. Zimmer (Hg.), *Bürgerschaftliches Engagement unter Druck? Analysen und Befunde aus den Bereichen Soziales, Sport und Kultur*. Opladen: Budrich, 11–28.

»Aktuelle Forschungsprojekte zu Sozialstruktur und sozialer Ungleichheit«  
der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse  
– organisiert von Olaf Groh-Samberg

## »Ungleichheit wird es immer geben«

### Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungleichheit durch Führungskräfte der deutschen Wirtschaft

Annette von Alemann

*Beitrag zur Veranstaltung »Aktuelle Forschungsprojekte zu Sozialstruktur und sozialer Ungleichheit« der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse – organisiert von Olaf Groh-Samberg*

#### Die Ungleichheitsrelevanz von Wahrnehmungen und Bewertungen

Wahrnehmungen und Bewertungen werden in der Ungleichheitsforschung zunehmend als relevant für die Produktion sozialer Ungleichheit(en) angesehen (Diewald, Faist 2011). Dies gilt zum einen für die Wahrnehmung und Bewertung von *Heterogenitäten* unter den Gesellschaftsmitgliedern. Diese werden nicht nur »immer wahrgenommen und bewertet«, sondern es gibt stets auch »eine Vorgeschichte an kulturellen Repräsentationen und Praktiken des Umgangs mit ihnen«, auf die »Akteure der Ungleichheitsproduktion« (2011: 105) zurückgreifen können. Dies geschieht nicht immer bewusst und gewollt, sondern vielfach als Teil des alltäglichen Handelns in Form von Routinen und unreflektierten Handlungspraxen. Wahrnehmungen und Bewertungen von *Ungleichheiten* sind zum anderen relevant für die gesellschaftliche Ungleichheitsproduktion, denn sie gehen in die Einschätzungen darüber ein, ob (bzw. welche) Ungleichheiten als legitim gelten und welche Lösungsmöglichkeiten angemessen sind. Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungleichheiten hängen immer auch mit der Selbstwahrnehmung der wahrnehmenden Akteur/-innen und ihrer gesellschaftlichen Position zusammen. Das Verhältnis von sozialen Lagen, subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen sowie aus ihnen resultierenden Handlungsweisen bleibt jedoch bislang weitgehend offen.

Eine aus ungleichheitssoziologischer Sicht zentrale Gruppe ist die gesellschaftliche Elite, da sie über Machtressourcen verfügt, die es ihr erlaubt, politische Entscheidungen zu treffen oder Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben, und zwar »regelmäßig und relativ dauerhaft« (Hoffmann-Lange 2003: 115). Mit ihrer gesellschaftlichen Machtposition geht eine hohe soziale Sichtbarkeit einher; ihre öffentlich geäußerten Wahrnehmungen und Bewertungen beeinflussen die Wahrnehmungen und Bewertungen breiter Bevölkerungskreise. Besonders wenig ist bekannt über die Wahrnehmungen und Bewertungen von Spitzenführern der Wirtschaft jenseits von öffentlichen Darstellungen, Selbstpräsentationen und standardisierten Befragun-

gen (zum Beispiel Hartmann 2013). Auf Grund ihrer gesellschaftlichen Machtposition haben diese Einfluss auf die gesellschaftliche Definition sozialer Ungleichheit und auf politische Maßnahmen zu ihrem Abbau. Ihre Vorstellungen beeinflussen nicht nur die Realität in den von ihnen geführten Unternehmen. Durch die Teilnahme an gesellschaftlichen Diskursen prägen Topmanager/-innen, führende Unternehmer/-innen und vor allem die Repräsentant/-innen von Wirtschaftsverbänden auch die Vorstellungen breiter Bevölkerungskreise. Vielfach wirken sie ganz konkret auf die Politik ein, zum Beispiel durch den Widerstand der Wirtschaftsverbände gegen ein Gleichstellungsgesetz für die deutsche Wirtschaft (vgl. Alemann 2007). Das bedeutet, dass die Art und Weise, in der Spitzenführungskräfte soziale Wirklichkeit wahrnehmen, sowohl die Situationswahrnehmungen als auch die realen Handlungsspielräume von Mitgliedern der Gesamtgesellschaft beeinflusst.

Zur Analyse dieser Wirklichkeitswahrnehmungen verwende ich den wissenssoziologischen Deutungsmusteransatz (Keller 2007a, b). Deutungsmuster sind Sinnschemata, mit deren Hilfe sich Handelnde in ihrer Umwelt orientieren, handeln und eine Identität ausbilden (Keller 2007a, b). Sie werden in der Auseinandersetzung mit (wiederkehrenden oder grundsätzlichen) Handlungsproblemen gebildet und ermöglichen Handlungsroutinen, ohne dass soziale Situationen jedes Mal neu interpretiert werden müssen (Oevermann 2001a). Auf diese Weise sind sie Teil des impliziten Wissens und nur begrenzt reflexiv verfügbar (Meuser, Sackmann 1992). Deutungsmuster werden von den Mitgliedern sozialer Gruppen geteilt, die mit gleichen oder ähnlichen Handlungsproblemen konfrontiert sind (Oevermann 2001b); ihre Analyse gibt Aufschluss über das Selbst- und Weltbild einer sozialen Gruppe. Manche Muster werden allerdings gesellschaftsweit über öffentliche Diskurse und die Massenmedien verbreitet (Platz, Schetsche 2001), gehen aber jeweils spezifisch in den Wissensbestand unterschiedlicher sozialer Gruppen ein.

In diesem Beitrag werden die Deutungsmuster hochrangiger Führungskräfte der deutschen Wirtschaft im Hinblick auf soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten in den Blick genommen. Auf der Grundlage der Deutungsmusteranalyse werden Schlussfolgerungen darüber gezogen, wie sich Deutungsmuster von Führungskräften auf ihre Handlungspraxen auswirken. Das Datenmaterial geht auf ein Forschungsprojekt an der Universität Bielefeld zurück, in dem problemzentrierte Interviews (Witzel 2000) mit 54 Spitzenführungskräften (32 Männer und 22 Frauen) aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden ausgewertet wurden (Alemann 2015). Bei den Untersuchungspersonen handelt es sich überwiegend um Topmanager/-innen und Eigentümer/-innen von Unternehmen sowie Geschäftsführer/-innen und Präsident/-innen bundesweit agierender Wirtschaftsverbände. Die Auswahl folgte der Strategie eines *most different sample* und erfasste Führungskräfte aus unterschiedlichen Branchen, Regionen und Unternehmensformen. Die Analyse orientierte sich an den Auswertungsschritten des diskursiven Interviews (Ullrich 1999) und der wissenssoziologischen Diskursanalyse (Keller 2007a), die auch die Grundlage für die Struktur der Auswertung bildete. Dabei wurde sowohl eine Typenbildung der Deutungsmuster (vgl. Ullrich 1999) als auch ihre dichte Beschreibung und Erklärung erreicht. Die Deutungsmusteranalyse fokussierte insgesamt auf sechs Bereiche: Selbst- und Fremdbilder, soziale Ungleichheit, Geschlechterverhältnisse, unternehmerische Entscheidungen und gesellschaftliche Verantwortung (Alemann 2015).

## Gerechtigkeitsvorstellungen und Deutungsmuster der Befragten

Im Folgenden werden die Gerechtigkeitsvorstellungen der Führungskräfte sowie ihre Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungleichheit thematisiert. Zunächst stelle ich die Gerechtigkeitsvorstellungen der Befragten dar, da sie den Kontext für ihre Wahrnehmung sozialer Ungleichheit ausmachen. Danach gehe ich auf die Deutungsmuster der Führungskräfte im Hinblick auf soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse ein. Die Interviews ergeben einen differenzierten Blick der Führungskräfte auf die Gesellschaft und zeigen einen starken Zusammenhang zwischen ihrer Wahrnehmung sozialer und geschlechtsspezifischer Ungleichheit.

### Leistungsgerechtigkeit als vorherrschende Gerechtigkeitsvorstellung

Im Mittelpunkt der Selbst- und Gesellschaftswahrnehmungen steht die meritokratische Idee einer grundsätzlich vorhandenen Leistungsgerechtigkeit, die die Gerechtigkeitsvorstellungen der Befragten maßgeblich bestimmt. Diese Vorstellung klingt in den Äußerungen zu unterschiedlichen Interviewfragen an, die vielfältige Bilder und Emotionen beinhalten, überdies wird der Begriff der »Leistung« in den Interviews vielfach verwendet. Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wird als selbstverständlich geltendes Prinzip anerkannt. Die Befragten gehen davon aus, dass Einkommen und gesellschaftliche Positionen nach individuellen Leistungen, also nach Aufwendungen, Ertrag und Fähigkeiten, vergeben werden sollen, nicht nach Herkunft, sozialen Beziehungen oder anderen leistungsfremden Faktoren. Als Voraussetzung für Leistungsgerechtigkeit wird Chancengleichheit angesehen, was die Befragten als zentrales Grundprinzip einer Gesellschaft wahrnehmen. Das Leben ist für sie ein Wettbewerb, eine Art Wettlauf mit unterschiedlichen »Etappen« und ungleichen »Startbedingungen« (R1-06: 159), in dem es gilt, »voranzukommen« (V-18: 95). Voranzukommen hat für sie in erster Linie materielle Bedeutung, so dass Armut einerseits als Ergebnis sozialer Benachteiligung, andererseits aber als Erfolglosigkeit wahrgenommen wird.

Was Leistung ist, wird aus den Maßstäben der eigenen Tätigkeit abgeleitet und umfasst neben Arbeitszeit und Verantwortung auch den gesellschaftlichen Beitrag, der mit einer Tätigkeit verbunden ist. Leistungsgerechtigkeit impliziert, dass Leistungen individuell gemessen und belohnt werden (können), und sie *sollen* auch belohnt werden, um die Leistungsmotivation der Gesellschaftsmitglieder zu fördern: »Klar, ich meine, der Mensch, der einfach mehr leistet und motivierter ist [...] auch eine höhere Bezahlung bekommen sollte [...] In dem Moment, wo ich sage, derjenige, der nur die Hälfte leistet oder kann, kriegt dasselbe, [...] dann irgendwann frage ich mich doch, warum muss ich mir immer ein Bein ausreißen« (R5-09: 87).<sup>1</sup>

Mit der materiellen Belohnung soll ein erhöhtes soziales Ansehen einhergehen, das die soziale Anerkennung hoher Einkommen als Beweis für eine vorausgegangene Leistung einschließt. Die Befragten nehmen sich selbst als Personen wahr, die besonders hohe Leistungen erbringen: Sie bezeichnen sich als »Leistungsträger« und sprechen von der »Leistung, die wir für die Ge-

---

<sup>1</sup> Die Interviewkürzel bezeichnen Befragten aus fünf Untersuchungsregionen in prosperierenden und strukturschwachen Regionen West- und Ostdeutschlands (R1-R5) sowie aus Wirtschaftsverbänden (V).



sellschaft bringen« (R5-04: 159). Allerdings ist das, was als Leistung und was als angemessene Belohnung wahrgenommen wird, unterschiedlich: Während hohe Managergehälter von Führungskräften aktennotierter Großunternehmen als angemessen bezeichnet werden, werden sie von Führungskräften mittelständischer Unternehmen abgelehnt. In vielen Äußerungen wird auf die eigenen Leistungen hingewiesen, die erbracht werden mussten, um eine Führungsposition in der Wirtschaft zu erreichen und auszuüben, so dass die Äußerungen zur Leistungsgerechtigkeit jeweils auch Selbstpositionierungen und Legitimationen der eigenen Position enthalten.

## Wahrnehmungen und Erklärungen gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse

Definitionen und Problembeschreibungen sozialer Ungleichheit sind »soziale Landkarten« (Sachweh 2010), die Auskunft darüber geben, wie die Befragten die Gesellschaftsstruktur wahrnehmen und sich selbst in dieser verorten. Angesprochen werden vor allem Unterschiede zwischen den sozialen Schichten bzw. zwischen Arm und Reich. Auch die Ungleichheit der Geschlechter kommt zur Sprache; sie wird jedoch von der Mehrheit der Befragten erst thematisiert, wenn nach Erklärungen für die Unterrepräsentanz von Frauen im Management gefragt wird. Dies spricht dafür, dass Ungleichheit vor allem als materielle Ungleichheit thematisiert wird, während die Ungleichheit der Geschlechter für die meisten Befragten eine unreflektierte Selbstverständlichkeit darstellt.

### *Wahrnehmung sozialer Ungleichheit*

Für die große Mehrheit der Führungskräfte ist soziale Ungleichheit ein wichtiges Thema, das sie im Kontext von Gerechtigkeit thematisieren; etwa ein Drittel bezeichnet Ungleichheit als soziale Tatsache. Dies zeigt sich in Äußerungen wie »Ungleichheit hat es immer gegeben und die wird es immer geben« (R5-03: 82) oder »Ungleichheit, sie gehört zu den Menschen« (V-15: 94). Dabei dominiert die Vorstellung, dass soziale Unterschiede unveränderbar seien. Beispielsweise werden regionale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Großstädten und ländlichen Regionen wahrgenommen und für unterschiedliche Einkommens-, Bildungs- und kulturelle Teilhabechancen verantwortlich gemacht. Dies erscheint den Befragten als »vollkommen normal« (R4-04: 102): »Das war schon immer so. Es werden immer diese Unterschiede bleiben« (V-19: 35). Die Gesellschaft wird als Pyramide begriffen: »oben wird es immer dünner. Wir wissen schon, wir können nicht alle da oben hin. Das ist ein gesellschaftliches Phänomen, aber auch eine Realität« (R4-07: 97).

Für Deutschland konstatiert ein großer Teil der Befragten eine weitgehend realisierte Chancengleichheit. Dies tun auch Personen, die soziale Ungleichheit für eine gesellschaftliche Tatsache halten: Die Hälfte der Personen, die das Leben grundsätzlich ungerecht finden, hält das Leben *in Deutschland* für relativ gerecht. Die Aussagen sind einander ähnlich und enthalten fast alle einschränkende Einleitungen wie »ich glaube« oder »ich denke« oder Adverbien wie »grundsätzlich«, »im Prinzip« etc.: »von der Gesellschaft her in Deutschland sind wir so aufgebaut, dass es, denke ich mal, einen hohen Grad an Chancengleichheit gibt« (R4-01: 144). Das bedeutet, dass eine Person, die »begabt ist und den Willen hat« (R5-03: 82), sich also »wirklich Mühe gibt,

[...] erfolgreich sein« (R4-01: 144) und »sich weiterentwickeln« (R5-03: 82) kann, auch wenn sie »aus armen Verhältnissen« kommt (R4-01: 144). Als Grundlage für die bestehende Chancengleichheit in Deutschland wird das »für alle kostenlose« (V-07: 69) deutsche Bildungssystem verstanden: »Weil wir glücklicherweise die Zeiten überwunden haben, wo jemand abhängig von dem familiären Umfeld, in dem er aufwächst, seine Bildungschancen findet. Grundsätzlich kann jeder jeden Bildungsweg wahrnehmen« (V-22: 66).

## Erklärungen für soziale Ungleichheit

Die bestehenden »unterschiedliche[n] Lebenschancen« (R4-07: 97) in der Gesellschaft werden mit den ungleichen Ausgangsbedingungen der Individuen begründet. In den Interviews zeigt sich, dass die Ursachen, die die Führungskräfte zur Erklärung von Ungleichheit heranziehen, den größten Raum in ihren ungleichheitsbezogenen Äußerungen einnehmen. Dabei unterscheiden sich die Erklärungen für soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheit systematisch. Daher thematisiere ich zunächst die Erklärungen für soziale Ungleichheit, um danach die Äußerungen zu geschlechtsspezifischer Ungleichheit darzustellen und zu analysieren.

Die Erklärungen, die für soziale Ungleichheit geäußert werden, lassen sich in *individualistische*, *strukturalistische* und *fatalistische* Erklärungen gliedern (vgl. Sachweh 2010). Diese Gliederung, die der psychologischen Attributionsforschung zur Zuschreibung von Armutsursachen (Lepianka et al. 2009) entstammt, eignet sich gut, um die in den Interviews genannten Ursachen sozialer Ungleichheit darzustellen und zu systematisieren.

1. *Individualistische Erklärungen* führen soziale Ungleichheit auf die *unterschiedliche Ausstattung* der Individuen mit Anlagen und Fähigkeiten zurück oder auf individuell unterschiedliche Aspirationen und Anstrengungen. Während die erste Erklärung von einer Unabänderlichkeit individueller Unterschiede ausgeht, werden in der zweiten Erklärung die Individuen selbst für ihre soziale Position verantwortlich gemacht. Als konkrete Ursachen werden unterschiedlicher Leistungswille (25 Interviews), unterschiedliche Begabungen/angeborene Fähigkeiten (18 Interviews) und die unterschiedliche Nutzung von Chancen genannt (7 Interviews). Dass Menschen mit unterschiedlichen Begabungen geboren werden, wird als soziale Tatsache angesehen: »Und dass es eben gescheite Leute gibt und weniger gescheite, und manche, die von Geburt an eben ein bisschen mehr in die Wiege bekommen haben als andere, das ist einfach so« (V-23: 82). Wichtiger ist aber in den Augen der Befragten die ungleiche Leistungsbereitschaft der Individuen: »Aber der wesentliche Teil ist der eigene Leistungswille« (R4-07: 97). Dahinter steht die Vorstellung, dass jeder Mensch erfolgreich sein könne, wenn er nur wolle, was die meritokratischen Gerechtigkeitsvorstellungen der Befragten noch einmal zuspitzt. Begabungen führen aus dieser Sicht nur dann zum Erfolg, wenn sie mit Leistungsbereitschaft verbunden sind. »Es gibt viele, die auch hochintelligent sind, aber nicht dieses Engagement mitbringen, tatsächlich weiter voranzukommen« (R3-02: 129).

2. *Strukturalistische Erklärungen* sehen die Ursache für soziale Ungleichheit in der *Sozialstruktur*, insbesondere in der sozialen Herkunft (21 Interviews), die mit ungleichen Chancen (9 Interviews) und Bildungsunterschieden (7 Interviews) assoziiert wird: »wer glaubt, dass Bildung nichts mit Geld zu tun hat [...], der hat es nicht verstanden. [...] Dann schafft schon das Haus,

aus dem ich komme, sehr wohl die Möglichkeit, einfach Schritte zu gehen, die mir, hab ich nicht die finanziellen Mittel von zu Hause, etwas Gleiches eben nicht möglich machen« (R1-03: 83). Die Befragten sind sich darüber einig, dass soziale Herkunft und Sozialisation entscheidenden Einfluss auf die Lebenschancen der Individuen haben. Mit der Herkunft wird auf unterschiedliche soziale Lagerungen verwiesen, die mit Begriffen wie »gutbürgerlich«, »gehobene Bürgerschicht«, »finanziell besser situiert« bzw. »Proletariat«, »bildungsferne Schichten«, »einfachere Kreise« oder »einfachere Verhältnisse« bezeichnet werden. Ober- und Unterschicht werden mit anschaulichen, teilweise drastischen Sprachbildern als soziale Gegensätze beschrieben. Jemand, der »im Hinterhof« aufwächst, »vielleicht nur mit einem Elternteil«, hat »andere Chancen als jemand, der in einer wohlbehüteten gutbürgerlichen Familie aufwächst, wo alles in Ordnung ist« (R5-06: 92).

Eine weitere Gruppe strukturalistischer Erklärungen fokussiert auf die unterschiedliche Ausstattung der Individuen mit (Lebens-)Chancen. Als maßgeblich werden hierfür ungleiche *Bildungschancen* angesehen, die den Ausgangspunkt für andere Chancenungleichheiten bilden (zum Beispiel im Beruf), die sich im Lebensverlauf aufschichten. Als Ausgangspunkt wird das Schulsystem bezeichnet, das maßgeblich zur Verteilung von Lebenschancen beiträgt: »die Chancen werden ja sehr früh gestellt, [...] das differenziert sich ja dann schon in der Schule im Grunde genommen auch mit den Chancen« (R4-03: 132). Bildung wird von den Befragten als Voraussetzung für eine erfolgreiche Positionierung auf dem Arbeitsmarkt verstanden, und die aufgezeigten Ungleichheiten im Bildungssystem relativieren die Annahme einer grundsätzlichen Chancengleichheit in Deutschland.

3. *Fatalistische Erklärungen* verweisen auf Ursachen, auf die die Individuen keinen Einfluss haben und die ohne ihr Zutun entstanden sind. Dabei werden *überindividuelle, nicht-soziale Faktoren* herangezogen. Dieser werden als »Glück«, »Lebensschicksal«, »Pech« oder »Zufall« bezeichnet. Aus Sicht der Befragten ist es beispielsweise reiner Zufall, dass hübschere Kinder in der Schule bessere Noten bekommen, größere Menschen mehr Geld verdienen oder dass Kinder in ein bestimmtes Stadtviertel »hinein geboren« würden. Mit »Glück« erklären einige auch die eigene Karriere: »ich hab vielleicht auch Glück gehabt, Glück gehört immer ein bisschen dazu« (R4-07: 97). Auf diese Weise werden in die Erklärungen sozialer Ungleichheiten Gedanken eingeflochten, die den eigenen Lebenslauf und damit die erreichte Position in der Gesellschaft rechtfertigen. So berichten Befragte darüber, dass sie »von jemandem frühzeitig« erkannt worden seien (R5-01: 120), »den richtigen Sponsor« hatten (R4-07: 97), »zur rechten Zeit am rechten Ort« waren (R4-07: 97) oder »zufällig an dem Tag, an dem für eine Position jemand gesucht [wurde], denjenigen, die jemanden such[t]en, eingefallen« zu sein (R5-01: 120). Fatalistische Erklärungen werden nur von einer kleinen Befragtengruppe vertreten (7 Interviews); ihre Kernbotschaft besteht darin, dass die Welt als ungerecht verstanden wird, aber niemand für die Ungerechtigkeiten verantwortlich gemacht werden kann:

»es gibt ja aus einer Familie Kinder, die unheimlich viel Erfolg haben und viel Geld verdienen, andere Kinder, die sind glücklich, weil sie irgendwas machen, was ihnen gut gefällt und dritte Kinder, die sind ganz unglücklich, weil nichts klappt. Woran liegt das? Das ist Lebensschicksal, das jeder Einzelne hat, das kann nicht abgeladen werden bei der Gesellschaft, kann nicht abgeladen werden beim Staat. Der Staat hat nicht dafür zu sorgen, dass ich glücklich bin. Wenn ich das vom Staat verlange, dann ist es blöd.« (V-15: 88)

Da weder die Individuen noch die Gesellschaft (oder der Staat) ihr Lebensschicksal verändern können, bleibt aus Sicht der Führungskräfte nur eine Veränderungsmöglichkeit offen: die Haltung zum eigenen Leben – denn für das eigene Lebensglück sei jeder Mensch selbst verantwortlich.

Die *Zuordnung von Erklärungen* zu bestimmten Befragungspersonen zeigt, dass eine systematische Typisierung von Befragten und Ursachenzuweisungen nicht möglich ist. Vielfach werden in den Interviews mehrere Ursachen genannt; ein großer Teil der Führungskräfte geht davon aus, dass soziale Ungleichheit durch das Zusammenwirken *verschiedener* Ursachen zustande kommt. Häufig werden individuelle und strukturelle Ursachen miteinander verknüpft: »Ich würde eine Kombination aus ›es gibt ungleiche Begabungen‹ und ›es gibt ungleiche Chancen‹ wählen. Nicht jeder kann Topmanager werden, nicht jeder wird aber auch ein guter Kfz-Mechaniker« (R5-04: 115). Die *zusammenfassende Analyse* der drei Erklärungsansätze gibt Hinweise auf zwei Argumentationsfiguren, die sich widersprechende Erklärungen so miteinander verbinden, dass sie nicht als widersprüchlich erscheinen. Die eine Argumentationsfigur ist die Vorstellung von einem »Leistungswillen«, der stärker ist als individuelle Begabungen und strukturelle Benachteiligungen und damit ungleiche Ausgangspositionen überwinden kann. Entsprechend wird bei Menschen, die soziale Ungleichheiten skandalisieren, ein Mangel an Leistungswillen diagnostiziert: »Die Chancen sind im Prinzip da, also viele berufen sich eben auch auf ihre fehlenden Chancen, auf Ungleichbehandlung und, und, und. Aber weil sie vielleicht auch nicht die Leistung gebracht haben und von sich selber enttäuscht sind« (V-21: 108). Eine zweite Argumentationsfigur besteht in der moralisierenden Forderung, aus seinem Leben das Beste zu machen und nach dem eigenen »Lebensglück« zu streben. Dafür sei jeder selbst verantwortlich: »[M]an kann die Leute nicht zu ihrem Glück zwingen, selbst wenn man ihnen die gleichen Chancen geben würde, würden manche mehr und manche weniger daraus machen. Viel hängt schon an den unterschiedlichen Begabungen und die Leute sind ja auch auf unterschiedliche Art und Weisen glücklich« (R5-04: 115).

Auf diese Weise verbinden die Befragten biologistische und strukturalistische Erklärungen derart, dass aus daraus die Vorstellung einer grundsätzlichen Unauflösbarkeit sozialer Ungleichheit erwächst: Soziale Ungleichheit erscheint dann als naturgegebenes, in jeder Gesellschaft vorhandenes Phänomen, das als Tatsache akzeptiert werden muss.

#### *Wahrnehmung von Geschlechterungleichheit*

Während soziale Ungleichheit in den Interviews durchaus als gesellschaftliches Problem thematisiert wird, werden Geschlechterungleichheiten eher selten problematisiert. Dies liegt daran, dass die befragten Führungskräfte mehrheitlich von grundsätzlichen Geschlechtsunterschieden ausgehen, die sie als angeboren oder sozialisationsbedingt erklären. Diese Unterschiede werden weder von weiblichen noch von männlichen Führungskräften hinterfragt; vielmehr werden sie als Ursache dafür angesehen, dass sich Männer und Frauen unterschiedlich verhalten und ihnen unterschiedliche Aufgaben in der Gesellschaft zukommen. Die Äußerung einer weiblichen Führungskraft ist hier beispielhaft: »ich denke schon, dass Männer und Frauen unterschiedliche Qualitäten haben und unterschiedliches Herangehen auch haben an Aufgabenstellungen, auch an Problemlösungen, und unterschiedlich agieren auch im Umgang mit den anderen Menschen« (R5-05: 102).

Allerdings werden die Eigenschaften, die Frauen zugeschrieben werden, unterschiedlich bewertet: Während die einen Befragten Frauen als verantwortungsbewusster und sozial kompetenter einschätzen, unterstellen andere Führungskräfte Frauen Verhaltensdefizite im Umgang mit Unternehmensstrukturen und beim strategischen Handeln. Sie sehen diese Defizite auch als Ursache für die weibliche Unterrepräsentanz in Führungspositionen an.

Die Analyse der Männern und Frauen zugeschriebenen Eigenschaften ergibt ein widersprüchliches Bild: Frauen werden im Vergleich zu Männern entweder als die besseren oder als die schlechteren Führungskräfte angesehen. Entsprechend werden unterschiedliche Forderungen an Frauen, aber auch an Unternehmen gestellt: Werden Frauen als schlechtere Führungskräfte angesehen, sollen sie aus Sicht der Befragten Verhaltensweisen ihrer männlichen Kollegen übernehmen. Werden sie als die besseren Führungskräfte eingeschätzt, sollten Unternehmen Frauen schon aus wirtschaftlichen Erwägungen stärker fördern. Dass Frauen in diesem Fall als die besseren Führungskräfte bewertet werden, heißt allerdings nicht, dass ihre Unterrepräsentanz im Management zwangsläufig auf andere als individuelle Ursachen zurückgeführt wird: Auch in diesem Fall können ihnen immer noch Defizite, zum Beispiel in der Karriereplanung oder in der Selbstdarstellung, attestiert werden, so dass ihnen auch in diesem Fall häufig geraten wird, als ›männlich‹ konnotierte Verhaltensweisen zu übernehmen – insbesondere von weiblichen Befragten.

#### *Erklärungen für die Ungleichheit der Geschlechter*

Geschlechterungleichheit wird von den Führungskräften vor allem im Hinblick auf die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen wahrgenommen. Im Mittelpunkt ihrer Erklärungen für diese Unterrepräsentanz steht das Argument, dass Frauen Kinder bekommen. Care-Verpflichtungen werden grundsätzlich den Frauen zugeschrieben: Es wird als soziale Tatsache angesehen, dass diese die Betreuungsverantwortung für ihre Kinder übernehmen. Die Führungskräfte nehmen an, dass Mütter zumindest eine Zeitlang ihre Berufstätigkeit unterbrechen oder ihre Arbeitszeit reduzieren, und dass sie zu Hause bleiben, wenn das Kind krank ist. Die Fertilität der Frau bestimmt aus Sicht der Befragten aber nicht nur ihr Verhalten als Mutter, sondern das ganze weibliche Leben. Dies bezieht die biologische Ausstattung mit bestimmten, als weiblich konnotierten Eigenschaften ebenso wie die ›weibliche‹ Sozialisation, Berufswahl und Lebensplanung mit ein.

Im Überblick lassen sich die Erklärungen der Führungskräfte vier verschiedenen Ebenen zuordnen, die in ihrer Struktur teilweise den Erklärungen für soziale Ungleichheit entsprechen.

1. *Strukturalistische Erklärungen* gehen davon aus, dass die Struktur betrieblicher Anforderungen, Aufgaben und Arbeitsweisen Karriere und Familie ausschließt. Als Grundannahme wird formuliert, dass sich Frauen zwischen Karriere und Familie »entscheiden« müssen. Dass sich eine Familie nicht mit einer Vollzeittätigkeit vereinbaren lasse, wird mit den Karrierenormen im Unternehmen begründet, nach der Führungspositionen nicht als Teilzeitpositionen und Karrieren nicht mit beruflichen Unterbrechungen denkbar sind, sondern auf ständiger Anwesenheit und (wachsender) Berufserfahrung beruhen und die ganze Persönlichkeit ihres Inhabers bzw. ihrer Inhaberin erfordern.

2. *Kulturalistische Erklärungen* machen die »Kultur« in Deutschland, insbesondere vorherrschende traditionelle Geschlechterrollen, dafür verantwortlich, dass berufstätige Mütter weder anerkannt noch infrastrukturell unterstützt würden. Entsprechend wird angenommen, dass Frauen durch das fehlende Ansehen von »Karierefrauen« und die Belastungen durch eine fehlende Kinderbetreuungs-Infrastruktur von einer Unternehmenskarriere abgehalten werden.

3. *Individualistische Erklärungen* gehen davon aus, dass Frauen durch ihre Berufs- und Studienfachwahl sowie durch ihr Verhalten im Unternehmen die falschen Voraussetzungen mitbringen, um Karriere zu machen. Eine weitere Erklärung nimmt an, dass Frauen gar nicht Karriere machen bzw. Führungspositionen einnehmen wollen, weil sie »andere Prioritäten« (R3-02: 131) setzen. Individualistische Argumentationen gehen von freiwilligen und aktiven Entscheidungen der individuellen Frauen aus und beruhen auf der Prämisse, dass grundsätzlich Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen bestehe.

4. *Akteurszentrierte Erklärungen*, die von einer Minderheit weiblicher Befragter geäußert werden, nehmen an, dass (vor allem männliche) Akteure im Unternehmen Frauen bei der Auswahl und Förderung benachteiligen. Aus ihrer Sicht geht es um »das ewige Thema, dass sich die meisten Männer, insbesondere in Konzernstrukturen, immer noch schwer tun, Frauen zu akzeptieren und hochkommen zu lassen« (R5-08: 86).

In vielen Interviews werden strukturalistische, kulturalistische und individualistische Erklärungen so miteinander verbunden, dass sie aufeinander aufbauen. Danach erschweren Rahmenbedingungen auf der gesellschaftlichen Makroebene (traditionelle Geschlechterrollen, auf diesen aufbauende sozialstaatliche Arrangements und eine defizitäre Betreuungs-Infrastruktur) Frauen eine kontinuierliche Vollzeittätigkeit, was aber die Voraussetzung für eine Karriere wäre. Unter diesen Bedingungen, so wird angenommen, entscheiden sich viele Frauen für ein Leben mit Kindern statt für eine Karriere. In der *zusammenfassenden Analyse* zeigt sich, dass die strukturellen Faktoren als genau so wenig veränderbar angesehen werden wie die »Natur« der Frau.

## Fazit

Bei der Wahrnehmung, Bewertung und Erklärung sozialer und geschlechtsspezifischer Ungleichheit zeigen sich etliche Übereinstimmungen. Beide Ungleichheitsdimensionen werden mit Argumenten der *Leistungsgerechtigkeit* erklärt: Es werden unterschiedliche Begabungen, Verhaltensweisen und Leistungsmotivationen als Ursachen angesehen. Die Vorstellung, dass Aufstieg von Motivation, Lernbereitschaft und Arbeitseinsatz abhängt, legt den Eindruck nahe, dass er von jedem und jeder erreichbar ist. Die neoliberale Idee eines unternehmerischen Selbst, die sich in den aktuelleren Wirtschaftsdiskursen zeigt (vgl. Bröckling 2002), geht in die Deutungsmuster der Führungskräfte ein. Dazu gehört auch die Behauptung, dass zumindest ein Teil der Lösung für den Abbau von Ungleichheiten bei den Individuen selbst liege. Entsprechend wird von Angehörigen benachteiligter sozialer Gruppen erwartet, dass sie die Chancen nutzen, die ihnen die Gesellschaft zur Verfügung stellt; von den Frauen, dass sie von ihren männlichen Kollegen lernen und ihren familiären Lebensbereich so organisieren, dass sie eine kontinuierliche Vollzeittätigkeit ausüben können.

Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit zeigt sich auch in den Forderungen an Staat und Gesellschaft. Diese sind nach Ansicht der Befragten verantwortlich für die Gewährleistung von Chancengleichheit in den Ausgangsbedingungen: Der Staat soll die dafür erforderliche Infrastruktur (für Bildung bzw. Kinderbetreuung) bereitstellen, und die Gesellschaft soll Werte und Einstellungen so verändern, dass die Nutzung dieser Infrastruktur auch faktisch möglich ist, damit sich Frauen und Männer in gleicher Weise einem gesellschaftlichen (Leistungs-)Wettbewerb stellen können. Staat und Gesellschaft erscheinen in den Interviews als abstrakte, unpersönliche Entitäten, die außerhalb der Führungskräfte liegen; konkretes staatliches Handeln in Form von gesetzlichen Regelungen oder Quoten wird als wirkungslos und leistungsfeindlich abgelehnt.

Die Analyse der Wahrnehmungen und Bewertungen gesellschaftlicher Ungleichheit, die in den Interviews zur Sprache kommen, führt zu der Schlussfolgerung, dass Ungleichheit für Führungskräfte der deutschen Wirtschaft als grundsätzlich unabänderlich erscheint und nur durch individuelle Anstrengungen überwunden werden kann. Entsprechend können die Führungskräfte und ihre Unternehmen wenig zu ihrem Abbau unternehmen. Auf diese Weise können gesellschaftliche Forderungen nach einer größeren Unternehmensverantwortung als gegenstandslos zurückgewiesen werden. Durch die Selbstwahrnehmung als »Leistungsträger« bzw. als Leistungselite in Verbindung mit ihrer Annahme, dass in Deutschland grundsätzlich Leistungsgerechtigkeit herrsche, trägt das Selbst- und Gesellschaftsverständnis der Führungskräfte dazu bei, die eigene privilegierte Position auch angesichts manifester sozialer und geschlechtsspezifischer Ungleichheitsverhältnisse zu legitimieren. Die Analyse der ungleichheitsbezogenen Interviewpassagen zeigt außerdem, wie sich Deutungsmuster und Handlungen gegenseitig stabilisieren. So gehen die befragten weiblichen Führungskräfte davon aus, dass sie angesichts vielfach berichteter Benachteiligungen ihre berufliche Position durch besondere Leistungen erreicht hätten. Entsprechend lehnen sie Gleichstellungsgesetze und Frauenquoten ab, denn aus ihrer Sicht würden Eingriffe von außen, die Unternehmenskarrieren für alle Frauen erleichtern, ihre eigenen Karriereanstrengungen entwerten. Dies zeigt sich auch in den öffentlichen Diskussionen zum Thema.

Veränderungen in den Handlungspraxen der Wirtschaftselite werden damit unwahrscheinlich, solange männliche wie weibliche Führungskräfte kein Interesse an einer Veränderung der Situation haben und ihre Interessen von den herrschenden Deutungsmustern gestützt werden. Untersuchungen zur Verbreitung meritokratischer Deutungsmuster in der Gesamtgesellschaft (Hadjar 2008; Sachweh 2010) zeigen zudem, dass an individuellen Leistungen und Belohnungen orientierte Gerechtigkeitsvorstellungen von großen Teilen der deutschen Gesellschaft geteilt werden. Gleichzeitig kann von einem gewissen Desinteresse der Führungskräfte an den bestehenden Ungleichheiten ausgegangen werden, solange diese ihr unternehmerisches Handeln nicht tangieren. So zeigt die Gesamtanalyse aller Deutungsmuster, dass diese sich vor allem nach der Betroffenheit der befragten Führungskräfte von einem Handlungsproblem unterscheiden (Aleman 2015): Je weniger die Befragten von einem Problem betroffen sind, desto allgemeiner sind ihre Deutungen und desto weniger wird ein Handlungsbedarf wahrgenommen.

Der theoretische Bezug von Deutungsmustern auf Handlungsprobleme macht deutlich, warum sich Deutungsmuster und Handlungspraxen gegenseitig stützen: Solange das Interesse hochrangiger Führungskräfte an der Beibehaltung bestehender Ungleichheiten größer ist als am Abbau von Benachteiligungen, werden sich weder Handlungspraxen noch die dahinter liegenden Deutungen verändern. Ein grundlegender Wandel scheint nur dann möglich zu sein,

wenn mit machtvollen Ressourcen ausgestattete Akteur/-innen ihre Interessen im Handlungsfeld der Wirtschaft vertreten. Einflussreich sind auch von außen eingeleitete Veränderungen, z. B. Gesetze und Quotenregelungen, und schon die Ankündigung politischer Maßnahmen führt oft zu Initiativen der Wirtschaft (vgl. Spiliotis 2007). Wirkungsvoll sind auch gesellschaftliche Entwicklungen und mit ihnen verbundene Diskurse, beispielsweise im Kontext des prognostizierten demographischen Wandels oder der Männer- und Väterbewegung. Erst wenn also bewährte Handlungspraxen selbst problematisch werden, wird es notwendig, eigene Deutungsmuster zu verändern.

## Literatur

- Alemann, A. von 2007: Gleichstellung per Gesetz? Vom Gesetzentwurf zum Deal zwischen Regierung und Wirtschaftsverbänden. In P. Imbusch, D. Rucht (Hg.), *Profit oder Gemeinwohl?* Wiesbaden: VS, 161–199.
- Alemann, A. von 2015: *Gesellschaftliche Verantwortung und ökonomische Handlungslogik. Deutungsmuster von Führungskräften der deutschen Wirtschaft.* Wiesbaden: Springer VS.
- Bröckling, U. 2007: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Diewald, M., Faist, T. 2011: Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten: Soziale Mechanismen als Erklärungsansatz der Genese sozialer Ungleichheiten. *Berliner Journal für Soziologie*, 21. Jg., 91–114.
- Hadjar, A. 2008: Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion. Wiesbaden: VS.
- Hartmann, M. 2013: *Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?* Frankfurt am Main: Campus.
- Hoffmann-Lange, U. 2003: Das pluralistische Paradigma der Elitenforschung. In S. Hradil, P. Imbusch (Hg.), *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen.* Opladen: Leske + Budrich, 111–118.
- Keller, R. 2007a: *Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen.* 3., aktual. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Keller, R. 2007b: Diskurs/Diskurstheorien. In R. Schützeichel (Hg.), *Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung.* Konstanz: UVK, 199–213.
- Lepianka, D., van Oorschot, W., Gelissen, J. 2009: Popular Explanations of Poverty: A Critical Discussion of Empirical Research. *Journal of Social Policy*, 38. Jg., Heft 3, 421–438.
- Meuser, M., Sackmann, R. 1992: Zur Einführung: Deutungsmusteransatz und empirische Wissenssoziologie. In M. Meuser, R. Sackmann (Hg.), *Analysen sozialer Deutungsmuster. Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie.* Pfaffenweiler: Centaurus, 9–37.
- Oevermann, U. 2001a: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern. *Sozialer Sinn*, 2. Jg., 3–33.
- Oevermann, U. 2001b: Die Struktur sozialer Deutungsmuster. Versuch einer Aktualisierung. *Sozialer Sinn*, 2. Jg., 35–81.
- Platz, C., Schetsche, M. 2001: Grundzüge einer wissenssoziologischen Theorie sozialer Deutungsmuster. *Sozialer Sinn*, 2. Jg., 511–536.
- Sachweh, P. 2010: *Deutungsmuster sozialer Ungleichheit.* Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Spiliotis, S.-S. 2007: Erzwungene Kooperation? Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. In P. Imbusch, D. Rucht (Hg.), *Profit oder Gemeinwohl? Fallstudien zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wirtschaftseliten.* Wiesbaden: VS, 109–130.
- Ullrich, C. G. 1999: Deutungsmusteranalyse und diskursives Interview. *Zeitschrift für Soziologie*, 28. Jg., 429–447.



Witzel, A. 2000: Das problemzentrierte Interview. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 1. Jg., Heft 1, Art. 22. Internetquelle: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132>, letzter Abruf 20. Januar 2015.

# Ernährende Frauen – prekäre Männer

## Milieuspezifische Bewältigungsstrategien und Geschlechterarrangements in Female-Breadwinner-Couples

Sarah Speck

*Beitrag zur Veranstaltung »Aktuelle Forschungsprojekte zu Sozialstruktur und sozialer Ungleichheit« der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse – organisiert von Olaf Groh-Samberg*

Parallel zu den Transformationen der Erwerbswelt seit den siebziger Jahren, die von der Industrie- und Arbeitssoziologie zeitdiagnostisch unter Begriffen wie Flexibilisierung, Entgrenzung, Subjektivierung, Prekarisierung und Aktivierung gefasst wurden (unter anderem Sennett 2000; Voß 1998; Lohr, Nickel 2005; Castel 2000; Castel, Dörre 2009; Brinkmann et al. 2006; Lessenich 2008) und die als Formen kapitalistischer Krisenbewältigung verstanden werden können, vollzogen sich auch weitreichende Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen. Dass diese Prozesse miteinander interagieren und diese Zusammenhänge als solche untersucht werden müssen, hat besonders die Geschlechterforschung hervorgehoben (unter anderem Aulenbacher et al. 2007; Aulenbacher 2009; Frey et al. 2010; Hark, Laufenberg 2013; Nickel, Heilmann 2013). So ist die Erosion des männlichen Ernährermodells als eine der zentralen Veränderungen in der Erwerbslandschaft gleichermaßen auf die Deregulierung des Arbeitsmarktes, das sinkende Lohnniveau und die Durchsetzung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen wie auf »neue Formen der Nutzung der Arbeitskraft« (Voß, Pongratz 1998). Seit den siebziger Jahren waren es zunehmend auch Frauen, vor allem aus den mittleren sozialen Lagen, die ihre Erwerbsbiographie auf das Versprechen des neuen Kapitalismus, sich in beruflichen Projekten verwirklichen zu können (Boltanski, Chiapello 2003), ausrichteten. Auch wenn diese Prozesse von unterschiedlichen Seiten benannt und beschrieben wurden, sind gleichwohl eine Reihe von Fragen ungeklärt. So steht die Erforschung der Auswirkungen der Umstrukturierungen der Arbeitswelt auf Männlichkeiten und Weiblichkeiten noch am Anfang. Und es stellt sich etwa die Frage, ob die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse auch zu einer Prekarisierung von Geschlechtsidentitäten führt (Motakef 2015). Insbesondere für das Feld der Männlichkeitsforschung ist relevant, was passiert, wenn die Erwerbsrolle als zentrale Säule industriegesellschaftlicher hegemonialer Männlichkeit wegbricht (Connell, Wood 2005; Meuser 2010). Inwieweit führt

die Krise der Arbeit zu einer Krise der Geschlechter? Geht man theoretisch von einem Zusammenhang von Klasse und Geschlecht, bzw. genauer von Milieukonstellationen und Geschlechterverhältnissen aus (Koppetsch, Burkart 1999), so drängt sich zudem die Frage auf, welche sozialstrukturellen Veränderungen der Wandel der Erwerbswelt nach sich zieht. Wenn die Frage der Ausgestaltung von Männlichkeiten und Weiblichkeiten für die Lebensführung und Distinktionsmuster eines Milieus zentral ist, wie reagieren die einzelnen Milieus auf die Transformationen der Arbeitswelt? Welche neuen Geschlechterarrangements lassen sich womöglich finden und wo zeigen sich Beharrungskräfte? Für die Erforschung von Prozessen der Prekarisierung schließlich ist die Milieufrage ebenfalls bedeutsam, insofern davon auszugehen ist, dass der Umgang mit einer unsicheren Erwerbssituation sich in unterschiedlichen sozialen Lagen je anders gestaltet. Zum einen, da unterschiedliche Leitbilder guter Arbeit handlungsleitend sind, zum anderen, da je nach Milieu auf andere Ressourcen zurückgegriffen werden kann. Die Transformationen der Erwerbslandschaft werfen also nicht nur für die Arbeits-, Industrie- und Geschlechtersoziologie, sondern auch für die Sozialstrukturanalyse und die Analyse sozialer Ungleichheiten eine Reihe von spannenden Forschungsfragen auf.

## Familienernährerinnen

Der vorliegende Beitrag setzt an der Schnittstelle dieser soziologischen Arbeitsbereiche an und möchte diesen Fragen anhand einer qualitativen Untersuchung von Paaren respektive Familien, in denen die Frau das Haupteinkommen bezieht, nachgehen.<sup>1</sup> Die wachsende Zahl solcher Paarhaushalte ist eines der Phänomene, das den Wandel der Erwerbswelt wie der Geschlechterverhältnisse widerspiegelt. Zwar ist sie in Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern, etwa den USA oder Frankreich, noch relativ gering (Klenner et al. 2012: 27). Doch machen Frauen, die über 60 Prozent zum Haushaltseinkommen beisteuern, nach den letzten Berechnungen in Ostdeutschland bereits 13 Prozent und in den alten Bundesländern immerhin 9,5 Prozent der Paarhaushalte aus (Brehmer et al. 2010: 22) und es ist davon auszugehen, dass der Anteil weiter steigen wird.<sup>2</sup> Da die Zunahme von Familienernährerinnen vor allem auch auf den Abbau traditionell männlicher Berufe in Industrie und Fachhandwerk bei gleichzeitigem Wachstum des Dienstleistungssektors, in dem insbesondere Frauen zu vergleichsweise geringen Löhnen beschäftigt sind, zurückzuführen ist, stehen viele Familien mit weiblicher Ernährerin finanziell nicht besonders gut da, wie die ersten Pionierarbeiten zu Fami-

---

1 Das von der DFG geförderte Projekt wurde unter dem Titel *Prekäre Verhältnisse? Erwerbsunsicherheiten und der Wandel von Geschlechterarrangements in Paarbeziehungen im Milieuvvergleich* an der TU Darmstadt durchgeführt (Laufzeit Juni 2012 bis Juni 2014, Projektleitung: Prof. Dr. Cornelia Koppetsch). Das aus dem Projekt hervorgegangene Buch erscheint in Kürze (Koppetsch, Speck 2015).

2 In den USA wird der Anteil der Paarhaushalte mit Familienernährerin für 2004 mit 25 Prozent, in Frankreich für 2007 mit 20 Prozent (beide Partner unter 55 Jahren) angegeben. In Großbritannien und Österreich ist deren Anteil auf einem vergleichbar niedrigen Niveau wie in Deutschland (Klenner et al. 2012: 27). Bezieht man Alleinerziehende mit ein, so ist die Zahl sogleich bedeutsam höher. In Ostdeutschland wird jeder vierte Mehrpersonenhaushalt, in dem mindestens eine Erwerbsperson lebt, überwiegend von dem Einkommen einer Frau versorgt (Klenner et al. 2012: 27)

liernährerinnen in Deutschland zeigen konnten (Klammer 2012; Klenner et al. 2012). Doch ist dieser Trend nicht auf gering qualifizierte Arbeitnehmerhaushalte beschränkt, sondern zeigt sich in allen Qualifikationsstufen, das heißt milieuübergreifend (Klammer et al. 2012: 50 ff.). Im Rahmen unseres Forschungsprojekts haben wir solche Paare, ihre Geschlechterarrangements und Paardynamiken in den Blick genommen und dabei den Milieuvergleich ins Zentrum des Interesses gerückt: Was passiert, wenn sich der Mann in einer unsicheren Erwerbssituation befindet und kein Ernährer mehr sein kann und welche Bewältigungsstrategien zeigen sich? Findet bei einem deutlichen Mehrverdienst der Frau ein Rollentausch statt und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Werden Geschlechterarrangements neu ausgehandelt und welche Rolle spielen dabei milieuspezifische Leitbilder und Muster der Lebensführung?

Im Rahmen unserer qualitativen Studie haben wir 29 heterosexuelle gemeinsam haushaltende Paare mit und ohne Kinder aus drei unterschiedlichen Sozialmilieus befragt, in denen die Frau mindestens 60 Prozent des Haushaltsnettogesamteinkommens verdient und der Mann erwerbslos oder prekär beschäftigt ist.<sup>3</sup> In Anlehnung an den in *Die Illusion der Emanzipation* erarbeiteten Milieuansatz von Cornelia Koppetsch und Günter Burkart (1999) gehen wir von einem Zusammenhang von Milieus und Geschlechterkonstellationen aus. Die ökonomische Lage verstehen wir als zentrales Kriterium sozialer Milieus – doch spielen auch Fragen der Distinktion durch Lebensstile und Wertorientierungen eine Rolle (Bourdieu 1982). Das Geschlechterverhältnis verstehen wir dabei nicht als Variable, das den Milieucharakterisierungen hinzugefügt werden kann, vielmehr stellt es ein »linking Concept« dar (Koppetsch, Burkart 1999: 13, siehe auch Connell 1987, 1995), mittels dessen verschiedene Lebensbereiche, vor allem die beruflich-öffentliche und die Privatsphäre, aufeinander abgestimmt werden. Das bedeutet erstens, dass die Leitbilder und Vorstellungen von Geschlecht sich unterscheiden und konstitutiv für die jeweiligen Milieus sind, und zweitens, dass es kein vor oder unabhängig von der Klassendifferenzierung bestimmtes Verhältnis von Macht und Ungleichheit zwischen den Geschlechtern gibt. Ausgehend von Koppetsch und Burkart haben wir unsere InterviewpartnerInnen aus drei unterschiedlichen Milieus rekrutiert: dem »traditionalen« Arbeitermilieu (Koppetsch, Burkart 1999: 29 ff.), dem Milieu der mittleren Angestellten, das aufgrund der zentralen Wertorientierungen als »familistisch« bezeichnet werden kann (Koppetsch, Burkart 1999: 95 ff.), und dem urban-akademischen »individualisierten« Milieu (Koppetsch, Burkart 1999: 145 ff.).<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Die Paare wurden in leitfadengestützten Interviews zunächst getrennt und dann gemeinsam befragt. Der Leitfaden enthielt Fragen zur sozialen Lage, zur eigenen sowie zur Partnerschaftsbiographie, zur aktuellen Erwerbssituation, zur praktischen Lebensführung sowie zur Bewertung und Einschätzung dieser Praxis. Inhaltliche Schwerpunkte waren zum einen Fragen zum Einkommen der Partner und zum Umgang mit Geld, zum anderen Fragen zur konkreten Haushaltsführung und Arbeitsteilung. Die Auswertung folgte dem Prinzip der Fallrekonstruktion. Das methodische Vorgehen war angelehnt an die Grundsätze der objektiven Hermeneutik, die sich besonders gut zum Aufdecken latenter Strukturen eignet. Zum genaueren Vorgehen siehe Koppetsch und Speck (2015).

<sup>4</sup> In der Studie von Koppetsch und Burkart (1999) wurden die Milieus durch einen methodischen Prozess der wechselseitigen Abstimmung von Strukturkategorien – in erster Linie Bildung und Beruf – sowie Kategorien der kulturellen Orientierung (Leitvorstellungen, Kodes) gewonnen. Es wurden schließlich drei Milieus mit folgenden Kodierungsformen von Paarbeziehungen unterschieden: im individualisierten Milieu der egalitäre Partnerschaftskode; im familistischen Milieu eine an Geschlechterkomplementarität orientierte Gemeinschaft,

Dabei erheben wir nicht den Anspruch, eine vollständige Milieulandkarte zu zeichnen – vielmehr erlaubt uns dieses Vorgehen, signifikante soziale Kontraste darstellen. Auch im Rahmen dieses Beitrags sollen vor allem die Unterschiede in den milieuspezifischen Bewältigungsstrategien in den Vordergrund gerückt werden. Ich werde zunächst anhand von drei Fallbeispielen die idealtypischen Arrangements der Milieus skizzieren und mich dann auf die Bewältigungsstrategien des individualisierten Milieus konzentrieren.

## Moderne Paare?

Frank Maus und Lisa Müller sind ein individualisiertes Paar: Beide haben Architektur studiert und leben gemeinsam mit ihrem einjährigen Kind in einer städtischen Altbauwohnung. Lisa arbeitet freiberuflich als Architektin und hat ein monatliches Nettoeinkommen von etwa 2.000 Euro, Frank konnte in seinem erlernten Beruf nicht Fuß fassen und hat sich selbstständig gemacht. Er fertigt auf Auftragsbasis Schilder an und verdient ein Netto von circa 400 Euro. Haus- und Familienarbeit wollen sie sich teilen. Entsprechend hat das Paar vereinbart, dass erst Lisa und dann Frank sieben Monate zu Hause bleibt, um sich ganztägig um das Kind zu kümmern. Dieses Rotationsprinzip steht für den Gleichheitsanspruch beider, der sich auch im finanziellen Arrangement widerspiegelt: Frank und Lisa haben getrennte Konten, die monatlichen Kosten werden halbiert, da sie zu gleichen Teilen beglichen werden sollen. Damit dies möglich ist, leiht Lisa Frank regelmäßig Geld: Im Moment könne Frank seinen Beitrag nicht leisten, prinzipiell aber schon.

Für Andrea Kindel, eine Erzieherin, wäre eine solche Konstellation ziemlich undenkbar. Sie verdient 1.650 Euro netto, ihr Mann Ralf ist in seinem erlernten Beruf als Drucker erwerbslos geworden und befindet sich gegenwärtig in einer Umschulung zum IT-Spezialisten. Vom Arbeitsamt erhält er 800 Euro. Dass sie während der Arbeitslosigkeit ihres Mannes das gemeinsame Leben finanziert hat, empfindet Andrea Kindel als unproblematisch. Sie kritisiert nur, dass er gelegentlich seinen »Arsch nicht hoch[ge]kriegt«, sich nicht beworben habe. Sie wünscht sich, dass ihr Mann bald wieder »was Sicheres« hat. Als belastend erlebt sie die Situation vor allem, weil die »weitere Planung« an ihm hänge – sie könne »erst 'n Kind haben wenn er 'n Job hat«. Auch bei Andrea und Ralf ist nicht vorgesehen, dass die Frau den Mann mit »aushält«.

Noch anders gestaltet sich die Situation bei Hans und Christina Gärtner. Nachdem Hans, gelernter Anlagenmechaniker und zuletzt in der Internetbranche tätig, plötzlich arbeitslos wurde und absehbar war, dass er wahrscheinlich keine Stelle mehr finden würde, wechselt das Paar kurzerhand die Rollen: Christina sattelt in ihrer Behörde von einer Teilzeit- auf eine Vollzeitstelle um, wird Alleinverdienerin – Hans kümmert sich in erster Linie um den Haushalt und die Kinder. Nebenbei übt er Ehrenämter in der Kirchengemeinde und Schule aus. Seine baldige Rückkehr in das reguläre Erwerbsleben wird weder von Hans noch von Christina angestrebt. Anders als bei Andrea, die sich vorbehält, bei finanziellen Ausgaben das letzte Wort zu haben, da sie das Geld

---

die Werte wie Solidarität und Gemeinsinn in den Vordergrund stellt; im traditionellen Milieu die hierarchische Sphärentrennung und der rituelle Patriarchalismus (Koppetsch, Burkart 1999: 16).

ja auch verdienen, betonen Gärtners, dass sie gemeinsam über Anschaffungen entscheiden. Beide haben Zugriff auf ein gemeinsames Konto.

Wir sehen hier drei ganz unterschiedliche Arten des Umgangs mit einer prekären Erwerbssituation des Mannes. Im traditionellen Handwerker- und (Fach-)Arbeitermilieu finden wir auf der Ebene der Leitbilder eine starke Orientierung am Ernährermodell. Es bestätigt sich die für dieses Milieu etwa bei Dörre (2007) herausgearbeitete Beharrungstendenz traditioneller Geschlechterverhältnisse. Aus diesem Grund geraten Paare mit Erwerbsunsicherheit des Mannes in eine Krise. Die Männer aus unserem Sample, die diesem Milieu entstammen, haben klassische Arbeiterberufe des Fachhandwerks gelernt – sie sind Kunststoffdrucker, Maler, Schlosser, Lagerist oder Gärtner.<sup>5</sup> Bei der Paarwerdung wurde davon ausgegangen, dass der Mann die Familie ernähren können würde. Diese Ordnung soll im Sinne der Orientierung an der Normalbiographie und der Respektabilität im sozialen Umfeld auch schnellstmöglich wieder hergestellt werden. Typischerweise wird nun der Weg der Umschulung gewählt, der für viele Paare zugleich ein Weg zum sozialen Aufstieg darstellt. Die erlernten Facharbeiterberufe gehören zu dem seit den neunziger Jahren schrumpfenden und absteigenden Segmenten des Erwerbssystems. Die Männer streben nun an, in einen »White-Collar«-Beruf, typischerweise im kaufmännischen Bereich oder in der IT-Branche zu gelangen. In dieser von den Paaren als temporär gedeuteten Situation übernimmt die Frau die führende Rolle: Sie fordert den Mann auf, sich nach Arbeit umzusehen und da sie neben der Führung des Haushalts nun auch das gemeinsame Leben finanziert, trifft sie in der Regel auch die zentralen anfallenden Entscheidungen. Auf der Ebene der alltäglichen Lebensführung reagieren Paare aus dem traditionellen Milieu also in gewisser Weise mit einer Modernisierung – anders als im individualisierten Milieu wird die neue Rolle der Frau als Familienernährerin nicht verschleiert. Doch geschieht dies unter der Annahme, dass alles bald wieder seine »rechte Ordnung« haben werde. Treffender ist also die Bezeichnung einer Modernisierung wider Willen. In diesem Sinne sind auch die typischen Bewältigungsstrategien der Entdramatisierung und der Inszenierung von Handlungsmächtigkeit, beispielsweise auch im Konsumverhalten, zu verstehen: Am Auto oder anderen Statussymbolen, wie

---

<sup>5</sup> Daran, dass die Frauen meist keine typischen Arbeiterinnenberufe wie etwa Verkäuferin oder Putzfrau ergriffen haben, sondern einfache Berufe im Dienstleistungs- und Pflegebereich wie zum Beispiel Altenpflegerin, Hotelfachfrau, Krankenschwester, Erzieherin oder Bürokauffrau, zeigt sich der allgemeine gesellschaftliche Trend zur Höherqualifizierung des Arbeitermilieus und deren stärkere Integration in die Mittelschicht, was mit einer Umstellung auf höhere Bildungszertifikate einhergeht. Wo früher ein Hauptschulabschluss genügte, wird heute oft die Mittlere Reife gefordert (Geißler 2006: 282). Dabei sind es oftmals die Frauen, die durch ihre Dienstleistungsberufe den sozialen Status der Familie verbessern. Insgesamt sind in unserem Sample die Frauen etwas höher qualifiziert als die Männer. Die Frauen aus dem Arbeitermilieu haben häufiger als ihre Partner die Realschule besucht, im familistischen Milieu haben die Frauen häufiger das Abitur gemacht, manchmal haben sie im Gegensatz zu ihren Männern auch ein Studium absolviert. Die befragten Frauen aus dem familistischen Milieu verdienen gut bis sehr gut – ihre Männer, die in der Regel nach einem Realschulabschluss eine mittlere Berufslaufbahn eingeschlagen haben, meist deutlich weniger. Lediglich im individualisierten Milieu waren die Partner gleich gut qualifiziert, allerdings haben auch hier die Frauen einen höheren Verdienst, da sie als naturwissenschaftlich oder technisch ausgebildete wissenschaftliche Mitarbeiterin, Informatikerin, Juristin, Entwicklungshelferin, Psychologin oder Ärztin arbeiten. Das ökonomische Gefälle zugunsten der Frau ist also nicht durch unterschiedliche Ausbildungsniveaus begründet, sondern entsteht durch die Berufswahl bzw. bei der Berufseinmündung.

etwa dem Handy, wird nicht gespart. Das bedeutet auch, dass im traditionellen Milieu weder das Leitbild einer guten Beziehung, noch die Geschlechtervorstellungen oder das Leitbild guter Arbeit an die Veränderungen der Erwerbslandschaft angepasst werden. Während die eigene Erwerbsbiographie in anderen Milieus fast schon selbstverständlich in zeitlich befristeten Projekten gedacht wird (Boltanski, Chiapello 2003) und dies im Sinne der Selbstverwirklichungsnorm auch als wünschenswert gilt, besitzt das Normalarbeitsverhältnis hier »gleichsam kontrafaktisch« eine »ungebrochene Ausstrahlungskraft« (Dörre 2007: 293). Dabei ist es freilich der Mann, dem dieses Arbeitsverhältnis zugesprochen wird; die Berufstätigkeit der Frau, die im Sinne der Orientierung am modernisierten Ernährermodell mit weiblichem Zuverdienst auch für diese Paare inzwischen eine Selbstverständlichkeit ist, wird der männlichen Erwerbsbiographie und der Geburt und Erziehung der Kinder nachgeordnet. Für die traditionellen Paare besteht bei einer unsicheren Erwerbssituation des Mannes allerdings die Gefahr einer zunehmenden sozialen Isolation, wenn ein Normalarbeitsverhältnis nicht mehr erreicht wird: Eine Zeitlang lässt sich die Fassade respektabler Lebensführung, an der typischerweise auch die Herkunftsfamilien beider Partner teilhaben, aufrechterhalten. Doch wenn trotz aller Hoffnungen der Erfolg der Umschulungsmaßnahmen ausbleibt und eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt nicht gelingen will, kann die Wahrung des Scheins zu einer Belastung für den Betroffenen wie auch für seine unmittelbare Umgebung werden und in die soziale Isolation führen

Im »familistischen« Milieu der mittleren Angestellten – vielfach Beamte, Lehrerinnen und in Sozialberufen Beschäftigte, häufig mit christlicher Wertorientierung – dem das Paar Gärtner zuzuordnen ist, findet sich das größte Spektrum alternativer Männlichkeitskonstruktionen jenseits von Erwerb. Hier steht die normative Orientierung an Familie und Gemeinschaft im Vordergrund, die auch den Umgang mit der Erwerbslosigkeit strukturiert: Eine gemeinsame Anpassung des Paares an die Erwerbskrise durch einen Rollentausch ist trotz, oder vielmehr aufgrund konservativer Wertorientierungen hier eher möglich als in anderen Sozialmilieus. Und auch wenn bestimmte Tätigkeiten im Sinne eines »boundary work« (Michèle Lamont) entweder aufgewertet und männlich konnotiert werden, etwa ein bestimmter Erziehungsstil, und andere Tätigkeiten überhaupt nicht übernommen werden – die Wäschepflege bleibt typischerweise in Händen der Frau –, finden wir hier, anders als in den anderen Sozialmilieus, »Hausmänner«, die sich auch als solche bezeichnen. Dies ist möglich, weil Erwerbs- und Familienarbeit als gleichwertig gelten. Man zieht »gemeinsam an einem Strang« – was sich auch in dem für dieses Milieu typischen Finanzarrangement des »Pooling« in einer gemeinsamen Kasse widerspiegelt.

Während die zentrale normative Orientierung im familistischen Milieu also innovative Geschlechterarrangements ermöglicht, in dem Sinne, dass Männlichkeit und Weiblichkeit hier weniger an die traditionellen Sphären gebunden sind, sieht genau dies im akademischen Milieu typischerweise anders aus, auch wenn die diesem Milieu zugehörigen Paare von sich selbst meinen, Geschlechterrollen überwunden zu haben. Die Leitvorstellung individualisierter Paare ist die der partnerschaftlichen Gleichheit (Leupold 1983, Koppetsch, Burkart 1999). Im urban-individualisierten Milieu der Kreativ- und oftmals Freiberufler, nach Alvin W. Gouldner die »neue Klasse« (Gouldner 1979), ist flexible Erwerbs- und Projektarbeit an der Tagesordnung. Dies, die postmaterialistische Werthaltung und das Streben nach (beruflicher) Selbstverwirklichung führen Paare typischerweise zu der Aussage, dass es egal sei, wer mehr verdiene. Das »eigene Ding« zu machen ist wichtiger als ein hohes Einkommen. Allerdings führt die Orientierung nicht nur an

Egalität, sondern auch an Autonomie und Authentizität zu einer Persistenz der klassischen geschlechtlichen Arbeitsteilung, deren Gründe den Akteuren allerdings verborgen bleiben.

## Cooler Männer und Karrierefrauen

Die angestrebte Egalität zwischen den Partnern bezieht sich auf die Erwerbssphäre und stellt für dieses Milieu eine Art Dogma dar: Man *muss* sich beruflich verwirklichen. Die Erwerbskrise des Mannes ist für die Paardynamik aus diesem Grund auch nicht zu unterschätzen. Um der Leitvorstellung einer gleichberechtigten Beziehung zu entsprechen, tun die Paare alles, um den beruflichen Status als gleichen erscheinen zu lassen. Um auf das eingangs genannte Fallbeispiel zurückzukommen: Obwohl Lisa deutlich mehr verdient und durch die stattfindenden finanziellen Transfers – sie leiht Frank Geld – eigentlich auch Familienernährerin ist, darf genau dies nicht benannt werden. Stattdessen sollen sowohl das Rotationsprinzip bei der Kinderbetreuung als auch das Modell getrennter Kassen und die Vereinbarung, die Kosten je zur Hälfte zu übernehmen, die berufliche Gleichheit der Partner unterstreichen. Würde einer der Partner »zuhause bleiben« oder einen größeren Anteil an Haus- und Sorgearbeit übernehmen, so würde dies den Egalitätsvorstellungen der Partner widersprechen. Anstatt dass Lisa also einfordert, dass ihr Partner mehr Haus- und Sorgearbeit übernimmt, sind beide bemüht, die Qualität der handwerklich-künstlerischen Arbeit Franks herauszustellen. Dadurch gerät Lisa allerdings in die Situation einer deutlich höheren Belastung. Dies ist eine typische Dynamik bei individualisierten Paaren: Aufgrund vorreflexiver, habitueller Routinen (Kaufmann 1995), der diskursiven Abwertung von häuslicher Arbeit – das passiere »so nebenher« – und aufgrund der Zurechnung von Hausarbeit auf individuelle Charaktereigenschaften – angeblich hat sie nun mal einen »höheren Sauberkeitsstandard« – übernehmen die Frauen typischerweise deutlich mehr als sprichwörtliche Hälfte der Haus- und Sorgearbeit. Genau dies dürfen sie allerdings nicht thematisieren, um die Illusion der Gleichheit nicht zu zerstören. Aus eben diesem Grund verstehen sie sich auch nicht als Familienernährerin, denn die Norm der Autonomie verbietet, dass einer von dem anderen abhängig ist (Koppetsch, Speck 2014).

Doch Teil der typischen Dynamik ist zugleich ein untergründiger Statuskampf, der auf die Krise verweist, in die individualisierte Paare tatsächlich geraten. Frank beschwert sich über Lisas regelmäßige Thematisierung der finanziellen Lage. Lisa könne Geld-Angelegenheiten nicht einfach mal vor sich hinlaufen lassen – sie sei karriereorientiert und »ehrgeizig«. Von sich selbst sagt er, dass er sich kaum um Aufträge bemühen würde, Interessenten vielmehr zu ihm kämen und dass es ihm vor allem darum gehe, Qualitätsarbeit abzuliefern. In diesem wiederkehrenden Konflikt um Geld, in dem Frank als der »Ruhepol« und Lisa als unentspannt gilt, vollzieht sich mehreres zugleich: Die Konstruktion einer nicht-entfremdeten, künstlerischen Arbeit ermöglicht es Frank, das Stigma prekärer Erwerbstätigkeit abzuwenden, allerdings auf Kosten der Abwertung der Erwerbsarbeit seiner Partnerin. Zugleich wird der bestehende Einkommensunterschied – ebenso wie die Hausarbeit – angeblichen Charaktereigenschaften zugerechnet. Vor allem jedoch errichtet Frank mit seiner gelassenen, coolen Haltung einen auf Authentizität und Autonomie gründenden, alternativen Männlichkeitsentwurf, der in der Paardynamik zur Ausba-



lancierung des Machtverhältnisses beiträgt (Koppetsch, Speck 2014). Interessanterweise rüttelt auch Lisa nicht prinzipiell an dieser alternativen Konstruktion von Männlichkeit. Denn auch sie hat ein Interesse daran, die gemeinsam gepflegte Illusion der Gleichheit aufrecht zu erhalten. Gleichwohl weiß sie, ihre Geldmacht in Konfliktsituationen einzusetzen.

Auch wenn dem Geld in individualisierten Beziehungen vordergründig keine Bedeutung zugeschrieben wird, so zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass in den spezifischen Arrangements der Schlüssel zu verborgenen Formen der Machtausübung (Vogler 2005) liegt: Individualisierte Paare einigen sich typischerweise auf ein Modell getrennter Konten und Kassen. Doch wie bei Frank und Lisa finden aufgrund des geringeren Einkommens der Männer notgedrungen unterschiedliche Arten von Geldtransfers statt: Leihgaben, Einladungen, Geschenke. Hier sind es nun vor allem die mehrverdienenden Frauen, die über die *Form* der Umverteilung bestimmen und über die Spielregeln, das heißt darüber, ob an bestehende ›Schulden‹ erinnert und damit ein Regelbruch der Gleichheit inszeniert wird oder ob das Geld ›vergessen‹ und damit latent geschenkt wird. Diese Ebene komplettiert das Bild der typischen Machtaushandlung individualisierter Familienernährerinnen-Paare: Ihr Mehrverdienst wird gemeinsam verborgen. Dass er jedoch eine Rolle spielt, zeigt sich in der Abwertung ihres Erfolgs und der Markierung als Ehrgeiz durch die männliche Coolness und Gelassenheit, ganz nach dem Motto »Das habe ich nicht nötig.« Doch weisen die Frauen in bestimmten Situationen sehr gezielt auf die tatsächliche Abhängigkeit ihrer Männer hin und damit auf den Regelbruch der Gleichheit wie auch der Autonomie. Diese untergründigen Status- und Konkurrenzkämpfe zeigen, wie dramatisch der Einkommensunterschied und der berufliche (Mehr-)Erfolg der Frau im individualisierten Milieu eigentlich sind. Die männliche Alternativrolle des »Künstlers«, die eine besondere Authentizität verbürgt, ist hochgradig prekär: Zum einen, da sie letztlich an die Erwerbssphäre geknüpft ist – und Männlichkeit damit (wie auch Weiblichkeit) ihrer traditionellen Sphären verhaftet bleibt. Zum zweiten, da die Norm der Autonomie verhindert, dass individualisierte Paare im Rahmen ihrer Beziehung nach Krisenlösungen suchen. Hier gibt es, so zeigt unser Material, in anderen Sozialmilieus erfolgreichere Modelle.

## Fazit

Der Milieuvvergleich verdeutlicht, dass Geschlechterfragen, aber auch Bewältigungsstrategien in prekären Erwerbssituationen nicht unabhängig von sozialstrukturellen Lagen und milieuspezifischen Distinktionsmustern erklärt werden können: Die Rollen von Mann und Frau in Familie und Paarbeziehung sind eingebettet in umfassendere Reproduktionsmuster von Klassenlagen. Das Geschlechterverhältnis ist eine Struktur, die für die soziale Positionierung und Lebensführung eines Milieus konstitutiv ist. Es vermittelt grundlegende kulturelle Wertorientierungen, Lebens- und Freizeitstile (Familienleben, soziale Netzwerke, Geschmacks- und Konsummuster usw.). Die soziale Lage eines Milieus innerhalb des Gesamtgefüges der Klassen wird von der Gestaltung des Geschlechterarrangements wesentlich beeinflusst. So hat sich die Lage akademisch gebildeter Milieus in den letzten Dekaden auch durch die Modernisierung des Geschlechterverhältnisses verbessert. Beide Geschlechter profitierten von der Expansion der hochqualifi-

zierten und wissensintensiven Dienstleistungsberufe. Diese meist bildungshomogenen Paare bilden heutzutage eine Einkommensoberschicht in den urbanen Zentren. Andere Milieus verdanken ihre Position hingegen einer traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern – vor allem die gesellschaftlichen Eliten (Böhnisch 1999) und das ländliche Handwerker- und Arbeitermilieu. Dabei zeigen diese Beispiele, dass es für die Lebenslage und die Distinktionsinteressen mancher Frauen sogar von Vorteil sein kann, auf einen Autonomiegewinn gegenüber dem Mann zu verzichten, um die Ressourcen des gesamten Haushalts zu steigern.

Wenn es aufgrund von Krisen oder gesellschaftlichem Wandel zu Störungen der gelebten Geschlechterordnung kommt, bringt das für beide Geschlechter Anpassungsprobleme mit sich. Milieuspezifische Wertorientierungen und Leitbilder von Weiblichkeit und Männlichkeit entscheiden dann darüber, ob dem Betroffenen Alternativen zur erwerbszentrierten Männlichkeit zur Verfügung stehen und ob die Partnerin die prekäre Erwerbslage des Mannes auffängt. Für unsere familistischen, an Gemeinschaftswerten orientierten Paare erscheint nun ein Rollentausch der gangbarste Weg, da hier nicht der Einzelne, sondern die Familie und deren Erhalt im Mittelpunkt der Lebensführung steht. Paare aus dem Arbeitermilieu hingegen modifizieren ihr Arrangement, obwohl ihre Wertorientierungen traditional bleiben: Die Frau gerät in die dominante Position – allerdings unter dem Vorzeichen einer zeitlichen Begrenzung. In einigen Fällen werden auch hier Re-Souveränisierungsbemühungen seitens der Männer sichtbar. Solche Bemühungen zeigen sich jedoch vor allem auch im individualisierten Milieu. Hier gelingt es den »coolen« Männern, ihre Privilegien zu erhalten. Sie etablieren einen Gegenentwurf zu bestehenden Leistungs- und Erfolgsnormen: Es gehe ihnen vor allem um Selbstentfaltung. Unsere Fallbeispiele zeigen, dass aus dieser Haltung zugleich einen Anspruch auf Überlegenheit abgeleitet wird, bei dem auch emotionale Unabhängigkeit eine zentrale Rolle spielt: Denn während die Frau als karriereorientiert, hyperaktiv und kontrollierend gilt, repräsentiert der Mann Authentizität und Autonomie – gegenüber Geld und Karriere im Allgemeinen und der Partnerin im Besonderen und gibt zu erkennen, dass er notfalls auf beides gut verzichten kann. Allerdings sind auch die Frauen im Sinne eines Statusmanagements bestrebt, die authentische und autonome Lebensführung ihrer Partner zu unterstreichen. Und die Tatsache, dass sie gerade seine Unabhängigkeit als attraktiv empfinden, bezeugt, dass Geschlechternormen in Emotionen mehr als in Reflexionen verankert sind.

Auch die individualisierten Paare entwickeln also spezifische Bewältigungsstrategien und Anpassungsleistungen, um im Falle der Erwerbsunsicherheit des Mannes ihre milieuspezifische Lebensführung aufrechtzuerhalten. Dabei zeigen die fragilen Re-Souveränisierungsbemühungen, dass Männlichkeit nicht nur in traditionellen Milieus, sondern besonders auch in sich als modern verstehenden gesellschaftlichen Gruppen durch einen zu hohen Einsatz in der familiären Sphäre bedroht wäre. Gleichwohl erfolgt auch hier eine Anpassung der Männlichkeit an gemeinsame Bemühungen zum Statuserhalt: Oft sind es die coolen »Künstlermänner«, die nun die ehemals für Ehefrauen aus gebildeten Milieus charakteristischen repräsentativen Funktionen übernehmen. Bei all ihrer Lässigkeit ist ihr Aussehen und Kleidungsstil hochrelevant, sie sind extrovertiert und vielseitig interessiert. Sie pflegen Kontakte und laden zu Essen ein, bei denen sie mitunter auch aufwendig kochen. Zwar übernehmen sie nicht die Hauptverantwortung für Kinder und Haushalt, doch verschaffen sie dem Paar dadurch nach außen einen Distinktionsgewinn. Nicht zuletzt durch ihre kreativen, »selbstbestimmten« Tätigkeiten stellen sie die Zugehörigkeit

zu bestimmten Kreisen sicher und steuern damit eine auch für die Frau wichtige Ressource bei. Diese Erweiterung des männlichen Aufgaben- und Darstellungsspektrums spricht für die Elastizität und Anpassung von Geschlechterkonstruktionen an veränderte gesellschaftliche Bedingungen – und an das jeweilige Klasseninteresse sozialer Distinktion.

## Literatur

- Aulenbacher, B., Funder, M., Jacobsen, H., Völker, S. (Hg.) 2007: Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Aulenbacher, B. 2009: Die soziale Frage neu gestellt. Gesellschaftsanalysen der Prekarisierungs- und Geschlechterforschung. In R. Castel, K. Dörre, (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus, 65–80.
- Boltanski, L., Chiapello, E. 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Böhnisch, T. 1999: Die Gattinnen der Elite. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bourdieu, P. 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brehmer, W., Klenner, Ch., Klammer, U. 2010: Wenn Frauen das Geld verdienen – eine empirische Annäherung an das Phänomen der »Familienernährerin«. WSI Diskussionspaper, 170. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Brinkmann, U., Dörre, K., Röbenack, S., Speidel, F., Kraemer, K. 2006: Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Castel, R. 2000: Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.
- Castel, R., Dörre, K. (Hg.) 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus.
- Connell, R. W. 1987: Gender and power. Society, the Person and Sexual Politics. Cambridge, Oxford: University Press.
- Connell, R.W. 1995: Masculinities. Cambridge: Polity Press.
- Connell, R.W., Wood, J. 2005: Globalization and Business Masculinities. Men and Masculinities, Bd. 7, Nr. 4, 347–364.
- Dörre, K. 2007: Prekarisierung und Geschlecht. Ein Versuch über unsichere Beschäftigung und männliche Herrschaft in nachfordistischen Arbeitsgesellschaften. In B. Aulenbacher, M. Funder, H. Jacobsen, S. Völker (Hg.), Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 285–301.
- Frey, M., Heilmann, A., Manske, A., Völker, S. (Hg.) 2010: Perspektiven auf Arbeit und Geschlecht. Transformationen, Reflexionen, Interventionen. München, Mering: Hampp.
- Geißler, R. 2006: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gouldner, A. 1979: Die Intelligenz als neue Klasse. 16 Thesen zur Zukunft der Intellektuellen und der technischen Intelligenz. Frankfurt am Main: Campus.
- Hark, S., Laufenberg, M. 2013: Sexualität in der Krise. Heteronormativität im Neoliberalismus. In E. Appelt, B. Aulenbacher, A. Wetterer (Hg.), Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen, Münster: Westfälisches Dampfboot, 217–245
- Kaufmann, J.-C. 1995: Schmutzige Wäsche. Zur ehelichen Konstruktion von Alltag. Konstanz: UVK.
- Klammer, U., Neukirch, S., Weißler-Poßberg, D. 2012: Wenn Mama das Geld verdient. Familienernährerinnen zwischen Prekarität und neuen Rollenbildern. Berlin: Edition Sigma.

- Klenner, Ch., Menke, K., Pfahl, S. 2012: Flexible Familienernährerinnen. Moderne Geschlechterarrangements oder prekäre Konstellationen? Opladen: Budrich.
- Koppetsch, C., Burkart, G. 1999: Die Illusion der Emanzipation. Zur Reproduktion von Geschlechternormen in Paarbeziehungen im Milieuvvergleich. Konstanz: UVK.
- Koppetsch, C., Speck, S. 2014: Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Coolness als Strategie männlichen Stuserhalts in individualisierten Paarbeziehungen. In C. Behnke, D. Lengersdorf, S. Scholz, (Hg.), Wissen – Methode – Geschlecht. Erfassen des fraglos Gegebenen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 281–298.
- Koppetsch, C., Speck, S. 2015: Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten. Berlin: Suhrkamp.
- Lessenich, S. 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Leupold, A. 1983: Liebe und Partnerschaft. Formen der Codierung von Ehen. Zeitschrift für Soziologie, 12. Jg., Heft 4, 297–327.
- Lohr, K., Nickel, H. M. (Hg.) 2005: Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Meuser, M. 2010: Geschlecht, Macht, Männlichkeit – Strukturwandel von Erwerbsarbeit und hegemoniale Männlichkeit. Erwägen, Wissen, Ethik, 21. Jg., Heft 3, 325–336.
- Motakef, M. 2015: Prekarisierung. Bielefeld: transcript.
- Nickel, H. M., Heilman, A. (Hg.) 2013: Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Sennett, R. 2000: Der flexible Mensch. Goldmann.
- Vogler, C. 2005: Cohabiting Couples. Rethinking Money in the Household at the Beginning of the Twenty First Century. Sociological Review, Vol. 53, Heft 1, 1–29.
- Voß, G. G. 1998: Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 31. Jg., Heft 3, 473–487.
- Voß, G. G., Pongratz, H. J. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50. Jg., Heft 1, 131–158.

»Soziale Ungleichheiten in Zeiten der Krise« der Sektion Soziale  
Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse – organisiert von Olaf Groh-Samberg

# Long-Term Unemployment Risks in Europe

Martin Heidenreich

*Beitrag zur Veranstaltung »Soziale Ungleichheiten in Zeiten der Krise« der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse – organisiert von Olaf Groh-Samberg*

## Introduction: The return of long-term unemployment in the current crisis<sup>1</sup>

From the 1970s until the end of the 1990s, high long-term unemployment (LTU) had been a major plague affecting the regulated European labour markets, as the Eurosclerosis debate has shown (Boeri, Garibaldi 2009). High LTU levels have been analysed as an outcome of rigid labour markets, i.e. of markets characterised by strict employment protection legislation, strong unions, high unemployment benefits, long benefit duration, and a high tax wedge between take-home pay and labour costs (Siebert 1997; Nickell 1997). LTU is a major risk for growth and competitiveness because it reduces the available labour force and is thus highly correlated with low employment rates. This can be explained by the erosion of skills, motivation and general attachment to the labour market during longer periods of unemployment, which Blanchard (2006) has termed the hysteresis effect of LTU: Thus, even a short crisis may have long-term, structural consequences for the labour market because unemployed persons often cannot return to their previous career step or levels of pay, job satisfaction and life satisfaction, even when they find a new job. High LTU rates therefore reflect a profound divide between insiders and outsiders; they indicate that a significant part of the labour force is durably excluded from the labour market.

In the decade before the beginning of the current financial, economic and sovereign debt crisis (the so-called »Great Recession«), the European labour markets became more inclusive. This was partly the result of reforms of national benefit and labour market policies, but especially the result of activation policies proposed by international organisations such as the OECD, the

---

<sup>1</sup> This contribution is a shortened version of an article which will be published in the Journal of European Social Policy (issue 25.4).

ILO or the EU. In this way, structural unemployment could be reduced and employment rates increased in many countries. In the economic slump since 2009, however, the move towards more flexible labour markets, higher employment rates and lower (long-term) unemployment rates seems to have been reversed. Younger and less skilled persons, migrants and especially unemployed persons are once again strongly excluded from the labour market. After a significant reduction of the LTU share, i.e. the share of long-term unemployed (12 months or more as a percentage of total unemployment) in the decade before the crisis (2000: 46.4 %; 2009: 33.3 % of the unemployed), LTU has once again risen to currently 47.4 % (2013) in the EU-28. *The question is if this (at first sight only cyclical) increase of unemployment and LTU rates is related to the return and deepening of different forms of labour market segmentation between insiders and outsiders.* In this case, the increasing LTU shares since 2009 could effectuate the durable exclusion of a significant proportion of the labour force from employment.

As indicators of the possible return of segmented labour markets, this article discusses the social distribution of the risks to become unemployed and remain unemployed. These risks are not equally distributed, as the debate on insider-outsider divisions and dualisation processes has shown (Emmenegger et al. 2012). The question is if the current crisis and the related increase of unemployment and LTU rates are related to an increasing labour market polarisation and dualisation alongside an increasing marginalisation of already vulnerable groups – three dimensions of labour market segmentation.<sup>2</sup> The *polarisation* of labour markets consists in the differentiation between good and bad jobs due to institutional rules that impede mobility between the various labour market segments. A second dimension of segmentation processes can be termed *dualisation*, referring to organisational and occupational differences between qualified and less qualified employees and occupations, and also between permanent and temporary contracts. A third segmentation dimension can be termed *marginalisation*, a concept that refers to »the process of individuals being relegated to the margins of society« due to broader societal discrimination processes (Emmenegger et al. 2012: 11-12). In the case of labour markets, marginalisation implies the durable exclusion of disadvantaged groups from the labour market. These three, empirically related facets of labour market segmentation can be interpreted as the result of different national institutions (labour market policies, industrial relations, welfare systems), organisational and occupational policies, and broader societal discrimination processes.

In the following, it will be discussed which groups are mainly affected by the risk of becoming and remaining unemployed, whether these risks have increased for some groups in the current financial and debt crisis, and which institutional contexts and personal and occupational characteristics can explain these dynamics. *In particular, it will be examined to what extent the risk of becoming and remaining unemployed is the result of three different facets of labour market segmentation: firstly, the institutionally stabilised polarisation between protected labour market insiders and less protected outsiders (often with temporary contracts); secondly, the occupational dualisation between high- and low-skilled employees and occupations (Schwander and Häusermann 2013); and*

---

<sup>2</sup> Labour market segmentation has been defined as »the historical process whereby political economic forces encourage the division of the labor market into separate submarkets, or segments, distinguished by different labor market characteristics and behavioral rules« (Reich et al. 1973: 359).

thirdly, the marginalisation of specific social groups defined on the basis of ascriptive criteria (e.g. age, gender, migration, private living conditions). After a discussion of the state of the art and the methodological approach of this study, this research question is discussed on the basis of EU-SILC data for 2012. The article concludes with a short summary and discussion of the posited return of segmented labour markets.

## Institutional, Occupational and Individual Determinants of Short and Long-Term Unemployment Risks

Labour markets are »arenas in which workers exchange their labor power in return for wages, status, and other job rewards« (Kalleberg, Sørensen 1979: 351). While neoclassical approaches analyse labour market dynamics as determined by supply and demand, institutional approaches in labour economics focus on the institutional regulation of labour market processes. From a neoclassical perspective, such institutions are merely considered market distortions or »rigidities« that prevent an equilibrium between the demand and supply of labour (Siebert 1997). Examples of such »rigidities« are social benefits, high unemployment replacement rates, minimum wages, trade unions, wage bargaining systems, and reduced wage differential combined with a low educational level at the bottom of the labour market (Nickell 1977; Blanchard 2006). The level of unemployment and also long-term unemployment has been explained by these institutional factors which stabilise the relative advantages of labour market insiders in comparison to outsiders, i.e. the *polarisation* of the labour market (cf. Boeri 2011 for a comprehensive overview). Thus, according to leading representatives of a neo-classical labour market perspective,

- *stricter employment protection legislation* »will tend to reduce the inflow into unemployment and, because they make firms more cautious about hiring, will also reduce the flow out of unemployment into work« (Nickell 1997: 66). Bentolila et al. (2012) have highlighted the importance of the difference between the employment protection legislation (EPL) for fixed-term and permanent contracts, because larger gaps between dismissal costs for permanent and temporary jobs might increase the unemployment risks especially for temporary workers. In addition to the EPL summary indicator, differences between the employment protection legislation for regular and temporary workers will be included in the following models. A higher EPL level should be correlated with higher unemployment while a higher gap should lower the risk of long-term unemployment for persons with a fixed-term contract, because firing costs are lower (Boeri 2011).
- An essential claim of the neoclassical analysis of »labour market rigidity« is that *high social expenditures, high unemployment benefits and long entitlement periods* decrease financial incentives for taking up a new job and may therefore contribute to prolonged unemployment.
- Negative impacts can be expected especially when *job search requirements* (so-called conditionality) are low. This refers to the role of *activation strategies*, which may increase the obligation, possibility and interest in taking up a new job through various enabling and demanding measures.



It can therefore be expected that the risks of becoming and remaining unemployed are lower in countries with comprehensive activation policies, weaker social protection, weaker unions, and lower income replacement rates. Less strict employment protection legislation and a lower difference between employment protection for permanent and temporary workers might increase the risk of becoming unemployed, but decrease the risk of remaining unemployed, i.e. to become long-term unemployed (H1) (cf. Table 1).

As set apart from neo-classical and institutional approaches, a different explanation of labour market segmentation processes has been proposed by studies focusing on the exclusion of outsider groups from attractive employment opportunities. In this perspective, labour market outsiders can be defined as »individuals who incur a particularly high probability of being in atypical employment and/or unemployment« (Schwander, Häusermann 2013: 252). The dualisation approach focuses not so much on institutional labour market regulations but rather on the dynamics of internal labour markets. Thus, at the company level, insider-outsider differences will be established when labour turnover costs are high (Lindbeck, Snower 1998). Labour turnover costs therefore operate as entry barriers to inner-organisational, privileged employment opportunities. Although high labour turnover costs may also be the result of institutional regulations, for example strict employment protection, this approach focuses mainly on the organisational requirements and costs associated with making outsiders productive. Examples of such costs are higher quitting rates or high hiring and training costs, high costs for monitoring and control, and high repair and quality costs or higher (perceived) costs of absenteeism due to health problems that may prevent employers from employing outsiders in spite of lower wages having to be paid for them (Kalleberg 2009: 9). An important source of production-related costs is the tacit knowledge of employees, which is hard to replace and which tends to be closely linked to the qualification and occupational level of employees. Therefore, employees who have managed to accede to internal labour markets have the opportunity to accumulate company-specific skills, competences and contacts, and to evade wage competition on the external, secondary labour market characterised by higher unemployment risks (Doeringer, Piore 1971). According to the *dualisation* approach, labour market segmentation processes and the related unemployment risks can therefore be explained by processes of social closure between different organisational, occupational and skill groups.

However, a high unemployment rate does not necessarily imply a high LTU rate because unemployment risks could also be equally distributed among different groups. It is therefore necessary to analyse precisely which unemployed remain in unemployment. According to Lindbeck (2001: 15956), the persistence of some groups in unemployment can be explained by »the loss of skill among individuals who have been unemployed for a long time; (by) endogenous changes in preferences in favor of leisure or household work; and (by) the breakdown of social norms in favor of work and hence the emergence of unemployment cultures. (...) Long spells of unemployment may also function as a negative signal to prospective employers about the quality of individual workers.«

Thus, it can be expected that lower-skilled employees in less demanding occupations with non-standard employment contracts and difficult health conditions will have a higher risk of short and long-term unemployment than others (H2).

Besides the institutional, organisational and occupational dynamics of labour market segmentation, current studies (Emmeneger et al. 2012; Schwander, Häusermann 2013) refer to a third dimension of segmentation processes, which can be designated as marginalisation. This debate focuses on the relationship between insider-outsider divisions in the population at large and the labour market more specifically. Already the founding fathers of segmentation theory, Doeringer and Piore (1971), expected that women, young people, and foreigners and persons with a different ethnic background have considerably worse opportunities for acceding to privileged positions in internal labour markets. In the current crisis, older, male and migrant workers seem to have a higher risk of staying unemployed for at least a year. Therefore, in addition to institutional and occupational explanations for the risk of becoming long-term unemployed, ascriptive characteristics of the workforce have to be taken into account. What I prefer to call »marginalisation«, refers to the differential treatment of social groups not only in the labour market but also in the educational system and the welfare state, i.e. discrimination (Kalleberg 2009: 10). From such a viewpoint, the impact of individual characteristics on unemployment and LTU risks is not only limited to achievement-based criteria (skills, occupational status), but also refers to ascriptive criteria, i.e. migration status, age, gender, or private living conditions. *I therefore expect that the risks of becoming and remaining unemployed vary significantly by individual age, migration background, gender and even private living and household conditions. Older persons, single parents, women and employees with a migration background will be more strongly affected by long-term unemployment than others (H3).*

## Data and Methods

The LTU level of a country can be conceived as the result of two different types of flows. Firstly, it is determined by flows from employment to short-term unemployment (STU). High transition rates from employment into unemployment contribute *ceteris paribus* to high unemployment and later to a high long-term unemployment rate. Secondly, the LTU level is *ex negativo* determined by the flows out of unemployment, i.e. into inactivity or employment. High exit rates from unemployment into new jobs, training, early retirement, inability, or unpaid domestic and care work will reduce the share of short-term unemployed (i.e. those unemployed less than a year) while *ceteris paribus* increasing the share of long-term unemployed. Hence, the higher the transition rates from unemployment into employment or inactivity, the lower the persistence rate, i.e. the share of persons remaining in unemployment. Statistically, the entry rate into unemployment can be approximated by the share of short-term unemployed in relation to the employed (excluding entries from inactivity into unemployment because the inactive are a very broad category whose motives to enter the labour force are extremely heterogeneous). This indicator will be termed STU risk below. The persistence rate can be estimated by the share of long-term unemployed as a percentage of all unemployed (LTU risk). Those two risks will be used as the dependent variables of the following models.

*Tab. 1: The variables used, their operationalisation and their expected and observed effects.*

Hy-pothesis	Variable	Operationalisation	Data Source	Ex-pected	Ob-served
	Dependent				
	Short-term unemployment risk of employed	Unemployed persons (less than one year) who were employed at least one month in the previous year (in relation to all persons who were employed at least one month in the previous year) (1: short-term unemployed (STU); 0: Not STU).	EU-SILC (pl030, pl031, pl080, pl073-pl076)		
	Long-term unemployment risk of unemployed	Unemployed for 12 months in the previous year (in relation to all unemployed) (1: long-term unemployed (LTU); 0: Not LTU).	EU-SILC (pl030, pl031, pl080)		
	Independent	micro-level			
H3	Gender	1: »male« (ref. category); 2: »female«	EU-SILC (rb090)	+/+	--/+
H3	Age class	1: 15-24 years; 2: »25 to 54 years«; ref. category; 3 »55 years and older«	EU-SILC (rx020)	Old: +/+	Old: -/+
H3	Household type	1 »One person household«; 2: »Adults, no children«; 3 »Single parent household«; 4 »Adults with children«; ref. category)	EU-SILC (hx060)	Single parent: +/+	+/+
H3	Migration Status	Foreign nationality or born abroad (0: domestic origin (ref. category); 1: foreign origin)	EU-SILC (pb210 (a))	+/+	+/0
H2	Health	Self-perceived health (1: »very good«; 2: »good«; 3: »fair«; 4: »bad«; 5: »very bad«)	EU-SILC (ph010)	+/+	(+)/+
H2	Educational level	Highest ISCED level attained (3: Tertiary education - levels 5-6; ref. category; 2: Upper secondary and post-secondary non-tertiary education (3-4); 1: Pre-primary, primary and lower secondary education (0-2)	EU-SILC (pe040)	+/+	+/+
H2	Occupational skill level (ISCO08)	1: »Simple and routine physical or manual tasks«; 2: »operating machinery and electronic equipment; driving vehicles; maintenance and repair ...manipulation, ordering and storage of information« (ref. category); 3: »complex technical and practical tasks«; 4: »problem-solving, decision-making, creativity.« (ILO 2012: 12-3)	EU-SILC (pl050; pl051)	High: -/-	-/-
H2	Type of contract	1: »permanent job« (ref. category); 2: »temporary job«	EU-SILC (pl140)	+/+	+/-
	Independent macro-level				
	Economic growth	Average GDP growth (3 previous years)	Eurostat	-/-	-/(+)
	Employment level	Employment rates in % of all persons aged 15 to 64 years	Eurostat	-/-	-/-
H2	Activation	Expenditures for active labour market policies (in % of GDP; per percentage point of unemployment*100,000)	Eurostat (LMP database)	-/-	(-)/-
H1	Social protection	Social protection expenditure includes social benefits, administration costs and other expenditure linked to social protection schemes (% of GDP)	Eurostat (ESSPROS)	+/+	(-)/0
H1	Unemployment replacement	Net replacement rates for a married single-earner couple with 2 children, average wage in the initial phase of unemployment	OECD	+/+	0/- 0
H1	EPL	Employment Protection Legislation for temporary jobs (v1)	OECD	+/-	+ 0/0
H1	EPL difference	Difference between the Employment Protection Legislation for permanent and temporary employees (eplregi_v1-epltemp_v1)	OECD and estimations (for BG, RO)	-/-	- +/0
H1	Union density	Trade Union Density Rate: Ratio of wage and salary earners who are trade union members, divided by the total number of wage and salary earners	OECD and J.Visser, ICTWSS 4.1	+/+	+ 0/0

*Explanations: The expected and observed effects refer to the short-term unemployment (STU) risk in percentage of the employed (first sign) respective the long-term unemployment (LTU) risk in percentage of the unemployed (second sign). + refers to an effect significantly different from zero, - refers to an effect significantly lower than zero; 0 to an effect that does not differ significantly from zero.*

The three hypotheses previously developed will be discussed on the basis of the cross-sectional EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) data for 2012 for 26 European countries (EU-28 plus Norway without Croatia, Cyprus, and Malta). The EU-SILC data are currently the most comprehensive data source for comparative analyses of income and employment conditions in Europe. They will therefore be used below in order to analyse the social distribution of STU and LTU risks. The impact of the national institutional context is taken into account on the basis of data provided by EUROSTAT and the OECD (cf. Table 1).

Our research hypotheses raise the question as to which individual and institutional factors affect the probability that an employed person will become STU and that an unemployed person is long-term unemployed. Both variables are binary, for which reason the adequate method to be used is binary logistic regressions. Since the three research hypotheses focus on the individual and the national level, multi-level models and more specifically the logistic two-level random intercept models which can be calculated with the *xtmelogit* algorithm of STATA 13 will be used (Hox 2010: chapter 6). The coefficients in the following tables are average marginal effects (AME) which express the average effect of the respective category of the independent variable on the dependent variable in comparison to the reference category. In 2012, for example, the LTU risk of unemployed persons with a low education was 11.5 percentage points higher than for unemployed persons with a high education (Table 2, column 6). AMEs can be compared across groups, samples and models (Mood 2010).

## Results

In models (1) and (4) of Table 2, the STU risks of the employed and the LTU risks of the unemployed are described without explanatory variables. The next two models (2) and (5) include the occupational, qualificational and ascriptive characteristics of the employed and unemployed in order to determine which individual and household-related factors influence the risk of becoming and remaining unemployed. In addition to these individual factors, models (3) and (6) in Table 2 include the previously discussed contextual and control variables in order to determine which aspects of the national context influence the STU and LTU risks of the employed (column 3) and the unemployed (column 6).

The between-country variance in Table 2, model (1) is 0.96, which corresponds to 22.6 % of the total variance of 4.25. Nearly a quarter of the STU risk can be explained by the included particularities of the 26 countries. The LTU risk of the unemployed is more equally spread among nations: Only 10.8 % of the variance can be explained by national particularities.

Tab. 2: Unemployment risk of the employed, and long-term unemployment risk of the unemployed (2012)

	Short-term unemployment risk of the employed			Long-term unemployment risk of the unemployed		
	Empty model (1)	Individual (2)	Contextual (3)	Empty model (4)	Individual (5)	Contextual (6)
Women		-0.005** (-8.70)	-0.005** (-8.58)		0.023** (3.05)	0.023** (3.14)
Age group (ref.: 25 to 54 years)						
15-24 years		0.000 (0.11)	0.000 (0.29)		-0.128** (-9.64)	-0.126** (-9.54)
55 years +		-0.025** (-36.70)	-0.026** (-36.74)		0.092** (8.48)	0.088** (8.52)
Household type (ref.: Adults with children)						
One person household		0.001 (1.34)	0.001 (1.48)		0.074** (5.60)	0.073** (5.82)
Adults, no child		0.002** (3.32)	0.002** (3.51)		0.027** (3.25)	0.028** (3.48)
Single parent household		0.006** (4.05)	0.006** (4.12)		0.015 (0.75)	0.017 (0.90)
Foreign nationality or born abroad		0.006** (6.76)	0.007** (7.22)		-0.002 (-0.16)	0.006 (0.52)
Health		0.000 (0.44)	0.000 (0.51)		0.052** (11.40)	0.052** (11.59)
Educational level (ref.: high)						
Low		0.003** (2.87)	0.002* (2.50)		0.122** (9.16)	0.115** (8.81)
Medium		0.002+ (1.79)	0.001+ (1.66)		0.061** (4.92)	0.058** (4.72)
ISCO skill levels (ref.: Operating, repair, information processing (2))						
Simple tasks (1)		0.006** (6.69)	0.005** (6.23)		-0.020* (-2.12)	-0.022* (-2.47)
Complex tasks (3)		-0.009** (-9.76)	-0.009** (-9.74)		-0.027* (-1.98)	-0.025+ (-1.88)
Problem-solving, decision-making, creativity (4)		-0.015** (-16.91)	-0.016** (-16.94)		-0.031+ (-1.84)	-0.030+ (-1.88)
Temporary job		0.057** (65.62)	0.058** (64.71)		-0.090** (-11.23)	-0.090** (-11.64)
Economic growth			-0.003 (-1.27)			0.009 (0.63)
Employment level			-0.0001** (-5.99)			-0.004** (-5.47)
Activation			0.003* (2.02)			-0.023** (-2.81)
Social protection			-0.002+ (-1.80)			0.008 (1.19)
Unemployment replacement			0.000 (0.13)			-0.002 (-0.93)
Employment protection			0.010 (1.31)			-0.065 (-1.31)
EPL difference permanent & temporary jobs			0.004 (0.92)			-0.003 (-0.12)
Union density			-0.000 (-1.19)			0.002 (1.10)
No.	274408	274408	274408	18970	18970	18970
chi <sup>2</sup>		8601	8624		876	926
Between-country variance	0.96	0.806	0.548	0.397	0.466	0.191
Variance (total)	4.25	4.096	3.837	3.687	3.756	3.481
Intraclass correlation	0.226	0.197	0.143	0.108	0.124	0.055
McFadden pseudo-R <sup>2</sup>		0.132	0.133		0.664	0.664
AIC	72538	62984	62958	25352	24435	24402
BIC	72559	63153	63210	25368	24561	24590
Log-Likelihood	-36300	-31500	-31500	-12700	-12200	-12200

This table shows the results of different binary logistic two-level random intercept models with the dependent dichotomous variable »long-term unemployment« (yes or no). The included populations are either the labour force or the unemployed of 26 European countries (EU-28 plus Norway without Croatia, Cyprus, and Malta). The coefficients are average marginal effects (cf. Mood 2010). Figures in parentheses: t-values. The AIC (Akaike information criterion) and the BIC (Bayes information criterion) are measures of the relative quality of the statistical models. Legend: +  $p < .1$ ; \* $p < .05$ ; \*\*  $p < .01$ . Source: Own calculations on the basis of EU-SILC UDB 2012 from August 2014.

In the next step, the ascriptive, occupational and qualification characteristics of the short-term (model 2) and long-term unemployed (model 5) are taken into account. While the STU risk of *female* employed is significantly lower, the LTU risk of female unemployed is 2.3 % percentage points higher than the risk of men. The crisis thus seems to have accelerated the structural transformation of the economy to a service-based one – at the expense of the male-dominated industrial sector. Given this background, the structurally higher LTU risk of women is surprising and can be considered as indicative of the *marginalisation* of female unemployed (H3) – a sharp contrast to the better and improving position of employed women.

The STU risk of *younger persons* (15-24 years) differs not very much from prime-age employees, which illustrates that the high youth unemployment rates of some Mediterranean countries are mostly the result of difficulties in finding a first job. For younger unemployed, however, LTU risks are lower than those of prime-age persons. This at first sight positive observation however might disguise increasing inactivity rates of younger persons which are completely excluded from the labour market.

The STU unemployment risk of *older employees* (55 years and more) is 2.6 % percentage points lower than that of prime-age employees, while the LTU risk of older unemployed is 8.8 percentage points higher. This illustrates that employment protection for older employees is higher, but once older employees lose their job, their situation is much worse than that of younger persons especially in a economic downturn. The examples of female, younger and older persons show that the criteria for the dismissal and for the recruitment of these groups differ significantly: Women and older employees have a lower STU, but a higher LTU risk. This is exactly the contrary of the situation of younger persons.

Another group with clearly higher STU risks are *single parent households* – another sign of marginalisation (H3). In comparison to adults with children, their unemployment risk is 0.6 percentage points higher. However, the LTU risk of single parents does not differ significantly from other groups, which might reflect the effects of targeted welfare and childcare policies on the one side and on the other side the (slightly) above-average qualifications and occupational positions of single parents.

Employees with a *migration background* have a higher STU risk – a clear hint to marginalisation (H3). However, the LTU risk of unemployed migrants does not differ significantly from that of native unemployed.

The STU risk of *employees with poor health* was significantly higher before, but (surprisingly) not during the crisis, while the LTU risk of unemployed with poor health is significantly higher than the corresponding risk of other groups – an indicator for health-related forms of labour market dualisation (H2).

Important indicators of the expected dualisation between different skill, occupational and contractual groups and labour contracts are skill-biased unemployment risks. In comparison to highly skilled persons, the STU and LTU risks of *medium and low-skilled persons* are significantly higher. In the crisis, these differences even increased: In 2012, the STU risk of low-skilled employed was 0.2 percentage points higher and the LTU risk of low-skilled unemployed was 11.5 percentage points higher than that of academically trained persons.

In a similar vein, the unemployment risk of employees varies with their occupational profile. STU risks for employees with complex tasks (e.g. technicians and associate professionals or retail managers; skill group 3) or with tasks that require problem-solving, decision-making or creativity (e.g. professionals or sales and marketing managers, skill group 4) are significantly lower than those of employees with simple (skill group 1) or operational, repairing and information-processing tasks (such as clerical support workers, services and sales workers, skilled agricultural workers, craft workers, plant and machine operators and assemblers; skill group 2). The different STU risks of occupational skill groups 1 and 2 on the one side and skill groups 3 and 4 on the other side confirm the usefulness of the »dichotomous operationalization of insiders/outside« proposed by Schwander and Häussermann (2013: 262). Also the clear differentiation of the STU and LTU risks of high and low-skilled employees confirms the expected dualisation of the European labour markets especially during the crisis (H2). However, a similar differentiation of LTU risks for unemployed with different occupational background could not be observed. This means that employees with less demanding tasks are more easily laid off, but they are also more easily recruited after the crisis.

Another and at least quantitatively the most important dualisation indicator (H2) is the type of employment contract. Employees with *temporary contracts* have a 5.8 percentage points higher STU risk than permanent employees. They are especially women, younger persons and low-skilled employees. However, persons with fixed-term contracts are not only dismissed more easily during the crisis, but they are also hired more easily. Their LTU risk is consistently and significantly lower than that of unemployed who previously had a permanent contract. Temps are important organisational employment buffers.

Indicators of the third type of segmentation discussed in this paper, the expected polarisation between labour market insiders and outsiders, are social and employment protection and union density. Here, higher national *social protection expenditures* reduced STU risks in 2012 because they buffered the crisis (for example via short-time work). In contradiction to neoclassical assumptions, the *level of unemployment benefits* had no significant effect on the LTU risk of the unemployed. In general, countries with higher unemployment benefits are wealthier and have a lower LTU rate. Countries with stronger unions have neither higher STU nor higher LTU risks: Thus, contrary to neoclassical assumptions, stronger *unions* with more members do not seem to aggravate the insider-outsider problems of the labour market.

Stricter *employment protection legislation* (EPL) and the difference between the EPL for temps and permanent employees had no effect on the unemployment risk of the employed. This is in accordance with neoclassical expectations. This can be explained by the end of the »honeymoon« of labour market policy reforms: Before the crisis, a deregulation of labour markets created new job opportunities and reduced unemployment risks. In the crisis, however, this effect disappears. As expected, no effects on LTU risks could be observed.

In addition to these institutional variables, expenditures for active labour market policies (in relation to the unemployment level of the country) were included in the analysis. They reduced the LTU risk significantly.

As expected, the control variables for the economic situation and the labour market, the economic growth and the employment rate had in general a negative effect on the STU risk. A higher employment level, which indicates a better inclusion of women, younger people and older employees in the labour market, reduces also the LTU risks of the unemployed.

For 2012, the individual and national characteristics of the labour force in general and the unemployed in particular respectively explain 13.2 % and 6.6 % of the initial value of the log likelihood function that which McFadden interprets similarly to  $R^2$  in regression models as the percentage reduction of the unexplained variance. A log-likelihood ratio test shows a significant increase of the model fit by including the contextual variables.

The aim of comparative research is to reduce the variance that is »explained« by the national idiosyncrasies, i.e. to move from a »research where nation is context« to a cross-national research »where nation is the unit of analysis« (Kohn 1987: 715). The sharp reduction of the between-country variance by 45 % (models 1 and 3) and 76 % (model 4 and 6) shows that the contextual variables are relevant for explaining STU and LTU risks in Europe.

In sum: STU risks during the current crisis shows that the crisis is characterised by marginalisation and dualisation processes, especially at the expense of low-skilled, single, non-native and younger employees as well as younger employees with fixed-term contracts. Fixed-term contracts are the most important buffer of economic downturns. Women, qualified technicians, professionals and managers have a lower risk, which shows that services and high-skilled professions are less affected by economic downturns than other industries and groups. The LTU risk is higher for men, singles and sick persons and it is lower for older and high-skilled persons with a fixed-term contract. Thus, European labour markets are characterised by considerable gaps between older and younger, male and female, unskilled and skilled, foreign and domestic employees as well as between non-standard and standard employment relationships. Both the occupational and ascriptive characteristics of individuals are decisive for their STU and LTU risks. During the crisis, the effect of the institutional variables often does not correspond to neoclassical assumptions: Higher unemployment benefits and higher expenditures on activation policies reduce the unemployment risk; a lower gap between permanent and temporary jobs reduces the long-term unemployment risk. Activation policies reduced the LTU risks of unemployed.

## Conclusion and Outlook

During the financial, public debt and economic crisis in Europe, unemployment and also long-term unemployment rates in Europe have increased strongly, which raised fears of an increasing solidification of patterns of labour market segmentation especially in Southern and Eastern Europe. This article discussed the distribution of unemployment risks among different social groups differentiated by gender, age, education and occupation during the current economic



crisis. Two major selection barriers on the way to a durable exclusion from the labour market were analysed: The transition from employment to short-term unemployment and the transition from short-term to long-term unemployment. On the basis of previous literature, it can be expected that the group-specific short-term unemployment risks of employees and the long-term unemployment risk of the unemployed reflect three different forms of labour market segmentation. Firstly, institutionally stabilised insider-outsider divisions between more or less protected groups (polarisation); secondly, the organisational dualisation between different educational, occupational and contractual groups; and thirdly, the marginalisation of disadvantaged groups differentiated by gender, age, family status and migration status. The empirical analyses on these segmentation processes carried out above are based on EU-SILC data for one year during the crisis (2012).

The empirical results of this paper can be summarised in two main points. Firstly, the European labour markets are strongly segmented: Younger employees, male and low-skilled employees with temporary contracts and simple tasks, migrants, singles and single parents face higher unemployment risks than natives, adults with children, and older, female and high-skilled employees with permanent contracts and demanding occupations. Secondly, the social distribution of STU and LTU risks differs for many groups because the two decisions involved (i.e. the dismissal of an employee and the recruitment of an unemployed person) follow different logics and are regulated in different ways: While the STU risk of female employees is lower than that of male employees, the LTU risk of women is higher than that of men. Hence, gender discrimination in the case of recruitments seems to be easier than in the case of dismissals. For younger and older persons, the STU and LTU risks are distributed crosswise: For older persons, the STU risk is lower but their LTU risk is higher, which can easily be explained by higher seniority and stricter employment protection rules that protect the employed but which are not always an advantage for finding a new job. For younger persons, the situation is exactly the other way around. This is also the case for persons with a fixed-term contract. Thus, temps have a higher STU and a lower LTU risk while for permanent employees, it is the other way around. Low-skilled persons/occupations and persons with fragile health generally face both a higher STU and a higher LTU risk. Higher employment rates and higher expenditures for activation policies and a smaller difference between the employment protection for permanent and temporary jobs reduce both the STU and LTU rate.

Evidence for the expected institutional forms of segmentation is far from univocal in our analysis. Stronger unions and a stricter employment protection did not show the expected negative effect on short-term employment risks; the predictions of neoclassical approaches could not be supported. Contrariwise, occupational, skill-based and organisational aspects of labour market segmentation could be convincingly demonstrated: Higher educational qualifications, a higher occupational status, a stable contractual link to the organisation by a permanent contract, and a better health status decisively reduce the risk of becoming (and in general also remaining) unemployed. The differentiation between educational and occupational skill groups indicates a stronger occupational segmentation of the labour market. However, women now face lower unemployment risks.

The current crisis may therefore contribute to the return and strengthening of pre-existing forms of labour market segmentation, which may lead to a lasting erosion of skills, motivation

and attachment to the labour market while also endangering the inclusiveness and long-term growth potential especially of the Southern and Eastern European economies. A shift to more inclusive activation and employment policies that focus on the inclusion of disadvantaged groups in the labour market is therefore decisive for safeguarding the basis of European integration.

## References

- Bentolila, S., Cahuc, P., Dolado, J. J., and Le Barbanchon, T. 2012: Two-Tier Labour Markets in the Great Recession: France Versus Spain. *The Economic Journal*, 122(562), F155–F187.
- Blanchard, O. J. 2006: European Unemployment: The Evolution of Facts and Ideas. *Economic Policy* 21 (45): 5–59.
- Boeri, T. 2011: Institutional reforms and dualism in European labor markets. In O. Ashenfelter, D. Card (eds): *Handbook of Labor Economics*, volume 4b. Amsterdam: Elsevier, 1173–1236.
- Boeri, T., Garibaldi, P. 2009: Beyond eurosclerosis. *Economic Policy* 24(59): 409–461.
- Doeringer, P. B., Piore, M. J. 1971: *Labor Markets and Manpower Analysis*. Lexington: Lexington Books.
- Emmenegger, P., Häusermann, S., Palier, B., Seeleib-Kaiser, M. (eds) 2012: *The Age of Dualization: The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies*. Oxford: Oxford University Press.
- Hox, J. J. 2010: *Multilevel Analysis. Techniques and Applications*. Hove: Routledge.
- ILO 2012: *International Standard Classification of Occupations. Structure, group definitions and correspondence tables. ISCO-08 Volume I*. Geneva: International Labour Organization.
- Kalleberg, A. L. 2009: Precarious Work, Insecure Workers: Employment Relations in Transition. *American Sociological Review* 74 (1): 1–22.
- Kalleberg, A. L., Sørensen, A. B. 1979: The Sociology of Labour Markets. *Annual Review of Sociology* 5: 351–379.
- Kohn, M. E. 1987: Cross-National Research as an Analytic Strategy. *American Sociological Review* 52 (6): 713–731.
- Lindbeck, A. 2001: Unemployment: Structural. *International Encyclopaedia of the Social & Behavioral Sciences*. Elsevier: 15952–15958.
- Lindbeck, A., Snower, D. J. 1988: *The Insider-Outsider Theory of Employment and Unemployment*. Cambridge, MA; London: MIT Press.
- Mood, C. 2010: Logistic regression: Why we cannot do what we think we can do, and what we can do about it. *European Sociological Review* 26 (1): 67–82.
- Nickell, S. 1997: Unemployment and Labor Market Rigidities: Europe versus North America. *Journal of Economic Perspectives* 11(3): 55–74.
- Reich, M., Gordon, D. M., Edwards, R. C. 1973: A theory of labor market segmentation. *The American Economic Review* 63(2): 359–365.
- Schwander, H., Häusermann, S. 2013: Who is in and who is out? A risk-based conceptualization of insiders and outsiders. *Journal of European Social Policy* 23(3): 248–269.
- Siebert, H. 1997: Labor market rigidities: at the root of unemployment in Europe. *The Journal of Economic Perspectives* 11(3): 37–54.

# Führt die Bewältigung konjunktureller Krisen anhand von Recalls zu persönlichen Krisen?

Andrea Hense und Daniela Schiek

*Beitrag zur Veranstaltung »Soziale Ungleichheiten in Zeiten der Krise« der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse – organisiert von Olaf Groh-Samberg*

Die Debatte zur Flexibilisierung von Unternehmens- und Arbeitsstrukturen verdeutlicht, dass Betriebe zur Bewältigung konjunktureller Krisen unterschiedliche Strategien nutzen, um mit einem variierenden Arbeitskräftebedarf umzugehen (Keller, Seifert 2006: 237; Keller, Seifert 2007; OECD 1986; OECD 1989; Schenk 2004: 100 f.). In der internationalen Arbeitsmarktfor- schung ist dabei eine längsschnittliche Form atypischer Beschäftigung weitestgehend unberück- sichtigt geblieben, die jedoch sowohl in Deutschland als auch international von Relevanz ist und als »Recall« bezeichnet wird (Alba-Ramirez et al. 2006; Böheim 2006; Feldstein 1975; Fischer, Pichelmann 1991; Jansson 2002; Jurajda 2004; Liebzig, Hense 2007; Lilien 1980; Mavromaras, Rudolph 1995; Pichelmann, Riedel 1992;). Recalls sind durch *zeitweise* Betriebsaustritte und eine spätere Wiederbeschäftigung derselben Personen gekennzeichnet und führen somit zu einer diskontinuierlichen Beschäftigung im *selben* Betrieb und einer unterbrochenen Organisations- mitgliedschaft. Infolgedessen verspricht die Untersuchung von Recalls neue Erkenntnisse für die Forschung zu Erwerbsverläufen, atypischer Beschäftigung, Flexibilisierungsstrategien und Ver- änderungen interner Arbeitsmärkte.

In diesem Artikel stellen wir die Frage ins Zentrum, ob die betriebliche Bewältigung konjunk- tureller Krisen anhand von Recalls zu persönlichen Krisen bei den davon betroffenen Beschäf- tigten führt. Die Klärung dieser Frage erfordert erstens eine Untersuchung der betrieblichen Bedingungen, die über den Einsatz von Recalls entscheiden, um aufzuzeigen, warum sich Re- calls für die Bewältigung konjunktureller Krisen eignen. Zweitens sind die Folgen von Recalls für die Beschäftigten zu analysieren, um zu identifizieren, ob die Krisenbewältigung der Betriebe zu persönlichen Krisen bei den Beschäftigten führt. Die Analysen stützen sich auf ein sequentielles Mixed-Methods-Projekt, welches von 2011 bis 2015 als Projekt B4 Teil des Sonderforschungsbe- reichs 882 an der Universität Bielefeld war. Das Projekt war in drei Phasen unterteilt, in denen sowohl qualitative und quantitative Methoden als auch Primär- und Sekundärerhebungen mit- einander kombiniert wurden, um die Determinanten und Folgen von Recalls aus der Sicht von Betrieben und Beschäftigten zu untersuchen. Während die erste Phase der sekundäranalyti-

schen Auswertung quantitativer Betriebs- und Personendaten diente, wurden in der zweiten Phase zwei qualitative Befragungen von Beschäftigten und Betrieben durchgeführt, die in der dritten Phase durch eine standardisierte Primärerhebung von Beschäftigten ergänzt wurden. Die für diesen Artikel verwendeten Analysen beziehen sich zum einen auf Sekundäranalysen von quantitativen Massendaten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und zum anderen auf selbst erhobene Interviews mit Recall-Beschäftigten.

Der Artikel gliedert sich wie folgt: Erstens werden die betrieblichen Ursachen von Recalls mit den Daten des Linked-Employer-Employee-Datensatzes des IABs (LIAB) untersucht. Hierzu werden Recalls in einer Systematik betrieblicher Flexibilisierungsoptionen verortet und die betrieblichen Bedingungen des Einsatzes von Recalls als Flexibilisierungsinstrument rekonstruiert. Zweitens werden die Folgen von Recalls für die Einkommensentwicklung von Recall-Beschäftigten im Vergleich zu kontinuierlich Beschäftigten und diskontinuierlich Beschäftigten, die den Arbeitgeber wechseln, studiert. Diese Analysen der Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien des IABs (SIAB) klären, inwiefern aus der betrieblichen Bewältigung konjunktureller Krisen eine Verlagerung von Krisenkosten auf die Beschäftigten resultiert, und wodurch Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten zu erklären sind. Drittens wird mit Hilfe der selbst erhobenen Interviews mit Recall-Beschäftigten der Frage nachgegangen, welche Wirkung Recalls aus der Perspektive der Beschäftigten haben, und ob Recalls zu Krisen bei den Arbeitnehmer/-innen führen. Der Artikel schließt mit einer kurzen Diskussion der Ergebnisse und einem Forschungsausblick.

## Betriebliche Ursachen von Recalls

Konjunkturelle Krisen stellen Betriebe vor das Problem, dass sie einerseits flexibel auf Nachfrageschwankungen reagieren und ihre Personalleinsatzstrategien entsprechend anpassen müssen und andererseits dafür zu sorgen haben, dass sie langfristig ihre Produkte und Dienstleistungen zu den bisherigen Qualitätsstandards bereit stellen können. Betriebsbedingte Entlassungen stellen vor diesem Hintergrund nur eine temporäre Lösung konjunktureller Krisen dar, da sie zum Verlust von qualifizierten Mitarbeitern führen, die bei einer Verbesserung der konjunkturellen Lage ersetzt werden müssen. Im Allgemeinen werden betriebliche Flexibilisierungsoptionen nach internen und externen Maßnahmen unterschieden (ausführlicher Liebig, Hense 2007). Erstere erhalten den betrieblichen Personalbestand und modifizieren stattdessen die Arbeitszeit, den Arbeitseinsatz oder die Entlohnung. Dies hat für die Betriebe den Vorteil, dass betriebspezifisches Humankapital erhalten bleibt und keine weiteren Kosten für Neueinstellungen entstehen. Externe Flexibilisierungsmaßnahmen zielen hingegen darauf, Personen zu entlassen, zeitlich befristet zu beschäftigen oder öffentliche Subventionen in Anspruch zu nehmen. Die Entlassung von Arbeitnehmer/-innen ist für Betriebe in der Regel mit späteren Transaktionskosten (Williamson 1985; Williamson 1991) verbunden, wenn sie nach einiger Zeit wieder neue Mitarbeiter/-innen einstellen müssen, zu deren Leistungsbereitschaft und -fähigkeit die Betriebe nur unvollständige Informationen haben. Dies trifft jedoch typischerweise nicht auf Recalls zu, so dass aufgrund der Wiedereinstellung früherer Mitarbeiter/-innen sowohl

ex ante als auch ex post Transaktionskosten reduziert werden können. Hinzu kommt, dass das betriebspezifische Humankapital trotz externer Flexibilisierung erhalten bleiben kann. Der Vorteil von Recalls zur Bewältigung konjunktureller Krisen ist also zum einen darin zu sehen, dass durch Entlassungen Personalkosten reduziert und bei Wiedereinstellungen Transaktionskosten minimiert werden können. Zum anderen gewährleisten sie langfristig betrachtet Stabilität in Bezug auf das Humankapital.

Auf der Basis dieser transaktionskostentheoretischen Überlegungen zur »betrieblichen Rationalität« von Recalls werden folgende Hypothesen empirisch überprüft:

*H1 Flexibilitätsbedarf:* In Betrieben mit monetärem Flexibilitätsbedarf werden Recalls eher anzutreffen sein. Denn Recalls erlauben es, die Personalkosten an den Arbeitskräftebedarf anzupassen. Bei Entlassungen werden die Personalkosten direkt gesenkt, und bei Wiedereinstellungen werden die Transaktionskosten minimiert.

*H2 Stabilitätsbedarf:* Betriebe mit einem höheren Stabilitätsbedarf in Bezug auf das Humankapital werden Recalls eher nutzen. Denn Recalls erlauben trotz externer Flexibilisierung den Erhalt des betriebspezifischen Humankapitals.

*H3 Asymmetrische Dependenz:* Recalls sind vermehrt in Betrieben zu erwarten, die eine höhere Verhandlungsmacht am Arbeitsmarkt haben. Denn aus der Perspektive der Arbeitnehmer/-innen ergeben sich die Vorteile von Recalls erst durch die Wiedereinstellung, während die Entlassungen eher mit Risiken und Nachteilen verbunden ist. Für Betriebe sind hingegen sowohl die Entlassungen als auch die Wiedereinstellungen mit Vorteilen verbunden.

Die Hypothesen werden mit dem Linked-Employer-Employee-Datensatz des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in der Längsschnittversion 1 (LM1-2005) überprüft (Jacobebbinghaus 2008). Dieser Datensatz ermöglicht es, Paneldaten von Betrieben, welche aus dem IAB-Betriebspanel stammen, mit Personendaten zusammenzuführen. Letztere stammen zum einen aus der Beschäftigtenhistorik, welche prozessproduzierte tagesgenaue Personendaten aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthält, und zum anderen aus der Leistungsempfängerhistorik, welche prozessproduzierte tagesgenaue Personendaten der Leistungsempfänger/-innen der Bundesagentur für Arbeit liefert. Der Datensatz wird auf die Jahre 1996 bis 2001 eingeschränkt. Die *abhängige Variable* ist die Anzahl der Recalls pro Betrieb pro Jahr. Es handelt sich hierbei also um eine betriebspezifische Zählvariable für jedes untersuchte Jahr, welche die Gesamtzahl der Recalls jedes einzelnen Betriebs angibt. Zentrale *unabhängige Variablen* sind: die Anzahl lohnsubventionierter Beschäftigter im Betrieb, die logarithmierten Lohnkosten pro Beschäftigtem (in Euro) sowie der Anteil qualifizierter Beschäftigter im Betrieb, wozu die Anzahl der Facharbeiter sowie der Angestellten und Beamten mit qualifizierten Tätigkeiten relativ zur Gesamtbeschäftigtenzahl gesetzt wird. Des Weiteren wird eine 0/1-kodierte Variable aufgenommen, die angibt, ob der Betrieb in dem jeweiligen Jahr Weiterbildungsmaßnahmen für seine Mitarbeiter/-innen angeboten hat. Die asymmetrische Dependenz wird operationalisiert über den Anteil befristeter Beschäftigter im Betrieb, das Vorhandensein eines Betriebsrats, die regionalen Arbeitslosenquoten für Beschäftigtengruppen mit einem unterschiedlichen Qualifikationsniveau sowie die Gemeindegröße des Betriebsstandorts. Als Kontrollvariablen dienen die Branche sowie die Betriebsgröße. Für die Analyse von Zählvariablen

können im Allgemeinen Poissonregressionen, Negative-Binomial-Regressionen oder zero-inflated Varianten dieser Regressionen verwendet werden (Long, Freese 2014). Aufgrund von Überdispersion wird eine Negative-Binomial-Panelregression mit Random-Effects verwendet. Zero-inflated Varianten berücksichtigen, dass die Besetzung der Nullkategorie in den empirischen Daten zumeist höher ist als bei den theoretisch vorhergesagten Werten. Dafür unterscheiden sie zwei Prozesse zur Generierung von Null-Werten. Diese können zum einen von Betrieben erzeugt werden, die niemals Recalls durchführen, und zum anderen in Betrieben vorkommen, die prinzipiell Recalls nutzen, jedoch in einem Jahr keine Wiederanstellungen realisieren. Der Vuong-Test und theoretische Überlegungen sprechen für die zusätzliche Verwendung der zero-inflated Negativ-Binomial-Regression, welche allerdings nur mit gepoolten Querschnittsdaten und cluster-robusten Standardfehlern gerechnet werden kann.

Die Analysen zeigen (ausführlicher Hense 2012a; Hense 2012b), dass nicht die Höhe der reinen Personalkosten, sondern der Bedarf zur monetären Flexibilisierung (operationalisiert über die Anzahl lohnsubventionierter Beschäftigter) die Anzahl der Recalls erhöht. Dies bestätigt die erste Hypothese zum monetären Flexibilitätsbedarf von Betrieben. Betriebe mit einem höheren Stabilitätsbedarf in Bezug auf das Humankapital (operationalisiert über den Anteil qualifizierter Beschäftigter) nutzen Recalls ebenfalls häufiger, so dass auch die zweite Hypothese bestätigt wird. Vertiefende Analysen verdeutlichen darüber hinaus, dass intern-funktionale Flexibilisierungsmaßnahmen (Investitionen in Weiterbildung) eine Alternative zu Recalls darstellen, denn sie reduzieren die Anzahl der Recalls. Bezieht man mit Hilfe eines Interaktionsterms die beiden ersten Hypothesen aufeinander, so zeigt sich, dass sich die Anzahl der Recalls verringert, sofern die Lohnkosten für qualifizierte Beschäftigte steigen. Das bedeutet, dass Recalls zu riskant sind, wenn es sich bei den qualifizierten Arbeitnehmer/-innen um besonders gut entlohnte und damit für das Unternehmen wichtige Expert/-innen oder Führungskräfte handelt. Die dritte Hypothese wird schließlich durchgehend bestätigt: Ein steigender Anteil befristeter Beschäftigter erhöht die Anzahl der Recalls ebenso wie die Lage in einer ländlichen Region und eine steigende regionale Arbeitslosenquote für qualifizierte Beschäftigte. Betriebsräte haben zwar keinen Einfluss auf die Anzahl der Recalls, sie erhöhen jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass Betriebe generell auf Recalls verzichten. Dies spricht dafür, dass Recalls dann häufiger genutzt werden, wenn sich die Verhandlungsmacht zwischen Arbeitgeber/-innen und Arbeitnehmer/-innen zugunsten der ersteren verlagert.

Zusammenfassend bestätigen die Befunde, dass sich Recalls aus der betrieblichen Perspektive zur Bewältigung konjunktureller Krisen eignen. Sie werden insbesondere dann eingesetzt, wenn es monetären Flexibilitäts- und humankapitalbezogenen Stabilitätsbedarf gibt und die Betriebe über eine höhere Verhandlungsmacht am Arbeitsmarkt verfügen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Flexibilisierungsstrategie zu einer Verlagerung der Krisenkosten auf die Beschäftigten führt. Daher wird nachfolgend untersucht, welche monetären Folgen Recalls für die Beschäftigten haben.

## Monetäre Folgen von Recalls für Beschäftigte

Bislang gibt es international nur wenig Forschung zu den Folgen von Recalls auf Arbeitnehmer/-innen. Einige Studien beschäftigen sich jedoch mit den Effekten von Recalls auf Einkommen. Diese legen nahe, dass Recall-Beschäftigte geringere Einkommensverluste haben als Personen, welche den/die Arbeitgeber/-in wechseln (Burda, Mertens 2001; Kodrzycki 2007; Mavromaras 2003). Ferner deutet sich an, dass es Unterschiede zwischen kurz- und langfristigen Einkommenseffekten gibt. Allerdings wurde bislang noch nicht untersucht, wie diese Einkommensunterschiede theoretisch und empirisch zu erklären sind. Darüber hinaus wurde nicht analysiert, wie sich die Einkommensentwicklung von Recall-Beschäftigten im Hinblick auf zwei Vergleichsgruppen unterscheidet: kontinuierlich Beschäftigte und diskontinuierlich Beschäftigte, die den Betrieb wechseln. In theoretischer Hinsicht erweitern wir die bisherige Forschung (ausführlicher Edler, Hense 2015), indem wir Sørensen (2000) »Rent production theory« empirisch testen und dadurch die Einkommenseffekte von Recalls erklären. Empirisch ergänzen wir die bisherige Forschung, indem wir untersuchen, inwiefern sich das Humankapital der Arbeitnehmer/-innen sowie die Arbeitslosigkeit auf das Einkommen direkt nach der Wiedereinstellung und im Zeitverlauf auswirken. Die nachfolgende Darstellung konzentriert sich auf die zentralen empirischen Ergebnisse.

Ausgehend von der Überlegung, dass sich Beschäftigte nur dann für einen Recall bereit halten, wenn sie sich davon Einkommensvorteile versprechen, werden folgende Hypothesen getestet:

- H1 Inwertsetzung von betriebsspezifischem Humankapital:* Es wird erwartet, dass Einkommensunterschiede zwischen Recall-Beschäftigten und anderen Beschäftigten durch eine unterschiedliche Vergütung von betriebsspezifischem Humankapital zu erklären sind. Da Betriebe von Recalls profitieren und dadurch »composite rents« (Sørensen 2000) erhalten können, ist zu vermuten, dass sie Recall-Beschäftigten eine höhere Vergütung für ihr betriebsspezifisches Humankapital zahlen.
- H2 Inwertsetzung von allgemeinem Humankapital:* Es wird vermutet, dass Recall-Beschäftigte auch eine höhere Vergütung für ihr allgemeines Humankapital erhalten, um ihnen Anreize zu bieten, auf eine Wiedereinstellung zu warten.
- H3 Verlustminimierung für Arbeitslosigkeitserfahrung:* Es wird angenommen, dass Recall-Beschäftigte weniger als andere diskontinuierlich Beschäftigte von Einkommensverlusten infolge von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dies erklärt sich dadurch, dass Betriebe ihre Arbeitsleistung bereits kennen und einen monetären Vorteil von ihrer Rückkehr haben, den sie auch an die Beschäftigten weitergeben.

Die Hypothesen werden mit der Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien des IABs (SIAB-R 7508) untersucht (Berge et al. 2013). Die Daten sind eine Zwei-Prozent-Stichprobe aus der Grundgesamtheit der Integrierten Erwerbsbiographien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und enthalten sowohl Personendaten von Beschäftigten als auch von Leistungsempfänger/-innen. Sie beziehen sich auf den Zeitraum von 1975 bis 2010 und wurden auf Vollzeitbeschäftigte zwischen 18 und 65 Jahren eingeschränkt. Die *abhängige Variable* ist das logarithmierte Tagesentgelt in Euro, das teils nach Gartner (2005) imputiert wurde. Als *unab-*

*hängige Variablen* fungieren eine Dummy-Variable für die Recall-Beschäftigung, die Betriebszugehörigkeit und bisherige Arbeitsmarkterfahrung (jeweils in Jahren), die höchsten Bildungsabschlüsse sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit vor der Wiedereinstellung (in Jahren). Als Kontrollvariablen werden die Betriebsgröße, die Branche, ein Ost/West-Dummy sowie das Geschlecht verwendet. Die Daten werden mittels einer log-linearen Panelregression mit robusten Standardfehlern analysiert. Die Ergebnisse der Random- und Fixed-Effects-Schätzung unterscheiden sich in inhaltlicher Sicht nicht, Multikollinearität liegt nicht vor.

Die Ergebnisse bestätigen die Hypothesen weitestgehend: Recall-Beschäftigte erhalten eine höhere Entlohnung für ihr betriebspezifisches Humankapital sowie ihre Bildungsabschlüsse. Allerdings erhalten sie eine geringere Entlohnung für ihre allgemeine Berufserfahrung. Des Weiteren sind ihre Einkommenseinbußen mit denen anderer diskontinuierlich Beschäftigter vergleichbar. Eine Analyse der kurz- und langfristigen Einkommenseffekte zeigt, dass alle diskontinuierlich Beschäftigten (auch Recall-Beschäftigte) durchgehend ein geringeres Einkommen haben als kontinuierlich Beschäftigte, da sie aufgrund der Arbeitslosigkeit dieselben Einkommenseinbußen erleiden. Im Vergleich zu Personen, die den Betrieb wechseln, erhalten Recall-Beschäftigte höhere Wiedereinstiegsgehälter, die aufgrund der multivariaten Analysen durch ihre höhere Entlohnung für Bildungsabschlüsse und ihre Betriebszugehörigkeit zu erklären sind. Langfristig profitieren jedoch die Wechsler/-innen, da ihr Einkommen schneller ansteigt und nach einiger Zeit das Einkommen der Recall-Beschäftigten übersteigt. Dies ist durch ihre höhere Entlohnung für die allgemeine Berufserfahrung zu erklären.

Zusammenfassend zeigt sich, dass Betriebe ihre monetären Vorteile von Recalls nur teilweise an die Recall-Beschäftigten weitergeben. Sie erhalten zwar höhere Wiedereinstiegsgehälter als Wechsler/-innen, doch langfristig profitieren letztere aufgrund ihrer besseren Einkommensentwicklung. Hinzu kommt, dass Recall-Beschäftigte gegenüber kontinuierlich Beschäftigten schlechter gestellt sind. Dies leitet zu der Frage über, ob ein Recall zu persönlichen Krisen bei den Recall-Beschäftigten führt. Daher wird nachfolgend der Frage nachgegangen, welche Wirkung verschiedene Formen von Recalls aus der Perspektive der Beschäftigten haben.

## Wirkungen der Recalls aus der Beschäftigtenperspektive

Um zu untersuchen, welche Wirkungen Recalls aus der Perspektive der Beschäftigten haben, wurde eine qualitative Befragung von Recall-Beschäftigten in Form von selbstläufigen Leitfaden-Interviews durchgeführt, die mit einer »recall-biografischen« Stegreiferzählung begonnen und hiervon ausgehend im weiteren Verlauf zunehmend thematisch fokussiert bzw. strukturiert wurden, wie es für fokussierte qualitative Interviews empfohlen wird (Merton/Kendall 1946; Hopf 1978). Befragt wurden insgesamt 16 Recall-Beschäftigte, wobei 14 Befragte zufällig aus den nach Qualifikation, Geschlecht und Anteil am Haushaltseinkommen gruppierten Befragten des Sozio-Ökonomischen Panels ausgewählt und zwei Personen auf Grundlage bereits gewonnener Ergebnisse (*theoretical Sampling*) gezielt im Bereich der saisonalen Beschäftigten rekrutiert wurden (siehe Tabelle 1).



Tab. 1: Übersicht Sample qualitative Beschäftigtenbefragung

n	Erwerbstätigkeit	Alter	Geschlecht	Dauer Austritt (Monate)
1	Reinigungskraft	58	w	3
2	Schlosser	50	m	16
3	Elektroinstallateur	39	m	24 u. 15 (2 Recalls)
4	arbeitslos, Stuckateur	39	m	14
5	Krankenpflegerin (Krankenhaus)	41	w	5
6	Werbetexter	48	m	k. A. (2 Recalls)
7	Service Versandhandel Call-Center (Inbound); Regalservicekraft	27	w	4 u. 12 (2 Recalls)
8	abwechselnd Flugbegleitung und Kellnerin	34	w	4 u. 6 (2 Recalls)
9	Maschinenbau-Ingenieurin (industrielle Fertigung)	46	w	48 u. 12 (2 Recalls)
10	Sachbearbeiterin Bergbausanierung	63	w	48
11	Fahrer (Personentransport)	46	m	24
12	zuletzt Mechatroniker, jetzt Vollzeit- Weiterbildung	25	m	12
13	zuletzt Sanitäter, jetzt »Kinderpfleger«	35	m	k. A. (3 Recalls)
14	IT-Beraterin, Dipl.-Volkswirtin	55	w	36
15	Bauarbeiter	50	m	5-6 (wiederkehrende Recalls)
16	Bauarbeiter	58	m	5-6 (wiederkehrende Recalls)

Die Interviews wurden anhand des induktiv-fallkontrastiven Kodiervorgangs der Grounded Theory Methodology (Strauss 1984; Glaser/Strauss 2010) vollständig interpretativ analysiert. Als wesentliches Ergebnis der Analyse der qualitativen Beschäftigtenbefragung lässt sich festhalten, dass Recalls aus der Perspektive der Beschäftigten als *Anerkennungserlebnisse* wirken: Der Recall wird als Kompetenzversicherung durch verallgemeinerte Andere erfahren, die eine wichtige Dimension der Vergesellschaftung durch Erwerbsarbeit darstellt (Kronauer et al. 1993: 31; Jahoda 1983) und die individuelle Erfahrung(-sdarstellung) des Recalls strukturiert.

Anerkennung ist für die Beschäftigten das zentrale Motiv, das nicht nur die Rückkehrentscheidung als solche maßgeblich mit beeinflusst. Auch die Wiedereinrichtung am Arbeitsplatz und im Betrieb vollzieht sich aus der Perspektive einer Anerkennungserfahrung: Die Rückkehr wird als Anlass für positives Feedback, zum Ausdruck von Wertschätzung und zum Willkommenheißen genutzt. Sie wird als Option zur wechselseitigen Neuauslegung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen erlebt und zieht eine verstärkte Identifikation mit dem Betrieb und der Tätigkeit ebenso nach sich wie faktische Veränderungen im Arbeitsverhältnis und in den Arbeitsbeziehungen. Dies beinhaltet beispielsweise die – auch durch beidseitig getätigte Konzessionen geförderte – Beilegung von Konflikten, die vor dem Austritt bestanden. Zudem lässt sich hierzu zählen, dass einige Beschäftigten von den Vorgesetzten nun mehr Kompetenzen bzw.

Verantwortungsbereiche übertragen bekommen als vor ihrem Austritt aus dem Unternehmen. Das Anerkennungserlebnis wirkt durchgreifend und »robust«, auch gegen die explizit geäußerte Gewissheit, dass der/die Arbeitgeber/-in den Recall aus Gründen der Transaktionskostensparnis vollzogen hat.

Durch den systematischen Fallvergleich zeigt sich, dass das Anerkennungserleben besonders in Fällen zutrifft, in denen der Recall unverhofft erfolgte und eine Rückkehr in den Betrieb zur Zeit des Austritts unsicher oder sogar unwahrscheinlich bzw. undenkbar erschien. Dies gilt unabhängig von den Qualifikationen und der Stellung im Betriebsgefüge, das heißt für hochqualifizierte Berater/-innen im Feld der High Potentials ebenso wie für Regalsortier/-innen im Kaufhaus. Ferner ist dieses Anerkennungserleben weitgehend unabhängig von der Art der Zwischentätigkeit, auch wenn es bei in die (Langzeit-)Arbeitslosigkeit entlassenen Recaller/-innen ausgeprägter ist, weil hier die Anerkennungsverletzung größer war als bei Personen, die freiwillig aus dem Betrieb ausgetreten sind oder zwischenzeitlich in vergleichbarer Weise beschäftigt waren. Das bedeutet, dass gekündigte Arbeitslose die Anerkennung unbedingt benötigen und auch Hochqualifizierte und Hochvergütete auf dieses Anerkennungserleben nicht verzichten können oder wollen. Schwächer wird das Anerkennungserleben dagegen in Fällen, in denen die Rückkehr zwar nicht vertraglich, aber – aufgrund vorheriger Erfahrungen – empirisch als sicher gilt. Hier ist eine Art Sättigung des Anerkennungsbedürfnisses festzustellen, das deshalb auch nicht mehr im Vordergrund der Erfahrungsdarstellung steht. Bei saisonalen Recalls und Beschäftigten in Transfergesellschaften, die eine vertraglich gesicherte oder zumindest nicht infrage gestellte Rückkehrmöglichkeit haben, ist die Wirkung der individuellen Kompetenzversicherung durch verallgemeinerte Andere hingegen nicht aufzufinden. Dies ist dadurch zu erklären, dass es sich hierbei nicht um individuell zurechenbare, sondern um kollektive Aus- und Wiedereintritte handelt. Recalls werden hier nicht als Anerkennungserlebnis in Bezug auf individuelle Leistungen, sondern eher als Ausbeutungsverhältnis wahrgenommen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Recalls als Anerkennungserlebnis wirken, wenn es sich um einen individuellen (und keinen kollektiven) Austritt ohne Rückkehrsicherheit handelt, ein entsprechendes Bedürfnis nach Anerkennung (noch) unbefriedigt ist und somit ein Handlungsproblem darstellt, das zum Motiv der Recall-Biografie wird. Recalls wirken allerdings nur dann als Anerkennungserlebnis, wenn prinzipiell eine starke Erwerbsorientierung sowie eine prinzipielle Identifikation und Zufriedenheit mit den eigenen Arbeitstätigkeiten und -inhalten besteht. Auf einer grundlegenden Ebene ist anzumerken, dass das Anerkennungserleben bei Recalls erst durch die Arbeitsgesellschaft und ihre subjektiv wirksame Vergesellschaftungsdimension ermöglicht wird. Wie oben beschrieben, stellt die Anerkennung durch Andere (Kund/-innen, Kolleg/-innen, Vorgesetzte) eine zentrale Dimension der Vergesellschaftung in der Arbeit dar, da sie für den Einzelnen eine »Transzendierung« und »soziale Spiegelung« individueller Leistungen bedeutet (Jahoda 1983; Kronauer et al. 1993). Recalls stellen vor diesem Hintergrund ein potenziertes (oder wenigstens pointiertes) Moment der Vergesellschaftung in der Arbeitsgesellschaft dar.

## Fazit und Ausblick

Unsere Analysen haben gezeigt, dass Recalls für Betriebe ein Instrument zur extern-monetären Flexibilisierung darstellen, das sich zur Bewältigung konjunktureller Krisen eignet und auch als Alternative zur intern-funktionalen Flexibilisierung betrachtet werden kann. Recalls werden insbesondere von Betrieben genutzt, die neben einem Bedarf zur Flexibilisierung ihrer Personalkosten einen höheren Bedarf zur Stabilisierung ihres Humankapitals sowie eine höhere Verhandlungsmacht am Arbeitsmarkt haben. Denn Recalls tragen durch die Wiedereinstellung früherer Mitarbeiter/-innen zum Erhalt betriebsspezifischen Humankapitals bei, sind jedoch für die Arbeitnehmer/-innen aufgrund der unsicheren Rückkehrproption mit höheren Erwerbsrisiken verbunden. Hinzu kommt, dass Recalls zu Einkommensnachteilen bei den Beschäftigten führen: Einerseits verdienen sie aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit weniger als kontinuierlich Beschäftigte. Andererseits haben sie gegenüber diskontinuierlich Beschäftigten, die den/die Arbeitgeber/-in wechseln, trotz höherer Wiedereinstiegsgehälter langfristig betrachtet Einkommenseinbußen. Während sich die kurzfristigen Einkommensvorteile von Recallern durch eine höhere Entlohnung für ihr betriebsspezifisches Humankapital erklären, ist die geringere Entlohnung für ihre allgemeine Berufserfahrung für die langfristigen Einkommensnachteile ausschlaggebend. Insgesamt bedeutet dies, dass die monetären Vorteile, die sich bei der Bewältigung konjunktureller Krisen für die Betriebe ergeben, zu Einkommensnachteilen bei den Beschäftigten führen. Krisenkosten werden also über Recalls auf die Beschäftigten verlagert.

In der Selbstdarstellung legen Recaller den Fokus jedoch nicht auf ihre Einkommenssituation, sondern auf das Erleben von Anerkennung und Kompetenzversicherung, das zu einer beidseitig veränderten Wahrnehmung, faktischen Veränderung der Arbeitssituation sowie einer verstärkten Identifikation mit dem Betrieb und der Arbeitstätigkeit beiträgt, sofern es sich um einen individuellen Recall ohne vorherige Rückkehrproption handelt. Obwohl den Beschäftigten das tatsächliche monetäre Motiv der Betriebe deutlich bewusst ist, führen Recalls auf der Seite der Beschäftigten keineswegs zu individuellen Krisen. Vielmehr lösen sie bestehende Anerkennungskrisen, und es ist die durch den Recall erlebte Anerkennung, welche die Recall-Biografie aus der Perspektive der Beschäftigten motiviert und strukturiert.

Dies steht in keinem Widerspruch zu der strukturell feststellbaren Benachteiligung von Recallern, die aus der Perspektive der Beteiligten möglicherweise gar nicht direkt erkennbar ist, sondern ist das Ergebnis der unterschiedlichen Rekonstruktion des Untersuchungsgegenstands mit Hilfe qualitativer und quantitativer Methoden, die sich hier folglich ergänzen: Trotz der finanziellen Benachteiligung von Recallern sehen die Beschäftigten das Charakteristikum eines Recalls in der sozialen Anerkennung und Kompetenzversicherung, die im Zuge der Wiedereinstellung erlebt wird. Allerdings lässt sich mit Ursula Holtgrewe, Stephan Voswinkel und Gabriele Wagner (2000) durchaus kritisch über das Anerkennungsbedürfnis reflektieren, da »das Anerkennungsstreben zur Steuerung der Mitglieder von Organisationen genutzt werden« kann: »Wenn Anerkennung durch Vorgesetzte und KollegInnen zur zentralen Größe der Selbstanerkennung wird, dann wird gewährte oder vorenthaltene Anerkennung zum wesentlichen Bindungs- und Lenkungsmittel von Organisationen.« (Holtgrewe et al. 2000: 22). In Bezug auf eine weitergehende Auseinandersetzung mit dieser Anerkennungsdimension und ihren ganz offensichtlich weitreichenden Wirkungen in der Arbeitssoziologie besteht noch erheblicher Nachhol-

bedarf (Holtgrewe et al. 2000). Daher werden wird unsere Analysen in Zukunft noch weiter »anerkennungstheoretisch« reflektieren und auch die standardisierte Primärerhebung zu ihrer weiteren empirischen Untersuchung nutzen. Dies geschieht mit dem Ziel, der empirischen Untersuchung von Anerkennung im Arbeitskontext ein stärkeres Gewicht zu geben als dies bisher – auch durch die Fachdiskurse zur vermeintlich abnehmenden Bedeutung der Vergesellschaftung des Einzelnen über Arbeitgeber/-innen – geschieht.

## Literatur

- Alba-Ramirez, A., Arranz-Munoz, J. M., Munoz-Bullon, F. 2006: Exits from unemployment: Recall or new job. Business Economics Series Working Paper Nr. 06-03. Madrid: Universidad Madrid.
- Berge, P. vom, Burghardt, A., Trenkle, S. 2013: Sample of Integrated Labour Market Biographies Regional File 1975 – 2010 (SIAB – R 7510). FDZ data report, Nr. 09/2013. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- Böheim, R. 2006: »I'll be Back« – Austrian Recalls. *Empirica*, 33. Jg., Heft 1, 1–18.
- Burda, M. C., Mertens, A. 2001: Estimating Wage Losses of Displaced Workers in Germany. *Labour Economics*, 8. Jg., Heft 1, 15–41.
- Edler, S., Hense, A. 2015: Changing reward structures: (Temporary) layoffs and returns on human capital. SFB 882 Working Paper Series Nr. 50.
- Feldstein, M. S. 1975: The Importance of Temporary Layoffs: An Empirical Analysis. *Brookings Papers on Economic Activity*, Nr. 3, 725–745.
- Fischer, G., Pichelmann, K. 1991: Temporary Layoff Unemployment in Austria: Empirical Evidence from Administrative Data. *Applied Economics*, 23. Jg., Heft 9, 1447–1452.
- Gartner, H. 2005: The Imputation of Wages Above the Contribution Limit with the German IAB Employment Sample. FDZ Methodenreport Nr. 02. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- Glaser, B. G., Strauss, A. 2010: *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern: Huber.
- Hense, A. 2012a: Externe Flexibilisierung und Sicherung betriebsspezifischen Humankapitals. *Berufsbildung*, Heft 135, 11–13.
- Hense, A. 2012b: Firm-Specific Determinants of Temporary Layoffs: A Specific Discontinuous Employment Relationship. Conference paper presented at the summer meeting of the Research Committee on Social Stratification and Mobility (RC 28), Charlottesville: University of Virginia.
- Holtgrewe, U., Voswinkel, S., Wagner, G. 2000: Für eine Anerkennungssoziologie der Arbeit. Einleitende Überlegungen. In U. Holtgrewe, S. Voswinkel, G. Wagner (Hg.), *Anerkennung und Arbeit*. Konstanz: UVK, 9–26.
- Hopf, C. 1978: Pseudo-Exploration. Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung. *Zeitschrift für Soziologie*, 7. Jg., Heft 2, 97–115.
- Jacobebbinghaus, P. 2008: LIAB-Datenhandbuch. Version 3.0. FDZ Datenreport. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- Jahoda, M. 1983: *Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert*. Basel: Beltz.
- Jansson, F. 2002: Rehires and Unemployment Duration in the Swedish Labour Market: New Evidence of Temporary Layoffs. *Labour*, 16. Jg., Heft 2, 311–345.
- Jurajda, Š. 2004: Recalls and unemployment insurance taxes. *Applied Economics Letters*, 11. Jg., Heft 10, 651–656.
- Keller, B., Seifert, H. 2006: Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekariät. *WSI Mitteilungen*, 59. Jg., Heft 5, 235–240.

- Keller, B., Seifert, H. 2007: *Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken*. Berlin: Edition Sigma.
- Kodrzycki, Y. K. 2007: *Using Unexpected Recalls to Examine the Long-Term Earnings Effects of Job Displacement*. Federal Reserve Bank Working Paper Nr. 02. Boston: Federal Reserve Bank of Boston
- Kronauer, M., Vogel, B, Gerlach, F. 1993: *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Liebig, S., Hense, A. 2007: Die zeitweise Verlagerung von Arbeitskräften in die Arbeitslosigkeit: Eine »neue« personalpolitische Flexibilisierungsstrategie? *Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung*, 40. Jg., Heft 4, 399–417.
- Lilien, D. M. 1980: The cyclical importance of temporary layoffs. *Review of Economics and Statistics*, 62. Jg., Heft 1, 24–31.
- Long, J. S., Freese, J. 2014: *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*. College Station: Stata Press.
- Mavromaras, K. G., Rudolph, H. 1995: Recalls – Wiederbeschäftigung im alten Betrieb. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 28. Jg., Heft 2, 171–194.
- Mavromaras, K. G. 2003: Indirect Re-Employment Wage Discrimination. *Bulletin of Economic Research*, 55. Jg., Heft 1, 53–89.
- Merton, R., Kendall P. 1946: The Focused Interview. *American Journal of Sociology*, 51. Jg., Heft 6, 541–557.
- OECD 1986: *Flexibility in the Labour Market: The Current Debate*. Paris: OECD.
- OECD 1989: *Labour Market Flexibility. Trends in Enterprises*. Paris: OECD.
- Pichelmann, K., Riedel, M. 1992: New jobs or recalls? Flow dynamics in Austrian unemployment reconsidered. *Empirica*, 19. Jg., Heft 2, 259–274.
- Schenk, U. 2004: Arbeitnehmerüberlassung im Rahmen der Flexibilisierung betrieblicher Arbeitsmärkte. In B. Vogel (Hg.), *Leiharbeit. Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform*. Hamburg: VSA, 98–118.
- Sørensen, A. B. 2000: Symposium on Class Analysis: Toward a Sounder Basis for Class Analysis. *American Journal of Sociology*, 105. Jg., Heft 6, 1523–1558.
- Strauss, A. 1984: *Qualitative Analysis in Social Research: Grounded Theory Methodology*. Hagen: Studienbriefe der Fernuniversität Hagen.
- Williamson, O. E. 1985: *The Economic Institutions of Capitalism*. New York: Free Press.
- Williamson, O. E. 1991: Comparative economic organization: The analysis of Discrete Structural Alternatives. *Administrative Science Quarterly*, 36. Jg., Heft 2, 269–296.

# Statusunsicherheit bei Eltern in der Mittelschicht?

Eine Analyse von Förderaktivitäten, Bildungsaspirationen und subjektiver Verunsicherung

Silke Kohrs

*Beitrag zur Veranstaltung »Soziale Ungleichheiten in Zeiten der Krise« der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse – organisiert von Olaf Groh-Samberg*

Seit ihrem Bestehen befindet sich die Mittelschicht in Deutschland in einem fortwährenden Prozess, indem sie diesen mitgestaltet und auf (gesamt)gesellschaftliche Entwicklungen reagiert. So kann man auch heute noch nicht von »der« Mittelschicht per se sprechen, die klar definiert und in sich homogen ist. Dennoch galt die Mittelschicht lange Zeit als relativ abgesichert, und sie stand für eine stabile soziale Ordnung (Münkler 2010). Aufgrund sozialer Wandlungsprozesse in der Gesellschaft, wie der zunehmenden Deregulierung des Arbeitsmarktes, dem Wandel von Qualifikationsanforderungen und dem Umbau des Wohlfahrtsstaates, sind jedoch auch zunehmend Qualifizierte, deren sozialer Status bisher relativ wenig gefährdet war, mit unwägbareren (Erwerbs-)Biographien konfrontiert und der soziale Stuserhalt, die Lebensplanung und die Zukunft der Kinder erscheinen unsicherer. So beschäftigt die Lage der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland seit einigen Jahren im Kontext von Schrumpfung, Verunsicherung und erhöhtem Abstiegsrisiko die Forschung sowie die Öffentlichkeit (z.B. Schimank et al. 2014; Burzan et al. 2014; Burzan, Kohrs, 2012; Schöneck et al. 2011; ISG 2011). Ein (intergenerationaler) Stuserhalt ist – auch für die Mittelschicht – mitunter keine Selbstverständlichkeit mehr. Mit der Wohlstandsexpansion ist zu beobachten, dass sich das dominante Aufstiegsdenken der Mittelschicht seit der Nachkriegszeit mehr und mehr hin zu einer Statussicherung entwickelte: Noch wichtiger als ein möglicher sozialer Aufstieg wurde vielmehr die Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes und das Halten des Lebensstandards. Und selbst diese Bewahrung der Position scheint heutzutage mehr Anstrengung zu benötigen: Eltern in den mittleren Lagen sehen sich zunehmend dafür verantwortlich, eigene Interventionen zu unternehmen, um ihren Status zu erhalten. Die Mittelschicht sei »heute dazu angehalten, zur Statussicherung beständig all ihre Ressourcen zu mobilisieren, um im Spiel sozialer Platzierung zu bestehen« (Koppetsch 2011: 271). Dies lässt einen erhöhten Leistungs- und Konkurrenzdruck vermuten, der gegenüber Individuen in ähnlicher sozialer Lage, aber vor allem auch gegenüber Angehörigen unterer Schichten wirksam wird. Ein großer Bereich von diesen eigenen Bemühungen stellt die Bildungslauf-

bahn der Kinder dar; Bildung kann nach wie vor als zentrales Vehikel der Distinktion gegenüber sozial schwächeren Milieus angesehen werden (Merkle, Wippermann 2008: 160). Um den Status langfristig halten zu können, könnten sich Eltern demnach auch mehr und mehr dazu angehalten fühlen, verstärkt Bildungsanstrengungen für ihre Kinder zu unternehmen (Schimank et al. 2014, Hille et al. 2013, Jungbauer-Gans et al. 2012, auch Bude 2010).

In dem vorliegenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie Mittelschichteltern mit der angenommenen höheren Statusunsicherheit umgehen und ob sie erhöhte Anstrengungen im Bereich der Bildung ihrer Kinder entgegen setzen<sup>1</sup>.

## Konzeptioneller Rahmen und methodisches Konzept

Die dargestellte Problematik ist Teil der Fragestellung meines Dissertationsprojektes. Das Analysekonzept besteht aus einer Kombination einerseits standardisiert erhobener Sekundärdaten und einer vorangegangenen, offenen Befragung von Erwerbstätigen in der Mittelschicht<sup>2</sup> in Form von Leitfadeninterviews.

Die Interviews, die im Rahmen des DFG-Forschungsprojektes »Handlungsstrategien einer »verunsicherten« Mitte der Gesellschaft«<sup>3</sup> geführt worden sind (vgl. dazu auch Burzan et al. 2014), konnten durch eine explorative Herangehensweise dafür genutzt werden, das Messkonzept für die weiteren Analysen zu konkretisieren und einen heuristischen Rahmen zu schaffen. Der Interviewleitfaden nahm Bezug auf den Ausbildungs- und Berufsweg, die aktuelle Tätigkeit und Beschäftigungsbedingungen, Freizeit, Partnerschaft, Familie und Zukunftsvorstellungen und -planung (für die Befragten sowie für die Kinder).

Über die offenen Interviews sollte zunächst ein Einblick in das Handeln der Akteure (hier: Eltern in der Mittelschicht) geschaffen werden. Es deutete sich hierbei eine besondere Relevanz der Darstellungsform des jeweiligen Handelns an: So konnte einerseits herausgearbeitet werden, was die Eltern in den bestimmten Fällen für die Bildung ihrer Kinder tun und zudem, wie sie diese Bemühungen äußern: Auf welche Art und Weise berichten Eltern über ihre (hohen) Bildungsanstrengungen? Werden diese als erforderlich und erstrebenswert dargestellt oder werden Bildungsbemühungen zwar unternommen, aber rhetorisch abgeschwächt bis untertrieben? Bei einer eher offensiven Darstellung von Bildungsbemühungen werden Statusmotive dahinter vermutet, beispielsweise, wenn Förderaktivitäten mit hohen Bildungsaspirationen und beispielsweise leistungsbezogenen Erziehungsvorstellungen einhergehen. Wird andersherum über Bildungsanstrengungen weniger offensiv berichtet, wird angenommen, dass Werte, die nicht primär auf den Statuserhalt ausgerichtet sind, mindestens gleichbedeutend sind. Die Analyse der Interviews richtete sich unter anderem auf Aussagen zu Förderaktivitäten, das heißt, ob das Kind beispielsweise an Aktivitäten außerhalb der Schule teilnimmt. Im Bereich der schuli-

---

<sup>1</sup> Vergleiche hierzu auch die Ausführungen in Kohrs 2016.

<sup>2</sup> Es wurden akademisch gebildete, erwerbstätige Angehörige der beiden Berufsgruppen Journalisten/Journalistinnen und qualifizierte administrative Angestellte in Wirtschaftsunternehmen befragt.

<sup>3</sup> Es handelt sich hierbei um das DFG-Forschungsprojekt: »Handlungsstrategien einer »verunsicherten« Mitte der Gesellschaft«/ Laufzeit: 2011-2014/ Nicole Burzan (Leitung); Silke Kohrs; Ivonne Küsters, TU Dortmund.

schen Bildung berichteten die Befragten daneben über die Bedeutung von Noten oder Zertifikaten oder auch wie wichtig ihr der angestrebte Schulabschluss ist. Es konnten Idealtypen herausgearbeitet werden, die im Rahmen dieses Beitrags nicht im Einzelnen vorgestellt werden können (vgl. hierzu Kohrs 2016). In Hinblick auf die weitere Auswertung ist jedoch festzuhalten, dass Mittelschichteltern in der explorativen Studie gerade bei ähnlich hoher Förderung dahingehend unterschieden werden konnten, ob sie die Förderaktivitäten mehr oder weniger offensiv vortragen und welche anderen Werte und Normen in der Erziehung mindestens gleichbedeutend artikuliert werden. Insgesamt wird ein umso stärkeres Statusmotiv vermutet, je offensiver die Förderaktivitäten dargestellt wurden. Die qualitative Studie konnte hier einen heuristischen Rahmen geben: Im Folgenden soll anhand von Hypothesen der Zusammenhang der Förderaktivitäten und Statusunsicherheit von Mittelschichteltern untersucht werden und es wird geprüft, inwieweit weitere Einstellungen (hier: Bildungsaspirationen) für die Handlungsmuster relevant sind.

Die Sekundäranalyse basiert auf Daten der Studie »Familien in Deutschland« (FiD) über die Jahre 2010 bis 2013. Es werden für die hier vorliegende Forschungsfrage die Daten von Eltern acht- bis zehnjähriger Kinder ausgewertet (jeweils zum Befragungszeitpunkt). Die FiD-Studie ist eng an das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) angelehnt und ist ebenso wie das SOEP eine Befragung auf Personen- und Haushaltsebene. Die Studie wurde im Jahr 2010 zum ersten Mal durchgeführt; im Jahr 2013 wurden knapp 4.500 Privathaushalte befragt, in denen über 8.000 Kinder. Bei der Datenerfassung standen Familien mit niedrigem Einkommen, Mehrkindfamilien, Alleinerziehende und Familien mit sehr jungen Kindern im Vordergrund (weitere Informationen zu diesen Studien finden sich in Wagner et al. 2007 und Schröder et al. 2013). Diese Teilstichproben können mithilfe einer Gewichtung so hochgerechnet werden, dass der Anteil der Haushalte dem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Das FiD-Querschnittsgewicht passt die Beobachtungen an den Mikrozensus und das Sozio-oekonomische Panel an<sup>4</sup>. Dadurch, dass die Studie über mehrere Jahre angelegt ist und spezifische Fragen an Eltern über deren Kinder in bestimmten Altersbereichen gestellt wurden, liegen vielfältige Informationen für die hier gegebene Forschungsfrage vor.

Die Schichtzugehörigkeit wird über eine Kombination aus dem Schulabschluss, der beruflichen Stellung (EGP-Klasse<sup>5</sup>) und dem Haushalts-Nettoeinkommen operationalisiert. Zur Mittelschicht werden demnach diejenigen gezählt, die mindestens die mittlere Reife oder einen Hauptschulabschluss mit Lehre haben, die mindestens Facharbeiter nach dem EGP-Schema sind und deren Haushaltseinkommen mindestens 70 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens entspricht.

Für die Operationalisierung der Bildungsanstrengungen bzw. Förderaktivitäten wurden unterschiedliche außerschulische Freizeitaktivitäten und Arbeitsgemeinschaften in der Schule als

---

4 Für das Jahr 2013 liegt zum Zeitpunkt der Analyse nur ein vorläufiges Gewicht vor, das noch nicht final auf die SOEP-Daten angewendet wurde.

5 Das nach Erikson et al. benannte Klassenschema setzt sich zusammen aus der beruflichen Tätigkeit und der betrieblichen/beruflichen Stellung (nach ISCO 88-Kodierung), unter anderem je nach dem Ausmaß der Weisungsbefugnis. Es lassen sich folgende Klassen unterscheiden: obere und untere Dienstklasse, einfache nicht-manuelle Berufe, Routine-Dienstleistungen, Selbständige mit/ohne Mitarbeiter, Facharbeiter, un-/angelernte Arbeiter sowie Beschäftigte in der Landwirtschaft und Nicht-Erwerbstätige (Erikson et al. 1979; Erikson, Goldthorpe 1992).



Indikator über einen Zeitraum von vier Jahren herangezogen, im Einzelnen insbesondere in den Bereichen Sport (im Verein und außerhalb), Musik/Kunst/Theater (innerhalb und außerhalb der Schule), und Jugendgruppen (Kirche, freiwillige Feuerwehr, DRK usw.).

Die empfundene Statusunsicherheit soll hier anhand der Ausprägung verschiedener Sorgenbereiche der Eltern untersucht werden. Zentraler Indikator in dem vorliegenden Zusammenhang ist die Frage nach der Sorge um die wirtschaftliche Zukunft des Kindes<sup>6</sup>. Diese hängt eng mit dem zukünftigen Einkommen des Kindes und damit auch der späteren Erwerbstätigkeit und beruflichen Position zusammen. Große Sorgen der Eltern schließen damit auch ein vergleichsweise geringeres Einkommen ein und implizieren einen potentiellen Statusverlust. Es wird daher untersucht, ob die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft des Kindes mit einem unterschiedlich hohen Förderverhalten zusammenhängt. Fördern Mittelschichteltern ihre Kinder eher, wenn sie für ihre Kinder einen Statusverlust befürchten? Für die Frage nach der Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation und um die wirtschaftliche Zukunft des Kindes stehen jeweils die Antwortkategorien keine, einige und große Sorgen zur Verfügung, wobei hier zwischen ›großen‹ und ›keinen/einigen‹ Sorgen unterschieden wird.

Bildungsaspirationen werden als Erwartungen der Eltern über das zu erreichende Bildungsniveau ihres Kindes verstanden. Das ursprünglich aus der Sozialpsychologie stammende Konzept wurde in der Bildungssoziologie vor allem durch Vertreter der Wisconsin Schule in den sechziger/siebziger Jahren prominent (Sewell et al. 1970). Die Entstehung unterschiedlich hoher Anspruchserwartungen wird vor allem durch den Einfluss der sozialen Herkunft, die zu unterschiedlichen Einstellungen und Werthaltungen gegenüber Bildung führt, erklärt. Bildungsaspirationen von Eltern und die damit verknüpften Statuserhaltungsmotive haben demnach einen erheblichen Einfluss auf den Bildungserfolg von Kindern (vgl. z.B. Paulus, Blossfeld 2007, Stocké 2007, Solga, Dobrowski 2009: 22). Häufig wird eine Differenzierung in idealistische und realistische Aspirationen vorgenommen; Studien zeigten jedoch, dass bereits die idealistischen Aspirationen nicht – wie angenommen – gänzlich unabhängig von der schulischen Leistung des Kindes getroffen werden, die Effektstärke des Notendurchschnitts aber für die realistischen Aspirationen deutlich größer ist als für die idealistischen (Kurz, Paulus 2008: 5502).

Es wird hier angenommen, dass ein (verstärktes) Bemühen um den Statuserhalt mit hohen Bildungsaspirationen einhergeht. Es wird untersucht, ob die Bildungsaspirationen ebenfalls einen Einfluss auf das Ausmaß der Förderaktivitäten der Mittelschichteltern haben. Eine hohe Bildungsaspiration liegt vor, wenn das Abitur der persönlichen Idealvorstellung entspricht bzw. wenn der Befragte es für sicher hält, dass das Kind mit dem Abitur die Schule abschließt (realistische Einstellung)<sup>7</sup>.

6 Fragebogenfrage im Original: »Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? - Um die wirtschaftliche Zukunft Ihrer Kinder«; »Große Sorgen«, »Einige Sorgen«, »Keine Sorgen«

7 Frageformulierung im Original: »Inwieweit entsprechen die folgenden Schulabschlüsse Ihrer persönlichen Idealvorstellung für die schulische Ausbildung des Kindes?« (jeweils für Hauptschulabschluss; Realschulabschluss/Mittlere Reife; Abitur); Werte 1 bis 7 (1= überhaupt nicht; 7= voll und ganz) und »Und für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass das Kind die Schule mit einem der folgenden Abschlüsse verlassen wird?«

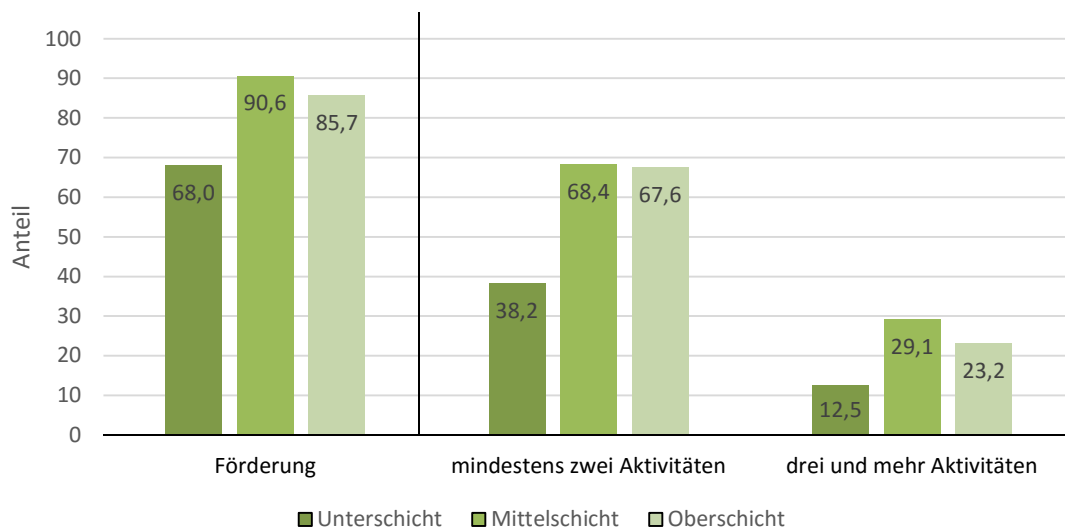
## Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Hypothesenprüfung vorgestellt. Der Anteil der Mittelschicht beträgt im Jahr 2013 im Sample etwa 64 Prozent, die obere Schicht macht einen Anteil von knapp acht Prozent aus und 28 Prozent sind nach der hier verwendeten Operationalisierung der unteren Schicht zuzuordnen.

H1a: Mittelschichteltern fördern ihre Kinder intensiv (Schichtvergleich).

Schichtenübergreifend förderten im Jahr 2013 etwa 57 Prozent der Eltern ihre Kinder mit mindestens zwei Aktivitäten. Wie erwartet, werden Kinder signifikant umso mehr gefördert, je höher die Schichtzugehörigkeit ist (Cramers  $V=0,28$ ): Rund 38 Prozent der Kinder aus den unteren Schichten nahmen an mindestens zwei Aktivitäten teil, während jeweils 68 Prozent aus der mittleren und der oberen Schicht entsprechend aktiv waren (Abbildung 1). Etwas weniger als ein Drittel (29 Prozent) der Mittelschichteltern fördern ihre Kinder mit mindestens drei Aktivitäten, was den größten Anteil im Schichtvergleich ausmacht.

Abb. 1: Förderaktivitäten im Jahr 2013



Quelle: FiD 4.0; Jahr 2013;  $n=1251$ , gewichtet, eigene Berechnungen

H1b: Mittelschichteltern fördern ihre Kinder zunehmend intensiver (Zeitvergleich).

Um einschätzen zu können, wie das Ausmaß an Förderaktivitäten zu bewerten ist, werden die Aktivitäten in der Entwicklung betrachtet. Fördern Mittelschichteltern gerade in den letzten Jahren mehr oder hat sich das Förderverhalten in dieser Hinsicht nicht verändert? Hierfür wurden Daten aus den Jahren 2010 bis 2013 ausgewertet: Insgesamt haben die Förderaktivitäten von Mittelschichteltern in den Jahren 2010 bis 2013 zugenommen: Der Anteil der Eltern, die ihre

Kinder mit mindestens zwei Aktivitäten gefördert haben, stieg von knapp 51 Prozent im Jahr 2010 auf 68 Prozent 2013. Dabei fördern in dem betrachteten Zeitraum ausschließlich Mittelschichteltern ihre Kinder intensiver: Im Vergleich blieben die Aktivitäten von Eltern der unteren Schicht in diesem Zeitraum nahezu konstant, während Eltern der oberen Schicht im Verlauf ihre Kinder sogar weniger förderten. Hier dargestellt sind die Daten für die Jahre 2010 und 2013; die Auswertung auch der Jahre dazwischen ergibt, dass es sich um einen linearen Anstieg der Förderaktivitäten handelt.

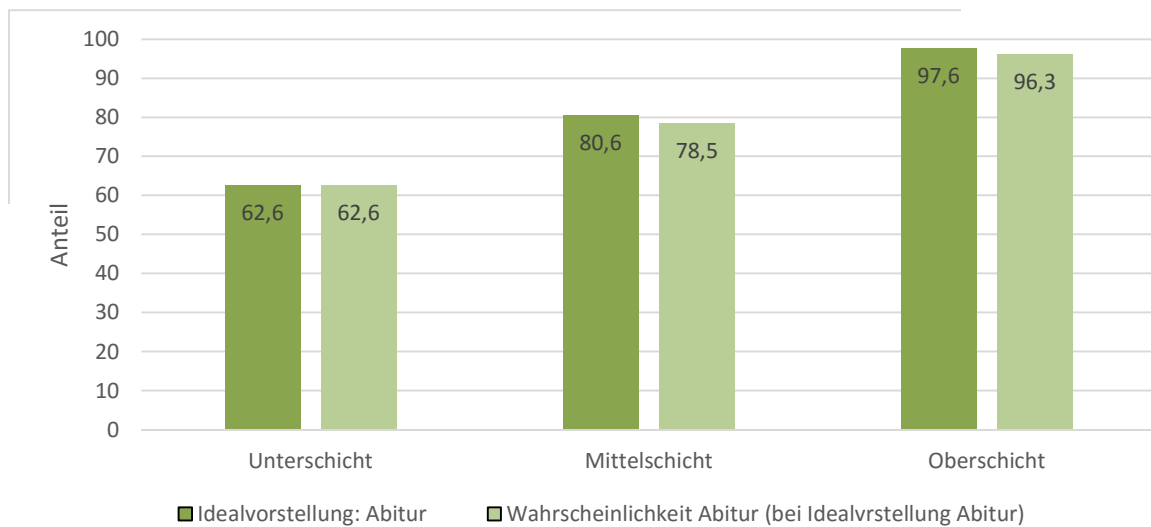
## H2: Mittelschichteltern empfinden eine Statusunsicherheit.

Die Analyse der subjektiven Unsicherheit im Schichtvergleich zeigt für verschiedene Sorgenbereiche (z.B. Sorge um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung oder Sorge um den Arbeitsplatzverlust), dass die (großen) Sorgen umso niedriger sind, je höher die Schichtzugehörigkeit ist: Im Jahr 2013 hatten 8 Prozent in der oberen Schicht, 15 Prozent in der mittleren und 34 Prozent in der unteren Schicht große Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation. Daneben macht sich mit knapp 24 Prozent ein erheblicher Anteil der Mittelschichteltern große Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft ihrer Kinder. Dies ist einerseits im Vergleich zu anderen Sorgenbereichen ein hoher Anteil (um ihre eigene wirtschaftliche Situation und auch um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung machen sich demgegenüber 15 Prozent der Mittelschichteltern große Sorgen), andererseits im Schichtvergleich: 7 Prozent der Eltern in der oberen Schicht und 36 Prozent in der unteren Schicht empfinden hier Unsicherheit. Dieser Befund bekräftigt zunächst die These um verstärkte Bildungsbemühungen: Die subjektive Verunsicherung die wirtschaftliche Zukunft ihrer Kinder betreffend stufen die Mittelschichteltern schwieriger als ihre eigene Situation ein.

## H3: Mittelschichteltern haben hohe Bildungsaspirationen (Schichtvergleich).

Die Bildungsaspirationen unterscheiden sich signifikant je nach sozialer Lage: Je höher die Schichtzugehörigkeit, desto eher haben die Eltern die (persönliche) Vorstellung, dass ihr Kind das Abitur erreicht und desto höher schätzen sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass ihr Kind das Abitur macht (Abbildung 2). In der unteren Schicht hatten knapp 63 Prozent der Eltern die persönliche (Ideal)Vorstellung, dass ihr Kind das Abitur erreicht, in der mittleren Schicht galt dies für knapp 81 Prozent der Eltern und in der oberen Schicht für knapp 98 Prozent der Eltern. Werden nur diejenigen Eltern betrachtet, für die das Abitur als die ideale Vorstellung des Schulabschlusses entspricht, ist der Unterschied zwischen idealistischer und realistischer Bildungsaspiration äußerst gering: Für Eltern aus der unteren Schicht ist die persönliche Idealvorstellung nahezu identisch mit der realistischen Einschätzung (knapp 63 Prozent); in der Mittel- und Oberschicht sind die idealistischen Vorstellungen leicht höher als die realistische Einschätzung. Das bedeutet, dass ein geringer Anteil an Eltern in der Mittel- und Oberschicht höhere Erwartungen an ihr Kind hat, als die Leistungen eingeschätzt werden. Die unterschiedlich hohen Bildungsaspirationen je nach Schichtzugehörigkeit bezogen auf die Bildungsaspirationen sind auch hier signifikant (Spearman's Rho= 0,19\*\*).

Abb. 2: Idealistische und realistische Bildungsaspirationen im Jahr 2013

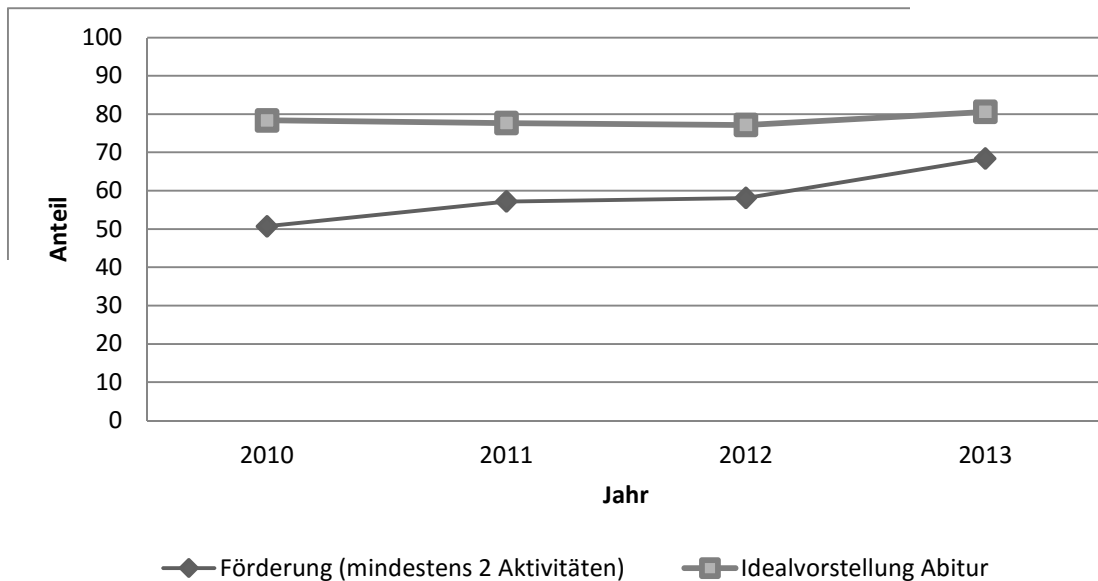


Quelle: FiD 4.0; Jahr 2013; n= 1251, gewichtet, eigene Berechnungen

H4: Im Vergleich zu den Förderaktivitäten von Mittelschichteltern erhöhen sich nicht ihre Bildungserwartungen (Zeitvergleich).

Höhere Bildungsaspirationen bei gleichzeitigem Anstieg des Förderverhaltens würde auf ein generell höheres Leistungs- und Wettbewerbsdenken deuten. Steigt jedoch das Förderverhalten während die Erwartungen sich nicht wesentlich verändern, würde es bedeuten, dass ähnlich hohe Ansprüche zunehmend nur mit steigenden Bildungsinvestitionen erreicht werden können. Es reicht nicht mehr aus, dass das Kind »nur« in die Schule geht, sondern die Eltern versuchen womöglich durch eigene Anstrengungen, dem Druck nachzukommen, mehr für das Gleiche tun zu müssen: es ist mehr Förderung notwendig, um konstante Erwartungen zu erfüllen. Hier wird zunächst untersucht, wie sich die Bildungsaspirationen im Vergleich zu dem erhöhten Förderverhalten in dem Zeitraum von 2010 bis 2013 entwickelt haben.

Abb. 3: Mittelschicht: Förderung und Bildungsaspirationen von 2010 bis 2013



Quelle: FiD 4.0; Zeitraum 2010 bis 2013; nur Mittelschichteltern, gewichtet, eigene Berechnungen

Wie bereits in Hypothese 1b bestätigt, fördern Mittelschichteltern ihre Kinder zunehmend intensiver: In den Jahren 2010 bis 2013 nehmen die Förderaktivitäten linear von knapp 51 Prozent auf rund 68 Prozent zu. Im gleichen Zeitraum sind die Erwartungen der Mittelschichteltern bezüglich des Schulabschlusses ihrer Kinder zunächst gering gesunken (vgl. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**): Im Jahr 2011 um 0,7 Prozentpunkte und im Jahr 2012 um weitere 0,5 Prozentpunkte. Im Jahr 2013 hatten dann mit knapp 81 Prozent wieder geringfügig mehr Mittelschichteltern hohe Bildungsaspirationen (Schulabschluss Abitur). Für die Jahre 2010 bis 2012 kann damit von der hier dargestellten Auswertung von einem erhöhten Statusdruck ausgegangen werden, wenn bei gleich hohen bzw. sogar leicht geringeren Bildungserwartungen, mehr gefördert wird. Die leicht steigende Tendenz der Bildungsaspirationen im Jahr 2013 deutet hingegen auf einen (allgemein) gestiegenen Wettbewerbsdruck hin. Ob sich dieser Trend verfestigt und ob sich steigende Bildungserwartungen auch in den anderen Schichten zeigen, wäre noch zu prüfen.

H5a: Der Einfluss von Statusunsicherheit auf das Förderverhalten von Mittelschichteltern zeigt sich auch unter Kontrolle von weiteren Merkmalen (multivariat).

Fördern Mittelschichteltern ihre Kinder insbesondere dann intensiv, wenn sie Sorgen um den Stuserhalt ihrer Kinder haben? Um sich dieser Frage anzunähern, werden die Ergebnisse einer logistischen Regression gezeigt (Tabelle 1). Neben den bereits diskutierten Merkmalen werden

hier ebenfalls die allgemeine Lebenszufriedenheit<sup>8</sup> und soziodemographische Merkmale der Eltern und des Kindes ausgewertet.

Tab. 1: Förderaktivitäten von Mittelschichteltern

	Modell 1	Modell 2
<i>Sorge um die wirtschaftliche Zukunft des Kindes</i>	-0.191	-0.135
<i>Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation</i>	0.088	0.054
<i>Lebenszufriedenheit (hoch)</i>	0.204	0.194
<i>Bildungsaspiration (hoch)</i>		0.545*
<i>Merkmale Befragungsperson</i>		
<i>Alter</i>	0.036*	0.034**
<i>Geschlecht: weiblich</i>	0.062	0.066
<i>Merkmale Kind</i>		
<i>Alter</i>	-0.286	-0.300
<i>Geschlecht: weiblich</i>	0.382*	0.354*
<i>McFadden-R2</i>	0.022	0.030

Quelle: Familien in Deutschland v4.0; Jahr 2013 (n= 620), eigene Berechnungen; Abhängige Variable: Zwei und mehr Förderaktivitäten von Eltern in der Mittelschicht; dargestellt werden die marginalen Effekte; \* $p < 0,05$ ; \*\* $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ .

Die Befunde für 2013 zeigen, dass – unter Konstanzhaltung der übrigen Variablen – eine große Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Eltern ihr Kind verstärkt fördern (hier: mindestens zwei Aktivitäten). Dies gilt hingegen nicht für große Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft des Kindes: Wenn Eltern für ihre Kinder einen Statusverlust befürchten, folgt daraus demnach nicht ein höheres Förderverhalten. Allerdings sind die Merkmale bezüglich der Unsicherheit nicht signifikant, so dass ein Einfluss von Sorgen auf das Förderverhalten für die Mittelschichteltern in diesem Sample im Jahr 2013 – beide Richtungen betreffend – nicht bestätigt werden kann. Hier sind nun mehrere Interpretationen möglich: Zum einen ist eine Deutung dahingehend möglich, dass der Planungsimperativ von Mittelschichteltern erfolgreich gewirkt hat: Sie haben gerade deswegen geringere Sorgen (bezüglich des intergenerationalen Stuserhalts), weil sie ihre Kinder intensiv fördern. Zum anderen könnte hier gerade die unterschiedliche Rhetorik, wie sie sich bereits in der qualitativen Studie gezeigt hat, zu dem Befund geführt haben: wie stelle ich meine Bildungsbemühungen nach außen hin dar? Auch eine intensive Förderung kann in der Erzähl- und Darstellungsweise nicht als Zeichen großer Verunsicherung, sondern wenig offensiv als ›normal‹ oder üblich präsentiert werden. Ebenso wurde in anderen Bereichen (z.B. bei der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung) ein Rückgang der (großen) Sorgen für die Mittelschicht festgestellt (vgl. Burzan et al. 2014); angesichts überstandener Krisen (wie die Finanz- und Eurokrise) oder anderer aktueller Krisen, wird eine große Verunsicherung möglicherweise gegenwärtig weniger selbstverständlich geäußert.

Die Auswertung zeigt weiterhin, dass Mittelschichteltern ihre Kinder dann signifikant mit einer größeren Wahrscheinlichkeit fördern, wenn sie hohe Bildungsaspirationen haben. Weitere

<sup>8</sup> Hier steht als Antwortmöglichkeit eine Skala von 0 bis 10 zur Verfügung (je höher der Wert, desto höher die Lebenszufriedenheit).

Aspekte, die einen solchen signifikanten Effekt zeigen, sind das Alter der Befragungsperson und das Geschlecht des Kindes: So werden Mädchen gegenüber Jungen mehr gefördert und die Wahrscheinlichkeit intensiv zu fördern, ist bei älteren Eltern höher als bei Jüngeren.

Die Ergebnisse deuten somit einerseits auf einen Einfluss von Faktoren hin, die auf den Statuserhalt ausgerichtet sind, wie eine hohe Bildungsaspiration, andererseits sind auch andere Motive wie beispielsweise spezifische Rollenvorstellungen relevant. In der nachfolgenden Hypothese wird am Beispiel des Alters und des Geschlechts der Befragungsperson (Elternteil) dargestellt, wie der Einfluss zu interpretieren ist.

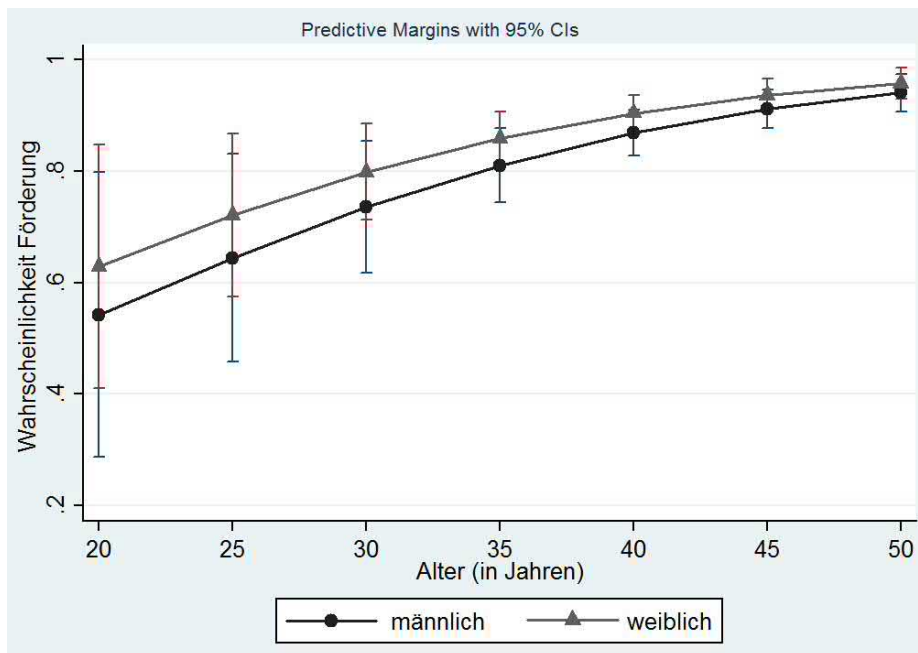
H5b: Das Alter der Mittelschichteltern hat einen Einfluss auf das Förderverhalten.

Die logistische Regression (vgl. Tabelle 1) hat für Mittelschichteltern zeigen können, dass die Wahrscheinlichkeit, seine Kinder intensiv zu fördern signifikant mit zunehmenden Alter steigt. In Abbildung 4 wird die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit auf Förderung (mindestens eine Aktivität) für Mittelschichteltern nach Alter und Geschlecht im Jahr 2013 dargestellt<sup>9</sup>. Die Befunde zeigen, dass Mütter mit einer höheren Wahrscheinlichkeit fördern als Väter und dass umso eher gefördert wird, desto älter die Befragungsperson ist. In der Grafik wird zudem die logistische Funktion der Zusammenhänge sichtbar: die Zunahme der Wahrscheinlichkeit wird mit jedem Lebensjahr geringer: Eine Veränderung der Variable Förderaktivität vom 20. zum 25. Lebensjahr steigert die Wahrscheinlichkeit bei den Müttern noch von 0,63 auf 0,72, während eine Veränderung von 45. zum 50. Lebensjahr die Wahrscheinlichkeit nur noch äußerst gering erhöht (um 0,02 Prozentpunkte).

---

<sup>9</sup> Die weiteren Variablen der logistischen Regression (Tabelle 1) werden auch hier kontrolliert.

Abb. 4: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit einer Förderung



Quelle: Familien in Deutschland v4.0; Jahr 2013; n= 620, eigene Berechnungen; Abhängige Variable: Mindestens eine Förderaktivität von Mittelschichteltern; Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten

## Schlussbetrachtung

In dem Beitrag wurden Bildungsanstrengungen und -aspirationen von Mittelschichteltern von Kindern im Grundschulalter thematisiert, um Hinweise auf einen möglichen – in den letzten Jahren – gestiegenen Statusdruck zu erhalten. Ausgangslage für die dargestellte Problematik waren soziale Wandlungsprozesse, wie der Umbau des Wohlfahrtsstaates, wodurch mehr und mehr ehemalige Sicherheiten brüchiger werden und mit Blick auf die Zukunft jeder Einzelne auch private Vorsorge leisten muss, um den Lebensstandard zu halten. Diese gefühlte Unsicherheit lässt sich auch in anderen Bereichen feststellen, wie bei der Anpassung an flexible Arbeitsplatzanforderungen oder auch in der Verbesserung der Startchancen des Nachwuchses: Wie kann man (selber) dafür sorgen, dass der Status und die Zukunft der eigenen Kinder gesichert ist? Es wird ein erhöhter Statusdruck vermutet und dass das bislang bereits für mittlere Lagen starke Motiv des Statuserhalts zu einem nochmals erhöhten Distinktionsverhalten führt und weitere Abgrenzungsmechanismen forciert. Ob und in welchem Maße sich die Bildungsbemühungen und -erwartungen von Mittelschichteltern in den letzten Jahren verstärkt haben, wurde hier anhand des Zusammenhangs von subjektiver Verunsicherung und Bildungsaspirationen untersucht.



Die empirische Umsetzung erfolgte mit Hilfe einer Methodenkombination: Offen geführte Leitfadenterviews mit Eltern in der Mittelschicht gaben erste Hinweise auf das Handeln in Bezug auf die Förderung und haben einen heuristischen Rahmen geschaffen, der eine Spezifizierung der Fragestellung für die quantitative Forschung und dessen Untersuchungskonzept (z.B. die Auswahl der Indikatoren) ermöglicht hat. Eine offensive Darstellung der Förderaktivitäten, gegenüber einer rhetorisch abgeschwächten Präsentation von vergleichbaren Bildungsbe mühungen, deutet auf eine unterschiedlich stark empfundene Statusmotivation hin. Darauf aufbauend wurden Sekundärdaten der Studie »Familie in Deutschland« ausgewertet: Hier zeigte sich zunächst im Schichtvergleich für das Jahr 2013, dass Mittelschichteltern ihre Kinder signifikant am intensivsten fördern und dass in der Mittelschicht in den Jahren 2010 bis 2013 linear mehr gefördert wurde. Daneben empfindet knapp ein Viertel der Mittelschichteltern große Sorge um die wirtschaftliche Zukunft ihrer Kinder: Insbesondere im Vergleich zu anderen Sorgenbereichen kann hier die Annahme einer erhöhten Statusunsicherheit bekräftigt werden.

Multivariate Analysen<sup>10</sup> konnten für das Jahr 2013 zunächst keinen eindeutigen Einfluss von Sorgen auf die Wahrscheinlichkeit, sein Kind intensiv zu fördern, zeigen. Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit von Förderaktivitäten verstärken, sind (hohe) Bildungsaspirationen sowie das Alter der Befragungsperson und das Geschlecht des Kindes.

Ob gerade Eltern, die ihre Kinder intensiv fördern, daraus folgend weniger Sorge um ihre Kinder und deren Stuserhalt haben oder ob sich hier die unterschiedliche Rhetorik aus der qualitativen Studie zeigt, ist in weiteren Analysen zu überprüfen: Die dort herausgearbeitete Unterscheidung der Erzähl- und Darstellungsweise in Bezug auf das Förderverhalten hat für die standardisierte Analyse bereits zu dem Erkenntnisgewinn geführt, dass auch hier innerhalb der Mittelschicht Gruppierungen unterschieden werden müssen, die ihr Förderverhalten mehr oder weniger offensiv darstellen. In der Sekundäranalyse wurden deshalb neben der subjektiven Unsicherheit auch andere Einstellungen und Haltungen mit in der Analyse berücksichtigt, hier konkret am Beispiel der Bildungserwartungen. Eltern in der Mittelschicht haben hohe Bildungsaspirationen, wobei im Zeitraum von 2010 bis 2012 ein leichter Rückgang gezeigt werden kann. Bei einem gleichzeitigen Anstieg der Förderaktivitäten kann angenommen werden, dass Eltern erhöhte (Bildungs-)Anstrengungen für notwendig erachten, um das nahezu unveränderte Bildungsziel zu erreichen. Ein Befund, der die These des erhöhten Statusdrucks bestätigen würde. Tendenzen für das Jahr 2013 (leicht höhere Bildungserwartungen) deuten dagegen eher auf einen allgemein höheren Leistungsdruck hin. Mit dem Einbezug der Bildungsaspirationen scheint sich der Zusammenhang von Förderverhalten und Statusunsicherheit von Mittelschichteltern besser darstellen zu lassen; die Analysen deuten jedoch auch darauf hin, dass die Operationalisierung diesbezüglich noch nicht trennscharf genug ist bzw. die Rhetorik, die eine unterschiedliche Fördermotivation herausstellt, noch nicht ausreichend erfasst wird. In der weiteren Analyse im Rahmen des Dissertationsprojekts sollen deshalb ebenfalls weitere Haltungen, wie z.B. die Wichtigkeit von bestimmten Erziehungszielen oder Aussagen über die empfundene Elternrolle, untersucht werden.

---

<sup>10</sup> das heißt unter Konstanthaltung der übrigen im Modell berücksichtigten Merkmale

## Literatur

- Bude, H. 2010: Die verunsicherte Mitte. Die Signalfunktion des Bildungsthemas. In A. Hirsch, R. Kurt (Hg.), *Interkultur – Jugendkultur*. Wiesbaden: VS, 135–144.
- Burzan, N., Kohrs, S. 2012: Vielfältige Verunsicherung in der Mittelschicht – Eine Herausforderung für sozialen Zusammenhalt? In L. Pries (Hg.), *Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: VS, 101–119.
- Burzan, N., Kohrs, S., Küsters, I. 2014: *Die Mitte der Gesellschaft: Sicherer als erwartet?* Weinheim: Beltz Juventa.
- Erikson, R., Goldthorpe, J. H., Portocarero, L. 1979: Intergenerational class mobility in three Western European Societies: England, France and Sweden. *British Journal of Sociology* 30, 415–441.
- Erikson, R., Goldthorpe, J. H. 1992: *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.
- Hille, A., Arnold, A., Schupp, J. 2013: Freizeitverhalten Jugendlicher: Bildungsorientierte Aktivitäten spielen eine immer größere Rolle. *DIW Wochenbericht*, Vol. 80, Nr. 40, 15–25.
- Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) 2011: *Überprüfung der These einer »schrumpfenden Mittelschicht« in Deutschland*. Köln: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Jungbauer-Gans, M., Lohmann, H., Spieß, C. K. 2012: Bildungsungleichheiten und Privatschulen in Deutschland. In R. Becker, H., Solga (Hg.), *Soziologische Bildungsforschung. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 52. Wiesbaden: Springer VS, 64–85.
- Kohrs, S. 2016: Krisenzeiten und Statuserhalt in der Mittelschicht: ein Mixed-Methods-Ansatz. In Burzan, N., Hitzler, R., Kirschner, H. (Hg.): *Materiale Analysen*, 149–166.
- Koppetsch, C. 2011: Gesellschaft aus dem Gleichgewicht? Zur Signalfunktion neuer Bürgerlichkeit. In C. Koppetsch (Hg.), *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus*. Wiesbaden: VS, 265–282.
- Kurz, K., Paulus, W. 2008: Übergänge im Grundschulalter: Die Formation elterlicher Bildungsaspiration. In K. S. Rehberg (Hg.), *Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*. Frankfurt am Main: Campus, 5489–5503 [CD-Rom].
- Merkle, T., Wippermann, C. 2008: *Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten*. Stuttgart: Lucius&Lucius.
- Münkler, H. 2010: *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*. Berlin: Rowohlt.
- Paulus, W., Blossfeld, H.-P. 2007: Schichtspezifische Präferenzen oder sozioökonomisches Entscheidungskalkül? Zur Rolle elterlicher Bildungsaspirationen im Entscheidungsprozess beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe. *Zeitschrift für Pädagogik*, 53. Jg., H. 4, 491–508.
- Schimank, U., Mau, S., Groh-Samberg, O. 2014: *Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Schöneck, N., Mau, S., Schupp, J. 2011: Gefühlte Unsicherheit. Deprivationsängste und Abstiegssorgen der Bevölkerung in Deutschland. In *SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research*, Nr. 428.
- Schröder, M., Siegers, R., Spieß, C. K. 2013: »Familien in Deutschland« (FID) – Enhancing Research on Families in Germany. *SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research*, Nr. 556.
- Sewell, W. H., Haller, A. O., Ohlendorf, G. W. 1970: The Educational And Early Occupational Status Attainment Process: Replication And Revision. In *American Sociological Review*, 35 Jg., 1014–1027.
- Solga, H., Dobrowski, R. 2009: *Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung. Stand der Forschung und Forschungsbedarf*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Stocké, V. 2007: Explaining Educational Decision and Effects of Families' Social Class Position: An empirical Test of the Breen-Goldthorpe Model of Educational attainment. In *European Sociological Review*, Vol. 23, Issue 4, 505–519.
- Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J. 2007: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. In *Schmollers Jahrbuch*, 127. Jg., H. 1, 139–169.

»Institutionen der frühen Kindheit in der Krise (?) – Ursachen, Analysen, Konsequenzen«  
der Sektion Soziologie der Kindheit  
– organisiert von Beatrice Hungerland und Sabine Bollig

# Kindheit im Kinder- und Jugendhilfesystem

## Krise als Form der Etablierung

Onno Husen

*Beitrag zur Veranstaltung »Institutionen der frühen Kindheit in der Krise (?) – Ursachen, Analysen, Konsequenzen« der Sektion Soziologie der Kindheit – organisiert von Beatrice Hungerland und Sabine Bollig*

Vertraut man dem ersten durch öffentliche Diskurse geleiteten Eindruck, so scheint Kindheit als Lebensphase unter anderem durch Veränderungen in der Betreuungsstruktur, gesteigerte Bildungsanforderungen und das scheinbar zunehmende Risiko, Gewalterfahrungen zu machen, unter Druck zu stehen. Das Muster einer Kindheit als pädagogisches Moratorium und als pädagogischer Schutzraum<sup>1</sup> erscheint dementsprechend in den letzten Jahren deutlich in eine Krise geraten. Der Beitrag versucht, diese Rede von der Krise der Kindheit mit dem Kinder- und Jugendhilfesystem in Relation zu setzen. Der bereits im Titel vorgenommene Verweis auf ein Kinder- und Jugendhilfesystem soll hierbei verdeutlichen, dass es sich um eine systemtheoretisch fundierte Perspektive auf Kinder- und Jugendhilfe handelt.

Der Beitrag gliedert sich in drei Teile:

Theorie sozialer Systeme: Das Kinder- und Jugendhilfesystem. In einem ersten Schritt wird in Anlehnung an die Theorie sozialer Systeme das Kinder- und Jugendhilfesystem als Funktionssystem der Gesellschaft entworfen. Zentrale Fragen werden in diesem Abschnitt sein: Wie operiert das Kinder- und Jugendhilfesystem? Welche Rolle spielen Wertideen für die Operation?

Kinder- und Jugendhilfesystem und die Rede von einer Krise der Kindheit. Im zweiten Schritt wird die eigentliche Relationierung von Kinder- und Jugendhilfesystem und der Rede von der Krise der Kindheit vorgenommen. Die zentrale Frage dieses Abschnitts lautet: Welchen Einfluss haben Wertideen auf die Relation von Kinder- und Jugendhilfesystem und der Rede von der Krise der Kindheit?

Systemtheorie und die Soziologie der Kindheit. Im dritten und abschließenden Punkt des Beitrages wird auf die Rolle der Systemtheorie in der Soziologie der Kindheit eingegangen und das Potential einer solchen Perspektive unterstrichen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Zinnecker 2000.

## Theorie sozialer Systeme: Das Kinder- und Jugendhilfesystem

Der Entwurf eines Kinder- und Jugendhilfesystems greift zurück auf systemtheoretische Überlegungen zur Ordnung von Gesellschaft und nutzt dementsprechend die Systemtheorie als Gesellschaftstheorie. Das Kinder- und Jugendhilfesystem soll im Folgenden als Funktionssystem der Gesellschaft beschrieben werden. Die Grundthese einer gesellschaftstheoretisch argumentierenden Systemtheorie ist, dass Gesellschaft und Kommunikation untrennbar verbunden sind<sup>2</sup> und sich moderne Gesellschaft in voneinander abgrenzbare soziale Systeme ordnen lassen, die aus Kommunikation bestehen.<sup>3</sup> Funktionssysteme, die auch soziale Systeme sind, sind in modernen Gesellschaften nötig, um die Komplexität bearbeitbar zu machen, die sich im Zuge der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft gebildet hat.<sup>4</sup> Vereinfacht ausgedrückt: Funktionssysteme fokussieren auf gesellschaftliche Aufgaben und selektieren, welche Kommunikation relevant für die Erfüllung und Bestimmung dieser Aufgaben ist. Um diese Selektion von Kommunikation vornehmen zu können, operiert jedes System in einer Leitdifferenz<sup>5</sup>, die binär die Grenze des Systems und damit die Unterscheidung zwischen System und Umwelt festlegt. Auf diese Weise bilden soziale Systeme autopoietische Kommunikationszusammenhänge, die sich durch ständige Anschlusskommunikation erhalten. Ein von Niklas Luhmann beschriebenes Funktionssystem ist zum Beispiel das Rechtssystem, das in modernen Gesellschaften die Aufgabe hat, über eine allgemeingültige Rechtsnorm die Kontingenz normativen Erwartens zu verringern, und in der Leitdifferenz von Recht und Unrecht operiert.<sup>6</sup>

Das Kinder- und Jugendhilfesystem kann in dieser Logik<sup>7</sup> als Teilsystem des Wohlfahrtssystems<sup>8</sup> verstanden werden, und damit als Teil „des bundesrepublikanischen Kommunikationszusammenhangs um das Thema Wohlfahrt“ (Sandermann 2010: 454f.). Als Leitdifferenz und damit „als Anlass für die wohlfahrtssystemische Kommunikation“ kann das „permanente Fragen nach teilgesellschaftlicher In- bzw. Exklusion von Individuen und Gruppen in modernen Gesellschaftszusammenhängen ausgemacht werden“ (Sandermann 2010: 455<sup>9</sup>). Das Kinder- und Jugendhilfesystem operiert, als Teilsystem des Wohlfahrtssystems, in derselben Leitdifferenz wie das Wohlfahrtssystem und fokussiert darüber hinaus, in einer zweiten Grenzziehung bzw. Selektionsstufe, auf Kinder und Jugendliche. Dementsprechend ist das Kinder- und Jugendhilfesystem aus einer systemtheoretischen Perspektive als Kommunikationszusammenhang zu verstehen, der sich mit der Bearbeitung des Themas der Wohlfahrt von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzt. Bis an diese Stelle könnte man behaupten, besteht keine große Diskrepanz zwischen einer systemtheoretischen Perspektive und anderen Forschungsperspektiven, wie

2 Vgl. Luhmann 1997: 13.

3 Vgl. grundlegend Luhmann 1984, 1997; Wilke 1989.

4 Vgl. Luhmann 1997: 743ff. Wobei neben dem Komplexitätsaufbau durch die weitere Differenzierung innerhalb der sozialen Systeme auch Komplexität aufgebaut wird. (vgl. Wilke 2000: 37).

5 Vgl. Luhmann 1984: 58. Was hier als Leitdifferenz beschrieben wird, beschreibt Luhmann auch als binären Code eines Systems (vgl. Luhmann 1997: 749 f.).

6 Vgl. Luhmann 1993.

7 Luhmann selbst spricht nicht von einem Wohlfahrtssystem. Von Luhmann beschriebene Funktionssysteme sind unter anderem: das Rechtssystem (vgl. Luhmann 1993), das Wirtschaftssystem (vgl. Luhmann 1988), das Wissenschaftssystem (vgl. Luhmann 1990) oder das Kunstsystem (vgl. Luhmann 1995).

8 Zum theoretischen Entwurf des Wohlfahrtssystems siehe Sandermann 2010, 2014.

9 Siehe Bommes und Scheer (2012: 163ff.) für eine Relationierung von sozialer Arbeit und wohlfahrtsstaatlicher Inklusions- und Exklusionsprozessen.

etwa der Diskurstheorie. Die Systemtheorie geht jedoch als funktional-strukturalistische Theorie einen Schritt weiter, indem sie der Funktion eines Systems besondere Beachtung schenkt<sup>10</sup>. Die Funktion des Kinder- und Jugendhilfesystems kann darin gesehen werden, zu bestimmen, wo in Bezug auf Kinder und Jugendliche teilgesellschaftliche Exklusion zu beobachten und damit Inklusion nötig ist. Damit ist die grundlegende permanente gesellschaftliche Funktion des Kinder- und Jugendhilfesystems umrissen.<sup>11</sup>

Die beschriebene Funktion ist allerdings nicht ohne die normative – zeitgeschichtliche – kulturelle Festlegung von Kriterien möglich, durch die bestimmt werden kann, wo Exklusion stattfindet. Diese Kriterien können abstrahiert als Wertideen bezeichnet werden, die „wie Sterne: unerreichbar und doch richtungsweisend“ für die Kommunikation um die Wohlfahrt von Kindern und Jugendlichen sind (Kaufmann 2003: 74)<sup>12</sup>. Aus systemtheoretischer Perspektive dienen diese Wertideen, die von Luhmann auch als Programme bezeichnet werden, der Ausformung des binären Codes.<sup>13</sup> Wertideen werden sozial und damit kommunikativ ausgehandelt und sind daher in Relation zu sich über die Zeit wandelnde gesellschaftliche Problemdefinitionen zu setzen. In Bezug auf das Kinder- und Jugendhilfesystem wird so deutlich, dass die Beobachtung von Exklusion, das Verständnis von Exklusion selbst und damit die Zuständigkeit für bestimmte Problemlagen und Zielgruppen, an sich über die Zeit wandelnde gesellschaftliche Wertideen geknüpft ist.

Zusammenfassend wird deutlich, dass die Systemtheorie in der Unterscheidung von Funktion und Wertidee es ermöglicht, sowohl die Konstanz (Funktion) als auch den Wandel (Wertidee) sozialer Systeme in den Blick zu nehmen.<sup>14</sup>

## Kinder- und Jugendhilfesystem und die Rede von einer Krise der Kindheit

Wertideen, die wichtig für die Wahrnehmung und Gestaltung der Lebensphase Kindheit sind, scheinen sich in den letzten Jahren zu wandeln, was sich unter anderem in einer vermehrten öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion um Bildungseinrichtungen, Tagebetreuung und Kinderschutz zeigt. Verstehen lassen sich diese Diskussionen unter anderem vor dem Hintergrund des von Lutz Leisering beschriebenen Wandels von sozialstaatlichen Gerechtigkeitsideen. In seiner Arbeit beschreibt er, wie sich der Stellenwert von Teilhabegerechtigkeit, in Abgrenzung zu der Vorstellung von Verteilungs- bzw. Bedarfsgerechtigkeit, angestoßen durch soziale Bewegungen der 80er Jahre, gewandelt hat.<sup>15</sup> Durch die erstarkende Wertidee der Teilhabegerechtigkeit werden Zugangs- und Chancengleichheit stärkere Bedeutung zugesprochen, was wiederum Auswirkungen auf die Kommunikation um Kindheit hat. Kinder, neben Frauen und Alten, wer-

10 Zum systemtheoretischen Funktionsbegriff siehe Luhmann (1984: 30 ff., besonders 87).

11 Diese Blickweise auf die Wohlfahrt hat gegenüber einer wohlfahrtsstaatlichen Perspektive den Vorteil, dass sie bei der Erforschung der Wohlfahrtsproduktion nicht automatisch auf staatliche Parameter fokussiert (vgl. Sandermann 2010: 554).

12 Für eine Beschreibung von leitenden Wertideen im Wohlfahrtsstaat wie Sicherheit (Kaufmann), Gerechtigkeit (Kerting), Freiheit (Vobruba), Solidarität (Prisching) und Subsidiarität (Sachße) siehe Lessenich 2003.

13 Vgl. Luhmann 1997: 362. Zur Unterscheidung von Code und Funktion siehe Luhmann 1997: 750.

14 Vgl. Sandermann 2010.

15 Vgl. Leisering 2004.

den als wichtige Zielgruppe für die Realisierung von Teilhabegerechtigkeit gesehen und als (neue) Zielgruppe adressiert. An diesem Beispiel wird deutlich, dass sich verändernde Wertideen zu einer veränderten Beobachtung von Kindern und so zu einer veränderten Kommunikation über Kinder und Institutionen der Kindheit führen. Die Lebensphase Kindheit wird als krisenhaft wahrgenommen und kommuniziert, ohne dass die empirische Situation von Kindern sich (maßgeblich) ändern muss. Aber auch abseits sozialstaatlicher Gerechtigkeitsideen spielen Wertideen eine wichtige Rolle, so kann die Idee von Kindheit als pädagogisches Moratorium und Schutzraum als Wertidee verstanden werden, die seit der Aufklärung die Lebensphase junger Menschen prägt.<sup>16</sup> Jürgen Zinnecker beschreibt diese Idee als „anspruchsvolles pädagogisches Programm mit starken normativen Setzungen“ (Zinnecker 2000: 36), das über die Kerninstitutionen Familie, Schule und Kindergarten realisiert wird.<sup>17</sup> Auch hier scheinen sich die Wertideen in Bezug auf die Rolle dieser Institutionen und damit Kindheit als pädagogisches Moratorium und Schutzraum zu wandeln, wie die oben angeführten Debatten verdeutlichen. Anhand dieser beiden Beispiele wird deutlich, dass bei der Betrachtung von Wertideen – in ihrer normativ zeitgeschichtlichen kulturellen Ausprägung – behauptet werden kann, dass die Lebensphase Kindheit in einer Krise steckt.

An diesem Punkt der Analyse stehen zu bleiben wäre aus einer systemtheoretischen Perspektive jedoch verkürzt, da die Beibehaltung der Unterscheidung von Wertidee und Funktion eines Systems weitere Analysemöglichkeiten eröffnet. An dieser Stelle ist es wichtig, zu verdeutlichen, was die Folgen einer krisenhaften Rede von Kindheit sind: Durch den Verstoß gegen Wertideen wird Kindheit relevant für die Leitdifferenz des Kinder- und Jugendhilfesystems und damit Teil des Systems. Mit steigender Relevanz nimmt die Kommunikation um Kindheit im Kommunikationszusammenhang des Kinder- und Jugendhilfesystems zu, und Kindheit bekommt als Lebensphase eine neue Relevanz und Eigenständigkeit. Eigenständigkeit in dem Sinne, dass Kinder als eigenständige Kategorie behandelt werden und nicht zum Beispiel in der Kategorie der Jugend aufgehen<sup>18</sup>. Die Kommunikation um Kindheit und über Kinder etabliert sich auf diese Weise in den kommunikativen Strukturen des Systems, sodass stetige Anschlusskommunikation stattfinden kann. Neben der Etablierung findet jedoch auch eine Differenzierung der Kommunikation um Kindheit statt, die analog zu einer Differenzierung des Teilsystems zu denken ist. So kann neben einer generellen Etablierung auch eine Differenzierung der Problemlagen beobachtet werden, wie sie zum Beispiel in der Kommunikation um Kinderschutz, der Bildungskrise oder Kinderarmut zum Ausdruck kommt. Durch diesen auf die Funktion gerichteten Analyseschritt wird betont, dass durch die krisenhafte Wahrnehmung und die Kommunikation über diese Krise – verursacht durch einen Wandel von Wertideen oder Lebensbedingungen – Kindheit sich in den Strukturen des Systems etabliert: Krise als Form der Etablierung. Aus dieser Perspektive kann deswegen argumentiert werden, dass gerade durch die Rede von einer Krise

---

<sup>16</sup> Vgl. Zinnecker 2000: 36.

<sup>17</sup> Vgl. Zinnecker 2000: 39.

<sup>18</sup> Dies wird zum Beispiel daran deutlich, dass heute in vielen Fällen von der Kinder- und Jugendhilfe gesprochen wird und nicht nur von Jugendhilfe. Aber auch in der Wissenschaft lässt sich die Tendenz, Kindheit als eigenständigen Forschungsgegenstand zu begreifen, verstärkt beobachten. So wurde 1994 die Arbeitsgruppe Kindheit in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gegründet, die 1998 zur Gründung der Sektion Soziologie der Kindheit in der DGS führte (vgl. Joos 2001: 26).

der Kindheit eine Etablierung und damit Festigung von Kindheit als eigenständige Kategorie des Kinder- und Jugendhilfesystems stattfindet.

Zusammenfassend verdeutlicht die systemtheoretische Unterscheidung von Wertidee und Funktion, dass die These von einer Krise der Kindheit in Relation zum Kinder- und Jugendhilfesystem sowohl unterstützt werden kann<sup>19</sup> – in Bezug auf sich wandelnde Wertideen – als auch verworfen werden muss – in Bezug auf die dauerhafte Funktion und Strukturen des Systems.

## Systemtheorie und die Soziologie der Kindheit

In vielen Bereichen soziologischer Forschung fällt der Systemtheorie und damit der Beschreibung von sozialen Systemen eine bedeutende Rolle zu. Nicht zuletzt auch deswegen, weil sie mit dem Selbstanspruch einer Universaltheorie auf verschiedenste gesellschaftliche Bereiche anwendbar ist. Für die Soziologie der Kindheit hingegen ist eine systemtheoretische Perspektive Luhmannscher Prägung bislang wenig erschlossen<sup>20</sup>. Gründe hierfür könnten einerseits in der Entstehungsphase der Soziologie der Kindheit, aber auch im Zuschnitt der Systemtheorie gefunden werden. Die internationale Gründungsphase der Childhood Studies in den 80er Jahren, die auch Einfluss auf die deutsche Soziologie der Kindheit hatte, zeichnet sich durch eine starke Abgrenzung gegenüber entwicklungspsychologischen und soziologischen Theoriemodellen von Kindern und Kindheit aus. Besonders starke Kritik wird an der Idee der Sozialisation und damit an einer struktur-funktionalen Theorie, wie durch Parsons vertreten, geäußert.<sup>21</sup> Dementsprechend kann auf einer internationalen Ebene, auf der die Ideen Luhmanns oft als Weiterentwicklung von Parsons Systemtheorie gesehen wird, von Vorbehalten ausgegangen werden.<sup>22</sup> Aber auch die auf Kommunikation fokussierende Beobachtung sozialer Systeme macht die Beziehung von Systemtheorie und der Soziologie der Kindheit nicht einfach: in den meisten Fällen werden Kinder nicht als psychische Systeme, sondern als semantische Einheit innerhalb der kommunikativen Strukturen eines Systems untersucht.<sup>23</sup> Der Fokus systemtheoretischer Kindheitsforschung liegt damit weder auf Kindern als Subjekte noch auf Kindern als Bevölkerungsgruppe. Diese beiden Fokuse können jedoch als Meilensteine der Entwicklung der Soziologie der Kindheit und als zwei Hauptbereiche kindheitssoziologischer Forschung betrachtet werden).<sup>24</sup> Aus Sicht der Soziologie der Kindheit ist dementsprechend die Frage zulässig, was die Systemtheorie für die Soziologie der Kindheit leisten kann.

---

19 An dieser Stelle muss sich jedoch auch gefragt werden, ob Kindheit im Sinne eines pädagogischen Moratoriums nicht an eine Krisenformulierung oder zumindest an die Formulierung eines besonderen Bedarfs gebunden ist.

20 Vgl. Jenks 1982. Eine Ausnahme ist die Dissertation David Kletts, der Familie als soziales System umreist und die Familienkommunikation in Hinblick auf die Form des Kindes untersucht (siehe Klett 2013).

21 Das hohe Abstraktionsniveau und zum Teil die damit verbundenen Probleme der Übersetzung der Werke Luhmanns können als weitere Gründe betrachtet werden, warum die funktional-strukturelle Systemtheorie international eine kleinere Rolle spielt als im deutschen Kontext (vgl. Ritzer, Stepnisky 2013: 99f.; Adams, Sydie 2002: 34).

22 Vgl. Turner 2013: 360.

23 Vgl. Göhlich 2006: 54.

24 Vgl. Schweizer, 2007: 227ff.; vgl. Honig 1999.



Ungeachtet der Vorbehalte hat die Systemtheorie ein bisher wenig genutztes Potential für die Soziologie der Kindheit. Eine systemtheoretische Vorstellung von Gesellschaft könnte die vorhandenen gesellschaftstheoretischen Konzepte, wie das der generationale Ordnung<sup>25</sup> oder das der differenzielle Zeitgenossenschaft<sup>26</sup>, ergänzen und so gerade durch den Blick auf soziale Systeme der Beschreibung von Kindheit einen weiteren Rahmen geben. Diese wäre besonders attraktiv für eine dekonstruktive Soziologie der Kindheit, die von Leena Alanen als dritter Hauptbereich der Soziologie der Kindheit genannt wird).<sup>27</sup> Eine dekonstruktive Perspektive sieht „Child, children and childhood [...] as discursive formations through which ideas, images and knowledges of children and childhood are conveyed in society“ (Alanen 2001: 12f.). Der Fokus auf Kommunikation erlaubt es der Systemtheorie, Kind, Kinder und Kindheit als semantische Einheit innerhalb der kommunikativen Strukturen eines sozialen Systems zu beschreiben und die Ergebnisse gesellschaftstheoretisch zu verankern. Auf diese Weise bietet sie einen Theorie-rahmen, der für die Dekonstruktion von Kindheitsbildern und damit in Verbindung stehenden Wertideen genutzt werden kann, ohne jedoch die Funktion eines sozialen Systems und die Relation von Wertidee (Wandel) und Funktion (Konstanz) zu vernachlässigen.

## Literatur

- Adams, B.N., Sydie, R.A. 2002: *Contemporary Sociological Theory*. Thousand Oaks: Pine Forge Press.
- Alanen, L. 2001: Explorations in generational analysis. In L. Alanen, B. Mayall (Hg.), *Conceptualizing Child-Adult Relations*. London, New York: Routledge Falmer, 11–22.
- Alanen, L. 1992: *Modern Childhood? Exploring the child question in sociology*. Jyväskylä: Kasvatustieteiden tutkimuslaitos.
- Bommes, M., Scheer, A. 2012: *Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Göhlich, M. 2006: Medium Kind? Für eine system- und handlungstheoretische Fundierung pädagogischer Reflexion. In S. Andresen, I. Diehm (Hg.), *Kinder, Kindheiten, Konstruktionen. Erziehungswissenschaftliche Perspektiven und sozialpädagogische Verortung*. Wiesbaden: VS, 53–72.
- Hengst, H. 2004: Differenzielle Zeitgenossenschaft. In D. Geulen, H. Veith (Hg.), *Sozialisationstheorie interdisziplinär. Aktuelle Perspektiven*. Stuttgart: Lucius & Lucius, 273–291.
- Hengst, H. 2013: *Kindheit im 21. Jahrhundert. Differenzielle Zeitgenossenschaft*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Honig, M.-S. 1999: *Entwurf einer Theorie der Kindheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jenks, C. 1982: Introduction: constituting the child. In C. Jenks (Hg.), *The Sociology of Childhood. Essential Readings*. London: Batsford, 9–24.
- Joos, M. 2001: *Die soziale Lage der Kinder – Sozialberichterstattung über die Lebensverhältnisse von Kindern in Deutschland*. Weinheim, München: Juventa.
- Kaufmann, F.-X. 2003: Sicherheit: Das Leitbild beherrschbarer Komplexität. In S. Lessenich (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*. Frankfurt am Main: Campus, 73–104.
- Klett, D. 2013: *Die Form des Kindes. Kind, Familie, Gesellschaftsstruktur*. Weilerswist: Velbrück

<sup>25</sup> Vgl. Alanen 2001, 1992.

<sup>26</sup> Vgl. Hengst 2004, 2013.

<sup>27</sup> Vgl. Alanen 2001: 12.

- Lessenich, S. 2003 (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt am Main: Campus.
- Leisering, L. 2004: Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. Normative Diskurse im Umbau des Sozialstaats. In S. Liebig, H. Lengfeld, S. Mau (Hg.), Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt, New York: Campus, 447–464.
- Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1988: Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1990: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1993: Das Recht der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1995: Die Kunst der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Ritzer, G., Stepnisky, J. 2013: Contemporary Sociological Theory and Its Classical Roots. New York, NY: McGraw-Hill.
- Sandermann, P. 2010: Die Kontinuität im Wandlungsprozess des bundesrepublikanischen Wohlfahrtssystems. *Neue Praxis*, 40. Jg., 447–464.
- Sandermann, P. 2014: The German Welfare System and the Continuity of Change. In P. Sandermann (Hg.), *The End of Welfare as We Know It? Continuity and Change in Western Welfare State Settings and Practices*. Opladen: Barbara Budrich, 107–125.
- Schweizer, H. 2007: *Soziologie der Kindheit. Verletzlicher Eigen-Sinn*. Wiesbaden: VS.
- Turner, J. H. 2013: *Theoretical Sociology. 1830 to the Present*. Los Angeles: Sage.
- Wilke, H. 1989: *Systemtheorie entwickelter Gesellschaften. Dynamik und Riskanz moderner gesellschaftlicher Selbstorganisation*. Weinheim: Juventa.
- Wilke, H. 2000: *Systemtheorie Band 1: eine Einführung in die Grundprobleme der Theorie sozialer Systeme*. Stuttgart: Fischer.
- Zinnecker, J. 2000: Kindheit und Jugend als pädagogische Moratorien. Zur Zivilisationsgeschichte der jüngeren Generation im 20. Jahrhundert. In D. Benner, H. E. Tenorth (Hg.), *Bildungsprozesse und Erziehungsverhältnisse im 20. Jahrhundert*. *ZfP*, 42. Beiheft, 36–68.

»Krisen des Sports – Sport in der Krise?«  
der Sektion Soziologie des Körpers und des Sports  
– organisiert von Robert Gugutzer und Larissa Schindler

# Konstruktion und Verwertungslogik sozialer Krisen – dargestellt an der öffentlichen Diskussion über Gesundheit und Fitness von Kindern und Jugendlichen

Markus Klein, Eike Emrich und Werner Pitsch

*Beitrag zur Veranstaltung »Krisen des Sports – Sport in der Krise?« der Sektion Soziologie des Körpers und des Sports – organisiert von Robert Gugutzer und Larissa Schindler*

Krise bzw. soziale Krise (oder eben soziales Problem) im von uns verstandenen Sinne bedeutet, dass in einem Kollektiv Einigkeit über die Wahrnehmung eines Umstands besteht, welcher negativ bewertet wird. Im Sinne von Karl-Dieter Opp (1978: 18) liegen also eine Perzeptions- und eine Bewertungskomponente vor. Er (ebd.) nennt darüber hinaus noch die Faktenkomponente, also das Vorliegen eines realen Sachverhaltes.

Die Behandlung eines Zustandes als soziales Problem bzw. als soziale Krise setzt – aus unserer Sicht und in Anlehnung an das Thomas Theorem (Merton 1948, wobei er Bezug auf Thomas, Thomas 1928: 572 nimmt) – aber gerade nicht seine reale faktische Existenz voraus. Maßnahmen werden bereits ergriffen, wenn viele glauben, dass das Problem existiere. Harold Demsetz (1969) nennt dies aus ökonomischer Perspektive den Nirvana Approach. Typisch dafür ist die Vermengung von Sach- und Sollensaussagen, von zutreffender und normativer Analyse unter Beimengung von impliziten Handlungsaufforderungen, in deren Verlauf nicht selten bestimmte Interventionsprogramme Karriere machen. Typisch für den Nirvana-Approach sind somit normative Ideale, kurzum Werturteile, die ohne sorgfältige Prüfung der empirischen Wirklichkeit und der institutionellen Anreize und Restriktionen direkt in Gestaltungsempfehlungen übersetzt werden. Die Problematik ist also nicht neu. Das zeigt im Übrigen auch bereits die Auseinandersetzung von Blumer mit Merton (bspw. Höhmann 1993; Albrecht 1990).

Nikolaus Sidler (1999) bringt noch ein weiteres Kriterium in die Diskussion: Das soziale Problem muss einen – zumindest theoretisch – bearbeitbaren, also behebbaren Missstand darstellen, wobei die Frage offen bleibt, ob die öffentliche Kommunikation der Behebbarkeit des Missstands nicht bereits genügt. Es wäre also als weitere Komponente die Bearbeitbarkeit zu nennen. Genau diese Bearbeitbarkeit ist aber jener Bereich, der für sogenannte »moralische Unternehmer« Ressourcen generieren kann. So ist Bearbeitbarkeit zwar oftmals theoretisch plausibel, praktisch aber nicht direkt durchführbar. Es müssen demnach sogenannte Experten zu Rate gezogen werden, die sich der Bearbeitbarkeit des Problems widmen oder eine solche Bearbeitbarkeit zumindest kommunizieren.

Im Folgenden wird zunächst der Prozess der Etablierung sozialer Krisen beschrieben. Im Anschluss wird in Anlehnung an die Ökonomik der Religion (Azzi, Ehrenberg 1975; Iannaccone 1998; auch Schmidtchen 2000) ein stilisiertes Modell vorgestellt, das Eike Emrich und Werner Pitsch (2015, zur spieltheoretischen Modellierung innerer normativer Spannungen siehe Emrich, Pitsch 2014) für die Modellierung der Scientific Community der Sportwissenschaftler genutzt und entsprechend angepasst haben und welche Handlungen von Wissenschaftlern in Abhängigkeit verschiedener Motive beschreibt. Schließlich werden verschiedene Formen der Anpassung aus diesem Modell abgeleitet und erste Überlegungen zur empirischen Überprüfung dieser Ableitungen skizziert.

## Entstehung sozialer Probleme

Zur Beschreibung der Entstehung sozialer Krisen betrachten wir zunächst die fünf Phasen im Stufenmodell von Herbert Blumer (1971, für die hier behandelte Thematik im Detail Klein, Emrich 2013).

Die erste Phase, also das Auftreten des Problems bzw. der Krise, ist gekennzeichnet durch kollektive Etikettierungsmechanismen. Gesundheit und Fitness von Kindern wurden in der öffentlichen Diskussion als defizitär und damit als Problem dargestellt, das von großen Teilen der Gesellschaft perzipiert und auch negativ bewertet wird.

In Phase zwei folgt die Legitimation des Problems, innerhalb derer Argumentationsmuster für die Steuerung der öffentlichen Aufmerksamkeit bereitgestellt und auf dieser Basis Übergewicht sowie Bewegungsmangel von Kindern als Gegenstand massenmedialer Berichterstattung in der öffentlichen Kommunikation verankert werden. Zahlreiche Schlagzeilen können hier als Beleg angeführt werden (bspw. »Bewegungsmangel. Kinder werden zu Faulpelzen« [Focus, 16.07.2008]; »Generation extra large« [Die Zeit, 09.10.2008]; »Junge Schlawffis schwächen die Wirtschaftskraft« [Saarbrücker Zeitung, 11.01.2013], hierzu auch Klein et al. 2005).

In Phase drei folgt die Mobilisierung des Handelns und zwar in der Regel durch moralische Unternehmer. Bezogen auf unser Beispiel erfolgen einerseits Appelle an das individuelle Verhalten in Form großer Kampagnen sowie andererseits Appelle an verantwortliche Instanzen, durch entsprechende Regelungen kollektiv Abhilfe zu schaffen (bspw. Bewegungspausen in Schulen)

In Phase vier wird ein offizieller Handlungsplan erstellt, dessen Formulierung und Wirksamkeit von politischen Entscheidern mit hoher Wahrscheinlichkeit unterstützt wird, wenn sie damit positiv besetzte Aufmerksamkeit erlangen können und so letztlich ihre Wiederwahlchancen erhöhen. Hinsichtlich unserer Thematik existieren bereits einige offizielle Handlungspläne, exemplarisch seien zwei genannt: Im Jahre 2004 forderte Renate Künast als Verbraucherministerin im Bundestag eine »Initiative für eine neue Ernährungsbewegung in Deutschland« (Deutscher Bundestag 2004). Entstanden ist hieraus die »Plattform für Ernährung und Bewegung e.V.« (Plattform Ernährung und Bewegung e.V. 2004, kurz: PEB). Im Jahr 2008 wurde von der Bundesregierung der Nationale Aktionsplan »IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung« verabschiedet (Deutscher Bundestag 2008).

In Phase fünf erfolgt schließlich die tatsächliche Ausführung des Handlungsplans. Zum Beispiel wurden die beiden genannten Programme (PEB und IN FORM) tatsächlich umgesetzt. Der Umstand, dass im Abstand von vier Jahren zwei Handlungspläne auf Bundesebene erstellt und umgesetzt wurden, passt jedoch nicht exakt in das Schema von Herbert Blumer. Hier wirkt möglicherweise im Sinne der politischen Ökonomie der oben schon angesprochene Druck auf Politiker, sich medial zu präsentieren hinein, um mittels gesteigerter Aufmerksamkeit bessere Wahlchancen zu haben.<sup>1</sup>

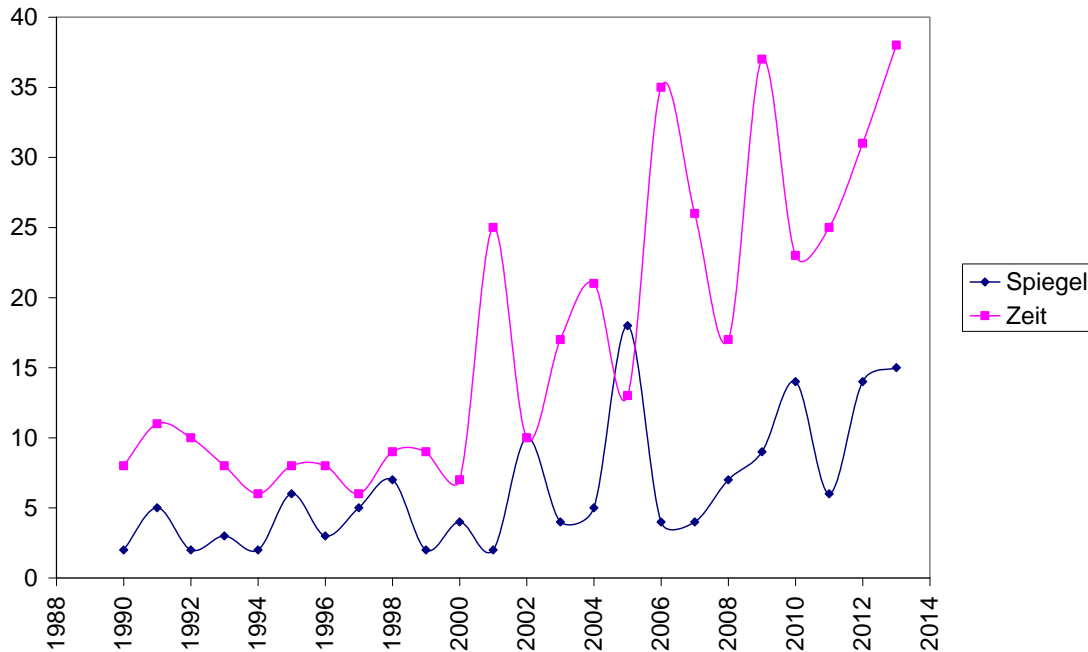
Nach dem Blumer-Modell wäre zu erwarten gewesen, dass die Kommunikation vor allem vor 2004 hätte ansteigen und mit der Umsetzung des Handlungsplans zumindest hätte nachlassen müssen. In einer kurzen Recherche bei zwei Printmedien wurde exemplarisch deshalb die Häufigkeit der Wortkombination »Übergewicht« und »Kinder« in Abhängigkeit von Publikationsjahren dargestellt<sup>2</sup> (siehe Abbildung 1). Entgegen der Annahme zeigt sich ein deutlich zyklisches Wieder-Auftreten des »sozialen Problems«, welches mit den Zeiten der Umsetzung der Handlungspläne eher wenig korrespondiert. Wären die Phasen von Blumer erfolgreich durchlaufen, so müsste das Problem zu einem bestimmten Zeitpunkt gelöst sein. Faktisch sehen wir aber immer wieder erneut ein Aufflammen des Problems, nachdem eine gewisse Weile keine Aktivität zu beobachten war. Was genau hält also das Problem in der öffentlichen Kommunikation bzw. wie erklärt sich dieses zyklische Auf und Ab, das stark an einen konjunkturellen Zyklus erinnert, in dessen Verlauf bestimmte Themen vor der medialen Sättigungsgrenze medial abebben und dann regelmäßig wiederkehren? Offensichtlich vermeiden Medien die Übersättigung ihrer Rezipienten durch konjunkturellen Wechsel von Themen. Dies ist aber nur möglich, wenn es nicht nur um Interessen geht, welche Medien ebenso wie moralische Unternehmer antreiben, sondern auch um Gefühle, die große Bevölkerungsgruppen emotional berühren. Nicht zuletzt weil das diskutierte Problem Kollektivgüter anspricht, zu deren Produktion offensichtlich einige auf Kosten anderer nicht genug beitragen, sind Empörung und Entrüstung über das »Fehlverhalten« begünstigt.

---

1 Man denke hier nur an die Ernährungsempfehlung der Partei, der Frau Künast angehört, zum regelmäßigen Fleischverzicht (Bündnis 90/Die Grünen 2013: 164).

2 Eine systematische Betrachtung der Wissenschaft-Medien-Kopplung ist hier nicht Gegenstand der Untersuchung und müsste wesentlich umfassender geschehen. Das Beispiel dient lediglich der Veranschaulichung.

Abb. 1: Häufigkeit der Wortkombination »Übergewicht« und »Kinder« in Abhängigkeit von Publikationsjahren bei *Der Spiegel* und *Die Zeit* (eigene Erhebung).



Die besagten Probleme betreffen somit letztlich gesellschaftliche Werte, deren Bedrohung große Teile der Gesellschaft emotional berühren. Dieses kollektive Gefühl der Bedrohung von Wertvorstellungen wird allgemein auch »Moral Panic« genannt (Goode, Ben-Yehuda 1994; Rohloff, Wright 2010). In der Literatur werden verschiedene Theorien zur Entstehung von Moral Panic diskutiert. Die drei bekanntesten seien hier kurz zusammengefasst:

- Beim grassroot-model wird von allgemein verbreiteten Sorgen und Ängste ausgegangen, die von Medien aufgegriffen und in den öffentlichen bzw. politischen Raum getragen werden. Beispiel wäre Angst vor Kriminalität.
- Das zweite Modell geht von der Steuerung durch Elitegruppierungen aus: Gemeint sind einflussreiche Persönlichkeiten mit entsprechenden Medienkontakten, bspw. Politiker, Wirtschaftsvertreter.
- Im dritten Modell geht man ganz allgemein von Einflüssen durch Interessengruppierungen aus. In Anlehnung an Howard Becker (1966) kann man dabei von moralischen Unternehmern als Etikettiermacht sprechen. Im Falle medial gesteigener Wirkung ist in Ergänzung zu Becker auch davon auszugehen, dass moralische Unternehmer Problemfelder nicht nur aufgreifen, sondern auch selber schaffen (siehe dazu Anthonj et al. 2013), also im Extremfall Regelsetzer und -kontrolleur zugleich sind.

Für uns sind eher die oben genannten Punkte b und c relevant, wobei sich in unserem konkreten Fall Elite- und Interessengruppen empirisch nicht explizit trennen lassen. In beiden Fällen wird man moralische Unternehmer finden, die moralische Kreuzzüge lancieren um so das Einhalten der gesetzten Regeln durchzusetzen. Diese Kreuzzüge können sich eben auch zu Moral Panic ausweiten. Besondere Merkmale von Moral Panic sind vor allem eine schnelle Verbreitung

und damit eine besondere Bedeutung der massenmedialen Berichterstattung. Ebenso ein recht schnelles Abfallen des öffentlichen Interesses. Oftmals reicht allein das Signalisieren von Absichten zu Maßnahmen aus, um den Aufmerksamkeitswert des Problems deutlich zu senken. Offensichtlich ist die Öffentlichkeit danach wenig daran interessiert, zu erfahren, ob die beabsichtigten Maßnahmen auch tatsächlich greifen.

Um den Verlust an Aufmerksamkeit zu kompensieren, muss das Problem von den entsprechenden Akteuren somit immer wieder auf die Agenda gebracht werden, was gleichzeitig die Gefahr der Übersättigung der Öffentlichkeit mit sich bringt (Münch 1992; zur Ökonomie der Aufmerksamkeit generell Franck 1998). Unser Befund der zyklischen öffentlichen Kommunikation ließe sich problemlos mit der interessengeleiteten Aufmerksamkeitssteuerung durch moralische Unternehmer erklären. Genau in diesem Kontext interessiert uns nun die Frage, wie Wissenschaftler, die zwangsläufig an der Bearbeitung solcher Probleme beteiligt sind, in jene Moral Panic-Phänomene involviert sind. Inwieweit sind in unserer konkreten Thematik bspw. speziell Sportwissenschaftler einbezogen?

An verschiedenen anderen Stellen haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die Defizit- bzw. Verfallshypothese der motorischen Leistungen und der damit verknüpft bedrohten Gesundheit bei Kindern empirisch nicht eindeutig belegbar ist (Klein 2006; Klein et al. 2004; Klein et al. 2013). Dennoch werden im Sinne des Nirvana-Approaches (s. o.) umfassend Interventionsbemühungen und Maßnahmen gefordert und dabei wissenschaftliche Erkenntnisse oft selektiv bemüht. Ebenso beteiligen sich in hohem Maße Wissenschaftler an der Gestaltung von Interventionsbemühungen und melden sich auch in breiter Öffentlichkeit zu Wort (zur Situation von Sportwissenschaftlern im Kontext der zunehmenden Drittmittelorientierung von Universitäten Emrich, Thieme 2012; Klein, Emrich 2013).

## Krisenbearbeitung durch Wissenschaftler

Ohne dies nun näher zu vertiefen, gehen wir zunächst von der Tatsache aus, dass auch die wissenschaftliche Erkenntnis nicht letztgültig logisch nur aus der Anwendung bestimmter Methoden ableitbar ist. Dies zeigen Blicke in wissenschaftshistorische Diskussionen wie von Ludwik Fleck (1980) in den 1930er Jahren, Thomas Kuhn (1976) in den 1960er Jahren, Paul Feyerabend (1986) in den 1970er Jahren oder zuletzt auch Alan F. Chalmers (1999, 243ff.) und in die sich anschließende Diskussion (siehe Worall et al. 2000 sowie die Antwort von Chalmers 2000). Was kann also der Wissenschaftler oder »die Wissenschaft« tun, um glaubwürdig zu sein? Zunächst einmal müssen sich Wissenschaftler einem strengen Ethos der Forschung verpflichten, um sich dem Ideal wissenschaftlichen Arbeitens wenigstens anzunähern (Emrich 2006). Die Wissenschaft als Institution verpflichtet, ähnlich wie die Kirche, ihre Mitglieder zur Einhaltung bestimmter Glaubensgrundsätze. Damit nimmt die wissenschaftliche Tätigkeit ihren Ausgangspunkt bei normativen Prämissen analog zum Katechismus der Kirche.

Robert K. Merton (1985: 90ff.) hat sich mit den normativen (Glaubens-)Grundsätzen der Wissenschaft näher befasst. Die von ihm herausgearbeiteten institutionellen Imperative der Wissenschaft sind Universalismus, Kommunismus, Uneigennützigkeit und organisierter Skeptizis-



mus. In Anlehnung an verschiedene spätere Autoren werden diese Grundsätze auch im Kürzel CUDOS zusammengefasst (Communism, Universalism, Disinterestedness, Organized Scepticism; Barnes 2007, ergänzend siehe Kalleberg 2007).

Der Wissenschaftler, der sich diesen Grundsätzen verpflichtet fühlt und sich der Thematik abnehmender körperlicher Leistungsfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen widmet, müsste also zunächst kritisch prüfen, ob das besagte Problem in der unterstellten Form und im kommunizierten Ausmaß überhaupt existiert. Auffällig ist, dass trotz widersprüchlicher empirischer Befundlage das Problem unkritisch als existent angenommen wird und Wissenschaftler sich an Interventionsforschung beteiligen und auch in hohem Maße an der wissenschaftsexternen massenmedialen Kommunikation. Prinzipiell ist damit allgemein die Frage angesprochen, was denn konkret Wissenschaftler an das Ethos der Wissenschaft bindet bzw. was sie veranlassen könnte, dagegen zu verstoßen (oder es zumindest im Sinne der Grenzmoral als nachrangig zu betrachten).

## Motivstruktur

Aufgrund struktureller Ähnlichkeiten zwischen Wissenschaft und Religion werden wir in Anlehnung an die Ökonomik der Religion (siehe Azzi, Ehrenberg 1975) den Wissenschaftler genau wie den religiösen Gläubigen als nutzenmaximierendes Individuum betrachten, welches aus bestimmten Motiven handelt.<sup>3</sup> Wie in der Ökonomik der Religion unterstellen wir dabei drei Motive: Zum einen das »Heilsmotiv« (H), worunter wir den Glauben daran verstehen, dass durch die eigene Produktion von Wissen in der Scientific Community ein Verbesserungspotential für künftige Lebens- und Handlungsbedingungen vieler entsteht, so lange die Grundsätze wissenschaftlichen Handelns Beachtung finden. Zum zweiten ist das Konsummotiv (K) zu nennen. Gemeint ist hierbei der Erwerb eines konkreten, individuell verwertbaren Nutzens (Reputation, Bekanntheit, Geld, Zugang zum Forschungsfeld, öffentliche Aufmerksamkeit). Schließlich sei das soziale Druckmotiv (D) genannt. Hierunter verstehen wir ein Verpflichtungsgefühl zur Teilnahme an außerwissenschaftlichen Aktivitäten (zum Beispiel aufgrund wahrgenommener Außensteuerung sowie internen und externen Bewertungsmaßstäben und Evaluationskriterien) bzw. die Orientierung an wissenschaftsexternen Ressourcen, also im Wesentlichen an sozialer Anerkennung.

Die Verschränkung der verschiedenen Motive, die hier nur stilisiert angedeutet ist (siehe Abbildung 2, zur differenzierten Darstellung siehe Emrich, Pitsch 2014), ist sehr komplex und wird hier nicht weiter vertieft. Eine Anmerkung zum Konsummotiv ist für die weitere Betrachtung wichtig: dieses Motiv unterteilt sich in ein wissenschaftsinternes Konsummotiv  $K_i$  und ein wissenschaftsexternes Konsummotiv  $K_e$ . Davon bezieht sich  $K_i$  vor allem auf die Anerkennung durch Fach-Kollegen, das heißt auf die Reputation des Wissenschaftlers, die sich im Erzielen hoher Impact-Faktoren und durch Einladungen als Key Note Speaker und ähnlichem ausdrückt. In  $K_e$  geht die massenmedial vermittelte und öffentlich zugeschriebene Anerkennung ein, die generell

---

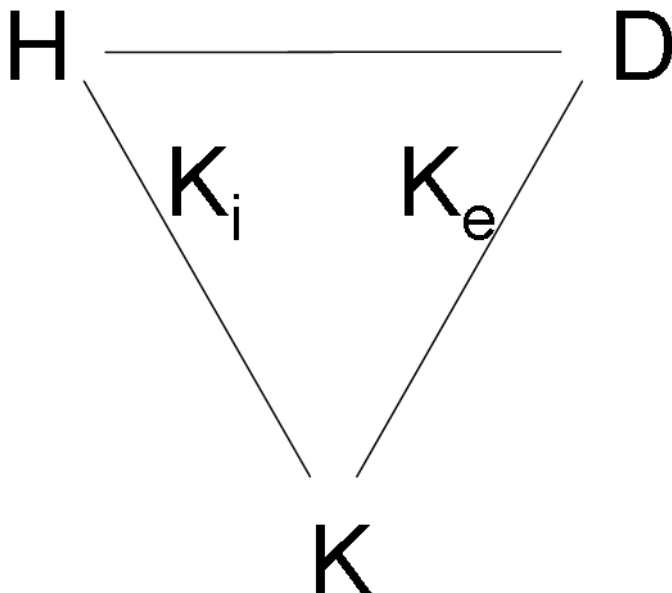
<sup>3</sup> Emrich und Pitsch (2014, 2015) haben das Modell von Azzi und Ehrenberg (1975) angepasst und im Sinne einer stilisierten Modellierung auf die Sportwissenschaft allgemein übertragen. Im vorliegenden Beitrag orientieren wir uns an ihren Modellierungen, passen sie jedoch auf unseren speziellen Fall an und erweitern sie.

auch den Zugang zu Geld und zu – meist wissenschaftsexternen – finanziellen Mitteln mit beeinflusst, was dann auch in wissenschaftsinterne Aktivitäten fließen kann. Die Lösung der Maximierungsaufgabe unseres einzelnen Produzenten besteht in der optimalen Aufteilung seiner verfügbaren Zeit bzw. Ressourcen auf die drei Motive, H, K, (einschließlich  $K_i$  und  $K_e$ ), sowie D. Dazu setzen Wissenschaftler die verfügbaren Ressourcen entweder wissenschaftsintern ( $R_i$ ) oder wissenschaftsextern ( $R_e$ ) ein.

Die Überlegungen von Emrich und Pitsch (2015) greifen auf die allgemeine ökonomische Haushaltstheorie zurück. In einem stilisierten formalen Modell, aufbauend auf der Frage der individuellen Präferenzen für das Heilmotiv H, das soziale Druckmotiv D und das Konsummotiv K (siehe Abbildung 2), kann man eine intertemporale Nutzenfunktion betrachten, in deren Verlauf die Individuen versuchen, ihren Nutzen als Wissenschaftler zu maximieren und eine möglichst große wissenschaftsinterne und -externe Anerkennung ( $K_i + K_e$ ) zu produzieren und zu konsumieren. Abhängig von den jeweiligen normativen Präferenzen für H und D können jeweils unterschiedliche Mengen wissenschaftsinterner Anerkennung, die an die Beachtung bestimmter Standards gebunden ist, oder wissenschaftsexterner Anerkennung, die an Medien gebunden und häufig weniger nachhaltig ist, produziert und konsumiert werden.

Insbesondere im Kontext allgemeiner universitärer Erwartungen an die Drittmittelfähigkeit der Forscher entwickeln sich so Anreize und sozialer Druck zugleich, die normativen Regeln wissenschaftlicher Tätigkeit in gewissen Grenzen flexibel zu handhaben.

Abb. 2: Motive (H: Heilmotiv, D: Druckmotiv, K: Konsummotiv,  $K_e$ : wissenschaftsexternes Konsummotiv,  $K_i$ : wissenschaftsinternes Konsummotiv)



Das Ergebnis der Formalisierung ergibt einige interessante Einsichten in die Karrierephasen eines Wissenschaftlers in Abhängigkeit von den institutionellen Bedingungen, unter denen er agiert. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Wissenschaftlern, für die das Heilsmotiv H eine große Bedeutung hat (H+) und denjenigen, für die die Bedeutung dieses Motivs niedriger ist (H-). Analog kann man idealtypisch auch zwischen Disziplinen mit hohem sozialem Druck (D+) und solchen, die typischerweise durch niedrigen sozialen Druck gekennzeichnet sind (D-) unterscheiden.

## Karrierephasen

Um überhaupt künftige Konsummöglichkeiten als Wissenschaftler zu haben, muss sich der Wissenschaftler zu Beginn seiner Karriere, unabhängig davon, wie sehr er sich an das reine Ethos der Forschung gebunden fühlt, Zeit in den Aufbau wissenschaftlicher Anerkennung investieren. Eine hohe Unsicherheit der Position, deren dauerhafte Ausübung und/oder Ressourcenausstattung einerseits sowie deren Einkommenschancen andererseits von Evaluationsergebnissen abhängen, wirken dabei intensiv als soziales Druckmotiv D. Kurzum, um als Wissenschaftler ausreichend mit Ressourcen ausgestattet zu werden und die Position nach dem Einstieg ins System dauerhaft zu bekleiden, nehmen Investitionen in wissenschaftliche Anerkennung allgemein einen großen Ressourcenumfang in Anspruch. Unabhängig davon, wie die Präferenzen des Wissenschaftlers für die wissenschaftsinterne oder wissenschaftsexterne Anerkennung zum Beispiel in den Medien etc. verteilt sind, ergeben sich damit in dieser Phase nur geringe Unterschiede zwischen verschiedenen Investitionsstrategien (Emrich, Pitsch, 2014). Ein Schwerpunkt in der Produktion wissenschaftsexterner Anerkennung unter geringerer Orientierung am Ethos der Forschung lässt sich nur setzen, wenn zuvor wissenschaftsinterne Anerkennung gewonnen worden ist, da (idealtypisch) auch außerwissenschaftliche Nachfrager nach wissenschaftlichen Leistungen zunächst die Reputation des Wissenschaftlers als Auswahlkriterium heranziehen. Bei hoher Orientierung an den Normen des Ethos der Forschung dagegen schmälert der Wissenschaftler seine Chancen auf Verstetigung seiner Position und ausreichende Ressourcenausstattung durch mangelnde Drittmittel und ungenügende außeruniversitäre Anerkennung. Um also künftig in wissenschaftsinterne Anerkennung investieren zu können, muss auch dieser Wissenschaftler zu Beginn seiner Laufbahn in wissenschaftsexterne Anerkennung investieren.

In ihrer beruflichen Einstiegsphase investieren »Anfänger« gleichermaßen in wissenschaftsinterne und -externe Anerkennung. Nach der Evaluation und mit der Verstetigung der beruflichen Position sind dann größere Unterschiede zu erwarten, und zwar je nach individueller Präferenz für H und je nach der disziplinspezifischen Ausprägung von D (die interindividuell auch aufgrund von Leistungsvereinbarungen variieren kann).<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> In einem spieltheoretischen Zugang haben Emrich und Pitsch (2014, siehe dazu am Beispiel der Evaluation auch Emrich 2015) Wissenschaftler im Sinne eines dualen Selbst modelliert, indem sich diese zwischen der Beachtung normativer Wertorientierung auf der einen und etwa einer Ressourcenorientierung auf der anderen Seite entscheiden müssen. Abhängig von der Internalisierung der Wertorientierung oder abhängig von der Anreizwirkung der externen Ressourcen kommt es zu höchst unterschiedlichen normativen Spannungen.

- Der H+-Typ wird für die Produktion von  $K_i$  eine größere Menge an Ressourcen aufwenden, um damit einen wirksamen Beitrag für seine lebenszeitübergreifende Reputation zu leisten. Dafür muss er auf  $R_e$  allerdings teilweise verzichten. Dessen ungeachtet ergeben sich auch für ihn größere Chancen zu  $K_i$ , je mehr er an  $K_e$  in  $R_i$  investieren kann.
- Der H--Typ kann für die Produktion von  $K_e$  eine größere Menge an Ressourcen  $R_e$  aufwenden. Allerdings sind diese Wirkungen zeitlich eher von kurzer Dauer. Zudem muss er darauf achten, dass sein  $K_i$  angesichts der Investition in  $R_e$  nicht zu weit sinkt, da dies auch die Nachfrage nach seinen  $R_e$ -Leistungen schmälern könnte.

## Ausblicke

Aus dem bisher Gesagten lassen sich konkrete, prüfbare Aussagen ableiten. So kann zunächst vermutet werden, dass Moral Panic im hier behandelten Problembereich durch Sport- und Sozialwissenschaftler maßgeblich zwecks Verbesserung der Einkommens- und Statuschancen entweder (mit-) gesteuert oder als Trittbrettfahrer genutzt wird. Empirisch müsste untersucht werden, ob Wissenschaftler bspw. durch Auftritte und Resonanz in den Massenmedien Moral Panic-Phänomene nachweisbar befeuern. Ein möglicher Zugang wäre über inhaltsanalytische Auswertungen massenmedialer Berichterstattung und einen entsprechenden Abgleich mit den weiter oben gezeigten Zyklen möglich. Dabei wäre zu erwarten, dass beides korrespondiert.

Wissenschaftler in noch ungesicherten Positionen sind am Hervorrufen einer Moral Panic eher seltener beteiligt als Wissenschaftler in gesicherten Positionen. Die Prüfung könnte vielleicht schwierig sein, weil die Nachfrage nach wissenschaftlichen Beiträgen zu massenmedialen Publikationen mit der Reputation der Wissenschaftler und damit auch zumindest indirekt mit der Dauer und Stetigkeit der wissenschaftlichen Tätigkeit in einer Disziplin konfundiert sein dürfte. So werden Medienvertreter sich wohl sowieso eher an etablierte Wissenschaftler wenden als an Nachwuchswissenschaftler. Eventuell sind schriftliche Projektanträge mögliche Quellen, um diese Vermutung zu prüfen (zum Beispiel über die Art der Problembegründung, Skizzierung wissenschaftsexterner Anschlussmöglichkeiten usw.).

Disziplinen mit einer hohen Orientierung an sozialem Druck, also D+-Disziplinen, von denen man eine hohe Wirksamkeit für die Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben erwartet (zum Beispiel Medaillenproduktion im Spitzensport, Gesundheitsproduktion für die Sportwissenschaft usw.), unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Beteiligung an der Steuerung von Moral Panic von D--Disziplinen (man denke etwa an die eingeschränkten Möglichkeiten der Mathematik zur Steuerung von Moral Panic). Hier könnte man Äußerungen und Auftretenshäufigkeiten von Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Erwartungen an ihre konkrete Leistungsfähigkeit zur Erreichung bestimmter Ziele in massenmedialen Beiträgen vergleichend analysieren. Dies wäre auch innerhalb der Sportwissenschaft denkbar. So wäre zu vermuten, dass vor allem Sportmediziner außerwissenschaftlichen Anschluss suchen und entsprechend in den Medien präsent sind, während bspw. Vertreter der Sportphilosophie als eventuelle D--Disziplin verhältnismäßig selten von massenmedialer Präsenz Gebrauch machen.

Wissenschaftler in noch ungesicherten Positionen weisen eine geringere Varianz ihrer zeitlichen Investitionen in Form von  $R_i$  und  $R_e$ , also in Aktivitäten zur Produktion wissenschaftsinterner bzw. -externer Anerkennung auf als Wissenschaftler in gesicherten Positionen. Um Hinweise auf die Verwendung von  $R_i$  oder  $R_e$  zu bekommen, könnte man Einleitungspassagen und Diskussionssteile von wissenschaftlichen Publikationen inhaltsanalytisch auswerten.

Als Indikator für die Orientierung an den CUDOS-Normen, also der Einfluss von H auf die Verwendung von Ressourcen als  $R_i$  oder  $R_e$ , könnte man überprüfen, ob die behandelten sozialen Probleme mit konkretem Literaturbezug begründet werden oder ob sie lediglich ohne Literaturbezug behauptet werden. Wenn Quellen verwendet wurden, müsste dazu die Art und Beschaffenheit dieser Quellen näher geprüft werden. Werden bspw. wissenschaftlich niveauvolle Primärstudien oder Metaanalysen herangezogen oder bezieht man sich einfach auf ungeprüfte Aussagen anderer, die ebenfalls nur oberflächliche Begründungen liefern. Oder bemüht man als Beleg lediglich die öffentliche Diskussion? Wird in den Diskussionsteilen der Arbeiten auf Widersprüchlichkeiten hingewiesen? Erfolgt eine selbstkritische Betrachtung bspw. der angewandten Methoden? Werden Arbeiten aufgeführt, die den eigenen Befunden widersprechen? Oder wird überwiegend mit der praktischen Verwertbarkeit der Befunde argumentiert?

Dies wären erste Möglichkeiten empirischer Zugänge, um die hier erarbeiteten Hypothesen einer Prüfung zu unterziehen.

## Literatur

- Albrecht, G. 1990: Theorie sozialer Probleme im Widerstreit zwischen »objektivistischen« und »rekonstruktivistischen« Ansätzen. *Soziale Probleme*, 1. Jg, Heft 1, 5–20.
- Anthonj, P., Emrich, E., Pierdzioch, C. 2013: Gewalt und Gewaltbekämpfung im deutschen Fußball. Empirische Bestandsaufnahme und sozioökonomische Modellbildung, [http://scidok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2013/5503/pdf/EIS\\_Workingpaper\\_1\\_2013.pdf](http://scidok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2013/5503/pdf/EIS_Workingpaper_1_2013.pdf) (letzter Aufruf 19.3.2015).
- Azzi, C., Ehrenberg, R. 1975: Household allocation of time and church attendance. *The journal of political economy*, 83. Jg, Heft 1, 27–56.
- Barnes, B. 2007: Catching up with Robert Merton: Scientific Collectives as Status Groups. *Journal of Classical Sociology*, 7. Jg, Heft 2, 179–192.
- Becker, H. S. 1966: *Outsiders. Studies in sociology of deviance*. New York, London: Free Press.
- Blumer, H. 1971: Social Problems as Collective Behavior. In *Social Problems*, 18. Jg, Heft 3, 298–306.
- Bündnis 90/Die Grünen 2013: Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben, Einmischen, Zukunft schaffen. Bundeswahlprogramm 2013 von Bündnis 90/Die Grünen, [http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Wahlprogramm/Wahlprogramm-barrierefrei.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/Wahlprogramm-barrierefrei.pdf) (letzter Aufruf 20.3.2013).
- Chalmers, A. F. 1999: What is this thing called science? Indianapolis: Hackett Publishing Company.
- Chalmers, A. F. 2000: Author's Response. *Metascience*, 9. Jg, Heft 2, 198–203.
- Demsetz, H. 1969: Information and efficiency. Another viewpoint. *The journal of law and economics*, 12. Jg, Heft 1, 1–22.
- Deutscher Bundestag 2004: Plenarprotokoll 15/114. Stenografischer Bericht der 114. Sitzung am 17. Juni 2004. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag 2008: Plenarprotokoll 16/171. Stenografischer Bericht der 171. Sitzung am 25. Juni 2008. Berlin: Deutscher Bundestag.

- Emrich, E. 2006: Sportwissenschaft zwischen Autonomie und außerwissenschaftlichen Impulsen. *Sportwissenschaft*, 36. Jg, Heft 2, 151–170.
- Emrich, E. 2015: Evaluation zwischen Angebot und Nachfrage – Vom Ethos der Forschung und dessen Wirkung auf die Wissensmärkte. In: V. Hennefeld, W. Meyer, A. Silvestrini, (Hg.), *nachhaltige Evaluation? Auftragsforschung zwischen Praxis und Wissenschaft*. Festschrift zum 60. Geburtstag von Reinhard Stockmann. Münster und New York: Waxmann, 73–98.
- Emrich, E., Pitsch, W. 2014: Sportwissenschaft als Kirche der Vernunft und ihre Gläubigen. Die normativen Grundlagen wissenschaftlicher Rationalität, [http://soziooekonomie.org/fileadmin/soziooekonomie.org/pdf/EIS\\_Workingpaper\\_10\\_2014.pdf](http://soziooekonomie.org/fileadmin/soziooekonomie.org/pdf/EIS_Workingpaper_10_2014.pdf) (letzter Aufruf 09.03.2015).
- Emrich, E., Pitsch, W. 2015: Sportwissenschaft als Kirche der Vernunft und ihre Gläubigen. Normative Spannungslinien in der Scientific Community der Sportwissenschaftler. In S. Körner, V. Schürmann (Hg.), *Reflexive Sportwissenschaft – Konzepte und Fallanalysen*. Berlin: Lehmanns, 85–97.
- Emrich, E., Thieme, L. 2012: Überlegungen zur Schließung von Wissensmärkten am Beispiel angewandter Sportwissenschaft. In S. Körner, P. Frei (Hg.), *Die Möglichkeit des Sports. Kontingenz im Brennpunkt sportwissenschaftlicher Analysen*. Bielefeld: transcript, 219–253.
- Feyerabend, P. 1986: *Wider den Methodenzwang*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fleck, L. 1980: *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Franck, G. 1998: *Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf*. München: Hanser.
- Goode, E., Ben-Yehuda, N. 1994: Moral Panics: Culture, Politics, and Social Construction. *Annual Review of Sociology*, 20. Jg, Heft 1, 149–171.
- Höhmann, P. 1993: Die struktur-funktionalistische Theorie sozialer Probleme. Eine Korrektur liebgewordener Fehldeutungen des Beitrages von Robert K. Merton. *Soziale Probleme*, 4. Jg, Heft 1, 3–26.
- Iannaccone, L. R. 1998: Introduction to the economics of religion. *Journal of Economic Literature* (Stanford), 36. Jg, Heft 3, 1465–1495.
- Kalleberg, R. 2007: A Reconstruction of the Ethos of Science. *Journal of Classical Sociology*, 7. Jg, Heft 2, 137–160.
- Klein, M. 2006: *Sport und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen im Saarland. Eine empirische Studie aus medizinischer, sportmotorischer und soziologischer Sicht*. Niedernhausen: Schors.
- Klein, M., Emrich, E. 2013: Konstruktion sozialer Probleme. Zur Rolle von moralischen Kreuzfahrern im wissenschaftlichen Legitimationsprozess. *Sozialer Sinn*, 14. Jg, Heft 1, 103–121.
- Klein, M., Emrich, E., Schwarz, M., Papathanassiou, V., Pitsch, W., Kindermann, W., Urhausen, A. 2004: Sportmotorische Leistungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen im Saarland – Ausgewählte Ergebnisse der IDEFIKS-Studie (Teil 2). *Deutsche Zeitschrift für Sportmedizin*, 55. Jg, Heft 9, 211–220.
- Klein, M., Fröhlich, M., Emrich, E. 2013: Motor performance and bodyweight of children and adolescents in Saarland – Status quo. *European Journal of Sport Science*, 13. Jg, Heft 3, 280–289.
- Klein, M., Papathanassiou, V., Pitsch, W., Emrich, E. 2005: Aspekte sozialer Konstruktion von Krisen. *Sportwissenschaft*, 35. Jg, Heft 1, 15–38.
- Kuhn, T.S. 1976: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Merton, R.K. 1948: The self-fulfilling prophecy. *The Antioch Review*, 8. Jg, Heft 2, 193–210.
- Merton, R.K. 1985: *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, R. 1992: *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Opp, K.-D. 1978: *Theorie sozialer Krisen. Apathie, Protest und kollektives Handeln*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Plattform Ernährung und Bewegung e.V. 2004: *Gründungsprogramm*. »Im Gleichgewicht – für ein gesundes Leben« Ernährung und Bewegung – eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft, [www.ernaehrung-und-bewegung.de/uploads/tx\\_ernaehrungundbewegung/Gruendungsprogramm.pdf](http://www.ernaehrung-und-bewegung.de/uploads/tx_ernaehrungundbewegung/Gruendungsprogramm.pdf) (letzter Aufruf 24.1.2013).

- Rohloff, A., Wright, S. 2010: Moral Panic and Social Theory: Beyond the Heuristic. *Current Sociology*, 58. Jg, Heft 3, 403–419.
- Schmidtchen, D. 2000: Ökonomik der Religion, <http://www.wiwi.uni-sb.de/economics-wp/pdf/wp0003.pdf> (letzter Aufruf 19.3.2015).
- Sidler, N. 1999: *Problemsoziologie. Eine Einführung*. Freiburg: Lambertus.
- Thomas, W. I., Thomas, D. S. 1928: *The child in America. Behavior problems and programs*. New York: Alfred A. Knopf.
- Worrall, J., Mayo, D. G., Smart, J. J. C., Barnes, B. 2000: What is this thing called philosophy of science? Review Symposium of A. Chalmers' *What is This Thing Called Science?* *Metascience*, 9. Jg, Heft 2, 172–198.

»Aktuelle Entwicklungen in der Soziologischen Netzwerkforschung«  
der Sektion Soziologische Netzwerkforschung  
– organisiert von Roger Häußling und Jan Fuhse



# Benachteiligung durch soziale Schließung?

Netzwerke, soziales Kapital und geschlechtsspezifische Ungleichheit auf einem projektbasierten Arbeitsmarkt

Mark Lutter

Beitrag zur Veranstaltung »Aktuelle Entwicklungen in der Soziologischen Netzwerkforschung« der Sektion Soziologische Netzwerkforschung – organisiert von Roger Häußling und Jan Fuhse

Profitieren Männer und Frauen unterschiedlich stark von ihren beruflichen Netzwerken? Der vorliegende Beitrag berichtet von den Ergebnissen einer Studie, die in der *American Sociological Review* mittlerweile erschienen publiziert ist (Lutter 2015). Eine Frühversion ist im Jahr 2013 als MPIfG Discussion Paper erschienen (Lutter 2013). Die Studie beschäftigt sich mit der Frage, ob unterschiedliche Netzwerkstrukturen unterschiedliche Wirkungen auf die Arbeitsmarktchancen von Männern und Frauen zeigen. Empirischer Fokus sind dabei Karrieren von Filmschauspielern. Diese dienen als Beispiel für einen hochgradig flexiblen, projekt- und netzwerkartig strukturierten Arbeitsmarkt, auf dem Reputation und Netzwerke – neben Talent – eine entscheidende Rolle für die Verteilung und Konzentration von Erfolg spielen.

Der Beitrag entwickelt die These, dass Frauen unterschiedliche Karriereerfolge als Männer erwarten können, je nachdem in welche Netzwerke sie eingebunden sind. Basierend auf Forschungen zu Sozialkapital und Geschlechtersegregation auf Arbeitsmärkten argumentiert der Beitrag, dass Frauen insbesondere dann schlechtere Karrierebedingungen erfahren, wenn sie in sehr engmaschige Netzwerke im Verlauf ihrer Karriere eingebunden sind. Bauen sie ihre Karriere dagegen in weitmaschigen, heterogenen Netzwerken, dann erwachsen daraus Karrierevorteile in viel höherem Maß als dies für Männer der Fall ist.

Der Grund ist darin zu sehen, so die im Beitrag vorgeschlagene Theorie, dass Frauen in engmaschigen Netzen von wichtigen Informationen über zukünftige Projekte – ein wichtiges Merkmal der Rekrutierung im Filmgeschäft basiert auf informellem Informationsaustausch – systematisch ausgeschlossen sind. Engmaschige Netze – dies ist bekannt aus soziologischer Forschung – tauschen zwar Informationen mit höherer Quantität aus, die Qualität des ausgetauschten Materials ist allerdings gering, weil es sich tendenziell um redundante Informationen handelt.

Aus zwei Gründen sind Frauen davon in besonderem Maße benachteiligt. Zum einen sind ihre informellen Identitätsnetzwerke – ihre beruflichen Freundschaftskontakte zu anderen Frauen – in geringerem Maße als bei Männern durch Beziehungen auf gleicher oder geringerer Statusebene geprägt. Männer dagegen pflegen – und profitieren – in weit größerem Maß durch Identitätskontakte zu tendenziell höheren Statusträgern (Ibarra 1992, Ibarra 1993). Zum anderen profitieren Frauen weniger als Männer durch Beziehungen zu wichtigen Gatekeepern und Mentoren. In der Regel verfügen sie über weniger Mentoren als Männer, und wenn sie Mentoren für sich gewinnen können, profitieren sie zwar davon (Burt 1998), jedoch in geringerem Maße als

Männer. Hinzu kommt, dass in vielen Branchen die Entscheidungsträger männlich sind, was eine zusätzliche Barriere darstellen kann. In der Filmbranche liegt der Anteil der männlichen Regisseure und Produzenten – die wesentlichen Gatekeeper in Filmproduktionen – zwischen 80 und 90 Prozent.

Frauen können nun gerade profitieren, wenn sie sich »schwache« Bindungen (Granovetter 1973), insbesondere »strukturelle Löcher« (Burt 1992) zunutze machen. Dass dem so ist, kann wiederum mit Erkenntnissen aus der Sozialkapitalforschung untermauert werden. Erstens zeigt diese Forschung, dass schwache Bindungen besonders vorteilhaft sind, wenn Akteure Marktunsicherheiten ausgesetzt sind (Podolny 2001) und wenn sie über geringere Netzwerkconstraints verfügen (Burt 1997). Frauen haben aufgrund ihrer geringeren Karrieredauer und Karrierestabilität tatsächlich größere Unsicherheiten; zugleich sind sie weniger stark durch interne Netzwerkbeziehungen eingeschränkt. Sie müssen sich stattdessen auf externe, vielfältige Netzwerkbeziehungen verlassen, weil sie im Gegensatz zu Männern weniger häufig durch interne Beziehungen profitieren.

So zeigt etwa Groysberg (2010), dass Frauen viel strategischer und bedachter vorgehen, wenn es um Entscheidungen über zukünftige Karriereschritte geht; Männer dagegen – wenn sie ohnehin häufiger durch wichtige Mentoren protegiert werden oder in engen Zirkeln besseren Informationszugang und damit ohnehin bessere Karrierechancen erwarten können – haben ein strategisches Vorgehen weniger nötig. Frauen, die sich strategisch verhalten und auf die Vielfalt externer Informationsquellen verlassen, können mit größeren Vorteilen rechnen als Frauen, die in internen Beziehungsnetzwerken passiv darauf warten, protegiert zu werden. Zudem werden ihre beruflichen Erfolge stärker belohnt, je mehr sich die Sichtbarkeit ihrer Erfolge auf dem Markt insgesamt erhöht (Lutter 2012).

Der Beitrag testet diese Annahmen mit einem Datensatz, der nahezu vollständige Karriereprofile von fast 100.000 Schauspielern und Schauspielerinnen einschließt. Basis ist die Internet Movie Database, einer Online-Enzyklopädie, die weltweite Filminformationen ähnlich der Plattform Wikipedia zusammenführt und diese kostenfrei nutzbar macht. Zurzeit finden sich dort Informationen über rund zwei Millionen Film- und Fernsehproduktionen sowie rund 4,4 Millionen Personen (Schauspieler, Regisseure, Produzenten, Kameraleute, Drehbuchautoren, Kostümdesigner, Komponisten, usw.). Neben zahlreichen film- und personenspezifischen Informationen finden sich Angaben darüber, welche Personen in welchen Produktionen mitgewirkt haben, wie erfolgreich diese waren und in welche Genres sie fielen. Aus dem Rohdatenmaterial lassen sich für alle Personen Karrierezeitreihen erstellen, die sämtliche Filmproduktionen einschließen, an denen sie beteiligt waren.

Der Vorteil dieser Daten liegt darin, dass nicht nur die Karriereprofile sämtlicher Akteure eines Arbeitsmarktes abgebildet werden können, sondern ebenso vollständige Kollaborations- und damit Netzwerkdaten. Gerade diese Art von Daten ist in vielen Netzwerkstudien nur mit erheblichen Einbußen im Hinblick auf Vollständigkeit zu erhalten. Gerade aber Vollständigkeit ist wichtiges Kriterium, wenn Netzwerkindikatoren berechnet und Aussagen über Netzwerkeigenschaften und ihre Effekte gewonnen werden sollen.

Für die vorliegende Analyse wird aus dem Rohmaterial eine Auswahl erstellt, die Karriereprofile aller im Rohdatensatz vorhandenen Schauspieler erfasst, die mindestens einmal während ihrer Karriere an einer US-Produktion beteiligt waren. Diese Auswahl wird damit begründet, dass

hierüber der US-Arbeitsmarkt in seiner vollständigen Breite erfasst werden kann. Die dadurch natürlicherweise auftretende regionale Heterogenität im Datensatz wird in den folgenden statistischen Modellen durch entsprechende Kontrollmerkmale zur Herkunft und Internationalität konstant gehalten. Die Datenanalyse greift auf Survivalanalysen zurück, weil die Zeitdauer des »Überlebens« auf diesem Arbeitsmarkt ein entscheidendes, basales Erfolgsmerkmal darstellt (Faulkner, Anderson 1987). Die Zeitauswahl bezieht sich auf die Jahre 1929-2010, wobei im Aufsatz erwähnte Replikationen für andere Zeiträume (einmal für die Jahre 1900-2010 sowie 1949-2010) keine unterschiedlichen Ergebnisse erzeugen.

Tatsächlich zeigen die Ergebnisse deutliche und robuste Bestätigung für die postulierten Annahmen (für detaillierte Analysen: Lutter 2015: 339ff.). Wenn Frauen ihre Karriere in sehr engmaschigen Netzwerken aufbauen, steigt in sehr deutlichem Maße ihr Risiko des Karriereendes. Engmaschige Netzwerke werden dabei über ein Kohäsionsmaß operationalisiert, das für alle Filmproduktionen den Anteil wiederholt auftretender Cliques im Produktionsteam berechnet. Cliques sind Gruppen von mindestens drei Personen, die in früheren Projekten bereits zusammenarbeiteten und nun erneut in dieser Formation auftreten. Dabei zeigt sich, dass Frauen, die häufiger in diesen kohäsiven Teams mit hohem Anteil wiederholt auftretender Cliques arbeiten, einen deutlich geringeren Karriereerfolg als Männer erzielen. Zudem ist dieser Effekt besonders dann sehr hoch, wenn es sich um Karrieren mit geringerem Status handelt. Hingegen zeigt sich ein solcher Effekt nicht, wenn es sich um bereits sehr erfolgreiche Frauen mit hohem erreichtem Status handelt. Darüber hinaus zeigt sich für Frauen ein Anstieg des Ausstiegsrisikos, wenn sie häufiger in Teams arbeiten, die einen höheren Prozentsatz an Männern unter den Regisseuren und Produzenten aufweisen sowie wenn sie häufiger in männertypischen Genres arbeiten (wie etwa Action-, Kriegs- oder Abenteuerfilme). Dies deutet auf den postulierten Mechanismus, dass Frauen insbesondere dadurch benachteiligt sind, dass ihre Identitätsnetzwerke durch geringeren Sozialstatus geprägt sind.

Arbeiten sie dagegen in Netzwerken mit schwächeren Bindungen sowie mit einer größeren Vielfalt an Personen mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen, dann sinkt ihr Karriererisiko. Bei vollständiger Abwesenheit engmaschiger Netzwerke bzw. in Karrieren mit hoher Netzwerkvielfalt lassen sich dann keine statistisch signifikanten Differenzen in der Karrieredauer zwischen den Geschlechtern feststellen. Männer wie Frauen haben dann das statistisch gleiche Risiko, ihre Karriere zu beenden. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind dann vollständig aufgehoben bzw. in dieser Form nicht mehr nachweisbar.

Der Beitrag der Studie zur soziologischen Forschung liegt darin, dass sie zu den ersten gehört, die anhand eines nahezu vollständigen Karrierenetzwerkes von Akteuren eines Arbeitsmarktes aufzeigt, welche Art der sozialen Netzwerkeinbettung unterschiedliche Effekte auf den Karriereerfolg von Männern und Frauen ausübt. Zudem entwickelt sie eine Theorie darüber, welche Mechanismen dafür verantwortlich sein könnten, dass Frauen in engmaschigen Netzwerken möglicherweise benachteiligt, in weitmaschigen dagegen für sich Vorteile erzielen können. Damit zeigt die Studie nicht nur, wie und durch welche sozialen Strukturen soziale Ungleichheiten entstehen und sich verstärken, sie zeigt ebenso, durch welche Mechanismen sie verringert und beseitigt werden. Zukünftige Studien könnten nun untersuchen, ob sich die hier postulierte Theorie auch auf anderen Arbeitsmärkten bestätigen lässt. So könnten die hier verwendeten Indikatoren für den akademischen Arbeitsmarkt berechnet werden. Dieser Arbeits-

markt bietet sich an, da anhand von Autorenteams und disziplinärer und institutioneller Zugehörigkeiten Kollaborationen und Netzwerkdaten zwischen Wissenschaftlern erfasst und auf Karriereerfolg bezogen werden könnten. Daten hierfür könnten etwa, ähnlich wie bei Lutter und Schröder (2014), über Auswertungen von persönlichen Webseiten und Publikationslisten von Wissenschaftlern geschehen. Der Arbeitsmarkt für Wissenschaftler ist auch geeignet, weil er ähnlich flexibel, »marktförmig« strukturiert ist, Akteure also häufig Positionen wechseln (müssen), mit verschiedenen Personen zusammenarbeiten und Reputation über Publikationen und wissenschaftliche Leistungen generiert, angehäuft und als Vorteil karrierefördernd akkumuliert wird.

## Literatur

- Burt, R. S. 1992: *Structural Holes. The Social Structure of Competition*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Burt, R. S. 1997: The Contingent Value of Social Capital. *Administrative Science Quarterly* 42(2), 339–365.
- Burt, R. S. 1998: The Gender of Social Capital. *Rationality and Society*, 10(1), 5–46.
- Faulkner, R. R., Anderson, A. B. 1987: Short-Term Projects and Emergent Careers: Evidence from Hollywood. *American Journal Of Sociology*, 92(4), 879–909.
- Granovetter, M. S. 1973: The Strength of Weak Ties. *American Journal Of Sociology*, 78(6), 1360–1380.
- Groysberg, B. 2010: *Chasing Stars. The Myth of Talent and the Portability of Performance*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Ibarra, H. 1992: Homophily and Differential Returns: Sex Differences in Network Structure and Access in an Advertising Firm. *Administrative Science Quarterly*, 37(3), 422–447.
- Ibarra, H. 1993: Personal Networks of Women and Minorities in Management: A Conceptual Framework. In *The Academy of Management Review*, 18(1), 56–87.
- Lutter, M. 2012: Anstieg Oder Ausgleich? Die Multiplikative Wirkung Sozialer Ungleichheiten Auf Dem Arbeitsmarkt Für Filmschauspieler. *Zeitschrift für Soziologie*, 41(6), 435–457.
- Lutter, M. 2013: Is There a Closure Penalty? Cohesive Network Structures, Diversity, and Gender Inequalities in Career Advancement. MPIfG Discussion Paper 13/9. Cologne: Max Planck Institute for the Study of Societies, [www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp13-9.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp13-9.pdf) (letzter Abruf: 15. Januar 2015).
- Lutter, M., Schröder, M. 2014: Who Becomes a Tenured Professor, and Why? Panel Data Evidence from German Sociology, 1980–2013. MPIfG Discussion Paper 14/19. Cologne: Max Planck Institute for the Study of Societies, [www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp14-19.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp14-19.pdf) (letzter Abruf 15. Januar 2015).
- Lutter, M. 2015: Do Women Suffer from Network Closure? The Moderating Effect of Social Capital on Gender Inequality in a Project-Based Labor Market, 1929 to 2010. *American Sociological Review*, 80(2), 329–358.
- Podolny, J. M. 2001: Networks as the Pipes and Prisms of the Market. *American Journal of Sociology*, 107(1), 33–60.

»Gesellschaftstheorie als Kritik« der Sektion Soziologische Theorie  
– organisiert von Gesa Lindemann und Andreas Reckwitz

# Gesellschaftskritik und die Krise der kritischen Theorie

Jens Greve

*Beitrag zur Veranstaltung »Gesellschaftstheorie als Kritik« der Sektion Soziologische Theorie – organisiert von Gesa Lindemann und Andreas Reckwitz*

Dass in den letzten Jahren die wissenschaftliche Gesellschaftskritik auf erneutes Interesse gestoßen ist, wird sich schwerlich bezweifeln lassen. Die folgenden Ausführungen fragen nach den Grundlagen dieser Kritik.<sup>1</sup> Worauf kann eine wissenschaftliche Kritik der Gesellschaft sich stützen? Diese Frage ist selbstredend keineswegs neu und insbesondere an die kritische Theorie (gerade auch von ihr selbst) vielfach gestellt worden (Bonß 2003). Dem steigenden Bedarf an Gesellschaftskritik steht hier aber eine wohl auf Dauer gestellte Theoriekrise zur Seite, welche genau darin besteht, die normativen Grundlagen einer Kritik klären zu müssen, ohne dies zu können. So heißt es bei Hartmut Rosa: »Woran mißt sie [die Soziologie, J.G.] potentielle ›Pathologien‹ [...]? [...] Die Geschichte der normativen Theorien [...] hat gezeigt, dass sie es *nicht* weiß; die Soziologie verfügt über keine ahistorischen, universellen oder transkulturellen Maßstäbe, die sie ihrer Arbeit einfach zugrunde legen könnte.« (Rosa 2009a: 27)

Wenn das so ist, dann bleibt der kritischen Theorie allein der Weg über eine Anknüpfung an je schon gegebene Maßstäbe der Kritik, an diejenigen Orientierungen, welche die Gesellschaftsmitglieder schon besitzen. Drei Folgerungen ergeben sich hieraus: Erstens wird Kritik immer konditional sein – sie hängt hinsichtlich ihrer Geltung an schon vorausgesetzten Wertorientierungen. Zweitens wird eine kritische Theorie der Gesellschaft auf eine Soziologie der Kritik bauen müssen, also eine Soziologie, welche zunächst rekonstruiert, worin die normativen Maßstäbe der Gesellschaftsmitglieder bestehen. Drittens wird dies zu einer Krise der kritischen Praxis immer dann führen, wenn sich einheitliche und widerspruchsfreie Kriterien der Kritik in der vorgefundenen normativen Praxis nicht ausmachen lassen. Wenn die gegebenen Werthaltungen nicht geteilt werden, ergibt sich das Verallgemeinerungsproblem der kritischen Theorie: Ein allgemeines Interesse, von dem aus Kritik geübt werden kann, ist dann auf dem Wege einer Soziologie der Kritik nicht formulierbar.

So stellt Luc Boltanski für eine Soziologie der Kritik fest, dass die Gesellschaftsmitglieder sich in ihrer Kritik auf ganz unterschiedliche Bezugssysteme beziehen – es unterscheiden sich nicht

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Text basiert auf einer umfangreicheren Ausarbeitung (Greve 2015).

nur die Bewertungskriterien, sie unterscheiden sich auch je nach Kontext<sup>2</sup>: der Familie, der beruflichen Karrieren, der Staatsbürgerschaft usw. Zudem herrscht keineswegs immer Konsens darüber, unter welche Standards jeweils gegebene Fälle zu subsumieren sind und es fehlt eine gemeinsame Werthierarchie, die es erlauben würde, Wertkonflikte konsensuell beizulegen (Boltanski 2010: 54).<sup>3</sup> Schließlich erweisen sich die Handelnden in ihrer kritischen Praxis als »Realisten«, d.h. sie ziehen »nur selten den allgemeinen Rahmen in Zweifel, in den die Situationen eingefügt sind« (Boltanski 2010: 59).

Lassen sich angesichts dieser Befunde stärkere Formen der Kritik noch rechtfertigen? Kann es eine Rechtfertigung eines Standpunktes geben, welcher diese gegebenen Interessen noch transzendiert? Dies untersuche ich anhand von zwei neueren Vorschlägen, welche zwar davon ausgehen, dass Letztbegründungsansprüche nicht zu rechtfertigen sind, gleichwohl aber nicht den Schluss ziehen, dass eine kontexttranszendierende wissenschaftliche Kritik unmöglich ist. Es wird sich zeigen, dass diese Versuche nicht erfolgreich sind – der wesentliche Befund wird sein, dass auch Wertorientierungen der Kritik ausgesetzt werden können, dies aber zu einer begründeten Kritik nur führen kann, sofern Lernprozesse bereits vollzogen wurden. Die Kritik kann in diesem Sinne ihre Begründung selbst praktisch hervorbringen, dies aber immer nur ex post.

Der Beitrag entwickelt dies in drei Abschnitten. In einem ersten Schritt unterscheide ich im Anschluss an die derzeitige Debatte Formen der Kritik. Hier werden externe, interne und immanente Kritik unterschieden. Anschließend wird gezeigt, in welchem Maße sich die These durchhalten lässt, dass immanente Kritik mehr leisten kann, als dasjenige, was traditionelle Theorie zu leisten in der Lage ist. Dies prüfe ich an zwei neueren Versuchen, das Problem der Bestimmung der normativen Grundlagen der Kritik zu lösen. Abschließend werden hieraus wissenssoziologische Konsequenzen gezogen: Da die kritische Theorie die Grenzen der internen Kritik nicht überschreiten kann, gewinnt auch die beobachtbare Praxis der kritischen Theorie eine spezifische Gestalt.

## Formen der Kritik

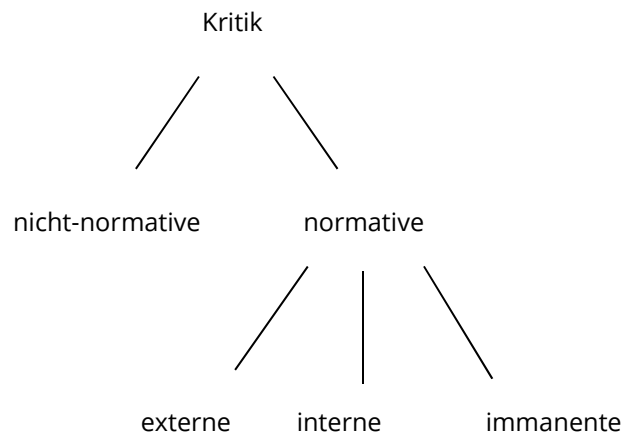
Wie operiert Kritik der Gesellschaft? In der Diskussion um Formen der Kritik lassen sich zwei Unterscheidungen finden (vgl. Abbildung 1). Zum einen wird zwischen nicht-normativer und normativer Kritik unterschieden (Rosa 2009b: 205; Rosa 2013: 96), zum anderen zwischen externer, interner und immanenter Kritik.

---

<sup>2</sup> So ja bereits Walzer (1992).

<sup>3</sup> Die moralische Praxis bestätigt hier einen Befund Max Webers: »Noch viel weniger gibt es formale Regeln, welche die Dignität der untereinander in unaustragbarem Konflikt liegenden Werte, deren Realisierung gleichmäßig aufgegeben sein kann, im Verhältnis zueinander bestimmen könnte.« (Weber 1964: 400)

Abb. 1: Formen der Kritik



Unter nicht-normativen Kritiken werden solche verstanden, welche wie im wissenschaftlichen Marxismus davon ausgehen, dass eine bestimmte Lebensform kritisierbar ist allein aufgrund von Maßstäben, welche unabhängig von Werthaltungen begründet werden können. Gemeint wären also Analysen, die zum Beispiel davon ausgehen, dass der Kapitalismus an ökonomischen Gesetzmäßigkeiten scheitern muss, ganz unabhängig davon, welche Überzeugungen diejenigen besitzen, welche das System reproduzieren. Diese Form der Kritik wird häufig auch als funktionalistische Kritik beschrieben.

Von einer solchen funktionalistischen Kritik zu unterscheiden ist eine normative Kritik, also eine solche, welche die Gesellschaft aus der Sicht bestimmter Wertvorstellungen kritisiert (Rosa 2009b: 205; Rosa 2013: 96). Im Falle der normativen Kritik lassen sich zunächst zwei Kategorien unterscheiden, nach denen die Maßstäbe der Kritik bestimmt werden. Entweder können die der Kritik zugrunde liegenden Wertvorstellungen unabhängig von den gegebenen Werthaltungen der Gesellschaftsmitglieder bestimmt werden oder nicht. Für die erste Perspektive hat sich die Bezeichnung einer externen Kritik eingebürgert, für die zweite Perspektive der Begriff der internen Kritik. Das Problem der externen Kritik liegt auf der Hand: Welche Rechtfertigung des normativen Maßstabs jenseits gesellschaftlich bereits gegebener Wertvorstellungen kann es überhaupt geben? Wie schon gegenüber der nicht-normativen Kritik herrscht daher bei den jüngeren Vertretern der kritischen Theorie auch gegenüber externer Kritik eine berechtigte Skepsis vor. Boltanski führt die Anthropologie als Beispiel für einen externen Maßstab der Kritik an, bezweifelt aber, dass diese »ausreichend solide und allgemein sein« kann (Boltanski 2010: 29). Insbesondere führt die Historizität anthropologischer Vorstellungen zu Problemen (Honneth 1994: 310).

Die jüngeren Vertreter kritischer Gesellschaftstheorie sind wie Boltanski gegenüber nicht-normativen und externen Kritiken skeptisch, aber auch hinsichtlich der Reichweite der internen Kritik. Interne Kritik könne zwar sinnvoll sein, wenn sich beispielsweise zeigen lässt, dass eine Praxis bestimmte geteilte Werthaltungen verfehlt. Man denke an die Problematik von herkunftsbedingter Selektivität im Bildungssystem, wenn diese an einem meritokratischen Ideal gemessen wird. Der Nachteil interner Kritik, stellt Rahel Jaeggi fest, »liegt aber ebenso auf der Hand: Sie bleibt partikularistisch an die bestehenden Normen einer Gemeinschaft [...] gebunden.« (Jaeggi 2009: 285)



Es ergibt sich demnach für die Gesellschaftskritik ein Dilemma: Entweder kann sie gesellschaftliche Normen von außen kritisieren, kann dann aber gar nicht begründen, warum die zur Kritik verwendeten Maßstäbe ihrerseits richtiger sein sollten als die kritisierten Maßstäbe<sup>4</sup>, oder sie verlässt sich auf die gegebenen Maßstäbe – diese bleiben aber unkritisiert. Oder genauer: Sie bleiben natürlich kritisierbar, aber nur im Lichte anderer schon gegebener Werthaltungen. Dies ist die Position, welche Weber vertreten hat.<sup>5</sup> Immer bleibt für Weber Kritik konditional: Der ganze Apparat rationaler Kritik hängt davon ab, dass bestimmte Ziele und Kriterien (Widerspruchsfreiheit) gegeben sind, in deren Licht etwas als rational oder irrational überhaupt bewertet werden kann (Albert 2010).

Unzufrieden mit externer und interner Kritik haben dagegen Jaeggi und neuerdings auch Titus Stahl erneut den Gedanken einer immanenten Kritik stark gemacht. Mit der internen Kritik teile die immanente Kritik die Annahme, dass von Normen auszugehen sei, welche in einer Praxis schon enthalten sind (Jaeggi 2009: 286), gleichwohl könne immanente Kritik stärkere Annahmen als die interner Kritik involvieren. Folgende Aspekte sind dabei zentral:

Erstens: Immanente Kritik könne im Gegensatz zur internen Kritik an den impliziten Selbstverständnissen einer Praxis ansetzen, wohingegen interne Kritik allein explizite Selbstverständnisse zugrunde legen müsse (Stahl 2013: 403).

Zweitens: Immanente Kritik gehe von fundamentalen Werten einer Praxis aus, nicht von zufällig oder allein traditionell gegebenen Werten. »In diesem Sinne analysiert Marx beispielsweise die Tatsache, dass die Praktiken der kapitalistischen Ökonomie von Normen strukturiert sind, die einerseits bestimmte Orientierungen der Teilnehmer sowohl normativ einfordern als auch funktional benötigen – etwa die Ideale der formalen Freiheit und Gleichheit –, deren Befriedigung sie aber andererseits konstitutiv nicht einlösen können.« (Stahl 2013: 48)

Drittens: Widersprüche würden nicht nur aufgedeckt, sondern auch erklärt (Stahl 2013: 49; Jaeggi 2014: 280).

Viertens: Immanente Kritik sei transformativ – sie erzeuge etwas Neues, wobei es auch um die Transformation der Praxis, nicht nur ihrer Deutung gehe (Jaeggi 2009: 287f.).

Fünftens: Für die interne Kritik ergebe sich eine Begrenzung der Richtungsanzeige des Wandels.

Im Anschluss an Georg Lohmann (1980) weist Stahl darauf hin, dass der Verlust einer geschichtsphilosophischen Gewissheit hier auch für das Modell der immanenten Kritik eine Herausforderung darstellt. »Solange die immanente Kritik die Widersprüchlichkeit ihres Gegenstandes nur feststellt, kann sie nur die relativ abstrakte Konsequenz ziehen, dass widersprüchliche Praktiken durch weniger widersprüchliche ersetzt werden sollen. Sie kann jedoch nicht begründen, wieso eine bestimmte Auflösung der Widersprüche eingefordert werden sollte.« (Stahl 2013: 49) An dieser Stelle wird für die immanente Kritik die Forderung nach einem Maßstab der Richtungsanzeige konstitutiv: So »geht die ›immanente Kritik, die die Kritische Theorie leistet [,] über einen internen Klärungsprozess hinaus, sofern sie einen überindividuellen Maßstab für die angemessene Reaktion auf solche Probleme etabliert« (Jaeggi 2010: 491).

4 »Was nämlich wären in diesem Fall die objektivierbaren Kriterien, die gegenüber den Einschätzungen und Präferenzen der Individuen geltend gemacht werden könnten?« (Jaeggi 2005: 48)

5 Vgl. dazu Bühler (2010).

Die hier vertretene These lautet, dass diese Kennzeichen entweder in keinem Widerspruch zum Modell interner Kritik stehen (ähnlich schon Bühler 2010) oder sich nicht rechtfertigen lassen. Tatsächlich kann sich die Diskussion in der Folge auf den letzten Punkt konzentrieren. Für die ersten vier Kennzeichen ist nämlich gar nicht erkennbar, warum hier ein methodischer oder in der Sache liegender Widerspruch gegen interne Kritik vorliegen muss. Wenn man von gegebenen Wertvorstellungen ausgehen muss, so legt das nicht notwendig schon darauf fest, die Selbstverständnisse nur als explizite zu verstehen. Auch für den zweiten, dritten und vierten Aspekt lässt sich nicht erkennen, warum »traditionelle Theorie« hier notwendig scheitern sollte. Auch sie kann in der Praxis vorhandene Widersprüche aufdecken und diese erklären. Zudem kann sie Transformationen motivieren. Kann sie aber auch die normativ gebotene Richtung des Wandels bestimmen?

## Zur Begründung normativer Maßstäbe der Kritik

### Kritik von Lebensformen

Aus der Sicht von Jaeggi soll eine Kritik von Lebensformen entlang einer funktional-normativen Perspektive sich vollziehen können. Unter dem funktionalen Bezugspunkt meint sie den Umstand, »dass sich Lebensformen genau deshalb bewerten lassen (und auch in bestimmten Hinsichten untereinander vergleichbar sind), weil sie *Problemlösungsstrategien* verkörpern. Für ihren Erfolg oder ihr Scheitern lassen sich so Kriterien anhand ihrer Fähigkeit ausmachen, die Probleme, die sie lösen sollen, auch tatsächlich zu lösen.« (Jaeggi 2014: 59) Funktionale Kritik meint dabei aber: »in Bezug auf ein Ziel oder einen Zweck« (Jaeggi 2014: 171). Ein Problembezug der Praxis muss in diesem Sinne an den normativen Anforderungen bemessen werden, welche sich in der Praxis selbst ergeben. Lebensformen scheitern an Kriterien, welche »sie selbst etabliert haben« (Jaeggi 2014: 242).<sup>6</sup>

Wenn das so ist, dann bleibt nicht zu sehen, warum interne Kritik dies nicht auch soll leisten können: Die Wertbezüge, auf die sich Kritik stützt, sind solche der Praxis selbst und die Kritik operiert auch hier wieder konditional. Hinzu kommt, dass im Falle immanenter Kritik (wie ja auch interner) »nicht ein starrer, sich gleich bleibender Maßstab« vorliegt, »sondern der Maßstab der Kritik selber hat dynamischen Charakter, insofern er sich im Vollzug der Kritik selbst transformiert. [...] Gibt es also keinen dogmatischen, voraussetzungslosen Anfang, sondern nur einen Ansatzpunkt innerhalb einer schon bestehenden Konstellation, so müssen diese Voraussetzungen im Verlaufe des Vollzugs eingeholt werden. [...] Kritik ist in diesem Sinne ein sich selbst fundierender Prozess.« (Jaeggi 2014: 281)

Jaeggi will aber teleologische Sicherheiten eines Ziels der Geschichte nicht als Stütze ihrer Überlegungen verwenden (Jaeggi 2014: 305). Der Gedanke einer Beurteilung als Fortschrittsgeschichte soll festgehalten werden, aber die Bewertung immanenten Kriterien unterworfen werden: »›Fortschritt‹ soll sich [...] ja gerade nicht an einem externen gesetzten, vorgegebenen Ziel

---

<sup>6</sup> Vgl. auch Jaeggi (2014: 205, 248).

›da draußen‹ orientieren oder an einer ›Wahrheit der Geschichte‹ [...], sondern an Kriterien, die sich inhärent auf das Transformationsgeschehen selbst richten.« (Jaeggi 2014: 317)

Jaeggi bemüht sich demnach darum, aus der Not der kritischen Theorie eine Tugend zu machen: Da wir keinen Maßstab außerhalb der Geschichte haben, muss die Geschichte selbst über die Richtigkeit entscheiden. Übersehen wird, dass uns dies aber – nach dem auch von Jaeggi vollzogenen Abschied von der Geschichtsphilosophie – keine spezifizierbaren Kriterien mehr an die Hand gibt. *Der Verweis darauf, dass die Gesellschaft sich selbst im Zuge der Kritik zu transformieren in der Lage ist, bleibt kriterial leer.* Dieses Problem lässt sich nur vermeiden, wenn kritische Theorie sich auf den zukünftigen Standpunkt schon stellen und von dort aus Vermutungen darüber anstellen könnte, welche Transformation aus der Sicht der Beteiligten anderen Transformationen oder Beharrungen gegenüber als zuträglicher empfunden werden wird.

Lassen sich demnach keine Bedingungen angeben, unter denen eine Transformation sich als Fortschritt begreifen lässt? Wir werden gleich sehen, dass Robin Celikates zu Recht darauf hinweist, dass es begründete Vorschläge für die Veränderung von Praktiken geben kann. Wenn nämlich Wertkritik an Selbstverständnissen ansetzt, dann ist es denkbar, dass diejenigen, welche eine Transformation vollzogen haben, diese im Nachhinein als Verbesserung empfinden und daher Personen, welche diese Transformation nicht vollzogen haben, durchaus vorschlagen können, ebenfalls eine solche Transformation zu vollziehen. Wenn zum Beispiel Menschen mit einer nicht-heterosexuellen Orientierung der Ansicht sind, dass eine Lebensform, in der sie als gleichberechtigt anerkannt werden, einer anders gelagerten vorzuziehen ist, so kann sich die Veränderung tatsächlich für sie und gegebenenfalls für andere als Fortschritt darstellen.

Drei Beschränkungen wird eine von diesen Erfahrungen ausgehende Kritik sozialer Praktiken aber unterliegen. Erstens wird eine solche Transformation, weil ihr Gelingen immer von einer zukünftigen, ex ante nicht notwendig prognostizierbaren Bewertung abhängt, zwingend nicht zu fordern sein.<sup>7</sup> Zweitens werden solche Empfehlungen mit bereits vollzogenen Erfahrungen zwar *zwingender*, wenn sich beispielsweise ergibt, dass zwischen der Wahl einer Lebensform und dem Gefühl einer Befreiung ein regelmäßiger und mutmaßlich kausaler Zusammenhang besteht. Dieser Zwang basiert dann aber immer noch auf einer konditionalen Struktur. Nur wer die Verbesserung wünscht, ist verpflichtet, das entsprechende Mittel zu wählen. Aus diesen Problematiken ergibt sich für die kritische Theorie drittens eine zentrale Beschränkung: Eine erfolgreiche Kritik der Gesellschaft wird nie die Gesellschaft im Ganzen betreffen können, weil es in der Gesellschaft bereits Bereiche geben muss, in welchen eine erfolgreiche Transformation bereits vollzogen worden ist, um eine solche Transformation begründet empfehlen zu können. Wenn die Gesellschaft im Ganzen erst transformiert worden sein muss, bevor die Berechtigung der Transformation erwiesen werden kann, dann kann es keine Begründung für die Empfehlung der Transformation geben. Ob die Kritik ihre Voraussetzungen einholen kann, bleibt dann völlig ungewiss.

---

<sup>7</sup> Vgl. Rorty (1992, 2000).

## Selbstkritik als Lernprozess

Celikates (2009) will den Standpunkt der Kritik ebenfalls an die Selbstverständnisse der Handelnden anschließen, gleichzeitig aber Raum für die Kritik solcher Zustände schaffen, in denen die Kritikfähigkeit selbst durch strukturelle Beschränkungen eingeschränkt ist. Hierzu greift er auf das bereits von Jürgen Habermas (1973) und Alfred Lorenzer (1970, 1977) entwickelte Modell einer Kritik im Sinne der Psychoanalyse zurück. So wie diese innere Mechanismen der Verdrängung aufhebt, so gehe es der kritischen Theorie um die Analyse sozialer Mechanismen der Unterdrückung hinreichender Reflexion und der durch diese Analyse erzielten Befreiung von den entsprechenden Zwängen. Celikates sieht hier die Gefahr einer paternalistischen Ablösung von den Interessen schon geschmälert durch das Wollen der Analysanden, gesund werden zu wollen – die Wahrnehmung von Defizienz schließt also an das Selbstverständnis der Akteure an. Damit verwehrt sich Celikates gegen die gegen Habermas' Vorschlag erhobenen Einwände, die Gesellschaft als Ganze sei nicht mit einer Patientin oder einem Patienten gleichzusetzen.<sup>8</sup> Gleichzeitig sind die Beteiligten mit Bordmitteln nicht in der Lage, diese Defizite zu beheben: Die Rolle der Expertin oder des Experten ist also gefragt. Celikates ist zuzustimmen: Die Forderung, an den Selbstdeutungen der Beteiligten anzusetzen, sollte nicht dazu verführen, anzunehmen, dass Expertinnen und Experten es nicht manchmal besser wissen. Zugleich heißt dies nicht, dass diese ihr Wissen bei Bedarf nicht verständlich machen können sollten (Celikates 2009: 213). Wir erwarten also gute Gründe für die Wahl der Behandlungsform. Betrachtet man diesen Fall, so stellt sich die Frage, warum hier eine irgendwie nicht-konditionale Rationalität im Spiel sein sollte? Habermas' Annahme, kritische Wissenschaften folgten einer anderen Logik als die naturwissenschaftlichen und die hermeneutischen Konzeptionen (Habermas 1973), wird von Celikates als methodologische Sonderthese wiederholt, wenn auch wenig ausgearbeitet. So schließt sich Celikates im Wesentlichen Wolfgang Detels (2007) Formulierung an: Kritische Theorien könnten

»nur unter zwei Bedingungen als bestätigt gelten: wenn *erstens* ihre empirischen Hypothesen auf üblichem Weg bestätigt worden sind [...] und wenn *zweitens* kritische Theoretiker und Adressaten »nach Abschluss des emanzipatorischen Prozesses« zwanglos darin übereinstimmen, dass die Beschreibung der Ausgangslage korrekt war, die Theorie den Akteuren zur Orientierung im Transformationsprozess gedient hat und der neue Zustand weniger repressiv ist und stabilisiert werden kann« (Celikates 2009: 235).

Wie unschwer erkennbar ist, dienen die zweiten Bedingungen (die besondere Adäquatheitsbedingungen kritischer Theorie formulieren sollen) eigentlich allein dazu, die empirische Bestätigung selbst zu garantieren (wenn analysierte Personen sich nicht besser fühlen, dann wird die Hypothese, Psychoanalyse diene der Verbesserung des emotionalen Zustands, nicht wahr sein können). Was also nicht recht zu sehen ist, ist, wie hier über die konditionale Vernunft hinaus eigene Kriterien kritischer Theorie überhaupt formuliert worden sind. Offensichtlich kann auch die kritische Theorie allein Hypothesen der Form *wenn dieser Aspekt der Gesellschaft verändert werden würde, dann würde die Gruppe z von ihrem Leiden befreit* formulieren. Celikates' Überlegungen führen nicht zu einer anderen Methodologie. Sie reagieren freilich auf das bereits benannte Problem der kritischen Theorie, das darin besteht, dass die Annahme struktureller Ver-

<sup>8</sup> Für die entsprechenden Einwände vgl. Celikates (2009: 211ff.).

zerrungen offensichtlich einen Standpunkt voraussetzt, an dem die von ihnen Betroffenen nicht sehen können, was die kritische Theoretikerin oder der kritische Theoretiker schon erkannt haben. Der Verweis auf die Psychoanalyse macht nun deutlich, dass die Skepsis gegenüber solchen externen Kritiken nicht in dem Sinne missverstanden werden muss, dass therapeutisches Handeln nicht gelegentlich Momente advokatorischen Handelns enthalten kann. Widerstände in der Analyse können aus der Sicht der Psychoanalyse notwendige Schritte im Prozess der Selbsterkenntnis darstellen, ohne dass den Patientinnen und Patienten dieses schon bewusst sein kann. Es geht mir hier nicht darum, etwas über die Richtigkeit der Psychoanalyse zu sagen, sondern nur um die allgemeine These, dass es Situationen geben kann, in denen Expertinnen und Experten sich im Interesse von langfristigen Interessen über kurzfristige Interessen hinwegsetzen können. Zu Recht liegen für die Zulassung entsprechender Maßnahmen (wie in extremen Fällen zum Beispiel Zwangseinweisungen) hohe institutionelle Hürden vor – eben weil im Normalfall unterstellt wird, dass die Menschen ihre eigenen Interessen am besten einschätzen können.<sup>9</sup> Celikates hat Recht, dass Letzteres nicht immer der Fall ist. Nur: Um entsprechende Maßnahmen zu rechtfertigen, bedarf es keiner spezifischen Methodologie – im Gegenteil: Weil sich der kausale Zusammenhang zwischen Therapie und Resultat in der Vergangenheit bewährt hat, ist die Maßnahme vermutlich auch jetzt berechtigt. Der Bezug auf Bewährungen hat aber auch einen limitierenden Aspekt. Das Problem einer kritischen Theorie liegt dann darin, dass diese Bewährung, sofern sie einen zukünftigen Zustand der gesamten Gesellschaft (also nicht nur spezifischer Zielgruppen) betrifft, noch gar nicht geleistet worden sein kann.

Celikates' Vorschlag ist demnach in doppelter Weise aufschlussreich. Zum einen zeigt er, dass eine methodisch/methodologische Sonderstellung der Kritischen Theorie weder behauptet werden muss noch kann, wenn es um die Beschreibung emanzipatorischer Prozesse aus wissenschaftlicher Sicht geht. Zum anderen zeigt sich die Grenze dieser Kritik. Ein zukünftiger Zustand kann als Bewährung eines hypothetisch angesetzten Maßstabes gegenwärtig nicht gelten. Die Lücke, welche der Verzicht auf geschichtsphilosophische Sicherheiten erzeugt hat, kann nicht geschlossen werden.

Hinzu kommt, dass im Gegensatz zur Psychoanalyse, in welcher die Selbstreflexion der Betroffenen das Mittel zu ihrer eigenen Heilung darstellt, gesellschaftliche Konflikte häufig auch dadurch gekennzeichnet sind, dass die negativ Betroffenen und die verursachenden Personen nicht identisch sind. Kritische Theorie muss daher auch zeigen können, warum die verursachenden Gruppen selbst von den von ihnen erzeugten Folgen negativ betroffen werden (oder zumindest durch Besserstellung der Betroffenen keine Verluste für die Verursacher auftreten), sonst fehlt ihr die Versicherung, dass die Transformation im allgemeinen Interesse ist.

## Schluss

Es hat sich gezeigt, dass der Versuch, die *Grenzen* interner Gesellschaftskritik zu überwinden, vor dem Problem steht, zeigen zu können, wie sich bei Ablehnung nicht-normativer und externer

---

<sup>9</sup> In diesem Sinne gefährdet advokatorisches Handeln die Symmetrieannahme (Gadamer 1993: 250), welche mit der Idee zusammenfällt, dass Menschen die Autoren ihrer eigenen Handlungen sein sollen.

Konzeptionen von Kritik Transformationen begründet fordern lassen, welche die gegebenen Selbstverständnisse von Handelnden selbst kritisieren. Angesichts dieser Problematik ergeben sich neben der Aufgabe<sup>10</sup> des Projekts einer kritischen Theorie der Gesellschaft als eines die interne Kritik transzendierenden Projekts zwei mögliche Reaktionen. Eine Option liegt darin, weiterhin einen Standpunkt zu suchen, der für sich in Anspruch nehmen kann, einen gegebene Praktiken transzendierenden Ort formulierbar zu machen – so also wie Habermas versucht hatte, zu zeigen, dass die Inanspruchnahme der Sprache universelle moralische Implikationen hat, welche zugleich Geltung besitzen, aber unerkannt und verletzt die soziale Praxis bereits prägen. Bis zur Klärung der Frage, was an die Stelle der Kommunikationstheorie treten könnte (Greve 2009: 173ff.), müsste kritische Theorie sich aber einer Kritik der Gesellschaft enthalten. Die andere Option lässt sich als experimentalistische Lösung bezeichnen. Sie wird idealtypisch in zwei Varianten vertreten: In einer Variante wird die Verallgemeinerungsfähigkeit als hypothetische in die Zukunft verschoben – dasjenige, was für Marx noch Gewissheit war, dass ein scheinbar partikularer Standpunkt sich als der allgemeine erweisen wird, wird dem Test der Geschichte überlassen. Da es nicht ausgeschlossen ist, dass sich die gesellschaftliche Realität und die Werthaltungen in einer solchen Weise transformieren, lässt sich einer solchen Praxis die prinzipielle Möglichkeit ihres Erfolges nicht absprechen. Ohne die Versicherung durch bestätigte Fälle erfolgreicher Transformationen wird sich aber eine solche Praxis nicht auf Gründe stützen können. Die zweite Variante hält an der Vermutung eines schon geltenden Maßstabes fest, von dem sie annimmt, dass er implizit vorhanden ist, auch wenn er als solcher weder bereits expliziert ist noch einer zwingenden Begründung genügt oder überhaupt genügen muss. So geht Rosa davon aus, dass sich die gegenwärtige Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt ihres entfremdeten Charakters kritisieren lässt. Da Rosa zugleich der Ansicht ist, dass dieser Maßstab nicht hinreichend bestimmt ist<sup>11</sup>, verlässt er sich vielmehr auf die Überzeugung, dass die Kritik in den vielfach gegebenen Unzufriedenheiten eine hinreichende Stütze findet.<sup>12</sup>

Der Nachteil beider Varianten einer experimentalistischen Strategie liegt darin, dass sie immer dann versagen wird, wenn über konfligierende Interessen oder Ansprüche entschieden werden muss. Aus diesem Umstand erklärt sich dann auch, warum die Parteilichkeit der Theorie sich in der Regel zum einen damit begnügt, Partei für Werte zu ergreifen, die ohnehin Konsensfähigkeit beanspruchen dürfen: Ein unentfremdetes Leben wird wohl immer einem entfremdeten vorgezogen werden, ein selbstbestimmtes einem fremdbestimmten, ein Leben in Frieden (zumindest langfristig) einem im Krieg usw. Die Präferenz für dasjenige, was ohnehin zustimmungsfähig erscheint, verdankt sich aber nicht der Einsicht in die kontexttranszendierende Begründbarkeit dieser Werte, sondern dem Umstand, dass auch die kritische Theorie nur an die schon gegebenen Wertvorstellungen anschließen kann.

Zum anderen ergibt sich auch, warum die kritische Zeitdiagnose die These einer negativen Allbetroffenheit – beispielsweise durch den Kapitalismus – vorziehen wird. In einer Debatte zwi-

---

10 So die Folgerung von Bühler (2010).

11 »Im Moment verfüge ich noch nicht einmal über eine Skizze einer solchen Konzeption.« (Rosa 2013: 147).

12 »Es ist nicht so, als würde der Sozialkritiker die »wahren Bedürfnisse« der Menschen kennen; die Konsumsubjekte selbst bringen die Unzufriedenheit zum Ausdruck und legen das Kompensationsverhalten an den Tag, das sich auch durch aufmerksame Introspektion analysieren läßt.« (Rosa 2013: 145).

schen Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Rosa um die gegenwärtige Kapitalismuskritik werfen erstere Rosa vor, dass seine Zeitdiagnose »eine eigentümliche Schiefelage zugunsten einer vermeintlich universellen Entfremdungsproblematik« (Dörre 2009: 189)<sup>13</sup> enthalte. Wenn die vorstehenden Beobachtungen richtig sind, ist aber die Annahme einer solchen – alle betreffenden – Schlechterstellung durch den Kapitalismus nicht einfach eine Folge einer sachlichen Feststellung, sondern ergibt sich aus dem Problem, dass nicht zu sehen ist, wie die Kritik am Kapitalismus normativ operieren sollte, wenn die negative Allbetroffenheit nicht gegeben wäre, wenn es vielmehr Gewinner/-innen und Verlierer/-innen, Kritiker/-innen und Befürworter/-innen gäbe. Dann und erst dann wird das normative Problem der Gesellschaftskritik tatsächlich gravierend, dann müssten bestimmte Interessen als berechtigt oder unberechtigt zurückgewiesen werden können – nur, nach welchen Kriterien? Genau hier zeigt sich die Folge einer ausbleibenden Rechtfertigung des eigenen normativen Maßstabs in aller Deutlichkeit und Dringlichkeit: Sobald sich die Gesellschaft als eine darstellt, in der über Interesse und Werte kein Konsens herrscht, fehlen der kritischen Theorie die Ressourcen, begründet über die Berechtigung oder Nichtberechtigung bestimmter Interessen und Orientierungen überhaupt zu urteilen. Entweder muss dann kritische Theorie, ganz wie die *traditionelle*, auf Politik verzichten oder sie ergreift innerhalb des »zerrissenen Gesellschaftsganzen«, von dem Max Horkheimer (Horkheimer 2003: 236) sprach, Partei, wird dafür aber wissenschaftliche Gründe nicht anführen können.

## Literatur:

- Albert, G. 2010: Der Werturteilsstreit. In G. Kneer, S. Moebius (Hg.), *Soziologische Kontroversen*. Berlin: Suhrkamp, 14–45.
- Boltanski, L. 2010: *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008*. Berlin: Suhrkamp.
- Bonß, W. 2003: Warum ist die Kritische Theorie kritisch? Anmerkungen zu alten und neuen Entwürfen. In A. Demirovic (Hg.), *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie*. Stuttgart: Metzler, 366–392.
- Bühler, A. 2010: Abschied von der Kritischen Theorie. In G. Albert, S. Sigmund (Hg.), *Soziologische Theorie kontrovers (Sonderheft 50/2010 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 494–497.
- Celikates, R. 2009: *Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Detel, W. 2007: *Grundkurs Philosophie. Band 5: Philosophie des Sozialen*. Stuttgart: Reclam.
- Dörre, K. 2009: Kapitalismus, Beschleunigung, Aktivierung - eine Kritik. In K. Dörre, S. Lessenich, H. Rosa (Hg.), *Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 181–204.
- Gadamer, H.-G. 1993: Rhetorik, Hermeneutik und Ideologiekritik. Metakritische Erörterungen zu 'Wahrheit und Methode'. In H.-G. Gadamer, *Gesammelte Werke 2: Hermeneutik II*. Tübingen: Mohr (Siebeck), 232–250.
- Greve, J. 2009: *Jürgen Habermas*. Konstanz: UVK (utb).
- Greve, J. 2015: Die Krise der kritischen Theorie. In G. Tasheva (Hg.), *Kritik in Zeiten der Kontingenz*. Weilerswist: Velbrück (im Erscheinen).
- Habermas, J. 1973: *Erkenntnis und Interesse*. Mit einem neuen Nachwort. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

<sup>13</sup> Vgl. Lessenich (2009: 238).

- Honneth, A. 1994: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Mit einem neuen Nachwort. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, M. 2003: Traditionelle und kritische Theorie. In M. Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze. Frankfurt a.M.: Fischer, 205–259.
- Jaeggi, R. 2005: Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Jaeggi, R. 2009: Was ist Ideologiekritik? In R. Jaeggi, T. Wesche (Hg.), Was ist Kritik? Frankfurt am Main: Suhrkamp, 266–295.
- Jaeggi, R. 2010: Der Standpunkt der Kritischen Theorie. Überlegungen zum Objektivitätsanspruch Kritischer Theorie. In G. Albert, S. Sigmund (Hg.), Soziologische Theorie kontrovers (Sonderheft 50/2010 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 478–493.
- Jaeggi, R. 2014: Kritik von Lebensformen. Berlin: Suhrkamp.
- Lessenich, S. 2009: Künstler- oder Sozialkritik? Zur Problematisierung einer falschen Alternative. In K. Dörre, S. Lessenich, H. Rosa (Hg.), Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 224–242.
- Lohmann, G. 1980: Gesellschaftskritik und normativer Maßstab. In A. Honneth, U. Jaeggi (Hg.), Arbeit, Handlung, Normativität. Theorien des Historischen Materialismus 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 234–299.
- Lorenzer, A. 1970: Sprachzerstörung und Rekonstruktion. Vorarbeiten zu einer Metatheorie der Psychoanalyse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lorenzer, A. 1977: Sprachspiel und Interaktionsformen. Vorträge und Aufsätze zu Psychoanalyse, Sprache und Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rorty, R. 1992: Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rorty, R. 2000: Philosophie & Zukunft. Frankfurt am Main: Fischer.
- Rosa, H. 2009a: Kritik der Zeitverhältnisse. Beschleunigung und Entfremdung als Schlüsselbegriffe der Sozialkritik. In R. Jaeggi, T. Wesche (Hg.), Was ist Kritik? Frankfurt am Main: Suhrkamp, 23–54.
- Rosa, H. 2009b: Leiharbeiter und Aktivbürger: Was stimmt nicht mit dem spätmodernen Kapitalismus? In K. Dörre, S. Lessenich, H. Rosa (Hg.), Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 205–223.
- Rosa, H. 2013: Beschleunigung und Entfremdung: Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit. Berlin: Suhrkamp.
- Stahl, T. 2013: Immanente Kritik. Elemente einer Theorie sozialer Praktiken. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Walzer, M. 1992: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt am Main: Campus.
- Weber, M. 1964: Fragment aus dem Nachlaß Max Weber. In E. Baumgarten, Max Weber. Werk und Person. Dokumente ausgewählt und kommentiert von Eduard Baumgarten. Tübingen: Mohr (Siebeck), 399–401.



»30 Jahre ›Soziale Systeme‹ – Ende und Anfang einer Theoriekrise?«  
der Sektion Soziologische Theorie  
– organisiert von Thomas Kron und Ingo Schulz-Schaeffer

# Es gibt keine sozialen Systeme

Dirk Baecker

*Beitrag zur Veranstaltung »30 Jahre ›Soziale Systeme‹ – Ende und Anfang einer Theoriekrise?«  
– organisiert von Thomas Kron und Ingo Schulz-Schaeffer*

## Vielfalt statt Krise

Niklas Luhmanns Grundriss einer allgemeinen Theorie sozialer Systeme hat die in diesem Buch diagnostizierte Theoriekrise des Fachs Soziologie (Luhmann 1984: 7) nicht gelöst. Bis heute gibt es kaum eine wechselseitige Befruchtung oder auch nur Befragung zwischen den nach wie vor reichhaltigen Ergebnissen der empirischen Sozialforschung auf der einen Seite und der Debatte um eine facheinheitliche Theorie auf der anderen Seite. Das war Luhmanns Kriterium der Diagnose der Krise. Nach wie vor sind es allenfalls Phänomene mittlerer Reichweite wie soziale Ungleichheit, Individualisierung, Wertewandel, Säkularisierung, Wiedererstarken der Religionen, Privilegien, Korruption, Diskriminierung und Entfremdung (siehe auch Nisbet 1966; Eisenstadt, Curelaru 1976), in denen empirische Sozialforschung und soziologische Theorie übereinkommen, ohne daraus allgemeinere Schlüsse ziehen zu können als jene, die die Unwahrscheinlichkeit sozialer Ordnung und individueller Abweichung sowie die Uneinheitlichkeit eines bislang unterstellten Prozesses der *Modernisierung* beschreiben.<sup>1</sup>

Andererseits gibt es niemanden mehr, der diesen Stand der Dinge als Krise beklagt. Sowohl auf der Ebene der Methoden empirischer Sozialforschung als auch in den Theoriedebatten wird gegenwärtig eher Vielfalt gesucht und ein kritisches Bewusstsein der jeweiligen Möglichkeiten gepflegt. Niemand vermisst eine facheinheitliche Theorie mit definiertem Datenzugriff. Im Zweifel versteht das Fach sich als ein Forum für die kritische Auseinandersetzung mit der Datenverarbeitung etwa im Big-Data-Bereich und mit Gesellschaftsdiagnosen publizistischer Art und warnt vor pauschalisierenden Zuspitzungen und Übergriffen in die private Datenhoheit. Das

---

<sup>1</sup> Der Theorie- ebenso wie Methodenstreit beginnt immer erst dann, wenn es um *kleinste* und *größte* Einheiten der Analyse geht, um die Frage, welche Art von sozialer Ordnung (Gruppe? Herrschaft? Gesellschaft?) sich in welche Art basaler Elemente zerlegen und aus ihnen wieder zusammensetzen lässt (Werte? Rollen? Handlungen? Kommunikationen?). Und der Streit setzt sich fort, wenn wie in der Systemtheorie die Mikro/Makro-Unterscheidung abgelehnt und nach *Units* gesucht wird, in denen lokale Situation und globale Orientierung in jeweils unterschiedlicher Reichweite verschränkt werden können.

Fach entwickelt ein kritisches Methodenbewusstsein (Law 2004; Abbott 2004; Bergman 2008) und plädiert mit Blick auf gesellschaftliche Komplexität auch für die Auseinandersetzung mit verschiedenen Theorieansätzen eher für Perspektivenvielfalt als -einfalt (Schwinn 2011).

Luhmanns Forderungen an eine Theorie, Vergleichsmöglichkeiten zu eröffnen, Selbsteinschränkungen vornehmen und zur Diskussion stellen zu können, sich dem Verhältnis von Komplexität und Transparenz nicht ausliefern zu müssen, sondern es bewusst variieren zu können, und in genau dieser Form Universalität der Erfassung des Gegenstands des Sozialen beanspruchen zu können (Luhmann 1984: 7, 9), gilt heute nicht mehr als Maßstab der Konkurrenz der Theorien untereinander, sondern, wenn es überhaupt gilt, als Maßstab, der sich jede einzelne Theorie in legitimer Ausarbeitung ihres eigenen Ansatzes stellen muss, ohne andere Ansätze verdrängen zu müssen. Das Fach der Soziologie wird von der Komplexität ihres Gegenstands (Cilliers 1998; Morin 2008; Rescher 1998) schon dann wieder eingeholt, wenn man die jüngeren Möglichkeiten des Umgangs mit in Realzeit erhobenen, ungeordneten Datenmengen noch gar nicht in Rechnung stellt (Conte et al. 2012). Zugunsten einer universalen Gegenstandserfassung aus verschiedenen Perspektiven wird der Anspruch auf eine »fachuniversal(e) Theorie« (Luhmann 1984: 10) fallen gelassen.

Diese neue Gelassenheit im Umgang mit einer Soziologie, die ihre eigene Verunsicherung als theoretisch erst noch zu begreifendes, empirisches Datum beobachtet, schließt jedoch nicht aus, sondern ein, dass man sich um den Status, die Ausarbeitung und die methodische Einsetzbarkeit einer jeden Theorie umso genauere Sorgen macht. Die folgenden Bemerkungen gelten daher der Frage, wie man sicherstellen kann, dass die Theorie sozialer Systeme, wie sie Niklas Luhmann ausgearbeitet hat und wie sie in nach wie vor beeindruckender Konsequenz und Beweglichkeit auch im Werk von Talcott Parsons vorliegt, zum Theorierepertoire der soziologischen Forschung gehört. Um die Anerkennung der Theorie Luhmanns als intellektueller Glanzleistung braucht man sich sowohl in der Rezeption in den Geistes- und Sozialwissenschaften als auch in der Lektüre im Soziologiestudium keine Sorgen zu machen (de Berg, Schmidt 2000; Jahraus et al. 2012: 331 ff.; Lenger, Rieder, Schneickert 2014). Doch damit wird eher die literarische Qualität der Texte gewürdigt als eine Aussage darüber getroffen, ob und wie sich die Theorie sozialer Systeme für welche Arten von Forschungsdesigns eignet.

Es gibt eine Reihe von Fragen, mit denen sich die vorliegenden Bemerkungen nicht beschäftigen. Die vielleicht wichtigste dieser Fragen betrifft das nach wie vor ungelöste Problem des Bezugs von Theorie auf Daten und umgekehrt. Ungelöst ist dieses Problem schon deswegen, weil Fragen der Aggregation und Korrelation dieser Daten ebenso wie ihrer kausalen Verknüpfung und/oder kommunikativen Bezüge ungeklärt sind. Ich tendiere dazu, der Theorie den Status eines Lieferanten von Metadaten zuzuweisen, aber auch dies ist hier nicht zu diskutieren (Baecker 2013). Ebenso wenig will ich den Versuch machen, ein weiteres Mal die Glanzlichter der Theorie sozialer Systeme in der Fassung von Niklas Luhmann zu würdigen, also etwa auf die Radikalisierung des Begriffs der Kommunikation im Medium eines unruhigen Sinns, auf die Temporalisierung der Elemente sozialer Systeme als Ereignisse, auf das Konzept der Zeit als Zwang zur Auflösung und Neubildung von Systemstrukturen oder auf den Einbau von Negation, Widerspruch und Konflikt in die Grundbegriffe der Theorie hinzuweisen, auch wenn die Diskussion dieser Vorschläge seltener stattfindet, als man es sich wünschen würde, und auch für die empirische Sozialforschung mehr Anregungen enthält, als gemeinhin zur Kenntnis genommen

wird – siehe jedoch Ralf Bohnsack (1991); Werner Vogd (2005) und für eine Sequenzanalyse von Kommunikation im Anschluss an, wenn man so will Barney G. Glaser und Anselm L. Strauss (1967), Juliet Corbin und Strauss (2008), Harold Garfinkel (1967), und Harvey Sacks (1995).

## Wer sagt das denn?

Ich beschränke mich im Folgenden auf die Diskussion eines der wichtigsten Einwände gegen die Theorie sozialer Systeme in der Fassung von Luhmann, der auf deren zwar konstruktivistisch gerahmte, aber dann doch ontologisch formulierte These zielt, dass es Systeme gibt (Luhmann 1984: 30 ff.; Haferkamp, Schmidt 1987; Krawietz, Welker 1992; Merz-Benz, Wagner 2000; Amstutz, Fischer-Lescano 2013):

»Die folgenden Überlegungen gehen davon aus, daß es Systeme gibt. Sie beginnen also nicht mit einem erkenntnistheoretischen Zweifel. Sie beziehen auch nicht die Rückzugsposition einer ›lediglich analytischen Relevanz‹ der Systemtheorie. Erst recht soll die Engstinterpretation der Systemtheorie als eine bloße Methode der Wirklichkeitsanalyse vermieden werden. Selbstverständlich darf man Aussagen nicht mit ihren Gegenständen verwechseln; man muss sich bewußt sein, daß Aussagen nur Aussagen und wissenschaftliche Aussagen nur wissenschaftliche Aussagen sind. Aber sie beziehen sich, jedenfalls im Fall der Systemtheorie, auf die wirkliche Welt. Der Systembegriff bezeichnet also etwas, was wirklich ein System ist, und läßt sich damit auf eine Verantwortung für Bewährung seiner Aussagen an der Wirklichkeit ein« (Luhmann 1984: 30).

»Es muss also zunächst eine direkt wirklichkeitsbezogene Systemtheorie ausgearbeitet werden« (Luhmann 1984: 30).

Unter diesen reell existierenden Systemen finden sich auch »Systeme des Analyse- und Erkenntnisverhaltens« (Luhmann 1984: 30) wie etwa die Wissenschaft im Allgemeinen und die Soziologie als Subsystem der Wissenschaft im Besonderen, sodass die Theorie sozialer Systeme in der Ausarbeitung ihres Forschungsprogramms irgendwann auf sich selber stößt und dies dazu nutzen kann, sich mit ihrem Gegenstand zu vergleichen und daraus zu lernen.

Zwei weitere Annahmen ergeben sich daraus fast von selbst, nämlich die Annahme der Existenz selbstreferentieller Systeme und die Annahme der Existenz selbstreferentieller sozialer Systeme: »Diese Anforderungen [nämlich: in ihrem Gegenstand auch sich selbst zu analysieren] kulminieren in der Notwendigkeit, die Systemtheorie als Theorie selbstreferentieller Systeme anzulegen« (Luhmann 1984: 31).

Diese Selbstreferenz wird von Anfang an als »Modus des Umgangs mit einer nichtbeliebig strukturierten Umwelt« (Luhmann 1984: 31) verstanden, so dass der Umweltbezug und damit die Fremdreferenz so sehr Komponenten des Grundbegriffs sind, dass man auch von einer System/Umwelt-Theorie sprechen könnte. Aber das unterstreicht nur den Grundzug der Theorie sozialer Systeme, die Entdeckung der Selbstreferenz, die die französische und schottische Moralphilosophie an der *amour-propre* und am *self-interest* sowie die Philosophie des deutschen Idealismus am *Subjekt* vollzogen haben (Luhmann 1980a), nun auch für andere Systeme zu erproben, für den Organismus, das Gehirn, das Bewusstsein, die Gesellschaft und ihre Teilsysteme. Daher wird für Systeme im Allgemeinen postuliert: »Es gibt Systeme mit der Fähigkeit, Be-

ziehungen zu sich selbst herzustellen und diese Beziehungen zu differenzieren gegen Beziehungen zu ihrer Umwelt« (Luhmann 1984: 31).

Damit ist nicht zuletzt auch die Warnung verbunden, davon ausgehen zu müssen,

»daß Systeme in ihrer Selbstbehandlung Formen des Zugriffs auf Komplexität entwickeln, die der wissenschaftlichen Analyse und Simulation nicht zugänglich sind. Man spricht dann etwa von ›black box‹. Das Verhältnis von relativen Unter- und Überlegenheiten der fremd- bzw. selbstanalytischen Möglichkeiten variiert historisch; es hängt vom Stand wissenschaftlicher Theoriebildung ab und ist angesichts rapider Theorieentwicklungen vor allem in der allgemeinen Systemtheorie gegenwärtig [1984!, mit Blick auf Theorien der Selbstorganisation, der Autopoiesis und der Kybernetik zweiter Ordnung, DB] schwer zu fixieren« (Luhmann 1984: 32).

Die Theorie sozialer Systeme ist ein Fall der Systemtheorie und wird auf dem »Umweg der Generalisierung und Respezifikation« (Luhmann 1984: 32) gewonnen und ausgearbeitet. Ihr Ausgangspunkt wird wie folgt formuliert: »Jeder soziale Kontakt wird als System begriffen bis hin zur Gesellschaft als Gesamtheit der Berücksichtigung aller möglichen Kontakte« (Luhmann 1984: 33).<sup>2</sup>

Es bleibt beim Wissen um die Kontingenz dieses Ansatzes einer »universelle[n] soziologischen Theorie«, beim Eingeständnis des Universalitätsanspruchs als »Selektionsprinzip« (Luhmann 1984: 33), aber eben auch bei der Setzung dieses »strukturell Kontingente[n] als operativ Notwendiges [...] mit der Folge einer ständigen Kontingenzabsorption durch Erfolge, Gewohnheiten, commitments im Wissenschaftssystem« (Luhmann 1984: 34).

Nicht bestritten werden soll im Folgenden, dass die Annahmen der Existenz von (a) Systemen, (b) Selbstreferenz und (c) sozialen Systemen für die soziologische Theorie produktiv ist. Wir akzeptieren Luhmanns Grundgedanken der Selbstreferenz als »Korrelat des Komplexitätsdrucks der Welt«, die gleichsam stellvertretend für die Unmöglichkeit der adäquaten Abbildung dieser Komplexität einsteht (Luhmann 1984: 602). Und erst recht akzeptieren wir die Annahme, dass die selbstreferentielle Geschlossenheit die Voraussetzung für die »Kontrolle der eigenen Negationsmöglichkeiten bei der Herstellung eigener Elemente« (Luhmann 1984: 603) ist. Die Fähigkeit zum Einbau von Negation und zum produktiven Umgang mit Negation ist das *Sine Qua Non* der Verschränkung von Systemtheorie und funktionaler Analyse. Aber wir nehmen die Annahme der Selbstreferenz zurück auf die Annahme der Selbstreferenz eines Beobachters, postulieren den Begriff des Systems als Angebot eines wissenschaftlichen Beobachters an einen

---

<sup>2</sup> Vielleicht sollte man an diesen Satz anknüpfen und diesen Kontakt wie bereits im AGIL-Schema von Talcott Parsons als ein komplexes Ereignis begreifen, an dem Körper, Gehirn, Bewusstsein und soziale Umwelt gleichermaßen Anteil haben. Dieser Kontakt wäre eine echte Komplexität, weil er auf keine dieser Referenzen reduziert werden kann und doch unverzichtbar für die Konstitution und Reproduktion dieser Referenzen ist. Die soziale Umwelt ist strukturiert als Gesellschaft, Technik und Kultur, gewinnt jedoch keinen eigenen Systemcharakter. Als System ist wie bereits bei W. Ross Ashby (1960) der Organismus-in-seiner-Umwelt zu verstehen, ausdifferenziert als Körper, ausgestattet mit einem Gehirn und orientiert an einer Sozialität der doppelten Kontingenz. Mit dieser Umstellung der Grundbegrifflichkeit können die Theorieprobleme, die Luhmann aufgeworfen hat, ebenso bewahrt bleiben wie seine Lösungen. Und man könnte seine Soziologie umschreiben zu einer Soziologie sozialer Umwelten. Die Theoriekrise wird damit nicht gelöst, aber genauer adressiert. Sie bringt die Soziologie ein weiteres Mal ins Gespräch mit Biologie, Neurologie und Psychologie.

komplexen Gegenstand und bestimmen den Begriff des sozialen Systems als wesentliche Spur zum Verständnis des Sozialen.

Unser Einwand gegen die Theorie sozialer Systeme von Luhmann betrifft nur eine Nuance. Unsere Überlegungen gehen davon aus, dass es Systeme für Beobachter gibt. Das hätte Luhmann sofort unterschrieben. Aber wir gehen im nächsten Schritt davon aus, dass es keine sozialen, sondern nur soziologische Systeme gibt, und dass sich die Systemtheorie daher nur, wenn überhaupt, im Gespräch mit einem komplexen Gegenstand bewähren kann, der von der Theorie soziologischer Systeme dazu eingeladen wird, auch sich selbst mit der Annahme der Selbstreferenz eines Beobachters zu infizieren. Auch diesen Satz hätte Luhmann unterschrieben, doch interessiert uns nicht nur der Gewinn einer Erkenntnis über die moderne Gesellschaft, sondern darüber hinaus, vielleicht auch im Gegenzug dazu die Frage nach der Praxis der Systemtheorie in dieser Gesellschaft. Selbstverständlich behaupten wir damit nicht, nun unsererseits die Theoriekrise der Soziologie lösen zu können. Vor dem Hintergrund der anzuerkennenden Komplexität der Gesellschaft sehen wir eine solche Theoriekrise allerdings auch nicht mehr. Stattdessen behaupten wir, dass die Ausarbeitung einer Theorie soziologischer Systeme, die in vielen Hinsichten auf Ideen, Begriffe und Problemstellungen Vilfredo Paretos, Talcott Parsons' und Niklas Luhmanns zurückgreifen kann, diese Theorie in eine produktive Konkurrenz zu soziologischen Feld-, Spiel- und Netzwerktheorien bringen kann. Die fachuniversale Theorie, die sich Luhmann gewünscht hat, bestünde, wenn diese Konkurrenz ernst genommen wird, darin, eine Aussage weniger über die Gesellschaft als vielmehr über die Soziologie zu treffen, deren Funktion, in welcher Gesellschaft auch immer sie operiert, darin besteht, unter allen sozialen Umständen für den Gedanken der Selbstreferenz des Beobachters zu werben.

Wie gesagt, es handelt sich nur um eine Nuance. Aber angesichts sowohl des Komplexitätsdrucks der Welt als auch der Einsicht in den »Explosivstoff Selbstreferenz« (Luhmann 1984: 656; Baecker 1986) ist die nicht nur epistemologische und empirische, sondern praktische Einführung des Beobachters ein Unterschied ums Ganze.

## Kann man ein Axiom kritisieren?

Der Grundgedanke ist denkbar einfach, kann jedoch seine normativen Implikationen nicht verleugnen: Komplexität ist als solche, das heißt unter dem Gesichtspunkt immer nur selektiver Zugriffe, nur selbstreferentiell zu verarbeiten. Reduzieren kann sie jeder, solange er es kann. Aber angesichts von Komplexität eine Entscheidung treffen, die als kontingent reflektiert werden kann und insofern einen alternativen Spielraum nicht nur schließt, sondern auch öffnet, kann nur derjenige, der sich als Beobachter in das jeweilige Geschehen miteinschließt und daraus für sich als Beobachter eine wie immer minimale Freiheit bezieht. Die normative Implikation dieses Gedankens besteht darin, dass aus dem Eingeständnis von Selbstreferenz eine Verantwortung sowohl für die vorgenommene Einschränkung wie für deren Spielraum entsteht. Diese Verantwortung lässt sich auf eine Verantwortung für die Selbstreferenz, die auch hier nie eine »reine«, sondern immer nur eine »mitlaufende Selbstreferenz« (Luhmann 1984: 604) ist, nicht reduzieren. Mit der Einschränkung ebenso wie mit dem Spielraum kommen unaufhebbar

Fremdreferenzen auf die Umwelt ins Spiel. Die Selbstreferenz ist der durch das Interesse an Komplexität erzwungene, aber normativ erwünschte Einsatz in einem Spiel, das den Beobachter nur insofern ins Zentrum rückt, als auch dessen Rolle, Position und Blickrichtung auf eine nicht stillzustellende Art und Weise wechselt (Derrida 1967; Jakobson 1957).

Die Spur, der wir hier folgen, hat ein weiteres Mal bereits Luhmann gelegt. Auch für das 13 Jahre nach *Soziale Systeme* publizierte Buch *Die Gesellschaft der Gesellschaft* gilt, dass von der Annahme der Existenz sozialer Systeme, hier insbesondere von der Annahme der »Gesellschaft als umfassendes Sozialsystem« (Luhmann 1997: 78) ausgegangen wird. Diese Annahme wird hier jedoch zum einen flankiert von der Zurücknahme der Systemtheorie auf den von einem Beobachter vorzunehmenden Vollzug einer Unterscheidung zwischen System und Umwelt, die nur ein Fall unter ebenfalls möglichen anderen Unterscheidungen darstellt und daher in eine allgemeinere Theorie der Form eingebettet wird (Luhmann 1997: 60 ff.). Zum anderen wird sie von einem nicht mehr ontologischen Verständnis der Gesellschaft, sondern autologischen Verständnis der Soziologie flankiert, demgemäß diese am Projekt der Selbstbeschreibung der Gesellschaft teilhat, dieses Projekt jedoch nicht erschöpft, sondern in Konkurrenz zu anderen Selbstbeschreibungen (nicht zuletzt: durch die Massenmedien) steht und allenfalls durch ihren reflektierten Umgang mit Unterscheidungen inklusive der Inkaufnahme von Paradoxien sich gegenüber diesen auszeichnet (Luhmann 1997: 1128 ff.). Die Soziologie, so kann es jetzt heißen, infiziert die Gesellschaft mit der Einsicht in die »Form« jeder Selbstbeschreibung und damit auch jeder Selbstreferenz: in eine Zweiseitenform, mit George Spencer-Brown (1969), die mit beiden Seiten sowie der Unterscheidung zwischen den beiden Seiten auf einen Beobachter zugerechnet werden kann, der so und nicht anders beobachtet.

Die Autologie der Soziologie anstelle der Annahme einer Existenz sozialer Systeme setzen wir im Folgenden ins wechselnde Zentrum des Geschehens. Keine unbedeutende Konsequenz dieses Ausgangspunkts ist, dass es damit uninteressant wird, von einer Krise der Soziologie zu reden. Denn zum einen befindet sie sich als ein Projekt unter anderen von Beschreibungen der Gesellschaft gleichsam per se immer in der Krise; und zum anderen ist jede Krisendiagnose nur zu begrüßen, weil sie aufs Neue über eine so noch nicht gesehene und verstandene soziale Wirklichkeit informiert: »Wie in einem unbeabsichtigten perversen Effekt kommt bei ständigen Krisendiagnosen nach und nach heraus, daß es sich gar nicht um Krisen handelt, sondern um die Gesellschaft selbst« (Luhmann 1991: 148).

Es kann nicht darum gehen, die Soziologie aus ihrer Krise herauszuführen; es kann nur darum gehen, sie ebenso selbstbewusst wie kritisch in ihr zu verankern.

Zu diesem Zweck streichen wir jede ontologische Annahme, dass es Systeme, selbstreferentielle Systeme und selbstreferentielle soziale Systeme gibt, und starten stattdessen mit der Selbstreferenz des Beobachters, in unserem Fall: des Soziologen. Im Fall einer soziologischen Systemtheorie greift dieser Soziologe auf eine lange Tradition systemtheoretischen Denkens zurück, in der der Systembegriff fast immer analytisch und nur selten empirisch verstanden wurde. Sogar in der Gnosis, der man nachsagt, dass sie Systeme entworfen hat, die verständlich machen, wie es Demiurgen gelungen ist, den Menschen den Zugang zum wahren Licht zu versperren (Rossbach 1996), und in den Ingenieurwissenschaften, die Maschinen konstruieren und frei von menschlichen Eingriffen zum Laufen zu bringen versuchen (Girod, Rabenstein, Stenger 2002), werden Systeme als heuristische Konzepte verstanden, die grundsätzlich auf die Relation

zwischen einem Beobachter und einem Gegenstand abstellen, um auf beiden Seiten korrekturfähige Erwartungen formulieren zu können. Das ist bei Gottfried Wilhelm Leibniz der Fall, dem wir das historisch vermutlich früheste explizit auf Komplexität – nämlich die anders nicht zu verstehende »Harmonie« von Körper und Seele – bezogene Systemkonzept verdanken (Leibniz 1695; Serres 1968). Ebenso zu sehen bei Immanuel Kant, der in der Nachfolge Johann Heinrich Lamberts den Systembegriff als kritischen Begriff der Überprüfung von Mittel/Zweck- und Teil/Ganzes-Beziehungen sowie, das wird häufig vergessen, als Einsatzpunkt einer Reflexion auf die Unbedingtheit der wissenschaftlichen Erkenntnis verstanden hat (Kant 1787: B 860 ff. und B 378 f.; Lambert 1787), und in den ersten soziologischen Systemtheorien, wie sie Pareto und Parsons entworfen haben (Pareto 1916; Parsons 1951). Bereits Etienne Bonnot Condillac hat in diesem Sinne nach vielfältigen Erfahrungen der Aufklärungsepoche mit über ihr Ziel hinauschießenden Systementwürfen – vorgelegt von »wildgewordene[n] Volksschullehrern oder zur Ruhe gesetzte[n] Landgerichtsräten« (Heidegger 1936: 46)<sup>3</sup> – dafür plädiert, den Systembegriff nur skeptisch und kritisch einzusetzen (Condillac 1749).

In diesem Sinne bringen wir den Soziologen als einen Kritiker und Skeptiker ins Spiel, der soziologische Systeme entwirft und in seinem eigenen Gegenstand, der Gesellschaft, wie auch in seiner eigenen Disziplin, der Soziologie, zur Diskussion stellt.

Für diesen Entwurf ebenso wie für diese Diskussion gibt es naturgemäß viele Varianten. Die soziologische Theorie Luhmanns hatte und hat ihre größten empirischen Erfolge in einer Anregung der intellektuellen Debatte über die Komplexität der modernen Gesellschaft. Interessanterweise sind diese Erfolge dort besonders eindrucksvoll, wo sich Leser finden, die in ihrer professionellen Orientierung einen Sinn für die Komplexität von Organisation, Politik, Familie, die Semantik der Moderne oder auch Öffentlichkeit (Goetz 2008; Stanitzek 2012) entwickelt haben und vor diesem Hintergrund Luhmanns Systemtheorie als Kalkül dieser Komplexität zu schätzen gelernt haben. Darüber gibt es nicht viel mehr als anekdotische Evidenz, aber es wäre ein lohnendes Forschungsprojekt, dieser Art von Rezeption und ihren Folgen einmal nachzugehen. Immerhin spielt es für alle Arten von professionellen Reflexionen und öffentlichen Debatten eine Rolle, ein Gespür für nach Möglichkeit nicht zu unterbietende Grade an Differenzierung auch dann zu entwickeln und präsent zu halten, wenn man die Theorie, der man dieses Gespür verdankt, nicht beherrscht. Und immerhin war die Förderung eines Verständnisses von Komplexität sowie die daraus resultierende Einsicht in die Notwendigkeit und den laufenden Korrekturbedarf von Komplexitätsreduktionen möglicherweise Luhmanns wichtigster normativer Impuls für die Ausarbeitung seiner Theorie in der deutschen Nachkriegszeit.

---

<sup>3</sup> Heidegger hält den Systemgedanken für den modernen Gedanken schlechthin (Heidegger 1936: 22 ff.; Renaut 1974). Wie er ihn dennoch und deswegen zu überwinden trachtet, dokumentieren seine *Beiträge zur Philosophie (Vom Ereignis)* (Heidegger 1936–38). Darauf können wir hier nicht eingehen, doch fällt auf, dass er diese Überwindung ebenso wie Spencer-Brown in der Zeitdimension sucht. »Since we do not wish, if we can avoid it, to leave the form, the state we envisage is not in space but in time« (Spencer-Brown 1969: 48).



## Eine Theorie soziologischer Systeme

Wir beschließen diese Überlegungen mit einem knappen Ausblick auf eine Fassung einer Theorie soziologischer Systeme, wie sie sich anbietet, wenn man die autologische Wendung der Soziologie fortführt. Die wichtigsten Anknüpfungspunkte für diese Theorie scheinen mir nach wie vor in der Kommunikationstheorie mit ihrem Begriff der Information als Selektion aus einem sozial offenen Auswahlbereich, in der Kybernetik zweiter Ordnung mit ihrer expliziten Einführung des Beobachters, in einem biologischen Begriff der Autopoiesis mit seiner Unterscheidung von operationaler Schließung und strukturellem Netzwerk der Reproduktion, in einem Formkalkül und dessen Umgang mit mehrwertigen Unterscheidungen zu liegen sowie, möglicherweise integrativer als je zuvor, in einer Theorie der Komplexität als Theorie irreduzibler Vielfalt (Cilliers 1998; Maturana, Varela 1980; Rescher 1998; Shannon, Weaver 1949; Spencer-Brown 1969; von Foerster 1981 und 2003; Wiener 1948).

Das müssen wir hier nicht im Einzelnen ausführen (Baecker 2002, 2005, 2010; Karafillidis 2010; Lehmann 2011). Wichtiger ist uns eine Anmerkung zur Frage, wie man diese Konzepte miteinander kombinieren, wenn nicht sogar ineinander integrieren kann, um die Theorie soziologischer Systeme als ein Kalkül der Komplexität entwerfen und zur Diskussion stellen zu können.

Mein Ausgangspunkt hierfür ist eine Intuition, mit der Auguste Comte die Soziologie als eine Wissenschaft sozial komplexer Verhältnisse auf den Weg gebracht hat. Comte unterscheidet zwischen einer statischen bzw. konsensuellen oder auch harmonischen Achse der Untersuchung und einer dynamischen oder auch progressiven Achse der Untersuchung (Comte 1839: 99). Die dynamische Achse ist für Comte unproblematisch; sie ergibt sich aus geschichtsphilosophischen Überlegungen zum gegebenen Fortschritt der Gesellschaft, der soziologisch nur insofern interessant ist, als man Politikern dabei helfen muss, ihre Rolle in der Sicherstellung dieses Fortschritts zu verstehen, um keine Fehler zu machen, die ihn verzögern könnten.<sup>4</sup> Problematisch und daher das eigentliche Feld der Soziologie, ist die statische Achse, die nichts Geringeres zum Ausdruck bringt als die verblüffende und insofern unwahrscheinliche Gleichzeitigkeit höchst unterschiedlicher, miteinander noch in ihren Konflikten abgestimmter und nur insofern prästabiler sozialer Phänomene. Diese Fragestellung wird jede Art von Soziologie aufnehmen und fortsetzen (Adorno 1972).

Mein Vorschlag zielt darauf, den *Formbegriff* für die Notation ineinander verschachtelter und gleichzeitig operierender Unterscheidungen verschiedener Beobachter zu nutzen, den *Systembegriff* für die Beobachtung festzuhalten, dass eine solche Form sich im irreversiblen Zeitablauf reversibel verhält, das heißt ihre Werte in strikter Interdependenz variiert, und die Einheit der Differenz von Form und System als *komplex* zu bezeichnen. Entscheidend für das *Theorieprogramm* der Systemtheorie ist somit nach wie vor die Kreuzung und Kombination einer sachlichen Achse der Ausdifferenzierung und einer zeitlichen Achse der Reproduktion (Luhmann 1980c), mit dem Unterschied, dass es in der vorliegenden Fassung nicht die Selbstreferenz des Systems ist, die für Ausdifferenzierung und Reproduktion gerade steht, sondern die Selbstrefe-

---

<sup>4</sup> Wenig später wird mit Charles Darwin die Geschichtsphilosophie durch die Evolutionstheorie ersetzt. Damit wird auch die Zeitachse einerseits problematisch und andererseits ihrerseits komplex in die Sach- und Sozialdimension des Sinns zurückgefaltet (Luhmann 1980b, 1990).

renz des Beobachters, der beides bezeichnet, unterscheidet und beschreibt. Dieser Unterschied bringt eine quer zu den sachlichen und zeitlichen Achsen stehende soziale Achse ins Spiel, die nichts anderes ist als ein Verhältnis der Beobachter zueinander, das jedoch, anders wäre der Eindruck der Komplexität nicht zu halten, seinen ebenso sachlichen wie zeitlichen Niederschlag hat, der nur selektiv von diesen Beobachtern in Rechnung gestellt werden kann.

Alle weiteren prominenten Begriffe sowohl der Systemtheorie als auch anderer soziologischer Theorien ergeben sich als Derivate dieses Konzepts. Der Begriff der *Kommunikation* beschreibt, welche Abhängigkeiten der soziologische Beobachter zwischen den Werten eine Form dank der von ihm postulierten Optionen des Handelns und Erlebens anderer Beobachter im Medium des *Sinns* zu identifizieren können glaubt. Der Begriff des *Netzwerks* doppelt diese Beschreibung um eine strukturalistische Komponente, aus dem ein Kalkül des Kalküls von Ungewissheit (White 1992), Kontingenz und Risiko durch die im Gegenstand aktiven Akteure abgeleitet werden kann. Und der Begriff der *Kultur*, in der soziologischen Systemtheorie prominent durch seine normative Überschätzung bei Parsons und Unterschätzung als historischer Begriff bei Luhmann (Baecker 2001; Luhmann 1995; Parsons 1973), wird zu einem Begriff des Gedächtnisses sozialer Phänomene im Medium sich durchkreuzender Traditionen und Symbole (Luhmann 1997: 586 ff.).

Diese Fassung einer Theorie soziologischer Systeme kommt mit einem einzigen, allerdings sofort unbestimmt multiplizierten Negationsoperator aus, nämlich der Selbstreferenz des Beobachters. Der Systembegriff ist ein unverzichtbarer Begriff für den laufenden Korrekturbedarf eines Beobachters, der aus diesen Korrekturen sowie aus deren Zurechnung auf die eigenen Unterscheidungen sein Komplexitätsverständnis gewinnt (Ashby 1958). In genau dieser Hinsicht stimmt Adornos Diktum, dass das System eben nicht ein »positive(s) Subjekt« sei, sondern »negative Objektivität« (Adorno 1973: 31). Diese negative Objektivität ist der Rechner, der für eine sich in den Augen eines Beobachters laufend reformierende Komplexität zuständig ist.

## Literatur

- Abbott, A. 2004: *Methods of Discovery: Heuristics for the Social Sciences*. New York: Norton.
- Adorno, T. W. 1972: Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien. *Gesammelte Schriften 8: Soziologische Schriften 1*, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 217–237.
- Adorno, T. W. 1973: *Negative Dialektik*. *Gesammelte Schriften 6*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Amstutz, M., Fischer-Lescano, A. (Hg.) 2013: *Kritische Systemtheorie: Zur Evolution einer normativen Theorie*, Bielefeld: transcript.
- Ashby, W. R. 1958: Requisite Variety and Its Implications for the Control of Complex Systems. *Cybernetica 1*, 83–99.
- Ashby, W. R. 1960: *Design for a Brain: The Origin of Adaptive Behavior*, 2<sup>nd</sup> rev. ed. New York: Wiley.
- Baecker, D. 1986: Explosivstoff Selbstreferenz: Eine Paraphrase zu Niklas Luhmann, *Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie*. *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 72*, 246–256.
- Baecker, D. 2001: *Wozu Kultur? 2.*, erw. Aufl.. Berlin: Kulturverlag Kadmos.
- Baecker, D. 2002: *Wozu Systeme?* Berlin: Kulturverlag Kadmos.
- Baecker, D. 2005: *Form und Formen der Kommunikation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Baecker, D. 2010: System. In C. Bermes, U. Dierse (Hg.), Schlüsselbegriffe der Philosophie des 20. Jahrhunderts. Archiv für Begriffsgeschichte, Sonderheft 6, Hamburg: Meiner, 389–405.
- Baecker, D. 2013: Metadaten: Eine Annäherung an Big Data. In H. Geiselberger, T. Moorstedt (Hg.), Big Data – Das neue Versprechen der Allwissenheit, Berlin: edition unseld, 156–186.
- Bergman, M. M. (Hg.) 2008: Advances in Mixed Methods Research. London: Sage.
- Bohnsack, R. 1991: Rekonstruktive Sozialforschung: Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen: Leske und Budrich, 8. Aufl. 2010.
- Cilliers, P. 1998: Complexity and Postmodernism: Understanding Complex Systems. London: Routledge.
- Comte, A. 1839: Leçons sur la sociologie: Cours de philosophie positive, Leçons 47 à 51, introduction et notes Juliette Grange. Paris: Flammarion, 1995.
- Condillac, E. B., abbé de 1749: Traité des systèmes, Paris: Fayard, 1991.
- Conte, Rosaria, et al. 2012: Manifesto of Computational Social Science. European Physical Journal Special Topics 214, 325–346.
- Corbin, J., Strauss, A. 2008: Basics of Qualitative Research: Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory, 3<sup>rd</sup> ed. London: Sage.
- de Berg, H., Schmidt, J. F. K. (Hg.) 2000: Rezeption und Reflexion: Zur Resonanz der Systemtheorie Niklas Luhmanns außerhalb der Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Derrida, J. 1967: Die Struktur, das Zeichen und das Spiel im Diskurs der Wissenschaften vom Menschen. In ders., Die Schrift und die Differenz, aus dem Französischen von Rodolphe Gasché. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1972, 422–442.
- Eisenstadt, S. N., Curelaru, M. 1976: The Form of Sociology: Paradigms and Crises. New York: Wiley.
- Garfinkel, H. 1967: Studies in Ethnomethodology, Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall (Reprint Oxford: Blackwell, 1984).
- Girod, B., Rabenstein, R., Stenger, A. 2002: Einführung in die Systemtheorie: Signale und Systeme in der Elektrotechnik und Informationstechnik, 2., korr. u. aktual. Aufl. Stuttgart: Teubner.
- Glaser, B. G., Strauss, A. L. 1967: The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research, New Brunswick, NJ: Aldine.
- Goetz, R. 2008: Klage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haferkamp, H., Schmid, M. (Hg.) 1987: Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung: Beiträge zu Luhmanns Theorie sozialer Systeme. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heidegger, M. 1936: Schelling: Vom Wesen der menschlichen Freiheit (1809). Gesamtausgabe, II. Abteilung: Vorlesungen 1919–1944, Bd 42. Frankfurt am Main: Klostermann, 1988.
- Heidegger, M. 1936–38: Beiträge zur Philosophie (Vom Ereignis). Gesamtausgabe, III. Abteilung: Unveröffentlichte Abhandlungen, Vorträge, Gedachtes, Bd 65. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann, 1989.
- Jahraus, O., Nassehi, A. et al. (Hg.) 2012: Luhmann-Handbuch: Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: Metzler.
- Jakobson, R. 1957: Shifters, Verbal Categories, and the Russian Verb, in: ders., Selected Writings, Bd II: Work and Language. The Hague: Mouton, 1971, 130–147.
- Kant, I. 1787: Kritik der reinen Vernunft. Werke in zwölf Bänden, Bde III–IV. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1968.
- Karafilidis, A. 2010: Soziale Formen: Fortführung eines soziologischen Programms, Bielefeld: transcript.
- Krawietz, W., Welker, M. (Hg.) 1992: Kritik der Theorie sozialer Systeme: Auseinandersetzungen mit Luhmanns Hauptwerk. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lambert, J. H. 1787: Fragment einer Systematologie. In ders., Texte zur Systematologie und zur Theorie der wissenschaftlichen Erkenntnis, hrsg. von Geo Siegwart, Textbearbeitung von Horst D. Brandt. Hamburg: Meiner, 1988, 125–144.
- Law, J. 2004: After Method: Mess in Social Science Research. London: Routledge.
- Lehmann, M. 2011: Theorie in Skizzen, Berlin: Merve.
- Leibniz, G. W. 1695: Système nouveau de la nature et de la communication des substances aussi bien que de l'union qu'il y a entre l'âme et le corps, in: ders., Système nouveau de la nature et de la communica-

- tion des substances et autres textes 1690–1703, présentation et notes de Christiane Frémont. Paris: Flammarion, 1994, 61–90.
- Lenger, A., Rieder, T., Schneickert, C. 2014: Theoriepräferenzen von Soziologiestudierenden. *Soziologie: Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, 43. Jg., Heft 4, 450–467.
- Luhmann, N. 1980a: *Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Bd 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1980b: Temporalisierung von Komplexität: Zur Semantik neuzeitlicher Zeitbegriffe. In ders., *Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Bd 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 235–300.
- Luhmann, N. 1980c: Talcott Parsons – Zur Zukunft eines Theorieprogramms. *Zeitschrift für Soziologie* 9, 5–17.
- Luhmann, N. 1984: *Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1990: Gleichzeitigkeit und Synchronisation. In ders., *Soziologische Aufklärung 5: Konstruktivistische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 95–130.
- Luhmann, N. 1995: Kultur als historischer Begriff. In ders., *Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Bd 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 31–54.
- Luhmann, N. 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Maturana, H. R., Varela, F. J. 1980: *Autopoiesis and Cognition: The Realization of the Living*. Dordrecht: Reidel.
- Merz-Benz, P. U., Wagner, G. (Hg.) 2000: *Die Logik der Systeme: Zur Kritik der systemtheoretischen Soziologie Niklas Luhmanns*. Konstanz: UVK.
- Morin, E. 2008: *On Complexity*. Cresskill, NJ: Hampton Press.
- Nisbet, R. A. 1966: *The Sociological Tradition*, New York: Basic Books.
- Pareto, V. 1916: *The Mind and Society*, aus dem Italienischen von Andrew Bongiorno und Arthur Livingston, hrsgg. von Arthur Livingston, 4 Bde. New York: Harcourt, Brace and Co., 1935.
- Parsons, T. 1951: *The Social System*. New York: Free Press.
- Parsons, T. 1973: Culture and Social System Revisited. In L. Schneider und C. M. Bonjean (Hg.), *The Idea of Culture in the Social Sciences*, Cambridge: Cambridge University Press, 33–46.
- Renaut, A. 1974: *Système et histoire de l'être. Les études philosophiques: Revue trimestrielle soutenue par l'Institut des Sciences Humaines et Sociales du CNRS*, n° 2, avril-juin, 245–264.
- Rescher, Nicholas (1998): *Complexity: A Philosophical Overview*, New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.
- Rossbach, S. 1996: Gnosis, Science, and Mysticism: A History of Self-Referential Theory Designs. *Social Science Information* 35, 233–255.
- Sacks, H. 1995: *Lectures on Conversation*, hrsgg. von Gail Jefferson. Oxford: Blackwell.
- Schwinn, T. 2011: Brauchen wir den Systembegriff? Zur (Un-)Vereinbarkeit von Akteurs- und Systemtheorie. In G. Albert, S. Sigmund (Hg.), *Soziologische Theorie kontrovers. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 50/2010*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 447–471.
- Serres, M. 1968: *Le système de Leibniz et des modèles mathématiques*. Paris: P.U.F.
- Shannon, C. E., Weaver, W. 1949: *The Mathematical Theory of Communication*, Reprint Urbana. IL: Illinois University Press, 1963.
- Spencer-Brown, G. 1969: *Laws of Form*, internationale Ausgabe. Leipzig: Bohmeier, 2008.
- Stanitzek, G. 2012: Bohème – Boulevard – Stil: Kommentar zu einem *flickr*-Bild von Rainald Goetz. In W. Hülk, G. Schuhen (Hg.), *Haussmann und die Folgen: Vom Boulevard zur Boulevardisierung*, Tübingen: Narr, 137–149.
- Vogd, W. 2005: *Systemtheorie und rekonstruktive Sozialforschung: Eine empirische Versöhnung unterschiedlicher theoretischer Perspektiven*. Opladen: Budrich.
- von Foerster, H. 1981: *Observing Systems*, Seaside. CA: Intersystems.
- von Foerster, H. 2003: *Understanding Understanding: Essays on Cybernetics and Cognition*. Berlin: Springer.
- White, H. C. 1992: *Identity and Control: A Structural Theory of Action*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Wiener, N. 1948: *Cybernetics, or Control and Communication in the Animal and the Machine*, 2. Aufl. Cambridge, MA: MIT Press, 1961.

# Zur Relevanz der Figur des Parasiten für die Theorie sozialer Systeme

Wolfgang Ludwig Schneider

*Beitrag zur Veranstaltung » 30 Jahre ›Soziale Systeme‹ – Ende und Anfang einer Theoriekrise?« der Sektion Soziologische Theorie – organisiert von Thomas Kron und Ingo Schulz-Schaeffer*

Gegenüber Luhmanns Systemtheorie wird häufig ins Feld geführt, dass ihr strikt binäres Konstruktionsprinzip keinen Raum für Unschärfen und Widersprüche lasse und sie deshalb die Geordnetheit und Homogenität sozialer Zusammenhänge notwendig überschätze.

Mir scheinen solche Vorhaltungen auf Missverständnissen zu beruhen. Sie können freilich auch als Hinweis darauf gelesen werden, dass die Begriffe und analytischen Instrumente, die sie entkräften können, weiter ausgearbeitet werden müssen. Ein möglicher Weg dazu, so mein Vorschlag, ist die Ausformulierung einer Theorie parasitärer sozialer Systeme, für die sich bei Luhmann eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten findet.

Einer dieser Anknüpfungspunkte, auf den ich gleich näher eingehen möchte, ist das Kapitel »Widerspruch und Konflikt« in *Soziale Systeme* (1984), in dem Konflikte bestimmt werden als »soziale Systeme, die sich aus gegebenen Anlässen in anderen Systemen bilden, die aber nicht den Status von Teilsystemen annehmen, sondern parasitär existieren« (Luhmann 1984: 531). Die hier getroffene Unterscheidung zwischen der Bildung von *Teilsystemen* einerseits und der Ansiedelung von *parasitären Sozialsystemen* innerhalb eines Wirtssystems andererseits erscheint mir ausbaufähig. Voraussetzung eines entsprechenden Versuchs ist freilich, dass sich neben Konflikten noch andere Sorten parasitärer Systeme finden lassen. Bevor ich mich hier auf die Suche mache, muss jedoch geklärt werden, wie die Beziehung eines parasitierenden Systems zu seinem Wirtssystem zu bestimmen ist. Welche Kriterien sind es also, die eine solche Beziehung als »parasitär« qualifizieren?

Um eine erste Antwort auf diese Frage zu geben, greife ich zunächst Michel Serres' Figur des Parasiten auf, an die Luhmann in späteren Publikationen immer wieder anknüpft, ohne sie freilich weiter auszuarbeiten. Danach kehre ich zu Konflikten zurück, unterscheide zwischen parasitären und nicht parasitären Konflikten, und weise exemplarisch auf einige andere Arten von parasitären Sozialsystemen hin, die bestimmte *Funktionssysteme* der modernen Gesellschaft besiedeln.

## Zur Figur des Parasiten bei Serres

Unter dem Titel des Parasiten – oder genauer anhand der Unterscheidung von Parasit und Wirt – thematisiert Michel Serres drei Sorten von Phänomenen, die er miteinander zu verbinden sucht: (1.) das im bzw. am Körper seines Wirtes schmarotzende Tier, (2.) der »Gast, der die Gastfreundschaft missbraucht«, und (3.) die »Störung einer Nachricht«, der »Lärm« oder das »Rauschen im Kommunikationskanal« (Serres 1981: 20f.).<sup>1</sup> Die ersten beiden Anwendungsfälle entsprechen geläufigen Verwendungsweisen der Unterscheidung. Auch der dritte erscheint demgegenüber nur auf den ersten Blick abweichend. Denn ohne Nachricht, ohne Information, die übermittelt werden soll, keine Störung, kein Rauschen oder Lärm.<sup>2</sup> Die Störung ist nur in Differenz zur Nachricht möglich, gegen die sie sich als Abweichung profiliert, die ihre Existenzbedingung ist und die sie zugleich beeinträchtigt.<sup>3</sup> Insofern lebt und zehrt die Störung von der Nachricht wie ein Parasit von seinem Wirt. In Serres' Darstellung fällt dem Parasiten im informationstheoretischen Sinne gegenüber seiner biologischen und sozialen Spielart die führende Rolle zu (Serres 1981: 253ff., 282ff. u.a.). Die informationstheoretische Deutung des Parasiten muss deshalb genauer expliziert werden.

Anknüpfend an den Informationsbegriff von Shannon und Weaver, an den auch Serres anschließt, ist hier zunächst folgendes festzustellen: Um eine elementare Informationseinheit zu prozessieren, bedarf es eines Ereignisses (in Form eines »Signals« bzw. einer Mitteilung), das einen Unterschied macht im Blick auf mindestens zwei alternative Möglichkeiten, von denen *eine und nur eine* durch das Ereignis ausgewählt und angezeigt werden darf. Mit Bateson (1972: 315, 489) kann deshalb die minimale Einheit von Information auch als ein »Unterschied« bestimmt werden, »der einen Unterschied macht«.<sup>4</sup> Trennschärfe ist dabei erforderlich. Das übermittelte Signal muss für 0 *oder* 1, ja *oder* nein, a *oder* b stehen. Es gilt, in strenger Entsprechung zur zweiwertigen Logik, der Satz vom ausgeschlossenen Dritten. Der Elementarfall einer Störung, eines Rauschens, lässt sich deshalb auch als Verletzung dieses Satzes beschreiben, als ein parasitäres Signal, das nicht erkennen lässt, ob es für 0 oder 1, für a oder b steht, das vielmehr beide zugleich zu bezeichnen bzw. zwischen beiden Werten zu liegen scheint, oder das *weder* dem einen, *noch* dem anderen Wert entspricht, sondern beide negiert und damit den Auswahlbereich überschreitet.

Serres bestimmt auch die Rolle des Parasiten in sozialen Beziehungen nach diesem Modell. Als Störung, die innerhalb eines Ordnungszusammenhangs auftritt, ist der Parasit aus der Perspektive der Logik ein *eingeschlossenes ausgeschlossenes Drittes*.<sup>5</sup> Die parasitäre Störung, um die

1 Vgl. dazu auch die französischen Ausdrücke *parasiter* (=schmarotzen bzw. stören) sowie *écho parasite* (=Störecho) und *signal parasite* (=inneres Störsignal).

2 Die Ausdrücke *Störung*, *Rauschen* oder *Lärm* stehen für verschiedene Übersetzungsmöglichkeiten des in der Informationstheorie üblichen englischen Ausdrucks *noise*. Sie werden deshalb hier und im Folgenden, wie schon von Serres selbst, synonym verwendet.

3 Noch das reine Rauschen ist durch sie *ex negativo*, als nicht realisierte Möglichkeit, notwendig bestimmt.

4 Vgl. auch in explizitem Anschluss an Batesons Definition Luhmann 1984: 68, 112.

5 »Ich habe den Parasiten als Dritten bezeichnet. Hier stellt sich wieder das rein logische Problem des ausgeschlossenen Dritten« (Serres 1981: 316). Vgl. dazu auch Serres 1981: 43: »Oder was ist dieses Dritte in der Lo-

es Serres geht, meint freilich keine singuläre Abweichung, kein isoliert bleibendes Ereignis ohne weitere Folgen, aber auch kein Ereignis, das zur völligen Ordnungsauflösung und Zerstörung eines Systems führt, – *sondern eine transformierende* Abweichung, welche die Ordnung des Systems verändert.<sup>6</sup> Die Figur des Parasiten erscheint janusgesichtig. Eine gegebene Ordnung störend ist sie zugleich Keim einer neuen. Evolutionstheoretisch gedeutet verbindet der Parasit die Funktion der *Variation* mit der Funktion der *Selektion*, indem er die Reproduktion der Variation im System ermöglicht, das dadurch neu *strukturiert* wird (Serres 1981: 282f und 288).<sup>7</sup> Auch die vom Parasiten erzeugte neue Ordnung ist nicht gegen Störungen gefeit. Jederzeit kann sie durch neue Parasiten besetzt und verändert werden. Evolution und Parasit scheinen insofern in einer zirkulären Beziehung zueinander zu stehen: »Die Evolution bringt den Parasiten hervor, der wiederum die Evolution hervorbringt« (Serres 1981: 282).

## Konflikte als Parasiten

Luhmann recurriert in unterschiedlichen Zusammenhängen auf Serres' Parasitenfigur. Die verschiedenen Verwendungsweisen treffen sich im gemeinsamen Bezug auf die Vorstellung des *eingeschlossenen ausgeschlossenen Dritten*. Konflikte erfüllen diese Figur. Denn im Konflikt werden bestimmte Erwartungen in der Kommunikation bestätigend aufgerufen und negiert. Bezogen auf eine bestimmte kontroverse Erwartung tritt an die Stelle der Alternative von *a oder non-a* durch die Kommunikation von Widerspruch das logisch ausgeschlossene Dritte in der Form von *a und non-a ins System* ein.<sup>8</sup>

Ein isoliert bleibender Widerspruch macht freilich noch keine reproduktionsfähige Störung, ist also noch kein Parasit im vollen Sinne des Serres'schen Konzeptes. Ein Widerspruch wird erst zum Keim des Parasiten, wenn er die Fortsetzung von Widerspruchskommunikation anstößt. Erst wenn am Zuschnitt der ausgewählten Äußerung zu erkennen ist, dass fortgesetzter Widerspruch zu erwarten ist, prozessiert die Kommunikation als Konflikt. Erkennbar wird dann ein *Umspringen der Struktur doppelter Kontingenz* von der Bemühung um Erwartungskonformität auf die Bereitschaft zur Fortsetzung erwartungsabweichender Kommunikationsbeteiligung und damit von Kooperation auf Konflikt (Schneider 1994: Kapitel 5.1, insbesondere 205f.).

---

gik der schneidenden, aufteilenden Entscheidung? Wird es nun ausgeschlossen oder nicht? Wir haben es hier mit einer dreiwertigen Logik zu tun, wo wir eigentlich nur zwei Werte erwarteten«.

6 »Es ist mehr als nur ein Bild, wenn man sagt, es handele sich um die Einwirkung eines Rauschens auf die Botschaft. Rauschen im Sinn von Unordnung, also Zufall, aber auch im Sinne von Störung, einer Störung, welche die Ordnung verändert, und mithin den Sinn, wenn man von Sinn sprechen kann. In jedem Falle aber verändert diese Störung die Ordnung. Die Störung ist ein Parasit, man ahnte es bereits. Die neue Ordnung erscheint durch den Parasiten, der die Nachricht stört. Er verwirrt die alte Reihe, die Folge, die Botschaft, und er komponiert eine neue« (Serres 1981: 282f; auch 29, 40).

7 Vgl. auch Serres 1981: 287, wo er den Parasiten durch eine doppelte Aktivität bestimmt, nämlich durch die »Aktivität des Rauschens und der Auswahl«, die freilich in einer Operation realisiert werde.

8 Ich betone, ins *System*, denn auf der operativen Ebene erscheint dieser Widerspruch aufgelöst, weil es jeweils unterschiedliche kommunikative Ereignisse sind, welche die Erwartung a geltend machen bzw. verwerfen.

Konflikte spalten die Informationsproduktion im System entlang der Beiträge der streitenden Parteien. Jeder Kommunikationsbeitrag für sich eröffnet bestimmte Anschlussmöglichkeiten, die aber durch einen widersprechenden Beitrag negiert werden. Im Blick *auf das System* wird dadurch Unbestimmtheit erzeugt.<sup>9</sup> Als System beobachtet erzeugt es noise (also Rauschen/Lärm) statt anschlussfähiger Information.<sup>10</sup> Ermöglicht wird so, dass die operative Reproduktion des Systems auch noch unter Bedingungen *inkompatibler bzw. unsicherer Erwartungslagen* fortgesetzt werden kann. Der Einführung von Unsicherheit in soziale Systeme wiederum kann in evolutionärer Perspektive die Funktion zugeschrieben werden, rasche Strukturänderungen in Reaktion auf Veränderungen einer turbulenten, das heißt weder vorhersehbaren noch kontrollierbaren Umwelt zu gestatten.

Interaktionssysteme können Konflikte nicht durch interne Differenzierung einkapseln und so andere Bereiche des Systems davon freihalten. Sie haben deshalb, wie Luhmann notiert, »nur die Wahl, Konflikte zu vermeiden oder Konflikte zu sein« (1975: 17). Darüber hinaus droht bei Interaktionen die Unterbrechung der Systemreproduktion durch Interaktionsabbruch bzw. die soziale Expansion und Eskalation von Konflikten bis hin zum Gewaltgebrauch. Letzteres demonstrieren Wirtshausschlägereien ebenso wie Blutfehden zwischen Verwandtschaftsverbänden in archaischen oder stratifizierten Gesellschaften. Auf diese Gefährdungen reagieren soziale Vorkehrungen zur Entschärfung von Konflikten.

## Konflikte als funktionssystemische Normalverfahren der order-from-noise-Produktion

Als Ergebnis sozialer Evolution lassen sich zwei Typen von Mechanismen unterscheiden, die versuchen, die Gefahr, die von Konflikten als Parasiten ausgeht, zu neutralisieren: Zum einen Mechanismen der *Konfliktrepression*. Mechanismen dieses Typs versuchen die Entstehung und Ausbreitung von Konflikten zu verhindern, so etwa durch Meidung konfliktbelasteter Themen, durch Widerspruchsverbote und die soziale Isolierung der Streitenden. Zum anderen ist insbesondere in prominenten Funktionssystemen der modernen Gesellschaft (wie etwa in Politik, Recht und Wissenschaft) zu beobachten, dass Konflikte *reguliert* und in *systemeigene Einrichtungen transformiert* werden. Konflikte werden in letzterem Falle nicht unterdrückt, sondern geradezu erleichtert. Doch wozu benötigen Funktionssysteme Konflikte?

Funktionssysteme transformieren ständig anfallende Irritationen in Information (Information hier, wie schon oben erwähnt, im Sinne der Bateson'schen Definition als »Unterschiede, die

---

<sup>9</sup> Vgl. in diesem Sinne Luhmann (1984: 493) mit der Feststellung: »... die Form des Widerspruchs scheint dann dazu zu dienen, die schon erreichte Sinnbestimmtheit wieder in Frage zu stellen. Der Widerspruch ist eine Unbestimmtheit des Systems, nicht eine Unbestimmtheit der Einzeloperation; aber er entzieht diesen Operationen dann den Bestimmtheitsgewinn, den sie aus der Teilnahme am System herleiten, den sie als Elemente des Systems aus der basalen Selbstreferenz ziehen können.«

<sup>10</sup> Wer etwa eine offene wissenschaftliche Kontroverse beobachtet, wird keine Antwort auf die Frage finden, was »die Wissenschaft« zu dem verhandelten Thema sagt, und muss deshalb ratlos bleiben, wenn er sich auf den übereinstimmenden Rat »der Experten« stützen will.



Unterschiede machen«). Dies geschieht, indem jedes kommunikative Ereignis (das heißt ein erster registrierter Unterschied) auf eine zweite Unterscheidung (den Code des Systems) bezogen und einer der beiden Seiten des Codes zugeordnet wird. Das ist freilich oft nicht sofort möglich. Solange noch unsicher ist, welchen Unterschied eine Kommunikation im Blick auf den binären Code eines Funktionssystems macht, bleibt ungeklärt, welche der beiden möglichen Codewertzuordnungen als Prämisse kommunikativer Anschlüsse zugrunde zu legen ist. Die dann an dieser Stelle drohende Blockierung der Fortsetzung der Kommunikation im System wird vermieden, indem diese Unsicherheit in die Form einander widerstreitender Zuordnungen transformiert und als Konflikt ausgetragen wird.<sup>11</sup> So etwa als Rechtsstreit, als wissenschaftliche Kontroverse oder als Wahlkampf zwischen politischen Parteien. Das vorläufige Scheitern der eindeutigen Codewertzuordnung kommt der Einführung eines durch den binären Code ausgeschlossenen Drittwertes ins System gleich und erzeugt damit *Lärm* anstelle von Information im System, der zum Stimulus für antagonistische Anschlusskommunikationen wird.

Funktionssysteme benutzen Konflikte als *Normalverfahren* zur Umarbeitung von Lärm in Information. Konfliktkommunikation wird dazu funktional und thematisch spezifiziert, an soziale Rollen gebunden und verfahrensförmig reguliert sowie durch Einbettung in Beziehungen der Konkurrenz, über deren Ergebnis relevante Dritte entscheiden, gleichsam »kolonialisiert« (Luhmann 1975: 17; 1983: 102f; 1984: 539f; Werron 2010: 313). So transformiert, *verlieren Konflikte ihren parasitären Status* und werden zu systemeigenen Einrichtungen. Das System wird durch sie ständig mit Lärm versorgt und dadurch in Betrieb gehalten; und es bewährt sich, indem es mit ihrer Hilfe kontinuierlich »order from noise« generiert. Das gelingt freilich nicht immer. Die Normalverfahren können versagen. Die Frage der Wahrheit oder Unwahrheit bestimmter Theorien und Hypothesen etwa kann auch nach langen Debatten ungeklärt, politische Entscheidungen können auch nach parlamentarischem Beschluss weiter umstritten bleiben und heftige Proteste mobilisieren. Mit der Verstetigung des Konflikts lagern sich dann unter Umständen *parasitäre soziale Zusammenhänge* an ihn an, die ihn betreiben und die sich durch seine Fortsetzung zugleich selbst reproduzieren.

## Parasiten von Funktionssystemen

Ich komme nun zu einigen Beispielen für Parasiten von Funktionssystemen und beginne mit einem Parasiten der Wissenschaft. – Wenn wissenschaftliche Kontroversen über theoretische Prämissen von grundlegender Bedeutung für ganze Forschungsprogramme ohne klare Ergebnisse bleiben, wird dies zum Problem im Blick auf die Frage, welche Prämissen hier für die weitere Forschung als gültig unterstellt werden können. Gelöst werden kann dieses Problem durch Formierung *wissenschaftlicher Schulen*, die *intern* bestimmte Annahmen als wahr behandeln, die in ihrer *innerwissenschaftlichen Umwelt* als problematisch oder unwahr gelten. Schulbildung ermöglicht so in der Wissenschaft das gleichzeitige Vorantreiben konkurrierender Forschungsprogramme auf der Basis gegensätzlicher Prämissen; sie nutzt den Lärm wissenschaftlicher

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu auch Stäheli (2000: 299), der von einer »antagonistischen Artikulation des Systems« spricht.

Kommunikation als Reproduktionsgrundlage und verhindert zugleich die Blockierung wissenschaftlicher Kommunikation in Bereichen, in denen allgemein anerkannte Kriterien für die Entscheidung zwischen konkurrierenden Annahmen fehlen.<sup>12</sup> Wissenschaftliche Schulen lassen sich insofern als lärmdämpfende und deshalb für das System ›nützliche‹ Parasiten verstehen. (Ich verwende für ›nützliche‹ Parasiten auch die Bezeichnung *Symbionten* bzw. *wechselseitige Parasiten*). Die Bildung von Schulen erlaubt es, inkompatible Erwartungsstrukturen durch Einziehung zusätzlicher Innen/Außen-Differenzen im Binnenkontext wissenschaftlicher Disziplinen weitgehend konfliktfrei nebeneinander zu prozessieren. Die am Rande mitlaufenden Schulenstreitigkeiten können jedoch eskalieren und immer größere Anteile der Kommunikation innerhalb einer Disziplin usurpieren.<sup>13</sup> Dies geschieht, wenn selbst geringfügige Unterschiede in der Bearbeitung von Forschungsfeldern umgehend auf konkurrierende allgemeine Grundannahmen zurückgeführt und leichte Variationen zu unvereinbaren Gegensätzen dramatisiert werden, deren strittige Austragung wachsende Ressourcen von potentiell weiterführender Forschung abzieht. Schulen wirken dann als Lärm verstärkende und insofern ›schädliche‹ oder *einseitige Parasiten*.<sup>14</sup>

Neben der Unterscheidung zwischen Parasiten, die sich in eher *eufunktionaler* oder *dysfunktionaler* Weise in den Reproduktionsprozess eines Funktionssystems einkoppeln, kann differenziert werden zwischen *Endoparasiten*, die sich in die *interne Reproduktion* des Wirtssystems einschalten, und *Ektoparasiten*, die an dessen *Peripherie* siedeln, das heißt die Grenze zwischen System und Umwelt besetzen. Innerwissenschaftliche Schulen wären hier als Endoparasiten zu klassifizieren. Demgegenüber kann »Intelligent Design« als Beispiel eines Ektoparasiten der Wissenschaft gelten.<sup>15</sup> Das *ausgeschlossene Dritte*, das hier ins System *eingeschlossen* werden soll, sind religiöse Glaubensüberzeugungen, die als Kriterien der Zuordnung zu den Codewerten wahr/unwahr eingesetzt werden. In dem kontinuierlichen Versuch der Transformation von Gegensätzen zwischen wissenschaftlichen und religiösen Aussagen (also von *zischensystemi-*

12 Allgemein akzeptierte und theorienübergreifend anwendbare Kriterien fehlen vor allem dann, wenn es um die Auswahl von Grundbegriffen bzw. Leitunterscheidungen von *universalistischen*, das heißt ihrem Anspruch nach auf alle Gegenstände einer Disziplin applizierbaren Theorien geht; vgl. dazu Schneider 2008.

13 Anders als bei Interaktionssystemen können sie freilich auch dann kaum das Gesamtsystem in Beschlag nehmen.

14 Wie hier erneut sichtbar wird, definiert die Unterscheidung einseitiger/wechselseitiger Parasit nicht ontologisch stabil gedachte Entitäten, sondern markiert einen Raum möglicher Oszillation, in dem sich soziale Zusammenhänge parasitären Typs bewegen und primär dem einen oder anderen Pol der Unterscheidung zuordnen können.

15 Das Beispiel verweist zugleich auf die Beobachtungsabhängigkeit und die gleichsam *systempolitische* Dimension der Etikettierung als lärmerzeugender Ektoparasit. Vorsichtshalber weise ich deshalb darauf hin, dass es hier nicht darum gehen kann, die Position einer normativen wissenschaftstheoretischen Position à la Popper systemtheoretisch umzuwidmen, der bekanntlich dem Marxismus und der Psychoanalyse einen pseudowissenschaftlichen und insofern ebenfalls ektoparasitären Status zugeschrieben hat. Stattdessen stützt sich ein solches Urteil auf die soziologische Beobachtung der innerwissenschaftlichen Beobachtung und wäre dann zu ändern, wenn »Intelligent Design« in der Wissenschaft selbst allgemein als wissenschaftliche Schule anerkannt würde.

schem Lärm) in *innerwissenschaftliche* Gegensätze zwischen konkurrierenden Schulen findet dieser Parasit seine Reproduktionsgrundlage (Schneider, Kusche 2011: 190).<sup>16</sup>

Unter bestimmten Voraussetzungen lassen sich auch selektive Kopplungen *zwischen unterschiedlichen Funktionssystemen* nach dem Modell ektoparasitärer Beziehungen beschreiben. Ein besonders ausgeprägter Fall von wechselseitigem Ektoparasitismus zwischen Funktionssystemen, auf den Luhmann explizit hinweist, ist die Kopplung von Recht und Politik, wie sie durch die Formel des Rechtsstaats bezeichnet wird. Das politische System stellt dem Recht das notwendige *Machtpotential* zur Verfügung, dessen es bedarf, um Urteile und Rechtstitel vollstrecken zu können. Dadurch wird sichergestellt, dass nach *rechtsimmanenten* Kriterien getroffene Zuordnungsentscheidungen zu den Codewerten Recht/Unrecht Unterschiede erzeugen, die in der Folgekommunikation tatsächlich Unterschiede machen. Umgekehrt nimmt die Realisierung politischer Programme, deren Verwirklichung die Verfügung über politische Amtsmacht verlangt, typisch die Form von Gesetzen und Verordnungen an. Politische Macht fungiert so im Blick auf das Rechtssystem und Recht im Blick auf die Politik als *eingeschlossenes ausgeschlossenes Drittes*, dessen ständige wechselseitige Inanspruchnahme es beiden Systemen ermöglicht, ohne Beeinträchtigung ihrer Autonomie aneinander »zu wachsen«.<sup>17</sup>

In der engen Kopplungsbeziehung zwischen Politik und Recht kann freilich das politische System leicht in die Rolle des *einseitigen* Ektoparasiten wechseln oder zur Quelle von Lärm im Recht werden, der den Nährboden für die Ansiedelung *anderer* Ektoparasiten bereitet. Gut zu beobachten ist dies etwa im postsowjetischen Russland. Ein zentraler Lärm generierender Faktor besteht hier in der *Fragmentierung des politischen Systems*. Lärm im Recht erhält dadurch zunächst die Form miteinander konfligierender Gesetze und Verordnungen als Folge defizitärer politisch-administrativer Koordination der Macht- bzw. Rechtsetzungsansprüche verschiedener staatlicher Instanzen (Varese 2001: 18). Die Folge ist, dass in vielen Fällen dasselbe Verhalten gleichermaßen als rechtmäßig und rechtswidrig beurteilt werden kann. Eine ähnliche Situation entsteht, wenn Gesetze so geartet sind, dass es im Rahmen geschäftlicher Tätigkeit bei Strafe des wirtschaftlichen Untergangs kaum möglich ist, *nicht* rechtswidrig zu handeln.<sup>18</sup> Beides zwingt zu einer selektiven Verfolgungs- und Sanktionspraxis, die eine Vielzahl von Rechtsverstößen sozial erwartbar ignorieren muss, sodass die Differenz von formal rechtswidrigem und rechtmäßigem Handeln für sich allein noch keinen Unterschied macht. Weil unter solchen Voraussetzungen rechtsinterne Kriterien der Selektion und Codewertzuordnung versagen, muss

---

16 Eine alternative *religionsinterne* Möglichkeit der Lärmabsorption besteht hier darin, die biblische Schöpfungsdarstellung als allegorisch zu deutenden Schöpfungsmythos zu verstehen bzw. (als sachlich und zeitlich generalisierte Variante dieser Lösung) »Entmythologisierung« (Bultmann) als Daueraufgabe der Theologie zu begreifen. Das Programm der Entmythologisierung setzt sich freilich umgekehrt aus innerreligiöser Perspektive der Beobachtung als Ektoparasit aus, der den Inhalt des Glaubens an systemexterne, nämlich wissenschaftliche Vorgaben anzupassen sucht und ihn dadurch in seiner religiösen Substanz gefährdet.

17 Vgl. dazu Luhmann (1993: 426) mit der explizit an Serres anknüpfenden Formulierung: »Die Rechtsstaatsformel, könnte man zusammenfassend auch sagen, bringt ein wechselseitig-parasitäres Verhältnis von Politik und Recht zum Ausdruck. ... Mit ›parasitär‹ ist dabei nichts anderes gemeint als die Möglichkeit, an einer externen Differenz zu wachsen.«

18 Dies ist etwa der Fall, wenn verschiedene Gebietskörperschaften unterschiedliche Steuern erheben, die in der Summe konfiskatorische Wirkung entfalten.

sich die Auswahl der tatsächlich verfolgten und geahndeten Rechtsverstöße stattdessen nach außerrechtlichen Gesichtspunkten richten. So etwa nach dem Kriterium *politischer Opportunität*, wenn Kritiker und Gegner in der Konkurrenz um Amtsmacht auszuschalten sind, oder dem Kriterium *fehlender Zahlungsbereitschaft*, wenn Personen bzw. Organisationen die *Zahlung von Bestechungsgeldern* verweigern (Ledeneva 2006: 13). In beiden Fällen wird die selektive Anwendung von Recht durch systemexterne Kriterien konditioniert und dadurch für die Reproduktion von *einseitigen Ektoparasiten* instrumentalisiert, welche die Gestalt von *politischen* oder *korruptiven Netzwerken* annehmen.<sup>19</sup>

Eine andere Ausprägung von Lärm liegt vor, wenn staatliche Vollzugsbehörden nicht in der Lage sind, erwirkte Rechtstitel durchzusetzen (Volkov 2002: 47), sodass insbesondere Firmen unerfüllte Zahlungs- oder andere vertragliche Verpflichtungen nicht effektiv einklagen können. Weil es dann für einen Kläger im Ergebnis keinen Unterschied macht, ob er gegenüber dem beklagten Schuldner im Recht oder im Unrecht ist, entsteht ein Bedarf für alternative Möglichkeiten der Durchsetzung von vertraglichen Verpflichtungen und damit eine ökologische Nische für die Ansiedlung eines weiteren Parasytens: *Private Schutzgeber*<sup>20</sup> können diesen Bedarf bedienen (Varese 2001: 55ff.). Sie transformieren diesen Lärm auf ihre Weise in Information und finden darin eine Reproduktionsgrundlage, indem sie zahlenden Klienten zu »ihrem Recht« verhelfen.<sup>21</sup> Soweit private Schutzgeber in dieser Weise mit Erfolg agieren, tragen sie zur Reduktion des Lärms bei, der durch das Versagen staatlicher Rechtsdurchsetzung erzeugt wird, und fungieren *insofern* anstelle des Staates als wechselseitige Ektoparasiten des Rechtssystems. Zugleich tendieren solche Parasiten aber zur Erzeugung zusätzlichen Lärms, indem sie zum Gebrauch rechtswidriger Methoden neigen und es darüber hinaus insbesondere im Bereich der *illegalen* Ökonomie ermöglichen, auch *rechtswidrige* Vereinbarungen mit *rechtsanaloger* Geltung und Durchsetzungsfähigkeit auszustatten.<sup>22</sup> Sie funktionieren dann als *einseitige Ektoparasiten*.

19 Werden darüber hinaus Beweise für Straftaten auf politische Veranlassung hin von den Strafverfolgungsbehörden selbst fingiert, Richter bestochen bzw. politisch instrumentalisiert und Gerichtsurteile auf diese Weise in rechtswidriger Weise rechtsextern konditioniert, dann wird nicht nur bereits vorhandener Lärm als Basis der Reproduktion genutzt, sondern zusätzlicher Lärm im Rechtssystem durch Ektoparasiten selbst generiert.

20 Zunächst oft Schutzgeber mafiosen Typs; nach der Legalisierung privaten Schutzes auf kommerzieller Basis im Jahr 1992 dann zunehmend staatlich lizenzierte Schutzanbieter; vgl. Volkov 2002: Kap. 5, insbesondere 132ff.

21 Wenn beide Konfliktparteien private Schutzgeber engagiert haben, streben diese oft die friedliche Streitschlichtung durch eine kriminelle »Autorität« an: »In this case, an arbiter, normally a highly respected criminal authority, a *vor v zakone* (üblicherweise übersetzt als »Dieb im Gesetz«, W.L.S.), is invited to resolve the problem by the norms of criminal justice" (Volkov 2002: 52).

22 Lärm resultiert in diesem Falle also nicht aus einander widerstrebenden staatlichen Rechtsnormen, sondern aus dem Widerspruch zwischen den staatlichen Rechtsnormen einerseits und den Normen des kriminellen Schattenrechts andererseits.

## Fazit

Mein Ziel war es, in Ansätzen zu zeigen, wie Serres' Figur des Parasiten, die Luhmann an vielen Stellen seines Werkes ohne theoretisch tragende Funktion benutzt, weiter ausgearbeitet und dann auch für die Analyse von sozialen Zusammenhängen genutzt werden kann, die sich dem systemtheoretischen Standardmodell sozialer Differenzierung nicht ohne Weiteres fügen. Mir fehlte hier die Zeit, um vorzuführen, dass sich für jede der Systembildungsebenen von Interaktion, Organisation und Gesellschaft *Endo-* und *Ektoparasiten* identifizieren lassen, die zu ihrem jeweiligen Wirtssystem in einer *einseitig- oder wechselseitig-parasitären Beziehung* stehen können (vgl. dazu Schneider 2015). Gleichsam als Ausblick möchte ich dennoch die These formulieren, dass eine von hier aus zu entwickelnde Theorie *parasitärer* Sozialsysteme die Systemtheorie in wesentlicher Hinsicht ergänzen und <ordnungswidrigen> Phänomenen, die in der massenmedialen Beschreibung der modernen Gesellschaft einen prominenten Platz einnehmen, auch einen angemessenen Platz in der Theorie zuweisen könnte.

## Literatur

- Bateson, G. 1972: Steps to an Ecology of Mind. Collected Essays in Anthropology, Psychiatry, Evolution and Epistemology. New York: Ballantine.
- Ledeneva, A. V. 2006: How Russia Really Works. The Informal Practices that Shaped Post-Soviet Politics and Business. Ithaca und London: Cornell University Press.
- Luhmann, N. 1975: Interaktion, Organisation, Gesellschaft. In N. Luhmann, Soziologische Aufklärung. 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, 9–20.
- Luhmann, N. 1983 [1969]: Legitimation durch Verfahren. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1993: Das Recht der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schneider, W. L. 1994: Die Beobachtung von Kommunikation. Zur kommunikativen Konstruktion sozialen Handelns. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schneider, W. L. 2008: Zur Struktur universalistischer Theorien. In A. Balog, J. A. Schüle (Hg.), Soziologie, eine multiparadigmatische Wissenschaft. Erkenntnisnotwendigkeit oder Übergangsstadium? Wiesbaden: VS, 105–148.
- Schneider, W. L., Kusche, I. 2011: Parasitäre Netzwerke in Wissenschaft und Politik. In M. Bommers, V. Tacke (Hg.), Netzwerke in der funktional differenzierten Gesellschaft. Wiesbaden: VS, 173–210.
- Schneider, W. L. 2015: Parasiten sozialer Systeme. In: B. Heintz, H. Tyrell (Hg.), Interaktion – Organisation – Gesellschaft *revisited*. Anwendungen, Erweiterungen, Alternativen. Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie. Stuttgart: Lucius und Lucius, 86–108.
- Serres, M. 1981: Der Parasit. Frankfurt am Main: Suhrkamp (französische Originalveröffentlichung 1980).
- Stäheli, U. 2000: Sinnzusammenbrüche. Eine dekonstruktive Lektüre von Niklas Luhmanns Systemtheorie. Weilerswist: Velbrück.
- Varese, F. 2001: The Russian Mafia. Private Protection in a New Market Economy. Oxford: Oxford University Press.
- Volkov, V. 2002: Violent Entrepreneurs. The Use of Force in the Making of Russian Capitalism. Ithaca u. London: Cornell University Press.
- Werron, T. 2010: Direkte Konflikte, indirekte Konkurrenzen. Unterscheidungen und Vergleich zweier Formen des Kampfes. In Zeitschrift für Soziologie, 39. Jg., Heft 4, 302–318.

»Die routinisierte Krisenhaftigkeit städtischen Alltagslebens«  
der Sektion Stadt und Regionalsoziologie  
- organisiert von Gabriela Christmann und Sybille Frank

# Die routinisierte Krisenhaftigkeit städtischen Alltagslebens

Gabriela Christmann, Sybille Frank, Johanna Hoerning und Silke Steets

*Einführung zur Veranstaltung »Die routinisierte Krisenhaftigkeit städtischen Alltagslebens« der Sektion Stadt und Regionalsoziologie*

Städte sind aufgrund ihrer Dichte und Heterogenität sowie ihrer Abhängigkeit von fragilen sozialen, wirtschaftlichen und technischen Prozessen, hochgradig anfällig für Krisen. Städtisches Alltagsleben war daher immer schon von einer Vielzahl an Situationen geprägt, die sich als krisenhafte Auseinandersetzungen fassen lassen.

Krisenhafte Auseinandersetzungen in Städten sollen in dieser Sektionsveranstaltung als Normalitätsbrüche verstanden werden, die von Städter/-innen als Einschnitte (in manchen Fällen vielleicht sogar als Ausnahmezustand) wahrgenommen werden und in denen sie ihre Handlungsroutinen herausgefordert sehen. Es lässt sich allerdings vielfach beobachten, dass krisenhafte Erscheinungen nicht ein temporäres Ereignis bleiben, sondern zu einem Dauerzustand werden, bzw. dass sich verschiedene krisenhafte Erscheinungen aneinanderreihen. Vor diesem Hintergrund können sich routinisierte Praktiken in der Krise entwickeln.

Es sind zahlreiche Beispiele für städtische Krisenerfahrungen denkbar, von denen hier nur einige genannt werden sollen: Dazu gehören Erfahrungen von Einschnitten bzw. (permanenten) Ausnahmezuständen im städtischen Alltagsleben durch Differenzerfahrungen, durch gewaltvolle soziale Unruhen, durch politische Umwälzungen, aber auch durch Folgen von Extremwetterereignissen, länger anhaltende Störungen kritischer Infrastruktursysteme oder das Wegbrechen eines charakteristischen Wirtschaftszweiges mit nachfolgenden sozialen und Identitätskrisen in einer Stadt. Die Sektionsveranstaltung präsentiert Beiträge, die Krisenerfahrungen wie auch Handlungspraktiken von Akteur/-innen in derartigen oder anderen städtischen Krisen betrachten und Fragestellungen der folgenden Art nachgehen:

- Wie werden Krisen in der Stadt von städtischen Akteur/-innen wahrgenommen? Unter welchen Bedingungen werden sie als herausfordernde Brüche und unter welchen als Routinesituationen gesehen?
- Wie gehen Städter/-innen mit akuten Krisen in der Stadt um? Wie entwickeln sie Handlungsroutinen in dauerhaften Krisen?

- Welche Prozesse der Vergemeinschaftung lassen sich in städtischen Krisensituationen beobachten und wie ändern sich diese gegebenenfalls im Zeitverlauf?
- Wie reagieren Entscheidungsträger/-innen in Städten auf Krisen? Inwiefern tragen sie zu Verschärfungen, Routinisierungen bzw. zu Lösungen bei?
- Wie werden Krisen in öffentlichen Diskursen gerahmt und verarbeitet (verschärft, heruntergespielt)? Aber auch: Wie werden Krisen gegebenenfalls noch nach Jahren erinnert und im kollektiven Gedächtnis aufrechterhalten?
- Welche Rolle spielen räumliche Bezüge für krisenhafte Praktiken, sei es auf der Ebene von konflikthaften Auseinandersetzungen um städtischen Raum oder auch bei der Erfahrung städtischer Dichte und Heterogenität?

Die Sektionsveranstaltung präsentiert sowohl empirische Untersuchungen als auch theoretische Reflexionen.



»Herausforderungen räumlicher Mobilität für soziale Beziehungen, Familie und Partnerschaft – Lebenswelten in der Krise?«  
der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie  
– organisiert von Stefanie Kley, Natascha Nisic und Heike Herrmann

# Sozial und räumlich eingebettete Mobilitätspraktiken

Katharina Manderscheid

*Beitrag zur Veranstaltung »Herausforderungen räumlicher Mobilität für soziale Beziehungen, Familie und Partnerschaft – Lebenswelten in der Krise?« der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie – organisiert von Stefanie Kley, Natascha Nisic und Heike Herrmann*

Gegenstand der folgenden Ausführungen sind einige methodische und methodologische Fragen, die sich im Zusammenhang mit einer soziologischen Forschungsperspektive auf räumliche Mobilitäten ergeben. Insbesondere geht es mir dabei um die Konzeption von Mobilität als einer sozialen Praktik und um die Konzeption des Subjektes als Urheber dieser Praktik bzw. als Akteurin.

Im Folgenden möchte ich hierfür zunächst vor dem Hintergrund des sogenannten »Mobilities Paradigm« (Sheller, Urry 2006) herausarbeiten, wie Mobilitätspraktiken soziologisch fundiert gedacht werden können. Im Anschluss setzte ich mich mit der Frage auseinander, wie diese Konzeptionalisierung methodisch kohärent umgesetzt werden kann. Der dritte Teil meines Beitrags wird dann mit der multiplen Korrespondenzanalyse einen Vorschlag für eine Übersetzung der theoretischen Überlegungen in methodische Techniken vorstellen, der illustriert wird mit der empirischen Analyse von Mobilitäten auf Basis des Schweizerischen Haushaltpanels.

## Das Mobilities Paradigm

Seit rund zehn Jahren wird in den angelsächsischen Sozialwissenschaften von einem »Mobilities Paradigm« oder auch von einem »Mobilities Turn« gesprochen (Cresswell 2006; Hannam et al. 2006; Sheller, Urry 2006; Urry 2007).<sup>1</sup> Obwohl keineswegs von einer einheitlichen Theorie gesprochen werden kann, besteht die gemeinsame Grundidee dieser Forschungsrichtung in einem Verständnis von Bewegung und Mobilität als Element und Voraussetzung sozialer Vernetzung, Interaktion und Gesellschaft. Mit Mobilitäten werden dabei verschiedene Formen der physischen und virtuellen Bewegung von Menschen, Gütern, Informationen und Symbolen bezeichnet. Dieser Grundannahme entspricht die Kritik an der sogenannten *Sedentary Metaphysic*

---

<sup>1</sup> Zum Überblick über das Feld der Mobilitätsforschung vgl. Cresswell (2011, 2012, 2014).

der Sozialwissenschaften, das heißt einer Kritik an einer Ontologie, die von räumlich-sesshaften Entitäten des Sozialen ausgeht.

Im Zentrum der Mobilitätsforschungen stehen entsprechend verschiedene Mobilitätsformen und deren Wechselverhältnisse, über deren Dynamiken Relationen und soziale Formationen entstehen und aufrechterhalten werden. Neben beobachtbaren Bewegungen geht es aber auch um Bewegungsfähigkeiten respektive um »Motilität« (Kaufmann 2002; Urry 2003). Die so bezeichnete Fähigkeit, mobil zu sein, wird, so die These, angesichts zunehmender Vernetzung und transnationaler Beziehungen für den Einzelnen oder die Einzelne mehr und mehr zur notwendigen Voraussetzung für soziale Partizipation – sei es in der Erwerbssphäre, dem kulturellen Leben oder der Aufrechterhaltung von Freundschafts- und Familienbeziehungen (Larsen et al. 2006; Schneider, Meil 2008). Mobilität und Mobilitätsfähigkeit sind damit grundsätzlich auch ungleichheitsrelevant.

Neben dem Fokus auf Bewegung und Bewegungsfähigkeit analysieren die Mobilitätsforschungen zudem die Wechselbeziehungen zwischen Mobilität und Immobilität, wobei zu den Immobilitäten neben langfristig verorteten sozialen Beziehungen und stabilen sozialen Strukturen, Organisationen und Institutionen auch materielle Infrastrukturen wie Verkehrswege und Siedlungsstrukturen gehören. Immobilitäten und Mobilitäten sind dabei nicht als sich gegenseitig ausschließende Oppositionen, sondern vielmehr als Relationalität zu verstehen, deren spezifische Bedeutungen und Konsequenzen erst in der wechselseitigen Inbezugnahme deutlich werden (Adey 2006).

Aus diesen Prämissen einer sozialwissenschaftlichen Mobilitätsforschung resultiert eine grundsätzliche Kritik an Modellen der Verkehrsökonomie und -planung, die Mobilitätshandeln, also die Wahl von Verkehrsmitteln als auch die Zahl und Länge der zurückgelegten Wege, konzeptionell und methodisch als Entscheidung rationaler Subjekte operationalisieren. In diesen Modellen – sehr häufig Kausalanalysen wie Regressionsmodelle – werden Mobilitäten aus Eigenschaften, Präferenzen und Bedürfnissen der Subjekte abgeleitet, die selbst jedoch nicht weiter erklärt, sondern als gegeben angenommen werden. Gerade diese Trennung von Mobilitäten, Bedürfnissen und Möglichkeiten stellt hingegen die skizzierte sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung in Frage, indem sie Mobilitätspraktiken gleichzeitig als Element und Voraussetzung für vielfältige soziale und räumliche Strukturen sowie deren habituelle Aneignung und symbolischer Aufladung versteht. In dieser Sicht sind es nicht isoliert agierende, autonome Subjekte, die über ihre Fortbewegung entscheiden, vielmehr handeln Individuen Mobilitäten mit ihren sozialen Netzwerken aus vor dem Hintergrund räumlich-geographischer Möglichkeiten (wie dem (Nicht-)Vorhandensein von Verkehrsinfrastrukturen, Arbeitsplätzen, Betreuungs- und Versorgungseinrichtungen etc.) sowie innerhalb spezifischer kultureller Wissens- und Orientierungshorizonte. Zudem sind Mobilitäten als soziale Praktiken nur teilweise rational und bewusst, zu großen Teilen jedoch habituell, vorbewusst und eingebettet in kulturelle Diskurse und Wissensvorräte.

Aus diesen hier kursorisch skizzierten Grundannahmen des *Mobilities Paradigm* ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen für die empirische Mobilitätsforschung: Erstens sind zur Erklärung von Mobilitätspraktiken neben Merkmalen und Eigenschaften von Individuen Eigenschaften des räumlich-geographischen als auch des sozialen Kontextes einzubeziehen. Damit wird der materiell-infrastrukturellen als auch der sozialen Einbettung der Individuen Rechnung ge-

tragen, die maßgeblich über Verpflichtungen, Zwänge und Möglichkeitsräume entscheidet. Dabei ist jedoch davon auszugehen, dass diese Kontextfaktoren mit individuell verfügbaren Ressourcen und Möglichkeiten interagieren, so dass die Stärke und Form von Einflüssen nur empirisch zu ermitteln und kaum vorab kausal zu modellieren ist. Zweitens ist von einem grundsätzlichen Wechselverhältnis und einer partiellen Austauschbarkeit von verschiedenen Mobilitätsformen auszugehen. Beispielsweise können Wohnungsumzüge aus Arbeitsplatzgründen durch Pendelwege und virtuelle Mobilität im Falle von Homeoffice-tätigkeiten ersetzt werden. Entsprechend erscheint es notwendig, verschiedene Praktiken von Mobilität und Immobilität gemeinsam in den Blick zu nehmen, anstatt diese isoliert zu untersuchen.

## Empirische Analyse von Pendel- und Wohnungsmobilitäten in der Schweiz

Mit der im Folgenden vorgestellten empirischen Analyse von erwerbsarbeitsbezogenen Mobilitätsmustern in der Schweiz möchte ich einen Vorschlag machen, wie diese beiden Konsequenzen aus den Axiomen des *Mobilities Paradigm* methodisch umgesetzt werden können.

### Daten

Für diese Analyse arbeite ich mit dem Schweizer Haushaltpanel,<sup>2</sup> einer Erhebung, die seit 1999 jährlich zu verschiedenen Aspekten des sozialen Wandels und der Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Schweiz durchgeführt wird. Die vorliegende Untersuchung der Mobilitätsmuster basiert auf der Erhebungswelle von 2012, ergänzt um einige Informationen aus der Erhebung von 2004. Im Zentrum meiner Untersuchung stehen dabei Wohnungs- und Pendelmobilitäten und damit diejenigen Mobilitätsformen, die häufig durch Arbeitsmärkte und Erwerbstätigkeiten bedingt und erforderlich werden. Da bei den Wohnungsumzügen lokale und intraregionale Wechsel jedoch häufig aus Wohnungsgründen erfolgen, beziehe ich nur überregionale, das heißt trans-kantonale Umzüge mit in die Auswertung ein. Um die Einbettung von Mobilitätsentscheidungen und relationale Mobilitäts-Immobilitätsverhältnisse in soziale Netzwerke und, im engeren Sinne, in Haushaltsformationen in den Blick nehmen zu können stehen als Fälle Paare anstelle von Individuen im Blickfeld. Von Interesse sind dabei jedoch nur die Paare im erwerbsfähigen Alter, so dass die Fallauswahl auf diejenigen beschränkt wurde, die im Jahr 2012 zwischen 30 und 65 Jahre alt waren. Mein Datensatz besteht dann aus 1.995 Paaren. Weiterhin werden sozialstrukturelle Variablen – Bildung, Einkommen und Alter – sowie raumstrukturelle Variablen – die Struktur des Wohnstandortes als Proxy für Gelegenheits- und öffentliche Verkehrsinfrastrukturen, das Vorhandensein eines privaten Autos sowie der Besitz von Wohneigentum – in die Analyse einbezogen. Zudem kann über das Hinzuziehen von Informationen zur Pendelmobilität 8 Jahre vorher, also 2004, auf Dauerhaftigkeiten und Stabilitäten von Mobilitätsarrangements geschlossen werden.

---

<sup>2</sup> Diese Studie wurde mit den Daten des Schweizer Haushalt-Panels (SHP), das vom Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS geleitet wird, durchgeführt. Das Projekt ist vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanziert.

## Deskriptive Informationen

Vor der eigentlichen Analyse möchte ich zunächst die von mir untersuchten Fälle deskriptiv beschreiben.

Von den insgesamt 1.995 Paaren leben etwa zwei Drittel (n=1.309) mit Kindern im Haushalt. Die männlichen Partner sind im verwendeten Datensatz durchschnittlich 50,1 Jahre alt, die weibliche Partnerin 47,7 Jahre. Beide sind im Durchschnitt etwa zwei Jahre jünger, wenn sie mit Kindern zusammen leben, und fast vier Jahre älter, wenn sie ohne Kinder leben. Während die Frauen der Stichprobe mit 57% am häufigsten ein mittleres Bildungsniveau aufweisen, haben die Männer mit 51% am häufigsten höchste Abschlüsse. Allerdings wurden die Bildungsabschlüsse für die vorliegende Auswertung sehr grob in nur drei Stufen zusammengefasst.

In Bezug auf residentielle Mobilitäten erweist sich die Schweizer Bevölkerung als sehr sesshaft: Nur knapp 6% der untersuchten Paarhaushalte sind während der vergangenen 8 Jahre von einem Kanton in einen anderen umgezogen. Am aktuellen Wohnort hingegen wohnen 33% der Paare weniger als 5 Jahre und 39% länger als 13 Jahre zusammen (vgl. Tabelle 1). In international vergleichenden Studien (Schneider, Meil 2008; Viry et al. 2008) bestätigt sich diese vergleichsweise hohe Ortsbindung von Schweizer Haushalten.

≤ 5 Jahre	6-12 Jahre	13-18 Jahre	≥ 19 Jahre
33% (323)	28% (281)	13% (125)	26% (262)

Tab. 1: Wohndauer am gegenwärtigen Wohnort in Prozent (Absolut)

Der Arbeitsweg (Tabelle 2) ist für Frauen mit durchschnittlich 44 Minuten etwas kürzer als der der Männer mit 52 Minuten. Im Vergleich mit dem Referenzjahr 2004 sind für beide Geschlechter die Arbeitswege etwas länger geworden und es besteht eine deutliche Korrelation zwischen aktueller und früherer Länge. Interessanterweise – jedoch wenig überraschend – lassen sich für Frauen deutliche Unterschiede von etwa 10 Minuten hinsichtlich der Pendelmobilität finden in Abhängigkeit davon, ob Kinder im Haushalt leben. Offenbar bedeuten Kinder für Frauen kürzere Arbeitswege bzw. eine geringere Mobilitätsfähigkeit und damit geographisch kleinere Möglichkeitsräume der Erwerbstätigkeit. Darin lässt sich ein erster Effekt des sozialen Kontextes ausmachen, der sich bei den Männern nicht in vergleichbarer Weise finden lässt.

	Frauen	Männer
2012	44	51
2004	40	48
2012 mit Kindern	41	52
2012 ohne Kinder	51	49

Tab. 2: Durchschnittliche täglichen Arbeitswege in Minuten

## Multiple Korrespondenzanalyse

Für die eigentliche Analyse, die Herausarbeitung von Strukturierungen der Mobilitätsmuster, wird die multiple Korrespondenzanalyse verwendet, eine Technik der explorativen Datenanalyse, die ohne Vorannahmen über Kausalitäten und Abhängigkeiten nach Strukturen und Mustern in den Daten sucht (Blasius 2014; Benzécri 1992). Im Zentrum dieser Methode stehen die u.a. durch Bourdieus (1996) Raum der Lebensstile bekannt gewordenen zweidimensionalen Graphiken und damit eine visuelle Darstellung der Ergebnisse.

Eingegangen in diese Korrespondenzanalyse sind

- die Wohndauer am aktuellen Wohnort (*res*)
- die Arbeitswege der Männer und Frauen (*M.comtime*, *F.comtime*)
- und die Frage, ob die Haushalte in den letzten 8 Jahren von einem Kanton in einen anderen umgezogen sind (*interkantonal move*, *no interkantonal move*).

In den korrespondenzanalytischen Graphiken werden Merkmalsausprägungen, die relativ häufig zusammen auftreten, nahe zusammen geplottet, während solche, die relativ selten zusammen auftreten, in größerer Distanz zueinander abgebildet werden. Zudem sind Merkmale, die am Rand der Graphik liegen, eher selten, während häufig vertretene Merkmale im Zentrum der Graphik verortet sind. Das relative Gewicht der Merkmale bzw. Profile wird als Masse (*mass*) ausgedrückt und kann im Einzelnen dem statistischen Output (Tabelle 3) entnommen werden.

Die korrespondenzanalytische Graphik (Abbildung 1) zeigt im aktuellen Fall ein zweidimensionales Muster in den verwendeten Mobilitätspraktiken. Dabei erklärt die erste Dimension etwas mehr als 10% der Inertia, die zweite Dimension hingegen nur noch knapp 4%. Prinzipiell können weitere Dimensionen analysiert werden, was jedoch im vorliegenden Fall aufgrund deren geringen Erklärungsleistung kaum sinnvoll erscheint.

Im ersten Auswertungsschritt werden die gefundenen Muster zunächst auf ihre Oppositionen hin untersucht. Diese graphische Analyse stützt sich dabei auf das statistische Output, das heißt es werden diejenigen Profile mit einer überdurchschnittlichen Erklärung (*ctr* > 62.5) betrachtet (vgl. Tab. 3).

Für die erste, das heißt die horizontale Dimension sind die auf der rechten Seite zu findenden Merkmale interkantonale Umzüge (*interkantonal move*), die kürzeste Wohndauer (*res: up to 5 years*) und die längsten Pendelwege der Frauen (*F.comtime* > 1h) sowie, auf der linken Seite, die längste Wohndauer (*res: more than 19 years*) die entscheidenden Profile. Hier zeigt sich offenbar ein Gegensatz zwischen sehr mobilen Haushalten einerseits und stark sesshaften Haushalten andererseits. Für die vertikale zweite Dimension sind hingegen kurze und mittlere Arbeitswege beider Geschlechter (<20 min, 21-40 min) bzw. keine Arbeitswege, da die Paare nicht erwerbstätig sind (*not employed*), entscheidend. Genauer finden sich die im Nahraum beschäftigten Paarhaushalte im oberen linken Quadranten, die nicht erwerbstätigen im unteren linken Quadranten.

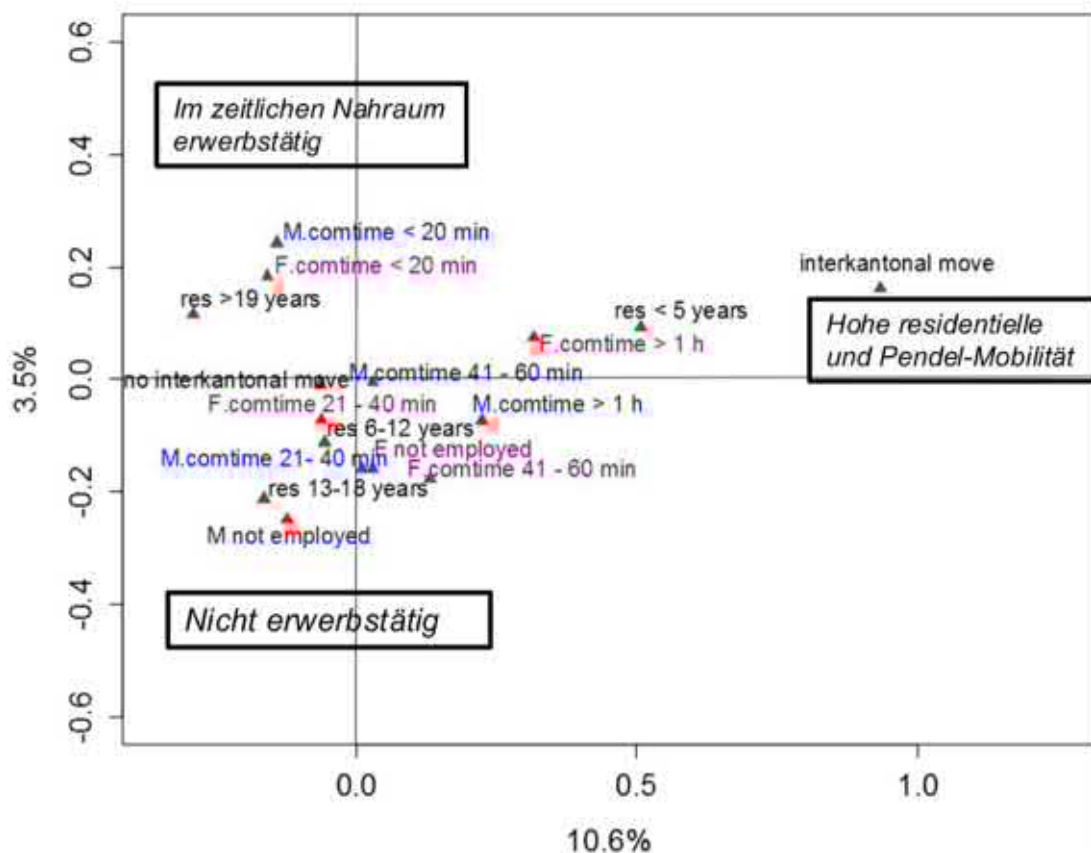


Abb. 1: Raum der Mobilitätspraktiken: Umzüge, Wohndauer und Arbeitswege, Daten: SHP 2012

name	mass	qlt	inr	k=1	cor	ctr	k=2	cor	ctr
residence:upto 5 years	59	670	59	428	664	305	40	6	31
residence:6-12 years	50	178	54	-47	87	3	-48	91	38
residence:13-18 years	23	526	63	-138	364	12	-92	162	62
residence:more than 19 years	46	892	58	-244	856	77	50	36	37
move:interkantonal move	21	875	76	788	868	357	70	7	33
move:no interkantonal move	286	321	9	-54	319	23	-4	2	2
M.comtime:not employed	19	207	84	-103	99	5	-108	109	70
M.comtime:less than 20 min	72	573	61	-118	321	28	105	252	258
M.comtime:21 to 40 min	53	373	61	10	8	0	-69	365	81
M.comtime:41 to 60 min	50	30	65	26	30	1	-3	0	0
M.comtime:more than 1 hour	51	867	64	190	843	51	-32	23	17
F.comtime:not employed	50	214	71	26	26	1	-68	188	76
F.comtime:less than 20 min	92	651	60	-132	479	45	79	172	190
F.comtime:21 to 40 min	52	254	71	-52	186	4	-31	67	17
F.comtime:41 to 60 min	40	500	73	112	339	14	-77	161	78
F.comtime:more than 1 hour	36	1000	72	267	1000	72	32	0	12

Tab. 3: Massen, Erklärung, Koordinaten und Beiträge der (aktiven) Merkmale

Zudem sind kurze Pendeldauern der Geschlechter ebenso wie lange Arbeitswege von mehr als einer Stunde in geometrischer Nähe geplottet, woraus zu schließen ist, dass häufig beide Partner/-innen kurze oder beide lange Wege zu ihrem Arbeitsplatz zurücklegen müssen. Jedoch findet sich in der Nähe von mittellangen Arbeitswegen der Männer auch das Profil der nicht-erwerbstätigen Frauen, und damit der Hausfrauen. In den Daten finden sich also sowohl Paare,

bei denen beide erwerbstätig und mobil sind, als auch pendelnde Männer mit (immobilen) Hausfrauen. Dies verweist auf die vielfältigen Wechselbeziehungen von Mobilität und Immobilität innerhalb von Haushalten als sogenannte »Linked Lives« (Holz-Rau, Scheiner 2015: 13f.).

Die statistische Normalität ist im Zentrum der Graphik mit den Profilen um den sogenannten Centroid abgebildet. Im vorliegenden Fall besteht sie aus mittleren Pendelzeiten – für Männer bis 60 Minuten, für Frauen bis 40 Minuten oder keine Erwerbstätigkeit – und mittlere Wohndauern. Damit sind sowohl sehr mobile als auch quasi immobile Paar- und Familienformen eher die Ausnahme als die Regel. Allerdings bewegt sich die Mehrheit der Haushalte in der Schweiz in regionalen bzw. intrakantonalen geographischen Zusammenhängen.

Die Herausforderung der Korrespondenzanalysen besteht, ähnlich wie bei Faktoren- bzw. Hauptkomponentenanalysen, darin, die gefundenen Dimensionen zu interpretieren. Die Differenzierung zwischen kulturellem und ökonomischem Kapital einerseits und Kapitalvolumen andererseits als entscheidende Strukturierungsdimensionen im Bourdieuschen Raum der Lebensstile (Bourdieu 1996) sind das Ergebnis einer solchen Interpretation der korrespondenzanalytischen Achsen. Hierzu werden sogenannte *passive* oder *zusätzliche* Variablen in den bestehenden Plot projiziert, wobei die Kategorien entsprechend der Nähe bzw. Korrespondenz zu den anderen Merkmalen verortet werden. Das heißt, diese passiven Variablen beeinflussen die Geometrie nicht, erlauben jedoch, vermutete strukturierende Faktoren hinter den aktiven Merkmalen sichtbar zu machen.

Den skizzierten Überlegungen folgend werden zunächst sozialstrukturelle und -ökonomische Einflüsse auf die Mobilitätsmuster geprüft, indem die folgenden Merkmale als passive Variablen verwendet werden:

- Alter (klassiert)
- gewichtetes Haushaltseinkommen (klassiertes Jahreseinkommen in Schweizer Franken)
- Bildungsabschlüsse (*F.edu* bzw. *M.edu*)
- Kinder im Haushalt (children, no children).

Zudem wird die Information, ob der Umzug aus Arbeitsplatzgründen (*Job reason for move*) erfolgte, mit aufgenommen. Diese zusätzlichen Informationen sind in der Graphik (Abbildung 2) fett gedruckt und zeigen, dass das Alter der Befragten von rechts nach links, entlang der horizontalen Dimension zunimmt, während der Bildungsgrad ebenso wie das Haushaltseinkommen in entgegengesetzter Richtung, von links nach rechts ansteigen. Dadurch wird deutlich, dass es sich bei den hochmobilen Paaren – die sowohl tendenziell lange Arbeitswege aufweisen als auch häufiger interkantonale umgezogen sind – um eher junge, hochgebildete Paare mit hohem Einkommen handelt. Der Befund, dass interkantonale Umzüge häufig aus Arbeitsplatzgründen erfolgen, legt zudem nahe, dass zumindest in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten räumliche Flexibilität eine entscheidende Voraussetzung darstellt. Hingegen korrespondieren nahräumliche Erwerbstätigkeit bzw. Nicht-Erwerbstätigkeit und residentielle Immobilität mit höherem Alter.



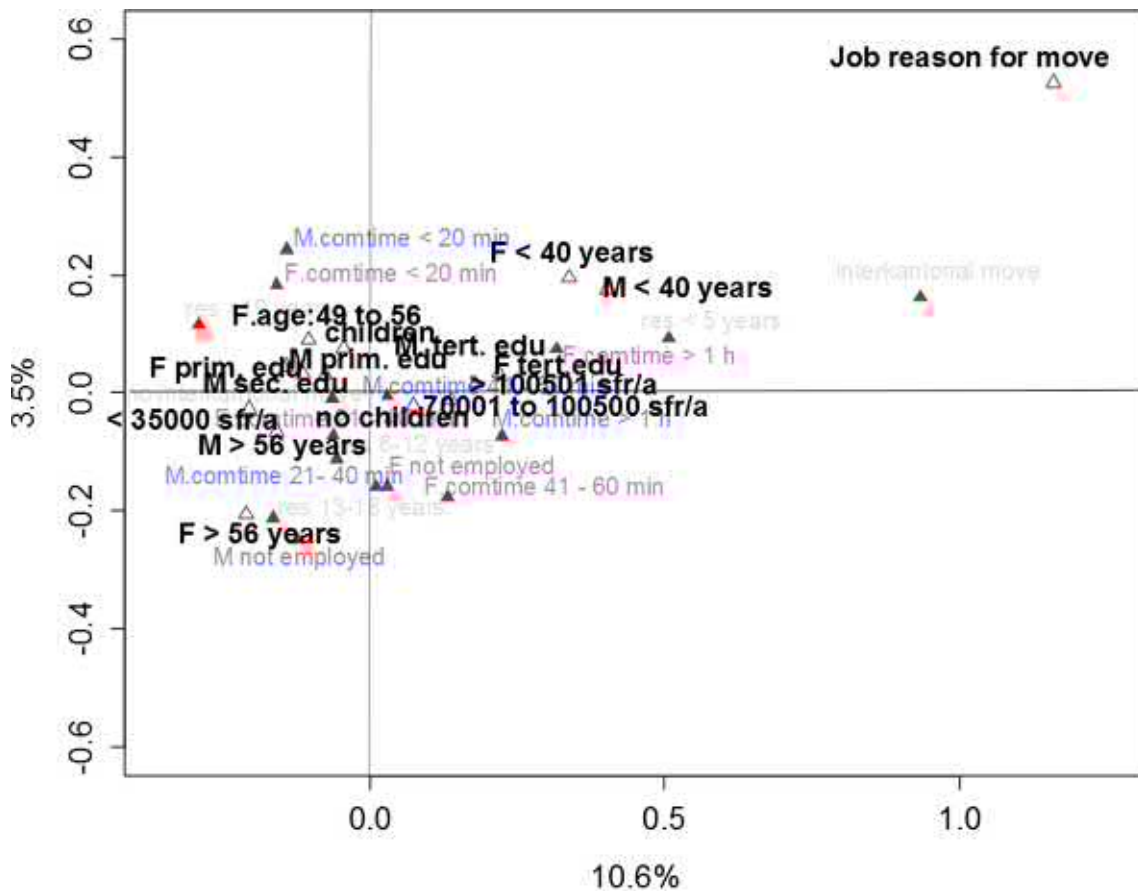


Abb. 1: Sozio-ökonomischer Kontext von Mobilität: passive Variablen, Daten: SHP 2012

Die Differenzierung zwischen Paaren mit und ohne Kinder spielt hingegen eine eher geringe Rolle, wie die Verortung dieser Merkmale in der Mitte des Plots zeigt.

Neben der sozialstrukturellen wird in der Mobilitätsforschung auch die räumliche Strukturierung von Mobilitäten betont, da Verkehrsinfrastrukturen wie Straßen, öffentliche Verkehrsverbindungen und Erreichbarkeiten die alltäglichen Praxen geographisch strukturieren. Um zu prüfen, inwieweit sich diese räumliche Dimension in den gefundenen Mobilitätsmustern finden lässt, verwende ich folgende Informationen als weitere passive Variablen:

- Informationen zur Siedlungsstruktur (*rural, suburban, urban*)
- Wohneigentum oder Mietwohnung (*owner, tenant*)
- Verfügung über ein privates Auto (*car, no car*)

Typisch für sozialwissenschaftliche Datenerhebung ist, wie auch im vorliegenden Fall, dass geographisch-räumliche Informationen nur sehr grob erhoben werden. Darin spiegelt sich die Raumvergessenheit gerade der soziologischen Forschung (Löw 2001; Manderscheid 2009).

Die Projektion dieser räumlichen Merkmale in den Plot der Mobilitätspraktiken macht vor allem deren niedrige Erklärungskraft deutlich: die Merkmale konzentrieren sich im Zentrum der Graphik (Abbildung 3). Offen bleibt an dieser Stelle damit, ob dies auf die geringe Differenzierung dieser Variablen zurückzuführen ist oder aber mit dem hohen Erschließungsgrad der Schweiz zusammen hängt, die durch einen im europäischen Vergleich außergewöhnlich gut

ausgebauten öffentlichen Verkehr sowie eine sehr dezentrale Siedlungs- und Wirtschaftsgeographie gekennzeichnet ist. Für letzteres spricht, dass die Eigenschaft, kein Auto zu haben, auf der Seite der jungen hochmobilen Paare zu finden ist. In Ländern mit einem weniger entwickelten öffentlichen Verkehrssystem und einer zentralisierten Wirtschafts- und Arbeitsplatzgeographie wie Großbritannien korreliert das Fehlen eines privaten Fahrzeugs hingegen mit sozioökonomischer Deprivation (Lucas 2011; Manderscheid 2014).

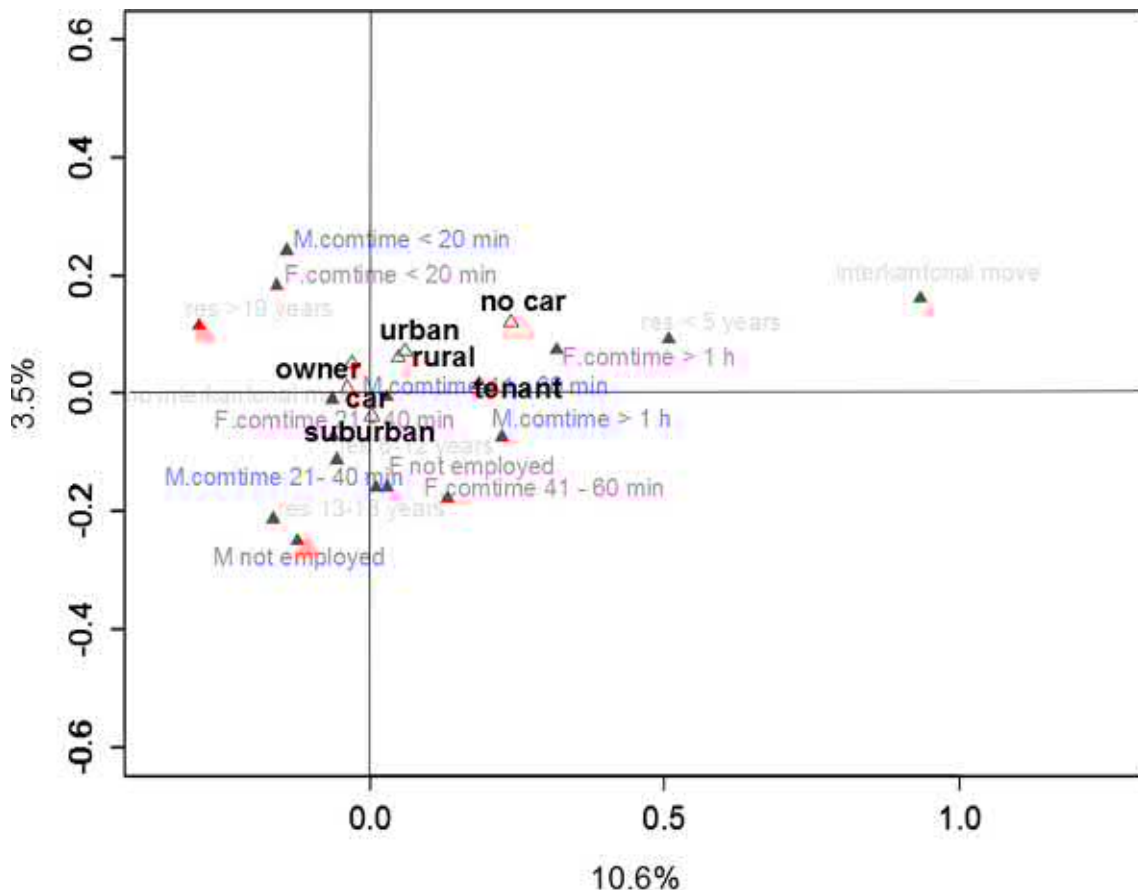


Abb. 2: Räumlicher Kontext von Mobilität: passive Variablen, Daten: SHP 2012

Als dritten Kontext, der Mobilitätsmuster formt, untersuche ich die Kontinuität derselben, indem ich die Informationen zum Arbeitsweg 8 Jahre zuvor hinzuziehe. Während einerseits anzunehmen wäre, dass vor allem lange Arbeitswege als temporäre Lösung akzeptiert werden, legt die Literatur andererseits nahe, dass Mobilitätsmuster – sowohl im Hinblick auf die Länge der Wege als auch bezüglich der Verkehrsmittel – als recht stabil angesehen werden können (Holz-Rau, Scheiner 2015: 9). Die Projektion dieser Variablen zeigt für die vorliegende Analyse ebenfalls eine tendenzielle Stabilität der Wohn-Arbeitsplatzarrangements: Kurze Arbeitswege im Jahr 2004 sind in der Nähe von kurzen Arbeitswegen im Untersuchungsjahr 2012 zu finden, lange Arbeitswege im Jahr 2004 sind entsprechend häufig auch im Jahr 2012 noch lange Arbeitswege (Abbildung 4). Interessanterweise sind die Arbeitswege von Paaren, die zwischen 2004 und 2012

umgezogen sind, im Jahr 2012 nicht kürzer. Das heißt also, dass kürzere Pendeldistanzen offenbar nicht die erste Priorität bei der Wohnstandortwahl haben.

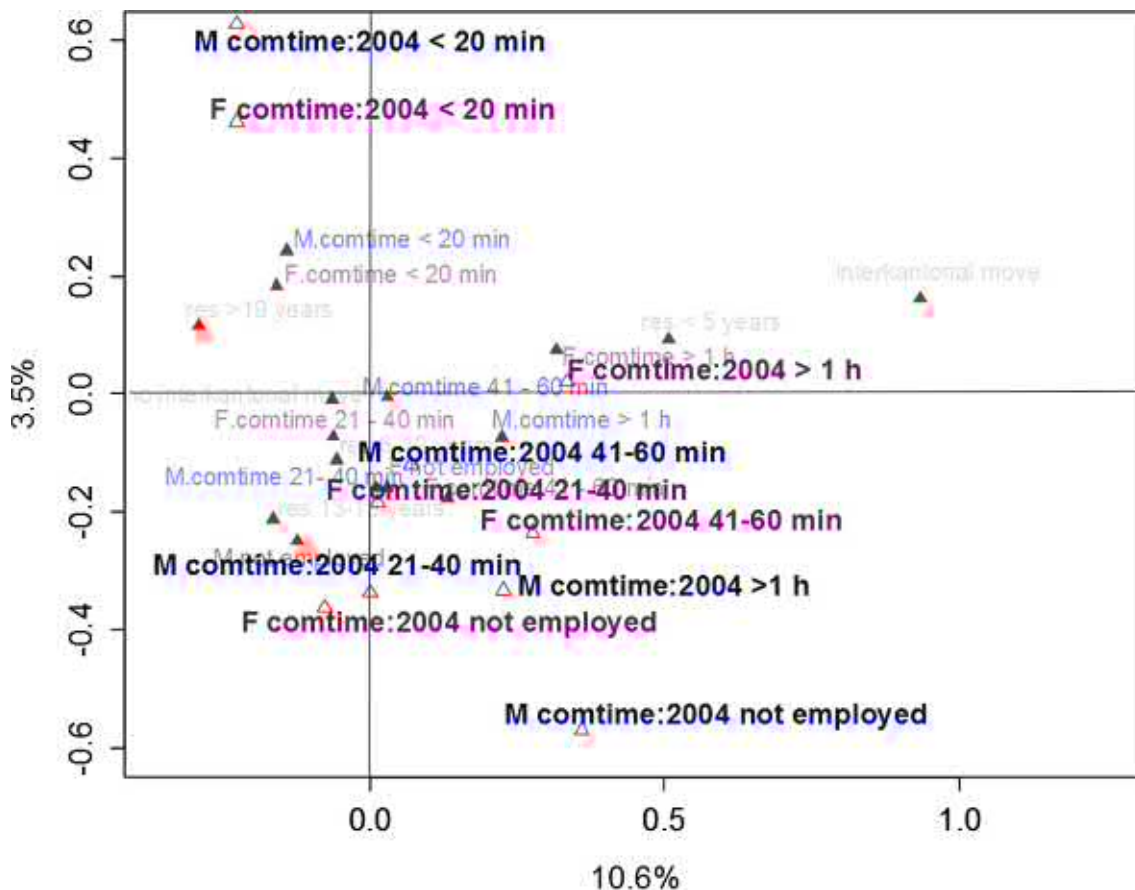


Abb. 3: Kontinuität von Pendelmobilitäten: 2004 (passiv) und 2012. Daten: SHP 2012

## Schlussfolgerungen

Worum es mir in meinem Beitrag vor allem ging, waren Überlegungen zur Passung von methodischem Werkzeug und theoretisch-konzeptionellen Annahmen des *Mobilities Paradigm*, insbesondere eine methodische Umsetzung der Relationalität von Mobilitätspraktiken. Dieses Theorem steht in Opposition zur verkehrswissenschaftlichen Annahme von rationalen Mobilitätssubjekten und der isolierten, dekontextualisierten Betrachtung von Praktiken, die dadurch ent-gesellschaftlicht und ent-räumlicht werden.

Durch den explorativen, modellfreien Charakter der Korrespondenzanalyse können typische Muster von Praktiken herausgearbeitet und, durch das Hinzuziehen weiterer Merkmale, auf ihre Strukturierung hin untersucht werden. Damit stellt die multiple Korrespondenzanalyse eine Möglichkeit dar, die soziale und strukturelle Einbettung von Mobilitätspraktiken methodisch

umzusetzen, ohne im Vorhinein Annahmen über die Richtung und Art der Einflüsse treffen zu müssen.

Die Anwendung dieses Verfahrens auf Mobilitätsdaten der Schweiz zeigt, dass diese deutlich sozio-ökonomisch und sozialstrukturell differenziert werden in dem Sinne, dass es eine Opposition zwischen hochmobilen und eher immobilen Paaren gibt, die mit Bildung und Einkommen parallel läuft. Obwohl es eine gewisse Korrespondenz von Pendelmobilitätsdauern innerhalb von Paaren gibt, erweisen sich die Arbeitswege der Männer als tendenziell länger als die ihrer Frauen. Das heisst, dass die untersuchten Mobilitätsmuster eine Ungleichheitsdimension sowie eine Genderdimension enthalten.

In geringerem Maß erweisen sich die Mobilitätsmuster auch als räumlich-geographisch strukturiert: Wohneigentum ist etwas häufiger bei den eher immobilen Paaren zu finden, und städtische Wohnorte sind auf derselben Seite wie die hochmobilen Paare zu finden. Und letztlich scheint es über die Zeit stabile Mobilitätsmuster zu geben – Paare mit langen Arbeitswegen in der Vergangenheit behalten diese tendenziell bei und anders herum.

## Literatur

- Adey, P. 2006: If Mobility is Everything Then it is Nothing: Towards a Relational Politics of (Im)mobilities. *Mobilities*, 1 Jg., Heft 1, 75–94.
- Benzécri, J.-P. 1992: *Correspondence Analysis Handbook*, New York, Basel, Hong Kong: Marcel Dekker, Inc.
- Blasius, J. 2014: Korrespondenzanalyse, multiple. In R. Diaz-Bone, C. Weischer (Hg.), *Methoden-Lexikon für die Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: Springer VS, 232–233.
- Bourdieu, P. 1996: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt am M., Suhrkamp.
- Cresswell, T. 2006: *On the Move: Mobility in the Modern Western World*, New York, London: Routledge.
- Cresswell, T. 2011: *Mobilities I: Catching up*. *Progress in Human Geography*, 35. Jg., Heft 4, 550–558.
- Cresswell, T. 2012: *Mobilities II: Still*. *Progress in Human Geography*, 36. Jg., Heft 5, 645–653.
- Cresswell, T. 2014: *Mobilities III: Moving on*. *Progress in Human Geography*, 38. Jg., Heft 5, 712–721.
- Hannam, K., Sheller, M., Urry, J. 2006: Editorial: *Mobilities, Immobilities and Moorings*. *Mobilities*, 1. Jg., Heft 1, 1–22.
- Holz-Rau, C., Scheiner, J. 2015: *Mobilitätsbiografien und Mobilitätssozialisation: Neue Zugänge zu einem alten Thema*. In J. Scheiner, C. Holz-Rau (Hg.), *Räumliche Mobilität und Lebenslauf. Studien zu Mobilitätsbiografien und Mobilitätssozialisation*. Wiesbaden: Springer VS, S. 3–22.
- Kaufmann, V. 2002: *Re-Thinking Mobility*. *Contemporary Sociology*. Hampshire: Ashgate.
- Larsen, J., Axhausen, K.W., Urry, J. 2006: *Geographies of Social Networks: Meetings, Travel and Communications*. *Mobility's*, 1. Jg., Heft 2, 261–283.
- Löw, M. 2001: *Raumsoziologie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lucas, K. 2011: *Driving to the Breadline*. In K. Lucas, E. Blumenberg, R. Weinberger (Hg.), *Auto Motives. Understanding Car Use Behaviours*. Bingley: Emerald, 209–224.
- Manderscheid, K. 2009: *Integrating Space and Mobilities into the Analysis of Social Inequality*. *Distinktion: Scandinavian Journal of Social Theory*, 10. Jg., Heft 1, 7–27.
- Manderscheid, K. 2014: *Criticising the Solitary Mobile Subject: Researching Relational Mobilities and Reflecting on Mobile Methods*. *Mobility's*, 9. Jg., Heft 2, 188–219.
- Schneider, N.F., Meil, G. (Hg.) 2008: *Mobile Living Across Europe I. Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries*, Opladen: Barbara Budrich Verlag.

- Sheller, M., Urry, J. 2006: The new mobilities paradigm. *Environment and Planning A*, 38. Jg., Heft 2, 207–226.
- SHP 2012: Schweizer Haushaltpanel Wave 14, FORS, Universität Lausanne.
- Urry, J. 2003: Social networks, travel and talk. *The British Journal of Sociology*, 54. Jg., Heft 2, 155–175.
- Urry, J. 2007: *Mobilities*, Cambridge: Polity.
- Viry, G., Kaufmann, V., Widmer, E.D. 2008: Switzerland - Mobility: a Life Stage Issue? In N. F. Schneider, G. Meil (Hg.), *Mobile living across Europe I. Relevance and diversity of job-related spatial mobility in six European countries*. Opladen: Barbara Budrich Verlag, 189–228.

# Determinanten der mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeit bei internationaler Entsendungsmobilität und ihre Bedeutung im Familienkontext

Stine Waibel, Heiko Rüger, Silvia Ruppenthal, Norbert F. Schneider  
und Brenton Wiernik

*Beitrag zur Veranstaltung »Herausforderungen räumlicher Mobilität für soziale Beziehungen, Familie und Partnerschaft – Lebenswelten in der Krise?« der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie – organisiert von Stefanie Kley, Natascha Nisic und Heike Herrmann*

Im Zuge von Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen sind in Industriegesellschaften die Mobilitätsanforderungen in vielen Segmenten des Arbeitsmarkts gestiegen. Individuelle berufliche Laufbahnen führen immer häufiger über (hoch-)mobile und internationale Karrieren (Dumont, Lemaître 2005; Iredale 2001; Mahroum 2000; Straubhaar, Wolter 1997). Überdies ist es für viele Jugendliche und junge Erwachsene heutzutage Normalität (und scheint sich auch zu einer sozialen Norm zu entwickeln, Petzold, Peter 2014), zumindest für eine kurze Zeit im Ausland zu leben. Auslandserfahrungen während oder zwischen Schule und Ausbildung erhöhen ihrerseits die Wahrscheinlichkeit, in internationalen Kontexten beruflich mobil zu werden (Jahr et. al. 2002; Parey, Waldinger 2011).

Die individuellen Karriere- und Lebensverläufe von international mobilen (qualifizierten) Arbeitskräften wurden bislang vor allem aus Perspektive des »Human Resource Management« erforscht. Ihren Fokus legt diese psychologisch sowie personal- und betriebswirtschaftlich ausgerichtete Literatur auf die Berufsgruppe der unternehmensintern entsandten Beschäftigten, die auch als »Expatriates«<sup>1</sup> bezeichnet werden. Andere hochmobile Berufsgruppen wie Mitarbeiter/-innen von Nichtregierungsorganisationen, internationaler Organisationen, des Militärs, der Entwicklungszusammenarbeit oder des diplomatischen Dienstes aber auch internationale Stu-

---

<sup>1</sup> Nach Definition des *Oxford Dictionary of Human Geography* ist ein Expatriate (im Englischen auch abgekürzt *expat*) eine Person, die vorübergehend oder dauerhaft in einem anderen als dem Land ihrer Staatsangehörigkeit lebt (Wort leitet sich ab aus »ex« (lateinisch für »aus«) und »patria« (lateinisch für »Land« oder »Vaterland«). Im allgemeinen Sprachgebrauch wird der Begriff aber oft für Fachkräfte, die von ihren Unternehmen ins Ausland entsendet werden, verwendet.

dierende haben hingegen weniger Aufmerksamkeit von Seiten der Wissenschaften auf sich gezogen.

Da Auslandsentsendungen für die entsendenden Unternehmen mit einem hohen Finanzaufwand verbunden sind, haben diese ein großes Interesse daran, dass Entsendungsprozesse nicht frühzeitig abgebrochen werden (Mendenhall et al. 1987: 332). In der Entsendungsforschung gilt die fehlende Anpassung an den neuen kulturellen Kontext als Hauptgrund für den Entsendungsabbruch, weswegen all jene Faktoren, welche Anpassungsprozesse fördern, als Prädiktoren einer erfolgreichen Entsendung betrachtet werden (Black et al. 1991). Der meist als Ausgangspunkt empirischer Arbeiten dienende theoretische Rahmen von Stewart Black und Kollegen umfasst als Prädiktoren zum einen die individuellen Eigenschaften und Kompetenzen des Expatriates, zum anderen die Merkmale der beruflichen Tätigkeit sowie berufliche und familiäre Unterstützungsstrukturen (zum Beispiel Bhaskar-Shrinivas et al. 2005: 259). In Folge der einflussreichen Arbeiten von Rosalie Tung in den achtziger Jahren (Tung 1981, 1982, 1984) gilt darüber hinaus auch die Anpassung bzw. das Wohlbefinden der mitreisenden Familienmitglieder als eine der wichtigsten Einflussgrößen des Gelingens bzw. Scheiterns einer Entsendung (Holtbrügge et al. 2005 für eine Studie im deutschen Entsendungskontext), was unter anderem dazu beigetragen hat, dass Familienmitglieder stärker in entsendungsvorbereitende Trainings einbezogen werden. Durch den wachsenden Frauenanteil unter Expatriates sowie die Tatsache, dass immer mehr mitreisende Partner/-innen eigene Karrieren verfolgen (wollen), konzentrieren sich aktuelle Arbeiten vor allem auf die Bedeutung, welche Schnittstellenkonflikte zwischen Arbeits- und Familienleben (Ensher et al. 2001; Lazarova et al. 2010; Mäkelä, Suutari 2011) sowie wechselseitige intrafamiliale Übertragungsprozesse (Caligiuri et al. 1998; Takeuchi et al. 2002; van der Zee et al. 2005) für erfolgreiche Entsendungen haben.

Jenseits der Entsendungsliteratur machen sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten der letzten Jahre allgemeiner darauf aufmerksam, dass die gestiegenen Anforderungen an räumliche Mobilität erhebliche Auswirkungen auf das Privat- und Familienleben haben können, wie auf das allgemeine und gesundheitliche Wohlbefinden, die Bildung und Stabilisierung von Partnerschaften, die Familiengründung oder die relativen Verhandlungspositionen der beteiligten Personen (Aybek et al. 2015; Huinink, Feldhaus 2012; Schneider, Collet 2010; Schneider, Meil 2008; Stutzer, Frey 2008). Anders als in der Entsendungsforschung bleiben in der sozialwissenschaftlichen Literatur jedoch bislang viele intra- und interindividuelle Faktoren einer erfolgreichen Bewältigung räumlicher Mobilität unberücksichtigt. Dabei ist es naheliegend, dass gerade individuelle Eigenschaften, psychologische Ressourcen sowie Interaktionsprozesse zwischen familialen Akteuren an Bedeutung gewinnen, je mehr die Anforderungen an Individuen und Paare im Hinblick auf eine erfolgreiche Lebensgestaltung und die Koordination verschiedener Lebensbereiche zunehmen (Huinink 2014; zu den Herausforderungen der wachsenden ›Entgrenzung‹ von Erwerbsarbeit und Familie Jurczyk et al. 2009). Eine entsprechende Subjektorientierung zeigt sich sehr deutlich auch in den aktuellen sozial- und bildungspolitischen Debatten, in denen selbstbestimmtes Lernen einen zentralen Stellenwert eingenommen hat (Powell et al. 2012).

Der vorliegende Beitrag befasst sich vor diesem Hintergrund mit dem Einfluss ›personaler Ressourcen‹ auf die Bewältigung von berufsbezogener internationaler Mobilität am Beispiel von Beschäftigten des deutschen Auswärtigen Amtes. Im Zentrum der Analysen steht das psychosoziale Konstrukt der *Selbstwirksamkeitserwartung* (englisch *perceived self-efficacy*) von Albert Band-

ura (1977, 1986), dessen praktische Relevanz in einer großen Anzahl an Forschungsarbeiten bestätigt wird. Eine hohe Selbstwirksamkeitserwartung meint die subjektive Gewissheit, bestimmte Handlungen mit den eigenen Ressourcen und Fähigkeiten ausführen und dabei auftretende Problemsituationen bewältigen zu können. Angesichts der wachsenden Forschungsbefunde zu intrafamiliären Übertragungsprozessen wird im Beitrag untersucht, inwiefern auch die subjektiven Kompetenzüberzeugungen des Partners/der Partnerin eine Rolle bei der Bewältigung berufsbezogener internationaler Mobilität spielen.

## Das sozialpsychologische Konzept der Selbstwirksamkeit

Selbstwirksamkeit ist das zentrale Konzept innerhalb Banduras sozial-kognitiver Lerntheorie bzw. Theorie kognitiver Selbstregulationsprozesse. Bandura definiert Selbstwirksamkeitserwartung ganz grundlegend als »conviction that one can successfully execute the behavior required to produce the outcomes« (Bandura 1977: 193). Menschen mit einer hohen Selbstwirksamkeit sind überzeugt, (schwierige) Lebenssituationen durch eigene Anstrengungen kontrollieren und meistern zu können. Gerade in Phasen gesellschaftlicher Transformationen und kritischer Lebensereignisse gelten Selbstwirksamkeitserwartungen daher als wichtige psychologische Schutzfaktoren, die positive Bewältigungserlebnisse wahrscheinlicher machen (zum Beispiel Elder 1974; Diwald et al. 1996; Silbereisen 2001). Bewältigungserlebnisse können aber auch ihrerseits Selbstwirksamkeitserwartungen (in diesem Zusammenhang wird häufig von negativen oder positiven Wirkungsspiralen gesprochen) beeinflussen, so dass diese prinzipiell als veränderbar und nicht als stabiles Persönlichkeitsmerkmal gelten.

Anknüpfend an Banduras Formalisierung des Konzepts werden Selbstwirksamkeitserwartungen meist kontextabhängig spezifiziert; in der sozialpsychologisch orientierten Literatur finden sie bereits in vielen Bereichen, wie Gesundheit (zum Beispiel O'Leary 1985), Arbeit(slosigkeit) und Karriere (zum Beispiel Eden, Aviram 1993), Bildung (zum Beispiel Bandura et al. 1996), Erziehung (zum Beispiel Coleman, Karraker 1997) oder Ehe (zum Beispiel Fincham et al. 2000) Anwendung. Auch im Kontext internationaler Entsendungsmobilität haben sich psychosoziale Ressourcen wie Selbstwirksamkeitserwartungen als relevante Faktoren einer erfolgreichen Entsendung erwiesen (Bhaskar-Shrinivas et al. 2005; Hechanova et al. 2003). Selbstwirksamkeitserwartungen werden in dieser Literatur jedoch meist in ihrer generalisierten Form<sup>2</sup> spezifiziert und ihre Schutzfunktion bezieht sich auf die in der Forschung zu Expatriates konventionell verwendete Zielgröße (Anpassung an einen bestimmten Ort). Eine Übertragung des Selbstwirksamkeitskonzepts auf die spezifischen Anforderungen einer dauerhaft mobilen Lebenssituation und die dadurch entstehenden Herausforderungen für das Familienleben liegt bislang nicht vor.

---

<sup>2</sup> Einige empirische Arbeiten erfassen Selbstwirksamkeitserwartungen als generalisierte Kompetenzüberzeugungen, die – ähnlich wie Persönlichkeitsmerkmale – einen höheren Grad an Verfestigung und Stabilität aufweisen als situationsspezifische Überzeugungen (Schwarzer, Jerusalem 1995).



## Fragestellungen

Im Folgenden soll *erstens* der Frage nachgegangen werden, welchen Beitrag mobilitätsspezifische Selbstwirksamkeitswahrnehmungen zur Bewältigung intensiver Mobilitätsanforderungen leisten können. Wir gehen von einer erfolgreichen Bewältigung aus, wenn Individuen wenige Konflikte zwischen ihrem Familien- bzw. Privatleben und der beruflichen Mobilität wahrnehmen. Die Koordination privater und beruflicher Lebenswelten ist in den letzten Jahren vor allem in der Stressbewältigungsforschung zu einem zentralen Forschungsgegenstand geworden (etwa Bamberg 2004; Frone 2003), wobei personale Ressourcen wie Selbstwirksamkeit einen großen Beitrag zur Erklärung der Bewältigung alltäglicher stressbehafteter Situationen leisten (für weiterführende theoretische Überlegungen siehe Greenhaus, Powell 2006).

*Zweitens* wird geprüft, ob Übertragungsprozesse zwischen sich nahestehenden Personen beobachtet werden können. Im Kontext internationaler Entsendungsmobilität wurden solche Prozesse, die in der englischen Fachliteratur auch als *Crossover*-Effekte bezeichnet werden, beispielsweise im Hinblick auf kulturelle Anpassungsprozesse, Stresswahrnehmungen oder das allgemeine Wohlbefinden gezeigt (Caligiuri et al. 1998; Takeuchi et al. 2002; van der Zee et al. 2005). Inwiefern Emotionen und Ressourcen eines Partners eine Reaktion im Gegenpart auslösen, ist vor allem auch in der Forschung zu Zweiverdienerpaaren untersucht worden (Bakker et al. 2008; Demerouti et al. 2005; Westman 2001). Aufbauend auf diesen Befunden nehmen wir daher neben einer Individuen-zentrierten auch eine dyadische Forschungsperspektive ein, mit dem Ziel, sowohl die schützende Funktion intra- als auch interpersoneller Prozesse bei der Bewältigung internationaler Mobilitätsanforderungen zu untersuchen.

*Drittens* stellt sich die Frage, welche individuellen und kontextuellen Faktoren mit einer hohen Selbstwirksamkeit verknüpft sind. Wie beschrieben, sind Selbstwirksamkeitserwartungen prinzipiell veränderbar und variabler als beispielsweise verfestigte Persönlichkeitseigenschaften. Nach Bandura sind ›Quellen der Selbstwirksamkeit‹ direkte Erfahrungen im Sinne einer Konfrontation und Bewältigung schwieriger Situationen (*Könnenserleben*), indirekte Erfahrungen im Sinne einer Beobachtung und Nachahmung Dritter (*vicarious experience*), eine soziale Bestärkungskultur sowie positive emotionale Reaktionen auf schwierige Situationen (Bandura 1989: 1179). Unter Berücksichtigung dieser ›Selbstwirksamkeitsquellen‹ werden mögliche Determinanten der mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeitserwartung untersucht.

Zusammenfassend geht der Beitrag den folgenden Fragestellungen nach:

1. Wie hängt die mobilitätsbezogene Selbstwirksamkeit mit der Wahrnehmung von Konflikten zwischen Beruf, internationaler Entsendungsmobilität und Familienleben zusammen?
2. Wie beeinflusst die mobilitätsbezogene Selbstwirksamkeit des einen Partners die Konfliktwahrnehmung des anderen?
3. Welche Faktoren sind mit einer hohen mobilitätsbezogenen Selbstwirksamkeit assoziiert?

## Daten

Die Analysen beruhen auf einer Ende 2011 durchgeführten standardisierten Online-Befragung unter Beschäftigten des deutschen diplomatischen Dienstes (N=2.598), ihren Partnern (N=417) und Kindern (N=291).<sup>3</sup> Ein Vergleich der Befragungsteilnehmer/-innen mit Angaben zum Personalbestand des Auswärtiges Dienstes zeigt, dass die Stichprobe die Struktur aller Beschäftigten recht gut abbildet (Rüger et al. 2013: 30f.). Das im vorliegenden Beitrag analysierte Sample umfasst ausschließlich Beschäftigte, die sich in einer Partnerschaft befinden und deren Partner/-innen an der Befragung teilgenommen haben (N=321).

Insgesamt haben in diesem Subsample 74 Prozent der Befragten Kinder und 92 Prozent sind verheiratet. Die Zusammensetzung der Befragungsteilnehmer/-innen nach Laufbahngruppen zeigt zudem, dass der höhere (35 Prozent) und gehobene Dienst (33 Prozent) häufiger vertreten ist als der mittlere (20 Prozent) und einfache Dienst<sup>4</sup> (12 Prozent). Das Durchschnittsalter in der Stichprobe liegt bei 45,1 Jahren und der Frauenanteil bei 40 Prozent. Entsprechend sind 40 Prozent der Partner/-innen im Sample Männer. 36 Prozent der Partner/-innen sind berufstätig mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 36 Stunden. Das Durchschnittsalter der Partner/-innen beträgt 44,7 Jahre und 63 Prozent der Partner/-innen verfügen über einen tertiären Bildungsabschluss.

Diplomat/-innen<sup>5</sup> sind nicht nur eine bislang vergleichsweise wenig untersuchte Gruppe international mobil Beschäftigter, sondern auch in besonderer Weise geeignet, um unsere Forschungsfragen zu beantworten. Erstens kann durch den frühen Eintritt in den Auswärtigen Dienst<sup>6</sup> angenommen werden, dass die Selbstselektion der Personen, die sich für den diplomatischen Dienst interessieren (im Hinblick auf bereits ausgebildete Fähigkeiten und Ressourcen für wiederholte Entsendungen), geringer ist als bei vielen berufserfahrenen und familiär gefestigten unternehmensintern entsandten Beschäftigten (zur Selbstselektion von Unternehmensexpatriates Minssen, Schmidt 2008).<sup>7</sup> Zweitens sind Diplomat/-innen aller Laufbahngruppen dauerhaft mit räumlicher Mobilität konfrontiert, so dass sich anders als im Falle der häufig nur ein oder wenige Male entsandten, meist höherrangigen Mitarbeiter von Unternehmen der Privatwirtschaft die Bewältigung hoher beruflicher Mobilitätsanforderungen besonders illustrativ und für breitere Berufsstatusgruppen untersuchen lässt. Diplomat/-innen unterliegen als Generalisten der so genannten ›Rotation‹ und verbringen etwa zwei Drittel ihres Berufslebens

---

3 Die Studie wurde vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsdienst des Auswärtigen Amtes durchgeführt. Informationen zum Design und zur Durchführung sowie zu weiteren zentralen Befunden der Studie finden sich bei Rüger et al. (2013).

4 Vorzimmer-, Schreib- und Telefondienst eingeschlossen.

5 Es wird hier aus Gründen der Einfachheit die Bezeichnung ›Diplomat/-in‹ für die beim Auswärtigen Dienst Beschäftigten aller Laufbahngruppen verwendet. Als Diplomat/-innen im eigentlichen Sinne werden meist jedoch nur die Angehörigen des höheren Auswärtigen Dienstes bezeichnet.

6 Die gesetzliche Altersgrenze von maximal 32 Jahren bei Einstellung wurde erst 2009 aufgehoben.

7 Jedoch wird auf die notwendige Bereitschaft zu einem Berufsleben an vielfach wechselnden Dienstorten schon in Vorstellungsgesprächen und in den Auswahlwettbewerben hingewiesen. Beschäftigte müssen bei der Einstellung zudem ihre ›uneingeschränkte Versetzungsbereitschaft‹ schriftlich erklären. Die Frage ist, inwiefern zukünftige Belastungen immer antizipiert werden.

im Ausland in unterschiedlichen Funktionen, in den meisten Fällen in Begleitung ihrer Partner/-innen und Kinder. Diese institutionalisierte diplomatische Mobilität ist konstitutiver Kern des diplomatischen Berufs und wird hier als exemplarisch für sehr hohe berufliche Mobilitätsanforderungen betrachtet (zur diplomatischen Pendelmobilität als Lebensform Niedner-Kalkhoff 2006).

## Skalen und Variablen

Die Skala »Mobilitätsspezifische Selbstwirksamkeit« enthält zehn Items, die auf einer vierstufigen Ratingskala mit den Kategorienbezeichnungen »stimme gar nicht zu« (1), »stimme eher nicht zu« (2), »stimme eher zu« (3) und »stimme voll und ganz zu« (4) beantwortet werden können. Die Reliabilität (Cronbach's Alpha) der Skala variiert in den untersuchten Gruppen zwischen 0,84 (Beschäftigte) und 0,82 (deren Partner/-innen). Items lauten beispielsweise »Ich passe meine Vorstellungen an die neue Situation an, wenn die Gegebenheiten vor Ort nicht meinen Erwartungen entsprechen.« oder »Im Umgang mit Angehörigen anderer Kulturen fühle ich mich sicher.«

Die Skala »Konfliktwahrnehmung zwischen Beruf, Mobilität und Familie« enthält fünf Items, die auf einer vierstufigen Ratingskala mit den Kategorienbezeichnungen »stimme gar nicht zu« (1), »stimme eher nicht zu« (2), »stimme eher zu« (3) und »stimme voll und ganz zu« (4) beantwortet werden können. Die Reliabilität der Skala variiert zwischen 0,73 (Beschäftigte) und 0,78 (deren Partner/-in). Items lauten beispielsweise »Die häufigen Umzüge belasten das Familienleben.« oder »Die häufigen Umzüge stellen eine zusätzliche Belastung des Arbeitsalltags dar.« Hier ist wichtig, dass die Konflikteinschätzung aus Sicht der Partner/-innen sich auf die Konflikte zwischen der beruflichen Tätigkeit bzw. Mobilität ihrer Partner/-innen (Beschäftigte im diplomatischen Dienst) und dem Familienleben bezieht (also nicht auf die Konflikte zwischen der eigenen eventuellen beruflichen Tätigkeit und dem Familienleben).

Weitere untersuchte (Kontroll-)Variablen sind Geschlecht, Alter (Kategorien 20-35, 36-50, 51+), Anwesenheit von Kindern (dichotom), Zugehörigkeit zum höheren Dienst (dichotom, nur Beschäftigte), tertiäre Bildung (dichotom, nur Partner/-innen), Arbeitszeit > 45 Stunden (dichotom, nur Beschäftigte), berufliche Tätigkeit (dichotom, nur Partner/-innen), wahrgenommene Anerkennung in der beruflichen Tätigkeit (Single-Item-Skala, nur Beschäftigte), wahrgenommene Autonomie in beruflicher Tätigkeit (3-Item-Skala, nur Beschäftigte), wahrgenommene soziale Unterstützung (4-Item-Skala), längere Auslandsaufenthalte vor Eintritt in das Rotationsprogramme (Kategorien 0, 1-2, 3+, nur Partner/-innen), bereits durchlaufene Rotationsposten (Kategorien 0-3, 4-6, 7+, nur Partner/-innen), Anzahl beherrschter Fremdsprachen (metrisch), »emotionales Funktionieren« (3-Item-Subskala des reduzierten Quality of Life-Questionnaire, nur Partner/-innen).

## Ergebnisse

Die Verteilung der abhängigen Variable, der Konfliktwahrnehmung, zeigt, dass die Beschäftigten ( $M=2,64$ ;  $SD=0,57$ ) etwas mehr Konflikte wahrnehmen als ihre Partner/-innen ( $M =2,38$ ;  $SD=0,64$ ). Das heißt, die Beschäftigten sehen die Belastungen für ihr Familienleben, die durch ihre Berufswahl entstehen, im Durchschnitt etwas kritischer als ihre Familienmitglieder, in diesem Fall ihre Partner/-innen. Signifikante Unterschiede in der Konfliktwahrnehmung nach Geschlecht lassen sich weder für die Beschäftigten noch für ihre Partner/-innen feststellen. Insgesamt sind die Skalenwerte der Partner/-innen und der Beschäftigten hoch korreliert ( $r= 0,53$ ).

Die Forschungsfragen, ob die subjektiv wahrgenommenen Konflikte der Beschäftigten und der Partner/-innen negativ mit den eigenen mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeitserwartungen zusammenhängen und ob sich hohe Selbstwirksamkeitserwartungen des/der jeweiligen Partners/Partnerin auch in der eigenen Konfliktwahrnehmung niederschlagen, werden mittels schrittweiser OLS-Regressionsmodelle untersucht (Tabellen 1 und 2).<sup>8</sup> Tabelle 1 stellt die Ergebnisse der Regressionen der wahrgenommenen Konflikte *aus Sicht der Beschäftigten* dar. Im ersten Modell gehen nur soziodemografische Kontrollmerkmale sowie aus der Literatur abgeleitete externe Ressourcen und Stress- bzw. Belastungsfaktoren, welche die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienleben erschweren können (zum Beispiel Ford et al. 2007), in die Regression ein. Das zweite Modell erweitert das erste um einen Regressor der eigenen mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeit, das dritte fügt wiederum einen Regressor der Selbstwirksamkeit des Partners/der Partnerin hinzu. Ein eindeutiger Effekt zeigt sich nur im Hinblick auf die Selbstwirksamkeit des Partners/der Partnerin: mit steigender Selbstwirksamkeit des Partners/der Partnerin reduzieren sich die wahrgenommenen Konflikte des/der Beschäftigten (M3 in Tabelle 1). Der Effekt der eigenen Selbstwirksamkeit auf die wahrgenommenen Konflikte der Beschäftigten ist deutlich geringer und nicht mehr signifikant unter Kontrolle für die Selbstwirksamkeitswahrnehmungen des Partners/der Partnerin. Darüber hinaus zeigt sich, dass für die älteren Beschäftigten (50 Jahre und älter) im Vergleich zu den Beschäftigten im mittleren Alter (35-50 Jährige) eine geringere Konfliktwahrnehmung nachweisbar ist. Dieser Befund erscheint plausibel (siehe auch Huffman et al. 2013), jedoch können mit den vorliegenden Querschnittdaten Alters- und Kohorteneffekte nicht voneinander getrennt werden. Zudem sind Alterseffekte auf verschiedene Weise, etwa über gesammelte Erfahrungen oder altersspezifische Familienleitbilder, interpretierbar.<sup>9</sup> Lange Arbeitszeiten erhöhen die Wahrnehmung von Konflikten; der Effekt ist jedoch nicht robust und weist nur in Modell 3 eine Irrtumswahrscheinlichkeit unter fünf Prozent auf.

---

<sup>8</sup> Wir haben zudem geprüft, ob sich die OLS-Ergebnisse durch die Berücksichtigung von Messfehlern in den unabhängigen Variablen (Skalen) mittels des *eivreg*-Befehls in Stata (*errors-in-variables*) substantiell ändern würden und konnten dies nicht feststellen. Mit *eivreg* werden Messfehler (anhand der Reliabilitätswerte der Skalen) in den Regressionen mit modelliert.

<sup>9</sup> So kann es sowohl sein, dass Vereinbarkeitskonflikte vor allem bei jüngeren Personen auftreten, dass ältere Kohorten ein traditionelleres Familienkonzept mit nur einer erwerbstätigen Person verfolgen oder dass eine langjährige Mobilitäts- und Beziehungserfahrung Konflikte reduziert.

Tab. 1: Faktoren der Konfliktwahrnehmung zwischen Beruf, Mobilität und Familie für die Beschäftigten

	M1	M2	M3
	stand. Koef.	stand. Koef.	stand. Koef.
<b>Soziodemografische Variable</b>			
Alter (20-35 Jahre)	-0,13 (0,11)	-0,15* (0,11)	-0,12 (0,11)
<i>Ref.: Alter (36-50 Jahre)</i>			
Alter (51 plus Jahre)	-0,17* (0,10)	-0,17* (0,09)	-0,15* (0,09)
Geschlecht ( <i>Ref. Frauen</i> )	0,02 (0,09)	-0,00 (0,09)	0,05 (0,09)
Anwesenheit von Kindern	-0,01 (0,10)	0,00 (0,10)	-0,03 (0,09)
Zugehörigkeit zum höherer Dienst	-0,09 (0,10)	-0,07 (0,10)	-0,11 (0,10)
<b>Belastungen und Ressourcen im Beruf</b>			
Arbeitszeit (> 45h)	0,14 (0,11)	0,16 (0,11)	0,19* (0,10)
Autonomie in der Tätigkeit	0,03 (0,06)	0,05 (0,06)	0,06 (0,06)
Anerkennung in der Tätigkeit	-0,13 (0,05)	-0,11 (0,05)	-0,11 (0,05)
<b>Soziale Ressourcen</b>			
Wahrgenommene soziale Unterstützung	-0,09 (0,07)	-0,05 (0,08)	-0,03 (0,07)
<b>Eigene Ressourcen</b>			
Mobilitätsspezifische Selbstwirksamkeit (Beschäftigte)		-0,18* (0,13)	-0,13 (0,13)
<b>Ressourcen des Partners/der Partnerin</b>			
Mobilitätsspezifische Selbstwirksamkeit (Partner/-innen)			-0,30*** (0,09)
Konstante	*** (0,30)	*** (0,46)	*** (0,46)
R <sup>2</sup>	0,06	0,09	0,17
Pr > F ( $\Delta R^2$ )		0,00	0,00
Fallzahl	223	223	223

\*  $p < 0,05$ , \*\*  $p < 0,01$ , \*\*\*  $p < 0,001$ , Parameter in allen Modellen wurden auf Basis von OLS-Regressionen geschätzt. Robuste Standardfehler in Klammern

Wie die Analysen der wahrgenommenen Konflikte *aus Sicht der Partner/-innen* zeigen (Tabelle 2), können die einbezogenen Merkmale diese deutlich besser erklären als im Falle der Beschäftigten. Zunächst zeigt sich ein starker Effekt der eigenen mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeit und der nicht signifikante Effekt der Selbstwirksamkeit des/der jeweiligen Partners/Partnerin (in diesem Fall des/der Beschäftigten) (M3 in Tabelle 2).

Tab. 2: Faktoren der Konfliktwahrnehmung zwischen Beruf, Mobilität und Familie für die Partner/-innen

	M1	M2	M3
	stand. Koef.	stand. Koef.	stand. Koef.
<b>Soziodemografische Variablen</b>			
Alter (20-35 Jahre)	-0,08 (0,11)	-0,07 (0,10)	-0,07 (0,10)
<i>Ref.: Alter (36-50 Jahre)</i>			
Alter (51 plus Jahre)	-0,06 (0,10)	-0,00 (0,10)	0,00 (0,10)
Geschlecht ( <i>Ref. Frauen</i> )	-0,01 (0,08)	-0,02 (0,08)	-0,02 (0,08)
Anwesenheit von Kindern	-0,07 (0,09)	-0,07 (0,08)	-0,07 (0,09)
Tertiärer Bildungsabschluss	0,12* (0,08)	0,10 (0,07)	0,11 (0,08)
<b>Belastungen durch evtl. Berufstätigkeit</b>			
Berufstätigkeit	0,21** (0,09)	0,17** (0,08)	0,17** (0,08)
<b>Soziale Ressourcen</b>			
Wahrgenommene soziale Unterstützung	-0,38*** (0,06)	-0,24** (0,08)	-0,24*** (0,07)
<b>Eigene Ressourcen</b>			
Mobilitätsspezifische Selbstwirksamkeit (Partner/-innen)		-0,35*** (0,09)	-0,35*** (0,09)
<b>Ressourcen des Partners/der Partnerin</b>			
Mobilitätsspezifische Selbstwirksamkeit (Beschäftigte)			-0,01 (0,11)
Konstante	*** (0,28)	*** (0,36)	*** (0,47)
R <sup>2</sup>	0,16	0,27	0,27
Pr > F ( $\Delta R^2$ )		0,00	0,87
Fallzahl	236	236	236

\*  $p < 0,05$ , \*\*  $p < 0,01$ , \*\*\*  $p < 0,001$ , Parameter in allen Modellen wurden auf Basis von OLS-Regressionen geschätzt. Robuste Standardfehler in Klammern.

Für das Konflikterleben der Partner/-innen spielen somit vor allem die eigenen Ressourcen eine (schützende) Rolle. Zudem bestätigt die höhere Konfliktwahrnehmung bei den *berufstätigen* Partnern/Partnerinnen Forschungsbefunde, wonach Mobilitätsanforderungen vor allem in Zweiverdienerkonstellationen eine zusätzliche Herausforderung für das Vereinbarkeitsmanagement darstellen (Büchel et al. 2002; Schneider et al. 2002). Nicht zuletzt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass eine gute soziale Unterstützungsstruktur vor Ort die wahrgenommenen Beeinträchtigungen im Familienleben für die Partner/-innen reduziert.

Abschließend sollen mögliche Quellen hoher Selbstwirksamkeitserwartungen *der Partner/-innen* untersucht werden, da diese sich in den vorangehenden Analysen als bedeutend erwiesen haben. In Anlehnung an die Selbstwirksamkeitstheorie fassen wir hierunter Mobilitätserfahrungen und Sprachkompetenzen (Könnenserleben), wahrgenommene Unterstützung durch das soziale Umfeld, den (selbstbewerteten) emotionalen Zustand sowie soziodemografische (vor allem zur Kontrolle dienende) Merkmale. Die Ergebnisse der Regressionsschätzung in Tabelle 3 zeigen, dass von den soziodemografischen Faktoren nur ein fortgeschrittenes Alter in einem nennenswerten Zusammenhang mit den mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeitserwartungen der Partner/-innen steht, so dass das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten eher mit Lebenserfahrung als mit dem sozialen Status oder möglichen Geschlechterdifferenzen assoziiert zu sein scheint.<sup>10</sup>

Darüber hinaus weisen die Koeffizienten der übrigen Faktoren in die vermutete Richtung. Je mehr Sprachen die Partner/-innen beherrschen, desto sicherer sind sie sich ihrer mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeit. Außerdem haben die Mobilitätserfahrungen selbst einen stärkenden Effekt auf die Selbstwirksamkeitserwartungen: Partner/-innen, die sich schon vor Eintritt in das Rotationsprogramm des Auswärtigen Diensts mehrmals für längere Zeit im Ausland aufgehalten haben (mehr als zwei Mal) als auch Partner/-innen, die bereits eine hohe Zahl an Rotationsposten gemeinsam mit den Beschäftigten durchlaufen haben (sieben oder mehr), verfügen über höhere Selbstwirksamkeitserwartungen als Partner/-innen mit sehr wenigen Mobilitätserfahrungen. Schließlich korrespondieren eine als stark wahrgenommene Unterstützung durch das soziale Umfeld als auch das emotionale Wohlbefinden mit hohen Werten auf der Selbstwirksamkeitsskala der Partner/-innen.

Zwar kann zur kausalen Richtung der Zusammenhänge keine Aussage getroffen werden, vor dem Hintergrund der Selbstwirksamkeitstheorie ist jedoch anzunehmen, dass zwischen Bewältigungserlebnissen, Umweltwahrnehmungen und Selbstwirksamkeitserwartungen ein reziproker Wirkungszusammenhang (bzw. eine ›Wirkungsspirale‹, siehe oben) besteht.

---

<sup>10</sup> Aufgrund der hohen Kontextspezifität von Selbstwirksamkeitserwartungen gibt es keine schlüssigen Befunden zum Einfluss soziodemografischer Faktoren auf Selbstwirksamkeitserwartungen (Leganger et al. 2000).

Tab. 3: Faktoren der mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeit der Partner/-innen

	Stand. Koef.
<b>Soziodemografische Variablen</b>	
Alter (20-35 Jahre)	0,11 (0,07)
<i>Ref.: Alter (36-50 Jahre)</i>	
Alter (51 plus Jahre)	0,16* (0,07)
Geschlecht ( <i>Ref. Frauen</i> )	-0,00 (0,06)
Tertiärer Bildungsabschluss	-0,08 (0,05)
<b>Sprachkompetenz und Mobilitätserfahrung (Könnenserleben)</b>	
Anzahl der auf Alltagsniveau beherrschten Sprachen	0,19** (0,02)
<i>Ref.: keine längeren Auslandsaufenthalte vor Rotation</i>	
1-2 längere Auslandsaufenthalte vor Rotation	0,02 (0,06)
Mehr als 2 längere Auslandsaufenthalte vor Rotation	0,19** (0,07)
<i>Ref.: 0-3 durchlaufene Rotationsposten</i>	
4-6 durchlaufene Rotationsposten	0,05 (0,08)
Mehr als 7 durchlaufene Rotationsposten	0,22* (0,08)
<b>Unterstützungsfaktoren</b>	
Wahrgenommene soziale Unterstützung	0,20** (0,04)
<b>Emotionale Stabilität</b>	
Emotionale Dimension der Lebensqualitäts-Funktionsskalen	0,23*** (0,00)
Konstante	*** (0,17)
R <sup>2</sup>	0,25
Pr > F ( $\Delta R^2$ )	0,00
Fallzahl	208

\*  $p < 0,05$ , \*\*  $p < 0,01$ , \*\*\*  $p < 0,001$ , Parameter wurden auf Basis von OLS-Regressionen geschätzt. Robuste Standardfehler in Klammern.



## Schlussfolgerungen

Ziel des Beitrags war es zu untersuchen, wie mobilitätsbezogene Selbstwirksamkeitserwartungen in einer dauerhaft mobilen Lebenssituation mit der Wahrnehmung von Konflikten zwischen Beruf, internationaler Entsendungsmobilität und Familienleben zusammenhängen und ob die mobilitätsbezogene Selbstwirksamkeit des Partners bzw. der Partnerin die Konfliktwahrnehmung des/der anderen beeinflusst. Ausgehend von einer Befragung der Beschäftigten im Auswärtigen Dienst und ihrer Partner/-innen sollten Individuen-spezifische Kompetenzen und Ressourcen bei der Mobilitätsbewältigung in den Blick genommen werden. Die Studienteilnehmer/-innen gehören zu einer privilegierten Gruppe mobil Beschäftigter. So betreibt das Auswärtige Amt eine familienorientierte Personal- und Mobilitätspolitik (Rudolph 2002). Es bietet Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Fremdsprachenkurse, postenvorbereitende Seminare und allgemeine Informationsveranstaltungen für Beschäftigte *und* Familienangehörige an. Partner/-innen können darüber hinaus an Planungsgesprächen in der Personalabteilung teilnehmen und ihre Bedürfnisse einbringen. Dennoch sind moderne Partnerschafts- bzw. Familienkonzepte im Auswärtigen Amt – mitreisende Partner(-innen) galten hier lange Zeit als Ressource im Karriereprogramm des (männlichen) Beschäftigten – nicht leicht realisierbar, so dass Mobilität heute viel mehr als früher als Belastung für die Familien wahrgenommen wird (Rudolph 2002: 64). Auch in den Antworten der Befragungsteilnehmer/-innen ist erkennbar, dass der rotationsgeprägte Alltag eines Diplomaten/einer Diplomatin eine Herausforderung für die Familien darstellt.

Insgesamt unterstützen die Befunde unsere Vermutung, dass personale Ressourcen – speziell die mobilitätsspezifischen Selbstwirksamkeitserwartungen – vor negativen Auswirkungen von intensiver beruflicher Mobilität auf das Familienleben schützen können. Unser zentraler Befund ist in diesem Zusammenhang, dass die Kompetenzwahrnehmungen der mitziehenden Partner/-innen als Schutzfaktoren dominieren. Damit scheint sich abzuzeichnen, dass die Übereinstimmungen in den Konfliktwahrnehmungen zwischen den beruflich mobil Beschäftigten und ihren Partnern/-innen (auch Hammer et al. 1997; Westman, Etzion 2005) vor allem *durch die Ressourcen des Partners/der Partnerin* erklärt werden können. Eine hohe mobilitätsspezifische Selbstwirksamkeit der mitreisenden Partner/-innen resultiert somit einerseits aus einem geringeren eigenen Konflikterleben im Hinblick auf die Kompatibilität von Familienleben und beruflicher Mobilität. Andererseits überträgt sich diese Wahrnehmung auch auf die Beschäftigten. Im Gegensatz dazu spielen die Kompetenzüberzeugungen der Beschäftigten nur eine untergeordnete Rolle für das Konflikterleben innerhalb der Partnerschaft und auch Geschlechterdifferenzen konnten wir in diesem Kontext nicht feststellen.

Diese Ergebnisse bestärken den Trend in der Entsendungsforschung, neben den Kompetenzen und Erfahrungen der Expatriates, auch die Ressourcen der Partner/-innen – im Sinne von Crossover-Prozessen – zu berücksichtigen. Allgemeiner und jenseits des Entsendungskontextes lässt sich argumentieren, dass gerade für partnerschaftlich gebundene Personen, die in Berufen mit hohen Mobilitätsanforderungen tätig sind und aus denen besondere Ansprüche an Familien erwachsen, positive soziale Erfahrungen und Ressourcen innerhalb familiärer Beziehungen wichtige Voraussetzungen für die Verbindung verschiedener Lebensbereiche und Lebenskonzepte sind. Ob der Einzelne ein Belastungsszenario als kritisch bewertet, ist so nicht allein von externen Faktoren wie einer potentiell stressbelasteten Erwerbssituation abhängig, sondern

insbesondere auch von den durch die Partner/-innen eingebrachten psychosozialen Ressourcen.

Für die personalpolitische Praxis (nicht nur im Entsendungskontext) ist vor allem die Grundannahme der sozial-kognitiven Lerntheorie relevant, dass Selbstwirksamkeitserwartungen prinzipiell veränderbar sind. Um vor diesem Hintergrund selbst verstärkende positive Wirkungskreisläufe zu schaffen, lassen sich organisationale Strukturen – auch jenseits bereits ausgewiesener familienorientierter Personalpolitiken – vorstellen, in denen sich Mobilitätskompetenzen (von Partnern/-innen) besser ausbilden als in anderen. Unsere empirischen Ergebnisse weisen zum einen darauf hin, dass neben dem emotionalen Wohlbefinden und den persönlichen (Mobilitäts-)Erfahrungen und (Sprach-)Kompetenzen insbesondere auch ein unterstützendes soziales Netzwerk mit hohen Selbstwirksamkeitserwartungen verbunden ist. Zum anderen wird die Ermöglichung einer kontinuierlichen Berufstätigkeit der mitreisenden Partner/-innen, wie sie in Wissenschaft und Praxis schon länger diskutiert wird (zum Beispiel Brookfield 2012; Eby et al. 1997; Harvey 1998; UNDG 2004), für die Verwirklichung zeitgemäßer Familienkonzepte unter erschwerten Bedingungen und dadurch auch für die Erfahrung von Kontinuität und persönlicher Selbstwirksamkeit an Bedeutung gewinnen (dazu auch Trougakos et al. 2007; Shaffer, Harrison 2001). Bislang, das zeigen unsere empirischen Befunde, ist die Berufstätigkeit des Partners/der Partnerin eher mit einem negativen Konflikterleben als mit einem positiven Vereinbarkeitsempfinden assoziiert.

Im Hinblick auf die sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung signalisieren die Ergebnisse vor allem die Fruchtbarkeit einer Forschungsstrategie, welche psychologische und soziologische Konzepte integriert und das Rückwirken selbstregulativer Prozesse auf soziales Handeln untersucht (dazu auch Bude, Lantermann 2006; Diewald, Mayer 2008). Insgesamt lassen die vorliegenden Befunde Individuen-spezifische Kompetenzüberzeugungen im Umgang mit intensiver Mobilität als aussichtsreiches Konzept im Kontext der Mobilitätsforschung erscheinen.

## Literatur

- Aybek, C. M., Huinink, J. M. R. (Hg.) 2015: *Spatial Mobility, Migration, and Living Arrangements*. Cham, Schweiz: Springer International Publishing.
- Bakker, A. B., Demerouti, E., Dollard, M. F. 2008: How Job Demands Affect Partners' Experience of Exhaustion: Integrating Work-Family Conflict and Crossover Theory. *Journal of Applied Psychology*, 38. Jg., Heft 4, 901–911.
- Bamberg, E. 2004: Stress bei der Arbeit und Maßnahmen der Stressreduktion. Aktuelle Konzepte und Forschungsergebnisse. In *Arbeit: Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*, 13. Jg., Heft 3, 264–277.
- Bandura, A. 1977: Self-efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change. *Psychological Review*, 84. Jg., Heft 2, 191–215.
- Bandura, A. 1986: *Social foundations of thought and action: A social cognitive theory*. Prentice-Hall, NJ: Englewood Cliffs.
- Bandura, A. 1989: Human Agency in Social Cognitive Theory. *American Psychologist*, 44. Jg., Heft 9, 1175–1184.

- Bandura, A., Barbaranelli, C., Caprara, G. V., Pastorelli, C. 1996: Multifaceted Impact of Self-Efficacy Beliefs on Academic Functioning. *Child Development*, 67. Jg., Heft 3, 1206–1222.
- Bhaskar-Shrinivas, P., Harrison, D. A., Shaffer, M. A., Luk, D. M. 2005: Input-Based and Time-Based Models of International Adjustment: Meta-Analytic Evidence and Theoretical Extensions. *Academy of Management Journal*, 48. Jg., Heft 2, 257–280.
- Black, J. S., Mendenhall, M., Odou, G. 1991: Toward a Comprehensive Model of International Adjustment: An Integration of Multiple Theoretical Perspectives. *The Academy of Management Review*, 16. Jg., Heft 2, 291–317.
- Brookfield Global Relocation Services 2012: Responding to Dual-Career and Family Challenges. *Strategic Advisor*, 8. Jg., Heft 72.
- Büchel, F., Frick, J. R., Witte, J. C. 2002: Regionale und berufliche Mobilität von Hochqualifizierten. Ein Vergleich Deutschland – USA. In L. Bellmann (Hg.), *Arbeitsmärkte für Hochqualifizierte*. Nürnberg, 207–247.
- Bude, H., Lantermann, E.-D. 2006: Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58. Jg., Heft 2, 233–252.
- Caligiuri, P. M., Hyland, M. M., Joshi, A., Bross, A. S. 1998: Testing a Theoretical Model for Examining the Relationship Between Family Adjustment and Expatriates' Work Adjustment. *Journal of Applied Psychology*, 83. Jg., Heft 4, 598–614.
- Coleman, P. K., Karraker, K. H. 1997: Self-efficacy and Parenting Quality: Findings and Future Applications. *Developmental Review*, 18. Jg., Heft 1, 47–85.
- Demerouti, E., Bakker, A. B., Schaufeli, W. B. 2005: Spillover and crossover of exhaustion and life satisfaction among dual-earner parents. *Journal of Vocational Behavior*, 67. Jg., Heft 2, 266–289.
- Diewald, M., Huinink, J., Heckhausen, J. 1996: Lebensverläufe und Persönlichkeitsentwicklung im gesellschaftlichen Umbruch. Kohortenschicksale und Kontrollverhalten in Ostdeutschland nach der Wende. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48. Jg., Heft 2, 219–248.
- Diewald, M., Mayer, K. 2008: The Sociology of the Life Course and Life Span Psychology: Integrated Paradigm or Complementing Pathways? *DIW Discussion Papers 772*. Berlin.
- Dumont, J.-C., Lemaître, G. 2005: Counting Immigrants and Expatriates in OECD Countries: A New Perspective. In *OECD Social, Employment and Migration Working Papers*. Paris.
- Eby, L. T., DeMatteo, J., Russell, J. E. A. 1997: Employment Assistance Needs of Accompanying Spouses following Relocation. *Journal of Vocational Behavior*, 50. Jg., Heft 2, 291–307.
- Eden, D., Aviram, A. 1993: Self-efficacy training to speed reemployment: Helping people to help themselves. *Journal of Applied Psychology*, 78. Jg., Heft 3, 352–360.
- Elder, G. 1974: *Children of the Great Depression: Social Change in Life Experience*. Chicago: University of Chicago Press.
- Ensher, E. A., Grant-Vallone, E. J., Donaldson, S. I. 2001: Effects of Perceived Discrimination on Job Satisfaction, Organizational Commitment, Organizational Citizenship Behavior, and Grievances. *Human Resource Development Quarterly*, 12. Jg., Heft 1, 53–72.
- Fincham, F. D., Harold, G. T., Gano-Phillips, S. 2000: The longitudinal association between attributions and marital satisfaction: Direction of effects and role of efficacy expectations. *Journal of Family Psychology*, 14. Jg., Heft 2, 267–285.
- Ford, M. T., Heinen, B. A., Langkamer, K. L. 2007. Work and family satisfaction and conflict: A meta-analysis of cross-domain relations. *Journal of Applied Psychology*, 92. Jg., Heft 1, 57–80.
- Frone, M. R. 2003: Work-family balance. In J. C. Quick, L. E. Tetrick (Hg.), *Handbook of occupational health psychology*. Washington, DC: American Psychological Association, 143–162.
- Greenhaus, J. H., Powell, G. N. 2006: When Work and Family Are Allies: A Theory of Work-Family Enrichment. *The Academy of Management Review*, 31. Jg., Heft 1, 72–92.
- Hammer, L. B., Allen, E., Grigsby, T. D. 1997: Work-Family Conflict in Dual-Earner Couples: Within-Individual and Crossover Effects of Work and Family. *Journal of Vocational Behavior*, 50. Jg., Heft 2, 185–203.

- Harvey, M. 1998: Dual-career couples during international relocation: The trailing spouse. *The International Journal of Human Resource Management*, 9. Jg., Heft 2, 309–331.
- Hechanova, R., Beehr, T. A., Christiansen, N. D. 2003: Antecedents and Consequences of Employees' Adjustment to Overseas Assignment: A Meta-analytic Review. *Applied Psychology: An International Review*, 52. Jg., Heft 2, 213–236.
- Holtbrügge, D., Kittler, M. G., Ungar, M. 2005: Der Einfluss der familiären Situation auf die kulturelle Anpassung deutscher Entsandter im Ausland. Eine empirische Untersuchung.
- Huffman, A., Culbertson, S. S., Goh, J. B. H. A. 2013: Work-family conflict across the lifespan. *Journal of Managerial Psychology*, 28. Jg., Heft 7/8, 761–780.
- Huinink, J. 2014: Die Familie in der Zwickmühle. *Soziologische Revue*, 37. Jg., Heft 3, 253–262.
- Huinink, J., Feldhaus, M. 2012: Fertility and commuting behaviour in Germany. *Comparative Population Studies*, 37. Jg., Heft 3/4, 491–516.
- Iredale, R. 2001: The Migration of Professionals: Theories and Typologies. *International Migration*, 39. Jg., Heft 5, 7–26.
- Jahr, V., Schomburg, H., Teichler, U. 2002: Mobilität von Hochschulabsolventinnen und -absolventen in Europa. In L. Z. V. J. Bellmann (Hg.), *Arbeitsmärkte für Hochqualifizierte*. Nürnberg, 317–355.
- Jurczyk, K., Schier, M., Szymenderski, P. 2009: Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie. *Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung*. Berlin: edition sigma.
- Lazarova, M., Westman, M., Shaffer, M. A. 2010: Elucidating the Positive Side of the Work-Family Interface on International Assignments: A Model of Expatriate Work and Family Performance. *Academy of Management Review*, 35. Jg., Heft 1, 93–117.
- Leganger, A., Kraft, P., Espen, Røysamb. 2000: Perceived self-efficacy in health behaviour research: Conceptualisation, measurement and correlates. *Psychology & Health*, 15. Jg., Heft 1, 51–69.
- Mahroum, S. 2000: Highly skilled globetrotters: Mapping the international migration of human capital. *R, D management*, 30. Jg., Heft 1, 23–32.
- Mäkelä, L., Suutari, V. 2011: Coping with work-family conflicts in the global career context. *Thunderbird International Business Review*, 53. Jg., Heft 3, 365–375.
- Mendenhall, M., Dunbar, E., Oddou, G. R. 1987: Expatriate Selection, Training, and Career-Pathing: A Review and Critique. *Human Resource Management*, 26. Jg., Heft 3, 331–345.
- Minssen, H., Schmidt, S. 2008: Selbstselektion statt Personalauswahl? Auslandsentsendungen in der deutschen chemischen Industrie. *Zeitschrift für Personalforschung*, 22. Jg., Heft 3, 228–248.
- Niedner-Kalthoff, U. 2006. Rotation und Objektivität. Diplomaten als transnationale Migranten. In F. Kreutzer, S. Roth (Hg.), *Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität*. Wiesbaden: VS, 83–99.
- O'Leary, A. 1985: Self-efficacy and health. *Behavioral Research, Therapy*, 23. Jg., Heft 4, 437–451.
- Parey, M., Waldinger, F. 2011: Studying Abroad and the Effect on International Labour Market Mobility: Evidence from the Introduction of ERASMUS. *Economic Journal*, 121. Jg., Heft 551, 194–222.
- Powell, J., Bernhard, N., Graf, L. 2012: The Emergent European Model in Skill Formation. Comparing Higher Education and Vocational Training in the Bologna and Copenhagen Processes. *Sociology of Education*, 85. Jg., doi: 10.1177/0038040711427313.
- Rudolph, S. 2002: Familie und Mobilität im Auswärtigen Dienst. In Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), *Familie und Mobilität in den Zeiten der Globalisierung. Dokumentation des Kongresses*, 64–68.
- Rüger, H., Ruppenthal, S., Fliege, H., Hillmann, J., Kaukal, M., Bellinger, M. M., Schneider, N. F. 2013: Mobilitätskompetenzen im Auswärtigen Dienst. Risiken und protektive Faktoren bei der Bewältigung der Auslandsrotation. Würzburg: Ergon.
- Schneider, N. F., Collet, B. (Hg.): 2010. *Mobile Living Across Europe. Volume 2: Causes and Consequences of Job-Related Spatial Mobility in Cross-National Comparison*. Opladen: Barbara Budrich.
- Schneider, N. F., Meil, G. (Hg.): 2008. *Mobile Living across Europe. Volume 1: Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries*. Opladen: Barbara Budrich.

- Schneider, N. F., Limmer, R., Ruckdeschel, K. 2002: Mobil, flexibel, gebunden. Familie und Beruf in der mobilen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus.
- Schwarzer, R., Jerusalem, M. 1995: Generalized Self-Efficacy Scale. In W. Johnston, J. Weinman (Hg.), Measures in health psychology: A user's portfolio. Causal and control beliefs. Windsor, UK: Nfer-Nelson, 35-37.
- Shaffer, M. A., Harrison, D. A. 2001: Forgotten Partners of International Assignments: Development and Test of a Model of Spouse Adjustment. *Journal of Applied Psychology*, 86. Jg., Heft 2, 238-254.
- Silbereisen, R. K. 2001: Konstanz und Wandel von Selbstwirksamkeit und dem Zeitpunkt psychosozialer Übergänge im Jugendalter: Deutschland 1991 und 1996. In H. Bertram, R. Kollmorgen (Hg.), Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich, 283-301.
- Straubhaar, T., Wolter, A. 1997: Globalisation, internal labour markets and the migration of the highly skilled. *Intereconomics*, 32. Jg., Heft 4, 174-180.
- Stutzer, A., Frey, B. S. 2008: Stress that doesn't pay. The commuting paradox. *The Scandinavian Journal of Economics*, 110. Jg., Heft 2, 339-366.
- Takeuchi R., Yun, S., Tesluk, P. E. 2002: An examination of crossover and spillover effects of spousal and expatriate cross-cultural adjustment on expatriate outcomes. *Journal of Applied Psychology*, 87. Jg., Heft 4, 655-666.
- Trougakos, J. P., Bull, R. A., Green, S. G., MacDermid, S. M., Weiss, H. M. 2007: Influences on Job Search Self-Efficacy of Spouses of Enlisted Military Personnel. *Human Performance*, 20. Jg., Heft 4, 391-413.
- Tung, R. L. 1981: Selection and training of personnel for overseas assignments. *Columbia Journal of World Business*, 81. Jg., Heft 1, 68-78.
- Tung, R. L. 1982: Selection and training procedures of U.S., European, and Japanese multinationals. *California Management Review*, 25. Jg., Heft 1, 57-71.
- Tung, R. L. 1984: Strategic management of human resources in the multinational enterprise. *Human Resource Management*, 23. Jg., Heft 2, 129-143.
- UNDG 2004: Joint Guidance Note on the Employment of Expatriate Spouses. New York.
- van der Zee, K., Ali, A. J., Salomé, E. 2005: Role interference and subjective well-being among expatriate families. *European Journal of Work and Organizational Psychology*, 14. Jg., Heft 3, 239-262.
- Westman, M. 2001: Stress and strain crossover. *Human Relations*, 54. Jg., Heft 6, 717-753.
- Westman, M., Etzion, D. 2005: The Crossover of Work-Family Conflict From One Spouse to the Other. *Journal of Applied Social Psychology*, 35. Jg., Heft 9, 1936-1957.

# Räumliche Mobilität und regionale Partnermärkte

Jan Eckhard und Johannes Stauder

*Beitrag zur Veranstaltung »Herausforderungen räumlicher Mobilität für soziale Beziehungen, Familie und Partnerschaft – Lebenswelten in der Krise?« der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie – organisiert von Stefanie Kley, Natascha Nisic und Heike Herrmann*

Mit Blick auf die Alltagspraxis, Ausgestaltung und Stabilität von Paar- und Familienbeziehungen lassen sich verschiedene Auswirkungen räumlicher Mobilität vermuten. Zu nennen sind beispielsweise Auswirkungen auf die Paarstabilität, auf Geschlechterrollen und die familiäre Arbeitsteilung sowie auf die Qualität der Eltern-Kind-Beziehungen. Darüber hinaus beeinflusst das Aufkommen an räumlicher Mobilität jedoch auch bereits die Möglichkeiten, überhaupt erst einen Partner zu finden und eine stabile Paarbeziehung aufzubauen. Weil arbeitsmarkt- und ausbildungsbedingte Zu- und Abwanderungen in einzelne Regionen alters- und häufig auch geschlechtsspezifisch erfolgen, determiniert räumliche Mobilität die Struktur der lokalen Partnermärkte, das heißt die Chancen, potenzielle Partner kennen zu lernen (Blau et al. 1982; Blau et al. 1984).<sup>1</sup> Darüber hinaus wird vermutet, dass die Gelegenheiten und Restriktionen der Partnermärkte auch die Auswahl des Partners (Blau et al. 1982; Blau et al. 1984; Klein 2000 a, b, c), die Machtverhältnisse und die Arbeitsteilung in den Partnerschaften (Heer, Grossbard-Shechtman 1981; Guttentag, Secord 1983; South, Trent 1988; Stauder 2002: 95ff.; Kröhnert, Klingholz 2007) sowie die Stabilität von Beziehungen (Becker et al. 1977: 1150) beeinflussen.

Ein Beispiel für den Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und den Partnermarktchancen ist der Männerüberschuss in den neuen Bundesländern, der aus der überproportional häufigen Ost-West-Migration von Frauen (zum Beispiel Kröhnert, Klingholz 2007; Stauder 2011) resultiert. Aufgrund der regionalen Unterschiede der Beschäftigungschancen und Bildungsangebote sind ungleiche regionale Partnermarktchancen aber auch innerhalb der west- und ost-deutschen Bundesländer zu erwarten. Der vorliegende Beitrag präsentiert erste Einblicke in den Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und den Chancen und Restriktionen lokaler Partnermärkte in Ost- und Westdeutschland.

---

<sup>1</sup> Paarbeziehungen rekrutieren sich überwiegend aus engen räumlichen Kontexten (Lengerer 2001).

## Daten und Methode

Während die empirische Erforschung des Partnermarkts in Deutschland (zum Beispiel Klein 1994, 1995; Martin 2001; Stauder 2002) bis dato den theoretischen Überlegungen (grundlegend Blau 1977, 1994) zur Partnermarkt*relevanz* und Partnermarkt*verfügbarkeit* der lokalen Bevölkerungen kaum Rechnung trägt, beruhen die im Folgenden präsentierten Ergebnisse erstmals auf einem Vergleich kleinräumiger regionaler Einheiten (Landkreise und kreisfreie Städte), erstmals auf theorieadäquaten Partnermarktindikatoren (alters- und verfügbarkeitsgewichtete Availability Ratio) sowie erstmals auf Längsschnittbetrachtungen (Kalenderjahre 1985–2010).

Die Berechnung der Partnermarktindikatoren orientiert sich an den von Johannes Stauder (2011, 2008) entwickelten Konzepten der Partnermarkt*relevanz* und *-verfügbarkeit* und basiert auf der Auswertung zweier Zeitreihen der Bevölkerungsstatistik auf Kreisebene für die Jahre 1985–2010.<sup>2</sup> Für jedes Kalenderjahr und jedes Einzelaltersjahr wird aus diesen Daten die Anzahl der deutschen Männer  $M_r$  und Frauen  $F_r$  in den jeweiligen Kreisen ermittelt (mit  $r$  = Kreisschlüssel und  $j$  = Altersjahr). Da neben dem Alter auch der Bildung erhebliche Bedeutung für die Relevanz potenzieller Partner zukommt, werden die Anzahl der Männer und Frauen in einigen zusätzlichen Analysen nicht nur nach dem Lebensalter differenziert, sondern auch nach Bildungskategorien getrennt berechnet.

Die Summe der alters- und bildungsrelevanten, verfügbaren *Männer* eines beliebigen Altersjahres  $j$  im Kreis  $r$  für *Frauen* des Alters  $i$  mit dem Bildungsgrad  $b$  ergibt sich somit gemäß

$$M_{rib}^{ABVj} = M_r^j \cdot w_i^{A(M)j} \cdot w_{br}^{B(M)j} \cdot w_r^{V(M)j},$$

wobei

- durch  $w_i^{A(M)j}$  die Altersrelevanz der Männer des Alters  $j$  für Frauen des Alters  $i$  mit einem Wert zwischen 0 und 1 abgebildet wird, während
- durch  $w_{br}^{B(M)j}$  der Anteil der Männer des Alters  $j$  mit gleichem Bildungsgrad im Kreis  $r$  und
- durch  $w_i^{V(M)j}$  die Verfügbarkeitswahrscheinlichkeit dieser Männer im Kreis  $r$  symbolisiert ist.

Diese Vorgehensweise setzt eine empirische Bestimmung sowohl der Altersrelevanz als auch der Verfügbarkeitswahrscheinlichkeit voraus. Zur Bestimmung der Altersrelevanz wurden Untersuchungen der Alterskonstellationen in Paarbeziehungen durchgeführt. Die ermittelten Anteilswerte der Verteilung des Partneralters nach Geschlecht und Alter des Befragten bei Beziehungsbeginn werden hierbei als Wahrscheinlichkeit interpretiert, mit der Personen des Alters  $j$  für das Eingehen einer Partnerschaft von Personen des Gegengeschlechts im Alter  $i$  als relevant erachtet werden.

Zur Ermittlung der Verfügbarkeitswahrscheinlichkeit wurden Untersuchungen über die relative Häufigkeit von Partnerschaftstrennungen mit unmittelbar anschließenden Nachfolgebeziehungen von Personen in unterschiedlichen partnerschaftlichen Lebensformen durchgeführt

<sup>2</sup> Eine ausführliche Beschreibung der methodischen Vorarbeiten sowie der informationellen Grundlagen findet sich in einem »Methodenbericht« (Eckhard et al. 2014), der online unter [www.soz.uni-heidelberg.de/projektde tails/835,68,0,0,1.html](http://www.soz.uni-heidelberg.de/projektde tails/835,68,0,0,1.html) zugänglich ist.

und mit Häufigkeitsauszählungen auf Ebene der Kreise nach diesem Merkmal verknüpft. Die Wahrscheinlichkeit einer Partnerschaftstrennung mit unmittelbar anschließender Nachfolgebearbeitung wird in diesem Zusammenhang als Ausdruck der Partnermarkt-Verfügbarkeit von Personen in Partnerschaften interpretiert. Die Verfügbarkeit wurde differenziert nach Geschlecht und nach der Beziehungsform (Ehe, nicht-eheliche Beziehung mit einem gemeinsamen Haushalt, nicht-eheliche Beziehung ohne einen gemeinsamen Haushalt) ermittelt. Für Personen ohne eine Partnerschaft wird eine Verfügbarkeit von 100 Prozent unterstellt. Die Anzahl der verfügbaren Personen ergibt sich sodann aus der Summe der partnerlosen Personen und der mit der jeweiligen Verfügbarkeit gewichteten Anzahl von Männern bzw. Frauen in den verschiedenen Beziehungsformen.

Aus der Anzahl der alters- und bildungsrelevanten, verfügbaren Männer und Frauen lässt sich für jeden Einwohner eines deutschen Landkreises sowie und für jedes Kalenderjahr die von Goldman et al. (1984) entwickelte Availability Ratio (*AR*) berechnet. Die *AR* bestimmt sich hierbei gemäß der Gleichung 3.

$$\text{mit } AR_i^F = \frac{\sum_j w_j M_j}{\sum_j w_j \cdot \sum_k w_k F_k} \sum_j w_j = \sum_k w_k = 1$$

Dabei steht im Zähler der Gleichung, welche die *AR* für Frauen des Alters *i* darstellt, die gemäß der Altersrelevanz ( $w_j$ ) gewichtete Anzahl der Männer (*M*), die auf die Frauen der Altersgruppe *i* entfallen; im Nenner steht dagegen die durchschnittliche Anzahl der auf die Männer im Zähler entfallenden Frauen ( $F_k$ ), die für diese Männer altersrelevant sind ( $w_k$ ), wobei dieser Durchschnitt wiederum gemäß der Altersrelevanz der Männer für Frauen des Alters *i* gewichtet wird ( $w_j$ ).<sup>3</sup>

In den Untersuchungen kommen verschiedene Varianten der *AR* zur Anwendung. Die Varianten unterscheiden sich danach, ob neben der Altersrelevanz auch die Bildungsrelevanz und/oder die Verfügbarkeit einbezogen sind.

## Ost-West-Unterschiede der Partnermarktentwicklung

Auswirkungen räumlicher Mobilität auf die Partnermarktbedingungen werden in der Forschungsliteratur vielfach vor dem Hintergrund der überproportional häufigen Abwanderung von Frauen aus den östlichen in die westlichen Regionen Deutschlands diskutiert. Während die geschlechtersegregierten Wanderungsbewegungen gut dokumentiert sind (Mai 2006, Hunt 2006), wurden die daraus resultierenden Partnermarktveränderungen bislang noch nicht mit adäquaten Partnermarktindikatoren aufgezeigt.

Einen ersten Eindruck über die Auswirkungen der Ost-West-Wanderungen erhält man, wenn man sich die Veränderung der Partnermarktbedingungen im Lebenslauf der verschiedenen ost- und westdeutschen Geburtskohorten betrachtet. Auf der Grundlage der oben beschriebenen

<sup>3</sup> Entwickelt und getestet wurde außerdem ein Berechnungsverfahren für Partnermarktindikatoren, das zusätzlich der Durchmischung von räumlich-benachbarten Partnermärkten Rechnung trägt (Eckhard et al. 2014, Kap. 7.3). Wegen der nur äußerst geringen Auswirkung des Verfahrens auf die Partnermarktindikatoren findet das Verfahren allerdings keine Berücksichtigung bei der Aufbereitung der Indikatoren.



Daten und Indikatoren lässt sich zeigen, dass die Partnermarktbedingungen der jüngeren Männerkohorten (Geburtskohorten der 1980er und späten 1970er Jahre) im Westen Deutschlands mit zunehmenden Alter günstiger, in Ostdeutschland hingegen aber mit zunehmenden Alter ungünstiger werden. Die ostdeutschen Jahrgänge der späten 1970er und der frühen 1980er Jahre gehören zu den Kohorten, die von der überproportional häufigen Ost-West-Wanderung von jungen Frauen betroffen sind. Mit zunehmendem Alter verschlechtern sich daher die regionalen Partnermärkte der ostdeutschen Männerjahrgänge 1975–79. Eine entsprechende Abnahme der AR-Werte mit zunehmendem Lebensalter ist ebenso für die in den frühen und späten 1980er Jahre geborenen ostdeutschen Männerjahrgänge zu beobachten. Hieran zeigt sich der Mobilitätseffekt, aus dem sich zugleich die mit dem Lebensalter ansteigenden AR-Werte der ostdeutschen Frauenjahrgänge 1975–79, 1980–84 und 1985–89 erklären lassen. Vice versa ergeben sich für die westdeutschen Frauenkohorten der 1970er und 1980er Jahre AR-Werte, die mit zunehmendem Alter abnehmen. Die Ost-West-Wanderung von in den 1970ern geborenen Frauen führt zudem auch für die jüngeren westdeutschen Männerjahrgänge zu einer mit zunehmendem Alter verbesserten Partnermarktlage. Eine ausführliche (graphische) Darstellung dieser Zusammenhänge findet sich bei Jan Eckhard, Johannes Stauder und Daniel Wiese (2015) in Abschnitt 5.1.

Berechnungen mit der verfügbarkeitsgewichteten AR zeigen, dass dieser Befund auch dann seine Geltung behält, wenn man das veränderte Bindungsverhalten (Aufkommen und Stabilität partnerschaftlicher Bindungen, Eheschließungs- und Zusammenzugsneigung) in Rechnung stellt. Zwar kommt es im Lebenslauf zu einer Verengung des Partnermarktes aufgrund der zunehmenden Einbindung der partnermarktrelevanten Bevölkerung in partnerschaftliche Lebensformen (Verfügbarkeitseffekt), aufgrund des Wandels der Beziehungsbiografien betrifft dies aber die jüngeren Kohorten in weitaus geringerem Ausmaß als die älteren Generationen.<sup>4</sup>

Unter der Annahme einer weitverbreiteten Präferenz für bildungshomogame Partnerschaften (zum Beispiel Timm 2004, Skopek 2012) stellt sich die Frage, in welcher Weise räumliche Mobilität im Speziellen die Chancen für eine bildungshomogame Partnerschaft positiv oder negativ beeinflusst. Die Partnermarktbedingungen für eine bildungshomogame Partnerwahl lassen sich identifizieren, indem die Indikatoren nach unterschiedlichen Bildungskategorien aufgeschlüsselt werden und hierbei sowohl auf der Seite der Partnermarktkonkurrenz als auch auf der Angebotsseite jeweils ausschließlich die Bevölkerung mit gleichem Bildungsabschluss

---

<sup>4</sup> Vergleicht man die verfügbarkeitsgewichtete AR mit der »rohen« (nicht nach Verfügbarkeit gewichteten) AR, dann ist zum Beispiel mit Blick auf die Männer festzustellen, dass etliche Kohortenunterschiede im mittleren Altersbereich (zwischen 30 und 40 Jahren) etwas geringer ausfallen als in den Berechnungen mit der rohen AR. Die Differenz fällt aber bei denjenigen Jahrgängen nur sehr gering aus, deren Beziehungsbiografien im Vergleich zu älteren Generationen durch ein reduziertes Aufkommen an partnerschaftlichen Bindungen geprägt sind. Untersuchungen zeigen, dass der Anteil der im Alter zwischen 25 und 60 Jahren in einer Partnerschaft gebundenen westdeutschen Männer ab den Jahrgängen der 1940er Jahre, der in Partnerschaften gebundenen westdeutschen Frauen erst ab den Jahrgängen der 1950er Jahre rückläufig ist (Eckhard 2015). Entsprechend diesem Rückgang der Bindungsquoten zeigt sich eine Angleichung der verfügbarkeitsgewichteten an die rohe AR bei den westdeutschen Männern ab den Jahrgängen der späten 1950er Jahre (für die die etwas jüngeren Frauenjahrgänge der frühen 1950er altersrelevant sind) und bei den westdeutschen Frauen bereits ab den Jahrgängen der 1940er. Vgl. dazu ausführlich Eckhard et al. 2015, Abschnitt 5.2.

berücksichtigt wird (für eine ausführlichere Darstellung im Folgenden auch Eckhard et al. 2015, Abschnitt 5.2). Auf dieser Grundlage ist für Männer mit Abitur in Ostdeutschland zu beobachten, dass für die nach 1960 geborenen Männerjahrgänge höhere Werte ermittelt werden als für die nicht nach Bildung differenzierte AR. Eine hohe Präferenz für bildungshomogame Partnerschaften vorausgesetzt, verschlechtert räumliche Mobilität demnach vorwiegend die Partnermarktbedingungen der jüngeren ostdeutschen Männer ohne Abitur, während die der Männer mit Abitur sehr viel weniger tangiert sind. Erwartungsgemäß ist bei den Frauen mit Abitur ein entgegengesetzter Zusammenhang zu beobachten. Frauen in den neuen Bundesländern mit Abitur, die einen Partner mit gleichem Bildungsgrad suchen, profitieren also keineswegs von dem dortigen Männerschuss, sondern stehen im Gegenteil einem Partnermarktengpass gegenüber (auch Stauder 2011).

## Stadt-Land-Unterschiede

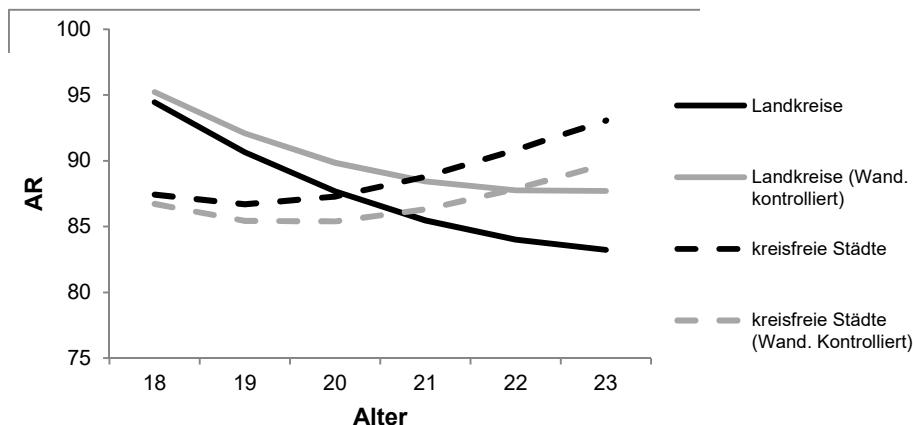
Um den Einfluss der räumlichen Mobilität auch mit Blick auf Differenzen zwischen den Regionen innerhalb Ostdeutschlands zu untersuchen, wurden die Partnermarktindikatoren mit der Wanderungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für die Jahre 2002 bis 2010 verknüpft.<sup>5</sup> Anhand der Wanderungsdaten wird die altersgenaue und geschlechtsspezifische Anzahl der Zu- und Fortzüge der deutschen Bevölkerung für jeden Kreis geschätzt und schließlich der wanderungsbedingte Frauen- bzw. Männerüberschuss für unterschiedliche Altersjahre berechnet. Für jedes Alter wird dieses Saldo über die Vorjahre kumuliert.<sup>6</sup> Dieser absolute wanderungsbedingte Männer- bzw. Frauenüberschuss wird schließlich mit der Anzahl des jeweiligen Frauen- bzw. Männerjahrgangs im Kreis gewichtet (da der absolute Frauen- bzw. Männerüberschuss sich umso gravierender auswirken sollte, je kleiner die Gruppe der betroffenen Altersjahrgänge ist).

---

<sup>5</sup> Verwendet wurden die Statistiken der Wanderungen über Kreisgrenzen für die Jahre 2002-2010, differenziert nach Geschlecht und Altersgruppe bzw. Geschlecht und Nationalität.

<sup>6</sup> So ergibt sich bspw. der kumulierte wanderungsbedingte Männerüberschuss für 22-Jährige im Jahr 2005 aus der Summe des Männerüberschusses für 22-Jährige im Jahr 2005, 21-Jährige im Jahr 2004, 20-Jährige im Jahr 2003, etc. (beginnend im Alter von 18).

Abb. 1: Availability Ratio nach Kreistyp (Landkreise, kreisfreie Städte) für ostdeutsche Männer der Geburtsjahrgänge 1985-1989, ohne bzw. mit Kontrolle der geschlechtsspezifischen Wanderung



Quelle: Bevölkerungsstatistiken der Länder 1985-2010; Mikrozensus 1985-2010; Familiensurvey 1988, 1990, 1994, 2000; pairfam 2008/09-2010/11; SOEP 1985-2010; GGS 2005, 2008; Alterssurvey 2008; SHARELIFE; Partnermarktsurvey 2009; Wanderungsstatistik über Kreisgrenzen der Länder 2002-2010; eigene Berechnungen

Abbildung 1 zeigt den Einfluss des Wanderungsverhaltens auf den Partnermarkt am Beispiel der ostdeutschen Männerjahrgänge 1985-1989. Die hier dargestellten Effekte beruhen auf OLS-Regressionen mit und ohne Kontrolle des Wanderungsverhaltens. Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass in ostdeutschen Landkreisen (durchgezogene Linien) der Partnermarkt für junge Männer unter Kontrolle der Wanderungsbewegungen günstiger ausfällt als ohne deren Kontrolle. Das heißt, dass diese Männer wegen der übermäßigen Abwanderung der Frauen schlechtere Partnermarktchancen haben, wobei dieser Effekt mit dem Alter zunimmt (im Alter von 23 Jahren beträgt dieser Unterschied ca. fünf potentielle Partnerinnen auf 100 Männer). Interessanterweise zeigt sich für ostdeutsche Männer in kreisfreien Städten (gestrichelte Linien) ein gegenteiliger Effekt. Die geschlechtsspezifische Binnenwanderung führt also nicht per se zu einem schlechteren Partnermarkt für ostdeutsche Männer – vielmehr profitieren die Männer in den ostdeutschen kreisfreien Städten sogar von ihr.

## Die Bedeutung regionaler Kontextmerkmale

Mit der Unterscheidung zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten lassen sich strukturelle Unterschiede zwischen den regionalen Räumen nur sehr grob widerspiegeln. Für genauere Erkenntnisse wurden die Partnermarktindikatoren daher mit Informationen über Kontextmerkmale der Regionen verknüpft. Dabei handelt es sich erstens um regionalen Zeitreihen der amtlichen Statistik, die über die wirtschaftsstrukturellen Merkmale (Arbeitslosigkeit, Beschäftigte in verschiedenen Wirtschaftssektoren) der Kreise und kreisfreien Städte informieren. Zweitens wurde die siedlungsstrukturelle Klassifizierung (Agglomerationsräume, verstärkte Räume, ländliche Räume) des Bundesamtes für Bau-, Stadt- und Raumforschung zugespielt. Drittens wurde die amtliche Hochschulstatistik genutzt, um Informationen über tertiäre Bildungs-

einrichtungen zu ergänzen. Tabelle 1 zeigt die Berechnung von Effekten dieser Merkmale auf die regionale AR anhand einer Mehrebenen-Regression. Die Werte beziehen sich auf die Jahre 1996-2010.<sup>7</sup>

In Anbetracht geschlechterspezifischer Berufspräferenzen lässt sich vermuten, dass eine überproportionale Einwanderung von Frauen insbesondere in Dienstleistungsregionen stattfindet. Entsprechend dieser Vermutung zeigt sich in Tabelle 1, dass Regionen mit einem breiten Dienstleistungssektor mit höheren AR-Werten für Männer und niedrigeren AR-Werten für Frauen einhergehen. Dies trifft sowohl auf den Westen wie auf den Osten Deutschlands zu. Strukturschwache Regionen mit hohen Arbeitslosenzahlen weisen zwar eine hohe Abwanderung sowohl von Männern als auch von Frauen auf, gemäß der Migrationsforschung ist die Abwanderungsbereitschaft bei Frauen in strukturschwachen Regionen jedoch höher als bei Männern (zum Beispiel Wiest, Leibert 2013). Entsprechend zeigt Tabelle 1, dass eine hohe Arbeitslosenquote sich reduzierend auf die Partnermarktbedingungen von Männern und begünstigend auf die der Frauen auswirkt.

Neben der Ausdehnung des Dienstleistungssektors und der Arbeitslosenquoten erweist sich die Bildungsinfrastruktur als bedeutsam. Die Existenz einer Hochschule (oder mehrerer) geht mit höheren AR-Werten für Männer und mit niedrigeren AR-Werten für Frauen einher. Hierin kommt zum Ausdruck, dass in Regionen mit Hochschulen mehr (junge) Frauen als Männer einwandern. Eine Ausnahme sind – allerdings nur im Westen – Hochschulen mit einer Spezialisierung auf Studiengänge im Bereich der Natur-, Ingenieurs- und Agrarwissenschaften, die von Frauen im Vergleich zu Männern seltener belegt werden.

Tab. 1: Effekte struktureller Merkmale auf die Availability Ratio in deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten 1996-2010, Regressionskoeffizienten

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Anteil Beschäftigter im Dienstleistungssektor	-0,08	0,72	-0,16	0,12
Arbeitslosenquote	0,36	-0,23	0,25	-0,11
<i>Hochschulen im Kreis<sup>1</sup></i>				
ohne Spezialisierung	-2,15	0,95	-3,07	1,45
Spezialisierung auf Agrar-, Ingenieurs-, Mathematik-, Naturwiss.	0,66	-1,11	-0,80	0,05
Spezialisierung auf Kunst- oder Kulturwiss.	-1,10	0,24	-1,60	1,14
Spezialisierung auf Wirtschaft, Jura, Sozialwiss.	-0,95	1,05	-0,56	0,43

<sup>7</sup> Für frühere Jahre sind einige der unabhängigen Variablen nicht verfügbar.

Agglomerationsraum <sup>2</sup>	0,55	0,60	-1,07	1,17
Verstädterter Raum <sup>2</sup>	0,11	-0,01	-0,48	0,47
Konstante	84,19	106,76	86,47	103,82
R <sup>2</sup> (gesamt)	0,88	0,79	0,91	0,85
R <sup>2</sup> (Kreise)	0,17	0,24	0,45	0,61
N (Jahre)	15	15	15	15
N (Kreisjahre)	4 888	4 888	1 605	1 605
N (Personenjahre)	277 074 600	280 610 501	79 074 640	81 610 501

<sup>1</sup> Referenzkategorie: keine Hochschule im Kreis

<sup>2</sup> Referenzkategorie: Ländlicher Raum

Kontrollvariablen: Geburtskohorte (5-Jahres-Klassen, Referenzkategorie: vor 1935 geboren), Alter (5-Jahres-Klassen, Referenzkategorie: unter 25 Jahre)

*Daten:* Bevölkerungsstatistiken der Länder 1985-2010; Mikrozensus 1985-2010; ALLBUS 1992-2010 Familiensurvey 1988, 1990, 1994, 2000; pairfam 2008/09-2010/11; SOEP 1985-2010; GGS 2005, 2008; Alterssurvey 2008; SHARELIFE; Partnermarktsurvey 2009; eigene Berechnungen

Der Effekt der Siedlungsstruktur fällt, wohlgemerkt unter Kontrolle des Angebots an Hochschulen und der wirtschaftsstrukturellen Merkmale, für den Westen Deutschland eher gering aus. Mit Blick auf den Osten zeigen sich hingegen ein nennenswerter positiver Urbanitätseffekt auf die Partnermarktbedingungen für Männer sowie ein entsprechender negativer Effekt auf die der Frauen. In die ostdeutschen Agglomerationsräume wandern demnach mehr Frauen ein als Männer.

Anstelle einer Zusammenfassung veranschaulicht Tabelle 2 die Auswirkungen dieser Effekte anhand einer deskriptiven Auswertung der Daten. In der Tabelle ist beispielhaft für die Männer des Jahrgangs 1975 aufgelistet, wie sich deren Partnermarktsituation – bemessen an der AR – zwischen 1996 und 2010, also zwischen dem 21. und 35. Lebensjahr verändert hat. Die Darstellung bezieht sich zum einen auf den Gesamtdurchschnitt und zum anderen auf Landkreise und kreisfreie Städte mit unterschiedlichen strukturellen Merkmalen.

Tab. 2: Veränderung der durchschnittlichen Availability Ratio von Männern des Jahrgangs 1975 zwischen 1996 und 2010 (21. und 35. Lebensjahr)

Neue Bundesländer		
Gesamt	-4,9	(von 92,1 auf 87,3)
Agglomerationsräume	+1,1	(von 91,4 auf 92,4)
Ländliche Kreise	-12,4	(von 94,0 auf 81,6)
Kreise mit Hochschule(n)	-0,7	(von 91,2 auf 90,5)
Kreise mit hohem Anteil d. Dienstleistungssektors <sup>1</sup>	-0,2	(von 91,4 auf 91,2)
Kreise mit geringem Anteil d. Dienstleistungssektors <sup>1</sup>	-11,3	(von 92,5 auf 81,2)
Alte Bundesländer		
Gesamt	+6,5	(von 85,8 auf 92,2)
Agglomerationsräume	+8,7	(von 84,8 auf 93,5)
Ländliche Kreise	+3,1	(von 86,7 auf 89,8)
Kreise mit Hochschule(n)	+8,0	(von 85,3 auf 93,3)
Kreise mit hohem Anteil d. Dienstleistungssektors <sup>1</sup>	+9,1	(von 84,3 auf 93,4)
Kreise mit geringem Anteil d. Dienstleistungssektors <sup>1</sup>	+3,3	(von 86,6 auf 90,0)

<sup>1</sup> höher bzw. niedriger als der ost- bzw. westdeutsche Jahresdurchschnitt

Daten: Bevölkerungsstatistiken der Länder 1985-2010; Mikrozensus 1985-2010; ALLBUS 1992-2010 Familiensurvey 1988, 1990, 1994, 2000; pairfam 2008/09-2010/11; SOEP 1985-2010; GGS 2005, 2008; Alterssurvey 2008; SHARELIFE; Partnermarktsurvey 2009; eigene Berechnungen

Wie die Tabelle zeigt, hat räumliche Mobilität in den neuen Bundesländern zur Folge, dass die AR des Männerjahrgangs 1975 im Gesamtdurchschnitt absinkt. Auf Regionen mit Hochschulen sowie die Regionen mit ausgeprägten Dienstleistungssektoren trifft dies aber nicht zu. Für diese Regionen zeigt sich kaum eine Veränderung. In den ostdeutschen Agglomerationsräumen steigt die AR sogar leicht an. Im Gegensatz hierzu gibt es für die Männer in den ländlichen Regionen und in den Regionen mit schmalen Dienstleistungssektoren eine umso deutlichere Verschlechterung der AR.

In den alten Bundesländern erfährt der Männerjahrgang 1975 im Gesamtdurchschnitt in Folge der Ost-West-Wanderungen eine deutliche Verbesserung der Partnermarktchancen. Aber auch für den Westen sind Unterschiede zwischen den Regionstypen zu erkennen. So ist der Anstieg der AR in ländlichen Kreisen und Kreisen mit geringem Dienstleistungssektor deutlich unterdurchschnittlich, während in den Agglomerationsräumen und Universitätsstädten hingegen ein deutlich überdurchschnittlicher Anstieg zu erkennen ist. Mobilitätsprozesse sorgen also nicht nur für Ost-West-Unterschiede der Partnerschaftschancen, sondern auch für erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen innerhalb von Ost- und Westdeutschland.

## Literatur

- Becker, G. S., Landes, E. M., Michael, R. T. 1977: An Economic Analysis of Marital Instability. *The Journal of Political Economy*, 85, 1141–1187.
- Blau, P. M. 1977: A Macrosociological Theory of Social Structure. *American Journal of Sociology*, 83, 26–54.
- Blau, P. M., Blum, T. C., Schwartz, J. E. 1982: Heterogeneity and Inter marriage. *American Sociological Review*, 47, 45–62.
- Blau, P. M., Becker, C., Fitzpatrick, K. M. 1984: Intersecting Social Affiliations and Inter marriage. *Social Forces*, 62, 585–605.
- Blau, P. M. 1994: *Structural Contexts of Opportunities*. Chicago: University Press.
- Eckhard, J. 2015: Abnehmende Bindungsquoten in Deutschland – Ausmaß und Bedeutung eines historischen Trends. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67, im Erscheinen.
- Eckhard, J., Stauder, J., Wiese, D. 2014: Die makrostrukturellen Rahmenbedingungen des Partnermarkts im Längsschnitt. Dokumentation zu Konzeption, methodischen Vorstudien und der Erstellung der Partnermarktindikatoren. Methodenbericht. Max-Weber-Institut für Soziologie, Universität Heidelberg, <http://www.soz.uni-heidelberg.de/projektetails/835,68,0,0,1.html> [Abruf 04.01.2015].
- Eckhard, J., Stauder, J., Wiese, D. 2015: Die Entwicklung des Partnermarkts im Längsschnitt. Alters- und Kohorteneffekte. In K. Hank, M. Kreyenfeld, Demografie, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden: Springer, im Erscheinen.
- Guttentag, M., Secord, P. F. 1983: *Too Many Women? The Sex Ratio Question*. Beverly Hills: Sage.
- Heer, D. M., Grossbard-Shechtman, A. 1981: The Impact of the Female Marriage Squeeze and the Contraceptive Revolution on Sex Roles and the Women's Liberation Movement in the United States, 1960 to 1975. *Journal of Marriage and the Family*, 43, 49–65.
- Hunt, J. 2006: Staunching Emigration from East Germany: Age and the Determinants of Migration. *Journal of the European Economic Association* 4: 1015–1037.
- Klein, T. 1994: Marriage Squeeze und Ehestabilität. Eine empirische Untersuchung mit den Daten des sozioökonomischen Panels. *Zeitschrift für Familienforschung*, 6, 177–196.
- Klein, T. 1995: Heiratsmarkt und 'Marriage Squeeze'. Analysen zur Veränderung von Heiratsgelegenheiten in der Bundesrepublik. In B. Nauck, C. Onnen-Isemann (Hg.), *Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung*. Rosemarie Nave-Herz zum 60. Geburtstag gewidmet. Neuwied: Luchterhand, 357–367.
- Klein, T. 2000a: Partnerwahl und Partnerschaftsformen im regionalen Kontext. In H. Bertram, B. Nauck, T. Klein (Hg.), *Solidarität, Lebensformen und regionale Entwicklung*. Opladen: Leske+Budrich, 59–82.
- Klein, T. 2000b: Partnerwahl zwischen sozialstrukturellen Vorgaben und individueller Entscheidungsautonomie. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 3, 229–243.
- Klein, T. 2000c: Partnerwahl zwischen Deutschen und Ausländern. In Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.), *Familien ausländischer Herkunft in Deutschland*. Vol. 1: Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation. Opladen: Leske+Budrich, 303–346.
- Kröhnert, S., Klingholz, R. 2007: *Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslangen jünger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer*. Berlin:
- Lengerer, A. 2001: Wo die Liebe hinfällt – ein Beitrag zur 'Geographie' der Partnerwahl. In T. Klein (Hg.), *Partnerwahl und Heiratsmuster. Sozialstrukturelle Voraussetzungen der Liebe*. Opladen, 133–162.
- Mai, R. 2006: Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland. *Raumforschung und Raumordnung*, 5, 355–369.
- Martin, F. O. 2001: Marriage Squeeze in Deutschland – aktuelle Befunde auf Grundlage der amtlichen Statistik. In T. Klein (Hg.), *Partnerwahl und Heiratsmuster. Sozialstrukturelle Voraussetzungen der Liebe*. Opladen: Leske+Budrich, 287–313.
- Skopek, J. 2012: *Partnerwahl im Internet. Eine quantitative Analyse von Strukturen und Prozessen der Online-Partnersuche*. Wiesbaden: VS.

- South, S. J., Trent, K. 1988: Sex Ratios and Women's Roles: A Cross-National Analysis. *American Journal of Sociology*, 93, 1096–1115.
- Stauder, J. 2002: Eheliche Arbeitsteilung und Ehestabilität. Eine Untersuchung mit den Daten der Mannheimer Scheidungsstudie 1996 unter Verwendung ereignisanalytischer Verfahren. Würzburg: Ergon.
- Stauder, J. 2008: Opportunitäten und Restriktionen des Kennenlernens. Zur sozialen Vorstrukturierung der Kontaktgelegenheiten am Beispiel des Partnermarktes. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 60, 265–285.
- Stauder, J. 2011: Regionale Ungleichheit auf dem Partnermarkt? Die makrostrukturellen Rahmenbedingungen der Partnerwahl in regionaler Perspektive. *Soziale Welt*, 62, 45–73
- Timm, A. 2004: Partnerwahl und Heiratsmuster in modernen Gesellschaften. Der Einfluss des Bildungssystems. Wiesbaden: VS.
- Wiest, K., Leibert, T. 2013: Wanderungsmuster junger Frauen im ländlichen Sachsen-Anhalt – Implikationen für zielgruppenorientierte Regionalentwicklungsstrategien. *Raumforschung und Raumordnung*, 71, 455–469.



»Metamorphosen der ökologischen Krise« der Sektion Umweltsoziologie  
– organisiert von Bernd Sommer und Jan-Felix Schrape

# Die Konsument/-innen – *Treiber* des Umweltverbrauchs?

Roland Bogun

*Beitrag zur Veranstaltung »Metamorphosen der ökologischen Krise« der Sektion Umweltsoziologie – organisiert von Bernd Sommer und Jan-Felix Schrape*

In der Anfangsphase der Umweltdiskussion stand weitgehend außer Frage, welchen Akteuren die Verantwortung für die damals im Vordergrund stehenden Probleme zuzuschreiben ist: Als *Umweltsünder* stand *die* Industrie, insbesondere die großen Energie- und Chemiekonzerne, am Pranger. Demgegenüber richtet sich das Hauptaugenmerk inzwischen zunehmend auf die Rolle der Konsument/-innen. Denn während in den Unternehmen teils erhebliche Verbesserungen im Umweltschutz und Umweltmanagement erzielt werden konnten, blieben das sogenannte *Nutzerverhalten* und die damit verbundenen Umweltbelastungen lange vernachlässigt. Hinzu kommt, dass die Konsument/-innen durch ihre Nachfrage und ihre Kaufentscheidungen die Produktion überhaupt erst ermöglichen und finanzieren - und damit freilich indirekt auch zu den im Herstellungsprozess entstehenden Umweltbelastungen beitragen. Es gibt also gute Gründe dafür, die Rolle des Konsums und der Konsument/-innen intensiver zu beleuchten. Problematisch wird dies allerdings dann, wenn dabei die Unternehmen und andere relevante Akteure völlig in den Hintergrund geraten und die Konsument/-innen als die einzigen oder eigentlichen Verursacher der ökologischen Krise erscheinen. In den folgenden Ausführungen, die sich als Diskussionsbeitrag verstehen, sollen deshalb einige Thesen und Befunde zum Thema *Konsument/-innenverantwortung* kritisch betrachtet und Forschungslücken aufgezeigt werden.

## Konsument/-innen als (Haupt-) Verursacher globaler Umweltprobleme

An der zum Teil einseitigen Fokussierung der Verantwortungsdebatte auf die Konsument/-innen – insbesondere im öffentlichen Umweltdiskurs – sind indes auch Beiträge aus der Nachhaltigkeitsforschung und der Postwachstumsdebatte in unterschiedlicher Weise beteiligt. So wird in einigen Beiträgen beispielsweise ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Konsum und Umweltproblemen hergestellt und/oder die Rolle anderer Akteure aus Wirtschaft und Politik mehr oder weniger ausgeblendet. Harald Welzer etwa macht in einem Zeitungsartikel die Leserschaft unmittelbar verantwortlich, wenn er in Meldungen über globale Umweltprobleme die

Mitteilung vermisst, »dass dies alles infolge Ihrer Lebensweise geschieht. [...] Nie wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen den beunruhigenden Nachrichten von der Umwelt- und Klimafont und dem absurden Überkonsum, der dafür verantwortlich ist.« (Welzer 2012) Im Gegensatz dazu konstatiert Armin Grunwald, dass »Konsum häufig als entscheidende Ursache für Umweltzerstörung und Nachhaltigkeitsprobleme angesehen« werde (Grunwald 2013: 6); allerdings wird diese Annahme nicht weiter hinterfragt, und in den darauf folgenden Ausführungen, die sich unter anderem mit der Notwendigkeit eines nachhaltigen Konsums und der Überforderung der Verbraucher/-innen – dabei auch mit dem Verursacherprinzip und den komplexen systemischen Zusammenhänge zwischen Konsumverhalten und ökologischen Problemen – befassen, finden die in diesem Kontext ja keineswegs bedeutungslosen Industriekonzerne und Handelsunternehmen erstaunlicherweise keinerlei Erwähnung.

Ein einseitiges oder irreführendes Bild kann auch dadurch erzeugt werden, dass *territoriale* Gesamtdaten, zum Beispiel über länderspezifische Emissionen oder Lebensmittelabfälle, so präsentiert werden, als würden sie die unmittelbaren Auswirkungen des Konsumverhaltens der Bevölkerung widerspiegeln. So heißt es etwa auf einer Internetseite des Umweltbundesamts im Kommentar zu einer dort präsentierten Abbildung »CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf in verschiedenen Ländern«, diese zeige, dass global sehr große Unterschiede im Konsumniveau bestehen. Und angesichts der Notwendigkeit, den globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß erheblich zu mindern, mache dies »deutlich, dass das deutsche Konsumniveau nicht global verallgemeinerbar ist« (UBA 2014a). Tatsächlich aber dürfte es sich bei den dieser Aussage zugrunde liegenden Daten um die durch die Bevölkerung dividierte und auf Pro-Kopf-Daten heruntergerechnete Gesamtmenge der innerhalb der deutschen Grenzen – von welchen Emittent/-innen und für welche Zwecke auch immer – erzeugten CO<sub>2</sub>-Emissionen handeln: Unmittelbare Rückschlüsse auf das Konsumniveau der Bevölkerung lassen diese Zahlen nicht zu.

Während die bislang genannten Beispiele dadurch gekennzeichnet sind, dass die Rolle der ehemals im Vordergrund stehenden Unternehmen nicht thematisiert wird, wird in anderen Beiträgen zwar durchaus zwischen der *Herstellung* und dem *Konsum* von Gütern differenziert – allerdings werden auch die in der Produktion erzeugten Umweltauswirkungen dem Konsum zugerechnet. So stößt man in den Umweltforschungsplänen des Bundesumweltministeriums der letzten Jahre regelmäßig auf die Formulierung: »Das Konsumverhalten einschließlich der Produktion und Bereitstellung der entsprechenden Güter und Dienste beeinflusst immer stärker nicht nur die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen, sondern auch den Zustand der Umwelt.« (BMU 2013: 15) Produktion und Distribution erscheinen hier als Teilbereiche oder bloße Anhängsel des Konsums – und jener somit als Verursacher sämtlicher mit den konsumierten Produkten irgendwie verknüpften Umweltfolgen. In diesem Sinne heißt es auch in einer für das Umweltbundesamt durchgeführten Studie:

»Die privaten Haushalte sind durch ihren Konsum von Gütern Verursacher von erheblichen Umweltbelastungen. Diese Belastungen entstehen bei der Herstellung dieser Güter – im In- und Ausland – sowie auch unmittelbar bei den Haushalten – beim Verbrauch von bestimmten Gütern, insbesondere von Energieträgern.« (Mayer et al. 2014: 5)

Zu dieser Sichtweise, in welcher die Konsument/-innen auch für die in der Produktion erzeugten Umweltbelastungen verantwortlich gemacht werden, dürfte nicht zuletzt auch die Forschung zu

den ökologischen Auswirkungen von Produktion und Konsum selbst – bzw. deren Interpretation und Kommunikation - beitragen: Während sich *produktionsorientierte* Ansätze darauf richten, den Anteil der unterschiedlichen Wirtschaftssektoren zum Ressourcenverbrauch eines Landes zu erfassen, werden in *verbrauchsorientierten*, sogenannten *Footprint*-Ansätzen, sämtliche in den verschiedenen Lebensphasen eines Produkts entstehenden Umweltauswirkungen ermittelt und dem Endkonsum zugerechnet (vergleiche Giljum et al. 2013). Entsprechende Studien liefern – insbesondere in der Kombination von produktions- und konsumorientiertem Ansatz – wertvolle Befunde über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Nationen, Einkommensgruppen, Haushaltstypen usw. Allerdings darf dies nicht darüber hinweg täuschen, dass eine rein konsumorientierte Betrachtungsweise 1. differenzierte Aussagen über das Verhältnis von Produktion und Konsum nicht zulässt, und es sich 2. bei den dabei den Haushalten bzw. dem Konsum zugerechneten Daten um *statistische Zurechnungen handelt, die nicht mit den komplexen realen Verursachungszusammenhängen verwechselt werden dürfen*.

Ein solcher Eindruck eines unmittelbaren Kausalzusammenhangs zwischen Konsumverhalten und den mit den Produkten verknüpften Umweltwirkungen kann indes schnell entstehen, wenn beispielsweise mit Bezug auf Befunde über die mit unterschiedlichen Ernährungsstilen verknüpften Treibhausgasemissionen konstatiert wird:

»Wer sich hingegen nach den Empfehlungen der DGE richtet – und damit seinen Fleischkonsum im Vergleich zur fleischbetonten Ernährung um etwa 60 Prozent reduziert, gleichzeitig aber den Verbrauch von Milchprodukten um rund 30 Prozent erhöht – verursacht rund 12 Prozent weniger Treibhausgasemissionen, etwa 1,58 g CO<sub>2</sub>e/kcal.« (Weihe 2014: 10)

So richtig diese Aussage rechnerisch sein mag – sie vermittelt gleichzeitig den Eindruck, als würde mit einer Veränderung des persönlichen (rechnerischen) Fußabdrucks automatisch auch eine reale Verringerung des Umweltverbrauchs in der genannten Höhe einhergehen. Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, dass der Großteil der Umweltbelastungen eben nicht durch das Konsumverhalten selbst, sondern *nach wie vor im Bereich der Produktion* erzeugt wird – und damit in Kontexten, auf welche die Konsument/-innen nur geringen Einfluss haben.

So gilt beispielsweise für das Problem der Treibhausgasemissionen, dass nur bei einem Drittel der in Deutschland ausgestoßenen CO<sub>2</sub>-Emissionen der Einzelne direkt beteiligt ist; die »anderen zwei Drittel kann niemand direkt beeinflussen – den Straßenbau, die gesamte Verwaltung, Krankenhäuser, die Telekommunikation oder den Energieverbrauch der Unternehmen" (Bals et al. 2008: 253 f.). Nach einer mit umfangreicheren Umweltindikatoren breiter angelegten Studie der Europäischen Umweltagentur machen die indirekten, in den Produkten inkorporierten Umweltwirkungen mehr als drei Viertel sämtlicher durch den Konsum aktivierten »Pressures« aus (EEA 2013: 7). Und richtet sich das Hauptaugenmerk auf die ökologischen Dimensionen des Energie-, Material- und Flächenverbrauchs, dann haben sogar bis zu über 90 % des mit dem Produkt verbundenen Ressourcenverbrauchs stattgefunden, bevor dieses überhaupt in die Hände des Konsumenten oder der Konsumentin gelangt (BUND, Brot für die Welt 2008: 220).

Nun muss man deshalb nicht zwingend die Gegenposition teilen, dass es die global agierenden Konzerne sind, welche »nach wie vor die größten Verursacher von Umweltzerstörung, Armut und Leid« (Hartmann 2009: 172) sind. Und natürlich sind die Konsument/-innen indirekt auch an der Erzeugung der mit den von ihnen konsumierten Produkten verknüpften Umweltbe-

lastungen beteiligt. Sämtliche Umweltauswirkungen aber allein den Konsument/-innen zuzurechnen und sie explizit oder implizit als Hauptverursacher/-innen der ökologischen Krise erscheinen zu lassen, ohne in diesem Zusammenhang auch die Rolle anderer relevanter Akteure zu reflektieren, erscheint indes wenig überzeugend.

## Konsument/-innen als *Treiber* der Produktion und des Umweltverbrauchs

In den oben genannten Beispielen erscheint der Konsum dadurch als besonders relevant, dass der Anteil der Produktion ausgeblendet bleibt oder nicht in differenzierter Weise behandelt wird. In einer weiteren Gruppe von Beiträgen wird demgegenüber durchaus zwischen Produktion und Konsum unterschieden und auch die Bedeutung der Produktion für den Ressourcenverbrauch nicht infrage gestellt. Gleichwohl wird auch hier der Konsum in den Mittelpunkt gestellt und in besonderer Weise problematisiert, indem ihm nämlich die Rolle des *Motors* oder *Treibers* der Produktion und des Wirtschaftswachstums zugewiesen wird. Auf diese Weise erscheint der Konsum, wenn auch nicht mehr als unmittelbarer, so doch als indirekter Verursacher der mit ihm verbundenen Umweltbelastungen – auch wenn diese überwiegend in den dem Konsum vorausgehenden Phasen der Produktlebenszyklen stattfinden.

So vertritt etwa Inge Røpke in einem Beitrag mit dem leitmotivischen Titel *Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors* die These, dass Konsum der Hauptantrieb für wirtschaftliches Wachstum sei (Røpke 2010: 103). Warum und auf welche Weise er diese Funktion übernimmt und – quasi als mehr oder weniger unabhängige Variable – auf die Wirtschaft einwirkt und sie antreibt, wird in den dann folgenden Ausführungen indes nicht näher erläutert. Nicht der Einfluss des Konsums auf die Wirtschaft und deren Wachstum steht im Mittelpunkt des Textes, vielmehr geht es umgekehrt um diejenigen Voraussetzungen und Einflussfaktoren, die zum *Wachstum des Konsums* beitragen: Røpke unterscheidet zwischen *grundlegenden Voraussetzungen*, *Antriebskräften* und *Stützen* des Konsumwachstums. Als grundlegende Voraussetzungen werden der Zugang zu billigen fossilen Energieträgern sowie Beziehungen im globalen Produktions- und Handelssystem, als Antriebskräfte des Konsumwachstums marktwirtschaftlicher Wettbewerb, technologischer Wandel, steigende Arbeitsproduktivität, erfolgreiche Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaat, neue Konsumgüter sowie Verkaufsförderung und die daraus resultierende Nachfrage vorgestellt und erläutert. Als Stützen des Konsumwachstums nennt Røpke schließlich die Gewöhnung an Standards und Lock-in-Effekte seitens der Konsument/-innen und ihrer Lebensstile, sowie auch kognitive Vorstellungen und politische Maßnahmen. So wird plausibel aufgezeigt, welche Akteure und Einflussfaktoren auf den Konsum und seine Entwicklung einwirken; dabei wird auch deutlich, auf welche Weise die Verbraucher/-innen vom Wachstum des Konsums profitieren und dass auch sie selbstverständlich mit zu diesem beitragen. Dass allerdings der Konsum, wie behauptet, der Hauptantrieb des Wirtschaftswachstum sei, erschließt sich aus diesen Ausführungen keineswegs. Vielmehr finden sich eher Argumente für die treibende Kraft des zwischen den Unternehmen herrschenden Konkurrenzdrucks und der daraus resultierenden Unternehmensstrategien: So würden die grundlegenden Voraussetzungen für ein hohes Konsumniveau – billige fossile Energieträger sowie der Zugang zu billigen Rohstoffen und Arbeit –

durch eine weitere starke Kraft ergänzt: »marktwirtschaftlicher Wettbewerb [...]: Im Kampf um ökonomisches Überleben und Rentabilität sind Unternehmen fortwährend technologisch und organisatorisch innovativ [...] – einerseits, um Kosten zu reduzieren, und andererseits, um Verbraucher mit neuen Produkten zu locken.« (Røpke 2010: 106)

Auf ähnliche Widersprüche in der Darstellung des Verhältnisses zwischen Unternehmen und Konsument/innen stößt man auch bei anderen bekannten Wachstumskritikern. So beschreibt Harald Welzer in seinem Buch *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand* (Welzer 2013) in zum Teil drastischen Worten, auf welche Weise Akteure aus dem Bereich der Wirtschaft versuchen, auf Konsument/-innen einzuwirken und sie zum Kaufen zu animieren. Erwähnt wird etwa der Produzent des Energy-Getränks »Red Bull«, welcher eine gigantische Lifestyle-Erzeugungsmaschine aufgebaut habe, die unter anderem mehrere Fußballvereine und ein Formel-1-Team umfasst. »Während sich die Produktionskosten von »Red Bull« auf 600 Millionen Euro belaufen, gibt das Unternehmen rund eine Milliarde Euro für sein Marketing aus. [...] Getränk, Rennen, Magazin usw. sind die Rohstoffe, mit denen Menschen hergestellt werden, die an chronischer Bedürfnisinkontinenz leiden.« (Welzer 2013: 38f.) Dass Welzer dies dann gleichzeitig als die »höchste Entwicklungsstufe konsumgetriebener Wachstumsgesellschaften« (Welzer 2013: 38) bezeichnet, erscheint indes wenig nachvollziehbar. Dies gilt umso mehr, als er den Konsument/-innen selbst eine nur geringe Gestaltungsmacht zuschreibt. So werde in der Diskussion über Konsumentenverantwortung »übersehen, dass der Konsumbürger nur reagieren, aber nicht gestalten kann« (Welzer 2013: 78). Die Rede vom strategischen oder verantwortlichen Konsum entspreche »ungefähr der Freiheit des Nilpferds im Zoo, sich lieber vom einen Wärter statt vom anderen füttern zu lassen. [...] Da der Konsumbürger sich in der Ausübung seiner strategischen Macht den Marktgesetzen fügen muss, kann er nie in eine gestaltende Position kommen.« (Welzer 2013: 78 f.) Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, wenn dann an anderer Stelle im Zusammenhang von Umweltrisiken/-katastrophen und der Havarie der Ölbohrplattform Deepwater Horizon im Jahr 2010 konstatiert wird, »dass der Abnehmer des fossilen Treibstoffs das Problem ist und nicht der Anbieter« (Welzer 2013: 75).

Nicht die über die eigentlichen Quellen der Umweltbelastungen verfügenden und entscheidenden Unternehmen gelten also als Verursacher ökologischer Probleme, sondern die am Ende der Produktkette stehenden Verbraucher/-innen. Auch wenn Welzer selbst den Konsumbürger/-innen die Souveränität abspricht, erinnert die Rede vom konsumgetriebenen Wirtschaftswachstum und der dominante Einfluss, welcher den Konsument/innen nicht selten zugeschrieben wird, doch deutlich an den »Mythos vom souveränen Konsumenten«, demzufolge »die Entscheidungen der Hersteller und Händler darüber, was sie produzieren und verkaufen, allein von den unabhängigen und unbeeinflussten Entscheidungen der Verbraucher bestimmt werden. Mit anderen Worten, die Konsumenten entscheiden, was die Produzenten produzieren. Diese Vorstellung leugnet den Einfluss des Staates und der Wirtschaft auf (und ihre Verantwortung für) Umfang und Struktur der Optionen, die den Konsumenten zur Verfügung stehen.« (Maniates 2010: 185)

So gibt es in der Tat über die von Røpke und Welzer genannten Beispiele hinaus zahlreiche Berichte darüber, wie Unternehmen versuchen, die Konsument/-innen zum Konsum zu animieren, über Preiskämpfe und Rabattschlachten, Praktiken »legaler Verbrauchertäuschung« von Handel und Werbung, über Produkte mit eingebauter »geplanter Obsoleszenz« und ähnliches.

Ebenfalls kein Mangel herrscht an wachstums- und konsumfördernden Initiativen aus dem Bereich der Politik, wie etwa Appelle von Politikern, Konsum »als Bürgerpflicht« zu begreifen und den eigenen Konsum zu steigern, um dadurch die Wirtschaft anzukurbeln. Auf solche Beispiele aus der unternehmerischen und politischen Praxis kann an dieser Stelle ebenso wenig eingegangen werden wie auch auf die zahlreichen theoretischen Beiträge aus den unterschiedlichsten Fachdisziplinen, die sich mit der Kritik an der Wachstums- oder der Konsumgesellschaft, der Sinnhaftigkeit oder Notwendigkeit permanenten Wirtschaftswachstums, mit der Rolle des Geldsystems und einem durch dieses verursachten Wachstumszwang, alternativen Konzepten einer Postwachstumsgesellschaft usw. befassen (vergleiche dazu mit weiteren Beispielen und Literaturhinweisen exemplarisch Hochstrasser 2013 sowie Deutscher Bundestag 2013). Festzuhalten bleibt allerdings: Trotz aller Unterschiedlichkeit der teils erheblich divergierenden Positionen dürfte der grundsätzlich expansive Charakter der modernen kapitalistischen Ökonomien, sowohl auf der Ebene einzelner Betriebe als auch nationaler Volkswirtschaften, weitgehend unstrittig sein. Auch dies spricht dafür, die von einigen Autor/-innen behauptete zentrale Rolle der Konsument/-innen als direkte oder indirekte Verursacher der ökologischen Krise kritisch zu hinterfragen und die treibenden Kräfte für eine permanente Steigerung von Produktion und Konsum wie auch für die damit verbundenen Umweltbelastungen eher im Bereich von Wirtschaft und Politik zu verorten.

### Konsument/-innen als *Pro-Kopf-Verursacher*: Soziale Differenzen im Umweltverbrauch

Folgt man der oben beschriebenen konsumorientierten Perspektive und fragt nicht nur nach den unmittelbar durch das Konsument/innenverhalten verursachten Umweltbelastungen, sondern nach der Gesamtheit der mit diesem irgendwie verknüpften ökologischen Auswirkungen, so zeigen sich erhebliche Forschungslücken: Differenzierte Analysen liegen bislang nur in Ansätzen oder für einzelne Problem- (zum Beispiel CO<sub>2</sub>-Emissionen) oder Handlungsbereiche (zum Beispiel Ernährung) vor. Defizite bestehen zum einen bezüglich der Frage, in welchen Stufen von Produktion, Distribution und Konsum welche Probleme erzeugt werden, und zum anderen in Bezug darauf, welcher Anteil der ermittelten Gesamtbelastung auf welche Haushaltstypen bzw. welche soziale Gruppen entfällt. Gerade aus soziologischer Sicht ist die Frage nach der Verteilung des Umweltverbrauchs und der Bedeutung sozialer Ungleichheiten freilich von besonderem Interesse. Denn zumindest für die globale Ebene gilt, dass der Umweltverbrauch im Wesentlichen von den reichen Industrienationen verursacht wird – die ökologische Krise ist also (auch) ein Wohlstands-, und damit auch ein Gerechtigkeitsproblem.

Über die soziale Verteilung konsumbedingter Umweltbelastungen *innerhalb* nationaler Bevölkerungen ist indes bislang nur wenig bekannt. Nach wie vor bildet das Thema *Umwelt und soziale Ungleichheit* einen weitgehend »blinden Fleck« (Krämer 2011: 38). Im politischen wie auch im wissenschaftlichen Diskurs dominieren die Figur des »durchschnittlichen Normalbürgers« oder nivellierende Aussagen etwa der Art, »jeder Deutsche« oder »unser Lebensstil« verursache durchschnittlich ... pro Jahr. Dabei wird offenbar angenommen, dass Abweichungen von solchen

Durchschnittsangaben sich in einem eher moderaten Rahmen bewegen. Auch wurde die ökologische Wohlstandsproblematik lange Zeit auf den Kopf gestellt, indem mit der Frage »Nachhaltiger Konsum – nur etwas für Reiche?« unterstellt wurde, dass umweltfreundliches Konsumieren eher eine Angelegenheit einkommensstärkerer Haushalte sei. Inzwischen setzt sich allerdings zunehmend die (auch plausiblere) Erkenntnis durch, dass die Umweltbilanz der höheren Einkommensgruppen in der Regel schlechter ausfällt als die der ärmeren Konsument/-innen, denen es für ein größeres Konsumvolumen schlicht an Geld mangelt (Tukker et al. 2010, Deutscher Bundestag 2013). Allerdings: Wie stark die Differenzen im Umweltverbrauch tatsächlich ausfallen und wie sich dieser über unterschiedliche Einkommensgruppen verteilt, ist empirisch bislang nur wenig erforscht (zu den folgenden Ausführungen vergleiche Bogun 2012).

Bezüglich der mit dem Konsum verbundenen Treibhausgasemissionen etwa verweisen Katharina Schächtele und Hans Hertle auf eine Studie des Wuppertal-Instituts (Barthel 2006, zitiert nach Schächtele, Hertle 2007: 7 f.). In dieser Studie, bei der es sich allerdings auch nur um eine grobe Überschlagsrechnung mit Bezug auf den europäischen Durchschnitt handelt, wird von einem mittleren Summenwert in Höhe von zehn Tonnen CO<sub>2EQ</sub> für einen durchschnittlichen Lebensstil ausgegangen, die äußeren Werte bilden ein effizienter Lebensstil mit fünf und ein verschwenderischer Lebensstil mit 14,5 Tonnen CO<sub>2EQ</sub> pro Person und Jahr. Demnach würde der Umweltverbrauch innerhalb der Bevölkerung – hier der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck – also um den Faktor drei variieren. Ähnliche Bandbreiten finden sich auch in einer Broschüre des Umweltbundesamts (UBA 2014b), in welcher mehrere (konstruierte) Beispiele von Menschen vorgestellt werden, die unterschiedliche Lebensstile repräsentieren und versuchen, sich klimabewusst zu verhalten; die vorgestellten Emissionsbilanzen liegen zwischen 5,23 und 18,27 Tonnen.

Allerdings spricht einiges dafür, dass die tatsächliche Spannweite zwischen den Extremwerten erheblich größer ausfallen dürfte. So wird etwa auf das Phänomen der »globalen Pendler« verwiesen, das heißt eine Gruppe intensiver Vielflieger/-innen, die aus beruflichen oder privaten Gründen teilweise jede Woche einen Hin- und Rückflug unternehmen (Wackernagel, Beyers 2010: 83 ff.). Diese Gruppe kommt leicht auf 100 Flüge pro Jahr, und dadurch auf einen Energie-Abdruck, der mindestens zehnfach über dem Durchschnitt bzw. zwanzigfach über einem niedrigen Abdruck liegen würde.

Sozial differenzierende Studien zur deutschen Bevölkerung, die mit einem breiteren Umweltindikator, etwa dem ökologischen Fußabdruck oder dem ökologischen Rucksack arbeiten, liegen nach meiner Kenntnis nicht vor. Eine Ausnahme bildet eine im Auftrag der EU-Kommission durchgeführte europäische Vergleichsstudie, in welcher unter anderem auch die *aggregierte Umweltbelastung* privater Haushalte mit einem aus acht Dimensionen gebildeten sogenannten *Environmental Impact Score* untersucht wurde (Pye et al. 2008). In der Studie erweist sich das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen als Hauptfaktor für die Höhe der Umweltwirkungen der Haushalte; nach den Werten der deutschen Fallstudie liegen die mit dem Konsum der höchsten Einkommensklasse verbundenen Umweltbelastungen pro Kopf knapp doppelt so hoch wie in der niedrigsten (vergleiche Meyer-Ohlendorf, Blobel 2008: 20).

Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass auch in dieser Studie gerade die höchsten Umweltverbräuche nur unzulänglich erfasst werden. Denn zum einen werden nur sechs Einkommensgruppen differenziert, so dass Extremwerte nicht als solche sichtbar werden. Hinzu kommt der generelle Vorbehalt, dass in der Forschung insbesondere über einkommensstarke



Haushalte gravierende konzeptionelle und methodische Probleme sowie erhebliche Forschungslücken bestehen. Denn Einkommensaussagen basieren zumeist auf freiwilligen Selbstauskünften, und in der Einkommens- und Verbrauchsstatistik beispielsweise werden Haushalte, deren Einkommen oberhalb einer bestimmten Schwelle liegen – also gerade die *reichen* und *superreichen* Haushalte –, überhaupt nicht mehr ausgewiesen (Bergmann 2004). Insofern dürfte für die Daten zur aggregierten Umweltbelastung in der EU-Studie ebenso wie für Studien zur Einkommensverteilung gelten, dass sie allenfalls den unteren Rand der tatsächlichen Ungleichheiten abbildet. Mit anderen Worten: Gerade über die höchsten Umweltverbräuche und die damit verbundenen Konsumpraktiken, die sowohl unter Gestaltungs- wie auch unter Gerechtigkeitsaspekten eigentlich im Vordergrund des wissenschaftlichen wie des politischen Interesses stehen müssten, ist wenig bekannt. Pro-Kopf-Aussagen über den sogenannten Durchschnittsbürger, so sinnvoll sie im Rahmen internationaler Vergleiche auch sein mögen, sind insofern im Kontext nationaler Analysen kritisch zu hinterfragen.

## Konsument/-innen als Investoren – zur ökologischen Relevanz von Kapitalanlagen

Studien über die ökologischen Auswirkungen des Konsums basieren vielfach auf Angaben über die Höhe der Konsumausgaben für bestimmte Produktkategorien, welche dann mit Daten über produktspezifische Umweltbelastungen verknüpft werden. Damit stellt sich freilich die Frage nach der ökologischen Relevanz auch derjenigen Einkommensanteile, die nicht unmittelbar in den Konsum fließen, sondern gespart bzw. investiert werden. Denn wenn sich, wie vielfach behauptet, mit *ökologischen* oder *nachhaltigen Kapitalanlagen* positive Umwelteffekte erzielen lassen, dann muss auch umgekehrt gelten, dass Investitionen in wenig umweltorientierte Unternehmen und Produktionsweisen einen Beitrag zu einem höheren Ressourcenverbrauch leisten. Insofern ist es wenig plausibel, wenn der Finanzierung von Unternehmen durch Investitionen eine grundsätzlich geringere Bedeutung zugeschrieben wird als der Finanzierung der Produktion durch Konsumausgaben. Immerhin schreiben nicht wenige Autor/-innen dem Finanz- bzw. dem Geldsystem eine Schlüsselrolle und den Kapitalanleger/-innen einen größeren Einfluss auf die Wirtschaftsprozesse zu als den Konsument/-innen (Schneeweiss 2010). Und nach Gerhard Scherhorn gehört die Geldanlage nach ethischen Kriterien ebenso »zum Fundament der nachhaltigen Entwicklung, wie dass nachhaltig produziert und konsumiert wird« (Scherhorn 2009: 253). Gleichwohl handelt es sich hierbei um ein Thema, das bislang in der Debatte und Forschung über die Rolle und Verantwortung der Konsument/-innen nur wenig beleuchtet worden ist.

Immerhin teilweise werden solche Fragen in einer Studie zum *Carbon Footprint* von Kapitalanlageprodukten aufgegriffen (Wendler et al. 2010). In dieser werden unterschiedliche Arten von Geldanlagen, nämlich 1. Investmentfonds, 2. Aktien und 3. Sparprodukte, jeweils differenziert nach konventionellen und klimafreundlichen bzw. nachhaltigkeitsorientierten Anlagen, darauf untersucht, in welchem Umfang sie anteilmäßig zur Finanzierung von Treibhausgasemissionen beitragen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass insgesamt pro 10.000 investierter Euro fünf Tonnen Treibhausgas-Emissionen im Jahr mitfinanziert werden. Am besten

schneiden dabei klimafreundliche Sparprodukte ab, pro Euro werden hier nur 66 g Treibhausgas mitfinanziert. Am anderen Ende der Skala befinden sich die untersuchten Unternehmensaktien aus besonders marktrelevanten europäischen Standardindizes, deren Treibhausgasintensität 1.243 g pro Euro beträgt. Die Werte der klimafreundlichen Produkte liegen zwar insgesamt jeweils deutlich unter denen der entsprechenden konventionellen Produkte, doch sind auch die untersuchten Nachhaltigkeits- und Klimafonds mit 605 bzw. 776 g Treibhausgas/Euro mit erheblichen Emissionen verknüpft.

Wie diese Zahlen genau zu interpretieren sind, ist indes noch eine offene Frage. Denn wie die Autoren einräumen, sind die mit der Studie verfolgten Fragestellungen mit erheblichen konzeptionellen, methodischen und statistischen Problemen verbunden, weshalb es sich auch um eine erste Diskussionsgrundlage handele. Von besonderer Bedeutung dürfte dabei die Frage nach den tatsächlichen Auswirkungen nachhaltiger Kapitalanlagen sein: Tragen sie nur zu einem *geringeren* Umweltverbrauch als konventionelle Anlagen bei – dies suggerieren die Ergebnisse der genannten Studie – oder führen sie darüber hinaus auch zu *absoluten Verminderungen* oder *Einsparungen*, so dass sie beispielsweise bei der Erstellung persönlicher Bilanzen den Emissionswerten als kompensatorische Maßnahmen gegenübergestellt oder sogar gegengerechnet werden können? Dies legt die bereits erwähnte Broschüre des Umweltbundesamts (UBA 2014b) nahe: In den dort präsentierten Fallbeispielen werden die bekannten Konsumbereiche Mobilität, Heizung usw. noch um eine weitere Kategorie ergänzt, die *CO<sub>2</sub>-Einsparung bei anderen*. In dieser soll erfasst werden, in welchem Umfang durch Kompensationszahlungen oder Geldanlagen auf indirekte Weise Emissionsminderungen bei anderen Akteuren angestoßen werden. Der Kauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten für 200 Euro beispielsweise wird mit 10-14, die Beteiligung an Windanlagen für 30.000 Euro mit 32, die Spende von 420 Euro an einen Kompensationsanbieter mit gut 18 Tonnen CO<sub>2</sub>-Vermeidung veranschlagt. Noch eindeutiger stellen Michael Bilharz et al. die Investition von 10.000 Euro in Windkraft in eine Reihe mit anderen Konsumhandlungen und argumentieren, dass hierdurch elf Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden könnten (Bilharz et al. 2011). Kritisch anzumerken bleibt allerdings, dass es sich dabei gerade nicht, wie suggeriert, um ein Beispiel für eine »direkte ökologische Wirkung« von Konsumhandlungen handelt: Denn tatsächlich würde sich die angegebene Emissionsminderung erst bei einem entsprechenden Herunterfahren der konventionellen Stromerzeugung einstellen – dies wiederum ist höchst ungewiss und keineswegs die direkte Wirkung einer privaten Investition in Windkraftanlagen.

Eine weitere Frage ist, in welchem Verhältnis die Umweltwirkungen von Konsumhandeln und Geldanlagen zueinander stehen und ob bzw. auf welche Weise sie miteinander kombiniert werden können. Allerdings dürfte sich eine solche, durchaus sinnvoll erscheinende Bilanzierung konsequenterweise nicht – wie in der genannten UBA-Broschüre – allein auf die vermeintlich positiven Effekte nachhaltiger Kapitalanlagen beschränken, sondern müsste sich auch und gerade auf die Erfassung der negativen Umweltwirkungen konventioneller bzw. nicht-nachhaltiger Geldanlagen richten. Folgt man der von Wandler et al. unterstellten Logik, dass wir nicht nur durch unseren Konsum, sondern auch durch Kapitalanlagen einen indirekten Beitrag zum Umweltverbrauch leisten, und verbindet deren Befunde mit Daten zur Vermögensverteilung, dann heißt das immerhin, dass etwa zwei Drittel der erwachsenen Deutschen – so groß ist der Anteil derjenigen, die über kein oder nur geringes Geld- und Sachvermögen verfügen (Frick, Grabka 2009) – an dieser Form der Förderung des Ressourcenverbrauchs überhaupt nicht beteiligt sind.

Demgegenüber würde die Anlage von beispielsweise 1 Million Euro durch einen finanzstarken Haushalt im günstigsten Fall zur Emission von 66 Tonnen, und im ungünstigsten Fall von 1.243 Tonnen Treibhausgasen pro Jahr beitragen. Nicht zuletzt unter dem Aspekt der *Umweltgerechtigkeit* ist die Frage nach der ökologischen Relevanz von Kapitalanlagen auch und gerade im Verhältnis zu derjenigen von Konsumhandlungen also von hoher Brisanz: Denn bekanntlich ist die soziale Ungleichheit in der Vermögensverteilung noch erheblich ausgeprägter als in der Einkommensverteilung.

### Konsument/-innen als Problemlöser – oder: Ist die persönliche Öko-Bilanz ein verlässlicher Maßstab?

Sieht man im Konsum den eigentlichen Kern oder die zentrale Ursache für die ökologische Krise, liegt es nahe, den Konsument/-innen auch die Verantwortung für deren Lösung zuzuweisen – als Reaktion auf ein umweltgerechteres Konsumverhalten würden sich entsprechende ökologische Verbesserungen dann quasi automatisch einstellen. Aber auch wenn man die Verursacher/-innen eher auf Seiten der Unternehmen sieht, kann man die Auffassung vertreten, dass die Konsument/-innen einen starken Einfluss auf die Wirtschaft ausüben und deshalb gefordert sind, durch ein verändertes Konsumverhalten auf diese einzuwirken – die Konsument/-innen als »schlafender Riese«, welcher die Produktionsverhältnisse in die ökologisch korrekte Richtung zwingt. Auf dieser Annahme basieren nicht nur zahlreiche Handlungsempfehlungen und Öko-Ratgeber, sondern auch wissenschaftliche Beiträge zu den Themen nachhaltiger Konsum und Konsument/-innenverantwortung. Für Niko Paech etwa stellen allein persönliche Öko- oder CO<sub>2</sub>-Bilanzen »eine verlässliche Zielgröße« dar (Paech 2013: 19). Als Orientierungswert gelten ihm dabei die jedem Individuum noch zustehenden 2,7 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.

Skeptiker wenden demgegenüber ein, dass die Konsument/-innen hierdurch überfordert und ihre Rolle bei der Lösung der Umweltproblematik überschätzt würde. So wird etwa grundsätzlich argumentiert, dass es sich hierbei um ein originär politisches Thema handle, welches folglich auch in der Sphäre der Politik und nicht in derjenigen des privaten Handelns – zu welcher der Konsum gehöre – zu bearbeiten sei (Geden 2008; Grunwald 2010). Den Konsument/-innen die Verantwortung aufzubürden stelle eine »Individualisierung von Verantwortung« (Geden) bzw. eine »Privatisierung der Nachhaltigkeit« (Grunwald) dar. Auf einer pragmatischeren Ebene wird zu bedenken gegeben, dass mit einer solchen Strategie und ihren Appellen an das individuelle Verhalten nur eine Minderheit der Bevölkerung überhaupt zu erreichen sei, während in der Mehrheit nicht nur die dafür notwendige Motivation, sondern auch Kompetenzen und Fähigkeiten fehlen dürften; insbesondere auf Verzicht setzende Suffizienzstrategien dürften demnach in den meisten sozialen Milieus wie auch in den Entwicklungsländern auf nur geringe Resonanz treffen. Aber auch in durchaus ambitionierten umwelt- und gesundheitsbewussten Milieus wie etwa dem der LOHAS sind Zweifel an deren konkreten Handlungsmotiven, an der Konsistenz der Handlungsweisen sowie letztlich auch an der tatsächlichen Umweltbilanz angebracht (Bilharz, Belz 2008; Geden 2008). Das liegt nicht zuletzt daran, dass es sich bei etlichen Handlungsempfehlungen und -optionen für einen umweltbewussten Konsum um sogenannte

*Peanuts* handelt, die sich in der individuellen Ökobilanz kaum bemerkbar machen, während demgegenüber Veränderungen gerade im Bereich der ökologischen *Big Points* teilweise auf erheblichen Widerstand treffen (Bilharz 2007). Hinzu kommt schließlich – und das scheint mir ein besonders gravierender Einwand zu sein –, dass nicht nur bezüglich der Bewertung, sondern bereits bei der Identifizierung der häufig komplexen und nicht selten widersprüchlichen Umweltwirkungen von Konsumhandlungen erhebliche Unsicherheiten bestehen. So haben die Debatten über sogenannte *Rebound-Effekte* oder auch darüber, ob bewusstes Stromsparen tatsächlich zu einer Verminderung der Treibhausgasemissionen führt (Grunwald 2010, Siebenhüner 2011), vor allem eins gezeigt: nämlich dass über die tatsächlichen Auswirkungen von Veränderungen des Konsumverhaltens und die komplexen Zusammenhänge zwischen Verbesserungen und gutgemeinten Ansätzen auf der Ebene des individuellen Verhaltens und deren Niederschlag auf der ökologischen Makroebene noch erhebliche Wissenslücken bestehen. Jedenfalls ist sicherlich nicht davon auszugehen, dass ökologische Optimierungsversuche und theoretisch mögliche Verbesserungen auf der Mikroebene einzelner Handlungsoptionen umstandslos und proportional auf der Makroebene der ökologischen Gesamtbelastung zum Ausdruck kommen. Vielmehr sind auch nichtintendierte und teils konterkarierende Effekte ebenso wie auch davon unabhängige gegenläufige Entwicklungen (zum Beispiel Wachstumsprozesse) in Rechnung zu stellen.

Dies hat freilich auch Konsequenzen für die Eignung individueller Footprint-Rechner zur Beurteilung erfolgreicher und weniger erfolgreicher Strategien zur Bewältigung der ökologischen Krise: Folgt man den oben dargelegten Argumenten, kann zunächst grundsätzlich hinterfragt werden, inwieweit es überhaupt sachlich angemessen ist, sämtliche bei der Herstellung und Nutzung von Produkten erzeugten Umweltprobleme (allein) den Konsument/-innen zuzurechnen und diesen eine so zentrale Bedeutung zuzuschreiben. Lässt man sich auf die Footprint-Perspektive ein und fragt nach der Gesamtheit der Umweltwirkungen, zu denen Personen oder Haushalte durch ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in irgendeiner Weise beitragen, so spricht einiges dafür, solche Bilanzen gerade in wohlhabenden Gesellschaften nicht allein auf die mit den Konsumausgaben direkt und indirekt verknüpften Umweltwirkungen zu beschränken, sondern von der Gesamtheit der zu Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen auszugehen und nach der ökologischen Relevanz ihrer Verwendung zu fragen.

Ferner stellt sich die Frage, ob ein so enger Indikator wie der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck geeignet ist, sämtliche ökologischen – ganz zu schweigen von den im Rahmen eines breiter gefassten Nachhaltigkeitsverständnisses relevanten sozialen – Folgen abzubilden bzw. zumindest einzuschätzen. Vor allem aber sind vor dem Hintergrund, dass die Umweltbelastungen nach wie vor primär im Bereich der Produktion erzeugt werden, erhebliche Zweifel daran angebracht, dass rechnerische Verbesserungen der persönlichen Umweltbilanz auch mit entsprechenden Verbesserungen des Gesamtumweltverbrauchs auf der Makroebene einhergehen. Denn dies würde – gemäß dem Bild vom souveränen Verbraucher und der dienenden Funktion der Wirtschaft – unterstellen, dass letztere auf quantitative und qualitative Veränderungen auf der Nachfrageseite mit gleichgerichteten Anpassungsprozessen reagiert – wovon gerade in einer exportorientierten Wirtschaft wie der deutschen sicherlich nicht ausgegangen werden kann. Schließlich hat beispielsweise die Zunahme des Kaufs von Bioprodukten bekanntlich ebenso wenig zu einer entsprechenden Ausweitung des Anbaus von Bioprodukten in Deutschland geführt wie der

Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energien zu einem entsprechenden Rückbau der konventionellen Energieerzeugung. Wie sinnvoll also ökologisch orientierte Veränderungen des individuellen Konsumverhaltens auch immer sein mögen: Eine entsprechende Entschärfung der realen Umweltsituation lässt sich aus der rechnerischen Verbesserung der persönlichen Umweltbilanz nicht ableiten. Oder anders ausgedrückt: Hier würde die Rechnung ohne den Wirt/die Wirtschaft gemacht!

## Literatur

- Bals, Ch., Hamm, H., Jerger, I., Milke, K. 2008: Die Welt am Scheideweg: Wie retten wir das Klima? Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Barthel, C. 2006: Den European Way of Life im Blick – Spielraum der Konsumenten bei ihrer CO<sub>2</sub>-Emission. *Energie & Management*, Heft 15, 3.
- Bergmann, J. 2004: Die Reichen werden reicher — auch in Deutschland. Die Legende von den moderaten Ungleichheiten. *Leviathan*, Heft 2, 185–202.
- Bilharz, M. 2007: Keypoints nachhaltigen Konsums. In F.-M. Belz, G. Karg, D. Witt (Hg.), *Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert*. Marburg: Metropolis, 105–138.
- Bilharz, M., Belz, F.-M. 2008: Öko als Luxus-Trend: Rosige Zeiten für die Vermarktung »grüner« Produkte? *Marketing-Review St. Gallen*, Heft 4, 6–10.
- Bilharz, M., Fricke, V., Schrader, U. 2011: Wider die Bagatellisierung der Konsumentenverantwortung. *GAIA*, 20. Jg., Heft 1, 9–13.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2013: Umwelt. Sonderteil: Forschungsrahmen des Bundesumweltministeriums und Umweltforschungsplan (UFOPLAN) 2014, [http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Forschung\\_Foerderung/ufoplan\\_2014\\_bf.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Forschung_Foerderung/ufoplan_2014_bf.pdf) (letzter Aufruf 14. August 2014).
- Bogun, R. 2012: Konsum, Umweltverbrauch und soziale Ungleichheit – eine Frage »unseres Lebensstils«? *artec-paper 179*, Universität Bremen, [http://www.uni-bremen.de/fileadmin/user\\_upload/single\\_sites/artec/artec\\_Dokumente/artec-paper/179\\_paper.pdf](http://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/single_sites/artec/artec_Dokumente/artec-paper/179_paper.pdf) (letzter Aufruf 10. Februar 2016).
- Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.) 2008: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Deutscher Bundestag 2013: Schlussbericht der Enquetekommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«, Drucksache 17/13300, Bonn. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf> (letzter Aufruf 7. März 2016)
- European Environment Agency 2013: Environmental pressures from European consumption and production, EEA Technical report, No. 2/2013, Copenhagen, <http://www.eea.europa.eu/publications/environmental-pressures-from-european-consumption> (letzter Aufruf 1. Oktober 2014).
- Frick, J. R., Grabka, M. M. 2009: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. *Wochenbericht des DIW Berlin*, Heft 4, 54–67.
- Geden, O. 2008: Strategischer Konsum statt nachhaltiger Politik? Ohnmacht und Selbstüberschätzung des »klimabewussten« Verbrauchers. *Transit – Europäische Revue*, Heft 36, 132–141.
- Giljum, St., Lutter, St., Bruckner, M., Aparcana, S. 2013: State-of-Play of National Consumption-Based Indicators. A review and evaluation of available methods and data to calculate footprint-type (consumption-based) indicators for materials, water, land and carbon. Vienna: Sustainable Europe Research Institute (SERI).

- Grunwald, A. 2010: Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. GAIA, 19. Jg., Heft 3, 178–182.
- Grunwald, A. 2013: Überforderte Verbraucher – warum Konsumentenverantwortung die Umwelt nicht rettet. In Umweltbundesamt: Umweltverträglicher Konsum durch rechtliche Steuerung. Dokumentation des Symposiums in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin am 27. November 2012. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Hartmann, K. 2009: Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt. München: Blessing.
- Hochstrasser, F. 2013: Konsumismus. Kritik und Perspektiven. München: oekom.
- Krämer, K. 2011: Prekärer Wohlstand und nachhaltiger Konsum. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Heft 2, 35–54.
- Maniates, M. 2010: Die gelenkte Wahl. Wie man nachhaltiges Verhalten steuern kann. Worldwatch Institute (Hg.), Zur Lage der Welt 2010. Einfach besser leben: Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil, München: oekom.
- Mayer, H., Flachmann, Ch., Wachowiak, M., Fehrentz, P. 2014: Nachhaltiger Konsum. Entwicklung eines deutschen Indikatorenansatzes als Beitrag zu einer thematischen Erweiterung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. UBA Texte 17/2014, [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte\\_17\\_2014\\_nachhaltiger\\_konsum.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_17_2014_nachhaltiger_konsum.pdf) (letzter Aufruf 1. Oktober 2014).
- Meyer-Ohlendorf, N., Blobel, D. 2008: Untersuchung der Beiträge von Umweltpolitik sowie ökologischer Modernisierung zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland und Weiterentwicklung des Konzeptes der Ökologischen Gerechtigkeit: Hauptstudie – Modul 1-3. Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik (Ecologic), [http://ecologic.eu/sites/files/download/projekte/1900-1949/1914/1914\\_Oekologische\\_Gerechtigkeit\\_28\\_11\\_08.pdf](http://ecologic.eu/sites/files/download/projekte/1900-1949/1914/1914_Oekologische_Gerechtigkeit_28_11_08.pdf) (letzter Aufruf 1. Oktober 2014).
- Paech, N. 2013: Lob der Reduktion. Maßvolle Lebensstile. In Politische Ökologie: Suffizienz, Heft 135, 16–22.
- Pye, St., Skinner, I., Meyer-Ohlendorf, N., Leipprand, A., Lucas, K., Salmons, R. 2008: Addressing the social dimensions of environmental policy. A study on the linkages between environmental and social sustainability in Europe, European Commission, July 2008, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=88&langId=de&eventsId=145&moreDocuments=yes&tableName=events> (letzter Aufruf 11. April 2011).
- Röpke, I. 2010: Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors. In I. Seidl, A. Zahrt (Hg.), Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis, 103–115.
- Schächtele, K.; Hertle, H. 2007: Die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Bürgers. Recherche für ein internetbasiertes Tool zur Erstellung persönlicher CO<sub>2</sub>-Bilanzen. Institut für Energie und Umweltforschung (ifeu), <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3327.pdf> (letzter Aufruf 1. Oktober 2014).
- Scherhorn, G. 2009: Die einseitige Verpflichtung der Kapitalgesellschaften auf das Kapitalinteresse. In J. Hoffmann, G. Scherhorn (Hg.), Eine Politik für Nachhaltigkeit. Neuordnung der Kapital- und Gütermärkte. Erkelenz: Altius, 239–256.
- Schneeweiß, A. 2010: Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Ein Überblick über die Situation nachhaltiger Geldanlagen in Deutschland. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Siebenhüner, B. 2011: Kann die Politik es richten? GAIA, 20. Jg., Heft 1, 14–16.
- Tukker, A., Cohen, M. J., Hubacek, K., Mont, O. 2010: The Impacts of Household Consumption and Options for Change. In Journal of Industrial Ecology, 14. Jg., Heft 1, 13–30.
- Umweltbundesamt 2014a: Die Suche nach global verallgemeinerbaren Konsummustern, <http://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/konsum-umwelt-zentrale-handlungsfelder> (letzter Aufruf 20. August 2014).
- Umweltbundesamt 2014b: Klimaneutral leben. Verbraucher starten durch beim Klimaschutz, [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/klimaneutral\\_leben\\_4.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/klimaneutral_leben_4.pdf) (letzter Aufruf 1. Oktober 2014)

- Wackernagel, M., Beyers, B. 2010: Der Ecological Footprint. Die Welt neu vermessen, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt
- Weihe, Ch. 2014: Nicht zum Ladenpreis. Was kostet unser Essen? eco@work, März 2014, 8-11.
- Welzer, H. 2012: Blind in die Apokalypse. Süddeutsche Zeitung, 31.12.2012, 2.
- Welzer, H. 2013: Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt am Main: Fischer.
- Wendler, D., Kahlenborn, W., Dierks, H. 2010: Der Carbon Footprint von Kapitalanlagen. Ermittlung der Treibhausgasintensität der Kapitalanlage privater Haushalte. Berlin: adelphi.

»Neue Trends in der Umweltsoziologie« der Sektion Umweltsoziologie  
– organisiert von Matthias Groß



# Das Potenzial des Weltbegriffs für die Umweltsoziologie

Katharina Block

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Trends in der Umweltsoziologie« der Sektion Umweltsoziologie – organisiert von Matthias Groß<sup>1</sup>*

Beginnen möchte ich den folgenden Beitrag mit einem Zitat von Joseph Huber, da es in wenigen Worten den Forschungsbereich der Umweltsoziologie beschreibt: »Allgemeine Umweltsoziologie befasst sich mit dem Verhältnis von Mensch und Gesellschaft zu ihrer Naturumwelt; etwas genauer gesagt, mit den gesellschaftlichen Bedingungen des Stoffwechsels zwischen dem Menschen als einem Teil der Natur und der umgebenden Natur« (Huber 2001: 13).

An diesem von Huber festgelegten Gegenstandsbereich der Umweltsoziologie wird ein definitorischer Sachverhalt deutlich, der aus wissenschaftstheoretischer Perspektive höchst interessant ist. Denn nach Huber verortet die Umweltsoziologie das, was mit Natur und Mensch angesprochen ist, sowie deren Verhältnis, das in Form von »Umwelt« zum Ausdruck kommt, innerhalb des naturalistischen Weltbildes. Mit Naturalismus ist dabei jener welterklärende Universalismus gemeint, nach dem alles Seiende objektiv gegeben und insofern bestimmbar, ja sogar berechenbar ist.

Diese systematische Reduktion der Welt auf naturalistische Gegebenheiten, die zwar nicht neu, aber dennoch dafür verantwortlich ist, dass die Forschungsgegenstände der Umweltsoziologie in naturwissenschaftlich-ökologische Konzepte wie das des Stoffwechsels oder wie das der äußeren Umwelt übersetzt werden können, gehört heute zu den unhinterfragten Selbstverständlichkeiten im Bereich der Umweltforschung. Was in diesem umweltwissenschaftlichen Vorgehen gleichwohl immer wieder aus dem Blick gerät, ist, dass es sich bei dieser Reduktion um eine Methode handelt, die durch ihre Anwendung erst zur naturalistischen Tatsache führt.<sup>2</sup>

---

1 Der vorliegende Artikel ist eine überarbeitete Version des Vortrags, den die Autorin auf dem 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 2014 an der Universität Trier gehalten hat. Die darin geführte Argumentation hatte die Autorin bereits in ihrer Dissertation (Titel: Von der Umwelt zur Welt – Die Bedeutung des Weltbegriffs für die Umweltsoziologie) entwickelt. Entsprechend diente die Dissertation zu einem großen Teil als Vorlage zur Ausformulierung des Vortrags. (Block 2016)

2 Helmuth Plessner hat dieses methodische Vorgehen innerhalb der Erklären/Verstehen-Debatte als ein Problem geschlossener Fragen aufgezeigt: »Die naturwissenschaftliche Frage enthält die Garantien ihrer Beantwortbarkeit durch Zuspitzung auf eine Alternative, so daß das Experiment, welches nach dem Problemwurf

Ob diese Tatsachen aber tatsächlich das menschliche Leben in seinem Verhältnis zur Natur adäquat fassen können, bleibt dabei ungeklärt. Die durch die Methode gestiftete garantierte Ordnung legitimiert vielmehr die Gültigkeit dieser Tatsachen, was letztendlich bedeutet, dass sie ontologisiert werden. Diese Methodenvergessenheit der Umweltsoziologie reproduziert dadurch naturalistische Wahrheitsansprüche, die – wie Hubers Definition bereits verdeutlicht – insbesondere auch anthropologische Annahmen einschließen.

Mensch und Natur sind aber bekanntermaßen keineswegs ausschließlich innerhalb des naturalistisch determinierten Weltbildes thematisch geworden. Um jedoch an dieser Stelle keine bloße Aufzählung sämtlicher Autoren und Autorinnen, die sich je in naturphilosophischer, anthropologischer oder phänomenologischer Hinsicht mit Mensch und Natur beschäftigt haben, zu leisten, soll gleich vorweggenommen werden, dass im Folgenden das Hauptaugenmerk auf Helmuth Plessners Verständnis des Menschseins gelegt wird. Denn als Vertreter der Philosophischen Anthropologie hat sich Plessner auf innovative Weise dem Verhältnis von Mensch und Natur zugewandt.<sup>3</sup>

Gleichsam als Gegenpositionen zu jenem Naturalismus – aber auch zur einseitigen idealistischen Position – sowie zur evolutionstheoretischen Biologie wurde seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts in den Ansätzen Philosophischer Anthropologie der Versuch unternommen, die Frage nach dem Menschsein vom Begriff des Lebens her zu fassen. Denn dieser hatte das Potential die biologisch-körperliche Dimension des Menschen mit seiner hermeneutisch-expressiven nicht nur zu verknüpfen, sondern miteinander zu verschränken.<sup>4</sup>

Ein wesentlicher Aspekt der philosophisch-anthropologischen Betrachtungen ist die Explikation der reflexiven Bezugsform, die das Lebewesen Mensch aufgrund seines Menschseins zu seinem Umfeld realisiert. Diese wurde von sowohl Max Scheler als auch Plessner sowie später auch von Arnold Gehlen in Abgrenzung zur Bezugsform anderer Lebewesen präzisiert, wobei die Mensch-Tier-Differenz bei allen Autoren der systematisch tragendste Vergleich ist. Die wich-

---

ausgedacht ist, wie es auch ausfällt, positiv oder negativ, eine These bestätigt oder widerlegt. Das Eintreten oder Nichteintreten einer bestimmten Erscheinung besagt, da von vornherein die alternative Zuschärfung der Frage, mit der Einschränkung des Befragten auf eine raum-zeitlich bestimmte, also zu messende und durch das Messen ergründbare Erscheinung erkaufte ist, in jedem Fall eine Antwort auf die Frage« (Plessner 2003c: 180; vgl. außerdem für eine Auseinandersetzung mit Plessners Differenz von geschlossener und offener Frage Lindemann 2008).

3 Der damals von Max Scheler geprägte und bekannte Ausspruch, der Mensch sei sich noch zu keiner Zeit der Geschichte so problematisch geworden (Scheler 1979: 11), hat angesichts des Siegeszuges der Lebenswissenschaften sowie dem problemlosen Eingang von naturwissenschaftlich fundierten Selbstvermessungs- und Optimierungstechniken in die kulturelle Praxis auch heute kaum an Brisanz verloren.

4 Plessner schreibt gleich zu Beginn von *Die Stufen des Organischen und der Mensch*: »Jede Zeit findet ihr Erlösendes Wort. Die Terminologie des achtzehnten Jahrhunderts kulminiert in dem Begriff der Vernunft, die des neunzehnten im Begriff der Entwicklung, die gegenwärtige im Begriff des Lebens« (Plessner 1975: 3). Sowohl der Begriff der Vernunft als auch der der Entwicklung bekleideten jeweils nur eine Seite in der Idealismus/Materialismus-Debatte, der Begriff des Lebens hingegen versprach diese zu beenden: »Bezaubern konnte nur etwas Unbestreitbares, das diesseits aller Ideologien, diesseits von Gott und Staat, von Natur und Geschichte zu fassen war, aus dem vielleicht die Ideologien aufsteigen, von dem sie aber ebenso gewiß wieder verschlungen werden: das Leben! (Plessner 1975: 4). Tatsächlich ist Plessner die Verschränkung von organischem und geschichtlichem Leben in der Kategorie der exzentrischen Positionalität gelungen.

tigste und konsensuale Einsicht dieser vergleichenden Betrachtungen lebendiger Umfeldbezüge ist, dass sich der Umfeldbezug des Menschen durch *Weltoffenheit* auszeichnet. Ein Begriff der von Scheler geprägt und in der Folge auch von Plessner und Gehlen auf je spezifische Weise fruchtbar gemacht worden ist (Scheler 1979: 33; Plessner 1975: 293; Gehlen 1993: 34).<sup>5</sup>

Der Mensch lebt somit als Mensch in Weltverhältnissen. Das Tier hingegen – und darin liegt die entscheidende Differenz – lebt als Tier in Umweltverhältnissen. Welt und Umwelt wurden folglich als Begriffe handhabbar, die der Beschreibung differenter Erlebensweisen des lebendigen Bezogensein auf ein Umfeld dienten, wobei ersterer einen reflexiv offenen Bezug kennzeichnet. Das heißt, der Mensch erlebt als Mensch sein Umfeld phänomenal-reflexiv als Welt. Dem Tier widerfährt als Tier sein Umfeld hingegen als bedeutungsimmanente, geschlossene Umwelt.

Der Sachverhalt, der mit dem Begriff der Umwelt von der Philosophischen Anthropologie festgehalten ist, liegt damit epistemologisch auf einer anderen Ebene als der Sachverhalt, den Huber als Umweltsoziologe mit dem Begriff der Umwelt beschrieben hat. Denn in seiner Definition meint Umwelt keine phänomenologisch-lebenstheoretisch explizierbare Bezugsweise, sondern die in naturalistischer Hinsicht begriffene und insofern dem Menschen objektiv gegebene und materialistisch bestimmbare Anthroposphäre (Huber 2001: 21).

Diese Äquivokation mag aus Sicht der Umweltsoziologie zunächst eine marginale Angelegenheit sein, ist ihr Selbstverständnis doch ein anderes als das der Philosophischen Anthropologie. Fragt letztere nach den Bedingungen der Möglichkeit des Menschseins sowie dessen Realisierungsweisen, ist das Verhältnis zwischen menschlichem Subjekt und Umwelt in umweltsoziologischen Fragestellungen als ein gegebenes immer schon vorausgesetzt und in systematischer Hinsicht insofern ein unproblematischer Sachverhalt. Welche anthropologischen Annahmen das Verhältnis zwischen Subjekt und Umwelt fundieren, hängt dann von dem jeweils gewählten Ansatz und der darin zugrunde gelegten Axiomatik ab. Diese kann von einer evolutionstheoretisch begründeten bis zu einer konstruktivistisch bzw. subjektivistisch konzipierten reichen, womit die in der Umweltsoziologie vertretenen Hauptströmungen Realismus und Konstruktivismus angesprochen sind (Lange 2011: 36f.).

Die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit des Subjekt-Umwelt-Verhältnisses muss dabei offensichtlich nicht mehr notwendig gestellt werden, da sich ja bereits im Vorfeld für eine

---

5 Die Besonderheit von Plessners Verständnis der menschlichen Weltoffenheit ist gleichwohl die Zurückweisung ihrer hinreichenden Beschreibung des Menschseins, da der Mensch als leiblich verfasstes Wesen zugleich auch auf einen umweltlichen Bezug angewiesen bleibt. Gegen Scheler und Gehlen wendet Plessner daher ein: »Mit der Möglichkeit, daß beim Menschen Umweltgebundenheit und Weltoffenheit kollidieren und nur im Verhältnis einer *nicht* zum Ausgleich zu bringenden gegenseitigen Verschränkung gelten, einer Möglichkeit, die durch seine zugleich tierische und nichttierische ›Natur‹ nahegelegt ist, haben dagegen beide Parteien nicht gerechnet.« (Plessner 2003b: 80f.). An dieser Stelle ist zudem anzumerken, dass wesentliche Impulse, die zur Einsicht in die menschliche Weltoffenheit geführt haben, von dem Biologen Jakob von Uexküll ausgingen. Uexküll entwickelte eine *Theoretische Biologie*, in der er dem Begriff der tierischen Umwelt eine neue Bedeutung jenseits des evolutionstheoretischen Verständnisses verlieh (Uexküll 1973). Obwohl Uexküll Zeit seines Lebens auch in Hinsicht auf das menschliche Leben an seinem Umweltbegriff festhielt, ist von Plessner explizit darauf hingewiesen worden, dass die tierische Umweltgebundenheit nicht mit der weltlich-umweltlichen Bezugsweise des Menschen gleichzusetzen ist (Plessner 2003b: 82–87).

realistische oder konstruktivistische Perspektive und somit auch für ihre jeweiligen Axiome unterschieden wurde. So unterschiedlich die Ansätze dabei auch sind, ihnen gemeinsam ist gleichwohl die systematisch wichtige Annahme, dass die sogenannte Umwelt »da draußen« eine objektiv gegebene Größe ist, das heißt an ihrer realen Existenz als eines Naturausschnittes gibt es von beiden Seiten keinen Zweifel.<sup>6</sup>

Die Bedeutung des Umweltbegriffs als lebendige Bezugsform, wie sie ihren Ort in der Philosophischen Anthropologie hat, ist dadurch in den Hintergrund getreten. Aber nicht nur, auch die Bedeutung von Welt als phänomenal-reflexive Bezugsform des Menschen ist in der Umweltsoziologie kaum mehr explizit, da das menschliche Leben als ein Leben in Umweltverhältnissen vorausgesetzt wird. Und um zu zeigen, inwiefern diese Setzung gleichwohl problematischer ist, als vielleicht gedacht, ist es wichtig die umweltsoziologische Subjektebene noch einmal näher zu betrachten, denn: *”Stets wieder sind andere Augen nötig, um von neuem sichtbar zu machen, auf andere Weise, was längst gesehen, doch nicht bewahrt bleiben konnte“* (Plessner 2003a: 102).

Das wissenschaftssystematische Problem, das sich die Umweltsoziologie mit ihrem Verständnis von Umwelt einhandelt, ist im Grunde auf zwei verschiedenen Ebenen verortet, wobei es auf beiden von anthropologischer Natur ist. Denn weil die Umweltsoziologie bemerkenswerter Weise das Verhältnis zur Umwelt auf beiden Ebenen vom Umweltbegriff aus denkt, ist dabei stets auch das, was zu dieser Umwelt in einem Verhältnis steht, impliziert. Auf der Subjektebene steht somit je nach Verständnis von der sozialen Umwelt auch das menschliche Subjekt unter jeweils anderen epistemologischen Vorzeichen, die entweder realistische oder konstruktivistische sind. Zu dieser Feststellung kommt nun noch die zweite hinzu, die ebenso zu dem gesuchten anthropologischen Problem beiträgt, jedoch der Subjektebene vorsteht. Denn die generelle Annahme, dass die sogenannte Umwelt »da draußen« eine objektiv gegebene Entität ist – die per se auch nicht als falsch abgetan werden kann –, bedeutet, dass sich das vergesellschaftete Subjekt und die Umwelt »da draußen« ob der zugrunde gelegten Objektivität stets in einem Verhältnis des Gegenübers begegnen. Mit anderen Worten im Modus der Subjekt-Objekt-Dichotomie.

Als eine grundlegende Vorannahme hat dieses dichotome Denken nun zur Folge, dass die Umweltsoziologie sowohl auf der realistischen als auch der konstruktivistischen Subjektebene stets mit der Beantwortung der Frage konfrontiert ist, auf welche Weise sich das gesellschaftlich situierte Subjekt zu dieser Umwelt »da draußen« überhaupt in Beziehung setzen kann. Entsprechend ist eine der hartnäckigsten in der Umweltsoziologie aufgestellten Thesen: Ist die bestehende Kluft zwischen Subjekt und Umwelt erst überwunden, kann das Subjekt auch umweltbewusst handeln. Bisher hat sich diese Kluft jedoch als unüberwindbar erwiesen.<sup>7</sup>

Diese Diagnose lässt nun die Vermutung zu, dass diese Kluft eine systematisch eingehandelte ist. Denn nur weil Subjekt und Umwelt »da draußen« als voneinander getrennte Größen ge-

---

6 Diese Annahme reicht bis in diskursanalytische Perspektiven hinein: »Die Rede von der *diskursiven Konstruktion der Umweltwirklichkeit* bedeutet keine Leugnung ihrer tatsächlichen Realität, sondern richtet ihre Aufmerksamkeit auf Formen, Inhalte, Praktiken und Prozesse, in denen Umweltprobleme auf den gesellschaftlichen Agenden in Erscheinung treten.« (Keller, Pöferl 2011: 204).

7 Das sogenannte Kluftproblem zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln gehört zu den Selbstverständnis konstituierenden Problemstellungen der Umweltsoziologie und ist auch aktuell noch maßgeblich Gegenstand der Forschung, obwohl bisher noch kaum Erfolge in der Umsetzung erzielt wurden (Lange 2005).

genüber gestellt werden, kann die Überwindung der Kluft auch immer nur als ein vom Subjekt aktiv zu gestaltendes Aneignungsverhältnis (ausgehend vom Umweltbewusstsein) konzipiert werden. Mit anderen Worten: Aufgrund des naturalistischen Verständnisses von der Umwelt »da draußen« kann der zu stiftende Zusammenhang lediglich im Modus der Dichotomie thematisch werden. Die (angebliche) Kluft wird dadurch implizit naturalisiert, wobei die Gründe ihrer Natürlichkeit schlechterdings als anthropologische ausgewiesen werden. Das heißt die systematischen Voraussetzungen, die diese Kluft selbst hervorbringen, werden gar nicht mehr hinterfragt.<sup>8</sup>

Der entscheidende Verdacht ist somit, dass sich die Umweltsoziologie durch ihr eigenes Verständnis vom menschlichen Leben in Umweltverhältnissen ihr systematisches Problem anthropologischer Natur einhandelt.<sup>9</sup>

Soll es der Umweltsoziologie aber jemals gelingen, den Mensch-Natur-Nexus nicht als ein Gegenüber zu fassen, sondern vielmehr als eine durch den Lebensvollzug vermittelte Gleichursprünglichkeit gegenseitiger Konstitution zu begeifen, muss sie sich jenseits der Debatte um Realismus vs. Konstruktivismus ihrem eigenen Selbstverständnis stellen und dieses insbesondere in anthropologischer Hinsicht reflektieren. Denn aufgrund ihres Selbstverständnisses – das gesellschaftlich bedingte Verhältnis zwischen *Mensch* und Natur als ihren genuinen Forschungsbereich auszuweisen – sind für die Umweltsoziologie anthropologische Annahmen systematisch kaum zu hintergehen. Um dabei jedoch die bisherigen Differenzen zwischen Realismus und Konstruktivismus auch tatsächlich zu überwinden, bietet sich an, das anthropologisch fundie-

---

8 Besonders deutlich wird die fehlende Auseinandersetzung mit möglichen Präsuppositionen im eigenen Umweltkonzept bspw. in der Einleitung von Hellmuth Langes Beitrag zum 2011 erschienen *Handbuch Umweltsoziologie*, in dem auf den allgemeinen Konsens über das, was mit Umwelt angesprochen ist und woher diese Bedeutung stammt, lediglich in einer Fußnote hingewiesen wird (Lange 2011: 19). Eine grundsätzliche Hinterfragung des Umweltkonzeptes findet sich in keinem Beitrag, der in diesem Werk versammelten Umweltsoziologen.

9 Die realistische Variante der anthropologischen Begründung bedient sich zur Fundierung dieses Lebens des evolutionstheoretischen Verständnisses von Umwelt und der dementsprechenden Auffassung inwiefern ein Organismus auf diese Umwelt bezogen ist. Im umweltsoziologischen Ansatz der Rational-Choice-Theorie ist es daher Handlungsgesetz, dass sich das Subjekt stets nutzenmaximierend auf sein Umfeld bezieht, wobei nur die Dinge und Sachverhalte handlungsrelevant werden, zu denen es einen direkten kausalen Bezug herstellen kann, das heißt solche die für dieses objektiv einsehbar sind und insofern die handlungsrelevante Umweltumgebung darstellen (Lüdemann 1997; Dieckmann 1996; Esser 1999). Als erklärende, anthropologische Annahme hat diese evolutionsbiologisch begründete Bestimmung der menschlichen Bezugsform eine Ökologie der Subjekte hervorgebracht, in der davon ausgegangen wird, dass die Umwelt »da draußen« gar nicht handlungsrelevant werden kann, wenn sie nicht zu den Umgebungsbedingungen gehört, zu denen das Subjekt einen kausalen Bezug herstellen kann. Im konstruktivistischen Ansatz der umweltsoziologischen Lebensstilsoziologie wird hingegen davon ausgegangen, dass das Subjekt nicht umweltbewusst handeln kann, wenn die Umwelt »da draußen« keine Repräsentation im kognitiv begriffenen Bewusstsein hat. Denn das, was innerhalb der subjektiv bedeutsamen, lebensstilförmigen Wirklichkeit keine kognitive Repräsentation findet, erfüllt auch keine identitätsstiftende Funktion für das Subjekt und wird dementsprechend auch nicht handlungsrelevant. Die Überwindung der Differenz scheitert in diesem Falle an der subjektivistisch begriffenen Lebensstilwirklichkeit, deren Schranken dabei kognitiv begründet werden. In seiner Zwischenbilanz zur Umweltbewusstseinsforschung hat Lange diese Vorstellung einer eindimensionalen Linearität zwischen Bewusstsein und Handeln seitens der Lebensstilforschung zu Recht kritisiert (Lange 2000).

rende Potential des Weltbegriffs aus der Philosophischen Anthropologie Plessners für die Umweltsoziologie auszuloten. Denn zum einen wird mit diesem der menschliche Lebensvollzug als eine notwendige Verschränkung von Natur und Kultur sichtbar. Zum anderen ermöglicht der Weltbegriff eine systematische Möglichkeit, die genannte Kluft als ein spezifisches Problem aktueller gesellschaftlicher Weltverhältnisse auszuweisen und somit ihre Naturalisierung zurückzulassen.

Als eine phänomenologisch-hermeneutisch intendierte anthropologische Basis kann der Weltbegriff zu einem besseren Verständnis des menschlichen Lebens in zeitgenössischen Weltverhältnissen beitragen. Nach objektiv einsehbaren Parametern rationaler Entscheidungen zu fragen oder nach kognitiv bedingten, subjektivistischen Beschränkungen in der Ausübung eines Lebensstils, würde vor dem Hintergrund des Weltbegriffs immer schon zu kurz greifen. Denn inwiefern sich die Weltverhältnisse, in denen das Subjekt lebt, diesem leiblich vermitteln und ihren Ausdruck in der Realisierungsweise seiner Selbst-Welt-Beziehung finden, können sowohl Realismus als auch Konstruktivismus nur sehr begrenzt beantworten, da sie die Mehrdimensionalität menschlichen Lebens nicht in den Blick bekommen. Die oben aufgestellte These – das Kluftproblem sei ein der umweltsoziologischen Systematik immanentes Problem – kann jedoch nur dann auch weiterführende Konsequenzen innerhalb der umweltsoziologischen Praxis haben, wenn darin das menschliche Wirklichkeitserleben ernst genommen wird.

Diese Aufgabe kann der phänomenologisch-hermeneutisch explizierbare Ansatz Plessners systematisch leisten, da mit diesem das menschliche Erleben seiner Struktur nach als ein dreidimensionales Leben in Weltverhältnissen explizierbar ist.<sup>10</sup> Ferner kann anhand von Plessners struktureller Beschreibung des menschlichen Wirklichkeitserlebens deutlich werden, dass die von der Umweltsoziologie zugrunde gelegten anthropologischen Bestimmungen im menschlichen Umfeldbezug das Leben des Menschen in Weltverhältnissen verfehlen. Denn mit evolutionstheoretischen, kognitiven oder subjektivistischen Beschränkungen ist das menschliche Leben nicht erfasst und damit auch nicht erklärt, warum sich bspw. der Bionade-Bourgeoise trotz eines aus lebensstiltheoretischer Perspektive hohen Umweltbewusstseins alle ein bis zwei Jahre ein neues Smartphone zulegt, was alles andere als umweltfreundlich ist.

<sup>10</sup> Die mit der exzentrischen Positionalität realisierte phänomenal-reflexive Wahrnehmungsweise eröffnet dem Menschen ein Innen-, Außen- und Mitwelterleben: »In doppelter Distanz zum eigenen Körper, d.h. noch vom Selbstsein in seiner Mitte, dem Innenleben, abgehoben, befindet sich der Mensch in einer Welt, die entsprechend der dreifachen Charakteristik seiner Position Außenwelt, Innenwelt und Mitwelt ist. In jeder der drei Sphären hat er es mit Sachen zu tun, die als eigene Wirklichkeit, in sich stehendes Sein ihm gegenüberstehen.« (Plessner 1975: 293). Selbst und Welt, die sich im Vollzug der immer wieder zu vermittelnden Abständigkeit exzentrischer Positionalität stets von neuem realisieren müssen, werden dabei vom Mitweltverhältnis getragen, da sie die Sphäre interpersonalen Sinnbezüge und Bedeutungen ist: »Daß der einzelne Mensch sozusagen auf die Idee verfällt, ja daß er von allem Anfang an davon durchdrungen ist, nicht allein zu sein und nicht nur Dinge, sondern fühlende Wesen wie er als Genossen zu haben, beruht nicht auf einem besonderen Akt, die eigene Lebensform nach außen zu projizieren, sondern gehört zu den Vorbedingungen der Sphäre menschlicher Existenz. In dieser Welt freilich sich zurechtzufinden, bedarf dauernder Anstrengungen und sorgfältiger Erfahrung.« (Plessner 1975: 301). Und insofern jeder Mensch »in ein Mitweltverhältnis zu sich (und zu allem was ist) gesetzt ist« (Plessner 1975: 306), wobei die interpersonal konstituierten Sinnbezüge und Bedeutungen geschichtlich kontingente sind, wirkt sich die je mitweltlich vermittelte Wirklichkeit auch auf die Realisierungsweise von Selbst-Welt-Beziehungen aus.

Es geht in diesem Artikel also nicht darum, einen weiteren umweltsoziologischen Beitrag zu leisten, der sich der Frage widmet, mit welchen Mitteln umweltbewusstes Handeln auf der individuellen und institutionellen Ebene durchgesetzt werden könnte. Insofern zielt dieser Beitrag auch nicht darauf ab, Lösungsvorschläge zur Überwindung der Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln vorzulegen. Vielmehr sollte deutlich gemacht werden, dass sich durch die Annahme vom menschlichen Leben als ein Leben in Umweltverhältnissen in die umweltsoziologische Systematik anthropologische Reduktionismen einschleichen, die dann als Erklärung für die scheinbar unüberwindbare Kluft zwischen Subjekt und Umwelt dienen.

Die Einsicht in dieses Problem eröffnet zugleich jedoch die Möglichkeit im Anschluss an Plessners Philosophischer Anthropologie einen Ansatz auszuarbeiten, mit dem zeitgenössische Verhältnisse zur Natur vom triadischen Wirklichkeitserleben her bestimmt und auf dem Hintergrund aktueller Weltverhältnisse analysiert werden. Durch den aktuellen Kontext wird die hier vorgeschlagene phänomenologisch intendierte Grundlegung des menschlichen Lebens der soziologischen Analyse zugänglich, die nun nach dem *Wie*, das heißt nach den Bedingungen der Wirklichkeit dieser Weltverhältnisse und deren Einfluss auf die Realisierungsweisen von Selbst-Welt-Beziehungen fragen kann. Denn auf dem Hintergrund der Einsicht, dass der Mensch sein Leben führt, indem er sich in der Realisierung einer Selbst-Welt-Beziehung zum Ausdruck bringt, könnten die aktuellen Weltverhältnisse danach befragt werden, inwiefern diese evozieren, dass die darin lebenden Subjekte ihr Verhältnis zur Umwelt oder zur sogenannten äußeren und inneren Natur *als* eine Kluft erleben, was sie entsprechend auch zum Ausdruck bringen. Denn die Kluft selbst ist keine naturalistische Tatsache, sondern Ausdruck aktueller Weltverhältnisse. Es kommt damit also nicht lediglich darauf an, die darin lebenden Subjekte zu aktivieren, sondern vor allem darauf, die Weltverhältnisse zu verändern.<sup>11</sup>

## Literatur

- Block, K. 2016: Von der Umwelt zur Welt. Der Weltbegriff in der Umweltsoziologie. Bielefeld: transcript.
- Brand, K.-W., Reusswig, F. 2001: Umwelt. In H. Joas (Hg.), Lehrbuch der Soziologie. Frankfurt am Main, New York: Campus, 557-575.
- Dieckmann, A. 1996: Homo ÖKOnomicus. In Anwendungen und Probleme der Theorie rationalen Handelns im Umweltbereich, Sonderheft 36, 89-117.

11 Denn eine Umweltpolitik, die vornehmlich Aktivierungsmaßnahmen und das Kreieren von neuen konsumorientierten Lebensstilen – wie bspw. den des »Outdoor« – vorsieht, zeugt davon, dass das dafür zugrunde gelegte Menschenbild erstens stark vom Bild des ökonomisch orientierten Nutzenmaximierens geprägt ist und zweitens eine unverhältnismäßige Verantwortungszuschreibung vornimmt, gehört entsprechend zum üblichen Kanon der neoliberalen Politik kapitalistischer Verhältnisse: »Die Marktteilnehmer sollen über ihre Marktmacht die Entwicklung in die gewünschte Richtung steuern, Verstöße gegen das Nachhaltigkeitsgebot sanktionieren und die Selbstkontrolle ihres Konsums zur Gewohnheit werden lassen.« (Grunwald 2010: 235). Auch Karl-Werner Brand und Fritz Reusswig stellen entsprechend fest: »Die Forderung nach Internalisierung der ökologischen Kosten des Wirtschaftens [...] gehört deshalb inzwischen zum Grundkanon umweltpolitischer Programme jeglicher Couleur. Wenn die Nutzung von Umwelt teurer wird, ihren »wahren Preis« widerspiegelt, dann wird jeder Produzent oder Konsument, so die dahinterstehende Logik, seinen Umweltverbrauch [...] einschränken.« (Brand, Reusswig 2001: 660f.)

- Esser, H. 1999: Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Gehlen, A. 1993: Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt (1940). In K.-S. Rehberg (Hg.), *Der Mensch*. Textkritische Edition. Teilband 1, GA, Bd. 3. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.
- Grunwald, A. 2010: Die Ökologie der Individuen. Erwartungen an individuelles Umwelthandeln. In C. Büscher, K. P. Japp (Hg.), *Ökologische Aufklärung. 25 Jahre »Ökologische Kommunikation«*. Wiesbaden: VS, 231–257.
- Huber, J. 2001: *Allgemeine Umweltsoziologie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Keller, R., Pöferl, A. 2011: Umweltdiskurse und Methoden der Diskursforschung. In M. Groß (Hg.), *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden: VS, 199–220.
- Lange, H. 2011: Umweltsoziologie in Deutschland und Europa. In M. Groß (Hg.), *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden: VS, 19–53.
- Lange, H. 2005: Lebensstile. Der sanfte Weg zu mehr Nachhaltigkeit?. In G. Michelsen, J. Godemann (Hg.), *Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis*. München: Oekom, 160–172.
- Lange, H. 2000: Eine Zwischenbilanz der Umweltbewußtseinsforschung. In: H. Lange (Hg.), *Ökologisches Handeln als sozialer Konflikt. Umwelt im Alltag*. Opladen: Leske + Budrich, 13–34.
- Lindemann, G. 2008: Verstehen und Erklären bei Helmuth Plessner. In R. Greshoff, G. Kneer, W. L. Schneider (Hg.), *Verstehen und Erklären. Sozial- und Kulturwissenschaftliche Perspektiven*. München: Wilhelm Fink, 117–142.
- Lüdemann, C. 1997: *Rationalität und Umweltverhalten. Die Beispiele Recycling und Verkehrsmittelwahl*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Plessner, H. 2003a: *Mit anderen Augen* [1953]. In G. Dux, O. Marquardt, E. Ströker (Hg.), *Conditio humana*. GS, Bd 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 88–104.
- Plessner, H. 2003b: *Über das Welt- Umweltverhältnis des Menschen* (1950). In G. Dux, O. Marquardt, E. Ströker (Hg.), *Conditio humana*. GS, Bd 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 77–87.
- Plessner, H. 2003c: *Macht und menschliche Natur. Ein Versuch zur Anthropologie der geschichtlichen Weltansicht* (1931). In: G. Dux, O. Marquardt, E. Ströker (Hg.), *Macht und menschliche Natur*. GS, Bd. 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 135–234.
- Plessner, H. 1975: *Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die philosophische Anthropologie*. Berlin, New York: De Gruyter.
- Scheler, M. 1979: *Die Stellung des Menschen im Kosmos* (1928). In: M. S. Frings (Hg.), *Späte Schriften*. GW, Bd. 9. Bern, München: Francke, 7–71.
- Uexküll, J. von 1973: *Theoretische Biologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



# »Unsere *gemeinsame* Zukunft?«

## Tiere und Nachhaltigkeit

Livia Boscardin

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Trends in der Umweltsoziologie« der Sektion Umweltsoziologie – organisiert von Matthias Groß*

Laut dem letzten Bericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) kann die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur bis im Jahr 2100 über zwei Grad Celsius betragen (IPCC 2014: 10). Drei der neun planetarischen Grenzen (Rockström et al. 2009), die eine für Menschen bewohnbare Biosphäre ausmachen, wurden schon überschritten – eine Überschreitung dieser Grenzen bedeutet unvorhersehbare, potentiell katastrophale Folgen. Paul Crutzen (2002) hat dieses jetzige Zeitalter, in dem der Mensch zur größten Naturgewalt der Erde geworden ist, sinngemäß »Anthropozän« benannt. Der Soziologe Jason W. Moore wirft indessen auf, dass die tiefgreifenden Veränderungen der Biosphäre nicht einfach auf »den Menschen«, sondern maßgeblich auf den Kapitalismus und seinen nicht enden wollenden Ressourcenverbrauch zurückzuführen sind, und spricht folglich vom »Kapitalozän« (2014a; 2014b).<sup>1</sup> Nicht »der Mensch« als anthropologische Größe, sondern eine kleine gesellschaftliche Elite sei die Triebfeder wie Profiteurin dieser akkumulativen und extraktivistischen Wirtschaftsweise. Insgesamt düstere Aussichten für den Rest der Menschheit – und dies nach mehr als vier Dekaden internationaler Anstrengungen für nachhaltige Entwicklung. Neben der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und der millionenfachen Vernichtung nichtmenschlichen Lebens in Freiheit hat die Profitgier einiger weniger Konzerne auch die Ermordung und Verwertung von jährlich über 60 Milliarden Landtieren in der Nahrungsmittelindustrie zur Folge (FAOSTAT 2015). Als ob deren unsagbares Leid nicht schon genug wäre, emittiert die Tierindustrie mehr Treibhausgase als das globale Transportwesen und verursacht weitreichende Umweltzerstörung. Dabei hat sich der Konsum von »Fleisch«<sup>2</sup> in den letzten fünfzig Jahren mehr als verdoppelt und wird dies

---

1 Im deutschsprachigen Raum hat Harald Welzer (2014) die Debatte zum »Knetozän« aufgenommen. Siehe auch die Voten von Dipesh Chakrabarty (2009) und Donna Haraway (2015).

2 Das Wort »Fleisch« neutralisiert die Tatsache, dass sich Menschen die fein säuberlich präparierten Körperteile eines vormals lebenden Individuums einverleiben (Winders, Nibert 2004: 92). Die sich je nach Referenz auf menschliche oder nichtmenschliche Tiere verändernde Wortwahl für ein und dieselbe Handlung (essen oder

erwartungsgemäß nochmals bis 2050 tun. Die Umweltbelastung wird sich demnach ebenfalls drastisch vergrößern. Dennoch besteht bislang ein Defizit in der kritischen Erforschung des Themenbereichs Nachhaltigkeit und Tierindustrie. Zur Schließung dieser Forschungslücke möchte das hier vorgestellte Dissertationsprojekt einen Beitrag leisten. Dabei wird ganz grundsätzlich danach gefragt, ob und wie in der Nachhaltigkeitspolitik Tiere<sup>3</sup> und die Tierindustrie berücksichtigt werden. Im Folgenden werden erstens Forschungsfeld und Theorie, zweitens Kontext der Untersuchung – nämlich die Tierindustrie –, drittens Forschungsfrage und viertens Methode diskutiert. Zum Schluss werden vorläufige Ergebnisse vorgestellt.

## Forschungsfeld und Theorie: Human-Animal Studies und Critical Animal Studies

Diese soziologische Dissertation ist an der Intersektion der interdisziplinären Themenfelder der Nachhaltigkeitsforschung und der Human-Animal Studies anzusiedeln, wobei letztere innerhalb der Soziologie – durch ihre Beschäftigung mit nichtmenschlichen Individuen, die zur »Natur« gezählt werden – meist der Umweltsoziologie zugeordnet werden (Tovey 2003; York 2014). Die Human-Animal Studies<sup>4</sup> untersuchen das gesellschaftliche Verhältnis zu Tieren, während die Sparte der Critical Animal Studies<sup>5</sup> in erster Linie die ökonomischen und politischen Bedingungen dieses oftmals von Unterdrückung geprägten Verhältnisses durchleuchten. Die mannigfaltige Präsenz von Tieren in unserem Alltag und deren große kulturelle, religiöse, soziale und ökonomische Bedeutung machen deutlich, dass dieses Verhältnis kein biologisches, sondern ein zutiefst soziales ist. Die These von gesellschaftlichen Naturverhältnissen (Görg 2011) besagt weiter, dass die menschliche Beziehung zur Natur im Allgemeinen sowie die Vorstellung einer Kultur/Natur-Dichotomie per se historisch und kulturell kontingent sind. Gleiches wird für die Mensch/Tier-Dichotomie behauptet. Wie insbesondere in der Kritischen Theorie Theodor W. Adornos und Max Horkheimers oder auch in ökofeministischen Theorien<sup>6</sup> dargelegt, ist die Zuordnung zur »Natur« von nichtmenschlichen Tieren sowie von Frauen, People of Colour, Falschsexuellen, etc. ein Mittel, ein bestimmtes hegemoniales menschliches Subjekt zu definie-

---

fressen, ermorden oder schlachten, gebären oder werfen, etc.) reproduziert die Mensch/Tier-Dichotomie (Mütherich 2003).

3 Im Folgenden werden »Tiere« und »nichtmenschliche Tiere« als Synonyme verwendet.

4 Zur Einführung DeMello 2012a, 2012b; Waldau 2013; Wolfe 2009. Deutschsprachige Werke: Ach, Stephany 2009; Brucker et al. 2014; Chimaira – Arbeitskreis für Human-Animal Studies 2011, 2013; Ferrari, Petrus 2015; Pfau-Effinger, Buschka 2013. Weiterführende Werke zu Soziologie und Tiere: Gutjahr, Sebastian 2013: 57–59; Hobson-West 2007; Irvine 2008; Mütherich 2000; Peggs 2012, 2013; Tovey 2003; York, Mancus 2013.

5 Wie andere radikale Forschungsfelder wurden auch die Critical Animal Studies von Forscher/-innen begründet, die sich nicht nur theoretisch für ein Ende der tierlichen Ausbeutung engagieren. Ergo haben die Critical Animal Studies den Anspruch, Theorie und Aktivismus zu verbinden, und sind folglich dem Feld der »militant research« zuzuordnen (Shukaitis et al. 2007), siehe auch Nocella II et al. 2014. Literatur der Critical Animal Studies: Benton 1993; 2003; Nibert 2002; 2012; 2013; Nocella II et al. 2014; Nocella et al. 2015; Noske 2008; Sanbonmatsu 2011a; Torres 2007.

6 Eine Auswahl grundlegender Werke: Adams, Donovan 1995; Adams, Gruen 2014; Gaard 1993; Plumwood 1993.

ren und zu ontologisieren (Maihofer 2007). Somit haben diese Unterdrückungskategorien eine gemeinsame Struktur und Wurzel: vormals als *matrix of domination* von schwarzen Feministinnen theoretisiert (Collins 2000), ist heutzutage von der Intersektionalität<sup>7</sup> von Unterdrückung die Rede, für welche es auch in der Tierindustrie zahlreiche Beispiele gibt. Die Kategorie »Tier« kann also auch als Instrument dienen, um Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Gesellschaft besser zu verstehen (Hobson-West 2007: 25).

Nichtmenschliche Tiere, allen voran sogenannte »Nutztiere« oder vernutzte Tiere<sup>8</sup>, sind in der westlich-industrialisierten Gesellschaft eine unterdrückte Gruppe<sup>9</sup>. Eine historisch-materialistische Analyse hingegen widerspricht der gängigen, idealistischen Speziesismustheorie, indem sie die gesellschaftlich verankerte und normalisierte Tieraussbeutung im Zeitalter des neoliberalen Kapitalismus nicht nur wie letztere durch eine kulturelle Abneigung oder Ignoranz gegenüber Tieren, sondern primär mit dem ökonomischen Vorteil, der durch ihre Darstellung als Ware geschaffen wird, erklärt (Maurizi 2005; Nibert 2002; Torres 2007). Der Staat ist in dieser Analyse ein tragender Pfeiler der Tieraussbeutung: reguliert er diese doch in Gesetzen, fördert sie mit Subventionen und verfolgt ihre Gegner/-innen.

Entsprechend ist die dieser Arbeit zugrundeliegende Theorie die einer herrschaftskritischen, radikalen Ökologie, welche anarchistische, öko-/transfeministische wie postkoloniale Elemente vereinigt. Sie reiht sich ein in die vornehmlich in den 1970er und 1980er Jahren prominente politische Ökologie, welche die Umwelt aus einer historisch-materialistischen Perspektive studiert, das heißt den Zusammenhang zwischen Machtstrukturen, sozialer Ungleichheit und zunehmender Umweltzerstörung. Andrew Biro bezeichnet diese heutigen Formen von politischer Ökologie *critical ecologies* (Biro 2011: 8).

## Kontext: Die Tierindustrie als Ort von ubiquitärer Unterdrückung<sup>10</sup>

Der tierindustrielle Komplex (Noske 1989) ist zuallererst ein Ort der grenzenlosen Gewalt gegen und Verwertung von nichtmenschlichen Tieren.<sup>11</sup> Jährlich werden über 60 Milliarden Landtiere

7 Ursprünglich bezeichnet Intersektionalität die synergistische und nicht rein additive Erfahrung von verschiedenen Formen von Unterdrückung, so des Begriffs Urheberin Kimberlé Crenshaw (1997). Zum heutigen Gebrauch in den Critical Animal Studies: Deckha 2008; Harper 2010; Jones 2013; Kim 2015. Zur verwandten *unity of oppression*-Diskussion siehe Gamerschlag 2011.

8 Der Euphemismus »Nutztier« wird mit »vernutztem Tier« ersetzt, steht doch am Ende der »Nutzung« der Tiere immer ihr Tod.

9 Niberts Definition einer unterdrückten Gruppe lautet: »An oppressed group shares physical, cultural or economic characteristics and is subjected, for the economic, political and social gain of a privileged group, to a social system that institutionalizes its exploitation, marginalization, powerlessness, deprivation or vulnerability to violence.« (Nibert 2003: 8).

10 Dieses Kapitel basiert auf Boscardin, Bossert 2015. Eine beachtenswerte Publikation zur politischen Ökologie von Fleisch siehe Emel, Neo 2015. Eine Analyse des tierindustriellen Komplexes aus verschiedenen umweltsociologischen Perspektiven liefern Gunderson und Stuart (2014).

11 Für eine gewaltsoziologische Untersuchung von Gewalt an nichtmenschlichen Tieren siehe Buschka et al. 2013.

für die Nahrungsmittelindustrie gezüchtet und ermordet (FAOSTAT 2015).<sup>12</sup> Das »Leben« dieser zu reinen Biomachines degradierten Tiere ist von Profitmaximierung und Effizienz in der Produktion ihres »Outputs« – also ihrer Muskelmasse, Muttermilch oder Eier – gekennzeichnet. Konkret bedeutet das für diese empfindungsfähigen Individuen lebenslange Gefangenschaft auf engstem Raum, Trennung von anderen Tieren, chronische Erkrankungen, Verstümmelungen, massiver Einsatz von Medikamenten, Chemikalien und Hormonen und Tötung am Ende ihrer kurzen Existenz (Rule et al. 2005: 9649; Stuart et al. 2013; Weis 2013a: 116–120).

Die Tierindustrie zerstört dabei aber nicht nur die Leben der vernutzten Tiere, sie ist auch eine der destruktivsten Industrien der Welt (Schlatzer 2011: 18; Steinfeld et al. 2006: xxiii). So ist sie maßgeblich dafür verantwortlich, dass die planetarischen Grenzen überschritten werden, speziell im Falle des Klimawandels, des Stickstoff- und Phosphorkreislaufs und des Biodiversitätsverlust (dies vor allem durch Abholzung für Futtermittelanbau oder Weideflächen) (Machovina et al. 2015; Pelletier, Tyedmers 2010). Laut neuesten Studien zeichnet die Tierindustrie für 14,5 bis 51 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.<sup>13</sup> Auch wenn man die eher konservative Einschätzung von 14,5 Prozent teilt, so übersteigen diese jährlichen Emissionen in der Höhe von 7,1 GtCO<sub>2</sub>e immer noch die Emissionen des globalen Transportwesens und gar den gesamten jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Vereinigten Staaten von Amerika (Bailey et al. 2014: 4).

Um die weitreichende Umweltbelastung der Tierindustrie terminologisch zu fassen, verwenden Wissenschaftler/-innen in Anlehnung an den *ecological footprint* den Begriff des *ecological hoofprint* (Weis 2013a). Dieser Problematik überwältigenden Ausmaßes steht indes ein fast nichtiges Interesse am Thema im Rahmen der internationalen Bemühungen und Maßnahmen gegen den Klimawandel gegenüber. Weder am Umweltgipfel in Rio im Jahr 2012 (Kissling, Singer 2012), in der *United Nations Framework Convention on Climate Change* noch am diesjährigen Klimagipfel in Paris von 2015, war und wird die Tierindustrie ein Thema sein (Bailey et al. 2014: 7–9; Chellaney 2015).

Eine derart massive Naturzerstörung muss natürlich auch in einem sozialen Zusammenhang betrachtet werden. Der von der Tierindustrie mitverantwortete Klimawandel wird bis im Jahr 2050 über 200 Millionen Klimaflüchtlinge zur Folge haben, was einer Verdopplung der heutigen Flüchtlinge weltweit gleichkäme (IOM 2014b). Die Tierindustrie, welche 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Erde okkupiert (Steinfeld et al. 2006: 74), verbraucht 35 Prozent der globalen Getreideernte als Futter für die Tiere – und hierbei sind Ölsaaten wie Sojabohnen nicht eingerechnet, die mehrheitlich im Futtertrog landen (FAO 2013a: 5). Gleichzeitig sind fast eine Milliarde Menschen unterernährt (FAO 2015: 9).<sup>14</sup> Und während die Tierindustrie jährlich ein

12 Zudem werden jährlich mehr als eine Billion Wassertiere ermordet, siehe dazu FAOSTAT 2014; Mood 2010: 71; Weis 2013a: 19.

13 Die Studie der *Food and Agriculture Organization* der Vereinten Nationen (FAO) ermittelt 14,5 Prozent (Gerber et al. 2013), eine Studie der zwei Weltbank-Experten Goodland und Anhang für das *Worldwatch Institute* kommt auf 51 Prozent (Goodland, Anhang 2009). Zu den numerischen Differenzen siehe Goodland, Anhang 2009 und Herrero et al. 2011.

14 Natürlich ist Hunger nicht nur eine Frage der Produktion, sondern auch eine Frage von Ungleichheit, Verteilung, Infrastruktur und globaler Wirtschaftspolitik und somit eine politische Frage (Davis 2001). Gleichwohl muss festgehalten werden, dass die Produktion von pflanzlichen Kalorien vier bis zwanzig Mal effizienter wäre

Drittel der globalen Süßwasserressourcen konsumiert (Mekonnen, Hoekstra 2012: 3232), werden in den nächsten zehn Jahren 1,8 Milliarden Menschen von Wasserknappheit betroffen sein (FAO Water 2013).

Schlachthausarbeiter/-innen sind überwiegend (illegalisierte) Migrant/-innen. Die prekäre und äußerst niedrig entlohnte Arbeit ist höchst gefährlich, physische Verletzungen wie auch emotionale Traumata sind an der Tagesordnung (Heinrich Böll Stiftung, Friends of the Earth Europe 2014: 14; McCabe, Hamilton 2015; Pachirat 2011; Torres 2007: 45; Winders, Nibert 2004: 89). Die im Schlachthaus ausgeübte Gewalt führt zu einem Anstieg von körperlichen Übergriffen in den Arbeiterfamilien sowie ihren Wohnregionen (Eisnitz 2007; Fitzgerald et al. 2009: 158). Für die in der Nähe von Tierfabriken ansässige, zumeist sozial benachteiligte Bevölkerung resultiert deren Luft- und Wasserverschmutzung in gesundheitlichen Problemen wie Atemwegserkrankungen (Emel, Neo 2011: 71; Sneeringer 2009: 126; West et al. 2011: 473) oder Depressionen (Casey et al. 2015; Gunderson 2012). Und schließlich wurde das Land, welches heute für Weideflächen oder Futteranbau genutzt wird, in vielen Fällen gewaltvoll den vorigen Bewohnenden und indigenen Gemeinschaften enteignet (Nibert 2013). Diese sozialen Folgen wie auch die genannten ökologischen Auswirkungen der Tierindustrie sind vorwiegend im Globalen Süden zu spüren, was mit dem Konzept des *environmental racism* beschrieben wird (DeMello 2012a: 275).

## Forschungsfrage

Sind in unserer »gemeinsamen Zukunft« (so der Titel des Brundtland-Berichts von 1987) auch tierliche Individuen mitgedacht? Ganz grundsätzlich soll in dieser Arbeit die Bedeutung von Tieren und der Tierindustrie in Theorie und Praxis von nachhaltiger Entwicklung untersucht werden. Dies wird durch zwei Teilfragen angegangen: Einerseits soll studiert werden, was Tiere für Nachhaltigkeit bedeuten, andererseits wird erforscht, was Nachhaltigkeit für Tiere bedeutet. Bei beiden Fragestellungen liegt der Fokus auf der Tierindustrie und vernutzten Tieren. Im Sinne einer kritischen Ökologie werden diese Fragen in eine Analyse der gesellschaftlichen Natur- und Machtverhältnisse eingebettet.

---

als die von tierlichen (Bajželj et al. 2015). Die Frage nach der Effizienz in der Stillung menschlicher Grundbedürfnisse ist freilich im Kapitalismus nebensächlich, prioritär muss effizient Profit erzeugt werden. Bemerkenswert ist auch, dass der Anteil an Getreide, der für die Erzeugung von gesellschaftlich umstrittenen Biotreibstoffen verwendet wird, mengenmässig erblasst im Vergleich mit dem, welcher für Tiermägen bestimmt ist. Beispielsweise ist für das Jahr 2012 weniger als ein Prozent der globalen Weizenproduktion in die Biotreibstoffindustrie geflossen, dafür aber 16 Prozent in die Tierindustrie (FAO 2013b: 132; Locke et al. 2013: 52). Und während im Jahr 2009 16 Prozent der globalen Maisproduktion im Tank landeten (Locke et al. 2013: 52), endeten 60 Prozent im Futtertrog (FAO Commodities and Trade Division 2002). Schliesslich fehlen in dieser Aufstellung als Tierfutter verwendetes Soja und Getreide wie Sorghum, Gerste oder Roggen. 85 Prozent der globalen Gersternte werden etwa für Tierfutter verwendet (Heuzé V. et al. 2015). Vergleiche dazu auch Cassidy et al. 2013.

## Was bedeuten Tiere für Nachhaltigkeit?

Die erste Forschungsfrage lautet, was Tiere für Nachhaltigkeit bedeuten, das heißt welche Rolle Tiere in Nachhaltigkeitskonzepten spielen, wie sie darin berücksichtigt werden. Untersuchungsgegenstand sind Deklarationen und Definitionen von Nachhaltigkeit seit 1987, wobei insbesondere die Deklarationen der internationalen Umweltgipfel<sup>15</sup> berücksichtigt werden.

### *Was ist Nachhaltigkeit?*

Zunächst muss herausgearbeitet werden, was überhaupt unter Nachhaltigkeit zu verstehen ist. Heutzutage wird der Begriff der »Nachhaltigkeit« nahezu inflationär verwendet. In den umfangreichen Untersuchungen zur Entwicklung des Nachhaltigkeitsbegriffs<sup>16</sup> bezeichnen einige Forscher/-innen Nachhaltigkeit als »Schlagwort« (Lele 1991; Rist 2007), als »schwebender Signifikant« (Laclau, vergleiche Tregidga et al. 2011), oder, nach Foucault, als die neue »Gouvernementalität« (Dingler 2003). Als vorherrschende Definition von Nachhaltigkeit hat sich die Definition des Brundtland-Berichts von 1987 durchgesetzt, welche lautet: »Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs« (World Commission on Environment and Development 1987: Kapitel 2, §1). Da der Brundtland-Bericht auch festhielt, dass nachhaltige Entwicklung an wirtschaftliches Wachstum gekoppelt sei, meint Nachhaltigkeitspolitik heute hauptsächlich »grüne Wirtschaft« – dies war auch ein Schwerpunkt an der letzten UN-Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung in Rio im Jahr 2012 (Kenis, Lievens 2015; Kothari et al. 2015). In der Umweltsoziologie entspricht die Logik einer grünen Wirtschaft oder eines grünen Wachstums der ökologischen Modernisierungstheorie. Diese impliziert die Möglichkeit einer gewinnbringenden Kombination von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum durch regulierende Maßnahmen und neue Technologien.<sup>17</sup> Die Natur wird dabei als Naturkapital betrachtet und soll als Markt organisiert werden (Krüger 2015). Letztlich gelten wie in der klassischen Modernisierungstheorie die westlichen Industrienationen mit ihrer Form von »Umweltschutz« als Vorbild und Maßstab für die restliche Welt: im Sinne eines »ökologischen Imperialismus« wird der Umgang mit der Natur auch im Globalen Süden den Bedürfnissen eines grünen Kapitalismus untergeordnet und kontrolliert (Görg 2004). Das Heilsversprechen der ökologischen Modernisierung, mit grünem Wachstum »Armut« zu bekämpfen und die ökologische Krise in den Griff zu bekommen, hat sich dagegen als nichtig erwiesen: Naturkatastrophen, globale Ungleichheit, Aussterben von Tierarten und Treibhausgasemissionen nehmen unaufhörlich zu (Foster 2003; Görg 2011: 43–44).

15 Diese wären: Geneva 1987: Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future (World Commission on Environment and Development 1987); Rio 1992: Rio Declaration on Environment and Development (United Nations Conference on Environment and Development 1992b) und Agenda 21 (United Nations Conference on Environment and Development 1992a); Johannesburg 2002: Johannesburg Declaration on Sustainable Development (World Summit on Sustainable Development 2002a) und Plan of Implementation of the World Summit on Sustainable Development (World Summit on Sustainable Development 2002b); Rio 2012: The Future We Want (United Nations Conference on Sustainable Development 2012).

16 Siehe zum Beispiel Grunwald, Kopfmüller 2012; Ott, Döring 2002; Pufé 2012; Redclift 2005; Robinson 2004.

17 Vergleiche Buttell 2000; Hajer 2015; Mol et al. 2009.

Gleichzeitig wird die ökologische Krise von Regierungsseite unter Ausklammerung ihres strukturellen Ursprungs auch für die Durchsetzung reaktionärer Politik instrumentalisiert, wie zum Beispiel für Immigrationsbeschränkungen oder Geburtenkontrollen (Passadakis et al. 2009).

### *Tiere in Nachhaltigkeitsdeklarationen*

In einer Analyse der Nachhaltigkeitsdeklarationen der letzten vier Jahrzehnte wird ersichtlich, dass Nachhaltigkeit ausdrücklich anthropozentrisch gefasst wird: »Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Ihnen steht ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur zu« (United Nations Conference on Environment and Development 1992b: §1). Falls Tiere Eingang in Nachhaltigkeitsdeklarationen finden, dann immer in Bezug auf ihre Bedeutung für der Menschen (oft monetären) Zwecke. Tiere werden primär als wichtige ökonomische (erneuerbare) Ressourcen<sup>18</sup> dargestellt, sei dies als landwirtschaftliche vernutzte Tiere, als den Tourismus fördernde Wildtiere oder als Tierarten, die eine unverzichtbare Funktion in einem Ökosystem<sup>19</sup> erfüllen und somit dessen menschliche Nutzung ermöglichen.<sup>20</sup> Die Deklarationen beschreiben andererseits auch, wie gewisse Tiere eine ökonomische Entwicklung hindern, etwa als landwirtschaftliche Schädlinge, als Überträger von Krankheiten oder als invasive Arten,<sup>21</sup> die das Gleichgewicht lokaler Ökosysteme gefährden. Doch ausser diesen Negativbeispielen werden Tiere im Allgemeinen instrumentell als »resource species« (IUCN et al. 1980: §7), als Naturkapital betrachtet.

### Was bedeutet Nachhaltigkeit für Tiere?

Die zweite Forschungsfrage ist, was Nachhaltigkeit für Tiere bedeutet, das heißt wie sich das vorherrschende, anthropozentrische und kapitalistische Nachhaltigkeitskonzept auf die Tierwelt auswirkt. Besonderer Fokus soll wiederum auf vernutzte Tiere gelegt werden. Hierbei sind verschiedene Trends zu beobachten. Die gegenwärtige Stoßrichtung von Nachhaltigkeitspolitik, grünes Wachstum, wird auch in der Tierindustrie verfolgt. Bis zum Jahr 2050 soll laut FAO die globale Fleischproduktion verdoppelt werden. In Anlehnung an die grüne Revolution in der Landwirtschaft der 1960er Jahre wird diese Verdoppelung *livestock revolution* genannt (FAO 2013b: 142). Um jedoch gleichzeitig Emissionen zu reduzieren, soll dies mittels »nachhaltiger Intensivierung«<sup>22</sup> geschehen. Dabei wird auf Effizienzerhöhung durch verbessertes Management und Technologie gesetzt. Ein technologisches Mittel ist zum Beispiel die genetische Modi-

18 Siehe etwa Kapitel sechs des Brundtland-Berichtes (World Commission on Environment and Development 1987)

19 Zur Kritik des Konzepts »Ökosystem«: David Simpson 2011; O'Neill 2001.

20 Ein Exempel dafür ist United Nations Conference on Sustainable Development 2012: § 197, 130, 203.

21 Das Konzept einer »invasiven Art« ist aus herrschaftskritischer Perspektive zu problematisieren, untermauert und naturalisiert es doch nationalistische und rassistische Politiken im menschlichen wie nichtmenschlichen Bereich. Eine Analyse zu Australien liefert Adrian Franklin (2011), zu Neuseeland siehe Dutkiewicz 2015, für eine Tierrechtskritik Stanescu 2014.

22 Siehe The Royal Society 200) und Garnett et al. 2013. Eine kritische Analyse siehe Collins, Chandrasekaran 2012.

fikation des Verdauungssystems der Tiere (Steinfeld et al. 2006: 120). Auch das Futter muss effizient und gleichzeitig ressourcenschonend optimiert werden, hin zur *environmental nutrition*, einer Methode, welche das Tier mit einem Minimum an Nährstoffen versorgt – ein Minimum, um die ausgeschiedenen und in die Umwelt entlassenen Abfallstoffe zu reduzieren –, aber ein Maximum an Wachstum und Produktivität erlaubt. Eine Folge davon kann sein, dass das Tier, beispielsweise ein Schwein, in zu kurzer Zeit so viel Gewicht zulegt, dass ihr Skelett brüchig wird und ihre Knochen noch zu Lebzeiten zu splintern beginnen. Der Soziologe Jonathan L. Clark beschreibt diesen neuartigen Prozess als *environmental violence* (Clark 2012).

Die FAO hat schon einige vielbeachtete Berichte<sup>23</sup> zu den ökologischen Folgen der Tierindustrie sowie auch zu der geplanten *livestock revolution* publiziert. Während die FAO allerdings auf Effizienz und Produktionssteigerung setzt, kommen aktuelle Studien zu ernüchternden Ergebnissen: Der jetzige expansive Trend (vergleiche Alexandratos, Bruinsma 2012) würde schon bis 2050 im Alleingang (das heißt ohne andere Sektoren wie Energie oder Industrie) zu Emissionen führen, welche einen Anstieg von zwei Grad Celsius bedeuteten (Bajželj et al. 2014). Eine Reduktion vom Konsum tierlicher Produkte wird deshalb als Priorität bezeichnet (Pelletier, Tyedmers 2010). Auch der IPCC (2014b) hält fest, dass auf der Nachfrageseite viel mehr Einsparungspotenzial besteht als auf der Angebotsseite (Moore 2014a: 12), verursacht eine vegane Lebensweise doch halb so viel Treibhausgase wie eine omnivore Diät (Scarborough et al. 2014). Studien und Kampagnen zum *ecological hoofprint* von Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Regierungen nehmen ebenfalls stetig zu. Während einige dieser Kampagnen die von der FAO propagierte Steigerung der Produktion durch Effizienz- und Technologiemaßnahmen unterstützen,<sup>24</sup> plädieren andere für deren Reduktion.<sup>25</sup>

Ein weiterer Trend neben der Intensivierung der Tierproduktion ist »nachhaltiges Fleisch«, welches aus kleinen Biobetrieben bezogen wird. Während in Supermärkten und auf Werbetafeln die Bilder von scheinbar »glücklichen Kühen« dominieren, sieht die Realität ganz anders aus: weniger als ein Prozent der konsumierten Tierleiber stammen aus sogenannt »nachhaltiger Produktion« – und auch diese endet für die betroffenen Tiere mit dem Tod, was gerne ausgeblendet wird (Jamieson 2008: 185–186; Jenkins, Stanescu 2011, 2013, 2014). Der Diskurs des »nachhaltigen Fleisches« hat sich jedoch so erfolgreich durchgesetzt, dass er als Legitimation

23 Insbesondere Steinfeld et al. 2006 und Gerber et al. 2013.

24 Siehe Archer et al. 2015; Basarab et al. 2012; Bell et al. 2012; Bishop, Woolliams 2004; Capper 2012; Dini et al. 2012; Fournel et al. 2012; Grainger, Beauchemin 2011; McAllister et al. 2011; O'Mara 2011; Thomas et al. 2012; Vajta, Gjerris 2006; Vergé et al. 2012; Waghorn, Hegarty 2011.

25 Zu diesen Studien zählen vergleichsweise Bajželj et al. 2014, Bellarby et al. 2013, 2013, Eshel et al. 2014; Marlow et al. 2009; McMichael et al. 2007; Pelletier, Tyedmers 2010; Scarborough et al. 2014; Stehfest et al. 2009. Erwähnenswert sind auch Kampagnen von Tierschutz- und Umweltorganisationen: Compassion in World Farming 2009; Erb et al. 2009; Greenpeace International 2012; MacMillan, Durrant 2009. Diese Kampagnen plädieren wie oben erwähnt für eine Reduktion des Konsums von tierlichen Produkten, nicht jedoch für dessen gänzliche Aufgabe. Vielmehr versprechen sie eine »Win-win-Situation« für die Umwelt und für die Produzierenden, da letztere ihre Gewinnmargen durch den Vertrieb von »umweltfreundlichem, glücklichen Fleisch« gar erhöhen könnten (MacMillan, Durrant 2009: 13). Davon abgesehen ist es erstaunlich, wie selten Umweltorganisationen diese Sachlage thematisieren (Andersen, Kuhn 2014; Laestadius 2014).



des Fleischkonsums an sich herbeigezogen wird. *Happy meat* funktioniert also als eine Reformierung und Fortführung, als Greenwashing von blutiger Tierausbeutung.<sup>26</sup> Schließlich kann als Trend auch »In-vitro-Fleisch«<sup>27</sup> genannt werden, im Labor kultiviertes Gewebe, welches eine deutlich geringere Umweltbelastung als Fleisch von getöteten Tieren aufweist (Tuomisto, Teixeira de Mattos 2011). Einige Tierschutzorganisationen sehen darin eine leidfreie,<sup>28</sup> wenn auch noch äußerst kostspielige Alternative zur Tiertötung (vergleiche unter anderem PETA 2014), die involvierten Unternehmen einen vielversprechenden neuen Markt. Während hier auf die gesellschaftliche Debatte zur »Natürlichkeit« dieses Produkts nicht weiter eingegangen werden kann – wobei »Natürlichkeit« per se ein fragwürdiger Wert darstellt –, sollte aus herrschaftskritischer Sicht aufgeworfen werden, warum angesichts bestehender pflanzlicher Fleischalternativen Millionen in die Entwicklung eines Burgers für eine »grüne Elite« investiert wird, während Millionen Menschen im Globalen Süden Hunger leiden.

## Methoden

Die oben genannten Nachhaltigkeitsdeklarationen ebenso wie Berichte und Kampagnen zu den ökologischen Folgen der Tierindustrie sollen mit einer soziologischen Diskursanalyse untersucht werden. Laut Maarten A. Hajer ist ein Diskurs »a specific ensemble of ideas, concepts, and categorizations that are produced, reproduced, and transformed in a particular set of practices and through which meaning is given to physical and social realities« (Hajer 1995: 44). Eine Diskursanalyse untersucht anhand von Textmaterial, wie dieses Ensemble und damit soziale Ordnung hergestellt, bewahrt oder verändert werden (Flick 2003: 310–311). Diskurse sind indes nicht nur Schall und Rauch: die Definition eines Problems hat häufig an ihr angelehnte, konkrete politische Konsequenzen. Demgemäß erforscht die Diskursanalyse die Bedingungen, welche die Existenz gewisser Ideen ermöglichen, und gleichzeitig andere Ideen verunmöglichen (Foucault 1996: 7).

In dieser Dissertation sollen genau diese Möglichkeitsbedingungen des vorherrschenden Diskurses über Nachhaltigkeit und Tiere untersucht werden. Forschungsobjekte sind die internationalen Nachhaltigkeitsdeklarationen und die Studien zu den ökologischen Folgen der Tierindustrie. Dabei wird erstens herausgearbeitet, welche Nachhaltigkeitsdefinition in den Nachhaltigkeitsdeklarationen vorherrscht (zum Beispiel »grünes Wachstum«) und zweitens, wie Tiere in diesen Texten dargestellt werden (etwa als Ressourcen). Drittens soll erörtert werden, welche

<sup>26</sup> Überdies beschreibt Vasile Stanescu die Tendenz, dass die *Locavores* – sozusagen die selbsterklärte Avantgarde der »nachhaltig« Konsumierenden – in den USA nicht nur zu lokalem Konsum, sondern auch zu reaktionären Rollenverteilungen zurückkehren, und auch – im Sinne der Ablehnung des nicht-lokalen – fremdenfeindliches Gedankengut pflegen (2011; 2014). Ein europäisches Beispiel dafür war das Verbot einer Döner-Bude in der *CittàSlow*-Idealen verpflichteten italienischen Stadt Lucca (Mayer, Knox 2010).

<sup>27</sup> Für eine Einführung siehe Datar, Betti 2010; Post 2012. Für eine Kritik siehe auch Miller 2012.

<sup>28</sup> Bis heute ist In-vitro-Fleisch allerdings immer noch mit Tierausbeutung verbunden, verwendet man doch für dessen Herstellung Serum von Kälberföten, welches der schwangeren Kuh vor ihrer Tötung entnommen wird (Jochems et al. 2002 zitiert in Ferrari 2015: 118).

Lösungsansätze in den Studien zu den ökologischen Folgen der Tierindustrie verfolgt werden (beispielsweise nachhaltige Intensivierung oder »In-vitro-Fleisch«). Dabei ist die These, dass sich der hegemoniale Nachhaltigkeitsdiskurs und seine Darstellung von (vernutzten) Tieren in den verschriftlichten Lösungsvorschlägen zu der durch die Tierindustrie verursachten Umweltbelastung manifestieren. Gleichzeitig wird postuliert, dass sich in diesen Lösungsvorschlägen gesellschaftliche Sinn- und Ordnungssysteme widerspiegeln, welche den Menschen (in Abgrenzung zum Tier) und die Gesellschaft (in ihrer Abgrenzung zur Natur) konstituieren.

### Vorläufige Ergebnisse: »Unsere *gemeinsame* Zukunft?« Tiere und Nachhaltigkeit

Es sind noch keine endgültigen Ergebnisse verfügbar, erste Erkenntnisse wurden dagegen bereits gewonnen. So wird der gegenwärtige Nachhaltigkeitsdiskurs vom grünen Wachstum dominiert. Weiter ist er von einer anthropozentrischen und instrumentellen Rationalität geprägt, die nichtmenschliche Tiere als Ressourcen behandelt.<sup>29</sup> Dieses hegemoniale Verständnis von Nachhaltigkeit schlägt sich auch ganz praktisch in der Tierindustrie nieder. Dem Dilemma des *ecological hoofprints* wird mit technokratischen Lösungen im Sinne ökologischer Modernisierung begegnet: sei dies mit nachhaltiger Intensivierung oder In-vitro-Fleisch. Mit letzterem findet auch, wie in der (schwachen) Nachhaltigkeitstheorie vorgeschlagen, bereits die Ersetzung von natürlichem »Kapital« (lebenden Tieren) durch artifizielles Kapital statt. Von einer »gemeinsamen Zukunft« kann nur dann die Rede sein, wenn man darunter die kapitalistische Dystopie eines blutigen Verwertungsprozesses von zu Biomashinen reduzierten Individuen versteht. Grüner Kapitalismus und Greenwashing in der Tierindustrie: Wenn es um Profitmaximierung geht, werden Kreaturen zu Material und planetarische Grenzen irrelevant. Das Paradigma der Grenzen des Wachstums wird mit dem eines Wachstums der Grenzen ersetzt (Dingler 2003). Dabei wird der vorherrschende Diskurs der FAO, dass sich der Konsum von tierlichen Produkten bis 2050 verdoppelt, unhinterfragt – gewissermaßen als selbsterfüllende Prophezeiung – übernommen. Die zunehmende *Meatification* unserer Ernährungsweisen – in den letzten fünfzig Jahren hat sich die Fleischproduktion von 71 auf 297 Millionen Tonnen vervierfacht (Weis 2013a: 1) – ist hingegen nichts Natürliches, sondern eine geplante Entwicklung zwecks wirtschaftlicher Expansion der Tierindustrie (Weis 2013a, 2013b). Da der Fleischkonsum in den Industrienationen stagniert, erschließt sie neue Märkte wie zum Beispiel in Indien (Heinrich Böll Stiftung, Friends of the Earth Europe 2014: 12, 17; Twine 2012: 14; Sanbonmatsu 2011b: 23; Sezgin 2011). Der Staat unterstützt die Industrie und ihr Wachstum mit nahezu exorbitanten Subventionen, eine Kuh in der EU wird mit 190 US Dollars, ein Schwein in China mit 47 US Dollars finanziert (Bailey et al. 2014: 9). Die dazugehörigen Prozesse können als ökonomischer und kultureller Imperialismus beschrieben werden: dabei wird der Transfer von Technologie und Know-how zur Fleischproduktion durch westliche Unternehmen und Regierungen als nahezu philanthropischer Akt für die »modernisierungsbedürftige« Bevölkerung des Globalen Südens dargestellt (Twine 2012: 13–

<sup>29</sup> Siehe dazu auch Boscardin 2015.

14). Extensive und Subsistenzlandwirtschaft der »Armen« werden in FAO-Berichten für Umweltzerstörung und Ineffizienz verantwortlich gemacht (Steinfeld et al. 2006: 114, 280). Diejenigen, die sich gegen diese Entwicklung wehren, werden notfalls auch mit Gewalt zum Schweigen gebracht (Winders, Nibert 2004). Fleischkonsum gilt als Statussymbol, als Zeichen von westlichem Lebensstil und Männlichkeit (Adams 2000), dabei ist er vielerorts mit der Geschichte der Kolonisierung verbunden (Powell 2014: 19).

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Perspektive der kritischen Ökologie im Themenkomplex Tiere und Nachhaltigkeit die Verschränkung verschiedener Formen von Unterdrückung offenlegt, und dass der Diskurs des grünen Wachstums in der Tierindustrie bei genauerem Hinschauen neue, unerwartete Formen von Herrschaft über die Natur, menschliche wie nichtmenschliche Tiere hervorbringt – man denke an *environmental racism* oder *environmental violence*. Schließlich soll für vermehrte soziologische Forschung über die Tierindustrie, Ort milliardenfacher Ausbeutung und Vernichtung und gegenwärtig größte unbeachtete Ursache des anthropogenen Klimawandels, plädiert werden. Dabei sollen eine kritische Analyse des zeitgenössischen Mensch/Tier-Verhältnisses und der sozialen Wurzeln der ökologischen Krise im Zentrum stehen.

## Literatur

- Ach, J. S., Stephany, M. (Hg.). 2009: Die Frage nach dem Tier. Interdisziplinäre Perspektiven auf das Mensch-Tier-Verhältnis. Berlin: Lit.
- Adams, C. J., Donovan, J. (Hg.). 1995: *Animals and Women. Feminist Theoretical Explorations*. Durham: Duke University Press.
- Adams, C. J. 2000: *The sexual politics of meat. A feminist-vegetarian critical theory*. New York: Continuum.
- Adams, C. J., Gruen, L. (Hg.). 2014: *Ecofeminism. Feminist intersections with other animals and the earth*. New York: Bloomsbury.
- Alexandratos, N., Bruinsma, J. 2012: *World agriculture towards 2030/2050: the 2012 revision*. ESA Working paper No. 12-03. Rome: FAO.
- Andersen, K., Kuhn, K. 2014: *Cowspiracy. The Sustainability Secret* (Film). Los Angeles: A.U.M. Films; First Spark Media.
- Archer, S. C., Hudson, C. D., Green, M. J., Le Guan, L. 2015: Use of Stochastic Simulation to Evaluate the Reduction in Methane Emissions and Improvement in Reproductive Efficiency from Routine Hormonal Interventions in Dairy Herds. *PLOS ONE*, 10. Jg., Heft 6, e0127846.
- Bailey, R., Froggatt, A., Wellesley, L. 2014: *Livestock – Climate Change's Forgotten Sector*. Global Public Opinion on Meat and Dairy Consumption, <http://www.chathamhouse.org/publication/livestock-climate-change-forgotten-sector-global-public-opinion-meat-and-dairy>, letzter Aufruf 17. Juli 2015.
- Bajželj, B., Benton, T. G., Clark, M., Garnett, T., Marteau, T. M., Richards, K. S., Smith, P., Vasiljevic, M. 2015: Synergies between healthy and sustainable diets. Brief for GSDR 2015, <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/635987-Bajzelj-Synergies%20between%20healthy%20and%20sustainable%20diets.pdf>, letzter Aufruf 24. Juli 2015.
- Bajželj, B., Richards, K. S., Allwood, J. M., Smith, P., Dennis, J. S., Curmi, E., Gilligan, C. A. 2014: Importance of food-demand management for climate mitigation. *Nature Climate Change*, 4. Jg., Heft 10, 924–929.
- Basarab, J., Baron, V., López-Campos, Ó., Aalhus, J., Haugen-Kozyra, K., Okine, E. 2012: Greenhouse Gas Emissions from Calf- and Yearling-Fed Beef Production Systems, With and Without the Use of Growth Promotants. *Animals*, 2. Jg., Heft 4, 195–220.

- Bell, M. J., Cullen, B. R., Eckard, R. J. 2012: The Influence of Climate, Soil and Pasture Type on Productivity and Greenhouse Gas Emissions Intensity of Modeled Beef Cow-Calf Grazing Systems in Southern Australia. *Animals*, 2. Jg., Heft 4, 540–558.
- Bellarby, J., Tirado, R., Leip, A., Weiss, F., Lesschen, J. P., Smith, P. 2013: Livestock greenhouse gas emissions and mitigation potential in Europe. *Global Change Biology*, 19. Jg., Heft 1, 3–18.
- Benton, T. 1993: *Natural Relations. Ecology, Animal Rights, and Social Justice*. London, New York: Verso.
- Benton, T. 2003: Marxism and the Moral Status of Animals. *Society & Animals*, 11. Jg., Heft 1, 73–79.
- Biro, A. 2011: Introduction. The Paradoxes of Contemporary Environmental Crises and the Redemption of the Hopes of the Past. In A. Biro (Hg.), *Critical ecologies. The Frankfurt School and contemporary environmental crises*. Toronto [Ont.]: University of Toronto Press, 3–19.
- Bishop, S. C., Woolliams, J. A. 2004: Genetic approaches and technologies for improving the sustainability of livestock production. *Journal of the Science of Food and Agriculture*, 84. Jg., Heft 9, 911–919.
- Boscardin, L. 2015: Nachhaltigkeit. In A. Ferrari, K. Petrus (Hg.), *Lexikon der Mensch/Tier-Beziehungen*. Bielefeld: Transcript.
- Boscardin, L., Bossert, L. 2015: Sustainable development and nonhuman animals: why anthropocentric concepts of sustainability are outdated and need to be extended. In S. Meisch, J. Lundershausen, L. Bossert (Hg.), *Ethics of Science in the Research for Sustainable Development*. Baden-Baden: Nomos.
- Brucker, R. B., Bujok, M., Mütterich, B., Seeliger, M., Thieme, F. (Hg.). 2014: *Das Mensch-Tier-Verhältnis. Eine sozialwissenschaftliche Einführung*: Springer VS.
- Buschka, S., Gutjahr, J., Sebastian, M. 2013: Gewalt an Tieren. In C. Gudehus, M. Christ (Hg.), *Gewalt. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart: Metzler, J B, 75–82.
- Buttel, F. H. 2000: Ecological modernization as social theory. *Geoforum*, 31. Jg., 57–65.
- Capper, J. L. 2012: Is the Grass Always Greener? Comparing the Environmental Impact of Conventional, Natural and Grass-Fed Beef Production Systems. *Animals*, 2. Jg., Heft 4, 127–143.
- Casey, J. A., Kim, B. F., Larsen, J., Price, L. B., Nachman, K. E. 2015: Industrial Food Animal Production and Community Health. *Current Environmental Health Reports*, 2. Jg., Heft 3, 259–271.
- Cassidy, E. S., West, P. C., Gerber, J. S., Foley, J. A. 2013: Redefining agricultural yields: from tonnes to people nourished per hectare. *Environmental Research Letters*, 8. Jg., Heft 3, 34015.
- Chakrabarty, D. 2009: The Climate of History: Four Theses. *Critical Inquiry*, 35. Jg., Heft 2, 197–222.
- Chellaney, B. 2015: Why eating less meat is the best way to tackle climate change, <https://agenda.weforum.org/2015/06/why-eating-less-meat-is-the-best-way-to-tackle-climate-change/>, letzter Aufruf 04. August 2015.
- Chimaira – Arbeitskreis für Human-Animal Studies (Hg.). 2011: *Human-Animal Studies. Über die gesellschaftliche Natur von Mensch-Tier-Verhältnissen*. Bielefeld: Transcript.
- Chimaira – Arbeitskreis für Human-Animal Studies (Hg.). 2013: *Tiere Bilder Ökonomien. Aktuelle Forschungsfragen der Human-Animal Studies*. Bielefeld: Transcript.
- Clark, J. L. 2012: Ecological Biopower, Environmental Violence Against Animals, and the »Greening« of the Factory Farm. *Journal for Critical Animal Studies*, 10. Jg., Heft 4, 109–129.
- Collins, E. D., Chandrasekaran, K. 2012: A Wolf in Sheep's Clothing? An analysis of the »sustainable intensification« of agriculture, <http://www.foei.org/resources/publications/publications-by-subject/food-sovereignty-publications/a-wolf-in-sheeps-clothing>, letzter Aufruf 04. August 2015.
- Collins, P. H. 2000: *Black feminist thought. Knowledge, consciousness, and the politics of empowerment*. New York, London: Routledge.
- Compassion in World Farming. 2009: *Global Warning: Climate Change and Farm Animal Welfare*. Godalming: CIWF.
- Crenshaw, K. 1997: Demarginalizing the Intersection between Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In K. J. Maschke (Hg.), *Feminist Legal Theories*. New York: Taylor & Francis, 23–51.
- Crutzen, P. J. 2002: Geology of mankind. *Nature*, 415. Jg., Heft 6867, 23.

- Datar, I., Betti, M. 2010: Possibilities for an in vitro meat production system. *Innovative Food Science & Emerging Technologies*, 11. Jg., Heft 1, 13–22.
- David Simpson, R. 2011: The »Ecosystem Service Framework«: A Critical Assessment. UNEP; Division of Environmental Policy Implementation. *Ecosystem Services Economics (ESE) Working Paper Series*, Heft 5.
- Davis, M. 2001: Late Victorian holocausts. El Niño famines and the making of the third world. London, New York: Verso.
- Deckha, M. 2008: Intersectionality and Posthumanist Visions of Equality. *Wisconsin Journal of Law, Gender, and Society*, 23. Jg., Heft 2, 249–267.
- DeMello, M. (Hg.). 2012a: *Animals and Society. An Introduction to Human-Animal Studies*. New York: Columbia University Press.
- DeMello, M. 2012b: *Human-Animal Studies. A Bibliography*. New York: Lantern Books.
- Dingler, J. 2003: *Postmoderne und Nachhaltigkeit. Eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktionen von nachhaltiger Entwicklung*. München: ökom-Verlag.
- Dini, Y., Gere, J., Briano, C., Manetti, M., Juliarena, P., Picasso, V., Gratton, R., Astigarraga, L. 2012: Methane Emission and Milk Production of Dairy Cows Grazing Pastures Rich in Legumes or Rich in Grasses in Uruguay. *Animals*, 2. Jg., Heft 4, 288–300.
- Dutkiewicz, J. 2015: *Important Cows and Possum Pests. Society & Animals*.
- Eisnitz, G. 2007: *Slaughterhouse: The Shocking Story of Greed, Neglect, and Inhumane Treatment Inside the U.S. Meat Industry*. Amherst, NY: Prometheus.
- Emel, J., Neo, H. 2011: Killing for Profit: Global Livestock Industries and their Socio-Ecological Implications. In R. Peet, P. Robbins, M. Watts (Hg.), *Global Political Ecology*. London, New York: Routledge, 67–83.
- Emel, J., Neo, H. (Hg.). 2015: *Political ecologies of meat*. London, New York: Routledge.
- Erb, K.-H., Haberl, H., Krausmann, F., Lauk, C., Plutzer, C., Steinberger, J. K., Müller, C., Bondeau, A., Waha, K., Pollack, G. 2009: *Eating the Planet: Feeding and fuelling the world sustainably, fairly and humanely – a scoping study*. Commissioned by Compassion in World Farming and Friends of the Earth UK. Vienna, Potsdam: Institute of Social Ecology and Potsdam Institute for Climate Impact.
- Eshel, G., Shepon, A., Makov, T., Milo, R. 2014: Land, irrigation water, greenhouse gas, and reactive nitrogen burdens of meat, eggs, and dairy production in the United States. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 111. Jg., Heft 33, 11996–12001.
- FAO. 2013a: *Crop Prospects and Food Situation. July 2013*, <http://www.fao.org/docrep/018/aq114e/aq114e00.htm>, letzter Aufruf 4. August 2013.
- FAO. 2013b: *FAO Statistical Yearbook 2013. World Food and Agriculture*. Rome.
- FAO. 2015: *The State of Food Insecurity in the World 2015. Meeting the 2015 international hunger targets: taking stock of uneven progress*. Rome: FAO Agriculture and Economic Development Analysis Division.
- FAO Commodities and Trade Division. 2002: *Agricultural commodities: Profiles and relevant WTO negotiation issues*. Prepared by the Commodities and Trade Division as a background document for the Consultation on Agricultural Commodity Price Problems, 25-26 March 2002, Rome, <http://www.fao.org/docrep/006/y4343e/y4343e00.htm#Contents>, letzter Aufruf 30. Juli 2015.
- FAO Water 2013: *Water Scarcity*, [http://www.fao.org/nr/water/topics\\_scarcity.html](http://www.fao.org/nr/water/topics_scarcity.html), letzter Aufruf 09. Juli 2014.
- FAOSTAT 2014: *World fisheries production, by capture and aquaculture, by country (2012). Yearbook of Fishery Statistics, Summary tables*, <ftp://ftp.fao.org/FI/STAT/summary/default.htm>, letzter Aufruf 7. Juli 2014.
- FAOSTAT. 2015: *Production: Live Animals*, <http://faostat3.fao.org/browse/Q/QA/E>, letzter Aufruf 22. Juli 2015.
- Ferrari, A. 2015: Ethik des Essens: In-vitro-Fleisch und »verbesserte Tiere«. Bericht zur Konferenz »The Ethics of In-Vitro Flesh and Enhanced Animals Conference«, Rothbury, UK, 18.-19. September 2014. *Technikfolgenabschätzung - Theorie und Praxis*, 24. Jg., Heft 1, 115–119.
- Ferrari, A., Petrus, K. (Hg.). 2015: *Lexikon der Mensch/Tier-Beziehungen*. Bielefeld: Transcript.

- Fitzgerald, A. J., Kalof, L., Dietz, T. 2009: Slaughterhouses and Increased Crime Rates: An Empirical Analysis of the Spillover From »The Jungle« Into the Surrounding Community. *Organization & Environment*, 22. Jg., Heft 2, 158-184.
- Flick, U. 2003: Qualitative Sozialforschung - Stand der Dinge. In B. Orth, T. Schwietring, J. Weiss (Hg.), *Soziologische Forschung. Stand und Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich, 309-322.
- Foster, J. B. 2003: A Planetary Defeat: The Failure of Global Environmental Reform. *Monthly Review*, 54. Jg., Heft 8, 1-9.
- Foucault, M. 1996: *Les mots et les choses. Une archéologie des sciences humaines*. Paris: Gallimard.
- Fournel, S., Pelletier, F., Godbout, S., Lagacé, R., Feddes, J. 2012: Greenhouse Gas Emissions from Three Cage Layer Housing Systems. *Animals*, 2. Jg., Heft 4, 1-15.
- Franklin, A. 2011: An Improper Nature? Introduced Animals and »Species Cleansing« in Australia. In B. Carter, N. Charles (Hg.), *Human and Other Animals*: Palgrave Macmillan, 195-216.
- Gaard, G. (Hg.). 1993: *Ecofeminism. Women, Animals, Nature*. Philadelphia: Temple University Press.
- Gamerschlag, A. 2011: Intersektionelle Human-Animal-Studies - Ein historischer Abriss des Unity-of-Oppression-Gedankens und ein Plädoyer für die intersektionelle Erforschung des Mensch-Tier-Verhältnisses. In Chimaira - Arbeitskreis für Human-Animal Studies (Hg.), *Human-Animal Studies. Über die gesellschaftliche Natur von Mensch-Tier-Verhältnissen*. Bielefeld: Transcript, 151-190.
- Garnett, T., Appleby, M. C., Balmford, A., Bateman, I. J., Benton, T. G., Bloomer, P., Burlingame, B., Dawkins, M., Dolan, L., Fraser, D., Herrero, M., Hoffmann, I., Smith, P., Thornton, P. K., Toulmin, C., Vermeulen, S. J., Godfray, H. C. J. 2013: Sustainable Intensification in Agriculture: Premises and Policies. *Science*, 341. Jg., Heft 6141, 33-34.
- Gerber, P., Steinfeld, H., Henderson, B., Mottet, A., Opio, C., Dijkman, J., Falcucci, A., Tempio, G. 2013: *Tackling Climate Change Through Livestock. A Global Assessment of Emissions and Mitigation Opportunities*. Rome: FAO.
- Goodland, R., Anhang, J. 2009: Livestock and Climate Change. What if the key actors in climate change are... cows, pigs, and chickens?, <http://www.worldwatch.org/files/pdf/Livestock%20and%20Climate%20Change.pdf>, letzter Aufruf 10. Oktober 2011.
- Görg, C. 2004: Ökologischer Imperialismus. Ressourcenkonflikte und ökologische Abhängigkeiten in der neoliberalen Globalisierung. *WIDERSPRUCH*, 47. Jg., 95-107.
- Görg, C. 2011: Societal Relationships with Nature: A Dialectical Approach to Environmental Politics. In A. Biro (Hg.), *Critical ecologies. The Frankfurt School and contemporary environmental crises*. Toronto [Ont.]: University of Toronto Press, 43-72.
- Grainger, C., Beauchemin, K. 2011: Can enteric methane emissions from ruminants be lowered without lowering their production? Special Issue: Greenhouse Gases in Animal Agriculture - Finding a Balance between Food and Emissions. *Animal Feed Science and Technology*, 166-167, 308-320.
- Greenpeace International. 2012: *Ecological livestock: Options for reducing livestock production and consumption to fit within ecological limits, with a focus on Europe*. Greenpeace Research Laboratories Technical Report 03-2012.
- Grunwald, A., Kopfmüller, J. 2012: *Nachhaltigkeit. Eine Einführung*. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verl.
- Gunderson, R. 2012: Meat and Inequality: Environmental Health Consequences of Livestock Agribusiness. *Environmental Justice*, 5. Jg., Heft 1, 54-58.
- Gunderson, R., Stuart, D. 2014: Industrial Animal Agribusiness and Environmental Sociological Theory. Applications and Areas for Development. *International Journal of Sociology*, 44. Jg., Heft 1, 54-74.
- Gutjahr, J., Sebastian, M. 2013: Die vergessenen »Anderen« der Gesellschaft - zur (Nicht-)Anwesenheit der Mensch-Tier-Beziehung in der Soziologie. In B. Pfau-Effinger, S. Buschka (Hg.), *Gesellschaft und Tiere. Soziologische Analysen zu einem ambivalenten Verhältnis*. Wiesbaden: Springer VS, 57-72.
- Hajer, M. A. 1995: *The Politics of Environmental Discourse*. Oxford: Clarendon Press.
- Hajer, M. A. 2015: Ecological Modernization. In J.-F. Morin, A. Orsini (Hg.), *The Essential Guide to Global Environmental Governance*. London, New York: Routledge, 61-62.

- Haraway, D. 2015: Anthropocene, Capitalocene, Plantationocene, Chthulucene: Making Kin. *Environmental Humanities*, 6. Jg., 159–165.
- Harper, A. B. (Hg.). 2010: *Sistah vegan. Black female vegans speak on food, identity, health, and society*. New York: Lantern Books.
- Heinrich Böll Stiftung, Friends of the Earth Europe (Hg.). 2014: *Meat Atlas. Facts and figures about the animals we eat*. Berlin, Brussels: Heinrich Böll Stiftung; Friends of the Earth Europe.
- Herrero, M., Gerber, P., Vellinga, T., Garnett, T., Leip, A., Opio, C., Westhoek, H., Thornton, P., Olesen, J., Hutchings, N., Montgomery, H., Soussana, J.-F., Steinfeld, H., McAllister, T. 2011: Livestock and greenhouse gas emissions: The importance of getting the numbers right. *Animal Feed Science and Technology*, 166-167, 779–782.
- Heuzé V., Tran G., Lebas F., Noblet J., Lessire M., Nozière P., Renaudeau D. 2015: Barley grain. *Feedipedia. Animal Feed Resources Information System*, <http://www.feedipedia.org/node/227>, letzter Aufruf 30. Juli 2015.
- Hobson-West, P. 2007: Beasts and boundaries: An introduction to animals in sociology, science and society. *Qualitative Sociology Review*, 3. Jg., Heft 1, 23–41.
- Hoekstra, A. Y., Mekonnen, M. M. 2012: The water footprint of humanity. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 109. Jg., Heft 9, 3232–3237.
- IOM. 2014b: Migration, Climate Change and the Environment. A Complex Nexus, <http://www.iom.int/cms/en/sites/iom/home/what-we-do/migration-and-climate-change/a-complex-nexus.html#estimates>, letzter Aufruf 09. Juli 2014.
- IPCC. 2014: Climate Change 2014: Synthesis Report. Summary for Policymakers, [https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/AR5\\_SYR\\_FINAL\\_SPM.pdf](https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/AR5_SYR_FINAL_SPM.pdf), letzter Aufruf 26. Juli 2015.
- Irvine, L. 2008: Animals and Sociology. *Sociology Compass*, 2. Jg., Heft 6, 1954–1971.
- IUCN, UNEP, WWF. 1980: *World Conservation Strategy. Living Resource Conservation for Sustainable Development*: IUCN.
- Jamieson, D. 2008: The Rights of Animals and the Demands of Nature. *Environmental Values*, 17. Jg., 181–199.
- Jenkins, S., Stanescu, V. 2014: One Struggle. In A. J. Nocella II, J. Sorenson, K. Socha, A. K. Matsuoka (Hg.), *Defining critical animal studies. An intersectional social justice approach for liberation*. New York: Peter Lang Publishing, 74–85.
- Jochems, C. E., van der Valk, J. B., Stafleu, F. R., Baumans, V. 2002: The use of fetal bovine serum: ethical or scientific problem? *ATLA*, 30. Jg., Heft 2, 219–227.
- Jones, P. 2013: Intersectionality and Animals. *Vine Sanctuary News*, <http://blog.bravebirds.org/archives/1553>, letzter Aufruf 24. Juli 2015.
- Kenis, A., Lievens, M. 2015: *The Limits of the Green Economy. From reinventing capitalism to repoliticising the present*. London, New York: Routledge.
- Kim, C. J. 2015: *Dangerous crossings. Race, species, and nature in a multicultural age*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kissling, F., Singer, P. 2012: Why are they serving meat at a climate-change conference? *The Washington Post*, 15. Juni 2012, [https://www.washingtonpost.com/opinions/why-are-they-serving-meat-at-a-climate-change-conference/2012/06/15/gJQAUn0afV\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/opinions/why-are-they-serving-meat-at-a-climate-change-conference/2012/06/15/gJQAUn0afV_story.html), letzter Aufruf 27. Juli 2015.
- Kothari, A., Demaria, F., Acosta, A. 2015: Sustainable development is failing but there are alternatives to capitalism, *The Guardian*, 21. Juli 2015 <http://www.theguardian.com/sustainable-business/2015/jul/21/capitalism-alternatives-sustainable-development-failing>, letzter Aufruf 04. August 2015.
- Krüger, T. 2015: *Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik*. Bielefeld: Transcript.
- Laestadius, L. I., Neff, R. A., Barry, C. L., Frattaroli, S. 2014: »We don't tell people what to do«: An examination of the factors influencing NGO decisions to campaign for reduced meat consumption in light of climate change. *Global Environmental Change*, 29. Jg., 32–40.

- Lele, S. M. 1991: Sustainable Development: A Critical Review. *World Development*, 19. Jg., Heft 6, 607–621.
- Locke, A., Wiggins, S., Henley, G., Keats, S. 2013: Diverting grain from animal feed and biofuels. Can it protect the poor from high food prices?, <http://www.odi.org/publications/7385-grain-animal-feed-biofuels-high-food-price>, letzter Aufruf 30. Juli 2015.
- Machovina, B., Feeley, K. J., Ripple, W. J. 2015: Biodiversity conservation: The key is reducing meat consumption. *Science of The Total Environment*, 536. Jg., 419–431.
- MacMillan, T., Durrant, R. 2009: Livestock consumption and climate change. A framework for dialogue, [http://assets.wwf.org.uk/downloads/fec\\_report\\_.pdf](http://assets.wwf.org.uk/downloads/fec_report_.pdf), letzter Aufruf 10. Oktober 2012.
- Maihofer, A. 2007: Das moderne männliche Subjekt im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Foucault. In M. Penkwitt (Hg.), *Freiburger Geschlechter Studien*, 329–338.
- Marlow, H. J., Kayes, W. K., Soret, S., Carter, R. L., Schwab, E. R., Sabate, J. 2009: Diet and the environment: does what you eat matter? *The American Journal of Clinical Nutrition*, Heft 89, 1699S–703S.
- Maurizi, M. 2005: Nine Theses on Speciesism. Historical and Metaphysical Antispeciesism, <http://apesfromutopia.blogspot.ch/2011/03/nine-theses-on-speciesism.html#more>, letzter Aufruf 05. März 2013.
- Mayer, H., Knox, P. 2010: Small-Town Sustainability: Prospects in the Second Modernity. *European Planning Studies*, 18. Jg., Heft 10, 1545–1565.
- McAllister, T. A., Beauchemin, K. A., McGinn, S. M., Hao, X., Robinson, P. 2011: Greenhouse gases in animal agriculture—Finding a balance between food production and emissions. *Animal Feed Science and Technology*, 166-167, 1–6.
- McCabe, D., Hamilton, L. 2015: The kill programme: an ethnographic study of ›dirty work‹ in a slaughterhouse. *New Technology, Work and Employment*, 30. Jg., Heft 2, 95–108.
- McMichael, A. J., Powles, J. W., Butler, C. D., Uauy, R. 2007: Food, livestock production, energy, climate change, and health. *The Lancet*, 370. Jg., Heft 9594, 1253–1263.
- Mekonnen, M. M., Hoekstra, A. Y. 2012: A Global Assessment of the Water Footprint of Farm Animal Products. *Ecosystems*, 15. Jg., Heft 3, 401–415.
- Miller, J. 2012: In Vitro Meat: Power, Authenticity and Vegetarianism. *Journal for Critical Animal Studies*, 10. Jg., Heft 4, 41–63.
- Mol, A. P. J., Sonnenfeld, D. A., Spaargaren, G. (Hg.). 2009: *The Ecological Modernisation Reader. Environmental Reform in Theory and Practice*. London: Routledge.
- Mood, A. 2010: Worse things happen at sea: the welfare of wild-caught fish, <http://fishcount.org.uk/fish-welfare-in-commercial-fishing/estimate-of-fish-numbers>, letzter Aufruf 28. Juli 2013.
- Moore, J. 2014a: The Capitalocene. Part I: On the Nature & Origins of Our Ecological Crisis, <http://www.jasonwmoore.com/Essays.html>, letzter Aufruf 16. Juli 2015.
- Moore, J. 2014b: The Capitalocene. Part II: Abstract Social Nature and the Limits to Capital., <http://www.jasonwmoore.com/Essays.html>, letzter Aufruf 16. Juli 2015.
- Mütherich, B. 2000: *Die Problematik der Mensch-Tier-Beziehung in der Soziologie. Weber, Marx und die Frankfurter Schule*. Münster: Lit Verlag.
- Mütherich, B. 2003: Das Fremde und das Eigene. In A. Brenner (Hg.), *Tiere beschreiben*. Erlangen: Fischer, 16–42.
- Nibert, D. A. 2002: *Animal rights/human rights. Entanglements of oppression and liberation*. Lanham, Md: Rowman & Littlefield.
- Nibert, D. A. 2003: *Humans and Other Animals: Sociology's Moral and Intellectual Challenge*. *International Journal of Sociology & Social Policy*, 23. Jg., Heft 3, 5–25.
- Nibert, D. A. 2012: The fire next time. The coming cost of capitalism, animal oppression and environmental ruin. *Journal of Human Rights and the Environment*, 3. Jg., Heft 1, 141–158.
- Nibert, D. A. 2013: *Animal oppression and human violence. Domesecration, capitalism, and global conflict*. New York: Columbia University Press.



- Nocella, A. J., White, R. J., Cudworth, E. 2015: Anarchism and animal liberation. Essays on complementary elements of total liberation. Jefferson: McFarland & Company.
- Nocella II, A. J., Sorenson, J., Socha, K., Matsuoka, A. K. (Hg.). 2014: Defining critical animal studies. An intersectional social justice approach for liberation. New York: Peter Lang Publishing.
- Noske, B. 1989: Humans and other animals. Beyond the boundaries of anthropology. London, Winchester, MA: Pluto Press.
- Noske, B. 2008: Die Entfremdung der Lebewesen. Die Ausbeutung im tierindustriellen Komplex und die gesellschaftliche Konstruktion von Speziesgrenzen. Wien: Guthmann-Peterson.
- O'Mara, F. 2011: The significance of livestock as a contributor to global greenhouse gas emissions today and in the near future. *Animal Feed Science and Technology*, 166-167, 7-15.
- O'Neill, R. V. 2001: Is It Time to Bury the Ecosystem Concept? (With full military honors, of course). *Ecology & Society*, 82. Jg., Heft 12, 3275-3284.
- Ott, K., Döring, R. 2002: Nachhaltigkeitskonzepte. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 2. Jg., Heft 3, 315-339.
- Pachirat, T. 2011: Every twelve seconds. Industrialized slaughter and the politics of sight. New Haven: Yale University Press.
- Passadakis, A., Lear, B., Jensen, D., Virtanen, M., Gelderloos, P., Müller, T. 2009: Dealing with Distractions. Confronting Green Capitalism in Copenhagen and Beyond, [dealingwithdistractions.wordpress.com](http://dealingwithdistractions.wordpress.com), letzter Aufruf 03. Oktober 2010.
- Peggs, K. 2012: *Animals and Sociology*. London: Palgrave Macmillan.
- Peggs, K. 2013: The ›animal-advocacy agenda‹: exploring sociology for non-human animals. *The Sociological Review*, 61. Jg., Heft 3, 591-606.
- Pelletier, N., Tyedmers, P. 2010: Forecasting potential global environmental costs of livestock production 2000-2050. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 107. Jg., Heft 43, 18371-18374.
- PETA. 2014: PETA's ›In Vitro‹ Chicken Contest, <http://www.peta.org/features/vitro-meat-contest/>, letzter Aufruf 15. Juli 2014.
- Pfau-Effinger, B., Buschka, S. (Hg.). 2013: *Gesellschaft und Tiere. Soziologische Analysen zu einem ambivalenten Verhältnis*. Wiesbaden: Springer VS.
- Plumwood, V. 1993: *Feminism and the mastery of nature*. London, New York: Routledge.
- Post, M. J. 2012: Cultured meat from stem cells: Challenges and prospects. *Meat Science*, 92. Jg., Heft 3, 297-301.
- Powell, D. 2014: *Veganism in the Occupied Territories: Anti-Colonialism and Animal Liberation*. *Resistance Ecology*, 16-25.
- Pufé, I. 2012: *Nachhaltigkeit*. Konstanz: UVK Lucius.
- Redclift, M. 2005: Sustainable development (1987-2005): an oxymoron comes of age. *Sustainable Development*, 13. Jg., Heft 4, 212-227.
- Rist, G. 2007: *Le développement. Histoire d'une croyance occidentale*. Paris: Presses de Sciences po.
- Robinson, J. 2004: Squaring the circle? Some thoughts on the idea of sustainable development. *Ecological Economics*, 48. Jg., Heft 4, 369-384.
- Rockström, J., Steffen, W., Noone, K., Persson, Å., Chapin, F. S., III, Lambin, E., Lenton, T. M., Scheffer, M., Folke, C., Schellnhuber, H. J., Nykvist, B., Wit, C. A. de, Hughes, T., van der Leeuw, S., Rodhe, H., Sörlin, S., Snyder, P. K., Costanza, R., Svedin, U., Falkenmark, M., Karlberg, L., Corell, R. W., Fabry, V. J., Hansen, J., Walker, B., Liverman, D., Richardson, K., Crutzen, P. J., Foley, J. 2009: Research Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. *Ecology & Society*, 14. Jg., Heft 2.
- Rule, A. M., Chapin, A. R., McCarthy, S. A., Gibson, K. E., Schwab, K. J., Buckley, T. J. 2005: Assessment of an Aerosol Treatment To Improve Air Quality in a Swine Concentrated Animal Feeding Operation (CAFO). *Environmental Science & Technology*, 39. Jg., Heft 24, 9649-9655.
- Sanbonmatsu, J. (Hg.). 2011a: *Critical Theory and Animal Liberation*. Lanham, Md: Rowman & Littlefield Publishers.

- Sanbonmatsu, J. 2011b: Introduction. In J. Sanbonmatsu (Hg.), *Critical Theory and Animal Liberation*. Lanham, Md: Rowman & Littlefield Publishers, 1–34.
- Scarborough, P., Appleby, P. N., Mizdrak, A., Briggs, A. D. M., Travis, R. C., Bradbury, K. E., Key, T. J. 2014: Dietary greenhouse gas emissions of meat-eaters, fish-eaters, vegetarians and vegans in the UK. *Climatic Change*, 125. Jg., Heft 2, 179–192.
- Schlätzer, M. 2011: *Tierproduktion und Klimawandel. Ein wissenschaftlicher Diskurs zum Einfluss der Ernährung auf Umwelt und Klima*. Wien, Berlin, Münster: Lit.
- Sezgin, H. 2011: Die Frankenstein-Industrie. High-Tech-Hühner, Designer-Kühe und Pharma-Cocktails - ein Blick in die Abgründe der globalen Fleischproduktion. In *Le Monde diplomatique* (Hg.), *Cola, Reis & Heuschrecken. Welternährung im 21. Jahrhundert*. Berlin: taz Verlag, 32–37.
- Shukaitis, S., Graeber, D., Biddle, E. 2007: *Constituent imagination. Militant investigations - collective theorization*. Oakland, CA: AK Press.
- Sneeringer, S. 2009: Does Animal Feeding Operation Pollution Hurt Public Health? A National Longitudinal Study of Health Externalities Identified by Geographic Shifts in Livestock Production. *American Journal of Agricultural Economics*, 91. Jg., Heft 1, 124–137.
- Stanescu, V. 2011: »Green« Eggs and Ham?: The Myth of Sustainable Meat and the Danger of the Local. In J. Sanbonmatsu (Hg.), *Critical Theory and Animal Liberation*. Lanham, Md: Rowman & Littlefield Publishers, 239–256.
- Stanescu, V. 2013: Why »Loving« Animals is Not Enough: A Response to Kathy Rudy, Locavorism, and the Marketing of »Humane« Meat. *The Journal of American Culture*, 36. Jg., Heft 2, 100–110.
- Stanescu, V. 2014: Präsentation: Das »Judas-Schwein«: Wie wir »invasive Spezies« unter der Vorgabe des »Naturschutzes« töten. *Journal für kritische Tierstudien (deutschsprachige Edition)*, 1. Jg., Heft 1, Art. 1.
- Stehfest, E., Bouwman, L., Vuuren, D. P., Elzen, M. G. J., Eickhout, B., Kabat, P. 2009: Climate benefits of changing diet. *Climatic Change*, 95. Jg., 1-2, 83–102.
- Steinfeld, H., Gerber, P., Wassenaar, T., Castel, V., Rosales, M., Haan, C. de. 2006: *Livestock's Long Shadow. Environmental Issues and Options*, <http://www.fao.org/docrep/010/a0701e/a0701e00.HTM>.
- Stuart, D., Schewe, R. L., Gunderson, R. 2013: Extending Social Theory to Farm Animals: Addressing Alienation in the Dairy Sector. *Sociologia Ruralis*, 53. Jg., Heft 2, 201–222.
- The Royal Society. 2009: *Reaping the benefits. Science and the sustainable intensification of global agriculture*. London: The Royal Society.
- Thomas, D. T., Sanderman, J., Eady, S. J., Masters, D. G., Sanford, P. 2012: Whole Farm Net Greenhouse Gas Abatement from Establishing Kikuyu-Based Perennial Pastures in South-Western Australia. *Animals*, 2. Jg., Heft 4, 316–330.
- Torres, B. 2007: *Making A Killing. The Political Economy of Animal Rights*. Oakland, CA, Edinburgh, Scotland: AK Press.
- Tovey, H. 2003: Theorising Nature and Society in Sociology: The Invisibility of Animals. *Sociologia Ruralis*, 43. Jg., Heft 3, 196–215.
- Tregidga, H., Milne, M., Kearins, K. 2011: Sustainable Development as a Floating Signifier: Recognising Space for Resistance. University of Tasmania.
- Tuomisto, H. L., Teixeira de Mattos, M. J. 2011: Environmental Impacts of Cultured Meat Production. *Environmental Science & Technology*, 45. Jg., Heft 14, 6117–6123.
- Twine, R. 2012: Revealing the »Animal-Industrial Complex« - A Concept & Method for Critical Animal Studies? *Journal for Critical Animal Studies*, 10. Jg., Heft 1, 12–39.
- United Nations Conference on Environment and Development. 1992a: *Agenda 21*. Rio de Janeiro.
- United Nations Conference on Environment and Development. 1992b: *Rio Declaration on Environment and Development*. Rio de Janeiro.
- United Nations Conference on Sustainable Development. 2012: *The future we want*. Rio de Janeiro: United Nations.

- Vajta, G., Gjerris, M. 2006: Science and technology of farm animal cloning: State of the art. *Animal Reproduction Science*, 92. Jg., 3-4, 211–230.
- Vergé, X. P., Dyer, J. A., Worth, D. E., Smith, W. N., Desjardins, R. L., McConkey, B. G. 2012: A Greenhouse Gas and Soil Carbon Model for Estimating the Carbon Footprint of Livestock Production in Canada. *Animals*, 2. Jg., Heft 4, 437–454.
- Waghorn, G., Hegarty, R. 2011: Lowering ruminant methane emissions through improved feed conversion efficiency. *Animal Feed Science and Technology*, 166-167, 291–301.
- Waldau, P. 2013: *Animal studies. An introduction*. New York: Oxford University Press.
- Weis, T. 2013a: *The Ecological Hoofprint. The Global Burden of Industrial Livestock*. London: Zed Books.
- Weis, T. 2013b: The meat of the global food crisis. *Journal of Peasant Studies*, 40. Jg., Heft 1, 65–85.
- Welzer, H. 2014: Kommentar zum Anthropozän, <http://www.isoe.de/fileadmin/redaktion/Presse-Aktuelles/Veranstaltungen/2014/ISOE-Tagung-2014-Harald-Welzer.pdf>, letzter Aufruf 16. Juli 2015.
- West, B. M., Liggitt, P., Clemans, D. L., Francoeur, S. N. 2011: Antibiotic Resistance, Gene Transfer, and Water Quality Patterns Observed in Waterways near CAFO Farms and Wastewater Treatment Facilities. *Water, Air, & Soil Pollution*, 217. Jg., 1-4, 473–489.
- Winders, B., Nibert, D. 2004: Consuming the surplus: expanding »meat« consumption and animal oppression. *International Journal of Sociology and Social Policy*, 24. Jg., Heft 9, 76–96.
- Wolfe, C. 2009: Human, All Too Human: »Animal Studies« and the Humanities. *PMLA*, 124. Jg., Heft 2, 564–575.
- World Commission on Environment and Development. 1987: *Our Common Future*. Report of the World Commission on Environment and Development. Transmitted to the General Assembly as an Annex to document A/42/427 - Development and International Co-operation: Environment. Geneva.
- World Summit on Sustainable Development. 2002a: *Johannesburg Declaration on Sustainable Development*. Johannesburg.
- World Summit on Sustainable Development. 2002b: *Plan of Implementation of the World Summit on Sustainable Development*. Johannesburg.
- York, R., Mancus, P. 2013: The Invisible Animal: Anthrozoology and Macrosociology. *Sociological Theory*, 31. Jg., Heft 1, 75–91.
- York, R. 2014: Guest Editor's Introduction. *Animal Studies and Environmental Sociology*. *International Journal of Sociology*, 44. Jg., Heft 1, 3–9.

# Die Wachstumsdebatte

Ein Thema der Umweltsoziologie?<sup>1</sup>

Stephan Lorenz

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Trends in der Umweltsoziologie« der Sektion Umweltsoziologie – organisiert von Matthias Groß*

In den 1970er Jahren waren die ökologischen »Grenzen des Wachstums« ein vieldiskutiertes Thema. Ohne die Abkehr vom gesellschaftlichen Wachstumspfad, so wurde vielfach vermutet, drohten der ökologischen und damit der menschlichen Entwicklung katastrophale Konsequenzen. Seit einigen Jahren wird erneut über Wachstum gestritten, auch in der Soziologie. Man könnte annehmen, dass bei diesem Thema die Umweltsoziologie eine zentrale Rolle spielte. Ich möchte deshalb im Folgenden zuerst einige Überlegungen zur Diskussion stellen, warum die Umweltsoziologie ganz im Gegenteil in diesen Debatten um Wachstumskritik und mögliche Alternativen zur Wachstumsgesellschaft so auffallend abwesend war. Daraufhin werde ich fragen, wie sich eine umweltsoziologische Perspektive auf ökologische Wachstumskritik entwerfen lässt: Was sind, soziologisch betrachtet, die zentralen Anliegen ökologischer Wachstumskritik? Die Vorschläge dazu skizziere ich auf Basis meiner umfassenderen Ausarbeitungen an anderer Stelle (Lorenz 2014). Im dritten Schritt können aus den vorangegangenen Überlegungen zwei Konsequenzen gezogen werden. Zum einen kann durch eine genauere soziologische Bestimmung *ökologischer* Wachstumskritik auch ein besseres *allgemeines* Verständnis von Wachstumskritik gewonnen werden. Dies ist keineswegs trivial, denn die Wachstumsdebatten kommen in weiten Teilen ohne explizite Angabe dessen aus, was sie mit Wachstum genau meinen und daran kritisieren. Zum anderen werden es die begrifflichen Klärungen ermöglichen, Wachstumskritik an die Diskussionen zu nachhaltiger Entwicklung anzuschließen.

---

<sup>1</sup> Mit einer einleitend variierten Rahmung entspricht dieser Text im Übrigen meinem gleichlautenden Working Paper 7-15 »Umweltsoziologie der Wachstumskritik und wachstumskritische Umweltsoziologie« am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften, [http://www.kolleg-postwachstum.de/sozswgmedia/dokumente/WorkingPaper/wp7\\_2015.pdf](http://www.kolleg-postwachstum.de/sozswgmedia/dokumente/WorkingPaper/wp7_2015.pdf)

## Umweltsoziologie in der Wachstumsdebatte?

Ein einflussreicher Impuls für die frühen Diskussionen war der natur- und wirtschaftswissenschaftlich orientierte Bericht *Die Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1972). Damit waren vor allem Grenzen der Ressourcenverfügbarkeit und die drohende Übernutzung und Verschmutzung des Planeten gemeint. Während auf diese Weise ökologische Motive im Zentrum der Wachstumskritik zu Beginn der »Ära der Ökologie« (Radkau 2011) standen, entzündeten sich die neueren Wachstumsdebatten an der 2007 beginnenden Finanzkrise. Diese Debatten halten sich nun bereits seit einigen Jahren in Öffentlichkeit wie Wissenschaften und sind nicht zuletzt auch in der Soziologie virulent geworden. Der Fokus war durch den Anlass aber inhaltlich vielmehr auf ökonomische Fragen und soziale Konsequenzen gerichtet. Zwar war die ökologische Wachstumskritik in den Debatten durchaus vertreten (exemplarisch Paech 2009; Seidl, Zahrnt 2010), die Umweltsoziologie zählte allerdings nicht zu ihren Protagonistinnen. Zudem waren die Erfahrungen der älteren Kontroversen bislang kaum präsent.

Bedenkt man, dass sich die (deutsche) Soziologie der Umweltthematik erst ab etwa Mitte der 1980er Jahre angenommen hat, wird verständlicher, dass sie in den frühen Debatten keine prominenten Stimmen aufzuweisen hat. Vor der ökologischen Katastrophe warnende Wachstumskritik ist zwar nie ganz verstummt, stand zu dem Zeitpunkt, an dem die Soziologie das Thema aufgriff, aber nicht mehr im Zentrum. So trat bereits ab 1987, in Folge des *Brundtland-Berichts der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, die Formel von der »nachhaltigen Entwicklung« ihre Erfolgsgeschichte an. Man sieht daran schon begrifflich die vollzogene Wendung von der Kritik zu einem prospektiven Gestaltungsanspruch. Denn »Entwicklungen« schließen weder Steigerungen noch Schrumpfungen aus und »Nachhaltigkeit« beansprucht, durch die Steuerung von Entwicklungsoptionen gravierende gesellschaftliche Selbstgefährdungen ausschließen zu können. Nicht zuletzt neigte die katastrophische Kritik dazu, von einem »ökologischen Gleichgewicht« auszugehen, das nicht gefährdet werden dürfe bzw. wieder erreicht werden müsse. Auch davon setzt sich »Entwicklung« ab.

Eine frühe, in den 1980er Jahren artikulierte soziologische Antwort auf die ältere Wachstumskritik war die Konzeptualisierung »ökologischer Modernisierung« (vgl. Huber 2011: 139ff.). Sie zeigt einen Versuch, die ökologischen Herausforderungen in eine modernisierungstheoretische Perspektive zu integrieren. Während dabei ein starker Technologiefokus mit einer gehörigen Portion Entwicklungsoptimismus verknüpft wurde, war die *Risikogesellschaft* Ulrich Beck's (1986) deutlich technikskeptischer und sensibilisierte für die Nebenfolgen technologischen »Fortschritts«. Aber auch hier zeigt allein schon der Begriff des »Risikos« eine gewisse Abwendung von allzu katastrophischen Deutungen der Umweltkrise, denn Risiken kann man kalkulieren und eingehen oder auch nicht. Trotzdem enthält Becks Arbeit zweifellos eine ökologische Wachstumskritik, auch wenn sie nicht zuerst als solche formuliert und rezipiert wurde. Niklas Luhmann (1986) wiederum kümmerte sich vor allem um die Un-/ Möglichkeiten ökologischer Kommunikationen in den gesellschaftlichen Teilsystemen. Die Wahrung funktionaler, auf Leistungssteigerung angelegter Systemlogiken ist für ihn unhintergebar und soll erhalten bleiben. Eine grundlegende Wachstumskritik wäre damit unvereinbar.

Neben diesen gesellschaftstheoretischen Konzepten lag der Fokus umweltsoziologischer Protagonistinnen und Protagonisten vor allem darin, »Natur« und »Umwelt« überhaupt erst als

soziologisches Thema zu erschließen (vgl. Eder 1988; Brand (Hg.) 1998). Breit rezipiert wurden dazu etwa die Arbeiten zur *Cultural Theory* (Douglas, Wildavsky 1982; Thompson et al. 1990). Mit diesen sollte gezeigt werden, dass Naturverständnisse sehr unterschiedlich sein können und dass sie in Verbindung mit sozialen Organisationsformen stehen. Eine ökologische Katastrophe wäre demzufolge nicht einfach als drohendes Naturphänomen zu begreifen, sondern würde vielmehr auf soziokulturell vermittelte Naturwahrnehmungen verweisen. Im Übrigen ging es der Umweltsoziologie mehr um begrenzte Einzelthemen und empirische Problembearbeitungen als um weitere groß angelegte Kritiken. Bis heute werden Wachstumsfragen in den einschlägigen umweltsoziologischen Einführungs- und Überblicks-Publikationen nicht als besonders relevantes oder gar prägendes Thema für die Umweltsoziologie aufbereitet (vgl. Groß (Hg.) 2011). Zum Teil werden sie als Thema des ökologischen Diskurses wahrgenommen (Brand 2014) oder genutzt, um die eigene Position davon abzuheben (Huber 2011). Die Umweltsoziologie forscht vor allem im Projekte-Modus, in zumeist außeruniversitären inter- oder transdisziplinären Kooperationen oder über Qualifikationsarbeiten, weil sie bis dato in der (deutschen) universitären Soziologie kaum institutionalisiert ist. Sie leistet damit wichtige Arbeiten, verliert aber in dieser Konstellation offensichtlich leichter umfassendere gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken aus dem Blick.

So wurde die Umweltsoziologie gewissermaßen von der neueren Wachstumskritik, von Postwachstums- oder Degrowth-Debatten überrascht, obwohl man hätte erwarten können, dass diese gerade ihr Feld wären. Insgesamt ist das Wachstumsthema in der Soziologie heute durchaus präsent, prominent zweifellos am Jenaer Kolleg *Postwachstumsgesellschaften*. Da sich aber die Debatten zunächst an der Finanzkrise und an damit verbundenen sozioökonomischen Problemen ausrichteten, spielte die ökologische Krise dabei nur eine untergeordnete Rolle. Tatsächlich ist das Wachstumsthema keineswegs ein exklusiv ökologisches. Dies zeigen ebenfalls bereits die frühen Arbeiten, am bekanntesten die Studie des Ökonomen Fred Hirsch (1978) zu den *social limits to growth*. Dennoch ist das Wachstumsthema besonders eng mit ökologischen Fragen verbunden. Dass große Teile der Diskussionen der letzten Jahre ohne diese auskamen und die Auseinandersetzungen umweltsoziologischer Forschungen der vergangenen zwei bis drei Jahrzehnte kaum in sie vordrangen, ist deshalb ein Defizit. Die Umweltsoziologie hat hierin ihren Einsatz versäumt. Wo ökologische Gefährdungen in den neueren Debatten problematisiert werden, dominiert ein ökologischer ›Realismus‹,<sup>2</sup> während unzureichend reflektiert bleibt, wie ›Natur‹, ›Umwelt‹, ›Ökologie‹ tatsächlich als soziologische Forschungsgegenstände aufzugreifen sind. Um es zugespitzt zu formulieren: In den vergangenen Jahren hatten wir eine Wachstumsdebatte, die in weiten Teilen ohne soziologische Beiträge zu ökologischen Fragen auskommen konnte, und eine Umweltsoziologie ohne Wachstumskritik.

Hinzu kommt, dass in den neueren kaum auf die Erfahrungen der älteren Debatten mit den *Grenzen der Wachstumskritik* zurückgegriffen wurde. Die neueren Debatten reproduzieren oft alte Kontroversen und machen damit deutlich, dass daraus offensichtlich wenig gelernt wurde. In den älteren Debatten stellte sich bald die Frage nach differenzierteren Analysen: Was ist mit Wachstum jeweils genau gemeint und was wird daran kritisiert? Was genau soll nicht und wo soll durchaus etwas wachsen? Deshalb wurde etwa nach Varianten qualitativen, entkoppelten

---

<sup>2</sup> Die Kontroversen um Realismus, Konstruktivismus oder dritte Optionen dazwischen oder jenseits davon bestimmten lange Zeit die umweltsoziologischen Theoriendebatten (vgl. Brand, Kropp 2004; Groß 2006).

oder sektoralen Wachstums gefragt, überzeugende Konzepte konnten sich aber nicht durchsetzen (vgl. Huber 2011). So war und ist leicht vorherzusehen, dass sich auch in den neueren Debatten ähnliche Probleme stellen, solange nicht die *begrenzte* Aufgabe von Wachstumskritik mit reflektiert wird. Wie weit reicht die Kritik an problematischen Entwicklungen und welche Entwicklungsmuster sind stattdessen unproblematisch oder sogar erwünscht?

Allein ›Wachstum‹ zu kritisieren oder als Alternativen auf ›Postwachstum‹ oder ›Degrowth‹ zu setzen, muss unzureichend bleiben. Darauf verweisen in den neueren Diskussionen beispielsweise die Formeln des ›guten Lebens‹ oder ›Buen vivir‹. Mein umweltsoziologischer Vorschlag dazu ist, Wachstumskritik nicht als ›radikalere‹ Perspektive der Debatte um nachhaltige Entwicklung entgegenzusetzen, sondern sie vielmehr als integralen Teil der Suche nach nachhaltiger Entwicklung aufzufassen (vgl. Lorenz 2014).

## Zur umweltsoziologischen Rekonstruktion der Wachstumskritik

Die Diagnose des vorangegangenen Abschnitts ergab, dass ein analytisches Verständnis von Wachstumskritik aus umweltsoziologischer Perspektive bislang fehlt. Im Folgenden werde ich deshalb Vorschläge skizzieren, wie sich ökologische Wachstumskritik umweltsoziologisch bestimmen lässt. Um ökologische Wachstumskritik besser zu verstehen, wird man sie von anderen Kritikperspektiven abgrenzen müssen. Trotz verschiedentsicher Integrationsbestrebungen unterscheiden sich doch die zentralen Anliegen *ökologischer* Wachstumskritik von anderen Kritikperspektiven, etwa Kapitalismuskritik, Verteilungskritik, feministischer Kritik usw. Gemeinsam ist ihr mit diesen, dass sie sich auf problematische Entwicklungen moderner Gesellschaften richten. Der Problemfokus ist dabei aber ein je spezifischer. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass ökologische *Wachstumskritik* ihrerseits nur einen Teil der umfassenderen und vielfältigeren Auseinandersetzungen zur ökologischen Krise ausmacht (vgl. Lorenz 2014: 12ff.).

Ich gehe davon aus, dass sich die *ökologische* Wachstumskritik typischerweise vor allem auf Entwicklungsdynamiken von Wissenschaft und Technik sowie auf konsumistische Lebensweisen richtet. Sie nimmt damit die Gesellschaft in spezifischer Weise in den Blick, indem sie sie als Industriegesellschaft und/ oder als Konsum- bzw. Überflussgesellschaft betrachtet. Beides kann je für sich, wird aber zumeist in enger Verbindung miteinander auftreten. Verknüpft finden sich Technik- und Konsumkritik beispielsweise bei Irmi Seidl und Angelika Zahrnt, denn für sie sind es »hochindustrialisierte Länder« von denen die ökologischen Probleme ausgehen, und sie schreiben weiter: »Der Glaube an die Grenzenlosigkeit menschlicher Expansion und Bedürfnisse und das Vertrauen in die technische Machbarkeit blockieren die Einsicht, dass die natürlichen Ressourcen endlich und die Ökosysteme verletzlich sind und immer mehr Konsum kaum glücklicher macht« (Seidl, Zahrnt 2010: 9).

Ökologische Wachstumskritik kritisiert zum einen, dass die wissenschaftlich-technischen Dynamiken der Industriegesellschaft die biophysischen Prozesse der Erde immer umfassender und tiefgreifender beeinflussen, zum anderen, dass die ›konsumistischen‹ Lebensweisen und der daran gekoppelte Verbrauch an materiellen Dingen nach immer mehr und immer neuen Ressourcen verlangen, Energien verschlingen und Abfälle anhäufen. Im Zentrum der *Wachstumskritik*

stehen dabei aber weniger die Eingriffe und der Verbrauch selbst als vielmehr die gesellschaftlichen Dynamiken, die sich nicht (mehr) zureichend kontrollieren lassen und deshalb destruktiv für Mensch und Umwelt auswirken, die gewissermaßen über die Menschen hinwegrollen.

Wie sind diese industriellen (a) bzw. konsumistischen (b) Dynamiken zu verstehen? Zu a) Moderne Gesellschaften begannen strikt zwischen Natur und Kultur zu trennen, objektivierten Natur durch moderne Wissenschaft, machten sie technischer Manipulation zugänglich und unterwarfen sie instrumentellen Beherrschungsbestrebungen. Solange dies als zivilisatorische Fortschrittsgeschichte erzählt werden konnte, musste das nicht ernstlich hinterfragt werden. *Wissenschaftlich-technische Entwicklung* bedurfte keiner weiteren Erklärung, sondern konnte für per se gut und richtig gehalten werden. Kritiken daran gab es durchaus immer wieder (vgl. etwa Thoreau 2009) und mit der Entwicklung der Atombombe und der Wahrnehmung einer globalen ökologischen Krise, also der potenziellen Bedrohung der Menschheit als ganzer, wuchsen die Zweifel in der Gesellschaft beträchtlich. Andererseits scheint die Faszination für technologische Neuerungen und die Hoffnung auf technische Lösungen sozialer wie ökologischer Probleme in vieler Hinsicht ungebrochen. Zum Teil erhält sie sogar immer wieder neuen Zulauf, wenn gerade technische Innovationen ›grüne Auswege‹ aus der ökologischen Krise zu versprechen scheinen.

Es geht dabei nicht nur um Fragen des Vertrauens oder Misstrauens gegenüber Technik, sondern um Mensch-Natur-Verhältnisse. Darüber hinaus wurden namentlich von Ivan Illich (1998), Ulrich Beck (1986), Bruno Latour (1998) oder Richard Sennett (2008) Eigendynamiken wissenschaftlich-technischer Entwicklungen beschrieben (vgl. Lorenz 2014: 146ff.). Zum einen bringen technologische Entwicklungen Resultate hervor, die so nicht intendiert und abzusehen waren und sich als ›Nebenfolgen‹ ihrer gesellschaftlichen Nutzung und Verbreitung bemerkbar machen. Neben den erstrebten oder erhofften Effekten bringen sie immer wieder unerwartete und negative Folgen mit sich, zum Beispiel als strahlende Atomabfälle, die permanent vermehrt werden, obwohl es für sie bislang keine gesicherte Umgangsweise gibt. Technologische Probleme verlangen wiederum nach technischer Problembearbeitung und führen zu Innovationen, die ihrerseits unerwartete Konsequenzen zeitigen und wiederum nach technischer Bearbeitung verlangen ...; Latour (1998) nennt das eine wuchernde Hybridenvermehrung. Ein weiterer Antrieb eigendynamischer Entwicklung ist darin zu sehen, dass die erreichten Neuerungen immer zugleich auch sichtbar machen, was möglich ist und was noch möglich wäre. So entsteht ein Quasi-Mangel, weil man doch eigentlich so viele Verbesserungen noch realisieren müsste, zum Beispiel in der Lebensmittelerzeugung, der Kommunikation oder den medizinischen Möglichkeiten, alles selbstverständlich zum Wohle der Menschen.

Zu b) Quasi-Mangel ist in ähnlicher Weise eine der Triebkräfte *konsumistischer Entwicklungen in der Überfluggesellschaft*. Auch im Konsum steigen die Wünsche nicht unbedingt da, wo bislang wenig konsumiert wird, sondern sie können gerade da wachsen, wo bereits viel konsumiert wird. – Nur nebenbei bemerkt sei dazu, dass deshalb auch Fragen sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung, die nur auf die Einkommenssituation und Ressourcenausstattung blicken, die Bedeutung von Ausgrenzung in der Überfluggesellschaft nur unzureichend erfassen können. Ein Perspektivenwechsel in Richtung der (nicht) erreichbaren Konsum- und Lebensgestaltungsoptionen verspricht hier weiterführende Einsichten (vgl. Lorenz 2015). – Wie im Bereich der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung wird also auch im Konsum nicht einfach durch Not,



sondern gerade durch die *vielen Optionen* sichtbar, was man alles noch nicht konsumiert hat und was noch alles denkbar, ja geradezu notwendig wäre zu konsumieren.

Es gibt einige weitere Triebkräfte mehr, die gerade in der Überflussgesellschaft dahin treiben, sich nicht mit dem einmal erreicht zufrieden zu geben – selbst wenn ein materielles Niveau erreicht ist, das den Vorfahren utopisch erschienen oder nicht einmal in den Sinn gekommen wäre (vgl. ausführlicher Lorenz 2014: 64ff.). Sie sind zum einen in den Freisetzungen der Individuen aus überlieferten Lebensweisen zu suchen, wodurch Konsum nicht mehr selbstverständlichen Gewohnheiten oder religiös verbindlichen Restriktionen folgt. Zum anderen resultieren sie aus sozialen Vergleichen und Distinktionsbestrebungen. Dieselben Konsum->Standards< erfüllen zu können wie andere oder diese sogar zu überbieten sowie via Konsum individualisierte Identitäten zu realisieren, dies alles speist entsprechende Dynamiken permanenter Konsumsteigerungen.

## Soziologie der Wachstumskritik, nachhaltige Entwicklung und Demokratisierung

Bestimmt man ökologische Wachstumskritik im dargelegten Sinne, dann werden auch die Anschlüsse an gesellschaftstheoretische Entwürfe sichtbar, die sich den genannten Dynamiken und ihren Problemen angenommen haben. Für die wissenschaftlich-technologischen Dynamiken ist das insbesondere die politische Ökologie Latours (1998) mit seiner Deutung der aus der modernen Trennung von Natur und Kultur resultierenden wuchernden Hybridenvermehrung. Außerdem gehören hierher das Nebenfolgentheorem von Beck (1986) sowie die Arbeiten zur materiellen Kultur von Sennett (2008). Sennett (2008: 9ff.) macht unter anderem am Beispiel der Diskussion um die Entwicklung der Atombombe deutlich, dass er (anders als seine Lehrerin Hannah Arendt) die klare Trennung technologischer Entwicklungen von deren politisch-moralischer Beurteilung für einen gewichtigen Teil des Problems und nicht der Lösung hält. Dagegen biete die enge, »handwerkliche« Verknüpfung beider Aspekte Chancen, die technologische Dynamik auf eine humanen Zwecken dienende zu begrenzen.<sup>3</sup>

Die Bedeutung, die Beck dem Konsum neben der Arbeit, und die Bedeutung, die Sennett nicht nur der Herstellung, sondern ebenso der Verwendung von Dingen beimisst, lässt ihre Arbeiten auch für die konsumistischen Dynamiken wichtige Einsichten vermitteln. Darüber hinaus kann sich die Analyse von Überfluss- und Optionendynamiken auf die soziologischen Arbeiten von Schulze (1992), Gross (1994) oder Bauman (2003) stützen, die ihrerseits allerdings nicht als *umweltsoziologische* Arbeiten angelegt, das heißt nicht (primär) an ökologischen Fragen orientiert sind.

Eine solche Anwendung soziologischer Theoreme auf die Ökothematik lässt sich noch deutlich ausweiten, sofern berücksichtigt wird, dass die ökologische Wachstumskritik zwar ihren spezifischen Problemfokus hat, darüber aber zugleich einen *Bezug zur Kritik moderner Gesellschaften im Allgemeinen* hält. Die Soziologie verfügt nämlich über einen reichen Fundus an Steigerungstheoremen, mit dem sie die Dynamiken moderner Gesellschaften analysiert. Dies reicht von klassischen Arbeiten bei Marx oder Weber bis zu neueren, etwa der Beschleunigung (Rosa

---

<sup>3</sup> Aus dieser Sicht muss auch eine im engeren Sinne *Technikfolgenabschätzung* (vgl. Renn 2014) immer schon zu spät kommen.

2005). Diesen Fundus auch für eine ökologische Wachstumsdebatte zu nutzen, ist eine bislang noch offene Baustelle der Soziologie (vgl. Lorenz 2014: 77ff.).

Dennoch kann, wie eingangs angekündigt, anhand der bisherigen Überlegungen das Verständnis von Wachstumskritik soziologisch generalisiert werden. Denn was im Besonderen für die ökologische Wachstumskritik gilt, gilt für diese *als Modernekritik* allgemein, nämlich dass problematische und destruktive Eigendynamiken Gegenstand der Kritik sind. Ein solcher soziologischer Zugriff beschränkt sich nicht auf Fragen des *Wirtschaftswachstums*, sondern geht von einer Pluralität von Steigerungsprozessen in potenziell allen Bereichen moderner Gesellschaften aus. Dass die Ökonomie von zentraler Bedeutung für die Dynamiken moderner Gesellschaften ist, ist offensichtlich. Soziologisch geht es aber darum, die Entwicklungsdynamiken umfassender zu verstehen. Und so ist auch Wachstumskritik soziologisch nicht allein als Kritik von Wirtschaftswachstum, dessen unzureichender Bestimmung im Bruttoinlands-/ Bruttosozialprodukt oder ähnlichem zu konzipieren. Vielmehr bestimme ich *Wachstumskritik soziologisch allgemein als Kritik an gesellschaftlichen Eigendynamiken, die permanent ihre Mittel reproduzieren, ohne dabei an humane (soziale, ökologische) Zwecke gebunden zu sein* (vgl. Lorenz 2014: 105ff.).

Damit ist zugleich gesagt, dass nicht jegliche Steigerungen, nicht jede Dynamik, nicht jede Art von Wachstum per se kritisiert werden müssten. Moderne Gesellschaften sind entwicklungs offene, dynamische Gesellschaften und dies macht auch ihre Attraktivität aus. Nicht einmal jede Art eigendynamischer Prozesse muss als problematisch betrachtet werden, nämlich dann nicht, wenn sich Entwicklungsprozesse in einer Art und Weise wechselseitig verstärken, die in einem gewollten Sinne verlaufen. Dies kann der Fall sein, wenn etwa die Beförderung von Menschenrechten oder demokratischer Beteiligungen dazu führt, menschenrechtliche oder demokratische Ansprüche und deren Durchsetzung noch weiter zu befördern. Betrachtet man die Geschichte der allmählichen Ausweitung des Wahlrechts, dann hat man dafür ein anschauliches Beispiel.<sup>4</sup>

Folgt man diesen Überlegungen, dann müssen freilich *Qualifizierungskriterien* dafür entwickelt werden, welche Entwicklungen gewünscht sind und befördert werden sollen und welche nicht, welche die Zukunft offen halten und welche sie gefährden. So kommt die Analyse zwanglos von *der Kritik des Wachstums zu Fragen nachhaltiger Entwicklung* und zwar *als einem Demokratisierungsprojekt*, also einem, das immer auf der Suche ist nach geeigneten Lösungen unter möglichst umfassender Beteiligung und Berücksichtigung von Akteuren und Aspekten (Lorenz 2014: 93ff., 125ff.).

Zumindest aus soziologischer Perspektive können für eine solche nachhaltige Entwicklung keine substanziellen Kriterien angegeben werden im Sinne konkreter Handlungsanweisungen, was zu tun und zu lassen ist. Vielmehr bietet es sich an, von einem pragmatistischen Politikverständnis auszugehen, das demokratische Politik als notwendig experimentellen Such- und Lernprozess auffasst (vgl. Dewey 1997; Lamla 2013), und sich darüber hinaus an prozeduralen Modellen zu orientieren. Gerade das Hinterfragen von Mittel-Zweck-Relationen, der Sinn für die wechselseitigen Bedingtheiten von Mitteln und Zwecken, sind im Pragmatismus stark ausgeprägt (Joas, Knöbl 2004). Deshalb ist es keineswegs trivial, Wachstumskritik zu bestimmen als

---

<sup>4</sup> Eine beispielhaft elaboriertere Analyse unter dem Stichwort »Zirkel demokratischer Lernprozesse« findet sich bei Hans-Joachim Giegel (1999: 200).

eine Kritik an der eigendynamischen Reproduktionen von Mitteln gegenüber vernachlässigten Zwecken und Zielen. Zwecke sind keine unabhängigen Variablen, von denen aus der Kritiker, die Kritikerin mit größter Gewissheit ihr Urteil deduzieren könnte. Schon gar nicht können Zwecke wissenschaftlich gesetzt werden, sie sind Gegenstand politischer Aushandlungen.<sup>5</sup> Soziologisch besteht die Aufgabe vielmehr darin, Mittel-Zweck-Relationen aufzuklären und ihr Zustandekommen zu analysieren sowie gegebenenfalls auf Defizite, Ausgrenzungen und Blockaden in den Aushandlungsprozessen aufmerksam zu machen. In diesem Sinne interpretiere ich insbesondere das Latour'sche *Parlament der Dinge* (Latour 2001) und schließe daran weitergehende Konzeptualisierungen soziologischer Analysen nachhaltiger Entwicklungsprozesse an, die als demokratische angelegt sind (vgl. neben Lorenz 2014 exemplarisch Lorenz 2009, 2013; Lorenz, Stark 2015).

## Fazit

Der Beitrag begann mit einigen Überlegungen dazu, warum die Umweltsoziologie in den vergangenen Jahren keine starke Stimme in den neueren Wachstumsdebatten hatte. Ohne eine abschließende Antwort darauf zu geben, wurden im Folgenden Möglichkeiten skizziert, wie sich ökologische Wachstumskritik umweltsoziologisch rekonstruieren lässt. Gerade diese Ausführungen, die vor allem die Kritik an wissenschaftlich-technischen sowie konsumistischen Dynamiken für die ökologische Wachstumskritik herausarbeiten, zeigen auch, dass sich für die heutigen Debatten durchaus auf umweltsoziologische Stärken zurückgreifen lässt. Sie liegen in Forschungen zu ökologischem und nachhaltigem Konsum, in der umweltorientierten Wissenschafts- und Technikforschung sowie im erarbeiteten Fundus der Umweltsoziologie an Reflexionen über Naturverständnisse und Gesellschaft-Umwelt-Verhältnisse. Weiterer Klärungsbedarf besteht vor allem in den gesellschaftstheoretischen Anschlüssen der empirischen Projektforschungen, die einen Sinn für problematische Entwicklungsdynamiken wecken bzw. wach halten. Gerade die Reflexion umfassenderer gesellschaftlicher Entwicklungen gehört zu den spezifisch soziologischen Aufgaben in den Wachstumsdebatten.

Die Ausführungen zur Spezifizierung *ökologischer* Wachstumskritik legten zugleich die Grundlagen dafür, eine allgemeine soziologische Bestimmung von Wachstumskritik angeben zu können. Das ist die Kritik eigendynamischer Mittelreproduktionen ohne Bezug zu humanen Zwecken. Darüber hinaus wurden theoretische Anschlüsse für eine konstruktive umweltsoziologische Beteiligung an der Erforschung von Perspektiven nachhaltiger Entwicklung benannt. Der daran meinerseits geknüpfte prozedurale Ansatz verspricht keine substanziellen Problemlösungen. Eine besondere Rolle spielen darin zunächst die Analysen von Mittel-Zweck-Relationen, durch die die Probleme eigendynamischer Entwicklungen allererst sichtbar gemacht werden können. Diese Perspektive eröffnet der umweltsoziologischen Analyse Optionen für kritische

---

<sup>5</sup> Es ist nicht immer ganz eindeutig zu bestimmen, wo ein substanzielles Kriterium aufhört und ein prozedurales anfängt. Ein Eintreten für (Lohn-)Arbeitszeitverkürzung beispielsweise ist in gewisser Hinsicht durchaus substanziell, allerdings wird man sie soziologisch vor allem als Mittel herausstellen, das Möglichkeiten eröffnet, sich besser mit Fragen der Lebensqualität auseinander- und für Gemeinwohlbelange einsetzen zu können. Vgl. zu einer Diskussion um Arbeitszeiten Lessenich (2014).

Beiträge zur Nachhaltigkeitsforschung, ohne allerdings dabei stehen zu bleiben. Denn über die Kritik hinaus bietet der vorgeschlagene Ansatz an, zur Demokratisierung der Problembearbeitung beizutragen, das heißt Verfahrensvorschläge dafür zu entwerfen, wie geeignete Problembearbeitungen gefunden werden können.

## Literatur

- Bauman, Z. 2003 [2000]: *Flüchtige Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brand, K.-W. (Hg.) 1998: *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brand, K.-W. 2014: *Umweltsoziologie. Entwicklungslinien, Basiskonzepte und Erklärungsmodelle*. Weinheim et al.: Beltz Juventa.
- Brand, K.-W., Kropp, C. 2004: *Naturverständnisse in der Soziologie*. In D. Rink, M. Wächter (Hg.), *Naturverständnisse in der Nachhaltigkeitsforschung*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 103-140.
- Dewey, J. 1996 [1927]: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*. Bodenheim: Philosophische Verlagsgesellschaft.
- Douglas, M., Wildavsky, A. 1982: *Risk and Culture. An Essay on the Selection of Technical and Environmental Dangers*. Berkeley.
- Eder, K. 1988: *Die Vergesellschaftung der Natur. Studien zur sozialen Evolution der praktischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giegel, H.-J. 1999: *Kompetenzen und Qualifizierung von Akteuren als Bedingung und Resultat der Qualifizierung von Demokratie*. In D. Berg-Schlosser, H.-J. Giegel (Hg.), *Perspektiven der Demokratie. Probleme und Chancen im Zeitalter der Globalisierung*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 177-216.
- Groß, M. 2006: *Natur*. Bielefeld: transcript.
- Groß, M. (Hg.) 2011: *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden: VS.
- Gross, P. 1994: *Die Multioptionsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hirsch, F. 1978 (1976): *The social limits to growth*. London: Routledge and Kegan Paul.
- Huber, J. 2011 (2., vollst. überarb. Auflage): *Allgemeine Umweltsoziologie*. Wiesbaden: VS
- Illich, I. 1998 (1973): *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*. München: Beck.
- Joas, H., Knöbl, W. 2004: *Neopragmatismus*. In H. Joas, W. Knöbl, *Sozialtheorie. Zwanzig einführende Vorlesungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 687-725.
- Lamla, J. 2013: *Arenen des demokratischen Experimentalismus. Zur Konvergenz von nordamerikanischem und französischem Pragmatismus*. *Berliner Journal für Soziologie*, 23. Jg., Heft 3-4, 345-365.
- Latour, B. 1998 [1991]: *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Latour, B. 2001 [1999]: *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*. Frankfurt am Main.
- Lessenich, S. 2014: *Stephan Lessenich zu Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit*. Hamburg: Laika-Verlag.
- Lorenz, S. 2009: *Prozeduralität als methodologisches Paradigma – Zur Verfahrensförmigkeit von Methoden* [44 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research*, 11. Jg., Heft 1, Art. 14.
- Lorenz, S. 2013: *Soziologie im Klimawandel. Verhandlungen und Verfahrenswissenschaft gesellschaftlicher Selbstgefährdung*. *Soziologie* 42. Jg., Heft 1, 42-61.
- Lorenz, S. 2014: *Mehr oder weniger? Zur Soziologie ökologischer Wachstumskritik und nachhaltiger Entwicklung*. Bielefeld: Transcript.
- Lorenz, S. 2015: *Having no choice: Social exclusion in the affluent society*. *Journal of Exclusion Studies*, 5. Jg., Heft 1, 1-17.
- Lorenz, S., Stark, K. 2015: *Saving the honeybees in Berlin? A case study of the urban beekeeping boom*. *Environmental Sociology*, 1. Jg, Heft 2, 116-126.

- Luhmann, N. 1986: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meadows, D. H., Meadows, D. L., Zahn, E. K. O., Milling, P. 1972: Die Grenzen des Wachstums. Bericht zur Lage der Menschheit an den Club of Rome. Reinbek: Rowohlt.
- Paech, N. 2009: Wachstum ›light‹? Qualitatives Wachstum ist eine Utopie. In *Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär*, 13. Jg., 84–93.
- Radkau, J. 2011: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. Bonn: bpb.
- Renn, O. 2014: Mit Sicherheit ins Ungewisse. Möglichkeiten und Grenzen der Technikfolgenabschätzung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64. Jg., Heft 6–7, 3–10.
- Rosa, H. 2005: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schulze, G. 1992: Die Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Seidl, I., Zahrnt, A. 2010: Vorwort und Dank der Herausgeberinnen. In I. Seidl, A. Zahrnt (Hg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg: Metropolis, 9–11.
- Sennett, R. 2008: *Handwerk*. Berlin: Berlin Verlag.
- Thompson, M., Ellis, R., Wildavsky, A. 1990: *Cultural Theory*. Colorado, Oxford.
- Thoreau, H. D. 2009 [1854]: *Walden oder Leben in den Wäldern*. Köln: Anaconda.

# Kein richtiges Leben im falschen?

## Wachstumsneutrale Unternehmen in der Wachstumswirtschaft

Bernd Sommer und Jasmin Wiefek

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Trends in der Umweltsoziologie« der Sektion Umweltsoziologie – organisiert von Matthias Groß*

Wir haben Theodor W. Adornos berühmtes Diktum »Es gibt kein richtiges Leben im falschen« aus der *Minima Moralia* (Adorno 2001: 59) für den Titel dieses Beitrags aufgegriffen, weil damit auf die Schwierigkeiten verwiesen wird, sich in einer Welt, die durch nicht legitime Herrschaft gekennzeichnet ist, »richtig« zu verhalten. Dies ist nicht zuletzt eine ethische Fragestellung und als solche ist sie auch zumeist verhandelt worden; wie etwa prominent von Judith Butler bei der Verleihung des Adorno-Preises im Jahr 2012 (Butler 2012). Adorno verweist mit seinem Aphorismus auf ein Dilemma, eine soziale Konstellation, in der es nicht möglich ist, »richtig« zu leben. Doch die Frage des Titels lässt sich soziologisch auch als *Structure-Agency*-Problem reformulieren, womit das Spannungsverhältnis zwischen den gesellschaftlich dominanten Strukturen und Institutionen auf der einen Seite und den individuellen Handlungsspielräumen, relativ autonom davon zu agieren, auf der anderen Seite, in den Fokus rückt. Diese soziologische Fragestellung möchten wir empirisch anhand des Beispiels von sogenannten wachstumsneutralen Unternehmen (Liesen et al. 2013) in der Wachstumswirtschaft diskutieren. Empirische Basis für die Ausführungen sind insgesamt 13 halbstrukturierte Interviews mit Vertreter/-innen von elf Unternehmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die sich als »wachstumsneutral« charakterisieren lassen.<sup>1</sup> Bevor aber genauer auf die Kennzeichen »wachstumsneutraler Unternehmen« und auf die Ergebnisse der Befragung eingegangen wird, soll im Folgenden kurz skizziert werden, warum es soziologisch aber auch gesellschaftlich relevant ist, über ihre spezifischen Probleme und sozialen Erfolgchancen nachzudenken.

---

<sup>1</sup> Die Interviews wurden im Rahmen der Studie »Von der Nische in den Mainstream« erhoben, die untersucht, was »gute Beispiele« nachhaltigen Handelns kennzeichnet und wie sie sich gesellschaftlich verallgemeinern lassen. Dieses Vorhaben wurde im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) im Rahmen des Umweltforschungsplanes – Forschungskennzahl 3713 11 102 – erstellt und mit Bundesmitteln finanziert.

## Wachstumszwang und (De-)Stabilisierung durch Wachstum

Moderne Gesellschaften lassen sich als Wachstumsgesellschaften beschreiben, das heißt sie stabilisieren sich über fortwährendes ökonomisches Wachstum (Dörre et al. 2011: 1). Bleibt die Steigerung der am Markt gehandelten Güter und Dienstleistungen aus oder schrumpft die Wirtschaftskraft sogar, geraten zentrale Basisinstitutionen der Gesellschaft in die Krise: Arbeitskräfte werden aufgrund der dem Kapitalismus eigenen Produktivitätssteigerungen »freigesetzt«, die staatlichen Einnahmen (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) gehen zurück und gleichzeitig steigt der Finanzierungsbedarf für Sozialleistungen.<sup>2</sup> Dieser Zusammenhang ließ sich in den vergangenen Jahren besonders dramatisch in Griechenland und anderen Regionen Südeuropas beobachten. Vor diesem Hintergrund wird das Wachstumsparadigma nur selten in Frage gestellt. Dies gilt insbesondere für den Mainstream der Ökonomie und die etablierten politischen Institutionen. Beispielsweise wird derzeit von keiner der im Bundestag vertretenen Parteien eine Alternative zu stetigem ökonomischen Wachstum vertreten, Positionen des »Postwachstums« sind in Deutschland parlamentarisch derzeit nicht repräsentiert. Steht »Wachstum« im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen, verläuft die Konfliktlinie zwischen den Parteien entlang anderer Fragen; beispielsweise, wofür das Wachstum gebraucht wird: Um die Staatsverschuldung abzubauen, um die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren und Arbeitsplätze zu schaffen? Um mehr bzw. eine gerechtere Umverteilung zu ermöglichen? Oder: Um in grüne Technologien investieren zu können? Eine weitere Frage, an der sich politisch die Geister scheiden, ist, wie Wirtschaftswachstum generiert werden soll: Über Staatsinvestitionen, Stimuluspakete oder die Erhöhung der Kaufkraft durch Lohnerhöhungen (also eher keynesianische Politik), oder durch die Kürzung von Sozialausgaben, Deregulierungen, Privatisierungen, Steuersenkungen et cetera (also eher die neoliberale Variante bzw. Austeritätspolitik). Der Wachstumsimperativ selbst bleibt unumstritten.

Dabei hat das Festhalten des wachstumswirtschaftlichen Entwicklungspfad in jüngerer Vergangenheit durchaus zur Destabilisierung verschiedener Funktionssysteme der Gesellschaft beigetragen und das Verhältnis vom ökonomischen Wachstum und sozialer Wohlfahrt ist nicht mehr so eindeutig wie häufig angenommen und oben skizziert: Ausgehend von einer anhaltenden Wachstumsschwäche sind in den vergangenen Jahrzehnten in den frühindustrialisierten OECD-Staaten eine Vielzahl von Politikreformen verabschiedet worden – wie eine inflationäre Geldpolitik, die Stimulierung privater und öffentlicher Verschuldung, die Deregulierung der Finanzmärkte sowie die Prekarisierung der Erwerbsarbeit – die darauf zielten weiter Wirtschaftswachstum zu kreieren (Streeck 2013). Dies ist zum Teil gelungen, gleichzeitig ist aber auch – so zum Beispiel in Deutschland – der Niedriglohnsektor und die soziale Ungleichheit stark angewachsen. In Folge der aus dieser Politik resultierenden Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise sind zudem demokratische Verfahren und Institutionen auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene massiv beschädigt worden (Streeck 2013). Nicht zuletzt gilt Wirtschaftswachstum als

---

<sup>2</sup> Auch auf der Ebene von Unternehmen gibt es einen gewissen »Wachstumszwang«, der aus dem Zusammenwirken von Marktwettbewerb und der Fokussierung auf monetären Gewinn resultiert. Unternehmenswachstum dient der Steigerung des Finanzgewinns und damit auch der Behauptung in den für den Kapitalismus charakteristischen Konkurrenz- und Ausscheidungskämpfen (Bakker et al. 1999: 54).

zentraler Treiber diverser ökologischer Krisen und insbesondere der Emission von Treibhausgasen, der Ursache des anthropogenen Klimawandels (Jackson 2009). Trotz dieser Entwicklungen bleibt das Wachstumsparadigma im Mainstream von Politik und Wirtschaft unhinterfragt. Da eine »Wachstumswende«, die von den politischen und ökonomischen Entscheidungszentren unterstützt wird, somit derzeit unwahrscheinlich erscheint, soll hier erörtert werden, wie es um die gesellschaftlichen Erfolgchancen von *Bottom-Up*-Initiativen bestellt ist, zu einem Wandel in Richtung »Postwachstumsgesellschaft« beizutragen; oder eher theoretisch gesprochen: ob durch Veränderungen auf der gesellschaftlichen Mikroebene eine Transformation der Makrostrukturen begünstigt werden kann.

## Wachstumsneutrale Unternehmen

Seit einigen Jahren ist eine kleine aber zunehmende Zahl von Wirtschaftsakteuren zu beobachten, die Produktions- und Konsumtionsmuster jenseits des Wachstumsparadigmas entwickeln. Bezugnehmend auf eine Studie von Andrea Liesen, Christian Dietsche und Jana Gebauer (2013) können solche Akteure auch als »wachstumsneutrale Unternehmen« bezeichnet werden. Dabei handelt es sich nach Liesen et al. zumeist um kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die ihr Handeln primär *nicht* an betriebswirtschaftlichen Kerngrößen wie Umsatz, Gewinn oder der Beschäftigtenzahl orientieren (Liesen et al. 2013: 10). Stattdessen stehen für »wachstumsneutrale Unternehmen« alternative Zielgrößen wie Produkt- und Prozessqualität, Ressourceneffizienz oder Lebens- und Arbeitsqualität im Vordergrund (Liesen et al. 2013: 10). Diese Unternehmen können im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten wachsen, haben dies aber nicht zum Ziel.

In der von uns durchgeführten Untersuchung sind insgesamt 26 Leitfaden-gestützte, problemzentrierte Interviews (Mayring 2002: 67 ff.) mit Vertreterinnen und Vertretern von Nachhaltigkeitsinitiativen und entsprechend orientierten Unternehmen geführt worden.<sup>3</sup> Die Hälfte der Interviewpartner/-innen arbeitete in Betrieben (bzw. hatte diese selbst gegründet), die sich im Sinne von Liesen et al. als »wachstumsneutrale Unternehmen« beschreiben lassen. Bei der Auswertung der Interviews standen die Faktoren einer erfolgreichen Diffusion sowie gesellschaftliche Barrieren, die einem Mainstreaming dieser »guten Beispiele« nachhaltigen Handelns entgegenstehen, im Fokus. Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse basieren im Wesentlichen auf diesen 13 Interviews mit Repräsentantinnen und Repräsentanten von insgesamt elf Unternehmen.

Von diesen Unternehmen ließen sich vier Fallgruppen oder »Typen« identifizieren:

1. Etablierte Unternehmen, die bereits relativ lange am Markt aktiv sind (zum Teil mehr als 20 Jahre) und als finanziell stabil gelten können. Dies traf auf drei der insgesamt elf Unternehmen zu.

---

<sup>3</sup> Durchgeführt wurden die Interviews während eines Vernetzungstreffens der »Stiftung Zukunftsfähigkeit. FuturZwei«, die in ihrer Datenbank sogenannte Geschichten des Gelingens von Akteurinnen und Akteuren sammelt, die unter bestehenden Bedingungen, zukunftsfähiges Wirtschaften, Kommunizieren und Fortbewegen et cetera erproben ([www.futurzwei.org](http://www.futurzwei.org)).



2. Relativ neue und profitable Unternehmen. Dies waren zwei der elf Betriebe, von denen wir Unternehmensvertreterinnen und -vertreter interviewt haben. »Relativ neu« bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Unternehmen erst in den vergangenen zehn Jahren gegründet worden sind.
3. Drei Unternehmen waren ebenfalls relativ neu, aber ihre Situation war finanziell prekär. Das heißt sie waren aufgrund der schlechten Ertragslage in ihrer Existenz bedroht.
4. Ebenfalls drei Unternehmen waren schließlich sogenannte Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaften aus dem Bereich der solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) bzw. Community Supported Agriculture (CSA).

Um die jeweiligen Typen zu illustrieren, soll im Folgenden aus jeder Gruppe jeweils ein Unternehmen kurz vorgestellt werden. Ein Beispiel aus der Gruppe der relativ etablierten Unternehmen (Gruppe 1) ist ein Bäckereibetrieb aus Berlin. Die Bäckerei wurde in den frühen achtziger Jahren gegründet und hat heute 49 Beschäftigte. Die Zutaten für die Backwaren sind regional und biologisch erzeugt, die Bäckerei verfügt über eine hauseigene Mühle, eine Photovoltaik-(PV-)Anlage zur Stromversorgung sowie ein eigenes Wasserversorgungssystem. Aufgrund der finanziell relativ entspannten Lage, ist das Unternehmen dazu in der Lage, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vergleichsweise gute Gehälter zu zahlen. Weiter engagiert sich der Betrieb in der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ)<sup>4</sup> und erstellt eine sogenannte Gemeinwohlbilanz, die darüber Auskunft geben soll, wie die Werte »Menschenwürde«, »Solidarität«, »Ökologische Nachhaltigkeit«, »Soziale Gerechtigkeit« und »Demokratische Mitbestimmung & Transparenz« in der unternehmerischen Praxis Berücksichtigung finden (Felber 2012: 39 ff.).

Als Beispiel für die vergleichsweise neuen und dennoch rentablen Unternehmen (Gruppe 2) kann ein Hotel aus Thüringen dienen, das vornehmlich auf Fahrradtouristen als Übernachtungsgäste zielt. Das Hotel existiert seit 2006 und in ihm arbeiten heute zwei Personen, die beiden Gründer/-innen. Sie bevorzugen lokal erzeugte Lebensmittel aus biologischem Landbau, das Gebäude ist in einer ökologischen Bauweise errichtet worden und verfügt ebenfalls über eine eigene PV-Anlage. Auf motorisierten Individualverkehr wird seitens der Betreiber gänzlich verzichtet. Bei geringen Profiten ist das Unternehmen finanziell stabil; auch hier wird eine sogenannte Gemeinwohl-Bilanz erstellt.

Repräsentant/in aus der Gruppe der relativ neuen Unternehmen, die sich in einer prekären Finanzsituation befinden (Gruppe 3), ist ein Baustoffproduzent, der sich um die Herstellung eines ökologischen Dämmstoffs aus Algen bemüht. Das Unternehmen wurde im Jahr 2010 gegründet und ist noch heute ein Ein-Personen-Betrieb. Bei der Produktion des Dämmmaterials wird neben der vollständigen Abbaubarkeit der Bestandteile an eine möglichst energiesparende Produktion gedacht. Die Unternehmung konnte zum Befragungszeitpunkt noch nicht wirtschaftlich am Markt agieren, so dass der/die Betreiber/in unbezahlte Arbeit und private Ersparnisse in

---

<sup>4</sup> Die aus Österreich stammende zivilgesellschaftliche Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) setzt sich dafür ein, wirtschaftliches Handeln stärker mit demokratischen Grundwerten sowie sozialen und ökologischen Belangen in Einklang zu bringen (Felber 2012). Gegenwärtig unterstützen im deutschsprachigen Raum etwa 1.800 Unternehmen die GWÖ. Perspektivisch strebt die Bewegung eine politische Verankerung an: Unternehmen, die eine gute Gemeinwohl-Bilanz vorweisen, sollen steuerliche Vorteile genießen und bevorzugt öffentliche Aufträge bekommen.

das Unternehmen steckte, während das Einkommen aus einer anderen Erwerbsarbeit erzielt wurde.

Als Beispiel für die Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaften soll schließlich noch ein Unternehmen aus dem Bereich der Community Supported Agriculture (CSA), der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) dienen, das 2012 bei München gegründet worden ist. Unter »Solidarische Landwirtschaft« versteht man eine Form der Vertragslandwirtschaft, bei der eine Gruppe von Verbraucher/-innen auf lokaler Ebene mit einer/m Partner-Landwirt/in kooperiert: Die Verbraucher/-innen geben eine Abnahmegarantie (für 6 Monate oder ein Jahr) für die Produktion des landwirtschaftlichen Betriebes (zumeist biodynamisch oder anderweitig ökologisch) und erhalten im Gegenzug Einblick und Einfluss auf die Produktion und können sich aktiv am Anbau der Lebensmittel beteiligen. Das Unternehmen unserer Interviewpartner/-innen hat sechs Beschäftigte und 450 Haushalte als Kooperationsmitglieder. Ihr Ziel ist die ökologische Erzeugung von Lebensmitteln unter möglichst geringem Energieeinsatz (regional und saisonal). Auch hier sind aufgrund der angespannten Finanzlage für die Beschäftigten Nebenjobs erforderlich und es wird unbezahlte Arbeit geleistet. Auch dieses Unternehmen erstellt eine Gemeinwohl-Bilanz.

Die von uns untersuchten Unternehmen zeigten weitere Charakteristika, die Liesen et al.'s Definition »wachstumsneutraler Unternehmen« ergänzen: So verzichteten alle Unternehmen in unserer Untersuchung weitgehend auf konventionelle Werbung. Stattdessen verrichteten sie Öffentlichkeitsarbeit mit inhaltlichen Schwerpunkten. Beispielsweise informierte die oben genannte Bäckerei in halbjährlich erscheinenden Broschüren über gesellschaftliche Probleme, ihr soziales Engagement sowie thematisch relevante Politikentwicklungen (wie die Reform der EU-Bestimmungen zum ökologischen Landbau). Ein weiteres Merkmal, das wir bei den untersuchten Unternehmen ausmachen konnten, war, dass sie ihre Beschaffungsketten transparent machen und weitestgehend auf Zwischenhändler verzichten. Schließlich zeichneten sie sich durch eine vergleichsweise geringe Lohnspreizung aus, auch wenn die von einer prekären Finanzsituation gezeichneten Unternehmen (wenn überhaupt) nur sehr niedrige Löhne zahlen konnten.

## Barrieren und Ressourcen wachstumsneutraler Unternehmen

Als nächstes sollen die Ergebnisse vorgestellt werden, die im eigentlichen Fokus unserer Untersuchung lagen: die Barrieren, mit denen sich die von uns untersuchten Unternehmen konfrontiert sahen, sowie die spezifischen Ressourcen und Strategien, diesen Problemen zu begegnen.

In seinem Vortrag zur Eröffnung des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie *Routinen der Krise – Krise der Routinen* hat Stephan Lessenich die Gesellschaften des globalen Nordens als »Externalisierungsgesellschaften« beschrieben: »In der Externalisierungsgesellschaft leben die Leute nicht über ihre Verhältnisse. Sie leben über die Verhältnisse anderer. [...] Über die Externalisierung von Zwängen werden die eigenen Freiheiten geschaffen, mittels Zerstörung fremder Lebenswelten die eigenen Lebenschancen gesichert, durch eine Politik zu Lasten Dritter die eigenen Verhältnisse gelebt« (Lessenich 2015: 24). Lessenich weist darauf hin, dass das »wir« einer politischen Krisenrhetorik à la »Wir leben über unsere Verhältnisse« ein falsches ist, da es eine soziale Allgemeinheit suggeriere, die es so nicht gibt (Lessenich 2015).

Hat Lessenich bei seinen Ausführungen sozial benachteiligte Gruppen in- und außerhalb der Externalisierungsgesellschaften im Blick, so gilt dies aber auch für die Akteurinnen und Akteure, die bewusst bemüht sind, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Externalisierung von sozialen und ökonomischen Kosten zu vermeiden. Genau dies war bei den von uns untersuchten Unternehmen zu beobachten: Sie waren bestrebt, ökologisch und/oder regional zu produzieren, betrieben »Fair Trade« und bemühten sich, ihren eigenen Beschäftigten »gute Löhne« zu zahlen. Aus dem Bestreben, Externalisierungen zu minimieren, erwuchsen für die Unternehmen aber auch spezifische Schwierigkeiten. So führte ein/e Vertreter/in aus einer Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft aus: »Wir haben Prinzipien, wir wollen Bioprodukte aus einer begrenzten Region von Kleinbauern vermarkten und das Hemmnis besteht darin, dass sich Großstrukturen herausbilden, die viel billiger produzieren und für billiger anbieten können.« Durch das Festhalten an ihren »Prinzipien« sind die Produkte des besagten Unternehmens monetär vergleichsweise kostenintensiv. Dies führte zu entsprechend hohen Verkaufspreisen und damit zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber Konkurrent/-innen, was das besagte Unternehmen insgesamt wenig profitabel machte.<sup>5</sup>

Eine andere Belastung, die die Arbeit der wachstumsneutralen Unternehmen erschwerte, war, dass es sich bei ihren zentralen Akteurinnen und Akteuren um eine Art *Selfmade Entrepreneurs* handelte. Ihnen fehlten häufig tiefere betriebswirtschaftliche Kenntnisse, um ein Unternehmen zu führen; soziologisch formuliert, fehlte ihnen ein adäquates kulturelles Kapital (Bourdieu 1983: 186). Keine der befragten Personen hat beispielsweise Betriebswirtschaftslehre oder ein vergleichbares Fach studiert oder verfügte über eine kaufmännische Ausbildung. Viele von ihnen hatten ursprünglich gar nicht den Wunsch, als Unternehmer/-innen aktiv zu werden (zu diesem Aspekt unten mehr). So antwortete eine der befragten Personen auf die Frage, was ihre Arbeit behindere: »Inkompetenz meinerseits. [...] Wenn etwas länger dauert, dann weil ich es nicht so gut hinkriege oder ich länger suchen muss. Also ich denke mir schon oft, das könnte jemand anderes wesentlich besser machen als ich. Aber das Problem ist, die machen es nicht.« Das fehlende Fachwissen führte häufig zu wenig effizienten Arbeits- und Produktionsprozessen und mitunter auch zu Fehlinvestitionen.

Weitere Schwierigkeiten erwuchsen schließlich den von uns befragten Unternehmen aus ihrer bewussten Entscheidung, das Unternehmenswachstum zu begrenzen. So beklagten verschiedene der von uns befragten Interviewpartner/-innen, dass die politischen und ökonomischen Strukturen eine Wachstumsorientierung von Unternehmen favorisierten und Großunternehmen privilegierten. Letzteres ist natürlich ein Punkt, den kleine und mittelständische Unternehmen allgemein monieren. Verstärkt betrifft diese Problematik aber Unternehmen, die selbst auch klein bleiben möchten. Beispielsweise hängen die Möglichkeiten der Kapitalgenerierung (zum Beispiel bei der Kreditvergabe durch Banken) zumeist von Gewinn- und Umsatzerwartungen von Unternehmen ab; sehen diese Stagnation oder gar Schrumpfung vor, verschlechtern

---

<sup>5</sup> Bei den hier angesprochenen »Großstrukturen«, von denen Preisdruck ausgeübt wird, handelt es sich nicht um konventionellen Landbau, sondern um »Großstrukturen« im Segment der Biolebensmittel, die sich in den vergangenen Jahren herausgebildet haben und Akteur/-innen wie die von uns untersuchten, zunehmend unter Druck setzen.

sich die Konditionen oder eine Kreditaufnahme wird bei einer konventionellen Bank gänzlich unmöglich.

Gleichzeitig wirkte sich die bewusste Entscheidung, das Unternehmenswachstum zu begrenzen, für einige Unternehmen auch positiv auf ihre Entwicklung aus. So erläuterte ein/e Interviewpartner/in aus dem Bereich der ökologischen Landwirtschaft auf die Frage nach begünstigenden Faktoren: »Wir entwickeln uns in der Geschwindigkeit, die angebracht ist, um der Sache sozusagen Sinn zu verleihen.« In der betriebswirtschaftlichen Literatur gilt die optimale Unternehmensgröße als stark branchenabhängig (Liesen et al. 2013: 17). Während investitionsintensive Produktionsunternehmen mit einem hohen Fixkostenanteil stark von den mit der Unternehmensgröße verbundenen *Economies of Scale* profitieren, ist dies beispielsweise bei Dienstleistungsunternehmen weitaus weniger der Fall. Neben den in der Literatur viel diskutierten Größenvorteilen geraten zunehmend sogenannte *Dis-Economies of Scale* (Größennachteile) von Unternehmen in den Blick (Liesen et al. 2013: 17). *Dis-Economies of Scale* können beispielsweise dann auftreten, wenn die Kosten für administrative Strukturen, die bei Unternehmenswachstum oder Fusionen zusätzlich notwendig werden, nicht durch die angestrebten Kostensenkungspotenziale kompensiert werden (Liesen et al. 2013: 17).

Eine weitere Strategie, die wir bei den wachstumsneutralen Unternehmen beobachten konnten, lässt sich als »Einrichten in der Nische« beschreiben: Durch die Herstellung von qualitativ hochwertigen, langlebigen und/oder reparierfähigen Erzeugnissen produzieren sie für einen kleinen aber feinen Verbraucherkreis, der bereit und dazu in der Lage ist, für frische und qualitativ höherwertige Produkte tiefer in die Tasche zu greifen. Ein/e Vertreter/in einer Erzeugerverbraucher-Gemeinschaft ökologischer Lebensmittel führte beispielsweise aus:

»Wir haben einen guten Kundenstamm, die uns treu sind und auch weiterhin unsere Produkte kaufen, obwohl diese teurer sind als Bio im Supermarkt oder Bio im Discounter.« Mit anderen Worten, sie bedienen ein Hochpreissegment für Verbraucher/-innen, die sich diese leisten können und wollen.

Schließlich verfügten alle befragten Unternehmensvertreter/-innen über ausgeprägtes soziales Kapital (Bourdieu 1983: 191) in Form eines Unterstützungsnetzwerks durch Freunde und Familie, das es ihnen ermöglicht, fehlendes ökonomisches Kapital zu kompensieren. So führte eine/r der Befragten aus der IT-Branche aus: »Noch steckt viel Familienarbeit in dem Projekt – Schwester und Schwager kümmern sich um die Organisation der Bestellungen und das Eintreiben des Geldes, der Bruder betreut die Webseite.«

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass wachstumsneutrale Unternehmen in einer Wachstumswirtschaft mit spezifischen Problemen zu tun haben (negative Folgen aus der Vermeidung von Externalisierung und der Entscheidung, das Unternehmenswachstum zu begrenzen), sie aber häufig auch Strategien entwickelt haben (»organisches Wachstum« und »Einrichtung in der Nische«) bzw. auf Ressourcen zurückgreifen können (ausgeprägtes soziale Kapital), die es ihnen helfen, am Markt zu bestehen. Um abschätzen zu können, wie es um Diffusionschancen wachstumsneutraler Unternehmen bzw. ihren Möglichkeiten, die Wachstumsökonomie *bottom up* zu verändern, bestellt ist, sollen abschließend die Ergebnisse noch einmal aus der Perspektive von Theorien der sozialen Differenzierung interpretiert werden.

## Diskussion der Ergebnisse aus differenzierungstheoretischer Perspektive

In der soziologischen Theorie wird die Entwicklung moderner Gesellschaften gemeinhin als Prozess der fortschreitenden sozialen Differenzierung im Sinne einer zunehmenden Arbeits- und Funktionsteilung beschrieben (Durkheim 1997; Elias 1997). In der Systemtheorie ist von der Ausdifferenzierung unterschiedlicher sozialer Subsysteme die Rede, die durch unterschiedliche Codes und Kommunikationsmedien charakterisiert sind (Luhmann 1986). Auf der Akteursebene korrespondiert diese Entwicklung mit zunehmender Rollendifferenzierung (Goffman 2003). Unterscheiden sich die jeweiligen differenzierungstheoretischen Ansätze zum Teil auch deutlich, so gelten bereits in der klassischen ökonomischen Theorie (Victor 2015) Prozesse der fortschreitenden Arbeits- und Funktionsteilung, die Ausdifferenzierung eines autopoietischen Wirtschaftssystems oder auch Professionalisierung als zentrale Voraussetzung für die enorme Produktivitätssteigerung und damit auch für die exponentielle Zunahme des gesellschaftlichen Wohlstands im Sinne der Wirtschaftsleistung. Mit anderen Worten, bei der zunehmenden sozialen Differenzierung und dem ökonomischen Wachstum handelt es sich um Komplementärprozesse.

Bei den von uns untersuchten Akteuren – und nicht allein den elf wachstumsneutralen Unternehmen – war dagegen vielfach ein Brechen mit der für moderne Gesellschaften typischen Differenzierung in spezialisierte Funktionen und Subsysteme zu beobachten. So zeigte sich bei der Auswertung der Fälle, dass sich aus dem Material zwar analytische Kategorien entwickeln ließen, in der empirischen Realität jedoch zahlreiche Initiativen und Aktivitäten als Mischformen bzw. Hybride auftraten (Kny et al. 2015: 48). Dies ist bei der Bildung qualitativer Kategorien grundsätzlich der Fall, gleichwohl sind wir der Meinung, dass es in unserer Untersuchung ein empirisches Korrelat für diese Schwierigkeit gibt. So erstreckt sich der *Handlungsbereich* verschiedener von uns untersuchten Unternehmen über ein vergleichsweise breites Spektrum. Illustrieren lässt sich dies am Beispiel der Berliner Bäckerei, die nicht nur Backerzeugnisse produziert, sondern die dafür notwendige Energie selbst erzeugt, einen eigenen Brunnen baute und das Wasser aufbereitet und darüber hinaus noch politische Aufklärungsarbeit betreibt. Darüber hinaus zeigten einige Unternehmen auch eine Entdifferenzierung der *Handlungstypen* bzw. Rollen. Bei der portraitierten Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaft wird dies besonders anschaulich: Die Mitglieder zahlen monatlich einen festen Betrag, für den sie einmal pro Woche eine Kiste mit frischem Obst und Gemüse erhalten. Das Konzept umfasst aber nicht nur eine finanzielle Beteiligung der Konsumenten am Betrieb, sondern basiert auch auf persönlichem Engagement. Die Konsumenten bestimmen mit, was wann wie angebaut wird, und können als Erntehelfer aktiv werden. Somit sind die Konsumenten zugleich auch Mit-Produzenten bzw. sogenannte Prosumenten (Kny et al. 2015: 53).

Insbesondere die Grenzen zwischen gewerblich und nicht-gewerblich sind bei vielen Akteur/innen fließend. Was zu Anfang häufig den Charakter einer Bürgerinitiative hat, nimmt später die Form eines Wirtschaftsunternehmens an.<sup>6</sup> Jedoch steht für diese Unternehmen dann nicht der

---

<sup>6</sup> Ein Beispiel hierfür sind die mittlerweile äußerst prominenten Elektrizitätswerke Schönau (EWS). Die EWS begannen in den Achtzigern als Bürgerinitiative, die sich gegen Atomstrom einsetzte. Nach dem Scheitern der Bemühungen als Elterninitiative, eine atomstromfreie Energieversorgung über Lobbyarbeit bei Politikern und dem lokalen Energieversorger zu realisieren, gründeten die Mitglieder ein Unternehmen, kauften das örtliche

monetäre Erfolg im Vordergrund, sondern die unternehmerische Tätigkeit soll der Erreichung konkreter politischer Ziele (meist ökologischer Natur) dienen. Umgekehrt sind viele der untersuchten Projekte damit keine zivilgesellschaftliche Initiative oder Nichtregierungsorganisation im klassischen Sinne mehr, die sich auf Kampagnenarbeit, Protestaktionen et cetera beschränken, sondern ebenso bzw. vor allem als Marktteilnehmer/in aktiv (Kny et al. 2015: 53). Aus diesen Entdifferenzierungstendenzen können für die Unternehmen aber auch spezifische Probleme resultieren, da sie mit den ausdifferenzierten gesellschaftlichen Funktionssystemen in Konflikt geraten. Beispielsweise ist ein Schuhproduzent von der österreichische Finanzmarktaufsicht wegen illegaler Bankgeschäfte verklagt worden, weil er sich mittels *Crowdfunding* Geld von seinen Kund/-innen lieh. Entsprechend der Logik funktional differenzierter Gesellschaften sind Kreditgeschäfte Banken vorbehalten und setzen eine entsprechende Konzession voraus (Kny et al. 2015: 106).

Ist die soziale Differenzierung ein inhärenter Komplementärprozess ökonomischen Wachstums, so scheint Entdifferenzierung ein Kennzeichen von Akteurinnen und Akteuren zu sein, die versuchen, mit dem Wachstumsimperativ zu brechen. Dieser empirische Befund korrespondiert auch mit den theoretischen Erörterungen klassischer und aktueller Wachstumskritik. So argumentierte beispielsweise Ivan Illich für eine »konviviale Erneuerung«, die eine Reduzierung bzw. Zurückführen der Spezialisierung und sozialen Differenzierung beinhaltet (Illich 2011: 40 ff.) Und auch Niko Paechs Modell einer Postwachstumsökonomie, das einen stärkeren Anteil der Subsistenz, der Selbstversorgung, vorsieht (Paech 2012: 103 ff.), bedeutet nichts anderes als eine partielle Rückführung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Wenn soziale Differenzierung aber konstitutiv für moderne Gesellschaften ist und ihre zentralen »Errungenschaften« – und damit ist nicht nur die materielle Wohlstandssteigerung gemeint – auf ihr fußen, so wird schnell deutlich, dass eine bewusste Rücknahme der Arbeits- und Funktionsteilung weder einfach möglich ist, noch von den meisten Menschen als wünschenswert erachtet werden dürfte.<sup>7</sup> Eine entscheidende Frage bezüglich der Erfolgchancen wachstumsneutraler Unternehmen sowie der Möglichkeitsbedingungen einer Postwachstumsgesellschaft ist demnach, ob bzw. bis zu welchem Grad es möglich ist, das Niveau der gesellschaftlichen Funktions- und Arbeitsteilung zu reduzieren, ohne zivilisatorische Kerninstitutionen der Moderne zu beschädigen.

---

Stromnetz und begann schließlich selbst, bundesweit Energie zu vertreiben. Heute zählen die EWS mit mehr als 135.000 Stromkund/-innen zu den größten Ökostromanbietern in Deutschland ([www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)).

<sup>7</sup> Um dies plakativ zu verdeutlichen: Dass die Rechtssprechung nicht politisch ist (die Systeme und Recht also relativ strikt getrennt sind), wird unzweifelhaft als zivilisatorische Errungenschaft gesehen. Ebenso, dass die Medizin oder die Wissenschaft weitgehend autonom von religiösen Glaubenssystemen ist; die enormen Wissenszuwächse, die in den jeweiligen Bereichen zu beobachten sind, sind erst auf Basis dieser relativen Autonomie möglich. Und auch dass die Ökonomie weitgehend blind ist gegen bestimmte nicht-ökonomische Kriterien – wie die Diskriminierung von Marktteilnehmer/-innen aufgrund ihrer Herkunft – dürfte von den meisten als Wohltat empfunden werden.

## Literatur

- Adorno, T. W. 2001: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Berlin, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bakker, L., Loske, R., Scherhorn, G. 1999: *Wirtschaft ohne Wachstumsstreben – Chaos oder Chance*. Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 2. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Bourdieu, P. 1983: *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*. In R. Kreckel (Hg.), *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2)*, 183–198.
- Butler, J. 2012: *Can one lead a good life in a bad life? Adorno Prize Lecture*. *Radical Philosophy*, 176 (November/December), 9–18.
- Dörre, K., Lessenich, S., Rosa, H. 2011: *Antrag auf Förderung einer Kolleg-Forscherinnengruppe der DFG zum Thema Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften*, [www.kolleg-postwachstum.de/sozwmmedia/dokumente/Forschungsantrag/ForschungskollegVollantrag\\_kurz.pdf](http://www.kolleg-postwachstum.de/sozwmmedia/dokumente/Forschungsantrag/ForschungskollegVollantrag_kurz.pdf) (letzter Aufruf 12. August 2015).
- Durkheim, É. 1997: *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, N. 1997: *Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf einer Theorie der Zivilisation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Felber, C. 2012: *Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst*. Wien: Deuticke.
- Goffman, E. 2003: *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. München: Piper.
- Illich, I. 2011: *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*. München: C.H. Beck.
- Jackson, T. 2009: *Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet*. London, Sterling: Earthscan.
- Kny, J., Schmies, M., Sommer, B., Welzer, H., Wiefek, J. 2015: *Von der Nische in den Mainstream. Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden*. Umweltbundesamt: TEXTE 86/2015. Dessau-Roßlau, <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/von-der-nische-in-den-mainstream> (letzter Aufruf am 20. Dezember 2015).
- Lessenich, S. 2015: *Die Externalisierungsgesellschaft*. *Soziologie*, 44. Jg., Heft 1, 22–32.
- Liesen, A., Dietsche, C., Gebauer, J. 2013: *Wachstumsneutrale Unternehmen. Pilotstudie zur Unternehmensperspektive im Postwachstumsdiskurs*. Schriftenreihe des IÖW, 205/13. Berlin: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).
- Luhmann, N. 1986: *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gesellschaften einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mayring, P. 2002: *Einführung in die qualitative Sozialforschung*: Weinheim, Basel: Beltz.
- Paech, N. 2012: *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: Oekom.
- Streeck, W. 2013: *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Victor, P. A. 2015: *Growth*. In G. D'Alisa, F. Demaria und G. Kallis (Hg.), *Degrowth. A Vocabulary for a New Era*. New York, London: Routledge, 109–112.

»Neue Technologien, soziale Praktiken und gesellschaftliche  
Auseinandersetzungen – Die Energiewende als Konfliktfeld«  
der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung  
– organisiert von Gerhard Fuchs



# Governance of Discontinuation

Neue Perspektiven auf die Energiewende und nachhaltige Mobilität

Jessica Longen, Sebastian Hoffmann und Johannes Weyer

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Technologien, soziale Praktiken und gesellschaftliche Auseinandersetzungen – die Energiewende als Konfliktfeld« der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung – organisiert von Gerhard Fuchs*

Bisher steht bei Studien zum Wandel sozio-technischer Systeme – wie zum Beispiel in Forschungsarbeiten über Fördermaßnahmen von Elektromobilität oder von alternativen Energien – zumeist die Governance von Innovationen im Vordergrund. Unbeachtet bleibt aber häufig, dass die Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht allein in der Entwicklung von neuen, sondern auch in der Abschaffung von etablierten sozio-technischen Systemen bestehen kann (als Ausnahmen siehe Stegmaier et al. 2014; Turnheim, Geels 2012). Dies gilt auch in Bezug auf die Energiewende. Geleitet von der zentralen Annahme, dass sich sozio-technische Systeme nicht ausschließlich durch die Entwicklung innovativer, durchsetzungsfähiger Alternativen beenden lassen, schlagen wir folgenden Perspektivwechsel vor: Zur Untersuchung des sozio-technischen Wandels muss der Blick auch auf die gezielte Beendigung bestehender Systeme und Strukturen gelenkt werden. Die Analyse dieser *Governance of Discontinuation* stellt eine Alternative zur traditionellen Steuerungs- und Innovationsforschung dar (Loorbach 2007). Die Steuerung und Koordination sozio-technischer Systeme erfolgt hierbei nicht mehr allein mittels interventionistischer Top-down-Steuerung seitens des (National-)Staates (Mayntz 2009). Vielmehr sind es Akteure aus Industrie, Politik und Zivilgesellschaft, die durch Aushandlungsprozesse auf verschiedenen regionalen und (supra)nationalen Ebenen entsprechende Governanceprozesse beeinflussen.

Um explorativ Praktiken des Rückbaus zu erforschen, sowie Mechanismen und Schlüsselfaktoren einer *Governance of Discontinuation* zu identifizieren, nutzen wir den Fall des Automobils mit Verbrennungsmotor als eine *Discontinuation in the Making*.<sup>1</sup> Im Ländervergleich (Frankreich,

---

<sup>1</sup> Mehr zum internationalen Forschungsprojekt *Governance of the Discontinuation of Socio-Technical Systems* unter <http://discontinuation-governance.net>. Die Arbeit des deutschen Projektteams wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert (WE 1581/5-1). Eine abgewandelte Form des Beitrags wird im Sammelband von Bogner et. al. (im Erscheinen) abgedruckt.

Deutschland, Großbritannien, Niederlande) und auf Ebene der Europäischen Union (EU) zeigen sich im Rahmen diverser Verhandlungen und Maßnahmen verschiedene Strategien und Aktivitäten, die auf den Wandel sowie auf den Rückbau des bestehenden sozio-technischen Systems abzielen. Das Zusammenspiel von nationaler Ebene und der supranationalen EU-Ebene öffnet hierbei – trotz aller Ambivalenz – ein *Window of Opportunity* für die Abkehr von der Nutzung von Automobilen mit Verbrennungsmotor.

## Theoretische Konzepte zur Mehr-Ebenen-Analyse der Governance von sozio-technischen Systemen

Um Prozesse des Rückbaus zu untersuchen, kombinieren wir die Mehrebenen-Perspektive vom sozio-technischen Wandel (Geels 2012) und von Governance (Bache, Flinders 2004) mit dem Konzept der sozialen Konstruktion von Technik in Akteursnetzwerken (Weyer 1997). Kurz: Wir greifen auf bestehende und etablierte Konzepte zurück.

Das Mehrebenen-Modell (»Multi-Level Perspective«, MLP) beschreibt sozio-technischen Wandel als einen Prozess auf drei Ebenen (Geels 2012: 472), bei dem:

- (1) Nischen-Innovationen ausreichend weit entwickelt sein müssen,
- (2) seitens der sozio-technischen Landschaft externer Druck auf das Regime ausgeübt werden muss und
- (3) das Regime bereits instabil sein muss.

Im Falle des Automobils lassen sich folgende Komponenten nennen, die das *sozio-technische Regime* charakterisieren (siehe auch Urry 2004; Well, Nieuwenhuis 2012).

Automobile werden auf individuelle Weise genutzt und besessen.

- Der *kulturelle Status* der »Renneiselimousine« (Canzler 2010: 52) ist geprägt durch die Möglichkeit des schnellen und flexiblen Reisens.
- Das dominante Design des Automobils ist durch seine *Antriebstechnologie* in Form eines mit fossilen Treibstoffen betriebenen internen Kraftwerkes – nämlich dem Verbrennungsmotor – gekennzeichnet.
- Bei der *Automobilindustrie* handelt es sich um einen mächtigen Akteur mit etablierten Geschäftsmodellen und Wertschöpfungsketten.
- Aufgrund ihrer zentralen Rolle auf nationalwirtschaftlicher Ebene erfährt die Automobilindustrie in vielen Ländern *politische Protektion*.
- Zur Nutzung des Automobils sind *entsprechende Infrastrukturen*, wie zum Beispiel ein gut ausgebautes Straßennetz, etc. vorhanden.

Die *sozio-technischen Nischen*, in denen innovative Technologien geschützt vor dem Selektionsdruck des Marktes entwickelt und getestet werden, umfassen im Fall des Automobils verschiedene Innovationen im Bereich neuer Antriebstechnologien und Mobilitätsmuster. Die *sozio-technische Landschaft* beschreibt den breiteren Kontext, der auf Regime und Nische einwirkt. Diese Einwirkung kann sowohl die Tragfähigkeit des Regimes unterstützen als auch unterwan-

dern: Während steigende Mobilitätsanforderungen das sozio-technische Regime beispielsweise stärken, wird es durch öffentliche und politische Debatten über den Klimawandel zunehmend in Frage gestellt.

Wenngleich das MLP einen wertvollen, analytischen Rahmen zur Untersuchung sozio-technischen Wandels liefert, bleiben die soziale Konstruktion von Technik (Pinch, Bijker 1987) sowie die Akteure, die entsprechende Entwicklungen beeinflussen, im Dunkeln. Dabei wird die Entwicklung sozio-technischer Systeme durch die Verhandlungen, Strategien und Interaktionen von Akteuren mit verschiedenen Interessen in Netzwerken maßgeblich beeinflusst (Weyer 1997). Kommt es innerhalb entsprechender Akteursnetzwerke zu einer Einigung, so kann sich hieraus ein technologischer Pfad entwickeln, welcher dann zum Regime werden kann. Gleichzeitig können die Akteure an bestimmten Punkten aktiv auf den weiteren Fortlauf Einfluss nehmen. So ist das Akteursnetzwerk, durch das bestimmte Veränderungen getragen werden, phasenweise selbst offen für Veränderungen. Im Folgenden nutzen wir akteurbasierte Ansätze nicht allein zur Analyse der sozialen Konstruktion, sondern vor allem zur Erforschung der gezielten Dekonstruktion eines Regimes.

Akteursnetzwerke lassen sich auf allen MLP-Ebenen verorten, wobei sich die Zugehörigkeit der Akteure teilweise überschneidet. Die Akteursnetzwerke, welche das Regime erhalten und stabilisieren wollen, umfassen vor allem die nationalen Automobilindustrien sowie teilweise nationale Regierungen: Diese nationalen Subregimes erhalten das transnationale Regime der Automobilität, besitzen aber eigene Dynamiken. Die sozio-technischen Nischen werden sowohl von Amateuren und Bastlern, als auch von neuen oder etablierten Industrieakteuren getragen, die großangelegte Pilot- und Demonstrationsprojekte durchführen. Die Akteursnetzwerke innerhalb der sozio-technischen Landschaft bestehen vor allem aus supranationalen Verhandlungssystemen, wie etwa den Vereinten Nationen (UN) oder der Europäischen Union.

Konzepte der Mehrebenen-Governance (»Multi-Level Governance«, MLG) betonen nicht nur die zunehmende Relevanz von nichtstaatlichen Akteuren, wie beispielsweise dem Markt oder Akteuren der Zivilgesellschaft (Van Tulder, Van der Zwart 2005), sondern gehen auch davon aus, dass Politikgestaltung auf verschiedenen, interagierenden Ebenen (supranational, national, regional und lokal) stattfindet (Bache, Flinders 2004). Im Falle des sozio-technischen Systems des Automobils finden wir Governance-Aktivitäten sowohl im Bereich der Verkehrs-, Industrie- und Umweltpolitik der verschiedenen europäischen Staaten sowie der EU-Ebene als auch in Städten und Regionen, wo mit verschiedenen Steuerungsansätzen zur Förderung nachhaltiger Mobilität experimentiert wird. Im Folgenden richten wir das Augenmerk vor allem auf die Interaktionen, in denen Prozesse auf der einen Ebene zu Rahmenbedingungen für Verhandlungen auf den anderen Ebenen werden.

## Empirische Befunde zur Abschaffung des Automobils mit Verbrennungsmotor

Nachfolgend beschreiben wir Entwicklungen der Verkehrs- und Umweltpolitik, die auf eine nachhaltige Mobilität durch die Abkehr vom zuvor beschriebenen Automobilregime abzielen. Unsere Analyse fokussiert auf:

1. Die Regimekomponenten, die durch Maßnahmen und Aktivitäten (in Nische und Landschaft) herausgefordert werden.
2. Die Veränderung der Akteursnetzwerke, die das bestehende Regime stabilisieren oder herausfordern, sowie auf die damit verbundenen Strategien und Verhandlungsprozesse.
3. Die Interaktion zwischen den zuvor genannten Governance-Ebenen, sowie deren Einfluss auf den Wandel des Regimes der Automobilität.

Weiterhin unterscheiden wir bei den konkreten Maßnahmen zwischen direkten Nutzungsbeschränkungen für Autos mit Verbrennungsmotor sowie der Förderung von alternativen Antrieben und Mobilitätsmustern (siehe Tabelle). Um unsere Untersuchung jedoch stärker auf das Phänomen des *gezielten Rückbaus* zu fokussieren, konzentrieren wir uns vorrangig auf direkte Nutzungsbeschränkungen.

Tab. 1: Heuristiken zur Erforschung der »Governance of Discontinuation« des Verbrennungsmotors

Maßnahmen		Governance-Ebene	Betroffene MLP-Ebene(n) und Regimekomponenten
<b>Nutzungsbeschränkungen</b>	Straßennutzungsgebühren, stadtplanerische Maßnahmen	National/lokal	Wirkt einschränkend auf die Regimekomponenten: Infrastruktur, sowie individuelle Nutzung und Besitz
	Regulation zu CO <sub>2</sub> -Emissionen, Abgasgrenzwerten, Feinstaubrichtlinie	Supranational (EU, UN)	
<b>Alternative Mobilitätsmuster</b>	Förderung des »Modal Shifts« zugunsten des ÖPNV, von Multimodalität und Car-Sharing	National/lokal	Förderung von Alternativen in der Nische: Beeinflusst die Regimekomponenten: individuelle Nutzung und Besitz, sowie verwendete Antriebstechnologien
<b>Alternative Antriebstechnologien</b>	Kaufprämien und Steuervergünstigungen	National	
	Investitionen in F&E, Pilotprojekte, Marketing	Alle	

Im Folgenden werden zunächst Verhandlungen mit Einfluss auf das Automobilregime zwischen Akteuren auf der supranationalen und der nationalen Ebene beschrieben. Der darauf folgende Abschnitt stellt dagegen nationale Maßnahmen und Programme in den Mittelpunkt der Betrachtung.

## Politische Verhandlungen und Maßnahmen auf der Ebene von Europäischer Union und Nationalstaaten

In den letzten Jahren üben Akteure auf der EU-Ebene zunehmend Druck auf nationale Regimeakteure aus, im Rahmen von Maßnahmen zur Förderung von nachhaltiger Mobilität, traditionelle Autonutzung in Frage zu stellen. Diese Entwicklung, die ihren Ausgang vor allem in den neunziger Jahren nahm, wurde unter anderem stark durch die Klimarahmenkonventionen der Vereinten Nationen im Allgemeinen und die Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll im Besonderen beeinflusst.

Wir haben zwei Wendepunkte innerhalb des sozio-technischen Wandlungsprozesses identifiziert, die eine Herausforderung für das Automobilregime darstellen. Hierbei handelt es sich zum einen um die *CO<sub>2</sub>-Regulation* von 2009: Um die Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls von 1997 zu erfüllen, handelte die Europäische Union 1999 zusammen mit dem Verband der europäischen Automobilhersteller (ACEA) die Etablierung einer freiwilligen Selbstverpflichtung zur Reduktion von Emissionen aus. Innerhalb des Verbandes ACEA gab es jedoch bezüglich der freiwilligen Selbstverpflichtung Uneinigkeit. Hersteller, die vor allem Kleinwagen herstellten, plädierten für strengere Grenzwerte. Hersteller deren Produktportfolio vor allem andere Fahrzeugklassen umfasste, wollten dagegen vergleichsweise gemäßigte Grenzwerte durchsetzen und sahen sich durch die strikten Regulationen, die von den Kleinwagenherstellern vorgeschlagen wurden, gefährdet. So kam es bei der Aushandlung der freiwilligen Selbstverpflichtung zu Verzögerungen.

Als sich zudem 2006 abzeichnete, dass die Richtlinien der freiwilligen Selbstverpflichtung nicht eingehalten werden würden, wurde innerhalb der EU-Gremien eine verbindliche Regulation zu CO<sub>2</sub>-Emissionen vorbereitet (Wagner 2011). Es kam allerdings zu neuen Konflikten als sowohl die Generaldirektion »Umwelt« als auch die Generaldirektion »Unternehmen und Industrie« parallel zwei konkurrierende Entwürfe für eine Regulation entwickelten. Obwohl die Generaldirektion »Umwelt« letztlich formal für den finalen Regulationsentwurf verantwortlich war (European Commission 2007), konnte die Generaldirektion »Unternehmen und Industrie« doch erhebliche Zugeständnisse für die Automobilindustrie durchsetzen.

Weiterhin wurde die Erarbeitung eines einheitlichen Regulationsentwurfes durch die Uneinigkeit der EU-Mitgliedsstaaten verschärft. Die bereits in der Diskussion um die freiwillige Selbstverpflichtung herrschenden Differenzen, die vor allem auf unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen beruht hatten, setzten sich nun in der politischen Debatte fort. Insbesondere die Verhandlungen um die Grenzwertkurve, also darum, wie das Gewicht des Fahrzeuges in die Berechnung einfließen soll, befanden sich in einem »Deadlock« (Deters 2013). Die deutsche Regierung versuchte zugunsten der nationalen Automobilindustrie, die vor allem aus Herstellern von höheren Fahrzeugklassen besteht, eine höhere Grenzwertkurve durchzusetzen als andere Staaten, deren Automobilindustrie eher auf die Produktion von Kleinwagen spezialisiert ist (Frankreich, Italien). Erst 2008 wurde bilateral von Deutschland und Frankreich ein Kompromiss ausgehandelt, der in der Folge im Eilverfahren innerhalb der EU-Gremien angenommen und letztlich im April 2009 verabschiedet wurde. Eine Revision der Regulation wurde im Sommer 2013 wieder durch Deutschland blockiert, so dass erst im Herbst 2013 eine formlose Vereinbarung im Europäischen Parlament getroffen wurde (European Council 2013).

Eine weitere Aktivität der Europäischen Union liegt in der Veröffentlichung von Strategiepapieren zur nachhaltigen Gestaltung des Transportsektors. Bemerkenswert ist hier vor allem die Roadmap *Towards a Single European Transport Area* (European Commission 2011). Wie in den vorhergehenden Strategiepapieren wird auch mit der Roadmap ein nachhaltiger Wandel des Transportsystems unter anderem durch die Reduzierung der Emission von Treibhausgasen, durch die Förderung von alternativen Antriebstechnologien sowie durch den Ausbau von Multimodalität angestrebt. Was die Roadmap jedoch interessant und auf supranationaler Ebene einzigartig macht, ist ihr Ziel, bis 2030 die Nutzung konventionell betriebener Autos in Städten zu halbieren und bis 2050 vollständig zu unterbinden.

Zugleich löste die Roadmap bei vielen Regierungen, Verbänden und Organisationen durchaus gemischte Reaktionen aus: Vor allem Befürworter alternativer Mobilitätsmuster, wie etwa der Europäische Radfahrer-Verband, die European Metropolitan Transport Authorities oder »grüne« Parteien deuteten die Idee des Strategiepapiers als Schritt in die richtige Richtung. Ökologisch orientierte Non-Profit-Organisationen wie der europäische Verband für nachhaltige Mobilität *Transport & Environment* oder Greenpeace bemängelten fehlende Präzision, Ambitionen und Machbarkeit. Die ungleiche Behandlung verschiedener Verkehrsträger wurde dagegen zum Beispiel vom europäischen Automobilherstellerverband ACEA kritisiert. Wieder andere, wie unter anderem der Deutsche Bundesrat, vermissten schließlich konkrete Finanzierungsprogramme.

## Verkehrs- und umweltpolitische Maßnahmen und Programme auf nationaler und lokaler Ebene

Auch auf nationaler Ebene markieren die neunziger Jahre einen Wendepunkt, in denen die Förderung nachhaltiger Mobilität Einfluss auf die Verkehrsplanung nahm. So führte der britische *New Deal for Transport* von 1998, der ein Bruch mit dem Regierungsprogramm *Roads for Prosperity* darstellt, erstmals Strategien zur Förderung von nachhaltiger Mobilität in Großbritannien ein. Wie das zweite niederländische Strukturschema für Verkehr und Transport *SW2* (Tweede Structuurschema Verkeer en Vervoer) von 1990, unterstützt die Zielsetzung des *New Deal* die Förderung von Alternativen zum konventionell betriebenen Automobil. Im Unterschied zum *New Deal* wurde mit dem *SW2* jedoch explizit eine Integration ökologischer und raumplanerischer Ziele angestrebt (European Conference of Ministers of Transport 2001: 35) und darauf abgezielt, die Autonutzung durch eine eingeschränkte Zugänglichkeit von Straßen einzudämmen.

Entsprechende Tendenzen die Autonutzung zu restringieren finden auch heute noch in den Empfehlungen des niederländischen Mobilitätsinstituts ihren Niederschlag (Moorman, Kanssen 2011). In der Nachfolge des *New Deal* verfolgt der 2008 in Großbritannien erlassene *Climate Change Act* durch den Erlass verbindlicher Grenzwerte für transportbedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen das Ziel, nachhaltige Mobilität intensiv zu fördern. Es handelt sich hierbei um die einzige verbindliche *nationale* Gesetzgebung in Europa. Sie wurde bemerkenswerterweise unter Bezugnahme auf das Kyoto-Protokoll und nicht auf entsprechende EU-Regulierungen entwickelt. Hinsichtlich der Implementation und der Operationalisierung konkreter Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung zeigen sich in Großbritannien jedoch einige Widersprüche. So setzt das britische Verkehrsministerium seit 2009 sowohl auf inkrementelle Verbesserungen der Energieeffizienz des Verbrennungsmotors und den Verkauf von »ultra-low emission vehicles« (Department for Transport 2009: 38) als auch auf Restriktionen für die Autonutzung, beispielsweise durch ein eingeschränktes Angebot von Parkplätzen (Department for Transport 2010: 11).

Hinzu kommt, dass die Implementation entsprechender (raumplanerischer) Maßnahmen vor allem kollektiven Akteuren auf subnationaler Ebene überlassen wurde. Denn sowohl in den Niederlanden als auch in Großbritannien wurden im Rahmen von Dezentralisierungsprozessen

– basierend auf dem VERDI-Abkommen<sup>2</sup> in den Niederlanden (1996) und dem britischen *Transport Act* von 2000 – der lokalen und regionalen Administration sowohl die Verantwortung für die Entwicklung entsprechender nachhaltiger Verkehrsentwicklungspläne als auch für die Umsetzung der Maßnahmen übertragen. Allerdings fehlten in Großbritannien gerade auf der lokalen Ebene sowohl ökonomische als auch politische Ressourcen, die zur Umsetzung entsprechender Pläne notwendig waren. Zudem wurde deren Durchsetzung durch die Uneinigkeit über Strategien und Vorgehensweisen geschwächt.

In Frankreich wurden vergleichbare Dezentralisierungsprozesse bereits 1982 durch das *Loi d’Orientation des Transports* angestoßen. Auch hat in Frankreich die Ausarbeitung von städtischen Verkehrsentwicklungsplänen (PDU, Plans de Déplacements Urbains) zur Förderung von nachhaltiger Mobilität eine längere Tradition. Gleichzeitig waren diese PDU eng mit der Idee eines *Transport Commun en Site Propre* (TSCP) verknüpft. So sollte im Rahmen des TSCP nicht nur die Qualität des ÖPNV verbessert, sondern auch Autos Raum in den Städten genommen werden. 1996 wurde mit Verabschiedung der französischen Luftqualitätsverordnung (LAURE) die Entwicklung von PDU in Großstädten Pflicht; seit 2005 sind sie auch für mittelgroße Städte vorgeschrieben.

Auch *räumliche Restriktionen und Nutzungsgebühren* können die Autonutzung unattraktiv machen. Allerdings dienen Nutzungsgebühren in den untersuchten Fällen (die Londoner Citymaut, die Autobahnmaut in Frankreich sowie die Diskussionen zur Maut in Deutschland) nicht als Maßnahme, um die Nutzung des Verbrennungsmotors einzuschränken, sondern zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur (Erdmenger 2010). Dort wo Mauteinnahmen – wie es in Deutschland angedacht und in Frankreich der Fall ist – zur Instandhaltung oder zum Ausbau von Straßen verwendet werden, stärken entsprechende Maßnahmen das bestehende Regime sogar eher.

Räumliche Restriktionen in Form von Umweltzonen wurden dagegen vor allem aus umweltpolitischen Gründen eingeführt. Sowohl in Deutschland (2008) als auch in Frankreich (probeweise seit 2012) wurden diese zur Verbesserung der Feinstaubwerte in Innenstädten eingerichtet<sup>3</sup>. Gleichzeitig reagierten beide Länder mit der Einführung von Umweltzonen aber auch auf die von der Europäischen Union eingeführte Feinstaubrichtlinie und die entsprechende Androhung von Sanktionen. Allerdings lässt die Feinstaubrichtlinie erhebliche Schlupflöcher, da sie den Mitgliedstaaten zwar vorschreibt, Messstationen zu installieren und gemessene Grenzwerte zu übermitteln, Anzahl und Standort dieser Messstationen aber komplett im Ermessen der Mitgliedstaaten lässt. Zudem kritisieren Umweltverbände entsprechende Feinstaubgrenzwerte sowie insbesondere die grüne Plakette, die das Befahren der Umweltzone ermöglicht, und fordern striktere Grenzwerte und Überwachung.

---

<sup>2</sup> Die Abkürzung VERDI steht für »verkeer en vervoer: regionaal, decentraal, integraal« (Verkehr und Transport: regional, dezentral, integral).

<sup>3</sup> In den Niederlanden und Großbritannien beschränken die Umweltzonen ausschließlich den Güterverkehr.

## Diskussion der Ergebnisse und Ausblick

In unserem Fall einer »Discontinuation in the Making« sind Akteure auf mehreren Ebenen am Transformationsprozess und entsprechender Politikgestaltung beteiligt: Dies reicht von Verhandlungsprozessen und Regulationsvorhaben auf der supranationalen Ebene (EU, UN) über nationale Verkehrsentwicklungspläne bis hin zur städtischen Verkehrs- und Raumplanung. Alles in allem findet sich ein Patchwork von verschiedenen, nationalen und lokalen Programmen, Plänen sowie Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Mobilität. Bemerkenswert ist, dass wir in fast allen Ländern eine Verlagerung der Verantwortung für die Implementation der Vorhaben auf Akteure der lokalen Ebene vorgefunden haben. Gezielte und großflächige Versuche, das Regime des konventionell betriebenen Automobils herauszufordern oder gar abzuschaffen, finden sich allerdings insgesamt selten und wenn dann innerhalb der letzten Dekade. Weiterhin nimmt in den letzten Jahren der Einfluss von politischen Akteuren auf der supranationalen Ebene auf die Entwicklung von nationalen und lokalen sowie von umwelt- und verkehrspolitischen Maßnahmen zu.

Unsere Fallstudie bestätigt daher, dass europäische Entscheidungsträger deutlich aktiver in der Durchsetzung nachhaltiger Verkehrs- und Umweltpolitik sind als nationale Politikakteure (vergleiche Geels 2012: 478). Auch wird deutlich, dass der Druck durch die sozio-technische Landschaft kein emergentes Phänomen ist, sondern gezielt von einem supranationalen Akteursnetzwerk hervorgebracht wird. Jedoch bleibt zu beachten, dass die Europäische Union, obwohl sie ein aktiver und mächtiger Akteur im Bereich nachhaltiger Verkehrspolitik ist, einem stabilen industriepolitischen Akteursnetzwerk gegenübersteht: Zum einen ist es der Automobilindustrie bislang mittels inkrementeller Modifikationen technischer Lösungen gelungen, Veränderungsdruck aus der Landschaft zu absorbieren (Dijk, Kemp 2012; Wells, Nieuwenhuis 2012: 1686). Zum anderen konnten, wie das Beispiel der CO<sub>2</sub>-Regulierung zeigt, industrielle Akteure Entscheidungsprozesse trotz interner Differenzen durch den Rückhalt nationaler Regierungen beeinflussen. Nichtsdestotrotz liefern insbesondere die Aktivitäten auf der EU-Ebene Angriffspunkte, um das bestehende Regime von Automobilen mit Verbrennungsmotor zu schwächen.

Die Rolle der Politik auf nationaler Ebene hinsichtlich von Bestrebungen, Automobile mit Verbrennungsmotor in ihrer Nutzung einzuschränken, ist entsprechend ambivalent. Teils enthalten nationale Verkehrsentwicklungspläne Komponenten, die das Regime deutlich in Frage stellen, teils unterstützen nationale industrie- und wirtschaftspolitische Interessen das bestehende Regime. Letzteres galt insbesondere während der globalen Finanzkrise im Jahr 2008, in der zum Beispiel die britische und die deutsche Regierung den Kauf von Neuwagen – gleich welcher Antriebsart – durch Abwrackprämien förderten. Nationalen Regierungen gelingt es also als Teil des Regimes, supranationale Politikgestaltung auf der Ebene der Landschaft zu beeinflussen, und so einen Teil des Drucks, der durch die Landschaft ausgeübt wird, abzupuffern. Abschließend bleibt festzuhalten, dass die vorliegende Fallstudie nur einen ersten Schritt darstellt, Praktiken der Diskontinuität zu erforschen sowie explorativ Mechanismen und Schlüsselfaktoren einer »Governance of Discontinuation« zu identifizieren. Da nicht alle der aufgeführten Regimekomponenten ausreichend berücksichtigt werden konnten, bedarf es weiterer Forschung. Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungsvorhaben bieten insbesondere Analysen zur Veränderung des kulturellen Status des Automobils sowie der Reorganisation und der Kon-



sequenzen des Auftretens neuer Akteure in der Automobilindustrie. Des Weiteren findet das Taktieren zivilgesellschaftlicher Akteure, wie beispielsweise von Verbänden und Nichtregierungsorganisationen, in der vorliegenden Fallstudie bisher nicht in hinreichendem Maße Beachtung und müsste entsprechend zukünftig stärker in die Untersuchung einbezogen werden. Ferner bietet es sich an, Akteursnetzwerke und Verhandlungsprozesse detaillierter zu betrachten, die die EU-Regulationen zu den Feinstaubwerten und die entsprechenden Abgasnormen betreffen. Schließlich eignen sich auch weitere Methoden, um ein besseres Verständnis der Governance sozio-technischer Systeme zu erlangen. So können beispielsweise agentenbasierte Modellierungen und Simulationen durch die Erstellung von »What-if-Szenarien« (Adelt et al. 2014) zum Verständnis der »Governance of Discontinuation« beitragen.

## Literatur

- Adelt, F., Weyer, J., Fink, R. D. 2014: Governance of complex systems: results of a sociological simulation experiment. In *Ergonomics*, 57. Jg., Heft 3, 434–448.
- Bache, I., Flinders, M. 2004: *Multilevel Governance: Conclusions and Implications*. In I. Bache, M. Flinders (Hg.), *Multi-level governance*. Oxford: University Press.
- Bogner, A., Decker, M., Sotoudeh, M. 2015: *Responsible Innovation. Neue Impulse für die Technikfolgenabschätzung?* Berlin: Edition Sigma.
- Canzler, W. 2010: *Mobilitätskonzepte der Zukunft und Elektromobilität*. In R. Hüttl, B. Pieschetsrieder, D. Spah (Hg.), *Elektromobilität. Potenziale und wissenschaftlich-technische Herausforderungen*. Berlin, Heidelberg: Springer, 39–61.
- Department for Transport 2009: *Low Carbon Transport: A Greener Future – A Carbon Reduction Strategy for London*, [www.gov.uk/government/publications/low-carbon-transport](http://www.gov.uk/government/publications/low-carbon-transport) (letzter Aufruf 26. Mai 2015).
- Department for Transport 2010: *Operational Guidance to Local Authorities: Parking Policy and Enforcement*, [www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/212559/parking\\_enforcement\\_policy.pdf](http://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/212559/parking_enforcement_policy.pdf) (letzter Aufruf am 26. Mai 2015).
- Deters, H. 2013: *Entscheidungshürden und Antriebskräfte bei der Verminderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen von PKW*. In J. Falke, C. Joerges (Hg.), *Handelsliberalisierung und Sozialregulierung in transnationalen Konstellationen*. Baden-Baden: Nomos, 189–243.
- Dijk, M., Kemp, R. 2012: *Evolutionary policy options for steering the transition to low-carbon cars in Europe*. In M. Nilsson, K. Hillman, A. Rickne, T. Magnusson (Hg.), *Paving the Road to Sustainable Transport: Governance and Innovation in Low-Carbon Vehicles*. London: Routledge, 40–56.
- Erdmenger, C., Carey, P. 2010: *Urban road charge in European cities: A possible means towards a new culture for urban mobility? Report of the Joint Expert Group on Transport and Environment on urban road pricing schemes in European cities of the EU Commission*, [http://ec.europa.eu/transport/themes/urban/urban\\_mobility/urban\\_mobility\\_actions/doc/2010\\_jeg\\_urban\\_road\\_charging.pdf](http://ec.europa.eu/transport/themes/urban/urban_mobility/urban_mobility_actions/doc/2010_jeg_urban_road_charging.pdf) (letzter Aufruf 26. Mai 2015).
- European Commission 2007: *Questions and answers on the proposed regulation to reduce CO<sub>2</sub> emissions from cars*. Brüssel, [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-07-597\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-07-597_en.pdf) (letzter Aufruf 27. Januar 2015).
- European Commission 2011: *Roadmap to a Single European Transport Area – Towards a competitive and resource efficient transport system*. Brüssel, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011DC0144&from=EN> (letzter Aufruf 27. Januar 2015).
- European Conference of Ministers of Transport 2001: *Implementing Sustainable Urban Travel Policies: National Peer Review: The Netherlands*. Paris: OECD Publishing.

- European Council 2013: Informal agreement on car CO2 emissions reduction. Brüssel, [www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/envir/139786.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/139786.pdf) (letzter Aufruf 26. Mai 2015).
- Geels, F. 2012: A socio-technical analysis of low-carbon transitions: introducing the multi-level perspective into transport studies. *Journal of Transport Geography*, Heft 24, 471–482.
- Loorbach, D. A. 2007: Transition management. New mode of governance for sustainable development. Rotterdam: Erasmus University.
- Mayntz, R. 2009: The Changing Governance of Large Technical Infrastructure Systems. In R. Mayntz (Hg.), *Über Governance*. Frankfurt: Campus, 121–150.
- Moorman, S., Kansen, M. 2011: Naar duurzaam wegverkeer in 2050. Een verkenning van mogelijke opties. Den Haag: Kennisinstituut voor Mobiliteitsbeleid (KiM), <http://www.kimnet.nl/publicatie/naar-duurzaam-wegverkeer-2050-een-verkenning-van-mogelijke-opties> (letzter Aufruf 26. Mai 2015).
- Pinch, T. J., Bijker, W. E. 1987: The social construction of facts and artifacts: Or how the sociology of science and the sociology of technology might benefit each other. In Bijker, W. E., Hughes, T. P., Pinch, T. J. (Hg.), *The social construction of technological systems: New directions in the sociology and history of technology*. Cambridge, Massachusetts: MIT Press, 17–50.
- Stegmaier, P., Kuhlmann, S., Visser, V. R. 2014: The discontinuation of socio-technical systems as a governance problem. In S. Borrás, J. Edler (Hg.), *The Governance of Socio-Technical Systems: Explaining Change*. Manchester: University of Manchester, 111–131.
- Turnheim, B., Geels, F. 2012: Regime destabilisation as the flipside of energy transitions: Lessons from the history of the British coal industry (1913 – 1997). *Energy Policy*, Vol. 50, 35–49.
- Urry, J. 2004: The ›system‹ of automobility. *Theory, Culture & Society*, 21. Jg., Heft 4–5, 25–39.
- Van Tulder, R., Van der Zwart, A. 2005: *International business-society management: Linking corporate responsibility and globalization*. London: Routledge.
- Wagner, S. M. 2011: *The corporate political activities of multinational enterprises: The automotive industry and environmental regulations in the European Union*. Loughborough: Loughborough University, (Diss.).
- Wells, P., Nieuwenhuis, P. 2012: Transition failure: Understanding continuity in the automotive industry. *Technological Forecasting and Social Change*, 7. Jg., Heft 9, 1681–1692.
- Weyer, J. 1997: Konturen einer netzwerktheoretischen Techniksoziologie. In J. Weyer, U. Kirchner, L. Riedl (Hg.), *Technik, die Gesellschaft schafft. Soziale Netzwerke als Ort der Technikgenese*. Berlin: Rainer Bohn Verlag, 23–52.

# »Das Fundament unseres Hauses wird uns unter den Füßen weggezogen«

## Energieversorger im Reorganisationsprozess

Heike Jacobsen, Franziska Blazejewski und Patricia Graf

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Technologien, soziale Praktiken und gesellschaftliche Auseinandersetzungen – Die Energiewende als Konfliktfeld« der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung – organisiert von Gerhard Fuchs*

Die Energieversorger sehen sich durch die Politik zur Energiewende vor Anforderungen gestellt, sich möglichst rasch an neuen Zielen auszurichten – aber welche sind das? Zunächst scheint es um *technologisch* basierte Ziele zu gehen: Abkehr von der Atomenergie, Hinwendung zu erneuerbaren Energien, eher Gas- als Kohlestromerzeugung. Daneben geht es um auf den ersten Blick *organisatorische* Ziele, die jedoch weitreichende Veränderungen des gesamten Sektors zur Folge haben, nämlich um die Integration auch dezentral erzeugter Energie in die bisher zentralistisch ausgelegten Netze. Hier wird schon deutlich: Mit simpler Anpassung ist das nicht zu bewältigen, grundlegende Umsteuerungen sind gefragt, neue »Geschäftsmodelle« in der Sprache der Betriebswirtschaftslehre oder Managementlehre. Denn eigentlich, so könnte man sagen, geht es in Zukunft darum, möglichst wenig Energie zu verbrauchen. Es ist nicht überraschend, dass die Energieversorger sich nicht schon seit langem größere Energieeffizienz, also den sparsameren Umgang mit erzeugter Energie, auf die Fahnen geschrieben haben, denn dies scheint zumindest zunächst ihrem vordergründigen Interesse an maximalem Energieabsatz zu widersprechen. Dieser Grundkonflikt der Umsetzung der Energiewende durch die Energieversorger wird selten explizit angesprochen. Wie sollen sie profitabel arbeiten, wenn von ihrem Produkt – Energie in Form von Strom, Wärme, Gas – künftig weniger als bisher verbraucht werden soll? Welches *wirtschaftliche* Ziel sollen und können sie anstreben? Unversehens wird diese Branche zum unfreiwilligen Protagonisten der Postwachstumsgesellschaft. Weniger statt mehr Energieverbrauch – was gesellschaftlich ein hoch anerkanntes Ziel ist, zwingt Energieriesen scheinbar in die Knie. Woraus sollen sie Gewinne erwirtschaften, wenn nicht aus Steigerungen des Absatzes von Energie?

In Öffentlichkeit und Politik scheint Common Sense zu sein, dass die in Deutschland ansässigen Energieversorger eher schwerfällig auf diese Änderung ihrer Rahmenbedingungen reagieren und dass sie zurückhaltend sind mit radikalen Innovationen. Was also tun Energieversorger

heute, um sich mit veränderten Bedingungen auseinanderzusetzen? Je nach Perspektive rücken unterschiedliche Handlungsfelder und Dimensionen der Veränderung ins Blickfeld. Unsere Perspektive stellt die Energieversorgungsunternehmen als Organisationen in den Mittelpunkt, und zwar als Organisationen, die zum einen ihre internen Strukturen und Prozesse verändern müssen, um neuen Anforderungen gerecht zu werden und die zum anderen ihre bisherigen Traditionen, Erwerbsarbeit zu organisieren in Frage stellen bzw. in Frage gestellt sehen. Bei näherem Hinsehen erweist sich das als Überschrift für diesen Beitrag verwendete Zitat als zweideutig – Fundamente des Hauses der Energieversorger sind einerseits die bisherigen technischen und ökonomischen Strukturen der Energieversorgung in Deutschland. Es sind aber andererseits auch die bisherigen personellen und personalpolitischen Strukturen einer Branche des primären und sekundären Sektors, deren Identität durch besondere Stabilität und Zuverlässigkeit bis in die Formulierung von Arbeitsverträgen und die beruflichen Erwartungen der Beschäftigten hinein geprägt wurde. Konflikte sind in diesem Umbruchprozess unvermeidlich.

Wir haben explorative Interviews in verschiedenen Zweigen der Energiewirtschaft geführt und stellen auf dieser Basis im Folgenden einige Thesen zur personellen und arbeitsorganisatorischen Umsetzung der Energiewende bei den Energieversorgern zur Diskussion. Wir interpretieren unsere Befunde mit Bezug auf die Soziologie der Konventionen.

## Zur Ausgangssituation

Zuverlässige Energieversorgung ist eine grundlegende Voraussetzung für das Funktionieren hochtechnisierter Produktionsprozesse; Produzent/-innen und Konsument/-innen müssen stabil mit Strom, Gas und Kraftstoffen versorgt werden können. Der relative Rückgang der industriellen Produktion hat an dieser Notwendigkeit nichts verändert, denn auch für die Erzeugung von Dienstleistungen wird Energie gebraucht. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden die Rahmenbedingungen für Energieerzeugung, -verteilung und -versorgung vor allem im Zuge einer Öffnung durch Wettbewerbselemente politisch re-reguliert. Energieversorger, die vorher regionale Monopolisten waren, sollten und sollen nun gegeneinander konkurrieren.

Im Zuge der Umsetzung der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) 1998 wurde die Struktur der Anbieter bereits erheblich verändert. Die ehemals neun regionalen Monopolisten fusionierten zu den sogenannten »Big Four« (Vattenfall, EnBW, Eon, RWE), die heute vertikal hochintegriert 80 Prozent der Energie erzeugen und vertreiben. Daneben agieren circa 725 Stadtwerke vor allem am Ende der Wertschöpfungskette, »auf der letzten Meile zum Kunden« (Jansen et al. 2007: 1). Im Zuge der Liberalisierung ging die Anzahl öffentlich rechtlicher Unternehmen zurück, und private Rechtsformen nahmen zu. »Trotz der erfolgten Einbindung privatwirtschaftlicher Unternehmen und des Rechtsformwechsels sind die kommunalen Energieversorger vielfach zumindest mehrheitlich in öffentlichem Besitz geblieben« (Bontrup, Marquardt 2010: 67). Wie Heinz-Josef Bontrup und Ralf-Michael Marquardt (2010) ermittelten, wurde zwischen 1992 und 2006 etwa ein Drittel der Arbeitsplätze in der Elektrizitätswirtschaft abgebaut von ehemals circa 300.000 auf nur mehr gut 200.000 (vergleiche BMWi, BMU 2012). Dies geschah in überwiegendem Maße nicht mit betriebsbedingten Kündigungen, sondern mit tarifver-

traglich oder betrieblich vereinbarten Instrumenten, wie Vorruhestandsregelungen, Aufhebungsverträgen und Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung bei Outsourcing-Maßnahmen. Die Autoren halten weiter fest: Die beobachtete Transformation der Unternehmenskulturen von Versorgungssicherheit zu primär marktorientierten Zielen (Kunden- und Wettbewerbsorientierung, Effizienz) »war insbesondere von den Arbeitnehmern zu bewerkstelligen; diese hatten die neuen Herausforderungen anzunehmen und sich den veränderten Arbeitsanforderungen und -bedingungen anzupassen« (Bontrup, Marquardt 2010: 96). Durch die Entstehung neuer Bereiche und Abteilungen im Zuge der Marktöffnung (Marketing, Risikomanagement, Asset Management, Handel, Außendienst, Vertrieb), Outsourcing (erst Einfach Tätigkeiten, dann hochspezialisierte und zuletzt kerngeschäftsnahen Dienstleistungen) und Restrukturierungen durch Fusionen führten mehr als die Hälfte der Mitarbeiter andere Tätigkeiten aus als vor der Liberalisierung (Bontrup, Marquardt 2010).

Diese Befunde legen den Gedanken nahe, dass die Branche schon lange vor Verkündung der »Energiewende«, deren Beginn die Nuklearkatastrophe in Fukushima 2011 markiert, auf dem heute noch zu beobachtenden Weg war. Und tatsächlich stützen auch unsere Daten diese Einschätzung – die explizite Politik der Energiewende hat natürlich im Hinblick auf die Atomenergie noch mal neue Voraussetzungen geschaffen. In anderen relevanten Handlungsfeldern hingegen – Integration erneuerbarer Energien, Energieeffizienzsteigerung aus Klimaschutzgründen – liegen die Weichenstellungen bereits sehr viel länger zurück und hätten eben auch schon früher offensiver umgesetzt werden können. Während die Marktöffnung auf die (Selbst-) Regulierung über Marktpreise fokussierte, wurde für die Realisierung einer nachhaltigen Energieversorgung das Energiewende-Projekt mit dem Ausstieg aus Atomenergie und der Ausweitung erneuerbarer Energien in Angriff genommen. Dadurch verschärften sich die Herausforderungen für die etablierten Energieversorgungsunternehmen.

Zu den Ausgangsbedingungen gehört auch, dass die Branche in besonders hohem Maße von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen ist, denn die Beschäftigung in dieser über lange Zeit sehr stabilen Branche ist gekennzeichnet durch außergewöhnlich lange Betriebszugehörigkeitsdauern von durchschnittlich 18 Jahren und ein hohes Durchschnittsalter (goetzpartners 2012). Mehr als ein Drittel der Belegschaft wird bis 2025 verrentet sein, doch so lange können die Energieversorger nicht warten, um die aktuellen Umbrüche sozusagen mit dem vorhandenen Personal auszusitzen, bis die »nächste Generation« Einzug in die Betriebe hält (goetzpartners 2012). Im Gegenteil: Es gehört zu den Ausgangsbedingungen, dass durch die langen Betriebszugehörigkeiten implizites und personengebundenes Wissen besonders bedeutsam ist. Dennoch spielen Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit Älterer, zur Nachwuchsförderung und für offensiveren Wissenstransfer in den meisten Unternehmen keine zentrale Rolle, so dass viele personalpolitische und arbeitsorganisatorische Fragen offen bleiben (vergleiche Barzyk 2012).

Es stellt sich die Frage, wie die Energieversorger auf dieser Basis die Anforderungen der Energiewende bewältigen. Aus arbeits- und wirtschaftssoziologischer Perspektive geht es dabei um Veränderungen der Arbeitsorganisation und Geschäftsstrategien sowie dem darin liegenden Konfliktpotenzial.

## Empirische Befunde

Dieser Beitrag stellt erste Ergebnisse einer explorativen Studie vor, die auf den innerorganisatorischen Wandel bei den Energieversorgern fokussiert. Im Folgenden beziehen wir uns auf Einblicke in zwei Stadtwerke, die wir durch Leitfadeninterviews mit den dortigen Personalverantwortlichen gewonnen haben.

Wir diskutieren die Befunde auf Basis der Soziologie der Konventionen (Rechtfertigungsordnungen). Konventionen bilden den (potenziell widersprüchlichen) Rahmen für Interpretationen und Evaluationen von (wirtschaftlichen) Situationen und der darin notwendigen Koordination. Im aktuellen Forschungsstand werden acht Konventionen unterschieden (vergleiche Diaz-Bone 2015; Boltanski, Thévenot 2014; Knoll 2012), die füreinander potenzielle Kritik sein können: die Marktkonvention, die industrielle Konvention, die staatsbürgerliche Konvention, die Konvention der Inspiration, die Konvention der Bekanntheit, die Konvention der Ökologie, die handwerkliche Konvention und die Netzwerkkonvention. Die Interpretation der empirischen Befunde erfolgt anhand der Frage, auf welche dieser Konventionen sich die Begründungen für strategische Entscheidungen in den beiden Stadtwerken beziehen, um wirtschaftliche Koordination innerbetrieblich sicherzustellen.

### Stadtwerk A: Proaktiv die Energiewende gestalten

Stadtwerk A ist ein westdeutsches Stadtwerk mit rund 350 Mitarbeitern. Das Unternehmen bemüht sich, die Energiewende für sich zu nutzen, indem es zwar nicht selbst in die Produktion erneuerbarer Energien einsteigt, sich aber an »Projektgesellschaften« beteiligt, die Windkraftanlagen finanzieren. Solche Zukäufe verändern bereits intern die Schwerpunktsetzungen der Geschäftspolitik – nicht mehr nur die Infrastrukturdienstleistungen Strom-, Wärme-, Wasserlieferung an regionale private und gewerbliche Kunden bestimmen den Unternehmensalltag, sondern wirtschaftlich bedeutsam werden nun auch die beim Handel mit Energie erzielbaren Margen (vergleiche auch Knoll 2012). Darüber hinaus erfordert die Beteiligung an den genannten Projektgesellschaften, dass Gewinne aus den traditionellen Geschäftsfeldern erwirtschaftet werden, die dann entsprechend investiv genutzt werden können. Mit dem Energiehandel und der Investition in Erneuerbare-Energien-Projekte hält die Marktkonvention verstärkt Einzug in das bisher von der staatsbürgerlichen (Versorgung mit Energie) und der industriellen Konvention (langfristige Produktionsplanung und Stabilität des Kerngeschäfts) dominierte Unternehmen.

Ein wichtiges Vehikel, über das die Marktkonvention innerbetrieblich Einfluss dazugewinnt, ist die Durchsetzung einer sogenannten Dienstleistungskultur – die früheren »Abnehmer« (industrielle Logik) werden zu »Kunden« transformiert:

»Und ähm es ging einfach drum, ja wir müssen zukunftsfähiger werden. Das heißt eben weg von dieser alten Kultur. [...] Ähm ja, wenn der Kunde äh quasi nicht so will wie ich, wie ich das will (hmhm), dann hat er das Problem und nicht ich. Und diese Kultur wollte man ja aufbrechen hin zu einer, ja, kompletten Dienstleistungskultur. Zu sagen also wir haben – Kunde ist König und alle unsere Prozesse, unsere Abläufe, unser Verhalten richten wir danach aus. [...] Das war der theoretische Blick darauf.« (SW\_A)

Dass dies nicht bloße Fassade ist, sondern sich tief in die Arbeitsrealität der Beschäftigten eingräbt, zeigen unsere Befunde zu Reorganisationsmaßnahmen im Unternehmen. Bereits bei der Neuausrichtung des Unternehmens im Zuge des Liberalisierungsprozesses wurden zum einen Vertriebsaktivitäten im Wettbewerb mit anderen Anbietern sowie der Handel mit zugekauften Energiemengen erweitert und dadurch Beschäftigung aufgebaut und wirtschaftliche Erfolge erzielt. Zum anderen wurde der technische Bereich grundlegend umorganisiert, nachdem er in der bisherigen Form zunehmend unrentabel geworden war und schon daran gedacht wurde, den Bereich zu schließen und die Dienste extern einzukaufen. Letztendlich wurde von der Geschäftsführung beschlossen, den technischen Bereich zu restrukturieren, was zu tiefgreifenden und lang andauernden Konflikten führte, die sich als Aushandlungsprozesse über die Geltung von Konventionen rekonstruieren lassen.

#### *Zur Reorganisation des Vertriebs: Ausweitung der »Marktkommunikation« und des Back Office*

Mit dem Aufbau eines Vertriebs und des Bereichs der Marktkommunikation wollte Stadtwerk A den neuen Möglichkeiten der Liberalisierung des Energiemarktes offensiv begegnen. Zudem vergrößerte die Erweiterung des Kundenstamms den Personalbedarf in der Bearbeitung der Verträge im Hintergrund. Dazu wurden kaufmännisch ausgebildete, vor allem junge Beschäftigte rekrutiert, unter denen auch erstmals in größerer Anzahl Frauen waren.

Die Trennung von Netz und Vertrieb gestaltete sich zu einer großen Herausforderung für das Unternehmen, da der Gesetzgeber die umfangreichen Vorgaben und Richtlinien zur Trennung von Netz und Vertrieb sowie deren Abrechnung häufiger änderte. Das Unternehmen sah sich dadurch immer wieder gezwungen, funktionierende Abläufe und Prozesse zu erneuern. Die Veränderung der Beschäftigtenstruktur ging damit von der gewachsenen Vertriebsabteilung aus. Mit den jungen kaufmännischen Angestellten gelang es dem Unternehmen die Konvention der Inspiration – gekennzeichnet durch Innovationsbereitschaft, Kreativität und dem Ausbrechen aus Gewohnheiten und Routinen – und die Netzwerkkonvention – also projektförmiges Arbeiten, Kommunikationsfähigkeit, Flexibilität und Eigenverantwortung – in der Arbeitsorganisation zu verankern. Diese Konventionen erfüllen die mit der Marktkonvention einhergehenden Anforderungen an permanente Verbesserung und Neuorganisation, so dass die dortige Reorganisation im Vergleich zur Reorganisation des technischen Bereichs relativ konfliktfrei vonstatten ging.

#### *Integration des technischen Bereichs zu einem spartenübergreifenden »Technischen Service«*

Größere Konflikte entstanden vor allem bei der Zusammenfassung des bisher nach Sparten (Strom, Wasser, Gas) organisierten technischen Personals zu einem gemeinsamen »Technischen Service« für alle Sparten (»jeder macht alles«). Erklärtes Ziel hierbei war zunächst die Einsparung von Kosten:

»Wir können uns das nicht mehr leisten, zu sagen, wir haben hier Monteure sitzen, die haben jetzt grad nichts zu tun und dann sitzen sie da halt, weil sie grad im Wasser nichts zu tun haben. Sondern die müssen irgend-, in irgendeiner Form eben auch für die anderen Bereiche mit dabei sein. Also diese Überlegung hin zu Flexibilisierung.« (SW\_A)

Die Argumentation war also zumindest zum Teil ökonomisch ausgerichtet, so dass Arbeitsverdichtung angestrebt wurde mit entsprechenden Widerständen auf Seiten der Betroffenen. Bei näherer Betrachtung erweist sich dies jedoch als zu oberflächliche Interpretation. Vielmehr wurden folgende Konfliktfelder virulent:

Das traditionelle Leitbild der kommunalen Energieversorger orientierte sich am Prinzip der Versorgungssicherheit – einer Allianz aus industrieller und staatsbürgerlicher Konvention (vergleiche Knoll 2012) – die auch die Arbeit der Techniker prägt. Dies schien durch die Ausbreitung der Marktconvention in Frage gestellt. Der gleichzeitig stattfindende massive Ausbau der Bereiche Vertrieb und Marktkommunikation wurde als Abwertung des technischen Bereichs im Unternehmen wahrgenommen.

»Viele Mitarbeiter im technischen Bereich sind hier so eingestiegen. Herz der Stadtwerke, der technische Bereich. Plötzlich entsteht hier die [Gesellschaft x], ja? Ein Stromeinkaufskonzern. Plötzlich gibt's hier Abteilungen, wie Vertrieb und andere, wo es dann plötzlich im Geschäftsbericht heißt, das sind die Gewinnbringer. Weil der sein Gas gut einkauft an der Börse ähm machen wir jetzt Gewinn. (\*) Und die die technischen Rahmenbedingungen oder die Infrastruktur äh werden dann nur noch als Verlustbringer wahrgenommen. Ja? Also das ist ja auch ne Veränderung grundsätzlich ja auch kulturell, so dieser Verschiebung so zwischen, welche Arbeit hat eigentlich welchen Wert, ja? Und äh wie kann es sein, dass jemand, der quasi an der Börse spekuliert und eigentlich n Glücksspiel betreibt, mehr oder weniger, äh mehr Wertschätzung äh-Schöpfung erfährt oder erwirtschaftet als jemand der zwanzig Jahre lang quasi wirklich was baut, was verändert und was macht« (SW\_A)

Die Zusammenlegung der Sparten wurde als Entwertung des jeweiligen Fachgebiets und des im internen Arbeitsmarkt bisher eine wertvolle Machtressource beinhaltenden betriebspezifischen Wissens bewertet, wodurch erhebliche Widerstände ausgelöst wurden. Die Widerstände wurden noch dadurch verstärkt, dass das Vorgehen der mit der Umsetzung der Zusammenlegung beauftragten Führungskraft als basierend auf einer von außen eindringenden fachfremden Managementmethode empfunden wurde. Beides weist auf die weiterhin hohe Dominanz der industriellen Konvention beim technischen Personal hin: Die Versorgungsnetze stellen die Grundlage der Geschäftstätigkeit dar, und die Expertise der spezialisierten Mitarbeiter/-innen und ihre Erfahrungen mit den notwendigen Arbeitsprozessen sind die Grundlage für die Pflege dieser Netze.

Bei der Konfliktbearbeitung, in deren Prozess auch eine Personalentwicklungsabteilung im Unternehmen aufgebaut wurde, musste ein Kompromiss aus den Konventionen des technischen Bereiches und denen der Geschäftsführung ausgehandelt werden, denn die ursprüngliche Top-Down-Herangehensweise konnte nicht durchgesetzt werden. So wurde zweimal der Abteilungsleiter des technischen Bereichs ausgetauscht, weil die Mitarbeiter/-innen ihre Zusammenarbeit verweigerten. Beide Führungskräfte hatten denselben Fehler gemacht: Anstatt die Expertise der Meister/-innen als Grundlage von Effizienzsteigerungen (ganz im Sinne der industriellen Konvention) anzuerkennen, wurden marktconventionelle Optimierungsmaßnahmen ohne deren Beteiligung entwickelt und durchzusetzen versucht: »Es war sozusagen einfach in den Raum gestellt« (SW\_A). Erst der dritte Abteilungsleiter und die Personalentwicklungsabteilung haben es geschafft, im Konflikt zwischen industrieller und marktlicher Logik zu vermitteln: In Personalentwicklungsplänen wurde schriftlich festgehalten und damit anerkannt, dass ein Mitarbeiter seinen technischen Schwerpunkt hat. Gleichzeitig erklärte dieser sich bereit, auch außerhalb seines Fachgebietes zu assistieren. Der Abteilungsleiter mit sowohl technischer als



auch kaufmännischer Qualifikation schützt den Bereich vor aus Sicht der Industriekonvention unangemessenem Eindringen von Marktlogik, erwartet aber auf der anderen Seite von seinen Beschäftigten auch mehr ökonomisches Denken und Verantwortungsübernahme (vergleiche Jacobsen et al. 2016).

### Stadtwerk B: Enger zusammenrücken für das Kerngeschäft

Stadtwerk B ist ein ostdeutsches Stadtwerk mit heute gut 200 Beschäftigten und einer wechselvollen Transformationsgeschichte. Dem Unternehmen drohte vor gut zehn Jahren die Insolvenz, welche durch Privatisierung und den Verkauf von Geschäftsfeldern abgewendet werden konnte. Dies ging für die Beschäftigten mit Personalabbau und Arbeitsverdichtung sowie Konzessionen bei Lohn und Arbeitszeit einher. Diese Krisenerfahrungen haben offenbar zu größerer Kompromissbereitschaft der Beschäftigten geführt:

»[...] natürlich unter dem Druck der ganzen Ereignisse vor zehn Jahren noch ein Stück weiter zusammen gerückt. Das heißt also die Leute, die haben schon mal gesehen, was tatsächlich passieren kann, wenn man seine Kosten nicht in Griff kriegt, na? Und ähm sind da tatsächlich auch bereit, soweit das mit normalen Mitteln machbar ist, mitzuziehen.« (SW\_B)

Die durchlebte Unternehmenskrise scheint zudem auch die Experimentierfreudigkeit in strategischer Hinsicht zu beschränken. Weder die vielfach in anderen Unternehmen bemühte Entwicklung einer stärkeren Dienstleistungsorientierung noch eventuell unentdeckte Chancen durch die Energiewende beflügeln die unternehmensstrategische Phantasie.

Zwar verwendet auch dieses Stadtwerk in der Selbstdarstellung den Begriff des Dienstleisters, dieser wird aber hinterfragt:

»[...] also ich sehe momentan kein echtes Feld wo womit dem was ich unter Dienstleistungen verstehe, wirklich äh Geld verdient äh werden wird im Energiebereich, na? Dienstleistungen ist aus meiner Sicht tatsächlich nur so nen Add On als Verkaufsargument.« (für Strom, Gas, Fernwärme) (SW\_B)

»Also das mit dem Dienstleister ist aus meiner Sicht n moderner Marketingbegriff mit wenig Hintergrund, letzten Endes. Ahm ne Dienstleistung ist für das Unternehmen äh immer dann interessant, wenn sich mit der Dienstleistung letzten Endes auch Geld verdienen lässt, entweder durch die Dienstleistung selbst, na, oder dadurch, dass die Dienstleistung zum Kundenmehrwert führt, der den Kunden dann dazu bringt, die eigentliche Leistung, nämlich den Strom oder die Fernwärme oder das Gas zu kaufen, ne?« (SW\_B)

Die Argumentation geht hier noch weiter – es werden die Energieeffizienzziele der deutschen und europäischen Politik hinterfragt: Die dort in den Vordergrund gerückten Energieeffizienzdienstleistungen verkürzt der Befragte auf Stromsparberatung und zieht sie ins Lächerliche: *»Ich sag mal provokativ, ob der Kunde mir Geld dafür bezahlt, dass ich ihm erkläre dass sein Videorecorder nachts nicht auf Standby betreibt, sondern ganz ausschaltet, ja? Nein glaube ich nicht.«* (SW\_B)

Die neuen Möglichkeiten, durch Geschäfte an der Strombörse Gewinne zu machen, werden zwar als interessant, aber – mit einem gewissen Bedauern – als für das Unternehmen durch seine Satzung als kommunaler Versorger nicht realisierbar eingeschätzt:

»das geht ja dann in die ganz, ganz interessanten äh Geschichten, äh teuer verkaufen und dann billig wieder zurück kaufen und so also das äh spekulativen Handel dürfen wir auch gar nicht machen also in Blick

auf unsere Satzung. Ja? Also wir – Das was wir an Handelsgeschäften machen ist tatsächlich Ware gegen Geld, also wir machen keine Leerverkäufe.« (SW\_B)

Es überrascht kaum noch, dass die Energiewende hier eher als Zumutung denn als Chance wahrgenommen wird: »als Energieversorgungsunternehmen äh finde ich es nicht in Ordnung, dass ich im Prinzip derjenige bin, der es bezahlen muss.« (SW\_B)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird als umweltpolitisch fragwürdige Wettbewerbsverzerrung dargestellt, die zu Lasten des Personals und der Beschäftigung geht. Sich eröffnende Geschäftsfelder könne das Unternehmen kaum ausschöpfen: »*die Chancen die es vielleicht auch an ner bestimmten Ecke gibt, sein Geschäftsfeld einfach auf die neuen Modalitäten einzustellen, ja? Die sind bei mir als Stadtwerk überschaubar.*« (SW\_B)

Im Ergebnis zeigt sich dieses Stadtwerk als Bollwerk gegen die Anforderungen aus der Organisationsumwelt mit einer insgesamt auf Restriktion und Konzentration auf das Kerngeschäft eines traditionellen Stadtwerks orientierten Strategie – ganz im Sinne des alten Typus des kommunalen Energieversorgungsbetriebs mit seinem historischen Kernkompromiss aus staatsbürgerlicher und industrieller Konvention. Zwar zeigt sich bei dem Interviewpartner sehr wohl marktkonventionelles Denken, wenn er über den Stromhandel und sein Potenzial spricht, er schätzt dies aber als nicht ausschöpfbare Option ein und verweist auf institutionelle Restriktionen. Auch bei der Reorganisation des technischen Bereiches zeigt sich dieses Vermeiden von tiefgreifenden Umbrüchen.

#### *Konflikte im technischen Bereich vermeiden*

Ähnlich wie bei Stadtwerk A sollen auch die technischen Mitarbeiter/-innen im Stadtwerk B zukünftig funktional flexibler einsetzbar sein. Jedoch wird dies nicht durch eine strukturelle Reorganisation realisiert, sondern sukzessive durch Zusatzqualifizierungen des Personals, »*Ja also, wir, äh primitiv gesprochen dem der bislang nur für Rohrleitungen zuständig war, der kriegt jetzt entsprechende Lehrgänge damit er auch Schaltberechtigungen kriegt für Stromanlagen, ne?*« (SW\_B) sowie im Rahmen von Nachbesetzungen durch Jüngere. Damit werden Konflikte vermieden. Die jüngeren Beschäftigten seien zu größerer Flexibilität im Sinne der Netzwerkkonvention von sich aus bereit. Zusätzlich werden positive Anreize durch außertarifliche Entgeltvereinbarungen eingesetzt – eine Forminvestition aus der Marktkonvention. Auf diese Weise scheint es auch in diesem Fall geboten, die traditionelle organisatorische Logik eines öffentlich-rechtlich organisierten Stadtwerks zu durchbrechen – allerdings nicht, um sich mit »neuen Geschäftsideen« im Markt gut aufzustellen, sondern um die Arbeitskosten zu senken.

## Diskussion

Die empirischen Befunde und ihre konventionensoziologische Einbettung lassen drei typische, widersprüchliche Anforderungen erkennen, denen sich Energieversorger stellen müssen:

- *Wettbewerbsorientierung versus Versorgungsorientierung*: Wenn nicht mehr auf dem Infrastrukturauftrag basierende Versorgungssicherheit im Vordergrund steht, sondern gleichwertig oder sogar überwiegend Wettbewerbsvorteile erzielt werden sollen, gewinnt Marktsteue-

- rung auch intern an Gewicht. Gleichzeitig sollen Effizienzvorteile durch Kooperation mit Konkurrenten, etwa durch Nutzung gemeinsamer externer Dienstleister für Verwaltungs- und Energiemanagementaufgaben, realisiert werden. Der Versorgungsauftrag impliziert Handlungslogiken der Gemeinwohlorientierung, die auf der *staatsbürgerlichen Konvention* basieren, sowie der technischen Effizienz und Stabilität der *industriellen Konvention*. Im Gegensatz dazu verlangt Wettbewerbsorientierung, also Gewinnerzielung in transaktionalen Beziehungen, Handeln gemäß den *Konventionen des Marktes, des Netzwerkes und der Inspiration*.
- *Dienstleistungsorientierung versus Produktionsorientierung*: Effizienzziele können nur erreicht werden, wenn die Nutzer/-innen Energie einsparen. Dies widerspricht der Orientierung der Erzeuger ein Maximum an Energie zu verkaufen. Die »Tonnen«- oder besser »Giga«-Watt-Ideologie des primären und sekundären Sektors soll also einer explizit tertiären Orientierung weichen, die die Anwendung von Wissen zu Gunsten Dritter (Vargo, Lusch 2008) zum Ziel hat. Das Problem für die Energieversorger ist, wie sie mit Energieeffizienzdienstleistungen Gewinn machen können. Hier liegt eine der größten Herausforderungen der vieldiskutierten Suche nach »neuen Geschäftsfeldern« in der Energiewende. Die Handlungslogik müsste bei dieser Umorientierung vom machtvollen, weil eine zentrale Ressource monopolisierenden »Anbieter« oder »Versorger«, zum im Wettbewerb mit anderen stehenden »Dienstleister« und Helfer beim Energiesparen wechseln. Interessant ist, dass die dominante Legitimationsressource eigentlich konstant bleiben könnte – sowohl der traditionelle Infrastrukturauftrag als auch die neue Dienstleistungsorientierung können mit Bezug auf die *staatsbürgerliche Konvention* begründet werden. Dass jedoch beides unter das Primat der Wettbewerbsorientierung gestellt wird, zwingt zu widersprüchlichen Anpassungsleistungen, die insbesondere den Erfolg der neuen Dienstleistungsorientierung prekär erscheinen lassen. Dies gilt auch für das sich entwickelnde Geschäftsfeld, betriebsinternes Knowhow aus der Technik und der IT nach außen als Service anzubieten.
  - *Flexibilitätsanforderungen versus Erwartungen an Stabilität*: Beschäftigungsverhältnisse bei Energieversorgern standen bisher einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst im Hinblick auf Stabilität und Relevanz interner Arbeitsmärkte in nichts nach. Die Möglichkeiten, durch Weiterbildung und interne funktionale Flexibilität neu benötigte Qualifikationen, zum Beispiel im Vertrieb oder als sogenannter Kombimonteur, zu gewinnen, stoßen jedoch an Grenzen. Es wird deshalb auch extern rekrutiert, während gleichzeitig Arbeitsplätze abgebaut werden. Dadurch werden eingespielte arbeitspolitische Kompromisslinien aus der *industriellen Konvention* in Frage gestellt. Auf Kollektivität und Gemeinschaftlichkeit orientierte Logiken und Problemlösungsstrategien geraten unter Druck zu Gunsten von auf individuelles Fortkommen zielende Maßnahmen. Selbstständiges Arbeiten und kreatives Einbringen in Projekte, das Anstoßen von Innovationen sowie permanente Veränderungsbereitschaft sind Anforderungen, die aus der Welt des *Netzwerkes und der Inspiration* stammen. Das Beharrungsvermögen der eng mit der industriellen, technischen Basis des Geschäfts assoziierten Beschäftigtengruppen ist tendenziell höher als das der schon bisher in marktlich orientierten Bereichen Tätigen.

## Fazit

Wir haben untersucht, welche Wege kommunale Stadtwerke gehen, um unter den sich ändernden Wirtschaftsbedingungen handlungsfähig zu bleiben, und mit welchen Veränderungen der Arbeitsorganisation die Anpassungsleistungen einhergehen.

Dabei zeigt sich, dass die klassischen Energieversorger nicht »automatisch« als Vollzieher der Energiewende auftreten, sondern ganz unterschiedlich mit den Herausforderungen durch die Energiewende umgehen können: Wir beobachten zum einen sich inkrementell verändernde Versorger, die mit Arbeitsverdichtung und Rationalisierungsmaßnahmen dem gestiegenen Wettbewerb begegnen, um weiterhin als Energielieferanten im traditionellen Sinne erfolgreich zu sein. Zum anderen sehen wir Unternehmen, die ihre Geschäftsstrategie radikal umbauen. Passive und proaktive Haltung sind damit als Pole aufgespannt.

Während inkrementeller Wandel von den Beschäftigten in ihrer Arbeit bewältigt wird, birgt der Umbau der Geschäftsstrategie weit größeres kollektives Konfliktpotenzial, das wir mit Bezug auf die Konventionensoziologie theoretisch eingebettet haben.

Was für Schlüsse lassen sich aus diesen ersten Befunden für die Energiewende aus wirtschaftssoziologischer Sicht ziehen? Unseres Erachtens kann die Energiewende nur gelingen, wenn die in den Energieversorgungsunternehmen gewachsenen Kulturen und das daraus resultierende Konfliktpotenzial anerkannt und mit bedacht wird – sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsführung als auch der Arbeitsorganisation.

## Literatur

- Barzyk, V. 2012: Fachkräftemangel und demografische Entwicklung: Herausforderung für Jahrzehnte. In *Energiewirtschaftliche Tagesfragen – Zeitschrift für Energiewirtschaft, Recht, Technik und Umwelt*. 62. Jg., Heft 6, 86–89.
- BMWi, BMU (Hg.) 2012: Erster Monitoring-Bericht »Energie der Zukunft«, [www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/erster-monitoring-bericht-energie-der-zukunft,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/erster-monitoring-bericht-energie-der-zukunft,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf) (letzter Abruf 8. Juli 2015).
- Boltanski, L., Thévenot, L. 2014: *Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bontrup, H.-J., Marquardt, R.-M. 2010: *Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Branchenentwicklung, Unternehmensstrategien, Arbeitsbeziehungen*. Berlin: edition sigma.
- Diaz-Bone, R. 2015: *Die »Economie des conventions«*. Grundlagen und Entwicklungen der neuen französischen Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden: Springer.
- goetzpartners 2012: goetzpartners Analyse: »Rentenwelle« bei Energieversorgern – was kommt danach? Pressemitteilung. München, [http://cdn.pressebox.de/a/11b14dc212f64df6/attachments/0508135\\_attachment/filename/20120831\\_gp\\_Rentenwelle+EVU+vFINAL.pdf](http://cdn.pressebox.de/a/11b14dc212f64df6/attachments/0508135_attachment/filename/20120831_gp_Rentenwelle+EVU+vFINAL.pdf) (letzter Abruf 8. Juli 2015).
- Jacobsen, H., Blazejewski, F., Graf, P. 2016: Der verdeckte Transformationsprozess der Energieversorger – Kollisionen von Rechtfertigungsordnungen im Reorganisationsprozess. In S. Giacovelli (Hg.): *Die Energiewende aus wirtschaftssoziologischer Sicht – Theoretische Konzepte und empirische Zugänge*. Wiesbaden: Springer: VS
- Jansen, D., Barnekow, S., Stoll, U. 2007: Innovationsstrategien von Stadtwerken – lokale Stromversorger zwischen Liberalisierungsdruck und Nachhaltigkeitszielen. Discussion Paper 41 des Deutschen For-

- schungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer, [www.foev-speyer.de/files/de/fbpdf/DP-041.pdf](http://www.foev-speyer.de/files/de/fbpdf/DP-041.pdf) (letzter Abruf 8. Juli 2015).
- Knoll, L. 2012: Über die Rechtfertigung wirtschaftlichen Handelns – CO2-Handel in der kommunalen Energiewirtschaft. Wiesbaden: Springer.
- Vargo, S. L., Lusch, R. F. (2008): Service-dominant logic: continuing the evolution. In *Journal of the Academy of Marketing Science*. 36. Jg., Heft 1, 1–10, [http://www.sdlogic.net/Vargo\\_and\\_Lusch\\_2008\\_JAMS\\_Continuing.pdf](http://www.sdlogic.net/Vargo_and_Lusch_2008_JAMS_Continuing.pdf) (letzter Abruf 8. Juli 2015).

# Diffusionshürden und Entwicklungsmöglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Energiebereich<sup>1</sup>

Ergebnisse einer Expertenbefragung

Daniel Dorniok

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Technologien, soziale Praktiken und gesellschaftliche Auseinandersetzungen – Die Energiewende als Konfliktfeld« der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung – organisiert von Gerhard Fuchs*

Die Unternehmensform der Genossenschaft wurde als adäquate Organisationsform zur Gestaltung politisch gewollter gesellschaftlicher Transformationsprozesse im Energiebereich wiederentdeckt. Die »Energiewende« als Transformation der Energiesysteme in Richtung dezentraler Energieversorgung als Abkehr von zentral organisierter Energieversorgung, etwa durch Kernkraft und einer Rücksichtnahme auf den vielzitierten Klimawandel, benötigt schon allein aus Kosten- und Effizienzgründen Ressourcen und Aktionen im Zubau erneuerbarer Energien durch Bürger. Als zusätzliche Motivation hat die Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen unterschiedlichen Ausprägungen auf den Weg gebracht. Die letzte Novelle des EEG bricht allerdings etwas mit dieser Zielsetzung, was im Beitrag mitthematisiert wird. Die Besonderheit von Energiegenossenschaften (EG) besteht darin, dass ihre funktionalen Wirkungen in diversen gesellschaftlichen Bereichen festzustellen sind und nicht nur auf Möglichkeiten zur Energieerzeugung, Energieversorgung, -beratung, energetische Sanierung von Gebäuden etc., beschränkt sind, sondern auch lebensweltliche Bereiche (Stärkung von regionalen Entscheidungsstrukturen, nachhaltigen, suffizienten Konsumpfaden der Mitglieder etc.), wirtschaftliche Wirkungen (Effekte geringerer Renditeerwartungen, neue Praktiken des Wirtschaftens), politische Auswirkungen (z.B. Umverteilung von Macht durch Kauf, Betrieb und Verwaltung von Energieversorgungsnetzen, neue Partizipationsmöglichkeiten) und nicht zuletzt die Hineinbringung einer Strömung in Richtung nachhaltigerer Unternehmensweise in die Wirtschaft, einer Form sozialen Unternehmertums, haben.

EG bringen alternative Möglichkeiten zur Produktion und Verteilung von Energie in einen lange relativ konstanten Markt und erzeugen damit ein erhebliches gesellschaftliches Transformationspotenzial.

---

<sup>1</sup> Das diesem Beitrag zugrunde liegende Vorhaben »EnGeno – Transformationspotenziale von Energiegenossenschaften« wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 03FS0458A gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

mations- und Konfliktpotential, gerade wenn es um die Übernahme von Energieversorgungsnetzen und somit um deren Vergemeinschaftung in regionale Strukturen geht (Dorniok 2014). Die Faktoren, die die Verbreitung von EG bedingen, sind bislang nicht systematisch erforscht. Dieser Forschungslücke widmet sich die Arbeit und untersucht im Sinne der Diffusionsforschung die Ursachen für die Verbreitung von EG. Die Diffusionstheorie beschreibt dabei Faktoren, wie Kommunikationskanäle und die Ausgestaltung des sozialen Systems, die bei der Verbreitung von Innovationen in gesellschaftlichen Zusammenhängen bedeutsam sind. Aktuell bestehende Faktoren, die die Verbreitung von EG hemmen und solche, die sie befördern können, sollen unter Rückgriff auf die Diffusionsforschung und Ergebnisse einer durchgeführten Expertenbefragung identifiziert und analysiert werden. In der Befragung wurde Mitte 2014 die Expertise von über 40 Experten (aus den Bereichen der Genossenschaftsverbände, Forscher, Netzwerker, Change Agents usw.) im Bereich EG erhoben und ausgewertet.

## Entwicklung von EG im Hinblick auf Diffusionshürden

Es lassen sich Hemmnisse unterscheiden, die die individuelle Eintrittswahrscheinlichkeit potentieller Mitglieder beeinflussen (soziostrukturelle Faktoren, Bevölkerungsdichte, Energieversorgung wird als staatliche bzw. privatwirtschaftliche Aufgabe angesehen etc.) und solche, die die Verbreitung der Organisation als Ganzes, also etwa Neugründungen und das betriebliche Wachstum bestehender EG betreffen. Dominant erscheinen bei letzterem rahmengebende Faktoren, wie die Reformen des EEG 2013 und 2014, die bislang praktizierte Geschäftsmodelle von EG im operativen Bereich ausgehebelt haben (durch Reduzierung von Einspeisevergütungen, die finanzielle Belastung von Eigen- und Direktverbrauchskonzepten, Direktvermarktungspflichten, Ausschreibungsmodelle), und parallel dazu die Reform des Kapitalanlagegesetzbuchs 2014, die wiederum investive Geschäftsmodelle stark einschränkt. Die bedeutendsten Faktoren werden im Folgenden näher ausgeführt.

## Politisch rechtliche Rahmenbedingungen

In der Phase, in der die EG sich am rasantesten verbreiteten, aber auch bereits starke Tendenzen zeigten, primär renditeorientiert zu agieren, wurde diese Entwicklung durch gezielte politische Interventionen gestoppt. Somit veränderte sich quasi das Diffusionsobjekt während des Diffusionsprozesses. Dominierten zu Beginn des Prozesses ökologisch motivierte Gründungen von EG, so verschoben sich im Zeitverlauf die Motive stärker zu wirtschaftlich motivierten Gründungen. Mit der Reform des EEG 2014, deren Ausmaß noch nicht vollständig abgeschätzt werden kann, kam ein krisenhafter Bruch, deren erste Konsequenzen sich aber darin zeigen, dass die Neugründungen von EG auf ein Minimum zurückgegangen sind und die bestehenden EG weitere Projekte aufgeschoben oder gestoppt haben. Diese Entwicklungen können auf Unsicherheiten potentieller Akteure zurückgeführt werden. Die Entwicklung der Bürgerenergie insgesamt wird in Medien und Politik immer wieder positiv hervorgehoben und als ein Ausdruck einer funktionierenden Zivilgesellschaft verstanden. Die politischen Handlungen und Bildung

politisch-rechtlicher Rahmenbedingungen, insbesondere die Reform des EEG 2014 wirken dagegen konträr zu diesen Äußerungen und dysfunktional in Bezug auf die Entwicklung der EG. Bei den Akteuren bestehen starke Unsicherheiten, besonders Planungsunsicherheiten, aufgrund unklarer Regelungen und prekärer Rahmenbedingungen für EG. Insbesondere Veränderungen hinsichtlich einer starken Reduzierung der Photovoltaikvergütungen, Belastung von Eigen- und Direktverbrauchskonzepten und die geplanten Ausschreibeverfahren sind hier bedeutsam. Nicht nur bestehende EG sind davon betroffen, sondern auch bei potentiellen Gründern werden die Rahmenbedingungen als eine Verschlechterung der Ausgangslage für neue Projekte wahrgenommen.<sup>2</sup>

Diese gesetzlichen Änderungen und damit das Ausbremsen der Diffusion von EG mit dem Ziel, vornehmlich mit Photovoltaik-Anlagen, also häufig standardisierten Konzepten Vergütungen des EEG zu generieren, können andererseits auch als Chance für politisch, ökologisch motivierte Bewegungen und »echte« Genossenschaftsformen gesehen werden, deren Konzepte also nicht mehr auf Vorzüge aus dem EEG ausgerichtet werden können, sondern neue, kreative Konzepte entwickeln.

### Konkurrenz durch andere Akteure

Darüber hinaus kann eine hohe Konkurrenz von anderen Akteuren im Bereich regenerativer Energien (große Projektierer vor allem im Bereich Windenergie, etablierte Stromversorger etc.) und in Bezug auf Projekte, nutzbare Flächen, Fördergelder etc. beobachtet werden. In Bereichen der regenerativen Energieerzeugung, die aktuell stark expandieren, wie die Windenergiebranche, sind zudem hohe finanzielle Hürden durch hohe potentielle Investitionen, vorhanden, durch die größere Projekte häufig nur schwer genossenschaftlich umzusetzen sind. Ferner werden die aktuellen Änderungen im Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) im Zuge der Umsetzung der europäischen AIFM-Richtlinie (Alternative Investment Fund Manager) in Genossenschaftskreisen als hemmende Rahmenbedingung diskutiert.

### Sättigung mit EG oder Entwicklung an der Masse vorbei?

Ein weiteres mögliches Hemmnis könnte eine gewisse Sättigung der Akteure, die bereits in Bezug auf die Gründung und oder Mitgliedschaft in einer EG sensibilisiert und aktiviert sind und von Regionen, in denen bereits EG bestehen, sein. Während der »Normalbürger« flächendeckend weder über die Massenmedien, noch über die Experten bzw. Change Agents in diesem Bereich für die Thematik sensibilisiert und aktiviert werden konnte, so sinkt etwa die Wahrscheinlichkeit für das Bestehen einer EG mit steigender Bevölkerungsdichte ab (Maron, Maron 2012). Dies ist besonders deshalb bedeutsam, weil in der Diffusionsforschung davon ausgegangen wird, dass Akteure ihre Entscheidung zur Übernahme einer Innovation nicht allein von Kosten-Nutzen-Kalkülen (vgl. methodologischer Individualismus) oder reinen Informationen über eine Innovation abhängig machen, sondern von den beobachtbaren Entscheidungen anderer

---

<sup>2</sup> Dies zeigt auch eine Expertenbefragung im Rahmen des EnGeno-Projektes.



Übernehmer, besonders solcher, die ihnen sozial »nahe« stehen (Paech 2010). Entsprechend wird ein Austausch über die Richtigkeit, Vorteilhaftigkeit, Möglichkeiten etc. einer Gründung oder Mitgliedschaft in einer EG unter Familie, Freunden, Kollegen, Gleichgesinnten, Nachbarn höher bewertet und ist bedeutsamer als das Urteil von Akteuren, die sozial ferner stehen wie Presse, Experten usw. Wenn eine solche soziale Dynamik gerade in bevölkerungsdichten Stadtgebieten nicht entsteht, geht die Verbreitung von EG an der Masse der deutschen Bevölkerung vorbei, wobei eine »kritische« Masse nicht die gesamte Population betrifft, sondern nur bestimmte bereits ökologisch und sozial sensibilisierte Akteure in eher ländlichen Gebieten. Entsprechend legen einige Überlegungen zur Bedeutung von EG die Vermutung nahe, dass die Verbreitung dieser Organisationsform bislang ohne die breite Masse der Bevölkerung auskommen musste und auch ihre Effekte in Bezug auf das Energiesystem im Vergleich zur insgesamt installierten Leistung von Erneuerbare-Energien-Anlagen bisher als eher gering einzustufen ist. Misst man die Bedeutung von EG an Zahlen installierter Anlagenleistung, eingespeister Strommenge und Investitionen, relativiert sich ihre Bedeutung für die Energiewende insgesamt (Müller et.al. 2015). Die rein quantitative Bedeutung der EG für die Energiewende könnte aktuell vergleichsweise gering sein. Allerdings haben EG aufgrund einer starken und positiven medialen Präsenz eine starke Vorbild- und Signalfunktion in Richtung Bürgerenergiewende.

### Individuelle Diffusionshemmnisse

Darüber hinaus bestehen auch Diffusionshemmnisse, die von der jeweiligen Person ausgehen. Diffusionstheoretisch hängt es vom individuellen Wollen und sozialen Sollen ab, also kulturellen Bezügen, Motiven, Symboliken, Codes, informalen Normen und sozialen Praktiken, ob jemand bestimmte Innovationen wahrnimmt, übernimmt und was wann von wem in welchem Maße gewollt wird. Vermutlich würden viele Akteure bestimmte soziale Innovationen übernehmen, wenn sie nur wüssten, was es zu wollen gibt, daher ist besonders das Wissen über bestimmte Innovationen relevant, also Informationen über Möglichkeiten die Beteiligung betreffend, die auch im Zusammenhang mit der Komplexität der angebotenen Innovationen stehen. Rahmend spielt das Können und Dürfen, also die Ressourcenverfügbarkeit, die Praktikabilität wie etwa die Finanzierbarkeit bestimmter Möglichkeiten eine Rolle, deren Umsetzbarkeit auch über formale Normen gesteuert wird.

### *Wollen/Sollen*

Es kann davon ausgegangen werden, dass die bisher rekrutierten Mitglieder als frühe Adopter immer schon interessiert an nachhaltigen Themen und offen für die Genossenschaftsform oder zumindest eine alternative Form der gemeinschaftlichen Unternehmung waren. Den Personen, die bereits mit der Genossenschaftsidee im Energiebereich in Berührung gekommen sind, sind die Vorteile und Möglichkeiten dieser Organisationsform gut bekannt. Die Möglichkeiten, die EG bieten, sind aufgrund ihrer Ausgestaltung sicherlich für breite Teile der Bevölkerung anschlussfähig, interessant und umsetzungswürdig, so dass sie potentiell Mitglieder werden könnten (relativer Vorteil, Kompatibilität, geringe Komplexität, Beobachtbarkeit der Innovation). Die Or-

ganisation von Bürgern in EG bewegt sich allerdings weitestgehend abgegrenzt von der breiten Masse der Gesellschaft.

### *Wissen*

Es gibt eine ausgeprägte und starke interne Vernetzung von EG (über Netzwerke, Veranstaltungen, Tagungen, Change Agents etc.) untereinander und eine gute Verbindung zu den Genossenschaftsverbänden und darüber hinaus zu potentiellen organisationalen Vorstufen, wie Bioenergie-dörfern, Transition Towns etc. (eine Art eigenes Netzwerk mit starken Verbindungen, aber wenig weit reichenden Verbindungen), aber die Masse der deutschen Bevölkerung ist nur unzureichend über die Möglichkeiten genossenschaftlicher Organisation im Energiebereich informiert bzw. motiviert entsprechend mitzuwirken. Auf individueller Ebene besteht ein Mangel an Informationen und Wissen über Möglichkeiten von EG (kein direkter Kontakt zu Change Agents). Es existieren zudem keine profunden Kanäle für die Kommunikation von Informationen über genossenschaftliche Beteiligungen an bisher Unbeteiligte, also die breite Masse der Gesellschaft (Kommunikationssperren, Fehlen heterophiler Verbindungen). Informationskanäle wie Fernsehen, Radio und Internet werden nur unzureichend genutzt, am häufigsten wohl noch Tageszeitungen (punktuelle Informationen in Fußgängerzonen reichen nicht aus). Es fehlt zunehmend an potentiellen und potenten Mitgliedern, im Sinne von Aktiven und Machern, was die abgeflachte Wachstumskurve der Neugründungen von EG auch erklären könnte.

### *Können und Dürfen*

Im Gegensatz zur Hürde aufgrund des Informationsmangels besteht bei den meisten EG nur eine geringe finanzielle Hürde. Die aktuellen politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen, besonders die Reform des EEG, schaffen dagegen starke Unsicherheiten (z. B. in Bezug auf die Ausgestaltung und Sicherheit von bestimmten Projekten) bei potentiellen Gründern und werden als eine Verschlechterung der Bedingungen für neue Projekte wahrgenommen. Möglicherweise bewegt sich die Anzahl an gegründeten EG und deren Mitglieder im Bereich der »kritischen Masse«, die eine weitere Dynamisierung der Verbreitung bedingen könnte, aber durch solche übergeordneten Veränderungen der Rahmenbedingungen abgewürgt werden kann.

Insgesamt scheint die Realisierung des Projektes der dezentralen Energieerzeugung über EG, ähnlich wie zum Ende der Weimarer Republik, an einem Scheideweg zu stehen. Als Hauptunsicherheitsfaktor wird dabei vor allem die Reform des EEG diskutiert und auch von den betroffenen Akteuren zu Recht als solcher wahrgenommen. Verschärft wird diese Situation dadurch, dass angenommen werden kann, dass sich die Anzahl an gegründeten EG und deren Mitglieder im Bereich einer »kritischen Masse« bewegt, die eine weitere Dynamisierung der Verbreitung von EG hätte vorantreiben könnte, aber abgebremst wird. Durch die Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen zu Ungunsten der genossenschaftlichen Unternehmensform könnte diese Entwicklung gestoppt oder sogar umgekehrt werden.

## Soziale Systeme und Machtstrukturen

Aufgrund der diskutierten Faktoren ist das soziale System wesentlich bei der Forcierung oder Abbremsung von Diffusionsprozessen. Verstanden werden kann darunter zusammenfassend: »a set of interrelated units that are engaged in joint problem solving to accomplish a common goal.« (Rogers 2003, S. 37). Die sozialen Strukturen werden durch Eigenschaften wie Werte, Normen, Religion, politische Verhältnisse, individuelle Eigenschaften und Einstellungen sowie kulturelle Muster bestimmt und gebildet und beide spielen ebenfalls eine Rolle für den Verlauf des Diffusionsprozesses, der wiederum einen Einfluss auf das soziale System hat. Aufgrund der breiten Aufstellung was Werte betrifft scheinen EG hier sehr erfolgreich zu sein, selbst wenn sie Mitglieder »nur« mit ökonomischen Vorteilen »abfischen« können. Das soziale System im energiegenossenschaftlichen Bereich ist dabei stark geprägt durch viele sehr aktive Experten im Bereich Energie und genossenschaftlicher Organisation. Dieser harte Kern an Change Agents steht einer großen Masse an häufig nur mäßig aktiven Mitgliedern gegenüber.

Vernachlässigt werden bei der Untersuchung der sozialen Systeme bislang allerdings Machtstrukturen, die aus der Gerinnung bestimmter Kapitalformen und der gezielten Bildung von Machtstrukturen und -verhältnissen von Personen, Personengruppen Unternehmen und Unternehmensverbänden hervorgehen. Ergänzt werden müsste diese Strukturierung der Einflussfaktoren somit noch durch die Untersuchung und Einbeziehung von Machtstrukturen im sozialen System (Lobby von Stadtwerken, etablierten Energieversorgern) in das die EG eingebunden sind. Gerade hier sehen die befragten Experten starke Interventionen auf allen politischen Ebenen. Wie sind etwa politische Interventionen zu verstehen, die auf einmal nicht mehr marktwirtschaftlichen Regeln folgen, sondern bestehende Strukturen wie Stadtwerke und etablierte Energieversorger schützen, die es versäumt haben sich an der Energiewende zu beteiligen, sich entsprechend aufzustellen und durch diese Interventionen das Grundvorhaben, nämlich die Energiewende blockieren.

## Möglichkeiten zur Intervention und Verbreitung von EG

### Kommunikationskanäle

Die Analyse von Interaktionsbeziehungen, also auch Kommunikationen von Akteuren eines sozialen Systems kann als zentrale Aufgabe von Diffusionsstudien gesehen werden. Interaktionen können in Bezug auf ihre Häufigkeit oder Qualität untersucht werden (Gray 1994), auf der Grundlage von Modellierungen anhand mathematischer Modelle (Valente 1997), in komplexeren Modellen mit netzwerkanalytische Modellierungen, die Muster von Kommunikationen im Feld berücksichtigen (Coleman et al. 1966; Burt 1987; Valente 1997), mittels Unterscheidung von horizontalen (Innovationen werden über direkte interpersonale Kontakte verbreitet) und vertikalen (gezielte Informationskampagnen, »diffusion within a population« und »diffusion into a population«, siehe z.B. Strang, Soule 1998: 270, Paech 2010) Innovationsentwicklungen. Spezifische Kommunikationskanäle beeinflussen den Diffusionsprozess dabei signifikant. Durch sie gelangen Informationen über Innovationen in ein soziales System. Nach Rogers lassen sich vier

klassische Kommunikationskanäle unterscheiden (Massenmediale vs. interpersonale und kosmopolitische vs. regionale Kommunikationskanäle), die den Innovations-Entscheidungsprozess in verschiedenen Phasen unterschiedlich stark beeinflussen.

Bei kosmopolitischen und massenmedialen Kommunikationskanälen werden Nachrichten durch Massenmedien wie Zeitungen, Radio, Fernsehen und das Internet schnell und effektiv an eine große Anzahl von Personen aus verschiedensten sozialen Systemen zugänglich gemacht. Entsprechend bedeutsam sind sie in den Wissensphasen des Innovations-Entscheidungsprozesses, in der über die Existenz und den Umfang der Innovation informiert wird. Sowohl in Zeitungen als auch in der Selbstdarstellung im Internet werden EG größtenteils sehr positiv dargestellt.

Auch in interpersonalen, also direkten »face-to-face« und regionalen Informationskanälen, die in einem sozialen System fungieren und die in der Persuasionsphase bedeutsamer werden, werden EG sehr positiv dargestellt. Empirisch zeigt sich, dass Akteure sich in unsicheren Situationen stärker vom direkten sozialen Umfeld, also Individuen mit ähnlichen personellen und sozialen Eigenschaften, etwa bezüglich soziostruktureller Faktoren, wie Bildung, sozialer Stand, Einkommen etc. interagieren und sich beeinflussen lassen, als von externen Testberichten, wissenschaftlichen Erkenntnissen etc. (Schmidt 2008). Somit kann idealtypisch konstatiert werden, dass Kommunikationen zwischen homophilen (große soziale Nähe) Personen meist als effektiver und häufiger und als den Diffusionsprozess in der sozialen Gruppe verstärkend zu beobachten ist, als Kommunikationen zwischen heterophilen (geringe soziale Nähe) Personen, da hier Unterschiede bei sozialen Normen, Überzeugungen etc. zu kognitiver Dissonanz und teilweise Ignoranz des Gegenübers führt. Somit werden Innovationen quasi vor dem Hintergrund des sozialen Systems über interpersonale Kommunikation bewertet (Schenk 2007). Zudem belegen Arbeiten aus der Kommunikationsforschung, dass sich Innovationen schneller ausbreiten, wenn sie von Dritten kommuniziert werden, als wenn sie nur von Mitgliedern eines bestimmten sozialen Systems kommuniziert werden (Mahajan, Petersen 1985).

Zur Ausweitung des Diffusionsprozesses auf weitere soziale Gruppen mit großer sozialer Nähe bzw. das gesamte soziale System ist die heterophile Kommunikation ausschlaggebend. Durch »schwache« Verbindungen (Barabasi 1999) kann die Innovation durch heterophile Kommunikation an Personengruppen verbreitet werden, die in einem Netzwerk weiter entfernt sind. Problematisch dabei ist allerdings, wenn die sozialen Systeme in Bezug auf die EG-Bewegung relativ geschlossen sind, also nur Personen erreicht werden, die bereits in Bürgerinitiativen etc. aktiv sind, aber an der breiten Masse der Bevölkerung vorbeigearbeitet wird oder und diese durch andere Akteure wie große Energieversorger in Beschlag genommen werden. Beispielsweise bestehen für EG diverse Netzwerke, die aber wiederum nur Akteure miteinander vernetzen die bereits thematisch involviert sind, z.B. Landesnetzwerke, politische Netzwerke (z.B. Bündnis Bürgerenergie e.V.), Verbands-Netzwerke, lose Netzwerke zu inhaltlichen Fragen (etwa bei Netzgenossenschaften), Netzwerke durch Fokalunternehmen (EWS, Naturstrom, EnBW etc.), Dachgenossenschaften (vor allem Bürgerwerke), Investitionsgemeinschaften (etwa bei großen Windprojekten). Auch die großen bekannten Change Agents die im Diffusionssystem im Energiegeberbereich aktiv sind, erreichen eher bereits sensibilisierte und interessierte Akteure (etwa mit Veranstaltungen, Workshops, Schulungen etc.), die allerdings als potentielle Gründer fungieren könnten.

Bislang fehlen Kommunikationsstrategien, die in die breite Masse der Bevölkerung intervenieren, also klare Angaben darüber machen, was an EG so positiv ist, was also an einer Beteili-

gung an der Energiewende Sinn macht, wie es gemacht wird und welche individuellen Vorteile sich daraus ziehen lassen und wie dies schließlich bevölkerungsdichte Bereiche erreicht. So wäre es eine Strategie zur Verbreitung, wenn bereits für die Thematik sensibilisierte Personen durch Überzeugung über den Sinn und mit praktischem Wissen über das genaue Prozedere für funktionierende Geschäftskonzepte durch Change Agents aktiviert würden. Eine Aktivierung und Akquirierung von potentiellen Mitgliedern müsste gezielt im regionalen Einzugsbereich der EG (Direkte Ansprache auf der Straße/in der Stadt, Informationsstände/-abende etc.) durch bestehende Mitglieder (Mitglieder werben Mitglieder) stattfinden. Denn wichtig ist es nicht nur die Interessierten zu informieren, sondern auch zu erklären, warum es wichtig ist, um damit auch eine Nachfrage zu schaffen, um eine »Kooperativneigung« (Klöwer 1981) zu entwickeln und zu verstärken und damit gleichzeitig ein Solidaritätsgefühl, ein »Gefühl der Gemeinschaft gegenüber störenden äußeren Einwirkungen« (Vierkandt 1969: 944f.) zu erzeugen und zu versuchen diese äußeren Einwirkungen, etwa bestimmten moralisch-ethischen Wertesystemen entgegenreisende gesellschaftliche Entwicklungen, durch solidarisches Handeln auszuräumen. Zudem müssten »lose« Verbindungen/Beziehungen genutzt werden, um diese Informationen in die breite Masse der Bevölkerung zu tragen, damit auch Genossenschaftsgründungen und Mitgliedschaften aus bevölkerungsreichen Bereichen wie Städten generiert werden können.

## Schluss

Die Transformation des deutschen Energiesystems kann in Bezug auf seine Dynamik, Größe und die damit verbundenen Ausstrahlungseffekte auf politische sowie gesellschaftliche Strukturen als ein Paradebeispiel für sozio-technische Transformationsprozesse gesehen werden. Neben der technisch-ökonomischen Umgestaltung spielen gerade soziale Aspekte wie dezentrale und partizipative Entscheidungsstrukturen eine zentrale Rolle. In diesem Zusammenhang ist der 2005 einsetzende Gründungsboom der EG zu sehen, der aufgrund gesetzgeberischer Reformen 2014 vorläufig ein abruptes Ende gefunden hat. EG bringen alternative Möglichkeiten zur Produktion und Verteilung von Energie und können ein erhebliches gesellschaftliches Transformationspotential erzeugen. Dieses Potential steht in direktem Zusammenhang mit der Verbreitung von EG (Anzahl der Mitglieder und der Neugründungen, Höhe des Kapitalvolumens, Anzahl und Qualität der Projekte). Die Angaben der Experten zeigen zusammenfassend, dass folgende Gründe die Verbreitung befördert haben. Erstens konnten sich die Gründer und Mitglieder von EG relative Vorteile erschließen (z.B. Umsetzung persönlicher Präferenzen, Schaffung von Arbeitsplätzen, Erwirtschaftung von Einkommen und Renditen). Zweitens wies das Konstrukt der EG eine hohe Kompatibilität zu bestehenden gesellschaftlichen Normen auf (z.B. Möglichkeiten mit der Mitgliedschaft im Klima-/Umweltschutz aktiv zu sein, Aktive Teilnahme an der Energiewende, Demokratisch, gemeinsam als Kollektiv Ziele zur verwirklichen können, Renditestreben, Technologiebegeisterung, Genossenschaftsprinzipien als Erfolgsfaktoren, Vertrauen in Selbsthilfe (auch soziale und bildungsmäßige Förderung der Mitglieder), Selbstverantwortung Demokratie (Jeder ein Stimmrecht, unabhängig vom investierten Kapital), Gleichheit und Solidarität, aber auch Charakteristika wie Mitgliederoffenheit (Jeder kann bei Zahlungsfähigkeit eine Mitglied-

schaft eingehen oder beenden, ohne soziale, religiöse, politische oder geschlechtliche Diskriminierung) Offenheit für Zusammenarbeit mit anderen EG). Drittens ist die Komplexität der Innovation begrenzt (z.B. radikale Reduktion der energiewirtschaftlichen Komplexität durch das EEG, Standardisierung des Vorgehens durch Leitfäden und Musterverträge). Und viertens war eine hohe Beobachtbarkeit (Beobachtbare Beispiele in direkter Umgebung, positive mediale Berichterstattung etc.) gegeben.

Weitere Erfolgsfaktoren betreffen die organisationale Ebene: Vorteilhafte Transaktionskostenvorteile durch (Energie)genossenschaften (Hannsmann 1999; Flieger 2011; Bauwens 2013; Birschall 2013; Huybrechts, Mertens 2014). Transaktionskosten werden mit den Stakeholdern minimiert (Hannsmann 1999). Ein Beispiel: EG können Energie zum Selbstkostenpreis produzieren und damit die Oligopolstellung der großen Energieversorger aufspalten. Die Kosten für die Kapitalbeschaffung sind gering, weil das Kapital durch Bürger aufgebracht wird und momentan durch geringe Zinsen und eine Überzeugung von der »guten« Sache eine Kapitalbeschaffung einfach ist. Die Kosten zur Kontrolle von Mitarbeitern, Aufsichtsrat etc. sind durch die meist ehrenamtliche Tätigkeit und ein hohes Vertrauensniveau ebenfalls sehr gering.

Zudem ist die Region bedeutsam für die Verbreitung von Innovationen (Lutter 2010; Mohr 1969) und damit auch von EG. Die Diffusion von Innovationen läuft häufig über nahräumliche und angrenzende Bereiche. So wie potentielle Mitglieder ihre Entscheidung eher auf der Grundlage von homophilen Kontakten basieren, ist auch in Bezug auf die gesamte Verbreitung eher nahräumliche Informationsweitergabe und Kommunikation von Bedeutung, gerade weil Gemeinsamkeiten, die häufig regional gedacht und angenommen werden, als bedeutsam angesehen werden, auch in Bezug auf die Wahl der Übernahme der Organisationsform der Genossenschaft. Zudem brauchen Visionen auch Macher: Je homogener eine Gruppe, desto weniger sind funktionierende Organisationskonzepte zu erwarten, entweder gibt es größtenteils Visionäre, mit Ideen, Konzepten, Möglichkeiten etc., die diese aber nicht umsetzen können, oder es gibt überwiegend Macher, die nichts konstruktives zur Umsetzung haben. Je inhomogener dagegen die Gruppe, desto Wahrscheinlicher sind Neugründungen.

Weiterhin können hemmende Faktoren identifiziert werden, die auch zu dem zumindest vorläufigen Abbruch des Diffusionsprozesses geführt haben. Dabei lassen sich Hemmnisse unterscheiden, die die individuelle Eintrittswahrscheinlichkeit potentieller Mitglieder beeinflussen (soziostrukturelle Faktoren, Bevölkerungsdichte, Energieversorgung wird als staatliche bzw. privatwirtschaftliche Aufgabe angesehen etc.) und solche, die die Verbreitung der Organisation als Ganzes, also etwa Neugründungen und das Wachstum bestehender EG betreffen. Insgesamt für Genossenschaften verhindert die Unwissenheit (geringe Bekanntheit) in der Gesellschaft über die Potentiale von Genossenschaften (vgl. auch Huybrechts, Mertens 2014), dass diese häufiger als Organisationsform genutzt wird. Die Änderungen des EEG erhöhen zudem die Unsicherheiten darüber, was mit dem angelegten Geld passiert. Verstärkend existiert eine ablehnende Haltung gegenüber Genossenschaften, da Ansichten über die Genossenschaftsform häufig noch negativ (»bäuerlich«, »proletarisch«, »altbacken«, »Sozialismus«, »DDR«, »Gemeinwirtschaft«, vgl. Vogt 2010, S. 66) geprägt sind und die Genossenschaftsform auch bei Gründungsberatungen von Unternehmens- und Steuerberatern eine unterdurchschnittliche Relevanz hat, aufgrund von Wissenslücken (Verdacht ein systemfremdes Konstrukt zu sein, vgl. Münkner 2002a: 179) und eigenen Interessen (Berater haben ein ökonomisches Interesse und Genossen-

schaften fallen aufgrund der Pflichtmitgliedschaft in einem Genossenschaftsverband als dauerhafte Kunden weg, vgl. dazu Blome-Drees 2010: 32). Gesellschaftlich hemmen die Trägheit und das Desinteresse der Bevölkerung und damit potentieller Mitglieder eine weitergehende Verbreitung von EG. Beispielsweise hat in Deutschland 2010, zwölf Jahre nach der Deregulierung des Energiemarktes, erst jeder fünfte Haushalt den Stromanbieter (durch Trägheit, Loyalität, Überforderung) gewechselt. Finanzielle Barrieren, wie Zahlungen für die Mitgliedschaft sind zudem immer ein Ausschlusskriterium und auch Zahlungen, die in bestimmten gesellschaftlichen Schichten gering erscheinen sind für andere ein Ausschlusskriterium. Auch die aus den gesetzlichen Änderungen des EEG resultierenden Verschlechterungen der Bedingungen, wie sinkende Renditen, Unsicherheiten in Bezug auf den Erfolg von Projekten etc. halten potentielle Mitglieder von Beteiligungen ab.

Strukturell wirken die geringe Anzahl heterophiler Kommunikationsverbindungen hemmend, sodass die Verbreitung von EG, also Gründungsbemühungen und Mitgliedschaftsbemühungen nur einem Personenkreis als realistische und erstrebenswerte Möglichkeit greifbar sind, die bereits im »Dunstkreis« bestimmter alternativer/politischer Bewegungen und oder Bürgerinitiativen im Energiebereich oder sonst in irgendeiner Weise für diese Themen sensibilisiert sind. Für »normale« Bürger sind die Optionen der Gründung oder Mitgliedschaft in einer »EG« insgesamt zu »weit« weg. Energieversorgung insgesamt wird gesellschaftlich sehr stark als externe Aufgabe angesehen, die leicht gekauft werden kann, auch im Hinblick auf eine regenerative Versorgung.

Das Fehlen regionaler Netzwerke bzw. deren Ausbreitung und fehlende Wirkung in die Gesellschaft hinein ist ein weiterer hemmender Faktor für EG. Im Raum Nord-West existiert bislang kein entsprechendes Netzwerk, entsprechend rudimentär ist die Vernetzung in der Region. Hinzu kommt, dass EG mit vielen anderen Möglichkeiten der Beteiligung am Klimaschutz/Umweltschutz/ Geldanlagemöglichkeiten/ehrenamtlichem Engagement, Freizeitgestaltung etc. konkurrieren.

Dominant erscheinen insgesamt rahmengebende Faktoren, wie die Gesetze und rechtliche Regelungen, vornehmlich die Reformen des EEG 2013 und 2014, die damit verbundenen Änderungen der Bedingungen für EG (z.B. sinkende Förderungen und Einspeisevergütungen) hemmen die Diffusion von EG in Deutschland, zudem hebeln sie die bislang praktizierten Geschäftsmodelle von EG im operativen Bereich aus (durch Reduzierung von Einspeisevergütungen, die finanzielle Belastung von Eigen- und Direktverbrauchskonzepten, Direktvermarktungspflichten, Ausschreibungsmodelle), und parallel dazu schränkt die Reform des Kapitalanlagengesetzbuchs 2014, wiederum die investiven Geschäftsmodelle stark ein. Zum einen resultierten daraus Verschlechterungen wie sinkende Vergütungen, zum anderen etwaige Unklarheiten, wie nicht ausformulierte Regelungen zu Ausschreibungen, also insgesamt Unsicherheiten über die zukünftige Entwicklung (z.B. über die Ausgestaltung zukünftiger staatlicher Interventionen) und hemmen die Verbreitung.

## Literatur

- Bergmann, T. 1957: Die Rolle der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Jugoslawien, Archiv für öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen. Band 3. 63–72.
- Bass, F. M. 1969: A New Product Growth for Model Consumer Durables: Management Science. 15. Jg, Heft 5, 215–27.
- Davis, F. D. 1989: Perceived Usefulness, Perceived Ease of Use, and User Acceptance of Information Technology. MIS Quarterly 13. Jg., 319–339.
- DGRV 2013: Energiegenossenschaften. Ergebnisse der Umfrage des DGRV und seiner Mitgliedsverbände, [http://www.dgrv.de/webde.nsf/7d5e59ec98e72442c1256e5200432395/dd9db514b5bce595c1257bb200263bbb/\\$FILE/Umfrageergebnisse%20EG.pdf](http://www.dgrv.de/webde.nsf/7d5e59ec98e72442c1256e5200432395/dd9db514b5bce595c1257bb200263bbb/$FILE/Umfrageergebnisse%20EG.pdf) (Letzter Aufruf 24. April 2015).
- Dorniok, D. 2014: Energiegenossenschaften als Protestbewegung? Eine systemtheoretische Analyse aktueller Entwicklungen. In G. Birnkraut, R. Lisowski, R. Wortmann (Hg.), Jahrbuch für Management in Nonprofit-Organisationen 2014: Nonprofit Management Yearbook 2014, Münster: LIT Verlag, 81–101.
- Draheim, G. 1964a: Die Genossenschaft als Unternehmenstyp. Vandenhoeck und Ruprecht: Göttingen.
- Draheim, G. 1964b: Das Förderungsunternehmen, ein Beitrag zu den Versuchen das Wesen der Genossenschaft zu bestimmen. In H. Ohm (Hrsg.), Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik, Gedächtnisschrift für H.J. Seraphin, Berlin.
- Fairbairn, B. 1994: Konsumgenossenschaften in internationaler Perspektive: Ein historischer Überblick. In: Prinz, M. (Hg.), Der lange Weg in den Überfluss, Paderborn: Schöningh, 437–461.
- Flieger, B. 2011: Energiegenossenschaften. Eine klimaverantwortliche, bürgernahe Energiewirtschaft ist möglich, Ökosoziale Transformation 244, 305–328.
- Froschmeir, J., Haffmanns, H. 2009: Chancenmarkt Energie, Profil – das bayerische Genossenschaftsblatt 115, 16–17.
- GVB [Genossenschaftsverband Bayern e. V.] 2011: Gestaltung der Energiewende nach genossenschaftlichen Prinzipien. Genossenschaftliche Konzepte zur regionalen Umsetzung der Energiewende unter Einbindung von Bürgern und Kommunen, [http://www.regierung.niederbayern.bayern.de/media/aufgabenbereiche/5u/umweltschutz/infotag\\_windkraft\\_energiegenossenschaft.pdf](http://www.regierung.niederbayern.bayern.de/media/aufgabenbereiche/5u/umweltschutz/infotag_windkraft_energiegenossenschaft.pdf) (letzter Aufruf 23. September 2015).
- Gray, V. 1994: Competition, emulation and policy innovations. In L. Dodd, L., C. Jillson (Hg.), New perspectives on American politics, Washington: Congressional Quarterly Press, 230–248.
- Gupta, A., Rogers, E. 1991: Internal Marketing: Integrating R&D and Marketing Within the Organization, The Journal of Service Marketing 5. Jg., Heft 2, 55–68.
- Herlinghaus, A., Kürten, S., Niegsch, C., Stappel, M. 2008: Erneuerbare Energien und Perspektiven für den Genossenschaftssektor, DZ Bank AG, Konjunktur und Kapitalmarkt, Special, Frankfurt am Main.
- Holstenkamp, L. 2012: Ansätze einer Systematisierung von EG. Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht, Leuphana Universität, Lüneburg. Institut für Bank-, Finanz- und Rechnungswesen.
- Klöwer, G. G. 1981: Genossenschaften in Entwicklungsländern Genese, Innovation und Diffusion. Ein Beitrag zur Entwicklungspolitik. Göttingen. Otto Schwarz & Co.
- Mahajan, V., Petersen, H. 1985: Models for Innovation diffusion. Sage University Paper 48, Beverly Hills.
- Maron, B., Maron, H. 2012: Genossenschaftliche Unterstützungsstrukturen für eine sozialräumlich orientierte Energiewirtschaft. KNI PAPERS 01/2012, [www.kni.de/.../120502\\_Praesentation\\_Machbarkeitsstudie\\_Geno\\_KNi.pdf](http://www.kni.de/.../120502_Praesentation_Machbarkeitsstudie_Geno_KNi.pdf) (letzter Aufruf 23. September 2015).
- Müller, J., Dorniok, D., Flieger, B., Holstenkamp, L., Mey, F., Radtke, J. 2015: Energiegenossenschaften –das Modell braucht neue Dynamik. GAIA 24/2/2015, 96–101.
- Paech, N. 2010: Forschungsprojekt GEKKO Gebäude, Klimaschutz und Kommunikation, Endbericht. <http://edok01.tib.uni-hannover.de/edoks/e01fb11/668549858l.pdf>. (letzter Aufruf 23. September 2015).
- Rogers, E.M. 1983: Diffusion of Innovations. Third Edition. New York, London.
- Vierkandt, A. 1908: Die Stetigkeit des Kulturwandels. Eine soziologische Studie. Leipzig.



- Vierkandt, A. 1959: Die genossenschaftliche Gesellschaftsform der Naturvölker. Handbuch der Soziologie. Stuttgart: Enke, 191–202.
- Vierkandt, A. 1972: Solidarität. In W. Bernsdorf, W. (Hg.), Wörterbuch der Soziologie. Bd. 3. Frankfurt am Main: Fischer, 702–706.
- Watkins, W.O. 1968: Genossenschaftswesen und Staat. Zwei Machtsysteme und ihre gegenseitigen Beziehungen. In G. Weisser (Hg.), Genossenschaften und Genossenschaftsforschung. Festschrift zum 65. Geburtstag von Georg Draheim, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 281–289.
- Wejnert, B. 2002: Integrating models of diffusion of innovations: a conceptual framework. *Annual Review of Sociology*, 28. Jg., Heft 1, 297–326.

»Verstetigte Brüche – Biographien, Projekte und Themenkonjunkturen  
in der Wissenschaft« der Sektion Wissenschaft und Technikforschung  
– organisiert von Martina Franzen, Julian Hamann, David Kaldewey und Marc Torka

# Der lange Weg zur Soziologieprofessur

Etablierte Strukturen und biographische Brüche im französischen und deutschen Hochschulraum

Nilgun Massih-Tehrani

*Beitrag zur Veranstaltung »Verstetigte Brüche. Biographien, Projekte und Themenkonjunkturen in der Wissenschaft« der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung – organisiert von Martina Franzen, Julian Hamann, David Kaldewey und Marc Torka*

Die Erforschung akademischer Karrieremuster interessiert sich neben der Bedeutung der individuellen wissenschaftlichen Leistung und soziokultureller Faktoren zunehmend für den Einfluss von institutionellen Faktoren (zum Beispiel Reputation einer Universität). Der Beitrag greift diese Diskussion auf und untersucht die Karrierelaufbahnen französischer und deutscher Soziologieprofessoren/-innen unter Berücksichtigung national etablierter Strukturen der vertikalen Differenzierung von Universitäten. Anhand von Netzwerk- und Sequenzanalysen werden typische Karrierelaufbahnen und biographische Brüche in beiden Hochschulsystemen identifiziert. Im Vergleich zu Deutschland vollziehen Soziologen/-innen in Frankreich deutlich weniger Stellen- und Universitätswechsel in ihrer akademischen Laufbahn. Zudem bietet die Lebenszeit-Dozentur auch jungen Wissenschaftlern/-innen eine gewisse wissenschaftliche Autonomie, wohingegen deutsche Soziologen/-innen erst nach der Habilitation verbeamtet werden und bis dahin eine lange Phase der wissenschaftlichen Abhängigkeit und beruflichen Unsicherheit durchlaufen. Ergänzend zeigen Netzwerkanalysen der Lebenslaufdaten, dass die Herkunftsinstitution eines/-r Wissenschaftlers/-in bei der Berufung als Professor /-in eine Rolle spielt. Der Beitrag wählt eine feldtheoretische Interpretation der Ergebnisse, in der die gefundenen Berufungsnetzwerke als Ausdruck national etablierter Strukturen verstanden werden. So herrscht in Frankreich bis heute eine fachliche Zentralisierung vor, die zur Privilegierung der Forscher/-innen von Pariser Universitätsstandorten führt. Zudem können französische Berufungsverfahren als ein System der Patronage beschrieben werden, in dem etablierte Professoren/-innen ihren Nachwuchs an anerkannten Universitäten platzieren und auch Hausberufungen eine zentrale Rolle spielen. Das deutsche Berufungsnetzwerk ist im Vergleich zum französischen zwar dezentraler strukturiert, jedoch zeigen sich auch hier verstärkte Verbindungen zwischen privilegierteren Standorten. Beide Systeme weisen demnach sich reproduzierende Schließungs-

prozesse auf, die strukturell betrachtet vor allem mit biographischen Risiken für Wissenschaftler/-innen peripherer Standorte einhergehen.

## Feldanalytische Untersuchung akademischer Karrierelaufbahnen

Mit der zunehmenden Bedeutung von Universitätsrankings im deutschen Hochschulraum wird auch hierzulande der Einfluss institutioneller Faktoren auf akademische Laufbahnen untersucht. Bisher wird Rankings und darauf beruhenden Prestigeunterschieden zwischen Universitäten jedoch keine große Rolle hinsichtlich der Karrierechancen zugeschrieben (Baier, Münch 2013; Jungbauer-Gans, Gross 2013; Lutter, Schröder 2014). Da Rankings im deutschen und französischen Hochschulraum verglichen mit dem US-amerikanischen bisher nur eine geringe Bedeutung einnehmen, möchte dieser Beitrag vertikale Differenzen zwischen Universitäten beleuchten, die unabhängig von Rankings bestehen. Der Beitrag folgt der Annahme, dass national etablierte Prestigeunterschiede zwischen Universitätsstandorten innerhalb einer Disziplin bestehen und im Zusammenspiel mit den Regeln der nationalen Karrieresysteme einen Einfluss auf individuelle Karrierechancen haben. Dem feldtheoretischen Ansatz (Bourdieu, Wacquant 1996) nach beruhen akademische Karrieren nicht nur auf Zufall oder individueller Leistung, sondern weisen eine statistisch nachvollziehbare Systematik auf, die aus nationalen Feldern positionaler Ungleichheiten zwischen Akteuren (Personen sowie Organisationen) hervorgehen. Häufig wird der Untersuchung von Prestigeunterschieden zwischen Standorten entgegnet, dass Wissenschaftler/-innen privilegierter Standorte meist auch produktiver sind und dies die ungleiche Struktur zwischen Standorten rechtfertigt. Die Fokussierung auf institutionelle Faktoren und ihren Einfluss auf akademische Laufbahnen bedeutet nicht, dass die zentrale Rolle der individuellen wissenschaftlichen Leistung in Abrede gestellt wird. Im Folgenden soll vielmehr geklärt werden, inwiefern nationale Karrieresysteme spezifische Reproduktionsmechanismen von Ungleichheit (gewissermaßen besondere Nachfolgeordnungen) aufweisen. Es geht eher allgemeiner Natur um die Frage, welche Durchlässigkeiten und Mobilitätschancen der nationale Raum für einzelne Nachwuchswissenschaftler/-innen in seiner gesamten Struktur bietet.

Daran anschließend stellt sich die Frage, ob und welche typischen Laufbahnen in einem Karrieresystem aufzufinden sind und ob es systematisch hervorgebrachte biographische Brüche und Unsicherheiten gibt, denen Nachwuchswissenschaftler/-innen ausgesetzt sind. Zur Untersuchung dieser Fragen eignet sich insbesondere der Begriff der Laufbahn(-klasse) (französisch *Trajectoire*). Einfach ausgedrückt verweist der Begriff darauf, dass Akteure abhängig von ihrer aktuellen Position und den bisher eingenommenen (Feld-)Positionen einen ungleich gearteten Möglichkeitsraum für die zukünftige Karriere aufweisen (Bourdieu 1987: 187f.). So können das Prestige des Standortes, an dem ein Abschluss erlangt wurde, oder das Ansehen des/-r Doktorvaters/-mutter sowie die Art und Weise der wissenschaftlichen Sozialisation einen Einfluss auf die zukünftigen Karrierechancen von Nachwuchswissenschaftler/-innen haben. Aber auch die Möglichkeit, soziale Kontakte zu einflussreichen Personen an privilegierten und hoch frequentierten Standorten zu knüpfen, kann eine ausschlaggebende Rolle spielen (Bourdieu 1992; Bourdieu 1998). Unklar ist jedoch, welche Bedeutung derartiges symbolisches oder soziales

Kapital im jeweiligen Karrieresystem einnimmt und ob es überhaupt strategisch für die individuelle Karriere genutzt werden kann. So kann angenommen werden, dass die institutionelle Zugehörigkeit zu privilegierten Standorten in Deutschland weniger deutlich zur Konsekration individueller Leistungen beitragen kann als im französischen Hochschulraum, da das französische System stark ausgeprägte und historisch gefestigte Prestigeunterschiede zwischen Standorten aufweist.

## Deutsches und französisches Karrieresystem im Vergleich

Das französische Rekrutierungssystem könnte man durch den Mechanismus der direkten Patronage beschreiben. Hausberufungen spielen eine große Rolle (Godechot, Louvet 2008; Sabatier et al. 2015) und die Schirmherrschaft etablierter Professor/-innen trägt maßgeblich dazu bei, eine Stelle als Professor/-in an einer renommierten Hochschule zu erhalten (Bourdieu 1992: 158ff.). Dieses System scheint bis heute zu einer ungleichen Stellung von Soziologiestandorten in Provinzstädten und Standorten in Paris beizutragen (Houdeville 2007: 214ff.; Godechot, Louvet 2008). In Deutschland ist hingegen ein statistischer Reproduktionsmodus zu erwarten: Damit ist gemeint, dass es zwar statistisch überzufällig häufige Austauschbeziehungen zwischen zentralen Standorten gibt, die aber aufgrund des Hausberufungsverbots nicht auf der direkten sozialen Beziehung am eigenen Standort beruhen, sondern vielmehr auf breit gestreuten Sozialkontakten und auf dem überregionalen Ruf als Forscher, wobei der wissenschaftliche Ruf des/-r Doktorvaters/-mutter oder der Herkunftsinstitution auch hierbei einen positiven Einfluss haben können.

Zu dieser Besonderheit des deutschen akademischen Karrieresystems tragen insbesondere das Hausberufungsverbot sowie die Befristung der Stellen bis zur Berufung zur Professur bei. Charakteristisch für das universitäre Karrieresystem in Deutschland ist eine lange Phase der unsicheren Beschäftigungsbedingung, da in den häufigsten Fällen erst nach der Habilitation, das heißt mit der Berufung als Professor/-in, ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis erfolgt. Im Vergleich zum Tenure-Track-Modell (USA und UK) aber auch im Vergleich zum französischen Karrieresystem unterscheidet sich die deutsche universitäre Karrierestruktur durch eine hohe Quote befristeter Stellen: 74 Prozent des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals an Universitäten waren 2009 in Deutschland befristet angestellt (im Vergleich zu 17 Prozent in USA, 28 Prozent in England und 26 Prozent in Frankreich). In Frankreich bietet die Lebenszeit-Dozentur (*Maître de Conférences*) schon vor der Habilitation die Möglichkeit einer unbefristeten Anstellung (Kreckel 2011; Kreckel 2008; Musselin 2002; Musselin 2004). Des Weiteren erfordert das Hausberufungsverbot von Nachwuchswissenschaftlern/-innen eine hohe Mobilitätsbereitschaft. Tenure-Track-Modelle hingegen bieten eine größere Planungssicherheit, da eine langfristige Anstellung an einem Standort ermöglicht wird. So kann auch die Einführung der Juniorprofessur als Versuch verstanden werden, einen universitätsinternen Arbeitsmarkt zu schaffen, der vorher in Deutschland nicht bestand (Musselin 2005: 143). Eine verbindliche Abschaffung des Hausberufungsverbots auf Länderebene ist bisher aber stark umstritten, da ihm eine wettbewerbs- und qualitätssichernde Wirkung zugesprochen wird (Kreckel 2008). Die Frage in diesem Beitrag ist, ob sich diese wettbewerbssichernde Wirkung auch im Berufungsnetzwerk der deut-

schen Soziologie niederschlägt und deutliche Unterschiede im Vergleich zu Frankreich zu beobachten sind. Eine derartige Untersuchung ist nicht zuletzt sinnvoll, weil die Befristung der Stellen und auch das Hausberufungsverbot für den einzelnen Nachwuchswissenschaftler/-in mit großen biographischen Unsicherheiten und Abhängigkeiten einhergehen. Das deutsche System ist wesentlich stärker als viele Karrieresysteme im Ausland durch die große Ungleichheit zwischen den Statusgruppen charakterisiert, da wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen gewissermaßen als Teil der Ausstattung eines Lehrstuhls angesehen werden. Die Phase zwischen der Promotion und Professur ist demnach von beruflichen Unsicherheiten, Mobilitätsanfordernissen und der Abhängigkeit von Lehrstuhlinhaber/-innen geprägt (Kreckel 2008; Musselin 2010: 22f.).

## Akademische Laufbahnen deutscher und französischer Soziologieprofessoren/-innen

Der Beitrag untersucht, ob durch die große Bedeutung der Hausberufungen und aufgrund der Zentralisierung Frankreichs die personelle Mobilität und Aufstiegschancen für Wissenschaftler/-innen an Provinzuniversitäten beschränkt sind. Für Deutschland ist zu erwarten, dass es eine größere Mobilität und damit auch einen stärkeren Austausch zwischen den deutschen Universitäten gibt. Um derartigen Fragen nachgehen zu können, wurde von 2013 bis 2014 eine Vollerhebung von Lebensläufen deutscher und französischer Soziologieprofessoren/-innen auf den Internetseiten aller entsprechenden Hochschulen durchgeführt. Die Stichhaltigkeit einer derartigen Interneterhebung wurde bereits in unterschiedlichen Studien belegt (Mau, Huschka 2010; Lutter, Schröder 2014) und verbessert sich mit der steigenden Bedeutung der eigenen Homepage als Plattform der Selbstpräsentation für interessierte Peers, Gutachter oder mögliche Arbeitgeber.

Für Deutschland konnten insgesamt 326 Lebensläufe von Soziologieprofessoren/-innen im Internet erhoben werden, Informationen zum Standort der Promotion konnten nur für 322 Fälle gefunden werden. In der Studie von Steffen Mau und Denis Huschka (2010) wurden insgesamt 320 Soziologieprofessoren/-innen erhoben, weshalb von einer ausreichend guten Datenbasis ausgegangen wird. In der Phase zwischen der Promotion und Professur traten in Deutschland bis zu zwölf Tätigkeitswechsel pro Lebenslauf auf (neben Assistenten- und Drittmittelstellen wurden auch Auslandsaufenthalte, Vertretungsprofessuren und ähnliche Positionen einbezogen). Der Median liegt bei drei und der Mittelwert bei 3,35 Tätigkeiten. Auf der Ebene der Professoren konnten bis zu fünf Stellenwechsel beobachtet werden (Median = 1; Mittelwert = 1,4).

Für Frankreich wurden insgesamt 183 Lebensläufe erhoben, wobei nur für 168 Fälle auch eine Information zur Promotion gefunden werden konnte. In der Stichprobe sind auch Professoren der Grands Établissements und Grandes Écoles enthalten. In Frankreich werden Soziologieprofessoren/-innen in der Sektion 19 »Soziologie und Demographie« des Conseil National des Universités erfasst. 2010 waren es insgesamt 230 Professor/-innen in dieser Sektion (MESR 2010), sodass die Ausfälle zwar größer als in der deutschen Erhebung sind, aber dennoch ein Großteil der Professorenschaft einbezogen werden konnte. Zudem können die Ausfälle relativ klar benannt werden: Vor allem Professoren/-innen sehr kleiner Universitätsstandorte in Pro-

vinzstädten veröffentlichen seltener biographische Informationen im Internet. Teilweise kann das auch daran liegen, dass sich viele dieser Professoren/-innen auf die Lehrtätigkeit beschränken und keine überregionale Forscherreputation aufweisen. Insofern kann von einer Überrepräsentation bekannter Forscherpersönlichkeiten ausgegangen werden. Für die Fragestellung der Studie ist das jedoch unproblematisch, da die Fallzahl der unbekanntenen Professoren/-innen an Provinzuniversitäten groß genug ist, um auch Aussagen zu typischen Karrieren in kleinen Städten sowie auch zu »Aufstiegskarrieren« treffen zu können.

Die Möglichkeit, in Frankreich schon vor der Habilitation unbefristete Stellen einnehmen zu können (zum Beispiel als *Maître de Conférences*, deutsch Lebenszeit-Dozentur), zeigt sich auch darin, dass die erhobenen Professoren/-innen nur bis zu sechs Tätigkeitswechsel in der Phase zwischen der Promotion und der Professur aufweisen (der Median liegt bei eins und der Mittelwert bei 1,32 Stellen). Auf der Ebene der Professoren kam es bis zu vier Stellenwechsel (Median=1, Mittelwert = 1,31). Die Lebenszeit-Dozentur bietet einer Vielzahl an Wissenschaftler/innen ein gesichertes Beschäftigungsverhältnis unterhalb der Professorenschaft, 2010 gab es innerhalb der Sektion Soziologie und Demographie insgesamt 616 Stellen als *Maître de Conférences* im Vergleich zu 230 Professor/-innenstellen. Interessant ist dabei auch die Geschlechterverteilung: Laut des Bildungsministeriums waren im Jahr 2010 von 616 *Maître de Conférences* 304 weiblich (49,35 Prozent). Auf der Ebene der Professoren/-innen sind es jedoch nur noch 36,90 Prozent gewesen. Aber auch dieser Anteil liegt über dem deutschen Niveau, Mau und Hauschka (2010) haben einen Frauenanteil von 25 Prozent für deutsche Soziologie berechnet. Auch wenn der Prozentsatz auf Ebene der Professoren/-innen nicht deutlich höher als in Deutschland liegt, trägt doch die unbefristete Anstellung direkt nach der Promotion maßgeblich zur Chancengleichheit bei.

Ein weiterer Aspekt dieser Studie ist die Frage nach der Mobilität zwischen Universitätsstandorten. Allgemein lässt sich durch Einbezug der Hausberufungsquote etwas darüber aussagen: In Frankreich wurden 42,35 Prozent der Soziologen/-innen an dem Standort als Professor/-in berufen, an dem sie vorher schon nach der Promotion gearbeitet haben (zum Beispiel als *Maître de Conférences*). Zudem haben 17,26 Prozent an der Universität promoviert, an der sie zum Zeitpunkt der Erhebung als Professor/in arbeiten. Für Deutschland ist eine derartige Quote schwer zu erfassen, da in der Phase nach der Promotion und vor der Professur eine Vielzahl an befristeten Stellen eingenommen werden, etwa die Vertretung einer Professur an einem anderen Standort, die Mitarbeit in Drittmittelprojekten und die Lehrtätigkeit an unterschiedlichen Standorten oder eine begrenzte Zeit an einer ausländischen Universität, sodass die Rekrutierung am gleichen Standort als Professor/-in eine nur marginale Rolle spielt. Nur 8,7 Prozent der erhobenen Professoren/-innen haben an dem Standort promoviert, an dem sie zum Zeitpunkt der Erhebung als Professor/-in tätig waren. Verglichen mit der Hausberufungsquote in Frankreich findet im deutschen System demnach mehr Personalaustausch zwischen den Universitätsstandorten statt, was auch bedeutet, dass vom einzelnen Nachwuchswissenschaftler mehr geographische Flexibilität gefordert wird.

Um detaillierte Einsichten in die Öffnungs- und Schließungsprozesse der Hochschulräume zu bekommen, wurden die erhobenen Lebenslaufdaten anhand von Netzwerkanalysen (Csardi, Nepusz 2006) und Sequenzanalysen (Brzinsky-Fay et al. 2006) untersucht. Für Frankreich wurde das Berufungsnetzwerk zum einen für den Wechsel von der Promotion bis zur Professur und

zum anderen auch für den Wechsel vom *Maître de Conférences* (oder andere Position vor der Berufung) zur Erstberufung als Professor/-in untersucht. Es zeigt sich, dass 71,14 Prozent der Professoren/-innen an zehn Pariser Einrichtungen promoviert haben (wobei die Professoren/-innen der Erhebung von insgesamt 39 Promotionsstandorten im In- und Ausland stammen). Das bedeutet nicht, dass alle dieser Wissenschaftler/-innen auch eine Anstellung in Paris hatten, aber spiegelt den hohen Stellenwert und das Prestige der Pariser Universitäten und Doktorväter/-mütter wider.

Die Netzwerkanalyse weist zudem darauf hin, dass vor allem die Pariser Standorte stark vernetzt sind, aber nur wenige Doktoranden von Provinzuniversitäten Professor/-in an einer Pariser Einrichtung werden. Für den Wechsel zwischen der letzten Anstellung vor der Berufung und der ersten Professur zeigt sich ein ähnliches Bild: Es ist leichter in Paris Professor/-in zu werden, wenn man zuvor als *Maitre de Conférences* an einer Pariser Universität oder in einem Pariser CNRS-Institut tätig war. Die stärksten Verbindungen im Netzwerk bestehen zwischen den zentralen Pariser Einrichtungen (EHESS, Paris 5, Sciences Po, ENS, Pariser CNRS-Institute). Innerhalb dieser Gruppe spielen auch Hausberufungen eine Rolle, sodass bis heute von einer starken Schließung der Pariser Einrichtungen ausgegangen werden kann. Des Weiteren sind auch größere Städte in der Nähe von Paris relativ gut vernetzt. In Frankreich wird dieses Phänomen mit dem Begriff des »Turbo-Prof« beschrieben: Es handelt sich um Wissenschaftler/-innen, die in Paris wohnen, aber eine Anstellung in der Nähe von Paris annehmen, um dort zu lehren. Manchen dieser Wissenschaftler/-innen gelingt der Sprung zurück nach Paris, wodurch sich die enge Beziehung zwischen Paris und umliegenden Städten erklären lässt. Universitäten in kleineren Städten mit weiter Entfernung zu Paris scheinen hingegen stark isoliert zu sein. Nachwuchswissenschaftler/-innen von Provinzuniversitäten werden kaum als Professor/in nach Paris berufen. Für diese Standorte spielt die Hausberufung eine bedeutende Rolle, da ihre Nachwuchswissenschaftler/-innen nur schwer eine Anstellung an einem anderen Standort finden. Auch für die heutige Soziologie in Frankreich ist demnach die akademische Isolierung des Zentrums und ein privilegierter Zugang zu den Reproduktionsmechanismen universitärer Macht und wissenschaftlicher Macht in Paris zu beobachten (Houdeville 2007).

Im Gegensatz zu Frankreich ist das deutsche Berufungsnetzwerk wesentlich dezentraler strukturiert. Untersucht man aber den Wechsel von der Promotion zur aktuellen Professorenstelle werden gewisse Schließungsprozesse deutlich, da die Doktoranden einer relativ kleinen Gruppe von Universitäten einen großen Teil der deutschen Professorenschaft ausmachen: Jeweils mehr als zehn Doktoranden der Universitäten Bielefeld, FU Berlin (inkl. WZB), Frankfurt am Main, Mannheim, LMU München, HU Berlin und Bremen konnten im Zeitraum von 1985 bis 2014 Professor/-in an einer deutschen Universität werden. Bezieht man die Berufungen vor 1985 ein, gehören auch die Universität Köln und Münster zu dieser Gruppe. An diesen 9 Universitäten haben 49,07 Prozent aller erhobenen Soziologieprofessoren/-innen promoviert (insgesamt wurden 69 in- und ausländische Universitäten gezählt, an denen die deutschen Professoren/-innen promoviert wurden). Diese Universitäten sind ebenfalls bedeutend, wenn man die Wechsel in der Phase nach der Promotion einbezieht. Zum einen sind diese Universitäten in starkem Maße miteinander verbunden, aber zeichnen sich auch dadurch aus, dass ihre Nachwuchswissenschaftler Stellen an anderen kleineren bzw. weniger privilegierten Standorten einnehmen. Der »Aufstieg« von weniger stark vernetzten Universitäten in die Spitzengruppe ist



weniger wahrscheinlich als der Austausch innerhalb dieser Gruppe oder der »Abstieg« aus dieser Gruppe, dennoch sind die Schließungsprozesse nicht so gravierend wie in Frankreich. Es zeigen sich diverse Öffnungsprozesse: Im Vergleich zu Frankreich weist die Soziologie in Deutschland ein geographisch gestreutes Zentrum auf. Neben den Gründungsstandorten der Soziologie konnten auch jüngere Universitätsstandorte in kleineren Städten an Bedeutung gewinnen (etwa die Universitäten Bielefeld und Mannheim). In Frankreich hingegen scheinen es Neugründungen und Provinzuniversitäten schwerer zu haben, mit den Traditionsstandorten in Paris zu konkurrieren. Zudem sieht man in Deutschland, dass Auslandsaufenthalte (vor allem im englischsprachigen Raum) eine wesentlich größere Rolle als in Frankreich spielen. Vor allem in der Phase nach der Promotion gehen viele deutsche Wissenschaftler/innen ins Ausland, wobei es in Frankreich wichtiger zu sein scheint, soziale Kontakte am eigenen Standort und in Paris zu pflegen.

Die Sequenzanalysen dienen neben der Strukturanalyse (Berufungsnetzwerke) dazu, auch die Verlaufsperspektive zu berücksichtigen. Hierfür wurden Effekte unterschiedlicher Indikatoren der vertikalen Differenzen zwischen Universitäten einbezogen. Für beide Länder wurden Netzwerkmaße (Eigenvektorzentralität und Outdegree) zur Bildung von drei vergleichbaren Universitätsgruppen herangezogen. Zudem wurde diese Gruppierung für Deutschland mit der Forscherreputation und Drittmittelquote (Informationen aus CHE-Ranking) und für Frankreich mit einer geographischen Kategorisierung (Pariser Einrichtungen, Großstädte sowie kleine Provinzstädte) auf Plausibilität überprüft. Für Frankreich zeigten sich insgesamt wesentlich weniger biographische Brüche: Ein Großteil der Professoren/-innen hat zwar in Paris promoviert, aber war in der Phase nach der Promotion in der gleichen Gruppe tätig, in der die Rekrutierung als Professor/-in erfolgte: Es zeigen sich demnach deutliche Abgrenzungen zwischen Karrieren in Paris, Karrieren an größeren Standorten und Karrieren an Provinzstandorten. Zum Großteil sind hierfür die Hausberufungen und die unbefristete Anstellung verantwortlich: Personen an Provinzuniversitäten sowie auch zentralen Standorten haben die Möglichkeit, ihre gesamte Karriere über an einem Standort zu arbeiten. Aufstiegsbewegungen von Provinzuniversitäten an zentrale Pariser Einrichtungen sind sehr unwahrscheinlich, wobei es zahlreiche Karrieren gibt, die von Paris aus oder von einer Großstadt nahe Paris in einer Provinzstadt enden. Dieser Effekt wäre wahrscheinlich noch größer, wenn es in Frankreich nicht die Möglichkeit der Hausberufung gäbe und an Universitäten außerhalb von Paris auch Kandidaten des eigenen Standortes oder aus der Region bevorzugt rekrutiert werden würden.

In der Sequenzanalyse zu den deutschen Laufbahnen werden die zahlreichen Universitätswechsel und damit vielfältige Austauschbeziehungen zwischen den deutschen Universitätsstandorten sichtbar. Auffällig ist hierbei jedoch, dass vor allem in der Phase nach der Promotion und vor der Professur viele Wechsel zwischen den gebildeten Universitätsgruppierungen stattfinden. Dennoch zeigt sich für die gesamte Karriere (inklusive Promotion und Berufungen), dass es wenig Aufstiege von der Gruppe der weniger zentralen Standorte in die ersten beiden Gruppen gibt. Der Wechsel innerhalb der Gruppe der im Netzwerk zentralen Universitäten, ist wahrscheinlicher als der Aufstieg. Zudem wird ersichtlich, dass die Abstiegsbewegung eine große Rolle spielt und reine »Provinzkarrieren«, wie man sie für Frankreich sehen kann, in Deutschland seltener auftreten. Deutsche Nachwuchswissenschaftler/-innen weniger privilegierter Standorte scheinen sich gegen Kandidat/-innen von zentralen Standorten nur schwer durchsetzen zu können. In Frankreich bieten hingegen die Lebenszeit-Dozentur und die Hausberufung

auch an peripheren Standorten biographische Sicherheit und Zeit, sich nach der Promotion als Wissenschaftler zu etablieren. Zusammenfassend kann für die deutschen Laufbahnen festgehalten werden, dass auch die zwischenzeitliche Mobilitätsphase nach der Promotion und vor der Professur kein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Auf- und Absteiger/-innen herstellt. Insgesamt scheint das deutsche Karrieresystem jedoch wesentlich offener zu sein und es wird auch deutlich, dass Auslandsaufenthalte innerhalb der Gruppe der »Spitzenkarrieren« eine wesentlich größere Rolle spielen als in Frankreich.

## Schlussfolgerung

Der Beitrag konnte zeigen, dass die Herkunftsinstitution einer/s Wissenschaftlerin/s in beiden Ländern eine Rolle bei der Berufung als Professor/in spielt. Hierbei werden jedoch unterschiedliche Rekrutierungsmechanismen deutlich: In Frankreich spielen starke soziale Beziehungen an einem Standort oder in Paris eine große Rolle, wohingegen in Deutschland eher die Beziehung zu sowie der wissenschaftliche Ruf an zentralen, aber geographisch verteilten Soziologiestandorten wichtig sind.

Beide Systeme weisen hinsichtlich der Karrierechancen Vor- und Nachteile auf: Das Hausberufungsverbot und die Befristung der Stellen in Deutschland scheinen zum stärkeren Personalaustausch zwischen zentralen und peripheren Universitäten (insbesondere in der Phase nach der Promotion bis zur Professur) beizutragen. Berücksichtigt man aber den gesamten Karriereverlauf, besteht zwar die starke Mobilitätsphase nach der Promotion, aber über den gesamten Verlauf hinweg ist auch die Bedeutung von Aufstiegskarrieren eher gering. Aus der Untersuchung geht hervor, dass zwar alle Nachwuchswissenschaftler/-innen in Deutschland großen biographischen Unsicherheiten unterliegen, aber strukturell betrachtet gerade für Wissenschaftler/-innen kleinerer und wenig renommierter Standorte die größten Unsicherheiten bestehen. In Frankreich hingegen schaffen die Lebenszeit-Dozentur und die Hausberufung sichere Karrierebedingungen für Wissenschaftler/-innen der peripheren Standorte. Hausberufungen müssen dort nicht immer bedeuten, dass weniger produktive oder weniger gute Wissenschaftler/-innen rekrutiert werden, sondern dienten in der Vergangenheit auch dazu, der starken wissenschaftlichen Zentralisierung ein Gegengewicht zu verleihen. In Paris ist ein Großteil der Soziologiestandorte angesiedelt und die wissenschaftliche Sozialisierung in Paris bietet mehr Möglichkeiten zum wissenschaftlichen Austausch, mehr soziale Kontakte, mehr Prestige und damit bessere Karrierechancen. Ein flächendeckendes Hausberufungsverbot in Frankreich könnte an Provinzstandorten dazu führen, dass sich Kandidaten der Provinzuniversitäten kaum noch gegen die Konkurrenz aus Paris durchsetzen könnten. Der Ausbau universitätsinterner Arbeitsmärkte (etwa durch Juniorprofessuren oder andere Tenure-Track-Stellen) könnte vermutlich auch in Deutschland mehr Sicherheit und Chancen für Nachwuchswissenschaftler/-innen weniger renommierter Standorte schaffen. Zudem könnte die unbefristete Anstellung nach der Promotion zu besseren Karrierechancen des weiblichen Nachwuchses beitragen.

## Literatur

- Baier, C., Münch, R. 2013: Institutioneller Wettbewerb und Karrierechancen von Nachwuchswissenschaftlern in der Chemie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Band 65, Ausgabe 1, 129–155.
- Bourdieu, P. 1987: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1992: *Homo academicus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1998: *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P., Wacquant, L. 1996: *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bzinsky-Fay, C., Kohler, U., Luniak, M. 2006: Sequenceanalysis with Stata. *The Stata Journal*, Vol.6, Number 4, 435-460.
- Csardi G, Nepusz, T. 2006: The igraph software package for complex network research. *Inter Journal Complex Systems* 1695.
- Godechot, O., Louvet, A. 2008: Le localisme dans le monde académique. Un essai d'évaluation. In *La Vie des idées*, <http://www.laviedesidees.fr/Le-localisme-dans-le-monde.html> (letzter Aufruf 29.Mai 2015).
- Houdeville, G. 2007: *Le métier de sociologue en France depuis 1945. Renaissance d'une discipline*. Rennes: Presses universitaires de Rennes.
- Jungbauer-Gans, M., Gross, C. 2013: Determinants of Success in University Careers. Findings from the German Academic Labor Market. *Zeitschrift für Soziologie*, 42. Jg., Heft 1, 74–92.
- Kreckel, R., 2008: *Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz*. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Kreckel, R. 2011: Universitäre Karrierestruktur als deutscher Sonderweg. In K. Himpele, A. Keller, A. Ortman (Hg.), *Traumjob Wissenschaft? Karrierewege in Hochschule und Forschung*. GEW Materialien aus Hochschule und Forschung, 47–60.
- Lutter, M., Schröder, M. 2014: *Who Becomes a Tenured Professor, and Why? Panel Data Evidence from German Sociology, 1980–2013*. MPIfG Discussion Paper 14/19. Cologne: Max Planck Institute for the Study of Societies, 2014.
- Mau, S., Huschka, D. 2010: Who is who? Die Sozialstruktur der Soziologie-Professorenschaft in Deutschland. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Band 62, Ausgabe 4, 751–766.
- MESR (Ministère de l'enseignement supérieur et de la recherche) 2010: *Etudes et regards statistiques. Démographie des enseignants de l'enseignement supérieur. Année universitaire 2009-2010*. [http://cache.media.enseignementsup-recherche.gouv.fr/file/statistiques/07/9/demog10fniv2\\_172079.pdf](http://cache.media.enseignementsup-recherche.gouv.fr/file/statistiques/07/9/demog10fniv2_172079.pdf) (letzter Aufruf 29.Mai 2015).
- Musselin, C. 2002: Differenzierung durch Rekrutierung. Personalauswahlstrategien an deutschen und französischen Universitäten. *Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung*, H. 1, 113–130.
- Musselin, C. 2004: Towards a European academic labour market? Some lessons drawn from empirical studies on academic mobility. *Higher Education*, Vol. 48, Issue 1, 55–78.
- Musselin, C. 2005: European academic labour markets in transition. In *Higher Education*, Vol.49, Issue 1, 135–154.
- Musselin, C. 2010. *The market for academics*. New York: Routledge.
- Sabatier, M., Musselin, C., Pigeyre, F. 2015: *Devenir professeur des universités. Une comparaison sur trois disciplines (1976-2007)*. *Revue Économique*, Vol 66, Heft 1, 37–63.

# Brüchige Erwerbsverläufe in der Wissenschaft und die Rolle von Vertrauen

Julia Reuter und Oliver Berli

*Beitrag zur Veranstaltung »Verstetigte Brüche – Biographien, Projekte und Themenkonjunkturen in der Wissenschaft« der Sektion Wissenschafts- und Technikforschung – organisiert von Martina Franzen, Julian Hamann, David Kaldewey und Marc Torka*

Wissenschaftliche Karrieren zeichneten sich immer schon durch langwierige Qualifizierungsverläufe, ausgeprägte Positionshierarchien, spezifische Selektionsprozesse und berufliche Unsicherheit aus, weshalb bereits Max Weber die Universitätslaufbahn als »Hazard«, also als »Glücksspiel« bezeichnete (Weber 1919/1988: 584f.). Historisch angelegte Untersuchungen wie Martin Schmeisers Studie *Akademischer Hasard* (1994) unterstreichen, dass der Weg zur Professur als »Risikopassage« verstanden werden kann. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert, denn auch gegenwärtig bedeutet die pyramidale universitäre Personalstruktur deutscher Universitäten, dass nur wenige Personen bis an die professorale Spitze gelangen und ein breiter, in sich differenzierter akademischer Mittelbau auf befristeten Stellen Funktionen in Forschung, Lehre und Selbstverwaltung ausübt (Enders 1996; Metz-Göckel et al. 2009: 69). Angesichts eines wissenschaftlichen Felds, das (beinah) keinen dauerhaften Verbleib an Universitäten oder Forschungseinrichtungen unterhalb der unbefristeten Professur vorsieht, sind wissenschaftliche Karrieren auf jeder erreichten Qualifikationsstufe mit einem hohen Risiko des Scheiterns behaftet (Kahlert 2013a).<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, wenn aus Sicht von Hochschulpolitik wie auch -forschung Bedenken im Hinblick auf die Attraktivität wissenschaftlicher Laufbahnen geäußert werden (Konsortium Bundesbericht 2013).

Stärker an wissenschaftssoziologischen Vorarbeiten orientiert, lässt sich betonen, dass wissenschaftliche Karrieren zudem mit spezifischen Formen der Wissenserzeugung (Knorr-Cetina 1984), der Herausbildung eines wissenschaftlichen Habitus (Franzmann 2012), der Anerkennung und Zuschreibung von wissenschaftlicher Leistung (Lamont 2009; Merton 1968) sowie – in der Regel entgrenzten – Arbeits- und Lebensführungspraktiken verbunden sind (Reuter et al. 2008). Eine solche Perspektive richtet den Fokus nicht ausschließlich auf die Funktionsweise von Wis-

---

<sup>1</sup> Ausgenommen sind davon die unbefristeten akademischen Ratsstellen, die jedoch quantitativ rar gestreut sind und zudem weniger Anerkennung als Professuren generieren.

senschaft und ihre Kennzahlen, sondern vor allem auf die Akteure der Wissenschaft und ihre Praxis (Beaufäys 2003; Bourdieu 1992). Insbesondere in den letzten Jahren sind zahlreiche Arbeiten zum sozialen Feld der Wissenschaft erschienen, die sich mit der Frage von *Wissenschaft als Lebensform* beschäftigen und entsprechend erwerbs- und bildungsbiographische Methoden einsetzen (bspw. Dressel, Langreiter 2008; Engler 2001). Trotz im Detail unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen eint diese Studien einerseits der Blick auf das Zusammenwirken sozialer wie kultureller Logiken auf die Herstellung einer wissenschaftlichen Persönlichkeit bzw. die Herausbildung eines wissenschaftlichen Habitus sowie eine konstruktivistische Perspektive auf das, was Wissenschaft und wissenschaftliche Karriere aus Sicht der Akteure eigentlich bedeutet.

In unserem Beitrag schließen wir einerseits an diese Perspektiven auf Wissenschaftskarrieren an und wollen andererseits den Versuch unternehmen, Vertrauen als Kategorie für die Analyse von Wissenschaftskarrieren fruchtbar zu machen. Hierzu beziehen wir uns auf empirische Befunde eines Forschungsprojektes zu »Vertrauen und Wissenschaftlicher Nachwuchs«<sup>2</sup>, das sich vor allem mit der biographischen Bedeutung und Bewältigung von Karrierebedingungen und Karriereverläufen aus der Perspektive des sogenannten Wissenschaftsnachwuchses beschäftigt. Der folgende Abschnitt verbindet Reflektionen zum gegenwärtigen Forschungsstand mit der Erläuterung des gewählten Untersuchungsdesigns. Anknüpfend an die Präsentation zweier vorläufiger Ergebnisse des vorgestellten Projekts schließt der Beitrag mit Überlegungen zur Relevanz von Vertrauen für die Untersuchung von wissenschaftlichen Erwerbsverläufen.

## Brüchige Erwerbsverläufe in der Wissenschaft und die Rolle von Vertrauen – methodische Vorüberlegungen

Dass Erwerbsverläufe im wissenschaftlichen Feld hochgradig brüchig sind, ist in der Vergangenheit wie auch gegenwärtig vielfach dokumentiert worden (Enders 1996; Schmeiser 1994; Weber 1919/1988). Während »[...] in vielen anderen Berufsbereichen in der dafür typischen Altersstufe bereits ein hohes Maß an Beschäftigungssicherheit und Überschaubarkeit des weiteren Berufswegs erreicht ist« (Konsortium Bundesbericht 2013: 297), gilt dies für das (deutschsprachige) Wissenschaftssystem gerade nicht. Dass die Unsicherheit und die potenziellen Brüche im Erwerbsverlauf nicht dazu führen, dass mehr Nachwuchswissenschaftler/-innen frühzeitig eine Exit-Strategie verfolgen – zynisch ließe sich sagen rechtzeitig –, lässt sich auf den ersten Blick nur schwer erklären. Wir schlagen deshalb vor, für die Analyse von wissenschaftlichen Karriereaspirationen und -verläufen zusätzliche Erklärungsansätze aus der Soziologie des Vertrauens mit in Betracht zu ziehen.

---

<sup>2</sup> Es handelt sich um eine Studie, die wir gemeinsam mit Kolleg/-innen vom Institut für Arbeitswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum als Verbundprojekt zum Thema »Vertrauen und Wissenschaftlicher Nachwuchs (WiN): Einfluss von Vertrauen auf Karrierebedingungen, Karriereentwicklungen und Karriereverläufen von Wissenschaftlichem Nachwuchs innerhalb der Hochschule« (Laufzeit 2013-2016) mit Unterstützung des BMBF durchführen. Für weitere Informationen: [www.vertrauenwin.de](http://www.vertrauenwin.de).

Vertrauen – so betont die soziologische Vertrauensforschung – reduziert Komplexität und stellt damit eine wichtige Handlungsressource unter Bedingungen von Ungewissheit und Unsicherheit dar (exempl. Giddens 1996; Luhmann 1989). Auch in ökonomischen Zusammenhängen wird Vertrauen gerne als »soziale Ressource« (Geramanis 2002) behandelt und auf die positiven Implikationen von Vertrauen verwiesen, die als Erweiterung von Handlungspotential funktionalisiert werden können (unter anderem Graeff 1998; Lewicki, Bunker 1995). Für wissenschaftliche Karrieren könnte dies bedeuten, dass Vertrauen für ihr Gelingen eine zentrale Rolle spielt, indem es Ungewissheit in Bezug auf Beschäftigungssicherheit oder fehlende Planungssicherheit überbrückt sowie Loyalität, Leistungsbereitschaft, innere Verpflichtung (»Commitment«) und intrinsische Motivation durch den Glauben an die Idee von Wissenschaft als Lebensform gerade durch Aufbau und Erhalt des Vertrauen-Könnens in sie reproduziert. Zur Beantwortung dieser Fragen fokussierten wir uns im Rahmen unseres Forschungsprojekts auf Karriereverläufe von Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlerinnen in den Fächern BWL, Geschichte und Physik, da die genannten Disziplinen – so unsere Annahme auf Basis der vorliegenden Forschungsliteratur (Burren 2010; Hermanowicz 1998, 2009; Knorr-Cetina 1984) – hinreichend Unterschiede in Bezug auf ihre *Karrierekulturen* erwarten lassen. Darunter fallen unter anderem Indikatoren wie die spezifische Publikationskultur, der Internationalisierungsgrad oder auch die Kriterien für Berufbarkeit. In methodischer Hinsicht wählten wir eine Kombination unterschiedlicher Verfahren: Neben drei Gruppendiskussionen zur Exploration fachspezifischer Karrierekulturen werden seit März 2014 erwerbsbiographische Interviews mit Nachwuchswissenschaftler/-innen in unterschiedlichen Qualifizierungsphasen und Beschäftigungsgruppen durchgeführt. Innerhalb der bereits erwähnten Disziplinen BWL, Geschichte und Physik liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt 20 Interviews mit Doktorand/-innen, Postdocs sowie Juniorprofessor/-innen vor. Der Vorteil des narrativen Verfahrens liegt unseres Erachtens vor allem darin, konkrete Erfahrungen, Thematisierungen und Beurteilungen der Bildungs- und Erwerbsbiographie zu erlangen. Auf diese Weise geraten zudem Vertrauenspraktiken durch die Rekonstruktion von Erfahrungen mit Betreuungsverhältnissen, Förderinstrumenten, wissenschaftlichen Verfahren der Selbststeuerung und Qualitätssicherung (zum Beispiel Peer Review), oder der Hochschule als Arbeitgeber in den Blick. Die Auswertung orientiert sich an den Verfahrensvorschlägen der *Grounded Theory* (Strauss 1987) und zielt darauf, Einblick die biographische Bewältigung von Karriereunsicherheit und die bis heute wenig erschlossenen Vertrauensbeziehungen im wissenschaftlichen Feld zu gewinnen.<sup>3</sup>

## Empirische Befunde zu brüchigen Erwerbsverläufen in der Wissenschaft und der Rolle von Vertrauen

### Brüchige Erwerbsverläufe und biographische Karrierearbeit

Die von uns interviewten Nachwuchswissenschaftler/-innen haben bereits früh im Laufe ihrer wissenschaftlichen Karriere die Erfahrung gemacht, dass Beschäftigungsperspektiven unsicher

---

<sup>3</sup> Zur Unterstützung des Datenmanagements und der -analyse wird MAXQDA 11 eingesetzt.

sind, die Personalrekrutierungspraxis und Beschäftigungsverhältnisse, aber auch Fördermöglichkeiten und Förderpraxis je nach Hochschule, Fach und Betreuungspersonen zum Teil erheblich variieren. Interessanterweise führt die Erfahrung dieser Kontingenzen und Brüche in den zum Teil »komplizierten« Erwerbsverläufen nicht zwangsläufig zu brüchigen Erwerbsbiographien, geschweige denn zu einem Bruch mit dem Wissenschaftsfeld. Die Mehrheit der von uns Befragten hat zum Zeitpunkt des Interviews keinen Plan B außerhalb des wissenschaftlichen Feldes vorzuweisen, geschweige denn sich ernsthaft damit beschäftigt. Ungeachtet der Frage, ob dies verständlich oder fahrlässig ist, betonen die Nachwuchswissenschaftler/-innen, dass sie *gefühl*t (immer) Teil des wissenschaftlichen Feldes gewesen seien und auch weiterhin sind; Arbeit gäbe es unabhängig von Beschäftigungsform und -umfang genug, so dass sich niemand – auch in Phasen von Arbeitslosigkeit – wirklich *arbeitslos* gefühlt habe. In einigen Fällen wird uns berichtet, dass außeruniversitäre Nebenbeschäftigungen – selbst ökonomisch attraktive Tätigkeiten – abgelehnt oder eingestellt wurden, um der Wissenschaft mehr Zeit und volle Aufmerksamkeit widmen zu können.

Zudem ist in den Erzählungen der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern über ihre eigenen wissenschaftlichen Werdegänge wenig Platz für persönliche Krisen, Zweifel, oder Rückschritte.<sup>4</sup> Das mag (auch) an institutionalisierten Repräsentationspraktiken wissenschaftlicher Werdegänge in Gesprächen unter Kolleg/-innen liegen und dem Umstand geschuldet sein, dass Wissenschaftler/-innen, Günter Burkart et al. (2006) zufolge, zu den »Virtuosen der Selbstthematization« zählen. So wurden uns in der Regel in ausführlicher Art und Weise der eigene wissenschaftliche Werdegang als »große Entwicklungsgeschichte« (Bildungsroman) erzählt, also als eine Geschichte, die häufig mit diffusen persönlichen Interessen in der Jugend oder auch im Studium beginnt und sich dann kontinuierlich zu einer wissenschaftlichen Laufbahn transformiert. Ebenso häufig wird die Promotionsphase als Einstieg in die Erzählung gewählt. Wie bereits Steffani Engler (2001) herausgearbeitet hat, lässt sich anhand der biographischen Erzählungen die Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit analysieren. Aufgrund erster Analysen der biographischen Stehgreiferzählungen sprechen wir in diesem Zusammenhang gegenwärtig – in loser Anlehnung an Anselm L. Strauss und Juliet Corbin (1988/2004) – von *biographischer Karrierearbeit*.<sup>5</sup> Unter diesem Konzept verstehen wir alle »Techniken«, welche die von uns befragten Nachwuchswissenschaftler/-innen anwenden, um ihre objektiv brüchigen und komplizierten Erwerbsverläufe subjektiv als *Karriere* im Wissenschaftsfeld zu deuten und damit Kontinuität in ihren Erwerbsbiographien herzustellen und sie gegenüber sich selbst wie auch Anderen plausibilisieren zu können. Retrospektiv werden Diskontinuitäten bzw. Kontingenzen im Lebenslauf mit Sinn aufgeladen, entdramatisiert oder sogar bagatellisiert, wie im Falle von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit aufgrund von ausgelaufener Projektförderung.

4 Inwiefern hier geschlechtsspezifische Narrationsstrategien unterscheidbar sind, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch eine offene Frage. Allerdings sprechen beispielsweise die Ergebnisse von Gert Dressel und Nikola Langreiter (2005) dafür, diesen Aspekt weiter zu untersuchen.

5 Das Konzept der biographischen Arbeit wurde von Strauss und Corbin (1988/2004) ursprünglich im Kontext Medizinsoziologie und psychosozialer Versorgungsforschung entwickelt und bezeichnet hier die – zum Teil therapeutisch angeleitete – Beschäftigung der Patienten mit der eigenen Lebensgeschichte, der biographischen Zeit, dem Selbstkonzept und dem eigenen Körperbild im Kontext krankheitsbezogener Veränderungen.

[...] Also das waren zum Glück nur wenige Monate damals, [Jahresangabe] da war ich dann arbeitslos und das war eben die Phase wo das Manuskript zum Abschluss kommen musste und wir also dann wirklich auf Hochtouren weitergearbeitet haben und ja, ich hatte dann irgendwann eben die Chance nach [Stadtname] zu gehen ans [Institutsname], was mich dann doch befreit hat aus vielen dieser Zwänge, aber natürlich musste das Manuskript noch fertig werden und ich war gewissermaßen auch in der Verantwortung ja da mit den anderen Kollegen, dass dann nicht schleifen zu lassen und wir haben das dann, ja [Jahresangabe] ist es erschienen. Also doch gemeinsam fertig gemacht und zum Teil eben auch auf, ja also in Phasen der Arbeitslosigkeit. (Postdoc Geschichte, m, 41 Jahre alt: 24)<sup>6</sup>

Andere deuten beispielsweise die fehlende Betreuung im Studium oder während der Promotion als Gelegenheitsstruktur zum selbstgesteuerten Lernen um – ohne auf den Hinweis zu verzichten, dass das »natürlich« nicht jedem bzw. jeder gleich gut bekomme. Dies erinnert an Jürgen Enders (insbesondere 2003: 258) Deutung des Nachwuchswissenschaftlers als »Unternehmer seiner Selbst«. Nachwuchswissenschaftler/-innen weisen Parallelen zum Arbeitskraftunternehmer im flexiblen Kapitalismus, insbesondere im Bereich kreativer Berufe, auf, denn trotz biographisch verkürzter Zeithorizonte, trotz Entbindung aus dem gesicherten Normalarbeitsverhältnis, trotz projektförmiger Arbeitsverhältnisse lässt sich eine nach wie vor hohe moralische Verpflichtung gegenüber der Arbeit feststellen (hierzu auch Koppetsch 2006; Voß, Pongratz 1998). Zudem weist bereits Weber (1919/1988) darauf hin, dass Wissenschaft als Beruf nicht nur Hingabe verlange, sondern auch »harte Arbeit« bedeute.

## Vertrauensbeziehungen in der Wissenschaft – fachkulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Medialen Berichten über die prekäre Beschäftigung von »geknechteten Betteldozenten« zum Trotz (hierzu etwa Reif 2012), begegnen wir in unserer Studie in der Regel Nachwuchswissenschaftler/-innen, die an den Idealen von Autonomie, Freude und Leidenschaft wissenschaftlicher Arbeit festhalten. Dies ausschließlich auf einen besonderen Berufsethos von kreativen Berufsgruppen zurückzuführen, wie es die neuere Arbeitsforschung tut, erscheint uns als Erklärung nicht ausreichend. Stattdessen lohnt es sich unserer Meinung nach, wissenschaftliche Karrieren auch unter vertrauensanalytischen Gesichtspunkten zu betrachten. Vertrauen ist zwar nicht zwangsläufig die zentrale Semantik, derer sich die Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler bedienen, wenn sie von ihrer wissenschaftlichen Laufbahn *erzählen*, aber sie *erleben* doch ihre eigene wissenschaftliche Karriere vor allem im Kontext von sozialen Beziehungen, in den Vertrauen eine gewichtige Rolle spielt. Dies sind in erster Linie Peer-Kontakte, also Kontakte zu Personen aus dem eigenen beruflichen Umfeld, mit denen man einen regelmäßigen, kontinuierlichen Austausch auf breiter Basis pflegt (personalisierte Beziehungen, unter anderem gemeinsame Freizeitaktivitäten) und mit denen wichtige Informationen geteilt werden bzw. denen sich in Fragen zu Publikations- oder Bewerbungsvorhaben anvertraut wird. Im besten Fall fungieren Peers nicht nur als ideelle Stütze, als Ratgeber, sondern

---

<sup>6</sup> Die Angaben zu den zitierten Interviewpassagen beinhalten die aktuelle Karrierephase, das Fach, das Geschlecht und Alter zum Zeitpunkt des Interviews sowie die Absatznummer für das jeweilige Transkript. Die Auszüge wurden für die Publikation sprachlich vereinfacht und anonymisiert.



auch als »Türöffner« für begehrte Kontakte und Stellen. Hier zeigt sich, dass interpersonales Vertrauen auch als Sozialkapital von den Nachwuchswissenschaftler/-innen bewertet werden kann (zu Vertrauen als Sozialkapital Haug 1997: 16ff.). Peers sind aber auch jene Personen, die – unabhängig von formalen Organisationszugehörigkeiten und konkreten Beschäftigungsbedingungen – eine Vertrautheit mit dem System und damit Zugehörigkeits- und Kontinuitätserleben im Wissenschaftsfeld herstellen. Es ist ein Vertrauen, das im Horizont einer Interaktionsgeschichte und zurückliegender Erfahrungszusammenhänge entsteht (Endreß 2002: 176) und auf einen strukturell unhintergehbaren wechselseitigen Anerkennungsprozess verweist (Endreß 2002: 184).<sup>7</sup>

Vertrauen wird in wissenschaftliche Karrieren vor allem auch innerhalb von *Betreuungsverhältnissen*, wie etwa der Promotion, virulent. Denn für die meisten ist die Entscheidung zur Promotion zunächst einmal eine Entscheidung, die unter Unsicherheit getroffen wird: Ist der/die Betreuer/-in für mein Promotionsthema wie auch für meinen Weg in die Wissenschaft die richtige Wahl, ist er/sie verlässlich, unterstützt er/sie mich fachlich wie persönlich? Sicherlich stellt sich der/die Betreuer/-in ähnliche Fragen: Ist der Nachwuchs in der Lage, eine Dissertation im vereinbarten Zeitraum anzufertigen, hat er/sie das Potenzial zum Wissenschaftler/-in, kann er/sie sich auch langfristig genug motivieren, um kontinuierlich an der Fertigstellung der Dissertation zu arbeiten? Sowohl Nachwuchswissenschaftler/-innen als auch Betreuer/-innen müssen sich wechselseitig Vertrauen gewähren – ähnlich einer wechselseitigen Kreditvergabe (Coleman 1988: 102f.), da sie mit Hoffnungen und Erwartungen an Gegenleistungen in der Zukunft verknüpft ist.<sup>8</sup> Doktorvater oder -mutter nehmen dabei eine Doppelrolle ein: Sie sind sowohl *Adressaten* interpersonales Vertrauens als auch *Generatoren* organisationalen Vertrauens, denn in ihrer Rolle als Professor bzw. Professorin und/oder Vorgesetzte/-r repräsentieren sie immer auch die Führungsebene der Organisation Hochschule, weshalb das Betreuungsverhältnis auch ein Schauplatz bzw. Generator systemischen Vertrauens ist (zur Bedeutung von Vorgesetzten als Initiatoren wie Repräsentanten von Organisationsvertrauen auch Oswald 2010: 69). Wie hoch das Vertrauen des wissenschaftlichen Nachwuchses in seine/ihre Betreuer/-innen ist, zeigt sich auch darin, dass viele der Befragten ihren Professorinnen und Professoren an andere Universitäten gefolgt sind bzw. folgen würden, wenn diese einen Ruf annehmen – auch wenn dies häufig mit hohen Kosten für sie verbunden ist, die teilweise auch offen benannt werden: Doppelte Wohnsitze, Fernbeziehungen und Verlust von Freundschaftsnetzwerken sind hier gängige Stichworte. Der folgende Interviewauszug verdeutlicht die komplexe Gemengelage in der

<sup>7</sup> Martin Endreß schlägt daher vor, systematisch zwischen unterschiedlichen *Modi* des Vertrauens zu unterscheiden, wobei er habituelles Vertrauen, das auf Routinehandlungen des Alltags, also wiederholten sozialen Handlungen beruht, von *reflexivem* Vertrauen unterscheidet, das durch explizite und kalkulierte Risikoüberlegungen und Misstrauensunterstellungen gekennzeichnet ist (vgl. auch Endreß 2012).

<sup>8</sup> Man könnte dieses Verhältnis auch so umschreiben: Der/die Nachwuchswissenschaftler/-in lässt sich auf eine wissenschaftlichen Karriere ein inklusive der damit verbundenen Risiken an finanzieller und/oder beruflicher und/oder privater Unsicherheit, in der Hoffnung auf wissenschaftliche wie persönliche Förderung und Erfolg, die zum Beispiel auch Anschlussbeschäftigung und/oder Karrieresprung bedeuten kann. Der/die Betreuer/-in geht eine hohe individuelle Verantwortung ein, er/sie investiert längerfristig die eigenen knappen Ressourcen (an Zeit und/oder Ausstattungsmittel) mit der Erwartung, dass der Nachwuchs innerhalb des vereinbarten Zeitpunkts sein Promotionsvorhaben erfolgreich abschließt und die eigene wissenschaftliche Reputation vermehrt, zumindest nicht gefährdet.

Nachwuchswissenschaftler/-innen entscheiden, wenn ein Ortswechsel unausweichlich zu werden droht:

Und ja und dann so die große Entscheidung war sozusagen als dann klar war das [Vorname des Professors] einen Ruf nehmen wird und er dann gefragt hat, ob ich mitkommen will nach [Stadtname A] und das war nicht so einfach. Ja es war schon klar, wenn ich in [Stadtname B] bleibe wird die Stelle auslaufen und ich hänge dann von Gutdünken des Nachfolgers ab oder der Nachfolgerin wie es weitergeht. Auf der anderen Seite wollte ich halt [Vorname des Professors] als unmittelbaren Chef auch nicht verlieren, weil er einfach mir dafür ja viel zu wichtig geworden ist und auch in seiner Art der Zusammenarbeit, das passt einfach irgendwie [...] das wollte ich irgendwie nicht aufgeben und dann stand halt zur Debatte der Preis Freundeskreis aufgeben, [Stadtname B] aufgeben das mir in diesen sechs Jahren Studium da auch ans Herz gewachsen ist, was ich irgendwie auch nie gedacht hätte, aber die Freunde vor allen Dingen. (Doktorand BWL, m, 29 Jahre alt: 83-94)

Dennoch zählt unter vertrauensanalytischen Gesichtspunkten aus Sicht des Nachwuchses am Ende nicht der Verlust, sondern der Gewinn. Denn die Fortsetzung des Betreuungs- und/oder Dienstverhältnisses wird als Anerkennung des bisher Geleisteten («als Privileg») und als Vertrauen in die eigene Person bzw. Arbeit/Leistung erlebt. Dies trifft auch dann zu, wenn es sich um Weiterbeschäftigungen mit anderem Umfang und inhaltlichen Anforderungen handelt.

In der sozialen Praxis der Wissenschaft gestalten sich Qualifizierung und Betreuung von Promovierenden nach Disziplinen unterschiedlich. Dies hängt nicht nur von dem Stellenwert der Promotion in einzelnen Fächern ab, sondern auch von der fachspezifischen Organisationsform von Forschung: Während in der Physik die Promotion nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit der Entscheidung für eine wissenschaftliche Karriere ist, und die wissenschaftliche Reputation der Betreuungspersonen wesentlich von der Arbeit des Nachwuchses abhängt, sind in BWL und Geschichte Promotionen zusätzliche Berufsqualifikationen und Themen und Ergebnisse der Dissertation eher lose mit den Arbeitsschwerpunkten der Betreuenden verbunden (Kahlert 2013b: 2). Entsprechend stellt sich das Vertrauensproblem im Rahmen des Betreuungsverhältnisses je nach Fach in unterschiedlicher Weise und es wird, wie wir vor allem in unseren Gruppendiskussionen entnehmen konnten, sehr unterschiedlich gehandhabt: In der Physik wird das Problem der vergleichsweise hohen Vertrauensinvestition in die wissenschaftlichen Fähigkeiten der Doktorand/-innen unter anderem damit gelöst, dass Betreuungsverhältnisse in der Regel auch Dienstverhältnisse sind, die eine andere Kontrolle des Nachwuchses erlauben, als Betreuungsverhältnisse, in denen der Nachwuchs keiner unmittelbaren Beschäftigung an der Universität nachgeht. Üblich sind in einem von uns untersuchten Institut während der Promotionsphase Arbeitsverträge mit kurzer Laufzeit (zum Beispiel wenige Monate oder ein Jahr), die zum Teil der unsicheren Drittmittelfinanzierung geschuldet sind, aber aus Sicht der Nachwuchswissenschaftler/-innen auch als Instrument der Selbst- und Fremdsteuerung sowie der Qualitätssicherung eingesetzt werden: Doktorand/-innen müssen sich während ihrer vertraglich vereinbarten Arbeitszeit bewähren, sonst sinkt die Chance, dass der Betreuende als Dienstherr/-in weiter in die wissenschaftliche Karriere des Nachwuchses investiert. Zudem ist Forschungsarbeit in der Physik sehr viel stärker *gruppenförmig* organisiert: Die Leistungen des Wissenschaftsnachwuchses sind für den/die Betreuer/-in aufgrund der hohen Interaktionsdichte sowie der Apparateabhän-

gigkeit permanent sichtbar und damit überprüfbar.<sup>9</sup> Umgekehrt dienen die regelmäßigen Arbeitstreffen mit der Nachwuchsgruppe aus Sicht der Nachwuchswissenschaftler/-innen als fortlaufender Feedbackmechanismus für das eigene Tun; Betreuung wird so indirekt auf mehrere Schultern verteilt; es entsteht idealerweise so etwas, was man einen »informellen Qualitätszirkel« nennen könnte.

Anders sieht es in der BWL und Geschichte aus: Hier sind zum einen Betreuungsverhältnisse nicht zwangsläufig Dienstverhältnisse – was für die Geschichte stärker zutrifft als für die BWL. Zudem gilt im Vergleich zur Physik in beiden Fächern die Promotion eher als »exklusive« Eintrittskarte in die Wissenschaft und Themen und Ergebnisse werden vielmehr als singuläre Eigenleistung betrachtet, was möglicherweise die wissenschaftliche Bedeutung der Betreuungsperson verringert, den wechselseitigen Bedarf an Vertrauen innerhalb des Betreuungsverhältnisses aber erhöht. Promotionen in der BWL und Geschichte sind – solange sie nicht in strukturierten Großprojekten (zum Beispiel Sonderforschungsbereiche (SFB)) stattfinden – nach wie vor »Individualpromotionen« und damit auch die Betreuungsverhältnisse individuelle Betreuungsverhältnisse. Die von uns befragten Nachwuchswissenschaftler/-innen erleben entsprechend ihr Betreuungsverhältnis zwar stärker als personalisiertes, dafür aber auch viel stärker als informelles, intransparentes Verhältnis: Es fehle zum Teil an klaren Absprachen im Hinblick auf Erwartungshorizont und Beurteilungskriterien, an strukturierten fachlichen Rückmeldungen, häufig aber auch einfach (nur) an regelmäßigen Gesprächen und Treffen. So berichtet uns ein Nachwuchswissenschaftler der Betriebswirtschaft rückblickend über seine Promotionsphase und die Treffen mit seinem Betreuer:

»Er war selten da. Man wusste auch nicht so richtig, wann er wieder da ist, ob er schon wieder weg ist. Das war so ein bisschen so unter uns das geflügelte Wort [...] Über die Promotion haben wir kaum gesprochen, einfach weil er mir inhaltlich ohnehin kein Feedback hätte geben können. Ich hatte einmal eine grobe Gliederung hingeschickt, Exposé, nach dem Motto, ja, okay, können sie machen. Und dann habe ich dann das nächste Gespräch war über den Titel kurz vor Abgabe und dann habe ich abgegeben.« (Postdoc BWL, m, 33 Jahre alt: 24)

Es erscheint naheliegend, dass dies nicht unbedingt das Vertrauen in eine wissenschaftliche Karriere und/oder das eigene wissenschaftliche Tun erhöht (Kahlert 2013b: 3), auch wenn wir dies zum jetzigen Zeitpunkt mit unseren Daten noch nicht belegen können. Andererseits ließe sich misstrauisch fragen, inwiefern diese Erzählung nicht geradezu der *illutio* des wissenschaftlichen Feldes gehorcht, die gängig von einer individuell erbrachten Forschungsleistung ausgeht (vgl. Engler 2001: 444ff.) und diese im Promotionsverfahren auch feststellt, d.h. anerkennbar macht.

---

<sup>9</sup> Dies gilt vor allem für die Experimentalphysik und ist zudem davon abhängig, wie »weit« der jeweilige Arbeitsbereich erforscht ist. Wie in den Interviews zu bedenken gegeben wurde, gibt es auch heute noch Bereiche in der Experimentalphysik, in der kleine Teams oder einzelne Personen einen »Unterschied« machen können.

## Abschließende Bemerkungen

Obwohl die von uns Befragten mit den Bedingungen ihres jeweiligen Feldes vertraut sind und mehrheitlich die Unwägbarkeiten und Zwänge einer wissenschaftlichen Karriere am eigenen Leib erfahren haben, stellen sie ihren wissenschaftlichen Werdegang im Gespräch mit uns nur in Ausnahmefällen als prekär, brüchig und krisenhaft dar. Wir gehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass vor allem zwei Bausteine zur Erklärung dieses Befundes notwendig sind. Erstens leisten die Befragten *biographische Karrierearbeit* und schaffen so auf Basis eines objektiv brüchigen Erwerbsverlaufs eine subjektiv sinnhafte Karriere, die für sie und andere plausibilisiert, warum sie im Wissenschaftsfeld verbleiben, warum sie keinen Plan B ernsthaft verfolgen oder warum sie auf den »Sechser im Lotto« (eine Professur) weiterhin hoffen. Zweitens plädieren wir dafür, *Vertrauen als Erklärungsressource* für die Analyse wissenschaftlicher Erwerbsverläufe und -biographien nutzbar zu machen. Denn sowohl Vertrauen in Personen als auch in Institutionen stellt unseres Erachtens eine wichtige Ressource für den wissenschaftlichen Nachwuchs dar. Die Einbindung in Netzwerke und enge Peer-Kontakte, aber auch Betreuungsverhältnisse können so fehlendes Vertrauen in die Organisation Hochschule kompensieren und eine Inkaufnahme von kurzen Vertragslaufzeiten und Beschäftigungsunsicherheit stützen. Inwiefern daneben »offizielle« hochschulische Reformen der Doktorand/-innenausbildung und neue bildungspolitische Instrumente der Nachwuchsförderung das Vertrauen des Nachwuchses in eine wissenschaftliche Karriere stärken, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus unserer Sicht zumindest eine empirisch offene Frage; denn auch das Gegenteil – der Vertrauensverlust oder gar Misstrauen – könnte der Fall sein, etwa wenn das hochschulische Bestreben nach Transparenz, Standardisierung und Regulierung verhindert, dass interpersonale Vertrauensbeziehungen entstehen, weil diese gerade nicht auf reflexiven professionellen Standards, sondern auf impliziten Loyalitätsunterstellungen basieren.

## Literatur

- Beaufäys, S. 2003: *Wie werden Wissenschaftler gemacht? Beobachtungen zur wechselseitigen Konstitution von Geschlecht und Wissenschaft*. Bielefeld: transcript.
- Bourdieu, P. 1992: *Homo academicus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Burkart, G., Fröhlich, M., Heidel, M., Watkins, V. 2006: Gibt es Virtuosen der Selbstthematization? In: G. Burkart, M. Heidel (Hg.), *Die Ausweitung der Bekenntniskultur – neue Formen der Selbstthematization*. Wiesbaden: VS, 313–337.
- Burren, S. 2010: *Die Wissenskultur der Betriebswirtschaftslehre. Aufstieg und Dilemma einer hybriden Disziplin*. Bielefeld: transcript.
- Coleman, J. S. 1988: *Social Capital in the Creation of Human Capital*. *American Journal of Sociology*, 94. Jg., Supplement: *Organizations and Institutions: Sociological and Economic Approaches to the Analysis of Social Structure*, 95–120.
- Dressel, G., Langeiter, N. 2005: *WissenschaftlerInnen scheitern (nicht)*. In S. Zahlmann, S. Scholz (Hg.), *Scheitern und Biographie. Die andere Seite moderner Lebensgeschichten*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 107–126.
- Dressel, G., Langreiter, N. 2008: *Wissenschaftlich Arbeiten – schneller, höher, weiter? Zum (Un-)Verhältnis von Arbeit und Freizeit in den (Kultur-)Wissenschaften*. In *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitati-*

- ve Social Research, 9. Jg., Heft 1, [www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/313/687](http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/313/687) (letzter Aufruf 28. Oktober 2014).
- Enders, J. 1996: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Ausbildung, Beschäftigung und Karriere der Nachwuchswissenschaftler und Mittelbauangehörigen an den Universitäten. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Enders, J. 2003: Flickwerkkarrieren und Strickleitern in einer prekären Profession. Ein Beitrag zur Nachwuchspolitik an den Hochschulen. In: R. Hitzler, M. Pfadenhauer (Hg.), *Karrierpolitik. Beiträge zur Rekonstruktion erfolgsorientierten Handelns*. Opladen: Leske + Budrich, 253–262.
- Endreß, M. 2002: *Vertrauen*. Bielefeld: transcript.
- Endreß, M. 2012: Vertrauen und Misstrauen. Soziologische Überlegungen. In C. Schilcher, M. Will-Zocholl, M. Ziegler (Hg.), *Vertrauen und Kooperation in der Arbeitswelt*, Wiesbaden: Springer VS, 81–102.
- Engler, S. 2001: »In Einsamkeit und Freiheit.« Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur. Konstanz: UVK.
- Franzmann, A. 2012: Die Disziplin der Neugier. Zum professionalisierten Habitus in den Erfahrungswissenschaften. Bielefeld: transcript.
- Geramanis, O. 2002: *Vertrauen. Die Entdeckung einer sozialen Ressource*. Stuttgart: Hirzel.
- Graeff, P. 1998: *Vertrauen zum Vorgesetzten und zum Unternehmen. Modellentwicklung und empirische Überprüfung verschiedener Arten des Vertrauens, deren Determinanten und Wirkungen bei Beschäftigten in Wirtschaftsunternehmen*. Berlin: Wiss. Verlag.
- Giddens, A. 1996: *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haug, S. 1997: *Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand*. Arbeitspapier Nr. 15 des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung, [www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp2-15.pdf](http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp2-15.pdf) (letzter Aufruf 28. Oktober 2014).
- Hermanowicz, J. C. 1998: *The Stars Are Not Enough: Scientists – Their Passions and Professions*. Chicago: University of Chicago Press.
- Hermanowicz, J. C. 2009: *Lives in Science: How Institutions Affect Academic Careers*. Chicago: University of Chicago Press.
- Kahlert, H. 2013a: *Risikante Karrieren. Wissenschaftlicher Nachwuchs im Spiegel der Forschung*. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich.
- Kahlert, H. 2013b: *Gatekeeping für Chancengleichheit in Hochschule und Forschung: Betreuung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen*. Universität Hildesheim, [www.heike-kahlert.de/images/downloads/Broschuere\\_Gatekeeping\\_2013.pdf](http://www.heike-kahlert.de/images/downloads/Broschuere_Gatekeeping_2013.pdf) (letzter Aufruf 1. Oktober 2014).
- Knorr-Cetina, Karin 1984: *Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: *Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*. Bielefeld: WBV.
- Koppetsch, C. 2006: *Das Ethos der Kreativen. Eine Studie zum Wandel von Arbeit und Identität am Beispiel der Werbeberufe*. Konstanz: UVK.
- Lamont, M. 2009: *How Professors Think. Inside the Curious World of Academic Judgement*. Cambridge, MA.: Harvard University Press.
- Luhmann, N. 1989: *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion von Komplexität*. Stuttgart: Lucius und Lucius.
- Merton, R. K. 1968: The Matthew Effect in Science. *Science*, 159. Jg., Heft 3810, 56–63.
- Metz-Göckel, S., Möller, C., Auferkorte-Michaelis, N. 2009: *Wissenschaft als Lebensform – Eltern unerwünscht? Kinderlosigkeit und Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals aller nordrhein-westfälischen Universitäten*. Opladen: Budrich.

- Oswald, M. E. 2010: Vertrauen in Organisationen. In M. K. W. Schweer (Hg.), Vertrauensforschung 2010: A State of the Art. Psychologie und Gesellschaft 9, 63–85.
- Reif, F. 2012: Wissenschaft prekär: Kettenjobber, Leiharbeiter, Forschungsknechte, [www.spiegel.de/forum/karriere/wissenschaft-prekaer-kettenjobber-leiharbeiter-forschungsknechte-thread-62139-1.html](http://www.spiegel.de/forum/karriere/wissenschaft-prekaer-kettenjobber-leiharbeiter-forschungsknechte-thread-62139-1.html) (letzter Aufruf 23. Oktober 2014).
- Reuter, J., Vedder, G., Liebig, B. 2008: Professor mit Kind. Erfahrungsberichte von Wissenschaftlern. Frankfurt am Main: Campus.
- Strauss, A. L. 1987: *Qualitative analysis for social scientists*, Cambridge, M.A.: Cambridge University Press.
- Strauss, A. L., Corbin, J. 1988/2004: *Weiterleben lernen. Verlauf und Bewältigung chronischer Krankheit*. Bern: Huber.
- Schmeiser, M. 1994: *Akademischer Hasard. Das Berufsschicksal des Professors und das Schicksal der deutschen Universität 1870–1920*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Voß, G. G., Pongratz, H. J. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50. Jahrgang, Heft 1, 131–158.
- Weber, M. 1919/1988: *Wissenschaft als Beruf*. In M. Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr, 582–613.

# Ökonomische Prinzipien im wissenschaftlichen Alltag

## Stetiger Bruch mit wissenschaftlichen Prinzipien?

Anna Schleisiek

*Beitrag zur Veranstaltung »Verstetigte Brüche – Biographien, Projekte und Themenkonjunkturen in der Wissenschaft« der Sektion Wissenschaft- und Technikforschung – organisiert von Martina Franzen, Julian Hamann, David Kaldewey und Marc Torka*

Unterschiedliche Autorinnen und Autoren (beispielsweise Uwe Schimank 2008, Peter Weingart 2008) haben sich in den letzten Jahren mit Positionen zu einer Ökonomisierung von Wissenschaft zu Wort gemeldet, die eine zunehmende Bedeutung ökonomischer Prinzipien im wissenschaftlichen Feld identifizieren und somit einen Bruch mit den dort etablierten Praktiken beschreiben oder befürchten. Sie beziehen sich dabei auf Reformen und Prozesse wie den Bologna Prozess, die Einführung von New Public Management in der Wissenschaft oder das Leitbild der unternehmerischen Hochschule.

Diese Positionen fokussieren zum einen auf die Organisation von Wissenschaft, Exzellenz durch Wettbewerb mittels der Einführung ökonomischer Prinzipien zu erreichen (beispielsweise Sabine Maasen, Peter Weingart 2006; Uwe Schimank, Ute Volkmann 2008; Jürgen Enders, Marc Kaulisch 2005) und zum anderen auf die Verwertung wissenschaftlichen Wissens durch die Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen einerseits und zunehmender Privatisierung andererseits (beispielsweise Jochen Gläser 2003; Henry Etzkowitz 2003; Frank Meier und Andre Müller 2006).

Uwe Schimank und Ute Volkmann (2008) definieren Ökonomisierung allgemein als Vorgang, »[...] durch den Strukturen, Prozesse, Orientierungen und Effekte, die man gemeinhin mit einer kapitalistischen Wirtschaft verbindet, gesellschaftlich wirkmächtiger werden.« (Schimank, Volkmann 2008: 382). Damit einhergeht »... eine Übernahme oder Aufwertung ökonomischer Handlungsprinzipien etwa in der Kunst, im Journalismus, im Gerichtswesen oder eben in den Hochschulen« (Schimank 2008: 622). Bei Ökonomisierung handelt es sich um ein umfassendes Phänomen. Ungeklärt bleibt, wie sich das Eindringen oder Übergreifen ökonomischer Imperative auf den wissenschaftlichen Alltag von Forschungsgruppen auswirkt. Sollten im wissenschaftlichen Alltag ökonomische Prinzipien Eingang finden, stellt sich die Frage, auf welchen Wegen sie Eingang in wissenschaftliche Praxis erhalten, und wie die Akteure mit ihnen umgehen? Geht mit

ökonomischen Prinzipien ein stetiger Bruch mit wissenschaftlichen Prinzipien einher? In meinem Dissertationsvorhaben gehe ich diesen Fragen nach. In diesem Aufsatz werden wissenschaftliche Dienstleistungen als spezifische Praktik von Forschungsgruppen in den Blick genommen. Dazu wird zunächst auf den theoretischen Rahmen der Untersuchung eingegangen, dann das empirische Design und Vorgehen kurz erläutert um schließlich anhand des Beispiels wissenschaftlicher Dienstleistungen auf eine Form ökonomischer Tätigkeit von Forschungsgruppen einzugehen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, warum Gruppen diese ausführen, welche Bedeutung dies für ihre Praxis hat und welche Dynamiken damit einhergehen. Hierzu muss zunächst der Begriff der Ökonomisierung für diese Untersuchung operationalisiert werden. Durch den Prozesscharakter des Begriffs erscheint er für den Blick auf die wissenschaftliche Alltagspraxis nur bedingt geeignet. Stattdessen soll hier von ökonomischen Prinzipien in wissenschaftlicher Praxis die Rede sein.

## Das wissenschaftliche Feld

Wie lässt sich das Eindringen ökonomischer Imperative theoretisch fassen? Pierre Bourdieus Wissenschaftssoziologie stellt einen geeigneten Ansatz dar, ist es ihm mit seiner Feldtheorie doch gelungen, unterschiedliche analytische Ebenen miteinander zu verbinden und sowohl die Struktur- als auch Handlungsdimension in den Blick zu nehmen, da sowohl nach strukturellen Aspekten des Eindringens von ökonomischen Prinzipien, als auch nach dem Umgang mit ihnen gefragt wird.

Mit Pierre Bourdieu lässt sich Wissenschaft als ein (relativ) autonomes soziales Feld beschreiben, das jene Akteure und Institutionen umfasst, die Wissenschaft erzeugen und verbreiten (Bourdieu 1998: 18). Die Struktur des Feldes bestimmt sich dabei durch die Verteilung des wissenschaftlichen Kapitals, einer besonderen Form des symbolischen Kapitals, das in diesem Feld das größte Gewicht besitzt und einem Akteur über die Anerkennung durch gleichgesinnte Wettbewerber im Feld zukommt (Bourdieu 1998: 23).

»Every scientific ›choice‹ – the choice of the area of research, the choice of methods, the choice of the place of publication, the choice, [...] is in one respect – the least avowed, and naturally the least avowable – a political investment strategy, directed, objectively at least, toward maximisation of strictly scientific profit, *i.e.* of potential recognition of the agent's competitor-peers.« (Bourdieu 1999: 22f., Hervorhebung im Original.).

Bourdieu versteht das Handeln wissenschaftlicher Akteure also als ein strategisches Handeln, bei dem sich alle Entscheidungen auf die erfolgreiche Positionierung im wissenschaftlichen Feld richten. Die wissenschaftliche Praxis folgt dabei den feldinternen (Wettbewerbs-) Prinzipien einer anti-ökonomischen Ökonomie, die sich in einer feldspezifischen *Illusio*, dem wissenschaftlichen Interesse, ausdrückt und deren Eigenschaften bspw. Unentgeltlichkeit und Uneigennützigkeit sind. Kennzeichnend für eine anti-ökonomische Ökonomie ist, dass es hier die Uneigennützigkeit ist, die sich für den Akteur auszahlt. Das ökonomische Feld spielt hier eine besondere Rolle, da seine Imperative qua Intrusion in anderen Feldern wirkmächtig werden. Uwe Schimank und Ute Volkmann (2008) erläutern dies.



»Im Unterschied zu Stichwehs Sicht ist »Intrusion« für Bourdieu jedoch erstens sachlich kein teilsystemun-spezifisches Phänomen, sondern ein bestimmtes Teilsystem der modernen Gesellschaft – die kapitalisti-sche Wirtschaft – hat das klare Prä [sic] in Sachen »feindlicher Übernahmen«. Zweitens wird dieser Vorrang zeitlich dadurch unterstrichen, dass es sich dabei nicht nur um eine temporäre, sondern um eine dauerhafte Gelegenheitsstruktur handelt.« (Schimank, Volkmann 2008: 383)

Insofern ist davon auszugehen, dass im Feld der Wissenschaft den Akteuren ökonomische Prin-zipien ebenfalls als Gelegenheitsstruktur gegenüberreten. Die Prinzipien des ökonomischen Feldes, die somit in der Wissenschaft wirkmächtig zu werden scheinen, haben distinkte Eigen-schaften. Sie drücken sich nach Bourdieu als Eigenschaften und Dispositionen einer ökonomi-schen Ökonomie beispielsweise in Kosten-Nutzen-Kalkül, Rationalität, Effizienz, Diszipliniertheit, Berechnung, Kalkulation oder Gewinnorientierung aus. Diese permanente Gelegenheitsstruktur muss allerdings nicht zur Ökonomisierung eines Feldes führen. Vielmehr sieht Bourdieu hier als entscheidende Bedingung an, wie stark die Eigengesetzlichkeit eines Feldes ausgeprägt ist. Die Eigengesetzlichkeit des sozialen Feldes Wissenschaft ist eng mit seiner Autonomie verknüpft. Diese zeigt sich für Bourdieu dann, wenn äußere Zwänge und Einflüsse, denen jedes Feld aus-gesetzt ist, wieder in feldeigene Formen gebracht werden. So schreibt Bourdieu über das wis-senschaftliche Feld: »Eines der sichtbarsten Zeichen der Autonomie des Feldes ist seine Fähig-keit, äußere Zwänge oder Anforderungen zu *brechen*, in eine spezifische Form zu bringen.« (Bourdieu 1998: 19, Hervorhebung im Original.) Im Anschluss an Bourdieu ist ein Bruch mit wis-senschaftlichen Prinzipien somit dann gegeben, wenn Forschungsgruppen Prinzipien eines an-deren Feldes (des ökonomischen) auf Kosten und unter Aufgabe von Prinzipien ihres eigenen Feldes anwenden. Im wissenschaftlichen Feld ist dies etwa dann der Fall, wenn eine öffentliche Forschungseinrichtung die Geheimhaltung von Forschungsergebnissen mit einem industriellen Kooperationspartner vereinbart, um die Interessen des Kooperationspartners zu schützen und somit auch auf die Möglichkeit einer Veröffentlichung von Forschungsergebnissen verzichtet. Dadurch wird mit dem öffentlichen Charakter von Wissenschaft gebrochen und die Möglichkeit wissenschaftlichen Fortschritts eingegrenzt. Für die im vorliegenden Aufsatz betrachteten For-schungsgruppen stellt sich deshalb die Frage, welche ökonomischen Prinzipien in ihrer Praxis zum Ausdruck kommen und in welchem Verhältnis diese zu wissenschaftlichen (feldeigenen) Prinzipien und Praktiken stehen. Denn hier soll nicht das Vorhandensein von ökonomischen Prinzipien allein als entscheidend für eine mögliche Ökonomisierung angesehen werden, son-dern viel mehr die Art und Weise in der die Akteure mit ihnen umgehen.

## Die Studie: Empirisches Design und Vorgehen

Es ist davon auszugehen, dass sich ökonomische Praktiken je nach wissenschaftlicher Disziplin und Organisationsform unterschiedlich ausdrücken. Dem werde ich am Beispiel von For-schungsgruppen in der Materialwissenschaft und Werkstofftechnik nachgehen. In diesem inge-nieurwissenschaftlich geprägten Feld stellen Industriekooperationen eine etablierte Praxis dar. Die Akteure sind deshalb häufig dazu aufgefordert, Interessen von Forschungspartnern aus der Industrie, die aus deren Positionierung im ökonomischen Feld resultieren, mit ihren eigenen,

auf das wissenschaftliche Feld gerichteten Interessen zu vereinbaren. Da in diesem Feld Forschungslinien von Gruppen verfolgt werden, die arbeitsteilig und interdisziplinär arbeiten (Hentschel 2011), erscheinen sie als geeignete Größe, um ökonomische Prinzipien in ihrer Rolle für die wissenschaftliche Praxis zu beobachten.

Das Forschungsinteresse richtet sich hier auf die Alltagspraxis in Forschungsgruppen, was ein qualitatives Vorgehen nahe legt (beispielsweise Flick et al. 2005, Lamnek 2005). Da unterschiedliche organisationale Kontexte wissenschaftlicher Praxis untersucht werden sollten, wurde ein komparativer Fallstudienansatz gewählt. Das empirische Vorgehen orientiert sich dabei an den Vorschlägen zur Fallstudienanalyse von Robert K. Yin (2003) und Kathleen M. Eisenhart (1989). Die empirischen Arbeiten fanden in zwei Phasen statt: In einer Vorphase fand zunächst eine Annäherung an das Feld statt. Hier kamen statistische Erhebungen zu Forschungsgruppen und Institutionen im Feld zum Einsatz, ebenso wie ein Experteninterview, mit deren Hilfe die zu untersuchenden Forschungsgruppen ausgewählt wurden. Ziel war es einen größtmöglichen Kontrast im Hinblick auf die Organisationsstruktur der einzelnen Fälle abbilden zu können. Deshalb wurden drei Forschungsgruppen ausgewählt, die bei unterschiedlichen öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen ansässig sind. Eine Gruppe ist Teil der Fraunhofer Gesellschaft, eine der Max-Planck Gesellschaft und eine Gruppe an einer Universität angesiedelt. In der zweiten Phase wurden Dokumentenanalysen und teilstrukturierte Interviews eingesetzt, mit deren Hilfe die Fälle rekonstruiert wurden. Das empirische Material wurde dabei in Anlehnung an das thematische Kodieren (Flick 2008: 402ff.) ausgewertet.<sup>1</sup>

Die Interviews wurden mit möglichst allen Mitgliedern der jeweiligen Forschungsgruppe geführt, also mit den wissenschaftlichen und technischen Mitgliedern sowie mit den Angehörigen der Leitungsebene.

Hierbei wurden Dimensionen wissenschaftlicher Praxis identifiziert, in denen ökonomische Prinzipien beobachtbar sind. Diese wurden dann in fünf Gruppen zusammengefasst. Diese fünf Gruppen umfassen das Selbstverständnis der Gruppe, ihr Umgang mit wissenschaftlichem Wissen, ihre Ressourcen und ihr Möglichkeitsraum, ihre Themensetzung und Forschungsplanung sowie ihre interne Steuerung. Dienstleistungen, die hier fokussiert werden, sind dabei eine Dimension der Gruppe »Ressourcen und Möglichkeitsraum«.

## Die Rolle wissenschaftlicher Dienstleistungen für Forschungsgruppen

Hier sollen Dienstleistungen als ein Beispiel für ökonomische Prinzipien im wissenschaftlichen Alltag fokussiert werden. Sie verdeutlichen die ambivalente Rolle, die ökonomische Prinzipien für die Alltagspraxis von Forschungsgruppen spielen können. Auf Basis der Fallstudien lassen sich einige allgemeine Eigenschaften von Dienstleistungsprojekten in der Materialwissenschaft

---

<sup>1</sup> Insgesamt wurden 17 Interviews und ein Experteninterview geführt sowie 151 Dokumente als relevant ausgewählt. Interviewt wurden nach Möglichkeit alle Mitglieder einer Forschungsgruppe. Auf die einzelnen Fälle entfielen dabei: Fünf Interviews in der Gruppe der Fraunhofer Gesellschaft und je sechs Interviews in den Gruppen der Max-Planck-Gesellschaft und der Universität. Bei den Dokumenten entfielen 55 auf die Fraunhofer Gesellschaft, 71 auf die Max-Planck-Gesellschaft und 25 auf die Universität.

und Werkstofftechnik benennen: Mit Dienstleistungen ist in der Regel kein wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn verbunden, denn es handelt sich um Mess- und Prüfverfahren, die von den Forschungsgruppen für konkrete Problemstellungen von Unternehmen gegen Entgelt angeboten und professionalisiert abgewickelt werden. Dienstleistungsprojekte gehen von einem Auftraggeber aus, dies sind meist kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Dabei sind sie in Hinblick auf Zeit und Ressourcen definiert und mit einer vorgegebenen Fragestellung verbunden. Sie haben einen kurzen Vorlauf und bieten deshalb keine Planungssicherheit für die Gruppen. In der Regel bestehen sie aus routinierten Tätigkeiten bei denen auf vorhandene Ressourcen (Geräte, Know-How) zurückgegriffen wird. Gleichwohl gehören sie zur etablierten Praxis im untersuchten Feld, da sie es vor dem Hintergrund der Ressourcenverknappung in der öffentlichen Wissenschaft Forschungsgruppen erlauben, zusätzliche Mittel einzunehmen. Die hierdurch eingenommenen finanziellen Mittel sind in der Regel unabhängig, rein zusätzliche Mittel für die Gruppe und müssen, anders als andere Drittmittel, nicht durch einen Eigenanteil mitfinanziert werden. In diesem Sinne stellen sie für Gruppen aus diesem Feld eine Gelegenheitsstruktur dar, die anderen Akteuren, insbesondere aus geistes- oder sozialwissenschaftlichen Feldern, nicht zur Verfügung stehen. Neben den zusätzlichen Mitteln können sie allerdings auch eigene Dynamiken in die wissenschaftliche Praxis einbringen. Im Folgenden wird die Rolle von Dienstleistungsprojekten für die wissenschaftliche Praxis der drei untersuchten Forschungsgruppen genauer beleuchtet.

## Die Forschungsgruppe der Fraunhofer Gesellschaft

Die Fraunhofer Gesellschaft (FhG) verschreibt sich dem Ziel, Forschung zum »... unmittelbaren Nutzen für die Wirtschaft und zum Vorteil für die Gesellschaft.« (FhG 2003: 5) zu betreiben. Der gesellschaftliche Vorteil soll durch die Unterstützung der Wirtschaft entstehen. Dies wird in der Praxis durch direkte Aufträge aus der Industrie, z. B. in Form von Forschungsdienstleistungen im Messbereich, realisiert, ebenso wie durch öffentlich geförderte Forschungsprojekte unter Industriebeteiligung. Diese Ziele werden organisationsintern durch explizite Zielvorgaben bis auf die Ebene der Mitarbeitenden durchgesetzt, zum Beispiel als Teil von Zielvereinbarungen. Forschungsdienstleistungen sind fester Bestandteil des Angebots der FhG. So heißt es zum Beispiel bei der Vorstellung des Leistungsangebots der FhG zu Prüfung und Zertifizierung: »Im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen können Sie auch die Dienste akkreditierter Prüflabors in Anspruch nehmen und sich die Einhaltung verbindlicher Normen bestätigen lassen, z. B. Prüfdienste.« (FhG 2015).

Bei der Gruppe der FhG handelt es sich um eine große<sup>2</sup>, anwendungsorientiert forschende Gruppe, die sich als finanziell gut ausgestattet wahrnimmt. Mitarbeitende sind vor allem wissenschaftliche Mitarbeitende (promoviert und nicht promoviert), Doktoranden und Post-Docs. Die Gruppe unterscheidet in ihrer Praxis zwischen öffentlichen und privaten Projekten. Private Projekte werden durch Unternehmen finanziert oder mindestens ko-finanziert und haben einen

---

<sup>2</sup> Um der Anonymisierung der Fälle gerecht zu werden, wurde die Größe der Forschungsgruppen in folgender Weise verallgemeinert: Kleine Gruppen umfassen bis zu fünf, mittlere Gruppen bis zu zehn und große Gruppen mehr als zehn wissenschaftliche Mitarbeitende.

unterschiedlich starken Dienstleistungscharakter. Die Bandbreite reicht von Mess- und Prüfaufträgen bis zu anspruchsvollen Problemlösungen. Die privaten Projekte machen etwa ein Drittel der Tätigkeiten der Gruppe aus. Öffentliche Projekte sind öffentlich finanziert; sie stellen den übrigen Teil der Tätigkeit der Gruppe dar.

Die in Projekten mit Unternehmensbeteiligung akquirierten Mittel sind wichtiger Bestandteil zur Erreichung der übergeordneten Zielvorgaben der FhG, wie in der Beschreibung des wissenschaftlichen Mitarbeiters Förster deutlich wird:

»Akquisition ist ein großes Aufgabengebiet, denn die Randbedingung ist, am Jahresende wird abgefragt: Hast du den vereinbarten/ es gibt ja jedes Jahr Zielvereinbarungen mit dem Geschäftsfeld und den Gruppenleitern, die dann messbar sind oder die, an denen gemessen wird. Ist das Ziel erreicht oder nicht? Und das Hauptziel ist, wie hoch ist der Industrieertragsanteil.« (Förster Abs. 36<sup>3</sup>).

An Dienstleistungsprojekten sind alle Gruppenmitglieder sowohl in Projektmanagement und Koordination als auch an der Durchführung beteiligt. Die Außendarstellung der Gruppe ist auf solche Anfragen hin ausgerichtet, zum Beispiel indem auf der eigenen Homepage Verweise auf Ansprechpartner oder Darstellung von Prüfungen und Messungen die durchgeführt werden können, gegeben werden. Die hier erlösten Mittel werden für die Finanzierung von Stellen ebenso wie für die Anschaffung von Geräten genutzt. Charakteristisch für diese Projekte ist weiterhin, dass in ihnen nicht veröffentlicht wird und Geheimhaltung übliche Praxis ist.

»Aber so bei direkten Industriekontakten oder Industriaufträgen ist es ja eigentlich zu 90 Prozent schon gewünscht, dass das jetzt nicht publik unbedingt gemacht wird. [...] Aber sonst werben wir grundsätzlich mit Verschwiegenheit, also auch wenn das jetzt vom Kunden nicht so gesagt wurde, also die Berichte, da steht meistens, sind meistens vertrauliche Berichte, also die werden nicht veröffentlicht.« (Hauser Abs. 129)

Auftraggeber von Dienstleistungen werden als Kunden verstanden. Der wissenschaftliche Mitarbeiter Bach sagt dazu: »Also wir wollen es uns in der Regel nicht leisten, irgendwelche Kunden abzuweisen und zu sagen, das machen wir nicht.« (Bach Abs. 100). Mit dieser »kundenorientierten« Ausrichtung geht einher, dass sich die Gruppe in der Rolle eines Dienstleisters sieht, der sich auch inhaltlich an die Wünsche seiner Kunden anpasst. Besonders deutlich wird dies durch das professionelle Qualitätsmanagement der Gruppe. Die Zertifizierung des Instituts nach ISO 9001 für Qualitätsmanagement hat weitreichende Folgen für die Arbeitsabläufe der Gruppe. Der wissenschaftliche Mitarbeiter Förster erzählt wie es zur Zertifizierung kam: »Das war eigentlich ganz einfach, weil die Anfragen aus der Industrie kamen: Seid Ihr überhaupt zertifiziert?« (Förster Abs. 190). Auf Anfrage der Kunden hin hat sich das Institut nach ISO 9001 zertifizieren lassen. Dadurch wurden Arbeitsprozesse restrukturiert und standardisiert, wie der wissenschaftliche Mitarbeiter Hauser beschreibt:

»Es hat die Arbeitsweise insofern verändert, dass es ein bisschen mehr Struktur bekommen hat, also mehr Struktur, ich meine jeder hat früher seine eigene Struktur gehabt. [...] Mittlerweile sollte es so sein, wenn man ausfällt – aus welchen Gründen auch immer – ein Kollege sollte anhand des Ordners im Prinzip nachvollziehen können was gemacht wurde. Er sollte eigentlich ohne Probleme – unter Anführungszeichen – da weiter arbeiten können oder entsprechende Auskünfte erteilen können.« (Hauser Abs. 71)

---

<sup>3</sup>Zur besseren Lesbarkeit wurden alle Zitate sprachlich geglättet. Weiterhin wurden alle Namen der Interviewten durch Pseudonyme ersetzt. Die Veröffentlichung der Interviews ist im Rahmen meiner Dissertation geplant.

Die Tätigkeiten der Gruppe wurden effizienter gestaltet und an die Anforderungen der Kunden, die sich wiederum aus deren Wettbewerbsbedingungen im Markt ergeben, angepasst. Durch Geheimhaltung und Zertifizierung hat sich die Gruppe in ihrer Praxis an die Interessen ihrer unternehmerischen Auftraggeber angepasst. Dies entspricht auch der Mission der FhG, die schließlich Forschung zum Nutzen der Wirtschaft fordert. Die Dienstleistungen der Gruppe wurden insbesondere durch die Zertifizierung passförmig zu industriellen Produktionsprozessen der Auftrag gebenden Unternehmen gestaltet. Die wissenschaftliche Praxis wird so an die Anforderung des ökonomischen Feldes angepasst.

Die Anforderungen die eigentlich einem wissenschaftlichen Feld zugeschrieben werden – wie etwa die Behandlung wissenschaftlichen Wissens als öffentliches Gut durch dessen Veröffentlichung – werden hier zugunsten einer Orientierung an ökonomischen Zielen – insbesondere die Steigerung des Industrieertragsanteils – zurückgestellt. Für diesen Fall lässt sich also eine klare Orientierung an außerwissenschaftlichen, hier ökonomischen, Zielen beobachten. Dabei fällt auf, dass es unter anderem die Forschungsorganisation ist – hier die FhG –, die diese Ziele adaptiert und als interne Vorgaben an die Forschungsgruppe weitervermittelt. Die Praxis der Gruppe der Max-Planck-Gesellschaft stellt hierzu einen maximalen Kontrast dar, wie im Folgenden deutlich wird.

## Die Forschungsgruppe der Max-Planck-Gesellschaft

Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) verschreibt sich als »persönlichkeitsorientierte Forschungsorganisation« der Förderung von »Spitzenforschung« über die Ausrichtung an »Forscherpersönlichkeiten« (MPG 2011). Das Ziel, eine internationale Spitzenposition im jeweiligen Forschungsfeld zu erreichen, ist für sie vorrangig. Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung werden dabei als Werte betont (MPG 2010). Dies wird über wissenschaftliche Qualitätskontrollen bei Besetzungen und in regelmäßigen Evaluationen etabliert. Die Forschungsgruppe der Max-Planck-Gesellschaft ist eine mittelgroße Gruppe, die Grundlagenforschung mit Anwendungsbezug betreibt. Die inhaltliche Ausgestaltung orientiert sich am wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse. Im Alltag der Gruppe lassen sich vor allem innerwissenschaftliche Orientierungen, wie etwa der Erkenntnisgewinn, als handlungsleitend beobachten. Professor Weiss, der Direktor der Abteilung, beschreibt die Prioritäten seiner Forschungsprogramme: »Bei uns in den Programmen ist zunächst mal von ganz großem Vorrang einfach der eigene Erkenntnisgewinn. Und dann muss man sein eigenes Fachgebiet eben gut kennen und selber sich eine Meinung entwickeln, wo man selber doch gewisse Rätsel vermutet. Wir wollen letztendlich Rätsel lösen.« (Weiss Abs. 15). Die Gruppe positioniert sich im wissenschaftlichen Feld im Bereich anwendungsorientierter Grundlagenforschung. Die Gruppe nimmt ihre Ausstattung mit Ressourcen als sehr gut wahr. Dienstleistungen werden hier explizit abgelehnt, was auch in der Haltung von Professor Weiss deutlich wird: »Dass wir so etwas nicht machen und auch nicht machen werden, hat schlichtweg damit was zu tun, dass wir kein Dienstleistungsunternehmen sind.« (Weiss Abs. 76). Diese Position zeigt sich auch in den Vorgaben der MPG. Bei der Fraunhofer Gruppe haben wir gesehen, dass Dienstleistungen in der Regel Publikationen ausschließen oder modifizieren und Geheim-

haltung mit sich bringen. Von der MPG werden solche Einschränkungen abgelehnt, so heißt es ihren »Leitlinien für den Wissens- und Technologietransfer« (MPG 2002):

»Nicht zulässig sind Vereinbarungen, wodurch Publikationen, die aus der hauptamtlichen Tätigkeit am Institut resultieren, unterdrückt, verkürzt oder unsachlich verzögert würden. Unsachlichkeit liegt dann vor, wenn das Tun oder Unterlassen zum Wohle des Wirtschaftsunternehmens geschieht und Nachteile der Max-Planck-Gesellschaft in Kauf genommen werden würden.« (MPG 2002: 4)

Die Gruppe folgt in ihrer Praxis dieser Vorgabe, wie der Gruppenleiter Dr. Bauer deutlich macht: »Also ein Projekt, bei dem es von vorneherein heißen würde sozusagen, ihr dürft gar nichts veröffentlichen, da würden wir dann letzten Endes auch aus wissenschaftlicher Sicht eben sagen, gut dann können wir das auch nicht machen. Da haben wir nichts von, das ist für uns letzten Endes dann auch irgendwo vertane Zeit.« (Bauer Abs. 76-77).

Innerwissenschaftliche Zielsetzungen, wie die Beteiligung am wissenschaftlichen Wettbewerb über Veröffentlichungen, sind für diese Gruppe nicht verhandelbar. Kooperationen mit der Industrie sind zwar auch möglich, allerdings nur zu den Bedingungen der Gruppe. Wesentliche Eigenschaften von Projekten mit Dienstleistungscharakter, wie routinierte Tätigkeiten, Fragestellungen des Auftraggebers und Geheimhaltungsaufgaben, erscheinen den Gruppenmitgliedern als mit ihrer Praxis unvereinbar. Die Gruppe verfügt über eine Position, in der sie weder durch ihre Organisation zu Projekten mit Dienstleistungscharakter aufgefordert, noch aus ökonomischen Gründen zu ihnen gedrängt wird. Es gibt für sie also keinen Anlass mit wissenschaftlichen Prinzipien zu brechen und sich auf die Gelegenheitsstruktur der Dienstleistung einzulassen. Die Praxis der Gruppe ist stark an wissenschaftlichen Prinzipien orientiert. Gegenüber Praktiken, die auf das ökonomische Feld ausgerichtet sind und insbesondere gegenüber Dienstleistungen, findet eine klare Abgrenzung statt.

## Die Forschungsgruppe an der Universität

Die Orientierungen der vorherigen Fälle lassen sich als zwei Extrempositionen beschreiben, wobei die starke Dienstleistungsorientierung und schwache Bindung an innerwissenschaftliche Ziele der Gruppe der Fraunhofer Gesellschaft das eine und die starke Bindung an innerwissenschaftliche Ziele und die Ablehnung von Dienstleistungen der Gruppe der Max-Planck-Gesellschaft das andere Extrem darstellen. Die Praxis der dritten Gruppe lässt sich nun gerade zwischen diesen beiden Extremen verorten, denn sie zeichnet sich durch ein Sowohl-Als-Auch beider Orientierungen aus.

Bei der Gruppe der Universität handelt es sich um einen Lehrstuhl an einer jungen Universität. Die mittelgroße Gruppe betreibt anwendungsorientierte Grundlagenforschung. In der Gruppe arbeiten akademische Mitarbeitende sowie Doktorandinnen und Doktoranden und Technikerinnen und Techniker. Die Gruppe ist dabei in zwei Teile geteilt, in die Dienstleistungsabteilung »MessPrüf«<sup>4</sup> und in einen wissenschaftlichen Teil, in dem die Forschung und Lehre der

<sup>4</sup> Der Name der Abteilung wurde durch das Pseudonym »MessPrüf« ersetzt, um die Anonymisierung der Gruppe zu gewährleisten.

Gruppe organisiert ist. Die finanzielle Grundausstattung der Gruppe wird von ihr als prekär wahrgenommen. Fast sämtliche Mitarbeitende müssen über Drittmittel finanziert werden. Als strategisches Ziel des Forschungshandelns wird die Positionierung im wissenschaftlichen Feld angestrebt, was über prestigeträchtige Forschung realisiert werden soll. Der Lehrstuhlinhaber sieht vor allem in der öffentlichen Forschungsförderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft das geeignete Mittel, um dies zu erreichen. Die Voraussetzungen, um hier erfolgreich zu sein, werden als hoch wahrgenommen. Ein kritischer Aspekt in diesen Begutachtungen ist die Ausstattung der Gruppe. Der wissenschaftliche Mitarbeiter Reiter beschreibt dies in der Begutachtung durch die DFG: »Die gucken ja auch, was haben die denn für eine Ausstattung: ›Der sagt jetzt, der will [Typ von Versuch] machen, kann der das überhaupt, hat der da schon mal was gemacht in dem Gebiet?« (Reiter Abs. 109). Als notwendige Ausstattung werden mit teuren Geräten ausgestattete Labore gesehen. Die Finanzierung solcher Geräte ist für die Gruppe nicht durch ihre Grundfinanzierung gedeckt. Der Lehrstuhlinhaber Professor Weber beschreibt dies als Bereich der Praxis, für den die Gruppe eigenständig Mittel akquirieren muss. »Aber sie können langfristig so große teure Labors eigentlich nur betreiben, in dem sie selbst dafür sorgen, dass die Geräte auch kommen.« (Weber Abs. 200) An dieser Stelle wird deutlich, dass in diesem Feld Geräte eine zentrale Rolle spielen. Geräte stellen hier offenkundig einen elementaren und sogar notwendigen Bestandteil des wissenschaftlichen Kapitals dar – weshalb hierfür der Begriff des technischen Kapitals eingeführt wird. Charakteristisch ist für dieses Kapital, dass es ökonomisches Kapital voraussetzt (und zusammen mit diesem Voraussetzung für wissenschaftliches Kapital wird). Wichtig ist, dass der dritten Forschungsgruppe das nötige ökonomische Kapital nicht als Grundfinanzierung zur Verfügung steht. Die hierfür nötigen zusätzlichen Mittel werden deshalb von der Gruppe über Dienstleistungen erzielt.

Am Lehrstuhl wurde hierfür eigens die Abteilung »MessPrüf« aufgebaut: »»MessPrüf« wurde gegründet, um innerhalb der Hochschule kompetent, schnell und flexibel als Serviceanbieter von der reinen Messwertermittlung bis hin zur Bauteiloptimierung für Industriepartner reagieren zu können.« (Homepage »MessPrüf«).<sup>5</sup> Die Beschreibung als Serviceanbieter und die Verweise auf Schnelligkeit und Flexibilität machen die Orientierung der Abteilung an den Anforderungen des Marktes deutlich. Hier sind ein wissenschaftlicher Mitarbeiter, ein Techniker sowie studentische Hilfskräfte dauerhaft beschäftigt. Die wissenschaftlichen Mitarbeitenden der untersuchten Gruppe sind an dieser Praxis nicht beteiligt, sie widmen sich Forschungsprojekten, Qualifizierungsarbeiten und der Lehre. Diese Abteilung ist von wissenschaftlichem Bereich personell und organisatorisch klar abgetrennt aber Teil des Lehrstuhls, keine Ausgründung. In dieser Abteilung werden Mess- und Prüfaufträge abgearbeitet, es gibt keine Publikationen und Geheimhaltungsvereinbarungen sind üblich.

»Sie haben es angesprochen, ›MessPrüf« hier im Haus, das sind die Industriedaten und da versteht sich eigentlich von selbst, dass da keine Ergebnisse nach außen getragen werden. Weil letzten Endes ist das ein Maß der Qualitätskontrolle, die wir für die Unternehmen durchführen. Wenn das natürlich nach draußen sickert, wird das entsprechend ungünstig für uns, als auch für das Institut. « (Karl Abs. 125)

---

<sup>5</sup> Aus Gründen der Anonymisierung wird hier auf die Quellenangabe verzichtet, da mit ihr die Identität der Gruppe preisgegeben würde.

Anders als bei der Gruppe der Fraunhofer Gesellschaft schränkt das aufgrund der Arbeitsteilung zwischen Dienstleistungsabteilung und übrigen Lehrstuhl die Publikationspraxis der wissenschaftlichen Mitarbeitenden der Gruppe nicht ein.

»Das ist eben unser Pfund mit dem wir wuchern können, also wir sind von der Ausstattung so gut, dass wir manche Sachen machen können, die andere eben nicht können. Na, also wir haben so viele [Prüfgerät Y] dass wir die ganze Palette abdecken und dann, die fachliche Kompetenz ist einfach dahinter. Und das ist auch der, ist einer der Gründe warum wir viele Kunden haben, die schon langjährig bei uns sind. Ein anderer Grund ist natürlich auch dadurch, dass wir quasi unabhängig sind.« (Reiter Abs. 39)

Für die Arbeiten wird auf die Ausstattung und das Know How zurückgegriffen, die ohnehin am Lehrstuhl vorhanden sind. So gehört das für die Durchführung der Dienstleistung notwendige Wissen zum Basiswissen, das Studierende zu Beginn ihres Studiums am Lehrstuhl erwerben. Außerdem kann die Abteilung von der Unabhängigkeit des Lehrstuhls profitieren, die als attraktiv für Auftraggeber wahrgenommen wird. Mit ihren Aktivitäten ist die Abteilung Teil eines Marktes für entsprechende Dienstleistungen, an dem auch die FhG Gruppe teilnimmt. Der Oberingenieur Seeberg sagt dazu:

»Wir haben uns auch so ein kleines Standbein aufgebaut, wir sind zum Beispiel für eine Firma die Institution, die für ganz Europa, die für die Zulieferer da verantwortlich ist und vermisst. Also wir haben da schon einen gewissen Marktanteil, der auch einen ständigen gewissen Umsatz bringt, der ein bisschen Routine hat, aber der Rest ist – wie gesagt – das ist nicht planbar. Tagesgeschäft.« (Seeberg Abs. 65).

In den Interviews wurde jedoch auch deutlich, dass diese Strategie zu Abhängigkeiten der Gruppe führt, denn diese zusätzlichen Mittel sind mittlerweile für den Erhalt des Lehrstuhls in seiner jetzigen Größe so entscheidend, das auf sie nicht mehr verzichtet werden kann: »Es hat sich herausgestellt, dass wir mit den Möglichkeiten, die wir hier haben, doch im Dienstleistungssektor relativ gut Geld verdienen können, was wir auch immer mehr mussten, um bei der Größe, die wir haben, bestehen zu können.« (Seeberg Abs. 23). Da es sich bei den Mess- und Prüfaufträgen um kurzfristig schwer planbare Projekte handelt, ist Planbarkeit nur über eine gute Position am Markt und eine damit einhergehende solide Auftragserwartung möglich. Die Gruppe sieht sich in Folge dessen in Abhängigkeit von der Nachfrage nach diesen Dienstleistungen. Ebenso wie die Fraunhofer Gruppe ist die Gruppe mit der Anforderung von Kunden konfrontiert, eine Zertifizierung einzuführen. Anders als bei der großen Forschungsorganisation Fraunhofer, wird dies jedoch als unüberwindbare Hürde für den Lehrstuhl wahrgenommen und birgt ein Dilemma. Hierzu der Oberingenieur Seeberg:

»Weil alle, denen wir eine Dienstleistung anbieten, mittlerweile nach irgendeinem Zertifikat fragen. Und ich weiß gar nicht, wie man es organisieren kann in der Hochschule. [...] Das kommt auf uns zu, wir werden irgendwann aus wirtschaftlichen Gründen einfach nicht mehr anders können.« (Seeberg Abs. 87).

Die Zertifizierung des Qualitätsmanagements ist sehr aufwendig. Sie ist nicht nur kostspielig, sondern durch die mit ihr verbundenen Dokumentations- und Überprüfungsanforderungen von einer mittelgroßen Universitätsgruppe kaum zu realisieren. So wird von der Gruppe geschätzt, dass in diesem Rahmen beispielsweise eine weitere Person hierfür angestellt werden müsste. Wenn Seeberg also von der Unausweichlichkeit der Zertifizierung und seiner Hilflosigkeit ihr gegenüber spricht, wird deutlich, dass die bisher für die Gruppe erfolgreiche Strategie von Dienstleistungsaufträgen zur Finanzierung gefährdet ist. Durch ihre Abhängigkeit vom Markt



der Dienstleistungen, der ökonomischen Gesetzen folgt, ist es fraglich ob diese Strategie auch in Zukunft erfolgreich ist, sie ist inhärent prekär.

Es wird deutlich, dass die Gruppe die Gelegenheitsstruktur Dienstleistung vor allem ergreift, um vor dem Hintergrund knapper Ressourcen ihren Handlungsspielraum zu erweitern und ihr Ziel, erfolgreiche Forschung zu betreiben, zu erreichen. Durch die arbeitsteilige Organisation von Dienstleistungen schafft sie sich einen Bereich, der statt wissenschaftlichen ökonomische Zielsetzungen verfolgt, ohne jedoch die Verfolgung wissenschaftlicher Ziele aufgeben zu müssen. Allerdings bleibt diese Strategie prekär, da die Gruppe als Teilnehmerin am Markt der Dienstleistungen den dort geltenden Regeln ausgesetzt ist. Hierzu zählt eine Nachfrage nach Zertifizierung, denen sich der Lehrstuhl nicht unbegrenzt entziehen kann.

## Ein stetiger und unvermeidbarer Bruch?

Es wird also deutlich, dass Dienstleistungen eigene Dynamiken in die Forschungspraxis hineinbringen, und zwar die des ökonomischen Feldes, in das die Gruppen mit ihrem Angebot an Dienstleistungen eintreten. So lassen sich unterschiedliche Konfliktfelder, bzw. Brüche mit wissenschaftlicher Praxis (oder dem anti-ökonomischen Charakter von Wissenschaft) beobachten: Beide Gruppen, die Dienstleistungen anbieten, passen sich an Bedingungen industrieller Produktion an. Sei es, indem wissenschaftliches Wissen privatisiert und geheim gehalten wird – was auch für eine Karriere in der Wissenschaft der Gruppenmitglieder problematisch ist – oder sei es durch Restrukturierung und Standardisierung von Arbeitsprozessen im Rahmen einer Zertifizierung nach ISO 9001. Die Strategie, auf Dienstleistung zu bauen, um das eigene Überleben zu sichern, ist weiterhin prekär, da Aufträge kurzfristiger und nur begrenzt planbarer Natur sind. Somit müssen die Gruppen permanent diese Praxis aufrechterhalten.

Am Beispiel der Universitätsgruppe wird besonders deutlich, dass in diesem wissenschaftlichen Feld zum wissenschaftlichen Kapital auch ein technisches gehört. Geräte stellen hier eine Voraussetzung für hochreputierte Forschung dar. Bei knapper Ausstattung, wie es bei der Universität der Fall ist, muss erst ökonomisches Kapital für die Anschaffung von Geräten beschafft werden. Ohne die Geräte wäre die Gruppe nicht in der Lage, aussichtsreich am wissenschaftlichen Spiel im Feld teilzunehmen. Dies zeigt, dass ökonomisches Kapital hier als ermöglichende Ressource eine wichtige Rolle spielt, ohne die das wissenschaftliche Spiel in Zeiten knapper Ressourcenausstattung insbesondere für Universitätsgruppen wenig aussichtsreich ist.

Wissenschaft lässt sich zwar als anti-ökonomische Ökonomie charakterisieren, aber ökonomisches Kapital ist in Zeiten knapper Kassen oder auch immer teurerer Forschungsvorhaben immer wichtiger. Dies ist nicht neu, durch Knappheit wird aber der Bedarf intensiver und die Nähe zum ökonomischen Feld größer. Wissenschaftliche Dienstleistungen stellen ein Beispiel für eine auf das ökonomische Feld zurückgehende Gelegenheitsstruktur dar, die von wissenschaftlichen Akteuren ergriffen wird und sei es paradoxerweise um am wissenschaftlichen Wettbewerb erst teilnehmen zu können. Mit diesem Beispiel soll allerdings auch deutlich werden, dass wissenschaftliche Praxis durch sie gefährdet wird. Mit ihnen werden Praktiken etab-

liert, die mit den Regeln des Feldes brechen, sei es durch eine zunehmende Privatisierung von wissenschaftlichem Wissen (Tätigkeitsbereich in denen Veröffentlichungen unterbleiben und modifiziert werden, Geheimhaltungsvereinbarungen) oder durch Anpassung von Praktiken an Bedürfnisse des Marktes (über Zertifizierungen). Ist also unter der Voraussetzung schlechter Ausstattung von Wissenschaft der Bruch mit den Regeln des Feldes nahezu unvermeidliche Voraussetzung für ambitionierte wissenschaftliche Arbeit?

## Literatur

- Bourdieu, P. 1998: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P. 1999: The Specificity of the Scientific Field and the Social Condition of the Progress of Reason. In M. Biagioli (Hg.), *The science studies reader*. New York, London: Routledge, 31–50.
- Eisenhardt, K. M. 1989: Building Theories from Case Study Research. In *The Academy of Management Review*, Vol. 14, No. 4 (Oct., 1989), 532–550.
- Enders J., Kaulisch, M. 2005: Vom Homo Academicus zum Homo Oeconomicus? In M. Pfadenhauer (Hg.), *Professionelles Handeln*. Wiesbaden: VS, 207–220.
- Etzkowitz, H. 2003: Research Groups as *quasi-firms*: The invention of the entrepreneurial university. In *research policy*, 32(1), 109–121.
- Flick, U., von Kardorff, E., Steinke, I. 2005: Was ist qualitative Forschung? In U. Flick, E. von Kardorff, I. Steinke (Hg.), *Qualitative Forschung – Ein Handbuch*. Reinbek: Rowohlt, 13–29.
- Flick, U. 2008: *Qualitative Sozialforschung – Eine Einführung*. Reinbek: Rowohlt
- Fraunhofer Gesellschaft (FhG) 2003: *Leitbild der Fraunhofer Gesellschaft*, München
- Fraunhofer Gesellschaft (FhG) 2015: *Prüfung/Zertifizierung*. Fraunhofer-Gesellschaft: Fraunhofer-Gesellschaft - Fraunhofer – Ihr System- und Technologiepartner, <http://www.fraunhofer.de/de/leistungsangebot/pruefung.html> (letzter Aufruf 23. Juli 2015).
- Gläser, J. 2003: Privatisierung von Wissenschaft? In: S. Böschen, I. Schulz-Schaeffer (Hg.), *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 55–76.
- Hentschel, K. 2011: Von der Werkstoffforschung zur Materials Science. *NTM, Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 19, 5–40.
- Lamnek, S. 2005: *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim, Basel: Beltz PVU.
- Maasen, S., Weingart, P. 2006: Unternehmerische Universität und neue Wissenschaftskultur. In G. Krücken (Hg.), *die hochschule, 1/2006 Universitäre Forschung im Wandel*, 19–45.
- Max-Planck-Gesellschaft 2002: *Leitlinien für den Wissens- und Technologietransfer*. Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Rat der Max-Planck-Gesellschaft, München.
- Max-Planck-Gesellschaft 2010: *Evaluationen*. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, München.
- Max-Planck-Gesellschaft 2011: *Dem Anwenden muss das Erkennen Vorausgehen*, <http://www.mpg.de/kurzportrait> (letzter Aufruf 23. November 2011).
- Meier, F., Müller, A. 2006: Wissenschaft und Wirtschaft. *Forschung im Zeitalter des akademischen Kapitalismus*. In G. Krücken (Hg.), *die hochschule 1/2006, Universitäre Forschung im Wandel*, 98–114.
- Schimank, U. 2008: Ökonomisierung der Hochschulen – eine Makro-Meso-Mikro-Perspektive. In K.-S. Rehberg (Hg.), *Die Natur der Gesellschaft*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 622–635.
- Schimank, U., Volkmann U. 2008: Die Ökonomisierung der Gesellschaft. In A. Maurer (Hg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS, 382–393.

- 
- Weingart, P. 2008: Ökonomisierung der Wissenschaft. *NTM: Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin*, Volume 16, Issue 4, November 2008, 477-484.
- Yin, R. K. 2003: *Case Study Research*. Thousand Oaks: Sage Publications.

# Arbeitskraftunternehmertum und projektbasierter Kapitalismus im wissenschaftlichen Feld

Alexander Lenger

*Beitrag zur Sektionsveranstaltung »Verstetigte Brüche – Biographien, Projekte und Themenkonjunkturen in der Wissenschaft« der Sektion Wissenschaft und Technikforschung – organisiert von Martina Franzen, Julian Hamann, David Kaldewey und Marc Torka*

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, aufzuzeigen, dass gute Gründe dafür vorliegen, Professor/-innen heutzutage im Sinne des »projektbasierten Kapitalismus« (Boltanski, Chiapello 2006) als »Arbeitskraftunternehmer/-innen« zu verstehen (Voß, Pongratz 1998). Universitäre Beschäftigungsverhältnisse – so die zentrale These – sind als prototypische Beispiele für den »Neuen Geist des Kapitalismus« zu interpretieren, welcher sich im Kern durch eine zunehmende Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche, eine signifikante Zunahme von Netzwerk- und Projektstrukturen sowie die Subjektivierung und Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen auszeichnet (Boltanski, Chiapello 2006).

Aufgrund des begrenzten Rahmens werden in diesem Beitrag lediglich einige fragmentarische Überlegungen vorgetragen. Für ausführliche empirische Befunde muss auf einen späteren Zeitpunkt verwiesen werden. Hierzu werden im Folgenden zunächst die relevanten gesellschaftlichen Veränderungen skizziert. Moderne Gesellschaften und damit auch die Arbeitsverhältnisse im wissenschaftlichen Feld unterliegen aus soziologischer Perspektive einem Beschleunigungsprozess, der zu einer Flexibilisierung und Ökonomisierung auch von wissenschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen führt. Daran anschließend werden die spezifischen Regeln des wissenschaftlichen Feldes in Erinnerung gerufen und die Vorstellung von *Wissenschaft als Lebensform* ausführlicher diskutiert. Der Beitrag schließt mit einigen grundlegenden Überlegungen zu den zentralen Befunden eines Forschungsprojektes zur Transformation des Habitus bei Professor/-innen und einer Transformation der impliziten Regeln im wissenschaftlichen Feld.

## Beschleunigung und Flexibilisierung als Strukturmerkmale moderner Gesellschaften

Für die empirische Analyse von professoralen Beschäftigungsverhältnissen ist relevant, dass der Übergang in die Wissensgesellschaft durch einen substantiellen Strukturwandel moderner Lebens- und Arbeitsverhältnisse begleitet wird. Für den Wissenschaftsbetrieb sind insbesondere die Beschleunigung der Temporalstrukturen der Moderne (Rosa 2005) sowie die Flexibilisierung und Projektisierung von Arbeitsverhältnissen (Sennett 2000) von entscheidender Bedeutung. Folge der Beschleunigung, so die zentralen Befunde der empirischen Zeitbudgetforschung,<sup>1</sup> ist eine Erhöhung des Lebenstempos und ein zunehmender Mangel an frei verfügbarer Zeit. Entsprechend ist auch im Wissenschaftsbetrieb eine Beschleunigung der Arbeits- und Lebensverhältnisse zu beobachten.

Prototypisch repräsentiert *Der flexible Mensch* eine solche Kultur eines »neuen« bzw. »flexiblen Kapitalismus« (Sennett 2000: 10). Die Betonung der Flexibilität verändert die Bedeutung der Arbeit und wird von einem substantiellen Wandel der modernen Unternehmens- bzw. Organisationsstruktur begleitet (Sennett 2000: 26). Ursache für diese Flexibilisierung, dies gilt in besonderem Maße für Universitäten, sind die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (Sennett 2000: 27, 65), welche inzwischen eine permanente (sowohl zeitliche wie auch räumliche) Erreichbarkeit ermöglichen und im Extremfall zu einer beispiellosen Entgrenzung von privatem und beruflichem Leben führen (Sennett 2000: 31).

Konsequenz dieser Trends zur flexiblen (Wissens-)Produktion sowie zur räumlichen und zeitlichen Deregulierung der Arbeit ist eine Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen.<sup>2</sup> Die Wirkung ist insbesondere für hochqualifizierte Beschäftigte wie etwa Professor/-innen, dass die Arbeitszeit nicht mehr zu einem bestimmten Zeitpunkt endet, sondern dann, wenn der Projekt-auftrag erfüllt ist. Folge solcher flexibilisierter Arbeitsverhältnisse sind unter anderem Zeit- bzw. Projektverträge sowie damit einhergehende Stellenwechsel, die unweigerlich ein strukturelles Risiko bezüglich der individuellen Lebensplanung erzeugen.<sup>3</sup>

Für die vorliegenden Überlegungen ist von entscheidender Bedeutung, dass die Struktur des wissenschaftlichen Feldes zunehmend durch eine Projekt- und Teamstruktur gekennzeichnet ist, was eine weitere Flexibilisierung wissenschaftlicher Arbeitsverhältnisse und einen Wandel des wissenschaftlichen Arbeitsethos nach sich zieht. Entsprechend sind Teamarbeit, Zeitverträge, Arbeitsplatzwechsel und eine genuine Arbeitsplatzunsicherheit konstitutiv auf dem Weg zur Professur und müssen entsprechend als solche analytische Berücksichtigung finden.<sup>4</sup>

Überträgt man diese Überlegungen zur Flexibilität auf die Situation von Professor/-innen, so zeigen sich meines Erachtens die zentralen Merkmale von so genannten *Arbeitskraftunternehmer/-innen* geradezu prototypisch in universitären Arbeitsbedingungen (Schneickert 2013: 58): Die Restrukturierung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die räumliche Entkopp-

1 Vgl. exemplarisch Statistisches Bundesamt (2003).

2 Vgl. Piore, Sabel (1985); Voß (1998); Garhammer (1999).

3 Vgl. grundlegend Beck (1986) sowie für den Arbeitskontext Sennett (2000: 104–129).

4 Für Belege zur Beschleunigung des Beschäftigungsstrukturwandels und des Stellenwechsels von Beschäftigten bzw. zur Erosion des Normalarbeitsverhältnisses in Deutschland siehe beispielsweise Kress (1998); Zilian, Flecker (1998); Schulze-Buschhoff (2000); Grotheer, Struck (2003); Struck et al. (2007).

lung der Arbeit (*home office*), Team- und Projektarbeit, erhöhte fachliche bzw. interdisziplinäre Anforderungen, insbesondere im EDV-Bereich sowie der Einsatz eigener bzw. privater technischer Geräte (Voß, Pongratz 1998: 140–141). Darüber hinaus erbringen Professor/-innen, so wie es ja als charakteristisch für Arbeitskraftunternehmer/-innen gilt, überwiegend immaterielle, flexibilisierte und zuliefernde Dienstleistungen (Voß, Pongratz 1998: 146).

Zentrale Merkmale dieses neuen Typus sind eine erweiterte Selbstkontrolle, der Zwang zur verstärkten Ökonomisierung sowie eine Verbetrieblichung der alltäglichen Lebensführung (Voß, Pongartz 1998: 132; Sennett 2000). Der gesteigerten individuellen Autonomie stehen somit eine Erhöhung der Leistungsanforderungen und eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen wie etwa Zeitdruck, Zwang zu Publikationen und zur Drittmittelakquise, weniger Personal, Kürzung von Ressourcen etc. gegenüber (Schneickert 2013: 58). Entscheidend für die vorliegenden Überlegungen ist aber meines Erachtens die Tatsache, dass Arbeitskraftunternehmer/-innen wie Professor/-innen und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen eine grundlegend positive Einstellung zur eigenen Berufstätigkeit entwickeln: einen *neuen* kapitalistischen Geist, der sich durch ein überdurchschnittlich »hohes Engagement und eine starke Einbindung in die Arbeit« auszeichnet (Boltanski, Chiapello 2001: 462).

So gilt es im Zuge der empirischen Untersuchung herauszuarbeiten, inwieweit Professor/-innen mittlerweile diesen neuen Geist des Kapitalismus inkorporiert haben und ob das wissenschaftliche Feld charakteristische Merkmale einer projektbasierten Polis aufweist. Hinter einem solchen Vorhaben steht – wie bereits angedeutet – die Einsicht, dass die Transformation der gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse sich nicht singulär auf ein vermeintlich autonomes Wirtschaftssystem bezieht, sondern dass vielmehr ein gesamtgesellschaftlicher Wandel stattfindet, welcher langfristig zu einer Ökonomisierung der meisten Lebensbereiche führt (Schimank, Volkmann 2008).

## Spezifika des wissenschaftlichen Feldes

Das wissenschaftliche Feld stellt einen sozialen Kontext dar, dessen feldspezifische Logik in der Suche nach »Wahrheit« und »Erkenntnis« liegt (Krais 2008: 182). Die Suche nach Wahrheit konstituiert somit ein Kräftefeld, in dem Akteure um wissenschaftliche Positionen konkurrieren (Bourdieu 1988). Die Anerkennung einer wissenschaftlichen Position bzw. einer wissenschaftlichen Leistung ist untrennbar zurückgebunden an die Anerkennung der Person, die diese Leistung erbracht hat. »Wissenschaftliche Positionen, methodische Standards und Forschungsergebnisse setzen sich also nicht »von selbst« durch, sondern nur insoweit, als die jeweiligen Protagonisten im wissenschaftlichen Feld Anerkennung finden.« (Krais 2008: 183)

Zentrale Bedeutung für das Funktionieren des wissenschaftlichen Feldes kommt dabei der *illusio* zu, die Bourdieu (1988) als kollektiven Glauben an das Spiel definiert und die den hohen individuellen Einsatz im Feld trägt und stabilisiert. Ein zentrales Element hierbei ist die Vorstellung von »Wissenschaft als Lebensform«, womit insbesondere die Verkörperung eines spezifischen Berufsethos bzw. die Inkorporation eines wissenschaftlichen Habitus gemeint ist.

So weist Beate Kraus zu Recht darauf hin, dass die Vorstellung, dass die wissenschaftliche Arbeit das ganze Leben des Wissenschaftlers prägt und strukturiert, konstitutiv für das wissenschaftliche Feld ist (Kraus 2008).

Damit sich Felder durch Konkurrenz strukturieren können, benötigen die konkurrierenden Akteure einen gemeinsamen Wertehorizont. Alle gesellschaftlichen Felder weisen insofern homologe Strukturen auf, als dass sie prinzipiell alle einer eigenständigen *illusio* unterliegen (Rehbein 2006: 108). Eine Analyse des wissenschaftlichen Feldes muss somit die Frage nach wissenschaftlichen Normen (Merton 1985) zurück in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses rücken. Hierbei stellt der meritokratische Glaube an fehlende soziale Einflüsse neben dem Glauben an die Universalität der Wahrheitssuche sowie der Glaube an die individuell Zuschreibung wissenschaftlicher Leistung den zentralen Bestandteil der *illusio* des wissenschaftlichen Feldes dar (Bourdieu, Passeron 1971; Bourdieu 1988). Wichtig für die Funktionsweise des wissenschaftlichen Feldes ist der Glaube, »dass soziale Einflüsse keine Bedeutung haben, wenn es um die Beurteilung, Einschätzung und Anerkennung der wissenschaftlichen Arbeit und der wissenschaftlichen Persönlichkeit geht. Es zählen nur die im Kosmos der Wissenschaft generierten leistungsbezogenen Kriterien« (Engler 2001: 453). Ihren formalen Niederschlag erhält diese Forderung in der Rechtsprechung, wenn nach deutschem Recht eine objektivierbare Auswahl der »Besten« in Ausschreibungsverfahren gefordert wird (Färber, Riedler 2011: 69)

Dass auch weiterhin im wissenschaftlichen Feld die Vorstellung von der Abwesenheit von sozialen Einflüssen dominiert, belegen besonders eindrucksvoll die Professorenbefragungen von Karin Zimmermann (2000) und Stefanie Engler (2001), die Untersuchung von Habilitierenden von Sandra Beaufays (2003) sowie die Empfehlungen verschiedener Karriereratgeber (Färber, Riedler 2011). Wissenschaftliche Erkenntnis ist demnach keine Frage askriptiver Faktoren wie Geschlecht, soziale Herkunft oder Hautfarbe, sondern einzig das Ergebnis »harter Arbeit« (Weber 1988) in »Einsamkeit und Freiheit« (Schelsky 1971).<sup>5</sup>

Im Rahmen des angesprochenen empirischen Forschungsvorhabens wird derzeit erhoben, inwiefern die Ökonomisierung der Gesellschaft und die Durchsetzung eines projektbasierten Kapitalismus zu einem Wandel der *illusio* und zu einer Habitustransformation im wissenschaftlichen Feld geführt hat. Dahinter steht die Einsicht, dass die Funktionslogiken der ökonomischen und/oder politischen Macht zunehmend auch auf das wissenschaftliche Feld übergreifen und den Wissenschaftsbetrieb zu einer Arena sozialer Kämpfe transformieren (Lenger, Rhein 2014). So hat bereits Pierre Bourdieu (1988) gezeigt, dass die Akteure auf dem wissenschaftlichen Feld keinesfalls den von Robert K. Merton propagierten wissenschaftlichen Ethos folgen, sondern in der Regel um Prestige, Einfluss und die Akkumulation sozialen Kapitals konkurrieren.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Verschiedene Studien belegen, dass bei Berufungen nicht nur meritokratische Prinzipien eine Rolle spielen, sondern dass zudem Faktoren wie soziale Netzwerke, vorangegangene Kooperationsbeziehungen, Alter usw. relevant sind (siehe zusammenfassend Gross, Jungbauer-Gans 2007).

<sup>6</sup> Vgl. für Deutschland insbesondere Münch (2011).

## Wissenschaft als Lebensform

Die bisherigen theoretischen Ausführungen verweisen auf das eigentliche Anliegen dieses Aufsatzes: Exemplarisch sollen am Beispiel akademischer Beschäftigungsverhältnisse die Auswirkungen von zeitgenössischen Flexibilisierungs-, Subjektivierungs- und Ökonomisierungsprozessen auf die Strukturen des Wissenschaftsbetriebs skizziert werden. Ein solches Unterfangen erscheint umso notwendiger, als dass sowohl die bisherigen Überlegungen zum »Unternehmerischen Selbst« (Bröckling 2007: 62, 73) als auch »Arbeitskraftunternehmer« (Voß, Pongratz 1998: 133; Pongratz, Voß 2004: 10) empirisch bisher nur unzureichend herausgearbeitet wurden. Am Beispiel von Professor/-innen kann hingegen anschaulich gezeigt werden, dass es sich bei der projektbasierten Polis und dem neuen *Geist des Kapitalismus* um ein zentrales arbeitssoziologisches Phänomen handelt. Eine solche empirische Analyse, die sich auf die subjektiven Wahrnehmungsmuster von Subjekten bezieht, muss meines Erachtens handlungstheoretisch und akteurszentriert konzipiert werden, das heißt die persönlichen Perspektiven der jeweils Handelnden müssen erhoben werden und die betroffenen Akteure müssen zu Wort kommen. Darüber hinaus erfordert eine solche akteurszentrierte Perspektive, die spezifischen Eigenschaften und Strukturen des jeweiligen Feldes zu rekonstruieren, auf welchem die Akteure agieren und diese Erkenntnisse in den Analyseprozess mit einfließen zu lassen. Denn nur so kann es gelingen, die verborgenen Mechanismen und die inkorporierten Arbeitsethik von Professor/-innen umfassend zu erheben und mit Blick auf die Kräfte des neuen Kapitalismus innerhalb der Universität als projektbasierte Polis angemessen zu rekonstruieren.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass eine Vielzahl von Arbeitsverhältnissen in modernen Gesellschaften einer starken Ökonomisierung (Schimank, Volkmann 2008) sowie einer Entgrenzung (Voß 1998) und einer Subjektivierung (Bröckling 2007) unterliegen. Vor diesem Hintergrund gilt es herauszuarbeiten, inwieweit die traditionell stark subjektivierten Arbeitsverhältnisse mittels kostenloser und effektiver Selbstkontrolle im Bildungswesen durch Prozesse der Hierarchisierung und Leistungsüberprüfung einer organisationalen Kontrolle unterworfen werden. Das Interesse richtet sich hier speziell auf die Frage, inwieweit sich die internen Kontroll- und Steuerungsmodi der Universitäten in Richtung einer Stärkung indirekter Problemlösung wandeln, die die Problemlösungs- und Koordinationsfähigkeiten von Personen nutzen und vornehmlich mit Hilfe von Zielvorgaben operieren (Lohr et al. 2013).

Die Ursachen für die Wandlungsprozesse im deutschen Hochschulwesen sind vielfältig, für die vorliegende Untersuchung können sie aber im Kern auf zwei strukturelle Faktoren eingegrenzt werden: Überlastung und Unterfinanzierung als Langzeitfolge der Bildungsexpansion und knapper öffentlicher Mittel.<sup>7</sup> Als Konsequenz wird ein Qualitätsverlust universitärer Bildung diagnostiziert, der sich insbesondere in langen Studienzeiten, geringen Erfolgsquoten, schlechten Betreuungsverhältnissen, hohen Abbruchraten sowie mangelnder Beschäftigungs-

---

<sup>7</sup> Die Studienanfängerquoten stiegen von einem Prozent eines Geburtsjahrgangs im Jahr 1900 auf 8 Prozent im Jahr 1960. Zu diesem Zeitpunkt setzte etwa die Debatte um die »Überfüllung« der Hochschulen ein (Lundgreen 1999: 146). Die Studienanfängerquoten stiegen seitdem exponentiell an auf 15 Prozent im Jahr 1970, 19 Prozent im Jahr 1980, 32 Prozent im Jahr 1990, 34 Prozent im Jahr 2000, 46 Prozent im Jahr 2010 auf schließlich 57 Prozent im Jahr 2013 (Statistisches Bundesamt 2014).



fähigkeit der Absolvent/-innen niederschlägt (Wissenschaftsrat 1993, 1999). Als Folge der Lehrüberlastung der Hochschulen wird zusätzlich aber auch eine Krise der Forschungsbedingungen abgeleitet. So wird vielfach argumentiert, dass aufgrund der Einheit von Forschung und Lehre zunehmend die Forschungsfreiräume durch Lehrverpflichtungen verdrängt werden (Schimank 1995: 16–17). Im Zuge der Reformdiskussionen der vergangenen Jahre wurde die Schuld an diesem Leistungsdefizit in der traditionellen Verfassung der Universitäten festgemacht (Wissenschaftsrat 1993: 18–19) und eine grundlegende Reform des Hochschulwesens nach Maßgaben des New Public Management initiiert.

Diese strukturellen Reformen wiederum beeinflussen massiv den Sozialisationsprozess von Professor/-innen auf ihrem Weg in das wissenschaftliche Feld. Die Beschäftigungsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses an Universitäten in Deutschland sind bekanntlich gekennzeichnet durch befristete Arbeitsverträge, kurzzeitige und häufige Verlängerungen (Kettenverträge), häufige Stellenwechsel, Teilzeitstellen, unbezahlte Mehrarbeit, Phasen der Arbeitslosigkeit, verlängerte Berufsfindungsphase, keine bzw. geringe Mitbestimmungsmöglichkeiten, personale Abhängigkeitsverhältnisse und ungewisse Zukunftschancen. In der Folge führen diese strukturellen Rahmenbedingungen bei einem Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses zu einem Gefühl der Zukunftsunsicherheit und zum Verzicht auf Familiengründung.<sup>8</sup> Gemäß Klaus Dörre und Matthias Neis (2008) weisen die Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Feld die gängigen Merkmale prekärer bzw. atypischer Beschäftigung auf. Nahezu alle Stellen unterhalb der Professur sind in der Regel befristete Arbeitsverhältnisse, werden in Teilzeitbeschäftigung betrieben und verfügen über eine geringe Planungssicherheit (Wissenschaftsrat 2014).

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen im Angestelltenverhältnis bilden mit 86 Prozent die größte Beschäftigungsgruppe an Universitäten. In Deutschland sind mit Ausnahme von Professuren universitäre Anstellungsverhältnisse durch Befristungen und daraus resultierende Beschäftigungsunsicherheiten gekennzeichnet. Aktuell liegt die Höchstdauer einer befristeten Anstellung an einer Hochschule bei zwölf Jahren, im medizinischen Bereich bei fünfzehn Jahren. Für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen mit Kindern kann der Befristungszeitraum seit 2007 um zwei Jahre pro Kind verlängert werden. Bundesweit liegt der Anteil befristeter Verträge für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen bei inzwischen etwa 90 Prozent (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: 183). Die Laufzeiten der Arbeitsverträge sind im Durchschnitt mit 12,3 Monate als kurz einzustufen. Neuverträge wurden im Mittel über 13,9 Monate abgeschlossen, Änderungs- und Folgeverträge über 10,5 Monate. 50 Prozent der Postdoktoranden verfügten im Jahr 2009 über Arbeitsverträge mit weniger als einem Jahr Laufzeit (Wagner-Baier et al. 2012: 23). Hinzu tritt zunehmende Teilzeitbeschäftigung als empirischer Tatbestand (Metz-Göckel et al. 2012). So kann für diese Beschäftigtengruppe eine Zunahme an Teilzeitbeschäftigung von 38 Prozent im Jahr 2000 auf 45 Prozent im Jahr 2010 konstatiert werden (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: 183). Gleichzeitig sind die Aussichten auf eine Festanstellung gering, derzeit stehen in Deutschland einer Neubesetzung einer Professur an Universitäten zehn Promotionen bzw. drei Habilitatio-

---

<sup>8</sup> Vgl. exemplarisch Wagner-Baier et al. (2012: 22).

nen gegenüber (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: 190, 311). Entsprechend zeigen vielfache empirische Befunde, dass die Befristung im Hochschulbereich in Kombination mit der verschlechterten Arbeitsmarktlage in den vergangenen Jahrzehnten und dem beruflichen Mobilitätswang zunehmend als problematisch empfunden wird (Bochow, Joas 1987: 106–109; Jaksztat et al. 2010). So wird vermehrt in den Analysen wissenschaftlicher Karrieren darauf hingewiesen, dass es sich bei der mehrjährigen Qualifizierungspassage ins wissenschaftliche Feld um eine »Karrierelaufbahn ohne Sprossen« (Metz-Göckel et al. 2012: 236) handelt, da höchstens ein Drittel der wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Wissenschaft bleibt (Janson et al. 2006) und weniger als 10 Prozent des wissenschaftlichen Nachwuchses eine Professur erreichen werden. Entsprechend maßgeblich für die Sozialisation ins wissenschaftliche Feld ist die im internationalen Vergleich weltweite Sonderstellung Deutschland mit lediglich 15 Prozent Hochschullehrer/-innen- und unbefristeten Stellen (Kreckel 2008).

## Fazit: Habitus- und Illusiotransformationen im wissenschaftlichen Feld

Die zuvor angesprochenen Befunde zur Subjektivierung von Arbeitsverhältnissen legen nahe, dass es im gegenwärtigen Kapitalismus eine Arbeitskultur gibt, die ihren Ursprung in der privaten Lebensführung hat und zugleich tief in die privaten Arrangements eingreift. Die Selbstkontrolle und die Selbst-Ökonomisierung werden durch einen Prozess der Selbst-Rationalisierung, also die wachsende bewusste Durchorganisation von Alltag und Lebensführung sowie eine Tendenz zur Verbetrieblichung der Lebensführung ergänzt (Pongratz, Voß 2004: 12). Folge einer solchen analytischen Trennung in verschiedene gesellschaftliche Funktionssphären ist eine idealisierende Kritik an einer »Kolonialisierung« der arbeitsfreien, durch Kommunikation und Werte integrierten Lebenswelt (Habermas 1995). Ihren Ausdruck findet eine solche Pathologisierung des Einflusses moderner Erwerbsarbeit auf die private Lebensführung beispielhaft im Diskurs zur Work-Life-Balance. Dabei wird insbesondere für hochqualifizierte Berufe herausgestellt, dass »eine ausgewogene Balance zwischen privatem Leben und Erwerbsarbeit ein fast unmögliches Unterfangen darstellt« (Haffner et al. 2008: 9). Inzwischen liegen vermehrt Befunde zur Beziehung zwischen privaten Lebensverhältnissen und beruflicher Situation vor (Gottschall, Voß 2003; Jurczyk, Oechsle 2008). In diesen Untersuchungen wird deutlich, dass die private Lebensweise durch die Entgrenzung der Erwerbsarbeit nachhaltigen Veränderungen unterliegt und sich die bislang starr erscheinende Grenze zwischen beiden Lebensbereichen verschiebt (Jurczyk, Oechsle 2008: 26–28). Zur alltäglichen Lebensführung und den tatsächlichen Lebensverhältnissen von Professor/-innen liegen jedoch wie erwähnt nicht viele empirische Untersuchungen vor (Krais 2008: 190).<sup>9</sup> Hierzu wird das skizzierte Forschungsprojekt in den kommenden Jahren einen empirischen Beitrag leisten.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass bis zur Entfristung in Form einer Lebenszeitprofessur neben der wissenschaftlichen Berufstätigkeit ein anspruchsvoller Qualifizierungspro-

---

<sup>9</sup> Vgl. aber Zimmer et al. (2007).

zess im Sinne einer »Risikopassage« (Schmeiser 1994: 18) bewältigt werden muss. Hieraus ergibt sich der für das wissenschaftliche Feld konstitutive Sozialisationskonflikt zwischen der befristeten, risikoreichen Beschäftigungsperspektive einerseits und dem impliziten Anspruch auf Wissenschaft als Berufung (Enders, Schimank 2001: 168–172). Im Kern ergibt sich der Konflikt aus der feldspezifischen Entgrenzung der Arbeit als Folge der zeitgleichen Qualifizierung durch universitäre Beschäftigung, also aus den spezifischen Anforderungen an die Tätigkeiten als wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen (Forschung, Lehre, Administration) einerseits und den Qualifizierungsanforderungen (Promotion, Habilitation, Publikationen, Lehrerfahrung etc.) andererseits (Metz-Göckel et al. 2012: 234). Da Arbeits- und Qualifizierungsprozess in der Qualifikationsphase somit *grenzenlos* verlaufen, müssen künftige Professor/-innen grundlegend in der Lage sein, ihr privates Leben im Einklang mit der entgrenzten Tätigkeit zu führen.

Es stellt sich die Frage, ob eine solche ambivalente Situation mit den persönlichen Lebensvorstellungen und persönlichen Wünschen von Professor/-innen kollidiert und ob es sich entsprechend um einen wissenschaftsinternen Selektionsmechanismus handelt, der eine bestimmte habituelle Passung erfordert. Relevant für die vorliegende Untersuchung ist somit die Tatsache, dass Professor/-innen auf dem Weg in die Entfristung eine relativ lange Zeit in *prekären* Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet haben: So müssen künftige Professor/-innen ihre Karriere wie dargestellt üblicherweise entlang befristeter (Teilzeit-)Beschäftigungsverhältnisse organisieren, die Lebensform Wissenschaft ist durch erhebliche Unsicherheiten gekennzeichnet (Enders 1996; Klecha, Krumbein 2008). Nach der Promotion greift gewissermaßen ein *Alles-oder-Nichts-Prinzip*: »An diesem Karrierewendepunkt muss die Entscheidung fallen, ob die wissenschaftliche Karriere weiterverfolgt wird oder ein Ausstieg der bessere Weg für den beruflichen Werdegang und die ökonomische Absicherung ist.« (Birsl 2008: 90)

Mit der Einsicht in die *illusio* der Wissenschaft als Lebensform, die sich dadurch auszeichnet, dass die wissenschaftliche Arbeit die ganze Person beansprucht und die persönliche Lebensgestaltung sich ihr unterzuordnen hat, befinden wir uns somit an der Bruchstelle zwischen feldspezifischer Handlungslogik und feldspezifischer Lebensführung und erreichen unmittelbar die Frage nach Wissenschaft zwischen Muße und Handwerk. Denn – so bereits Kraus – die Vorstellung von Wissenschaft als Lebensform erzeugt einen praktischen, auf das Alltagsleben von Professor/-innen bezogenen Sinn:

»Wissenschaftler gehen mit großer Selbstverständlichkeit davon aus, dass ›Wissenschaft eine total lebensverschlingende Tätigkeit‹ ist [...] Das ›ernste Spiel‹ der Wissenschaft duldet kein anderes ernsthaftes Engagement neben sich, weder die Sorge um Kinder oder pflegebedürftige Familienangehörige noch ein zeitraubendes Hobby oder gar anspruchsvolle politische Ehrenämter [...] Als Bedingung der Möglichkeit, ›Wissenschaft als Lebensform‹ in der Weise zu praktizieren, wie sie den meisten Wissenschaftlern – und im übrigen auch Wissenschaftlerinnen – heute als selbstverständlich erscheint, ist daher jene Konstellation zu nennen, auf die Hochschild mit der Metapher von der Familie als *the university's welfare agency* (Hochschild 1975: 50) zielt: die moderne Geschlechterordnung. Diese trennt die männlich bestimmten Universen des *world making*, des Wettbewerbs und der ›ernsten Spiele‹, zu denen auch das wissenschaftliche Feld gehört, vom Reich der Familie und des Privaten, das die über die Sorge für die Anderen sich definierten Tätigkeitsfelder der Frauen ausmacht.« (Kraus 2008: 188–189)

Die Logik des Feldes erzeugt somit eine Lebensführung bzw. Lebenspraxis, in der nur erfolgreich sein kann, wer seinen Alltag frei hält von allem, was nichts mit der wissenschaftlichen Tä-

tigkeit zu tun hat oder nicht der notwendigen Erholung für diese Tätigkeit dient. Diese Überlegungen decken sich mit den rekonstruierten Aussagen der von mir bisher befragten Professor/-innen. Hieraus ergibt sich die Arbeitshypothese, dass sich diese *illusio* gewandelt hat oder zumindest ergänzt werden müsste. So ist zwar heute keineswegs eine Abkehr von der *illusio* der Wissenschaft als Lebensform gegeben, es tritt aber eine neue Variante hinzu: »Wissenschaft als Karrierejob« (Funken et al. 2013). Diese Vorstellung weist enge Bezüge zu anderen Spielregeln im Feld auf, wie die Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz und intellektueller Brillanz. Sie verweist darüber hinaus jedoch auf einen gänzlich anderen strukturellen Aspekt, welchen ich im neuen Geist des Kapitalismus festmache. Denn anders als in früheren Zeiten erscheint der Habitus von Professor/-innen im wissenschaftlichen Feld sich nicht mehr an der traditionellen *illusio* von Forschungskompetenz in *Einsamkeit und Freiheit* auszurichten, sondern rückt vielmehr managerielle Kompetenzen als Passungsmerkmal für Professor/-innen in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses.

## Literatur

- Beaufays, S. 2003: Wie werden Wissenschaftler gemacht? Beobachtungen zur wechselseitigen Konstitution von Geschlecht und Wissenschaft. Bielefeld: Transcript.
- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Birsl, U. 2008: Das Alles-oder-Nichts-Prinzip. Zur Unwägbarkeit von Karriereplanungen in der Politikwissenschaft. In S. Klecha, W. Krumbein (Hg.), Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 89–120.
- Bochow, M., Joas, H. 1987: Wissenschaft und Karriere. Der berufliche Verbleib des akademischen Mittelbaus. Frankfurt am Main: Campus.
- Boltanski, L., Chiapello, È. 2001: Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel. Berliner Journal für Soziologie, 11. Jg., Heft 4, 459–477.
- Boltanski, L., Chiapello, È. 2006: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK Universitätsverlag.
- Bourdieu, P. 1988: Homo academicus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P., Passeron, J.-C. 1971: Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. Stuttgart: Klett.
- Bröckling, U. 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dörre, K., Neis, M. 2008: Forschendes Prekariat? Mögliche Beiträge der Prekarisierungsforschung zur Analyse atypischer Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft. In S. Klecha, W. Krumbein (Hg.), Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 127–142.
- Enders, J. 1996: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Ausbildung, Beschäftigung und Karriere der Nachwuchswissenschaftler und Mittelbauangehörigen an den Universitäten. Frankfurt am Main: Campus.
- Enders, J., Schimank, U. 2001: Faule Professoren und vergreiste Nachwuchswissenschaftler? Einschätzungen und Wirklichkeit. In E. Stölting, U. Schimank (Hg.), Die Krise der Universitäten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 159–178.
- Engler, S. 2001: »In Einsamkeit und Freiheit?«. Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Färber, C., Riedler, U. 2011: Black Box Berufung. Strategien auf dem Weg zur Professur. Frankfurt am Main: Campus.

- Funken, C., Hörlin, S., Rogge, J.-C. 2013: Generation 35Plus. Aufstieg oder Ausstieg. Hochqualifizierte und Führungskräfte in Wirtschaft und Wissenschaft. Berlin: Technische Universität.
- Garhammer, M. 1999: Wie Europäer ihre Zeit nutzen. Zeitstrukturen und Zeitkulturen im Zeichen der Globalisierung. Berlin: Edition Sigma.
- Gottschall, K., Voß, G. G. (Hg.) 2003: Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München: Rainer Hampp Verlag.
- Gross, C., Jungbauer-Gans, M. 2007: Erfolg durch Leistung? Ein Forschungsüberblick zum Thema Wissenschaftskarrieren. Soziale Welt, 58. Jg., Heft 4, 453–471.
- Grotheer, M., Struck, O. 2003: Beschäftigungsstabilität: Entwicklung und Arbeitszufriedenheit. Ergebnisse aus der IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975–1997 und der BIBB/IAB-Erhebung. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 36. Jg., Heft 3, 300–328.
- Habermas, J. 1995: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haffner, Y., Kraus, B., Schumann, R. 2008: Moderne Arbeitswelten, beruflicher Erfolg und private Lebensverhältnisse. In Y. Haffner, B. Kraus (Hg.), Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit in akademischen Berufsfeldern. Frankfurt am Main: Campus, 7–18.
- Hochschild, A. R. 1975: Inside the Clockwork of Male Careers. In Howe, Florence (Hg.), Women and the Power to Change. New York: McGraw-Hill, 47–80.
- Jaksztat, S., Schindler, N., Briedis, K. 2010: Wissenschaftliche Karrieren. Beschäftigungsbedingungen, berufliche Orientierung und Kompetenzen des wissenschaftlichen Nachwuchses. HIS, Hannover, HIS-Forum Hochschule, 14/2010, [http://www.his.de/pdf/pub\\_fh/fh-201014.pdf](http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201014.pdf) (letzter Aufruf 22. Oktober 2014).
- Janson, K., Schomburg, H., Teichler, U. 2006: Wissenschaftliche Wege zur Professur oder ins Abseits? Strukturinformationen zu Arbeitsmarkt und Beschäftigung an Hochschulen in Deutschland und den USA. Studie für das German Academic International Network (GAIN), [http://gain-network.org/file\\_depot/0-10000000/10000-20000/16468/folder/105045/INCHER+Studie+zum+wissenschaftlichen+Arbeitsmarkt+FINAL.pdf](http://gain-network.org/file_depot/0-10000000/10000-20000/16468/folder/105045/INCHER+Studie+zum+wissenschaftlichen+Arbeitsmarkt+FINAL.pdf) (letzter Aufruf 09. Juli 2015)
- Jurczyk, K., Oechsle, M. (Hg.) 2008: Das Private neu denken. Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Klecha, S., Krumbein, W. (Hg.) 2008: Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld: Bertelsmann Verlag.
- Kraus, B. 2008: Wissenschaft als Lebensform. Die alltagspraktische Seite akademischer Karrieren. In Y. Haffner, B. Kraus (Hg.), Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit in akademischen Berufsfeldern. Frankfurt am Main: Campus, 177–211.
- Kreckel, R. 2008: Soziologie der sozialen Ungleichheit im globalen Kontext. In M. Bayer, G. Mordt, S. Terpe, M. Winter (Hg.), Transnationale Ungleichheitsforschung. Eine neue Herausforderung für die Soziologie. Frankfurt am Main: Campus, 23–69.
- Kress, U. 1998: Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Ein Literaturbericht. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 31. Jg., Heft 3, 488–505.
- Lenger, A., Rhein, P. 2014: Das wirtschaftswissenschaftliche Feld und das Feld der Macht. In K. Hirte, S. Thieme, W. O. Ötsch (Hg.), Wissen! Welches Wissen? Zu Wahrheit, Theorien und Glauben sowie ökonomischen Theorien. Marburg: Metropolis-Verlag, 319–345.
- Lohr, K., Peetz, T., Hilbrich, R. 2013: Bildungsarbeit im Umbruch. Zur Ökonomisierung von Arbeit und Organisation in Schulen, Universitäten und in der Weiterbildung. Berlin: Edition Sigma.
- Lundgreen, P. 1999: Mythos Humboldt in der Gegenwart. Lehre – Forschung – Selbstverwaltung. In M. G. Ash (Hg.), Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Wien: Böhlau, 145–169.

- Merton, R. K. 1985: Die normative Struktur der Wissenschaft. In R. K. Merton, *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 86–99.
- Metz-Göckel, S., Möller, C., Heusgen, K. 2012: Kollisionen. Wissenschaftler/innen zwischen Qualifizierung, Prekarisierung und Generativität. In S. Beaufays, A. Engels, H. Kahlert (Hg.), *Einfach Spitze? Neue Geschlechterperspektiven auf Karrieren in der Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Campus, 233–256.
- Münch, R. 2011: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Piore, M. J., Sabel, C. F. 1985: *Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft*. Berlin: Wagenbach.
- Pongratz, H. J., Voß, G. G. 2004: *Arbeitskraft und Subjektivität. Einleitung und Stellungnahme aus Sicht der Arbeitskraftunternehmer-These*. In H. J. Pongratz, G. G. Voß (Hg.), *Typisch Arbeitskraftunternehmer? Befunde der empirischen Arbeitsforschung*. Berlin: Edition Sigma, 7–31.
- Rehbein, B. 2006: *Die Soziologie Pierre Bourdieus*. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.
- Rosa, H. 2005: *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schelsky, H. 1971: *Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen*. 2., um einen »Nachtrag 1970« erweiterte Auflage. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Schimank, U. 1995: *Hochschulforschung im Schatten der Lehre*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schimank, U., Volkman, U. 2008: *Ökonomisierung der Gesellschaft*. In A. Maurer (Hg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 382–393.
- Schmeiser, M. 1994: *Akademischer Hasard. Das Berufsschicksal des Professors und das Schicksal der deutschen Universität 1870 – 1920, eine verstehend soziologische Untersuchung*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schneickert, C. 2013: *Studentische Hilfskräfte und MitarbeiterInnen*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Schulze-Buschhoff, K. 2000: *Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten in der Bundesrepublik Deutschland: Ausmaß, Bewertung und Präferenzen*. Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 14/15, 32–38.
- Sennett, R. 2000: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. München: Siedler.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 2003: *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*. Wiesbaden, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/wo-bleibt-zeit,property=pdf.pdf> (letzter Aufruf 05. April 2013).
- Statistisches Bundesamt 2014: *Bildung und Kultur. Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik - WS 2013/2014*. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/72005/umfrage/entwicklung-der-studienanfaengerquote/> (letzter Aufruf 18. Februar 2014).
- Struck, O., Grotheer, M., Schröder, T., Köhler, C. 2007: *Instabile Beschäftigung. Neue Ergebnisse zu einer alten Kontroverse*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59. Jg., Heft 2, 294–317.
- Voß, G. G. 1998: *Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit*. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 31. Jg., Heft 3, 473–487.
- Voß, G. G., Pongratz, H. J. 1998: *Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?* *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50. Jg., Heft 1, 131–158.
- Wagner-Baier, A, Funke, F., Mummendey, A. 2012: *Analysen und Empfehlungen zur Situation von Postdoktorandinnen und Postdoktoranden an deutschen Universitäten und insbesondere an der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. 3. korrigierte Auflage, Friedrich-Schiller-Universität Jena, [http://www.jga.uni-jena.de/jgamedia/Downloads/Flyer+und+Brosch%C3%BCren/Postdoc\\_Studie.pdf](http://www.jga.uni-jena.de/jgamedia/Downloads/Flyer+und+Brosch%C3%BCren/Postdoc_Studie.pdf) (letzter Aufruf 22. Oktober 2014).
- Weber, M. 1988: *Wissenschaft als Beruf*. In M. Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr, 582–613.
- Wissenschaftsrat 1993: *10 Thesen zur Hochschulpolitik*. Drs. 1001/93, <http://www.die-soziale-bewegung.de/hochschule/10thesen.PDF> (letzter Aufruf 05. Februar 2014).

- Wissenschaftsrat 1999: Stellungnahme zum Verhältnis von Hochschulausbildung und Beschäftigungssystem. Drs. 4099/99, [www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4099-99.pdf](http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4099-99.pdf) (letzter Aufruf 05. Februar 2014).
- Wissenschaftsrat 2014: Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten. Drs. 4009-14, <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4009-14.pdf> (letzter Aufruf 22. Oktober 2014).
- Zilian, H. G., Flecker, J. (Hg.) 1998: Flexibilisierung - Problem oder Lösung? Berlin: Edition Sigma.
- Zimmer, A., Krimmer, H., Stallmann, F. 2007: Frauen an Hochschulen: Winners among Losers. Zur Feminisierung der deutschen Universität. Opladen: Barbara Budrich.
- Zimmermann, K. 2000: Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Paßfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen. Berlin: Edition Sigma.

»Gedächtnis in der Krise – Krise des Gedächtnisses«  
der Sektion Wissenssoziologie  
– organisiert von Oliver Dimbath, Michael Heinlein und Gerd Sebald



# Vom Erleben der Krise zum krisenhaften Erinnern

## Die DDR im Familiengedächtnis

Hannah Haag

*Beitrag zur Veranstaltung »Gedächtnis in der Krise – Krise des Gedächtnisses« der Sektion Wissenssoziologie – organisiert von Oliver Dimbath, Michael Heinlein und Gerd Sebald*

Der Systemumbruch der DDR liegt nun bereits zweieinhalb Jahrzehnte zurück. So könnte man meinen, die Transformationserfahrungen seien inzwischen nur noch ein verblasster Schatten der Vergangenheit und die DDR zu einer Fußnote der Geschichte geworden, wie der Historiker Hans-Ulrich Wehler (2008) einst prognostizierte. Doch im Kontext familiärer Auseinandersetzung mit der »Wendezeit« zeigt sich ein anders Bild: Die Erfahrungen, die viele ehemalige DDR-Bürger/-innen unmittelbar vor, während und nach 1989, aber auch in den Jahren danach gemacht haben, wirken noch immer im Familiengedächtnis nach. Es ist zu beobachten, dass sich ein zeitlicher Kontinuitätsbruch wie der Zusammenbruch der Sowjetunion langfristig in das kollektiv geteilte Gedächtnis einschreibt und sich dadurch auf die inter- und intragenerationale Tradierung der Vergangenheit im Kontext familialer Erinnerung auswirkt.

Der sozialistische Systemumbruch lässt sich als gesellschaftliche Krise begreifen, in der bis dato institutionalisierte Handlungsmuster und Schemata der Weltwahrnehmung in Frage gestellt wurden. Gleichzeitig gestaltete sich die Transformationsphase an sich für viele ehemalige DDR-Bürger/-innen als krisenhaft. Die Familie fungiert dabei als ein zentraler Ort des kommunikativen Gedächtnisses. Als Erinnerungsgemeinschaft greift sie auf gemeinsame Erlebnisse zurück und setzt diese in Relation zu vergangenen und gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen. Spezifische Erfahrungen der Familienmitglieder treten miteinander in Wechselwirkung, die DDR lebt folglich als Erinnerungsfigur im Familiengedächtnis weiter.

Der folgende Beitrag knüpft an dieser Stelle an und konzentriert sich weniger auf das Krisenhafte der DDR-Transformation – gemeint ist hiermit eine Darstellung der krisenhaften Entwicklung der DDR, die zu ihrem Zusammenbruch geführt hat und in eine Phase des Umbruchs mündete. Im Zentrum der Betrachtung steht vielmehr die kommunikative Verarbeitung der Krise im Rahmen kollektiver Erinnerungspraktiken. Anhand von Fallbeispielen sollen drei krisenhafte Modi familiärer Erinnerung dargestellt werden: Die *Wahrnehmung eines gesellschaftli-*

*chen Wandlungsprozesses als Krise* führt demnach zur *krisenhaften Erinnerung an die Vergangenheit* in der gegenwärtigen Lebenssituation.

Nach einer kurzen Begriffsbestimmung, was unter einer Krise zu verstehen ist, geht der Vortrag zunächst auf die kommunikative Verarbeitung der Krise im Familiengedächtnis ein, um dann anhand ausgewählter empirischer Beispiele die drei Modi des krisenhaften Erinnerns darzustellen.

## Die DDR-Transformation als Krise – Überlegungen zu einem diffusen Begriff

Der Begriff der Krise zeichnet sich in erster Linie durch seine Heterogenität aus. Aus soziologischer Sicht ist eine Krise vor allem durch eine »Pluralität verschiedenartiger Problemlagen« (Steil 1993: 242) gekennzeichnet. Während der geschichtsphilosophische Ursprung des Wortes auf einen revolutionären Charakter verweist, weitete sich die Anwendbarkeit des Begriffs auf zahlreiche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Heute finden wir eine Vielzahl an Begriffen wie die ökologische Krise, die Finanzkrise oder die Kulturkrise, die jeweils unterschiedliche Ausschnitte der Gesellschaft fokussieren.

Es stellt sich ferner die Frage, ob eine Krise weniger durch objektive Faktoren bestimmt wird, oder vielmehr auf die Erlebniswirklichkeit der Bedrohung zurückgeführt werden muss. Wann ist eine Entwicklung krisenhaft? Auch wenn zweifelsohne wirtschaftliche, politische und soziale Indikatoren für eine Krise vorhanden sind, lassen sich insbesondere die Wahrnehmung, vor allem aber auch die Verarbeitung der Krise nicht generalisieren. »Es gibt«, so Armin Steil (1993), »also ebenso wenig eine objektive Realität wie einen identischen Erlebismodus der ›Krise« (Steil 1993: 243).

Thomas Mergel (2012) definiert Krisen als »Wahrnehmungsphänomene und Formen der Selbstzuschreibung von Gesellschaften« (Mergel 2012: 14). Krisen seien, so Mergel, Momente, in denen die Zukunft als ungewiss erscheine, sodass in Abhängigkeit zur Zeitlichkeit Beschleunigungsprozesse in Gang kommen müssen, um auf die jeweilige Situation möglichst rasch reagieren zu können. Er sieht einen Schwerpunkt der Krisenwahrnehmung in sozialen und wirtschaftlichen Umbrucherfahrungen, wie beispielsweise beim Zusammenbruch der Sowjetunion. Gerade in Zeiten des Umbruchs erscheint die Zeit vor der Krise als stabiles, »ruhiges Fahrwasser« (Mergel 2012: 15). Es seien, so Mergel, gerade die Umbruchsituationen, die sozialen Ordnungen den Eindruck einer Stabilität verliehen. Auch er sieht, wie Steil, einen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Krise einerseits und der Kommunikation über selbige andererseits. »In der Krise treten konkurrierende Deutungsmuster und Sprechformen auf den Plan, und häufig ändert eine Krise die Repräsentationen von sozialen Ordnungen.« (Mergel 2012: 16) Dabei sind die reale und wahrgenommene Krise selten deckungsgleich, manchmal werde sogar erst im Nachhinein eine Situation als Krise wahrgenommen oder identifiziert. Auch die Reaktionen auf eine wahrgenommene Krise können sehr unterschiedlicher Art sein: Während einige die krisenhafte Situation als Bedrohung empfinden, sehen andere in ihr eine reinigende Kraft. »Krisen produzieren Narrative der Kritik oder der Hoffnung, Repräsentation, Rituale und performative Darbietungen oder Akte, in denen Menschen ihre Ideen über die Natur sozialer Formen, über

Beziehungen und Verbindungen im Moment ihrer Hinterfragung ausdrücken.« (Beck, Knecht 2012: 69)

Gemeinsam ist allen krisenhaften Situationen eine Infragestellung bisheriger Regeln und Routinen. »Routinen lassen sich nicht mehr durchhalten, weil sie durch neue Realitäten, durch unerwartete Reaktionen irritiert werden.« (Beck, Knecht 2012: 69) Institutionalisierte Handlungs- und Denkmuster müssen hinterfragt und an die neue Situation angepasst werden.

»Wenn aber Routinen abhandenkommen, Normen entwertet werden, bekannte Verfahrensweisen nicht mehr zum Ziel führen und als selbstverständlich geltende Routinen entgleisen, müssen neue Verbindungen geknüpft, müssen andere Register gezogen werden, die den Umgang mit krisenhaften Situationen [...] strukturieren.« (Beck, Knecht 2012: 68 f.)

Gerade aufgrund des häufig abrupt einsetzenden Umbruchs in krisenhaften Zeiten verweist der Umgang mit der Krise häufig auf alte Strukturen sowie bestehende Wissensformen, die eine Verbindung zu der Zeit vor der Krise herstellen. Auf Dauer erzeugen Krisenereignisse und Transformationen jedoch häufig veränderte Wahrnehmungsstrukturen oder gar einen Mentalitätswandel.

## Das Familiengedächtnis und die kommunikative Verarbeitung von Krisen

Begreift man Gesellschaftstransformationen als soziale Krisen(-Erfahrung), zeichnet sich ein solcher Wandlungsprozess durch einen eklatanten Bruch mit der Vergangenheit aus, der alte institutionalisierte Handlungsmuster und tradierte Wissensbestände obsolet werden lässt. Durch diesen Plausibilitätsverlust droht der Zusammenbruch von Orientierungsrahmen und Wissensformen. Individuelle Anpassungsstrategien werden notwendig, die insbesondere im familiären Kontext eine entscheidende Rolle spielen (vergleiche Panken 2010). Im Schutzraum der Familie richten sich ihre Mitglieder auf die veränderte Situation ein. Der Familie kommt insbesondere in Zeiten gesellschaftlichen Wandels eine doppelte Aufgabe zu: Einerseits muss sie den natürlichen Ablösungsprozess der jüngeren Generationen ermöglichen, andererseits ist, wie oben bereits beschrieben, gerade aufgrund der sich verändernden Umwelt der familiäre Zusammenhalt von besonderer Bedeutung (vergleiche Karstein 2009; Wohlrab-Sahr 2006). Die Familie muss folglich eine Balance zwischen Einheit und Differenz aufbauen. »Hier [in der Familie, H. H.] kommen die gesellschaftlichen Veränderungen an und müssen verarbeitet werden, und hier treffen durch die zeitliche Abständigkeit der familialen Generationen unterschiedliche Perspektiven aufeinander und müssen koordiniert und integriert werden.« (Karstein 2009: 58)

Werfen wir nun zunächst einen Blick auf die Bedeutung des Erzählens in Erinnerungsgemeinschaften wie der Familie. Über das lebensgeschichtliche Erzählen zwischen den Familiengenerationen erfolgt generell eine Weitergabe von Erfahrungen und Wissensbeständen. Diese Weitergabe stellt jedoch keinen linearen Prozess dar, sondern ist zum einen durch die Rekonstruktivität des Erinnerns gekennzeichnet (Halbwachs 1967). Zum anderen handelt es sich um wechselseitige Beeinflussung unterschiedlicher Generationen. Am kollektiven Austauschprozess nehmen »die erzählenden oder auch schweigenden Mitglieder der älteren Generationen und die Mitglieder der jüngeren Generationen, die zuhören, nachfragen oder sich von den Vergan-

genheitsgeschichten der Älteren abwenden« (Engelhardt 1997: 62) teil. Michael von Engelhardt (1997) zufolge sind mündliche Erzählungen somit gleichzeitig Ausdruck der durchlebten sowie aus der Gegenwart heraus interpretierten Vergangenheit (vergleiche Engelhardt 1997: 60 f.). Nicht alles wird dabei weitergegeben, vielmehr handelt es sich um ein Wechselverhältnis zwischen Erzählen und Nichterzählen, Erinnern und Vergessen, worüber die Familie sich eine spezifische Vergangenheitsnarration aneignet.

Familienerinnerung stellt einen inter- und intragenerationalen Tradierungsprozess dar, der auch jüngeren Familienmitgliedern die Partizipation an einer Vergangenheit ermöglicht, die sie selbst nicht miterlebt haben, was sowohl eine synchrone als auch diachrone Erinnerungspraxis ermöglicht und Reinterpretationsprozesse der Vergangenheit entstehen lässt (vergleiche Karstein 2009: 57). Gabriele Rosenthal (2000) fragt in diesem Kontext nach der generationskonstituierenden Wirkung innerfamiliärer Interaktionsprozesse zwischen Angehörigen unterschiedlicher Altersgruppen. »Unsere empirischen Arbeiten haben ergeben, dass es gerade die verschwiegenen und verleugneten Bestandteile der Familiengeschichte sind, die sich besonders nachhaltig auf die Nachgeborenen auswirken. Die Nachgeborenen können sich mit dem Nicht-Erzählten nur mühevoll und unter großen Belastungen auseinandersetzen und sich damit von der Last der Vergangenheit nur schwer befreien.« (Rosenthal 2000: 174)

Durch die Tradierung soziokultureller Schemata und Weltdeutungsmuster vergewissert sich die Familie ihrer eigenen Identität. Das daraus hervorgehende Familiengedächtnis ist wie jede Form des kollektiven Gedächtnisses keine stabile Einheit, sondern ein sich stetig verändernder Prozess, der vor allem durch die vielschichtige soziale Rahmung der einzelnen Familienmitglieder bestimmt ist (vergleiche Erll 2011: 305). Harald Welzer (2010) kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass Familien im Nacherzählungsprozess eine selektive Auswahl aus der gegenwärtigen Situation heraus treffen. Das Bewahrte erfüllt damit eine bestimmte Funktion in der Gegenwart und wirkt identitätsstabilisierend.

Wie gestaltet sich nun der Zusammenhang zwischen Krisenerfahrung und dem Erzählprozess? Engelhardt (1997) geht in seinen Arbeiten zum lebensgeschichtlichen Erzählen auch auf unterschiedliche Etappen der Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts ein und fragt nach deren Auswirkung auf den Erzählprozess. Bezüglich der DDR-Vergangenheit stellt er einen Zusammenhang zwischen Lebensalter und Nachwirkung des gesellschaftlichen Umbruchs fest. Vor allem für die älteren Generationen bedeute die DDR-Transformation einen schmerzlichen Abschied von Aufbruchs- und Fortschrittshoffnungen der sozialistischen Gesellschaftsform. »Wieder zeigt sich, wie Lebensgeschichten verschwiegen und umerzählt werden, um sich ein Überleben in der neu einsetzenden Gesellschaftsgeschichte zu sichern.« (Engelhardt 1997: 70) Als Resultat können daraus unterschiedliche Umgangsformen mit der Vergangenheit resultieren, die von der Verleugnung der eigenen DDR-Biografie bis hin zu einem starken Rückbezug und dem Festhalten an vergangenen Denk- und Handlungsmustern reichen. Diese Strategien bilden unterschiedliche Möglichkeiten, mit der unsicheren Krisensituation umzugehen.

## Drei krisenhafte Modi familiärer Erinnerung an die DDR-Vergangenheit

Im Folgenden werden nun drei Modi krisenhafter Erinnerung an die DDR-Vergangenheit – insbesondere an die Umbruchszeit 1989 und die Folgejahre – vorgestellt. Die ausgewählten Familiengespräche sind Teil einer Untersuchung, die im Rahmen meines Dissertationsprojektes<sup>1</sup> erhoben wurde. Alle drei Familien leben in Ostdeutschland und haben Kinder, die unmittelbar vor oder nach 1989 zur Welt kamen und sich daher nicht oder nur sehr eingeschränkt an die DDR erinnern können.

### a) Familie Moser: Modus der intentionalen Aussparung krisenhafter Erfahrungen aus dem kollektiven Familiengedächtnis (Exklusion)

Familie Moser ist wohnhaft in einer mittelgroßen sächsischen Stadt (M-Stadt). Am Gespräch nahmen der Großvater (1930), die Mutter (1959) sowie die Tochter (Tina) (1986) teil. Zu DDR-Zeit war der Großvater Oberbürgermeister von M-Stadt, legte dann jedoch in der Wendezeit sein Amt nieder. Die Mutter (Diplom-Betriebswirtin) arbeitet als kaufmännische Angestellte, Tina ist als Altenpflegerin tätig.

Die ausgewählte Sequenz ist die Eingangssequenz des Interviews, die direkt auf den von der Interviewerin gesetzten Erzählstimulus<sup>2</sup> folgte.

#### *Zwischen Thematisierung und Dethematisierung der Krise*

Tin: Zum Beispiel dass wir drei jetzt über DDR reden.

M4: Das möchte ich eigentlich nicht.

G4: Hä?

M4: Das möchte ich eigentlich nicht. Weil (...) es gibt drei Generationen hier am Tisch: der Vater, die Tochter und ich. Die Tochter hat (...) ist 1986 geboren. Die hat im Prinzip vom Kindergarten her die Wende mitbekommen, wie deine Kindergärtnerin gesagt hat - was hat sie ausm Fenster gerufen? So nach dem, so ungefähr, nee, die Tina is heimgekommen vom Kindergarten und was hat die Kindergärtnerin gesagt? Dein Opa ist weg vom Fenster, der ist ja ungefähr, jaja. Und das hat sie natürlich zu Hause wiederholt. Ich bin ne Generation, die die Schule mitgemacht hat, die damalige EOS und das Studium. der Vater is ne Generation, der (...) ich sag immer noch Krieg, Krieg, zweiter Weltkrieg (...)

G4: 3 Systeme kennengelernt.

M4: Genau.

1 Das Dissertationsprojekt, das an der Universität Hamburg durchgeführt wird, untersucht die Tradierung DDR-spezifischer Orientierungen in ostdeutschen Familien und legt dabei den Fokus auf die Nachwendegeneration, die selbst keine DDR-Erfahrungen gemacht hat und folglich auf die Tradierung der Vergangenheit angewiesen ist.

2 Im Stimulus werden die anwesenden Familienmitglieder gebeten, sich über das Thema DDR auszutauschen, ohne konkrete Themen vorzugeben. Ziel eines freien Stimulus ist die eigenständige Generierung eines Erzählrahmens durch die Gesprächsteilnehmer/-innen.

3 Pause

G4: Das jetzt hier ist nicht das Beste.

M4: Ja. Naja gut.

G4: @<sup>4</sup>

M4: (räuspert sich) Ich will mal sagen, es ist einfach schwierig, weil wir (..) ich sag's mal (..) positiv, DDR Schulbildung. Ohne Abstriche. Positiv Studium, ohne Abstriche. Positiv sagen wa mal von der Familie her, sagen wa mal (..) Die Erziehung, (..) die Familienzusammengehörigkeit, obwohl der Vater nicht viel zu Hause war durch n Beruf, aber meine Mutter. So, aber ich würd mal sagen, wir unterhalten uns in der Familie manchmal, ich sag's mal, ja gut, jetzt können wa halt Bananen und Apfelsinen kaufen, ne, was wa früher nicht konnten, wir können reisen, aber ich will mal sagen, dass da so richtig Familiengespräche nochmal richtig so ins Detail stattfinden, weil wir mit der Wende, sagen was mal, für seine Generation, aus seinem Beruf raus, sehr viel seelisch durchgemacht haben. Und deswegen reden wir mal drüber über Kleinigkeiten, aber im Zusammenhang mit der Tina, die kann dazu überhaupt keinen Bezug finden.

[...]

M4: Und (..) und heute nach über 20 Jahren gerät auch vieles in Vergessenheit. Wenn man nicht durch Zufall mal mit der Nase drauf gestoßen wird, (..) kommt das manchmal n bisschen spaßig so hoch, aber es ist nicht unbedingt immer n abendfüllendes Programm, sag ich mal. Das sind manchmal nur so Stichpunkte oder irgendwelche Erfahrungen oder Erinnerungen, aber ich will mal sagen, bei mir noch vielleicht n bisschen anders, als bei dir, bei ihr eigentlich gleich gar nicht. Dann kommen nur mal Stichpunkte hoch, wo man eben mal sagt und erklärt, was das - dann sitzt sie da, ABV? was das denn? Ja. Und so sind eigentlich so die (..) Gespräche, die da, also die gehen nicht ins Detail, das sind wirklich nur Bruchstücke oder (..) nicht das man sich da irgendwo hinsetzt und diskutiert dann in der Familie irgendwas. Das ist Quatsch. (..) Also von meiner Seite aus jedenfalls nicht.

Die obige Sequenz wird vor allem von der Mutter dominiert, die ihren Widerwillen bekundet, an einer Diskussion über die DDR teilzunehmen. Damit stößt sie auf Verwunderung des Großvaters, der offensichtlich anders mit der Vergangenheit umgeht, als seine Tochter. Die gesamte Passage lässt sich als eine Rechtfertigung der mütterlichen Vorbehalte gegenüber einer familiären Diskussion über die DDR-Vergangenheit interpretieren. Zwar gibt es einen Zwischenexkurs über die Bewertung unterschiedlicher Systeme, in der die DDR eindeutig als positiv dargestellt und dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem gegenübergestellt wird. Gleichzeitig wird bereits daran deutlich, dass sich die Familie, insbesondere die Mutter, nicht detailliert mit der Vergangenheit auseinandersetzen will, sondern Vergangenheit und Gegenwart lediglich auf der Systemebene miteinander abgleicht. Tiefgründige Gespräche über die DDR finden laut Angaben der Mutter in der Familie nicht statt. Erst gegen Ende der Sequenz folgt die Begründung für die bewusste Dethematisierung der Vergangenheit: der biografische Bruch, den die Familie mit dem Arbeitsverlust des Großvaters nach 1989 erfahren hat. Ohne auf den Beruf ihres Vaters einzugehen, erklärt die Mutter das Fehlen tiefgründiger Gespräche über die DDR-Zeit mit einer seelischen Krise, die die Familie »mit der Wende« durchgemacht hatte, nachdem der Großvater »aus seinem Beruf raus« (Familie Moser) war. Der Satz »dein Opa ist weg vom Fenster« (Familie Moser) steht für den Reputationsverlust des Großvaters, der auch im Kindergarten vor der Enkeltochter thematisiert wurde. Das krisenhafte Erlebnis, in dem sich die gesamtgesellschaftliche Umbruchsituation familienbiografisch niedergeschlagen hat, führt zu einer bewussten Exklusion

---

4 Lachen

dieser Erlebnisse aus dem Familiengedächtnis. Zwar können sich Mutter und Großvater daran erinnern; gleichzeitig unterbindet jedoch die Mutter ein bewusstes Erinnern an jene Zeit. Die Mutter bedient sich zahlreicher Stereotypen über den DDR-Alltag, wie beispielsweise die Lebensmittelknappheit und den Wunsch nach Bananen (vgl. Familie Moser), um den Inhalt der familiären Unterhaltungen wiederzugeben. Damit verstärkt sie die Oberflächlichkeit der innerfamiliären DDR-Erinnerung. Durch die generationale Rahmung der großväterlichen Erfahrung des Arbeitsverlustes stellt sie die individuelle Umbruchserfahrung in einen übergeordneten Zusammenhang, um auf diese Weise die Tragweite der Erlebnisse zu relativieren. Gleichzeitig ermöglicht diese Rahmung das Ausblenden individueller Erinnerungen.

Eine weitere Rechtfertigung für die Dethematisierung der DDR-Vergangenheit innerhalb der familialen Alltagskommunikation scheint Tinas mangelndes Erfahrungswissen zu sein. Sie kann in den Augen ihrer Mutter keinen Bezug zur DDR-Vergangenheit finden. Daraus lässt sich folgern, dass für die Mutter Gespräche mit ihrer Tochter über die DDR offenbar nicht möglich sind. Erfahrungswissen wird hier indirekt als eine kommunikative Voraussetzung dargestellt, auch wenn die Mutter dies nicht explizit äußert. Die DDR taucht nur als Stichpunkt, nie aber als detaillierte Geschichte auf, was den Zufallscharakter der Erinnerung betont. Die Familie setzt sich nicht zusammen, um gemeinsam über die Vergangenheit zu reden. Das Thema drängt sich vielmehr beiläufig auf und wird ebenso rasch wieder abgehakt. Dies deutet darauf hin, dass sich die Mutter entweder nicht an die DDR erinnern möchte oder kann.

#### b) Familie Hoffmann: Modus der bewussten Thematisierung und Tradierung krisenhafter Erfahrungen in Form einer »Märtyrer-Narration« (Inklusion)

Familie Hoffmann ist wohnhaft in Berlin. Am Familiengespräch nahmen der Vater (1961), die Mutter (1962) sowie der Sohn Sascha (1988) teil. Das Gespräch fand in Saschas Wohnung statt, der seit einigen Jahren alleine lebt und als Tontechniker arbeitet. Seine Mutter und sein Vater (beide Diplom-Betriebswirte) haben in der Wendezeit ihre Arbeitsstellen verloren und leiten nun gemeinsam einen Getränkehandel.

##### *Die Wendezeit als Herabstufung*

V3: **Das<sup>5</sup> kann man, das kann sich ein Westdeutscher überhaupt nicht vorstellen, wie das ist, weil der das nie erleben wird wahrscheinlich.** So schlimm, so ne Herabstufung von 100 auf null. Dein ganzes Wertgefühl, du warst plötzlich **nichts mehr. Du warst eine Null.**

M3: nichts.

V3: Du wurdest nicht mehr gebraucht, du warst eigentlich **überflüssig**. Wieso bist du eigentlich noch da? So hat man sich gefühlt, ne.

M3: Ja, deswegen ham sich ja auch ganz viele umgebracht.

V3: Das war, wirklich, das möcht ich nie wieder mitmachen, weil das war ganz schlimm.

M3: Darüber redet ja auch keiner mehr, wie hoch die Selbstmordrate nach der Wende war.

---

<sup>5</sup> Betont lautes Sprechen

V3: Wir hatten Glück, dass wir noch jung waren, mit 30 Jahren hat man das wahrscheinlich noch verkraftet. (.) Aber **die** Generation, die schon so ab die 50 war, wo im Prinzip ein Lebenswerk den Bach runter gegangen is, die hab ich nicht beneidet und wirklich, da gabs bestimmt auch Tragödien. Das interessiert aber ken, da hörst du auch nichts von, da gibts kene Statistiken, gar nichts. Das wird alles unter der Decke gehalten, das will gar keiner wissen. Aber was da abgegangen is, möcht ich nicht wissen. Wir habens ja wie gesagt bei ihrem Vater gesehen oder bei anderen Bekannten, die in dem Alter waren, wie die gelitten haben, wie die wirklich versucht haben, irgendwo wieder äh Fuß zu fassen, aber wie schwer das auch war. Weil is doch klar: Ich war was, ich hab was dargestellt, ich hab Fähigkeiten, Fertigkeiten, dementsprechend hatte ich auch meine Stellung in der Gesellschaft. **Und dann war dies alles nichts mehr wert.** Ich war plötzlich -

M3: Im Gegenteil.

V3: Eine Persona non grata, die war eigentlich, ich hätte auch nach Afrika gehen können, das hätte auch ken interessiert.

[...]

V3: Ich mene, bisschen, ich muss sagen, die ersten zwe, drei Jahre, (..) nach 89, das war wie, aus heutiger Sicht -

M3: Länger. L

V3: Eigentlich noch länger, ne. Das war wie ne Betäubung. Also wir ham eigentlich gelebt, aber irgendwie haben wir was abgeschaltet, so, das war wie, wie ne Betäubung. 95 so, kam wieder son bisschen (.) »Was ist denn hier überhaupt passiert?« so. Is eigenartig, das haben wir aber erst später mitgekriegt. In der Zeit selber waren wir n bisschen wie geimpft. (..)

In der obigen Sequenz thematisiert Familie Hoffmann, anders als Familie Moser, ganz bewusst die Auswirkungen der Wendezeit, die sie als persönliche Herabstufung erfahren haben. Der Vater leitet zwar das Thema ein und dominiert das Gespräch an dieser Stelle, doch die Mutter teilt seine Erfahrungen und ergänzt die väterlichen Redebeiträge, ein paralleler Gesprächsverlauf wird erkennbar. Die Krisenerfahrung bezieht sich ähnlich wie bei Familie Moser weitgehend auf den beruflichen Bereich. Es ist das Gefühl, eine Null und nichts mehr wert zu sein und die »Stellung in der Gesellschaft« (Familie Hoffman) verloren zu haben. Der Vater fühlt sich überflüssig und wertlos, nicht mehr als nützliches Mitglied der Gemeinschaft, was für ihn bisher die schlimmste Erfahrung seines Lebens zu sein scheint. An einer anderen Stelle spitzt er diese Äußerung zu, indem er von sich als »persona non grata« (Familie Hoffmann) spricht. Hier wird eine Fremdeinwirkung erkennbar, die er und seine Familie passiv erleiden: Die eigene Person ist unerwünscht und nichts mehr wert. In der Darstellung der Wendezeit als Herabstufung zeigt sich das Martyrium der familialen Krisenerfahrung, das in eine kontrapräsentische Narration (vergleiche Assmann 2000) mündet. Das Verlorene, Verschwundene – in diesem Fall die gesellschaftliche Wertschätzung der eigenen Person – wird betont und verweist damit auf einen Bruch zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Jan Assmann geht davon aus, dass in kontrapräsentischen Narrationen die Gegenwart als »aus den Angeln gehoben« (Assmann 2000: 79) dargestellt und einer heroischen Vergangenheit gegenüber gestellt wird. Indem der Vater aus der Retrospektive beschreibt, früher etwas dargestellt zu haben und jemand gewesen zu sein, betont er zugleich die Differenz zur Gegenwart. Zwar relativiert er das eigene Leid, indem er eine Personengruppe benennt, deren Wendeerfahrungen aufgrund des fortgeschrit-



tenen Alters noch gravierender waren. Hier spricht der Vater sogar von »Tragödien« (Familie Hoffman). Doch am Ende wechselt er erneut zur Ich-Perspektive, sodass die eigenen Erfahrungen und die Erlebnisse der anderen zu einer Einheit verschmelzen.

Durch den gesellschaftlichen Umbruch im Allgemeinen und den Arbeitsverlust im Besonderen findet für Familie Hoffmann ein Eingriff von außen in ihre Lebensplanung statt, dem sie machtlos ausgeliefert sind. Die Machtlosigkeit kommt durch das Wort Betäubung zum Ausdruck, mit dem der Vater die Zeit um 1989 beschreibt. An anderer Stelle spricht er davon, 90 sei erstmal Schluss gewesen, was eine zeitliche Trennlinie markiert. Dem selbstbestimmten Leben in der DDR stellt er einen Zustand gegenüber, in dem er und seine Frau zwar körperlich gelebt, jedoch geistig abgeschaltet haben, »wie geimpft« waren (Familie Hoffmann).

### c) Familie Sonnfeld: Modus der Externalisierung innerfamiliärer Differenzen hinsichtlich krisenhafter Erfahrungen (Überblendung)

Familie Sonnfeld ist wie Familie Hoffmann wohnhaft in Berlin. Am Familiengespräch nahmen der Vater (1968), die Mutter (1974) sowie die Tochter Jule (1992) teil, die zum Zeitpunkt des Interviews die 11. Klasse eines Gymnasiums besucht. Die Mutter arbeitet als Krankenschwester, der Vater ist Musiker.

#### *Aufeinanderprallen von Welten*

M1: Ich meine, das sind ja och, das muss man ja auch mal sehen, zwei **völlig** (.) komplex (.) **andere** Gesellschaftssysteme. L Damals und heute. L

JUL: L Ich versteh nicht, wie **die** - L wie die L zusammenfinden konnten. L Oder dass die DDR sich so.

M1: L Wie die zusammenfinden konnten? L Was hatn da zusammengefunden? Gar nichts.

JUL: Nein, aber ich meine, dass da zwei Welten aufeinander geprallt sind nach der Wende.

M1: Ja.

JUL: Und des hat ja **funktioniert**. Also klar, es war natürlich für alle ne riesen Umstellung, aber wie man ja heute sieht, es hat ja irgendwie funktioniert und man konnte sich ja anpassend anscheinend. L Aber L

M1: L Also ich L finde, würde nicht sagen, dass das funktioniert hat. Es geht L natürlich L

JUL: L Naja, funktioniert L im Sinne von man lebt miteinander. Es heißt ja nicht, dass alles supi jetzte is, sondern einfach, dass die DDR sich L soweit integrieren konnte und auch die BRD - L

M1: L Ne, (.) Ne, Ne. L Nicht integrieren konnte, integrieren **musste**.

V1: Mh.

M1: Die DDR wurde, wurde quasi fast von heute auf morgen, es war natürlich ein bisschen schleichender aber, **aufgelöst**. Man wurde seiner Identität beraubt (..).



Stattdessen verlagert sie den Zwischendiskurs um die Identität auf die allgemeine Ebene der älteren Leute, die »ne Identitätskrise bekommen« haben (Familie Sonnfeld). Das Ausblenden ihre eigenen Erfahrungen sowie der Verweis auf die Probleme Dritter stellen den Versuch dar, die familiäre Einheit hinsichtlich der Erinnerung an und die Vorstellung von der Vergangenheit wieder herzustellen. In beiden Passagen überblenden die innerfamiliären Differenzen die krisenhaften Erfahrungen der Mutter und verhindern die Erinnerung daran. Die persönlichen Erfahrungen werden ausgespart, um die zuvor aufgekommene Binnendifferenz zu neutralisieren. Die innerfamiliären Differenzen resultieren jedoch wiederum aus dem unterschiedlichen Erleben der Krise in der Elterngeneration sowie Jules retrospektivem Blick auf die Krise, der sich nicht mit den Erfahrungen der Eltern, vor allem denen der Mutter deckt.

## Zusammenfassung

Im Zentrum des Beitrags stand die kommunikative Verarbeitung einer Krise im Rahmen kollektiver Erinnerungspraktiken am Beispiel der DDR-Vergangenheit. Es konnte gezeigt werden, dass ein Zusammenhang zwischen der *Wahrnehmung eines gesellschaftlichen Wandlungsprozesses als Krise* und der Art der Erinnerung besteht. So konnten drei Modi krisenhaften Erinnerns in ostdeutschen Familien voneinander unterschieden werden, die vor allem auf divergierende DDR- und Umbruchserfahrungen sowie unterschiedliche Lebenssituationen in der Gegenwart verweisen. Das krisenhafte Moment des Erinnerns, das allen drei Modi gemeinsam ist, liegt in der kommunikativen Rahmung der Erinnerung, die wiederum aus der Verarbeitung der Krise resultiert. Alle drei Familien suchen bedingt durch die Krisenerfahrung nach einer Art und Weise, im inter- sowie intragenerationalen Austauschprozess auf die Erlebnisse zu reagieren und gelangen dabei zu unterschiedlichen Strategien. An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Familien die Diskussion eigenständig auf das Thema Wendezeit gelenkt haben und nicht von der Interviewerin danach gefragt wurden.

Während die Strategie der bewussten Aussparung oder Überblendung krisenhafter Erfahrungen zu einem Bruch im Familiengedächtnis führt, um die Identität in der Gegenwart zu sichern und familiäre Einheit herzustellen, führt die Strategie der Inklusion krisenhafter Erfahrungen in das Familiengedächtnis zu einer Identifikation mit der Vergangenheit. Die Erinnerung an den gesellschaftlichen Umbruch dient im letzten Fall vor allem dazu, den als defizitär empfundenen Istzustand mit einem früheren Zustand abzugleichen, der insbesondere aus der Retrospektive heroische Züge annimmt.

## Literatur

- Assmann, J. 2000: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München: Beck.
- Beck, S., Knecht, M. 2012: Jenseits des Dualismus von Wandeln und Persistenz? Krisenbegriffe der Sozial- und Kulturanthropologie. In T. Mergel (Hg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt am Main: Campus, 59–76.

- Engelhardt, M. von 1997: Generation, Gedächtnis und Erzählen. In E. Liebau (Hg.), *Das Generationenverhältnis. Über das Zusammenleben in Familie und Gesellschaft*. Weinheim, München: Beltz Juventa, 53–76.
- Erl, A. 2011: Locating Family in Cultural Memory Studies. *Journal of Comparative Family Studies*, 42. Jg., Heft 3, 303–318.
- Gollac, S., Oeser, A. 2011: Comparing family memories in France and Germany: the production of history(ies) within and through kin relations. *Journal of Comparative Family Studies*, Jg. 42, Heft 3, 385–397.
- Halbwachs, M. 1967: *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart: Enke.
- Karstein, U. 2009: Familiäre Einheit und generationelle Differenz. Zur kommunikativen Konstruktion historischer Generationen am Beispiel ostdeutscher Familien. In B. Bohnenkamp, T. Manning, E.-M. Silies (Hg.), *Generation als Erzählung. Neue Perspektiven auf ein kulturelles Deutungsmuster*, Göttingen: Wallstein, 53–71.
- Mergel, T. (Hg.) 2012: *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Punken, M. 2010: Transformation und Generationendifferenz. Zur intergenerationellen Kommunikation in ostdeutschen Familien. In T. Bürgel (Hg.), *Generationen in den Umbrüchen postkommunistischer Gesellschaften. Erfahrungstransfers und Differenzen vor dem Generationenwechsel in Russland und Ostdeutschland*. SFB-580-Mitteilungen, Heft 20, Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Rosenthal, G. 2000: Historische und familiäre Generationenabfolge. In M. Kohli, M. Szydlik (Hg.), *Generationen in Familie und Gesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich, 162–178.
- Steil, A. 1993: *Krisensemantik. Wissenssoziologische Untersuchungen zu einem Topos moderner Zeiterfahrung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wehler, H.-U. 2008: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 5. Bundesrepublik und DDR 1949-1990*. München: C.H. Beck.
- Welzer, H., Moller, S., Tschuggnall, K. 2002: *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Welzer, H. 2010: Re-narrations. How pasts change in conversational remembering. *Memory Studies*, 3. Jg., Heft 1, S 5–17.
- Wohlrab-Sahr, M. 2006: Systemtransformation und Biographie. Kontinuierungen und Diskontinuierungen im Generationenverhältnis ostdeutscher Familien. In K.-S. Rehberg (Hg.): *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, Teil 2*, Frankfurt am Main: Campus, 1058–1072.

# Das soziale Erinnern und Vergessen vergangener und zukünftiger Naturkatastrophen

Dietmar Rost

*Beitrag zur Veranstaltung »Gedächtnis in der Krise – Krise des Gedächtnisses« der Sektion Wissenssoziologie – organisiert von Oliver Dimbath und Michael Heinlein*

Naturkatastrophen sind eine zugespitzte Form der Krisenerfahrung, die zudem weit in der Menschheitsgeschichte zurückreicht. Fluten, Erdbeben, Vulkanausbrüche und andere Naturkräfte haben seit jeher Leben und Alltag von Menschen bedroht. Erst diese Bedrohung des gesellschaftlichen Lebens macht solche Naturereignisse überhaupt zu dem, was als *Naturkatastrophe* begriffen wird. In diesem Sinne sind Naturkatastrophen also stets Sozialkatastrophen (Felgentreff, Glade 2008). Naturkatastrophen bedrohen materielle Lebensgrundlagen sowie physisches und soziales Leben, sie durchbrechen gesellschaftliche Routinen und erzeugen einen außerordentlichen Handlungsdruck, da Reaktionen auf die Krisensituation buchstäblich notwendig werden.<sup>1</sup>

Die Chancen einer Bewältigung von Naturkatastrophen und eines Handelns, das sich in derart zugespitzten Krisensituationen als adäquate Problemlösungsstrategie erweisen kann, hängen nicht zuletzt von den Deutungen dieser außergewöhnlichen Situationen und somit auch von katastrophenrelevanten Wissensbeständen ab. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Erinnern von Formen und Ausmaßen früherer Naturkatastrophen wie auch von früheren Bemühungen um deren Bewältigung.

Mit dem Erinnern vergangener Katastrophen entwickeln sich Vorstellungen zu deren zeitlicher Struktur und entsprechende Erwartungen zur Außergewöhnlichkeit bzw. Wiederholung solcher Ereignisse. Daher eignet sich der hier angesprochene Zusammenhang in besonderer Weise für eine Reflexion nicht nur über Formen und Grenzen des Vergegenwärtigens vergangener Krisen, sondern auch des Vergegenwärtigens zukünftiger Krisen. Dementsprechend möchte dieser Beitrag einige Aufschlüsse skizzieren, die sich aus einer wissenssoziologisch orientierten Perspektive für das Verständnis eines sowohl vergangenheits- als auch zukunftsbezogenen Katastrophengedächtnisses ergeben. Zwangsläufig wird dabei auch auf einige zentrale Aspekte

---

<sup>1</sup> In der Katastrophenforschung werden Katastrophen zum Teil explizit als Krisen verstanden, das heißt als Situationen, in denen aktuelle Bedrohungen, die mit hoher Ungewissheit einhergehen, eine hohe Dringlichkeit des Handelns erzeugen (vgl. Boin, 'T Hart 2006: 43–44).

des komplexen Phänomens *Gedächtnis* einzugehen sein – unter anderem das Festhalten von Erfahrungen, auf den erinnernden Abruf von im Gedächtnis gespeicherten Erfahrungen sowie auf das Vergessen von Gedächtnisinhalten.<sup>2</sup>

Im Folgenden gehen wir anfangs auf das Verständnis von Naturkatastrophen ein und erläutern anschließend den hier gewählten wissenssoziologischen Zugang, um dann zunächst auf das Erinnern vergangener und schließlich auf das Erinnern zukünftiger Katastrophen zu blicken.

## Naturkatastrophen, Sozialkatastrophen, krasser Wandel

Naturkatastrophen sind Manifestationen von Naturkräften, die gesellschaftliches Leben in massiver Weise gefährden. Sie stellen somit eine extreme Form sozialen Wandels dar. Lars Clausen hat dies als »krassen Wandel« bezeichnet, als einen Wandel, der mit hoher Dynamik materielle, soziale und kulturelle Aspekte bedroht. Krasser Wandel zerstört Lebens- und Arbeitsräume, durchbricht gewohnte Handlungsmuster und fordert bisherige Deutungsmuster heraus, da sich schnell Fragen zu den Gründen des erfahrenen Unheils stellen. Clausen und die Tradition der Kieler Katastrophensoziologie betrachten Katastrophen daher nicht nur als extrem rapiden und vernetzten, sondern auch als stark magisierbaren Wandel, also als eine Form des sozialen Wandels, die in besonderem Maße irrationale Begründungen begünstigt (Clausen 2003: 59).

Die soziale Dimension von Naturkatastrophen zeigt sich in vielen verschiedenen Aspekten. Dazu zählt, dass Katastrophen nicht nur einzelne Personen, sondern Kollektive betreffen. Sie stellen – innerhalb bestimmter räumlicher Kontexte – eine kollektive Bedrohung dar, werden kollektiv erlebt und ihre Bewältigung verlangt ein kollektives Handeln.

Zudem sind Naturkatastrophen nicht allein naturseitig bedingt, sondern in mehrfacher Hinsicht zugleich gesellschaftlich. In welchem Maße sich Naturkräfte katastrophal auswirken können, hängt unter anderem von der Vulnerabilität ab, das heißt von der Verwundbarkeit der gesellschaftlichen (Infra-)Strukturen, sowie von der Resilienz, der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit gegenüber sich manifestierenden Naturgefahren. Einen wichtigen Faktor solcher Resilienz bildet das Wissen um spezifische Naturgefahren. Entsprechende Wissensbestände ermöglichen eine Vorbereitung und angemessene Reaktionen auf das Wirken solcher Naturkräfte. Ebenso können sie auch zur Bewältigung von Folgen des Wirkens solcher Naturkräfte beitragen, die sich in vielen Fällen im Vergleich zu deren unmittelbarer Wirkung als gravierender erweisen – beispielsweise wenn es zu Einschränkungen der Trinkwasserversorgung kommt. Aus Erfahrungen gewonnenes *Katastrophenwissen* kann also zur Verringerung der Vulnerabilität, zur Erhöhung der Resilienz und somit insgesamt zu einem angemesseneren Umgang mit Naturgefahren beitragen.

Einen sozialen Charakter erhalten Naturkatastrophen auch durch das gesellschaftliche Bearbeiten und Umformen von Natur, das die Manifestation von Naturkräften beeinflusst und zum Teil überhaupt erst zu Naturgefahren für Menschen werden lässt. Hochwässer werden bei-

---

<sup>2</sup> Die Überlegungen dieses Beitrags gehen zurück auf die Forschungsprojekte *Katastrophenerinnerung* und *Shifting Baselines*, die am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) unter Leitung von Harald Welzer, gefördert von der Stiftung Mercator, durchgeführt wurden. Siehe dazu ausführlich Rost (2014).

spielsweise durch Abholzungen oder die Eindeichung von Wasserläufen verschärft oder gar hervorgebracht. Minderungen wie auch Verschärfungen von bestimmten Naturgefahren resultieren daher unter anderem aus der gesellschaftlichen Umformung von Natur und somit aus dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel. Großmaßstäblich zeigt sich das im Zuge der drohenden anthropogenen Erwärmung des Erdklimas sowie der damit erwartbaren Zunahme extremer Wetterereignisse.

Aus der anthropogenen Veränderung von Naturgefahren ergeben sich wiederum zwei Herausforderungen für das gesellschaftliche Wissen um Naturgefahren, die eng mit dem Faktor Zeit zusammenhängen. Zum einen verlangt eine Veränderung der Häufigkeit wie auch des Ausmaßes von Extremereignissen eine dynamische Betrachtungsweise, die nicht einfach Erfahrungswerte aus der Vergangenheit fortschreibt und in dieser Weise Risiken kalkuliert. Die Annahme eines *Und so weiter* bezüglich der Häufigkeit und des Ausmaßes von katastrophischen Naturereignissen wird problematisch, wenn beides selbst einem historischen Wandel unterliegt und sich weiter verschärft.

Zum anderen bleibt festzuhalten, dass die menschlich beeinflussten Naturgefahren – mit anderen Worten: Naturrisiken – mit dem steigenden Vermögen des Eingreifens in die Natur nicht nur immer komplexer werden, sondern in zeitlich immer weiter entfernte Zukünfte hineinwirken können. Sofern es darum geht, solche zeitlich immer weiter ausgreifenden anthropogenen Naturrisiken zu reflektieren und zu mindern, bedarf es also entsprechend weit ausgerichteter Zeithorizonte, innerhalb derer solche gesellschaftlich neu hervorgebrachten Naturgefahren überhaupt erst fassbar werden.<sup>3</sup>

Im Vorigen wurde bereits deutlich, dass sowohl die Chancen der Vorbereitung auf drohende Naturgefahren und der Bewältigung ihrer primären und sekundären Auswirkungen als auch die Vulnerabilität und Resilienz im Katastrophenfalle eng mit gesellschaftlichen Erfahrungen und Erwartungen zusammenhängen. Der gesellschaftliche Umgang mit Naturgefahren und Naturkatastrophen beschränkt sich nicht auf die bloße Reaktion auf aktuelle Katastrophen, sondern erschließt in erheblichem Maße Bezüge auf vergangene als auch zukünftige Katastrophen ein. Daher führt die Forschung zu Naturkatastrophen beinahe unweigerlich zu Fragen des gesellschaftlichen Erinnerns.

Bevor wir näher auf das Erinnern von Katastrophen eingehen, ist es sinnvoll, zunächst nach dem Zeitrahmen zu fragen, auf den sich der Katastrophenbegriff in der Regel bezieht. Denn in der Katastrophenforschung sind zunehmend Konzepte hervorgetreten, die Katastrophen nicht mehr als rein situative bzw. momenthafte Ausnahmestände innerhalb ansonsten gleichbleibender gesellschaftlicher Verhältnisse betrachten. Vielmehr erscheinen Katastrophen nun eher als Phänomene, die prozesshaft sind, mehrere Phasen umfassen oder gar zyklische Abläufe umfassen wie zum Beispiel Katastrophenvorbeugung, Katastrophenvorbereitung, Katastrophenbewältigung und Wiederaufbau (Dikau 2008).

---

<sup>3</sup> Bereits Friedrich Engels hat solche Aspekte der gesellschaftlichen Naturverhältnisse angesprochen: »Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.« (Engels 1962: 453)

Hierzu maßgeblich beigetragen haben in Deutschland die Kieler Katastrophenforschung und insbesondere Lars Clausen (2003: 62–76; Möller, Clausen 1993: 114–116) mit dem so genannten FAKKEL-Modell, das typische Phasen des Katastrophengeschehens skizziert, die allerdings nicht alle notwendig aufeinanderfolgen. Das nach den Anfangsbuchstaben der einzelnen Phasen bezeichnete FAKKEL-Modell unterscheidet – ohne hier ins Detail gehen zu können – Phasen der Friedensstiftung, in denen es zu einer zufriedenstellenden Lösung der von krassem Wandel erzeugten Probleme kommt; eine erneute Alltagsbildung, die mit dem Vergessen zentraler Gefährdungsmomente einhergeht; eine fortschreitende Formierung unterschiedlicher *Klassen* durch Hervortreten von Interessengegensätzen zwischen Lai/-innen und Expert/-innen, Entscheider/-innen und Betroffenen usw.; den eigentlichen Katastropheneintritt, die Kulmination der (vernachlässigten) Probleme; das Ende aller Sicherheit durch Versagen von Schutzmechanismen gegenüber Naturgefahren; die Liquidation der Gewissheiten, Normen und Werte, die im Umgang mit der Katastrophensituation offensichtlich versagt haben. Auf diese drei letzten Phasen – die wir als die eigentliche Krisenzeit bezeichnen können – kann eine neuerliche Friedensstiftung folgen.

Sofern Katastrophen also nicht nur als Situationen, sondern explizit als Prozesse begriffen werden, erweitert sich der Bereich jener Teilaspekte, die dem Phänomen *Katastrophe* zugerechnet werden können. Diesbezüglich sind zwei Punkte für uns wichtig: Zum einen wird die Unterscheidung einer Phase des zugespitzten (bzw. *eigentlichen*) Katastrophengeschehens und von dessen Vor- und Nachlauf durch dieses prozessorientierte Verständnis zwar modifiziert, jedoch nicht aufgehoben. Zum anderen treten hierbei neben den Momenten des Erinnerns und Vergessens von zurückliegenden Katastrophenerfahrungen auch jene Zukunftsperspektiven und -erwartungen der Betroffenen hervor, die für den Umgang mit Naturgefahren bedeutsam sind, da sie nicht zuletzt Wissen zur Deutung und Bewältigung wiederkehrender bzw. neuer Bedrohungen bereitstellen können.

## Naturkatastrophen in wissenssoziologischer Perspektive

Da dem Deuten von Naturkatastrophen und -gefahren sowie dem Erinnern von hierfür relevanten Erfahrungen eine erhebliche Bedeutung zukommt, liegt es nahe, dies aus einer wissenssoziologischen Perspektive näher zu betrachten. Sie zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie bei der Rekonstruktion des Wissens, mit dem Menschen sowohl in ihrem Alltag allgemein als auch in bestimmten Lebensbereichen und -situationen umgehen, unmittelbar an den Formen des Erlebens, Erfahrens und Vorstellens ansetzt.<sup>4</sup> Dabei bleibt sie allerdings nicht stehen. Schon Alfred Schütz' Entwürfe einer phänomenologisch fundierten Sozialtheorie (Schütz 1971, 1972) gehen weit über die individuellen Aspekte des Erfahrens und Deutens hinaus. Sie eröffnen ein Verständnis der kollektiven Aspekte des Wahrnehmens und des Aufbaus sozialer Sinnwelten, das freilich in starkem Maße durch die Perspektive auf die Wahrnehmung und Erfahrung von Subjekten geprägt bleibt. Dadurch eignet sich dieser Ansatz nicht nur für einen

---

<sup>4</sup> Vgl. Reckwitz (2006: 367); Tänzler et al. (2006).



Blick auf einige soziale Grundzüge der subjektiven Wahrnehmung und Erfahrung, sondern gerade auch für eine Fokussierung der Zusammenhänge zwischen subjektiven Wahrnehmungen und sozial geronnenen bzw. institutionalisierten Wissensbeständen. Zugleich führt er in das Feld einer Gedächtnisforschung, die sowohl auf individuelle als auch soziale Prägungen des Erinnerens wie auch auf deren Wechselverhältnis blickt.

Aus einer solchen wissenssoziologischen Perspektive lässt sich ein prozessorientiertes Verständnis der Wahrnehmung und Deutung von Naturkatastrophen, wie wir es oben bereits aus Sicht der sozialwissenschaftlichen Katastrophenforschung skizziert haben, weiter ausformulieren: Im Falle von Naturkatastrophen wirken Naturkräfte mit hoher Dynamik auf materielle Grundlagen und alltägliche Abläufe des sozialen Lebens ein. Mit großer Macht drängen sich diese Naturkräfte Kollektiven als eine Problemstellung auf, die eine genauere Situationsdeutung und reaktives Handeln verlangt. Die unmittelbare Katastrophenerfahrung stellt insofern ein Erleben von Kontingenz dar, das in starkem Maße aus der aktuellen Situation hervorgeht und den Betroffenen neue Relevanzen auferlegt. Die Bewältigung solcher Katastrophen, deren aktuelles Ausmaß jeweils zunächst ungewiss bleibt, verlangt Reaktionen, die jenseits von Handlungsroutinen liegen. Nun notwendig werdende Reaktionen können auf Erfahrungen aufbauen, die individuell und/oder kollektiv aus früheren Katastrophenfällen festgehalten und akkumuliert wurden. Bereits die Deutung von Katastrophensituationen greift in der Regel auf Wissensbestände zurück, die aus früheren Erfahrungen hervorgegangen sind. Dabei ist das Deuten von Naturkatastrophen von ihren ersten Anzeichen bis hin zum retrospektiven Erfassen ihres gesamten Ausmaßes stets ein sozialer Prozess, in dem Erfahrungen unterschiedlicher Individuen und Gruppen verknüpft und erörtert werden. Sowohl die Erfahrungsbildung zu aktuell erlebten Katastrophen wie auch das Festhalten dieser Erfahrungen bauen somit grundsätzlich auf sozialen Prozessen und Symbolisierungen des Erlebten auf.

## Erinnerung vergangener Katastrophen

Das Vermögen, mit der plötzlichen Einwirkung von Naturkräften verbundene Kontingenzen zu deuten und auf sie zu reagieren, hängt also in einem erheblichen Maße von vorhergehenden Erfahrungen mit solchen bzw. ähnlichen Katastrophengeschehnissen ab, die von der individuellen Erinnerung und individuellen Habitualisierung des Handelns in solchen Katastrophensituationen bis hin zu sozialen Formen der Katastrophenerinnerung und des Katastrophenhandelns reichen.

Eine erhebliche Rolle für dieses Erinnern spielt die Weite der Zeithorizonte, aus denen vergangene Katastrophen vergegenwärtigt werden können. Je weiter solche Gedächtnisräume zeitlich zurückreichen, desto eher werden vergleichbare Katastrophen erinnerbar. Sofern Katastrophenereignisse selten auftreten, können dann überhaupt erst Vergleichsfälle vergegenwärtigt werden. Und im Falle häufiger wiederkehrender Katastrophenereignisse gestattet eine Erinnerung einer größeren Zahl vergleichbarer Katastrophen eine solidere Abschätzung von Ausmaßen und Intervallen dieser Katastrophenereignisse.

Wie weit die Zeithorizonte von Katastrophengedächtnissen reichen und welche Dynamiken des Erinnerens und Vergessens auf die Weite dieser Zeithorizonte einwirken, soll nun näher be-

trachtet werden. Hierzu lehnen wir uns an die Unterscheidung dreier Vergegenwärtigungsformen vergangener Erfahrung von Aleida und Jan Assmann (1992, 2002) an, die wir allerdings vor allem in deren zeitlicher Dimension aufgreifen. Die Unterscheidung von autobiografischem Erinnern, einem zwischen Zeitgenoss/-innen kommunikativ vermittelten Erinnern und eines institutionalisiert vermittelten (kulturellen) Erinnerns soll hier also einer Differenzierung von Wissensbeständen dienen, die in Katastrophensituationen zur Hand sind.

Ein auf autobiografischen Erfahrungen aufbauendes Katastrophenwissen reicht maximal bis in die Kindheit aktuell lebender Menschen zurück. Auch ein solches individuelles Katastrophengedächtnis beruht auf sozialen Deutungsmustern und sozialen Deutungsprozessen, doch autobiografische Erfahrungen zeichnen sich durch die hohe sinnliche Komplexität aus, die mit dem leiblichen Erleben von Bedrohungen und Belastungen einhergeht. Diese sinnliche Komplexität kann einerseits das Festhalten und Abrufen entsprechender Erfahrungen fördern, doch andererseits aufgrund der Belastungen, die mit solchen Erinnerungen verbunden sein können, auch erschweren bzw. verzerren.

Zeitlich weiter zurück reichen Erfahrungen, die von älteren Zeitgenoss/-innen (*Zeitzeug/-innen*) noch selbst erfahren wurden und von diesen nun an jüngere kommuniziert werden. Die so übermittelten Erfahrungen fallen bei Rezipient/-innen jüngerer Alterskohorten zwangsläufig hinter die sinnliche Komplexität des sinnlich selbst Erfahrenen zurück, was allerdings in gewisser Weise kompensiert werden kann, wenn Erzählungen eine besonders eindrückliche Form erhalten oder durch den Status der Erzählenden aufgewertet werden.

Noch weiter zurück reichen jene Erfahrungen, die allein durch Institutionen des sozialen – bzw. des von den Assmanns als kulturell bezeichneten – Gedächtnisses erinnerbar bleiben. Gegenüber den beiden zuvor geschilderten Erinnerungsformen bleiben diese zeitlich weiter zurückreichenden Erinnerungen in der Regel freilich weit abstrakter. Das liegt unter anderem daran, dass ihr gesamter gesellschaftlicher Kontext aufgrund der größeren zeitlichen Entfernung eher verborgen und fremd bleibt.

In dieser hier geschilderten Struktur lässt sich die Bedeutung der Dynamik des Erinnerns erkennen, auf die Jan Vansina (1985: 21–24) mit dem Begriff des »floating gaps« hingewiesen hat. Seines Erachtens lassen sich zwischen der sozialen Erinnerung gegenwartsnaher konkreter Erfahrungen und weiter zurückreichenden abstrakt übermittelten Erfahrungen häufig Lücken feststellen, die durch die verschiedenen Modi des Erinnerns und entsprechende Dynamiken des Vergessens erklärt werden können. Bezogen auf das Erinnern von Katastrophen heißt dies, dass die Wissensressourcen zur Bewältigung von Naturgefahren, die seltener auftreten, prekär sind. Denn weiter zurückliegende Erfahrungen, die in der Zeit dieses *floating gaps* zwischen gegenwärtig noch innerhalb einer linearen Zeitvorstellung erinnerbarer Vergangenheit und jener entfernten nur vage als mythisch erinnerten Zeit gemacht wurden, gehen verloren. Dabei sind die weiter zurückreichenden und zu Mythen geronnenen Erfahrungen zudem so abstrakt, dass das durch sie vermittelte Wissen relativ dünn bleibt. Da sie außerhalb der Vorstellungen linearer Zeit liegen, erlauben sie auch keine Vorstellungen zu Intervallen, die zwischen wiederkehrenden Katastrophenereignissen liegen.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> In ähnlicher Weise – wenn auch weniger mit Blick auf die Erinnerungs- und Vergessensdynamik als auf die Intervalle zwischen Katastrophenereignissen – spricht der Historiker Christian Pfister (2009: 244) von einer et-

Auf dieser Grundlage lassen sich einige Aufschlüsse zum Gedächtnis vergangener Katastrophen festhalten. Zunächst ist hier der Stellenwert von Dynamiken des Vergessens zu nennen, die beinahe zwangsläufig dazu führen, dass Katastrophengedächtnisse zeitlich nur über bestimmte und meist recht gegenwartsnahe Zeiträume zurückreichen. In diesem Zusammenhang muss allerdings berücksichtigt werden, dass auch relativ häufig wiederkehrende Katastrophengeschehnisse eine Herausforderung für Erinnerungsprozesse darstellen und häufig subjektiv verzerrt und selektiv erinnert werden.<sup>6</sup> Für die Bewältigung von Naturgefahren adäquate Erinnerungen dürften daher gerade aus dem Wechselspiel des subjektiv bedeutungsreichen autobiografischen Erinnerns und des demgegenüber stärker Intensitäten und Frequenzen reflektierenden sozialen Erinnerns hervorgehen.

Im Falle seltenerer Katastrophenereignisse, die nicht von jeder Generation erlebt werden und zum Beispiel als *Jahrhundertereignisse* bezeichnet werden, hängt die Verfügbarkeit von katastrophenrelevantem Wissen in ganz besonderem Maße von Institutionen des sozialen Erinnerns ab. Die eher naturwüchsig aus autobiografischen Erfahrungen generierten Erinnerungen verblassen hier im Modus des generationalen Vergessens, noch bevor es zu einem Wiederereignis des Katastrophengeschehens kommt. Gedächtnisinstitutionen wie zum Beispiel Hochwassermarken sind jedoch in der Lage, Erfahrungen auch über längere Katastrophenlücken hinweg festzuhalten, indem sie in den öffentlichen Raum einschreiben, welche Ausmaße und Frequenz bzw. *Jährlichkeit* bestimmte Katastrophengeschehnisse besitzen.

Obwohl ein Festhalten auch von weit Zurückliegendem nicht nur im Falle von Katastrophen grundsätzlich möglich ist, erhalten die Schwellen, die ein solches längerfristiges Erinnern überwinden muss, ein erhebliches Gewicht. Insbesondere die in Vansinas Ansatz angesprochene Abfolge immer neuer Generationen bzw. Alterskohorten strukturiert das soziale Gedächtnis und führt dazu, dass die Zeithorizonte des Erinnerns stets relativ gegenwartsnah bleiben.

Trotz aller sozialen Prägung und Vermittlung der Erinnerungsvermögen macht sich hier also die Naturseite menschlicher Gesellschaft in besonderer Weise geltend. Da viele Erfahrungen auf die eigene Leiblichkeit von Individuen und auf deren leibliche Bedürfnisse bezogen sind und diese Erfahrungen hierdurch ein besonderes Gewicht und besondere Qualitäten erhalten, besteht insbesondere zwischen autobiografischen Erfahrungsräumen und den jenseits dieser liegenden intergenerationalen bzw. noch längerfristigen historischen Zeiträumen eine Schwelle, die für ein längerfristiges Festhalten von Erfahrungen gesellschaftlich überwunden werden muss. Diese sich aus der begrenzten Lebenszeit von Menschen ergebende Schwelle stellt insofern eine wichtige »Nahtstelle« des Vergessens und Erinnerns (Sebald, Weyand 2011: 182) dar.

Die Problematik eines Erinnerns bzw. Vergessens von Inhalten, die für die Wahrnehmung von Katastrophen relevant sind, lässt sich dementsprechend für mehrere Bereiche differenzieren. Das autobiografische Erinnern ist – neben all seiner sozialen und kulturellen Prägung – in besonderer Weise durch individuell erlebte sowie sinnlich komplex erfahrene und emotional gefärbte Inhalte geprägt. Dennoch wird auch innerhalb des biografischen Rahmens nicht alles Erfahrene festgehalten und abrufbar. Vielmehr zeigen sich auch hier Verzerrungen sowie einer-

---

wa einhundert Jahre währenden »Katastrophenlücke« (1882–1976), die in der Schweiz dazu beigetragen habe, das Risiko von Naturkatastrophen aus dem allgemeinen Bewusstsein zu verdrängen.

<sup>6</sup> Siehe Beyer (1974: 273) und Whyte (1985: 408).

seits Zeiträume völligen Vergessens und andererseits Zeiträume einer Verdichtung des Erinnerns (das sich häufig in starkem Maße auf die Phase der Jugend bzw. des jungen Erwachsenseins bezieht).

Jenseits der Schwellen des autobiografischen Erinnerns schließt sich ein Bereich des intergenerationalen Erinnerns an, der durch die kommunikative Vermittlung von Erfahrungen zwischen Zeitgenoss/-innen mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen geprägt ist. Hier liegt eine Voraussetzung darin, dass die Transmission von Erfahrungen und Wissen zwischen aufeinanderfolgenden Generationen bzw. unterschiedlichen Alterskohorten gelingt. In diesem Falle werden Erfahrungen über den autobiografischen Bereich hinaus erinnerbar – dies ist die Form, die die Assmanns als kommunikatives Gedächtnis bezeichnen.

Daneben gibt es eine Transmission von Erfahrungen, die wesentlich weiter zurückreichen, nämlich in Zeiträume jenseits der von den gegenwärtig lebenden Zeitgenoss/-innen erfahrenen Zeit – diese auf abstraktere Symbolisierung und Institutionalisierung angewiesene Form des Gedächtnisses entspricht dem Begriff des kulturellen Gedächtnisses.

In der hier skizzierten zeitlichen Struktur des Erinnerns, die maßgeblich in der Abfolge von Generationen und somit der Naturseite des menschlichen Lebens begründet ist, zeigt sich trotz aller sozialen Formbarkeit von Erinnerungsprozessen eine Tendenz nicht nur des autobiografischen, sondern auch des gesellschaftlichen Erinnerns, vorwiegend zeitlich Nahes zu vergegenwärtigen. In der Regel ist diese Tendenz – siehe Mannheims (1978: 44) Aussage, dass das Vergessen gesellschaftlich ebenso wichtig sei wie das Erinnern – höchst funktional. Problematisch für den uns hier interessierenden Problembereich wird diese Tendenz allerdings, wenn sie das zur Bewältigung von Katastrophen erforderliche Wissen einschränkt.

## Nach der Katastrophe ist vor der Katastrophe - Erinnerung zukünftiger Katastrophen

Beinahe zwangsläufig fließen aus dem Erinnern und der Zusammenschau vergangener Katastrophen auch Vorstellungen zur zukünftigen Wiederkehr von Katastrophen sowie zu deren Ausmaßen. Schon daher liegt es nahe, die Vergegenwärtigung zukünftiger Ereignisse ebenfalls als eine Form des Erinnerns zu begreifen und dementsprechend von Zukunftserinnerung zu sprechen. Zwar ist die Rede von Zukunftsgedächtnissen und Zukunftserinnern in der vor allem vergangenheitsorientierten Gedächtnisforschung noch nicht weit verbreitet, doch gerade in der wissenssoziologischen Perspektive, die gegenüber dem Thema *Zeit* besonders sensibel ist, ist ein Verständnis von Zukunftsgedächtnissen und -erinnerung unmittelbar angelegt.<sup>7</sup>

Ähnlich wie wir im Falle des auf Vergangenes bezogenen Katastrophenerinnerns auf Schwellen des Erinnerns und Vergessens und entsprechend unterschiedlich weite Zeithorizonte gestoßen sind, lassen sich nun auch für das zukunftsbezogene Erinnern Schwellen und durch diese begrenzte Zeithorizonte erkennen. Die Vergegenwärtigung von weiter von der Gegenwart ent-

---

<sup>7</sup> Siehe Knoblauch, Schnettler (2005) und Welzer (2010).

fernten Ereignissen scheint auch in diesem Falle ausgesprochen prekär und voraussetzungsvoll zu sein. Ein Zitat aus einem narrativen Interview mag dies illustrieren:

»Angst? Gut, es war eben ein Jahrhunderthochwasser. Eigentlich kommt es in hundert Jahren wieder, in hundert Jahren bin ich nicht mehr hier, brauche ich also auch keine Angst haben in der Richtung.« (KE/D/15/m43: 82)<sup>8</sup>

Hier kommt eine alltagsweltlich-diffuse Vorstellung von *Jahrhunderthochwassern* zum Ausdruck, die sowohl auf vergangene als auch auf zukünftige Ereignisse referiert. Da die nächste derartige (Hochwasser-)Gefährdung erst in einer entfernten Zukunft erwartet wird, die jenseits des eigenen biographischen Zukunftshorizonts liegt, wird die Bedeutung dieser Katastrophengefahr herabgestuft. Die selbst erlebte Bedrohung durch diese Naturgefahr sowie deren mögliche Wiederkehr werden von der befragten Person zwar erinnert, doch zugleich stark relativiert, da die Bezeichnung dieses Hochwassers als Jahrhundertereignis im Sinne einer einfachen Fortschreibung der in dieser Bezeichnung enthaltenen Frist verstanden wird.<sup>9</sup>

Die hier für ein Alltagsverständnis des Jahrhunderthochwassers beschriebene Minderung der Bedeutung von Ereignissen, die erst in einer weiter entfernten Zukunft erwartet werden, wird sozialwissenschaftlich auch als *Diskontierung der Zukunft* bezeichnet.<sup>10</sup> In unserem Zusammenhang des Katastrophenerinnerns entspricht eine solche geringere subjektive Bedeutung der entfernteren Zukunft spiegelbildlich recht genau jener Schwelle, die zwischen autobiografischen Erfahrungen und den weiter zurückreichenden Erfahrungen liegt, die von anderen Generationen und historischen Gedächtnissen kommunikativ übernommen werden. In der auf Zukünftiges gerichteten Zeitperspektive liegt sie zwischen dem Bereich der antizipierten autobiografi-

<sup>8</sup> Dieses Zitat entstammt einem der von Maïke Böcker geführten Interviews mit Betroffenen der Oderflut 1997, die im Rahmen ihres Dissertationsprojekts (Böcker im Erscheinen) und des Forschungsprojekts *Katastrophenerinnerung* (siehe Fußnote 2) geführt wurden.

<sup>9</sup> Wissenschaftlich werden *Jahrhunderthochwässer* anders als in einem solchen alltagsweltlichen Verständnis begriffen. Die Hydrologie versteht darunter Hochwasserstände, die innerhalb einer statistischen Wiederkehrperiode von 100 Jahren auftreten. Sie dienen dann nicht zur genaueren Antizipation der neuerlichen Wiederkehr eines solchen Ereignisses, sondern vielmehr zur Bemessung eines latenten Risikos. Hierbei geht es um die Frage, wie hoch das Wasser bei einer prinzipiell zu jedem Zeitpunkt möglichen Wiederkehr eines Hochwassers steigen könnte. Als Bemessungshochwasser liefert ein solches Jahrhunderthochwasser (HW<sub>100</sub>) Orientierungswerte für Katastrophenschutz und Raumplanung, die in der Lage sind, auch in der nahen Gegenwart drohende Naturrisiken zu bewältigen. Mitunter erscheinen dafür auch Bemessungswerte jenseits einer hundertjährigen Periode sinnvoll. An der Oder wurden die neuen Oderdeiche zum Beispiel an den Hochwasserwerten einer zweihundertjährigen Bemessung ausgelegt (Gebhardt et al. 2011: 581). Solide Bemessungswerte erfordern somit Daten aus einem möglichst langen Zeitraum, das heißt nicht nur *big data*, sondern auch *long data*. Damit stellen sich im Kontext der Katastrophenerinnerung auch Fragen zur Katastrophenforschung selbst, wie diese nämlich Wege findet, entsprechende Daten zu erschließen, und welche Rolle Lücken und das Vergessen auch in der wissenschaftlichen Betrachtung von Umweltwandel spielen. Vgl. dazu Pauly (1995) und Rost (2014).

<sup>10</sup> Uwe Schimank betrachtet diese *Abwertung* bzw. Diskontierung des weiter Entfernten einerseits als historisch veränderlich und modifizierbar, doch andererseits als eine grundsätzliche Gegebenheit: »Trotz aller Sozialisation und Ermahnung zur Langsicht lässt sich die Diskontierung der Zukunft aber allenfalls abschwächen, nicht wirklich beseitigen. Denn sie entspricht ja eben, wie gesagt, letzten Endes der begrenzten Lebenszeit des Menschen.« (Schimank 2007: 79)

schen Erfahrungen, die eine höhere subjektive Relevanz erhalten, und den jenseits des eigenen Lebens weiter entfernt in der Zukunft liegenden Geschehnissen, die als weniger relevant erscheinen.

## Schluss

Dieser Beitrag zielte auf ein wissenssoziologisch begründetes Verständnis des Katastrophengedächtnisses, das sowohl ein Erinnern von Vergangenen als auch von Zukünftigem einschließt.

Dabei zeigte sich zunächst mit Bezug auf Erfahrungen, die aus vergangenem Katastrophen geschehen hervorgegangen sind, eine Struktur, die verschiedene Schwellen des sozialen Festhaltens und Erinnerns von weiter zurückliegenden katastrophenrelevanten Erfahrungen erkennen lässt und die also dazu beiträgt, dass soziale Katastrophengedächtnisse meist innerhalb relativ gegenwartsnaher Vergangenheiten verbleiben.

Insbesondere wollte dieser Beitrag aufzeigen, dass Prozesse des Erinnerns bzw. Gedächtnisses von Naturkatastrophen nicht nur mit Vergangenen zu tun haben, sondern ebenso das Vergewärtigen von Zukünftigem umfassen. Für zukunftsbezogene Erinnerungs- und Vergessenprozesse lassen sich im Vergleich zu den vergangenheitsbezogenen Prozessen dann auch sehr ähnliche Schwellen des Vergewärtigens von katastrophischen Erfahrungen erkennen, die weiter von der Gegenwart entfernt in der Zukunft liegen. Die Vergewärtigung von Zukünftigem fällt aufgrund dieser Schwellen umso schwerer, je weiter dessen zeitliche Distanz zur Gegenwart reicht.

Eben dies wird in besonderem Maße problematisch, wenn anthropogen erzeugte Naturrisiken faktisch in immer entferntere Zukünfte reichen. Die angesprochenen Schwellen des Zukunftsgedächtnisses werden dabei zunehmend zu einer Herausforderung für eine gesellschaftliche Vergewärtigung von zeitlich zwar weit entfernten, doch eng mit dem gegenwärtigen Handeln verknüpften Risiken. Das, was Hans Jonas (2003: 255) als »Gegenwartsvorurteil« bezeichnet, das heißt die Verkürzung der Kontexte des gegenwärtigen Handelns auf gegenwartsnahe Zeithorizonte, wird unter diesen Umständen zu einem erheblichen gesellschaftlichen Problem.

## Literatur

- Assmann, A. 2002: Vier Formen des Gedächtnisses. *Erwägen, Wissen, Ethik*, 13. Jg., Heft 2, 183–190.
- Assmann, J. 1992: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München: Beck.
- Beyer, J. L. 1974: Global summary of human response to natural hazards: floods. In G. F. White (Hg.), *Natural hazards. Local, national, global*. New York: Oxford Univ. Press, 265–274.
- Böcker, M. im Erscheinen: *Aus Katastrophen lernen? Wahrnehmungen, Deutungen und Konsequenzen von Umweltveränderungen am Beispiel des Oderhochwassers 1997*. München: Oekom.
- Boin, A., 'T Hart, P. 2006: The crisis approach. In H. Rodriguez, E. L. Quarantelli, R. Dynes (Hg.), *Handbook of disaster research*. Boston: Springer, 42–54.

- Clausen, L. 2003: Reale Gefahren und katastrophensoziologische Theorie. Soziologischer Rat bei Fackel-Licht. In L. Clausen, E.M. Geenen, E. Macamo (Hg.), Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen. Münster: Lit, 51–76.
- Dikau, R. 2008: Katastrophen – Risiken – Gefahren. Herausforderungen für das 21. Jahrhundert. In E. Kulke, H. Popp (Hg.), Umgang mit Risiken. Katastrophen – Destabilisierung – Sicherheit. Bayreuth: DGfG, 47–68.
- Engels, F. 1962: Dialektik der Natur. In K. Marx, F. Engels (Hg.), Marx Engels Werke, Bd. 20 (MEW 20). Berlin: Dietz, 305–570.
- Felgentreff, C., Glade, T. (Hg.) 2008: Naturrisiken und Sozialkatastrophen. Berlin: Spektrum.
- Gebhardt, H., Glaser, R., Radtke, U., Reuber, P. (Hg.) 2011: Geographie. Physische Geographie und Human-geographie. Heidelberg: Spektrum.
- Jonas, H. 2003: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Knoblauch, H., Schnettler, B. 2005: Prophetie und Prognose. Zur Konstitution und Kommunikation von Zukunftswissen. In R. Hitzler, M. Pfadenhauer (Hg.), Gegenwärtige Zukünfte. Interpretative Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Diagnose und Prognose. Wiesbaden: VS, 23–44.
- Mannheim, K. 1978: Das Problem der Generationen [1928]. In M. Kohli (Hg.), Soziologie des Lebenslaufs. Darmstadt: Luchterhand, 38–53.
- Möller, F., Clausen, L. 1993: Bestandsaufnahme im Bereich der Katastrophensoziologie. In E. Plate, L. Clausen (Hg.), Naturkatastrophen und Katastrophenvorbeugung. Weinheim: VCH, 108–147.
- Pauly, D. 1995: Anecdotes and the shifting baseline syndrome of fisheries. Trends in Ecology and Evolution, 10. Jg., Heft 10, 430.
- Pfister, C. 2009: Die Katastrophenlücke des 20. Jahrhunderts und der Verlust traditionellen Risikobewusstseins. GAIA, 18. Jg., Heft 3, 239–246.
- Reckwitz, A. 2006: Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms. Weilerswist: Velbrück.
- Rost, D. 2014: Wandel (v)erkennen. Shifting Baselines und die Wahrnehmung umweltrelevanter Veränderungen aus wissenssoziologischer Sicht. Wiesbaden: Springer VS.
- Schimank, U. 2007: Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie. Weinheim: Juventa.
- Schütz, A. 1971: Gesammelte Aufsätze. Bd. I: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff.
- Schütz, A. 1972: Gesammelte Aufsätze. Bd. II: Studien zur soziologischen Theorie. Den Haag: Nijhoff.
- Sebald, G., Weyand, J. 2011: Zur Formierung sozialer Gedächtnisse. Zeitschrift für Soziologie, 40. Jg., Heft 3, 174–189.
- Tänzler, D., Knoblauch, H., Soeffner, H.-G. 2006: Neue Perspektiven der Wissenssoziologie. Konstanz: UVK.
- Vansina, J. 1985: Oral tradition as history. London: Currey.
- Welzer, H. 2010: Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis. Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 25–26, 16–23, <http://www.bpb.de/apuz/32667/erinnerungskultur-und-zukunftsgedaechtnis> (letzter Aufruf 8. Juni 2015).
- Whyte, A.V.T 1985: Perception. In R.W. Kates, J.H. Ausubel, M. Berberian (Hg.), Climate impact assessment. Studies of the interaction of climate and society. Chichester: Wiley, 403–436.

»Krisen des Wissens« der Sektion Wissenssoziologie  
– organisiert von Michaela Pfadenhauer und Rainer Schützeichel



# Ceteris non paribus

## Subjektiv bedeutsame Lebensereignisse als Generatoren von Wissenskrisen

Ronald Hitzler

*Beitrag zur Veranstaltung »Krisen des Wissens« der Sektion Wissenssoziologie – organisiert von Michaela Pfadenhauer und Rainer Schützeichel*

### Genres-Sichtung und Begriffsfindung

Auch wenn Armin Nassehi (2012) (natürlich ›irgendwie‹) recht hat mit seinem (von Manfred Prisching übrigens bereits 1986 differenziert dargestellten, gleichwohl kaum rezipierten) Befund, dass Krisenhaftigkeit in der Moderne eine grundlegende Erfahrung ist, bietet derlei gesellschaftstheoretische Makro-Diagnose kaum Hilfe bei der auf ›Verstehen‹ gerichteten Analyse *existenzieller* Krisen – seien sie nun eher positiv oder eher negativ konnotiert.

Sozusagen ›auf der anderen Seite‹ finden sich in der psychologischen Literatur ganze Listen von als symptomatisch deklarierten Lebenskrisen und Lebenskrisen-Auslösern, zu deren Erfassung, Messung, Erklärung, und Bewältigung – exemplarisch etwa im Umfeld von Sigrun-Heide Filipp (1981; Filipp, Ayman 2010) – alle möglichen mehr oder weniger naturwissenschaftlich und quasi-naturwissenschaftlich begründeten Modelle diskutiert werden. Diese Modelle mögen für *klinische* Untersuchungen nützlich sein, ihre Anwendung führt aber zur kategorialen Subsumption des Einzelfalls, statt zur Typisierung seiner existenziellen Besonderheit.

Durchaus interessantes Material für Analysen *stereotypisierter* sozialer Wissensbestände über das, was populärer Weise als »Lebenskrisen« gilt, bietet schließlich die sogenannte »Ratgeberliteratur«. Von der je *subjektiven* Relevanz eines bestimmten Ereignisses im Leben eines Menschen aber müssen die nachgerade endlosen Emanationen von schnellen Tests und Tipps in allerlei illustrierten und spezialisierteren Magazinen, Internet-Foren und Blogs bis zu wohlfeilen Taschenbuchformaten, Radiosendungen und TV-Talkshows reichenden einschlägigen Produkten aber sozusagen zwangsläufig ebenfalls abstrahieren.

*Mir* ist nun aber weder um eine Gesellschaftsdiagnose, noch um eine Diagnose von abstrakten Persönlichkeitsmerkmalen und biographischen Traumata zu tun. Ersteres mag allgemeine

Erklärungen für sozusagen ›epidemische‹ Befunde unserer gegenwärtigen sozialen Lebensumstände liefern, letzteres mag mehr oder weniger plausible therapeutische Antworten auf aus diesen Umständen ableitbaren – oder auch nicht daraus ableitbaren –, im weitesten Sinne therapieevozierenden Individualkrisen bereitstellen. Mir geht es vielmehr um die Erkundung der *subjektiven* Bedeutsamkeit von Lebensereignissen, die *wegen* ihrer Bedeutsamkeit mehr oder weniger grundlagenschütternde Krisen fraglos gewesenen Wissens hervorrufen. Und mir geht es um die existenzialanalytische Frage danach, inwieweit man im Zusammenhang mit diesen Wissenskrisen *seinem Selbstverständnis nach* ein ganz anderer wird, als man war, oder gerade der wird, der man ›eigentlich‹ ist (ob man sich also als »Konvertit« begreift). Im weiteren interessiert mich dann auch die genuin wissenssoziologische Frage, inwieweit man dabei – vorsätzlich, beiläufig oder zwangsläufig – von etwelchen Lebensstilgruppierungen, Freundschaftsbeziehungen und (sonstigen) Vergemeinschaftungsformen, vereinfacht gesprochen also von bisherigen zu anderen bzw. anders konnotierten Konsensmilieus wechselt.

Zur Begriffsklärung: *Krisen* verstehe ich, mit Reinhard Koselleck (1976), als kürzer oder länger dauernde, entscheidungsoffene biographische Phasen bzw. mit Martin Endreß (2014) als sowohl pessimistisch *als auch* optimistisch konnotierte »Übergangssituationen« aus irritierten Routinen heraus. Das führt mich im nächsten Schritt zu insbesondere von Alois Hahn immer wieder (vgl. zum Beispiel 1987, 2000, 2003 und 2010) angesprochenen Phänomenen wie »Selbstthematization«, »Bekennnisformen« und »Identitätskonstruktion«, zu Hans-Georg Soeffners Rekonstruktionen des modernen, geschwätzig Individualitätstypus (zum Beispiel 1992) zum Phänomen der Konversion (vgl. Stagl 2005) und in diesem Zusammenhang etwa zu den Berichten von Nahtod-Erfahrungen, die Hubert Knoblauch gesammelt hat (1999; vgl. auch Knoblauch, Soeffner 1999), zu Ilja Srubars jüngsten Einlassungen zum Zusammenhang von historischen Ereignissen und subjektiven Traumata (2014) und – über die Rekonstruktionen der keineswegs einhelligen Reaktionen von Mittelschichtangehörigen auf Unsicherheitslagen durch Nicole Burzan et al. (2014) – schließlich dann doch (wieder) zu den von Alfred Schütz und Thomas Luckmann (2003) beschriebenen Verflechtungen von Ereignissen, Lebenslauf und Lebensgeschichte qua Erlebnissen und Erfahrungen.

Vor diesem damit nur andeutungsweise aufgespannten theoretischen Hintergrund verstehe ich Lebensereignisse zunächst einmal anders als das etwa bei »facebook« der Fall ist, wo mit diesem Begriff bildliche und/oder schriftliche ›statements‹ der ›user‹ über »*Erfahrungen aus deinen verschiedenen Lebensbereichen*« (die – wenig überraschend – von »facebook« in fünf Kategorien voreingeteilt sind) hervorgehoben werden sollen. *Lebensereignisse* verstehe ich als strukturell beschreibbare biographische Situationen, die subjektiv so bedeutsam sind, dass aus ihnen ein – im Sinne von Anselm Strauss (1993) verstandenes – Trajekt von als negativ ebenso wie von als positiv verstandenen Veränderungen der ›bisherigen‹ Weltsicht resultiert. Zur konversationellen Strukturanalyse solcher Situationen verweise ich auf Bernd Ulmers immer wieder zitierten Text über »Konversionserzählungen« (1988). Und zur phänomenologischen Beschreibung verweise ich auf die Aufarbeitung eines ihn existenziell involvierenden Falles der Rückkehr aus mentaler Orientierungslosigkeit in die Pragmatismen des Alltagslebens durch Thomas Eberle (vgl. 2013 und 2014; Eberle, Eberle-Rebitzke 2012). Die sowohl in der fiktionalen als auch in der biographischen und autobiographischen Literatur notorischen Beispiele hierzu lassen sich ohnehin kaum zählen.

## Eine (allzu?) einfache Typologie

Zumindest ein ›erstes‹, noch ganz eindimensionales und viel zu simples Schema für eine Typologie *solcher* Lebensereignisse will ich hier zur Diskussion stellen, die zunächst einmal einfach *für mich* subjektiv so bedeutsam waren bzw. sind, dass sie zu Generatoren von Wissenskrisen wurden bzw. werden könnten. Einigermaßen willkürlich – und lediglich exemplarisch – unterscheide ich dazu zwischen für mich positiven und für mich negativen, entweder schicksalhaften oder durch andere verursachten, stattgehabten und von mir für möglich gehaltenen Ereignissen in meinem Leben:

»Wo bist Du?« Schicksalhaft auferlegte Ereignisse bzw. <b>fatale Verluste</b>	»Fehlinvestition!?!?« Durch andere auferlegte Ereignisse bzw. <b>soziale Verluste</b>
»Wenn ich einmal reich wär« Schicksalhaft erwünschte Ereignisse bzw. <b>fatale Gewinne</b>	»Liebe ist...« Durch andere ermöglichte Ereignisse bzw. <b>soziale Gewinne</b>

Als ›schicksalhaft auferlegten‹, das heißt als sozusagen maximalen *fatalen Verlust* begreife ich, dass ein für mich kaum sagbar wichtiger Mensch von mir gegangen ist – zunächst in ein Leben im Wachkoma und dann in den Tod. Nach diesem Ereignis scheint, jedenfalls zunächst, nichts mehr je so sein zu können, wie es war. – Als ›durch einen anderen absichtsvoll oder beiläufig auferlegten‹, das heißt als erheblichen *sozialen Verlust* beurteile ich einen mir widerfahrenen Vertrauensbruch im Hinblick auf langfristige Vereinbarungen zu einem partnerschaftlichen Lebensplan. Nach diesem Ereignis erscheint alles, was zuvor außer Zweifel stand, als unglaubwürdig. – Als ›schicksalhaft erwünschten‹, als herausragenden *fatalen Gewinn* habe ich bislang noch kein Ereignis in meinem Leben registriert. Selbstverständlich hatte ich zwar das eine und andere Mal den Eindruck, dass ich, wenn etwas weniger glimpflich verlaufen wäre, auch hätte tot sein können. Aber ich habe mich noch nie derart in Gefahr gesehen, dass ich es als besonderes Glück empfunden hätte, überhaupt (noch) am Leben zu sein. Aber ich habe sozusagen gravierende Veränderungen meiner gesamten Lebensweise implizierende Phantasien dazu, unerwartet zu sehr viel Vermögen zu kommen – und setze deshalb vorläufig diese Möglichkeit als eine Art ›Platzhalter‹ ein. Nach einem solchen Ereignis, so jedenfalls stelle ich es mir vor, eröffnen sich Realisierungsmöglichkeiten für mich, die mir zuvor nicht einmal in den Sinn gekommen sein könnten. – Als ›durch einen anderen ermöglichter‹, das heißt als kaum fassbarer *sozialer Gewinn* schließlich erscheint mir, unerwartet wieder einen Menschen gefunden zu haben, mit dem mich tiefe wechselseitige Zuneigung verbindet. Nach diesem Ereignis eröffnen sich, verbunden mit vielgestaltigen Prozeduren des sich auf die nun existenziell zentrale Person Einstimmens, von Optimismus geprägte Wahrnehmungs- und Erwartungshorizonte: Jetzt scheine ich zu wissen, was ›wirklich‹ wichtig ist.

Solche Situationen korrelieren nun oft, wenn auch nicht immer, mit mehr oder weniger gravierenden Veränderungen sozialer Konstellationen, in die ich existenziell involviert bin bzw. war. Das heißt, dass nicht nur das überkommene, mehr oder minder idiosynkratische Deutungs- und Verhaltensrepertoire, das mehr oder minder habitualisierte Relevanzsystem von Kenntnissnah-

men, Aufmerksamkeitszuwendungen, Vordringlichkeiten und Lebensplänen, sondern dass auch der Kooperationskonsens, der, bzw. die Interaktionsordnung, die in etwelchen Konstellationen bislang zu gelten schien, sich als nicht mehr geltend oder als auch zuvor nur scheinbar gegolten habend erweist – etwa, und dabei rekurriere ich auf Erving Goffmans »Rahmen-Analyse« (1977), weil ich mich geirrt bzw. getäuscht hatte; weil ich – in böser oder guter Absicht – von (einem) anderen getäuscht worden war; weil ich Anzeichen und Hinweise nicht erkannt, übersehen, ignoriert und/oder fehlinterpretiert hatte; usw. Kurz: Die eingefahrenen Routinen laufen ins Leere; das gewohnte Handeln wird sinn-los (bzw. jedenfalls sinn-leer); das verselbstverständlichte Wissen (be-)greift nicht mehr.

Gleichwohl: Wissenskrisen im damit gemeinten Verstande *sind* keineswegs lebensentscheidend. Vielmehr stellen sie mich unabweisbar vor die Frage, »Wie kann es, wie soll es, wie muss es nun weitergehen?«, und auferlegen mir damit (sozusagen in einer existenziellen Lesart von Carl Schmitt 1990) mein weiteres Leben betreffende Entscheidungen. Das impliziert, meine bisherige Praxis – zumindest zunächst einmal – zu revidieren oder wenigstens deutlich zu modifizieren. Dafür, dabei und dadurch baue ich – qua als neu empfundenen Überzeugungen wie der, bedauerlicherweise etwas vorher nicht gewusst, nun aber endlich entdeckt, eingesehen, begriffen und daraus gelernt zu haben – »neue«, mein *aktuelles* Handeln als solches legitimierende Wissensbestände auf.

## Transformatorische Situationen als Erfahrung und Erinnerung

Dass ich bei der Typisierung subjektiv bedeutsamer Lebensereignisse hier ständig von mir selber geschrieben habe, bitte ich ausschließlich als Hinweis darauf zu verstehen, dass ich mit Verallgemeinerungsansprüchen bis auf weiteres sehr vorsichtig bin und der Einfachheit halber mithin mich als erkennendes Subjekt setze. Nicole Burzan hat mich darauf hingewiesen, dass zum Beispiel schon ein religiös etwas musikalischerer Mensch als ich die Differenz von schicksalhaft und fremdverursacht wohl mit anderen Augen sehen dürfte. Und so weiter. Das heißt, dass es nun gilt, die ganze Thematik unter dem Aspekt sozialer, kultureller und historischer Unterschiede zu perspektivieren. Hinlänglich deutlich hoffe ich aber gemacht zu haben, dass es mir *nicht* darum geht, den Umgang mit Lebensereignissen aus der *Biographie* heraus zu erklären, und auch weniger darum, sie in einer Biographie zu verorten, als vielmehr darum, Wirklichkeitskonstruktionen im Rahmen existenzieller *Situationen* zu erkunden.

Das analytische Problem mit der Problemstellung, die ich mir damit aufgegeben habe, ist, dass ich die ihr zugrundeliegenden Daten im Hinblick auf ihre mich interessierende existenzielle Dimension kaum über die Situation hinaus angemessen zu konservieren vermag. Anders ausgedrückt: Die *Erinnerung* an das Erleben bzw. an die Erfahrung einer solchen transformatorischen Situation erfasse ich als etwas fast grundlegend *anderes* als das Erleben bzw. die Erfahrung selber. Die gesamte emotionale Befindlichkeit in der sozusagen *aktuellen* transformatorischen Situation zum Beispiel weicht der der Situation der *aktuellen Erinnerung* inhärenten emotionalen (Um-)Färbung der in dieser erinnerten transformatorischen Situation. Um hier abschließend auf eine alte Mahnung von Jörg Bergmann (1985) zu rekurrieren: Das Registrieren

dessen, was aktuell geschieht, ist dringend geboten, denn die spätere Rekonstruktion dessen, was geschehen ist, gebiert evidenter Maßen zwar zweifellos Daten, aber eben *andere* Daten. Was also annonciere ich mit diesem thematischen Aufriss? – Ich annonciere noch kein konkretes, und schon gar nicht annonciere ich ein auf Drittmittelakquise abzielendes Projektvorhaben. Eher annonciere ich ein – im weiteren Zusammenhang mit meinen Überlegungen zu »Mindsets« (Hitzler 2010) stehendes – Interesse an einer wissenssoziologischen Fragerichtung, die zweifellos einer wesentlich detaillierteren Auseinandersetzung mit den hier lediglich ganz oberflächlich angedeuteten Genres der Gesellschaftsdiagnostik, der psychologischen Modellierung und der populären Seelsorge, die aber vor allem einer intensiven Relationierung mit der soziologischen Biographie- und mit einer sehr weit verstandenen Ungleichheitsforschung (vgl. Hitzler 2012) bedarf.

## Literatur

- Bergmann, J. R. 1985: Flüchtigkeit und methodische Fixierung sozialer Wirklichkeit. In *Soziale Welt*, Sonderband 3, 299–320.
- Burzan, N., Kohrs, S., Küsters, I. 2014: *Die Mitte der Gesellschaft: Sicherer als erwartet?* Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Eberle, Th. S. 2013: Regaining Sense-Connexions after Cerebral Hemorrhage. In *Schutzian Research* 5, 81–102.
- Eberle, Th. S. 2014: Phänomenologie der olfaktorischen Wahrnehmung. Ein Beitrag zur Synästhesie der Sinne. In R. Hitzler (Hg.), *Hermeneutik als Lebenspraxis*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 22–34.
- Eberle, Th. S., Rebitzke Eberle, V. 2012: »Alles war ohne Inhalt, ohne Bedeutung.« Der Umgang mit den Folgen einer Hirnblutung. In N. Schröer, V. Hinnenkamp, S. Kreher, A. Poferl (Hg.), *Lebenswelt und Ethnographie*. Essen: Oldib, 325–343.
- Endreß, M. 2014: Grußwort als Sprecher des lokalen Organisationsteams bei der Eröffnungsveranstaltung des 37. Kongresses der DGS in Trier am 6. Oktober.
- Filipp, S.-H. 1981: *Kritische Lebensereignisse*. München: Urban & Schwarzenberg.
- Filipp, S.-H., P. Ayman 2010: *Kritische Lebensereignisse und Lebenskrisen*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Goffman, E. 1977: *Rahmen-Analyse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hahn, A., Kapp, V. (Hg.) 1987: *Selbstthematization und Selbstzeugnis: Bekenntnis und Geständnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hahn, A. 2000: *Konstruktionen des Selbst, der Welt und der Geschichte. Aufsätze zur Kultursoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hahn, A. 2003: *Erinnerung und Prognose. Zur Vergegenwärtigung von Vergangenheit und Zukunft*. Opladen: Leske+Budrich.
- Hahn, A. 2010: *Körper und Gedächtnis*. Wiesbaden: VS.
- Hitzler, R. 2010: Mindsets. Postmodernistische Deutungskonzepte zur Wissensverteilung unter Individualisierungsbedingungen. In P.A. Berger, R. Hitzler (Hg.), *Individualisierungen. Ein Vierteljahrhundert »jenseits von Stand und Klasse«?* Wiesbaden: VS, 325–338.
- Hitzler, R. 2012: Inequality: From Natural »Facts« to Injustice – On the Political Sensibility of the Individualized Human. In M. Heinlein, C. Kropp, J. Neumer, A. Poferl, R. Römhild (Hg.), *Futures of Modernity. Challenges for Cosmopolitical Thought and Practice*. Bielefeld: transcript, 201–213.
- Knoblauch, H. 1999: *Berichte aus dem Jenseits*. Freiburg im Breisgau: Herder.

- Knoblauch, H., Soeffner, H.-G. (Hg.) 1999: Todesnähe. Wissenschaftliche Beiträge zur Erforschung eines außergewöhnlichen Phänomens. Konstanz: UVK.
- Koselleck, R. 1976: Krise. In Historisches Wörterbuch der Philosophie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1235–1240.
- Nassehi, A. 2012: Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise. Kursbuch 170: Krisen lieben. Hamburg: Murmann, 34–49.
- Prisching, M. 1986: Krisen. Eine soziologische Untersuchung. Wien, Köln, Graz: Böhlau.
- Schmitt, C. 1990: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schütz, A., Luckmann, Th. 2003: Strukturen der Lebenswelt. Konstanz: UVK.
- Srubar, I. 2014: Lebenswelt und Trauma. In R. Hitzler (Hg.), Hermeneutik als Lebenspraxis. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 79–92.
- Soeffner, H.-G. 1992: Die Ordnung der Rituale. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stagl, J. 2005: Zur Soziologie der Konversion. In Th. Drepper, A. Göbel, H. Nokielski (Hg.), Sozialer Wandel und kulturelle Innovation. Berlin: Duncker & Humblot, 251–270.
- Strauss, A. 1993: Continual Permutations of Action. New York: Walter de Gruyter.
- Ulmer, B. 1988: Konversionserzählungen als rekonstruktive Gattung. Zeitschrift für Soziologie, Jg. 17, H. 1, 19–33.

## Zögern und Verzweifeln durch Risikoströme

Die Erfassung zwischen einem Dorf und den Stromtrassen des Stromnetzausbaus der BRD

Joost van Loon

*Beitrag zur Veranstaltung »Krisen des Wissens« der Sektion Wissenssoziologie – organisiert von Michaela Pfadenhauer und Rainer Schutzeichel*

### Emsing: Ein bayerisches Dorf unter Hochspannung

Februar 2014, kurz vor der Kommunalwahl und nach der letzten Versammlung von Mitgliedern der CSU (der größten politischen Partei in Bayern) in der Lokalwirtschaft des Dorfes »Emsing«<sup>1</sup>, gibt es große Aufregung. Bernhard Spielbauer, einer der Kandidaten für die CSU für den Gemeinderat »Markt Titting«, kommt zu meinem Tisch und fragt, ob ich es schon mitbekommen habe. Da ich nicht bei der Versammlung anwesend war und nur in der Wirtschaft war, um mit meiner Familie etwas zu essen, hatte ich keine Ahnung. Er ist erstaunt (da er davon ausging, dass der Dorfsoziologe schon alles weiß) und zeigt mir Papiere. Sie sehen aus wie Landkarten und Pläne. Sie zeigen das Anlautertal und einen großen schwarzen Streifen, der genau über Emsing gezogen worden ist. »Das sind riesige Monsterstromtrassen, so etwas hast du noch nie gesehen« sagt er. Mindestens 70 Meter hoch und 50 Meter breit sollten diese Stromtrassen werden. Da das Tal genau bei Emsing so schmal ist und oben am Berg schon Windräder stehen, gibt es auch keine Ausweichmöglichkeiten. »Wir müssen etwas dagegen tun. Dies darf nicht passieren.«

Damit wir nicht einfach in einen leeren Raum über abstrahierte Allgemeinheiten unsere empirische Orientierung verlieren, möchte ich gern mit dieser kleinen Vignette das Thema der »Krise« anstoßen. Bernhard ist beunruhigt; er hat Informationen bekommen, die er als eine Bedrohung erfährt; er ist davon überzeugt, dass man handeln muss, weiß aber noch nicht wie. Anscheinend hat er bei der Sitzung der CSU Mitglieder erfahren, dass er nicht darauf vertrauen kann, dass seine Partei mittels parteiinternem Verfahren, die geplanten Stromtrassen verhindern könnte. Die Parteiführung der CSU zögerte anscheinend, eine Stellungnahme abzugeben. Für die anwesenden CSU Mitglieder war dieses Zögern gut nachvollziehbar: Ihre eigene Partei hatte bereits im Juli 2013 im Bundestag eine Beauftragung der Bundesnetzagentur zur Planung

---

<sup>1</sup> Emsing ist Teil der Gemeinde »Markt Titting« und liegt im Anlautertal im Grenzgebiet zwischen Oberbayern und Mittelfranken. Es hat ungefähr 290 Einwohner.

des Stromnetzausbaus mit einem positiven Votum unterstützt, wobei es denn schon auch klar war, dass Bayern davon – und im Besonderen von der Ost-Süd Linie, die von Bad Lauchstädt bei Halle in Sachsen Anhalt nach Meitingen bei Augsburg in Bayern führen sollte – eher negativ betroffen als profitieren wird. Möglicherweise war für die meisten anwesenden CSU-Mitglieder, anders als für Bernhard, das Problem nicht, dass ein ganzes Dorf unter Strom komme. Vielmehr könne die kommende Kommunalwahl ein Fiasko werden, da die CSU als Mitverantwortliche dieser Pläne dafür sehr wahrscheinlich hart bestraft werden würde. Für eine politische Partei ist das fast immer die eigentliche Krise.

## Eine monadistische Soziologie der Krise

Krise ist abgeleitet vom Griechischen *krinein* und bedeutet sowohl Urteilen als auch Scheiden im Sinne von Trennung. Dass das griechische Wort *krinesthai* als «Erklären» übersetzt wurde, ist nicht unwichtig, da damit sofort eine Verbindung mit »Wissen« geschaffen wird. Entscheiden und Erklären beziehen sich auf Wissen und deswegen ist eine Krise des Wissens eigentlich etwas Paradoxales. Die Idee, dass Krisen durch Wissen aufgehoben werden können, oder dass ein Mangel an Wissen Krisen verursacht, sollte darum erst einmal kritisch betrachtet werden. Etymologisch ist es nämlich eher umgekehrt: Wissen wird durch Krisen ermöglicht.

Mit diesem kleinen Beitrag werde ich versuchen zu betonen, dass es sinnvoll sein könnte, die wissenssoziologischen Betrachtungen der Krisen des Wissens mit einem monadistischen Ansatz zu ergänzen. Ganz simplifizierend gesagt, geht diese Konzeption nicht davon aus, dass es a priori Subjekte und Objekte gibt, die im Voraus schon voneinander getrennt werden können. Weder Wahrnehmung noch Wissen lassen sich durch diese Trennung richtig verstehen. Stattdessen fordert die Monadologie, dass wir Erfahrung als ein Ereignis einer Begegnung zwischen Monaden (als Entitäten, die die kleinst-möglichen Differenzen ausmachen) auffassen; d. h. diese Erfahrung ist eine Differenz und ermöglicht, dass wir von Subjekten und Objekten (e.g. der Wahrnehmung oder des Wissens) reden können. Handeln und Entscheiden sind dann sekundäre Erfahrungen, die auch wieder ihre Subjekte und Objekte gestalten. Monadismus betrachtet deswegen die Verteilung der Entitäten in Assoziationen zwischen Subjekten und Objekten.

So ist Bernhard einmal Objekt als Betroffener der drohenden Stromtrassen und andermal Subjekt, als besorgter Einwohner, Aktivist, Motivator und Anreger innerhalb der CSU. Die Fotokopien der geplanten Stromtrassen objektivieren sein Dorf; die dicke schwarze Linie markiert den drohenden Tod einer idyllischen Naturlandschaft, die Attraktivität eines beliebten Urlaubsortes, den Wert einer kleinen Ansammlung Wohneinheiten und ihrer Grundstücke und vielleicht auch die Gesundheit der Mitglieder dieser kleinen Gemeinschaft. Die Linie verteilt (im Sinne von Nomos) die Objekte und verhüllt die Subjekte: die Bundesnetzagentur (die aber für diese Planung selbst einen der Netzbetreiber, Amprion, beauftragt hat) und Amprion, die von diesen Trassen stark profitieren würde. Darüber hinaus ist RWE mit 25 % eine der größten Aktienbesitzer von Amprion und RWE macht schon seit einiger Zeit große Verluste. Mit dem geplanten Atomausstieg (der 2012 nach dem Atomkrach in Fukushima kurzfristig und in aller Eile angenommen worden ist), gibt es aber wieder neue Hoffnung für RWE. Die Hoffnung hat auch etwas



Materielles: Braunkohle. Und zufälligerweise ist bei der Planung der Ost-Süd Stromtrasse auch ein geplanter Neubau einer Braunkohlezentrale in der Nähe von Halle miteinbezogen worden, genau dort, wo die Stromtrassen anfangen sollten.

Diese Kette von Subjekten-Objekten kann schwer als eine lineare Kausalität dargestellt werden. Die Betroffenheit ist viel mehr verflochten: jede Handlung scheint immer-schon überholt zu sein.<sup>2</sup> Was ist genau diese Betroffenheit, die wir auch als Motivation des Handelns verstehen können? Darauf bezieht sich die Frage nach dem Phänomen des Wissens. Wissen ist nie ohne Interesse (vgl. Small, 1905) und eine soziologische Analyse der Wissenspraxis ohne Berücksichtigung der Interessen ist empirisch steril und nutzlos.

Hier sind nur ganz grobe Striche gemacht worden, grober als die schwarzen Linien auf den Papieren von Bernhard, ganz schnell aber wird schon klar, dass wir mit einer großen Komplexität von Interessen zu tun haben. Man könnte das Gesamte einfach mit dem Begriff »Energiepolitik« oder als Manifestationen von »Risiko« zusammenfassen, aber für eine empirisch orientierte Soziologie wäre das gerade die falsche Richtung. Mir geht es erst um die Papiere von Bernhard, womit er mir gezeigt hat, wie die Drohung aussieht, um mich davon zu überzeugen, dass »wir etwas tun sollten«. Diese Papiere versammeln sehr viele Subjekt-Objekt Verteilungen (oder Assemblagen), sie tun aber noch etwas anderes: sie erfassen eine Krise.

Eine monadistische Soziologie beschäftigt sich mit Erfassungen und Auswirkungen von Entitäten im Sinne einer Gestaltung von Assemblagen. Genauso wie in der Wissenssoziologie schon immer betont wird, soll Wissen dadurch nicht außerhalb dieser Assemblagen, sondern als Gegenstände empirischer Metaphysik (Alltagswissen) betrachtet werden. Empirische Metaphysik betrifft alle Formen des Wissens; sie stellt die Kategorien der epistemischen Verfassung (im Sinne von Logos) auf und verbindet sie mit Anerkennungskriterien, womit Gegenstände (in ihrer »Wahrheit«) »wahr-genommen« werden können. Empirische Metaphysik gehört immer zu einer Assemblage und je mehr Entitäten ihren Logos nachfolgen, desto größer die Legitimitätsansprüche ihrer Wahrnehmungen als »wahrhaftes« Wissen. Für die Monadologie kommen Affekte deswegen an erster Stelle. Erfassung oder Auswirkung sind in erster Instanz affektiv als Nomos spürbar. Logos kommt danach.

Laut Dewey (1958) fangen sowohl Philosophie, als auch Kunst, als auch Wissenschaft mit einer empirischen Orientierung an; diese nennt er Erfahrung. Dieser Begriff der Erfahrung ist ganz anders, als das, was oft damit gemeint ist im Sinne von einer Art des »Schon-Wissens«, die man auch in Elfenbeintürmen bewahren könnte. Stattdessen ist Deweys Konzept der Erfahrung durch und durch empirisch: sie ist eine Aktualität der Erfassung und des Betroffen-Seins.<sup>3</sup>

---

2 Bruno Latour (2005) spricht über Handlungen, die immer-schon überholt sind. Damit verweist er auf die Verkettung von Motivation und Betroffenheit. Ein Handlungsträger muss erst in die Lage gebracht werden, handeln zu können. Kein Handlungsträger ist autonom. Damit verschiebt sich die soziologische Analyse von einem substantziellen zu einem performativen Verständnis des Sozialen.

3 Dewey ist oft Naturalismus vorgeworfen worden (z.B. Popper, 1972, Russell, 1928). Diese Kritik stimmt meistens von einer dyadischen Metaphysik, die a priori voraussetzt, dass man der Wirklichkeit a priori Kategorien auflegen darf, wenn das vernünftig ist, d. h.: die Apriorisierung einer Kategorie ist gerechtfertigt, wenn diese durch Logos begründet werden kann. Platon, Acquin, Descartes, Kant, Hegel und sogar Husserl sind sich hier alle einig. Dewey dagegen besteht darauf, dass die Richtigkeit der Anwendung einer Kategorie nur durch Er-

Deswegen lädt Dewey uns ein, empirischer zu denken. Eine Wissenskrise kann nur als solches existieren, wenn sie erfahren werden kann. Was sind die ersten Hinweise einer Krise im Sinne von Erfahrung?

Zur Beantwortung dieser Frage sollten wir deswegen bei Erfahrung anfangen. Das bedeutet automatisch etwas Konkretes. Stromtrassen sind geplant worden und sie bedrohen die Zukunft eines Dorfes. Die Planung manifestiert sich als eine schwarze Linie auf einer Karte. Bernhard personifiziert diese Erfahrung der Krise, aber die Erfahrung ist nicht nur von ihm abhängig, sonst wäre es nicht erklärbar, warum diese Erfahrung sich wiederholt und eine Betroffenheit einbezieht, die weit über die Person Bernhard hinaus geht.

»Wir müssen etwas daran tun«, das heißt: Es gibt noch Handlungsoptionen. Ohne diese Optionen gibt es keine Krise, sondern nur eine Fatalität wie eine Katastrophe. Krise verweist auf Zeit: Zeit zum Entscheiden, was gemacht werden soll. Krise bedeutet deswegen (Nicht-)Entscheiden: eine Entscheidung soll getroffen werden. Das ist nur sichtbar, wenn nicht alles schon entschieden worden ist. Es ist auch deswegen, dass im Lateinischen der Begriff Krise eher als Finsternis oder Zwischenzeit (Kehre) dargestellt wird: Eine Virtualität zwischen Anforderung und Auslösung.

Deswegen erfährt man Krisen zuerst in Formen des Zögerns: eine erwartete Handlung findet noch nicht statt; etwas bietet Widerstand, eine automatische Verkettung von Aktionen und Reaktionen ist zeitlich unterbrochen worden (Tarde 1899). Eine Krise wird als Zögern erfahren, weil eine Entscheidung angefordert wird, die aber wegen Unbestimmtheiten im Sinne ihrer Konsequenzen verschiedene Interessen einbezieht, die nicht vereinbar sind. Ohne Widerstand gibt es kein Zögern, ohne Zögern gibt es keine Krise.

Dieses Zögern verweist auf einen Knoten von gegensätzlichen Erfassungen, die sich als Interessen konkretisieren lassen. Diese können sowohl innerhalb und zwischen verschiedenen Assemblagen stattfinden. Die Verzögerung, die dadurch erschaffen wird, kann als virtueller Zeitraum dargestellt werden; ihre Quantifizierung verweist auf das Maß der Gegensätzlichkeit, die sich versammelt hat. Je länger das Zögern anhält, desto größer die Krise.

Für viele Mitglieder der regionalen Abteilung der CSU dauerte das Zögern nicht so lange. Der Ministerpräsident von Bayern und zugleich mächtigster Mann innerhalb der CSU, hat sich noch kurz vor der eigentlichen Kommunalwahl gegen die geplanten Stromtrassen ausgesprochen und konnte damit seine Parteimitglieder, die sich an dem Wahlkampf beteiligten, beruhigen. Für Bernhard war die Situation damit aber noch nicht verbessert, weil – anders als bei seinen vielen Parteigenossen – seine Krise nicht nur ein drohender Wahlkampfverlust sondern auch eine persönliche Bedrohung seiner Lebensqualität war. Bernhard hörte deswegen nicht auf und beteiligte sich an der Stiftung einer Bürgerinitiative »Naturpark Altmühltal Gegen die Stromtrassen«.<sup>4</sup> Kurz danach wird er als Sprecher dieser Initiative berufen.

---

fahrung bestätigt werden kann. William James (2008) ging noch etwas weiter: nur das, was erfahren werden kann, darf einbezogen werden: nicht mehr und nicht weniger.

<sup>4</sup> Die Initiative ist auch auf Facebook präsent: <https://de-de.facebook.com/pages/Naturpark-Alt%C3%BChltal-gegen-die-Stromtrasse/207072709489911>.

## Eine Soziologie der Übersetzung

Diese Initiative war Teil einer ganzen Reihe von Informations- und Protestveranstaltungen. Vielleicht würden Wissenssoziologen darauf hinweisen, dass bei einer solchen Bürgerinitiative oft ein Wissenstransfer von Experten auf Laien stattfindet und dadurch eine neue Art der Sinngebung gestaltet wird. Bis Februar 2014 hat sich kaum jemand für den geplanten Stromnetzausbau interessiert, obwohl genau die Einbindung von Bürgern offiziell als Ziel der Strategie zur Akzeptanzbildung gefordert würde. Expertise war stark konzentriert und im Besonderen hat Amprion dabei fast ein Wissensmonopol (da auch bei der Bundesnetzwerkagentur die eigentliche Expertise fehlte).

Laut der Soziologie der Übersetzung von Michel Callon (1986) werden Netzwerke in vier Schritten gebildet: Problematisierung, Interessement, Enrollment und Mobilisierung. Problematisierung ist nichts Selbstverständliches: der geplante Neubau der Stromtrassen war bisher noch gar kein Problem.<sup>5</sup> Das Problem musste erst einmal gemacht werden.

Soziologie fängt an, wenn sich Kontroversen zeigen (Latour, 2005). Die politische Entscheidung für den beschleunigten Ausbau der neuen Stromtrassen war bisher nicht kontrovers gewesen, weil es dafür zu wenig Interesse gab. RWE/Amprion hatten natürlich viel Interesse daran, weil sie nur mit einem Ausbau der Stromtrassen mit ihrer Überproduktion an Strom dafür sorgen konnten, dass die Energie nicht verloren ging. Bisher müssen sie alles, was zu viel produziert wird, einfach im Ausland »dumpen«.

Es ist natürlich nicht so, dass die Energiepolitik derzeit keine weiteren Interessen kennt. So war die sogenannte »Energiewende« für die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiges internationales Aushängeschild. Die Energiewende bedeutet, dass mehr und mehr Strom, Wärme und Mobilität mittels erneuerbaren Ressourcen produziert wird, weil damit auch bestimmte international verabredete Ziele der Nachhaltigkeit erreicht werden könnten. Aber die Energiewende hat auch unerwünschte Nebenfolgen: sie war so erfolgreich, dass die großen Energiekonzerne (deren Interessen viel weniger mit erneuerbarer Energie sondern mit Kohle- und Atomkraftwerken verbunden sind) durch wachsende Konkurrenz wirtschaftlich nicht mehr so erfolgreich waren. Erneuerbare Energie lässt sich nämlich viel einfacher mittels vom Staat geförderten lokalen und privaten Initiativen gestalten. Obwohl die Förderung seitdem erheblich reduziert wurde (anscheinend war die Energiewende auch für die Bundesregierung zu erfolgreich<sup>6</sup>), ist die Dezentralisierung der erneuerbaren Energieproduktion (z. B. im Bereich Biogas) schwer zu stoppen.

Bernhard war sich nicht sicher, ob die CSU-interne Zusage, der Freistaat Bayern würde den Ausbau blockieren, bis es einen politischen Konsens über die genauen Bestimmungspläne gibt, ausreichen würde. Er hat gezögert und aus dieser Zögerung entstand eine Anregung: Etwas [mehr] soll gemacht werden. Die Bürgerinitiative war zuerst darauf ausgerichtet, dass so schnell wie möglich ein öffentliches Interesse am Ausbau der Stromtrassen entstand. Bis dann hatten

---

<sup>5</sup> Es gab natürlich immer Ausnahmen. Die Bundeszentrale für Politische Bildung hat schon in einer Veröffentlichung am 1. März 2013 (Berkel 2013) darauf hingewiesen, dass der geplante Netzausbau kontrovers sein könnte, obwohl sie auch ohne weiteres behauptete, dass die Notwendigkeit der Ausbau an sich unumstritten sei. Quelle: <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/148524/ausbau-des-stromnetzes>.

<sup>6</sup> Siehe dazu z. B. die gesetzlich vorgeschriebenen Einschränkungen auf Förderungen für erneuerbare Energieerzeugung: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2014 Teil I Nr. 33, S1066-1132. Bonn: 24. Juli 2104.

die Netzbetreiber, Energiekonzerne (deren Interessen stark mit den Netzbetreibern verbunden sind), mit Hilfe der Bundesnetzagentur<sup>7</sup> (die dafür ein fast reibungsloses politisches Verfahren organisiert hat) wegen ihres Wissensmonopols freies Spiel gehabt. Der Ausbau sei unverzichtbar und die einzigen Kontroversen betreffen Entscheidungen über Kosten.

Dieses Wissensmonopol war danach aber ziemlich schnell unterbunden. Andere Stimmen, zum Beispiel aus ökologischen Bewegungen oder Wissenschaft, werden mobilisiert, um alternative Sichtweisen zu generieren. Die »Unverzichtbarkeit« der Stromtrassen würde in Frage gestellt und damit auch die Legitimität des Gesetzes. Kleine Hinweise auf eine zu enge Interessensverflechtung zwischen der Bundesnetzagentur, den Netzbetreibern, den großen Energiekonzernen und der Bundesregierung werden häufig aufgegriffen, um neue Allianzen zwischen lokalen und regionalen politischen Parteien, Gemeinden und den direkt Betroffenen zu schmieden. Auch dabei spielte der Begriff der Energiewende eine wichtige Rolle.

Hier sind wir beim zweiten Schritt der Netzwerkgestaltung angekommen: *Interessement*. Interessen müssen entwickelt werden und dafür braucht man »Wissen«. Interesse an der Energiewende war notwendig. Callon nennt das ein »*Obligatory Passage Point*« (OPP). Es reichte nicht, einfach zu sagen, dass die Stromtrassen für die Bewohner in der Nähe der geplanten Trajekten schlecht sind, weil damit die Bewohner der weniger-betroffenen Gebiete sofort ein Interesse daran haben könnten, der Planung zuzustimmen. Es gab tatsächlich während der Informationsveranstaltungen auch einige, die keine Petition unterschreiben würden, weil sie froh waren, dass ihre Dörfer nicht direkt betroffen waren. Das Wissen, »wo genau« die Stromtrassen kommen sollten, war deswegen nicht der Kern der Netzbildungsstrategie.

Dass die Stromtrassen große negative Folgen für die Landschaft und Lebbarkeit der Region sind, ist unumstritten; die Kontroversen in diesem Bereich betreffen eher Grenzwerte: wie viel elektromagnetische Strahlung ist gesetzlich erlaubt? Wie nah dürfen die Trassen an schon existierenden Windrädern stehen? Wie groß sind die gesundheitlichen Risiken? Wieviel Kinder dürfen Leukämie bekommen, bevor wir gezwungen werden, die Ursachlichkeit in Bezug auf die Gleichstromtrassen mittels unabhängiger wissenschaftlicher Forschung zu überprüfen? Das waren aber nicht die zentralen Themen der Netzbildung der Bürgerinitiative.

Stattdessen ging es darum zu zeigen, dass jeder Ausbau der Stromtrassen für die ganze Energiewende schädlich sei, unabhängig davon, wo oder in welcher Form. Dabei war es vor allem wichtig zu zeigen, dass (zumindest) der Freistaat Bayern die Stromtrassen für seine Energieversorgung gar nicht braucht. Bayern ist in der Lage, selbst genügend erneuerbare Energie zu gewinnen. Für das *Interessement* in den alternativen OPP, war es daneben auch wichtig zu zeigen, dass die geplante Ost-Süd Stromtrasse gar keine Funktion für erneuerbare Energie haben würde. »Zufälligerweise« ist genau für Bad Lauchstädt eine Braunkohlezentrale geplant worden und Meitingen ist nicht die richtige Station für die weitere Stromverteilung in Bayern, sondern ein Schalter für den Stromexport Richtung Südeuropa. Für die Ost-Süd Gleichstromtrassen wurden keine anderen Verteilungsstationen geplant; d. h. die Stromtrassen sind für die Energieversorgung Bayerns gar nicht geeignet. Drittens spielten bei dem *Interessement* lokale wirtschaftliche Interessen an Energiewende eine große Rolle. Viele Gemeinden und Privatper-

---

7 [www.netzausbau.de/cln\\_1411/DE/Wissenswertes/Recht/Recht-node.html](http://www.netzausbau.de/cln_1411/DE/Wissenswertes/Recht/Recht-node.html)

sonen haben in erneuerbare Energiegewinnung investiert. Mit dem Ausbau der Stromtrassen würden die großen Energiekonzerne wirtschaftlich unterstützt und weitere Investitionen und Förderungen der erneuerbaren Energieproduktion gehemmt.

Neben den Veranstaltungen spielten auch andere Medien, wie schriftliche Petitionen, Internetwebseiten, Facebook und sogar die traditionellen Medien, wie Radio, Fernsehen und Zeitungen eine wichtige Rolle. Es wäre aber empirisch falsch zu behaupten, dass dieser Wissenstransfer nur über diese gezielten Veranstaltungen und Medien verlief. Es gab nämlich schon innerhalb der Dörfer, wie Emsing, viel Wissen über Energiewirtschaft und Energiepolitik. Emsing war nicht nur schon 2009–2012 stark von dem Bau von 6 Windrädern betroffen, es waren auch viele Emsinger schon Experten in Photovoltaikanlagen. Dieses Wissen wurde schon sehr oft geteilt, z. B. während des wöchentlichen Stammtisches. So wussten alle schon, dass die existierenden Stromnetze derzeit völlig überbelastet waren und viel grüner Strom deswegen auch nicht benutzt wird, weil Kohle immer Vorrang hat. Es war auch deutlich einfacher, Unterstützung für Widerstand aus weniger direkt-räumlich betroffenen Nachbardörfern zu bekommen, weil es auch dort Betroffenheit gab: ihr grüner, selbst-erzeugter Strom wäre noch weniger wert, wenn die neuen Stromtrassen für Kohlestrom angelegt werden würden.

Es gab deswegen keinen Mangel an Wissen unter den Gegnern, für die die Krise keine Wissenskrise war; es gab nur Streit. Dörfer gegen Energiebetriebe; CSU, Grüne und Linke gegen CDU, FDP und SPD, Kohlestrom gegen Sonnen- und Windenergie usw. Wissenschaftler werden mobilisiert, um zu zeigen, dass die Stromtrassen notwendig waren, aber dafür brauchte man eine Bedarfsanalyse. Die durch die CSU geforderte Bedarfsanalyse zeigte, dass Bayern die Stromtrassen gar nicht braucht. Das gleiche Ergebnis war schon für Thüringen festgestellt worden. RWE, Amprion und die deutsche Bundesregierung verloren die öffentliche Debatte, weil sie nicht überzeugen konnten, dass die neuen Stromtrassen nötig und erforderlich für die Energiewende waren.

Der dritte Schritt ist das Enrollment. Die Bürgerinitiative musste dafür sorgen, dass die mobilisierten Interessen auch in bestimmte Handlungen umgesetzt werden und dass es eine Rollenverteilung und Akzeptanz dieser Rolle gibt. Das war viel schwieriger als Problematisierung oder Interessement, weil Bürgerinitiative sich selbst eher als politisches Druckmittel verstehen. Die Rollen, die damit zusammenhängen, sind dann eher: sich mit Demonstrationen beteiligen, sich in Foren der öffentlichen Debatten zu diesen Themen melden, mit Vertretern der Landespolitik reden usw. Am Anfang war die Beteiligung gut. Mit Bussen werden hunderte Demonstrierende nach Veranstaltungen durch ganz Bayern gefahren. Verschiedene Bürgerinitiativen verknüpften sich und bildeten gemeinsame Informations- und Wissensbestände und in den öffentlichen Medien entstand sogar etwas mehr Gleichgewicht in der Berichterstattung über die kontroversen Stromtrassen.

Im Mai 2014 war Bernhard aber noch immer nicht beruhigt. Es ging eigentlich gar nicht (mehr) um das Wissen, sondern um die rechtlichen Möglichkeiten, das Planungsverfahren zu stoppen. Dort hatte die Enrollment weniger Erfolg gehabt. Amprion hat schon viel Geld in die Planung investiert. Die benötigten Materialien (z.B. Stahl, Kupfer, PVC) waren schon bestellt worden; dabei geht es um Milliarden Euros und es gab schon ein Netzausbaubeschleunigungsgesetz, das schon vom Bundestag genehmigt worden war.<sup>8</sup> Deswegen tauchte auch hier doch

<sup>8</sup> [www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/nabeg/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/nabeg/gesamt.pdf).

noch eine Wissenskrise auf. Die Politik würde langsam aber sicher ruhiger; das Thema weniger heiß. Die Mobilisierung eines dauerhaften Widerstands – der vierte Schritt einer erfolgreichen Netzwerkbindung – hat eigentlich noch kaum stattgefunden oder war bisher zumindest nicht dauerhaft genug, um die politische Lage weiterhin stark unter Druck zu setzen.

## Zwischenfazit

Der Neubau der Gleichstromtrasse Ost-Süd hat für sowohl Fürsprecher als auch Gegner den gleichen OPP: Die Energiewende. Diese OPP versammelt bestimmte Interessen, die mittels bestimmter Wissensbestände diskursiv operationalisiert worden sind. Interessant dabei ist vor allem, dass sich die Fürsprecher viel weniger um eine Begründung der Notwendigkeit der Stromtrassen für die Energiewende gekümmert haben. Die Soziologie der Übersetzung Callons sollte vielleicht genau für stark politisierte Kontroversen etwas ergänzt werden. Wäre es möglich, dass bestimmte Wissenskrisen durch einen strategischen Einsatz eines scheinbaren OPPs so gestaltet werden, dass die versammelten Interessen zu einer falschen Mobilisierung führen?

Hier zeigt sich nicht eine oft geäußerte Schwäche der ANT (dass sie a-politisch sei), sondern ihre Kraft: OPPs sind notwendig, um Netzwerke zu gestalten; diese Gestaltungen sind intentional und strategisch und deswegen immer-schon politisch. Die besondere Macht eines OPPs ist aber, dass sie ihre politischen Grundlagen verheimlichen kann, womit, wenn nötig, bestimmte Interessen als »Gemeinwohl« dargestellt werden können. Wissen spielt dabei eine kritische Rolle: Behauptungen müssen noch immer begründet werden.

Von Anfang an war während der Planung des Netzausbaus klar, dass es Akzeptanzprobleme geben könnte. Die offizielle Strategie, Bürger während der Planungsverfahren aktiv miteinzubeziehen und sie sogar einzuladen, in die neuen Stromtrassen zu investieren und sich am Gewinn zu beteiligen, waren allerdings nicht erfolgreich. Stromtrassen sind – in der Sprache der ANT – riskante Objekte. Sie tun nicht immer nur das, was von ihnen behauptet wird, das sie tun sollen. Neben Elektrizität übertragen sie auch andersartige Ströme: die sogenannten »Risikoströme« (risk-flows).

Neben den schon erwähnten gefürchteten ökologischen und Gesundheitsrisiken gibt es auch politische finanzielle und wirtschaftliche Risiken; es gibt sogar strategisch-militärische Risiken (»der russische Betrieb Gazprom hat Interesse an einer Teilübernahme von RWE«, Torello 2015). Die Infragestellung des Ausbaus des Stromversorgungsnetzwerks schöpft neue »Dinge von Belang« (und die lassen sich oft leicht als Risikoströme darstellen).

## Die Relevanz des Monadismus für die Wissenssoziologie

Die zweite Frage ist deswegen, was es bedeutet, wenn wir sagen, dass es eine Wissenskrise gibt? Die Unsicherheit, worauf das Zögern basiert, lässt sich nicht lösen; eine Entscheidung wird anscheinend noch immer nicht getroffen, die Drohung bleibt, die Mittel, um sie zu bekämpfen, sind nicht vorhanden. Monadistisch übersetzt würde man deswegen fragen, inwieweit es einen Schwellenwert gibt, wo sich Zögern zum Verzweifeln wandelt? In der Verzweiflung verliert das

Wissen seinen Bezug auf die Krise; die Assemblagen werden dann entbunden, der Zusammenhalt erodiert; das Soziale zerbricht.

Das Wissen, das für die Überzeugung des Widerstands gegen die geplanten Stromtrassen notwendig war, war anscheinend nicht das richtige Wissen. Es geht hier nicht um ein demokratisches, sondern um ein verwaltungstechnisches Verfahren. Die Stromtrassen sind Teil einer umfangreichen bundesweiten Energiepolitik, sie verbinden nicht nur eine geplante Braunkohleverbrennungszentrale mit einer Transformationsstation über eine Strecke von 450 Kilometer; sie verbinden auch Vertreter der Industrie und der Politik; innerhalb der Politik »verbinden« sie nationale, regionale und lokale Interessen, obwohl dieses Verbinden auf keinen Fall ohne Widerstand stattfindet. Sie verbinden auch (globalisierte) ökonomische und ökologische Interessen: Energie, Profit und Nachhaltigkeit sind nicht nur diskursive Figurationen, sondern auch konkrete objektbezogene Ereignisse, die mittels Konten und Berichten nachvollzogen werden können.

Diese Verbindungen zeigen schon, dass das Beispiel von einer großen Komplexität handelt. Mittels eines Konzepts der Risikoströme (*Risk-Flows*) kann man beschreiben, wie Krisen als *Figurationen* der Risiken gestaltet werden. Figurationen (vgl. Latour, 2005) sind materiell-semiotische Assemblagen von Materie – Energie – Information, die wegen ihrer flexiblen Abstraktion (als Virtualität) sehr leicht zwischen unterschiedlichen Situationen wechseln können (van Loon 2014).

Die wissenssoziologische Orientierung auf die Interessenbezogenheit der Wahrnehmung und Bedeutsamkeit bestimmter (krisenhafterer) Situationen braucht keine Voraussetzung von »Sinn« als schon-immer vorgegeben, sie ist auch monadistisch übersetzbar. Die Erfahrung des Zögerns ist nicht unbedingt eine Unentschlossenheit (oder sogar ein Mangel) des Sinns, sondern ein Widerstand zwischen (noch) unvereinbarten Interessen.

Sinn entsteht erst, wenn eine Übersetzung im Sinne von Problematisierung stattgefunden hat; Sinn wird zugeschrieben, wenn unterschiedlichen Interessen auf einen gleichen OPP hinweisen; dann entstehen auch Handlungsoptionen. Die Legitimitätsfrage betrifft die Verknüpfbarkeit zwischen bestimmten Interessen und dem vorgelegten OPP. Laut dieses monadistischen Ansatzes, würde die epistemische Grundlage der Legitimität erst dann wichtig, wenn es schon eine Interessenverbundenheit mit dem OPP gibt.

Dabei geht es nicht so sehr um Komplexitätsreduktion, sondern um eine Wechselwirkung zwischen den Modalitäten des Zögerns und der Verzweigung. Diese sind keine intrapsychologischen Zustände eines Individuums, sondern bestimmte Erfassungen eines virtuellen Raumes »zwischen« Entscheidung und Handlung, die deswegen weder eine rein objektive Realität noch eine rein subjektive Erfahrung, sondern eine virtuelle Wirklichkeit sind. Diese Erfassung einer virtuellen Wirklichkeit ist schon in der konkreten Lage eines Dorfes wie Emsing empirisch als Krise nachvollziehbar, aber Betrachtung soll nicht auf einen Ort lokalisiert werden. Genauso wie die befürchteten Stromtrassen, sind diese Erfassungen des Zögerns und der Verzweigung stark vernetzt. Auch sie entfalten eine empirische Metaphysik, die man (nach Stengers) kosmopolitisch nennen könnte.

Die mittels Diskursanalysen, Beobachtungen und Interviews weiter zu erforschende Fallstudie dient dazu, empirisch zu belegen, wie man soziologische Begriffe wie Krise, Wissen, Vertrauen, Legitimierung und Institution anwenden kann, ohne dass man vorher »von außen« bestimmen muss, was sie genau bedeuten. Risikoströme werden uns in die richtigen Orte führen, weil sie mehr sind als Behauptungen. Sie sind vor allem Erfassungen, die selbst als Erfahrungen »er-

lebt« worden sind und deswegen darauf verweisen, was in bestimmten Assemblagen »auf dem Spiel« steht, wenn man zögert und was gefährdet wird, wenn man zur Verzweiflung geführt wird.

Michel Callons (1986) Tetrade von *Problematisierung – Interessement – Enrolment – Mobilisierung* lässt sich, wie in dieser kleinen Analyse erwähnt, auch sehr einfach auf diese Situation anwenden. Das Zögern, das die Krise bezeichnet, bietet einen Raum für die Gestaltung eines OPP. Das Beispiel der Erfassung eines Dorfes und der Stromtrassen zeigt uns, wie Prozesse der Übersetzung von Risikoströmen funktionieren und wie bestimmte Allianzen versuchen, mittels der Kreation von Obligatory Passage Points eine bestimmte empirische Metaphysik (des Widerstands) gegen die Wissenskrisen selbst zu schützen. Risikoströme sind deswegen gefährlich, weil sie alles in Frage stellen können. Um erfolgreich sein zu können, ist diese empirische Metaphysik darum gezwungen, selbst eine bestimmte mediale Assemblage von Wissenschaft, Wirtschaft, Recht und Politik zu kreieren (Institutionalisierung). Obwohl der Prozess noch in vollem Gange ist, ist der Versuch momentan sehr stark darauf ausgerichtet, den Schlüsselbegriff der *Energiewende* offensiv und vor allem *wissenschaftlich* anzufassen, damit sie als OPP eine neue, inklusivere, aber auch radikalere Bedeutung bekommt. Die Rolle der Objektivierung dieser empirischen Metaphysik der Energiewende betrifft die Erfassung der Risikoströme und ihre Vernetzung in einer Assemblage des Widerstands. Ohne diese Objektivierung wird am Ende das Zögern nur zur Verzweiflung führen.

## Literatur

- Berkel, M. 2013: Ausbau des Stromnetzes: Notwendigkeit der Energiewende. [www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/148524/ausbau-des-stromnetzes](http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/148524/ausbau-des-stromnetzes) (letzter Aufruf 10. März 2015).  
 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2014 Teil I Nr. 33, S1066-1132. Bundesanzeiger Verlag Bonn: 24. Juli 2104.  
 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. (2011) Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/nabeg/gesamt.pdf> (letzter Aufruf 10. März 2015).  
 Bundesnetzagentur (ohne Datum) Bundesnetz zukunftssicher gestalten. [http://www.netzausbau.de/cdn\\_1411/DE/Wissenswertes/Recht/Recht-node.html](http://www.netzausbau.de/cdn_1411/DE/Wissenswertes/Recht/Recht-node.html) (letzter Aufruf 10. März 2015).  
 Callon, M. 1986: Some Elements of a Sociology of Translation: Domestication of the Scallops and the Fishermen of St Brieuc Bay. *Law (Hg) Power, Action and Belief: A New Sociology of Knowledge*. London: Routledge & Kegan Paul, 196–233.  
 Dewey, J. 1958: *Experience and Nature*. New York: Dover.  
 James, W. 2008: *Essays in Radical Empiricism*. New York: Cosmo.  
 Latour, B. 2005: *Reassembling the Social. An Introduction to Actor Network Theory*. Oxford: University Press.  
 Popper, K. 1972: *Objective Knowledge*. Oxford: Oxford University Press.  
 Russell, B. 1928: *Skeptical Essays*. New York: Norton.  
 Small, A. W. 1905: *General Sociology. An Exposition of the Main Development in Sociological Theory from Spencer to Ratzenhofer*. Chicago: University of Chicago Press.  
 Tarde, G. 1899: *Social Laws: An Outline of Sociology*. New York: Macmillan.  
 Torello, M. 2015: RWE-Gazprom Threat to Nabucco. *The Wall Street Journal*. 10 March 2015. <http://blogs.wsj.com/brussels/2011/07/14/rwe-gazprom-deal-wont-help-nabucco/> (letzter Aufruf 10. März 2015).  
 Van Loon, J. 2014: Remediating Risk as Matter-Energy-Information flows of Avian Influenza and BSE. *Health Risk & Society*. 16. Jg., Heft 5, 444–458 DOI: 10.1080/13698575.2014.936833



# Die stille Krise

## Der Verlust des Wissensmonopols des Staates und seine Folgen für die Polizei

Jonas Grutzpalk

*Beitrag zur Veranstaltung »Krisen des Wissens« der Sektion Wissenssoziologie – organisiert von Michaela Pfadenhauer und Rainer Schützeichel*

Ein Erkennungsmerkmal moderner Polizeien ist, dass sie Daten erheben, auswerten und sammeln (Lebrige 1993). Der moderne Staat versteht sich insgesamt als »Gehirn« oder »Geist« der Gesellschaft« und ist somit sowohl entscheidender Produzent und als auch Nutzer von Wissen (Lyotard 2012: 32f.). Das Wort »Archiv« (von griechisch ἀρχεῖν = herrschen) allein macht deutlich, dass mit Hilfe gespeicherter Daten staatliche Macht ausgeübt werden kann und will (Brenner-Wilczek et al. 2006).

Dieses Verständnis des Staates als Wissensträger und einzig legitimer Wissensnutzer hat – je nach Technikstand – gewaltige Veränderungen durchlaufen. Heute wirkt es absurd, dass im Portugal des 15. und 16. Jahrhunderts das Kopieren und der Verkauf von Seekarten bei Todesstrafe verboten waren. Und doch ist bis heute der Staat berechtigt, bestimmte Wissensquellen in Geheimhaltungskategorien einzustufen.

Bereits seit den 1970er Jahren deutet sich an, dass das staatlich gehortete Wissen in einen Strudel geraten ist, den man in Anlehnung an Mercedes Bunz (2012) die »stille Krise« der staatlichen Wissensverwaltung nennen kann. Das Internetzeitalter (oder auch: Petabyte-Zeitalter) macht deutlich, dass staatlich verwaltetes Wissen »hinter die Lage« behördlicher Zuständigkeit gerät. Dass zum Beispiel google-maps heute Verkehrsstaus in Echtzeit erfasst macht den Umweg dieses Wissens über eine stauregulierende Behörde unnötig (Häntzschel 2013: 82). Behörden können dieses Wissen nur noch zur Kenntnis (z.K.) nehmen und zu den Akten (z.d.A.) geben.

Die Krise könnte eigentlich umfassender nicht sein. Denn wenn der Staat kein Wissensmonopol mehr hat, treten auch die Staatsdiener selbst in ein anderes Licht: galt seit jeher der Beamte als »der Repräsentant, der seine ganze Potenz vom Dienstherrn bezieht« (Sloterdijk 1999: 733), wird nun deutlich, wie wenig der Dienstherr oft im Vergleich mit dem Internet weiß. Die stille Wissenskrise stellt also das gesamte bisherige Wissensmanagement der Sicherheitsbehörden in Frage und zwingt sie – über technische Umstellungen hinaus – über ihr Wissen neu nachzudenken (Dean, Gottschalk 2007: 3).

Doch welche Wissensformen kommen bei Sicherheitsbehörden überhaupt vor? Ist es in erster Linie hierarchisch gesteuertes Informationswissen, aber auch Autoritätswissen (Marx 1972: 253), ein der Behördenkultur entsprechendes Allgemeinwissen (Redfield 1960: 42f.), Sprichwortwissen (Weber 1980: 455) oder »gesunder Menschenverstand« (Behr 2000: 242)? Und wie tritt es in Erscheinung? Dieser Frage bin ich mittels teilnehmender Beobachtung in mehreren Polizeibehörden nachgegangen, wobei ich mich von Bruno Latours (2004) Behördenethnologie habe inspirieren lassen. Zudem habe ich meine eigene Erfahrung als Mitarbeiter einer Sicherheitsbehörde (Verfassungsschutz Brandenburg) in den Text einfließen lassen können.

Der folgende Text versucht in einem ersten Anlauf, die Geschichte staatlicher Wissensspeicherung bis dato anzureißen und dabei auf die jeweils vorhandenen technischen Gegebenheiten einzugehen. In einem zweiten Schritt wird analysiert, worin die Revolution des Internetzeitalters hinsichtlich staatlicher Wissensspeicherung bedeutet. Was es heißt, im Internetzeitalter zu leben, wird kurz anhand der Begriffe »Big Data« und »Petabyte-Zeitalter« angerissen und welche Folgen Big Data für die Polizeiarbeit hat, wird diskutiert. Es bleibt aber am Ende offen, welche Folgen das neue Wissensregime des Internetzeitalters für die Polizei hat.

## Wissen und staatliche Macht

Drei Beobachtungen zum Thema staatlicher Wissensspeicherung sind für den Fortgang der Überlegungen zur polizeilichen Wissensarbeit im Internetzeitalter wichtig:

- 1.) Staatliche Wissensspeicherung ist seit Jahrhunderten üblich,
- 2.) Das moderne staatliche Archiv setzt Bürokratie als Beruf voraus, eine vergleichsweise neue Erscheinung im Feld der staatlichen Macht. Dass Behörden eigentümliches Wissen speichern, macht die Sache, um die es hier geht, ein wenig komplizierter.
- 3.) Moderne staatliche Wissensspeicherung ist durch den Grundgedanken der Prävention geprägt.

Ad 1.) An der Beschäftigung mit der Geschichte des staatlichen Archivs ist interessant, dass es zwar seit langer Zeit ein Ort herrschaftlicher Wissensspeicherung war, es aber frühzeitig auch als Ort der Wissensinternierung genutzt wurde. So finden sich in mesopotamischen Keilschriftarchiven mitunter gerade die Texte, die niemand zur Kenntnis nehmen sollte. Sie waren sozusagen in den Archiven eingesperrt. Das hängt damit zusammen, dass Macht im antiken Weststromland auch damit in Verbindung gebracht wurde, ein sinnvolles und mächtiges Narrativ über die Legitimation von Herrschaft vorlegen zu können. Solche Narrative entstanden durch hartnäckige redaktionelle Arbeit an bereits vorliegenden Narrativen. Heterodoxe Geschichten wurden entweder vernichtet oder in Archiven unzugänglich gemacht (Ekschmitt 1980: 29 ff.). Wissen konnte durch staatliche Speicherung – bewusst – verloren gehen.

Ad 2.) Zum anderen ist bemerkenswert, seit wie kurzer Zeit es überhaupt erst rein staatliche Archive gibt. Natürlich hatten Fürsten und Landesherren aller Art Archive, aber sie gehörten ihnen ganz persönlich. Der legendäre Königsberater Kardinal Richelieu erzwang zwar die Her-

ausgabe der Archive durch den Verwaltungschef, der sie als Privatbesitz gehortet hatte, der Bestand blieb aber nach seinem Tod 1642 – für seine Zeitgenossen selbstverständlich - im Familienbesitz (Favier 1963: 23).

Dass der Staat als abstrakte Entität also Archive anlegt, ist ein historisch relativ neuer Zustand. Damit so so etwas möglich ist, muss die Abstraktion des Amtes von der Person für die Handelnden dankbar sein: Die bürokratische Verwaltung von Wissen setzt darüber hinaus die Existenz des Verwaltungsstabes voraus, wie ihn Max Weber (1972: 126f.) idealtypisch vor gut einem Jahrhundert beschrieben hat:

»Die Gesamtheit des Verwaltungsstabes besteht im reinsten Typus aus Einzelbeamten [...], welche

1. persönlich frei nur sachlichen Amtspflichten gehorchen,
2. in fester Amtshierarchie,
3. mit festen Amtskompetenzen,
4. kraft Kontrakts, also (prinzipiell) auf Grund freier Auslese nach
5. Fachqualifikation [...], –
6. entgolten sind mit festen Gehältern in Geld [...],
7. ihr Amt als einzigen oder Haupt-Beruf behandeln,
8. eine Laufbahn [...],
9. in völliger ›Trennung von den Verwaltungsmitteln‹ und ohne Appropriation der Amtsstelle arbeiten,
10. einer strengen einheitlichen Amtsdziplin und Kontrolle unterliegen.«

Mehrfach hebt Weber hervor, dass es gerade die Fachqualifikation sei, die den modernen Beamten von seinen Vorgängern unterscheide. Wenn wir diesen Punkt ernst nehmen, dann stellen wir fest, dass Beamte in ihrer Ausbildung diverse Fachqualifikationen erwerben, die sie zur Ausübung ihres Berufs berechtigen.<sup>1</sup>

Behörden haben darüber hinaus seit jeher die Möglichkeit, ein Wissen aus den Aktenbeständen zu generieren, das sich missbrauchen lässt. Max Weber (1980: 129) hatte in seiner Bürokratiesoziologie festgestellt, dass »die durch Dienstverkehr erworbenen oder ›aktenkundigen‹ Tatsachenkenntnisse« Behörden eine besondere Machtstellung verleihen, die er »Herrschaft kraft Wissens« nannte. Das lässt sich als ein Hinweis darauf deuten, dass es nicht erst das Computerzeitalter ist, das mit der Gefahr des Wissensmissbrauchs durch Behörden zu kämpfen hat.

Ad 3.) Staatliche Wissensspeicherung in der westlichen *Moderne* begründet sich nun wiederum gerade damit, dass Dinge erst noch in der Zukunft passieren könnten. »Die erst seit dem 18. Jahrhundert entdeckte und entfaltete Zeit-Ekstase ›Zukunft‹« (Sloterdijk 2014: 486) wird zum Anlass genommen, von der Gegenwart aus das Zukünftige auch mit den Mitteln staatlicher Eingriffe zu bewirtschaften. So beobachtet Michel Foucault (2003: 83f.), dass das moderne Straf-

<sup>1</sup> In Nordrhein-Westfalen stellt unter anderem die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung diese Qualifikation in Form eines Bachelor-Studienganges sicher. Hier werden so genannte Polizeifächer (zum Beispiel Einsatzlehre, Kriminalistik), juristische Fächer (zum Beispiel Strafrecht, Staatsrecht) und sozialwissenschaftliche Fächer gelehrt. Während verschiedener Trainingsphasen üben die angehenden Polizeibeamten unter anderem Standardmaßnahmen bei Einsätzen im täglichen Dienst oder der Verkehrsüberwachung. Und in Praxisphasen beobachten sie das Vorgehen von ihren späteren Kolleginnen und Kollegen und lernen daraus.

recht in Europa seine Bemühungen zunehmend vorverlagert und versucht, Taten gar nicht erst geschehen zu lassen:

»Das gesamte Strafsystem des 19. Jahrhunderts richtet sich darauf aus, nicht das tatsächliche, sondern das mögliche Handeln der Menschen zu kontrollieren. Man fragt nicht, ob die Menschen sich gesetzeskonform verhalten oder nicht, sondern was sie möglicherweise tun, wozu sie fähig sein könnten, wofür sie anfällig sein könnten, was sie zu tun drohen.«

Es zeigt sich hier: Der Gedanke der Prävention – der Voraussicht auf möglicherweise in der Zukunft strafbares Handeln – ist ein Phänomen der Moderne und hat mit der Einführung der Computertechnologie erst einmal nichts zu tun.

Eckhart Pankoke hat dargelegt, dass der Gedanke der staatlichen Prävention im Verlauf seiner Geschichte eine Ausweitung von der »Abwehr von Gefahren« hin zur »Förderung von Entwicklungen bei den Akteuren« erfahren hat (Pankoke 1979: 44). Rafael Behr (2012: 188) hat darüber hinaus noch eine »präventive Wende« in der Polizeiarbeit ausgemacht. Es wurde ab den 1980er Jahren »als Ziel des polizeilichen Erfolgs« ausgegeben, »vor die Lage« zu kommen. Polizeiliches Arbeiten ist in diesem Verständnis also eine weit im Vorfeld möglicher Gefahren aktive Tätigkeit. Bei der Polizei mag das am Einsatz pädagogischer Methoden in der Prävention deutlich werden: Der »Verkehrskasper« ist insofern ein präventiver Ansatz, als dass er Verhaltenspotentiale bei zukünftigen Verkehrsteilnehmer vorzeitig zu beeinflussen versucht.

Patrick Gensing und Andrej Reisin (2013: 287f.) sehen am Ende dieser Entwicklung mittlerweile einen mehr oder weniger totalen Präventivstaat verwirklicht in dem jegliches »unliebsames Verhalten [...] von vornherein verhindert werden« soll und an dessen Gestaltung neben staatlichen auch privatwirtschaftliche Unternehmen und politische Pressure-Groups beteiligt seien.

## Polizeiliches Wissen im Dienste der Prävention

Prävention richtet sich seiner Natur nach nicht gegen Straftäter – die im Rahmen eines modernen Gerichtsverfahrens durchaus mit einer Unschuldsvermutung rechnen dürfen. Sie richtet sich gegen alle, die sich einmal falsch verhalten könnten und gegen die ein solches Strafverfahren noch gar nicht eröffnet ist.

So richtet die »Direktion Verkehr« der Kreispolizeibehörde Duisburg zum Beispiel ihre Präventionsarbeit auf Basis von verkehrstechnischen Daten aus: »Neben der statistischen Auswertung der im Duisburger Stadtgebiet dokumentierten Verkehrsunfälle nach Anzahl und Schwere werden speziell die Unfallursachen analysiert. Daraus erfolgen Strategien der Verkehrsunfallbekämpfung« (Polizeipräsidium Duisburg o.J.: 13). Mit anderen Worten: es werden zum Beispiel vermehrt Blitzer dort aufgestellt, wo zu schnelles Fahren als durchschnittliche Unfallursache ermittelt wird. Oder es werden neue Verkehrsschilder aufgestellt, wenn sich die Lesbarkeit der alten bei einer hohen Zahl an Unfallbeteiligten als schwierig erwiesen hat.

Aus den von der Polizei selbst erhobenen Datenbeständen über Verkehrsunfälle wird also präventives Handeln der Polizei gegen Verkehrsunfälle abgeleitet. Hier werden Informationen über einen »Durchschnitt einer großen Zahl von Menschen« (Doyle 2012: 84) oder vielmehr: über den Durchschnitt einer großen Zahl von Ereignissen gedeutet und zur Legitimation prä-

ventiver Maßnahmen herangezogen. Prävention ist hier als ein Vorausgreifen in die Zukunft mit Hilfe statistischer Analyse der Vergangenheit zu verstehen.

Die Statistik, die hier zum Einsatz kommt, ist noch die des alten Schlage: H.G. Wells (1913) hatte die Einsetzbarkeit einer Statistik, die kumulatives Verhalten voraussagt, mit der Berechenbarkeit eines Sandberges verglichen:

»If you shoot a load of [...] sand from a cart you cannot foretell with any certainty where any particular grain will be in the heap that you make but you can tell – you can tell pretty definitely – the form of the heap as a whole.«

Dass Statistik mittlerweile in der Lage ist, Daten zu analysieren und miteinander in Zusammenhang zu bringen, die nie zu dem Zweck erhoben wurden, miteinander in Bezug gesetzt zu werden und dabei zwischen Individuum und Masse problemlos hin- und herzoomen kann, ist ein Phänomen des Petabyte-Zeitalters, mit dem wir uns noch zu beschäftigen haben werden.

## Polizeiliche Wissensquellen

In einer empirischen Studie zum Wissensmanagement des Wach- und Wechseldienstes habe ich in teilnehmender Beobachtung bei verschiedenen Behörden nachvollziehen versucht, welches Wissen Polizisten tatsächlich zur Verfügung steht. Sie sollte eine Art Bestandsaufnahme des polizeilichen Wissens liefern. Die umfassende Veröffentlichung der Ergebnisse ist für das Frühjahr 2016 vorgesehen.

Es ist für den Beobachter zuerst beeindruckend, wie wenig die Polizei im Wach- und Wechseldienst von der Welt weiß und wissen kann, der sie in ihrer täglichen Arbeit begegnet. Polizistinnen und Polizisten stehen unmittelbar einer Wirklichkeit gegenüber, die feindlich, romantisch, falsch, brutal, merkwürdig, lachhaft, schön und ekelig sein kann. Und nur selten wissen sie, was davon auf die nächste Situation zutrifft, mit der sie es zu tun haben.

Vielleicht ist es deswegen die Erfahrung, deren Wert Polizeibeamte besonders hoch schätzen. Die von Jochen-Thomas Werner 2005 dazu befragten Experten aus Sicherheitsbehörden jedenfalls bekannten, ihr polizeiliches Handlungswissen basiere zu 46% auf Erfahrung. 32% ihres Handlungswissens bezögen Polizisten aus Erzählungen anderer und 22% aus Aus- und Fortbildung (Werner 2006: 36).

Erfahrungswissen ist ein sehr persönliches Wissen, das oft mit Leid erworben wird. »Deine erste Leiche vergisst Du nie«, sagte mir einer meiner Gesprächspartner. »Schon allein wie das stinkt!« Wie man mit solchen und vergleichbaren Extremlagen umgehen kann, lernt man nicht in der »Flachdachsule«, sondern »auf der Straße«.

Hier wird auch ein besonderer polizeilicher Wissenszugang geprägt: der Riecher. Damit greift das polizeiliche Selbstverständnis (wohl eher unbewusst) die antike Überlegung auf, es gebe ein »intuitives Verstehen von Sinn« (Quarch 2012: 56), was die alten Griechen *nous* nannten – ein Wort, da vom selben Wortstamm hergeleitet ist, wie unser Wort »Nase« (Quarch 2012: 56). Gute Polizisten »erkennen ihre Schweine am Gang« (dazu auch Reichertz 1990).

Von hier ist es kein weiter Weg mehr zu einer Form des polizeilichen Wissens, das Rafael Behr (2000: 236) den »gesunden Menschenverstand« genannt hat. Es versteht sich explizit als das Gegenteil von Buchwissen (Behr 2000: 242). Bemerkenswert ist an diesem Wissen, dass es sich als eine rebellische Form eines »eigentlichen« Wissens erlebt. Dieses zeichnet sich durch das »prompte kollektive Einverständnis« aus (Adorno 1964: 11):

In mehreren Gesprächen wurde mir insbesondere von Beamten mit teilweise jahrzehntelanger Berufserfahrung dargelegt, wie wenig Buchwissen und wie sehr »gesunder Menschenverstand« zum Beruf des Polizisten gehören. Jüngere Polizeibeamte hielten sich nach meiner Beobachtung mit solchen drastischen Gegenüberstellungen von *eigentlichem* und Buchwissen eher zurück. Das Buchwissen, über das Polizisten auf jeden Fall verfügen, ist juristischer Natur: »Letztlich sind wir doch bewaffnete Juristen,« sagte mir einer meiner Gesprächspartner.

Bemerkenswert ist aber, dass der buchförmige »Bundeseinheitliche Tatbestandskatalog Straßenverkehrswidrigkeiten« im polizeilichen Alltag zunehmend durch eine App zur Straßenverkehrsordnung verdrängt wird. Ohnehin spielen private Smartphones eine verblüffend wichtige Rolle in der polizeilichen Wissensarbeit. So konnte ich mehrfach beobachten, dass in Ermangelung eines Navigationsgerätes auf google-maps zurückgegriffen wurde. Chatrunden über WhatsApp sind innerhalb der Dienstgruppen üblich. Hier werden zwar nur private Nachrichten ausgetauscht, aber man kann sich den kohäsiven Wert einer solchen Kommunikation für die Gruppe wohl auch als Nicht-Soziologe gut vorstellen.

Natürlich werden auch Datenbanken bemüht. Die am meisten benutzte ist POLAS: Polas greift auf NRW-eigene, bundesdeutsche und auch auf internationale Polizei-Datenbanken zu und kann »beim Kraftfahr-Bundesamt in Flensburg Fahrzeugdaten abfragen. Rote Buchstaben warnen, wenn ein Wagen als gestohlen gemeldet ist, ein Bürger als gewalttätig gilt oder mit Haftbefehl gesucht wird.«<sup>2</sup> Diese Meldung von 2003 zeigt, dass in POLAS zwei verschiedene Arten von Wissen gespeichert werden: einmal Daten über anhängige Verfahren und einmal polizeiintern erhobene Daten, die der Gefahrenabwehr im Beruf dienen sollen. In beiden Fällen sind jedoch diese Daten bereits von der Polizei erhoben worden – die Datennutzung kann deswegen als selbstreferentiell bezeichnet werden: Wenn der Polizei jemand bekannt ist, ist er bekannt. Wenn nicht, dann nicht.

Die Leitstelle hat darüber hinaus noch Zugang zu anderen Datenquellen wie zum Beispiel zum Grundbuch, zum Einwohnermeldeamt oder zu den Daten der nationalen Waffenregister: Die meisten dieser Daten müssen allerdings über spezielle Sites und Anwendung eigenständiger Passwörter explizit aufgerufen werden. Sie sind dadurch nicht mit den anderen Daten verknüpfbar.

Das Intranet ist ein wichtiger Umschlagplatz aller möglichen Informationen. Als ich beim Wach. Und Wechseldienst hospitierte, war zum Beispiel gerade die Testphase für die neuen Sirenen der Polizeiauto: Man konnte sich die verschiedenen Geräusche anhören und mit Mausclick entscheiden, welchen Sirenton man ansprechender fand. Hier werden auch die täglichen Lagemeldungen veröffentlicht, die nach meiner Beobachtung sehr wahrgenommen werden. Ihnen lässt sich entnehmen, wann wo welche Einsätze wie stattgefunden haben. »Da kann

---

<sup>2</sup> [www.heise.de/newsticker/meldung/NRW-Polizei-fahndet-kuenftig-mit-Polas-82877.html](http://www.heise.de/newsticker/meldung/NRW-Polizei-fahndet-kuenftig-mit-Polas-82877.html) (letzter Aufruf 4. Januar 2016).

man dann schon ein paar Muster erkennen.«, sagte mir ein Polizist zu dem Thema. »Wenn Du das Lagebild überfliegst, siehst Du, wo zum Beispiel Einbruchsschwerpunkte sind oder wo wieder jemand aus der Haft entlassen wurde und jetzt bei seiner Freundin randaliert.«

Das Internet ist selbstverständlich auch eine bedeutende Wissensquelle. Bei der Festnahme eines nicht-deutschen Ladendiebes wurde zum Beispiel seine Heimatstadt gegooglet um herauszubekommen, welche Sprache der einzubestellende Dolmetscher sprechen sollte.

## Leben im Petabyte-Zeitalter

Big Data bedeutet, das mag man sich ruhig noch einmal in Erinnerung rufen, dass es möglich ist, Daten zu erheben, zu speichern und zu analysieren wie niemals in der Menschheitsgeschichte zuvor (Anderson 2008). Selbst die Stasi, der der Ruf einer nach Allwissenheit strebenden Behörde zu Recht anhaftet, war noch auf ein komplexes System an Karteikarten mit Querverweisen angewiesen. Eine simple Stichwortsuche war für einen Stasi-Mitarbeiter dementsprechend ein umfangreicher Rechercheauftrag.

Die täglich erhobene Wissensmenge beeindruckt: Allein das europäische Kernforschungszentrum des CERN produziert bei jedem Versuch pro Sekunde ein Petabyte an Daten. Das ist eine Eins mit 15 Nullen. »Wenn man diese Datenmenge auf herkömmliche CDs pressen würde, entstünde ein Stapel so hoch wie der Eiffelturm.« (Freytag 2013) Solche Datenkumulationen entstehen auch anderswo: Jeder Einkauf im Internet oder mit Kreditkarte hinterlässt Spuren, die sich – auch das ist neu im Petabyte-Zeitalter – mit anderen abgleichen UND individualisieren lassen.

Die Datenmenge und die Datenlagerung macht es möglich, aus den individuellen Verhältnissen der Datenproduzenten herauszuzoomen und sich ein generelles Bild aller möglicher Vergleichsgruppen zu machen und dann wieder auf das Individuum zurückzuzoomen, um es in seiner konkreten Handlungsweise besser beobachten zu können (Moorstedt 2008: 39). Von solchen Möglichkeiten konnten die Sozialwissenschaften bislang nur träumen (Latour 2013: 123). Die von Norbert Elias (1992: 88–91) thematisierte »traditionelle Zwickmühle der Soziologie: ›Hier Individuum, dort Gesellschaft‹« ist durch die modernen Formen der Datennutzung überwindbar geworden.

Was das konkret bedeuten kann, kann jeder beobachten, der bei amazon recherchiert oder gar einkauft. Es werden wie von Zauberhand vergleichbare Angebote generiert, die sich aus der Auswertung individueller Daten hunderttausender Menschen ergibt. Beschämend ist, wie treffsicher die mit reinen Korrelationen arbeitenden Algorithmen dabei den Nerv dessen treffen, was wir unseren individuellen Geschmack zu nennen geneigt sind.

Die ersten Erfolge bei dieser Herangehensweise an Daten zeigten sich in der Analyse von Kreditkartendaten Anfang der 2000er Jahre. Hierbei wurden alle verfügbaren Daten von Kreditkarteninhabern unabhängig von ihrem Erhebungszusammenhang mathematisch miteinander in Bezug gesetzt. Es zeigte sich, dass »the brands we buy are the windows into our souls – or at least into our willingness to make good on our debt« (Duhigg 2009). So ließ sich feststellen, dass Menschen, die billiges Motoröl kaufen, eher dazu neigen, ihren Kreditrahmen zu überziehen als

Menschen, die teurere Markenprodukte vorziehen. Leute, die Filzgleiter kaufen, um sie unter ihre Möbel zu kleben und somit ihre Holzböden zu schonen, sind ehrliche Kreditrückzahler, während die Käufer verchromter Autoaccessoires oder lautstarker Auspuffe eher dazu neigen, ihre Kreditraten – wenn überhaupt – dann verspätet zurückzuzahlen (Duhigg 2009).

Dass sich im Petabyte-Zeitalter Daten einfach so miteinander in Verbindung bringen lassen, hat Chris Anderson (2008) zu dem berühmten Diktum verleitet, das Ende der Theorie sei gekommen:

»Petabytes allow us to say: ›Correlation is enough.‹ We can stop looking for model: We can analyze the data without hypotheses about what it might show. We can throw the numbers into the biggest computing clusters the world has ever seen and let statistical algorithms find patterns where science cannot.«

Und in der Tat war wissenschaftliches Arbeiten bislang immer begleitet von Begründungen für eine besondere Form der Datenerhebung. Das schiere Vorhandensein unfassbarer Datenmengen dreht die Machtverhältnisse zwischen Theoriebildung und Datenanalyse zugunsten der Datenanalyse. Warum Dinge so sind, wie sie sich bei analytischer Betrachtung zeigen, mag man im Nachhinein entschlüsselt werden. Das Petabyte-Zeitalter macht einen wissenschaftlichen Positivismus möglich, den es in der Form vorher noch nie gab.

Natürlich aber hat Anderson so nicht Recht: ohne Vermutungen über Zusammenhänge lässt sich nämlich nicht ermitteln und nicht ohne weitere Fragen nach der Bewertung der gewonnenen Erkenntnisse, wie der Fortlauf der Analyse von Kreditkartendaten zeigt:

»Most of the major credit-card companies have set up systems to comb through cardholders' data for signs that someone is going to stop making payment: Are cardholders suddenly logging in at 1 in the morning? It might signal sleeplessness due to anxiety. Are they using their cards for groceries? It might mean they are trying to conserve their cash. Have they started using their cards for therapy sessions? Do they call the card company in the middle of the day, when they should be at work? What do they say when a customer-service representative asks how they're feeling? Are their sighs long or short? Do they respond better to a comforting or bullying tone?« (Duhigg 2009)

Was hier formuliert wird, mag zwar nicht mehr unter der Rubrik »Theorie« laufen, wohl aber können die Annahmen, die zur Analyse der gewonnenen Daten herangezogen werden, als Generalverdacht bezeichnet werden. Denn hier werden Lebensmodelle als »typisch« unterstellt und Abweichungen von diesem Lebensmodell für die Kreditkarteninstitute als bedenklich eingestuft.

In der Wissensforschung hat man sich seit einiger Zeit auf die Unterteilung des Wissens in Daten, Informationen und Wissen geeinigt (Willke 1998: 7ff., Dean, Gottschalk 2007: 6). Daten sind dabei das Gegebene, die erst einmal nichts bedeuten müssen. Ob jemand am 28. September Geburtstag hat, spielt abstrakt gesprochen keine Rolle. Information ist das, was dahingehend Bedeutung hat, weil es das Verhalten, Wissen etc. der Handelnden verändert. Wenn jemand am 28. September Geburtstag hat UND an diesem Tag auf einer Tagung ist, dann wird das Datum Glückwunschbekundungen auslösen. Das Datum informiert das Verhalten der anderen Tagungsteilnehmer. Wissen ist explizit, wenn man weiß, dass jemand Geburtstag hat und implizit, wenn man weiß, dass man jemandem ein Ständchen zu bringen hat.



Das Petabyte-Zeitalter zwingt uns nun, diese klassische Dreiteilung um eine vierte Dimension zu erweitern: die der Kategorien. Denn dass erhoben wird passiert ja nicht im luftleeren Raum, sondern ist immer irgendwie anlassbezogen. Die Kategorien, die der Erhebung zugrunde liegen sind dabei gar nicht so leicht zu fassen, wenn einfach alles erst einmal festgehalten werden. Dabei zeigt das oben genannte Beispiel der Kreditkarteninstitute, dass nur bestimmte Daten erfasst werden, aber Millionen von anderen möglichen Informationen nicht. Warum bestimmte Daten überhaupt wahrgenommen und registriert werden, ist also eine der grundlegenden Fragen, der sich die Forschung im Petabyte-Zeitalter stellen muss: Theorie mag zwar tot sein, aber die Frage nach der *Erhebung* stellt sich – das zeigt sich – umso deutlicher, wenn man Daten massenhaft miteinander korrelieren kann.

## Fazit

Polizeibeamte nutzen moderne Computertechnologie häufig im halbprivaten Bereich, zum Beispiel in WhatsApp-Gruppen, die mit der Dienstgruppe deckungsgleich sind und ähnlichem. Das Vertrauen in die Stabilität und Aussagekraft von Computernetzwerken ist bei der jüngeren Generation deutlich größer als bei der älteren, aber der Technikeinsatz ist mannigfaltig und schwankt zwischen Funkverkehr auf verschiedenen Frequenzen, Einsatz von POLAS, der Wahrnehmung von Informationen über das Intra- und Internet, der Nutzung privater Handys zur Ortung von Tatorten etc. hin und her. Die beobachtbare Lage ließe sich mit Durkheim (1893: 160) als Übergangsphase zwischen zwei Sozialisierungsformen deuten.

In dieser Übergangsphase beschäftigt man sich seitens der Sicherheitsbehörden mit der Frage, wie sich die stille Revolution des Internetzeitalters in die Polizeiarbeit übertragen ließe. Das Modell des Network-Centric-Policing wurde Mitte der 2000er Jahre entwickelt und orientiert sich stark an dem US-Militärkonzept des »Network-Centric-Warfare«. Zentrale Idee ist hier, dass Informationen frei zwischen verschiedenen Akteuren, die an öffentlicher Sicherheit arbeiten, hin- und herfließen:

»A net-centric police agency would be intricately connected, internally and externally. The › network‹ in this case is not just IT hardware but would consist of people (all agency personnel and local citizens), computers, databases, all manner of digital information derived from intelligence sources and sensors (e.g., neighborhood watch groups, private security guards, security and surveillance cameras, autonomous robots and unmanned aerial vehicles (UAVs)), information from other agencies/organizations (local, state and federal government, along with information from citizens, the neighborhood, the larger community, and an entire region). It would use this network to generate, collate, analyze, and distribute information to everyone who needs it, in real time, in the manner required to best utilize it to achieve positive policing result.« (Cowper 2005: 25)

Problematisch an diesem Ansatz ist mindestens der Gebrauch des Wortes »Information«, denn es ist überhaupt nicht zu erkennen, wie die Leistung einer Komplexitätsreduzierung und Zuordnung von Daten zu Kategorien in solch einem disparaten Netz gelingen soll. Zudem ist die Öffnung bzw. Schließung solcher Netzwerke hier nicht mitgedacht (Grutzpalk 2013).

Die aktuelle Debatte um die Vorratsdatenspeicherung zeigt, dass nicht nur die Behördenleitungen verunsichert sind. Das ist nicht zuletzt deswegen der Fall, weil sich die präventive Nutzung von Daten bislang ent-individualisieren ließ und sich allgemein-abstrakte Maßnahmen aus den Daten herauslesen ließen. Die Vorratsdatenspeicherung ist ein Feld, in dem man sich noch nicht auskennt und das mit einem typischen Merkmal des Petabyte-Zeitalters ausgestattet ist: es ist möglich, zwischen dem Verbindungsnetz und dem individuellen Datenproduzenten hin- und herzuzoomen. Was das für die Arbeit der Sicherheitsbehörden bedeutet, wird im Augenblick eher defensiv diskutiert.

Mercedes Bunz stellt in ihrem Text zur »stillen Revolution« im Petabyte-Zeitalter fest, dass es in erster Linie wirtschaftliche Interessen sind, die diese Revolution steuern: »Die Wirtschaft hat sich Zugang zu unseren gesellschaftlichen Ideen und Träumen verschafft. Sie hat sich an die Stelle der Politik gesetzt« (Bunz 2012: 135). Und Robert Laughlin kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, dass die Zugänge zu eigentlich öffentlichem Wissen nicht durch den Staat, sondern durch wirtschaftliche Interessen blockiert werden. »Leider«, so Laughlin (2008: 131), »sind gesetzgeberische Überlegungen möglicherweise vergebens«, wenn es um Informationsfreiheit im Internet geht. Was das noch für die Arbeit der Sicherheitsbehörden bedeutet, bleibt abzuwarten.

## Literatur

- Adorno, T. 1964: Jargon der Eigentlichkeit, Zur deutschen Ideologie; Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Anderson, C. 2008: The End of Theory: The Data Deluge Makes the Scientific Method Obsolete. In Wired Magazine, 23. Juni 2008, [http://archive.wired.com/science/discoveries/magazine/16-07/pb\\_theory](http://archive.wired.com/science/discoveries/magazine/16-07/pb_theory) (letzter Aufruf 4. Januar 2016).
- Behr, R. 2000: Cop Culture. Der Alltag des Gewaltmonopol: Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur der Polizei. Opladen: Leske & Budrich.
- Behr, R. 2012: Die »Gewalt der Anderen« oder: Warum es in der aktuellen Gewaltdebatte nicht (nur) um Gewalt geht. In T. Ohlemacher, J.-T. Werner (Hg.), Empirische Polizeiforschung XIV: Polizei und Gewalt. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft, 177–196.
- Brenner-Wilczek, S. et al. 2006: Einführung in die moderne Archivarbeit. Darmstadt: WBG.
- Bunz, M. 2012: Die stille Revolution. Wie Algorithmen Wissen, Arbeit, Öffentlichkeit und Politik verändern ohne dabei viel Lärm zu machen. Berlin: Suhrkamp.
- Cowper, T. 2005: Network centric policing: Alternative or augmentation to the Neighborhood-Driven Policing (NDP) model? In C. J. Jensen, B. H. Levin (FBI) (Hg.): Neighborhood Driven Policing, Proceedings of the Futures Working Group. Washington, DC: FBI, 21–28.
- Dean, G., Gottschalk, P. 2007: Knowledge Management in Policing and Law Enforcement. Foundations, Structures, Applications. Oxford: O.U.P.
- Doyle, A. C. 2012: The Sign of the Four; London: Penguin.
- Duhigg, C. 2009: What Does Your Credit-Card Company Know About You? New York Times Magazine, 12. Mai 2009, [www.nytimes.com/2009/05/17/magazine/17credit-t.html?\\_r=2&ref=magazine&pagewanted=all](http://www.nytimes.com/2009/05/17/magazine/17credit-t.html?_r=2&ref=magazine&pagewanted=all) (letzter Aufruf 4. Januar 2016).
- Durkheim, E. 1893: La Division du travail social. Paris: Alcan.
- Ekschmitt, W. 1980: Das Gedächtnis der Völker. Hieroglyphen, Schriften und Schriftfunde. München: Heyne.
- Elias, N. 1992: Figuration. In B. Schäfers (Hg.), Grundbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske & Budrich, 88–91.
- Favier, J. 1963: Les Archives, Paris: P.U.F.

- Foucault, M. 2003: Die Wahrheit und die juristischen Formen, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Freytag, B. 2013: Big Data statt Kaffeesatz, FAZ, 28.11.2013, [http://fazjob.net/ratgeber-und-service/beruf-und-chance/it-und-telekommunikation/123508\\_Big-Data-statt-Kaffeesatz.html](http://fazjob.net/ratgeber-und-service/beruf-und-chance/it-und-telekommunikation/123508_Big-Data-statt-Kaffeesatz.html) (letzter Aufruf 4. Januar 2016).
- Gensing, P. und A. Reisin 2013: Der Präventivstaat. Warum Gesundheits-, Kontroll- und Verbotswahn Freiheit und Demokratie gefährden. Köln: Lingen Stiftung.
- Grutzpalk, J. 2013: Network Centric Policing. Moderne Polizeiarbeit im Lichte der Akteurs-Netzwerk-Theorien: B. Frevel, H. Groß (Hg.), Empirische Polizeiforschung XV: Konzepte polizeilichen Handelns. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft: 208–222.
- Häntzschel, J. 2013: Die Datenbergwerker. In Big Data. Das neue Versprechen der Allwissenheit. Berlin: Suhrkamp, 76–89.
- Keller, R. 2007: Diskurs/Diskurstheorien. In R. Schützeichel (Hg.), Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz: UVK, 199–213.
- Latour, B. 2004: La fabrique du droit. Une ethnographie du Conseil d'État. Paris: La Découverte.
- Latour, B. 2013: Ihre Phantasie hinterlässt digitale Spuren. In Big Data. Das neue Versprechen der Allwissenheit. Berlin: Suhrkamp, 119–124.
- Laughlin, R. B. 2008: Das Verbrechen der Vernunft. Betrug an der Wissensgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Lebrige, A. 1993: La police. Une histoire sous influence; Paris: Gallimard
- Liotard, J. F. 2012: Das postmoderne Wissen. Ein Bericht. Wien: Böhlau.
- Marx, K. 1972: Kritik des Hegelschen Staatsrechts. MEW 1, 203–333.
- Moorstedt, T. 2008: Jeffersons Erben. Wie die digitalen Medien die Politik verändern. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pankoke, E. und H. Nokielski 1979: Verwaltungssoziologie. Stuttgart: Kohlhammer
- Polizeipräsidium Duisburg o.J.: Informationsbroschüre. Duisburg
- Quarch, C. 2012: Lob der Unschärfe. Hohe Luft 1, 55–59.
- Redfield, R. 1969: Thinker and Intellectual in Primitive Society. In Primitive Views of the World; Stanley Diamond (Hg.), New York, London: C.U.P.
- Reichertz, J 1990: »Meine Schweine erkenne ich am Gang.« Zur Typisierung typisierender Kriminalpolizisten. Kriminologisches Journal, 22. Jg. Heft 3, 194–207
- Sloterdijk, P. 1999: Sphären II. Globen, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sloterdijk, P. 2014: Die schrecklichen Kinder der Neuzeit. Über das anti-genealogische Experiment der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Weber, M. 1980: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max 1972: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr.
- Wells, H. G. 1913: The Discovery of the Future. [www.gutenberg.org/files/44867/44867-h/44867-h.htm](http://www.gutenberg.org/files/44867/44867-h/44867-h.htm) (letzter Aufruf 4. Januar 2016).
- Werner, J. T. 2006: Über die Grenzen der Erkenntnisfähigkeit gesellschaftlicher Ordnungsagenturen. Eine Studie über Umweltwahrnehmung und innere Sicherheit, [www.polizei-newsletter.de/documents/WernerGrenzenderErkenntnisfaehigkeit.pdf](http://www.polizei-newsletter.de/documents/WernerGrenzenderErkenntnisfaehigkeit.pdf) (letzter Aufruf 4. Januar 2016).
- Willke, H. 1998: Systemisches Wissensmanagement. Tübingen: UTB.

# Experten in der Krise?

## Konstitution von Deutungsmacht im ›Feld der Expertise‹

Alexander Hirschfeld

*Beitrag zur Veranstaltung »Krisen des Wissens« der Sektion Wissenssoziologie – organisiert von Michaela Pfadenhauer und Rainer Schützeichel*

Die Allgegenwart öffentlicher Kontroversen und Krisenszenarien – man denke etwa an die Debatte zum Klimawandel sowie die Finanzkrise – droht ständig die herausgehobene Position von Experten zu untergraben. Gleichzeitig besteht ein ungebrochener und stetig steigender Bedarf an anerkanntem professionellem Wissen. Daher scheint es notwendig eine Systematisierung und Theoretisierung der ›Krisen des Wissens‹ vorzunehmen, die nach den Bedingungen der Stabilität und den Mechanismen der De-Legitimierung fragt. Dabei sollte Expertenwissen aufgrund seiner zentralen Bedeutung in der Gegenwartsgesellschaft eine besondere Aufmerksamkeit gelten. Es darf jedoch nicht nur als Sonderwissen behandelt werden; Expertenwissen ist Teil einer gesamtgesellschaftlichen Wissensordnung, die es hinsichtlich ihrer Entstehung, Wirkungsweise und Veränderung zu untersuchen gilt. Auf Basis einer groben theoretischen Skizze wird hier die These vertreten, dass die Deutungsmacht von Expertenwissen heute maßgeblich von der Bildung und Aufrechterhaltung heterogener Koalitionen zwischen Experten, Laien und öffentlichen Interessenvertretern anhängig ist. Experten können vor allem dann dominante Positionen etablieren und erhalten, wenn sie ihre Deutungsangebote in relevanten sozialen Kontexten verbreiten.

Das hier formulierte Argument greift den machttheoretischen Ansatz innerhalb der Professionssoziologie auf und versucht diesen an die gegenwärtige Organisation von Expertenwissen anzupassen. Professionen haben seit den 1960er-Jahren in vielen Bereichen massiv an sozialer Autorität eingebüßt. Seit den 1980er-Jahren hat man daher vor allem diesen Bedeutungsverlust konstatiert und sich mit wissenschaftlichem Wissen und Technik beschäftigt – die Analyse der Deutungsmacht von Experten wurde vernachlässigt. Die daraus resultierende Lehrstelle muss durch eine Konkretisierung des *Feldes der Expertise* gefüllt werden. Ausgehend von einer schematischen Darstellung die zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Expertenwissen unterscheidet, werden zentrale Bedingungen der gegenwärtigen Konstitution von Deutungsmacht in Expertendiskursen benannt und anhand des Beispiels Gesundheit illustriert.

## Professionen: Politische Akteure und staatliche Eliten

Menschen greifen in allen möglichen Situationen auf professionelles Wissen zurück; die Planung der eigenen vier Wände überlässt man einem/r Architekten/in und bei gesundheitlichen Problemen wendet man sich an zuständige Fachärzte. So gilt die Kompetenz des Arztes sowohl im Vergleich zum Laien als auch zu anderen Berufsgruppen – man denke etwa an das Pflegepersonal – als überlegen. Warum aber vertrauen wir auf das Wissen bestimmter sozialer Gruppen. In den Worten der Professionssoziologie: Warum sind bestimmte Berufsgruppen in der Lage, die Problembearbeitung in einem Aufgabenbereich zu monopolisieren?

Der machttheoretische Ansatz verweist in diesem Zusammenhang auf die dominante Position der Professionen in der Gesellschaft. Laut Eliot Freidson (1970; 1986: 63–73) gründet diese Macht auf zwei Aspekten: Erstens wird durch berufliche Lizenzen professioneller Verbände das Angebot in einem spezifischen Bereich monopolisiert. Die jeweilige Profession allein ist für die universitäre und berufliche Ausbildung ihrer Mitglieder zuständig. Zweitens sorgen offizielle Mandate, etwa die staatliche Anerkennung der hausärztlichen und klinischen Versorgung durch medizinische Fachkräfte, für eine Kontrolle der Nachfrage nach professionellen Leistungen durch die Profession selbst. Die damit einhergehende Machtkonzentration ist im Falle der Medizin durch die Klinik – als Einheit von Forschung, Ausbildung und Praxis in einer Organisation – institutionalisiert. Freidson beschreibt die dafür nötige Liaison mit dem Staat wie folgt:

The leaders of an occupation persuade leaders of society that its members possess some technical competence so special and of such importance that the public should be prevented from using any other occupation with the same domain but assertedly less competence or integrity. The formal, institutionalized status of profession is granted by society on the basis of having been persuaded that an occupation is competent and responsible. (1970: 122)

Es wird also von einer grundlegenden Akzeptanz professioneller Autorität seitens des Staates ausgegangen – eine Annahme die maßgeblich auf der Diagnose einer zunehmenden Professionalisierung spezifischer Aufgaben- und Berufsfelder basiert (Hall 1968; Wilensky 1964). Der Staat bildet dabei das Machtzentrum, in dem sich ökonomische und symbolische Ressourcen konzentrieren; Professionen gelten als Bestandteil der herrschenden Elite.

Doch was ist mit den Laien, den Konsumenten professioneller Praktiken? Ihnen wird, ähnlich wie in der funktionalistischen Theorietradition<sup>1</sup>, eine ausschließlich passive Rolle zugeschrieben:

In practice, [...] the typical form of influence is not to persuade the client of the competence of advice on the basis of available evidence, but rather to close off alternatives to him so that he has little choice but to go to the practitioner and to rely upon the authority of incumbency in a status to which competence has been imputed. [...] On a broader, societal level, then, a profession must persuade the sovereign of its competence (1970: 122)

Aus dieser Perspektive lassen sich Professionen somit als politische Akteure im Sinne Webers denken (Freidson 1970; Freidson 1986; Johnson 1972; Pfadenhauer 2003: 55–102) – sie versuchen ihre Interessen gegen den Willen anderer durchzusetzen. Diese anderen sind aber nicht Laien oder externe Interessenvertreter, sondern vor allem benachbarte Professionen, die ein

<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang sei beispielhaft auf Talcott Parsons Beschreibung der ›sick role‹ im Kontext der Arzt-Patienten-Beziehung verwiesen (1951: 439–476).

ähnliches Problemfeld bearbeiten. Die Verteilung von Lizenzen und Mandaten verweist dabei auf das jeweilige Machtverhältnis. Diese Form der Herrschaft spiegelt sich in einer Art Standesbewusstsein der Profession und der gesellschaftlichen – oder genauer gesagt staatlichen – Anerkennung ihrer kognitiven und normativen Überlegenheit wider, die sich im Anschluss an Bourdieu als Konzentration *symbolischen Kapitals* beschreiben lässt.<sup>2</sup>

## Krise der Professionen: Relativierung eines Deutungsmonopols

The professions dominate our world. They heal our bodies, measure our profits, save our souls. Yet we are deeply ambivalent about them. For some, the rise of professions is a story of knowledge in triumphant practice. It is the story of Pasteur and Osler and Schweitzer, a thread that ties the lawyer in a country village to the justice on the Supreme Court bench. For others it is a sadder chronical of monopoly and malfeasance, of unequal justice administered by servants of power, of Rockefeller medicine men. (Abbott 1988: 1)

Diese Einschätzung, die Andrew Abbott zu Beginn seines einschlägigen Werks *The System of Professions* Ende der 1980er-Jahre artikuliert, bringt einige zentrale Veränderung im *Feld der Expertise* auf den Punkt. Durch die Ausweitung der medizinischen Interventionssphäre, man denke an die bekannte Definition der WHO nach der Gesundheit »ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen« (WHO 2014) ist, wächst der Bereich relevanten Expertenwissens. In den letzten Jahrzehnten haben dabei insbesondere Konzeptionen von Public Health an Bedeutung gewonnen, die quantifizierbare demographische, biomedizinische und ökonomische Gesundheitsfaktoren in den Fokus rücken (Lupton 1995). Der Aufstieg neuer Techniken der Risikoevaluation, Prävention und Gesundheitsförderung – zum Beispiel im Kontext der Humangenetik (Hitzler und Pfadenhauer 1999) – zeigt, dass die medizinische Forschung und Praxis selbst Bestandteil dieser Entwicklung ist. In Politik und Alltag sind diese Verschiebungen ebenfalls deutlich erkennbar: Sie reichen von internationalen Kampagnen wie dem »World Health Day« über Initiativen staatlicher Institutionen bis zu mobilen Applikationen zur Kontrolle der eigenen Lebensführung via Smartphone. Die zunehmende Durchdringung von Politik und Alltag durch Expertenwissen hat aber gerade nicht zu einer Stabilisierung und Ausweitung professioneller Herrschaft geführt. Im Gegenteil: die Deutungshoheit vieler Professionen zeigt deutliche Risse (Pfadenhauer 2006). Selbst die Medizin – der Bereich der lange als Paradebeispiel professioneller Herrschaft galt – wird durch biomedizinischer Entwicklungen und die Orientierung an wirtschaftliche Interessen zunehmend in ihrer Autonomie eingeschränkt (Conrad 2005).

Darüber hinaus hat sich in den letzten drei Jahrzehnten die Vorstellung der »patientenzentrierten Medizin« und der »partizipativen Entscheidungsfindung« etabliert (Elwyn et al. 2000; Stewart et al. 1995). Diese und ähnliche Konzepte richten sich gegen den empfundenen Paternalismus der Ärzteschaft. Das neue Primat der Interessen von Patienten, Gleichberechtigung bei der Information und die Darstellung alternativer Behandlungsmethoden sind nur einige der Eckpfeiler dieser Bewegung. Ausgangspunkt dieses Wandlungsprozesses sind die Antipsychiatriebewe-

---

<sup>2</sup> Alvin Gouldner (Gouldner 1980) nennt die symbolische Grundlage dieser Form der Herrschaft »Ideologie des Professionalismus«.

gung und die Medizinkritik der 60er und 70er-Jahre (Illich 1976; Szasz 1974), die sich durch eine radikale Ablehnung des Autoritätsanspruchs der medizinischen Profession und des Staates auszeichnen. So wurde etwa im Fall der Psychiatrie nicht nur die ›totale Institution‹ (Goffman) Klinik kritisiert, sondern der Sinn psychiatrischer Krankheitsbilder selbst in Frage gestellt.

Theoretiker der *reflexiven Moderne* (Beck, Bonß 2001; Giddens 1999) verweisen in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Bedeutung der Kritik an modernen Institutionen, zu denen auch Professionen gehören. Die Vorstellung gesellschaftliche Alternativen setzt sich durch und führt zu einer Relativierung des Wissens und dazu korrespondierender Positionen sozialer Autorität. Professionen sehen sich daher zunehmend mit unterschiedlichen Ansprüchen auf Partizipation von Laien und unterschiedlichen Interessenvertretern konfrontiert (Hitzler 1998). So haben der erweiterte Kompetenzanspruch und das Auftauchen einer Reihe von Gegenexperten die medizinische Profession in Bedrängnis gebracht. Die Wissenschaft, so die These, »wird mit den Folgen Ihrer eigenen Wirkung konfrontiert«, insbesondere mit denen »der ›Technisierung‹ und ›Verwissenschaftlichung‹ des Körpers« (Wagner 1995, 266). Experten sehen sich zur Legitimierung ihrer Position also neuen sozialen Bedingungen unterworfen und sie sind immer häufiger zur Darstellung ihrer Kompetenz gezwungen (Pfadenhauer 2003). So gut dieses Bild die Kritik am modernen Professionalismus auf den Punkt bringt, die Analyse gegenwärtiger Machtkonstellationen wird dadurch tendenziell zu Gunsten der Vorstellung einer emanzipierteren Öffentlichkeit und dem Anspruch reflexiver Experten vernachlässigt.

## Expertise und Experten: Gegenwärtiger Machtkonstellationen

Vor dem Hintergrund der angedeuteten Veränderungen ist es nicht weiter überraschend, dass sich theoretische Ansätze sowie empirische Untersuchungen dem Gegenstand zunehmend vom Wissen her nähern und dabei die soziale Position von Experten ausklammern.<sup>3</sup> Auch die Untersuchung von Gegenexperten, so etwa die *Soziologie der Intellektuellen*, scheint keine Konjunktur mehr zu haben (Eyal, Buchholz 2010; Eyal 2013). Historische Untersuchungen von Diskursen und Dispositiven sowie ethnographische Arbeiten dominieren das Feld. Durch diese Ansätze werden zweifellos neue Formen der sozialen Organisation von Expertenwissen sichtbar. Meiner Ansicht nach gilt es nun jedoch – im Anschluss an Karl Mannheim – die ›Seinsverbundenheit des Wissens‹ (Mannheim 1995), also die mit dem sozialen Standort verbundenen Erfahrungs- und Denkweisen, wieder ins Gedächtnis zu rufen. Es gilt, bestehende empirische Einsichten bezüglich neuer Formen der Differenzierung und daraus resultierender Machtverhältnisse zu befragen.

In Anlehnung an die wissenssoziologischen Überlegungen von Ronald Hitzler (1994; 1998) verstehe ich Experten dabei als ein relationales Phänomen: Sie sind erstens durch Ihr Verhältnis zum Laien und zweitens durch die Beziehung zu weiteren relevanten Interessengruppen sowie Entscheidungsträgern konstituiert. Experten verfügen über einen gewissen Überblick bezüglich

---

<sup>3</sup> Dies gilt insbesondere für die ›neue‹ Wissenschaftssoziologie, die sich ab Ende der 1970er-Jahre konstituiert und seither stark an Bedeutung gewonnen hat (Heintz 1993). In diesem Feld wurde der einseitige Fokus auf die Wissenschaft früh diagnostiziert und ein Rückbezug auf allgemeinere Fragen der sozialen Bedingungen und Auswirkungen wissenschaftlichen Wissens gefordert (Shapin 1995; Swidler, Arditi 1994).

eines Sonderwissensbereichs und besitzen grundlegende Fähigkeiten der Problemlösung. Den Experten kennzeichnen also erstens ein relatives Wissensmonopol und zweitens die relative Autonomie hinsichtlich der Problembearbeitung. Er hat damit sowohl ein hohes Maß an Kontrolle über das Angebot an Sonderwissen als auch über dessen Nachfrage. Aus dieser Perspektive erscheint der Expertenstatus qua Definition nicht als absolut, sondern als relativ; das unterscheidet diesen Ansatz maßgeblich von der klassischen Professionssoziologie, die von einer gesellschaftlich verbrieften Autorität bestimmter Expertengruppen ausgeht.

## Expertise: Netzwerke der Kooperation und Koproduktion

Mein Vorschlag besteht darin, die unterschiedlichen Kontexte der Produktion und Konsumtion von Expertenwissen zu spezifizieren, um so die gegenwärtigen Bedingungen für deren Stabilität und Veränderung in den Blick zu bekommen. Erster Anknüpfungspunkt sind dabei die Überlegungen von Andrew Abbott. Abbott spricht von einem ›System of Professions‹ (1988) und meint damit ein Feld, in dem Expertengruppen in Konkurrenz um die Zuständigkeit bezüglich bestimmter Aufgabenbereiche stehen. Im Unterschied zum machttheoretischen Ansatz von Freidson betont Abbott, dass man Professionen nicht auf formale Kriterien, also deren berufliche Organisation, professionelle Lizenzen und offizielle Mandate reduzieren darf. Um den Erfolg einer Profession zu verstehen, gelte es stattdessen ihre konkrete Tätigkeit in den Blick zu nehmen: »Each profession is bound to a set of tasks by bounds of jurisdictions, the strength and weaknesses of these ties being established in the process of actual professional work.« (1988: 33) Die Autonomie der professionellen Problembearbeitung wird also laut Abbott durch eine Vielzahl miteinander verbundener Arbeitsschritte und Routinen absteckt und reproduzieren.

Gleichzeitig kann die Autonomie einer Profession in einem bestimmten Zuständigkeitsbereich nur durch die Formalisierung eines abstrakten Wissensbestands gesichert werden. Abbott spricht in diesem Zusammenhang von abstraktem Wissen als »the currency of competition« (1988: 102). Für ihn ist also gerade die Kombination aus Formalisierung und konkreter Problemlösung das Erfolgsrezept. Daher geht er davon aus, dass eine Profession die richtige Balance zwischen Abstraktion und Praxis finden muss. Man darf nicht zu viele Aufgabenbereich auf einmal abdecken wollen, ohne konkrete Probleme zu lösen. Gleichzeitig macht sich die Expertengruppe überflüssig, wenn sie sich auf praktische Tätigkeiten beschränkt, die leicht nachzuahmen sind. Der Professionelle muss demnach ein Hybrid sein, der wissenschaftlichen Modelle und berufspraktische Anforderungen erfolgreich zusammenbringt. Abbott Überlegungen verweisen darauf, dass die Produktion und praktische Anwendung von Expertenwissen in jeweils spezifische Kontextbedingungen eingebettet sind. Expertengruppen müssen sich zunehmend in einem Wettbewerb durchsetzen, der immer stärker durch die Interessen externe Entscheidungsträger und Klienten bestimmte ist. Durch seinen Fokus auf das Zusammenspiel von abstraktem Wissen und dessen konkreter Anwendung bewegt sich Abbott weg von dem starren Modell eines geschlossenen ›System of Professions‹ hin zur Vorstellung eines offenen *Feldes der Expertise*. Fragt man nun nach der Stabilität von Expertenwissen, so lässt sich argumentieren, dass der Kontext der Wissensproduktion und der praktischen Anwendung hinreichend aufei-



inander abgestimmt sein müssen, um spezifische Formen der Problembearbeitung zu stabilisieren. Aus dieser Perspektive scheint das Problem weniger eines der Balance als eines der Übersetzung (Callon 1986; Latour 1999). Die professionelle Autonomie auf Basis abstrakten Wissens muss in praktische Interessen übersetzbar sein, um Formen der Kooperation zu ermöglichen. Nur so können Erwartungen der Laien sowie Interessengruppen auf der einen und Deutungsangebote der Experten auf der anderen Seite ein stabiles Netzwerk bilden.

Das Problem an Abbotts Ansatz besteht nun aber darin, dass er lediglich die Nachfrageseite in den Blick nimmt. Es geht bei ihm um »jurisdictions«, also um Zuständigkeiten. Dass das Angebot an Sonderwissen in den Händen bestimmter Expertengruppen liegt, wird nicht in Frage gestellt. Die Autonomie professioneller Arbeit wird relativiert – nicht aber das Wissensmonopol der Experten. Die empirischen Einsichten aktueller Untersuchungen legen jedoch nahe, dass Laien heute nicht mehr nur einen Resonanzraum darstellen, der über den Erfolg oder Misserfolg sozialer Deutungen und Praktiken entscheidet, sondern ein wichtiger Faktor im Kontext der Wissensproduktion selbst sind. So hat etwa im Rahmen der Kommerzialisierung der Freizeit- und Erlebniswelt auch das Wissen über Szenen und Subkulturen an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Michaela Pfadenhauer zeigt am Beispiel der Organisation von Techno-Events, wie sich dort neue Arbeitsbereiche jenseits klassischer Berufe und Professionen etablieren (2000). Hier entsteht eine Form des Expertenwissens, das sich nicht in allgemeinem Organisationswissen und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen erschöpft. Spezifisches Kulturwissen bezüglich der Szene erweist sich als unverzichtbarer Bestandteil zur erfolgreichen Organisation des Events.

Studien aus dem angloamerikanischen Raum deuten auf ähnliche Veränderungen hin. Besonders interessant sind dabei Untersuchungen im Bereich Gesundheit, da hier Laienwissen in direkte Konkurrenz zu etabliertem Expertenwissen tritt. Ein prominentes Beispiel ist die Organisation sogenannter Patientenbewegungen, bestehend aus Betroffenen und Angehörigen, die ihren Erfahrungen und Probleme Gehör verschaffen (Epstein 2008). Gruppen, die zu Beginn meist nur als Lobby sichtbar sind, entwickeln sich häufig zu relevanten Experten, indem sie die Deutungs- und Handlungsweisen von Betroffenen zu allgemeinen wissenschaftlichen Konzepten und Fragestellungen in Beziehung setzen. Hier geht es nun nicht mehr nur um die Übersetzung von Interessen sondern auch um die Öffnung von Deutungsweisen jenseits etablierten Expertenwissens. So entstehen Formen der Koproduktion abstrakten Wissens im *Feld der Expertise*: Laien erhalten zunehmend Zugang zu abstrakten Wissensbeständen und werden zu einer Art Laienexperte; gleichzeitig wird das Wissen der Laien selbst zunehmend zum Bestandteil des Expertenwissens.

## Deutungshoheit im *Feld der Expertise*: Experten als Hybride

Im Anschluss an diese Überlegungen schlage ich vor, die unterschiedlichen Kontexte, die sich aus dem Autonomie- und Partizipationsanspruch sowohl hinsichtlich des Angebots als auch bezüglich der Nachfrage ergeben zu berücksichtigen und idealtypisch spezifische Bereiche im *Feld der Expertise* zu unterscheiden (Bourdieu 1987; Eyal 2002; Eyal 2006). Die horizontale Achse

erfasst sozusagen die Nachfrage. Die rechte Seite steht für den Pol autonomer Problembearbeitung auf Basis abstrakten Wissens und offizieller Mandate. Auf der linken Seite muss man sich im Rahmen praktischer Tätigkeiten gegenüber Klienten und anderen Interessengruppen beweisen. Die vertikale Achse beschreibt das Angebot: Oben die Monopolisierung von Expertenwissen durch professionelle Lizenzen und Organisationen; unten dominieren generöse Formen des Wissens, die sich gerade durch Ihre allgemeine Verfügbarkeit und Anschlussfähigkeit an externe und insbesondere alltägliche Deutungsweisen auszeichnen (Abbildung 1).

Wissensmonopol praktische Tätigkeit	Wissensmonopol Abstraktion
Generosität des Wissens praktische Tätigkeit	Generosität des Wissens Abstraktion

Abb. 1: *Feld der Expertise*

Die Boxen, die sich daraus ergeben, lassen sich als unterschiedliche Pole im *Feld der Expertise* denken. Diese Pole erfassen die Nähe und Distanz zu spezifischen symbolische Ökonomien, in denen unterschiedliche Ressourcen und Interessen dominieren. Oben rechts hat man es mit dem staatlich konstituierten Feld der Professionen und offiziellen Leistungseliten zu tun. Auf Basis anerkannter sozialer Autorität wird hier – und aus interner Perspektive nur hier – legitimes abstraktes Wissen produziert, dessen grundsätzliche Gültigkeit nicht durch einzelne Fehlschläge oder Krisen in Frage gestellt wird. Unten links befinden wir uns im gegengesetzten Kontext. Relevantes Wissen ist nicht an spezifische Organisationen oder Lizenzen gebunden und hat keinen allumfassenden Geltungsanspruch. Experten sehen sich hier mit anderen Deutungsweisen und Interessen konfrontiert, müssen sich ständig rechtfertigen und beweisen. Oben links gewinnen heterogene politische, wirtschaftliche und öffentliche Interessenvertreter an Bedeutung. Das Wissensmonopol der Experten wird hier nicht in Frage gestellt, sehr wohl aber der Wert abstrakten Wissens; hier gilt es primär, Expertise im Rahmen konkreter Problemlösungen zu beweisen. Unten rechts wird zwar die Legitimität abstrakten Wissens zur Problemlösung anerkannt, gleichzeitig aber das staatlich garantierte Monopol der Wissensproduktion seitens offizieller Experten in Frage gestellt.

Wie eine Ordnung empirischen Materials und mögliche Erklärungsstrategien mit diesem Modell aussehen können, sollen nun abschließend beispielhaft an der bereits genannten Studie zum AIDS-Aktivismus in den USA verdeutlicht werden (Epstein 1995; Epstein 1998). Zu Beginn stehen AIDS-Aktivist:innen, die Bio-Medizin und die staatliche Gesundheitspolitik einander diametral entgegen: Angst vor Stigmatisierung und Forderungen nach schnellen und allgemein zugänglichen Therapien auf der einen, offizielle Seuchenschutzmaßnahmen und das Ideal sauberer klinischer Untersuchungen auf der anderen Seite. Verstärkt wird dieser Antagonismus noch durch generelle Ablehnung medizinischer und staatlicher Autoritäten seitens der Lesben- und Schwulenbewegung. Epstein zeigt, wie Betroffene und ihr Umfeld nun Schritt für Schritt zu anerkannten Experten und Interessenvertretern im Feld der Bio-Medizin und staatlichen Gesund-

heitspolitik avancieren, die aktiv in die Produktion und Selektion wissenschaftlichen Wissens und therapeutischer Techniken eingreifen. Ausgangspunkt diese Koalition ist die starke wechselseitige Abhängigkeit der unterschiedlichen Felder. Für die Biomedizin ist die Kooperation seitens Betroffener unabdingbar, da sie diese für die klinischen Experimente benötigten. Die Politik ist im Rahmen unterschiedlicher Maßnahmen zu Eindämmung der Epidemie ebenfalls auf die Kooperation von Betroffenenengruppen und Aktivisten angewiesen (Abbildung 2).

Wissensmonopol praktische Tätigkeit <i>staatliche Gesundheitspolitik, med. Praxis</i>	Wissensmonopol Abstraktion <i>biomedizinische Forschung</i>
Generosität des Wissens praktische Tätigkeit <i>AIDS-Aktivismus</i>	Generosität des Wissens Abstraktion <i>Laienexpertise</i>

Abb. 2: *Feld der Expertise am Beispiel AIDS*

Dieses Beispiel macht deutlich, wie starke Antagonismen und gleichzeitig hohe wechselseitige Abhängigkeiten Formen der Kooperation und Koproduktion ermöglichen, die dann für eine Stabilität von Expertenwissen sorgen. Gleichzeitig weist die Untersuchung auf die massiven Konfliktpotentiale zwischen den unterschiedlichen Polen im *Feld der Expertise* hin; etwa wenn Laienexperten nicht mehr als legitime Sprecher des Betroffenenmilieus anerkannt werden.

Vor dem Hintergrund der diskutierten ›Krise der Professionen‹, lässt sich Epsteins Studie aus den 1990er-Jahre in vieler Hinsicht als Vorbote einer heute zunehmend bedeutsamen Form der sozialen Organisation von Expertenwissen verstehen. Die Möglichkeiten, Deutungsmacht durch Abstraktion und Monopolisierung von Wissen zu generieren, sind grundsätzlich beschränkt und wurden darüber hinaus in den letzten Jahrzehnten in zunehmendem Maße delegitimiert. Mechanismen der Diffusion von Expertenwissen sowie der Kooperation und Koproduktion gewinnen an Bedeutung. In diesem Zusammenhang glaube ich, dass die Macht von Experten heute an die Fähigkeit gebunden ist, sich flexibel zwischen den dargestellten Polen im *Feld der Expertise* bewegen zu können und somit die Position am Knotenpunkt der skizzierten Achsen einzunehmen. Außerdem gehe ich davon aus, dass erfolgreiche Machtausübung durch Experten am besten als »auf Handeln gerichtetes Handeln« (Foucault 2005: 256) zu verstehen ist, also als Strukturierung der Realitätskonstruktion und des Möglichkeitsraums von Akteuren. Damit stellt sich erstens die Frage, wie sich etablierte Professionen – etwa in den Bereichen des Rechts und der Medizin – an die neuen Anforderungen im *Feld der Expertise* anpassen. Wie haben sich diese Professionen etwa vor dem Hintergrund des relativen Bedeutungsverlusts ihrer institutionellen Machtzentren – dem Gericht und der Klinik – verändert? Zweitens richtet sich das Augenmerk damit zwangsläufig auf die Genese weltweit zunehmend dominanter Expertengruppen jenseits der klassischen Professionen, wie die der Ökonomen (Fourcade 2006).

## Schluss

Die soziale Organisation von Expertenwissen hat sich im Kontext des allgemeinen Bedeutungsgewinns von Sonderwissen, der Delegitimierung des sozialen Status von Professionen und dem zunehmenden Autonomieanspruch seitens Klienten und anderer relevanter Interessengruppen und Entscheidungsträger grundlegend verändert. Spezifische Anwendungskontexte und damit verbundenen Interessenlagen werden wichtiger. Außerdem gewinnen neue Formen allgemeinen Wissens an Relevanz, die sich auf Erfahrungswelten beziehen, die spezifisches Expertenwissen tangieren: Wissen über Werte und soziale Zusammenhänge in Szenen, Kenntnisse über Krankheitserfahrungen, Formen der Stigmatisierung usw. Ich habe argumentiert, dass man diese veränderten Bedingungen besser erfassen kann, wenn man sowohl bezüglich der Produktion als auch der Anwendung von Expertenwissen die Ansprüche der Autonomie und Partizipation berücksichtigt.

Zentral ist dabei die These, dass Expertenwissen über besondere Stabilität und Definitionsmacht verfügt, wenn es als ein heterogenes Netzwerk der beschriebenen Ansprüche organisiert ist. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Übersetzung von Interessen und Deutungsmustern als Bedingung eines stabilen Netzwerks von Wissensformen und Praktiken. Das bedeutet, entgegen der klassischen professionssoziologischen Perspektive, Mechanismen der Kooperation und Koproduktion stärker in den Blick zu nehmen. Denn die Organisation von Kooperation und Koproduktion scheint zunehmend über die Deutungsmacht von Experten und die Stabilität von Expertenwissen zu entscheiden. Als empirischer Ansatzpunkt bieten sich relativ klar umrissene Problematisierungen, um die sich üblicherweise spezifische Klienten und Interessengruppen formieren. Von diesen themenspezifischen Debatten ausgehend lassen sich Fragen nach der Re-organisation größere Phänomenbereiche oder Problemfelder im *Feld der Expertise* schrittweise rekonstruieren. Über unterschiedliche Studien hinweg, können so auch die Machtverhältnissen im *Feld der Expertise* und damit die Dominanz bestimmter Expertengruppen untersucht werden.

## Literatur

- Abbott, A. D. 1988: *The System of Professions: An Essay on the Division of Expert Labor*. Chicago: University of Chicago Press.
- Beck, U., Bonß, W. 2001: *Die Modernisierung der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1987: Legitimation and Structured Interests in Weber's Sociology of Religion. In S. Lash, S. Whimster (Hg.), *Max Weber, Rationality and Modernity*. London: Allen & Unwin.
- Callon, M. 1986: Some Elements of a Sociology of Translation: Domestication of the Scallops and the Fishermen of St. Brieuc Bay. *The Sociological Review*, 32, 196–223.
- Conrad, P. 2005: The Shifting Engines of Medicalization. *Journal of Health and Social Behavior*, 46, 1, 3–14.
- Elwyn, G, Edwards, A., Kinnersley, P., Grol, R. 2000: Shared decision making and the concept of equipoise: the competences of involving patients in healthcare choices. *The British Journal of General Practice*, 50, 460: 892–99.
- Epstein, S. 2008: Patient groups and health movements. In E. J. Harkett, O. Amsterdamska, M. E. Lynch, J. Wajcman (Hg), *The Handbook of Science and Technology Studies*, Cambridge: MIT Press, 499–539.

- Epstein, S. 1995: The Construction of Lay Expertise: AIDS Activism and the Forging of Credibility in the Reform of Clinical Trials. *Science, Technology & Human Values*, 20, 4, 408–37.
- Epstein, S. 1998: *Impure Science: AIDS, Activism, and the Politics of Knowledge*. Berkeley: University of California Press.
- Eyal, G. 2002: Dangerous Liaisons between Military Intelligence and Middle Eastern Studies in Israel, *Theory and Society*, 31, 5, 653–93.
- Eyal, G. 2006: *The disenchantment of the Orient: expertise in Arab affairs and the Israeli state*. Stanford: Stanford University Press.
- Eyal, G. 2013: For a Sociology of Expertise: The Social Origins of the Autism Epidemic, *American Journal of Sociology*, 118, 4, 863–907.
- Eyal, Gil, Buchholz, L. 2010: From the Sociology of Intellectuals to the Sociology of Interventions, *Annual Review of Sociology*, 36, 1, 117–37.
- Foucault, M. 1986: *Sexualität und Wahrheit 2: Der Gebrauch der Lüste*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. 2005: *Subjekt und Macht*. In D. Defert, F. Ewald, *Analytik der Macht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 240–63.
- Fourcade, M. 2006: The Construction of a Global Profession: The Transnationalization of Economics, *American Journal of Sociology*, 112, 1, 145–94.
- Freidson, E. 1970: *Professional Dominance: The Social Structure of Medical Care*. London: Transaction Publishers.
- Freidson, E. 1986: *Professional Powers: A Study of the Institutionalization of Formal Knowledge*. Chicago: University of Chicago Press.
- Giddens, A. 1999: *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gouldner, A. W. 1980: *Die Intelligenz als neue Klasse: 16 Thesen zur Zukunft der intellektuellen und der technischen Intelligenz*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hall, R. H. 1968: Professionalization and Bureaucratization, *American Sociological Review*, 33, 1, 92–104.
- Heintz, B. 1993: Wissenschaft im Kontext: Neuere Entwicklungstendenzen der Wissenschaftssoziologie, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 45, 3, 528–552.
- Hitzler, R. 1994: Wissen und Wesen des Experten. In R. Hitzler, A. Honer, C. Maeder (Hg.), *Expertenwissen: Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 13–30.
- Hitzler, R. 1998: Reflexive Kompetenz - Zur Genese und Bedeutung von Expertenwissen jenseits des Professionalismus. In W. K. Schulz (Hg.) *Expertenwissen: Soziologische, psychologische und pädagogische Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich, 33–47.
- Hitzler, R. Pfadenhauer, M. 1999: Reflexive Mediziner? Die Definition professioneller Kompetenz als standespolitisches Problem am Übergang zu einer 'anderen' Moderne. In C. Maeder, C. Burton-Jeangros, M. Haour-Knipe (Hg.): *Gesundheit, Medizin und Gesellschaft: Beiträge zur Soziologie der Gesundheit*. Zürich: Seismo Verlag, 97–115.
- Illich, I. 1976: *Limits to Medicine: Medical Nemesis - The Expropriation of Health*. London: Marion Boyars.
- Johnson, T. J. 1972: *Professions and power*. London: Macmillan.
- Keller, R. 2010: *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Latour, B. 1999: Give me a Laboratory and I Will Raise the World. In M. Biagioli (Hg.), *The Science Studies Reader*. New York: Routledge, 258–275.
- Lupton, D. 1995: *The Imperative of Health: Public Health and the Regulated Body*. London: SAGE Publications.
- Mannheim, K. 1995: *Ideologie und Utopie*. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.
- Parsons, Talcott. 1951: *The social system*. Glencoe, Ill.: Free Press.

- Pfadenhauer, M. 2000: Spielerisches Unternehmertum. Zur Professionalität von Event-Produzenten in der Techno-Szene. In W. Gebhardt, R. Hitzler, M. Pfadenhauer (Hg.), Events. Soziologie des Außergewöhnlichen. Opladen: Leske + Budrich, 95–114.
- Pfadenhauer, M. 2003: Professionalität: Eine Wissenssoziologische Rekonstruktion Institutionalisierter Kompetenzdarstellungskompetenz. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pfadenhauer, M. 2006: Crisis or Decline? Problems of Legitimation and Loss of Trust in Modern Professionalism. *Current Sociology*, 54, 4, 565–78.
- Shapin, S. 1995: Here and Everywhere: Sociology of Scientific Knowledge, *Annual Review of Sociology*, 21, 289–321.
- Stewart, M., Brown, J. B., Weston, W. W., McWhinney, I. R., McWilliam, C., Freeman, T. R.. 1995: Patient-Centered Medicine: Transforming the Clinical Method. Thousand Oaks, CA: SAGE Publications.
- Swidler, A., Ardit, A. 1994: The New Sociology of Knowledge, *Annual Review of Sociology*, 20, 1, 305–29.
- Szasz, T. S. 1974: The myth of mental illness: Foundations of a theory of personal conduct. New York: Harper Perennial.
- Wagner, G. 1995: Die Modernisierung der modernen Medizin: Die »epistemologische Krise« der Intensivmedizin als ein Beispiel reflexiver Verwissenschaftlichung, *Soziale Welt*, 46, 3, 266–81.
- WHO, Weltgesundheitsorganisation 2014: Verfassung der Weltgesundheitsorganisation, Stand am 8. Mai 2014, Download unter: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19460131/201405080000/0.810.1.pdf> (Zugriff am 18.10.2015).
- Wilensky, H. L. 1964: The Professionalization of Everyone?. *American Journal of Sociology*, 70, 2, 137–58.

»Humanismus und Sozialwissenschaft«  
der AG Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie – organisiert von Peter Gostmann

# Humanismus und Soziologie im Kontext der amerikanischen Säkularisierungskrise der 1980er Jahre

Tom Kaden

*Beitrag zur Veranstaltung »Humanismus und Sozialwissenschaft« der AG Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie – organisiert von Peter Gostmann*

Gegenstand dieser Arbeit ist eine konkrete Form des Humanismus, eine Gruppe oder Strömung, die diese Bezeichnung auch selbst wählt, nämlich dem US-amerikanischen *secular* bzw. *religious humanism*. Im engeren Sinn liegen dessen Wurzeln am Beginn des 20. Jahrhunderts in Werken wie denen des Philosophen F.C.S. Schiller (Schiller 1903). Das Verhältnis des amerikanischen Humanismus zur abendländischen humanistischen Tradition ist ambivalent, er lässt sich weder als eine einfache Fortführung oder Adaption noch als eine komplette Neuschöpfung unter altem Namen begreifen. Ziel dieser Präsentation ist es zunächst, den amerikanischen Humanismus überblicksartig in seiner Eigenart zu charakterisieren. Daraufhin werde ich mich einer besonderen Phase in seiner Entwicklung widmen. In den frühen 1980er-Jahren entstand ein humanistisches Dokument, die *secular humanist declaration*. Ich werde ihren Inhalt wiedergeben und ihre Besonderheiten herausstellen. Es wird sich zeigen, dass diese Variante des Humanismus durch Bezug auf einen Angriff zu verstehen ist, der zuvor gegen ihn stattgefunden hatte. Dieser Angriff war Teil einer größeren konservativ-religiösen Offensive, deren humanismuskritischen Teil ich anhand eines Beispiels vorstellen möchte, nämlich anhand des Buchs *The Battle for the Mind* (LaHaye 1980). Von dort aus ist abschließend eine Charakterisierung des Verhältnisses von Religionssoziologie und Humanismus möglich. Beide befassen sich, so meine These, auf Basis unterschiedlicher Wertsetzungen mit dem Verhältnis der religiösen Wertsphäre zu anderen sozialen Wertsphären. Daher entwickeln sie sich homolog, wenn sich dieses Verhältnis ändert.

## Der amerikanische Humanismus

Eine allgemeine Charakterisierung des amerikanischen Humanismus kann anhand des Dokuments erfolgen, mit dem sich Humanisten des 20. Jahrhunderts, darunter viele US-Amerikaner, als eigenständige Gruppe konstituierten, dem *Humanist Manifesto* (Bragg 1933). Es wurde



bereits 1933 von einem britischen Unitarier verfasst und von bekannten Intellektuellen wie John Dewey und Julian Huxley unterschrieben. In ihm wird der Humanismus anhand einer Reihe von Überzeugungen umrissen, darunter jene, dass das Universum selbstsuffizient ist, dass der Mensch und seine Kultur Resultat eines Evolutionsprozesses sind und dass der Körper-Seele-Dualismus ebenso zurückgewiesen werden muss wie jede andere Behauptung einer übernatürlichen Realität. Das heißt jedoch nicht, dass Religion obsolet ist. Das *Humanist Manifesto* stimmt mit der Ansicht John Deweys überein, die er etwa zur selben Zeit in seinem Aufsatz *A Common Faith* (Dewey 1944) formulierte: Konkrete Religionen seien zwar in einer Krise, und es würde nicht mehr lang dauern, bis sie verschwinden. Aber der Inhalt dieser historischen Religionen ist zum Teil erhaltenswert und muss als getrennt und trennbar von ihnen wahrgenommen werden. Das, was an ihnen erhaltenswert sei, bezeichnet Dewey als »the better adjustment in life and its conditions«, was dann am besten gelingt, wenn diese Anpassung Gefühle zeitigt, »that are not only intense but are actuated and supported by ends so inclusive that they unify the self« (Dewey 1944: 22). Oder in den Worten des *Humanist Manifesto* ausgedrückt: »Humanism considers the complete realization of human personality to be the end of man's life and seeks its development and fulfillment in the here and now. This is the explanation of the humanist's social passion.« (Bragg 1933)

## Die Secular Humanist Declaration

Meiner Einschätzung nach ist dieses Wertefundament im Lauf der Geschichte des amerikanischen Humanismus bis heute ungefähr gleich geblieben. Dennoch fallen Variationen im Laufe der Zeit auf. Eine bemerkenswerte solche Variation stellt die *Secular Humanist Declaration* aus dem Jahr 1980 dar. Sie wurde herausgegeben, und hier lässt sich bereits die erste Eigenart feststellen, vom *Council for Democratic and Secular Humanism* oder CODESH. Merkwürdig ist hier die ansonsten unbekannte Erweiterung um das Attribut *democratic*. Was es damit auf sich hat, wird gleich im ersten Abschnitt des Texts deutlich, wo es heißt: »This declaration defends only that form of secular humanism which is explicitly committed to democracy. It is opposed to all varieties of belief that seek supernatural sanction for their values or espouse rule by dictatorship.« (Council for Democratic and Secular Humanism 1980) Diese politische Konnotation des Humanismus wird im weiteren Verlauf des Textes immer deutlicher, sodass ich von einer zivilreligiösen Rahmung des amerikanischen Humanismus sprechen möchte. Deutlich wird diese Rahmung angesichts der »principles of democratic secular humanism«, die im Fortgang des Textes expliziert werden. Deren erste drei lauten *Free Inquiry, Separation of Church and State* und *Freedom*. Hinsichtlich des ersten Prinzips expliziert das Dokument: »Sectarian ideologies have become the new theologies that use political parties and governments in their mission to crush dissident opinion.« Zur Trennung von Staat und Kirche merken die Humanisten an: »The lessons of history are clear: wherever one religion or ideology is established and given a dominant position in the state, minority opinions are in jeopardy.« Mit Blick auf den Freiheitsbegriff schließlich deklarieren die Humanisten:

»We stand not only for freedom from religious control but for freedom from jingoistic government control as well. We are for the defense of basic human rights, including the right to protect life, liberty, and the pursuit of happiness.« (Council for Democratic and Secular Humanism 1980)

In diesen Zitaten zeigt sich, dass der Humanismus sich zu einer Reihe von Werten bekennt, die eng mit den konsensuellen Grundüberzeugungen der meisten US-Amerikaner verknüpft sind. Dies zeigt auch der Rekurs auf die Unabhängigkeitserklärung im zuletzt zitierten Satz. Diese Werte sehen die Humanisten jedoch in Gefahr durch Ideologen und Sektierer, die politische und andere Mittel einsetzen, um Minderheiten wie die der Humanisten zu diskriminieren. Der Humanismus der *Declaration* erweist sich also in seinem Bezug auf zivilreligiöse US-amerikanische Werte als reaktiv. Worauf genau er eine Reaktion ist, werde ich im Folgenden skizzieren.

## Religiöser Antihumanismus

Ein vielleicht wenig bekannter Aspekt der amerikanischen Religionsgeschichte des 20. Jahrhunderts ist ein expliziter Antihumanismus. Die sogenannte Neue Christliche Rechte, die sich seit den späten 1970er-Jahren in Gestalt von Bewegungen wie der *Moral Majority* des Fernsehpredigers Jerry Falwell hervortat, klagte den *secular humanism* schroff an, für eine ganze Reihe sozialer Übel verantwortlich zu sein. Der bekannteste und vielleicht wirksamste dieser Angriffe ist das Buch *The Battle for the Mind* des Televangelisten Tim LaHaye (LaHaye 1980). Er hatte nicht nur entscheidenden Anteil an der Gründung der *Moral Majority* und des professionellen Kreationismus in den USA, sondern ist auch Koautor der *Left Behind*-Buchreihe, eines 16-teiligen apokalyptischen Romans, der in seinem Heimatland millionenfach verkauft wurde (LaHaye, Jenkins 1995–2007). *The Battle for the Mind* aus dem Jahr 1980 widmet sich explizit dem Humanismus. LaHaye zufolge hat eine kleine Gruppe einflussreicher Intellektueller die Schaltstellen der Macht in der amerikanischen Gesellschaft besetzt und übt nun gegen den Willen des Volks eine geistige Umerziehung aus, die auf die Etablierung einer antichristlichen, sozialistischen und egozentrischen Gesellschaft hinauslaufe. Die fünf Grundlagen des Humanismus sind LaHaye zufolge Atheismus (denn Humanismus ist für ihn stets eine »Deification of Man«), Evolution (denn sie stellt ein notwendiges alternatives Erklärungsprinzip zu Gottes Schöpfung dar), Unmoral (denn »[i]f you believe that man is an animal, you will naturally expect him to live like one«), die Autonomie des Menschen und eine sozialistische Eine-Welt-Ideologie (LaHaye 1980: 59–78).

Dabei ist für LaHaye der Humanismus mitnichten nur ein zeitgenössisches Phänomen. Im Gegenteil, nach seiner Ansicht ist das Böse in der Geschichte der Menschheit immer mit dem Anspruch aufgetreten, den Willen des Menschen zu repräsentieren, ist also immer humanistisch. Dies sei stets gleichbedeutend mit einer Abwendung vom Willen Gottes gewesen. Den Einfluss, den führende Humanisten wie Dewey auf die Menschen ausüben, beschreibt LaHaye denn auch als Gehirnwäsche. Da die wenigen Humanisten, LaHaye schätzt sie in den USA auf weniger als 300.000 Menschen, überwiegend einflussreiche Positionen einnehmen, kann diese Gehirnwäsche auf vielfältige Weise erfolgen. Hauptsächliches Vehikel des Humanismus sind LaHaye zufolge die liberalen Massenmedien, das Fernsehen, Talkshows, Filme, eine Reihe hu-

manistischer Organisationen, spezielle humanistische Magazine, vor allem aber das politische System.

Vor dem Hintergrund dieser Attacke wird die Betonung der Secular Humanist Declaration verständlich, demokratischen Werten verpflichtet zu sein. Ich sehe hier also die Reaktion des Humanismus auf eine Entwicklung innerhalb der religiösen Landschaft als maßgeblich für eine Facette seines Selbstverständnisses an. Dies mag auch erklären, warum das Council for Democratic and Secular Humanism, der Herausgeber der Secular Humanist Declaration, das Attribut democratic Mitte der 1990er-Jahre wieder aus seinem Namen strich, als sowohl die Sowjetunion als auch der starke Einfluss der Neuen Christlichen Rechten der Vergangenheit angehörten.

## Die Homologie von Humanismus und Religionssoziologie

Neben dieser Verbindung von Humanismus und Religion lässt sich noch der Vergleich zur Soziologie ziehen. Dieser Vergleich soll kein Selbstzweck sein, sondern weitere Aufklärung über die Eigenart des amerikanischen Humanismus in dem hier betrachteten Zeitraum geben. Ausgangspunkt dieser erweiterten Betrachtung ist nochmals die *Secular Humanist Declaration*. Neben den direkt auf den Humanismus bezogenen Angriffen nennt sie eine Reihe von Phänomenen, um die religiöse Lage der frühen 1980er-Jahre zu klassifizieren. Es sind dies:

»the reappearance of dogmatic authoritarian religions; fundamentalist, literalist, and doctrinaire Christianity; a rapidly growing and uncompromising Moslem clericalism in the Middle East and Asia; the reassertion of orthodox authority by the Roman Catholic papal hierarchy; nationalistic religious Judaism; and the reversion to obscurantist religions in Asia« (Council for Democratic and Secular Humanism 1980).

Mit Blick auf die Religionssoziologie fällt auf, dass dieses Spektrum eine große Deckung mit jenen Entwicklungen aufweist, die Forscher wie José Casanova (1994) seit dieser Zeit ins Feld führen, um für eine Neuausrichtung oder Reetablierung der Religionssoziologie zu plädieren. Casanova spricht 1994 in *Public Religions in the Modern World* von einer Entprivatisierung der Religion und meint damit unter anderem das Erstarken des politischen Evangelikalismus in den Vereinigten Staaten, dem er eine eigene Studie widmet. Michael Hochgeschwender findet in seiner amerikanischen Religionsgeschichte den Terminus der neofundamentalistischen Welle und bezieht sich wie andere auch auf den Einfluss der sogenannten Neuen Christlichen Rechten seit den späten 1970er-Jahren (Hochgeschwender 2007: 166–214). In allen Fällen wird ein aggressiver, auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen ausgerichteter religiöser Konservatismus ins Auge gefasst, der sich in Politik, Massenmedien, dem Erziehungssystem und der Zivilgesellschaft Gehör verschafft. Und es sind die im Zuge dieser Entwicklung entstandenen Organisationen wie die *Moral Majority*, *Concerned Women for America* und das *Institute for Creation Research*, die von beiden, Humanisten und Religionssoziologen, als Trägergruppen dieser Entwicklung in den Blick genommen werden.

Die hier skizzierte Parallele von Religionssoziologie und Humanismus erschöpft sich nicht darin, dass beide an diesem Punkt gleichermaßen im Kraftfeld des religiösen Wandels stehen. Auch die Art dieses Wandels weist eine Gemeinsamkeit auf: während beide zuvor zur Religion

als etwas Verschwindendem Stellung nahmen, positionieren sie sich nunmehr zur Religion als etwas, das sich wider Erwarten im Aufschwung befindet. Seit dem *Humanist Manifesto* und noch bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein gingen die Humanisten wie schon Dewey von einer Krise der Religion aus, die in Kürze zu deren Verschwinden führen würde, weswegen man, wie erwähnt, das Gute an ihr retten müsse. Der Evolutionsbiologe Julian Huxley, ein weiterer Unterzeichner des Manifests, ging 1959 so weit, das Zeitalter dieser Transition als bereits angebrochen anzusehen und die Humanisten selbst als Speerspitze eines neuen Bewusstseins zu charakterisieren (Huxley 1960). Soziologische Stellungnahmen aus dieser Zeit sprechen eine ähnliche Sprache, was den Zustand traditioneller Religion angeht. Der britische Religionssoziologe Bryan Wilson etwa diagnostizierte nur wenige Jahre nach Huxley:

»[I]t is [...] true that religion, whether in the form in which it has traditionally existed within Christian society, or in any other form which can be recognized in the common-sense usage of the term, appears no longer capable of providing this reassurance for the mass of men« (Wilson 1966: xv).

Mit Blick auf ganz ähnliche Entwicklungen im Westen, dem Nahen und Mittleren Osten revidieren beide, Humanismus und Religionssoziologie, diese Bestimmungen seit den späten 1970ern. Der Humanismus sieht sich nicht mehr als legitimer Nachfolger von Religion, die in einem Prozess des Verschwindens begriffen ist, sondern als säkulare Minderheit, die von einer erstarken konservativen religiösen Strömung bedroht wird und sich infolgedessen rhetorisch eng mit politischen Bestandsgarantien verknüpft. Die Religionssoziologie – ich verallgemeinere hier natürlich grob – verabschiedet sich ebenfalls von der Ansicht, dass Religion in einem linearen Prozess des Verschwindens begriffen sei und nuanciert diesen Säkularisierungsprozess so, dass er die Phänomene einer Wiederkehr oder Neuentstehung bestimmter religiöser Phänomene integrieren kann. Am Ende beider Entwicklungen stehen in ihrem Geltungsanspruch revidierte Konzeptionen der religiösen Ordnung.

Diese Parallele soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zwischen Religionssoziologie und Humanismus auch innerhalb dieses kleinen historischen Ausschnitts große Unterschiede gibt. Um diese Unterschiede abschließend klar zu benennen, bietet sich Max Webers Konzept der Wertsphären an (Weber 1922). Weber unterscheidet zwischen mehreren sozialen Wertsphären, die für den Einzelnen eine Art Polytheismus der Werte repräsentieren, und er macht deutlich, dass die Möglichkeit eines Konflikts zwischen ihnen durchaus real ist, denn »die verschiedenen Wertordnungen der Welt [stehen] in unlöslichem Kampf untereinander« (Weber 1922: 545). Im selben Vortrag, *Wissenschaft als Beruf*, beschreibt Weber als »die elementarsten Fälle dieses Kampfes der Götter der einzelnen Ordnungen und Werte« den Fall, »daß etwas wahr sein kann, obwohl und indem es nicht schön und nicht heilig und nicht gut ist« (Weber 1922: 546). Aus dieser Perspektive ist der amerikanische Humanismus eine Philosophie, die zwischen den Wertsphären des Guten und des Wahren Deckungsgleichheit postuliert bzw. herzustellen gedenkt und damit Religion als obsolet gewordene Wertsphäre zu ersetzen beansprucht. In Parenthese gesprochen, ist dieses Vorgehen spiegelbildlich zu dem Projekt des Kreationismus und der Neuen Religiösen Rechten insgesamt. Denn auch sie versuchen die Identifikation der Wertsphären des Guten und des Wahren, mit dem Unterschied, dass die herrschende Wertsphäre die Religion ist, der gegenüber sich jedes wissenschaftliche Faktum logisch unterzuordnen hat. Beispielfhaft wird diese Wertsphärenidentifikation deutlich an folgendem Zitat aus

den Grundsätzen der derzeit größten kreationistischen Organisation des Landes, die indirekt auf Mitstreiter von Tim LaHaye zurückgeht: »By definition, no apparent, perceived or claimed evidence in any field, including history and chronology, can be valid if it contradicts the scriptural record.« (Answers in Genesis 2012)

Hier geht es aber um die Veranschaulichung der Unterschiede zwischen der humanistischen und der religionssoziologischen Perspektive anhand des Wertsphärenkonzepts. Der Ausgangspunkt beider ist das Verhältnis der intellektuellen Sphäre bzw. des »Reichs des denkenden Erkennens« zur Religion. Die Spannung zwischen diesen beiden bezeichnet Weber in der Zwischenbetrachtung der *Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie* als größte und prinzipiellste:

»Wo immer aber rational empirisches Erkennen die Entzauberung der Welt und deren Verwandlung in einen kausalen Mechanismus konsequent vollzogen hat, tritt die Spannung gegen die Ansprüche des ethischen Postulates: daß die Welt ein gottgeordneter, also irgendwie ethisch *sinnvoll* orientierter Kosmos sei, endgültig hervor.« (Weber 1920: 563)

Mit dieser Formel und der in ihr beschlossenen Opposition gegen religiöse Geltungsansprüche sind sowohl Humanismus als auch Soziologie in den jeweils engen Grenzen des hier betrachteten Kontexts charakterisiert. Von hier aus wird aber auch der Unterschied zwischen beiden sichtbar. Humanisten können als jene Mitglieder der intellektuellen Sphäre begriffen werden, die versuchen zu zeigen, dass das rationale Begreifen der Welt als ein kausaler Mechanismus zum Teil die Funktion der religiösen Wertsphäre übernehmen kann. In Anlehnung an Webers eigene Begriffe ist der amerikanische Humanismus der Versuch einer innerweltlichen Wiederverzauberung der Welt. Während Humanisten also ihre rationale Betrachtung des Verhältnisses von religiöser und intellektueller Wertsphäre selbst mit einem bestimmten Werturteil versehen, ist es Soziologen, zumindest sofern sie dem methodologischen Diktum Webers folgen, angelegen, auf eine solche Bewertung zu verzichten, obwohl sie aus derselben und auf dieselbe Wertsphäre blicken wie die Humanisten.

Zuletzt wird von hier aus auch die Dynamik des Humanismus im Lauf des 20. Jahrhunderts deutlich. Sofern nämlich die Humanisten Religion als legitimen Konkurrenten für ihre eigenen Ansprüche einer ethischen Interpretation der Welt begreifen, formulieren sie ihre Position in der Weise, dass sie sich von religiösen Weltinterpretationen möglichst stark unterscheidet. Das ist bei der *Secular Humanist Declaration* der Fall. Wenn sie jedoch die religiöse Wertsphäre als in der Krise befindlich begreifen, neigen sie dazu, ihre Position als die einer funktionalen Integration des Religiösen in ihre eigene Wertsphäre zu formulieren. Dies kann, wie im Fall von John Deweys *A Common Faith*, so weit gehen, dass sie diese Identifikation in religiösen Termini vorbringen.

## Literatur

- Answers in Genesis 2012: Statement of Faith. <http://answersingenesis.org/about/faith/> (letzter Aufruf 20. März 2015).
- Bragg, R. 1933: A Humanist Manifesto. *The New Humanist* 6(3):1–5. [http://americanhumanist.org/Humanism/Humanist\\_Manifesto\\_I](http://americanhumanist.org/Humanism/Humanist_Manifesto_I) (letzter Aufruf 25. März 2015).

- Casanova, J. 1994: *Public Religions in the Modern World*. Chicago: University of Chicago Press.
- Council for Democratic and Secular Humanism 1980: *A Secular Humanist Declaration*. [www.secularhumanism.org/index.php/11](http://www.secularhumanism.org/index.php/11) (letzter Aufruf 20. März 2015).
- Dewey, J. 1944 [1934]: *A Common Faith*. New Haven: Yale University Press.
- Hochgeschwender, M. 2007: *Amerikanische Religion: Evangelikalismus, Pfingstlerium und Fundamentalismus*. Frankfurt am Main: Verlag der Weltreligionen.
- Huxley, J. 1960: *The Evolutionary Vision*. In S. Tax (Hg.), *Evolution After Darwin, Volume 3: Issues in Evolution*. Chicago: University of Chicago Press, 249–262.
- LaHaye, T., Jenkins, J. 1995–2007: *Left Behind*. Carol Stream: Tyndale House.
- LaHaye, T. 1980: *The Battle for the Mind*. Old Tappan: Fleming H. Revell.
- Schiller, F.C.S. 1903: *Humanism: Philosophical Essays*. London: Macmillan.
- Weber, M. 1920: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1*. Tübingen: Mohr.
- Weber, M. 1922: *Wissenschaft als Beruf*. In: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr, 524–555.
- Wilson, B. 1966: *Religion in a Secular Society. A Sociological Comment*. London: Watts.

# Mensch und Roboter

## Zur Relevanz Gehlens für das Verständnis gegenwärtiger Technik

Jens Koolwaay

### *Beitrag zur Veranstaltung »Humanismus und Sozialwissenschaft« der AG Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie*

Als ich kürzlich bei einem Konzert war, da saßen vor mir eine Frau und ein Mann. Sie waren in ihren späten Zwanzigern, vielleicht auch in den frühen Dreißigern. Sie waren offensichtlich gemeinsam zu dem Konzert gegangen, aber direkt hatten sie sich nichts zu sagen. Die Frau tippte ununterbrochen auf ihrem Smartphone, während der Mann immer mal wieder zu ihr herübersah, verlegen auf seinem Stuhl hin- und herrückte, aber ihr nicht sagte, dass ihn das offenbar störte, und sie interessierte sich dafür auch nicht. Offensichtlich richteten beide ihr Handeln nach anderen Dingen aus und beide hatten andere Bezüge zu dem, was sozial akzeptiert ist und was nicht. Wonach richteten die beiden dabei ihr Handeln aus? Warum war es für die Frau in Ordnung, auf ihrem Smartphone zu hantieren, während es dem Mann offenbar missfiel?

Arnold Gehlen hat zwischen vier Formen des ethischen Miteinanders unterschieden, die sich historisch stets gewandelt haben:

- Die erste können wir bezeichnen als das *Ethos der Gegenseitigkeit*. Dort befinden wir uns auf der Ebene der Interaktion, in der die Beteiligten interagierend darüber befinden, was sinnvolles und ethisch richtiges Handeln ist. Demnach hätte die Frau sich nicht beschweren können, wenn auch der Mann sein Smartphone gezückt hätte.
- Die zweite Form ist der *Eudaimonismus*, bei dem es um eine verhaltensphysiologische Ausrichtung an der positiven Bewertung von sozialen Tätigkeiten auf der Akteursebene geht. Um in dem Beispiel mit den beiden Konzertbesuchern zu bleiben: Wenn es Glücksempfindungen mit sich bringt, auf dem Smartphone zu hantieren, ist das demnach in Ordnung.
- Die dritte ist der *Humanitarismus*. Dabei geht es um eine Ausrichtung des Handelns an den Verhaltensnormen der Gruppe, primär der Familie. Ein Smartphone wird in Familien oftmals nicht beim gemeinsamen Essen geduldet, ist dann aber wiederum wichtig, wenn ein Familienmitglied nicht zu Hause ist, aber dringend erreicht werden muss. Dann ist es erwünscht, dass es das mobile Telefon mitgenommen und angeschaltet hat.

- Schließlich gibt es die *Institutionen*, bei denen die abstrakte Einrichtung der Institution darüber bestimmt, was als sinnvolle Verhaltensweise angesehen wird und was nicht. So verbietet zum Beispiel die Straßenverkehrsordnung, dass man beim Autofahren telefoniert, Schulen haben oftmals eine Regelung, dass Schüler kein Handy verwenden dürfen, Universitäten anscheinend nicht, da kann man höchstens auf das Ethos der Gegenseitigkeit hoffen (Gehlen 2004: 41–98).

Bei Gehlen sind das sozialphilosophische und anthropologische Überlegungen zum Handeln des Menschen im Allgemeinen und zum ethischen Handeln im Speziellen, die ich als Grundlage nehmen möchte, um mich zu fragen, was sich ändert, wenn das Gegenüber von Ego nicht ein Mensch ist, sondern ein Roboter. Der Roboter ist kein Akteur, der über einen freien Willen verfügt und daher seine Tätigkeiten bestimmen oder durch Selbstreflexion neu ausrichten könnte. Der Roboter führt seine Tätigkeiten nach etwas anderem aus. Das ist es, dem ich hier nachgehen möchte: Wie kommt der Roboter zum dem, was er tut?

Der Roboter ist in einem Stadium das Labor zu verlassen.<sup>1</sup> Das bedeutet, dass er es noch nicht dauerhaft getan hat und wir uns somit den Roboter noch nicht in dauerhaft etablierten sozialen Interaktionen oder Interaktivitäten zwischen Mensch und Roboter ansehen können, sondern damit vorlieb nehmen müssen, was den Roboter auszeichnet, der mit dem Menschen interagieren können soll. Das können wir tun, indem wir danach fragen, wie er entsteht, wie er gestaltet wird und wie er zu seinem Handlungsprogramm kommt.

Dabei möchte ich zunächst den Überlegungen folgen, die sich Gehlen zur Technik gemacht hat. Den Roboter hatte er noch nicht vor Augen, aber fortgeschrittene Technik.

Für Gehlen ist Technik nicht nach einem Vorbild aus der Natur konzipiert, sondern als etwas gänzlich Eigenständiges zu verstehen, welches Menschen aufgrund ihrer anthropologischen Grundausstattung entwickeln mussten. Denn der Mensch, so Gehlen, ist nicht von sich aus im Stande, in seiner »natürlichen Umwelt« zu überleben, da er nur über recht unspezialisierte Organe und Instinkte verfügt, so dass er seine Umgebung erst verändern muss, um in ihr leben zu können. »Das Kunststück eines so riskierten Wesens, sich am Leben zu erhalten, kann in der elementaren Schicht nur in einer Überbietung und Kompensation seiner Mängelausstattung bestehen« (Gehlen 1993: 95).

Wir können hier bereits zwei wichtige Momente für die Konstruktion von Robotern festhalten. Zum einen ist dies die Motivation, etwas zu erschaffen, mit dem der Mensch etwas bisher Unmögliches tun kann. Das ist bei humanoiden interagierenden Robotern zum Beispiel die Telepräsenz. Ich kann den Roboter an einen Ort schicken, an dem ich physisch nicht bin, kann dort aber sowohl kognitiv als auch physisch agierend sein. Zum anderen können wir festhalten, dass der Mensch den sozialen Raum verändern muss, um die Technik nutzen zu können.

In der Reaktion des Menschen auf seine Unfertigkeit, die Gehlen dem Menschen attestiert, kommen der Technik weitere Aufgaben zu. Eine soziologisch sehr wichtige ist, dass die Technik ein Mittel zur Selbsterkenntnis des Menschen wird. Der Mensch veräußert sein Handeln,

---

<sup>1</sup> Diese Aussage beziehe ich auf interaktive, humanoide Roboter. Etwas anderes sind beispielsweise Industrieroboter, die in Fertigungssysteme eingebunden sind, fahrerlose Transportsysteme, die etwa in Krankenhäusern oder in der Lebensmittelproduktion zum Einsatz kommen.



*verdauert* es in der Technik und macht es damit möglich, darüber zu reflektieren, wodurch die Technik ein Medium zur Selbstreflexion wird.

Ich möchte diese Dimensionen systematisieren und halte zwei Stränge im Werk von Gehlen fruchtbar für eine techniksoziologische Analyse von Robotern. Der erste Strang ist die menschliche Haltung zur Technik. Der zweite ist die Entstehung einer Superstruktur, wie Gehlen es nennt, und was der Entstehung einer spezifischen sozialen Ordnung durch Technik entspricht. Mit letzterem möchte ich anfangen.

## Die Strukturentwicklung der Technik

Aus einem linearen und historischen Verständnis gesprochen, entwickelt sich die Technik im Verständnis von Gehlen vom Organischen über das Anorganische zu einer Superstruktur. Das Organische ist dabei die unmittelbare Umgebung des Menschen mit seinen natürlichen Ressourcen und Möglichkeiten, die der Mensch sich handhabbar macht. Technik hat hier die Funktion, auf die Organmängel des Menschen kompensatorisch zu wirken. Dies tut sie insbesondere in Form des Organersatz, einer Organentlastung oder einer Organüberbietung.

Gehlen hat für die Zeit in der er »Die Seele im technischen Zeitalter« schrieb, eine Abkehr des Organischen und eine Hinwendung zum Anorganischen ausgemacht und den Hauptgrund darin gesehen, dass das Anorganische für den Menschen erkennbarer sei als das Organische.<sup>2</sup> Damit meint er, dass »für ein methodisches, rationales und analytisches Erkennen und für die entsprechende experimentierende Praxis der Bereich der anorganischen Natur der weitaus zugänglichste ist.« (Gehlen 2007: 10) Das Anorganische wird zur Voraussetzung für die Möglichkeit des Experiments. Darauf werde ich später zurückkommen.

So ist für Gehlen seit der industriellen Revolution eine »Superstruktur«<sup>3</sup> entstanden, die eine doppelte Vermischung zweier Aspekte ist; einerseits der Systematisierung des in den Naturwissenschaften bewährten experimentellen Denkens und zum anderen der Faszination des Menschen für die Automatisierung.

Aus der Anwendung der Technik wird keine angewandte Naturwissenschaft, sondern es entsteht etwas, das darüber hinausgeht. Die Technik steht

»mit den Naturwissenschaften einerseits, mit der industriellen Maschinen-Produktion andererseits in einem komplizierten Verhältnis gegenseitiger Einwirkungen und Zusammenhänge, und man kann diese drei Gebiete, natürlich mit Einschluss des gesamten Informations-Bereichs, als eine Superstruktur auffassen, deren Dasein in erster Linie unsere Kultur von jeder früheren unterscheidet.« (Gehlen 1965: 105)

Gehlen sieht den Anfang dieser Strukturentwicklung bei der industriellen Revolution, weil darin vor allem zwei wesentliche Prozesse enthalten gewesen seien. Der erste entstand durch die Erfindung der Dampfmaschine und des Verbrennungsmotors, was dazu führte, dass die Menschheit »von dem organischen Leben als Kraftquelle« (Gehlen 1993: 98) unabhängig wurde. Der zweite bestand aus zwei Wechselwirkungen. Zum einen der Mechanisierung des Industriesystems durch Technik. In dieser »industrielle[n] Verwertung [...], wird [der] Fertigungsingenieur

<sup>2</sup> Ein Gedanke, den er, wie er selbst feststellt, von Bergson übernommen hat.

<sup>3</sup> Vgl. zur Superstruktur Gehlen (1965: 104–106).

die verbindende Figur zwischen der Technik und der industriellen Produktion« (Gehlen 1965: 105). Die zweite Wechselwirkung besteht darin, dass die Technik mit den Naturwissenschaften in eine »systematische und planmäßige Wechselwirkung« (Gehlen 1993: 98) tritt. Technik ist dann nicht bloß angewandte Naturwissenschaft, da sich Technik, Naturwissenschaften und industrielle Produktion in den Augen Gehlens gegenseitig bedingen. Die Naturwissenschaften verwenden »Maschinen, die keine Güter herstellen, sondern Phänomene.« (Gehlen 1965: 105) Damit meint Gehlen, dass es Maschinen sind, die für einen Zweck produziert worden sind und nun die gewünschten Daten produzieren. Hierfür ist das Experiment von entscheidender Bedeutung. Es ermöglicht, Ereignislinien aus den Naturvorgängen zu isolieren und über empirische Beobachtung und Messung erfassbar zu machen. Durch das Experiment nähern sich die Naturwissenschaft und die Technik in ihrer Wechselwirkung einander an. Zum einen entspricht die Maschine dem Aufbau eines Experimentes und zum anderen kann der isolierte Naturvorgang nun technisch verwendet werden. Damit geht es zunehmend um die Frage der Machbarkeit und darum, alles aus den Methoden herauszuholen, was damit sichtbar gemacht werden kann, wodurch sich die Fragestellung und Herangehensweise der Wissenschaft in den Augen Gehlens verändert:

»Es handelt sich immer weniger darum, für schon definierbare Zwecke die technischen Mittel der Herstellung, für vorgegebene Gegenstandsgebiete die besten Erkenntnismethoden zu finden oder allgemein bekannte Weltinhalte künstlich zu bewältigen, sondern umgekehrt: die Darstellungsmittel, Denkmittel, Verfahrensarten selbst zu variieren, durchzuprobieren, bis zur Erschöpfung aller Möglichkeiten ins Spiel zu bringen und zu sehen, was dabei herauskommt.« (Gehlen 2007: 30)

Innerhalb der Technik wird die bisherige Vorgehensweise, für einen bestimmten Zweck die besten Mittel zu suchen, um ihn zu erfassen, durch die soeben ausgeführte zweite Variante ergänzt: man kombiniert die Möglichkeiten. Hierdurch verbreitet sich die experimentelle Denkart, auf die ich später zurückkommen werde.

Zwei Dimensionen in der Superstruktur sind für meine Fragestellung wesentlich. Die erste ist die Veränderung des Raumes, in dem wir uns bewegen. Er verändert sich von einer natürlichen Umwelt, die vorgibt, dass es jetzt gewittert und der Mensch sich danach zu richten hat, über eine anorganische Welt, die dahingehend gestaltet ist, dass sie vom Menschen beherrscht und in einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Sinne genutzt werden kann, bis hin zu einer Superstruktur, die die Technik mit den Naturwissenschaften und der Ökonomie verbindet und in der die experimentelle Denkart die entscheidende wird. Die Robotik geht über die Superstruktur im Sinne Gehlens hinaus, da hier auch Geistes- und Sozialwissenschaften, aber auch Sportwissenschaften in die Kombination eingebunden werden und es nicht mehr nur um die Isolation von Naturvorgängen geht. Darauf werde ich später zu sprechen kommen.

Die zweite ist der Akteur, der bei Gehlen noch in Form des Fertigungsingenieurs gedacht wird, den ich mit Michel Serres (1992: 12–13) gerne den *Kombinator* nennen möchte. Auf ihn werde ich später ebenfalls noch zurückkommen.

## Die menschliche Haltung zur Technik

Den zweiten Strang in Gehlens Werk für eine soziologische Analyse von interaktiven Robotern kennzeichnet die menschliche Haltung zur Technik. Das genuine Wesen dieser Haltung lässt sich über die Gemeinsamkeit von Technik und Magie verstehen.

Gehlen argumentiert, dass Technik und Magie etwas Gemeinsames verbindet, was darin besteht, »Veränderungen zum Vorteil des Menschen hervorzubringen, indem man Dinge von ihren eigenen Wegen zu unserem Dienst« (Maurice Pradines zit. n. Gehlen 1993: 96) ablenkt. Für Gehlen ist »der Glaube an die Lenkbarkeit der Natur in der Verlängerung unserer Bedürfnisse« (Gehlen 1993: 96) ein instinktives Apriori, und damit die Verbindung von Technik und Magie. Magie hat für den Menschen den Raum des Unerreichbaren ausgefüllt, das heißt die Momente, die wir Menschen nicht zu erfassen vermochten und die nicht »durch unmittelbares Handeln in der Macht« (Gehlen 1993: 96) von uns waren, konnte die Magie ausfüllen. Heute wird dies zunehmend von der Technik getan, wodurch der Raum des Unerfassten kleiner geworden ist. Das heißt, Technik hat die Funktion, den Raum, in dem wir uns bewegen, zu stabilisieren und auszufüllen, was im Status des Unklaren geblieben ist. Technik ermöglicht für Gehlen also das Schaffen von Ordnung.

Das Besondere sowohl der Technik als auch der Magie liegt im Automatismus und lässt sich nur über das Resonanzphänomen erklären. Die Magie zielt für Gehlen darauf ab, eine »Umweltstabilität« herzustellen. Der Mensch möchte, dass die Naturvorgänge gleichförmig ablaufen, »denn in einer zeitunterworfenen und notwendig wandelbaren Wirklichkeit besteht das Maximum an Stabilität in einer automatischen, periodischen Wiederholung des Gleichen«. (Gehlen 2007: 14–15)

Neben der kreativen Stabilisierung der menschlichen Umwelt durch Technik liegt für Gehlen die zweite Dimension in der menschlichen Haltung zur Technik, der zu Folge sie Mittel zur Selbsterkenntnis des Menschen ist. Dadurch, dass der Mensch über Intellektualität verfügt, ist er nicht auf das Organische beschränkt, sondern kann die Umstände, in denen er lebt, verändern. »Wenn man unter Technik die Fähigkeiten und Mittel versteht, mit denen der Mensch sich die Natur dienstbar macht, indem er ihre Eigenschaften und Gesetze erkennt, ausnützt und gegeneinander ausspielt, so gehört sie in diesem allgemeinsten Sinne zum Wesen des Menschen.« (Gehlen 2007: 7)

Unter einem Resonanzphänomen versteht Gehlen:

Eine »Art des inneren Sinnes für das Eigenkonstitutionelle im Menschen [...], der auf das anspricht, was dieser Eigenkonstitution in der Außenwelt analog ist. Der sinnvolle, zweckhafte Automatismus ist nun aber etwas spezifisch Menschliches, angefangen von der zielbewußten Bewegung des Gehens bis hin zu habitualisierten, rhythmischen Arbeitsgängen der Hand, die wir, aus uns heraus objektiviert, von einer Maschine übernommen denken können. Wenn wir nun außer uns einen solchen sinnvollen Automatismus wahrnehmen [...] so schwingt etwas in uns mit, gibt es eine Resonanz in uns, und wir verstehen begrifflos und wortlos etwas von unserem eigenen Wesen. Das Interessante an dieser Hypothese liegt in der Idee eines primären Selbstverständnisses von außen her, und also in der Möglichkeit, von Grund aus einmal das Symbol oder Gleichnis neu zu verstehen.« (Gehlen 1993: 97)

Der Mensch muss für Gehlen eine weitere Instanz zwischen sich und seine Wahrnehmung von sich schalten, um sich sehen zu können. »Sein Selbstbewußtsein ist indirekt, seine Bemühung

um Eigenformel verläuft immer so, daß er sich mit einem Nichtmenschlichen gleichsetzt und in dieser Gleichsetzung wieder unterscheidet.« (Gehlen 2007: 16) Die Technik erlaubt also eine Selbstinterpretation des Menschen, in dem er seinen Handlungsentwurf veräußert und sich damit über seinen Entwurf bewusst wird.

Je umfassender die *Selbstreferentialität* der Technik ist, umso deutlicher ist sie korporierter Handlungskreis. Wesentlich für die menschliche Haltung zur Technik ist, dass durch den objektivierten Handlungskreis die Handlungen von Technik und des Menschen in einem Sinne isomorph werden, dass sie den gleichen sinnhaften Bezug zum Ganzen haben. »In den rückgekoppelten Maschinen dagegen objektiviert der Mensch nicht ein ›Bild‹ der Natur, sondern den Handlungskreis, also sein Verhältnis zur Natur.« (Gehlen 1965: 109)

Unter einem *Resonanzphänomen* versteht Gehlen in Bezug auf Technik also ein Phänomen, welches Einfluss auf das Bewusstsein des Menschen hat, weil er sich selbst veräußert, um sich seiner selbst bewusst zu werden. Die Technik ist stabilisierte Sozialität<sup>4</sup>, die in der Interaktivität mit ihr zu einer Bewusstwerdung des menschlichen Handelns führt. Diese Bewusstwerdung lässt sich ganz im Sinne Meads (1969: 218–225) verstehen. Der Mensch indiziert sich seine Haltung über die Technik.

Die dritte Dimension in der menschlichen Haltung zur Technik haben wir bereits im Zusammenhang mit der Superstruktur kennengelernt. Sie lässt sich mit Gehlen und in Verlängerung von Gehlen als die experimentelle Kombinatorik bezeichnen. Sie verbindet für Gehlen die Technik, die Naturwissenschaft und die Wirtschaft miteinander und ist ein eigener Geist, der sich immer stärker ausbreitet. Dieser Geist ist gekennzeichnet davon, dass er »gerade gegen den Inhalt gleichgültig« ist und »besteht in dem Interesse an der Frage, wie etwas Beliebigen zum Entstehen zu bringen ist.« (Gehlen 1965: 109)

Gehlen ahnte bereits, dass sich dieser Geist auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften ausbreiten würde und damit die Methodik der Machbarkeit Einzug erhalten würde:

»Das Eindringen des experimentellen Geistes in die Künste und Wissenschaften jeder Art führt notwendig auf der Seite der Gegenstände zu deren Denaturierung, zu ganz unbefangenen Dekompositionen und Neuverteilungen der Inhalte, die allein von der Methode bestimmt werden, zu der man sich entschließt. Ebenso unvermeidlich und notwendig wird der Gegenstandsbereich durch dieses Verfahren durchrationalisiert, er wird unsinnlicher, abstrakter, unanschaulicher, und schließlich in einer von außen her schwer beschreibbaren Weise ›autonom‹: durchaus präzise Resultate können in Worten nicht mehr wiedergegeben werden, oder sie sind nur während des methodischen Vollzuges evident.[...] Kurz: die künstlerische und wissenschaftliche Kultur wird an den Frontstellen Virtuosenreservat.« (Gehlen 2007: 34)

Rationalität wird in der experimentellen Denkart zu einem besonderen Moment. Denn rationales Verhalten bedeutet in diesem Zusammenhang »nicht mehr Kontrolle der Zusammenhänge, sondern optimale Reaktion auf Daten, die in unübersehbaren Ereignisströmen ständig neu gesetzt werden, also [ist rationales Verhalten] optimale Reaktion auf das Unerwartete« (Gehlen 1965: 106). Nimmt man hier das für Gehlen instinkthafte Bedürfnis des Menschen nach Umweltstabilität hinzu, so ist die planmäßige Situationsdefinition ein rationales Ziel der experimentellen Denkart, und genau das passiert in der Robotik. Denn das Unerwartete lässt

<sup>4</sup> Bruno Latour (2006) hat von Technik als stabilisierte Gesellschaft gesprochen. Ich halte den Begriff der Sozialität für den tragfähigeren, da in der Technik auch ursprünglich Gemeinschaftstätigkeiten *verdauert* werden können.

sich maximal minimieren, wenn man das Unerwartete möglichst stark einschränkt und somit die Situationsdefinitionen festlegt und damit Pläne ausführen kann.<sup>5</sup>

Gehlen deutet den Akteur, der die verschiedenen Felder miteinander kombiniert, an, bezeichnet ihn aber noch als den Fertigungsingenieur. Das ist in der Robotik nicht mehr ausschließlich gegeben. Man kann hier mit Michel Callon (2006a; 2006b) sagen, dass es derjenige ist, der es schafft, eine Problematisierung zu etablieren. Das ist damit nicht mehr auf den Ingenieur begrenzt, sondern wird inzwischen unter anderem auch von Sozialwissenschaftler/-innen geleistet. Ich spreche hier daher im Sinne Serres von einem Kombinator.

Mit dem (sozialwissenschaftlichen) Kombinator zieht eine neue Dimension in die experimentelle Denkart ein und lässt sie zur experimentellen Kombinatorik werden, denn sie ist nicht mehr beschränkt darauf, Naturvorgänge zu isolieren und kombinierbar zu machen, sondern es werden die entsprechenden Tätigkeitsfelder der jeweiligen Experten isoliert. Bei Soziolog/-innen sind das etwa soziale Handlungen, die aus ihrem Kontext und ihrer unmittelbaren Reziprozität entnommen und singulär in der Technik *verdauert* werden. Damit wird die experimentelle Denkart zu einer experimentellen Kombinatorik erweitert.

## Auf dem Weg zu einem *Sozialitarismus*

Abschließend möchte ich nun die Ergebnisse aus der Darstellung von Gehlen zusammenführen. Aus der menschlichen Haltung zur Technik, und insbesondere aus dem Resonanzphänomen und der Veräußerung des Handlungskreises in der Automation, schließe ich, dass Technik stabilisierte Sozialität ist. Sie ist dabei in ihrer Entstehung von zwei wesentlichen Momenten geprägt. Das eine ist die experimentelle Kombinatorik, deren primärer Akteur der Kombinator ist, und das andere ist der sozial ordnende Rahmen der Superstruktur.

Damit möchte ich zum Einstieg zurückkehren und nun fragen, wonach das Tun der Roboter ausgerichtet ist und was den Handlungsrahmen der Roboter definiert. In meinen empirischen Analysen sind mir dabei zwei Typen begegnet. Den ersten kann man weiter über die Institution denken, da es ein Typus ist, der innerhalb eines institutionell verankerten Bereichs bleibt, bei dem alle Akteure aus der gleichen Institution stammen und somit ein geteiltes Wertesystem haben bzw. dieses über die institutionellen Möglichkeiten aushandeln. Eine starke institutionelle Ausprägung ist hier zum Beispiel der RoboCup, bei dem universitäre Teams einen Roboter in den gegenseitigen Wettkampf schicken, der dann bestimmte Tätigkeiten autonom durchführen soll.<sup>6</sup>

Der zweite Typus ist eine Kombination aus der dritten und vierten Form: aus dem Humanitarismus und den Institutionen. Ich möchte das in Anlehnung an Gehlen als *Sozialitarismus* bezeichnen. Dieser ist geprägt von verschiedenen Experten, die in der Kombination ihrer Expertisen ein Roboterprojekt prägen. Spannend für die Soziologie sind hier z. B. zwei Projekte, die beide sozialen Handlungen in den Roboter übersetzen. Das eine ist das WiMiCare-Projekt, in dem Tätigkeiten, die Altenpfleger/-innen in einem Pflegeheim durchführen, in zwei Roboter übersetzt worden sind (Graf et al. 2012). In einen Roboter wurden Transport- und Überwach-

<sup>5</sup> Siehe hierzu die Unterscheidung von planhaftem und situativem Handeln bei Suchman (2009: 51–84).

<sup>6</sup> Für eine frühe soziologische Analyse vgl. Braun-Thürmann (2003).

ungstätigkeiten implementiert und in den zweiten eine Getränkeversorgung und Aktivierung der Pflegebedürftigen. Ein wesentlicher Teil der Übersetzung wurde hier von einem Soziologie-Team der Universität Duisburg geleistet. Ein zweites Projekt ist der SoziRob, das an der Universität Bielefeld beheimatet ist. In den Roboter wurden Aktivitätsinstruktionen von Fitness-Trainern übersetzt, um Astronauten im Einsatz körperlich fit halten zu können. Die Analyse wie eine Fitness-Trainerin oder ein Fitness-Trainer Instruktionen gibt, wurde vor allem von einem Linguistik-Team durchgeführt.<sup>7</sup>

Geprägt ist dieser zweite Typ des *Sozialitarismus* davon, dass die verschiedenen Expertenakteure einerseits in ihrer Fachinstitution verankert und integriert sind und sie in diesem Sinne auf der Grundlage ihrer institutionellen Bezugssysteme agieren. Andererseits sind sie alle in einem Forschungsverbund, der vorher nicht bestand und der als solcher nicht institutionell verankert, geschweige denn etabliert ist. Daher sind sie gleichzeitig auf die Gruppe bezogen. Das geht in die Richtung dessen, was Gehlen den *Humanitarismus* nennt, da sie sich in ihrer Handlungsweise auf die Gruppe des Forschungsverbundes beziehen. Diese Gruppe ist allerdings keine Gruppe im Sinne einer Sippe wie im *Humanitarismus*, sondern sie ist eine Gruppe, die eine zeitlich begrenzte gesellschaftliche Gemeinschaft darstellt. Diese Gemeinschaft ist eine Art interdisziplinäres Netzwerk, in dem das Referenzsystem der Handlungsmaximen zum Teil auf den institutionellen Rahmen der Expert/-innen und teilweise auf die konkreten lokalen Prozesse der Gruppe, deren Mitglieder sich persönlich kennen können oder auch nicht, rekurriert.

## Literatur

- Berger, I., Kipp, A., Lütkebohle, I., Riether, N., Schneider, S., Süßenbach, L., Kummert, F. 2012: Social Robots for Long-Term Space Missions. In International Astronautical Federation (Hg.), 63rd International Astronautical Congress. Naples, Italy.
- Braun-Thürmann, H. 2003: Künstliche Interaktion. In T. Christaller, J. Wehner (Hg.), *Autonome Maschinen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 221–242.
- Callon, M. 2006a: Die Sozio-Logik der Übersetzung. Auseinandersetzungen und Verhandlungen zur Bestimmung von Problematischem und Unproblematischem. In A. Belliger, D. J. Krieger (Hg.), *ANThology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*. Bielefeld: transcript, 50–74.
- Callon, M. 2006b: Einige Elemente einer Soziologie der Übersetzung. Die Domestikation der Kammuscheln und der Fischer der St. Brieuc-Bucht. In A. Belliger, D. J. Krieger (Hg.), *ANThology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*. Bielefeld: transcript, 135–174.
- Gehlen, A. 1965: Anthropologische Ansicht der Technik. In H. Freyer, J. C. Papalekas, G. Weippert (Hg.), *Technik im technischen Zeitalter. Stellungnahmen zur geschichtlichen Situation*. Düsseldorf: Schilling, 101–118.
- Gehlen, A. 1993: Die Technik in der Sichtweise der Anthropologie, Anthropologische und sozialpsychologische Untersuchungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 93–103.
- Gehlen, A. 2004: *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*. Frankfurt am Main: Klostermann.

<sup>7</sup> Siehe hierzu Süßenbach et al. (2014), Skutella et al. (2014), Berger et al. (2012).

- Gehlen, A. 2007: Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Graf, B., Jacobs, T., Luz, J., Compagna, D., Derpmann, S., Shire, K. A. 2012: Einsatz und Pilotierung mobiler Serviceroboter zur Unterstützung von Dienstleistungen in der stationären Altenpflege. In K. A. Shire, J. M. Leimeister (Hg.), *Technologiegestützte Dienstleistungs-innovation in der Gesundheitswirtschaft*. Wiesbaden: Gabler Verlag, 265–288.
- Latour, B. 2006: Technik ist stabilisierte Gesellschaft. In A. Belliger, D. J. Krieger (Hg.), *ANThology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*. Bielefeld: transcript, 369–397.
- Mead, G. H. 1969: *Sozialpsychologie*. Neuwied am Rhein: Luchterhand.
- Serres, M. 1992: *Hermes III. Übersetzung*. Berlin: Merve.
- Skutella, L. V., Süßenbach, L., Pitsch, K., Wagner, P. 2014: The prosody of motivation. First results from an indoor cycling scenario. In Rüdiger Hoffmann (Hg.), *Elektronische Sprachsignalverarbeitung 2014*. Band 71: TUD Press, 209–215.
- Suchman, L. A. 2009: *Human-machine reconfigurations. Plans and situated actions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Süßenbach, L., Riether, N., Schneider, S., Berger, I., Kummert, F., Lütkebohle, I., Pitsch, K. 2014: A robot as fitness companion: towards an interactive action-based motivation model, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0070-pub-26835854>, letzter Aufruf 6. Oktober 2014.

»Neue Ergebnisse der Max Weber-Forschung«  
der AG Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie  
– organisiert von Peter-Ulrich Merz-Benz



# Max Weber und der Zufall

Claudius Häpfer

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Ergebnisse der Max Weber-Forschung« der AG Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie – organisiert von Peter-Ulrich Merz-Benz*

Mein heutiger Vortrag<sup>1</sup> trägt den Titel *Max Weber und der Zufall*. Der Begriff des Zufalls spielt in Webers Werk auf den ersten Blick keine prominente Rolle. Im Lauf der nächsten 25 Minuten werden wir hoffentlich sehen, dass er doch an einer zentralen Schaltstelle sitzt. Zu diesem Zweck werde ich einige einigen sicherlich bereits bekannte Positionen referierend nebeneinander stellen und dadurch aus einer neuen Perspektive betrachten.

## Zur Auseinandersetzung mit Eduard Meyer

Die ausführlichste explizite Beschäftigung Webers mit dem Zufall finden wir in seiner Auseinandersetzung mit Eduard Meyer, die 1906 als erster Teil der Rezension *Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik* im 22. Band des *Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* erschienen ist.

Der bekannte Althistoriker Meyer hatte kurz vor seiner Berufung nach Berlin im Halleschen Vortragskränzchen einen Vortrag über *Theorie und Methodik der Geschichte* gehalten, der 1902 auch sogleich publiziert wurde. Er beschäftigte sich in diesem Text mit neueren Strömungen der Geschichtsschreibung, insbesondere übte er Kritik an der Geschichtstheorie Karl Lamprechts. Stein des Anstoßes darin war – neben vielen anderen Punkten – die Aussage, der Zufall wäre für die Geschichte bedeutungslos und müsse ausgesondert werden. Dem stellte Meyer gegenüber, der Zufall – ein in seinen Augen vollkommen fester und klarer Begriff – spiele ebenso wie der freie Wille eine gewaltige Rolle in der Geschichte und im Leben der Menschen überhaupt (Meyer 1902: 13).

Dies griff Weber auf und ordnete Meyers Umgang mit dem Zufall ein.

»Was zunächst die Erörterung des ›Zufalles‹ [...] anlangt, so versteht E[duard] M[eyer] selbstverständlich diesen Begriff nicht als objektive ›Ursachlosigkeit‹ (›absoluter‹ Zufall im metaphysischen Sinn) und auch nicht als subjektive, aber bei jedem Einzelfall der betreffenden Art (beim Würfelspiel z. B.) notwendig erneut auftretende absolute Unmöglichkeit der Erkenntnis der ursächlichen Bedingungen (›absoluter‹ Zufall

---

<sup>1</sup> Der Vortrag knüpft an publizierte Forschungsergebnisse an (Wagner 2014; 2015; Wagner, Häpfer 2014; 2015a; 2015b). Ich danke Tom Kaden, Kai Müller und Gerhard Wagner.

im erkenntnistheoretischen Sinn), sondern als ›relativen‹ Zufall im Sinn einer logischen Beziehung zwischen gesondert *gedachten* Ursachenkomplexen, und zwar im ganzen, bei naturgemäß nicht überall ›korrekter‹ Formulierung, so, wie dieser Begriff von der auch heute noch trotz mancher Fortschritte im einzelnen wesentlich auf Windelbands Erstlingsschrift zurückgehenden Lehre der Fachlogik akzeptiert wird« (Weber 1973: 219).

Bevor wir uns gleich Windelband zuwenden, sei die Stelle bei Weber noch zu Ende ausgeführt. Anschließend an den Verweis lobt Weber Meyers zumindest »der Hauptsache« nach richtige Unterscheidung zwischen kausalem und teleologischem Zufall – die er einerseits vom kalkulierten Ergebnis, andererseits vom Wesentlichen einer Entwicklung abgrenzt – um auf eine »uns interessier[ende]« spätere Aussage Meyers zu sprechen zu kommen (Weber 1973: 219, 220), in der dieser zwei Beispiele anführt, um die Grenzen naturwissenschaftlicher Aussagen zu belegen.

»Die Naturwissenschaft«, sagt E[duard] M[eyer] [... Weber zufolge] ›kann ... aussprechen, daß, wenn Dynamit entzündet wird, eine Explosion stattfinden werde. Aber vorauszusehen, ob und wann in einem Einzelfalle diese Explosion stattfindet, ob dabei ein bestimmter Mensch verwundet, getötet, gerettet wird, das ist ihr unmöglich, denn das hängt vom Zufall und vom freien Willen ab, den sie nicht kennt, wohl aber die Geschichte« (Weber 1973: 220).

Im Gegensatz zu Meyers Original (Meyer 1902: 28), sperrt Weber hier bereits die Verknüpfung von Zufall und freiem Willen, an der er sich stört. Noch deutlicher wird diese in Meyers zweitem Beispiel. Hier spricht er von der »Möglichkeit, mit den Mitteln der Astronomie eine Konstellation ›sicher‹, d. h. unter Voraussetzung des Ausbleibens von ›Störungen‹ (z. B. durch ein Sich-Verirren fremder Weltkörper in das Sonnensystem) zu ›berechnen‹, und demgegenüber als ›nicht möglich‹ erklärt die Voraussage, ob jene berechnete Konstellation nun auch ›beobachtet‹ wird« (Weber 1973: 220).

Diese Aussage stößt bei Weber prompt auf Kritik. »Erstens wäre doch auch jenes ›Sich-Verirren‹ des fremden Weltkörpers nach E[duard] M[eyer]s Voraussetzung ›unberechenbar‹ – mithin kennt auch die Astronomie, und nicht nur die Geschichte, den ›Zufall‹ in diesem Sinn, – zweitens ist doch normalerweise sehr leicht ›berechenbar‹, daß irgend ein Astronom die berechnete Constellation auch zu ›beobachten‹ versuchen und, wenn keine ›zufälligen‹ Störungen eintreten, tatsächlich beobachten *wird*. Es entsteht der Eindruck, daß E[duard] M[eyer], trotzdem der ›Zufall‹ von ihm durchaus deterministisch interpretiert wird, doch, ohne dies klar auszusprechen, eine besonders enge Wahlverwandschaft zwischen dem ›Zufall‹ und einer ›Willensfreiheit‹ vorschwebt, welche eine spezifische Irrationalität des historischen Geschehens bedinge« (Weber 1973: 220–221).

## Windelbands Zufallsbegriff

1904, zwei Jahre nach Meyers Vortrag sollte Windelband einen kleinen Band mit zwölf Vorlesungen über Willensfreiheit veröffentlichen, auf diese einzugehen, würde den Rahmen des heutigen Vortrages aber sprengen, zumal dieser Punkt für Weber anscheinend nebensächlich ist. Wenden wir uns stattdessen der von Weber erwähnten *Erstlingsschrift* von 1870 zu. In seiner Arbeit über *Die Lehren vom Zufall* entwickelte Windelband – der in Meyers Studie unerwähnt bleibt – einen relationalen Begriff des Zufalls. Dieser ist für Weber dahingehend interessant, als

dass er sich mit dem deterministischen Weltbild vereinbaren lässt. Er begreift den Zufall nicht nur einfach als »die Negation der Nothwendigkeit« (Windelband 1870: 5), sondern versteht ihn als einen Beziehungsbegriff. Mit der Folge, »daß er eine Negation des Casualitätsprinzips nicht für das Geschehen einer einzelnen Thatsache, sondern für das Verhältnis zweier bestimmter Thatsachen« enthält (Windelband 1870: 22).

Der Zufall erscheint ihm nur dann als die Negation der Notwendigkeit, wenn er davon ausgeht, dass man »alles Geschehen als eine einfache Kette betrachten« kann, in der »sich mit Nothwendigkeit Glied an Glied« reiht. Diese Darstellung treffe aber nicht zu, stattdessen »laufen unendlich viele solcher Fäden neben einander her, berühren sich, kreuzen sich, verschlingen sich und bilden so jenes wunderbare Gewebe, das wir unter dem Namen des Weltlaufs verstehen.« Jene Punkte, »in denen diese Fäden sich treffen und die stets Ausgangspunkte neuer Fäden sind, zeigen uns jedesmal zwei Thatsachen, die in Zeit und Raum zusammenfallen, ohne mit einander in Verhältnissen von Ursache und Wirkung zu stehen. Diese räumlich-zeitliche Coincidenz von Thatsachen, zwischen denen kein Verhältnis der Causalität Statt findet, meinen wir mit dem Begriffe des relativen Zufalls« (Windelband 1870: 22-23).

Jedes einzelne dieser zusammentreffenden Ereignisse ist also durch ein komplexes Netz kausaler (und damit im Idealfall berechenbarer) Verstrickungen vollständig bedingt, lediglich deren Zusammentreffen macht die Zufälligkeit aus. Dieser Zufall ist der »Eintritt unberechenbarer Nebenbedingungen« in einem Einzelfall (Windelband 1870: 31), der sich Windelband zufolge deshalb auch wahrscheinlichkeitstheoretisch nicht greifen lässt.

1894, also 24 Jahre nach seiner Erstlingsschrift, am Ende seiner Rede über Geschichte und Naturwissenschaft anlässlich des Antritts des Rektorats der Universität Strassburg, hatte Windelband das Problem unberechenbarer Nebenbedingungen immer noch – oder vielmehr wieder einmal – vor Augen. Hier ist die Rede vom »festen Rahmen unseres Weltbildes«, der die allgemeine Gesetzmäßigkeit der Dinge vorgibt, innerhalb dessen sich aber »der lebendige Zusammenhang aller für das Menschentum wertvollen Einzelgestaltungen« entfaltet (Windelband 1894: 24).

Diese beiden Momente menschlichen Wissens kann man nicht auf eine gemeinsame Quelle zurückführen.

»In der Causalbetrachtung nimmt jegliches Sondergeschehen die Form eines Syllogismus an, dessen Obersatz ein Naturgesetz, bezw. eine Anzahl von gesetzlichen Notwendigkeiten, dessen Untersatz eine zeitlich gegebene Bedingung oder ein Ganzes solcher Bedingungen, und dessen Schlusssatz dann das wirkliche einzelne Ereigniss voraussetzt, so hat das Geschehen zwei Arten von Ursachen: einerseits die zeitlose Notwendigkeit, in der sich das dauernde Wesen der Dinge ausdrückt, andererseits die besondere Bedingung, die in einem bestimmten Zeitmomente eintritt.«

Windelband bringt das Beispiel einer Explosion, um dies zu illustrieren.

»Die Ursache einer Explosion ist in der einen – nomothetischen – Bedeutung die Natur der explosiblen Stoffe, die wir als chemisch-physikalische Gesetze aussprechen, in der anderen – idiographischen – Bedeutung eine einzelne Bewegung, ein Funke, eine Erschütterung oder Aehnliches. Erst beides zusammen verursacht und erklärt das Ereignis, aber keines von beiden ist eine Folge des anderen; ihre Verbindung ist in ihnen selbst nicht begründet« (Windelband 1894: 24-25).

## Determinismus

Mit diesem »festen Rahmen unseres Weltbildes« spielte Windelband auf das durch Pierre Simon Laplace formulierte im 19. Jahrhundert sehr prominente deterministisch-mechanische Weltbild an,<sup>2</sup> durch dessen Niedergang die Frage nach dem Zufall erst relevant wurde.<sup>3</sup> Ausgehend vom Satz des zureichenden Grundes, wonach jedes Sein auf ein anderes zurückgeführt werden kann, hatte Laplace – in seinem 1814 publizierten *Philosophischen Versuch über die Wahrscheinlichkeiten* (Laplace 1886) – den gegenwärtigen Zustand des Weltalls als Wirkung eines früheren und als Ursache eines späteren Zustands betrachtet.

In diesem Zuge hatte er die Hypothese formuliert, dass eine Intelligenz, die für einen gegebenen Augenblick alle in der Natur wirkenden Kräfte sowie die gegenseitige Lage ihrer Elemente kennen würde und zudem umfassend genug wäre, um diese gegebenen Größen zu analysieren, sowohl die Bewegungen der größten Himmelskörper als auch die des leichtesten Atoms in ein und derselben mathematischen Formel erfassen könnte.

Dieser Intelligenz wäre alles gewiss. Sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft würden ihr offen vor Augen liegen. Für Laplace stellt nun der menschliche Geist in der Vollendung, die er der Astronomie gegeben hat, ein schwaches Abbild dieser umfassenden Intelligenz dar. Seine Entdeckungen in der Mechanik und Geometrie sowie seine Entdeckung der Gravitation ermöglichen es ihm durchaus, die vergangenen und zukünftigen Zustände des Weltsystems zu erfassen. Durch Anwendung derselben Methode auf einige andere Gegenstände sei er dahin gelangt, die beobachteten Erscheinungen auf allgemeine Gesetze zurückzuführen und Erscheinungen vorauszusehen, die gegebene Umstände herbeiführen müssen. Dadurch nähert er sich jener umfassenden Intelligenz an, ohne sie freilich letztlich erreichen zu können.

## Die Konstellation von Gesetzen und Einzelfällen

Es fällt schon rein äußerlich auf, dass Windelband 1894 und Meyer 1902, die beide im Großen und Ganzen von einem deterministischen Zufallsbegriff ausgehen, beide das Beispiel einer Explosion benutzen, um der Naturwissenschaft ihre Grenzen abzustecken und dem Einzelfall, der unter Umständen den Zufall beinhaltet, eine Position zuzuweisen.<sup>4</sup> Weber hingegen orientierte sich 1904 – also zwei Jahre nachdem Meyers kleines Büchlein erschienen war – an der Astronomie und sprach – wie Meyer – von Konstellationen, um die Probleme historischer Erkenntnis zu erfassen.

Wir haben vorhin gesehen, dass Weber Meyers Trennung naturwissenschaftlicher und historischer Erkenntnis im Bezug auf den Zufall kritisch sah. Bei der Entwicklung seiner eigenen Position ging er dementsprechend einen Mittelweg. Dabei referierte er auf Emil du Bois-Reymond, einen »Führer der Naturwissenschaft« (Weber 1973: 172)<sup>5</sup>, der zwar das Wort Konstellation

<sup>2</sup> Vgl. hierzu zum Beispiel Harman 1982; Earman 1986; Henrich 2010; Lauth, Sareiter 2005: 65–68.

<sup>3</sup> Vgl. zum Beispiel Krüger et al. 1987a; 1987b; Hacking 1990.

<sup>4</sup> Das Beispiel einer Explosion wurde 1876 von Julius Robert Mayer angeführt, um Auslösungskausalität zu beschreiben, als eine Form der Kausalität, bei der zwischen Ursache und Wirkung keine quantitative Beziehung besteht (Mayer 1876). Zum Einfluss des Konzepts auf Webers Kausalitätstheorie vgl. Wagner (2015).

<sup>5</sup> Vgl. Albrecht 2010, 2015.

nicht verwendete, durch sein Übertragen des Laplaceschen Ideals auf weltgeschichtliche Ereignisse (Du Bois-Reymond 1886: 107, 110) aber den Ignorabimus-Streit (Veit-Brause 2001; Bayertz et al. 2007) ausgelöst und damit eine polarisierende Prominenz erlangt hatte.

Die angestrebte »Astronomische« Erkenntnis ist Weber zufolge keine Erkenntnis von Gesetzen, sondern sie bedient sich lediglich der Gesetze der Mechanik. »Sie selbst aber interessiert sich für die Frage: welches *individuelle* Ergebnis die Wirkung jener Gesetze auf eine *individuell* gestaltete *Konstellation* erzeugt, da diese individuellen Konstellationen für uns *Bedeutung* haben. Jede individuelle Konstellation, die sie uns »erklärt« oder voraussagt, ist natürlich kausal nur erklärbar als Folge einer anderen gleich individuellen ihr vorhergehenden« und die Wirklichkeit, für die diese Gesetze gelten, bleibt dabei stets »gleich individuell, gleich wenig *aus* den Gesetzen *deduzierbar*« (Weber 1973: 172).

Diese Situation findet Weber im Falle der zu betreibenden historischen Sozialwissenschaft »in spezifisch gesteigertem Maße« vorliegend. Einerseits sind die Weltkörper der Astronomie nur in ihren »*quantitativen*, exakter Messung zugänglichen Beziehungen« für uns von Interesse, während die »*qualitative* Färbung der Vorgänge« das für die Sozialwissenschaft eigentlich Interessante ist. Obendrein haben wir es in den Sozialwissenschaften auch mit der »Mitwirkung *geistiger* Vorgänge« zu tun, die es »nacherlebend zu »*verstehen*« gilt. Trotz allem hält Weber diese Unterschiede »nicht [für] an sich derart prinzipielle, wie es auf den ersten Blick scheint« (Weber 1973: 173).

Um sozialwissenschaftliche Phänomene als Konstellationen zu fassen, benötigt Weber also einerseits Zustände als Ausgangsbedingungen und andererseits ein Äquivalent zu den Gesetzen der Mechanik; in seinem Falle Regelmäßigkeiten, beispielsweise die Regeln rationalen Handelns, die er als Idealtypen bildet. Und »je gesicherter und umfassender« die Kenntnis dieser Regelmäßigkeiten und Regeln ist, desto treffender ist die aus der »persönlichen Lebenserfahrung« gespeiste »methodisch geschulte Phantasie« des Historikers, der »*adäquate* ursächliche Zusammenhänge« zwischen den Konstellationen konstatiert (Weber 1973: 179).

Bei der Idealtypenbildung wiederum spielt der vorhin von mir und 1906 von Weber erwähnte – und von ihm interessanterweise am Beispiel der Begriffsbildung illustrierte (Weber 1973: 220) – teleologische Zufall dahingehend eine Rolle, als dass – um jene für die Sozialwissenschaft unfruchtbare »ungeheure Kasuistik von Begriffen und streng gesetzlich geltenden Regeln« (Weber 1973: 174), zu der die logische Induktion bei einem derart komplexen Gegenstand führt, zu vermeiden – das Wesentliche des zu betrachtenden Gegenstandes in den Blick genommen werden soll. Hierzu wird er begrifflich bereinigt, um ein »in sich einheitliche[s] Gedankengebilde« zu schaffen, an dem man den Einzelfall dann messen kann (Weber 1973: 191).

Um diese auf das Wesentliche reduzierten, einheitlichen Gedankengebilde zu konstruieren, braucht er ein Werkzeug, mit dem er das Zufällige aussondern kann. In diesem Kontext ist die Rede von der »Zurechnung« kausaler Abhängigkeiten zwischen Einzelfällen (Weber 1973: 178). Weber spricht von der »methodisch geschulten Phantasie« des Historikers (Weber 1973: 179), Windelband vergleicht den Zufall mit einem Traum (Windelband 1870: 25). Bereits im »Objektivitäts«aufsatz erwähnt Weber in diesem Zusammenhang die »Kategorie der »objektiven Möglichkeit«« (Weber 1973: 179), auf die er dann 1906 im zweiten Teil seiner *Kritischen Studien* gesondert eingehen sollte (Weber 1973: 266–290).

## Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung

In diesem Zusammenhang verweist Weber auf die Arbeiten eines ehemaligen Freiburger Kollegen, des Physiologen Johannes von Kries.<sup>6</sup> Von Kries' 1888 publizierte Arbeit *Ueber den Begriff der objectiven Möglichkeit und einige Anwendungen desselben* (Kries 1888) wurde insbesondere in der Jurisprudenz intensiv diskutiert, wo es ja gerade darum geht, Einzelfälle zu bewerten (Radbruch 1902; Rümelin 1896). Von Kries geht – analog zu Laplace – davon aus, »dass jedes Ereigniss, welches thatsächlich eintritt, durch die Gesamtheit der zuvor bestehenden Verhältnisse mit Nothwendigkeit herbeigeführt ist« (Kries 1888: 4).

Im Unterschied zur Laplaceschen Intelligenz können die Menschen, Kries zufolge, jedoch nie die vollständige Kenntnis der Anfangsbedingungen erlangen, dementsprechend können sie die Notwendigkeit des Eintritts eines Ereignisses als solche nie feststellen: »Wir gelangen [...] nie (weder ex ante noch ex post) zu einer so genauen Kenntnis der Bedingungen, dass ein bestimmter Erfolg an dieselben nothwendig geknüpft erschiene; wir sind vielmehr stets auf die Einsicht beschränkt, dass die Bedingungen (so weit wir sie kennen) für einen Erfolg eine gewisse mehr oder weniger grosse Möglichkeit constituiren« (Kries 1888: 10).

Daher führte von Kries das Konzept der »objectiven Möglichkeit« ein, das ebenso wie das Konzept der »Wahrscheinlichkeit« Ausdruck der »Unkenntniss« der »ontologischen Verhältnisse des Einzelfalls« ist (Kries 1888: 13). Von der »objectiven Möglichkeit« eines Ereignisses zu sprechen ist also nur dann sinnvoll, wenn die »Bedingungen«, die es »mit Nothwendigkeit herbeiführen mussten«, nicht genau bestimmt sind, das heißt, wenn »die Bezeichnung der bedingenden Umstände eine allgemeine, ungenaue, eine Anzahl verschiedener Verhaltensweisen einschliessende ist« (Kries 1888: 5).

Da für von Kries jedes Ereignis mit Nothwendigkeit eintreten musste, unterschied er zwischen »adäquater« und »zufälliger Verursachung«, damit man in der Gesamtheit der »ursächlichen Momente« diejenigen, die ein Ereignis tatsächlich »begünstigen«, identifizieren kann (Kries 1888: 25, 27). Dazu muss man »ein *nomologisches*, eine Gesetzmässigkeit betreffendes Wissen«, auf den Einzelfall anwenden: »Dass ein Gegenstand im concreten Falle etwas bewirkt habe, können wir nicht an dem Vorgange selbst beobachten; wir können es vielmehr nur sagen auf Grund einer gewissen Kenntniss der Gesetze des Geschehens, welche uns zu beurtheilen gestattet, wie der Gang der Ereignisse sich bei Fehlen des Gegenstandes gestaltet hätte« (Kries 1888: 22).

Wir haben es hier mit einem gedankenexperimentellen, kontrafaktischen Verfahren zu tun, das den Einzelfall generalisiert und dadurch hypothetische Gesetzmässigkeiten bildet, die freilich am nomologischen Wissen des Forschers oder der Forscherin orientiert sein müssen. »Um die wirklichen Kausalzusammenhänge zu durchschauen, *konstruieren wir unwirkliche*« (Weber 1973: 287).

Es werden also aus einem Komplex von Abhängigkeiten einzelne Bestandteile gedanklich isoliert und modifiziert, um jene Bedingungen zu identifizieren, die für den Eintritt des Ereignisses adäquat sind, im Gegensatz zu den zufälligen. Was wäre geworden, »wenn ein bestimmtes mitbedingendes Moment in bestimmter Art abgeändert gedacht wird« (Weber 1973: 282). Diese mitbedingenden Momente lassen sich Weber zufolge nach dem gedanklich festgestellten Grad

<sup>6</sup> Vgl. hierzu zum Beispiel Turner, Factor 1981; Ringer 1997, 2002; Neumann 2002; Heidelberger 2010; Massimilla 2012.

ihrer Adäquanz ordnen, ein zahlenmäßig zu schätzendes Verhältnis geht ihm dabei wiederum zu weit, rechnen könne man nur mit dem absoluten Zufall.

## Ausblick

Eine nähere Auseinandersetzung mit den Kategorien der adäquaten und zufälligen Verursachung kündigte Weber am Ende seiner *Kritischen Studien* in einem Folgeaufsatz an – er sah hier insbesondere das Problem der vom jeweiligen Erkenntniszweck abhängigen Relativität der Kategorisierung (Weber 1973: 290). Vor dem Hintergrund der russischen Revolution und anderer kulturrelevanter Ereignisse wandte sich Weber aber neuen Aufgaben zu.

Auf die Probleme, die der Zufall für das Individuum mit sich bringen kann, kam er seiner 1917 gehaltenen, 1919 publizierten Rede über *Wissenschaft als Beruf* unsystematisch und begrifflich unsauber, aber bildreich und wortgewaltig zu sprechen. Hier sprach er unter anderem von den Zufälligkeiten des akademischen Lebens. Inwiefern »es einem Privatdozenten, vollends einem Assistenten, jemals gelingt, in die Stelle eines vollen Ordinarius und gar eines Institutsvorstandes einzurücken, ist eine Angelegenheit, die einfach *Hasard* ist. Gewiß: nicht nur der Zufall herrscht, aber er herrscht doch in ungewöhnlich hohem Grade« (Weber 1973: 585).

Auch hier haben wir verschiedene Kausalstränge die sich treffen, in diesem Fall in Form des komplexen Zusammenwirkens mehrerer Körperschaften. Die Fakultäten und die Ministerien bewerten die Wissenschaftlerin oder den Wissenschaftler anhand verschiedener Kriterien, die nicht unbedingt zusammenhängen müssen und nicht immer in der Hand der Kandidatin oder des Kandidaten liegen. Weber spricht beispielsweise vom »Doppelgesicht«, nicht nur »als Gelehrter« qualifiziert sein zu müssen, »sondern auch: als Lehrer« (Weber 1973: 586), oder politisch-religiösen Einflüssen: »Wenn junge Gelehrte um Rat fragen kommen wegen Habilitation, so ist die Verantwortung des Zuredens fast nicht zu tragen. Ist er Jude, so sagt man ihm natürlich: *lasciate ogni speranza*« (Weber 1973: 588). Webers Lösung an dieser Stelle ist, sich auf die »Forderungen des Tages« zu konzentrieren (Weber 1973: 613), also das kalkulierbare in den Blick zu nehmen und sich den Unsicherheiten illusionslos zu stellen.

Den potentiellen Zufall hat er später dahingehend in sein Programm integriert, als dass er in den *Soziologischen Grundbegriffen* immer wieder von der »Chance« sprach. »Die soziale Beziehung besteht [...] in der *Chance*, daß in einer (sinnhaft) angebbaren Art sozial gehandelt wird«. Die Geltung einer Konvention ist äußerlich garantiert »durch die Chance, bei Abweichung innerhalb eines angebbaren Menschenkreises auf eine (relativ) allgemeine und praktisch fühlbare *Mißbilligung* zu stoßen« (Weber 1956: 13, 17). Die Liste ließe sich fortsetzen. Wichtig ist, dass er dadurch dem Einzelfall und damit unberechenbaren Nebenbedingungen einen Platz einräumt. Unabhängig davon, ob diese nun durch so etwas wie den freien Willen intendiert sind oder nicht.

Böse Zungen mögen jetzt vielleicht sagen, angesichts der Ergebnisse wäre dieser Vortrag besser in einer Veranstaltung »Momentaufnahmen und Andeutungen der Weberforschung« aufgehoben. Ich hoffe, es war dennoch einigermaßen anregend und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

## Literatur

- Albrecht, A. 2010: Konstellationen: Zur kulturwissenschaftlichen Karriere eines astrologisch-astronomischen Konzepts bei Heinrich Rickert, Max Weber, Alfred Weber und Karl Mannheim. In A. Albrecht, L. Danneberg, G. Regn, W. Schmidt-Biggemann, F. Vollhardt (Hg.), *Scientia Poetica: Jahrbuch für Geschichte der Literatur und der Wissenschaften* 14. Berlin: De Gruyter, 104–149.
- Albrecht, A. 2015: Max Weber und Emil Du Bois-Reymond. In G. Wagner, C. Härpfer (Hg.), *Max Webers vergessene Zeitgenossen. Beiträge zur Genese der Wissenschaftslehre*. Wiesbaden: Harrassowitz, im Erscheinen.
- Bayertz, K., Gerhard, M., Jaeschke, W. (Hg.), 2007: *Weltanschauung, Philosophie und Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert*. Bd. 3: *Der Ignorabimus-Streit*. Hamburg: Felix Meiner.
- Du Bois-Reymond, E. 1886: Ueber die Grenzen des Naturerkennens. In der zweiten allgemeinen Sitzung der 45. Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte zu Leipzig am 14. August 1872 gehaltener Vortrag. In *Reden von Emil Du Bois-Reymond*, 1. Folge: *Litteratur, Philosophie, Zeitgeschichte*. Leipzig: Veit & Comp., 105–140.
- Earman, J. 1986: *A Primer on Determinism*. Dordrecht: D. Reidel.
- Hacking, I. 1990: *The Taming of Chance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Harman, P. M. 1982: *Energy, Force, and Matter. The Conceptual Development of Nineteenth-Century Physics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Heidelberger, M. 2010: From Mill via von Kries to Max Weber: Causality, Explanation, and Understanding. In U. Feest (Hg.), *Historical Perspectives on Erklären and Verstehen*. Dordrecht: Springer, 241–265.
- Henrich, J. 2010: *Die Fixierung des modernen Wissenschaftsideals durch Laplace*. Berlin: Akademie.
- Kries, J. v., 1888: Ueber den Begriff der objectiven Möglichkeit und einige Anwendungen desselben. Leipzig: Fues (R. Reiland).
- Krüger, L., Daston, L. J., Heidelberger, M. (Hg.) 1987a: *The Probabilistic Revolution*, Bd. 1: *Ideas in History*. Cambridge, MA, London: The MIT Press.
- Krüger, L., Gigerenzer, G., Morgan, M. S. (Hg.) 1987b: *The Probabilistic Revolution*, Bd. 1: *Ideas in the Sciences*. Cambridge, MA, London: The MIT Press.
- Laplace, P. S. de 1886: *Philosophischer Versuch über die Wahrscheinlichkeiten*. Nach der 6. Aufl. des Originals übersetzt von Norbert Schwaiger. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Lauth, B., Sareiter, J. 2005: *Wissenschaftliche Erkenntnis. Eine ideengeschichtliche Einführung in die Wissenschaftstheorie*. Paderborn: mentis.
- Massimilla, E. 2012: *Max Weber zwischen Heinrich Rickert und Johannes von Kries: Drei Studien*. Köln: Böhlau.
- Mayer, R. 1876: *Die Torricellische Leere und über Auslösung*. Stuttgart: J. G. Cotta.
- Meyer, E. 1902: *Zur Theorie und Methodik der Geschichte. Geschichtsphilosophische Untersuchungen*. Halle a. S.: Max Niemeyer.
- Neumann, M. 2002: *Die Messung des Unbestimmten: Die Geschichte der Konstruktion und Dekonstruktion der Wahrscheinlichkeitstheorie*. Frankfurt am Main: Dr. Hänsel-Hohenhausen.
- Radbruch, G. 1902: *Die Lehre von der adäquaten Verursachung*. Berlin: Reimer.
- Ringer, F. 1997: *Max Weber's Methodology: The Unification of the Cultural and Social Sciences*. Cambridge: Harvard University Press.
- Ringer, F. 2002: Max Weber on Causal Analysis, Interpretation, and Comparison, *History and Theory*, 41. Jg., 163–178.
- Rümelin, M. 1896: *Der Zufall im Recht: Akademische Antrittsrede*. Freiburg i. B.: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Turner, S. P., Factor, R. A. 1981: Objective Possibility and Adequate Causation in Weber's Methodological Writings, *Sociological Review*, 29. Jg., 5–28.



- Veit-Brause, I. 2001: Scientists and the Cultural Politics of Academic Disciplines in late 19<sup>th</sup>-century Germany: Emil Du Bois-Reymond and the Controversy Over the Role of the Cultural Sciences, *History of the Human Sciences*, 14. Jg., Heft 4, 31–56.
- Wagner, G. 2014: Der lange Schatten des Syllogismus, *Sociologia Internationalis*, 52. Bd., im Erscheinen.
- Wagner, G. 2015: Kleine Ursachen, große Wirkungen. Zum Einfluss Julius Robert Mayers auf Max Webers neukantianische Kausalitätstheorie. In M. Endreß, K. Lichtblau, S. Moebius (Hg.), *Zyklus 2. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, im Erscheinen.
- Wagner, G., Härpfer, C. 2014: On the Very Idea of an Ideal Type, *Società Mutamento Politica*, 5. Jg., 215–234.
- Wagner, G., Härpfer, C. 2015a: Max Weber und die Naturwissenschaften. In M. Endreß, K. Lichtblau, S. Moebius (Hg.), *Zyklus 1, Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 169–194.
- Wagner, G., Härpfer, C. 2015b: Neo-Kantianism and the Social Sciences: From Rickert to Weber. In A. Staiti, N. de Warren (Hg.), *New Approaches to Neo-Kantianism*. Cambridge: Cambridge University Press, im Erscheinen.
- Weber, M. 1956: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Mit einem Anhang: Die rationalen und soziologischen Grundlagen der Musik. Herausgegeben von Johannes Winkelmann. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Weber, M. 1973: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Herausgegeben von Johannes Winkelmann. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Windelband, W. 1870: *Die Lehren vom Zufall*. Berlin: Henschel.
- Windelband, W. 1894: *Geschichte und Naturwissenschaft. Rede zum Antritt des Rectorats der Kaiser-Wilhelm-Universität Strassburg*. Gehalten am 1. Mai 1894. Strassburg: Heitz.
- Windelband, W. 1904: *Über Willensfreiheit. Zwölf Vorlesungen*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

# Max Weber-Rezeption zum Ende der Weimarer Republik, im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit

Christoph Steding und seine Kritiker in Politik und Wissenschaft

Carsten Klingemann

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Ergebnisse der Max Weber-Forschung« der AG Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie – organisiert von Peter-Ulrich Merz-Benz*

Anfang des Jahres 1938 erscheint posthum das 772 Seiten umfassende Buch *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur* von Christoph Steding. Ermöglicht wurde dies durch zwei Stipendien. 1932 wird das erste vom deutschen Komitee der Rockefeller-Stiftung bewilligt und 1936 das zweite durch das gerade erst in Berlin gegründete *Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands* (Heiber 1966: 506). Im Antrag an die Rockefeller-Stiftung hatte Steding die hinter seinem Projekt zur Haltung der neutralen Länder gegenüber Deutschland stehende Idee folgendermaßen formuliert:

»Basel, der Haag, Kopenhagen reichen sich so in symbolischer Weise die Hand und schließen den *Ring um Deutschland*, »kreisen es ein« und bereiten geistig seine Niederlage vor, lange bevor es politisch eingekreist war und im Weltkrieg zusammenbrach. Es läßt sich daran die Vermutung knüpfen, daß wohl auch bei reichsdeutschen Historikern und entsprechenden Soziologen und Philosophen ein ähnliches politisches Ethos und Pathos wiederkehrt, wie es in Nietzsche, in Georg Brandes lebt.« (zit. nach Frank 1938: XXIX; Kursivsetzung im Original gesperrt)

In einem zeitgleich verfassten Manuskript benennt Steding als Ziel seiner Mission die Begründung einer neuen politischen Geschichtsschreibung:

»So wie in dem Menschenalter von 1830 und 1870 die Historiker die repräsentativen Gelehrten der Nation waren, so werden sie es jetzt wieder sein. Sie lösen die Philosophen wie die Nationalökonomien und die von der Nationalökonomie herkommenden Soziologen ab. Besonders den Nationalökonomien und den Soziologen muß man zurufen: Herunter vom Glockenturm! Ihr habt ausgeläutet! Eure Rolle ist heute deswegen ausgespielt, weil nicht mehr die Wirtschaft das Schicksal der Welt ist. Das war in den beiden letzten Menschenaltern so [...] das ist jetzt vorbei. *Die Politik wird wieder das Schicksal und auch aus diesem weiten Grunde wird der Historiker somit der repräsentative Gelehrte der Nation.*« (zit. nach Frank 1938: XXVIIIf; Kursivsetzung im Original gesperrt)

Das ist ganz im Sinne von Professor Walter Frank, dem Präsidenten des *Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands*, der seinen Schützling für seine Strategie der Beherrschung der Historiker-Zunft instrumentalisieren will. Als Steding kurz vor der Fertigstellung seines Manuskripts an einem Nierenleiden stirbt, wird es von Frank für die Publikation bearbeitet und als Schrift seines *Reichsinstituts* herausgegeben. In einem umfangreichen Nachruf mit dem pathetischen Titel »Christoph Steding. Ein Denkmal« würdigt er ihn unter Rückgriff auf Zitate aus Stedings Dissertation über Politik und Wissenschaft bei Max Weber, die 1932 erschienen war. Steding hatte nach einem Studium an verschiedenen Universitäten, unter anderem auch bei Martin Heidegger, die Arbeit bei Wilhelm Mommsen in Marburg eingereicht. Darin teilt er zwar die damals propagierte Liberalismus-Kritik. »Aber: mit solchen heute noch durchaus notwendigen, destruirenden Ausführungen über den Liberalismus – wie sie in klassischer, kaum überbietbarer Form bei Moeller van den Bruck vorliegen – werden vornehmlich nur die Entartungsformen der Nachkriegsjahre getroffen, nicht aber der gesamte Liberalismus, vor allem nicht solche Männer wie Max Weber.« (Steding 1932: Vorwort) Denn, da das von den entgegengesetzten sozialen Systemen des Ostens und Westens eingekeilte Deutschland gezwungen sei, sich auf seine eigene nationale Sendung zu besinnen, müsse auf Männer wie Max Weber zurückgegriffen werden (Steding 1932: Vorwort). Zwei von Frank zusammengefügte Zitate über Weber zur Heroisierung Stedings lauten bei diesem: »Das Leben jedes Menschen, der nur vom Dämon sich treiben läßt, völlig unbekümmert um die üblichen ›bürgerlichen‹ Weisen der Existenz, ist immer Hazard.« Und: »Tod und Teufel waren auf lange Jahre hindurch die einzigen Weggenossen dieses eisernen Ritters.« (Steding 1932: 50, 51) Frank ergänzt nach deren Zitation: »Die Sätze gehören nicht nur in die Biographie Max Webers, sondern auch in die Biographie Christoph Stedings.« (Frank 1938: XVII) Allein die Tatsache, dass der Präsident des *Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands* geradezu einen Max Weber-Kult pflegt, mag ein Indiz dafür sein, dass die bis heute mit Nachdruck vertretene Auffassung, Weber sei nach seinem Tod in Vergessenheit geraten und im Dritten Reich sogar *posthum noch Persona non grata* gewesen, bezweifelt werden muss.

## Die »Reichsfeindschaft« bei Max Weber und Christoph Steding

Es bleibt festzuhalten, dass Steding allein schon durch die Verarbeitung der nach Webers Tod über ihn erschienenen umfangreichen Sekundärliteratur dokumentiert, dass er nicht vergessen worden war.<sup>1</sup> Steding seinerseits pflegt seinen Kult um Weber, der aus dessen genialer Amalgamierung von Wissenschaft und Politik entspringt: »Er war als Wissenschaftler wie als Politiker von überindividueller, nationaler, ja europäischer Bedeutung.« (Steding 1932: 9) Diese Orientie-

<sup>1</sup> Die Qualität dieser Dissertation beurteilt Wilhelm Hennis 1998 im Rahmen einer Sammelbesprechung neuer Weber-Literatur mit folgenden Worten: »Wie turmhoch steht das Niveau der Auseinandersetzung unmittelbar nach Webers Tod (ich nenne nur Alexander von Schelting, Karl Löwith, Siegfried Landshut – ja selbst den später so wirren und verbohrten Nazi Christoph Steding –, auch die frühen Vordreiunddreißigerarbeiten von Leo Strauss und Eric Voegelin) über der sogenannten ›Rezeption‹ nach 1945, als man begann, den universalen Anreger und Fragesteller auf die Flaschen eines ›Faches‹ zu ziehen.« (Hennis 1998: L44).

nung an Weber setzt sich – trotz aller ambivalenten Würdigungen – auch in seinem Werk *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur* fort. Weber wird auf 48 Seiten erwähnt, Hitler hingegen nur auf 30. Allerdings kommen Johann Jakob Bachofen, Karl Barth, Otto von Bismarck, Jakob Burckhard, Stefan George, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Johan Huizinga, Sören Kierkegaard und insbesondere Friedrich Nietzsche auf eine höhere Zahl an Nennungen. Das ist natürlich seiner Mission geschuldet, will Steding doch zeigen, wer geistesgeschichtlich die Grundlagen für die Krankheit der europäischen Kultur legt. Die – außer Hegel – genannten Großdenker und viele andere, wie etwa Thomas Mann, konvergieren in ihrer reichsfremden Propagierung des Unpolitischen mit der Haltung der reichsfeindlichen Neutralität der germanischen Randstaaten. Diese Haltung findet man ausgehend von der deutschsprachigen Schweiz, mit Basel als Zentrum der geistigen Bekämpfung des Reichs, über die Niederlande bis zu den skandinavischen Ländern, und sie wird selbst innerhalb Deutschlands, zum Beispiel in Stedings Niedersachsen als Reichsfremdheit kultiviert.

Und auch Max Weber ist nicht davor gefeit, das Reich, das er retten will, zu verraten:

»Max Weber, der aus dem pietistischen, unter täuferischen Einflüssen stehenden Westfalen nicht weit der holländischen Grenze kam und in Heidelberg zu seiner ganzen Größe heranwuchs, ist eine der edelsten und tragischsten Gestalten des wilhelminischen, insofern verschweizerten und verniederländerten Zeitalters, weil er ein glühender Patriot war und das Reich immer größer und mächtiger haben wollte, durch seine Mittel aber notwendig das Reich von sich abziehen und in das Verderben führen mußte.« (Steding 1942: 274)

Hiermit stellt Steding Max Weber in die Reihe der Feinde des Reiches, das unterging und nicht wieder auferstehen kann, solange die Neutralitätshaltung der germanischen Randstaaten wirksam ist. Nun könnte man sagen, dass es nicht lohnt, sich mit dieser fixen Idee von Steding weiter zu befassen. Jedoch hat bereits 1939 Theodor Heuss, den bekanntlich eine große Nähe zu Weber auszeichnet, gemeint: »Dabei ist es nun so, daß in der Grundkonzeption des Werkes eine bedeutende und fruchtbare Frage steckt: wie haben die ›neutralen‹ Staaten, zumal die in ihrer Substanz germanischen Länder, Schweiz, Holland, Skandinavien auf das ›Reich‹ reagiert, seine Gründung, seine Politik, überhaupt auf sein Dasein?« (Heuss 1939: 261) Wenn man Heuss folgt, wäre es also voreilig, Steding einfach als Spinner abzuqualifizieren.

Bei der Schilderung der akademischen Laufbahn des Bauernsohnes aus einem Dorf nahe Bad Nenndorf, der ein Prädikatsstaatsexamen abgelegt hatte, wird üblicherweise gesagt, dass er eine Generalkritik an der Methodologie der herrschenden Geschichtsschreibung am Beispiel ihrer Darstellung der Kultur Javas in seiner geplanten Dissertation leisten wollte. Als jedoch der von ihm deswegen angesprochene Völkerkunde-Professor dieses Ansinnen schroff zurückwies, habe Steding als Ersatz-Thema Wissenschaft und Politik bei Max Weber gewählt. Unklar ist, wie er dann auf das Thema der Reichsfeindschaft der Neutralen, erst gegen Bismarck, schließlich erweitert gegen das Dritte Reich gekommen ist. Meine These lautet, dass Max Weber der Ideen-Geber, der Inspirator war. In der »Vorbemerkung« zu seinem Weber-Buch führt Steding nämlich die Romantiker an, »die Weber selbst zeitlebens als seine ›Feinde‹ betrachtet hat.« (Steding 1932: 7) Aber »Bismarck und seine Mitarbeiter, die Industrieriesen« verdrängten die unpolitischen Romantiker aus Deutschland: »Es scheint kein Zufall zu sein, daß der ›deutsche Geist‹ sich in dieser Zeit dahin flüchtete, wo das kleinstaatliche Idyll der Romantikerzeit weiterlebte, etwa in

die deutsche Schweiz.« (Steding 1932: 7f) Und auf dieses Zitat folgt unmittelbar Stedings Formulierung seiner Idee der geistigen Fundierung der Reichsfeindlichkeit: »Basel, von dem aus Nietzsche oder Burckhardt ihre vom starken Ressentiment erfüllten Anklagen gegen das ›Reich‹ richteten, ist der symbolische Name für diese mit dem Geist der Romantik eng verwandte Geistigkeit.« (Steding 1932: 8)

Wenn Steding hier in seiner Dissertation Basel als Hort der Reichsfeindlichkeit erwähnt, wird er später die Verschweizung als größtes Übel, als Wesensmerkmal der Neutralen brandmarken. Weber hat im Kontext seiner Überlegungen zu den Voraussetzungen für die Entstehung eines »Nationalgefühls« eine Definition von Nation und des Gefühls, einer solchen anzugehören, vorgenommen. Dabei erklärt er: »Die Schweizer sind keine eigene ›Nation‹, wenn man auf die Sprachgemeinschaft oder die Kulturgemeinschaft im Sinne der Gemeinsamkeit literarischer oder künstlerischer Kulturgüter sehen will.« (Weber 1976: 243f) Jedoch konzediert Weber, dass das verbreitete starke Gemeinschaftsgefühl nicht nur durch Loyalität gegen das politische Gemeinwesen motiviert sei, sondern auch »durch Eigenart der ›Sitten‹« (Weber 1976: 244). Aber nicht nur den Schweizern, auch den Belgiern, Luxemburgern und Liechtensteinern mangelt es an Nationalgefühl. Woran liegt das? Weber benennt folgende Gründe: »Nicht die quantitative ›Kleinheit‹ des politischen Verbandes ist dafür maßgebend, daß wir den Namen auf ihn anzuwenden Bedenken tragen: – die Holländer sind uns eine ›Nation‹ –, der bewußte Verzicht auf die ›Macht‹, den jene ›neutralisierten‹ politischen Gemeinwesen vollzogen haben, läßt uns unwillkürlich jenes Bedenken auftauchen.« (Weber 1976: 243) Wenn Weber nicht die Holländer erwähnt hätte, könnte der Satz auch von Steding sein. Für ihn bilden aber gerade Basel und Amsterdam eine Achse, die sich in die skandinavischen germanischen Randstaaten verlängert. Dennoch sehe ich Weber als dessen Inspirator, was durch Rückgriff auf die bereits erwähnte »Eigenart der ›Sitten‹« der Schweizer belegt werden soll. Indem Weber sie anführt, legt er den Keim für Stedings Theorie der Reichsfeindschaft der Neutralen. Diese Sitten, die – so Weber – »subjektiv als weitgehend gemeinsam empfunden werden und ihrerseits sehr stark durch die sozialen Strukturgegensätze, namentlich gegen Deutschland, überhaupt aber gegen jedes ›große‹ und daher militaristische politische Gebilde mit seinen Konsequenzen für die Art der inneren Herrschaftsstruktur, bedingt, daher auch durch die Sonderexistenz allein garantiert erscheinen.« (Weber 1976: 244) Wenn ich Weber richtig verstehe, sieht er in dieser »Sonderexistenz« der Neutralität keine akute Gefahr für Deutschland. Das macht den Unterschied zu Steding aus. Weber bemüht sich also um eine Klärung des Begriffs »Nation« und kommt zu einer Definition der Neutralen, die Steding übernimmt. Für ihn aber führen das fehlende Nationalgefühl und der damit einhergehende bewusste Machtverzicht zur Reichsfeindschaft.

Stedings Bücher im Weltanschauungskampf nationalsozialistischer Institutionen – auch der Reichsführer SS Heinrich Himmler ist involviert.

Stedings »Reich« sorgte für heftige Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Institutionen des NS-Regimes, die jeweils für sich die Zuständigkeit reklamierten, zu bestimmen, was eine weltanschaulich-politisch korrekte nationalsozialistische Wissenschaft sei. Helmut Heiber hat diesen Kleinkrieg um Stedings Werk auf gut dreißig Seiten seines Buches über Walter Franks

*Reichsinstitut* minutiös geschildert. Die Hauptstreitpunkte waren Stedings Diffamierung Nietzsches als Reichsfeind und seine – wiewohl Antisemit – Verächtlichmachung der NS-Rassenlehre. Gegen das *Reichsinstitut* traten sowohl das Reichsaußenministerium wie auch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda an, weil sie negative Reaktionen der Neutralen fürchteten. Insbesondere aber echauffierten sich verschiedene Unter-Ämter in Alfred Rosenbergs Behörde *Der Beauftragte des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung und Erziehung der NSDAP*. Darunter das *Hauptamt Wissenschaft*, das von dem Philosophieprofessor Alfred Baeumler, dem lizenzierten Nietzsche-Experten, geleitet wurde. Allerdings gab es auch positive Einschätzungen des Buches wie etwa durch die *Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums*, die von Philipp Bouhler geleitet wurde. Er hatte am Hitler-Putsch teilgenommen und war Leiter der Kanzlei des Führers der NSDAP sowie Beauftragter des Euthanasie-Programms (vgl. Heiber 1966: 501–532).

Auch in der SS gab man sich aufgeschlossen. Ein achtseitiges, von SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitshauptamtes, unterschriebenes, von ihm wohl aber nicht selbst angefertigtes Gutachten vom 19. Januar 1939 kommt zu dem Schluss: »*Steding* hat sich mit seinem Buch das Ziel gesetzt, »von der durch die Tat Hitlers geschaffenen Ebene aus die reichsfremde und reichsfeindliche geistige Welt unserer Anrainer mit den Mitteln der Wissenschaft aus den Angeln zu heben« und dadurch an der »geistigen Aufrüstung« mitzuarbeiten. Dies ist ihm gelungen, mag er auch in der Leidenschaft des Kampfes manchmal ungerecht sein wie etwa in der einseitigen Stellungnahme gegen Nietzsche oder Herder oder in schroffen staatlichen, von Hegel abgeleiteten Formulierungen, in denen »Volk« und »Rasse« zu kurz kommen.« Aus dieser Bewertung leitet der Gutachter folgende Empfehlung ab: »Dem Buch *Stedings* kommt aussergewöhnliche Bedeutung zu. Es kann vor allem dem politischen Führerkorps und der studentischen Jugend scharfe Waffen für den weltanschaulichen Kampf an die Hand geben, weil es in überzeugender Weise die politische Tat gegenüber den Mächten der »reinen« Kultur wieder in ihre Vorrechte einsetzt.« (Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch), NS 19/1527, Bl. 11f; Kursivsetzung im Original gesperrt). Der Briefkopf dieses Schreibens lautet »Der Reichsführer SS. Der Chef des Sicherheitshauptamtes« und ist wiederum an den Reichsführer SS gerichtet. Heinrich Himmler antwortet am 1. Februar 1939: »Lieber Heydrich! Von Ihrer Stellungnahme zu dem Werk »Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur« von *Christoph Steding* habe ich Kenntnis genommen. Dieses Buch als Schulungsmaterial herauszugeben halte ich für verfrüht.« (BArch, NS 19/1527, Bl. 13; Kursivsetzung im Original gesperrt). Himmler hält also Anfang Februar 1939 die Publikation für nicht opportun, was angesichts der Tatsache, dass die Wehrmacht ein gutes halbes Jahr später Polen überfällt, nachvollziehbar ist.

Allerdings übernimmt der Autor des Gutachtens Stedings Argumentation hinsichtlich der Rolle des Westfälischen Friedens. Er schreibt nämlich: »*Steding* geht davon aus, dass die germanischen Randgebiete ihre staatliche Selbständigkeit dem Erlahmen der Reichsidee und der Reichsgewalt verdanken; seit dem Westfälischen Frieden 1648 und damit der gesetzlichen Festlegung der Machtlosigkeit des Reiches gehört es »zum Glaubensbekenntnis des Europäertums, dass die Mitte, das Herz Europas, ein politisches Vakuum ist.« (BArch, NS 19/1527, Bl. 7) Diese Aussage nimmt Himmler zum Anlass, Heydrich mit einer wissenschaftlichen Klärung zu beauftragen: »Ich gebe jedoch dem Sicherheitshauptamt den Auftrag, den Frieden von 1648 einmal wissenschaftlich genau zu studieren u. bitte persönlich um Empfehlung eines kurzgefassten

Buches, in dem der Text dieses Vertrages mit kurzen Erklärungen und Karten enthalten ist. Sollte es dieses Buch nicht geben, bitte ich um Vorlage einer entsprechenden Denkschrift des Sicherheitshauptamtes mit Kartenmaterial.« (BArch, NS 19/1527, Bl. 13)<sup>2</sup> Ob eine solche Denkschrift angefertigt wurde, ist mir nicht bekannt. Die Bedenken Himmlers zu Beginn des Zweiten Weltkriegs gegen eine Veröffentlichung des Buches haben offenbar später jedoch keine Rolle mehr gespielt, da es stark gekürzt sogar den Frontsoldaten per Feldpost-Ausgabe zur Verfügung gestellt wurde.

Hinsichtlich des großen Interesses im Amt Rosenberg an Stedings Weber-Dissertation könnte vermutet werden, dass Weber eventuell eine besondere Rolle beizumessen ist. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass Stedings Weber-Präsentation die Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten NS-Weltanschauungsexperten angeheizt hätte, da sich dafür keine Hinweise finden ließen. Allerdings gab es eine sehr scharfe Kontroverse zwischen den genannten und etlichen weiteren Hütern der NS-Ideologie um eine Dissertation über Max Weber, die ein Amerikaner bei Webers Groß-Neffen Eduard Baumgarten geschrieben hatte, was hier aber nicht weiter behandelt werden soll (Klingemann 1996: 179–186).

Helmut Heiber verweist aber in seinem über tausend Seiten dicken Mammut-Werk über Walter Frank und sein *Reichsinstitut* darauf, dass im *Amt Rosenberg* eine Liste der Stedingschen Nietzsche-Ketzereien kompiliert wurde, »und in Bibliotheken, Antiquariaten und beim Verlag bemühte man sich bereits im Dezember 1938 um ein Exemplar von Stedings Schrift über Weber, auf die offenbar ein Kenner aufmerksam gemacht hatte, – dann wurde das dortige, so belastende Vorwort abgeschrieben.« (Heiber 1966: 527) Nur blieb auch das folgenlos. Rosenberg, Heydrich und Himmler hatten wohl andere Sorgen. Allerdings zeigte Hans Frank, sehr erfolgreicher Rechtsanwalt Hitlers in der »Kampfzeit«, inzwischen Generalgouverneur Rest-Polens, ein besonderes Interesse an Weber. Er bezeichnete sich gegen über Marianne und Alfred Weber als Max Weber-Schüler und bat die beiden – vergeblich – um einen Erinnerungstext für seine Zeitschrift anlässlich dessen 20. Todestags (BArch, R 52 II/10, Nr. 0271, 0270, 0267, 0268).

Heydrich starb an den Folgen eines Attentats, Himmler und Walter Frank begingen Selbstmord, Alfred Rosenberg und Hans Frank wurden hingerichtet. Steding war bereits 1938 verstorben, ist aber nach wie vor Gegenstand kontroverser Bewertungen. Er spielt in verschiedenen Diskursen, auch bei prominenten Soziologen, eine erstaunliche Rolle.

## Stedings Reichsidee aus der Sicht der Frankfurter Schule

In seiner Rezension des Stedingschen Buches über das Reich, die im Jahrgang 1939/40 der Zeitschrift für Sozialforschung (Studies in Philosophy and Social Science) erscheint, drängt sich Günther Stern, der spätere Günther Anders, der Eindruck auf, bei diesem Beispiel nationalsozialistischer Metaphysik handle es sich weniger um eine philosophische als um eine psychiatrische Diskussion. Dennoch widmet er dem Buch mehr als fünf Seiten und bescheinigt dem Autor eine außerordentliche philosophische und ganz allgemein intellektuelle Begabung – selbst in ihrer

<sup>2</sup> Es wurde »u. bitte« handschriftlich eingefügt, dafür »sowie« gestrichen.

vermeintlich pathologischen Erscheinungsform. Er bestätigt auch, dass Stedings Fanatismus weder völkischer noch rassistischer Fanatismus sei, sondern im Gegenteil sei er sogar anti-völkisch, weil er eben auf die metaphysische Reichsidee fixiert sei. Stern schließt seine Rezension mit einer Liste von Stedings Hassobjekten, die alle in Reichsfeindschaft ausmünden (Stern 1939/40: 464–469). Ein Jahr später erscheint Adornos Aufsatz »Spengler Today« ebenfalls in der Zeitschrift für Sozialforschung (Studies in Philosophy and Social Science). Darin bescheinigt er der Liberalismus-Kritik Stedings, zusammen mit jener von Ludwig Klages, Arthur Moeller van den Bruck und Ernst Jünger, dass sie in mancher Hinsicht der vom linken Flügel kommenden überlegen sei (Adorno 1941: 318). Mit den Reichsideen von Moeller van den Bruck, Stefan George und anderen beschäftigt sich auch Franz L. Neumann, ein weiterer prominenter Vertreter der Frankfurter Schule, in seinem berühmten Werk *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus*. Er sucht bei Steding nach dessen Letztbegründung des Reichs und sieht sie darin, dass nicht Rasse, Volk oder Staat, sondern nur das Reich bleibe. »Es ist seine eigene Rechtfertigung.« (Neumann 1977: 175) Und unter Bezugnahme auf die Rezension von Stern, der das Verhältnis Martin Heideggers zu seinem »Schüler« Christoph Steding diskutiert, hält Neumann fest: »Die philosophischen Wurzeln dieses Arguments sind in der Existenzphilosophie Heideggers zu finden.« (Neumann 1977: 175) Steding konstruierte aus den Überresten des Heideggerschen transzendentalen Solipsismus einen nationalen Solipsismus. In einem unveröffentlichten Kommentar zu Neumanns *Behemoth* tritt wiederum Max Horkheimer dieser Ableitung der Selbstbegründung des Reichs entschieden entgegen. Abgesehen von der Tatsache, dass Steding bei Heidegger studiert habe, sei es ziemlich schwer, eine solche sehr spezielle Nazi-Ideologie wie das Reich mit Heideggers Lehre zu verbinden (Horkheimer, ohne Datum, in: Erd 1985: 147). Soweit ich sehen kann, hat es nach dieser Auseinandersetzung führender Repräsentanten der Frankfurter Schule mit Steding keine weitere mehr gegeben.

## Politisierung der Wissenschaft und Verwissenschaftlichung der Politik bei Max Weber

Während Steding hier von der Bildfläche verschwindet, ist er in anderen Zusammenhängen, wie in der Weber-Sekundärliteratur präsent. Dabei kommt immer wieder Carl Schmitt ins Spiel. Der hat natürlich die Gelegenheit genutzt, seine eigenen Vorstellungen von Neutralität und Neutralisierungen anlässlich einer Rezension von Stedings Buch im Jahr 1939 auszubreiten (Schmitt 1939). Doch 1948 geht er wegen seiner damaligen Steding-Eloge nun in seinem Glossarium mit sich ins Gericht. In seiner Selbstreflexion über Utopie und humanistische Neutralisierungen heißt es, er müsse »meinen Eifer für das Un-Buch Christoph Stedings besser analysieren« (Schmitt 1991: 95). Während Schmitt nachdenklich wird, gilt er dem international bekannten Weber-Experten, Günther Roth, als jemand, der Weber zwar Hochachtung entgegenbringe, aber eine Nazi-Kritik an Weber repräsentiere, die einige Parallelen zur marxistischen Kritik an Weber aufweise. Da aber Schmitts Kritik schwer zu fassen sei, hält sich Roth an Stedings – wie er sagt – direkte und typische Kritik. Diese, und auch die marxistische, seien sich nämlich einig in ihrer Verwerfung der positivistischen Soziologie, für die Max Weber exemplarisch stehe. Beide Kritik-



Varianten zeichnen sich nach Roth durch eine vulgäre Wissenssoziologie aus. So etwa Steding, wenn er Webers Beschäftigung mit dem Konfuzianismus auf die deutsche Besetzung Ki-autschous zurückführe. Im Zuge seiner Darlegungen zur Parallelität nazistischer und marxistischer Weber-Kritik (Roth 1965: 216–218) erwähnt Roth, ohne ihn einer der beiden Positionen zuzuordnen, auch Wolfgang Mommsen, der Webers soziologische Analyse als politische Ideologie interpretiert habe. Dabei verweist Roth auf die Stellungnahmen zu Mommsens Buch von Reinhard Bendix, Karl Löwenstein und Paul Honigsheim, die es heftig kritisieren (Roth 1965: 220).

In der zweiten überarbeiteten und erweiterten Auflage seines inkriminierten Buchs über *Max Weber und die deutsche Politik* kritisiert Mommsen daraufhin Stedings Weber-Bild als unangemessen und behauptet, dass Steding schon in seinem Buch aus dem Jahr 1932 Weber »aus dem Blickwinkel des Faschismus« (Mommsen 1974: 444) dargestellt habe. Im jetzt folgenden Zitat wird besonders deutlich, dass Mommsens Kennzeichnung von Stedings Weber-Interpretation als »faschistisch« erfolgt, um seine eigene Position zu immunisieren:

»Der Verfasser gesteht, daß ihm nichts ärgerlicher war, als zu sehen, daß die hier erneut vorgelegte Interpretation des Politikers Max Weber von einer Reihe von Autoren, die der neopositivistischen Sozialwissenschaft nahestehen, mit der faschistischen Deutung Stedings und der katholisch-fundamentalistischen Kritik von Leo Strauß und Erich Vögelin zusammengeworfen wurde, während sie gleichzeitig einen objektiven Standpunkt für sich in Anspruch nehmen.« (Mommsen 1974: 455)

Man fragt sich, ob Mommsen nicht seinen Vater, Stedings Doktorvater, hätte konsultieren sollen, inwieweit dieser einen Unterschied zwischen der vermeintlich faschistischen Sichtweise seines Promovenden und der seines Sohns hätte feststellen können. Denn zumindest eine Gemeinsamkeit teilen Mommsen und Steding hinsichtlich der Janusköpfigkeit Webers als Wissenschaftler und als Propagandist einer plebiszitären Führerdemokratie. In ihrem Aufsatz über den Beitrag von Mommsen an der Entstehung der Max Weber-Gesamtausgabe halten Edith Hanke, Gangolf Hübinger und Wolfgang Schwentker fest:

»In diesem Sinne wies Mommsen auch die Kritik namentlich Karl Löwensteins und Günther Roths zurück, er habe in seinem Buch den Politiker mit dem Wissenschaftler Max Weber in eins gesetzt. Diese Trennung hielt er für artifiziell; sie diene nur dazu, das wissenschaftliche Werk Max Webers gegenüber politischen Einwänden zu immunisieren. Für Mommsen stand dagegen außer Frage, dass Webers »soziologisches Werk auf einer spezifischen geistigen und gesellschaftlichen Grundhaltung beruht, die auch eine politische Seite besitzt.« (Hanke et al. 2010: 228)

Damit erscheint Mommsen als der Wiedergänger Stedings. Dem hatte 1933 ein (nur mit dem Kürzel »hu« ausgewiesener) Rezensent seines Weber-Bandes attestiert, es lasse sich bei »ihm eine gewisse Identität von Politik und Wissenschaft nachweisen: die Politik wird scientifiziert, die Wissenschaft politisiert.« (hu 1933: 249)

Aber noch Jahrzehnte nach dem Erscheinen von Stedings Weber-Buch wird die Selbst-Politisierung Webers bestritten, um »linke« Weber-Kritik zu diskreditieren. So charakterisiert René König Siegfried Landshut, der bekanntlich aus Nazi-Deutschland fliehen musste, mit folgenden Worten als intellektuellen Wegbereiter des Nationalsozialismus:

»Die Ideologisierung des Denkens in den zwanziger Jahren ist am Ende so weit getrieben, daß die Ideologien austauschbar werden. Im Jahre 1929 erscheint [sic?] fast gleichzeitig Siegfried Landshuts »Kritik der Soziologie« und Hans Freyers »Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft«. Beide führen sie den Marxschen

Ansatz der Gesellschaftskritik radikal durch, ebenso den Übergang von der Hegelschen Idealdialektik zur klassenkämpferischen Realdialektik von Marx: Beide kämpfen sie gleichermaßen gegen die Tradition des Rationalismus (und damit gegen Max Weber).« (König 1961: 112)<sup>3</sup>

Dieses Urteil fällt König im Jahr 1961. Im selben Jahr erscheint die von ihm mit angenommene Dissertation von Johann Dieckmann unter dem Titel *Max Webers Begriff des »Modernen Okzidentalen Rationalismus«* (Dieckmann 1961). Der andere Referent ist der Kölner Philosophie-Professor Karl-Heinz Volkmann-Schluck, ein literarisch ausgewiesener Nietzsche- und Heidegger-Experte, wenn nicht gar -Verehrer. Die Dissertation von Dieckmann ist sehr stark von dessen Diktion durchdrungen. Aber auch König prägt dem Text seinen Stempel auf. Dieckmann bezieht sich auf die Weber-Darstellung in Christoph Stedings beiden Büchern. Im Hinblick auf den Begriff des Rationalismus, der für seine eigene Dissertation zentral ist, formuliert er dann den Haupteinwand gegen Stedings Weber-Kritik: »Stedings von S.[iegfried] Landshut übernommene Feststellung, der wichtige Begriff des Rationalen im Denken Webers sei vornehmlich ökonomisch bedingt, verkennt, daß Webers Begriff des Rationalismus äußerst vielseitig ist und sich über alle Bereiche des neuzeitlichen kulturellen Lebens erstreckt.« (Dieckmann 1961: 48) Auffällig ist, dass Dieckmann hier keine Quelle angibt. Überdies ist bemerkenswert, dass Landshut, der sich bekanntlich intensiv mit Weber auseinandergesetzt hat, sonst in der ganzen Dissertation nicht herangezogen wird. Ich schließe daraus, dass Königs Einfluss hier wirksam geworden ist.<sup>4</sup> Joachim Radkau hat die »Gestalt von Christoph Steding« als das »merkwürdigste Phänomen der Weber-Rezeption im Nationalsozialismus« bezeichnet (Radkau 2005: 847).<sup>5</sup> Meine Meinung

3 Noch gut zwei Jahrzehnte später ist es König ein Anliegen, die marxistische Fundierung des Freyerschen Nationalsozialismus zu beweisen. Dazu dient ihm Freyers Definition des Verhältnisses von soziologischer Theorie und politischer Praxis, wonach die Theorie zur Praxis werde, wenn sie die Massen ergreife: »Damit hat sich Freyer mit Mitteln des Marxismus die Brücke zum Nationalsozialismus gebaut, und es ist ein Unikum zu sehen, daß dies ausgerechnet mit den Mitteln *des jungen Marx* geschieht, wie das Zitat, »wenn sie die Massen ergreift«, beweist.« (König 1984: 21)

4 Gut 20 Jahre später wird Landshut rehabilitiert, indem König ausgerechnet dessen inkriminiertes Buch *Kritik der Soziologie* aus dem Jahr 1929 als die »wichtigste Veröffentlichung aus der uns hier angehenden Periode der deutschen Soziologie« auszeichnet (König 1984: 19f). Dieser Sinneswandel resultiert daraus, dass König unbedingt Helmut Schelskys These vom Ende der deutschen Soziologie schon vor der nationalsozialistischen Machtübernahme widerlegen will, um seiner immer wieder vorgetragenen Behauptung, die deutsche Soziologie sei um 1933 brutal zum völligen Stillstand gebracht worden, Geltung zu verschaffen. Deswegen hat er auch im Zeitraum von 1959 bis 1984 aus Karl Mannheim erst den Propagandisten der *action directe*, die ein zentrales Element aller Formen des Faschismus bis hin zum Bolschewismus darstelle, und dann den Hoffnungsträger eines sich nun anbahnenden Frühlings der deutschen Soziologie gemacht (Klingemann 2000: 213–218).

5 Auf Radkau wird in dem Wikipedia-Artikel über Christoph Steding verwiesen, wonach Walter Frank, der Herausgeber von *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur*, die Gelegenheit nutzte, um in seinem Vorwort »Max Weber für den Nationalsozialismus zu reklamieren.« (letzter Aufruf 05.03.2015) Auf den angegebenen Seiten bei Radkau (Radkau 2005: 848f) findet man aber keine entsprechende Aussage, vielmehr heißt es: »Implizit reiht Walter Frank mit diesen Worten [»Ritter zwischen Tod und Teufel«] Weber unter die Wegbereiter des Dritten Reiches ein.« (Radkau 2005: 849) Als angeblichen Beleg führt Radkau dabei an: »Darauf verweist Klingemann: Soziologie im Dritten Reich, S. 201f.« (Radkau 2005: 996) Bei mir findet sich jedoch keine noch so kleinste Andeutung diesen Inhalts (Klingemann 1996: 201f). In dem Abschnitt über »Die latente Max-Weber-Konjunktur in NS-Deutschland« verweist Radkau mehrfach auf meine Ausführungen (vgl. Radkau 2005: 846-849), allerdings spreche ich auf den

ist, dass Steding ein denkwürdiges Phänomen nicht nur für die NS-Zeit, sondern bereits in der Weimarer Republik und sogar noch in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Dass Carl Schmitt auch noch nach 1945 nicht mit ihm abgeschlossen hatte, ist bereits erwähnt worden. Aber auch sein Jahrzehnte langer Gesprächs- und Korrespondenz-Partner Johannes Winckelmann konnte den exakt bereits seit zehn Jahren verbliebenen Steding nicht vergessen. Der Max Weber-Forscher und -Herausgeber tauscht sich immer wieder und sehr gründlich mit Carl Schmitt aus, wenn es um seine eigenen Texte über Weber und die Herausgabe der Weber-Werke geht. Anfang März 1948 werden in einem Brief von Winckelmann an Schmitt verschiedene Themen bezüglich der Texte von Weber, Schmitt und Winckelmann selbst angesprochen sowie beklagt, dass Marianne Weber altersbedingt nicht mehr in der Lage sei, weiterhin Weber-Texte publikationsreif zu machen. Auch wird erwähnt, dass der Marburger Soziologe Graf Solms eine kleine Ausgabe mit Weber-Texten sowie eine fast geschlossene Bibliographie seines Schrifttums herausgegeben hat. Daran schließt sich völlig unvermittelt Winckelmanns nach wie vor glühender Ärger über Steding an: »Die Steding'sche Dissertation habe ich auch besessen, habe mich aber über diesen Kerl seinerzeit furchtbar erbost, am meisten über das schamlose Pamphlet, das aus seinem Nachlass einen Guss aus dem Unratkübel auf die spät-abendländische Kultur ausschüttet.« (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Nachlass Carl Schmitt, RW 0265-18089). Winckelmann und Schmitt waren sich nach 1945 in der Ablehnung Stedings einig. Und in dem zukünftig richtigen Umgang mit Max Weber auch. So schreibt Winckelmann im Sommer 1948 an Schmitt bezüglich einer von ihm erarbeiteten Gliederung für eine Neuauflage von »Wirtschaft und Gesellschaft«: »Ich hoffe, dass Sie mir darin recht geben werden.« (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Nachlass Carl Schmitt, RW 0265-421). Winckelmann bedankt sich überdies bei Schmitt für eine außerordentliche Anregung bezüglich seines geplanten Aufsatzes über Legitimität und Legalität in Max Webers Herrschaftssoziologie, die »ein Zeugnis höchst individuellen Gedankenaustausches« darstelle. Was an Max Weber Interessierte nach 1945 Neues auf Deutsch lesen konnten, war also hauptsächlich von Winckelmann-Schmitt inspiriert. Schmitts Einfluss auf die frühe Nachkriegsrezeption Webers ist meiner Meinung nach bislang nicht hinreichend beachtet worden. Andererseits wird Stedings Weber-Präsentation in jüngerer Zeit sehr gelobt (vgl. Schönberger 2007: 157, 167).

---

fast 50 Seiten des Kapitels »IX. Max Weber in der Reichssoziologie« (Klingemann 1996: 171–216) nicht von einer latenten, sondern von einer höchst manifesten Max Weber-Konjunktur im Dritten Reich.

## Literatur

- Adorno, T. W. 1941: Spengler Today. *Zeitschrift für Sozialforschung* (Studies in Philosophy and Social Science), 9. Jg., 305–325.
- Bundesarchiv Berlin, NS 19/1527, Bl. 7: Der Reichsführer SS an den Reichsführer SS, 19. Januar 1939 (Durchschlag).
- Bundesarchiv Berlin, NS 19/1527, Bl. 11f. Der Reichsführer SS an den Reichsführer SS, 19. Januar 1939 (Durchschlag).
- Bundesarchiv Berlin, NS 19/1527, Bl. 13: Der Reichsführer SS an Lieber Heydrich!, 1. Februar 1939 (Durchschlag).
- Bundesarchiv Berlin R 52 II/10, Nr. 0271, 0270, 0267, 0268: Hans Frank an Marianne Weber, 9. November 1944 und an Alfred Weber, 9. November 1944 (jeweils Durchschlag); Marianne Weber an Hochgeehrter Herr Generalgouverneur!, 22.11.1944; Alfred Weber an Herrn Generalgouverneur Dr. Frank, 19. November 1944.
- Dieckmann, J. 1961: Max Webers Begriff des »Modernen Okzidentalen Rationalismus«. Düsseldorf: Zentral-Verlag für Dissertationen Tritsch.
- Erd, R. (Hg.) 1985: Reform und Resignation. Gespräche über Franz L. Neumann. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frank, W. 1938: Christoph Steding. Ein Denkmal. In Ch. Steding 1942, Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt, XL–XLVIII.
- Hanke, E., Hübinger, G., Schwentker, W. 2010: Die Entstehung der Max Weber-Gesamtausgabe und der Beitrag von Wolfgang J. Mommsen. In Ch. Cornelißen (Hg.), *Geschichtswissenschaft im Geist der Demokratie. Wolfgang J. Mommsen und seine Generation*. Berlin: Akademie Verlag.
- Heiber, H. 1966: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Hennis, W. 1998: Er war der Lebende unter den Schatten. Aber unter den Auslegern Max Webers tummeln sich Totengräber und Leichenfledderer. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. Oktober 1998, Nr. 231, L44.
- Heuss, Th. 1939: Politische oder polemische Wissenschaft. Zu Christoph Stedings Werk. *Das Deutsche Wort* (1939/5), 257–267.
- hu 1933: Rezension von Ch. Steding: Politik und Wissenschaft bei Max Weber. *Weltwirtschaftliches Archiv*, 37. Bd. (1933 I), 249.
- Klingemann, C. 1996: *Soziologie im Dritten Reich*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Klingemann, C. 2000: Zur Rezeption von Karl Mannheim im Kontext der Debatte um Soziologie und Nationalsozialismus. In M. Endreß, I. Srubar (Hg.), *Karl Mannheims Analyse der Moderne. Mannheims erste Frankfurter Vorlesung von 1930 – Edition und Studien. Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1996*. Opladen 2000: Leske+Budrich.
- König, R. 1961: Zur Soziologie der zwanziger Jahre. In L. Reinisch (Hg.), *Die Zeit ohne Eigenschaften. Eine Bilanz der zwanziger Jahre*. Stuttgart: W. Kohlhammer, 82–118.
- König, R. 1984: Über das vermeintliche Ende der deutschen Soziologie vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 36. Jg., 1–42.
- Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Nachlass Carl Schmitt, RW 0265-18089; Johannes Winkelmann an Carl Schmitt, 11. März 1948.
- Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Nachlass Carl Schmitt, RW 0265-421; Johannes Winkelmann an Carl Schmitt, 19. Juli 1948.
- Mommsen, W. J. 1974: *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Neumann, F. 1977: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1945*. Köln, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Radkau, J. 2005: *Max Weber. Die Leidenschaft des Denkens*. München, Wien: Carl Hanser.

- Roth, G. 1965: Political Critiques of Max Weber: Some Implications for Political Sociology. *American Sociological Review*, Vol. 30, 213–223.
- Schmitt, C. 1939: Neutralität und Neutralisierungen. Zu Christoph Stedings »Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur«. In *Deutsche Rechtswissenschaft*, 4. Bd., 97–118.
- Schmitt, C. 1991: Glossarium. Aufzeichnungen aus den Jahren 1947–1951. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schönberger, Ch. 2007: Max Webers Demokratie: Utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft. In A. Anter, St. Breuer (Hg.), *Max Webers Staatssoziologie. Positionen und Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 157–174.
- Steding, Ch. 1932: *Politik und Wissenschaft bei Max Weber*. Breslau (Nachdruck 2011, Neustadt an der Orla: Arnshaugk).
- Steding, Ch. 1942: *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur*. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt.
- Stern, G. 1939/40: Rezension von Ch. Steding: *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur*. *Zeitschrift für Sozialforschung (Studies in Philosophy and Social Science)*, 8. Jg., 464–469.

# Der andere »amerikanische« Max Weber

## Hans Gerths und C. Wright Mills' »From Max Weber« und dessen deutsche Rezeption

Oliver Neun

*Beitrag zur Veranstaltung »Neue Ergebnisse der Max Weber-Forschung« der AG Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie Sektion Wissenschafts- und Technikforschung – organisiert von Peter-Ulrich Merz-Benz*

Als Hans Gerth 1978 stirbt, wird dies wie Ruth Meyer in ihrem Nachruf feststellt, in der deutschen Soziologie kaum beachtet: »Er scheint gewissermaßen aus der Geschichte unserer Wissenschaft und aus dem Bewußtsein des Großteils ihrer derzeitigen Vertreter herausgefallen zu sein.« (Meyer 1980: 195)<sup>1</sup> Ein möglicher Grund dafür ist seine verspätete Rückkehr aus dem amerikanischen Exil 1971, ein anderer, dass er keiner theoretischen Richtung zuzurechnen ist (Greffrath 1979: 101), wie Gerth in einem Interview kurz vor seinem Tod selbst anmerkt: »Ich habe mich nie für solche Schulen oder Sekten begeistern können. Was mir noch am besten gestanden hat, war diese Mannheimsche Essayistik, obwohl ich das gar nicht kann. – Nein, ich bin immer ein Zwischenmensch geblieben.« (Greffrath 1989: 92)

In den USA werden dagegen nach seinem Tod in New York eine Gedenktagung und im Rahmen des Kongresses der »American Sociological Association« (ASA) ein Seminar zu seinen Ehren abgehalten. Besonders bekannt geworden ist Gerth dort durch seinen zusammen mit C. Wright Mills herausgegebenen Reader »From Max Weber« (Gerth, Mills 1946),<sup>2</sup> der nach Talcott Parsons' Übersetzung von Webers »Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« der »second mayor step forward for Weber's American readership« ist (Scaff 2006: 80; Weber 1930;

---

1 Diese Situation hat sich seitdem kaum verändert, bei einer Darstellung der Geschichte der Frankfurter Soziologie wird Gerth zum Beispiel nur kurz unter dem Schülerkreis von Karl Mannheim erwähnt (Ilieva 2010). In dem Band »Frankfurter Kultur- und Sozialwissenschaften nach 1945« ist ebenfalls keine Arbeit zu ihm oder seinem Werk enthalten (Faber, Ziege 2008).

2 In diesem Aufsatz wird trotz der Auseinandersetzungen zwischen Hans Gerth und C. Wright Mills um die Frage ihres Beitrages zu dem Werk durchgängig von dem Buch bzw. der Einleitung von Gerth und Mills gesprochen, da Gerth dieser Zuschreibung vor der Veröffentlichung zustimmte (Oakes, Vidich 1999).

Oakes, Vidich 1999: 8) und schon direkt nach dem Erscheinen 1946 für die Auswahl der Texte sowie für die Einleitung gelobt wird (Neumann 1946/1947; Merriam 1947).

Auch von späteren Weber-Interpreten wird auf dieses Werk verwiesen,<sup>3</sup> Reinhard Bendix (1960: 19) hebt es zum Beispiel in seiner intellektuellen Biographie Webers als einen der wichtigsten Überblicke über dessen Arbeiten hervor (auch Horowitz 1962: 106; Coser 1977: 217, 234; Collins 1986: 125; Sica 2004: 15; Müller, Sigmund 2014: 7). Michael Burawoy (2008: 368, 2013) bezeichnet das Buch neuerdings als maßgebliche Kompilation der Weberschen Schriften, das ihn in seinem Konzept der »public sociology« beeinflusst. Der Band ist zudem weiter in Druck und 2009 in einer Wiederauflage mit einem neuen Vorwort von Bryan Turner (2009) erschienen (Weber 2009, 2014).

Die Wirkung des Readers ist aber nicht nur auf die amerikanische Soziologie beschränkt, sondern er zählt auch in Großbritannien »zu den bekanntesten und meistgelesenen Einführungen in Webers Schriften in englischer Sprache« (Albrow 1989: 173), zudem wird er in mehrere andere Sprachen wie das Japanische, das Portugiesische, das Chinesische und das Türkische übersetzt (Ibaraki 1989; Hanke 2014: 5). Bei einer Umfrage der »International Sociological Association« (1998) aus dem Jahre 1997 zu den wichtigsten soziologischen Büchern des Jahrhunderts belegt es deshalb – als einziges Werk, das zum großen Teil aus Übersetzungen besteht – den 88. Platz.

Die Interpretation Webers von Gerth und Mills ist von theoretischer Bedeutung, da sie einen Kontrast zur einflussreichen Weber-Rezeption von Parsons (1947, 1949, 1963) bildet (Bensman 1982; Turner 2009: XIV). Randall Collins spricht daher von einem »struggle« innerhalb der englischsprachigen Weber-Forschung: auf der einen Seite die Sichtweise dieses Klassikers als »neo-idealist sociologist of rationalization« und »sociologist of culture«, auf der anderen Seite die als »materialist conflict theorist«, wobei die erste Position unter anderem von Parsons und Edward Shils und die zweite Gerth und Mills vertreten wird (Collins 1986: 125; auch Bensman 1982: 225; Swidler 1993: IXf.).<sup>4</sup>

In Deutschland ist diese alternative Lesart von Gerth und Mills jedoch fast gänzlich unbekannt, obwohl sie in frühen deutschen Arbeiten zur amerikanischen Weber-Interpretation noch erwähnt wird.<sup>5</sup> Der Fokus liegt dagegen auf der Beschreibung der Weber-Rezeption durch Parsons, die unter anderem die Arbeiten von Wolfgang Schluchter, Jürgen Habermas und von Friedrich H. Tenbruck beeinflusst hat (Zingerle 1981; Käsler 1978, 2003; Collins 1986: 162, 62;

---

<sup>3</sup> In der ersten Phase der amerikanischen Weber-Rezeption ist die Interpretation von Gerth und Mills deshalb sehr einflussreich (Roth 1977: 91).

<sup>4</sup> Diese Zweiteilung der amerikanischen Weber-Rezeption von Collins ist aber eine Vereinfachung. Horowitz (1964a) unterscheidet noch zum Beispiel als dritte Variante die Weber-Interpretation von Robert Merton. Diese ist jedoch ebenfalls durch Gerth beeinflusst worden, der 1938 für drei Monate an der »Harvard«-Universität lehrt und in dieser Zeit ein privates Weber-Seminar für junge Harvard-Instruktoren gibt, das Merton besucht (Gerth 2002: S. 73). Der Weber-Ansatz von Reinhard Bendix (1960: 7) wäre ebenfalls genauer von dem von Parsons zu unterscheiden (Roth 2006), wobei aber auch hier eine Verbindung zu Gerth vorliegt, da er mit Bendix befreundet ist und dessen intellektuelle Biographie zu Weber Korrektur liest (Gerth 2002: 125).

<sup>5</sup> Reinhard Bendix und Guenther Roth (1959: 51) zum Beispiel bezeichnen in ihrem Überblick zur amerikanischen Weber-Rezeption den Band von Gerth und Mills als »sehr wichtig« für die empirische Forschung.

Hennis 1987: 203f.; 2003: 77, 117; Gerhardt 2002a, 2006; Kaube 2014).<sup>6</sup> Weber gilt daher in Deutschland lange »als bloßer Vorläufer und Gewährsmann der herrschenden Soziologie, zumal des Strukturfunktionalismus«, während gegenteilige Interpretationen kaum beachtet werden (Tenbruck 1989: 90).<sup>7</sup>

Die Betrachtung der unterschiedlichen Sichtweisen von Weber ist nicht nur von soziologischer und -theoretischer Relevanz, da der »Kampf um Weber« für die Ausrichtung der zeitgenössischen Soziologie generell von Bedeutung ist, weil »der, dem es gelingt, seine Interpretation Webers durchzusetzen, auch den weiteren Weg der Sozialwissenschaft bestimmen könnte« (Hennis 2003: 89). Die Weber-Lesart von Parsons steht zum Beispiel, wie David Zaret anmerkt, »in einem engen Zusammenhang mit seiner wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Strategie«, wozu die Abgrenzung von Fachvertretern zählt, »die in der Soziologie in erster Linie ein praktisches Instrument der politisch-sozialen Veränderung sahen und weit geringeren Wert darauf legten, sie als eine rein wissenschaftliche Disziplin zu betrachten« (Zaret 1994: 342f., 341; auch Erdelyi 1992: 122; Turner 1994: 317). Deshalb wird in den USA, wie in Deutschland, die Gestalt der Wissenschaft »Soziologie« durch die Rezeptionsgeschichte Webers maßgeblich mitdefiniert (Scaff 2013: 10).

In dem Aufsatz sollen deshalb zunächst die Entstehung des Bandes »From Max Weber« und im Folgenden die theoretischen und disziplinpolitischen Unterschiede zwischen der Weber-Interpretation von Gerth/Mills und von Parsons behandelt werden, wobei letztere Position kürzer dargestellt wird, da sie als bekannter vorausgesetzt werden kann (Turner 1994; Gerhardt 2006).<sup>8</sup> Im Folgenden soll der frühen deutschen Rezeption von Gerths und Mills' Thesen und den Gründen für die spätere geringe Wirkung nachgegangen werden.<sup>9</sup> Überlegungen zu den Folgen der Nichtbeachtung dieser alternativen Lesart von Weber für die deutsche Forschung sollen den Artikel beschließen.

<sup>6</sup> Der Einfluss von Parsons zeigt sich zum Beispiel bei einem Kolloquium zu seinen Ehren in Heidelberg 1979, an dem Wolfgang Schluchter (1980), Niklas Luhmann (1980) und Habermas (1980) teilnehmen. Es besteht auch eine direkte Verbindung von Parsons zur »Max-Weber-Gesellschaft« und zur späteren »Max Weber Gesamtausgabe« (MWG) (Gerhardt 2006: 107f.), bei der Schluchter Mit-Herausgeber ist. Eine durch Merton angeregte, konfliktsoziologische Richtung der deutschen Weber-Forschung stellen dagegen die Arbeiten des vor kurzem verstorbenen Soziologen Rainer Mario Lepsius (1990) dar (Roth 2003: 27).

<sup>7</sup> Hennis (2003: 127, 89) mahnt deshalb eine, in der amerikanischen Soziologie schon erfolgte »Entparsonisierung«, der »jüngere[n] deutsche[n] Weber-Orthodoxie« an. Die weiter bestehende Wirkung Schluchters wird aber in dem Band »Aspekte des Weber-Paradigmas« deutlich, in dem nur Studien versammelt sind, die sich an sein Programm anschließen (Albert et al. 2006). Die fortwährende, durch Parsons angeregte Interpretation Webers als »Theoretiker« zeigt sich auch in den Arbeiten von Thomas Schwinn (2001, 2014).

<sup>8</sup> Die soziologiegeschichtlich ausgerichteten Werke von Oakes, Vidich (1999) und Scaff (2006, 2011, 2013) behandeln diese theoretischen Differenzen zwischen der Weber-Interpretation von Gerth/Mills und von Parsons nicht. Hier wird dagegen eine systematischere Intention verfolgt.

<sup>9</sup> Generell liegen wenige Arbeiten zur (deutschen) Rezeptionsgeschichte von Weber vor (Käsler 1978, 2002: XXXIII; Borchardt 2006; Steinert 2010; Kruse, Barrrelmann 2012: 137). Käslers (2006) nennt in seiner Übersicht über wichtige nationale Weber-Forscher auch Gerth, er geht aber selbst in seinem Aufsatz nur auf Eduard Baumgarten, Johannes Winckelmann und Friedrich H. Tenbruck genauer ein.



## Entstehung von Hans Gerths und C. Wright Mills' »From Max Weber«

Hans Gerth liest schon in seiner Schulzeit Webers Vorlesung »Politik als Beruf« und beschließt daraufhin, bei diesem in Heidelberg zu studieren (Gerth 2002: 23). Als er erst nach seiner Ankunft 1927 erfährt, dass Weber schon mehrere Jahre tot ist, belegt er auf Empfehlung von Arnold Bergstraesser Kurse bei Karl Mannheim und arbeitet an dessen Werk »Ideologie und Utopie« mit (Greffrath 1989: 58f.). Nach Mannheims Wechsel nach Frankfurt folgt er ihm dorthin und hat dort Kontakt zu Mitgliedern des »Instituts für Sozialforschung« wie Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Ernst Fromm, an deren Seminaren er teilnimmt (Greffrath 1989: 61). Nachdem Gerth schließlich 1937 in die USA emigrieren muss,<sup>10</sup> wird er nach mehreren Zwischenstationen 1940 »assistant professor« für das Gebiet »Sozialpsychologie« an der Universität von Wisconsin in Madison (Martindale 1982: 27). Er gibt dort aber auch einen Kurs zum Thema »Social Stratification«, durch den er C. Wright Mills kennenlernt, der diesen besucht, obwohl er nicht offiziell Student von Gerth ist (Martindale 1982: 154).

Die erste gemeinsame Weber-Übersetzung von ihnen, Webers Kapitel »Klassen, Stand, Parteien« aus dem zweiten Band von »Wirtschaft und Gesellschaft«,<sup>11</sup> das Gerth ursprünglich nur als Lektürematerial für seine Veranstaltung ins Englische überträgt (Martindale 1982: 154), erscheint im Oktober 1944 in der intellektuellen Zeitschrift »Politics«, wobei schon die spätere Interpretation von Gerth und Mills von Weber zu erkennen ist.<sup>12</sup> Mills (Mills-Macdonald, 26. November 1943, DMP) bezeichnet den Text zum Beispiel in einem Brief an den Herausgeber des Magazins Dwight MacDonal als »one of the very best results of the movement called ›Marxism‹«. <sup>13</sup> In ihren Vorbemerkungen zu der Übersetzung von Weber weisen sie ebenfalls auf die Parallelen zu Marx hin, mit dem Weber das Interesse an der Ökonomie teile (Gerth, Mills 1944).<sup>14</sup>

10 Gerth versucht für die Flucht in die USA finanzielle Hilfe vom »Institut für Sozialforschung« zu erhalten, was Max Horkheimer wegen dessen schlechter ökonomischen Situation aber ablehnen muss (Adorno, Horkheimer 2003: 453, 485).

11 In der »Max Weber Gesamtausgabe« (MWG) werden die beiden Teile von »Wirtschaft und Gesellschaft« auf verschiedene Bände aufgeteilt, da nicht mehr von einer Einheit des Werkes, das heißt von dem noch von Weber selbst für den Druck vorbereiteten Manuskript und den Manuskripten aus dem Nachlass, ausgegangen wird. Hier wird im Folgenden an der alten Bezeichnung »Wirtschaft und Gesellschaft« für beide Abschnitte festgehalten, da dies die Textgrundlage für die Übersetzungen und für die Rezeption Webers in den USA ist.

12 Die erste Frucht der Zusammenarbeit von Gerth und Mills ist jedoch eine Kritik an James Burnhams (1941) These der »managerial revolution«, die im Januar 1942 erscheint und die auf den Diskussionskontext hindeutet, in dem Weber von ihnen rezipiert wird. Sie beobachten dort zum Beispiel die generelle Tendenz, die moderne geschichtliche Entwicklung als Anwachsen der Bürokratien zu interpretieren und weisen auf die Theorie Webers, aber auch auf die von Thorstein Veblen und von Burnham hin (Gerth, Mills 1963: 53).

13 Mills gibt in dem Brief ebenfalls schon erste Hinweise auf die Arbeitsteilung zwischen ihm und Gerth. Seine Aufgabe ist es allein, wie er an MacDonal schreibt, die Übersetzung von Gerth zu überarbeiten und »some of the Teutonic aspects« abzumildern, da er selbst nicht über genügend Deutschkenntnisse verfügt (Mills-MacDonald, 26. November 1943, DMP).

14 Die positive Einschätzung Webers bleibt aber nicht unwidersprochen. Meyer Schapiro (1945: 44) antwortet auf den Artikel von Gerth und Mills in »Politics« mit einer Replik, in der er sich hauptsächlich mit Webers politischer Einstellung auseinandersetzt und ihn dabei als »intense nationalist« sowie als Vorläufer der Nazis bezeichnet: »We can easily understand how, with his fear of the left and his respect for the strong leader with

Sie haben zu der Zeit bereits Pläne für ein größeres Buch zu Weber, dessen Konzept Mills (Mills-MacDonald, 20. Juni 1944, DMP) in einem Brief an MacDonald so erläutert: »We'll do key passages from all of Weber's work: about 300 pages of it in all and forty page introduction by G and myself.« Am Ende der Ausgabe von »Politics«, in der ihre Übertragung von Webers »Klassen, Stand, Parteien« erscheint, erscheint auch eine Ankündigung für dieses Werk, was aber zum Konflikt mit Edward Shils führt, der parallel ein ähnliches Vorhaben verfolgt (Oakes, Vidich 1999; Scaff 2013). Mills weist in einem Schreiben an Gerth auf diese Konkurrenzsituation zwischen ihnen und Shils sowie Talcott Parsons hin: »Surely you knew that a lot of guys, Shils and Parsons, especially, were not going to wire congratulations upon hearing that we got out an edition of Weber.« (Mills, Mills 2000: 74) Er berichtet Gerth in einem späteren Brief vom 20. November 1944 auch, dass er bei einem Besuch in New York mitbekommen habe, dass Robert Merton überrascht gewesen sei, dass ihr Buch erscheint, weil er glaubte, dass dies Thema Parsons' Gebiet sei und dieser deswegen ärgerlich sei (Oakes, Vidich 1999: 36).

### Talcott Parsons' Weberinterpretation in »The Structure of Social Action« und »«The Theory of Social and Economic Organization«

Parsons' Werk ist für die amerikanische Weber-Rezeption von besonderer Bedeutung. Zwar stammt die erste englische Übersetzung eines Buches von Weber (1927, 1930) von Frank Knight 1927, Parsons' Übertragung von »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« erscheint aber kurz danach 1930. Starke Einfluss auf die Weber-Forschung in den USA übt er zudem durch seine Interpretation in dem 1937 veröffentlichten Buch »The Structure of Social Action« aus,<sup>15</sup> in dem er die These der Entwicklung einer »voluntarischen Handlungstheorie« bei verschiedenen Autoren, unter anderem bei Weber vertritt (Parsons 1949a: 11).<sup>16</sup>

Webers Werk besitzt für sein Theorieprojekt eine zentrale Bedeutung, da dessen Handlungssystem für Parsons (1949: 686) das »most complete of any encountered thus far« ist, dieses ihm aber nicht weit genug geht. Er hebt zwar die Nützlichkeit der empirischen Generalisierungen von Weber hervor, sein Ziel ist jedoch die Erarbeitung von »analytischen Konzepten«, die auf

---

›charismatic‹ qualities, capable of inspiring an irrational devotion, he came to speak in a way that anticipates the Nazis.« Die Auseinandersetzung um die politische Verortung Webers ähnelt damit der späteren deutschen Diskussion nach der Veröffentlichung von Wolfgang Mommsens (1958) Buch »Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920«.

15 Theoretischer Ausgangspunkt von Parsons (1949a: 238) ist die (Hobbessche) Frage, wie Ordnung möglich ist, wobei eine der Möglichkeiten dafür für ihn die »integration of ultimate ends into a common system« ist.

16 Dieser gemeinsame Prozess ist nach Parsons (1949a: 12, 14, 27, 775) ein Beleg für den Fortschritt in den Wissenschaften, weshalb er sich von der Wissenssoziologie abgrenzt. Auch in der Methode zieht er eine Trennlinie zu einem wissenssoziologischen Vorgehen, da er zwar einen Zusammenhang zwischen der Weltanschauung eines Forschers und seiner theoretischen Überzeugungen erkennt, diesem in seinem Buch aber nicht nachgeht: »Consideration of these would be essential to a complete account of the development of his scientific theories. But the present task is not to arrive at an account which is complete, only at one involving the limitations which have been stated. This other would be a phase of *Wissenssoziologie* and as such falls outside the scope of this study.« (Parsons 1949a: 27)

diesen Verallgemeinerungen aufbauen (Parsons 1949a: 34). Das Vorbild sind für ihn dafür die Wirtschaftswissenschaften, die eine solche Theorie bereits entwickelt haben (Parsons 1949a: 598).<sup>17</sup>

In seiner genaueren Analyse der Weberschen Werke identifiziert er eine theoretische Entwicklung von marxistischen Ideen weg, da Weber zu Beginn seiner Arbeit materialistisch ausgerichtet sei, nach seinem psychischen Zusammenbruch aber seine Position verändert und ein Interesse am modernen Kapitalismus, eine »anti-Marxian interpretation« davon und methodologische Überlegungen dazu entwickelt habe (Parsons 1949a: 503). Bei letzterem Punkt hebt Parsons (1949a: 530) insbesondere Webers komparative Religionssoziologie hervor, die ihm methodologisch am interessantesten erscheint.<sup>18</sup>

In diesem Kontext behandelt er Webers Begriff der »legitimen Order« genauer und sieht dabei im Sinne seiner »Konvergenztheorie« Parallelen zu den Thesen Emilè Durkheims, da er darunter ein System von Normen versteht, das das Verhalten der Menschen regelt (Parsons 1949a: 661). Zudem lassen sich für ihn die drei Handlungstypen Webers – affektiv, wertrational und religiös – auf einen gemeinsamen Nenner zurückführen, wofür das »Charisma«-Konzept entscheidend ist, das er mit »Legitimität« verbindet und deshalb mit Durkheims Idee des »Heiligen« vergleicht (Parsons 1949a: 662f., 669). Eine weitere Übereinstimmung zu Durkheim zeigt sich in Parsons' (1949a: 670) Erklärung der Rolle der Religion bei Weber: »For one of his most fundamental results is that of the dominant role of religious ideas and value attitudes – specific embodiments or values of charisma – which are *common* to the members of a great social movement or a whole society«.

Nach der Veröffentlichung von »The Structure of Social Action« arbeitet Parsons seit 1939 an der Übersetzung von Webers »Wirtschaft und Gesellschaft«, dessen erster Teil 1947 mit einer einflussreichen Einleitung von ihm erscheint (Scaff 2011: 234; Zingerle 1981: 17).<sup>19</sup> Darin greift er stark auf seine Überlegungen aus seinem früheren Buch zurück, das zwei Jahre später in einer zweiten Auflage erscheint (Parsons 1949a). Er interpretiert zum Beispiel Weber, wie schon der amerikanische Titel der Übersetzung »The Theory of Social and Economic Organization« andeutet, weiter als »Theoretiker« (Zingerle 1981: 56; Erdelyi 1992: 113).<sup>20</sup>

17 Die Soziologie ist für Parsons (1949a: 772) aber, entgegen der zu diesem Zeitpunkt dominierenden Auffassung, eine von der Ökonomie zu unterscheidende Disziplin. Er vertritt diese Position ebenfalls später in seinem zusammen mit Neil Smelser verfassten Werk »Economy and Society« (Parsons, Smelser 1956).

18 Diese Religionssoziologie Webers wurde für ihn in der bisherigen englischsprachigen Diskussion bisher kaum berücksichtigt, da die entsprechenden Werke noch nicht übersetzt worden sind (Parsons 1949a: 530).

19 Parsons (1949b) fasst die Einleitung aber schon 1941, weshalb sie hier in Anschluss an »The Structure of Social Action« behandelt wird, obwohl sie erst kurz nach der Veröffentlichung von »From Max Weber« erscheint. Dass Parsons an dieser Übersetzung arbeitet, ist Mills auch bereits seit spätestens Oktober 1943 bekannt (Mills, Mills 2000: 159). Parsons verteilt zudem schon vor der Publikation von »The Theory of Social and Economic Organization« freigiebig Manuskripte unter anderem an Howard Becker und Robert Merton, die sie ihren Studierenden zugänglich machen (Scaff 2006: 61f.).

20 Parsons wählt diesen Titel, obwohl Weber (2013: 216) in seiner Vorbemerkung zu dem Kapitel »Soziologische Grundkategorien des Wirtschaftens« explizit anmerkt, dass er keine »Wirtschaftstheorie« betreibt. Weitere Aspekte aus seinem Werk »The Structure of Social Action«, auf die Parsons (1947b: 75f., 6, 8) in der Einleitung zurückgreift, sind aber unter anderem der Vergleich Webers mit Durkheim und der Fokus auf die Religionssoziologie bzw. die Methodologie Webers.

In bestimmten Punkten erweitert er jedoch seine bisherige Interpretation: er betont nun die Parallelen der Weberschen Analyse zur orthodoxen wirtschaftswissenschaftlichen Theorie, was Weber von »heterodoxen Ökonomen« wie zum Beispiel Thorstein Veblen unterscheidet (Parsons 1947b: 39). Auch beabsichtigt für ihn Weber im Unterschied zu Veblen nicht die Ökonomie durch seine Thesen zu ersetzen (Parsons 1947b: 31). Ein weiterer neuer Aspekt ist, dass laut Parsons (1947b: 78) für Weber nicht der Kapitalismus, sondern die moderne westliche Zivilisation im Analysefokus steht, obwohl er diese selbst als Kapitalismus bezeichnet.<sup>21</sup>

## Hans Gerths und C. Wright Mills' Weberinterpretation in »From Max Weber« und späteren Arbeiten

Die Weber-Interpretation von Gerth und Mills in dem Band »From Max Weber«, der 1946 erscheint, ist explizit gegen diese Lesart von Parsons gerichtet.<sup>22</sup> Gerth lehnt zum Beispiel noch in einem Interview 1977 kurz vor seinem Tod die Parsonssche Theorie vehement ab:

»Structure and Function, Spencer durch Parsons veredelt. Das pustet man durch, durch diese Typologien und Schematismen. Was kommt dabei raus? – Parsons systematisiert und baut genau wie früher die Philosophen ein System, und diese Art der Logifizierung der Soziologie durch diesen Betrieb von Shils und Parsons...ich kann das gar nicht lesen.« (Greffrath 1989: 85)

Er glaubt auch nicht, dass Parsons' Konzept großen Einfluss hatte: »Man macht da eine reverente Verbeugung und macht sonst, was man will. Aber dass das besonders Furore macht, finde ich nicht. Man sah doch ziemlich bald, wie unwirklich, wie skeletthaft diese Begriffsauftürmerei wirkt, wenn es um ein konkretes historisches Gesellschaftsgefüge geht.« (Greffrath 1989: 85f.) Er selbst ist grundsätzlich skeptisch gegenüber der Möglichkeit einer »grand theory« (Greffrath 1989: 92) und mochte an Weber gerade, dass dieser ein Bewusstsein dafür hatte, dass die Gesellschaft reicher ist als die zu ihrer Beschreibung benutzten Abstraktionen (Greffrath 1979: 100).<sup>23</sup>

<sup>21</sup> Auf den vierten Abschnitt »Stände und Klassen« aus »Wirtschaft und Gesellschaft« geht Parsons (1947b: 30) nur kurz in einer Fußnote ein: »Chap. IV constitutes a fragmentary beginning of a similar analysis of social stratification. It is, however, too fragmentary to justify extended critical comment.«

<sup>22</sup> Nach dem Erscheinen von »From Max Weber« und »The Theory of Social and Economic Organization« werden beide Bücher auch von mehreren Rezensenten miteinander verglichen (Honigsheim 1947; Jenks 1948). Die Spannungen zwischen Parsons und Gerth/Mills sind aber nicht auf den ersten Blick zu erkennen, da Parsons (1947a, 1947b: VI) eine positive Besprechung zu »From Max Weber« veröffentlicht und in seiner Einleitung zu »The Theory of Social and Economic Organization« ebenfalls affirmativ auf die Übersetzungen von Gerth und Mills verweist. Parsons' (1947: 239) Rezension des Werkes deutet jedoch indirekt auf seine eigene Interpretation voraus, wenn seine Kritik lautet, dass dieses nicht ausreichend Weber als »technical theorist of social phenomena« beleuchte.

<sup>23</sup> Von Gerth übersehene Gemeinsamkeiten zwischen ihm und Parsons zeigen sich aber in der Analyse des nationalsozialistischen Regimes, mit der sich Parsons in den Jahren 1938 bis 1945 verstärkt beschäftigt und in der er sich auf Webersche Kategorien stützt (Gerhardt 2002b). In seinem Aufsatz »Max Weber and the Contemporary Political Crisis« aus dem Jahre 1942 verweist Parsons dabei explizit auf Gerths (1940) Beschreibung der NSDAP als Verbindung charismatischer und bürokratischer Elemente (Parsons 1969: 117). Parsons (1969: 62f.)

Schon Mills kontrastiert in einem Brief an Dwight Macdonald vom 10. Oktober 1943 ihre Übersetzung von Webers »Klassen, Stand, Parteien« mit der des ersten Teils von »Wirtschaft und Gesellschaft« von Parsons: »The son of a bitch translated is to as to take all the guts, the radical guts, out of it, where our translation doesn't do that!« (Mills, Mills 2000: 53)<sup>24</sup> In dem geplanten Aufbau des Buches »From Max Weber«, den er in einem Brief an Gerth skizziert, zeigen sich weitere Unterschiede, da er statt eines Systems eher verschiedene Themen sieht, die sich durch das Werk Webers durchziehen. Er schlägt deshalb vor, für jede Sektion jeweils drei Stichwörter als Zwischenüberschriften zu verwenden, um diese Verbindungen aufzuzeigen:

»Then the volume as a whole ›exhausts‹ the combinations and permutations of Weber's main variables. This would give an architectonic shape to the whole and would knit our selections together without ›closing the system›, but rather to the contrary, this arrangement makes explicit the multi-perspectivism which is at least one thing we want to show up (as against Parsons etc. with their formalized SYSTEMS of every goddamned thing that anybody tries to do something with).« (Mills-Gerth, undatiert, zit.n. Oakes, Vidich 1999: 19)

Dieser ambitionierte Vorschlag von Mills wird von ihnen zwar nicht weiterverfolgt, sie teilen die Übersetzungen Webers aber nur in vier Abschnitte ohne weitere Systematisierung ein und setzen zudem in der Auswahl der Texte andere Schwerpunkte als Parsons, da sie zum Beispiel die für diesen grundlegenden soziologischen Grundbegriffe Webers aus dem ersten Teil von »Wirtschaft und Gesellschaft« oder methodologische Schriften Webers nicht aufnehmen.<sup>25</sup>

In der hauptsächlich von Gerth verfassten Einleitung – Mills besteht aber darauf, als Mitautor genannt zu werden (Martindale 1982: 161; Gerth 2002: 191) – sind weitere Differenzen zu Parsons zu erkennen. Sie gliedern diese zum Beispiel in drei Kapitel ein, wovon zwei jeweils die Biographie Webers und dessen politische Auffassungen behandeln, womit sie anders als Parsons das aktive Engagement Webers hervorheben (Gerth, Mills 1958: 32, 25). Bei der politischen Verortung betonen sie dabei Webers Nähe zu den Sozialdemokraten und seine Distanz zu den Nationalsozialisten, hätte er zu diesem Zeitpunkt noch gelebt (Gerth, Mills 1958: 41, 43f.).<sup>26</sup>

In ihrem theoretisch wichtigen dritten Kapitel »Intellectual Orientations« besteht für Gerth und Mills das grundsätzliche theoretische Problem nicht wie für Parsons in der Frage nach der Ordnung, sondern – vor dem Hintergrund der Ausbreitung totalitärer Gesellschaftssysteme – in der Ausbreitung der Rationalisierung und Bürokratisierung, die die Wahlmöglichkeiten der

---

nimmt den Artikel aber zunächst nicht in seine Essaysammlungen auf und druckt ihn erst 1969 in dem Band »Politics and Social Structure« erneut ab, weshalb er nur von sehr wenigen beachtet wird.

24 Dies zeigt, dass Mills ebenfalls schon vor der Veröffentlichung von »The Theory of Social and Economic Organization« 1947 Zugang zu der Übersetzung von Parsons hatte.

25 Im ersten Abschnitt des Buches »Wissenschaft und Politik« sind die beiden Vorlesungen Webers »Politik als Beruf« und »Wissenschaft als Beruf« enthalten, im zweiten Abschnitt »Macht« Arbeiten aus dem zweiten Teil von Webers »Wirtschaft und Gesellschaft«, im dritten Abschnitt »Religion« Arbeiten aus Webers »Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie« und im vierten Abschnitt »Sozialstrukturen« Arbeiten aus Webers »Gesammelte politische Schriften«. Die Auswahl der Texte erfolgt dabei hauptsächlich durch Gerth (Gerth, Mills 1958: VII).

26 In einer Notiz aus dem Nachlass bezeichnet Gerth Weber auch als »liberal thinker« (Gerth 2002: 215). Gerth und Mills zeichnen damit ein anderes Bild von Webers politischer Einstellung als Mommsen (1958) in dem für die deutsche Debatte einflussreichen Buch »Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920«, das zur domierenden Sichtweise in Deutschland von Weber als »Nationalist« beiträgt (Gerhardt 2006: 98).

Menschen einschränkt (Gerth, Mills 1958: 49). Insbesondere der Kapitalismus begrenzt für sie zunehmend die Entscheidungsoptionen des Einzelnen (Gerth, Mills 1958: 70, 65).<sup>27</sup>

Für die Darstellung verwenden sie ebenfalls eine andere Methode als Parsons, da sie eine wissenssoziologische Einordnung des Weberschen Werkes unternehmen, sie ihn zum Beispiel zu einer »generation of universal scholars« zählen und die Verbindung des persönlichen und politischen Hintergrundes zu seinem Werk thematisieren (Gerth, Mills 1958: 23, 32). Auch rechnen sie ihn wegen seiner Analyse von Ideen selbst zu den Vertretern der Wissenssoziologie dazu (Gerth, Mills 1958: 64; Bensman 1982).<sup>28</sup> Im Gegensatz zur »Anti-Marx«-Interpretation von Parsons betonen sie zudem, wie schon in den in »Politics« erschienenen Vorbemerkungen, die Affinitäten zu Marx, da Weber wie dieser ein Interesse an der Beziehung zwischen Ideen und Interessen, an Ideologien und der determinierenden Kraft der ökonomischen Basis besitze (Gerth, Mills 1958: 61, 48, 54). Sie gehen sogar von einer »drift« bei Weber hin zu marxistischen Ideen aus, da er in »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« noch die Rolle von Ideen hervorhebe, in seinen letzten Essays jedoch mit einer Analyse der ökonomischen Basis beginne (Gerth, Mills 1958: 63, 65).<sup>29</sup>

Dagegen weisen sie auf die Unterschiede zwischen der Methodologie von Weber und von Durkheim hin (Gerth, Mills 1958: 57), womit sie sich indirekt gegen die »Konvergenztheorie« von Parsons wenden. Sie bezeichnen das für Parsons zentrale Webersche Konzept der »verstehenden Soziologie« auch als nur einen möglichen Typus der Soziologie unter mehreren (Gerth, Mills 1958: 56). Weiter behandeln sie ausführlich die Webersche Klassen- bzw. Statustheorie, die Parsons nur in einer Fußnote erwähnt, und betonen in diesem Kontext seine strukturellen Erklärungen, wobei die nicht-intendierten Konsequenzen des Handelns für sie von besonderem Interesse sind (Gerth, Mills 1958: 57f.).<sup>30</sup>

27 Dies ähnelt den pessimistischen Überlegungen der »Kritischen Theorie«, da für Gerth und Mills (1958: 49) durch diesen Prozess die Menschen zu »technical experts« werden: »Man is thus prepared for his absorption in the clattering process of the bureaucratic machinery.« In der Gegenwart wird der Kapitalismus zudem für sie zu einer »pervasive and unifying affair« (Gerth, Mills 1958: 66).

28 Gerth und Mills (1958: 61) deuten in diesem Zusammenhang gleichfalls auf Parallelen von Webers Überlegungen zu denen von Friedrich Nietzsche und zum Pragmatismus hin (Turner 2009: XIII). Schon in Webers Briefen aus Freiburg ist nach Gerth und Mills (1958: 9) eine »pragmatic view, a focus on the consequences of various decisions« zu erkennen. In einem Manuskript aus dem Nachlass vergleicht Gerth Webers Ideen weiter mit dem amerikanischen Pragmatismus: »Weber had an aversion against catching all past und future human history into a conceptually static ›system‹. He seemed to share with American pragmatism the idea that human understanding and cognition is not congruent to reality as a whole. He knew that ongoing history throws up questions and problems of which we cannot know ›once and for all‹.« (zit. n. Gerth 2002: 215)

29 In einem Vortrag bezeichnet Gerth (1964: 309) Weber in seiner Analyse der mediterranen Antike sogar als »more of an ›historical materialist‹ than Friedrich Engels«. Das Erkenntnisinteresse Webers ist zudem für Gerth und Mills (1958: 61) dezidiert die Analyse des Kapitalismus, nicht, wie für den späteren Parsons, die der modernen westlichen Zivilisation. Sie behandeln deshalb die unterschiedlichen von Weber unterschiedenen Typen dieses Gesellschaftstypus, etwa den »politischen Kapitalismus«, den »Abenteurerkapitalismus«, den »modernen Industriekapitalismus« oder den »Hochkapitalismus« genauer (Gerth, Mills 1958: 68). Sie verweisen aber auch auf Unterschiede zwischen Weber und Marx hin, zum Beispiel das für Ersteren die rationale Bürokratie, nicht der Klassenkampf die zentrale historische Kraft darstellt (Gerth, Mills 1958: 47, 49).

30 Für Gerth und Mills (1958: 57) liegt daher ein Widerspruch bei Weber vor, da seine »verstehende Methode« solche strukturelle Erklärungen eigentlich nicht erlauben würde.

Gerth und Mills vertreten ebenfalls eine von Parsons abweichende Interpretation der Religionssoziologie von Weber. Das »Charisma« bzw. die »charismatischen Führer« sind für sie Kräfte, die dem zentralen Trend der Rationalisierung und der Bürokratisierung entgegenwirken und deshalb die revolutionären Kräfte in der Geschichte (Gerth, Mills 1958: 52). Das »Charisma« wird von ihnen dabei, anders als von Parsons, nicht als Form der »Legitimität«, sondern als Ausdruck der Freiheit gedeutet, die durch den Kapitalismus und die Bürokratie zunehmend bedroht werde (Gerth, Mills 1958: 72). Sie schlagen zudem eine konflikttheoretische Lesart von Weber vor, in der sie den Kampf der Werte betonen (Gerth, Mills 1958: 70), weshalb sie Religion nicht als Mittel der Integration verstehen.<sup>31</sup>

Schließlich unterscheiden sich ihre Vorstellungen der Ziele der Soziologie von denen Parsons'. Während dieser kritisch anmerkt, dass für Weber das wissenschaftliche Wissen für die Praxis genutzt werden solle und deshalb zu wenig abstrakt sei (Parsons 1949a: 633), heben Gerth und Mills (1958: 44) positiv hervor, dass Webers Anliegen nicht die reine Theorie ist. In ihrer Interpretation sind die Erkenntnisse der Soziologie auch für die Entscheidungen des einzelnen Bürgers von besonderer Bedeutung: »To Weber, sociological knowledge is of a kind that the complexity of modern civilization requires of one who would take intelligent stands on public issues.« (Gerth, Mills 1958: 70) Zusammenfassend verstehen Gerth und Mills (1958: 44) die Soziologie ebenfalls nicht wie Parsons als von der Ökonomie abzugrenzende Disziplin, da sie Weber in der Tradition einer »encyclopaedic Scholarship« verorten.<sup>32</sup>

Nach der Veröffentlichung von »From Max Weber« setzt sich Gerth weiter mit Weber und dessen Interpretation durch Parsons auseinander. Er übersetzt zum Beispiel, teilweise zusammen mit Don Martindale, mehrere Arbeiten Webers (1951, 1952, 1958) aus den »Gesammelten Aufsätzen zur Religionssoziologie« ins Englische,<sup>33</sup> Pläne für eine eigene Monographie zu ihm scheitern aber, obwohl Robert Merton ihn schon 1958 dazu ermuntert (Gerth 2002: 128). Mills schlägt ihm ebenfalls anlässlich der Veröffentlichung von Reinhard Bendix' intellektueller Biographie »Max Weber« vor, ein solches Buch zu verfassen, was seine Übersetzungsarbeit krönen würde (Mills, Mills 2000: 282).<sup>34</sup> Gerth reagiert auch positiv auf diese Anregung von Mills und beabsichtigt, über Weber als »political man« schreiben, was Bendix für ihn in seinem Buch nicht behandelt,<sup>35</sup> und dessen Werk um die Themen »Kapitalismus« und »Bürokratisierung« herum

31 An keiner Stelle sprechen Gerth und Mills dagegen von dem »Theoretiker« Weber oder behandeln sie die Webersche Forderung der »Werturteilsfreiheit«, die für Parsons (1965) von zentraler Bedeutung ist. Erst in einem späteren Vortrag geht Gerth (1964: 308) auf dieses Postulat ein.

32 In seiner Rezension von Bendix' Buch »Max Weber« nennt Mills (1960a: 16) Weber als positives Gegenbeispiel gegen die zunehmende Spezialisierung der Wissenschaft: »He [Weber] is an encyclopedic scholar in a period when specialized types of mind are generally ascendant.«

33 Generell erscheint nach »From Max Weber« und »The Theory of Social and Economic Organisation« eine »flood« von Übersetzungen von Webers Werken (Bensman 1982: 224). Die »translation wars« enden erst 1968 mit der vollständigen Übertragung von »Wirtschaft und Gesellschaft« ins Englische (Collins 1986: 126).

34 Mills schickt Gerth auch seine negative Besprechung zu Bendix' (1960) Werk zu. Er bemängelt darin insbesondere, dass große Teile des Buches nur »rather pedestrian summaries of Weber's work« seien, und bezeichnet es deshalb als »a collection of paraphrases« (Mills 1960: 16).

35 In seiner ansonsten positiven Besprechung von Bendix' und Roths Werk »Scholarship and Partisanship« kritisiert Gerth (1973, auch 1982a: 215) ebenfalls, dass die politischen Themen Webers von ihnen nicht behandelt werden.

zu organisieren. 1964 muss er das Projekt aber aufgeben, nachdem durch einen Hausbrand all seine Manuskripte dazu vernichtet werden (Gerth 2002: 213f.).

Seine beabsichtigte Interpretation von Weber lässt sich daher nur ansatzweise, unter anderem durch aus dem Nachlass herausgegebene Vorträge und andere Aufsätze rekonstruieren. Hinweise auf sein geplantes Buch zu Weber gibt er zum Beispiel in einer Vorlesung aus dem Jahre 1964, in der er sich auf Parsons' (1993) neue Weber-Interpretation in der Einleitung zu Webers »Sociology of Religion« bezieht.<sup>36</sup> Um Webers Werk als Ganzes zu verstehen, müssen für Gerth (1982b: 127) aber nicht nur seine Religionssoziologie, sondern auch seine »conception of modern capitalism as a total structure and the dynamic character of that structure« betrachtet werden. Dazu wäre ein Konzept für die Ausbreitung aller sozialen Elemente notwendig, die unter dem Einfluss des Kapitalismus stehen, wozu für ihn »population growth, urbanism, the expansion of all factors of production, plants and capital, transportation and administration« gehören (Gerth 1982b: 127; auch 1982c: 133). Auf dieser makrosoziologischen Ebene hält er auch Parsons' (1993) Kritik an dem »konzeptuellen Atomismus« Webers für nicht zutreffend, da dieser für ihn eine funktionalistische Interpretation des Kapitalismus entwickelt (Gerth 1982b: 127f.).

Gerths Blick auf Weber und seine Kritik an der zeitgenössischen Soziologie wird weiter in dem mit Saul Landau zusammen verfassten Artikel »The Relevance of History to the Sociological Ethos« deutlich,<sup>37</sup> in dem sie darauf verweisen, dass die Gründungsväter der Disziplin akademische Außenseiter waren, die sich deshalb der Spezialisierung der Wissenschaft entziehen konnten und daher noch den Blick auf das Ganze und die größeren Zusammenhänge hatten (Gerth, Landau 1982: 191). Die neuere Entwicklung der Soziologie mit ihrem Fokus auf Milieustudien gefährdet für sie aber dieses traditionelle soziologische Vorgehen, da die wichtigen Probleme dadurch nicht mehr behandelt werden könnten. Weber verkörperte dagegen für sie die frühere Beschäftigung mit der »totality of man's social life and future« (Gerth, Landau 1982: 196).

In einem 1963 nur auf Japanisch erschienenen Aufsatz zur Rezeption Webers in den USA wiederholt Gerth diese Einwände gegen den gegenwärtigen Zustand des Faches und setzt sich in diesem Zusammenhang erneut mit Parsons' jüngster Weber-Interpretation, insbesondere dessen »suprahistorical concept of the social system« auseinander, das für ihn einen ausgeprägten statischen Effekt zur Folge hat (Gerth 1982a: 211).<sup>38</sup> Ohne ihn namentlich zu nennen, kritisiert er weiter diesen Trend: »Among Weber scholars there are those who created formal intellectual schemata that bespeak of ›thinking about thinking‹. These schemata are constructions of suprahistorical constructed systems which reduce our knowledge of the past to illustrations of ontological principles and *a priori* axioms.« (Gerth 1982a: 211)

36 In dieser (weiteren) einflussreichen Einleitung zu einem Werk Webers entwickelt Parsons (1993: XL, XXXVII) eine evolutionäre und differenzierungstheoretische Lesart von dessen Religionssoziologie und bezeichnet ihn deshalb als einen der »intellectual ancestors of the ›structural-functional school‹«. Dass Parsons (1993: XXXIV) weiter auf sein Buch »The Structure of Social Action« als »the most comprehensive analytical treatment« verweist, belegt, dass er aber ansonsten an früheren Ideen festhält. Eine ähnliche Weber-Interpretation trägt Parsons (1965) auf dem DGS-Kongress 1964 in Heidelberg vor.

37 Der Artikel basiert jedoch auf einem Vortrag Gerths auf einer Tagung 1958 (Gerth 2002: 182f.).

38 Auch hebt Gerth (1982a: 210) die Weber-Rezeption von Joseph Schumpeter, Adolph Löwe, Emil Lederer und Arthur Salz hervor, die sowohl Soziologen als auch Ökonomen waren, und kritisiert deren Nichtbeachtung in der Disziplin: »Sociologists miss much by their neglect of economics.«



Es bleibt aber bei diesen »sketches and outlines« von Gerth zur Weberschen Soziologie (Oakes, Vidich 1999: 125), da die geplante Monographie von ihm zu diesem Thema – wie gesehen – nicht mehr erscheint. Neben den verstreuten Überlegungen verfasst er jedoch noch gemeinsam mit Mills (1948, 1951, 1959) das weitere von Weber geprägte Buch »Character and Social Structure« und beeinflusst zudem mit seinen Ideen dessen spätere Werke »The New Men of Power«, »White Collar«<sup>39</sup> und »The Sociological Imagination« (Gerth, Mills 1953; Martindale 1982: 165).<sup>40</sup> Mills Ablehnung der »grand theory« in letzterem Werk ähnelt zum Beispiel der Gerthschen Skepsis in dieser Hinsicht. Die Aufgabe der Sozialwissenschaften wird von ihm ebenfalls, wie in der Einleitung von »From Max Weber«, als »public sociology« beschrieben.<sup>41</sup>

## Deutsche Rezeption von Hans Gerths und C. Wright Mills' »From Max Weber«

Welchen Einfluss haben Gerth und Mills aber mit dieser Weber-Interpretation auf die deutsche Diskussion nach 1945? Gerth will schon direkt nach dem Krieg nach Frankfurt zurückkehren und ist 1947 als offizieller Beobachter des amerikanischen Außenministeriums in Deutschland, der Versuch einer akademischen Etablierung bleibt aber ohne Erfolg (Greffrath 1989: 58). Zwar werden an dieser Universität nach 1945 Wiedergutmachungslehrstühle eingerichtet, Gerth erhält jedoch keinen davon,<sup>42</sup> auch auf eine reguläre Professur wird er nicht berufen, obwohl Horkheimer dafür am 11.8.1952 ein positives Gutachten für ihn verfasst (König 2000: 123).<sup>43</sup> Für das

39 In »The New Men of Power« und »White Collar« wird Gerth auch in den Danksagungen erwähnt (Mills 1948: 295, 1951: 355). Für letzteres Buch verfasst er zudem ein Vorwort für eine geplante deutsche Ausgabe, die aber nicht erscheint (Oakes, Vidich 1999: 117).

40 In »The Sociological Imagination« verweist Mills zum Beispiel auf Weber als methodologisches Vorbild. Dessen Aufsatz »Capitalism and Rural Society in Germany«, der in »From Max Weber« enthalten ist (Gerth, Mills 1958: 363–385), ist für ihn ein Modell für eine Strukturanalyse einer konkreten Gesellschaft (Mills 1959: 46). Zudem übernimmt Mills zur Analyse der Sozialstruktur den Begriff der »institutionellen Ordnung« von Weber bzw. von Gerth (Gerth, Mills 1958: 49; Mills 1959: 46f., 44; Bensman 1982: 242).

41 Mills benutzt den Begriff der »public sociology« in dem Buch zwar nicht selbst, aber schon Horowitz (1963: 19) verwendet ihn in seiner Einleitung zu den gesammelten Schriften von Mills zur Beschreibung von dessen Arbeit. Laut Gerth antwortet Mills jedoch auf die Kritik, er würde Ideen von ihm übernehmen, nur: »Gerth, my family originally made their money in Texas by branding mavericks. Whenever they saw a cow running around without a brand, it was theirs. Whenever I see an idea without a brand on it, it's mine.« (Martindale 1982: 169) Nach dem Tod von Mills 1962 erfolgt auch durch Schüler von ihm auch eine Marginalisierung von Gerth, zum Beispiel nimmt Horowitz (1964b) keinen Beitrag von Gerth in seine Gedenkschrift für Mills auf (Oakes, Vidich 1999: 142).

42 Adorno verhindert nicht nur in der Philosophischen Fakultät, sondern auch in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät einen solchen Wiedergutmachungslehrstuhl für Gerth (Meyer 1980: 196; Rüegg 2010: 288).

43 Horkheimer beschreibt Gerth dabei als interessiert an Weber und an der Wissenssoziologie und äußert sich zu seiner Verbindung zu ihm so: »Vielleicht kann ich meine Stellung zu Prof. Gerth am besten damit charakterisieren, dass ich sage, dass ich mich schon seit geraumer Zeit darum bemühe, ihn im Zusammenhang mit unseren Arbeiten im Institut für Sozialforschung nach Europa zu bringen.« (König 2000: 123) Die Berufung

Wintersemester 1954/1955 erhält Gerth zwar eine Einladung des »Instituts für Sozialforschung« und arbeitet in dieser Zeit an dem Projekt »Universität und Gesellschaft« mit (Gerth 2002: 122f.; Adorno, Horkheimer 2006: 277f.). Danach geht Gerth aber wieder in die USA zurück, da er an der Frankfurter Hochschule keine Zukunft für sich sieht.<sup>44</sup>

In frühen deutschen Texten zur amerikanischen Weber-Rezeption und zur Weber-Forschung wird Gerths und Mills' Buch »From Max Weber« jedoch noch genannt.<sup>45</sup> In dem ersten nach 1945 erschienenen deutschen Überblick zur Weber-Interpretation in den USA erwähnt Paul Honigsheim (1947, 1950/51: 410f.), der für das »American Journal of Sociology« eine positive Rezension zu »From Max Weber« verfasst hat, das Werk an verschiedenen Stellen. Reinhard Bendix und Guenther Roth (1959: 42, 51) weisen in ihrem Artikel »Max Webers Einfluß auf die amerikanische Soziologie« ebenfalls weiterhinauf die »einseitige Interpretation« Webers durch Parsons und die alternative Lesart von Gerth und Mills hin.<sup>46</sup> In Eduard Baumgartens (1964: 455, 571f.) Buch »Max Weber« ist sogar eine Verarbeitung ihrer Thesen zu erkennen, da er sich explizit auf Mills' Interpretation von Weber als Nachfolger von Marx und in einer Fußnote auf die Einleitung von Gerth und Mills bezieht, wobei er versucht, in seiner Darstellung deren Lesart mit der von Parsons zu verbinden.<sup>47</sup>

In anderen deutschen Arbeiten dieser Zeit zu Weber wird der Band von Gerth und Mills aber nicht mehr berücksichtigt. In dem von René König und Johannes Winckelmann (1963) herausgegebenen Sammelband »Max Weber zum Gedächtnis« zum Beispiel ist kein Artikel von Gerth enthalten, obwohl eine Anregung zu dem Buch von Honigsheim (1947, 1950/1951) stammt, der – wie gesehen – »From Max Weber« positiv besprochen und in seinem Überblick über die amerikanische Weber-Rezeption erwähnt hat (König 1963: 7).<sup>48</sup> Auch auf der DGS-Tagung 1964 in Heidelberg, die als wichtiges Datum der nationalen Weber-Rezeption gilt (Roth 1977; Kaesler

---

kommt aber nicht zustande, weil aufgrund des Widerstands innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät bis Anfang der 1960er Jahre keine soziologischen Lehrstühle neu eingerichtet werden (Herrschaft, Lichtblau 2010: 18).

44 Gerth (1957b: 760) lobt das Institut aber noch nach seiner Rückkehr in die USA in einer Rezension von Friedrich Pollocks Buch »Gruppenexperiment« als »foremost center of sociological research in Western Germany«.

45 Anfang der 1950er Jahre erscheinen auch ein deutscher Aufsatz und die Übersetzung eines englischen Vortrages von Weber von Gerth (1952, 1954) in der »Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft«.

46 Roth, Bendix (1959: 42) heben nun aber schon im Unterschied zu Honigsheim die dominierende Wirkung der Parsonsschen Weber-Rezeption hervor.

47 Unter dem Einfluss von Gerth und Mills betont Baumgarten (1956, 1964: 572) zum Beispiel – anders noch als in seiner wirkungsmächtigen Einleitung für den von Winckelmann herausgegebenen Sammelband »Soziologie – Weltgeschichtliche Analysen – Politik« mit Schriften Webers – dessen Nähe zu Marx und Nietzsche. Auch Johannes Winckelmann (1956) führt Gerth und Mills in seiner Einleitung zu Webers »Staatssoziologie« als Übersetzer von »Wirtschaft und Gesellschaft« auf. Die von ihm editierte einflussreiche Bündelung von Schriften Webers hat aber als »Reader« ein ähnliches Konzept wie der Band von Gerth und Mills (Weber 1956b; Kaesler 2002), weshalb dieser möglicherweise nicht übersetzt wird. Denkbar wäre aber dennoch, wie zum Beispiel in Japan, eine separate Veröffentlichung der Einleitung von Gerth und Mills auf Deutsch gewesen (Ibaraki 1989).

48 Ein Grund dafür könnte ein Konflikt Gerths mit Theodor Heuss sein, von dem die Idee stammt, die Nekrologe zu Weber in dem Band zu versammeln (König, Winckelmann 1963: 5; König 2000: 288). Heuss (1958: VIII) verweist in seinem Vorwort zur zweiten Auflage der »Gesammelte Politische Schriften« von Weber indirekt negativ auf Gerths und Mills' (1958: 28) These der Identifikation Webers mit den altjüdischen Propheten, was Gerth tief trifft (Gerth 2002: 214).

2002: XII; Gerhardt 2002a, 2006; Müller, Sigmund 2014: 8), ist Gerth nicht anwesend.<sup>49</sup> Die einzige (und irreführende) Erwähnung der Interpretation von Mills bzw. von Gerth erfolgt von Benjamin Nelson (1965: 192), der den Vortrag von Herbert Marcuse in seinem Diskussionsbeitrag als Beispiel dafür bezeichnet, dass Weber der »favorite butt of the so-called anti-Establishment opposition« geworden sei, wozu er Mills zählt.<sup>50</sup>

Nach dem Kongress beginnt dann unter anderem unter der Wirkung von Marcuses Thesen eine Phase der meist negativen Bezugnahme auf Weber durch die marxistische Kritik, weshalb dessen Rezeption durch die 1968-Bewegung weitgehend unterbrochen wird (Roth 1971a; Weiß 1989; Radkau 2005: 838). Um 1970 ist er dagegen für viele Studierende der Vertreter einer wertfreien Wissenschaft und »the symbolic target representing a conformist and opportunist profession« (Bendix, Roth 1971: 2; auch Roth 1971a: 36).<sup>51</sup>

In dieser Zeit kehrt Gerth 1967 auf Einladung von Walter Rüegg, der sein zusammen mit Mills verfasstes Buch »Character and Social Structure« ins Deutsche übersetzen will, als Gastprofessor nach Frankfurt zurück (Gerth 2002: 137). Ab 1971 erfolgt eine dauerhafte Berufung auf eine Wiedergutmachungsprofessur im neu gegründeten Fachbereich »Gesellschaftswissenschaften« (Herrschaft, Lichtblau 2010: 18), wonach Gerth aber theoretisch und sozial isoliert bleibt. Als sein Werk »Character and Social Structure« schließlich 1970 auf Deutsch erscheint, wird es zum Beispiel als »bürgerliches Buch« von den Studierenden abgelehnt. Seine Seminare zur »Wissenssoziologie«, zu Mannheim und zum Werk Webers finden ebenfalls kein Interesse, was Gerth zunehmend verbittert (Greffrath 1979: 97; Gerth 2002: 257).<sup>52</sup> Der Versuch eines Dialogs mit den Studierenden scheitert zudem, anders noch als in Madison, wo Gerth in der radikalen Zeitschrift »Studies on the Left« einen Artikel veröffentlicht (Gerth 2002: 258, 182). Zu seinen Frankfurter Kollegen hat er auch kaum Kontakt,<sup>53</sup> der Diebstahl von 1.000 Büchern aus seinem Büro, als »Vergesellschaftung« deklariert, trifft ihn weiter tief (Greffrath 1979: 97). Die dadurch entstandene Enttäuschung wird in einem Interview kurz vor seinem Tod deutlich, als er auf die Frage, ob er es bereut hat, wiedergekommen zu sein, antwortet: »Ja, es ist traurig. Ich habe kei-

49 Generell wird Gerth in dieser Zeit bei soziologischen Konferenzen marginalisiert. Er nimmt weder an der Tagung der »International Sociological Association« 1962 in Washington noch an der der »American Sociological Association« 1964 in Montreal teil, dagegen hält er in diesem Jahr einen Vortrag auf einer Veranstaltung der »Midwest Sociological Society« (Gerth 1964; Roth 2006: 386f.).

50 Diese – wie gesehen – eklatante Fehleinschätzung des Verhältnisses von Mills zu Weber bleibt unter anderem aufgrund des Fehlens von Gerth auf der Tagung unwidersprochen. Vor dem Hintergrund der dort von Marcuse und Mommsen vorgetragenen Kritik betont Gerth (1964: 310, 1982b: 124, 1982c: 131) auch in seinen Vorträgen aus dieser Zeit erneut die Abgrenzung Webers gegenüber nationalsozialistischen Ideen.

51 Andererseits wird Weber und seine Forderung nach Wertfreiheit als »Waffe gegen die Neue Linke in der Soziologie« instrumentalisiert (Radkau 2005: 615; auch Roth 1971a : 46).

52 Günther Roth (1968: 430) beklagt in dieser Zeit ebenfalls das fehlende historische Verständnis bei den Studierenden nach der Formel »history is bunk« (Glatzer 2010: 501).

53 Eike Hennig (2010: 475) bedauert im Rückblick, dass Gerth in dieser Zeit so wenig Anerkennung bekommen hat: »Er war Übersetzer von Schriften Max Webers in Amerika und stand total am Rand, das fand ich schade. Er hatte eine sehr zerbrechliche Frau, die ab und zu hierherkam, aber eigentlich hat man sich nicht um ihn gekümmert. Er hatte keine Kontakte zu den anderen Soziologen und ich erinnere mich noch wie wir damals im alten Gebäude gegenüber untergebracht waren. Wir hatten dort in einem Seitenflügel unsere Arbeitsräume und da war er dann manchmal auf dem Gang und wirkte irgendwie »verirrt«. (Meyer 1980: 198)

ne Freunde hier. [...] Der Adorno nannte das ›beschädigtes Leben‹. Mein Gott, der hat doch gar keine Ahnung gehabt, wie beschädigt das sein kann.« (Greffrath 1989: 93) Kurz darauf stirbt er 1978, von großen Teilen der deutschen Soziologie unbemerkt (Meyer 1980).

Auch nach seinem Tod profitiert sein Werk nicht von der kurz danach einsetzenden »Weber-Renaissance« (Sprondel et al. 1980: 7; Weiß 1989: 11) und den nach dem Zerfall der »marxistischen Hegemonie« unternommenen Versuchen der Verbindung von Marx und Weber (Roth 2006: 390), unter anderem da nun unter dem Einfluss von Parsons der Fokus auf der »grand theory« und der »Theorie« Webers liegt (Weiß 1989: 19).<sup>54</sup>

## Fazit

Die Auswahl der Texte von Weber und deren Interpretation durch Gerth und Mills (1958) in »From Max Weber« besitzt eine starke internationale, bis heute andauernde Wirkung, wie sich etwa in der jüngeren Rezeption von Michael Burawoy (2008, 2013) zeigt. Prägende Kraft besitzen die darin vertretenen Ideen auch, weil sie Mills' spätere zentrale Werke wie »The Sociological Imagination« (1959) beeinflussen.<sup>55</sup> In frühen deutschen Arbeiten zur amerikanischen Weber-Rezeption und bei Eduard Baumgarten wird diese alternative und eigenständige Lesart Webers ebenfalls noch erwähnt.<sup>56</sup> Nach der Tagung 1964 in Heidelberg wird Webers Werk aber zunehmend von der »Kritischen Theorie« und den Studierenden abgelehnt. Diese Situation ändert sich auch nicht nach Gerths Rückkehr nach Deutschland 1971, die zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt erfolgt, weshalb er keinen Schülerkreis wie in Madison um sich versammeln kann.

Was sind die Folgen dieser späteren weitgehenden Nicht-Rezeption der Weber-Interpretation von Gerth und Mills für die deutsche Forschung? Die Sichtweise von Gerth und Mills hätte gegen die weit verbreitete Vorstellung von Weber und »Kritischer Theorie« als entgegengesetzte Pole die Möglichkeit einer Verbindung zwischen ihnen aufzeigen können, da in ihrer Interpretation Motive der »Frankfurter Schule« auftauchen.<sup>57</sup> Diese Affinitäten zeigen sich ebenfalls in den persönlichen Verbindungen Gerths zum »Institut für Sozialforschung«.<sup>58</sup> Die

<sup>54</sup> Auch theoretische Opponenten von Parsons wie der Konfliktsoziologe Randall Collins (1986: 4) verfolgen in dieser Zeit das Ziel der »grand theory« (Erdelyi 1992: 200f.; Zaret 1994: 343), wobei Collins selbst anmerkt, dass sein Projekt »goes against much of his [Webers] explicit methodological writings«.

<sup>55</sup> Dieses Werk von Mills belegt bei der Umfrage der »International Sociological Association« (1998) zu den bedeutendsten soziologischen Werken des Jahrhunderts – nach Webers »Wirtschaft und Gesellschaft« – den zweiten Platz.

<sup>56</sup> Baumgarten wird als akademischer Außenseiter in der neueren Weber-Literatur selbst kaum mehr genannt (Kaesler 2002).

<sup>57</sup> In einem RIAS-Radiovortrag von Gerth (1982d) aus der Mitte der 1950er Jahre zur Rolle der Intellektuellen zeigen sich ebenfalls Parallelen zu Überlegungen der »Kritischen Theorie«. Deren Funktion verändert sich für ihn zum Beispiel durch die Urbanisierung, die Industrialisierung und den Kapitalismus, wodurch eine »neue Kulturindustrie« entstehe (Gerth 1982d: 186).

<sup>58</sup> In den USA hilft Franz Neumann auch bei der Suche nach einem Verlag für »From Max Weber« (Mills-MacDonald, 20 Juni 1944, DMP). Zudem sagt er später wie Herbert Marcuse und Otto Kirchheimer für eine geplante Festschrift für Gerth zu, die aber nicht erscheint (Gerth 2002: 258). Die kritische Sicht der »Frankfurter

Kritik von Marcuse und anderer Mitglieder der »Kritischen Theorie« richtet sich dagegen hauptsächlich gegen die *Parsons*-Interpretation von Weber (Radkau 2005: 839; Gerhardt 2006: 104).

Gerth und Mills hätten zudem mit ihrer Interpretation dem in Deutschland weit verbreiteten Bild Webers als »Anti-Marxisten« und »Nationalisten« entgegenwirken können (Baumgarten 1956; Heuss 1958: XIX; Mommsen 1958), da sie ein anderes Bild von Webers politischer Einstellung zeichnen und seine Nähe zu marxistischen Ideen und den Sozialdemokraten betonen. Weiter hätten sie mit der Auswahl ihrer Texte und ihrer Interpretation ein Gegengewicht zur Fokussierung der deutschen Debatte auf die methodologischen Schriften und die Religionssoziologie von Weber darstellen können (Neumann 1953), weil sie Aspekte behandeln, die hier weniger beachtet werden.<sup>59</sup> Dazu zählt die Nähe Webers zum amerikanischen Pragmatismus oder die »Kapitalismus«-Frage, dessen Ausblendung in der Literatur um die »Max Weber Gesamtausgabe« (MWG) Wilhelm Hennis (2003: 116) kritisiert.<sup>60</sup>

Gerth und Mills hätten mit der Betonung des interdisziplinären Zuganges Webers und mit ihrer Kritik an der Nichtbeachtung der Ökonomie auch ein Alternativmodell gegen die von Parsons postulierte Differenzierung der Soziologie von den Wirtschaftswissenschaften darstellen können, die sich in der Gegenwart durchgesetzt hat.<sup>61</sup> Schließlich wird in ihrer Interpretation Webers Forderung nach der »responsibility of the scholar to society« deutlich (Neumann 1953: 22).<sup>62</sup> Während Parsons sich durch seine Weber-Interpretation von Fachvertretern und -vertreterinnen abgrenzen will, die eine Verbindung der Disziplin zur Praxis suchen (Zaret 1994: 341), verstehen Gerth und Mills die Soziologie in Anlehnung an Weber als wichtiges »Bildungs- und Orientierungswissen« für die Gesellschaft (Mills 1959; Meyer 1980: 198; Greffrath 1989: 90).<sup>63</sup> Gerth weist in einem Interview vor seinem Tod aber resigniert selbst daraufhin, dass die Disziplin in der »Industriegesellschaft« eine andere Entwicklung genommen hat:

---

Schule« auf Weber wirkt jedoch teilweise noch bis in die Gegenwart weiter, wie Tilman Allert (2010: 494f.) meint: »Die Frankfurter haben Georg Simmel und Max Weber spät entdeckt bzw. immer noch nicht entdeckt.«

59 Bei Gerth und Mills sind etwa anders als in dem von Winkelmann herausgegebenen einflussreichen Sammelband Webers (1956b, 1958a) Arbeiten zu den Themen »Klasse« und »Macht« sowie zu Weber als Politiker enthalten.

60 Letztere Aspekt Webers ist in der Zwischenzeit zwar von der Wirtschaftssoziologie aufgenommen worden (Maurer 2010). In den USA konnte Daniel Bell (1976) aber vor dem Hintergrund der Rezeption von Gerth und Mills schon Mitte der 1970er Jahre eine an Weber angelehnte Kapitalismustheorie entwickeln. Collins (1975, 1986: 1) knüpft ebenfalls bereits in dieser Zeit in seiner Konfliktsoziologie an Weber an, wobei er jedoch nur Mills zu dieser Tradition zählt. Seine These der »last theory« Webers, in der ein stärkerer marxistischer Einfluss als früher zu erkennen ist, ähnelt aber der von Gerth und Mills einer »drift« von Weber hin zu Marx (Collins 1986, 2012).

61 Hennis (2003: 77) bemängelt zum Beispiel die Einordnung Webers als Soziologe und die Tatsache, dass sich unter den Herausgebern der MWG kein Nationalökonom oder Wirtschaftshistoriker befindet. Die Abgrenzung der Soziologie von der Ökonomie wird in Anschluss an Parsons auch noch in der »neuen Wirtschaftssoziologie« respektiert (Mikl-Horke 2008: 212, 2009: 177; Bögenhold 2011: 77), was etwa die Veblen-Rezeption in der Soziologie behindert.

62 Es ist diese Seite Webers, über die Neumann (1953: 22) sagt: »It is here, in the United States, that Weber really came to life.«

63 Deutlich wird damit ebenfalls die politische Dimension im Schaffen Webers, die in der Rezeption als reiner »Soziologe« verloren geht. In der Gegenwart wird dieser Aspekt Webers von Dirk Kaesler (2014: 870) betont.

»Das ist eine Verfassung der Gesellschaft, in der Soziologie Trumpf sein könnte und sollte. Sie könnte ja auch Bildungs- und Orientierungswissen sein. Ist es aber nicht geworden, sondern es erhält sich auch in der Soziologie wieder diese Spannung zwischen einem naturwissenschaftlichen Zweig mit allen möglichen Techniken der Verwaltung usw. und auf der anderen Seite, wenn Sie so wollen, ein paar alten Bildungsresiduen, so einem lahmen Schlauch von Wissen, der da mitgeschleppt wird.« (Greffrath 1989: 90)

Die Interpretation Webers von Gerth und Mills ist daher nicht nur von historischem Interesse, sondern bietet auch für die deutsche Forschung der Gegenwart noch ein bisher nicht genutztes Anregungspotential.

## Archivalien

C. Wright Mills, Correspondence, Box 34, Folder 855, Dwight Macdonald Papers, Manuscripts and Archives, Yale University Library, Yale University [abgekürzt: DMP].

## Literatur

- Adorno, T. W., Horkheimer, M. 2003: Briefwechsel 1927-1969. Band I: 1927-1937. Hg. v. Christoph Gödde und Henri Lonitz. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Horkheimer, M. 2005: Briefwechsel 1927-1969. Band III: 1945-1949. Hg. v. Christoph Gödde und Henri Lonitz. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Horkheimer, M. 2006: Briefwechsel 1927-1969. Band IV: 1950-1969. Hg. v. Christoph Gödde und Henri Lonitz. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Albrow, M. 1989: Die Rezeption Max Webers in der britischen Soziologie. In J. Weiß (Hg.), *Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 165–186.
- Albert, G., Bienfait, A., Sigmund, S., Stachura, M. (Hg.) 2006: *Aspekte des Weber-Paradigma*. Festschrift für Wolfgang Schluchter. Wiesbaden: VS.
- Allert, T. 2010: »Habermas hat die Innovationsbedürftigkeit gespürt.« In F. Herrschaft, K. Lichtblau (Hg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz*. Wiesbaden: VS, 487–497.
- Ay, K.-L., Borhardt, K. (Hg.) 2006: *Das Faszinosum Max Weber. Die Geschichte seiner Geltung*. Konstanz: UVK.
- Baumgarten, E. 1956: Einleitung. In M. Weber, *Soziologie – Weltgeschichtliche Analysen – Politik*. Mit einer Einleitung von Eduard Baumgarten. Hg. und erläutert von Johannes Winckelmann. Stuttgart: Kröner, XI–XXXVI.
- Baumgarten, E. 1964: *Max Weber. Werk und Person*. Dokumente ausgewählt und kommentiert von Eduard Baumgarten. Tübingen: Mohr.
- Bell, D. 1976: *The Cultural Contradictions of Capitalism*. New York: Basic Books.
- Bendix, R. 1960: *Max Weber. An Intellectual Portrait*. Garden City, New York: Doubleday.
- Bendix, R. 1964: *Max Weber – Das Werk*. Darstellung Analyse Ergebnisse. Mit einem Vorwort von René König. München: Piper.
- Bendix, R., Roth, G. 1971: *Scholarship and Partisanship: Essays on Max Weber*. Berkeley: University of California Press.
- Bensman, J. 1982: Hans Gerth's Contribution to American Sociology. In J. Bensman, A. J. Vidich, N. Gerth (Hg.), *Politics, Character, and Culture: Perspectives from Hans Gerth*. Westport, Connecticut: Greenwood Press, 221–274.

- Bögenhold, D. 2011: Sozioökonomik: Das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft akademisch betrachtet. In G. Mikl-Horke (Hg.), *Sozioökonomie: Die Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft*. Marburg: Metropolis, 59–94.
- Borchardt, K. 2006: Einleitung. In K.-L. Ay, K. Borchardt (Hg.), *Das Faszinosum Max Weber. Die Geschichte seiner Geltung*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 7–12.
- Burawoy, M. 2008: Open Letter to C. Wright Mills. In *Antipode*, 40. Jg., 365–375.
- Burawoy, M. 2013: From Max Weber to Public Sociology. In H.-G. Soeffner (Hg.), *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt a. Main 2010*. Bd. 2. Wiesbaden: Springer, 741–755.
- Burnham, J. 1941: *The Managerial Revolution. What Is Happening in the World*. New York: Day.
- Collins, R. 1975: *Conflict Sociology. Towards an Explanatory Science*. New York: Academic Press.
- Collins, R. 1986: *Weberian Sociological Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Collins, R. 2012: *Konflikttheorie. Ausgewählte Schriften*. Hg. v. Jörg Rössler. Wiesbaden: Springer.
- Coser, L. 1977: *Masters of Sociological Thought. Ideas in Historical and Social Context*. Second Edition. New York: Harcourt Brace Jovanovich.
- Erdelyi, A. 1992: *Max Weber in Amerika. Wirkungsgeschichte und Rezeptionsgeschichte Webers in der anglo-amerikanischen Philosophie und Sozialwissenschaft*. Wien: Passagen.
- Faber, R., Ziege, E.-M. (Hg.) 2008: *Das Feld der Frankfurter Kultur- und Sozialwissenschaften nach 1945*. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Gerhardt, U. 2002a: Die Rolle der Remigranten auf dem Heidelberger Soziologentag 1964 und die Interpretation des Werkes Max Webers. In C.-D. Krohn, A. Schildt (Hg.), *Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit*. Hamburg: Christians, 216–243.
- Gerhardt, U. 2002b: *Talcott Parsons. An Intellectual Biography*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gerhardt, U. 2006: Talcott Parsons und die Geltung des Werkes Max Webers. In K.-L. Ay, K. Borchardt (Hg.), *Das Faszinosum Max Weber. Die Geschichte seiner Geltung*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 91–121.
- Gerth, H. H. 1940: The Nazi Party: Its Leadership and Composition. *American Journal of Sociology*, 45. Jg., 517–541.
- Gerth, H. H. 1952: »Kapitalismus und Agrarverfassung« von Max Weber. In *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 108. Jg., 431–452.
- Gerth, H. H. 1954: Buchholz – auch ein Anfang der Soziologie. In *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 110. Jg., 665–692.
- Gerth, H. H. 1957b: Besprechung von »Gruppenexperiment« von Friedrich Pollock. *American Sociological Review*, 22. Jg., 760–761.
- Gerth, H. H. 1964: Max Weber: A Man Under Stress. *The Sociological Quarterly*, 5. Jg., 305–310.
- Gerth, H. H. 1982a: The Reception of Max Weber's Work in American Sociology. In J. Bensman, A. J. Vidich, N. Gerth (Hg.), *Politics, Character, and Culture: Perspectives from Hans Gerth*. Westport, Connecticut: Greenwood Press, 208–217.
- Gerth, H. H. 1982b: Charisma, Bureaucracy and Revolution. In J. Bensman, A. J. Vidich, N. Gerth (Hg.), *Politics, Character, and Culture: Perspectives from Hans Gerth*. Westport, Connecticut: Greenwood Press, 123–130.
- Gerth, H. H. 1982c: Max Weber's Political Morality. In J. Bensman, A. J. Vidich, N. Gerth (Hg.), *Politics, Character, and Culture: Perspectives from Hans Gerth*. Westport, Connecticut: Greenwood Press, 131–138.
- Gerth, H. H. 1982d: The Intellectual in Modern Society. In J. Bensman, A. J. Vidich, N. Gerth (Hg.), *Politics, Character, and Culture: Perspectives from Hans Gerth*. Westport, Connecticut: Greenwood Press, 177–189.
- Gerth, H. H., Landau, S. 1982: The Relevance of History to the Sociological Ethos. In J. Bensman, A. J. Vidich, N. Gerth (Hg.), *Politics, Character, and Culture: Perspectives from Hans Gerth*. Westport, Connecticut: Greenwood Press, 190–198.
- Gerth, H. H., Mills, C. W. 1944: A Note on Max Weber. In *Politics*, 1. Jg., 271–272.

- Gerth, H. H., Mills, C. W. 1953: *Character and Social Structure. The Psychology of Social Institutions*. New York: Harcourt, Brace and Company.
- Gerth, H. H., Mills, C. W. 1958: Introduction. *The Man and His Work*. In M. Weber, *From Max Weber: Essays in Sociology*. Translated, edited, with an Introduction by H.H. Gerth and C. Wright Mills. New York: Oxford University Press, 1–74.
- Gerth, H. H., Mills, C. W. 1963: A Marx for the Managers. In C. W. Mills, *Power, Politics and People. The Collected Essays of C. Wright Mills*. Edited and with an Introduction by Irving Louis Horowitz. New York: Oxford University Press, 53–72.
- Gerth, N. 2002: *Between Two Worlds. Hans Gerth. Eine Biografie 1908-1978*. Opladen: Leske + Budrich.
- Glatzer, W. 2010: »Was für Bagatellen! Wieso haben die sich gestritten?« In F. Herrschaft, K. Lichtblau (Hg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz*. Wiesbaden: VS, 499–506.
- Greffrath, M. 1979: Erinnerung an Hans Gerth. In M. Greffrath (Hg.), *Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 97–102.
- Greffrath, M. 1989: »Wie im Märchenbuch: ganz allein...« Gespräch mit Hans Gerth. In M. Greffrath (Hg.), *Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern*. Frankfurt am Main: Campus, 57–93.
- Habermas, J. 1980: Handlung und System – Bemerkungen zu Parsons' Medientheorie. In W. Schluchter (Hg.), *Verhalten, Handeln und System. Talcott Parsons' Beitrag zur Entwicklung der Sozialwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 68–105.
- Hanke, E. 2014: Max Weber in Zeiten des Umbruchs. Zur Aktualität und weltweiten Rezeption eines Klassikers. In M. Kaiser, H. Rosenbach (Hg.), *Max Weber in der Welt. Rezeption und Wirkung*. Mohr Siebeck: Tübingen, 1–21.
- Hennig, E. 2010: »Ich finde, dass die Soziologie eigentlich das interessantere und anspruchsvollere Fach ist.« In F. Herrschaft, K. Lichtblau (Hg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz*. Wiesbaden: VS, 473–485.
- Hennis, W. 1987: *Max Webers Fragestellung. Studien zur Biographie des Werks*. Tübingen: Mohr.
- Hennis, W. 2003: *Max Weber und Thukydides. Nachträge zur Biographie des Werks*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Herrschaft, F., Lichtblau, K. 2010: Einleitung. In F. Herrschaft, K. Lichtblau (Hg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz*. Wiesbaden: VS, 11–37.
- Heuss, T. 1958: Max Weber in seiner Gegenwart. In M. Weber, *Gesammelte Politische Schriften*. 2. erweiterte Aufl. Hg. v. Johannes Winckelmann. Tübingen: Mohr, VII–XXXI.
- Honigsheim, P. 1947: From Max Weber: *Essays in Sociology* by H. H. Gerth; C. Wright Mills. Review. In *American Journal of Sociology*, 52. Jg., 376–378.
- Honigsheim, P. 1950/1951: Max Weber im amerikanischen Geistesleben. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 3. Jg., 408–419.
- Horowitz, I. L. 1962: In Memoriam: The Sociological Imagination of C. Wright Mills. *American Journal of Sociology*, 68. Jg., 105–107.
- Horowitz, I. L. 1963: An Introduction to C. Wright Mills. In C. W. Mills, *Power, Politics and People. The Collected Essays of C. Wright Mills*. Edited and with an Introduction by Irving Louis Horowitz. New York: Oxford University Press, 1–20.
- Horowitz, I. L. 1964a: Max Weber and the Spirit of American Sociology. In *The Sociological Quarterly*, 5. Jg., 344–354.
- Horowitz, I. L. (Hg.) 1964b: *The New Sociology. Essays in Social Science and Social Theory in Honor of C. Wright Mills*. New York: Oxford University Press.
- Ibaraki, T. 1989: Probleme der Rezeption des soziologischen Werks von Max Weber in Japan – unter besonderer Berücksichtigung der Interpretation der Gesellschaftstheorie »Ma(r)x Webers« in der »marxistischen Bürgerschafts-Schule«. In J. Weiß (Hg.), *Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 116–144.



- Ilieva, R. 2010: Soziologie und Lebensstil des Mannheim-Kreises in Frankfurt. In F. Herrschaft, K. Lichtblau (Hg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz*. Wiesbaden: VS, 123–140.
- International Sociological Association 1998: *Books of the Century*, [www.isa-sociology.org/books](http://www.isa-sociology.org/books). (letzter Zugriff: 31. Mai 2015).
- Jenks, L. H. 1948: From Max Weber: Essays in Sociology by H. H. Gerth; C. Wright Mills; Max Weber, *The Theory of Social and Economic Organization* by A. M. Henderson; Talcott Parson. Review. In *The Journal of Economic History*, 8. Jg., 69–71.
- Käsler, D. 1978: Max Weber. In D. Käsler (Hg.), *Klassiker der soziologischen Denkens*. München: Beck, 40–177.
- Kaesler, D. 2002: Einleitung. In M. Weber, *Schriften 1894-1920*. Ausg. u. hrgs. von Dirk Kaesler. Stuttgart: Kröner, VII–XXXVI.
- Kaesler, D. 2003 : Max Weber. In D. Kaesler (Hg.), *Klassiker der Soziologie*. Band I. Von August Comte bis Norbert Elias. 4. Aufl. München: Beck, 190–212.
- Kaesler, D. 2006: Die Zeit der Außenseiter in der deutschen Soziologie. In K.-L. Ay, K. Borchardt (Hg.), *Das Faszinosum Max Weber. Die Geschichte seiner Geltung*. Konstanz: UVK, 169–195.
- Kaesler, D. 2014: Max Weber. Preuße, Denker, Muttersohn. München: Beck.
- Kaube, J. 2014: Max Weber. Ein Leben zwischen den Epochen. Berlin: Rowohlt.
- König, R. 1963: Vorwort. In R. König, J. Winkelmann (Hg.), *Max Weber zum Gedächtnis. Materialien und Dokumente zur Bewertung von Werk und Persönlichkeit*. Köln: Westdeutscher Verlag, 5–9.
- König, R. 2000: Briefwechsel. Band 1. Hg. v. Mario und Oliver König. *Schriften Bd. 19*. Opladen: Leske & Budrich.
- König, R., Winkelmann, J. (Hg.) 1963: *Max Weber zum Gedächtnis. Materialien und Dokumente zur Bewertung von Werk und Persönlichkeit*. Köln: Westdeutscher Verlag.
- Kruse, V., Barrelmeyer, U. 2012: Max Weber. Eine Einführung. Konstanz: UVK.
- Lepsius, R. M. 1990: *Interessen, Ideen und Institutionen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. 1980: Temporalstrukturen des Handlungssystems – Zum Zusammenhang von Handlungs- und Systemtheorie. In W. Schluchter (Hg.), *Verhalten, Handeln und System. Talcott Parsons' Beitrag zur Entwicklung der Sozialwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 32–67.
- Martindale, D. 1982: *The Monologue: Hans Gerth (1908-1978), a Memoir*. Ghaziabad, India: Intercontinental Press.
- Maurer, A. (Hg.) 2010: *Wirtschaftssoziologie nach Max Weber*. Mit einem Vorwort von Richard Swedberg. Wiesbaden: VS.
- Merriam, C. E. 1947: From Max Weber; Essays in Sociology by H. H. Gerth; C. Wright Mills. Review. In *The American Political Science Review*, 41 Jg., 150–151.
- Meyer, R. 1980: Hans Gerth (24.4.1908 – 29.12.1978). In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 32. Jg., 195–198.
- Mikl-Horke, G. 2008: Austrian Economics and Economic Sociology: Past Relations and Future Possibilities for a Socio-economic Perspective. *Socio-Economic Review*, 6. Jg., 201–226.
- Mikl-Horke, G. 2009: Das Ökonomieverständnis in der Wirtschaftssoziologie. In J. Becker, A. Grisold, G. Mikl-Horke, R. Pirker, H. Rauchenschwandtner (Hg.), *Heterodoxe Ökonomie*. Marburg: Metropolis, 177–214.
- Mills, C. W. 1948: *The New Men of Power: America's Labor Leaders*. New York: Harcourt, Brace.
- Mills, C. W. 1951: *White Collar. The American Middle Classes*. New York: Oxford University Press.
- Mills, C. W. 1959: *The Sociological Imagination*. New York: Oxford University Press.
- Mills, C. W. 1960: Dynamics of a Thinker. *New York Times Book Review*, 68. Jg., 16.
- Mills, K., Mills, P. (Hg.) 2000: *C. Wright Mills. Letters and Autobiographical Writings*. Introduction by Dan Wakefield. Berkeley: University of California Press.
- Mommsen, W. J. 1958: *Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920*. Mohr: Tübingen.
- Müller, H.-P., Sigmund, S. 2014: Zur Biographie: Person und Werk. In H.-P. Müller, S. Sigmund (Hg.), *Max Weber Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: Metzler, 1–29.

- Nelson, B. 1965: Diskussion zum Thema: Industrialisierung und Kapitalismus. In O. Stammer (Hg.), Max Weber und die Soziologie heute. Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages. Tübingen: Mohr, 192–201.
- Neumann, F. L. 1953: The Social Sciences. In F. L. Neumann, H. Peyre, E. Panofsky, W. Köhler, P. Tillich, The Cultural Migration. The European Scholar in America. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 4–26.
- Neumann, S. 1946/47: H. H. Gerth's and C. Wright Mills's From Max Weber. In *The Yale Review*, 36. Jg., 171–174.
- Oakes, G., Vidich, A. J. 1999: Collaboration, Reputation, and Ethics in American Academic Life. Hans H. Gerth and C. Wright Mills. Urban and Chicago: University of Illinois Press.
- Parsons, T. 1947a: From Max Weber: Essays in Sociology by H. H. Gerth; C. Wright Mills. Review. In *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 253. Jg., 238–239.
- Parsons, T. 1947b: Introduction. In M. Weber, *The Theory of Social and Economic Organization*. Being Part I of *Wirtschaft und Gesellschaft*. Revised and translated by Talcott Parsons. London: William Hodge, 1–77.
- Parsons, T. 1949a: *The Structure of Social Action. A Study in Social Theory with Special Reference to a Group of Recent European Writers*. Glencoe, Ill.: Free Press.
- Parsons, T. 1949b: *Essays in Sociological Theory. Pure and Applied*. Glencoe, Ill.: Free Press.
- Parsons, T. 1965: Wertgebundenheit und Objektivität in den Sozialwissenschaften. Eine Interpretation der Beiträge Max Webers. In O. Stammer (Hg.), Max Weber und die Soziologie heute. Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages. Tübingen: Mohr, 39–64.
- Parsons, T. 1969: *Politics and Social Structure*. New York: Free Press.
- Parsons, T. 1993: Introduction. In M. Weber, *The Sociology of Religion*. Introduction by Talcott Parsons. With a New Foreword by Ann Swidler. Boston: Beacon Press, XXIX–LXXVII.
- Parsons, T., Smelser, N. J. 1956: *Economy and Society. A Study in the Integration of Economic and Social Theory*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Radkau, J. 2005: *Max Weber. Die Leidenschaft des Denkens*. München: Hanser.
- Roth, G. 1968: Das historische Verhältnis der Weberschen Soziologie zum Marxismus. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 20. Jg., 429–447.
- Roth, G. 1977: Max Weber: A Bibliographical Essay. In *Zeitschrift für Soziologie*, 6. Jg., 91–118.
- Roth, G. 2003: Heidelberger kosmopolitische Soziologie. In G. Albert, A. Bienfait, S. Sigmund, C. Wendt, C. (Hg.), *Das Weber-Paradigma. Studien zur Weiterentwicklung von Max Webers Forschungsprogramm*. Tübingen: Mohr Siebeck, 23–31.
- Roth, G. 2006: Heidelberg und Montreal: Zur Geschichte des Weberzenteriums 1964. In K.-L. Ay, K. Borchardt (Hg.), *Das Faszinosum Max Weber. Die Geschichte seiner Geltung*. Konstanz: UVK, 377–391.
- Roth, G., Bendix, R. 1959: Max Webers Einfluß auf die amerikanische Soziologie. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11. Jg., 38–53.
- Rüegg, W. 2010: »Natürlich hätte die Entwicklung einen ganz anderen Verlauf genommen, wenn Karl Mannheim nach dem Krieg nach Frankfurt zurückgekommen wäre.« In F. Herrschaft, K. Lichtblau (Hg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz*. Wiesbaden: VS, 283–306.
- Scaff, L. 2006: Max Weber's Reception in the United States, 1920–1960. In K.-L. Ay, K. Borchardt (Hg.), *Das Faszinosum Max Weber. Die Geschichte seiner Geltung*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 55–89.
- Scaff, L. 2011: *Max Weber in America*. Princeton: Princeton University Press.
- Scaff, L. 2013: *Max Weber in Amerika*. Mit einem Geleitwort von Hans-Peter Müller. Berlin: Duncker&Humblot.
- Schapiro, M. 1945: A Note on Max Weber's Politics. In *Politics*, 2. Jg., 44.
- Schluchter, W. 1980: Gesellschaft und Kultur – Überlegungen zu einer Theorie institutioneller Differenzierung. In W. Schluchter (Hg.), *Verhalten, Handeln und System. Talcott Parsons' Beitrag zur Entwicklung der Sozialwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 106–149.
- Schwinn, T. 2001: Differenzierung ohne Gesellschaft. Umstellung eines soziologischen Konzeptes. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

- Schwinn, T. 2014: Von der okzidentalen Moderne zur multiplen Moderne. In H.-P. Müller, S. Sigmund, Max Weber Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: Metzler, 349–354.
- Sica, A. 2004: Max Weber and the New Century. New Brunswick, N. J.: Transaction Publishers.
- Sprondel, W. M., Seyfarth, C., Konau, E., Schmidt, G. 1980: »Soziologie soll heißen...«. Einige Anmerkungen zur Weber-Rezeption aus Anlaß des 80. Geburtstages von Johannes Winckelmann. In Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32. Jg., 1–12.
- Steinert, H. 2010: Max Webers unwiderlegbare Fehlkonstruktionen. Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Frankfurt am Main: Campus.
- Swidler, A. 1993: Foreword. In M. Weber, *The Sociology of Religion*. Introduction by Talcott Parsons. With a New Foreword by Ann Swidler. Boston: Beacon Press, IX–XVII.
- Tenbruck, F. H. 1989: Abschied von der »Wissenschaftslehre«? In J. Weiß (Hg.), *Max Weber heute*. Erträge und Probleme der Forschung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 90–115.
- Turner, B. S. 1994: Lebensphilosophie und Handlungstheorie. Die Beziehungen zwischen Talcott Parsons und Max Weber innerhalb der Entwicklung der Soziologie. In G. Wagner, H. Zipprian (Hg.), *Max Webers Wissenschaftslehre*. Interpretation und Kritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 310–331.
- Turner, B. S. 2009: Preface to the New Edition. In M. Weber, *From Max Weber*. Essays in Sociology. Translated, edited, with an Introduction by H. H. Gerth and C. Wright Mills. London: Routledge, XII–XXXIV.
- Weber, M. 1927: *General Economic History*. Translated by Frank H. Knight. New York: Greenberg.
- Weber, M. 1930: *The Protestant Ethic and the Spirit of Capitalism*. Translated by Talcott Parsons. London: Allen & Unwin.
- Weber, M. 1951: *The Religion of China: Confucianism and Taoism*. Translated and edited by Hans H. Gerth. Glencoe, Ill.: Free Press.
- Weber, M. 1952: *Ancient Judaism*. Translated and edited by Hans H. Gerth und Don Martindale. Glencoe, Ill: Free Press.
- Weber, M. 1956b. *Soziologie – Weltgeschichtliche Analysen – Politik*. Mit einer Einleitung von Eduard Baumgarten. Hg. und erläutert von Johannes Winckelmann. Stuttgart: Kröner.
- Weber, M. 1958b: *From Max Weber: Essays in Sociology*. Translated, edited, with an Introduction by H.H. Gerth and C. Wright Mills. New York: Oxford University Press.
- Weber, M. 2009: *From Max Weber: Essays in Sociology*. Translated, edited, with an Introduction by H.H. Gerth and C. Wright Mills. With a New Preface by Bryan S. Turner. London: Routledge.
- Weber, M. 2013: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Soziologie. Unvollendet. 1919-1920. Max Weber Gesamtausgabe. Abt. I: Schriften und Reden, Bd. 23. Hg. v. Knut Borchardt, Edith Hanke und Wolfgang Schluchter. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, M. 2014: *From Max Weber: Essays in Sociology*. Translated, edited, with an Introduction by H.H. Gerth and C. Wright Mills. Hoboken: Taylor and Francis.
- Weiß, J. 1989: Zur Einführung. In J. Weiß (Hg.), *Max Weber heute*. Erträge und Probleme der Forschung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–28.
- Winckelmann, J. 1956: Einleitung. In M. Weber, *Staatssoziologie*. Hg. v. Johannes Winkelmann (7-15). Berlin: Duncker&Humblot.
- Zaret, D. 1994: Max Weber und die Entwicklung der theoretischen Soziologie in den USA. In G. Wagner, H. Zipprian (Hg.), *Max Webers Wissenschaftslehre*. Interpretation und Kritik (332-366). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Zingerle, A. 1981: *Max Webers Historische Soziologie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

## Ad Hoc-Gruppen

Ad-hoc-Gruppe »Akteursdynamiken – Von der Krise des Akteurs«  
– organisiert von Annette Schnabel und Gregor Bongaerts

## Zinnkriterien und ' andeln

Nur sozialtheoretischen 9entralit t menschlicher ' andlungsf higkeit

Jens Öreve

*Beitrag zur Ad-hoc- ruppe ÜAkteursdynamiken – Von der Krise des Akteurs – organisiert von Annette Schnabel und regor Bongaerts*

, ein Beitrag verteidigt zwei zentrale nnahmen ber die 2tellung von menschlichen (ndividuen, welche sich bei , ax 6 eber finden. rstens bilden sie f r ihn das > tom< der Zoziologie, weil inheiten >unterhalb< und >oberhalb< von (ndividuen keine sinnf higen inheiten seien. 9weitens gehe die Zoziologie dabei von menschlichen und nicht von nicht-menschlichen ' andelnden aus (6 eber 1988: 439; 6 eber 1980). ! eide nnahmen sind rechtfertigungsbed rftig und werden durch viele 2tr mungen innerhalb der Zoziologie in Frage gestellt. ! erechtigt ist eine ritik an der zweiten nnahme, weil Zinnf higkeit differenziert werden muss. ie nerkennung eines ontinuums von Zinnf higkeit f hrt aber gleichwohl nicht dazu, der nnahme einer 9entralit t menschlicher kteure zu widersprechen. 5on 9entralit t spreche ich, um zu markieren, dass ich nicht die 3hese vertreten will, allein menschliche ' andelnde spielten in der Zoziologie eine 1olle. , it 9entralit t soll vielmehr bezeichnet werden, dass erstens menschliche ' andelnde bestimmte igenschaften aufweisen, welche nicht-menschliche nicht besitzen, und dass zweitens auch ein 9ugang zu den nicht-menschlichen auf die menschlichen ' andelnden verweist.

(n einem ersten 3eil werde ich etwas ber die sozialtheoretischen . ptionen sagen, die sich auf die Frage nach der 1elevezanz von kteur/-innen berhaupt richten. er zweite 3eil fragt nach den r nden, den kteursbegriff um , enschen zu zentrieren. er dritte bschnitt nimmt die Frage auf, wie wir dies mit ! efunten der Ethnologie vereinbaren k nnen, nach denen bestimmte soziale ruppen auch - icht-, enschen als handelnde / ersonen wahrnehmen.

## ' andelnde und esellschaft

9un chst sollen – relativ berschl gig – , odelle dargestellt werden, die sich hinsichtlich des 5erh ltnisses von kteur/-innen und esellschaft in der Zozialtheorie finden lassen. rei solche

, odelle lassen sich unterscheiden: erstens das , odell einer strikten 3rennung, zweitens das einer (nteraktion zwischen ' andelnden und 0esellschaft und drittens das einer (dentit t von ' andelnden und 0esellschaft.

0onstitutiv f r das erste , odell ist eine emergenztheoretische rgumentation. 2oziale / rozesse emergieren ausgehend von individuellen 0igenschaften, sind aber auf diese nicht zur ck-zuf hren. 0ies ist bekanntlich das 0urkheim-/ rogramm (Zawyer 2002). 6 ie eine andauernde 0iskussion zeigt, ist nicht abschlie end entscheidbar, ob emergenztheoretische rgumente haltbar sind (Zawyer 2005; ' eintz 2004; Zawyer 2012; 0reve 2013). us meiner 2icht steht aber die nwendung f r die 2ozioogie vor einer entscheidenden ' erausforderung: / ermanent ist n mlich auch eine 2ozioogie, welche von einer 0tonomie des 2ozialen ausgeht, von der 5ersuchung gekennzeichnet, doch etwas 0ber die handelnden / ersonen zu sagen. 0ann aber droht stets von neuem die strikte 3rennung von (ndividuum und 2ozialem, welche die 0mergenzfigur leisten soll, fragw rdig zu werden. 0anz kurz zu 0mile 0urkheim: - och unproblematisch - aus der 2icht der (rrelevanzbehauptung - d rfte die 3hese sein, dass ' andelnde durch eine 2ynthese 2oziales hervorbringen. 4nproblematisch ist diese 3hese aber nur, solange die entsprechende 2ynthese als 06 under verstanden wird<sup>1</sup> und nicht 0ber spezifische 0onstitutionsmechanismen erkl rt wird. 9wei weitere ! estimmungen der 1olle der ' andelnden erweisen sich bereits als sperriger: erstens die 3hese, dass sich das 2oziale am 9wang zeigt, dem (ndividuen unterliegen. . ffensichtlich muss sich eine 0ntit t finden lassen, die 2oziales als 6 iderstand empfindet. 9weitens gilt das auch f r die verwandte 3hese des homo duplex (0urkheim 1969). ' ier werden ' andelnde verdoppelt: 2ie erscheinen sowohl als gesellschaftlich gepr gt wie auch als nicht gesellschaftlich gepr gte 6 esen, wobei dann offen bleibt, warum dasjenige, was vorsoziale (ndividuen hervorbringen, nichts 2oziales sein sollte.

0amit wird bereits ein anderes, das zweite , odell angesprochen, das der (nteraktion zwischen (ndividuen und 0esellschaft, welches in der der sozialtheoretischen 0iskussion ebenfalls prominent ist - vermutlich sogar das prominenteste ! ild darstellt. 0ie nnahme, dass kteur/-innen sowohl gesellschaftlich wie auch nicht-gesellschaftlich sind, findet sich bekanntlich in 0eorg 2immels zweitem priori, sie liegt aber auch der 0onzeption von 3alcott / arsons zugrunde, der / ers nlichkeitssysteme kennt, die sich au erhalb des 2ozialsystems finden, aber durch das 2ozialsystem gepr gt werden. 0eorge ' erbert , ead kennt neben dem , e das (, das als 0vorsoziales f r den ' andlungsantrieb und die nicht-sozialisierten (mpulse steht. (n hnlicher 6 eise verweist ein diskursives 2elbst bei , ichel 0oucault immer schon auf eine 0ntit t, welche durch dieses zugerichtet und entfremdet werden kann und im - eo-(nstitutionalismus existieren neben den konstruierten kteur/-innen schon 0rohe kteur/-innen. (n die 0ategorie der 5ermittlungspositionen geht auch die dialektische 0onzeption von / eter +. ! erger und 3thomas +uckmann (! erger, +uckmann 1994).

0l diese + ungen stehen freilich ebenfalls vor einigen ' erausforderungen. 0ie zentrale ergibt sich hier aus der 0rage nach der 2einsweise der 0esellschaft, welche in der +age sein soll,

<sup>1</sup> 2o auch - iklas +uhmann (2003: 78): 0in 2ozialsystem entsteht, wenn sich 0ommunikation aus 0ommunikation entwickelt. 0ie 0rage der ersten 0ommunikation brauchen wir nicht zu erl utern, denn die 0rage >6 as war die erste Kommunikation?< ist schon eine 0rage in einem kommunizierenden 2ystem. 9ur 0ritik vgl. 1ainer 0reshoff (2003).

den, Menschen zum sozialen / Produkt erst zu machen. Dabei ergeben sich zwei Optionen: Entweder wird die Gesellschaft verstanden als das Handeln anderer / Personen oder als eine Realität, welche allen / Personen gegenüber noch einmal als eigene Realität gegenübersteht (letztlich also wieder Durkheim). Welche Option man wählt, hat dann auch Folgen für die Konstitutionstheorie des Subjekts, d.h. die Frage, ob der Handlungsstatus basal von der Gesellschaft abhängt.

Übenn die Mitmenschen, schreibt Luckmann in der *Theorie des sozialen Handelns*, nicht in bestimmten Bereichen handeln, wo man nicht handlungsfähig, lernte keine Sprache, keine Effizienzkontrolle und Interessenabstimmung, keine Arbeit. [...] Nun sind aber die Handlungen dieser Mitmenschen selbstverständlich ihrerseits ebenso gesellschaftlich bedingt: die Voraussetzungen ihrer Handlungen sind die Handlungen ihrer Mitmenschen. Eren Handlungen sind selbstverständlich wiederum gesellschaftlich bedingt usw. So kommt es zu einem unendlichen Regress (Luckmann 1992: 95).

Hier wird die eben benannte Ambivalenz des Gesellschaftsbegriffs deutlich: Was ist eine Gesellschaft eine Entität, welche sich von allen Handelnden noch einmal unterscheiden lässt oder steht sie einfach für das Handeln mehrerer Menschen? Nehmt man davon aus, dass Gesellschaft das Handeln anderer meint, dann kann die basale Handlungsfähigkeit der Individuen aber nicht allein von der Handlungsfähigkeit anderer abhängig sein. Üenn die Handlungsfähigkeit von von der Handlungsfähigkeit von ! abhängt und die Handlungsfähigkeit von ! von der Handlungsfähigkeit von , dann hängt die Handlungsfähigkeit von von der Handlungsfähigkeit von ab. Die Ableitung basaler Handlungsfähigkeit aus der Gesellschaft wird zirkulär. Entwicklungspsychologisch lässt sich zudem argumentieren, dass beispielsweise intersubjektivität Subjektivität in dem Sinne voraussetzt, dass die (de, sich und andere als intentionale Wesen zu begreifen, nicht aus der Umwelt selbst importiert werden kann. Ohne eine bereits gegebene intentionale Infrastruktur bliebe es undenkbar, wie eine Interpretation von Ereignissen in der Umwelt als intentionalen / Produkten überhaupt denkbar ist (Reve 2015, insb. Kapitel 7 und 8).

In dieser Stelle möchte ich kurz auf drei mögliche Einwände gegen die hier präferierte Identitätsthese – das dritte, Modell – zu sprechen kommen. Zum ersten könnte eingewendet werden, dass sie auf eine problematische Anthropologie vorgesellschaftlichen Menschen anscheinend angewiesen ist. Einmal lautet dieser Einwand auch, dass die Handlungstheorie nicht klären kann, woher die Referenzen der Handelnden kommen (vgl. zum Beispiel Ettenkofer 2013: 74). Offensichtlich kann dieses Argument nur unter zwei Voraussetzungen als Kritik des Individualismus gelten: 1. dass der Individualismus eine vollständige Theorie über Referenzgenese erfordert und 2., dass andere Theorien über eine solche Theorie der Referenzgenese verfügen. Beide Voraussetzungen treffen aber wohl nicht zu.

Ernster zu nehmen ist, dass Handelnde zweitens immer schon in Beziehungen anzutreffen sind und durch diese geprägt werden. Zweierlei ist hierzu zu sagen: Einerseits trifft dies zwar zu, spricht aber – wie eben gezeigt – noch nicht für die These einer gesellschaftlichen Referenzgenese, sie kann auch einfach nur Referenzgenese durch andere Individuen meinen. Andererseits kann auch eine individualistische Sozialtheorie von einer schlanken Anthropologie ausgehen. Das Basal zum Handlungsstatus gehört, kann aus dieser Sicht auch einer empirischen Klärung zugänglich sein (darauf komme ich gleich noch einmal zurück).



Ein dritter grundsätzlicher Einwand würde lauten, dass der Handlungsstatus zugeschrieben wird. Es besteht kein Zweifel, dass es Zuschreibungen des Handelns gibt. Das heißt aber nicht, dass das Handeln dadurch erzeugt werden kann (Reve 2012). Auch wirft die Zuschreibungstheorie die Frage nach dem oben benannten Wirkel der Erzeugung von Handlungsfähigkeit auf: Jemand muss bereits eine handelnde Person sein, um zuschreiben zu können.<sup>2</sup> Hier ist es hilfreich, zwei Aspekte der Zuschreibung zu unterscheiden: (1) Ablehnung an die Debatte um Anerkennungprozesse lässt sich eine Unterscheidung zwischen attributivem und perzeptivem Gebrauch des Begriffs der handelnden Person vornehmen (Fonneth 1994: 320ff.). Attributive Erwendungen lassen sich dann auf die wissenssoziologische Frage beziehen, wem Handlungsfähigkeit zugesprochen wird oder auch die politische Frage, wem Handlungsrechte eingeräumt werden, perzeptive Erwendungen beziehen sich hingegen auf die Idee, dass die Handlungsfähigkeit eine unverlierbare Eigenschaft darstellt, welche durch die Attributionsprozesse nicht erst konstituiert wird. Für die Auffassbarkeit der perzeptiven Auffassung der Eigenschaften von Handelnden spricht, dass erst sie es ermöglicht, misslingende Attribuierungen zu denken und gleiche Handlungsrechte kontrafaktisch behaupten einzufordern.

(Ich fasse diesen Abschnitt zusammen: Die Behauptung einer Irrelevanz der Handelnden lässt sich strikt nur durchhalten, wenn ein starkes emergenztheoretisches Argument verwendet wird. Die Sozialtheorie hält sich aber nicht diese Folgerung. Es scheint dann doch etwas mehr über Handelnde gesagt werden zu müssen. Damit aber wird die Frage virulent, worin die Einheit des Unterschiedenen liegt. (In welcher Weise referiert beispielsweise dasjenige, worauf sich die Analyse psychischer Systeme richtet, überhaupt zugleich auf dasjenige, was mit Personen bezeichnet wird? Ermittlungsmodelle wie bei Berger und Luckmann können hingegen nicht die Frage nach der Weise des Sozialen vermeiden. Wir haben gesehen, dass hier zwei Modelle konkurrieren. Aus einer Sicht ist Gesellschaft – ganz wie bei Durkheim – etwas, das sich allen Handelnden / Personen gegenüber als eigene Realität verstehen lässt. Aus einer anderen Sicht besteht die Realität der Gesellschaft in der Realität anderer Personen. Aus der zweiten Sicht wird die Reifikation der Gesellschaft vermieden, es wird aber unmöglich, die Gesellschaft als etwas anderes als ein Ensemble von Handelnden / Personen zu verstehen und folglich nicht mittels des Identitätsmodells zu deuten.

## 6. Wer handelt?

Was aber sind Akteur/-innen und wer zählt dazu? Was spricht dafür, den menschlichen Handelnden eine ausgezeichnete Stellung – eben eine zentrale Position – zuzusprechen? (Ich beginne mit zwei Vorbemerkungen. Erstens geht es um die formalen Strukturen des Status von Handelnden: Unabhängig davon, von welcher beliebigen, konkreten Erfahrung ausgegangen wird, ist es immer möglich, besondere – das heißt in diesem Falle: biographisch und historisch – ver-

<sup>2</sup> Wenn es bei Viveiros de Castro (2012: 99) beispielsweise heißt: 'Meridian perspectival ontology proceeds along the lines that the *point of view creates the subject*; whatever is activated or 'agented' by the point of view will be a subject', dann stellt sich genau die Frage, wer hier aktiviert oder aktivieren kann?

nderbare !estandteile von ›formalen‹ 2strukturen zu unterscheiden, ohne die menschliche Erfahrung ganz allgemein undenkbar w re. (+uckmann 1980: 58)

Normale spekte lassen sich auch durch Kritik an inhaltlichen !estimungen gewinnen. Oben hatte ich bereits darauf hingewiesen, dass die Kritik des (ndividualismus dort berzeugt, wo dieser von der nnahme einer fixen menschlichen -atur ausgeht. nnahmen ber die menschliche -atur sind empirisch kritisierbar. Zo k nnen beispielsweise Doucaults rbeiten als Kritiken an solchen nnahmen gelesen werden – gleichzeitig bleibt auch hier die (dee formaler 2strukturen erhalten. Dass n mlich 2studien ber die Variabilit t von Selbstbildern einen aufkl -renden ffekt besitzen, verdankt sich dem 4mstand, dass dressat/-innen solcher rbeiten sich um sich selbst m ssen sorgen k nnen (Doucault 1989), also in der +age sein m ssen, diese Selbstbilder auf sich selbst zu beziehen.

9weitens m chte ich darauf hinweisen, dass eine begriffliche 4ntersuchung in zwei imensionen verstanden werden kann. Es kann nach der (ntension und der xtension eines !egriffs gefragt werden. Die Entscheidung, von welcher (ntension oder xtension wir ausgehen, hat Konsequenzen f r die Frage, wie jeweils die andere imension bestimmt wird. Exemplarisch zeigt sich dies bei !runo +atours Definition: *Übny thing that does modify a state of affairs by making a difference is an actor* (+atour 2007: 71). Die !egrenzung auf menschliche 'andelnde erweist sich aus dieser 2icht als problematisch, dies aber zun chst allein dadurch, dass die Definition des !egriffs erweitert wird. 3ats chlich wird diese radikale Konsequenz bereits dann wieder in Frage gestellt, wenn wir den !egriff des 'andelns enger fassen.

Zo haben bereits 6erner 1ammert und (ngo 2schulz-2chaeffer die nsicht vertreten, dass der 'andlungsbegriff gradualisiert werden muss. 2ie unterscheiden dabei im nschluss an nthony Kiddens drei spekte: erstens das blo e !ewirken, zweitens die higkeit, auch anders handeln zu k nnen, und drittens (ntentionalitt und 1eflexivitt. (hrer , einung nach erlauben es neuere Entwicklungen im !ereich der 3echnik durchaus, technischen rtefakten auch die zweite 'andlungsf higkeit zuzuschreiben, also die higkeit, auch anders zu handeln, als dies durch eine einfache wenn-dann-2struktur festgelegt ist (1ammert, 2schulz-2chaeffer 2007).

(m nschluss an Forschungsergebnisse von , ichael 3omasello habe ich ein anderes 2chema vorgeschlagen (reve 2011). Es lassen sich dann vier Ebenen unterscheiden. 1. 'andlung als !ewirken und spontanes 5erhalten, 2. 'andlung als (ntentionalitt (9ielgerichtetheit und , itteleinsatz, 2elektion und 6ahl), 3. 'andlung als (ntentionserkenntnis (6issen um fremde (ntentionalitt) und 4. 'andlung als (ntentionserkenntnis und 1eflexivitt (6issen um eigene und fremde (ntentionalitt und deren !ezogenheit aufeinander).

folgt man der 5erhaltensforschung, so gilt, dass viele 3iere durchaus ein 5erhalten zeigen, das sich nicht im Sinne eines fest verankerten 1eiz-1eaktions-2chemas deuten l sst, sondern dem ein kreativ-instrumentelles 'andeln zugrunde liegt (wie beim 6erkzeuggebrauch). Enoch ist dem 2tand der Forschung nach davon auszugehen, dass allein 2chimpanzen zugleich in der +age sind, nicht nur intentionales 'andeln auszuf hren, sondern auch bei anderen 6esen (ntentionen zu erkennen (3omasello 2009: 57f.). nhaltspunkte f r diese nnahme bieten 2tudien, in denen 2chimpanzen , enschen unterst tzen, wenn diese bestimmte Gegenst nde nicht erreichen k nnen, oder zum !eispiel unterschiedlich auf 'andlungen reagieren, abh ngig davon, ob , enschen ihnen willentlich kein Futter geben oder die Futtergabe misslingt, weil ' indernisse vorliegen, welche den erfolgreichen bschluss der beabsichtigten 'andlung verhin-

dem. 2chimpanzen und , enschen orientieren sich demnach nicht nur an 1epr sentationen des 5erhaltens anderer, sondern an 1epr sentationen der mentalen , odelle, die dem gezeigten 5erhalten zugrunde liegen.  ennoch legen die 4ntersuchungen weiterhin nahe, dass allein , enschen ein 5erhalten zeigen, das darauf schlie  en l sst, dass sie so etwas wie gemeinsame 9iele kennen und ihr ' andeln wechselseitig daran ausrichten k  nnen (3omasello 2009: 119f.).  ndere / rimaten strukturieren ihre  ommunikation nicht auf dieselbe 6 eise :wie , enschen] durch gemeinsame  bsichten, gemeinsame  ufmerksamkeit, wechselseitig vorausgesetzte  ooperationsmotive und  ommunikationskonventionen. 5ielmehr versuchen sie schlicht, die individuellen 9iele, 6 ahrnehmungen und ' andlungen anderer vorherzusagen oder zu manipulieren. (3omasello 2009: 120) ! ei 3ieren kann demnach das 5erhalten an dem 5erhalten anderer orientiert sein, im  alle von 2chimpanzen kann es zudem daran orientiert sein, dass dem 5erhalten anderer (ntentionen zugrunde liegen, allein beim , enschen kann 5erhalten aber an der 5orstellung orientiert sein, dass eigene und fremde  rwartungen wechselseitig verwoben sind (vgl. auch zusammenfassend  bbildung 1).<sup>3</sup>

Abb. 1: Entit ten und 'ntentionselemente (aus  reve 2011: 228)

	+ebendige und k nstliche 6 esen	, anche 3ierarten	2chimpanzen/ , enschen	, enschen
! ewirken	7	7	7	7
(ntentionale 5er nde- rung (, ittelwahl)		7	7	7
(ntionserkenntnis (�b issen um (ntentionen anderer)			7	7
�emeinsames 6 is- sen/�emeinsame 9iele				7

## , enschen und - icht-, enschen

 ie  nnahme, dass allein , enschen die ! edingungen erf llen, die sich aus der oben angef hrten  orschung ergeben, wird durch andere  orschungstraditionen herausgefordert – man k  nnte insbesondere von einer ' erausforderung der evolution ren  nthropologie durch die  thnologie sprechen.  ie  estlegung auf , enschen als umfassend handlungsf higes 6 esen muss aus dieser 2icht durch abweichende ! eobachtungen korrigiert werden.  ieses  rgument hat nicht nur +atour vorgetragen, sondern ist ebenfalls von / hillipe  escola ( escola 2013),  duardo 5iveiros de " astro (5iveiros de " astro 2004; 5iveiros de " astro 2012) und von  esa +indemann (+indemann 2009) vorgebracht worden ( hnliche  berlegungen finden sich auch bei  onna ' araway 2004).

<sup>3</sup>  s bleibt freilich weiterhin umstritten, ob nicht auch 2chimpanzen in der +age sind, komplexere wechselseitige ! ezugnahmen zu verstehen (! oesch 2005; 3omasello 2010: 55ff.).  as  ndert aber selbstverst ndlich nichts an dem 4mstand, dass  rade von intentionaler ! ezugsf higkeit unterschieden werden k  nnen.

9un chst wird man zu 1echt eine Üdogmatische + sung der (dentifikation von ' andelnden zur ckweisen m ssen. Diese hatte bereits +uckmann folgenderma en bestimmt und in der Folge kritisiert:

Üdie Einteilung der 6 irklichkeit in einen sozialen und einen nicht-sozialen ! ereich beruht auf einem ontologischen / rinzip. Das menschliche ! ewu tsein kann dieses / rinzip erkennen und dies f hrt zur Gleichsetzung von 2ozialwelt und , enschenwelt. ! esondere 4mst nde k nnen jedoch ein fehlgeleitetes Erkennen dieses / rinzips bewirken – das 1esultat sind dann so eigenartige Eonzeptionen wie Animismus und 3otemismus. (+uckmann 1980: 57)

Diese / erspektive setzt voraus, dass Üwir wissen, wer wahrhaft als handelnde / erson in Frage kommt, dies aber ist dogmatisch und wird der Eallibilität des 6 issens nicht gerecht. 9ugleich kann man freilich immer noch behaupten, dass die , glichkeit der Eehlattribution ebenfalls nicht dogmatisch verworfen werden darf. (n diesem Sinne hatte bereits 6 eber die Frage, ob auch 3iere sich im selben Sinne sinnhaft verständlich verhalten, als eine offene Frage behandelt, welche nur durch weitere Eorschung beantwortet werden k nne (6 eber 1980: 7).

E r die hier vertretene / osition ist aber entscheidend, dass die ! efunde der Eethnologie auch dann noch f r eine 9entralität handelnder , enschen sprechen, wenn man nicht davon ausgeht, dass bewiesen werden kann, dass es sich bei der Einnahme breiterer . ntologien um einen (rrtum handelt.

Dies m chte ich an sechs ! efunden aus der ethnologischen Eorschung illustrieren.

1. uch in anderen Eulturen wird nicht alles als menschen hnlich verstanden: ÜDas gro e soziale Kontinuum, in dem sich , enschen und - ichtmenschen mischen, umfa t nicht alles, und einige Eelemente der 4mwelt kommunizieren mit niemandem, da sie keine eigene 2eele besitzen. Die meisten (nsekten und Eische, die Er uter, das , oos und die Earne, die Dieselseite und die Eisse bleiben deshalb au erhalb der sozialen 2ph re (Eescola 2013: 27, vgl. auch 186). , anche Eentitäten werden demnach als blo e - atur behandelt. (n manchen totemistischen 2ystemen kommen nur menschliche 3otemnamen vor (Eescola 2013: 240; 5iveiros de " astro 2012: 54) und in Erika finden sich kaum animistische 5orstellungen (Eescola 2013: 53f., 334).

2. uch wenn in animistischen Eulturen bestimmten 3ieren (ntentionalität unterstellt wird, hei t das nicht, dass nicht doch ' ierarchisierungen vorgenommen werden: ! ei den von Eescola beforschten chuar aus dem mazonasgebiet beispielsweise werden zwar auch 3iere als / ersonen wahrgenommen, aber nur , enschen sind Üvollständige / ersonen (Eescola 2013: 22f.). ! ei den chuar verl uft diese ' ierarchie entlang der Eichtigkeit des 2ehens und der sprachlichen 5erst ndigung:

ÜDie es sich geziemt, nehmen die chuar die 2pitze der / yramide ein: sie sehen einander und sprechen in derselben 2prache miteinander. Der Eialog ist noch m glich mit , itgliedern der anderen )varo-2t mme [...]. Die Spanisch sprechenden Weißen, die benachbarten Populationen der Quechua-2prache und auch den Eethnologen kann man sehen und mit ihnen reden, sofern es eine gemeinsame 2prache gibt (Eescola 2013: 25).

3. Es gibt einen allt glichen , odus der (nteraktion mit menschlichen / ersonen, der vom 4mgang mit anderen / ersonen unterschieden wird. ÜÄnder normal conditions, humans see humans as humans; they see animals as animals, plants as plants. s for spirits, to see these usually invisible beings is a sure sign that conditions are not normal. (5iveiros de " astro 2004: 466;

Siveiros de "astro 2012: 47) Die Grenze zwischen , enschen und - icht-, enschen wird zwar anders gezogen, sie ist perspektivisch, hebt aber die Differenz zwischen den 6 esen nicht vollständig auf (Siveiros de "astro 2012: 93f.).

4. Die Möglichkeit, zwischen den / erspektiven zu wechseln, ist gebunden an bestimmte , edien – 3r ume und 2chamanen spielen hier die entscheidende Rolle. Auch damit die eigentliche Metamorphose erfolgen kann [...], muß man einen Schritt weitergehen und die Barriere der Formen überwinden. Dies ist aber nur bei zwei Gelegenheiten möglich: wenn die / flanzen, die 3iere oder die Geister, die ihre ' ypostasen sind, die , enschen in deren Gestalt besuchen – am häufigsten in den 3r umen – und wenn , enschen, im allgemeinen 2chamanen, ebendiese Entitäten aufsuchen. (Escuela 2013: 210; vgl. auch Sila a 2013: 362; Siveiros de "astro 2004: 468; Siveiros de "astro 2012: 48, 75, 127, 150)

5. Die Ethnologen selbst gehen von den Klassifikationen der , enschen aus: So richtet Escuela seine Forschung auf die Frage aus, Wie [...] die Menschen ihre Erfahrung, insbesondere bei ihren Beziehungen zu den - ichtmenschen, organisieren. (Escuela 2013: 528)

6. - icht nur die Ethnologen nehmen ihren Ausgangspunkt bei der Bestimmung durch , enschen, sondern die animistischen Kulturen selbst gehen von Kategorien aus, die dem Umgang mit den , enschen entstammen.<sup>4</sup> In Amazonien, im subarktischen Amerika, in Nordisibirien werden die Bindungen, die die 3iere oder die Geister untereinander vereinen, sowie die der , enschen stets durch ein Sökalabular bezeichnet, das dem Register des Umgangs zwischen , enschen entstammt (Escuela 2013: 370, vgl. auch 416).<sup>5</sup>

Escuela zieht aus diesen Überlegungen einen entscheidenden Schluss: Über gemeinsame Referent der Entitäten, die die Welt bewohnen, ist also nicht der , ensch als Spezies, sondern die *conditio humana*. (Escuela 2013: 32)

Aus der ethnologischen / raxis lässt sich demnach durchaus eine Schnittmenge mit den Resultaten der evolutionären Anthropologie gewinnen. Sie besteht darin, dass es einen am , enschen ablesbaren Kern dessen gibt, was ' andeln ausmacht. Damit ist die oben angesprochene Streitfrage nicht entschieden (ob auch - icht-, enschen quasi-menschliche Akteur/-innen sein können), es zeigt sich aber, dass die Reorientierung um den , enschen das Fundament bildet, von dem aus die Frage gestellt werden muss.

<sup>4</sup> Auch wenn es völlig legitim ist, den Zoiozentrismus der Ethnologen zu kritisieren, ist es absurd, ihn den / opulationen vorzuwerfen, die sie untersuchen. (Escuela 2013: 370f.)

<sup>5</sup> Animals impose the same categories and values on reality as humans do – their worlds, like ours, revolve around hunting and fishing, cooking and fermented drinks, cross-cousins and war, initiation rituals, shamans, chiefs, spirits, and so forth. Being people in their own sphere, nonhumans see things just as people do. But the things that they see are different. Again, what to us is blood is maize beer to the jaguar; what to us is soaking manioc is, to the souls of the dead, a rotting corpse; what is a muddy waterhole to us is for the tapirs a great ceremonial house. (Siveiros de "astro 2004: 472)

## Zusammenfassung

, ein Vortrag behandelte drei Themenkomplexe. Zusammengehalten werden sie durch den Versuch einer Verteidigung zweier klassischer Annahmen: dass individuelle Akteure/-innen das Substrat der Gesellschaft bilden und dass es sich bei diesen um menschliche Akteure/-innen handelt. Letzteres kann sicherlich nicht ausschließlich gelten, aber doch hinsichtlich einer Behauptung von Zentralität, d.h. dass individuelle menschliche Akteure/-innen den zentralen Bezugspunkt der Soziologie bilden, weil diese über ganz spezifische Eigenschaften verfügen, welche sie von anderen Wesen unterscheiden.

Erstens bin ich der Frage nachgegangen, wie Individuen und Gesellschaft sozialtheoretisch ins Verhältnis gesetzt werden können. Dabei lassen sich drei Modelle unterscheiden: das Modell der strikten Trennung, das Modell der Interaktion und das Modell der Identifikation. Es zeigte sich, dass das eigentlich naheliegendste – das Interaktionsmodell – das problematischste ist. Wenn nämlich Individuen und Gesellschaft interagieren sollen, dann muss die Gesellschaft in einer bestimmbar Weise anders existieren als die Individuen, mit denen sie interagiert. Hier ergeben sich zwei Möglichkeiten: entweder meint Gesellschaft eine Entität, welche sich von allen Personen unterscheidet, oder sie steht als Kurzform für das Handeln von einzelnen Personen – welche dann auch andere Personen sein können. Im ersten Fall wird man an das strikte Trennungsmodell zurückverwiesen, im zweiten Fall auf das Identifikationsmodell.

Zweitens habe ich nach dem Begriff des Akteurs und der Akteurin gefragt. Problematisch erscheint hier die Ausdehnung des Begriffs des Handelnden, welche sich bei Latour findet. Meint man hingegen von engeren Begriffen des Handelns aus, so finden sich doch wieder Aspekte einer humanspezifischen Norm der Sozialität, welche darauf beruht, dass Menschen nicht nur intentionale Wesen sind und andere als intentionale Wesen wahrnehmen, sondern diese Intentionalität wechselseitig in Rechnung stellen. Die Radualisierung des Handlungsbegriffs und damit auch des Begriffs des Akteurs und der Akteurin führt ganz sicherlich zu einer Fragestellung einfacher, menschlicher Unterscheidungen (Luschka und Louamba 2013), nicht aber zu einer Aufhebung der Differenzen.

Drittens ergibt sich eine Herausforderung dieser Perspektive durch ethnologische Beobachtungen, auf die bereits Luckmann in seiner Arbeit über die Grenzen der Sozialwelt hingewiesen hat. Eine Begrenzung auf menschliche Handelnde übersieht die Existenz solcher Entitäten, welche auch nicht-menschliche Handelnde in einem anspruchsvollen Sinne als vollstündige Handelnde anerkennen. Luckmann ist recht zu geben, dass eine Irrtumstheorie keine angemessene Strategie im Umgang mit diesen Befunden ist. Gleichwohl lässt sich zeigen, dass auch hier eine anthropozentrische Perspektive gerechtfertigt werden kann.

## Literatur

- Latour, J.-L., Luckmann, R. 1994: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.
- Luschka, S. 2005: Joint cooperative hunting among wild chimpanzees: Taking natural observations seriously, Behavioral and Brain Sciences, 28. Jg., Heft 5, 692-693.

- ! uschka, 2., 1ouamba, ). 2013: ' irnloser ffe? ! I der ' und? >eist< als sozial konstruiertes 4nterscheidungsmerkmal. (n ! . / fau-ffinger, 2. ! uschka (' g.), esellschaft und 3iere. Zoziologische nalyse zu einem ambivalenten 5erh ltnis. 6 iesbaden: 2pringer 52, 23-56.
- escola, /. 2013: jenseits von - atur und 2ultur. 2rankfurt am , ain: 2uhrkamp.
- urkheim, 2. 1969: 2er 2ualismus der menschlichen - atur und seine sozialen ! edingungen. (n: 2. )onas (' g.), 2eschichte der 2oziologie ((. 1einbek bei ' amburg: 1owohlt, 178-190.
- oucault, , . 1989: 2ie 2orge um sich. 2exualit t und 6 ahrheit 3. 2rankfurt am , ain: 2uhrkamp.
- reshoff, 1. 2003: 2ommunikation als subjekthaftes 2eschehen - behindern >traditionelle< 2onzepte eine >genaue begriffliche ! estimmung des Gegenstandes Gesellschaft? In ' .-). 2iegel, 4. 2chimank (' g.), ! e-obachter der , oderne. ! eitr ge zu - iklas +uhmanns >2ie 2esellschaft der 2esellschaft<. 2rankfurt am , ain: 2uhrkamp, 71-113.
- reve, ). 2011: , enschliche ktorenschaft. (n ' . , atsuzaki, - . + dtke (' g.), kteur - (ndividuum - 2ubjekt: 2ragen zu >Personalit< und >Sozialit<. 6 iesbaden: 52 5erlag f r 2ozialwissenschaften, 221-237.
- reve, ). 2012: / raxis - 9uschreibung - . bjektivit t. rgumente gegen einen reduktionistischen (ndividualismus und ihre 2ritik, 2 Inner 9eitschrift f r 2oziologie und 2ozialpsychologie, 64. )g., ' eft 3, 431-454.
- reve, ). 2013: 1esponse to 1. 2eith 2awyer, / hilosophy of the 2ocial 2ciences, 43. )g., ' eft 2, 246-256.
- reve, ). 2015: 1eduktiver (ndividualismus. 9um / rogramm und zur 1echtfertigung einer sozialtheoretischen 2rundposition. 6 iesbaden: 52 5erlag f r 2ozialwissenschaften.
- ' araway, 2. 2004: 3he ' araway 1eader. - ew 8ork, +ondon: 1outledge.
- ' eintz, ! . 2004: 2mergenz und 1eduktion. - eue / erspektiven auf das , ikro-, akro-/ roblem, 2 Inner 9eitschrift f r 2oziologie und 2ozialpsychologie, 56. )g., ' eft 1, 1-31.
- ' onneth, . 1994: 2ampf um 2erkennung. 9ur moralischen 2rammatik sozialer 2onflikte. , it einem neuen - achwort. 2rankfurt am , ain: 2uhrkamp.
- +atour, ! . 2007: 1eassembling the 2ocial. . xford: . xford 4niversity / ress.
- +indemann, 2. 2009: 2as 2oziale von seinen 2renzen her denken. 6 eilerswist: 5elbr ck.
- +uckmann, 3. 1980: 2ber die 2renzen der 2ozialwelt. (n: 3. +uckmann, +ebenswelt und 2esellschaft. / aderborn: 2ch ningh, 56-92.
- +uckmann, 3. 1992: 3heorie des sozialen ' andelns. ! erlin: de 2ruyter.
- +uhmann, - . 2003: 2inf hrung in die 2ystemtheorie. 2armstadt: 6 issenschaftliche ! uchgesellschaft.
- /ettenkofer, . 2013: 2as soziale 2elbst und die , acht der 2struktur. , ead und das , ikro-, akro-/ roblem, sterreichische 9eitschrift f r 2oziologie, 38. )g., ' eft 1, 73-95.
- 1ammert, 6 ., 2schulz-2chaeffer, (. 2007: 3echnik und ' andeln: 6 enn soziales ' andeln sich auf menschliches 5erhalten und technische 2bl ufe verteilt. (n: 6 . 1ammert, 3echnik - ' andeln - 6 issen. 6 iesbaden: 52 5erlag f r 2ozialwissenschaften, 91-123.
- 2awyer, 1. 2. 2002: 2urkheim's dilemma: 3oward a sociology of emergence, 2ociological 3heory, 20. )g., ' eft 2, 227-247.
- 2awyer, 1. 2. 2005: 2ocial 2mergence. 2ocieties as " omplex 2ystems. - ew 8ork: " ambridge 4niversity / ress.
- 2awyer, 1. 2. 2012: 1esponse to 2mergence in 2ociology , / hilosophy of the 2ocial 2ciences, 42. )g., ' eft 2, 270-275.
- 3omasello, , . 2009: 2ie 4rspr nge der menschlichen 2ommunikation. 2rankfurt a., .: 2uhrkamp.
- 3omasello, , . 2010: 6 arum wir kooperieren. ! erlin: 2uhrkamp.
- 5ila a, . 2013: 3wo or three things that ( know about talking to the invisible, ' 4: )ournal of 2thnographic 3heory, 3. )g., ' eft 3, 359-363.
- 5iveiros de " astro, 2. 2004: 2xchanging / erspectives. 3he 3ransformation of . bjects into 2subjects in 2merindian . ntologies, " ommon 2nowledge, 10. )g., ' eft 3, 463-484.
- 5iveiros de " astro, 2. 2012: " osmological perspectivism in 2azonia and elsewhere. , asterclass 2eries. , anchester: ' 4 - etwork of 2thnographic 3heory.
- 6 eber, , . 1980: 6 irtschaft und 2esellschaft. 2rundri der verstehenden 2oziologie. 3 bingen: , ohr.

---

6 eber,, . 1988: □ esammelte ufs tze zur 6 issenschaftslehre. 3 bingen:, ohr (Ziebeck).



# Gehaltvolle Intentionalität

Eine postkonstruktivistische Perspektive

Peter Isenböck

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Akteursdynamiken – Von der Krise des Akteurs« – organisiert von Annette Schnabel und Gregor Bongaerts*

Es gibt mehr als einen Weg, postkonstruktivistische Soziologie zu betreiben. Der Weg, den ich hier ansatzweise zu gehen versuche, besteht darin, die Widerständigkeit, die Materialität oder Präsenz der Dinge und Objekte in der Welt, nicht gegen das epistemologische Primat der sprachlichen Welterschließung, in Stellung zu bringen. Auch hierfür ist es hilfreich, wie Bruno Latour mit anderer Absicht in *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft* bemerkte, philosophische Begriffsgymnastik zu betreiben, damit man »schnell, stark, kühn und flexibel genug« (Latour 2007: 90) ist, um den Spuren der Akteure folgen zu können. Die Spuren der Akteure, denen ich folgen möchte, sind keine *Atome* des Sozialen, keine Aktanten, aber auch keine bloße, brechungsfreie Projektionsflächen für soziale Zuschreibungen jeglicher Art. Vielmehr geht es darum, wie Akteure einen normativen Status zugeschrieben bekommen – als spezifisches Merkmal menschlicher Akteure.

Ich werde nun eine These aufstellen, die anzeigen soll, dass die virulente Frage nach der soziologischen Bestimmung des Akteursbegriffs nicht in eine konstruktivistische Grund- und Bodenlosigkeit hineinführen muss. Es gibt gute Gründe dafür, zu sagen, dass die Bestimmung des Akteursbegriffs mehr beinhalten muss als die Feststellung, dass etwas oder irgendein Ding in einer Situation einen Unterschied macht (Latour 2007: 123) und es gibt gute Gründe anzunehmen, dass menschliche Intentionalität mehr sein muss als ein reines Zuschreibungsphänomen.

Meine These entwickle ich mit Bezugnahme auf die neo-pragmatistische Philosophie Robert B. Brandoms. Sie besagt, dass man nicht über die Zuschreibung von Intentionalität (Überzeugungen, Wünsche, Absichten usw.) sprechen kann, ohne die Intentionalität verstanden zu haben, die die Zuweiser von Intentionalität selbst aufweisen (Brandom 2000: 111). Mithin möchte ich also unterscheiden zwischen einer instituierenden und einer instituierten Intentionalität und damit die weitergehende Annahme verbinden, dass die instituierte (zugeschriebene) Intentiona-

lität abhängig und sogar in gewisser Weise abgeleitet ist von der instituierenden Intentionalität der Zuschreiber (vgl. Bradom 2000: 111 ff.).

Mit einer solchen These legen ich mich notwendigerweise (und auch gewollt) darauf fest, dass man die Intentionalität menschlicher Akteure verstehen muss, um begreifen zu können, was es heißt, eine intentionale Einstellung gegenüber einem Ding einzunehmen. Und das Bild, das ich jetzt nicht vollständig zeichnen, sondern nur andeuten kann, ist, dass menschliche Intentionalität nicht ohne Sprache und ohne Normativität zu denken ist.

Ich gehe nun so vor, dass ich in einem ersten Schritt kurz erläutere, was diese These von dem phänomenologischen Zugriff Thomas Luckmanns auf Intentionalität unterscheidet<sup>1</sup> und inwieweit Bruno Latours Kritik am intentionalistischen Handlungskonzept ein Problem darstellen könnte. In einem zweiten Schritt entfalte ich dann die genannte These und steuere auf die Rolle der *Gemeinschaft* als Zuschreibungsinstanz zu.

Thomas Luckmann ist ein Konstruktivist, der kein Konstruktivist sein möchte (Reichertz 2012). Das verbindet ihn mit Latour. Für Luckmann ist Intentionalität zunächst der Ausdruck dafür, dass Bewusstseinstätigkeiten, indem sie etwas außerhalb von sich erfassen, die Wirklichkeit im Bewusstsein konstituieren (Luckmann 2008: 34). Betrachtet man, wie der Bereich außerhalb des Bewusstseins thematisiert wird, fällt auf, dass die Zuschreibung von Intentionalität (»Yamswurzeln beabsichtigen bei Nacht durch die Gegend zu wandern«) nicht auf ontologischen Tatsachen aufbauen soll. Die Phänomenologie Luckmanns besagt, dass Intentionalität zwar durch Sprache, Normen, Institutionen usw. instituiert wird, aber damit gerade nicht gesagt sein soll, dass die instituierende Intentionalität selbst wiederum sprachlich und normativ ist. Auch Luckmann arbeitet implizit mit der Unterscheidung von instituierender und instituierter Intentionalität. Aber im Gegensatz zu dem, was ich vorschlagen möchte, verlangt seine egologische Ausgangsposition, dass er gar nicht anders kann als den Grund und Boden der Zuschreibung von Intentionalität, man könnte auch sagen: die ursprüngliche Intentionalität, in einem einsamen Bewusstsein zu verorten. Seine Analyse dieser je für sich seienden instituierenden Intentionalität kommt zu dem Ergebnis, dass das intentionale Bewusstsein allgemeine Strukturen aufweist, die zu erkennen heißt, anzuerkennen, dass die Grenzen der Sozialwelt kontingent sind. Es soll also ein allgemeingültiges Element in den Bewusstseinsstrukturen geben, dass die Kontingenz der Grenzziehung ermöglicht, aber selbst nicht kontingent ist. Ein solches Element entdeckt Luckmann in der »universalen Projektion« als eine allgemeingültige Struktur des Bewusstseins, die die phänomenologische Analyse Husserls nicht zu Gesicht bekommen konnte, da diese an entscheidender Stelle inkonsequent sei. Die Kritik lautet, dass Husserl auch nach der transzendentalen Reduktion davon ausgeht, dass das transzendente Ego in seiner ursprünglichen Spontaneität immer noch menschliche Qualitäten habe, doch: »Die Aussparung der »menschlichen« Qualität des empirischen ego von dem Vollzug der transzendentalen Reduktion läßt sich theoretisch nicht begründen« (Luckmann 1980: 61).

Luckmann geht davon aus, dass wenn die Reduktion einmal radikal vollzogen ist, sich zeigt, dass Menschlichkeit etwas ist, was nicht am Ursprung der Intentionalität steht. Vielmehr glaubt er, die Annahme einer empirisch nicht verifizierbaren ursprünglichen Spontaneität, die dem transzendentalen Ego zukommt, zu ersetzen durch die anthropologisch beherrschbare Aufgabe,

---

<sup>1</sup> Ausführlicher habe ich dies in Isenböck 2012 dargestellt.

zu zeigen, dass Menschlichkeit sich erst einmal konstituieren muss. Ein erster Schritt dazu ist, den Begriff *Mensch* durch den Begriff *Leib* zu ersetzen und davon auszugehen, dass in der primordialen Sphäre es nur die *Paarung* von Leibern gibt. Die universale Projektion besteht somit in der Übertragung der eigenen Leiblichkeit auf sich abhebende Gegenstände im phänomenalen Feld (Luckmann 1980: 64). Diese wesenhafte Struktur des Bewusstseins führt zu empirischen Typologien von Leiblichkeit. *Unsere* Typologie, die sich in der Unterscheidung von Mensch, Tier, unbelebte Natur findet, ist eben ein kontingentes Produkt unserer historisch gewachsenen Lebensform.

Im Gegensatz zu dem, was ich sagen möchte, ist bei Luckmann die instituierte Intentionalität nicht abgeleitet aus oder abhängig von der instituirenden Intentionalität. Diese wird bei Luckmann vielmehr entschlackt.

Für Latour ist ein Akteur oder ein Aktant, wenn noch keine Figuration erstellt wurde, »jedes Ding, das eine gegebene Situation verändert, indem es einen Unterschied macht« (Latour 2007: 123). Damit möchte er nicht, wie er betont, irgendeine absurde Asymmetrie zwischen Menschen und nicht-menschlichen Wesen behaupten, sondern darauf hinweisen, dass man nicht a priori Handeln auf das beschränken kann, was Mensch *intentional*, für ihn gleichbedeutend mit Sinn, tun. Ein Akteur ist nicht der Ursprung der Handlung, eine Handlung steht nicht unter der Kontrolle des Bewusstseins. Aus diesem Grund meint Latour, dass es ihm möglich sei, anzunehmen, dass auch nicht menschliche Akteure als *vollgültige* (Latour 2007: 125) Akteure zu betrachten sind. Was ein Akteur ist, muss nicht a priori von der Theorie festgelegt werden, sondern hier muss man eben dem sozialen Geschehen folgen und nur mit Hilfe der minimalen Akteursbestimmung (»macht einen Unterschied«) beobachten, wie aus Aktanten figurierte Akteure werden.

Sucht man einen Platz für intentionale Akteure in der Akteur-Netzwerk-Theorie wird schnell deutlich, dass diese keinen ausgezeichneten Platz haben, sondern allenfalls graduell abgehoben von der minimalen Handlungsbestimmung gedacht werden können. Es sind dann Akteure, denen man Intentionalität zuschreibt, wobei (Rammert/Schulz-Schaeffer 2002) es nicht notwendig ist, an irgendeiner Stelle davon auszugehen, dass es substantielle, spezifische Eigenschaften menschlicher Intentionalität *gibt*, die in der Situation von sich aus einen Unterschied machen. Diejenigen, die dies so vertreten, verweisen dann darauf, dass der Mensch eine soziale Konstruktion darstellt, die historisch und kulturell unterschiedlich ausfällt (so auch Luckmann).

Dass dies so ist, möchte ich gar nicht bezweifeln, aber es scheint mir problematisch zu sein, keine weitergehenden Reflexionen darüber anzustellen, was es den mit der Intentionalität der Zuschreiber von Intentionalität auf sich hat und in wieweit die Zuschreibung von Intentionalität, eine Fertigkeit oder Praxis darstellt, die nur deswegen funktionieren kann, weil die zugeschriebene Intentionalität ein abgeleitetes Phänomen darstellt.

Im letzten Schritt möchte ich nun zeigen, dass man von einer ursprünglichen Intentionalität ausgehen kann, ohne die die Praxis der Zuschreibung von Intentionalität nicht verständlich ist.

Nach Robert B. Brandom, dem ich hier gerne folge, sind Zustände, Einstellungen und Akte deswegen intentional gehaltvoll, weil sie eine konstitutive Rolle spielen in sozialen Praktiken, die immer inferentiell aufgebaute normative Praktiken sind (Brandom 2000).

Die Struktur des Netzes der Regeln, in denen und mit denen Menschen Sprechen, Denken und Handeln, ist implizit normativ geregelt. Das Netz existiert zwar im Sinne der Gebrauchstheorie der Bedeutung nur in einzelnen Handlungsvollzügen, aber jeder einzelne Akt verweist auf

die die Handlungssituation transzendierenden Voraussetzungen, die man in der Situation niemals vollständig explizieren kann, die man aber doch implizit weiß: »Normen, die explizit in Form von Regeln sind, setzten Normen, die implizit in Praktiken enthalten sind, voraus« (Brandom 2000: 58).

Das implizite Wissen von den Regeln, die auf holistische Strukturen verweisen, ist in einem gehaltvollen Sinne ein »Wissen«, wie man sich in sozialen, und das heißt normativen Praktiken bewegen muss. Es geht also nicht in einem intellektualistischen Sinne um das Erfassen von Prinzipien des Handelns, sondern um das Beherrschen von Praktiken (Brandom 2000: 76). Dieses Wissen ist also kein Wissen von logischen Zusammenhängen, sondern ein Wissen von den normativen Implikationen, das heißt von den normativen Zusammenhängen, in die jeder Regelgebrauch eingebettet ist. Das heißt, ein Wissen worauf ich mich festlege, wenn ich handle, obwohl mir nicht alle weiteren Inferenzen meiner Handlung transparent sein können.

Vertraut sein mit einer normativen Praxis bedeutet nach Brandom, dass man kompetent in der Lage ist, mit den bestehenden Inferenzen der normativen holistischen Zusammenhänge in konkreten Situationen hantieren zu können. Man hat eine Regel verstanden, nicht erst wenn man sie expliziert hat, sondern schon, wenn man sie anwenden kann: »Verstehen in diesem ausgezeichnetem Sinne ist das Begreifen von Gründen, das Beherrschen der Richtigkeit des theoretischen und praktischen Folgerns (der Inferenz)« (Brandom 2000: 37).

Die Idee ist also, dass die Suche nach der Grundlage der instituierten Intentionalität einen festen Grund und Boden hat in sozialen Praktiken, die darin bestehen, dass die Zuweisung von Intentionalität zwei Dimensionen hat. Zum einen bedeutet die Einnahme einer intentionalen Einstellung gegenüber einem Ding/Akteur, ihn in der Praxis als ein intentionales Gegenüber (Brandom 2000: 106) zu betrachten und zu behandeln. Von sich aus hat das Gegenüber keine Intentionalität, erst durch die Unterstellung er habe Intentionalität, bekommt das Gegenüber einen normativen Status zugewiesen. Das heißt nicht, dass das Gegenüber (, wobei offen ist, was das alles sein kann) wirklich so handelt, wie normativ erwartet, sondern dass es betrachtet wird als etwas, das dazu verpflichtet ist in bestimmter Weise zu handeln. Zugewiesen werden hier bestimmte Arten von Gründen für das Handeln. Jemand, dem man zuschreibt, zu wissen, dass man im Regen nass wird und dem man zuschreibt, nicht nass werden zu wollen, wird aus diesem zugeschriebenen Grund versuchen, das Nasswerden zu verhindern. Allein durch die reine Beobachtung des Verhaltens (in dem dann auch Unterschiede durch das Verhalten des Akteurs herbeigerufen und sichtbar werden) kommt man niemals zu diesen normativen Moment. Zum anderen zeigt sich jetzt, dass man die zugeschriebene Intentionalität, die einen Verpflichtungscharakter hat, nicht verstehen kann, ohne die Intentionalität der Zuschreibung bzw. der Zuschreiber in den Blick zu nehmen. Diese Zuschreiber von Intentionalität stiften durch die Zuschreibung den intentionalen Gehalt, indem sie eine Haltung einnehmen, durch die das einfache (nicht-normative) Festgelegtsein eines Akteurs einen normativen Status bekommt. Ohne Zuschreibung gibt es keinen normativen Status, ohne normativen Status keinen intentionalen Gehalt.

Die entscheidende Frage ist nun, ob die Zuschreiber der Intentionalität wirklich Intentionalität »praktizieren« oder ob deren Intentionalität wiederum vom Theoretiker zugeschrieben wird (vgl. Brandom 2000: 114). Wenn die Analyse stimmt, dann instituieren die praktischen Einstellungen und Festlegungen der Gemeinschaftsmitglieder selbst die intentionalen Gehalte. Nach Brandom ist dann die Gemeinschaft im Besitz der ursprünglichen Intentionalität und nicht das

einzelne Individuum. Die Akteure schreiben sich vor allen Dingen durch ihre Tätigkeiten, ohne dass dies schon expliziert sein müsste (wie zum Beispiel in juristischen Verfahren), wechselseitig Intentionalität zu. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Intentionalität propositional gehaltvoll werden kann, denn eine Überzeugung/einen Wunsch/eine Absicht zu haben oder in einer Tätigkeit implizit zu verwirklichen, ist nur möglich, wenn diese intentionale Gehalte einen normativen oder genauer deontischen Status bekommen.

Abschließende Bemerkung: Aus diese ganzen Überlegung ergibt sich, dass sprachliche Intentionalität das theoretische Primat hat. Was aber nicht heißt, dass nur sprachbegabten Wesen Intentionalität zugeschrieben wird, sondern dass das Zuschreiben von Intentionalität nicht ohne Bezug auf eine sprachliche Praxis zu verstehen ist. Die Aussage: Der Mensch oder ein verantwortungsbewusster Akteur als ein kontingentes Konstrukt ist solange unvollständig, wie nicht die Kontingenz der sprachlichen Praxis der Zuschreibenden als normativ/deontische Praxis ausgewiesen ist. Doch damit würden wir das aushebeln, was uns überhaupt erst erlaubt, mit guten Gründen über die Dynamiken der Intentionalitätsattribution zu reflektieren.

## Literatur

- Brandom, R. B. 2000: *Expressive Vernunft. Begründung, Repräsentation und diskursive Festlegung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Isenböck, P. 2012: Externalistische Phänomenologie und zweite Natur. Über die Verwobenheit von Intentionalität und Sozialität. In Renn, J., Sebald, G., Weyand, J. (Hg.), *Lebenswelt und Lebensform. Zum Verhältnis von Phänomenologie und Pragmatismus*. Weilerswist: Velbrück, 83–95.
- Latour, B. 2007: *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luckmann, T. 1980: Über die Grenzen der Sozialwelt. In ders., *Lebenswelt und Gesellschaft*. Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh, 56–92.
- Luckmann, T. 2008: Konstitution, Konstruktion: Phänomenologie, Sozialwissenschaft. In Raab, J., Pfadenhauer, M., Stegmaier, P., Dreher, J. (Hg.), *Phänomenologie und Soziologie. Theoretische Positionen, aktuelle Problemfelder und empirische Umsetzungen*. Wiesbaden: VS, 33–40.
- Rammert, W., Schulz-Schaeffer, I. 2002: Technik und Handeln. Wenn soziales Handeln sich auf menschliches Verhalten und technische Abläufe verteilt. In Rammert, W., Schulz-Schaeffer, I. (Hg.), *Können Maschinen handeln? Soziologische Beiträge zum Verhältnis von Mensch und Technik*. Frankfurt, New York: Campus, 11–64
- Reichert, J. 2012: Alles nur Konstruktion. Von der seltsamen Enthaltung vieler Konstruktivisten gegenüber Werturteilen. In Joachim R., Ernst, C., Isenböck, P. (Hg.), *Konstruktion und Geltung*. Wiesbaden: VS, 93–119.

Ad-Hoc-Gruppe »Armut und Resilienz in soziologischer Perspektive«  
– organisiert von Lars Meier Markus Promberger, Peter Ester und Heike Solga

# The Emergence of Resilience in Disaster Research

Daniel F. Lorenz

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Armut und Resilienz in soziologischer Perspektive« – organisiert von Lars Meier Markus Promberger, Peter Ester und Heike Solga*

In recent years resilience has become an ever more prominent topic in a number of disciplines. In addition to the established paradigms in psychology and ecology, differing concepts were developed in areas such as geography, city planning, or in the social sciences. Being characterised as a »boundary object« (Brand, Jax 2007), the concept of resilience has seen yet additional development in interdisciplinary contexts, whereby the connections often take on a solely metaphorical character (Norris, Stevens 2007; Bürkner 2010). The topic likewise was discussed in the context of disasters (Manyena 2006)<sup>1</sup> and also found its way into political discussions within the context of global disaster risk reduction (see UN »Hyogo Framework for Action 2005-2015« as well as the recent »Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030«).

The proceeding article studies the origins of the resilience concept as well as its use and development within social scientific disaster research, the topic of resilience found its way into disaster research through various other disciplines. As such, one can essentially identify three interconnected threads which sum up resilience's current thematisation in disaster research: this includes the especially prevalent ecological (and coupled social-ecological) approaches, developmental and social psychological approaches, as well as the use of the resilience concept in risk and hazard management (Wildavsky 1988).

## Resilience in Ecology

Notwithstanding of the term's etymological origin in the latin word *resilire* which stretches as far back as Roman antiquity (Alexander 2013), or without speaking of the concept's development in field of psychology in the 1950s (found prominently in Werner 1971) which would later find a renewed popularity in the 1980s (Flach 1988), the contemporary topic of resilience draws first and foremost upon the ecological research of Crawford Stanley Holling. By viewing the interac-

---

<sup>1</sup> A first mention with a reference to disasters can be found in the context of the Shimoda Earthquake 1854.

tions of populations, Holling (1973) investigated why some systems collapse in the face of changing environmental conditions, whereas others persist in spite of constellations having changed dramatically. In contrast to previous classical formulations based upon a notion of stability, Holling developed the concept within the framework of population ecology.<sup>2</sup> His research culminated with the idea that non-linear influencing factors of ecosystems dynamically interact and produce a multi-stable system which does not have merely one equilibrium state, but rather has a multitude of equilibrium states or a so-called *steady state equilibrium*. For Holling (1973: 17) »[r]esilience determines the persistence of relationships within a system and is a measure of the ability of these systems to absorb changes of state variables, driving variables, and parameters and still persist«. In this perspective, a resilient system can be conceived as being of limited stability and subjected to permanent change (Handmer, Dovers 1996): therefore, resilience is not to be understood as a system characteristic which acts as a baseline for the fluctuations beyond the equilibrium, rather, it serves to preserve the system in the case of disturbances.<sup>3</sup>

## Resilience in Social-Ecological Systems

The original empirical and allegedly quantitative/descriptive concept transformed into a qualitative/normative concept without sufficient reflexive consideration accompanying it in the process. Even Holling's paper from 1973 begins with the search for perspectives »for theory and practice« (1973: 2) and ends – albeit in a reserved fashion – with the first considerations regarding the »application« of the resilience notion in active resource management and therewith the related idea to utilise the concept in approaches aiming to control and manage. In this aforementioned move, the concept is inherently stretched beyond its original application in ecosystems. This expansion of the resilience concept into social-ecological systems, which Holling also contributed significantly to, is only possible thanks to the axiom which heuristically describes ecosystems in the same manner as social-ecological systems: namely, as *adaptive cycles*, or accordingly, in the paradigm of *complex adaptive systems* (Westley et al. 2002; Walker, Cooper 2011). As already implied in the foundational theory of general systems which serves as basis for resilience's description (Lindseth 2011), this took a particularly argumentative detour through social-ecological systems until it could then be finally explicitly postulated for social systems.

Current ecologically oriented research directs its attention to the systemic interaction of social and ecological systems with non-linear feedback loops because this research firstly assumes a coevolution and interaction of the systems (Norgaard 1994; Zimmerer 1994; Gunderson et al. 1997; Levin et al. 1998; Berkes, Folke 2002; Berkes 2007). This, when combined with the complexity of existing and future environmental problems has, according to the authors, led to the

<sup>2</sup> Regarding the cultural background of the concept, see Kirchhoff et al. 2010

<sup>3</sup> Because the resilience concept takes the survival or the persistence of a system or reference unit into consideration, it is – at least in the original conception – independent of whether the system is desirable or worthwhile for any other reason (Levin et. al 1998; Voss 2010; Gallopin 2006; Walker et al. 2004; Christmann et al. 2011; Brand, Jax 2007). In the context of disasters such a positive notion of resilience is hardly ever contested.



situation in which these problems can no longer be resolved within disciplinary confines (Berkes et al. 2003; Holling et al. 1998; Young et al. 2006). The interaction of social and ecological systems is dealt with upon the basis of such terms as *socio-ecological systems* (Gallopín 2006) or *social-ecological systems (SES)* (Berkes et al. 2003) in which the focus should be directed at the *entire* system which itself arises through interactions (Berkes 2007). In general, the research initiatives into SES focus most of all on ecological systems and their management. Furthermore, they seemingly manage to get by although they lack a specific social systems theory or a societal theoretical approach (Bürkner 2010). Resource utilisation and the maintenance of the relationships between social and ecological systems stand at the centre of this research into SES. Subsequently, disasters play at best a subordinate role, alongside other less considered factors such as socio-economic structures, inequality, power distribution, and poverty.

## The Detour through Vulnerability Research

Regardless whether one sees resilience as an entirely new paradigm of disaster research as McEntire et al. (2002) view it, or even if one assumes that it occupies a complementary relationship to the concept of vulnerability (Mayana 2006; Voss 2010), one cannot completely comprehend resilience without connecting it to the hitherto existing research into vulnerability.<sup>4</sup>

Vulnerability research, which is often seen as an attempt to take the naturalness out of so-called *natural* disasters (O'Keefe et al. 1976), stretches back into the 1970s and has its roots in the research into poverty and hunger, as well as in *human ecology* (Sen 1982; Chambers, Conway 1991; Hewitt 1983; Adger 2006). »[V]ulnerability expresses the multi-dimensionality of disasters by focusing attention on the totality of relationships in a given social situation which constitute a condition that [...] produces a disaster« (Oliver-Smith 2004: 11). In this sense, vulnerability research investigates the social production of inequality as a condition of the uneven distribution of damages inflicted by disasters. In this perspective disasters are not caused by nature, but rather social processes that can be influenced and mitigated.

The *Risk-Hazard-Approach* (Burton et al. 1978; 1993) was one of the first approaches that described vulnerability but nonetheless remained trapped in the previous naturalising paradigm; so much so that it is extremely difficult to draw a dividing line between the two from our present point of view. In this approach vulnerability is primarily described as the exposition of a reference unit vis-à-vis predominantly rarely occurring, stationary, and identified hazards. These hazards then form the primary focus of the investigation. As such, political economy, socio-economic conditions, as well as human behaviour are comparatively granted marginal attention at best and, in the event that social resilience comes to be mentioned, it is done without reference and without conceptual foundation. Instead forms of coping are denoted in the sense of adaptation or adjustment and, as before, social structures, power relations, etc. are granted altogether little attention.

---

<sup>4</sup> The connection is perhaps made for the first time by Timmerman (1981).

In comparison, the *Pressure and Release* model from Blaikie et al. (1994 and Wisner et al. 2003) regards disasters as the result of the interaction between a broadly-termed and non-specific stressor and the vulnerability of social groups. The model identifies so-called *roots causes* as the societal base conditions for vulnerability, whose economic, demographics, and political processes which are spatially and temporally detached from the manifested risk: these root causes are then accordingly given great significance in the model. *Root causes* are translated into concrete *unsafe conditions* through *dynamic pressures* which, together with a hazard, can result in a disaster. The authors curiously define vulnerability as the devaluation of coping: i.e. that vulnerability means »the characteristics of a person or group and their situation that influence their capacity to anticipate, cope with, resist and recover from the impact of a natural hazard« (Wisner et al. 2003: 11).<sup>5</sup> In a similar manner, Wisner (2004: 189) sees vulnerability as »the blockage, erosion or devaluation of local knowledge and coping practices«. The nine years between the first and second printing act as evidence of a traceable change in resilience's attributed significance during that time. So although the word »resilience« was already used in the first edition in 1994, it nonetheless developed further until 2003 where it seemingly approached the conceptually similar idea of »livelihood and community resilience« which was just being established at that time. This newer conceptualisation emphasised the ability to withstand shocks and to put adaptation into execution.

The understanding of resilience in social scientific disaster research was likewise pivotally influenced by the investigations of Turner et al. (2003) into *Coupled Human-Environmental Systems*, which, in a certain sense, combines ecological resilience with vulnerability against the background of global environmental change. The *Framework for Vulnerability Analysis in Sustainability Science* should, as the name hints at, serve for the analysis of vulnerability. To be specific, the authors of this framework refer to the *Risk-Hazard-Approach* and the *Pressure and Release* model. Building upon both of these approaches, Turner et al. (2003: 8074) define: »Vulnerability is the degree to which a system, subsystem, or system component is likely to experience harm due to exposure to a hazard, either a perturbation or stress/stressor«. The authors here do not remain entrenched in the idea of the violability of the system (its ability to be damaged), rather they complement the framework of resilience by declaring it to be the ability of a system to deal with disturbances as they occur. In doing this the authors explicitly hark back to the research into coupled social-ecological systems:

»resilience enters vulnerability analysis from ecology, where it has evolved in meaning through extended debate and application. The concept has been used to characterize a system's ability to bounce back to a reference state after a disturbance and the capacity of a system to maintain certain structures and functions despite disturbance [...]. Resilience and related concepts influence a variety of interdisciplinary research focused on coupled human-environment systems [...], especially through the key component of 'adaptive capacity', the flexibility of ecosystems, and the ability of social systems to learn in response to disturbances«. (Turner et al. 2003: 875)

Although the framework does indeed conceptualise resilience as its own independent value, it nonetheless forms but one part of the system's vulnerability (Birkmann 2008).

---

<sup>5</sup> The so-called release part of the model could be interpreted as resilience in terms of macro-social transformations.

## Social Resilience

Similarly influenced by research into SES and vulnerability, Neil W. Adger (2000) investigated genuine social resilience and its connection to ecological resilience. By using Adger's work one can illustrate the attempt to formulate social resilience as a distinct property. This idea of social resilience also finds footing in Adger's work as he sees a prevailing synergistic and co-evolutionary relationship between social and ecological systems. According to Adger, the transfer of the ecological resilience concept onto social systems ostensibly assumes that there are no essential differences in the behaviour and structures of institutions and ecological systems. While this may be a contested idea in the social sciences, parallels are insinuated in various other disciplines (human geography, social ecology, and ecological economics) that there are in fact other existing interdependencies. From this Adger then further explicates as to how these interdependencies are changed by social interventions in ecosystems, which in turn have an influence on the social system based upon the extent to which social resilience is dependent upon ecological resilience. Social resilience represents a »loose antonym of vulnerability« for Adger (2000: 348), in which institutions, households, and communities are named as reference units.<sup>6</sup> He concludes with a definition of social resilience as »the ability of communities to withstand external shocks to their social infrastructure« (Adger 2000: 361). One way social resilience is able to be assessed for example is by ascertaining the extent to which these shocks are internalised through migration or by changes in livelihood, or by looking at how they retroactively affect the ecosystem in a mediated fashion.

## Social Resilience in Disaster Research

In social resilience, three constituent components have been given a specific and pronounced attention: adaptive capacity, coping capacity, and (more recently) participative capacity (Voss 2008). The research into social resilience, including the research into coupled social-ecological systems, focuses first and foremost on adaptive capacity. As a result, participative capacity and coping capacity have long been neglected in this area.

## Adaption

The relationship between *adaptive capacity* and resilience is so contested in the academic debate due to the multitude of prevailing differing concepts: some authors identify resilience with

---

<sup>6</sup> What is remarkable here Adger's work is how he turns away from the systems concept and focuses instead on communities as local manifestations of resilience: an idea which would later be found in the conception of community resilience among many authors even though they frequently did not make an explicit reference to his work (Norris et al. 2008; Murphy 2007; Boon et al. 2012; Cutter et al. 2008; Brown, Kulig 1996; Norris, Stevens 2007; Zautra 2008; Berkes, Ross 2013; Aldrich 2012). Nevertheless, limiting the focus purely to communities is not an uncontroversial move. In doing so, one could lose sight of other social systems which have other sources of social resilience (Berkes, Folke 1998; Westley et al. 2002; Bankoff 2003).

adaptive capacity (Smit, Wandel 2006), and others define the robustness of a system vis-a-vis change as adaptive capacity (Gunderson 2000). On the other hand, others view adaptive capacity as an element of resilience which can both reflect learning processes brought about by change and be made use of in the future (Carpenter et al. 2001). Given the context at hand, one should understand adaptive capacity in the way Walker et al. (2004) described it: as the ability to establish new structural relationships which should then be able to ensure the persistence of the system in case of radical environmental changes, or in the case of emerging of incompatible structures in the system itself (Gallopín 2006). These adaptation efforts encompass the short-term reactive interventions implemented in dealing with disasters, as well as the those long-term structural changes which aim to prevent future disasters or, at the very least, those long-term structural changes focus on coping with disaster (Brown, Kulig 1996). Folke (2006) refers to both of these versions of adaptive capacity with the terms *adaptability* and *transformability*: the former in the case of short-term reactive measures, and the later as the establishment of entirely new system structures.<sup>7</sup> Within adaptability one can differentiate between mitigation – active disaster coping – and recovery<sup>8</sup> – those reconstruction measures after the disaster. Adaptations can be implemented in a goal-oriented and reflexive manner by taking advantage of the available body of knowledge and collected experience (Gunderson 2003; Westley et al. 2002; Gunderson et al. 2002; Young et al. 2006). Nonetheless it has been shown that structural adaptations are not always carried out in this manner and instead often prove to be exercises of trial-and-error (Bohle 2008, Voss 2009).

## Psychosocial Coping

*Coping* is understood as the cultural and social »dealing« that makes collective stress bearable (Voss 2009). Coping capacity therefore provides the system's handling of failed expectations with a continuity of expectations which emerged through the system (Voss 2008, Norris et al. 2008). As a result, coping especially comes to bear in the midst of, or after a disaster. By ascribing meaning to catastrophic by means of socially, culturally, or religiously anchored interpretive patterns, it then becomes possible to produce a connection to the interpretive pattern found everyday life.<sup>9</sup> The existence of entirely different cultural meanings is illustrated by Elísio Macamo (2003), through the example of the flooding in Mozambique in 2000, and Martin Voss (2008), who both demonstrate that culture interpretive patterns can frame disasters, deaths and losses in ways in resoundingly different ways. Beyond meaning creation via cosmologies, every culture harbours within itself forms of dealing with the loss and the collapse of collective order

---

<sup>7</sup> Walker et al. (2006) warn however that high degrees of adaptability could also mean the loss of resilience if the focus is directed wholly on singular spaces, hazards, or solutions.

<sup>8</sup> One can draw a connection to terrorism (see Coaffee et al. 2009) in a similar fashion one by taking advantage of city-oriented approaches as found by Bürkner (2010). Recently there has been an identifiably surge of examinations into reconstruction efforts after disasters (recovery) in connection with resilience: such approaches (for example Aldrich 2012; Vale, Campanella 2005) often appear to use the city as their referential object.

<sup>9</sup> According to Wolf R. Dombrowsky (1987) the significance of a disaster can be measured by how much »labour« must necessarily be expended in the construction of meaning whilst overcoming it.

creation which can be entirely different from those of other cultures (Bankoff 2007b). (Social-)psychological research amongst others has come to learn of numerous social meaning creation practice (Eyre 2006; Erikson 1976).

### Power Relations and Participation

The concept of *participative capacity* (Voss 2008) enters the picture for the first in the discussion of social resilience. Self-organisation likewise plays a decisive role in the discussion concerning ecological adaptation in how to deal with environmental change (Carpenter et al. 2001; Folke et al. 2003; Holling 2001; Berkes 2007). The origins of the SES discussion as found in resource management and the related ecological economy essentially grants free range for institutional arrangement and organisation. Notably, this inherently ascribes great significance to the political sphere as well as the system of law. Other authors (Dow et al. 2006) argue for a political system based upon the constitution of a Rawlsian theory of justice. Nonetheless, the implications on the social sphere have only been insufficiently reflected on. Even in democratic systems which lawfully ensure the rights of freedom and participation, there is nonetheless an uneven distribution of interpretive power and hazards between groups due to social factors, as well as occasional serious constrictions on the ability of groups to self-organise. The uneven distribution of resources (Adger 2000), the differing strength and breadth of available networks (Blaikie et al. 1994; Aldrich 2012), expert cultures (Clausen 1992; 2003), mechanisms of exclusion and inclusion (Cutter et al. 2003), mobility (Adger 2000), gender identity and status (Fordham 2008; Krishnaraj 1997), language, as well as property laws (Berkes, Folke 1998) and education (Brauner, Dombrowsky 1996) interfere and culminate in the unequal distribution of power and the participative ability to affect change to the conditions of life. All of these aforementioned intervening factors could be combined under the domain of Pierre Bourdieu's expanded concept of »capital« (Bourdieu, Wacquant 1992). The concepts of social capital (Scheffer et al. 2002; Bankoff 2007; Murphy 2007; Aldrich 2012) and cultural capital (Berkes, Folke 1992) are already being used in the discussion surrounding social resilience and questions of adaptation. Nevertheless, the power dimension, which is inherent in Bourdieu's idea of symbolic capital and is likewise found in participative capacity itself, has been largely neglected in the discussion of social resilience till now. The idea of participative capacity attempts to direct attention to the interpretive power and influential prospects of the reference units regarding those local, regional, and global processes which affect them (Voss 2008). The contraction of participative capacity limits the various potentials to affect the conditions of life as well as the possibilities to deal and work with social change and adversity. In this sense, one could say, participative capacity reflects the vulnerability perspective as found within the resilience approach. As opposed to the *Pressure and Release* model in which the root causes manifest themselves as foundational causes for vulnerability on the local level, this model stresses the local self-organisational efforts which attempt to alter circumstances and become an integral component of social resilience. Hence authors such as Bohle (2008) or Voss (2008, 2010) view the concepts of vulnerability and resilience as being inescapably embedded in deliberative-participative, or transdisciplinary evaluation processes, that might counter social inequalities and power distributions.

## Conclusion

To understand the theming of resilience in the social scientific research into disasters one must first view it as a culmination of a theoretical tradition. The term resilience appears in various publications concerning the topic of vulnerability – but it has yet to be brought up in a conceptual sense. As it is conveyed in the research into coupled systems, resilience has begun to be taken up as a conceptual element within vulnerability research. It is even increasingly brought up and contextualised as its own research approach, an approach which has some authors (McEntire et al. 2002) have labelled as a paradigm shift within disaster research. An approach based on social resilience has emerged in disaster research which does not make a direct reference to ecological systems. In place of a direct focus on the damages of disaster, attention is instead directed toward the non-disastrous everyday change and those factors which prevent disasters, those which deal with disasters, or those which make disasters bearable. Social resilience can be described in this sense with three capacities: adaptive capacity, coping capacity, and participative capacity. While adaptive capacity encompasses the adaption processes for preventing future disasters, for dealing with them, and for rebuilding in their wake, coping capacity encompasses the cultural and social interpretative patterns as well as psycho-social sphere. The final element participative capacity can be understood as an inversion of the vulnerability notion which attempts to comprehend local potential to participatively affect, shape, and create the conditions of life. In light of the significant nature of these potentials, the question is therefore posed whether a reference unit is subjected to change, or whether it can shape this change itself. Given the neoliberal take over and appropriation of the resilience concept (Walker, Cooper 2011; Joseph 2013), this inheritance from the vulnerability perspective seems to be necessary and imperative. In not considering these perspectives, the social conditions of vulnerability and the causal origins of disaster would receded into the background renaturalizing disasters as all efforts of unmasking disasters as genuine social processes never happened (Cannon, Müller-Mahn 2010).

## Bibliography

- Adger, N.W. 2000: Social and Ecological Resilience: Are they related? *Progress in Human Geography*, 24. Jg., 347–364.
- Adger, N.W. 2006: Vulnerability. *Global Environmental Change*, 16. Jg., Heft 3, 268–281.
- Aldrich, D.P. 2012: Building Resilience. *Social Capital in Post-Disaster Recovery*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Alexander, D. 2013: Resilience and Disaster Risk Reduction: An Etymological Journey. *Natural Hazards and Earth System Sciences*, 13. Jg., 1257–1284.
- Bankoff, G. 2003: *Cultures of Disaster. Society and Natural Hazards in the Philippines*. London: Routledge.
- Bankoff, G. 2007: Dangers to Going it Alone. *Social Capital and the Origins of Community Resilience in the Philippines*. *Continuity and Change*, 22. Jg., Heft 2, 327–355.
- Bankoff, G. 2007b: Living with Risk; Coping with Disasters. *Hazard as a Frequent Life Experience in the Philippines*. *Education about Asia*, 12. Jg., Heft 2, 26–29.

- Berkes, F. 2007: Understanding Uncertainty and Reducing Vulnerability: Lessons from Resilience Thinking. *Natural Hazards*, 41. Jg., Heft 2, 283–295.
- Berkes, F., Folke, C. 1992: A Systems Perspective on the Interrelations between Natural, Human-Made and Cultural Capital. *Ecological Economics*, 5. Jg., Heft 1, 1–8.
- Berkes, F., Folke, C. 1998: Linking Social and Ecological Systems for Resilience and Sustainability. In F. Berkes, C. Folke (Hg.), *Linking Social and Ecological Systems. Management Practices and Social Mechanisms for Building Resilience*. Cambridge: Cambridge University Press, 1–25.
- Berkes, F., Folke, C. 2002: Back to the Future: Ecosystem Dynamics and Local Knowledge. In L.H. Gunderson, C.S. Holling (Hg.), *Panarchy. Understanding Transformations in Human and Natural Systems*. Washington: Island Press, 121–146.
- Berkes, F., Colding, J., Folke, C. 2003: Introduction. In F. Berkes, J. Colding, C. Folke (Hg.), *Navigating Social-Ecological Systems. Building Resilience for Complexity and Change*. Cambridge: Cambridge University Press, 1–29.
- Berkes, F., Ross, H. 2013: Community Resilience: Toward an Integrated Approach. *Society & Natural Resources: An International Journal*, 26. Jg., Heft 1, 5–20.
- Birkmann, J. 2008: Globaler Umweltwandel, Naturgefahren, Vulnerabilität und Katastrophenresilienz. Notwendigkeit der Perspektivenerweiterung in der Raumplanung. *Raumforschung und Raumordnung*, 66. Jg., Heft 1, 5–22.
- Blaikie, P.M., Cannon, T., Davis, I., Wisner, B. 1994: *At Risk. Natural hazards, People's Vulnerability and Disasters*. London: Routledge.
- Bohle, H.G. 2008: Förderung von Resilience als Herausforderung für die Risikowelten von morgen. In C. Felgentreff, T. Glade (Hg.), *Naturrisiken und Sozialkatastrophen*. Berlin: Springer Spektrum, 435–441.
- Boon, H.J., Cottrell, A., King, D., Stevenson, R.B., Millar, J. 2012: Bronfenbrenner's Bioecological Theory for Modelling Community Resilience to Natural Disasters. *Natural Hazards*, 60. Jg., Heft 2, 381–408.
- Bourdieu, P., Wacquant, L.J.D. 1992: *An Invitation to Reflexive Sociology*. Chicago: University of Chicago Press.
- Brand, F.S., Jax, K. 2007: Focusing the Meanings of Resilience: Resilience as a Descriptive Concept and a Boundary Object. *Ecology and Society*, 12. Jg., Heft 1.
- Brauner, C., Dombrowsky, W.R. 1996: Defizite der Katastrophenvorsorge in Industriegesellschaften am Beispiel Deutschlands. Untersuchungen und Empfehlungen zu methodischen und inhaltlichen Grundsatzfragen. Gutachten im Auftrag des Deutschen IDNDR-Komitees für Katastrophenvorbeugung e.V. Langfassung. Bonn : Deutsches IDNDR-Komitee.
- Brown, D., Kulig, J.C. 1996: The Concept of Resiliency. *Theoretical Lessons from Community Research. Health and Canadian Society*, 4. Jg., 29–52.
- Bürkner, H.-J. 2010: Vulnerabilität und Resilienz. Forschungsstand und sozialwissenschaftliche Untersuchungsperspektiven, IRS Working-Paper 43. Erkner: IRS.
- Burton, I., Kates, R.W., White, G.F. 1978: *The Environment as Hazard*. New York: Guildford Press.
- Burton, I., Kates, R.W., White, G.F. 1993: *The Environment as Hazard*. New York: Guildford Press.
- Cannon, T., Müller-Mahn D. 2010: Vulnerability, Resilience and Development Discourses in the Context of Climate Change. *Natural Hazards*, 55. Jg., Heft 3, 621–635.
- Carpenter, S., Walker, B., Anderies, J.M., Abel, N. 2001: From Metaphor to Measurement: Resilience of What to What? *Ecosystems*, 4. Jg., 765–781.
- Chambers, R., Conway, G.R. 1991: *Sustainable Rural Livelihoods: Practical Concepts for the 21st Century*. IDS Discussion Paper 296. Brighton: Institute of Development Studies.
- Christmann, G., Ibert, O., Kilper, H., Moss, T. 2011: Vulnerabilität und Resilienz in sozio-räumlicher Perspektive. Begriffliche Klärungen und theoretischer Rahmen. IRS Working-Paper 44. Erkner: IRS.
- Clausen, L. 1992: Social Differentiation and the Long-Term Origin of Disasters. *Natural Hazards*, 6. Jg., Heft 2, 181–190.

- Clausen, L. 2003: Reale Gefahren und katastrophensoziologische Theorie: Soziologischer Rat bei FAKKEL-Licht. In L. Clausen, E.M. Geenen, E. Macamo (Hg.), *Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen*. Münster: LIT, 51–76.
- Coaffee, J.; Wood, D.M.; Rogers, P. 2009: *The Everyday Resilience of the City. How Cities Respond to Terrorism and Disaster*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Cutter, S.L., Boruff, B.J., Shirley, W.L. 2003: Social Vulnerability to Environmental Hazards. *Social Science Quarterly*, 84. Jg., Heft 2, 242–261.
- Cutter, S.L., Barnes, L., Berry, M., Burton, C., Evans, E., Tate, E., Webb, J. 2008: A Place-Based Model for Understanding Community Resilience to Natural Disasters. *Global Environmental Change*, 18. Jg., Heft 4, 598–606.
- Dombrowsky, W.R. 1987: Das Tschernobyl-Syndrom. Katastrophen als verhaltensändernde Ereignisse. In J. Friedrichs (Hg.), *23. Deutscher Soziologentag 1986*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 806.
- Dow, K., Kasperson, R.E., Bohn, M. 2006: Exploring the Social Justice Implications of Adaptation and Vulnerability. In N.W. Adger, J. Paavola, S. Huq, M.J. Mace (Hg.), *Fairness in Adaptation to Climate Change*. Cambridge: MIT Press, 79–96.
- Erikson, K.T. 1976: *Everything in its Path. Destruction of Community in the Buffalo Creek Flood*. New York: Simon and Schuster.
- Eyre, A. 2006: Remembering. Community commemoration after Disaster. In H. Rodríguez, E.L. Quarantelli, R. Dynes (Hg.), *Handbook of Disaster research*. New York: Springer, 441–455.
- Flach, F.F. 1988: *Resilience – Discovering a New Strength in Times of Stress*. New York: Fawcett Books.
- Folke, C., Colding, J., Berkes, F., 2003: Synthesis. Building Resilience and Adaptive Capacity in Social-Ecological Systems. In F. Berkes, J. Colding, C. Folke (Hg.), *Navigating Social-Ecological Systems. Building Resilience for Complexity and Change*. Cambridge: Cambridge University Press, 352–387.
- Folke, C. 2006: Resilience. The Emergence of a Perspective for Social-Ecological Systems Analyses. *Global Environmental Change*, 16. Jg., Heft 3, 253–267.
- Fordham, M. 2008: The Intersection of Gender and Social Class in Disaster: Balancing Resilience and Vulnerability. In B.D. Philips, B.H. Morrow (Hg.), *Women and Disasters: From Theory to Practice*. Philadelphia: Xlibris, 75–98.
- Gallopin, G.C. 2006: Linkages between Vulnerability, Resilience, and Adaptive Capacity. *Global Environmental Change*, 16. Jg., Heft 3, 293–303.
- Gunderson, L.H., Holling C.S., Pritchard, L., Peterson, G.D. 1997: *Resilience in Ecosystems, Institutions and Societies*. Discussion Paper 95. Stockholm: Beijer International Institute of Ecological Economics.
- Gunderson, L.H. 2000: Ecological Resilience – In Theory and Application. *Annual Review of Ecology and Systematics*, 31. Jg., 425–439.
- Gunderson, L.H., Holling, C.S., Peterson, G.D. 2002: Surprises and Sustainability: Cycles of Renewal in the Everglades. In L.H. Gunderson, C.S. Holling (Hg.), *Panarchy. Understanding Transformations in Human and Natural Systems*. Washington: Island Press, 315–332.
- Gunderson, L.H. 2003: Adaptive Dancing. Interactions between Social Resilience and Ecological Crises. In F. Berkes, J. Colding, C. Folke (Hg.), *Navigating Social-Ecological Systems. Building Resilience for Complexity and Change*. Cambridge: Cambridge University Press, 33–52.
- Handmer, J.W., Dovers, S.R. 1996: A Typology of Resilience. *Rethinking Institutions for Sustainable Development*. *Industrial & Environmental Crisis Quarterly*, 9. Jg., Heft 4, 482–511.
- Hewitt, K. 1983: The Idea of Calamity in a Technocratic Age. In K. Hewitt (Hg.), *Interpretation of Calamity: From the Viewpoint of Human Ecology*. Boston: Allen, 3–32.
- Holling, C.S. 1973: Resilience and Stability of Ecological Systems. *Annual Review of Ecology and Systematics*, 4. Jg., 1–23.
- Holling, C.S., Berkes, F., Folke, C. 1998: Science, Sustainability and Resource Management. In F. Berkes, C. Folke (Hg.), *Linking Social and Ecological Systems. Management Practices and Social Mechanisms for Building Resilience*. Cambridge: Cambridge University Press, 342–362.



- Holling, C.S. 2001: Understanding the Complexity of Economic, Ecological, and Social Systems. *Ecosystems*, 4. Jg., Heft 5, 390–405.
- Joseph, J. 2013: Resilience as Embedded Neoliberalism: A Governmentality Approach. *Resilience: International Policies, Practices and Discourses*, 1. Jg., Heft 1, 38–52.
- Kirchhoff, T., Brand, F.S., Hoheisel, D., Grimm, V. 2010: The One-Sidedness and Cultural Bias of the Resilience Approach. *GAIA*, 19. Jg., Heft 1, 25–32.
- Krishnaraj, M. 1997: Gender Issues in Disaster management: The Latur earthquake. *Gender, Technology and Development*, 1. Jg., Heft 3, 395–411.
- Levin, S., Barrett, S., Aniyar, S., Baumol, W., Bliss, C., Bolin, B., Dasgupta, P., Ehrlich, P., Folke, C., Gren, I.M., Holling, C.S., Jansson, A.M., Jansson, B.O., Mäler, K.G., Martin, D., Perrings, C., Sheshinski, E. 1998: Resilience in Natural and Socio-Economic Systems. In *Environment and Development Economics*, 3 Jg., Heft 2, 222–235.
- Macamo, E. 2003: Nach der Katastrophe ist die Katastrophe. Die 2000er Überschwemmung in der dörflichen Wahrnehmung in Mosambik. In L. Clausen, E.M. Geenen, E. Macamo (Hg.), *Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen*. Münster: LIT, 167–184.
- Manyena, S.B. 2006: The Concept of Resilience Revisited. In *Disasters*, 30. Jg., Heft 4, 433–450.
- McEntire, D., Fuller, C., Johnsten, C.W., Weber, R. 2002: A Comparison of Disaster Paradigms: The Search for a Holistic Policy Guide. *Public Administration Review*, 62. Jg., Heft 3, 267–281.
- Murphy, B.L. 2007: Locating Social Capital in Resilient Community-Level Emergency Management. *Natural Hazards*, 41. Jg., Heft 2, 297–315.
- Norgaard, R.B. 1994: *Development Betrayed: The End of Progress and a Coevolutionary Revisioning of the Future*. London: Routledge.
- Norris, F.H., Stevens, S.P. 2007: Community Resilience and the Principles of Mass Trauma Intervention. *Psychiatry: Interpersonal and Biological Processes*, 70. Jg., Heft 4, 320–328.
- Norris, F.H., Stevens, S.P., Pfefferbaum, B.; Wyche, K.F., Pfefferbaum, R.L. 2008: Community Resilience as a Metaphor, Theory, Set of Capabilities, and Strategy for Disaster Readiness. *American Journal of Community Psychology*, 41. Jg., 127–150.
- O'Keefe, P., Westgate, K., Wisner, B. 1976: Taking the Naturalness out of Natural Disasters. *Nature*, 260. Jg., 566–567.
- Oliver-Smith, A. 2004: Theorizing Vulnerability in a Globalized World. A Political Ecological Perspective. In G. Bankoff, G. Frerks, D. Hilhorst (Hg.), *Mapping Vulnerability. Disasters, Development, and People*. London: Earthscan Publications, 10–24.
- Scheffer, M., Westley, F., Brock, W.A., Holmgren, M. 2002: Dynamic Interaction of Societies and Ecosystems – Linking Theories from Ecology, Economy, and Sociology. In L.H. Gunderson, C.S. Holling (Hg.), *Panarchy. Understanding Transformations in Human and Natural Systems*. Washington: Island Press, 195–240.
- Sen, A. 1982: *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*. Oxford: Clarendon Press.
- Smit, B., Wandel, J. 2006: Adaptation, Adaptive Capacity and Vulnerability. *Global Environmental Change*, 16. Jg., Heft 3, 282–292.
- Timmerman, P. 1981: *Vulnerability, Resilience and the Collapse of Society: A Review of Models and Possible Climatic Applications*. Environmental Monograph No. 1. Toronto: Institute for Environmental Studies, University of Toronto.
- Turner, B.L., Kasperson, R.E., Matsone, P.A., McCarthy, J.J., Corell, R.W., Christensen, L., Eckley, N., Kasperson, J.X., Luers, A., Martello, M.L., Polsky, C., Pulsipher, A., Schiller, A. 2003: A Framework for Vulnerability Analysis in Sustainability Science. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 100. Jg., Heft 14, 8074–8079.
- Vale, L.J., Campanella, T.J. 2005: *The Resilient city. How Modern Cities Recover from Disaster*. New York: Oxford University Press.
- Voss, M. 2008: The Vulnerable Can't Speak. An Integrative Vulnerability Approach to Disaster and Climate Change Research. *Behemoth. A Journal on Civilisation*, 1. Jg., Heft 3, 39–56.

- Voss, M. 2009: Vulnerabilität. In C. Hammerl, T. Kolnberger (Hg.), Naturkatastrophen. Rezeption – Bewältigung – Verarbeitung. Wien: Studien-Verlag, 103–121.
- Voss, M. 2010: Resilienz, Vulnerabilität und transdisziplinäre Katastrophenforschung. In A. Siedschlag (Hg), Jahrbuch für europäische Sicherheitspolitik 2009/2010. Baden-Baden: Nomos, 67–84.
- Walker, J., Cooper, M. 2011: Genealogies of Resilience. From Systems Ecology to the Political Economy of Crisis Adaptation. *Security Dialogue*, 42. Jg., Heft 2, 143–160.
- Walker, B., Holling, C.S., Carpenter, S.R., Kinzig, A. 2004: Resilience, Adaptability and Transformability in Social-Ecological Systems. *Ecology and Society*, 9. Jg., Heft 2, o.S.
- Walker, B., Gunderson, L.H., Kinzig, A.P., Folke, C., Carpenter, S.R., Schultz, L. 2006: A Handful of Heuristics and Some Propositions for Understanding Resilience in Social-Ecological Systems. *Ecology and Society*, 11. Jg., Heft 1, o.S.
- Werner, E. 1971: *The Children of Kauai. A Longitudinal Study from the Prenatal Period to age Ten.* Honolulu: University of Hawaii Press.
- Westley, F., Carpenter, S.R., Brock, W.A., Holling, C.S., Gunderson, L.H. 2002: Why Systems of people and nature are not just Social and Ecological Systems. In L.H. Gunderson, C.S. Holling (Hg.), *Panarchy. Understanding Transformations in Human and Natural Systems.* Washington: Island Press, 103–120.
- Wildavsky, A.B. 1988: *Searching for Safety.* New Brunswick: Transaction Books,
- Wisner, B., Blaikie, P., Cannon, T., Davis, I. 2003: *At Risk: Natural Hazards, People's Vulnerability and Disasters.* London: Routledge.
- Wisner, B. 2004: Assessment of Capability and Vulnerability. In G. Bankoff, G. Frerks, D. Hilhorst (Hg.), *Mapping Vulnerability. Disasters, Development, and People.* London: Earthscan Publications, 183–193.
- Young, O.R., Berkhout, F., Gallopin, G.C., Janssen, M.A., Ostrom, E., van der Leeuw, S. 2006: The Globalization of Socio-Ecological Systems. An Agenda for Scientific Research. *Global Environmental Change*, 16. Jg., Heft 3, 304–316.
- Zimmerer, K.S. 1994: Human Geography and the »New Ecology«: The Prospect and Promise of Integration. In *Annals of the Association of American Geographers*, 84. Jg., Heft 1, 108–125.
- Zautra, A., Hall, J., Murray, K. 2008: Community Development and Community Resilience: An Integrative Approach. *Community Development*, 39. Jg., Heft 3, 130–147.

Ad-Hoc-Gruppe »Asyl verwalten: Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems«  
– organisiert von Christian Lahusen und Karin Schittenhelm

# Entscheiden über Asyl

## Über soziale Konstruktion und das Zusammenspiel von Formalität und Informalität im österreichischen Asyl-Verwaltungsverfahren

Julia Dahlvik

*Beitrag zur Ad-Hoc-gruppe »Asyl verwalten: Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems« – organisiert von Christian Lahusen und Karin Schittenhelm*

Über die Gewährung von Asyl zu entscheiden, bedeutet über eine gültige Version der Realität zu entscheiden. Das administrative Asylverfahren dreht sich inhaltlich primär um die Feststellung bzw. die Interpretation einer »wohlbegründeten Furcht vor Verfolgung«, welche insbesondere mit der Herstellung von (Un-)Glaubwürdigkeit und insofern mit der Suche nach »Fakten« verknüpft ist. Der für Bürokratien charakteristische Prozess der sozialen Konstruktion von Fakten – hier im Rahmen der Bearbeitung von Asylanträgen – steht im Zentrum dieses Beitrags. Dabei sind insbesondere die produzierten Wissensformen und -bestände sowie die an den verknüpften Prozessen beteiligten Akteur/-innen von Interesse.

Ziel dieses Beitrags ist es, anhand empirischer Ergebnisse einer »institutionellen Ethnographie« (Smith 2006) Folgendes aufzuzeigen: Erstens, dass das Entscheiden über Asylanträge auf administrativer Ebene zum Teil auf der sozialen Konstruktion von Fakten basiert; zweitens, dass diese Konstruktionen durch strukturelle Spannungen im Asylverfahren (aufgrund von Rahmenbedingungen wie Gesetzen, Bürokratie, Politik und so weiter) notwendig erscheinen; und drittens, dass die durch diese Spannungen hervorgebrachten sozialen Praktiken (wie die der Konstruktion) als Zusammenspiel von Formalität und Informalität in Organisationen verstanden werden können.

Anhand einer in einer Außenstelle des ehemaligen österreichischen Bundesasylamts<sup>1</sup> durchgeführten ethnographischen Fallstudie wird der Arbeitsalltag von Entscheider/-innen untersucht, die in erster Instanz über Asylanträge entscheiden. Die präsentierten Ergebnisse basieren auf der »Kristallisierung« (Richardson 2000) von Leitfadeninterviews mit Entscheider/-innen, teilnehmender Beobachtung des Bürolebens und von Einvernahmen mit Asylsuchenden sowie Artefaktanalysen. Die Datenanalyse orientierte sich primär an dem Zugang der interpretativen Sozialforschung nach Froschauer und Lueger (2009).

---

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2014 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl.

## Strukturell bedingte soziale Konstruktion von Fakten

Da das Asylverfahren rechtlichen Normen<sup>2</sup> folgt und die Arbeitsschritte der Entscheider/-innen dementsprechend vorgegeben sind, ist in der Regel klar, wie über einen Asylantrag entschieden werden soll. Eine derartige Perspektive wird häufig von Personen eingenommen, die das Asylverfahren auf theoretischer, nicht aber auf praktischer Ebene kennen. Ein näherer Blick auf die Praxis der Entscheider/-innen innerhalb der Behörde gibt rasch Hinweise auf die Komplexität der sozialen Prozesse, die im Rahmen der Bearbeitung von Asylanträgen stattfinden. Diese Komplexität ist mit der bekannten Tatsache geschuldet, dass das Recht bzw. das Gesetz von seiner Anwendung lebt und daher wie bei Gericht so auch bei Behörden der Ermessensspielraum oder weiter gefasst der Handlungsspielraum der Entscheider/-innen von wesentlicher Bedeutung ist.

### Faktisierung

Eine These, die sich aus der hier vorgestellten Untersuchung ergibt, beschreibt einen Selektions- und Transformationsprozess, der im Rahmen der Bearbeitung von Asylanträgen von Entscheider/-innen und anderen Akteur/-innen vollzogen wird: Entscheider/-innen transformieren Information zu einem Faktum, zu etwas, das als objektive Tatsache betrachtet werden kann. Sie sind stetig auf der Suche danach, »was wirklich passiert ist« (Referentin B).

Neben der Befragung der asylsuchenden Person können zusätzlich unterschiedliche Informationsquellen hinzugezogen werden.<sup>3</sup> In dieser Recherchephase mit dem Ziel, Fakten aus Vergangenheit und Gegenwart zu etablieren oder ein zukünftiges Verfolgungsrisiko zu prüfen, geht es allerdings vielmehr um Prozesse der aktiven Konstruktion von Wissen als um passives Entdecken. (vergleiche Sweeney 2009) Im Asylverfahren besteht meist ein Mangel an Beweisen, der die Argumentation für beide Seiten erschwert. Während Asylsuchende in der Regel kaum identitätsbezogene Dokumente mitführen, können sie in manchen Fällen Beweise in Form von Fotos, Briefen oder Zeitungsausschnitten in das Verfahren einbringen. Entscheider/-innen hingegen verfügen über ein breites Spektrum an Möglichkeiten, um an »Fakten« zu gelangen, die als Beweise eingesetzt werden können. Die Akteur/-innen der Behörde benötigen autorisierte Informationsquellen, die für eine »objektiv« Entscheidung genutzt werden können. Diese sind notwendig, um eine Entscheidung bzw. die damit verbundene Argumentation anhand von Fakten zu legitimieren. Insofern ist die Suche nach Fakten meist an – seien es rechtliche, seien es administrative – Normen orientiert. Das heißt, es werden nur solche Fakten gesucht, die normrelevant sind und eine Entscheidung erlauben, die in das jeweilige »Programm« passen (vergleiche Lautmann 2011).

Da die möglichen Informationsquellen sehr vielseitig sind und unterschiedliche Akteur/-innen einschließen (etwa auch Dolmetscher/-innen oder Kolleg/-innen), stellt sich die wesentli-

---

<sup>2</sup> Eine Vielzahl an supranationalen, internationalen und nationalen Gesetzen regelt das Asylverfahren in allen EU-Mitgliedsstaaten.

<sup>3</sup> Zur ungleichen Wichtigkeit von Gesagtem und Geschriebenem im Asylverfahren siehe Dahlvik 2014.

che Frage: Wer definiert letztlich, was als Fakt gilt? Welche sind die autorisierten Quellen, wer sind die Akteur/-innen mit Definitionsmacht darüber, was als Faktum zu betrachten ist?

Wenn Entscheider/-innen Informationen über die aktuelle Situation in einem Land suchen, können sie beispielsweise Anfragen an die Staatendokumentation stellen, eine Einrichtung, die 2005 im ehemaligen Bundesasylamt etabliert wurde und der per Gesetz (Asylgesetz 2005) eine bedeutende Rolle in der Definition von Fakten zukommt. Anfragen an die Staatendokumentation können beispielsweise lauten: »Sind die folgenden Medikamente für Asylsuchende in Griechenland verfügbar?« oder »Hat Partei XY einen Sitz in Tiflis?«. Welche Fragen Entscheider/-innen stellen und wie sie diese formulieren, kann allerdings die Antworten beeinflussen. Darüber sind sich diese im Klaren, wie das Zitat einer Entscheiderin illustriert: »Ich wollte sie [die Asylsuchende] positiv machen. [...] Ich habe die Anfrage an die Staatendoku so geschrieben, dass ich schon gewusst habe, was sie antworten werden, so dass es dann nicht so gut wäre, wenn sie zurückgehen würde.« (Beobachtung 3) Strategisches Handeln ermöglicht so, das Ergebnis der Nachfrage mitzugestalten und dadurch indirekt Definitionsmacht darüber zu erlangen, was letztlich als Fakt gehandelt wird. Denn die Antworten der Staatendokumentation, einer qua Amt autorisierten Quelle, werden in der Regel als Fakten herangezogen, die die Entscheidung legitimieren. Die Staatendokumentation wiederum erhält ihre Informationen aus diversen Quellen, unter anderem durch sogenannte Verbindungsbeamte/-innen, die im jeweiligen Land vor Ort sind und Informationen »aus erster Hand« produzieren.

Eine weitere legitime Informationsquelle für die Etablierung von Fakten stellen – zum Beispiel medizinische, psychologische oder linguistische – Gutachten dar. Im Rahmen dieser Studie hat sich allerdings herausgestellt, dass im Kontext der Gutachter/-innentätigkeit nicht nur das Artefakt, das heißt, das Resultat als verschriftlichte Expertise, sondern auch die Auskunft gebende Person ausschlaggebend sein kann. Die Beziehung zwischen Entscheider/-in und Gutachter/-in kann durchaus von Bedeutung sein. Eine Entscheiderin erklärt, dass sie für ein medizinisches Gutachten keinen unbekanntem Gutachter wählen würde, denn »es muss ja ein Arzt des Vertrauens auch sein.« (Referentin B) Sie erklärt, dass sie einen bestimmten Arzt gefragt hat, ob er Gutachten für die Behörde machen würde und drückt nun, da er dies tut, ihre Zufriedenheit mit seiner Arbeit bzw. ihrer Zusammenarbeit aus: »Ich muss sagen, mit dem fahr'ma ganz gut.« (Referentin B)

Diese Aussage weist auf die komplexen Machtbeziehungen zwischen wissenschaftlicher/m Expert/-in und staatlicher Behörde hin. Folgt man Möllering, so beruht Vertrauen darauf, dass Ungewissheit ausgeschlossen werden kann. Außerdem besteht ein Zusammenhang von Vertrauen und Kontrolle, da das eine das andere voraussetzt und gleichzeitig hervorbringt (vgl. Möllering 2005: 283). Vor diesem Hintergrund gewinnt die scheinbar simple Beziehung von Auftraggeber/-in und Auftragnehmer/-in, zwischen Referent/-in und Gutachter/-in, an Komplexität.

Insgesamt wird anhand der geschilderten Beispiele ersichtlich, welche Akteur/-innen im Rahmen der Faktensuche und -bestimmung über Einfluss und somit über Definitionsmacht verfügen. Die Staatendokumentation und die mit ihr verbundenen Akteur/-innen, wie etwa Verbindungsbeamte/-innen einerseits und Gutachter/-innen andererseits, spielen in diesem Konstruktionsprozess eine bedeutende Rolle. Das Ziel der Behörde, durch Expert/-innen und institutionalisiertes Wissen Objektivität herzustellen, setzt voraus, dass eine klare Unterscheidung zwischen wahr und falsch möglich ist: »[t]he interpretation of the refugee's story in terms of

conformity and deviance relies on expert (institutional) knowledge and on an expert experience that must appear to be founded on an objectification of truth and falsehood and that therefore assumes, from the outset, that such objectification is possible.« (Rousseau, Foxen 2006: 515)

Insbesondere Informationen, die aus Datenbanken stammen, werden als ›harte Fakten‹ wahrgenommen, da sie rasch den Eindruck erwecken, ordnungsgemäß gefiltert und von einer Autorität genehmigt zu sein. (vergleiche Noll 2005) Dabei wird häufig die Tatsache verdrängt, dass auch solche Informationen von dem Urteil der/s jeweiligen Autor/-in abhängig sind und somit ebenso subjektiv sein können wie die Darstellung einer/s Asylsuchenden. Ebenso weist Wolff darauf hin, dass was in einer konkreten Situation als Realität zählt, nicht durch Fakten bestimmt wird, die abseits ihrer Repräsentation existieren. Im Gegenteil, Faktizität ist eben das Resultat einer spezifischen Form der Repräsentation und ist in ebendieser verkörpert. (vergleiche Wolff 1995: 68)

### Glaubwürdigkeit prüfen oder Unglaubwürdigkeit konstruieren

Welche Version der Realität erlangt nun in einem Asylverfahren Gültigkeit? Verknüpft mit der Suche nach Fakten, die für eine objektive Rechtfertigung der Entscheidung notwendig sind, ist die Konstruktion von Glaubwürdigkeit respektive Unglaubwürdigkeit (vergleiche auch Jubany 2011). Obgleich Glaubwürdigkeit in der UN Flüchtlingskonvention<sup>4</sup> nicht als Kriterium genannt wird, werden viele Asylanträge aufgrund von Zweifeln bezüglich der Glaubwürdigkeit abgelehnt (vergleiche Sweeney 2009). Kagan (2003) stellt sogar fest, dass die Glaubwürdigkeitsprüfung häufig der allein wichtigste Schritt ist, wenn es darum geht zu beurteilen, ob Asylsuchende in ein Land zurückgeschickt werden können, in dem sie behaupten, der Gefahr von schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt zu sein. Auf nationaler Ebene ist das Gebot der Glaubwürdigkeit hingegen gesetzlich verankert. So sieht das österreichische Asylgesetz vor, dass »einem Fremden« Asyl zu gewähren ist, »wenn glaubhaft ist, dass ihm im Herkunftsstaat Verfolgung im Sinne [...] [der] Genfer Flüchtlingskonvention droht.« (Art. 3 AsylG 2005) Ebenso ist die »die Beurteilung der Glaubwürdigkeit der Angaben von Asylwerbern und Fremden« als einer der Zwecke der Einrichtung der Staatendokumentation genannt.<sup>5</sup>

In der Praxis beinhaltet die Beurteilung der Glaubwürdigkeit meist auch die Prüfung der Plausibilität sowie der internen und externen Konsistenz eines »Vorbringens«. (Weston 1998 in Sweeney 2009) Die Plausibilität, das heißt, die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis in der Realität stattfindet, wird üblicherweise als reliabler Hinweis für Wahrhaftigkeit (Vrij 2008) gehandhabt und hat als solcher signifikanten Einfluss auf die Beurteilung der Glaubwürdigkeit einer Darstellung.<sup>6</sup> (vergleiche Nahari et al. 2010)

Die Untersuchung zeigt, dass die Einschätzung einer Darstellung einer/s Asylsuchenden als glaubwürdig oder unglaubwürdig meist mit Ungewissheit verknüpft ist. Eine Entscheiderin, die

4 Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention).

5 <http://www.staatendokumentation.at>, abgerufen am 23. April 2015.

6 Allerdings kann auch ein plausibles Ereignis (das heißt, es ist wahrscheinlich, dass es in der Realität stattfindet), als unwahr beurteilt werden (das heißt, es hat in der Realität nicht stattgefunden) (vergleiche Nahari et al. 2010).

bezüglich eines ›Falls‹ unsicher ist, fragt beispielsweise ihre Kollegin nach ihrer Einschätzung. Nachdem sie ihr die Details des Falls geschildert hat, kommt die Kollegin zu dem Schluss: »Das ist ein Blödsinn. Den kannst unglaublich machen.« (Beobachtung 0804) »Jemanden unglaublich machen« bedeutet, einer Darstellung nicht Glauben zu schenken, was meist eine Ablehnung des Asylantrags zur Folge hat.

Das Konzept der Glaubwürdigkeit ist an sich vage und ungreifbar. So beschreibt eine Entscheiderin, dass man es in manchen Fällen »richtig [spürt], das stimmt nicht, aber du kannst ihn sachlich nicht greifen, weil er einfach keine gravierenden Widersprüche hat, wo du das einfach nur im Gespür hast und denkst dir, wie krieg ich den jetzt.« (Referentin A) Dieses Beispiel zeigt einerseits den subjektiven und emotionalen Aspekt der Bearbeitung von Asylanträgen und weist andererseits auf die Beziehung zwischen Glaubwürdigkeit und Fakten hin. Die Entscheiderin erwähnt, dass sie ein »Gefühl« hat und »spürt«, dass der Asylsuchende nicht die Wahrheit sagt. Gleichzeitig hat sie keine Beweise, um das Gegenteil zu beweisen.

Während ein Ereignis manchmal »[aus] den Aussagen und halt dem Verhalten stimmig hervor[geht]« (Referent E), ist in anderen Fällen das Nicht-Stattfinden eines Ereignisses für eine/n Entscheider/-in offensichtlich. Entscheider/-innen identifizieren gewisse Zeichen und Indikatoren, die aus ihrer Sicht Unglaubwürdigkeit hervorrufen. Neben ›unechten Tränen‹ wird beispielsweise auch Vagheit in der Erzählung als ›Unglaubwürdigkeits-Indikator‹ gewertet. Einer Entscheiderin zufolge »[werden] solche [vagen] Antworten ja auch dann beinah gewürdigt. Weil sie sind mehr als nur ein Indiz dafür, dass er es nicht erlebt hat. Weil sonst kann, muss ja irgendwas kommen. [...] Auch wenn ich jetzt nicht wirklich sag'ma verbal sehr gut bin, kann ich irgendwas sagen.« (Referentin A)

Die Wohlbegründetheit von Furcht wird also im Asylverfahren anhand von Fakten einerseits und Glaubwürdigkeit andererseits bestimmt. Wenngleich Entscheider/-innen versuchen, ihre Entscheidung durch Objektivität zu legitimieren, zeigt sich, dass Elemente der Subjektivität das Verfahren durchdringen. Noll (2005: 144) weist darauf hin, dass die häufig stattfindende Verknüpfungen zwischen Furcht und Subjektivität einerseits und Wohlbegründetheit und Objektivität andererseits zu Fehlannahmen und unbegründeten Schlussfolgerungen führen. Objektivität würde eine sachliche, unvoreingenommene, unparteiische Wahrnehmung bedeuten, die nicht von Gefühlen oder Vorurteilen bestimmt ist.<sup>7</sup> Die Beurteilung der Wohlbegründetheit von Furcht basiert jedoch notwendigerweise auf subjektiven Interpretationen der Realität.

## Vier Dilemmata im Spannungsfeld von Formalität und Informalität

Der Fokus dieser Studie auf die sozialen Praktiken und Prozesse innerhalb der Asylverwaltung erlaubt es, alltägliche Routinen und Handlungsstrategien der Akteur/-innen zu beleuchten. Dazu zählt auch die Untersuchung von Spannungen und Widersprüchlichkeiten im Arbeitsalltag. Bereits um 1980 befassten sich insbesondere Lipsky (2010) und Prottas (1979) mit den »Dilemma-

---

<sup>7</sup> <http://www.duden.de/rechtschreibung/objektiv>, letzter Aufruf am 17. April 2015.



ta des Individuums im öffentlichen Dienst«. Viele dieser Dilemmata scheinen auch heute noch auf den Bereich der öffentlichen Verwaltung zuzutreffen, auch im Asylwesen.

Die hier vorgestellte Studie verdeutlicht, dass Entscheider/-innen, die Asylsuchende befragen und über deren Anträge entscheiden, in ihrer täglichen Arbeit oftmals individualisierte Wege und Möglichkeiten finden, um mit strukturellen Spannungen umzugehen.<sup>8</sup> Auf Basis der Analyse der Interviews, Beobachtungen und Artefakte lassen sich vier ineinander verschränkte Spannungsfelder identifizieren, die den Arbeitsalltag der Entscheider/-innen charakterisieren: (1) Eindeutigkeit (bzw. Bestimmtheit) versus Ungewissheit, (2) Normierung versus Handlungsspielraum, (3) Individualisierung versus Generalisierung, (4) Verantwortung versus Distanzierung.

Die ›Faktisierung‹, die soziale Konstruktion von Fakten, und die damit verknüpfte Konstruktion von Un-/Glaubwürdigkeit sind soziale Praktiken, die dem Dilemma zwischen Eindeutigkeit bzw. Bestimmtheit einerseits und Ungewissheit andererseits entspringen. Das heißt, als Rechtsverfahren verlangt das Asylverfahren eine eindeutige Entscheidung, gleichzeitig ist der Arbeitsalltag der Entscheider/-innen von permanenter Ungewissheit geprägt. Wie lassen sich diese gegensätzlichen Pole vereinbaren? Um Beweise schaffen zu können, müssen zunächst Fakten geschaffen werden. Informationen werden durch Länderberichte, Gutachten, und Ähnliches eingeholt, um dem Problem der Unentscheidbarkeit zu begegnen und schlussendlich zu einer Entscheidung zu kommen.<sup>9</sup> Mangels ›harter‹ Beweise für die von einer/m Asylsuchenden vorgebrachte soziale Realität werden im Zuge dieser Entscheidungsfindung auch Fakten konstruiert, indem Möglichkeiten und (Expert/-innen-)Meinungen den Stellenwert von Tatsachen erlangen. Denn der Bescheid muss sich auf Fakten stützen (die einer eventuellen Beschwerde standhalten). Diese weiter oben beschriebenen, durchaus komplexen Prozesse dienen – paradoxerweise – schlussendlich der Komplexitätsreduktion: Die Realität (Erfahrungen der Asylsuchenden) muss auf die rechtlichen Anforderungen zugeschnitten werden. Komplexitätsreduktion muss auch deshalb stattfinden, da wir prinzipiell nicht genug wissen, »unsere Informationsverarbeitungskapazität begrenzt [ist], und unsere Präferenzen instabil und inkonsistent [sind].« (Ortmann 2003: 138) Hinzu kommen Systemzwänge, Handlungsketten und Pfadabhängigkeiten, die vernünftige Entscheidungen ohnehin unwahrscheinlich machen. (vergleiche Ortmann 2003: 138) Schließlich ist das Asylverfahren ein bürokratischer Prozess, in dem Eindeutigkeit produziert werden muss und daher Alternativen ausgeschlossen und verunmöglicht werden. Dies führt dazu, dass »Zweifel unterdrückt, aus schwachen Begründungen starke, aus fehlenden fingierte werden«. (Ortmann 1990: 375) Ortmann beschreibt Entscheiden folglich als Transformation von Kontingenz und Ambiguität in Eindeutigkeit.

Die eigentliche Unentscheidbarkeit eines Antrages führt allerdings auch dazu, dass ein und derselbe Fall von verschiedenen Entscheider/-innen (hypothetisch<sup>10</sup>) – aufgrund unterschiedlicher Zugänge – konträr entschieden werden kann. Diese verschiedenen Herangehensweisen

8 Ähnliches gilt selbstverständlich auch, und zwar in viel stärkerem Ausmaß, für Asylsuchende, die versuchen müssen, so gut wie möglich durch dieses System zu kommen und deren Zukunft vom Ausgang des Verfahrens abhängt.

9 Die Entscheidung ist allerdings insofern nicht definitiv, als gegen sie beim Bundesverwaltungsgericht (früher beim Asylgerichtshof) Beschwerde eingelegt werden kann.

10 Hypothetisch daher, weil in der Praxis jeweils eine Referentin oder ein Referent mit einem Fall befasst ist und nicht mehrere Referent/-innen die Möglichkeit haben, über ein und denselben Fall zu entscheiden.

hängen wiederum mit dem Handlungsspielraum der Entscheider/-innen zusammen, der bereits zum zweiten Spannungsfeld überleitet.

Offiziell definieren rechtliche und administrative Normen den Arbeitsalltag der Entscheider/-innen. Gleichzeitig ist bekannt, dass sie bei deren Umsetzung im Rahmen der Bearbeitung eines Asylantrages über einen bestimmten Ermessens- bzw. Handlungsspielraum verfügen, auch wenn die Entscheidung letztlich rechtlichen, administrativen und politischen Vorgaben entsprechen muss. Mehr noch als die letztendliche Entscheidung steht ihnen das Wie – der Weg zur Entscheidung – frei. Der Handlungsspielraum schließt beispielsweise die Wahl der Dolmetscherin/des Dolmetschers oder der Gutachterin/des Gutachters ein. Wird überhaupt ein Gutachten in Auftrag gegeben? Was für eines, ein linguistisches, ein medizinisches? Aber auch die Ausführung administrativer und rechtlicher Vorgaben in der direkten Interaktion mit Asylsuchenden unterliegt dem jeweiligen individuellen Zugang der Entscheiderin bzw. des Entscheiders. Auf welche Art und Weise werden Argumentation und Schlussfolgerungen in das normative Format eines rechtlichen Bescheides gebracht? Individuellen Zugängen und Strategien der Entscheider/-innen kommt in der Bearbeitung von Asylanträgen eine bedeutende Rolle zu. Dies wird auch daran deutlich, dass, trotz oder gerade wegen des komplexen normativen Rahmens, der Weg von der Anfängerin bzw. dem Anfänger bis zur selbstständigen Entscheiderin bzw. zum Entscheider primär dem Prinzip des Learning by Doing folgt.

Gleichzeitig stattfindende Prozesse der Individualisierung und Generalisierung stellen einen weiteren strukturellen Widerspruch dar. Während einerseits jeder Asylantrag als Einzelfall behandelt und geprüft werden muss, findet andererseits eine Homogenisierung von ›Fällen‹ statt. So führt beispielsweise die wahrgenommene Wiederholung von Erzählungen bzw. das Vorbringen von Asylsuchenden zur Konstruktion von Kategorien von Antragsteller/-innen. Anstatt Letztere als Individuen wahrzunehmen, werden sie meist in generalisierender Weise als Zugehörige homogener, essentialisierter Gruppen (zum Beispiel nach Herkunft oder Religion) gelabelt. Eine Entscheiderin bezweifelt zum Beispiel das Verhalten einer Asylsuchenden in einer von der Frau geschilderten Situation, denn »das ist bei tschetschenischen Frauen normalerweise nicht so« (Beobachtung 0429). Einerseits sind derartige stereotype Zuschreibungen vorherrschend, andererseits ist es die Aufgabe der Entscheider/-innen, über die Zukunft einer Person mit ihren individuellen Lebensumständen zu urteilen. Der Aspekt der Individualität spielt jedoch besonders in den Arbeitsroutinen der Entscheider/-innen eine Rolle, zum Beispiel durch die individuelle Handhabung spezifischer Situationen, den Rückgriff auf persönliche Kontakte sowie eigene Erfahrungen mit und spezielle Erinnerungen an Asylsuchende.

Das vierte Spannungsfeld, das den Arbeitsalltag der Entscheider/-innen prägt, ist jenes zwischen Verantwortung (und Engagement) und Distanzierung (und Banalisierung). Ihrer Verantwortung sind sich Entscheider/-innen in der Regel zwar bewusst, jedoch wird diese häufig an andere Akteur/-innen ›weitergeleitet‹. So werden meist »die Gesetze« oder »die Politik« verantwortlich gemacht und Entscheider/-innen tendieren ganz im Sinne bürokratischer Organisationen dazu, sich lediglich als ausführende Organe sehen. Die letztliche Verantwortung wird oftmals auch der Berufungsinstanz<sup>11</sup> zugeschanzt. Eine Entscheiderin drückt dies folgendermaßen aus: »Ich sag einmal, wir sind einfach die, also ich finde es so, wir sind die kleinen Indianer, wir machen ein-

---

11 Damals der Asylgerichtshof, heute das Bundesverwaltungsgericht.

mal die Grundarbeit, dass wir das einmal grund-aufbereiten, aber sag'ma die Entscheidung, diese weitsichtige Entscheidung« wird von den Richter/-innen gefällt. (Referentin A) Als Bedienstete der erstinstanzlichen Behörde können sie ihr Gewissen damit beruhigen, dass Asylsuchende die Möglichkeit haben, in Berufung zu gehen.

Neben dieser Form der Delegation von Verantwortung lassen sich auch andere Praktiken der mentalen Distanzierung und der Banalisierung beobachten, beispielsweise durch den Vergleich mit eigenen Erfahrungen bezüglich eines Antrags auf Wohnbauförderung (Referentin A). Von einer »banalization of suffering« (Weiler (1992) kann auch gesprochen werden, wenn in einem bürokratischen System Individuen bzw. menschliche Probleme zu Fällen, Kategorien und Lösungen mechanisch werden.

### Soziale Praxis zwischen Formalität und Informalität

Betrachtet man die hier beschriebenen Spannungsfelder und damit verbundene soziale Praktiken aus organisationssoziologischer Perspektive, so lassen sich diese auch als (funktionale) Koexistenz von Formalität und Informalität betrachten. Rechtliche und administrative Normen verlangen und produzieren Formalität in Form von Normierung, Individualisierung, Entscheidung und Verantwortung. Gleichzeitig ist der Arbeitsalltag in der Behörde durch die Informalität sozialer Praktiken und Prozesse geprägt und zwar in Form von Handlungsspielraum, Ungewissheit, Generalisierung und Distanzierung. Darüber hinaus kann auch die weiter oben diskutierte Spannung zwischen Objektivität und Subjektivität im Asylverfahren – im Rahmen der Faktensuche und Glaubwürdigkeitsprüfung – im Licht der Formalität und Informalität betrachtet werden.

Nach Froschauer und Lueger (2015) stellen Formalität und Informalität zwei Ordnungsformen dar, die eng aufeinander bezogen sind, jedoch unterschiedliche organisationale Bereiche regeln. Die Autor/-innen gehen davon aus, dass die Informalität letztlich die Formalität dominiert. Auch in der behördlichen Praxis der Asylantragsbearbeitung kann festgestellt werden, dass die informellen Pole der Dilemmata den Alltag eher dominieren als die formellen. Die formalen Anforderungen – Normierung, Individualisierung, Entscheidung und Verantwortung – bilden den Rahmen der Handlung. Formalität schafft einen stabilen Rahmen für soziale Prozesse, welche durch Informalität geregelt werden, »ein erwartungsstabiles Gerüst mit allgemeinen Regeln, das zugleich als rituelle Fassade dient.« (Froschauer, Lueger 2015: 204) Dieser abstrakte Rahmen dient auch dazu, »Entscheidungen extern über eine verbindliche Verfahrensregelung« zu legitimieren (Froschauer, Lueger 2015: 205). Um die Entscheidung offiziell und formell brauchbar zu machen, muss sie in diesen Rahmen der Formalität eingepasst werden.

Kombiniert man die organisationssoziologische Perspektive mit Überlegungen der Theorie der sozialen Praxis, so gewinnen die Akteur/-innen sowie die jeweils vorherrschende Organisationskultur im Ausfüllen dieses Rahmens, das heißt auch in der Anwendung von Regeln, an Relevanz. Ortmann (2015: 332) folgend »muss die Schließung jener Offenheit [...] der Urteilskraft und Achtsamkeit der Beteiligten und sodann einem durch die (emergierende/evolvierende) Kultur orientierten Handeln der beteiligten Akteure überlassen bleiben«. Es obliegt also den einzelnen Entscheider/-innen, den Rahmen zu füllen, und von ihrem/seinem Handlungsspielraum Gebrauch zu machen. Gleichzeitig ist »rule following im Allgemeinen und adäquater Um-

gang mit notwendig verbleibender Vagheit von Regeln im Besonderen« auf eine gewisse (Organisations-)Kultur angewiesen (Ortmann 2015: 333).

Selbst das ausgeklügeltste System an Gesetzen – der Asylbereich ist diesbezüglich an Komplexität kaum zu überbieten – kann nicht vermeiden, dass »Reste an Vagheit« (Ortmann 2015: 335) bleiben. Und diese Reste »können nur situativ und unter Inanspruchnahme von Erfahrung, Urteilskraft und Achtsamkeit in bestimmtes Handeln überführt werden.« (Ortmann 2015: 335) Statt mehr Klarheit scheinen unendliche normative Verstrickungen zwischen inter-, supra- und nationalem Recht mehr Unbestimmtheit im Asylwesen zu schaffen. Ein Vorteil solcher Unbestimmtheit ist jedoch die »Offenheit, Unberechenbarkeiten und die Möglichkeiten nachträglicher Bestimmung des Unbestimmten (etwa der genauen Bedeutung einer Regel) zu wahren.« (Ortmann 2015: 322)

Vagheit und Unbestimmtheit können also durchaus funktional sein, ebenso wie Informativität.<sup>12</sup> Zu den Eigenschaften der Informalität zählt unter anderem, dass sie Flexibilität ermöglicht und Komplexität reduziert (vergleiche Froschauer, Lueger 2015). Wie weiter oben ersichtlich wurde, ist gerade der Aspekt der Komplexitätsreduktion im Asylverfahren, insbesondere im Prozess der sozialen Konstruktion von Fakten, von wesentlicher Bedeutung. Diese Art der Informalität ist auch mit der Idee der Ungenauigkeit verknüpft, insofern als letztere notwendig ist, um Komplexität zu reduzieren. Denn die Bemühung um größere Genauigkeit – das Immer-Weitersuchen – kann sonst kein Ende finden, wodurch die Akteurin oder der Akteur letztendlich handlungsunfähig würde (vergleiche Reichertz 1997).

## Conclusio und Ausblick

Zu Beginn dieses Beitrags wurde erläutert, wie und weshalb die soziale Konstruktion von Fakten (»Faktisierung«) im Rahmen der administrativen Bearbeitung von Asylanträgen stattfindet. Damit verknüpft ist auch die Prüfung der Glaubwürdigkeit der Aussagen von Asylsuchenden, mit der häufig die Konstruktion von Unglaubwürdigkeit einhergeht. Überdies wurde aufgezeigt, dass Entscheider/-innen in diesem Prozess der Überprüfung Kriterien anwenden, die oftmals ihre eigenen Maßstäbe sind und dadurch konkrete Erwartungen betreffend das Wissen und Handeln der Asylsuchenden produzieren. Um aufzuzeigen, dass die geschilderten sozialen Praktiken im Asylverfahren strukturell bedingt sind, wurden anschließend die vier im Rahmen der Studie identifizierten Dilemmata diskutiert. Schließlich wurden diese vier Spannungsfelder – Eindeutigkeit versus Ungewissheit; Normierung versus Handlungsspielraum; Individualisierung versus Generalisierung; Verantwortung versus Distanzierung – kursorisch unter dem Gesichtspunkt der organisationalen Formalität und Informalität beleuchtet.

Die organisationssoziologische Perspektive macht sichtbar, wie Formalität und Informalität im administrativen Asylverfahren koexistieren und wie sie unterschiedliche Bereiche regeln. Nor-

---

<sup>12</sup>Die beiden Paare formal/informal und bestimmt/unbestimmt decken sich zwar nicht, ergänzen sich jedoch häufig. Das Verhältnis zwischen den Begriffen kann nach Ortmann (2015: 333) so verstanden werden, dass »informelle Regeln und resultierende Praktiken (...) die Lücken schließen (müssen), welche von formalen Regeln notwendig gelassen werden – auch die Lücken der Bestimmtheit.«

mierung, Individualisierung, Entscheidung und Verantwortung bilden den formalen Rahmen, während Handlungsspielraum, Ungewissheit, Generalisierung und Distanzierung die Praxis des Arbeitsalltags in der Behörde definieren. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass soziale Praxen sich nicht immer eindeutig verorten lassen. Vieles findet in einer nicht näher bestimm- baren Grauzone statt, in den »Zonen tolerierter Differenz« (Ortmann 2003), das heißt auch ir- gendwo zwischen Formalität und Informalität.<sup>13</sup>

Angesichts der geschilderten, das Asylverfahren charakterisierenden Dilemmata macht sich die Frage breit, wohin dieses Gefangensein in den Dilemmata führen kann. Ist diese Struktur zukunftsfähig, vielmehr: ist sie erhaltenswert? In Anbetracht der derzeitigen – menschenunwür- digen – Situation der meisten Asylsuchenden in Europa fragt sich, ob es nicht längst an der Zeit ist, die festgefahrenen Strukturen aufzubrechen und neue anzudenken anstatt ein System, das an sich krank und sich offenbar in einer Sackgasse befindet, permanent zu reformieren<sup>14</sup>. Stattdessen sollte über Alternativen und Wege nachgedacht werden, die zeitgemäße Formen der Migration ermöglichen und über die EU-Binnenmobilität hinausgehen.

## Literatur

- Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl 2005: Asylgesetz 2005 – AsylG 2005. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20004240> (letzter Aufruf 17. April 2015).
- Dahlvik, J. 2013: Institutionelle Einsichten: Die Bedeutsamkeit von Schriftlichkeit und Dokumenten im Pro- zess der Bearbeitung von Asylanträgen. In J. Dahlvik, Ch. Reinprecht, W. Sievers (Hg.), Migration und In- tegration – wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich. Jahrbuch 2/2013. Göttingen: V&R unipress, 301–317.
- Dahlvik, J. 2014: Administering Asylum Applications, Universität Wien, (Dissertation).
- Dahlvik, J. 2017: Asylanträge verwalten und entscheiden: der soziologische Blick auf Verborgenes. Eine Forschungsnotiz. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft Was wir nicht wissen - For- schungs- und Wissenslücken der Migrationssoziologie. Springer, (im Erscheinen).
- Froschauer, U., Lueger, M. 2009: Interpretative Sozialforschung: der Prozess. Wien: Facultas WUV.
- Froschauer, U., Lueger, M. 2015: Informalität als organisationaler Basisrhythmus. In V. von Groddeck, S. M. Wilz (Hg.), Formalität und Informalität in Organisationen. Organisationssoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 191–213, <http://link.springer.com/book/10.1007%2F978-3-658-00603-7> (letzter Aufruf 29. September 2015).
- Jubany, O. 2011: Constructing Truths in a Culture of Disbelief. *International Sociology*, 26. Jg., Heft 1, 74–94.
- Lautmann, R. 2011: Justiz – Die Stille Gewalt. Teilnehmende Beobachtung und entscheidungssoziologische Analyse. Wiesbaden: VS

<sup>13</sup> So kann beispielweise von informell eingebetteter Formalität oder formell eingebetteter Informalität die Rede sein. (Mica et al. 2015)

<sup>14</sup> Ich denke an gesetzliche Änderungen auf nationaler und supranationaler Ebene, beispielsweise die Einfüh- rung von Dublin I, II und III, aber auch an die zahlreichen institutionellen Veränderungen in Österreich in den letzten Jahren (vom Unabhängigen Bundesasylsenat zum Asylgerichtshof und dessen letztliche Abschaffung bzw. Integration in das neue Bundesverwaltungsgericht, oder die Verwandlung des Bundesasylamtes in das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl).

- Lipsky, M. 2010 [1980]: *Street-Level Bureaucracy: Dilemmas of the Individual in Public Services*. 30th anniversary expanded. New York: Russell Sage Foundation.
- Mica, A., Winczorek, J., Wisniewski, R. (Hg.) (2015): *Sociologies of Formality and Informality*. Frankfurt am Main, New York: Peter Lang.
- Möllering, G. 2005: The Trust/Control Duality: An Integrative Perspective on Positive Expectations of Others. *International Sociology*, 20 Jg., Heft 3, 283–305.
- Nahari, G., Glicksohn, J., Nachson, I. 2010: Credibility Judgments of Narratives: Language, Plausibility, and Absorption. *The American Journal of Psychology*, 123. Jg., Heft 3, 319–35.
- Noll, G. 2005: *Proof, Evidentiary Assessment and Credibility in Asylum Procedures*. Leiden, Boston: Martinus Nijhoff.
- Ortmann, G. 2003: *Regel und Ausnahme. Paradoxien sozialer Ordnung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ortmann, G. 2006: *Computer und Macht in Organisationen: mikropolitische Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ortmann, G. 2015: Lob der Vagheit. Über die (Un-)Bestimmtheit formaler und informaler Regeln – eine Problemskizze. In V. von Groddeck, S. M. Wilz (Hg.), *Formalität und Informalität in Organisationen. Organisationssoziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 319–340, [http://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-658-00603-7\\_13](http://link.springer.com/chapter/10.1007%2F978-3-658-00603-7_13) (letzter Aufruf 29. September 2015).
- Protas, J. M. 1979: *People-Processing: The Street-Level Bureaucrat in Public Service Bureaucracies*. Toronto: Lexington Books.
- Reichert, J. 1997: Plädoyer für das Ende einer Methodologiedebatte bis zur letzten Konsequenz. In T. Sutter (Hg.), *Beobachtung verstehen – Verstehen beobachten. Perspektiven einer konstruktivistischen Hermeneutik*. Wiesbaden: VS Verlag, 98–133.
- Richardson, L. 2000: *Writing: A Method of Inquiry*. In N. K. Denzin, Y. S. Lincoln (Hg.): *Handbook of Qualitative Research*. Thousand Oaks: Sage Publications, 923–948.
- Rousseau, C., Foxen, P. 2006: Le Mythe Du Réfugié menteur : Un Mensonge Indispensable? *L'Évolution Psychiatrique*, 71. Jg., Heft 3, 505–20.
- Smith, D. E. 2006. *Institutional Ethnography as Practice*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Sweeney, J. A. 2009: Credibility, Proof and Refugee Law. *International Journal of Refugee Law*, 21. Jg., Heft 4, 700–726.
- UNHCR. 2011: *Zusammenarbeit UNHCR – BFM bei der Qualitätssicherung. Evaluation von erstinstanzlichen Asylentscheidungen*. [www.unhcr.ch/fileadmin/user\\_upload/Bericht\\_Zusammenarbeit\\_UNHCR\\_-\\_BFM\\_bei\\_der\\_Qualitaetssicherung.pdf](http://www.unhcr.ch/fileadmin/user_upload/Bericht_Zusammenarbeit_UNHCR_-_BFM_bei_der_Qualitaetssicherung.pdf) (letzter Aufruf 17. April 2015).
- Vrij, A. 2008: *Detecting Lies and Deceit: Pitfalls and Opportunities*. Chichester: Wiley.
- Weiler, J. H. 1992: Thou Shalt Not Oppress a Stranger. On the Judicial Protection of the Human Rights of Non-EC Nationals – a Critique. *European Journal of International Law*, 3. Jg., Heft 1, 65–91.

Ad-hoc-Gruppe »Auf dem Weg in die ›Bewertungsgesellschaft‹? – Wertzuschreibung  
und Bewertungspraktiken als Fundament des Sozialen«  
– organisiert von Anne K. Krüger und Stefan Kirchner

# Theoretical Contributions to a Sociology of (E)valuation

Anne K. Krüger

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Auf dem Weg in die ›Bewertungsgesellschaft? – Wertzuschreibung und Bewertungspraktiken als Fundament des Sozialen« – organisiert von Anne K. Krüger und Stefan Kirchner*

We all experience that ratings, rankings and evaluations increasingly permeate our everyday life. In the academic context, we have become used to peer-review and, of course, everybody has heard about the Shanghai ranking. Since the financial crisis, we have also become familiar with the power of rating agencies that evaluate entire countries with an impressive influence on the stock market. In our daily live, everybody consults yelp to find the best restaurant or trip advisor for the best hotel, rates the customer service of some company or presses the »like« button on facebook to demonstrate his or her opinion.

Hence, we can find an increasing tendency to evaluate, compare and judge whatever happens in our environment and to consult ratings and rankings of various kinds in many contexts that are at the core of our everyday life. John Meyer and Brian Rowan have once come up with the idea of a »logic of confidence« that was said to substitute evaluations (Meyer, Rowan 1977). This mindset is apparently changing into a »confidence in evaluation«: Since the »audit society« that Michael Power described in 1999 (Power 1999) we have moved toward an even more encompassing »evaluation society« (see also Dahler-Larsen 2012).

Yet, what do these evaluations do? Evaluations intend to account for the accomplishment of performances, to define the worth of material and immaterial objects and to test existing procedures. They help to reduce complexity, to compensate for uncertainty and thus to facilitate decision-making. The crucial question, however, is: based on what?

## A brief review of the evaluation and valuation literature

Taking a closer look on these practices reveals that valuation and evaluation processes have recently got into the focus of academic attention as a prevalent social phenomenon. In particular, in the sociology of science and in science and technology studies but also in economic sociology researchers have contributed a multitude of observations that, on the one hand, shed



light on the social consequences of this ongoing development. On the other hand, latest research has also addressed the roots of this ongoing process. Classification and categorization (Bowker, Star 1999), standardization and commensuration (Timmermans, Epstein 2010; Espeland, Stevens 1998; Espeland, Sauder 2007) as well as quantification (Porter 1995; Espeland, Stevens 2008; Heintz 2010) have been recognized as salient social processes that constitute this currently ongoing evaluation trend. These processes are analyzed as influencing our perception of the social world through the creation of unifying classificatory systems and standards and their translation into numbers.

Yet, the theoretical roots of ideas about classification can already be traced back to Emile Durkheim who investigated religious practices as the classification of the world and its inhabitants into meaningful categories, namely the sacred or profane (Durkheim 2007 [1912]). Since then, the practice to divide the material but also the social world into categories that attribute value to things, ideas and practices has become analyzed as a pivotal feature of making sense of the world.

The consequences of such classificatory systems that define what is sacred or profane, right or wrong, good or bad or even what is normal or deviant behavior lie also at the heart of the research of Michel Foucault and Pierre Bourdieu. Their research (despite all differences) shares the perception of *classification* as a dominant power that shapes collective evaluation processes which decide upon the life chances of individuals and their repertoires of action. Starting from this research perspective, Geoffrey Bowker and Susan Leigh Star (Bowker, Star 1999) have addressed the construction of such categories that convey an inherent valorization of a particular perspective on reality. They have emphasized that these classificatory systems can never be all encompassing. They have therefore put their focus on objects, ideas and practices that are excluded from social perception because they do not fit into existing categories.

Closely related to questions of classification and categorization are processes of *standardization* that are already inherent to the work of the aforementioned authors. Bowker and Star address this relationship by demonstrating that classificatory systems can become standardized when they persist over space and time. Timmermans and Epstein regard standards and the process of standardization as *»omnipresent conduits of a modernizing and globalizing world«* (Timmermans, Epstein 2010: 71). They play an important role in social regulation and coordination. Besides the top-down implementation of standards they furthermore emphasize that standardization can also derive bottom-up. This happens when a multitude of different actors starts reproducing the same routines because they regard them as relevant and legitimate.

Espeland, Sauder and Stevens address standardization from a different angle (Espeland, Stevens 1998; Espeland, Sauder 2007). They draw attention to the problem that classifying the world within a standardized set of categories leads to the levelling of differences, namely to *commensuration*. Measuring different social phenomena by applying the same categories and a common metric system makes them comparable or in their terms: commensurable. However, this comes at a price. Differences between measured objects disappear because they are put into the same category and are evaluated within the same parameters although it might be exactly these differences that could explain differences in the outcome.

Such parameters are furthermore often based on numbers. These numbers result from *quantification* (Porter 1995; Espeland, Stevens 2008; Heintz 2010). Quantification translates complex

social phenomena – even phenomena that seem at first hand hard to quantify such as, for instance, research quality – into numbers. Such numbers are perceived of as objective. Quantification therefore serves as »*a distinct style of communication*« (Porter 1992: 643) that generates trust and certainty because it attributes objectivity to evaluation outcomes. Decision-making on the basis of such »objectivated« numbers thus becomes regarded as legitimate because numbers seem to speak for themselves.

Research in the area of the sociology of science and science and technology studies thus addresses evaluations as social processes that are based on socially constructed classificatory systems that apply unifying standards and thereby reduce complex social phenomena into numbers. Economic sociologists, in addition, have shed light on the social construction of the (monetary) value of goods. They deconstruct the belief in objectively given worth by referring to Simmel who wrote about the relational value of money in his »*Philosophie des Geldes*« (Simmel 2008 [1900]). Zelizer points to his ideas when she analyzes the development of life insurances in 19<sup>th</sup> century USA (Zelizer 1978). She demonstrates the paradox behind the attempt to put a monetary price on the invaluable life of human beings.

Economic sociologists also refer to Durkheim in the context of valuation because of his idea of imaginative value systems that are expressed in religious practices. Here, Durkheim's religious sociology is understood more broadly as a sociology of valuation. Beckert argues in this regard that the value of economic goods emerges equally to religious totems from »*symbolic connections made between goods and socially rooted values*« (Beckert 2011: 107). The value of goods thus depends on its social context and is therefore deeply socially embedded. This understanding of value furthermore implies that the value of objects can change if the social context changes.

Consequentially, economic sociologists stress that »*valuation cannot be reduced to pricing*« (Stark 2011: 317). Instead, they emphasize that the value of any kind of good is based on the collectively shared attribution of value in the social process of valuation. Asking for »what's valuable?«, Stark introduces Dewey's Theory of Valuation (1939) into economic sociology (Stark 2011). Dewey differentiates between *pricing*, *prizing*, and *appraisal* as three types of valuation. He therefore does not regard value as a quality in itself. Instead, he highlights valuation as a practice whereby the value of goods, people, and practices is constructed. According to Dewey's differentiation, *pricing* relates to the attribution of value in terms of money. In this regard, Zelizer (Zelizer 2008) and Fourcade (Fourcade 2011) have shown that pricing not only happens in reference to economic market goods. Price tags are also put on immaterial goods such as human life or nature.

By *prizing* Dewey refers to a personal gesture of valuing something or somebody highly. Prizing thus entails a process of highly individual valuation that is based on emotions. In contrast to this individual emotional valuation, Dewey defines *appraisal* as an act of comparison whereby objects are evaluated and assigned value to in relation to others. Stark points here to ratings and rankings that result from contests and competitions. However, Stark also draws attention to the fact that the evaluation criteria of ratings and rankings can become the outcome of valuation themselves. He finds that »*the selection criteria guiding the judges are not given at the outset but emerge during the jury's deliberations*« (Stark 2011: 323). Stark thus argues that not only the value of goods or practices and also not just the categories of evaluation processes need to be

observed and analyzed but also their enactment through judges, juries and agencies that evaluate and attribute value. He claims that besides evaluation categories and the value of goods and practices as the preconditions and results of (e)valuation processes, the focus also needs to be put on the performances that construct value and enact evaluations.

## Value and Institutions

This brief review of current trends in the sociology of science, science and technology studies and economic sociology (with apparent links to organizational sociology) shows that the observation and analysis of particular evaluation and valuation phenomena have become a prominent topic. Against the backdrop of these different empirical areas where research on valuation and evaluation processes takes place, Lamont defines valuation as a process of *»giving worth or value«* (Lamont 2012: 205) to something. Evaluation in turn is the process of *»assessing how an entity attains a certain type of worth«* (ibid.). She thereby highlights that both processes are not only located in specific areas of social life but are constitutive for social reality as such.

Understanding (e)valuation as constitutive for social reality brings us back to Durkheim. With Durkheim we find that valuation as attributing (positive but also negative) value to objects and practices according to a particular account about the metaphysically justified order of the world leads to the emergence of specific categories such as sacred, right and good and thus legitimate or, on the contrary, as rather the opposite. Valuation can thus be understood as a basic metaphysically grounded social process that leads to the classification of the world into normative categories that charge practices and objects each with a specific value.

This normative classificatory system provides the ground for everyday decision-making. Decisions are made by evaluating a phenomenon through drawing on value-charged categories as a guideline for judgments and the legitimation of actions. This evaluation reinforces particular categories because decisions are justified and legitimated in reference to their ascribed value. Evaluations are therefore the enactment of normative categories. And this enactment institutionalizes the classificatory systems.

There already exists a vast amount of literature on institutionalization processes that seeks to explain the social construction of reality. Questions of valuation and evaluation, however, have only played a minor role so far although already the so-called *»old institutionalism«* (Selznick 1996) in organization studies dealt with value-charged norms. Selznick and others argued that beyond technical requirements the internalization of norms is essential for the institutionalization of organizational practices. Norms need to be built into organizational structure in order to allow for its institutionalization. The emergence of such norms that constrain the formation of organizational structure, however, is not addressed.

While the old institutionalism emphasized integration of norms as central to institutionalization, the new (sociological) institutionalism gave it a cognitive turn. Norms became regarded as institutions themselves. They were understood as cognitive facts and were thus released from a functionalist understanding. Instead, phenomenological ideas from the new sociology of knowledge became an important point of reference.

In the new sociology of knowledge, Berger and Luckmann introduce institutionalization as the core process of the social construction of reality. They thereby conceptualize institutionalization as necessarily accompanied by a process of legitimation. Berger and Luckmann understand legitimation as »a process of ›explaining‹ and ›justifying‹« (Berger, Luckmann 1967: 111). Legitimation, on the one hand, *explains* institutions by ascribing cognitive validity to the objectivated meaning of typified practices. On the other hand, it *justifies* the institutional order by attributing value to it. Berger and Luckmann therefore make a distinction between explanation and justification, the cognitive and the normative, and thus between meaning and value. However, they stress that the cognitive *explanation* precedes the normative *justification*. From their perspective, the knowledge about the meaning of a situation and its context is the precondition for understanding its normative implications.

The emphasis on cognitive explanations inspired the new institutionalism. Scholars from this school of thought emphasize that a cognitive cultural framework gives meaning to organizational practices. It is therefore not anymore the »affectively ›hot‹ imaginery of identification and internalization of normative values« of the old institutionalism (DiMaggio, Powell 1991b: 15) but rather an implicit taken-for-grantedness of already legitimated cognitive categories that the new institutionalism builds on.

However, since then, the new institutionalism has been criticized, in particular, for neglecting institutional emergence and change. One of the first attempts to address these problems was made by Friedland and Alford in 1991 (Friedland, Alford 1991). In their attempt of »bringing society back in«, they conceptualize five different institutional logics: capitalist market, bureaucratic state, democracy, nuclear family, and Christian religion. These institutional logics do not only provide individuals with the capacity to act meaningful and to interpret the social world according to a corresponding symbolic system. They also express conflicting alternative meanings that can interfere with each other and produce conflict. This is where Friedland and Alford locate individual autonomy and agency. It derives from »contradictory relationships« (ibid.: 255) between institutional logics. And these contradictions can bring about change (ibid.: 254-255).

Yet, they do not explicitly address any kind of value attached to these institutional logics. They rather stick to the cognitive interpretation of institutions that are conceived of as »material practices and symbolic systems through which they [i.e. humans] categorize [...] activity and infuse it with meaning« (ibid.: 248). Conflict is thus understood as a conflict about meaning and not about value.

The focus on value was brought up again by Boltanski and Thévenot who published their book »On justification« about the same time (Boltanski, Thévenot 2006 [1991]). To some extent, they follow a similar approach like Friedland and Alford. They also distinguish different symbolic systems (the world of inspiration, the domestic world, the world of renown, the civic world, the market world and the industrial world) that guide social action. However, Boltanski and Thévenot ground these symbolic worlds not in different cognitive meaning systems but instead in different mutually incompatible modes of normative justification that can be arranged into orders of worth. They thus postulate a normative foundation of social action, put justification ahead of explanation and are thereby »bringing the *political* back in«.

Crisis and conflict are also central to their approach. They focus on the chance for reflexivity in these »critical moments«. The subjective perception of uncertainty allows individuals to reflect

upon an ongoing situation and the herein applied value system. Critical moments enable individuals to step outside of given institutional arrangements and to actively engage in a new interpretation of a situation.

Only recently, Friedland (Friedland 2013, 2014; Friedland, Mohr, Roose, Gardinali 2014) has also started to address more directly the relationship between the cognitive and the normative aspects of symbolic systems. He not just referred to new trends in the institutional logic literature but also to the aforementioned French pragmatism by Boltanski and Thévenot. He claims that in order to address questions of conflict and power one has to »bring *value* back in«. Regarding the prevailing new institutionalist literature, Friedland claims that value has been forgotten since the cognitive turn from the old to the new institutionalism. However, he neither advocates for a return to the Parsonian functionalist understanding of value-charged norms nor does he propose a rationalist account of objectively definable interests or power. Instead, Friedland agrees with Boltanski and Thévenot about »*the centrality of value, the materiality of evaluation, (...) [and] the primacy of the situation*« (Friedland 2014: 11).

1. First of all, he finds that value plays a central role in the construction of the social world. As with Durkheim, he argues that metaphysically objectivated value-charged classifications provide the ground for meaningful action. The attribution of value thus constitutes the fundament for the understanding of the social world based on which practices and objects then appear meaningful.
2. Second, he claims that »*valuation depends on on-going evaluation*« (ibid: 6). By claiming this, Friedland emphasizes that value always has to be enacted in evaluations. Evaluations are an ongoing process that constitutes the core of any social situation because evaluations tell the individual what is good or bad, legitimate or illegitimate and therefore how to act. Practices of evaluation thus manifest the attribution of value in the social world (ibid: 11).
3. Third, Friedland finds that each interaction depends on an »*agreement on the situational appropriateness of conventions of evaluation*« (ibid: 9). He defines »conventions of evaluation« as the intersubjectively shared general principles of worth or – in his own terms – *institutional logics* that constitute the framework for evaluating a situation. The focus on the situation thereby highlights that there is no fixed pre-existing evaluation order. Instead, the appropriateness of a particular institutional logic always emerges from situational negotiations. The continuous need for a mutual agreement on the adequate evaluation of a situation and arising conflicts about the appropriateness of particular institutional logics thus become crucial for change.

## The contribution of (e)valuation to explaining social change

Summarizing these ideas about valuation and evaluation allows us to see that it is obviously not only the collectively shared attribution of meaning to practices and objects but furthermore their collectively attributed value that constitutes the common ground for understanding the social world and thus for decision-making. Yet, what can we derive from these insights for explaining socially constructed reality?

First of all, if we think of institutions as the cultural framework that guides our perception of the social world (Thomas, Meyer, Ramirez, Boli 1987), the focus on value allows us to see that the concept of institutions needs a further dimension. Institutions are not simply practices with a particular meaning attached to them. Institutions need to be operationalized as meaningful practices that are charged with a particular value. This becomes particularly obvious in moments of uncertainty that take place not only due to unclear or conflicting meanings, but also due to conflicting attributions of value. It therefore seems important to differentiate between and yet to integrate both meaning and value, the cognitive and the normative, rationalization and legitimation, explanation and justification within a conceptualization of socially constructed reality.

Following this idea might help us to find answers to prevalent questions such as social change. Change can thus be understood not only as a change in meaning but also as a change in value. We might thereby come closer to addressing questions that point to the core of everyday decision-making processes: How do we decide upon which evaluation framework to apply? What happens if we find that multiple evaluation frameworks are applicable at the same time? And finally, what happens when nothing fits at all?

We should therefore not only focus on discovering predefined or even new worlds of justification or institutional logics that are enacted within a particular context. In addition, we should search for ambiguous situations of uncertainty where a plurality of different such normative frameworks collides. Because it is in these situations that we might be able to witness institutional emergence and change.

## Bibliography

- Beckert, J. 2011: The Transcending Power of Goods. Imaginative Value in the Economy. In J. Beckert, P. Aspers (Ed.), *The worth of goods. Valuation and pricing in the economy*. New York: Oxford University Press.
- Berger, P. L., Luckmann, T. 1967: *The social construction of reality. A treatise in the sociology of knowledge*. London: Penguin.
- Boltanski, L., Thévenot, L. 2006 [1991]: *On justification. Economies of worth*. Princeton: Princeton University Press.
- Bowker, G. C., Star, S. L. 1999: *Sorting things out. Classification and its consequences*. Cambridge, Mass: MIT Press.
- Dahler-Larsen, P. 2012: *The evaluation society*. Stanford, California: Stanford University Press.
- Durkheim, É. 2007 [1912]: *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt am Main, Leipzig: Verlag der Weltreligionen.
- Espeland, W. N., Sauder, M. 2007: Rankings and Reactivity: How Public Measures Recreate Social Worlds. *American Journal of Sociology*, 113. Jg., Heft 1, 1–40.
- Espeland, W. N., Stevens, M. L. 1998: Commensuration as a Social Process. *Annual Review of Sociology*, 24. Jg., Heft 1, 313–343.
- Espeland, W. N., Stevens, M. L. 2008: A Sociology of Quantification. *Archives Europeennes de Sociologie*, Heft 3, 401–436.
- Fourcade, M. 2011: Cents and Sensibility. Economic Valuation and the Nature of »Nature«. *American Journal of Sociology*, 116. Jg., Heft 6, 1721–1777.

- Friedland, R. 2013: God, Love, and Other Good Reasons for Practice. Thinking Through Institutional Logics. In E. Boxenbaum, M. Lounsbury (Eds.), *Institutional logics in action*. United Kingdom: Emerald.
- Friedland, R. 2014: The Value of Institutional Logics. Workshop on New Institutionalism, Rom:
- Friedland, R., Alford, R. R. 1991: Bringing Society Back In: Symbols, Practices, and Institutional Contradictions. In W. W. Powell, P. J. DiMaggio (Eds.), *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago: University of Chicago Press.
- Friedland, R., Mohr, J. W., Roose, H., Gardinali, P. 2014: The institutional logics of love: measuring intimate life. *Theory and Society*, 43. Jg., 3-4, 333–370.
- Heintz, B. 2010: Numerische Differenz. Überlegungen zu einer Soziologie des (quantitativen) Vergleichs. *Zeitschrift für Soziologie*, 39. Jg., Heft 3, 162–181.
- Lamont, M. 2012: Toward a Comparative Sociology of Valuation and Evaluation. *Annual Review of Sociology*, 38. Jg., Heft 1, 201–221.
- Meyer, J. W., Boli, J., Thomas, G. M. 1987: Ontology and Rationalization in the Western Cultural Account. In G. M. Thomas, J. W. Meyer, F. O. Ramirez, J. Boli (Eds.), *Institutional structure. Constituting state, society, and the individual*. Newbury Park, Calif.: Sage.
- Meyer, J. W., Rowan, B. 1977: Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony. *American Journal of Sociology*, 83. Jg., Heft 2, 340–363.
- Porter, T. 1995: *Trust in Numbers: The Pursuit of Objectivity in Science and Public Life*: Princeton University Press.
- Porter, T. 1992: Quantification and the Accounting Ideal in Science. *Social Studies of Science*, 22. Jg., Heft 4, 633–651.
- Powell, W. W., DiMaggio, P. J. 1991: Introduction. In W. W. Powell, P. J. DiMaggio, *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago: University of Chicago Press.
- Power, M. 1999: *The audit society. Rituals of verification*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Selznick, P. 1996: Institutionalism »Old« and »New«. *Administrative Science Quarterly*, 41. Jg., Heft 2, 270–277.
- Simmel, G. 2008 [1900]: *Philosophie des Geldes*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stark, D. 2011: What's Valuable? In J. Beckert, P. Aspers (Eds.), *The worth of goods. Valuation and pricing in the economy*. New York: Oxford University Press.
- Timmermans, S., Epstein, S. 2010: A World full of Standards but not a Standard World. *Toward a Sociology of Standardization*. *Annual Review of Sociology*, 36. Jg., 69–89.
- Zelizer, V. A. 1978: Human Values and the Market. The Case of Life Insurance and Death in 19th-Century America. *American Journal of Sociology*, 84. Jg., Heft 3, 591–610.
- Zelizer, V. A. 2008: *Morals and markets. The development of life insurance in the United States*. New Brunswick, NJ: Transaction Publ.

# Bewertungspluralismus und organisationales Entscheiden

Enno Aljets und Frank Meier

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe » Auf dem Weg in die ›Bewertungsgesellschaft‹? – Wertzuschreibung und Bewertungspraktiken als Fundament des Sozialen « – organisiert von Anne K. Krüger und Stefan Kirchner*

Seit einigen Jahren konstituiert sich das Forschungsfeld einer Soziologie der Bewertung (Lamont 2012; Antal et al. 2015; Cefai et al. 2015). Wir stellen hier – noch sehr vorläufige – programmatisch-konzeptionell gemeinte Überlegungen zu einer in diesem Feld verorteten, dezidiert organisationssoziologischen Perspektive vor. Diese macht den Zusammenhang von Bewerten und Entscheiden zu ihrem Gegenstand. Im Zentrum steht die Frage, wie Bewertungen in der empirischen Entscheidungspraxis verwendet werden. Entscheidungen (Selektionen zwischen Alternativen, die ihre Selektivität mitkommunizieren) und Bewertungen (objekt- oder ereignisbezogene Zuweisungen von Wert) interessieren uns dabei primär als kommunikative Phänomene.

Unsere Überlegungen zielen auf ein breiteres, langfristiger angelegtes, dann letztlich empirisch-vergleichendes Forschungsprogramm. Ziel ist es, sowohl feldübergreifende als auch feldspezifische Entscheidungsprobleme zu identifizieren, die aus dem Zusammenhang von Entscheiden und Bewerten resultieren. Damit gerät dann in den Blick, wie in der empirischen Entscheidungspraxis auf diese Problem reagiert wird und sich ggf. Lösungen in einzelnen oder mehreren Feldern etablieren. Nicht zuletzt erwarten wir Bewertungspluralismus, der polyvalente Lösungen zulässt oder gar erfordert. Wir werden das Argument in fünf Schritten entfalten. Zunächst werden wir unsere Perspektive als *pragmatischen Funktionalismus* charakterisieren. In einem zweiten Schritt skizzieren wir den grundlegenden Zusammenhang von Entscheiden und Bewerten, um ihn dann in einem dritten Schritt im organisationalen Kontext zu verorten. Die letzten beiden Abschnitte diskutieren das Problem des Bewertungspluralismus und deuten eine übergreifende Forschungsperspektive an.

Die hier vorgestellten Überlegungen haben im Rahmen eines Forschungsprojekts Kontur angenommen, das Entscheidungsprozesse untersucht, in denen deutsche Universitäten forschungsbezogene Schwerpunkte als für die Gesamtuniversität profilbildend ausweisen. Dabei



geht es um die Frage, wie in solchen Entscheidungsprozessen Bewertungen von Forschung verwendet werden.<sup>1</sup>

## Methodologie: Pragmatischer Funktionalismus

Die methodologische Perspektive, die wir im Folgenden einnehmen, wollen wir als pragmatischen Funktionalismus bezeichnen. Sie ist funktionalistisch, insofern sie sich im Kern dafür interessiert, wie Organisationen analytisch gewählte Bezugsprobleme lösen (oder auch nicht lösen). Wie bei jedem aufgeklärten Funktionalismus geht es dabei gerade nicht um funktionalen Determinismus, sondern um die Bedeutung, die faktische Arrangements und Dynamiken für relevante Bezugsprobleme haben; es geht um die Suche nach funktionalen Äquivalenten, um – intendierte oder nicht intendierte – Nebenfolgen, mithin um Scheitern.

Gleichzeitig schließen wir lose an die pragmatistische Tradition, insbesondere den neueren französischen Pragmatismus (Diaz-Bone 2011) an, dem es darum zu tun ist, wie Handlungs- und Koordinationsprobleme in sozialen Situationen unter Rückgriff auf verfügbare Konventionen und die Problemlösungskompetenzen der Akteure bearbeitet werden. Im Hinblick auf Entscheiden interessieren die pragmatischen Probleme, die in konkreten Entscheidungssituationen entstehen. Dabei spielen nicht nur übergreifende Feldstrukturen eine Rolle, sondern regelmäßig auch lokale Sonderbedingungen und historische Zufälligkeiten. Dennoch ist die Perspektive insofern *institutionalistisch*, als sie ein besonderes Augenmerk darauf richtet, wie Entscheidungssituationen durch institutionelle Arrangements geprägt werden und wie diese dazu beitragen, Probleme zu erzeugen oder zu lösen, bzw. bestimmte Lösungen nahelegen oder ausschließen. Sie ist auch *politisch*, insofern sie Entscheidungssituationen als potentiell konflikthaft konzipiert und davon ausgeht, dass Entscheider<sup>2</sup> und Entscheidungspublikum einerseits Ressourcen zur Durchsetzung ihrer (institutionell geprägten) Interessen und Situationsdeutungen mobilisieren und andererseits übergreifende Prinzipien heranziehen, um Entscheidungen zu kritisieren oder zu rechtfertigen (Boltanski, Thévenot 2007). Entscheidungen nehmen dann häufig die Form von Kompromissen an. Organisationen bringen ihre Problemlösungen also im Rahmen dezidiert politischer Konstellationen hervor, die ihrerseits eigene Entscheidungsprobleme erzeugen. Funktionalismus, pragmatistische Situationsorientierung, Institutionalismus und politische Dimension werden folglich nicht als widersprüchlich, sondern als Aspekte einer integrierenden Theorieperspektive begriffen.

Im Rahmen der hier skizzierten Programmatik interessiert uns – spezieller gesprochen –, wie Organisationen zu Entscheidungen gelangen. Dies ist in vielen Fällen gerade nicht selbstverständlich, sondern hochgradig erklärungsbedürftig. Insbesondere müssen Organisationen Orientierungs- und Legitimationsprobleme bewältigen. Sie müssen also klären, was der Fall ist und

---

1 Es handelt sich hierbei um das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt »ProL – Profilbildung und Leistungsbewertung der Forschung«, FKZ: 01PY13006.

2 Die analytischen Begriffe Entscheider, Akteur und Bewerter werden in diesem Text nur in der eingeführten männlichen Form verwendet, um dem naheliegenden Missverständnis entgegenzuwirken, es handele sich dabei um Personen.

was getan werden soll, dabei aber auch den Eindruck erwecken, ihr Sein, Tun und Lassen befinden sich in Übereinstimmung mit situativ gültigen Regeln der Angemessenheit (March/Olsen 2006). Ob in einer gegebenen Entscheidungssituation Alternative A oder B gewählt wird, ist dann insbesondere unter dem Gesichtspunkt relevant, ob und wie die Wahl als Antwort auf ein pragmatisches Entscheidungsproblem (also vor allem wiederum auf ein Orientierungs- oder Legitimationsproblem) gedeutet werden kann.

Im Sinne dieser Perspektive werden wir im Folgenden den Zusammenhang von Entscheiden und Bewerten beleuchten. Wir werden uns in erster Linie darum bemühen, das Entscheidungs- und Bewertungsgeschehen zu *problematisieren*, also unter dem Gesichtspunkt zu beobachten, inwiefern es pragmatische Probleme aufwirft. Erst wenn wir unsere Perspektive darauf eingestellt haben, mit welchen Problemen Organisationen grundsätzlich konfrontiert sind, ist es uns möglich, empirisch zu beobachten, *wie* diese Probleme faktisch »gelöst« werden. Es geht uns also vornehmlich um die theoriefundierte Genese von dann empirisch zu beantwortenden Fragen.<sup>3</sup>

## Entscheiden und Bewerten

Im Hinblick auf den verwickelten Zusammenhang von Bewerten und Entscheiden kann man drei Verhältnisse unterscheiden: (a) Bewertung von Alternativen als Element von Entscheidungen, (b) Entscheidungen als Bewertungen, (c) Berücksichtigung von Bewertungen durch Dritte in Entscheidungsprozessen.

(a) Schon ein klassisches normativ-rationalistisches Entscheidungsverständnis setzt immer die Bewertung von Alternativen voraus (vergleiche Kirsch 1977; Schimank 2005). Hierbei können vielfältige Bewertungskriterien eine Rolle spielen. Das Bewerten von Alternativen ist ein aktiver, konstruierender Akt unter den Bedingungen begrenzter Rationalität (Simon 1959), bei dem die potentiell mögliche Komplexität des Bewertens auf ein für die Entscheidungssituation bearbeitbares Maß reduziert wird. Der Zusammenhang von Bewerten und Entscheiden ist nicht zwangsläufig als ein zeitlich wohlgeordnetes Nacheinander von Bewertung und Selektion zu verstehen. Vielmehr erwarten wir durchaus komplizierte temporale Verhältnisse. In sachlicher Hinsicht hängt die Entscheidung ganz wesentlich davon ab, wie bewertet wird, ohne dass hier von einem eindeutigen Determinismus ausgegangen werden könnte. In umgekehrter Richtung hängt das Bewerten indes von den Erfordernissen der Entscheidungssituation ab. Wie sich dieses wechselseitige Verhältnis konkret realisiert, ist eine empirische Frage. Es begründet jedenfalls die Möglichkeit, das organisationale Bewerten aus der Entscheidungspraxis heraus empirisch zu rekonstruieren.

(b) Entscheidungen sind kommunikative Akte, die als Beobachtung eine Unterscheidung von Alternativen konstruieren (Luhmann 2000: 132–140). Sie ziehen Asymmetrien zwischen den jeweils gewählten und den nicht gewählten Alternativen ein und signalisieren damit den Vor-

---

<sup>3</sup> Dies sind insofern »akademische Fragen«, als die Betroffenen selbst womöglich gar keine Probleme sehen, wo wir welche annehmen. In solchen Fällen mag es der Organisation gelungen sein, ein Problem gelöst, vermieden, verkannt oder dekomponiert zu haben.

zug der gewählten Alternative und gegebenenfalls von Objekten oder Ereignissen, die mit der Alternative verbunden sind. Sie können daher von ihrem Publikum selbst als Kommunikationen von Vorzugswürdigkeit, also einer relativen Wertzuweisung und somit als Bewertungen verstanden werden. Es ist dann eine empirische Frage, inwieweit Entscheidungen in Bezug auf ihre Bewertungskomponente beobachtet werden. Letztere kann dann beispielsweise politisiert oder hinsichtlich ihrer Legitimität problematisiert werden.

- (c) Im Kontext einer Soziologie der Bewertung kommt ein weiterer Zusammenhang von Entscheiden und Bewerten in den Blick: Entscheiden ist eher als Regelfall denn als Ausnahme Entscheiden im Angesicht der kommunizierten Bewertung durch externe Bewertungsinstanzen. Entscheidungsprozesse stellen regelmäßig in Rechnung, dass es relevante Instanzen gibt, die Bewertungen vollziehen und nicht selten öffentlich oder jedenfalls für den Entscheider beobachtbar kommunizieren. Außerdem gibt es oft relevante Dritte, die den Entscheider, sein Sein, Tun und Unterlassen im Lichte der Bewertungen durch diese Bewertungsinstanzen beobachten und mitunter ihrerseits folgenreich bewerten. Es ist gerade diese triadische Konstellation, die vordringlich für die weitere Entwicklung unseres Forschungsprogramms ausbuchstabiert werden soll.

In einem Organisationskontext ist hier nicht zuletzt an die organisationale Leistungsproduktion zu denken. Organisationen erbringen vielfach Leistungen, die sich systematisch der kommunizierten Bewertung durch externe Andere (durch ein Publikum, durch den Markt, durch professionelle Konsekrationsinstanzen) aussetzen. Gegenwartsdiagnostisch lässt sich eine Ausweitung und Generalisierung, aber auch eine Transformation dieser Bewertungslage erkennen – etwa durch neue legitime Bewertungsinstanzen oder neue Modi der Bewertung. In den öffentlichen Sektoren vieler Länder manifestiert sich dies durch gesteigerte Ansprüche an Leistungsvermessung und Rechenschaftslegung im Rahmen neuerer output-orientierter Steuerungsmuster. Hier werden etwa Evaluations- oder Akkreditierungseinrichtungen aufgebaut. Aber auch Wirtschaftsunternehmen sehen sich neuen Bewertungsinstanzen, wie zum Beispiel Laienbewertungen auf Internetportalen, ausgesetzt.

Organisationale Entscheidungen werden solche Bewertungen (freilich höchst selektiv) im Rahmen ihrer Entscheidungsprozesse regelmäßig in Rechnung stellen, insbesondere dann, wenn Ressourcenflüsse, Legitimität und relevante Statuszuschreibungen erkennbar und unmittelbar an den externen Bewertungen hängen, oder diese Bewertungen den einzig verfügbaren (oder gegenüber relevanten Anderen plausibel kommunizierbaren) Orientierungspunkt für angemessenes oder erfolgreiches Operieren darstellen.

Am Beispiel der universitären Profilbildung lässt sich verdeutlichen, welchen analytischen Mehrwert, die Unterscheidung der drei Verhältnisse von Bewertung und Entscheidung liefern kann: Entscheidet eine Universität über Profildbereiche, muss sie (a) zunächst klären, welche Alternativen überhaupt zur Verfügung stehen und wie sie diese bewertend in Beziehung setzen kann. Die getroffene Entscheidung kann dann auch (b) als Bewertung der ausgewählten (und ebenso der nicht ausgewählten) Wissenschaftsbereiche verstanden werden. Eine solche Deutung ist aber für Universitäten insofern heikel, als sie selbst zwar eine legitime Entscheidungsinstanz ist, als Organisation aber nur sehr eingeschränkt über wissenschaftliche Qualität urteilen kann und darf. Dies bleibt den Mitgliedern der einschlägigen wissenschaftlichen Fachge-

meinschaften vorbehalten. Schon deshalb wird sie auf (c) externe Bewertungen rekurrieren, wie sie etwa in Drittmittelentscheidungen oder Evaluationen zum Ausdruck kommen. Gleichzeitig wird die Universität antizipieren, wie ihre Entscheidungen durch relevante Dritte (zum Beispiel die Landespolitik oder die Entscheider der Exzellenzinitiative) bewertet werden.

Der Kontext der Entscheidung stellt nicht nur kommunizierte Bewertungen bereit, sondern auch institutionelle Strukturen. In Anschluss an den soziologischen Neo-Institutionalismus kann man fragen, inwiefern gesellschaftlich institutionalisierte Erwartungen Auswirkungen darauf haben, was als eine Entscheidung gilt, worüber entschieden werden kann, wann Entscheidungen anstehen, welche Alternativen in den Blick geraten, welche Kriterien plausibel herangezogen werden können, welche Instanzen als individuelle oder überindividuelle Entscheider in Frage kommen oder wie Entscheidungen prozessual zu gestalten sind. Ebenso liegt es nahe, die symbolische und zeremonielle Dimension von Entscheidungen zu untersuchen, Entscheidungen also nicht nur unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, welche sachlichen Konsequenzen aus der Umsetzung des Entschiedenen entstehen mögen, sondern auch, welche institutionell abgesicherten Prinzipien in der Entscheidung selbst für andere beobachtbar zum Ausdruck gebracht werden.

Analog lässt sich dann natürlich auch das Bewertungsproblem fassen: Man kann nach institutionellen Erwartungen fragen, die beeinflussen, was für eine institutionell definierte Kategorie von Einheiten als erstrebenswert, was als Erfolg oder Misserfolg gelten kann, welche Kriterien zur Bewertung plausiblerweise herangezogen werden können und wer (also vor allem: welche Kategorie von Akteuren) als Bewerter in Frage kommt. Was auch die oft noch nicht minder wichtigen Fragen einschließt, wer in einem bestimmten Kontext nicht bewerten darf, im Hinblick auf welche Merkmale Bewertung zu unterbleiben hat (Bewertungstabus) oder wer mit wem – etwa aus Gründen von Fairness – geflissentlich nicht verglichen werden sollte. Ebenso lässt sich fragen, inwieweit die Legitimität einer Organisation dadurch bestimmt wird, dass sie durch institutionell mit Autorität ausgestattete Instanzen in beobachtbarer Kommunikation als erfolgreich und nicht als gescheitert beobachtet wird, oder zuallererst den Status eines vollwertigen Exemplars einer Kategorie von Organisationen zugesprochen bekommt.

Das Bewertungs- und Entscheidungsgeschehen ist selbstverständlich in vielen Fällen nicht durch konsistente institutionelle Regeln determiniert. Institutionen sind oft (noch) nicht etabliert, in sich informationsarm und deutungs offen oder auch widersprüchlich. Außerdem können Erwartungen in unterschiedlichem Grade institutionalisiert sein (Zucker 1977). Soziologisch interessante Entscheidungsprobleme lassen sich gerade dort gut beobachten, wo klare institutionalisierte Lösungen nicht oder noch nicht vorliegen. Deswegen stellen Wandlungsprozesse fruchtbare Untersuchungsgegenstände dar.

## Organisationales Entscheiden und Bewerten

Entscheiden als zentrales organisationssoziologisches Thema zu begreifen, ja Organisationen von ihren Entscheidungsprozessen her zu konzeptualisieren, ist keineswegs unkonventionell, man denke etwa an den Verhaltenswissenschaftlichen Ansatz (March, Simon 1958; March, Olson 1976) oder die Systemtheorie (Luhmann 2000).

Aus einer organisationssoziologischen Perspektive sind Entscheidungen keine isolierten Operationen, sondern in ein Netzwerk vorangehender Entscheidungen eingebunden. Organisationen entscheiden über Prämissen des Entscheidens (Simon 1957: 34 ff.; Luhmann 2000: 222–255), binden sich in der einen oder anderen Weise durch ihre Entscheidungen selbst. Der wichtigste Kontext organisationaler Entscheidungen sind mithin vorausgehende Entscheidungen, was nicht ausschließt, dass Organisationen Entscheidungen vergessen oder recht erratisch erinnern.

Organisationen entscheiden über Bewertungskriterien und konkrete Bewertungen, treffen Entscheidungen, die als Bewertungen gelesen werden können, verwenden Bewertungen explizit oder implizit in ihren Entscheidungspraktiken, zur Selektion von Entscheidungsalternativen, aber auch – und besser beobachtbar – zur Rechtfertigung und Kritik von Entscheidungen. Sie schaffen damit Fakten, die späteres Entscheiden regelmäßig in Rechnung stellen wird. Eine Organisationssoziologie des Bewertens und Entscheidens wird daher den *Prozesscharakter* und die *Geschichtlichkeit* des Entscheidens zum Ausgangspunkt der Analyse machen.

Gleichzeitig können Organisationen sich über die selbstreferentielle Schließung von Entscheidungsketten partiell in Distanz zu ihrer Umwelt setzen: durch selektive Bezugnahmen, Respezifikationen und Interpretationen.<sup>4</sup> Dann aber ist, was als relevante Umwelt erscheint, immer relativ zu einem spezifischen Entscheidungsgeschehen zu sehen. Erst im Lichte des konkreten Entscheidungsprozesses wird erkennbar, welche Informationen und Kriterien in einer bestimmten Situation verwendet werden können und müssen. Dasselbe organisationale Feld mag sich aus einem anderen Entscheidungsprozess heraus rekonstruiert ganz anders darstellen. Organisationen reagieren nicht auf jede öffentlich kommunizierte Bewertung und sie reagieren nach Maßgaben ihres spezifischen Entscheidungssystems. Und das heißt, sie reagieren auf der Grundlage aktiver Konstruktionsleistungen. Selbst wenn manche Bewertungen für die Organisationen kaum hintergebar sein mögen, auch Bewertungen müssen durch die Organisation erst einmal wahrgenommen, gedeutet und mithin: bewertet werden, damit entschieden werden kann. In diesem Sinne interessiert eine Organisationssoziologie der Bewertung weniger, welche potentiell legitimen Bewertungen generell verfügbar wären, sondern vielmehr, *welche* Bewertungen *in welcher Weise* in den untersuchten Entscheidungsprozessen faktisch verwendet werden.

Was zunächst rein positiv als Autonomiegewinn erscheint, hat auch eine andere Seite. Denn Organisationen sind gar nicht in der Lage, jede potentiell relevante Bewertungskommunikation zur Grundlage ihres Entscheidens zu machen. Nicht jede solche Kommunikation ist für die Organisation überhaupt beobachtbar oder anschlussfähig. Beispielsweise sind Universitäten nicht in der Lage, die Bewertungen von Forschungsbeiträgen, die im verteilten wissenschaftlichen Kommunikationsprozess selbst – also vor allem in den Forschungspublikationen – erzeugt werden, zur Grundlage ihrer Strukturentscheidungen zu machen. Daher sind sie auf Surrogate angewiesen, die in besonderer Weise zu Kritik einladen.<sup>5</sup> Der institutionelle Kontext hat sowohl

---

4 Mit der aus der Systemtheorie entlehnten Schließungsidee stehen wir tendenziell in Distanz zum Mainstream des soziologischen Neo-Institutionalismus. Siehe aber Besio und Meyer (2014).

5 In der Regel geschieht dies, indem Bewertungen *durch* Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wie sie in Peer-Review-gestützten Evaluationen oder Förderentscheidungen vorkommen, als Ersatz für *wissenschaftliche Bewertungen* behandelt werden, wie sie Forschungsbeiträge vollziehen. Vgl. hierzu wiederum das obige Beispiel zur Profilbildung.

eine Orientierungsfunktion als auch eine Legitimationsfunktion für das organisationale Bewerten. Er beeinflusst die Verfügbarkeit und die Qualität von Schemata, mit denen Bewertungen interpretiert und rekonstruiert werden können, und die somit den Entscheidungshorizont prägen. Gleichzeitig stellt er legitimatorische Ressourcen für bestimmte Bewertungen, Kriterien und Verfahren zur Verfügung.

## Bewertungsppluralismus

Der Kontext organisationalen Entscheidens ist immer plural. Organisationen sind multireferentielle Systeme. Organisationales Entscheiden wird schon deshalb grundsätzlich durch Kriterien und Bewertungsgesichtspunkte gesteuert, die durch eine Mehrzahl institutioneller Ordnungen nahegelegt und legitimiert werden.<sup>6</sup>

Man kann hier, inspiriert durch die Systemtheorie, zunächst an funktionale Differenzierung denken. Als multireferentielle Systeme orientieren Organisationen ihr Entscheidungsgeschehen typischerweise nicht ausschließlich an den Gegebenheiten nur eines gesellschaftlichen Funktionssystems. Vielmehr ist zu erwarten, dass sich Organisationen durch das Kommunikationsgeschehen mehrerer Funktionssysteme irritieren lassen und dann mit oft inkompatiblen Ansprüchen und Interpretations- und Übersetzungs- sowie Ausbalancierungsanforderungen konfrontiert sind.

Damit verkompliziert sich auch das Problem der Bewertung. In Funktionssystemen erfahren jeweils eigene Bewertungsinstanzen, -verfahren und -kriterien eine Bevorzugung. Das heißt, dass funktionssystemspezifisch jeweils unterschiedliche Gegenstände zur Bewertung stehen oder aber dieselben Gegenstände mit unterschiedlichen Kriterien bewertet werden. Zum Beispiel kann die künstlerische Bewertung von Opernproduktionen unabhängig von ihrer ökonomischen Bewertung variieren, ebenso wie die massenmediale Bewertung einer wissenschaftlichen Erkenntnis von ihrer innerwissenschaftlichen. Entscheidungsbezogener Bewertungsppluralismus ist daher keineswegs ein Ausnahme, sondern der Normalfall.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass Bewertungen und ihre Ordnungen, Verfahren und Kriterien funktionssystemspezifische Kontexte übergreifen und sich partiell von diesen lösen können. Insbesondere Verfahren des Rankings und Bewertungen in Form numerischer Differenzen können für solche Dynamiken sorgen. Einerseits erzeugen numerische Differenzen auf Grund ihrer *räumlichen* Distanzüberbrückungen Globalisierungstendenzen innerhalb von Funktionssystemen (Heintz 2010). Andererseits können Rankings insofern als universell charakterisiert werden, als sie in nahezu allen gesellschaftlichen Funktionssystemen anschlussfähig sind und in diesem Sinne für *kognitive* Distanzüberbrückung sorgen können (Aljets 2015: 171 f.). Vor diesem Hintergrund lässt sich fragen, wie numerische Differenzen Dynamiken in Organisationen, zwischen Organisationen und innerhalb organisationaler Felder auslösen.

Aber nicht nur zwischen Funktionssystemen, auch innerhalb von Funktionssystemen kann sich die Bewertungslage äußerst plural zeigen. Funktionssysteme unterscheiden sich sehr deut-

---

<sup>6</sup> Im Gegensatz etwa zu Teilen der neo-institutionalistischen Diskussion zu »Complexity« (Greenwood et al. 2011) oder zu »hybriden Organisationen« (Battilana, Lee 2014) begreifen wir Pluralismus also gerade nicht als etwas Besonderes oder Außergewöhnliches.

lich hinsichtlich der Frage, ob sie bestimmte Bewertungsinstanzen und -kriterien mit herausragender Autorität ausstatten – etwa im Sport, wo die Tabelle bekanntlich nicht lügt. Das Argument wäre dann keineswegs, dass Fußballvereine sich in ihren Entscheidungen ausschließlich am tabellarischen Erfolg orientieren. Das ist mit ziemlicher Sicherheit nicht der Fall. Es spielen immer auch andere Kriterien eine Rolle. Gemeint ist lediglich, dass sie sehr viel deutlicher angezeigt bekommen, inwieweit sie *sportlich* erfolgreich sind, als etwa Opernhäuser angezeigt bekommen, ob sie *künstlerisch* erfolgreich sind – oder Universitäten, ob sie *wissenschaftlich* erfolgreich sind.

Die *Économie des Conventions* hat die Bedeutung marktmäßiger Bewertung in der Wirtschaft deutlich relativiert. Analog kann es eine äußerst fruchtbare Forschungsstrategie sein, auch in anderen Feldern das Plurale im vermeintlich Monolithischen zu suchen. Auch hier gilt selbstverständlich, was wir oben beschrieben haben: Organisationen konstruieren ihre Umwelt aktiv nach eigenen Maßgaben. Dennoch wird es ihnen schwerfallen, besonders autoritative Bewertungsinstanzen *nicht* in Rechnung zu stellen. Fußballvereine mögen die Tabelle unterschiedlich lesen und aus ihr unterschiedliche Schlüsse ziehen. Sie werden sie aber kaum dauerhaft ignorieren können.

Angesichts des hier grob skizzierten Pluralismus stellt sich die Frage, wie Organisationen überhaupt zu Bewertungen und Entscheidungen gelangen. Insbesondere wenn wir hier die politische Dimension unserer Perspektive in Erinnerung rufen, wird unmittelbar ersichtlich, dass die Pluralität von Bewertungen vielfältige Anlässe für Konflikte, Aushandlungen und Kompromisse bietet. Jede Entscheidungskommunikation kann ja potentiell auch als Bewertung verstanden werden, sodass Konflikte, Dissens und allerlei Fragen der Legitimität jederzeit aufbrechen können.

In diesem Zusammenhang ist auch ein anderer Aspekt von Bedeutung: Der Begriff des Pluralismus verweist nicht nur darauf, dass faktisch in beschreibbarer Form eine Mehrzahl legitimer Instanzen und Kriterien der Bewertung existiert und verwendet wird. Pluralität ist selbst oft hochgradig legitim, zuweilen gibt es sogar gewisse – zum Teil hochinstitutionalisierte – prozessuale Regeln, die sicherstellen sollen, dass dem Pluralismus genüge getan wird. Das gilt etwa – zumindest traditionell – in der Wissenschaft, wo es klar ist, dass »gute Forschung« ein hochgradig unbestimmtes Konzept ist, das legitimerweise (und so glaubt man: auch funktionalerweise) ganz unterschiedlich operationalisiert wird. So hat die Wissenschaft sehr unterschiedliche disziplinäre Kriterien für die Bewertung von Wissenschaft entwickelt, deren Pluralität aber eben auch als legitim und erhaltenswert gilt (Lamont 2009). Und es sind Verfahren verfügbar, die legitime Entscheidungsprozesse unter diesen Bedingungen ermöglichen, etwa multidisziplinär zusammengesetzte Gremien, die über die Vergabe von Fördermitteln entscheiden (Lamont 2009; Lamont/Huutoniemi 2011).

## Übergreifende empirische Forschungsperspektiven

In unserer kurzen Skizze haben wir eine Reihe von Gesichtspunkten identifiziert, die ein Forschungsprogramm zum Zusammenhang von Bewerten und Entscheiden berücksichtigen müsste. Hier denken wir in erster Linie an die drei Verhältnisse von Entscheidung und Bewertung, die

wir oben skizziert haben. In der Perspektive des pragmatischen Funktionalismus wäre dann zu fragen, inwieweit sich aus ihnen Entscheidungsprobleme ergeben, oder inwieweit sie zur Lösung dieser Probleme beitragen (können). Wenngleich wir hier erste Überlegungen vorgestellt haben, sind dies letztlich empirisch zu bearbeitende Fragen.

Unsere Überlegungen haben aber auch bereits erste Konturen eines vergleichenden Forschungsprogramms ergeben. Relevante Unterschiede in Bezug auf Probleme und Problemlösungen können dann zwischen unterschiedlichen Feldern und Entscheidungsprozessen untersucht werden, aber auch als Wandlungsprozesse innerhalb eines Feldes oder natürlich im Vergleich von Wandlungsverläufen. In jedem Fall sollte die institutionelle Ordnung nicht nur in ihrem kulturellen Gehalt, sondern auch in ihrer Konstellationsstruktur untersucht werden. Hierfür bedarf es eines präzisen konzeptionellen Instrumentariums, das auch im Rahmen konkreter empirischer Fallanalysen zu entwickeln sein wird.

Von diesen Überlegungen ausgehend scheint es für eine Organisationssoziologie der Bewertung nahe liegend und für andere Diskussionen besonders anschlussfähig, übergreifende Transformationsprozesse in den Blick zu nehmen, die unter Stichworten wie »Ökonomisierung« oder »Verwettbewerblichung« diskutiert werden und eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Organisationstypen – nicht zuletzt im öffentlichen Sektor – betreffen (Brunsson, Sahlin-Andersson 2000; Schimank, Volkmann 2008; Peetz 2015).

Hier, das wäre eine erste Stoßrichtung, kann man die pragmatischen Entscheidungsprobleme untersuchen, die sich aus der Verwettbewerblichung ergeben. Dann ist zu klären, wie Organisationen in stark pluralistischen Kontexten die Zumutung bearbeiten können und faktisch bearbeiten, als generalisierte Wettbewerbssubjekte ihre Wettbewerbsfähigkeit zu optimieren, wenn uneindeutig oder umstritten ist, welche Instanzen überhaupt Erfolg oder Misserfolg autoritativ anzeigen.

Wenn etwa Universitäten sich im internationalen Wettbewerb bewähren sollen, ist das insofern ein nicht ganz eindeutiger Imperativ, weil schon nicht so ganz klar ist, um was genau sie eigentlich konkurrieren und woran man erkennt, dass sie erfolgreich konkurrieren. Allgemeine Verweise auf »Weltspitze«, »die besten Köpfe«, »Exzellenz« oder dergleichen sind dann doch zu unspezifisch, um Anhaltspunkte für konkrete Strukturentscheidungen zu geben. In Bezug auf welche Bewertungskriterien treffen sie aber dann ihre Strukturentscheidungen? Ganz analoge Fragen können – auch in vergleichender Perspektive – für Schulen, Opern- oder Krankenhäuser gestellt werden.

Zum anderen, und das ist eine zweite Stoßrichtung, wäre nachzuvollziehen, wie Wettbewerbskonstitution die institutionellen Ordnungen der Bewertung selbst transformiert. Insbesondere steht die These im Raum, dass hier ein Trend zur Entpluralisierung zu erwarten ist, es also zu einer Engführung relevanter Instanzen und Kriterien autoritativer Bewertung in vormals stärker pluralistischen Feldern kommt. In der Bewertungsforschung wird Pluralismus typischerweise positiv bewertet (so bei Stark 2009; Lamont 2012), die potentielle Engführung als eine Gefahr.

Es ist plausibel, dass insofern eine Beziehung zwischen beiden Fragekomplexen besteht, als pragmatische Entscheidungsprobleme eine gewisse Engführung relevanter Bewertungsinstanzen erzwingen oder jedenfalls nahelegen. Dabei ist denkbar, dass die faktische Engführung das Entscheidungsproblem weitgehend reduziert. Aber es ist eine empirische Frage, wie genau sich



der Pluralismus eines Feldes gegebenenfalls verändert, wie institutionelle Anforderungen an Pluralismus gegebenenfalls mit Einführung austariert werden und welche konkreten Arrangements sich daraus mit welchen Folgen ergeben.

Diese erste, tentative Skizze eines Forschungsprogramms für eine Organisationssoziologie der Bewertung wirft viele Fragen auf. Das ist einerseits – ganz im Sinne des pragmatischen Funktionalismus – beabsichtigt, wenn es um die Genese von Forschungsfragen geht. Andererseits, so viel ist klar, stellen sich nach diesem ersten Aufriss vielfältige weitere theoretische und methodologische Fragen, die bearbeitet werden müssen, um das Forschungsprogramm konzeptionell weiterzuentwickeln.

## Literatur

- Aljets, E. 2015: Der Aufstieg der Empirischen Bildungsforschung. Ein Beitrag zur institutionalistischen Wissenschaftssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Antal, A. B., Hutter, M., Stark, D. (Hg.) 2015: Moments of Valuation. Exploring Sites of Dissonance. New York: Oxford University Press.
- Battilana, J., Lee, M. 2014: Advancing Research on Hybrid Organizing – Insights from the Study of Social Enterprises. *The Academy of Management Annals*, Vol. 8, No. 1, 397–441.
- Besio, C., Meyer U. 2014: Heterogeneity in World Society. How Organizations Handle Contradicting Logics. In F. Kastner, B. Holzer, T. Werron (Hg.): *From Globalization to World Society. Neo-Institutional and Systems – Theoretical Perspectives*. London, New York: Routledge, 237–257.
- Boltanski, L., Thévenot, L. 2007: Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft. Hamburg: Hamburger Edition.
- Brunsson, N., Sahlin-Andersson, K. 2000: Constructing Organizations: The Example of Public Sector Reform. *Organization Studies*, 21, 721–746.
- Cefaï, D., Zimmermann, B., Nicolae, St., Endreß, M. 2015: Introduction. *Human Studies* 38 (1), 1–12.
- Diaz-Bone, R. 2011: Einführung in die Soziologie der Konventionen. In R. Diaz-Bone, *Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie*. Frankfurt am Main: Campus, 9–41.
- Greenwood, R., Raynard, M., Kodeih, F., Micelotta, E. R., Lounsbury, M. 2011: Institutional Complexity and Organizational Responses. *The Academy of Management Annals*, 5, 317–371.
- Heintz, B. 2010: Numerische Differenz. Überlegungen zu einer Soziologie des (quantitativen) Vergleichs. *Zeitschrift für Soziologie*, 39. Jg., Heft 3, 162–181.
- Kirsch, W. 1977: Einführung in die Theorie der Entscheidungsprozesse. Wiesbaden: Gabler.
- Lamont, M. 2009: *How Professors Think*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Lamont, M. 2012: Toward a Comparative Sociology of Valuation and Evaluation. *Annual Review of Sociology* 38, 201–221.
- Lamont, M., Huutoniemi, K. 2011: Comparing Customary Rules of Fairness: Evaluative Practices in Various Types of Peer Review Panels. In C. Camic, N. Gross, M. Lamont (Hg.), *Social Knowledge in the Making*. Chicago: University of Chicago Press, 209–232.
- Luhmann, N. 2000: *Organisation und Entscheidung*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- March, J. G., Simon, H. A. 1958: *Organizations*. New York: Wiley.
- March, J. G., Olsen, J. P. 1976: *Ambiguity and Choice in Organizations*. Bergen: Universitetsforlaget.
- March, J. G., Olsen, J. P. 2006: The Logic of Appropriateness. In M. Moran, M. Rein, and R. E. Goodin (Hg.), *The Oxford Handbook of Public Policy*. Oxford: Oxford University Press, 689–708.

- Meyer, J. W., Rowan, B. 1977: Institutionalized Organizations. Formal Structures as Myth and Ceremony. In *American Journal of Sociology*, 83, 340–363.
- Peetz, Th. 2015: Die Ökonomisierung der Bildung. Eine differenzierungstheoretische Perspektive. In H.-P. Müller, T. Reitz (Hg.), *Bildung und Klassenbildung. Kritische Perspektiven auf eine Leitinstitution der Gegenwart*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Pfeffer, J., Salancik, G. 1978: *The External Control of Organizations. A Resource Dependence Perspective*. New York: Harper & Row.
- Schimank, U. 2005: *Die Entscheidungsgesellschaft – Komplexität und Rationalität der Moderne*. Wiesbaden 2005: VS.
- Schimank, U., Volkmann, U. 2008: Ökonomisierung der Gesellschaft. In A. Maurer (Hg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS, 382–393.
- Scott, W. R., Meyer, J. W. 1991: The Organization of Societal Sectors: Propositions and Early Evidence. In W. W. Powell, P. J. DiMaggio (Hg.), *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago: University of Chicago Press, 108–140.
- Simon, H. A. 1957: *Administrative Behavior. A Study of Decision-Making Processes in Administrative Organizations*, 2. Aufl., New York: Free Press.
- Simon, H. A. 1959: Theories of Decision Making in Economics and Behavioural Science. *American Economic Review*, Vol. 49, No. 3, 253 - 283.
- Stark, D. 2009: *The Sense of Dissonance. Accounts of Worth in Economic Life*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Zucker, L. G. 1977: The Role of Institutionalization in Cultural Persistence. *American Sociological Review*, Vol. 42, 726–743.

Ad-hoc-Gruppe »Die Alltäglichkeit der Krise – Ethnographien zu krisenbezogenen  
routinisierten (Alltags-)Praxen«  
– organisiert von Martina Erlemann und Petra Lucht

# Das Alltägliche im Außeralltäglichen

## Eine Großübung als Krisenexperiment für die Sicherheit am Flughafen

Birgit Peuker, Martina Bierbichler, Andrea Jungmann und Martin Voss

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Die Alltäglichkeit der Krise – Ethnographien zu krisenbezogenen routinisierten (Alltags-)Praxen« – organisiert von Martina Erlemann und Petra Lucht*

Das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt *Soziale Bestimmungsgründe der Sicherheit am Flughafen (Soft Parts)* (Juni 2013 – Mai 2016) untersucht den Arbeitsalltag der Kontrollkräfte, welche die Kontrollen der Passagiere und der Flughafenmitarbeiter/-innen durchführen. In unserem Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe *Die Alltäglichkeit der Krise. Ethnografien zu krisenbezogenen routinisierten (Alltags-)Praktiken* kontrastieren wir unsere daraus gewonnenen empirischen Befunde mit Beobachtungen aus einer Großübung, bei der ein Flugzeugabsturz simuliert wurde. Aus einer organisations- und praxissoziologischen Theorieperspektive fragen wir nach dem Zusammenspiel von Kreativität und Regelkonformität der Akteure in krisenanfälligen Organisationszusammenhängen.

Das alltägliche Arbeitsfeld der Kontrollkräfte auf der operativen Ebene ist nach unseren empirischen Befunden ein hochgradig durchregulierter Arbeitszusammenhang. Regelkonformität – und nicht Kreativität – kennzeichnen die Organisationsweise der Kontrollen. Aber was geschieht, wenn Routinen wie bei außeralltäglichen Ereignissen unter Druck geraten? Dominieren auch in außeralltäglichen Lagen routinisierte Sicht- und Handlungsweisen bei den Kontrollkräften oder passen sie ihre Problemlösungsfähigkeit kreativ den realen Problemlagen an?

Bereits die Untersuchung des Arbeitsalltages auf der operativen Ebene an den Kontrollstellen führt zu der Annahme, dass die Reaktionen des Kontrollpersonals auf sicherheitsrelevante Vorfälle in regelhaftes und nicht kreatives Verhalten überführt werden *sollen*. Diese Bedeutung von Regeln kann auch für die Großübung beobachtet werden. So sind die Aufgaben und das Zusammenspiel der Akteure in sogenannten Prozessbeschreibungen festgehalten. Diese gilt es dann in der Großübung auszuprobieren, um so das Außeralltägliche einzuüben und in Routinen zu überführen. Das Außeralltägliche soll zum Alltag werden. Die Übung selbst simuliert das Unerwartete und stellt somit den Versuch dar, das Unvorhergesehene zu managen.

Sicherheitsrelevante Vorfälle sind selten und entziehen sich damit weitgehend einer empirischen Untersuchung. Mittels der in unserem Forschungsprojekt angewandten Methoden – quali-

tative Interviews und quantitative Befragungen – lässt sich dieser Zusammenhang kaum adäquat abbilden. Die ethnografische Beobachtung einer Großübung am Flughafen bot dagegen Einblicke in die tatsächlichen Bedingungen des praktischen Handelns unter Unsicherheit – zweifelsohne mit allen Einschränkungen, die solch einer Simulation von Stresssituationen immanent sind.

Im Folgenden wollen wir zunächst unsere Fragestellung im Zusammenhang mit organisations-, praxis- und katastrophensoziologischen Überlegungen präzisieren. Im Anschluss daran werden drei von uns beobachtete problematische Situationen aus der Großübung erörtert. Dabei werden wir ebenso auf das Potential als auch die Grenzen der ethnografischen Methode eingehen.

## Praxis und Krise

Praxistheoretische Ansätze verstehen sich als dritter Weg zwischen handlungs- und strukturtheoretischen Ansätzen (Bourdieu 1979: 146f.; Reckwitz 2008: 106f.). Trotz der Vielfalt praxissoziologischer Ansätze können gemeinsame Grundannahmen identifiziert werden. Grundbegriff ist die *soziale Praktik*. Diese wird als »körperlich verankerter Komplex von implizit sinnhaft organisierten, routinisierten Verhaltensweisen [, die] in der öffentlichen Performanz auch als intelligibel wahrgenommen wird« (Reckwitz 2008: 44), definiert. Im Gegensatz zu klassischen Handlungstheorien liegt der Fokus in den Praxistheorien weniger auf der Entscheidungsfreiheit sozial agierender Akteure als vielmehr auf den habitualisierten, weitgehend vor- oder unbewusst sozial geprägten Routinen. Da die Reproduktion von Routinen jedoch immer in einem räumlich und zeitlich begrenzten Kontext stattfindet, kann eine Praktik nie vollständig reproduziert werden. Individuen nehmen in den Praxissoziologien damit eine zwiespältige Rolle ein. Zum einen sind Individuen weniger bedeutsam als sie in den klassischen Handlungstheorien waren, da weniger ihre Entscheidungsfreiheit im Mittelpunkt steht als ihre körperlich verankerten, eher unbewusst ablaufenden Routinen. Zum anderen werden gerade die Körperlichkeit und die Kontextgebundenheit von Praktiken für leichte Abänderungen von Routinen verantwortlich gemacht, woraus die »Verschiebung« ganzer Praxisfelder resultieren kann (Reckwitz 2008: 127). Die Transformation von Praktiken wird nicht nur als situative Anpassung an Kontextbedingungen gedacht, sondern ebenso – ganz im Sinne des Pragmatismus (Joas 1999) – als kreative Problemlösung des Individuums. Kreativität ist dabei, auf im Handlungsablauf sich stellende Probleme neue Problemlösungswege auszuprobieren und zu finden. Routinen und Kreativität sind demnach zwei, wenn auch gegensätzliche Aspekte der praxissoziologischen Perspektive.

Die Management- und Organisationstheorie von Karl E. Weick besitzt große Verwandtschaft mit der praxeologischen Perspektive (Reckwitz 2008: 103f.). Weick betont, dass bei der Analyse von Organisationen nicht die formalen Organisationsstrukturen, sondern die Praxis des Organisierens im Mittelpunkt stehen sollte (Weick 1995). Gerade für Organisationszusammenhänge mit Aufgabenbereichen, bei der ein Organisationsversagen zu großen Schäden für die Allgemeinheit führen können, betont er die Notwendigkeit, von Routinen kreativ abweichen zu können (Weick, Sutcliffe 2003).

*Sicherheit am Flughafen* ist ein solches Organisationsfeld, weil es um mehr als die bloße Vermeidung von materiellem oder personellem Schaden geht, nämlich um ein kulturell geprägtes

Sicherheitsempfinden. *Sicherheit* ist ein fragiles, mehrdimensionales (räumlich, zeitlich, kulturell und funktional), mit praktisch allen Lebensbereichen verflochtenes Konstrukt. Bei dem Beispiel eines Flugzeugabsturzes ist dann nicht *nur* das Ereignis an sich eine Katastrophe, sondern das Ereignis erschüttert ebenso das Sicherheitsempfinden und damit auch die gesamte kulturelle Architektur (Voss 2006). Es wäre also nicht der Flugzeugabsturz allein sicherheitsrelevant, er birgt auch das Potential, die Arbeit eines Krisenstabes zu desavouieren oder gar grundlegend das Vertrauen in die Sicherheitsvorkehrungen zu erschüttern. Die Frage, die sich uns hieraus ergibt, ist, welche Routinen und welche kreativen Problemlösungen in einem spezifischen Praxisfeld wie Sicherheit am Flughafen zu beobachten sind und in welchem Bedingungsverhältnis sie darin zueinander stehen. Oder anders ausgedrückt: Welche Rolle spielen Routinen und Kreativität in einer Infrastruktur, die für ein besonders fragiles Moment gesellschaftlicher Ordnung steht?

## Simulation eines Absturzes

Die Großübung fand an einem Verkehrsflughafen nach den Richtlinien der International Civil Aviation Organisation (ICAO) statt, die Sicherheitsstandards und Empfehlungen im Bereich des Passagierflugverkehrs entwickelt. Bei den Übungen wird der Notfallplan überprüft und die Zusammenarbeit verschiedener Akteure – einige von ihnen werden unten noch näher beschrieben – trainiert. Das Szenario der Großübung lautet: Nach dem Start eines Passagierflugzeuges kommt es im Cockpit der Maschine zu Rauchentwicklung. Der Pilot meldet beim Tower Rauch im Cockpit. Bei der anschließenden Notlandung auf dem Flughafen verunglückt die Maschine. Es gibt viele Tote, Schwer- und Leichtverletzte.

Beteiligte Akteure an der Bearbeitung dieses katastrophalen Ereignisses sind neben dem Rettungsdienst die Feuerwehr, die Stadt (als Gefahrenabwehrbehörde), die Landespolizei, die Bundespolizei und die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS). Weiterhin sind als Akteure die Airline, das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und Medienvertreter/-innen bei der Krisenbewältigung beteiligt. Die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) von Angehörigen und unverletzten Personen eines verunglückten Flugzeuges und deren Datenerfassung wird durch die betroffene Airline durchgeführt – im Folgenden Betreuungsteam der Airline (BA) genannt. Wenn die Airline keine Niederlassung am betroffenen Flughafen hat oder aus anderen Gründen der Einsatz des Teams nicht sofort möglich ist, stellt die Flughafengesellschaft kurzfristig ein Betreuungsteam – im Folgenden Betreuungsteam des Flughafens (BF) genannt – zur Verfügung. Das Team umfasst reguläre Mitarbeiter/-innen des Flughafens, die eine Weiterbildungsmaßnahme zur psychosozialen Notfallversorgung absolviert haben. Das BF der Flughafengesellschaft soll laut Plan nach 60 Minuten, das BA der betroffenen Airline nach 180 Minuten nach dem Schadensereignis einsatzbereit sein. Das BA löst das BF ab und übernimmt die Leitung. Es ist dann ebenso zuständig für die Basisverpflegung, die Datenerfassung und Zusammenführung von Angehörigen und Passagieren.

Zwei Beobachter/-innen waren beim Betreuungsteam der Flughafengesellschaft (BF) eingeteilt, einmal im gemeinsamen Koordinierungsbüro der Betreuungsteams und einmal an der Sammelstelle für die Angehörigen. Hier konnten demnach Beobachtungen auf der mittleren Managementebene (Koordinierungsbüro) sowie auf der operativen Ebene (Sammelstellen)

durchgeführt werden. Das Übungsszenario sieht vor, dass sich im Terminal nach Abflug des Flugzeuges noch Angehörige und Freunde der Passagiere befinden, welche die Passagiere zum Flughafen gebracht haben. Nach einiger Zeit treffen zudem beunruhigte Angehörige ein, die von dem Unglück erfahren haben.

Auch für den Einsatz des BF gibt es einen spezifischen Notfallplan zum Vorgehen der Organisationseinheiten im Unglücksfall. Dieser Notfallplan für das BF enthält nicht nur Regeln, sondern auch den Hinweis, dass von diesen Regeln unter bestimmten Bedingungen abgewichen werden kann. Damit wird im Notfallplan nicht nur der Umgang mit dem Außeralltäglichen in Regeln überführt, sondern auch die Unvorhersehbarkeit und die damit einhergehende Unplanbarkeit solcher Notfallsituationen antizipiert und möglichen Grenzen der formalen Regulierung Rechnung getragen. Jedoch wird hierbei zwischen verschiedenen Hierarchieebenen im Team unterschieden: Nur die BF-Einsatzleitung und Teamleiter/-innen nach Absprache mit der Leitung und nicht die BF-Betreuer/-innen auf der operativen Ebene können von der Möglichkeit Gebrauch machen, von den Regeln abzuweichen.

Wir haben im Folgenden drei Probleme herausgegriffen, die sich bei der Großübung im Krisenmanagement des BF ergaben. (1) Das erste Problem betrifft den gestörten Kommunikationsfluss zwischen der BF-Einsatzleitung und der operativen Ebene (bei der Sammelstelle der Angehörigen und Leicht- und Unverletzten) und zu anderen Akteuren am Flughafen. (2) Das zweite Problem bildet die Datenerfassung und Zusammenführung von Angehörigen und Passagieren. (3) Ein drittes Problem entsteht bei der Verpflegung des Teams und der Angehörigen. Hier spielt die Übungssituation eine Rolle: Zum einen sollen die beteiligten Übungsteilnehmer/-innen von einem realen Flugzeugabsturz ausgehen, zum anderen ist ihnen stets bewusst, dass es sich nur um eine Übung handelt.

Wir werden in jedem Abschnitt (a) zunächst die formalen Regeln und Vorschriften beschreiben, (b) unsere Beobachtungen darlegen, dann (c) in Bezug auf unsere Fragestellung ein kurzes Fazit ziehen sowie (d) abschließend auf die ethnografischen Methoden reflektieren.

## Gestörte Kommunikation

(a) Laut den formalen Regeln sitzt die BF-Einsatzleitung im Koordinierungsbüro und ist unter anderem Ansprechpartner und Schnittstelle zwischen Betreuungsteam der Airline (BA), Landespolizei, Bundespolizei und Notfallteam. Weiterhin ist das Koordinierungsbüro Bindeglied zum Krisenstab und Lagezentrum. Hiermit verbunden besteht die zentrale Aufgabe darin, die Betreuung der Angehörigen aufgrund aktueller Lageberichte zu koordinieren sowie Verpflegung und Sanitäter zu organisieren. In dem Koordinierungsbüro sollen neben der BF-Einsatzleitung auch die BA-Teamleitung und ein Fachberatender der Polizei anwesend sein. Auf der operativen Ebene gibt es die BF-Teamleitung und die dazugehörigen BF-Betreuer/-innen. Sie betreuen die Angehörigen vor Ort und begleiten die Zusammenführung mit den leicht- und unverletzten Passagieren. Laut Notfallplan trifft das BA spätestens 180 Minuten nach dem Unglück ein und übernimmt die Leitung. Das BF arbeitet dann unter der Führung der BA-Einsatzleitung weiter. Die Mitarbeiter/-innen des BA auf der operativen Ebene lösen anschließend die Betreuer des Flughafenteams auf der operativen Ebene nach und nach ab.

(b) Beobachtet wurde, dass in dem Koordinationsbüro nur eine Person, die BF-Einsatzleitung, zugegen war, obwohl laut formalem Notfallplan zudem ein/e Polizist/-in anwesend hätte sein müssen. Die BF-Einsatzleitung fragt per Telefon nach, ob die entsprechende Person geschickt werde, jedoch ohne klärende Antwort. Die personelle Unterbesetzung führte nachfolgend zu Problemen bei der eigentlichen Aufgabenerfüllung im Koordinationsbüro, da parallele Anrufe nicht entgegen genommen werden können und somit die Weitergabe der Informationen und die eigentliche Koordination und Kommunikation mit den Betreuungsteams im Sammelbereich zeitweise (durch besetzte Telefonleitungen) komplett unterbrochen wird. Diese Situation führt beispielsweise auch dazu, dass die Anforderung einer Sanitäterin bzw. eines Sanitäters, die auf einem Zettel notiert wurde, untergeht, da die Einsatzleitung permanent mit der Beantwortung weiterer Anrufe beschäftigt ist und durch die fehlende Unterstützung vor Ort keinerlei Möglichkeiten zur Aufgabendelegation besteht.

Das BA trifft (planmäßig) nach 180 Minuten ein. Die BA-Einsatzleitung übernimmt die Verantwortung, bindet die BF-Einsatzleitung jedoch dabei nur sehr vereinzelt ein. Weiterhin werden die neu etablierten Regeln der BA-Einsatzleitung bereits nach kurzer Zeit nicht mehr eingehalten. So wird die Lagebildbesprechung zur vollen Stunde, die um 11:00 Uhr eingeführt wird, um 13:00 Uhr schon nicht mehr durchgeführt. Die Beobachter/-in hat zudem den Eindruck, dass die BA-Einsatzleitung nur für das eigene Betreuungsteam Verantwortung übernimmt und die BF-Einsatzleitung nur für ihr Team.

Eine Folge der Überlastung der BF-Einsatzleitung ist eine Verzögerung bei der Organisation der Verpflegung der Betreuer/-innen und der von ihnen betreuten Angehörigen sowie ein verspätetes Eintreffen der Sanitäter/-innen. Weiterhin führt dies auch zu einer Überlastung des Betreuungsteams auf der operativen Ebene, da die Mitarbeiter/-innen durch das BA nicht abgelöst werden und länger im Einsatz sind als die BA-Mitarbeiter/-innen. Ebenso kann die BF-Einsatzleitung ihre Leitungsfunktion gegenüber ihrem Teamleiter nicht wahrnehmen, aufgrund des fehlenden Kommunikationsflusses können keine Lageberichte entgegengenommen und weitergeleitet werden.

An der Sammelstelle für die Angehörigen gerät der BF-Teamleiter unter Druck, da die Angehörigen Informationen zum Unfallhergang und zur Zusammenführung verlangen. Der Teamleiter ist jedoch nur autorisiert, von der Pressestelle freigegebene Informationen weiterzugeben. Er hat über einen längeren Zeitraum keinen Kontakt zu seiner Einsatzleitung, die ihm sowohl Informationen als auch die Erlaubnis zur Weitergabe geben könnte. Letztlich gibt er einige Details zum Unfall bekannt, kann aber keine Angaben dazu machen, wie das weitere Vorgehen für die Zusammenführung sein wird. Welche Informationen er tatsächlich besitzt und zurückhält, ist nicht ersichtlich. Die unsichere und unvollständige Informationslage belastet sowohl die Angehörigen als auch die BF-Betreuer/-innen.

(c) Unsere Schlussfolgerung ist, dass das BF und das BA formal gesehen scheiterten – nicht in Ermangelung formaler Regeln, sondern weil der vorhandene Notfallplan durch die personelle Unterbesetzung des Koordinationsbüros beziehungsweise durch den Wegfall einer Position nicht wie vorgesehen umgesetzt werden konnte. Die Person, die in Verantwortung der BF-Einsatzleitung war, konnte keine Prioritäten setzen und den Telefoneingang kaum strukturieren. Die fehlende Leitung hatte unmittelbaren Einfluss auf die operative Ebene, da der BF-Teamleiter unter Druck stand, selbständig Entscheidungen zu treffen, die nicht in seinem Kompetenzbe-



reich lagen. Zwar darf der BF-Teamleiter von den Regeln im Notfallplan abweichen, jedoch nur nach Rücksprache mit der Einsatzleitung, die nicht erreichbar war. Kreativität konnte in der Form beobachtet werden, dass beständig nach Lösungen für die mangelnde Koordination und Kooperation gesucht wurde, diese in den meisten Fällen jedoch scheiterten.

(d) Unsere Reflektion auf die ethnografischen Methoden lautet folgendermaßen: Ethnografische Methoden konnten die Situation nicht vollständig durchleuchten, obwohl unsere Beobachter/-innen an unterschiedlichen Punkten stationiert waren. Die Kommunikations- und Informationslage war zu komplex: Beobachtungen konnten nicht vollständig durchgeführt werden, weil zum Beispiel nur eine Seite der Telefonate beobachtet werden konnte. Ebenso konnten Personen, die in einen Raum kamen, nicht unmittelbar den einzelnen Positionen und Organisationen zugeordnet werden. Ein weiterer Nachteil bestand darin, dass der innere emotionale Zustand der BF-Teamleitung und der BF-Einsatzleitung nur aus Mimik und Gestik erschlossen werden konnte, hier sind Interpretationsfehler möglich.

## Listen

(a) Die BF-Betreuer/-innen haben laut formalen Organisationsregeln die Aufgabe, die Daten der Angehörigen auf einer Liste zu erfassen. Diese Listen werden in das Koordinationsbüro gebracht und hier mit der Passagierliste und den Daten der Polizei abgeglichen. Das BF hat im Anschluss daran die Aufgabe, zusammen mit der Polizei – vermittelt durch die Fachberatende bzw. den Fachberatenden der Polizei – die Zusammenführung zu organisieren. Bei später eintreffenden Angehörigen an der Sammelstelle werden laut Notfallplan immer zehn Erfassungsbögen handschriftlich gesammelt und per Bote an die Einsatzleitung im Koordinationsbüro gebracht, um Botengänge in einem überschaubaren Rahmen zu halten.

(b) Unsere Beobachtungen zu diesem Vorgang waren folgendermaßen: Wie bereits im ersten Beispiel erwähnt, fehlt ein Polizist im Koordinationsbüro. Aus der Beobachtung geht hervor, wie die BF-Einsatzleitung mehrfach erfolglos versucht per Telefon einen Polizisten anzufordern. Später kommen andere Vertreter/-innen der Polizei in das Koordinationsbüro, sind jedoch nicht für die Zusammenführung zuständig. Zu einem späteren Zeitpunkt erfährt die BF-Einsatzleitung im Koordinationsbüro, dass die Zusammenführung bereits ohne Abstimmung zwischen den dafür vorgesehenen Akteuren stattfindet.

An der Sammelstelle für die Angehörigen wird zunächst beobachtet, wie die BF-Betreuer/-innen die Daten der Angehörigen aufnehmen und die Listen per Boten an das Koordinationsbüro senden. Unsere Beobachter/-in im Koordinationsbüro beobachtete, wie diese Listen im Koordinationsbüro ankommen und beiseite gelegt werden, um sie später mit den Passagierdaten abzugleichen, was aber nicht mehr beobachtet werden konnte.

Weiterhin wird an der Sammelstelle beobachtet, wie die Zusammenführung von Angehörigen und Passagieren organisiert wird. Vom BF-Teamleiter – später von der Polizei – werden Passagier-Namen von einer Liste aufgerufen, um die Angehörigen mit einem Bus zur Zusammenführung zu fahren. Ob auf der Liste Namen von Passagieren aufgeführt sind, die als unverletzt, leichtverletzt, schwerverletzt oder tot gelten, ist – auf Nachfrage – auch dem Polizisten unklar. Es wird beobachtet, dass Angehörige mehrmals für unterschiedliche Busse aufgerufen

werden. Weiterhin äußerte ein Polizist zum Abschluss des Vorgangs: »Das müssten jetzt alle sein«. Es konnten jedoch noch Angehörige im Terminal beobachtet werden, die offensichtlich noch nicht aufgerufen worden waren. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Abstimmung zwischen Angehörigen- und Passagierlisten nicht funktioniert hat. Mehr noch: es wird kolportiert, dass die Polizei gesonderte Listen für die Zusammenführung allein nur auf Grundlage der Passagierlisten erstellt und die BF-Liste der Angehörigen dabei nicht benutzt.

Dass die Abstimmung zwischen BF und der Polizei nicht funktionierte, zeigt ebenso folgende Beobachtung: Die Angehörigen werden gebeten, in einen Bus zu steigen und warten dort auf die Abfahrt. Dann werden sie aufgefordert, den Bus wieder zu verlassen, da laut Ansage noch auf die Zustimmung der zuständigen Landespolizei gewartet werde, die erst einen Abgleich der polizeilichen Ermittlungsarbeit freigeben muss. Letztendlich werden die Angehörigen doch mit dem Bus ohne die Freigabe der laut Notfallplan zuständigen Akteure zur Zusammenführung gebracht.

(c) Nach unserer Interpretation sollten die Listen ein Kommunikationsmittel zwischen Koordinierungsbüro, Terminal, BF und BA sowie der Polizei darstellen. Dieses Kommunikationsmittel war nicht nur dadurch gestört, dass BF und Polizei nicht miteinander kooperierten und unterschiedliche Listen anfertigten. Die Listen waren auch nicht mit Überschriften bzw. Titeln beschriftet und handschriftlich angefertigt. Dadurch konnten die Listen nur gefaxt und nicht digital verschickt werden. Der Einsatz der Faxgeräte verzögerte sich aufgrund technischer Probleme und funktionierte dann auch nur unzuverlässig. Durch die verschiedenen Listen – entweder angefertigt durch das BF oder durch die Polizei – ging der Überblick verloren. Listen wurden fälschlicherweise als *Zusammenführungslisten* bezeichnet, wodurch Angehörige zur Zusammenführung gebeten wurden, die nicht dafür vorgesehen waren.

Im Hinblick auf unsere Fragestellung können wir feststellen, dass zwar kreativ von den Regeln abgewichen wurde, indem beständig neue Listen erstellt und Boten gesandt wurden, weil Telefon und Fax nicht funktionierten. Diese Kreativität war letztlich für Koordination und Kommunikation zwischen verschiedenen Akteuren unterschiedlicher Organisationen an verschiedenen Orten kontraproduktiv.

(d) Unsere Reflexion auf die ethnografischen Methoden lautet folgendermaßen: Der Fokus unserer Beobachter/-innen wurde auf die Listen als zentrales Problem gelenkt, und somit rückten andere, eventuell gelungene Problemlösungen aus dem Blickfeld. Die ablaufenden Prozesse konnten von den Beobachter/-innen nicht überblickt werden. Sie hatten nicht Zugriff auf alle Informationen und waren auf die Berichte anderer angewiesen.

## Mangelnde Verpflegung

(a) Der Notfallplan beschreibt die Organisation und Verteilung von Getränken und Lebensmitteln für das Einsatzteam sowie Angehörige und Betroffene als eine der zentralen Aufgaben der Betreuungsteamleitung im Koordinationsbüro. Bei Nichterreichbarkeit der BF-Einsatzleitung tritt das Lagezentrum des Flughafens an dessen Stelle und übernimmt die Kommunikation mit der BF-Teamleitung.

(b) Unsere Beobachter/-in an der Sammelstelle für die Angehörigen beobachtet, wie die Betreuer/-innen von der BF-Teamleitung Versorgung anfordern. Die BF-Teamleitung versucht da-

raufhin, telefonisch ihre Einsatzleitung im Koordinierungsbüro zu verständigen, damit diese Verpflegung für Team und Angehörige organisiert. Das Koordinierungsbüro konnte jedoch vom BF-Teamleiter für anderthalb Stunden nicht erreicht werden. Daraufhin entsendet der BF-Teamleiter eine seiner Betreuer/-innen mit einer Notiz als Bot/-in, um Kontakt zur Einsatzleitung herzustellen. Diese Betreuer/-in kommt während des Ablaufs der Übung nicht wieder, sodass an der Sammelstelle weiterhin keine Informationen vorliegen, ob und wann die Verpflegung eintreffen würde. An der Sammelstelle verlässt eine BF-Betreuer/-in ihren Platz, um, entgegen den vorgesehenen Abläufen und Zuständigkeiten, Kekse, Obst und Wasser einkaufen. Nach mehreren Stunden der Unterversorgung wird kurz hintereinander Verpflegung angeliefert.

(c) Unsere Interpretation ist, dass das selbständige Handeln der BF-Betreuer/-in nach den formalen Vorgaben einen Regelverstoß darstellt, der aber auch als kreative Problemlösung bezeichnet werden kann und in diesem Fall als positiv im Hinblick auf das Problem Verpflegung zu bewerten ist. Die angespannte Situation, die auf Grund mangelnder Verpflegung verschärft wurde, konnte damit kurzfristig gelindert werden. Es wäre zu überlegen, ob auch auf operativer Ebene Möglichkeiten zur Regelabweichung geschaffen werden sollten, um konstruktive kreative Problemlösungen, die ansonsten als Regelverletzung sanktioniert werden, nicht zu behindern.

(d) Als Reflexion auf die ethnografischen Methoden, können wir bei diesem Beispiel anführen, dass das Wissen und Nichtwissen der Beobachteten selbst nicht beobachtet werden konnte. So blieb unklar, warum die BF-Einsatzleitung nicht versucht hat, über das Lagezentrum Verpflegung zu organisieren, nachdem sich ein Versorgungsengpass abzeichnete.

## Fazit

Mit unserem Beitrag gingen wir der Frage nach, welche Rolle Kreativität und Regelkonformität bei den Mitarbeiter/-innen im Bereich Sicherheit am Flughafen spielt. Dazu werteten wir Beobachtungen, die auf einer Großübung durchgeführt wurden, aus. Unser erstes Beispiel zeigte, dass die Umsetzung von Regeln auf der Ebene des mittleren Managements (der BF-Einsatzleitung) durch mangelndes Personal behindert wurde. Die vollständige Besetzung aller Positionen hätte geholfen, den Notfallplan regelkonform umsetzen zu können. Durch die Überlastung der BF-Einsatzleitung konnten ebenso spezifischere Probleme nicht gelöst werden – wie die Anforderung von Sanitätern und von Verpflegung. Unser zweites Beispiel zeigte, dass Kreativität auf der Ebene des mittleren Managements – die Erstellung neuer Listen und die Organisation der Zusammenführung jenseits der Regeln – zu Problemen führen kann. Hier war Kreativität und Regelverletzung eher kontraproduktiv, da die vorgegebene Kommunikation und Abstimmung zwischen den Akteuren nicht eingehalten wurde. Dies führte nicht nur zu Fehlinformationen, sondern auch dazu, dass die Zusammenführung zwischen den Angehörigen, Leicht- und Unverletzten ungeordnet verlief. Ganz anders im dritten Beispiel, das eine konstruktive Regelverletzung zeigte: das Sicherstellen der Verpflegung nach stundenlanger Unterversorgung. Wir schlussfolgern daraus, dass Kreativität und Regelkonformität je nach Kontext konstruktive oder destruktive Wirkung zeigen können. Mit den Praxissoziologien, welche die Spontaneität von Regelverletzungen und die Ungewissheit ihrer Folgen betonen, könnte die These angeführt

werden, dass sich nicht vorab entscheiden ließe, wo Kreativität destruktiv und wo Regelkonformität konstruktiv für die Problemlösung ist. Für unseren besonderen Untersuchungsbereich *Sicherheit am Flughafen* ist es jedoch notwendig, das Unvorhergesehene zumindest ansatzweise in organisatorischen Praktiken aufzufangen. Wir wollen aus diesem Grund dafür plädieren, weitere empirische Studien durchzuführen, um angeben zu können, auf welchen Hierarchieebenen eines organisatorischen Zusammenhanges und in welchen Situationen (ob Alltag oder der Notfall) Kreativität und Regelkonformität konstruktiv bzw. destruktiv sein können.

Die Anwendung ethnografischer Methoden war uns für die Entwicklung dieser These hilfreich. Sie verdeutlichte uns die kreativen Momente bei der Umsetzung von Regeln. Diese werden auch in einer qualitativen Befragung oft nicht expliziert. Ohne unsere Beobachtungen aus der Großübung wäre unsere Aufmerksamkeit stärker auf die Regelkonformität ausgerichtet geblieben. Dennoch besitzen die ethnografischen Methoden ihre Grenzen, die wir abschließend kurz zusammenfassen wollen. Ein Nachteil war, dass die Beobachter/-innen von den Akteuren wahrgenommen und als Ansprechperson gesehen wurden. Diese Reaktivität veränderte die Übungssituation in ihrem Kontext und hatte somit auch unmittelbaren Einfluss auf die Handlungen und Entscheidungen der Akteure. Ein weiteres Problem bestand darin, dass die Beobachter/-innen nur punktuell beobachten und somit nicht die ganze Prozesskette verfolgen und in den Blick nehmen konnten. Da sich die Übungsteilnehmer/-innen auch zwischen den Beobachtungsposten bewegten, war es für die Beobachter/-innen oft nicht möglich in Erfahrung zu bringen, woher neu eintreffende Personen kamen – dies konnte nur teilweise durch den Abgleich der Beobachtungsprotokolle im Nachhinein erzielt werden. Ebenso konnte bei Telefongesprächen nur ein Teil des Gespräches mitprotokolliert werden. Damit konnte sich der Gesprächsinhalt nur schwer erschließen. Durch die Komplexität nicht nur der Gesamtlage, sondern auch der Beobachtungssituation – zum Beispiel die Anwesenheit einer Vielzahl von Personen mit unterschiedlichem Organisationshintergrund –, konnte die Beobachtung nur selektiv fokussiert werden. Durch die zwischenzeitlich entstandene Unübersichtlichkeit der Abläufe konzentrierten sich die Beobachter/-innen weniger auf die erfolgreiche Umsetzung von Regeln, sondern auf das Extreme und die offensichtlichen Fehler. Zur Evaluation der Großübung wurde ein Protokoll von allen Beobachter/-innen angefertigt. Hierbei stellten wir bei der Versprachlichung des Beobachteten einen Informationsverlust fest.

## Literatur

- Bourdieu, P. 1979: Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Joas, H. 1999: Pragmatismus als Gesellschaftstheorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reckwitz, A. 2008: Unschärfe Grenzen. Perspektiven der Kultursoziologie. Bielefeld: Transcript.
- Voss, M. 2006: Symbolische Formen. Grundlagen und Elemente einer Soziologie der Katastrophe. Bielefeld: Transcript.
- Weick, K. E. 1995: Der Prozeß des Organisierens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Weick, K. E., Sutcliffe, K. M. 2003: Das Unerwartete managen. Wie Unternehmen aus Extremsituationen lernen. Stuttgart: Schäfer-Poeschel.

Ad-hoc-Gruppe »Die Europäisierung der Gesellschaften Europas: Zwischen  
nationalstaatlicher und globaler Vergesellschaftung«  
- organisiert von Martin Heidenreich

# Die Europäisierung der Gesellschaften Europas

Martin Heidenreich

*Einführung zur Ad-hoc-Gruppe »Die Europäisierung der Gesellschaften Europas: Zwischen nationalstaatlicher und globaler Vergesellschaftung«*

Im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses am europäischen Integrationsprozess stand bislang das wirtschaftliche, rechtliche und politische Zusammenwachsen Europas. Die europäische Integration führt insbesondere seit den 1990er Jahren aber auch zu einer grundlegenden Transformation der sozialen Beziehungen und der Lebenssituation der Menschen. Während sich das Leben der Menschen in der Nachkriegszeit vorrangig im Rahmen von Nationalstaaten abspielte, geht die Öffnung bislang weitgehend nationalstaatlich regulierter und begrenzter sozialer Felder und Räume mit einer zunehmenden grenzüberschreitenden Verflechtung und einer stärkeren transnationalen Integration sozialer Interaktionen, Einstellungen und Deutungen einher. Dies kann als horizontale Europäisierung bezeichnet werden. Ihrer Untersuchung widmet sich die Forschergruppe »Europäische Vergesellschaftungsprozesse«. In einer engen, standortübergreifenden Zusammenarbeit analysiert diese Forschergruppe mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft horizontale Europäisierungsprozesse am Beispiel akademischer, bürokratischer, professioneller und arbeitspolitischer Felder. In den Beiträgen zu der hier dokumentierten Ad-hoc-Gruppe hat die Forschergruppe ausgewählte Ergebnisse der ersten Förderphase (2012–2015) vorgestellt.

Im Folgenden sollen die konzeptionellen Fortschritte der letzten Jahre im Vergleich zu den Ausgangsüberlegungen (Heidenreich et al. 2012) knapp rekonstruiert werden. Insbesondere wurden die unterschiedlichen Muster und Verläufe von Europäisierungsprozessen rekonstruiert. Es zeigte sich, dass sich in den untersuchten Feldern häufig verschiedene Raumbezüge sozialen Handelns überlagern. Der nationalstaatliche Container wird nicht durch einen europäischen Container ersetzt. Vielmehr werden soziale Felder durch Europäisierungs-, Globalisierungs-, Renationalisierungs- und Regionalisierungsprozesse verändert. Auch sind die betrachteten Felder unterschiedlich stark institutionalisiert. Dies zeigen einige Beispiele aus den Teilprojekten: Mit dem ERC hat sich ein autonomer Pol der Förderung wissenschaftlicher Grundlagenforschung herausgebildet. Auch in der Asylverwaltung hat sich ein europäisches Feld bürokratischer Herrschaft formiert. Dies gilt jedoch nicht für die europäischen Arbeitsbeziehungen, die eng an nationale Arbeitgeber- und Gewerkschaftspositionen und Ressourcen gebunden sind.

Auch sind Felder durch umkämpfte und überlappende Feldgrenzen gekennzeichnet: Das Asylfeld weist zum Beispiel unterschiedliche Grenzen in puncto Freizügigkeit, Bildung, Arbeit, Sozialleistungen auf. EU-Professionals müssen sich mit lokalen und nationalen Verwaltungstraditionen auseinandersetzen. Tarifverträge sind zunächst einmal nur im nationalen Rahmen gültig. Insofern muss die Gleichzeitigkeit ungleicher Europäisierungsprozesse in das Zentrum einer Theorie europäischer Vergesellschaftungsprozesse gestellt werden. Nationale Vergesellschaftungsmuster werden nicht durch eine wie auch immer geartete europäische Gesellschaft abgelöst.

Im nächsten Schritt stellte sich die Frage, wie die unterschiedlichen Europäisierungsmuster geordnet und erklärt werden können. Hierzu wurden vier Faktoren, die als Modi der horizontalen Europäisierung bezeichnet werden können, unterschieden: Macht/Zwang, Wettbewerb, Kommunikation und Kooperation. Auf der Wirkungsebene ist zwischen Normierung, Imitation, Lernen und Sozialisation zu unterscheiden. In den untersuchten Feldern und Räumen werden diese Modi auf unterschiedliche Weise kombiniert. Dies kann an zwei Beispielen illustriert werden: Das Gemeinsame Europäische Asylsystem zeigt, dass die Etablierung eines europäischen Regulierungsrahmens nicht für eine Vereinheitlichung des Feldes ausreicht, da die EU nicht über dieselben Zwangsmöglichkeiten wie ein Nationalstaat verfügt. Deshalb wird ergänzend auf Verwaltungskooperation, das heißt auf »weiche« Lern- und Sozialisationsprozesse gesetzt. Im Feld der wissenschaftlichen Exzellenz geht ein zunehmender europäischer Wettbewerb um wissenschaftliche Exzellenz einher mit einer Standardisierung des Feldes durch den ERC. Das Zusammenwirken von Macht und Wettbewerb führt in diesem Fall somit zur Herausbildung von Zentrum-Peripherie-Strukturen. Diese Beispiele zeigen, dass Veränderungen nicht nur durch die Kombination verschiedener Wirkungsmechanismen stattfinden. Vielmehr ist auch die jeweilige Wirkungsebene in Rechnung zu stellen: Durch den ERC wurde ein Wettbewerb auf der europäischen Ebene institutionalisiert – bei weiterhin bestehender Bedeutung nationalstaatlicher Einfluss- und Finanzierungsstrukturen.

Ein weiteres Thema sind die vielfältigen, feld- und raumspezifischen Konflikte und Krisen europäischer Vergesellschaftungsprozesse (Heidenreich 2014). Die Vielfalt der bereichs- und themenspezifischen Konflikte und Krisen etwa im Bereich der Asylverwaltung, der Reorganisation des Hochschulwesens, der Arbeitsbeziehungen oder der Lebenschancen in Europa wurde als Chance genutzt, um eine Typologie der immanenten Widersprüche transnationaler Vergesellschaftungsprozesse in Europa zu entwickeln. Diese Typologie setzt an der Unterscheidung politischer, ressourcenbezogener, kultureller und sozialer Dimensionen an (Abbildung 1): Erstens sind Europäisierungsprozesse durch Spannungen gekennzeichnet, die mit der Ungleichverteilung sozialer Ressourcen und Chancen einhergehen. Insbesondere bei sozialen und wissenschaftlichen Ungleichheiten ist eine Vertiefung der Zentrum-Peripherie-Muster in Europa und eine Zunahme der sozialen Ungleichheiten zwischen verschiedenen Personengruppen zu beobachten. Dies wird als doppelte Dualisierung bezeichnet. Zweitens sind Europäisierungsprozesse durch konfliktträchtige Regulierungs- und Normierungsprozesse in einem politisch-administrativen Mehrebenensystem gekennzeichnet. Dies dokumentiert sich in der Politisierung europäischer Vergesellschaftungsprozesse. Drittens sind Europäisierungsprozesse durch konfliktierende Deutungs- und Identifikationsmuster gekennzeichnet. Dies geht mit der Erosion von Vertrauen in die EU und allgemeiner mit der Erschütterung von Gewissheiten in den alltäglichen Lebenswelten einher. Viertens geht es in der Eurokrise um das Spannungsfeld nationaler und

transnationaler Solidaritäten, die derzeit im Rahmen der europäischen Euro- und Schuldenkrise neu ausgehandelt werden. Mit diesen vier Konzepten (doppelte Dualisierung, Politisierung, Erschütterung von Gewissheiten, umstrittene Solidaritäten) sollen die Herausforderungen der aktuellen, krisenhaften Europäisierungsprozesse auf den Begriff gebracht und ein Beitrag zu einem ausdifferenzierten Erklärungsrahmen für die Dynamik sozialer Konflikte im Prozess der Europäisierung geleistet werden.

*Abb. 1: Konflikte und Spannungen europäischer Vergesellschaftungsprozesse: Ein Typisierungsvorschlag*

<p><i>Ressourcenverteilung:</i> Neue inner- und zwischenstaatliche <i>Ungleichheiten</i> zwischen Zentrum und Peripherie und Europäisierungsgewinnern und -verlierern infolge eines transnationalen Wettbewerbs)</p>	<p><i>Politische Macht:</i> Konflikte zwischen nationalen, supranationalen und transnationalen, globalen Formen der Regulierung und Normsetzung (etwa im Verhältnis von Wirtschaft und Politik) als Folge neuer, europäischer Macht- und Zwangsmittel</p>
<p><i>Kultur und Praxis:</i> Umstrittene Formen der nationalen und transnationalen Bewertungsstandards, Einstellungen, Deutungen und Identifikationen in transnationalen Kommunikationsbeziehungen und Verflechtungen</p>	<p><i>Sozialintegration:</i> Zwischen verschiedenen Ländern und sozialen Gruppen umstrittene Formen der subnationalen, nationalen und transnationalen Solidarität als Grundlage neuer Kooperationschancen</p>

Insgesamt wird somit in der Forschergruppe ein eigenständiger Beitrag zur theoretischen Entwicklung und zur Institutionalisierung einer soziologischen Europaforschung erbracht werden. Hierzu werden die unterschiedlichen Verlaufsformen und Modi horizontaler Europäisierung und die Krisen- und Konfliktdimension grenzüberschreitender Vergesellschaftungsprozesse in Europa untersucht.

## Literatur

- Heidenreich, M. (Hg.) 2014: Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS.
- Heidenreich, M., Delhey, J., Lahusen, Ch., Gerhards, J., Mau, St., Münch, R., Pernicka, S. 2012: Europäische Vergesellschaftungsprozesse. Horizontale Europäisierung zwischen nationalstaatlicher und globaler Vergesellschaftung. In Pre-prints of the DFG Research Unit »Horizontal Europeanization“ 2012-01, [http://www.horizontal-europeanization.eu/downloads/pre-prints/PP\\_HoEu\\_2012-01\\_heidenreich\\_etal\\_europaeische\\_vergesellschaftungsprozesse.pdf](http://www.horizontal-europeanization.eu/downloads/pre-prints/PP_HoEu_2012-01_heidenreich_etal_europaeische_vergesellschaftungsprozesse.pdf) (letzter Aufruf 17. März 2015).



# Projektifizierung durch EU-Förderung

## Konturen und Tätigkeitsbereiche der EU-Projektwelt

Sebastian M. Büttner, Lucia Leopold und Matthias Posvic

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Die Europäisierung der Gesellschaften Europas: Zwischen nationalstaatlicher und globaler Vergesellschaftung« – organisiert von Martin Heidenreich*

In den vergangenen Jahrzehnten wurde vielerorts eine umfassende De-Standardisierung von Arbeit und Leben beobachtet. Dies kommt nicht zuletzt auch in der massiven Zunahme von befristeten Beschäftigungsverhältnissen und im Anstieg von Projektarbeit in vielen Bereichen des Arbeitslebens zum Ausdruck. Entsprechend zeichnen Luc Boltanski und Éve Chiapello (2006) in ihrem Buch *Der Neue Geist des Kapitalismus* die Formierung einer neuen postindustriellen Arbeits- und Wirtschaftsordnung nach, deren soziale Organisation überwiegend auf Netzwerken und projektförmig organisierten Tätigkeiten basiert. Für Boltanski und Chiapello ist diese *cit  par project* jedoch nicht nur Ausdruck der Veränderung des Wirtschaftslebens. Sie stelle vielmehr eine neue Ordnung gesellschaftlichen Zusammenlebens dar, die das Denken und Handeln der Menschen zunehmend prägt und heute ganz entscheidend beeinflusst, wie die Menschen ihr Leben organisieren und strukturieren (Boltanski, Chiapello 2006: 147ff.).

Ausgehend von diesen Überlegungen gehen wir in diesem Beitrag der Verbreitung der *Projektlogik* in einem gesellschaftlichen Bereich nach, der in der Diskussion um die Projektifizierung von Arbeit und Leben bisher nur unzureichend beleuchtet worden ist: der öffentliche Sektor – genauer gesagt: die vielfältigen Arbeits- und Tätigkeitsbereiche rund um die EU-Förderpolitik. Die projektförmige Finanzierung und Implementation der übergeordneten politischen Ziele der Europäischen Union (EU) stellt längst eine der dominanten Regierungstechniken der heutigen EU-Politik dar. Mittlerweile wird eine Vielzahl von politischen Maßnahmen der EU nach Maßgabe projektbasierter Förderung umgesetzt. Dies schafft einen Bedarf an Spezialberufen und professioneller Wissensarbeit, die mit der Logik und Funktionsweise europäischer Projektförderung vertraut sein müssen. Durch die gestiegene Bedeutung europäischer Fördermittel ist innerhalb der letzten zwei bis drei Jahrzehnte eine eigenständige *Projektwelt* entstanden, die vielfältige Tätigkeiten rund um die Akquise, Implementierung, Verwaltung, Evaluation und Begutachtung von EU-geförderten Projekten hervorgebracht hat. Diese Projektwelt der EU-Förderpolitik kann als Teilbereich und als Teilerscheinung eines größeren Komplexes von spezialisierten, EU-bezogenen Tätigkeiten angesehen werden.<sup>1</sup> Sie ist Ausdruck einer neuartigen Organisation von

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag beleuchtet einen Teilaspekt von umfassenderen Spezialisierungs- und Professionalisierungstendenzen im transnationalen Feld EU-bezogener Tätigkeiten, die im Teilprojekt 5 *EU-Professionalismus: Eine wissenssoziologische Studie zur Professionalisierung von EU-Expertise* der DFG-Forschergruppe *Europäische Verge-*

Politikimplementationsprozessen, bei der nicht nur Verwaltungen und Verwaltungsangestellte, sondern eine Vielzahl von privaten Akteur/-innen und befristet Beschäftigten für die Dauer eines Projekts oder eines Programmes in die Umsetzung von politischen Maßnahmen eingebunden werden. In Analogie zu Boltanski und Chiapello (2006) stellt sich hier somit die Frage, ob in der Projektlogik der EU-Förderpolitik ein *neuer Geist* der Politik-Implementation zum Ausdruck kommt, der wesentliche Prinzipien der klassischen Bürokratie transzendiert und transformiert?

Wir werden nachfolgend zunächst die grundlegenden Merkmale der Projektorganisation und die Etablierung des Projektmanagements als Managementmodell darstellen, bevor wir die Etablierung der Projektförderung in der öffentlichen Verwaltung und in der EU-Politik genauer erläutern. Daraufhin werden wir die wichtigsten Prinzipien, Praktiken und Tätigkeitsbereiche der Projektwelt der EU-Förderpolitik sowie einige Merkmale der *Professionalisierung* des EU-Projektmanagements skizzieren. Dabei soll deutlich werden, wie stark die Logik des Projektmanagements die Umsetzung der EU-Förderpolitik mittlerweile determiniert und inwiefern die EU-Förderpolitik einen Prozess der Spezialisierung und Professionalisierung vorantreibt, der solche Akteur/-innen bevorzugt, die die Spielregeln der Projektwelt der EU-Förderung beherrschen und geschickt anzuwenden wissen.

## Projektmanagement – Eine allgegenwärtige Organisationsform und Managementtechnik

Projektarbeit stellt heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine sehr beliebte Form der Steuerung und Organisation menschlicher Tätigkeiten dar. Von der Planung und Durchführung künstlerischer und wissenschaftlicher Tätigkeiten bis zur Organisation von größeren Bauvorhaben und Abläufen in der Softwareentwicklung – überall trifft man heute auf Formen und Semantiken der Projektorganisation sowie auf Modelle und Standardtechniken des Projektmanagements. Ein *Projekt* wird üblicherweise als eine zeitlich begrenzte Unternehmung mit klaren Zielen und Vorgaben definiert, die hinsichtlich ihrer zeitlichen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen eindeutig festgelegt ist (Morris 1997; Lundin, Hartmann 2000). Diese zeitliche, inhaltliche und materielle Begrenzung ist das zentrale Merkmal eines Projekts im Gegensatz zu anderen Tätigkeiten und Organisationsformen, die in einem stärkeren Maße auf Dauer und Langfristigkeit angelegt sind. Aufgrund dieser höheren Volatilität und Kurzfristigkeit kommt einer möglichst umsichtigen und rationalen Planung, Verwaltung und Leitung von Projekten eine besondere Bedeutung zu. Dies hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einer fortschreitenden Entwicklung und Verfeinerung verschiedenster Modelle und Techniken des Projektmanagements geführt (Stevens, Johnson 2002; Lock 2013). Grundsätzlich stimmen die meisten Konzepte des Projektmanagements in einem Punkt überein: dies ist die chronologische Organisation und Anordnung aller projektspezifischen Tätigkeiten nach dem Muster des sogenannten *Project-Lifecycle (PLC)*. Dieser reicht von der Initiierung und Planung des Projekts über die Phase

---

*sellschaftung* (FOR 1539) erforscht werden. Der allgemeine feldtheoretische Zugang des Projekts und das gesamte Spektrum an EU-spezifischen Tätigkeiten wurden bereits an anderer Stelle ausführlicher skizziert (vgl. Büttner, Mau 2014; Büttner et al. 2015).

der Implementation bis hin zur Kontrolle, Evaluation und Sicherung der Projektergebnisse und ist den meisten Konzepten des Projektmanagements in mehr oder weniger elaborierter Form inhärent (Hodgson 2004: 86f.).

Wie viele andere weit verbreitete Managementpraktiken wird auch die Erfindung des Projektmanagements (PM) den Gründervätern des wissenschaftlichen Managements zugeschrieben. Vor allem Frederick Taylor (1856–1915) sowie seine Schüler Henry Gantt (1861–1919) und Henri Fayol (1841–1925) entwickelten die ersten Methoden zur Kalkulation und Organisation von Projekten. Es sollte allerdings bis Ende der 1950er Jahre dauern, bis sich PM als ein gängiges Managementmodell etablierte; hauptsächlich im Kontext der Planung und Leitung größerer staatlich finanzierter Projekte – etwa große Militär-, Luft- und Raumfahrtprojekte, der Bau von Ölbohrplattformen, Staudämmen, Autobahnen, Industrieanlagen und ähnlichen Großprojekten (Garel 2013). Auf diesen Erfahrungen aufbauend wurden seitdem unterschiedlichste PM-Standards und -Techniken entwickelt und auf der ganzen Welt verbreitet (Hodgson 2004; Stevens, Johnson 2002; Bredin, Söderlund 2013; Project Management Institute 2013). PM konnte sich in nur wenigen Jahrzehnten somit nicht nur zu einem populären Managementmodell entwickeln; es ist vielmehr zu einem eigenen Wissenskomplex geworden, der ein eigenständiges Feld professioneller Praktiken mit globaler Reichweite konstituiert. Diese Entwicklung korrespondiert nicht zuletzt auch mit den kulturellen Standards der Postindustrialisierung (wie etwa der neuen Wissensökonomien und der Kreativwirtschaft) und den gegenwärtigen Anforderungen an Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und der dauerhaften Offenheit gegenüber Veränderung (Grabher 2002). Demgemäß wird im Aufstieg der Projektlogik ein zentrales kulturelles Leitmotiv der gegenwärtigen post-industriellen Gesellschaft gesehen (Lundin, Söderholm 1995; Boltanski, Chiapello 2006; Packdendorff, Lindgren 2014).

Wie der Organisationssoziologe Damian Hodgson (2004) anmerkt, ist der gegenwärtige Erfolg der Projektlogik vor allem auch dem besonderen technizistischen Charakter des PM und seinem inhärenten rationalistischen Versprechen allumfassender Kontrolle geschuldet.<sup>2</sup> In der Tat wird PM gerade im heutigen Zeitalter der Flexibilisierung und Verflüssigung von Organisationsstrukturen als effektive Technik für die Kontrolle und Planung unterschiedlichster Organisationsprozesse angesehen. Entsprechend wird in den Anleitungen zu PM oft betont, dass bei effektiver Verwendung dieser Methoden alle Eventualitäten, die einen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit und das Ergebnis eines Projekts haben, kontrollier- und kalkulierbar gemacht werden können (Nokes, Kelly 2007). Zudem wird PM als eine effektive Methode zur Steuerung und Kontrolle aller in einem Projekt involvierten Personen angesehen, indem es allen Beteiligten ein festes Set an Anweisungen an die Hand gibt, das sie durch alle Phasen der Projektlaufzeit hindurch anleitet (Hodgson 2002). In diesem Sinne vereint PM viele der bedeutsamsten Charakteristika, um die es seit jeher im Management und in der Steuerung von Organisationsabläufen geht. Daher wird PM auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und öffentlichen Geldern als besonders nützlich angesehen und verstärkt in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt.

---

<sup>2</sup> Siehe dazu auch: Hodgson, Briand (2013).

## Projektmanagement als politisches Steuerungsinstrument: Das Beispiel der EU-Förderpolitik

Der Trend zur Projektifizierung hat auch vor den Toren der klassischen staatlichen Bürokratie und den Kernbereichen der *Public Policy* nicht halt gemacht. Spätestens seit den 1990er Jahren ist projektbasierte Beschäftigung im Zuge der Einführung von Konzepten des *New-Public-Managements* auch in der öffentlichen Verwaltung zu einer immer beliebteren Methode der Organisation und Steuerung von Verwaltungstätigkeiten geworden. Dies wurde in den vergangenen Jahren insbesondere von skandinavischen Politikwissenschaftler/-innen und Organisationsforscher/-innen intensiv untersucht und diskutiert.<sup>3</sup> Dabei wurde auch betont, dass die Durchsetzung der Projektlogik in nationalen Verwaltungstätigkeiten nicht nur durch nationale Verwaltungsreformen, sondern vor allem auch durch die mannigfaltigen Programme der EU-Förderpolitik unterstützt wurde (Godenhjelm 2013). Damit kann die EU-Förderpolitik im heutigen Europa als ein bedeutsamer Impulsgeber für die Proliferation projektbasierter Tätigkeiten und für eine zunehmende Projektifizierung der Verwaltung betrachtet werden.

Wie oben bereits angedeutet, ist die Projektfinanzierung im öffentlichen Sektor an sich nichts Neues und nicht allein als Ausfluss der jüngeren New-Public-Management-Reformen zu verstehen. Die Vergabe öffentlicher Aufträge in Projektform und die Beauftragung von externen Leistungserbringer/-innen durch Projektförderung öffentlicher Institutionen hat eine lange Tradition. Schließlich entspricht die Projektförderung all jenen Anforderungen, die sich aus der Logik öffentlicher Finanzierung und der Implementation politischer Maßnahmen ergeben: nämlich eine starke Zweckgebundenheit der Mittel und eine starke Limitierung von zeitlichen und finanziellen Ressourcen.

Was allerdings neu ist, ist die Anwendung von Techniken des Projektmanagements in allen Phasen der Politikgestaltung und -umsetzung und die massive Ausbreitung von Praktiken des Projektmanagements in der öffentlichen Verwaltung (Sjöblom et al. 2013). Dieser Trend wurde vor allem auch durch internationale Initiativen befördert und zunächst ausführlich im Kontext der internationalen Entwicklungszusammenarbeit erprobt (Degnbol-Martinussen, Engberg-Pederson 2003: 40f.). Die in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit etablierte Praxis der Projektfinanzierung hat schließlich auch Einzug in die Umsetzungsstrukturen der EU-Politik gehalten. Die Methoden und Techniken der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wurden von der EU-Kommission erstmals in den 1980er Jahren bei der Implementation eigener Förderprogramme im Mittelmeerraum angewendet.<sup>4</sup> Heute ist die Logik des Projektmanagements tief in die Praxis der Planung, Umsetzung und Steuerung der EU-Förderpolitik eingeschrieben. Ein hoher Anteil des EU-Budgets wird auf der Grundlage von projektförmiger Finanzierung ausgegeben, wodurch die EU – oder genauer genommen: die Europäische Kommission – zur Verbreitung der Standards und Praktiken des strategischen Managements und des Projektmanagements auf dem gesamten Territorium der EU und auch darüber hinaus beigetragen hat (Büttner 2012).

---

<sup>3</sup> Vgl. Sahlin-Andersson, Söderholm (2002); Sjöblom (2009); Löfgren, Poulsen (2013); Sjöblom et al. (2013); Fred (2015).

<sup>4</sup> Dies geht zumindest aus einer Info-Broschüre zur Entwicklung der EU-Kohäsionspolitik hervor (vgl. European Commission 2008). Eine genaue historische Darlegung zur Entwicklung der Projektförderung im Kontext der EU-Kohäsionspolitik steht allerdings noch aus.

Die Umsetzung von politischen Maßnahmen auf der Basis von Projektförderung ist allgemeine Praxis in vielen Politikbereichen der Europäischen Union – von der Finanzierung von unzähligen regionalen und lokalen Entwicklungsprojekten im Kontext der Kohäsionspolitik, über die Umsetzung von sogenannten *Aktionsprogrammen* bis hin zur externen Zusammenarbeit in der EU-Nachbarschaftspolitik. Und auch die zahlreichen lokalen und regionalen Entwicklungsprogramme, die durch den Fonds für ländliche Entwicklung gefördert werden, folgen weitgehend denselben Prinzipien (Büttner 2012; Godenhjelm 2013). Etwa 60 Prozent des EU-Gesamtbudgets wird für die Förderung und Implementierung von EU-Programmen und somit auf die eine oder andere Art in Form von Projektförderung ausgegeben.<sup>5</sup> Streng genommen sind alle Tätigkeitsbereiche der EU-Politikgestaltung, in denen projektförmige Förderung oder die Vergabe von Darlehen eine bedeutende Rolle spielen, nach den Prinzipien des Projektmanagements gestaltet. Auf diese Weise durchdringt die Logik des Projektmanagements alle Verwaltungsprozeduren und -bereiche der EU-Förderpolitik. Und in allen Tätigkeitsbereichen rund um Förderung ist akribisches und akkurate *Programming*<sup>6</sup> entscheidend für die Planung und die Politikgestaltung.

Im Kontext der EU-Förderung hat sich somit gewissermaßen eine eigene *Projektwelt* etabliert – mit eigenen Regeln, Prozeduren und Standardpraktiken. Im Zuge dieser Entwicklungen ist auch eine starke Zunahme zahlreicher neuer Tätigkeiten und Berufe rund um die Planung, Verwaltung und Umsetzung der EU-Projektförderung zu beobachten. Genau genommen können wir die Entstehung eigener Berufszweige und Beschäftigungsformen rund um die Vergabe von EU-Förderung beobachten, wie etwa im Bereich des EU-Fundraising oder im EU-Projektmanagement. Indem sie Expertise, Beratung und verschiedene Dienstleistungen anbieten, gewinnen diese neuen, mittelbar oder direkt von der EU finanzierten *Professionals* in allen der EU nahestehenden Tätigkeitsbereichen zunehmend an Boden, was die Ausbreitung der Standards der EU-Förderung weiter beschleunigt. Einige Autor/-innen sprechen in diesem Zusammenhang sogar vom Aufstieg einer neuen *Projektklasse* im Kontext der EU-Förderstrukturen (Kováč, Kučerova 2006, 2009). Das heißt, projektbasierte Tätigkeiten und Professionals sind ein zentrales Element der Projektwelt der EU-Fördermittelpolitik.

---

5 Für die Periode 2007 bis 2013 betrug das Budget der EU insgesamt 975 Milliarden Euro, davon wurden etwa 630 Milliarden für EU-Programme ausgegeben. Auch der neue EU-Haushalt von 2014 bis 2020 weicht mit einer vereinbarten Summe von knapp 960 Mrd. Euro nicht fundamental vom vorherigen Finanzrahmen ab. Die drei größten Maßnahmen für die Mittelverwendung von EU-Geldern sind neben Direktsubventionen im Agrarsektor: 1) die Ausschreibung öffentlicher Aufträge, 2) Projektförderung bzw. die Auszahlung von Finanzhilfen und 3) die Vergabe von Darlehen. Von diesen dreien ist die projektförmige Finanzierung die bei Weitem bedeutsamste Maßnahme. Für weitere Informationen über das Vergabesystem siehe: European Commission, Public contracts and funding, 3. April 2015, [http://ec.europa.eu/contracts\\_grants/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/contracts_grants/index_en.htm)) und European Commission, Budget. Multiannual Financial Framework, 03.04.2015, [http://ec.europa.eu/budget/mff/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/budget/mff/index_en.cfm).

6 »Programming« ist ein zentrales übergeordnetes Planungstool im gegenwärtigen Projektmanagement. Es wurde eingeführt, um die Implementierung bei einer größeren Zahl gleichzeitig laufender Projekte zu planen und zu kontrollieren (vgl. Maylor et al. 2006).

## Die Projektwelt der EU-Förderung

Um einen Überblick über die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche und die Vielfalt an Tätigkeiten und Beschäftigungsformen rund um die EU-Förderpolitik zu ermöglichen, unterscheiden wir im Folgenden drei verschiedene Beschäftigungsbereiche: a) *Spezialisierte Verwaltungseinheiten und Verwaltungsbehörden* auf weiteren Ebenen des Umsetzungsprozesses, b) *Empfänger/-innen*, die Förderung beantragen und im Erfolgsfall dann konkret vor Ort ein Projekt umsetzen und c) *spezialisierte Dienstleister/-innen*, die die zuvor genannten Gruppen in deren alltäglichem Geschäft beraten und unterstützen. Unserer Ansicht nach bilden diese drei Beschäftigungsbereiche die Grundstruktur der Projektwelt der EU-Förderpolitik (siehe auch Abbildung 1).

### Spezialisierte Verwaltungseinheiten und Verwaltungsbehörden

Rund um das *Programming*, die Verwaltung und Überwachung der EU-Förderpläne gibt es eine große Anzahl unterschiedlichster Verwaltungseinheiten. Die allgemeinen Ziele der Förderpolitik und die zugehörigen Richtlinien werden in der Regel von den Generaldirektionen der EU-Kommission erstellt, häufig auch in Abstimmung mit Expert/-innen und Vertreter/-innen aus den Mitgliedsstaaten. Darauf aufbauend werden auch auf EU-Ebene für einzelne Politikbereiche spezifische Programme formuliert, die von den Generaldirektionen und spezialisierten Exekutivagenturen betreut werden oder – wie im Fall der Kohäsionspolitik – von eigens dafür eingerichteten Verwaltungsbehörden auf nationaler und regionaler Verwaltungsebene. Diese Verwaltungsbehörden haben üblicherweise die allgemeine Verantwortung für die Verwaltung und Koordinierung der Umsetzung eines bestimmten operationellen Programms.<sup>7</sup> Diese Behörden sind zumeist in einem Ministerium der nationalen oder regionalen Regierung oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht. Oft werden sie von weiteren technischen Abteilungen und Sekretariaten unterstützt, die dann vor allem für die Organisation der Projektausschreibungen, die Auswahl der potenziellen Mittelempfänger/-innen (*»beneficiaries«*) und die Überwachung der Projektumsetzung zuständig sind, wozu vor allem die rechtlichen und finanziellen Aspekte der Implementierung zählen. Weitere spezielle Verwaltungseinheiten im Kontext der EU-Förderung sind etwa auch die *Zertifizierungsstellen*, welche für die Buchhaltung und das Controlling der Projektausgaben zuständig sind, und sogenannte *Prüfstellen*, die sich hauptsächlich mit der Evaluation und der Berichterstattung bezüglich des effizienten Ablaufs der Projekte beschäftigen. Im Allgemeinen werden in diesen Einrichtungen öffentliche Angestellte mit je passender Spezialisierung (wie etwa Recht, Finanzen, etc.) beschäftigt. Die technischen Abteilungen verfügen zusätzlich noch über entsprechendes Fachpersonal mit zusätzlichen Spezialisierungen und Sonderwissen für bestimmte Sonderaufgaben, wobei diese Beschäftigungsform oftmals für die Dauer eines bestimmten Projektes befristet ist (etwa Projektmitarbeiter/-innen im Bereich der Programmverwaltung oder Mitarbeiter/-innen für PR- und Öffentlichkeitsarbeit für die Dauer einer Programmförderperiode). Im Bereich des Controlling und der Evaluation der Projekte

---

<sup>7</sup> Siehe dazu folgende Datenbank mit allen Verwaltungsbehörden im Rahmen der Strukturförderung: (European Commission, Regional Policy, 3. April 2015, [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/manage/authority/authority\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/manage/authority/authority_en.cfm)).

werden oftmals auch externe Expert/-innen und Beratungsfirmen unter gesonderten Verträgen angestellt.

### Empfänger/-innen (»beneficiaries«)

Die EU-Förderung bietet die Möglichkeit zur Entwicklung von Projekten für Akteur/-innen unterschiedlichster Art. Dementsprechend werden ganz unterschiedliche Einrichtungen in der ein oder anderen Weise zu *Empfänger/-innen* (»beneficiaries«) von EU-Förderung: nationale, regionale und lokale öffentliche Einrichtungen, öffentliche oder private Organisationen, Unternehmen, Verbände, Kammern, Forschungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen (NROs), Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, regionale Entwicklungsagenturen und viele andere regionale und lokale Organisationen und Netzwerke und auch einzelne Forscher/-innen. Dementsprechend gibt es auch ganz unterschiedliche Förderbereiche, die Projekte und Aktivitäten aus unterschiedlichsten Sektoren der Gesellschaft und Politikgestaltung umfassen. Die Bandbreite der Projekte reicht von der Einrichtung und Unterhaltung von Websites und Informationsplattformen über Publikationen, Infrastruktur, öffentliche Veranstaltungen, Personal, wissenschaftliche Studien, Forschungsprojekte bis hin zu größeren Bauprojekten gerade im Bereich der Infrastrukturentwicklung und Logistik, nur um einige Beispiele zu nennen.

Einige Empfängerorganisationen, insbesondere jene mit einiger Erfahrung im Einwerben europäischer Förderung, beschäftigen ihre eigenen EU-Fördermittelexpert/-innen, die für alle Aufgaben rund um die Fördermittelakquise und das EU-Projektmanagement zuständig sind. In diesen Abteilungen arbeiten spezialisierte Mitarbeiter/-innen an allen notwendigen Aufgaben, von der Einwerbung der Projektmittel bis zu deren Umsetzung, Verwaltung und Abrechnung. Im Gegensatz zu dauerhaft Beschäftigten in den Ministerien und der staatlichen Verwaltung sind diese Mitarbeiter/-innen in EU-Projekten oft nur befristet für die Dauer eines Projekts eingestellt. Daher müssen sie sich entsprechend den gewöhnlichen Anforderungen der »Projektlogik« (Boltanski, Chiapello 2006) immer wieder um neue Fördermittel und Projekte kümmern, um ihre fortlaufende Beschäftigung sicherzustellen. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass diese Beschäftigungsstruktur einen substanziellen Einfluss auf das Selbstverständnis der Beschäftigten hat und damit natürlich auch auf die Ergebnisse ihrer Arbeit.

### Spezialisierte Dienstleister/-innen und Serviceanbieter/-innen

Wie bereits erwähnt, gibt es ein breites Spektrum an privaten und öffentlichen Serviceanbietern, die Informationsdienstleistungen, Beratung und auch spezialisierte Dienstleistungen rund um EU-Förderung anbieten. Diese Akteur/-innen sind mit den Prinzipien und Praktiken der EU-Projektförderung vertraut und übersetzen diese in lokale Kontexte. Sie weisen den höchsten Grad an Spezialisierung auf und können dementsprechend auch als zentrale Agenten der Konsolidierung und weiteren *Professionalisierung* der EU-Projektwelt betrachtet werden.

Öffentliche Dienstleister sind dabei in der Regel *nationale Kontaktstellen*, die von Regierungen für je spezifische EU-Programme eingerichtet und finanziert werden.<sup>8</sup> Diese Einheiten sind üblicherweise in staatlichen Einrichtungen wie Ministerien zu finden, können aber auch in kleineren Städten, verteilt über ganz Europa, angetroffen werden. Weiterhin gibt es einige öffentliche Beratungsstellen und Netzwerke, die von der EU (ko-)finanziert werden (wie etwa *Europe Direct Center* oder *Enterprise Europe Networks* in allen größeren europäischen Städten). Die verschiedenen Informationsbüros und Kontaktstellen bieten grundlegende Beratung zu allen Aktivitäten der Projektarbeit an, insbesondere im Hinblick auf Beantragung und Umsetzung von EU-Projekten. Zusätzlich zu dieser allgemeinen Beratung und Informationsfunktion helfen diese Einrichtungen häufig auch dabei, potenzielle Projektpartner/-innen zu finden.

Während öffentliche Beratungseinrichtungen in der Regel kostenfrei für potenzielle Mittelempfänger/-innen sind – und dementsprechend nur grundlegende Beratung zu technischen Fragen und zur allgemeinen Antragsprozedur zur Verfügung stellen – gibt es auch immer mehr kommerzielle Beratungsunternehmen, die weitergehende Beratung und Unterstützung etwa beim Fundraising, beim Antragsprozess, beim Management oder bei der Evaluation und Abrechnung von EU-Projekten anbieten. Um all diese Aufgaben durchführen zu können, müssen diese kommerziellen Dienstleister ausgeprägte Kompetenzen im EU-Projektmanagement, detailliertes Wissen über die EU-Förderstrukturen und ein gewisses Maß an praktischer Erfahrung und Insiderwissen im Bereich der EU-Förderung vorweisen. Neben diesen Dienstleistungen bieten Beratungsfirmen bisweilen auch spezielle Trainings an, etwa zu Themen des EU-Projektmanagements oder EU-Fundraisings, sodass sie auf diesem Wege zusätzlich zur Professionalisierung der Aktivitäten rund um EU-Projektförderung beitragen.<sup>9</sup>

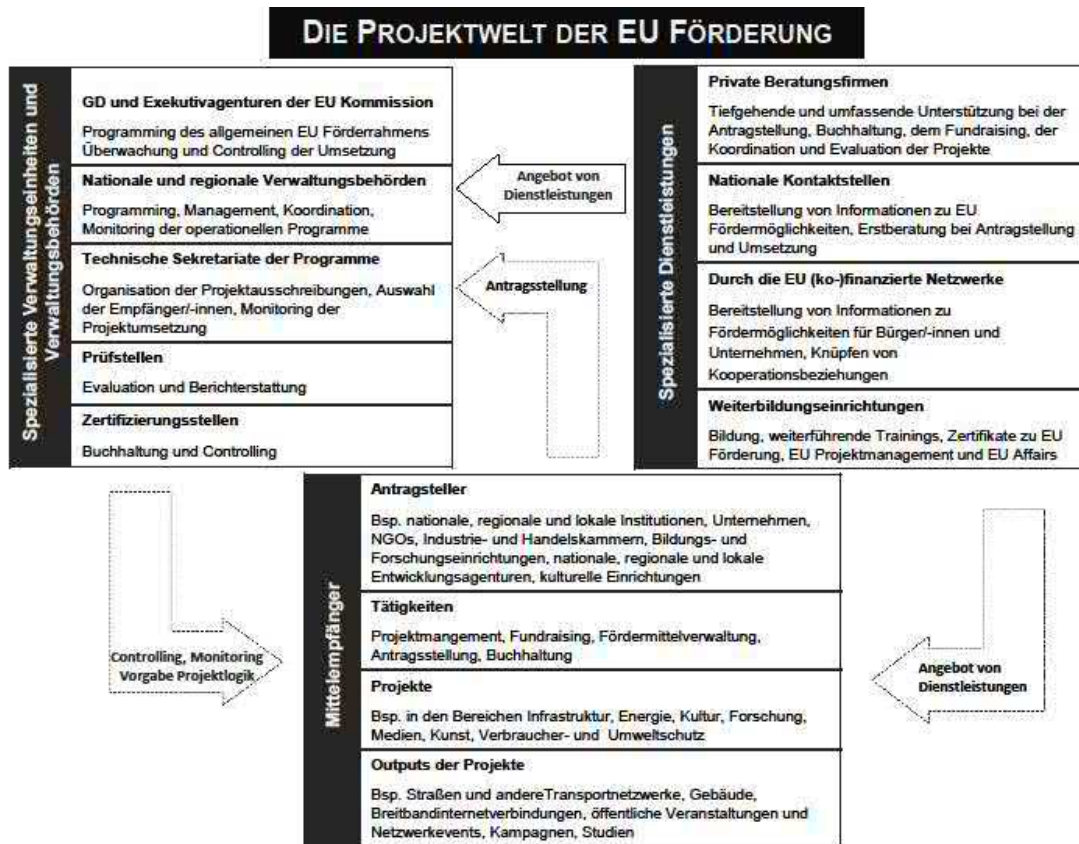
---

8 Man denke hier etwa an die nationalen Kontaktstellen zur EU-Wissenschaftsförderung unter Horizont 2020. (<http://www.horizont2020.de/beratung-nks-uebergreifend.htm#NKS>, 03.09.2015).

9 Ein Beispiel für die Dienstleistungen, die solche Beratungsfirmen anbieten, kann etwa am Beispiel von *Open Europe Consulting* nachvollzogen werden (<http://www.open-europe-consulting.de/?de=1176363300>, 3. April 2015).



Abb. 1: Tätigkeiten und Tätigkeitsbereiche in der EU-Förderpolitik



Quelle: Eigene Darstellung

## Schlussbemerkungen

In diesem Beitrag haben wir argumentiert, dass »Projektifizierung« (Packendorff, Lindgren 2014) ein vorherrschender Trend in der Umsetzung von EU-Politik ist. Tatsächlich werden in vielen Politikfeldern der EU und in der Umsetzung vieler damit verbundener Maßnahmen in der einen oder anderen Weise Förderprogramme und -pläne formuliert, die die Grundlage für die (Ko-)Finanzierung zahlreicher lokaler Projekte darstellen. Diese Entwicklung ermöglicht es einer Vielzahl von Akteur/-innen und professionellen Organisationen aus verschiedensten gesellschaftlichen Teilbereichen, zusätzliche oder alternative Fördertöpfe zu erschließen oder auch neue Projektideen und -konzepte sowie Kooperationen zu entwickeln. Dies soll die EU-Politik näher an die Bürger/-innen bringen – wie es die EU-Kommission in offiziellen Verlautbarungen selbst gern propagiert; und dies bedeutet in der Regel die Anpassung lokaler Akteur/-innen an die Projektlogik der EU-Förderung und an die zeitlichen, inhaltlichen und organisatorischen Vorgaben des EU-Projektmanagements.

Die Organisationsform des Projektmanagements wird im Kontext der EU-Förderung vor allem dazu genutzt, die Politikumsetzung so weit wie möglich zu kontrollieren und lokale Entwicklungsprozesse in Einklang mit den übergreifenden Zielen der EU zu bringen. Jede Person, die

EU-Förderung beantragen möchte, muss dies auf *professionellem* Wege tun oder zumindest einer *professionellen* Organisation angehören, die auswahlfähig für EU-Förderung ist. Dies gilt nicht nur für Unternehmen und öffentliche Träger, sondern auch für die vielen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die im Rahmen der Kohäsionspolitik auf vielfältige Weise von EU-Förderung profitieren (könnten). Dabei müssen sich alle Antragsteller/-innen mehr oder weniger genau an die offiziellen politischen Ziele und Visionen der Europäischen Union (Stichwort *Lissabon* und *Europa 2020*) bzw. an die Zielformulierungen in den Ausschreibungen und Programmen halten.

Wir haben argumentiert, dass Projektförderung ein hochgradig standardisierter und kodifizierter Wissenskorpus mit eigenen Praktiken geworden ist, sprich: eine distinkte *Welt* der EU-Projektförderung konstituiert. Durch die EU wird das Fundament für eine eigene Sphäre beruflicher Spezialisierung und Expertise gelegt. Dadurch bereitet sie der Entwicklung einer Vielzahl verschiedener und spezialisierter Berufe im Bereich der Supervision und Verwaltung der EU-Förderpläne und -programme den Weg, wobei sich diese Tätigkeiten über alle Stufen des EU-Projektkreislaufes und über alle Mitgliedsländer verteilen. Es kann also festgehalten werden, dass in den letzten beiden Jahrzehnten ebenso zahlreiche wie unterschiedliche Spezialaufgaben und -berufe rund um die Umsetzung von EU-Projekten entstanden sind, und zwar weit über den engen Bereich der EU-Administration und deren Stellvertreteradministrationen in den Mitgliedsländern hinaus. Diese neuen Berufe können als Prototypen für eine neue Ära des Professionalismus in der Politikgestaltung und -umsetzung angesehen werden. Die Arbeitsbedingungen dieser Professionals sind hochgradig projektifiziert. Das heißt, sie müssen die Logik des Projektmanagements internalisieren, anwenden und im Umgang mit der EU-Projektlogik und -rhetorik bestens vertraut sein. Viele dieser spezialisierten Professionals und Dienstleister/-innen werden nur für eine bestimmte Aufgabe und nur für die Dauer eines einzigen Projektes eingestellt und müssen daher permanent neue Projekte und Fördermittel akquirieren. Entsprechend unterliegen viele Tätigkeiten und Abläufe im Bereich der Projektwelt der EU-Förderpolitik einer signifikanten zeitlichen, räumlichen und thematischen Flexibilisierung. Darüber hinaus fungieren sie als Übersetzer von EU-Regulierungen in konkrete lokale Settings und müssen daher auch flexibel genug sein, um in einer Vielzahl thematischer Gebiete arbeiten zu können.

Wir haben in diesem Beitrag drei verschiedene Beschäftigungsbereiche unterschieden, die den Kern der Projektwelt der EU-Förderung bilden: a) *Spezialisierte Verwaltungseinheiten und Verwaltungsbehörden*, b) *Empfänger/-innen* und c) *spezialisierte Dienstleister/-innen und Serviceanbieter/-innen*. Wie zuvor gezeigt, können diese drei Bereiche weder einem speziellen Beschäftigungssektor zugeordnet werden noch umfassen sie einzelne Typen von Akteur/-innen und Handlungen. Sie liegen vielmehr quer zu den jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereichen und Beschäftigungssektoren. Die Behörden der öffentlichen Verwaltung etwa können zugleich als Programmverwaltungseinheiten und als Empfänger/-innen von EU-Förderung fungieren. Darüber hinaus bieten viele öffentliche Einrichtungen sowie privatwirtschaftliche Beratungsunternehmen Hilfe beim Einwerben von Fördermitteln sowie im Projektmanagement und zu einzelnen Schritten des *Project-Lifecycle* (PLC).

Im Allgemeinen können im Tätigkeitsbereich der Projektwelt der EU-Förderpolitik jedoch zwei zentrale Differenzierungen ausgemacht werden: Eine Differenzierung zwischen jenen, die Förderung beantragen und dann damit bestimmte Ziele erfüllen müssen, und jenen, die die EU-

Förderung planen und überwachen. Die zweite Differenzierung umfasst jene, die relativ sicher in entfristeten Stellen beschäftigt sind, und jene, die entweder für die Dauer eines Projektes befristet angestellt oder freiberuflich als Serviceanbieter/-innen bzw. als selbstständige Berater/-innen tätig sind. Beide Differenzierungen sind tendenziell auch miteinander verknüpft, da die mit der Planung, Überwachung und Kontrolle der EU-Förderung Beschäftigten häufiger entfristet sind, als jene, die stärker von Projektförderung abhängig sind. Trotz all der Unterschiede im Hinblick auf den Beschäftigungsstatus und den Grad an Spezialisierung müssen alle Akteur/-innen in der Projektwelt der EU-Förderung zumindest über ein grundlegendes Verständnis der EU-Förderung verfügen und die Förderregeln und Arbeitsweisen für ihren jeweiligen Tätigkeitsbereich internalisiert haben. Dies hat auch einen gewissen Schub in Richtung *Professionalisierung* des Projektmanagements im EU-Förderungssystem mit sich gebracht und fördert die Ausweitung projektifizierter Arbeit und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor und in angrenzenden, von EU-Projektförderung betroffenen Bereichen. In diesem Sinne repräsentiert die Projektwelt der EU-Förderung durchaus einen neuen Typus von Bürokratie, der alte administrative Prinzipien des Fachbeamtentums durch neue, am Management orientierte Praktiken des Regierens ersetzt und damit immer mehr professionelle und semi-professionelle Akteur/-innen direkt in die Strukturen der EU-Politikumsetzung hineinzieht.

## Literatur

- Boltanski, L., Chiapello, È. 2006: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Bredin, K., Söderlund, J. 2013: Project Managers and Career Models. An Exploratory Comparative Study. *International Journal of Project Management*, 31. Jg., 889-902.
- Büttner, S. M. 2012: Mobilizing Regions, Mobilizing Europe. *Expert Knowledge and Scientific Planning in European Regional Development*. London: Routledge.
- Büttner, S. M., Mau, S. 2014: EU-Professionalismus als transnationales Feld. *Berliner Journal für Soziologie*, 24. Jg., Heft 2, 141-167.
- Büttner, S. M., Leopold, L. M., Mau, S., Posvic M. 2015. Professionalization in EU Policy-Making? The Topology of the Transnational Field of EU Affairs. *European Societies* 17. DOI:10.1080/14616696.2015.1072229. Online-First-Version abrufbar unter <http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14616696.2015.1072229> (Sept. 2015).
- Degnbol-Martinussen, J., Engberg-Pedersen, P. 2003: AID. Understanding International Development Cooperation. London, New York, Copenhagen: Zed Books.
- European Commission 2008: EU Cohesion Policy 1988-2008: Investing in Europe's future. Info-Regio Panorama, Brüssel.
- Fred, M. 2015. Projectification in Swedish municipalities. A case of porous organizations. *Scandinavian Journal of Public Administration*, 19. Jg., Heft 2, 49-68.
- Garel, G. 2013: A History of Project Management Models. From Pre-Models to the Standard Models. *International Journal of Project Management*, 31. Jg., 663-669.
- Godenhjelm, S. 2013: Project Impact in a Multi-Level Context. The Case of the European Fisheries Fund Evaluation in Finland. *Scandinavian Journal of Public Administration*, 17. Jg., Heft 2, 79-101.
- Grabher, G. 2002: Fragile Sector, Robust Practice. *Project Ecologies in New Media*. *Environment and Planning A*, 34. Jg., Heft 11, 1911-1926.
- Hodgson, D. 2002: Disciplining the Professional. The Case of Project Management. *Journal of Management Studies*, 39. Jg., Heft 6, 803-822.

- Hodgson, D. E. 2004: Project Work. The Legacy of Bureaucratic Control in the Post-Bureaucratic Organization. *Organization*, 11. Jg., Heft 1, 81–100.
- Hodgson, D., Briand, L. 2013: Controlling the Uncontrollable. 'Agile' Teams and Illusions of Autonomy in Creative Work. *Work, Employment & Society*, 27. Jg., 308–325.
- Kováč, I., Kučerová, E. 2006: The Project Class in Central Europe. The Czech and Hungarian Cases. *Sociologia Ruralis*, 46. Jg., 3–21.
- Kováč, I., Kučerová, E. 2009: The Social Context of Project Proliferation. The Rise of a Project Class. *Journal of Environmental Policy and Planning*, 11. Jg., Heft 3, 203–222.
- Lock, D. 2013: *Project Management*, 10. Auflage, Farnham: Gower.
- Löfgren, K., Poulsen, B. 2013: Project Management in the Danish Central Government. *Scandinavian Journal of Public Administration*, 17. Jg., Heft 2, 61–78.
- Lundin, R. A., Hartman, F. (Hg.) 2000: *Projects as Business Constituents and Guiding Motives*. Boston, Massachusetts: Springer.
- Lundin, R. A., Söderholm, A. 1995: A Theory of the Temporary Organization. *Scandinavian Journal of Management*, 11. Jg., 437–455.
- Maylor, H., Brady, T., Cooke-Davies, T., Hodgson D. 2006: From Projectification to Programmification. *International Journal of Project Management*, 24. Jg., 663–674.
- Morris, P. W.G. 1997: *The Management of Projects*. London: Telford.
- Nokes, S., Kelly, S. 2007: *The Definitive Guide to Project Management. The Fast Track to Getting the Job Done on Time and on Budget*. Harlow, New York: Financial Times/Prentice Hall.
- Packendorff, J., Lindgren, M. 2014. Projectification and its consequences: Narrow and broad conceptualisations. *South African Journal of Economic and Management Sciences*, 17. Jg., Heft 1, 7-21.
- Project Management Institute 2013: *A guide to the project management body of knowledge (PMBOK guide)*. Newtown Square, Pennsylvania: Project Management Institute, Inc.
- Sahlin-Andersson, K., Söderholm, A. (Hg.) 2002: *Beyond Project Management. New Perspectives on the Temporary-Permanent Dilemma*. Malmö: Liber Ekonomi/Copenhagen Business School Press.
- Sjöblom, S. 2009: Administrative Short-Termism. A Non-Issue in Environmental and Regional Governance. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 11. Jg., 165–168.
- Sjöblom, S., Löfgren, K., Godenhjelm, S. 2013: Projectified Politics. Temporary Organisations in a Public Context. Introduction to the Special Issue. *Scandinavian Journal of Public Administration*, 17. Jg., Heft 2, 3–12.
- Stevens, M., Johnson, B. 2002: *Project Management Pathways*. Wycombe: APM.

# Zur Entstehung akademischer Konsekrationsinstanzen

Die Europäisierung des Hochschulraums und das symbolische Kapital des European Research Councils (ERC)

Vincent Gengnagel, Christian Baier und Nilgun Massih-Tehrani

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe » Die Europäisierung der Gesellschaften Europas: Zwischen nationalstaatlicher und globaler Vergesellschaftung« – organisiert von Martin Heidenreich*

Europäisierungsprozesse finden über die verschiedensten gesellschaftlichen Felder hinweg statt und müssen in diesen jeweils spezifisch untersucht werden. Das allgemeine Interesse der Forschergruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) *Horizontal Europeanization* an der Öffnung nationalstaatlicher Räume in einem Prozess horizontaler Europäisierung richten wir auf Prozesse der Europäisierung des Hochschulraums. Die im Folgenden zusammengefassten Ergebnisse der ersten Projektphase motivieren das Interesse an der Entstehung einer europäischen Konsekrationsinstanz: die Entstehung des European Research Councils und seiner akademischen Elite.

Im Folgenden wird zunächst ein kurzer Überblick über die Rahmenbedingungen europäischer Forschungsförderung gegeben, woran eine Beschreibung des ERC anschließt, aus der sich weiterführende Forschungsfragen ergeben.

Mit der Öffnung der nationalen, in sich hierarchisch strukturierten akademischen Felder ist gleichzeitig eine Europäisierung des akademischen Kapitalismus (Münch 2014) verbunden: Die zuvor vor allem *national* vermittelte Ungleichheit zwischen Forschern, Disziplinen und zwischen Universitäten wird zunehmend zum Gegenstand eines europaweiten institutionellen Leistungsvergleichs mit einigen wenigen, global sichtbaren Gewinnern. Dabei hat sich gezeigt, dass sich auf Mikro- und Mesoebene schon vielfältige Strategien transnationaler Karrierewege und Drittmittelkooperationen entwickelt haben, die auf eine stärker europäisierte wissenschaftliche Arbeitsweise hinweisen, während sich in der Makroperspektive der Verteilung der Forschungsthemen und Drittmittel noch starke nationale Beharrungstendenzen zeigen lassen (Massih-Tehrani et al. 2015).

Demgegenüber steht von Seiten der EU eine wissenschaftspolitische Rhetorik und zunehmend auch eine finanzielle Förderung, die eigene Ziele in das akademische Feld einbringt. Nach und nach werden diese institutionalisiert und treten punktuell als neuer Bezugsrahmen für wissenschaftliche Strategien auf. Die EU spricht von der Schaffung eines »europäischen Hochschulraums«, der sowohl die wissenschaftliche Innovationskraft erhöhen soll als auch Chancen

für »exzellente Wissenschaft« überall in Europa bieten möchte (European Commission 2008).<sup>1</sup> Sie versteht Forschungspolitik als Wachstums- und Wirtschaftspolitik (Luukkonen 2014). Entsprechend ist die Vergabelogik der Fördergelder der Rahmenprogramme (RP) enger an diese politischen Ziele gebunden (Rodríguez et al. 2013) als an die pluralistischer strukturierten Leistungskriterien wissenschaftlicher Exzellenz, wie sie in innerakademischer Binnendifferenzierung reproduziert werden – etwa durch die DFG-Vergabe.

Um von einem genuin europäischen Hochschulraum zu sprechen, der nicht vollständig in den Logiken des ökonomischen und politischen Feldes aufgeht, müsste sich ein europäisches, akademisch relativ autonom legitimes Wissenschaftsverständnis herausbilden lassen. Das lässt sich – vereinfacht – als Etablierung einer eigenen Förderlogik konzipieren. Zu dieser haben die RP jedoch wenig beigetragen (Chessa et al. 2013) oder sogar über den Fokus auf industrienaher Auftragsforschung zu einer Reduktion akademischer Diversität geführt (Rodríguez et al. 2013).

Anfänge einer solchen Entwicklung hin zu einer europäischen Reproduktion akademischer Vielfalt finden sich eher im ERC: Er weist eine höhere Themenvielfalt auf als die RP, will ausschließlich nach dem Kriterium der Exzellenz entscheiden und diese Entscheidung einem wissenschaftlichen Peer-Review überlassen (Vike-Freiberga et al. 2009; Massih-Tehrani et al. 2015). Um die durchaus auch konflikthafte Genese eines europäischen Hochschulraums spezifischer zu analysieren, muss an dieser Stelle nach der Entstehung einer europäischen akademischen Elite gefragt werden. Insofern diese Elite akademische Anerkennung erlangen will, muss sie *sowohl* den Maßstäben des globalen akademischen Kapitalismus entsprechen *als auch* den nationalen Instanzen der Konsekration wissenschaftlicher Exzellenz. Entsprechend dem Anspruch der EU, in einer sichtbaren Weise konkurrenzfähig mit den USA zu sein, müsste eine solche Instanz glaubhaft sowohl global bestehen können als auch die nationalen Felder »mitnehmen«.

Unter »Konsekration« verstehen wir mit Pierre Bourdieu den Akt der Anerkennung und damit Zuweisung feldspezifischen symbolischen Kapitals, der immer gleichzeitig *zwei* Dinge vollzieht (Bourdieu 1996: 137, 148): Zum *einen* werden bestimmte Positionen im Feld stabilisiert bzw. etabliert, indem ihnen ein besonderer Zugang zur Produktion feldspezifischen Kapitals zugeschrieben wird. Zum *anderen* bedeutet dieser zunächst nur partikulare Akt der materiellen und symbolischen Anerkennung von feldspezifischen Ressourcen gleichzeitig auch eine für das ganze Feld relevante Wiederholung bzw. Restrukturierung der Regeln des Feldes selbst.

Entsteht nun also eine europäische Konsekrationsinstanz, die eigenständig akademisches Prestige für einen europäischen Hochschulraum zuweist und damit ein genuin europäisches Wissenschaftsverständnis und eine europäisch-*akademische* Förderlogik formuliert? Um dieser Frage nachzugehen, muss der ERC näher betrachtet werden.

Im Hinblick auf die Zusammensetzung der wissenschaftlichen Mitglieder des Scientific Council – also gerade das, was ihn von den Rahmenprogrammen unterscheidet – kann man zunächst festhalten, dass es sich um renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der renommiertesten europäischen Länder handelt. Das Durchschnittsalter liegt bei 66 Jahren, 2007 – 2013 waren es 42 Mitglieder, davon 30 Männer (71 Prozent) und 12 Frauen (29 Prozent). Die am stärksten vertretenen Länder sind Deutschland, Spanien und Großbritannien mit je 6 Mitglie-

---

<sup>1</sup> Gleichzeitig sind in den Rahmenprogrammen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der peripheren Länder in der EU-Förderung entgegen dem formulierten Anspruch der EU deutlich unterrepräsentiert.

dern (14 Prozent), Italien mit 4 Mitgliedern (10 Prozent), die übrigen Länder haben nicht mehr als zwei Mitglieder. Auffällig ist auch, dass die am stärksten vertretenen Disziplinen (nach angegebener Hauptdisziplin) Biologie (14 Prozent) und Physik (12 Prozent) sind, gefolgt von Chemie, Biochemie, Informatik und Ökonomie (je 7 Prozent).

Untersucht man die Lebensläufe dieser Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, so fällt vor allem die Vernetzung mit dem angelsächsischen Wissenschaftsraum auf: 45 Prozent weisen Karrierestationen in den USA auf, ein Viertel war im Vereinigten Königreich.<sup>2</sup>

Wir sehen darin den Versuch, den ERC mit dem nötigen akademischen Prestige auszustatten, das ihm im globalen Wissenschaftsraum Anerkennung verschafft – das Bemerkenswerte besteht darin, dass hier nicht *rein europäische* Wissenschaftler zusammengebracht werden – obwohl der ERC ja auch als Abgrenzung zu den USA gedacht ist und auf eine *genuin europäische Wissenschaft* abzielt. Offenbar müssen auch deren Leitfiguren zwangsläufig aus der anglozentrischen Globalwissenschaft geholt werden.

Gleichzeitig bedarf es dafür neben der Vernetzung mit den führenden angelsächsischen Institutionen auch einer öffentlichen Sichtbarkeit, die vor dem politischen Feld der EU legitimierend wirkt – etwa indem sie den geforderten »Social Impact« europäischer Wissenschaft personifizieren oder selbst Vertreterinnen dieser Forderung sind. Unter den Mitgliedern findet sich also ein ganz besonderer Typus von Wissenschaftlerin und Wissenschaftler, von denen zur Verdeutlichung kurz vier hervorgehoben werden:

Zum einen sind sie über Nobelpreise bekannt wie Tim Hunt für den Nobelpreis in Biologie oder Paul Crutzen, der der Öffentlichkeit als »Mit-Entdecker des Ozonlochs« ein Begriff sein dürfte. Andere wiederum bringen vor allem institutionelles Kapital ein, wie zum Beispiel der 1936 in Sydney geborene Lord May of Oxford Robert McCredie, der in einer unglaublichen Anzahl von wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Gremien wichtige Funktionen einnahm und einnimmt (unter anderem *Präsident Royal Society, Chief Scientific Adviser to the UK Government, Head of the UK Office of Science and Technology, Foreign Member of the US National Academy of Sciences*). Ähnlich gelagert ist es bei Helga Nowotny, die sowohl *wissenschaftlich* als Co-Autorin von *The New Production of Knowledge* für den sogenannten »Mode 2« der Wissenschaft steht als auch *institutionell* als Vorsitzende des European Research Advisory Board der Kommission 2001 – 2006 und als Präsidentin des ERC Scientific Council. Der »Mode 2« steht dabei für die Projektförderung von Forschung, Anwendungsorientierung, Interdisziplinarität und generell für die Sichtbarmachung von gesellschaftsrelevantem »Social Impact« – Forderungen, die auch im ERC relevant sind. Insgesamt handelt es sich um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit hoher fachlicher Reputation und hohem gesellschaftlichen Impact, oft gepaart mit Beratertätigkeiten für nationale (Forschungs-)Politik und erkennbarer akademischer Seniorität. Daran lässt sich der Import symbolischen Kapitals in eine europäische Instanz erkennen, die aus traditionellen akademischen Kontexten, aber auch aus Politik und Öffentlichkeit Legitimität mit einbringen. Ebenfalls bemerkenswert ist die interdisziplinäre Struktur des ERC Scientific Council: 61 Prozent nennen zwei und mehr Disziplinen in ihren Lebensläufen und wei-

---

<sup>2</sup> Viele der übrigen Mitglieder, also diejenigen ohne Karrierestation in den USA, stammen aus osteuropäischen Ländern (und hatten damit einen Großteil ihrer Karriere schon im Kalten Krieg – also keinen Zugang zum angelsächsischen Wissenschaftsraum).

sen insgesamt eine enge fachübergreifende Vernetzung auf. Insbesondere die Naturwissenschaften sind stark vernetzt: vor allem die Vertreter der Naturwissenschaften im ERC weisen in ihren CVs mehrere benachbarte Disziplinen aus – was auf ein Verständnis für die Bedingungen interdisziplinären Forschens ihrer Fächerkulturen schließen lässt. Dieses Verständnis der im ERC stark vertretenen Disziplinen lässt eine ähnliche Prägung der Förderung interdisziplinärer Forschung und entsprechenden Grundlagenforschung durch genau diese dominanten Fächer und Disziplinenkombinationen erwarten: Biochemie und Medizin, Biologie und Medizin sind verbreitete Kombinationen, auch Mathematik, insgesamt Sciences und Life Sciences bilden eine Koalition, die eine gemeinsame Agenda und gemeinsame Reproduktionsmuster wissenschaftlicher Autorität nahelegen.<sup>3</sup>

Unsere Analysen der Zusammensetzung der ERC-Mitglieder bezüglich Karrierestationen, Nationalität und Disziplinenzugehörigkeit weisen darauf hin, dass die Karriere an einer amerikanischen Eliteuniversität für die Besetzung des ERC zentral ist – der europäische Forschungsraum orientiert sich also an deren symbolischem Kapital, das nach den Regeln des globalen akademischen Kapitalismus vor allem außerhalb der EU, in den USA zu erwerben ist (Slaughter, Rhoades 2009).

Deutlich erkennbar ist zum *einen* die enge Beziehung der Council-Mitglieder zur US-zentrischen internationalen Wissenschaft, die mit dem Förderbias zugunsten westeuropäischer, anglophiler Länder korrespondiert. Zum *anderen* sind die Naturwissenschaften um Biochemie, Medizin und Physik stark vertreten und gut vernetzt – im Vergleich dazu sind Sozial- und Geisteswissenschaften nur peripher vertreten.

Anhand der Rolle des ERC im Hinblick auf Besetzung und Förderlogik kann so nachgezeichnet werden, wie die EU gleichzeitig versucht sowohl einerseits akademische Akzeptanz in den akademischen Feldern der Mitgliedstaaten zu erlangen als auch andererseits einer globalen Wettbewerbslogik zu entsprechen.

Für das politische Projekt der Schaffung eines integrierten europäischen Hochschulraums ist der ERC dabei zentral. Um ihn als neue Konsekrationsinstanz zu etablieren, werden nun innerakademische Ressourcen mobilisiert, die die Legitimität der symbolischen Neuordnung des akademischen Feldes stärken. Um sich gegenüber den USA als Hochschulraum *auf Augenhöhe* zu positionieren, ist so zunächst der Rückgriff auf dort erworbenes akademisches Kapital nötig sowie auf akademisches Kapital, das dort eher symbolisiert werden kann – und das sind vor allem die Naturwissenschaften.

Das alles ist relevant für die Legitimierung des ERC als einer Konsekrationsinstanz, die sowohl im akademischen Feld als auch in einer breiteren Öffentlichkeit und vor allem für das politische Feld der EU genau die Form von Autorität mitbringt, mit der europäische Wissenschaft als förderwürdig gelten kann – förderwürdig im Sinne der Marktintegration des europäischen Projekts *und* seiner relativ autonomen akademischen Interpretation. Anschließend an diese Beschreibung des ERC als Konsekrationsinstanz einer europäischen akademischen Exzellenz sind weitere Arbeiten nötig, die daran anschließende Aspekte behandeln, wie etwa die durch den ERC ermöglichten Migrationsbewegungen innerhalb der akademischen Elite Europas: In dem

---

<sup>3</sup> Dabei fällt auf, dass Sozial- und Geisteswissenschaften weitgehend isoliert bleiben. Das hat sicherlich auch Konsequenzen für die Umsetzbarkeit der Forderung nach Interdisziplinarität.



Maße, wie ein europäischer Hochschulraum an Relevanz gewinnt, entstehen Forschungszusammenhänge, die in vielerlei Hinsicht doch spezifisch *europäisch* funktionieren. Von zentraler Bedeutung hierfür ist beispielsweise die Funktionsweise von ERC-Grants, für die sich weltweit beworben werden kann, die aber im EU-Raum verausgabt werden müssen. Aufgrund der individuellen *Portabilität* der ERC-Grants liegt der institutionelle Ort des Projekts dabei im Ermessensspielraum des geförderten Forschers oder der geförderten Forscherin, das heißt die Förderung kann innerhalb der EU *mitgenommen* werden. Das soll zum einen global eine Attraktion in den EU-Raum hinein entwickeln, führt andererseits aber dazu, dass europäische Standorte um ERC-Grantees offen konkurrieren müssen, was die nationalen Spielregeln ansatzweise außer Kraft setzt. Solche Entwicklungen müssen weiter untersucht werden anhand der Umstrukturierung von Zentrum und Peripherie, der damit einhergehenden Dynamik von Brain-Drain/Brain-Gain und nicht zuletzt der Wahrnehmung dieses europäischen Projekts von außen.

## Literatur

- Bourdieu, P. 1996: *The Rules of Art*. Stanford: Stanford University Press.
- Chessa, A., Morescalchi, A., Pammolli, F., Penner, O., Petersen, A. M., Riccaboni, M. 2013: Is Europe Evolving Toward an Integrated Research Area? *Science*, Vol. 339, Nr. 6120, 650–651.
- European Commission 2008: *Challenging Europe's Research: Rationales for the European Research Area (ERA): Report of the ERA Expert Group*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. [https://ec.europa.eu/research/era/pdf/eg7-era-rationales-final-report\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/research/era/pdf/eg7-era-rationales-final-report_en.pdf).
- Luukkonen, T. 2014: The European Research Council and the European research funding landscape. *Science and Public Policy*, 41. Jg., Heft 1, 29–43.
- Massih-Tehrani, N., Baier, C., Gengnagel, V. 2015: EU-Forschungsförderung im deutschen Hochschulraum: Universitäten zwischen Wissensökonomie und akademischer Selbstbestimmung. *Soziale Welt*, 66. Jg., Heft 1, 55–74.
- Münch, R. 2014: *Academic capitalism: universities in the global struggle for excellence*. London, New York: Routledge.
- Rodríguez, H., Fisher, E., Schuurbijs, D. 2013: Integrating science and society in European Framework Programmes: Trends in project-level solicitations. *Research Policy*, Vol. 42, Nr. 5, 1126–1137.
- Scherngell, T., Rafael L. 2013: Towards an Integrated European Research Area? Findings from Eigenvector Spatially Filtered Spatial Interaction Models Using European Framework Programme Data. *Papers in Regional Science* 92, Nr. 3, 555–577.
- Slaughter, S., Rhoades, G. 2009: *Academic Capitalism and the New Economy: Markets, State, and Higher Education*. Baltimore: JHU Press.
- Vike-Freiberga, V., Sainsbury, L., Schioppa, F. K. P., Röller, L.-H., Zerhouni, E. 2009: *Towards a world class Frontier Research Organisation. Review of the European Research Council's Structures and Mechanisms*. Brussels: European Commission.

# Verfügen die europäischen Bürger über gemeinsame kollektive Erinnerungen?

Ein Vergleich zwischen Deutschland, Großbritannien, Polen und Spanien auf der Grundlage von Gruppeninterviews

Jürgen Gerhards, Lars Breuer und Anna Delius

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Die Europäisierung der Gesellschaften Europas: Zwischen nationalstaatlicher und globaler Vergesellschaftung« – organisiert von Martin Heidenreich*

Der Vortrag fasst die Forschungsfrage, das Design und die zentralen empirischen Ergebnisse eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen der Forschergruppe »Europäische Vergesellschaftungsprozesse« geförderten Projektes zusammen. Ausführlich werden die Studie und deren Ergebnisse in einer Monographie dargestellt. Dort finden sich auch die relevanten Literaturhinweise.

## Die Forschungsfrage und deren empirische Umsetzung

Der ökonomische, kommunikative, kulturelle sowie politische Austausch zwischen den national verfassten Gesellschaften hat sich im Kontext von Globalisierungs- und Europäisierungsprozessen enorm erhöht, sodass die Grenzen zwischen den Nationalstaaten zunehmend aufgeweicht wurden und der Verflechtungsgrad zwischen den Nationalstaaten kontinuierlich zugenommen hat. Dieser Prozess wird begleitet durch Versuche internationaler Institutionen und der Europäischen Union sowie zivilgesellschaftlicher Akteure, eine kollektive Identität auf transnationaler und europäischer Ebene zu etablieren. Bestandteil dieses Unterfangens sind auch Versuche der Schaffung kollektiver Erinnerungen, die nationalstaatliche Grenzen überschreiten.

Dabei nutzen die internationalen Institutionen teilweise das gleiche Repertoire, das wir aus der Geschichte der Entstehung der Nationalstaaten kennen. Dazu gehört zum Beispiel die Festlegung eines Erinnerungstages. So wurde im Jahr 2005 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen der *Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust* eingeführt, der seit 2006 jährlich am 27. Januar zur Erinnerung an den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in zahlreichen Ländern auf der ganzen Welt begangen wird. erinnert wird mit diesem Datum nicht nur an die Verbrechen der Deutschen, sondern an alle

Verbrechen gegen die Menschheit. Die Bezugnahme auf ein historisches Ereignis dient hier nicht der Konstruktion einer nationalen Identität, sondern erhebt einen universalistischen Anspruch und dient der Konstruktion einer globalen Wertegemeinschaft.

Derlei Versuche, eine transnationale, die nationalstaatlichen Identitäten transzendierende Identität zu konstruieren, müssen nun keineswegs bei den Bürgern auf Resonanz stoßen. Die Menschen können weiterhin in ihrem nationalen Container verhaftet bleiben und sich resistent gegenüber den Deutungsangeboten kollektiver Akteure zeigen. Genau an dieser Stelle setzen wir mit unserer Untersuchung an. Im Zentrum steht eine Rekonstruktion der Erinnerungen der Bürger in vier ausgewählten Ländern der Europäischen Union (Deutschland, Großbritannien, Polen und Spanien). *Konkret gehen wir der Frage nach, ob sich im Zuge der zunehmenden europäischen und globalen Vernetzung der Nationalstaaten die nationalen Vergangenheitsdeutungen der Menschen verändert und sich für transnationale und europäische Erinnerungen geöffnet haben. Wie konstruieren die Bürger kollektive Erinnerungen in Zeiten von Transnationalisierung und Europäisierung? Und welche nationalen und transnationalen Bezüge nehmen sie dabei vor?*

Grundlage unserer Studie bilden 16 Gruppeninterviews mit jeweils sechs bis acht Teilnehmern, die wir in Großbritannien, Deutschland, Polen und Spanien durchgeführt haben. Zu Beginn der Interviews sollten die Teilnehmer historische Ereignisse oder Personen nennen, die aus ihrer Sicht heute noch bedeutsam sind. Aus den genannten Antworten auf diese ganz offen formulierte Frage wurden Ereigniskomplexe gebildet, die die Teilnehmer dann – angeleitet durch die Moderation – ausführlicher diskutiert haben. Wir haben dieses, an den Relevanzstrukturen der Bürger ansetzende, offene Verfahren im zweiten Schritt durch eine eher deduktive Verfahrensweise ergänzt, indem wir den Teilnehmern einige historische Ereignisse vorgegeben haben, die laut der vorliegenden Literatur als mögliche Bezugspunkte einer transnationalen Erinnerung dienen könnten. Dazu gehören der Holocaust, der Kommunismus und der europäische Integrationsprozess. Die transkribierten Gruppeninterviews bilden die Grundlage für die Datenauswertung. Die Interpretation des Materials erfolgt entlang einer theoretischen Konzeptionalisierung dessen, was wir unter nationalen und transnationalen Erinnerungen verstehen.

## Der theoretische Rahmen: Nationale versus transnationale Raumbezüge kollektiver Erinnerungen

Im Mittelpunkt der gesamten Untersuchung stehen die Raumbezüge der in den Gruppen diskutierten Ereignisse. Diesbezüglich unterscheiden wir *nationale* von *transnationalen* Raumbezügen und differenzieren dabei zwischen folgenden Analyseebenen:

- (1) Jedes von den Interviewten genannte historische Ereignis weist einen *genuinen* Raumbezug auf. Dieser richtet sich allein nach dem Ort, an dem ein genanntes Ereignis stattgefunden hat. Ein historisches Ereignis hat demnach einen nationalen Raumbezug, wenn es sich im eigenen Nationalstaat zugetragen hat (wie zum Beispiel der Mauerfall in Deutschland). Von einem transnationalen Raumbezug sprechen wir, wenn ein Ereignis in einem anderen Land stattgefunden hat (wie zum Beispiel die Anschläge vom 11. September 2001) oder wenn sich das Ereignis in mehreren Ländern zugetragen hat (wie etwa der Zweite Weltkrieg).

- (2) Über den genuinen Raumbezug eines Ereignisses hinaus ist es von zentraler Bedeutung, in welchen inhaltlichen Kontexten Menschen ein bestimmtes historisches Ereignis verorten. Diese Einordnung in einen größeren Sinnzusammenhang nennen wir *Rahmung*. Auch diese Rahmung weist jeweils einen spezifischen Raumbezug auf. So können Befragte beispielsweise den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 als Ende der Deutschen Teilung *national* rahmen oder als Ende des Kalten Krieges bzw. des Ost-West-Konflikts *transnational*. Aber auch ein Ereignis wie der Zweite Weltkrieg mit genuin transnationalem Raumbezug kann einerseits transnational gerahmt werden zum Beispiel als weltweiter bewaffneter Konflikt und andererseits national zum Beispiel als Zäsur für das politische System im eigenen Land. Die räumliche Rahmung eines Ereignisses ist also vom genuinen Raumbezug unabhängig.
- (3) Historische Ereignisse werden nicht nur national oder transnational gerahmt, sie werden meist auch bewertet und interpretiert. Erfolgt diese *Deutung* vor allem unter Bezugnahme auf nationale Ereignisse und Personen, etwa indem Teilnehmer bestimmte historische Ereignisse mit der Geschichte ihres Landes verbinden oder deren Bedeutung für die eigene Nation betonen, so sprechen wir von einem *nationalen* Raumbezug der Deutungen. Teilweise setzen die Befragten ein bestimmtes Ereignis aber auch in Bezug zu ähnlichen Ereignissen in anderen Ländern und verweisen in ihren Deutungen auf universalistische Werte oder Normen. In diesem Fall gehen wir von einem *transnationalen* Raumbezug der Deutungen aus.
- (4) Die Auswertung der Interviews hat uns verdeutlicht, dass den Interpretationen historischer Ereignisse durch die Befragten häufig ein *strukturierendes Motiv* zugrunde liegt. Auch diese Motive weisen einen spezifischen Raumbezug auf. In den meisten Fällen stehen Fragen der nationalen Identität im Vordergrund – hier sprechen wir von einem *nationalen* Raumbezug. Zum Teil kommen aber auch auf der Ebene der strukturierenden Motive universalistische Werte und Normen zum Tragen – dies verstehen wir als *transnationalen* Raumbezug.
- (5) Ganz unabhängig von der Frage, welche historischen Ereignisse als wichtig erachtet und wie diese gedeutet werden, haben wir eine weitere Dimension der Erinnerung unterschieden, die wir als *Modus der Erinnerung* bezeichnen. Zwei verschiedene Modi lassen sich voneinander abgrenzen, wenn sie jeweils einen unterschiedlichen Raumbezug aufweisen. Während ein national-affirmativer Modus der Erinnerung eher einen *nationalen* Raumbezug aufweist, ist der kritisch-reflexive Modus der Erinnerung mit universalistischen Kategorien und mit einem *transnationalen* Raumbezug verbunden.

Die hier kurz skizzierten Raumbezüge und die unterschiedenen Analyseebenen bilden die Grundlage für die Auswertung der durchgeführten Gruppeninterviews in den vier Ländern.

## Der Aufbau der veröffentlichten Monographie

Das theoretische Design und die empirischen Ergebnisse der Studie haben wir in einer Monographie veröffentlicht, die aus insgesamt acht Abschnitten besteht. Das erste Kapitel ist der Erläuterung des konzeptionellen Rahmens und der genaueren Explikation der Fragestellung gewidmet. Dazu erläutern wir zuerst die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die kollektiven Erinnerungen der Bürger nehmen. Wir starten mit einer

idealtypischen Beschreibung des Nationalstaats als *des* dominanten Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungstypus im 19. und 20. Jahrhundert. Wir skizzieren dann, wie Prozesse der Transnationalisierung und Europäisierung den Nationalstaat im 20. und 21. Jahrhundert verändert haben und wie sich in diesem Kontext auch transnationale Formen der kollektiven Erinnerungen herausgebildet haben. Empirisch ungeklärt ist jedoch die Frage, inwieweit die Bürger Elemente einer transnationalen Erinnerung aufgenommen haben bzw. dem eigenen Nationalstaat verhaftet bleiben. Wir diskutieren im nächsten Schritt die zentralen Begriffe unserer Studie und die Frage der Konzeptionalisierung der Raumbezüge von Erinnerungen, um im Anschluss die unsere Untersuchung anleitenden Forschungsfragen und das methodische Vorgehen genauer zu erläutern sowie den Aufbau des Buchs zu skizzieren.

Die Kapitel zwei bis fünf sind dann jeweils einem der vier Länder unserer Untersuchung gewidmet und liefern eine detaillierte und dichte Beschreibung der Deutungsmuster der Befragten. Die Länderkapitel sind jeweils ähnlich aufgebaut. Wie erläutert, haben wir die Gruppendiskussionen mit einer offenen Frage begonnen. Die Befragten sollten diejenigen historischen Ereignisse und Personen nennen, die auch heute noch besonders wichtig sind. In einem ersten Schritt klassifizieren wir die genannten Ereignisse und konzentrieren uns dann auf diejenigen, die besonders häufig genannt oder besonders ausführlich diskutiert werden. In einem zweiten Schritt geht es um eine Rekonstruktion der räumlichen Rahmung der von den Teilnehmern als besonders wichtig angesehenen Ereignisse: Werden diese eher national oder transnational bzw. europäisch einsortiert? In einem dritten, recht umfangreichen Schritt untersuchen wir die Bewertung und inhaltliche Deutung dieser zentralen Ereignisse durch die Befragten. Und in einem vierten Schritt beschreiben wir schließlich die grundlegenden Motive, die den konkreten Interpretationen zugrunde liegen. Im Mittelpunkt steht bei jedem dieser vier Analyseschritte die Frage, welche Raumbezüge die Deutungen der Befragten aufweisen, ob also die Erinnerungen in einem nationalen oder transnationalen Zusammenhang interpretiert werden.

Wir haben die kollektiven Erinnerungen der Bürger nicht nur mit einer offenen Frage nach den wichtigsten historischen Ereignissen versucht zu rekonstruieren, sondern zugleich die Deutungen von drei konkreten Ereignissen – des Holocaust, des Kommunismus und der europäischen Integration – erhoben, die als potenzielle Bezugspunkte für eine gemeinsame europäische Erinnerung in der Literatur diskutiert werden. Zusätzlich haben wir die Teilnehmer gefragt, ob sie einen kritisch-reflexiven Modus der Erinnerung befürworten. In Kapitel 6 steht eine Auswertung der Antworten der Teilnehmer auf diese Fragen im Mittelpunkt.

In Kapitel 7 fassen wir die Befunde aus den vier Länderanalysen zusammen und vergleichen sie miteinander. Der Vergleich wird durch folgende Fragen strukturiert: Welches sind die zentralen Unterschiede in den kollektiven Erinnerungen zwischen Deutschland, Polen, Spanien und England? In welchem Land bleiben die kollektiven Erinnerungen der Bürger in erster Linie nationalstaatlich verhaftet und in welchem Land zeigen sich Elemente einer transnationalen bzw. europäischen Erinnerung? Und vor allem: Gibt es zwischen den Ländern Gemeinsamkeiten, die als Bezugspunkte einer gemeinsamen kollektiven Erinnerung dienen könnten?

Im abschließenden Kapitel 8 knüpfen wir an die im ersten Kapitel skizzierten Rahmenbedingungen an und kontextualisieren unsere Ergebnisse in einem größeren gesellschaftspolitischen Zusammenhang, indem wir der Frage nachgehen, was unsere empirischen Befunde für die Zu-

kunft von Transnationalisierungsprozessen und vor allem für die Zukunft der Europäischen Union bedeuten.

## Die zentralen Ergebnisse

Für all diejenigen, die davon ausgehen bzw. sich erhoffen, dass sich im Kontext einer zunehmenden Globalisierung und Europäisierung auch die kollektiven Erinnerungen der Bürger transnationalisiert haben, fallen die Ergebnisse unserer Untersuchung sehr ernüchternd aus.

- (1) Zwar finden sich bei der reinen *Nennung* von historischen Ereignissen, die die Befragten als bedeutsam ansehen, noch eine Vielzahl an transnationalen Raumbezügen und dadurch zahlreiche Überschneidungen zwischen den vier Ländern. Doch schon bei der Auswahl der *ausführlicher diskutierten Ereignisse* wird diese Schnittmenge bedeutend kleiner. Lediglich ein historisches Ereignis, nämlich der Zweite Weltkrieg, wird in allen vier Ländern als besonders wichtig angesehen und ausführlicher debattiert. Weitere drei Ereigniskomplexe – Kommunismus, Kolonialzeit sowie Terroranschläge – werden in jeweils zwei Ländern angesprochen. Insofern fehlt es, abgesehen vom Zweiten Weltkrieg, weitgehend an einem gemeinsamen Bezugspunkt, auf den sich die Menschen in allen Ländern fokussieren. Hinzu kommt, dass selbst bei denjenigen Ereignissen, die in mehreren Ländern diskutiert werden, die Teilnehmer in den verschiedenen Ländern jeweils über sehr unterschiedliche Aspekte sprechen.
- (2) Die nationale Fokussierung nimmt weiter zu, wenn man die *Deutungen* der diskutierten Ereignisse in den Blick nimmt. Auch bei den Ereignissen, die in mehreren Ländern diskutiert werden, gibt es nur geringe Überschneidungen in den Interpretationen zwischen den vier Ländern. Ein genuin transnationaler Raumbezug findet zudem in den Deutungen kaum seinen Ausdruck. In den wenigen Fällen, in denen die Befragten transnationale oder universalistische Bewertungsmaßstäbe anführen, haben diese häufig einen instrumentellen Charakter und dienen in erster Linie der Aufwertung des eigenen nationalen Selbstbildes.
- (3) Entsprechend dominieren auch bei den *strukturierenden Motiven* die nationalen Raumbezüge fast vollständig. In der Regel sind die Vergangenheitsbezüge der Teilnehmer motiviert durch ein Unbehagen mit einer aus ihrer Sicht gestörten oder defizitären nationalen Identität. Lediglich in zwei Fällen spielen transnationale Werte oder Normen eine tragende Rolle.
- (4) Auch die in der Literatur diskutierten möglichen Bezugspunkte für eine gemeinsame europäische Erinnerung – namentlich der Holocaust, der Kommunismus und die Geschichte der europäischen Integration – spielen für die Teilnehmer kaum eine Rolle und wenn sie von Bedeutung sind, werden sie unterschiedlich und meist unter einer nationalen Perspektive diskutiert. Auch ein länderübergreifender Modus des Umgangs mit der Vergangenheit lässt sich nicht ausmachen. Zwar diskutieren die Teilnehmer über den von uns kritisch-reflexiv genannten Modus der Erinnerung, dominant ist dieser aber in keinem der vier untersuchten Länder.

*Insgesamt* zeigen unsere Analysen, dass es in den vier untersuchten Ländern nur wenige Ansatzpunkte für eine länderübergreifende transnationale Erinnerung der Bürger gibt. In den meisten der von uns unterschiedenen Dimensionen bleiben die Bürger mehrheitlich auf ih-

ren jeweiligen Nationalstaat fixiert. Die Aufrechterhaltung einer positiven nationalen Identität bildet in der Regel die Motivation für die Auswahl und Interpretation historischer Ereignisse.

- (5) Was bedeutet dieses Ergebnis für die Zukunft von Transnationalisierungsprozessen und vor allem für die Zukunft der Europäischen Union? Zur Einordnung der empirischen Befunde in einen breiteren gesellschaftstheoretischen Rahmen greifen wir auf die von David Lockwood eingeführte und von Jürgen Habermas ausgearbeitete Unterscheidung von System- und Sozialintegration zurück. Die beiden Autoren sprechen von einer gelungenen gesellschaftlichen Integration dann, wenn die systemische Integration der Gesellschaft durch die soziale Integration der Bürger begleitet und abgedeckt wird, System- und Sozialintegration also in einem Verhältnis der Kongruenz zueinanderstehen. Kollektive Erinnerungen konstituieren dabei ein Element der Sozialintegration und der Bindung der Bürger an ihre Gesellschaft.

Unsere Analysen zeigen nun, dass Transnationalisierungsprozesse auf der systemischen Ebene vor allem im Kontext der Europäischen Union in vielen gesellschaftlichen Bereichen sehr weit fortgeschritten sind, während die Sozialintegration in Bezug auf eine Transnationalisierung und Europäisierung von kollektiven Erinnerungen diesem Prozess weit hinterherhinkt. Die Eurokrise und die sogenannte Flüchtlingskrise haben zudem zu einer Reaktivierung nationaler Interpretationen und Stereotypenbildungen geführt. Eine solche kulturelle Renationalisierung fällt im Hinblick auf die kollektiven Erinnerungen der Bürger auf einen sehr günstigen Resonanzboden, wie die Ergebnisse unserer Studie zeigen, so dass sich die Inkongruenz zwischen Sozial- und Systemintegration noch weiter verschärfen wird.

## Literatur

- Gerhards, J., Breuer, L., Delius, A. 2016: Kollektive Erinnerungen europäischer Bürger im Kontext von Transnationalisierungsprozessen. Deutschland, Großbritannien, Polen und Spanien im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.

Ad-Hoc-Gruppe »Die krisenhafte Pluralität und die praktische Krise der  
institutionellen Routinen und Koordinationslogiken«  
– organisiert von Rainer Diaz-Bone



# Competing logics in evaluating employee performance

## Building Compromises through Conventions

Julia Brandl und Arjan Kozica

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Die krisenhafte Pluralität und die praktische Krise der institutionellen Routinen und Koordinationslogiken« – organisiert von Rainer Diaz-Bone*

Current research argues that competing institutional logics<sup>1</sup> can co-exist enduringly and investigates how organizations cope with such institutional complexity (Greenwood et al. 2011). Thereby, the role of practices for handling competing logics has been overlooked and it is currently only to limited extent understood how organizations establish compromises between competing logics. Therefore, we investigated the recent performance appraisal reform of a German public sector organization that occurred in 2008 (see also Kozica, Brandl 2015). BAND (the pseudonym for our organization) has been using performance appraisals for several decades, and performance appraisals have already become entrenched instruments (Zeitl, Mittal, McAulay 1999) for handling staff promotion decisions. While BAND accepted the accountability logic of the performance appraisal, the professional logic (which is based on trust and comradeship as a high value of being professional in our organization) is accepted too and BAND has established a fine-grained compromise between the different logics. During the recent reform of the performance appraisal system, however, this compromise has broken up and challenged organizational members to (re-) arrange a compromise. By using French convention school of thinking (Boltanski, Thévenot 2006) we address how BAND copes with conflicting logics by forming compromises in organizational practices. Thereby, we show that the concept of convention is particularly promising for understanding of how organizations deal with institutional complexity. More broadly, our argument contributes to the elaboration of an organizational theory for the institutional logics discussion that explains how organizational and individual actions are interlinked.

---

<sup>1</sup> Institutional logics are »the socially constructed, historical patterns of material practices, assumptions, values, beliefs, and rules by which individuals produce and reproduce their material subsistence, organize time and space, and provide meaning to their social reality« (Thornton, Ocasio 1999: 804)

## Conceptual Background

### Coping with institutional complexity: state of research

The institutional logics perspective states that different institutional logics operate in society, each representing its own sphere of norms, values, and accepted practices as well as providing different building blocks of identity (Friedland, Alford 1991; Thornton, Ocasio, Lounsbury 2012;). Organizations are exposed to multiple institutional logics, and this raises the question of how organizations internally respond to such conflicting demands (Pache, Santos 2010; Greenwood et al. 2011). Most answers of researchers on this question are anchored in basic assumptions about the nature of organizations as coalitions of members (Cyert, March 1963) and micro-political arenas (Crozier, Friedberg 1977). Yet, the question of how organizations establish an organization-wide compromise between competing logics in face of competing pressures remains only partially answered through research based on the coalition model of organizations. Our research contributes to addressing this gap by introducing the notion of convention. The next section elaborates how the French convention school deals with institutional complexity and how hybrid organizational practices are established.

### French convention school: organizations as compromises between logics

Along with the institutional logics perspective, conventions share an interest in explaining how actors and organizations cope with institutional complexity (Thévenot 2001a; Cloutier, Langley, 2013; Jagd 2011). Three assumptions on how French convention school conceptualizes organizations and their members are important within the discussion of institutional complexity.

First, French convention school sees organizations generally as »compromises« between different institutional logics (»modes of coordination«) (Thévenot 2001a: 405). In other words, French convention school generally assumes that organizations face institutional complexity. Further, convention theory explicitly stresses that actors have critical and reflexive competencies (Eymard-Duvernay 2002: 71) and that they are able to make compromises between different logics by establishing conventions. Such compromises are agreements that »bring local and temporal compatibility between« different logics (Thévenot 2001a: 410).

Second, the French convention school assumes compromises between logics are embedded in conventions (Thévenot 2001b). Conventions are frameworks or social heuristics (Beamish, Biggart 2010) that facilitate coordinated activities in (Gomez, Jones 2000; Thévenot 1984; Kozica et al. 2014) and between organizations (Eymard-Duvernay 2002; Lazega, Favereau 2002; Thévenot 2001a). They serve as interpretative schemes by which actors interpret rules and how they could be put into practice.

Third, conventions are not natural entities or simply »found« in the environment of organizations, but rather are established through organizational members. If rules change, organizational actors face uncertainty because they cannot take the existing conventions for granted any more. This is an opportunity for adjusting conventions.

The French convention school can significantly contribute to understanding how organizations cope with institutional complexity. We show this in our empirical case study by analyzing

what happens when actors are exposed to a regulation, looking at how these organizational members establish a compromise between different logics and embed this compromise into a convention, and describing what the resulting convention looks like. These are the main questions our following case study addresses.

## Research Context and Methodology

### Performance appraisal systems and the setting of our study

Performance appraisals are formal mechanisms or rules for making systematic judgments about the achievements of employees, and they can enable the organization to make decisions on staffing, training, and rewarding employees (Tichy, Fombrun, Devanna 1982). As for the reasons for using performance appraisals, practitioners and researchers often invoke the fact that they bring higher efficiency and effectiveness to public organizations (e.g. Grote 2000). Performance appraisals are thus based on an accountability logic which is seen as a part of a wider managerialism that has increasingly permeated the public sector (Moynihan 2008; Townley 1997).

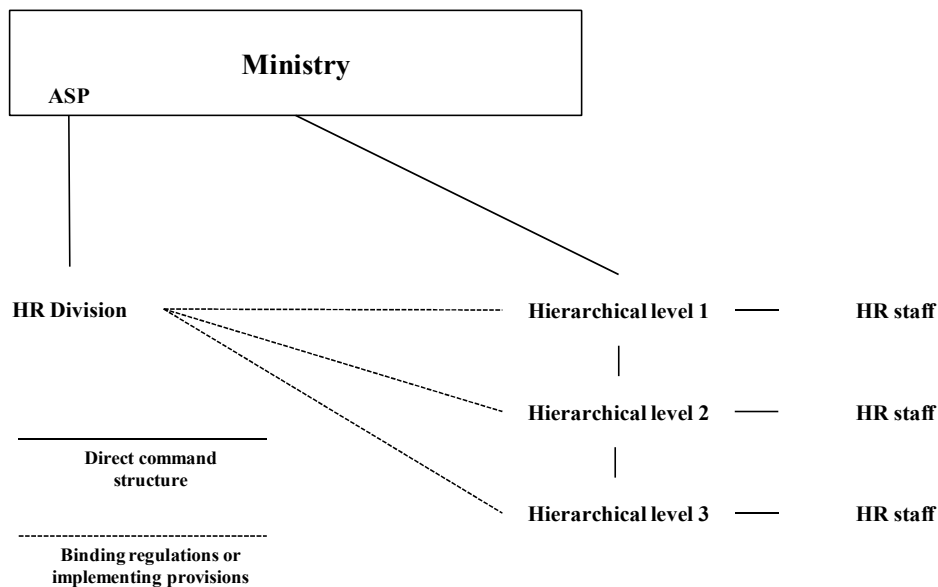
Research has primarily analyzed the process of permeation of the accountability logic and the conflicts that accompany this permeation. Performance appraisals are then seen as an instrument where different logics collide – especially in public sector organizations – and where different organizational coalitions struggle to use »their« logic to inform concrete practices. For instance, Townley (1997) has shown that the organizational members of universities are in a position of managerial responsibility to accept the accountability logic of performance appraisals and introduced this practice when the pressure to do so has increased. Academics of these universities, however, have resisted the emphasis on the accountability logic. »Their« institutional logic of academic professionalism forms a normative and cognitive basis of critique and resistance. By stressing different interests between actors, this research offers valuable insights when performance appraisals are introduced into public sector organizations and in this way, a new logic enters the organization. It fails, however, to explain settings in which the same organizational actors face institutional complexity. Our case study at BAND is one such setting.

### The personnel management and the performance appraisal system of BAND

BAND, the public organisation in our empirical case study, is a governmental organisation ruled by a ministry. It has over 10,000 members (civil servants and public sector workers). Personnel management is located in several different parts of the organisation. Hierarchically, the highest office of personnel management is a special department at the ministry, and is responsible for central **affairs, social affairs and personnel (ASP)**. ASP is directly superior to the *HR Division*, which is the highest authority for personnel management at BAND. The *HR Division* shares responsibility with ASP for the principles of personnel management and for the most important operative decisions. At the operative levels of BAND, personnel management is carried out through first line managers (superiors) such as team leaders or department chiefs. A small staff of HRM pro-

professionals (HR staff) assists superiors, mainly with administrative tasks and by delivering specific knowledge. Figure 1 depicts the structure of personnel management at BAND.

Fig. 1: The structure of personnel management at BAND



As with all public organisations in Germany, BAND operates under the German public service code (*Bundesbeamtengesetz*). This law requires organisations to hire and promote those candidates with the highest ›aptitude‹, ›qualification‹ and ›professional achievement‹ (BBG § 9, *our translation*). Although it is widely accepted that errors occur even in the most sophisticated performance appraisal, BAND takes for granted that performance appraisals are an appropriate tool for personnel decisions. BAND has been using performance appraisal systems since its foundation shortly after World War II. BAND's performance appraisal system is defined by the **Central Regulation for Performance Appraisals (CRPA)** and several implementing provisions.

Performance appraisal systems assemble many people with different organisational roles, competencies and responsibilities. Based on their position in the organisation they enact regulations and implement provisions (e.g. *ASP*), conduct performance appraisals (superiors) or distribute social goods (*HR Division*). The information which is codified in conducted performance appraisals is relevant for personnel decisions such as promotions, personnel placements, and the selection of civil servants who are able to graduate from middle-level to upper-level. The *HR Division* is responsible for such decisions. Table 1 lists the personnel who take part in the performance appraisal system.

Tab. 1: Task division in the performance appraisal system at BAND

Organisational units of BAND	Tasks in the performance appraisal system
Ministry/ASP (Ministry and the special department for central affairs, social affairs and personnel)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Enactment of general regulations and implementation requirements</li> <li>– Leading of subordinate units, especially the <i>HR Division</i></li> </ul>
<i>HR Division</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Enactment of implementation regulations</li> <li>– Moderation of the performance appraisal process (e.g. timeline, different conferences for reconciliation of results)</li> <li>– Control of accuracy and completeness of performance appraisals</li> <li>– Distribution of social goods based upon the performance appraisals</li> </ul>
HR staff in subordinate units	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Moderation of the performance appraisal process within their area of responsibility and within the superior regulations (e.g. timeline, conferences for reconciliation of results)</li> <li>– Control of accuracy and completeness of performance appraisals</li> </ul>
Superiors (Team leaders, etc.)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Appraisal of their subordinates, especially the accomplishment of their performance appraisals</li> </ul>
HR staff (related to superiors)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Assisting superiors</li> <li>– Moderation of the performance appraisal process within their organisational unit (e.g. timeline, different conferences for reconciliation of results) and within superior regulations</li> </ul>

*Comment: Pseudonyms are in italics (e.g. HR Division) whereas formal descriptions (e.g. HR staff) are in roman type.*

In the years 1987 and 1998, the CRPA was changed substantially, leading to an ever more sophisticated performance appraisal system. Basically, superiors appraise civil servants from a specific pay grade every two years. ASP is responsible for developing the CRPA regulation and is officially enacted by the undersecretary of the ministry. The *HR Division* develops most implementing provisions. Further, organisational subunits are allowed to enact implementation provisions for their scope of responsibility.

### The change of the performance appraisal system: tightening the rules

The most recent change in regulations took place in 2008. The reason for this reform was that people engaged in the old performance appraisal system (used until 2008) increasingly experienced dysfunctions. One of the main problems was that too many appraised civil servants earned high scores in their performance appraisal, making it difficult for personnel managers in

the *HR Division* to select the best from the good (a well-known phenomenon of evaluating performance; see Meyer, Gupta 1994; Thiel, Leeuw 2002). This can be illustrated by the following statement from our interviews:

The old systems had no power anymore because too many soldiers received a 6.8 [with an absolute best average of 7 out of 16 items, comment added by the authors]. A comparison was no longer possible; therefore something new had to be created.

Although the *HR Division* was still able to identify candidates for personnel decisions (it never stopped doing so), BAND faced difficulties in legitimising its decisions. This raised a problem and in tackling this problem, BAND decided to establish ›clearer structures‹ (Wilson, 2002: 628). *ASP* introduced a new central regulation for the performance appraisal system (*CRPA*). The new *CRPA* contained several new rules. In our study, we focus on the ›20/80‹ rule, because this rule caused the most uncertainty and intense critiques (as we found in our interviews). This rule is described below.

- Performance appraisals are conducted within defined reference groups of appraisees (e.g. following their ranks). In these reference groups, however, there are often subordinates of different superiors. Superiors hence have to coordinate the performance appraisal ratings of their subordinates with other superiors. Reference groups are governed and coordinated by, for instance, HR staff in a regional division (i.e. on a ›middle‹ hierarchical level).
- Superiors are rigorously forced to rank the appraised civil servants of a reference group in a sequential order (that means into the best, the second best, etc. down to the ›worst‹).
- Superiors have to separate a group of top performers. The top 20 per cent are allowed to have an arithmetical average score of 7.5 (with the best score being 9) and the other 80 per cent must have an average score of 5.5.

The difference between the old and new regulation is best described by the following statement of one of the interviewees:

However, in the old system there has been the opportunity for appraising superiors [...] How can I describe this? [...] I was in the function of a group leader. As a group leader, I have written appraisals for my superior [who was responsible for the appraisals of the civil servants, *comment added by the authors*]. When I told my superior that I have two high-performance team members, I was able to assess them both notably positively. Now when I have two high-performance team members, I have to tell one of them, ›You are worse, therefore you are assessed as downgraded‹.

It was this against background that we conducted our case study, of which the mythological aspects are explained in the next section.

## Data and methodology

Our primary data set consists of 30 interviews (approximately 30-60 minutes long) and internal written documents (regulations and implementation provisions). The interviews were conducted in 2009, when the first systematic rounds of performance evaluations took place, and cover different parts of the performance appraisal system. Thirteen are with staff members in the *HR Division* (mainly responsible for implementing provisions and the distribution of social goods

like promotions), eleven with HR staff in operative departments of the *HR Division*, and two interviews were conducted with the department head and her deputy. Six interviews were with HR staff at different hierarchical levels (division and units) and thirteen interviews were with superiors. Data collection was based on episodic interviewing (Flick 2000). This type of interviewing is designed to activate respondents to select relevant situations within a domain and to describe the objects, terms, and conditions that make these situations relevant to them. In each interview, respondents were asked similar questions, for example, if you look back, what were your most recent experiences with the performance appraisal in this organization? How do these experiences differ from your former experiences? Do you recall a situation where you made a positive [negative] experience with the performance appraisal in this organization? The issues raised in these questions were elaborated by questions for illustrations and specifications. We have depicted further details on our research method elsewhere (Kozica, Brandl 2015).

## Case Analysis

### Reactions to the changes of the performance appraisal system

The old system allowed superiors to follow the professional logic of being a good comrade to a certain extent. Within the old performance appraisal system, superiors were able to rate most of their appraised civil servants numerically with high scores. Thereby, it was partially possible to disguise (relatively) bad performance ratings. This is due to the average scores of all performance appraisals at BAND not being transparent. Overall, scores have inflated over the years. In some occupational groups and pay levels (e.g., technical middle-level civil servants), the average score of the 16 appraisal items was 6.4 on a 7,0 rating scale (!) for outstanding performance. Hence, even a score of 6.3 was beyond the average and not a good performance appraisal rating. This, however, has often not been recognized by appraisees who receive performance appraisals beyond the average scores. One reason for this was that average scores increased every year and, to say it simply, a 6.3 on a scale of up to 7,0 sounds good. Essentially, the old performance appraisal system allowed superiors to disguise performance ratings and to avoid responsibility. Our interviewees described this, for instance, as follows:

This juxtaposition [...] always existed. However, it wasn't openly communicated. Then there was the difference between 6,07 and 6,08, deciding who will become an upper-level civil servant and who not. But everyone had the feeling that he was judged well, the superior was out of the woods, and said, »I did all sorts of things for you.«

Even when superiors appraise civil servants in accordance with their (perceived) bad performance, they have not been forced to communicate this in a face-to-face dialog. This was actually rationalized in the organization and followed their professional logic of being a good comrade and colleague as well as supporting and caring for each other. Although the consequences for the appraised organizational member had been the same (e.g., no promotion), the interpersonal relationship between a superior and their appraised civil servant was not negatively affected. The old performance appraisal system, as it was enacted in practice, was thus a compromise

between different logics (Townley 1997, 2002). However, the new system, especially the 20/80-rule, limited the scope of superiors since rankings have to be communicated and scores have to follow strict rules. This rules caused trouble because superiors did not enact purely on the accountability logic but rather still followed their professional logic.

### Making compromise by establishing a convention

About one year after the new regulation, *CRPA* initiated the first systematic round of conducting performance appraisals. In this first round, superiors had to appraise their middle-level civil servants (simultaneously at every part of *BAND*). Due to the fact that the former way of conducting performance appraisals was no longer amenable, a critical situation for superiors emerged. Since rules are generally incomplete, the question of how to put the new regulation into practice arose among HR staff and superiors. Organizational actors realized this, as we can see in the following statement from one of our interviewees:

Indeed, it is said that you are to abide by the regulation, but you have to learn that in time. Truly, the regulation is one side of the story, but how to put the regulation into practice [...]? Certainly, you have to work along the regulation, but experience shows you which opportunities you have.

Putting the regulation into praxis, however, is an interindividual effort rather than an individual one. Performance appraisal systems in organizations integrate different people within the organization (here, superiors, HR staff members, and personnel managers at the *HR Division*). All of these organizational members (despite being located in different areas of the organization) had to negotiate the rule change and had to establish a shared understanding.

What happened at *BAND* in this phase? Superiors evaluated the new situation, identified problems with the new regulations, and formulated criticisms in daily talks, meetings, written statements, and complaints. In other words, the organization was in turmoil (Hallett 2010). Superiors criticized the new system, for instance, increasing bureaucracy, lowering practicability, and creating the need to coordinate with other superiors when appraisees were in the same reference group. These criticisms did not trigger new reform processes in themselves, but rather are a part of the current reform process which has already been initiated. *BAND* recognized these criticisms and organized different »round tables«, workshops, and conferences. Furthermore, the new performance appraisal system was a topic at the highest hierarchical level beneath the ministry itself. These venues have been used for formulating criticisms and discussing possible solutions. The *HR Division* made some minor adaptations of the formal regulations by issuing new implementing provisions. Thereby, they »absorbed« some of the criticisms.

With these activities, organizational members established a convention of how to conduct performance appraisals. In what follows, we depict the content of this convention and show how different logics are embedded in this convention. Hereby, we will focus on the »20/80-rule« which has engendered massive criticism. Basically, we have identified two ways of how superiors reacted: they did identity work by stressing their »proper role« and they negotiated a compromise between accountability and professional logic on how to perform the appraisal.



### *Stressing the proper role of superiors*

The new 20/80-rule and the need for a detailed ranking of appraised civil servants had a serious consequence: superiors were not able to partially disguise their performance appraisal ratings anymore. The following statement expresses the conflict which had been solved in the old system, but became a problem in the new performance appraisal system:

However, as the boss, I get into trouble, I have to explain that exactly. And I have – when I inform number 17, 18, 19 about their performance appraisal – a huge emotional problem. Formerly, I could write, »Yes, he is in the inferior third«. That was indeed bad, but it didn't let on that he was *the* worst. And that is exactly the different in the new performance appraisal system. As the boss, you have to be straightforward and you have to explain exactly. On the other hand, I have the advantage (there is an advantage) that the good ones, the number 1, 2, 3 are at least seen as what they are: the best three people.

Superiors coped with this problem by using identity work that binds their identity more strongly to the accountability logic (see also Lok 2010; Meyer, Hammerschid 2006). Superiors confirm to each other (and themselves) that the proper role of superiors in performance appraisal systems is to assess and rank their civil servants, even if this is part of directly communicating with their civil servants or not. One superior told us, for instance, that the old performance appraisal system offers the possibility of »avoiding responsibility«, another stressed that there are »only very few [superiors, added by the authors], who have the courage to say, ›you are a bad guy«. However, both cited superiors stressed that *this is exactly the role of superiors in a proper sense*. Following this idea, the new performance appraisal system reminds superiors or – more plainly – forces them to fulfill their role. From this perspective, the ›tightening of the iron cage‹ works, because superiors are forced to enact the accountability logic of the performance appraisal system.

### *Pawn Sacrifice*

Stressing the role of the superior was not the only reaction to coping with the new rule. By establishing average scores with a compulsory distribution over the performance rating scale, the new performance appraisal system limited space for good performance appraisals. Simply stated, every good rating has its bad counterpart. As a brief illustration: a superior has ten civil servants to appraise, the best two (20 per cent) are allowed to have an average score of about 7.5. This could be matched by giving them both a 7.5 or through giving them an 8 and a 7. Following the abstract idea of a performance appraisal system, this decision should be solely based on individual performance. Superiors, however, feel responsible for supporting »their soldiers« to achieve, for instance, by promotion. This requires performance appraisals which are ›good‹ enough (in comparison to others) to get access to social goods distributed by the *HR Division*. Since the 80/20-rule limits good performance appraisals, superiors negotiated a new mechanism: the ›pawn sacrifice‹. By conducting performance appraisals, superiors tried to identify civil servants who were currently not dependent on a good performance appraisal, independent from their individual performance. This offers the opportunity to score other civil servants higher and support their careers. The following quotation illustrates this argument:

You try to bend the system [...]. Well, who has not had a turn for career advancement? That is, a middle-level civil servant, 28 years old, newly given his civil service status, will become upper-level civil servant in 7 years at the earliest. He doesn't need a 7,5 right now. I will explain that to him and say: Hey, you get a 4,0 right now and you have the chance in the next 12 years / six benchmarks, to build yourself up (...). Sure, they are wondering, »Didn't I achieve anything so far?«.

The »pawn sacrifice« – albeit, against the official regulation – is an accepted mechanism used to conduct performance appraisals. It is not an individual interpretation or an individual attempt to extract advantages. Rather, superiors negotiated the legitimate use of pawn sacrifices as a culturally accepted way to put the new regulation into practice. For instance, the new regulation was intensively discussed at a meeting where the superiors and HR staff from a regional division and representatives from the *HR Division* discussed the new performance appraisal system. In this discussion, superiors confirmed each other that this, although not covered by the regulation, is a commonly accepted strategy in conducting performance appraisals. Representatives of the *HR Division* (at this meeting but also through house journals, information letters, etcetera), however, stressed that pawn sacrifices are an applications error). They rhetorically threatened to diminish the use of pawn sacrifices through, for instance, education or tight leadership. This, however, has actually not inhibited superiors from openly confirming to each other in conferences and daily talks that using pawn sacrifices is a legitimate way to conduct performance appraisals. The use of the pawn sacrifice is generalized through negotiation which leads to a relatively stable compromise between different logics. The accountability logic of the performance appraisal system is generally accepted, but superiors strive to support ›their‹ subordinates because of a sense of comradeship and feelings of care (professional logic) (Townley 2002). Thereby, they counteract the basic idea of the performance appraisal system.

### Entrenchment of the compromise

Negotiated results were anchored in a commonly shared understanding of how to conduct performance appraisals and further in written documents (implementation provisions, reports, emails). This process resulted in an organizational performance appraisal convention in which artifacts (written documents) and shared understandings emerged from complexes which frame individual actions (here, in performing performance appraisals). As previous arrangements were no longer operating, the convention enables organizational members to anticipate how to handle the regulation, and in particular to prioritize people in the rankings. Furthermore, it enables them to locate themselves in the organization, and to exercise their roles as superiors. In doing so, the convention reduces insecurity in coordination. At the same time, this stability is a compromise between different institutional logics (Townley 2002), namely between accountability logic (represented mainly by the performance appraisal system) and professional logic (being a good comrade and colleague).

In our case, the new performance appraisal convention at BAND ›works‹ and paves the way for an efficient accomplishment of performance appraisals for the coming years. Organizational members try to avoid the fragility that is still inherent in the convention for as long as possible. For instance, they repeatedly confirm to each other in daily communications, routines, and

rituals that the social order is ›objectively‹ existent and that this order is more or less just and reasonable (Boltanski, Thévenot 2006). These stable times, however, are not enduring. Rather, there are situations in which uncertainty becomes obvious, disturbance prevails, and where people are assailed by doubts (Wagner 1999: 424–425; see also Brunsson 1985: 37–43). This probably will lead to a new reform of the performance appraisal system.

## conclusion

The aim of our research was to understand how organizations internally cope with competing institutional logics. Faced with institutional complexity, as our study shows, organizational members actively search for solutions on how to combine different institutional logics that they are exposed to. Since actors cannot independently interpret and apply the regulation in organizational practices bringing different actors together, organizational members must negotiate shared understandings on how to combine different logics. We found that over time organizational members established a shared understanding about how they make compromises between different logics when they conduct performance appraisals. In order to capture this phenomenon, we use insights from French convention school (Thévenot 1984; Boltanski, Thévenot 1999, 2006), a perspective that is receiving an increasing amount of attention in the field of organizational studies (Cloutier, Langley 2013; Jagd 2011). One core assumption of French convention school is that organizational members handle uncertainty in dealing with regulations by establishing conventions. Conventions impart information on how organizational members shall align conflicting institutional logics. By analyzing this organizational reform, we show how the conflict between different logics is resolved by establishing a convention. The notion of »conventions« improves our understanding of how hybrid practices are employed in organizations. It allows us to, first, describe what a hybrid practices consists of (in order to be employable) and how these practices relate to organizational actors (i.e. the situations in which they are employed), and second, describe how these practices come into existence by the activities of organizational members.

Our case study shows that the new performance appraisal convention at BAND tends to stress the formal responsibilities of superiors and increases the importance of accountability logic, while still recognizing professional logic for conducting appraisals. This outcome may be specific to the circumstances of our case setting and further research would be needed to show what causes variation in reform outcomes. In spite of this, there are also findings that are more general. First, we assume that such compromises can also be found in performance appraisal systems in other public sector organizations, but that there might be specific logics that differ between organizations. This is due to debates (or institutional demands) varying across time and space. Second, our study shows how organizational members negotiate a compromise between different logics after a new ambiguous regulation has been issued. Activities of organizational members such as raising criticism, issuing several implementing provisions, and negotiating shared understandings in daily talks and in conferences, are generally part of establishing compromises between competing logics.

## References

- Beamish, T. D., Biggart, N.W. 2010: Social Heuristics. Decision Making and Innovation in a Networked Production Market. Working Paper 0056, Collaboratory for Research on Global Projects at Stanford University, Stanford, <http://crgp.stanford.edu>.
- Boltanski, L., Thévenot, L. 1999: The Sociology of Critical Capacity. *European Journal of Social Theory*, 2(3): 359–377.
- Boltanski, L., Thévenot, L. 2006: *On Justification: Economies of Worth*. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
- Brunsson, N. 1985: *The Irrational Organization. Irrationality as a Basis for Organizational Action and Change*. Avon, UK: Bath Press.
- Cloutier, A., Langley, A., 2013: The Logic of Institutional Logics: Insights from French Pragmatic Sociology. *Journal of Management Inquiry*, forthcoming (online first already available).
- Crozier, M., Friedberg, E. 1977: *Actors and Systems*. Chicago: Chicago University Press.
- Cyert, M., March, J. G. 1963: *A Behavioral Theory of the Firm*. Englewood-Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Eymard-Duvernay, F. 2002: Conventionalist Approaches to Enterprise. In O. Favereau, E. Lazega (Eds.), *Conventions and Structures in Economic Organization. Market, Networks and Hierarchies: 60–78*. Celsdenham, UK; Northampton, MA, USA: Edward Elgar.
- Flick, U. 2000: Episodic Interviewing. In M. W. Bauer, G. D. Gaskell (Eds.), *Qualitative Researching with Text, Image and Sound: 75-92*. London: Sage.
- Friedland, R., Alford, R. R. 1991: Bringing society back in : Symbols, Practices, and institutional Contradictions. In Powell, W. W., P. J. DiMaggio (Eds.), *The new Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago : University of Chicago Press, 232–266.
- Gomez, P.-Y., Jones, B. C. 2000: Conventions: An Interpretation of Deep Structures in Organizations. *Organization Science*, 11, 696–708.
- Greenwood, R., Raynard, M., Kodeih, F., Micelotta, E. R., Lounsbury, M. 2011: Institutional Complexity and Organizational Responses. *Academy of Management Annals* 5(1): 317–371.
- Grote, D. 2000: Public Sector Organizations. *Today's Innovative Leaders in Performance Management. Public Personnel Management*, 29(1): 1–20.
- Hallett, T. 2010: The Myth Incarnate: Recoupling Processes, Turmoil, and Inhabited Institutions in an Urban Elementary School. *American Sociological Review*, 75(1): 52–74.
- Jagd, S. 2011: Pragmatic Sociology and Competing Orders of Worth in Organizations. *European Journal of Social Theory*, 14(3), 343–359.
- Kozica, A., Kaiser, S., Friesl, M. (2014). Organizational routines: Conventions as a source of change and stability. *Schmalenbach Business Review (sbr)*, 66, 334–356.
- Kozica, A., Brandl, J. 2015: Handling paradoxical tensions through conventions: The case of performance appraisal, *Zeitschrift für Personalforschung (ZfP)*, 29(1), 49–68.
- Lazega, E., Favereau, O. 2002: Introduction. In O. Favereau, E. Lazega (Eds.), *Conventions and Structures in Economic Organization. Market, Networks and Hierarchies: 1–28*. Celsdenham, UK; Northampton, MA, USA: Edward Elgar.
- Lok, J. 2010: Institutional Logics as Identity Projects. *Academy of Management Journal*, 53(6), 1305–1335.
- Meyer, M.W., Gupta, V. 1994. The Performance Paradox. *Research in Organizational Behavior*, 16: 309–369.
- Meyer, R. E., Hammerschmid, G. 2006: Changing Institutional Logics and Executive Identities: A Managerial Challenge to Public Administration in Austria. *The American Behavioral Scientist*, 49: 1000–1014.
- Moynihan, D. P. 2008. *The Dynamics of Performance Management: Constructing Information and Reform*, Washington D.C.: Georgetown University Press.
- Pache, A., Santos, F. 2010: When Worlds Collide: The Internal Dynamics of Organizational Responses to Conflicting Institutional Demands. *Academy of Management Review*, 35(3), 455–476.
- Thévenot, L. 1984: Rules and Implements: Investments in Forms. *Social Science Information*, 23(1): 1–45.

- Thévenot, L. 2001a: Organized Complexity: Conventions of Coordination and the Composition of Economic Arrangements. *European Journal of Social Theory*, 4(4): 405–425.
- Thévenot, L. 2001b: Pragmatic Regimes Governing the Engagement with the World. In K. Knorr-Cetina, T. Schatzki, E. Savigny (Eds.), *The Practice Turn in Contemporary Theory*: 56-73. London: Routledge.
- Thiel, S. v., Leeuw, F. L. 2002: The Performance Paradox in the Public Sector. *Public Performance and Management Review*, 25(3): 267–281.
- Thornton, P. H., Ocasio, W., Lounsbury, M. 2012: *The Institutional Logic Perspective. A New Approach to Culture, Structure, and Process*. Oxford: Oxford University Press.
- Tichy, N. M., Fombrun, C. J., Devanna, M. A. 1982: Strategic Human Resource Management. *Sloan Management Review*, 23(2): 47–61.
- Townley, B. 1997: The Institutional Logic of Performance Appraisal. *Organization Studies*, 18(2): 261–285.
- Townley, B. 1999: Practical Reason and Performance Appraisal. *Journal of Management Studies*, 36(3): 287–306.
- Townley, B. 2002: The Role of Competing Rationalities in Institutional Change. *Academy of Management Journal*, 45(1): 163–179.
- Wagner, P. 1999: After Justification: Repertoires of Evaluation and the Sociology of Modernity. *European Journal of Social Theory*, 2(3): 341–357.
- Zeitz, G., Mittal, V., McAulay, B. 1999: Distinguishing Adoption and Entrenchment of Management Practices: A Framework for Analysis. *Organization Studies*, 20(5): 741–776.

# Die Économie des conventions und der Institutional Logics-Ansatz im Vergleich

Rainer Diaz-Bone

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Die krisenhafte Pluralität und die praktische Krise der institutionellen Routinen und Koordinationslogiken« – organisiert von Rainer Diaz-Bone*

Mit der Économie des conventions (im Folgenden EC) sowie dem Institutional Logics-Ansatz (im Folgenden IL-Ansatz) liegen institutionalistische Perspektiven für die Analyse von Koordinationslogiken vor.

Die EC wurde über die letzten drei Jahrzehnte hinweg von heterodoxen Wirtschaftswissenschaftlern im Raum Paris entwickelt (Favereau, Lazega 2002; Eymard-Duvernay 2006a, 2006b; Diaz-Bone (2011), Diaz-Bone, Salais 2011). Die Hauptvertreter und anfänglichen Entwickler dieses Ansatzes sind François Eymard-Duvernay, Olivier Favereau, André Orléan, Robert Salais und Laurent Thévenot. Die EC wurde erweitert zu einer wesentlich breiteren, sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsbewegung, die im Zentrum der neuen französischen Sozialwissenschaften steht und heute den prominentesten Bereich der neuen französischen Wirtschaftssoziologie repräsentiert. Seit den 1980er und 1990er Jahren liegen die grundlegenden Monographien (Storper, Salais 1997; Boltanski, Thévenot 2007) vor und es ist eine zweistellige Zahl an Sammelbänden sowie an Zeitschriftenausgaben zur EC erschienen (Diaz-Bone 2015).

Der von Patricia H. Thornton, William Ocasio und Michael Lounsbury entwickelte IL-Ansatz ist ebenfalls über die letzten drei Jahrzehnte entstanden, dies allerdings im Kontext des US-amerikanischen Neoinstitutionalismus, und ist entsprechend durch die kulturalistisch-soziologische Theorietradition des Neoinstitutionalismus geprägt. Der IL-Ansatz kann ebenfalls als ein aktueller institutionentheoretischer Beitrag angesehen werden, der insbesondere mit programmatischen Publikationen der letzten Jahre klarer zu konturieren versucht wird (Thornton et al. 2012; Cloutier, Langley 2013; Lounsbury, Boxenbaum 2013a, 2013b).

Die Motivlage, gerade diese beiden Ansätze heranzuziehen, ist dadurch gekennzeichnet, dass der IL-Ansatz sich nun auch auf eine Grundlage der EC bezieht und sich insbesondere in der deutschsprachigen Sozialwissenschaft erste Schritte in Richtung eines systematischeren Vergleichs und einer vergleichenden Rezeption ergeben haben. Ein kritischer Vergleich und eine kritische Prüfung von Rezeptionen und Integrationen des je anderen Ansatzes fehlen noch.

Insgesamt soll hier in vergleichender Perspektive den Austausch zwischen IL und EC befördert werden und auch besser begründbar machen, warum man dies tun sollte. Aber es liegen

auch fundamentale Differenzen vor, die einfachen »Synthesen« im Wege stehen, wenn die jeweilige konzeptionelle, epistemologische und methodologische Integrität dieser beiden Ansätze nicht in Frage gestellt werden soll. Die Vergleichsperspektive kann aber auch ein Verständnis dafür zu Tage fördern, warum es diese Formen von institutionentheoretischen Bewegungen sind, die derzeit verhandelt werden.

## Theoriekulturen

Beide Wissenschaftsbewegungen weisen keine präzise strukturierten Theoriearchitekturen auf. Aber es handelt sich auch jeweils nicht um solche Ansätze, die nur um ein Konzept organisiert sind – wie dem der Konvention oder dem der Institutional Logics. Stattdessen sind ihre Theoriekulturen durch einige Eigenheiten gekennzeichnet.

- (1) Es sind oberflächlich besehen Konzeptnetzwerke, die jeweils mehrere Konzepte vernetzen; derzeit werden zuerst diese Konzepte rezipiert, was zu Missverständnissen führen kann, wenn man die folgende Eigenheit nicht beachtet.
- (2) Diese Konzeptnetzwerke werden auf einer tieferen Ebene durch eine weitergehende relative Kohärenz ausgestattet, weil sie in weitere Theoriebewegungen eingebettet sind. Die EC integriert die in Frankreich seit Jahrzehnten präsenten Wissenschaftsparadigmen des Strukturalismus und Pragmatismus. Der IL-Ansatz stellt sich in die Reihe des soziologischen Neoinstitutionalismus, der selbst stark durch eine Webersche Denkweise, durch eine kulturalistische sowie dann auch durch eine strukturalistische Perspektive angetrieben worden ist. All diese Bezüge sind zu einem Teil implizit geblieben. Ihre Kenntnis ist aber wichtig, nicht nur für Fragen des Vergleichs, der Synthese oder der jeweiligen Kritik.
- (3) Mit wenigen Ausnahmen liegen eigentlich keine Theorie-Monographien vor, es sind zumeist Sammelbände mit Aufsätzen und dann vor allem Anwendungen, in denen die Konzepte angewendet werden und in dieser Anwendung auf ihren Gehalt, ihre Präzision und ihre Passung zu anderen Konzepten beobachtet werden können. Auch die vorhandenen Theorie-Monographien sind nicht ohne die eben aufgeführten Einbettungen verständlich und diese Einbettungen laufen in diesen kontinuierlich als Bezüge mit.

Beide Ansätze sind daher am besten als Bewegungen zu begreifen, die Inkohärenzen »an den Rändern« und eine höhere interne Kohärenz um die Kernkonzepte herum aufweisen. Die Kohärenz kommt wesentlich durch die Theoriepolitiken, die Methodenkultur und die Erklärungslogiken zustande.

## Theoriepolitiken

Beide Ansätze wollen umfassende sozio-ökonomische Analysen ermöglichen, die nicht nur Mikroanalyse oder Makroanalysen sind. Wichtig ist, dass die Theoriepolitik gegen monistische Perspektiven ausgerichtet ist und stattdessen die Ausarbeitung einer pluralistischen Theorie der

Koordination verfolgt hat. Sowohl Konventionen, Formen, Intermediäre in der EC als auch institutionelle Systeme und die sie strukturierenden Logiken sind nicht nur jeweils in verschiedenen Ausprägungen empirisch rekonstruiert worden, sie wurden auch in verschiedenen pluralen Konstellationen untersucht, sei es in Form von strukturellen konflikträchtigen Konstellationen, sei es in kompromissartigen Gebilden. Sowohl für die EC also auch für den IL-Ansatz ist damit geradezu erwartbar, dass sie keine Globaldiagnosen vorlegen, etwa in der Weise, dass es einen generellen Trend hin zu zunehmender Rationalisierung der Ökonomien gäbe oder dass es nur ein ökonomisches Prinzip gäbe, das im Wechselverhältnis zu anderen Prinzipien zu studieren sei. Alle diese identifizierten Konventionen und Institutional Logics sind Strukturprinzipien der Ökonomie und alle sind es zugleich, wobei sie in verschiedenen sozio-historischen Regionen in verschiedenen Konstellationen vorliegen.

Beide Ansätze haben eine Art Grammatik für ihre Konzepte von Konvention und Institutional Logics vorgelegt. Diese liegen in tabellarischer Form vor. Allerdings hat nur der EC-Ansatz auch allgemeinere Prinzipien erarbeitet, die identifizieren helfen, was prinzipiell eine Konvention (Produktionswelt bzw. Rechtfertigungsordnung) sein kann. Das System der Institutional Logics basiert auf einer Recherche aus der existierenden neoinstitutionalistischen Forschung, aber hier sind die Fragen der Organisation des Systems der Institutional Logics sowie dessen Vollständigkeit anstellig.

Eine Bemerkung erscheint wichtig zu dem Begriff der Metatheorie, den der IL-Ansatz zur eigenen Kennzeichnung eingeführt hat. Tatsächlich gibt es so eine Art »all-inclusive-Anspruch«, der durch den IL-Ansatz vertreten wird, der erkennbar wird, nachdem die Defizite vorlaufender neoinstitutionalistischer Ansätze diskutiert worden sind. Ausführlich wird in grundlegenden Arbeiten des IL-Ansatzes dargelegt, wie man alle diese Probleme löse und dass danach im Grunde jedwede Institutionenanalyse bzw. Analyse institutioneller Systeme möglich sei. Es entsteht doch der Eindruck, dass mit der Rede von Metatheorie sowie auch anhand der zum Teil kaum gerechtfertigten Kritik an vorlaufenden Neoinstitutionalismen sich der Anspruch artikuliert, eine Führungsposition im Feld der Institutionentheorien einnehmen zu wollen.

Von Beginn an haben die neuen französischen Sozialwissenschaften die sozialwissenschaftliche Analyse der Bedeutung, die die Objekte, die Dinge und die Technologien für die Koordination haben, theoretisch konzipiert und dafür Kategorien entwickelt. Hier sind insbesondere die andere Wissenschaftsbewegung der Actor network theory (ANT) und dann auch die EC in Frankreich die wichtigsten beitragenden Ansätze. Dagegen ist im IL-Ansatz zwar viel die Rede von der Einbeziehung des Materiellen, womit aber lediglich die Einbeziehung der Handlungspraktiken und nicht die Einbeziehung der Objekte, der Dinge und der Technologien gemeint ist. Deren Konzipierung ist bislang unterentwickelt.

Dennoch beziehen beide Ansätze gemeinsam wesentliche Aspekte institutionentheoretischer Analyse in innovativer Weise mit ein, wie die Bedeutung der Formen kollektiver Kognition. Beide Ansätze verfügen zwar über Zentralkonzepte, aber man würde fehlgehen, wenn man diese als allein determinierende, erklärende Sachverhalte ausmachen wollte.

Für den Vergleich ist letztlich bemerkenswert, dass sowohl die EC als auch der IL-Ansatz sich im Spannungsfeld der beiden Megaparadigmen des Strukturalismus und des Pragmatismus bewegen, was praktisch heißt, dass sie Konzepte für Handlungskapazitäten (agency, Kompeten-



zen), für Prozesse und Konstruktionen einerseits mit tiefer liegenden Strukturen wie Konvention oder Institutional Logics andererseits zu verbinden suchen.

## Methodenkulturen

Was sind die Methodologien und Methodiken für diese kombinierte Art der Analyse von Praxisformen und Strukturen? Was auffällt ist, dass der IL-Ansatz über keine organisierte Basis an Methoden und auch nicht über explizierte Forschungspraktiken verfügt. Hier fehlt auch die Reflexion der eigenen epistemologischen Praxis, die die forschungspraktischen Entscheidungen und die Konstruktion des Gegenstandes fundiert. Diese Schwäche teilt der IL-Ansatz mit dem soziologischen Neoinstitutionalismus amerikanischer Prägung insgesamt. Tatsächlich gibt es aber eine empirische Forschungspraxis, die eher eklektisch Methoden heranzieht, um dann interpretativ auf die Existenz von Institutional Logics als Koordinationslogiken und Strukturprinzipien für institutionelle Systeme zu schließen. Eklektizismus ist regelmäßig deshalb problematisch, weil den Methoden theoretische Annahmen unterliegen und sie selbst Auswirkungen auf den Datenerhebungsprozess haben, die dann unbemerkt oder einfach implizit bleiben. Bereits der vorlaufende soziologische Neoinstitutionalismus hatte im engeren Sinne keine eigenständige Methodologie und kein eigenes methodisches Instrumentarium. Dessen Methodenkultur sowie die des IL-Ansatzes sind in den meisten Fällen durch eine Kombination von herkömmlichen qualitativen Verfahren und theoriegeleiteter Diagnose gekennzeichnet. Selten findet man eine Verwendung von statistischen Daten, die dann aber zumeist nicht selbst erhoben sind.<sup>1</sup> Wenn diese Einschätzung zutrifft, dann kann der IL-Ansatz gegenwärtig eher als ein Rekonstruktionsversuch und nicht zuerst als ein empirisches Forschungsprogramm aufgefasst werden.

Die EC hat dagegen mit der französischen Epistemologie sowie der Bourdieuschen Soziologie einen einflussreichen Anknüpfungspunkt gehabt. Auch wenn ein Gründungsmoment der EC der Bruch mit den Bourdieuschen Konzepten Feld und Habitus war und insbesondere die ANT auch mit der Epistemologie Gaston Bachelards gebrochen hat – dies unter Berufung auf die Epistemologie von Michel Serres – so haben die frühen Studien zur Analyse der Äquivalenzkonventionen in den Berufskategorien doch die Notwendigkeit einer kombiniert pragmatisch und strukturalistisch ansetzenden eigenen Methodologie bewusst werden lassen. Bis heute finden sich viele empirische Analysen der EC, die daher ethnographisch und korrespondenzanalytisch vorgehen, die also die praktischen Koordinationsformen und deren Strukturbeziehungen zu Kategorien und Dispositiven untersuchen. Hier werden nicht nur qualitative mit quantitativen Verfahren kombiniert; worauf es ankommt ist, dass es eine methodologische Reflexion der Eigenschaften der Verfahren gibt, die daraufhin erfolgt, wie sie die Integrität der praktischen Forschungsprozesse nicht nur nicht riskiert, sondern auch umsetzen hilft. Gerade hier ist ein Moment der EC zu identifizieren, das deren weitreichende Kohärenz verständlich macht.

---

<sup>1</sup> Und man muss die Kooperationen zwischen Netzwerkanalitikern und Neoinstitutionalisten hier als Ausnahmen betrachten (wie die zwischen Walter Powell, James Moody, Jason Owen-Smith und Douglas White, siehe White et al. 2004).

## Erklärungslogiken

Was diese beiden Ansätze aber als aktuell auszeichnet sind ihre spezifischen Erklärungsformen. Beide distanzieren sich von top-down und bottom-up Erklärungslogiken, damit von beiden klassischen Positionen des methodologischen Individualismus und des methodologischen Holismus. Beide setzen zwar bei ihren Zentralkonzepten an, führen aber dann von Dynamiken, Krisen und Konfrontationen sowie von stabilen institutionellen Strukturen hin auf die jeweiligen Konstellationen von Strukturprinzipien und Handlungsformen. Dabei wird nicht vorab entschieden, was wirkende und was bewirkte soziale Sachverhalte sind, was einer klassischen Kausalanalyse a priori Grenzen setzt. Dennoch werden Wirkungen und Verursachungen zu identifizieren versucht. Dies aber, indem man bei den Konstellationen in Situationen ansetzt und aus dem Verhältnis von Strukturen und Praxisformen heraus die Momente der Ermächtigungen und Ermöglichungen rekonstruiert. Sind Studien über die Zeit angelegt, was zumindest Jahrzehnte bedeutet, so können diese Dynamiken in Branchen, Feldern, Ökonomien eben daraufhin fokussieren, was die Bruchpunkte, die krisenhaften Momente und die Momente des Kippens von Ordnungen dort sind. Hier ist der diachrone Vergleich die methodologische Strategie. Aber auch synchron ländervergleichende, Felder vergleichende oder Fall vergleichende Studien sind vorgelegt worden. Diese vergleichende Perspektive hilft eben, diese pragmatisch-strukturalen Konstellationen zu identifizieren und zu verstehen, warum sie in Bewegung geraten.

Man muss einfach festhalten, dass die hier diskutierten Wissenschaftsbewegungen in dieser Erklärungslogik eine weitere Gemeinsamkeit haben. Diese setzt situativ bei Konstellationen an, um im Grunde ex-post zu rekonstruieren, wer und was für die institutionellen Dynamiken verantwortlich ist. Aber wichtige Unterschiede bestehen dennoch.

Der IL-Ansatz verwendet ein Mehrebenenmodell, wohingegen die EC die Reichweite von Koordinationslogiken an die Stelle eines Mehrebenenmodells setzt. Bei dem IL-Ansatz kommt das Problem auf, dass mit einem Mehrebenenmodell auch anzugeben ist, wie die Mediationen zwischen den verschiedenen Ebenen erfolgen kann und ob mit den Ebenen auch verschiedene Ontologien verbunden sind. Bei dem Verzicht auf ein Ebenendenken kommt das Problem auf, wie man die zeitlich-räumliche Reichweite von Koordinationsformen erklärt. Diese Probleme werden praktisch in den Anwendungen verhandelt, ihre Lösung wird nicht theoretisch vorweggenommen.

## Fazit: Warum Vergleich und wechselseitige Rezeption?

Am Ende kann man versuchen, anhand einiger Aspekte ein Fazit zu ziehen.

- (1) Beide Ansätze haben gemeine »strategische« Anliegen (Pluralismus als Position, umfassende sozio-ökonomische Analyse, Vermittlung von Pragmatismus und Strukturalismus).
- (2) Beide lassen sich interpretieren als Beiträge zur »economy-and-culture«-Perspektive in der Wirtschaftssoziologie.

- (3) Bislang hat die Rezeption jeweils nicht richtig begonnen, was an der fehlenden Aufmerksamkeit der EC für den IL-Ansatz sowie den fehlenden Übersetzungen wichtiger Beiträge der EC ins Englische liegt.
- (4) Der Eklektizismus des IL-Ansatzes riskiert die interne Kohärenz und auch einen »Konzeptpositivismus«.
- (5) Die EC hat sich zu lange auf den Raum Paris konzentriert und vorrangig französische Publikationen vorgelegt (Eigenbezogenheit der französischen Sozialwissenschaften) und damit ihre internationale Rezeption nicht befördert.
- (6) Die Internationalisierung beider Ansätze wäre Gelegenheit, wechselseitige Kritikpunkte zu identifizieren, aber auch wechselseitige Steigerungsmöglichkeiten herauszuarbeiten.

## Literatur

- Boltanski, L., Thévenot, L. 2007: Über die Rechtfertigung. Hamburg: Hamburger Edition.
- Cloutier, C., Langley, A. 2013: The logic of institutional logics: Insights from French pragmatist sociology. *Journal of Management Inquiry*, 20. Jg., Heft 10, 1–21.
- Diaz-Bone, R. 2015: Die »Economie des conventions«. Grundlagen und Entwicklungen der neuen französischen Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- Diaz-Bone, R. (Hg.) 2011: Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie. Frankfurt am Main: Campus.
- Diaz-Bone, R., Salais, R. (Hg.) 2011: Conventions and institutions from a historical perspective (special issue). *Historical Social Research* 36 (4). Verfügbar über: <http://www.gesis.org/hsr/archiv/2011/364-conventions-institutions/> (Letzter Abruf 12. Juni 2015)
- Eymard-Duvernay, F. (Hg.) 2006a: L'économie des conventions. Méthodes et résultats. Band 1: Débats. Paris: La Découverte.
- Eymard-Duvernay, F. (Hg.) 2006b: L'économie des conventions. Méthodes et résultats. Band 2: Développements. Paris: La Découverte.
- Favereau, O., Lazega, E. (Hg.) 2002: Conventions and structures in economic organization. Markets, networks, hierarchies. Cheltenham: Edward Elgar.
- Lounsbury, M., Boxenbaum, E. (Hg.) 2013a: Institutional Logics in Action, Part A. Bingley: Emerald Group.
- Lounsbury, M., Boxenbaum, E. (Hg.) 2013b: Institutional Logics in Action, Part B. Bingley: Emerald Group.
- Storper, M., Salais, R. 1997: Worlds of production. The action frameworks of the economy. Cambridge: Harvard University Press.
- Thornton, P., Ocasio, W., Lounsbury, M. 2012: The institutional logics perspective: A new approach to culture, structure and process. Oxford: Oxford University Press.
- White, D., Owen-Smith, J., Moody, J., Powell, W. 2004: Networks, fields and organizations: Micro-dynamics, scale and cohesive embeddings. In *Computational and Mathematical Organization Theory*, 10. Jg., 95–117.

Ad-hoc-Gruppe »Die Relationale Soziologie zwischen Latour und White –  
Verbindungslinien und Abgrenzungszonen«  
- organisiert von Henning Laux, Sophie Mützel und Marco Schmitt

# Was ist eine Assoziation?

Joost van Loon und Laura Unsöld

## *Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Die Relationale Soziologie zwischen Latour und White – Verbindungslinien und Abgrenzungszonen«*

Die Frage nach dem Sozialen und seinen jeweiligen Charakteristiken kann wohl als eine – wenn nicht als die – grundlegendste Frage der Soziologie betrachtet werden. Dass jedoch hierauf eine eindeutige soziologische Antwort im kuhn'schen Sinne der *Normalen Wissenschaft* (Kuhn 1976: 44) existiert, ist aber nicht der Fall. Vielmehr gestaltet sich das soziologische Wissensfeld als eine Landschaft parallel existierender und miteinander konkurrierender Paradigmen, welche die Frage nach dem Sozialen jeweils eigenständig zu beantworten wissen. Diese Paradigmen sind entstanden, weil sich die Soziologie aufgrund zweier ganz unterschiedlicher Arten der Metaphysik entwickelt hat: Dualismus und Monismus.

Aufgrund seiner Wurzeln in der kant'schen und hegel'schen (und von Platon abgeleiteten) modernen Philosophie geht eine dualistische Soziologie davon aus, dass es eine Verdopplung der Realität gibt: Auf einer Seite versucht man, eine idealisierte Essenz (oder Logik), die sich zum Beispiel als Gesetze der Kausalität (Durkheim) oder als Idealtypen (Weber) erkennen lässt, zu entdecken; auf der anderen Seite gibt es eine scheinbare Wirklichkeit, die aber empirisch erfassbar, weil sie erfahrbar ist, aber trotzdem trügerisch sein kann, weil sie immer von ihrem wahren Sinn entkoppelt werden kann. Aus diesem Zwiespalt entsteht dann das Soziale als eine Dualität: sie besteht aus Ideen (Meinungen, Normen, Werte) und aus *tatsächlichen* Handlungen. Durkheims *Regeln der Soziologischen Methoden* (1961) könnte man als das Grundwerk dieser soziologischen Denkart sehen. Dabei muss aber bemerkt werden, dass seine positivistische *Lösung* der Dualität auf keinen Fall durch alle dualistisch-geprägten soziologischen Strömungen geteilt worden ist.

Eine monistische Soziologie ist in der Metaphysik Spinozas verwurzelt, findet aber auch Resonanz mit den Philosophien von zum Beispiel Leibniz und Nietzsche. Sie verweigert grundsätzlich eine Spaltung der Realität in Essenz und Erscheinung, Konzept und Erfahrung oder Idee und Wirklichkeit. Stattdessen behauptet sie, dass Sinn und Handlung empirisch untrennbar sind (weil Denken auch Handeln ist) und wir Abstraktionen der Wirklichkeit (mittels theoretischen Reflektionen) nur als Teil der Wirklichkeit verstehen können. Wichtig dabei ist das Prinzip der Nichtreduzierbarkeit (Latour 1988): Was sich als Ereignis ergibt, darf nicht als Epiphänomen auf

etwas Tieferes und Verborgenes und deswegen Nichterfahrbares (zum Beispiel *soziale Tatsachen*) reduziert (*weg-erklärt*) werden. Der Soziologe, der sich am Anfang der Disziplin am meisten mit dieser Denkart beschäftigt hat, war Gabriel de Tarde. Sein Buch *Gesetze der Nachahmung* (2009a) könnte als Grundwerk der monistischen Soziologie gesehen werden.

Diese zwei soziologischen Denkartarten bezogen sich zudem explizit aufeinander, was wiederum als ein *Paradigmenkrieg* verstanden werden kann. In einer berühmten Debatte an der Collège de France in 1903 wurde sofort klar, dass sich beide gar nicht verstehen konnten und wollten (Viana Vargas et al. 2012). Obwohl Durkheim als klarer Sieger dieser Debatte gesehen werden könnte, weil er danach die Disziplin der Soziologie viel mehr als Tarde geprägt und bestimmt hat, ist die tard'sche Soziologie momentan wieder im Aufschwung (und mittlerweile als *Tardemanía* abgewertet worden). Bruno Latour hat mehrere Male behauptet (zum Beispiel 2002, 2005, 2012), dass er seine eigene Soziologie der Akteur-Netzwerk-Theorie (ohne sich dessen bewusst zu sein) eigentlich auf die tard'sche Denkart begründet habe.

Obwohl diese zum Großteil innerhalb der dualistischen Tradition geblieben ist, gibt es innerhalb der Soziologie noch eine zweite Spaltung, die bei ihrer Gestaltung mittels bestimmter Kontroversen (Structure/Agency, Materialismus/Idealismus, analytisch/hermeneutisch, quantitativ/qualitativ, theoretisch/empirisch, makro/mikro usw.) immer wieder implizit auf die metaphysischen Grenzen des Dualismus zurückverweist. Diese Spaltung existiert zwischen strukturorientiertem und prozessorientiertem Denken.

Strukturorientiertes Denken hat die Soziologie bisher stark dominiert. Um zu erklären, dass menschliches Verhalten bestimmte Häufigkeiten und Regelmäßigkeiten aufzeichnet, verweist dieses Denken auf Kräfte, die wie Regeln oder Gesetze soziales Handeln anstoßen, prägen oder sogar erzwingen und damit eine bestimmte Ordnung gestalten. Oft wird dabei davon ausgegangen, dass sich bestimmte Strukturelemente auch bei den Individuen selbst zeigen: zum Beispiel Gender, Lebensalter, Ethnizität oder Klasse.

Prozessorientiertes Denken dagegen hat eine andere Konzeption der Regelmäßigkeit. Anstatt dies als eine schon-existierende Logik zu betrachten, geht es davon aus, dass Regelmäßigkeiten aus den Handlungen der Menschen in Bezug zueinander entstehen. Für eine prozessorientierte Soziologie entstehen diese Regelmäßigkeiten aber nicht in den Köpfen der individuellen Menschen, sondern *interaktiv*. Obwohl es vielleicht nur während der frühen Jahre der Chicago School eine ebenso starke Präsenz hatte wie die strukturorientierte Soziologie, ist prozessorientiertes Denken immerhin eine wichtige Säule der modernen, westlichen Soziologie.<sup>1</sup>

Auch dieser Beitrag beschäftigt sich mit einer Kontroversen, welche die gesamte Soziologie schon seit ihrem Entstehen gekennzeichnet hat: wie sollte man das Soziale betrachten: als Verflechtungsstrukturen oder als Handlungsströme? Dabei wird auch eine Hoffnung impliziert, nämlich dass relative aktuelle Ansätze, die im Nachhinein unter Labels wie *Relationale Soziologie* und *empirische Netzwerkanalyse* versammelt wurden, empirisch-fundierte theoretische Innovationen ermöglichen, womit man diese Kontroversen letztendlich auflösen könnte.<sup>2</sup>

---

1 Die Einführung in die Allgemeine Soziologie von Albury Woodbury Small (1905) ist ein sehr gutes Beispiel davon, weil er fast ausschließlich prozessorientierte Erklärungsansätze bespricht.

2 Hier werden *Relationale Soziologie* und *Empirische Netzwerkforschung* nicht weiterhin differenziert und nur als exemplarisch für eine bestimmte Art der soziologischen Lösung des Problems der Trennung zwischen

## Die Relationale Soziologie

Als eines für die Entwicklung des relationalen Paradigmas grundlegendes Werk kann hierbei das »*Manifesto for Relational Sociology*« von Mustafa Emirbayer (1997) angesehen werden.<sup>3</sup> Ausgangspunkt Emirbayers Diskussion bildet hierbei die Gegenüberstellung von substantilistischen und relationalistischen Ansätzen (Emirbayer 1997: 282–291; Häußling 2010: 70). So argumentiert Emirbayer, dass die bisherigen substantialistischen Ansätze in der Soziologie ausschließlich von fest agierenden Entitäten ausgegangen sind – sich also entweder mit Akteuren oder Strukturen auseinandergesetzt haben. Im Gegensatz hierzu bestimmt Emirbayer eine relational orientierte Soziologie als eine sich auf prozessuale Vorstellungen und relationale Muster beziehende Forschung (Emirbayer 1997: 289; Holzer 2006: 74). Hierdurch verschiebt sich der Fokus im Falle der *Relationalen Soziologie* somit von festen, agierenden Entitäten hin zu relativen, sich ständig wandelnden Entitäten und deren Dynamiken.<sup>4</sup> Die sich aus diesem Perspektivwechsel ergebenden neuen Untersuchungsgegenstände – in Form von Beziehungen, Beziehungsgefügen und Netzwerkstrukturen – lassen somit neue Forschungsfragen aufkommen, die wiederum neue Methoden und Analyseverfahren zu ihrer Abbildung und Erklärung benötigen (Emirbayer 1997: 298–303).<sup>5</sup>

Die von Emirbayer beschriebene neue Ausrichtung und Fokussierung der Relationalen Soziologie kann darüber hinaus auch bei anderen relationalen Theoretikern wie Donati (2010) und Crossley (2010) und deren Beschreibung einer Relationalen Soziologie vorgefunden werden. In einem bisher noch recht undefinierten und uneinheitlichen Feld<sup>6</sup> der Netzwerkforschung und -theorie kann somit die Untersuchungseinheit in Form der dynamischen Beziehungsgefüge zwischen Entitäten als der alle relationalen Ansätze verbindende Aspekt angesehen werden (Donati 2010: 25–27; Häußling 2010: 63). Zudem positioniert sich eine solche Perspektive auf einer »intermediäre[n] Ebene« (Holzer 2006: 74) zwischen den bisher existierenden akteur- bzw. strukturzentrierten Paradigmen.

---

Struktur und Prozess aufgeführt. Empirische Netzwerkforschung ist vor allem als eine methodologische Weiterentwicklung der relationalen Soziologie zu verstehen.

3 Auch wenn eine explizite Entwicklung eines relationalen Paradigmas erst in den vergangenen drei Jahrzehnten innerhalb der Soziologie zu beobachten ist, so sind relationale Ansätze keinesfalls den Klassikern der Soziologie fremd gewesen. Daher lassen sich bereits in den Theorien von insbesondere Marx, Simmel, Weber oder auch Elias die Idee des Relationalen als basale Einheit des Sozialen vorfinden (vgl. Emirbayer 1997: 288; Donati 2010: 5–7; Häußling 2010: 63–70).

4 Für eine monistische Soziologie ist diese Auffassung völlig überflüssig: Entitäten sind Entitäten und die Differenzierung zwischen »fest« und »relativ« setzt eine bestimmte Idee von Essenz voraus, die empirisch nicht nachvollziehbar ist. Damit wird auch klar, dass der von Emirbayer vorgesehene Perspektivenwechsel auf das Problem der Spaltung von Theorie und Empirie nur begrenzte Wirkung haben kann.

5 Dabei muss angemerkt werden, dass Emirbayer selbst weder eine theoretische noch eine empirische Analyse der Konzipierung des Begriffs der *Beziehung* ausarbeitet. Es ist nicht klar, ob es hier um eine Art *Kommunikation* wie bei der Systemtheorie, *Machtverhältnisse* wie bei Weber oder Foucault, *Intersubjektivität* wie bei Symbolischem Interaktionismus, eine *Dialektik* wie beim Marxismus oder eine »Assemblage« wie bei Deleuze und Guattari (1988) geht.

6 Ein Beispiel für die immer noch existierende Uneinheitlichkeit im Falle eines relationalen Paradigmas wird allein schon durch die Existenz bzw. Notwendigkeit von Crossleys Werk *Towards Relational Sociology* (2010) deutlich. Denn es besteht immer noch der Bedarf eines einheitlichen relationalen Vokabulars, wie Crossley durch den Versuch der Formulierung eines solchen deutlich macht.

Betrachtet man an dieser Stelle einmal die Relationale Soziologie in Hinsicht auf ihre Aspekte der Theorie-Empirie-Verschrankung, so kann eine solche Beziehung bereits in der Entstehung der relationalen Theorie selbst gesehen werden. So ist die Entwicklung der Relationalen Soziologie als ein Ergebnis des Einflusses von empirischer Forschung auf die Begründung soziologischer Theorie (vgl. Merton 1995a) zu sehen, wenn man den relationalen Ansatz als die Umsetzung »der theoretischen Implikation [die sich] durch die Methoden der Netzwerkanalyse ergeben« (Häußling 2010: 63) beschreibt. Genauer kann hierbei das Theorie-Empirie-Verhältnis mit dem von Merton beschriebenen Prozess der »*Setzung neuer Schwerpunkte*« (Merton 1995a: 100) ausgedrückt werden. Hierunter wird von Merton die Tatsache verstanden, dass es gerade neue Forschungstechniken und -methoden sind, die zur Generierung neuer, zuvor nicht vorhandener Daten und hierdurch zur Neufokussierung soziologischer Theorie führen können (Merton 1995a: 108).

Im Falle der Relationalen Soziologie kann dies durch die Techniken und Ergebnisse der Netzwerkanalyse näher beschrieben werden. Diese aus der Soziometrie und Graphentheorie entstandene und sich seit den 1930er/40er Jahren entwickelte Methode (Holzer 2006: 29–32) hat bereits seit Langem auch in Bereichen des methodischen Individualismus oder der Systemtheorie theoretische Annahmen und ihre Entwicklung beeinflusst (Häußling 2010: 63). Während jedoch in diesen Fällen nur von der Netzwerkanalyse beeinflusste Teilaspekte mit bereits bestehenden theoretischen Annahmen vereint wurden, ist in Form der Relationalen Soziologie erstmals der Versuch einer grundsätzlichen, paradigmatischen Begründung der Netzwerkforschung unternommen worden.

Neben den bisher angeführten Einflüssen der Empirie auf die Theorie, kann zudem auch die Bedeutung der soziologischen Theorie für die empirische Forschung verdeutlicht werden. Diese macht Merton im Besonderen durch die jeweiligen Funktionen einer Theorie in Bezug auf die Empirie deutlich (vgl. Merton 1995b). So wird neben Funktionen wie der Abstraktion oder der Grundlage für Vorhersagen (Merton 1995b: 93–95) auch die Präzision und Determiniertheit einer soziologischen Theorie genannt. Denn nur auf diesem Wege, so Merton, könne der für die Empirie bedeutende Aspekt der Wahrscheinlichkeit für Alternativhypothesen gering gehalten werden. Überträgt man jedoch die Funktion der exakten und determinierten Theorie auf die Relationale Soziologie, so können sich gerade in diesem Punkt erste Problematiken und Konsequenzen für die empirische Übertragung ergeben. So existiert zum einen, wie schon weiter oben angedeutet, bisher noch immer kein einheitlicher Wissenschaftskanon im Bereich der Relationalen Soziologie. Zum anderen ist es aber auch das Untersuchungsobjekt der Relationalen Soziologie – das Netzwerk – selbst, das eine Problematik bei der Präzision der Theorie hervorrufen kann. Weil das Netzwerk eine Abstraktion ist, ist es als Konzept ziemlich einfach zu definieren, aber damit auch sehr schwierig empirisch zu betrachten. Die Grenzen eines Netzwerks sind per Definition einer beliebigen Entscheidung unterworfen. Das ist die Macht von Logos, aber diese verursacht ebenso große Probleme bei der empirischen Betrachtung. So ist zum Beispiel nicht festgelegt – oder vielleicht auch nicht einheitlich festlegbar – wie und wo sich



genau die Grenzen eines Netzwerkes befinden und definieren (Häußling 2009).<sup>7</sup> Ebenso, wie die exakte Bestimmung der Form der Prozesse, die innerhalb eines Netzwerkes ablaufen, nicht erfolgt ist. Denn es wird nicht festgehalten, was genau die Verbindung zwischen den Bestandteilen des Netzes ist bzw. um welche Transaktion es sich zwischen diesen handelt.<sup>8</sup>

## White und ANT

Relationale Soziologie hat ein starkes Interesse daran, das Soziale mittels einer Doppelgestaltung von Verflechtungsstrukturen und Handlungsströmen zu betrachten. Diese Verdopplung ist aber nicht ohne Probleme, da dafür sowohl strukturorientierte als auch prozessorientierte Ansätze benötigt werden, die aber schwierig miteinander vereinbar sind. Harrison White (2008) zum Beispiel konzipiert Netzwerk als Beziehungsgefüge mit einer räumlichen Gestalt (Netdom). Whites Konzeption eines Netzwerkes fokussiert sich auf die Frage, wie aus Handlungen Strukturen entstehen können, die danach ihre eigene Wirkung haben und damit Handlungen wieder prägen und sogar bestimmen können. Diese Strukturen, die er als Netzwerke bezeichnet, werden Schritt für Schritt aus interaktiven Handlungen aufgebaut und sind deswegen auch relativ flexibel und änderbar, obwohl mit der Dichtheit des Netzwerkes seine Flexibilität auch sinkt (Laux 2014). Obwohl man ähnliche Gedanken auch schon in früheren Werken von Elias (zum Beispiel 1969) über Figuration, Giddens (1984) über Strukturation und Bourdieu (1977) über Habitus finden konnte, ist White viel genauer damit beschäftigt, die Verläufe der Entstehung von Verflechtungsmechanismen analytisch (und nicht wie bei zum Beispiel Elias nur rein historisch) zu betrachten und zu erklären. Die Arbeit von White ist im Besonderen wichtig für die Organisationssoziologie, weil es durch sie ermöglicht wird, ein Phänomen wie *Reifikation* analytisch zu betrachten, ohne dass man dabei durkheim'sche Tricks, wie die Voraussetzung eines *conscience collectivs*, benötigt.

Aus einer ganz anderen Ecke hat Michel Callon (1986) in seiner Studie über Kammuscheln in der Sankt Brieu Bucht auch versucht zu beschreiben, wie eine bestimmte Ordnung der Wirklichkeit entsteht und anscheinend selbstverständlich wird. Die Kopplung von vier Prozessen – Problematisierung, Interesselement, Enrollment, Mobilisierung – als Bausteine einer *Soziologie der Übersetzung* ermöglichte eine empirisch fundierte Analyse des Entstehens und Entfaltens eines Netzwerkes von Anfang bis zum Scheitern.

Es ist deshalb auch nicht so überraschend, dass viele, die sich am Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre mit Netzwerkanalysen beschäftigten, der Meinung waren, dass Akteur-Netzwerk-Theorie auch ein Teil des Netzwerk-Paradigmas war. Die Anhänger der ANT waren damit aber gar nicht einverstanden. In *An Inquiry into Modes of Existence* hat Bruno Latour (2013) (und das nicht zum ersten Mal) betont, dass es einen Unterschied zwischen der Betrachtung eines Netz-

---

<sup>7</sup> Dieser Problematik und der Frage nach den Möglichkeiten der Grenzbestimmung von Netzwerken gehen Häußling und weitere Autoren zudem auch in der Aufsatzsammlung *Grenzen von Netzwerken* (Häußling 2009) genauer nach.

<sup>8</sup> Im Gegensatz hierzu wird dieser Aspekt in Theorien, wie zum Beispiel dem Symbolischen Interaktionismus, in dem Sinne exakter herausgearbeitet, insofern man hierbei weiß, dass es sich um Kommunikation und Interaktion handelt (vgl. Charon 1995: 23).

werks als Ergebnis und als Werkzeug gibt. Nur wenn man ein Netzwerk als Werkzeug betrachtet, wird man in der Lage sein, eine prozessorientierte Analyse des Sozialen zu gestalten. Dieser Unterschied verweist auf viele frühere Dualitäten, die durch Latour aufgeführt wurden, um die *Soziologie der Übersetzung*, die *Soziologie der Assoziationen*, die *empirische Philosophie* oder die *Akteur-Netzwerk Theorie* polemisch von allen anderen Arten (konstruktivistischer) Netzwerkanalysen zu trennen.

In einem aktuellen Ansatz (van Loon, Unsöld 2014) haben wir versucht, kritisch zu zeigen, dass diese polemische Differenzierung dazu führen könnte, dass sich die Akteur-Netzwerk-Theorie gar nicht mit Analysen von sogenannten *Big Data* beschäftigen kann, weil sie dadurch nicht mehr in der Lage ist, *Ergebnisse* als Prozesse zu betrachten. Wenn Handlung und Information empirisch nicht mehr trennbar sind, weil beide durch optische Medien (Kittler 2010) affektiv gleichgeschaltet werden, wird jedes Netzwerk-Objekt sowohl Gegenstand als auch Werkzeug (Rogers 2013). Dabei kommt hinzu, dass es laut Graham Harman (2010) fragwürdig ist, ob es Objekte/Gegenstände gibt, die keine Werkzeuge im Sinne von Heideggers *Zuhandenheit* darstellen.

Mittlerweile hat Latour mit seinem Projekt *An Inquiry into Modes of Existence* (AIME) selbst wieder die Tür in Richtung einer intensiveren Betrachtung digitaler Welten geöffnet. Das Besondere dieses Projekts ist nicht nur, dass sich Latour damit zum ersten Mal ganz explizit mit Phänomenen wie Digitalisierung und Hypertext beschäftigt hat, sondern auch, dass er versucht, diese Beschäftigung völlig in Bezug auf Art und Weise des akademischen und wissenschaftlichen Arbeitens zu gestalten. Viel stärker noch als Bourdieus *La Misere du Monde* (2007), das auch innovativ im Sinne von einer kollektiv-gestalteten reflexiven Soziologie war, hat Latour hierbei versucht, Prozesse des Denkens, Konzipierens, Reflektierens, Diskutierens, Kommunizierens in Bezug auf digitalisierte Medialität der wissenschaftlichen Forschungsarbeit neu zu gestalten und damit zu realisieren, was er in seinem Buch *Reassembling the Social* (2005) als »fünfte Unbestimmtheit« (die Gestaltung von Berichten) im Sinne des Verfassens einer neuen und besseren Soziologie angeregt hat.

Die Frage, ob man zwischen Latour und White mehr oder weniger Verbindungen konzipieren kann, hängt unserer Meinung nach vor allem damit zusammen, wie man Beziehung oder Assoziation versteht (Laux 2014). Es ist für die Glaubwürdigkeit der relationalen Soziologie notwendig, dass sie sich vor allem empirisch mit dem Phänomen des Beziehens beschäftigt. Die Linie in einer graphischen Darstellung eines Netzwerks verhüllt vielleicht schon zu viel.

## Eine theoretische Reflektion des Assoziationsbegriffes

Oberflächlich gesehen gibt es drei Darstellungsarten der Beziehung: (1) Verbindung, (2) Kommunikation und (3) Erfassung. Nur wenn wir diese drei Darstellungsarten in Bezug aufeinander mit einbeziehen, werden wir in der Lage sein zu verstehen, wie White und Latour das Phänomen der Relationalität unterschiedlich, aber deswegen noch nicht zwingend einander ausschließend, betrachten.

Ad (1) Beziehung als *Verbindung* (in Englisch: *ties*) verweist auf Beziehung als eine eigene Materialität; dabei wird es unvermeidbar, dass auch das Medium des Verbindens miteinbezo-

gen wird. Marcel Mauss' *Konzeption der Gabe* ist vielleicht eine der frühesten Darstellungen dieser Art Konzeption. Betrachtet man Gaben, dann entsteht die Möglichkeit, bestimmte Strukturen (*nodes, ties* and *mesh*) wie Verwandtschaft, Freundschaft und strategische Allianzen aufzuzeichnen. Diese Materialität der Beziehung ermöglicht, dass wir überhaupt von Verflechtungsstrukturen reden können. Für White ist sie vor allem wichtig, weil damit eine Normalität als Wirklichkeit stabilisiert wird.

Ad (2) *Kommunikation* dagegen ist eine Art Darstellung von Beziehungen, womit man Netzwerke als Systeme betrachten kann. Anstatt sich auf die Materialität der Medialität des Beziehens zu fokussieren, geht es dabei eher um *Sinn* im Sinne von Information. Luhmanns Systemtheorie könnte man als Beispiel dieser Betrachtungsart nehmen. Beziehung als Kommunikation hat etwas Performatives und könnte dazu führen, dass man Netzwerke eher in ihrer Kontingenz betrachtet und weniger im Sinne von Dauer. Aber die Entitäten der Kommunikation – die Knoten im Netzwerk sozusagen – bleiben die gleichen. White redet deswegen über Identitäten als Konsequenzen von Versuchen, Ordnung aus Chaos zu generieren, weil mit Identität eine Idee der Kontinuität des Seins geschöpft werden könnte.

Ad (3) *Erfassung* ist – ähnlich wie Kommunikation – vor allem performativ zu verstehen: auch hier geht es um das Handeln der Entitäten. Aber, Information oder Sinn wird hier nicht als Endobjekt, sondern als Prozess verstanden. Die Entitäten der Erfassung sind auch nicht konstant, sondern werden durch Erfassungen geändert. Diese Konzeption schließt sich vor allem bei Simondons Konzept der *Information* als Prozess der Individuation an (Mackenzie 2002). Hierbei ist Normalität nichts anderes als Wiederholung; Beziehungen an sich sind nur zeitlich kurzfristige Ereignisse der Erfassungen, denen aber durch Wiederholung ein Regelmäß zugeschrieben werden kann. Aus diesem Regelmäß entsteht eine Erwartung, die als Normalität erfahren wird. So, wenn White behauptet, dass Identitäten »trigger out of events – that is to say, out of switches in surroundings – seeking control over uncertainty and thus over fellow identities« (2008: 2), skizziert er eine Transformation von Ereignis zu Identität und schreibt Identität einen eigenen Willen zu, womit sie sich verwirklichen kann. Die Perspektive der Erfassung lässt das aber nicht einfach zu; Identität bleibt ein Ereignis und ihr Wille bleibt eine Zuschreibung von Sinn, die aus ihren Informationsprozessen abgeleitet wird, wenn diese erfasst werden.

Während sich für White (2008) eine Beziehung, die aus bestimmten Handlungen entsteht, danach als Strukturform verselbständigt, bleibt bei Latour (2005) eine Assoziation immer performativ und deswegen abhängig von Wiederholung. Das bedeutet, dass White von einer Linearität des Geschehens ausgeht, wobei Abstraktionen objektiviert werden können. White hat sich nicht mit der Frage beschäftigt, was genau zwischen Abstraktion und Objektivierung stattfindet; dafür brauchen wir empirische Forschung. Die ANT hat sich stattdessen fast ausschließlich mit der Frage beschäftigt, wie das Soziale dauerhaft gemacht wird, und aus ihrer empirischen Erforschung dieser Frage hat sich ergeben, dass Akteure durch einen »Obligatory Passage Point« (Callon 1986) eingebunden werden müssen, um ein Kollektiv als Kollektiv objektivieren zu können. Abstraktion ist dann die Arbeit der Übersetzung und wird deswegen auch immer mittels Konkretisierung (Rückbindung) verwirklicht. Weil sowohl Abstraktion als auch Konkretisierung als *Übersetzung* empirisch erfasst werden, verschiebt der Fokus sich auf *Techniken* oder *Praxen* der Mediatoren. Aufgrund dessen behauptet die ANT, dass »Technologie das Soziale dauerhaft macht« (Latour 1991). Die Wiederholung wird sozusagen durch Technologie ermöglicht (und

vereinfacht). Ein ganz einfaches Beispiel dafür sind natürlich die digitalen Speichermedien, die uns in die Lage bringen, Netzwerke, die einmal durch Clicks entstanden sind, dauerhaft grafisch abzubilden, als ob sie tatsächlich noch so existieren (Elmer 2005).

Weil die ANT behauptet hat, dass Technologie das Soziale dauerhaft macht und deswegen eine Assoziation durch nicht-soziale Entitäten verstärkt werden kann, ist sie in der Lage, Beziehungen als dauerhafte Assoziationen empirisch zu konzipieren. Dafür braucht man aber eine andere Metaphysik als die von White, wobei die empirisch-philosophische Verwurzelung der ANT in die Werke von Deleuze und Guattari (1988), Whitehead (1978), Tarde (2009b) und sogar Spinoza (2004) eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt. Auf Basis davon möchten wir – vielleicht stärker als Latour bisher erlaubt hat – betonen, dass die Medialität der Assoziationen unbedingt miteinbezogen werden soll. Mediatoren sind nicht außerhalb der Beziehungen; sie sind die Beziehungen (im Sinne von Erfassung) selbst.

Es geht dabei zuerst darum, zu versuchen, Assoziation als etwas Aktives, wie eine Handlung, und nicht als etwas Festes, wie eine Bindung, zu verstehen, ohne damit aber auf die Materialität des Assoziierens zu verzichten. Mit Whitehead (1978) verstehen wir Assoziation deswegen als Erfassung und diese Erfassung impliziert immer (mindestens) zwei Entitäten. Sie soll aber nicht als etwas *dazwischen* verstanden werden, sondern als etwas, das beide Entitäten (unterschiedlich) ergänzt und deswegen ändert. Jede Erfassung ist ein Ereignis, wodurch eine Entität von einer anderen Entität betroffen wird (van Loon 2012). Folgen wir Simondons Konzept der *Information* als Prozess, dann kann man diese Betroffenheit im Sinne von drei Attributen verstehen: Materie, Energie und Information.

Das Problem mit vielen Anwendungen der ANT ist, dass – obwohl Latour immer wieder wiederholt hat, dass Assoziationen durch nicht-soziale Entitäten (die er oft einfach als Objekte bezeichnet) verstärkt werden – der Begriff *Akteur-Netzwerk* einfach als *fait accompli* betrachtet wird, ohne dass man sich explizit damit beschäftigt, ob und wie Assoziationen gepflegt werden, nachdem sie verwirklicht worden sind. Deswegen hat Latour sich auch so stark gegen die Betrachtung von Netzwerk als Produkt geäußert. Aber genau dieser Punkt, der für White so wichtig ist, nämlich dass die erfolgreiche Etablierung eines Netzwerks zu einer Beharrung der Wirklichkeit führen könnte, das heißt, Netzwerke selbst auch wieder zu Akteuren *informiert* werden können, sollte empirisch betrachtet werden. Abstraktion ist auch eine Aktivität der Mediatoren.

Aufgrund dessen sind wir der Meinung, dass diese Betrachtung nicht im Widerspruch zu den Grundgedanken der ANT steht. Mit Tarde (2009a) können wir Dauer immer noch performativ als Wiederholung verstehen und damit eine Handlungsorientierung behalten, die für sowohl die ANT als auch Whiteheads prozessorientierte Philosophie unverzichtbar ist. Ereignisse der Erfassungen wiederholen sich nicht, weil es verborgene Strukturen gibt, die empirisch nicht erfassbar werden können; sie wiederholen sich, weil sie selbst als Impulse für weitere Erfassungen fungieren (Whitehead nannte diesen Prozess »Nexus«; für White wäre das »a mesh of ties and stories«). Wenn wir dabei auch noch die Materialität der Medien einbeziehen, dann sehen wir sofort, dass diese Wiederholung performativ durch Medien mitgestaltet wird. Betrachten wir zum Beispiel, wie ein fotografisches Bild als Speichermedium eine Erinnerung *auslösen* kann, dann ist das auch als eine Wiederholung zu verstehen. Speichermedien machen das Soziale dauerhaft, weil sie *Wissensbestände* objektivieren und deswegen externalisieren können.

Vielleicht könnte man als Kritik an der ANT behaupten, dass sie bisher kaum Bezüge zur Medialität hergestellt hat, was übrigens nicht völlig stimmt.<sup>9</sup> Das Problem ist eher, dass eine begriffliche Trennung zwischen Technik und Medialität durch sowohl STS als auch Medien- und Kommunikationswissenschaften zu wenig explizit problematisiert worden ist (van Loon 2008). Materie-Energie-Informationen sind als Attribute der Entitäten und deren Erfassung aber immer schon im Sinne von sowohl Technik als auch Medialität zu verstehen, weil es im Grunde genommen keinen Unterschied zwischen beiden gibt (Mackenzie 2002). Bei White gibt es auch die Möglichkeit, Medialität explizit zu berücksichtigen, im Besonderen, wenn man seine Begriffe der Narration (als Ereignis der Verwirklichung) und der Disziplin (als Prozess der Wiederholung) betrachtet.

### Eine integrierte Perspektive?

Mit Deleuze und Guattari (1988) verstehen wir Netzwerke als Assemblages – Entfaltungen von unterschiedlichen affektiven Strömen, die einander erfassen. Diese Ströme sind als materiell-semiotische Prozesse zu verstehen, wobei der Ansatz von Deleuze und Guattari (1988) – die Behauptung, dass Strom (*flow*) sowohl Materie als auch Energie als auch Information ist – einer monistischen empirischen Philosophie entspricht. Medien sind nicht außerhalb, sondern Teilhaber dieser Flows. Deswegen ist es auch falsch, nur auf Ergebnisse (zum Beispiel die grafischen Darstellungen eines sozial-medialen Netzwerks) zu schauen und diese mit einer Wirklichkeit gleichzusetzen. *Information* laut Simondon ist ein Prozess, aber was wir in der Alltagssprache meistens als Information bezeichnen, ist nur das, was ganz am Ende dieses Prozesses erscheint (Mackenzie 2002).

Mit dieser philosophischen Vorarbeit könnte man sich auch mit den Ansätzen von White beschäftigen und analysieren, was passieren würde, wenn wir seinen Netzwerkbegriff de-konstruieren. Was könnte (zum Beispiel) Identität bedeuten, wenn wir nicht mehr von einer Dualität von Gegenstand und Darstellung ausgehen können? Was ist die Rolle der Materialität einer Beziehung? Braucht White unbedingt Durkheims (1961) erste Regel der soziologischen Methode - soziologische Tatbestände (wie *ties* und *stories*) als Dinge zu betrachten?

Die Lösung ist unseres Erachtens nicht entweder White der ANT unterzuordnen oder umgekehrt, sondern ihrer beider philosophischen Wurzeln vertiefter zu betrachten. Latour und Callons ANT greifen über Deleuze und Guattari explizit auf Whitehead zurück und lassen sich weiterhin vielfältig von Tarde unterstützen. White beruft sich eher auf die Tradition der (vor allem amerikanischen) Soziologie und ist deswegen auch angreifbar als eine Version der »Soziologie des Sozialen« (Latour 2005). Wenn wir erfolgreich White und die ANT zueinander bringen möchten, dann wäre es wichtig, dass die ANT sich expliziter mit Prozessen der *Information* beschäftigt und sich die Anhänger von White zuerst kritisch mit Latours Kritik der *Soziologie des Sozialen* auseinandersetzen.

---

<sup>9</sup> Diese Kritik findet man vor allem innerhalb den Bereichen der Media Studies und Cultural Studies und würde von unter anderem Wieser (2012) überzeugend widerlegt.

Zum Schluss möchten wir kurz auf die Praxis der empirischen Netzwerkforschung (Scott 2013) hinweisen und insbesondere darauf, wie dabei das Phänomen des Einflusses als eine quantitative Variable konzipiert wird. Einfluss als Prozess zu betrachten, bedeutet, dass wir nicht im Voraus schon versuchen, zu bestimmen, was es ist. Erfassung bedeutet nur, dass etwas berührt worden ist; ein Affekt (im Sinne von Impact) hat stattgefunden. Ob dieser Affekt mit der *Intention* der Berührung korrespondiert, bestimmt nicht, ob es Einfluss gegeben hat, sondern nur die Richtung oder die Intensität. Intentionalität wird deshalb mit Intensität ersetzt. Big Data basiert auf Nomos anstatt Logos und beschäftigt sich nur mit Prozessen der Verteilung von elektronischen Impulsen.

Klar ist, dass die digitalen Medien die Big Data ermöglichten Assoziation als Handlung verstehen. Es sind die Speichermedien, wie die Software zur Analyse sozial-medialer Netzwerke, die Assoziationen im Nachhinein als Bindestriche abzeichnen. In dieser grafischen Virtualität entsteht dann ein Bild einer Verflechtungsstruktur, ihre Aktualität aber ist schon längst vorbei. Trotzdem ist sie nicht wirkungslos, da auch die Darstellung eines Netzwerkes wieder ein Werkzeug zur Gestaltung neuer Impulse sein könnte. Wenn etwas Wirkung hat, ist es auch Teil der Wirklichkeit. Deswegen ist es nicht richtig, Netzwerke als Ergebnis völlig zu ignorieren. Die Quantifizierung, die in Netzwerkanalysen auf Basis von Big Data ermöglicht wird, bringt uns deshalb möglicherweise in die Lage, neue Verbindungen zwischen strukturorientierten und prozessorientierten Arten der Netzwerkanalyse zu gestalten, ohne dass dabei ein Spagat zwischen grundsätzlich unvereinbaren theoretischen Perspektiven entsteht. Diese Gestaltung sollte auch für eher ethnografisch-orientierte Ansätze bedeutungsvoll sein, aber nur, wenn diese Ethnografie weniger von bestimmten dualistischen philosophischen Voraussetzungen abhängig gemacht wird.

## Literatur

- Bourdieu, P. 1977: *Outline of Theory of Practice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bourdieu, P. 2007: *La Misère du Monde*. Paris: Éditions du Seuil.
- Callon, M. 1986: *Some Elements of a Sociology of Translation: Domestication of the Scallops and the Fishermen of St Brieuc Bay*. In: Law (Hg.), *Power, Action and Belief: A New Sociology of Knowledge*. London: Routledge & Kegan Paul, 196–233.
- Charon, J. M. 1995: *Symbolic interactionism. An introduction, an interpretation, an integration*. New Jersey: Prentice-Hall.
- Crossley, N. 2010: *Towards Relational Sociology*. New York: Routledge.
- Deleuze, G., Guattari, F. 1988: *A Thousand Plateaus*. London: Athlone.
- Donati, P. 2010: *Relational Sociology: A New Paradigm for the Social Sciences*. New York: Routledge.
- Durkheim, E. 1961: *Die Regeln der soziologischen Methode*. Neuwied: Luchterhand.
- Elmer, G. 2005: *Profiling Machines: Mapping the Personal Information Economy*. Cambridge MA: MIT Press.
- Elias, N. 1969: *The Civilizing Process, Vol.I: The History of Manners*. Oxford: Blackwell.
- Emirbayer, M. 1997: 'Manifesto for a Relational Sociology'. *American Journal of Sociology*, Vol. 103, No. 2 (September), 281–317.
- Giddens, A. 1984: *The Constitution of Society: An Outline of the Theory of Structuration*. Cambridge: Polity Press.
- Harman, G. 2010: *Towards Speculative Realism. Essays and Lectures*. Washington: Zero Books.

- Häußling, R. (Hg.) 2009: Grenzen von Netzwerken. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häußling, R. 2010: Relationale Soziologie. Stegbauer and Häußling (eds.), Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 63–87.
- Holzer, B. 2006: Netzwerke. Bielefeld: transcript Verlag.
- Kuhn, Th. S. 1976: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. 2. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kittler, F. 2010: Optical Media: Berlin Lectures 1999. Cambridge: Polity Press.
- Latour, B. 1988: The Pasteurization of France. Cambridge MA: Harvard University Press.
- Latour, B. 1991: Technology is Society Made Durable. Law (Hg.), A Sociology of Monsters. Essays on Power, Technology and Domination. London: Routledge, 103–132.
- Latour, B. 2002: Gabriel Tarde and the End of the Social. Joyce (ed.), The Social in Question. New Bearings in History and the Social Sciences. London: Routledge, 117–132.
- Latour, B. 2005: Reassembling the Social. An Introduction to Actor Network Theory. Oxford: Oxford University Press.
- Latour, B. 2012: Tarde's Idea of Quantification. Candea (Hg.), The Social After Tarde. Debates and Issues. London: Routledge, 145–162.
- Latour, B. 2013: An Inquiry into Modes of Existence. An Anthropology of the Moderns. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Laux, H. 2014: Soziologie im Zeitalter der Komposition. Koordinaten einer integrativen Netzwerktheorie. Weilerwist: Velbrück.
- Mackenzie, A. 2002: Transductions: Bodies and Machines at Speed. New York: Continuum.
- Merton, R. K., 1995a: Der Einfluß der empirischen Forschung auf die soziologische Theorie. Merton (Hg.), Soziologische Theorie und soziale Struktur. Berlin: De Gruyter.
- Merton, R. K., 1995b: Der Einfluß der soziologischen Theorie auf die empirische Forschung. Merton (Hg.), Soziologische Theorie und soziale Struktur. Berlin: De Gruyter.
- Rogers, R. 2013: Digital Methods. Cambridge: MIT Press.
- Scott, J. 2013: Social Network Analysis. Los Angeles: SAGE.
- Small, A.W. 1905: General Sociology. An Exposition of the Main Development in Sociological Theory from Spencer to Ratzenhofer. Chicago: University of Chicago Press.
- Spinoza, B. 2004: Ethics Demonstrated in Geometrical Order. <http://www.earlymoderntexts.com/pdfs/spinoza1665>.
- Tarde, G. 2009a: Die Gesetze der Nachahmung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Tarde, G. 2009b: Monadologie und Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- van Loon, J. 2008: Media Technology: Critical Perspectives. Maidenhead: McGraw-Hill Open University Press.
- van Loon, J. 2012: The agency of ethical objects. *Studies in Qualitative Methodology*, 12. Jg., 191–207
- van Loon, J., Unsöld, L. 2014: The Work and the Net: A Critical Reflection on Facebook-Research Methods and Optical Mediation. *Advances in Network Theory Research*. New York: Nova Science Publishers.
- Viana Vargas, E., Latour, B., Karsenti, B., Aït-Touati, F., Salmon, L. 2012: The Debate. Candea (Hg.), The Social After Tarde. Debates and Issues. London: Routledge, 27–43.
- Wieser, M. 2012: Das Netzwerk von Bruno Latour. Die Akteur-Netzwerk Theorie zwischen Science and Technology Studies und poststrukturalistischer Soziologie. Bielefeld: Transcript Verlag.
- White, H. C. 2008: Identity and Control. How Social Formations Emerge. Princeton: Princeton University Press.
- Whitehead, A. N. 1978: Process and Reality. An Essay in Cosmology. New York: The Free Press.

Ad-Hoc-Gruppe »Die Soziologie der Kritik, der Rechtfertigung und der Konventionen«  
– organisiert von Lisa Knoll und Rainer Diaz-Bone



# Konventionen und Wirtschaftskrisen

## Zur Wahlverwandtschaft zwischen lokalen Wirtschaftspraktiken und wirtschaftlichen Entwicklungspfaden

Nina Baur und Linda Hering

*Beitrag zur Ad-Hoc-Veranstaltung »Die Soziologie der Kritik, der Rechtfertigung und der Konventionen« – organisiert von Lisa Knoll und Rainer Diaz-Bone*

### Räumliche Variation wirtschaftlichen Handelns

Die Erkenntnis, dass Wirtschaft räumlich gebunden und räumlich strukturiert ist, ist eine der frühesten Erkenntnisse der Soziologie und Wirtschaftswissenschaften. Dies bezieht sich auf verschiedene Aggregationsebenen räumlicher Einheiten von lokalen über regionale bis hin zu nationalen Unterschieden. Bereits Max Weber und Werner Sombart beobachteten regional und national unterschiedliche Wirtschaftsstile.

Insbesondere die französische Regulationstheorie, der Neo-Institutionalismus und die *Varieties of Capitalism*-Debatte greifen diesen Gedanken auf. Institutionentheoretische Ansätze kommen etwa immer wieder zu dem Ergebnis, dass verschiedene *Nationen* ihre kapitalistischen Akkumulationsregime institutionell unterschiedlich gestalten und unternehmerisches Handeln auf diese Weise verschieden vorstrukturieren (Hollingsworth et al. 1994). Die *Varieties of Capitalism*-Debatte (Hall, Soskice 2001) verweist auf die Abhängigkeit der Ökonomie von lokalen Faktoren. Nachgewiesen ist, dass politisch gestaltete Institutionen den nationalen Wirtschaftsstil, wie etwa das Rechtssystem, den Finanzsektor, die typischen Formen der Produktmarktregulierung, der Unternehmenskontrolle und der Beziehungen zwischen Unternehmen, die typische Branchenstruktur, das Produktionsmodell, das Konsummodell, das Innovationssystem, die industriellen Beziehungen, den Wohlfahrtsstaat und das (Aus-)Bildungssystem beeinflussen und dass diese miteinander verwoben bzw. aufeinander abgestimmt sind.

Auch die Debatte um regionale Innovationssysteme, die etwa von den *International Business Studies* und *Regional and Urban Studies* (Heidenreich, Baur 2015) geführt wird, weist die Persistenz *regionaler Unterschiede* der wirtschaftlichen Performanz nach. So kann etwa Europa in industriell geprägte Verwaltungs- und Dienstleistungsregionen, periphere Industrieregionen sowie periphere Dienstleistungs- und Agrarregionen (Heidenreich 2003) differenziert werden.

Auch Städte scheinen einen Einfluss auf die Entwicklung von spezifischen Wirtschaftszweigen wie etwa kreative Industrien (Krätke 2004; Lange 2007) zu haben, wobei neben harten auch weiche Standortfaktoren dazu beizutragen scheinen, dass Unternehmen (insbesondere neue Dienstleistungsanbieter) besser Mitarbeiter einwerben und halten können. Umgekehrt kann das Scheitern eines Unternehmens nicht nur die Lebensbedingungen in einer Stadt strukturieren (Herlyn et al. 1982), sondern die Lebensbedingungen in der Stadt können auch die Unternehmen beeinflussen: Durch die Einbettung eines Unternehmens in sein sozio-kulturelles Umfeld lassen sich Aussagen darüber treffen, zu welchem Handeln ein Akteur neigt, was wiederum starken Einfluss auf die Entwicklung des Unternehmens am jeweiligen Ort hat (Bathelt, Glückler 2002).

Diese lokalen, regionalen und nationalen Unterschiede ökonomischen Handelns sind dabei erstaunlich persistent. So reproduziert sich die heute auffindbare Differenzierung Europas in wirtschaftlich erfolgreiche, zentrale und rückständige, periphere Regionen seit dem 16. Jahrhundert, und nur selten ändert eine Region ihre Stellung im Gesamtsystem (Heidenreich 2003). Erklärt wurden diese Reproduktionsdynamiken üblicherweise mit einer Wechselwirkung von Unternehmensstrategien und lokalen institutionellen Faktoren (Heidenreich, Baur 2015).

Wie lokale Institutionen konkret ausgestaltet werden, hängt von den historisch-kulturellen Rahmenbedingungen in ihrer Entstehungszeit und anderen prägenden Perioden – den sogenannten formativen Phasen (Berking, Schwenk 2011) – ab. Mit der Zeit kommt es zu einer Verfestigung (unter anderem als »lock-in« bezeichnet), das heißt, alltägliche Lebensführung, Mentalitätsstrukturen und verschiedene Institutionen werden aufeinander abgestimmt und stabilisieren das Gesamtsystem, so dass etablierte Strukturen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Neuerungen haben. Sobald es zu dieser Verfestigung kommt, ist es schwierig, sie wieder aufzulösen, weshalb in der Regel typische, relativ persistente Entwicklungspfade zu beobachten sind (Baur 2008). Diese Pfadabhängigkeiten werden – ohne systematischen Bezug aufeinander – sowohl in der Entwicklung zum Beispiel einer Stadt (Harvey 1978; Krugman 1998; Kuder 2009) als auch in der Entwicklung einer Branche (zum Beispiel Bonefield, Holloway 1990) diagnostiziert. Dies bedeutet, eine historisch verwurzelte Logik von Prozessen lässt sich sowohl für Städte als auch für Branchen belegen, was nicht bedeuten soll, dass nicht auch Pfadbrüche und -wechsel möglich sind, sie kommen nur vergleichsweise seltener vor. In der Regel greifen diese Prozesse ineinander und führen zu unterschiedlich prosperierenden und hierarchisch gegliederten Regionen (Massey 1995; Massey, Meegan 1982) sowie zu Spaltungen in Städten infolge wirtschaftlicher Konzentrationen (Häußermann et al. 2004). So weisen etwa die britischen *Locality Studies* nach, dass (multinationale) Unternehmen diese Entwicklungspfade insofern verstärken und stabilisieren, als dass Standortwahl und -verbleib wesentlich von den Bedingungen, die die jeweilige Stadt zu bieten hat, abhängen (Cooke 1989).

Allerdings erklären – das zeigt der bisherige Stand der Forschung – Institutionen und strategische Unternehmensentscheidungen nicht Alles, und insbesondere das »Wie« des Ineinandergreifens von räumlichem Kontext und Wirtschaft ist bislang kaum Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion geworden. Dieses Defizit fällt insofern ins Gewicht als Stadt/Region/Nation und Wirtschaft keineswegs immer gleichzeitige Entwicklungspfade durchlaufen. So zeigen etwa Bade (1987) und Krätke (1995), dass manche Städte trotz günstiger Branchenstruktur und einem konsequent verfolgten politischen Pfad – gegen alle Prognosen – an Wirtschaftskraft und Beschäftigungswachstum einbüßen. Hier wird die Stadt – bei prosperierender Wirtschaft – zum Verlierer.

Umgekehrt werden Schließungen von Unternehmensstandorten häufig mit ungünstigen Bedingungen in der jeweiligen Stadt für die Entwicklung des Unternehmens begründet, wobei die Argumentation von hohen Transportkosten, über fehlende Arbeitsmoral bis zu schlechter Lebensqualität reicht (Begg 1999).

Es bleibt offen, welche anderen Faktoren vor Ort (außer Institutionen) nicht nur die Entwicklung einer Stadt prägen, sondern in die Branchen hineinwirken und diese je lokalspezifisch ausdifferenzieren. Wenn der Umgang mit wirtschaftlichem Niedergang von Stadt zu Stadt variiert (Taylor et al. 1996), dann ist anzunehmen, dass auch wirtschaftliche Krisen unterschiedlich erlebt und bewältigt werden, die Arbeitsorganisation verschieden arrangiert wird, Kunden unterschiedlich einer holistischen Ansprache unterzogen werden und Konsummuster stadtspezifisch variieren (Spitzer 1991: 221–225; Zhang 2002).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der Wirtschaftssoziologie seit langem bekannt ist, dass Städte, Regionen und Nationen sich nicht nur hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Performanz, sondern auch hinsichtlich ihrer Fähigkeit unterscheiden, Wirtschaftskrisen erfolgreich zu bewältigen bzw. sich über diese hinweg neu zu definieren – sie kann aber genau dieses unterschiedliche Krisenbewältigungspotenzial nur unzureichend erklären.

Wir möchten im Folgenden mit Hilfe der *Ökonomie der Konventionen* (*Économie des Conventions*) (Diaz-Bone 2007; Diaz-Bone, Thévenot 2010) einen Beitrag zu dieser Erklärungslücke leisten, indem wir argumentieren, dass – zusätzlich zu lokalen Institutionen – auch lokale ökonomische Praktiken und Wissensbestände einen wichtigen Beitrag für die Reproduktion lokaler Unterschiede leisten.

## Die Vorgeschichte der Krise

### Gemeinsamkeiten der städtischen Wirtschaftspfade

Wir führten exemplarisch Fallstudien (Hering, Schmidt 2015) von vier Städten – Birmingham, Dortmund, Frankfurt und Glasgow – durch. Bei dem die Auswahl der Untersuchungsorte bewusst das Konzentrations- mit dem Streuungsprinzip kombiniert (Behnke et al. 2006: 184–200).<sup>1</sup>

Beim Konzentrationsprinzip (*most similar cases*-Design) werden die Untersuchungseinheiten nach mehreren möglichst konstant gehaltenen Merkmalen ausgewählt, was es möglich macht, stadtspezifische Besonderheiten zu identifizieren. Aus der Perspektive der bisherigen Forschung zu räumlichen Differenzen der Wirtschaft dürfte es daher keine oder kaum Unterschiede hinsichtlich des wirtschaftlichen Erfolgs der Städte geben: Die herangezogenen *Ähnlichkeiten der Städte* (ausführlich siehe Hering 2012) gründen auf ihrer vergleichbaren Größe, Dichte und Heterogenität als auch in ähnlichen Strukturbedingungen, insbesondere einer vergleichbaren historischen Tradition und ähnlichen formativen Phasen (Berking, Schwenk 2011) samt ähnlicher aktueller Problemlagen:

---

<sup>1</sup> Die ursprünglichen Kriterien der Fallauswahl und die Auswahl der Fälle stammen von Sybille Frank (siehe Frank et al. 2014), der wir an dieser Stelle herzlich danken. Die folgende Darstellung des Fallvergleichs ist allerdings das Ergebnis einer nachträglichen, ausführlichen Analyse der Fallgeschichten (zum Beispiel Hering 2012).

Alle vier Städte avancierten während des Mittelalters zu wichtigen regionalen und teilweise überregionalen Handelszentren und prosperierten im Verlauf des 19. Jh. als boomende Industriestandorte. Zu dieser Zeit wuchsen die Städte allesamt auf eine Größe von mehr als 100.000 Einwohner an, was mitunter durch den hohen Zuzug von Einwanderern aus benachbarten Regionen und dem Ausland zu erklären ist. Die Einwohnerzahlen sind ferner heute noch vergleichbar. So gehören die Städte nicht nur zu den größten Städten der beiden Länder, sondern sind es jeweils auch in ihrer Region. Als hochgradig verdichtete und heterogene Interaktions- und Kommunikationsräume bilden sie für Menschen verschiedenster Nationen und Religionen einen gemeinsamen Lebensraum und sind durch einen lebendigen kulturellen Alltag geprägt. Weiterhin stellen sie zu Land, Luft und Wasser (Glasgow und Frankfurt haben Flusshäfen, während Birmingham und Dortmund Kanalhäfen beherbergen) bedeutungsvolle Verkehrsknotenpunkte dar und fungieren somit als führende nationale wie regionale Handels- und Wirtschaftszentren.

## Unterschiede der städtischen Wirtschaftspfade

Tab. 1: Die wirtschaftlichen Strukturen der Untersuchungsstädte

Stadt	Nationaler institutioneller Rahmen	Traditionelle Wirtschaftsorientierung im 19./20. Jahrhundert (Vergangenheitsbezüge)	Reaktion auf den Strukturwandel seit den 1970ern (Gegenwartsbezüge)	
			Wirtschaftliche Neuausrichtung	(erfolgreiche) Bewältigung abgeschlossen
Dortmund	Deutschland	Schwerindustrie	X	
Frankfurt	Deutschland	Diversität der Wirtschaftsstruktur		X
Glasgow	Großbritannien	Schwerindustrie	X	X
Birmingham	Großbritannien	Diversität der Wirtschaftsstruktur	X	

Wie bei jeder vergleichenden Fallstudie, existieren trotz aller Bemühungen des Konstanthaltens durchaus Unterschiede zwischen den Städten. So macht jede Stadt über diese Ähnlichkeiten hinweg eine je ganz *eigene wirtschaftliche Entwicklung* mit eigenen formativen Phasen durch. Bei der Fallauswahl wurde daher – dem *Streuungsprinzip* entsprechend (*most different cases*-Design) – darauf geachtet, dass diese Differenzen multiple Vergleiche zulassen. Von Relevanz sind drei Vergleichsdimensionen hinsichtlich des institutionellen Rahmens und der Strukturbedingungen (Tabelle 1):

Um erstens *nationale Rahmenbedingungen* beim Herauspräparieren stadtspezifischer Vergesellschaftungsformate berücksichtigen zu können, sind jeweils zwei deutsche und zwei britische Städte ausgewählt worden.

Zweitens weisen Dortmund und Glasgow einerseits und Frankfurt und Birmingham andererseits hinsichtlich ihrer *wirtschaftlichen Tradition (Vergangenheitsbezug)* große Ähnlichkeiten auf.

*Dortmund* erlebte als eines der treuesten Mitglieder der Hanse ein erstes wirtschaftliches und damit verbundenes städtisches Wachstum. Nach einer Phase der Stagnation entstand mit den Gründerjahren ein Wachstumsschub, der die Ruhrpottstadt durch positive Kopplungseffekte der Eisen- und Stahlindustrie prosperieren ließ. Gleichmaßen profitierte das Braugewerbe von diesen Entwicklungen, und so wurde Dortmund bald als »Bierstadt Nummer Eins« weltberühmt.

*Glasgow* verdankte als religiöses Zentrum insbesondere dem ansässigen Bischof, dass schon frühzeitig regionaler Handel betrieben wurde. Die *Tobacco Lords* nutzen dann die Standortvorteile der an der Nordwestküste Schottlands gelegenen Hafenstadt aus, um gewinnbringend mit den britischen Kolonien Handel zu treiben. Nachdem eine Zeitlang (infolge des hohen Baumwollimports) die Textilindustrie den Schwerpunkt der städtischen Wirtschaft bildete, avanciert insbesondere während der Industriellen Revolution der Schiffsbau immer mehr zum Aushängeschild der Stadt. Diese Wachstumsbranche unterstützend, wurden schließlich die Stahl- und Kohleindustrie prägend für Glasgow. Der Fluss Clyde ist umzingelt von dampfenden Schornsteinen.

Dieses erste Städtepaar wurde während der Industrialisierung durch die Entstehung schwerindustrieller Wirtschaftsstrukturen geformt, die heute zwar nur noch einen, mehr oder minder kleinen Teil des alltäglichen Lebens ausmachen, das städtische Gesamtbild aber weiterhin bestimmen .

Für Birminghams wie auch Frankfurts Wirtschaft (zweites Städtepaar) war und ist hingegen eine größere Diversität charakteristisch:

*Birmingham* machte sich im Mittelalter als weltläufig bekanntes Handelszentrum für die unterschiedlichsten aus Metall hergestellte Waren zum Beispiel Knöpfe, Schnallen und Waffen, einen Namen. Die Produktion von qualitativ hochwertigen Gütern galt als das Markenzeichen der Stadt, die trotz der im Vergleich zu anderen Städten verkehrsgeografisch eher ungünstigen Lage – die durch den Ausbau der Infrastruktur im 18./19. Jh. verbessert wurde – prosperierte. Das frühe Einsetzen der industriellen Revolution stärkte zunächst die für Birmingham so charakteristische Vielfalt an Produkten und Produktionsstätten, welche insbesondere durch die Flexibilität und den hohen Vernetzungsgrad der vorwiegend kleinen und mittelgroßen Betriebe entstand. Im Zuge der steigenden Konkurrenz hielten allerdings die Standardisierungsmaßnahmen der Massenproduktion Einzug, was zur Transformation der wirtschaftlichen Strukturen der Stadt führte. Neue Branchen siedelten sich an der Peripherie an, und der Dienstleistungssektor wuchs. Den Beschäftigungsschwerpunkt machten um 1910 allerdings mit 31,1Prozent noch immer der Metall- und Maschinenbausektor aus (Berghoff 1991: 46). Daneben waren viele kleine Sektoren (zum Beispiel Schmuck-, Uhren- und Instrumentenbau) prägend für die städtische Ökonomie, die weiterhin von Diversität und Spezialisierung durchzogen war.

*Frankfurt* war von Anfang an bekannt als kontinuierlich aufstrebendes Handelszentrum für eine Vielzahl an Gütern aller Art. Hierzu gehörten Bücher, Lebensmittel, Rohstoffe etc. auf den florierenden Messen, aber auch nicht-erzeugte Produkte der Finanzwirtschaft (wie Staatsanleihen und Schuldscheine), später dann Aktien an der Börse. Im Zuge der industriellen Revolution

stieg die Stadt zu einem zentralen Standort des Banken- und Börsenwesens auf und verzeichnete zudem zahlreiche, in der Peripherie liegende Ansiedlungen von Unternehmen der Chemieindustrie – Frankfurt galt lange als industrie-feindlich. Der Chemiekonzern Hoechst wuchs allerdings sogar zu einem der weltgrößten Pharmaziehersteller an. Der Flugverkehr komplettierte schließlich die ökonomische Gesamtgestalt der gewachsenen Dienstleistungsstadt.

## Die Wirtschaftskrise der 1970er

Alle vier Städte wurden gleichermaßen und doch ganz speziell von der Krise der 1970er und dem damit verbundenen Strukturwandel getroffen. So stellen sich sowohl der Beginn der Krise, sowie ihre zeitliche Extension, als auch der Grad der negativen Auswirkungen (um Beispiel Arbeitslosigkeit oder Brachflächen) in den Städten ganz verschieden dar:

In *Glasgow* begann die lange und schleichende Phase wirtschaftlichen Abfalls und der De-Industrialisierung aufgrund fehlender Investitionen und steigender Konkurrenz aus dem Ausland bereits früh – direkt nach dem Zweiten Weltkrieg –, erreichte im Vergleich mit den anderen Städten dafür aber erst spät – nämlich 1995 – ihren Tiefpunkt.

In *Dortmund* setzte man sich Ende der 1960er langsam mit dem beginnenden Strukturwandel auseinander. Es erfolgten zunächst Entlassungen im Bergbau. Die Stahlkrise 1975 trug schließlich dazu bei, dass sich bis Mitte der 1980er Dortmund von einer durch Vollbeschäftigung zu einer durch Massenarbeitslosigkeit geprägten Stadt wandelte.

*Frankfurt* wurde etwas später in den 1970ern getroffen und musste sich dem Verlust vieler Arbeitsplätze im Chemiesektor stellen.

In *Birmingham* brach erst im Zuge der Rezession der 1980er die Automobilindustrie zusammen. Diese war infolge von Restriktionen seitens der britischen Zentralverwaltung zum ökonomischen Schwerpunkt der städtischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit avanciert und hatte da bereits die stadtypische ökonomische Diversität vertrieben.

Ungeachtet aller Ungleichzeitigkeiten des zeitlichen Verlaufs und der Härte der Krise hatte sie für alle Städte dieselben Folgen: Sie führte zu *industriellem* Niedergang, was wiederum hohe Arbeitslosenzahlen in diesem Bereich, Schrumpfung und einen anhaltenden Verfall städtischer (Arbeiter-)Quartiere zur Folge hatte.

## Reaktionen auf die Krise

In allen Städten standen dementsprechend die letzten drei Dekaden im Zeichen umfassender Bemühungen, neue Beschäftigungssektoren, insbesondere im Dienstleistungsbereich, zu erschließen bzw. zu stärken, wodurch die Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft und die ökonomische Regeneration sowie eine Verbesserung der städtischen Lebensqualität und des Stadtimages mit umfangreichen Stadt-sanierungsprogrammen sowie neuen, architektonischen Wahrzeichen voran getrieben werden sollte.

Wegen der (durch die Fallauswahl bedingten) großen Strukturähnlichkeiten der Städte sollte es aus der Perspektive der bisherigen Forschung zu räumlichen Differenzen der Wirtschaft keine oder kaum Unterschiede hinsichtlich des wirtschaftlichen Erfolgs der Städte geben oder hinsichtlich ihrer Fähigkeit, mit Umbruchssituation umzugehen – was empirisch aber nicht der Fall ist. Vielmehr unterscheiden sich die ausgewählten Städte in einer Reihe von Dimensionen hinsichtlich des institutionellen Rahmens und der Strukturbedingungen, die eine systematische Analyse des Zusammenhangs zwischen Konventionen, Institutionen und Krisenbewältigungspotenzial ermöglichen.

### Reaktionen auf den Strukturwandel (Gegenwartsbezug)

In Hinblick auf die Reaktionen auf den Strukturwandel (Gegenwartsbezug) lässt sich zunächst festhalten, dass sich *Frankfurt* als einzige Stadt hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur gewissermaßen treu blieb und die Arbeitsplatzverluste im Chemiesektor durch den Dienstleistungsbe- reich recht problemlos auffangen konnte. Insbesondere dem Flughafen(ausbau) werden bran- chenübergreifend positive Rückkopplungseffekte zugeschrieben (Baum et al. 2005). Allgemein wirkt der Strukturwandel im Chemiesektor eher motivierend als bedrohlich und führt zu Inter- nationalisierungsbestrebungen.

Die drei anderen Städte (mussten) sich hingegen wirtschaftlich neu orientieren:

Schwer traf es *Dortmund*. Dort markieren die Gründung einer eigenen Universität (1968) und die expliziten Vorstöße (vor allem Mitte der 1980er), den ehemaligen schwerindustriell gepräg- ten Wirtschaftsstandort zu einem Technologie- und Wissenschaftszentrum zu transformieren, einen einschneidenden Wendepunkt. Im Bewusstsein für die städtischen Wirtschaftstraditionen werden brachliegende Industriebauten zu Büro- und Geschäftszentren umgebaut. Wie auch in den anderen Städten, dominiert heute der Dienstleistungssektor mit über 80Prozent Dort- munds Wirtschaftsstruktur, und die Stadt präsentiert sich als Zentrum für Zukunftsbranchen, namentlich der Informations- und Mikro-/Nanotechnologien sowie der Logistik, zunehmend auch Biomedizin und Robotik (Stadt Dortmund, 2015). Bier braut man nach wie vor, und das städtische Biermuseum lädt zum geschichtsträchtigen Rundgang ein.

Auch *Glasgow* richtete sich neu aus und konzentriert sich in den letzten Dekaden auf den Dienstleistungssektor, wobei Finanz- und Unternehmensdienstleistungen, Einzelhandel und Tourismus, aber auch die Kreativ- und Kulturindustrie sowie die Forschung zu Schiffbau- und Marinetechologie, Energie und Biowissenschaften forciert werden. Letztere knüpfen bewusst an die traditionsreiche Vergangenheit Glasgows als akademischem Zentrum an. Ferner erlebt die durch die »Glasgow School of Arts« geprägte städtische Architektur eine Renaissance und verbessert das Image der Stadt.

Ähnliches gilt für *Birmingham*: Die Stadt ist heute bestrebt, ihre frühere ökonomische Diversi- tät wieder aufleben zu lassen und baut dabei auf den Unternehmens-, Fach- und Finanzdienst- leistungssektor. Weiterhin stellt man sich als Standort für fortgeschrittene Fertigungstechniken, Gesundheits- und Transporttechnologien sowie kohlenstoffarme Technologie dar und wirbt mit Angeboten für Tourismus. Einzelhandel und Freizeit. Sorge bereitet der multikulturell am buntes- ten gestrickten Metropole insbesondere die hohe Anzahl an unqualifizierten jungen Menschen.

## Erfolg bei der Bewältigung des Strukturwandels

Auch die Erfolge hinsichtlich der Bewältigung des Strukturwandels waren sehr unterschiedlich.

*Frankfurt* sticht dabei in unserem Sample besonders hervor, da es sich nicht nur aus wirtschaftshistorischer Sicht, sondern auch nach aktuellen Vergleichsdaten am erfolgreichsten entwickelt hat und mit der Bewältigung des Strukturwandels, im Vergleich zu den anderen Städten, nur wenige Probleme hatte (unter anderem EuroStat und Urban Audit Statistiken der Europäische Kommission): Den Strukturwandel der 1970er übersteht die Stadt aufgrund der damals bereits vorwiegend auf den Finanz- und Dienstleistungssektor fokussierten wirtschaftlichen Strukturen sehr gut. Obgleich viele Arbeitsplätze im Industriesektor wegfallen, behält Frankfurt ungetrübt seinen Status als führende Finanz- und Dienstleistungsstadt bei. Darüber hinaus entwickelt sich der städtische Flughafen zur größten lokalen Arbeitsstätte Deutschlands, was die Bedeutung dieses internationalen Luftfahrtrehkreuzes für die Stadt besonders hervorhebt.

Auch *Glasgow* attestiert man, dass es den Strukturwandel bereits erfolgreich überstanden habe, auch wenn das Bild nicht ganz so eindeutig ist wie in Frankfurt.

*Birmingham* und *Dortmund* haben dagegen bis heute deutlich stärker mit den Spätfolgen der Krisenjahre zu kämpfen als Glasgow und Frankfurt.

## Variation lokaler Konventionen

Interessant für unsere Fragestellung ist insbesondere, dass offensichtlich historisch ähnliche Wirtschaftsstrukturen zu unterschiedlichen Reaktionen auf Krisenlagen führen und darüber hinaus die jeweiligen Bewältigungsstrategien mit (zeitlich) unterschiedlichem Erfolg verbunden sind.

Um diesen Zusammenhang näher zu betrachten, fokussieren wir uns im Folgenden auf eine Branche – den Friseurmarkt (zur Begründung der Branchenauswahl siehe Baur et al 2014a) – und triangulieren eine Verlaufsmusteranalyse (Baur 2005) der stadtspezifischen Wirtschaftspfade mit einer Analyse der lokalen Wirtschaftspraktiken auf diesem Markt, die auf einem Methoden-Mix aus einer Ethnografie des Arbeitsalltags in sechs Friseursalons pro Stadt – also insgesamt 22 Salons – (Baur et al 2014a)<sup>2</sup> sowie einer standardisierten Befragung aller Friseursalons der vier Städte beruht (n = 624, Ausschöpfungsquote 28%) (Baur et al. 2014b; Baur, Meier 2015). Eingebettet ist die Analyse in einen größeren Forschungskontext zur Eigenlogik der Städte (Frank 2012), in dem unsere Analyse der Wirtschaftspraktiken der Städte mit anderen Feldern des Sozialen, namentlich der kriminalliterarischen Perspektive auf die Stadt, politischen Problemdiskursen sowie dem stadteigenen Stadtmarketing, systematisch verglichen wurde (Frank et al. 2014).

Vergleicht man auf dieser Basis die vier Städte miteinander, so lässt sich zunächst festhalten, dass unsere Daten explizite Hinweise auf die Existenz lokal-variiender Konventionen ökonomischen Handelns liefern. So unterscheiden sich die Städte systematisch darin, was im Friseur-

---

<sup>2</sup>An der Erhebung und der gemeinsamen Auswertung der ethnografischen Daten waren neben uns weitere vier Sozialforschende (Martina Löw, Lars Meier, Anna Laura Quermann, Florian Stoll) sowie ein Fotograf (Patrik Budenz) beteiligt.



wesen als ökonomisch rational gilt, also was man tun muss, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein und sich in das städtische Wirtschaftsgefüge einzupassen. Dieses hochgradig lokalspezifische Handeln ist den Akteuren nur bedingt bewusst und wird interaktiv über die alltäglichen Arbeitspraktiken und die wiederkehrenden Konflikte hergestellt. Den interpretativen Rahmen bilden stadtspezifische Übereinkünfte, die explizit und/oder stillschweigend mittels Glaubenssätzen, Formen der Arbeitsorganisation und Interaktion der Friseurinnen untereinander sowie mit den Kunden wirken und sich institutionell sowie materiell über Raum-Zeit-Arrangements verfestigten (Baur et al. 2014a). Die Akteure schaffen somit eine kollektiv erzeugte, situationsabhängige Dynamik innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens. Emergenz ergibt sich durch die wiederkehrende Kritik der Akteure an den *übersituational* vorhandenen Konventionen, die zwischen Struktur und Handeln gelagert sind und soziale Stabilität schaffen. Genau diese, im zeitlichen Verlauf kollektiv ausgehandelten und verfestigten Konventionen sind es nun, die Aufschluss darüber geben können, warum Krisen in der einen Stadt schnell und unkompliziert überwunden werden, während sie in der anderen langwierig und problembehafteter ablaufen.

Konkret deuten unsere Daten darauf hin, dass Berufsverständnis und Salonkonzept, Gemeinschaftsorientierung, Zeit- und Raumstrategien lokalspezifisch variieren, und dass dies auf historisch gewachsenen Konventionen des wirtschaftlichen Handelns beruht. Dabei wird der Arbeitsalltag in unterschiedlicher Ausprägung an Wettbewerb, Effizienz, Flexibilität und Eigenverantwortung ausgerichtet. Das Verhältnis von Wirtschaft zu anderen sozialen Bereichen ist in den vier Städten unterschiedlich gewichtet (Baur et al. 2014a).

## Beispiel Zeitstrategien

Wir greifen uns im Folgenden die Zeitstrategien (ausführlich Baur et al. 2014b) exemplarisch heraus. Gemeint sind mit Zeitstrategien zunächst Unterschiede in der Vergangenheits-/ Tradition-, Gegenwartsorientierung sowie der Zukunftsorientierung bzw. dem Innovationsverhalten – und diese sind für den Umgang mit Krisen besonders relevant, weil in den Krisenzeiten die Akteure (in der gegenwärtigen Situation der Krise) eine potenziell unsichere Zukunft antizipieren und reflektieren müssen (Erwartungshorizont), um Handlungsstrategien zu entwickeln – wobei hierfür typischerweise in der Vergangenheit entstandene Konventionen den Erfahrungsraum und damit auch das potenzielle Handlungsrepertoire mit bestimmen (Baur 2005: 88–92) – das heißt je nach dem, was die Akteure kennen und wissen sowie wie sie mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umgehen, reagieren sie potenziell anders auf Krisen.

Zeitstrategien meint aber auch den konkreten Umgang mit Zeit im Alltag. So kann die Differenz zwischen der Arbeitszeit, die eine Friseurin zur Erbringung einer Leistung benötigt, und der Zeit, die der Kunde sich im Salon aufhält, sehr groß sein – teils beträgt sie mehr als eine Stunde für Herren-Kurzhaarschnitte. Die Städte scheinen sich auch hinsichtlich ihres Tempos – das heißt dem Grad, wie sie ent- bzw. beschleunigen (Rosa 2005) –, der Taktung von Arbeitszeit und der Bedeutung, die sie der Zeitplanung zumessen, zu unterscheiden. Eng hiermit verwoben sind der Grad der Vermarktlichung (Hirsch-Kreinsen 2009: 451), die Flexibilitätsanforderungen an die Friseurinnen sowie die Möglichkeit, Beruf und Privatleben miteinander zu vereinbaren.

Im Städtevergleich zeigen sich dabei klare Muster der lokalspezifischen Zeitstrategie und – damit verbunden – der typischen Strategie, seine Wettbewerbssituation (in Zukunft) zu verbessern (ausführlich siehe Baur et al. 2014b). Dabei ist aber zu beachten, dass sie mit den anderen Dimensionen eng und auf stadtspezifische Weise verwoben sind und in lokalspezifisch typischen Konstellationen auftreten, weshalb sich diese anderen Faktoren (wie die spezifische Konstellation der Beziehung der Friseurinnen untereinander und zu den Kunden) in der folgenden Darstellung auch in die Analyse hineinweben.

## Frankfurt

Die Zeitorganisation in Frankfurt basiert auf Zukunftsplanung und Beschleunigung. Eine hohe Marktorientierung geht mit hoher Planungsorientierung einher. Exklusivitätsstreben erscheint als Weg zum Erfolg.

Konkret lässt sich festhalten, dass das Arbeitstempo hoch und die Zeitorganisation sehr straff ist. Insgesamt scheint Frankfurt eine sehr planungs- und taktungsorientierte Stadt zu sein. Dies äußert sich unter anderem in einer realistischen Kalkulation der Termine, was sich zum Beispiel darin zeigt, dass Zeiten für Haarbehandlungen länger als in den anderen Städten kalkuliert werden und dadurch systematisch (unnötige) Wartezeiten für Kunden vor dem Schneiden beziehungsweise Färben verhindert werden. Umgekehrt hat man als Kunde in Frankfurt kaum eine Chance, ohne vorherige Terminvereinbarung bedient zu werden. Gutes Zeitmanagement macht es für das Team möglich, immerhin weitgehend die Mittagspause einhalten zu können.

Frankfurt ist damit sowohl historisch gesehen, als auch gegenwärtig eine stark marktorientierte Stadt. Die Öffnungszeiten der Salons sind ebenso wie die Arbeitszeiten lang, dabei aber flexibel und von Salon zu Salon sehr verschieden.

Zukunftsplanung war und ist in Frankfurt wichtig. Neue Ideen werden gern erörtert und geplant, man sucht jedoch nicht gezielt danach. Vielmehr ist das Selbstbild von Flexibilität geprägt. Trends zu ergreifen und zu kopieren lehnen die Frankfurter Friseure ab. Eine Idee von der Konkurrenz zu übernehmen erscheint den befragten Frankfurter Salons unplausibel. Auch ein überraschender Wandel im Salonkonzept wird nicht erwartet. Anders zu sein, sich vom Markt abzuheben, irgendwie ungewöhnlich zu sein, solche Visionen sind in Frankfurt besonders stark ausgeprägt – sich andauernd zu verändern ist weder innovativ noch neu sondern gehört zum Berufsalltag. Damit scheinen die Frankfurter für etwaige Krisen nicht nur gut gewappnet zu sein, sondern gewappnet zu sein gehört geradezu zur Grundhaltung, die auch dann gilt, wenn man gerade nicht und nur selten davon betroffen ist – womit dann auch implizit das Handlungsspektrum existiert, schnell und effizient auf Krisen zu reagieren.

## Dortmund

Die Zeitorganisation in Dortmund basiert auf Konstanz in jeglicher Beziehung und Entschleunigung. Als *Common Sense* gilt die hohe Flexibilität innerhalb der gesetzten Regeln. Der Verkauf von Zusatzprodukten erscheint als effektive Strategie.

Die Konstanz drückt sich unter anderem dadurch aus, dass mit durchschnittlich 24 Jahren die Lebenszeit eines Friseursalons hier im Vergleich am längsten ist. Es kommt regelmäßig – und häufiger als in anderen Städten – vor, dass Nachfolger das Konzept, Inventar oder den Namen des Vorgängersalons übernehmen. Narrationen über Traditionen des Salons, des Quartiers und der Stadt prägen den Alltag.

Dennoch geben die Dortmunder Friseure weniger häufig als die Friseure in anderen Städten an, sich an Traditionen zu orientieren. Vielmehr sind Traditionen als die Handlung stützendes Inventar so selbstverständlich im Alltagswissen und den -routinen verankert, dass die Handelnden annehmen, sich nicht an ihnen zu orientieren, wenngleich sie durchaus in Bezug auf Vergangenes eine Handlungsorientierung für die Zukunft gewinnen.

Auch wenn die Dortmunder offen sind für Zukunftsinvestitionen (einen Kredit aufzunehmen, um den Salon zu verändern, erscheint in Dortmund nicht abwegig), sind die Dortmunder doch sehr stolz auf ihre in der Vergangenheit etablierten Konventionen und beharren auf ihnen: Hier findet man die kürzesten Arbeitszeiten und die niedrigsten Flexibilitätsanforderungen an die Beschäftigten. Man beginnt früher mit der Arbeit und schließt eher (das heißt man orientiert sich an lang etablierten Konventionen in Bezug auf Öffnungszeiten und flexibilisiert den Arbeitsalltag weniger). Man bedient selten außerhalb der regulären Öffnungszeiten und Überstunden werden hier ausbezahlt.

Das Arbeitstempo ist in Dortmund vergleichsweise niedrig, die wöchentliche Arbeitszeit geringer als in den Vergleichsstädten. In Dortmund findet man am ehesten Friseursalons, die nur vier oder weniger Tage in der Woche geöffnet haben. Dabei erhalten sich die Dortmunder Friseurinnen ein hohes Maß an Flexibilität innerhalb der klar definierten Regeln, so sind Arbeitsprozesse im Vergleich zu den anderen Untersuchungsstädten weniger durchgeplant. Verspätungen von Kunden stören in Dortmund am wenigsten den Arbeitsalltag.

## Glasgow

In Glasgow orientiert sich die Organisation von Zeitabläufen an kommunikativen Settings und wird begleitet von einer ausgewogenen Haltung gegenüber Innovation und Risiko. Das heißt auch, dass Werbung, im Sinne von Investment in Kommunikation, hier als besonders naheliegendes Mittel erscheint, um Einnahmen konstant zu halten oder zu erhöhen (im Unterschied zur Produktorientierung).

Mit einer »Orientierung an kommunikativen Settings« meinen wir, dass Geselligkeit im Salon ein Markenzeichen von Glasgow ist, und nicht selten sind die Salons sieben Tage pro Woche geöffnet. Glasgower Friseurinnen betonen, dass sich die Kunden oft untereinander unterhalten, wenn sie warten. Kunden kommen, auch ohne eine Dienstleistung in Anspruch zu nehmen, zu einem Schwatz in den Laden. Unter einer Zukunftsinvestition versteht man in Glasgow, im »Hier und Jetzt« sich durch gezielte Aufmerksamkeit für die Kunden auszuzeichnen.

In Glasgow sucht man die Ausgewogenheit: Risikoorientierung wird bejaht, aber in Maßen. Innovationen sind wichtig, aber werden nicht überdurchschnittlich betont. Neugründungen sind häufig, aber ein Klima, wo jeder ums Überleben kämpft, wird nicht angenommen. Glasgower

Friseurinnen sind selbstbewusst. Stärker als in anderen Städten nehmen sie ihren Salon, jeder für sich, als einen der erfolgreichsten Salons in der Stadt wahr.

## Birmingham

Die Zeitorganisation in Birmingham ist von einer Selbstwahrnehmung als innovativ und einem grundsätzlichen Zukunftsoptimismus geprägt. Sie wird begleitet von der Fähigkeit, Widersprüche zu ignorieren oder nebeneinander bestehen zu lassen.

Der Zukunftsoptimismus und das Selbstbild der Innovationsfreude äußert sich unter anderem darin, dass sich Birminghamer Friseurinnen nicht nur für überdurchschnittlich erfolgreich halten (wie ihre Glasgower Kollegen), sondern dass sie auch von sich annehmen, dass sie die ersten sind, die die neuen Trends aufgreifen, und dass ihr Salon in zehn Jahren ganz anders dastehen wird.

Die Friseursalons weisen mit durchschnittlich 15 Jahren die geringste Lebensdauer auf, zugleich sehen sich die Birminghamer jedoch am wenigsten von Schließung oder Bankrott bedroht. Ähnlich paradox geben Birminghamer Friseurinnen auch überdurchschnittlich häufig an, sich an Traditionen zu orientieren, ohne dass ihnen das als Widerspruch zum Trendsetting erscheint.

Der positive Blick auf den eigenen Alltag wiederholt sich in den Einschätzungen zur Work-Life-Balance. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erscheint den Birminghamer Friseuren im Vergleich zu den Stylisten in den anderen Untersuchungsstädten am wenigsten als Problem. Dabei geben sie an, immer wieder Kunden außerhalb der Öffnungszeiten zu bedienen, dass Mittagspausen regelmäßig ausfallen und sie auch auf Anruf spontan zur Arbeit kommen. Überstunden sind häufig und das Arbeitstempo ist hoch.

Trotz starker Planungsorientierung (genaue Vorgaben wie lange ein Schnitt dauern darf, hoher Stellenwert der Vereinbarung von Folgeterminen, der stete Blick in den Terminkalender auch während der Arbeit, eine hohe Zustimmung zur Behauptung »Zeit ist Geld«) sind Birminghamer Friseurinnen davon überzeugt, dass sich wirtschaftlicher Erfolg nicht planen lässt. Dies könnte sich zurückführen lassen auf die Erinnerungen an die Krisenzeiten, die im kollektiven Gedächtnis der Birminghamer verhaftet und auch momentan noch präsent sind.

## Ökonomische Konventionen und Krisenreaktionen

Wechselt man den Blick von den Salons auf die Stadtebene, so stellt sich die Frage, wie lokale Konventionen wirtschaftlichen Handelns mit dem institutionellen Rahmen zusammenhängen und wie wichtig sie für Krisenreaktionen und den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt als Ganzes sind, wie sie dabei Hilfestellung geben in Konfliktsituationen eine Übereinkunft zu bewirken.

## Wahlverwandtschaft zwischen Konventionen und traditioneller Wirtschaftsorientierung

Festzuhalten ist zunächst, dass offensichtlich eine Wahlverwandtschaft zwischen aktuellen Praktiken und der traditionellen Wirtschaftsorientierung einer Stadt existiert.

Die auf Profitmaximierung, Zeitmanagement und Marktdifferenzierung ausgerichteten Praktiken sind für ehemalige wohlhabende Handelszentren mit einer (kleinteilig) diversifizierten ökonomischen Basis (Frankfurt und Birmingham) die logische Fortsetzung langer historischer Traditionen.

Ebenso scheinen Dortmund und Glasgow in ihrer Betonung des handwerklichen Könnens und der Auseinandersetzung mit der Arbeitertradition auf die in von der Schwerindustrie geprägten Städten entwickelten historischen Routinen zurückzugreifen, wenngleich mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

## Konventionen und Bewältigung des Strukturwandels

Diese auf die Vergangenheit bezogenen Wirtschaftspraktiken scheinen aber gerade für den gegenwärtigen ökonomischen Erfolg der Städte wenig bis keine Erklärungskraft zu haben: Entgegen aller ökonomischen Binsenweisheiten führt (wie das Beispiel Birmingham zeigt) Profitorientierung nicht automatisch zum ökonomischen Erfolg, Orientierung an den Traditionen der Arbeitergesellschaft nicht automatisch zum Misserfolg (wie das Beispiel Glasgow zeigt). Vielmehr scheinen für die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels andere Faktoren eine Rolle zu spielen, das heißt es scheinen sich eine Reihe von außerökonomischen Praktiken ins wirtschaftliche Handeln hineinzuwenden, die dem wirtschaftlichen Erfolg nicht entgegenstehen, sondern – im Gegenteil – diesen sogar eher fördern; Konventionen, die sich im zeitlichen Verlauf etabliert haben.

Dabei wird das *Verhältnis von Wirtschaft zu anderen sozialen Bereichen* in den vier Städten jeweils unterschiedlich gewichtet. In keiner der Städte dominiert die Ökonomie so stark das sonstige soziale Leben wie in Frankfurt, die auch als erste Stadt den Strukturwandel erfolgreich bewältigt hat. Dabei scheint der Wettbewerbsgedanke so stark in die Wirtschaftspraktiken der Stadt eingelagert zu sein, dass selbst innerhalb der Friseurinnen eines Salons die Konkurrenz sehr hoch ist. Wirtschaften und Arbeiten werden von Friseurinnen strategisch eingesetzt, um durch Gewinnorientierung die Lebensqualität zu steigern, allerdings mit jeweils unterschiedlichen Ausprägungen: »Lebensqualität« bedeutet im professionalisierten Stadtfriseur vor allem Umsatz- und Verdienststeigerung, im Quartiersfriseur das Schaffen zeitlicher Freiräume. Diese Gewinnorientierung kommt auch zu einem Preis: Nirgendwo sonst haben die Arbeitenden so mit Entgrenzung und Subjektivierung zu kämpfen wie in Frankfurt – die Sphäre des Ökonomischen dringt stark in das Privatleben ein.

In den anderen drei Untersuchungsstädten (bzw. den untersuchten Friseursalons) widersetzt sich dagegen die Lebenswelt ein Stück weit dem Zwang des Ökonomischen. Entgegen der Unterstellung des einzig am persönlichen Eigennutz orientierten *homo oeconomicus* ist hier Gemeinschaft eine wichtige Handlungsorientierung. Allerdings zeigt sich, dass sich dieser Gemein-

schaftssinn in ganz unterschiedlicher Art und Weise – je stadtspezifisch – definiert und ihm dementsprechend auch Ausdruck verliehen wird.

Dies sollte aber keineswegs zu dem Trugschluss führen, dass nur Städte, die das Primat des Ökonomischen verfolgen, ökonomisch erfolgreich sein können – im Gegenteil: Die obigen Fallanalysen des strukturellen Wandels zeigen ja, dass nicht allein Frankfurt, sondern auch Glasgow den Strukturwandel (relativ) erfolgreich bewältigt hat, und dass dieser Bewältigungsprozess in den anderen Städten noch nicht abgeschlossen ist, das heißt durchaus auch noch positiv verlaufen kann, was dem Trend der letzten Jahre entsprechen würde.

Frankfurt war lediglich die einzige Stadt, die sich wirtschaftlich nicht neu ausrichten musste oder wollte, sondern auf bewährten Pfaden weiterschreiten konnte. Interessanter als die Frage, warum Frankfurt erfolgreicher ist als die anderen Städte, warum Birmingham den Strukturwandel noch nicht erfolgreich überwunden hat (obwohl es mit Frankfurt ähnliche günstige strukturelle Voraussetzungen sowie auf der Ebene der Praktiken den Glauben an ökonomischen Erfolg, Organisation und Zeitmanagement teilt) und warum Glasgow umgekehrt wesentlich erfolgreicher ist als Birmingham und Dortmund (mit denen es eine ähnliche schwer-industrielle Vergangenheit teilt). Kurz: *Was unterscheidet Frankfurt und Glasgow von Birmingham und Dortmund?*

Ein erster wichtiger Punkt scheinen *Beginn und Dauer der Krise* zu sein: In Glasgow setzte die Krise bereits in den 1940ern ein. Es hatte also im Vergleich zu Dortmund etwa 25 Jahre, im Vergleich zu Birmingham sogar 45 Jahre mehr Zeit, auf die Krise zu reagieren.

Ein zweiter interessanter Aspekt ergibt sich, wenn man die Besonderheiten des Glasgower Falls und seine spezifische Ausprägung von Gemeinschaft bzw. die Rolle betrachtet, die *informellen Beziehungen* und *sozialen Netzwerken* zugewiesen werden. Dies verweist in der Forschung auf die Relevanz von Netzwerken und informellen Beziehungen für die moderne Ökonomie (Windeler 2001).

Ein dritter Unterschied scheint der *Umgang mit Individualität der Arbeitenden* und die *Vorstellung von Professionalisierung* zu sein: Bei allen Ähnlichkeiten zwischen Frankfurt und Birmingham fällt auf, dass in Frankfurt Vermarktlichung am weitesten fortgeschritten ist und Individualität fast vollständig unterdrückt wird – was als konsequente Fortsetzung des »Frankfurter Kapitalismus« interpretiert werden kann. Kommunikationsschulungen, straffe Zeitpläne und perfekte Dienstleistungsergebnisse (wie vom Fließband) untermauern dies und schränken den möglichen Freiraum fast vollständig ein bzw. bürden sich die Friseurinnen dies selbst auf. Man ist immer auf Distanz zum Kunden und genau dies wird geschätzt.

In Birmingham werden dagegen Praktiken der Effizienzorientierung, Zukunftsplanung und des Zeitmanagements ergänzt und durchbrochen durch den Glauben an das Individuum. Erst eine schillernde und hoch kompetente Persönlichkeit – so der Glaubenssatz beider Friseursalontypen – kann eine gute Strukturlage in Erfolg verwandeln. Individualität wird in Birmingham von allen Untersuchungsstädten nicht nur am wenigsten diszipliniert und am stärksten zugelassen, sondern bewusst als Mittel des wirtschaftlichen Wettbewerbs eingesetzt und kann somit von den Friseurinnen über Kleidung und Kundenkommunikation ausgelebt werden. Dies steht allerdings im extremen Widerspruch zum Ketten-Dumping. Man findet gegenwärtige Konventionen des Wirtschaftens vor, die auf Motive hinweisen, die bereits während der industriellen Revolution vorherrschten und am Primat des kleinteilig und individuell spezialisierten Facharbeiters bzw. Kleinunternehmers orientiert sind.

Auch in Dortmund und Glasgow wird Friseurinnen mehr Raum zur Entfaltung ihrer Individualität gelassen als in Frankfurt, es wird aber (im Gegensatz zu Birmingham) erwartet, dass diese professionell kontrolliert wird. In Dortmund bedeutet dies, dass die Friseurin Einpassung in die gemeinschaftlichen Strukturen gewährleisten muss. Auch in Glasgow sind übertriebene Selbstinszenierungen nicht erwünscht und die Friseurinnen müssen sich der Gemeinschaft unterordnen. Da gleichzeitig Authentizität von ihnen erwartet wird, stellt sich eine ganz eigene Aufgabe der professionalisierten Gefühlsarbeit, da die richtige Balance zwischen »Echtem«, »Eigenem« und professioneller Distanz gefunden werden muss.

Der Glasgower Fall deutet darauf hin, dass – für wirtschaftlichen Erfolg in Dienstleistungsbereichen – Individualität zwar ein Stück professionell kontrolliert werden sollte, dies aber nicht deren vollständige Unterdrückung bedeuten muss, sondern dass verschiedene Wege zu wirtschaftlichem Erfolg führen können. Der gegenseitige Austausch, der das Vorankommen für alle ermöglicht, und mit einem hohen Maß an Vernetzung verbunden ist, galt und gilt als Garant für Erfolg.

Umgekehrt verweist Dortmund darauf, dass es sogar ein »Zuviel« an Gemeinschaft und ein »Zuwenig« an Individualität geben kann. Zwar kann durchaus eine Balance zwischen Bedürfnissen von Mitarbeiterinnen und Kunden gefunden werden, im Konfliktfall sollte (aus der Perspektive des Unternehmens) aber das *Primat der Kundenorientierung* (vor der Mitarbeiterorientierung) gelten. Der professionelle Kundenkontakt wird gerade heutzutage im Handwerk immer relevanter und ein gesundes Maß an Konkurrenzdenken, welches wahrlich unter schwerindustriellen Bedingungen wenig verbreitet war, ist aus dem Alltag eines Friseurs nicht wegzudenken.

Insgesamt deutet unsere Analyse der Frage, welche Konventionen in Umbruchssituationen wie wirken, darauf hin, dass insgesamt offensichtlich verschiedene Wege der erfolgreichen Krisenbewältigung existieren, die lokal variieren. Eine Möglichkeit scheint die Unterordnung aller anderen Lebensbereiche unter das Primat der Ökonomie zu sein. Alternative Pfade können die erfolgreiche Gestaltung von informellen Beziehungen und sozialen Netzwerken sowie eine ausgewogene Balance zwischen Individualität und Professionalität der Arbeitenden sein. Wichtig scheinen folglich nicht einzelne Elemente einer Wertordnung zu sein, sondern vielmehr das Gesamtbild, also spezifische Kombinationen unterschiedlicher Wertordnungen und ihrer verschiedenen Elemente.

## Literatur

- Bade, F.-J. 1987: Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen. DIW-Sonderheft 143. Berlin DIW.
- Bathelt, H., Glückler, J. 2002: Wirtschaftsgeographie. Stuttgart: Verlag.
- Baur, N. 2005: Verlaufsmusteranalyse. Wiesbaden: VS.
- Baur, N. 2008: Konsequenzen des Verlusts des ganzheitlichen Denkens. In O. Struck, H., Seifert (Hg.), Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Wiesbaden: VS, 189–229.
- Baur, N., Löw, M., Hering, L., Raschke, A. L., Stoll F. 2014a: Die Rationalität lokaler Wirtschaftspraktiken im Friseurwesen. In D. Bögenhold (Hg.), Soziologie des Wirtschaftlichen: Alte und neue Fragen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 299–327.

- Baur, N., Hering, L., Löw, M., Raschke, A. L. 2014b: Tradition, Zukunft und Tempo im Friseursalon. In S. Frank, P. Gehring, J. Griem, M. Haus (Hg.), Städte unterscheiden lernen. Frankfurt am Main, New York: Campus, 97–124.
- Baur, N., Meier, L. 2015: Lokale Glaubenssätze und wirtschaftliches Handeln – Kapitalismus als lokalspezifische Lebensform. In S. Münnich, P. Sachweh (Hg.), Kapitalismus als Lebensform? In Vorbereitung.
- Baum, H., Esser, K., Kurt J., Schneider, J. 2005: Regionale Entwicklung und der Frankfurter Flughafen. Hans-Böckler-Stiftung: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_edition\\_hbs\\_133.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_edition_hbs_133.pdf) (letzter Aufruf 13. März 2015).
- Begg, I. 1999: Cities and Competitiveness. *Urban Studies*, 36. Jg., 795–809.
- Behnke, J., Baur, N., Behnke, N. 2006: Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn et al.: Schöningh.
- Berghoff, H. 1991: Englische Unternehmer 1870–1914. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Berking, H., Schwenk, J. 2011: Hafenstädte. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Blomert, R. 2001: Sociology of Finance. *Economic Sociology*, 2. Jg., Heft 2, 9–14.
- Bonefield, W., Holloway, J. 1991: Post-Fordism and Social Form. London: Macmillan.
- Cooke, P. 1989 (Hg.): Localities. London: Unwin Hyman.
- Diaz-Bone, R., Thévenot, L. 2010: Die Soziologie der Konventionen. *Trivium*, 5. Jg.
- Diaz-Bone, R. 2007: Qualitätskonventionen in ökonomischen Feldern. In *BJS*, 17. Jg., Heft 4, 489–509.
- Frank, S. 2012: Eigenlogik der Städte. In F. Eckhardt (Hg.), *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden: VS, 289–310.
- Frank, S., Gehring, P., Griem, J., Haus, M. 2014 (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Hall, P. A., Soskice, D. 2001: *Varieties of Capitalism*. Oxford: University Press.
- Harvey, D. 1978: The Urban Process under Capitalism. *International Journal of Urban and Regional Research*, 2. Jg.
- Häußermann, H., Kronauer, M., Siebel, W. 2004: An den Rändern der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heidenreich, M. 2003: Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU. *KZfSS*, 55. Jg., Heft 1, 31–58.
- Heidenreich, M., Baur, N. 2015: Locations of Corporate Headquarters in Europe. In S. Lundan (Hg.), *Transnational Corporations and Transnational Governance*. Basingstoke: Palgrave, 177–207.
- Hering, L. 2012: *Wirtschaft und Stadt. Analyse der Eigenlogik der Stadt anhand wirtschaftlicher Entwicklung*. Diplomarbeit an der TU Berlin.
- Hering, L., Schmidt, R. J. 2015. Einzelfallanalyse. In N. Baur, J. Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer, 529–542.
- Herlyn, U., Schweitzer, U., Tessin, W., Lettko, B. 1982: *Stadt im Wandel*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Hirsch-Kreinsen, H. 2009. Entgrenzung von Unternehmen und Arbeit. In J. Beckert, C. Deutschmann (Hg.), *Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 447–465.
- Hollingsworth, J. R., Schmitter, P. C., Streeck, W. 1994 (Hg.): *Governing Capitalist Economies*. Oxford: University Press.
- Krätke, S. 1995: *Stadt, Raum, Ökonomie*. Basel et al.: Birkhäuser.
- Krätke, S. 2004: Kreatives Wissen in stadtreionaler Perspektive. In U. Matthiesen (Hg.), *Stadtregion und Wissen*. Opladen: Leske+Budrich, 93–107.
- Krugman, P. 1998: What's New About the New Economic Geography? *Oxford Review of Economic Policy*, 14. Jg., 7–17.
- Kuder, T. 2009: Pfadanalysen. In M. Kühn, H. Liebmann (Hg.), *Regenerierung der Städte*. Wiesbaden: VS.
- Lange, B. 2007: Konzeptionalisierung von »Markt« als Gegenstand der Neuen Kulturgeographie. In C. Berndt, R. Pütz (Hg.), *Kulturelle Geographien*. Bielefeld: transcript, 259–288.
- Massey, D. 1995: *Spatial Divisions of Labour*. London et al.: Macmillan.
- Massey, D., Meegan, R. 1982: *The Anatomy of Job Loss*. London, New York: Methuen.
- Rosa, H. 2005: *Beschleunigung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Spitzer, H. 1991: *Raumnutzungslehre*. Stuttgart: Ulmer.
- Stadt Dortmund 2015 (Hg.): *Wirtschaftsstandort Dortmund*,



- 
- [http://www.dortmund.de/de/wirtschaft/start\\_ws/index.html](http://www.dortmund.de/de/wirtschaft/start_ws/index.html) (letzter Aufruf 10. März 2015).
- Taylor, I., Evans, K., Fraser, P. 1996: A Tale of Two Cities. London, New York: Routledge.
- Windeler, A. 2001. Unternehmungsnetzwerke. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Zhang, W.-B. 2002: An Economic Theory of Cities. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

# Ausbildungsverbände als *Krisen*-Bewältiger und krisenhafte Modelle in der dualen Berufsbildung

Analysen mit dem Instrumentarium der Soziologie der Konventionen

Regula Julia Leemann, Sandra Da Rin und Christian Imdorf

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Soziologie der Kritik, der Rechtfertigung und der Konventionen« – organisiert von Lisa Knoll und Rainer Diaz-Bone*

Das duale Berufsbildungssystem in den deutschsprachigen Ländern wird seit den 1990er Jahren von *Krisen*-Szenarien begleitet: Es bietet zu wenige Ausbildungsplätze, diskriminiert bestimmte soziale Gruppen von Jugendlichen bei der Lehrstellensuche, sei für die heutigen Jugendlichen nicht mehr attraktiv und bereite ungenügend auf die Anforderungen der modernen Arbeitswelt vor. Um dieser Kritik zu begegnen, wurde von berufsbildungspolitischen Akteuren in der Schweiz wie auch in Deutschland und Österreich mit *Ausbildungsverbänden* ein neues Modell in der dualen Berufsbildung lanciert (BBT 2008; Schlottau 2003; Lachmayr, Dornmayr 2008).

In diesem Modell schließen sich mehrere Betriebe zu einem Verbund zusammen und bilden gemeinsam Jugendliche aus. Im Modell, das in der Schweiz von der verantwortlichen Bundesbehörde mit einer Anschubfinanzierung unterstützt wird, ist eine überbetriebliche Organisation, die sogenannte Leitorganisation, für die Steuerung des Verbundes verantwortlich. Sie akquiriert geeignete Betriebe (vor allem kleinere und mittlere Unternehmen, KMU), unterstützt diese fachlich und administrativ in der Ausbildung und rekrutiert die Auszubildenden. Für diese Dienstleistungen zahlen die Ausbildungsbetriebe. Die Auszubildenden wechseln im Laufe der Lehre alle sechs bis zwölf Monate den Betrieb. Sie sind bei der Leitorganisation angestellt und werden von zwei Personen betreut: einem Ausbildungsleiter bzw. einer Ausbildungsleiterin in der Leitorganisation und einem Berufsbildner bzw. einer Berufsbildnerin den jeweiligen Betrieben.

Mit Ausbildungsverbänden werden zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen, da auch kleinere Betriebe, welche zum Beispiel nicht das ganze Ausbildungsspektrum abdecken, oder die in konjunkturell stark abhängigen Branchen tätig sind, sich in der Berufsbildung engagieren können. Die Leitorganisation kann die Rekrutierung und Selektion der Auszubildenden professioneller, und damit leistungsgerechter durchführen als ein KMU, das hierfür nur beschränkt Ressourcen zur Verfügung hat. Die Qualität und Attraktivität der Ausbildung wird zudem durch die Einblicke in verschiedene Tätigkeitsfelder eines Berufes und durch die mit den Wechseln geforderten Schlüsselkompetenzen wie Flexibilität und Selbständigkeit bei den Auszubildenden erhöht.

Die Teilnahme an diesem Modell ist jedoch für die Betriebe keineswegs unproblematisch und die Umsetzung einer gemeinsamen betrieblichen Ausbildung erfordert verschiedene Abstimmungs- und Koordinationsprozesse. So geben beispielsweise die Ausbildungsbetriebe Kompetenzen in der Rekrutierung und Betreuung der Auszubildenden an die Leitorganisation ab, oder sie

müssen sich damit arrangieren, dass die Auszubildenden nur eine kurze Zeit in ihrem Betrieb sind. Die Organisation der Ausbildung mit zwei Betreuungsverantwortlichen und einer aus fachlicher Sicht sinnvollen betrieblichen Rotation der Auszubildenden ist komplex und störanfällig.

Es geht hierbei um einen zweifachen Zugang zum Begriff der Krise: Ausbildungsverbände werden zum einen als mögliches Modell betrachtet, mit dem verschiedenen Krisen-Szenarien in der Berufsbildung begegnet werden kann. Zum anderen ist das Modell in seiner Umsetzung selbst krisenbehaftet.

Dies führt zu folgenden zwei Fragen, welche in diesem Beitrag bearbeitet werden:

1. Welches sind die betrieblichen Motive für die Beteiligung im Modell Ausbildungsverbund und inwiefern sind sie eine Antwort auf die genannten Krisen-Szenarien?
2. Welche Krisen entstehen in der Umsetzung des Modells?

Im nächsten Abschnitt stellen wir die Soziologie der Konventionen vor, deren theoretisches Werkzeug die Bearbeitung dieser Fragen erlaubt. Der nachfolgende Abschnitt gibt eine Übersicht zum Untersuchungsdesign und den Daten. Daran anschließend werden die Ergebnisse präsentiert. Der Beitrag endet mit einem Fazit.

## Der theoretische Analyserahmen der Soziologie der Konventionen

Unser theoretischer Analyserahmen ist die Soziologie der Konventionen, auch Soziologie der Kritik und Rechtfertigung oder *Économie des Conventions*, ein in der französischen und zunehmend auch in der deutschsprachigen Wirtschaftssoziologie etablierter und im Pragmatismus wurzelnder, transdisziplinärer und institutionentheoretischer Ansatz, den wir für die Bildungssoziologie versuchen fruchtbar zu machen. Er ist mit Namen wie Luc Boltanski, Laurent Thévenot oder Robert Salais verbunden, hat sich jedoch als breites Netzwerk etabliert und kann keinesfalls auf einige wenige Namen und Figuren reduziert werden. Für eine umfassende und grundlegende Einführung in die Geschichte, Konzepte, Methodologie und Anwendungsfelder verweisen wir auf Diaz-Bone (2015), der in den letzten Jahren mit verschiedenen Publikationen die Theorie im deutschsprachigen Raum bekannt gemacht hat.

Wir gehen davon aus, dass verschiedene Konventionen im Sinne historisch-kulturell etablierter Ordnungsprinzipien die situative Handlungskoordination in Ausbildungsverbänden strukturieren. Betriebe stützen sich bei ihren Evaluationen und Entscheidungen für die Teilnahme an einer verbundförmigen Ausbildung auf unterschiedliche Rationalitäten, Werte und Logiken, welche diesen Ordnungsprinzipien innewohnen. Sie begründen und rechtfertigen die Qualitäten des Modells und kritisieren die Prozesse und Ergebnisse der konkreten Umsetzung, indem sie sich an diesen Konventionen, ihren kognitiven Formaten, Objekten, Qualitäten, Personen etc. orientieren (Diaz-Bone 2015: 21). Diese Konventionen – auch Rechtfertigungs- und Wertigkeitsordnungen genannt – gilt es zu rekonstruieren. Wir richten uns in diesem Beitrag an den von Boltanski, Thévenot und Chiapello elaborierten und von Derouet (1992) für die Institution Schule verifizierten sieben Konventionen aus (Diaz-Bone 2015: 152f.).

Wenn Ereignisse und Entwicklungen diese Ordnungsprinzipien ›stören‹, kann dies (soziale, wirtschaftliche, ökologische, ...) Krisen hervorrufen und die betroffenen Personen dazu bringen, sich dank ihrer kritisch-moralischen und reflexiven Kompetenzen (Diaz-Bone 2015: 85) »im Protest auf Rechtfertigungsordnungen und Qualitätskonventionen zu beziehen« (Diaz-Bone 2015: 354). Mit Blick auf die erste Fragestellung interessiert uns deshalb, auf welche Krisen-Szenarien sich die Akteure in Ausbildungsverbänden abstützen und welche Krisen bewältigt werden sollen, wenn sie begründen, weshalb sie sich in diesem anforderungsreichen Ausbildungsmodell engagieren. Welche Rechtfertigungs- und Wertigkeitsordnungen liegen diesen Krisen-Szenarien zugrunde?

Konventionen sind jedoch nicht harmonisch sich ergänzend, sondern im Widerspruch und Widerstreit zueinander, da jede Ordnung für sich eine universelle Gültigkeit beansprucht (Boltanski, Thévenot 1999: 365). Im Ausbildungsnetzwerk treffen sie aufeinander, das heißt, in der Organisation versammelt sich eine Pluralität von Wertigkeitsordnungen. Wenn die Akteure sich in ihren Handlungen und Entscheidungen auf verschiedene Konventionen beziehen, kann es in der Folge »zu kritischen oder krisenhaften Situationen kommen« (Diaz-Bone 2015: 166). Mit Blick auf die zweite Fragestellung geraten die kritischen Stimmen der Betriebe und die Konflikte in Bezug auf die Qualität der Auszubildenden und des Ausbildungsmodells in den Blick. Welche Aspekte des Modells und seiner Umsetzung werden problematisiert, haben Aushandlungen im Verbund zur Folge, führen dazu, dass Betriebe wieder aus der gemeinsamen Ausbildung aussteigen und tragen damit zur Krisenhaftigkeit des Modells bei? Auf welche Konventionen stützen sich diese Kritiken, und welche anderen Konventionen werden dabei kritisiert?

Die Darstellung der Ergebnisse verfolgt nicht das Ziel, die beiden Fragestellungen dieses Beitrages umfassend und abschließend zu beantworten. Vielmehr wird versucht, das Potenzial der Soziologie der Konventionen herauszuarbeiten, um das Funktionieren dieses Ausbildungsmodells zu verstehen, welches als Krisenbewältiger lanciert wurde, gleichzeitig aber selbst krisenbehaftet ist. Aus Gründen des beschränkten Raums für die Ergebnisdarstellung kann auf die Frage nach organisationalen Lösungen zur Krisenbewältigung in den Ausbildungsverbänden, welche theoretisch mit dem Begriff des Kompromisses zu erfassen wäre, nicht eingegangen werden (Leemann, Imdorf 2015). Denn oftmals werden Kompromisse zwischen verschiedenen Wertigkeitsordnungen geschlossen, um zu einer Übereinstimmung zu kommen, so dass zwei oder mehrere Rationalitäten mehr oder weniger gleichgewichtig nebeneinander stehen bleiben können (Boltanski, Thévenot 1999: 374).

## Fallanalysen von vier Ausbildungsverbänden

Die Daten stammen aus vier Fallstudien (Yin 2009) von vier typologisch ausgewählten Ausbildungsverbänden in der Schweiz.<sup>1</sup> Für die Auswahl der Verbände spielte zum einen die Größe eine Rolle (Anzahl Ausbildungsbetriebe und Auszubildende), zum anderen die Entstehungsge-

---

<sup>1</sup> Es handelt sich dabei um das vom Schweizerischen Nationalfonds finanziell unterstützte Forschungsprojekt *Lehrbetriebsverbände in der Praxis. Eine multiple Fallstudie zum Funktionieren und den Anforderungen einer neuen Organisationsform der betrieblichen Lehre aus Sicht verschiedener Akteure* (SNF-13DPD3\_134855). Nähere Angaben finden sich auf: [www.bildungssoziologie.ch/lehrbetriebsverbände](http://www.bildungssoziologie.ch/lehrbetriebsverbände).

schichte und die damit verbundene Trägerschaft des Ausbildungsverbundes (privatwirtschaftlich aus einer Branche, einem Berufsfeld heraus entstanden versus (para-)staatlich initiiert). Mit diesen typologischen Merkmalen sind – so die Hypothese – unterschiedliche Koordinationserfordernisse verbunden, welche unterschiedliche Konventionen ins Spiel bringen. In jedem Verbund wurde in neun ausgewählten Betrieben ein Expert/-inneninterview mit den für die Berufsbildung verantwortlichen Personen zu ihren Motiven, Erwartungen und Erfahrungen in der Verbundlösung geführt. Für diesen Beitrag bilden diese 36 Interviews die Grundlage. Im Weiteren dienen die 16 Expert/-inneninterviews mit Verantwortlichen der vier Leitorganisationen ebenfalls als Datenquelle für die Erfassung und Bündelung von Motiven und Kritiken, da sie einen Einblick in die Gesamtdynamik des Verbundes erlauben.

Für die Beantwortung der ersten Fragestellung werden die Konventionen rekonstruiert, auf die sich die Akteure in ihren Begründungen für eine Teilnahme stützen. Hierzu werden die Krisenszenarien fokussiert, welche die Teilnahme rechtfertigen. Für die Beantwortung der zweiten Fragestellung wird die Position des kritisierenden Akteurs konventionensoziologisch verortet und gleichzeitig herausgearbeitet, welche Konvention, die der Qualität des Ausbildungsmodells zugrunde liegt, kritisiert wird.

## Ausbildungsverbünde als Krisen-Bewältiger

Welche Motive werden von den verantwortlichen Akteuren in den Betrieben für das Engagement im Ausbildungsnetzwerk genannt, und welche Krisen-Szenarien werden dabei ins Feld geführt, um den spezifischen Wert des Ausbildungsmodells zu unterstreichen? Auf welche Konventionen stützen sich die Akteure in den Begründungen ihrer Beteiligung ab?

Ein wichtiges Motiv für das Interesse am Verbund ist der Aufbau von Fachkräftenachwuchs, da sich zunehmend Schwierigkeiten ergeben, diesen auf dem externen Arbeitsmarkt in der richtigen Qualität zu finden:

»Inzwischen ist es [...] brutal schwierig, Fachleute zu finden auf dem Markt, welche dem entsprechen, was wir brauchen. Es geht schon langsam in eine Katastrophe rein.«

Das Krisen-Szenario, das hier heraufbeschworen wird, ist jenes des Fachkräftemangels, der in bestimmten Branchen und Berufsbereichen vorherrscht. Betriebe wollen langfristig fachliche Expertise aufbauen, damit Fachkräfte im Rekrutierungspool der Branche vorhanden sind, wenn der Betrieb zukünftig Stellen neu besetzen muss. Diese Vertreter stützen sich auf die Logiken einer langfristigen Planung und einer systematischen Ausbildung – Merkmale der industriellen Konvention –, da sie sich nicht mehr auf die Befriedigung einer aktuellen Nachfrage verlassen können (vergleiche Abbildung 1).

»Also wichtig ist ja sicher, dass wir ein hohes Berufsniveau in der Schweiz haben. [...] Und da sollte man auch etwas dazu beitragen. Und das hoffen wir mit der Ausbildung von Lernenden<sup>2</sup> zu machen. Damit Fachkräfte da sind. Es ist nichts so ärgerlich, wie wenn du keine Fachkräfte hast.«

<sup>2</sup> In der Schweiz werden Auszubildende *Lernende* genannt.

Abb. 1: Krisen-Szenarien und Beteiligungsmotive

Krisen-Szenario	Motive Beteiligung	Konvention
Fachkräftemangel	Aufbau von Fachkräften ( <i>make</i> statt <i>buy</i> )	Industrielle Konvention
a) Zu große betriebliche Spezialisierung b) Ausbildungsqualität (fachliche Breite) nicht mehr gesichert	Fachlich genügend breites Profil durch Ausbildung im Verbund abgesichert	a) Industrielle Konvention b) Staatsbürgerliche Konvention
Flexibilisierte Arbeitswelt	Aufbau Schlüsselkompetenzen für Bewältigung a) der beruflichen Laufbahn der Jugendlichen b) der Anforderungen in der Branche	a) Staatsbürgerliche Konvention b) Netzwerkkonvention
Aufwand und Anforderungen in der beruflichen Bildung sind für die Betriebe zu groß	Support bei Rekrutierung, Ausbildung und Betreuung durch die Leitorganisation	Industrielle Konvention
Fehlende Ausbildungsplätze	Beitrag leisten zur Berufslehre als gesellschaftlicher Institution	Staatsbürgerliche Konvention
Zu viele Jugendliche verlassen Ausbildungssystem ohne Berufsabschluss; Diskriminierung beim Zugang zur Berufslehre	Integration von (benachteiligten) Jugendlichen	Staatsbürgerliche Konvention
Abwanderung in wirtschaftlichen Randregionen	Ausbildungsplätze für die Jugendlichen in der Region	Staatsbürgerliche Konvention
Quantität und Qualität des Bewerberpools ist zu gering (Rekrutierungsprobleme)	a) Attraktives Ausbildungsangebot b) Magnetwirkung bekannter Betriebe im Verbund; besseres Image und PR als Verbund	a) Konvention der Inspiration b) Konvention der Bekanntheit

Quelle: Eigene Darstellung (Daten: Projekt Lehrbetriebsverbände in der Praxis)

Ebenfalls auf der industriellen Konvention basieren jene Argumente, bei denen die zu große Spezialisierung und das Fehlen der notwendigen Breite im betrieblichen Tätigkeitsprofil geltend gemacht werden. Die befragten Berufsbildungsverantwortlichen weisen darauf hin, dass sie nur dank der Mitarbeit im Verbund und der dadurch ermöglichten Ausbildung der Jugendlichen in verschiedenen Betrieben die Ausbildungsqualität garantieren können.

»[...] wir haben es [das Verbundmodell] gewählt, weil wir eben selbst nicht eine dreijährige Ausbildung vollumfänglich anbieten könnten.«

»Wir hätten eine zu wenig breite Palette, um die Lernenden ausbilden zu können.«

Die Begründungen beziehen sich mancherorts auch auf die Ausbildungsqualität und die geltenden Ausbildungsordnungen für die Berufsdiplome. Diese Zertifikate sollen den ausgebildeten

Jugendlichen die für ein gesichertes Berufsleben relevanten Qualifikationen und eine überbetriebliche Mobilität garantieren. Mit der Betonung der Wertigkeit von gesellschaftlicher Partizipation durch eine formal gesicherte Qualifikation rückt die staatsbürgerliche Konvention ins Zentrum.

Mit Verweis auf die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt wird das Potenzial des Verbundmodells für den Aufbau von Schlüsselkompetenzen wie Selbständigkeit, Flexibilität und Offenheit für Neues und Unvorhergesehenes bei den Jugendlichen betont. Die Begründungen sind an der staatsbürgerlichen Konvention orientiert, wenn die Jugendlichen und deren produktive Bewältigung ihres zukünftigen Bildungs- und Berufsweges in einer flexibilisierten und von der Erosion der Beruflichkeit gekennzeichneten Arbeitswelt (Bolder et al. 2012) im Blick ist, wie dies in Konzepten wie der berufsbiographischen Gestaltungskompetenz (Kaufhold 2009) in der Literatur zu finden ist. Andere Interviewte beziehen sich stärker auf die zukünftig benötigten Kompetenzen in der Branche sowie auf die Ausbildungsqualität, die sich in dieser Beziehung verbessern muss. Insbesondere in den Branchen des öffentlichen Verkehrs sowie der Spedition wird ein Arbeitsalltag skizziert, der weder geregelt noch im Voraus planbar ist (»Change-Management-Syndrom«; »Exception-Management«) und ein projektförmiges Denken und Handeln in einer Netzwerkstruktur verlangt. Die Berufsrealität, welche hohe betriebliche und örtliche Mobilitätsbereitschaft der Individuen verlangt, erfordert Qualitäten, welche der Gesetzmäßigkeit der Netzwerkkonvention unterliegen und in der Verbundausbildung durch das Rotationsystem gefördert werden.

Gewisse Betriebe betonen, dass sie nur mit Hilfe der fachlichen und administrativen Unterstützung der Leitorganisation überhaupt noch fähig sind, sich an der Ausbildung zu beteiligen. Sie rechtfertigen die Wichtigkeit der Unterstützung durch die Leitorganisation, indem sie die fehlende betriebliche Effizienz und Expertise in der beruflichen Bildung ins Zentrum stellen (industrielle Konvention): Den großen Aufwand in der Rekrutierung, die sich immer wieder ändernden Berufsbildungsverordnungen, die Betreuungsanforderungen bei den heutigen Problemen der Jugendlichen könnten sie nicht mehr alleine bewältigen. Dazu brauche es eine in Bildungsfragen kompetente und effizient arbeitende Organisation, welche über die notwendigen Ressourcen verfüge.

Manche Betriebe wollen mit ihrem Engagement in der Verbundausbildung das System der Berufsbildung unterstützen und mithelfen, genügend Ausbildungsplätze für die junge Generation zu schaffen.

»Also eben, primär sind es ideelle Gründe, weil wir eigentlich auch der Meinung sind, dass ein Betrieb auch Verantwortung übernehmen soll und auch jungen Leuten eine Chance zu geben für eine Ausbildung.«

Insbesondere wenn die Betriebe eine (para-)staatliche Trägerschaft haben, sind sie auch verpflichtet, Ausbildungsplätze anzubieten. Diese Motive orientieren sich an den Leitideen der staatsbürgerlichen Konvention, genauso wie jene, welche für eine bessere Integration von Jugendlichen in die Berufsbildung plädieren und sich für eine Gleichheit der Ausbildungschancen unabhängig von Herkunft und Hautfarbe stark machen. Insbesondere eine der von uns untersuchten Leitorganisationen und einzelne Betriebe dieses Verbundes sehen die Chance des Verbundmodells darin, dass den bei der Lehrstellensuche diskriminierten Jugendlichen zu einer Lehrstelle verholfen werden kann.

Einer der untersuchten Verbünde wurde gegründet, um die Abwanderung der jungen Generation aus einer wirtschaftlich schwachen Region zu verhindern. Diese Sorge für das regionale, in einem Seitental etwas abgelegene Gemeinwesen ist ebenfalls eine Artikulation der staatsbürgerlichen Konvention und wird auch von einzelnen Betrieben in diesem Verbund geteilt, welche auch etwas an das Gemeinwesen zurückgeben wollen:

»Es ist natürlich ein stückweit regionabhängig. Also, [...] [ORTSNAME], ist nicht unbedingt gerade der Nabel der Welt. Also ist ein bisschen so in einem Seitental. Und daher sind natürlich die Lehrlingsplätze etwas, wie soll ich sagen, dünn gesät. Und da haben wir einfach [...] gesagt, wir möchten nicht nur gute Leute vom Markt zerren, wir möchten auch was zurückgeben.«

In den letzten Jahren ist unter anderem aufgrund eines Rückgangs der Schüler/-innenzahlen und durch die Konkurrenz der gymnasialen Ausbildung der Pool der Bewerber/-innen um eine Lehrstelle kleiner geworden und hat insbesondere bei KMU und in gewissen Berufsfeldern zu Rekrutierungsproblemen geführt. Dies ist für gewisse Betriebe ein Anlass gewesen, sich im Verbundmodell zu beteiligen. Mit den Betriebswechslern wird – so die Argumentation, welche sich auf die Rationalität der Konvention der Inspiration stützt – eine attraktivere Ausbildung angeboten, als es die einzelbetriebliche Ausbildung zu leisten vermag, wodurch vermehrt qualifizierte Jugendliche für eine Bewerbung gewonnen werden, welche sich sonst in Großbetrieben bewerben. Kleine und unbekanntere Betriebe setzen für die Bewältigung des Krisen-Szenarios eines schlechten Rekrutierungspools auch auf die Kräfte der Konvention der Bekanntheit. Sie begründen ihre Beteiligung im Verbund, indem sie sich auf Objekte wie die »Markenfirmen« im Ausbildungsnetzwerk beziehen, welche als »Magnet« wirken, und wodurch ihr Firmenlogo im Auftritt des Verbundes auch etwas vom Glanz der bekannten Unternehmen abbekommt (Leemann, Imdorf 2015).

»[...] man tut jetzt auch aktiv mit diesen Firmen, welche im Verbund drinnen sind, die zeigt man jetzt auch. Also ich habe unser Logo geliefert für eine Berufsbildnermesse [...], wo wir als Ausbildungsbetrieb [...] drauf sind. Und das kann vielleicht nachher [...] auch eine gewisse Stütze geben, wenn man dort gewisse Firmen drauf hat, welche bekannt sind, wo wir uns eigentlich nicht dazu zählen können. Wir sind eigentlich nicht so bekannt. Bei uns wissen viele nicht, dass es uns gibt. Wir machen uns vielleicht so auch ein wenig bekannter, »was machen wir überhaupt?«, automatisch.«

Die Verbundlösung ermöglicht zudem, sich als Verbund ein eigenes Image zu verpassen, das Jugendliche eher anspricht, und erfolgreicher PR zu betreiben, als es für einen Einzelbetrieb möglich wäre.

## Ausbildungsverbünde als krisenhafte Modelle

Nachfolgend werden zentrale Kritiken der Betriebe am Ausbildungsmodell und an der Tätigkeit der Leitorganisation dargestellt. Dabei wird rekonstruiert, welche konventionenspezifischen Rationalitäten des Verbundmodells beklagt und zurückgewiesen werden, und auf welche Konvention dabei rekurriert wird. Wir unterscheiden dabei zwischen der *Rekrutierung und Selektion* der Auszubildenden und der *Ausbildung und Betreuung* im Rotationssystem.



Die Auslagerung der Rekrutierung und Selektion der Auszubildenden an die professionell und effizient arbeitende Leitorganisation, was den Logiken der industriellen Konvention entspricht, wird gleich mehrfach kritisiert (vergleiche Abbildung 2). Es lässt sich zum einen eine ganze Reihe von auf der häuslichen Konvention basierenden Rechtfertigungen finden. Zum Beispiel wird moniert, dass die bisherigen lokalen und familialen Rekrutierungskanäle nicht mehr möglich seien, wo über Kontakte zu Schulen, Inserate in Regionalzeitungen, Empfehlungen unter den Peers oder familiäre Netze freie Lehrstellen besetzt werden. Auch könnten die Betriebe ihre spezifischen Traditionen und Eigenheiten nicht mehr in die Rekrutierung einbringen, was zu einer schlechteren Passung zwischen Auszubildenden und Betrieb führe.

»I: Und was würden Sie sich davon versprechen, wenn Sie dort [gemeint ist das Vorstellungsgespräche] dabei wären? B: [...] Von der [Firmenname] als solches halt auch, dass man [...] schon ein bisschen die [Firmenname]-Philosophie, die [Firmenname]-Mentalität, dass irgendwie das Gedankengut von wegen ›du kommst dann irgendwo zu uns, du bist zwar schon bei [Leitorganisation] angestellt, aber du musst dann irgendwo zu uns passen«. Dass man das wie dort mehr reinbringen kann.«

Abb. 2: Kritiken an der Rekrutierung und Selektion im Verbundmodell

Kritik an Konvention		Kritik stützt sich auf Konvention	
Industrielle Konvention	Unpersönlicher Rekrutierungsprozess	Häusliche Konvention	Betrieb kann sich mit seinen lokalen Rekrutierungskanälen und spezifischen Eigenarten nicht einbringen.
Industrielle Konvention	Standardisierter Rekrutierungsprozess	Häusliche Konvention	Zu wenig individuelle Einflussmöglichkeiten bezüglich Selektionskriterien und Auswahl: Betrieb will Autorität zurückgewinnen, mitreden und mitentscheiden
Industrielle Konvention	Unpersönlicher Rekrutierungsprozess	Konvention der Bekanntheit	Betrieb kann sich mit seinem bekannten Firmennamen nicht einbringen.
a) Konvention der Bekanntheit b) Staatsbürgerliche Konvention	Leitorganisation rekrutiert die falschen Jugendlichen a) LO hat das Image einer »Auffangstation« b) LO »gibt jedem eine Chance«	Marktliche Konvention	Auszubildende haben schulische und sprachliche Defizite: Preis-Leistungs-Ungleichgewicht
Marktkonvention	Leitorganisation nimmt auch ungeeignete Jugendliche, um Bestellungen der Betriebe abzudecken	Industrielle Konvention	Auszubildende haben schulische und sprachliche Defizite: Aufbau von qualifizierten Fachkräften kaum möglich

Quelle: Eigene Darstellung (Daten: Projekt Lehrbetriebsverbände in der Praxis)

Des Weiteren kritisieren Betriebe, sie hätten keinen Einfluss mehr auf die Selektionskriterien und die Entscheidungen bei der Auswahl der Jugendlichen und fordern ihre Autorität als Rekrutoren zurück, um eine bessere soziale Passung zwischen den Auszubildenden und dem eigenen Betrieb zu erreichen. Zum anderen argumentieren Betriebe mit Bezug zur Konvention der Bekanntheit, sie könnten ihren in der Region bekannten Namen nicht ins Spiel bringen, wenn sich Jugendliche nur beim anonymen Netzwerk bewerben könnten und nicht beim Betrieb selbst.

Manche Betriebe sind unzufrieden mit den rekrutierten Auszubildenden. Diese seien schulisch zu schwach und hätten zu große Defizite in ihren sprachlichen Kompetenzen. Sie aber würden viel zahlen, von der Leitorganisation jedoch nicht die gewünschte Qualität von Jugendlichen erhalten. Die Begründungen, die ins Feld geführt werden, sind hier an der marktlichen Konvention orientiert – das Preis-Leistungsverhältnis wird beanstandet.

Weshalb es den Leitorganisationen nicht gelingt, leistungsstarke Auszubildende zu rekrutieren, wird von den Ausbildungsbetrieben zweier Verbände auf zwei Umstände zurückgeführt. In der einen Argumentation wird der Leitorganisation vorgeworfen, nur den Integrationsgedanken zu verfolgen und »jedem eine Chance zu geben«. Diese an einer staatsbürgerlichen Idee orientierte Rekrutierungspolitik – so die andere Argumentation – hätte in der Folge dazu geführt, dass der Ausbildungsverbund heute »das Image einer Auffangstation« für benachteiligte Jugendliche hätte, was wiederum gerade diese Zielgruppen ansprechen würde, sich im Verbund zu bewerben (Konvention der Bekanntheit).

Andere Betriebe beschwerten sich, dass die Leitorganisation auch ungeeignete Jugendliche aufnimmt, nur um die Bestellungen der Betriebe bezüglich der Anzahl Auszubildender im nächsten Lehrjahr abzudecken.

»[LEITORGANISATION] hat die Zielvorgabe, dass sie die Lehrstellen, die wir bestellen, besetzen müssen. [...] und damit sie diese Stellen überhaupt besetzen können, passen sie das Stellenanforderungsprofil dem ein bisschen an, was auf dem Markt erhältlich ist. Das entspricht nicht dem, was wir wollen.«

Diese Orientierung der Leitorganisation an der marktlichen Rationalität untergrabe ihre Bemühungen eines längerfristigen Aufbaus von Fachkräften. Sie beklagen hierbei die schulischen und sprachlichen Defizite mit Rekurs auf die Wertordnungen der industriellen Konvention. Der Aufbau von fachlich qualifiziertem Nachwuchs sei kaum möglich, da diese Jugendlichen große Mühe hätten, die Berufslehre erfolgreich zu durchlaufen.

Auch bezüglich der Ausbildung und Betreuung, welche durch das Rotationssystem und das System der geteilten Betreuung auf verschiedenen Elementen der Netzwerkkonvention basiert, sind kritische Stimmen vorhanden (vergleiche Abbildung 3). Die vielen Betriebswechsel während der Lehrzeit und die damit zusammenhängenden kurzen Aufenthalte in den Betrieben würden es erschweren, die Auszubildenden in die eigenen betrieblichen Kulturen, deren Traditionen, Werte und Hierarchien hinein zu sozialisieren und den Jugendlichen auch etwas zu erziehen.

»Was für mich manchmal auch ein wenig der Nachteil ist, ist, wenn man den Lehrling natürlich von Anfang an hat, man hat den vom ersten Lehrjahr, dann kann man ihn im Prinzip dorthin richten wie man ihn will. [...] gerade so mit sechzehn, ist die Erziehung [...] zum Teil auch noch nicht abgeschlossen bei ihnen [...].«

Des Weiteren hätten die Berufsbildner/-innen durch die Aufteilung der Betreuungsfunktionen zwischen Leitorganisation und Betrieb zu wenig Autorität. Das komplexe Betreuungssystem würde zu einem Verlust an Kontrolle und Durchsetzungskraft gegenüber dem Jugendlichen

führen. Auch in diesen Rechtfertigungen ihrer Unzufriedenheit mit dem Ausbildungsmodell greifen die Redner/-innen auf die Wertordnungen der häuslichen Konvention zurück.

»Dort sind wir in verschiedenen Momenten isoliert, weil wir keine Vertragspartner des Auszubildenden sind. Also mir kann ein Auszubildender sagen: ›Du hast mir gerade gar nichts zu sagen [...]. Wir sind in gewissen Abläufen ein bisschen wie das fünfte Rad am Wagen. Wir können nicht viel Einfluss nehmen. Wir können relativ bescheiden Führungs- und Machtinstrumente einsetzen.«

Abb. 3: Kritiken an der Ausbildung und Betreuung im Verbundmodell

Kritik an Konvention		Kritik stützt sich auf Konvention	
Netzwerkkonvention	Zu kurze Dauer im Betrieb	Häusliche Konvention	Auszubildende können nicht in betriebliche Kultur hinein sozialisiert werden
Netzwerkkonvention	Entscheidungskompetenzen der Berufsbildner/-innen im Betrieb zu gering:	Häusliche Konvention	Verlust an Autorität
Netzwerkkonvention	Komplexe und wechselnde Betreuung der Auszubildenden	Häusliche Konvention	Zu wenig Kontrolle
Netzwerkkonvention	Zu kurze Dauer im Betrieb	Marktkonvention	Auszubildende sind zu wenig produktiv
Netzwerkkonvention	Zu kurze Dauer im Betrieb	Industrielle Konvention	Expertise Berufsbildner wird abgewertet und er beginnt immer wieder von vorne mit Ausbildung
Netzwerkkonvention	Rotation und hohe Selbstverantwortung der Auszubildenden	a) Industrielle Konvention b) Staatsbürgerliche Konvention	Erreichen Lernziele zu wenig gesichert: a) Problem für Betrieb b) Problem für Auszubildenden

Quelle: Eigene Darstellung (Daten: Projekt Lehrbetriebsverbände in der Praxis)

Eine weitere Missbilligung der kurzen Dauer der Jugendlichen im Betrieb wird damit erklärt, dass die laufenden Wechsel der Auszubildenden kaum je dazu führen würden, dass diese im Arbeitsprozess selbst auch produktiv werden. In dieser marktlichen Logik zahlen sich das Lehrlingsgeld und die Ressourcen für die Betreuung nicht im Gegenwert einer zumindest im zweiten Teil der Lehre produktiven Arbeitskraft aus.

Zudem untergraben diese laufenden Wechsel die bisherigen Berufsbildungsaufgaben der Berufsbildner/-innen im Betrieb. In ihrem professionellen Verständnis wird ihre Expertise, welche in der industriellen Konvention hoch gewertet wird, in Frage gestellt.

»Eben, ich kann [ihm] nur so viel mitgeben, wie eben Platz hat in einem Jahr, und wie viel [er] aufnehmen [kann]. Ich habe in dem Sinn nicht drei Jahre Zeit, um [ihm] etwas mitgeben zu können, wo ich finde, wäre wichtig in diesem Beruf.«

Die Ausbildungs- und Betreuungsarbeit der Berufsbildner/-innen wird in deren eigenen Wahrnehmung zur alljährlich wiederkehrenden Sisyphusarbeit.

Die durch die Betriebswechsel hohen Anforderungen an die Selbstverantwortung könnten – so wird befürchtet – auch dazu führen, dass die Auszubildenden bis zum Schluss der Lehre das Ausbildungsziel nicht erreichen würden, was dem Ziel einer gut ausgebildeten Fachkraft zuwiderläuft und in der industriellen Konvention ein Problem darstellt. Aber auch für den Jugendlichen selbst sei dies problematisch, da er unter Umständen die Lehrabschlussprüfungen nicht besteht, was in der staatsbürgerlichen Wertordnung unbedingt zu vermeiden ist.

## Fazit

Die dargelegten Motive für eine Beteiligung am netzwerkförmigen Ausbildungsmodell zeigen, dass die Betriebe sich bei der Begründung für ihre Teilnahme am Verbundmodell an den einleitend beschriebenen Krisen-Szenarien orientieren. Diese können noch erweitert und zugespitzt werden, zum Beispiel mit der Krise des Fachkräftemangels oder der Krise des Berufsbildungssystems, wenn KMU mit der zunehmend komplexeren und zeitaufwändigen betrieblichen Ausbildung und Betreuung nicht mehr mithalten können und deshalb keine Ausbildungsplätze mehr zur Verfügung stellen. Ausbildungsverbünde können solchen problematischen Entwicklungen etwas entgegenwirken und deshalb als *Krisen-Bewältiger* betrachtet werden.

Wie die Darstellung der unterschiedlichen Motive für die Verbundausbildung zeigt, ist im Verbundprinzip eine Gemengelage von unterschiedlichen Handlungsrationitäten eingelagert. Diese haben sich im Verbund zu einem spannungsvollen, mehr oder weniger labilen Kompromissobjekt vereint (Leemann, Imdorf 2015). In diesem Beitrag sind auf der Basis von vier untersuchten Ausbildungsverbänden Kritiken in Bezug auf Rekrutierung und Selektion sowie Ausbildung und Betreuung herausgearbeitet worden. Bei der Rekrutierung und Selektion steht in besonderem Maße deren Outsourcing an die Leitorganisation in der Kritik, welche diese mit größerer Expertise und Effizienz bewerkstelligen kann (industrielle Konvention). Bei der Ausbildung und Betreuung gerät das Rotationsmodell in die Kritik, das mit den betrieblichen Wechseln und dem Prinzip einer geteilten Betreuung auf der netzwerkförmigen Konvention beruht. Die Rechtfertigungen der Kritiker/-innen beziehen sich dabei meist auf die häusliche Konvention, welche mit dem Outsourcing und dem Rotationsprinzip nicht mehr zu ihrem Recht kommt.

Das Modell der gemeinsamen Ausbildung von Jugendlichen durch verschiedene Betriebe im Modell des Ausbildungsverbundes ist somit einerseits eine Möglichkeit, verschiedene Krisen in der beruflichen Bildung zu bewältigen. Gleichzeitig kann die gezeigte Krisenhaftigkeit des Modells auch erklären, weshalb Ausbildungsverbünde in der beruflichen Ausbildung trotz des Potenzials quantitativ nicht zu einem dominanten Modell herangewachsen sind und nur zögerlich Fuß fassen (Leemann, Imdorf 2014).

## Literatur

- BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) 2008: Resultate Evaluation Lehrbetriebsverbände. Bern: BBT, [www.sbfi.admin.ch/dokumentation/00335/00400/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,lnp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuq2Z6gpjCDd3t,fWym162epYbg2c\\_jjKbNoKSn6A--](http://www.sbfi.admin.ch/dokumentation/00335/00400/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,lnp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuq2Z6gpjCDd3t,fWym162epYbg2c_jjKbNoKSn6A--) (letzter Aufruf 31. Mai 2015).
- Bolder, A., Dobischat, R., Kutscha G., Reutter, G. (Hg.) 2012: Beruflichkeit zwischen institutionellem Wandel und biographischem Projekt. Wiesbaden: Springer VS.
- Boltanski, L., Thévenot, L. 1999: The Sociology of Critical Capacity. *European Journal of Social Theory*, 2. Jg., Nr. 3, 359–377.
- Derouet, J.-L. 1992: *École et Justice. De l'égalité des chances aux compromis locaux?* Paris: Éditions Métailié.
- Diaz-Bone, R. 2015: Die »Économie des conventions«. Grundlagen und Entwicklungen der neuen französischen Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Kaufhold, M. 2009: Berufsbiographische Gestaltungskompetenz. In A. Bolder, R. Dobischat (Hg.), *Eigen-Sinn und Widerstand. Kritische Beiträge zum Kompetenzentwicklungsdiskurs*. Wiesbaden: VS, 220–228.
- Lachmayr, N., Dornmayr, H. 2008: *Ausbildungsverbände in Österreich: Potenzial zusätzlicher Lehrstellen*. Wien: Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung.
- Leemann, R.J., Imdorf, C. 2014: Lehrbetriebsverbände. Warum ein Hoffnungsträger nicht abhebt. *Panorama*, Nr. 5, [http://www.panorama.ch/dyn/1122.aspx?id\\_article=444](http://www.panorama.ch/dyn/1122.aspx?id_article=444) (letzter Aufruf 31. Mai 2015).
- Leemann, R.J., Imdorf, C. 2015: Ausbildungsverbände als Organisationsnetzwerke. In L. Knoll (Hg.), *Organisationen und Konventionen. Die Soziologie der Konventionen in der Organisationsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 137–161.
- Schlottau, W. 2003: Verbundausbildung sichert hochwertige Ausbildungsplätze. In Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.), *Verbundausbildung – Organisationsformen, Förderung, Praxisbeispiele, Rechtsfragen*. Bonn: BIBB, 7–20.
- Yin, R.K. 2009: *Case Study Research. Design and Methods*. Thousand Oaks: Sage.

# Kampf um Konventionen

Raphael Vogel

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Die Soziologie der Kritik, der Rechtfertigung und der Konventionen« – organisiert von Lisa Knoll und Rainer Diaz-Bone*

Im Zentrum dieses Beitrages zur Ad-hoc Gruppe »Soziologie der Kritik, der Rechtfertigungen und der Konventionen« steht die Krise im Schweizer Lebensmittelhandel nach den Markteintritten der deutschen Discounter *Aldi* und *Lidl*. 2004 und 2007 kündigten diese beiden Lebensmittelhändler ihre Markteintritte in den Schweizer Lebensmittelhandel an, welche dann 2005 und 2009 erfolgten. Bereits die Ankündigung der beiden Discounter reichte, um eine massenmediale Diskussion über den Einfluss dieser beiden Discounter auf den Schweizer Lebensmittelhandel auszulösen. Im Rahmen einer Qualifizierungsarbeit wurde versucht, einerseits den Einfluss auf die bereits länger im Schweizer Lebensmittelhandel aktiven Händler zu rekonstruieren, andererseits aber auch die Eintrittsstrategien der beiden Discounter darzustellen. Die Untersuchung basierte grösstenteils auf zwei Theorien: Der *Économie des conventions* (kurz EC) sowie der bourdieuschen Feldtheorie. Obwohl die EC (wie die neue pragmatische Soziologie in Frankreich insgesamt) durch eine kritische Absetzung von der bourdieuschen Theorie entstanden ist, scheinen die beiden Theorien dennoch in einer Kombination mehr zeigen zu können, als dies bei der alleinigen Verwendung nur einer Theorie möglich gewesen wäre. Zwei Ziele werden in diesem Beitrag verfolgt: Einerseits sollen Anpassungsprozesse der beiden Discounter, wie auch der bestehenden Lebensmittelhändler, infolge der Markteintritte untersucht werden. Andererseits soll eine gegenstandsorientierte Synthese der beiden Theorien vorgenommen werden. Die These ist dabei, dass trotz der direkten Absetzung der EC von der Soziologie Bourdieus ein gegenseitiges Steigerungspotential besteht. Dieses gegenseitige Steigerungspotential liegt – wie hier aufgezeigt werden soll – maßgeblich in einer konventionenbasierten Distinktionsperspektive. In dem Beitrag werden weitere Konzepte (»Interlocking«, »Kanalisation«) eingeführt, um die Vermittlung der beiden Ansätze weiter auszuarbeiten.

Zu Beginn des Beitrages wird die theoretische Grundlage vorgestellt. Danach werden die Lebensmittelhändler und die für die Untersuchung relevanten Labels kurz präsentiert. Anschließend werden einerseits Anpassungsprozesse von *Aldi* und *Lidl*, sowie die Einflüsse der beiden Discounter auf den Schweizer Lebensmittelhandel rekonstruiert, bevor Elemente einer gegenstandsorientierten Synthese zwischen der EC und der bourdieuschen Soziologie präsentiert werden. Schlussendlich wird ein Fazit gezogen und ein Ausblick über mögliche weitere Schritte einer noch weitergehenden Synthese der beiden Theorien geliefert.

## Die bourdieusche Feldtheorie und ihre Erweiterungen

Bourdieu konzipierte Felder als soziale Bereiche, welche nach eigenen Regeln funktionieren (Bourdieu 1987: 194). Diese funktionieren als Kampffelder, in welchen um Positionen und damit um feldspezifisches Kapital gekämpft wird (Bourdieu, Wacquant 2006: 132). Die Grenzen eines Feldes sind dort zu finden, wo die feldspezifischen Regeln keine Gültigkeit mehr aufweisen. Entsprechend gehören zu einem Feld nur diejenigen Akteure, welche den spezifischen Regeln (dem *nomos*) verpflichtet sind (was bei Bourdieu die *croyance* ist) und gemäß diesen Spielregeln spielen (Bourdieu 2006: 266). Eine wichtige Differenz in Feldern bildet die Unterscheidung zwischen Etablierten und Herausforderern (Bourdieu 1993b: 107). Die Differenzierung wird bei Bourdieu anhand des Verfügens über Kapital bestimmt, wobei Bourdieu ein weites, nicht rein ökonomisches Kapitalkonzept vertritt (Bourdieu 2009). Die aktuelle Struktur eines Feldes ist als Produkt historischer Kämpfe zu verstehen (Bourdieu 1993b: 108). Das ökonomische Feld im Speziellen setzt sich durch den ökonomischen *Nomos* von anderen Feldern ab, denn hier ist die ökonomische Nutzenmaximierung legitim (Bourdieu, Wacquant 2006: 127): »Business is business«. Eine besondere Stellung kommt bei Bourdieu dem Staat zu: Dieser ist als Metafeld konzipiert. Metafelder sind dadurch charakterisiert, dass sie Macht auf fremde Felder ausüben können. Akteure können sich in ein Metafeld »einschreiben« und so Machtpositionen sichern, d.h. ihre Teilhabe am Verteilungssystem des Staates institutionalisieren lassen (Bourdieu, Wacquant 2006: 130).

In einer diskurstheoretischen Erweiterung des Feldkonzeptes kritisierte Diaz-Bone die durch Bourdieu so gedachte Vormachtstellung des sozialen Raums in Feldern: Durch die Homologie zwischen dem sozialen Raum und dem Raum der Lebensstile sei das Symbolische (d.h. hier Diskurse) immer eine vom sozialen Raum abgeleitete Realität (Diaz-Bone 2010: 69). Dagegen entwirft Diaz-Bone ein Feldmodell, welches analytisch in drei Teile aufgetrennt ist: In den Interdiskursraum, den Raum der Lebensstile und den sozialen Raum (Diaz-Bone 2010: 133ff.). Zwischen den drei Räumen bestehen Austauschverhältnisse. Sowohl der soziale Raum wie auch der Interdiskursraum tragen zur Konstruktion von Lebensstilen bei. In einem zweiten Schritt schlägt Diaz-Bone dieses anhand kultureller Felder entworfene Modell als Marktmodell vor: Diskurse – nun im Sinne von Qualitätskonventionen – treten als Feld kultureller Muster neben das gemäß Bourdieu durch Kapitalvolumen und -struktur bestimmte Marktfeld. Auch diese beiden Felder stehen miteinander in einem Austauschverhältnis: So kann beispielsweise das Auftauchen neuer Konventionen Felddynamiken auslösen und vice versa kann erwartet werden, dass Felddynamiken Änderungen in der Verwendung von Konventionen auslösen können (Diaz-Bone 2007: 502).

## Die *Économie des conventions* (EC)

Konventionen sind in der Handlungstheorie der *Économie des conventions* als »Stützen der Handlung« konzipiert (Dodier 2011: 84ff.). Das Konzept der Konvention ist zwar ein verbindendes Element der EC, wird jedoch unterschiedlich verwendet. In den folgenden Ausführungen wird auf die Konvention als Rechtfertigungsordnung Bezug genommen (Boltanski, Thévenot

2007), welche von Eymard-Duvernay auch als Qualitätskonventionen in Märkten vorgeschlagen wurden (1989). Denn das Konzept der Rechtfertigungsordnung erlaubt es, die öffentlichkeitswirksamen, symbolischen Kämpfe der Lebensmittelhändler am besten einzufangen. Konventionen sind bei Boltanski und Thévenot Handlungsgrammatiken der öffentlichen Kommunikation. Erst die Bezugnahme auf diese Handlungsgrammatiken (Diaz-Bone 2009: 239) lässt eine Kommunikation zu, welche über die Kommunikation im Vertrauten hinausgeht. In Märkten organisieren Konventionen die Qualitätsordnungen und -zuschreibungen. Folglich strukturieren sie Märkte und organisieren Nischenmärkte. Die Konventionentheorie setzt sich seit ihrer Entstehung mit der konventionellen Struktur von Märkten auseinander. Insbesondere Märkte mit landwirtschaftlichen Produkten nehmen in der Forschungsagenda der EC seit Beginn an eine prominente Stellung ein (Allaire, Boyer 1995). Konventionenbezogene Qualitäten bedürfen jedoch der Sichtbarmachung. In Italien beispielsweise konnte sich ein Biomarkt erst nach der Einführung eines Biolabels etablieren. Denn ohne das Label konnte der Mehrwert von Bioprodukten nicht kommuniziert werden (Murdoch, Miele 1999: 477). Bereits früh entwickelte Thévenot das Konzept der Forminvestition (1984). Zunächst anhand der tayloristischen Arbeitsweise entwickelt, lässt sich die Forminvestition auch auf Produktmärkte anwenden. Gemäß dem Konzept der Forminvestition ist die Investition in kognitive Formen notwendig, um situative Koordination dauerhaft zu stabilisieren. Neben der materiellen Investition z.B. in Maschinen oder andere Instrumente muss die gelingende Koordination auch in diese kognitiven Formen investieren, so dass für die Beteiligten die Informationen in einer relevanten Form und in geteilter Weise präsentiert werden können. Erst Forminvestitionen garantieren längerfristig eine gelungene Koordination in Märkten, so dass also Käufer und Verkäufer Produkte mithilfe derselben Qualitätslogik evaluieren (Biencourt et al. 2002: 243). Ein Beispiel von Forminvestitionen in Märkten stellt die Einführung von Labels dar. Labels können darum als Formen bezeichnet werden. Denn erst diese signalisieren eine nicht marktweltliche und nicht industrielle Qualität und rechtfertigen so allenfalls höhere Preise. Labels sind somit ein wichtiges Instrument für das Differenzieren von Warenangeboten (Thévenot 1995: 43) und eine Strategie jenseits des Preises (Valceschini 1995: 55).

## Feldkonstellation und Vorgehen

Im Schweizer Lebensmittelhandel sind zwei Unternehmen stark dominant: *Migros* und *Coop* mit zusammen 73% Marktanteil. Daneben existieren einige weitere Händler: *Denner* (ein Discounter, welcher jedoch im Jahr 2009 von der *Migros* gekauft wurde), *Volg* (ein Betreiber von Dorfläden) und *Spar* (ein Supermarkt). Erste Labels im herkömmlichen Sinn – Produktlinien also ausgenommen – wurden in den siebziger Jahren eingeführt. Richtig populär wurden diese aber in den neunziger und dann auch in den 2000er-Jahren Jahren. Federführend bei den Labels sind die beiden Großverteiler. *Coop* und *Migros* haben sich in den letzten Jahrzehnten einen richtiggehenden Labelkampf geliefert. Dies nicht ohne Grund: Die Umsätze mit Labelprodukten sind in den letzten Jahren konstant gestiegen (GfK 2012). Die kleineren Händler ziehen bei den Labelprodukten den Großhändlern oft nach. So haben beispielsweise Bioprodukte und auch regional



hergestellte Produkte eine weite Verbreitung erfahren. Präsent sind aber auch das AOP Label (*Appellation d'origine protégée*), verschiedene Bergproduktelabels und einige weitere kleinere Labels. Eine wie es scheint spezifisch schweizerische Labelgattung sind IP-Labels. Der Name *IP-Suisse* bezieht sich dabei auf das Konzept der integrierten Produktion, welche sich zwischen konventioneller und biologischer Produktion ansiedelt. Analog zu *Bio Suisse*, dem größten Biolabel der Schweiz, wird auch das IP-Label durch eine Vereinigung der produzierenden Bauern getragen. Diese Organisation ist – wie weiter unten dargestellt wird – nicht unerheblich für das Verständnis der Markteintritte von *Aldi* und *Lidl* in den Schweizer Lebensmittelhandel.

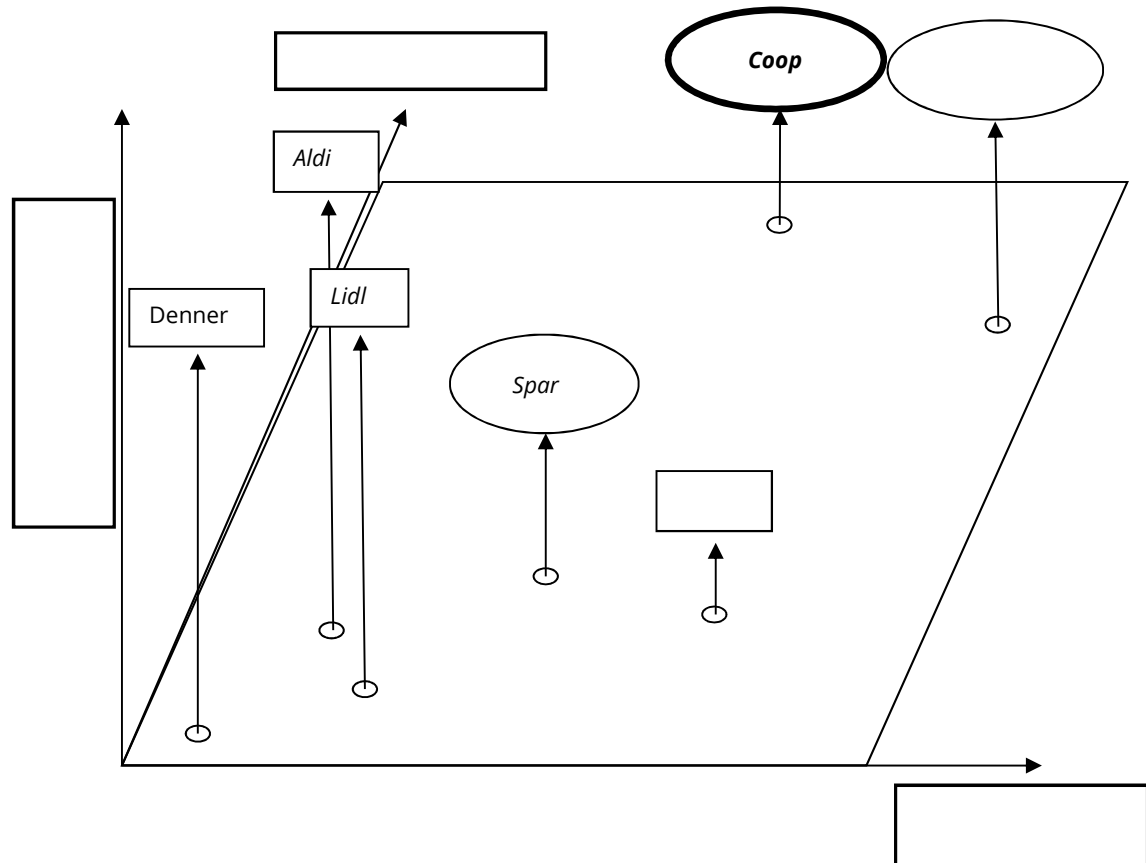
Spannend ist aber auch, dass nebst der breiten Einführung von Biolabels auch Nischenstrategien gefahren werden: *Spar* schaltete sich mit dem Bergproduktlabel *Schellenursli* in den von *Migros* und *Coop* eröffneten Nischenmarkt ein. *Volg* führte das Label *Feins vom Dorf* ein. Interessant ist hier der sehr enge Bezug zum Regionalitätsprinzip, welches auch dem grössten Label der Schweiz, *Aus der Region. Für die Region.*, der *Migros* zu Grunde liegt.


Die konventionelle Positionierung von Lebensmittelhändlern – also ihre Positionierung anhand des Bezugs auf eine oder mehrere Qualitätskonventionen – wurde als Verwendung von Labels operationalisiert. Hierzu wurden anhand der Kriterien »Marktanteil« und »Strenge des Konventionenbezugs« zunächst für jede im Schweizer Lebensmittelhandel vorfindbare nicht-industrielle und nicht-marktweltliche Konvention ein Label ausgewählt. Danach wurden die verschiedenen Labels anhand der öffentlichen Selbstbeschreibungen der Labels (Werbung, Zertifizierungsreglemente und Darstellungen auf den Homepages der Labels) und zusätzlich mithilfe von Experteninterviews detailliert auf ihre Konventionenbezüge hin untersucht. Interviewt wurden Vertreter von Labels, von Lebensmittelhändlern und von Label-Zertifizierungsorganisationen. Für die Analyse der Daten wurde ein diskursanalytisches Kodiermodell verwendet, welches ein erprobtes Analyseverfahren für Konventionen in Märkten darstellt (Diaz-Bone 2015: 324ff.). Zentrale heuristische Fragestellungen waren hier: Wie wird Wertigkeit hergestellt? Was ist die legitime Herstellungsweise? Was sind Wissenskonzepte? Welches Ethos liegt der Produktion zu Grunde?

## Die Markteintritte von Aldi und Lidl: Konventionenbasierte Distinktion im Schweizer Lebensmittelhandel, Anpassungsprozesse und Felddynamiken

Zunächst wurde die konventionelle Positionierung der verschiedenen Lebensmittelhändler im Feld der Labels untersucht. Das Ergebnis davon stellt Abbildung 1 dar. Die Konstruktion dieses Raums wurde anhand des Gebrauchs von Labels vorgenommen. Entsprechend den Konventionen, welche ein Label fundieren, sowie der relativen Marktgröße der eingesetzten Labels, wurde eine konventionenbasierte Zuteilung der Lebensmittelhändler zu Positionen in den in Abbildung 1 dargestellten Raum vorgenommen.

Abb. 1: Die konventionellen Positionen der Schweizer Lebensmittelhändler im Feld der Labels



Erläuterung: Staatsbürgerliche Konvention = kursiv geschrieben, häusliche Konvention (ohne AOP) = , eine fette Markierung verweist auf ein starkes Engagement

Basierend auf der Analyse der Experteninterviews sowie der Selbstdarstellungen der Lebensmittelhändler konnten drei Einflüsse der Eintritte von *Aldi* und *Lidl* in den Schweizer Lebensmittelhandel identifiziert werden:

1. Bereits mehrfach wurde der Einfluss der Markteintritte von *Aldi* und *Lidl* in den Schweizer Lebensmittelhandel im Hinblick auf die Preispolitik der Händler diskutiert und auch nachgewiesen (Preisüberwachung 2012: 9). Dies lässt sich auch anhand der Verwendung von Produktlinien<sup>1</sup> aufzeigen. Während die *Migros* bereits länger eine Tiefpreislinie hatte, führte *Coop* eine solche ein Jahr nach dem Markteintritt von *Aldi* ein. Beide proklamierten in der Folge eine Tiefpreisgarantie für diese Produktlinie, so dass vergleichbare Produkte in den Discountern nicht günstiger sein sollten. Hier lässt sich darum eine klare Reaktualisierung des ökonomischen Nomos feststellen, bzw. konventionentheoretisch betrachtet eine Reaktualisierung der marktweltlichen und industriellen Konvention.

<sup>1</sup> Was konventionensoziologisch analog zu Labels als Forminvestition bezeichnet werden kann. Der Unterschied zu Labels besteht in der fehlenden Zertifizierung durch Drittparteien.

2. Zweitens nahmen aber auch *Aldi* und *Lidl* Änderungen an ihrem Auftreten vor. Insbesondere die Selbstdarstellung als in der Schweiz verankerte Discounter stand im Vordergrund. Hier lässt sich primär die Platzierung und Verwendung des *Suisse Garantie* Labels nennen. Der Bezug auf die regionalistische Konvention – in diesem Fall als Bezug zur Schweiz – lässt sich aber bereits auch an der Gestaltung der Homepage ablesen: Erstens ist *Lidl* in der Schweiz nicht einfach *Lidl* wie in anderen Ländern, sondern das *Lidl* Logo ist mit einem Herz mit Schweizerkreuz versehen. Auch *Aldi* nennt sich nicht *Aldi*, sondern *Aldi Suisse*. Weiter führt *Lidl* beispielsweise ein spezielles »Schweizer Sortiment«. Und *Aldi* platzierte das *Nature Suisse* Label für tierfreundliche Haltung prominent mit Schweizerkreuz im Headliner seiner Schweizer Homepage. Zweitens lässt sich aber auch eine zumindest versuchte Angleichung an die Institutionalisierung auf Basis der grünen Konvention feststellen. Beide Discounter wollten das Biolabel von *Bio Suisse* sowie das light-Biolabel von *IP-Suisse* übernehmen, wurden jedoch von beiden Labelorganisationen daran gehindert.
3. Drittens ließ sich eine erfolgte Positionierung von *Coop* und *Migros* im Hinblick auf Werbung mit *Naturaplan*, *Migros Bio* und *IP-Suisse* feststellen. Leider waren die gewählten Methoden für ein detailliertes Nachzeichnen dieser Reaktion von *Coop* und *Migros* nicht geeignet. Hierfür wäre eine detailliertere Analyse der Werbung der beiden Großverteiler notwendig.

## Synthesen zwischen der *Économie des conventions* und der bourdieuschen Soziologie: Konventionen in Feldern

Die EC als Marktsoziologie kommt ohne das Feldkonzept nicht aus. Denn ohne einen Rahmen, in welchem sich die Konventionen als Qualitätslogiken gegenüber stehen, lassen sich Konventionendynamiken nur unzureichend verstehen (Diaz-Bone 2007). Bei der Analyse der Markteintritte von *Aldi* und *Lidl* in den Schweizer Lebensmittelhandel wurde aber weiter auch die Unvollständigkeit des Konventionenkonzeptes offensichtlich. Für ein Verständnis von Konventionendynamiken ist eine Hinzuziehung des Institutionenkonzepts notwendig. Im konventionensoziologischen Verständnis sind Institutionen mehr oder weniger formalisierte Handlungsregeln. Aus Sicht der EC müssen diese Regeln auf die Handlungsprinzipien von Konventionen bezogen werden, um sinnvoll angewandt werden zu können (vgl. Diaz-Bone 2012). Institutionen sind also in diesem Sinne unvollständig was ihren Handlungssinn angeht: um sie interpretativ in Situationen »handhaben« zu können müssen sie zusätzlich auf (Qualitäts-)Konventionen bezogen werden. Rückbezogen auf den »Kampf um Konventionen« im Schweizer Lebensmittelhandel bedeutet dies, dass der konkrete Kampf um eine konventionenbasierte symbolische Geltung anhand von Institutionalisierungen einer Konvention stattfindet. Diese sollen auch die fundierenden Prinzipien (ihre »Logik« oder »Rationalität«) einer Konvention zum Ausdruck bringen.

Aus der Perspektive einer historisierenden Marktsoziologie ist klar, dass jedes Marktfeld ein spezifisches Set von konventionenbasierten Institutionen herausbildet. So lässt sich nachvollziehen, warum *Aldi* und *Lidl* einem Anpassungsdruck beim Eintritt in den Schweizer Lebensmittelhandel ausgesetzt waren. Denn obwohl die meisten im Schweizer Lebensmittelhandel aufzufindenden Konventionen auch in Deutschland aufzufinden sind, lassen sich einige Unterschiede

im Hinblick auf die Institutionalisierung einer Konvention feststellen, aber auch im Hinblick auf die gesellschaftliche Reichweite von Konventionen. So sind beispielsweise die Labels *IP-Suisse* und *Bio Suisse* schweizspezifische Labels, welche auf der grünen Konvention basieren. Und die regionalistische Konvention scheint in der Schweiz viel verbreiteter zu sein als in Deutschland.

Das Feld der Labels kann als Metafeld konzipiert werden. Denn die Reichweite von Labels umfasst notwendigerweise mehrere horizontal unterteilte Marktfelder (Produzenten, Zwischenhändler, Verkäufer, etc.). Biologische Produkte müssen biologisch produziert und dann in ihrer biologischen Unversehrtheit über die verschiedenen Felder hin zum Produzenten transportiert werden. Dafür ist ein hohes Maß an Forminvestition in verschiedenen Feldern notwendig, um die Institutionalisierung von Konventionen eines Labels in den verschiedenen Feldern einer Produktionskette durchsetzen zu können. Diese feldübergreifende Durchsetzung von Institutionen kann als »Interlocking« bezeichnet werden. Unweigerlich stellt sich bei dieser vertikalen Betrachtung die Frage nach der Definitionsmacht der Felder bei der Konstruktion eines Marktes mithilfe von Labels. Interessant ist hier, dass zwei gewichtige Label, welche auf der grünen Konvention basieren, von Produzentenorganisationen ins Leben gerufen wurden. Insbesondere bei *Bio Suisse* ist das Feld der Produzenten direkt in das Label eingeschrieben, da ein fairer Preis für die Erzeugnisse der Produzenten in den Standards dieses Labels enthalten sind. *Aldi* und *Lidl* wollten das *IP-Suisse* und das *Bio Suisse* Label ins Sortiment aufnehmen, wurden jedoch von beiden Organisationen abgewiesen. Als Argument wurde vorgebracht, dass die Discountstrategie der beiden Lebensmittelhändler nicht zu den Grundsätzen dieser Labelorganisationen passe. Die beiden Labels versuchten so ihre Einschreibung in das Label und damit in die gesamte Produktionskette auch nach den Markteintritten von *Aldi* und *Lidl* aufrecht zu erhalten. Diese Beschränkung des Zugangs zu Produktionsketten kann als »Kanalisation« bezeichnet werden.

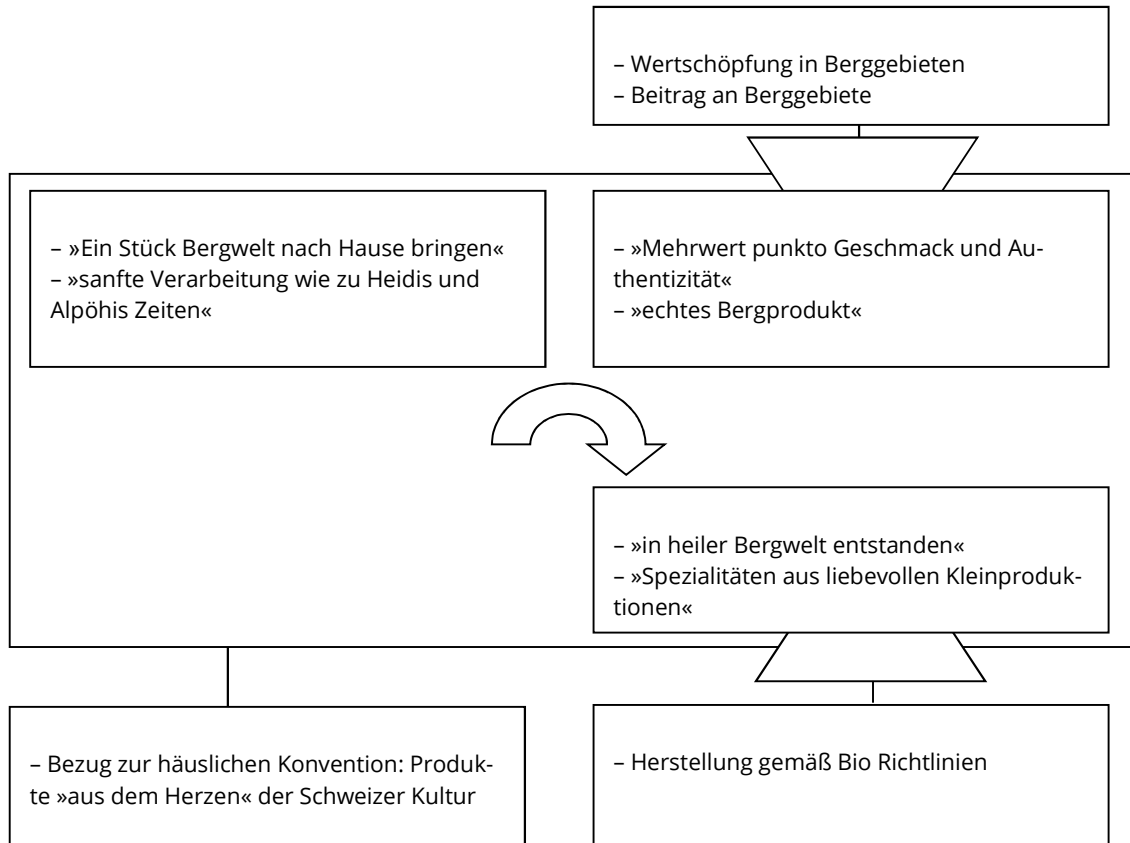
Die Konzepte »Interlocking« und »Kanalisation« bieten Anschlusspunkte für eine kulturelle und machttheoretische Einbettung von Märkten: Wird ein Markt als die Verbindung mehrerer Felder (Feld der Produzenten, der Verarbeiter, der Zwischenhändler, der Verkäufer und der Konsumenten) verstanden, wird der Blick frei für komplexe Koordinationsprozesse zwischen den Feldern. Das Konzept des Interlockings mittels Labels verweist auf koordinierte Abstimmungsprozesse, die dann auch dem Kunden transparent gemacht werden können. Aus einer historischen Perspektive heraus kann die Pfadabhängigkeit dieser Abstimmungsprozesse unterstrichen werden. Die kulturelle Einbettung von Märkten kann mit der *Économie des conventions* mithilfe der Konzepte der Konvention und der Institution aufgenommen werden. Genau diese Abstimmung auf die für den Schweizer Lebensmittelhandel marktspezifischen Institutionen stellte *Aldi* und *Lidl* vor Herausforderungen, welche im Fall von *IP-Suisse* und *Bio Suisse* nicht gelöst werden konnten. Darauf wurde mit dem Konzept der Kanalisation verwiesen, was folglich auf die machttheoretischen Aspekte dieses multiplen Feldmodells verweist.

## Konvention, Feld und Institution am Beispiel der Bergproduktelabels

Die Verzahnung von Konventionenbezügen und Feldmechanismen zu einer konventionbasierten Distinktionsperspektive lässt sich am detailliertesten am Beispiel des Feldes der Berg-

produktelabels nachvollziehen. Das Feld der Bergproduktelabels basiert auf der häuslichen Konvention, in dem es auf die Traditionalität der Bergregion als Herkunftsort dieser Produkte verweist. Wie sich empirisch gezeigt hat, basieren alle Bergproduktelabels auf diesem gemeinsamen Nomos, differieren jedoch in anderen Aspekten voneinander. Der Ursprung dieses Feldes liegt in der Einführung des *Heidi* Labels der *Migros*. Aber erst mit der Einführung des *Pro Montagna* Labels von *Coop* und des *Schellenursli* Labels von *Spar* wurde ein relationaler Raum eröffnet. Spannend sind nun die »feinen Unterschiede« der neu hinzugekommenen Labels: So setzte das *Pro Montagna*-Label auf die staatsbürgerliche Konvention, indem mit jedem gekauften Produkt ein gewisser Betrag an Einrichtungen für Bergbauern fließt (beispielsweise Käsereien, Fleischverarbeitungsbetriebe, usw.). Das *Schellenursli*-Label von *Spar* wiederum setzte auf die grüne Konvention, so dass sämtliche Produkte die Bio-Richtlinien erfüllen. Die Distinktion in diesem Feld geschieht einerseits mittels der Institutionalisierung einer Konvention, das heißt in diesem Beispiel mittels der institutionellen Ausgestaltung der häuslichen Konvention. Der Bezug zu dieser Konvention geschieht hier durch die Herkunftsregion der Produkte. Andererseits wird versucht, mittels weiterer Konventionen eine Abgrenzung zu bereits etablierten Labels zu erreichen. Die chronologische Entstehung dieses Feldes wird in Abbildung 2 dargestellt, wie auch die konventionenbasierte Distinktion der auf *Heidi* nachfolgenden Labels.

Abb. 2: Die Entstehung des Feldes der Bergproduktlabels durch den Bezug einzelner Bergproduktlabels auf andere Labels.



## Fazit und Ausblick

Wie die Analyse der Eintritte von *Aldi* und *Lidl* in den Schweizer Lebensmittelhandel gezeigt hat, bietet eine kombinierte Konventionen- und Feldperspektive vielfältige Anschlussmöglichkeiten. Zwei Konzepte wurden in dieser Untersuchung gegenstandsorientiert erarbeitet: Das multiple Feldmodell als Grundlage für die Analyse von Märkten sowie eine konventionenbasierte Distinktionsperspektive. Zusammengenommen eröffnen sie den Blick für komplexe konventionenbasierte Abstimmungs- und Distinktionsprozesse in Feldern, wie auch über diese hinaus. Die kulturelle Einbettung von Märkten kann mit dem Konzept der Konvention, sowie der Institution, spezifiziert werden. Die Konzepte »Interlocking« und »Kanalisation« verweisen weiter auf den machtheoretischen Aspekt einer solchen Perspektive. Für eine weitergehende Synthese der *Économie des conventions* und der bourdieuschen Feldtheorie ist jedoch weitere Arbeit notwendig, welche im Folgenden kurz umrissen werden soll:

Das Konzept des Kapitals ist bei Bourdieu eng mit demjenigen des Feldes verknüpft. Gemäß Bourdieu wird in Feldern um Kapital gekämpft. Wie anhand des Feldes der Bergproduktlabels aufgezeigt wurde, wird in Märkten in unterschiedlichen Feldern um symbolische Geltung gekämpft. Es stellt sich dann die Frage, wie das Verhältnis einer konventionentheoretischen Per-

spektive zum Konzept des symbolischen Kapitals bei Bourdieu und den weiteren Kapitalarten gedacht werden kann.

Die EC formierte sich in einigen Punkten durch eine direkte Absetzung von der bourdieuschen Soziologie. Ein Kernargument der EC gegen die bourdieusche Soziologie war der Verweis auf die Reflexivität von Akteuren. An Bourdieus Soziologie wurde eine so verstandene Determiniertheit des Handelns durch den Habitus kritisiert. Demgegenüber stellt die EC das situative Koordinieren von Handlungen in den Mittelpunkt der eigenen Handlungstheorie. Aus Sicht der Soziologie Bourdieus gehen zumindest frühe Arbeiten der Konventionensoziologie mit einer gewissen Blindheit für Sozialisierungsprozesse einher. Für eine weitere Synthese ist eine Integration dieser geradezu konträren Perspektiven unerlässlich. Anknüpfungspunkte für eine Integration können hier Arbeiten von Thévenot zu den verschiedenen Regimen des Handelns bieten. Thévenot unterscheidet drei Regime: Das Regime des rechtfertigenden Handelns, dessen Grundlagen in »Über die Rechtfertigung« beschrieben werden (Boltanski, Thévenot 2007), das Regime des planenden Handelns und das Regime des Handelns im Vertrauten (Thévenot 2011). Das Konzept der Handlungsregime kann den Blick für die Komplexität von Sozialisierungs- und Handlungsprozessen öffnen. Insbesondere das Regime des planenden Handelns und das Regime des Handelns im Vertrauten, aber eben auch deren Verhältnis zum Regime des rechtfertigenden Handelns, bieten Anknüpfungspunkte für eine komplexe Konzeption eines konventionenbasierten Habitus.

## Literatur

- Allaire, G., Boyer, R. (Hg.) 1995: *La grande transformation de l'agriculture. Lectures conventionnalistes et régulationnistes*. INRA. Paris: Economica.
- Biencourt, O., Eymard-Duvernay, F., Favereau, O. 2002: Where do markets come from? From (quality) conventions! In O. Favereau, E. Lazega (Hg.), *Conventions and structures in economic organization. Markets, networks, and hierarchies*. Cheltenham, UK, Northampton, Mass.: Edward Elgar, 213–252.
- Boltanski, L., Thévenot, L. 2007: *Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*. Hamburg: Verlag Hamburger Edition.
- Bourdieu, P. 1987: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. 16. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1993: Über einige Eigenschaften von Feldern. In P. Bourdieu (Hg.), *Soziologische Fragen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 107–114.
- Bourdieu, P. 2006: Die Praxis der reflexiven Anthropologie. Einleitung zum Seminar an der École des hautes études en sciences sociales, Paris, Oktober 1987. In P. Bourdieu, L. J. D. Wacquant (Hg.), *Reflexive Anthropologie*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 251–294.
- Bourdieu, P. 2009: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In S. Neckel (Hg.), *Sternstunden der Soziologie. Wegweisende Theoriemodelle des soziologischen Denkens*. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus, 111–126.
- Bourdieu, P.; Wacquant, L. 2006: Die Ziele der reflexiven Soziologie. Chicago-Seminar, Winter 1987. In P. Bourdieu, L. J. D. Wacquant (Hg.), *Reflexive Anthropologie*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 95–250.
- Diaz-Bone, R. 2007: Qualitätskonventionen in ökonomischen Feldern. Perspektiven für die Soziologie des Marktes nach Bourdieu. *Berliner Journal für Soziologie*, 17. Jg., Heft 4, 489–509.

- Diaz-Bone, R. 2010: Kulturwelt, Diskurs und Lebensstil. Eine diskurstheoretische Erweiterung der bourdieuschen Distinktionstheorie. 2. Aufl. Wiesbaden: VS.
- Diaz-Bone, R. 2012: Elaborating the Conceptual Difference between Conventions and Institutions. *Historical Social Research*, 37. Jg., Heft 4, 64–75.
- Diaz-Bone, R. 2015: Qualitätskonvention als Diskursordnungen in Märkten. In R. Diaz-Bone, G. Krell (Hg.), *Diskurs und Ökonomie*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS, 267–292.
- Dodier, N. 2011: Konventionen als Stütze der Handlung: Elemente der soziologischen Pragmatik. In R. Diaz-Bone (Hg.), *Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie*. Frankfurt: Campus, 69–98.
- Eymard-Duvernay, F. 1989: Conventions de qualité et formes de coordination. *Revue économique* 40. Jg, Heft 2, 329–359.
- Murdoch, J., Miele, M. 1999: ›Back to Nature‹: Changing 'Worlds of Production' in the Food Sector: *Sociologica ruralis*, 39. Jg., Heft 4, 465–483.
- GfK 2012: Detailhandel Schweiz 2012. Hergiswil. Preisüberwachung 2012: Frankenstärke und Preise. Bern, [www.preisueberwacher.admin.ch](http://www.preisueberwacher.admin.ch) (letzter Aufruf 23. Juni 2012).
- Thévenot, L. 1984: Rules and implements: investment in forms: *Social Science Information*, 13. Jg., Heft 1, 1–45.
- Thévenot, L. 1995: Des marchés aux normes. In G. Allaire, R. Boyer (Hg.), *La grande transformation de l'agriculture. Lectures conventionnalistes et régulationnistes*. Paris: Economica, 33–52.
- Thévenot, L. 2011: Die Pluralität kognitiver Formate und Engagements im Bereich zwischen dem Vertrauten und dem Öffentlichen. In R. Diaz-Bone (Hg.), *Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie*. Frankfurt: Campus, 255–274.
- Valceschini, E. 1995: Entreprises et pouvoirs publics face à la qualité. Les produits agroalimentaires dans le marché européen. In G. Allaire und R. Boyer (Hg.), *La grande transformation de l'agriculture. Lectures conventionnalistes et régulationnistes*. Paris: Economica, 53–72.



Ad-Hoc-Gruppe »Die Soziologie des Promovierens« – organisiert von Marc Torka

# Promotion und Exzellenz

## Stratifikation durch Auswahl im Feld der Doktorandenausbildung<sup>1</sup>

Roland Bloch

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Die Soziologie des Promovierens« – organisiert von Marc Torka*

Bislang ist die Promotion im deutschen Wissenschaftssystem in der Rolle des wissenschaftlichen Mitarbeiters institutionalisiert. Als solche sind die DoktorandInnen Teil der Lehrstuhlausstattung (Kreckel 2013), weshalb die Universität kaum Einfluss auf die Besetzung dieser Positionen hat (Hüther, Krücken 2012). In den letzten Jahren wurde demgegenüber die sogenannte strukturierte Promotion an den deutschen Universitäten nahezu flächendeckend etabliert. Unter dieser Bezeichnung firmieren Graduierten- und Promotionskollegs, Graduiertenschulen und -zentren, Promotionsstudiengänge und -programme. Die strukturierte Promotion unterscheidet sich von der hergebrachten, »traditionellen« durch ein Curriculum, das Promovierende absolvieren müssen, und eine teilweise Formalisierung der Auswahl, die den Einfluss einzelner Professoren begrenzen soll. Mit der Einführung dieser strukturellen Elemente wird die Promotion in ein Programm zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses transformiert.

Solche Programme werden unter anderem als Graduiertenschulen durch die Exzellenzinitiative gefördert. Die Exzellenzinitiative ist ein politisches Programm, das Rangunterscheidungen im deutschen Hochschulsystem einführt. Dieses galt bislang kaum als vertikal gegliedert (Teichler 2009: 164). Für Hochschulen gleichen Typs wurde von einer »ständischen« Gleichheitsfiktion« (Kreckel 2010: 242) ausgegangen; ihre Abschlüsse galten als gleichwertig. Die Exzellenzinitiative erzeugt nun vertikale Differenzierungen zwischen geförderten und nicht geförderten Universitäten.

Die Graduiertenschulen der Exzellenzinitiative sollen Programme zur Ausbildung eines exzellenten wissenschaftlichen Nachwuchses sein. Zugleich stellen diese Programme eine für Deutschland noch relativ neue Form der Nachwuchsförderung dar. Insofern markieren die Graduiertenschulen nicht sedimentierte Rangunterscheidungen, sondern neu entstehende stratifikatorische Bewegungen im Feld der Doktorandenausbildung. Ausgangspunkt des Beitrags ist

---

<sup>1</sup> Der Beitrag basiert auf Untersuchungen, die im Rahmen der DFG-Forschergruppe »Mechanismen der Elitebildung im deutschen Bildungssystem« im Teilprojekt »Elitebildung und Hochschulen« durchgeführt wurden.

somit nicht ein bereits stratifiziertes Feld, sondern ein sich hin zu einer verstärkten Stratifizierung wandelndes. Stratifikation bezieht sich aus dieser Perspektive nicht auf die Reproduktion etablierter Rangunterscheidungen, sondern auf Wandel (Trow 1984: 132), das heißt auf die Erzeugung und Etablierung von neuen Rangunterscheidungen. Mit den Graduiertenschulen der Exzellenzinitiative wird zudem erst jenes Feld der Doktorandenausbildung geschaffen, in dem diese eine Spitzenposition einnehmen. Insofern wirken sie als Promotoren, die stratifizierende Unterscheidungen in das Feld einführen und dadurch Reaktionen im Feld hervorrufen.

Die exzellenten Graduiertenschulen müssen ihre erlangte Spitzenposition ausfüllen, das heißt sie müssen nicht nur die in den Anträgen angekündigten Maßnahmen umsetzen, sondern ihre stratifikatorischen Ansprüche in einer Form untermauern, dass ihre Spitzenposition im Feld anerkannt wird. Zwar ist denkbar, dass die beispielsweise in den Selbstbeschreibungen der Graduiertenschulen artikuliert Superiorität nur eine von den tatsächlichen Aktivitäten entkoppelte Fassade ist. Allerdings ist der durch die Exzellenzinitiative verliehene Status nur ein temporärer, der in künftigen Wettbewerben immer wieder erneut bestätigt werden muss. Hat also eine Graduiertenschule zum Beispiel ein internationales Forschungsumfeld versprochen, so muss sie nun Nachweise für ein solches erbringen. Als solche gelten etwa eine internationale Zusammensetzung der Promovierenden, Auslandsmobilität, ein international erfahrener Lehrkörper oder die Rekrutierung von Gastwissenschaftlern internationaler Spitzenuniversitäten (Bloch et al. 2014). Internationalität als ein stratifikatorisches Merkmal exzellenter Graduiertenschulen erzeugt auf diese Weise performative Effekte.

Ein weiteres stratifikatorisches Merkmal ist die Auswahl der Doktoranden. Die exzellenten Graduiertenschulen positionieren sich als exklusiv, indem sie den Zugang beschränken. Sie legitimieren diese Beschränkung damit, dass sie nur die Besten auswählen. Zu diesem Zweck installieren sie aufwändige Auswahlverfahren (Haus, Kaulisch 2011). Eine allgemeine gesellschaftliche Erwartung bzw. »legitimate myth« (Meyer, Rowan 1977) einer Auswahl der Besten ist, dass sie allein nach Leistung vorgenommen wird. Die exzellenten Graduiertenschulen entsprechen dieser Erwartung, wenn sie beispielsweise behaupten: »Admission is based purely on academic performance and potential« (Graduate School of Economic and Social Sciences, 2015). Wer aber sind die Besten? Wie werden sie erkannt? Wer wählt sie aus? Kurz: Wie organisieren exzellente Graduiertenschulen die Auswahl der Besten?

Im Folgenden rekonstruiere ich, wie diese Auswahl an zwei Graduiertenschulen der Exzellenzinitiative organisiert wird. Empirische Grundlage sind organisationsbezogene Fallstudien an einer Graduiertenschule der Sozial- und Geisteswissenschaften (Scheelheim Graduate School<sup>2</sup>) und an einer Graduiertenschule der Naturwissenschaften (High Tech Graduate School). Die Fallstudien umfassen Dokumentenanalysen (unter anderem Selbstbeschreibungen der Programme, Auswahlregularien), Experteninterviews (unter anderem mit am Auswahlverfahren Beteiligten) und ethnographische Beobachtungen (unter anderem von Auswahlgesprächen und Gremiensitzungen). Für die Rekonstruktion folge ich einer Reihe von unterschiedlichen Akteuren durch das Auswahlverfahren und zeige, wie sie sich aufeinander beziehen. Die Analyse folgt somit einer Perspektive, die Interaktionen von Akteuren in Netzwerken rekonstruiert, indem sie darauf fokussiert, »what's getting mobilized, how it circulates, [...] and how this motion defines

---

2 Die Fallstudien wurden komplett anonymisiert.

and connects things as it shapes spatial and temporal relations« (Nespor 1994: 136). Zu diesen Akteuren gehören Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Exposé, Motivationsschreiben, Zeugnisse, Sprachtests, Empfehlungsschreiben), Flyer bzw. homepages, Schnupperstipendien, Excel-Tabellen, Mitglieder der Auswahlkommission sowie potentielle und tatsächliche Bewerber.

Im Zentrum des Beitrags steht die Frage, wie diese Akteure so zusammengebracht und miteinander in Beziehung gesetzt werden, dass sie eine Auswahl der Besten erzeugen. Im Fokus steht nicht das Resultat – die Ausgewählten –, sondern die Entstehungsbedingungen der Auswahl; wie also die Auswahl der Besten durch das Auswahlverfahren sozial konstruiert wird. Für die exzellenten Graduiertenschulen fungiert die Auswahl als zentraler Mechanismus der Grenzziehung (Bloch et al. 2015a: 190). Die Auswahlverfahren mobilisieren Differenzen und verdichten diese zu einer Grenze: »These locally random sites of difference become protoboundaries only when they line up into some kind of extended opposition along some axis of difference« (Abbott 1995: 867). Eine solche »axis of difference« ist für die exzellenten Graduiertenschulen die Auswahl der Besten. Sie besteht aus Differenzen, die so miteinander in Beziehung gesetzt werden müssen, dass sie ein gemeinsames Innen und Außen bilden (Abbott 1995: 871). Dies ist die Aufgabe des Auswahlverfahrens.

## Die Anrufung der Besten

Die hier untersuchten Auswahlverfahren benötigen Bewerbungen, die extern erzeugt werden müssen.<sup>3</sup> Die Anwahl ist somit Voraussetzung für die Auswahl, entzieht sich aber der Kontrolle durch die Graduiertenschulen. Sie können lediglich versuchen, auf eine (weitgehend) anonyme Bewerbermenge einzuwirken. Dabei sind die Graduiertenschulen auf eine hohe Zahl von Bewerbungen angewiesen. Eine möglichst starke Reduktion, das heißt ein möglichst ungleiches Verhältnis zwischen Bewerbern und Ausgewählten, gilt als Ausweis hoher Selektivität. Weil die erreichte Spitzenposition der Graduiertenschulen in einem im Entstehen begriffenen Feld der Doktorandenausbildung noch neu und instabil ist, reicht das eigene Prestige nicht aus, um Bewerbungen in ausreichender Zahl zu sichern. Daher muss ein Marketing in der Breite eine ausreichend hohe Zahl von Bewerbungen sicherstellen.

Zugleich sind die Graduiertenschulen auf eine besondere Qualität der Bewerber angewiesen, wollen sie eine Auswahl der Besten vornehmen. Sie betonen daher ein hohes Anforderungsniveau, um nur ein bestimmtes Bewerbersegment anzusprechen: »Please note that our program is highly competitive, so you should refrain from applying if you do not belong to the top 10% or so of your class.« (Saarbrücken Graduate School of Computer Science 2015)

---

<sup>3</sup> Andere Auswahlverfahren, etwa für besondere Auszeichnungen wie den Nobelpreis, erzeugen Kandidatenlisten aus einem festgelegten Kreis an Vorschlagsberechtigten (ehemalige Preisträger, Akademiemitglieder, nationale Parlamente usw.). Natürlich könnten die Graduiertenschulen die etablierten internen Rekrutierungswegen der beteiligten Professoren nutzen. Eine rein interne Bewerbermenge ist aber kein Merkmal einer Auswahl der Besten. Das schließt aber nicht aus, dass es interne Bewerbungen gibt – an der Scheelheim Graduate School beispielsweise nimmt ihr Anteil mit jeder Auswahlstufe zu.

Das hohe Anforderungsniveau ist eine erste Differenz, die von den Auswahlverfahren mobilisiert wird. Es soll Selbstselektionen unter potentiellen Bewerbern hervorzurufen und so Bewerbungen minderer Qualität abschrecken. Ein spezifischer Akteur, der solche Selbstselektionen hervorrufen kann, ist das Exposé. Anders als in den Sozial- und Geisteswissenschaften ist dieses keine allgemein übliche Anforderung in den Naturwissenschaften. Vielmehr wird hier den Doktoranden in der Regel ein Forschungsprojekt zugewiesen, das zum Arbeitsbereich des betreuenden Professors gehört. Für die naturwissenschaftliche High Tech Graduate School ist die Anforderung eines Exposés daher fast ein Alleinstellungsmerkmal.

Das hohe Anforderungsniveau wird in den Selbstbeschreibungen mit der besonderen Qualität der Graduiertenschule kombiniert.

»The Dresden International PhD Program is the perfect place for curious young scientists with a vivid interest in science and research, the desire to be an active part of our highly international and interactive community, and the ambition to contribute something really extraordinary. We expect a truly excellent academic performance and prior research experience along with the potential and enthusiasm to conduct challenging, top-notch research towards a PhD in a trans-disciplinary and competitive environment.« (Dresden International Graduate School for Biomedicine and Bioengineering 2015)

Es ist also eine zweifache Selbstselektion, die Graduiertenschulen bewirken wollen: Zum einen den Selbst-Ausschluss von nicht geeigneten potentiellen Bewerbern, zum anderen den Selbst-Entwurf der Bewerber als herausragende Nachwuchswissenschaftler. Wer sich für eine Bewerbung entschließt, muss sich auch als zu den Besten gehörend zu erkennen geben. Die Anrufung der Besten ist somit eine wechselseitige Beziehung zwischen exzellenter Graduiertenschule und potentiellem Bewerber, die nur dann gelingt, wenn die Bewerber auch entsprechend auf die stratifikatorischen Merkmale der Graduiertenschule reagieren (Bröckling 2012).

Die Graduiertenschulen belassen es aber nicht dabei, mittels Flyer und homepage mit einer anonymen potentiellen Bewerbermenge zu kommunizieren. So versucht die High Tech Graduate School, mit ›Schnupperstipendien‹ direkt potentielle Bewerber anzusprechen und an die Graduiertenschule zu transportieren.

»[D]ie Rekrutierung [muss] lange vor der Bewerbung beginnen. Weil man nur, wenn man sehr viel sehr gute Bewerbungen hat, auch sehr gute Leute auswählen kann. Sonst ist man schon so eingengt im Blick. Und auch wenn man sehr gute Frauen haben will, muss man eben viele sehr gute Bewerbungen von Frauen haben, damit man gar nicht in die Not gerät, irgendwie zu denken, jetzt nehme ich die noch auf, weil sie eine Frau ist, mir fehlen auch Frauen.« (Administration, IV 1, High Tech Graduate School)

Ursprünglich waren diese Stipendien allein für Frauen aus dem Ausland vorgesehen, um deren Anteil an den Bewerbungen zu erhöhen. Der direkte Kontakt sollte das offenbar nach Geschlecht und Nationalität variierende Ausmaß der Selbstselektion ausgleichen. Denn die Graduiertenschulen benötigen nicht nur eine besondere Qualität, sondern auch eine bestimmte Zusammensetzung der Bewerber. Hohe Frauen- oder Ausländeranteile gelten als Nachweise aktiver Gleichstellungspolitik und internationaler Attraktivität; beides wird von der Exzellenzinitiative gefordert.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> »Bei der Gestaltung der Graduiertenschule ist den Prinzipien der Gleichstellung und der Attraktivität für ausländische Absolventinnen und Absolventen Rechnung zu tragen.« (DFG, Wissenschaftsrat 2010: 3)

Die Anrufung der Besten stellt somit bereits eine Ansammlung mehrerer Differenzen dar: Herausragende akademische Leistungen, Selbst-Entwürfe als exzellente Nachwuchswissenschaftler, Geschlecht und Nationalität werden mobilisiert, um Einfluss auf eine anonyme potentielle Bewerbermenge zu nehmen und zu gewährleisten, dass Bewerbungen in ausreichender Zahl und Qualität erfolgen.

## Bewerten

Das Auswahlverfahren muss diese Differenzen nun so zusammenbringen, dass zum einen die Zahl der Bewerber auf die Zahl der zu vergebenen Plätze reduziert wird und zum anderen diese Reduktion in einer Weise vorgenommen wird, dass die Ausgewählten als die Besten gelten.

Ohne dass die Graduiertenschulen wissen, ob die Anrufung der Besten tatsächlich gelungen ist, werden nun Bewerbungen bei ihnen eingereicht. Der Bewerber tritt nicht unmittelbar in das Auswahlverfahren ein, sondern vermittelt über seine Bewerbungsunterlagen, das heißt er übersetzt sich selbst in ein vorgegebenes Raster von einzureichenden Dokumenten. Im Zuge einer ›formalen Vorsortierung‹ werden an den beiden untersuchten Graduiertenschulen die Bewerbungsunterlagen auf ihre Vollständigkeit hin geprüft. Auf diese Weise werden die Bewerbungen anhand eines einheitlichen Rasters klassifiziert. Ein solches »classification system« is a set of boxes into which things can be put in order to then do some kind of work« (Bowker, Star 1998: 233). Nur die vollständigen Bewerbungsunterlagen verbleiben im Auswahlverfahren und werden weitertransportiert. Sie genügen nun demselben formalen Standard und sind miteinander vergleichbar gemacht worden.

Die Bewerbungen werden anschließend einem mehrstufigen Bewertungsverfahren unterzogen. Bewertet werden können die vollständigen Bewerbungen ebenso wie nur einzelne Teile. So wird an der Scheelheim Graduate School zunächst nur das Exposé von einem an der Graduiertenschule beteiligten Professor begutachtet. Bewertet wird die individuelle Qualität des Exposés. Allerdings müssen die Bewertungsergebnisse miteinander in Beziehung gesetzt werden, um die Bewerbungen miteinander vergleichen zu können. Die individuellen Qualitätsurteile werden daher anhand von festen Kategorien und einem 15-Punkte-Notensystem in ein einheitliches Schema übersetzt. Dieser Kommensuration genannte Vorgang »transforms qualities into quantities, difference into magnitude. It is a way to reduce and simplify disparate information into numbers that can easily be compared« (Espeland, Stevens 1998: 316). Kommensuration ermöglicht es, Rangordnungen zu erzeugen.

Die Gutachten ebenso wie die in den einzelnen Kategorien erzielten Punktzahlen werden der Bewerbung beigelegt und diese im Auswahlverfahren weitertransportiert. An dieser Stelle tritt in beiden Graduiertenschulen zum ersten Mal die Auswahlkommission zusammen. Sie muss nun entscheiden, wer zu einem Auswahlgespräch eingeladen wird. Es gilt die Faustregel, pro verfügbaren Platz drei Bewerber einzuladen. Daher muss auf dieser Stufe eine deutliche Reduktion vorgenommen werden. Jedes einzelne Kommissionsmitglied muss in den vorliegenden Bewerbungsunterlagen Differenzen erkennen und bewerten. Dabei beziehen sich die Kommis-

sionsmitglieder selektiv auf einzelne Bestandteile der Bewerbung. Ein Mitglied nutzt beispielsweise zunächst allein die Punktzahlen der Begutachtung, um den Umfang der eigenen Bewertungsarbeit zu reduzieren:

»Im Pausengespräch sagt [Prof. Trautner], sie hätte allein aufgrund der Menge nicht alle 181 Gutachten lesen können und habe die mit den schlechtesten Bewertungen aussortiert: »Wenn ein Projekt in allen Bereichen nur drei oder weniger Punkte hat, hat es keine Chance mehr durchzukommen«. Die Gutachter würden allerdings das Punktesystem unterschiedlich anwenden bzw. ausreizen, so dass einige Bewerber einfach Pech hätten, wenn sie an einen besonders strengen Gutachter gerieten. Sie könne auch anhand der Bewertungen und Urteile einzelne Gutachter identifizieren und bei den besonders schlecht bewerteten (null Punkte) würde sie noch mal nachschauen.« (Beobachtungsprotokoll, Sitzung der Auswahlkommission, Scheelheim Graduate School).

Für dieses Kommissionsmitglied etabliert die in der Begutachtung erzielte durchschnittliche Punktzahl Differenzen zwischen den Bewerbungen, die bereits als Ausschlusskriterium fungieren. Die Begutachtungsergebnisse werden zwar noch selektiv überprüft, aber größtenteils übernommen, obwohl eine einheitliche Verwendung des Punktespektrums fragwürdig erscheint.

Ebenso uneinheitlich ist, welche Bedeutung die Kommissionsmitglieder einzelnen Dokumenten beimessen. So ist für ein Kommissionsmitglied das Motivationsschreiben entscheidend:

»Für mich ist die Beschreibung dessen, was man machen will, also jetzt warum man das macht, warum man interessiert ist daran, ziemlich wichtig. Also ich bilde mir ein, dass man daraus relativ viel sehen kann. Es gibt da manchmal etwas allgemeine begeisternde Briefe, die dann nicht, die dann so ein bisschen unspezifisch sind, ja, und das ist schon ein Grund zur Skepsis. Dann gibt es solche Statements, die einen guten Grund liefern, weshalb dieses Gebiet jetzt so besonders interessant ist. Oft auch oder manchmal ein persönlicher Grund. Ja, für mich ist das eine wichtige Quelle.« (Professor, IV 11, High Tech Graduate School)

Für dieses Kommissionsmitglied ist eine besondere Motivation die entscheidende Differenz. Hier wird nicht die Leistung, sondern die Persönlichkeit der Bewerber bewertet, und zwar indem die Motivation und die Beweggründe auf ihre Authentizität hin geprüft werden (Bloch et al. 2015b).

Zwar nehmen die Kommissionsmitglieder offenbar ganz unterschiedliche Differenzen wahr, doch müssen sie ihre Bewertungen in der Auswahlkommission intersubjektiv vermitteln, sollen sie zu Auswahlentscheidungen führen. Auch in der Kommission existiert kein einheitlicher Bewertungsmaßstab; vielmehr kann alles zur Disposition gestellt werden. So sollen an der High Tech Graduate School bereits vor dem Auswahlverfahren Bewerber in Kontakt mit einem potentiellen Betreuer treten. Obwohl nicht Teil des Auswahlverfahrens, kann der aus der direkten Interaktion gewonnene Eindruck bis in die Sitzung der Auswahlkommission hinein transportiert werden.

»Bei Platz 25 erkundigt sich [Prof. Brückner], was genau der Kritikpunkt in einem Gutachten sei: »Dass der noch nichts publiziert hat?« [Prof. Winter] lacht und erinnert sich an den Bewerber, »ein 30jähriger mit Fönwelle«, der »sehr selbstbewusst, sogar großkotzig« aufgetreten sei. Deswegen habe er fehlende Publikationen negativ vermerkt. Er zitiert aus dem Proposal: »I will shape tomorrow's science.« [...] [Prof. Winter] insistiert, dass trotz dieses Anspruches nicht einmal ein abstract vorliegen würde. [Prof. Mitterlich] findet

das »sehr suspekt«. Platz 25 wird abgelehnt.« (Beobachtungsprotokoll, Sitzung der Auswahlkommission, High Tech Graduate School)

Hier wird das Exposé direkt in Beziehung zum persönlichen Auftreten des Bewerbers gesetzt. Der Anspruch, die Wissenschaft von morgen zu gestalten, fällt zusammen mit dem »sehr selbstbewusst[en], sogar großkotzig[en]« Auftreten des Bewerbers, und wird angesichts fehlender wissenschaftlicher Leistungen als falsch entlarvt.

Die Auswahlkommission erzeugt eine Liste von Bewerbern, die zum Auswahlgespräch eingeladen werden. Es gibt aber keine einheitlichen Regeln, wie diese Liste aufgestellt wird. Differenzen zwischen den Bewerbern werden aus der selektiven Bezugnahme auf einzelne Teile der Bewerbung (Fachgutachten, Motivationsschreiben, Exposé, Lebenslauf) oder aus vorangegangenen Interaktionen mit Bewerbern generiert. Diese Bewertungen müssen aber von den anderen Kommissionsmitgliedern geteilt werden. Über die Abstimmung in der Kommission wird versucht, eine bestimmte Konsistenz der Differenzen zu wahren, damit die Auswahl nicht willkürlich oder interessegeleitet erscheint.

## Entscheiden

Nachdem die Auswahlgespräche<sup>5</sup> durchgeführt wurden, tritt die Auswahlkommission ein letztes Mal zusammen, um zu seiner definitiven Entscheidung über die Auswahl zu kommen. Hierfür müssen zunächst die Impressionen der einzelnen Kommissionsmitglieder aus dem Auswahlgespräch in die finale Kommissionssitzung transportiert werden.

An der High Tech Graduate School finden alle 22 Auswahlgespräche und die anschließende finale Kommissionssitzung an einem Tag statt. Nach jedem Auswahlgespräch gab es einen kurzen Austausch. Anschließend gaben die Kommissionsmitglieder jeweils einzeln ihre Bewertung ab.<sup>6</sup> Nun werden diese Bewertungen in einer Excel-Tabelle zusammengebracht.

»Die Mitglieder studieren die Tabelle. [Prof. Heinemann] stellt fest, dass es »keinen Knick« gebe. [Prof. Pander] fragt, wo man den »Knick« machen solle. [Prof. Heinemann] meint, wenn man Kandidat 4 aufnehme, müsse man auch Kandidat 8 nehmen, da beide den gleichen »score« hätten. Man solle die ersten acht aufnehmen. [Prof. Pander] fragt, was mit den Kandidaten 7 und 14 sei, die punktgleich auf dem neunten Platz stehen. Er fragt, wer für die Aufnahme von Kandidatin 14 sei. [Prof. Vandenberg] ist dagegen, weil es ein Grundlagenprojekt sei. Das sei kein Grund, meint [Prof. Heinemann], aber es sei eine schlechte Präsentation gewesen und Kandidatin 14 habe keinen Bezug zur [High Tech]. [...] [Prof. Bernhard] meint, Kandidatin 14 habe doch ein Übergangsstipendium, dann könne man sie vielleicht doch aufnehmen. [Prof. Pander] widerspricht, dann müsse man auch Kandidat 7 aufnehmen, da dieser gleiche Durchschnittsnote habe.[...] Eine weitere Diskussion wird aber nicht gewünscht. Es wird beschlossen, die ersten acht aus dem Ranking nach Notenlage aufzunehmen.« (Beobachtungsprotokoll, Sitzung der Auswahlkommission, High Tech Graduate School)

---

<sup>5</sup> Zu den Auswahlgesprächen siehe ausführlich Bloch et al. (2015b).

<sup>6</sup> Es wird ein Notenschema von 1,0 bis 3,0 mit 0,5er Zwischenschritten genutzt.



Die Excel-Tabelle ist ein Akteur, der Rangordnungen erzeugt. Sie reduziert die verfügbaren Informationen, um Entscheidungen zu vereinfachen (Espeland, Stevens 1998: 316), und sie wird von den Kommissionsmitgliedern an erster Stelle konsultiert, um eine Entscheidung zu treffen. Und tatsächlich suggeriert die Rangordnung der Excel-Tabelle eine leicht zu treffende: Die ersten acht werden ohne weitere Diskussion aufgenommen. Weil aber die Zahl der verfügbaren Plätze variabel ist, könnte noch eine weitere Person aufgenommen werden. Für diesen Zweck bietet die Excel-Tabelle keine eindeutige Entscheidungshilfe, weil sich zwei Bewerber mit derselben Punktzahl den neunten Platz teilen. Daher wird die Rangordnung zugunsten einer individualisierten qualitativen Bewertung temporär suspendiert. Allerdings wird nur eine Bewerberin diskutiert und abgelehnt. Sodann wird die Rangordnung als Akteur der Entscheidungsfindung reaktiviert und das Ergebnis auf den anderen, gleichplatzierten Bewerber übertragen.

An der Scheelheim Graduate School findet die finale Kommissionssitzung einen Tag nach Ende der Auswahlgespräche statt, von denen 27 an drei Tagen geführt wurden. Die Kommissionsmitglieder waren aufgerufen, einen »Notizbogen« mit vordefinierten Kategorien zu nutzen, um ihre Eindrücke festzuhalten; es ist aber unklar, inwieweit dieser genutzt wurde und daher auch, wie genau, wenn überhaupt, die Kommissionsmitglieder ihre Bewertungen konserviert und in die finale Sitzung transportiert haben. In dieser wird jeder Bewerber einzeln aufgerufen und mit A (=aufgenommen), B (=weitere Diskussion nötig) und C (=abgelehnt) bewertet. Während man die Bewerber einzeln durchgeht, werden immer wieder Zwischenergebnisse differenziert nach den askriptiven Kriterien Geschlecht, Nationalität und Fachdisziplin gegeben.

»[Prof. Börne] äußert zufrieden: »So, jetzt müssen wir nur noch ein A vergeben.« [Frau Pöschel, Administration] spricht hierfür direkt [Prof. Watzke] an: »Wen möchten Sie?« Ohne zu zögern nennt [Prof. Watzke] Bewerber 16. [Prof. Börne] entgegnet: »Aber der ist [Disziplin B]«, und schlägt stattdessen Bewerber 3 vor. [...] [Frau Derzinski, Doktorandin] fragt kritisch nach, ob Bewerber 16 jetzt deswegen Nachrücker werden solle, weil er [Disziplin B] sei. [Prof. Börne] argumentiert, Bewerber 3 und 16 seien gleich qualifiziert, so dass dies ein Fall für Anwendung anderer Kriterien sei. »Blöd« sei, dass beide nicht weiblich sind. Bewerber 16 sei zwar ein internationaler Promovierender, aber der Fächerproporz sei auch wichtig.« (Beobachtungsprotokoll, Sitzung der Auswahlkommission, Scheelheim Graduate School)

Die Reduktion der Bewerber muss mit Blick auf eine bestimmte Zusammensetzung der Ausgewählten erreicht werden, so dass Differenzen wie Geschlecht und Nationalität – je nach dem Stand der Zusammensetzung der bereits Ausgewählten – entscheidend für die Auswahl werden können. Dabei geht es nicht allein um die Darstellung nach außen, in der Frauen- und Ausländeranteile Exzellenz signalisieren sollen, sondern auch um die interne Legitimität der Auswahlentscheidungen. Offenbar müssen auch die an der Graduiertenschule beteiligten Disziplinen sich angemessen in der Gruppe der Ausgewählten repräsentiert sehen, soll die Auswahlentscheidung intern als legitim gelten. Differenzen wie Geschlecht, Nationalität und Fachdisziplin sind askriptive Kriterien, die keine Rangordnungen erzeugen, sondern vielmehr Korridore für Aushandlungsprozesse in den bisher erzeugten Rangordnungen öffnen.

Am Ende des Auswahlverfahrens, nachdem die Entscheidungen getroffen worden sind, ist eine Gruppe von Ausgewählten erzeugt worden. Sie repräsentieren jene Differenzen, die während des Auswahlverfahrens mobilisiert wurden, um die Besten auszuwählen. Allerdings erweist sich diese Gruppe als fragil.

»[Prof. Watzke] hakt nach: »Ist uns nichts durch die Lappen gegangen?« [Prof. Eckstein] antwortet, sie habe den [»Hafenkai«; anonymisierter Kurztitel des Exposés, r.b.] vermisst. [Frau Paulsen, Administration] erläutert, der entsprechende Bewerber habe abgesagt. Es hätten sogar drei bis vier »Top-Projekte« abgesagt: »Warum haben wir die nicht bekommen?« [Prof. Börne]: »Wegen [Universitätsstandort], ist doch klar.« [Frau Paulsen] fügt an, die Bewerber hätten andere Stellen oder Stipendien bekommen und daher ihre Bewerbung zurückgezogen. [Prof. Eckstein] gibt zu bedenken, dass alle vier auf der A-Liste gelandet wären, was die Liste [der Ausgewählten, r.b.] verändert hätte.« (Beobachtungsprotokoll, Sitzung der Auswahlkommission, Scheelheim Graduate School)

Auswahl verweist so zurück auf Anwahl. Gerade weil sich die exzellenten Graduiertenschulen als hoch selektiv entwerfen, liegt es nahe, dass sich Bewerber zugleich für weitere Positionen bewerben. Für sich selbst als exzellent entwerfende Nachwuchswissenschaftler ist dies sogar sehr wahrscheinlich. Das gesamte Auswahlverfahren steht somit in permanenter Konkurrenz um die besten Doktoranden mit anderen, ähnlichen Programmen. Es ist also offen, ob sich die während des Auswahlverfahrens so aufwändig mobilisierten Differenzen zusammenhalten lassen.

## Stratifikation durch Auswahl

Gäbe es einen allgemein akzeptierten Standard, um die Besten zu identifizieren, wie zum Beispiel die Note des höchsten Studienabschlusses, so ließe sich die Selektivität einer Graduiertenschule an den Durchschnittsnoten der Ausgewählten eindeutig ablesen. Offenbar reichen Noten aber nicht aus, um sich als superior zu inszenieren. Die Ausgewählten müssen weitere Qualitäten aufweisen, die zu den stratifikatorischen Merkmalen der Graduiertenschule passen. Die Leerstelle, die sich aus dem fehlenden allgemein akzeptierten Standard ergibt, füllen die Graduiertenschulen mit ihrem Auswahlverfahren. Diesem muss zugeschrieben werden, die Besten auszuwählen. Entscheidend für diese Zuschreibung ist nicht das Resultat – die Ausgewählten –, sondern wie die Auswahl getroffen wird.

Damit wird der Blick auf die Arbeit gelenkt, die notwendig ist, um das Auswahlverfahren als Auswahl der Besten zu etablieren. Zunächst müssen unterschiedliche Differenzen versammelt werden. Im Falle der Graduiertenschulen geht es hier um Noten, Nationalität, Geschlecht, Exposés, eine internationale Vita und Ähnliches. Dem Auswahlverfahren kommt die Aufgabe zu, diese Differenzen in einer Weise miteinander zu verbinden, dass dem Auswahlverfahren zugeschrieben wird, eine Auswahl der Besten zu erzeugen. Damit diese Zuschreibung stabilisiert wird, muss das Auswahlverfahren sich selbst reproduzieren und »some kind of causal authority« (Abbott 1995: 877) für die Auswahl der Besten beanspruchen. Nur so kann die Auswahl zu einem stratifikatorischen Merkmal von Graduiertenschulen werden.

So lange es noch keine sedimentierten Rangunterscheidungen im Feld der Doktorandenausbildung gibt, müssen sich Auswahlverfahren immer wieder aufs Neue bewähren, damit ihnen die entsprechende »kausale Autorität« für die Auswahl der Besten zugeschrieben wird. Das erfordert, immer wieder Differenzen zu mobilisieren und durch die Akteure der Auswahl zusammenzubringen – durch Bewerbungsunterlagen, Excel-Tabellen, Kommissionsmitglieder, Fachbegutachtungen etc. In den Fokus rückt so nicht die Organisation, sondern das Organisieren der

Auswahl: Die Akteure müssen so interagieren, dass sie durch Anrufungen, Klassifikationen, Bewertungen und Entscheidungen eine Auswahl der Besten erzeugen. Die versammelten Akteure sind aber »never simultaneously under and above an organizational script« (Latour 2013: 45), so dass ihre Interaktionen nicht perfekt, sondern nur besser oder schlechter organisiert sein können (Czarniawska 2013: 19). Die Interaktionen erweisen sich so lange als stabil, als ihnen zugeschrieben wird, die Auswahl der Besten zu erzeugen. Die Zuschreibung wird bestätigt, wenn die Ausgewählten sich als Teil einer besonderen Gemeinschaft verstehen, die die Erfahrung des erfolgreich absolvierten Auswahlverfahrens teilt, wenn die Mitglieder der Auswahlkommission davon überzeugt sind, dass nach interobjektiven Kriterien und nicht nach eigenen oder fremden Interessen ausgewählt wird, wenn Bewerber sich aufgrund der Selektivität der Auswahl für die Graduiertenschule entscheiden und wenn die Graduiertenschule weiter durch die Exzellenzinitiative gefördert wird.

## Literatur

- Abbott, A. 1995: Things of Boundaries. *Social Research*, 62. Jg., Heft 4, 857–882.
- Bloch, R., Kreckel, R., Mitterle, A., Stock, M. 2014: Stratifikationen im Bereich der Hochschulbildung in Deutschland. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 17. Jg., Heft 3, 243–261.
- Bloch, R., Gut, M., Klebig, K., Mitterle, A. 2015a: Die Auswahl der Besten? Auswahlverfahren an sich stratifizierenden Einrichtungen und Programmen im Hochschulbereich. In W. Helsper, H.-H. Krüger (Hg.), *Auswahl der Bildungsklientel – Selektion in exklusiven Bildungsinstitutionen*. Wiesbaden: Springer VS, 185–210.
- Bloch, R., Dreier, L., Kotzyba, K., Mitterle, A., Niemann, M. 2015b: Auswahlgespräche in »exklusiven« Gymnasien, privaten Hochschulen und »exzellenten« Graduiertenschulen. *Zeitschrift für Pädagogik*, 61. Jg., Heft 1, 41–57.
- Bowker, G. C., Star, S. L. 1998: Building Information Infrastructures for Social Worlds – The Role of Classifications and Standards. In Ishida, T. (Hg.), *Lecture Notes in Computer Science, LNCS 1519*. Berlin, Heidelberg: Springer, 231–248.
- Bröckling, U. 2012: Der Ruf des Polizisten. Die Regierung des Selbst und ihre Widerstände. In R. Keller et al. (Hg.), *Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung*. Wiesbaden: VS, 131–144.
- Czarniawska, B. 2013: Organizations as Obstacles to Organizing. In D. Robichaud, F. Cooren (Hg.), *Organization and organizing. Materiality, agency, and discourse*. New York: Routledge, 3–22.
- DFG, Wissenschaftsrat 2010: Merkblatt Graduiertenschulen. Vordruck ExIn201 - 3/10, [www.dfg.de/formulare/exin201/exin201.pdf](http://www.dfg.de/formulare/exin201/exin201.pdf) (letzter Aufruf: 29. Mai 2015).
- Dresden International Graduate School for Biomedicine and Bioengineering 2015, <http://www.dresden-ipp.de/application.html> (letzter Aufruf: 29. Mai 2015).
- Espeland, W. N., Stevens, M. L. 1998: Commensuration as a Social Process. *Annual Review of Sociology*, 24. Jg., 313–343.
- Graduate School of Economic and Social Sciences 2015, <http://gess.uni-mannheim.de/admission/admission-business-cdsb.html> (letzter Aufruf 29. Mai 2015).
- Haus, K., Kaulisch, M. 2011: Auswahlverfahren an Graduiertenschulen. Eine explorative Studie. In J. Wergen (Hg.), *Forschung und Förderung. Promovierende im Blick der Hochschulen*. Berlin, Münster: LIT, 69–84.

- Hüther, O., Krücken, G. 2012: Hierarchie ohne Macht? Karriere- und Beschäftigungsbedingungen als ›vergessene‹ Grenzen der organisatorischen Umgestaltung der deutschen Universitäten. In U. Wilkesmann, C. J. Schmid (Hg.), Hochschule als Organisation. Wiesbaden: VS, 27–39.
- Kreckel, R. 2010: Zwischen Spitzenforschung und Breitenausbildung. Strukturelle Differenzierungen an deutschen Hochschulen im internationalen Vergleich. In H.-H. Krüger et al. (Hg.), Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule. Wiesbaden: VS, 235–256.
- Kreckel, R. 2013: Wissenschaftliche Karrieren und wissenschaftliches Arbeiten im Hochschulbereich. In M. Haller (Hg.), Wissenschaft als Beruf. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 52–65.
- Latour, B. 2013: »What's the story?« Organizing as a Mode of Existence. In D. Robichaud, F. Cooren (Hg.), Organization and organizing. Materiality, agency, and discourse. New York: Routledge, 37–51.
- Meyer, J. W., Rowan, B. 1977: Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony. *American Journal of Sociology*, 83. Jg., Heft 2, 340–363.
- Nespor, J. 1994: Knowledge in Motion. Space, Time and Curriculum in Undergraduate Physics and Management. London, New York: Routledge.
- Saarbrücken Graduate School of Computer Science 2015, <http://gradschool.cs.uni-saarland.de/program/admissions/> (letzter Aufruf 29. Mai 2015).
- Teichler, U. 2009: Between over-diversification and over-homogenization: Five decades of search for a creative fabric of higher education. In B. Kehm, B. Stensaker (Hg.), University rankings, diversity, and the new landscape of higher education. Rotterdam: Sense Publishers, 155–181.
- Trow, M. 1984: The Analysis of Status. In B. R. Clark (Hg.), Perspectives on higher education. Eight disciplinary and comparative views. Berkeley, London: University of California Press, 132–164.

Ad-hoc-Gruppe »Die Soziologie und ihre Verlage – Transformation eines  
vielschichtigen Verhältnisses«  
– organisiert von Ludger Pries und Niels Taubert

# Soziologieverlage unter multiplem Veränderungsdruck

Ute Volkmann

## *Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Die Soziologie und ihre Verlage – Transformation eines vielschichtigen Verhältnisses« – organisiert von Ludger Pries und Niels Taubert*

»Also ich denke, dass die Konkurrenz klar zugenommen hat. Das ist so *ein* Fazit, das ich treffen würde. Vor 15 Jahren gab es keinen VS Verlag.« (S5:220)

»Aber ich finde diese Ungleichzeitigkeit auf dem Markt eigentlich ganz interessant. [...] Und das finde ich doch sehr spezifisch, das war vor zehn Jahren noch nicht so. Da waren eigentlich viele in der ähnlichen Situation.« (S6:704)

»Da muss man jetzt ziemlich genau gucken, wo geht die Richtung hin und wie kann ich mich in diesem Fluss behaupten und mit welcher Geschäftsidee halte ich zum Beispiel den Veränderungen Stand. [...] Man muss die neuen Medien sozusagen in seine Geschäftsidee einbauen.« (S17:653)

»[...] also ich glaube, vor 15 oder fast noch vor 20 Jahren, wenn man da eine Dissertation gedruckt hat, dann hat man schon mal mindestens 300, 400 Bibliotheksaufgabe gehabt. Die Bibliotheksaufgabe ist heute vielleicht noch 20. Das heißt die, was Bibliotheken kaufen. Das heißt die Auflagen, gerade bei solchen, ich sage jetzt mal, harten Wissenschaftstiteln, wo man früher 400, 500 gedruckt hat, liegen heute zwischen 150 und 200. Und das finanziert man natürlich – ich meine da sind wir nicht der einzige Verlag – gerade bei Dissertationen über Zuschüsse, und über doch etwas höhere Ladenpreise, weil anders ist das einfach nicht mehr zu machen.« (S12:192)

»Zeitschriften sind ja – gewinnen immer mehr an Bedeutung auch im sozialwissenschaftlichen Kontext. Gerade Peer-Review-Journals, die am besten immer noch alle im SSCI initiiert werden, die sind ja ganz, ganz stark gefragt.« (S1:449)

Die zitierten Äußerungen stammen aus qualitativen Interviews mit Verlegerinnen<sup>1</sup> und Lektorinnen relevanter Verlage der deutschen Soziologie, die im Jahr 2011 geführt worden sind.<sup>2</sup> Die Aussagen deuten allesamt auf eines hin: dass sich die Situation der deutschen Soziologieverlage in den letzten Jahren verändert hat. Die Verlage sehen sich offenkundig mit einem ganzen Bündel von Strukturveränderungen konfrontiert, die sich, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, zum Teil wechselseitig verstärken.

---

1 Der besseren Lesbarkeit halber wird auf eine geschlechtergerechte Sprache verzichtet und im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit nur die weibliche Form verwendet.

2 Die Interviews wurden im Rahmen des Forschungsprojekts Verlegerisches Entscheidungshandeln zwischen wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Logik: Die Wissenschaftsverlage der deutschen Soziologie und Chemie geführt, das unter den Geschäftszeichen SCHI 553/8-1 und SCHI 553/8-2 in den Jahren von 2010 bis 2014 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde.

- Die erste Veränderung betrifft das Feld der Soziologieverlage. Zwar zeichnet es sich in Deutschland nach wie vor durch eine Heterogenität vieler mittelgroßer und auch kleinerer, oft Inhaber geführter Verlage aus. Aber seit nunmehr einem Jahrzehnt gibt es einen wachstumsstarken Marktführer unter dem Dach des internationalen wissenschaftlichen Springer-Konzerns.
- Die zweite Veränderung ist eine Folge technischen Wandels. Die Digitalisierung setzt das gesamte Verlagswesen massiv unter Veränderungsdruck. Das gilt auch für die Soziologieverlage.
- Als dritte auf dem Gros der Soziologieverlage lastende strukturelle Veränderung kommen die stagnierenden beziehungsweise durch neue Verkaufsstrategien der großen Verlagskonzerne gebundenen Bibliotheksetats hinzu. Das betrifft insbesondere den Markt für soziologische Forschungsliteratur – genauer muss man sagen: den traditionellen Markt für gedruckte Forschungsmonographien und -sammelbände.
- Eine vierte Veränderung ist die von der Wissenschaftspolitik zunehmend geforderte Internationalisierung. Insbesondere Nachwuchssociologinnen stehen mit Blick auf ihre wissenschaftliche Karriere unter Druck, mehr und mehr in internationalen *peer reviewed journals* zu publizieren.

Wie nehmen die Verlage der deutschen Soziologie die vier genannten Herausforderungen wahr? Und welche Strategien und Praktiken entwickeln sie, um angesichts des vielschichtigen strukturellen Wandels weiterhin *im Spiel* zu bleiben, also im Feld der Soziologieverlage nicht marginalisiert oder gar aus dem Markt herausgedrängt zu werden? Im Folgenden sollen nacheinander die vier genannten Strukturveränderungen in den Blick genommen werden. Vor diesem Hintergrund soll dann abschließend das Verhältnis der Soziologie und ihrer Verlage kritisch beleuchtet werden.

## Der Strukturwandel des Feldes

Die eingangs zitierten Aussagen haben bereits deutlich gemacht, dass die Existenz von Springer VS als merkliche Verschiebung bis dato relativ stabiler Relationen des Verlagsfeldes wahrgenommen wird. Sahen sich die Verlage bis zu dieser Zäsur als »im selben Boot« (S6:231) sitzend, sehen sie sich nun mit einer »Ungleichzeitigkeit« (S6:704) konfrontiert. Der VS Verlag unter dem Dach eines der vier großen, stark naturwissenschaftlich geprägten Verlagskonzerne entwickelte sich durch eine *Catch-all-Strategie* rasch zum Marktführer – und zwar in einer Größenordnung, die es vorher im Feld sozialwissenschaftlicher Verlage so nicht gegeben hat.<sup>3</sup> Neben Springer VS gibt es allerdings mit transcript noch einen zweiten jungen Verlag, der sich seit seiner Gründung im Jahr 1999 durch starkes Wachstum von Soziologietiteln auszeichnet, wenngleich er eine andere Strategie verfolgt.

<sup>3</sup> Man kann für das Feld der deutschen Soziologieverlage folgende Grundtypen unterscheiden: erstens reine (geistes- und) sozialwissenschaftliche Verlage wie beispielsweise den transcript Verlag oder den Verlag Barbara Budrich; zweitens reine Wissenschaftsverlage, die neben den (Geistes- und) Sozialwissenschaften einen oder mehrere andere disziplinäre Schwerpunkte haben, wie etwa die Nomos Verlagsgesellschaft; und drittens Verlage, die sich aus einem (geistes- und) sozialwissenschaftlichen und einem Belletristik- oder Sachbuchsegment zusammensetzen, wie der Suhrkamp oder der Campus Verlag.

Im Feld wird dies als Zunahme von Konkurrenz wahrgenommen, und zwar in allererster Hinsicht im Wettbewerb um Autorinnen. Dazu muss man sich klar machen, dass jeder Wissenschaftsverlag sowohl auf seiner Input-Seite als auch auf seiner Output-Seite existentiell von Wissenschaftlerinnen in ihren zwei Rollen als Autorinnen und als Leserinnen wissenschaftlicher Texte abhängig ist. Dem Wettbewerb um Autorinnen und um Herausgeberinnen von Buchreihen und Zeitschriften kommt somit mindestens die gleiche Bedeutung zu wie dem Wettbewerb um Leserinnen und damit um die Käuferschaft der Verlagsprodukte. Und was Manuskripte und ihre Autorinnen angeht, so »saugen« die beiden großen Verlage »sehr viel auf« (S6:472).

Aber selbst wenn die Diagnose eines verschärften Wettbewerbs zutrifft: Wie allein der Blick auf die Buchprogramme auch der mittelgroßen und kleineren Verlage zeigt, scheint es dennoch keinen wirklichen Mangel an Manuskripten zu geben. »[...] man kann ja vieles einfach so laufen lassen. Es ist ja ein eingespielter Apparat: Man hat die Kontakte, es kommen Angebote, die Programme füllen sich irgendwie.« (S6:614) Das Funktionieren dieses »Apparats« basiert wesentlich auf dem vorhandenen Autorinnennetzwerk. Es stellt das wichtigste soziale Kapital der Verlage dar, das es zu reproduzieren oder sogar zu vermehren gilt.

Die häufigste Strategie kleinerer und mittlerer Soziologieverlage, um sich in der Konkurrenz um Autorinnen gegenüber den beiden titelstarken Verlagen zu behaupten, ist *Branding* über eine Stärkung der inhaltlichen Profilbildung. Es gilt, durch programmatische Schwerpunktsetzungen Identitätsarbeit zu betreiben, damit der Verlag von Teilen der Soziologie als bester Publikationsort wahrgenommen wird. Die Strategie zielt mithin auf die Bindung von Autorinnen, denen signalisiert wird, dass ihnen mit ihren ins Verlagsprofil passenden Themen eine größtmögliche Aufmerksamkeit innerhalb der *Scientific Community* garantiert ist. Und es ist die *Catch-all-Strategie* des Marktführers, der für die Profilbildung die passende Negativfolie darstellt, wobei er in nahezu jedem Profildbereich immer auch da ist.

Weiterhin fungieren die beiden großen Verlage aber auch als Vorbilder. Manche ihrer Praktiken rufen durchaus Anerkennung hervor und werden – soweit es die finanziellen und personellen Bedingungen erlauben – gern nachgeahmt. Das gilt etwa für das »moderne Erscheinungsbild« (S5:240) der transcript-Bücher oder für die als hochgradig effizient wahrgenommene Organisationsstruktur des Marktführers einschließlich der forcierten Umstellung auf das digitale Publizieren (S6:704). Das leitet bereits über zu unserem nächsten Punkt: Die Digitalisierung und ihre Effekte auf die Soziologieverlage.

## Die Digitalisierung wissenschaftlichen Publizierens

Mit Blick auf die Digitalisierung gilt es, zunächst einmal zwei Dinge auseinanderzuhalten: Zum einen kann sich Digitalisierung auf organisationsinterne Arbeitsabläufe beziehen, etwa auf die Zusammenarbeit mit Autorinnen und Herausgeberinnen über Editorial Management-Systeme oder das auf das jeweilige Forschungsprofil der potentiellen Leserin passgenau zugeschnittene Direktmarketing via E-Mail-Newsletter. Zum anderen meint Digitalisierung die Distribution elektronischer Bücher und Zeitschriften bis hin zum Betrieb digitaler Plattformen. Ersteres will ich hier außen vor lassen und mich somit nur auf den Kern des digitalen Publizierens konzentrieren.



Viele Soziologinnen haben über ihre Bibliotheken durch den damit für sie freien Zugang insbesondere zu den von großen internationalen Wissenschaftsverlagskonzernen betriebenen digitalen Plattformen wie SpringerLink neue und zudem hochgradig effiziente und effektive Rezeptionsmöglichkeiten kennen und schätzen gelernt. Denn angesichts von steigendem Publikationsdruck kommt einer möglichst zeitsparenden Literaturrecherche eine immer größere Bedeutung zu. Das heißt im Zuge der von den internationalen Verlagskonzernen vorangetriebenen Umstellung auf digitales Publizieren haben sich auch die Erwartungen der Soziologinnen in ihrer Rolle als Leserin verändert. Das betrifft in erster Linie die Bibliotheken, aber in zweiter Linie unmittelbar auch die Verlage. Zugespitzt formuliert: In ihrer Rolle als Leserin verstärken die von SpringerLink *verwöhnten* Soziologinnen den Digitalisierungsdruck im gesamten Verlagsfeld.

Mit welchen Strategien versuchen die Verlage nun, den geänderten Bedürfnissen von Soziologinnen als Leserinnen ihrer Produkte nachzukommen? Denn eines sollte klar sein: Das Angebot elektronischer Versionen von Büchern und Zeitschriften allein ist zwar ein wichtiger Schritt in das »digital age« (Thompson 2005), aber es ist nur der erste. Diesen ersten Schritt hatten viele Verlage bereits getan. Bücher und Zeitschriften wurden, wenn auch nicht flächendeckend für das gesamte Programm, sowohl gedruckt als auch elektronisch als Einzeltitel beziehungsweise als Zusatzangebot im Abonnement vertrieben. Aber allein das Bedienen der diversen Formate für die Lesegeräte der unterschiedlichen Anbieter wie Apple oder Amazon ist für Verlage mit einem hohen Kostenaufwand verbunden. Und nicht jeder kleinere Verlag kann dies leisten (S10:246).

Eine weitaus größere Herausforderung für die Verlage ist jedoch der zweite Schritt ins *digital age* – jener Schritt, den die internationalen Verlagskonzerne bereits gegangen sind: Die Einrichtung digitaler Plattformen mit dem Ziel, Nutzungsrechte ganzer Buch- und Zeitschriftenpakete bis hin zum kompletten Verlagsprogramm an Bibliotheken zu verkaufen. Diesbezüglich zeichnen sich im Verlagsfeld drei Strategien ab:

1. Entwicklung: Die erste Strategie ist, selbst eine Online-Datenbank zu entwickeln und zu betreiben, von der Bücher und Zeitschriftenartikel zunächst einmal im PDF-Format heruntergeladen werden können. Die Recherchemöglichkeiten reichen somit zwar nicht an die Möglichkeiten der digitalen Plattformen der großen internationalen Wissenschaftsverlage heran, bieten den Nutzerinnen aber einen ebenso raschen und direkten Zugriff auf verlagseigene Bücher und Zeitschriften. So gibt es seit Herbst 2012 die Nomos eLibrary, wobei die Soziologie davon profitiert, das Nomos einer der führenden Verlage der deutschen Rechtswissenschaft ist. Derartig huckepack genommen von anderen Disziplinen wird die Soziologie im Übrigen auch im Falle von Springer VS.
2. Externalisierung: Eine zweite Möglichkeit ist die Nutzung bereits vorhandener Datenbanken. So bietet der transcript Verlag seit Beginn letzten Jahres bereits einen Teil seiner Produkte auf De Gruyter Online an, und zwar sowohl als Einzeltitel als auch als Pakete.
3. Abwarten: Eine dritte Strategie ist es, die Entwicklungen aufmerksam zu beobachten und abzuwarten, welche Standards sich letztlich herauskristallisieren und sich dann »darum kümmern, wie wir uns um die Umsetzung dieser Standards bemühen können.« (S1:69) Und es sind die internationalen Verlagskonzerne, denen ganz klar die Rolle als Vorreiter der digitalen Innovationen im wissenschaftlichen Buchhandel zugeschrieben wird.

Die Strategie des Abwartens war kennzeichnend für die Situation fast aller Verlage. Das verwundert wenig, setzt doch die eigenständige Entwicklung einer digitalen Plattform hohe Investitionen voraus, die Nomos aufgrund seiner Verlagsgröße gehen konnte.<sup>4</sup> Aber auch die Externalisierung erfordert ein Mindestmaß an Größe, wobei es hier weniger um den Umsatz als vielmehr um das Verlagsprogramm geht. Für kleinere und selbst für mittelgroße Verlage mit bis zu 200 Neuerscheinungen pro Jahr stellt diese Strategie somit oftmals gar keine Handlungsalternative dar, wie eine Verlegerin betonte: »Ich versuche immer mal wieder unsere Produkte im Bündel anzubieten. Aber nicht mal das ist gewollt. Dazu sind wir zu klein.« (S1:694) Mit dem erzwungenen Abwarten halten sich die Verlage zwar einerseits Optionen offen, denn der technische Wandel schreitet weiter voran. Auf der anderen Seite ist jedoch erstens fraglich, wie lange sich ein Verlag das Abwarten angesichts sich verändernder Rezeptionserfordernisse der soziologischen Leserschaft noch leisten kann; und zweitens, ob er in naher Zukunft ökonomisch in der Lage ist, die dann geltenden digitalen Standards auch umzusetzen. Denn insbesondere aufgrund der seit gut 20 Jahren stark rückläufigen Verkäufe einzelner Forschungstitel an Bibliotheken steigt der Ökonomisierungsdruck auf das Gros der Soziologieverlage, deren Geschäftsmodell nach wie vor darauf basiert, einzelne Bücher und Zeitschriften – in gedruckter oder elektronischer Version – zu verkaufen.

## Bibliotheken

Damit komme ich zur dritten Veränderung: den sinkenden oder zumindest stagnierenden Budgets, die den Bibliotheken für die Anschaffung einzelner Buchtitel oder Zeitschriften zur Verfügung stehen. Ursache dafür sind die Verkaufsstrategien der internationalen Verlagskonzerne: Angefangen vor mehr als 20 Jahren mit exorbitanten Preissteigerungen für die wichtigen und damit unabdingbaren naturwissenschaftlichen Zeitschriften bis hin zur heutigen Praxis, *e-books* oder *e-journals* nur noch als Pakete anzubieten, die manchmal sogar das gesamte Verlagsprogramm umfassen. Der Zugang dazu wird turnusmäßig mit jeder Bibliothek beziehungsweise mit Bibliothekskonsortien neu verhandelt. Da die Bibliotheken kaum eine Exit-Option haben – »Wir sind erpressbar«, so eine Bibliotheksleiterin (B1:393) – bindet dieses neue Geschäftsmodell der vier Big Player immer größere Teile des für die Literaturversorgung insgesamt zur Verfügung stehenden Bibliotheksbudgets. Auch in sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern können immer weniger Einzeltitel erworben werden. »Das Verlagsprogramm kleiner, insbesondere geisteswissenschaftlicher Verlage droht unsichtbar zu werden, weil es die einzig verbliebene freie Kündigungsreserve der Bibliotheken geworden ist.« (Boni 2010: 300) Besonders betroffen davon ist die Forschungsfrontliteratur mit ihrem jeweils nur kleinen Kreis interessierter Leserinnen. Sie wird als verzichtbarer betrachtet als Lehr- oder Handbücher.

Die im vierten Eingangszitat thematisierten sinkenden Auflagenhöhen bei Forschungsmonographien und -sammelbänden sind somit ein Effekt veränderter Anschaffungspraktiken der Biblio-

---

<sup>4</sup> Verlagsgröße kann sich auf drei Aspekte beziehen: erstens auf die Anzahl der Titel insgesamt oder in der Soziologie, also auf das Programm; zweitens auf die Anzahl der Mitarbeiterinnen; und drittens auf den erwirtschafteten Umsatz.

theken, die ihrerseits durch ein gewandeltes Geschäftsmodell der internationalen Verlagskonzerne hervorgerufen werden. Und diese rückläufigen Verkaufszahlen an Bibliotheken stellen einen spürbaren Gewinnverlust dar, der sich auch über eine veränderte Kalkulation nicht gänzlich aufheben lässt. Aber für viele Verlage stellt sich das auf dem Verkauf von Einzelprodukten basierende traditionelle Geschäftsmodell aufgrund zu geringer Größe als nahezu alternativlos dar.

Welche Kompensationsmöglichkeiten bleiben den Verlagen dann? Eine alte Strategie, ökonomisch wenig erfolgreiche Titel zu kompensieren, ist es, auf breiter verkäufliche Produkte wie Lehrbücher und Public-Sociology-Titel zu setzen. Aufgrund höherer Investitionen ist mit diesen beiden Genres jedoch ein größeres finanzielles Risiko verknüpft als mit Forschungstiteln, die zumeist einen Druckkostenzuschuss einschließen. Hinzu kommt, dass ein Verlag mit einem Zuviel an Lehrbüchern oder Public-Sociology-Titeln Gefahr läuft, sein Renommee, sein symbolisches Kapital zu verspielen, das auf innovativer Forschungsliteratur gründet. Und je mehr die Verlage infolge des steigenden Wettbewerbsdrucks danach streben, sich als *Profilverlag* zu etablieren, desto wichtiger wird ihr symbolisches Kapital – und damit die Notwendigkeit, ökonomische Verlustgeschäfte einzugehen. Für Verlage ohne Lehrbücher oder Public-Sociology-Titel stellt sich die ökonomische Situation entsprechend schwieriger dar.

Die durch die stagnierenden Budgets der Bibliotheken rückläufigen Gewinne im Segment von Forschungstiteln stellen somit eine harte Randbedingung für all jene Verlage dar, die nach wie vor vom Verkauf einzelner Bücher leben beziehungsweise leben müssen. Und das ist die Mehrzahl. Und vor dem Hintergrund der Kosten, die für die Digitalisierung aufgebracht werden müssen, wirkt diese Randbedingung umso schwerwiegender.

## Internationalisierung

Die vierte Veränderung, die von der Wissenschaftspolitik geforderte stärkere Internationalisierung der Soziologie, wurde von den Soziologieverlagen zum Zeitpunkt der Interviews kaum als Herausforderung wahrgenommen. Wurden sie darauf angesprochen, nahmen die Verlage oftmals sogar die Rolle der Verteidigerin der bestehenden nationalen Publikationskulturen ein:

»Es ist einfach in diesem Fach offenbar auch etwas sehr Wertvolles, dass in deutschsprachigen Räumen auch Forschungsfragen behandelt werden können mit regionalen Bezügen und auch sprachlichen Möglichkeiten, die letztlich nur im Deutschen gegeben sind. Das ist keine Abschottung gegenüber dem Internationalen, aber das ist auch eine Qualitätsfrage.« (S7:122)

Es gab unter den zwölf interviewten Verlagen allerdings auch einen Verlag, der ganz bewusst auf den Ausbau auch internationaler Vertriebswege setzt, um deutschen Soziologinnen auch englischsprachige Buchpublikationen zu ermöglichen. Und auch im Zeitschriftenbereich wurden damals englischsprachige Neugründungen diskutiert (S1:449). Und daran, dass dieser Verlag seine Internationalität sogar als Alleinstellungsmerkmal hervorhob (S1:16), zeigt sich, dass der Internationalisierung im Feld ansonsten wenig Bedeutung beigemessen wurde.

Fraglich ist jedoch, ob deutsche Verlage mit einem internationalen Engagement und den damit verbundenen Investitionen wirklich den veränderten Publikationserfordernissen deutscher Nachwuchssoziologinnen Rechnung tragen. Dies kann allenfalls *in the long run* geschehen,

denn als Karriere förderlich erweisen sich lediglich Publikationen in internationalen *high impact journals* oder bei renommierten Verlagen wie etwa Oxford University Press oder Routledge. Deutsche Soziologieverlage laufen daher mit ihrem Angebot möglicherweise Gefahr, zum Reserverwerter englischsprachiger Buchmanuskripte und Journal-Artikel zu werden.

## Ausblick auf die Soziologie und ihre Verlage

Abschließend nun noch kurz einige wenige Thesen zu möglichen Effekten der angesprochenen Veränderungen auf das Verhältnis von Soziologieverlagen und ihren Autorinnen und Leserinnen. Dieses Verhältnis lässt sich analytisch als eine Konstellation wechselseitiger Nutzenverschränkung beschreiben. Dass die Soziologieverlage Soziologinnen sowohl in ihrer Rolle als Autorinnen als auch in ihrer Rolle als Leserinnen brauchen, dürfte bereits deutlich geworden sein. Aber umgekehrt brauchen auch die Soziologinnen ihre Verlage. Wie jede wissenschaftliche Kommunikationsgemeinschaft ist auch die Soziologie darauf angewiesen, dass drei funktionale Erfordernisse erfüllt werden:

1. Distribution: Als Autorinnen sind Soziologinnen darauf angewiesen, dass ihre Forschungsergebnisse verbreitet werden und andere interessierte Soziologinnen davon in Kenntnis gesetzt werden. Als Leserinnen hingegen müssen Soziologinnen Zugang haben zum für sie relevanten wissenschaftlichen Wissen.
2. Selektion: Insbesondere in ihrer Rolle als Leserinnen sind Soziologinnen auf eine Art von »knowledge control« (Parsons 1989: 14–16) angewiesen, denn nicht jedes Manuskript bringt den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt voran.
3. Strukturierung: Um als Leserinnen möglichst rasch an relevantes neues Wissen zu gelangen, brauchen Soziologinnen zudem Orientierung. Orientierung bieten zum einen die thematischen Felder, und zum anderen die Reputationsordnung der Autorinnen. Umgekehrt bietet die horizontale und vertikale Strukturierung den Autorinnen Möglichkeiten des *community building* und damit verknüpft des Reputationserwerbs.

Bis dato sind es die Verlage, die mit ihrer Buch- und Zeitschriftenproduktion diese drei wissenschaftlichen Kommunikationserfordernisse am besten erfüllen. Und auch sie profitieren davon: Mit der Distribution erwirtschaften sie letztlich ihre ökonomischen Gewinne, die Selektion nach Qualität erhöht die Chance auf Verkäuflichkeit der Produkte und die Strukturierung begünstigt Profilbildung und Reputationsgewinn. Welche Effekte haben nun aber möglicherweise die genannten Veränderungen auf dieses eingespielte Verhältnis wechselseitiger Nutzenverschränkung?

Der gravierendste Effekt dürfe aus der Digitalisierung hervorgehen. Die veränderten Rezeptionspraktiken führen dazu, dass der Distributionsfunktion eine immer größere Bedeutung zukommt. Solange Soziologinnen als Autorinnen nach wie vor Interesse an Publikationen in renommierten Profilverlagen haben, bleiben auch die mittelgroßen und kleineren Verlage als legitime Publikationsorte im Fokus der Soziologinnen. Doch je weniger es diesen Verlagen gelingt, mit der Digitalisierung Schritt zu halten, desto weniger sichtbar drohen sie als Rezeption-

sorte zu werden. Mittelfristig könnte die Digitalisierung somit auch einen Wandel der Publikationspraktiken nach sich ziehen.

Beides würde die kapital- und titelstarken Verlage begünstigen. Wie sich die Verlagslandschaft der Soziologie in Deutschland weiter entwickeln wird und ob es auch hier wie in anderen Disziplinen zu einem Konzentrationsprozess kommen wird, hängt somit auch von den Publikations- und Rezeptionspraktiken der Soziologinnen ab, die ihrerseits wiederum spezifischen strukturellen Zwängen unterliegen.

Ob das Wachstum der Verlagsgruppe Beltz durch die vollständige Übernahme aller Gesellschafteranteile zweier mittelgroßer Soziologieverlage – 2005 des Juventa Verlags,<sup>5</sup> Anfang 2015 des bis dato inhabergeführten Campus Verlags – oder der Erwerb des Oldenbourg Wissenschaftsverlags durch De Gruyter Anfang 2013 oder der Kauf des inhabergeführten Verlags Edition Sigma durch die Nomos Verlagsgesellschaft Anfang 2015 erste Anzeichen eines solchen Konzentrationsprozesses im Feld der Soziologieverlage sind, bleibt vorerst abzuwarten.

## Literatur

- Boni, M. 2010: Analoges Geld für digitale Zeilen: der Publikationsmarkt der Wissenschaft. *Leviathan*, 38. Jg., Heft 3, 293–312.
- Parsons, P. 1989: *Getting Published. The Acquisition Process at University Presses*. Knoxville: University of Tennessee Press.
- Thompson, J. B. 2005: *Books in the Digital Age. The Transformation of Academic and Higher Education Publishing in Britain and the United States*. Cambridge: Polity Press.

---

<sup>5</sup> Seit 2012 wird der Verlag unter dem Namen Beltz Juventa als imprint der Verlagsgruppe geführt.

Ad-hoc-Gruppe »Gefährliche Forschung? – Literatur als  
Wissenschaftsfolgenabschätzung« - *organisiert von Sina Farzin und Uwe Schimank*

# Von leuchtenden Hasen und sterbenden Menschen

## Margaret Atwoods Roman *Oryx and Crake* als Wissenschaftsfolgenabschätzung

Sina Farzin und Emanuel Herold

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Gefährliche Forschung? – Literatur als  
Wissenschaftsfolgenabschätzung« - organisiert von Sina Farzin und Uwe Schimank*

Das Projekt *Fiction meets Science* fragt danach, wie wissenschaftliche Tätigkeit und Wissenschaftler/-innen als Akteure in zeitgenössischer Literatur, insbesondere Romanen, dargestellt werden und welche Einstellungen gegenüber Wissenschaft als sozialem Feld damit kommuniziert werden. In diesem Rahmen beschäftigen wir uns mit fiktionalen Zukunftsentwürfen, die sich in ihren Beobachtungen der Gegenwart auf die Potentiale wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen fokussieren. Utopien, Dystopien und post-apokalyptische Narrative bilden also unser Analysematerial. Aus der Vielzahl dieser Texte möchten wir uns heute Margaret Atwoods Roman *Oryx und Crake* aus dem Jahr 2003 zum Gegenstand machen – dem ersten Band der sogenannten *MaddAddam*-Trilogie, deren letzter Teil im vergangenen Jahr erschienen ist. Atwoods Roman ist für uns aus verschiedenen Gründen ein ideales Beispiel, um Literatur als Wissenschaftsfolgeabschätzung zu diskutieren: zunächst ist Atwood eine international renommierte Autorin, die mit ihren Texten ein breites Publikum erreicht. Für uns ist zudem interessant, dass mit ihren Werken eine durch die Autorin selbst initiierte Diskussion einhergeht, die um das prognostische und die Grenzen des Literarischen überschreitende Potential dystopischer Texte kreist. Atwood verhandelt unter dem Schlagwort »speculative fiction«, inwiefern sich literarische Spekulationen – gerade in der Verarbeitung von Stoffen aus der naturwissenschaftlichen Forschung – an gegenwärtigen Gegebenheiten orientieren. Diesem Punkt folgend wollen wir *Oryx und Crake* hier als spekulative, aber fundierte Wissenschaftsfolgeabschätzung diskutieren.

Wir werden dabei wie folgt vorgehen: Nach einer knappen Zusammenfassung der Geschichte von *Oryx und Crake* werden wir zunächst Atwoods Begriff von »speculative fiction« näher vorstellen. In einem zweiten Schritt wenden wir uns der Rezeptionsseite zu und fragen, inwiefern die Plausibilisierungsversuche der Autorin überzeugen oder ihrerseits als problematisch betrachtet werden. Abschließend diskutieren wir, was Atwoods Roman als Wissenschaftsfolgeabschätzung leisten kann.

Zunächst eine kleine Zusammenfassung der Geschichte: Die Autorin entwirft in *Oryx und Crake* eine zukünftige Gesellschaftsordnung, die durch Biotechnologiekonzerne bestimmt ist. Diese Welt ist durch die Privatisierung aller Daseinsbereiche und eine scharfe soziale Polarisierung gekennzeichnet. Auf der einen Seite existieren wohlhabende Forschungszentren, deren Mitglieder einen hohen Lebensstandard genießen. In diesen *Compounds* wird eine weitreichende biotechnologische Forschung betrieben: sie reicht von Feldern der Schönheitschirurgie und der pharmazeutischen Industrie bis zur Nahrungsmittelerzeugung oder Organtransplantation. Diese gentechnisch verfahrenende Forschung ist gänzlich kommerzialisiert, was auch eine Spaltung des Bildungswesens nach sich zieht: in die Ausbildung von Naturwissenschaftlern als künftigen Produktentwicklern wird massiv investiert, während geisteswissenschaftliche Disziplinen ein kümmerliches Randdasein als Marketinggehilfen führen. Die Konsumenten der Produkte dieser Forschungslandschaft finden sich aber nicht nur in den *Compounds*, sondern auch den umliegenden, weitläufigen Armenvierteln, den *Pleeblands*. Zwischen diesen beiden sozialen Sphären besteht eine strikte Abschottung, die durch private Sicherheitskräfte gewährleistet wird, die keinerlei rechtlichen Bindungen unterstehen. Ein staatliches Gewaltmonopol oder gar rechtsstaatliche Grundsätze fehlen in dieser Welt ganz und gar.

Dieser Handlungsrahmen greift also diverse soziale Tendenzen auf, die in den Sozialwissenschaften unter den Stichworten der Privatisierung öffentlicher Aufgaben wie Bildung und Forschung, der Ökonomisierung aller Daseinsbereiche oder der Two-Cultures-Debate bekannt sind. Dieses dystopische Szenario erfährt in Atwoods Händen jedoch eine besondere Wendung: der Genetiker Crake, der in den *Compounds* eine steile wissenschaftliche Karriere absolviert, initiiert eine Pandemie, die nahezu die gesamte Menschheit auslöscht und die dystopische Gesellschaftsordnung in eine post-apokalyptische Neuordnung aller sozialen und biologischen Verhältnisse überführt. Es wird aber nicht nur die Menschheit eliminiert: Crake erschafft einen neuen Menschentypus, der in friedlicher Weise die Welt besiedeln soll – was natürlich nicht wie geplant funktioniert.

Im gesamten Handlungsverlauf wird dabei immer wieder naturwissenschaftliche Forschung dargestellt, werden Arbeitsprozesse geschildert, Produkte der kommerziell angewandten Genforschung beschrieben und die beteiligten Wissenschaftler/-innen neben dem titelgebenden Crake auch in Nebenfiguren dargestellt. Diese zentrale Rolle von Wissenschaft und Technik legt die Frage nahe, inwiefern die im Roman dargestellte Wissenschaft nicht nur innerhalb des literarischen Plots plausibel ist, sondern von gegenwärtigen naturwissenschaftlichen Entwicklungen ausgeht. Sascha Dickel adressiert in seinen Analysen utopischer Narrative dieses Problem mit dem Ausdruck der »kognitiven Legitimation« (Dickel 2011: 100): die Autorin muss mitteilen, warum das, was sie als Möglichkeit kommuniziert, auch machbar ist; das heißt, sie muss explizieren, warum ihre Hoffnungen oder Befürchtungen gerechtfertigt sind. Mit der zunehmenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die Entwicklung moderner Gesellschaften steigt auch der Grad der kognitiven Absicherung utopischer und dystopischer Narrative, so Dickel. Atwoods Strategien der Plausibilisierung, die wir als nächstes beleuchten wollen, schließen also an diese Entwicklung des Genres an und werden auch in den Rezensionen verhandelt.

Zunächst zur Position der Autorin. Atwood hat sich als Essayistin auch mit Fragen des literarischen Genres auseinandergesetzt. Eine Zukunftsvision wie *Oryx und Crake* will sie als



»speculative fiction« verstanden wissen: »for me, «speculative fiction' means plots that descend from Jules Verne's books about submarines and balloon travel and such – things that really could happen but just hadn't completely happened when the authors wrote the books.« (Atwood 2012: 6). Atwood zielt mit ihrer Definition also genau auf einen wissenschaftlich-technischen Möglichkeitsraum, der bereits existiert, ohne aber schon völlig entfaltet worden zu sein. Sie erhebt also einen kognitiven Anspruch auf Plausibilität, wenn sie sagt, die von ihr extrapolierten Phänomene seien im Forschungsgeschehen der Gegenwart verankert: »*Oryx and Crake* [...] invents nothing we haven't already invented or started to invent« (Atwood 2005: 285).<sup>1</sup> In diesem – von der Autorin selbst postulierten Sinne – fungiert *Oryx und Crake* auch als Wissenschaftfolgenabschätzung: »They can explore the consequences of new and proposed technologies in graphic ways by showing them as fully operational« (Atwood 2012: 62).

Soweit der erhobene Anspruch der Autorin. Seine Umsetzung erfolgt, indem Atwood über verschiedene Wege Referenzen liefert für das, was sie als gegenwärtige Forschung beobachtet: In den Danksagungen zu *Oryx und Crake* bezieht sich Atwood auf »many magazines and newspapers and non-fiction science writers encountered over the years« (Atwood 2009: 435) und verweist auf die Website *oryxandcrake.com*, die mit dem Erscheinen des Romans eingerichtet wurde und auf der eine entsprechende bibliographische Liste zugänglich ist.<sup>2</sup> Dieses Angebot wirkt in zwei Richtungen: zum einen untermauert Atwood damit ihr Konzept von spekulativer Literatur und nimmt einer eventuellen Kritik am Realitätsgehalt ihres Werkes *a priori* die Spitze, das heißt, sie sichert sich selbst ab; zum anderen gibt es den Lesern – die in den meisten Fällen wissenschaftliche Laien sind – einen Ansatzpunkt, um nachzuvollziehen, woher Atwood bestimmte Begriffe, Artefakte oder Arbeitsfelder nimmt und inwieweit sich ihre Spekulation an der existierenden Forschung orientiert.

Diese Art und Weise der Referenzialisierung wird mit der Publikation der weiteren Bände der Trilogie sogar ausgebaut: Anlässlich des Erscheinens des dritten Teils, *MaddAddam*, im Jahr 2013 hat Atwood zusätzlich ein e-magazine ins Leben gerufen, in dem sich aktuelle wissenschaftsjournalistische Artikel versammelt finden, die die Themen der Trilogie betreffen<sup>3</sup>.

Ein Beispiel: Eine amüsante und für die allermeisten Leser – einschließlich der hier Vortragenden – zunächst auch haarsträubend erscheinende Eigenschaft von Crakes neugeschaffener Menschenrasse ist ihre Fähigkeit, sich gegenseitig durch »purring«, also schnurren, zu heilen. Dies wirkt ziemlich absurd und abwegig – jedoch wird diese Wahrnehmung relativiert, wenn man von Atwoods MaddAddam-Magazine zu einem Artikel aus dem Feld der Bioakustik führt, in dem der wissenschaftliche Nachweis geführt wird, dass Katzen durch Schnurren ihre Muskel- und Knochenstruktur verbessern können. Eine Vielzahl der biotechnologischen Artefakte, die im Roman vorkommen, wird mit derartigen Referenzen via Atwoods Websites, Blogs oder auch ihrem Twitter-Profil untermauert. Dazu gehören unter anderem fluoreszierende Hasen oder auch Ziegen, deren Milch Spinnennetze enthält, aus denen reißfestes Material für zum Beispiel Schutzwesten gewonnen werden – die sogenannten *spider-goats*.

1 Nicht gemeint sind literarische Plausibilitäten, zum Beispiel die psychologische Entwicklung der Figuren o.ä.

2 Mit dem Erscheinen des zweiten Bandes der Trilogie, *The Year of the Flood*, wurde die Website überarbeitet und ist nun unter [www.yearoftheflood.com](http://www.yearoftheflood.com) erreichbar. Das Nachwort des zweiten Bandes verweist entsprechend dorthin, die erwähnte bibliografische Liste wurde erweitert.

3 Vgl. Atwood 2013.

Mit diesem skizzierten Nachweisverfahren gehen aber drei Probleme einher: Erstens taucht im Roman zum Beispiel der Fakt des heilenden Schnurrens nicht so isoliert auf wie in dem wissenschaftsjournalistischen Text. Im Roman ist dieser Fakt als Teil eines viel umfassenderen genetischen Projektes zu sehen – der Erschaffung eines neuen Menschen. Ist dies noch mit Blick auf den gegenwärtigen Stand der Genforschung plausibel zu machen oder doch schon *science fiction*? Zweitens ist Atwoods Beobachtung von Wissenschaft eher eine Beobachtung von Beobachtung: ihre Quellen sind, wie sie selbst unterstreicht, wissenschaftsjournalistische Texte, sei es in Form von Zeitungsartikeln oder Sachbüchern:

»My recreational reading – books I read for fun, magazines I read in airplanes – is likely to be pop science of the Stephen Jay Gould or *Scientific American* type, [...]. So I'd been clipping small items from the backpages of newspapers for years, and noting with alarm what trends derided ten years ago as paranoid fantasies had become possibilities, then actualities« (Atwood 2005: 285).

Ihre *speculative fiction* bedient sich also journalistischer und massenmedialer Vermittlungen von naturwissenschaftlichem Wissen. Drittens haben diese Absicherungen und ihre Diskussion in sozialen Netzwerken wie Twitter eine weitere Dekontextualisierung zur Folge: es werden bestimmte technologische Innovationen in den Blick genommen, aber nicht die sozialen Aspekte wissenschaftlicher Forschung selbst, die im Roman aber eine prominente Rolle spielen – Stichwort Kommerzialisierung. Die Vereinseitigung der Beobachtung ist auch eine Folge von Atwoods eigener Referenzialisierung: ihre Quellen betreffen thematisch fast ausschließlich bestimmte Artefakte und damit Fragen der technischen Machbarkeit.

Diese Probleme werden in der Rezeption des Romans durchaus angesprochen: Die ersten beiden Probleme – die Stützung des literarischen Entwurfs durch einzelne wissenschaftliche Fakten sowie der ausschließliche Bezug auf wissenschaftsjournalistische Quellen – werden insbesondere in einer Besprechung des Botanikers Anthony Griffiths kritisch ins Visier genommen: »Atwood seems to have taken the hype in the media as truth. [...] Atwood seems to have formed her views of genetics only from her reading of the popular media. [...] Regrettably, no practising geneticist or genetics journal seems to be acknowledged as a source« (Griffiths 2004: 192–193). Ausgehend von diesem Vorwurf diskutiert Griffiths eine Reihe gentechnischer Wesen, die in *Oryx und Crake* hervorgebracht werden: die »spider-goats« existieren tatsächlich, kommen aber in der Realität nicht so zustande, wie Atwood es im Roman beschreibt. In Bezug auf die *Neuen Menschen* von Crake betont der Rezensent, dass in absehbarer Zeit weder das Wissen bezüglich der Funktionsweise des menschlichen Genmaterials noch die technologische Mittel zu seiner entsprechenden Manipulation gegeben sein werden. Atwoods Anspruch – »*Oryx and Crake* [...] invents nothing we haven't already invented or started to invent« (Atwood 2005: 285) – wird durch Griffiths Ausführungen deutlich relativiert.

Diesen Einwänden könnte man entgegenhalten, dass es sich bei *speculative fiction* immer noch im *fiction* handelt, dass wissenschaftliche Wahrheitsansprüche bei fiktionalen Werken also sekundär sind. Bezüglich der Darstellung der neuen Menschenrasse besteht die Schwierigkeit zudem darin, dass literarische und wissenschaftliche Diskurse hier ineinander übergehen: einerseits ist die Idee vom *Neuen Menschen* ein klassisches Moment utopischer Literatur; zum anderen findet es als narratives Element auch Anschluss in wissenschaftlich informierten

Diskursen um Human Enhancement und Posthumanismus.<sup>4</sup> Das heißt, Atwoods Roman funktioniert an dieser Stelle, wie es literarische Texte typischerweise tun: sie sind anspielungsreich und nicht auf einen isolierbaren wissenschaftlichen Fakt zu reduzieren. Griffiths Argumentation zielt aber weiter: «it not only harms the perception of the respectable science of genetics, but also distracts readers from other, far more pressing and important scientific issues» (Dickel 2011: 195). Der Rezensent bestreitet also, dass der Roman als Wissenschaftsfolgeabschätzung tauglich sein könnte.

Im Kontext der Rezeption des Romans ist es nun bemerkenswert, dass dieses geradezu vernichtende Urteil einen Einzelfall darstellt. Der Roman wird sowohl in der akademischen Forschung als auch im literarischen Feuilleton weithin als plausibel angesehen und als augenöffnend beschrieben.<sup>5</sup> Exemplarisch in dieser Hinsicht ist Susan M. Squiers Besprechung im naturwissenschaftlichen Journal *Science*, betitelt mit »A Tale Meant to Inform, not to Amuse« (Squier 2003). Wie Griffiths weist auch sie auf Atwoods Recherchen und die Website zum Buch hin – sie diskutiert diese aber nicht näher, sondern betrachtet sie als hinreichende Fundierung der spekulativen Geschichte. Ihr Fazit: »*Oryx and Crake* offers an entertaining and only slightly exaggerated satire of commercial biotechnology [and] it describes a brilliant bestiary [i.e. pigoons, spider-goats etc.] involuntarily unleashed by proprietary bioengineering« (Squier 2003: 1155). Die Rezensentin schenkt darüber hinaus dem Thema der *two cultures* viel Aufmerksamkeit und sieht den Roman in erster Linie als »a powerful meditation on how education that separates scientific and aesthetic ways of knowing produces ignorance and a wounded world« (Squier 2003: 1155). Auch Karin Höpker bewertet den Roman als Wissenschaftsfolgenabschätzung im sozialen Sinn: »The novel does not target the sciences per se, but a systematic shift that has rendered scientific knowledge production supplementary to its applications and instrumental to economic marketability« (Höpker 2014: 167). Das dritte Problem von Atwoods Strategien der Plausibilisierung – die Fokussierung auf Fragen der bloßen technischen Machbarkeit – bleibt nichtsdestotrotz bestehen, da Squier und Höpker mit ihrer Berücksichtigung der sozialen Kontexte wissenschaftlicher Forschung für eine Minderheit in der Rezeption stehen. Die meisten Rezensenten beschäftigt vor allem die Umsetzbarkeit der dargestellten biotechnologischen Forschung. Fragen der Ökonomisierung, der sozialen Ungleichheit oder des Verschwindens von Staatlichkeit und der jeweiligen Folgen für die Wissenschaft bleiben ungestellt oder werden nur am Rande erwähnt. »Bio-engineering is what the novel is about« fasst ein Rezensent kurz und bündig zusammen (Hensher 2003) und die vielschichtige Handlung auf eine Warnung vor angewandeter Genetik reduziert: »In its essentials, this novel is warning against the dangers of genetic engineering« (Robson 2003).

Was lässt sich nach diesem kurzen Einblick in die Rezeptionsseite nun abschließend über *Oryx und Crake* als Medium der Wissenschaftsfolgeabschätzung sagen? Von der Autorin ist das Buch als *speculative fiction* angelegt, die der Idee nach sowohl soziale als auch technische Tendenzen gegenwärtiger Forschung aufgreift. Der Roman bietet auch in beiden Hinsichten diverse Extrapolationen: dem weiten Spektrum von Anwendungen biotechnologischer Forschung wird

---

4 Vgl. Dickel 2011.

5 Diese grundlegenden Einsichten in das Rezeptionsgeschehen verdanken wir der Rezeptionsforschung von Prof. Anton Kirchhofer und Dr. Anna Auguscik (beide Universität Oldenburg) im Rahmen von *Fiction meets Science*.

ebenso viel Platz eingeräumt wie den Auswüchsen der Kommerzialisierung dieser Arbeit. Gerade durch die Verknüpfung beider Seiten liefert Atwood eine nicht bloß technische Abschätzung der möglichen Folgen gentechnischer Forschung, sondern entwirft das Bild einer »gefährlichen Forschung« dadurch, dass diese kaum noch ihrer eigenen Logik folgt, sondern von ausnahmslos ökonomischen Imperativen überformt wird. Dieser Verschränkung von sozialen und technischen Faktoren wird in der Rezeption allerdings wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das Potential des Romans als Wissenschaftsfolgeabschätzung bleibt an dieser Stelle unausgeschöpft und führt zu den mitunter stark abweichenden Bewertungen. Griffiths' wissenschaftliche Einwände hätten mehr Gewicht, wenn Atwood eine bloß probabilistische Folgeabschätzung vorschweben würde. Dass ist aber weder in der Idee der *speculative fiction* angelegt, noch im Roman derart umgesetzt. Die Eigengesetzlichkeit des literarischen Werkes darf also nicht außer Acht gelassen werden. Wie bereits angedeutet, bleiben aber paradoxerweise Atwoods eigene Referenzialisierungen hinter der im Roman dargestellten Komplexität zurück, da sich kaum Hinweise auf Ökonomisierungsprozesse finden. Das begünstigt die technizistische Schwerpunktbildung in der Rezeption.

Dennoch kann festgehalten werden, dass *Oryx und Crake* bezüglich der technischen Potentiale wissenschaftlicher Forschung in der literarischen wie auch in der akademischen Rezeption und auch in Diskussionen in den sozialen Medien in umfassender Weise Aufmerksamkeit für neuere Phänomene der Gentechnik generiert hat und weiter generiert. Dass einige der im Roman dargestellten Produkte nicht so nah vor uns liegen, wie die Autorin suggeriert und sie sich dabei der Freiräume einer bestimmten literarischen Tradition bedient, widerspricht nicht der Tatsache, dass sie auf diesem Wege eine Sensibilität für Ansätze möglicher technischer Entwicklungen weckt. In unseren Augen ist ein Roman wie *Oryx und Crake* also durchaus ein Medium, in dem für den Leser die Dynamik wissenschaftlich-technischer Innovationen fassbar wird und er dabei Dingen begegnet, die ihm anderweitig verborgen bleiben würden – oder haben Sie vor diesem Vortrag schon einmal von den vor mehr als 10 Jahren gezüchteten Spider-Goats gehört?

## Literatur

- Atwood, M. 2005: Writing Oryx and Crake. In M. Atwood, Writing with Intent. Essays, Reviews, Personal Prose: 1983-2005. New York: Carrol & Graf, 284–286.
- Atwood, M. 2009: Oryx and Crake. London: Virago.
- Atwood, M. 2012: In Other Worlds: SF and the Human Imagination. New York: Anchor Books.
- Atwood, M. 2013: Margaret Atwood's MaddAddam's World: The Science, the Nature, the Gardening, the Tech, the Outfits, <https://flipboard.com/@margaretatwood/margaret-atwood%27s-maddaddam%27s-world-vqgdpkngy> (letzter Aufruf: 19.03.2015).
- Dickel, S. 2011: Enhancement-Utopien. Soziologische Analysen zur Konstruktion des Neuen Menschen. Baden-Baden: Nomos.
- Griffiths, A. 2004: Genetics according to Oryx and Crake. Canadian Literature, Vol. 181, 192–195.
- Hensher, P. 2003: Back to the Future, The Spectator, Ausgabe vom 25.04.2003.
- Höpker, K. 2014: A Sense of an Ending – Risk, Catastrophe and Precarious Humanity in Margaret Atwood's Oryx and Crake. In S. Mayer, A.W. von Mossner\_(Eds.), The Anticipation of Catastrophe. Environmental Risk in North American Literature and Culture. Heidelberg: Universitätsverlag Winter, 161–180.
- Robson, D. 2003: When Rakunks roamed the Earth. The Telegraph, Ausgabe vom 11.05.2003.
- Squier, S. M. 2003: A Tale Meant to Inform, Not to Amuse. Science, New Series 302.5648, 1154–1155.

Ad-Hoc-Gruppe »Gefährliche Forschung? – Literatur als Wissenschaftsfolgenabschätzung« – organisiert von Sina Farzin und Uwe Schimank

# Gesellschaftliche Risikodiskurse durch die Linse der Literatur

Zur (inter-)subjektiven Deutung wissenschaftlichen Wissens in ›Reading Groups‹ am Beispiel des Romans *Flight Behavior*

Sonja Fückler und Uwe Schimank

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Gefährliche Forschung? – Literatur als Wissenschaftsfolgenabschätzung« – organisiert von Sina Farzin und Uwe Schimank*

›Risiko‹ gilt als zentrales Merkmal moderner Wissensgesellschaften (Beck 1986; Douglas, Wildavsky 1982; Luhmann 1991; Stehr 1994). Für den Wandel zur Gesellschaftsformation der Wissensgesellschaft ist die wachsende Bedeutung wissenschaftlichen Wissens ebenso konstitutiv wie die Steigerung von Unsicherheit und Ungewissheit und damit der Umgang mit Risiko als unintendierte Folge von Fortschritt: Wissenschaftliche Erkenntnisse zu globalen Klimaveränderungen sind nicht (mehr) potentielle (Natur-)Gefahren unbeeinflussbarer Ereignisse, sondern von Menschen produzierte und zu bewältigende (Umwelt-)Risiken.

Mit dem zunehmenden Einfluss von Risikowissen haben sich auch das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit und damit die Kommunikations- und Informationsanforderungen an wissenschaftliche Erkenntnisproduktion verändert (zum Beispiel Weingart 2005). Wissenschaftliche Diagnosen zu schmelzenden Gletschern und langfristigen Folgen der Erderwärmung werden der gesellschaftlichen Öffentlichkeit durch kommunikative Vermittlung zugänglich gemacht. Moderne Massenmedien als Vermittlungsinstanzen ›wahren, gesicherten‹ Wissens der Wissenschaft nehmen eine tragende Rolle in jenen Prozessen der Wissenschaftskommunikation ein.

Die wachsende Popularität von *climate change fiction* im literarischen Genre des Wissenschaftsromans (Trexler, Johns-Putra 2011) lässt vermuten, dass wissenschaftliche Risikodiskurse neben deren medialer Kommunikation auch durch und in (literarischen) Kunstprodukten verarbeitet werden. Basierend auf dieser Annahme wird in dem Beitrag diskutiert, inwiefern Literatur dem Transfer wissenschaftlicher Risikowissensbereiche in die gesellschaftliche Öffentlichkeit dient. Im Zentrum des Beitrags steht folglich die empirisch geleitete Frage, (1) ob literarische Narrative zu (umweltbezogenem) Risikowissen Einfluss auf subjektive Deutungsprozesse ausüben, und wenn ja, (2) welche Art von (Risiko-)Konstruktionen und -deutungen sich identifizieren lassen.

Diese Fragen werden in dem Beitrag am Beispiel des zeitgenössischen Wissenschaftsromans *Flight Behavior* (Kingsolver 2012) auf der Basis von Rezeptionsprozessen in Gemeinschaften von

Lesern behandelt. Mit der Analyse gruppenbasierter Deutungsprozesse in englischsprachigen *Reading groups* werden intersubjektive Deutungsprozesse und damit die diskursive Konstruktionen wissenschaftlichen Risikowissens rekonstruiert. Der Beitrag nimmt in einem ersten Schritt Risikonarrative aus dem literarischen Textnarrativ von *Flight Behavior* in den Blick, die auf der Basis risikotheorischer Perspektiven interpretiert werden (I.). Die extrahierten Romannarrative dienen folgend als Analysefolie für gruppenbasierte Leserrezeptionen einer analysierten Romandiskussion (II.). Abschließend werden die beiden Analyseebenen der Romaninterpretation und der empirischen Datenerhebung in einer Schlussbetrachtung gegenübergestellt, in der das Potenzial literarischer Texte als Übersetzungsmedium wissenschaftlichen (Risiko-)Wissens diskutiert wird (III.)

### Risikonarrative in *Flight Behavior*

Der Wissenschaftsroman *Flight Behavior* der kanadischen Autorin Barbara Kingsolver ist in dem literarischen Sub-Genre der *climate change fiction* anzusiedeln, das seit Beginn der 1990er Jahre einen stetigen Zuwachs genießt. Der Roman greift Risikodiskurse auf, die aus dem Klimawandel und damit zusammenhängenden Umweltproblematiken resultieren. Damit ist *Flight Behavior* als literarisches Narrativ zu zeitgenössischen Diskursen der Risikoaufdeckung und -bewertung von Klimaproblematiken und damit als »narrative of risk-anticipation« zu verstehen (Mayer 2014: 13)<sup>1</sup>. Der Roman gilt als »particularly detailed portrait of climate denial« (Goodbody 2013: 50) am Beispiel der US-amerikanischen Gesellschaft. Die Erzählung zu dem veränderten Wanderungsverhalten von Monarchschmetterlingen illustriert als fiktionales Narrativ den Zusammenhang zwischen klimatischen Veränderungen und der bedrohten Überlebensfähigkeit einer existierenden Schmetterlingspezies. In dem plot sind die für ihre alljährliche und bis zu 3.600 Kilometern weite Wanderung bekannten Falter den Konsequenzen menschlichen Einwirkens in ihre natürlichen Lebensräume ausgesetzt (Abholzung, Rodung). Durch diese Beeinflussungen verändert sich ihr biologischer Kompass, der das jährliche Reiseziel von der mexikanischen Sierra Nevada in die näher gelegenen amerikanischen Appalachen verlegt und sie zur Überwinterung in irrtümlich aufgesuchte ungeeignete Gefilde zwingt. Der Verlust ihrer natürlichen Navigationsfähigkeit lässt die Schmetterlingspopulationen in Gebiete migrieren, in denen sie schließlich nicht überlebensfähig sind, was letztlich ihre Ausrottung zur Folge hat.<sup>2</sup>

1 Sylvia Mayer (2014) skizziert Risikothematiken in zeitgenössischen (Climate-Change-)Wissenschaftsromanen als »risk narratives«, die als »autobiographical and literary explorations of the meaning of risk« (Jurecic 2010: 19) zu verstehen sind. Mayer unterscheidet mit dem Konzept literarischer Risikonarrative »narratives of catastrophe« von »narratives of anticipation« (Mayer 2014). Während »narratives of catastrophe« sich auf die gesellschaftlichen Folgen zukünftig kollabierender Ökosysteme beziehen, spiegeln sich in »narratives of anticipation« Unsicherheitsdiskurse zu der Wahrnehmung von gegenwärtigen Umwelt- und Klimaproblematiken wieder (Mayer 2014: 26).

2 Während die Existenz der Schmetterlingspezies und ihre Bedrohung durch zunehmende wetterbedingte Erdbeben in den natürlichen Lebensräumen der mexikanischen Sierra Nevada real sind, wird das Wanderungsverhalten in die US-amerikanischen Appalachen von der Autorin fiktionalisiert.



Basierend auf dem dystopischen Szenario einer vom Aussterben bedrohten Spezies nimmt *Flight Behavior* neben der (1.) Rolle von Wissenschaft in der Aufdeckung und Bewältigung umweltbezogener Risiken (2.) zeitgenössische Diskurse zu mangelnden Kommunikations- und Transferpraxen wissenschaftlichen (Risiko-)Wissens in die gesellschaftliche Öffentlichkeit in den Blick. Mit der Hervorhebung (3.) milieuhängiger Deutungsmuster ökologischer Risiken weist der Roman zudem auf das Potenzial (4.) alternativer Kommunikationsformen wissenschaftlicher Erkenntnisse hin.

### Wissenschaft(-ler) als Risikoaufklärer

Mit der Wissenschaftlerfigur *Ovid Byron* zeichnet der Plot die biographische Metamorphose eines passionierten Schmetterlingsforschers, der einst überzeugt von seiner Funktion des expertisierten ›Problembewusstmachers‹ war, den aber die gesellschaftliche Ignoranz bzw. faktenverzerrende Rolle der Massenmedien resignieren und daran zweifeln lässt, durch seine Wissenschaft eine Bewusstseinsstärkung für jene Risiken in der Öffentlichkeit erzeugen zu können. Während er auf die Beschreibung wissenschaftlicher Fakten fokussiert ist, distanziert er sich gleichermaßen von der Rolle, als Wissenschaftler jene Risiken gesellschaftlich bewusst machen zu können. In Zusammenhang mit seiner Resignation stehen gesellschaftliche Erwartungshaltungen in der Kritik, die an die Wissenschaft als Aufklärer gestellt werden aus seiner Sicht: »*We should be physicians, or some kind of superheroes saving the patient with special powers. That's what people want*« (FB 314). Hingedeutet wird damit auf ein Spannungsverhältnis zwischen der gesellschaftlich zugeschriebenen Rolle des Wissenschaftlers und der tatsächlichen Funktion, die Wissenschaft und ihre Akteure leisten können. Dies wird unterstrichen durch seine Erklärung: »*We are scientists. Our job here is only to describe what exists*« (Kingsolver 2012: 204). Sarkastische Aussagen wie kein »*zookeeper*« zu sein, dessen Aufgabe es ist, vom Aussterben bedrohte Schmetterlingspezies zu retten, lässt die persönliche Desillusionierung erahnen (Kingsolver 2012: 442). Wissenschaft ist aus Byrons Sicht eine faktengenerierende Institution, die keine Problemlösungsfunktion übernehmen kann, wie er eindringlich postuliert: »*Science doesn't tell us what we should do. It only tells us what is.*« (Kingsolver 2012: 442).

### Kommunikationsdilemmata wissenschaftlichen (Risiko-)Wissens

Dass wissenschaftliche Erkenntnisse als signifikante Wissensbereiche keine adäquate Sichtbarmachung in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit finden, illustriert ein weiteres Risikonarrativ in *Flight Behavior*. Der hohe Abstraktionsgrad wissenschaftlichen Wissens sowie die unzureichende Transferpraxis informations anbietender Institutionen wie der Medien und des Bildungssystems illustrieren neben der genuin intransparenten Identifizierbarkeit jener esoterischen Wissensarten die problematische Kommunikation wissenschaftlichen Wissens in die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit. So werden wissenschaftliche Erkenntnisse von den Medien zwar aufgegriffen, jedoch zur Sicherstellung von Leserzahlen und Quoten verzerrt, indem »*[...] every environmental impact story has to be made into something else. Sex it up if possible, that's what your news people drove out here for. It's what sells*« (Kingsolver 2012: 318). Der mediale Transfer von Risikowissen

wird in dem Roman folglich zwar als Versuch einer Dechiffrierung der esoterischen Wissensbereiche des Wissenschaftssystems skizziert, welches die Wissenschaft jedoch in ein Dilemma der Popularisierung ihrer Erkenntnisse versetzt. Das plötzliche Erscheinen der Schmetterlingspopulation in den US-amerikanischen Appalachen und die sich darin manifestierende Risikobotschaft der unnatürlichen Wanderung wird von dem ansässigen TV-Sender in eine *human interest story* der Hauptprotagonistin transportiert. Die Praxis der medialen Informationsfilterung in der Wissenschaftskommunikation macht deutlich, dass zwar eine generelle und fortschreitende Medialisierung von wissenschaftlichem Wissens in die gesellschaftliche Öffentlichkeit existiert, die jedoch auf sehr spezifische und medienwirksame Diskurse wie bspw. die Stammzellenforschung oder die Humangenomforschung beschränkt ist (Schäfer 2008). Eine Wissenschaft, die dystopische Zukunftsszenarien zu gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels zeichnet, findet hingegen keine mediale Aufmerksamkeit in der (US-amerikanischen) Gesellschaft.

Neben der mangelnden medialen Kommunikation wissenschaftlicher Wissensbereiche identifiziert der Roman ein Spannungsverhältnis zwischen der Produktion und der Zur-Verfügung-Stellung von Erkenntnissen, mit der das Wissenschaftssystem konfrontiert ist – in den Worten Byrons: »If we tangle too much in the public debate, our peers will criticize our language as imprecise, or too certain. Too theatrical. Even simple words like ›theory‹ and ›proof‹ have different meanings outside of science. Having a popular audience can get us pegged as second-rank scholars“ (Kingsolver 2012: 447). Indem Wissenschaft im Zuge von Popularisierungstendenzen einerseits wissenschaftliche Erkenntnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen hat und andererseits die innerwissenschaftliche Reputation und Expertise mit den Werkzeugen wissenschaftlicher Praxis (zum Beispiel Vokabular, Methoden) aufrechtzuerhalten hat, ereignet sich ein Konflikt durch die Unvereinbarkeit dieser beiden Funktionsbereiche.

### Mileubasierte Risikowahrnehmung: Wissensaneignung und -verfügung

Der problematische Transfer negativer, von der Wissenschaft entworfener Zukunftsszenarien gewinnt mit der Figur der Hauptprotagonistin des Romans eine weitere Dimension, mit der auf den Einfluss sozialer Stratifizierung auf die Wahrnehmbarkeit von klimabedingten Risiken verwiesen wird: Dellarobia ist eine junge Mutter, die zusammen mit ihrem Mann und dessen Familie einem bildungsfernen Milieu angehört und über geringe ökonomische Ressourcen verfügt. Die Ignoranz des Klimawandels auf Seiten der Protagonisten wird auf schichtbezogene ökonomische Ressourcenarmut zurückgeführt, mit denen die Familie konfrontiert ist, was von Dellarobias Ehemann illustrativ zusammengefasst wird: »Worries like that are not for people like us. We have enough of our own« (Kingsolver 2012: 237)<sup>3</sup>. Flight Behavior nimmt mit dieser zentralen Fokussierung auf soziale Klassen- und Milieurelevanzen »politics of risk« (Mizruchi 2010: 112) in den Blick und macht auf Ulrich Becks Überlegungen zur Risikogesellschaft aufmerksam. Während Beck von einem demokratischen Charakter der Risikobetroffenheit ausgeht (Beck 1986), das heißt, dass Folgen aus von der Wissenschaft aufgedeckten Risiken jeden betreffen

<sup>3</sup> Goodbody sieht in seiner literaturwissenschaftlichen Interpretation des Romans diese milieuspezifische Ignoranz als »representation of climate denial« (2013: 50).

(zum Beispiel der Klimawandel), ist die Wahrnehmung jener Risiken sozial differenziert indem »[j]ede Form des sozialen Lebens ihre eigene typische Risikostruktur« hat (Douglas, Wildavsky 1993: 120f.). Die milieuspezifische Rationalität religiöser Erklärungsmuster wird in *Flight Behavior* als weiteres Narrativ zum Umgang mit dem Klimawandel am wiederkehrenden Beispiel der US-amerikanischen Gesellschaft herangezogen. Der Roman skizziert die Hauptprotagonistin und ihre Familie als naiv-gläubige Ignoranten, die anstelle wissenschaftlicher Tatsachen spirituelle Erklärungen heranziehen, indem das Wetter bspw. »Lords business« (Kingsolver 2012: 361) ist.

### Alternative Kommunikationsformen wissenschaftlichen( Risiko-)Wissens

Die Bemühungen des Wissenschaftlers Ovid Byron, das abweichende Flugverhalten der Schmetterlinge zu erklären, offerieren der Romanfigur Dellarobia Thurnbow die Aneignung einer wissenschaftlichen Weltanschauung und damit den Beginn eines Emanzipationsprozesses. Die Ankunft der Schmetterlinge wird von ihr auf der Basis alltagsweltlicher Analogien mit wissenschaftlichen Fakten zu kollabierenden Ökosystemen in Verbindung gesetzt. Als Ovid Byron ihr den Unterschied zwischen einer kausalen Ursache und einer Korrelation zu erklären beginnt, wendet sie sein didaktisches Konzept auf ihr Alltagswissen an indem sie schlussfolgert: »*I get that. Like, crows flying over the field will cause it to snow tomorrow. My mother-in-law always says that, and I'm thinking, no way. Maybe it's a storm front or something that makes both things happen, but the crows move first*« (Kingsolver 2012: 335). Auch wissenschaftsbasierte Erklärungen zu dem sich verändernden Brut- und Fortpflanzungsverhalten der Schmetterlinge werden von Dellarobia in Alltagswissensbereiche übersetzt: Dass die Schmetterlinge im Sommer unterschiedliche lokale Brutplätze aufsuchen und sich im Winter zentral an einem Ort versammeln, vergleicht sie mit dem Einkauf in Second-hand-stores: »*I get that. Okay. Like mostly swapping your goods at the secondhand store in town, and then once a year doing the international-trade thing at the dollar store*«.

Mit diesen Analogien werden von ihr esoterische Wissensbereiche angeeignet, worin sich die Merkmale eines typischen Bildungsromans manifestieren (Niven 1997). Der Roman arbeitet darin Bildung und Wissensaneignung als Schlüssel der Risikowahrnehmung heraus und bekräftigt damit die These, dass Bildung soziales Bewusstsein schafft (Mitchell 1979). Der plot umreißt mit der Einbettung wissenschaftlicher Wissensbereiche in Alltagsanalogien seiner Protagonistin eine (dem Roman vorbehaltene) Bewältigungsstrategie der aufgedeckten Übersetzungsdilemmata, indem das »Nicht-Zugängliche« durch die kommunikative Konstruktion eines zugänglichen Äquivalents durchbrochen wird und Einbettung in alltagsrelevante Wirklichkeiten findet.

### Zur diskursiven Rezeption von *Flight Behavior*: Intersubjektive Deutungsprozesse in »Reading groups«

Als zeitgenössisches Kulturphänomen sind »Reading groups« Kleingruppen (Swann 2011: 217), in denen gemeinsame Deutungsmuster zu literarischen Erzählungen durch den Dialog mit Dritten entstehen können. In solchen »interpretative communities« nehmen Interaktionsmuster und

Gruppendynamiken Einfluss auf intersubjektive Deutungsprozesse (Wienold 1972; Allington, Swann 2009, 2011), indem angenommen wird: »[I]t is interpretive communities, rather than either the text or reader, that produce meanings« (Fish 1982: 54).

Als Grundlage für die empirische Analyse dient hier eine Gruppendiskussion zu dem Roman *Flight Behavior*, die von englischsprachigen Muttersprachlerinnen bzw. Teilnehmerinnen mit sehr guten Englischkenntnissen unterschiedlicher nationaler Herkunft geführt wurde. Die Gruppe besteht aus neun Frauen, die einem gebildeten Mittelschichtenmilieu angehören und sich regelmäßig (einmal im Monat) zur Diskussion diverser belletristischer Literatur treffen. Aus der Gruppendiskussion wurden mittels inhaltsanalytischer Datenauswertungen Risikonarrative extrahiert, die im Folgenden dargestellt und abschließend mit den romanbasierten Risikonarrativen einer Kontrastierung unterzogen werden.

### Ambivalente Rollenattribution: prophetische Wissenschaftler

Die Gruppenteilnehmerinnen führen einen kontroversen Dialog zu der Rolle von Wissenschaft bzw. Wissenschaftlern indem sie sich einerseits auf die Rollendeutung in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und andererseits auf die Interpretation des Wissenschaftlercharakter (Ovid Byron) in dem Romanplot beziehen. Sie weisen auf die gesellschaftliche Rollenattribution von WissenschaftlerInnen als »*scientific magicians*« hin, an die als Lieferanten von »all-in-one solutions« hohe Erwartungen gestellt werden. Ergänzt durch eine »*protector function*« haben sie aus Perspektive der Gruppe die Öffentlichkeit darüber zu informieren, »*how to mend our ways*«. Ovid Byron erfüllt als generalisierter Wissenschaftlercharakter diese normativen Rollenerwartungen, indem er als Mentor und Aufklärer fungiert, »*who tells us, what's happening*«, und damit die Aufgabe übernimmt »*to convince us maybe to change our lives*«.

Mit der normativen Rollenattribution der Wissenschaftlerfigur identifizieren die Diskussteilnehmerinnen durch die Kontrastierung mit ihrer eigenen Lebenswirklichkeit ein Spannungsverhältnis. Die gesellschaftlichen Erwartungen, was Wissenschaft und ihre Akteure zu leisten haben, ist unvereinbar mit der tatsächlichen Praxis wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion. Die Kluft zwischen »Sein« und »Sollen« der Wissenschaftlerrolle weist in der Konsequenz auf inkommensurable Wissenskulturen hin, auf welche die Wissenschaft einerseits und Laienakteure in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit andererseits zugreifen. Damit interpretieren sie die Kluft, zwischen dem, was Wissenschaft tatsächlich leisten kann, und lebensweltlichen Vorstellungen dazu, was »gute« Wissenschaft leisten sollte. Indem resümiert wird, dass »[...] *people in general want certainty, whereas a scientist can never deliver certainty*« hält die Gruppe fest, dass die Öffentlichkeit unerfüllbare Erwartungshaltungen an die Wissenschaft stellt.

### Misslingende Wissenschaftskommunikation: Abstraktes Risikowissen

Jene Unvereinbarkeit von Informationsangeboten der Wissenschaft mit Informationsbedürfnissen von Laienakteuren wird von der Gruppe auf den differenten Umgang mit Wissen zurückgeführt, wie in der folgenden Sequenz deutlich gemacht wird: »*People want answers, but they [scientists] only serve pieces, and say »we are tending in this direction*««. Dieses Spannungsverhältnis zwi-

schen Informationsangebot und -bedürfnissen deutet die Gruppe als gegensätzliche Evidenzsysteme, die Wissenschaft und gesellschaftliche Laienakteure anwenden.

Es wird zugrunde gelegt, dass das Wissenschaftsethos in Bezug auf die Sicherstellung von Objektivität und Evidenz nicht vereinbar ist mit der Lebenswelt von Laienakteuren – zum einen durch den sozial stratifizierten Zugang zu und Umgang mit wissenschaftlichen Wissensbeständen und zum anderen durch den hohen Abstraktionsgrad. Die Gruppe schlussfolgert, dass WissenschaftlerInnen »*are just counting the square meter of how many dead butterflies [...] and everyday people are looking at this and say ›They are nuts‹*«. Wissenschaft ist, so macht sich die Gruppe klar, auf die Erzeugung von signifikanten Erkenntnissen durch die Aufdeckung von Verhältnissen, Zusammenhängen und Tendenzen konzentriert, für die Laien eine konkrete Alltagsheuristik fehlt.

### Milieuabhängige Risikowahrnehmung

Die misslingende Dechiffrierung wissenschaftlichen Risikowissens in die Alltagswelt von Akteuren wird von der Gruppe auf die unzugängliche Esoterik wissenschaftlicher Wissensbestände zurückgeführt. Neben der generell begrenzten Erfahrbarkeit bzw. Aneignung jener Wissensbereiche diskutiert die Gruppe milieuspezifische Aneignungsbarrieren. In diesem Zusammenhang wird die Indifferenz gegenüber nachhaltiger Lebensweisen in bildungsfernen Sozialmilieus auf eine Kultur der Ignoranz zurückgeführt, indem sie schlussfolgern: »*[...] only educated people do this, because the others don't care*«.

Dass die Teilnehmerinnen selbst über adäquate Zugangsressourcen zur Informationsbeschaffung über ökologische Risiken verfügen, weist auf eine Abgrenzungshaltung zu der dokumentierten Klimawandelignoranz der bildungsfernen Romanprotagonisten hin. Diese Abgrenzung macht auf die Widersprüchlichkeit ihrer sozialen Positionierung aufmerksam, indem sie sich im Diskussionsverlauf als Angehörige eines gebildeten Mittelschichtenmilieus als Verdränger umweltbezogener Risiken identifizieren:

»We would have to change everything [...] it is kind of self-defense, to say, keep those scientists away from us because if we really follow what they are saying we would have to turn our lives over.« Indem die Leserinnen zwar reflektiert, aber dennoch ratlos über Strategien nachdenken, wie sie das irreversible Risikowissen in ihre Alltagspraxen einbetten können, fragen sie einander rhetorisch »*[...] and who is prepared to do this with thousand of others at the same time?*«.<sup>4</sup>

Die mit dem Risikobewusstsein einsetzende Handlungsauflage, Alltagsroutinen und Lebensstandards zu verändern, wird von der Gruppe als selbstzugeschriebener Appell zur Veränderung routinierter Lebenspraxen gedeutet. Sie argumentieren, dass Handelnde die Auseinandersetzung mit dem verfügbaren Risikowissen vermeiden, weil Lebensstile, -routinen und -standards einer kompletten Modifikation unterzogen werden müssen und folglich einer Diskrepanz zwischen ›Wissen‹ und darauf basierenden ›Handlungspraxen‹ unterliegen. Zusammenfassend wird zur Stärkung der sozialen Bewusstmachung des Klimawandels von der Gruppe die

---

<sup>4</sup> Die beschriebene Dialogstruktur weist auf das Modell des Freiwilligendilemma hin (Diekmann, Preisendörfer 1992).

Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung bestehender Weltanschauungen diskutiert.

In diesem Zusammenhang erörtern sie auch die milieubasierten Parallelen zu der Ignoranz jener umweltbezogenen Risiken: Während in bildungsfernen Unterschichten Risiken ignoriert und verleugnet werden, findet bei ihnen als Mitgliedern gebildeter Mittelschichtenmilieus ein bewusster Verdrängungsprozess durch die Ambivalenz statt, zwar über fundierte Wissensbestände zu verfügen, die durch die Existenz vielschichtiger Irritationen aber keine Umsetzung finden und Wissen ›über/zu etwas‹ mit Nicht-Wissen ›wie/wozu‹ gleichsetzen<sup>5</sup>. Der Gruppendiskurs zeigt, dass Risiken auf der Basis individueller Betroffenheit beurteilt werden (Otway, Wynne 1993: 101). Im Gegensatz dazu verursacht fehlende Betroffenheit Ignoranz oder Verdrängung, das heißt wenn Risiken als »wissensabhängige Wahrnehmungsgegenstände« sinnlich nicht erfahrbar sind (Beck 1986: 86) und somit keine Alltagsrelevanz in den Lebensroutinen von Akteuren einnehmen. Mit dem Deutungsschema subjektiver Betroffenheit relativieren die Leserrinnen die eingangs formulierte Differenzierung sozialer Milieuzugehörigkeit in der Deutung des Klimawandels, indem Ignoranz bildungsferner Akteure und Verdrängung in gebildeten Mittelschichten gleichermaßen ökologisches Handeln ausschließen.

## Literatur als Übersetzungsmedium wissenschaftlicher Wissensbereiche

Indem die Gruppenmitglieder sich als adressiertes Publikum des Romans wahrnehmen, interpretieren sie den Roman schließlich als Aufforderung, verfügbare Informationen über die Folgenmächtigkeit des Klimawandels in ihr Handeln zu implementieren und ihre Rolle als gesellschaftliche Verantwortungsträger anzuerkennen:

»We dont have to read this book to learn that species are dying [...]: The people who read these books [science novels] are aware of the risks and scientific evidence of climate change. [...] We know these things about the nature, we are informed about this, and we pick up an Barbara Kingsolver because she writes this literature [...]. And we feel clubbed over the head with it because we know«.

In der Sequenz wird deutlich, dass der Roman eine lebensweltliche Sichtbarmachung der romanbasierten Risikodiskurse erwirkt. Indem evidenten Risikowissen in fiktionale ›Wirklichkeiten‹ der literarischen Protagonisten eingebettet wird, nehmen literarische Texte eine Transferfunktion zwischen Fiktion und Realität durch den Prozess der Imagination ein.<sup>6</sup> Das Imaginäre ermög-

5 Auf diese Unvereinbarkeit weist auch Kari Norgaard mit Ergebnissen aus ihrer ethnographischen Erhebung zu den sozialen, politischen und privaten Implikationen des außergewöhnlich warmen Winters in Norwegen 2001-2002 hin. Sie argumentiert, dass die Ignoranz und Verleugnung von Risiken klimatischer Veränderungen auf das Spannungsverhältnis zwischen verfügbaren Wissensvorräten (›common knowledge of climate change‹) und den unvorstellbaren Konsequenzen für die subjektive Lebensführung von Handelnden zurückzuführen ist (Norgaard 2011).

6 Während Wolfgang Iser (1993) das Fiktive und Imaginäre als Grundbedingungen für die Literatur sieht, schreibt Cornelius Castoriadis (1990) dem Imaginären eine konstitutive Bedingung für Gesellschaft zu.

licht den Übergang auf die Ebene der Lebenswelt<sup>7</sup> als Komplementärinstanz zum ›Tatsächlichen‹ und zum ›Erdachten‹. Es wird von Lesern simultan ›vergessen‹ und ›gewusst‹, dass es sich um fiktionale Texte handelt. Leser tauchen folglich in die Lebenswelten literarischer Protagonisten ein und transportieren Risikodiskurse in subjektive Erfahrungs- und Wahrnehmungsräume und damit in lebensweltliche Wirklichkeiten. Basierend auf diesen Beobachtungen von gruppenbasierten Rezeptionsprozessen kann geschlussfolgert werden, dass literarische Texte zur Sichtbarmachung umweltbezogener Risiken beitragen, indem Risikodiskurse auf eine subjektiv erfahrbare Ebene befördert werden.

Damit schafft der Roman eine Form der wirklichkeitsgenerierenden Wissensaneignung, in der sich die Übersetzungsleistung literarischer Kunstprodukte für die Aneignung wissenschaftlichen Wissens manifestiert. Literatur dient als als Vermittlerin unvereinbarer Wissenssphären zwischen Wissenschaft und Alltagswelt. Mit dem ›In-Bezug-Setzen‹ zwischen implizitem Alltagswissen und explizitem wissenschaftlichem (Risiko-)Wissen (Renn 2006, 2014: 69) bietet sich mit literarischer Narration ein Werkzeug zur Bewältigung von Übersetzungsproblematiken zwischen dem Wissenschaftssystem und der Öffentlichkeit. Literatur verknüpft diese Wissenskulturen, und Wissenschaft wird auf eine Weise in die Alltagswelt übersetzt, wie es die Medien und andere Informationsquellen nicht leisten können (Bensaude-Vincent 2001).

Dass Fiktion und Realität folglich ineinandergreifende Komponenten in der Literaturrezeption sind, wird durch einen Roman wie *Flight Behavior* deutlich, der mit dem Topos der ›Risikogesellschaft‹ dafür steht »a sense of the feasibility of change and the need for it through the power of literary imagination« zu erzeugen (Mayer 2014: 14). Die Texte tragen folglich zur Aufbrechung des Spannungsverhältnisses *zwischen* zeitgenössischen Überzeugungen, Deutungen und Anschauungen des ›In-der-Welt-Seins‹ und der Repräsentation negativer Zukunftsszenarien bei (Mizruchi 2010: 119), die bei Lesern Hoffnungen, Ängste und Bedürfnisse auslösen. In jenem Spannungsfeld liegt die Funktion von literarischen Risikonarrativen verortet, indem »risk narratives must balance the responsibility to remain true to a scientific view of the world with the desire to give meaning to lives lived in uncertainty« (Jurecic 2012: 42).

## Literatur

- Allington, D., Swann J. 2009: Researching literary reading as social practice. *Language and Literature*, Vol. 18, No. 3, 219-230.
- Allington, D., Swann J. 2011: Reading and social interaction: a critical approach to individual and group reading practices. In R. Crone, S. Towheed (Hg.): *The history of reading*. Houndmills, New York: Basingstoke.
- Beck, Ulrich 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main.
- Bensaude-Vincent, B. 2001: A genealogy of the increasing gap between science and the public, *Public Understanding of Science*, Vol. 10, No. 1, 99-113
- Castoriadis, C. 1990: *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

<sup>7</sup> Die Leser verknüpfen im Sinne von Alfred Schütz' Modell der »Mannigfachen Wirklichkeiten« die »Welt der Kunst«, die »Welt der Wissenschaft« und die »Welt der Phantasie« als Bestandteile ihrer »ausgewiesenen Alltagswirklichkeit« (Schütz 1945).

- Diekmann, A., Preisendörfer, P. 1992: Persönliches Umweltverhalten. Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44. Jg., 226–251.
- Douglas, M., Wildavsky, A.B. 1982: *Risk and culture. An essay on the selection of technological and environmental dangers*. Berkeley: University of California Press.
- Douglas, M.; Wildavsky, A. B. 1993: Risiko und Kultur. Können wir wissen, welchen Risiken wir gegenüberstehen? In W. Krohn, G. Krücken (Hg.), *Risikante Technologien. Reflexion und Regulation: Einführung in die sozialwissenschaftliche Risikoforschung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 113–137.
- Fish, S. 1982: *Is there a text in this class? The authority of interpretive communities*. Cambridge, MA.: Harvard University Press.
- Goodbody, A. 2013: Risk, Denial and Narrative Form in Climate Change Fiction: Barbara Kingsolver's Flight Behavior and Ilija Trojanow's Melting Ice. In S. Mayer, A. Weik von Mossner (Hg.), *The Anticipation of Catastrophe. Environmental Risk in North American Literature and Culture*. Heidelberg, Neckar: Universitätsverlag Winter, 39–58.
- Gross, P. 2001: Prinzipielle Riskanz. In *Integriertes Dienstleistungsmanagement: Auf dem Weg zum Customer Value*. St. Gallen, 23–33.
- Iser, W. 1993: *Das Fiktive und das Imaginäre. Perspektiven literarischer Anthropologie*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Jurecic, A. 2012: *Illness as Narrative*. Pittsburg.
- Kingsolver, B. 2012: *Flight Behavior*. New York: Harper Collins.
- Luhmann, N. 1991: *Soziologie des Risikos*. Berlin, New York: W. de Gruyter.
- Mayer, S., Weik von Mossner, A. 2014: The Anticipation of catastrophe: Environmental Risk in North American Literature and Culture. Introduction. In S. Mayer, A. Weik von Mossner (Hg.): *The Anticipation of Catastrophe. Environmental Risk in North American Literature and Culture*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter, 7–20.
- Mitchell, R. C. 1979: National environmental lobbies and the apparent illogic of collective action. In C. Russell (Hg.): *Collective decision making*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 187–221.
- Mizuchi, S. 2010: Risk Theory and the Contemporary American Novel. *American Literary History*, Vol. 22, No. 1, 109–135.
- Niven, B. 1997: »The Green *Bildungsroman*«. In C. Riordan, *Green Thought in German Culture: Historical and Contemporary Perspectives*, Cardiff: University of Wales Press, 198–209.
- Norgaard, K. M. 2011: *Living in denial. Climate change, emotions, and everyday life*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Otway, H., Wynne, B. 1993: Risiko-Kommunikation: Paradigma und Paradox. In W. Krohn, G. Krücken (Hg.), *Risikante Technologien. Reflexion und Regulation: Einführung in die sozialwissenschaftliche Risikoforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 101–112.
- Renn, J. 2006: *Übersetzungsverhältnisse. Perspektiven einer pragmatistischen Gesellschaftstheorie*. Weilerswist: Velbrück.
- Renn, J. 2014: *Performative Kultur und multiple Differenzierung: gesammelte Aufsätze zur Analyse der spätmodernen Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Schäfer, M. 2008: Medialisierung der Wissenschaft? Empirische Untersuchung eines wissenschaftssoziologischen Konzepts. *Zeitschrift für Soziologie*, 37. Jg., Heft 3, 206–225.
- Schütz, A. 1945: On Multiple Realities. *International Phenomenological Society*, Vol. 5, No. 4, 533–576.
- Stehr, N. 1994: *Arbeit, Eigentum und Wissen: Zur Theorie von Wissensgesellschaften*. Frankfurt am Main.
- Swann, J. 2011: How reading groups talk about books: a study of literary reception. In J. Swann (Hg.), *Creativity in language and literature. The state of the art*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Trexler, A., Johns-Putra, A. 2011: Climate change in literature and literary criticism. In *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, Vol. 2, No. 2, 185–200.
- Weingart, P. 2005: *Die Wissenschaft der Öffentlichkeit. Essays zum Verhältnis von Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit*. Weilerswist: Velbrück.
- Wienold, G. 1972: *Semiotik der Literatur*. Frankfurt am Main: Athenäum-Verlag.



Ad-hoc-Gruppe »Genderismus – Der Umbau der Gesellschaft. Soziologische  
Annäherung an einen aktuellen Krisendiskurs«  
– organisiert von Paula-Irene Villa und Sabine Hark

# Prekäre Selbstverständlichkeiten

## Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung<sup>1</sup>

Christine Wimbauer, Mona Motakef und Julia Teschlade

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Genderismus – Der Umbau der Gesellschaft. Soziologische Annäherung an einen aktuellen Krisendiskurs« – organisiert von Paula-Irene Villa und Sabine Hark*

Es gibt eine neue Sichtbarkeit gegenüber gleichstellungspolitischen Belangen und feministischen Inhalten in medialen Öffentlichkeiten. Diese neue Sichtbarkeit kann nicht mit einer grundsätzlich neuen gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit gegenüber emanzipatorischen Überlegungen und Forderungen kurz geschlossen werden, wie jüngere Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung eindrücklich belegen.

Diese durchaus vielfältigen Diskurse nehmen einen gemeinsamen Ausgangspunkt in einer Kritik an pluralistischen Lebensmodellen, wobei Bemühungen der politischen Gleichstellung von Männern und Frauen in Erwerbsarbeit und Familie ebenso kritisiert werden wie die Vielfalt geschlechtlicher Lebensweisen. Auch gegen Einwanderung, insbesondere von Menschen mit muslimischem Glauben, wird protestiert. Dem sogenannten Genderismus sei es gelungen, eine neue Herrschaft zu errichten, durch die heterosexuelle, weiße Männer zu Opfern der neuen Gleichstellungspolitik wurden – so eine zentrale Behauptung dieser Diskurse. Eine andere immer wiederkehrende Behauptung lautet, dass es im öffentlichen Raum nicht mehr möglich sei, sogenannte Wahrheiten auszusprechen – »Wahrheiten«, die in der Regel Fragen zum Verhältnis von Geschlecht, Sexualität und Nation berühren.

Die sozialen Positionierungen, die sich in den Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung zusammenfinden, sind vielfältig, häufig bemühen sie rechte Argumentationsfiguren. Akteurinnen und Akteure finden sich etwa in der wertkonservativen Journalistik und Publizistik, in politischen Parteien (insbesondere der AFD), bei sogenannten Männerrechtlern und bei fundamentalistischen Christinnen und Christen. Die im Zuge der Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung ins Feld geführten Thesen lassen sich mühelos wi-

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag erscheint in folgender Publikation: Wimbauer, C., Motakef, M., Teschlade, J.: Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In S. Hark, P.-I. Villa (Hg.), (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, i.E.

derlegen, so ist es durch Gleichstellungspolitik nicht zu einer Umkehrung privilegierter sozialer Positionen gekommen, wie Studien zur ungleichen Verteilung von Sorgearbeit sowie zur Segregation der Arbeitsmärkte unstrittig belegen (Wimbauer et al. 2012 ).

Es bleibt also zu fragen, was eigentlich hinter dieser Debatte steckt. Der neuralgische Punkt der Diskurse liegt, so unser Argument, darin, dass versucht wird, Erfahrungen der Prekarität und Prekarisierung in den Griff zu bekommen. In unserem Beitrag entfalten wir die Argumentation, dass Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung auf vielfältigen Ebenen Reaktionen auf Prekarisierungsprozesse darstellen. Dabei gehen wir, geschlechtersoziologisch informiert, von einem weit gefassten Prekarisierungsbegriff aus (Motakef 2015 ), der materielle und symbolische Dimensionen kombiniert und die Ambivalenzen gegenwärtiger Prozesse ins Zentrum stellt.

Wir entfalten unsere Argumentation in neun Thesen: Diese umfassen Thesen zur Prekarisierung der Erwerbssphäre (These 1), des männlichen Ernährermodells (These 2) und dem Brüchigwerden moderner Gewissheiten (Doxa) (These 3). Wir schlagen die Deutung vor, dass Gleichstellungspolitik, Teile der Geschlechterforschung und damit verbundenen emanzipatorische (queer-)feministische, sexualpolitische und antirassistische Bewegungen ebenfalls zentrale Akteur\_innen der Prekarisierung (von Gewissheiten) waren und auch weiterhin sind (These 4), diskutieren die These einer Prekarisierung der heterosexuellen Kleinfamilie (These 5) und lesen Prekarisierung als Produkt kapitalistischer Transformationsprozesse (These 6). Wir diskutieren die Tendenz der neoliberalen Aufwertung von Diversität (These 7), führen die These einer Komplizenschaft des antifeministischen Postfeminismus mit diesen Diskursen ein (These 8) und plädieren schließlich dafür, Erfahrungen der Prekarisierung und Prekarität politisch zu bewältigen (These 9).

Ad-hoc-Gruppe »Hedonistische Routinen und die Lust an der Krise – Soziologische  
Perspektiven auf den Genuss und Glück in der Gegenwartsgesellschaft«  
– organisiert von Daniel Kofahl und Benjamin Berend

# Essen im Spannungsfeld zwischen Genuss und Askese

## Kulturhistorische Perspektiven

Eva-Maria Endres

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe » Hedonistische Routinen und die Lust an der Krise – Soziologische Perspektiven auf den Genuss und Glück in der Gegenwartsgesellschaft« – organisiert von Daniel Kofahl und Benjamin Berend*

Wenn wir uns ohnehin in einer Lebenslage befinden, in der es sich nur noch für wenig anzustrengen lohnt, in der nur eine geringe Chance auf sozialen Erfolg besteht, können wir auch jede verbleibende Möglichkeit auf hemmungslosen Genuss ohne Rücksicht auf möglicherweise schädliche Folgen nutzen. Was gibt es schließlich zu verlieren?

Diese These könnte im Rahmen der Frage nach dem Zusammenhang von hedonistischen Routinen und Krisen aufgestellt werden. Die Organisatoren der Ad-hoc-Gruppe *Hedonistische Routinen und die Lust an der Krise*, Daniel Kofahl und Benjamin Berend, regten diese Diskussion an, indem sie zunächst auf die Sinus-Studie verwiesen. Diese stellt unterschiedliche Lebensauffassungen sozialer Milieus vor, um schließlich (ökonomische) Zielgruppen aufzuzeigen. Das *hedonistische Milieu*, welches sich durch ein »Leben im Hier und Jetzt« (Sinus 2013) und eine »Verweigerung von Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft« (ebd.) auszeichnet, wird hier in der »modernen Unterschicht« (ebd.) angesiedelt. Kann sich also, wie die Organisatoren fragten, Genuss erst in einer von Krisenhaftigkeit gezeichneten Lebenssituation etablieren?

## Feine Unterschiede in der Art des Essens – Bourdieus Milieustudie

Den Geschmack sozialer Lagen untersuchte bereits Pierre Bourdieu (1987), indem er repräsentative Verzehrdaten Frankreichs bezüglich unterschiedlicher Berufsgruppen auswertete. Als eines der wichtigsten Ergebnisse definierte Bourdieu den Luxus- und den Notwendigkeitgeschmack. Während sich der Luxusgeschmack der wohlhabenderen sozialen Lagen durch feine, leichte, exquisite Speisen auszeichnet, ist der Geschmack ärmerer sozialer Lagen von schweren, fetten, eher groben Speisen geprägt. (Bourdieu 1987) Diese Beobachtungen fanden sich auch in anderen repräsentativen Konsumstudien wieder, die über Frankreich hinaus ähnliche Verzehrmuster in ganz Europa aufzeigten. (Barlösius 2011) Für Deutschland kann beispielsweise die Nationale Verzehrstudie 2 angeführt werden. Auch hier zeigte sich, dass in den unteren Schichten mehr energiedichte Lebensmittel wie Fett, Fleisch und Wurstwaren, Bier, Spirituosen und

Limonaden verzehrt wurden. Obst und Gemüse, Fisch, Wasser und Wein wurden in den oberen Schichten häufiger verzehrt. (Max Rubner-Institut 2008)

Die Vorliebe ärmerer sozialer Lagen für fettes, schweres Essen erklärte Bourdieu zunächst aus der ökonomischen Notwendigkeit: Die Angepasstheit an Notlagen führt zu möglichst nahrhafter, einfacher Nahrung, die eine günstige Reproduktion von Arbeitskraft gewährleistet. Jedoch wäre es zu kurz gegriffen, diese Vorliebe lediglich auf ökonomische Zwänge zurückzuführen. Für Bourdieu ist der Geschmack »*amor fati*, Wahl des Schicksals, freilich eine unfreiwillige Wahl, durch Lebensumstände geschaffen, die alles außer der Entscheidung für den »Notwendigkeits-Geschmack« als pure Träumerei ausschließen« (Bourdieu 1987: 290). Der Geschmack und das, worin wir Genuss beim Essen finden, konstituieren sich also im sozialen Kontext, werden und müssen jedoch präsentiert werden als freie Wahl. Denn schließlich kann Genuss nicht durch ökonomische Zwänge auferlegt werden. Der Notwendigkeitsgeschmack als Teil des Lebensstils der unteren sozialen Lagen ist damit ein stolz präsentiertes, selbst gewähltes Emblem und Stigma zugleich. (Bourdieu 1987)

Der Genuss unterer sozialer Lagen steht bei Bourdieu im Zeichen der Fülle. Suppen, Soßen, Kartoffeln und Nudeln werden in großen Mengen direkt auf den Tisch gestellt und mit Schöpfkellen oder großen Löffeln aufgetan, so dass gar nicht erst der Eindruck eines Mangels entsteht. Es gibt keinen strikten Ablauf. Während einige noch essen, räumt die Frau bereits den Tisch ab. Alle Gänge werden nahezu gleichzeitig aufgetischt. Die Torte wird direkt in der Schachtel aufgeschnitten und der Besucher bekommt den Karton samt Tortenstück überreicht als Zeichen der Vertrautheit. (Würde man für ihn einen Dessertteller holen, wäre das ein Zeichen der Ausgrenzung.) Was manche als Unordnung bezeichnen würden, wird hier als Ungezwungenheit, Arbeitersparnis und Vermeidung von Komplikationen erlebt. Bourdieu erklärte dies durch die Zwänge, denen ärmere Familien ohnehin jeden Tag ausgesetzt sind. Dann möchte man sich nicht noch in seinem privaten Refugium selbst auferlegten Zwängen unterwerfen müssen. (ebd.)

Dem entgegen steht der Luxusgeschmack der Bourgeoisie, welcher sich durch Warten, Askesse und Zurückhaltung auszeichnet. Es wird mit dem Essen gewartet, bis alle ihre Speisen erhalten haben. Es gibt eine strenge Speisenordnung. Es gibt keinen Nachtisch, bevor nicht der Salztreuer und das letzte Krümelchen vom Tisch sind. Ästhetisierung und Disziplinierung des Essverhaltens stehen hier im Vordergrund. Was manche als ein Korsett unnötiger Strenge erleben würden, wird hier als Zeichen der Würdigung und des Respekts gegenüber der Gastgeberin und den Gästen und der geleisteten Arbeit erlebt. Es dient außerdem als Negierung einer tierischen, materialistischen Wirklichkeit. Essen wird durch diese Formen als gesellschaftliche Zeremonie stilisiert, von den körperlichen Funktionen wird abgelenkt. (ebd.)

Barlösius fügt außerdem ein drittes Geschmacksmuster hinzu, das von Mäßigung und Natürlichkeit gekennzeichnet ist und sich, wie der Notwendigkeitsgeschmack, stets gegen die Affektiertheit des Luxusgeschmacks gestellt hat. Das Essen zeichnet sich hier durch Streben nach Reinheit, Schlichtheit, Gesundheitsorientierung und Natürlichkeit aus. Die/der Essende wählt die Einfachheit und Entsagung nicht aufgrund ökonomischer Zwänge, sondern aufgrund eines asketischen Strebens. Die Enthaltensamkeit ist also frei gewählt. Damit konkurriert sie/er mit dem Luxusgeschmack durch ihre/seine moralische Überlegenheit. (Barlösius 2011) Man findet Züge dieses Stils in aktuellen Essenstrends wie dem Veganismus oder dem Biotrend wieder. Dabei hat dieser Essstil eine lange Tradition, die bis in die Antike zurückreicht. Bereits damals wurde

der kultivierte Geschmack des antiken Mittelmeerraums, der sich durch eine einfache, obst- und gemüserreiche, meist vegetarische Küche auszeichnete, dem fleischlastigen Geschmack der Barbaren gegenübergestellt. (Montanari 1999)

## Platons Geist und Bauch – die richtige Lebensweise der Antike

Bereits in der Antike existierte also eine Auseinandersetzung mit den Essstilen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Diese Lehren beeinflussen unsere Wahrnehmung von Genuss und Exzess bis heute. Als richtungweisend galten die Lehren Hippokrates. Er war Spiritus Rector der naturheilkundlichen Medizin. Indem seine Lehren durch Galen fortgeführt wurden, galt die hippokratisch-galenische Medizin über zwei Jahrtausende als medizinisches Leitbild in allen Kulturkreisen des Abendlandes. (Klotter 1990) Sie wurden zu großen Teilen in den Schriften zur Diätlehre festgehalten. Wobei der Begriff *Diät* nicht im heutigen Sinne als Kostform für eine bestimmte Krankheit zu verstehen ist. Die *διαίτα* wurde als ganze Lebensweise verstanden. Der Begriff wurde ursprünglich dazu verwendet, um die Lebensweise, besonders die Ernährung fremder Völker zu beschreiben. *διαίτα* war in der griechischen Antike die allumfassende Art zu Leben. Eine Veränderung der *διαίτα* ging immer auch mit einer Veränderung der Persönlichkeit einher. (Wöhrle 1990) Hippokrates lieferte mit seinen Schriften zur Diät erste naturwissenschaftliche Beobachtungen und Empfehlungen und vollzog damit den Wandel vom Mythos zum Logos. Erstmals war der Mensch Herr in seinem eigenen Körper und konnte seine Gesundheit nicht nur durch Opfergaben an die Götter, sondern durch seine eigene Verhaltensweise beeinflussen. Das Krankheitsbild veränderte sich damit von einem schicksalhaft-gottgewollten zu einem selbstbestimmten. Jedoch brachte dies auch die Verantwortung mit sich, die nun jeder mit seinem (möglicherweise gesundheitsabträglichen) Verhalten für die eigenen Krankheiten übernehmen musste. (Klotter 1990)

Obwohl die Schriften zur *διαίτα* ein umfassendes Regelwerk darstellen, welches bis in kleinste Detail Nahrungsaufnahme, Schlaf, körperliche Übungen und sexuelle Beziehungen regelte, war es zugleich höchst individuell auf die vorherrschenden Lebensumstände abgestimmt. Genuss war selbstverständlicher Bestandteil einer guten Lebensführung. Entscheidend war vor allem das Maß. Das richtige Maß wiederum wurde vom Einzelnen entsprechend seines körperlichen Befindens und seines Wohlergehens festgelegt. Die Umsetzung war damit zwar dem Individuum überlassen, jedoch war die Einhaltung einer maßvollen Lebensweise zugleich öffentlich-politisch. Die *διαίτα* bestimmte, wie der freie Bürger der polis sein Leben zu führen hat. Denn man war der Überzeugung, dass nur ein maßvolles Leben zu moralischer Festigkeit führen konnte. Ein schlanker, trainierter Mensch hat also seine Triebe unter Kontrolle, ist damit im öffentlichen Leben zuverlässig und fleißig, also ein guter Bürger für die polis. Umgekehrt gibt ein dicker, stark genussorientierter Mensch seinen Trieben nach, wie sie kommen, und besitzt damit wenig Moral, ist also unberechenbar für die polis.

Besonders Platon verurteilte die Maßlosigkeit und Genusssucht. Nach Platon sollte Essen allein der Lebenserhaltung dienen und Gesundheit als oberstes und einziges Ziel haben. Eine Küche, die nur nach dem höchsten kulinarischen Genuss strebt, ist lächerlich und vollkommen

unvernünftig. Die einzige Lust, die Essen bewirken sollte, ist, dass es dem Leib zuträglich ist, und der Genuss sollte in Form von Gesprächen, also als geistiger Genuss, stattfinden. (Lemke 2007) Er setzt damit den Genuss mit funktionaler Sättigung gleich und erhebt den Geist über den Körper. Zurückzuführen ist dies auf den von Platon beschriebenen Leib-Seele-Dualismus. Die unsterbliche Seele ist demnach im vergänglichen Leib gefangen. Der Körper mit seinen materiellen Bedürfnissen hält die Seele davon ab, das Wahre zu erkennen. Dies kann nur aufgehoben werden, wenn die Seele möglichst rein, also von allem Materiellen abgetrennt ist. Das Mittel, um das Weltlich-Materielle, insbesondere körperliche Gelüste, zu bezwingen, ist die Askese. (Platon 2014)

Bereits in der Antike formten sich also soziokulturelle Modelle, die später in Bourdieus Studien zu Geschmacksmustern sozialer Klassen wieder auftauchen. Gute Bürger/-innen zu sein, wird mit Mäßigung und Askese assoziiert. Der Exzess und die Fülle, mit welchen Platon den Genuss gleichsetzt, werden hingegen gesellschaftlich verurteilt.

Folgt man Bourdieus Theorie des ökonomischen Zwangs, ist die Krisenhaftigkeit Voraussetzung für die Fülle auf dem Tisch, und die Askese kann erst in der Fülle ökonomischen und sozialen Kapitals praktiziert werden. Das in der Sinus-Studie beschriebene *hedonistische Milieu* der Unterschicht zeichnete sich aber auch durch eine »Verweigerung von Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft« (Sinus 2013) aus. Mehr oder weniger bewusst wurde hier nicht das Ausgeliefertsein in den Mittelpunkt gerückt, sondern der bewusste Boykott von Askese und Normen, die Lust am Überschwänglichen. Genuss, Exzess und Fülle können also auch dazu verwendet werden, gegen die bürgerlichen Konventionen zu rebellieren.

## Essen bitte nur symbolisch – die Essmoral des Mittelalters

Der Leib-Seele-Dualismus Platons wurde in der Spätantike von einem der Väter der katholischen Kirche, Augustinus von Hippo, aufgegriffen und radikalisiert. Der kulinarische Genuss wird damit dämonisiert, obwohl die katholische Kirche in der Eucharistiefeier das Essen als eines ihrer zentralen Symbole nutzt.

Das Thema Essen spielt zunächst in der katholischen Kirche eine große Rolle, was essentielle Bibelstellen, wie zum Beispiel das letzte Abendmahl, beweisen. Brot, Wein und Öl waren dabei die Lebensmittel, welche die griechisch-römische Kultur kennzeichnen. (Montanari 1999) Das Christentum übernahm die alimentären Symbole der vorherrschenden Kultur und machte sie zum zentralen Zeichen ihrer Religion. (Lemke 2007) Potentielle Anhänger/-innen fanden sich damit sofort wieder. Dies ist ein Beispiel für die große Kraft der Zeichenhaftigkeit des Essens und die damit empfundene soziale Zugehörigkeit. Bis heute fungieren Lebensmittel so als Zeichenträger eines kulinarischen Codes, den jeder instinktiv versteht. (Karmasin 1999) Doch geht es beim Christentum nicht um Essen im soziokulturellen Verständnis. Es geht nicht um Einkaufen, gemeinsames Kochen und geselliges Beisammensein. Der gläubige Gaumen begnügt sich mit dem auf ein Minimum Reduziertes. Es wird symbolisch gegessen. (Lemke 2007)

Wie bei Platon wurde das Materiell-Körperliche als die Ursache für fehlendes Seelenheil angesehen. Jedoch galt es, nicht den Körper durch die Übung, die Askese, zu bändigen. Die Natur des Menschen wurde grundsätzlich als etwas Negatives betrachtet. Der Körper war bereits mit



Sünde beladen. Demnach waren körperliche Gelüste nicht nur im Übermaß, sondern generell sündhaft. Sexuelle Lust oder kulinarischer Genuss wurden als Werkzeuge des Teufels aufgefasst, die den Menschen zur Sünde verführen sollen. Die Gefahr lauerte letztlich überall. (Klotter 1990; Foucault 1986)

Besonders Augustinus beschrieb dies in seinen *Bekenntnissen* ausführlich. Probleme, die sich daraus ergeben, schildert er beispielsweise so:

»Denn Hunger und Durst sind auch eine Art Schmerz, brennen und töten wie Fieber, wenn nicht die Arznei der Nahrung Abhilfe schafft. [...] Das hast du mich gelehrt, wie Arznei die Nahrung zu mir zu nehmen. Aber wenn ich nun den Übergang von der Beschwerde des Hungers zur Ruhe der Sättigkeit erlebe, lauere mir eben darin die Schlingen der Begierde. Denn dieser Übergang selbst ist Lust, und anders kann ich nicht dahin gelangen, wohin der Zwang der Notwendigkeit mich doch treibt. Und während der Zweck des Essens und Trinkens die Erhaltung der Gesundheit ist, gesellt sich gleichsam als Begleiter der gefährliche Genuss hinzu und versucht oft den Vortritt zu gewinnen, dass um seinetwillen geschehe, was ich doch, wie ich oft behaupte und auch will, der Gesundheit wegen tue.« (1988: 279f.)

»Von diesen Versuchungen umringt, streite ich täglich wider die Gier nach Speise und Trank. Denn was beim Geschlechtsverkehr anging, mit einmaligem Entschluss mich loszureißen, um hinfort nicht mehr davon berührt zu werden, ist hier nicht möglich. So muss man denn die Zügel des Gaumens bald mit Bedacht lockern, bald straffer anziehen.« (1988: 282)

Es wurde damit ein Ideal der Magersucht propagiert. Augustinus erklärte nicht nur übermäßiges Essen als Sünde, er sprach die Anorexie in gewisser Weise heilig. Ziel war es, durch die Ablehnung oder dauerhafte Minimierung des Essens das Fleisch, das Materiell-Körperliche und dessen Begierden abzutöten. Die Völlerei (Gula) wurde zur Todsünde erklärt und das Fasten zu einer tragenden Tugend des Christentums. Diese Vorstellung von Buße und dem Verlangen nach Verzicht hinterlassen bis heute bei jedem kulinarischen Vergnügen einen bitteren Beigeschmack von Schuld und Sünde. Der Genuss erweckt somit bei Verbraucher/-innen tendenziell ein Gefühl der Anklage. (Endres 2012)

## Zivilisierung, Industrialisierung, Technisierung – die Prozesse der Neuzeit

In der Neuzeit fanden elementare Prozesse der Zivilisation statt, die insbesondere von Norbert Elias (1976) beschrieben wurden. Mit der Abschaffung des Feudalsystems wurden Fremdzwänge zunehmend abgegeben und durch Selbstzwänge ersetzt. Dies sprach für den zunehmenden Willen zur Individualisierung und der Übernahme von Selbstverantwortung. Im Zuge der zunehmenden Selbstkontrolle wurden Trieb- und Affektverhalten zusehends geregelter und stabiler. So wurden beispielsweise natürliche Triebe und körperliche Prozesse mehr und mehr hinter die Kulissen des gesellschaftlichen Lebens verlagert und mit Schamgefühl behaftet. Mit dieser Triebkontrolle war auch eine sozioökonomische Entwicklung und zunehmende Differenzierung der gesellschaftlichen Funktionen möglich. Neue Berufe entwickelten sich und bestehende bildeten neue Berufszweige aus. Die gesellschaftlichen Interdependenzen wurden damit zusehends komplexer, was vom Individuum Verlässlichkeit und Disziplinierung erforderte. Eine un-

bedingte Integration des Individuums in das gesellschaftliche System war notwendig. Auf Verstöße gegen die gesellschaftlichen Regeln folgte daher soziale Bestrafung. (Elias 1976)

Simmel (1957) setzte in diesen Zusammenhang auch die Etablierung von Tischsitten beim Essen. Sie können zunächst als das Streben nach einer Überwindung des Natürlich-Triebhaften, des Animalischen gesehen werden. Der Akt der Nahrungsaufnahme (das Beißen, Kauen und nicht zuletzt die damit verbundenen Verdauungsprozesse) wird als etwas Unkontrollierbares und Widerwärtiges begriffen, was durch die gesellschaftliche Gestaltung einer Mahlzeit an Ästhetik gewinnt und überindividuell reguliert wird. Alles, was das Essen stilisierter werden lässt – seien es Teller und Besteck, der gemeinsame Beginn mit dem Essen, der Gebrauch von Servietten oder neue Gedecke zu jedem Gang – ist ein Mittel, welches nach Simmel den zivilisierten Menschen über die Grässlichkeit des Essens hinweghilft. (Simmel 1957)

Zwar werden strenge Tischsitten und ein geregelter Mahlzeitenablauf von einigen als enges und möglicherweise unnötiges Korsett empfunden, doch sind es zugleich diese Dinge, welche die Kultivierung unserer Gesellschaft vorangetrieben haben. Man könnte dies auch mit Freuds Theorie der Sublimierung untermauern, die besagt, dass niedere, körperliche Triebwünsche durch gesellschaftlich höher bewertete Handlungen ersetzt werden, wenn auf die niederen verzichtet werden kann beziehungsweise diese aufgeschoben werden können. Komplexe Tätigkeiten wie wissenschaftliche, künstlerische oder politische werden so überhaupt erst möglich. (Freud et al. 1955) Beschreibt Bourdieu also den Luxusgeschmack durch Askese, Zögern, Zurückhaltung, sind es die bourgeoisen Gesellschaftsschichten, welche die Tradition unserer kulturellen Errungenschaften hochhalten und fortführen.

Ebenso beeinflusste die aufkommende Industrialisierung das Körper- und Gesundheitsverständnis. Der Körper des Menschen wurde wie die Produktionsmethoden auch *technisiert*. Zur Veranschaulichung von Nahrungsaufnahme und Verdauungsprozessen werden Mensch-Maschine-Analogien gebildet. Ähnlich wie bei der Funktionsweise von Motor und Treibstoff wird die Frage gestellt: Wie viel Nahrung ist nötig, um die körperlichen Prozesse in Gang zu halten? Diese Frage warf insbesondere der Staat auf, da er sich genötigt sah, seiner Subsistenzpflicht (der Versorgung mit genügend Nahrung in Notzeiten) nachzukommen. Seine Anerkennung und Legitimation hing hiervon ab. Ebenso war von staatlichem Interesse, wie viel ein Arbeiter braucht, um sich und seine Familie zu ernähren. War die Bevölkerung satt und florierte die Wirtschaft, minimierte dies die politische Aufruhr- und Umsturzgefahr. Indem diese Fragen an die Wissenschaft herangetragen wurden, formierte sich die Ernährungswissenschaft. Um herauszufinden, was der Körper tatsächlich braucht, wurden im Rahmen naturwissenschaftlicher Forschung eingebilddete Bedürfnisse wie Genuss, Geselligkeit, Wohlbefinden von den tatsächlichen wie Energie, Kohlenhydrate, Vitamine getrennt. (Barlösius 2011)

Der Genuss existiert also in einem naturwissenschaftlichen Verständnis von Ernährung überhaupt nicht oder ist für eine gesunde Lebensweise irrelevant. Wie es Elias beschrieben hat, sind die Voraussetzungen für eine funktionierende moderne Gesellschaft vielmehr Kontrolle und Triebverzicht. Der Genuss ist zu vernachlässigen. Diese Rationalisierung gesellschaftlicher Prozesse, in denen sich der Mensch zunehmend von Pflichten umstellt sieht, hat Max Weber auch als »stahlhartes Gehäuse der Hörigkeit« (Weber 1988: 332) beschrieben. In diesem Zusammenhang steht der Hedonismus für einen Ausbruch aus diesem stahlharten Gehäuse. Indem man hemmungslos seinen Trieben nachgeben kann – und sei es auch nur an Weihnachten,

einem Wochenende oder dem Oktoberfest – befreit man sich von den Pflichten, denen man täglich ausgeliefert ist.

Ist der Alltag von zahlreichen Pflichten bestimmt und sieht man aus ökonomischen, zeitlichen oder sonstigen Gründen keine Möglichkeit, Genuss zu integrieren, sind es womöglich nur exzesshafte Ausbrüche, die es erlauben, den Bedürfnissen nachzugehen und in dieser Form zu genießen. Dennoch wäre es erstrebenswert, Genuss so oft wie möglich in den Alltag zu integrieren. Die Lebensqualität und der Lebenswert sind in hohem Maße davon abhängig, ob man genießen kann oder nicht. Genuss übt einen großen Einfluss auf den erlebten Alltagsstress aus. Entgegen den Befürchtungen, dass Genuss zu einem hedonistischen Lebensstil ohne Verantwortungsübernahme und Disziplin führt, leben Menschen, die häufig Genussmomente im Alltag erleben, gesünder im Hinblick auf das Ernährungs- und Gesundheitsverhalten und Stress. Menschen, die sich eher als Nichtgenießer beschreiben, konsumieren dagegen häufiger Genussmittel wie Alkohol und Zigaretten, verbringen ihre Freizeit eher sitzend zu Hause und haben weniger soziale Kontakte. (Bergler, Hoff 2002)

Abschließend stellt sich die Frage, wie der Genuss angesichts der eher genussfeindlichen, historischen Strömungen überlebt hat. Heute wird Genuss in Form von Exzess, bis auf wenige erlaubte, zeitlich begrenzte Ausbrüche, gesellschaftlich verachtet. Tatsächlich hat ja die Askese auch zahlreiche positive Eigenschaften. Wie oben im Rahmen der Sublimierungstheorie beschrieben, erleben wir den Verzicht nicht nur als Beschneidung unseres freien Willens, sondern vor allem als Voraussetzung, um konzentriert und über einen längeren Zeitraum kreativschaffend tätig zu sein. So verleiten uns Situationen der Krise womöglich zu exzesshaften Ausbrüchen. Letztlich wäre es jedoch ratsam, insbesondere für eine erfolgsorientierte Gesellschaft, hedonistische Praktiken in die alltäglichen Routinen zu integrieren.

## Literatur

- Augustinus, A. 1988: Bekenntnisse. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Barlösius, E. 2011: Soziologie des Essens. Eine sozial- und kulturwissenschaftliche Einführung in die Ernährungsforschung. 2. Auflage. Weinheim, München: Juventa.
- Bergler, R., Hoff, T. 2002: Genuss und Gesundheit. Köln: Kölner Universitätsverlag.
- Bourdieu, P. 1987: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, N. 1976: Über den Prozeß der Zivilisation. Zweiter Band: Wandlung der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Endres, E.-M. 2012: Genussrevolte. Von der Diät zu einer neuen Esskultur. Wiesbaden: Springer VS.
- Foucault, M. 1986: Sexualität und Wahrheit. Zweiter Band: Der Gebrauch der Lüste. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Freud, S., Freud, A. (Hg.), Bibring, E. (Hg.) 1955: Gesammelte Werke. Band 14. Werke aus den Jahren 1925–1931. London: Imago Publishing.
- Karmasin, H. 1999: Die geheime Botschaft unserer Speisen. Was Essen über uns aussagt. München: Antje Kunstmann.
- Klotter, C. 1990: Adipositas als wissenschaftliches und politisches Problem. Zur Geschichtlichkeit des Übergewichts. Heidelberg: Roland Asanger.
- Lemke, H. 2007: Ethik des Essens. Eine Einführung in die Gastrosophie. Berlin: Akademie.

- Max Rubner-Institut 2008: Nationale Verzehrsstudie II. Ergebnisbericht, Teil 2. Die bundesweite Befragung zur Ernährung von Jugendlichen und Erwachsenen, 26.05.15, [http://www.was-esse-ich.de/uploads/media/NVSII\\_Abschlussbericht\\_Teil\\_2.pdf](http://www.was-esse-ich.de/uploads/media/NVSII_Abschlussbericht_Teil_2.pdf).
- Montanari, M. 1999: Der Hunger und der Überfluss. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa. München: C.H. Beck.
- Platon 2014: Kratylos. Griechisch/Deutsch. Stuttgart: Reclam.
- Simmel, G. 1957: Brücke und Tür: Essays des Philosophen zur Geschichte, Religion, Kunst und Gesellschaft. Stuttgart: K. F. Köhler.
- Sinus Markt- und Sozialforschung, Sinus Milieus 2013, 25.05.15, <http://www.sinus-institut.de/loesungen/sinus-milieus.html>.
- Weber, M. 1988: Gesammelte politische Schriften. Stuttgart: UTB.
- Wöhrle, G. 1990: Studien zur Theorie der antiken Gesundheitslehre. Hermes Zeitschriften für klassische Philologie. Einzelschriften Heft 56. Stuttgart: Franz Steiner.

# Selbst-Befriedigung

Zur sozialstrukturellen Bedeutsamkeit freud-, lust- und genussgenerierender Praktiken

Sandra Matthäus

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Hedonistische Routinen und die Lust an der Krise – Soziologische Perspektiven auf Genuss und Glück in der Gegenwartsgesellschaft« – organisiert von Daniel Kofahl und Benjamin Berend*

Hedonismus und Soziologie sind eine eher ungewöhnliche Kombination. Umso interessanter ist es deshalb, dass innerhalb der SINUS-Milieu-Studien ein signifikanter Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Hedonismus festgestellt wurde. So gehörten etwa 15 Prozent der Bevölkerung dem »Hedonistischen Milieu« an, was ca. 10,5 Millionen Bürgern entspricht, welches die »spaß- und erlebnisorientierte moderne Unterschicht/untere Mittelschicht« bezeichnet, die sich durch ein »Leben im Hier und Jetzt, Verweigerung von Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft« auszeichnet (Sinus 2015: 13). Aufgrund der besonderen Präsenz dieses Milieus innerhalb der Gruppe der Vierzehn–Siebzehnjährigen wurde dies hier in die Untergruppen »Materialistische« und »Experimentalistische Hedonisten« differenziert (Calmbach 2011: 32). Erstere stellten dabei die »freizeit- und familienorientierte Unterschicht mit ausgeprägten markenbewussten Konsumwünschen« dar, die »großen Wert auf die Repräsentation von (angestrebtem) Status« lege (Calmbach 2011: 211 f.); letztere die immer noch zum überwiegenden Teil der Unterschicht bzw. unteren Mittelschicht zuordenbaren (Calmbach 2011: 34 f.) »spaß- und szeneorientierte[n] Nonkonformisten mit Fokus auf Leben im Hier und Jetzt«, konsumkritischen Werteinstellungen sowie »Ankerwerte[n]« wie »Freiheit, Selbstverwirklichung, Spontanität, Kreativität, Risikobereitschaft, Spaß, Genuss und Abenteuer« (Calmbach 2011: 249f.).

Hedonismus ist laut den SINUS-Milieu-Studien also eher typisch für die Lebensstile unterer Milieus unserer Gesellschaft. Anzumerken ist bei dieser Kategorisierung jedoch, dass weder ersichtlicherweise unabhängig des empirischen Materials theoretisch geklärt wird, was unter Hedonismus eigentlich zu verstehen ist, noch wie dies method(olog)isch eingefangen und welche Bedeutung dabei der bei den SINUS-Milieu-Studien scheinbar im Mittelpunkt stehende subjektive Sinn der Akteure einnehmen sollte. Betrachtet man sich nämlich auch nur eine sehr minimale Definition von Hedonismus etwa bei Dessau, Kanitscheider (2000), die Hedonismus auf dem »somatische[n] und mentale[n] Geschehen um den Komplex der Lust« (Dessau, Kanit-

scheider 2000: 13) basierend sehen und diesen im Sinne einer Hedonik als eine »Lebenspraxis des Genießens« (Dessau, Kanitscheider 2000: 21) begreifen, Hedonismus also im Zusammenhang mit sozialen Praktiken sehen, die Freude, Genuss- und Lustgefühle sowie Gefühle des Glücks und Wohlbefindens hervorrufen, so ist klar, dass beim Studium der sozialstrukturellen Bedeutsamkeit des Hedonismus in erster Linie die soziale Praxis im Zusammenhang mit dem Phänomenbereich der menschlichen Gefühle im Mittelpunkt stehen muss. Deshalb kann der subjektive Sinn der Akteure, also das bewusst zugängliche reflexive Wissen, nicht den primären Bezugspunkt für die Datenerhebung und -auswertung darstellen.

Meine These lautet somit auch, dass vor dem Hintergrund einer konsequent praxistheoretischen Perspektive, wie jener von Pierre Bourdieu, sich hedonistische Praktiken, also Praktiken, die Freude, Lust und Genuss generieren, eher als typisch für obere, herrschende, denn für beherrschte, untere Milieus herausstellen.<sup>1</sup> Dies liegt darin begründet, dass bei einer Rekonstruktion der Habitus­theorie Pierre Bourdieus, die sich der zentralen Bedeutung von Affekten in ihrer elementaren Verbindung zu Prozessen der (Be-)Wertung widmet, sich der *praktisch-wertende Selbstbezug* aufgrund spezifisch strukturierter (primär-)sozialisatorischer Interaktionsbeziehungen als die grundlegende Struktur offenbart, die Bourdieu mit dem Habituskonzept als inkorporierter, unbewusster, strukturierter und strukturierender Struktur einfangen wollte. Sie generiert in je spezifischer Weise Gefühle, die typischerweise soziale Ordnung reproduzierende soziale Praktiken hervorbringen. Für herrschende Milieus ist dabei ein vergleichsweise<sup>2</sup> positiver praktisch-wertender Selbstbezug typisch, bei dem sich wertschätzend auf das eigene Selbst im Sinne der eigenen Wahrnehmungen, Gedanken, Bedürfnisse oder Handlungen bezogen wird. Im Umkehrschluss ist für beherrschte Milieus ein relativ abwertendes Selbstverhältnis erkennbar, bei dem die Bedürfnisse des eigenen Selbst typischerweise anderen, fremden, gesellschaftlichen Bedürfnissen im Sinne (imaginiertes) sozialer Erwartungen untergeordnet werden. Besonders instruktiv ist hierbei auch die Unterordnung unter die für unsere Gesellschaft typische *Selbstwertnorm* selbst, welche die Norm ausdrückt, sich wertschätzend auf sich selbst beziehen zu müssen. Insofern lässt sich sagen, dass Freude, Lust und Genuss als Ausdruck von Praktiken der Selbst-Befriedigung strukturierter und strukturierender Handlungsmodus ist, der, gemäß der Habitus­theorie Bourdieus, geprägt von Interaktionsmustern während der (Primär-)Sozialisierung, über den Grad der Legitimität der Akteure entscheidet. Es lässt sich so feststellen, dass die Art des praktisch-wertenden Selbstbezugs oder Selbstverhältnisses zum einen Einfluss auf die (Re-)Produktion der vertikalen Strukturierung unserer Gesellschaft hat, nämlich dann, wenn es in der Praxis um die Bewertung und somit auch Kategorisierung und Klassifizierung von Verhaltens- und Seinsweisen geht, die Einfluss auf die soziale Positionierung der Akteure haben. Zum anderen beeinflusst die Selbstwertnorm auf grundsätzlicherer Ebene die Unterscheidung von normalen und unnormalen im Sinne von psychisch kranken Verhaltens- und

---

1 Ich folge hier dem vereinfachenden dichotomisierten Vokabular Bourdieus im Sinne von Herrschenden und Beherrschten (zum Beispiel Bourdieu 1987: 231; Bourdieu 2005: 8), um in der Kürze des hier Darstellbaren deutlicher den prinzipiellen Mechanismus der Strukturproduktionen bezüglich des akteurischen Status in unserer Gesellschaft aufzeigen zu können.

2 Bourdieu und Wacquant (2006: 126 f., 266) folgend, ist auch hierbei die Relation zwischen den Milieus entscheidend.

Seinsweisen. So wird deutlich, dass Bourdieus Gesellschaftsanalyse der Klassenkämpfe, deren »sublimste Gestalt [...] die höchsten Werte der Person« darstellen (Bourdieu 1987: 488), also das, was eine Person zu einer gesellschaftlich legitimen, wertvollen Person macht, immer auch Analysen über die legitime Subjektivierungsform der untersuchten Gesellschaft sind, die gesellschaftliche Ordnungsfunktion haben (siehe hier auch Reckwitz 2008: 21, 39 ff.).

Im Folgenden werde ich versuchen diese These skizzenartig zu plausibilisieren. Im ersten Teil werde ich so aufzeigen, wie unter Einbeziehung der zentralen Bedeutung der Affekte in ihrer engen Verbindung zu Bewertungspraxen bei Bourdieu geklärt werden kann, dass das eigentliche Unterscheidungsmerkmal der milieuspezifischen Habitusformen der praktisch-wertende Selbstbezug ist, der in seiner positiven Ausprägung im Sinne der Selbstwertnorm typischerweise Gefühle, wie Freude, Lust und Genuss und in seiner negativen, davon im Vergleich abweichenden Ausprägung eher Gefühle wie Angst und Scham generiert (siehe hierzu ausführlich Matthäus 2015: 222 ff.). Im zweiten Teil wird dann am extremen Fallbeispiel des Krankheitsbildes Schizophrenie aufgezeigt, inwiefern Verhalten, welches in unserer Gesellschaft als psychisch krank markiert, also als solches kategorisiert und klassifiziert wird, von einem praktisch-wertenden Selbstverhältnis produziert wird, welches in extremer Weise von der Selbstwertnorm abweicht. Dazu werden einerseits die Krankheitsdefinitionen der ›Mainstream-Psychologie‹ sowie stärker soziogenetisch ausgerichtete Ansätze im Hinblick auf Krankheitsursache, Krankheitsbild und (implizites) Therapieziel im Sinne des anzustrebenden Subjekt-Ideals analysiert. Derart kann ex negativo bestätigt werden, dass der positive praktisch-wertende Selbstbezug die gesellschaftliche Ordnung stiftende, legitime Subjektivierungsform unserer Gesellschaft darstellt.

## Der praktisch-wertende Selbstbezug als grundlegende Strukturierungsdimension des Habitus

Ausgangspunkt für meine Überlegungen ist die Feststellung, dass die Frage danach, was denn der Habitus, verstanden als strukturierte und strukturierende, also Praxis erst hervorbringende, inkorporierte und weitgehend unbewusst prozessierende Struktur, eigentlich strukturiert, nie wirklich beantwortet wurde. Deswegen ist auch eine exakte Grenzziehung zwischen verschiedenen Habitusformen bis dato schwergefallen. (Reckwitz 2008: 47 f.). Betrachtet man sich allerdings genauer Bourdieus Aussagen zur Einverleibung und späteren Entäußerung sozialer Strukturen, und vor allem auch die Rolle, welche die im Körper verankerten Affekte dabei einnehmen, so wird klar, dass es sich dabei vor dem Hintergrund einer Minimaldefinition von Struktur als spezifische Beziehung zwischen mindestens zwei Elementen (zum Beispiel Lüdtker 1994: 651 f.), nur um die spezifisch wertende Beziehung des Akteurs zu sich selbst handeln kann.

Dies liegt zunächst darin begründet, dass Bourdieu grundsätzlich davon ausgeht, dass der ganze Prozess der »Interiorisierung der Exteriorität und der [anschließenden] Exteriorisierung der Interiorität« (Bourdieu 1979: 147), auf der Funktionsweise des Affektiven aufbaut, denn die sozialen Strukturen und das damit zusammenhängende implizite, praktische Wissen dringe durch die

»Affektivität, genauer gesagt [über den] affektiven Austausch mit der gesellschaftlichen Umgebung [...] in die Körper« (Bourdieu 2001: 181). Und »[d]ieser Austausch ist in dem Maße, in dem er die ganze Person der beiden Partner einbindet – vor allem natürlich das Kind, aber auch die Eltern –, in hohem Maße affektgeladen. Das Kind verkörpert Soziales in Form von Affekten, die aber schon sozial qualifiziert sind« (Bourdieu 2001: 213).

Vor allem aber wird dies in folgender dezidiert Aussage zur Habitusgenese deutlich, in der Bourdieu neben dem affektiven Modus der Strukturreproduktion den dabei entscheidenden Aspekt des (primär-)sozialisatorischen Interaktionsgeschehens benennt:

»Die Gesamtheit der über das Kind gefällten, positiven oder negativen Urteile – performative Behauptungen über das Wesen des Kindes, die das schaffen, was sie behaupten – oder die subtiler und heimtückischer wirkende Gesamtheit der *stillschweigenden Zensureingriffe*, die die Logik der häuslichen Ordnung durchsetzt: Dieses ganze Familien-*fatum* hätte nicht so starke, nicht so dramatische Auswirkungen, wäre all dies nicht mit Wünschen überfrachtet und durch den Verdrängungsmechanismus in das Innerste des Körpers versenkt, wo sie als Schuldgefühle, als Phobien, mit einem Wort als Leidenschaft fortleben« (Bourdieu 2001: 214; Hervorhebung im Original).

Die »Urteile über das *Wesen* des Kindes, die das schaffen, was sie behaupten«, fungieren also als Fremdbewertungen, die zu Selbstbewertungen und zwar in Form von Gefühlen werden, die durch die Verdrängung in das »Innerste des Körpers« eben nicht mehr als solche, sondern als Ausdruck der vollkommen individuellen Subjektivität verstanden werden und gerade deshalb strukturreproduzierende Wirkung haben. Gefühle sind folglich Manifestationen eines unbewussten wertenden Selbstbezugs, der sich aufgrund von primär-sozialisatorischen Fremdbewertungen ausbildet.<sup>3</sup> Unsere wichtigsten, »letzten Werte« treten demnach als »erste und ursprüngliche Dispositionen des Körpers, Geschmacks- und Ekelempfindungen« (Bourdieu 1987: 740, Hervorhebung S. M.) in Erscheinung und begründen so »weitaus nachdrücklicher als die erklärten Meinungen und Ansichten im Unbewussten die Einheit einer Klasse« (Bourdieu 1987: 137).

Auch die Aussagen Bourdieus zur vom Habitus strukturierten Praxis stützen die These vom praktisch-wertenden Selbstbezug als grundlegender Strukturierungsdimension des Habitus. Für Bourdieu ist es nämlich weniger entscheidend, ob jemand Golf oder Tennis spielt, Rotwein oder Bier trinkt, Hausmannskost oder Haute Cuisine bevorzugt, also im Grunde weniger bedeutsam, *was* jemand tut. Entscheidend ist vielmehr letztlich, *wie* jemand etwas tut, was präzisierend bedeutet, wie sich jemand auf die Welt und das heißt vorgängig auf sich selbst im Vergleich zur Welt bezieht bzw., vor dem Hintergrund des bisher Ausgeführten, wie viel Wert wir uns im Vergleich zur Welt unbewusst im praktischen Tun beimessen, denn: »Der Habitus konstruiert die Welt durch eine bestimmte Weise *sich auf sie* auszurichten« (Bourdieu 2001: 184, Hervorhebung

<sup>3</sup> Dies wird auch durch die Ausführungen von Scheer (2012) und Reckwitz (2015) zur grundlegenden und speziellen Affektivität sozialer Praktiken sowie durch die emotionsphilosophischen, neoexistenzialistischen Arbeiten Jan Slabys (2008, 2010; Slaby et al. 2011) und durch die neuere psychoanalytische Intersubjektivitätstheorie (zum Beispiel Orange, Atwood, Stolorow 2003) bestätigt. Alle vier beschreiben direkt oder indirekt, wie Gefühle eine wertende Beziehung des Akteurs/der Akteurin zur Umwelt zum Ausdruck bringen und somit von diesem, auch im Sinne seines vorgängigen, sozialisierten Selbstbezugs abhängig ist. Zudem sind mit den (primär-)sozialisatorischen Werturteilen nicht nur die Bedingungen der Herausbildung der verschiedenen Habitus genannt, sondern es ist auch auf die Bedingungen für deren Wandel hingewiesen, deren Benennung ein Problem der bisherigen Praxistheorie darstellte (Reckwitz 2003: 297).



S. M.). Das bedeutet also, dass der Habitus darauf Einfluss hat, wie wir uns im Vergleich zur Welt positionieren, um uns dann auf sie zu beziehen. Zum Ausdruck kommt dies auch in der Formulierung, dass der Habitus »eine besondere, aber konstante [...] Weise [sei], mit der Welt *in Beziehung* zu treten (Bourdieu 2001: 182, Hervorhebung S. M.).« So ist auch »der Geschmack für bestimmte Speisen und Getränke [nur eine der ...] übrigen Dimensionen des umfassenden Verhältnisses zur Welt, zu den anderen Menschen wie zum eigenen Körper, worin sich die einer jeden Klasse spezifische praktische Philosophie erfüllt« (Bourdieu 1987: 311). Und auch die für den Reproduktionsprozess sozialer Ungleichheit, bzw. allgemeiner, sozialer Ordnung so entscheidende Bildung »reduziere« sich »in ihrer einfachsten und erhabensten Form [...] auf den *Bezug zu ihr*« (Bourdieu 1987: 518, Hervorhebung im Original).

Das, was also die grundlegende inkorporierte Strukturierungsdimension des Habitus ist, ist der praktisch-wertende Selbstbezug der Akteure, der, sich bewusst oder unbewusst als Gefühl manifestierend, einen spezifischen Weltbezug hervorbringt. Dieser Selbstbezug ist dabei durch die spezifisch wertende Bezugnahme der Primärsozialisatoren hervorgebracht. Die soziale Praxis von Akteuren wird also stets unter affektiver Beteiligung hervorgebracht und ist somit stets auch Ausdruck deren spezifischer praktisch-wertender Selbstverhältnisse. Im Umkehrschluss heißt dies, dass über Gefühle auch auf diese Selbstverhältnisse geschlossen werden kann. Zu betonen ist hierbei, dass es Bourdieu dabei weniger um bewusste Bewertungen geht, sondern vor allem um jene Bewertungen, die sich im »objektiven Sinn« (Bourdieu 1979: 179; Bourdieu 1987: 727; Bourdieu 1993: 98 f., 115 f., 127) der sozialen Praxis ausdrücken, weswegen der wertende Selbstbezug hier auch als *praktisch-wertender* Selbstbezug bezeichnet wird.

## Die Selbstwertnorm oder der wertschätzende praktische Selbstbezug als legitime Subjektivierungsform

Blickt man nun in die Bourdieusche Habitusempirie, so wird deutlich, dass Selbstverhältnisse, die Freude, Lust und Genuss hervorrufen, wesentlich typischer für die oberen, herrschenden, denn für die unteren, beherrschten Milieus sind. So zeichnen sich etwa die oberen Milieus in Bourdieus empirischen Hauptwerk »Die feinen Unterschiede« (1987), auf die ich mich im Folgenden beziehen werde, durch »Selbstgerechtigkeit«, »Selbstgewissheit« (Bourdieu 1987: 516 f.), »äußere und innere Sicherheit« sowie »Lässigkeit, Charme, Umgänglichkeit, Eleganz, Freiheit, mit einem Wort Natürlichkeit« (Bourdieu 1987: 531) aus. Affektive Zustände, wie »Lust«, »Spaß« (Bourdieu 1987: 430 f.), »Freude« und »Genuss« (Bourdieu 1987: 424) begleiten die Handlungen der Angehörigen der oberen Milieus und werden wie im folgenden Beispiel oftmals als Handlungsursache beschrieben: »Mir ist gleichgültig, ob ich weiß, wer gemalt hat und wie, für mich zählt, dass der Anblick eines Bildes mir Freude macht« (Bourdieu 1987: 424). Im Umkehrschluss wird eine anders begründete Wahl von Handlungen abgelehnt: »[S]ie [die Neureichen] haben keine Zeit, *sich für sich selbst zu interessieren*. Was sie im Grunde interessiert, ist nicht das, was ihnen gefällt, sondern was einen bestimmten Wert hat« (Bourdieu 1987: 429, Hervorhebungen S. M.). Derartige Praktiken sind mit einem wertschätzenden Selbstbezug in Verbindung zu bringen, da diese Gefühle nur entstehen können, wenn die Bedürfnisse des eigenen Selbst befrie-

digt werden und dem vorausgehend jene Wahrnehmungen, Erfahrungen, Gedanken ernst genommen werden, die (unbewusst) als die eigenen begriffen werden (Dessau, Kanitschneider 2000: 135 f.).

Dieser Haltung zu kulturellen Gütern steht der »Ehrgeiz«, der »rigide Voluntarismus«, der »unaufhörliche[n] Lobgesang auf die Pflicht« der beherrschten Milieus gegenüber (Bourdieu 1987: 531), die »ganz *Ergebenheit* gegenüber der Kultur« (Bourdieu 1987: 503, Hervorhebung im Original) sind. In Bezug auf Bildung kennzeichnet sie hauptsächlich »hilflose[r] Eifer« (Bourdieu 1987: 503), der oft von einem »Gefühl eigenen Unwerts begleitet [ist] ..., das genauso groß ist wie der Respekt, den man der Sache entgegenbringt« (ebd.). Dieser Eifer ist eine »undifferenzierte[n] Verehrung, in der sich Gier mit Angst mischt« (Bourdieu 1987: 504) und der dazu führt, dass kulturelle Wertungen »zugleich bänglich[en] und allzu selbstsicher[en](ebd.) hervorgebracht werden. Kennzeichnend für die unteren Milieus ist also der »Konformismus, der sich an Autoritäten und Verhaltensmuster klammert und sich ans Bewährte und als wertvoll Beglaubigte hält« (Bourdieu 1987: 519) und der sich vor allem in »Selbstbeherrschung« (ebd.) äußert. Derart wird getan, »was sich gehört«, »was *man* tut«, was »man heute so [macht]« (Bourdieu 1987: 595; Hervorhebung im Original). Blumen werden gekauft, »weil sich Blumen im Haus gehören« (Bourdieu 1987: 611) und nicht etwa, weil man sie persönlich mag und sie einem Freude bereiten. Besonders eindringlich für diese Selbstbeherrschung ist folgendes Zitat einer Angehörigen der beherrschten Milieus: »[M]eine Kinder haben nicht recht, wenn sie sagen: ›mach doch, was du magst. Ich meine ›im Leben muss man oft Dinge tun, die einem zunächst nicht gefallen, und trotzdem haben sie einem zu gefallen« (Bourdieu 1987: 613). Neckel (1991: 240) konstatiert somit richtigerweise, dass der Kleinbürger der Prototyp sozialer Scham ist – ein Gefühl, welches auch Bourdieu selbst zurecht als typisch für beherrschte Milieus ansieht (2001: 217), da es die Unterordnung des eigenen Selbst unter Normen beschreibt, die *eigentlich*<sup>4</sup> nicht die eigenen sind (Scheff 1988: 396, 405; Neckel 1991: 16 ff.; Tiedemann 2007: 53 ff.).

Hierbei wird also nicht nur ersichtlich, dass ein wertschätzender Bezug zu sich selbst eher typisch für herrschende Milieus ist. Auch wird erkennbar, dass gemäß der Bourdieuschen Klassen- und Distinktionskämpfe (Bourdieu 1987: 488) der gesellschaftliche Standard dem typischen Selbstbezug der herrschenden Milieus entspricht, den ich *Selbstwertnorm* nenne. Gemeint ist damit, dass sich die legitime Subjektform unserer Gesellschaft durch einen positiven, praktisch-wertenden Selbstbezug auszeichnet, der nicht (nur) *de dicto* propagiert wird, sondern sich *de facto*, im tatsächlichen Tun der Akteure niederschlägt (und somit typischerweise verstärkt Freude, Lust und Genuss generiert). Eindrückliches Beispiel aus Bourdieus eigenem Material ist dabei sowohl der Angehörige der herrschenden Milieus, der all jene Akteure abwertet, die nicht über ein derartiges, also vergleichsweise positives, praktisches-wertendes Selbstverhältnis ver-

4 Die Rekonstruktion des objektiven Sinns sozialer Praxis, wofür meines Erachtens nach besonders die Method(ologie) der Objektiven Hermeneutik (zum Beispiel Oevermann et al. 1979; Wernet 2006) geeignet ist, ermöglicht es zwischen jenen Bedürfnissen zu unterscheiden, die als eigene unbewusst wahrgenommen werden und jenen Bedürfnissen, die als fremde unbewusst wahrgenommen werden. Insofern sind auch Aussagen dazu möglich, in welchen Situationen der subjektive Sinn der Akteure vom objektiven Sinn der Handlungen, also der sozialen Praxis, abweicht, was auch den Unterschied umfasst, einer Norm *de dicto* lediglich entsprechen zu wollen oder ihr *de facto* zu entsprechen. Siehe dazu etwas ausführlicher und mit empirischen Beispielen Matthäus (2015: 232 ff.).

fügen, als auch jene Angehörige der beherrschten Milieus, die zum Ausdruck bringt, dass ihr Dinge, die sie sich gezwungen fühlt zu tun, zusätzlich auch zu gefallen hätten, also sie sich dazu zu bringen habe, Freude oder anderweitige positive Gefühle bezüglich dieser Praktiken zu empfinden, da – so muss geschlussfolgert werden – sie der Norm des wertschätzenden Selbstbezugs entsprechen *will*.

Dies lässt sich auch im Allgemeinen an den in unserer Gesellschaft vorherrschenden Idealen wie Autonomie, Authentizität und Selbstbestimmung (zum Beispiel Krähnke 2007) erkennen, die letztlich alle für ihr Erreichen einen relativ-wertschätzenden Selbstbezug voraussetzen, denn: selbstbestimmtes Handeln setzt voraus, dass es jene Wahrnehmungen, Gedanken und Bedürfnisse des Selbst sind, die unbewusst, aber sich im praktischen Tun ausdrückend als *eigene begriffen* werden, die das Handeln bestimmen und nicht jene Bedürfnisse, die dementsprechend als *fremde begriffen* werden. Auch die gesellschaftsanalytischen Arbeiten von Osten (2003), Bröckling (2007) sowie Reckwitz (2012) deuten in diese Richtung, wenn sie für unsere Gesellschaft das Vorherrschen eines Normabweichungs-, Andersseins- oder Kreativitätsimperativs herausarbeiten, dem letztlich nur dann entsprochen werden kann, wenn das Handeln der Akteure nicht in Ausrichtung auf gesellschaftliche Standards und Erwartungen erfolgt, sondern eben im Umkehrschluss unter Berufung auf das eigene Selbst.

Diese Selbstwertnorm hat nun aber – wie bereits angekündigt – nicht nur Einfluss auf den gesellschaftlichen Wert von Verhaltensweisen und somit auch Akteuren im Sinne der vertikalen Stratifizierung unserer Gesellschaft. Noch grundlegender hat sie Einfluss darauf, welche Verhaltens- und Seinsweisen und somit welche Subjekte in unserer Gesellschaft als psychisch krank markiert werden.

## Bestätigung der Selbstwertnorm ex negativo: Psychische Krankheiten

Hintergrund dieser Aussage bildet dabei die sozialkonstruktivistische Position, die psychische Krankheiten als eine sozial konstituierte Abweichung des Handelns von gesellschaftlichen Normen betrachtet. Prominente Beispiele dafür sind Scheffs Labeling Theory (1963), Goffmans Arbeiten zu totalen Institutionen (1961) und dem Stigma-Konzept (1963), als auch Michel Foucaults Arbeiten über den Wahnsinn (1969) sowie Alain Ehrenbergs Studie zum »erschöpften Selbst« (2004). Vor allem im Hinblick auf die Arbeiten von Scheff und Goffman und daran anschließender Autor/-innen herrscht dabei jedoch ein teilweise naiver Sozialkonstruktivismus vor. Abweichendes Verhalten wird hier lediglich als Resultat eines weitgehend idiosynkratischen Labeling- und damit meist einhergehenden Institutionalisierungsprozesses betrachtet, so dass nicht mehr erklärt werden kann, wie es spezifische Verhaltensweisen wie etwa Halluzinationen, Wahnvorstellungen, psychosomatische Leiden etc. als sozial konstituierte geben kann, was biologistischen Erklärungsweisen argumentativen Raum gibt, gegen die sich Arbeiten dieser Autoren eigentlich richten. Zudem besteht ein Problem dieser Ansätze darin, dass zwar die Normverstößhypothese überall, ob implizit oder explizit, mitschwingt, aber oftmals nur unzureichend geklärt wird, gegen welche Norm das als psychisch krank markierte Verhalten eigentlich genau verstößt und wie bzw. warum es hervorgebracht wird. In diesem Zusammenhang möchte ich

argumentieren, dass die Norm, von der als psychisch krank geltende Verhaltens- und Seinsweisen abweichen, die Selbstwertnorm darstellt.

Dies möchte ich hier exemplarisch anhand des Krankheitsbildes der Schizophrenie in groben Zügen verdeutlichen, die einen extremen und damit besonders gut geeigneten Fall für eine solche Untersuchung darstellt, da sie als »eine der schwerwiegendsten psychischen Störungen« ohne zentrales Symptom gilt (Hautzinger, Thies 2009: 51). Benannt werden kann in der »Mainstream-Psychologie« nur ein Symptombündel, bestehend aus positiven und negativen Symptomen, die aber bereits Verweise zum Verstoß gegen die Selbstwertnorm aufweisen. Derart zählen zu den positiven Symptomen sogenannte Ich-Erlebnisstörungen. Damit sind Phänomene wie Gedankeneingebung, Gedankenentzug und Gedankenausbreitung gemeint, zudem Halluzinationen, vor allem akustischer Art in Form von Stimmen, die die Gedanken oder das Verhalten des Akteurs teilweise dialogisierend beschreiben oder bewerten, sowie Wahnvorstellungen, die alle auf die Vorstellung hinauslaufen, aufgrund von etwas Anderem spezifische Impulse zu verspüren und/oder in spezifischer Weise zu handeln (Hautzinger, Thies 2009: 52) – allesamt Vorstellungen also, die darauf hinauslaufen, dass das Eigene von etwas Fremden bestimmt wird, das Eigene also im Vergleich nicht genügend Wert beigemessen werden kann um prioritär für die Handlungsmotivation zu sein. Zu den negativen Symptomen zählen dann besonders informativ unter anderem Apathie, Affektverflachung und Anhedonie (Hautzinger, Thies 2009: 52), also Erscheinungen, die alle zum Ausdruck bringen, dass vergleichsweise wenig bis keine Freude empfunden werden kann. In Bezug auf die Ätiologie wird von einer multifaktoriellen Verursachung ausgegangen, wobei die Hauptursache in biologischen und biochemischen Dysfunktionen vermutet wird, auch wenn anerkannt wird, dass es psychosoziale Stressoren gibt, die einen Ausbruch der *Krankheit* begünstigen (Hautzinger, Thies 2009: 54 ff.). Dies seien vor allem eine ungünstige »emotionale Atmosphäre« (Hautzinger, Thies 2009: 57) in der Familie des Patienten, worunter ein enormes Maß an Feindseligkeit, aber auch emotionales Überengagement gemeint sein kann – beides Fälle, die die Autonomie und somit eigenständige Werthaftigkeit des später Erkrankten untergräbt.

Im Unterschied dazu arbeitet der Psychiater Ronald D. Laing in den sechziger Jahren eine strukturalistische phänomenologisch-existenzialistische Theorie der Schizophrenie mit einem klar benennbaren Symptom und damit verbundener *Krankheits*-Ursache heraus (Laing 1987).<sup>5</sup> Seine These lautet, dass schizophrene Verhaltens- und Seinsweisen auf »ontologische Unsicherheit« ((Laing 1987: 38) der Betroffenen zurückgeführt werden kann. Dies bedeutet, dass die betroffenen Akteure keine Sicherheit gegenüber der Existenz ihres eigenen Selbst ausbilden konnten, was sich in einer Unsicherheit gegenüber den eigenen Wahrnehmungen, Gedanken und Bedürfnissen äußert, denen somit nicht genügend Wert entgegengebracht werden kann. Besonders eindrücklich veranschaulicht dies ein Beispiel aus dem bereits in den fünfziger Jahren erschienen, einflussreichen Aufsatz des US-amerikanischen Psychiaters und langjährigen Vorsitzenden der International Psychoanalytic Association, Harold D. Searles, auf den sich Laing auch bezieht, in dem der Fall eines jungen Mannes beschrieben wird,

---

<sup>5</sup> Die phänomenologische, existenzialistische Psychiatrie bzw. Psychopathologie erfährt seit einigen Jahren eine Renaissance. Wichtige Autoren hierbei sind unter anderem Louis Sass (1994), auch zusammen mit Josef Parinas und Dan Zahavi (2011), Giovanni Stanghellini (2004) und Matthew Ratcliffe (2015).

»who throughout his childhood was told, ›You're crazy!‹ whenever he saw through his parent's defensive denial, [and who] became so mistrustful of his own emotional responses that he relied heavily, for years, upon a pet dog to let him know, by its reaction to this or that person whom he and his pet encountered, whether the person were friendly and trustworthy, or hostile and to be guard against« (Searles 1959: 5).

Zentraler Aspekt ist laut Laing insofern das Fehlen einer »unstreitigen, selbstbestätigenden Gewissheit« (Searles 1959: 5) der eigenen Erfahrung, so dass die ontologisch unsichere Person »außerstande [ist] anzunehmen, dass das Zeug, aus dem es gemacht ist, wahr, gut und *wertvoll* ist« (Searles 1959: 41, Hervorhebung S. M.). Im Unterschied dazu könne ein gesundes Individuum

»sein Sein als real, lebendig, ganz erfahren; als unter normalen Bedingungen so sehr verschieden vom Rest der Welt, dass seine Identität und Autonomie niemals in Frage gestellt werden; als ein Kontinuum in der Zeit; als innere Konsistenz, Substantialität, Wahrheit und *Wert habend*« (Searles 1959: 40, Hervorhebung S. M.).

In extremer Weise weicht somit also die ontologisch unsichere Person von der Norm des wertschätzenden Selbstbezugs und somit von der legitimen Subjektivierungsform unserer Gesellschaft ab – wie dies Laing hier selbst sehr deutlich zum Ausdruck bringt –, da der betroffene Akteur nicht eindeutig klären kann, was überhaupt das Eigene ist bzw. diesem nicht genügend Wert bezüglich der eigenen sozialen Praxis einräumen kann.

Schizophrenie umschreibt für Laing insofern jene Verhaltensweisen, die entstehen, wenn eine Person sich selbst nicht wahrnehmen bzw. diesen Wahrnehmungen nicht genügend Wert zuschreiben kann, und dies auch im Sinne der Versuche, mit der Angst fertig zu werden, die dieses gefühlte Nicht-Sein auslöst (Searles 1959: 42 ff.).

»Wenn das Individuum das Realsein, das Lebendigsein, die Autonomie und Identität von sich selbst und anderen nicht als *selbstverständlich* annehmen kann, dann muss es ständig Wege finden, um zu versuchen, real zu sein, sich oder andere lebend zu halten, seine Identität zu erhalten, alles in dem Bemühen zu vermeiden, wie es das oft ausdrückt, sein Selbst zu verlieren« (Searles 1959: 41, Hervorhebung S. M.). Insofern sei die ontologisch unsichere Person eben auch eher damit beschäftigt, »sich selbst zu bewahren, anstatt sich zu *belohnen*« (Searles 1959: 41, Hervorhebung S. M.).

Für Laing macht es somit einen Unterschied, ob sich Akteure aus irgendeiner Form von Selbst-Liebe auf sich beziehen oder aus anderen Gründen. Insofern unterscheidet Laing ganz in Übereinstimmung mit Bourdieu und meiner These des praktisch-wertenden Selbstbezugs nicht so sehr über ein *Was* der Aktivitäten die Bedeutung der sozialen Praxis, sondern eher über ein *Wie*, also darüber, wie sich der betreffende Akteur auf sich und die Welt bezieht.

Die Ursachen für die Art des Selbst-/Weltbezugs liegen Laings Ausführungen zufolge, analog der Habitus Theorie Bourdieus, dann eindeutig in familialen Interaktionsweisen verortet. Besonders schizophrenogen begreift er dabei Interaktionsmuster, die sich durch eine starke Abwertung des später Erkrankten im Sinne einer Indifferenz gegenüber bzw. Aberkennung der Gültigkeit seiner Wahrnehmungen, Gefühle und Gedanken und damit Abwertung seines Selbst auszeichnen, wie dies etwa in folgender Interaktionssequenz deutlich wird, die ein Gespräch zwischen Eltern, ihrem mit Schizophrenie diagnostizierten Sohn und dem Psychiater protokolliert:

»In jener Sitzung beharrte der Patient darauf, selbstsüchtig zu sein, während seine Eltern ihm das auszureden suchten. Der Psychiater bat ihn, ein Beispiel zu nennen für das, was er mit ›selbstsüchtig‹ meine.

Sohn: Nun, wenn meine Mutter mir manchmal was Gutes kocht und ich es nicht esse, weil ich keine Lust darauf habe.

Vater: Aber er war nicht immer so, wissen Sie. Er ist immer ein artiger Junge gewesen.

Mutter: Das kommt von seiner Krankheit, nicht wahr Doktor? Er war nie undankbar. Er war immer sehr höflich und wohlgezogen. Wir haben unser Bestes getan.

Sohn: Nein, ich war immer selbstüchtig und undankbar. Ich habe keine Selbstachtung.

Vater: Aber doch!

Sohn: Ich könnte sie haben, wenn du mich achten würdest. Niemand achtet mich. Jeder lacht mich aus. Ich bin aller Welt ein Witz. Ich bin die Witzfigur, was soll's!

Vater: Aber mein Sohn, ich achte dich! Denn ich achte einen Mann, der sich selbst achtet« (Laing 1969: 105 f.).

Typische Schizophrenie begünstigende Interaktionsstrukturen sind darüber hinaus Pseudo-Gegenseitigkeit, also ein eklatantes Auseinanderklaffen zwischen propagierter Zusammengehörigkeit und tatsächlicher emotionaler Verbundenheit sowie double-bind-Situationen, also Situationen, die sich durch einen grundlegenden Widerspruch, wie in der Aufforderung ›Sei spontan!‹ auszeichnen. Gemeinsam ist ihnen allen die Abwertung der Erfahrungen, Wahrnehmungen und Gefühle der Kinder. Für Laing stellen somit »ohne Ausnahme Erfahrung und Verhalten, wenn sie als schizophren gelten, eine spezielle Strategie dar, [...] um eine unerträgliche Situation ertragen zu können« (Laing 1969: 104), gehen also immer auf spezifisch strukturierte Erfahrungen zurück, in denen das eigene Selbst starken Abwertungen ausgesetzt ist.

## Zusammenfassung, Fazit, Ausblick

Ziel des vorliegenden Artikels war es zu verdeutlichen, dass bei der Einnahme einer konsequent praxistheoretischen Perspektive, freud-, lust- und genussgenerierende Praktiken sich als eher typisch für obere soziale Milieus, denn für untere darstellen. Dies liegt darin begründet, dass Freude, Lust und Genuss dann auftreten, wenn die Bedürfnisse des eigenen Selbst befriedigt werden, was ein vergleichsweise wertschätzendes Selbstverhältnis voraussetzt, das typischerweise in oberen Milieus auftritt. Dies hat eine Rekonstruktion der Habitus Theorie Pierre Bourdieus, die der zentralen Bedeutung der Interiorisierung und Exteriorisierung sozialer Strukturen und somit auch jener der Affekte Rechnung trägt, sowie seiner Habitusempirie gezeigt. Dies konnte an anderer Stelle auch an neuem empirischen Material bestätigt werden (Matthäus 2015: 252 ff.). Derart konnte herausgearbeitet werden, dass unsere Gesellschaft von einer Selbstwertnorm im Sinne einer Norm zum praktisch-wertschätzenden Selbstbezug geprägt ist, was folglich auch die legitime und somit gesellschaftlich wertvolle Subjektivierungsform darstellt. Die Ergebnisse der SINUS-Milieu-Studien mit ihrer Fokussierung auf dem subjektiven Sinn der Akteure können in diesem Zusammenhang insofern als Ausdruck der sozialstrukturellen Bedeutung der Selbstwertnorm im eben ausgeführten Sinne gelten, als dass die Betonung von Spaß, Freude und Genuss sowie Selbstverwirklichung etc. der Angehörigen des *Hedonistischen Milieus* hier zum Ausdruck bringt, dass die Akteure de dicto der Selbstwertnorm entsprechen wollen – in Ähnlichkeit der oben zitierten Angehörigen der unteren Milieus bei Bourdieu, die sich gezwungen fühlt, auch Aktivitäten zu mögen, die sie zunächst nicht mag.

In einer ersten Annäherung konnte zusätzlich dazu herausgearbeitet werden, dass die Selbstwertnorm nicht nur Einfluss auf die klassisch verstandene vertikale Stratifikation unserer Gesellschaft hat, sondern auch auf die Unterscheidung von normalen und unnormalen, psychisch kranken Verhaltens- und Seinsweisen. Die Selbstwertnorm im Sinne der Norm zum positiven praktisch-wertenden Selbstbezug besitzt also als legitime Subjektivierungsform in einem doppelten Sinn gesellschaftliche Ordnungsfunktion. Die vorliegende Arbeit begreift sich dabei auch als ein Angebot die Ess/existentialisierung sozialer Strukturen nachvollziehen zu können, um in einem grundsätzlichen Sinn so besser die Bedeutung sozialer Praxis und damit deren Ordnung und Ordnung (re)produzierende strukturierte Prozesse und prozessierende Strukturen aufschließen und verstehen zu können.

## Literatur

- Bourdieu, P. 1979 [1972]: Entwurf einer Theorie der Praxis. Auf der ethnologischen Grundlage der kabyli-schen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1987 [1979]: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1993 [1980]: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2001 [1997]: Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2005 [1998]: Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P., Wacquant, L. J. D. 2006 [1992]: Reflexive Anthropologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, U. 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Calmbach, M. 2011: Wie ticken Jugendliche? 2012. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf: Verlag Haus Altenberg.
- Dessau, B., Kanitschneider, B. 2000: Von Lust und Freude. Gedanken zu einer hedonistischen Lebensorientierung, Frankfurt am Main, Leipzig: Insel-Verlag.
- Ehrenberg, A. 2004 [1998]: Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Foucault, M. 1969 [1961]: Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte im Zeitalter der Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goffman, E. 1961: Asylums. Essays on the Social Situation of Mental Patients and Other Inmates. Garden City: Anchor Books.
- Goffman, E. 1963: Stigma. Notes on the Management of Spoiled Identity. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Hautzinger, M., Thies, E. 2009: Klinische Psychologie. Psychische Störungen. Weinheim, Basel: Beltz.
- Krähnke, U. 2007: Selbstbestimmung. Zur gesellschaftlichen Konstruktion einer normativen Leitidee. Weilerswist: Velbrück.
- Laing, R. D. 1969 [1967]: Phänomenologie der Erfahrung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Laing, R. D. 1987 [1960]: Das geteilte Selbst. Eine existentielle Studie über geistige Gesundheit und Wahnsinn. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
- Lüdtke, H. 1994: Struktur. In W. Fuchs-Heinritz (Hg.), Lexikon zur Soziologie. 3., völlig neu bearb. u. erw. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, 651–652.
- Matthäus, S. 2015: Was strukturiert eigentlich der Habitus? Oder, der wertende Selbst-/Weltbezug als eigentliches tertium comparationis der verschiedenen Habitusformen. Sozialer Sinn, 15. Jg., Heft 2, 219–251.

- Neckel, S. 1991: Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion symbolischer Ungleichheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Oevermann, U., Allert, T., Konau, E., Krambeck, J. (1979): Die Methodologie einer ›objektiven Hermeneutik‹ und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In H.-G. Soeffner (Hg.), Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler, 352–434.
- Orange, D., Atwood, G., Stolorow, R. 2003 [1997]: Intersubjektivität in der Psychoanalyse. Kontextualismus in der psychoanalytischen Praxis. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Osten, M. v. 2003: Einleitung. In M. v. Osten (Hg.), Norm der Abweichung. Wien, New York: Springer, 7–18.
- Ratcliffe, M. 2005: Experience of Depression. A Study in Phenomenology. Oxford: Oxford University Press.
- Reckwitz, A. 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. Zeitschrift für Soziologie, 32. Jg., Heft 4, 282–301.
- Reckwitz, A. 2008: Subjekt. Bielefeld: Transcript.
- Reckwitz, A. 2012: Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, A. 2015: Praktiken und ihre Affekte. Mittelweg 36, 24.Jg., Heft 1-2, 27–45.
- Sass, L. A. 1994: The Paradoxes of Delusion. Wittgenstein, Schreber, and the Schizophrenic Mind. Ithaca: Cornell University Press.
- Sass, L. A., Parnas, J., Zahavi, D. 2011: Phenomenological Psychopathology and Schizophrenia: Contemporary Approaches and Missunderstandings. Philosophy, Psychiatry and Psychology, 18 Jg., Heft 1, 1–23.
- Scheer, M. 2012: Are Emotions A Kind Of Practice (And is that what makes them have a history)? A Bourdieuan Approach to understanding emotion. History and Theory, Vol. 51, Issue 2 (May 2012), 193–220.
- Scheff, T. 1963: The Role of the Mentally Ill and the Dynamics of Mental Disorder. Sociometry, Vol. 26, Heft 4, 436–453.
- Scheff, T. 1988: Shame and Conformity: The Deference-Emotion System. American Sociological Review, 53. Jg., Heft 3, 395–406.
- Searles, H. F. 1959: The effort to drive the other person crazy – an element in the etiology and psychotherapy of schizophrenia. British Journal of Medical Psychology, Vol. 32, Issue 1, 1–19.
- Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH. 2015: Informationen zu den SINUS-Milieus 2015. Stand 01/2015. [http://www.sinus-institut.de/fileadmin/user\\_data/sinus-institut/Downloadcenter/Informationen zu den Sinus-Milieus.pdf](http://www.sinus-institut.de/fileadmin/user_data/sinus-institut/Downloadcenter/Informationen_zu_den_Sinus-Milieus.pdf), (letzter Aufruf 29. Dezember 2015).
- Slaby, J., Stephan, A., Walter, H., Walter, S. 2011 (Hg.): Affektive Intentionalität. Beiträge zur welterschließenden Funktion der menschlichen Gefühle. Paderborn: mentis.
- Slaby, J. 2008: Gefühle und Weltbezug. Die menschliche Affektivität im Kontext einer neo-existenzialistischen Konzeption von Personalität. Paderborn: mentis.
- Slaby, J. 2010: Gefühl und Weltbezug. Eine Strukturskizze der menschlichen Affektivität. In M. Großheim (Hg.): Rostocker Phänomenologische Manuskripte. Rostock: Universität Rostock.
- Stanghellini, G. 2004: Disembodied Spirits and deanimated bodies. The psychopathology of Common Sense. New York: Oxford University Press.
- Tiedemann, J. 2007: Die intersubjektive Natur der Scham. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktor der Philosophie. [http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS thesis 000000002943](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000002943) (letzter Zugriff 10. November 2012).
- Wernet, A. 2006: Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik. Wiesbaden: VS.



Ad-Hoc-Gruppe »Imaginäre Spielräume. Das soziale Imaginäre als Gegenstand und Methode der Soziologie« – organisiert von Regine Herbrich und Tobias Schlechtriemen

# Die (sozialwissenschaftliche) Hermeneutik als inter- und transdisziplinäre Methode zur Rekonstruktion des Imaginären

Regine Herbrink

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Imaginäre Spielräume. Das soziale Imaginäre als Gegenstand und Methode der Soziologie« – organisiert von Regine Herbrink und Tobias Schlechtriemen*

Den Ausgangspunkt der diesem Beitrag zugrundeliegenden Überlegungen bildet die Auseinandersetzung mit der derzeit häufig und insbesondere von Stephan Moebius postulierten »Verkulturwissenschaftlichung« (Moebius 2009: 9) der Soziologie. Dieser Begriff soll hier nicht als Problembeschreibung verstanden werden, sondern als eine interdisziplinäre Gesprächsbereitschaft, die dadurch zustande kommt, dass sich die Soziologie auf Konzepte einlässt, die Diskurse über Disziplinengrenzen hinweg ermöglichen.

Dabei stellt sich jedoch die Frage, wodurch sich eine kulturwissenschaftliche Perspektive auf Gesellschaft innerhalb der Soziologie auszeichnet. Der Vorschlag, der hierzu eingebracht werden soll, stützt sich auf die Annahme, dass das grundsätzliche Merkmal des Kulturellen in der Erzeugung und Bewältigung von Mehrdeutigkeit oder Nichteindeutigkeit innerhalb sozialer Gebilde besteht. Genau dieser Umstand jedoch, dass immer auch andere Bedeutungen als die grade betrachtete möglich sind, dass das Signifikat nicht mit Sicherheit festzustellen ist und die daraus resultierende nicht endende Potentialität, Lesarten zu generieren, können mithilfe des Konzept des Imaginären beschrieben werden (vgl. Castoriadis 1997).

Das Hauptargument dieses Beitrags lautet daher, dass das Augenmerk einer kulturwissenschaftlich orientierten Soziologie auf der Rekonstruktion und Beschreibung des Imaginären liegen sollte, das sich in symbolischen, institutionalisierten und fiktiven Formen sozial manifestiert. Nur durch eine ergebnisoffene, sich historisch stetig erneuernde und Bedeutungen erstatt ausschließende Interpretation der Objektivationen, in die es eingeflossen ist, wird uns ein solches Imaginäres überhaupt zugänglich.

Wir benötigen für diese Interpretation ein Verfahren, das einerseits methodisch kontrolliert operiert und handwerklich lehr- und lernbar ist, andererseits jedoch genau diejenigen interpretatorischen Freiräume eröffnet, die notwendig sind, um ganze Bedeutungsspektren und unterschiedlichste Lesarten in den Blick zu nehmen. Dieses Verfahren finden wir in der Hermeneutik, die sich im Verlauf ihrer jahrhundertelangen Geschichte an unterschiedlichen Disziplinen geschult hat. Sie ist ein grundsätzlich überdisziplinäres und niemals vollständig disziplinierbares

Verfahren, das aufgrund seiner Geschichte in der Soziologie angewandt, jedoch aufgrund seiner Möglichkeiten, Kultur hinsichtlich des Imaginären zu befragen, das in sie hineinwirkt, über ihre Grenzen hinaus einen Beitrag zum kulturwissenschaftlichen Verstehen leisten kann.

Im ersten Teil des Beitrags erfolgt eine theoretische Annäherung an *das Imaginäre* als Konzept, das für soziologische Betrachtungen schon immer und immer noch von grundlegender Bedeutung ist. Im zweiten Teil werden die Charakteristika der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik vorgestellt. Dabei zeigt sich, warum diese Methode, bzw. Methodologie, für Untersuchungen, die sich mit dem Imaginären beschäftigen, geeignet ist.

## Das Imaginäre

Das Imaginäre gehört zum Alltag und ist deswegen auch in den Grundfesten der Soziologie verwurzelt. Nähern wir uns den ganz alltäglichen sozialen Beziehungen und Interaktionen mittels einer wissenssoziologischen Betrachtungsweise, so stellen wir fest, dass das Wissen, das Menschen von einander und von der Welt haben, zwar eine sehr bedeutende Rolle spielt. Wir bemerken jedoch darüber hinaus, dass das Nicht-Wissen und die Unsicherheit des Wissens von ebenso großer Bedeutung sind. So zeigt zum Beispiel Georg Simmel in seinem Aufsatz über *Das Geheimnis und die geheime Gesellschaft* (vgl. Simmel 1992), dass zwar alle Beziehungen zwischen Menschen darauf beruhen, dass sie Wissen voneinander haben, er verweist jedoch auch auf die Bedeutung des Nichtgewussten für das Zusammenleben der Menschen und darauf, dass ein Bild des Gegenübers konstruiert wird, das nicht nur von dessen vorfindlichen Eigenschaften, sondern auch von der eigenen Wahrnehmung, Vorstellungs- und Typisierungs- beziehungsweise Idealisierungskraft beeinflusst ist. Die Sphären des Gegenübers, die unserem Wissen verborgen bleiben, sind laut Simmel gerade deshalb so wertvoll, weil wir sie auf unsere eigene Art und Weise füllen und mögliche Inhalte für sie ersinnen. Diese eigenen Entwürfe, die wir hinsichtlich eines Gegenübers entwickeln, seien in ihrer Funktion durch kein sicheres Wissen zu ersetzen.

Bei Alfred Schütz und später entsprechend auch bei Thomas Luckmann finden wir das Imaginieren ausgeprägt in Form eines phantasierenden Vorstellens, das als jeder menschlichen Handlung vorgängig konzipiert wird. Denn im Handlungsentwurf, der jedem nicht-routinisierten Handeln vorausgeht, wird nach Schütz und Luckmann das Ziel zur Vorstellung gebracht, auf das hin sich das Handeln orientiert und damit die bereits abgeschlossene Handlung (*modo futuri exacti*) vorweg genommen. »Dieses Vorstellen ist ein phantasierendes [...]« (Schütz, Luckmann 1984: 27). Durch diesen Akt des Vorausentwerfens ist das Handeln letztlich für Schütz und Luckmann charakterisiert.

Wir pflegen also überall dort Umgang mit dem Imaginären, wo wir entwerfen, planen, tagträumen, erfinden, aber auch Symbole benutzen oder bemüht sind, dasjenige, was wir über ein Gegenüber nicht wissen, mit eigenen Vermutungen und Annahmen aufzufüllen. Es wird daher im Folgenden nicht darum gehen, das Imaginäre zu definieren und damit greifbarer zu machen. Vielmehr soll es gerade in seinem fluiden, proteischen Charakter beschrieben werden. Häufig wird das Imaginäre, seiner Etymologie entsprechend, hauptsächlich bildlich gedacht (vgl. z. B. Wulf 2014). Dass die Verbindung zwischen dem Imaginären und dem Ikonischen nicht zwingend

ist, wird jedoch deutlich, wenn die literaturanthropologische Sichtweise Wolfgang Iser's Berücksichtigung findet.

Iser's Herangehensweise zeichnet sich dadurch aus, dass er sich und seiner Leserschaft durch die Benennung in Form substantivierter Adjektive immer präsent hält, dass für ihn »das Imaginäre«, »das Fiktive« und »das Reale« »Qualitäten eines Sachverhalts sind, der sich aus ihren Wechselbeziehungen ergibt« (Iser 1991: 22). Ist also die Rede von *dem Imaginären* oder *dem Fiktiven*, so muss jeweils geklärt werden, was mit diesen Begriffen in seiner Beschaffenheit näher bestimmt werden soll. Iser geht von zwei grundsätzlichen Annahmen aus: einerseits davon, dass der Mensch Kunst benötigt, da er sich in ihr bzw. durch sie selbst auslegt und andererseits davon, dass für den Menschen eine Plastizität charakteristisch ist, die sich durch Literatur vergegenständlicht – bzw. zu deren Spiegel die literarischen Erzeugnisse eines historischen Zeitpunkts werden. Von der Existenz einer Literatur, die mit diesen Fähigkeiten ausgestattet ist, schließt Iser auf einen menschlichen »Drang zur Vergegenständlichung« (Iser 1991: 11), der jedoch nicht in Richtung einer gleichbleibenden Verfestigung als Form strebt, sondern in einem Prozess der permanenten Transzendenz verharrt, sich durch diesen auszeichnet und nur Produkte herstellen kann, die ihre eigene Unstetigkeit bzw. dynamische Stabilität durch ihre Selbstanzeige als Fiktion performativ vorführen.

Dabei wird das Fiktive dem Wirklichen nicht einfach als Antonym entgegengesetzt. Vielmehr wird im Fiktiven der Durchführungs- oder Handlungsaspekt betont, es wird als »intentionaler Akt verstanden« (Iser 1991: Fußnote 3). Vor diesem Hintergrund entwickelt Iser sein Verständnis des Imaginären als »in seiner uns durch Erfahrung bekannten Erscheinungsweise diffus, formlos, unfixiert und ohne Objektreferenz. Es manifestiert sich in überfallartigen und daher willkürlich erscheinenden Zuständen, die entweder abbrechen oder sich in ganz anderen Zuständlichkeiten fortsetzen« (Iser 1991: 21). Die Problematik der Definition des Imaginären liegt also darin begründet, dass es nur in der Performanz zum Vorschein kommt, die sich in einem Medium ereignet. Der jeweilige performative Akt und seine Produkte dürfen als Medien des Imaginären jedoch nicht mit dem Imaginären selbst gleichgesetzt werden. Das Imaginäre scheint darüber hinaus in der Tatsache auf, dass immer noch andere Bedeutungen für etwas möglich wären, als die eben gerade in den Blick genommene. Es lässt sich somit, wenn überhaupt, am ehesten als nicht endende Potentialität beschreiben.

Durch den Akt des Fingierens erhält das Imaginäre eine Ausdrücklichkeit und wird durch diese Fest-Stellung in den Bereich des Realen gesetzt. Genauso relevant wie die Prozesse der Grenzüberschreitung in Richtung der Realisierung sind jedoch auch die in umgekehrter Richtung verlaufenden. Teile dessen, was in der Lebenswelt des Alltags als real gilt, erhalten durch ihre Wiederholung im Fiktiven zeichenhaften Charakter und werden insofern unrealisiert. Im Rahmen eines literarischen Textes findet demnach laut Iser die »Vermittlung des Imaginären mit dem Realen« (Iser 1991: 24) statt.

Obwohl das Imaginäre selbst also nicht angehalten und objektiviert werden und obwohl es daher auch der Interpretation niemals in vollem Umfang zugänglich sein kann, bleibt doch die nur empirisch zu beantwortende Frage interessant, *welches* Imaginäre und *wie* Imaginäres in die Fiktionen, die Akteurinnen und Akteure, Organisationen und Gesellschaften tagtäglich herstellen, einfließt und in ihnen aufscheint.

## Sozialwissenschaftliche Hermeneutik

Die Hermeneutik hat eine interdisziplinäre Entstehungsgeschichte. Theologie, Rechtswissenschaften und die Literaturwissenschaft haben hermeneutische Verfahren ausgebildet. Das methodisch kontrollierte Verstehen ist daher über die Grenzen einzelner kulturwissenschaftlicher Disziplinen hinweg anschlussfähig.

Sozialwissenschaftliche Hermeneutik (heute auch häufig: hermeneutische Wissenssoziologie) bezeichnet eine von Hans-Georg Soeffner und seiner Arbeitsgruppe in den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte Methodologie und ein Set an methodischen Verfahrensweisen zur Interpretation von ursprünglich hauptsächlich textförmigen bzw. verschriftlichten Interaktionsprotokollen und Datenmaterialien (vgl. Soeffner 1991).<sup>1</sup> Vor allem im deutschsprachigen Raum wird derzeit an mehreren Standorten (Konstanz, Essen, Bochum, Dortmund, St. Gallen) an der Weiterentwicklung der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik gearbeitet. Mittlerweile wurden ihre Grundsätze auch auf die Interpretation von Bild- und Videodaten übertragen (vgl. Raab 2008; Raab, Tänzler 2009; Müller 2012).

Drei Besonderheiten sind im Hinblick auf die Anwendung der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik als Methode für Interpretationen, die auf das in ein Fiktives eingeflossenes Imaginäres fokussieren, besonders erwähnenswert:

Der erste grundlegende Vorteil dieser Methode liegt darin, dass sie kein starres Verfahren vorgibt, das immer wieder auf genau die gleiche Art und Weise angewandt werden könnte oder müsste. Sie ist im Gegenteil flexibel und dynamisch und kann und muss immer wieder neu am jeweiligen Untersuchungsgegenstand und der jeweiligen Fragestellung weiterentwickelt werden. Ein solides Grundgerüst erhält sie jedoch dadurch, dass sie, zweitens, eine Haltung beschreibt, die praktisch eingeübt und dadurch verinnerlicht werden kann. Drittens ist die sozialwissenschaftliche Hermeneutik durch eine Einstellung zum Untersuchungsgegenstand charakterisiert, die sich irritieren lässt, die nicht dort aufhört, wo Altbekanntes bestätigt worden ist, und dadurch tatsächlich in der Lage ist, Neues zu entdecken, Felder zu explorieren, Perspektiven aufzuschließen, ein reicheres Verstehen zu ermöglichen und wissenschaftliche Kreativität zu fördern.

Im Zentrum des methodologischen Grundgerüsts der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik steht das Verstehen, also der Prozess, innerhalb dessen Erfahrungen mit Sinn versehen werden. Dabei wird vom alltäglichen Verstehen ausgegangen, zu dem Selbst- und Fremdverstehen gehören. Dem Symbolischen Interaktionismus folgend (vgl. Mead 1967) wird bereits das Selbstverstehen als auf Sozialität, namentlich auf der Übernahme der Perspektive, aus der uns andere deuten, gründender Vorgang verstanden. Wir lernen demnach, uns selbst zu verstehen, indem wir lernen, wie uns andere verstehen. Anders gewendet: Wir verstehen uns selbst durch imaginierte Konzepte davon, wie uns andere verstehen.

Die Begründung dafür, dass Verstehen an jeder Stelle notwendig ist, leitet Hans-Georg Soeffner aus der philosophischen Anthropologie Helmuth Plessners ab. Sie bildet den Ausgangspunkt für seine Auseinandersetzung mit dem Thema *Kommunikation*. Besonders wichtig ist dabei die Einsicht in die generelle »Zeichenhaftigkeit« (Soeffner 1999: 1) menschlichen Handelns, das er im Anschluss an Plessner auf die grundsätzliche Mehrdeutigkeit menschlichen Verhaltens zurück-

---

<sup>1</sup> Eine ausführlichere Darstellung findet sich bei Kurt, Herbrük 2014.

führt. Diese beruht Plessner zufolge auf der Sonderstellung des Menschen, die sich aus seiner »exzentrischen Positionalität« und seiner »offenen Antriebsstruktur« ergibt (Plessner 1975: XVIII).

Wie viele andere wissenschaftliche Methoden nutzt auch die sozialwissenschaftliche Hermeneutik unter anderem das Instrument des Vergleichs. Inspiriert von der Phänomenologie Edmund Husserls beschränkt sie sich jedoch nicht darauf, mehrere für wirklich gehaltene Dinge miteinander zu vergleichen. Parallel zu den Variationen, mithilfe derer innerhalb der phänomenologischen Herangehensweise für möglich Gehaltenes mit den Entwürfen anderer Möglichkeiten verglichen wird (vgl. Fonfara 2012), nutzt auch sie die menschliche Fähigkeit, über unmittelbar (sicht- oder hörbar) Gegebenes hinauszugehen, zu imaginieren, vorzustellen und das Offensichtliche zu überschreiten. Sie eröffnet dadurch auch dort die Option eines Vergleichs, wo ohne diese Art des Möglichkeitsdenkens keine gegeben wäre.

Friedrich Schleiermacher hatte, ganz im Sinne der seinerzeit vorherrschenden Genieästhetik, als er sah, dass sich für manche Prozeduren im Bereich der Hermeneutik keine Regel definieren ließ, die Hermeneutik zur Kunst erklärt. Sie sollte kongenial das zu verstehen helfen, was in seiner Herstellung keiner starren Rhetorik mehr unterworfen war. Die sozialwissenschaftliche Hermeneutik ist jedoch nicht ausschließlich Kunst, denn ihre Durchführung folgt durchaus Regeln, die angegeben, gelernt und eingeübt werden können. Sie ist aber genauso wenig ausschließlich Handwerk, das bei ordentlicher Anwendung aus jedem Datum automatisch eine *richtige* Interpretation presst. Sie ähnelt vielmehr einem Spiel, denn innerhalb der Regeln, die sie sich gibt, eröffnen sich Freiräume für Ungeregelteres und nicht Vorhersehbares, wie auch für Improvisation. So wie zum Spiel in der Terminologie Roger Caillois (1982) sowohl *ludus* (Regelmäßigkeit des Spiels) als auch *paidia* (Wildheit, Ungeordnetheit des Spiels) gehören, so wie die Sprache selbst im Spannungsverhältnis von (relativ geregelter) Grammatik und (relativ freier) situativer Aktualisierung steht, so zeichnet die sozialwissenschaftliche Hermeneutik das Wechselspiel von Realitätssinn und Möglichkeitssinn aus.

In der Pendelbewegung zwischen dem Besonderen und dem Allgemeinen, die auch als *hermeneutischer Zirkel* bezeichnet wird, finden wir ein altbekanntes Charakteristikum hermeneutischer Verfahren in zeitgemäßer Form. Denn wichtig ist, dass dieser Zirkel durchaus nicht selbstgenügsam ist, sondern sich durch den bei jedem Durchgang erarbeiteten Erkenntnisgewinn permanent verändert. Das Bild eines Spiels wäre daher viel anschaulicher als der Zirkel. Das Spiel beginnt zwar immer wieder in eine neue Spielrunde startend von neuem, entwickelt sich jedoch durch den Zugewinn an Erfahrung seiner Spielerinnen und Spieler weiter. Das bedeutet auch, dass zur Einübung in die Grundbegriffe der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik eine spielerisch-improvisierende Haltung gehört, die nicht auf ein Entweder-Oder drängt, die sich von Absurdem nicht abschrecken, sondern produktiv irritieren lässt und die sich insbesondere mit dem nicht eindeutig Vorhersehbaren konfrontiert. Dies kann sie nur, indem sie sich darauf einlässt zu spielen.

Im Spiel wird eine erstaunliche Bewusstseinsleistung erbracht, die meist wenig thematisiert wird. Wir schaffen es, den Rahmen: hier wird *nur* gespielt, bewusst zu halten und ihn gleichzeitig einzuklammern (vgl. Baatz 1993), um im Spiel aufzugehen, uns an ihm zu erfreuen und ein guter Spieler oder eine gute Spielerin zu sein. Fassen wir das Imaginäre als Etwas, das nur zugänglich ist durch die Auseinandersetzung mit immer auch anderen möglichen Sinn-Wirklichkeiten und Sinn-Möglichkeiten, so zeigt sich der Bedarf an einer Interpretationsweise, die von diesem Cha-

rakteristikum nicht behindert wird, sondern im Gegenteil auf es zusteuert, es auffindet und sich mit ihm auseinanderzusetzen in der Lage ist.

In Anlehnung an Erving Goffman (1973) kann man daher resümieren: Eine spielende Methode, wie die sozialwissenschaftliche Hermeneutik, trennt uns vom ernsten Leben ab, indem sie uns eine Demonstration seiner Möglichkeiten und damit auch desjenigen Imaginären bietet, das an seiner Konstitution beteiligt war.

## Literatur

- Baatz, U. 1993: Das Spiel ist Ernst, der Ernst ist Spiel. Ein Versuch über unendliche Spiele. In U. Baatz, W. Müller-Funk (Hg.), Vom Ernst des Spiels. Über Spiel und Spieltheorie. Berlin: Dietrich Reimer, 5–20.
- Caillois, R. 1982: Die Spiele und die Menschen. Maske und Rausch. Frankfurt am Main: Ullstein.
- Castoriadis, C. 1997 [1975]: Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fonfara, D. (Hg.) 2012: Zur Lehre vom Wesen und zur Methode der eidetischen Variation. Texte aus dem Nachlass (1891–1935). Husserliana: Edmund Husserl – Gesammelte Werke, Band 41. Berlin: Springer.
- Goffman, E. 1973: Interaktion: Spaß am Spiel. Rollendistanz. München: R. Piper & Co..
- Iser, W. 1991: Das Fiktive und das Imaginäre. Perspektiven literarischer Anthropologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kurt, R., Herbrik, R. 2014: Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. In N. Baur, J. Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 473–489.
- Mead, G. H. 1967: Mind, self, and society. From the standpoint of a social behaviorist. Chicago: The University of Chicago Press.
- Moebius, S. 2009: Kultur. Bielefeld: transcript.
- Müller, M. R. 2012: Figurative Hermeneutik. Zur methodologischen Konzeption einer Wissenssoziologie des Bildes. sozialer sinn 13, 1, 129–161.
- Plessner, H. 1975: Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die philosophische Anthropologie. Berlin: de Gruyter.
- Raab, J. 2008: Visuelle Wissenssoziologie. Theoretische Konzeption und materiale Analysen. Konstanz: UVK.
- Raab, J., Tänzler D. 2009: Video Hermeneutics. In H. Knoblauch et al. (Hg.), Video Analysis: Methodology and Methods. Qualitative Audiovisual Data Analysis in Sociology. Frankfurt am Main: Peter Lang, 85–97.
- Schütz, A., Luckmann T. 1984: Strukturen der Lebenswelt. Band 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Simmel, G. 1992: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe, Band II. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Soeffner, H.-G. 1991: Verstehende Soziologie und sozialwissenschaftliche Hermeneutik – Die Rekonstruktion der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit. Berliner Journal für Soziologie 2, 263–269.
- Soeffner, H.-G. 1999: Kommunikation. In J. Reichertz, N. Schröer (Hg.), auslegen 3. Essener Schriften zur Sozial- und Kommunikationsforschung, 7–17.
- Wulf, Ch. 2014: Bilder des Menschen. Imaginäre und performative Grundlagen der Kultur. Bielefeld: transcript.

# Soziologische Imaginative

## Der Begriff der Öffentlichkeit

Annette Knaut

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Imaginäre Spielräume. Das soziale Imaginäre als Gegenstand und Methode der Soziologie« – organisiert von Regine Herbrich und Tobias Schlechtriemen*

Grundlegende These des vorliegenden Beitrages<sup>1</sup> ist die Indikation, dass soziologische Begriffs- und Urteilsbildung nie voraussetzungslos ist, sondern von historisch gewachsenen Wissensordnungen geleitet wird. Dies gilt im Besonderen für Großkonzepte wie zum Beispiel Öffentlichkeit. Sie werden hier als *Imaginative* bezeichnet, um in Anlehnung an Charles Taylor und Benedict Anderson hervorzuheben, dass es sich hierbei um in Gesellschaft wie Wissenschaft verankertes Wissen handelt. In Form von Erzählungen, Symbolen und Bildern spezifische Argumentations- und Deutungsmuster trägt ein Imaginativ den wissenschaftlichen (und teilweise auch öffentlichen) Hauptdiskurs.

Ausgehend von sozial-konstruktivistischen Konzepten wird mit dem Begriff der Imaginative eine terminologische Schärfung von in der Literatur verwendeten Bezeichnungen für Großkonzepte (unter anderem Meta-Narrative, konzeptionelle Narrative) vorgenommen. Im ersten Teil des Beitrags wird das Imaginativ-Konzept entwickelt und die Ko-Konstituierung von Imaginativen durch Diskurse und Narrative erläutert. Ko-Konstituierung meint allgemein die gleichzeitige Verwobenheit der Imaginative mit dem vortheoretischen (gesellschaftlichen) und dem theoretischen (wissenschaftlichen) Raum. Spezifischer verweist der Begriff darauf, dass Imaginative, um wirksam zu werden, in Diskursen kommunikativ evoziert werden müssen. Im zweiten Teil wird rekonstruiert, wie das Imaginativ der Öffentlichkeit im Mainstream sozialwissenschaftlicher Analysen einer spezifischen *storyline* folgt, die beispielsweise die Forschung zur europäischen Öffentlichkeit prägt und nicht zuletzt auch deren Ergebnisse legitimiert. Die Rekonstruktion des Imaginativs von Öffentlichkeit soll exemplarisch die Wirkmächtigkeit von Imaginativen offen legen. Dabei geht es in diesem Beitrag weniger um eine empirisch fundierte Analyse, die das

---

<sup>1</sup> Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine stark gekürzte und für die Ad-hoc-Gruppe »Imaginäre Spielräume. Das soziale Imaginäre als Gegenstand und Methode der Soziologie« überarbeitete Fassung des Artikels Politische Imaginative. Vom Narrativ der Öffentlichkeit zu transnationalen Diskursräumen (Knaut 2014).



reflexive Zusammenspiel von Narrativen, Diskursen und deren institutionelle Gebundenheit in einem Imaginativ systematisch darstellt, sondern um die Aufarbeitung einiger wesentlicher, ideologisch gebundener Erzählstrukturen, Argumentationen und Symboliken, die das Imaginativ der Öffentlichkeit charakterisieren.

## Zur Konzeptualisierung von Imaginativen als Typus (sozialwissenschaftlicher) Narrative

Der Begriff des Imaginativs stützt sich in den nachfolgenden Ausführungen im Besonderen auf Benedict Andersons Idee der Nation als *imagined community* und Charles Taylors Begriff der *social imaginaries*. Anderson hat in seinem vielzitierten und wegweisenden Buch über die Nation als vorgestellte Gemeinschaft (*imagined community*) deutlich gemacht, wie stark Ideen, Bilder und Mythen das Denken und Urteilen über die Nation beeinflussen können (Anderson 1983). Nation steht dabei als Beispiel für eine Art große Erzählung, die in unterschiedlichen Diskursen in Gesellschaft und Wissenschaft weitergetragen wird. Die Erzählung über Nation wird in Mythen, Liedern und Bildern immer wieder (re-)imaginiert, so dass eine Diskursgemeinschaft entsteht. Die mit der Nation verbundenen Symboliken, Ideen und Deutungsmuster sind mit der Sozialisation erworbene Vorstellungen, die die Mitglieder der Gemeinschaft verbinden und durch welche sie sich von anderen Gemeinschaften abgrenzen. Dispositive, wie Museen, Staatsverwaltung, Rechtssystem, Denkmäler, Gemälde oder Schulbücher, dienen dabei im Besonderen dazu, die nationale Imagination aufzubewahren, im Gedächtnis zu halten und als Narrativ der Identität im Unbewussten zu speichern.

Charles Taylor betont in *Modern Social Imaginaries* (Taylor 2004) über das Beispiel der Nation hinaus die Bedeutung des Imaginären für die Entwicklung und Stabilität einer (politischen) Diskursgemeinschaft, in der die Mitglieder, obwohl sie sich zu großen Teilen nicht kennen, ein Gefühl für Zugehörigkeit entwickeln und gemeinsamen Werten verpflichtet sind. Die Ideen und Vorstellungen über eine solche Gemeinschaft leiten (unbewusst) das Denken und Handeln der Individuen und tragen die auf diesen Vorstellungen basierende Ordnung aus politischen und sozialen Institutionen. Der Begriff des *social imaginary* soll nach Taylor deutlich machen, dass Menschen grundsätzlich Vorstellungen darüber entwickeln, in welchem Verhältnis sie zu anderen stehen und wie die Gesellschaft aufgebaut sein sollte. Solche Vorstellungen entwickeln sich im Laufe der Geschichte und sind verknüpft an Erwartungen – an die spezifische Funktionsweise des Sozialen. Die Besonderheit in der Taylorschen Konzeption des Imaginären ist die Rolle, die er der Wissenschaft, dem theoretischen Raum, zuschreibt. Denn auch die Theorie verwendet diese im vortheoretischen Raum durch Erzählungen apprizentierten Begriffe und füllt sie ihrerseits mit Sinn. Das *Imaginary* ermöglicht es, so Taylor, gerade über diese Verbindung zwischen theoretischen und vortheoretischen Ideen, dass gemeinschaftliche Handlungspraktiken und Normen etabliert werden können, die als legitim anerkannt werden (Taylor 2004: 23). Taylor betont zudem, dass *Imaginaries* bestimmte Ideale enthalten, wie zum Beispiel über Öffentlichkeit, Staat oder Demokratie.

Auch andere Autor/-innen versuchen die diskursstrukturierende Kraft von historisch gewachsenen Wissensordnungen konzeptionell zu fassen. An dieser Stelle sollen zwei wegweisende Konzepte hervorgehoben werden: In *Metahistory* zeigt Hayden White (2008) die vortheoretische Konstitution historischer Analysen im 19. Jahrhundert. Der Wissenschaftler, der die Geschichte erzählt, legt spezifische Kategorien an seine Interpretation an. Diese Kategorien bezeichnet White als typologische Erzählungen mit spezifischen archetypischen Handlungsstrukturen, Ideologien, Grundtypen (Tropen) und Wahrheitstheorien (White 2008: 19 ff., 553). Übertragen auf sozialwissenschaftliche Analysen lassen sich Konzepte und Begriffe dort ebenfalls als Erzählungen begreifen, denen spezifische Wissensordnungen zugrunde liegen. Sie lassen sich mit White auch als erlernte Grammatik bezeichnen, die die wissenschaftlichen Erzählungen strukturiert (White 2008: 49). White geht es allerdings weniger darum, zu zeigen, wie Diskurse in Gesellschaft und Wissenschaft sich gegenseitig reflektieren, sondern eher darum, eine vermeintlich neutrale, objektive Geschichtsschreibung als vortheoretisch imaginiert zu entlarven. Margaret Somers (2008, 2012) plädiert für eine »historische Soziologie der Begriffsbildung« (Somers 2012: 273). In ihrem wissenssoziologisch verorteten Programm geht sie mit Ian Hacking (1990) davon aus, dass Begriffe als Teile kultureller Netzwerke an bestimmte Orte gebunden sind und als Wissenskulturen rekonstruiert werden können. Anders als White geht Somers aber nicht der Analyse ihrer zugrunde liegenden Grammatik nach, sondern zeigt am Beispiel der amerikanischen *Citizenship-Theory* die historische Genealogie und narrative Struktur des Begriffs *Citizenship*. Auch bei Somers steht das Meta-Konzept im Vordergrund der Analyse, das nicht einfach als »neutral« hingenommen werden kann, sondern dessen Vorannahmen geklärt werden müssen. Durch die Hinwendung zu Wissens- und Erzählstrukturen sowie Sprache rückt sie in die Nähe der (historischen) Imaginationen und Meta-Konzepte.

Ohne hier im Detail auf die Differenzen, aber auch gegenseitigen Beeinflussungen von Anderson, Taylor, White und Somers eingehen zu können, teilen sie eine Grundbeobachtung: Wissenschaftliche Begriffsbildungen und Analysen gründen nicht allein auf Theorien oder philosophischen Ideen, sondern sind durch vortheoretische, in der Gesellschaft wurzelnde, Wissensordnungen vorstrukturiert. Die Frage, wie die soziale Abstützung und Genese von solchen Meta-Konzepten funktioniert und warum diese im Wechselspiel mit der Theoriebildung in der Wissenschaft, trotz sich ändernder Kontexte immer weitergetragen werden, bleibt allerdings bei den Autor/-innen offen.

Mit dem Begriff des Imaginativs sollen nun die in der Literatur verwendeten Konzepte mit Blick auf die Ko-Konstituierung von Imaginativen in Wissenschaft und Gesellschaft systematisiert werden. Imaginative zeichnen sich im Gegensatz zu anderen Metakonzepten durch ihre Ko-Konstituierung in Wissenschaft und Gesellschaft aus, also ihre gleichzeitige Konstruktion und permanente gegenseitige Resonanz im Erfahrungswissen der Mitglieder einer Gesellschaft und dem Expertenwissen. Es sind kulturell gebundene und historisch gewachsene Wissensordnungen, die eine für sie typische Narrativstruktur transportieren. Diese ist wiederum mit spezifischen Argumentationsstrukturen, Deutungsmustern und Symboliken angereichert, die zusammengekommen in einer typischen logisch erscheinenden Abfolge den Diskurs strukturieren.

Welche spezifischen Funktionen haben aber nun Diskurse und Narrative für das Imaginativ und welche Art von Wissen transportieren sie? Diskurse werden mit Foucault als Ordnungen von Wissen verstanden, die spezifische Argumentations- und Deutungsmuster in den Vorder-

grund drängen und andere ausschließen.<sup>2</sup> Sie sind auf die Reaktivierung durch Kommunikation angewiesen und legitimieren durch ihre alternative Wissensordnungen ausschließende Eigenschaft eine bestimmte Sichtweise auf die Welt. Das für Imaginative typische Grundmuster des Diskurses ist die Narrativstruktur.<sup>3</sup> Narrative haben ihren Ursprung in gesellschaftlichem Wissen, das als Erzählung in unterschiedliche Diskurse getragen wird. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie fiktionales und mit Symbolen angereichertes Wissen bereitstellen. Als Teil von Diskursen erschaffen sie eine *storyworld* mit einer spezifischen Zeit- und Raumanordnung (Herman 2009: 71f.<sup>4</sup>; Keller 2011: 251f.). Sie beziehen menschliches Erfahrungswissen, spezifische Ereignisse und Personen (Figuren) ein, die mythologisiert oder fikionalisiert werden und deren einzelne Episoden in eine logische Abfolge mit Einleitung, einem Hauptteil (Durchführung) und Schluss(-folgerungen) gebracht werden. Ebenso werden die handelnden Personen des Narrativs in Beziehung gesetzt und mit dem Plot verbunden. Die so entstehende *story line*<sup>5</sup>, die Fiktion und Fakten nicht mehr unterscheidet, wird im Vorgang des Erzählens lebendig gemacht.

Die narrative Grundstruktur der Imaginative ermöglicht eine gewisse erzählerische Flexibilität und damit die Einspeisung in unterschiedliche Diskurse. So findet sich das Imaginativ der Öffentlichkeit mit der Erzählung über die attische Agora, im Diskurs um das Demokratiedefizit der Europäischen Union oder einer möglichen globalen Netzöffentlichkeit genauso wieder wie im Diskurs um Transparenz politischer Entscheidungsprozesse oder Debatten um die Veröffentlichung von geheimen militärischen Dokumenten. Anders betrachtet halten Narrative (bzw. die Varianzen eines Narrativs) ein Imaginativ (kommunikativ) am Laufen, indem es in unterschiedlichen Diskursen aufgegriffen wird. Dabei ist zu betonen, dass nicht alle Diskurse Imaginative stabilisieren; umgekehrt sind jedoch alle Imaginative darauf angewiesen über Diskurse stabilisiert und über Narrative reproduziert zu werden. In Abgrenzung zu anderen Narrativ-Konzepten (Viehöver 2011: 194ff.) ist schließlich zu betonen: *Erstens* geht der Begriff des Imaginativs über die Sprachgebundenheit von Narrativen hinaus und verweist somit *zweitens* stärker auf die Konstituierung von Meta-Konzepten durch Symbole. *Drittens* sind Imaginative an Ideen und Ideologien gebunden und verweisen *viertens* zudem auf die Vermischung und Nicht-Unterscheidbarkeit von Faktischem und Fiktivem im Imaginativ.

## Das Imaginativ Öffentlichkeit

Dem Begriff der Öffentlichkeit haften unterschiedliche Wissensordnungen an, von denen zwei als besonders bedeutsam angesehen werden können. Öffentlichkeit wird erstens mit der ver-

2 Mein Diskursbegriff lehnt sich an die vor allem von Reiner Keller (Keller 2011; 2013) gemachte Verbindung zwischen Foucaultschem Diskursbegriff und dem Sozialkonstruktivismus Bergers, Luckmanns (1967) an.

3 In Anlehnung an Viehöver (2011) und Keller (2011) lassen sich Narrative als Bestandteil von Diskursen betrachtet.

4 »I use the term storyworld to refer to the world evoked implicitly as well explicitly by a narrative, whether the narrative takes the form of a printed text, film, graphic novel, sign language, everyday conversation, or even a tale that is projected but is never actualized as a concrete artifact [...].« (Herman 2009: 72).

5 Die story line verbindet die einzelnen Elemente des Narrativs so miteinander, dass eine logische Folge (ein »roter Faden«) entsteht, der dem Narrativ Plausibilität verleiht.

meintlichen Ur-Demokratie verknüpft und als attisches Forum vorgestellt, auf dem freie Bürger/-innen zusammenkommen, um öffentliche Angelegenheiten zu verhandeln. Die zweite Vorstellung, die im Öffentlichkeitsbegriff mitgeführt wird, ist einer Öffentlichkeit, welche einer rechtsstaatlichen Absicherung bedarf, die mit klaren politischen, staatsbürgerlichen, geografischen und kulturellen Grenzziehungen einhergeht. Der Sinn von Öffentlichkeit, wie er durch beide Stränge konstruiert wird, ist, dass politische Entscheidungen in einem klar abgegrenzten und für alle Staatsbürger jederzeit zugänglichen öffentlichen Raum kommuniziert, diskutiert, vermittelt und letztlich legitimiert werden. Dies geschieht in der Regel innerhalb der Grenzen eines souveränen Nationalstaates.

In den dominierenden liberalen Öffentlichkeitstheorien (Dahrendorf 1967; Ackermann 1989; Ferree, Gamson et al. 2002: 290 ff.), die als eigenständiger Diskurs gelten können, sieht man, wie das Imaginativ Varianzen erfährt, die aber von der Grundstruktur des Imaginativs zusammengehalten werden. So kommen in liberalen Theorien im attischen Forum nicht alle freien Bürger zusammen. Stattdessen sind für die Produktion von Öffentlichkeit ausgewählte Vertreter zuständig, wie Abgeordnete, Journalisten und Akteure aus Vereinen, Verbänden und Parteien. Mit der Verbreitung und allgemeinen Zugänglichkeit von Massenmedien weisen liberale Theorien den Medien die Funktion der Agora zu (Gerhards 1998). Im Zeitalter des Internets wird die Symbolik des attischen Forums erneut aufgenommen und mit großen Hoffnungen bestückt. Nun sind es die neuen soziale Medien, die Öffentlichkeit produzieren und wo neben den Eliten nun auch die Bürger/-innen wieder eigenständig mitreden können (Siedschlag 2005; Sunstein 2007). Trotz der prinzipiellen Konstruktionslogik des Web 2.0 als Grenzen überspringend, wird Öffentlichkeit dennoch als nationalstaatlich gebunden imaginiert. Eine sich über sprachliche, kulturelle und staatliche Grenzen hinwegsetzende transnationale Öffentlichkeit wird zwar als Ideal diskutiert, scheint aber kaum vorstellbar, geschweige denn theoretisch konzeptionalisierbar. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Debatte um eine europäische Öffentlichkeit, wenn dabei auf deren mangelnde Homogenität beziehungsweise auf die Unmöglichkeit der Konstitution einer gemeinsamen Kommunikations-, Sprach- und Kulturgemeinschaft verwiesen wird.

Was aber sind Gründe für die permanente Reproduktion des Imaginativs? Dazu lohnt es sich, einen Blick auf die historische Entwicklung des Begriffs Öffentlichkeit zu werfen. Im Gedanken- gut der Staatsnation, das sich im Zuge der Französischen Revolution entwickelt, kommen die Bürger als neue Souveräne aus freiem Willen zusammen. Öffentlichkeit wird hier als homogene Sphäre vorgestellt, deren Grenze identisch mit der Grenze des national verfassten Flächenstaates ist. Auch im gleichzeitig auflebenden Modell der Kulturnation schließen sich die Bürger aus freien Stücken zusammen und kommen in der Öffentlichkeit als homogene Sphäre zusammen, in der sie sich über eine geteilte Kultur, eine gemeinsame Sprache und Herkunft verbinden (Cassirer 2003/1932; Knaut 2011). Die Erzählung von der demokratisch verfassten Nation mit einer homogenen und nach außen begrenzten öffentlichen Sphäre wurde im Zuge der demokratischen Nation als Standardmodell staatlicher Organisation zu einem kaum hinterfragten Erfolgsmodell.

Als zentralen Beitrag zur Konstituierung des Öffentlichkeit-Imaginativs sind die Anfang des 20. Jahrhunderts erschienen Werke von John Dewey und Walter Lippmann zu nennen. In Reaktion auf Walter Lippmanns Bücher *Public Opinion* (Lippmann 1922) und *The Phantom Public* (Lippmann 1927) diskutiert Dewey 1927 in *The Public and Its Problems* das Verhältnis zwischen Nati-

onalstaat und Öffentlichkeit. In Deweys öffentlicher Sphäre diskutieren die einfachen Bürger, wie in der Vorstellung der attischen Agora, miteinander über öffentliche Angelegenheiten. Lippmann hingegen propagiert die Bedeutung von Eliten für die Konstituierung von Öffentlichkeit, da der einfache Mann nicht wissen könne und wissen müsse, was politisch relevant sei (Lippmann 1927: 39). Damit wird die antike Vorstellung vom öffentlichen Raum als Raum aller Bürger zu einem Raum, in dem gewählte Berufspolitiker Entscheidungen vermitteln, transformiert. Öffentlichkeit bleibt zwar Teil des Staates, ist aber nicht wesentlich für dessen Funktionieren und schon gar nicht für effektives Regieren. Im scharfen Gegensatz dazu und unter Rückgriff auf die attische Agora als das Herzstück des Staates, konzipiert Dewey (1996) Öffentlichkeit als das zentrale Konstituens von Staaten. Der Staat ist »organisierte Öffentlichkeit« (Dewey 1996: 61). Nur aus der Öffentlichkeit heraus und damit durch das Zusammenwirken der Bürger, entsteht der Staat und wird legitimiert. Nach Dewey muss Öffentlichkeit sich, um lebendig zu bleiben, aus der Vielfalt der Bürger konstituieren, die unterschiedliche Erfahrungen und Herkunftsorte haben und die eine Gemeinschaft bilden. Diese Gemeinschaft wächst zwar innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen, aber vor allem unterhalb der nationalen Ebene, das heißt in den Kommunen, Dörfern und Städten des Staates, die allerdings nach dem attischen Idealbild konzipiert werden. Damit klingt auch bei Dewey indirekt das Ideal der attischen Demokratie als Stadtstaat an.

Jürgen Habermas (1960, 1981) konstruiert Öffentlichkeit im nationalstaatlichen Rahmen. Die Frage der Akteure, die an Öffentlichkeit teilhaben, löst er auf zwei Ebenen: Auf der Ebene der tatsächlichen Kommunikation oder Interaktion wird die Herkunft der Akteure ausgeblendet, indem er die Teilhabe aller an einem verständigungsorientierten und rationalen Diskurs als Ideal formuliert. Auf der Ebene des Staats unterscheidet er zwischen zwei relevanten Typen von Öffentlichkeit: der autochthonen und der vermachteten Öffentlichkeit. Die autochthone Öffentlichkeit wird von den Akteuren der Peripherie beherrscht. In ihr finden Diskurse auf einem hohen Niveau statt. In der vermachteten Öffentlichkeit dominieren hingegen die Eliten, die mit rhetorischen Tricks und auf einem niedrigen Rationalitätsniveau arbeiten. Ohne hier genauer auf Habermas Theorie der Öffentlichkeit und die unterschiedlichen Entwicklungsstufen seines Werkes eingehen zu können, bleibt seine implizite Referenz auf den Nationalstaat und das attische Forum als Kommunikationsraum einer homogenen Bürgerschaft festzuhalten. Indem Habermas im herrschaftsfreien Diskurs die potenzielle Heterogenität der Bürger ausblendet, imaginiert er symbolisch ihre Homogenität. Im Anschluss an Habermas entstand eine Vielzahl von Studien, die seine Erzählstränge reproduzieren und variieren und vor allem die Rolle der Massenmedien als Forum betonen (Gerhards 1994; Daele, Neidhardt 1996; Eilders 2008).

Dass das hier nur cursorisch skizzierte Imaginativ von Öffentlichkeit auch im 21. Jahrhundert die Debatten bestimmt, ist angesichts der großen Wandlungsprozesse in Politik und Gesellschaft im *Globalen Zeitalter* (Albrow 1996) eigentlich erstaunlich. Beispielsweise haben sich Formen politischer Partizipation und damit die Produktions- und Konstitutionsbedingungen von Öffentlichkeit geändert, nicht zuletzt befördert durch die Flexibilisierung von Lebensläufen und Lebensorten (Sennett 2000; Beck, Grande 2007). Die damit verbundenen Begriffe der Individualisierung und Pluralisierung, wie sie vor allem von Ulrich Beck (Beck 1996) geprägt wurden, gingen zwar in die Narrative der Sozialwissenschaften ein, blieben jedoch weitgehend ohne Folgen für das Imaginativ Öffentlichkeit. Ähnliches gilt für die Debatte über Postdemokratie (Crouch 2004). Zwar ist der Terminus zum Allgemeingut geworden, das Imaginativ der Öffentlichkeit

bleibt dennoch unangetastet. Auch Konzepte, die ganz mit dem alten Imaginativ brechen, wie feministische und postkoloniale Theorien (Benhabib 1995; Fraser 2008; Mamdani 1996; Mbembe 2001; Young 2000), wurden kaum in das Imaginativ integriert.

Im Kontext der Debatte um das Demokratiedefizit der Europäischen Union resoniert in Diskursen im Allgemeinen das in westlichen liberalen Theorien verhaftete Imaginativ mit seinen etablierten Narrativstrukturen, etwa wenn der deutsche Bundespräsident von Europa als »eine[r] europäische Agora, als ein[em] gemeinsam[en] Diskussionsraum« (Gauck 2013: 11), als zu erreichendes Ziel spricht. Interessant am Imaginativ europäischer Öffentlichkeit ist, dass in ihm das tradierte Imaginativ der nationalen Öffentlichkeit weitergetragen wird, obwohl einige Autoren anerkennen, die Europäische Union sei ein politisches System »sui generis«, an dem alte Kategorien scheitern müssen. Die Folge ist, dass sich europäische Öffentlichkeit an dem tradierten Imaginativ nationalstaatlicher Öffentlichkeit messen lassen muss. Die häufig geäußerte Vorstellung, es könne keine europäische Öffentlichkeit geben, da die Europäische Union keine Sprach-, Erinnerungs- und Kulturgemeinschaft (Kielmansegg 2003) sei, nimmt direkt, wenn auch ohne dies zu explizieren, Vorstellungen der deutschen Romantiker im Hinblick auf die Einheit einer Volks- oder Kulturnation auf. Diese Vorstellungen erneuern sich durch die Erschaffung und (Wieder-)Erzählung von Mythen in der ureigenen Sprache der Nation und zugleich durch geteilte Sitten und Bräuche (Schulze 1995; Knaut 2011). In der Suche nach einer europäischen Identität (Gerhards 2002; Tobler 2010; Schmitt-Egner 2012) wird in den Sozialwissenschaften die Vorstellung der Kulturnation als Gemeinschaft von Bürgern mit gleicher Sprache, gemeinsamen historischen Erfahrungen weitererzählt. So bleibt der Mainstream-Diskurs in der vermeintlichen Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Identität verhaftet, auf die sich die EU als Gesamtsystem stützen müsse. Die Reaktivierung der Symbolik des Volks mit geteilten Mythen, Bildern, Liedern und einer gemeinsamen Geschichte erfährt kaum Transformation. Theorien, die ein *demoi*-Konzept favorisieren, variieren die Erzählung *einer* homogenen Gemeinschaft durch ein Konzept der kulturellen und sprachlichen Vielfalt *mehrerer* *demoi* (Bohman 2007). Demnach konstituieren die europäischen Völker eine europäische Staatengemeinschaft mit einer europäischen öffentlichen Sphäre.

Weitere Varianten des Imaginativs lassen sich in Konzepten zu europäischer Öffentlichkeit finden, die Öffentlichkeit als über Kommunikation verbundene Netze formulieren. Diese Theorien stehen aber meist auch in der Tradition liberaler Theoriebildung und schließen an das Habermassche Modell politischer Öffentlichkeit als deliberative Sphäre an. Erik Oddvar Eriksen modelliert beispielsweise europäische Öffentlichkeit als Netzwerk vieler Teilöffentlichkeiten, in dem Akteure aus unterschiedlichen Bereichen und Ebenen miteinander rational über gemeinsamen Angelegenheiten kommunizieren (Eriksen 2007: 23). Dabei sind Anklänge an das attische Forum nicht zu übersehen, wenn Eriksen schreibt, dass in den einzelnen Teilöffentlichkeiten unterschiedliche Menschen »can meet and cooperate with various degree of intensity and passion.« (Eriksen 2007: 26) Menschen treffen sich wie in Athen auf dem Forum und bilden dort eine Kommunikationsgemeinschaft, in welcher jeder der Diskussion folgen kann. Auch Thomas Risse, um ein weiteres Beispiel zu nennen, versteht Öffentlichkeit als kommunikativ konstituiert. Öffentlichkeit wird bei ihm zur »transnational community of communication« (Risse 2010: 169). Auch er löst die Transnationalität nicht völlig vom Argument der Homogenität und Geschlossenheit, wenn er als Indikatoren einer europäischen Öffentlichkeit nennt, dass nationale Medien

diese nur dann hervorbringen, wenn in den Artikeln eine gemeinsame europäische Perspektive entwickelt wird. Themen müssen also als europäisch und nicht als national diskutiert werden müssen, um eine Kommunikationsgemeinschaft hervorzurufen (Risse 2010: 123).

Die Idee einer Kommunikationsgemeinschaft aus Teilöffentlichkeiten wird weiter in empirischen Studien reflektiert. Schwerpunkt solcher Studien, die ohne explizite nationalstaatliche Bezugnahme eine europäische Öffentlichkeit empirisch ermitteln wollen, ist häufig die Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit in Massenmedien. Sie teilen die Grundannahme, dass die (nationalen) Massenmedien die Haupterzeuger von Öffentlichkeit sind. Implizit wird angenommen, dass eine europäische Öffentlichkeit dann entsteht, wenn die (nationale) Medienberichterstattung über EU-Themen zunimmt (Brüggemann et al. 2009; Risse 2010; Tobler 2010; van de Steeg 2005; Wimmel 2006). Als empirischer Indikator wird im sozialwissenschaftlichen (hier vor allem politikwissenschaftlichen) Diskurs häufig auf das sogenannte Eder/Kantner-Kriterium zurückgegriffen. Demnach ist das entscheidende Kriterium für die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit, dass das gleiche Thema, zur gleichen Zeit, mit der gleichen Relevanz in nationalen Medien diskutiert wird (Eder, Kantner 2000; Kantner 2004). Dahinter steht erneut die Annahme, dass es nationale Öffentlichkeiten gibt, die gleichermaßen Bürger der jeweiligen Mitgliedstaaten der EU über Medienkommunikation integrieren. Schließlich wurzeln solche Studien in dem Argument, dass staatliches Handeln durch monosprachliche öffentliche Kommunikation legitimiert wird und Heterogenität von Kultur, Sprachen, Erfahrungen letztlich doch im ›Container‹ Nationalstaat aufgelöst werden müssen, um zu funktionieren. Eine wirkliche Heterogenität scheint nur schwer in ein Konzept einer kommunikativen Gemeinschaft der Europäer integrierbar, solange zumindest nicht eine Imagination eines europäischen Volkes mit neuen (fiktiven) Erzählungen und Symbolen entsteht. So kann die liberal inspirierte Idee einer europäischen Öffentlichkeit als (medialer) Kommunikationsgemeinschaft eigentlich nur scheitern.

## Fazit

Generell lässt sich festhalten, dass die zentrale Funktion des Imaginativs nationalstaatlicher und, davon abgeleitet, europäischer Öffentlichkeit, die Legitimierung und Stabilisierung der nationalstaatlich verfassten Gemeinschaft ist. Ordnungen von Wissen, die als Symbole, Bilder, Narrative in Diskursen erscheinen, stützen das Imaginativ emotional und bildlich ab. Das Bild des attischen Forums, auf dem die Bürger zusammenkommen, erfährt immer wieder eine Reaktivierung, entweder als direkte Anrufung oder über die Anpassung und Integration in aktuelle Wissensbestände. Das gleiche gilt für die formelhafte Bezugnahme in wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskursen auf Erfahrungen und Ereignisse oder nationale (Gründungs-)Mythen.

Öffentlichkeit als Imaginativ scheint deshalb so stabil, da es immer weiter theoretisch reflektiert und variiert werden kann, auch aufgrund der Flexibilität der Narrativstruktur. Nicht zuletzt ist Öffentlichkeit an die Lebenswelten der Bürger/-innen gekoppelt. Öffentlichkeit ist erfahr- und erlebbar, beim Lesen der Zeitung, während einer Versammlung oder am Stammtisch. Das Imaginativ wird dabei stetig durch neue Ereignisse ›gefüttert‹ und in seiner Narrativstruktur evoziert und bestätigt. Der Grund für den Ausschluss anderer Wissensordnungen, die in anderen Dis-

kursen (zum Beispiel in der Literatur zu Kosmopolitismus und Postkolonialismus) etabliert sind, liegt vermutlich genau in dieser Anschlussfähigkeit an historisch entstandene und kulturell vorgefundene Lebenswelten. Es fehlen gemeinsame Diskursräume, die einen diskursive Brückenschlag und einen Austausch der Wissensbestände indizieren würden. Die Erzählung um Öffentlichkeit bleibt im Container (National-)Staat stecken, der durch ein Volk als Sprach-, Kultur- und Erfahrungsgemeinschaft gemeinschaftlich (kommunikativ) hergestellt wird.

## Literatur

- Ackerman, B. A. 1989: Why Dialogue? *Journal of Philosophy*, Heft 86, 5–22.
- Albrow, M. 1996: *The Global Age. State and Society beyond Modernity*. Cambridge: Polity Press.
- Anderson, B. 1983: *Imagined Communities*. New York, London: Verso.
- Beck, U. 1996: Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In U. Beck, A. Giddens, S. Lash (Hg.), *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 19–112.
- Beck, U., Grande, E. 2007: *Das kosmopolitische Europa*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benhabib, S. 1995: *Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berger, P. L., Luckmann, T. 1967: *The Social Construction of Reality*. New York: Anchor Books.
- Bohman, J. 2007: *Democracy across Borders. From Dêmos to Dêmoi*. Cambridge: MIT Press.
- Brüggemann, M., Hepp, A., Kleinen-von Königsłow, K., Wessler, H. 2009: Transnationale Öffentlichkeit in Europa. Forschungsstand und Perspektiven. *Publizistik*, Heft 54, 391–414.
- Cassirer, E. 2003: *Die Philosophie der Aufklärung [1932]*. Text und Anmerkungen bearbeitet von Claus Rosenkranz hrsg. v. Birgit Recki, Hamburg: Meiner.
- Crouch, C. 2004: *Post-Democracy*. Oxford: Polity Press.
- Daele, W. v. d., Neidhardt, F. 1996: »Regierung durch Diskussion« – Über Versuche mit Argumenten Politik zu machen. In W. van den Daele, F. Neidhardt (Hg.), *Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren*. WZB-Jahrbuch 1996, Berlin: edition sigma, 9–50.
- Dahrendorf, R. 1967: *Aktive und passive Öffentlichkeit. Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozeß moderner Gesellschaften*. Merkur, Heft 12.
- Dewey, J. 1996: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*. Frankfurt am Main: Philo Verlagsgesellschaft [orig. 1927: *The Public and its Problems*].
- Eilders, C. 2008: Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinung – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle. In B. Pfetsch, S. Adam (Hg.), *Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen*. Wiesbaden: VS Verlag, 27–51.
- Eder, K., Kantner, C. 2000: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In M. Bach (Hg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Wiesbaden: VS-Verlag, 306–331.
- Eriksen, E. O. 2007: Conceptualizing European Public Spheres. General, segmented and strong Publics. In J. E. Fossum, P. Schlesinger (Hg.), *The European Union and the Public Sphere. A communicative Space in the Making?* London, New York: Routledge, 23–43.
- Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J., Rucht, D. 2002: Four Models of the Public Sphere in modern Democracies. *Theory and Society*, Heft 31, 289–324.
- Fraser, N. 2008: Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt. In J. Dorer, B. Geiger, R. Köpl (Hg.), *Medien – Politik – Ge-*



- schlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 18–34.
- Gauck, J. 2013: »Europa: Vertrauen erneuern – Verbindlichkeit stärken.« Rede von Bundespräsident Joachim Gauck zur Perspektiven der europäischen Idee am 22. Februar 2013 im Schloss Bellevue, [www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de) (letzter Aufruf 6. April 2013).
- Gerhards, J. 1994: Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In F. Neidhardt (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 77–105.
- Gerhards, J. 1998: Öffentlichkeit. In O. Jarren, U. Sarcinelli, U. Saxer (Hg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 268–274.
- Gerhards, J. 2002: Das Öffentlichkeitsdefizit der EU in Horizont nationaler Öffentlichkeitstheorien. In H. Kaelble, M. Kirsch, A. Schmidt-Gering (Hg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Campus, 135–158.
- Gerhards, J. 2003: Identifikation mit Europa. In J. Allmendinger (Hg.), *Entstaatlichung und Soziale Sicherheit*. Opladen: Leske und Budrich, 467–474.
- Habermas, J. 1960: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Habermas, J. 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 1 und 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hacking, I. 1990: Two Kinds of ›New Historicism‹ for Philosophers. *New Literary History* 21, 343–376.
- Herman, D. 2009: Narrative Ways of Worldmaking. In S. Heinen, R. Sommer (Hg.), *Narratology in the Age of Cross-Disciplinary Narrative Research*. Berlin, New York: Walter de Gruyter, 71–87.
- Kantner, C. 2004: *Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Keller, R. 2011: *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*, 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag.
- Keller, R. 2013: Kommunikative Konstruktion und diskursive Konstruktion. In R. Keller, H. Knoblauch, J. Reichertz (Hg.), *Kommunikativer Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz*. Wiesbaden: VS Verlag, 296–315.
- Kielmansegg, P. Graf von, 2003: Integration und Demokratie In M. Jachtenfuchs, B. Kohler-Koch (Hg.), *Europäische Integration*, 2. Aufl., Opladen: Leske und Budrich, 49–83.
- Knaut, A. 2014: Politische Imaginative. Vom Narrativ der Öffentlichkeit zu transnationalen Diskursräumen. In F. Gadinger, S. Jarzebski, T. Yildiz (Hg.), *Politische Narrative. Ein neuer Analysezugang in der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS, 93–117.
- Knaut, A. 2011: Nation. In G. Ueding (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Rhetorik*. Band 10, Tübingen: Niemeyer, 739–750.
- Knoblauch, H. 2013: Grundbegriffe und Aufgaben des kommunikativen Konstruktivismus. In R. Keller, H. Knoblauch, J. Reichertz (Hg.), *Kommunikativer Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz*. Wiesbaden: Springer VS, 25–47.
- Koschorke, A. 2012: *Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie*. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Latour, B. 2005: *Von der Realpolitik zur Dingpolitik oder Wie man Dinge öffentlich macht*. Berlin: Merve.
- Lippmann, W. 1922: *Public Opinion*. Macmillan Company. New York.
- Lippmann, W. 1927: *The Phantom Public*. Macmillan Company. New York.
- Mamdani, M. 1996: *Citizen and Subject. Contemporary Africa and the Legacy of Late Colonialism*. Princeton: Princeton University Press.
- March, J. G., Olsen, J. P. 1989: *Rediscovering Institutions. The Organizational Basics of Politics*. New York: The Free Press.
- Mbembe, A. 2001: *On the Postcolony*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Meyer, T. 2001: *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Münker, S. 2009: Emergenz digitaler Öffentlichkeiten - Die Sozialen Medien im Web 2.0. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pries, L. 2008: Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Risse, T. 2010: A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres. Ithaca, London: Cornell Press.
- Schmitt-Egner, P. 2012: Europäische Identität. Ein konzeptioneller Leitfaden zu ihrer Erforschung und Nutzung. Baden-Baden: Nomos.
- Schulze, H. 1995: Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München: Beck.
- Sennett, R. 2000: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: btb.
- Siedschlag, A. 2005: Die Entwicklung der Internet-und-Politik-Debatte in Deutschland und den USA. In A. Siedschlag (Hg.), Kursbuch Internet und Politik 2004/2005. Politische Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag, 139-163.
- Somers, M. R. 2008: Genealogies of Citizenship. Markets, Statelessness, and the Right to Have Rights. Cambridge: Cambridge University Press.
- Somers, M. R. 2012: Angst und Schrecken vor der Öffentlichkeit. Der narrative Diskurs der angloamerikanischen citizenship theory In M. Arnold, G. Dressel, W. Viehöver (Hg.), Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse. Wiesbaden: VS Verlag, 273-309.
- Steger, M. B. 2008: The Rise of the Global Imaginary. Political Ideologies from the French Revolution to the Global War on Terror. New York: Oxford University Press.
- Sunstein, C. R. 2007: Republic.com 2.0. Princeton: Princeton University Press.
- Taylor, C. 2004: Modern Social Imaginaries. Durham, London: Duke University Press.
- Tobler, S. 2010: Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit. Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa. Wiesbaden: VS Verlag.
- van de Steeg, M. 2005: The Public Sphere in the European Union: A Media Analysis of Public Discourse of EU Enlargement and on the Haider Case. Florence: European University Institute.
- Viehöver, W. 2011: Diskurse als Narrationen. In R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider, W. Viehöver (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methoden. 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag, 193-224.
- White, H. 2008: Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Wimmel, A. 2006: Beyond the Bosphorus? Comparing French, German, and British Discourses on Turkey's Application to Join the European Union. Political Science Series, Wien: Institut für Höhere Studien.
- Young, I. M. 2000: Inclusion and Democracy. Oxford: Oxford University Press.

Ad-hoc-Gruppe »Jenseits der Routine – Praxeologische Ansätze zur  
Analyse sozialer Dynamiken«  
– organisiert von Hannes Krämer und Hilmar Schäfer

# Routine – Kontingenz – Reflexivität

## Warum Praxistheorien nicht ohne ein Konzept der Subjektivierung auskommen

Thomas Alkemeyer, Nikolaus Buschmann, Matthias Michaeler

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Jenseits der Routine – Praxeologische Ansätze zur Analyse sozialer Dynamiken« – organisiert von Hannes Krämer und Hilmar Schäfer*

Praxistheoretische Ansätze richten sich sowohl gegen subjektivistische als auch gegen objektivistische Erklärungen des Sozialen. Damit ist das Anliegen verbunden, einen dritten Weg zwischen methodologischem Kollektivismus und methodologischem Individualismus zu finden: Eine »Praxeologisierung des Sozialen« (Schmidt 2012: 28–50) soll empirisch aufzeigen, wie soziale Ordnungen im praktischen Zusammenspiel ontologisch verschiedener Teilnehmer erzeugt, aufrechterhalten und verändert werden. Dabei wird das Konzept des Subjekts bewusst *dünn* gehalten, ohne aber Subjektivität lediglich als Struktureffekt einer bereits bestehenden sozialen Ordnung zu begreifen. Mit ihrem starken Konzept von Praxis starten diese Ansätze also nicht bei einem prä-praktisch existierenden Subjekt als Ausgangspunkt von *agency*, sondern gehen vielmehr davon aus, dass Subjekte aus der Verwicklung von Körpern in soziale Praktiken entstehen.

Praxistheorien folgen damit der Einsicht, dass die Annahme autonomer Rationalität ihre Grenzen in der körperlichen und materiellen Vermittlung des Denkens und Handelns findet. Sie weichen jedoch einer Diskussion darüber aus, wie reflexive Kompetenzen und kritische Rationalität, die klassisch mit dem Begriff der Subjektivität verbunden sind, im Rahmen des eigenen Paradigmas neu verstanden werden können. Ein solches Neuverständnis von Subjektivität setzt eine Analytik voraus, die es gestattet, diese Fähigkeiten in den Blick zu bringen, ohne hinter die Einsicht in die gesellschaftliche Formbestimmtheit von Subjektivität zurückzufallen. Aus einer solchen Analytik ergäbe sich ein besonderes Augenmerk für die soziale Gestaltung von Reflexivität und Kritik. Wie also, so lautet die Leitfrage dieses Beitrags, kann die Genese von sozialer Ordnung und Subjektivität im Rahmen des praxistheoretischen Paradigmas erklärt werden?

Mit der analytischen Unterscheidung von *Praxis* und *Praktiken* schlagen wir zunächst einen methodisch-systematischen Perspektivenwechsel vor, der begreiflich machen soll, dass sich ein soziales Geschehen weder vollständig aus seinen strukturellen Ermöglichungsbedingungen noch allein aus dem Handeln scheinbar autonomer Akteure ableiten lässt (1). Die im gemein-

samen Tun erzeugten Ordnungen und Teilnehmerschaften stehen vielmehr in einem wechselseitigen Konstitutionsverhältnis, das auf der Emergenz und der Reflexivität dieses Geschehens aufruht (2). Indem die Teilnehmer als Körper agieren, nehmen sie zwangsläufig bestimmte raum-zeitlich-soziale Positionen und daran gebundene Perspektiven ein. Damit eröffnen sich Spielräume für heterogene Erwartungen, deren Irritationspotenzial einen konstitutiven Bestandteil praktischer Vollzüge bildet (3). Der so geschaffene analytische Rahmen dient dazu, die Entstehung von Teilnehmerschaft als Subjektivierung und Selbst-Bildung und damit als ein spannungsvolles Zusammenspiel aus Heteronomie und Autonomie analysierbar zu machen (4). Abschließend diskutieren wir das Neubeschreibungspotenzial des vorgestellten Ansatzes für die soziologische Analyse von Macht und Kritik (5).

## Methodisch-systematischer Perspektivenwechsel

Unserer Einschätzung nach koexistieren in der praxistheoretischen Debatte zwei analytisch zu unterscheidende Sichtweisen. Sie zeichnen sich durch einen je eigenen Zusammenhang zwischen der wissenschaftlichen Beobachterperspektive, der Praxiskonzeption, dem Status der Handlungsträger, der Gewichtung von Beharrung oder Veränderung sowie ihrer impliziten Empirie (Hirschauer 2008) aus. In der einen Sichtweise werden *Praktiken* als kulturell geformte, von wiederkehrenden Mustern geprägte und damit identifizierbare Einheiten beobachtet. Andererseits gerät *Praxis* als ein Geschehen in den Blick, das fortlaufend eine je besondere Gegenwart entfaltet, die sich vollständiger Berechenbarkeit entzieht. Die beiden Sichtweisen unterscheiden sich dadurch voneinander, dass sie den Fokus entweder auf die Gleichförmigkeit und Strukturiertheit sozialer Ordnungsbildung legen oder aber deren Unregelmäßigkeit und Offenheit betonen. Praxis wird also entweder als Einheit oder aber als ein kontingentes Aufführungsgeschehen analysiert. Je nachdem, ob die Beobachterposition eines *Theaterzuschauers* oder eines *Teilnehmers* bezogen wird, erscheint Praxis entweder primär in ihrer Beständigkeit und Gleichförmigkeit oder aber in erster Linie als eine Vollzugsgegenwart voller Unsicherheit und Überraschungen.

Beiden Sichtweisen korrespondiert ein entsprechendes Verständnis von Handlungsträgerschaft: Erscheint das Soziale aus der Draufsicht einer Theaterperspektive als ein im Voraus strukturiertes Geschehen, dann haben ihre Handlungsträger den Status von Vollzugsorganen. Wird es hingegen aus einer rekonstruierten Teilnehmersicht als ein kontingentes Vollzugsgeschehen aufgefasst, dann treten die »lokalen Bewältigungsanstrengungen« (Brümmer 2015: 69) und Koordinationsleistungen der Teilnehmer im Wechselspiel von Routine und Improvisation in den Vordergrund. Entsprechend steht in beiden Ansätzen den Leistungen ein zu zahlender Preis gegenüber: In der ersten Perspektive werden primär die Strukturierungen und Formierungen des sozialen Geschehens scharf gestellt. Die Beiträge der Teilnehmer bleiben hingegen unscharf. Diese Perspektive neigt dazu, Praktiken mit einer Kraft auszustatten, die kausal auf das Verhalten ihrer Träger einzuwirken oder diese sogar als ihre Produkte hervorzubringen scheint. In der zweiten Perspektive wird dieser strukturfunktionalistischen Neigung zwar Inhalt ge-

boten. Sie operiert allerdings zumeist mit dem Modell eines zu Reflexion und Kritik befähigten Subjekts, dessen Hervorbringung in praxeologischer Perspektive erst zu rekonstruieren wäre. Wir schlagen vor, diese beiden Sichtweisen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sie so aufeinander zu beziehen, dass sie sich nicht nur komplementieren, indem sie jeweils unterschiedliche Aspekte sozialer Vorgänge scharf stellen, sondern auch gegenseitig relativieren, irritieren und stimulieren. Für beide Perspektiven bildet dann die jeweils andere den Referenzrahmen der Beobachtung. Auf diese Weise wird zum einen der Konstruktcharakter jeder Beobachtung ausgewiesen: Ein soziales Geschehen liegt nicht einfach offen zu Tage, sondern muss durch die Einrichtung einer analytischen Optik methodisch beobachtbar gemacht werden (Scheffer 2002). Und zum anderen kann dann jede Beobachtung reflexiv auf die je andere Perspektive bezogen werden. Im methodischen Wechselspiel aus der Draufsicht einer Theaterperspektive und der Rekonstruktion von Teilnehmerperspektiven verspricht dieser Ansatz eben jene ambivalente Gleichzeitigkeit von Bevollmächtigung und Selbstkonstitution von Teilnehmerschaft greifbar zu machen, die wir mit den Begriffen der Subjektivierung und der Selbst-Bildung bezeichnen.

Mit der analytischen Unterscheidung von Praxis und Praktik kann in den Blick gebracht werden, wie Praktiken als vergleichsweise festgefügte verstehbare soziale Ordnungen performativ in einem unvorhersehbaren Wechselspiel von Interaktionen und Adressierungen in der Praxis entfaltet werden. Praktiken stellen sich dann nicht einseitig als routinierte Vollzüge dar, sondern werden als reflexive Prozesse des Ordnen und Umordnen der Gemengelage eines jeden sozialen Geschehens (Hörning 2001) erkennbar: Es wird beobachtbar, dass sie sich als je besondere Praktik (eine Vorlesung halten, Fußballspielen etc.) in der situationsgebundenen Eigendynamik der Praxis ausformen, in der verschiedene Partizipanden wie Körper, Räume, Objekte, Regeln und Sprache (Hirschauer 2004) in einem fortlaufenden Prozess wechselseitig sich veranlassender wie limitierender Aktionen in eine figurative Beziehung (Elias 1996) gesetzt werden.

In diesem kontinuierlichen Wechselspiel gegenseitiger Bezugnahmen und Impulsgebungen konkretisiert sich eine bestimmbare praktische Ordnung: Die Bedeutungen der einzelnen Aktionen realisieren sich performativ, indem sie im Rahmen der sich entfaltenden Praktik als ein bestimmtes Tun (ein Manuskript vortragen, aufs Tor schießen etc.) verstanden und aufgegriffen werden. Praktiken strukturieren sich unter diesem Blickwinkel durch eine reflexive Selbstbindung der Praxis in der Zeit: »Zug um Zug und Schritt für Schritt« (Scheffer 2008) werden Möglichkeitsräume für weitere Aktionen abgesteckt und normative Erwartungen sowie implizite Anforderungen für das weitere Tun ausgewiesen. Die Praktiken übernehmen in eben diesem Sinne *die Regie*, dass sie die einzelnen Aktionen als einen selbstreferentiellen Bedeutungszusammenhang übergreifen. Im Wechselspiel dieser Aktionen formen sich sowohl die Strukturen der jeweiligen Praktik als auch ihre Subjekte mit ihren jeweiligen auf die Praktik eingestellten Intentionen, Empfindlichkeiten und Wahrnehmungen aus.

Als solchermaßen sich strukturierende und strukturierte Einheiten werden praktische Vollzüge allerdings nur aus der Draufsicht erkennbar. Der Beobachterblick entspricht in diesem Fall der Kameraeinstellung der Totalen: Sie gewährt einen Über-Blick über das Geschehen und setzt das Tun der Agierenden zugleich als eine abhängige Größe in Szene. Um die Vollzüge von Praktiken dagegen in ihrer Kontingenz erfassen zu können, müssen sie gleichsam von innen heraus aus den unterschiedlichen Teilnehmerperspektiven beobachtet werden. Erst dann wird jede

individuelle Aktion als eine Art Vorschlag sichtbar, dessen Beantwortung ungewiss ist. Damit kommt auch in den Blick, was an der Praxis eventuell beunruhigt, weil es sich unmittelbarem Verstehen entzieht und deshalb nicht routinehaft zu bewältigen ist, sondern praktisch-reflexive wie kreative Anpassungsleistungen verlangt und zugleich neue Möglichkeitsräume für das eigene Handeln eröffnet.

## Die wechselseitige Konstitution von Ordnung und Teilnehmerschaft

Während aus der Theaterperspektive die Regelmäßigkeit und die Strukturiertheit von Praktiken in den Blick treten, erscheint die Praxis aus den rekonstruierten Teilnehmerperspektiven als ein unsicheres Geschehen mit offenem Ausgang, dessen Kontingenz von den Teilnehmern situativ bewältigt werden muss. Entsprechend können mit einem systematischen Perspektivenwechsel zum einen die Notwendigkeiten und Zwänge der Praxis und zum anderen ihre Freiräume und Möglichkeiten beobachtet werden. Damit wird sichtbar, wie im gemeinsamen Tun sowohl die Ordnung als auch die Teilnehmerschaften ko-konstitutiv erzeugt werden.

Die wechselseitige Konstitution von sozialer Ordnung und Teilnehmerschaft lässt sich auf anschauliche Weise mit der Metapher des Spiels verständlich machen. Mit der Spielmetapher knüpfen wir an Bourdieu dort an, wo er Improvisationen des täglichen Lebens – und nicht Praktiken im Sinne strukturierter Einheiten von Aktivitäten – als gesellschaftliche Praxis versteht (Bourdieu 1999). Damit kann Ordnungsbildung ohne ontologisierende Gegenüberstellung von Struktur und Praxis erklärt werden: Die Regelmäßigkeit von Spielen beruht nicht auf vorgängigen Strukturen, sondern wird in der Praxis als eine empirisch konkrete Strukturierung durch die Spieler selbst erzeugt (Bourdieu 1979: 184). Die Aufmerksamkeit wird somit auf die wechselseitige Produktion des Spiels und seiner Spieler gelenkt, die nur insoweit gelingt, als es Teilnehmer gibt, die bereit und fähig sind, sich körperlich, kognitiv und affektiv als Spieler in ein Spiel engagieren zu lassen.

Indem man den Teilnehmern in ihrem praktischen Engagement gleichsam über die Schultern schaut, kann in den Blick genommen werden, wie sich ihnen das praktische Geschehen in jedem Moment als eine je konkrete Situation darstellt: Mit welchen Anforderungen sind sie jeweils konfrontiert, welche Spielräume erkennen und nutzen sie, welche Ressourcen und Handlungskompetenzen stehen ihnen zur Verfügung, welche Referenzen und Verbindungen stellen sie in ihrem Tun her? Zudem kann danach gefragt werden, welche Deutungsrahmen sie ins Spiel bringen, wenn sie durch ihre Spielzüge dem Spielgeschehen eine bestimmte Richtung und Bedeutung geben und dadurch neue Möglichkeitsräume für Anschlusshandlungen eröffnen und andere verschließen – und wie sich die Teilnehmer dabei für die anderen Teilnehmer anschlussfähig machen oder dies eben nicht gelingt.

Im Licht der Spielmetapher bilden soziale Ordnungen also kein starres System, sondern werden als ein dynamischer Verflechtungszusammenhang aufeinander bezogener Spielzüge begriffen. Die in einem solchen Spiel entstehenden Verflechtungszusammenhänge können von keinem einzelnen Spieler vollständig beherrscht werden. Um *kompetent* am Spiel teilnehmen zu können und im Spiel zu bleiben, müssen sich die Spieler in ihrem Denken und Handeln fortlau-

fordern auf sich verändernde Spielkonstellationen einstellen – und zwar auf Spielkonstellationen, die sie selber durch ihr Tun erzeugen. Genau darin liegt die Kontingenz der Praxis.

Innerhalb dieses wechselseitigen Erzeugungsverhältnisses von Spiel und Spielern müssen die Spieler ihr Tun beständig in eine Form bringen, die von allen am Spiel beteiligten Akteuren als regelgerecht und spieladäquat erkannt und anerkannt wird. Nur dann nämlich, wenn das eigene Handeln für andere Teilnehmer verständlich ist, sind Anschlusshandlungen möglich. Die Unterschiede zwischen verschiedenen Praktiken bestehen dann darin, dass sich die Formen, denen sich das Verhalten jeweils *unterwerfen* muss, um anschlussfähig zu sein, mehr oder weniger deutlich unterscheiden. Das bedeutet, dass die Ausformung von Mitspielern stets eine politisch-normative Dimension enthält: Es genügt nicht, etwas funktional angemessen zu tun, vielmehr muss dieses Tun auch in einer als angemessen akzeptierten Form vollzogen werden. Diese Form ergibt sich jedoch erst durch den empirisch-praktischen Vollzug im Sinne eines (häufig konflikthafter) Aufeinander-Einspielens unterschiedlich positionierter Teilnehmer, das auch misslingen kann.

Die jeweilige Vollzugsform wird jedoch nicht nur *von oben* durchgesetzt, etwa durch machtvolle Institutionen, sondern auch dadurch, dass sich die Beteiligten im Vollzug eines Spiels immer auch gegenseitig zeigen, was innerhalb eines Handlungszusammenhangs geht und wie es gemacht wird. Sie tun dies keineswegs nur explizit durch sprachliche Zurechtweisungen, sondern immer auch unterschwellig durch kurze Blicke oder unscheinbare Gesten, die von außen schnell übersehen werden. In diesen Verweisungszusammenhängen zeigen sich die Reflexivität und die Normativität der Praxis: Indem stets mitkommuniziert wird, welche Anschlusshandlungen jeweils erwartet werden können und welche nicht, entfalten die aneinander ausgerichteten Spielzüge eine normative Dimension, die der Praxis *Zug um Zug* eine zwar kontingente, aber erkennbare Richtung gibt. Statt eines routinierten Ablaufs treten so die teilweise konflikthafter, von Brüchen und Machtrelationen gekennzeichneten Prozesse der Abstimmung, aber auch der Ausschließung, in den Blick.

Die Teilnehmer etablieren in ihrem Tun ein praktisches Geflecht hinweisender und zugleich zu-rechtweisender Adressierungen und Re-Adressierungen. In diesem normativen Geflecht bewertender Akte lernt jeder Einzelne nach und nach, sich fortlaufend aus seiner Perspektive an den verschiedenen Erwartungen und Anforderungen einer Praktik zu orientieren, sich zu positionieren und in der Ordnung des jeweiligen Spiels zu halten. Weil auf diese Weise aber kein endgültiger Deutungs- und Bewertungsrahmen, sondern ein stets umstrittenes und damit vorläufiges Gewebe evaluativer Akte erzeugt wird, durchläuft auch die so etablierte soziale Ordnung einen steten Wandel und kann zur Disposition gestellt oder gänzlich verworfen werden: Die Teilnehmer bringen sich wechselseitig ins Spiel hinein und dieses zugleich immer wieder neu hervor.

## Multipositionalität und Multiperspektivität

Versteht man unter einer Praktik ein sich in reflexiver Entfaltung strukturierendes soziales Geschehen, dann lässt sie sich nicht als eine von vornherein existierende Einheit bestimmen, die ihre Teilnehmer über einen *common sense* inkludiert. Vielmehr werden ihre Kontingenz und



Konflikthaftigkeit sichtbar, die bereits dadurch bedingt sind, dass die Teilnehmer *als Körper* in einer Praktik engagiert werden und sich als körperliche Wesen aktiv engagieren. Aufgrund dessen müssen sie unweigerlich eine je bestimmte raum-zeitliche Position und eine daran gebundene Perspektive auf das gemeinsame Geschehen einnehmen (Boltanski 2010). Entsprechend stellt sich ihnen die Situation jeweils anders dar: Jeder einzelne sieht sich an seiner Position mit eigentümlichen Anforderungen und (normativen) Erwartungen konfrontiert und erkennt je spezifische Konstellationen, die er auf seine Weise als »Situationspotenziale« (Jullien 1999) für Anschlusshandlungen nutzen kann. Die Teilnehmer entwickeln also in der Entfaltung einer Praktik ihre jeweils perspektivisch gebundenen Motive und Intentionen (Schatzki 2002: XXI, 70).

Positionalität und Perspektivität sind jedoch nicht allein durch die physische Existenz der Teilnehmer gegeben. Vielmehr werden Körper in ihrer eigentümlichen, historisch gewordenen und erlernten Disponiertheit aufgerufen und lassen sich so für eine Teilnahme in der Praxis engagieren. Während in einer Theaterperspektive ausschließlich die Multipositionalität eines Spielgeschehens erkennbar wird, gerät mit den ethnografischen Über-die-Schultereinstellungen auch seine Multiperspektivität in den Fokus: Statt der *Choreographie* eines wie von magischer Hand organisierten *Kollektivkörpers* werden die auf jeder Position sich stellenden Aufgaben, Probleme und Schwierigkeiten, aber auch die aus dem jeweils individuellen Standpunkt sich ergebenden partikularen Interessen und Handlungsmöglichkeiten erkennbar.

In diesen Einstellungen zeigt sich, dass ein *von oben* als »Gesamthandlung« (Mead 1995) erscheinendes Geschehen vom Blickpunkt jedes einzelnen Teilnehmers anders wahrgenommen, beurteilt und beantwortet wird – mit einem je besonderen Engagement, einer jeweiligen Einstellung zum und Bindung an das Geschehen. Das geteilte soziale Spiel erweist sich aus der Teilnehmersicht als eine unvorhersehbare Abfolge von Situationen, die sich durch je konkrete raum-zeitliche Konstellationen von Körpern und Dingen mit einer je spezifischen Bedeutung und Relevanz für das Handeln auszeichnen. Jede dieser Situationen stellt die Beteiligten vor eine spezielle Aufgabe, erfordert von jedem eine bestimmte Konzentration, Gespanntheit und Aufmerksamkeit und eine individuell situierte Antwort. Was eine Praktik zusammenhält, ist die stets mitlaufende wechselseitige Hervorbringung von Deutungsrahmen, die ihre praktische Relevanz dadurch gewinnen, dass sie ins Spiel gebracht werden, mehr oder weniger Möglichkeiten für Anschlussverhalten bieten und dabei reproduziert, modifiziert oder verworfen werden.

Die Teilnahme an einer Praktik wird so als ein Engagement im doppelten Sinne eines Engagiert-Werdens und eines Sich-Engagierens (Goffman 2009: 52ff.) aufgrund situativ sich ergebender Herausforderungen verstehbar. Dabei wird deutlich, dass in den wechselseitigen Adressierungen, welche die Teilnehmer in ein Geschehen verwickeln, stets auch Machtrelationen etabliert werden, die Teilnehmer in einer sozialen Hierarchie positionieren. Ihre Aktionen entfalten einen konkreten Aufforderungscharakter, indem sie implizit oder explizit bestimmte normative Erwartungen mitkommunizieren (Rouse 2007). Damit geben sie zu erkennen, was als kompetente Reaktion anerkannt oder kritisiert werden kann (Schmidt 2008: 131). Es handelt sich insofern um *politische Vorgänge*, als die Adressierungen von unterschiedlichen Machtpositionen aus erfolgen. Sie gehen nicht nur mit der Ausbildung eines praktischen Sinns für die Funktionalität einzelner Operationen und Handlungen einher, sondern auch eines sozialen Sinns, der sich auf das beurteilende Erfassen von sozialen Abständen sowie des eigenen Ortes in einem Gefüge relationaler Positionen richtet.

Auf diese Weise erweist sich die Praxis nicht nur als ein multi-positionales, sondern auch als ein multi-perspektivisches Geschehen, in dem sich jeder Teilnehmer in seiner lebensgeschichtlich bedingten praktischen (raum-zeitlich-sozialen) Situiertheit mit spezifischen (konfligierenden) Erwartungen, Beschränkungen und Möglichkeiten konfrontiert sieht. Im figurativen Geschehen der sozialen Praxis ergeben sich somit vielfältige interne Differenzierungen (Warde 2005: 141) in Bezug auf die Möglichkeiten und Anforderungen für eine engagierte und kompetente Beteiligung der Teilnehmer. Diese antworten weniger auf generalisierte als auf in einer kontingenten Praxisgegenwart situationsgebunden sich einstellende Anforderungen und Möglichkeiten: Die geteilte Praktik präsentiert sich ihnen als eine unvorhersehbare Abfolge von Situationen, deren raum-zeitlich-soziale Konstellationen von Körpern und Dingen von jedem Blickpunkt aus anders verstanden werden und demzufolge für das Handeln jedes Teilnehmers etwas anderes bedeuten.

Das Bild einer für Alle identischen Praxis wird so erschüttert. Die Teilnehmer bringen von ihren je spezifischen Standpunkten aus unterschiedliche Ansprüche und Erwartungen ins Spiel. Sie müssen sich erst auf eine gemeinsame Praktik einstellen, indem sie die ihnen dafür konkret verfügbaren Ressourcen nutzen. Es ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten der Interpretation und der Ausgestaltung der sich anbietenden Situationen, die im reflexiven Zusammenspiel der Teilnehmer immer auch ein Potenzial für Konflikte und Reibungen in den praktischen Vollzügen enthalten.

## Subjektivierung und Selbst-Bildung

Wenn Praktiken nicht als prästabilisierte Einheiten begriffen werden, die Menschen, Körper und Dinge als ihre *Vollzugsorgane* rekrutieren, sondern als Praxis im Sinne eines prinzipiell *störanfälligen* Vollzugsgeschehens, dann geraten zwangsläufig die dabei sich ausformenden Handlungsbefähigungen – wie Orientierung im Denken und Handeln, Reflexion, Kreativität, Kritik oder auch Verantwortungsübernahme – in den Blick, deren Träger klassischerweise als Subjekte bezeichnet werden. Statt diese Teilnahmekompetenzen aber als Eigenschaften prä-praktisch existierender Subjekte anzunehmen, geht es in einer praxeologisch ausgerichteten Subjektivierungstheorie darum zu rekonstruieren, wie eine solche subjekthafte Handlungsmacht in der Praxis ausgeformt wird und performativ in Erscheinung tritt. Damit richtet sich die Aufmerksamkeit auf jene interaktiven Akte, in denen sich die menschlichen Teilnehmer wechselseitig in einem Geflecht von Adressierungen und Re-Adressierungen ins Spiel bringen und als mehr oder weniger kompetente Subjekte entwerfen und anerkenntbar machen.

Aufgrund der jeweiligen Positionierung der Teilnehmer, ihrer daran gebundenen Perspektivität auf das gemeinsame Geschehen sowie ihrer lebensgeschichtlichen Situiertheit verläuft dieser Prozess keineswegs reibungslos. Denn als Verkörperungen gelebter Geschichte bringen die Teilnehmer immer auch eine Art von Überschuss an Disponiertheit ins Spiel ein, der sich in der Praxis als Irritation oder Störung geltend machen kann. In der gegenwärtigen Praxistheorie wird ein derartiger sozialisierter Eigensinn des Körpers zumeist übersehen: Körper tauchen hier überwiegend nur als Träger eines impliziten Wissens auf, das eine Praxis routiniert am Laufen

hält. Ähnliches gilt für das übliche praxistheoretische Verständnis von Dingen und Artefakten, die – mit Heidegger gesprochen – in den Hauptströmungen der Praxistheorien vorwiegend in ihrer »Zuhandenheit« thematisiert werden, nicht jedoch in ihrer potentiell beunruhigenden »Vorhandenheit« (Heidegger 1979: 88). Allein schon diese Widerständigkeit der Körper und der Dinge macht fortlaufend kreative Reflexions- und Reparaturleistungen notwendig, deren Träger in der Philosophie traditionell als Subjekte und in der Soziologie als Akteure bezeichnet werden.

Wir analysieren die praktische Ausformung solcher dem Subjekt zugeschriebenen Fähigkeiten zu Reflexion, Kreativität oder auch Kritik mit den zusammengehörigen Konzepten der Subjektivierung und Selbst-Bildung. Im Rahmen des von uns vorgeschlagenen systematischen Perspektivenwechsels kommt Subjektivierung nicht als eine bloße Einbindung und Einpassung der menschlichen Teilnehmer in praktikenspezifische Subjektformen in den Blick, sondern als ein performativ sich entfaltender und prinzipiell ausgangsoffener Prozess wechselseitiger Adressierungen und Zuschreibungen. Dabei handelt es sich nie um bloß identifizierende Feststellungen, sondern stets auf den Referenzrahmen eines Normalfalls bezogene und damit bewertende Akte, die ein Anerkennen als jemand Bestimmtes bedeuten, dem Verantwortung für das eigene Handeln zugerechnet wird (Stekeler-Weithofer 2010), oder eben einen Ausschluss derjenigen, denen diese Anerkennung nicht zuteil wird. Das korrespondierende Konzept der Selbst-Bildung akzentuiert dabei den Punkt, dass sich die derart adressierenden Teilnehmer durch *Selbstorganisation* fortlaufend *im Spiel* halten und als Subjekte anerkennbar machen müssen, indem sie die zugeschriebenen Leistungen auch performativ verkörpern. Solange die Herstellung von Teilnehmerschaft aus der Theaterperspektive als bloße Rekrutierung (oder Inklusion) beschrieben wird, muss man dieser Selbstorganisation keine Aufmerksamkeit widmen. Sie wird erst mit der Fokussierung auf die Widersprüchlichkeit und Kontingenz der Praxis relevant, mit denen sich die Teilnehmer konfrontiert sehen.

Mit dieser Fokussierung benötigt die Praxistheorie, so unsere These, eine adäquate Lerntheorie, die Aufschluss darüber gibt, wie sich Teilnehmer in der Praxis zu als kompetent anerkennbaren Mitspielern machen (Nicolini 2012: 78). In der lernenden Teilnahme an Praktiken werden Wahrnehmen, Fühlen, Handeln und Denken in eine Form gebracht und so eingestellt, dass sie den für diese Praktiken spezifischen Anforderungen entsprechen. Während das in den Praxistheorien prominente Konzept der »Habitualisierung« das passive Moment der Inkorporierung eines feldspezifischen Könnens und Wissens betont, verweist das Konzept der lernenden Selbst-Bildung darauf, dass Menschen durch ihr aktives Engagement in Praktiken zu Trägern spezifischer Kompetenzen werden. Lernen erscheint so als implizites und konstituierendes Moment einer jeden Praxis (Lave, Wenger 1991).

In der lernenden Teilnahme bilden sich *mitspielfähige* Subjekte, die sich durch eine spezifische Körperlichkeit, einen gewissen Bestand an Haltungen, Gesten und Bewegungsmustern sowie einen bestimmten Horizont des Wahrnehmens, Denkens, Fühlens und Handelns auszeichnen. Diese disparaten Dispositionen lassen sich als ein Möglichkeitsraum begreifen, der sich in unterschiedlichen Praktiken je spezifisch materialisiert. Die das Lernen herausfordernden Impulse sind in dieser Perspektive Erfahrungen einer Diskrepanz zwischen situativen Anforderungen einerseits und verfügbaren Dispositionen andererseits. Indem Lernen als ein Geschehen in den Blick gerät, das sich zwischen verschiedenen Partizipanden vollzieht, wird deutlich, dass der Subjektstatus an wechselseitige Akte einer anerkennenden Befähigung gebunden

ist, in die je spezifische normative Erwartungen eingefaltet sind. Lernen tritt so als ein Prozess in den Blick, der aktive wie passive Momente umfasst und sowohl Möglichkeitsräume eröffnet als auch Widerstände und Grenzen bedingt.

Mit einem solchen Verständnis von Subjektivierung als lernender Selbst-Bildung kann das spannungsvolle Zusammenspiel von Heteronomie und Autonomie, Passivität und Aktivität, Affiziert-Werden und Affizieren (Massumi 2010), in dem *jemand* sich als Subjekt zeigt, auf verschiedenen Analyseebenen erforscht werden. Dass die Subjektwerdung nie *vollendet* ist, ergibt sich aus den Differenzierungen und Brüchen in wie zwischen Praktiken. In jeder Praktik sind die Teilnehmer verschiedenartig engagiert und positioniert: Sie werden unterschiedlich berührt, bringen verschiedene Erfahrungen und Erwartungen ein, entwickeln aufgrund ihrer jeweiligen körperlichen, mentalen und personalen Situiertheit disparate Sichtweisen, Interessen und Wünsche, lassen sich verschieden adressieren und rufen auf disparate Kontexte verweisende Wissensordnungen auf. Die Selbst-Bildung erfolgt mithin sowohl über verschiedene Situationen als auch über disparate Praktiken hinweg in der Bewältigung situativer, oft widersprüchlicher und damit prinzipiell kritisierbarer Anforderungen. Dies zwingt dazu, fortlaufend Spielräume auszuloten und Spielzüge zu finden, die man sich vorher nicht hätte ausdenken können: Jede *Lösung* ist immer nur vorläufig, die Selbst-Bildung kommt zu keinem Abschluss.

## Praxistheorie als Soziologie der Kritik

Das Neubeschreibungspotenzial dieses Zugangs liegt darin, das Entstehen von Ordnung und Subjektivität in von Machtrelationen, Normierungen und Konflikten geprägten Prozessen in den Blick zu bringen. Damit rücken auch die in die alltägliche Praxis eingefalteten Momente der Kreativität, des Konflikts, des Einspruchs oder der Überschreitung sozialer Ordnung in den Fokus, die in gegenwärtigen Praxistheorien tendenziell unterschlagen werden. Subjekte erscheinen dort nicht selten als bloße Vollzugsorgane sie rekrutierender Praktiken, die ein ihnen abverlangtes Verhalten auf der Grundlage eines impliziten Wissens weitgehend störungsfrei erbringen (Reckwitz 2003; Shove et al. 2012; Schmidt 2012). Die konstitutive Reflexivität und Kontingenz der Praxis wird mit dieser Verengung jedoch ebenso wenig erfasst wie der kritische Umgang mit dem Gegebenen. Der praxistheoretische Anspruch, die Entstehung und Veränderung der sozialen Ordnung und ihrer Subjekte als ein wechselseitiges Konstitutionsverhältnis verständlich zu machen, kann auf diese Weise nicht eingelöst werden (Nassehi 2011). Vielmehr blenden Praktiken-Analysen gegen ihre eigene Intention oft gerade diejenigen widerständigen, eigensinnigen und kritischen Momente der Praxis aus, die eine bestehende Ordnung herausfordern, verrücken oder destabilisieren und im herstellenden Vollzug einer Ordnung für deren fortlaufende Veränderung sorgen.

Um solche Momente aufspüren zu können, bedarf es einer systematischen Erweiterung der Perspektiven praxeologischer Analysen. Denn nur aus der Theaterperspektive entsteht die Fiktion einer Einheit und Geschlossenheit der sozialen Welt, die alles Ereignishafte, Kontingente, Beunruhigende ausblendet. Im Alltag kontinuierlich auftauchende Augenblicke des Aufbegehrens, der Störung und Beunruhigung, der Unterbrechung und der Kritik werden dagegen nur

aus dem *Gewimmel* der Praxis heraus als »Szenen des Dissenses« (Rancière 2009: 60) erkennbar. Allein eine Hinwendung zur Praxis ermöglicht es, dem einen Platz einzuräumen, was die üblichen soziologischen Ordnungsmodelle durchkreuzt, und deren Neigung vorzubeugen, in eine *self-fulfilling prophecy* umzuschlagen (Bröckling 2013). Soziologische Beschreibungen des Sozialen würden dann bereits in dem Sinne politisch werden, dass sie zur Sprache brächten, was diese Ordnungsmodelle aufgrund ihrer einseitigen analytischen Perspektive verschweigen.

Mit der von uns vorgeschlagenen Analytik lässt sich demgegenüber nicht nur die Reproduktion, sondern lassen sich auch die Transformation und die Subversion von Spielräumen der Fremd- und Selbstgestaltung thematisieren. In der Perspektive einer Soziologie der Kritik kann so danach gefragt werden, unter welchen Bedingungen, aufgrund welcher Befähigungen und wie Teilnehmer transformativ in den Verlauf einer Praktik eingreifen, sich selbstbewusst in und zu den Verhältnissen positionieren und verhalten, in denen sie sich (selbst) bilden, oder sich dem *Zugriff* einer Situation entziehen, um diese kritisch zu beurteilen – und damit als kritisch reflektierende Subjekte in Erscheinung treten. Indem wir Kritik als eine spezifische Weise der Transformation von Praktiken *in* der Praxis begreifen, binden wir sie nicht an normative Maßstäbe, die sich einem epistemologischen Außenstandpunkt verdanken. Vielmehr fragen wir, wie die Grenzen etablierter Ordnungen *von innen* heraus identifiziert, ausgedehnt und eventuell überschritten werden (Jaeggi 2014).

Die in der Praxis angelegte Bedingung dafür, dass etwas auf den Prüfstand der Kritik geraten kann, ist vor allem ihre Multiperspektivität: Jedes Handeln ist an einen bestimmten Standort gebunden, in der Folge ist auch jedes Erkennen unaufhebbar perspektivisch. Dabei ist nicht nur jede einzelne Praktik intern differenziert, sondern es besteht zudem auch eine externe Differenzierung zwischen den Praktiken verschiedener »sozialer Welten« (Clarke 1991). Die verschiedene Zeiten, Räume und Kontexte überspannende Identität eines in jeder Praktik als *bedingt autonom* in Erscheinung tretenden Subjekts formt sich gleichsam zwischen diesen disparaten Praktiken aus. Aufgrund der (Differenz-)Erfahrungen, die es in und zwischen den Praktiken macht, kann dieses Subjekt unter je empirisch zu bestimmenden Bedingungen Rechtfertigungsordnungen aus anderen sozialen Welten aufrufen, etwa um andere Sichtweisen zu kritisieren oder der eigenen Sichtweise Nachdruck, Plausibilität und Legitimität zu verleihen (Boltanski, Thévenot 2007). Gleichsam auf der Grenze zwischen diesen Welten mit ihren je eigenen Verweisungszusammenhängen von Dingen, Artefakten und Handlungen ergeben sich Möglichkeiten zur reflektierenden Distanznahme, Beurteilung und Bewertung des je Gegebenen.

Um diese Möglichkeiten empirisch erfassen zu können, bedarf es eines ethnografischen Aufspürens der kritischen Momente im sozialen Getriebe sowie jener »kritischen Kompetenzen« (Boltanski, Thévenot 2011), die Personen in ihrem »vielfachen Engagiertsein« (Thévenot 2011) entwickeln: Kritikfähigkeit artikuliert sich nicht nur in der *hohen* Sprache der Soziologie oder der Philosophie, sondern auch in den Praktiken des Alltags. In diesem Sinne ließen sich gezielt und systematisch historische Kontexte und Situationen ausfindig machen, in denen die implizite Normativität etablierter gesellschaftlicher Ordnungen sowie mit ihr korrespondierende Disziplinierungs-, Marginalisierungs- und Ausschließungseffekte durch praktische Kritik offengelegt werden und es zu einer (temporären) Überschreitung des Üblichen in Praktiken des (spielerischen) Experimentierens, der Konfrontation mit dem Ungewohnten, der (politischen) Kritik, der Verweigerung, der Unterbrechung oder des Ausstiegs kommt.

Das Anliegen einer »kritischen Soziologie der Kritik« (Lessenich 2014) bestünde mithin darin, die situativ gegebenen Möglichkeitsbedingungen von Kritik offen zu legen, um angesichts deren Gewordenheit praxeologisch nach alternativen Bedingungen der Möglichkeit für die Ausformung von Befähigungen zur Irritation, Kritik, Transformation und Überschreitung sozialer Ordnung fragen zu können. Das Konzept der ko-konstituierenden Subjektivierung gestattet es, so meinen wir, im Rahmen des von uns vorgeschlagenen systematischen Perspektivenwechsels eben solche Ausformungen einer transformativen Handlungsbefähigung in historisch wandelbaren sozialen Praktiken analytisch in den Blick zu bringen.

## Literatur

- Boltanski, L. 2010: Soziologie und Sozialkritik. Berlin: Suhrkamp.
- Boltanski, L., Thévenot, L. 2007: Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft, Hamburg: Hamburger Edition.
- Boltanski, L., Thévenot, L. 2011: Die Soziologie der kritischen Kompetenzen. In R. Diaz-Bone (Hg.), Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie. Frankfurt am Main: Campus, 43–68.
- Bourdieu, P. 1979: Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1999: Die Regeln der Kunst. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, U. 2013: Der Kopf der Leidenschaften. Leviathan, 41. Jg., 309–323.
- Brümmer, K. 2015: Mitspielfähigkeit. Sportliches Training als formative Praxis. Bielefeld: Transcript.
- Clarke, A. E. (1991): Social Worlds/Arenas Theory as Organizational Theory. In D. R. Maines (Hg.), Social Organization and Social Process. Essays in Honor of Anselm Strauss. New York: de Gruyter, 119–158.
- Elias, N. 1996: Was ist Soziologie? Weinheim: Juventa.
- Goffman, E. 2009: Interaktion im öffentlichen Raum. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heidegger, M. 1979: Sein und Zeit. Tübingen: Max Niemeyer.
- Hirschauer, S. 2008: Die Empiriegeladenheit von Theorien und der Erfindungsreichtum der Praxis. In S. Hirschauer, H. Kalthoff, G. Lindemann (Hg.), Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 165–187.
- Hörning, K. H. 2001: Experten des Alltags. Die Wiederentdeckung des praktischen Wissens. Weilerswist: Velbrück.
- Jaeggi, R. 2014: Kritik der Lebensformen. Berlin: Suhrkamp.
- Jullien, F. 1999: Über die Wirksamkeit. Berlin: Merve.
- Lave, J., Wenger, E. 1991: Situated Learning. Legitimate Peripheral Participation. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lessenich, S. 2014: Soziologie – Krise – Kritik. Zu einer kritischen Soziologie der Kritik. Soziologie, 43. Jg., 7–24.
- Massumi, B. 2010: Ontomacht. Kunst, Affekt und das Ereignis des Politischen. Berlin: Merve.
- Mead, G. H. 1995: Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nassehi, A. 2011: Gesellschaft der Gegenwarten. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nicolini, D. 2012: Practice Theory, Work & Organization. An Introduction. Oxford: Oxford University Press.
- Rancière, J. 2009: Der emanzipierte Zuschauer. Wien: Passagen.
- Reckwitz, A. 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. Zeitschrift für Soziologie, 32. Jg., 282–301.
- Rouse, K. 2007: Social Practices and Normativity. Philosophy of the Social Sciences, 37. Jg., 46–56.

- Schatzki, T. R. 2002: *The Site of the Social. A Philosophical Account of Social Life and Change*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.
- Scheffer, T. 2008: Zug um Zug und Schritt für Schritt. Annäherung an eine transsequentielle Analytik. In S. Hirschauer, H. Kalthoff, G. Lindemann (Hg.), *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 368–398.
- Schmidt, R. 2008: Stumme Weitergabe. Zur Praxeologie sozialisatorischer Vermittlungsprozesse. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 28. Jg., 121–136.
- Schmidt, R. 2012: *Soziologie der Praktiken. Konzeptionelle Studien und empirische Analysen*. Berlin: Suhrkamp.
- Shove, E., Pantzar, M., Watson, M. 2012: *The Dynamics of Social Practice. Everyday Life and How It Changes*. London: Sage.
- Stekeler-Weithofer, P. 2010: Explikation von Praxisformen. *Allgemeine Zeitschrift für Philosophie*, 35. Jg., 265–290.
- Thévenot, L. 2011: Die Person in ihrem vielfachen Engagiertsein. In R. Diaz-Bone (Hg.), *Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie*. Frankfurt am Main: Campus, 231–254.
- Warde, A. 2005: Consumption and the Theory of Practice. *Journal of Consumer Culture*, 5. Jg., 131–154.

# Forever Young?

## Die besondere Dynamik der Praxisformation des Rock und Pop

Anna Daniel, Frank Hillebrandt, Franka Schäfer

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Jenseits der Routine – Praxeologische Ansätze zur Analyse sozialer Dynamiken« – organisiert von Hannes Krämer und Hilmar Schäfer*

Die Praxisformation des Rock und Pop hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Gegenwartsgesellschaft und deren Alltagskulturen. Sie ist sowohl alltägliche Hintergrundmusik beim Autofahren, in der Werbung, bei Wahlkampfveranstaltungen etc., als auch Ausdruck eines Lebensgefühls, Verstärker von und Ventil für Emotionen zugleich. Dabei weist die Praxisformation des Rock und Pop eine ganz besondere Dynamik auf, setzt sie sich zwar recht beständig aus verschiedenen Praxisformen, wie etwa dem Singen und dem Spielen von Instrumenten, der Plattenaufnahme, dem Live-Konzert, der medialen Verbreitung der Musik, dem Fan- und Startum etc. zusammen, allerdings muss sie immer Neues hervorbringen, um praxisrelevant zu bleiben: Neben neuen Hits, neuen Stilrichtungen, neuen Stars, neuen Live-Ereignissen, neuen Remixes und Retrotrends sind in diesem Zusammenhang insbesondere auch die instrumentalen, technischen und medialen Neuerungen von entscheidender Bedeutung. In diesem Sinne eignet sich der Forschungsgegenstand Rock und Pop in besonderer Weise, um das Spannungsverhältnis zwischen relativer Stabilität sozialer Strukturen und ständiger Dynamik theoretisch auszuloten und methodologische Überlegungen hinsichtlich der empirischen Analyse der Vielschichtigkeit der materialen Praxis anzustellen, die die besondere Dynamik der Rock- und Popformation evoziert.

Zudem ist der Rock- und Popmusik in der soziologischen Forschung in den letzten Jahren nur wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden. Trotz des bedeutenden Stellenwerts, den sie im alltäglichen Leben einnimmt, ist weitgehend unklar, welche materiellen Voraussetzungen und situativen Ereignisse diese Entwicklung und damit die Selbstverständlichkeit, die den Praktiken des Rock und Pop inzwischen inhärent ist, ermöglicht haben. Zwar herrscht in der Forschung Einigkeit darüber, dass es sich bei der Formation des Rock und Pop um eine vergleichsweise junge Praxisformation handelt, welche sich erst in der Zeit der nachhaltigen Transformation der Ge-



sellschaft zwischen 1955 und 1975 als regelmäßige Vollzugwirklichkeit gebildet hat.<sup>1</sup> In der Soziologie gibt es jedoch derzeit nur wenig neuere Forschungen zur Entstehung und Genese des Rock und Pop. Die Forschungsarbeiten stammen meist aus den späten 1970er bzw. frühen 1980er Jahren, wie etwa das Buch *Rock-Soziologie* (1981) von Jochen Zimmer. Diese Arbeit ist wie auch die frühe Soziologie des Rock von Peter Wicke, die etwa in dem Buch *Rockmusik. Zur Ästhetik und Soziologie eines Massenmediums* (1987) Niederschlag findet, einseitig marxistisch geprägt und sieht im Anschluss an dafür wegweisende Arbeiten von Theodor W. Adorno zur populären Musik (siehe exemplarisch Adorno 2002) die Geschichte des Rock und Pop sehr eng als Epiphänomen der spätkapitalistischen Kulturindustrie oder, wie vor allem von Wicke betont wird, als Ausdruck des Widerstandes gegen die Unrechtsstrukturen des Kapitalismus. Ähnliches gilt auch für das einflussreiche soziologische Buch *The Sociology of Rock* (1978) von Simon Frith, der zudem zusammen mit Will Strawand und John Street ein erstes Kompendium des Rock und Pop (2001) herausgegeben hat. Hier und in der frühen Rock-Soziologie von Frith wird Rock und Pop, ähnlich wie bei Zimmer und Wicke, in eine Universalgeschichte der Kultur eingeordnet und somit in erster Linie als Ausdrucksform der kapitalistischen Kulturindustrie gesehen. Generell dominieren in der Forschung zu Rock und Pop Ansätze, die in erster Linie die Praktiken der Produktion von Rock und Pop in den Blick nehmen.<sup>2</sup>

Auch in der aktuellen Forschung zu Rock und Pop, die in den letzten Jahren im Rahmen der sogenannten Populärkulturforchung neuen Aufwind erhielt, wird der Fokus meist ausschließlich auf die Produktion von Rock- und Popmusik gelegt. Zudem stehen hierbei – nicht zuletzt aufgrund disziplinärer Interessensschwerpunkte – meist einzelne Teilaspekte, etwa die Genre- oder Medienkulturgeschichte (Büsser 2004; Faulstich 2010), die Klangtextur von Rock- und Popmusik (Phleps, von Appen 2003) oder die Geschichte des Konzepts Pop (Hecken 2009) im Zentrum des Interesses. Forschungsansätze, die gerade das vielfältige Zusammenspiel der unterschiedlichen Elemente und Dimensionen in den Blick nehmen<sup>3</sup>, sind in der gegenwärtigen Forschungslandschaft nach wie vor eine Ausnahme. Unseres Erachtens ist es aber insbesondere das praktische Zusammenwirken dieser Elemente der Praxis und deren Dynamik, die die besondere Faszination und Wirkkraft der Rock- und Popformation ausmachen. Aus diesem Grund dürfen die einzelnen Dimensionen der Praxis, aber auch die Praktiken der Produktion und Rezeption nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Diese Aspekte müssen vielmehr in ihrem vielfältigen Zusammenspiel analysiert werden, um Aufschluss über die besondere Qualität und Dynamik der Rock- und Popformation zu erhalten.

---

<sup>1</sup> Vgl. etwa Wicke 1987; Büsser 2004; Hecken 2009.

<sup>2</sup> Eine Ausnahme sind hier die Cultural Studies: Dieser Forschungsrichtung kommt in der Rock- und Popmusikforschung ohnehin ein Pionierstatus zu, befassen sich die Cultural Studies doch bereits seit ihrer Entstehung in den 1960er Jahren mit den Alltagspraktiken verschiedener populärer Subkulturen. Ihre zentrale Intention hierbei ist, nicht nur den Musikstars, sondern gerade auch den Fans eine aktive Leistung bei der Produktion populärer Kultur zuzusprechen. Entsprechend befassen sie sich mit den Rezeptions- und Interpretationspraktiken des Rock und Pop, die ihren Niederschlag nicht nur in der Freizeitgestaltung, sondern auch in der Körpersprache und dem Style finden, wie etwa Dick Hebdige in der wegweisenden Studie *Subculture. The Meaning of Style* (1979) herausgearbeitet hat. Die Cultural Studies betreiben jedoch in erster Linie Subkulturforchung und nehmen die Rock- und Popformation somit auch mit einem ganz spezifischen Erkenntnisinteresse in den Blick.

<sup>3</sup> Vgl. Jost 2012; Petras 2011.

## Forschungszugang

Im Einklang mit der einschlägigen Forschungsliteratur und ganz im Sinne der vom Poststrukturalismus vertretenen Diskontinuitätsthese gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, welche jüngst von Gumbrecht reformuliert wurde (2012), gehen wir davon aus, dass die Praxisformation des Rock und Pop erst in den letzten sechzig Jahren als neuer und einflussreicher Bereich der Gegenwartsgesellschaft entsteht und dass diese Praxisformation deshalb nicht in eine Universalgeschichte eingeordnet werden kann. Zwar gibt es auch vor 1950 schon populäre Musik und es gibt, wie die US-amerikanische Musikethnologie dezidiert nachzeichnet, Vorläufer des Rock etwa im Blues der US-amerikanischen Südstaaten oder im Jazz.<sup>4</sup> Der Take-off der Rockformation als wirkmächtige Praxisformation mit industriellen Merkmalen und überregionalen, ja weltweiten Praxiseffekten beginnt erst in den 1950er Jahren und setzt sich danach, also vor allem in den 1960er Jahren, mit einigen wenigen Unterbrechungen massiv durch.

Um die Praxisformation des Rock und Pop in ihrer Bedeutung für die Gegenwartsgesellschaft verstehen zu können, erweist es sich als sinnvoll, sie zunächst in Hinblick auf die Elemente zu untersuchen, die für ihre Entstehung und massive Ausbreitung von Bedeutung waren. In Anlehnung an Michel Foucaults Konzept einer »Geschichte der Gegenwart« (Foucault 1987)<sup>5</sup> sind wir der Ansicht, dass sich die strukturbildenden Wirkungen, die zu einer globalen Ausbreitung von Pop und Rock führten, nur in ihrer Konstituierung angemessen betrachten lassen. Hier treten die Elemente, die sich für die Entstehung und Reproduktion der Rock- und Popformation als konstitutiv erweisen, besonders sichtbar hervor. In diesem Sinne lautet die zentrale Frage zunächst: Was musste alles praktisch zusammenkommen und -wirken, damit die Rock- und Popformation entstehen und eine globale Wirkkraft entfalten konnte?

In einer am Begriff der Praxis ausgerichteten Kultursoziologie muss hierbei zunächst die multidimensionale Materialität der Praxis besondere Berücksichtigung erfahren.<sup>6</sup> Praxisformationen sind durch Praktiken erzeugte Versammlungen von unterschiedlichen diskursiven und materialen Elementen, mit Bruno Latour als Aktanten verstanden, die in ihrer spezifischen Assoziation eine übersituative Wirkung entfalten und Praktiken affizieren. Fragt man nach den konstitutiven Elementen der Praxisformation des Rock und Pop, lassen sich zunächst recht allgemein sieben Dimensionen der Praxis unterscheiden:

- die technischen und gegenständlichen Dimensionen, wie etwa die Instrumente, aber auch Ton-, Licht-, Verstärker- und Bühnentechnik,
- die sozialisierten Körper der Musikerinnen, der Zuhörerinnen, der Tontechnikerinnen, der Ordnerinnen, der Mitarbeiterinnen des Managements und der Plattenfirmen etc.,

<sup>4</sup> Vgl. hierzu vor allem die Beiträge in Burnim, Maultsby 2006.

<sup>5</sup> Vgl. auch Honneth, Saar 2008.

<sup>6</sup> Im Mittelpunkt der Praxisforschung steht bekanntlich die Frage, wie der physische Praxisvollzug erfasst werden kann. Nur auf diese Weise kann die zentrale, inzwischen nicht mehr hintergehbare Einsicht von Praxistheorien ernst genommen werden, dass der Vollzug der Praxis eine eigene Qualität hat, die sich mit den Mitteln bisheriger Sozialtheorien nicht angemessen erfassen lässt. Die Praktiken der Praxisformen und -formationen sind nämlich nicht nur Sprechakte (sayings), sondern eine Kombination aus Sprechakten, körperlichen Bewegungen (doings) und einer durch Assoziation zwischen sozialisierten Körpern und materiellen Artefakten ermöglichten Handhabung der Dinge (vgl. Schatzki 1996; Hillebrandt 2014; Reckwitz 2003).

- die medialen Elemente, die sich für das Zustandekommen dieser Ereignisse als konstitutiv erwiesen (Verbreitungs- und Rezeptionstechniken der Popmusik, Massenmedien etc.),
- die zeitliche, also zeithistorische Dimension,
- die räumliche Dimension,
- die Dimension der regionalen Besonderheiten,
- die diskursive und narrative Dimension, um die Ikonisierung dieser Ereignisse, bestimmter Stars oder Musikstile zu erforschen.

Durch die Analyse der Assoziationen dieser Elemente zu Praktiken und Praxisformen ergeben sich Aufschlüsse über die strukturbildenden Wirkungen der Praxisformation des Rock und Pop, es lässt sich aber auch der spezifischen Dynamik nachspüren, die für sie prägend ist.

Dies ist bisher eine große Forschungslücke im soziologischen Forschungsfeld. Denn zu einer an der Formation der Rock- und Poppraxis ausgerichteten Untersuchung gibt es bisher in der Soziologie kaum vielversprechende Vorarbeiten, sieht man einmal von den Überlegungen ab, die Lawrence Grossberg dazu bereits 1992 vorgelegt hat: Die »Rockformation« (Grossberg 2010: 129ff.) wird hier im Anschluss an Foucaults Begriff des Dispositivs als eine Artikulation einer diskreten Reihe von Ereignissen und Praktiken angesehen, die durch die spezifische Verkettung von Ereignissen und Praktiken eine neue Identität gewinnt, die zunächst einmal unabhängig von den sozialen (Ungleichheits-) Strukturen wirkt.<sup>7</sup> Trotz dieser zunächst sehr instruktiven Perspektive auf den Gegenstand kann die Studie Grossbergs nicht als Vorbild für unsere Forschung dienen. Sie dringt in der Beschreibung des Rock und Pop entgegen der Methoden der Cultural Studies, die Grossberg immerhin mitentwickelt hat, nicht ins Detail der Untersuchung von Konstitutionsprozessen vor und bleibt deshalb eigentümlich unvollständig, wenn es um die Beantwortung der zentralen Frage geht, wie die Praxisformation des Rock und Pop sich in den Jahren zwischen 1967 und 1973 irreversibel praktisch konstituiert hat. Umfassende Studien, die sich ganz in diesem Sinne jenseits der Diskursforschung und Kulturtheorie mittels einer durch Körpersoziologie und Akteur-Netzwerk-Theorie geschulten, praxissoziologischen Analyse mit der materialen Vollzugswirklichkeit der Praxisformation des Rock und Pop befassen, sind bisher kaum erfolgt.<sup>8</sup>

Um diese Forschungslücke zu schließen, muss zunächst ganz allgemein festgehalten werden, dass Rock- und Popmusik nicht aus dem Nichts entsteht. Sie knüpft immer an bereits etablierte Praxisformen wie etwa das Konzert, entsprechende Verwendung von Verbreitungsmedien etc. an. Durch technische Neuerungen wie etwa die E-Gitarre und eine passende Verstärkungstechnik kann sich das Konzert allerdings erst zu einer massentauglichen Veranstaltungsform des Rock entwickeln, die für die Genese der Rock- und Popformation von maßgeblicher Bedeutung ist. Dabei ist es gerade das Zusammenspiel bestimmter technischer Elemente und spezifischer Körper-Ding-Assoziationen, welche das Aufkommen und die massive Verbreitung der Praxisformation des Rock und Pop ermöglicht. Das Beispiel der E-Gitarre, die gleichsam für das Aufkommen der elektrisch verstärkten Rockmusik steht, ist hier besonders prägnant, weil an ihr die

---

<sup>7</sup> Vgl. hierzu auch Winter 2001: 301–325.

<sup>8</sup> Zu körpersoziologischen Studien vgl. Gugutzer 2006; Klein 2010; Pfeiffer 2010; Shildrick 2013, zur Akteur-Netzwerk-Theorie vgl. Latour 2007, 2008.

vielfältigen Assoziationen der unterschiedlichen materiellen Dimensionen der Praxis des Rock und Pop deutlich werden.<sup>9</sup>

Die zentrale Voraussetzung ist hierbei zunächst die Entwicklung und Verfügbarkeit der E-Gitarre selbst: Der amerikanische Unternehmer Leo Fender bringt mit dem Modell *Telecaster* 1950 die erste massengefertigte E-Gitarre auf den Markt, erzielt jedoch erst mit seiner 1954 herausgebrachten *Stratocaster*, die auch über einen Tremolohebel verfügt, eine nachhaltige und bis heute fortdauernde Wirkung auf die Genese von Rock- und Popmusik. Die E-Gitarre allein zeitigt jedoch nur geringe Praxiseffekte. Ohne die Entwicklung des Marshall-Verstärkers und der dazugehörenden Technik, der Kabel, Stecker, Boxen und Mikrophone hätte die E-Gitarre genauso wenig zum zentralen Lead-Instrument der aufkommenden Rockmusik werden können wie ohne einen menschlichen Körper, der über die Fertigkeit verfügt, die E-Gitarre zu spielen, und ohne eine entsprechende Hörsozialisation beim Publikum.<sup>10</sup> Nur in dieser spezifischen Körper-Ding-Assoziation kann die E-Gitarre ihre Wirkkraft für die Rock- und Popformation entfalten. Die zeithistorischen und räumlichen Dimensionen spielen hierbei ebenfalls eine zentrale Rolle: Ausschlaggebend für den Bedeutungsgewinn der E-Gitarre sind sowohl die Zusammenführung von britischem Beat und der amerikanischen Szene (Soul, Rock'n'Roll, Summer of Love), als auch die Entstehung einer neuen Jugendkultur, die sich durch das breite Wohlstandsniveau vor allem in den USA, aber auch etwas verspätet in Westeuropa in den 1950er und 1960er Jahren herausbildet und sich dezidiert als Gegenkultur begreift. Sie setzt sich sowohl kritisch mit den Lebensweisen und Umgangsformen der Elterngeneration als auch mit der internationalen Politik auseinander. Der Protest etwa gegen den Vietnamkrieg manifestiert sich dabei nicht nur in den kritischen Songtexten der 68er Generation, sondern gerade auch im Sound der E-Gitarre eines Jimi Hendrix, Pete Townshend, Eric Clapton oder Jimmy Page. Sie wird dadurch zum Symbol dieser Rebellion, so dass die bedeutenden Rock-Gitarristen, allen voran Jimi Hendrix, von der Jugendkultur des Protestes entsprechend glorifiziert werden.

Wichtige Voraussetzung für die Entstehung des neuen Sounds ist auch der Wandel der strukturellen Praxis der Musikindustrie Anfang der 1960er Jahre, welcher das Ende des Tin-Pan-Alley-Zeitalters einläutet und es den Künstlerinnen und Künstlern zunehmend ermöglicht, die eigenen Songs in den neu entstandenen Tonstudios selbst, also weitestgehend unabhängig von den Plattenfirmen aufzunehmen. Auch die Musikindustrie trägt selbstredend ihren Teil zur ständigen Hervorbringung neuer Stars und Klänge bei: Waren es bis in die 1950er Jahre zunächst Schauspielerinnen und Schauspieler wie James Dean oder Marilyn Monroe, die weltweit als Ikonen und Jugendidole gefeiert wurden, stilisiert man ab dieser Zeit auch zunehmend Sängerinnen und Sänger wie etwa Elvis Presley zu Superstars. Wichtig hierbei sind neben den musikalischen Fähig- und Fertigkeiten, die Kreation eines ganz eigenen Stils, der sich im Aussehen und Outfit (Elvistolle, legere Kleidung), aber auch in charakteristischen Praktiken, wie zum Beispiel dem legendären Hüftschwung von Elvis, niederschlägt. Der Manager von Elvis, Tom Parker, weiß diesen ganz eigenen Stil massenwirksam und in einem vorher nicht gekannten Maße zu ver-

---

<sup>9</sup> Vgl. zum Folgenden auch Hillebrandt (2015).

<sup>10</sup> Wie bedeutsam gerade Letzteres für die Geschichte des Rock und Pop ist, veranschaulicht der Auftritt von Bob Dylan beim New Port Festival 1965: Der Einsatz der E-Gitarre bei den letzten Liedern wurde vom Publikum mit Buhrufen bedacht. Auch wenn diese Abwehrhaltung dem spezifischen Purismus des Folkgenres geschuldet war, musste sich die E-Gitarre allgemein als Leadinstrument erst durchsetzen.

markten und macht Elvis auf diese Weise zum ersten Superstar der Rockgeschichte. Beispielhaft für das differenzierte Merchandising steht, dass er *neben I love Elvis* Buttons auch *I hate Elvis* Buttons drucken lässt.<sup>11</sup>

Für die Rezeption und Verbreitung der neuen Klänge des Rock und Pop sind zudem als Verbreitungsmedien neben der Vinylplatte, dem Radio, dem Kino, der Presse und dem Fernsehen auch die in den 1950er und 1960er Jahren in zunehmender Zahl erscheinenden Zeitschriften zur Rockmusik wie etwa der *New Musical Express* oder das *Rolling Stone Magazine* wichtige Aspekte. War zuvor in der gängigen Presse über die neue Jugendkultur häufig kritisch berichtet worden, entsteht hier eine Plattform, um neue Bands und Platten, aber auch besondere Ereignisse intensiv zu besprechen, wodurch die Rock- und Popformation auch diskursiv eine neue Dynamik erhält.<sup>12</sup>

Ausgehend von den USA und England konnte sich die Rock- und Popformation aufgrund dieses vielfältigen Ineinandergreifens der unterschiedlichen Dimensionen, Praxisformen und Elemente der Praxis über weite Teile der Welt ausbreiten. Grundlegend für eine praxisanalytische Perspektive ist hierbei die Annahme, dass derartige, von der Praxisforschung zu identifizierende Praxisformationen niemals zeitlos gegeben sind, sondern dass diese immer wieder aufs Neue von ereignishaften Praktiken materiell erzeugt werden müssen. Das heißt in den Plattenstudios, auf den Bühnen dieser Welt, in den Radio- und Fernsehshows, aber ebenso in den eigenen vier Wänden, Diskotheken etc. muss die Rock- und Popformation sich durch das Zusammenkommen der unterschiedlichen Elemente und Praktiken ständig neu vollziehen, um praxisrelevant und wirksam zu bleiben. Die Genese von Praxisformationen lässt sich folglich nur in actu als die situative Materialisierung von Praktiken verstehen.<sup>13</sup> Um in diesem Sinne die Entstehung und den Take-Off der Rock- und Popformation hinsichtlich ihrer konstitutiven Elemente und materiellen Dimensionen retrospektiv zu untersuchen, bieten sich prägende Ereignisse wie etwa das legendäre Monterey Pop Festival gegenüber Studioaufnahmen oder Radioshows in besonderer Weise an, lassen sich hier anhand des vielfältig vorhandenen Daten- und insbesondere Filmmaterials die konstitutiven Elemente auch in ihrem materiellen Vollzug untersuchen.

Hält man für die Reproduktion der Rock- und Popformation neben der Produktion des populären Rock die Rezeption der entsprechenden Musik für ebenso relevant oder geht sogar von fließenden Übergängen zwischen Rezeption und Produktion des Pop aus, zeichnen sich Ereignisse wie etwa Festivals auch aufgrund des Zusammenspiels von Publikum, Musikern und Musikerinnen als Untersuchungsgegenstände besonders aus. Über die Analyse entsprechender Ereignisse können die einzelnen Elemente der Formation des Rock und Pop nicht nur in ihrem praktischen Zusammenspiel und somit hinsichtlich der konstitutiven Relevanz für die Praxisformation untersucht werden. Zudem kann mit diesem ereigniszentrierenden Zugang die performative Dimension der Rock- und Popformation erfasst werden. Indem die vielfältigen Elemente in ihren Eigenschaften als sozialisierte Körper und historisch gewachsene Artefakte ernst

11 Zur beispiellosen Mythenbildung um Elvis siehe Doss (1999); Fiske (1999).

12 Der Diskurs über den neuen Sound der Jugend hat bereits mit dem Rock «n' Roll der 1950er Jahre auch über die Jugendkultur hinaus hohe Wellen geschlagen: Das Aussehen, das Auftreten und der Tanzstil etwa von Elvis Presley wurden als Bruch mit den gängigen Konventionen und als zunehmende Verderbtheit der Jugend gesehen. Dieses Bild wurde noch durch die bei den Konzerten der Rock-«n«-Roll-Bands nicht selten auftretenden Tumulte und Krawalle verschärft (vgl. Grotum 2014).

13 Vgl. Hillebrandt 2012: 7.

genommen werden, können auch Rückschlüsse auf den Prozess der Verkettung dieser Ereignisse zur Praxisformation des Rock und Pop gezogen werden.

Auf der Grundlage der Identifikation und Erforschung der konstitutiven Elemente und Praktiken der Formation des Rock und Pop ergibt sich aus der praxisanalytischen Forschungsanlage das Ziel, gerade auch das Spannungsverhältnis zwischen strukturbildenden Wirkungen und stetiger Neuformierung des Rock und Pop zu erforschen. Diese Praxisformation muss sich nicht nur stets neu ereignen, sondern auch ständig erneuern, um praxisrelevant und wirksam zu bleiben. Es müssen nicht nur ständig Live-Acts veranstaltet und die Hits im Radio, auf dem heimischen Plattenspieler, in den Clubs und Bars gespielt werden, sondern es müssen immer auch performativ neue Stars, Musikstile und Fankulturen entstehen, neue Platten veröffentlicht und technische und mediale Neuerungen entwickelt und auf den Markt gebracht werden. In diesem Sinne ist die Praxisformation neben relativ beharrlichen Elementen und Praxisformen (E-Gitarre, Festivals, Tonstudios und andere) durch eine ständige Dynamik geprägt, und tatsächlich evozieren wohl gerade die Brüche und die stetigen Neuformierungen von Rock- und Popmusik die große Wirkkraft und Persistenz dieser Praxisformation.<sup>14</sup>

Durch die Einnahme einer komparativen Perspektive, etwa zwischen der Entstehungsphase und dem gegenwärtigen Erscheinungsbild des Rock und Pop, wird es möglich zu analysieren, welche Elemente und Praxisformen sich langfristig als konstitutiv erweisen, wie sich die besondere Qualität und Symbolkraft einzelner Ereignisse in Anschlusspraktiken manifestieren, durch welche technischen und medialen Neuerungen sich die Praxisformation wandelt und welche subversiven Elemente hier zum Einsatz kommen. Da es im Rock und Pop also nicht nur um eine einfache Reproduktion, sondern um einen ständigen Wandel der die Praxisformation bestimmenden Symbole, Stile, Verkörperungen und performativen Ausdrucksformen geht, ist es sinnvoll, unterschiedliche Phasen der Praxisformation des Rock und Pop zu vergleichen. Die Vergleichsperspektive ist dabei bereits durch den analogen Zugang über die unterschiedlichen Dimensionen der Praxis gewährleistet, wenn beispielsweise die körperliche Dimension und Assoziation mit Dingen zu unterschiedlichen historischen Zeitpunkten analysiert wird. Anhand eines Vergleichs zweier Formierungsphasen lässt sich analysieren, welche Elemente und Praxisformen sich als relativ stabil erweisen, welche in besonderer Weise einem Wandel unterliegen und inwiefern auch die routinierten Praktiken des Rock und Pop durch eine ständige Veränderungsdynamik geprägt sind. Auf diese Weise können zum Beispiel auch die ständigen Distinktionspraktiken analysiert werden, durch welche in Abgrenzung zu dem Bestehenden immerwährend neue Stilelemente in der Praxisformation des Rock und Pop hervorgebracht werden, ohne dass dies in irgendeiner Weise vorhersehbar wäre.

Gerade über die vergleichende Analyse der verschiedenen Elemente und Dimensionen mit Blick auf ihre Bedeutung für die Konstitution und dynamische Reproduktion der Rock- und Popformation lässt sich von den einzelnen Formierungsphasen abstrahierend ein dichtes Bild der Routinen und Dynamiken dieser Praxisformation zeichnen. Neben der Generierung von Erkenntnissen über die Entstehung und Transformation des Rock und Pop liegen die sekundären Ziele einer solchen Untersuchung in der forschenden Erweiterung einer Soziologie der Praxis, um diese für die Fassung von historischen Wandlungsprozessen fruchtbar zu machen. Über

---

<sup>14</sup> Vgl. Hillebrandt 2012; Jacke 2006: 118.

eine solche Analyse kann außerdem die häufig konstatierte Engführung der Praxistheorie auf Routinen überwunden werden, wird doch gerade das Spannungsverhältnis zwischen etablierten Praxisformen und deren Brüchen und Neuformierungen ins Zentrum gestellt. Darüber hinaus bietet sich mit dem hier vorgestellten Forschungsdesign neben einer weiteren Systematisierung der Praxistheorie auch die bisher vernachlässigte Möglichkeit, die Methodendiskussion einer Soziologie der Praxis voranzutreiben<sup>15</sup> und am Beispiel der Praxisformation des Rock und Pop das methodische Repertoire qualitativer Forschung praxissoziologisch auszuformulieren und zu erweitern.<sup>16</sup> Wie dem materiellen Praxisvollzug der Rock- und Popformation methodisch beizukommen ist, soll abschließend zumindest noch angerissen werden.

## Methodisches Vorgehen

Der globalen Fluktuation und Ausbreitung der Praxisformation des Rock und Pop wird unseres Erachtens eine Multi-Sited-Ethnography auf besondere Weise gerecht (Marcus 1998): Diese greift nicht wie die klassische Ethnographie auf die teilnehmende Beobachtung als zentrale Erhebungsmethode zurück, sondern folgt den Untersuchungsgegenständen mittels unterschiedlicher Erhebungsmethoden durch Raum und Zeit (vgl. Falzon 2009: 4). Mit diesem Verfahren gewährleisten wir die dem Forschungsgegenstand geschuldete Flexibilität gegenüber audiovisuellen, textförmigen, fotografischen, dinglichen und körperlichen Materialien, auf welche man bei der Untersuchung des Rock und Pop etwa durch das Folgen der Artefakte trifft. Die Multi-Sited-Ethnography ist also unter anderem aufgrund ihrer dem Gegenstand angepassten Methodenauswahl ein prädestinierter Analyserahmen für die Soziologie der Praxis, welche die Formation des Rock und Pop retrospektiv erforscht.

Die historisch ansetzende Analyse des Rock und Pop ist zwangsläufig auf archivarische Dokumentation und narrative Berichte von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen angewiesen, um Praktiken in ihrem historischen Vollzug zu identifizieren. Insbesondere filmisches Datenmaterial eignet sich, Praktiken retrospektiv zu analysieren. Zentral für eine solche Analyse sind also zunächst die audiovisuellen Dokumentationen der Formierungsphase, welche mittels einer praxissoziologisch erweiterten Filmanalyse untersucht werden können (Korte 2004). Hierbei muss der Fokus zum einen auf den konstituierenden Dimensionen der Praxis und deren Assoziationen liegen. Natürlich muss aber zum anderen auch das Zustandekommen des Films und dessen Rezeption zum Analysegegenstand gemacht werden, handelt es sich bei der filmischen Dokumentation doch um eine ganz bestimmte Repräsentation eines Ereignisses. Es ist deswegen nicht nur notwendig, weiteres Datenmaterial zur Analyse hinzuzunehmen, die Dokumentationen müssen auch mit den praktischen Ereignissen, ihrer sozialhistorischen Eingebundenheit und der Rezeptionsgeschichte der Filme in Beziehung gesetzt werden. Somit kann die praxissoziologische Analyse mit medienanalytischen und wirkungsgeschichtlichen Aspekten in Zusammenhang gestellt werden, was es erlaubt, auch die ikonisierende Wirkung der Filme zu berücksichtigen.

---

<sup>15</sup> Vgl. hierzu Schäfer et al. 2015.

<sup>16</sup> Vgl. ausführlich Schäfer, Daniel 2015.

Da Film- und Ereignisanalyse nicht ineinander aufgehen, bedarf es eines weiteren Erhebungsinstrumentes, um die Relevanz des untersuchten Ereignisses für die Praxisformation zu erschließen. Denn im Ereignis wirken sehr viel mehr Aspekte zusammen, als es ein Dokumentarfilm ausdrücken kann. Um dieses Zusammenspiel – übrigens auch zwischen Dokumentarfilm und Ereignis – weiter zu erhellen, erweist sich Adele Clarkes Methode der Situationsanalyse (2005) als besonders fruchtbar: Neben der rein physischen Praxis nehmen wir zusätzlich die in herkömmlichen Praxisforschungen vernachlässigte narrative und diskursive Dimension der Praxisformation des Rock und Pop in den Blick und evaluieren die an einer spezifischen Situation beteiligten Akteure, nichtmenschliche Elemente wie etwa Technik-Komplexe oder mediale Artefakte, Diskurse, historische und bildliche Dokumente und deren Relation zueinander, um die relevanten Elemente der Pop- und Rockpraxis aufzuschlüsseln. Um den gesamten Forschungsprozess dokumentarisch zu begleiten, werden im Forschungsdesign Clarkes drei unterschiedliche Formen von Karten (»maps«) angefertigt, die aufeinander aufbauend erstens die relevanten Elemente einer Situation identifizieren, zweitens die Beziehungen zwischen den Positionen der Elemente bestimmen, um schließlich drittens die Elemente über die Ereignisebene hinaus in Bezug zur Praxisformation zu stellen (Clarke 2005: 83f). Die Methode des prozessualen Mappings versteht sich dabei als ein methodologisch der Praxisforschung zuträgliches Instrument, muss jedoch noch mit weiteren Methoden kombiniert werden. Den durch Film- und Situationsanalyse identifizierten zentralen Elementen der Praxisformation, wie zum Beispiel wegweisenden Verstärkungstechniken, aber auch konstitutiven Körper-Ding-Assoziationen, wird darüber hinaus auch mittels einer praxissoziologisch gewendeten Artefaktanalyse (Lueger 2000: 140, 157) gefolgt.

Zudem darf in dem ganzen Forschungsprozess nicht vergessen werden, dass es sich bei den unterschiedlichen Arbeitsschritten um Praktiken der Erkenntnisproduktion handelt und diese entsprechend reflexiv zu begleiten sind.<sup>17</sup>

## Literatur

- Adorno, T. W. 2002: On Popular Music (1949). In T. W. Adorno, *Essays on Music*. Berkley: University of California Press, 437–469.
- Burnim, M. V., Maultsby, P. K. (Hg.) 2006: *African American Music. An Introduction*. New York, London: Routledge.
- Büsser, M. 2004: *On the Wild Side. Die wahre Geschichte der Popmusik*. Darmstadt: eva.
- Clarke, A. E. 2005: *Situational Analysis. Grounded Theory After the Postmodern Turn*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Daniel, A., Schäfer, F. 2015: Methodische Herausforderungen am Beispiel einer Soziologie der Praxisformation des Rock und Pop. In F. Schäfer, A. Daniel, F. Hillebrandt (Hg.), *Methoden einer Soziologie der Praxis*. Bielefeld: transcript. 289–313.
- Doss, E. 1999: *Elvis Culture. Fans, Faith & Image*. Lawrence: University Press of Kansas.
- Falzon, M.-A. 2009: *Multi-sited ethnography. Theory, praxis and locality in contemporary research*. Aldershot: Ashgate .

<sup>17</sup> Vgl. Daniel, Schäfer 2015.



- Faulstich, W. (Hg.) 2010: Die Kultur der 90er Jahre. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Fiske, J. 1999: Elvis. Body of Knowledge. Offizielle und populäre Form des Wissens um Elvis Presley. In K. H. Hörning, R. Winter (Hg.), Widerspenstige Kulturen. Cultural Studies als Herausforderung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 339–778.
- Foucault, M. 1987: Nietzsche, die Genealogie, die Historie. In M. Foucault, Von der Subversion des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 69–90.
- Frith, S. 1978: The Sociology of Rock. London: Constable.
- Frith, S.; Straw, W.; Street, J. (Hg.) 2001: The Cambridge Companion to Pop and Rock. Cambridge: Cambridge University Press.
- Grossberg, L. 2010: We gotta get out of this place. Rock, die Konservativen und die Postmoderne. Wien: Löcker.
- Grotum, T. 2014: Die Bill-Haley-Tournee 1958. »Rock«n'Roll Panic« in der Bundesrepublik Deutschland. In B. Mrozek, A. Geisthövel, J. Danyel (Hg.), Popgeschichte Band 2: Zeithistorische Fallstudien 1958–1988. Bielefeld: transcript.
- Gugutzer, R. 2006: Body Turn. Perspektiven der Soziologie des Körpers und des Sports. Bielefeld: transcript.
- Gumbrecht, H. U. 2012: Nach 1945. Latenz als Ursprung der Gegenwart. Berlin: Suhrkamp.
- Hebdige, D. 1979: Subculture. The Meaning of Style. London and New York: Routledge.
- Hecken, T. 2009: Pop. Geschichte eines Konzepts 1955–2009. Bielefeld: transcript.
- Hillebrandt, F. 2012: Poststrukturalistischer Materialismus. Neue Wege zu einer Soziologie der Praxis, Manuskript zur Antrittsvorlesung an der Fern-Universität in Hagen am 21.11.2012 <http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/presse/medieninformationen/hillebrandt-antrittsvorlesung-manuskript.pdf> (Stand 29.05.2015).
- Hillebrandt, F. 2014: Soziologische Praxistheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Hillebrandt, F. 2015: Electric Soundland. Die E-Gitarre in der Revolte. In J. Reuter, O. Berli (Hg.), Dinge befremden. Essays zu materieller Kultur. Wiesbaden: Springer VS (im Erscheinen).
- Honneth, A., Saar, M. 2008: Geschichte der Gegenwart. Michel Foucaults Philosophie der Kritik. In A. Honneth, M. Saar (Hg.), Michel Foucault – Die Hauptwerke. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1651–1682.
- Jacke, C. 2006: Popmusik als Seismograph - Über den Nutzen wissenschaftlicher Beobachtung von Pop. In C. Jacke, E. Kimminich, S. J. Schmidt, (Hg.), Kulturschutt. Über das Recycling von Theorien und Kulturen. Bielefeld: transcript, 114–123.
- Jost, C. 2012: Musik, Medien und Verkörperung. Transdisziplinäre Analyse populärer Musik. Baden-Baden: Nomos.
- Klein, G. 2010: Soziologie des Körpers. In G. Kneer, M. Schroer (Hg.): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag, 457–473.
- Korte, H. 2004: Eine Einführung in die systematische Filmanalyse. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Latour, B. 2007: Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 2008: Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lueger, M. 2000: Grundlagen qualitativer Forschung. Wien: WUV Universitätsverlag.
- Marcus, G. E. 1998: Ethnography through Thick and Thin, Princeton: Princeton University Press.
- Petras, O. 2011: Wie Popmusik bedeutet. Eine synchrone Beschreibung popmusikalischer Zeichenverwendung. Bielefeld: transcript.
- Pfeiffer, S. 2010: Leib und Stoff als Quelle sozialer Ordnung. In W. Böhle (Hg.), Die Körperlichkeit sozialen Handelns. Bielefeld: transcript, 129–161.
- Phleps, T., Appen, R. v. 2003: Pop Sounds. Klangtexturen in der Pop und Rockmusik, Bielefeld.
- Reckwitz, A. 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie 32, 282–301
- Schäfer, F., Daniel, A., Hillebrandt, F. (Hg.) 2015: Methoden einer Soziologie der Praxis. Bielefeld: transcript.

- 
- Schäfer, F., Daniel, A. 2015: Zur Notwendigkeit einer praxissoziologischen Methodendiskussion. In F. Schäfer, A. Daniel, F. Hillebrandt (Hg.), *Methoden einer Soziologie der Praxis*. Bielefeld: transcript. 37–53.
- Schatzki, T. R. 1996: *Social Practices. A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the Social*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schildrick, M. 2013: Re-imagining Embodiment: Prostheses, Supplements and Boundaries. *Somatechnics*, 3. Jg, Heft 2, 270–286.
- Wicke, P. 1987: *Rockmusik. Zur Ästhetik und Soziologie eines Massenmediums*. Leipzig: Reclam
- Winter, R. 2001: *Die Kunst des Eigensinns. Cultural Studies als Kritik der Macht*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft .
- Zimmer, J. 1981: *Rock-Soziologie. Theorie und Sozialgeschichte der Rock-Musik*. Hamburg: VSA (Erstausgabe unter dem Titel: *Popmusik – zur Theorie und Sozialgeschichte*).

# Dynamik und Statik von Praktiken

Larissa Schindler

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Jenseits der Routine – Praxeologische Ansätze zur Analyse sozialer Dynamiken« – organisiert von Hannes Krämer und Hilmar Schäfer*

Die Praxistheorien stehen im Ruf, die Reproduktion sozialer Verhältnisse analytisch zu präferieren.<sup>1</sup> Wichtige Theoretiker, die inzwischen zum losen Bündel der Praxistheorien gezählt werden, haben sich schließlich mit der Reproduktion sozialer Verhältnisse beschäftigt: Pierre Bourdieu etwa zeigte in verschiedenen Studien, dass die ökonomischen Verhältnisse durch eine kulturelle Ordnung abgesichert werden, die den Wechsel zwischen sozialen Schichten erschwert. Harold Garfinkel interessierte sich dafür, wie die soziale Ordnung im situativen Vollzug lokaler Praktiken ständig hervorgebracht wird. Erving Goffman beschrieb die Interaktionsordnung als Ort an dem soziale Verhältnisse verhandelt und reproduziert werden. Gleichzeitig aber würde kein/-e Vertreter/-in der Praxistheorien bestreiten, dass Praktiken sich verändern und dass es sozialen Wandel gibt. Mehr oder weniger deutlich finden sich bei ihnen auch Hinweise zur Instabilität der Praxis (dazu ausführlich Schäfer 2013). So betont etwa Bourdieu (2001: 204), der Begriff des Habitus sei ein »Instrument [...], Missverhältnissen zwischen objektiven Strukturen und einverleibten Strukturen [...] gerecht zu werden.«<sup>2</sup>

Wie lässt sich diese Ambivalenz also auflösen? Wie treten sowohl Dynamik als auch Statik in sozialen Praktiken auf, und wie verschränken sie sich? Diese Frage stellt theoretisch vor eine Herausforderung, weil sie zunächst einmal gegensätzliche Phänomene in den Blick zu nehmen sucht. Hilmar Schäfer (2013) hat in einer ausführlichen Studie verschiedener Theoretiker vorgeschlagen, das zentrale Konzept der »Routine« durch »Wiederholung« zu ersetzen, um beide Momente konzipierbar zu machen. Ist die Frage schon theoretisch von hoher Relevanz, so

---

1 Davide Nicolini (2013: 226) vertritt diese Haltung explizit: »Therefore, the question for organizational scholars should not be 'do practices change?' Instead, the question is the opposite – 'through which mechanisms does practice achieve durability in time?«

2 An anderer Stelle formuliert Bourdieu (1992: 196) in einer Nebenbemerkung: »Gegenstand der Geschichte ist die Geschichte dieser Transformationen der Struktur, die sich allein von der Kenntnis der früheren Verfassung der Struktur aus verstehen lassen (was bedeutet, daß der Gegensatz von Struktur und Wandel, Statik und Dynamik vollkommen fiktiv ist und daß der Wandel sich anders als von der Kenntnis der Struktur her nicht begreifen lässt)«. Auch hier wird deutlich, dass er – zumindest theoretisch – sowohl Statik als auch Dynamik konzipiert.

scheint sie empirisch geradezu unumgebar. Beide Phänomene – gegensätzlich hin oder her – sind schließlich empirisch vorzufinden – oft sogar in ein und derselben Praktik. Es liegt also nahe, mit empirischen Fragen anzusetzen: Wie wird das Dilemma im Alltag gelöst? Wie kann die »Logik der Praxis« (Bourdieu 1993: 147ff.) sowohl Statik als auch Dynamik beinhalten und hervorbringen? Ich greife diese Fragestellung anhand von empirischem Material aus einer laufenden, ethnografischen Studie zu Flugreisen auf. Die Darstellung meiner empirisch basierten Überlegungen erfolgt in zwei Schritten: Zunächst gehe ich (Abschnitt 1) auf den empirischen Fall der Flugreise ein. Daran anschließend (Abschnitt 2) stelle ich Auszüge aus dem empirischen Material vor. Für diesen Beitrag beziehe ich mich auf Artefakte aus dem Feld (Flugtickets), Protokolle aus teilnehmenden Beobachtungen von Flugreisen und »Logbücher«, das sind kurze Beschreibungen von Flugreisen, die verschiedene Menschen für mich verfasst haben. An diesem empirischen Material diskutiere ich die Frage von Statik und Dynamik, und wie die beiden empirisch zusammen hängen. Auf Basis dieser empiriegeleiteten Analysen komme ich zu dem Schluss, dass Dynamik kein einheitliches, sondern ein variationsreiches Phänomen mit Effekten unterschiedlicher Tragweite ist.

## Die Flugreise

Die folgenden Ausschnitte stammen aus einer laufenden ethnografischen Studie über die kulturelle Praxis der Flugreise. Zwei analytische Linien kennzeichnen die Studie:

Erstens will sie Flugreisen nicht auf die Phase des Fluges beschränkt beschreiben, sondern als eine Kette unterschiedlicher Mobilitätsformen darstellen. Die Studie schließt damit einerseits theoretisch und methodisch an die »Mobility Studies« (zentral dazu: Büscher et al. 2010; Sheller, Urry 2006; Urry 2007) an, weil sie Mobilität, anders als die Transportgeografie, als kulturelle Praxis beschreibt, nicht als tote Zeit (dazu z.B. Vannini 2010). Andererseits setzt sie einen leicht veränderten Fokus, weil sie nicht, wie das in den Mobility Studies häufig geschieht, auf einzelne Mobilitätsformen abhebt, etwa Auto- oder Zugfahren (z.B. Cidell 2012; Sheller 2004). Meine Studie zur Flugreise beginnt vielmehr mit der Feststellung, dass Mobilitätsformen im urbanen Alltag sehr oft ineinander greifen: Ich gehe zum Bus, der mich zum Bahnhof bringt, usw. Dieses Charakteristikum ist bei Flugreisen besonders deutlich ausgeprägt. Es geht mir deshalb in der Studie zu Flugreisen erstens darum zu verstehen, wie unterschiedliche Mobilitätsformen aneinander anschließen und ineinander übergehen.

Zweitens geht es um die körperliche Dimension solcher Reisen. Dies schließt an meine Studien zur Vermittlung von praktischem Wissen in einem Kampfkunsttraining an (z.B. Schindler 2011, 2015). Findet sich hier und allgemein im Bereich des Sports und des Tanzes das systematische Trainieren einer spezifischen Bewegungsfähigkeit von Körpern, so findet sich im Bereich öffentlicher Verkehrsmittel häufig ein systematisches Stillstellen von Körpern, um sie zu einer transportablen Masse zu machen. Auch dafür sind – wie Michel Foucault ausführlich darstellt

(Foucault 1977) – spezifische Fertigkeiten der Körper von Nöten, die nicht immer vollständig gelingen (Alkemeyer, Michaeler 2013; Alkemeyer, Villa 2010).<sup>3</sup>

Für die Frage nach Statik und Dynamik von Praktiken ist die Flugreise ein erkenntnisversprechender Gegenstand, weil hier sowohl eine starke Standardisierung als auch schnelle technische Veränderungen gleichermaßen vorzufinden sind:

Einerseits wirken Flugreisen in großen Teilen der Welt, vor allem in den Ländern des wirtschaftlichen Zentrums, sehr ähnlich, zumindest wesentlich kohärenter als viele andere Bereiche des Verkehrssystems. Das Organisieren von Menschenströmen und das Abfertigen von Passagieren wird im Großen und Ganzen relativ ähnlich gehandhabt und durch Piktogramme geleitet, sodass wir uns auch auf fremden Flughäfen normalerweise sehr schnell zurecht finden. Komplizierter ist meistens schon der Weg vom Flughafen zum Zielort: Welche öffentlichen Verkehrsmittel stehen zur Verfügung? Wie werden sie bezahlt? Wie finde ich die für mich günstigste Lösung. Diese Fragen müssen immer wieder neu geklärt werden, sodass im Rahmen einer Flugreise die Statik der standardisierten, routinefreundlichen Praxis und die dynamischen Anforderungen unbekannter Verkehrssysteme ineinander greifen.

Andererseits sind gerade Flughäfen und ihre Infrastruktur Orte ständiger technischer Erneuerung und setzen dabei auch die – ohnehin relativ dynamische, aber durch Standardisierung relativ gut bekannte – soziale Organisation des Geschehens häufigen Veränderungen aus. Aber auch abgesehen von diesen technisch bedingten Veränderungen der sozialen Organisation ist der Flughafen ein Ort des Umstiegs von der Infrastruktur am Boden auf die Infrastruktur der Luftfahrt. Vor allem auf den großen Flughäfen muss dabei ein, im Vergleich zur sonst gängigen urbanen Mobilität, langer Weg zurückgelegt werden. Zwischen Check in, Sicherheits- und Passkontrolle sowie Boarding bestehen je nach Flughafen längere oder kürzere Fußwege, sie beinhalten aber immer das Abarbeiten einer ganzen Reihe von Aufgaben, ohne die die Flugreise nicht angetreten werden kann. Flughäfen sind deshalb Orte eines ausgedehnten Stop-and-Go Geschehens, im Zuge dessen die Reisenden peu a peu zu Flugpassagieren werden. In der Erwartbarkeit schaffenden, Standardisierung des Flugverkehrs und der Dynamik der Organisation des Passagierflusses sowie der ständigen technischen Erneuerungen greifen am Flughafen Statik und Dynamik ständig ineinander. Ich möchte dieses Ineinandergreifen im Folgenden mithilfe von drei Ausschnitten aus dem empirischen Material diskutieren.

## Dynamik und Statik

Das empirische Material stammt, wie in der Einleitung erwähnt, aus einer laufenden ethnografischen Studie zur Praxis der Flugreise. Ich habe dafür teilnehmende Beobachtungen auf Kurz-, Mittel- und Langstreckenflügen durchgeführt, Interviews mit Reisenden und Bediensteten geführt, diverse Dokumente und Artefakte aus dem Feld gesammelt und Menschen gebeten, so-

---

<sup>3</sup> Ein Beispiel für solche spezifischen Fertigkeiten der Körper findet sich in Stefan Hirschauers (1999) Studie zum Fahrstuhlfahren. Sie beschäftigt sich mit der komplexen Aufgabe der Körper, in dieser Situation trotz der räumlichen Enge sozialen Kontakt zu vermeiden dabei die – für moderne Städte übliche – Fremdheit aufrecht zu erhalten.

genannte »Logbücher« für mich zu verfassen. Dabei handelt es sich um Flugbeschreibungen, die während oder kurz nach einer Flugreise verfasst wurden. Sie gestatten zum einen einen relativ zeitnahen Zugang zum Geschehen; zum anderen ermöglichen sie es, eine perspektivenreiche Darstellung auch jener Passagen der Flugreise zu leisten, die – wie vor allem die Sicherheitskontrollen (Pütz 2012: 159ff.) – empirischer Forschung nur sehr bedingt zugänglich sind. Logbücher bilden in gewisser Weise ein Genre zwischen Protokollen und Interviews. Anders als Protokolle werden sie nicht von der Ethnografin verfasst und orientieren sich normalerweise relativ stark am Erleben der eigenen Reise. Wie Protokolle sind sie jedoch sehr nahe am Geschehen, oft in Ko-Präsenz verfasst und sind deshalb auch in ihren Schilderungen oft sehr detailliert an dem Verlauf der Flugreise orientiert. Sie können so auch Momente erfassen, die in einem Interview wegen des zeitlichen Abstands vielleicht nicht zur Sprache gekommen wären. Man kann sie vielleicht als eine Art »Crowd Ethnography« verstehen, weil mehrere Menschen quasi-ethnografisch schreiben. Umgekehrt sind sie in ihrer Orientierung an den eigenen Erlebnissen Interviews durchaus ähnlich, sie sind aber durch die zeitliche Nähe oft noch nicht so klar in eine rekonstruktive Form gegossen. In manchen Fällen wirken sie dementsprechend weniger stark interpretativ geschlossen als es Erzählungen oft sind.

Kommen wir nun zur Analyse empirischer Daten. Betrachten wir dazu zunächst ein typisches Artefakt im Zusammenhang mit Flugreisen: das Ticket. Hier finden wir deutliche Veränderungen in den letzten Jahrzehnten: Bis in die 1980er-Jahre hinein waren Tickets hand-beschriftete Formulare, die in einem Reisebüro oder bei der Fluglinie ausgestellt wurden. Sie mussten bis zum Abflugtag so gut verwahrt werden, dass sie dann leicht gefunden werden konnten und am Flughafen zur Hand waren. In der Praxis des Fliegens hatten sie so fast den Status offizieller Dokumente. Ein Verlust des Tickets muss erhebliche Schwierigkeiten mit sich gebracht haben. Nach und nach wurden sie mit Schreibmaschinen und Computern ausgestellt und bekamen zunächst einen Magnetstreifen, in dem die wesentlichen Informationen gespeichert wurden. Dieser wurde später sukzessive durch Strichcodes ersetzt. Das Papierticket selbst diente so mehr zur Information der Fluggäste, die zentrale Information wurde (im Strichcode gespeichert) durch eine Verknüpfung mit technischen Systemen kontrollierbar. Zumindest theoretisch konnte ein verlorenes Ticket jederzeit neu ausgestellt werden. Inzwischen sind selbst erstellte Ausdrücke des elektronischen Tickets gängig. Es kann theoretisch unzählige Kopien davon geben, solange die Identität des Fluggastes sichergestellt werden kann, ist die Menge der Ausdrücke jedoch unerheblich.

In den letzten Jahren kommen zudem Handytickets zum Einsatz. Sie bestehen primär aus einem visuellen Code (Aztec-Code), der digital gelesen wird. Die Veränderungen, die mit diesem neuen Typ Ticket einhergehen lassen besonders deutlich erkennen, was für die anderen Tickettypen ebenso galt: Tickets sind in eine Kette weiterer Artefakte eingebunden. Verändert sich etwas an der Form des Tickets, so verändert sich auch die Infrastruktur und die Interaktionspraxis: Handytickets etwa fügen dem Geschehen nicht einfach nur eine weiterentwickelte Version des Tickets hinzu, sondern integrieren auch Artefakte in den Ablauf einer Flugreise, die zuvor nicht beteiligt waren: Mobiltelefone, Code-Lesegeräte, mobile Akkus usw. Gleichzeitig produzieren sie spezifische Probleme, die mit diesen Artefakten verbunden sind. Ein leerer Akku oder unzureichende Kenntnis der entsprechenden Software des Mobiltelefons können Schwierigkeiten produzieren. Eines dieser spezifischen Probleme liegt im Entschlüsseln des Codes: Wie weiß ich nun, wo ich sitze? Die verschiedenen technischen Umsetzungen stellen für dieses Problem

unterschiedliche Lösungen bereit. Manche stellen die entsprechenden Informationen unter dem Aztec-Code in gut lesbarer Form zur Verfügung; andere enthalten unter dem Code einige Ziffern, die unter anderem den Sitzplatz und die Flugnummer darstellen. Die Integration neuer technischer Geräte produziert schließlich eine Differenz zwischen den Flughäfen: Nicht alle Flughäfen sind mit den entsprechenden Lesegeräten ausgestattet, sodass man nicht bei allen Flügen auf diese Ticketvariante zurückgreifen kann.<sup>4</sup> Obwohl die Praxis des Fliegens – will man an ihr teilnehmen und dafür ein Flugzeug betreten – seit Jahrzehnten statisch auf einem Ticket beharrt; verändert sich gleichzeitig die materielle Form des Tickets, die Interaktionspraxis rund um das Ticket und die Infrastruktur der Flughäfen.<sup>5</sup>

Die Verschränktheit von Statik und Dynamik lässt sich vielleicht an Artefakten besonders gut beobachten, weil sich einzelne Artefakte materiell normalerweise nicht verändern, sondern ausgetauscht werden müssen, wenn Neuerungen eingeführt werden sollen. Sie weisen so eine gewisse materielle Konstanz auf, die Neuerungen gut sichtbar macht, weil die verschiedenen Versionen des Artefakts nebeneinander bestehen. Das alte Papierticket etwa verändert seine Form nicht; legt man es neben ein Handyticket, so werden die Veränderungen materiell sichtbar. Soziale Prozesse dagegen sind flüchtig (Bergmann 1985). Sie sind deshalb in jedem Moment variabel und lassen sich nur in beschränkter Form mittels technischer Aufzeichnung »fixieren« (zu den Einschränkungen solcher Fixierungen: Hirschauer 2001; Schindler, Liegl 2013). Ihre Veränderungen sind nur auf diesem (Um-)Weg »beobachtbar«.

Wie das Beispiel der Flugtickets bereits andeutet, finden sich Variationen nicht nur historisch, sondern vor allem auch geografisch. Regionale Differenzen verlangen von den Fliegenden eine Adaption ihrer Gewohnheiten an die lokale Praxis. Eine solche lokale Variation zeigt der folgende Ausschnitt aus einem Protokoll meiner teilnehmenden Beobachtung an Langstreckenflügen:

Ich bin zwar in New York – La Guardia angekommen, leider mein Koffer nicht. Deshalb muss ich auf das nächste Flugzeug warten und hoffen, dass es meinen Koffer mitbringt. Ich bin etwas nervös. Zwar habe ich einige Stunden Zeit zwischen meinen Flügen, aber ich habe die beiden Flüge unabhängig von einander bei zwei unterschiedlichen Fluglinien gebucht. Die Fluglinie für den Flug nach New York ist deshalb für die Weiterreise meines Koffers nicht verantwortlich. Kommt er also nicht mit dem nächsten Flugzeug an, so muss ich entscheiden, ob ich ohne Koffer weiterreise und abwarte, ob und wenn wie er zu mir findet, oder ob ich den nächsten Flug verfallen lasse, auf den Koffer warte und dann einen neuen Flug bezahle. Während der Wartezeit verlasse ich die »Luftseite« und versuche, herauszufinden, wo und wie mein Flug weitergeht, falls der Koffer planmäßig mit dem nächsten Flugzeug ankommt. [...]

Zum angegebenen Zeitpunkt gehe ich zurück zum Gepäckband und damit zurück in die »Luftseite«. Niemand kontrolliert mich beim Eingang. Wie stellen die sicher, frage ich mich, dass ich nicht einen fremden Koffer mitnehme? Schließlich hat mich weder beim Verlassen noch beim Wiederbetreten der »Luftzone« jemand kontrolliert. [...] Ich nehme meinen Koffer vom

---

4 In gewisser Weise findet sich auch zwischen Flughäfen eine Art der Distinktion: Sie erfordern etwa auf dem Weg zwischen Flughafeneingang und Gate unterschiedlich viel Zeit von den Passagieren. Auch die Ausstattung mit neuen Technologien kann in diesem Zusammenhang verstanden werden.

5 Zu einer ausführlichen Geschichte über Flughafen siehe Gordon 2008, zur fortlaufenden Nutzung von Papier in der Flugsicherung siehe Potthast 2008.

Rollband und gehe Richtung Ausgang. Ein schmaler Mann kommt auf mich zu. Er sagt etwas zu mir, das ich nicht verstehe. Ich glaube aber das Wort »tag« zu hören. Tatsächlich, er kontrolliert, dass ich den richtigen Koffer habe. Wie macht er das, wenn mehr los ist? Ich bin überrascht und gleichzeitig fasziniert: Wenn ich ohne Kontrolle zum Gepäckband zurück konnte, kann das ja auch jeder andere Flughafenbesucher. Hier könnte mich also jemand direkt am Gepäckband abholen.

Anders als ich das aus Europa gewohnt bin, ist die Gepäckabholung an diesem Flughafen nur mehr bedingt im Raum der »Luftseite«. Zwar wird – zumindest im Prinzip – sichergestellt, dass kein Gepäck entwendet wird; der Zugang zum Gepäckband scheint aber relativ einfach zu sein. Interessanterweise wäre mir das nicht aufgefallen, wäre mein Koffer mit mir angekommen. Auch fiel mir erst beim Schreiben des Protokolls auf, dass umgekehrt an den mir bekannten europäischen Flughäfen nicht kontrolliert wird, ob man (nur) das eigene Gepäck vom Gepäckband nimmt. Während die Sicherheitskontrollen beim Betreten der Luftseite außergewöhnlich genau sind, sind sie beim Verlassen verhältnismäßig locker. (Die Sicherheitsmaßnahmen beim Verschicken von Paketen per Post ist im Vergleich dazu ausgeglichener organisiert, die Kontrolle des Absenders ist nicht deutlich stärker ausgeprägt als die des Abholers.)

Im internationalen Luftverkehr ist ein verhältnismäßig hoher Grad an Standardisierung vorhanden, der die Orientierung an unbekanntem Flughäfen erleichtert. (So finde ich auch im oben zitierten Protokollauschnitt den Weg durch den mir bis dahin unbekanntem Flughafen ohne fremde Hilfe.) »Probleme« tauchen oft erst beim Verlassen eines Flughafens in einer unbekanntem Stadt auf. Hier muss man den lokalen öffentlichen Verkehr erst erkunden: Wo finde ich ein Taxi? Fahren Busse oder Bahnen? Wo und wohin genau? Trotz der hohen Standardisierung an den Flughäfen selbst, finden sich aber immer wieder kleinere Differenzen im lokalen Vollzug. Im oben zitierten Ausschnitt finden sie sich in der Trennung zwischen Land- und Luftseite, die unterschiedlich ernst gehandhabt wird. Größere Überraschungen kann man jedoch erleben, wenn man die eigene Sphäre verlässt. Der folgende Auszug aus dem Logbuch eines Journalisten beschreibt eine solche lokale Variation:

Nach dem Frühstück geht es auch schon in den Landeanflug auf Addis Abeba. Ich war noch nie in Äthiopien und blicke gespannt aus dem Fenster [...] Wir sind schon sehr tief und ich sehe immer noch keine Infrastruktur, geschweige denn einen Flughafen. Wo wir da wohl landen sollen? Erst im letzten Moment erscheint die Landebahn. Was dann folgt habe ich bei meinen Reisen noch nie erlebt. Die Maschine hält mitten auf dem Rollfeld. Andere Ethiopian-Maschinen stehen wahllos auf dem Rollfeld verteilt. Es scheint nicht sehr organisiert. Wir verlassen das Flugzeug über eine Treppe. Wer die Tür aufgemacht hat, weiß ich nicht, denn die Flugbegleiter scheinen recht desinteressiert an dem Geschehen zu sein. Wir laufen auf das Flughafengebäude zu und betreten es im Untergeschoss. Ein langer Gang liegt vor uns. Auf dem Gang verteilt stehen mehrere Gruppen. Keine Anzeigetafeln. Keine Schilder. Nichts. Nur sehr viele Stimmen. Sie rufen die Namen der nächsten Ziele, in Kenia, Ghana, Namibia, Mozambik, Südafrika. Ich finde mehr zufällig meine Gruppe nach Johannesburg. Denn Johannesburg ruft keiner. Nur: »Joburg, Joburg, Joburg«. [...] Eigenartigerweise beunruhigt mich das nicht weiter. Ich bin eher amüsiert über das bunte Treiben – und sehr gespannt, ob ich wohl am richtigen Ort ankommen werde.

Auch hier sind eindeutig Ähnlichkeiten mit dem europäischen und us-amerikanischen Flugbetrieb zu erkennen, aber es finden sich auch größere Unterschiede. Besonders auffällig ist das auditive statt des – auf europäischen Flughäfen gängigen – visuellen Orientierungssystems, in



dem Reisende mittels Gatenummern und Piktogrammen durch die Flughäfen zu Anschlussflügen gelotst werden. Diese Differenz verweist auch auf Ungleichzeitigkeiten in der Implementierung technischer Systeme, die die oben erwähnte Differenz der technischen Ausstattung mit oder ohne Scannern für Handytickets zwischen europäischen Flughäfen verblässen lässt. Gleichzeitig wird so die uns als »standardisiert« bekannte Flughafen-Infrastruktur als spezifische Infrastruktur der Industriestaaten (mit einer kulturellen Präferenz für visuelle Orientierungssysteme) erkennbar.

Trotz dieser deutlichen Unterschiede funktioniert die Adaption des Reisenden an das unbekannte, ein wenig irritierende Orientierungssystem. Das liegt zum Teil daran, dass er in vielerlei Hinsicht auf Bekanntes zurück greifen kann. Vor dem Hintergrund des Gewohnten fällt das Neue nicht nur auf, es entstehen auch Ressourcen für die Adaption an das Unbekannte. Über diese, auf Individuen und ihre Fähigkeiten konzentrierte Deutung hinaus betonen praxistheoretische Ansätze, dass durch die Teilnahme an Praktiken ein spezifisches Wissen entsteht, dass Praktiken also gewissermaßen ein Teilnehmerwissen erzeugen (z.B. Alkemeyer, Michaeler 2013; Schindler 2011; Schmidt 2008). Alkemeyer und Michaeler (2013, 224, FN 26) rekurrieren in diesem Zusammenhang auf Bourdieu (2001, 208f.), demzufolge Störungen ein, der Praxis zugewandtes Nachdenken, ein »praktisches Reflektieren« hervorrufen können. Die oben beschriebene Szene ließe sich in diesem Rahmen als eine Störung interpretieren, die ein solches, der Praxis zugewandtes Nachdenken hervorruft. Gleichzeitig beschreibt der Ausschnitt eine Szene, in der es eigentlich nicht um ein leibliches Nachdenken geht. Eher folgt der Reisende jenen Hinweisen, die sich in der Praxis des Umsteigens seinem (körperlichen) Verstehen anbieten, er folgt (buchstäblich) dem Geschehen und erkundet so das regional spezifische Orientierungs- und Umsteigesystem, das sich ihm anbietet, oder eigentlich fast aufdrängt.<sup>6</sup> Auch wenn ein kognitives, im Nachhinein reflektierbares Wissen entsteht, scheint doch der Aneignungsprozess von der Praxis geleitet zu sein. Ein praktisches Lernen findet statt.

Fassen wir zusammen: Sowohl an feldspezifischen Artefakten (Flugtickets) als auch in konkreten Reiseberichten finden sich sowohl Momente von Dynamik als auch von Statik. Gerade in den (historischen und regionalen) Variationen im Vollzug von Praktiken wird zudem auch hier deutlich, dass Praktiken immer auch ein Wissen über ihren eigenen Vollzug transportieren und dabei »mitspielfähige Vollzugskörper« (Alkemeyer, Michaeler 2013) produzieren. So entsteht auch im zunächst statischen Vollzug von Routinen eine dynamische Struktur.

## Schluss

Wie lassen sich diese Ausschnitte nun im Hinblick auf Dynamik und Statik verstehen? Zunächst zeigt der Blick auf Interaktion immer vielseitige Dynamiken. Interaktionen sind ständig in Bewe-

---

<sup>6</sup> Auch hier lässt sich natürlich einwenden, dass nicht jeder Reisende so reagiert hätte. Es muss tatsächlich eine gewisse Kongruenz zwischen den Anforderungen der Situation und den Dispositionen des Reisenden bestehen. Andere Menschen hätten unter Umständen von Anfang an einen »sichereren« Flug gewählt, oder vor Ort ängstlich reagiert. Vermutlich hätten aber viele Reisende den Weg früher oder später gefunden, indem sie den Hinweisen ohne spezifisches Vorwissen in situ folgten.

gung, denn sie sind prozesshaft konstituiert, sie folgen einem nicht vollständig vorhersehbaren Ablauf, wodurch Raum für Störungen, für Improvisation und für Innovation entsteht. Störungen können verschiedene Form annehmen: Einzelne Subjekte bringen etwa ausgeprägte oder fehlende Dispositionen für verschiedene Praktiken mit (z.B. Alkemeyer 2008: 98; Bourdieu 2001: 204ff.), Abläufe sind stärker oder schwächer anfällig für Pannen (Potthast 2007) und Situationen können Eigendynamiken entwickeln, die zu Irritationen oder Streitigkeiten führen, auch wenn das Entstehen eines Konflikts interaktiv sehr aufwändig ist (Messmer 2003). Weil soziale Ordnung, so die Basisannahme der Ethnomethodologie, ständig hervorgebracht werden muss, ist immer auch Raum für Veränderungen. Diese können auch – wie im Abschnitt über Flugtickets skizziert wurde – durch das Hinzufügen oder Entfernen von Artefakten, durch technische Fort- und eventuell Rückschritte angestoßen werden. In manchen Feldern, wie Kunst oder Wissenschaft, ist ständige Veränderung, »Innovation«, sogar ausdrücklich erwünscht und Teil des Selbstverständnisses. Diese Art der Dynamik hat hier also ein stabiles Moment.

Das legt nahe, Dynamik und Statik nicht primär als Gegensatz zu denken. Empirisch scheinen die beiden nämlich häufig und relativ problemlos nebeneinander zu stehen und ineinander zu greifen. Das analytisch interessantere Problem ist deshalb vielleicht nicht ihr Gegensatz, sondern ihr Ineinandergreifen. Gerade auch Dynamik selbst ist ein sehr variationsreiches Phänomen ist, dessen Effekte auf die Gesamtstruktur unterschiedlich stark sein können: Innerhalb von Situationen und Interaktionen finden sich zahlreiche Dynamiken, die noch keine strukturverändernden Effekte haben müssen; technische Innovationen und lokale Variationen können solche Effekte bringen; sie können zu grundlegenden Veränderungen von Praktiken führen, die schließlich Veränderungen sozialer Strukturen oder gar ganzer Gesellschaftsformen anstoßen können.

## Literatur

- Alkemeyer, T. 2008: Fußball als Figurationsgeschehen. Über performative Gemeinschaften in modernen Gesellschaften. In G. Klein, M. Meuser (Hg.), *Ernste Spiele. Zur politischen Soziologie des Fußballs*. Bielefeld: transcript, 87–111.
- Alkemeyer, T., Michaeler, M. 2013: Die Ausformung mitspielfähiger »Vollzugskörper«. *Praxistheoretisch-empirische Überlegungen am Beispiel des Volleyballspiels*. *Sport und Gesellschaft* 10, 213–239.
- Alkemeyer, T., Villa, P.-I. 2010: Somatischer Eigensinn? Kritische Anmerkungen zu Diskurs- und Gouvernamentalitätsforschung aus subjektivierungstheoretischer und praxeologischer Perspektive. In: Angermüller, J., van Dyk, S. (Hg.), *Diskursanalyse meets Gouvernamentalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Sprache, Macht und Wissen*. Frankfurt, New York: Campus, 315–335.
- Bergmann, J. 1985: Flüchtigkeit und methodische Fixierung sozialer Wirklichkeit. *Soziale Welt, Sonderband* 3, 299–320.
- Bourdieu, P. 1992: Programm für eine Soziologie des Sports. In *Rede und Antwort*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 193–207.
- Bourdieu, P. 1993: *Sozialer Sinn: Kritik der theoretischen Vernunft*. Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2001: *Meditationen: Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Suhrkamp.
- Büscher, M., Urry, J., Witchger, K., 2010: *Mobile methods*. London; New York: Routledge.
- Cidell, J. 2012: Fear of a foreign railroad: transnationalism, trainspace, and (im)mobility in the Chicago suburbs. *Transactions of the Institute of British Geographers* 37, 593–608.

- Foucault, M. 1977: Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gordon, A. 2008: Naked airport: a cultural history of the world's most revolutionary structure. Chicago: University of Chicago Press.
- Hirschauer, S. 1999: Die Praxis der Fremdheit und die Minimierung von Anwesenheit. Eine Fahrstuhlfahrt. *Soziale Welt* 50, 221–246.
- Hirschauer, S. 2001: Ethnografisches Schreiben und die Schweigsamkeit des Sozialen. Zu einer Methodologie der Beschreibung. *Zeitschrift für Soziologie* 30. Jg., Heft 3, 429–451.
- Messmer, H. 2003: Der soziale Konflikt: kommunikative Emergenz und systemische Reproduktion. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Nicolini, D. 2013: *Practice Theory, Work, and Organization: An Introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Potthast, J. 2007: Die Bodenhaftung der Netzwerkgesellschaft: Eine Ethnografie von Pannen an Großflughäfen. Bielefeld: Transkript
- Potthast, J. 2008: Ethnography of a Paper Strip: The Production of Air Safety. *Science, Technology & Innovation Studies* 4, 47–68.
- Pütz, O. 2012: From Non-Places to Non-Events. The Airport Security Checkpoint. *Journal of Contemporary Ethnography* 41, 154–188.
- Schäfer, H. 2013: Die Instabilität der Praxis: Reproduktion und Transformation des Sozialen in der Praxistheorie. Weilerswist: Velbrück.
- Schindler, L. 2011: *Kampffertigkeit: Eine Soziologie praktischen Wissens*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Schindler, L. 2015: Körper-Bildung. Über Wissensvermittlung in Bewegungstrainings. In T. Alkemeyer, H. Kalthoff, M. Rieger-Ladich (Hg.), *Bildungspraxis. Körper – Räume – Artefakte*. Weilerswist: Velbrück, 91–112.
- Schindler, L. Liegl, M., 2013: Praxisgeschulte Sehfertigkeit. Zur Fundierung audiovisueller Verfahren in der visuellen Soziologie. *Soziale Welt* 64, 51–67.
- Schmidt, R., 2008: Stumme Weitergabe. Zur Praxeologie sozialisatorischer Vermittlungsprozesse. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 28, 121–136.
- Sheller, M. 2004: Automotive Emotions Feeling the Car. *Theory, Culture & Society* 21, 221–242.
- Sheller, M., Urry, J. 2006: The New Mobilities Paradigm. *Environment and Planning A* 38, 207–226.
- Urry, J. 2007: *Mobilities*. Cambridge: Polity Press.
- Vannini, P. 2010: Mobile cultures: From the sociology of transportation to the study of mobilities. *Sociology Compass* 4, 111–121.

Ad-hoc-Gruppe »Kaufen für eine bessere Welt«  
– organisiert von Patrick Schenk, Jörg Rössel, Sebastian Koos und Georg Sunderer

# Demokratischer Experimentalismus in transnationalen Wertschöpfungskollektiven

Über einige Herausforderungen des ethischen Konsums und den Fall Elektroschrott

Stefan Laser und Jörn Lamla

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Kaufen für eine bessere Welt« – organisiert von Patrick Schenk, Jörg Rössel, Sebastian Koos und Georg Sunderer*

Das vorliegende Arbeitspapier bezieht das Konzept der Demokratie theoretisch und anhand eines Fallbeispiels auf eine transnationale, höchst interdependente Konsumgesellschaft. Demokratie soll hierbei verstanden werden als ein *kollektives* Streben, Probleme zu lösen und Konflikte zu regeln. Zentral ist dabei das Prinzip der *offenen* und möglichst *fairen* Inklusion der relevanten Stimmen; es handelt sich um einen Drahtseilakt zwischen Deliberation und Dezision. Wir lehnen Konzeptionen ab, die zu weit über diese Minimaldefinition hinausgehen und so Demokratie vor allem vor dem Hintergrund *fixer* institutioneller Rahmenbedingungen verstehen wollen. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist die pragmatistische Feststellung, dass die Probleme, mit denen wir uns zunehmend auseinandersetzen, und die Konflikte, die uns zum Handeln zwingen, stets *neue* Lösungen erfordern. Eine Vielzahl von Themen drängen sich konsumsoziologisch auf: der Klimawandel, Postwachstum und Nachhaltigkeit – oder auch ganz konkret: einstürzende Fabrikgebäude in Bangladesch. Wir möchten am *Fallbeispiel Elektroschrott* zeigen, dass ethische Verantwortungszuschreibungen – besonders an die Konsumentinnen und Konsumenten – in solchen Problemkonstellationen sehr schwierig sind und von einer problem- und forschungsorientierten Perspektive auf demokratische Konfliktaustragung ausgehen sollten. Anders gesagt ist eine *experimentalistische* Perspektive auf die Demokratie zu bevorzugen, das heißt auf eine Demokratie, die sich basierend auf den *spezifischen* Gegebenheiten eines Problems neuorganisieren kann. Neue Reichweiten für den ethischen Konsum werden dabei adressiert und aufkommende Praktiken wie Sharing, digitale Vernetzung oder Urban Gardening werden nicht schon als »Best-Practice«-Beispiele der »Verbraucherdemokratie« (Lamla 2013) angesehen. Sie müssen in unserem Demokratiemodell vielmehr eine ganze Reihe von Bewährungstests durchlaufen.

Im folgenden ersten Teil führen wir das theoretische Modell des *demokratischen Experimentalismus* ein. Diese Heuristik muss allerdings vor dem Hintergrund der *transnationalen* Konsumgesellschaft weiterentwickelt werden. Die Kopplung der Theorie an empirische Verfahren, die Ver-

handlung von Erfahrung *und* Natur (Dewey 2007), ist dafür wesentlich. Im zweiten Teil wird diese Herausforderung am Beispiel der Wertschöpfung von *Elektroschrott* vorgestellt und vertieft. Im Anschluss an die Wertschöpfungskettenforschung wollen wir unsere Perspektive schärfen, wozu der Begriff des *transnationalen Wertschöpfungskollektivs* entwickelt wird. Mit einem besonderen Blick auf die Neuausrichtung des Recyclings in Indien werden dazu Konflikte über die »richtige« Methode im Umgang mit Elektroschrott vorgestellt, die vor dem Hintergrund eines globalen Diskurses entfacht sind. Theoretische Vorschläge gehen einher mit empirischen Beobachtungen. Am Ende führt uns der demokratische Experimentalismus zu einer Situation, in der wir – als Europäer – unsere Rolle in der Welt, unsere Werte, aber auch unsere Verantwortung *neu* reflektieren können und wohl – wir würden sagen: müssen.

## Der demokratische Experimentalismus als Realität und Projekt

Verbraucherdemokratie impliziert eine Demokratie, die durch die Konsumgesellschaft *geprägt* ist. Gleichzeitig ist damit aber auch die *offene Transformation* der Gesellschaft und ihrer politischen Form gemeint. Um diese Doppeldeutigkeit zu erfassen, *ohne* sie gleich pessimistisch unter dem Stichwort der Postdemokratie (vergleiche Crouch 2008) zu verhandeln, wendet sich die »Verbraucherdemokratie« dem Pragmatismus zu. Ziel ist es, John Deweys Öffentlichkeitstheorie mit neueren Entwicklungen der politischen Theorie zusammenzubringen. Im »Parlament der Dinge« (Latour 2010), oder, um sich auf den für unseren Zweck tauglicheren, englischen Titel zu stürzen, in *Politics of Nature: how to bring the science into democracy*, entwickelt Bruno Latour ein theoretisches Modell das überraschend gut zu den Visionen des amerikanischen Pragmatismus passt.

Dewey zufolge ist Demokratie nicht als eine bestimmte Regierungsform aufzufassen. In *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* (Dewey 1996) hebt er vielmehr in konsequentialistischer Manier hervor, dass es eine Verbindung zwischen zwei Entwicklungen gibt: den *unvorhersehbaren Folgen* eines Handlungsnetzwerkes einer Epoche einerseits und der *politischen Ausbuchstabierung* des Verhältnisses von öffentlicher Debatte und staatlichen Regulierungsversuchen andererseits. Dies setzt er in direkten Zusammenhang zu den Herausforderungen der Moderne:

»Das Maschinenzeitalter hat [...] das Ausmaß der indirekten Folgen so gewaltig erweitert, vervielfacht, gesteigert und verkompliziert, es hat – mehr auf einer unpersönlichen denn einer gemeinschaftlichen Basis – solche ungeheuren und kompakten Handlungseinheiten geformt, daß die resultierende Öffentlichkeit sich nicht identifizieren und erkennen kann. Und diese Entdeckung ist ihrerseits offenbar eine Vorbedingung jeglicher wirksamen Organisation.« (Dewey 1996, 112).

Das Ziel müsse sein, den Fragmentierungstendenzen der »verwirrten« Öffentlichkeit entgegenzuwirken, sie als Aufhänger von demokratischen Aushandlungen zu nehmen. Anders als es also sein »Kontrahent«<sup>1</sup> Walter Lippmann (vergleiche Lippmann 1925) konstatierte, sei die Öffent-

<sup>1</sup> Dewey hat seine Öffentlichkeitsschrift (1996) als Reaktion auf Lippmanns Phantom-These (1925) verfasst, und gemeinhin wird die Debatte der beiden auch als ein Aufeinandertreffen zweier Antipoden interpretiert. Wenn gleich, wie hier gezeigt, tatsächlich insbesondere die demokratischen Lösungsvorschläge diametral entgegengesetzt sind, sind sich die beiden Autoren in ihren Grundlagen weitgehend einig. Vor allem teilen sie einen pragmatistischen Fokus auf Probleme (*Issues*) und ihre Relevanz für die politische Theorie. Zur Aufbereitung

lichkeit selbst dazu fähig, Probleme zu lösen; in der lippmannschen Expertokratie sah Dewey eine elitistische Hybris, die der Demokratie jegliche Grundlage entzog. In Kombination mit seiner *Logic of Inquiry* (vergleiche Dewey 2002: 127–148; Lamla 2013: 95–106) hebt Dewey sodann einen pragmatischen Lernprozess hervor, in dem über eine Sequenz von mehreren Phasen hinweg, mit vielen Versuchen und Irrtümern, die gesellschaftliche Problemkonstellation identifiziert und zur Sprache gebracht werden muss, die betroffenen Gruppen und ihre Interessen bestimmt werden müssen, Assoziationen gebildet, Experten und Repräsentanten gefunden sowie benannt und in die Pflicht genommen werden. Die Akteure sollen dann als Experimentiergemeinschaft (vergleiche Kettner 1988) fungieren und politische Regulierungsvorschläge hypothetisch testen, welche schließlich organisatorische und institutionelle Gestalt gewinnen. Damit zeigt sich, dass diese Demokratie hier direkte, deliberative und repräsentative Elemente verbindet. Die Lösungen, die am Ende eines solchen Prozesses stehen, sind dann sowohl faktisch gültig wie diskursiv untermauert.

Die Probleme, die zu krisenhaften Unterbrechungen in den gesellschaftlichen Handlungszusammenhängen – oder auch *Akteur-Netzwerken* (vergleiche Latour 2007) – führen, nennt Bruno Latour nun »Dinge«. Damit meint er keineswegs nur stille Artefakte bzw. materielle Objekte, sondern lebendige *Streitsachen* im Sinne der Etymologie von *Thing*. Smartphones, Facebook, billige T-Shirts, IKEA-Möbel, »High-tech«-Kühe usw. lassen sich mit Blick auf die Herausforderungen der Konsumgesellschaft als archetypische Dinge anführen, die jeweils handfeste Krisen, mindestens aber Unsicherheit erzeugen. Jede dieser Krisen, so lässt sich die Sozialtheorie der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) Latours kurzfassen, versammelt ein *Kollektiv*, welches auf einem komplexen »Akteur-Netzwerk« fußt. Der Vorschlag lautet, sich derartige Dinge in ihrer Aushandlung genau anzuschauen, insbesondere auch bestimmte Prozesse im Ablauf der Aushandlung infrage zu stellen, um die Infrastrukturen des alltäglichen Konsums lokalisieren – und eventuell verändern – zu können. Latours Kollektivbegriff impliziert, dass dazu alle relevanten – menschlichen wie nicht-menschlichen – Akteure in Betracht gezogen werden müssen, um Verbindungen und sogleich Machtverhältnisse aufdecken zu können (vergleiche Kneer et al. 2008). »Akteure definieren sich vor allem als Hindernisse, Skandale, als das, was die Unterdrückung stört, die Herrschaft aufhebt, was Schließung und Zusammensetzung des Kollektivs unterbricht.« (Latour 2010: 115) Wie gezeigt, finden sich aktuell viele Akteure, die als derartige »Störenfriede« in Frage kommen. Gleichwohl geht es nun nicht einfach darum, eine möglichst vollständige Addition von Akteuren und ihrer scheinbar eindeutigen Performanz vorzunehmen. Dann gingen wir davon aus, dass es feststehende Akteure gibt, die sich nicht gegenseitig verändern können. Genau dagegen argumentiert Latour. Alternativ bezeichnet er Akteure daher auch als Propositionen, was heißt, »daß weder Subjekt noch Objekt (noch ihre Ziele) festgelegt sind. Wenn Propositionen artikuliert werden, verbinden sie sich zu einer neuen Proposition.« (Latour 2002: 218) Wie neue Akteure eine Veränderung evozieren (können), wird damit zu einer brisanten Frage. Das Hinzufügen und Abziehen von Akteuren wird also zur Politik, das ständige Sprengen der Grenzen der »Gesellschaft«, auf der Suche nach einem neuen Kollektiv, zur steten Herausforderung.

---

der Debatte in diesem Sinne vgl. insbesondere das Werk von Noortje Marres (2005; 2007), auf welches Bruno Latour (der Zweitbetreuer ihrer Dissertation zu diesem Thema) in der jüngsten Vergangenheit ebenfalls stark zurückgreift (vgl. Latour 2014: 449ff.).

Zunächst erweitert Latour damit den Konsequentialismus des frühen amerikanischen Pragmatismus. Des Weiteren wird aber auch Deweys obige Zeitdiagnose zum »Maschinenzeitalter«, unter Berücksichtigung der diffusen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, aktualisiert. Mit Latour, dem – wie Harman (2009) es formuliert – »Prince of Networks« hierbei vornehmlich an Herausforderungen zu denken, die mit der »Digitalisierung der Gesellschaft« zusammenhängen (sozusagen einem Zugpferd der »Netzwerkgesellschaft«), liegt nahe, reduziert aber sowohl die ANT im Allgemeinen wie auch die Reichweite der hier vorgestellten politischen Theorie im Besonderen auf eklatante Art und Weise. Krisen liegen vor, wenn es zur Unterbrechung des Handlungsflusses gekommen ist und damit Prozesse der (experimentellen) Neuversammlung von Kollektiven eingeleitet sind. Wer oder was der Aufhänger ist, bleibt offen, ist eine Frage der Forschung. Als Resultat erscheint es nur konsequent, *Politics of Nature* vielmehr als *Nature of Politics* zu lesen (vergleiche auch Harman 2014: 73). Auch eine umweltsoziologische Engführung des Werkes von Latour – die noch immer verbreitet ist und in vielen Teilen, insbesondere dank der »Parlament der Dinge«-Metapher, für Abschreckung sorgt (vergleiche Laux 2011) – scheint, anders gesagt, zweifelhaft. »Wenn *Ding* gleichzeitig jene bezeichnet, die sich versammeln, weil etwas anliegt, wie auch immer die Ursachen ihrer Anliegen und Differenzen,« so Latour mit etwas Pathos, »sollte es ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit rücken: *Zurück zu den Dingen!*« (Latour 2010: 32; Herv. im Original). Es sind derartige Prozesse, die Latour auf ihre demokratische *Qualität* hin (verstanden als parlamentarische Verfahrenslogik) befragen will. In der Praxis, so die These, wird bereits nach dieser Logik verfahren, es handelt sich also schon um eine Realität, die wir beobachten; gleichsam trifft die Praxis, die Aushandlung der Öffentlichkeit, oftmals auf Blockaden, zu deren Analyse und Reflektion die Soziologie beitragen kann, weshalb die *Nature of Politics* in Teilen ein noch zu erfüllendes *Projekt* ist.

Latour unterscheidet zur Vertiefung der Heuristik zwischen *einbeziehender* und *ordnender* Gewalt. Die »Neuversammlung« findet nicht (nur) in der Öffentlichkeit statt; anknüpfend an die Laborstudien (man denke an Louis Pasteurs Pendeln zwischen Labor und Öffentlichkeit; Latour 1993) lassen sich mit Latour vielmehr Figurationen in den Blick nehmen, die praktische Neuverhandlungen kreativ anvisieren, indem sie neue Allianzen schmieden (vergleiche Latour 2010: 140–156, 210–229). In Kombination mit der oben vorgestellten Heuristik von Dewey liegt damit ein metaphorisches wie praktisches Modell vor uns, in dem an Stelle von Pauschallösungen *Prozeduren der Neuversammlung von Kollektiven* beleuchtet werden können (Tabelle 1; vergleiche Lamla 2013: 102).



Tab. 1: Demokratischer Experimentalismus: Dewey und Latour

John Deweys Hypothese	Bruno Latours Hypothese	
Indirekte Folgen in der <i>Großen Gesellschaft</i>	Krisen in den hybriden Akteur-Netzwerken	
erzeugen problematische Interdependenzen,	berufen um die <i>Dinge</i> Versammlungen ein,	
um die sich eine Öffentlichkeit bildet, die als demokratische Experimentiergemeinschaft gemäß der allgemeinen <i>Logic of Inquiry</i>	die mit den (Ethno-)Methoden der Wissenschaft, Politik, Ökonomie und Moral in ordentlichen, das heißt folgende Stufen durchlaufenden Verfahren:	
1. die noch unbestimmte Situation	1. Perplexität	Einbeziehende Gewalt
2. als Problemstellung reformuliert,	2. Konsultation	
3. die Situationselemente ordnet und eine Lösung hypothetisch entwirft,	3. Hierarchie	Ord nende Gewalt
4. die symbolisch zu beweisen ist – und	4. Institution	
5. sich praktisch bewähren muss –, um	5. Gewaltenteilung	
6. das kollektive Wissen zu erweitern	6. Szenarisierung	
und so einen neuen Staat hervorzubringen,	das Kollektiv neu zusammensetzen und so	
der das <i>kollektive Interesse</i> der <i>Großen Gemeinschaft</i> repräsentiert und verwaltet.	schrittweise die <i>gute gemeinsame Welt</i> einer <i>kosmopolitischen</i> Ordnung erschaffen.	

In der einbeziehenden Gewalt geht es, so Latour, um die möglichst *vollständige* Inklusion aller relevanten Akteure und Streitpositionen, die um eine Streitsache versammelt sind (die *Perplexität*); vor allem geht es ihm auch um die Akteure, die bisher schlecht artikuliert oder schwer verständlich sind (dies nennt er *Konsultation*). In der ordnenden Gewalt sollen die Kollektive dann Hypothesen zur Lösung der kontroversen Situation entwerfen – gleichsam muss stets die Möglichkeit bestehen bleiben, eventuell vergessene Akteure »nachzuberufen« (daher der Verweis auf eine *Gewaltenteilung*, die »vermittelnd« auftritt). Aus Sicht der Konsumsoziologie erweist sich dieser Fokus als besonders relevant, denn hier beschäftigen sich die Akteure mit der Frage, welche *Definition* des Problems das prozedurale Ordnen *leiten* soll. Es reicht es also nicht aus, Rechtfertigungsordnungen der Öffentlichkeit zu beleuchten<sup>2</sup> oder verstreute, experimentelle Praktiken des Konsumierens, Produzierens, des Marketing usw. zu sezieren. Für die Neuversammlung des Kollektivs ist der entscheidende Punkt, welche *hierarchischen Relationen* sich durchsetzen wollen – und werden. Dass sich etwas durchsetzen muss, dass eine *Entscheidung* getroffen werden muss, ist somit eindeutig (dass sie eventuell nach eingehender »Konsultation« überdacht werden muss, aber auch). Die nach Carl Schmitt (1963 [1932]) unumgängliche Willkür

<sup>2</sup>Wenngleich die ergänzende Analyse von Rechtfertigungsordnungen einen fruchtbaren Beitrag zur Ergänzung der experimentalistischen Heuristik liefern kann. In diesem Artikel lassen wir jene Erweiterung außen vor. Zur Vertiefung dessen siehe Lamla 2013b.

des Dezionismus ist für Latour ein Bestandteil des Demokratischen Experimentalismus, der aber in einen kollektiven Forschungs- und auch Begründungsprozess eingebettet bleibt.<sup>3</sup> Zu einem Kernziel erwächst hier das Ideal, auf einer »Lernkurve«, basierend auf den heterogenen Experimenten, voranzuschreiten (wobei die einzige Teleologie, an die Latour hier denkt, das (positive oder negative) Berücksichtigen von mehr Akteuren ist). Was dies praktisch impliziert, ist eine Bewährungsfrage. Zweckrationalität ist zugleich nicht das leitende Topos, da beim »Lernen« auch schlicht, wie Dewey es formuliert hat, an »eine große Hilfsquelle für die Phantasie« (Dewey 1964: 107) zu denken ist. An Schlagwörtern wie der Postdemokratie deutet sich an, dass es genau daran zuweilen zu fehlen scheint. Dem können wir aus dem Weg gehen, wenn wir bei jedem Kollektiv die spezifische Rationalität suchen.

Diese Zweiteilung (zwischen Einberufung und Ordnung) der politischen Theorie kann in eine fruchtbare Methodologie für die Politische Soziologie *übersetzt* werden. Wir müssen uns nicht nur öffentliche *Arenen* anschauen, in denen um kontroverse Dinge gerungen wird, sondern der Blick muss auch auf soziale *Labore* geworfen werden, in denen neue Verbindungen zwischen unterschiedlichen Akteuren erkundet und – auch technologisch – stabilisiert werden. Damit ist es besonders interessant, das *Verhältnis* zwischen Arena und Labor auszuloten. Was dies bedeutet, wollen wir im nächsten Teil anhand empirischer Entwicklungen skizzieren.

## Elektroschrott – eine globale Arena mit einem einseitigen Schwerpunkt

Der Konsum von Elektronikgeräten hat in den letzten Dekaden ein enormes Wachstum erlebt. Aktuelle Entwicklungen lassen diesbezüglich keinen Abschwung erwarten, im Gegenteil. Die problematischen Konsequenzen davon zeigen sich auch am Abfall dieses Konsumismus. Auf der letzten *Triple Conference* der Baseler, Rotterdamer und Stockholmer Konventionen im Mai 2015 wies der Generalsekretär des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zum Beispiel an prominenter Stelle darauf hin, dass der »Tsunami« des Elektroschrotts, gefüllt mit einem Berg aus alten Smartphones, ungehindert über die Erde rollt (vergleiche UNEP 2015). Eine genaue Quantifizierung dieses Ungeheuers scheint unmöglich. Die Grenzen zwischen unnützem, aber recyclingfähigen Schrott und noch Funktionsfähigem, das heißt noch im Ganzen zu Verkaufendem, sind fließend; eine international einheitliche, »harmonisierte« Definition von Elektroschrott ist (noch?) nicht universell in Verwendung und illegale Praktiken führen jegliche Schätzung ad absurdum. Annäherungen sind natürlich trotzdem vorhanden. Das »Solving the e-Waste Problem«-Projekt (vergleiche Baldé et al. 2015: 20) der Vereinten Nationen geht von 41,8 Millionen Tonnen Elektroschrott allein im Jahre 2014 aus (und erwartet einen steten Wachstum von 4–5

---

<sup>3</sup> Latour verweist in *Das Parlament der Dinge* dazu auf verschiedene »Berufsgruppen« (Wissenschaftler, Politiker, Ökonomen, Moralisten, Administratoren, teils auch Künstler und Juristen), denen er zwar besondere Fähigkeiten zuschreibt. Das Besondere ist aber, dass dabei alle Gruppen in multiprofessioneller Zusammenarbeit den »ganzen« Prozess begutachten und mit ihren Techniken und Methoden zu neuen Sichtweisen und zur (vorübergehenden) Schließung des Prozesses beitragen. Dies ist keine Expertokratie, sondern verweist auf das in der Moderne erreichte Repertoire an gesellschaftlichen Wertstandards für kollektive Problemlösungen, das gesichert, aber auch neu und diplomatisch vermittelt werden soll (vgl. dazu auch Latour 2014).

Prozent in den kommenden Jahren). Journalistische Bemühungen, diese unvorstellbare Zahl visualisierbar zu machen, stoßen schnell an ihre Grenzen – was sagen einem schon Vergleiche, dass dieses Gewicht etwa vier Millionen LKWs voll mit Elektroschrott oder circa sieben Millionen Elefanten entspricht? Und eindeutige Verantwortungszuschreibungen enthalten diese Zahlen erst Recht nicht. Josh Lepawsky (vergleiche 2014) zeigt auf, dass es sich bei diesem Müll zwar lange vornehmlich um Reste aus dem globalen Norden handelte (heute auch »historischer Müll« genannt), der in den globalen Süden (zum Recycling bei günstigen Arbeitskosten) exportiert wurde. Seitdem hingegen aufstrebende Schichten in Brasilien, China, Indien usw. zunehmend am Konsum teilhaben, verkompliziert sich das Bild – wie auch die geteilte Verantwortung.

Setzt man sich mit dieser Problematik auseinander, fällt sogleich ein *Missverhältnis* auf. Wertschöpfungen der Elektronikgüterindustrie sind seit jeher heiß diskutiert; das Marketing des jeweils neuesten iPhones erreicht stets die höchste mediale Aufmerksamkeit. Erst im zweiten Atemzug tritt der Müll dieser Geräte auf. Gewiss ist vielen Elektroschrott als Schlagwort bekannt, als *eigenartiges Problem*, als *lästiges Anhängsel*. Die Reste »unseres« Konsums werden – so zeigen es regelmäßig aufwändige Dokumentationsfilme und -reportagen, wie zuletzt beispielsweise von ARTE, Die Zeit und anderen<sup>4</sup> – trotz der Restriktionen der Baseler Konvention, zu einer transnationalen Herausforderung. Was im Besonderen in unserer Erinnerung bleibt, sind verstörende Bilder. Einhellig unterstreichen unterschiedlichste Dokumentationen, dass der Müll *unprofessionell* vom informellen Sektor bearbeitet wird, was »Mensch und Natur« gefährde. Bilder von pauperisierten Arbeitern mitten im Müll laden die Tatsachen weiter mit spezifischen Affekten auf. Die abstoßende Interpretation, auf die es wegen jener öffentlichen Bilder zumeist hinausläuft, ist sehr *wirkmächtig*. Unsere These lautet, dass damit zugleich ein Großteil der empirischen Realität übersehen, ja ausgeblendet wird.

Die (bisherigen) Ergebnisse unserer Forschung<sup>5</sup> unterstreichen, dass wir bei diesem Schrott *vorsichtig* mit moralischen Claims arbeiten müssen, die sich, wie gezeigt, sehr schnell zur Rahmung des Problems aufdrängen. Ausrangierte Elektronikgeräte sind auf verschiedene Art und Weise *wertvoll*, sie selbst sind Teil von Wertschöpfungen – und nicht zuletzt wird dabei *gekämpft* um Wertschätzung.

Zugänge zu diesen Kämpfen gibt es viele. In unterschiedlichen Arenen (der latourschen »Einberufung«) wird zum Beispiel diskursiv geprüft, wer denn beim Schrott eigentlich das Problem darstellt – Konsumenten, Produzenten, Exporteure oder der informelle Sektor? Es gibt dazu auch unterschiedliche Labore (die latoursche »Ordnung«), die Lösungsvorschläge unterbreiten. Ganz oben auf der Agenda stehen etwa gänzlich neue Produktdesigns. Der im Internet intensiv diskutierte Entwurf für das modulare Mobiltelefon »Phonebloks« (was nun Google im »Project Ara« umsetzen will) versucht zum Beispiel schon auf lange Sicht, den Ressourcenverbrauch zu

---

4 Die Kreativität der Recherche nimmt anscheinend zu. Das genannte Reportagenkollektiv verfolgte die Elektroschrott-Wertschöpfung zum Beispiel mit Hilfe von Drohnen und versteckten GPS-Ortungschips. Und auch die interaktive Internetpräsenz hebt sich vom journalistischen Alltag ab (<http://future.arte.tv/de/giftiges-geschaefte-mit-elektromuell>).

5 Die nun folgende Diskussion beruht auf einer *multi-sided Ethnography* (vergleiche Marcus 1995), das heißt Medienanalyse, Dokumentenanalyse sowie Experteninterviews und Ethnographie im engeren Sinne, jeweils an verschiedenen Orten (auch über mehrere Monate im Jahre 2013 vor Ort in Indien, was im weiteren Verlauf ersichtlich wird). Der ANT-Duktus, *den Akteuren zu folgen*, liegt dieser Forschung zu Grunde.

reduzieren und den Schrott gleichsam kontrolliert zu kanalisieren. Der Clou liegt dabei in der Möglichkeit, die Hardware seines Gerätes selbst austauschen zu können, sei es zur Reparatur oder nach den eigenen Bedürfnissen. Gesucht wird eine neue Governance der Wertschöpfung (vergleiche Gereffi et al. 2005; Fischer et al. 2010). Vor dem Hintergrund dieses heterogenen Diskurses soll der Fokus in diesem Papier selektiv ausgerichtet werden, mit Blick auf *ein* fragliches Arena-Labor-Verhältnis. Wir richten den Blick dazu nach Indien, einem der größten Elektroschrott-Importländer der Welt (wie es in den lokalen Zeitungen zum Beispiel heißt: »India, a victim of e-waste crime«, The Hindu 2015).

2011 ist in Neu-Delhi ein Gesetz zum Umgang mit Elektroschrott in Kraft getreten: die *E-waste (Management and Handling) Rules* (MoEF 2011). Diesem Beschluss ging eine achtjährige, öffentliche Debatte voraus. Es handelt sich um eine Arena, in der neben der Regierung auch Nichtregierungsorganisationen, Medien, Unternehmer aus dem formellen wie informellen Sektor sowie *internationale* Wissenschaftler und Entwicklungshilfeorganisationen, wie die deutsche GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit), eingeschaltet waren.<sup>6</sup> Ziel des Unterfangens war (und ist) es, die Wertschöpfung des Elektroschrotts *nachhaltiger* auszurichten – die Ethik des Konsums, ein zentraler Anker des deutschen konsumsoziologischen Diskurses, das zeigt dieses Beispiel schon zu Beginn, geht weit über Kaufentscheidungen hinaus. Rollen wurden getestet und definiert (vergleiche Callon 2006), vor allem wurden aber auch Verantwortungen ausgesprochen. Es wurde insbesondere versucht, das – wie gezeigt – bisher überwiegend vom informellen Sektor übernommene Recycling von »formellen« Unternehmen und ihren hochmodernen Maschinen durchführen zu lassen.

Dass sich dieser Fokus auf Recycling durchgesetzt hat, klingt auf den ersten Blick vernünftig, weist auf den zweiten aber auch einige Kehrseiten auf. Im Sinne des demokratischen Experimentalismus lauten diese wie folgt: Es hat sich ein *europäisch-amerikanisches Labor* des Recyclings und Schredderns durchgesetzt, das andere Labore vertrieben hat. Zunächst ist die »Formalisierung der Informellen« im Allgemeinen umstritten, wird von einigen NGOs als Verdrängungsstrategie bezeichnet. Zum Anderen übersieht das Gesetz auch eine Alternative, die seit Langem in Indien gelebt wird, welche vor dem Hintergrund des wachsenden Einflusses dieses spezifischen Recyclings »aus dem Westen« aber *sekundär* behandelt wurde. Der informelle Sektor hatte über die Jahre ein effizientes Netzwerk des *Refurbishments*, also der Sanierung von Elektronikgeräten, aufgebaut. Dieses Reparieren von (nur leicht) beschädigten Geräten hat sich – eigentlich – in der Praxis bewährt. In der Hauptstadt Neu-Delhi gibt es etwa allseits bekannte und beliebte *Refurbishment-Hubs* wie den »Nehru Place«. Mit Ravi Sundaram gesprochen sehen wir hier die nordindische Haltung des *juggad*, den »rhythm of technological irregularity, the ingenious search for solutions« (2009: 2), von dem die Elektroschrott-Problematik viel lernen könnte.

---

<sup>6</sup> Auf vielfältige spannende Einzelheiten des Diskurses kann hier nur rudimentär eingegangen werden. Der erste Entwurf des Gesetzes wurde zum Beispiel *bottom up* und autark von einem Team aus Nichtregierungsorganisationen, der GIZ (damals noch Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ) und dem IT-Branchenverband entworfen, wobei letzterer – entgegen jeder Nullhypothese – keineswegs federführend war. Siehe für einen kurzen Überblick Chaturvedi et al. 2010.

Das indische Gesetz wurde in mehreren Schritten entwickelt, in öffentlichen Diskussionsrunden, aber auch in mehr oder weniger geheimen Sitzungen. In den ersten Gesetzesentwürfen wurde *Refurbishment*, ein archetypisches Beispiel für *jugaad*, noch als relevante Instanz aufgeführt (wenngleich es nie im Zentrum stand). Im finalen Gesetzentwurf (MoEF 2011) war diese quasi-nachhaltige Praxis hingegen *gänzlich* aus dem Text gestrichen. Das ist eine radikale Widerspiegelung der Arena, denn dort konzentrierte man sich vor allem auf Recycling – verstanden *nur* als *Schreddern*.

Dabei handelte es sich nicht um eine bewusste Entscheidung gegen eine spezifische Gruppe; auch der Einfluss von Recyclinggroßunternehmen lässt sich nur spekulativ anführen (einige politische Aktivisten der Arena üben sich in dieser Zuschreibungspraxis). Aber es ist auffällig, wie hier das Muster exzessiven Wachstums von Elektronikprodukten, dass durch moderne Kreislaufwirtschaft möglich bleiben soll und durch *Refurbishment* eher gebremst würde, sich durchsetzt und die kollektive Lernkurve deutlich abflacht. Die Intentionalität, die Richtung des Gesetzes (und der damit entworfenen Wertschöpfung) beruht dabei jedoch auf einem dispersen Kollektiv. »Zweckgerichtetes Handeln und Intentionalität mögen keine Eigenschaften von Objekten sein, aber sie sind auch keine Eigenschaften von Menschen. Sie sind Eigenschaften von Institutionen, von Apparaten, von *Dispositiven*«, wie es Latour (2002: 235; Herv. im Original) treffend mit Blick auf sich anbietende Reduktionismen schreibt. Deshalb ist es sinnvoll, die Komplexität von Wertschöpfungen und ihr gesamtes mobilisiertes Kollektiv zu berücksichtigen. Sodann ist es nicht die »Schuld« eines Einzelnen, dass eine derartige Praxis nicht anerkannt wird; vielmehr ist es eine nachvollziehbare Entwicklung des *transnationalen Wertschöpfungskollektivs*, dass bei *diesem* Schwerpunkt des Diskurses *Refurbishment* »unter den Tisch fällt«. Es wurde ein Hebel der Nachhaltigkeit angesetzt, eine Programmierung auf hochprofessionelle Recyclingpraktiken anvisiert – und dieser Hebel setzt *nicht* bei Reparaturpraktiken im kreativ-offenen Sinne an. An einem konkreten Beispiel ist somit Lepawskys kritische Allgemeindiagnose zuzustimmen: »It is time to rethink the dominant way of framing global e-waste flows. Policies and legal frameworks drawing on the dominant framing typically [...] promote a single version of recycling (that is product destruction or ›shredding‹) for material recovery.« (2014: 11)

## Fazit

Es zeigt sich, dass in diesem Fall zweifelsohne gut gemeinte Motive *neue Abhängigkeiten* geschaffen haben. Konsumsoziologisch ist dies doppelt relevant, da die nun fokussierten Recyclingpraktiken den *exzessiven* Konsum stützen. *Refurbishment* – diese frühe indische Version von »Phonebloks« – wäre in der Lage, den allgemeinen Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Aus experimentalistischer Sicht, mit den auch *ethisch relevanten* Standards des erweiterten Demokratiemodells, ist festzustellen, dass ein *Ungleichgewicht* zwischen Arena und Labor vorliegt – weil sich europäisch-amerikanische Modelle durchgesetzt haben. Handelt es sich damit eventuell um neo-koloniale Machtbeziehungen? Was impliziert unser Verständnis von Effizienz für die globale Entwicklungshilfe? Oder ganz konkret: Lohnt es sich, die abgelehnten Propositionen des informellen Sektors neu einzuschließen?

Eine Verbraucherdemokratie muss sich auf ein besseres Verständnis solcher Interdependenzen und damit auch auf neue Experimente einlassen können – und zum Beispiel dafür sorgen, dass Akteure eventuell neu »an die Tore des Parlaments klopfen können«. Es ist die theoretische, methodische und empirische Lernkurve, die demokratietheoretisch von Bedeutung ist – das Finden und Revidieren von Entscheidungen. Das Beispiel von Elektroschrott zeigt auf, in welche Richtungen wir dafür gehen müssen, denn auch hier ist, wie gezeigt, noch Überarbeitung vonnöten. Zu dieser Feststellung passt, dass sich der vorliegende Artikel schnell als überholt erweisen könnte. Aktuell, nach einer erneut intensiven Debatte, wird das indische Gesetz überarbeitet – und *Refurbishment* soll nun einen festen Platz in der neuen Ordnung bekommen (vergleiche zur ersten Diskussion Sohail 2015). Ob sich damit der Schwerpunkt allgemein verändert hat, bleibt jedoch offen und ist dann vor allem auch außerhalb des Gesetzestextes, sozusagen auf den Recycling- und Reparaturplätzen selbst, zu untersuchen.

## Literatur

- Baldé, C.P., Wang, F., Kuehr, R., Huisman, J. 2015: The global e-waste monitor – 2014, United Nations University, IAS – SCYCLE, Bonn.
- Callon, M. 2006: Einige Elemente einer Soziologie der Übersetzung: Die Domestikation der Kammuscheln und der Fischer der St. Brieuc-Bucht. In A. Belliger, D. J. Krieger: ANThology . Bielefeld: Transcript, 135–74.
- Crouch, C. 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Chaturvedi, A., Arora, R., Ahmed, S. 2010: Policy Cycle – Evolution of E-waste Management and Handling Rules, [http://www.weeerecycle.in/publications/research\\_papers/Policy\\_Cycle-EWaste\\_final\\_10\\_12\\_06.pdf](http://www.weeerecycle.in/publications/research_papers/Policy_Cycle-EWaste_final_10_12_06.pdf) (letzter Aufruf 24. Mai 2015).
- Dewey, J. 1964: Demokratie und Erziehung: Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Braunschweig: Westermann.
- Dewey, J. 1996: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Bodenheim: Philo.
- Dewey, J. 2002: Logik: Die Theorie der Forschung. 1. Aufl. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft Bd. 1902. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dewey, J. 2007. Erfahrung und Natur. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fischer, K., Reiner, C., Staritz, C. (Hg.) 2010: Globale Güterketten: Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung. Journal für Entwicklungspolitik Bd. 21. / Ergänzungsband. Wien: Promedia.
- Gereffi, G., Humphrey, J., Sturgeon, T. 2005: The governance of global value chains. Review of International Political Economy, 12. Jg., Heft 1, 78–104.
- Harman, G. 2009: Prince of Networks : Bruno Latour and Metaphysics. Prahan, Vic. : Re.press, 2009.
- Harman, G. 2014: Bruno Latour: Reassembling the Political. London: Pluto Press.
- Kettner, M. 1988: John Deweys demokratische Experimentiergemeinschaft. In H. Brunkhorst (Hg.), Demokratischer Experimentalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 44–66.
- Kneer, G., Schroer, M., Schüttpelz, E. (Hg.) 2008: Bruno Latours Kollektive: Kontroversen zur Entgrenzung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lamla, J. 2013a: Verbraucherdemokratie: Politische Soziologie der Konsumgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Lamla, J. 2013b: Arenen des demokratischen Experimentalismus: Zur Konvergenz von nordamerikanischem und französischem Pragmatismus. Berliner Journal für Soziologie, 23. Jg., Heft 3-4, 345–65. doi:10.1007/s11609-013-0227-2.
- Latour, B. 1993. The Pasteurization of France. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

- Latour, B. 2002; Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 2007: Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft: Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 2010: Das Parlament der Dinge: Für eine politische Ökologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 2014. Existenzweisen: Eine Anthropologie der Modernen. Berlin: Suhrkamp.
- Laux, H. 2011: Das Parlament der Dinge: zur Dekonstruktion einer Rezeptionsblockade. *Soziologische Revue*, 34. Jg., Heft 3, 285–317.
- Lepawsky, J. 2014: The changing geography of global trade in electronic discards: time to rethink the e-waste problem. *The Geographical Journal*, Vol. 181, Issue 2, 147–159doi:10.1111/geoj.12077.
- Lippmann, W. 1925: *The Phantom Public*. New York: Harcourt, Brace and Co.
- Marcus, G. E. 1995: Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography. *Annual Reviews Anthropology*, Vol. 24, 95–117.
- Marres, N. 2005: No issue, no public: Democratic deficits after the displacement of politics, <http://dare.uva.nl/document/1706> (letzter Aufruf 24. Mai 2015).
- MoEF 2011: E-waste (Management and Handling) Rules. New-Delhi: Government of India.
- Schmitt, C. 1963 [1932]: *Der Begriff des Politischen: Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Sohail, S. 2015: New e-waste draft rules promise a broader scope. *Down to Earth*. [www.downtoearth.org.in/content/new-e-waste-draft-rules-promise-broader-scope](http://www.downtoearth.org.in/content/new-e-waste-draft-rules-promise-broader-scope) (letzter Aufruf 24. Mai 2015).
- Sundaram, R. 2009: *Pirate modernity: Delhi's media urbanism. Asia's transformations*. London, New York: Routledge.
- Gandhi, D. 2015: India, a victim of e-waste crime. In *The Hindu*, <http://www.thehindu.com/sci-tech/energy-and-environment/india-a-victim-of-ewaste-crime/article7202265.ece> (letzter Aufruf 24. Mai 2015).
- UNEP 2015: UNEP Chief Warns of Tsunami of E-Waste at Conference on Chemical Treaties. [www.unep.org/newscentre/Default.aspx?DocumentID=26802&ArticleID=35007](http://www.unep.org/newscentre/Default.aspx?DocumentID=26802&ArticleID=35007) (letzter Aufruf 24. Mai 2015).

Ad-hoc-Gruppe »Kausalität im Sozialen?«  
– organisiert von Rainer Greshoff, Jens Greve und Rainer Schützeichel



# Worauf verzichtet man, wenn man keine Kausalitätsforschung betreibt?

Eine tentative Skizze

Rainer Greshoff

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Kausalität im Sozialen?« – organisiert von Rainer Greshoff, Jens Greve und Rainer Schützeichel*

Wenn man Aussagen zu Kausalität im Sozialen machen will, braucht man Konzepte von beidem: Konzepte von dem, was mit Kausalität und von dem, was mit Sozialem in den Blick genommen wird. Mir geht es, und das ist dann auch die grobe Gliederung meiner Ausführungen, im ersten Schritt um ein Kausalitätskonzept, genauer um den Vorschlag eines solchen Konzeptes, im zweiten um dessen ansatzweise Anwendung auf den Bereich des Sozialen. Zunächst zum Kausalitätskonzept. Zunächst ist klarzustellen, welcher Gegenstand mit einem solchen Konzept erfasst werden soll. Wird mit Kausalität ein reales Geschehen im Gegenstandsbereich intendiert oder ist mit Kausalität ein Zurechnungsschema gemeint, mit dem operiert wird, um Phänomene in bestimmter Hinsicht in ihrer Beziehung einschätzen zu können? Beides meint ganz Verschiedenes, beides sind sinnvolle Forschungsobjekte. Mir geht es im Folgenden um die erste Option, also um Kausalität als ein bestimmtes reales Geschehen und mit *Kausalitätskonzept* um ein Konzept, das solches Geschehen erfassen lässt.

Es gibt eine ganze Reihe von Kausalitätskonzepten, die in ihrem Verhältnis untereinander derzeit kaum einzuschätzen sind. Mehr ist dazu an dieser Stelle auch nicht zu sagen. Für eine erste Orientierung und für eine Art von Schneisenschlag, um grundlegende Diskussionsstränge zu markieren, nutze ich eine Unterscheidung von Michael Esfeld. Die verschiedenen Ansätze lassen sich, so Esfeld (2007), der groben Linie nach in zwei Kausalitätsverständnisse unterteilen.

Die eine Position lässt sich so umschreiben: Es gibt bloße raumzeitliche Abfolgen von Eigenschaftsvorkommnissen. Hervorbringende Verbindungen zwischen den verschiedenen Vorkommnissen werden nicht angenommen. Eigenschaften sind hier kategoriale, nicht dispositionale Eigenschaften. Kausalität besteht unter dieser Prämisse dann allein in der regelmäßigen Aufeinanderfolge raumzeitlich benachbarter Ereignisse (man wird hier an die Regularitätskonzeption von David Hume denken).

Die zweite Position nimmt dagegen an, dass es hervorbringende Verbindungen zwischen Eigenschaftsvorkommnissen gibt. Kausalität schafft solche Verbindungen, das heißt Ursachen

bringen Wirkungen hervor. Die Eigenschaften sind hier Dispositionen, die eine Können-Komponente haben. Kausalität meint dann nicht bloß das regelmäßige Aufeinanderfolgen jeweiliger Entitäten, sondern tatsächliche Verbindungen des Hervorbringens zwischen ereignishaften Entitäten.

Wenn man die zuletzt genannte Position einnimmt, geht man also davon aus, dass es so etwas wie ein inneres Band, eine Relation zwischen Ereignissen gibt, dass ein Ereignis also ein anderes hervorbringt.

Die zuerst genannte Regularitätsposition impliziert bekanntermaßen eine Fülle von Problemen. Es lässt sich eine Vielzahl regelmäßiger Korrelationen aufzeigen, von denen schnell klar ist, dass sie in keinem wie auch immer näher zu begreifendem Ursache-Wirkungsverhältnis zueinander stehen. (Beispiele dafür sind etwa: Wenn das Barometer sinkt, gibt es deshalb Regen; wenn Männer die Pille nehmen, werden sie deshalb nicht schwanger.) Eine Anknüpfung an diese Position scheint mir daher hier, wo es um eine erste Orientierung geht, erst einmal nicht sinnvoll.

Wenn ich stattdessen an Position zwei anschließe, dann unterstütze ich damit ein Verständnis von Kausalität, das mit Kausalität Verbindungen des Hervorbringens verknüpft. Erstaunlicherweise findet sich in der einschlägigen Kausalitätsliteratur wenig expliziert, wie dieses Hervorbringen vorzustellen ist. Einige Angaben lassen sich aber finden. Ich bringe sie in einer Bestimmung von Kausalität zusammen, für die zentral ist, Ursachen als so etwas wie Störungen zu begreifen. Die Kausalitätsbestimmung lautet dann so:

Ein Ereignis A kommt derart in Beziehung mit einem Zustand B eines Gegenstandes, dass durch diese Beziehung der Zustand B gestört wird, was auch etwa heißen kann, dass etwas unterbrochen, verhindert usw. wird). Folge (Wirkung) dieser Störung (Ursache) ist, dass B –in bestimmter Weise beschaffen –durch jeweilige (aktive oder passive) Dispositionen gekennzeichnet, auf die Störung reagiert. Es tritt eine Zustandsveränderung B+ ein – also ein Ereignis, sei es direkt ausgelöst/angestoßen, sei es direkt herbeigeführt worden – die gemäß den Möglichkeiten der Beschaffenheit von B zustande kommt.

Zusätzlich gilt: Die Beziehung zwischen A und B und die daraus resultierende Zustandsveränderung B+ kommen immer unter jeweiligen – und für kausale Erklärungen zu benennenden – Bedingungen zustande. Solche Bedingungen sind jedoch, wenn auch keineswegs entbehrlich, insofern nicht kausal, als sie keine Veränderung anstoßen oder herbeiführen (damit etwa ein Kurzschluss ein Feuer herbeiführt, bedarf es als Bedingung Sauerstoff; letzterer führt aber das Feuer nicht herbei). Diese Unterscheidung von Ursachen (Ereignissen/Veränderungen) und Bedingungen ist ein zentraler Punkt, den eine Kausalforschung beachten muss. Das soll aber nicht heißen, dass Ursachen und Bedingungen gegeneinander auszuspielen sind. Man braucht beides, muss sich aber auch über die skizzierten Unterschiede im Klaren sein, sonst kann man die jeweiligen Gegebenheiten und Geschehnisse nicht differenziert und erklärungskräftig auf den Begriff bringen. Anders ausgedrückt, zu zeigen ist, was zu was unter welchen Umständen führt bzw. nicht führt. Also dass Ursachen ohne die jeweiligen Bedingungen nicht wirken können – dann keine Ursachen sein können – und dass Bedingungen allein nichts hervorbringen, es durch bloße Bedingungen nicht zur erklärenden Wirkung kommt.

Soweit die grundsätzliche Bestimmung von Kausalität, die nun in vereinfachter Form in einigen Punkten kurz erläutert und erweitert wird, die mir wichtig und fruchtbar scheinen.

a) Kausalität wird hier als ein bestimmtes relationales Geschehen aufgefasst. In den Blick genommen werden zwei *vorliegende*, also singuläre Relata, die bestimmte Entitäten sind, nämlich Ereignisse. Ereignisse werden als datierte und lokalisierte Entitäten bestimmt. Die Relata sind in bestimmter Weise temporal angeordnet. Auf ein zeitlich früheres Ereignis folgt ein zeitlich späteres Ereignis.

Kausalität als singuläres Geschehen zu begreifen heißt dann auch, dieses Geschehen nicht als gesetzmäßig-determiniert aufzufassen. Kausale Relationen müssen keineswegs immer wieder zustande kommen. Sie können Fehlschlagen oder es kann etwas dazwischen kommen. Das bedeutet aber nicht, dass es keinerlei Regelmäßigkeiten gibt. Das kann schon der Fall sein. Es handelt sich dann aber um nicht-strikte, nämlich störbare Regelmäßigkeiten.

b) Ereignisse sind immer Veränderungen. Veränderungen sind das Gegenstück zu Zuständen, Substanzen oder Kontinuanten. Letztere sind allesamt als Nicht-Veränderungen so etwas wie relativ gleichbleibende oder träge weiter verlaufende Entitäten und können als solche keine Relata von kausalem Geschehen sein.

Es kann dann also nicht einfach angenommen werden, wie auf eine unbedarfte Weise immer wieder in sozialwissenschaftlichen Arbeiten zu lesen ist, dass alle möglichen Entitäten – soziale Strukturen, Staaten, Familien, Organisationen und auch Akteure, also relativ dauerhafte Entitäten – als Ursachen anzunehmen sind. Dass nur Ereignisse und nicht Zustände Relata kausaler Beziehungen sein können, lässt sich mit dem so genannten Datiertheitsargument begründen. Es lautet: Wirkungen kommen zu einem bestimmten Zeitpunkt vor. Die Nennung einer Ursache muss dann angeben, warum die Wirkung durch die Ursache zu diesem bestimmten Zeitpunkt herbeigeführt wird und nicht zu einem beliebigen anderen. Der Verweis auf Zustände kann eine solche Angabe aber nicht leisten. Zustände waren schon vor dem Zeitpunkt da und werden auch nachher noch da sein. Es stellt sich also die Frage, warum die Wirkung nicht schon eher eingetroffen ist oder ob sie nicht erst später eintreffen wird. Zustände sind somit zu unspezifische Entitäten, um in kausalen Relationen als Ursachen zu einem bestimmten Zeitpunkt Wirkungen erzeugen zu können.

c) Ein letzter Punkt. Die eben eingeführte Bestimmung von Kausalität hebt darauf ab, dass Ereignisse als Störungen Veränderungen auslösen oder herbeiführen. Dass ein Ereignis diese Wirkung hat, dass also tatsächlich ein Kausalzusammenhang der Fall ist, muss von der Kausalforschung für den jeweiligen Fall möglichst lückenlos nachgewiesen werden. Ein solches Nachweisen kann durch kontrafaktische Annahmen indexikalischer Art befördert werden. Es sind dann variierende *Was-wäre-wenn-Szenarien* mit Zeit- und Ortsbezug zu konstruieren, die prüfen lassen, ob durch ein Ereignis X eine Veränderung Y direkt hervorgebracht wurde oder nicht. Grundsätzlich kann man sagen: Je mehr nach dem Eintreten von X noch hätte dazwischenkommen können, dass das Eintreten von Y verhindert hätte, desto unplausibler erscheint das Kausalurteil, *X habe Y verursacht*. Kontrafaktische *Was-wäre-wenn-Annahmen* sind, das ist ihr Sinn, als Wahrheitsbedingungen singulärer Kausalaussagen zu begreifen.

Soweit im ersten Schritt zum Kausalitätskonzept (Hüttemann 2013, Keil 2000, Schaffer 2004). Jetzt zum Thema Kausalität im Sozialen. Mein exemplarischer Bezugspunkt sind kollektive soziale Phänomene, und zwar soziale Gebilde. Diese bestehen – ich nenne hier nur ein paar Merkmale – in ihren Operationen aus verschiedenen wechselseitig aufeinander ausgerichteten und an-

einander anschließenden Handlungen mehrerer sinnhafter Prozessoren (Akteure). Also von Alter, Ego, gegebenenfalls Tertius usw., die als dem Gebilde zugehörige Entitäten begriffen werden. Die Strukturen derartiger Gebilde wie Normen, Regeln sowie kollektive Orientierungsschemata werden von sei es sozial gültigen, sei es sozial verteilten Erwartungen dieser Prozessoren gebildet und dienen Letzteren zur Orientierung ihrer Handlungen.

Solche Gebilde werden über unterschiedliche Handlungen betrieben, deren es für die wechselseitigen Anschlüsse zwischen den Prozessoren bedarf. Diese Handlungen kommen über das Abarbeiten verschiedener Probleme zustande, die jeweils von den Prozessoren generiert werden:

- Worum geht es hier in der Situation? (*Situationsbestimmung*)
- Was will mein Gegenüber von mir? (*Zurechnung*)
- Wie kann/soll/will ich damit umgehen, worum geht es mir in dieser Situation? (*Verarbeiten*)
- Wie will ich mich hier verhalten? (*Einwirkung auf Gegenüber*)

Über das Abarbeiten dieser vier Problemstellungen werden iterativ und sequentiell die wechselseitigen Bezugnahmen des Sozialgebilde-Geschehens erzeugt, aus denen dann Stadien sozialer Gebilde, soziale Prozesse und Strukturen – sei es in ihrer Reproduktion, sei es in ihrem Wandel – resultieren.

Im Zusammenhang mit der Kausalitätsthematik muss zumindest etwas zu den individuellen Prozessoren gesagt werden. Ich bestimme sie hier zunächst ganz abstrakt als körperlich abgegrenzte und integrierte Entitäten verschiedener aufeinander abgestimmter Dispositionen, die sich in verschiedenen Operationen manifestieren und durch solche Operationen reproduziert oder auch gewandelt werden können. Die Operationen sind überwiegend intentional und an Erwartungen verschiedener Art orientiert.

Wichtig ist auch noch der Punkt, dass eine Vielzahl der Dispositionen aktive Dispositionen sind, weil mit ihnen ein sogenanntes Zwei-Wege-Vermögen verbunden ist, also so etwas wie Entscheidungsfähigkeit. Anders ausgedrückt: Jeweilige Operationen können, müssen aber nicht in generalistisch-reflexiver Perspektive zustande kommen.

Im Zusammenhang mit den Prozessoren ist schließlich noch folgender grundlegender Aspekt für die Kausalitätsthematik anzusprechen. Die individuellen Prozessoren sind – etwas metaphorisch gesprochen – in sozialen Gebilden die einzige Quelle sinnhafter sozialer Aktivität. Sie sind aber keine – damit spiele ich auf das Problem der Akteurskausalität an – sie vorgegebenen und unbewegten, dem Kausalgeschehen enthobenen Bewegerrinnen. Das klingt in Formulierungen wie *Der Akteur macht dieses oder jenes* aber schon an. Als (relativ) dauerhafte Gesamtentität können sie auch keine Ursache sein – hier greift das oben skizzierte Datertheitsargument – sondern Ursache sind immer nur ihre Operationen, die als Teil eines Kausalgeschehens durch andere Prozessor-interne oder externe Ereignisse angestoßen werden. Ich belasse es bei diesen Andeutungen, die als Plädoyer für ein nicht-naives Akteurskonzept zu verstehen sind, das für Kausalforschungen geeignet ist.

Der obigen Bestimmung nach besteht Kausalität wesentlich darin, dass Ereignisse als Störungen von Dispositionen Veränderungen auslösen oder herbeiführen. Hinsichtlich Kausalität im Sozialen ist nun der wichtige Punkt, dass soziale Gebilde, Strukturen, Prozesse usw. als ein jeweiliges soziales Gesamt keine Dispositionen haben und auch keine Ereignisse

herbeiführen können (Greshoff 2012). Dispositionen haben und Ereignisse herbeiführen können nur die jeweiligen individuellen Prozessoren, die mit ihren sozialen Operationen und Erwartungen die sozialen Gebilde, Strukturen usw. ausmachen. Dies vorausgesetzt ist dann sofort klar zu machen, dass Sozialgebilde-Geschehen nur über eine Vielzahl kausaler Relationen zustande kommt. Das kann man exemplarisch und im kleinen folgendermaßen andeuten: Das Resultat des Handelns von Ego, etwa einer Mitteilung, mit der Ego sich auf Alter bezieht, führt nicht direkt als Wirkung eine Reaktionshandlung von Alter herbei. Damit es zu einem auf Egos Mitteilung Bezug nehmenden Handeln von Alter kommt, bedarf es zuvor anderer kausaler Operationen von Alter.

Die Mitteilung von Ego führt zunächst zu Veränderung in der physikalischen Umgebung, also zu bestimmten Schallereignissen, Bewegungsereignissen usw. Diese Ereignisse können Dispositionen anderer Prozessoren – mögliche Adressaten der Mitteilung – stören. Nimmt man einen anderen Prozessor als Gegenüber in den Blick, kann man folgende Kausalverläufe konstruieren, die nicht alle in gleicher Weise soziologisch interessant sind, die aber alle mehr oder weniger irgendwie vorkommen müssen. Und zwar kommen sie allein in den individuellen Prozessoren als ein aneinander anschließendes mehrgliedriges Kausalgeschehen vor (Greshoff 2015). Für jeweilige Prozessoren als Adressaten einer Mitteilung heißt das im Einzelnen:

1. Durch Sinnesorgane sind die Prozessoren dazu disponiert, dass die physische Beschaffenheit von Ereignissen in ihrer Umgebung (Schall, Bewegung usw.) bei ihnen Sinnesreizungen herbeiführen können (damit spiele ich auf den physischen Niederschlag einer Mitteilungshandlung an).
2. Jeweilige Sinnesreizungen aktivieren als Ereignisse die Disposition, die Sinnesreizungen zu Wahrnehmungen transformieren, führen somit die Verarbeitung von Sinnesreizungen zur Sinneswahrnehmung herbei.
3. Das Ereignis der Sinneswahrnehmung aktiviert seinerseits – ich kürze jetzt etwas ab – die Dispositionen zu Situationsbestimmung und Zurechnung, löst also über die Problemstellung –*Worum geht es in der wahrgenommenen Situation/was will mein Gegenüber von mir* – eine bestimmte Tätigkeit aus, nämlich Situationsbestimmung und Zurechnung.
4. Das Ereignis Situationsbestimmung und Zurechnung aktiviert dann über entsprechende Problemstellungen weitere Dispositionen: die zur Verarbeitung von Situationsdeutung und Zurechnung sowie die, selber eine Mitteilung vorzunehmen. Über die Aktivierung dieser Dispositionen kann es zu der Einschätzung kommen, dass maßgebliche Regeln in der Situation zu ändern sind. Diese Einschätzung mag vom jeweiligen Prozessor dann auch mitgeteilt werden. Diese Mitteilung kann dann wiederum ihrerseits über die physischen Veränderungen, die sie herbeiführt, bei anderen Prozessoren erneut eine Kausalkette, wie die gerade beschriebene, auslösen. Auf diese Weise mag es im Zusammenhandeln nach und nach zu geänderten Regeln oder anderen kollektiven Geschehnissen kommen.

Zum Schluss will ich auf den Titel meiner Überlegungen zurückkommen. Worauf verzichtet man, wenn man keine Kausalitätsforschung betreibt? Man verzichtet auf Forschungen, wie und warum es durch welche Ereignisse zu welchen Veränderungen kommt. Konkretisiert auf Soziales heißt das: Man verzichtet auf die Erforschung und Konzeptualisierung, wie und warum es durch welche Veränderungen zu Veränderungen von sozialen Gebilden, Konstellationen, Formen des

Zusammenhandelns, Prozessen oder Strukturen kommt. Die Relevanz des Themas *Kausalität im Sozialen* lässt sich also folgendermaßen zuspitzen: Werden die Kausalitäten sozialer Phänomene nicht erforscht, kann man nicht nur über das *Wie* und *Warum*, sondern auch über das *Ob* sozialer Dynamiken keine gut begründeten Aussagen machen.

## Literatur

- Esfeld, M. 2007: Kausalität. In A. Bartels, M. Stöckler (Hg.), *Wissenschaftstheorie*. Paderborn: mentis, 89–108.
- Greshoff, R. 2012: Soziale Aggregationen als Erklärungsproblem. *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, 1. Jg., 109–122.
- Greshoff, R. 2015: Worum geht es in der Mechanismendiskussion in den Sozialwissenschaften und welcher Konzepte bedarf es, um sozialmechanismische Erklärungen zu realisieren? *Zyklus*, 1. Jg., 47–91.
- Hüttemann, A. 2013: *Ursachen*. Berlin, Boston: de Gruyter.
- Keil, G. 2000: *Handeln und Verursachen*. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Schaffer, J. 2004: Causes need not be Physically Connected to their Effects: The Case for Negative Causation. In C. R. Hitchcock (Hg.), *Contemporary Debates in Philosophy of Science*. Oxford: Basil Blackwell, 197–216.

# Kausalität als pragmatisches Beobachtungsschema

Oliver E. Kuhn

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Kausalität im Sozialen« – organisiert von Rainer Greshoff, Jens Greve und Rainer Schutzeichel*

Jede sozialwissenschaftliche Untersuchung ist mit zahlreichen und widersprechenden Kausalzurechnungen konfrontiert, mit deren Hilfe sich Akteure in ihren Handlungsfeldern orientieren. Jeder implizite oder kommunizierte Handlungssinn beinhaltet Annahmen (»Theorien«) über Ursachen und Wirkungen, nicht zuletzt über die intendierten Wirkungen der eigenen Handlungen. Kausalwissen spielt auf allen Untersuchungsebenen eine Rolle: Individuelle Akteure, Gruppen, Organisationen, ganze gesellschaftliche Sinnsphären lassen sich auf ihre spezifischen kausalen Zurechnungspraktiken hin untersuchen und vergleichen. Eine erste, kaum überraschende Feststellung dabei ist, dass auch solche Zurechnungspraktiken »funktionieren« und durchgehalten werden, die aus wissenschaftlicher Perspektive unkorrekt oder zumindest übersimplifiziert sind.

Dieser Beitrag stellt die Frage, mit welchem Kausalitätsbegriff sich die Vielfalt widersprechender Kausalzurechnungen adäquat beschreiben lässt. Die folgenden Überlegungen schließen dafür an Niklas Luhmanns Begriff der Kausalität als Beobachtungsschema an. Kausalität wird als ein streng beobachterabhängiges Geschehen konzipiert, als Konstruktion auf der Grundlage jeweils angewandter Unterscheidungen. Nicht zuletzt wird damit auch ein pragmatischer Aspekt von Praktiken der Kausalitätszurechnung behauptet: Sie hängen von den spezifischen Erkenntnis- und Handlungsinteressen des »Beobachters«<sup>1</sup> ab. Diese Perspektive wird mit der manipulationistischen (bzw. interventionistischen) Kausalitätstheorie abgeglichen, die ähnliche Konsequenzen zieht: Kausalitätsfragen erschöpfen sich nicht (oder nur im Grenzfall) in Gesetzen (nomologische Deduktion), sondern dienen pragmatisch der Hervorbringung von Wissen über Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten.

Zunächst soll die konstruktivistische Auffassung der Kausalität als Beobachtungsschema mit Einsichten des Manipulationismus verglichen werden. Zweitens wird die soziale Funktion von Kausalitätszurechnungen erörtert. Abschließend werden cursorisch einige Überlegungen zu Alternativen zur Kausalitätsforschung in den Sozialwissenschaften angestellt.

---

<sup>1</sup> Die Terminologie der Beobachtungstheorie sieht nicht vor, dass es sich bei diesem »Beobachter« notwendig um Menschen oder menschliches Bewusstsein handeln muss. Auch soziale Entitäten (Interaktionen, Organisationen, Funktionssysteme) sind in der Lage, im hier gemeinten Sinn zu »beobachten«, das heißt zu unterscheiden und eine Seite der Unterscheidung zu bezeichnen.

## Beobachtungstheorie und Manipulationstheorie der Kausalität

Die empiristische Wissenschaftsbewegung (und ihre philosophische Reflexion) hatte lange ein schwieriges Verhältnis zur Kausalität. Die Erfolge theoretisch geleiteter Beobachtung schienen Kausalität als gesonderte Kategorie einerseits überflüssig zu machen: Die Behauptung von Ursächlichkeiten erbringe gegenüber der bloßen Beobachtung empirischer Regelmäßigkeiten keine zusätzliche Information. Andererseits vertraute selbst der empiristische Leitphilosoph David Hume nicht allein einer rein empirischen Definition (Pearl 2000: 238). Humes klassische Definition von »Ursache« zeigt diese Zwiespältigkeit:

»We may define a cause to be an object followed by another, and where all the objects, similar to the first, are followed by object similar to the second. Or, in other words, where, if the first object had not been, the second never had existed.« (Hume 1748, Abschnitt VII).

Einerseits soll die Kausalität in bloßer Empirie aufgehen (erster Teil der Definition), andererseits bringt Hume ein negatives Kontrafaktual ins Spiel (»had not been«, »never had existed«), obwohl Negatives in der empirischen Umwelt eben *nicht* vorkommt. Die empiristische Tradition wirkt in der Kausalitätstheorie lange nach, noch Bertrand Russell oder der Statistiker Karl Pearson halten Kausalität für eine veraltete Kategorie, welche durch genaue empirische Beschreibungen verlustfrei ersetzt werden könne. Erst im 20. Jahrhundert schlägt David Lewis eine kontrafaktualistische Kausalitätstheorie vor, welche die Reduzierbarkeit von Kausalität auf Empirie bestreitet (Lewis 1973). An diese Theorie schließen verschiedene Entwürfe des sogenannten »Manipulationismus« (auch »Interventionismus«) an, die vorerst in den Werken von Judea Pearl (2000) und James Woodward (2003) ihren Abschluss finden. Die Grundidee dieser Denkrichtung liegt in der Einsicht, dass sich Kausalaussagen niemals auf deskriptive, statistische Aussagen reduzieren lassen. Statistische Maße wie Korrelation oder Regression beinhalten keine kausalen Informationen. Vielmehr lässt sich ein Rekurs auf kontrafaktisches Geschehen für kausale Erklärungen nicht vermeiden: Hätte die Ursache nicht bestanden, wäre die Wirkung nicht eingetreten.<sup>2</sup> Dabei bezieht der Manipulationismus eine offen pragmatische Position:

»[...] The underlying idea of my account of causal explanation: we are in a position to explain when we have information that is relevant to manipulating, controlling, or changing nature [...]. We have at least the beginnings of an explanation when we have identified factors or conditions such that manipulations or changes in those factors or conditions will produce changes in the outcome being explained.« (Woodward 2003: 10).

Beschreibungen dagegen bilden bloße Regelmäßigkeiten ab: »Descriptive knowledge, by contrast, is knowledge that, although it may provide a basis for prediction, classification, or more or less unified representation or systemization, does not provide information potentially relevant to manipulation.« (Woodward 2003: 10). Obwohl die Beschreibung der perfekten Korrelation zwischen Einnahme der Pille und Nicht-Schwangerwerden bei Männern korrekt ist (ein Beispiel von Wesley Salmon), lässt sich diese Wirkung nicht durch die Einnahme kausal erklären, insofern die Variation der Variablen »Einnahme« den Wert der Variablen »Schwangerschaft« nicht

<sup>2</sup> Methodisch lassen sich Kausalaussagen entsprechend nicht statistisch, sondern nur durch Experimente (bzw. durch hypothetische Experimente) belegen.



verändert. Ursachen sind also Sachverhalte, die ausgetauscht werden müssten, um nachfolgende Sachverhalte (ihre »Wirkung«) zu ändern.

Eine naheliegende Kritik an frühen manipulationistischen Entwürfen merkt an, dass sehr viele Kausalerklärungen Sachverhalte betreffen, die überhaupt keiner Intervention zugänglich sind. Der Manipulationismus argumentiert diesbezüglich, die Kausalerklärung sei aufgrund ihres Erfolgs von manipulierbaren Sachverhalten auf nicht manipulierbare Sachverhalte übertragen worden und leiste auch in solchen Fällen heuristisch Wertvolles. Im Fall etwa der Erklärung des Aussterbens der Dinosaurier durch die Ursache »Meteoriteneinschlag« wird die Ursachenattribution ohne Möglichkeit einer Intervention durchgeführt, nämlich im Licht der Frage, welche Faktoren hätten geändert werden müssen, um die Wirkung »Aussterben« zu verhindern. Auch diese Informationen über Nicht-Manipulierbares sind wertvoll, insofern sie es etwa ermöglichen, über die Bedingungen ihrer Generalisierung auf manipulierbare Fälle nachzudenken (zum Beispiel auf mögliche künftige Fälle von Meteoriteneinschlag). Der kognitive und technische Fortschritt, der dann viele solcher imaginierten »Als-Ob-Manipulierbarkeiten« in faktische Manipulierbarkeiten verwandelte, hatte diese spekulative Kausalforschung zur Voraussetzung.

Ein wichtigerer Kritikpunkt am Interventionismus moniert dessen vorgeblichen Subjektivismus und Anthropozentrismus gegenüber einer rein empiristischen Kausalitätsauffassung (Diskussion bei Woodward 2003: 118ff.). Wenn nämlich kontrafaktische Überlegungen, genauer: kontrafaktische Konditionale, in Kausalaussagen notwendig impliziert werden, schließt das einen beobachterunabhängigen Begriff der Kausalität aus: »Kontrafaktisches« gibt es in der beobachtbaren Welt nicht. Es handelt sich dabei, dies werden auch Realisten zugestehen, um notwendig »intern« berechnete Einschätzungen eines Beobachters, der dafür abweichende Möglichkeiten einer Realität entwerfen muss, die abläuft, wie sie abläuft.<sup>3</sup> Sehr deutlich erscheinen die Konsequenzen der Öffnung für kontrafaktualistische Annahmen bereits in David Lewis' Kausaltheorie. Lewis akzeptiert die Realität der jeweils skizzierten kontrafaktischen Möglichkeiten auf Basis einer umstrittenen Ontologie möglicher Parallelwelten. Er versucht, diese einmal geöffnete Pandora-Büchse der in Kausalerklärungen implizierten kontrafaktischen Möglichkeiten durch das Kriterium der »nächsten Welt« (closest world) wieder zu verschließen: Um als Kausalzusammenhang gewählt zu werden, müsse die kontrafaktische Welt, welche der postulierte Kausalzusammenhang impliziert, der faktischen Welt ähnlicher sein als eine kontrafaktische Welt, in der er nicht der Fall ist. Die Behauptung: »Die Vase ging zu Bruch, weil du gestolpert bist« impliziert das kontrafaktische Konditional: »Wärest Du nicht gestolpert, wäre die Vase nicht zerbrochen«. Sie imaginiert also eine alternative Welt, in der die Vase nicht zerbrochen ist. Nach dem Kriterium der »nächsten Welt« ist diese Aussage wahr, wenn die Alternativwelt, in der das Nichtstolpern das Nichtzerbrechen nach sich zieht, unserer Welt ähnlicher ist als eine Alternativwelt, in welcher Nichtstolpern und Nichtzerbrechen nicht verbunden sind. Letztlich stellt dieses Kriterium die Forderung, den durch Zulassung von Kontrafaktischem ermöglichten Einbruch unendlicher Imagination mithilfe des von uns akzeptierten Wissens über unsere Welt einzudämmen und zu isolieren (Sparsamkeitsprinzip).

---

<sup>3</sup> Und offensichtlich sind diese Einschätzungen abhängig vom aktuellen Systemzustand, das heißt von *zuvor* akkumulierter Information (Kategorien, erlernt oder angeboren).

James Woodward hält diese Theorie für »unpraktisch« (Woodward 2003: 30) und formuliert offener: Als Kandidaten für die Auswahl aus der (unbegrenzten?) Menge kontrafaktischer Möglichkeiten würden normalerweise nur »ernsthafte Möglichkeiten« berücksichtigt (Woodward 2003: 88 ff.). Eine genauere Beschreibung der empirischen Diskussionen über die Ernsthaftigkeit verschiedener Möglichkeiten gibt er allerdings nicht. Während einige manipulationistische AutorInnen die Kontextrelativität von Kausalaussagen »pluralistisch« anerkennen (Hitchcock 2007; Menzies 1988; Schaffer 2012), scheut Woodward vor einer Anerkennung der relativistischen Konsequenzen des Manipulationismus zurück. Offenbar fürchtet er, mit der »Anerkennung« unwissenschaftlicher oder falscher Kausalaussagen als Material der Kausalitätstheorie gehe auch deren eigene Wissenschaftlichkeit verloren. Dem liegt wohl die unrealistische Vorstellung zugrunde, eine Kausalitätstheorie könne substantielle Kriterien mitliefern, um falsche Kausalaussagen auszuschließen.

Die Furcht vor dem Relativismus teilt die Systemtheorie nicht (Luhmann 2009: 11, 29). Der Kausalitätsbegriff Luhmanns gliedert sich in dessen konstruktivistische Beobachtungstheorie ein. Danach ist eine beobachterunabhängige, »einzig-richtige« Erfassung vorgegebener Sachverhalte immer schon ausgeschlossen – es gibt dafür keinen externen Maßstab, die Außenwelt »an sich« bleibt der Beobachtung unzugänglich. Vielmehr findet jede Konstruktion der Umwelt notwendig im System statt. Die methodischen Kriterien *richtiger* Konstruktion werden durch die jeweiligen sozialen Systeme selbst entwickelt, mehr oder weniger streng festgelegt, angewandt und ihre Ergebnisse schließlich auf die Umwelt projiziert (während »falsche« Konstruktionen als bloße Hirngespinnste intern attribuiert werden). Kausalaussagen, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen sollen, erfordern Prüfungen auf ihre Konsistenz mit dem bereits anerkannten Wissen (oder gute Argumente für die Re-Interpretation desselben). Auch wissenschaftliche Beobachtung und Experiment bieten keinen Zugriff auf die Außenwelt, methodische Überprüfung ist wiederum interne Konsistenzprüfung (diesmal jedoch mit zuvor unbekanntem Wissen). Solange einer Methode vertraut wird, darf eine Kausalbehauptung nicht inkonsistent werden mit den Daten, die sie ermöglicht. »Falsche« Zurechnungen scheitern mithin nicht an der Außenwelt, sondern an anderen Konstruktionen und Zurechnungen. Auch die Wiederholbarkeit von experimenteller Bestätigung oder Prognosefähigkeit werden hier nicht als Bestätigung der »Beobachterunabhängigkeit« eines Kausalzusammenhangs akzeptiert. Weder »Naturgesetze«, noch »stabile Mechanismen« mit begrenzter Reichweite, welche in der Praxis der Kausalattribution identifiziert werden, werden als natürlich vorhandene Sachverhalte aufgefasst (allerdings wird nicht bestritten, dass psychische und soziale Systeme ihre Umweltberechnungen als *Erkennen* ihrer Umwelt auffassen, nicht als eigene *Handlung*). Bei festgestellten Kausalgesetzen und Regelmäßigkeiten handelt es sich um dasjenige Wissen, das bei der Anwendung des Kausalschemas kondensiert (Luhmann 2009: 512). Dieses Wissen kann eher stabil oder starker Evolution und sozialer Differenzierung ausgesetzt sein.

Das Beobachtungsschema der Kausalität ist sehr generell anwendbar, es sieht nur zwei Komponenten vor: Notwendigkeit und zeitliche Asymmetrie. Die Wirkung folgt der Ursache mit Notwendigkeit zeitlich nach.<sup>4</sup> Meist wird dabei vorausgesetzt, dass Bedingungen für die Stabili-

---

<sup>4</sup> Damit ist nicht ausgesagt, dass die Wirkung nur eine (für die Wirkung notwendige) Ursache haben dürfe. Aber wenn die Ursache vorliegt, kann die Wirkung nicht ausbleiben.

tät dieser Relation existieren, die selbst stabil bleiben (*ceteris paribus*-Klausel). Indem eine Kausalzurechnung explizit die *Notwendigkeit* der Wirkung bei gegebener Ursache behauptet, markiert sie zugleich die *Kontingenz* der Relation insgesamt – nämlich ihre Abhängigkeit vom (im Schema als kontingent behandelten, *seinerseits nicht erklärten*) Eintreten der Ursache. In einer zweiten Kausalaussage kann die Ursache selbst als notwendige Wirkung einer »ursprünglichen« Ursache erklärt werden, da das Kausalschema universell anwendbar ist. Wiederum wird die Ur-Ursache kontingent gesetzt, solange keine dritte Ursache postuliert wird, *ad infinitum*. Jede Kausalaussage allerdings definiert (letztliche) Kontingenzstellen, welche manipuliert werden können, um die jeweiligen Effekte oder Effektketten zu verändern.<sup>5</sup>

Analog zum Manipulationismus spezifiziert die Kausalzurechnung in der beobachtungstheoretischen Analyse die Möglichkeiten des (potentiellen) Eingriffs, indem sie die Grenzen eines »Mechanismus« spezifiziert. Dabei beschränkt sich freilich die Information in Bezug auf Manipulierbarkeit auf eine Variable mit den Werten: möglich / unmöglich. Eine Kausalattribution wie »Er ist krank geworden, weil er sich bei mir angesteckt hat« benennt also zugleich mit der notwendigen Relation (zwischen Ansteckung und Krankheit) deren Grenzen, jenseits der benannten Notwendigkeit. Sie markiert damit zugleich potenzielle (nicht notwendig: für Manipulation ausnutzbare) Kontingenzen (man hätte sich nicht anstecken müssen) und als eine Teilmenge möglicher Kontingenzen: Eingriffsmöglichkeiten (Vermeidung der Ansteckung).

In dieser Perspektive erweisen sich die beobachtungstheoretische Kausalitätstheorie und der Manipulationismus als kompatibel, wenngleich für letzteren die Konsequenzen seiner pragmatischen Grundposition – nämlich eine Relativierung der Kausalattributionen auf Erkenntnisinteressen bzw. Vorstellungen über Durchführbarkeiten und Wünschbarkeiten nicht von allen AutorInnen anerkannt werden (jedoch zum Beispiel bei Hitchcock 2007). Die Abwehr des Verdachts auf »Subjektivismus« erfolgt etwa bei Woodward mit den schlichtesten Argumenten des Realismus: Ob ein fahrender Bus mich verletzt, sei keine Frage der Erwartungen und Präferenzen (Woodward 2003: 119). Dass bei diesem einfachen Beispiel widersprechende Kausalitätszurechnungen leicht in den Bereich des Irrationalen abgeschoben werden können, ändert nichts daran, dass auch dieses Kausalwissen durch einen (rationalen) Beobachter mithilfe basaler Annahmen auf seine Umwelt projiziert werden muss. Fehlte dem Beobachter dieses Wissen (zum Beispiel unter Drogeneinfluss oder bei Kleinkindern), könnte er nicht entsprechend zurechnen. Man sollte außerdem nicht erwarten, dass über die »rationale« Kausalattribution in allen Fällen so leichter Konsens zu erzielen ist (»Ursachen der Finanzkrise«). Ein weiteres Argument Woodwards: Der Ausgang von Experimenten sei nicht abhängig von den Erwartungen des Beobachters (Woodward 2003: 119). Dies ist evidenterweise falsch, die Wissenschaftsgeschichte ist voll von Experimenten, deren (wiederholbare) Ergebnisse heute nicht mehr anerkannt werden (weil sie aus heutiger Perspektive falsche Voraussetzungen machten). Experimentelle Lernmöglichkeiten basieren immer auf den jeweils genutzten Konstruktionen, auch die Falsifikation einer Hypothese ermöglicht keine »konstruktionsfreien« Schlussfolgerungen. Obwohl nicht

---

<sup>5</sup> Härter formuliert: Die Bezeichnung einer bestimmten Relation als notwendig setzt voraus, dass es andere Sachverhalte gibt, die nicht notwendig sind – sonst enthielte die Aussage keine differenzielle Information. Eine vollständige Durchführung des Kausalismus im Sinnmedium, die »alles« als notwendig bezeichnet, zeitigt daher paradoxe Effekte.

geleugnet werden kann, dass permanent »etwas geschieht«, erzwingt »die Wirklichkeit« kein korrektes, konsentiertes Urteil. Allerdings erzeugt eine Gleichförmigkeit der Beobachtungsweisen eine gleichsinnig beobachtete Wirklichkeit. Oft sind Wahrnehmungsdaten recht unumstritten, während die kausale Interpretation des »gemeinsam Erlebten« äußerst unterschiedlich ausfällt.

In der konstruktivistischen Perspektive wird selbstverständlich nicht bestritten, dass (Typen von) Kausalzurechnungen scheitern können<sup>6</sup>, während andere Kausalzurechnungen sich bewähren, also durchgehalten werden. Ebenso wenig ist zu bestreiten, dass die Ergebnisse interner Konstruktion auf »reale«, »natürliche« Gegebenheiten projiziert werden, das heißt auf die Umwelt. Drittens ist anzumerken, dass die gefürchtete »Subjektivität« der Konstruktion effektiv eingeschränkt wird, indem ein »richtiges« Beobachtungsprogramm sozial vorgeschrieben wird, welches die Zurechnung präformiert (beispielsweise akzeptiert eine physikalische Theorie keine psychischen Phänomene als Ursachen). Dies hat nichts mit »Objektivität« oder »Wissenschaftlichkeit« zu tun (wie es aus der Perspektive dieses Programms selbst scheinen mag), lediglich wird die korrekte Anwendung eines Beobachtungsprogramms kommunikativ durchgesetzt bzw. diskutiert.

Entgegen der Befürchtungen Woodward<sup>7</sup> beschädigt diese konstruktivistische Interpretation des Manipulationismus, also die offene Akzeptanz der Beobachterrelativität der Zurechnungen, keineswegs die Wissenschaftlichkeit der Kausalitätsforschung. Allerdings muss wissenschaftliche Kausalitätsforschung nun auf die Ebene der Beobachtung zweiter Ordnung wechseln und den (kausal zurechnenden) Beobachter beobachten.<sup>8</sup> Diese Einsicht erübrigt es (um Missverständnisse zu vermeiden) nicht, wissenschaftlich auf der ersten Beobachtungsebene nach wirklichen Kausalitäten zu forschen. Sie zwingt aber, das für die Beobachtung von Kausalitäten eingesetzte eigene Beobachtungsprogramm nicht länger als einzig-möglich zu unterstellen und setzt insofern unter Rechtfertigungsdruck: Welche Erkenntnisinteressen werden durch die spezifische Selektion bestimmter Ursachen und Effekte befördert? Forschungsprogramme lassen sich nicht länger tautologisch durch ihre Übereinstimmung mit der Realitätsbeschreibung rechtfertigen, welche sie selbst anfertigen, sondern nur noch anhand ihrer Fruchtbarkeit vergleichen. Gerade in den Sozialwissenschaften, deren Theorien häufig im Verdacht der Affirmation politischer Programme stehen, ist die Reflexion auf die Möglichkeit anderer Zielstellungen und entsprechend anderer Kausalattributionen wünschenswert (vergleiche die Überlegungen im letzten Abschnitt).

6 Wengleich dieses Scheitern mitunter von externen Beobachtern diagnostiziert werden muss, wenn Enttäuschungen durch dissonanzminimierende Konstruktionen aufgefangen werden (Festinger et al. 2009).

7 Woodward sieht als Alternative zum Realismus nur einen desperaten Subjektivismus, der alle unsere Kausalzurechnungen als »falsch« bezeichnet, zugleich aber den Zugang zur Realität für verstellt erklärt. Ein konsequenter Konstruktivismus beschreibt jedoch die Konstruktion der Kriterien für richtige/falsche Konstruktionen mit. Die Annahme, dass uns keine »Wirklichkeit« unabhängig von unseren Konstruktionsmitteln zugänglich ist, setzt keine Akzeptanz von »Magie« voraus (Woodward 2003: 120).

8 Woodward erkennt diese Notwendigkeit widerstrebend an, räumt ihr aber keine große Bedeutung ein: »I think that it is true that in some cases an investigator's (or investigative community's) interests and purposes (and not just how the world is) influence the possibilities that are taken seriously.« (Woodward 2003: 89)

## Soziale Funktion der Kausalitätszurechnung

Welche Funktion hat die Zurechnung von Wirkungen auf Ursachen für soziale Praktiken? Wir fragen zunächst: Welche Art von Fragen wird durch Kausalerklärungen beantwortet? Wenn die manipulationistische Auskunft zutrifft, sind es nicht einfach Fragen nach der Regelmäßigkeit des Auftretens von Phänomenen, sondern vor allem Fragen nach den Folgen von (potenziellen) Eingriffsmöglichkeiten. Gegenüber bloßen Beschreibungen wird die Vorhersagbarkeit ausgedehnt auf die Folgen *wechselnder Bedingungen*. Die Rückführung von Wirkungen auf Ursachen anhand eines unbedingt geltenden Gesetzes in der klassisch nomologischen Erklärung ist demnach nur ein spezieller Fall aus der Menge der Möglichkeitserwägungen in Hinblick auf potentielle Interventionsinteressen. Beim Gesetz gilt der aufgefundene Zusammenhang stabil, er bleibt invariant über alle Interventionen hinweg. Allerdings ist strenge »Naturgesetzlichkeit« keine Bedingung für kausale Erklärung, weil viele interessante Mechanismen nur unter spezifischen Bedingungen invariant bleiben: »[...] According to a manipulationist account of causation, if a relationship is to qualify as causal, it must be invariant under some interventions. However, as the examples described above show, it is perfectly possible for a relationship to qualify as causal even if it is not invariant under all interventions.« (Woodward 2003: 69). Wichtig ist lediglich, dass die in einer Kausalaussage postulierte Beziehung ein Minimum an Übertragbarkeit auf andere Situationen gestattet, in denen die Invarianzbedingungen des Mechanismus gegeben sind.

Kausalerklärungen informieren uns also über das, was ohne eine Intervention bzw. bei gleichbleibenden Umständen passieren würde (»weil nicht eingegriffen wird«) und was im Falle bestimmter Interventionen bzw. sich ändernder Umstände geschähe. »Accordingly, we may as well view our unsatiated quest for understanding ›how data is generated‹ or ›how things work‹ as a quest for acquiring the ability to make predictions under a wider range of circumstances, including circumstances in which things are taken apart, reconfigured, or undergo spontaneous change.« (Pearl 2000: 25).

Charakteristisch für das Postulat stabiler Mechanismen (Pearl) / invarianter Relationen (Woodward) ist, dass nicht nur die notwendige Abhängigkeit der Variablen des Mechanismus voneinander, sondern zugleich auch eine (relative) Unabhängigkeit des Mechanismus von seiner Umwelt postuliert wird. Die Bestimmung der Grenzen des Mechanismus und seine Isolierung gegenüber der restlichen Umwelt ermöglicht seine »Transportabilität« (Pearl 2000: 26) über verschiedene Situationen (und verschiedene Interventionsmöglichkeiten) hinweg.<sup>9</sup>

Wenn das Kausalitätsschema Voraussagen über verschiedene Umstände hinweg ermöglicht, lässt es sich auf die soziale (aber auch psychische) Funktion der *Erwartungsstabilisierung* beziehen: *Kausalaussagen gestatten die Bildung und Stabilisierung von Erwartungen auch noch bei wechselnden Umständen und Interventionen*. Mehr noch als die bloße Beobachtung von Regelmäßigkeiten ermöglicht die Identifikation von kausalen Mechanismen die Reduktion von Unvorher-

---

<sup>9</sup> Auffallend sind die Affinitäten des manipulationistischen Kausaldenkens zur Semantik der Technik. Technik kann als Durchhalten bestimmter Kausalbeziehungen über wechselnde Umstände hinweg definiert werden (Luhmann 1992: 263). Etwa »funktioniert« ein Radio an verschiedenen Standorten, es gewährleistet stabile Manipulierbarkeiten, zum Beispiel Senderwahl, aber nicht mehr unter Wasser oder bei 100°C. Pearl (2000) betont an vielen Stellen seines Buches die Brauchbarkeit der Kausaltheorie für Ingenieurwesen und künstliche Intelligenz.

sehbar auf Erwartbares. Daher ist auch die Wiederholbarkeit (Reproduzierbarkeit) ein wichtiges Kriterium für brauchbare Kausalaussagen (Woodward 2003: 70ff.).

Die Funktionsangabe der Erwartungsstabilisierung steht nicht im Widerspruch zur oben behaupteten Beobachterrelativität der Kausalität. Beobachter mit verschiedenen Beobachtungsprogrammen und verschiedenen Erkenntnisinteressen versuchen entsprechend verschiedene Erwartungen zu stabilisieren und können wegen verschiedener Stabilisierungsinteressen in Konflikt geraten.<sup>10</sup> In der sozialen Wirklichkeit wird durch die diskursive Auseinandersetzung über »wirkliche Ursachen« der durch die Warum-Frage geöffnete Möglichkeitsraum begrenzt. Im Ergebnis werden nur einige Ursachen als »ernsthafte Möglichkeiten« (Woodward) in Betracht gezogen, andere Ursachenbestimmungen aber marginalisiert. Ursachendiskussionen involvieren durchweg Kontrafaktuale: »Hätte die Niedrigzinspolitik der Notenbanken die Kreditvergabe nicht angeheizt, wäre es nicht zur Finanzkrise gekommen« oder »Ohne Deregulierung des Bankensektors wäre es nicht zur Finanzkrise gekommen«. Diskussionen dieser Art können nicht allein als desinteressiert-intellektuelle Bemühungen um wahres Wissen begriffen werden, vielmehr implizieren sie neben allgemein anerkannten (und dann externalisierten) »Fakten«<sup>11</sup> immer auch beobachterspezifische Erwartungen und Bewertungen. Wenn es zutrifft, dass Kausalzurechnungen kontrafaktische Eingriffsmöglichkeiten spezifizieren müssen, dann müssen auch Durchführbarkeit und Wünschbarkeit dieser Eingriffsmöglichkeiten bewertet werden, um die Triftigkeit einer Kausalzurechnung beurteilen zu können. Jede kontrafaktische Intervention – zum Beispiel strenge Bankenregulierung – zeitigt, insofern sie überhaupt als durchführbar angesehen wird, Nebenwirkungen neben der proklamierten Hauptwirkung – zum Beispiel Verhinderung der Finanzkrise. Die Beurteilung der damaligen oder heutigen Wünschbarkeit einer solchen kontrafaktischen Intervention, die an der Bewertung ihrer Nebenwirkungen hängt, beeinflusst die Akzeptanz eines Kontrafaktuals als Spezifikation der postulierten Ursache (»mangelnde Bankenregulierung ist die Ursache der Finanzkrise«). Dies führt zu dem Ergebnis, dass unsere Erwartungen über Zukünftiges (Durchführbarkeit, Folgenabschätzung) die kausale Erklärung bereits vergangener Sachverhalte beeinflussen. Zum Paradox zusammengezogen: Unsere Zukunft beeinflusst unsere Vergangenheit.

Keine Kausaltheorie kann die Unendlichkeit möglicher und denkbarer Kontrafaktuale als Implikation von Ursachenattributionen per se eliminieren. Sie kann die Kriterien für die Wahl der »richtigen« Ursachen nicht mitliefern, ohne bereits sachlich konkrete Theorien vorauszusetzen. Die Wahl aus der Unendlichkeit möglicher Ursachen<sup>12</sup> sollte die Kausalitätstheorie der Diskussion in sozialen Systemen (etwa der zuständigen Wissenschaft) überlassen, die anhand von Kriterien wie Relevanz, Wahrscheinlichkeit, Realisierbarkeit und Wünschbarkeit (Evaluation) geführt wird.

10 Häufig erzeugen verschiedene Beobachtungsprogramme keine Konflikte, sondern ergänzen sich arbeitsteilig. Beispielsweise kann eine Ebola-Epidemie einfach biologisch auf die Wirkung bestimmter Viren zugerechnet werden, oder aber sozialwissenschaftlich auf ein dysfunktionales Medizinsystem. Es handelt sich lediglich um verschiedene suggerierte Interventionspunkte, die sich wechselseitig nicht widersprechen.

11 Auch Fakten werden in einem konstruktivistischen Ansatz als Ergebnisse von Konstruktion angesehen. Wir wollen hier aber betonen, dass selbst bei absolutem sachlichem Einverständnis über »die Fakten« die Komplexität möglicher Ursachenzurechnung noch nicht eliminiert wäre.

12 Trotz dieser »Unendlichkeit« werden zugleich auch unendlich viele Ursachen als *unmöglich* ausgeschlossen.

Dabei kann gerade das Kriterium der Wünschbarkeit hochselektiv und nach Maßgabe der vorausgesetzten Präferenzen die Bestimmung geeigneter Ursachen leiten. Was als nicht wünschbar gilt, wird meist nicht als impliziertes Kontrafaktual einer Ursachenattribution akzeptiert, selbst wenn dieses Kontrafaktual realistisch ist, also die Nichtursache durchaus zur Nichtwirkung führen würde. So wird »Mangel an Kriegen« nicht als Ursache von Hungersnöten akzeptiert, der Versuch des Ackerbaus selbst nicht als Ursache für die Missernte, die Benutzung von Straßen nicht als Ursache für Unfalltote. Große Wünschbarkeit dagegen kann auch mangelnde Durchführbarkeit kompensieren. So wird die Zurechnung »die Klimaerwärmung findet statt, weil der (übermäßige) anthropogene CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht gestoppt wurde« weithin akzeptiert, obwohl die Realisierung dieses wünschenswerten Kontrafaktuals weiterhin äußerst schwerfällt. Das Kontrafaktual kann somit auch als Ideal fungieren, bis seine Realisierbarkeit gegeben ist.

Eng mit der Frage der Evaluation hängt ein in Kausalattributionen implizierter »Normalismus« zusammen (Link 2013). In der kommunikativen Praxis dienen Kausalaussagen dazu, Normalitätsgrundlagen zu entwerfen, vor deren Hintergrund bestimmte Faktoren als außergewöhnlich (manipulationsrelevant) herausgehoben werden (Hitchcock 2007; Menzies 2011: 356ff.). Am Beispiel eines Waldbrandes: »[...] Commonsense draws a distinction between causes and background conditions, ranking the camper's lighting of the fire among the former, and his birth and his failure to be struck down by a meteor, among the latter.« (Menzies 2014) In diesem Beispiel ist die Selektion der Ursache recht unproblematisch, weil eine soziale Norm der Vorsicht mit Feuer existiert, nicht jedoch eine soziale Norm, Feuer durch Nichtgeborenenwerden zu vermeiden. Kausalaussagen werden aber auch instrumentell eingesetzt, um spezifische Phänomene als »normal«, wünschenswert oder »abweichend« zu behaupten, obwohl Bewertungsdifferenzen existieren (zum Beispiel in Forschung nach den »Ursachen von Homosexualität« oder nach den »Ursachen schwachen ökonomischen Wachstums«). »Kausalurteile sind ›politische‹ Urteile« (Luhmann 1997: 1011), weil sie, oft implizit, bestimmte Normalitätsverständnisse und Handlungsoptionen suggerieren (dies kann man transparent machen, nicht aber verhindern). Während wir bei »Naturgesetzen« übereinkommen können, dass sie unabhängig von uns wirken<sup>13</sup>, lassen sich Kausalurteile über Soziales nicht ohne die Unterstellung von – verschiedenen geschätzten – Eingriffsmöglichkeiten treffen.

## Kausalität und sozialwissenschaftliches Erklären

Dass die Beantwortung von kausalen Fragen im Sinne der Feststellung von Ursachen für Wirkungen auch im sozialwissenschaftlichen Bereich ein wichtiges Forschungsziel darstellt, steht außer Frage. Jedoch wird die Möglichkeit der Feststellung von überzeitlich feststehenden, interventionsfesten sozialen Gesetzen, wie sie das deduktiv-nomologische Modell der Erklärung forderte, heute skeptisch beurteilt. Die bescheidenere Suche nach sachlich, zeitlich oder sozial

---

13 Auch die unbedingt geltenden Naturgesetze wirken sich auf die konkreten Phänomene nur als beobachtbare »Regelmäßigkeiten« aus, insofern wir nicht intervenieren (können). Zum Beispiel lassen sich Kometen aus ihren Bahnen schießen, Gene manipulieren, Atome spalten, das Geldsystem ändern usw.) und dadurch die konkreten Regelmäßigkeiten auf Phänomenebene aushebeln.

bedingten Mechanismen hat ihre Stelle eingenommen (Elster 2007).<sup>14</sup> Auch die manipulationistische Interpretation des Kausalschemas setzt lediglich diese »bedingten Notwendigkeiten« als Basis der Kausalaussagen voraus, nicht unbedingt »Gesetze«.

Es fragt sich jedoch, ob für eine Rekonstruktion von sozialen Praktiken, Handlungen oder kommunikativen Prozessen neben bloßer Beschreibung und kausalwissenschaftlicher Reduktion auf (bedingte) Notwendigkeiten noch andere wissenschaftstheoretisch legitime Analyseformen existieren. Soziales Handeln und Kommunikation reagieren nicht durchweg und vielleicht nicht einmal hauptsächlich regel- oder gesetzmäßig auf Problemstellungen, vielmehr lösen sie Probleme  *kreativ*. Dies lässt sich im Sprachspiel kausaler Notwendigkeit nicht darstellen. Neben der Notwendigkeitsforschung ist also eine *Möglichkeitsforschung* erforderlich.<sup>15</sup> Dieser offenere Ansatz beinhaltet eine komparative Analyse von Möglichkeiten, welche nach den möglichen (kontingenten) Ursachen für bestimmte Wirkungen und nach möglichen Wirkungen bestimmter Ursachen sucht – statt nur eindeutige und notwendige Beziehungen zwischen singulären Ursachen und Wirkungen zuzulassen (Luhmann 1991: 23f.). Diese Forschungsmethode wird als *funktionale Analyse* bezeichnet: Beispielsweise kann die Funktion »...macht satt« durch eine Reihe funktional äquivalenter Ursachen erfüllt werden. Obwohl Wirkungen, als Funktionen verstanden, nur Vergleichs Gesichtspunkte für funktional äquivalente Ursachen darstellen und je nach pragmatischen Interessen beliebig gewählt und spezifiziert werden können, sind die so gewonnenen Beobachtungsergebnisse keineswegs beliebig: Auch wenn sich möglicherweise eine Vielzahl geeigneter Ursachen für eine spezifische »Funktion« finden lässt und oft nicht alle Äquivalente erschöpfend benannt werden können, werden doch zugleich viele anderen Ursachen als ungeeignet (dysfunktional) ausgeschlossen (Funktions- und Dysfunktionsbehauptungen sind falsifizierbar).

Die Kritik an der teleologischen Tendenz des älteren Bestandsfunktionalismus, das Vorhandensein von Strukturen aus ihrer Funktionalität »kausal« erklären zu wollen, ist berechtigt – Wirkungen erklären keine Ursachen. Allenfalls können Systemfunktionen als »Motive« wirkmächtig werden. Luhmann hat auf diese Kritik mit einer Umkehrung des Verhältnisses zwischen funktionaler und kausaler Analyse reagiert: Die funktionale Analyse ist keine Form kausaler Erklärung. Vielmehr lässt sich die Kausalerklärung als derjenige Grenzfall der funktionalen Analyse verstehen, in dem für eine Wirkung lediglich eine einzige Ursache bezeichnet werden kann – also keine (bekannten) Alternativen zur Herbeiführung einer Wirkung bestehen (Luhmann 1991: 17).

Ein so interpretierter (komparativer) Funktionalismus lässt sich als Erweiterung der pragmatischen Kausalitätstheorie des Manipulationismus verstehen: Eine Funktionsangabe wie »... baut Stress ab« bezeichnet eine Relation, welche eine Austauschbarkeit der Ursache (Kaugummikauen, Joggen, Meditieren...) vorsieht und nicht etwa eliminieren will. Auch die Beziehung zwischen funktionaler Struktur (austauschbarer Ursache) und erbrachter Funktion (Wirkung) impliziert

---

14 Es ist fraglich, ob es prinzipiell »interventionstable Mechanismen« im Sozialen geben kann. Das Soziale kann auf seine Selbstbeschreibung reagieren und die Bedingungen der Intervention verändern, das heißt den Mechanismus zerstören.

15 Die wichtige Einsicht des Manipulationismus zeigt, dass Kausalitätsbehauptungen pragmatische Selektionen sind. Kausalitätsbehauptungen implizieren Aussagen über die (potenzielle) Möglichkeit des Austauschs der Ursache – mit dem Ergebnis des zugleich *notwendigen* Austauschs der Wirkung. Sie lassen jedoch keine Kontingenz für die Wahl *verschiedener Ursachen einer bestimmten Wirkung* zu, sondern sind bestrebt, eine einzige Ursache zu identifizieren.



selbstverständlich Kontrafaktisches: Wäre die Ursache (oder ein funktionales Äquivalent) nicht gegeben, würde auch die Funktion (Wirkung) nicht erfüllt. Der Unterschied zum Spezialfall Kausalenerklärung liegt nur darin, dass die funktionale Methode eine Mehrzahl funktionaler Äquivalente als Ausnahmen vom genannten Kontrafaktual benennen kann oder die Forschung nach solchen Ausnahmen nahelegt: Die bestimmte Wirkung kann nicht nur durch Ursache A, sondern auch durch Ursache B, C ... Ursache N eintreten.

Gerade in den Sozialwissenschaften hat jede Behauptung der Funktionalität einer Struktur eine methodische Skepsis gegen sich – weil bewusst ist, dass es sich bei jeder Funktion um einen durch Forschungsinteressen und Wertungen bestimmten Vergleichsgesichtspunkt handelt, der anders gewählt werden könnte. Manipulationistische und konstruktivistische Interpretation des Kausalschemas führen jedoch zu dem Ergebnis, dass auch die Wahl von Ursachen und Wirkungen im Kausalschema von Erwartungen und Präferenzen abhängt, wenngleich dies bei ideologischer Gleichheit nicht auffallen mag. Diskussionen über Ursachen lassen sich also nicht lediglich durch (ihrerseits beobachtungsabhängige) Fakten entscheiden, sondern erfordern notwendig auch eine Einschätzung der Durchführbarkeit und Wünschbarkeit von Eingriffsmöglichkeiten. Je transparenter diese Bedingungen von Kausalurteilen in den Ursachendiskussionen gemacht werden, desto fruchtbarer dürften die Diskussionen verlaufen.

## Literatur

- Elster, J. 2007: *Explaining Social Behavior: More Nuts And Bolts for the Social Sciences*. New York: Cambridge University Press.
- Festinger, L., Henry W. Riecken, H. W., Schachter, S. 2009: *When Prophecy Fails*. London: Pinter & Martin Ltd.
- Hitchcock, Ch. 2007: How to be a Causal Pluralist. In: P. Machamer, G. Wolters (Hg.), *Thinking About Causes: From Greek Philosophy to Modern Physics*. Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh Press, 200–221.
- Hume, D., 1748. *An Enquiry concerning Human Understanding*. London: A. Millar.
- Lewis, D. 1973: Causation. *The Journal of Philosophy*, 70. Jg., Heft 17, 556–67.
- Link, J. 2013: *Versuch über den Normalismus: Wie Normalität produziert wird*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Luhmann, N. 1991: Funktion und Kausalität. In N. Luhmann, *Soziologische Aufklärung 1*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 9–30.
- Luhmann, N. 1992: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 2009: *Soziologische Aufklärung 5: Konstruktivistische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer.
- Menzies, P. 1988: Against causal reductionism. *Mind*, 97. Jg., Heft 388, 551–74.
- Menzies, P. 2011: The Role of Counterfactual Dependence in Causal Judgements. In C. Hoerl, T. McCormack, S. R. Beck, 2011, *Understanding Counterfactuals, Understanding Causation: Issues in Philosophy and Psychology*. Oxford: Oxford University Press.
- Menzies, P. 2014: Counterfactual Theories of Causation, *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*, <http://plato.stanford.edu/archives/spr2014/entries/causation-counterfactual/> (letzter Aufruf 25. April 2015).
- Pearl, J. 2000: *Causality: Models, Reasoning and Inference*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schaffer, J. 2012: Causal Contextualisms. In M. Blaauw (Hg.), *Contrastivism in Philosophy: New Perspectives*. London: Routledge, 35–63
- Woodward, J. 2003: *Making Things happen: A theory of Causal Explanation*. Oxford: Oxford University Press.

Ad-hoc-Gruppe »Krise der Intellektuellen?! Intellektuellensoziologie in Zeiten von  
Experten, sozialen Bewegungen und Bloggern«  
– organisiert von Thomas Laux und Insa Pruisken

# Zur ‚Krise der Intellektuellen‘ – von alten und neuen Propheten

Alexander Hirschfeld und Vincent Gengnagel

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Krise der Intellektuellen?! Intellektuellensoziologie in Zeiten von Experten, sozialen Bewegungen und Bloggern« – organisiert von Thomas Laux und Insa Pruisken*

## Einleitung

Der diagnostizierten ‚Krise der Intellektuellen‘, so die These dieses Beitrags, lässt sich mit einer relationalen Konstruktion von Kritik und Intervention begegnen. Die Etablierung charismatischer Persönlichkeiten, ausgerufen etwa in den Bestsellerlisten der Feuilletons, hat an Stabilität und gesamtgesellschaftlicher Strahlkraft verloren. Dennoch ist Intellektualität keineswegs verschwunden: Sie wird prinzipiell immer dann sichtbar, wenn aus einem partikularen Feld kultureller Produktion heraus im Namen allgemeiner Autorität – etwa der Moral, Logik, Ästhetik – in einem anderen Feld eingegriffen wird.

Für einen empirischen Zugang zur historischen Veränderung der Praktiken kritischer Intervention bietet sich der Fokus auf die Konstitution spezifischer Problemwahrnehmungen an. So lässt sich die Hervorbringung von Intellektualität (oder allgemeiner:) kritischer Intervention aus jeweils erfolgreichen Geltungsansprüchen rekonstruieren. Max Webers Unterscheidung zwischen Propheten und Priestern sowie sein Verweis auf deren relative Abhängigkeit von Laien dient dabei als theoretischer Bezugsrahmen zur Bildung idealtypischer Strategien der Intervention. Die kulturelle Autorität – die zuvor Intellektuellen zugeschrieben wurde – wird so zu einer umkämpften Ressource. Dazu kann Pierre Bourdieus Konzeption des *Feldes der Macht* herangezogen werden: Indem analysiert wird, aus welchen Feldern heraus von wem in andere eingegriffen werden kann, wird Intervention als Resultat erfolgreicher Positionierungsstrategien verstanden. Die Dominanz bestimmter Formen der Intervention und dazu korrespondierende Sozialfiguren – wie die des Intellektuellen der Nachkriegszeit – erscheint vor diesem Hintergrund als Ergebnis der Kräfteverhältnisse in und zwischen sozialen Feldern. Die Soziologie der Intellektuellen

ist Geschichte, ihr Ansatz bietet aber nach wie vor produktive Einsichten für die Analyse der strukturellen Bedingungen gesellschaftlich legitimer und wirkmächtiger Positionen der Kritik.

## „Mythos“ und „Krise“ des Intellektuellen

Unter einem Intellektuellen<sup>1</sup> wird klassischerweise eine Person verstanden, der ein hohes Maß an Respekt entgegengebracht wird und auf die bestimmte Heilserwartungen projiziert werden. Doch entgegen dem Alltagsglauben gründet diese Vorstellung nicht auf besonderen Merkmalen bestimmter Individuen. Stattdessen ist sie der Effekt eines intellektuellen Feldes, das neben der Produktion von Intellektualität auch den Glauben an dessen Wert generiert. Dieses Feld selbst ist Ergebnis des historischen Aufstiegs von Wissenschaft, Literatur und Kunst, von dem aus eine neue Form der Kritik – insbesondere am Staat und seinen Institutionen – geübt werden konnte (Bourdieu 1991; 1999). Diese Kritik erscheint im Unterschied zur politischen Interessenvertretung als autonom, ist aber an die strukturellen Bedingungen im intellektuellen Feld und dessen Position im gesamtgesellschaftlichen Machtgefüge gebunden. Daher ist es angemessener, die Diagnosen der Intellektuellen, ihre Rhetorik – vor allem den häufig artikulierten Autonomieanspruch – und deren gesellschaftliche Wahrnehmung selbst als Ressourcen im Kampf um Deutungshoheit zu begreifen.

Vor dem Hintergrund dieser macht- und differenzierungstheoretischen Überlegung, die an Karl Mannheims (Mannheim 1995) Konzeption der „Seinsverbundheit des Wissens“ anschließen, lassen sich die unterschiedlichen Merkmale der Sozialfigur des Intellektuellen systematisieren. Intellektuelle sprechen als anerkannte Außenseiter, als kritische Betrachter und Kommentatoren. Ihre „inkompetente, aber legitime Kritik“ (Lepsius 1964: 88) erscheint auf den ersten Blick paradox, da hier anerkannte fehlende fachliche Kenntnis und moralische Intervention zusammenfallen. Doch gerade durch die damit verbundene ‚objektive‘ Position sind sie in der Lage, ‚gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklungen‘ im Namen einer allgemeinen Moral, Logik oder Ästhetik anzuprangern (Germer et al. 2014: 511; Müller 2012). Doch diese Objektivität ist Produkt der Macht des intellektuellen Feldes und ergibt sich vor allem aus dessen Umfang und seiner Homogenität. Denn ohne entsprechendes Publikum und Gefolgschaft bleibt jeder Interventionsversuch folgenlos – im schlimmsten Fall erscheint der vermeintlich Intellektuelle sogar als lächerlicher Dilettant.

Folgen wir dieser bewusst überspitzt formulierten These, dann stellt der Glaube an den Intellektuellen als autonomes Subjekt vor allem eine personifizierte Selbstbeschreibung des bürgerlichen Anspruchs auf Versteh- und Gestaltbarkeit der modernen Gesellschaft dar. Bedingung

---

<sup>1</sup> Entgegen der DGS-Richtlinien verwenden wir im Folgenden für den Singular die männliche Form, da sich unter den bearbeiteten Repräsentanten des gesellschaftlich wirksamen Intellektuellen keine Frauen befinden. Eine genderneutrale Schreibweise würde diesen Umstand nur sprachlich verschleiern; Für ein lesenswertes Kommentar zur Problematik weiblicher Intellektualität und der maskulinen Norm siehe Barbara Vinkens (2010) lesenswerten Beitrag *Die Intellektuelle: gestern, heute, morgen*, in dem sie herausarbeitet, inwiefern der Intellektuelle auch heute noch „nicht bloß dem grammatischen Geschlecht nach männlich“ ist.

für diesen Glauben ist die relative Stabilität eines intellektuellen Feldes und die Identifikation bestimmter sozialer Milieus mit diesem Feld. Insbesondere zwei Dimensionen sozialen Wandels bringen das Konzept der intellektuellen Persönlichkeit ins Wanken: 1) Die fortschreitende gesellschaftliche Differenzierung und 2) die Ausweitung demokratischer Partizipation. Immer mehr soziale Felder produzieren Geltungsansprüche bezüglich gleicher oder verwandter Problemlagen. Selbst etablierte Professionen wie die Medizin haben ihre uneingeschränkte und staatlich verbrieft Deutungshoheit verloren. So stellen beispielsweise die Humangenetik (Hitzler, Pfadenhauer 1999) und die wiedererstarke Public-Health-Bewegung (Lupton 1995) den medizinischen Krankheitsbegriff in Frage; gleiches gilt für die zunehmende Ausrichtung des Gesundheitssystems an Vorgaben wirtschaftlicher Rentabilität (Blanke und Kania 1996). Die Zielscheibe einer grundlegenden Medizinkritik seitens der Intellektuellen – die in den 50er bis 70er-Jahren durchaus sichtbar war – löst sich damit auf. Neben dieser Inflation des Anspruchs auf externe Intervention verliert der Intellektuelle im Kontext der sozialen Öffnung von Wissenschaft und Kunst zunehmend sein homogenes Publikum. Die Bildungsexpansion sorgt nicht für ein Ende sozialer Ungleichheit, wohl aber für eine Dynamisierung und Verfeinerung sozialer Distinktion. Damit ist es ‚dem Intellektuellen‘ heute höchstens noch symbolisch möglich, so etwas wie ein ‚studentisches Milieu‘ zu adressieren.

Wir schließen uns also der Diagnose einer Entwertung personifizierter Intellektualität an; der Intellektuelle als stabile Sozialfigur verliert an Bedeutung (Eyal, Buchholz 2010; Vobruba 2009). Georg Vobruba spricht in diesem Zusammenhang von Intellektuellen als „transitorisches Phänomen“ (Vobruba 2011, 321) das mit der Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaften einherging. Mit Bourdieu lässt sich außerdem sagen, dass die zentrale gesellschaftliche Position von Intellektuellen an den Aufstieg eines relativ autonomen intellektuellen Feldes und dazugehörigen Milieus sowie an die Existenz staatlich anerkannter Experten gebunden ist. Die Expansion, Differenzierung und Öffnung dieser beiden Felder – der herrschenden Politik und der intellektuellen Intervention – stellt damit gleichermaßen ein Problem für Professionen wie für Intellektuelle dar. Heute ist daher die Möglichkeit intellektueller Kritik anderen strukturellen Voraussetzungen unterworfen: So ist etwa das bürgerliche Publikum, vor man sich als „kritisch“ heroisieren konnte, weitgehend verschwunden. Wie geht die ‚Soziologie der Intellektuellen‘ mit diesem Probleme um und was können wir von dieser Forschungstradition auch heute noch lernen?

## Vom Intellektuellen zur Intervention?

Auf diese Krise ihres Gegenstands reagiert die Intellektuellensoziologie – vereinfacht gesprochen – auf zwei Arten: Erstens durch die Suche nach neuen Intellektuellen in der Gegenwartsgesellschaft und zweitens mit dem Vorschlag, dieses Projekt aufzugeben. Wir wollen uns zuerst der produktiven Weiterführung der Forschungstradition widmen: Das Vorgehen besteht hier vereinfacht gesagt darin, ausgehend vom klassischen Maßstab der „inkompetenten, aber legitimen Kritik“, nach neuen Intellektuellen Ausschau zu halten. In diesem Zusammenhang haben unterschiedliche empirische Untersuchungen auf die zentrale Bedeutung neuer Intellektueller in den Massenmedien hingewiesen (Jacobs, Townsley 2011; Moebius 2010). Der Ort der Kritik, so die

einheitliche Diagnose, verschiebt sich vom universitären Umfeld in Richtung einer breiteren Medienöffentlichkeit. Das intellektuelle Feld gewinnt damit deutlich an Umfang und Reichweite, gleichzeitig verändert sich die Erscheinungsform der Intellektualität. Ronald N. Jacobs und Elenor Townsley (2011) stellen für die USA fest, dass die Inhalte intellektueller Intervention im 21. im Vergleich zum 20. Jahrhundert sehr viel heterogener seien und eine gemeinsame Position fehle. Stephan Moebius geht sogar noch weiter und argumentiert, dass im Anschluss an den Niedergang der politischen Linken seit den 1970er-Jahren heute „jegliche politische Intervention als Aufruf zum Totalitarismus ausgelegt“ (2010: 277) würde.

Als Erklärung solcher Veränderungen werden gerne spezifische historische Ereignisse, wie beispielsweise der sogenannte „Gulag-Schock“, herangezogen (Moebius 2010). Darüber dürfen jedoch grundlegende strukturellen Wandlungsprozess nicht außer Acht gelassen werden. Allen voran hat das intellektuelle Feld im Zuge seiner Expansion deutlich an Homogenität und Stabilität verloren; damit wird sowohl die intellektuelle Identität selbst, als auch deren Publikum brüchig. Gleichzeitig scheint es aus differenzierungstheoretischer Perspektive nicht überraschend, dass neue Intellektuelle im vergleichsweise jungen sozialen Feld der Massenmedien auftauchen. Mit Bourdieu lässt sich diesbezüglich argumentieren, dass die Massenmedien nicht nur die Plattform der öffentlichen Kritik verändern, sondern selbst ein soziales Feld mit kritischem Potential darstellen. Hier entsteht, ähnlich wie im Zuge des historischen Aufstiegs von Wissenschaft, Literatur und Kunst, eine neue Form der Problemdeutung mit Anspruch auf allgemeine Relevanz. Daher müsste man untersuchen, ob und wie in den Bereichen Medien, Internet und IT zunehmend Medienexperten, Journalisten, Blogger und Programmierer öffentliche Debatten – etwa zur öffentlichen Sicherheit oder Privatsphäre – dominieren (Bourdieu 1998). Im Unterschied zur klassischen intellektuellen Intervention scheint mit der zunehmenden Heterogenität der Themen und Akteure Foucaults Figur des ‚spezifischen Intellektuellen‘ (Foucault 2000) dabei klar an Bedeutung zu gewinnen. Demnach sind legitime Formen politischer Intervention an spezifisches Expertenwissen gebunden. Aus diesem Grund verfügen ‚spezifische Intellektuelle‘ über Expertenwissen zu bestimmten Themen und versuchen diesbezüglich in öffentlichen Debatten zu intervenieren – im Unterschied zum ‚universellen Intellektuellen‘, der weitgehend im intellektuellen Feld aufging.

Durch das Festhalten am klassischen Ansatz, so die Kritik, läuft man jedoch Gefahr, die angedeuteten Veränderungen zu ignorieren. Daher wird eine andere Perspektive angeregt: Anstatt auf spezifische Personen, soziale Zugehörigkeiten und daraus resultierende Formen der Unterstützung und Gefolgschaft, soll man sich auf konkrete Beispiele intellektueller Intervention konzentrieren (Eyal, Buchholz 2010). Die Genese sowie Veränderung von Wissen und die symbolische Konstitution von Deutungsmacht in öffentlichen Debatten rückt so in den Fokus. Diese Herangehensweise trägt der beschriebenen Destabilisierung des intellektuellen Feldes in jedem Fall Rechnung. Gleichzeitig wird dadurch aber verdeckt, dass die kritische Intervention erstens stets auf Differenzierung beruht und zweitens immer auch an soziale Positionierungen und Ungleichheiten gebunden ist. Genau aus diesen Gründen ist es wichtig, die Kräfteverhältnisse in und zwischen den relevanten sozialen Feldern nicht aus den Augen zu verlieren; denn die Art und Reichweite der (intellektuellen) Intervention beruht auf strukturellen Bedingungen jenseits der inhaltlichen Ebene diskursiver Interventionen.

## Priester und Propheten

Es ist also zunehmend problematisch dem Intellektuellen und seiner Gefolgschaft – in essentialistischer Manier – Qualitäten oder Merkmale zuzuschreiben. Stattdessen gilt es, mögliche Positionen der externen Kritik in Relation zum Publikum einerseits und den offiziellen Vertretern der herrschenden Ordnung andererseits zu beleuchten. Wir wollen in einem ersten Schritt versuchen, diese in empirischen Studien häufig impliziten theoretischen Überlegungen mit Hilfe von Weber und Bourdieu kurz zu systematisieren. Im Anschluss daran lässt sich zeigen, was dieses allgemeine Modell auch für die Analyse gegenwärtiger Gegen-Expertinnen und -Experten oder ‚spezifischer Intellektueller‘ leisten kann.

In der von Weber ausgehenden und durch Bourdieu weiterentwickelten Darstellung der Struktur des religiösen Feldes geht es, genau wie in der Diskussion um die Rolle der Intellektuellen, um die Fähigkeit der Artikulation und Durchsetzung allgemeingültiger Deutungsangebote (Bourdieu 1987; Weber 1972: 280ff.). Dabei wird idealtypisch zwischen unterschiedlichen Kontexten der Produktion und Konsumption symbolischer Güter unterschieden, die sich theoretisch zugespitzt als spezifische Sozialfiguren darstellen lassen. Zwei der für unser Argument zentralen Figuren sind der Priester und der Prophet. Beide greifen auf eine systematisierte Wissensordnung zurück, in deren Namen sie mehr oder weniger erfolgreich allgemeingültige Werte gegenüber einem Publikum vertreten. Dadurch sind sie tendenziell unabhängig von situativen Interessen der Laien. Der Priester tut diese als Teil einer institutionalisierten Herrschaftsordnung – seine Legitimität resultiert aus der Anerkennung der Kirche. Der Prophet ist ebenfalls an allgemeinen Werten orientiert, er ist jedoch nicht Teil der bestehenden Ordnung. Während Weber den Erfolg des Propheten aus heutiger Sicht etwas verkürzt durch dessen Charisma erklärt, verortet Bourdieu (Bourdieu 1987) auch ihn in der sozialen Struktur. Laut Bourdieu sind es die unerfüllten Wünsche und Interessen der Laien, die die Figur des Propheten hervorbringen und unterstützen. Der Prophet zeigt eine andere Form der Welterklärung und Sinnstiftung auf und knüpft damit an strukturelle Gegebenheiten und daraus resultierende Interessen an.

Daran anschließend lässt sich der Intellektuelle als Prophet denken, der in einer differenzierten Gesellschaft nicht mehr nur für eine soziale Klasse, sondern auch für ein bestimmtes soziales Feld spricht. Intellektualität bedeutet demnach von einem spezifischen Bereich kultureller Produktion aus in ein anderes Feld zu intervenieren und dabei Autonomie von dessen Spielregeln zu symbolisieren. Priester und Propheten, also staatliche Professionen und Intellektuelle, bilden demnach ein antagonistisches Verhältnis in modernen Gesellschaften. Sie konkurrieren um die Aufmerksamkeit und Akzeptanz von Laien. Mit der Etablierung und offiziellen Anerkennung alternativer Deutungen bewegen sich Prophezeiung bzw. Intellektualität in Richtung der bestehenden Ordnung. Diese Vorstellung der wechselseitigen Bedingtheit von Kritik und Legitimität ist bei Weber und Bourdieu sehr deutlich und wurde vor allem durch die ‚Soziologie der Konventionen‘ in jüngerer Zeit wieder aufgegriffen (Boltanski, Thévenot 2007). Vor dem Hintergrund der ‚Krise der Intellektuellen‘ – also der veränderten Formen kritischer Intervention – muss man heute untersuchen welche spezifischen Koalitionen an den Schnittstellen unterschiedlicher sozialer Felder entstehen und welche Wirkung diese entfalten. So lassen sich anhand unterschiedlicher Problemfelder allgemeine Aussagen bezüglich der Kräfteverhältnisse im *Feld der Macht* treffen, das die Art

und Reichweite kritischer Intervention bedingt: relational betrachtet bedeutet die Krise der Intellektuellen den Aufstieg anderer Sozialfiguren, die alternative Deutungsansprüche artikulieren und damit legitimierte Interventionen vornehmen können.

## Alte und neue Propheten

Die Sozialfigur des Intellektuellen ist also ein historischer Sonderfall einer grundlegenden Dynamik von Kritik und Legitimität durch charismatische Persönlichkeiten, die mit der Unterscheidung zwischen dem Propheten und Priester theoretisch verallgemeinert wurde. Wir wollen nun anhand zweier Beispiele andeuten, wie sich der Aufstieg der Intellektuellen in der Moderne, deren Krise und die Fragen nach neuen Propheten mit dem eben skizzierten Ansatz erfassen lassen. Das erste Beispiel stammt von Bourdieu selbst und bezieht sich auf die Konstitution der intellektuellen Feldes in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Das zweite Beispiel illustriert die veränderte Dynamik zwischen der psychiatrischen Profession und deren Gegnern seit den Anfängen der Anti-Psychiatrie in den 1950er-Jahren. Dabei wird vor allem deutlich, wie in der jüngeren Vergangenheit die klassische intellektuelle Intervention durch neue Formen der Kritik ‚spezifischer Intellektueller‘ und heterogener Koalitionen abgelöst wurden.

Die Verfasstheit des intellektuellen Feldes der Nachkriegszeit ist zunächst einmal wesentlich geprägt durch die Bildungsexpansion, die in der Nachkriegszeit eine große soziale Gruppe mit einem hohen Maß an kulturellem Kapital erzeugte. Es entstand ein von der bürgerlichen Wissenschaft und Kultur nicht repräsentiertes Milieu Unzufriedener, denen der Staat zwar einen meritokratischen Anspruch auf Aufstieg durch Bildung ermöglicht hatte, der aber wegen der Inflation der Bildungstitel nicht durch das Erlangen einer hohen wissenschaftlichen Positionen erfüllt wurde. Unter der „Krise der Sukzession“ (Bourdieu 1992) versteht Bourdieu nun auf der anderen Seite die hohe Diskrepanz zwischen der Vielzahl junger Wissenschaftler in Erwartung einer bildungsbürgerlichen Karriere bei gleichzeitig stark verknüpften Möglichkeiten zur Vererbung akademischer Positionen. Das intellektuelle Feld vergrößerte sich, die dominanten Positionen blieben aber auch hier knapp. Der Staat, so könnte man etwas vereinfacht sagen, produzierte zu viele Priesteranwärter, die sich jedoch dem intellektuellen Spiel verpflichtet fühlten.

Die „Krise der Sukzession“, also die Krise der bruchlosen Nachfolge, war genau das Gegenteil einer Krise der Intellektuellen, sie war deren Hoch-Zeit: es entsteht ein relativ homogener Resonanzrahmen für intellektuelle Deutungsangebote. Dieser besteht aus für die Prophetie empfänglichen Laien, die in weiten Teilen bildungsbürgerlich sekundärsozialisiert waren. Bourdieu spricht diesbezüglich vom ‚scholastischen Blick‘ (Bourdieu 2001), also der gesamtgesellschaftlich ausstrahlenden Universalisierungsstrategie kulturellen Kapitals. Gesellschaftlicher Fortschritt im Rahmen eines allgemeinen Bildungsprojekts wurde so zu einem zentralen Moment gesellschaftlicher Sinnstiftung und Heilserwartung. Intellektuelle entwickelten sich damit zum Sprachrohr sozialer Bewegungen. Dieses Arrangement war in manchen Fällen so stabil, dass Bourdieu selbst Anfang der 1980er-Jahre als Intellektueller intervenieren und sich seiner Sache verhältnismäßig sicher sein konnte, wenn er beispielsweise mit der französischen Außenpolitik bezüglich der Solidarnosc-Bewegung nicht einverstanden war. Bourdieu dazu in einem Interview: „Also habe ich



Foucault angerufen und gesagt, das können wir nicht durchgehen lassen. [...] Wir müssen eine Petition ausarbeiten, [...] scharf abgefasst, in einem sehr geschliffenen Stil. [...] Die französische Regierung war völlig aufgeschreckt und hat sofort über die Petition beraten“ (Bourdieu 1991: 30). Hier sieht man, wie souverän und selbstbewusst Bourdieu in dieser Zeit mit einem intellektuellen Publikum im Hintergrund politisch agieren und sich als intervenierender Intellektueller inszenieren konnte.

Dies ist heutzutage sowohl in Sachen Selbsttheroisierung als auch öffentlicher Wirkung weitgehend sinnlos – und darin besteht die ‚Krise der Intellektuellen‘. Auch heute noch gibt es „inkompetente, aber legitime Kritik“ (Lepsius 1964: 88), doch deren soziale Produktionsbedingungen sowie Rezeption haben sich verändert. Die bildungsbürgerlichen Felder der Produktion kulturellen Kapitals haben ihre relativ privilegierte Stellung verloren, die sie im Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit eingenommen hatten. Anders ausgedrückt verschlechtern sich ihre Konversionsmöglichkeiten in andere Kapitalformen. Auch wegen diesem Rückzug des Staates, der das intellektuelle Feld garantierte, haben klassische intellektuelle Interventionen an Bedeutung verloren. Umgekehrt sind in der Folge der Intellektuellenkritik der 60er und 70er Jahre habituelle Muster der Darstellung von Intellektualität als „Kompetenz“ gesellschaftlich generalisiert und sozial geöffnet worden – wir denken hier an etwas ähnliches wie die Künstlerkritik im Werk von Boltanski und Chiapello (Boltanski, Chiapello 2003). Im Namen einer gesamtgesellschaftlichen Logik zu sprechen und dabei das „outside-the-box-denken“ darzustellen lässt sich inzwischen eher in den Selbstdarstellungsstrategien von Unternehmensberatungen beobachten, die dafür eigens Sozial- und Geisteswissenschaftler rekrutieren.

Und gerade weil dem so ist, macht es aus heutiger Perspektive wenig Sinn, das in einer so zentralisierten Form nicht mehr existente intellektuelle Feld in den Blick zu nehmen. Stattdessen bietet sich der Fokus auf bestimmte Problemfelder und damit verbundene kritische Interventionen an – denn die angesprochenen veränderten strukturellen Voraussetzungen haben auch fundamentale Auswirkungen auf die inhaltliche Dimension von Kritik. Das produzierte Wissen zeichnet sich inhaltlich vor allen durch einen geringen Generalisierungsanspruch aus. Die Symbolisierung von Interventionsansprüchen ‚spezifischer Intellektueller‘ wirkt zunehmend nur noch in Bezug auf konkrete und als immer komplexer wahrgenommene Probleme. Heute gelingt es entsprechend zunehmend nur noch altgedienten Priestern des Feldes und informierten Propheten aus angrenzenden Feldern, alternative Deutungsweisen stark zu machen und damit im Namen bisher marginalisierter Positionen zu sprechen. Wir gehen davon aus, dass Felder immer dort, wo sie tendenziell stärker den Bedingungen anderer Felder unterworfen sind, Spannungen ausbilden und damit Möglichkeitsräume der Intervention schaffen (Medvetz 2008).

Dies lässt sich am Beispiel der Psychiatrie-Kritik der letzten Jahrzehnte beispielhaft illustrieren. Die Anti-Psychiatriebewegung der 1960er und 1970er-Jahre bestand einerseits aus anerkannten Psychiatern, wie Tomas Szasz (1974) und David Cooper (2013); gleichzeitig war ihre diametral entgegengesetzte Position zur herrschenden Lehrmeinung der Psychiatrie das Ergebnis einer langen philosophischen und sozialwissenschaftlichen Tradition – man denke nur an den Einfluss der Werke von Ervin Goffman (1961) und Michel Foucault (1969). Auch nach dem Ende dieser Bewegung ist die Kritik an der Psychiatrie nicht verschwunden; für jüngere Initiativen aus Betroffenen, Psychiaterinnen und Psychiatern, Journalistinnen und Journalisten sowie Vertreterinnen und Vertretern anderer Disziplinen werden zunehmend spezifische Diagnosekriterien zur

Zielscheibe der Intervention (Eyal 2010). Aktuell gibt es beispielsweise eine rege Debatte um den Sinn der regelmäßig aktualisierten Krankheitsklassifikation, das sogenannte Diagnostic Statistical Manual (DSM). So wird die 2013 veröffentlichte fünfte Version prominent durch den Amerikanischen Psychiater Allen Frances als naturwissenschaftlich nicht abgesicherte Inflation kritisiert (Frances 2013a; 2013b). Frances war selbst Vorsitzender der Arbeitsgruppe zum vorherigen DSM-IV – also durch feldspezifische Expertise legitimiert – und stellt heute einen der sichtbarsten Kritiker der psychiatrischen Diagnostik dar. Ein anderer öffentlich prominente Akteur ist Allan Horwitz; er übt seit etwa 10 Jahren eine ähnliche Kritik, jedoch aus stärker sozialwissenschaftlicher Perspektive (Horwitz 2002; Horwitz, Wakefield 2007). Horwitz hat einen starken Hintergrund im Feld der psychischen Gesundheit und kombiniert dieses Wissen mit grundlegenden soziologischen Überlegungen. Im Unterschied zu Frances besteht seine Kritik vor allem darin, dass die psychiatrische Diagnostik die sozialen Umstände subjektiver Gefühlslagen völlig ignoriert. Interessant ist aber, dass sowohl Frances als auch Horwitz die öffentliche Debatte der Inflation psychiatrischer Diagnose gemeinsame produzierten, stabilisieren und strategisch nutzen. An diesem Beispiel wird die gegenwärtige Form der Kritik und Intervention auf Basis problemspezifischen Expertenwissens am Schnittpunkt unterschiedlicher sozialer Felder – nämlich der Medizin, Neuro- und Sozialwissenschaft – greifbar.

Unser These besteht darin, dass solche ‚Gegen-Expertinnen und -experten‘ als Protagonisten der Reformation die klassischen Intellektuellen abgelöst haben. Interessant ist, dass Bourdieu in seinen Vorlesungen am Collège de France 1989-91 zum Wandel der Staatlichkeit ein ähnliches Bild zeichnet (Bourdieu 2014). Im Unterschied zu seinen früheren Werken erscheint der Intellektuelle hier kaum noch als feldexterner oder klassenspezifischer Agent. Stattdessen beschreibt er Gegen-Expertinnen und -Experten, die an den Grenzen der Felder agieren und deren Ordnung sozusagen ‚retten‘ indem sie sich immer wieder situativ auf das öffentliche bzw. allgemeine Interesse beziehen. Die neuen Propheten richten sich nicht gegen den Staat und andere offizielle Autoritäten, sondern treten sogar oft als dessen Bewahrer auf – ganz im religionssoziologischen Sinne Webers wiederholt sich hier der Prozess der Reformation.

## Schluss

Mit dem Verlust eines bildungsbürgerlichen, als gesamtgesellschaftlich angelegten Publikums werden intellektuelle Interventionen notwendig partikular. Statt das universelle Heilsversprechen der Moderne gegen staatliche und wirtschaftliche Machtkonstellationen zu ‚verteidigen‘ und einen gesamtgesellschaftlichen Ordnungsanspruch zu repräsentieren bleibt nur noch die Argumentation für feldspezifische Ordnungsansprüche. Damit ist ein Kernelement einer atomisierten Gesellschaft skizziert, in der die Möglichkeiten zur Reflektion ihrer sozialen Bedingungen erodieren. An diese ‚Krise der Intellektuellen‘ anschließend könnte das Projekt der Intellektuellensoziologie analog für erledigt erklärt werden – als Soziologie der Interventionen kann die Analyse der Etablierung charismatischer und interventionsberechtigter Persönlichkeiten allerdings weitergeführt werden. Dafür sind jedoch neue Zeitdiagnosen nötig und mit der vorgestellten Systematik auch möglich: Unter den Schlagworten Kreativität, Social Skill und Lebenslanges Lernen werden

weiterhin charismatische Interventionen legitimiert, mit denen in feldspezifische Logiken ‚hineinregiert‘ werden kann. Nach den religiösen Reformatoren der frühen Moderne und den humanistischen Intellektuellen der Nachkriegszeit gilt es heute, „inkompetente, aber legitime Kritik“ anhand aktueller Formen – beispielsweise des Coachings und Consultings – zu untersuchen, deren projektförmige und individualisierte Lösungen auf ein breites und für ein unternehmerisches Heilsversprechen offenes Publikum stoßen.

Dafür erscheint es sinnvoll, auf Webers Figur des Propheten zurückzugreifen, bzw. den prophetischen Charakter von Interventionen in feldspezifische Logiken entsprechend zu analysieren. Der Vorteil der Anleihen aus der Religionssoziologie liegt dabei in erster Linie in der Distanzierung vom modernistischen Glauben an die Gestaltbarkeit und Verstehbarkeit der Moderne – wie er noch von Vertretern der reflexiven Moderne als intellektualistische Karikatur fortgeführt wurde (Beck, Bonß 2001). Analog gilt es nun, das heutige Vertrauen auf die Umsetzbarkeit selbstunternehmerischer Lösungsansätze ähnlich gelagerten Untersuchungen zu unterziehen. Deren Gegenstand ist allerdings nicht länger durch eine bildungsbürgerliche Hegemonie gegeben, sondern durch eine neoliberale.

## Literatur

- Beck, U. Bonß, U. 2001: Die Modernisierung der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Blanke, B., Kania, H. 1996: Die Ökonomisierung der Gesundheitspolitik: Von der Globalsteuerung zum Wettbewerbskonzept im Gesundheitswesen. *Leviathan*, 24, 4, 512–38.
- Boltanski, L., Chiapello, E. 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK-Verl.-Ges.
- Boltanski, L., Thévenot, L. 2007: Über die Rechtfertigung: eine Soziologie der kritischen Urteilskraft. Aus dem Französischen von Andreas Pfeuffer. Hamburg: Hamburger Edition HIS.
- Bourdieu, P. 1987: Legitimation and Structured Interests in Weber's Sociology of Religion. In S. Lash, S. Whimster (Hg.), *Max Weber, Rationality and Modernity*. London: Allen & Unwin.
- Bourdieu, P. 1991: Die Intellektuellen und die Macht. Hamburg: VSA Verlag.
- Bourdieu, P. 1992: *Homo academicus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1998: Über das Fernsehen. Übersetzt von Achim Russer. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1999: Die Regeln der Kunst. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2001: *Meditationen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2014: Über den Staat: Vorlesungen am Collège de France 1989-1992. Übersetzt von Horst Brühmann und Petra Willim. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Cooper, D. 2013: *Psychiatry and Anti-Psychiatry*. Abingdon, Oxon: Routledge.
- Eyal, G. 2010: *The Autism Matrix: The Social Origins of the Autism Epidemic*. Malden, MA: Polity Press.
- Eyal, G., Buchholz, L. 2010: From the Sociology of Intellectuals to the Sociology of Interventions, *Annual Review of Sociology*, 36, 1, 117–37.
- Foucault, M. 1969: *Wahnsinn und Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. 2000: Truth and power. In P. Rabinow, J.D. Faubion (Hg.), *Essential Works of Michel Foucault, Vol. 3: Power*. New York: New Press, 111-133.
- Frances, A. 2013a: Saving Normal: An Insider's Revolt Against Out-of-Control Psychiatric Diagnosis, DSM-5, Big Pharma, and the Medicalization of Ordinary Life. New York: William Morrow.
- Frances, A. 2013b: The New Crisis of Confidence in Psychiatric Diagnosis. *Annals of Internal Medicine*, 159, 3, 221–22.

- Germer, H., Müller-Doohm, S., Thiele, F. 2014: Intellektuelle Deutungskämpfe im Raum publizistischer Öffentlichkeit. *Berliner Journal für Soziologie*, 23, 3-4, 511–20. doi:10.1007/s11609-013-0230-7.
- Goffman, E.. 1961: *Asylums: Essays on the Social Situation of Mental Patients and Other Inmates*. New York: Anchor Doubleday.
- Hitzler, R. Pfadenhauer, M. 1999: Reflexive Mediziner? Die Definition professioneller Kompetenz als standespolitisches Problem am Übergang zu einer 'anderen' Moderne. In C. Maeder, C. Burton-Jeangros, M. Haour-Knipe (Hg.), *Gesundheit, Medizin und Gesellschaft: Beiträge zur Soziologie der Gesundheit*. Zürich: Seismo Verlag, 97–115.
- Horwitz, A. V. 2002: *Creating mental illness*. Chicago: University of Chicago Press.
- Horwitz, A. V., Wakefield, J.C. 2007: *The loss of sadness. How Psychiatry Transformed Normal Sorrow Into Depressive Disorder*. Oxford: Oxford University Press.
- Jacobs, R. N., Townsley, E. 2011: *The Space of Opinion: Media Intellectuals and the Public Sphere*. Oxford: Oxford University Press.
- Lepsius, M. R. 1964: Kritik Als Beruf zur Soziologie der Intellektuellen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 16, 75–91.
- Lupton, D. 1995: *The Imperative of Health: Public Health and the Regulated Body*. London: SAGE Publications.
- Mannheim, K. 1995: *Ideologie und Utopie*. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.
- Medvetz, T. 2008: *Think tanks as an emergent field*. New York: Social Science Research Council.
- Moebius, S. 2010: Der Medienintellektuelle. In S. Moebius, M. Schroer (Hg.), *Diven, Hacker, Spekulanten: Sozialfiguren der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 277-290.
- Müller, H. P. 2012: Wozu (noch) Intellektuelle? Versuch einer Standortbestimmung. *Merkur*, 66, 878–85.
- Szasz, T. S. 1974: *The myth of mental illness: Foundations of a theory of personal conduct*. New York: Harper Perennial.
- Vinken, B. 2010: Die Intellektuelle: gestern, heute, morgen. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40.
- Vobruba, G.. 2009: *Die Gesellschaft der Leute*. Wiesbaden: Springer.
- Vobruba, G. 2011: Das Problem der Intellektuellen. *Berliner Journal für Soziologie*, 21, 2, 321–29.
- Weber, M. 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck.

# Personalisierung oder Entpersonalisierung?

## Ein sozialtheoretischer Ansatz zur Analyse von Intellektuellen

Susanne Martin und Tilman Reitz

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Krise der Intellektuellen?! Intellektuellensoziologie in Zeiten von Experten, sozialen Bewegungen und Bloggern« – organisiert von Thomas Laux und Insa Pruiskien*

Neuere Arbeiten der Intellektuellensoziologie fordern einen Paradigmenwechsel: anstelle von *Personen* sollten *Interventionen* Untersuchungsgegenstand werden; eine Soziologie der öffentlichen Auseinandersetzungen und Deutungskämpfe sei die angemessene Form der Intellektuellensoziologie im 21. Jahrhundert (vgl. Collins 2003; Eyal, Buchholz 2010; Germer et al. 2013). Mit dieser Neuausrichtung, so die Befürworter/-innen, könnten mindestens zwei Probleme der traditionellen Intellektuellenforschung ausgeräumt werden: Erstens sei der Typus des klassischen Intellektuellen, der sich für universelle Werte öffentlich engagiert, längst eine anachronistische Figur. Seit Ende der 1980er Jahre könne nur noch sein Verschwinden diagnostiziert bzw. beklagt werden (vgl. Lyotard 1985). Zweitens folge eine in der Regel an charismatischen Ausnahmepersonen orientierte Forschung tendenziell dem medialen bzw. kulturindustriellen Verständnis von Intellektuellen, da Charaktereigenschaften, Tugenden oder schlicht Prominenz in den Vordergrund gerückt würden. Die Heroisierung von Intellektuellen sei die Folge, eine soziologische Analyse aber aufgegeben. Kurzum: der Paradigmenwechsel von Personen zu Interventionen scheint zeitlich und sachlich geboten, wenn nicht überfällig zu sein.

Wir wollen diese Forderung im Folgenden kritisch prüfen und gehen hierzu in drei Schritten vor: Zunächst werden wir den interventionsorientierten Ansatz kurz vorstellen und seine aus unserer Sicht problematischen Aspekte bzw. offenen Fragen benennen. Im zweiten Schritt konfrontieren wir ihn mit historischen Vorläufern, namentlich Antonio Gramsci und Michel Foucault, die die Auseinandersetzungen von Intellektuellen als Kampf um kulturelle Vorherrschaft bzw. im Kampf um Wahrheit bereits akzentuiert haben, in den angesprochenen Arbeiten aber bloß gestreift werden. Abschließend stellen wir einen Ansatz vor, der Personalisierung und Strukturanalyse nicht als »entweder-oder« auffasst: Intellektuellenforschung kann nach wie vor von Personen ausgehen, wenn man Denkmodelle herausarbeitet. Denkmodelle lassen sich als Verarbeitung gesellschaftlicher Erfahrungen, als Reaktion auf kulturelle und politische Konstellationen

tionen und Bedürfnislagen verstehen, die individualisiert, kollektiv oder durch wechselndes Personal repräsentiert werden können. Die Analyse von Denkmodellen, so unsere These, gibt die Figur des Intellektuellen nicht preis, verfällt aber auch nicht dem Personenkult, eben weil sie strukturelle Voraussetzungen, das heißt soziale, kulturelle und politische Kontexte einbezieht.

## Interventionsorientierte Intellektuellenforschung

Gil Eyal und Larissa Buchholz haben 2010 eine Re-Interpretation einschlägiger Arbeiten vorgelegt, die aus ihrer Sicht allesamt dokumentieren, dass die Soziologie des Intellektuellen sich zu einer Soziologie der Interventionen verschiebt. Zwei Stränge bzw. Neuausrichtungen könnten dies verdeutlichen: Zum einen rücken »intellectual fields and markets« ins Zentrum der Analysen; untersucht werden vermehrt die *Bedingungen und Möglichkeiten* öffentlichen intellektuellen Wirkens. Zum zweiten wird die *Art und Weise* dieses Wirkens, werden die Verfahren, Entwicklungen und Effekte von Interventionen in den Blick genommen; die Frage also, *wie* sich intellektuelle Expertise öffentlich Geltung verschafft. Beide Stränge, so die Autor/-innen, bedeuten nicht nur eine enorme Erweiterung des infrage kommenden intellektuellen Personals und daher die Abkehr vom klassischen Einzel-Intellektuellen, sie demonstrieren vielmehr die Ent-Personalisierung der Intellektuellenforschung zugunsten von feldtheoretisch, wissenssoziologisch und diskurstheoretisch orientierten Analysen.

Daran anschließend formulierten Wissenschaftler/-innen der Intellektuellen-Forschungsstelle Oldenburg (2013) den neuen Analysegegenstand der Intellektuellensoziologie: Kämpfe um Deutungshoheit in der Öffentlichkeit; ihre Dynamik, ihr Verlauf, die sie bestimmenden kommunikativen Praktiken, Allianzen und vor allem Gegnerschaften. Vorgestellt wird ein Verlaufs- bzw. Eskalationsmodell intellektueller Kämpfe, das interessanterweise, entgegen der geforderten Ausrichtung auf Interventionen, den beteiligten Personen eine Hauptrolle zuweist. Fast kein öffentlicher Meinungskampf, so das Autorenteam, komme ohne klar identifizierbare Rivalen oder rivalisierende Lager aus. Die Personalisierung sei elementarer Bestandteil des Verlaufs intellektueller Kontroversen. Das verweist auf eine erste Schwierigkeit dieser Ansätze: Gerade wenn der Streit selbst, das Gegeneinander der Deutungen und klare Rivalitäten hervorgehoben und analysiert werden, geht dies kaum ohne die Kontrahenten, also die häufig prominenten Einzel-Intellektuellen oder Intellektuellengruppen, die den Streit öffentlich führen und repräsentieren. Ein alternatives Muster bilden allenfalls politische Lager, in denen Bezeichnungen wie »rechts« oder »links« die Namen ersetzen.

Eine zweite Schwierigkeit der skizzierten Arbeiten ist in der »Entgrenzung« oder unscharfen Bestimmung intellektueller Interventionen zu sehen. Fragt man wie Eyal und Buchholz vorrangig, wie Wissen und Expertise öffentlich wirksam werden, bleibt unklar, ob und worin sich intellektuelle Debatten von Expertendebatten und ob und worin sich Intellektuelle von Experten unterscheiden. Man kann darauf antworten, dass es keine Unterschiede (mehr) gebe, würde dann aber ein zentrales Merkmal intellektueller Praxis stillschweigend verabschieden: die Überschreitung zugewiesener Kompetenzen und Funktionen. Intellektuelle – wir erinnern uns – sind

dies »im Nebenberuf«, wie Jürgen Habermas (1987) formulierte; sie üben »inkompetente, aber legitime Kritik« (Lepsius 1964).

Wenn es allein auf die Form und den Verlauf der Kontroversen ankommt, wie die Oldenburger Gruppe nahelegt, stellt sich die Frage, worin sich die Deutungskämpfe der Intellektuellen von den flüchtigen und inhaltlich oft beliebigen Schaukämpfen professioneller Meinungsmacher unterscheiden. Sie stellt sich umso dringlicher, als die Autoren behaupten, dass es in intellektuellen Debatten keineswegs immer um die Klärung sachlicher Probleme gehe, sondern um die Praxis des Streitens selbst. Dies aber ist ein Hauptmerkmal des gegenwärtigen Medienintellektuellen, wie ihn zuletzt Stephan Moebius (2010) charakterisiert hat: inhaltlich nahezu irrelevant, aber streitlustig, polarisierend, öffentlichkeitswirksam. Zugespitzt formuliert besteht die Gefahr der an öffentlichen Kontroversen orientierten Analysen also darin, vorrangig die Praxis von Medienintellektuellen und Meinungsmachern abzubilden oder sogar zu ratifizieren.

Mit diesen kritischen Anmerkungen und offenen Fragen werfen wir einen Blick zurück auf die Vorläufer interventionsorientierter Ansätze, die zeigen, dass die Neuausrichtung so neu wie mitunter behauptet gar nicht ist.

## Vordenker: Gramsci und Foucault

Die radikalste Gegenannahme zur Personenzentrierung hat wohl Gramsci formuliert: »Alle Menschen sind Intellektuelle«. Er fügt unmittelbar hinzu: »aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen« (Gefängnishefte, H. 12, §1, 1500), und bahnt so grundsätzlich den Weg zu einer Analyse dessen, was Intellektuelle in einer bestimmten Konstellation tun, leisten oder bewirken. Solche Funktionen müssen nicht gleich bleiben. In Gramscis Zeit konnte auch die konkrete Bestimmung des Intellektuellenbegriffs anders ausfallen als zu Zeiten Émile Zolas, Jean-Paul Sartres oder Judith Butlers. Große Namen und Personen spielen bei Gramsci kaum eine Rolle. Nimmt man als anders verorteten Zeitgenossen Karl Mannheim hinzu, wird rasch klar, warum: Was Intellektuelle als Gruppe auszeichnet, ist ihre Bildung, was sie gesellschaftlich leisten, ist die geistige Vertretung verschiedener Klassen bzw. die (mehr oder minder vermittelnde) Ausarbeitung von deren spontanen Weltsichten. Für Gramsci versuchen Intellektuelle so, einer Klassenposition Hegemonie, Führung oder Vorherrschaft im Kampf um die politische Deutungsmacht zu verleihen, für Mannheim haben sie stattdessen die Aufgabe, partikuläre Perspektiven wie die des Bürgertums und der Staatsbeamten in weniger einseitige Synthesen zu überführen. Beide Male kommt es jedoch nicht darauf an, dass sie als Einzelne herausragen bzw. etwas Unerwartetes tun, sondern dass sie Weltdeutungen eine politisch relevante Form geben. Das können auch Funktionäre in einer Partei oder sogar, um einen Gedanken Gramscis zu aktualisieren, Unternehmer wie Bill Gates oder Steve Jobs tun. Auch die von Eyal und Buchholz bevorzugten Expert/-innen wären hier einschlägig, wenn sie wie John Maynard Keynes, Milton Friedman, Elinor Ostrom und große Teile der Mainstream-Ökonomie mit ihrer Expertise politische Problemsichten und Lösungsansätze, Strömungen und Entscheidungen orientieren.

Gramscis Intellektuellenbegriff entspricht nicht dem heute geläufigen und auch nicht unserem beiläufig eingeführten Kriterium, dass Intellektuelle typisch ihre institutionell zugewiesene

Kompetenz überschreiten (wobei politisierte Lagen nicht immer klare Befugnisordnungen kennen). Doch auch solche Überschreitungen sind bereits unterhalb der Prominenzschwelle verortet worden – besonders in Foucaults Begriff der spezifischen Intellektuellen. Während ihm zufolge »allgemeine Intellektuelle« wie Sartre für alle sprechen, handeln spezifische Intellektuelle dort, wo ihre kognitiven Fähigkeiten praktisch gefragt sind: »in festgelegten Sektoren, an genau bestimmten Punkten, an die sie entweder durch ihre professionellen Arbeitsbedingungen oder durch ihre Lebensbedingungen (Wohnung, Krankenhaus, Irrenanstalt, Labor, Universität, die familiären oder sexuellen Beziehungen) versetzt wurden« (Foucault 1977: 145). Genauer *widersetzen* sie sich den funktionalen Anforderungen ihres Kontextes; darauf deuten zumindest Beispiele wie Robert Oppenheimer und Stichworte wie Revolte. Der so zu umreißende Kampf ist immer zugleich einer um die herrschenden Formen von Wahrheit (mitsamt Expertise und Definitionsmacht) und um die konkrete Gestaltung geistig geschulter Praxis. Spezifische Intellektuelle müssen nicht bereits eine Rolle in der Öffentlichkeit spielen, sondern überhaupt nur eine kognitive Funktion haben, die sie subversiv oder oppositionell neu bestimmen.

Es lohnt, an die Ansätze Gramscis und Foucaults zu erinnern, weil sie auf zwei Dimensionen verweisen, die in den Analysen zur Struktur und Verlaufslogik intellektueller Interventionen nicht mehr vorgesehen zu sein scheinen: Die (aufgebrochene) institutionelle Einbettung intellektuellen Handelns und seine Funktion für andere gesellschaftliche Kräfte als die Intellektuellen selbst. Diese beiden Dimensionen sollte wohl jede soziologisch satisfaktionsfähige Intellektuellenforschung im Blick haben. Der Rekurs auf Gramsci und Foucault zeigt aber auch, dass sich der Typus der Intellektuellen in einem solchen Rahmen dann ganz verschieden bestimmen lässt. Man kann in einer politisierten Zeit wie den 1920/30er Jahren vorrangig Partei-, Klassen- oder Bewegungsinellektuelle analysieren, die kollektiv im politischen Deutungskampf stehen. Man kann in institutionell gefestigteren Situationen wie in den 1950/60er und Jahren beobachten, wie sich einzelne Gelehrte, Schriftsteller/-innen und andere prominente Geister ihrer Reputation bedienen, um öffentlich in politische Streitfragen zu intervenieren. Die berühmte Ursituation um 1898, in der Zolas *J'accuse* und das *Manifeste des intellectuels* erscheinen, wird meistens (noch von Pierre Bourdieu) nach diesem zweiten Muster analysiert, schließt aber ein neues Selbstbewusstsein und neue Fremdeinordnungen der Intellektuellen als sozialer Gruppe mit ein (vgl. Charle 1997). Viele andere Konstellationen sind denkbar, bis zu einer Lage, in der intellektuelle Praxis nur noch an den unscharfen Rändern professioneller Expertise gedeiht. Doch die gesellschaftlichen Pointen dieser Praxis wird man wohl nur aufschlüsseln können, wenn man fragt, welche Erfahrungen sie verarbeitet und welchen Interessen sie entgegenkommt. Und möglicherweise kann man bei solchen Rekonstruktionen selbst nicht politisch neutral bleiben, sondern lädt den Begriff der Intellektuellen mit Anerkennung oder Missbilligung auf. Hier liegen wirkliche Probleme; die Bedeutung einzelner Namen kann dagegen als sekundäre, jedenfalls intellektuellengeschichtlich variable Größe behandelt werden.



## Denkmodelle als Verarbeitung gesellschaftlicher Erfahrungen

Um den Schwierigkeiten einer einseitig personen- oder interventionsorientierten Forschung zu entkommen, schlagen wir einen Ansatz vor, der Personen zwar nicht preisgibt, sie aber ebenso wenig als Ausnahmefiguren hypostasiert. Möglich wird dies durch die Analyse von gesellschaftlich motivierten und umkämpften Denkmodellen. Denkmodelle lassen sich als Verarbeitung gesellschaftlicher Erfahrungen begreifen, die einzelne Intellektuelle mit Zeitgenossen teilen. Dadurch wird einem häufig unterschätzten Umstand Rechnung getragen, den Wolfgang Eßbach (2012: 164) wie folgt zusammenfasst: »[W]as Intellektuelle produzieren, ist nicht autonom und [...] nicht rein für sich [zu verstehen].« Wenn man von Erfahrungen ausgeht, richtet sich der Blick auf die sozialen, kulturellen und politischen Voraussetzungen und Kontexte intellektueller Theorie und Praxis. Die Aura, der Charakter oder die vermeintlichen Tugenden einer Person spielen für die Analyse keine bzw. eine sehr nachgeordnete Rolle; ein Personenkult ist so gut wie ausgeschlossen.

Freilich werden Erfahrungen unterschiedlich verarbeitet und Situationen mit verschiedenen Strategien bewältigt oder genutzt, das heißt Verarbeitungsweisen, also Denkmodelle divergieren, konkurrieren und sind umkämpft. Sie können sowohl kollektiv, durch Gruppen oder Schulen, als auch durch wenige oder einzelne Individuen repräsentiert werden. Vergleiche erlauben dann zu sehen, was eine intellektuelle Praxis sachlich in die Welt gebracht hat – neue Problem-sichten, größere oder qualitativ andere Offenheit, Radikalität, Freiheit oder Reflektiertheit. Seit Karl Marx können wir die eigene Klassenposition besser einschätzen, seit Theodor W. Adorno, Günther Anders und Jean Amery klarer über Auschwitz reden, seit der Studentenbewegung mehr Politik in die Hochschule bringen, seit dem Poststrukturalismus diskursiv anders mit unserer sexuellen Identität umgehen als vor ihnen. Vergleichbare Errungenschaften werden politisch anders Denkende mit Friedrich Nietzsche, Carl Schmitt oder der negativen Freiheit des Marktes verbinden. Um es kurz zusammenzufassen: Denkmodelle, auf der Grundlage gesellschaftlicher Erfahrungen, sind eine (oft neuartige) charakteristische Verbindung intellektueller Problematierungen, Positionierungen und Äußerungsformen. Sie ermöglichen es, intellektuelle Theorie und Praxis als zeitlich, kulturell und politisch kontextualisierte Form des Denkens und Handelns zu interpretieren. Aus diesem Grund ist die Analyse von Denkmodellen aus unserer Sicht gerade für eine historisch informierte Intellektuellensoziologie gewinnbringend: Denkmodelle früherer Zeiten können mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Erfahrungen und Kontexten konfrontiert und auf ihre Brauchbarkeit, das heißt Aktualität befragt werden.

Zur Konkretisierung sei abschließend der Versuch erlaubt, einen Intellektuellentypus und ein Feld von Denkmodellen zu benennen, die aktuell und in näherer Zukunft eine größere Rolle spielen könnten. Während die viel diskutierten Medienintellektuellen, Expert/-innen und Professor/-innen im Nebenberuf zumeist doch mit ihrem persönlichen kulturellen Kapital arbeiten, könnte das Muster der Anonymität auf eine Gruppierung passen, für die Autoren wie Antonio Negri, Maurizio Lazzarato und Paolo Virno den Begriff geprägt haben: Massenintellektuelle. Die genannten Postoperaisten meinen damit eine sehr große und für unsere Zwecke zu große Gruppe, nämlich prinzipiell alle, die heute immaterielle (und besonders kognitive) Arbeit leisten. Für sie schafft diese Arbeit in Diskursen, Affekten und sozialen Beziehungen den Wert, den die Profiteure des Wissenskaptalismus (von Google und Facebook bis zu Immobilienbesitzern in Szenevierteln) nur noch abschöpfen müssen. Interessanter wird die Lage jedoch, wenn man betrachtet, wie viel *unbeschäft-*

*tigtes*, weder kommerziell noch staatlich genutztes Wissen und Können in den grob benannten Feldern entsteht. Selbst wenn die Wort-, Bild- und Tongestalter, sozial- und geisteswissenschaftlich Gebildeten der Gegenwart mehrheitlich bessere Jobs finden, als ihr Studium vermuten lässt – große Bestände ästhetischen, reflexiven, kritischen und selbst technischen Potenzials werden nirgends verwertet. Alle diejenigen, die dieses Potenzial abseits von Schule und Hochschule, Kultur- und Werbeindustrie, Management und Unternehmensberatung zum Einsatz bringen, agieren ansatzweise als Massenintellektuelle. Sie fangen mit ihrem institutionell geschulten Geist fast gezwungenermaßen etwas sozial nicht Vorgesehenes an: in Blogs und Online-Zeitschriften, theoretisch-politischen Diskussionsnetzen, der Aushandlung ihrer Nahbeziehungen und Anderem mehr.

Unser Analyseraster macht allerdings auch deutlich, weshalb es (noch) schwerfällt, diese mögliche neue Formation sozialtheoretisch zu fassen: Ein charakteristisches Denkmodell der postakademischen Massenintellektuellen ist bisher nicht erkennbar. Gemeinschaftsgüter oder Commons kommen in Frage, fallweise regt sich Opposition zu einem immer weniger versprechenden ökonomischen Wachstumszwang, eine Rebellion gegen universalisierte Kontrolltechniken und nachwachsende Hierarchien wäre vielleicht an der Zeit, faktisch werden alle möglichen Sorten von Glauben erneuert – doch verbindende Muster einer neuen Intellektualität können wir nicht erkennen. Vielleicht müssen wir warten, bis sie sich im Rückblick zeigen, vielleicht braucht es doch einfallreiche Einzelne, vielleicht ist sachliche Diffusität der gesellschaftlichen Situation angemessen. In jedem Fall hat eine gegenwärtige Intellektuellenforschung, die den Abschied vom Personenkult ernst nimmt, ähnlich große Aufgaben wie die Individuen in ihrem Gegenstandsbereich.

## Literatur

- Charle, Ch. 1997: Vordenker der Moderne. Die Intellektuellen im 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Fischer.
- Collins, R. 2003: Über die Schärfe in intellektuellen Kontroversen. *Leviathan*. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 31. Jg., Heft 2, 258–284.
- Eßbach, W. 2012: Wer war Marx? Bilder eines Intellektuellen. In R. Faber (Hg.), Was ist ein Intellektueller? Rückblicke und Vorblicke. Würzburg: Königshausen+ Neumann, 163–181.
- Eyal, G., Buchholz, L. 2010: From the sociology of intellectuals to the sociology of interventions. *Annual Review of Sociology*, Vol. 36, 117–137.
- Foucault, M. 1977: Die politische Funktion des Intellektuellen. *Dits et Ecrits*, Bd. III, 1976–1979. Herausgegeben von D. Defert und F. Ewald. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 145–152.
- Germer, H. et al. 2013: Intellektuelle Deutungskämpfe im Raum publizistischer Öffentlichkeit. *Berliner Journal für Soziologie*, 23. Jg., Heft 3–4, 511–520.
- Gramsci, A. 1932: Aufzeichnungen und verstreute Notizen für eine Gruppe von Aufsätzen über die Geschichte der Intellektuellen. *Gefängnishefte*, Bd. 7, Hefte 12 bis 15. Herausgegeben von K. Bochmann et al. Hamburg: Argument, 1495–1532.
- Habermas, J. 1987: Heinrich Heine und die Rolle des Intellektuellen in Deutschland. Eine Art Schadensabwicklung. *Kleine politische Schriften VI*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 27–54.
- Lepsius, R. M. 1964: Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 16. Jg., Heft 1, 75–91.
- Liotard, J.-F. 1985: Grabmal des Intellektuellen. Wien: Passagen.
- Moebius, S. 2010: Der Medienintellektuelle. In S. Moebius, M. Schroer, M. (Hg.), *Diven, Hacker, Spekulanten. Sozialfiguren der Gegenwart*. Berlin: Suhrkamp, 277–290.

# Intellektuelle zwischen Partei, Bewegung und Elfenbeinturm

## Parteiintellektuelle

Lars Tschirschwitz

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Krise der Intellektuellen?! – Intellektuellensoziologie in Zeiten von Experten, sozialen Bewegungen und Bloggern« – organisiert von Thomas Laux und Insa Pruiskien*

Parteiintellektuelle werden in der Regel sozialrevolutionären Weltanschauungsparteien in der Phase zwischen Industrieller Revolution und Zweitem Weltkrieg zugeordnet (vergleiche Gilcher-Holtey 2006: 118 f.). Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Georg Lukács oder Antonio Gramsci sind Namen, die man mit ideologischen Richtungskämpfen in sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien jener Zeit verbindet. Es waren Persönlichkeiten zumeist bürgerlicher Herkunft, die in Massenparteien während des Übergangs von Monarchie zu parlamentarischer Demokratie, von zum Teil feudalen Stände- zu großstädtisch geprägten Massengesellschaften um Deutungshoheit über den Vollzug des historischen Auftrags der Arbeiterschaft nach marxistischer Lesart fochten. Ein sozialistisches Heilsversprechen förderte die Disziplinierung der Arbeiterschaft, deren Masse politische Schlagkraft verlieh (Kirchheimer 1969). Nach dem Zweiten Weltkrieg gestaltete die Lage sich anders. Insbesondere in der bundesrepublikanischen Arbeiterbewegung setzte sich – anders als noch zu Weimarer Zeiten – bis zum Ende der fünfziger Jahre die Überzeugung durch, dass die ersehnte politische und wirtschaftliche Stabilität nur unter Wahrung eines Minimalkonsenses aller Beteiligten zu haben sei (vergleiche Angster 2003: 353–369). Das Bad Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, erarbeitet unter anderem von Intellektuellen wie Carlo Schmid, Waldemar von Knoeringen und Adolf Arndt, dokumentierte diese Erkenntnis, indem es Abschied vom letzten Rest klassenkämpferischer Rhetorik nahm. Parteiintellektuelle – Mitglieder einer Partei, die sich mehr als der durchschnittliche Berufspolitiker ideologischen Fragen widmeten – waren somit auch nach dem Krieg an der Herstellung eines Konsenses innerhalb der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung beteiligt und schufen mit dem Programm ein Integrationsinstrument, das eine Grundlage der Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie werden sollte. Partei und Intellektuelle hatten, abgesehen von gelegentlichen Spannungen, einen Modus Vivendi gefunden, nachdem die CDU unter wohl dosiertem Einsatz

von Ideen und Exponenten des Ordoliberalismus der Freiburger Schule sowie der katholischen Soziallehre in Tradition der Weimarer Zentrumspartei erst einen Parteikonsens, wenig später eine Regierungsmehrheit hatte formen können.

Auf die Ablehnung des bundesrepublikanischen Konsensmodells durch die 68er-Bewegung und ihre vielgestaltigen Nachfolgerinnen der siebziger und achtziger Jahre reagierten die Volksparteien wiederum mit Grundsatzdebatten unter Einbeziehung von Intellektuellen. Dabei war es zunächst die SPD, die mit sozialdemokratischen Wählerinitiativen unter Beteiligung von Günther Grass, Siegfried Lenz und Eberhard Jäckel um die Gunst der Wähler werben ließ und mit allenfalls mäßigem Erfolg durch sozialdemokratische Professoren wie Richard Löwenthal an den Universitäten den Kontakt zu den Aufbegehrenden aufrechtzuerhalten suchte. Die nun als »Kanzlerwahlverein« verschriene CDU erkannte nach der Bundestagswahl 1972 die Ursache für die Niederlage im Verlust der »geistigen Führung« (Schmidt 2010) und setzte fortan verstärkt auf die Autoritäten von Intellektuellen. Am Ende des Nachkriegsbooms ergaben sich daraus spezifische Probleme (vergleiche Tschirschwitz 2015). Zunächst werde ich als Krisenmomente wahrgenommene strukturellen Spannungen erläutern, die sich für Politiker und Intellektuelle aus diesem »*Strukturbruch und soziale[n] Wandel von revolutionärer Qualität*« (Doering-Manteuffel, Raphael 2010: 13, Hervorhebung im Original) ergaben, um sie dann an zwei Biographien zu exemplifizieren.

## Strukturelle Spannungen

Kennzeichnend für die Figur des Parteiintellektuellen in der Bundesrepublik zwischen Nachkriegsboom und Jahrhundertwende waren strukturelle Spannungen verschiedener Natur. Während sich soziale Bewegungen durch Spontanität und ein hohes normatives Gewicht auszeichnen, kann, wie Otto Kirchheimer in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts feststellte, eine Partei, die das Ziel der Massenintegration verfolgt, in der expandierenden Konsumgesellschaft nicht auf eine maximale ideologische Einhegung ihrer Wähler und Mitglieder setzen (Kirchheimer 1969). Weder könnten so breite Schichten und Klassen erreicht werden, noch ließen sich auf diesem Wege Koalitionsoptionen problemlos realisieren. Die Studentenbewegung der sechziger Jahre war mit derlei Pragmatismus kaum zu gewinnen. Hier gehörte der intellektuelle Streit zur *Raison d'être*, wohingegen als eine Voraussetzung für das Funktionieren des Konstrukts Volkspartei ein programmatischer Minimalkonsens unter der Mitgliedschaft galt, auf sozialdemokratischer Seite zuletzt organisiert durch das von Intellektuellen erstellte Grundsatzprogramm. Mit ihrem Selbstverständnis als historisch konsequente Nachkriegserscheinungen, die den zersetzenden Streit der Weimarer Republik zu vermeiden suchten, hatten die Volksparteien Union und SPD die politische Konsensbildung in ihre Reihen integriert und bezogen den vorpolitischen Raum in Vereinen, Universitäten, Gewerkschaften, Medien usw. mit ein. Dieses Unterfangen setzte ideologischen Pragmatismus notwendig voraus. Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung organisierten sich bewusst außerhalb dieser politischen Bahnen und nutzten gezielt die sich ebenfalls verändernde Medienöffentlichkeit. Sie waren von hohem normativen Gewicht gekennzeichnet und boten daher häufig Intellektuellen eine Bühne, die ebenfalls eine

Agenda mit hohem normativen Gehalt verfolgten. Die Parteien reagierten auf diese Herausforderungen mit intellektueller Aufrüstung: Parteiintellektuelle verfolgten das Ziel, einen bröselnden Konsens zu rekonstruieren. Ihre hervorgehobenen Positionen – die Arbeit in eigens für die Wertedebatte eingerichteten Gremien – waren Symptome der Krise der Volksparteien als Mitgliederparteien.

Neben durch die neuen sozialen Bewegungen selbstgeschaffenen Medien (vergleiche Schwanhäusser 2010) eröffneten der digitalisierte Rundfunk und später das Internet weitere Diskursarenen. In zunehmendem Maße war der politische Streit aufmerksamkeitsökonomischen Prämissen unterworfen, wie Helmut Schelsky Anfang der achtziger Jahre argwöhnte. Der versierte Umgang mit den Medien war zwar keine grundlegend neue Herausforderung, der Wandel des politischen Systems veränderte jedoch in Kombination mit der Aufspaltung der medialen Öffentlichkeiten das Anforderungsprofil für Politiker *und* Intellektuelle. Der Figur des Medienintellektuellen ist es »die qua Medienpräsenz erworbene Prominenz, die seinen [...] öffentlichen Ruf bestimmt und seinen Worten Gewicht verleiht« (Moebius 2012: 38; vergleiche auch Bering 2010: 533). Tut er dies, so ergibt sich jedoch früher oder später ein Glaubwürdigkeitsproblem, das aus der ständigen Medienpräsenz und vergleichsweise wenig differenzierenden, massenmedienkonformen Statements erwächst. Und selbst wenn man der These der Verdrängung des normativ verstandenen Intellektuellen durch den Medienintellektuellen nicht ganz folgen mag, so standen (linke) Intellektuelle wie auch wissenschaftliche Experten mit dem postmodernen Paradigma vom »Ende der großen Erzählungen« (vergleiche Lyotard 2009) unter erheblichem Rechtfertigungsdruck. Form und Inhalt des Diskurses gerieten nicht selten in Widerspruch.

Für professionelle Politiker tat sich – strukturell ganz ähnlich – die Kluft auf zwischen den Ebenen der »Verhandlungsdemokratie«, auf der sie ihre persönlichen Kontakte und Netzwerke zum Einsatz bringen, um diskret Kompromisse auszuhandeln, und der der »Mediendemokratie«, auf der Deutungskämpfe im Ergebnis die »Unterscheidung von Siegern und Verlierern« ermöglichen (vergleiche Grande 2000: 303 ff.; 305). Kaum nötig zu erwähnen, dass letztere dem Trend der politischen Personalisierung Vorschub leistete. Wichtig aber ist die Feststellung, dass der Terminus »Verhandlungsdemokratie« sich auf den engeren Umkreis einer politischen Entscheidung bezieht, während der »mediendemokratische« Aspekt im Werben um die Zustimmung der öffentlichen Meinung bzw. der Wahlbürger zu erkennen ist und sich somit deutlich auf den vopolitischen Raum bezieht. Im Folgenden liegt das Augenmerk mit Erhard Eppler und Kurt Biedenkopf auf zwei Fallbeispielen aus beiden großen Parteien der Bundesrepublik, um zu zeigen, wie sich die Krise *der* Volkspartei und die *des* Intellektuellen verbanden. Ihre Biographien machen das Zusammenwirken der beiden Spannungsfelder plastisch deutlich. Beide, Biedenkopf und Eppler, stimmten hegemonie-theoretischen Überlegungen zu, wie sie in der CDU nach dem Machtwechsel im Bund genauso kursierten wie in der Neuen Linken und der Sozialdemokratie: Intellektuelle bzw. »geistige« Führung war demnach die Voraussetzung politischer Macht. Ein selbst postulierter Schwerpunkt ihrer Arbeit war daher »Bewusstseinsbildung«.

## Zwei Fallbeispiele

Biedenkopf gehörte zur Führungsmannschaft des seinerzeit als Reformers titulierte CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl. Schon in jungen Jahren hatte der Spross einer (groß)bürgerlichen Familie es als Wirtschaftsrechtler zu einigem Erfolg in der akademischen Welt gebracht und galt als politisch unverbraucht. Herkunft und Habitus des Professors entsprachen dem, was die nach zwanzig Jahren ununterbrochener Regierungstätigkeit intellektuell ausgelaugte CDU suchte, um einen Imagewandel herbeizuführen. Biedenkopf war akademisch im Umfeld der Freiburger Schule des Ordoliberalismus sozialisiert. Damit kompatibel zu intellektuellen Gründungsressourcen der CDU, symbolisierte sein Alter Erneuerung, seine Prägung Kontinuität. Als Generalsekretär (1973 – 1977) trieb Biedenkopf die Arbeit am ersten Grundsatzprogramm der CDU zusammen mit Mitgliedern der CDU-Grundsatzkommission, in der Politiker wie Heiner Geißler, Norbert Blüm und Richard von Weizsäcker von Wissenschaftlern, vom Politologen Wilhelm Hennis oder gelegentlich vom Soziologen Schelsky beraten wurden, überhaupt voran, geriet aber schnell in Konflikt mit seinem Förderer Kohl. Die Anerkennung durch die Medienöffentlichkeit stand in keinem Verhältnis zur institutionellen Verankerung des Quereinsteigers Biedenkopf in der Partei. Umgekehrt war Kohl, der seit frühester Jugend an seiner politischen Karriere in der CDU gearbeitet hatte und als bestens vernetzt galt, aufgrund seiner öffentlichen Auftritte und leidlichen intellektuellen Strahlkraft oft Ziel von Häme und Spott.

Die deutschen Sozialdemokraten litten bekanntlich gerade nicht an einem Mangel intellektueller Mitstreiter. Doch nur bei wenigen spitzte sich der Gegensatz von intellektueller Freizügigkeit und politischer Disziplin qua Amt ähnlich dramatisch zu wie beim Baden-Württemberger Erhard Eppler. Eppler hatte in der neutralistischen<sup>1</sup>, stark protestantisch geprägten Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns seine politische Karriere begonnen und war nach deren Auflösung wie viele Mitglieder der Kleinpartei zur SPD »übergelaufen«. Sein kulturelles Kapital speiste sich aus der Herkunft im politischen Protestantismus, der eine tragende Säule nicht nur der sozialdemokratischen Mehrheit 1972, sondern auch der sozialliberalen Koalition der siebziger Jahre werden sollte. Sein Ziel, die Änderung der bis in die sechziger Jahre von Konservativen eher konfrontativ in Szene gesetzten Deutschlandpolitik, hatte er als Sozialdemokrat weiter verfolgt; er darf als Verfechter der »Neuen Ostpolitik« gelten, die vor allem auch ein Anliegen vieler Protestanten war (Bösch 2002: 23).<sup>2</sup> Die SPD-Führung hatte ein Interesse an der sichtbaren Einbindung dieser Strömung – dem trug die immerhin rund fünfjährige Tätigkeit Epplers im Bundeskabinett als Minister für Entwicklung und Zusammenarbeit (1968 – 1974)

<sup>1</sup> Als »neutralistisch« bezeichnete man Personen und Gruppen, die sich gegen die antagonistische Blockbindung der beiden deutschen Staaten engagierten und stattdessen ein geeintes, »neutrales«, das heißt weder dem Warschauer Pakt noch der NATO angehörendes Deutschland favorisierten. Später erweiterte diese Denktradition sich auf den (west-) europäischen Rahmen.

<sup>2</sup> Bösch weist darauf hin, dass – durch die konfessionelle Brille betrachtet – ein deutliches Übergewicht der Protestanten auf dem Gebiet der SBZ/DDR einem Schwerpunkt des Katholizismus in den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik gegenüberstand. Daraus resultierte unter anderem das überdurchschnittlich große Interesse vieler Protestanten im Westen an politischen Neuansätzen hinsichtlich der deutschen Frage, das bald zu einer Allianz zwischen (Links)Protestantismus und Sozialdemokratie im Zeichen der Entspannungspolitik führte.

Rechnung. Kurz nach dem Wechsel im Kanzleramt von Willy Brandt zu Helmut Schmidt verließ auch Eppler das Kabinett. Als baden-württembergischer Landesvorsitzender der SPD legte er künftig hohes Gewicht auf intellektuelle Tätigkeit. Mehrere Bücher und unzählige Aufsätze und Vorträge im geistigen Umfeld der entstehenden Umweltbewegung, der Anti-Atomkraft-Bewegung und erst recht der Friedensbewegung ließen ihn in offenem und öffentlichem Gegensatz zur operativen Politik der Regierung Schmidt erscheinen. Alle diese sozialen Bewegungen, für die ein relativ hoher Anteil Protestanten kennzeichnend war, standen hauptsächlich zur SPD in einem Konkurrenzverhältnis um den politischen Idealismus einer jungen Generation: Zustimmung der einen Seite bedeutete nicht selten die Ablehnung der anderen. Der Bad Godesberger Konsens, durch den weltanschauliche Pluralität zur Voraussetzung der Mehrheitsfähigkeit werden sollen, hatte seine Grenzen erreicht, als der Wiederaufbau des Landes beendet war und Vietnamkrieg und Umweltzerstörungen in den Entwicklungsländern die Aufmerksamkeit auf die so genannte »Dritte Welt« richteten.

Das alternative Milieu der siebziger und achtziger Jahre verstand sich als Gegenkultur zu Staat, Parteien und Gesellschaft. Erhard Eppler konnte hinsichtlich seiner Prägung und seiner wenig verdeckten Opposition gegenüber der Bundesregierung innerhalb dieser Gegenkultur mehr als vergleichbare Politiker auf ein Minimum an Kompatibilität hoffen. Die polarisierte politische Gemengelage jener Jahrzehnte – RAF-Terror, die Totalopposition eines Teils der Friedensbewegung sowie der Anti-AKW-Bewegung einerseits und eine auf Bundesebene erstmals als Oppositionspartei gegen die hochgesteckten Reformziele der sozialliberalen Koalition agierende Union andererseits – erleichterte die Arbeit eines Kompromisse suchenden Politikers nicht. Die Glaubwürdigkeit des Intellektuellen Eppler, der bei aller Opposition am Modus der Reform festhielt, litt ebenso wie die des Politikers Eppler, der mit Beiträgen auf Kundgebungen und in entsprechenden Periodika Defizite der bundesdeutschen Demokratie geißelte. Was inhaltlich schwer zu vereinen war, versuchte Eppler durch seine Person zu versöhnen: Anfang der siebziger Jahre hatte er aus der angelsächsischen Diskussion den Gegensatz von Lebensstandard und Lebensqualität in die Debatten um die »Grenzen des Wachstums« gebracht und damit den sich andeutenden Bruch des Bündnisses zwischen mehrheitlich materialistisch orientierten Gewerkschaften, einer Jugendkultur im Wertewandel, die Kritik am Leistungsbegriff eben jener Organisationen der klassischen Industriegesellschaft übte, und einem protestantischen Bildungsbürgertum angedeutet. Zeitweise war er zugleich Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages und frühes Mitglied des 1977 gegründeten Freiburger Öko-Instituts sowie Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD.

Etwa zeitgleich schwelte der Führungskonflikt in der CDU. Kurt Biedenkopf gründete nach seinem Ausscheiden als Generalsekretär einen wissenschaftlichen Think Tank, das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, das mit wissenschaftlichen Persönlichkeiten und Institutionen nationaler und internationaler Herkunft kooperierte. Neben der Formulierung seiner wirtschaftspolitischen Agenda, die sich in die Traditionen neoliberaler Denker wie etwa Walter Eucken oder Friedrich A. von Hayek ordnete, setzte er sich mit dem individualistischen politischen Engagement in den neuen sozialen Bewegungen, insbesondere auch der Friedens- und Kirchentagsbewegung, auseinander. Anders als weite Teile der mehrheitlich katholisch geprägten Union, die dem Pazifismus an der Wende der siebziger und achtziger Jahre skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, legte der liberalkonservative Biedenkopf Wert auf die Erörterung vermeint-

lich abseitiger Positionen. Die Relativierung des antikommunistischen Dogmas rührte an den ideologischen Grundfesten der Union. Was äußerlich als persönlicher Gewinn an Eigenständigkeit gewertet werden mochte, drängte Biedenkopf, der seine politische Karriere weiterhin verfolgte, innerparteilich ins Abseits. Auch hier war es, ähnlich wie bei Erhard Eppler, die politisch nicht eindeutige Positionierung, die zu Problemen der Glaubwürdigkeit in beiden Sphären, der professionellen Politik und dem vopolitischen Raum, führten. In der Union konnte Biedenkopf unter den Bedingungen der Bonner Republik nicht reüssieren. Erst mit der deutschen Einheit eröffnete sich ihm die Möglichkeit, bis zum Ende seines Politikerlebens als Ministerpräsident eines Bundeslandes politische Verantwortung zu übernehmen.

Die Intellektuellen Biedenkopf und Eppler hatten primär als »mediendemokratische« Akteure Gewicht, auf der Ebene der »Verhandlungsdemokratie« hingegen blieben ihnen meist Erfolge versagt. In Nordrhein-Westfalen bzw. Baden-Württemberg waren und blieben sie führende Oppositionspolitiker. Sie, die Parteiintellektuellen, waren personalisierte Scharniere zwischen unterschiedlichen, ihre Parteien tragenden Milieus. In den Medien, gerade auch in jener Phase, in der der Rundfunk so gut wie ausschließlich öffentlich-rechtlich organisiert und von Parteien und Interessengruppen umkämpft war, profitierten sie von ihren mindestens doppelten Identitäten. Die Politiker Biedenkopf und Eppler genossen einen privilegierten Zugang nicht nur zum Rundfunk; als Intellektuelle, die sich nicht ohne Weiteres den Rationalitäten des Berufspolitikers unterzuordnen schienen, wirkten sie einer bestimmten Klientel gegenüber authentisch. Es waren eben jene Eigenschaften, die ihnen in ihren Parteien angesichts einer mittlerweile ebenfalls partiell zur Partei gewordenen Außerparlamentarischen Opposition (APO) Status verlieh.

Eppler und Biedenkopf changierten zwischen den intellektuellen Autoritätsressourcen des normativ verstandenen Intellektuellen und denen des Experten. Wobei sich beide von entgegengesetzten Polen aufeinander zu bewegten: Der eine, Biedenkopf, hatte es in der Welt der Wissenschaft zu Ansehen gebracht und galt als Fachmann für ordnungspolitische Probleme. Seine Opposition gegen keynesianische Globalsteuerungskonzepte des Wirtschaftsministers der ersten Großen Koalition (1966 – 1969), Karl Schiller, gründete auf diesem Expertenstatus. In den Auseinandersetzungen um die Erstellung des CDU-Grundsatzprogramms war ihm nicht selten die Distanz zwischen akademischem Elfenbeinturm und den Niederungen der Parteipolitik entgegengehalten worden. Die gewerkschaftsnahen Christdemokratischen Arbeitnehmerschüsse (CDA) neigten der Fortführung sozialstaatlicher Expansion zu, lehnten neoliberale Wirtschaftskonzepte ab und verdächtigten Biedenkopf sozialer Kälte. Der wiederum betonte in der Folge stets die normativen Fundamente des Ordoliberalismus. Der ideologische Streit in der Union führte schließlich zu seinem Rückzug aus der CDU-Führungsspitze sowie – gewiss mit der symbolischen Wirkung kalkulierend – zur Ernennung des der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft näher stehenden ehemaligen Jesuitenschülers Heiner Geißler zum Kandidaten für den Posten des CDU-Generalsekretärs. Als solcher vereinte Geißler ähnliche Autoritätsressourcen wie Erhard Eppler: Geißler entstammte einer Familie aus Zentrumstradition, war mit der katholischen Soziallehre vertraut und mobilisierte seinerseits moralisch grundierten Protest gegen die Politik der sozialliberalen Koalition vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Beispielhaft sei hier nur Geißlers antikommunistisch imprägniertes Auftreten in der Debatte um den RAF-Terrorismus und die Verwerfungen um den NATO-Doppelbeschluss erwähnt.



Erhard Epplers politisches Engagement war anfangs eng mit der deutschen Frage verbunden, die in erster Linie ein innenpolitischer Konflikt zwischen individuellen Werthaltungen war, je nachdem, wie die jüngere deutsche Geschichte und potentielle Strategien gegenüber dem äußeren Gegner bewertet wurden oder auch familiäre Verbindungen zum ostdeutschen Nachbarn bestanden. Als Sozialdemokrat verstand Eppler den Auftrag seiner Partei in der Förderung emanzipativer Politik und brachte sich als Anwalt der »sozialen Gerechtigkeit« in Diskussionen um Steuerreform und Mitbestimmung ein. Seine Überlegungen zu einer »alternativen« Energiepolitik, die langfristig von Atomkraft Abstand nehmen würde, stützten sich unter anderem auf die Expertise des Freiburger Öko-Instituts, das als einer der wichtigsten Think-Tanks der Umweltbewegung in Deutschland gilt (vergleiche Engels 2010: 415). Eppler und Biedenkopf wurden (Gegen-)Experten der Politik, indem sie sich von den tonangebenden Strömungen ihrer Parteien sichtbar distanzieren und sich jeweils – gewiss nicht gänzlich ohne Blick auf Möglichkeiten der eigenen Profilierung – als Stimme vermeintlich oder tatsächlich Benachteiligter präsentierten.

Der vorpolitische Raum ging den Parteien sukzessive verloren, oder besser: er veränderte sich insofern, als »Wissen und Qualifikationen, aber auch Handlungsformen und Einstellungen, die in der Familie und im Ausbildungssystem erworben wurden« (Abels 2010: 209), in abnehmendem Maße den Profilen der Nachkriegsparteien bzw. der in Programmatik gegossenen Werthaltungen ihrer Anhängerschaften entsprachen. Pille und reformiertes Scheidungsrecht erschütterten das Leitbild der bürgerlichen Kernfamilie, das Ende des Fordismus ließ die gewachsenen Strukturen von Interessengruppen im Bereich der Produktion erodieren und verursachte in der Folge neue Erwerbsbiographien und Loyalitäten. Der um die Wende in den achtziger Jahren wieder stärker zutage tretende Systemkonflikt ließ Eppler, der durch Willy Brandts Ostpolitik Erreichtes zerrinnen sah, wieder mehr als Intellektuellen in Erscheinung treten. Biedenkopf, der Experte und Politiker, kontrastierte den stark antikommunistisch gefärbten Stil seines Nachfolgers in den achtziger Jahren durch entspannungspolitische Initiativen: Neben einer Reihe von Veröffentlichungen und der Teilnahme an friedensbewegten Diskussionen unter anderem auf Evangelischen Kirchentagen führte ihn sein Weg 1986 und 1989 ein weiteres Mal in die DDR, um mit dem Politbüro-Mitglied Hermann Axen Perspektiven deutsch-deutscher Zusammenarbeit zu sondieren. Schon seit 1984 hatte Eppler hingegen als einer der Sozialdemokraten, die in Gesprächen mit Gesandten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften eine neue »Kultur des Streits« zwischen den beiden Teilen Deutschlands eruierten, versucht, den entspannungspolitischen Minimalkonsens zu reaktivieren. In beiden Fällen war es das erklärte Ziel, ideologische Hemmnisse zu überwinden und Konsens überhaupt erst möglich zu machen. Am Ende war es dann Ronald Reagans kompromisslose Rüstungspolitik mit der Folge des Einknickens der Sowjetunion, die ab Mitte der achtziger Jahre die deutsch-deutsche Konsenssuche beschleunigte. Eine Seite hatte die andere zu Verhandlungen unter für sie günstigen Bedingungen gezwungen. Der Erfolg der Strategie der Vereinigten Staaten ließ den Parteiintellektuellen, in erster Linie den sozialdemokratischen, wiederum in einer Krise erscheinen: Mögen die Bemühungen Erhard Epplers auch in der amerikanischen Friedensbewegung auf Gegenliebe gestoßen sein und sei es auch, dass das zwischen der Grundwertekommission und den Kommunisten ausgehandelte Dokument, das SPD-SED-Papier, ostdeutschen Oppositionellenkreisen Vorschub geleistet hat – zum Ende der DDR gehört eben auch der durch amerikanischen Druck gelockerte Griff der Sowjetunion auf ihre Satelliten. In der zeitgenössischen Wahrnehmung und

auch aus heutiger Sicht war es der Machtpolitiker Helmut Kohl, der die deutsche Einheit mit taktischem Geschick und einer nicht zu geringen Portion Glück im innerdeutschen Rahmen förderte, während viele linke Intellektuelle, auch Erhard Eppler noch kurz zuvor die entspannungspolitische Dialektik des Wandels durch Annäherung verfochten hatten. Pragmatismus stach intellektuelle Moderation zwischen ideologisch konträren Standpunkten – die den Machtpolitiker hauptsächlich insofern interessierten, als sie hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten auf Wahlbürger oder etwa außenpolitische Akteure zu- oder abträglich erschien – aus.

Mit dem Sieg der westlichen Staatengemeinschaft verlor selbige paradoxerweise auch eines ihrer Fundamente: Hatte das Feindbild der kommunistischen Gefahr Einfluss auf einen spezifischen Modus der Konsensfindung gehabt, so änderte die Geschäftsgrundlage der Bundesrepublik sich ebenfalls über Nacht. Deutlich ließ sich dies an den Volksparteien ablesen. Innerhalb der CDU glaubte der nun ebenfalls abgesetzte Heiner Geißler, dass wirtschaftsliberale Gruppierungen der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP geneigt sein könnten, ihre Forderungen sozusagen mit dem Wind der Geschichte im Rücken umso rücksichtsloser durchzusetzen. Geißler sah die christlich-sozialen Grundlagen seiner Partei bedroht und machte nun – wie seit einiger Zeit Erhard Eppler und Kurt Biedenkopf – als Autor mobil. Biedenkopf hingegen hatte als sächsischer Ministerpräsident nur noch wenig Zeit, seine marktliberalen Ideen als Redner und Schreiber unters Volk zu bringen, zumal das Amt des »Landesvaters« eher präsidiale Vermittlung denn normative Zuspitzung erforderte. Einerlei: So wie die Polarisierung des globalen Systemkampfes die Konsensfindung über politische Lager hinweg erschwerte, innerhalb eines politischen Lagers jedoch oft befördert hatte, zeigte sich nach 1989/90, dass vormals innigst beschworene Gegensätze zwischen Union und SPD jedenfalls nicht so groß waren, dass die große Koalition der sechziger Jahre eine historische Ausnahme bleiben musste. Wo selbst Grüne und Schwarze nur noch wenig verhandlungsdemokratische Hindernisse ausmachen können, bedarf die medien demokratische Konsenssuche offenbar keinerlei parteiintellektueller Vermittlung mehr.

## Fazit

Kurt Biedenkopf und Erhard Eppler, sie stehen stellvertretend für eine Generation von Nachkriegspolitikern, deren politisches Tagwerk aus heutiger Sicht stark von intellektuellem Streit geprägt war, bzw. ihre politischen Karrieren waren befördert durch den Strukturwandel westlicher Gesellschaften. Ob Wachstumskrise, Protestbewegung oder Furcht vor atomarer Auslöschung – all dies wurde als Krisensymptom wahrgenommen und nötigte den Volksparteien der Nachkriegszeit Antworten ab, die die traditionellen Erzählungen ihrer Parteien nicht lieferten. So entstanden günstige Bedingungen für politische Karrieren dieser Art. Am deutlichsten ließ sich das im Umgang mit den Unzufriedenen der im Vergleich zum alternativen Milieu der siebziger und achtziger Jahre noch recht übersichtlichen Jugendbewegung der späten sechziger Jahre ablesen, die von intellektuellen Leitfiguren etwa der Neuen Linken angezogen war. Übereinstimmend zogen die beiden deutschen Großparteien die Konsequenz, dass sie selbst diesem Bedürfnis nach intellektueller Führung mit der Erarbeitung von Grundsatzprogrammen – zwei Jahre nach dem Machtwechsel von 1982 begann damit auch die sozialdemokratische Grund-

wertekommission unter Leitung Erhard Epplers – entgegen-kommen müssten. Geistige Führung zum Zwecke des politischen Machterwerbs und Machterhalts setzte demnach die intellektuelle Integration jener Kreise voraus.

Dabei stellten die Parteiintellektuellen, also jene Intellektuellen, die nicht nur mit einer Partei sympathisierten, sondern Mitglieder und gar Funktionäre oder öffentliche Amtsträger waren, eine Art Scharnier zu jenen Bereichen des vorpolitischen Raumes dar, der ihrer Herkunft und Sozialisation entsprach. Dies waren in den beiden skizzierten Fällen die neuen sozialen Bewegungen bzw. akademische Institutionen sowie die dazugehörigen Öffentlichkeiten. Der fortlaufende Prozess der Diversifikation von Milieus und der Individualisierung setzte dem jedoch gleichsam Grenzen. Je heterogener das Wahlvolk wurde, desto weniger Integrationskraft konnten solche Persönlichkeiten in der Breite entfalten. Dieser Widerspruch zeigte sich an den politischen Lebenswegen Epplers und Biedenkopfs, die jeweils großen Wert auf programmatische Aussagen legten, zugleich aber auch als »authentische« Persönlichkeiten wirkten, in besonderem Maße. Das Problem, das Intellektuelle und Politiker verbindet, ist eines, das sich am Vergleich mit der Urszene *des* Intellektuellen erkennen lässt. Richtete sich Emile Zolas Aufruf *J'accuse* an die Bevölkerung und Eliten einer Republik, die vom Mythos der Emanzipation durch Revolution zehrte, so war die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg nur oberflächlich betrachtet klar geordnet. Zumindest innerhalb der westlichen Staaten formierte sich ein politischer Pluralismus, dessen Steuerungsfähigkeit in abnehmendem Maße auf ideologischer Einhegung basierte. Sie, die Parteiintellektuellen, waren Erzähler am Ende der großen Erzählungen, die in dieser politischen und sozialstrukturellen Gemengelage versuchten, mit dem Ziel der politischen Führung ihres Subjekts – ihrer (Volks-)Partei – die *eine* integrierende Geschichte zu liefern.

Professionelle Politiker wissen, dass es beim Buhlen um die Gunst des Wählers nicht ausschließlich, wohl nicht einmal in erster Linie, auf spezifische Inhalte, sondern die Präsentation der Politiker in und durch die Medien ankommt. Hinzu kommt mit zunehmender Splitterung der Medienöffentlichkeit das Problem, dass jemand, der Mehrheiten an der Wahlurne gewinnen will, von Mehrheiten am Zeitungskiosk, im Abendprogramm des Rundfunks bzw. in den Medien des digitalen Zeitalters zunächst einmal wahrgenommen werden muss, bevor über konkrete politische Vorhaben diskutiert werden kann. Die Krise »des« Intellektuellen ist in Teilen auch die Krise »des« Politikers: Selbst wenig eitle Intellektuelle sind auf die Resonanz eines Publikums angewiesen, dessen Aufmerksamkeit über viele Kanäle gestreut ist, und daher gezwungen, sich mehr denn je den Regeln der Aufmerksamkeitsökonomie zu unterwerfen. Parteiintellektuelle wie Kurt Biedenkopf und Erhard Eppler, denen das Ausbalancieren von normativem Auftrag und politischem Kalkül offensichtlich schwierig gelungen war, hatten keine Nachfolger; zumindest nicht in SPD und Union, die sich vom Auftrag der Massenintegration im Sinne hoher Mitgliederzahlen, wie er in der alten Bundesrepublik noch maßgebend war, stillschweigend verabschiedet haben – und damit neue Repräsentationslücken preisgaben. Politische Mobilisierung, wie sie heute abseits des Wahlkampfes üblich ist, kommt weitgehend ohne Intellektuelle und/oder Parteiintellektuelle aus, während das Spiel mit der Authentizität *des* Intellektuellen und wissenschaftlichen Autorität *des* Experten in der Person des Politikers gelegentlich in Kleinparteien an der Grenze zur APO wieder auflebt.

## Literatur

- Abels, H. 2010: Identität. Über die Entstehung des Gedankens, dass der Mensch ein Individuum ist, den nicht leicht zu verwirklichenden Anspruch auf Individualität und die Tatsache, dass Identität in Zeiten der Individualisierung von der Hand in den Mund lebt, 2., überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Angster, J. 2003: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB. München: Oldenbourg.
- Bering, D. 2010: Die Epoche der Intellektuellen 1898–2001. Geburt, Begriff, Grabmal. Berlin: University Press.
- Bösch, F. 2002: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Doering-Manteuffel, A., Raphael, L. 2010: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2. erg. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Engels, J. I. 2010: Umweltschutz in der Bundesrepublik – von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung. In S. Reichardt, D. Siegfried (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983. Göttingen: Wallstein, S. 405–422.
- Gilcher-Holtey, I. 2006: Theater und Politik: Bertolt Brechts »Eingreifendes Denken«. In I. Gilcher-Holtey (Hg.), Zwischen den Fronten. Positionskämpfe europäischer Intellektueller im 20. Jahrhundert. Berlin: Akademie-Verlag, 117–151.
- Grande, E. 2000: Charisma und Komplexität. Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten. In R. Werle, U. Schimank (Hg.), Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit. Frankfurt am Main: Campus, 297–319.
- Kirchheimer, O. 1969: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In G. Zieburg (Hg.), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Typologie und Vergleichung Politischer Parteien, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 341–374.
- Lyotard, J.-F. 2009 [1979]: Das postmoderne Wissen, 6. vollst. überarb. Aufl., Wien: Passagen.
- Moebius, S. 2010: Intellektuellensoziologie – Skizze zu einer Methodologie. Sozialgeschichte Online 2, 37–63, [http://duepublico.uni-duisburgessen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-24066/Sozial.Geschichte\\_Online\\_2\\_2010.pdf](http://duepublico.uni-duisburgessen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-24066/Sozial.Geschichte_Online_2_2010.pdf) (letzter Aufruf 14. August 2014).
- Schmidt, D. 2010: »Die geistige Führung verloren«. Antworten der CDU auf die Herausforderung »1968«. In F.-W. Kersting, J. Reulecke, H.-U. Thamer (Hg.): Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955 – 1975, Stuttgart: Steiner, 85–107.
- Schwanhäusser, A. 2010: U-Zeitungen. Neue Medien für die Avantgarde der Eventkultur. In S. Reichardt, D. Siegfried (Hg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968 – 1983, Göttingen: Wallstein, 206–221.
- Tschirschwitz, L. 2015: »Die Suche nach Konsens«. Zur Rolle und Funktion von Parteiintellektuellen in der Bundesrepublik zwischen Nachkriegsboom und Jahrhundertwende. Rostock, (Diss., im Erscheinen).

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe  
»Krisen der Kommunikation: Wo bleibt der soziologische Diskurs?«  
– organisiert von Benjamin Köhler, Maik Krüger und Markus Randolfi

# Zum affirmativen Potenzial soziologischer Kritik

Überlegungen zur Dialektik von Kritik und Affirmation in den Sozialwissenschaften

Andreas Stückler

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Krise der Kommunikation: Wo bleibt der soziologische Diskurs?«  
– organisiert von Benjamin Köhler, Maik Krüger und Markus Rudolphi*

## Gesellschaftskritik im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Widerstand

Wer sich einigermaßen unvoreingenommen mit Gesellschaftskritik auseinandersetzt, wird vermutlich nicht um die Erkenntnis herumkommen, dass gemessen an dem Raum, den Kritik heute in der Gesellschaft einnimmt, und an der Vielzahl an kritischen Äußerungen, die sich gegenwärtig auf den verschiedensten Ebenen der Gesellschaft artikulieren, sich an den so ausgiebig kritisierten gesellschaftlichen Verhältnissen – jedenfalls substantiell – eigentlich erstaunlich wenig ändert. Eher im Gegenteil: Was sich derzeit unter den Prämissen von Neoliberalismus und Globalisierung abspielt, deutet vielmehr sogar auf eine Verschärfung und Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hin. Trotz eines vielleicht noch nie da gewesenen Ausmaßes an Gesellschaftskritik scheinen sich also die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen nahezu reibungslos und ungebrochen reproduzieren zu können. Es spricht einiges dafür, dieses – man kann es im Grunde nur ein Paradox gesellschaftskritischer Praxis nennen – auf die Struktur und die Dynamik von Gesellschaftskritik selbst zurückzuführen – oder genauer: auf die Rolle und die Funktion von Kritik in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften.

Gesellschaftskritik findet immer schon innerhalb eines Spannungsfeldes zwischen Anpassung und Widerstand statt. Dieses Spannungsfeld ist nun gerade nicht im Sinne eines Kontinuums zu verstehen, auf dem Anpassung und Widerstand zwei gegensätzliche Pole und quasi dichotome, einander ausschließende Orientierungen sozialen Handelns repräsentieren, sondern vielmehr als ein dialektisches Verhältnis, in dem sich beide Momente wechselseitig durchdringen. Diese Dialektik ist vor allem dergestalt, dass sie sich in einer gleichsam schizophrenen Konstitution bürgerlicher Subjektivität konkretisiert: Einerseits sind wir ja als bürgerliche Subjekte, jedenfalls dem Anspruch nach, autonome, mündige und daher auch kritikfähige, mit hohen moralischen Werten ausgestattete Individuen, die gesellschaftliche Missstände in Frage zu stellen vermögen. Andererseits sind wir aber auch Funktionsträger innerhalb der bürgerlich-

kapitalistischen Ordnung und haben uns dieser, schon im Interesse unserer Selbsterhaltung, anzupassen und unterzuordnen. Gesellschaftskritik ist also so gesehen zunächst einmal ein ganz konstitutiver Bestandteil unserer bürgerlichen Subjektivität. Zugleich aber steht Kritik immer schon in einer unerhörten Spannung zu unserer Integration in die gesellschaftliche Ordnung und zum Zwang individueller Selbstbehauptung unter der Prämisse universaler Konkurrenz. Eben das ist der Punkt, an dem Anpassung und Widerstand in ein und demselben Subjekt zusammenlaufen. Dadurch wird diese Spannung aber notwendig auch zur zentralen Bedingung von Kritik, sie bildet sozusagen immer schon und ohne Alternative den strukturellen Rahmen jeden kritischen Denkens und Handelns – weshalb entscheidend ist, wie mit dieser Spannung umgegangen wird. Denn es ergibt sich daraus auch die geradezu paradoxe Situation, dass Kritik, jedenfalls potentiell, nicht automatisch gleich Kritik ist, ein kritischer Anspruch also nicht notwendigerweise mit einem kritischen Potenzial einhergeht. Kritik kann unter Umständen – je nachdem, ob und wie die grundlegende Spannung aufgelöst wird – auch affirmativ sein, ja mitunter sogar das, was sie zu kritisieren beansprucht, unfreiwillig stabilisieren und selbst reproduzieren. Oder anders formuliert: Kritik weist nicht automatisch schon über die kritisierten Verhältnisse hinaus, sie ist in ihrer konkreten Form möglicherweise sogar, und ganz im Gegenteil, Ausdruck längst erfolgter, uneingestandener Anpassung ans Bestehende. Für den angesprochenen, zutiefst widersprüchlichen Sachverhalt, dass empirisches Ausmaß von Gesellschaftskritik und faktisch daraus resultierender sozialer Wandel in keinerlei Verhältnis zueinander stehen, dürfte dies eine höchst plausible, vielleicht sogar die einzig plausible Erklärung sein (vgl. ausführlicher dazu Stückler 2014a).

## Formen affirmativer soziologischer Kritik

Was für Gesellschaftskritik im Allgemeinen gilt, das gilt natürlich auch und erst recht für soziologische Kritik. Soziologie, soweit sie sich nicht mit der Bereitstellung von Verwaltungswissen bescheidet oder sich in ihrer Forschung auf eine abstrakte Werturteilsfreiheit Weber'schen Gepräges vereidigen lassen möchte, macht ganz generell (auch) gesellschaftskritische Ansprüche geltend, bedeutet also in erster Linie die Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen. Dabei sind Soziologinnen und Soziologen derselben Dialektik ausgesetzt, die jede Artikulation von Gesellschaftskritik grundsätzlich bestimmt. Die Dialektik soziologischer Kritik – oder vielmehr: das Erliegen dieser Dialektik, d.h. das Unkritisch-Werden von Kritik und der Umschlag soziologischer Kritik in die Affirmation – kann sich, je nach Kontext und Gegenstandsbereich von Kritik, auf sehr verschiedene Weise äußern und unterschiedliche Gestalt annehmen. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, können etwa folgende Charakteristika unkritischer bzw. affirmativer Kritik in der Soziologie unterschieden werden<sup>1</sup>:

---

<sup>1</sup> Die folgenden Punkte beschränken sich aus Platzgründen ausschließlich auf solche Merkmale unkritischer Kritik, die für das Feld soziologischer Kritik besonders relevant erscheinen. Mit Blick auf Gesellschaftskritik im Allgemeinen wären hier auch noch weitere Merkmale zu nennen, wie zum Beispiel *symbolische Kritik* oder die Problematik einer *kulturindustriellen Domestifikation von Kritik* (vgl. Stückler 2014a).

Ein äußerst sicheres Indiz für einen Umschlag von der Kritik in die Affirmation stellt die *Personalisierung gesellschaftlicher Problemlagen* dar. Dabei werden bestimmte gesellschaftliche Missstände hauptsächlich auf das Handeln oder die Unmoral von Personen oder Institutionen zurückgeführt, während die gesellschaftlich-strukturellen Ursachen dieser Probleme gerade aus dem kritischen Blick geraten. Dies betrifft (nicht nur, aber) insbesondere Forschungsthemen und -gegenstände, die es, jedenfalls auf den ersten Blick, mit relativ klaren Täter-Opfer-Konstellationen zu tun haben – z.B. Fremdenfeindlichkeit, Neonazismus, (Männer-)Gewalt gegen Frauen, finanzkapitalistische Spekulation, politische Korruption etc. In dem Maße, wie derartige Phänomene lediglich skandalisiert, jedoch nicht in ihren gesellschaftlichen Wurzeln analysiert werden, wird das Problem überwiegend auf einer Ebene verhandelt, auf der es nur unzureichend zu fassen ist, nämlich auf der Ebene der handelnden Subjekte. Damit wird die Kritik am Ende jedoch tendenziell affirmativ, denn sie trifft nicht (mehr) die gesellschaftlichen Verhältnisse, in deren Strukturen das kritikwürdige Handeln von Menschen ursächlich begründet liegt. Spekulation wird dann etwa nicht als kapitalistisches Krisenphänomen als Folge stockender Kapitalverwertung aufgefasst, die dann, als Reaktion darauf, über die spekulative Verwertung »fiktiven Kapitals« (Marx) auf den Finanzmärkten gesucht wird, sondern phänomenologisch und subjektivistisch verkürzt auf die Gier und das Spielertum verantwortungsloser Banker, Manager und »Finanzhaie« zurückgeführt. Zunehmende neonazistische Umtriebe und Gewalttaten sind durch die Brille einer personalisierenden Kritik nicht etwa eine Folge allgemeiner gesellschaftlicher Entsolidarisierung, steigenden Verdrängungswettbewerbs und einer entsprechend prekären sozialen Lage einer immer größeren Zahl von Menschen, die sich schließlich rassistisch und antisemitisch entlädt (vgl. Kurz 1993), sondern das Problem liegt vielmehr bei den Neonazis selbst und ihrer »ewiggestrigen«, intoleranten Gesinnung; wie denn auch, gemäß einer recht weit verbreiteten feministischen Logik, stur an patriarchalen Traditionen festhaltende Männer der Schopf sein sollen, an dem das Problem der sexistischen Gewalt in erster Linie zu packen ist, und nicht die zugrunde liegenden (gegenwärtig eher sogar in ihrer Zuspitzung und »Verwilderung« (Roswitha Scholz) begriffenen) patriarchal-kapitalistischen gesellschaftlichen Strukturen.

Eine weitere »unkritische« Tendenz, die nicht nur, aber besonders auch in sich als kritisch verstehenden Sozialwissenschaften seit den späten 1980ern verstärkt zu beobachten ist, lässt sich als *Kulturalisierung des Sozialen* bezeichnen. Diese Tendenz ist vor allem verbunden mit dem Aufkommen bzw. dem Trend (de)konstruktivistischer, postmoderner und poststrukturalistischer Theorieansätze, die beispielsweise auf die Dekonstruktion von »Identitäten« (geschlechtliche, sexuelle, ethnische etc.) abzielen und vorherrschenden Vereinheitlichungs- und Standardisierungstendenzen wie auch reaktionären Gemeinschaftsideologien die Betonung von Differenz, Vielfalt, Pluralismus von Lebensformen und dergleichen entgegenhalten. Derartige Bemühungen können freilich ohne Zweifel einen ernst zu nehmenden kritischen Anspruch für sich geltend machen. Allerdings leiden sie zumeist unter einer eklatanten Vernachlässigung gesellschaftstheoretischer Dimensionen. Statt auf einer gesellschaftlich-strukturellen Ebene, bewegt sich die Kritik ausschließlich auf einer kulturellen. Hier werden dann zum Beispiel die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse moderner Gesellschaften bloß als Produkt eines kulturellen, diskursiv erzeugten heteronormativen Systems der Zweigeschlechtlichkeit aufgefasst (besonders prominent Judith Butler, z.B. Butler 1991), anstatt Heteronormativität in ihrer Vermitteltheit mit patriarchal-kapitalistischen gesellschaftlichen Strukturen zu begreifen (geschlechtsspezifi-



sche Trennung von Produktion und Reproduktion usw.). Der unreflektierte Rekurs auf Differenz geht darüber hinaus nicht selten (wenn auch natürlich unfreiwillig) gerade auch Hand in Hand mit einer Affirmierung neoliberaler Individualisierungsphänomene. Die Beschwörung pluraler Lebensformen und der Anerkennung von Differenzen und Besonderheiten korrespondiert auf merkwürdige Weise mit der sukzessiven ›Verflüssigung‹ und Flexibilisierung sozialer Strukturen sowie Identitäten im Gefolge fortschreitender neoliberaler Restrukturierungen. Diesen wird gewissermaßen in die Hände gespielt, wo und weil der Zusammenhang zwischen diesen gesellschaftlichen Tendenzen und der gefeierten Vielfalt und Pluralisierung gerade übersehen wird und daher auch deren negative Begleiterscheinungen in der Regel nicht erkannt werden, die gegenwärtig insbesondere – und ausgerechnet – im zunehmenden Zwang zu flexiblen Identitäten bestehen (dazu Sennett 1998; Bröckling 2007).<sup>2</sup>

Ihren vielleicht sichtbarsten und auch folgenschwersten Ausdruck nimmt die Dialektik von Kritik und Affirmation in der Soziologie allerdings in einer längst zur dominanten Forschungshaltung gewordenen, gleichwohl weiter fortschreitenden *Praxisorientierung soziologischer Kritik* an. Kritische Forschung hat dabei stets eine praktische Handlungsorientierung, sie zielt unmittelbar auf die praktische Veränderung als problematisch erachteter Sachverhalte und macht gegebenenfalls auch konkrete Handlungsanweisungen (für die Praxis, für politische Entscheidungsträger usw.), die dazu beitragen sollen, bestimmte gesellschaftliche Probleme und Missstände zu lösen. In ihrer bescheideneren Version beschränkt sie sich mitunter auch bloß darauf, Menschen für soziale Probleme zu ›sensibilisieren‹, allerdings auch hier in der Regel mit der mehr oder weniger expliziten Absicht oder Hoffnung, damit praktische Veränderungen anzustoßen. Praktisch orientierte Kritik mündet beispielsweise in Interventionen zur Überwindung der asymmetrischen Geschlechterverhältnisse durch eine Gleichstellungspolitik und Maßnahmen zur Förderung weiblicher Berufskarrieren; gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus werden Aufklärungs- und Toleranzkampagnen entwickelt, bis hin zu pädagogischen Programmen (zum Beispiel interkulturelles Lernen, ›Pädagogik der Vielfalt‹); oder aber es werden ›kapitalismuskritisch‹ alternative Handlungsentwürfe jenseits bzw. gegen die kapitalistische Verwertungslogik und ihre Folgen erarbeitet und praktisch anvisiert (bedingungsloses Grundeinkommen, Subsistenz- und Eigenarbeitsmodelle, ›solidarische Ökonomie‹ etc.).

Die Problematik solcher praxisorientierten, auf praktische Wirksamkeit abzielenden Kritikformen besteht nicht erst, wo und weil sie mit ohnehin statthabenden gesellschaftlichen (neoliberalen) Tendenzen zusammenfallen (wie etwa im Fall der Geschlechtergleichstellung), sondern sie besteht bereits ganz grundsätzlich und epistemologisch. Im Grunde ist die primäre Aufgabe soziologischer Kritik zunächst einmal in der konsequenten und rückhaltlosen Analyse von bzw. Aufklärung über gesellschaftliche Herrschafts- und Machtverhältnisse zu sehen. Nur kraft eines umfassenden Verständnisses der sozialen Ursachen gesellschaftlicher Probleme und Missstän-

<sup>2</sup> Zur Kulturalisierung des Sozialen unter besonderer Berücksichtigung feministischer Theorien siehe auch Roswitha Scholz (2000: 5ff.). Scholz spricht mit Blick auf den sozialwissenschaftlichen Trend zu Differenz- und Vielfaltsperspektiven sehr treffend auch von einem postmodernen »Positivismus der Differenz«, der »auf Klassifizierungen verzichtet und stattdessen am Registrieren von Differenzen und/oder an der ›Schau‹ des Einzelnen/Besonderen Gefallen findet. Der abstrakte gemeinsame Nenner wird hierbei ebenso hinauszubugieren getrachtet wie ehemals in klassisch positivistischen Positionen die Differenz« (ebd.: 145).

de kann Kritik überhaupt in der Lage sein, eine Perspektive zu eröffnen, durch die potentiell eine Überwindung des kritisierten Zustandes und mithin eine Veränderung zum Besseren möglich würde. In dem Maße aber, wie sich soziologische Kritik von Forderungen nach konkreten praktischen Verbesserungsvorschlägen leiten lässt oder sich eine unmittelbar praktische Orientierung in gleichsam revolutionärer Ungeduld selbst auferlegt, läuft sie Gefahr, diese ihre kritisch-analytische Aufgabe nicht hinreichend zu erfüllen. Die Kritik bleibt dabei so hoffnungslos verstrickt mit jenem gesellschaftlichen Zustand, den sie eigentlich verändern möchte, dass sie diesen nicht mehr zu transzendieren vermag, ja diesen – schlimmer noch – womöglich sogar stabilisiert und dadurch selbst reproduziert. In der unmittelbar praktischen, gesellschaftsverändernden Handlungsperspektive, die eine solche Soziologie zu erarbeiten trachtet, lauert also ausgerechnet der Umschlag ihrer Kritik in die Affirmation, denn ihre praktische Orientierung wird erkauf (und *muss* erkauf werden) durch eine weitestgehende Kommensurabilität mit den bestehenden Verhältnissen – und diese schlägt sich letztlich in einer unzureichenden analytischen Durchdringung gesellschaftlicher Zusammenhänge nieder.

So hat etwa eine praktisch auf Gleichstellung zielende Kritik an der sozialen Benachteiligung von Frauen – so berechtigt dies sowohl als Kritik als auch als konkrete Forderung sein mag – das schwerwiegende Manko, dass sie immanent in den gegebenen androzentrischen, patriarchal-kapitalistischen Strukturen verbleibt, in welchen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wesentlich begründet liegt und die durch eine Gleichstellungspolitik gerade nicht aufgehoben werden (vgl. Stückler 2014b). Ebenso leiden (an sich freilich durchaus gut gemeinte) sich aus der Kritik an Rassismus und Fremdenfeindlichkeit speisende Toleranzinitiativen und Diversity-Programme unter der notorischen und schlicht falschen Unterstellung, Fremdenfeindlichkeit sei in erster Linie eine Frage bzw. Folge mangelnder Aufklärung, Bildung oder entsprechender Erziehung und nicht etwa bereits grundsätzlich das Ergebnis einer hierarchisch und kompetitiv strukturierten, die Menschen im Kampf um Berufs- und Lebenschancen gegeneinander vereinzelnden kapitalistischen Gesellschaft.<sup>3</sup> Und was ›kapitalismuskritische‹, emanzipative Alternativentwürfe und sozialpolitische Reformideen betrifft, so erscheinen diese im Angesicht von Globalisierung und neoliberalen ›Turbo-Kapitalismus‹ (sowie einem gegenwärtig daran zerbröselnden Wohlfahrtsstaat) eher illusorisch bis blauäugig-naiv (z.B. bedingungsloses Grundeinkommen) oder einfach nur reaktionär (Subsistenzwirtschaft).

Es ist also – wie an diesen Beispielen zumindest ansatzweise anschaulich geworden sein sollte – ausgerechnet die praktische, auf konkrete Veränderung gerichtete Orientierung von Kritik, die tendenziell in die affirmative ›Unkritik‹ führt. Das für jede substantielle gesellschaftliche Veränderung unbedingt erforderliche kritische Hinausgehen über die bestehenden Verhältnisse wird gerade durch die unmittelbare Praxis- und Anwendungsorientierung von Kritik systematisch untergraben und verhindert. Im Interesse praktischer Handlungsfähigkeit müssen die vorherrschenden gesellschaftlichen Strukturen bereits weitgehend als gegeben hingenommen werden. Aber an eben diesem Punkt schlägt dann die soziologische Kritik in Affirmation um: Als

---

<sup>3</sup> Es ist denn zum Beispiel gerade auch die Schule – trotz sozialem und interkulturellem Lernen und einer ›Pädagogik der Vielfalt‹ –, die das Prinzip der kompetitiven Vereinzelung jeden Tag an den ihr anvertrauten Kindern exekutiert und so Menschen von klein auf in das selbstverantwortliche Leben in der kapitalistischen Wettbewerbsgesellschaft einstimmt (dazu Gruschka 1994).

praktisch orientierte kann Kritik bloß systemimmanente, pseudokonkrete und letztendlich realitätsferne Lösungen anbieten, die im Prinzip keinerlei emanzipatorisch-gesellschaftsveränderndes Potenzial enthalten, sondern ein solches durch einen scheinradikalen Gestus nur suggerieren können. Sie ist letztlich zur Scheinkritik verdammt, denn in ihrem praktischen Interesse muss sie das Ganze, den gesamtgesellschaftlichen, kapitalistischen Zusammenhang weitgehend unangetastet lassen. Ihr Prinzip ist die (praktische) Veränderung des Systems von innen, das am Ende doch im Wesentlichen so bleibt, wie es ist, da ein fundamentaler gesellschaftlicher Wandel eine entsprechend umfassende, radikale Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse erfordern würde, die eine praxisorientierte Kritik aber weder leisten kann noch will. Der Wunsch, die Gesellschaft zu verbessern, wird auf diese Weise zum Fallstrick soziologischer Kritik.<sup>4</sup>

Es dürften im Übrigen nicht zuletzt auch die beiden eingangs genannten Phänomene der Personalisierung und Kulturalisierung – als Symptome affirmativer Kritik – unmittelbar in dieser Tendenz zu einer überwiegend anwendungs- und praxisorientierten (und in der Folge unkritischen) Ausrichtung von Kritik begründet liegen. So lässt sich ja beispielsweise Gewalt gegen Frauen kritisch-praktisch im Grunde nur so angehen, dass etwa die Kriminalisierung von häuslicher Gewalt und sexuellen Übergriffen sowie besserer Schutz und Unterstützung von Frauen als Opfer von Männergewalt gefordert und praktisch angestrebt werden. Im Idealfall werden auch Formen der ›Täterarbeit‹ mit gewalttätigen Männern ins Auge gefasst. Eine tiefere kritische Einsicht in die gesellschaftlich-strukturellen Ursachen von Männergewalt ist hierfür weder notwendig noch wirklich hilfreich (und auf eine Veränderung der patriarchalen Strukturen kann frau auch schlecht einfach nur warten). Ebenso ist Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit – jenseits einer strafrechtlichen Kriminalisierung und pädagogischer Programme – praktisch kaum anders zu begegnen, als eben in rechtsradikale und rassistische Diskurse zu intervenieren, also letztlich – personalisierend – gegen Neonazis und Rassisten anzuschreiben, zu protestieren, zu demonstrieren. Hier die gesamtgesellschaftliche Dimension solcher sozialen Problemlagen zu berücksichtigen, wäre für eine praktische Kritik streng genommen nur hinderlich.

Die Kulturalisierung des Sozialen hat indes vermutlich insofern ihre Wurzeln in einem ausschließlich praktischen Verständnis von Gesellschaftskritik, als sich aus der Hypostasierung des Kulturellen – und eben weil hier ja gerade auf keiner gesellschaftstheoretischen Ebene operiert wird – eine Reihe (neuer) Formen kritischer Praxis ableiten lassen. Hier fallen etwa die bereits erwähnten Diversity-Modelle und -Pädagogiken hinein, aber auch verschiedene Formen der Identitätspolitik, wie sie z.B. in queer-feministischen Kontexten praktiziert werden. Hier geht es vor allem um die De- bzw. Neukonstruktion geschlechtlicher und sexueller Identitäten, um so Lebensformen und Identitäten jenseits der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit auszuloten. Auf die Problematik, dass derartige Identitätspolitiken (abgesehen von einer merkwürdig paradoxen Ontologisierung von ›Identität‹) häufig auf eine Affirmierung neoliberaler Individualisierungs- und Flexibilisierungstendenzen hinauslaufen, wurde weiter oben bereits hingewiesen.

---

<sup>4</sup> Mit Blick auf das Kommensurabilitätsproblem praktischer Kritik könnte man statt von affirmativer auch von *verdinglichter Kritik* sprechen. Dem/der praxisorientierten Kritiker/in wird die Gesellschaft sprichwörtlich zum undurchschauten Ding, das er/sie in der Folge nur immanent und daher kategorial unkritisch kritisieren kann. Gegen Neoliberalismus und Globalisierung soll dann eben der Sozialstaat helfen, gegen Fremdenfeindlichkeit Diversity-Pädagogik, gegen ungleiche Geschlechterverhältnisse Gleichstellungspolitik usw. usf.

Scholz (2000: 149) macht ganz zu Recht auch darauf aufmerksam, dass insbesondere queer-feministische Identitätspolitik innerhalb der »Fun- und Allotria-Bewegung« gegenwärtiger »Spaß- und Erlebnisgesellschaften« zu sehen sind, also auch in dieser Hinsicht einen eigentlich affirmativen Charakter haben.<sup>5</sup>

Gerade im Lichte solcher gesellschaftskritischer Tendenzen, wie sie an der Personalisierung und der Kulturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse sichtbar werden, steht durchaus zu vermuten, dass sich in der vorherrschenden Praxisorientierung sozialwissenschaftlicher Kritik bereits ganz generell auch ein grassierendes Defizit kritisch-analytischer (gesellschaftstheoretischer) Kompetenz widerspiegeln dürfte. Die Gesellschaft in ihrer Totalität und mit ihren umfassenden, das Leben der Menschen durchdringenden Form- und Strukturprinzipien kann offenbar nicht mehr gedacht und kritisch erfasst werden – oder *will* vielleicht auch gar nicht mehr kritisch erfasst werden. Gut möglich, dass hier nicht zuletzt auch psychologische Mechanismen wirksam sind, wie sie einst Adorno (2003a: 565) diagnostizierte: »man wagt das Ganze nicht mehr zu denken, weil man daran verzweifeln muß, es zu verändern.«

## Wege aus der ›unkritischen Kritik‹

Gerade unter den Prämissen gängiger und weiter fortschreitender soziologischer Praxisorientierung (die durch die Ökonomisierung des Wissenschaftsbetriebs zusätzlich begünstigt wird) dürfte sich an dieser Stelle die Frage aufdrängen, was greifbare Alternativen zu einer praktisch orientierten, angeblich chronisch ›unkritischen Kritik‹ wären. Wie denn sonst, so dürfte sich fragen, wenn nicht durch praktisches Handeln und eine entsprechende, die (gesellschaftskritische) Praxis mit wissenschaftlich fundiertem, praxisrelevantem Wissen versorgende kritische Soziologie, soll eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt möglich sein? Eine Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit bzw. dem konkreten Wie gesellschaftlicher Veränderung wird dem vorliegenden Beitrag freilich nicht abzuverlangen sein. Zumindest aber vermag er in der Tat (in recht grober Skizze) eine Alternative soziologisch-kritischer Praxis anzubieten – wenn auch wahrscheinlich keine, die die ›Praxisorientierten‹ allzu sehr befriedigen dürfte: Diese Alternative besteht in einer konsequenten kritisch-soziologischen Theoriearbeit. Die große Stärke der Theorie – und damit auch der Soziologie, sofern sie sich dieser Stärke besinnt – liegt in der im theoretischen Denken angelegten Fähigkeit zur kritischen Distanz. Kritische Distanz ist die Grundvoraussetzung für eine analytisch fundierte, die gesellschaftlichen Strukturen hinreichend durchdringende Kritik, denn nur sie erlaubt der Analyse die dafür erforderliche Radikalität. Die Fähigkeit zur Distanz ist gerade das, woran es einer jeden, auf konkrete Veränderung abzielenden, praktisch verstandenen Kritik immer schon notwendig mangelt. Damit Kritik überhaupt, im Dienste einer konkret herbeizuführenden Veränderung, praktisch werden kann, muss sie sich stets ein Mindestmaß an Anschlussfähigkeit an die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen bewahren. Dies geht aber eben nur um den Preis schlechter Kompromisse mit dem gesellschaftlichen Status quo und einer damit verbundenen tendenziellen Ab-

---

<sup>5</sup> Hier käme die in Fn. 1 nur beiläufig genannte *kulturindustrielle Domestifikation von Kritik* als weiteres Symptom affirmativer Kritik ins Spiel.

schwächung oder Abmilderung von Kritik. Was also für eine Gesellschaftskritik, die die Chance eines substantiellen gesellschaftlichen Wandels nutzen oder überhaupt nur am Leben halten möchte, unbedingt notwendig wäre – nämlich die Distanzierung vom gesellschaftlichen Getriebe –, ist eben genau das, was der Praxis aufgrund ihrer eigenen Logik verbaut bleiben muss. Nur eine von Handlungs- und Rechtfertigungszwängen entlastete Theorie ist dazu in der Lage. Es gehört gewissermaßen zur hier in Rede stehenden Dialektik gesellschaftskritischer Praxis, dass ein kritisches, gesellschaftsveränderndes Potenzial paradoxerweise nicht so sehr dort zu finden ist, wo auf den ersten Blick besonders viel kritische Energie am Werk scheint, also überall dort, wo durch kritische Interventionen und eingreifendes Handeln (vermeintlich) ein besserer gesellschaftlicher Zustand praktisch anvisiert wird, sondern ausgerechnet an einem Ort, über den gerade in gesellschaftskritischen Kreisen gerne das Verdikt des resignativen Rückzugs verhängt wird: nämlich in der Theorie, in einem theoretisch-analytischen Denken, das zunächst einmal – noch bevor überhaupt die Frage nach einem praktisch herbeizuführenden gesellschaftlichen Wandel gestellt werden kann – *verstehen* möchte, worin denn das bestehende Schlechte eigentlich ursächlich begründet liegt. Die radikale analytische Durchdringung gesellschaftlicher Verhältnisse ist die grundlegende Bedingung der Möglichkeit eines jeden substantiellen gesellschaftlichen Wandels, und nur theoretische Anstrengung vermag diese zu leisten. Unnötig hinzuzufügen, nach allem was bisher gesagt wurde, dass eine Kritik, wie sie hier konzipiert wird, immer und unweigerlich radikale Kapitalismuskritik bedeutet.

Dieses Plädoyer für eine Besinnung der Soziologie auf die Theorie und damit für eine in erster Linie theoretische Kritik hat freilich gravierende Konsequenzen für das Verhältnis von Theorie und Praxis. Das soziologische Theorie-Praxis-Verhältnis ist heute weitgehend, wie ja gerade die dominante Praxisorientierung der Soziologie belegt, von einer im Grunde sehr unglücklichen Arbeitsteiligkeit geprägt. Theorie ist demnach stets mit praktischen Erkenntnisinteressen verknüpft und beinhaltet daher notwendig auch eine praktische Handlungsperspektive, wie umgekehrt die Praxis in der Regel (auch) auf theoretische Einsichten zurückgreift. Unglücklich ist diese arbeitsteilige Konzeption insofern, als dabei ein Kontinuum von Theorie und Praxis unterstellt wird, das unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen schlechterdings nicht unterstellt werden kann – jedenfalls nicht, ohne dass die Theorie dabei ihren größten (und vielleicht einzigen) Vorteil verspielt: eben die Möglichkeit zur kritischen Distanz. Im Bemühen um praktische Umsetzbarkeit theoretischer Kritik (so sie sich nicht überhaupt an genuin praktischen Erkenntnisinteressen orientiert) muss die Theorie etwas von den Zwängen der immer schon unausweichlich ins Bestehende involvierten Praxis annehmen – damit untergräbt sie ihr eigenes kritisches Potenzial. Das soziologische Theorie-Praxis-Verhältnis wäre in diesem Lichte neu zu überdenken. Nicht die Versorgung der Praxis mit praxistauglichen und konkret umsetzbaren theoretischen Einsichten sollte die primäre Aufgabe der Soziologie und ihrer Theorie sein, sondern allein die konsequent kritische Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Dies implizierte gerade auch und erst recht eine kritische Distanz zur Praxis und deren Akteuren. Es ergibt sich hier geradezu eine weitere vordringliche Aufgabe, die eine kritische Soziologie zu erfüllen hätte: die kritische Analyse gesellschaftskritischer Praxis. Hüten sollte sich die Soziologie vor unreflektierten Sympathien oder gar Koalitionen mit bestimmten gesellschaftskritischen Bewegungen oder Gruppierungen. Diese wären vielmehr ebenso und gegebenenfalls mit aller gebotenen Vehemenz der Kritik auszusetzen und über sich selbst aufzuklären – im

Interesse einer gesellschaftsverändernden Praxis, die nicht bereits aus sich selbst heraus verfehlt, was sie erreichen und zu dem auch eine soziologische Kritik beitragen möchte: eine bessere, menschenwürdige Gesellschaft.<sup>6</sup>

Mit einem derart überarbeiteten Theorie-Praxis-Konzept käme die Soziologie im Übrigen auf ein Kritik- und Soziologieverständnis einer theoretischen Strömung zurück, die in der Vergangenheit eine recht einflussreiche Position innerhalb des soziologischen Diskurses eingenommen hat, inzwischen aber vom soziologischen Mainstream in der Regel als obsolet und nicht mehr zeitgemäß abgetan wird: nämlich jenem der Kritischen Theorie.<sup>7</sup> Gerade das hier verhandelte Paradox gesellschaftskritischer Praxis macht vielleicht besonders deutlich, von welcher ungebrochener Aktualität viele ihrer Einsichten und Konzepte auch heute noch sind. Kritik war bei Horkheimer und Adorno stets als ein Verhalten gedacht, das sich nicht einfach auf die Skandalisierung gesellschaftlicher Missstände beschränken kann, sondern diese vielmehr aus den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen und Strukturen zu erklären trachten muss. Kritisches Verhalten richtet sich bei ihnen gerade »nicht bloss auf die Abstellung irgendwelcher Missstände, diese erscheinen ihm vielmehr als notwendig mit der ganzen Einrichtung des Gesellschaftsbaus verknüpft. Wenn es auch aus der gesellschaftlichen Struktur hervorgeht, so ist es doch weder seiner bewussten Absicht noch seiner objektiven Bedeutung nach darauf bezogen, dass irgend etwas in dieser Struktur besser funktioniere. Die Kategorien des Besseren, Nützlichen, Zweckmässigen, Produktiven, Wertvollen, wie sie in dieser Ordnung gelten, sind ihm vielmehr selbst verdächtig [...]« (Horkheimer 1937: 261). Kritik steht und fällt damit mit der radikal kritischen Einsicht in diese »ganze Einrichtung des Gesellschaftsbaus«, von ihr hängt ab, ob eine praktische Veränderung zum Besseren möglich ist (oder zumindest potentiell möglich bleibt): »Umwälzende wahre Praxis [...] hängt ab von der Unnachgiebigkeit der Theorie gegen die Bewußtlosigkeit, mit der die Gesellschaft das Denken sich verhärten läßt« (Horkheimer, Adorno 2010: 48). Ob die »Unnachgiebigkeit« der Theorie tatsächlich zu einer umwälzenden Praxis führen kann und wird, ist indes ungewiss, jedenfalls aber der Theorie nicht (wie heute Usus) als Bringschuld, im Sinne einer praktischen Bewährung, aufzubürden. Gesellschaftskritik bei Horkheimer und Adorno bedeutet ein Wandeln zwischen Extremen, ist eine ständige Zerreißprobe einerseits

---

6 Ähnliches dürfte auch Stephan Lessenich (2014) vorschweben, wenn er für eine »kritische Soziologie der Kritik« plädiert.

7 Sofern Kritische Theorie nicht als mit Adorno und Horkheimer gestorben betrachtet wird, wird sie heute allenfalls noch in ihrer weiterentwickelten Form, insbesondere bei Habermas und Honneth, rezipiert. Dass deren »Kritische Theorie« freilich mit derjenigen von Adorno und Horkheimer nichts mehr zu tun hat, macht für viele »kritische« Sozialwissenschaftler/innen wahrscheinlich gerade ihren Reiz aus. Dort ist Kritische Theorie entweder aufgelöst in einer Theorie kommunikativen Handelns, das ein borniertes Dasein in einer ghettoisierten Lebenswelt fristet, die es lediglich vor einem zu starken Übergreifen systemischer Imperative zu schützen gilt (vgl. Habermas 1981). Oder aber sie erschöpft sich in der kritischen Untersuchung des »Kampfes um Anerkennung« verschiedener sozialer Gruppen (Honneth 1994). War Kritische Theorie bei Horkheimer und Adorno ein Mittel, um radikal über die notwendigen Widersprüche kapitalistischer Gesellschaften aufzuklären, ist ihr bei ihren Nachfolgern so ziemlich das Schlimmste widerfahren, was einer kritischen Theorie passieren kann: sie ist gesellschaftsfähig geworden (vgl. Bolte 1989). Das macht die »neue« Kritische Theorie freilich besonders attraktiv für diejenigen, die es gerne praxistauglich haben. Gerade darauf dürfte sich auch Habermas' Popularität gründen, die er sich vor allem in den 1970er und 1980er Jahren als legitimer Erbe von Horkheimer und Adorno erworben hat: die Kritische Theorie anschlussfähig für die »kritische« Praxis gemacht zu haben.

zwischen der immer schon praktischen »spontanen Regung, die, ungeduldig mit dem Argument, nicht dulden will, daß das Grauen weitergehe« und andererseits »dem von keinem Anbefohlenen terrorisierten theoretischen Bewußtsein, das durchschaut, warum es gleichwohl unabsehbar weitergeht« (Adorno 2003b: 281f.). Dies ist das Spannungsfeld, in dem sich Kritik notwendig und unhintergebar bewegt – und diese Spannung auszuhalten und fruchtbar werden zu lassen, muss schließlich auch die unabweisbare Grundvoraussetzung einer soziologischen Kritik sein, die tatsächlich kritische Reflexion sein möchte und nicht bloß pseudokritischer Reflex.

## Literatur

- Adorno, T. W. 2003a [1962]: Zur Logik der Sozialwissenschaften. In T. W. Adorno, *Gesammelte Schriften* 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 547–565.
- Adorno, T. W. 2003b [1966]: *Negative Dialektik*. *Gesammelte Schriften* 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bolte, G. (Hg.) 1989: *Unkritische Theorie. Gegen Habermas*. Lüneburg: zu Klampen.
- Bröckling, U. 2007: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, J. 1991: *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gruschka, A. 1994: *Bürgerliche Kälte und Pädagogik. Moral in Gesellschaft und Erziehung*. Wetzlar: Büchse der Pandora.
- Habermas, J. 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, A. 1994: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, M. 1937: *Traditionelle und kritische Theorie*. *Zeitschrift für Sozialforschung*, 6. Jg., Heft 2, 245–294.
- Horkheimer, M., Adorno, T. W. 2010 [1947]: *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Kurz, R. 1993: *Die Demokratie frisst ihre Kinder. Bemerkungen zum neuen Rechtsradikalismus*. In Krisis (Hg.): *Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen*. Unkel am Rhein, Bad Honnef: Horlemann, 11–87.
- Lessenich, S. 2014: *Soziologie – Krise – Kritik. Zu einer kritischen Soziologie der Kritik*. *Soziologie*, 43. Jg., Heft 1, 7–24.
- Scholz, R. 2000: *Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats*. Bad Honnef: Horlemann.
- Sennett, R. 1998: *Der flexible Mensch*. Berlin: Berlin-Verlag.
- Stückler, A. 2014a: *Gesellschaftskritik und bürgerliche Kälte*. *Soziologie*, 43. Jg., Heft 3, 278–299.
- Stückler, A. 2014b: *Krise oder Restrukturierung von Männlichkeit? Zur hegemonialen Männlichkeit im Finanzmarkt-Kapitalismus*. Paper für den »Tag der Politikwissenschaft 2014«, 29. November 2014, Wien.

# Hat sich die Soziologie in einem double bind verfangen?

Roland Walkow

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Krisen der Kommunikation: Wo bleibt der soziologische Diskurs?« – organisiert von Benjamin Köhler, Maik Krüger und Markus Randolfi*

Herzlich Willkommen zu meinem Vortrag »*Hat sich die Soziologie in einem double bind verfangen?*«. Der Titel ist als Fragestellung formuliert. Aber die Eine oder der Andere wird es schon geahnt haben. Die Frage ist rhetorisch gemeint. Es ist tatsächlich die These dieses Vortrags, dass sich die Soziologie in einem *double bind* verfangen hat. Sie bezieht sich auf die weitverbreitete *Selbstbeschreibung der Soziologie*, wonach sie *die Gesellschaft zu analysieren und zu verändern* beansprucht. Ich werde im Folgenden versuchen zu zeigen, dass diese beiden Ansprüche unter der gesellschaftsstrukturellen Bedingung funktionaler Differenzierung nicht miteinander vereinbar sind und dass darin einer der wichtigsten Gründe für das schlechte Image und den aktuellen Relevanzverlust der Soziologie zu sehen ist.

## Der double bind

Die *double-bind*-Theorie stammt von dem Anthropologen und Verhaltensforscher Gregory Bateson (1981 [1972]). Die Idee hinter dem *double bind* ist allerdings schon etwas älter. Da wir hier in Trier sind, kann man ruhig darauf hinweisen, dass bereits Karl Marx mit einer ähnlichen Idee gearbeitet hat. Er ging ja davon aus, dass der Kapitalismus an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen wird. Diese Idee, dass ein System an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen kann, wurde mit der *double-bind*-Theorie auf Familien übertragen und beschreibt einen tiefgreifenden Beziehungskonflikt zwischen den Mitgliedern der Familien. Dieser Beziehungskonflikt ergibt sich aus einem bestimmten *Interaktionsmuster*, bei dem eine der beteiligten Personen eine Verhaltensauffälligkeit zeigt, die als schizophren bezeichnet wird. Dass dieser Beziehungskonflikt überhaupt entstehen kann, liegt unter anderem daran, dass den Familienmitgliedern keine gemeinsame Sprache zur Verfügung steht, mit denen sie ihre Beziehung zueinander beschreiben könnten.



Den *double bind* kann man als einen Widerspruch zwischen dem Inhalts- und dem Beziehungsaspekt einer Mitteilung beschreiben. In der Regel wird der Beziehungsaspekt über den Inhaltsaspekt mit ausgedrückt. Anders formuliert, mit *jeder Mitteilung wird implizit auch eine Rollenerwartung an den Adressaten kommuniziert*. Das gilt erst recht für explizite Selbstbeschreibungen. Wenn nun die Soziologie den Anspruch erhebt, die Gesellschaft zu beschreiben und zu verändern, weist sie damit also auch ihrem außerwissenschaftlichen Publikum eine Rolle zu. Problematisch wird es, wenn das Publikum sich nicht in die zugewiesene Rolle drängen lässt. Dann kann es der Soziologie auch nicht gelingen, Bestätigung für ihre Rolle zu erhalten.

## Die Theorie funktionaler Differenzierung

Um zu zeigen, dass die Ansprüche, die Gesellschaft zu analysieren und zu verändern, heute unvereinbar sind, möchte ich nun auf die Umweltbedingung eingehen, in der die Soziologie versucht, mit dieser Selbstbeschreibung anschlussfähig zu bleiben. Dafür greife ich auf Niklas Luhmanns Theorie funktionaler Differenzierung zurück (1997). Auf dieser Grundlage wird verständlich, warum diese Selbstbeschreibung vom Publikum als falsches Image - im Sinne von Erving Goffmann (1986 [1967]: 13) - wahrgenommen wird.

Die *double-bind*-Theorie bezieht sich zunächst nur auf Interaktionssysteme. Der große Vorteil der Luhmannschen Systemtheorie liegt darin, dass sie Interaktionstheorie, Organisationstheorie und Gesellschaftstheorie miteinander verbindet. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit, die *Verbreitung* eines bestimmten Kommunikationsmuster, wie das des *double binds*, über Interaktionssysteme hinaus, wenn es sein muss, bis zur Ebene der Gesamtgesellschaft zu verfolgen. Das Verbindungsstück ist diese Vier-Felder-Matrix:

<b>Alter erlebt -&gt; Ego erlebt</b> Religion, Wissenschaft	<b>Alter erlebt -&gt; Ego handelt</b> Liebe, Erziehung, soziale Hilfe
<b>Alter handelt -&gt; Ego erlebt</b> Wirtschaft, Kunst	<b>Alter handelt -&gt; Ego handelt</b> Politik, Recht

Quelle: Luhmann (1997:336)

Luhmann unterschied damit vier Zurechnungskonstellationen, bei denen es zu Kommunikationsproblemen kommen kann. An diesen Problemstellungen setzen die einzelnen Funktionssysteme der modernen Gesellschaft mit ihren Lösungen an. Alle Funktionssysteme lassen sich jeweils auf ein bestimmtes soziales Problem zurückführen, das jedoch noch nicht mit der Zurechnungskonstellation identisch ist. Es ist noch eine weitere Präzisierung notwendig. Am präzisesten lassen sich die einzelnen Bezugsprobleme der Funktionssysteme anhand einer Interaktionssituation beschreiben. Aufgrund der Kürze der Zeit kann ich nicht auf jedes Bezugsproblem einzeln eingehen. Im Folgenden werde ich nur die beiden sozialen Probleme erläutern, auf die mit den beiden Ansprüchen von Gesellschaftsanalyse und -veränderung Bezug genommen wird.

Für jede Problemkonstellation gilt, die Kommunikation läuft immer von Alter zu Ego bzw. vom Absender zum Adressaten. Entscheidend ist nicht, was der Absender mit seiner Mitteilung gemeint haben könnte, sondern welchen Eindruck die Mitteilung auf den Adressaten macht. Es geht also um die Frage, *was kann den Adressaten dazu motivieren, ein Kommunikationsangebot anzunehmen oder anzulehnen*. Im Fall der Soziologie scheint der Grund für eine hohe Ablehnungswahrscheinlichkeit darin zu liegen, dass die Ansprüche von Gesellschaftsanalyse und -veränderung sich auf verschiedene soziale Probleme beziehen, die unterschiedliche Lösungen erfordern.

### Das Bezugsproblem der Wissenschaft – Alter erlebt -> Ego erlebt

Gesellschaftsanalyse erhebt eindeutig einen wissenschaftlichen Anspruch. Das Bezugsproblem der Wissenschaft besteht darin, dass der Absender sein Erleben mitteilt und die Annahme davon abhängt, ob der Adressat aufgrund der Mitteilung den Eindruck hat, genauso zu erleben wie der Absender. Die Annahme wissenschaftlicher Kommunikation gelingt nur über die methodische Überprüfung. Nur wenn der Adressat nachvollziehen kann, warum der Absender etwas so sieht, wie er es sieht, erscheint seine Mitteilung annehmbar. Dafür muss der Absender die Theorien und Methoden explizit mit angeben, die ihn zu einem bestimmten Forschungsergebnis geführt haben. Die Theorien und Methoden bilden eine Art Anleitung, wie man genauso erleben kann wie der Absender. Auch wenn sich das praktisch häufig äußerst schwierig gestaltet, ist die methodische Überprüfbarkeit trotzdem entscheidend. Denn nur sie sichert die *Nachvollziehbarkeit* der mitgeteilten Informationen und schließt es aus, dass es sich nur um das eigenwillige Erleben einer einzelnen Person handelt.

### Das Bezugsproblem personenverändernder Systeme – Alter erlebt -> Ego handelt

Auf die Veränderung, *genauer die Veränderung von Personen*, haben sich so verschiedene Systeme wie Krankenbehandlung, soziale Hilfe oder Psychotherapie spezialisiert. Das Problem bei der Personenveränderung besteht darin, dass der Absender sein Erleben mitteilt und der Adressat aufgrund dieses Erlebens handelt. Das Erleben, um das es in diesem Falle geht, ist das

Selbsterleben des Absenders als *hilfsbedürftig*. Bei körperlichen Verletzungen ist die Hilfsbedürftigkeit aufgrund der Sichtbarkeit der Verletzungen noch relativ leicht nachzuvollziehen. Schwieriger wird es schon bei Beschwerden, die keine sichtbaren Symptome zeigen. Ebenso schwierig gestaltet sich dann auch die Auswahl geeigneter Behandlungsmethoden. Dieses Problem macht sich nirgends so stark bemerkbar wie in der Psychotherapie. Allgemein lässt sich sagen, bei allen Systemen der Personenveränderung treten Probleme auf sobald Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung als hilfsbedürftig nicht übereinstimmen. Und damit man bei der Feststellung der Hilfsbedürftigkeit nicht nur auf das subjektive Erleben der Betroffenen angewiesen ist, benötigt man Wissenschaft – und bei der Entwicklung geeigneter Behandlungsmethoden erst recht.

## Warum es kein Funktionssystem zur Gesellschaftsveränderung geben kann

Ein vergleichbares Funktionssystem zur Veränderung der Gesellschaft gibt es dagegen nicht. Versteht man, wie die Systemtheorie, unter Gesellschaft die Gesamtheit der stattfindenden Kommunikation, reden wir heute nicht von Deutschland oder Europa, sondern von der weltumspannenden Kommunikation. Und es stellt sich die Frage: Wie soll die eigentlich geändert werden? Milliarden von tagtäglichen Kommunikationsereignissen können nicht einfach geändert werden. Das ist schlicht unmöglich. Hinzu kommt weiterhin, dass keine Gesellschaftsveränderung vonstattengehen würde, ohne die betroffenen Menschen mit zu verändern. Denn ohne Menschen ist Kommunikation nicht möglich. Wenn aber eine direkte Gesellschaftsveränderung nicht möglich ist, dann ist der Weg für Gesellschaftsveränderungen bereits vorgezeichnet. Er läuft nur über die Veränderung von Personen.

## Die Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und helfenden Systemen

Damit heute keine Maßnahmen zur Personenveränderung voreilig umgesetzt werden, hat sich inzwischen eine Arbeitsteilung zwischen der Wissenschaft und den helfenden Systemen entwickelt. Diese gestaltet sich wie folgt. Helfende Kommunikation benötigt bestimmte Soll-Werte, auf die sie hinarbeitet, um eine Person als verändert, das heißt als nicht mehr hilfsbedürftig betrachten zu können. In diesem Sinne beruht jede Personenveränderung auf einer normativen Grundlage. Doch um zu wissen was realistische Soll-Werte sind, nach denen man sich richten kann, muss man wissen, was möglich ist. Hier kommt die Wissenschaft ins Spiel. Durch wissenschaftliche Arbeit lässt sich feststellen, was ist und was auf dieser Grundlage noch als erreichbares Ziel definiert werden kann. Wissenschaft begrenzt also durch ihre Arbeit den Operationspielraum helfender Kommunikation. Sie greift damit aber nicht selbst in die Operationen helfender Systeme ein. Für die Beurteilung des Veränderungsanspruchs der Soziologie ist dies entscheidend. Gesellschaftsveränderung, wie sich das viele Soziologen vorstellen, ist praktisch unmöglich. Das soll allerdings nicht heißen, dass die Soziologie nicht in der Lage wäre, soziale Veränderungen anzuregen.

## Wie verändert die Soziologie die Gesellschaft

Unmöglich ist lediglich eine direkte Gesellschaftsveränderung. Indirekt kann ihr das durchaus gelingen. Durch soziologische Forschung sollte eigentlich das Wissen über die Funktionsweise der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, mit dem es dann, unter anderem den helfenden Systemen, möglich ist, ihre Arbeit zu allseitiger Zufriedenheit zu erledigen. Dazu muss die Soziologie aber auch genauso aufnahmebereit sein, wenn Kritik an dem zur Verfügung gestellten Wissen geäußert wird. Soll es wirklich darum gehen anderen Menschen zu helfen, dann kann es in der Soziologie nicht mehr darum gehen, irgendwelche unerreichbaren Utopien zu erfinden. Unrealistische Erwartungen führen zu inadäquaten Lösungen, die am Ende mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen. Gerade das scheint einer der wichtigsten Gründe zu sein, warum die Soziologie heute ein Imageproblem hat. Sie stellt häufig kein Wissen mehr zu Verfügung, mit dem es noch möglich wäre, anderen Menschen zu helfen. Das kann sich nur ändern, wenn sie ihren wissenschaftlichen Anspruch wieder ernstnimmt. Handwerklich gute Analysen machen eine effektive Hilfe möglich. Der Soziologie muss es also gelingen methodisch geprüftes Wissen zur Verfügung zu stellen, aus dem sich auch Operationsmöglichkeiten für helfende Kommunikation ableiten lassen.

Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Anspruch, die Gesellschaft verändern zu wollen, aufgegeben wird. Im Kontext der Theorie funktionaler Differenzierung wird deutlich, dass es sich dabei nicht nur um eine praktische Unmöglichkeit handelt, sondern auch um eine gravierende Fehlinterpretation der eigenen gesellschaftlichen Rolle. Die Krise des soziologischen Diskurses lässt sich im Wesentlichen aus dieser *Rollenvermischung* erklären. Die Soziologie ringt gegenwärtig nur noch um den Beziehungsaspekt bzw. ihre eigene Identität, ohne dass es ihr darüber hinaus noch möglich wäre, irgendetwas in der Sache beizutragen. Der Grund dafür liegt darin, dass heute in der Soziologie überwiegend Theorien verbreitet sind, die keine Sprache zur Verfügung stellen, mit der sich die Beziehung der Soziologie zu ihrer Umwelt beschreiben ließe. Außerdem ist die funktionale Differenzierung an der sozialen Umwelt der Soziologie nicht spurlos vorbei gegangen. Das soll heißen, von der Soziologie als *Wissenschaftsdisziplin* wird heute überhaupt nicht erwartet, dass sie die Gesellschaft verändert. Der helfende Anspruch kann im Kontext dieser Erwartungshaltung nur als falsches Image wahrgenommen werden, denn er widerspricht dem wissenschaftlichen Anspruch.

## Der *double bind* und die Spirale wechselseitiger Nicht-Beachtung

Entsprechend wenden sich dann immer weitere Teile des Publikums von der Soziologie ab. Den daraus entstehenden Prozess habe ich in meinem Vorabtext für den Blog des Soziologiemagazins als *Spirale wechselseitiger Nicht-Beachtung* beschrieben (Walkow 2014). Aufgrund der Zeit kann ich auch darauf nicht weiter eingehen. Kurz gesagt, es kommt zu einer langsamen *Exklusion* der Soziologie. Es muss aber betont werden, dass das Interaktionsmuster des *double binds* nur zwischen den Teilen der Soziologie und den Teilen des Publikums besteht,

die noch an diesen Doppelausspruch der Soziologie glauben. Die sinkende Anschlussfähigkeit ist eigentlich nur ein Nebeneffekt dieses *double binds*.

## Fazit

Ich hoffe, ich konnte etwas plausibel machen, dass die Soziologie sich in einem *double bind* verfangen hat und nun langsam an den widersprüchlichen Erwartungen, die sie selbst verbreitet hat, zugrunde geht. Der innere Widerspruch der Soziologie besteht in dem Doppelausspruch von Gesellschaftsanalyse und -veränderung. Dieser Widerspruch kann auch nicht aufgelöst werden. Vielmehr ist eine klare Abgrenzung als Wissenschaftsdisziplin notwendig, welche nur durch eine ständige Reflexion des Verhältnisses zur Umwelt erreicht werden kann. Gelingt ihr das, wird es ihr auch gelingen, soziale Veränderungen anzuregen. Denn für das Anstoßen sozialer Veränderung muss die Soziologie nur das tun, was ihre gesellschaftliche Funktion ist, nämlich Wissenschaft betreiben und die Forschungsergebnisse verbreiten. Man sollte sich allerdings auch darüber im Klaren sein, dass man über die Anwendung des zur Verfügung gestellten Wissens keine Kontrolle hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

## Literatur

- Bateson, Gregory (1981 [1972]): Vorstudien zu einer Theorie der Schizophrenie. In: ders. (Hg.): Ökologie des Geistes. Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 270 – 301
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Goffman, Erving (1986 [1967]): Techniken der Imagepflege. In: ders. (Hg.): Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 10 – 53
- Walkow, Roland (2014): Das Image der Soziologie und die Spirale wechselseitiger Nicht-Beachtung. Soziologiemagazin, <http://soziologieblog.hypothesen.org/7287> (letzter Aufruf 4. April 2015)

Ad-hoc-Gruppe »Krisen, Prozesse, Potenziale«  
– organisiert von Manuel Dieterich und Simon Scholz

# Surviving AIDS

## Cultural Trauma among middle-aged Gay Men in New York City

Heiner Schulze

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Krisen, Prozesse, Potenziale« – organisiert von Manuel Dieterich und Simon Scholz*

Since the 1980s more than half a million people died of AIDS-related causes in the US. More Americans died than who were killed in all American wars of the 20<sup>th</sup> century combined. Only the death of actor Rock Hudson in 1985 caused straight America to confront AIDS. However, since 1981, when the first reports of a »gay cancer« emerged, HIV/AIDS attacked mostly marginalized communities.

1996 was a turning point in the fight against HIV/AIDS with medical advances improving the health of the infected. 1996 was also a turning point for the attention paid to the suffering HIV/AIDS created in society. These life saving drugs stopped the massive dying happening in the affected communities, and with them came a desire to forget the pain of the past. Nowadays knowledge about the extent of the epidemic, especially in people of younger generations, is not widespread.

Not only the dead are now forgotten, but so too are the survivors. Gay men, comprising more than 50 percent of all AIDS deaths in the US, can hardly ignore the catastrophe they lived through. Some of them have lost dozens, for some hundreds of people to AIDS.

Research on the experience of these men is rare. This article focuses on these survivors. It shows how this crisis perpetuates itself until today, influencing their lives, and argues that recently a new narrative is developing to process their experience - cultural trauma around »long-term survival« is constructed. The crisis is not over – it is simply transformed.

The article begins with a quick note regarding literature before taking a closer look on the research objective. This is followed by a contextualization of the research and a note on the methodology behind the project. The introduction of the concept of syndemics taps into the question where the community stands now by showing how survivors are affected by having high levels of depression and anxiety, drug addiction, etc., stating that traumatic experiences they have continue until today, creating syndemics. Following that it is argued that a new cultur-

al trauma narrative gets established through which an identity and community becomes established and experiences structured.

## Literature<sup>1</sup>

Research on the AIDS crisis and its effects on the people who lived through it is heavily dominated by studies in psychology, medicine and gerontology. People who are HIV-positive are the usual subjects of this research, focusing on the biopsychosocial aspects of living with HIV/AIDS. Reflecting the increasing average age of its subjects recent research questions more often also the intersection of HIV/AIDS and aging.<sup>2</sup>

Another branch of research asks how the AIDS crisis affects gay men in general, often written before or shortly after the introduction of the effective drug cocktail in 1996. Walt Odets' 1995 study for instance wonders how HIV-negative gay men experience(d) the crisis and how the gay community has been transformed. Other discussions revolved around posttraumatic stress disorder and/or »multiple loss syndrome« (see for instance Watney 2000: 216ff.). After some years of decreased interest Spencer Cox brought up the issue again in 2006 and 2007. Cox wanted to focus attention on the generation of middle-aged gay men who lived through the times before the drug cocktail, but did not receive the resonance he hoped for. Interest in this community increased nevertheless again and traces of this discussion can be found in other works (see for instance Gould 2009 and Schulmann 2012). Perry Halkitis' book »AIDS Generation« is the now most recent and most influential study on this generation<sup>3</sup> and its fate, sparking lots of discussions, media attention and events.

## Objective

This article concerns itself with the question of how a community of middle-aged gay men who lived through the first fifteen years of the AIDS crisis in New York City are now, as well as how they understand and process this experience. It shows how for the last years a narrative shift is happening, in which a new cultural trauma gets enacted based on already existing narratives.

This study focuses on self-identified gay men who lived in New York City in the 1980s and early/mid-1990s, the most heavily impacted subgroup of society, battling the disease while at the same time fighting off societal abuse.<sup>4</sup> As Sarah Schulmann says »Every gay person walking around who lived in New York or San Francisco in the 1980s and early 1990s is a survivor of devastation and carries with them the faces, and fading names, of the otherwise forgotten dead.« (Schulman 2012: 45).

---

1 The literature and methodology section are abridged due to space constraints.

2 See Heckmann, Halkitis (2014) for an overview on HIV and aging.

3 He focuses on HIV-positive men as well, though.

4 Other males who are had sex with males during that time most likely made often similar experiences.



## Advent of AIDS

Together with San Francisco, New York City became unquestioningly the center of American gay life in the second part of the 20th century, nicknamed »The Gay Metropolis« (Kaiser 2007).

Before the 1970s gay people were threatened and invisible, existing mostly in the periphery. Nevertheless a desire to matter emerged. Although not the first gay protests, became the Stonewall Riots in 1969 a seminal moment for the emergence of a gay movement (Duberman 1994). With Stonewall as important point of reference, a strategy of »gay identity« emerged, based on a logic of identity politics that equated the potential for social change with individual authenticity. Inclusion instead of liberation, identity politics instead of revolution (Gould 2009: 51f.; Ghaziani 2008: 25ff.; Bronski 2011: 211ff.).

Previous decentralized gay life shifted to big cities. Gay »ghettos« emerged. They offered infrastructure, a self-affirming culture and the development of community organizations and businesses (Ghaziani 2008: 29ff.; Levine 1979). Gays became visible in parts of New York City and nationwide. In this time of progress comes the arrival of HIV/AIDS, first reported on in 1981. An outbreak of this mysterious disease starts, and the toll of infected and dead rises fast. Randy Shilts (1987) chronicled the early history of AIDS, showing how ignorant the mainstream media were towards the mysterious disease until it started to affect also non-marginalized communities, primarily white and heterosexual, more strongly.

Adding to the invisibility by the media is the widespread negligence of the disease by the government. The rise of Ronald Reagan and the Religious Right created a hostile cultural and political climate, in which the government neglects funding and support. A moral hysteria around AIDS develops (see Halkitis 2014: 3.f.; Ghaziani 2008: 72ff; Gould 2009: 49ff.). Major Ed Koch in New York City responded weakly to the crisis as well, making him a target for AIDS activists and survivors.

This negligence led to the death of more than 600,000 people in the US alone. Stigma, panic, isolation and ignorance related to HIV/AIDS brought the gay movement to a halt (see Halkitis 2014: 3). The gay community was torn between the ideas of gay liberation, the gay movement and the dominant homophobic discourse (Gould 2009). An adequate response to the crisis seemed complicated due to previous negative experiences and a general distrust of politics and society as well as a lack of scientific knowledge. After some years of more community-centered and quiet activism a more confrontational AIDS activism develops in the end-1980s.

1996 changes everything. The number of deaths and hospitalizations was reduced drastically by the arrival of HAART (highly active antiretroviral therapy). In the following years the gay community becomes transformed, normalization ensues. Increased visibility in media and society as well as embourgeoisement and mainstreaming set in, gay culture gets hetero-sexualized. Recent history is gradually rewritten, forgotten and/or silenced. Re-stigmatization of HIV/AIDS happens, while at the same time the numbers of infected people still rise.

## Methodology

Two main approaches for data collection were used.

14 narrative interviews between one to four hours were conducted with 13 different men. After the exploratory input of the first four interviewees were the other ten interviews structured by an in advance prepared questionnaire arranged around question clusters.<sup>5</sup> During the interview it was intervened as minimal as possible to guarantee openness and flexibility. It is important to keep in mind that the experiences of these men are a »continuous experience«, similar<sup>6</sup> to what Grada Kilomba describes in her study on the phenomenon racism: These experiences are »not a momentary or punctual act, but rather a continuous experience throughout one's biography, an experience that involves a historical memory of [...] oppression« (Kilomba 2013: 46). A policy of minimal interferences enables the interviewees to construct their own subjective realities and create their own biographical narratives. It also provides opportunities for the provision of additional associations and experiences beyond the prepared structure (see Kilomba 2013: 46f.)

Sampling when working with communities of sexual minorities and HIV/AIDS is not easy (see Kalton 1993; Meyer, Northridge 2007 and Meyer, Wilson 2009). The initial interviews were acquired through social contacts and referrals. For the second round of interviews were requests for interviews and a project description posted in three Facebook groups of AIDS activist and gay networks in New York. Further interviewees were recruited through meetings of a NYC-based AIDS activist organization. »Snowballing«, in which interview partners nominate further potential interviewees, was also used.

The interviewees were mostly white, one Chinese-American and three Black men in their mid-forties up to mid-sixties. All were college-educated. Although never asked, they revealed the majority of interviewees their sero-status.

The interviews were recorded. Five interviews were transcribed completely, the remaining ones only partially. They were openly coded, compared, and re-coded.

Additional participant observation was employed. As Rachel Sherman points out: not everything of interest is »necessarily conscious in the minds of the participants« (Sherman 2007: 272). Many of these men are only slowly understanding themselves as a community sharing a common experience. Identifying members of this community is hard and events catering exactly to their situation were only starting to happen (then often branded as »AIDS Generation« or »AIDS Survivors«). Events which would have a high likelihood that »survivors« will be present were attended, e.g. movie screenings and discussions related to the subject. One interviewee allowed me to »shadow« him, thereby giving me the opportunity to experience an HIV-positive long-term survivor interacting with bureaucracy and medical staff.

Furthermore did I start to spend regularly time with one of my interviewees, providing access into the everyday life of a survivor as well as to a person who would help me to mitigate my own position as stranger. He also functioned as a gatekeeper to places and events not accessible

---

<sup>5</sup> The clusters were identity and community, the impact of HIV/AIDS, knowledge about recent discussions on the »AIDS Generation«, memories, aging, legacy and the relation to the younger generation(s) as well as trauma.

<sup>6</sup> Although not equal.

otherwise. In addition one highly active Facebook group of alumni of an AIDS activist organization was helpful in understanding ongoing discussions and exchange of experiences.

Similar to what Halkitis (2014: 15) describes were my own positioning and specific experiences repeatedly of importance. Talking about the experience of HIV/AIDS and the loss and suffering interviewees encountered over the years can be very emotional. Being not known to most of them it was important to build trust to encourage them to open up and tell their story. To help with this trust-building I sometimes »revealed« my own positioning as a non-straight person, breaking the usual hetero-normative assumption of straightness. Sometimes I was explicitly asked by interviewees.<sup>7</sup> People seemed more willing to open up after recognizing me as a fellow non-straight person. The age difference as well as my foreignness became also important, allowing many of them to open up. Talking with other survivors instead can be difficult. As interviewee Matthew describes: it would be like »looking into a mirror«, potentially causing pain by requiring a certain acknowledgement of their own experience when seeing a »mirror image«.

## Syndemics

The majority of the more than 100,000 HIV-positive New Yorkers who died have been gay men. Almost no gay man is untouched by it, either directly by losing friends and lovers, or indirectly as (involuntary) participants of a radical change in their community as well as suffering from the nationwide hysteria and conservative backlash (see Halkitis 2014: 141).

An unprecedented crisis had to be faced. Either gay men became infected and had to deal with the expectation to maybe being dead soon, or they had to live with a fear of infection while surviving inside a hostile society and experiencing the death of their community as they knew it. The journalist Andrew Holleran describes this experience very vividly: »Living in New York [...] felt like attending a dinner party at which some of the guests were being taken outside and shot, while the rest of us were expected to continue eating and making small talk.« (Holleran 2008: 5).

Having a »normal« life seemed impossible for many gay men of this generation, in particular in cities with bigger gay populations. All interviewees remarked on how HIV/AIDS affected their lives, although with varying degrees. For most of them the experience is profound. »Charles«, himself HIV negative, put it very simple: »it«, meaning the AIDS experience, is just who he is.

The arrival of new medication in 1996 was a breakthrough. It helped people who were infected and had access to health care to prolong their lives, sometimes even rescuing them from the deathbed. Also the rest of the community was relieved to have at least potential medication at hand. It did not stop the suffering nonetheless. Roughly fifteen years of having your community and networks devastated cannot be cured with a simple pill. One also has to keep in mind that most people, besides the general hostile climate, often lost many people they knew, again and again, over a longer period of time. The process of grieving was difficult, »multiple-loss syndrome« occurred, where the »constant interruption of the grieving process by the additional

---

<sup>7</sup> It has been widely discussed in the past how positioning matters, in particular when researching sexual minorities (e.g. Bolton 1995; Walby 2010).

loss prolonged the mourning process and prevented completion of the tasks of mourning« (Cox 2006: 4).

Charles is a strong example of this recurrence of death. He lost between 200 to 250 people to AIDS in the last thirty years. Some people also keep notes: One interviewee interrupted me once to simply say »I got 236«. And these numbers are not fixed: people are still dying, evoking lots of emotion. Charles exemplifies that when talking about the loss of an old college friend some years ago:

»And I just remember being so hurt that he is dead [...] and me thinking that in my life the people who mattered to me, [...] the people who been instrumental and important to me are all dying and gone[...] and, you know, that thing which happened in my twenties was continuing to happen [...] and it's kinda fucked up [...] you know [...] you shouldn't be 40 years old and already have a life history of dead people in your life.«.

Spencer Cox, who researched gay men in mid-life (roughly forty to sixty now) defines several afflictions these men seem to suffer from disproportionately. Cox mentions:

1. Depression and anxiety
2. drug and alcohol addiction
3. sexual risk-taking
4. partner violence (and broken relationships/inability to have a lasting relationship)
5. the inability to positively imagine or plan for the long-term future.

Often these afflictions can be direct (e.g. depression) or indirect (e.g. drug use to counter the depression) results of their AIDS experience. Often they are also not independent from each other, but overlap and reinforce each other in a phenomenon called »syndemics« (see Cox 2006: 20; Cox 2007: 28), a term championed by medical anthropologist Merrill Singer (Singer 1996)

These afflictions came up repeatedly in interviews. Matthew, talked a lot about how they interrelated, overlapped and reinforced each other in the people and community he knew. From depression and anxiety disorders to drug abuse (alcohol and others, especially crystal meth) as well as unsafer sex<sup>8</sup>. He linked the latter to his generation's special relationship to sex. Many became fully adult in times when the sex between two men was often linked mentally with the fear of becoming infected with HIV and death. According to him they now, in an »epidemy of counterphobic reaction«, try to overcome their difficult relationship to sex by engaging in practices they most feared – unsafer sex. He also talked about the apparent problem of his generation to make relationships last as well as simply not having achieved what they wanted to before their lives got disrupted by HIV/AIDS. With his descriptions, echoed by the other interviewees, he lays out the image of a community in the grip of syndemics and painfully aware of it.

One might also want to add social isolation as an affliction. Health issues like depression and the problem of nurturing relationships can lead to a life away from public, which is enhanced by the loss of old networks. Even more so when considering how gay men still have to face adversity by society (which is still often anti-gay) and even inside of the often youth-obsessed gay community (see Halkitis 2014: 174ff.). There are also economic restraints enhancing the chance of feeling socially isolated. Socializing costs money, which is often scarce in their generation. Even more so in a country in which access to health care is expensive and often not even attainable.

<sup>8</sup> Some interviewees also do rarely or never use condoms.

The synergetic interplay of the afflictions can create something of a vicious circle for the individual as well as for their community. Nonetheless it is important to keep in mind how they also work as defensive mechanisms and can partially also provide resources to people. Halkitis mentions the importance of drugs and sex here: Although they are »not traditionally viewed as an effective or active coping strategy, for the men of the AIDS Generation, these outlets provided a form of escape, a release, a decompression, from the ongoing onslaught of the AIDS epidemic. It is too simplistic to judge these behaviours as deviant or destructive unless you have walked in the shoes of these men« (Halkitis 2014: 136).

Not everybody can develop coping mechanisms and resilience however. Some members of this generation also succumb and take their lives. Suicide has been a recurrent theme. One example of this is the death of Spencer Cox, who was quoted before. Spencer died in the end of 2012. His death reverberated through the community and led to discussions on the current situation of men his age. Charles for instance told me how Spencer's death »was really disturbing«. He explained how he knows of several people of his generation who decided to take their lives. Suicide seems to be a powerful option for parts of this generation, posing a danger for not just the individual itself, but also the community in general. Seeing it as an »exit option« taken by others might reduce resistance against it for some people, who end up considering taking their own lives as well. It becomes almost infectious. Which again just reinforces the problem – the suicides of middle-aged gay men weaken their social networks, increasing vulnerabilities for surviving members of this network.

## Cultural Trauma

For many of these gay men this experience has been influential in their lives, and for some of the older ones it might even have been the death of the gay world as they have known it. The experience constitutes a major phenomenon going beyond the individual. Losing one's best friend in a car accident might be individually traumatic – but rarely constitutes a collective suffering as a wider community. The massive scale of the AIDS epidemic instead concerns more than its individual members. It constitutes a trauma, in which a collective constructs culturally a »symbolic-cum-emotional representation« of its experience (Alexander 2012: 2).

According to Jeffrey Alexander »occurs [cultural trauma] when members of a collectivity feel they have been subjected to a horrendous event that leaves indelible marks upon their group consciousness, marking their memories forever and changing their future identity in fundamental and irrevocable ways« (Alexander 2004: 1). Even though individual experiences of suffering and pain fuel this trauma, is it not defined on a individual level. »[I]t is the threat to collective rather than individual identity that defines the suffering at stake« (Alexander 2012: 2). The suffering collective does not exist just by itself. As Alexander says: »[It] must be imagined into being« (Alexander 2012: 2).

An event is not inherently traumatic. It becomes traumatic. The construction of a cultural trauma can be understood as a process in which a group starts to attribute this event as traumat-

ic. »Trauma is not the result of a group experiencing pain. It is the result of this acute discomfort entering into the core of the collectivity's sense of its own identity.« (Alexander 2004: 10).

The construction of this trauma constitutes a process of ongoing meaning-making. The intent behind it is simple: Making sense of this experience, and with that a community and its members try to move along with this experience collectively. A »we« must be constructed or developed from an existing »we«. Here »we« constitutes the gay community, which in the process of trauma construction stays the gay community – although transformed by the trauma.

With this it shares certain similarities to grieving on an individual level when grieving is understood as a process in which meaning gets (re)created to cope with an experienced loss. Through the process of grieving and the related meaning-making, the individual positions itself in a new world transformed through the loss (Odets 1995: 82ff.). In the construction of cultural trauma the collective also positions itself through collective meaning-making in a world which has been altered.

## Long-Term Survival

This study now argues that a visible shift in the narration of the lives of middle-aged gay men is happening. Building up on existing narratives like war and survival a new cultural trauma is increasingly developed. Recent cultural production (documentaries, articles, books, etc.) and the »(re-)discovery« of the unique experience of this generation produces this new narrative. Through this narration this social group »not only cognitively identif[ies] the existence and source of [their] human suffering but »take on board« some significant responsibility for it« (Alexander 2004: 1).

This trauma narration gets constructed in an interplay between academics, artists, writers/journalists, and activists, following a recent increase of interest in HIV/AIDS and its effects on this generation of gay men. Some of these men also start to let their voice heard and confront their experience more publically.

Using cultural artifacts like the documentaries *How To Survive a Plague* and *United in Anger* as historical backdrop, a story about »long-term survival« is being told. Long-term survival draws on already existing narratives like the work of Michael Callen and his book *Surviving AIDS* (1991) about long-term survival among people living with AIDS. The trauma also draws heavily on a war narrative, which has been prevalent for a long time. Marita Sturken already talks about the war narrative in the mid-1990s, explaining how AIDS is often compared to the Vietnam War while AIDS activism is compared to Anti-Vietnam activism (see Sturken 1997: 15). It never went out of fashion as recently Kergan Edwards-Stout illustrates, writing about the times »in which I often felt as though I were engaged in a secret war« and comparing his sexual awakening in the AIDS crisis with a »series of battles, describing AIDS activism as »quiet war« (Edwards-Stout 2013).

It also provides a sense of agency: being a soldier. Signorile evokes the image of a young soldier laying in mud when he writes: »All of us who were in the trenches of the AIDS war« (Signorile 2013). Other articles even use it for headlines: *The Death of Activist Spencer Cox: Wound AIDS Warriors Suffering, Dying on Their Own* illustrates (Voelcker 2013). The interviews also pro-

vide us with similar narratives. Charles explains his good relationship to his dad, a war veteran, with having somewhat similar experiences. He also uses the image of soldiers going into battle for describing what the fear felt like one had back then again and again.

Over time these soldiers transformed: They become also veterans, survivors, wounded warriors. There is a feeling of not being taken care of, though, of being silenced and unsupported. This marks a difference to soldiers in »real« wars, which receive partially support and recognition from government and public in the US. However, for neither »AIDS soldiers« nor »real soldiers« re-integration into society is easy. Especially for the AIDS ones, considering the lack of any kind of support. An additional problem for the »AIDS veterans« is the fact that their war is not over. People still die, the crisis continues. Interviewee Matthew alludes to that: »You know the peculiar thing for gay men is that... not only have all your friends died but there is still the possibility that you might [still] as well...«

Even though the exact terminologies »AIDS Generation« or »Long-Term Survivor« are not used by all men of this generation, all interviewees knew these terms. Some were also increasingly active using the opportunities the surge of these terms and discussions allow them. Employing the terms gives them partially an identity they can link their experiences to, but also provides them with opportunities to discuss and move forward to cope with their experiences as well as get help and advice for everyday life situations. Several long-term survivor groups got created in a short time; Kenny tells me of four groups he knows which got founded just in a couple of months. With that the narrative also becomes spread wider, in turn creating new groups, discussions, etc. Arts take part in this conversation with productions like the dance piece »The Missing Generation« by Sean Dorsey Dance. At the same time community is created with events using the same rhetoric and references. In an example »the unique challenges and struggles we share« are mentioned and a »free community forum« is held »to discuss the needs of the generation of AIDS Survivors« (Medius Working Group 2013).

In the construction of this cultural trauma a diversity of experiences get connected through the construction of a shared history of experiencing systemic forms of oppression around HIV/AIDS in the 1980s and early 1990s, maybe even up to now. In that it defies a definition of trauma as something private and »resists the melodramatic structure of an easily identifiable origin of trauma« (Cvetkovich 2008: 33). This diffusing of the causes of trauma into a broader context opens up the need for more structural changes instead of just »fixing« individuals (see Cvetkovich 2008: 33).

A collective is stabilized through all these singular acts and artifacts, common knowledge is shared, an unique collective with its specific experiences and needs constructed. At the same time they identify the existence and the source of their suffering as their AIDS experience and assume a certain responsibility by addressing the needs of their generation.

## Conclusion

This article explored the context of the arrival of HIV/AIDS in the gay community. Focusing on the generation of now middle-aged gay men it argues that it had a striking impact on them, visible through the syndemics these men face in the present. Existing narrations (e.g. war-

related) become transformed and a new narrative centered around Long-Term Survival emerges. A new cultural trauma gets constructed, one through which identity and community get created, experiences restructured, and a legacy developed.

A community of survivors develops in which they can talk and engage each other and confront their feelings and memories. The intense recent debates and increasing attention this generation creates, its willingness to come together and organize, and the outpouring of emotions and urge to tell me about their experiences seems a good indicator how there seems to be the time ripe for them to face the ambiguities of remembrance.

## Bibliography

- Alexander, J. C. 2004: *Toward a Theory of Cultural Trauma*. In J. C. Alexander, R. Eyerman, B. Giesen, N. J. Smelser, P. Sztopmka, *Cultural Trauma and Collective Identity*. Berkeley: University of California Press, 1–30.
- Alexander, J. C. 2012: *Trauma. A Social Theory*. Cambridge: Polity Press.
- Bolton, R. 1995: *Tricks, friends, and lovers. Erotic encounters in the field*. In D. Kulick, M. Willson (eds), *taboo. Sex, identity and erotic subjectivity in anthropological fieldwork*. New York: Routledge, 106–126.
- Bronski, M 2011: *A Queer History of the United States*. Beacon Press.
- Callen, M. 1991: *Surviving AIDS*. New York: Harper Perennial.
- Cox, S. 2006: *The Legacy Of The Past. Gay Men in Mid-Life and the Impact of HIV AIDS*. Accessible under: [http://www.treatmentactiongroup.org/sites/tagone.drupalgardens.com/files/legacy\\_of\\_the\\_past.pdf](http://www.treatmentactiongroup.org/sites/tagone.drupalgardens.com/files/legacy_of_the_past.pdf) (last access: February 28, 2014).
- Cox, S. 2007: *Living On The Edge. Gay Men, Depression and Risk-Taking Behaviors*. Accessible under: <http://www.treatmentactiongroup.org/sites/tagone.drupalgardens.com/files/DEPRESSION%20WHITE%20PAPER%20Sixth%20Draft.pdf> (last access: February 28, 2014).
- Cvetkovich, A. 2008: *An Archive of Feelings. Trauma, Sexuality, and Lesbian Public Cultures*. Durham: Duke University Press.
- Duberman, M. 1994: *Stonewall*. NY: Plume.
- Edwards-Stout, K. 2013: *How I Survived a Plague*. Accessible under: [http://www.huffingtonpost.com/kerigan-edwardsstout/how-i-survived-a-plague\\_b\\_3220342.html](http://www.huffingtonpost.com/kerigan-edwardsstout/how-i-survived-a-plague_b_3220342.html) (last access: February 28, 2014).
- Ghaziani, A. 2008: *The Dividends of Dissent. How Politics and Culture Work in Lesbian and Gay Marches on Washington*. Chicago: University of Chicago Press.
- Gould, D. 2009: *Moving Politics. Emotion And ACT UP's Fight Against AIDS*. Chicago: University of Chicago Press.
- Halkitis, P. N. 2014: *The AIDS Generation*. NY: Oxford University Press.
- Heckmann, T. G., Halkitis, P. N. 2014: *Biopsychosocial Aspects of HIV and Aging*. *Behavioural Medicine*, 40:3, 81–84.
- Holleran, Andrew 2008: *Chronicle of a Plague. Revisited: AIDS and Its Aftermath*. Da Capo Press.
- Kaiser, Charles 2007: *The Gay Metropolis*. New York: Grove Press.
- Kalton, G. 1993: *Sampling Considerations when Researching on HIV Risk and Illness*. In D. Ostrow, G., R. C. Kessler, R. C. (eds.): *Methodological Issues in AIDS Behavioral Research*. New York: Springer, 53–74.
- Kilomba, G. 2013: *Plantation Memoirs. Episodes of Everyday Racism*. Münster: UNRAST-Verlag.
- Levine, M. 1979: *Gay Ghetto*. In: Levine, Martin (ed.): *Gay Men: The Sociology of Male Homosexuality*. Hagerstown: Harper & Row, 182–204.



- Medius Working Group 2013: Flyer to event »Is This My Beautiful Life« on May 9, 2013. Accessible under: <http://theseattlelesbian.com/wp-content/uploads/2013/04/Is-This-My-Beautiful-Life-May-9-2013-POSTCARD.jpg> (last access: September 14, 2014).
- Meyer, I. H., Northridge, M. E. (eds.) 2007: *The Health of Sexual Minorities. Public Health Perspectives on Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Populations*. New York: Springer.
- Meyer, I. H., Wilson, P. A. 2009: Sampling Lesbian, Gay, and Bisexual Populations. In: *Journal of Counseling Psychology*, Vol. 56., No. 1, 23–31.
- Odets, W. 1995: *In the Shadow of the Epidemic: Being HIV-negative in the Age of AIDS*. Durham: Duke University Press.
- Schulmann, S. 2012: *The Gentrification of the Mind. Witness to a Lost Imagination*. Berkeley: University of California Press.
- Sherman, R. 2007: *Class Acts. Service and Inequality in Luxury Hotels*. Berkely: University of California Press.
- Shilts, R. 1987: *And The Band Played On: Politics, People, And the AIDS Epidemic*. St Martins Press.
- Signorile, M. 2013: *The First AIDS Generation. Grappling With Why We're Alive and What It Means*. Accessible under: | (last access: February 28, 2014).
- Singer, M. 1996: A Dose of Drugs, a Touch of Violence, a Case of AIDS: Conceptualizing the SAVA Syndemic. In: *Free Inquiry in Creative Sociology*, 24(2), 99–110.
- Sturken, M. 1997: *Tangled Memories. The Vietnam War, the AIDS Epidemic, and the Politics of Remembering*. Berkeley: University of California Press.
- Voelcker, J. 2013: *The Death of Activist Spencer Cox: Wounded AIDS Warriors Suffering, Dying on Their Own*. Accessible under: [http://www.huffingtonpost.com/john-voelcker/spencer-cox-death\\_b\\_2425635.html](http://www.huffingtonpost.com/john-voelcker/spencer-cox-death_b_2425635.html) (last access: February 28, 2014).
- Walby, K. 2010: Interviews as encounters: issues of sexuality and reflexivity when men interview men about commercial same sex relations. *Qualitative Research*, Vol. 10, No. 6, 639–657.
- Watney, S. 2000: These waves of dying friends: gay men, AIDS, and multiple loss. In S. Watney, *Imagine Hope. AIDS and Gay Identity*. London: Routledge, 216–227.

Ad-hoc-Gruppe »Krisenerzeugung durch Quantifizierung? Paradoxe Dynamiken  
numerischen Wissens« – organisiert von Bettina Mahler

# Quantifizierung und Krise

## Zukunftsprojektionen in der globalen Entwicklungspolitik

Bettina Mahlert

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Krisenerzeugung durch Quantifizierung? Paradoxe Dynamiken numerischen Wissens« – organisiert von Bettina Mahlert*

Die Durchdringung der modernen Gesellschaft mit Zahlen hat in der Soziologie zunehmend Aufmerksamkeit erfahren (Davis 2012; Power 2004). Dabei hat sich gezeigt, dass Zahlen einen ambivalenten Doppelbezug auf Krisen haben. Auf der einen Seite sollen Prognosen, unternehmerische Kalküle und viele andere »Zahlenwerke« (Mennicken, Vollmer 2007) Erwartungssicherheit erhöhen und zur Vermeidung künftiger Krisen beitragen. Häufig werden mögliche Krisen durch eben die Zahlenwerke, die vor ihnen warnen, jedoch erst konstruiert. Bevor statistisch basiertes Wissen über den Klimawandel nicht bestand, war der Klimawandel als globale Bedrohung sozial nicht existent (Espeland, Stevens 2008: 401).

Dieser ambivalente Doppelbezug von Zahlen, und insbesondere von Statistik, auf Krisen besteht sehr ausgeprägt im politischen Kontext. Statistiker des 19. Jahrhunderts wie Malthus nahmen die Gesellschaft in einer neuen Weise als dynamische und potentiell instabile Kraft wahr – »an incipient source of turmoil that threatened to confront the lover of English freedoms with a choice between revolution and repression.« (Porter 1986: 26). Politische Führung galt unter diesen Bedingungen als möglich, aber sie brauchte eine »clear insight into the internal structure of human society, which could be derived from statistical investigation« (ibd.: 27). So entstanden in engem Zusammenhang mit der Statistik neue expansive Steuerungsansprüche staatlicher Politik (Opello, Rostow 2004).

Zwar gibt es keinen Weltstaat. Aber ein wahrgenommener Bedarf für politische Regulierung treibt auch in der Weltpolitik den Aufbau statistischen Wissens voran; und auch hier macht umgekehrt statistisches Wissen auf vorher nicht bekannte Bedarfe für politische Regulierung aufmerksam. Nach dem zweiten Weltkrieg begannen die Vereinten Nationen, eine internationale Statistik zu entwickeln (Heintz 2013; Ward 2004). Sie definierten methodische Standards und statistische Kategorien für ihre Mitgliedsstaaten, förderten den weltweiten Auf- und Ausbau amtlicher Statistiken und führten deren Daten zu einer einheitlichen internationalen Statistik zusammen. Diese Bemühungen standen in einem Kontext wahrgenommener globaler Bedro-

hungen. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und zweier Weltkriege wurde befürchtet, dass das globale Wohlstandsgefälle einen weiteren weltweiten Konflikt nach sich ziehen könnte (Speich 2009). Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sollte helfen, jene Maßnahmen zu identifizieren, die das dringend benötigte Wirtschaftswachstum in Asien und Afrika und damit eine Minderung globaler Ungleichheiten effektiv bewirken könnten. Aber umgekehrt war es die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die die Idee des Wirtschaftswachstums als politische Lösungsformel überhaupt erst verfügbar gemacht hatte.<sup>1</sup> Und erst die Anwendung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung jenseits der westlichen Welt USA generierte das Bedrohungsszenario der globalen Ungleichheit. Denn damit erst konnte ökonomische Produktivität tendenziell weltweit systematisch verglichen werden. Das Ergebnis dieses Vergleichs war: Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebte in Regionen, deren Durchschnittseinkommen weniger als ein Sechstel des Durchschnittseinkommens der USA betrug (Speich 2011: 7).

Der vorliegende Beitrag bezieht sich auf das Politikfeld der *globalen Entwicklungspolitik*, wobei das Adjektiv *global* in einem dreifachen Sinne zu verstehen ist. Erstens bezeichnet es die globale Reichweite des Verflechtungszusammenhanges entwicklungspolitischer Institutionen, in dem internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die OECD und die Weltbank als einflussreiche Akteure agieren. Zweitens deutet der Terminus *global* auf die universalistischen Sinnbezüge von Entwicklungspolitik (Escobar 1995). Eine Aufklärungskampagne in Lesotho mag für die kulturellen Gegebenheiten dort maßgeschneidert sein. Solche lokal maßgeschneiderten Projekte sollen aber ultimativ Ziele realisieren, die für *alle* Menschen wertvoll sind, beispielsweise körperliche und seelische Gesundheit. Der universalistische Bezug des Entwicklungsgedankens hat weit zurückreichende historische Wurzeln in der europäischen Aufklärung, und er ist wirkmächtig im Vergleichsrahmen der internationalen Statistik institutionalisiert. Natürlich gibt es für lokale Kontexte maßgeschneiderte Mittel der statistischen Evaluation. Aber die dort verwendeten Kategorien und Daten sind eingebettet in den globalen Bezugsrahmen einer internationalen Statistik, die alle Länder anhand derselben Parameter vermisst und Entwicklungsziele operationalisiert, die für alle als wertvoll erachtet werden (Cartwright 2000; Thornley 2007).<sup>2</sup>

Schließlich deutet der Begriff der globalen Entwicklungspolitik auf die Wahrnehmung globaler Problemlagen. Wie erwähnt, stellten die Vereinten Nationen in der Nachkriegszeit das Projekt der nachholenden Modernisierung in den Dienst der Verhinderung einer globalen Krise. Diese globale Kontextualisierung von Entwicklung zeigt sich in den letzten Jahren verstärkt, wobei der Klimawandel – selbst ein globales Problem – eine entscheidende Rolle spielt. Die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten *Sustainable Development Goals* beispielsweise führen höchst öffentlichkeitswirksam die beiden bisher getrennten Politikfelder der Umwelt und Entwicklung zusammen.<sup>3</sup> Indem sie Entwicklung als nachhaltige Entwicklung fassen, adressieren sie auch Änderungsbedarfe in den *developed countries*. Entwicklung wird hier deutlich als Entwicklung der Welt, nicht nur der Entwicklungsländer gefasst.

---

<sup>1</sup> Vgl. Borchardt (1978).

<sup>2</sup> Einen solchen globalen Nexus bietet beispielsweise das *Statistical Yearbook* der Vereinten Nationen (United Nations 2015a). Siehe auch, mit noch spezifischerem Bezug zum Entwicklungsgedanken, die Statistiken in den Human Development Reports der UNDP (UNDP 2015b).

<sup>3</sup> Siehe United Nations 2015b.

Der vorliegende Beitrag fragt, wie in der globalen Entwicklungspolitik mit Hilfe von Zahlen Zukunft projiziert wird. Im Zentrum steht dabei das Problem historischer Perspektivität: Politische Entscheidungsträger/-innen sollten mit Hilfe numerischen Wissens in die Lage versetzt werden, *heute* Maßnahmen so zu wählen, dass potentielle *künftige* Krisen abgewendet werden. Das, was heute als Zukunft projiziert wird – die gegenwärtige Zukunft (Koselleck 1989; Luhmann 1976) – unterscheidet sich jedoch in unbekannter Weise von der künftigen Gegenwart, in deren Dienst sich Entwicklungsentscheidungen stellen. Auf der einen Seite ist jede Projektion einer krisenhaften oder wünschenswerten Zukunft tief eingebettet in ihre eigene historische Gegenwart. Entwicklungsexpert/-innen entwickeln Zukunftsvorstellungen aus ihrer jeweiligen Perspektive als Wissenschaftler oder Wissenschaftlerin, als Mitglied westernisierter Eliten, als Repräsentant oder Repräsentantin eines Nationalstaates und insgesamt als *Kind* ihrer bzw. seiner *Zeit*. Auf der anderen Seite wird aber die zukünftige Gegenwart, die heute vorbereitet werden soll, anders sein als die gegenwärtige Gegenwart, weil die Gesellschaft sich weiterentwickelt – und dies geschieht aufgrund ihrer Komplexität in nicht antizipierbarer Weise (Dörner 1994) (Abb. 1). Wie verhält sich das statistische Wissen zu dieser Herausforderung, die Gegenwart in Richtung auf eine unbekanntere Zukunft zu transzendieren?

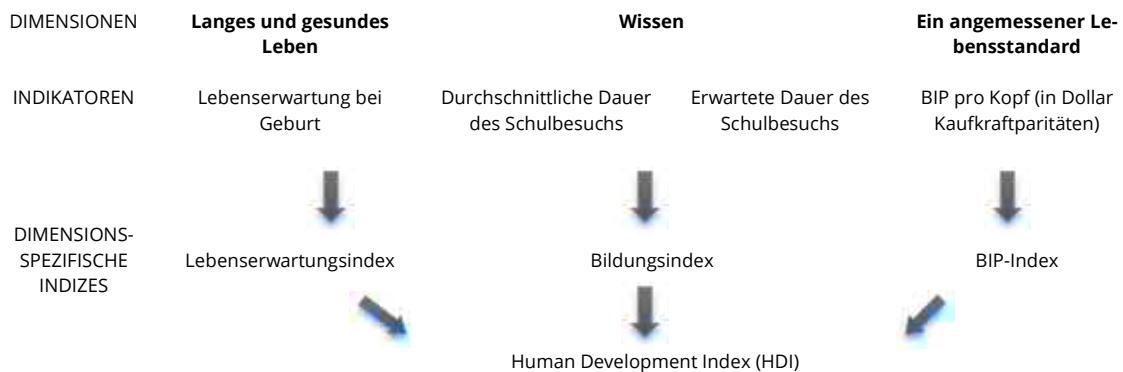


Abb. 1: Der Human Development Index, Quelle: UNDP (2015)

Im nachfolgenden Teil werden drei grundlegende Formen vorgestellt, in denen in der globalen Entwicklungspolitik Zahlen zur Projektion der Zukunft verwendet werden: Zielgrößen, Prognosen und Szenarien. Der zweite Abschnitt thematisiert die Unterscheidung von Universellem und Partikularem bzw. historischen Kontanten und Variablen. Der dritte Absatz nimmt die Stabilität und Langlebigkeit statistischer Kategorien im Bereich der Entwicklungspolitik in den Blick.

## Zielgrößen, Prognosen und Szenarien

Zahlen können in unterschiedlicher Weise verwendet werden, um Zukunft abzubilden. Im Entwicklungskontext lassen sich drei basale Formen unterscheiden: Zielgrößen, Prognosen und Szenarien.

Statistische Parameter messen empirische Tatbestände. Werden sie als Entwicklungsindikatoren verwendet, so fließt zusätzlich ein Moment der Bewertung in sie ein. Als Entwicklungsindi-

katoren dienen statistische Parameter dazu, jene Zustände oder Prozesse messbar zu machen, die durch entwicklungspolitische Maßnahmen herbeigeführt werden sollen. Sie fixieren einen wünschenswerten künftigen Zustand oder ein Spektrum solcher Zustände, an dem sich entwicklungspolitisches Handeln orientieren kann (McGranahan 1972). Im Hinblick auf die Zukunft fungieren Entwicklungsindikatoren in diesem Sinne als *Zielgrößen*.

Dieselben statistischen Parameter, die als Zielgrößen für entwicklungspolitisches Handeln verwendet werden, sind gleichzeitig Bestandteil vieler nationaler oder globaler *Prognosen*. Lebenserwartung beispielsweise ist sowohl ein klassischer Entwicklungsindikator als auch ein wichtiger Parameter in Bevölkerungsprognosen. Indem sie aus vergangenen Ereignissen künftige Trends extrapolieren, verwenden Prognosen statistische Parameter jedoch zur bewertungsfreien Beschreibung einer wahrscheinlichen Zukunft. Während Entwicklungsindikatoren Ziele für die Zukunft fixieren, informieren Prognosen darüber, auf welche Zukunft man sich heute schon einzustellen hat, unabhängig davon, was in einem abstrakten Sinne wünschenswert wäre.<sup>4</sup>

Eine dritte Form der Zukunftsprojektion, die im Bereich globaler Entwicklung von derzeit geringer, aber wachsender Bedeutung ist, bilden Szenarien (Opitz, Tellmann 2010).<sup>5</sup> Szenarioanalysen generieren Abbildungen jeweils mehrerer alternativer, aber nicht unbedingt wahrscheinlicher Zukunftsverläufe (Swart et al. 2004: 140). Dabei kann es sich um rein narrative Beschreibungen handeln; zunehmend werden Szenarien jedoch auch mit Hilfe von Quantifizierungstechniken erstellt, beispielsweise in Form von Simulationen. Szenarien beziehen sich auf längerfristige Zeitverläufe von typischerweise 25–50 Jahren in die Zukunft (Robinson 2003: 842).

In Szenarien wird das Problem historischer Perspektivität reflexiv. Ihren Ausgangspunkt bildet die Abgrenzung vom probabilistischen Kalkül der Prognosen, nämlich die Einsicht, dass aufgrund von Zufall, partiellem Wissen und menschlicher Intentionalität die Fähigkeit, die Zukunft vorherzusagen, stark eingeschränkt ist. Diese Faktoren

»do not make it impossible to say anything meaningful about future possibilities but they do seriously compromise our ability to predict the likelihood of alternative outcomes for complex human systems over the periods extending decades into the future. With such systems, it simply makes more sense to develop alternative scenarios of possible self-consistent but often incommensurable outcomes« (Robinson 2003: 841f.).

Durch eine systematische Auseinandersetzung mit verschiedenen möglichen Zukunftsverläufen soll die Entscheidungsfähigkeit von Akteuren verbessert werden. Insbesondere sollen diese in die Lage versetzt werden, Möglichkeiten in ihre Entscheidungsfindung mit einzubeziehen, mit denen sie im Rahmen ihrer normalen Denkgewohnheiten nicht rechnen würden. An dieser Stelle adressieren viele Szenarien einen zentralen Aspekt von historischer Perspektivität: die hohe Bindungskraft und das damit einhergehende Beharrungsvermögen von auf der Grundlage vergangener Erfahrungen aufgebauten Erwartungen. Bourdieu spricht von einem »hysteresis-Effekt«, wenn Akteure in einer veränderten Situation weiterhin auf der Grundlage eines »veralteten« Habitus wahrnehmen und agieren, also einem Habitus, der in einer früheren Situation angeeignet wurde und in dieser angemessen waren (Bourdieu 1977: 78). Szenarioanalytiker/-

<sup>4</sup> Siehe beispielsweise die globale Bevölkerungsprognose der Vereinten Nationen (UN-DESA, World Population, 29.05.2015, <http://www.un.org/esa/population/publications/longrange2/WorldPop2300final.pdf>).

<sup>5</sup> Siehe beispielsweise UNEP (2012), UNESCO (World Water Assessment, 06.06.2015, <http://www.unesco.org/new/en/natural-sciences/environment/water/wwap/world-water-scenarios/>).

innen rechnen damit, dass ihre Adressat/-innen nicht ohne Weiteres bereit sein werden, die Szenarien als Prämisse ihren weiteren Entscheidungen zugrunde zu legen – eben weil diese nicht zu ihren routinemäßigen Wahrnehmungs- und Erwartungsmustern passen. Aus diesem Grund wird eine möglichst drastische, eingängige Präsentation gewählt (Schwartz 2011). Dazu gehören oft narrative Formate (Schwartz, Ransdall 2008) – aber auch »schockierende« Zahlen. Häufig finden im Rahmen von *Scenario Planning* so genannte *affirmation workshops* statt, die auf die emotionale Aneignung der Szenarien zielen (Opitz, Tellmann 2010).

## Universelles und Partikulares

Neben der Szenarioanalyse gibt es in der globalen Entwicklungspolitik eine weitere Technik, um mit historischer Perspektivität umzugehen. Diese besteht in der Unterscheidung von Universellem und Partikularem bzw. historischen Konstanten und Variablen.

*Entwicklung* wird seit der europäischen Aufklärung universalistisch definiert. Aber das Ausmaß, in dem dabei Partikulares zugelassen bzw. gleichwertig in den Vordergrund gerückt wurde, variiert. Im 18. Jahrhundert beispielsweise war der Gedanke verbreitet, dass die Menschheitsentwicklung unterschiedliche, jeweils partikuläre Formen der Zivilisation hervorgebracht hatte; und die Neugierde darauf, diese verschiedenen Formen in ihren Besonderheiten herauszuarbeiten und auf einen gemeinsamen Kern des Menschseins zu beziehen, war die treibende Kraft der aufkommenden *Wissenschaft vom Menschen*. Im 19. Jahrhundert dagegen ging im Kontext der globalen Vormachtstellung Europas die Komponente des Partikularen verloren: Es gab nur einen einzigen möglichen Pfad menschlicher Entwicklung und mithin nur eine einzige – die europäische – Erscheinungsform von Zivilisation (Osterhammel 1998).

Man kann die Szenarioanalyse als Technik interpretieren, um Personen in die Lage zu versetzen, ihren partikularen historischen Standort in Richtung auf eine ebenso partikuläre, aber andersartige Zukunft zu transzendieren. So gesehen, stellt die Szenarioanalyse eine Technik der Übersetzung zwischen partikularen Perspektiven dar. Sie ähnelt in dieser Hinsicht der Anthropologie des 18. Jahrhunderts, die, wie oben erwähnt, die jeweiligen Besonderheiten anderer Völker zu erfassen suchte; und sie ähnelt der heutigen reflexiven Anthropologie, die durch eine Kombination von hermeneutischen Methoden und Selbstreflexion zu einer adäquateren Repräsentation fremder Kulturen gelangen möchte (Geertz 2003). Die Szenarioanalyse bildet das Pendant zu geschichtswissenschaftlichen Beiträgen, die darauf zielen, vergangene Lebenswelten zu erschließen – nur eben nicht rückblickend in die Vergangenheit, sondern in Richtung auf Zukunft.

Für dieses Unterfangen ist es im Entwicklungskontext jedoch notwendig, auch die andere Seite der Unterscheidung mit zu bedenken: das Universelle – und zwar in der Form universell bedeutsamer, elementarer Grundgüter. Stehen Nahrung und Trinkwasser nicht zur Verfügung, dann haben sich auch alle *höherstufigen*, luxuriöseren Entwicklungsziele erledigt. Und wo Sozialbeziehungen nicht berechenbar sind, wo physische Sicherheit im öffentlichen Raum nicht als kollektives Gut verfügbar ist, da kann weder eine individuelle Lebensgestaltung erfolgen noch

der Aufbau einer individuellen Identität gelingen (Fehmel 2014: 17).<sup>6</sup> Universelle Grundgüter bilden also sinnvollerweise den Kompass, wenn es darum geht, zu bestimmen, auf welche Aspekte beim Nachdenken über die Zukunft im Entwicklungskontext zu achten ist.

Dabei stellt sich die Rolle dieser Universalien im Kontext von Szenarien und Prognosen anders dar als bei der Verwendung als Zielgrößen bzw. Zielprogrammen. Im Zusammenhang mit Prognosen und Szenarien lautet die leitende Frage, wie sich in einer absehbaren, wahrscheinlichen oder möglichen (partikularen) Zukunft die Zugänglichkeit universeller Grundgüter darstellen wird. Demgegenüber identifizieren Entwicklungsindizes universell wertvolle Güter oder Daseinsweisen *in Abstraktion* von konkreten, historisch partikularen Gegebenheiten. Diese Güter oder Daseinsweisen werden dann als Zielvorgabe in die Zukunft projiziert. Die Abstraktion von den partikularen Besonderheiten der projizierten Zukunft läuft jedoch auf eine Abstraktion von nichtintendierten Nebenfolgen hinaus. Etwas an sich Erstrebenswertes wie beispielsweise ein langes Leben kann gesellschaftlich problematische Folgen haben, ja, unter bestimmten Umständen selbst zum Problem werden. So projiziert der Human Development Index die weiterlaufende Steigerung der Lebenserwartung quasi ohne Obergrenze als ein heute erstrebenswertes Ziel für *alle* Länder (UNDP 2015). Gleichzeitig hat die erfolgreiche Verlängerung des Lebens in vielen Wohlfahrtsstaaten bereits zu erheblichen Problemen der Finanzierung des Gesundheitssystems, der ethischen Fragen rund um Sterbehilfe, der Pflege und anderem mehr geführt. Für die mittelfristige Zukunft erwarten diese Länder eher eine Verschärfung als eine Entschärfung dieser Probleme – während der Human Development Index sie dazu auffordert, sich um die noch weitergehende Lebensverlängerung ihrer Bevölkerungen zu bemühen. Erst durch eine Einbettung des universell Wünschenswerten in eine *dichte* Beschreibung der betreffenden Zukunft werden nichtintendierte Nebenfolgen sichtbar. Dies gilt natürlich nur dann, wenn die projizierte Zukunft nicht als utopisches Ideal entworfen wird, sondern als von der Gegenwart aus gesehen real möglich.

## Institutionalisierung und Stabilisierungseffekte

Die jeweils dominierenden Entwicklungskonzepte bzw. Leitbilder von Entwicklung haben sich seit der Nachkriegszeit mehrmals geändert.<sup>7</sup> Dabei lässt sich bei aller Komplexität eine gewisse Grundtendenz in Richtung auf Konzepte ausmachen, die direkt auf den Menschen bezogen sind (Sumner 2006; Streeten 1995). Am Ausgangspunkt dieser Entwicklung stand die bereits in der Nachkriegszeit gemachte Erfahrung, dass mit der erfolgreichen Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen die anvisierten Ziele nicht realisiert wurden. Der erwartete *trickle-down-Effekt* blieb aus; selbst in Ländern, in denen das angestrebte Wirtschaftswachstum erreicht wurde, verbesserten sich die Lebensstandards der breiten Bevölkerung nicht erkennbar. Daraus zog man die Konsequenz, neben den Strategien oder Mitteln die ultimativen Ziele des Entwicklungsprozesses

<sup>6</sup> Vgl. Luhmann (2008), Walby (2009).

<sup>7</sup> Noch stärker als für die Leitbilder gilt dies für die von diesen zu unterscheidenden *Strategien* – angefangen von dem planerischen Keynesianismus der Nachkriegsjahre über die diesen konterkarierenden »neoliberalen« Austeritätsprogramme, und von der *Hilfe zur Selbsthilfe* über *good governance* hin zur Unterstützung von Migrantinnen in den Zielländern, damit diese dann in ihren Herkunftsländern selbst Entwicklungsprozesse unterstützen.



ses stärker in den Vordergrund zu stellen. Das Ergebnis dieser Bemühungen war in den 1970er Jahren eine Hinwendung zum Konzept der Grundbedürfnisse, welche wiederum seit den 1990er Jahren durch Amartya Sens Konzept der *capabilities*, der Verwirklichungschancen, als wichtigstes Leitkonzept von Entwicklung abgelöst wurden.

Dieser Wandel spiegelt sich in den Indikatoren, die die jeweiligen Leitbilder operationalisieren sollen, nicht oder nur schrittweise wider (Klingebl 1992: 9). Statistiken haben – darauf hat die Literatur vielfach hingewiesen – einen eigenen Institutionalisierungs- und Stabilisierungseffekt (Alonso, Starr 1987). Dieser zeichnet sich sehr deutlich auch im Bereich der globalen Entwicklungspolitik ab. Das Pro-Kopf-Einkommen wurde in der Nachkriegszeit in der internationalen Statistik institutionalisiert, und es ist bis heute der wichtigste Entwicklungsindikator geblieben. Weitere heute wichtige Entwicklungsindikatoren wie Lebenserwartung oder Bildungsraten wurden in den 1970er Jahren in die internationale Statistik aufgenommen. Das Beharrungsvermögen der statistischen Beobachtungskategorien lässt sich leicht erklären mit dem Problem der Datenverfügbarkeit. Es ist leicht, neue Entwicklungskonzepte zu entwerfen und Indizes zu generieren. Ungleich schwerer ist es jedoch, einen neuen statistischen Parameter zu etablieren, der als globaler Entwicklungsindikator fungieren kann; erfordert dies doch, dass weltweit die Bereitschaft und Ressourcen vorhanden sind, die entsprechenden Daten zusätzlich zu den bisherigen zu erheben, zentral zu sammeln und zu verarbeiten (McGranahan et al. 1985).

Bezogen auf das Problem der historischen Perspektivität ist der ungleiche Wandel von Entwicklungskonzepten und den sie operationalisierenden Indikatoren ambivalent zu sehen. Einerseits liegt in der Wandlungsresistenz der Statistik eine Abpufferungs- und Orientierungsfunktion. Entwicklungskonzepte reagieren offenbar viel direkter auf Veränderungen in der weltpolitischen Lage oder im akademischen und Expert/-innendiskurs als die Statistik. Indem sie sich jedoch operativ an den Zahlen orientiert, die die Entwicklungskonzepte operationalisieren, ist die Entwicklungspolitik Moden des Entwicklungsdiskurses nicht direkt ausgesetzt. Die Statistik schützt sozusagen das entwicklungspolitische Alltagsgeschäft vor Stimmungsschwankungen und Meinungskonjunkturen in Wissenschaft, Weltöffentlichkeit und Weltpolitik. Sie verleiht ihm eine gewisse Unabhängigkeit und fungiert wie ein stabiler Kompass, an dem sich politische Entscheidungsprozesse orientieren können.

Die Kehrseite dieser Stabilität von Statistik besteht darin, dass die einmal in sie eingeführte historische Perspektivität zu ihrem festen und langfristigen Bestandteil wird. Das Pro-Kopf-Einkommen geht als Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf den Kontext der Kriegs- und Nachkriegszeit zurück. Hier fand es schnell breite politische Akzeptanz, weil es dringliche aktuelle Probleme erfolgreich zu lösen schien, darunter die Ausweitung der Produktion im Rahmen einer Kriegswirtschaft und der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaften nach dem Krieg (Lepenies 2013). Es ist bemerkenswert, dass das Pro-Kopf-Einkommen einen engen Bezug zum Thema Krise hat. Es erzielte seinen Durchbruch allerdings nicht, indem es die Krise als Szenario einer *künftigen* Bedrohung präsent machte. Die Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens – sprich: Wachstum – wurde vielmehr als Lösungsformel für eine Situation erfunden, in der die Krise bereits real war. Die in sie eingelassene historische Perspektivität wurzelt in einer Situation der Not und der gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung.

## Schluss

Vor dem Hintergrund des Problems historischer Perspektivität fragt der vorliegende Beitrag, wie in der globalen Entwicklungspolitik mit Hilfe von Zahlen Zukunft projiziert wird. Zunächst wurden Zielgrößen, Prognosen und Szenarien als drei grundlegende Formen der Zukunftsprojektion identifiziert. Während die beiden erstgenannten von historischer Perspektivität abstrahieren, wird dieses Problem in Szenarien explizit adressiert. Der zweite Abschnitt nahm eine zweite grundlegende Wissenstechnik in den Blick, die in der globalen Entwicklungspolitik verfügbar ist, um mit historischer Perspektivität umzugehen: die Unterscheidung von Universellem und Partikularem bzw. historischen Kontanten und Variablen. Es wurde argumentiert, dass Szenarien eine Technik darstellen, um den eigenen partikularen Standort in Richtung einer ebenso partikularen, aber andersartigen Zukunft effektiv zu transzendieren. Dabei bildet der Bezug auf universelle Grundgüter einen notwendigen Kompass, um zu bestimmen, auf welche Aspekte bei der Auseinandersetzung mit möglichen Zukunftsentwicklungen zu achten ist. Entwicklungsindizes demgegenüber projizieren universelle Entwicklungsziele in Abstraktion von den partikularen Bedingungen sozialer Kontexte. Dadurch invisibilisieren sie mögliche nichtintendierte Nebenfolgen, die sich mit der erfolgreichen Umsetzung ihrer Ziele einstellen können oder bereits eingestellt haben. Der dritte Abschnitt befasste sich mit dem Wandel von Entwicklungsstatistik. Entwicklungskonzepte reagieren stärker auf kurzfristige Veränderungen in der weltpolitischen Lage oder im Expert/-innendiskurs und haben sich daher seit der Nachkriegszeit schneller gewandelt als die sie operationalisierenden statistischen Parameter. Die Entwicklungsstatistik kann vor diesem Hintergrund als Puffer gesehen werden, der der Entwicklungspolitik eine gewisse Autonomie und Kontinuität verleiht, und der sie davor bewahrt, die historische Perspektivität ihrer politischen und gesellschaftlichen Umwelten ungebrochen übernehmen zu müssen. Gleichzeitig bedeutet die Stabilität der Entwicklungsstatistik aber auch, dass die einmal in sie eingeführte historische Perspektivität über lange Zeiträume reproduziert wird.

## Literatur

- Alonso, W., Starr, P. 1987: *The Politics of Numbers*. New York: Russell Sage Foundation.
- Borchardt, K. 1978: Perspektiven der Wachstumsgesellschaft. In K. von Beyme, K. Borchardt, Y. Dror (Hg.), *Wachstum als gesellschaftliches Problem*. Königstein: Athenäum, 157–168.
- Bourdieu, P. 1977: *Outline of a Theory of Praxis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cartwright, L. E. 2000: Selecting Local Sustainable Development Indicators: Does Consensus Exist in their Choice and Purpose? *Planning Practice & Research*, 15. Jg., Heft 1–2, 65–78.
- Davis, K. E., Fisher, A., Kingsbury, B., Merry, S.E. 2012: *Governance by Indicators. Global Power through Quantification and Rankings*. Oxford: Oxford University Press.
- Dörner, D. 1994: *Die Logik des Misslingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen*. Reinbek: Rowohlt.
- Escobar, A. 1995: *Encountering Development*. Princeton: Princeton University Press.
- Espeland, W., Stevens, M. L. 2008: A Sociology of Quantification. *American Journal of Sociology*, 49. Jg., Heft 3, 401–436.

- Fehmel, T. 2014: Systemzwang und Akteurswissen. Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen. Frankfurt am Main: Campus.
- Geertz, C. 2003: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heintz, B. 2013: Welterzeugung durch Zahlen. Modelle politischer Differenzierung in internationalen Statistiken, 1948-2011. In C. Bohn, A. Schubbach, L. Wansleben (Hg.), Welterzeugung durch Bilder. Sonderband Soziale Systeme. Stuttgart: Lucius & Lucius, 7-39.
- Klingebiel, S. 1992: Entwicklungsindikatoren in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion: Der Human Development Index, der Human Freedom Index und andere neuere Indikatoren-Konzepte. <http://inef.uni-due.de/cms/files/report02.pdf> (letzter Aufruf 13.06.2011).
- Koselleck, R. 1989: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lepenies, P. 2013: Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1976: The Future Cannot Begin: Temporal Structures in Modern Society. *Social Research*, 43. Jg., Heft 1, 130-152.
- Luhmann, N. 2008: Grundrechte als Institution. Berlin: Duncker & Humblot.
- McGranahan, D. 1972: Development Indicators and Development Models. *The Journal of Development Studies*, 8. Jg., Heft 3, 91-102.
- McGranahan, D., Pizarro, E., Richard, C. 1985: Measurement and Analysis of Socioeconomic Development. Genf: UNRISD.
- Mennicken, A., Vollmer, H. 2007: Zahlenwerk: Kalkulation, Organisation und Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag.
- Opitz, S., Tellmann, U. 2010: Katastrophale Szenarien – Gegenwärtige Zukunft in Recht und Ökonomie. *Leviathan*, Sondernummer 245: Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert, 27-52.
- Opello, W., Rostow, S. 2004: The Nation-state and Global Order. A Historical Introduction in Contemporary Politics. Boulder: Rienner.
- Osterhammel, J. 1998: Die Entzauberung Asiens. Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert. München: Beck.
- Porter, T. 1986: The Rise of Statistical Thinking, 1820-1900. Princeton: Princeton University Press.
- Power, M. 2004: Counting, Control and Calculation: Reflections on Measuring and Management. *Human Relations*, 57. Jg., Heft 6, 765-783.
- Robinson, J. 2003: Future Subjunctive: Backcasting as Social Learning. *Futures*, 35. Jg., Heft 8, 839-856.
- Schwartz, P. 2011: Developing and Using Scenarios. <http://www.uri.edu/hc/2011/documents/Art%20of%20the%20Long%20View%20Excerpt.pdf> (letzter Aufruf 22. Dezember 2014).
- Schwartz, P., Rannndall, D. 2008: Ahead of the Curve: Anticipating Strategic Surprise. In F. Fukuyama (Hg.), *Blindside. How to Anticipate Forcing Events and Wild Cards in Global Politics*. Brookings Institution Press: New York.
- Speich, D. 2009: Der Blick von Lake Success: Das Entwicklungsdenken der frühen UNO als »lokales Wissen«. In H. Büschel, D. Speich (Hg.), *Entwicklungswelten: Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit*. Frankfurt am Main: Campus.
- Speich, D. 2011: The Use of Global Abstractions: National Income Accounting in the Period of Imperial Decline. *Journal of Global History*, 6. Jg., Heft 1, 7-28.
- Streeten, P. 1995: Human Development: The Debate About the Index. *International Social Science Journal*, 47. Jg., Heft 21, 5-37.
- Sumner, A. 2006: Economic Well-Being and Non-Economic Well-Being. In M. McGillivray (Hg.), *Understanding Human Well-Being*. Tokyo: United Nations University Press, 54-73.

- Swart, R.J., Raskin, P., Robinson, J. 2004: The Problem of the Future: Sustainability Science and Scenario Analysis. *Global Environmental Change* 14, 9. Jg., Heft 4, 137–146.
- Thornley, A. 2007: Developing Indicators for Local Communities: The New Zealand Experience. In *Organization for Economic Co-operation and Development (OECD) (Hg.), Statistics, Knowledge and Policy 2007. Measuring and Fostering Progress*. Paris: OECD Publishing.
- UN-DESA 2012: World Population Prospects: The 2012 Revision. <http://www.un.org/esa/population/publications/longrange2/WorldPop2300final.pdf> (letzter Aufruf 29. Mai 2015).
- UNDP 2015: Human Development Index. <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi> (letzter Aufruf 06. Juni 2015).
- UNDP 2015: Human Development Reports. <http://hdr.undp.org/en> (letzter Aufruf 06.11.2015).
- UNEP 2012: Environment for the Future We Want. *Global Environment Outlook 5*. Malta: Progress Press.
- UNESCO 2015: World Water Assessment Programme. <http://www.unesco.org/new/en/natural-sciences/environment/water/wwap/world-water-scenarios/> (letzter Aufruf 06. Juni 2015).
- United Nations 2015: Statistical Yearbook. <http://unstats.un.org/unsd/syb/> (letzter Aufruf 06.11.2015).
- United Nations 2015: Sustainable Development Goals. <http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/> (letzter Aufruf 06.11.2015).
- Walby, S. 2009: *Globalization & Inequalities. Complexity and Contested Modernities*. London: Sage.
- Ward, M. 2004: *Quantifying the World. UN Ideas and Statistics*. Bloomington: Indiana University Press.

Ad-Hoc-Gruppe »Krisenmanagement im Studium: Handlungsbedingungen,  
individuelle Entscheidungen und soziale Mechanismen in der tertiären Bildung«  
– organisiert von Volker Lang, Martin Groß und Steffen Hillmert

# Plagiate an Universitäten

## Einige Überlegungen und neue empirische Befunde

*Ivar Krumpal, Julia Jerke und Thomas Voss*

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Krisenmanagement im Studium: Handlungsbedingungen, individuelle Entscheidungen und soziale Mechanismen in der tertiären Bildung« – organisiert von Volker Lang, Martin Groß und Steffen Hillmert*

Selten wurde über in der Öffentlichkeit stehende Personen so hitzig debattiert wie im Jahre 2011 über Karl Theodor zu Guttenberg und einige weitere ähnliche Fälle weniger prominenter Politikerinnen und Politiker. Sie stolperten nicht über eine politische Affäre oder einen peinlichen Fauxpas im Umgang mit Medienvertretern, sondern über folgenschweres wissenschaftliches Fehlverhalten. Im Fall zu Guttenberg stellte sich heraus, dass große Teile seiner Dissertation aus Werken anderer Autoren zusammengesetzt waren, es sich also um ein Plagiat handelte. Juristen bezeichnen als Plagiat »die nicht gekennzeichnete Übernahme kompletter Passagen aus dem Werk eines anderen Autors«, die »eine Täuschung über die Eigenständigkeit der erbrachten wissenschaftlichen Leistung« beinhaltet. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Übernahme fremden Gedankenguts »planmäßig und nicht nur vereinzelt« erfolgt ist.<sup>1</sup>

## Einige Überlegungen zu Plagiaten im Wissenschaftssystem

Ein Blick zurück in die Wissenschaftsgeschichte macht deutlich: Politiker und *Freizeitwissenschaftler* wie Freiherr zu Guttenberg und Co. sind keine Einzelfälle und Plagiatsdiskussionen beschränken sich nicht auf Randfiguren des Wissenschaftsbetriebs. Selbst bedeutende Köpfe der neuzeitlichen Wissenschaft waren Plagiatsvorwürfen ausgesetzt. Der wohl bekannteste Fall ist der Folgende (Wußing 2008): Im siebzehnten Jahrhundert wurde ein unschöner Streit zwischen Sir Isaac Newton und Gottfried W. Leibniz sowie vor allem ihren jeweiligen Anhängern ausgetragen, in dem es um die Urheberschaft zentraler Ideen der Analysis (Infinitesimalrechnung) ging. Newton hatte bereits in den 1660er Jahren Überlegungen zur *Fluxionentheorie* – so nannte er die

---

<sup>1</sup> Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg, Beschluss vom 13. Oktober 2008, Aktenzeichen: 9 S 494/08, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Rechtsprechungsreport (NVwZ-RR) 2009: 285–287.

Analysis – in (unveröffentlichten) Manuskripten nieder geschrieben. Leibniz dagegen arbeitete einige Jahre später an ähnlichen Fragestellungen, *publizierte* aber 1684 die erste Abhandlung zum *Calculus*, deren Inhalte schnell von Gelehrten des Kontinents aufgegriffen und weiter entwickelt wurden, darunter Mitgliedern der Basler Mathematiker-Dynastie Bernoulli. Bis heute verwenden wir die von Leibniz eingeführten Symbole (wie  $dx/dt$  oder das Integralzeichen). Der Streit entzündete sich um die Frage, ob Leibniz erst aufgrund einer direkten (er korrespondierte einige Male brieflich mit Newton) und indirekten Kenntnis der unveröffentlichten Arbeiten Newtons einen Impuls zur Formulierung seiner Ideen erhielt oder sie unabhängig von Newtons Beiträgen entwickelte. Heute scheint es Konsens unter Wissenschaftshistorikern zu sein, dass beide Gelehrte unabhängig voneinander zu ihren Erkenntnissen gelangt sind. Die Heftigkeit des Konflikts zwischen den beiden Geistesgrößen und ihren Anhängerschaften, die nicht vor Intrigen und übler Nachrede zurück schreckten, wirft kein gutes Licht auf die Beteiligten. Allerdings ist sie auch Ausdruck des Sachverhalts, dass es hier um mehr als persönliche Verletzungen und Eitelkeiten ging. Robert K. Merton hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Anerkennung von Priorität zu den entscheidenden Elementen des Belohnungssystems wissenschaftlicher Gemeinschaften gehört (Merton 1973). Gemäß Merton kann Wissenschaft als soziale Aktivität mit spezifischen Normen und Werten (Universalismus, gemeinschaftliches Eigentum an Forschungsergebnissen, organisierter Skeptizismus, Fairness und Uneigennützigkeit) betrachtet werden (Merton 1957, 1968).

In der Wissenschaft werden – verglichen mit anderen Berufsfeldern – keine materiellen Reichtümer verteilt, sondern Ruhm und Ehre. Diese werden denjenigen zuteil, die als *erste* eigenständig eine bedeutende Erkenntnis gefunden und öffentlich gemacht haben, was sich auch – oftmals posthum – in Eponymen niederschlagen kann (zum Beispiel Keplers Gesetze, Nash-Gleichgewicht usw.). Eponyme verbinden eine bestimmte Entdeckung sichtbar für die Nachwelt mit dem Namen ihres Urhebers. Die Norm der Anerkennung von Priorität gehört zu den elementarsten Normen des Wissenschaftssystems überhaupt, ihre Verletzung wird daher mit den schärfsten Sanktionen beantwortet, insbesondere mit dem förmlichen oder informellen Ausschluss aus der Wissenschaftsgemeinschaft. Dabei ist oft – wie die Newton-Leibniz-Kontroverse belegt – nicht leicht zu entscheiden, ob tatsächlich ein Plagiat vorliegt oder *wem* das Recht auf Priorität zuerkannt werden soll, und Eponyme sind nicht selten historisch falsch (was etwa Stephen Stigler an zahlreichen Beispielen aus der Geschichte der mathematischen Statistik belegt und selbstironisch als *Stigler's law of eponymy* formuliert: »No scientific discovery is named after its original discoverer«, Stigler 1999: 277). Ein Grund für die Schwierigkeiten der Bestimmung von Prioritätsansprüchen liegt darin, dass – wie Merton nachweist – tatsächlich Ideen oft »in der Luft« liegen (Merton 1973). Das intellektuelle Klima liefert dann Anregungen, die bei findigen Forschern multiple, unabhängige Entdeckungen sehr ähnlicher Erkenntnisse auslösen. Zum anderen treffen viele originelle Außenseiter-Ideen zunächst auf taube Ohren und werden erst später wieder entdeckt, wenn sie mit dem Standpunkt des wissenschaftlichen Mainstreams besser vereinbar sind. Der Ruhm wird dann meist dem Wiederentdecker zuteil.

Nun sind wissenschaftliches Fehlverhalten und Plagiate keineswegs ein Thema, das nur für diejenigen Akteure des Wissenschaftsbetriebs relevant ist, die in den höchsten Rängen anzutreffen sind oder höhere akademische Weihen (wie den Doktorgrad) erringen wollen. Auch ist die Frage nach der Eigenständigkeit einer wissenschaftlichen Leistung nicht immer schwer zu be-

antworten. Im Fall zu Gutenberg waren ganze Textpassagen eindeutig wörtlich oder minimal verändert aus Quellen übernommen, die nicht angegeben wurden. Bereits Studierenden der ersten Semester wird deutlich signalisiert, dass Plagieren kein Kavaliersdelikt ist, sondern den Kern des Ethos der Wissenschaft und der universitären Normen berührt. Nachlässigkeiten im Umgang mit Plagiaten – auf welcher Ebene auch immer – prämiieren nicht nur unfaires Verhalten, sondern gefährden das Wissenschaftssystem insgesamt, weil sie seinen Belohnungsmechanismus tendenziell außer Kraft setzen können. Nicht zu leugnen ist aber, dass es, dank weltweiter Vernetzung und dem fast unbegrenzten Zugriff auf eine gewaltige Menge von Informationen und Dokumenten im Worldwide Web, noch nie so leicht war wie heute, fremde Gedanken, Ideen und Konzepte in die eigene Arbeit einzubauen und unter Anmaßung der Autorenschaft fälschlicherweise als Eigenleistung auszugeben – Copy & Paste macht es möglich. Gleichzeitig hat sich seit Einführung gestufter Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses in vielen Fächern der Leistungsdruck insoweit erhöht, als praktisch vom Studienbeginn an gute Prüfungsnoten gesammelt werden müssen, die in die Abschlussnote eingehen, so dass möglicherweise auch die Anreize steigen, sich durch Anwendung unfairer Mittel einen Vorteil zu verschaffen. Ob das Problembewusstsein derjenigen Personen, die Plagiate aufspüren und sanktionieren können, mit dieser Entwicklung gewachsen ist, sei dahin gestellt. Eine offene empirische Frage ist deshalb, wie verbreitet Plagiate tatsächlich sind. Sind Plagiate nur ein Randphänomen, oder ist von einem größeren Dunkelfeld auszugehen?

## Empirische Befunde zu Plagiaten an Universitäten

Dass Plagiate mehr als ein nur subjektiv gefühltes Problem einzelner Lehrender sind, zeigen mehrere von uns und unseren Kolleginnen und Kollegen durchgeführten empirischen Studien.<sup>2</sup> Die Studien sind im Forschungsprojekt *Asking Sensitive Questions: Possibilities and Limits of Randomized Response and Other Techniques in Different Survey Modes* entstanden, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Schwerpunktprogramms 1292 Survey Methodology gefördert wurde. Es handelte sich hierbei um ein Kooperationsprojekt der Universitäten Leipzig, Bern und Mainz sowie der ETH Zürich.<sup>3</sup>

Eine dieser Studien sei im Folgenden kurz vorgestellt:<sup>4</sup> Im Juni bzw. Juli 2009 wurden an der Universität Leipzig (n = 273), der ETH Zürich (n = 111) und der LMU München (n = 90) insgesamt 474 Studierende verschiedener Fachrichtungen zu *wissenschaftlichem Arbeiten im Studium* befragt. Hiervon gaben 406 Studentinnen und Studenten Selbstauskünfte zu Plagiaten, wobei eine Teilgruppe (n = 310) auch mit einer auf wahrscheinlichkeitstheoretischen Überlegungen beruhenden Spezialtechnik befragt wurde, die den Befragten Anonymität garantieren soll (das sogenannte *Crosswise Model*). Bekanntlich ist die Bereitschaft zur wahrheitsgetreuen Beantwortung unangenehmer Fragen (und dazu gehören solche, die *abweichendes Verhalten* der Befragten

---

2 Vgl. Coutts et al. 2011; Jann et al. 2012; Jerke, Krumpal 2013; Krumpal et al. 2015.

3 Vgl. DFG 2008, 09.04.2015, [http://www.survey-methodology.de/en/projekt16\\_en.html](http://www.survey-methodology.de/en/projekt16_en.html).

4 Vgl. Jann et al. 2012.



betreffen) in einer direkten Befragung eher gering (Krumpal 2013, 2014). Die beiden Fragen hierzu lauteten wörtlich wie folgt (Jann et al. 2012):

Frage 1 (partielles Plagiat): »Haben Sie beim Schreiben einer Hausarbeit (z.B. Seminararbeit, Semesterarbeit, Abschlussarbeit, etc.) schon einmal bewusst eine Textpassage aus einem fremden Werk übernommen, ohne diese als Zitat zu kennzeichnen?«

Frage 2 (Vollplagiat): »Haben Sie schon einmal einen Großteil einer Arbeit durch eine andere Person schreiben lassen oder eine fremde Arbeit (z.B. von [www.hausarbeiten.de](http://www.hausarbeiten.de)) als Ihre eigene ausgegeben?«

Während in der Kontrollgruppe 96 Studierende die beiden Fragen direkt beantworteten, wurden die Antworten der anderen 310 Studierenden in der Experimentalgruppe mit Hilfe eines statistischen Verfahrens anonymisiert. Die Befragten in dieser Gruppe antworteten nicht direkt auf die Frage nach Plagiaten. Stattdessen erhielten sie jeweils zwei Fragen, auf die sie eine kombinierte Antwort geben sollten. So wurde die heikle Frage nach dem partiellen Plagiat »Haben Sie beim Schreiben einer Hausarbeit (z.B. Seminararbeit, Semesterarbeit, Abschlussarbeit, etc.) schon einmal bewusst eine Textpassage aus einem fremden Werk übernommen, ohne diese als Zitat zu kennzeichnen?« mit der harmlosen Frage »Hat ihre Mutter in den Monaten Januar, Februar oder März Geburtstag?« gepaart (Jann et al. 2012). Die Studierenden mussten lediglich angeben, ob ihre Antworten auf beide Fragen *gleich* (das heißt beide mit Ja oder beide mit Nein) oder *verschieden* (das heißt eine mit Ja, die andere mit Nein) waren. Um nun den Anteil der Studierenden schätzen zu können, welche die Frage nach dem Plagiat bejahen, sollte der Anteil der Personen, die die Geburtstagsfrage bejahen, bekannt sein. Im Fall der aktuellen Studie wurde näherungsweise von einer Gleichverteilung der Geburtstage über das Jahr ausgegangen. Damit beantworteten erwartungsgemäß 25 Prozent der Studierenden die Frage nach dem Geburtstag der Mutter mit Ja. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht das Prinzip der Befragungsmethode.

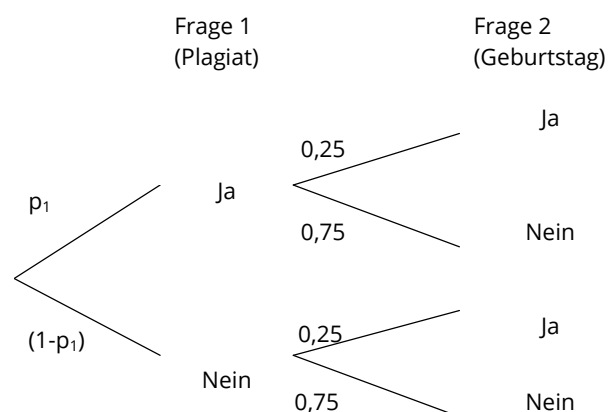


Abb. 1: Das Crosswise Model<sup>5</sup>

Demnach gibt ein Studierender mit einer Wahrscheinlichkeit von  $p_1 * 0,25 + (1 - p_1) * 0,75$  auf beide Fragen die gleiche Antwort (das heißt beide mit Ja oder beide mit Nein). Der Anteil  $p_1$  der

<sup>5</sup> Vgl. Yu et al. 2008; Jann et al. 2012.

plagiierten Studentinnen und Studenten ist nicht bekannt. Geschätzt werden kann er über den Prozentsatz der Studierenden, die schließlich angeben, tatsächlich beide Fragen gleich zu beantworten. Wird dieser Anteil mit  $P$  bezeichnet, ergibt sich zusammen mit der obigen Wahrscheinlichkeit die folgende Schätzgleichung:  $P = p_1 * 0,25 + (1 - p_1) * 0,75$ . Nach  $p_1$  umgestellt, erhält man schließlich eine Schätzformel für den Anteil der Studierenden, die tatsächlich plagiiert haben. Dieses Verfahren mag auf den ersten Blick unnötig kompliziert erscheinen. Der Vorteil ist aber, dass die Studierenden die Frage nach den Plagiaten nicht direkt beantworten müssen. Dadurch bleibt ihre Privatsphäre geschützt. Es ist daher davon auszugehen, dass die Studierenden ehrlicher antworten werden und weniger sozial erwünschte Antworten geben als bei einer weniger anonymen, direkten Frage. Diese Vermutung konnte empirisch bestätigt werden (vgl. Tabelle 1):

	Direkte Befragung (DB)	»Crosswise« Model (CM)	Differenz (CM – DB)
Partielles Plagiat	7,3 (2,7)	22,3 (5,5)	15,0 (6,1)
Vollplagiat	1,0 (1,0)	1,6 (5,0)	0,6 (5,1)
Fallzahl (N)	96	310	

Tab. 1: Prozentualer Anteil der »Ja«-Antworten auf die Frage nach den Plagiaten (Standardfehler in Klammern) gelistet nach Befragungstechnik (Jann et al. 2012)

In der anonymen Bedingung gaben 22,3 Prozent der Befragten an, dass sie schon einmal Textpassagen aus einem fremden Werk übernommen haben, ohne dies als Zitat zu kennzeichnen (zum Vergleich: 7,3 Prozent in der direkten Befragung). Weiterhin bekannten sich 1,6 Prozent der anonym befragten Studenten zu einem Vollplagiat (zum Vergleich: 1,0 Prozent in der direkten Befragung). Diese Zahlen betreffen unterschiedliche Fachrichtungen, wobei die medizinischen Fächer (in denen schriftliche Hausarbeiten in der Regel erst als Doktorarbeiten geschrieben werden) nicht einbezogen wurden. Signifikante Unterschiede zwischen den drei Universitäten und den Fachrichtungen gibt es nicht. Die Ergebnisse der Studie machen deutlich: *mindestens jeder vierte bis fünfte Studierende hat im Laufe seines Studiums bereits ein Teilplagiat eingereicht*. Zudem scheint mindestens eine von 100 Arbeiten ein Vollplagiat zu sein. Diese Zahl sieht auf den ersten Blick nicht besonders hoch aus. Nimmt man bezogen auf die Universität Leipzig jedoch an, dass ca. 5.000 Studierende pro Jahr ihren Studienabschluss erlangen (im Wintersemester 2014/15 waren 28.275 Studierende an der Universität Leipzig eingeschrieben)<sup>6</sup> und hier von mindestens 1 Prozent ein Vollplagiat einreicht, dann kann über eine einfache Hochrechnung von mindestens 50 vollständig plagiierten Arbeiten pro Jahr ausgegangen werden. Die absolute Zahl von teilweise plagiierten Arbeiten pro Jahr müsste gemäß dieser Rechnung dann im vierstelligen Bereich liegen. Da nicht alle Studierende in einer Befragung wahrheitsgemäße Selbstauskünfte geben und stattdessen sozial erwünscht antworten, scheinen diese Schätzungen am ehesten noch konservative Untergrenzen zu sein. Es ist somit von einem extrem großen

<sup>6</sup> Vgl. Zahlen und Fakten der Universität Leipzig 2015, 09.04.2015, <http://www.zv.uni-leipzig.de/universitaet/profil/leitbild-profil-geschichte/zahlen-und-fakten.html>.

Dunkelfeld auszugehen, das in einem scharfen Kontrast zu der Handvoll von Plagiaten steht, die pro Jahr tatsächlich ans Licht kommen.

## Diskussion

Angesichts dieser Werte und auch weiterer Fälle aus der eigenen Lehrpraxis besteht ein klarer Handlungsbedarf. So sollte universitätsweit bei Studierenden und Lehrenden das Bewusstsein für die Konsequenzen von wissenschaftlichem Fehlverhalten geschärft werden.<sup>7</sup> Zudem sollten Universitäten noch klarere Richtlinien bzw. einen Zitierknigge formulieren,<sup>8</sup> die fakultätsübergreifend vereinheitlicht und dann unter den Studierenden und Lehrenden verbreitet werden. Auch sollten bereits bestehende Regelungen systematischer durchgesetzt und entdecktes Plagieren mit aller Konsequenz bestraft werden. Denn sollte eine Universität Plagiate durch mangelnde Kontrollen tolerieren, dann würde das die falschen Anreize für Studierende setzen und längerfristig auch die Reputation von Universitäten und des Wissenschaftssystems als Ganzes in der Öffentlichkeit in Frage stellen.

Neben stichprobenartigen Kontrollen von Haus-/Bachelor-/Masterarbeiten mit Spezialsoftware und Sanktionsandrohungen könnten vor allem präventive Maßnahmen helfen, das Bewusstsein für die Ursachen und Folgen von Plagiaten (und auch anderem wissenschaftlichen Fehlverhalten) zu schärfen. Dies könnte beispielsweise in Form von Einführungsseminaren in wissenschaftliches Arbeiten für Erstsemester geschehen. Schließlich würden sich auch Überlegungen zur Veränderung universitärer Strukturen lohnen, damit Anreize zu wissenschaftlichem Fehlverhalten sinken.

## Literatur:

- Coutts, E., Jann, B., Krumpal, I., Näher, A.-F. 2011: Plagiarism in Student Papers: Prevalence Estimates Using Special Techniques for Sensitive Questions. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 231 Jg., Heft 5+6, 749–760.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft. 2008: Schwerpunktprogramm 1292 »Survey Methodology«, DFG-Projekt »Asking sensitive questions: Possibilities and limits of randomized response and other techniques in different survey modes«, [http://www.survey-methodology.de/en/projekt16\\_en.html](http://www.survey-methodology.de/en/projekt16_en.html) (letzter Aufruf 09.04.2015).
- ETH Zürich. 2007: Zitier-Knigge: Über den Umgang mit fremdem Gedankengut. Zürich: ETH Zürich, [http://www.luiw.ethz.ch/labor1/leistungskontrolle/box\\_feeder/MerkblattPlagiate](http://www.luiw.ethz.ch/labor1/leistungskontrolle/box_feeder/MerkblattPlagiate) (letzter Aufruf 09.04.2015).
- Jann, B., Jerke, J., Krumpal, I. 2012: Asking sensitive questions using the crosswise model: An experimental survey measuring plagiarism. *Public Opinion Quarterly*, 76. Jg., Heft 1, 32–49.
- Jerke, J., Krumpal, I. 2013: Plagiate in studentischen Arbeiten – Eine empirische Untersuchung unter Anwendung des Triangular Modells. *Methoden – Daten – Analysen. Zeitschrift für empirische Sozialforschung*, 7. Jg., Heft 3, 347–368.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu auch die Satzung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis der Universität Leipzig 2002, 09.04.2015, <http://www.zv.uni-leipzig.de/forschung/satzung.html>.

<sup>8</sup> Vgl. ETH Zürich 2007, 09.04.2015, [http://www.luiw.ethz.ch/labor1/leistungskontrolle/box\\_feeder/MerkblattPlagiate](http://www.luiw.ethz.ch/labor1/leistungskontrolle/box_feeder/MerkblattPlagiate).

- Krumpal, I. 2013: Determinants of Social Desirability Bias in Sensitive Surveys: A Literature Review. *Quality & Quantity*, 47. Jg., Heft 4, 2025–2047.
- Krumpal, I. 2014: Social desirability bias and context in sensitive surveys. In A. C. Michalos (Hg.), *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*. Dordrecht: Springer, 6037–6043.
- Krumpal, I., Jann, B., Auspurg, K., von Hermann, H. 2015: Asking Sensitive Questions: A Critical Account of the Randomized Response Technique and Related Methods. In U. Engel, B. Jann, P. Lynn, A. Scherpenzeel, P. Sturgis (Hrsg.), *Improving Survey Methods: Lessons from Recent Research*. New York: Routledge/Taylor & Francis, 122–136.
- Merton, R. K. 1957: Priorities in Scientific Discovery. *American Sociological Review*, 22. Jg., Heft 6, 635–659.
- Merton, R. K. 1968: Science and Democratic Social Structure. In R.K. Merton, *Social Theory and Social Structure*. New York: Free Press, 605–615.
- Merton, R. K. 1973: *The Sociology of Science*. Chicago: University of Chicago Press.
- Stigler, S. 1999: Stigler's Law of Eponymy. In S. Stigler, *Statistics on the Table*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, 277–290.
- Universität Leipzig. 2002: Satzung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Leipzig: Universität Leipzig, <http://www.zv.uni-leipzig.de/forschung/satzung.html> (letzter Aufruf 09.04.2015).
- Universität Leipzig. 2015: Zahlen und Fakten. Leipzig: Universität Leipzig, <http://www.zv.uni-leipzig.de/universitaet/profil/leitbild-profil-geschichte/zahlen-und-fakten.html> (letzter Aufruf 09.04.2015).
- Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg, Beschluss vom 13. Oktober 2008, Aktenzeichen: 9 S 494/08, *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Rechtsprechungsreport (NVwZ-RR)* 2009, 285–287.
- Wußing, H. 2008: *6.000 Jahre Mathematik. Band 1: Von den Anfängen bis Leibniz und Newton*. Berlin: Springer.
- Yu, J.-W., Tian, G.-L., Tang, M.-L. 2008: Two new models for survey sampling with sensitive characteristic: design and analysis. *Metrika*, 67. Jg., Heft 3, 251–263.

# Persönliche Lernnetzwerke im Studium

## Aufbau, Zusammensetzung und soziale Differenzierung

Steffen Hillmert und Volker Lang

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Krisenmanagement im Studium: Handlungsbedingungen, individuelle Entscheidungen und soziale Mechanismen in der tertiären Bildung« – organisiert von Volker Lang, Martin Groß und Steffen Hillmert*

Verschiedene Studien belegen Einflüsse von Peers und persönlichen Lernnetzwerken auf individuelle Kompetenzen und Leistungen in allen Phasen des Bildungsverlaufs. Da die Autonomie der Individuen über den Bildungsverlauf hinweg tendenziell zunimmt, ist davon auszugehen, dass die Einflüsse individueller sozialer Netzwerke im Bereich tertiärer Bildung sogar vergleichsweise stark ausgeprägt sind. Dort wird außerdem explizit erwartet, dass Studierende von anderen Studierenden lernen, und mit diesem Leitbild geht ein vergleichsweise großer potenzieller Spielraum für Peer- und Netzwerkeinflüsse einher. Die Stärke der Netzwerkeinflüsse und ihr weitergehender Effekt auf die Entwicklung sozialer Ungleichheiten hängen zudem von der Komposition der konkreten Bildungskontexte (wie Seminargruppen oder Studiengängen) und den dadurch vermittelten Gelegenheitsstrukturen für soziale Beziehungseinflüsse wie auch soziale Schließungen ab.

Die Bildungsforschung hat sich primär mit der Bedeutung von Peereffekten in Schulen beschäftigt. Es gibt aber auch Hinweise auf die Existenz solcher Effekte im Bereich der Hochschulbildung (Zimmerman 2003; Sacerdote 2011). Diese beziehen sich sowohl auf fachliche als auch auf nichtfachliche Zielgrößen, und ganz offensichtlich sind sie recht unterschiedlich für unterschiedliche Typen von Studierenden. Persönliche Netzwerkbeziehungen zwischen Studierenden sind Teil solcher Mikro-Kontexte, und sie können als entscheidende Ressourcen während der Studienzeit gelten. Der erfolgreiche Aufbau von Unterstützungsnetzwerken bereits in einer frühen Studienphase ist daher vermutlich ein wichtiger Mechanismus der Erklärung akademischer Leistungen. Darüber hinaus dürften soziale Unterschiede in diesen Fähigkeiten zu den bekannten Mustern sozialer Bildungsungleichheit beitragen und die Netzwerkbildung als relevanten intervenierenden Mechanismus bei der Reproduktion sozialer Ungleichheiten im Bildungssystem ausweisen.

Dieser Beitrag analysiert die Formierung individueller Lernnetzwerke von Studierenden eines Bachelorstudiengangs an einer Universität. Auf Basis einer spezifischen Datenerhebung werden der Prozess der Netzwerkbildung, typische Strukturen und soziale Differenzierungen in Lernnetzwerken beschrieben. Im nächsten Abschnitt wird zunächst ein theoretisches Konzept der Bildung von Peernetzwerken an der Hochschule entwickelt. Nach einer Beschreibung der Daten aus der eigenen empirischen Erhebung (Abschnitt 3) werden ausgewählte empirische Ergebnisse präsentiert (Abschnitt 4). Abschnitt 5 beschließt den Beitrag mit einem Ausblick auf zukünftige Forschungsperspektiven.

## Theoretische Überlegungen

### Mechanismen der Netzwerkbildung zwischen Studierenden

Der hier zugrunde gelegte (mikro-)soziologische Ansatz beruht auf der Annahme, dass die Betrachtung rein individueller Merkmale nicht ausreicht, um Lernprozesse an der Universität und ihre inter-individuellen Unterschiede hinreichend zu verstehen. Wie auch Schulen, so können akademische Studiengänge als „soziale Systeme“ mit formellen und informellen Strukturen analysiert werden (Coleman 1961; Cohen 1972). Im Folgenden konzentriert sich die Analyse auf persönliche soziale Netzwerke von Studierenden. Entsprechend der Unterscheidung zwischen „starken“ und „schwachen“ Beziehungen von Granovetter (1973) wird angenommen, dass soziale Kontakte unterschiedlicher Qualität für Studierende in unterschiedlicher Art und Weise von Nutzen sind. Dabei unterscheiden wir insbesondere zwischen Kooperation in Form häufiger gemeinsamer Lernaktivitäten (dem *Kern* des persönlichen Lernnetzwerks, *starke Beziehungen*) und zusätzlichen Zugangschancen zu relevanter Information (durch seltenere Treffen zum Lernen, *schwache Beziehungen*). Coleman (1988) betont die Wichtigkeit der Dichte von Netzwerken und die Geschlossenheit von Interaktionsstrukturen für die Effektivität des Sozialkapitals, das im Netzwerk angelegt ist. In diesem Sinne sollten auch Eigenschaften der Netzwerke genauer untersucht werden. Webb (1989) weist darauf hin, dass Interaktionen und Lernnetzwerke in wesentlichem Ausmaß nach Merkmalen wie Leistungsfähigkeit, Geschlecht und Persönlichkeitseigenschaften differenziert sind. Auf entsprechende interindividuelle Unterschiede ist deshalb zu achten.

Im Hinblick auf den Prozess der Bildung studentischer Netzwerke kann eine schrittweise Entwicklung angenommen werden. Soziale Kontakte entstehen zunächst recht informell; die individuelle Auswahl der Kontaktpartner erfolgt auf Basis leicht erkennbarer Merkmale. Dennoch erfordern solche Beziehungen auch entsprechende Gelegenheiten, und sie entstehen nicht einfach durch individuelle Entscheidung: die Bildung einer Beziehung erfordert zwei Partner. Informelle Kontakte bilden dann die potenzielle Basis für engere Beziehungen. Ob sie sich zu stärker funktionalen (Lern-)Beziehungen entwickeln, hängt davon ab, wie sie sich in der Praxis bewähren. In der Konsequenz benötigt der Prozess der Ausbildung solcher Lernnetzwerke Zeit, und die sozialen Beziehungen können von den Beteiligten sowohl im Hinblick auf die Intensität als auch die Qualität angepasst werden. Es sollte dabei berücksichtigt werden, dass insbesondere die anfängliche Beziehungsbildung unter Bedingungen der Unsicherheit erfolgt,

insbesondere hinsichtlich des zukünftigen akademischen Nutzens. Es erscheint daher nicht ungewöhnlich, dass viele der frühen Kontakte später aufgegeben werden oder sich zumindest nicht zu Lernbeziehungen entwickeln, wenn sie sich als nicht hinreichend nützlich erweisen.

## Hypothesen

### (1) Grundlegende Eigenschaften der Netzwerke

Gemäß dem eben skizzierten Konzept der Beziehungsbildung lässt sich erwarten, dass die Wahrscheinlichkeit für individuelle Lernbeziehungen über den Studienverlauf hinweg zunimmt. Das Gleiche gilt für die Anzahl der Beziehungen, die Stärke dieser Beziehungen und die Dichte der Lernnetzwerke. Allerdings kann man auch davon ausgehen, dass die Erträge einer jeweils weiteren Expansion der Lernnetzwerke rapide abnehmen. Für effektives Lernen ist es vermutlich wichtiger, überhaupt einen gewissen (minimalen) Austausch und geeignete Interaktionspartner zu haben als die Anzahl der Kontakte zu maximieren. Im Hinblick auf die Eigenschaften der Lernnetzwerke können wir daher relative begrenzte Umfänge erwarten. Im Vergleich zu persönlichen Bekanntschaftsnetzwerken dürfte ihre Größe relativ klein sein.

### (2) Soziale Differenzierung

Im Hinblick auf gruppenspezifische Differenzierungen kann erwartet werden, dass sowohl strukturelle (zum Beispiel höherer sozialer Hintergrund) als auch funktionale Ressourcen (zum Beispiel akademische Leistungsfähigkeit) einen frühen Vorteil bei der Ausbildung von Lernnetzwerken darstellen. Erneut ist der Zugang zu (einem minimalen Niveau von) sozialen Ressourcen wahrscheinlich wichtiger als die Maximierung der Netzwerkgröße, sodass dieser Vorteil nicht unbedingt langfristig erhalten bleibt.

### (3) Zusammensetzung der Netzwerke

Im Hinblick auf die Zusammensetzung der Netzwerke legen verschiedene Überlegungen nahe, von relativ homogenen Netzwerken auszugehen. Zum einen gibt es Anhaltspunkte für die Annahme aktiver Präferenzen für Homophilie. Studierende finden es einfacher, sich mit Mitstudierenden zu umgeben, die ähnliche Charakteristika aufweisen, und diese Kontakte bilden die Basis für Lernnetzwerke. Zweitens kann man strategisches Verhalten im Hinblick auf die erwartete Nützlichkeit der Partner in Lernnetzwerken erwarten. Insbesondere dürften Studierende an Kontakten mit anderen interessiert sein, die sie als kompetenter oder ressourcenreicher als sich selbst einschätzen, während sie als weniger kompetent eingeschätzte Mitstudierende eher vermeiden. Wenn dies typisch für eine Situation zweiseitiger Wahl (Roth, Sotomayor 1990) ist, resultiert daraus insgesamt ein Netzwerk aus Partnern mit tendenziell ähnlicher Kompetenz. In diesem Fall ist Homophilie ein unbeabsichtigtes Ergebnis.

Schließlich müssen die relevanten *Opportunitätsstrukturen* (Blau 1994) berücksichtigt werden, insbesondere die spezifischen *Partnermärkte* potenzieller Lernpartner. Diese werden durch die typischen Situationen definiert, welche persönliche Interaktion zwischen Individuen oder zumindest wechselseitige Kenntnis nahelegen. In der Praxis stellen gemeinsame Studiengänge

und Lehrveranstaltungen solche Orte des Kennenlernens dar. Technisch gesehen bildet die Zusammensetzung der Teilnehmer den *Pool* potenzieller Netzwerkpartner. In Abhängigkeit der spezifischen Randverteilungen relevanter Eigenschaften können diese die Ausbildung homogener Beziehungen fördern oder behindern. Wir können erstens erwarten, dass die Gelegenheitsstruktur der Studierenden stark von ihrer Kohortenzugehörigkeit (dem jeweiligen Studienjahr) bestimmt wird. Dies ist insbesondere für Lernbeziehungen wichtig, da Studiengänge und die zugehörigen Lernanforderungen sich institutionell an einer solchen Kohortenstruktur orientieren. Zweitens kann erwartet werden, dass die Gelegenheitsstruktur für das soziale Netzwerk der Studierenden durch gemeinsame Lehrveranstaltungen und spezifische Kombinationen von Studienfächern (das heißt gemeinsame Nebenfächer) bestimmt wird.

## Daten und Operationalisierung

Die folgenden Analysen nutzen Daten des *CampusPanelNet*, einer geschlossenen Netzwerkstichprobe von Bachelorstudierenden (N=223 Individuen im selben Studienfach), die auf dem CampusPanel (Lang, Hillmert 2014) basiert, einem Studierendenpanel, welches im Rahmen des WissenschaftsCampus Tübingen durchgeführt wird. Die hier verwendeten Daten wurden Anfang 2014 auf Basis eines CAWI-Fragebogens erhoben. Die Stichprobe besteht im Wesentlichen aus Studierenden des ersten und zweiten Studienjahres; die Ausschöpfungsquote betrug 77% bei den Studienanfängern und 88% bei den Studierenden im zweiten Studienjahr. Dabei wurden umfassende Daten über die Beziehungen zwischen den Studierenden erhoben. Diese können gemeinsame Lernerfahrungen abbilden, aber es wurde auch nach anderen Arten persönlicher Beziehungen gefragt. Die Studierenden wurden jeweils nach persönlicher Bekanntheit mit allen anderen Studierenden im Studiengang gefragt; danach, wie sie die Beziehung charakterisieren würden; sowie danach, wie oft sie sich jeweils treffen (sei es für Lernaktivitäten oder aus anderen Gründen). Dies bedeutet, dass hier im Gegensatz zu vielen anderen Netzwerkstudien nicht nur die Existenz von Beziehungen, sondern auch ihre Stärke erhoben wurde, sodass Informationen über gewichtete Netzwerke vorliegen.

Die Stärke der Lernbeziehungen wird auf einer Häufigkeitsskala zwischen eins (Lerntreffen alle zwei Monate oder seltener) und 40 (Lerntreffen jeden Arbeitstag innerhalb einer Zweimonatsperiode) gemessen. Auf Basis der Selbstauskünfte der Studierenden rekonstruieren wir das Lernnetzwerk. In den Fällen, bei denen sich Egos und Alters Angaben über die Anzahl der Lerntreffen unterscheiden, wird eine Minimumfunktion auf die Angaben angewandt, um ein ungerichtetes Maß der Intensität der Lernbeziehung zu erhalten. Wenn beispielsweise Ego angibt, Alter alle zwei Wochen zu treffen, und Alter angibt, Ego jede Woche zu treffen, dann resultiert daraus eine Lernbeziehung der Stärke *Treffen alle zwei Wochen*. Aus diesem Verfahren entsteht ein ungerichtetes Netzwerk, das eine Untergrenze für die real vorhandenen Lernbeziehungen zwischen Studierenden repräsentiert. Auf Basis unserer theoretischen Überlegungen klassifizieren wir Lernbeziehungen nach starken und schwachen Beziehungen. Da die universitäre Lehre typischerweise einem Wochenrhythmus folgt, werden wöchentliche oder häufigere Lerntreffen als *starke* Lernbeziehungen (entsprechend einem Wert von acht oder höher auf der Skala der



Häufigkeit) definiert. Alle anderen Lernbeziehungen gelten als *schwach*, was ihre informelle Funktion anzeigt. Zusätzlich wird die Anzahl der Lernpartner (das heißt die *degrees*) von Studierenden als Indikator Ihres *Informationswertes* für andere verwendet. Der potenzielle Nutzen eines Studierenden in einer engeren Lernbeziehung wird durch seine Abiturnote (oder eine vergleichbare Note) repräsentiert; dies kann als eine Proxyvariable für Leistungsfähigkeit gelten. Die Abiturnoten variieren zwischen eins und vier. Der soziale Hintergrund der Studierenden wird mit dem International Socio-Economic Index (ISEI<sup>1</sup>) des elterlichen Haushalts (das heißt des Maximums beider Eltern) gemessen, welcher auf Basis der studentischen Angaben zu den Berufen der Eltern berechnet wird. Sechs Prozent der Angaben zur Abiturnote und 13 Prozent der Angaben zum höchsten ISEI im Haushalt wiesen fehlende Werte auf. Die fehlende Information wurde mittels eines stochastischen, auf multivariater Regression basierenden Imputationsverfahrens geschätzt. Dabei wird angenommen, dass die Information konditional auf Studienjahr, Studienfachkombination, Geschlecht und Abiturnote oder maximalen ISEI im elterlichen Haushalt zufällig fehlt (*missing at random*: MAR). Für die hier präsentierten deskriptiven Ergebnisse wurden die Angaben zu Abiturnote und ISEI dichotomisiert. Gemäß Abiturnote werden die Studierenden in die Gruppen *hohe Schulleistung* (gerundete Abiturnote eins oder zwei) und *niedrige Schulleistung* (gerundete Abiturnote 3 oder 4) aufgeteilt. Die zwei ISEI-Gruppen basieren auf einem Mediansplit, was in einer Kategorisierung von *Status unter 65* vs. *Status 65 oder höher* resultiert.

## Empirische Ergebnisse

### Grundlegende Eigenschaften der Netzwerke

Abbildung 1 repräsentiert das gemeinsame Lernnetzwerk der Studierenden. Man erkennt, dass das Netzwerk stark entlang der Studienjahre segmentiert ist. Dies legt es nahe, dass die relevante Opportunitätsstruktur (der *Pool* potenzieller Lernpartner) vor allem durch das Studienjahr definiert wird. Die Größe des gesamten Lernnetzwerks beträgt 290 Beziehungen, was einer Dichte von 1,2% entspricht. Die Größe der studienjahrspezifischen Netzwerke beträgt 85 (55 schwache und 30 starke Beziehungen) im Fall der Studierenden im ersten Studienjahr und 197 (163 schwache und 34 starke Beziehungen) im Fall der Studierenden des zweiten Studienjahres. Acht Beziehungen (2,8% der Beziehungen; sechs schwache und zwei starke Beziehungen) stellen Verbindungen zwischen den Studienjahren her. Die Segmentierung nach Studienjahren ist sogar noch stärker, als es diese Zahlen nahelegen, da keine dieser jahrgangsübergreifenden Beziehungen mit der größten Komponente des Lernnetzwerks der Erstsemester in Verbindung steht. Die Analysen werden deshalb separat für die zwei Studienjahrgänge durchgeführt. Die Dichte des Lernnetzwerks der Erstsemester beträgt 1,2%, der Gesamtclusterkoeffizient liegt bei 11,6%. Das Lernnetzwerk der Erstsemester besteht aus 42 Einzelfällen, zehn Dyaden, drei Triaden, einer Gruppe von elf Studierenden und der größten Komponente mit einem Anteil von 0,31. Drei dieser Einzelfälle und eine dieser Dyaden sind mit der größten Komponente des

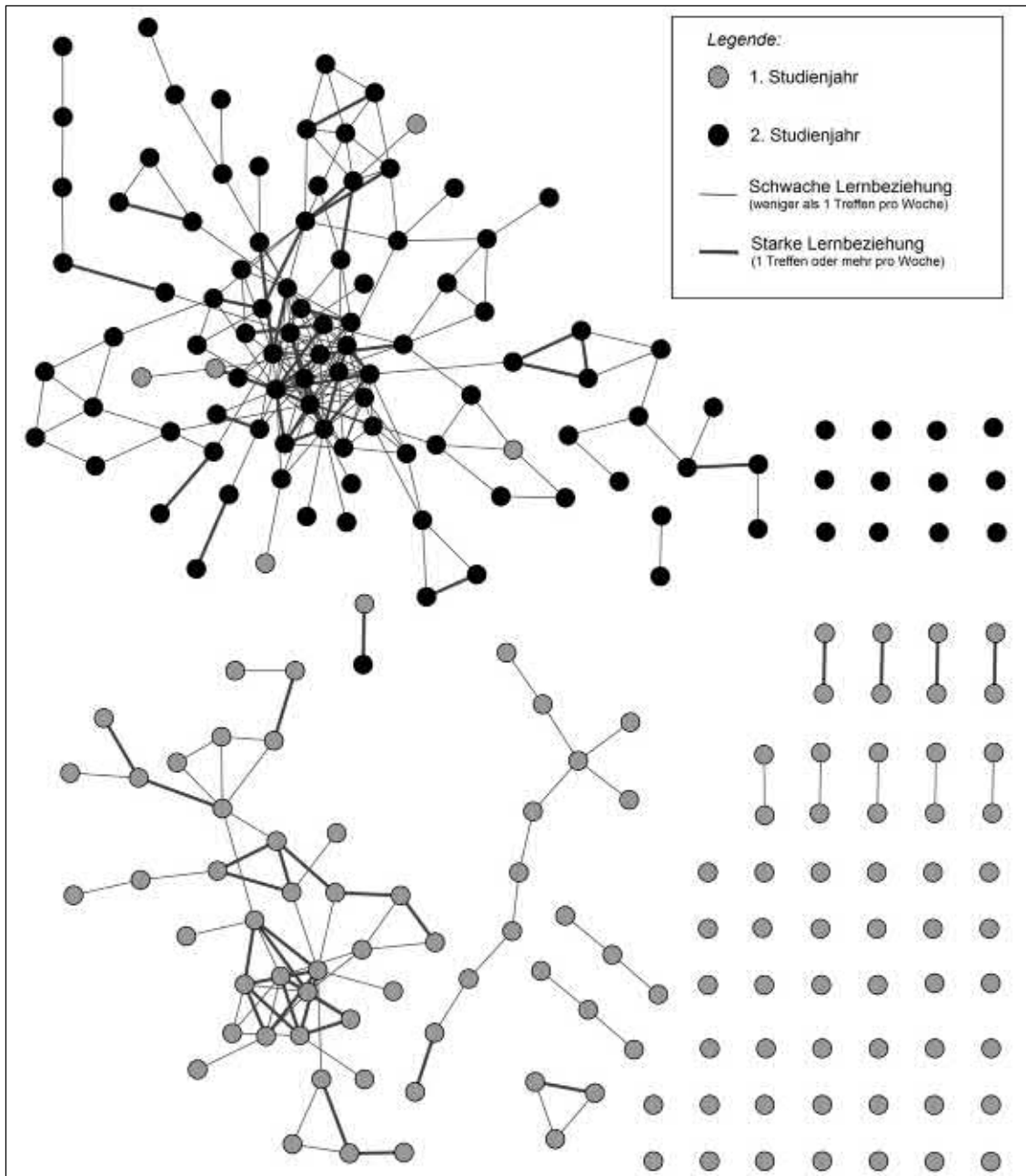
---

1 Vgl. Ganzeboom, Treiman (1996).

Lernnetzwerks der Studierenden im zweiten Studienjahr verbunden. Zusätzlich gibt es zwischen den Kohorten eine Dyade zwischen zwei Einzelfällen. Die Netzwerkdichte nimmt bei den Studierenden im zweiten Studienjahr auf 3,6% zu, und der Gesamtclusterkoeffizient steigt auf 27,9%. Das Lernnetzwerk der Studierenden im zweiten Jahr besteht aus 13 Einzelfällen, einer Dyade und einer größten Komponente mit einem Anteil von 0,85. Die Anzahl der Netzwerkkomponenten nimmt dabei von 57 auf 15 ab, und der Anteil der größten Komponente verdreifacht sich fast, wenn man die beiden Studienjahrgänge vergleicht.

Diese Ergebnisse bestätigen die Erwartungen bezüglich der Entwicklung studentischer Lernnetzwerke während des Studienverlaufs. Die Dichte, Clusterbildung und der Anteil der größten Komponente nehmen zu, während die Anzahl der Komponenten abnimmt. Insgesamt vernetzen sich die Studierenden stärker. Allerdings verbleibt ein nennenswerter Anteil von Einzelfällen, da sich nicht alle Studierenden an kooperativen Lernaktivitäten beteiligen und die Anzahl schwacher Beziehungen viel stärker als die Anzahl starker Beziehungen zunimmt. In Übereinstimmung mit den theoretischen Erwartungen kann dies als Indikator einer Sättigung bezüglich des Wachstums des „Kerns“ persönlicher Lernnetzwerke (das heißt der Anzahl der starken Lernbeziehungen, die ein Studierender unterhält) interpretiert werden.

Abb. 1: Lernnetzwerk von Bachelorstudierenden



Daten: CampusPanel Net, eigene Berechnungen

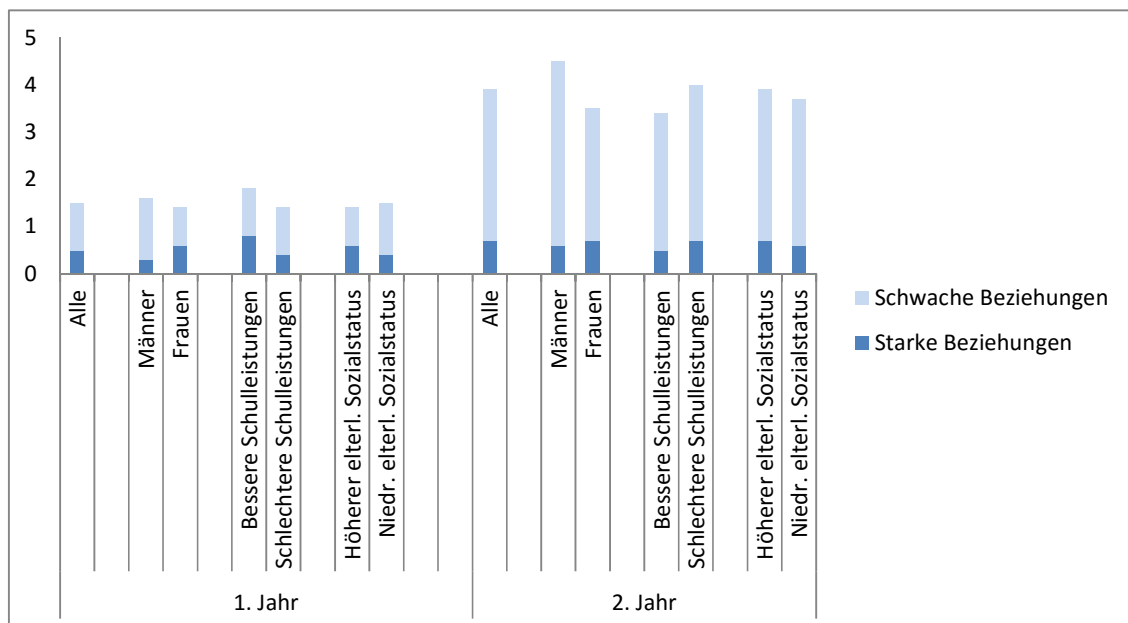
### Soziale Differenzierung

Die Abbildung 2 und Tabelle A1 im Anhang präsentieren ausgewählte Indikatoren, die die ego-zentrierten Lernnetzwerke der Studierenden beschreiben. Im Hinblick auf die Netzwerkeigenschaften werden die durchschnittliche Anzahl der starken und schwachen Beziehungen, die durchschnittliche Beziehungsintensität für Partner der Pfadlänge eins (direkte Partner) und die

durchschnittliche Anzahl der Beziehungen mit Pfadlänge zwei (indirekte Partner) ausgewiesen. Gemäß den theoretischen Erwartungen repräsentieren starke direkte Lernbeziehungen regelmäßige Arbeitskontakte, während schwache direkte Beziehungen Zugangsmöglichkeiten zu zusätzlicher relevanter Information repräsentieren. Ferner ist die Anzahl von (indirekten) Lernpartnern zweiter Ordnung in der Tabelle ein Indikator für das Ausmaß der Information, die durch diese Kontakte zugänglich ist und damit für die Intensität der Informationsflüsse in den betreffenden Lernnetzwerken. Im Hinblick auf die Eigenschaften von Ego wird in der deskriptiven Analyse zwischen den Studienjahren, Geschlechtern, Abiturnoten und unterschiedlichem sozialen Hintergrund differenziert.

Diese Beschreibungen machen erneut eine Tendenz zum Wachstum in den Lernnetzwerken im Studienverlauf deutlich, von einem mittleren Wert von 1,5 direkten Lernpartnern (starken und schwachen Beziehungen) bei den Studierenden im ersten Studienjahr zu einem Wert von 3,9 Lernpartnern bei den Studierenden im zweiten Studienjahr. Dieser Trend wird nicht von einer gleichzeitigen Zunahme in der durchschnittlichen Beziehungsintensität mit diesen Partnern begleitet, allerdings auch nicht von einer Abnahme. Die durchschnittliche Beziehungsintensität liegt bei rund 5,5 für beide Gruppen, was einer durchschnittlichen Frequenz von einem Lerntreffen alle eineinhalb Wochen entspricht. Aus entsprechenden Angaben lässt sich ferner erkennen, dass die von den Studierenden berichtete durchschnittliche für das Lernen allein oder in selbstorganisierten Gruppen aufgewendete Zeit von 9,3 Stunden auf 10,9 Stunden pro Woche zwischen dem ersten und zweiten Studienjahr ansteigt. Sofern dieser Zuwachs um rund 17% ähnlich für Lernaktivitäten allein und gemeinsames Lernen gilt, bedeutet das Ergebnis einer wachsenden Anzahl von Lernpartnern eine Intensivierung des Gruppenlernens im Studienverlauf.

Abb. 2: Durchschnittliche Anzahl von Lernpartnern, nach Studienjahr und individuellen Merkmalen



Daten: CampusPanel Net, eigene Berechnungen

Wenn die Ergebnisse nach Eigenschaften von Ego differenziert werden, wird ein ähnlicher Wachstumstrend in der durchschnittlichen und in der Mediananzahl direkter Lernpartner für alle Subgruppen sichtbar. Man erkennt einen durchschnittlichen Unterschied von 0,2 direkten Lernpartnern zwischen männlichen und weiblichen Studierenden im ersten Studienjahr, und diese Differenz wächst auf 1,0 direkte Lernpartner für Studierende im zweiten Studienjahr. Dieser Unterschied geht ausschließlich darauf zurück, dass männliche Studierende mehr schwache Lernbeziehungen haben. Während die durchschnittliche Intensität von Treffen mit den vorhandenen Lernpartnern (das heißt die mittlere Beziehungsstärke) bei weiblichen Studierenden sich vom ersten auf das zweite Studienjahr von 6,7 auf 5,8 reduziert, steigt bei männlichen Studierenden die durchschnittliche Intensität von 3,5 auf 4,5. Die Ergebnisse legen es daher nahe, dass sich weibliche Studierende zunächst auf stärkere Beziehungen konzentrieren und dann später zusätzlich schwächere Lernbeziehungen etablieren, während männliche Studierende eher umgekehrt vorgehen; allerdings bleibt die im Vergleich stärkere Orientierung weiblicher Studierender an häufigeren Lerntreffen bestehen. Akademisch leistungsfähigere Studierende haben im ersten Studienjahr einen Startvorteil. Sie haben mehr Netzwerkpartner als leistungsschwächere Studierende, insbesondere im Hinblick auf stärkere Lernbeziehungen. Allerdings verdreifacht sich die durchschnittliche Anzahl von direkten Lernpartnern bei Studierenden mit schwächerer Schulleistung (das heißt mit Abiturnoten von drei oder vier) von 1,4 im ersten Studienjahr auf 4,0 im zweiten Studienjahr, während sie für Studierende mit besserer Schulleistung (Abiturnote 1 oder 2) nur von 1,8 im ersten Studienjahr auf 3,4 im zweiten Studienjahr ansteigt. Geht man davon aus, dass Studierende mit besseren Schulnoten auch im Studium leistungsfähiger sind und sie damit, im Hinblick auf Humankapitalerträge, attraktive Lernpartner sind, welche sich ihre gewünschten Lernpartner tendenziell frei aussuchen können, dann können diese Ergebnisse als Beleg dafür gelten, dass frei gestaltete Lernnetzwerke eine stark beschränkte Größe aufweisen (in diesem Fall drei bis vier Personen). Als Konsequenz der generellen Zunahme der Zahl direkter Lernpartner im Studienverlauf ergibt sich auch eine bemerkenswerte Zunahme in der durchschnittlichen Anzahl von Kontakten zweiter Ordnung im Lernnetzwerk von 5,8 im ersten Studienjahr auf 30,5 im zweiten Studienjahr. Dieses Ergebnis spricht dafür, dass nicht nur die direkten Kontakte zwischen Lernpartnern, sondern auch die potenziellen Informationsflüsse im Lernnetzwerk zunehmen.

## Zusammensetzung der Netzwerke

Abbildung 3 und Tabelle A2 beschreiben die Homogenität bzw. Heterogenität der Lernnetzwerke der Studierenden im Hinblick auf ihre direkten Partner, unterschieden nach Geschlecht, Abiturnote und sozialem Hintergrund und jeweils getrennt für die betreffenden Studienjahre.

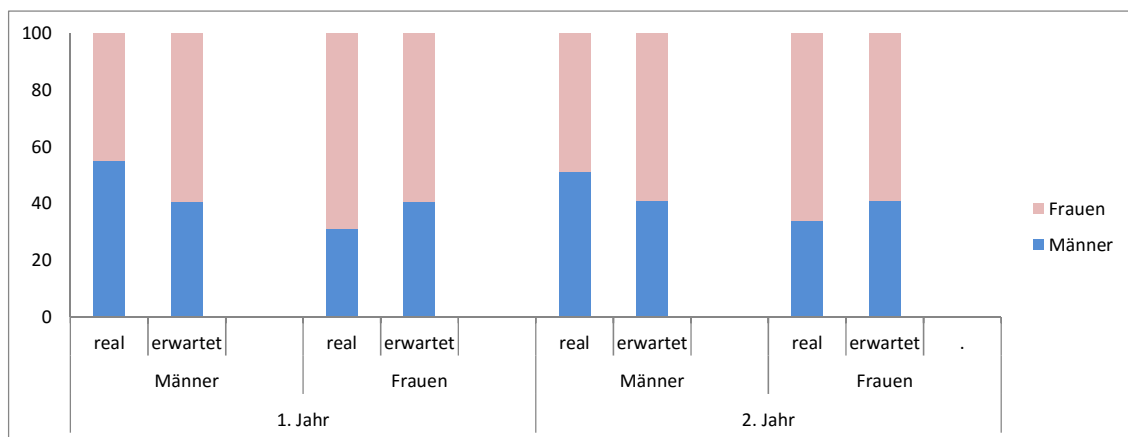
In den Verteilungen der Beziehungen lässt sich eine Tendenz zur Homophilie insbesondere im Hinblick auf das Geschlecht erkennen. Studierende im ersten Studienjahr bilden Lernbeziehungen aus, die im Hinblick auf Geschlecht weitaus homogener sind als es die Gelegenheitsstruktur im Pool potenzieller Partner (das heißt die erwartete Zusammensetzung, berechnet auf Basis der Randverteilung der Personen) nahelegt. Diese Tendenz ist insbesondere bei männlichen Studierenden stark ausgeprägt. Die Präferenz für Geschlechterhomophilie ist bei Studie-

renden im zweiten Studienjahr geringer, aber immer noch sichtbar. Diese Ergebnisse sind in Übereinstimmung mit Tendenzen zur Geschlechterhomophilie, wie sie in anderen Bildungskontexten zu finden sind (in der Grund- und Sekundarschule wie auch bereits im Kindergarten). Im Fall von Männern sind sie auch konsistent mit einem Beziehungsbildungsverhalten, das typischerweise bei Minderheiten zu finden ist – eine Eigenschaft, die in der vorliegenden Stichprobe auf die männlichen Studierenden zutrifft (McPherson et. al. 2001).

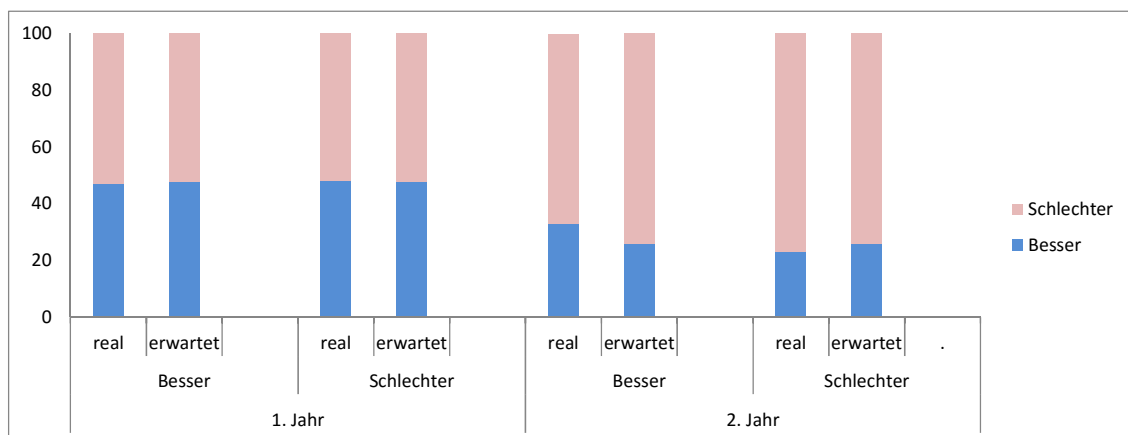
Die Zusammensetzung des Netzwerks im Hinblick auf Schulleistung und sozialen Hintergrund zeigt nur vergleichsweise geringe Abweichungen von den erwarteten Durchschnittswerten. Wenn überhaupt, dann scheint die Tendenz zur Homophilie stärker bei den Studierenden im zweiten Studienjahr als bei den Studienanfängern zu sein. Hingegen zeigt sich ein klarer Zusammenhang entlang der Studienfächer: eine gleichartige Studienfachkombination erhöht stark die Wahrscheinlichkeit für die Ausbildung von gemeinsamen Lernbeziehungen.

Abb. 3: Zusammensetzung von Lernpartnerschaften: Empirische vs. erwartete Verteilungen

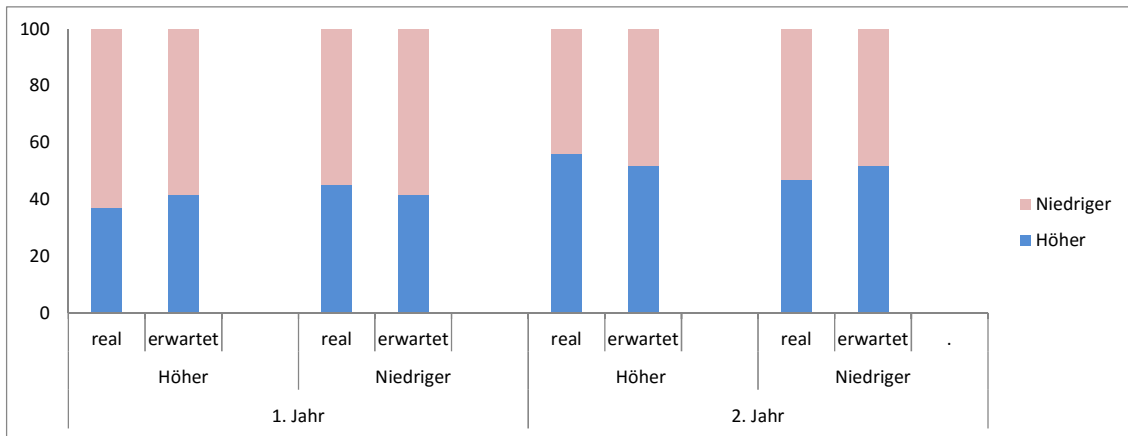
(a) ...im Hinblick auf Geschlecht:



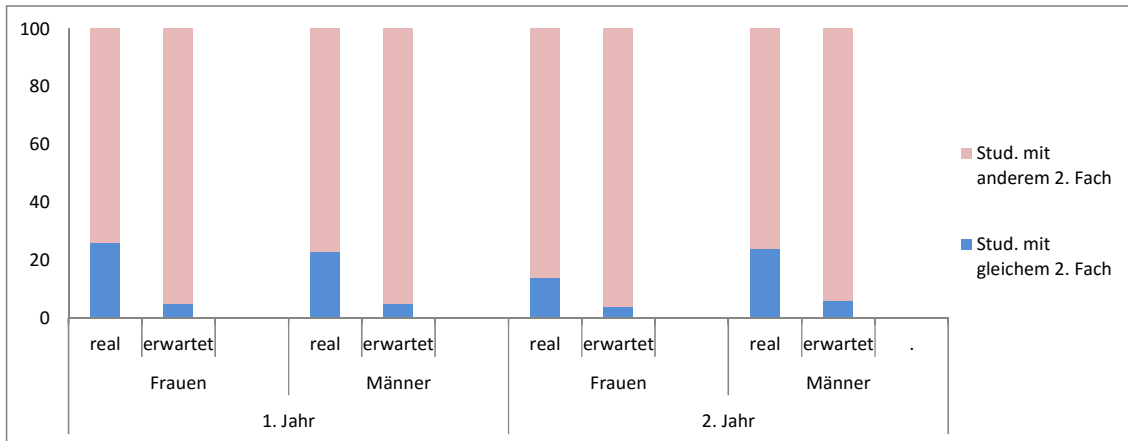
(b) ... im Hinblick auf Schulleistung:



(c) ... im Hinblick auf sozialen Hintergrund (SES):



(d) ...im Hinblick auf die Studienfachkombination



Daten: CampusPanel Net, eigene Berechnungen

## Zusammenfassung und Ausblick

Der vorliegende Beitrag hat ausgewählte Aspekte im Prozess der Bildung von Lernnetzwerken zwischen Studierenden sowie typische Strukturen und soziale Differenzierungen in diesen Netzwerken beschrieben. Die Analysen liefern Belege für die Annahme der selektiven Bildung von Lernnetzwerken unter Studierenden, insbesondere im Hinblick auf Geschlecht und akademische Fähigkeiten. Lernnetzwerke nehmen im Studienverlauf an Größe und Dichte zu. Am wichtigsten für die Bildung individueller Lernnetzwerke sind jedoch offensichtlich Gelegenheitsstrukturen, wie sie durch Studienfachkombination und gemeinsame Lehrveranstaltungen entstehen. Sie bestimmen zu einem großen Teil die Ausbildung von Lernbeziehungen.

In der nächsten Forschungsphase unseres Projekts werden echte Längsschnittinformationen (Paneldaten) verfügbar sein und damit eine noch bessere Datengrundlage für die Analyse der Entwicklung persönlicher Lernnetzwerke bieten. Dadurch wird man auch in der Lage sein, die Relevanz der Lernnetzwerke für die akademische Leistungsentwicklung abzuschätzen.

## Literatur

- Blau, P. M. 1994: Structural contexts of opportunities. Chicago: University of Chicago Press.
- Cohen, E. G. 1972: Sociology and the classroom: Setting the conditions for teacher-student interaction. *Review of Educational Research*, 42. Jg., 441–452.
- Coleman, J. S. 1961: The Adolescent Society. Glencoe: The Free Press.
- Coleman, J. S. 1988: Social capital in the creation of human capital. *American Journal of Sociology*, 94. Jg., Supplement: Organizations and Institutions, 95–120.
- Ganzeboom, H. B. G., Treiman, D. J. 1996: Internationally comparable measures of occupational status for the 1988 International Standard Classification of Occupations. *Social Science Research*, 25. Jg., 201–239.
- Granovetter, M. 1973: The strength of weak ties. *American Journal of Sociology*, 78. Jg., 1360–1380.
- Lang, V., Hillmert, S. (Hg.) 2014: CampusPanel User Handbook V1.0: Documentation for the student panel of the ScienceCampusTuebingen (CampusPanel), wave „a“, ScienceCampusTuebingen.
- McPherson, M., Smith-Lovin, L., Cook, J. M. 2001: Birds of a feather: Homophily in social networks. *Annual Review of Sociology*, 27. Jg., 15–44.
- Roth, A. E., Sotomayor, M. A. O. 1990: Two-sided matching: A study in game-theoretic modeling and analysis. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sacerdote, B. 2011: Peer effects in education: How might they work, how big are they and how much do we know thus far? In E. Hanushek, S. Machin, L. Wößmann (Hg.), *Handbook of the Economics of Education*. Amsterdam: Elsevier, Vol. 3, 249–277.
- Webb, N. M. 1989: Peer interaction and learning in small groups. *International Journal of Educational Research*, 13. Jg., 21–39.
- Zimmerman, D. J. 2003: Peer Effects in academic outcomes: Evidence from a natural experiment. *Review of Economics and Statistics*, 85. Jg., 9–23.



## Anhang

Tab. A1: Eigenschaften persönlicher Lernnetzwerke

	Beobachtungen (Personen)	Mittelwert # (Median #) starker Beziehungen	Mittelwert # (Median #) schwacher Beziehungen	Mittelwert # (Median #) der Beziehungen	% der Beziehungen mit gleichem Nebenfach	% potenzieller Beziehungen mit gleichem Nebenfach	Mittlere Stärke direkter Beziehungen	Mittelwert # (indirekter) Beziehungen zweiter Ordnung
Alle	223	0,6 (0)	2,0 (1)	2,6 (1)	23	5	5,4	17,4
1. Studienjahr (1. Sem.)	118	0,5 (0)	1,0*** (1)	1,5*** (1)	30**	5	5,5	5,8***
2. Studienjahr (3. Sem.)	105	0,7 (0)	3,2 (2)	3,9 (3)	17	5	5,4	30,5
Männer, 1. Studienjahr	44	0,3* (0)	1,3** (1)	1,6 (1)	23	5	3,5***	6,1
Frauen, 1. Studienjahr	74	0,6 (0)	,8 (1)	1,4 (1)	35	5	6,7	5,6
Männer, 2. Studienjahr	36	0,6 (0)	3,9* (3)	4,5 (3)	24**	6***	4,5	38,5*
Frauen, 2. Studienjahr	69	0,7 (0)	2,8 (2)	3,5 (3)	14	4	5,8	26,3
Schulleistung: Höher (Abiturnote 1 oder 2), 1. Studienjahr	45	0,8*** (0)	1,0 (1)	1,8* (1)	28	4	6,2	7,4*
Schulleistung: Niedriger (Abiturnote 3 oder 4), 1. Studienjahr	73	0,4 (0)	1,0 (1)	1,4 (1)	32	5	5,0	4,8
Schulleistung: Höher (Abiturnote 1 oder 2), 2. Studienjahr	31	0,5 (0)	2,9 (3)	3,4 (3)	11*	5	3,7*	26,4
Schulleistung: Niedriger (Abiturnote 3 oder 4), 2. Studienjahr	74	0,7 (0)	3,3 (2)	4,0 (3)	19	5	6,0	32,2
Höhere Schulleistung, Männer, 1. Studienjahr	12	0,6 (0)	1,3 (1)	1,9 (1)	19	3**	5,4**	8,5
Niedrigere Schulleistung, Männer, 1. Studienjahr	32	0,3 (0)	1,3 (1)	1,6 (1)	24	5	2,9	5,2
Höhere Schulleistung, Männer, 2. Studienjahr	5	0,8 (1)	3,0 (3)	3,8 (4)	13	7	7,4*	36,4
Niedrigere Schulleistung, Männer, 2. Studienjahr	31	0,6 (0)	4,0 (3)	4,6 (3)	25	6	4,2	38,8

Gruppenvergleiche (t-Tests der Differenz zur nachfolgenden Zeile,  $|x_0 - x_1| > 0$ ): \*\*\*:  $P(T < t) < .01$ ; \*\*:  $P(T < t) < .05$ ; \*:  $P(T < t) < .10$ , Daten: CampusPanel Net, eigene Berechnungen

Tab. A1 (Fortsetzung): Eigenschaften persönlicher Lernnetzwerke

	Beobachtungen (Personen)	Mittelwert # (Median #) starker Beziehungen	Mittelwert # (Median #) schwacher Beziehungen	Mittelwert # (Median #) der Beziehungen	% der Beziehungen mit gleichem Nebenfach	% potenzieller Beziehungen mit gleichem Nebenfach	Mittlere Stärke direkter Beziehungen	Mittelwert # (indirekter) Beziehungen zweiter Ordnung
Höhere Schulleistung, Frauen, 1. Studienjahr	33	0,9** (0)	0,9 (1)	1,8* (1)	31	5	6,5	7,0
Niedrigere Schulleistung, Frauen, 1. Studienjahr	41	0,4 (0)	0,7 (1)	1,1 (1)	38	5	6,9	4,5
Höhere Schulleistung, Frauen, 2. Studienjahr	26	0,4* (0)	2,8 (3)	3,2 (3)	10	4	3,2**	24,5
Niedrigere Schulleistung, Frauen, 2. Studienjahr	43	0,9 (1)	2,7 (2)	3,6 (2)	16	4	7,2	27,5
Geringer Elternstatus (ISEI < 65), 1. Studienjahr	66	0,4 (0)	1,1* (1)	1,5 (1)	31	5	5,0	6,0
Hoher Elternstatus (ISEI ≥ 65), 1. Studienjahr	52	0,6 (0)	0,8 (1)	1,4 (1)	29	4	6,0	5,6
Geringer Elternstatus (ISEI < 65), 2. Studienjahr	51	0,6 (0)	3,1 (2)	3,7 (3)	17	4**	5,4	31,3
Hoher Elternstatus (ISEI ≥ 65), 2. Studienjahr	54	0,7 (0)	3,2 (3)	3,9 (3)	17	6	5,4	29,8
Hauptfach, 1. Studienjahr	84	0,6** (0)	1,1** (1)	1,7** (1)	31	6***	5,6 (4)	6,8*
Nebenfach, 1. Studienjahr	34	0,3 (0)	0,6 (0)	0,9 (1)	28	2	5,0 (2)	3,5
Hauptfach, 2.. Studienjahr	86	0,7 (0)	3,7*** (3)	4,4*** (3)	17	6***	4,5*** (4)	35,7***
Nebenfach, 2. Studienjahr	19	0,4 (0)	0,9 (1)	1,3 (1)	15	2	10,5 (4)	6,8

Gruppenvergleiche (t-Tests der Differenz zur nachfolgenden Zeile,  $|x_0 - x_1| > 0$ ): \*\*\*:  $P(T < t) < .01$ ; \*\*:  $P(T < t) < .05$ ; \*:  $P(T < t) < .10$ , Daten: CampusPanel Net, eigene Berechnungen

Tab. A2: Zusammensetzung der Lernpartnerschaften

(a) im Hinblick auf Geschlecht:

1. Studienjahr

Partner 1: Partner 2:	Mann	Frau	
Mann	38 (55%)	31 (31%)	69
Frau	31 (45%)	70 (69%)	101
<i>Ties insgesamt (Spalten %)</i>	69	101	N=170

2. Studienjahr

Partner 1: Partner 2:	Mann	Frau	
Mann	82 (51%)	79 (34%)	161
Frau	79 (49%)	154 (66%)	233
<i>Ties insgesamt (Spalten %)</i>	161	233	N=394

Wahrscheinlichkeiten für Lernbeziehungen bei Unabhängigkeit der Beziehungsmerkmale:

1. Studienjahr: Männer 37%, Frauen 63%; 2. Studienjahr: Männer 34%, Frauen 66%

(b) im Hinblick auf Schulleistung:

1. Studienjahr

Partner 1: Partner 2:	Höher	Niedriger	
Höher	38 (47%)	43 (48%)	81
Niedriger	43 (53%)	46 (52%)	89
<i>Ties insgesamt (Spalten %)</i>	81	89	N=170

2. Studienjahr

Partner 1: Partner 2:	Höher	Niedriger	
Höher	34 (33%)	68 (23%)	102
Niedriger	68 (67%)	224 (77%)	292
<i>Ties insgesamt (Spalten %)</i>	102	292	N=394

Wahrscheinlichkeiten für Lernbeziehungen bei Unabhängigkeit der Beziehungsmerkmale:

1. Studienjahr: Höher 38%, Niedriger 62%; 2. Studienjahr: Höher 30%, Niedriger 70%

(c) im Hinblick auf sozialen Hintergrund (SES)

1. Studienjahr

Partner 1: Partner 2:	Niedrig	Hoch	
Niedrig	54 (55%)	45 (63%)	99
Hoch	45 (45%)	26 (37%)	71
<i>Ties insgesamt (Spalten %)</i>	99	71	N=170

2. Studienjahr

Partner 1: Partner 2:	Niedrig	Hoch	
Niedrig	100 (53%)	90 (44%)	190
Hoch	90 (47%)	114 (56%)	204
<i>Ties insgesamt (Spalten %)</i>	190	204	N=394

Wahrscheinlichkeiten für Lernbeziehungen bei Unabhängigkeit der Beziehungsmerkmale:

1. Studienjahr: Niedrig 58%, Hoch 42%; 2. Studienjahr: Niedrig 49%, Hoch 51%

(d) im Hinblick auf Studienfachkombination

1. Studienjahr

Lernbeziehung zwischen Studierenden mit ...	Männer	Frauen	insgesamt
anderem Zweitfach	53 (77%)	75 (74%)	128 (75%)
gleichem Zweitfach	16 (23%)	26 (26%)	42 (25%)
<i>Lernbeziehungen insgesamt (Spalten %)</i>	69	101	N = 170

2. Studienjahr

Lernbeziehung zwischen Studierenden mit ...	Männer	Frauen	insgesamt
anderem Zweitfach	123 (76%)	199 (85%)	322 (82%)
gleichem Zweitfach	38 (24%)	34 (15%)	72 (18%)
<i>Lernbeziehungen insgesamt (Spalten %)</i>	161	204	N = 394

Wahrscheinlichkeiten für Lernbeziehungen bei Unabhängigkeit der Beziehungsmerkmale:

Männer: 1. Jahr: Anderes Zweitfach 95%, gleiches 5%; 2. Jahr: Anderes Zweitfach 94%, gleiches 6%

Frauen: 1. Jahr: Anderes Zweitfach 95%, gleiches 5%; 2. Jahr: Anderes Zweitfach 96%, gleiches 4%

Insges.: 1. Jahr: Anderes Zweitfach 95%, gleiches 5%; 2. Jahr: Anderes Zweitfach 95%, gleiches 5%

Daten: CampusPanel Net, eigene Berechnungen

# Die Bedeutung fachspezifischer Präferenzen für studienbezogene Auslandsaufenthalte

## Wachstumsneutrale Unternehmen in der Wachstumswirtschaft

Knut Petzold, Tamara Peter und Petra Moog

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Krisenmanagement im Studium: Handlungsbedingungen, individuelle Entscheidungen und soziale Mechanismen in der tertiären Bildung« – organisiert von Volker Lang, Martin Groß und Steffen Hillmert*

Im Kontext wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Globalisierungsprozessen steht die Internationalisierung des Bildungssystems seit einiger Zeit verstärkt im Fokus der Forschung (Teichler 2007; Brooks, Waters 2011; DAAD, DZHW 2014), wobei zum Kompetenzerwerb insbesondere Auslandsaufenthalte während des Studiums als zunehmend wichtig erachtet werden (Konevas, Duoba 2007; Parey, Waldinger 2010). Der stetige Ausbau europäischer Austauschprogramme auf allen Ausbildungsebenen, wie Sokrates, Erasmus und Comenius, ist dabei Ausdruck der bildungspolitischen Bemühungen, möglichst viele Personen in Ausbildung zu einem Auslandsaufenthalt zu bewegen (European Commission 2014a; European Commission 2014b).

Tatsächlich lässt sich seit der Jahrtausendwende ein beachtlicher Anstieg von Auslandsstudienaufenthalten beobachten. Weltweit hat sich im Zeitraum von 2000 bis 2012 die Anzahl Studierender, die außerhalb ihres Herkunftslandes an Hochschulen eingeschrieben sind, mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 7 Prozent pro Jahr auf über 4,5 Millionen mehr als verdoppelt (OECD 2014: 342–343). Zwischen den Jahren 2000 und 2013 ist die absolute Zahl Erasmus-geförderter Studierender von 111.092 auf 268.143 gestiegen (European Commission 2014b). Davon entfielen im Jahr 2000 15.715 und im Jahr 2013 28.887 Erasmus-Förderungen speziell auf deutsche Studierende im Ausland (DAAD, DZHW 2014: 65). Insgesamt waren im Jahr 2000 52.100 und im Jahr 2011 133.800 (DAAD, DZHW 2014, 49) beziehungsweise im Jahr 2012 138.500 (DESTATIS 2014: 8) deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben.

Allerdings bestehen stabile fachspezifische Unterschiede. Zwischen 1994 und 2009 gehörten die meisten auslandsmobilen Studierenden kontinuierlich den Sprach- und Kulturwissenschaften an. In den Sozial- und Humanwissenschaften, sowie in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften ist in diesen Zeitraum ein Anstieg zu verzeichnen. Hingegen gehen Studierende der Natur- und Ingenieurwissenschaften fortlaufend vergleichsweise selten ins Ausland (Isserstedt, Kandulla 2010: 62). Zwischen 2007 zu 2011 konnte insbesondere bei den Wirtschaftswissen-

schaften ein weiterer Anstieg verzeichnet werden, während in den Naturwissenschaften sogar ein Rückgang beobachtet wurde (Heublein et al. 2011: 12). Im Jahr 2013 kamen 21,6 Prozent der deutschen Studierenden im Ausland aus den Wirtschaftswissenschaften und 19,2 Prozent aus den Rechts- und Sozialwissenschaften. Mit 10,0 Prozent sind Mathematik und Naturwissenschaften deutlich seltener vertreten und Studierende aus den Ingenieurwissenschaften bilden mit 8,4 Prozent sogar die kleinste Gruppe (DAAD, DZHW 2014: 52). Diese Relation spiegelt sich auch in der Gruppe der Erasmus-Studierenden wider. 2013 gehörten 41 Prozent von ihnen den Sozial-, Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften und nur 16 Prozent den Ingenieurwissenschaften an (European Commission 2014a).

Obgleich solche fachspezifischen Differenzen immer wieder berichtet werden wird (Toncar et al. 2005; Brus, Scholz 2007; Salisbury et al. 2009; Stroud 2010; Kratz 2012; Netz 2013), liegen praktisch kaum systematische Untersuchungen zu dessen Erklärung vor. Häufig wird argumentiert dass ein Auslandsstudium durch Studierende bestimmter Fächer stärker karrierefördernd und persönlichkeitsbildend eingeschätzt wird (Toncar et al. 2005; DAAD, DZHW 2014: 58-59). Umgekehrt wird erwogen, dass in anderen Fächern Auslandsaufenthalte für den Studienerfolg schlicht von geringer Bedeutung sind, sodass sich der erwartete Nutzen eines Auslandsstudiums zwischen den Studienrichtungen unterscheiden müsste (Heublein et al. 2008: 442; Ebert, Heublein 2010: 30; Lörz & Krawietz 2011: 191).<sup>1</sup> In bisherigen Studien werden solche Argumente jedoch, wenn überhaupt, nur indirekt getestet, da während der Datenerhebung keine Präferenzen gemessen worden sind. So werden Fachunterschiede meist nur in Form von Dummy-Variablen berücksichtigt (Daly, Barker 2005; Lörz 2008; Lörz, Krawietz 2011; Kratz 2012; Netz 2013). Die Bedeutung von Präferenzunterschieden für die Intention zum Auslandsstudium wird jedoch nicht direkt untersucht.

Die Forschungsfrage des Beitrags lautet daher, inwiefern fachspezifische Unterschiede hinsichtlich der Präferenzen gegenüber dem Auslandsstudium bestehen und wie diese mit der jeweiligen Intention im Ausland zu studieren zusammenhängen. Hierzu werden auf der Basis der Humankapitaltheorie (Becker 1964) allgemeine Hypothesen abgeleitet und in einer Vergleichsgruppenanalyse am Beispiel eines Samples aus Studierenden der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften der Universität Siegen vorläufig getestet.

## Theorie

Die Forschungsfrage legt die Anwendung einer allgemeinen Entscheidungstheorie nahe, wie sie in der Bildungssoziologie weit verbreitet ist (Boudon 1974; Breen, Goldthorpe 1997; Becker 2000). Eine speziell für Bildungsentscheidungen entwickelte Entscheidungstheorie ist das Humankapitalmodell, wonach Bildungserwerb eine Investition in das individuelle Humankapital darstellt, dessen Verwertung einen bestimmten erwarteten Ertrag verspricht, gegenüber dem

---

<sup>1</sup> Eine alternativ vorgeschlagene Erklärung nimmt stärker Unterschiede in den Restriktionen in den Blick. Das betrifft vor allem die formale Ausgestaltung des Studiums, die mehr oder weniger Flexibilität zulässt (Orahod et al. 2008; Stroud 2010). Fachspezifische Differenzen in den externen Bedingungen werden in diesem Beitrag jedoch nicht weiter verfolgt.

die Kosten des Bildungserwerbs abgewogen werden (Becker 1964). In verwandten Anwendungen dieses Grundmodells bei der Entscheidung zur Migration wird ähnlich argumentiert; ein Akteur migriert dann, wenn er den Migrationsgewinn als hoch genug gegenüber den Migrationskosten einschätzt (Sjaastad 1962; Speare 1971). Da sowohl Bildungs- als auch Mobilisierungsentscheidungen bereits im Rahmen eines rationalen Entscheidungsmodells konzipiert worden sind, erscheint es vielversprechend, es auch auf das Erklärungsproblem des Auslandsstudiums anzuwenden. Demnach werden sich Studierende dann für ein Auslandsstudium entscheiden, wenn sie den damit verbundenen Nutzen als besonders hoch einschätzen (Lörz 2008; Lörz, Krawietz 2011; Kratz 2014; Netz 2013; Petzold, Peter 2014). Hier werden im Sinne einer weiten Version der Theorie der Rationalen Wahl anders als in der neoklassischen Ökonomie keine stabilen und universalen Präferenzen vorausgesetzt, sondern interindividuell variable und zeitlich veränderliche Präferenzen, was jedoch deren konsequente Messung voraussetzt (Opp 1999). In dieser Untersuchung wird demnach angenommen, dass Studierende der Wirtschaftswissenschaften einen größeren Nutzen im Auslandsstudium sehen als Studierende der Ingenieurwissenschaften, was zu Differenzen in den absolvierten Auslandsaufenthalten führt.

Ein Auslandsstudium kann dabei zahlreiche unterschiedliche Erträge bieten (Petzold, Peter 2012). Speziell wird der Erwerb fachlicher und fremdsprachlicher Kompetenzen häufig hervorgehoben (Allen 2010). Allgemein lassen sich jedoch alle Nutzenerwägungen auf drei zentrale Aspekte zusammenführen: eine verbesserte professionelle Leistungsfähigkeit, die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und damit in engem Zusammenhang stehende gesteigerte Arbeitsmarktchancen. Bisherige Untersuchungen können zeigen, dass die Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen mit absolviertem Auslandsstudium durch Arbeitgeber etwas höher als die von Absolventen ohne Auslandsstudium eingeschätzt wird (Crossman, Clarke 2010; Wiers-Jensen 2011). Die gesteigerte Beschäftigungsfähigkeit wird dabei meist über das hohe Maß an gezeigter Flexibilität, Belastbarkeit und Selbständigkeit während des Auslandsstudiums begründet, die die Fähigkeit zur Problemlösung und Offenheit für Herausforderungen erfordert. In anderen Untersuchungen wird darüber hinaus gezeigt, dass Studierende bei der Entscheidung zum Auslandsstudium vor allem persönliche Aspekte einbeziehen (Stroud 2010). Die Auseinandersetzung der Studierenden mit einer ihnen unvertrauten Gesellschaft und ihren spezifischen Normen und Verhaltensweisen führt nicht selten zu einer vertieften Reflexion über die eigenen Werthaltungen und das Herkunftsland. Die Entwicklung interkultureller Kompetenzen, eine grundlegende Offenheit gegenüber fremden Kulturen und die Steigerung der individuellen Autonomie werden subjektiv als Gewinn betrachtet (Van Hoof, Verbeeten 2005; Black, Duhon 2006; Heublein et al. 2008; Doyle et al. 2010; Lörz, Krawietz 2011). Als forschungsleitende Hypothese wird daher angenommen:

*H1: Je höher der professionelle und persönliche Nutzen eines Auslandsstudiums ist, desto stärker ist die Intention zum Auslandsstudium.*

Der Unterschied zwischen Studierenden der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften ergibt sich dann aus einer differenten Nutzenbewertung:

*H2: Für Studierende der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sind unterschiedliche Nutzenerwartungen in Bezug auf ein Auslandsstudium von Bedeutung.*

## Methode

Die Hypothesen werden mit den Daten einer standardisierten schriftlichen Befragung (PAPI) unter Studierenden der Universität Siegen im Sommersemester 2012 erhoben, die generell Aspekte des Auslandsstudiums zum Thema hatte. Da Zusammenhänge analysiert werden sollten und vor allem Fachunterschiede von Interesse waren, wurde ein Vergleichsgruppendesign angestrebt, bei dem zu möglichst gleichen Teilen speziell Studierende der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften rekrutiert wurden. Insgesamt werden nach der Bereinigung und bei paarweisem Fallausschluss für die nachfolgenden Analysen Angaben von 304 Studierenden genutzt, deren sozioökonomische und studienbezogene Merkmale in Tabelle 1 abgetragen sind.

*Tab. 1: Sozioökonomische und studienbezogene Merkmale des Samples*

Variable	Total		Wirtschafts- wissenschaften		Ingenieur- wissenschaften		t/ $\chi^2$ (p)
	M (SD) / %	Range	M (SD) / %	Range	M (SD) / %	Range	
Alter in Jahren	23,23 (2,44)	18-32	23,24 (2,44)	20-31	23,20 (2,46)	18-32	0,163 (0,870)
Geschlecht							
männlich	65,79 %		55,73 %		76,28 %		15,674
weiblich	34,21 %		45,27 %		23,72 %		(0,000)
Partnerschaft	43,52 %		43,84 %		43,23 %		0,011 (0,915)
Level							
B.A./B.Sc.	74,67 %		82,43 %		67,31 %		9,186 (0,002)
M.A./M.Sc.	25,33 %		17,57 %		32,69 %		
Auslandsstudium	11,33 %		12,24 %		10,46 %		0,238 (0,625)
Einkommen in Euro	512,16 (421,64)	0-3000	536,70 (448,16)		489,51 (394,63)	0-2200	0,937 (0,350)
N <sub>Probanden</sub>	304		148		156		



Mit 48,68 Prozent Studierenden der Wirtschaftswissenschaften zu 51,32 Prozent Studierenden der Ingenieurwissenschaften ist es gelungen, etwa gleich große Vergleichsgruppen zu generieren. Durchschnittlich sind die Teilnehmer zum Erhebungszeitpunkt 23,23 Jahre alt gewesen, und zu ungefähr zwei Dritteln männlich. Etwas weniger als die Hälfte unterhält eine feste Partnerschaft oder Ehe. Etwa drei Viertel der Teilnehmer studierten zum Zeitpunkt der Befragung in einem Bachelorstudiengang und rund ein Viertel in einem Masterstudiengang. Im Einklang mit vorliegenden Befunden anderer Studien verfügt auch in diesem Sample nur eine Minderheit von 11,41 Prozent über ein bereits absolviertes Auslandsstudium. Das Einkommen ist mit durchschnittlich 512,82 EUR monatlich plausibel.

Um mögliche Konfundierungen auf der Probandenebene zu identifizieren, die die nachfolgende Schätzung der Präferenzeffekte bei der Intention zum Auslandsstudium verzerren könnten, werden die Samplemerkmale entlang der beiden Vergleichsgruppen verglichen. Es wird deutlich, dass keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Studierenden der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften hinsichtlich ihres Alters und ihrer Partnerschaften bestehen. Kleinere, aber statistisch unbedeutende Differenzen lassen sich im Einkommen und beim bereits absolvierten Auslandsstudium erkennen. Dagegen liegen starke Unterschiede bei den Anteilen von Männern und Frauen sowie beim Studienlevel vor. Im Sample der Wirtschaftswissenschaften ist die Zahl der studierenden Männer und Frauen weitestgehend ausgeglichen. Bei den Ingenieurwissenschaften stellen Frauen mit weniger als einem Viertel Ingenieurwissenschaften eine Minderheit dar. Zwar sind erwartungsgemäß in beiden Gruppen weniger Studierende in Masterstudiengängen vertreten, während das Verhältnis in den Ingenieurwissenschaften jedoch bei etwa zwei Dritteln zu einem Drittel liegt, studiert weniger als ein Fünftel der wirtschaftswissenschaftlichen Studierenden auf Masterniveau. Schon allein aus Gründen des Studienverlaufs können systematische Unterschiede zwischen dem Studienlevel in der Intention zum Auslandsstudium bestehen. Hinzukommen regelmäßige geschlechtsspezifische Unterschiede (Salisbury et al. 2010). Da das Sample selektiv ist und die Subsamples in diesen beiden Samplemerkmalen erkennbare Unterschiede aufweisen, wird in der Hypothesenprüfung auf sozioökonomische Merkmale kontrolliert.

Die subjektiven Nutzererwartungen hinsichtlich der persönlichen und professionellen Erträge wurden hier mit Skalen zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, zur Steigerung der professionellen Leistungsfähigkeit und zu den erwarteten Arbeitsmarktchancen erfasst. Tabelle 2 enthält die Items, sowie die Skaleneigenschaften im Gruppenvergleich. Auf alle Items konnte auf einer siebenstufigen Skala von »stimme überhaupt nicht zu« bis »stimme voll und ganz zu« geantwortet werden. Die Dimensionalität der Items wurde bereits an anderer Stelle geprüft (Petzold et al. 2014), sodass hier nur die Realibilitätswerte berichtet werden. Die ersten drei Items zielen auf die Entwicklung der Persönlichkeit und der Offenheit gegenüber anderen Kulturen. Die folgenden drei Items erfassen die strategische Leistungssteigerung durch ein Auslandsstudium. Mit den letzten drei Items wird schließlich die erwartete Bedeutung für den Arbeitsmarkt erfasst. Die gebildeten Summenskalen weisen mit  $\alpha = 0,778$ ;  $\alpha = 0,805$  und  $\alpha = 0,805$  angesichts der geringen Itemanzahl hohe Reliabilitätswerte auf. Die angesprochenen Nutzenerwartungen können demnach konsistent mit dem genutzten Instrument erfasst werden. Schließlich wurde die Intention im Ausland zu studieren mit der direkten Frage danach gemessen, wie gern man selbst eine Zeit lang im Ausland studieren würde.

Die drei Skalen im Vergleich zwischen den disziplinären Gruppen zeigen weitgehend ähnliche Verteilungen. Der Mittelwert der Skala zur Persönlichkeitsentwicklung liegt in beiden Fachgruppen bei geringen Standardabweichungen deutlich über der Skalenmitte. Es liegt demnach eine recht starke Überzeugung im Sample vor, ein Auslandsstudium trage zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Gleichwohl ist mit  $|\Delta_M| = 0,22$  Skaleneinheiten eine geringe Differenz zwischen den Gruppen zugunsten der Wirtschaftswissenschaftsstudierenden zu verzeichnen, die auf dem 5-Prozent-Niveau statistisch bedeutsam wird. Die Skala zur Messung des Nutzens für die Verbesserung der professionellen Leistungsfähigkeit zeigt in beiden Gruppen im Mittel geringere Werte bei geringer Differenz. Die Probanden sind demnach insgesamt weniger stark von der Kompetenzverbesserung durch ein Auslandsstudium überzeugt, als von dessen positiven Effekten auf die Persönlichkeit. Zuletzt liegen auch die Mittelwerte zur Überzeugung, dass ein Auslandsstudium die Arbeitsmarktchancen steigert, über der Skalenmitte, wenngleich nicht so hoch wie bei der Skala zur Persönlichkeitssteigerung. Insgesamt glauben alle Personen im Sample demnach auf eine positive Bewertung studienbezogener Auslandserfahrung durch Arbeitgeber. Auch diese Überzeugung ist bei Studierenden der Wirtschaftswissenschaften signifikant stärker ausgeprägt ( $|\Delta_M| = 0,30$ ). Die drei Skalen korrelieren mit Werten zwischen  $r = 0,497$  und  $r = 0,474$  moderat positiv miteinander, was als plausibel angesehen wird. Diejenigen, die in stärkerem Maße eine positive Entwicklung der Persönlichkeit erwarten, erwarten auch eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit und gesteigerte Arbeitsmarktchancen durch ein Auslandsstudium.

Die Mittelwerte der individuellen Intention zum Auslandsstudium liegen in beiden Gruppen in der oberen Skalenhälfte bei  $M = 4,58$  ( $SD = 1,97$ ) und  $M = 4,36$  ( $SD = 2,10$ ). Die Differenz von  $|\Delta_M| = 0,22$  Skaleneinheiten ist zwar erkennbar, erweist sich im statistischen Test aber nicht als signifikant. Dennoch steht diese Mittelwertdifferenz grundlegend im Einklang mit vorliegenden Studien, denn auch hier sind die Studierenden der Ingenieurwissenschaften etwas weniger geneigt, im Ausland zu studieren als die angehenden Wirtschaftswissenschaftler.

Tab. 2: Items und Skalen im Gruppenvergleich

Items	Cr. $\alpha$	Total	Wirt.- wiss.	Ing.- wiss.	t(p)	
		M (SD)	M (SD)	M (SD)		
<b>Persönlichkeitsentwicklung</b>						
»Über ein Auslandsstudium kann ich meine Persönlichkeit entfalten.«						
»Ein Auslandsstudium ist gut für meine Entwicklung.«						
»Ein Auslandsstudium steigert meine Offenheit gegenüber anderen Kulturen.«	0,778	1-7	5,48 (1,16)	5,59 (1,14)	5,37 (1,17)	1,71 (0,044)
<b>Verbesserung der Leistungsfähigkeit</b>						
»Wer im Ausland studiert hat, verfügt über eine bessere Problemlösefähigkeit.«						
»Wer ein Auslandsstudium absolviert hat, ist eher in der Lage sich in neue und komplexe Aufgaben einzuarbeiten.«						
»Wer im Ausland studiert, zeigt damit, dass er leistungsfähiger als andere ist.«	0,805	1-7	3,26 (1,44)	3,34 (1,47)	3,18 (1,40)	0,97 (0,164)
<b>Verbesserung der Arbeitsmarktchancen</b>						
»Ein Auslandsstudium verbessert meine Chancen auf dem Arbeitsmarkt.«						
»Wer im Ausland studiert hat, findet schneller einen seinen Qualifikationen entsprechenden Job.«						
»Die Unternehmen werden es honorieren, wenn jemand im Ausland studiert hat.«	0,819	1-7	4,73 (1,32)	4,88 (1,35)	4,58 (1,28)	1,93 (0,027)
<b>Intention zum Auslandsstudium</b>						
»Wie gern würden Sie selbst eine Zeit lang im Ausland studieren?«	-	1-7	4,47 (2,04)	4,58 (1,97)	4,36 (2,10)	0,97 (0,165)

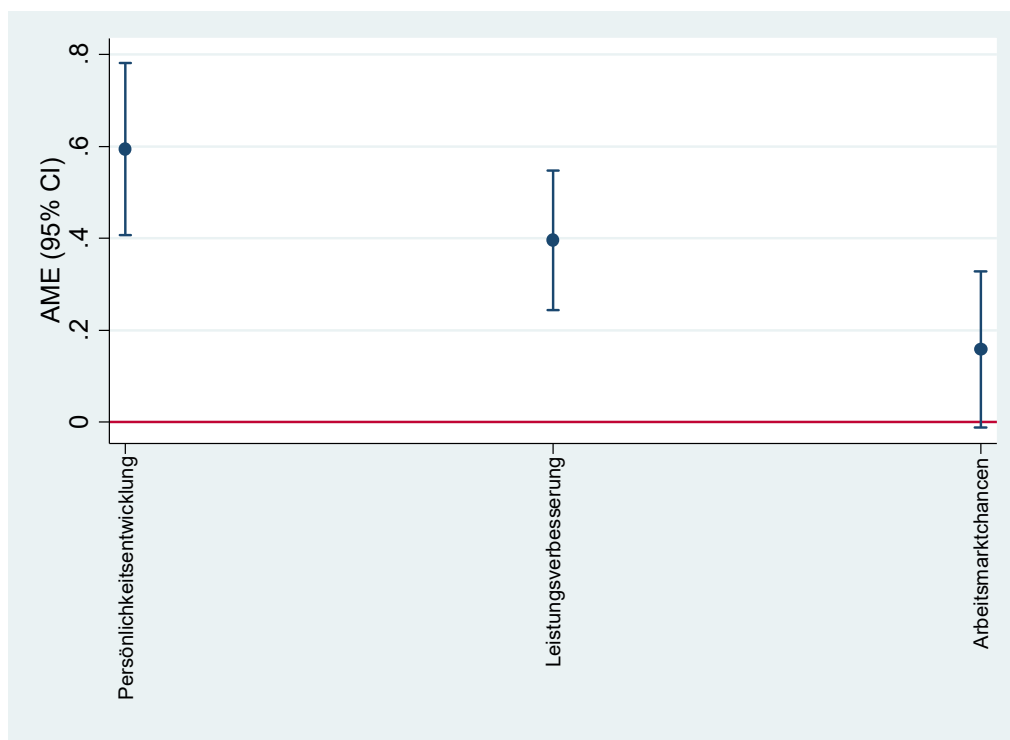
## Ergebnisse

Die Fragestellung dieser Untersuchung lautet, ob fachspezifische Differenzen im Auslandsstudium möglicherweise auf Unterschiede in der Nutzenerwartung zurückzuführen sind. Da bivariate Analysen aufgrund der bereits angedeuteten Selektivität keine verlässlichen Ergebnisse versprechen, wurden zur Prüfung der beiden Hypothesen zwei OLS-Modelle mit robusten Stan-

standardfehlern geschätzt, je eines für die Haupteffekte und eines für die nach den Fächern konditionalen Effekte. Wie gezeigt wurde, korrelieren die drei Skalen untereinander. Bei den sozioökonomischen Merkmalen der Stichprobe lassen sich dagegen keine nennenswerten Korrelationen finden. Gleichwohl deutet dies auf das Vorliegen von Multikollinearität hin, die die Schätzung der Koeffizienten verzerrt. Allerdings bewegt sie sich in einem akzeptablen Rahmen, wie der Variance Inflation Factor (VIF) mit einem durchschnittlichen Wert von  $VIF = 1,27$  als Multikollinearitätsmaß nahelegt, wobei kein Koeffizient der einzelnen Prädiktoren über 1,57 liegt. Multikollinearität ist demnach zwar vorhanden, aber unproblematisch.

In Abbildung 1 sind die Ergebnisse visualisiert. Aus Gründen der Anschaulichkeit sind allein die Koeffizienten der theoretisch relevanten Nutzenskalen geplottet worden. Zusätzlich wird das Modell nach der Disziplin, dem Studienlevel, dem Geschlecht und der Partnerschaft kontrolliert, von denen jedoch allein eine Partnerschaft einen schwach negativen Einfluss hat. Da alle drei Skalen dieselbe Spannweite aufweisen, sind die Koeffizienten direkt miteinander vergleichbar. Die Modelfitindices weisen einen akzeptablen und statistisch signifikanten Fit aus ( $F = 30, 72$ ;  $p = 0,000$ ). Wie der Determinationskoeffizient  $R^2 = 0,37$  verdeutlicht, werden rund 37 Prozent der Gesamtvarianz der Intention zum Auslandsstudium durch die herangezogenen Prädiktoren erklärt. Insgesamt passt das Modell demnach gut zu den Daten.

Abb. 1: Effekte der Präferenzen auf die Auslandsstudienintention

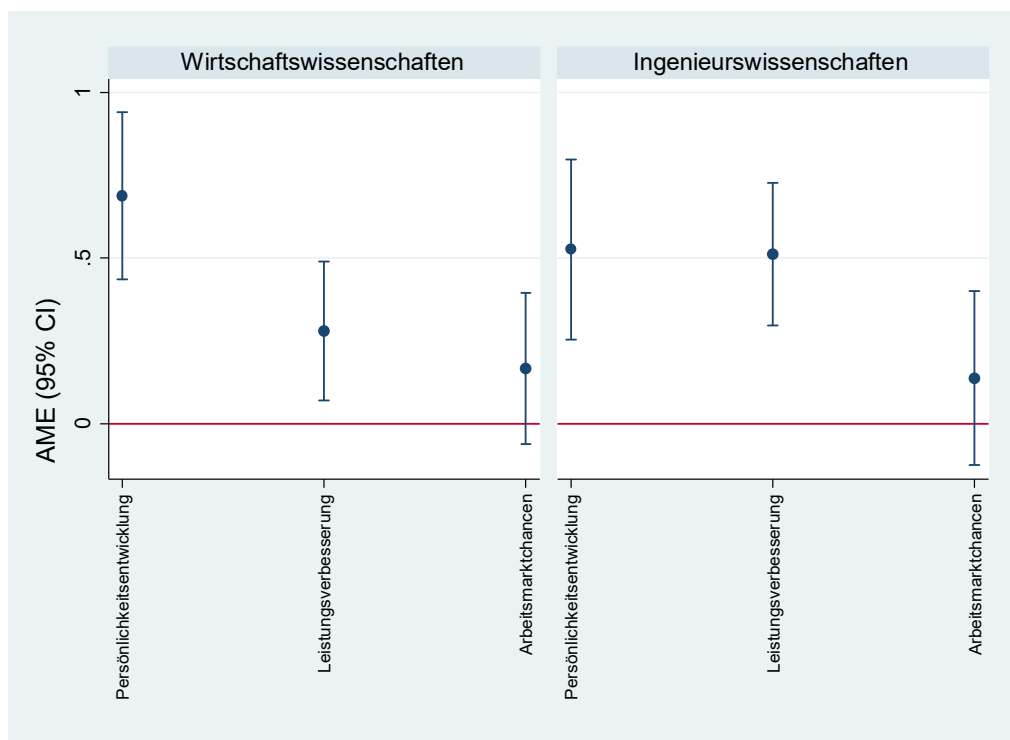


In Hypothese 1 ist angenommen worden, dass je höher der wahrgenommene Nutzen ist, desto stärker auch die individuelle Intention zum Auslandsstudium sein sollte. Diese Annahme kann sich im Hauptmodell bewähren. Ohne Differenzierung nach dem Studienfach ist die Überzeugung, ein Auslandsstudium führe zu einer Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, relativ zu den

anderen Nutzenargumenten am stärksten mit der Auslandsstudienintention assoziiert. Die zu erwartende Verbesserung der professionellen Leistungsfähigkeit ist von etwas geringerer, wenngleich nennenswerter Bedeutung für die Intention im Ausland zu studieren. Obwohl eine bemerkenswerte Überzeugung vorliegt, das Auslandsstudium steigere die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, ist diese nur schwach und nur auf dem 10-Prozent-Niveau ( $p = 0,068$ ) mit der Intention verbunden. Das heißt, insgesamt ist ein erwarteter Arbeitsmarkterfolg hier relativ unwichtig für den Wunsch zum Auslandsstudium.

Im Beitrag wird jedoch vordringlich gefragt, wie disziplinäre Unterschiede im Auslandsstudium zu erklären sind. Hierzu ist in Hypothese 2 angenommen worden, dass Differenzen in der Intention zum Auslandsstudium auf Differenzen in der Nutzenerwartung zurückzuführen sind. Demnach müssten Studierende der Ingenieurwissenschaften weniger Erträge erwarten als Studierende der Wirtschaftswissenschaften. Zur Prüfung dieser Hypothese wurden Interaktionsterme zwischen den drei Skalen und dem Studienfach in das Haupteffektmodell eingeführt. Die auf diese Weise berechneten, fachlich konditionalen Effekte sind in Abbildung 2 abgetragen. Auch hier ist die Modellgüte mit  $F = 21,86$ ;  $p = 0,000$  akzeptabel und das Modell erreicht mit  $R^2 = 0,37$  eine ebenfalls hohe Varianzaufklärung. Die Modellgüte wird durch die zusätzlichen Interaktionsterme im Vergleich zum Haupteffektmodell kaum beeinflusst.

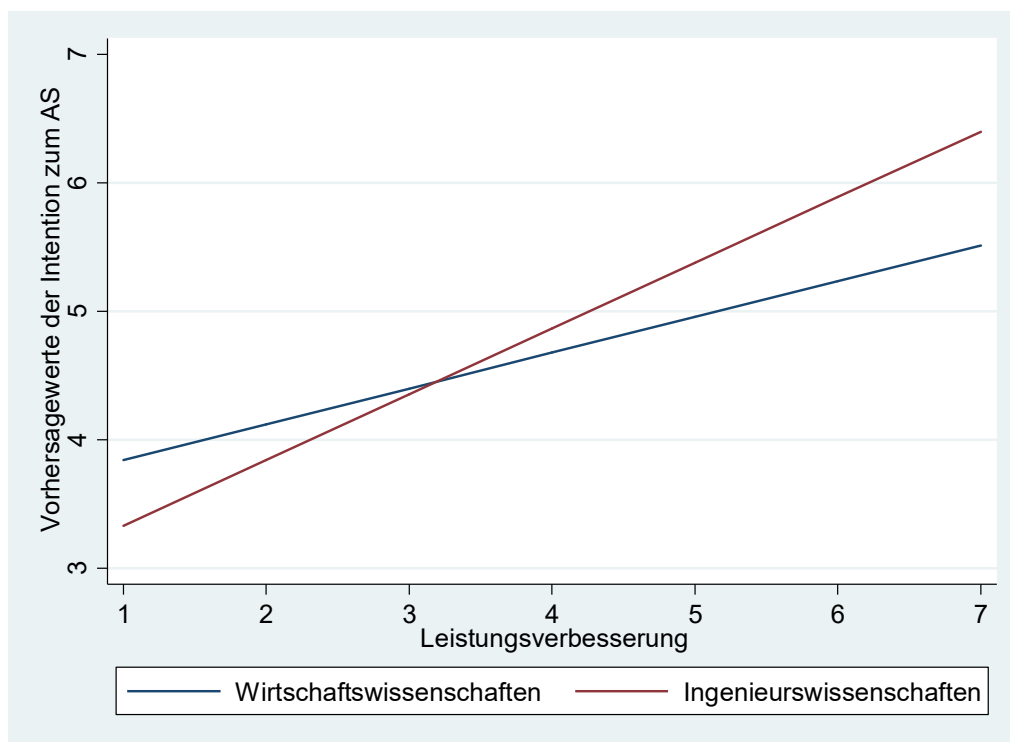
Abb. 2: Effekte der Präferenzen auf die Auslandsstudienintention nach Fach



Es werden bemerkenswerte Differenzen und Ähnlichkeiten zwischen den Gruppen deutlich. So zeigt die Aussicht auf die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit bei den Wirtschaftswissenschaftsstudierenden den mit Abstand stärksten Effekt für die Intention zum Auslandsstudium. Indessen hängt die Erwartung einer besseren professionellen Leistungsfähigkeit in diesem Sub-

sample deutlich schwächer mit der Auslandsstudienintention zusammen. Die Differenz der beiden Koeffizienten ist zudem mit  $F = 3,99$ ;  $p = 0,048$  auf dem 5-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Die Entwicklung der Persönlichkeit ist für Studierende der Wirtschaftswissenschaften demnach signifikant wichtiger als die Verbesserung der professionellen Leistungsfähigkeit für die Frage, ob man im Ausland studieren möchte. Die gesteigerten Arbeitsmarktchancen sind am wenigsten wichtig und werden auch nicht signifikant. In der Gruppe der Studierenden der Ingenieurwissenschaften hängen die beiden ersten Nutzenerwartungen dagegen fast gleichartig positiv mit der Auslandsstudienintention zusammen. Während im subjektiven Kalkül der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften die Persönlichkeitsbildung deutlich wichtiger ist als die Verbesserung der professionellen Leistung, sind bei den angehenden Ingenieuren beide Aspekte von Belang. Die Koeffizienten unterscheiden sich nicht voneinander ( $F = 0,03$ ;  $p = 0,855$ ). Diese Gleichheit der Koeffizienten ergibt sich aus einer größeren Bedeutung der Verbesserung der fachlichen Kompetenzen und einer gleichzeitig niedrigeren Bedeutung der Persönlichkeitsentwicklung. Angehende Ingenieurwissenschaftler legen demnach bei der Frage nach dem Nutzen eines Auslandsstudiums im Vergleich zu Wirtschaftswissenschaftlern weniger Wert auf Persönlichkeitsbildung und mehr auf Leistungssteigerung.

Abb. 3: Interaktion zwischen erwarteter Leistungsverbesserung und Studienfach



Jedoch erreicht keiner der Interaktionsterme selbst statistisch signifikante Koeffizienten. Um zu veranschaulichen, dass die Unterschiede dennoch substanziell sind, wurde beispielhaft die Interaktion zwischen dem Studienfach und der Bedeutung der Verbesserung der Leistungsfähigkeit durch ein Studium im Ausland über die Vorhersagewerte der Intention visualisiert. Aus Abbildung 3 geht noch einmal hervor, dass über die gesamte Skalenbreite der erwarteten Leis-

tungsverbesserung hinweg die Intention bei den Wirtschaftswissenschaftsstudierenden um mehr als eineinhalb Skalenpunkte mehr ansteigt als die Intention der Studierenden der Ingenieurwissenschaften. Damit hat sich die Annahme H2, wonach die Nutzenerwartungen der Studierenden der unterschiedlichen Fächer in unterschiedlichem Maße für die Intention zum Auslandsstudium von Bedeutung sind und damit zur Differenz in diesem Bereich beitragen, weitestgehend bewährt.

## Zusammenfassung und Ausblick

Obwohl aufgrund einer sich immer stärker globalisierenden Wirtschaft immer umfangreichere Förderungen bereitgestellt werden, um möglichst viele Studierende zu einem Auslandsstudium zu motivieren, werden bemerkenswerte fachspezifische Unterschiede gefunden. In Deutschland studieren beispielsweise angehende Wirtschaftswissenschaftler im Vergleich zu angehenden Ingenieurwissenschaftlern mehr als doppelt so häufig im Ausland (DAAD, DZHW: 52). Diese fachspezifische Differenz im Auslandsstudium wurde bislang kaum gezielt untersucht. Eine Reihe von Autoren erklären die Differenz über Unterschiede in den subjektiven Nutzenerwägungen zwischen Studierenden der beiden Fächergruppen. Ob die Differenz in der Absolvierung eines Auslandsstudium dabei tatsächlich auf unterschiedliche Präferenzen zurückzuführen ist, kann jedoch mit vorliegenden Surveydatensätzen kaum geprüft werden, da die Möglichkeiten der Operationalisierung sehr begrenzt sind. Hier setzt der vorliegende Beitrag an.

Zur Beantwortung der Frage wurde zunächst unter Verweis auf allgemeine Annahmen der Theorie der Rationalen Wahl (Opp 1999) und der Humankapitaltheorie (Becker 1964) angenommen, dass mit zunehmendem Nutzen auch die Intention zum Auslandsstudium steigen sollte und dass daher fachspezifische Differenzen auf unterschiedliche Nutzenerwartungen zurückzuführen sind. Am Beispiel von Studierenden der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften der Universität Siegen wurde ein Kontrollgruppendesign verwendet, das den Vergleich der Präferenzeffekte erlaubt. Die Präferenzen wurden gemessen und über Interaktionen in der Schätzung wurden fachspezifische Unterschiede berücksichtigt.

Die Ergebnisse zeigen, dass Studierende der Wirtschaftswissenschaften eine geringfügig stärkere Intention zum Auslandsstudium aufweisen als Studierende der Ingenieurwissenschaften. Dabei wurde deutlich, dass über alle Probanden hinweg höhere Nutzenerwartungen auch mit einer stärkeren Intention einhergeht. Es wurde bei den Präferenzen zwischen dem Nutzen, der für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit zu erwarten ist, dem Nutzen, der für die Verbesserung der eigenen Leistungsfähigkeit zu erwarten ist, und dem Nutzen für die Arbeitsmarktchancen unterschieden. Die Überzeugung, dass ein Auslandsstudium zur Entwicklung der Persönlichkeit führt, ist dabei für alle Studierenden von vordringlicher Relevanz. Die Haupteffekthypothesen der Nutzenargumente erwiesen sich damit insgesamt als tragfähig. Die Schätzung der nach den Fachgruppen konditionierten Effekte legte darüber hinaus offen, wie unterschiedlich die Nutzenerwartungen mit der Intention zum Auslandsstudium zusammenhängen. Während für Studierende der Wirtschaftswissenschaften fast allein die Aussicht auf die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit ausschlaggebend ist, ist für Studierende der Ingenieurwissen-

schaften dieser Aspekt weniger wichtig und gleichzeitig eine verbesserte professionelle Leistung wichtiger, sodass hier gleichgroße Effekte vorliegen. Dieser Befund stützt damit andere Studien, die eine präferenzbasierte Erklärung der Fachdifferenzen im Auslandsstudium vorgeschlagen haben (Toncar 2005; Heublein et al. 2008; Lörz, Krawietz 2011).

Die Belastbarkeit der Ergebnisse ist jedoch angesichts des Studiendesigns eingeschränkt. Als Hauptkritikpunkt muss angeführt werden, dass es sich lediglich um ein einfaches Kontrollgruppendesign im Querschnittsformat handelt, das kausale Schlüsse nicht zulässt. Zum einen kann die Wirkungsrichtung der Nutzenerwartungen auf die Intention nur theoretisch bestimmt werden. Aus diesem Grund sind die identifizierten Effekte hier auch als Korrelationen zu interpretieren. Zum anderen hängen mit der Intention zum Auslandsstudium nicht nur Präferenzen sondern auch Opportunitäten zusammen (Orahood et al. 2008; Stroud 2010), die hier unbeachtet blieben. Es sind in mehrfacher Hinsicht selektionsbedingte Konfundierungen anzunehmen, die mögliche Effekte verzerren können (Legewie 2012). So sind Selbstselektionen von Studierenden mit unterschiedlicher Lerneinstellung und Flexibilitätsbereitschaft in den verschiedenen Studienrichtungen anzunehmen (Daly, Barker 2005: 37). Es können aufgrund von Adaptionsprozessen Präferenzen und Opportunitäten ebenfalls systematisch zusammenhängen (Netz 2013: 7), sodass insgesamt unklar bleibt, ob die Fachdifferenz auf die Differenzen in den Opportunitäten oder den Präferenzen zurückzuführen ist. In zukünftigen Studien sollten daher Designs verwendet werden, die solche Selektionsprobleme überwinden und kausale Schlussfolgerungen zulassen.

Schließlich sind die Ergebnisse durch das Sample und die Operationalisierung begrenzt. So sind nur zwei Fächer einer einzigen Universität berücksichtigt worden. Auch sind hier institutionelle Kontextmerkmale außen vor geblieben. Diese sollten künftig ebenso stärker beachtet werden, wie weitere Präferenzen der Studierenden gegenüber dem Auslandsstudium. Es wäre zukünftig wünschenswert, hier eine breitere Datenbasis, gegebenenfalls aus unterschiedlichen Universitäten und Ländern, heranzuziehen.

## Literatur

- Allen, H. W. 2010: What shapes short-term study abroad experiences? A comparative case study of student's motives and goals. *Journal of Studies in International Education*, 14. Jg., Heft 5, 452–470.
- Becker, G. S. 1964: *Human capital: A theoretical and empirical analysis, with special reference to education*. Chicago: Chicago University Press.
- Becker, R. 2000: Klassenlage und Bildungsentscheidungen. Eine empirische Anwendung der Wert-Erwartungstheorie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 52. Jg., Heft 3, 450–474.
- Black, T. H., Duhon, D. 2006: Assessing the impact of business study abroad programs on cultural awareness and personal development. *Journal of Education for Business*, 81. Jg., Heft 3, 140–144.
- Boudon, R. 1974: *Education, opportunity, and social inequality. Changing prospects in western societies*. New York: Wiley & Sons.
- Breen, R., Goldthorpe, J. H. 1997: Explaining Educational Differentials. Towards a Formal Rational Action Theory. *Rationality and Society*, 9. Jg., Heft 3, 275–305.
- Brooks, R., Waters, J. L. 2011: *Student mobilities, migration and the internationalization of higher education*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.



- Brus, S., Scholz, C. 2007: Promoting mobility-Study on obstacles to student mobility. Berlin: ESIB-The National Unions of Students in Europe.
- Crossman, J. E., Clark, M. 2010: International experience and graduate employability: Stakeholder perceptions on the connection. *Higher Education*, 59. Jg., Heft 5, 599–613.
- DAAD, DZHW (Hg.) 2014: Wissenschaft weltoffen. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland. Bielefeld: Bertelsmann.
- Daly, A. J., Barker, M. 2005: Australian and New Zealand university students' participation in international exchange programs. *Journal of Studies in International Education*, 9. Jg., Heft 1, 26–41.
- DESTATIS. 2014: Deutsche Studierende im Ausland. Statistischer Überblick 2002 – 2012. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Doyle, S., Gendall, P., Meyer, L. H., Hoek, J., Tait, C., Mckenzie, L., Loorparg, A. 2010: An investigation of factors associated with students participation in study abroad. In *Journal of Studies in International Education*, 14. Jg., Heft 5, 471–490.
- Ebert, J., Heublein, U. 2010: Mobilität im Studium. Studienbezogene Aufenthalte deutscher Studierender im Ausland. *Wissenschaftsmanagement*, 16. Jg., Heft 2, 27–33.
- European Commission. 2014a: Erasmus 2012/13: Was steckt hinter den Zahlen?
- European Commission. 2014b: The ERASMUS impact study. Effects of mobility on the skills and employability of students and the internationalisation of higher education institutions. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Heublein, U., Hutzsch, C., Schreiber, J., Sommer, D. 2011: Die Entwicklung der Auslandsmobilität deutscher Studierender. HIS: Projektbericht September 2011.
- Isserstedt, W., Kandulla, M. 2010: Internationalisierung des Studiums. Ausländische Studierende in Deutschland. Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Konevas, L., Duoba, K. 2007: The role of student mobility in the development of human capital in Europe. *Economics and Management*, 12. Jg., 585–591.
- Kratz, F. 2012: Der Einfluss der sozialen Herkunft auf die internationale Mobilität und den Stellensuchradius von Studierenden und Hochschulabsolventen. *Soziale Welt*, 63. Jg., Heft 1, 45–64.
- Legewie, J. 2012: Die Schätzung von kausalen Effekten: Überlegungen zu Methoden der Kausalanalyse anhand von Kontexteffekten in der Schule. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 64. Jg., Heft 1, 123–153.
- Lörz, M. 2008; Räumliche Mobilität beim Übergang ins Studium und im Studienverlauf. Herkunftsspezifische Unterschiede in der Wahl und Nachhaltigkeit des Studienortes. *Bildung und Erziehung*, 61. Jg., Heft 4, 413–436.
- Lörz, M., Krawietz, M. 2011: Internationale Mobilität und soziale Selektivität: Ausmaß, Mechanismen und Entwicklung herkunftsspezifischer Unterschiede zwischen 1990 und 2005. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 63 Jg., Heft 2, 185–205.
- Netz, N. 2013: What deters students from studying abroad? Evidence from four European countries and its implications for higher education policy. *Higher Education Policy* doi:10.1057/hep.2013.37:1-24.
- OECD. 2014: Education at a glance: OECD-indicators: OECD Publishing.
- Opp, K.-D. 1999: Contending conceptions of the theory of rational choice. *Journal of Theoretical Politics*, 11. Jg., Heft 2, 171–202.
- Orahood, T., Woolf, J., Kruze, L. 2008: Study abroad and career paths of business students. *Frontiers: The Interdisciplinary Journal to Study Abroad*, 17. Jg., 133–141.
- Parey, M., Waldinger, F. 2011: Studying abroad and the effect on international labour market mobility: Evidence from the introduction of ERASMUS. In *The Economic Journal*, 121. Jg., Heft 551, 194–222.

- Petzold, K., Peter, T. 2012: Perspectives in Monitoring International Skills – The Example of Studying Abroad. In C. Larsen, R. Hasberg, A. Schmid (Hg.), *Skills Monitoring in European Regions and Localities. State of the Art and Perspectives*. München, Mering: Rainer Hampp Verlag, 182–194.
- Petzold, K., Peter, T., Moog, P. 2014: Zur Konfiguration transnationaler Felder in Bildungssystem und Arbeitsmarkt am Beispiel des Auslandsstudiums. In M. Löw (Hg.), *Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012*. Wiesbaden: Springer VS, CD Rom.
- Petzold, K., Peter, T. 2014: The social norm to study abroad: determinants and effects. *Higher Education* DOI: 10.1007/s10734-014-9811-4.
- Salisbury, M. H., Paulsen, M. B., Pascarella, E. T. 2010: To see the world or stay at home: Applying an integrated student choice model to explore the gender gap in the intent to study abroad. *Research in Higher Education*, 51. Jg., Heft 7, 615–640.
- Sjaastad, L. A. 1962: The costs and returns of human migration. *Journal of Political Economy*, 70. Jg., 80–93.
- Speare, A. 1971: A cost-benefit model of rural to urban migration in Taiwan. *Population Studies*, 25. Jg., Heft 1, 117–130.
- Stroud, A. H. 2010: Who plans (not) to study abroad? An examination of U.S. student intent. *Journal of Studies in International Education*, 14. Jg., Heft 5, 491–507.
- Teichler, U. 2007: *Die Internationalisierung der Hochschulen: neue Herausforderungen und Strategien*. Frankfurt am Main: Campus.
- Toncar, M. F., Reid, J. S., Anderson, C. E. 2005: Perceptions and preferences of study abroad: Do Business students have different needs? *Journal of Teaching and International Business*, 17. Jg., Heft 1/2, 61–80.
- Wiers-Jenssen, J. 2011: Background and employability of mobile vs. non-mobile students. *Tertiary Education and Management*, 17. Jg., Heft 2, 79–100.

Ad-hoc-Gruppe »Maritime Sociology: Polish and German Perspectives on a  
Sociology Of Maritime Spaces«  
- organisiert von Agnieszka Kołodziej-Durnaś und Frank Sowa

# A Short Introductory Note on Maritime Sociology

Frank Sowa and Agnieszka Kołodziej-Durnaś

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Maritime Sociology: Polish and German Perspectives on a Sociology Of Maritime Spaces«- organisiert von Agnieszka Kołodziej-Durnaś und Frank Sowa*

The topic of the sea and society is not new to sociology. Some of the founding fathers of sociology have researched specific maritime spaces. For instance, in 1896 the German sociologist Ferdinand Tönnies analysed the working conditions and wages of different maritime professions, as well as the major strike of 1896/97 in Hamburg (Tönnies 1897a, b). Today, Tönnies is regarded as the founder of *Maritime Sociology* (Fechner 2010). But also for other classical sociologists, maritime spaces were not unfamiliar. Norbert Elias was interested in studying the careers of naval professionals (Elias 1950) and intended to publish a book on that topic. Unfortunately, he did not finish his naval studies but some of his texts are available (Moelker 2003; Moelker, Mennell 2007).

In contrast to other subfields of sociology, *Maritime Sociology* could not be established as a research network with an international Research Committee until today. The ad-hoc group »Maritime Sociology: Polish and German Perspectives on a Sociology of Maritime Spaces« during the Congress of the German Sociological Association (DGS) in Trier (Germany) was the first attempt to refresh activities of *Maritime Sociology* in Germany and to start a Polish-German dialogue on maritime issues bringing together scholars from sociology to begin a discussion on the interrelations between society and the sea.

## Maritime Sociology in Germany

Remarkably, whereas *Maritime Sociology* is established in Anglo-Saxon, Scandinavian, and East-European countries (Poole 1981; Prahl, Schack 1992), today there is no such sociological sub-discipline in Germany. Even though there are German sociological studies on maritime issues concentrating on the ship as a total institution (Lisch 1976) or on industrial sociological research (Abendroth et al. 1979), all efforts to professionalize *Maritime Sociology* in Germany have failed. In the 1980s, there was an attempt to institutionalize a working group called *Maritime Sociology (Arbeitsstelle Maritime Soziologie; 1985-1992)* at the Institute of Sociology at the University of Kiel. It focused on instruction for master and doctoral theses, lectures, and the publication of rele-

vant research (Prahl, Schack 1992; Schroeter 1994). Unfortunately, this pioneering work was not continued after the disintermediation of the working group.

During the last two decades there are particularly interdisciplinary approaches to the social construction of the sea and the coast. Some scholars concentrated on the perception of coastlines and pictures of the coast (Döring et al. 2005; Fischer 2004; Fischer et al. 2007; Meyn 2007; Prahl 2005), others on the acceptance of coastal national parks (Beckmann 2003) or environmental conflicts (Krauß 2001; Krauss 2005, 2007; Sowa 2014a, b). Recently, only a few sociologists have focused on issues pertaining to the social changes of fisheries. Kristin Kube (2013) analysed biographical narratives of deep-sea fishermen in Germany as a profession – which disappeared in the 1990s due to changing underlying conditions. She focused the case of Bremerhaven as a former West-German fishing port and elaborates on the lifeworld and identities of German deep-sea fishermen as important protagonists in the history of the city. In contrast, Tobias Lasner (2013) examined the decision-making process of a present phenomenon inside the fisheries community, which can be seen as a direct reaction towards socio-economic transformations in our times: the adoption of innovative aquaculture practices. The grounded theory research showed that some fish farmers adopt an ecological innovation while others do not (Lasner, Hamm 2014). Lasner was interested in including fisheries issues in sociological research (Lasner 2009). Frank Sowa did research on the whaling controversy (Sowa 2013a, c) and explored the emergence of a new collective community identity in a contemporary whaling town in Japan after the whaling moratorium of the International Whaling Commission (IWC) came into force (Sowa 2013b, 2014c). Results of the ethnographic fieldwork confirms that whaling is still a part of the collective memory of the town: whalers and non-whalers construct their identities through the articulation of a strong attachment to the traditional whaling town and their ancestors. While whaling activities on the sea and on the land are decreasing the symbolization of whaling is increasing. Ulrike Kronfeld-Goharani worked on ocean security (Kronfeld-Goharani 2013) and discourses of sustainability in regard of the High Seas and oceans (Kronfeld-Goharani 2015). She asked by using a discourse analysis how the sustainability concept has been developing in maritime affairs.

Despite these encouraging trends, *Maritime Sociology* is not used as an umbrella term to refer to sociological studies on maritime issues in Germany. These developments of *Maritime Sociology* contrasts with the developments of *Maritime Sociology* in Poland.

## Maritime Sociology in Poland

In Poland, a totally different evolution can be observed. Polish sociological studies on maritime issues go back to at least to the interwar period. However, these early publications lacked empirical research. The empirical research associated with *Maritime Sociology* perspective started after the Second World War when Poland acquired greater access to the sea – with the maritime industry becoming an indispensable part of a recovering economy. Poznan, Gdansk, and Szczecin became major academic centres of *Maritime Sociology* (*socjologia morska*). The term for the

new sociological sub-discipline was coined by Aleksander Matejko (1964) and Ludwik Janiszewski (1994), who published an introductory article devoted to it in 1994. Between 1950s and 1990s, scientific research on the relations between men and sea was thriving. It included numerous projects and studies on marine professions, trade and fishing vessels' crews, seamen's and fishermen's families, port cities, organization and management in maritime industry companies, and seaside local communities – often published in the scientific journal 'Annuals of Marine Sociology' issued by the Polish Academy of Sciences in Gdansk and Szczecin.

The name for a new sub-field of sociology dealing with seaside communities was evolving in Polish science during communist times from *sociology of people of sea* via *nautic sociology* to *Maritime Sociology*. Matejko talked about a »sociology of people of sea« and a »sociology of social communities living and working at sea, at the seaside or in sea regions« (Matejko 1964). In 1971 Sztumski introduced a »nautic sociology« which deals

»with exploring the impact of nautic professional activities into the process of shaping human coexistence, making research on the various structures emerging as a result of this coexistence (e.g. vessel crews) and various social creations both material (e.g. seamen's role models and nonmaterial (e.g. superstitions) and analyzing special institutions established in the process of conquering sailing areas« (Sztumski 1971).

Ten year later, Wozniak speaks of a »nautic« or »maritime sociology«:

»The subject of nautic sociology (maritime sociology) is most of all phenomena and processes of emergence, development, and collapse of various social communities the life and work of which contribute to the character and intensity of society's and state's efficiency« (Woźniak 1981).

After years of declining interest in *Maritime Sociology*, paralleling the decline of maritime industries during the years of Polish post-Communist transformation, one may observe its revival now. In recent years, more and more Polish authors have discovered the fisheries and maritime sector as a potential research field for *Maritime Sociology* (Bartłomiejski 2011; Bryniewicz et al. 2010; Kołodziej-Durnaś 2014; Kołodziej, Kołodziej-Durnas 2014; Kowalewski 2011).

## Attempts to Institutionalize *Maritime Sociology*

Thanks to Polish activities, there are attempts to institutionalize *Maritime Sociology* to national sociological congresses in Poland and Germany. During the 15<sup>th</sup> Polish Sociological Congress from 11<sup>th</sup> to 14<sup>th</sup> September 2013 in Szczecin (Poland) one session was held with six contributions. This ad-hoc group »Maritime Sociology: Polish and German Perspectives on a Sociology of Maritime Spaces« during the 37<sup>th</sup> Congress of the German Sociological Association (DGS) from 6<sup>th</sup> to 10<sup>th</sup> October 2014 in Trier (Germany) offered one session with also six contributions.

On an international level there was the session »Marine Sociology« during the 26th Conference of the Nordic Sociological Association from 15<sup>th</sup> to 18<sup>th</sup> August 2012 at the University of Iceland in Reykjavik. This session was organized by Þóroddur Bjarnason (University of Akureyri) and included four papers. In addition, a huge international conference was organized by maritime sociologists from 27<sup>th</sup> to 29<sup>th</sup> September 2013 at the University of Zadar (Croatia). Under the theme »Sociology at Sea. Culture, Economy and Society in a Maritime Perspective« keynote

lectures, poster presentations and seven sessions »Plenary session«, »Cities and the sea«, »Fisheries and shipping«, »Culture, society and the sea«, »Ecology and maritime environment«, »Island communities« were offered with 29 contributions.

Sociologists also introduced a research stream »Maritime Sociology« to the Conference of the European Sociological Association (ESA) in Lisbon 2009, Geneva 2011, Torino 2013 and Prague 2015. The development is encouraging: Whereas the research stream »Maritime Sociology« during the 9<sup>th</sup> ESA Conference from 2<sup>nd</sup> to 5<sup>th</sup> September 2009 in Lisbon had one session and seven contributions, the 10<sup>th</sup> ESA Conference from 7<sup>th</sup> to 10<sup>th</sup> September 2011 in Geneva had one session and five contribution and the 11<sup>th</sup> ESA Conference from 28<sup>th</sup> to 31<sup>st</sup> August 2013 in Turin took place with the three sessions »The Problems of Seaside Areas Local Communities and Institutions«, »Maritime Professions« and »Ecology« and eleven contributions. This year 12<sup>th</sup> ESA Conference, which will be held in Prague from 25<sup>th</sup> to 28<sup>th</sup> August 2015, will host a research stream »Maritime Sociology« with five sessions »History and Future Perspectives of Maritime Sociology«, »Maritime Professions and Inequality«, »Sociological Imagination on Maritime Issues: Sustainable Development and the Sea«, »Knowledge of the Sea: Integrating local and indigenous knowledge with scientific knowledge« and »Sea and Culture: The Construction of Identities in Seaside-Communities and Port Cities«. The organizers expect 34 contributions.

## Sociological Research on Maritime Spaces

In general, there are many reasons to focus research on maritime spaces. Maritime spaces include oceans as well as coastal areas, spaces which are at risk nowadays. Ecological crises (overfishing, decline in biodiversity, climate change, eutrophication, ocean pollution), economic crises (de-industrialization, whaling moratorium, structural change, development of alternative industries) and cultural crises (destabilization of collective identities of seaside and island inhabitants, cultural practices of sharing, inhabitants' knowledge, local traditions, transformations of maritime professions) cumulate in these maritime spaces. So far research on maritime issues is dominated by natural science disciplines. The protection of maritime natural sources and the need for sustainable development demands research on the *human factor* and a sociological perspective on maritime spaces.

In this way the subject of *Maritime Sociology* deals with various communities, institutions and social processes associated with basic directions and forms of human activity at sea. *Maritime Sociology* may be defined as a particular sociological sub-field which deals with research on collective, institutional and spontaneous forms of different usually economic human activity at sea, under the influence of sea or for sea with special attention to conditions and social consequences of this activity (Janiszewski 1985). Wioleta Bryniewicz (2004) in her book synthesizing the 20th century development of *Maritime Sociology* postulates the 'matrix' perspective of *Maritime Sociology* genesis and suggests the following sub-fields of sociology contributing to *Maritime Sociology*: sociology of family, sociology of culture, sociology of labour, urban sociology, sociology of sport. Agnieszka Kołodziej-Durnaś (2014) called the research conducted within the Polish

*Maritime Sociology* perspective as the classical *Maritime Sociology* approach (associated with the subjects of the sociological sub-fields enumerated in the matrix perspective). The 21<sup>st</sup> century research seems to be more frequently associated with organization and management, ecology, piracy, immigration. *Maritime Sociology* as a sociological sub-field is connected to several other sociological subfields. The aim of proclaiming a *Maritime Sociology* is to gather the research and theory on these topic in order to foster better networking and collaboration among researchers.

## Polish and German Perspectives on a Sociology of Maritime Spaces

The aim of the ad-hoc group »Maritime Sociology: Polish and German Perspectives on a Sociology of Maritime Spaces« during the Congress of the German Sociological Association (DGS) in Trier (Germany) was to start a new dialogue. This dialogue should include the exchange of theoretical perspectives on maritime spaces in a historical perspective (from the founding fathers of sociology to the concept of marinization) and the presentation of fields of empirical research (sustainability on the high seas, innovators in aquaculture, seaside local communities in crisis, construction of collective community identity) including a variety of sociological methods (discourse analysis, grounded theory, qualitative interviews, ethnography).

Altogether there were six papers accepted as contributions to the ad-hoc group, three Polish and three German papers. On the Polish side Robert Bartłomiejski and Dr. Maciej Kowalewski (University of Szczecin) talked about »The Founding Fathers of Sociology on Maritime Social Issues«, Dr. Arkadiusz Kołodziej and Dr. habil. Agnieszka Kołodziej-Durnaś (University of Szczecin) presented a paper called »The Concept of Marinization – Research Areas of Szczecin Maritime Sociologists« and Dr. Żaneta Stasieniuk and Dr. Urszula Kozłowska (University of Szczecin) were accepted to have a speech on »Crisis of Seaside Local Communities – the Example of Szczecin«. On the German side Dr. Ulrike Kronfeld-Goharani (Kiel University) gave a speech on »Understanding Sustainability on the High Seas. Discourses of Sustainability«, Dr. Tobias Lasner (Thünen Institute of Fisheries Ecology, Hamburg) spoke about »Being Deviant in the Blue Growth: A Sociological Approach of Innovators in Aquaculture« and Dr. Frank Sowa (Institute for Employment Research, Nuremberg) offered the paper »Seaside Communities in Crisis: On the Construction of Collective Identity in a Japanese Whaling Town after the Moratorium«.

The ad-hoc group »Maritime Sociology: Polish and German Perspectives on a Sociology of Maritime Spaces« was a good point of departure to discuss how sociology is approaching the subject of maritime spaces and what kind of strengths and weaknesses are associated with such a perspective of *Maritime Sociology*. Among the participants of the ad-hoc group there are ideas of collaborating in the future. Let's see if there will be a sociological future of *Maritime Sociology*. Things don't look bad at all.



## References

- Abendroth, M., Beckenbach, N., Braun, S., Dombois, R. 1979: Hafenarbeit. Eine industriesoziologische Untersuchung der Arbeits- und Betriebsverhältnisse in den bremischen Häfen. Frankfurt am Main: Campus.
- Bartłomiejski, R. 2011: Fisheries Local Action Groups: A New Theme For Researching Maritime Communities. *Roczniki Socjologii Morskiej/Annuals of Marine Sociology*, XX. Jg., 46-55.
- Beckmann, O. 2003: Die Akzeptanz des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer bei der einheimischen Bevölkerung. Frankfurt am Main: Lang.
- Bryniewicz, W. 2004: *Geneza i dzieje socjologii morskiej*. Szczecin: Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu Szczecińskiego.
- Bryniewicz, W., Kołodziej-Durnas, A., Stasienuk, Ż. 2010: The Origins of Maritime Sociology and Trends of Its Development. *Roczniki Socjologii Morskiej/Annuals of Marine Sociology*, XIX. Jg., 121-132.
- Döring, M., Settekorn, W., Storch, H. v. 2005: *Küstenbilder, Bilder der Küste: Interdisziplinäre Ansichten, Ansätze und Konzepte*. Hamburg: Hamburg University Press.
- Elias, N. 1950: Studies in the Genesis of the Naval Profession. *The British Journal of Sociology*, 1. Jg., Heft 4, 291-309.
- Fechner, R. 2010: Tönnies, Ferdinand. *Schriften zum Hamburger Hafentarbeiterstreik*. München: Profil-Verlag.
- Fischer, L. 2004: Projektionsfläche Natur. Zum Zusammenhang von Naturbildern und gesellschaftlichen Verhältnissen. Hamburg: Hamburg Univ. Press.
- Fischer, N., Müller-Wusterwitz, S., Schmidt-Lauber, B. 2007: *Inszenierungen der Küste*. Berlin: Reimer.
- Janiszewski, L. 1985: *Socjologia morska jak nauka*. *Socjologia morska*, I. Jg.,
- Janiszewski, L. 1994: *Morze i społeczeństwo. Ogólny zarys teorii marynizacji*. *Roczniki Socjologii Morskiej/Annuals of Marine Sociology*, IX. Jg.,
- Kołodziej-Durnaś, A. 2014: Maritime Sociology or Sociology of Maritime Issues? *World Literature Review and Some Historical Considerations*. *Roczniki Socjologii Morskiej/Annuals of Marine Sociology*, XXIII. Jg., 54-62.
- Kołodziej, A., Kołodziej-Durnas, A. 2014: Diversity and Social Trust. *European Societies*. Jg., 1-18.
- Kowalewski, M. 2011: Visual Discourse of HafenCity in Hamburg. Preliminary Results of the Research project. *Roczniki Socjologii Morskiej/Annuals of Marine Sociology*, XX. Jg., 56-63.
- Krauβ, W. 2001: *Hängt die Grünen! Umweltkonflikte, nachhaltige Entwicklung und ökologischer Diskurs. Eine ethnologische Fallstudie (Portugal)*. Berlin: Reimer.
- Krauss, W. 2005: The Natural and Cultural Landscape Heritage of Northern Friesland. *International Journal of Heritage Studies*, 11. Jg., Heft 1, 39-52.
- Krauss, W. 2007: *Küstenforschung: Ethnologie einer Wissenslandschaft*. Geesthacht: GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH.
- Kronfeld-Goharani, U. 2013: Bedrohungen und Herausforderungen im maritimen Bereich – Dimensionen der menschlichen Sicherheit. In S. Bruns; K. Petretto; D. Petrovic (Hg.), *Maritime Sicherheit*. Wiesbaden: Springer VS, 83-97.
- Kronfeld-Goharani, U. 2015: Understanding Sustainability on the High Seas. *Discourses of Sustainability*. (Hg.), *Verhandlungen des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 06.10.14 bis 10.10.14 an der Universität Trier*:
- Kube, K. 2013: *Hochseefischer. Die Lebenswelt eines maritimen Berufstandes aus biografischer Perspektive*. Münster: Waxmann Verlag.
- Lasner, T. 2009: Fischerei als Forschungsgegenstand der Soziologie. *Fischer & Teichwirt*, 60. Jg., Heft 3/2009, 90.
- Lasner, T. 2013: *Ecopreneurship in der Aquakultur: Die Übernahme umweltgerechter Innovationen*. München: oekom Verlag.

- Lasner, T., Hamm, U. 2014: Exploring Ecopreneurship in the Blue Growth - A Grounded Theory Approach. *Roczniki Socjologii Morskiej/Annals of Marine Sociology*, XXIII. Jg.,
- Lisch, R. 1976: *Totale Institution Schiff*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Matejko, A. 1964: *Socjologia ludzi morza*. Tygodnik morski. Jg., Heft 34,
- Meyn, J. 2007: "Mit dem Meer wird man geboren": Vom Leben an der Küste Nordfrieslands (Studien zur Alltagskulturforschung). Wien: LIT.
- Moelker, R. 2003: Norbert Elias, Maritime Supremacy and the Naval Profession: On Elias' Unpublished Studies in the Genesis of the Naval Profession. *The British Journal of Sociology*, 54. Jg., Heft 3, 373-390.
- Moelker, R., Mennell, S. 2007: *Elias, Norbert: The Genesis of the Naval Profession*. Dublin: University College Dublin Press.
- Poole, M. 1981: *Maritime Sociology: Towards a Delimitation of Themes and Analytical Frameworks*. *Maritime Policies Management*, 8. Jg., Heft 4, 207-222.
- Prahl, H.-W. 2005: Küstenbilder soziologisch betrachtet. In M. Döring; W. Settekorn; H. v. Storch (Hg.), *Küstenbilder, Bilder der Küste: Interdisziplinäre Ansichten, Ansätze und Konzepte*. Hamburg: Hamburg University Press, 287-301.
- Prahl, H.-W., Schack, M. 1992: *Meer und Gesellschaft: Bibliographie und Materialien*. Schriften der Arbeitsstelle für Maritime Soziologie, Institut für Soziologie an der Universität Kiel (Band 1). Kiel: Institut für Soziologie.
- Schroeter, K. R. 1994: *Entstehung einer Gesellschaft. Fehde und Bündnis bei den Wikingern* (Schriften zur Kultursoziologie. Nr. 15). Berlin: Reimer.
- Sowa, F. 2013a: Die Konstruktion von Indigenität am Beispiel des Internationalen Walfanges: Grönländische und japanische Walfänger im Streben nach Anerkennung. *Anthropos. Internationale Zeitschrift für Völker- und Sprachkunde*, 108. Jg., Heft 2, 445-462.
- Sowa, F. 2013b: Taiji: Eine japanische Walfangstadt nach dem Moratorium. *Fluke. Magazin für Wal-Motivsammler*. Jg., Heft 25, Ausgabe 2/2013, 50-53.
- Sowa, F. 2013c: »Was bedeutet ein Wal für Sie?« – Divergenzen von Walperzeptionen in Deutschland, Japan und Grönland. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 14. Jg., Heft 1, Art. 10.
- Sowa, F. 2014a: »And for them it's food and nothing else« – Umweltschützer im interkulturellen Dialog mit grönländischen Inuit. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie (ÖZS)*, 39. Jg., Heft 3, 221-239.
- Sowa, F. 2014b: Indigene Völker in der Weltgesellschaft. Die kulturelle Identität der grönländischen Inuit im Spannungsfeld von Natur und Kultur. Bielefeld: transcript.
- Sowa, F. 2014c: *Seaside Communities in Crisis: On the Construction of Collective Identity in a Japanese Whaling Town after the Moratorium*. *Annals of Marine Sociology/Roczniki Socjologii Morskiej*, XXIII. Jg., 21-35.
- Sztumski, J. 1971: *Socjologia nautyczna. Przedmiot i problem*. *Nautologia*. Jg., Heft 2-4,
- Tönnies, F. 1897a: Der Hamburger Strike von 1896/97. In H. Braun (Hg.), *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik. Zeitschrift zur Erforschung der gesellschaftlichen Zustände aller Länder*. Berlin: Heymanns, 673-720.
- Tönnies, F. 1897b: Hafendarbeiter und Seeleute in Hamburg vor dem Strike 1896/97. In H. Braun (Hg.), *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik. Zeitschrift zur Erforschung der gesellschaftlichen Zustände aller Länder*. Berlin: Heymanns, 173-238.
- Woźniak, R. 1981: *Problemy współczesnej socjologii morskiej*. *Nautologia*. Jg., Heft 3,

# Zum Verständnis von Nachhaltigkeit in meeresbezogenen Diskursen

Ulrike Kronfeld-Goharani

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Maritime Sociology: Polish and German Perspectives on a Sociology of Maritime Spaces« – organisiert von Agnieszka Kołodziej-Durnaś und Frank Sowa*

Der Ozean bedeckt mehr als 70 Prozent der Oberfläche unseres Planeten und bildet das weltweit größte Ökosystem. Die Meere versorgen die Menschen mit Nahrung und medizinischen Wirkstoffen, mit mineralischen Ressourcen, liefern Energie, regulieren das Klima, dienen Erholungszwecken und sind unser wichtigstes Transportmedium.

Bis Anfang der siebziger Jahre nahm man an, dass die Weltmeere eine unendliche Quelle für Ressourcen seien. Aufgrund ihrer schieren Größe und wegen Verdünnungseffekten erschienen sie relativ robust gegenüber Verschmutzungen. Jahrzehntlang wurden ihre Dienste als selbstverständlich hingenommen und dabei ignoriert, dass nur gesunde und produktive Meere langfristig den Reichtum heutiger und zukünftiger Generationen sichern können. Dieser Irrtum und der sorglose Umgang mit marinen Ressourcen haben dazu geführt, dass der Lebensraum Ozean mit seiner großen Artenvielfalt langfristig bedroht ist. Klimawandel, Versauerung, Überfischung, Verlust der Biodiversität, Verschmutzung und invasive Arten bedrohen langfristig die Gesundheit unserer Meere (Bijma et al. 2013; Doney et al. 2012; Maribus 2010; Pitcher, Cheung 2013; Rogers, Laffoley 2011; Worm, Branch 2012). Bereits heute gibt es keinen Ort mehr auf der Erde, wo das marine Ökosystem ungestört ist. Hinzu kommt, dass im Gegensatz zum Land die Verschmutzung im Meer nicht lokal begrenzt bleibt, sondern durch Meeresströme in weit entfernte Gebiete transportiert werden kann.

Die Erhaltung und der Schutz der marinen Ökosysteme verlangen eine sorgfältigere Nutzung der Meeresressourcen und die Bekämpfung der Verschmutzung und des Abfalls. In diesem Zusammenhang stellt der Begriff der »Nachhaltigkeit« eine konzeptionelle Grundlage für die Integration dieser Anforderungen dar.

## Hintergrund

Die 1987 von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung formulierte Definition für Nachhaltigkeit (WCED 1987: 43) ist immer noch die am meisten akzeptierte und verbreitetste Formulierung (Tabelle 1).

Tab. 1: Nachhaltige Entwicklung als politisches Ziel

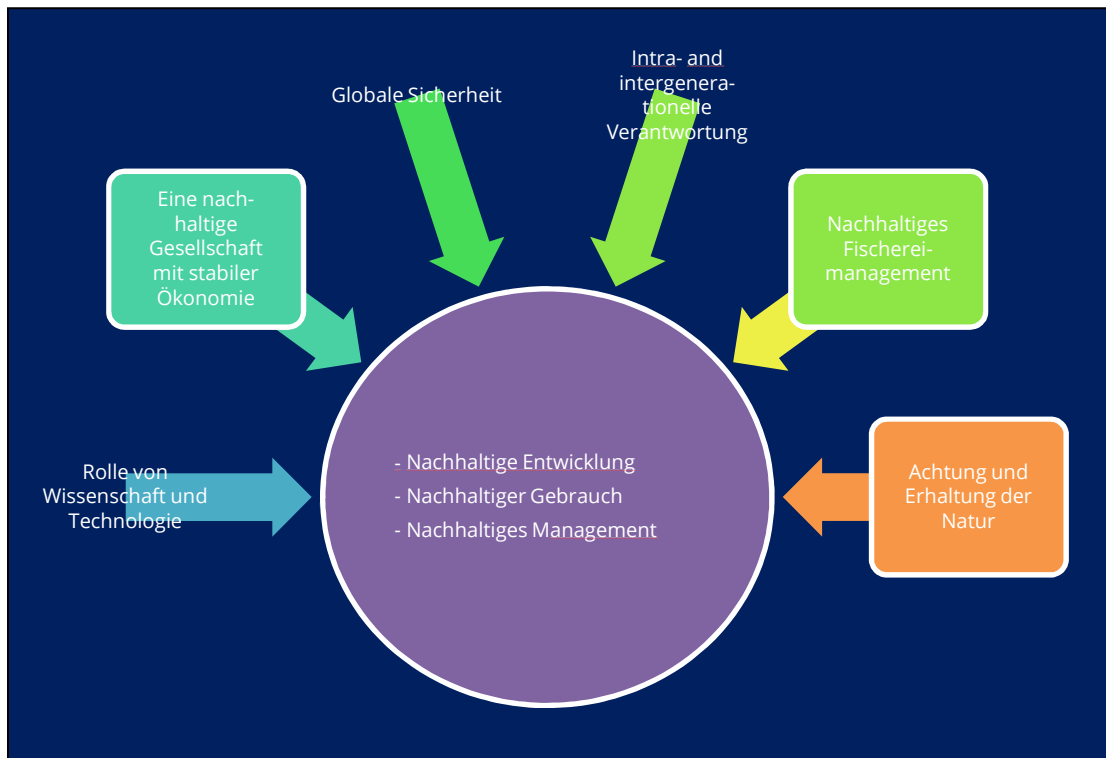
<b>Tab. 1 Nachhaltige Entwicklung als politisches Ziel</b>	
1987 Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED)	<ul style="list-style-type: none"> <li>„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“</li> </ul>
1992 Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED)/Rio de Janeiro	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kapitel 17 der Agenda 21</li> </ul>
2000 Millenniums Gipfel der Vereinten Nationen/New York	<ul style="list-style-type: none"> <li>Millennium Entwicklungsziel 7</li> </ul>
2002 Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD)/Johannesburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gefordert wird ein Gleichgewicht zwischen ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung (3 Dimensionen Modell)</li> </ul>
2012 Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung/Rio+20	<ul style="list-style-type: none"> <li>Intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit; gleichgewichtige Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aspekte in öffentlicher und privater Entscheidungsfindung.</li> </ul>

Seitdem fand das Konzept der Nachhaltigkeit oder nachhaltigen Entwicklung<sup>1</sup> Eingang in alle nachfolgenden internationalen Umweltkonferenzen. Das Konzept erhielt große internationale Aufmerksamkeit und wurde 1992 von der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro in mehrere bedeutende Dokumente aufgenommen, wie der Agenda 21, der Klimarahmenkonferenz der Vereinten Nationen und dem Übereinkommen über die Biologische Vielfalt. Im Jahr 2000 wurde die Sicherstellung der ökologischen Nachhaltigkeit als siebtes von acht UN-Millenniumszielen vereinbart.

Einen Bedeutungswandel erfuhr das Konzept 2002 auf dem Weltgipfel von Johannesburg, wo erkannt wurde, dass Nachhaltigkeit nur durch ein Gleichgewicht zwischen ökonomischem Wachstum, Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit erzielt werden kann. Die Rio-Nachfolgekonferenz (Rio+20) 2012 forderte darüber hinaus das Modell einer »grünen Ökonomie« als Motor für ökonomisches Wachstum, das helfen soll, Armut zu beseitigen und ein gesundes Funktionieren der globalen Ökosysteme dauerhaft zu gewährleisten.

<sup>1</sup> Die bevorzugte Verwendung entweder des Begriffs »nachhaltige Entwicklung« oder »Nachhaltigkeit« hängt vom Kontext ab. Nach Robinson (2004: 372) wird die erste Bezeichnung häufiger in einem technischen, die zweite in einem Kontext in Bezug auf einen Wertewandel verwendet.

Abb. 1: Der Begriff der Nachhaltigkeit in einer Vielzahl von Bedeutungszusammenhängen



Viele Organisationen und Institutionen haben sich seitdem an der Diskussion um nachhaltige Entwicklung mit Konferenzen, Studien, Publikationen und anderen Maßnahmen beteiligt. Trotz dieser Bemühungen und der offenbar zunehmenden Bedeutung des Begriffs existiert keine einheitliche Definition. Stattdessen wird der Ausdruck in einer Vielzahl von Kontexten verwendet (Abbildung 1). Dies stellt auch ein Problem für das internationale Umweltrecht dar, wo häufig unklar bleibt, was Nachhaltigkeit in einem Entscheidungskontext konkret bedeutet.

Obwohl die Bedeutung von Nachhaltigkeit mehrdeutig ist, erfährt das Konzept breite Akzeptanz. Dies ist gerade durch die Verwirrung der Terminologie und die Vielzahl der Anwendungsmöglichkeiten des Konzepts möglich geworden, die es unterschiedlichen Akteuren erlaubt, das Konzept nach ihren Vorstellungen anzuwenden.

Bisher hat der Nachhaltigkeitsansatz nicht zu einer Verbesserung der Umwelt oder des Klimaschutzes beigetragen. Trotz zunehmender Institutionalisierung schreitet die Zerstörung von Ökosystemen voran, die globale Erwärmung infolge des Klimawandels nimmt zu und nicht nachhaltige Praktiken führen zur Übernutzung wichtiger Ressourcen wie zum Beispiel Fisch. Bisher ist die praktische Wirksamkeit des Nachhaltigkeitskonzepts gering geblieben. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die Studie auf die Beantwortung folgender Fragen wie:

- Wie lässt sich dieses »widersprüchliche Verhalten« (Methmann 2010: 348) und »das Paradox des institutionellen Erfolgs bei gleichzeitiger Umweltzerstörung« (Najam et al. 2006: iii) erklären?
- Wie ist es möglich, dass die Institutionen bestehende Ziele und Tätigkeiten im Einklang mit Nachhaltigkeit formulieren, ohne ihr »Business as usual« zu verändern?

- Wie kann in Bezug auf die große Unsicherheit des Ozeanwandels Nachhaltigkeit konzipiert werden?

Die Analyse basiert auf einem poststrukturalistischen Ansatz, diese Phänomene als diskursiven Kampf um Hegemonie zu erklären.

## Theoretischer Rahmen

Die theoretische Grundlage für die Studie liefert der poststrukturalistische Ansatz von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2001 [1985]), die den Foucaultschen Diskursbegriff durch die Kombination des semiotischen Ansatzes von Ferdinand de Saussure und die Ergebnisse der Poststrukturalisten Jacques Derrida und Roland Barthes erweitert haben. In dem Verständnis, dass »Diskurs« die Summe aller sozialen und sprachlichen Äußerungen umfasst, setzen sie Diskurs mit dem »Sozialen« gleich. Ziel eines jeden Diskurses ist es, Bedeutung zu generieren. Dabei existiert ein stetiger Konflikt um die Vorherrschaft von Bedeutung und selbst Machtstrukturen sind sozial konstruiert durch kollektive Meinungen, Interpretationen und Annahmen, die sich nur durch die Untersuchung von Sprache bestimmen lassen.

Die Verwendung von Sprache spielt eine wichtige Rolle für die Verbreitung und die Internationalisierung von Ideen zwischen und innerhalb von Gemeinschaften. Eine Grundidee der poststrukturalistischen Vorstellung ist, dass Argumente nicht den Gedanken einzelner Menschen entstammen und dass Sprecher ihre Gedanken nicht in erster Instanz erschaffen, sondern diese in einer komplexen sozio-linguistischen Geschichte eingebettet sind. Mit anderen Worten, die Bedeutung eines Textes oder eines Textsegments und seine Auslegung ist nur im Diskurs zu finden.

Die Idee, dass Bedeutung durch Unterschiede gebildet wird – das bedeutet, dass ein Antagonismus sich zuordnen lässt – wurde von den Theoretikern Jacques Derrida (1983 [1967]), Roland Barthes (1967) und Michel Foucault (1991) aufgenommen. Sie nehmen an, dass eine Fixierung von Bedeutung und Struktur nicht möglich ist, weil beide nur temporär, kontingent und kontextual existieren. Je nach Kontext sind verschiedene Differenzen möglich, die immer neue Bedeutungen erzeugen (Glasze 2007: 185). Ein Diskurs kann als eine vorübergehende und teilweise Fixierung von Bedeutung in einem Netz von Differenzen verstanden werden (Glasze 2008: 19).

Laclau und Mouffe nehmen an, dass Bedeutung durch die Unterschiede zwischen den Objekten im Diskurs konstituiert wird, dass kein soziales Feld unabhängig vom Diskurs ist und dass das »Soziale« nur durch den Diskurs gebildet werden kann. Dabei existiert kein bestimmtes System oder Muster, dem der Diskurs zugeordnet ist. Diskurse sind unsicher und verändern sich ständig. Den Prozess der temporären Fixierung von Bedeutung bezeichnen Laclau und Mouffe als *Artikulation* und *Elemente*, die durch die Praxis der Artikulation vorübergehend mit Bedeutung fixiert werden als *Momente* (Laclau, Mouffe 2001 [1985]: 105, 111). In sozialen Konstruktionen kann diese Praxis nicht nur aus sprachlichen Phänomenen bestehen sondern die gesamte Dichte von Institutionen, Ritualen und Praktiken durchdringen (Laclau et al. 2012: 46). Da die Wirklichkeit immer einen Überschuss an Bedeutungen produziert oder ein »Feld der Diskursivität« (Laclau, Mouffe 2001 [1985]: 111), können gesellschaftliche Akteure es nicht objektiv bestimmen. Die Notwendigkeit der Akteure, zwischen diesen Elementen zu wählen und

eine Entscheidung zu treffen, macht die Aktion politisch, weil es soziale Kämpfe um die Vorherrschaft (Keller 2004: 16) betrifft.

Fixierungen, die so konsolidiert worden sind, dass sie als unwiderruflich gelten, bezeichnen Laclau und Mouffe als *sedimentierte Praktiken*. Als Ergebnis werden diese sedimentierten Fixierungen als soziale Realität wahrgenommen. Die Fixierung der Elemente mit Bedeutung und die Umwandlung in Momente finden nicht willkürlich statt sondern unterliegen einem Prozess der Hegemonie, die durch den ständigen Wandel der Elemente in Momente ermöglicht wird. Innerhalb des Diskurses erhält alles nur Bedeutung durch die Beziehung zu anderen Zeichen. Dieser Prozess ist immer kontingent. Jeder Moment, der an einen Knotenpunkt gebunden ist, wird mit einer bestimmten Bedeutung hegemonisiert. Als Ergebnis davon sind innerhalb eines Diskurses nur bestimmte Bedeutungen und Beziehungen möglich.

## Methodischer Ansatz

Die theoretische Arbeit von Laclau und Mouffe liefert keinen Hinweis auf eine Operationalisierung ihrer Theorie. Die vorliegende Studie folgt einem Vorschlag von Glasze (2008), der eine Triangulation zweier Methoden vorschlägt: eines lexikometrischen Ansatzes und einer Analyse der narrativen Muster.

Lexikometrische Methoden ermöglichen die Untersuchung der Differenzbeziehungen lexikalischer Elemente und die Analyse ihrer zeitlichen Fixierung in einem diachronen Vergleich. Daraus lassen sich Hinweise auf die Charakteristika von Teilkorpora sowie auf die Kontinuitäten oder Versetzungen und Brüche des Diskurses finden. Was lexikometrische Verfahren nicht leisten können, sind Informationen über die Qualität der Verknüpfungen zum Beispiel in Hinblick auf Temporalität und Kausalität (Glasze 2008: 203–204). Die Untersuchung der Konstitution von Bedeutung muss die lexikometrische Analyse daher unterstützen. Hierzu bieten sich Verfahren der Narratologie an.

Für die vorliegende Studie wurden meeresbezogene Texte<sup>2</sup> (Jahresberichte, Tagungs- und Konferenzberichte, Newsletter, offizielle Dokumente, Rundschreiben, Erklärungen und Reden) wichtiger Gremien der Vereinten Nationen (VN) der Europäischen Union (EU), zwischenstaatlicher Institutionen, Nichtregierungsorganisationen sowie wissenschaftliche Veröffentlichungen ausgewählt und aus dem Internet heruntergeladen. Ziel war es, eine große Sammlung von Texten zusammenzustellen, die einen Ausschnitt des Diskurses zu Meeresangelegenheiten darstellen.

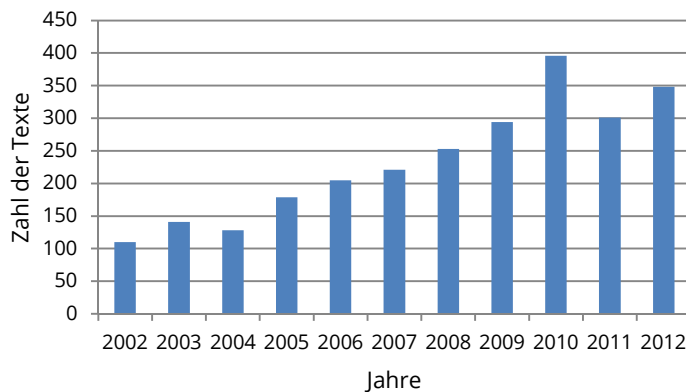
Der Zeitrahmen der Studie erstreckte sich über die letzten zehn Jahre des Rio-Prozesses (2002–2012) – mit der Option auf eine mögliche Verlängerung dieses Zeitrahmens. Der vorliegende Corpus umfasst 2.575 ganze Textdateien, die von paratextuellen Eigenschaften wie Titel, Inhalt, Bibliographien, Fußnoten, Abbildungen, Worttrennungen usw. bereinigt wurden. Die Studie basiert auf einem Korpus basierten Ansatz, das heißt es wird ohne vordefinierte Suchanfrage gearbeitet, um die Möglichkeit offen zu halten, inhaltsbasierte Merkmale eines Textes (Bubenhofner 2009: 100) zu entdecken.

---

<sup>2</sup> Es wurden nur englisch-sprachige Texte verwendet.

Bei der Erstellung des Korpus wurde versucht, regelmäßige Publikationen möglichst vollständig zu sammeln. Dabei zeigte sich, dass die Zahl der zur Verfügung stehenden Präsentationen über das Internet im Betrachtungszeitraum mit Ausnahme von 2011 stetig gestiegen ist (Abbildung 2).

Abb. 2 Gesamtzahl der Texte: 2576



Dies kann durch die Tatsache erklärt werden, dass einige Institutionen, vor allem Nichtregierungsorganisationen, ihre Internet-Präsenz erst nach 2002 begonnen haben. Bei der Auswertung der Texte wurde deutlich, dass auch die Volumina der Veröffentlichungen stetig zugenommen haben, insbesondere durch ein verbessertes Layout der Seiten und Hinzufügen von Abbildungen.

Die folgende Untersuchung von Proben des gesamten Korpus wurde mit der Software WordSmith 6.0 (Scott 2012) durchgeführt, die drei Funktionen anbietet, mit denen der erste lexikometrische Analyseschritt vorgenommen wurde: *Wordlist* ordnet alle Wörter oder Wort-Cluster nach ihrer Häufigkeit, *Concord* ermöglicht die Untersuchung eines gegebenen Wortes oder einer Wortkombination innerhalb ihres Kontextes und *KeyWords* erlaubt die Berechnung von Worten, die ungewöhnlich häufig im Korpus vorkommen. Damit ist es möglich, einen ersten Eindruck zu gewinnen, worüber der meeresbezogene Diskurs geführt wird.

## Vorläufige Ergebnisse

### Frequenzanalyse

Das Ziel dieser ersten Analyse war es, relevante Elemente des Diskurses mit Meeresbezug aufzudecken. Wordlist berechnet nicht nur die Frequenz eines speziellen Wortes, sondern gibt auch die prozentuale Häufigkeit ihres Auftretens im Verhältnis zu allen weiteren Texten an. Die Wortliste in Tabelle 2 gibt einen ersten Überblick über die am häufigsten verwendeten Worte, den möglichen Knotenpunkten des Diskurses. Die Tabelle zeigt die absoluten Frequenzen (Spalte 3), die relativen Frequenzen (Spalte 4) und wie häufig ein Wort in allen Texten vorkommt (Spalte 6).



Die am häufigsten genannten Frequenzen über ein Jahrzehnt sind »Management«, »Fischerei«, »Daten«, »Meer« und »Fischen«<sup>3</sup> was darauf hinzuweisen scheint, dass der Diskurs im Wesentlichen um das Management der Fischerei geht. Auch die nachfolgenden Einträge in der Liste scheinen sich mit »Spezies« und »Fisch« auf die Fischerei oder auf die für die Fischerei notwendige »Information« zu beziehen, beispielsweise Angaben über den Zustand der Meeresfischbestände wie Arten und Größen oder Änderungen von Parametern der Meeresumwelt. Auch für den Begriff »Gebiete« sind verschiedene Zuordnungen möglich, zum Beispiel zum Bereich der hohen See außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit oder Fischerei-, Aquakultur-, Feucht-, Küsten- und Naturschutzgebiete.

Tab. 2: Wortliste für den gesamten Korpus (2002-2012)

N	Word	Freq.	%	Texts	%
1	MANAGEMENT	177.355	0,31	2.355	91,46
2	FISHERIES	171.577	0,30	2.243	87,11
3	DATA	134.202	0,24	2.146	83,34
4	SEA	132.224	0,23	2.302	89,40
5	FISHING	129.463	0,23	1.985	77,09
6	SPECIES	101.373	0,18	2.018	78,37
7	FISH	93.367	0,16	2.048	79,53
8	REPORT	91.555	0,16	2.223	86,33
9	AREAS	88.180	0,16	2.339	90,83
10	INFORMATION	84.333	0,15	2.292	89,01

Diese ersten Ergebnisse zeigen, dass »Management« offenbar einen Knotenpunkt des Diskurses über Meeresangelegenheiten bildet und ein Zentrum des Diskurses konstruiert, der das Fließen der Differenzen im Diskurs aufzuhalten versucht (Laclau, Mouffe 2002:150). Laclau und Mouffe betrachten einen Knotenpunkt als *leeren Signifikanten*, der die Funktion hat, die Identität eines

<sup>3</sup> Da es sich um eine Analyse englischsprachiger Texte handelt, ist die Übersetzung von »fisheries« und »fishing« im Deutschen nicht ganz eindeutig, da beide Begriffe sich auf Fischerei beziehen können. Der Gebrauch der Worte lässt sich nur mit Hilfe des Kontextes klären.

Diskurses auszudrücken, etwas, was im Grunde nicht ausgedrückt werden kann. Leere Signifikanten sind gekennzeichnet durch ein unbestimmtes oder nicht vorhandenes Signifikat.

## Keyword-Analyse

Um die Eigenschaften des Korpus weiter zu untersuchen, werden Teilkorpora (hier Veröffentlichungen der EU, der VN, zwischenstaatlicher Organisationen (IGO) und von Nichtregierungsorganisationen (NGO)) definiert und die Lexeme berechnet, die signifikant über- oder unterrepräsentiert sind. Tabelle 3 zeigt die Häufigkeit, mit der bestimmte Wörter eines Teilkorpus im Vergleich zum Referenzkorpus (Gesamtheit aller Texte) auftreten. Die keyness-Werte geben an, welche Wörter öfter (positiv) oder weniger häufig (negativer) als erwartet im Vergleich zum Referenz-Korpus auftreten. Je höher der keyness-Wert, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Lexeme Schlüsselwörter des Diskurses darstellen.

Die Ergebnisse dieser Analyse liefern einige Informationen über das, worüber der jeweilige Diskurs in den Subkorpora geführt wird. Während es nicht weiter verwundert, dass im EU Teilkorpus »EU«, »Politik« und »Europa« hohe keyness-Werte aufweisen, überrascht der hohe Wert für »MSP«, wonach das Thema »maritime Raumplanung« offenbar ein Schlüsselwort im Diskurs der europäischen Meerespolitik darstellt. Der letzte Eintrag mit einem hohen Keyness-Wert unterstreicht die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die maritime Politik der EU.

Im Hinblick auf die zwischenstaatlichen Organisationen erregt der hohe keyness-Wert für »ICES« Aufmerksamkeit. ICES wurde bereits im Jahre 1902 in Kopenhagen gegründet, als der Rückgang der Fischbestände in der Ostsee und im Nordatlantik erstmals Anlass zur Sorge gab. Heute definiert ICES seine Ziele umfassender – nicht nur auf die Fischerei konzentriert – und versteht sich als globale Organisation, die sich für eine verstärkte Nachhaltigkeit des Ozeans und die Erhöhung der wissenschaftlichen Kenntnisse über die Meeresumwelt und ihre lebenden Ressourcen einsetzt. Das Auftreten von ICES in der obigen Liste unterstreicht die Bedeutung dieser zwischenstaatlichen Organisation im Vergleich zu den 12 regionalen Fischereiorganisationen (RFO)<sup>4</sup> weltweit oder den regionalen Fischereiorganisationen unter dem Dach der Welternährungsorganisation (FAO), wie der Fischereiausschuss für den östlichen Mittelatlantik (CECAF) oder die Thunfischkommission für den Indischen Ozean (IOTC).

---

<sup>4</sup> Zum Beispiel die Northwest Atlantic Fisheries Organisation (NAFO), die North Atlantic Marine Mammal Commission (NAMMCO) oder die Western and Central Pacific Fisheries Commission (WCPFC).

Tab. 3 Subcorpora

N	Key word	Freq.	%	Texts	RC. Freq.	RC. %	Keyness
<b>EU</b>							
1	EU	5.137	0	103	27.048	0,05	11.545,21
2	MSP	2.089	0	26	3.844		8.144,62
3	POLICY	4.297	0	103	39.137	0,07	6.045,33
4	EUROPE	2.054	0	97	7.211	0,01	5.937,40
5	RESEARCH	5.711	0	93	76.863	0,13	4.951,51
<b>IGO</b>							
1	ICES	79.027	0,3	393	83.563	0,15	21.266,04
2	STOCK	70.760	0,27	389	80.603	0,14	15.875,26
3	ADVICE	57.261	0,22	394	61.844	0,11	14.657,63
4	CATCH	66.548	0,25	409	83.724	0,15	11.241,58
5	COMMITTEE	59.655	0,23	379	79.721	0,14	8.232,34
<b>UN</b>							
1	FAO	19.423	0,16	307	27.655	0,05	14.257,39
2	GOOS	12.244	0,1	98	13.794	0,02	11.794,61
3	AQUACULTURE	18.183	0,15	272	29.381	0,05	11.170,75
4	STATES	23.929	0,19	405	46.102	0,08	10.927,56
5	IODE	9.708	0,08	72	10.009	0,02	10.207,56
<b>NGO</b>							
1	REEFS	15.255	0,15	273	21.021	0,04	15.562,32
2	REEF	14.108	0,14	249	21.161	0,04	13.128,37
3	SCOR	6.859	0,07	99	7.955	0,01	8.254,80
4	OCEAN	25.685	0,26	512	78.123	0,14	6.914,09
5	IMBER	4.734	0,05	66	4.950		6.220,93

**I ES** Int'l Council for the Exploration of the Sea

**FA** Food and Agricultural Organisation

**G S** Global Ocean Observing System

**IMBE** Integrated Marine Biogeochemistry and Ecosystem Research

**I DE** Int'l Oceanographic Data and Information Exchange

**MS** Marine Spatial Planning

**S** Scientific Committee on Oceanic Research

Im Teilkorpus für die Vereinten Nationen hat die FAO den höchsten keyness-Wert. Daraus lässt sich schließen, dass die Ziele der FAO, wie unter anderem die Beseitigung von Hunger, die Verwirklichung der Ernährungssicherheit und die nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung der natürlichen Ressourcen, von hoher Relevanz sind. Bemerkenswert ist auch der hohe keyness-Wert des Begriffs »Aquakultur«. Dieser Industriesektor, der als einer der am schnellsten wachsenden Bereiche der Lebensmittelproduktion vor allem in Süd-Ost-Asien gilt, ist scheinbar auch ein wichtiger Faktor für den Diskurs innerhalb der Vereinten Nationen. Darüber hinaus zeugt das Auftreten der Stichworte GOOS und IODE von der Bedeutung, die den großen Forschungsprogrammen der UNESCO Intergovernmental Oceanographic Commission (IOC) zukommt. Die global angelegte ständige Sammlung und Erfassung, ebenso wie der Informationsaustausch ozeanographischer, meteorologischer und biogeochemischer Daten, wird als wichtige Aufgabe wahrgenommen, um die Grundlagen zu schaffen, marine Ökosysteme und ihre Funktionsweise besser zu verstehen und die Vorhersagefähigkeit der Reaktion mariner Systeme auf die aktuellen Herausforderungen zu erhöhen.

Der Diskurs der »NGO-Gruppe« wird von »Riffe« und »Riff« dominiert. Riffe stellen häufig einzigartige Ökosysteme dar und sind von großer ökologischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Durch die Folgen des Klimawandels, aber auch durch Krankheiten und Verschmutzung, sind Riffe inzwischen vielerorts gefährdet. Darüber hinaus scheint den beiden Nichtregierungsorga-

nisationen SCOR und IMBER eine Schlüsselrolle in diesem Diskurs zuzukommen. SCOR ist eine der führenden internationalen Nicht-Regierungsorganisationen, die sich für die Förderung und Koordinierung ozeanographischer Aktivitäten einsetzt und insbesondere den Aufbau von Kapazitäten für Meeresforscherinnen und Meeresforscher in den Entwicklungsländern unterstützt. Die NGO IMBER, die gemeinsam vom Internationalen Geosphären-Biosphären Programm (IGBP) und SCOR im Jahr 2001 initiiert wurde, ist ein internationales Projekt, das die Empfindlichkeit der marinen Stoffkreisläufe und Ökosysteme auf globale Veränderungen untersucht.

Diese statistischen Ergebnisse geben einen ersten Eindruck von den Themen im gesamten Diskurs als auch in den gewählten Teilkorpora wieder und werden weiter untersucht werden.

### Kookkurrenzen

Die Frequenzanalyse oben hat gezeigt, dass die in dieser Studie interessanten Begriffe »Nachhaltigkeit« oder »nachhaltige Entwicklung« nicht unter den ersten häufigsten Wörter auftauchen. Um einen Einblick zu bekommen, was der Begriff in Bezug auf meeresbezogene Angelegenheiten bedeutet, wurden Konkordanz, Kollokationen und Kookkurrenzen für das Suchwort »Nachhaltigkeit« berechnet. Ziel war es, Informationen aus einigen grundlegenden Fragen abzuleiten:

Tab. 4 Die Ergebnisse der Auswertung der Kollokationen, Kookkurrenzen und Konkordanz

Was soll erhalten werden?	Nachhaltigkeit ... <i>marine Organismen, (Meeres)Ressourcen, Ökosystemgüter, Fischbestände, marine Aquakultur, Tourismus</i>
Für wie lange?	<i>Langfristig</i>
Für wen?	Nachhaltigkeit ... <i>für Fische, Fischbestände, Fischerei, Fischereiresourcen, Meeresökosysteme</i>
Wie kann Nachhaltigkeit erreicht werden?	durch ... <i>effektives Management, Organisation, Überwachung, Forschung, Wissenschaft, Theorie, Politik, Leitlinien, Imperative</i>
Von wem?	<i>Governance</i>
Was wird für Nachhaltigkeit benötigt?	<i>Zusammenarbeit, starke lokale Kapazitäten, Ziele müssen umgesetzt/erreicht werden</i>
Was verursacht Nicht-Nachhaltigkeit?	<i>Fischerei</i>
Welche allgemeinen Eigenschaften sind typisch für ein nachhaltiges System?	Nachhaltigkeit ... <i>trägt bei, ist verknüpft mit (Sicherheit, Stabilität, Dauerhaftigkeit, Wachstum, Einkommen, Effizienz)</i> Nachhaltigkeit ist sektorübergreifend und mehrdimensional <i>alle Aspekte, Ebenen, Ziele, Konzepte, Indikatoren, Dimensionen, Prinzipien, Initiativen ... Nachhaltigkeit</i> Nachhaltigkeit ist noch nicht erreicht ... <i>Erzielung höherer, zu erhöhen, Übergang zu, in Richtung(en), um zu erreichen, Vorschläge zur Verbesserung, zur Förderung der ... Nachhaltigkeit</i> Nachhaltigkeit ist ein lang anhaltender Prozess

Aus dieser Analyse lassen sich einige allgemeine Eigenschaften der Nachhaltigkeit ableiten: Im Gegensatz zu den Definitionen in Wörterbüchern (Tabelle 5), die sich vor allem auf das Vermeiden einer Schädigung der Umwelt oder einer Erschöpfung der natürlichen Ressourcen beziehen, steht das Konzept der nachhaltigen Entwicklung hier für gemeinsame Werte und bietet einen Rahmen nicht nur für die Erhaltung der Natur, sondern auch, um die wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen, die durch Knappheit der Ressourcen, die Energieversorgung, die Ernährungssicherung für eine wachsende Weltbevölkerung, den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel entstehen. »Nachhaltigkeit« ist nicht mehr nur eine »Idee« oder eine »Vision«, sondern hat sich zu einem Leitprinzip innerhalb der internationalen und nationalen Politik, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft entwickelt.

Tab. 5 Definitionen von »nachhaltig« / »Nachhaltigkeit«<sup>5</sup>

Oxford Dictionaries	Defines ›sustainable‹ as the ability ›to be maintained at a certain rate or level‹ as the effort to conserve ›an ecological balance by avoiding depletion of natural resources‹. ›Sustainable development‹ is defined as ›economic development that is conducted without depletion of natural resources‹.
Collins American English Dictionary	Describes ›sustainable‹ as ›the use of natural resources when this use is kept at a steady level that is not likely to damage the environment‹ e.g. ›the management, conservation and sustainable development of forest‹.
Cambridge Dictionaries	›Sustainability‹ is ›the idea that goods and services should be produced in ways that do not use resources that cannot be replaced and that do not damage the environment‹.

Nachhaltigkeit als »eine Aufgabe für Governance« von großskaligen Allgemeingütern wie die Weltmeere stellt eine große Herausforderung für die Entscheidungsfindung dar, da die Zahl der formellen und informellen politischen Akteure für unterschiedliche Skalen und Ebenen zuständig sind. Die kollektive Natur der Ökosysteme und ihrer Dienstleistungen erfordert internationale Kooperation. Es gilt, unterschiedliche Nutzungsansprüche der Meeresressourcen zu koordinieren und zu verhandeln. Dieser schwierige Prozess wird auch durch die Tatsache weiter verstärkt, dass die Weltmeere ein dynamisches System bilden, welches einem ständigen Wandel unterliegt und einer Vielzahl von endogenen und exogenen Kräften ausgesetzt ist. Darüber hinaus legen diese Ergebnisse nahe, dass »Nachhaltigkeit« auch ein leerer Signifikant ist und als ein »fluid concept« with »various definitions that have emerged over the past two decades (Drexhage, Murphy 2010: 6) angesehen werden muss.

Laclau und Mouffe nennen den Prozess der temporären Fixierung von Bedeutung *Artikulation* und Elemente, die vorübergehend mit Bedeutung durch die Praxis der Artikulation fixiert sind *Momente*. In sozialen Konstruktionen kann diese Praxis nicht nur aus sprachlichen Phäno-

<sup>5</sup> Hier wird auf eine Übersetzung verzichtet, um die Originaleinträge nicht durch Übersetzungsfehler zu verfälschen.

menen bestehen, sondern muss auch Institutionen, Rituale und Praktiken mit einbeziehen. Die Notwendigkeit der Akteure, zwischen den Elementen zu entscheiden und eine Entscheidung zu treffen, macht diese Aktion politisch, weil es sich um soziale Kämpfe um die Vorherrschaft handelt.

Identität wird durch die Position des Subjekts in einem Diskurs konstituiert. Auf die gleiche Weise können sich Gruppenidentitäten bilden, die sich durch Bildung eines antagonistischen Außen voneinander abgrenzen. Durch die Unterscheidung zu anderen Gruppen werden innere Unterschiede maskiert, während Äquivalenzen sichtbar werden. Um verschiedene individuelle Diskurse vom Diskursiven zu unterscheiden, führen Laclau und Mouffe das Konzept des *Antagonismus* ein, das eng mit zwei Phänomenen verknüpft ist: der *Logik der Äquivalenz* und der *Logik der Differenz*. Die Logik der Äquivalenz reduziert die Unterschiede auf einen gemeinsamen Nenner und schafft eine Grenze zu jedem externen Diskurs. Die Struktur des Ganzen bildet einen eigenständigen Diskurs, der eine bestimmte Bedeutung innerhalb einer Kette von Momenten konstituiert. Das Zentrum, ein leerer Signifikant, um den ein bestimmter Diskurs kreist, kann nicht genau bezeichnet werden. Leere Signifikanten werden durch ein unbestimmtes oder nicht existierendes Signifikat charakterisiert, das heißt die Terme können unterschiedliche Bedeutungen annehmen und so dazu dienen, unterschiedliche soziale Bewegungen zu vereinen. Sie verfügen über keinen festen Inhalt und können eine beliebige Form von Forderungen annehmen. Abbildung 3 zeigt zwei Beispiele für ein diskursives Feld, in dem der Begriff der Nachhaltigkeit verschiedene Äquivalenzketten aufbaut: Der erste Diskurs bezieht sich auf die potenziellen Nutznießer des Konzeptes (3a), der zweite auf die Mittel und Methoden, wie Nachhaltigkeit erreicht werden kann (3b). Ein leerer Signifikant kann danach eine neue Äquivalenzkette in einem anderen Diskurs bilden und damit eine neue Bedeutung annehmen.

Abb. 3a Der leere Signifikant »sustainability« in einem diskursiven Feld: Nachhaltigkeit für wen?

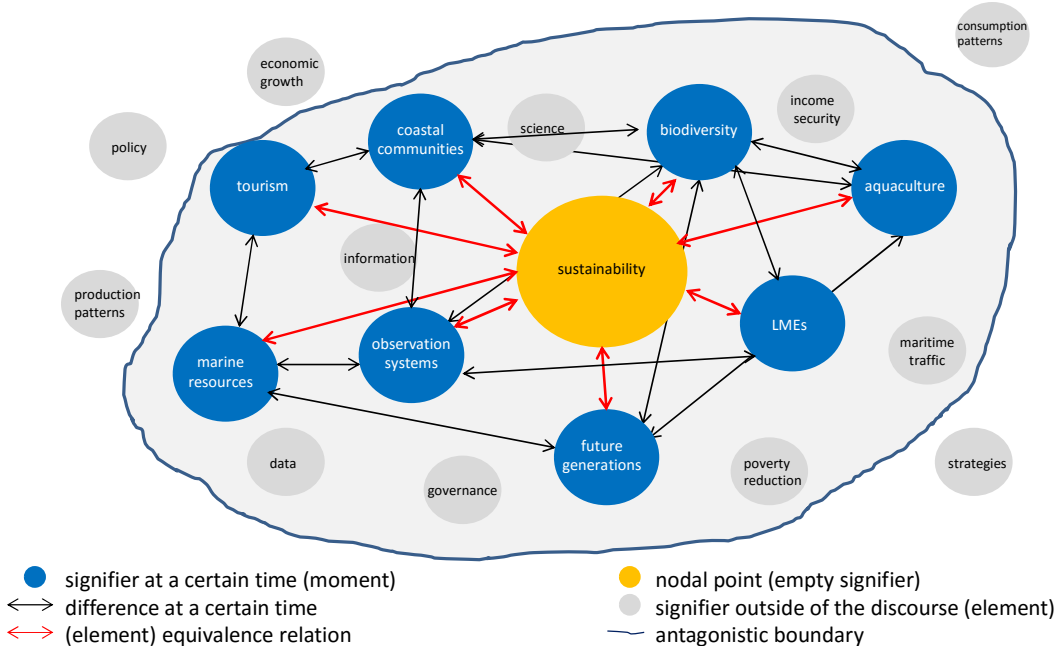
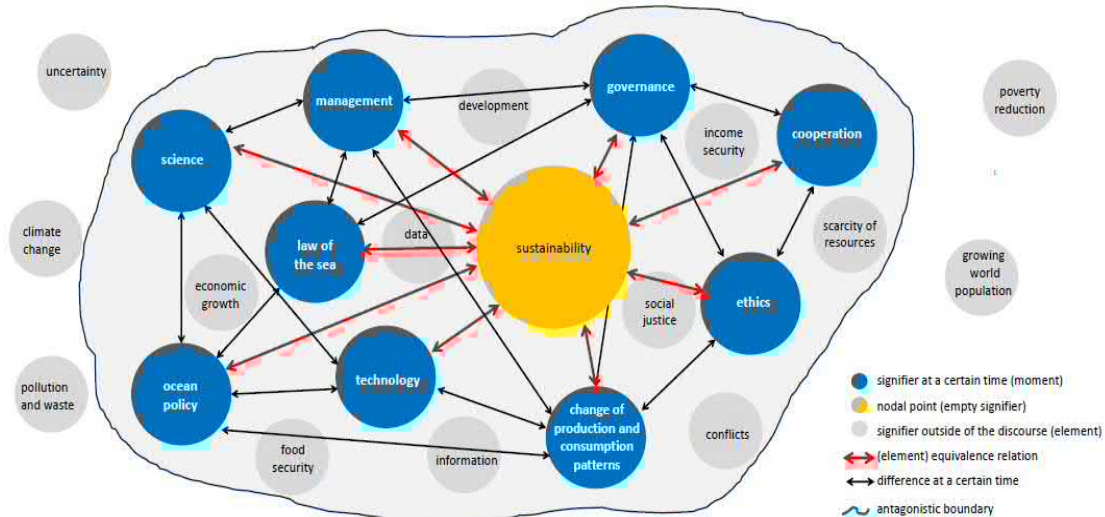


Abb. 3b Der leere Signifikant „Nachhaltigkeit“ in einem diskursiven Feld: Wie wird Nachhaltigkeit erreicht?



Eine Fixierung der Bedeutung und Struktur ist nicht möglich, weil beide nur vorübergehend, kontingent und kontextbezogen existieren. Somit sind in Abhängigkeit vom Kontext verschiedene Differenzen möglich, die immer neue Bedeutungen erzeugen. Während es das Ziel eines jeden Diskurses ist, Bedeutung herzustellen, besteht ein permanenter Konflikt über die Hegemonie der Bedeutung. Auch Machtstrukturen sind sozial konstruiert durch kollektive Bedeutungen, Interpretationen und Annahmen.

## Fazit

Der Weltozean mit seiner großen Artenvielfalt ist durch nicht nachhaltige Praktiken bei der Erschließung seiner Ressourcen, Klimawandel und die Verschmutzung der Meere langfristig bedroht. Da die Weltmeere und ihre Ressourcen den Lebensunterhalt von Millionen von Menschen garantieren, macht der Schutz und Erhalt der marinen Ökosysteme eine sorgfältigere Nutzung der Meeresressourcen und einen verantwortungsvolleren Umgang mit Abfällen notwendig. Insbesondere zu hinterfragen sind die vorherrschenden Produktions- und Konsummuster, die ressourcenintensiv und immer noch größtenteils von fossilen Brennstoffen abhängig, mit dazu beitragen, die Weltmeere zu schädigen und es immer schwieriger wird, unsere Bedürfnisse und die zukünftiger Generationen zu gewährleisten. Für das Konzept der Nachhaltigkeit, das eine konzeptionelle Grundlage für die Integration dieser Anforderungen zur Verfügung stellt, fehlt immer noch eine gemeinsame Definition, obwohl das Konzept im internationalen Umweltrecht verankert ist.

Diese Studie ist Teil eines umfassenderen Forschungsprojekts zur Konzeption des Nachhaltigkeitskonzepts für den Bereich der hohen See und ein erster Schritt, um sich dem Diskurs über Meerespolitik zu nähern. Basierend auf einem Korpus von rund 2.500 Texten mit Bezug zu Meeresangelegenheiten über eine Dekade (2002–2012) wurde ein lexikometrisches Analysever-

fahren angewandt, um erste Informationen über Merkmale des gesamten Korpus sowie ausgewählter Teilkorpora zu gewinnen. Eine Analyse der Frequenzen des gesamten Corpus identifiziert »Management« als Knotenpunkt des Diskurses über maritime Angelegenheiten. Die Bedeutung des Begriffs wird weiter untersucht werden. Die Keyword-Analyse lieferte erste Hinweise auf scheinbar wichtige Themen der Diskurse innerhalb der UN, der EU sowie zwischen- und nichtstaatlicher Akteure. Die Frequenzanalyse zeigte, dass der in dieser Studie interessierende Begriff der Nachhaltigkeit nicht unter den ersten häufigsten Wörtern zu finden ist. Eine Überprüfung der Konkordanzen, Kollokationen und Kookkurrenzen des Begriffs erlaubten einige allgemeine Merkmale des Begriffs im Meeres-Diskurs abzuleiten.

Dabei hat sich gezeigt, dass der theoretische Ansatz von Laclau und Mouffe ein Werkzeug darstellt, das Paradox zu erklären, dass der Begriff Nachhaltigkeit als ein leerer Signifikant erfolgreich in die hegemoniale Ordnung der Weltpolitik integriert werden kann, ohne die vorherrschenden Produktions- und Konsummuster in Frage zu stellen, die zu einem großen Teil für den nicht nachhaltigen Weg in Richtung zunehmenden Wachstums mit unerwünschten ökologischen und sozialen Auswirkungen verantwortlich sind.

## Literatur

- Barthes, R. 1976: *S / Z*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bijma, J., Pörtner, H. O., Yesson, C., Rogers, D. 2013: Climate change and the oceans – what does the future hold? In *Mar. Pollut. Bull.*, 74, 495–505.
- Bubenhof, N. 2009: Sprachgebrauchsmuster. Korpuslinguistik als Methode der Diskurs- und Kulturanalyse. Berlin: de Gruyter.
- Derrida, J. 1967 [1983]: *Grammatologie*. Aus dem Französischen von Hans-Jörg Rheinberger und Hanns Zischler. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Doney, S. C., Ruckelshaus, M., Emmet, D. 2012: Climate change impacts on marine ecosystems. In *Ann. Rev. Mar. Sci.* 4, 11–37.
- Drexhage, J., Murphy, D. 2010: Nachhaltige Entwicklung: Von Brundtland nach Rio 2012, 19. September 2010. Sitz der Vereinten Nationen, New York.
- Foucault, M. 1991: *Die Ordnung des Diskurses*. Inauguralvorlesung am Collège de France, Frankfurt am Main: Fischer.
- Glasze, G. 2007: Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden. In *Forum Qualitative Sozialforschung* 8 (2), Art.14, <http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/19112> (letzter Zugriff 5. Juni 2014).
- Glasze, G. 2008: Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden. *Historische Sozialforschung*, 33. Jg., Heft 1, 185–223.
- Keller, R. 2004: *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Laclau, E., Mouffe, C., Hintz, M. 2012: *Hegemonie und Radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 4., durchges. Aufl. Wien: Passagen Verlag.
- Laclau, E., Mouffe, C. (2001 [1985]): *Hegemonie und radikale Demokratie Strategie. Hin zu einer radikal-demokratischen Politik*. London, New York: Verso.
- Maribus (Hg.) 2010: *World Ocean Review: Mit den Meeren leben*. Hg. von Maribus in Kooperation mit dem Exzellenzcluster »Ozean der Zukunft« und dem Int. Ocean Institute (IOI), Hamburg.



- Methmann, C. 2010: ›Climate Protection‹ as Empty Signifier: A Discourse Theoretical Perspective on Climate Mainstreaming in World Politics. *Millennium – Journal of International Studies* 2010/39, <http://mil.sagepub.com/content/39/2/345> (Zugang 11. April 2013).
- Najam, A., Papa, M., Taiyab, N. 2006: Global Environmental Governance. Eine Reformagenda. *International Institute for Sustainable Development (IISD)*, 114.
- Pitcher, T. J., Cheung, W. W. L. 2013: Fisheries: Hope or despair? *Mar. Poll. Bulletin*, 74, 506–516.
- Robinson, J. 2004: Die Quadratur des Kreises? Einige Gedanken über die Idee der nachhaltigen Entwicklung. *Ökologische Ökonomie*, 48, 369–384.
- Rogers, A. D., Laffoley, D.d'A. 2011: International Earth system expert workshop on ocean stresses and impacts. Summary report, IPSO Oxford, 18 pp.
- Scott, M. 2012: Wordsmith 6.0. WCED, Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: Unsere gemeinsame Zukunft. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Worm, B., Branch, T. A. 2012: The Future of Fish. Halifax, Washington DC: Dalhousie university, School of Aquatic and Fisheries Sciences, online: [www.fmap.ca/ramweb/papers-total/Worm\\_Branch\\_2012.pdf](http://www.fmap.ca/ramweb/papers-total/Worm_Branch_2012.pdf) (14. Januar 2015).

Ad-hoc-Gruppe »Medizinisch-Ethisches Entscheiden am Lebensanfang zwischen  
Routinen und Krisen«  
– organisiert von Katja Schaeffer, Sarah Maria Büsing und Gesa Lindemann

# Vergnügen, Angst und Routine

## Ultraschallscreenings als Einstieg in die Zugzwänge pränataler Diagnostik

Eva Sänger

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Medizinisch-Ethisches Entscheiden am Lebensanfang zwischen Routinen und Krisen« – organisiert von Katja Schaeffer, Sarah Maria Busing und Gesa Lindemann*

Schwangerschaften gelten – insbesondere seit dem Einzug des Risikokonzpts in die Schwangerschaftsvorsorge und Geburtshilfe (Lindner 2010) – als beobachtungs- und kontrollbedurftige korpliche Vorgänge (Katz-Rothman 1989; Schindele 1995; Beck-Gernsheim 1996; Pieper 1998; Brockmann, Reichard 2000; Samerski 2002; Baumgärtner, Stahl 2005; Brandl 2007; Baumgärtner, Rahden 2010; Rose, Schmied-Knittel 2011). Barbara Duden kritisierte die mit dem ärztlichen Schwangerschaftsultraschall einhergehende Entkopplung Schwangerer von ihren haptischen Wahrnehmungsmöglichkeiten prägnant als »Entkörperung« Schwangerer. Technologisch vermittelte Wahrnehmung ersetze weitgehend den Tast-, Geruchs-, Geschmacks- und Spürsinn und Schwangerschaft werde zu einem dienstleistungs- und technologisch vermittelten Phänomen (Duden 2002; Duden 2007). Aus gouvernementalitatstheoretischer Perspektive wurde herausgearbeitet, dass die Inanspruchnahme von pränataldiagnostischen Maßnahmen mit einer spezifischen Wirklichkeitsproduktion einhergeht. Die Maßnahmen, mit denen Auffälligkeiten und Beeinträchtigungen des Ungeborenen identifiziert werden, versprechen »Sicherheit« und den Ausschluss von Risiken. Die Inanspruchnahme dieser Maßnahmen gilt als vernünftig und verantwortlich – das individuelle Verhalten ist orientiert an der Sicherheitsfiktion und der Risikoklassifikation der Medizin, was Anne Waldschmidt als »Regierung durch Risiko« (Waldschmidt 2002) bezeichnete. Neben diesen medikalisierungskritischen und gouvernementalitatstheoretischen Arbeiten weisen jüngere Studien auch auf die nichtmedizinische, soziale Bedeutung der Ultraschallbilder für Schwangere hin. Dorothea Tegethoff rekonstruiert, wie und ob innere Bilder, die schwangere Frauen von ihren ungeborenen Kindern entwickeln, durch Ultraschallbilder beeinflusst werden (Tegethoff 2011). Kati Mozygemba zeigt auf, dass Ultraschalluntersuchungen aus der Schwangerenperspektive der Herstellung von Sicherheit über die Gesundheit des Ungeborenen dienen, aber auch als »externe Vergegenstandlichungshilfe« (Mozygemba 2011: 172) für die Konkretisierung von Vorstellungen über das Kind fungieren und entscheidend für die

Auseinandersetzung von Schwangeren mit der Mutterrolle beim Durchlaufen der Statuspassage Schwangerschaft sind. Mozygemba zufolge kommt es zu einer »Umnutzung der Technik« (Mozygemba 2011: 344) und zur Umnutzung eines »eigentlich diagnostischen Instruments« (Mozygemba 2011: 344) durch Schwangere. Cornelia Schadler rekonstruiert die sozialen Praktiken, aus denen der Übergang zur Elternschaft besteht, und analysiert, wie elterliche Subjekte in diesen Praktiken figuriert werden. Sie zeigt auf, dass durch Ultraschalluntersuchungen Evidenz über die Schwangerschaft erzeugt und eine Schwangerschaft als »vorhanden« klassifiziert wird, und dass in diesen Praktiken die »Normalität« des Ungeborenen hergestellt und Schwangere und ihre Partner als »entspannte« Eltern (Schadler 2013: 145) figuriert werden. In methodologischer Hinsicht ist festzuhalten, dass diese Studien offen lassen, wie sich die visuelle Wissensproduktion bei Ultraschalluntersuchungen *in situ* vollzieht. Diese methodische Lücke schließt Birgit Heimerls ethnografische Studie, welche auf einer teilnehmenden Beobachtung in einer gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung einer Klinik beruht. Unter analytischer Absetzung von der alltagsweltlichen Gleichsetzung von Kind und Bildschirm rekonstruiert Heimerl, wie Ärzt/-innen sonoanatomisches, anatomisch-topografisches und taktiles Wissen während des Schallvorgangs anwenden, und wie die visuellen und numerischen Spuren, die den ungeborenen Körper artikulieren, im Verlauf des Schallvorgangs stabiler werden. Im Situationsverlauf pränataldiagnostischer sonografischer Untersuchungen findet Heimerl zufolge ein »körperkonstituierendes ›Body Building« (Heimerl 2013: 331) statt und die epistemische Vagheit des ungeborenen Körpers wird durch die Integration visueller und numerischer Spuren in eine konkrete Körpergestalt überführt. Sie zeigt, dass Sonografieren, aufgefasst als Körperpraxis, durch den Einsatz von deiktischen, technisch unterstützten und manuellen Zeigepraktiken, ein »Anschauung erzeugendes Sehen« (Heimerl 2013: 331) ermöglicht, welches die differente Sehweise zwischen »Laienteilnehmern« (Heimerl 2013: 163) – also Schwangeren und ihre Partner – und Ärzt/-innen ausgleiche. Heimerls Studie fokussiert insbesondere auf die Perspektive der Ärzt/-innen und ihr praktisches Wissen und sie beobachtet eine institutionell bereits in hohem Ausmaß »klinisch« vorstrukturierte Situation. Die Ultraschalluntersuchung in einer Klinik ist dadurch gekennzeichnet, dass Schwangere mit einem abzuklärenden auffälligen Befund von niedergelassenen Ärzt/-innen überwiesen werden, oder, dass es sich um eine medizinisch indizierte, differenzialdiagnostische pränataldiagnostische Untersuchung handelt.

Ich möchte in meinem Beitrag auf die situative Adressierung von Schwangeren während Ultraschalluntersuchungen im Rahmen der *routinemäßig* durchgeführten ärztlichen Schwangerenvorsorge<sup>1</sup> eingehen. Diese Ultraschalluntersuchungen werden *vorsorglich*, das heißt ohne konkreten klinischen Verdacht auf das Vorliegen einer spezifischen Gefährdung der Schwangeren oder einer spezifischen Entwicklungsstörung des Ungeborenen durchgeführt. So erhält jede Schwangere, die die ärztliche Schwangerenvorsorge in Anspruch nimmt, mindestens drei Ultraschalluntersuchungen.<sup>2</sup> Ich führe aus, dass diese medizinischen Untersuchungen auch unterhal-

---

1 Nach den Mutterschafts-Richtlinien sind etwa zehn Vorsorgetermine vorgesehen. Die Ärztin führt diese etwa alle vier Wochen durch, ab der 32. Schwangerschaftswoche alle vierzehn Tage, und wenn der Entbindungstermin überschritten ist, mindestens zweimal wöchentlich.

2 Circa zwei Drittel aller schwangeren Frauen erhalten faktisch drei bis fünf Ultraschalluntersuchungen während des Schwangerschaftsverlaufs, 22 Prozent mehr als fünf und selbst bei schwangeren Frauen, die nicht als Risi-

tende Aspekte aufweisen, und die Untersuchungssituationen ein »vergnügliches« Subjektivierungsangebot enthalten. In dem DFG-Forschungsprojekt *Enacting Pregnancy. Ultraschallbilder in der pränatalen Diagnostik* habe ich aus praxeologischer und machtanalytischer Perspektive (Schatzki 1996; Mol 2002; Reckwitz 2003; Ott, Wrana 2010; Saar 2013) untersucht welche Bedeutung die Praktiken der Sichtbarmachung des Ungeborenen für den verkörperten Übergang zur Elternschaft haben. Materialgrundlage waren 60 Beobachtungsprotokolle von Ultraschalluntersuchungen bei fünf niedergelassenen Frauenärzt/-innen, knapp 50 Nachgespräche mit den Schwangeren und ihren Partnern über ihre unmittelbaren Eindrücke nach der Untersuchung, 13 themenzentrierte Interviews mit Schwangeren sowie fünf Expert/-inneninterviews mit Ärzt/-innen für Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Konzeptionell bin ich in Anlehnung an die Wissenschaftsforscherin Regula Valerie Burri davon ausgegangen, dass Visualität bildpraktisch erzeugt wird, also Ultraschalluntersuchungen nichts »abbilden« sondern das, was sie zeigen praktisch hervorgebracht wird (Burri 2008). Mit Bezug auf Karin Knorr-Cetina fasse ich das, was in der Untersuchungssituation sichtbar gemacht wird, als epistemisches Objekt auf, dem Wissens- und Gefühlsanstrengungen gelten. Karin Knorr-Cetina zufolge sind die Objekte, denen in natur- und lebenswissenschaftlichen Laboren Wissensanstrengungen gelten, durch Unbestimmtheit und Entfaltbarkeit gekennzeichnet, und sie sind untrennbar mit den materialen Praktiken ihrer Herstellung verbunden. Sie argumentiert, dass – gerade weil Wissensobjekte entfaltbar und quasi unerreichbar sind – man Substitute und Repräsentationen antreffe, die einen »Objektmangel« (Knorr-Cetina 1998: 100) verdecken. Diesem Mangel auf der Seite des Subjekts, das zu dem Objekt in einer Wissensbezogenheit stehe, korrespondiere »eine Struktur des Wünschens/Wollens« (Knorr-Cetina 1998: 99). Wenngleich Ärzt/-innen – im Unterschied zu experimentell arbeitenden Naturwissenschaftler/-innen – Wissen *handlungspraktisch* anwenden und Wissensbestände der wissenschaftlichen Disziplinen »auf die Bearbeitung personaler Probleme des Klienten engführen« (Stichweh 2013: 254), lassen sich die Ultraschalluntersuchungen in der Geburtshilfe als Wissenspraktiken auffassen, die epistemische Objekte hervorbringen. Ungeborene existieren nicht »an sich«, sondern werden situativ als Wissens- und Begehrensobjekte enaktiert.

Im Folgenden werde ich erstens kurz rekapitulieren, welche Zugzwänge durch die Inanspruchnahme medizinischer Schwangerenvorsorge und pränataler Diagnostik für Schwangere entstehen können. Zweitens werde ich auf der Basis meiner ethnografischen Forschung exemplarisch ausführen, wie die Situation der Bildherstellung zum vergnüglichen familiären Ereignis gemacht wird und wie das Ungeborene im Zuge von Visualisierungspraktiken als ein elterliches Begehrens- und Gefühlsubjekt enaktiert wird. Im Fazit werde ich diskutieren, inwieweit auch diese unterhaltenden Aspekte der Ultraschalluntersuchungen dazu beitragen, dass Schwangere in die Zugzwänge pränataler Diagnostik verstrickt werden.

---

koschwangere gelten, sind es 18 Prozent, die mehr als sechs Ultraschalluntersuchungen erhalten (BQS, Bundesauswertung, 17.11.2015, <http://www.bqs-outcome.de/2008/ergebnisse/leistungsbereiche/ geburtshilfe/ buaw>). Dass viele Frauen wesentlich mehr als drei Routineultraschalluntersuchungen erhalten konnte auch im Forschungsprojekt bestätigt werden. Wie aus den Interviews und Beobachtungen hervorging, bieten viele Frauenärzt/-innen Ultraschalluntersuchungen als selbst zu zahlende individuelle Gesundheitsleistungen an.

## Zugzwänge pränataler Diagnostik

Medizinische Schwangerschaftsvorsorgeuntersuchungen und pränatale Diagnostik zeichnen sich durch eine »antizipatorische« (Adams et al. 2009) Logik aus. So ist die medizinische Schwangerenvorsorge *präventiv*, das heißt es geht darum so *früh wie möglich* Auffälligkeiten bezüglich des körperlichen Zustands der Schwangeren und Auffälligkeiten des Wachstums und der Entwicklung des Ungeborenen erkennen zu können. Zudem ist die Schwangerenvorsorge – wie bereits erwähnt – *risikoorientiert*. Schwangerschaften gelten als beobachtungs- und kontrollbedürftige körperliche Vorgänge, Frauenärzt/-innen kontrollieren regelmäßig, ob Auffälligkeiten vorliegen und nahezu 70 Prozent aller Schwangeren werden als Risikoschwangere klassifiziert. Die pränatale Diagnostik wird insbesondere schwangeren Frauen angeboten, die als Risikoschwangere klassifiziert sind und sie wird in spezifischen Zeitfenstern durchgeführt. Zugzwänge entstehen durch ein Zusammenwirken mehrerer Faktoren: Die medizinische Schwangerenvorsorge und pränatale Diagnostik verspricht und verschafft Sicherheit und Beruhigung – solange kein auffälliger Befund festgestellt wird. Zugleich erzeugt die mit dem Angebot der pränatalen Diagnostik einhergehende Annahme, dass »etwas« sein könnte ebenso wie das Vorhandensein auffälliger Befunde *iatrogene* Ängste, die dann im Horizont der medizinischen Sicherheitsfiktion weiter abgeklärt werden müssen, bzw. nur durch weitere medizinisch-technische Kontrollen in Schach zu halten sind (Beck-Gernsheim 1996). Marianne Pieper spricht von einer »bedrückenden, geradezu kafkaesk anmutenden Diagnose-Angst-Diagnose-Spirale« (Pieper 1998: 244). Hinzu kommt die Paradoxie, dass den ausgefeilten Diagnoseverfahren bis auf wenige Ausnahmen keine Therapien gegenüberstehen, sondern nur der selektive Schwangerschaftsabbruch. Die medizinische Schwangerschaftsvorsorge und pränatale Diagnostik ist durch eine implizite Selektionslogik gekennzeichnet (Köbsell 1992; Waldschmidt 1999; Gammeltoft, Wahlberg 2014).

## Ultraschalluntersuchungen als vergnügliche Ereignisse

Die drei routinemäßig durchgeführten Ultraschalluntersuchungen in der Schwangerenvorsorge haben die Aufgabe den Sitz des Embryo in der Gebärmutter und das Schwangerschaftsalter zu bestimmen, die Versorgung des Fötus durch die Plazenta zu kontrollieren, das Wachstum zu überprüfen, indem biometrische Messungen vorgenommen werden, und Anzeichen für Frühgeburtlichkeit zu erkennen (Merz 2002: 9ff.). Zunächst ist festzuhalten, dass die Risikoorientierung – also die Suche nach Auffälligkeiten – den primären Rahmen jedweder Routineultraschalluntersuchung bildet. Zugleich enthalten die Untersuchungssituationen nichtmedizinisch gerahmte, dem Vergnügen der Schwangeren und ihrer Begleitperson dienende Episoden. Ich möchte dies anhand meines ethnografischen Materials in Bezug auf drei Aspekte ausführen: Erstens auf die Rahmung der Untersuchungsuntersituation als eine familienbezogene Angelegenheit, zweitens in Bezug auf die Sichtbarmachung eines »Babies« und drittens in Bezug auf die enge Verschränkung familialer und medizinischer Register.

## Rahmung der Untersuchungssituation als familiär

Bei Ultraschalluntersuchungen wird eine Sonde über den Bauch geführt oder vaginal mittels Ultraschallwellen durch Schnittbildtechnik eine sonoanatomische Darstellung in Graustufen auf einem Monitor in Echtzeit erzeugt. Die Schwangere liegt dabei auf einer flachen Liege oder im gynäkologischen Untersuchungsstuhl. Diese Situation erfordert es, dass die Schwangere nach dem Arztgespräch zur Liege oder zum Untersuchungsstuhl geht und dass sie – zumindest bei einem Vaginalultraschall – ihren Unterkörper entkleidet. Die Beteiligten müssen also einen Übergang von einer Kommunikationssituation zu einer Untersuchungssituation bewerkstelligen und einen Ortswechsel vornehmen. Insbesondere bei den Untersuchungen an denen Partner und Kinder teilnehmen, wird durch die Art und Weise wie der Orts- und Situationswechsel vorgenommen wird und wie Personen Plätze zugewiesen werden, demonstriert, dass es sich um ein herausgehobenes familiäres und intimes Ereignis handelt.

Beispielsweise werden Partner und Kinder von der Ärzt/-in oder der Schwangeren regelrecht »eingeladen«, wie wir in folgender Szene sehen.<sup>3</sup> Frau Richter befindet sich in der Mitte ihrer Schwangerschaft (23. Woche). Sie befindet sich für eine Routineuntersuchung bei ihrer Frauenärztin. Ihr Mann und ihre zweijährige Tochter begleiten sie:

Frau Richter kommt – in Unterhose und T-Shirt – aus der Umkleidekabine, bleibt stehen, schaut in die Richtung ihres Mannes, der noch vor dem Schreibtisch der Ärztin sitzt. Sie macht eine kleine Verbeugung, während sie mit dem Arm in einer ausholenden Geste – die signalisiert, doch bitte einzutreten – in Richtung Ultraschallraum weist, begleitet von den Worten: »Darf ich bitten?«. Sie lacht und fordert dann ihre zweijährige Tochter, die neben dem Stuhl ihres Vaters steht und keine Anstalten macht, sich zu bewegen, auf: »Willst Du nicht gucken? Deswegen bist Du doch dabei«. Ich habe den Eindruck, es kann ihr gar nicht schnell genug gehen. Herr Richter steht nun auf und fordert Meli freundlich auf, mitzukommen.

Die Verbeugung und einladende Geste demonstriert, dass es sich bei dem bevorstehenden Ereignis um etwas Besonderes handelt, fast, als würde eine Audienz erteilt oder Eintritt in fürstliche Gemächer gewährt – zumindest deutet Frau Richter, wenngleich sicherlich in ironischer Weise, wie das Lachen anzeigt –, an, dass hier eine Gunst erteilt wird und es sich um eine Ehre handelt, in den Raum eintreten zu dürfen.

Auch Ärzte bzw. Ärztinnen laden explizit und demonstrativ zur Untersuchung ein und signalisieren den meist männlichen Begleitpersonen der Schwangeren damit nicht nur, dass sie willkommene Teilnehmer der Untersuchung sind, sondern sie signalisieren damit auch, dass es um ein Ereignis geht, das so ansehenswert ist, dass ihm Zuschauer gebühren. Frau Arndt hat das erste Drittel ihrer Schwangerschaft hinter sich gebracht. Sie wird von ihrem Mann und ihrer zweijährigen Tochter begleitet.

Dr. Stein geht in den angrenzenden Ultraschallraum voran. Frau Arndt folgt ihr. Herr Arndt bleibt sitzen. Die knapp zweijährige Marta steht neben ihm, und macht Anstalten, ebenfalls in den Raum zu gehen, in dem ihre Mutter verschwunden ist. Herr Arndt sagt zu Marta: »Wir gehen alle zusammen, ja? Die Mama muss sich erst hinlegen. Und dann können wir Baby gucken«. Ich warte ebenfalls, da ich Herrn Arndt den Vortritt lassen möchte, als die Ärztin aus dem Ultraschallraum heraus laut und vernehmlich ruft: »und was ist jetzt

---

<sup>3</sup> Es handelt sich um einen Ausschnitt aus einem Beobachtungsprotokoll, in das Audioaufzeichnungen eingearbeitet wurden. Die Namen und Orte sind – wie auch bei den folgenden Beobachtungsprotokollen – anonymisiert.

mit den Zuschauern hier?« Herr Arndt ruft zurück: »kommen gleich« und erwidert scherzhaft: »Wir wollten nicht zu stürmisch sein« und geht mit Marta hinein. Ich folge.

Nicht nur wird saumseliges Publikum hier zur Eile gemahnt. Beim Eintreten in den Ultraschallraum als auch im Einnehmen von Plätzen besteht eine Rangfolge. Nach der Schwangeren und der Ärztin gebührt den Familienangehörigen der vorrangige Eintritt, während die Ethnografin immer zuletzt folgt. Im Ultraschallraum selbst weisen Ärzt/-innen und gelegentlich Schwangere ihren Partnern und Kindern ihre Plätze zu: Schwangere achten darauf, dass Kinder den Bildschirm gut sehen können und lenken ihre Aufmerksamkeit explizit auf den Monitor, wie in folgender Szene.

Als Herr Richter vorsichtig in den kleinen Ultraschallraum eintritt weist ihn Frau Richter, die inzwischen auf der Liege liegt, an, sich neben die Liege zu stellen, und Meli (die zweijährige Tochter) hochzuheben, damit sie den Monitor an der Wand gut sieht: »Guck mal, Fernsehen«, sagt sie zu Meli.

Wie ersichtlich wird die Untersuchung von Ärzt/-innen, Schwangeren und Partnern insbesondere in Anwesenheit von Kleinkindern als Praxis der Fernsehens und »Baby-Guckens« gerahmt. Ärzt/-innen kreieren gelegentlich eine besondere Atmosphäre, indem sie den Raum verdunkeln und die Fenster schließen. Durch die Dunkelheit im Raum wird die Aufmerksamkeit auf den Monitor gelenkt und eine Kino-Atmosphäre hergestellt. Paare signalisieren nonverbal zu Beginn der Untersuchungen durch Lächeln oder Anlachen des Partners bzw. der Partnerin ihre Zugehörigkeit und demonstrieren beispielsweise durch Hände halten oder Füße streicheln ihre Verbundenheit und zeigen, dass das anstehende Ereignis für sie als *Paar* Bedeutung hat.

Ich fasse zusammen: Im Zuge des Orts- und Situationswechsel vom Schreibtisch der Ärztin zur medizinischen Untersuchungssituation wird die anstehende Situation als ein familiär bedeutungsvolles, freudig erwartetes Ereignis gerahmt: Dies geschieht indem »überflüssige« Personen explizit eingeladen werden; indem bei der Einnahme von Plätzen familiäre und paarbezogene Verbundenheit demonstriert wird und Schwangere freudige Ungeduld äußern.

### Sichtbarmachung eines »Babies«

Was aber gibt es zu sehen und wie wird dieses »Sehen« bewerkstelligt? Zweidimensionale Ultraschalldarstellungen sprechen in der Regel nicht »für sich«. Ärzt/-innen machen die grauschwarze Darstellung auf dem Monitor zu einem Ab-Bild, indem sie zu Beginn des Schallvorgangs deklarieren, dass sich ein »Kind« auf dem Bildschirm befindet. Der Monitor wird zur Bühne für das Ungeborene, welches die Ärztin auf den Bildschirm ruft.

Dr. Stein führt die Sonde unter dem leicht angewinkelten Bein von Frau Diemel hindurch und in ihre Scheide ein. Direkt, als etwas Graues auf dem Monitor erscheint, sagt sie: »Da haben wir unser Baby«. Frau Diemel kommentiert diesen ersten Anblick mit »Groß« und lacht leise.

Während der Untersuchung benutzen Ärzt/-innen grafische Hilfsmittel wie Cursor in Form von Pfeilen oder Kreuzen. Mit diesen lenken sie die Aufmerksamkeit auf spezifische Konturen auf dem Bildschirm, indem sie Umrisse umfahren. Sie benennen Gliedmaßen und innere Organe. Manchmal deuten sie auch mit dem Zeigefinger. Sie machen so einen Körper auf dem Monitor



sichtbar. Unterstellt wird aber auch, dass sich eine Person, die sich sinnhaft auf die Anwesenden bezieht, und in Echtzeit auf die Situation reagiert, anwesend ist.

Frau Arndt liegt auf der Ultraschalliege. Sie befindet sich in der 15. Woche ihrer Schwangerschaft. Es wird ein vaginaler Ultraschall durchgeführt. Herr Arndt sitzt ebenfalls auf der Untersuchungsliege. Er sitzt – mit der zweijährigen Tochter Marta auf dem Schoß – am unteren Ende der Liege und kann wie Frau Arndt gut auf den zweiten Monitor an der Wand blicken. Die Ärztin führt die Vaginalsonde ein und beginnt zu schallen. Als etwas Grau-Schwarzes auf dem Monitor erscheint zeigt Herr Arndt Marta mit ausgestrecktem Arm und Zeigefinger den Monitor und sagt: »da«. Die Ärztin erklärt, dass das »Kind uns sehr schön den Rücken« zuwendet und nach unten schaut, es hat aber »schon das Ärmchen bewegt. Also das Kind bewegt sich«. Dann sagt sie: »Es winkt«. Herr Arndt macht mit der Hand eine Winkbewegung zu Marta hin, die an ihn angekuschelt auf seinem Schoß sitzt und zu ihm aufschaut, und sagt »winke-winke«. Marta sagt ebenfalls »winke, winke«, und winkt dabei mit einem Händchen.

Dr. Müller benennt Gliedmaßen. Zum Zeigen von Umrissen auf dem Monitor benutzt sie einen gut erkennbaren dicken orangenen Pfeil. Herr Arndt lacht seine Frau an. Die Ärztin erklärt, dass man das Herz sieht. Sie erklärt, wobei sie die Umrisse auf der Darstellung mit dem Pfeil umfährt: »Sehen Sie hier, wie die Rippen abgehen von der Wirbelsäule, das ist die ganze Wirbelsäule da, ne? Das ist ein Schulterblatt. Das ist ein Querschnitt vom Kopf«. Sie fügt an, dass es gerade »schwierig« ist, »ein nettes Ultraschallbild gibt es glaube ich nicht« und erklärt weiter »das ist der Unterarmknochen, wir sehen hier zwei Knochen, Elle und Speiche. Das ist die Nabelschnur da. Das war jetzt eben mal kurz die Hand-«. Sie unterbricht sich plötzlich – auf einmal sieht man auf dem Monitor eine Bewegung – und sagt »Uuih, jetzt, ah...«. Ein kollektives bewunderndes Raunen, ein »Aah...«, ausgestoßen von der Ärztin, Herr und Frau Arndt, geht durch den Raum, gefolgt von gemeinsamem Gelächter. Die Ärztin ruft spontan: »Mensch, Du bist gut hier« und erklärt freudig: »Das ist jetzt aber gelungen«. Ich habe nur aus den Augenwinkeln etwas gesehen. Marta winkt wieder mit ihrem Händchen. Sie schaut zu ihrem Vater hoch und sagt »Baby«. Ihr Vater winkt ebenfalls.

Dr. Müller schallt weiter und erklärt, dass man jetzt die Hand sehe. Sie erklärt: »Es gelingt selten, dass man die ganzen Knochen auf einen Schlag draufhat. Also da müsste schon die Hand so flach getroffen werden«. Wieder unterbricht sie sich und sagt, an den Monitor bzw. das Kind adressiert: »Aah, was schaffst Du denn?«. Dann erklärt sie an Frau Arndt gerichtet: »Sie sehen ja, wie sich das schon bewegt«. Frau Arndt lacht.

Die Ärztin und Herr Arndt demonstrieren sprachlich und gestisch die Anwesenheit eines »Kindes« und »Babies«. Sie unterstellen gemeinschaftlich, dass die auf dem Monitor veranschaulichte Erscheinung interagiert und sich auf ihre Umwelt und auf andere Personen bezieht. Indem Herr Arndt in Reaktion auf die Erklärung der Ärztin, dass »es« winke, Marta auffordert, zurückzuwinken behandelt er Marta wie ein Geschwisterkind und suggeriert zugleich durch diese Geste, dass das »Baby« seinem Geschwisterchen Marta winkt. Die Ärztin nutzt die Echtzeitdarstellung für die Zuschreibung sinnhaften Handelns an das Ungeborene, welches alle Anwesenden überrascht und sich höchst gelungen präsentiert (»Mensch, Du bist gut hier«). Durch die spontane kollektive Äußerung erstaunter Bewunderung wird die einem »Kind« zugeschriebene »Bewegung« als etwas ganz Besonderes gerahmt und zu einem geteilten, freudigen Erlebnis.

Generell machen Ärztinnen durch ihre Erklärungen die wolkigen Darstellungen auf dem Monitor als Gliedmaßen eines lebendigen Körpers und Kindes sichtbar. Darüber hinaus suggerieren Ärzt/-innen und Schwangere durch Äußerungen und Gesten die aktive Präsenz eines lebendigen Körpers und »Kindes« welches im Hier und Jetzt an der Situation partizipiert. Die Erscheinung auf dem Bildschirm wird durch die Zuschreibung von Eigenschaften und Familienähnlich-

keiten zum Familienangehörigen und »Kind« gemacht, welches sich gegenüber seiner Mutter oder der Ärztin unbotmäßig oder willfährig verhält, zum Beispiel indem es herumzappelt, oder bereits furchtsam Konflikte mit drei älteren Brüdern antizipiert, die während der Ultraschalluntersuchung lärmend herumlaufen. Solche Episoden sind in nahezu allen Untersuchungssituationen eingelagert und werden durch die Demonstration von Freude und Entzücken, durch Gelächter und Scherzkommunikation, als vergnüglich und unterhaltend gerahmt.

### Registerwechsel

Grundsätzlich liegen Freude und Vergnügen, Angst und Beruhigung während der Untersuchungen sehr nahe beieinander. »Bewegungen« auf dem Bildschirm werden nicht nur als sinnhafte Handlung eines Kindes zum Anlass von Gelächter, Scherzen, Vergnügen und Staunen sondern sind gleichermaßen der medizinische Beweis für die Vitalität des Kindes, beispielsweise wenn die Ärztin sich an Frau Arndt wendet und – das Ungeborene versachlichend – beruhigend erklärt: »Sie sehen ja, wie sich das schon bewegt«.

Im routinemäßigen Ablauf vieler Untersuchungen erfolgt die Erläuterung sonoanatomischer Darstellung auf dem Monitor sowie die damit verbundene Information, dass alles »in Ordnung« und »zeitgerecht« entwickelt ist nahezu zeitgleich mit der unterhaltsamen Veranschaulichung von Körperteilen auf dem Monitor und der kollektiven Zuschreibung von sinnhaftem Handeln. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Zuge der Sichtbarmachung eines Körpers auf dem Bildschirm ein ständiger »Registerwechsel« stattfindet zwischen der Objektivierung und Normalisierung eines medizinischen Wissensobjekts auf der einen und eines Kindes oder Babies als Gefühls- und Begehrensojekt auf der anderen Seite. Beispielsweise ist die eben beschriebene Situation immer auch medizinisch-technisch gerahmt, wenn die Ärztin in sonoanatomischem Jargon vom »Querschnitt vom Kopf«, von »Knochen« oder von »Elle und Speiche« spricht oder wenn sie die praktischen und technischen Bedingungen der Bildherstellung einblendet, und erklärt, dass es schwer ist, die »ganzen Knochen auf einen Schlag« draufzubekommen. Das Ungeborene wird also im Zuge eines ständigen Registerwechsels gleichzeitig als mess- und objektivierbares Objekt, als lebendiger Körper und sinnhaft handelndes, sich auf die Situation unmittelbar beziehendes interagierendes »Kind« hervorgebracht.

### Fazit: Ultraschallscreenings als Einstieg in die Zugzwänge pränataler Diagnostik

Während Routineultraschalluntersuchungen wird ein Kinderkörper durch sprachliche, gestische und grafische Zeigepraktiken material veranschaulicht und das »kommende Kind« als ein elterliches Begehrensojekt, auf das sich Affekte und Emotionen richten, konkretisiert. Hierdurch werden Ultraschalluntersuchungen höchst attraktiv für Schwangere. Die routinemäßig durchgeführten Ultraschalluntersuchungen in der medizinischen Schwangerenvorsorge enthalten Subjektivierungsangebote für Schwangere und ihre begleitenden Partner. Sie beinhalten die Möglichkeit (und die Aufforderung) im Zuge der vorgeburtlichen medizinischen Sichtbarmachung

eines »Babies« Freude und freudige Erwartung zu demonstrieren und eine elterliche Subjektposition einzunehmen. Gerade dadurch jedoch stellen Ultraschalluntersuchungen auch einen Einstieg in die Zugzwänge pränataler Diagnostik dar. Denn während Ultraschalluntersuchungen kommt es im Zuge des ständigen Registerwechsels ja eben nicht nur zur vergnüglichen Veranschaulichung sondern gleichermaßen zur beruhigenden bzw. beunruhigenden Normalisierung des Ungeborenen und womöglich zu »beunruhigenden« Ergebnissen, die weitere pränatale, diagnostische Maßnahmen notwendig machen. Eine Reflexion der beteiligten Akteur/-innen, in welche Entscheidungsdilemmata die Inanspruchnahme von Routineultraschalluntersuchungen *auch* führen kann wird überlagert durch die Rahmung von Ultraschalluntersuchungen als einem emotionalen, vergnüglichen und unterhaltsamen Ereignis. Schwangere werden in Vorsorge- und Ultraschalluntersuchungen höchstens *punktuell* als »Entscheiderinnen« (Samerski 2003) adressiert. Dass im Kontext der risikoorientierten und antizipatorischen Schwangerenvorsorge prinzipiell jederzeit eine Situation auftreten kann, in der Schwangere in Entscheidungsdilemmata geraten und weitreichende Entscheidungen bis hin zum Abbruch der Schwangerschaft treffen müssen, wird in den Vorsorgen und während der Schwangerschafts-ultraschalluntersuchungen nicht ersichtlich.

## Literatur

- Adams, V., Murphy, M., Clarke, A. E. 2009: Anticipation: Technoscience, life, affect, temporality. In *Subjectivity*. Heft 28, 246–265.
- Baumgärtner, B., Rahden, O. v. 2010: Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe. Zwischen Ultraschall und Wehenschreiber. In P. Kolip, J. Lademann (Hg.), *Frauenblicke auf das Gesundheitssystem. Frauengerechte Gesundheitsversorgung zwischen Marketing und Ignoranz*. Weinheim, München: Juventa Verlag, 90–107.
- Baumgärtner, B., Stahl, K. 2005: *Einfach schwanger? Wie erleben Frauen die Risikoorientierung in der ärztlichen Schwangerenvorsorge?* Frankfurt am Main: Mabuse Verlag.
- Beck-Gernsheim, E. 1996: Die soziale Konstruktion des Risikos - das Beispiel Pränataldiagnostik. In *Soziale Welt*, 47. Jg., Heft 3, 284–269.
- BQS Bundesgeschäftsstelle Qualitätssicherung Bundesauswertung 2009: BQS-Bundesauswertung 2008 Geburtshilfe, Düsseldorf: BQS.<http://www.bqs-outcome.de/2008/ergebnisse/leistungsbereiche/geburtshilfe/buaw> (letzter Aufruf 17. November 2015).
- Brandl, Y. 2007: »Wir schauen nach, ob auch alles in Ordnung ist«. Kritische Anmerkungen über Machbarkeitsfantasien zur Schwangerschaft und die Planbarkeit des Lebens. In *Psychosozial*, 30. Jg., Nr. 110, Heft IV, 49–60.
- Brockmann, A., Reichard, D. 2000: Schwangerschaft und Geburt im »Zangengriff« der Medizin. In P. Kolip (Hg.), *Weiblichkeit ist keine Krankheit. Die Medikalisierung körperlicher Umbruchphasen im Leben von Frauen*. Weinheim: Juventa, 58–87.
- Burri, R. V. 2008: *Doing Images. Zur Praxis medizinischer Bilder*. Bielefeld: transcript.
- Duden, B. 2002: Entkörperungen in der Moderne – Zur Genese des diagnostischen (Frauen-)Körpers zwischen Nachkrieg und heute. In E. Kuhlmann, R. Kollek (Hg.), *Konfigurationen des Menschen. Biowissenschaften als Arena der Geschlechterpolitik*. Opladen: Leske + Budrich, 121–133.
- Duden, B. 2007: *Der Frauenleib als öffentlicher Ort. Vom Mißbrauch des Begriffs Leben*. Mit einem Vorwort zur Neuauflage. Frankfurt am Main: Mabuse-Verlag.
- Gammeltoft, T. M., Wahlberg, A. 2014: Selective Reproductive Technologies. In *Annual Review of Anthropology*, 43. Jg., 201–216.

- Heimerl, B. 2013: Die Ultraschallsprechstunde. Eine Ethnographie pränataldiagnostischer Situationen. Bielefeld: transcript.
- Katz-Rothman, B. 1989: Schwangerschaft auf Abruf. Vorgeburtliche Diagnose und die Zukunft der Mutterschaft. Marburg: Metropolis Verlag.
- Knorr-Cetina, K. 1998: Sozialität mit Objekten. Soziale Beziehungen in post-traditionalen Wissensgesellschaften. In W. Rammert (Hg.), Technik und Sozialtheorie. Frankfurt am Main: Campus, 83–120.
- Köbsell, S. 1992: Humangenetik und pränatale Diagnostik: Instrumente der »Neuen Eugenik«. In T. DeGENER, S. Köbsell (Hg.), »Hauptsache, es ist gesund«? Weibliche Selbstbestimmung unter humangenetischer Kontrolle. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 11–66.
- Lindner, U. 2010: Sicherheits- und Präventionskonzepte im Umbruch: von der Gruppenvorsorge zur individualisierten medizinischen Risikoprävention für Schwangere. In M. Lengwiler, J. Madarász (Hg.), Das präventive Selbst. Eine Kulturgeschichte moderner Gesundheitspolitik. Bielefeld: transcript, 229–249.
- Merz, E. (Hg.) 2002: Sonographische Diagnostik in Gynäkologie und Geburtshilfe. Band 2: Geburtshilfe. Stuttgart, New York: Thieme Verlag.
- Mol, A. 2002: the body multiple. ontology in medical practice. Durham, London: Duke University Press.
- Mozygemba, K. 2011: Die Schwangerschaft als Statuspassage. Das Einverleiben einer sozialen Rolle im Kontext einer nutzerorientierten Versorgung. Bern: Hans Huber.
- Ott, M., Wrana, D. 2010: Gouvernamentalität diskursiver Praktiken. Zur Methodologie der Analyse von Machtverhältnissen am Beispiel einer Maßnahme zur Aktivierung von Erwerbslosen. In J. Angermüller, S. v. Dyk (Hg.), Diskursanalyse meets Gouvernamentalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen. Frankfurt am Main, New York: Campus, 155–181.
- Pieper, M. 1998: Unter »anderen Umständen« werdende Elternschaft im Zeichen neuer Verfahren der Pränataldiagnostik. In Arbeitskreis Frauen und Gesundheit im Norddeutschen Forschungsverbund Public Health (Hg.), Frauen und Gesundheit(en) in Wissenschaft, Praxis und Politik. Bern: Hans Huber, 236–247.
- Reckwitz, A. 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. In Zeitschrift für Soziologie, 32. Jg., Heft 4, 282–301.
- Rose, L., Schmied-Knittel, I. 2011: Magie und Technik: Moderne Geburt zwischen biografischem Event und kritischem Ereignis. In P.-I. Villa, S. Moebius, B. Thiessen (Hg.), Soziologie der Geburt. Diskurse, Praktiken und Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus, 75–100.
- Saar, M. 2013: Analytik der Subjektivierung. Umriss eines Theorieprogramms. In A. Gelhard, T. Alkemeyer, N. Ricken (Hg.), Techniken der Subjektivierung. München: Wilhelm Fink, 17–28.
- Samerski, S. 2002: Die verrechnete Hoffnung. Von der selbstbestimmten Entscheidung durch genetische Beratung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Samerski, S. 2003: Entmündigende Selbstbestimmung. Wie die genetische Beratung schwangere Frauen zu einer unmöglichen Entscheidung befähigt. In S. Graumann, I. Schneider (Hg.), Verkörperte Technik - entkörperter Frau: Biopolitik und Geschlecht. Frankfurt am Main: Campus, 213–229.
- Schadler, C. 2013: Vater, Mutter, Kind werden. Eine posthumanistische Ethnographie der Schwangerschaft. Bielefeld: transcript.
- Schatzki, T. R. 1996: Social Practices. A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the social University Park: The Pennsylvania State University.
- Schindele, E. 1995: Schwangerschaft. Zwischen guter Hoffnung und medizinischem Risiko. Hamburg: Rasch und Röhring.
- Stichweh, R. 2013: Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen. Bielefeld: transcript.
- Tegethoff, D. 2011: Bilder und Konzeptionen vom Ungeborenen. Zwischen Visualisierung und Imagination. Opladen, Farmington Hills: Budrich UniPress.
- Waldschmidt, A. 1999: Subjekt und Macht: Die Humangenetik als eine Ordnung des Selbst. In Berliner Journal für Soziologie, 9. Jg., Heft 1, 45-64.

---

Waldschmidt, A. 2002: Normalität, Genetik, Risiko: Pränataldiagnostik als ›government by security‹. In U. Bergermann (Hg.), *Techniken der Reproduktion. Medien – Leben – Diskurse*. Königstein Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 131–144.

Ad-hoc-Gruppe »Mittelschichten in der Krise des Globalen ›Nordens‹ – (Neue)  
Mittelschichten im globalen Süden« - organisiert von Dieter Neubert und Florian Stoll

# Zur Analyse soziokultureller Differenzierung von Mittelschichten im Globalen Süden

Eine exemplarische Analyse von Milieus in Nairobi

Dieter Neubert und Florian Stoll

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Mittelschichten in der Krise des Globalen ›Nordens‹ – (Neue) Mittelschichten im Globalen Süden« – organisiert von Dieter Neubert und Florian Stoll*

In den letzten Jahren ist das Interesse an der Mittelschicht des Globalen Südens deutlich angestiegen. Sowohl Medienberichte als auch Wirtschaftsprognosen und wissenschaftliche Studien haben sich diesem Themenfeld zugewandt. Mit Mittelschicht wird innerhalb dieser Diskussion eine Gruppe mit mittlerem Einkommen bezeichnet, deren Einkommen sich oberhalb der Armutsgrenze bewegt. Über die genauen Grenzwerte für die Bestimmung der Mittelschicht gibt es eine umfangreiche Debatte. Je nach Perspektive wird Mittelschicht zum einen in global vergleichender Perspektive unter Einbeziehung der OECD-Länder bestimmt; zum anderen wird Mittelschicht für spezifische Regionen des Globalen Südens bzw. für einzelne Länder definiert, was zu niedrigeren Schwellenwerten führt. Die gängigen Abgrenzungen für die Bestimmung der Mittelschicht bewegen sich am unteren Rand zwischen einem Einkommen zwischen zwei und zehn US-Dollar pro Kopf und Tag und am oberen Rand zwischen zehn und 100 US-Dollar pro Kopf und Tag (jeweils berechnet nach Kaufkraft-Paritäten).<sup>1</sup> Diese Debatte soll hier nicht weitergeführt werden (siehe zusammenfassend Neubert 2014: 24 f.). Zur Verfolgung der Frage nach der soziokulturellen Differenzierung erweist sich eine grobe Orientierung an den Kategorien der African Development Bank (AfDB 2011) als hilfreich, die zudem auf den später untersuchten Fall Kenia anwendbar ist. Die African Development Bank bildet folgende Kategorien: 2 – 4 US-Dollar als Floating Class, die zwar über der Armutsgrenze lebt, jedoch weiterhin von Armut bedroht ist; 4 – 10 US-Dollar als untere Mittelschicht und 10 – 20 US-Dollar als obere Mittelschicht.

Während die Existenz einer Mittelschicht in Asien, Nordafrika und Lateinamerika schon seit längerem wahrgenommen wird, ist das Entstehen einer größeren Mittelschicht in Afrika südlich der Sahara ein relativ neues Phänomen, das besondere Aufmerksamkeit auf sich zieht. In einer Reihe von Studien wird gerade die wachsende neue Mittelschicht als wichtiges wirtschaftliches

---

<sup>1</sup> 2–10 US-Dollar: Banerjee, Duflo 2008; 2–13 US-Dollar: Ravallion 2010, 446; 2–20 US-Dollar: AfDB 2011: 2; oder sogar 10–100 US-Dollar: Kharas 2010: 9).

Potenzial für die Weiterentwicklung Afrikas angesehen, die zugleich paradigmatisch für ein wirtschaftlich deutlich positiveres Afrikabild steht (AfDB 2011; McKinsey Global Institute 2010). Bei den meisten Studien zur Mittelschicht im Globalen Süden ist bemerkenswert, dass immer die Rede von der Mittelschicht ist (Easterly 2001; Kharas 2010; Milanovic, Yitzhaki 2002)<sup>2</sup>. Unabhängig von der nicht einfachen sozioökonomischen Einordnung impliziert dies, dass diese Mittelschicht über bemerkenswert umfangreiche gemeinsame Eigenschaften verfügt. Dies gilt auch für Afrika. Auf den ersten Blick gibt es gute Gründe von der afrikanischen Mittelschicht zu sprechen. Von wirtschaftlicher Seite wird besonders auf die gewachsenen Konsummöglichkeiten dieser Gruppe verwiesen. Darüber hinaus betonen die genannten Studien die ausgeprägte Bildungs- und Aufstiegsorientierung, verbunden mit der hohen Bedeutung von Familie und Religion. Gerade für Afrika bleibt festzuhalten, dass regionale und vor allem ethnische Identitäten auch in der Mittelschicht weiterhin eine große Rolle spielen. Damit verbunden ist zumeist eine ausgeprägte ländliche Orientierung. Zumindest seit der Welle der Demokratisierung Anfang der neunziger Jahre kann in Teilen der Mittelschicht eine weit verbreitete pro-demokratische Haltung festgestellt werden. Zudem zeigt sich, dass die Mittelschicht intensiv in internationale Beziehungen eingebunden ist. Die Rücküberweisungen von Verwandten leisten einen wichtigen Beitrag, um Bildung zu finanzieren oder andere Investitionen zu tätigen. Ein nennenswerter Teil der Mittelschicht verfügt selbst über Migrations- bzw. Diasporaerfahrung. Betrachtet man alle diese Eigenschaften zusammen, so scheinen sie auf eine ausgeprägte soziokulturelle Homogenität der afrikanischen Mittelschicht hinzuweisen. Auf den zweiten Blick ist der Befund weniger eindeutig. Die hier genannten Eigenschaften sind keineswegs spezifisch für die afrikanische Mittelschicht, sondern finden sich auch bei weiten Teilen der Bevölkerung unterhalb der Mittelschicht. Familienwerte, Religion, regionale Identitäten oder demokratische Orientierung sowie die Bedeutung von sozialen Beziehungen ins Ausland, sind keine Besonderheiten einer spezifischen sozioökonomischen Schicht. Was auf den ersten Blick als typische Eigenschaften der afrikanischen Mittelschicht erscheint, sind vielmehr Eigenschaften, die für große Teile der afrikanischen Gesellschaften von Bedeutung sind. Der wesentliche Unterschied der Mittelschicht zu den anderen Gruppen besteht in ihrer sozioökonomischen Stellung und den damit verbundenen besseren Konsummöglichkeiten. Dies markiert mit Sicherheit eine wesentliche Gemeinsamkeit innerhalb der Mittelschicht, ist aber zugleich eine Tautologie, denn genau diese sozioökonomische Stellung dient ja zur Definition der Mittelschicht. Gleichwohl deutet vieles darauf hin, dass es eine grobe Vereinfachung wäre, Mittelschichten in Afrika als eine einheitliche, soziokulturell homogen Gruppe mit weitgehend ähnlichen oder gleichen Einstellungen und Orientierungen zu betrachten. Die Frage ist deshalb nicht, ob Bildung, Familie, Ethnizität, Religion, Diaspora, Beziehungen und ähnliche Eigenschaften bei allen positiv bewertet werden, sondern welche Rolle diese Elemente in den Alltagspraktiken und für die jeweiligen Lebensentwürfe spielen. Es lassen sich auch zusammenhängend mit der politischen Entwicklung Afrikas durchaus unterschiedliche Orientierungen erkennen. Dies soll an einem Beispiel skizziert werden. Wir finden in Afrika eine nennenswerte Gruppe, die sich an liberalen, kosmopolitischen und demokratischen Werten orientiert und zugleich den Kern der afrikanischen Zivilgesellschaft stellt. Auf der anderen Seite

---

<sup>2</sup> Aktuelle sozialwissenschaftliche Arbeiten nehmen eine differenziertere Perspektive ein (Daniel, Müller, Stoll im Druck; Melber im Druck)



gibt es ebenso eine nennenswerte Gruppe mit neo-traditionaler Orientierung. Diese Gruppen unterscheiden sich im Verhältnis zu den so genannten traditionellen Autoritäten, der politischen Bedeutung von Ethnizität, der Einstellung gegenüber einem ethnischen Mikronationalismus sowie in anderen Fragen wie der Bewertung von Abtreibung. Dieses kurze Beispiel zeigt, dass die gemeinsamen Werte sehr unterschiedlich akzentuiert werden können. Deshalb soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, wie sich soziokulturelle Differenzierungen innerhalb der afrikanischen Mittelschicht konzeptionell und empirisch fassen lassen. Dazu wird zunächst auf die Debatte über soziokulturelle Differenzierungen innerhalb Europas mit Blick auf soziokulturelle Makro-Milieus und kleine Lebenswelten zurückgegriffen. Eine entsprechende Analyse fehlt für Afrika und weite Teile des Globalen Südens. Sozialstrukturanalysen für Afrika, aber auch für andere Teile des Globalen Südens, sind bislang wesentlich auf die Analyse von sozioökonomischen Schichten bzw. von Klassen nach (neo)marxistischer Lesart begrenzt. Soziokulturelle Differenzierungen werden meist lediglich als ethnische oder religiöse Identitäten wahrgenommen und untersucht. Dies fällt deutlich hinter die – vor allem in der deutschen Soziologie – vorgenommenen Analysen soziokultureller Differenzierungen zurück. Ein Grund dafür ist, dass die gängigen Ansätze zur Interpretation soziokultureller Differenzierungen in Deutschland entwickelt wurden und erst in jüngster Zeit auch in englischer Sprache publiziert werden (Zifonun 2015). Vor diesem Hintergrund soll dann für Kenia (für die Hauptstadt Nairobi) der Milieuansatz adaptiert und in einem weiteren Schritt exemplarisch auf zwei Milieus angewandt werden. Den Abschluss bildet die Frage nach der Reichweite bzw. den Grenzen dieser Analyse. Dazu greifen wir auf erste Befunde eines laufenden Forschungsprojekts zu Mittelschichten im Aufbruch: Zukunftsentwürfe zwischen Freiheit, Konsum, Tradition und Moral zurück, das im Rahmen des größeren Projekts des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Zukunft Afrika: Visionen im Umbruch durchgeführt wird.<sup>3</sup>

## Konzeptualisierung soziokultureller Diversität: soziale Makro-Milieus und kleine Lebenswelten

Die Untersuchung von soziokulturellen Differenzierungen – neben Schicht- und Klassendifferenzen – ist spätestens seit den achtziger Jahren ein wichtiges Thema der deutschen Sozialstrukturanalyse. Neben den Ansätzen, die soziokulturelle Differenzierungen an eine spezifische Klassenposition anbinden, wie zum Beispiel Pierre Bourdieu (1982) und weniger ausgeprägt Michael Vester et al. (2001), hat besonders das Sinus-Milieukonzept (Sinus Sociovision 2009; Flaig et al. 1993) als deskriptives Modell Bedeutung erlangt. Die Besonderheit dieses Ansatzes ist die Offenheit für soziokulturelle Orientierungen, die über Schichtgrenzen hinweg bestehen können sowie die Offenheit für unterschiedliche soziokulturelle Orientierungen innerhalb der gleichen sozioökonomischen Schicht. Das vermutlich bekannte Sinus-Konzept rekonstruiert »[...] subkulturelle Einheiten innerhalb einer Gesellschaft, die Menschen ähnlicher Lebensauffassung und

---

<sup>3</sup> Das Projekt stützt sich überwiegend auf qualitative Methoden (Interviews, teilnehmende Beobachtung). Neben den beiden Autoren dieses Beitrags, die für den soziologischen Teil des Projektes zuständig sind, wirken mit einer stärker ethnologischen Fragestellung auch Erdmute Alber, Lena Kroeker und Maïke Voigt an diesem Projekt mit.

Lebensweise zusammenfassen« (Flaig et al. 1993: 55). Diese Einheiten werden als Milieus bezeichnet. Dabei handelt es sich eindeutig um eine Sozialstrukturanalyse. Es wird in der Analyse unterstellt, dass die Gesellschaft als Ganzes in Form einer spezifischen Gruppierung voneinander abgegrenzter (Makro-)Milieus beschrieben werden kann.<sup>4</sup> Bei diesem Makro-Milieukonzept erfolgt die Darstellung der Sozialstruktur in zwei Dimensionen. Neben der sozioökonomischen Differenzierung in Unterschicht, untere Mittelschicht, mittlere Mittelschicht, obere Mittelschicht und Oberschicht wird eine zweite Dimension unterschiedlicher kultureller Grundorientierungen gebildet. Diese reicht von dem Festhalten und Bewahren von Tradition über Modernisierungen, Individualisierung bis hin zur Neuorientierung. Die Visualisierung erfolgt in einer Darstellung an unterschiedlichen Positionen in diesem Koordinatensystem verorteter Blasen, die sich auch teilweise überlappen. Zur Bestimmung der Milieuzugehörigkeit wird auf die Kombination von so genannten Milieubausteinen zurückgegriffen (Flaig et al. 1993: 71). Diese beziehen sich auf: soziale Lage, Lebensziel, Arbeit/Leistung, Gesellschaftsbild, Familie/Partnerschaft, Freizeit, Wunsch- und Leitbilder sowie Lebensstil. Die jeweilige Kombination der Ausprägung einer Orientierung im Rahmen der Milieubausteine ergibt die Zuordnung zu den unterschiedlichen Milieus im Sinne gesellschaftlicher Makro-Milieus.<sup>5</sup>

Das Milieu-Konzept wird wie die ähnlich gelagerte Lebensstilforschung auch kritisiert (zum Beispiel Otte 2005; Geißler 2006: 116–119). Zunächst wird auf die Theorielosigkeit dieses Ansatzes verwiesen, der lediglich eine deskriptive Milieueinteilung vornimmt und dabei die Verteilung der Orientierungen im Rahmen der Milieubausteine als Grundlage verwendet. Zudem kommen die Milieu- und Lebensstilstudien, die in dieser Weise arbeiten, zu recht unterschiedlichen Bestimmungen und Abgrenzungen der Milieus. Somit sind deren Befunde zu derselben Gesellschaft schwer vergleichbar. Teilweise wird auch der Vorwurf einer gewissen Beliebigkeit erhoben. Ebenso stellt sich die Frage der Verbindung zwischen der abgefragten Wertorientierung und der konkreten Handlungspraxis. Unterstellt wird, dass innerhalb von Milieus eine ausgeprägte Ähnlichkeit von Wertorientierung und Handlungspraxis besteht, so dass von relativ homogenen Milieus ausgegangen wird. Die Milieuansätze sowie die empirischen Studien vermitteln zugleich den Eindruck, dass Familien bzw. Haushalte in der Regel einem gemeinsamen Milieu angehören. Mit seinem Bezug auf die Makroebene ignoriert dieser sozialstrukturelle Milieu-Ansatz schließlich individuelle Abweichungen und damit auch Phasen individueller Suchprozesse. Nicht erfasst werden zudem individualisierte Lebenswirklichkeiten, so dass nur eine begrenzte empirische Passgenauigkeit im Blick auf einzelne Individuen besteht.

Einen deutlich anderen Zugang zur Erfassung soziokultureller Differenzierungen bietet das Konzept der *kleinen Lebenswelt* bzw. der *Mikro-Milieus*. Dies geht zurück auf die Arbeiten von Anne Honer und Ronald Hitzler in den achtziger Jahren (Honer 1985; Hitzler, Honer 1988), wobei zunächst von Lebenswelten gesprochen wurde. Zur deutlicheren Abgrenzung von den Makro-Milieus verwenden wir den Begriff der *kleinen Lebenswelt* (Rebstein, Schnettler 2014). Kleine

---

<sup>4</sup> Wir sprechen hier von »Makro«-Milieus, weil mit diesem Konzept große gesellschaftliche Makro-Gruppen bezeichnet werden, die nicht mit Szenen, kleinen Subkulturen oder soziokulturell homogenen Face-to-Face-Gruppen verwechselt werden sollen.

<sup>5</sup> Eine Graphik der Sinus-Milieus findet sich auf der Homepage des Sinus-Instituts: <http://www.sinus-institut.de/loesungen/sinus-milieus.html> (Letzter Aufruf am 2. April 2015)

Lebenswelten sind bewusst gewählte Teilzeit-Lebenswelten, Sphären der Gemeinsamkeit und Gemeinschaftlichkeit mit geteilten Bedeutungen und Handlungsrepertoire (zum Beispiel Sportclubs, Fitnessstudios, Kaninchenzüchtervereine, Migrantenorganisationen, politische Gruppen) (Soeffner, Zifonun 2008; Zifonun, Cindark 2004; Zifonun 2010). Anders als beim sozialstrukturellen Konzept der Makro-Milieus wird die Mitgliedschaft in einer kleinen Lebenswelt als zeitlich und räumlich begrenzt betrachtet. Menschen können so Mitglieder verschiedener kleiner Lebenswelten zur gleichen Zeit sein. Ein Mitglied eines Fitnessstudios kann ebenso Mitglied einer Migrantenorganisation oder einer politischen Gruppe sein. Die anderen Mitglieder desselben Fitnessstudios können sich wiederum in völlig anderen kleinen Lebenswelten bewegen, zum Beispiel in einem Sportclub oder in einer spezifischen subkulturellen Szene. Die Besonderheit dieses Ansatzes liegt darin, dass parallel unterschiedliche soziokulturelle Orientierungen von Individuen erfasst und gemeinsam analysiert werden können. Die Zugehörigkeit zu einer spezifischen kleinen Lebenswelt sagt nur wenig darüber aus, in welchen anderen kleinen Lebenswelten sich ein Individuum bewegt. Die Kombination der Teilhabe an verschiedenen kleinen Lebenswelten ist somit ein Ausdruck von Individualisierung. Vertreter/-innen dieses Ansatzes bezweifeln, dass es sinnvoll ist, eine Gesellschaft in weitgehend voneinander abgegrenzte, in sich homogene Milieus aufzuteilen. Im Gegensatz zum sozialstrukturellen Ansatz der Makro-Milieus nimmt dieser Ansatz die Perspektive der Subjekte ein (subjektorientierter Ansatz).

Diese kleinen Lebenswelten sind empirisch anhand von ethnographischen qualitativen Studien zu erforschen und bieten eine relativ hohe ethnographische *Treffsicherheit*. Sie sind zudem anschlussfähig an die subjektive Selbstsicht. Sie eignen sich jedoch nicht für eine Sozialstrukturanalyse. Die Forscher/-innen, die sich auf das Konzept der kleinen Lebenswelt beziehen, bezweifeln teilweise auch, ob eine Sozialstrukturanalyse entlang soziokultureller Differenzierungen bei der Vielfalt unterschiedlicher subjektiver Orientierungen überhaupt sinnvoll ist.

Der Ansatz der Beschreibung gesellschaftlicher Makro-Milieus wird, trotz der genannten Kritik, insbesondere von der Marktforschung weiterhin angewendet. Seine Stärke liegt in einer relativen statistischen Treffsicherheit und bietet die Möglichkeit einer groben Abschätzung soziokultureller Differenzierung auf einer Makroebene. Zudem sind die Milieukategorien teilweise durchaus an Alltagskategorien soziokultureller Differenzierung anschlussfähig. Trotz der bestehenden Mängel verspricht der sozialstrukturelle Ansatz der Makro-Milieus einen Zugang zu einer ersten soziokulturellen Differenzierung von Gesellschaften und kann mit der Entstehung neuer Milieus zugleich auch Veränderungen innerhalb von Gesellschaften erfassen, die sich im Umbruch befinden. Deshalb soll hier mit aller gebotenen Vorsicht gefragt werden, inwieweit sich das Konzept der Makro-Milieus anbietet, um soziokulturelle Differenzierungen in Mittelschichten des Globalen Südens abzubilden. Dies soll exemplarisch an Mittelschichten in der kenianischen Hauptstadt Nairobi untersucht werden.

## Milieuanalyse für Kenia

Die Frage, ob nun spezifische kleine Lebenswelten in Kenia zu finden sind bzw. eine Analyse von Makro-Milieus sinnvoll anzuwenden ist, muss zunächst empirisch geklärt werden. Im Rahmen

der Forschung in Nairobi sind wir auf eine ganze Reihe von kleinen Lebenswelten gestoßen. Dazu gehören beispielsweise Sportstudios (fitnessorientiert oder eher auf Bodybuilding ausgerichtet), eine ausgeprägte Clubszene mit entsprechenden Diskotheken, Menschen- und Frauenrechtsgruppen, religiöse Gruppierungen – insbesondere religiöse Frauengruppen – sowie verschiedene Selbsthilfeaktivitäten im Rahmen von Einkommen schaffenden Maßnahmen oder etwa auch rotierende Spargruppen. Alle diese kleinen Lebenswelten sind an konkrete Orte und Zeitpunkte gebunden. Innerhalb der kleinen Lebenswelten werden im Rahmen der gemeinsamen Praxis bestimmte Werte und Aktivitäten geteilt.

Auf der Basis unserer bisherigen Erhebung sehen wir aber auch die Möglichkeit, potentielle Makro-Milieus zu identifizieren. Dazu gehört ein spezifisches Milieu der *Young Professionals*, das bereits in einer Ethnographie von Rachel Spronk (2012) eindrucksvoll beschrieben wurde. Daneben sehen wir eine Gruppe von konservativ-religiösen Milieus mit unterschiedlichem christlichem – und, auf Grundlage der bisherigen Forschung nicht eindeutig entscheidbar, möglicherweise auch mit muslimischem oder hinduistischem – Hintergrund. Ähnlich konservativ ausgerichtet, aber mit erkennbar anderen Orientierungen, haben wir ein neo-traditionales Milieu identifiziert. Weitere Milieus sind ein kosmopolitisch-zivilgesellschaftliches Milieu, stabilitätsorientierte, apolitische, häusliche Pragmatiker sowie ein Milieu unpolitischer sozialer Aufsteiger/innen ohne entscheidende religiöse oder neo-traditionale Bindung.

Diese vorläufige Milieuübersicht entstand aus der Nutzung der oben genannten Milieubausteine von Berthold Bodo Flaig et al. (1993). Für die spezifische Anwendung im Fall Kenias wurden die Kriterien der einzelnen Milieubausteine auf der Basis unserer empirischen Befunde weiterentwickelt und spezifische für Kenia bzw. auch für andere afrikanische Staaten südlich der Sahara relevante Punkte ergänzt, darunter auch die Kategorie Raum und Orte. Damit ergeben sich folgende Kriterien für die Beschreibung der Milieubausteine<sup>6</sup>:

- Demographie/soziale Lage: Alter, Familienstand, Sozialisation (rural, urban), Wohnort (rural, urban), Bildung, Berufstätigkeit, verwendete Sprachen, soziale Netzwerke (ethnisch, sozioökonomisch homogen/heterogen).
- Raum und Orte: Relevante Orte und Treffpunkte, aktuelle Bewegungsprofile (häusliche Orientierung, externe Orientierung), räumliche Dimension sozialer Netzwerke inklusive fernkommunikativer Kontakte (via Internet, Telefon), Stadt-Land-Beziehungen, Verbindungen zur Diaspora, eigene Migrations- und Reiseerfahrungen.
- Lebensziel: Grundwerte, Identität, Heimat (rural/urban), Sparen, Investitionen, Konsum, Was ist ein gutes Leben, Perspektiven für das Alter, Begräbnisort.
- Arbeit/Leistung: Rolle der Berufstätigkeit (Job oder identitätsstiftend), Karriereorientierung, Arbeitsethos, sozioökonomische Mobilität, Einstellung zu Bildung.
- Wunsch- und Leitbilder: Elemente eines guten Lebens, Wünsche, Phantasien, Vorbilder, Zukunftsvorstellungen/Lebensentwürfe, grundlegende Wertorientierungen, Konsum- und Sparverhalten.

---

<sup>6</sup> Die Milieubausteine sind nicht klar abgegrenzt und recht breit angelegt. Eine Konzentration auf aussagekräftige Kategorien ist aber erst auf einer breiten empirischen Basis möglich.

- Gesellschaftsbild: Gesellschaftliche Grundprinzipien, politisches und zivilgesellschaftliches Engagement, Zufriedenheit mit politischem und Gesellschaftssystem, Wahrnehmung sozialer Probleme, Grundlagen/Quellen für Vertrauen.
- Familie/Partnerschaft, Geschlechtsrollen: Familienwerte, Geschlechterrollen, Partnerschaft, Sexualmoral.
- Freizeit/Kommunikation: Freizeitaktivitäten wie Familie, Clubbesuche/Tanzen, Veranstaltungen, Lesen, DVDs, Sporte (aktiv, passiv), allgemein Hedonismus; Kommunikation: Rolle des Internets, IT/Soziale Netzwerke, Zeitungen, TV, Radio.
- Alltagsästhetik: Kleidung, Wohnen, Möbel, Ausstattung, Frisur, Körperbilder, Kunst, demonstrativer Konsum, Statussymbole.

Zur Illustration der vorgenommenen Ergänzungen sollen einige Beispiele genannt werden. Für Kenia und andere afrikanische Länder, die in der Regel multilingual sind, sind die im Alltag genutzten Sprachen von Bedeutung, ebenso wie die Frage von ethnisch homogenen oder heterogenen Netzwerken. Die unterschiedlich starke Orientierung an der ländlichen Heimat, verbunden mit den Perspektiven für das Alter und dem gewählten Begräbnisort, erweisen sich ebenfalls als wichtige Differenzierungskriterien zwischen Milieus. Dies gilt auch für die Frage nach den Grundlagen und den Quellen für Vertrauen, die familiär, ethnisch-regional oder institutionell verankert sein können. Auch die Vorstellungen von Geschlechterrollen und verschiedene Formen von Sexualmoral markieren deutliche Unterschiede zwischen Milieus. Im Bereich der Freizeit und Kommunikation sind ebenfalls zum Teil andere Aktivitäten und Kommunikationsformen relevant als in Europa üblich.

## Zwei Milieubeispiele: neo-traditionales und christlich-religiöses Milieu

Die Abgrenzung der Milieus soll im Folgenden an Hand von zwei konservativen Milieus gezeigt werden. Mit der Wahl der Beispiele wollen wir unterstreichen, dass auch bei der Überlappung bestimmter Grundorientierungen – in diesem Fall konservative Werte – erkennbare Milieuunterschiede auszumachen sind. Die Milieus werden anhand der Milieubausteine in Tabelle 1 charakterisiert.

Diese beiden konservativen Makro-Milieus teilen die Wertschätzung für Familie und konservative Vorstellungen von Geschlechterrollen. Es gibt aber eine ganze Reihe markanter Unterschiede. Die sozialen Netzwerke im Rahmen des neo-traditionalen Milieus bestimmen sich vor allem über die gemeinsame ethnische Herkunft (ethnisch homogene Netzwerke). Damit verbunden ist die große Bedeutung der jeweiligen Lokalsprache. Damit einher geht auch eine an der ethnischen Zugehörigkeit orientierte Kollektivorientierung, die potenziell mit einem auf eine bestimmte kenianische Region gerichteten politischen Mikro-Nationalismus verbunden werden kann. Die Freizeitaktivitäten werden oft innerhalb des ethnisch homogenen Netzwerks verfolgt und schließen Vergnügen mit Tanz und Alkohol keineswegs aus. Zentrale Leitbilder sind für Männer die Rolle des anerkannten Ältesten und für beide Geschlechter der erfolgreichen Viehzüchter/-innen oder Farmer/-innen.

Tab. 1: Vergleich neo-traditionales und christlich-religiöses Milieu

	Neo-traditionales Milieu	Christlich-religiöses Milieu
Demographie/ soziale Lage	Alle Altersgruppen; große Bedeutung der Lokalsprache; häufig ethnisch homogene Netzwerke; Großfamilie wichtig	Alle Altersgruppen; überwiegend auf dem Land aufgewachsen; Kirche als soziales Netzwerk; von gering bis höher verdienende Gruppe; Bezug zu Großfamilie unterschiedlich ausgeprägt
Raum und Orte	Zumindest partielle Sozialisation auf dem Land; Herkunftsort als wichtiger Bezugspunkt; regelmäßige Kontakte zum Herkunftsort, auch während Phasen längerer Migration	Kirchengemeinde als wichtiger räumlicher Bezugsort; häufige Treffen in der Kirchengemeinde (auch für Aktivitäten wie Bibelgruppen oder Unterstützung von Bedürftigen); Bezug zu Herkunftsregion variiert
Lebensziel	(ethnische) Tradition; Bedeutung ethnischen Brauchtums; Bedeutung von <i>Zugehörigkeit</i> (belonging) und ethnische/lokale Identität; Familie, ländliche Heimat und Haus; Begräbnis auf dem Land; Rücküberweisungen und Investition in ländlichen Wohnsitz/Farm/Rinder	Ein nach christlichen Werten geführtes Leben; ökonomischer Erfolg; Bewahrung der christlichen Identität; Anerkennung in der Kirchengemeinde; Erlösung im Jenseits
Arbeit/Leistung	Karriereorientierung ist nicht primär; Bezug zur lokalen und ethnischen Gruppe bleibt bestehen (zum Beispiel Studium im Ausland, auch Aktivitäten, um Heimatregion zu entwickeln)	Karriereorientierung mit (wenn möglich) hohen Investitionen in Bildung und Arbeit; lange Arbeitszeit; Aufstiegsorientierung
Gesellschaftsbild	Zusammengehörigkeit/Kollektivorientierung (Mikronationalismus); soziales und politisches Engagement und Vertrauen entlang ethnischer Verbundenheit; öffentliche Beachtung moralischer Standards	Hohe Bedeutung christlicher Werte; Kritik an Immoralität; Unterstützung sozial Schwacher; Wertschätzung von Erfolg
Familie/Partnerschaft/ Geschlechtsrollen	Bedeutung lokaler Familienwerte und Genderrollen; Bedeutung von Lineage/Klan und der lokalen Gemeinschaft	Orientierung an christlichen Familienwerten und Geschlechterrollen; häufig demonstrativer Verzicht auf Sex vor der Ehe
Freizeit/ Kommunikation	Besuche von Familie und Verwandtschaft in Heimatregion; häufig Freizeit an Orten mit Angehörigen derselben ethnischen Gruppe	Ein großer Teil der freien Zeit (abgesehen von Zeit mit der Familie) wird in der Kirche und in Gruppen verbracht; viele Freunde aus der Kirche
Alltagsästhetik	Kleidung mit ausgeprägt <i>afrikanischen</i> Elementen (besonders zu festlichen Anlässen); Bedeutung von <i>traditionellen</i> Gegenständen und Symbolen	klassische Kleidung; (wenn möglich) Demonstration von Erfolg durch Autos, Kleidung oder auch Wohnungen; (großzügige) Kirchenspenden als Ausdruck von Status
Wunsch- und Leitbilder	anerkannter Ältester; erfolgreiche Farmer/-innen/Viehzüchter/-innen	Wirtschaftlicher Erfolg im Einklang mit christlichen Prinzipien; Erfolg als Ausdruck gottgefälligen Lebens; Respekt vor religiösen Autoritäten

Im christlichen Milieu ist die Kirchengemeinde neben der Familie das zentrale soziale Netzwerk. Anders als im neo-traditionalen Milieu wird der Anspruch erhoben, entsprechend christlicher Wertorientierung sozial Schwache unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe zu unterstützen. Als Leitbild gilt ein gottgefälliges Leben, das auch die Distanzierung von als unmoralisch angesehenen Freizeitaktivitäten und eine deutliche Ablehnung von Alkohol beinhaltet. Hinzu kommt – besonders innerhalb protestantischer und evangelikaler Gruppen – eine hohe Wertschätzung ökonomischen Erfolgs. Es liegt nahe, diese Erfolgsorientierung mit Max Webers Lesart des Protestantismus als Ausdruck gottgefälligen Lebens zu verbinden, da auch bei diesen kenianischen Christen/-innen weltlicher Erfolg normalerweise als Demonstration von Gottes Gunst betrachtet wird.

Die beiden hier beschriebenen Milieus zeigen exemplarisch, dass trotz gemeinsamer konservativer Ausrichtung erkennbare Wert- und Orientierungsdifferenzen vorhanden sind und dass die Bedeutung einzelner Werte und Einstellungsbereiche unterschiedlich akzentuiert wird. Auf ähnliche Weise lassen sich auch die bereits zuvor genannten Milieus charakterisieren, die in der Feldforschung identifiziert wurden. Diese Milieus sind: Young Professionals, soziale Aufsteiger/-innen (Social Climbers), weitere konservativ-religiöse Milieus (muslimisch, hinduistisch) sowie ein kosmopolitisch-zivilgesellschaftliches Milieu und stabilitätsorientierte, apolitische, häusliche Pragmatiker.

## Herausforderungen und offene Fragen

Die hier beschriebene Analyse muss als vorläufig angesehen werden. Die Identifikation der Milieus basiert lediglich auf einer noch laufenden qualitativen Feldstudie. Ohne systematisch erhobene quantitative Daten lässt sich weder die Größe dieser Milieus benennen, noch mit Sicherheit sagen, ob es sich um eine vollständige Darstellung sozialer Milieus in Nairobi bzw. im urbanen Kenia insgesamt handelt. Anhand der qualitativen Daten lassen sich besonders gut sichtbare und markante Milieus erkennen und beschreiben. Die Sichtbarkeit wird durch gemeinsame Institutionen (zum Beispiel Kirchen), gemeinsame Organisationen (wie die so genannten Councils of Elders als Hüter der ethnischen Tradition) oder durch soziopolitisch engagierte Gruppierungen (wie Frauenrechtsorganisationen) hergestellt. Beispielsweise lässt sich das Milieu der Young Professionals durch den demonstrativen Konsum im Rahmen spezifischer Freizeitaktivitäten leicht erkennen. Dagegen sind uns die stabilitätsorientierten, apolitischen, häuslichen Pragmatiker erst nach längeren Feldstudien aufgefallen, da die wesentlichen Aktivitäten – außerhalb der Berufstätigkeit – im engen Kreis der Familie vollzogen werden.

Trotz der hier genannten Schwächen bzw. Grenzen der bisherigen Studie zeigen die vorläufigen Ergebnisse die Existenz unterschiedlicher Milieus. Mit verbesserten Daten lässt sich das Bild vervollständigen und schärfen. Ein wichtiger übergreifender Befund ist, dass die Milieuzugehörigkeit zunächst für Individuen bestimmt werden kann. Dies zeigt sich zum Beispiel im Falle der christlichen Milieus, in denen Frauen besonders stark vertreten sind. Auch wenn deren Männer gläubige Christen sind und regelmäßig den Gottesdienst besuchen, heißt das nicht, dass die

Kirche gleichermaßen Mittelpunkt ihres Lebens ist. Zudem ist es keine Besonderheit, wenn Eheleute unterschiedlichen christlichen Glaubensrichtungen angehören.

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Milieustruktur ist aber die Frage zu stellen, ob tatsächlich alle Personen in Kenia eindeutig einem spezifischen Milieu mit gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen Lebenspraxis zuzuordnen sind. Im Verlauf unserer Feldstudie sind Zweifel aufgekommen, ob eine vollständige Aufgliederung der kenianischen Gesellschaft in Makro-Milieus möglich und sinnvoll ist. Zugleich zeigen die hier benannten und an zwei Beispielen skizzierten Milieus, dass es tatsächlich subkulturelle Einheiten von Menschen mit ähnlicher Lebensauffassung und Lebensweise in Kenia gibt. In diesen Fällen macht es wenig Sinn, von lose verbundenen kleinen Lebenswelten zu sprechen, denn ein nennenswerter Teil der sozialen Kontakte außerhalb des beruflichen Umfeldes findet in einem einheitlichen sozialen Raum statt. Außerdem reichen die jeweiligen Milieus mit geteilten Normen und Wertorientierungen über die konkreten sozialen Netzwerke einzelner Gruppen weit hinaus. Nach unserer Einschätzung bildet deshalb die Kontroverse zwischen dem sozialstrukturellen Konzept der Makro-Milieus (wie von Sinus) und dem Konzept der kleinen Lebenswelten keine einander ausschließenden Positionen ab. Vielmehr deutet vieles darauf hin, dass wir in Kenia sowohl sozialstrukturell beschreibbare Makro-Milieus finden, als auch eine nennenswerte Zahl von kenianischen Bürger/-innen, die nicht eindeutig einem dieser Milieus zuzuordnen sind, sondern sich in kleinen Lebenswelten mit durchaus unterschiedlichen und teilweise kontroversen Wertorientierungen bewegen. Wir plädieren deshalb für eine Gesamtanalyse, die auf der einen Seite klar voneinander abgrenzbare Milieukerne identifiziert, an deren Grenzen sich Menschen bewegen, welche die grundlegenden Wertorientierungen und die dazugehörige Handlungspraxis der Milieus nur partiell teilen bzw. leben. Dadurch ergeben sich deutlich überlappende Bereiche für bestimmte Milieus sowie eine nennenswerte Gruppe von Menschen, die sich im Sinne des Konzepts der kleinen Lebenswelten in sehr unterschiedlichen Milieus bzw. kleinen Lebenswelten bewegt. Im Anschluss daran stellt sich durchaus die Frage, ob diese offene Konzeption des sozialstrukturellen Milieuansatzes auch europäische Gesellschaften beschreiben kann. Denn die weiterhin bestehende statistische Treffsicherheit des Makro-Milieuansatzes deutet darauf hin, dass es auch in Deutschland und Europa weiterhin Milieus gibt, die möglicherweise als Milieukerne zu beschreiben sind. Wobei zu beachten ist, dass vermutlich auch in Deutschland und Europa Familien und Haushalte nicht zwangsläufig einem gemeinsamen Milieu angehören, wie dies indirekt von vielen Studien nahegelegt wird. Gleichzeitig erlaubt es der Ansatz der kleinen Lebenswelten, auch diejenigen Menschen zu erfassen, die aus dem festen Raster der Makro-Milieus herausfallen.

Für die Analyse afrikanischer Gesellschaften ist es notwendig, die Unterscheidungskriterien (Milieubausteine) weiterzuentwickeln, zu spezifizieren und die besonders aussagekräftigen Kriterien herauszuarbeiten. Auf dieser Basis sollte es möglich sein, die These der Existenz soziokultureller Milieukerne anhand von quantitativen Studien empirisch nachzuweisen.

Die hier skizzierte soziokulturelle Analyse der afrikanischen Mittelschicht (am Beispiel Kenias) ist allerdings nur ein erster Schritt. In einem weiteren Schritt muss diese Analyse auch die anderen Teile der Gesellschaft einschließen, vor allem die quantitativ dominierende Unterschicht sowie die Oberschicht. Die Untersuchung der Mittelschicht bietet dazu einen sinnvollen Einstieg. Aufgrund der besseren sozioökonomischen Stellung haben gerade die Mittelschichtangehörigen größere Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Zukunftsgestaltung und Konsumpräferenzen.



Dies erlaubt es, unterschiedliche Wertorientierungen auch in die Lebenspraxis umzusetzen, und macht so entsprechende soziokulturelle Differenzen deutlicher. Zugleich ist die Mittelschicht leichter für Forschungen dieser Art zugänglich als die oft abgeschottete Oberschicht. Mit der von der Mittelschicht ausgehenden Analyse soziokultureller Differenzierungen kann somit eine wichtige Lücke der Sozialstrukturanalyse afrikanischer Gesellschaften geschlossen werden.

Der Blick auf die soziokulturelle Differenzierung darf jedoch nicht die gesellschaftlichen Folgen sozialer Ungleichheit völlig ausblenden. Beispielsweise markieren die relative Unsicherheit von Beschäftigungsverhältnissen, wechselnder Geschäftserfolg besonders bei kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Abhängigkeit von soziopolitischen Machtstrukturen über Milieugrenzen hinweg, gemeinsame Bedingungen der Lebensführung, die nicht ignoriert werden können. Dies wurde für die Armutbevölkerung bereits intensiv beschrieben und analysiert, gilt aber – mit abgeschwächten Folgen – auch für die Mittelschicht. Der unterschiedliche Umgang mit diesen Herausforderungen lässt sich auf je besondere Weise in den verschiedenen Milieus erkennen.

## Literatur

- AfDB (African Development Bank) 2011: The middle of the pyramid: dynamics of the middle class in Africa. Market Brief, April 20, 2011, [www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/The% 20 Middle%20of%20the%20Pyramid\\_The%20Middle%20of%20the%20Pyramid.pdf](http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/The%20Middle%20of%20the%20Pyramid_The%20Middle%20of%20the%20Pyramid.pdf) (letzter Aufruf 02. April 2015).
- Banerjee, A. V., Duflo, E. 2008: What is Middle Class about the Middle Classes around the World? In *Journal of Economic Perspectives*, 22. Jg., Heft 2, 3–28, <http://pubs.aeaweb.org/doi/pdfplus/10.1257/jep.22.2.3> (letzter Aufruf 2. April 2015).
- Bourdieu, P. 1982: *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Daniel, Antje, Müller, S., Stoll, F. (Hg.) (im Druck): *Mittelschichten in Afrika - Motor für den Wandel?* Baden Baden: Nomos.
- Easterly, W. 2001: The Middle Class Consensus and Economic Development. *Journal of Economic Growth*, 6. Jg., Heft 4, 317–335, <http://link.springer.com/article/10.1023%2FA%3A1012786330095#page-2> (letzter Zugriff 2. April 2015).
- Flaig, B. B., Meyer, T., Ueltzhöffer, J. 1993: *Alltagsästhetik und politische Kultur : Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation*. Bonn: Dietz.
- Geißler, R. 2006: Soziale Klassen und Schichten – Soziale Lagen – Soziale Milieus. Modelle und Kontroversen. In *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*. Wiesbaden: VS, 93–120.
- Hitzler, R., Honer, A. 1988: Der lebensweltliche Forschungsansatz. *Neue Praxis*, 18. Jg., Heft 6, 496–501, [http://hitzler-soziologie.de/pdf/Publikationen\\_Ronald/2-14.pdf](http://hitzler-soziologie.de/pdf/Publikationen_Ronald/2-14.pdf) (letzter Aufruf 2. April 2015).
- Honer, A. 1985: Beschreibung einer Lebens-Welt. Zur Empirie des Bodybuilding. *Zeitschrift für Soziologie*, 14. Jg., Heft 2, 131–139, <http://zfs-online.ub.uni-bielefeld.de/index.php/zfs/article/viewFile/2540/2077> (letzter Aufruf 02. April 2015).
- Kharas, H. 2010: The Emerging Middle Class in Developing Countries. OECD Development Centre, Arbeitspapier Nr. 285, <http://www.oecd.org/dev/44457738.pdf> (letzter Aufruf 2. April 2015).
- McKinsey Global Institute, 2010: *Lions on the move: The progress and potential of African economies*. Seoul, San Francisco, London, Washington: McKinsey & Company, [www.mckinsey.com/insights/africa/lions\\_on\\_the\\_move](http://www.mckinsey.com/insights/africa/lions_on_the_move) (letzter Aufruf 2. April 2015).

- Melber, H. (Hg.) im Druck: *The rise of Africa's middle class: Challenging the neo-liberal economy*. London, Zed Books.
- Milanovic, B., Yitzhaki, S. 2002: *Decomposing World Income Distribution: Does the World have a Middle Class?* In *Review of Income and Wealth*, 48. Jg., Heft 2, 155–178, [www.roiw.org/2002/155.pdf](http://www.roiw.org/2002/155.pdf) (letzter Aufruf 2. April 2015).
- Neubert, D. 2014: *What is »Middle Class«?* In *Search for an Appropriate Concept. Middle East – Topics & Arguments*, 2. Jg., 23–35, <http://meta-journal.net/article/view/1330/2095> (letzter Aufruf 2. April 2015).
- Otte, G. 2005: *Hat die Lebensstilforschung eine Zukunft? Eine Auseinandersetzung mit aktuellen Bilanzierungsversuchen*. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57. Jg., Heft 1, 1–31, <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs11577-005-0109-5#page-1> (letzter Aufruf 2. April 2015).
- Ravallion, M. 2010: *The developing world's bulging (but vulnerable) »Middle Class«*. *World Development*, 38. Jg., Heft 4, 445–454.
- Rebstein, B., Schnettler, B. 2014: *Sozialstrukturanalyse »feiner Körnung« oder subjektzentrierte Lebensweltanalyse? Ungleichheitsbezogene und wissenssoziologische Ansätze der Milieuanalyse*. In P. Isenböck, L. Nell, J. Renn (Hg.), *Die Form des Milieus: Zum Verhältnis von gesellschaftlicher Differenzierung und Formen der Vergemeinschaftung*, 1. Sonderband der Zeitschrift für Theoretische Soziologie. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 46–68.
- Sinus Sociovision 2009: *Informationen zu den Sinus-Milieus 2009*. Heidelberg: Sinus Sociovision, [www.sinus-institut.de/uploads/tx\\_mpdownloadcenter/informationen\\_2009\\_01.pdf](http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/informationen_2009_01.pdf) (letzter Aufruf 2. April 2015).
- Soeffner, H.-G., Zifonun, D. 2008: *Integration und soziale Welten*. In H.-G. Soeffner, S. Neckel (Hg.), *Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext*. Wiesbaden: VS, 115–132.
- Spronk, R. 2012: *Ambiguous Pleasures : Sexuality and Middle Class Self-Perceptions in Nairobi*. New York, Oxford: Berghahn Books.
- Vester, M., Geiling, H., Hermann, T., Müller, D., von Oertzen, P. (Hg.) 2001: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Zifonun, D. 2010: *Ein »gallisches Dorf«? Integration, Stadtteilbildung und Prestigeordnung in einem »Armenviertel«*. In D. Zifonun, M. Müller (Hg.), *Ethnowissen. Soziologische Beiträge zu ethnischer Differenzierung und Migration*. Wiesbaden: VS, 311–328.
- Zifonun, D. 2015: *Milieu as Structures of Interaction*. In S. Vertovec (Hg.), *Routledge International Handbook of Diversity Studies*. New York: Routledge, 102–105.
- Zifonun, D., Cindark, I. 2004: *Segregation oder Integration? Die soziale Welt eines »türkischen« Fußballvereins in Mannheim*. *Deutsche Sprache*, 32. Jg., Heft 3, 270–298, [www.kwi-nrw.de/images/text\\_material-251.img](http://www.kwi-nrw.de/images/text_material-251.img) (letzter Aufruf 2. April 2015).

## »Wenn das Einkommen nicht ausreicht...«

Eine empirische Untersuchung zu Mittelklasse-Haushalten in Kasachstan und Kirgistan<sup>1</sup>

Heiko Schrader

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Mittelschichten in der Krise des Globalen »Nordens« – (Neue) Mittelschichten im globalen Süden«*

Die epochalen Umbrüche in Europa und Zentralasien nach dem Zerfall der Sowjetunion führten zu grundlegenden Transformationen der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten. Den Transformationen in der Ökonomie privater Haushalte wurde bisher relativ wenig Bedeutung geschenkt. Die sozialistische Periode verlangte aufgrund umfassender staatlicher Wohlfahrtsleistungen kaum private Vorsorge zur (Über-)Lebens- und Alterssicherung. Die große Herausforderung für die privaten Haushalte bestand und besteht bis heute darin, sich den Gegebenheiten, Normen und Praktiken des *neuen* Systems der Marktwirtschaft anzupassen und sich mit bis zum Systemwechsel nahezu unbekanntem Phänomenen wie Arbeitslosigkeit, Armut, wachsender Wohlstandsdifferenzierung, Ausbildungsfinanzierung, Alter und nicht planbaren Ereignissen wie Krankheit eigenverantwortlich zu stellen.

Dieser Frage gingen in einem Forschungsprojekt nach,<sup>2</sup> um zu untersuchen, ob sich bestimmte nachhaltige Strategien der Haushaltsführung herausgebildet haben, mit denen die Haushalte ihren Alltag bewältigen.

Unsere Forschungsfragen bezogen sich auf folgende Felder:

- den Transformationsprozess auf der Mikroebene und seine Verbindung zu Meso- und Makroprozessen;

---

1 Das Originalskript auf Englisch wurde zusammen mit Eckhard Dittrich verfasst. Der Beitrag ist ein Vorgriff auf das im Frühjahr 2015 erscheinende Buch Eckhard Dittrich, Heiko Schrader (eds.): »When Salary is not enough...« – *Private Households in Central Asia*. <http://www.lit-verlag.de/isbn/3-643-90525-3>. In den Kapiteln 5 und 6 nehmen wir eine Typisierung von Mittelklassehaushalten und deren (Über)lebensstrategien vor. Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse.

2 Die von der Volkswagenstiftung finanzierte Forschung fand 2011–2013 in Kooperation mit drei Forschungsteams um Aigul Zabirowa (Eurasian Univ. Astana), Nazym Shedenova (Al-Farabi Univ. Almaty) und Galina Gorborkova (American Univ. of Central Asia, Bishkek) statt.

- die Anpassungsfähigkeit von Haushalten an Unsicherheit als Kernbestandteil für Selbstverantwortlichkeit in kapitalistischen Gesellschaften;
- Unterschiede der Haushaltsführung in beiden Untersuchungsländern vor dem Hintergrund der wirtschaftlich sehr unterschiedlichen Lage heute;
- Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Haushalten;
- die Ausstattung von Haushalten mit verschiedenen Kapitalsorten.

Sie wurden mit einem dreistufigen Forschungsverfahren untersucht:

- Sekundärmaterialanalyse (Länderberichte, Statistiken);
- Quantitative Primäranalyse (insgesamt 450 Fragebögen, davon 300 in städtischen und 150 in ländlichen Regionen)
- Qualitative Primäranalyse (insgesamt 120 Experteninterviews, davon 75 in städtischen und 45 in ländlichen Regionen).

Die Untersuchungen wurden mit zwei Teams in Kasachstan (Astana, Almaty) und einem Team in Kirgisistan (Bishkek) durchgeführt. Wir arbeiteten methodisch mit dem »household-level approach« (Hess et al. 2001) und dem offenen Haushaltsansatz (Allan, Crow 2001), indem auch außerhalb des Haushalts lebende, aber mit ihm eng über Transfers verbundene Personen erfasst wurden. Insofern findet sich bei unserem Ansatz eine Mischform des Haushaltskonzeptes mit dem Familienkonzept.

Die Daten wurden in den Lokalsprachen erhoben und transkribiert, anschließend ins Englische übersetzt.<sup>3</sup> Die erste quantitative und qualitative Analyse fand nach bestimmten Vorgaben vor Ort, die tiefere Analyse durch das Forschungsteam in Magdeburg statt.

Theoretische Grundlage des Forschungsprojektes bildete der *Sustainable Livelihoods Approach* (SLA, der ursprünglich für die ländliche Armutsforschung eingesetzt wurde, inzwischen aber auch auf urbane Mittelklassenmilieus übertragen wird (Espling 1999; Evans 2002a, 2002b; Tacoli 1998). Er ist einerseits funktionalistisch eine Erweiterung des Colemanschen (1987) Kapitalsortenkonzeptes, andererseits können auch sozialstrukturelle Aspekte in der Lesart Bourdieus (1986) integriert werden. Kernstück des SLA ist die Ressourcenbasis, die sich aus der Ausstattung mit Kapitalsorten ergibt und die Vulnerabilität bestimmt. Diese kann sowohl für individuelle Haushalte als auch Gruppen von Haushalten (Schichten, Klassen) bestimmt werden.

---

<sup>3</sup> Die Qualität der Übersetzungen wurde von zentralasiatischen Mitarbeiterinnen in Magdeburg überprüft und angepasst. Wir danken hier Nigina Avganova, MA, Batima Mambetalina, MA und Aikokul Maksutova, MA, die von Magdeburger Seite im Projekt mitgearbeitet haben.

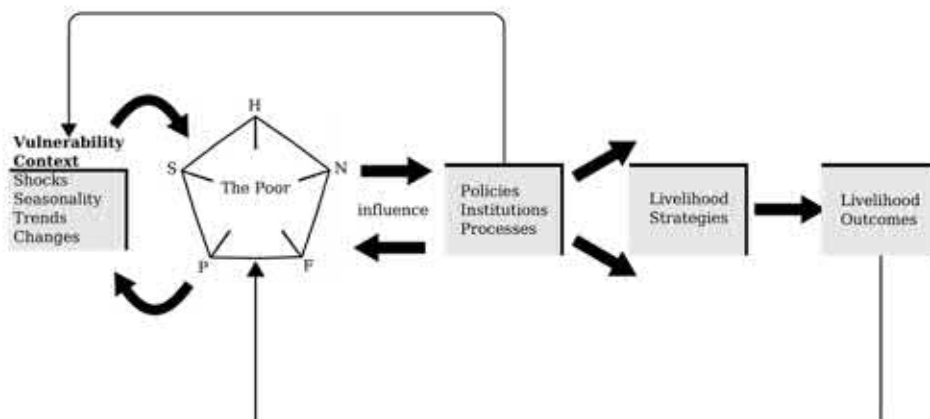


Abb.: Sustainable Livelihoods Framework<sup>4</sup>

Bei der Auswahl der Befragten schlossen wir aufgrund bestimmter sozialstruktureller Kriterien die *Armen* wie auch die *Reichen* aus. Uns ging es darum aufzuzeigen, wie sich die Mittelklasse in den beiden Untersuchungsländern im Transformationsprozess differenziert. Mit Leo De Haan und Annelies Zoomers (Zoomers, Kleinpenning 1996; Zoomers 1999) gehen wir davon aus, dass Haushalte verschiedene Strategien für die Lebenssicherung/Lebensführung verfolgen. Die Autoren konstatieren die aus der Entwicklungssoziologie bekannte Tatsache (Elwert et al. 1983), dass Haushalte nahe dem Existenzminimum eine Strategie der *Sicherheit* verfolgen, die zumeist risikoavers ist. Die Strategie der *Kompensation* beschreibt, ob/wie Schocks und Risiken aufgefangen werden können, zum Beispiel durch Sozialkapital oder Verkäufe von Werten. *Konsolidierung* zielt auf die Sicherung der existierenden Ressourcen, um darauf aufbauend eine Verbesserung der Haushaltslage zu verfolgen (zum Beispiel Vorratshaltung, Investitionen usw.). *Akkumulation* ist dagegen auf eine langfristige Strategie ausgerichtet, die darauf abzielt, den Haushalt in der Zukunft besser dastehen zu lassen. Allerdings bleiben De Haan und Zoomers bei der Mikroanalyse von Haushaltsstrategien stehen. Wir wollten aber sozialstrukturelle/ Klassenaspekte in diesen Ansatz integrieren, indem wir Typen von Haushalten der unteren, mittleren und oberen Mittelklasse zuordneten, um hier typische Strategien zu identifizieren. Diese machten wir am Zugang und an der Konvertibilität von Kapitalsorten bzw. an der Vulnerabilitätsmatrix fest.

### Skizzierung der Untersuchungsländer

Kasachstan stellt einen rohstoffreichen Rentierstaat dar, der heutzutage zu den Ländern mittlerer Einkommen zählt. Wie in anderen zentralasiatischen Gesellschaften zeigt sich eine Kombination von freier Marktwirtschaft mit Elementen des Sozialstaates und einer autoritären politischen Struktur. Aber es zeigen sich auch Elemente eines Entwicklungsstaates auf *Nation Building* abzielend - basierend auf dem Bruch mit der sozialistischen Vergangenheit, der Etablierung einer Titularnation und einer gefühlten Nationalstaatlichkeit, Identifikationen mit einer Leistungsgesellschaft und einer sozialstrukturelle Differenzierung, die an Bildung und Erfolg

<sup>4</sup> Nach: <http://www.ifad.org/sla/>; 22.03.13.

gekoppelt ist. Beschäftigungsmöglichkeiten finden sich insbesondere im Dienstleistungsbereich, im Handel und im Staatssektor. Kasachstan baut derzeit ein obligatorisches Sozialsicherungssystem nach westlichem Vorbild (Dreisäulenmodell) auf.

Kirgisistan ist dagegen ein rohstoffarmes Land, das von der Wirtschaftsleistung her zu den Entwicklungsländern zählt. Es wurde als einziger demokratischer Staat Zentralasiens gefeiert, weist aber eine starke politische Instabilität aus. Der sekundäre Sektor brach mit der Transformation weitgehend zusammen; das Land überlebte wie viele Entwicklungsländer durch Arbeitsmigration und *Remittances* sowie ländliche Produktion. In den Städten bieten der Handel im formellen und informellen Sektor, der Dienstleistungsbereich und der Staatssektor Beschäftigungsmöglichkeiten. Ein *Nation Building* ist bisher weitgehend misslungen. Ethnische Politiken und regional-ethnische Konflikte charakterisieren die letzten 20 Jahre der Systemtransformation. Doch auch hier – wenn auch auf niedrigerem Niveau – lässt sich eine Differenzierung der Mittelklasse beobachten. Staatliche soziale Sicherung ist in Kirgisistan vorhanden, aber auf sehr niedrigem Niveau.

## Datenanalyse des qualitativen Materials

Bei der Datenanalyse<sup>5</sup> folgten wir der Stadt-Land-Dichotomie. Nach der sehr umfangreichen Inhaltsanalyse nach Standorten nahmen wir eine qualitative Zuordnung typischer Interviews zur unteren, mittleren und oberen Mittelklasse<sup>6</sup> vor (Haushalte nahe der Armutsgrenze, Mittlere Haushalte und Bessergestellte Haushalte). Als aus dem qualitativen Material erarbeitete Bewertungsfolie für die Einordnung der Interviews wählten wir die ökonomische Lage und den Lebensstil, Selbstverantwortlichkeit, den Zugang zu formeller und informeller Beschäftigung, (Arbeits-)Migration, Arten der Selbstbeschäftigung, den Bezug zu reziproken Sicherungsnetzwerken, den Umgang mit Sparen und Krediten, den Umgang mit Krisen und Subsistenzproduktion.<sup>7</sup>

### Ländliche untere Mittelklasse

Für die ländliche untere Mittelklasse finden sich folgende Charakteristika: Zuerst einmal macht dieser Typus von Haushalten die gesamtwirtschaftliche Lage für die eigene Situation verantwortlich. Dabei wird oftmals die sozialistische Zeit als Referenzfolie herangezogen.

Charakteristisch ist eine Instabilität von Beschäftigungen und Einkommen – eine Kombination formeller und informeller Tätigkeiten. Diese Haushalte sind besonders verletzlich, sie können zwar im Allgemeinen den Alltag bewältigen, aber keinesfalls Schocks und Krisen abfedern. Personell leben in diesen Haushalten insbesondere alte Menschen. Der Vulnerabilität wird

---

<sup>5</sup> Auf Nachweise durch Interviewzitate müssen wir wegen der redaktionellen Vorgaben leider verzichten.

<sup>6</sup> Ich arbeite hier mit einem Klassenbegriff wie etwa A. Portes (2010), der sozialstrukturelle Kriterien und nicht Klassenbewusstsein zum Kennzeichen macht.

<sup>7</sup> Die Charakteristika wurden inhaltsanalytisch nach Mayring (2010) aus dem Textkorpus herausgearbeitet.

mit Flexibilität hinsichtlich Beschäftigungsmöglichkeiten im formellen und informellen Sektor, Selbstbeschäftigung, Subsistenzproduktion und teilweise auch Migration begegnet.

Reziprozitätsnetzwerke zwischen Verwandtschaft, teilweise auch zwischen Freunden, spielen bei der ruralen Bevölkerung nahe der Armut eine große Rolle. Diese dienen insbesondere als Krisenpuffer, zum Beispiel zur Kreditaufnahme (zinsfrei und zumeist auf unbestimmte Zeit) bei Arbeitslosigkeit, bei Familienereignissen wie Hochzeit oder Tod etc. Gegenseitige Hilfe ist in dieser Schicht obligatorisch.

Aber auch Arbeitskraft wird über diese Netzwerke zur Verfügung gestellt. Typisch ist die Großmutter, die die Kinder zur Schule bringt und im Haushalt und Garten hilft, damit die Eltern arbeiten können. Subsistenzproduktion ist für die rurale Bevölkerung bedeutend für die Kostensenkung und als Zugewinnverkauf. Auch Lebensmittel werden über die Reziprozitätsnetzwerke getauscht.

Rurale Haushalte der unteren Mittelklasse haben kaum die Möglichkeit zum Sparen. Sie leben daher von der Hand in den Mund. Typisch ist die Strategie des »Sich-Durchwurstelns«,<sup>8</sup> da es kaum stabile Arbeitseinkommen gibt. Risiken können daher nicht alleine abgedeckt werden. Kredite spielen außerhalb der Netzwerke in dieser ruralen Mittelschichtsklasse eine untergeordnete Rolle.

Generell gibt es große Probleme, Kredite zurückzuzahlen. Oft wird ein Kredit durch einen neuen getilgt. Auch Ratenkäufe werden als geeignetes Mittel beschrieben, um den Alltag zu bewältigen.

Die ländliche untere Mittelklasse ist allerdings in den meisten Fällen nicht landlos und verfügt über ein eigenes Haus, etwas Vieh, vielleicht ein Auto usw. Eine Konversion von Vermögen in Geld findet allerdings kaum statt, weil dieses eine Verschlechterung der Lebenssituation zur Folge hätte. Alle Haushaltsmitglieder tragen in irgendeiner Weise zum Budget bei. Auf Bildung als Schlüssel zu Arbeit wird großer Wert gelegt, wobei die Eltern zumeist den sekundären Schulabschluss haben. Die Kinder helfen in den Ferien oder mit einem Nebenjob in der Stadt. Wenn wir De Haan und Zoomers und ihrer Unterscheidung von Strategien nach Akkumulation, Konsolidierung, Kompensation und Sicherung folgen, finden sich hier zumeist die letzten beiden Strategien. Sicherungsstrategien zielen auf Risikovermeidung und Diversifizierung von Einkommen über Subsistenzproduktion, informelle und formelle Tätigkeiten, Selbstbeschäftigung, Migration etc. zum Erreichen der Selbstgenügsamkeit. Reziprozitätsnetzwerke helfen, um Knappheiten zu kompensieren. Die Kompensationsmaßnahmen finden zumeist *ad hoc* statt. Diese sind oftmals vom Lebenszyklus abhängig, aber Langzeitplanung ist meist kaum möglich. Neben der Ausstattung mit Kapitalarten spielt das soziale und ökonomische Umfeld eine wichtige Rolle für die Strategien: die lokale Infrastruktur, Marktzugang, die Nähe zur nächsten Stadt (Pendeln), die Einbettung in lokale familiäre und soziale Netzwerke usw.

---

<sup>8</sup> Vgl. Lindblom (1969).

## Ländliche mittlere Mittelklasse

Ländliche mittlere Haushalte zeichnen sich im Allgemeinen durch stabile Einkommen aus. Sie werden durch staatliche und private Jobs und durch Staatstransfers (Renten, Kindergeld usw.) bzw. durch agrarische Produktion erzielt. Auch hier gilt der reziproke Austausch nicht-marktwirtschaftlicher Güter und von Dienstleistungen (zum Beispiel Erntehilfe) innerhalb der Familie und zwischen Verwandten). Verkauf von Subsistenzprodukten und Vieh konsolidiert diese Haushalte.

Der Grund für Subsistenzproduktion liegt in allen Regionen hier weniger in der Vermeidung von Kosten als bei kulturellen wie auch gesundheitlichen Ursachen.

Im Gegensatz zu den ärmeren ländlichen Haushalten beobachten wir bei diesen Haushalten den Wunsch zum Sparen, Investieren und Planen, um zu vermeiden, von der Hand in den Mund leben zu müssen. Vieh wird nun beispielsweise als Investition betrachtet, die jederzeit wieder in Geld konvertiert werden kann (Verkauf von Vieh oder Fleisch), aber auch durch den Verkauf von Milchprodukten Einkommen abwirft und sich darüber hinaus durch Nachkommen akkumuliert.

Besitz und Haltung einer Viehherde bedarf aber auch größerer Planung im Hinblick auf die Bevorratung für den Winter, differentielle Weidebewirtschaftung, den möglichen Einsatz von Hirten, den Schutz vor Viehdieben usw. Der Verkauf von Vieh ist auch eine Option für Notfälle und wird als solche gesehen. Trotz der besseren Kapitalausstattung werden reziproke Kreditnetzwerke aufrechterhalten, um Krisen zu überbrücken oder auch Investitionen zu tätigen.

Bei diesem Typ von Haushalten wird deutlich, dass sie stärker in den Markt eingebunden sind, aber nach wie vor in der Subsistenzwirtschaft verankert sind. Vor dem Hintergrund des größeren Vermögens, das er im Laufe der Zeit erworben hat, hat er aber größere Risikoreserven.

Unabhängigkeit von Anderen wird als Ziel eigenen wirtschaftlichen Handelns formuliert. Kredite spielen für die ländliche mittlere Mittelklasse eine wichtige Rolle, wobei zunehmend Investitionen in den Betrieb und für die Nachkommen bedeutsam werden. Auch die Rückzahlung von Krediten wird antizipiert und das wirtschaftliche Handeln daran orientiert.

Um noch einmal den Unterschied zum ersten Haushaltstyp herauszustellen: Den ländlichen mittleren Haushalte gelingt eine geplante (rationale) Haushaltsführung wesentlich besser als dem ersten Typus. Man kann diesen Typ Haushalte mit De Haan und Zoomers als eine Kombination von Konsolidierung und Akkumulation einordnen. Dies beinhaltet, eine finanzielle Grundlage zu schaffen, auf der man die Zukunft entwickelt.

## Ländliche obere Mittelklasse

Dieser Typus von Haushalten betont die harte Arbeit, die nötig war, um den heutigen Lebensstandard zu erreichen. Oftmals setzt sich das Haushaltseinkommen aus mindestens zwei formellen Jobs im Dorf zusammen, in anderen Fällen aus einer Kombination von formellem und informellem Einkommen. Allgemein werden Staatsbedienstete im städtischen Raum als Verlierer der Transformation bezeichnet; auf dem Dorf jedoch ist die Situation völlig anders, da es hier kaum formelle Arbeit gibt und ein staatlicher Job eine sichere Grundlage schafft. Das



Haushaltseinkommen wird oftmals durch Transfers (zum Beispiel Stipendien für Schülerinnen und Schüler und Studierende bzw. Renten im Haushalt lebender Eltern) und durch Nebentätigkeit aufge bessert.

Neben den Staatsbediensteten finden sich in dieser Gruppe aber auch Geschäftsleute und private landwirtschaftlich Produzierende mit größeren Flächen. Letztere kombinieren subsistenzwirtschaftliche mit marktorientierter Produktion. Auch hier finden sich in den Interviews Anzeichen dafür, dass die Tätigkeit auf Erfolg, auf Effektivität und Effizienz ausgerichtet ist.

Ein deutlicher Unterschied zu den anderen beiden Haushaltsklassen zeigt sich im Charakter der sozialen Netzwerke. Sie sind nun weitgehend auf soziale Aspekte und kaum noch auf Sicherheitsaspekte hin orientiert und haben zunehmend andere pragmatische Funktionen. Da diese Haushalte weitaus besser mit den verschiedenen Kapitalsorten ausgestattet sind, steigt ihre Flexibilität im Umgang mit Risiken. Sie werden auch zunehmend autonomer in ihren Handlungsstrategien. Reziproke Hilfeverpflichtung bezieht sich in erster Linie auf Großeltern, Eltern und Kinder, während das erweiterte Verwandtschaftsnetzwerk seinen verpflichtenden Charakter verliert und einen reinen sozialen Charakter annimmt.

Durch die wesentlich bessere Finanzkapitalausstattung können diese Haushalte auch wirklich *haushalten* und zum Beispiel Vorratseinkäufe in der Stadt tätigen. Sie haben einen wesentlich höheren Lebensstandard (Autos, Möbel, Fernsehern, Handys, Haushaltsmaschinen, Privatschulen usw.). Die bessere ökonomische Lage wird auch bei den gezielten Investitionen in das Geschäft oder den Betrieb zur Vergrößerung des Outputs und der Produktivitätssteigerung deutlich.

Auch das Sparverhalten wird wesentlich ausgeprägter. Für die Ausbildung der Kinder werden Sparkonten eingerichtet, und auch die Investition in ein Apartment in der Stadt wird als Einkommensquelle und Vorsorge für das Alter verstanden. Hinsichtlich Kredite sind sich diese Haushalte der Risiken bewusst. Das Vertrauen in Banken ist gering, wenn auch gerade bei ländlichen Betrieben Mikrofinanzinstitutionen eine Rolle spielen. Ratenkauf für Konsumgüter ist verbreitet. Diese Haushalte sind im Allgemeinen darauf ausgerichtet, durch Planung Ihrer Situation weiter zu verbessern.

Von der Quantität her ist diese Haushaltsklasse in ländlichen Regionen die kleinste. Dies mag darin begründet sein, dass viele besser gestellte Haushalte, die es sich leisten können, in die Städte migrieren. Aber es ist auch zu beobachten, dass insbesondere Pensionierte wegen der hohen städtischen Lebenshaltungskosten, ihrer Verbundenheit mit dem Dorf und auch wegen ökologischer Aspekte gern aufs Land zurückkehren. Der Vulnerabilitätskontext ist aufgrund der besseren Ausstattung mit verschiedenen Kapitalsorten deutlich anders gestaltet als bei den anderen beiden Haushaltsklassen. Das *Sich-Durchwursteln* wird durch rationale Lebensführung ersetzt. Erkennbar wird, dass Reziprozitätsnetzwerke zu einer Option neben anderen werden, um Sicherheiten zu generieren. Mit De Haan und Zoomers lässt sich hier zunehmend der Übergang von einer Strategie der Konsolidierung zu einer der Akkumulation beobachten.

## Städtische Haushalte der unteren Mittelklasse

Auch hier zeigt sich, dass sich Haushalte dieser Klasse wirtschaftlich *durchwursteln*. Sie haben große Probleme, eine geeignete, dauerhafte Arbeit zu bekommen und stabile Einkommen zu erzielen. Der tägliche Kampf mit Unsicherheiten ist zentrales Lebensthema. Oft beziehen diese Haushalte ihr Einkommen aus dem informellen Sektor (informelle Tätigkeiten auf Märkten, private Taxifahrten etc.), teilweise über formelle, schlecht bezahlte Tätigkeiten (Dienstleistungssektor auf den Bazaren, Supermärkte, Bauwesen), teilweise aus dem Staatssektor (öffentliches Transportwesen, Bildungs- und medizinischer Sektor). Sie haben im Zuge ihres Lebens nicht selten einen sozialen Abstieg erlebt – weil ihre Berufsausbildung heute nicht mehr gefragt ist. Einige versuchen, durch Selbstbeschäftigung innerhalb eines breiten Spektrums (Handarbeit, Design, Architektur) Fuß zu fassen. Andere vermieten ihre eigene Wohnung unter und suchen sich preisgünstigeren Wohnraum, um in der Stadt zu überleben. Für diese Klasse städtischer Haushalte spielt Gartensubsistenzwirtschaft eine große Rolle, viele beziehen Nahrungsmittel über ihre Reziprozitätsnetzwerke vom Lande.

Auch persönliche Krisen (Tod der Ehepartnerin/des Ehepartners, Scheidung, Krankheit, Arbeitsplatzverluste und Arbeitslosigkeit, Wohnungsverlust, wirtschaftliche Pleiten bei Versuchen, sich selbständig zu machen, Zahlungsunfähigkeit von Miete oder Kredit etc.) charakterisieren die Lebenssituation. In diesen Haushalten dreht sich alles darum, *über die Runden* zu kommen.

Die Reziprozitätsnetzwerke sind für Haushalte dieses Typs unabdingbar – sowohl in der Versorgung mit Naturalien als auch mit Geld. Hilfe ist dabei zumeist moralisch verpflichtend, sofern dies irgendwie möglich ist.

Wie auch bei den ländlichen Haushalten zeigt sich die starke Tendenz, den Kindern eine möglichst gute, kostspielige Ausbildung zu ermöglichen und ggf. woanders zu sparen oder sich zu verschulden. Das Sparen ist wie bei dem ländlichen Pendant kaum möglich, da entweder nicht genug Geld vorhanden ist oder Kreditverpflichtungen existieren. Im Hinblick auf die Zukunft der Kinder wird dies als starke Belastung erlebt.

Wie auch bei den ländlichen Haushalten gilt, dass diese Haushalte nicht völlig mittellos sind. Sie besitzen oftmals ein Apartment, ein Haus auf dem Lande, ein Stück Land usw. Das Problem ist aber der zu geringe Cash-Flow über Arbeitseinkommen, so dass neben den lebensnotwendigen Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnung kaum etwas übrig bleibt und jede außergewöhnliche Situation zur Krise wird. Insgesamt ist aber die Chance, überhaupt eine bezahlte Tätigkeit zu bekommen, in der Stadt viel größer als auf dem Land, und zwar nicht nur bei hohen Bildungsabschlüssen. Bei den reziproken Netzwerken zeigt sich, dass sie zwar einerseits stadt-landübergreifend sind, andererseits das Kriterium Verwandtschaft zunehmend durch Freundschaft und Bekanntschaft am Arbeitsplatz ergänzt wird.

## Städtische mittlere Mittelklassehaushalte

Wir charakterisieren diesen Typus von Haushalten als Planer und Gestalter, um ihre Lebenssituation zu konsolidieren oder zu verbessern. Sie sind in der Lage, sich gegen Vulnerabilitäten zu

schützen. Die meisten von ihnen haben verschiedene Jobs im formellen und informellen Arbeitsmarkt. Sie sind mit ihrem Leben in der Stadt zufrieden, haben nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus eigener Anstrengung etwas erreicht. Sie geben viel Geld für die Bildung ihrer Kinder aus, beklagen aber auch häufig, dass sie für den Arbeitsmarkt überqualifiziert seien.

Beschäftigungen finden Mitglieder dieser Haushalte bei erfolgreicher Arbeitssuche in höheren Positionen im Staatssektor und im privaten Sektor, teilweise auch als erfolgreiche Selbstständige. Viele von ihnen verweisen darauf, dass sie für den Arbeitseinstieg Sozialkapital benötigten. Manche von ihnen verließen auch wegen zu schlechter Bezahlung den Staatssektor und wechselten in die Privatwirtschaft. Aber auch Beschäftigungen im informellen Sektor finden sich bei dieser Haushaltsklasse. Subsistenzwirtschaft verliert an Bedeutung. Vulnerabilität wird zumeist in der Vergangenheit, in einem bestimmten Abschnitt der eigenen Biografie verortet. Teilweise kehren wirtschaftliche Probleme in Gestalt der Biografie der Kinder in die Haushalte zurück, wenn diese sich nicht oder mit großer Verzögerung in den Arbeitsmarkt integrieren können. Auch hier gibt es nach wie vor starke soziale Verbindungen zur Verwandtschaft.

Das Planungselement gewinnt in diesen Haushalten zunehmend an Bedeutung. Auch wird eine rationale Haushaltsführung im Hinblick auf Einkommen und Ausgaben deutlich. Die Haushalte achten insbesondere darauf, dass Überschüsse erzielt und angespart werden können.

Gespart wird zuhause oder bei einer Bank, und es wird investiert. Generell werden Kredite für spezifische Zwecke aufgenommen: Renovierungen, Familienfeste, eine Immobilie, Konsumgüter usw. Die Haushalte sind in der Lage, diese zurückzuzahlen. Sie sind sich des Risikos von Krediten bewusst und nutzen sie deshalb nur spärlich.

Objektiv betrachtet ist ein Haushalt umso weniger vulnerabel, je mehr Vermögen und Einkommen er für die Bewältigung potentieller Krisensituationen einsetzen kann. Haushalte dieser Klasse sind dafür gut ausgestattet. Sie besitzen nicht nur unterschiedliche Kapitalsorten, sondern verfügen auch über eine hohe Kompetenz, mit schwierigen Situationen wie Migration in die Stadt, Scheidung, Krankheit oder dem Verlust von Besitz umzugehen. Alle Befragten haben das Leistungsprinzip internalisiert und betonen dessen Notwendigkeit, um in einem schwierigen Umfeld gut leben zu können. Investitionen in die Zukunft der Kinder geschehen auch unter der Vorstellung intergenerationaler Reziprozität, wenngleich manche Eltern deren Freiwilligkeit betonen.

Es zeigt sich eine starke Orientierung hinsichtlich Finanzkapital, Humankapital und Sozialkapital. Sozialkapital wird dabei nicht nur über Verwandtschaftsbeziehungen generiert, sondern auch in Form von *wichtigen* Kontakten.

In den Erzählungen über die Entwicklung der Haushalte werden Erfolge stärker betont als Misserfolge. Nichtsdestotrotz werden immer wieder typische Herausforderungen quasi ständige Stressoren für gelingende Lebensführung genannt. Zu diesen zählen insbesondere Korruption, Nepotismus und Genderprobleme. Obwohl diese Haushalte sich als *modern* klassifizieren, wird die Aufgabenteilung im Haushalt oft als Problem gesehen. Folgen wir der Kategorisierung von De Haan und Zoomers, so dominieren bei dieser Klasse der mittleren städtischen Haushalte bei deren Lebensführung Strategien der Konsolidierung und Akkumulation.

## Städtische obere Mittelklassehaushalte

Auch hier betonen die Befragten, dass sie sich an die postsowjetischen Bedingungen erfolgreich angepasst haben. Das Leistungsprinzip bildet in dieser Haushaltsklasse eine zentrale Orientierung. Typisch für diese Gruppe sind Biografien, geprägt von guter Ausbildung und Initiative, die Lebenssituation in die eigenen Hände zu nehmen und ggf. zu verändern. Hier dominieren Selbständige, aber auch abhängige Beschäftigungen, wobei in der Regel verschiedene Jobs kombiniert werden. Dies gilt für jedes Haushaltsmitglied, das arbeitet.<sup>9</sup> Subsistenzproduktion bzw. Viehhaltung zur Haushaltssicherung kommt bei diesen Haushalten nicht mehr vor.

Auch hier zeichnen sich die Biografien dadurch aus, dass in der Vergangenheit Schocks überwunden wurden. Die Interviewten betonen, dass sie dafür hart arbeiten mussten, aber andererseits auch Erfindungsreichtum bei der Erschließung neuer Einkommensquellen zeigen mussten. Die Gegenwartssituation zeichnet sich dagegen durch Stabilität und die Fähigkeit aus, einen Risikopuffer aufzubauen, mit dem finanzielle, teilweise aber auch persönliche Probleme angegangen werden können (zum Beispiel im Falle von Krankheit, bei Rechtsproblemen usw.).

Diese Haushalte können es sich ohne größere Probleme leisten, ihre Kinder auf eine Privatschule, eine Privatuniversität oder zum Studieren ins Ausland zu schicken. Sie verfügen zumeist über Grundbesitz zum Wohnen und/oder zum Arbeiten, teilweise auch zum Vermieten. Der Lebensstandard dieser Einkommensgruppe ist vergleichsweise hoch und erlaubt diverse Annehmlichkeiten. Autos sind für diese Haushalte selbstverständlich – auch als Prestigeobjekte. Nicht selten verfügen sie über mehrere. Die Kleidung unterscheidet sich deutlich von ärmeren Haushalten, und Einkäufe werden bevorzugt in Shoppingcentern und Boutiquen wie in großen Supermärkten getätigt. Ferienreisen ins Ausland gehören zum Lebensstil. Typisch sind auch hohe Ausgaben für Gesundheit und Sport (Spa, Fitness Club usw.), mit denen sich diese Klasse teilweise auch bewusst von den anderen abhebt.

Interessant ist, dass auch in dieser Gruppe Vorbehalte gegen Privatbanken existieren. Sparen findet teilweise bei staatlichen Banken, teilweise zu Hause oder am Arbeitsplatz, teilweise als Investitionen in Grundbesitz statt. Hinsichtlich Krediten sind sich diese Haushalte wie die mittleren städtischen Haushalte der Risiken sehr bewusst; gleichzeitig betonen sie aber auch deren Potenzial für Investitionen.

Zusammengefasst lässt sich die Lebensführung dieses Typs von Haushalten so charakterisieren: Sie können es sich leisten, Immobilien auf Kredit zu kaufen oder teure Apartments zu mieten. Ihr Einkommen schafft nicht nur Sicherheit, sondern auch die Möglichkeit, das Vermögen zu vergrößern und sich gleichzeitig einen gehobenen und distinkten Lebensstil zu erlauben. Alle von ihnen sind *neureich* insofern, als sie erst in den letzten 20 Jahren ihren Lebensstandard erreichten. Dies geschah nach eigener Auffassung durch harte Arbeit und die einflussreiche Kombination zahlreicher Jobs und die bewusste Wahrnehmung von entdeckten Marktchancen.

Eine Besonderheit im postsozialistischen Raum ist, dass die meisten Menschen eine gute Ausbildung haben. Deshalb kann anders als im Westen keine sehr enge Verknüpfung zwischen

---

<sup>9</sup>Zum Beispiel ist eine Person auf dem Staatssektor als Hochschullehrerin, Managerin eines Sportklubs und Trainerin einer Kinderklasse tätig; darüber hinaus ist sie private Trainerin für Selbstverteidigung und bietet ihre Hilfe bei der Erstellung von Verträgen an.

Schichtzugehörigkeit und Bildung hergestellt werden. Bildung ist eine notwendige Voraussetzung für Erfolg, aber keine hinreichende. Hinzukommen müssen persönliche Fähigkeiten, etwa Marktnischen zu erkennen, hart zu arbeiten und soziale Netzwerke zu nutzen, die den Kreis der Verwandtschaft transzendieren und in die Politik, Administration oder Geschäftswelt hineinreichen. Selbst in dieser Klasse bleiben die Verwandtschaftsbeziehungen vergleichsweise stark, aber eher auf der sozialen Ebene als auf der ökonomischen. Einige der Befragten wollen bewusst ökonomische und soziale Beziehungen voneinander trennen. Dies schließt nicht aus, dass diese Haushalte ärmere Verwandte finanziell unterstützen; es wird aber zunehmend geprüft, ob die Notlage ein Schicksalsschlag oder eine selbstverschuldete Konsequenz der eigenen Lebensweise ist. Darüber hinaus wird Mildtätigkeit als soziale Verantwortung gegenüber der Gesellschaft betont und als kultureller Charakter bezeichnet. Die Lebensführungsstrategien dieser Haushalte können wir mit De Haan und Zoomers als Akkumulation bezeichnen.

## Weitere Aspekte der Analyse

Aus den Interviewinhalten lässt sich hinsichtlich Genderaspekten Folgendes herauslesen: Beide Gesellschaften werden als patriarchal klassifiziert. Der älteste Mann wird entsprechend in unseren Interviews auch als Haushaltsvorstand bezeichnet, wobei allerdings die älteste Frau die Rolle ihres verstorbenen Mannes einnehmen kann. Doch schnell werden dann in den Antworten diese kulturell determinierten Zuschreibungen relativiert, wenn diese Rolle mit der Rolle des *major income earners* kollidiert, falls dies die Frau ist. Auch die Entscheidungsmuster basieren auf Aushandlungsprozessen, auch wenn diese vielleicht letztendlich durch den Mann verkündet werden. Teilweise wird auch die gesamte Haushaltsführung inclusive der Finanzentscheidungen auf die Frau übertragen.

Die Lebensformen entsprechen gerade im städtischen Kontext nicht mehr dem Typus der Mehrgenerationenfamilie. Die Tendenz zur Kernfamilie wird schon durch den Wohnungsbau vorgegeben. Darüber hinaus finden wir aber viele Alleinerziehende aufgrund hoher Scheidungsraten und viele Singlehaushalte aufgrund der Ausbildungssituation junger Menschen. Wiederverheiratung ist gesellschaftlich nicht stigmatisiert. Das Leben in einer Familie wird aber weiterhin als erstrebenswert betrachtet.

Genderrollen werden zumindest in der jüngeren Generation diskutiert. Frauen tragen wie Männer zum Haushaltseinkommen bei und streben wie diese höchste Qualifizierungen an. Bei vielen lässt sich Arbeit und Kindererziehung darüber vereinbaren, dass Mütter oder Schwiegermütter Betreuungsfunktionen übernehmen. Männer fühlen sich genauso für die Kindererziehung verantwortlich wie Frauen. Auch über Haushaltspflichten wird in den Familien diskutiert, wenn auch nach wie vor bestimmte Tätigkeiten eher den Frauen, andere eher den Männern zugeschrieben werden. Wir erklären diese Veränderungen sowohl mit der Entstehung und Differenzierung der Mittelklasse als auch mit der sowjetischen Vergangenheit und der Stellung

der Frau im Arbeitsleben, die aber seinerzeit nicht zu einer nennenswerten Rollenveränderung im Haushalt führte.<sup>10</sup>

Wir möchten aber einen deutlichen Unterschied im sozialen Wandel westlicher Gesellschaften und zentralasiatischer Gesellschaften herausstellen. Während Urbanisierungsprozesse unzweifelhaft starke Einflüsse auf die Lebensführung ausüben, gehen sie nicht zulasten von Familien- und Verwandtschaftsstrukturen. Dies könnte eine kulturelle Spezifität darstellen, kann aber auch in der relativ kurzen Transformationsphase begründet sein. Selbst wenn Familie und Verwandtschaft durch Migration *auseinandergerissen* werden, ist es eine Selbstverständlichkeit, vielleicht auch ein sozialer Zwang, wichtige Familienfeste gemeinsam zu feiern und die Pflege der Reziprozitätsnetzwerke weiter zu betreiben.

Insgesamt zeigen unsere Daten, dass Mittelklassehaushalte insofern in der Marktwirtschaft angekommen sind, dass sie Eigenverantwortung hinsichtlich ihrer Lebenssituation und Lebensführung übernehmen. Hier haben wir sicherlich einen Alterskohorteneinfluss, so dass die Generationen, die einen Großteil ihres Lebens in der Sowjetunion verbrachten, diese nach wie vor gerne als Referenzfolie verwenden, insbesondere wenn es um soziale Absicherungen geht. Die meisten Haushalte sind sich über die Risiken der Marktwirtschaft bewusst, was Arbeit und Absicherung für Krankheit und Alter betrifft. Für diejenigen, die es nicht zu Wohlstand geschafft haben, spielen Verwandtschaftsnetzwerke als reziproke Sicherungsmechanismen weiterhin die entscheidende Rolle. Bei besser gestellten Haushalten werden diese zwar aufrechterhalten, aber weitgehend auf ihre soziale Funktion reduziert. Allerdings lassen auch diese Haushalte Verantwortlichkeiten im familialen Kontext und darüber hinaus erkennen, indem sie schlechter gestellte Verwandte und auch Fremde unterstützen. Umgekehrt spielt Sozialkapital für den Zugang zu Arbeit und bei der Erschließung von Einkommensquellen generell eine wichtige Rolle. Freunde und Kollegen werden im städtischen Kontext in die sozialen Netzwerke integriert.

Die meisten Haushalte haben Migrationserfahrungen. In Kasachstan handelt es sich hierbei eher um Land-Stadt-Migration, in Kirgisistan kommt internationale Migration insbesondere nach Russland oder Kasachstan hinzu, so dass hier für viele Haushalte *remittances* eine wichtige Rolle spielen. Dieser Unterschied liegt in den nationalen Ökonomien begründet, da der formelle Arbeitsmarkt in Kirgisistan nach wie vor weitgehend zusammengebrochen ist.

Die meisten Haushalte sind Zwei- oder Dreigenerationenhaushalte. Das Haushaltseinkommen wird normalerweise geteilt selbst dann, wenn die Kinder Geld verdienen. Auch Renten fließen in diesen Pool ein. In der Stadt wird dieser Pool auf die notwendigen Einkäufe beschränkt, während die einzelnen Haushaltsmitglieder noch über ein persönliches Budget verfügen. Die älteste Generation jenseits des Erwerbslebens unterstützt den Haushalt durch Subsistenzproduktion sowie bei der Kinderbetreuung. Generell bedeuten Familie und Verwandtschaft Sozialkapital, das bei Bedarf aktiviert werden kann. Dies gilt zum Beispiel auch bei der Ausbildung der Kinder in der Stadt.

Das Bankensystem wird bezüglich der Spareinlagen auch nach 20 Jahren Transformation noch nicht als sicher betrachtet. Bei der städtischen Bevölkerung werden sie noch eher frequen-

---

<sup>10</sup> Hier muss aber auch hinsichtlich Genderrollen betont werden, dass islamistische Bewegungen in Kasachstan sowie im nördlichen Kirgisistan, wo unsere Untersuchung stattfand, keine Rolle spielen, da sie politisch unterdrückt werden oder irrelevant sind. Eine Retraditionalisierung der Genderrollen lässt sich zum Beispiel durch den Einfluss des Islamismus in Tadschikistan und in Südkirgisistan beobachten.

tiert als in ländlichen Gebieten. Gespart wird stattdessen zuvorderst zuhause, teilweise auch am Arbeitsplatz. Bei Krediten bedienen sich viele Haushalte lieber ihrer privaten Sicherungssysteme als marktwirtschaftlicher Organisationen. In den Verwandtschaftsnetzwerken sind Kredite oftmals zinsfrei und nicht an Laufzeit gebunden, selbst wenn es sich um größere Beträge handelt. Mit Banken haben dagegen viele Haushalte schlechte Erfahrungen oftmals dahingehend gemacht, dass die Folgekosten eines Kredits intransparent waren und/oder vom Haushalt nicht geleistet werden konnten. Eher akzeptiert sind dagegen Mikrofinanzinstitutionen im ländlichen Bereich sowie bestimmte staatliche Programme zur Förderung von Grundbesitz. Islamische Wirtschaftsführung und Finanzgestaltung spielt keine Rolle.

Ländliche Haushalte sind einer stärkeren Vulnerabilität ausgesetzt, was Finanzkapital (Einkommen, Zugang zu Arbeit, höhere Preise) und Infrastruktur (Transportwesen, Bildungs- und Gesundheitswesen) betrifft, was sich teilweise in geringerem Humankapital niederschlägt, aber sie haben zumeist besseren Zugang zu Naturkapital (inklusive Subsistenzproduktion). Das bedeutet, dass bestimmte fehlende Ressourcen kompensiert werden können. Insgesamt stehen sie ökonomisch aber deutlich schlechter da. In der Stadt wird allerdings die Lebensqualität durch ökologische Probleme verschlechtert.

## Literatur

- Allan, G., Crow, G. 2001: *Families, Households and Society - Sociology for a changing world*. Basingstoke: Palgrave.
- Bourdieu, P. 1986: The forms of capital. In J.G. Richardson (Hg.), *Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education*. Greenwood Press, 241–258.
- Coleman, J. 1987: Norms as Social Capital. In G. Radnitzky, P. Bernhold Eds.), *Economic Imperialism - The Economic Method Applied Outside the Field of Economics*. New York: Peragon.
- Elwert, G., Evers, H.-D., Wilkens, W. 1983: Die Suche nach Sicherheit. Kombinierte Produktionsformen im sogenannten informellen Sektor. *Zeitschrift für Soziologie*, 12. Jg., 281–296.
- Espling, M. 1999: *Women's Livelihood Strategies in Processes of Change: Cases from Urban Mozambique*. Göteborg Univ., School of Economics and Commercial Law.
- Evans, P. 2002a: *Political Strategies for More Livable Cities: Lessons from Six Cases of Development and Political Transition*. In P. Evans (Hg.), *Livable Cities? Urban Struggles for Livelihood and Sustainability*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press, 222–246.
- Evans, P. 2002b: Introduction: Looking for Agents of Urban Livability in a Globalized Political Economy. In P. Evans (Hg.), *Livable Cities? Urban Struggles for Livelihood and Sustainability*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press, 1–30.
- Hess, J., Moore, J., Pascale, J., Rothgeb, J., Keeley, C. 2001: The Effects of Person-Level versus Household-Level Questionnaire Design on Survey Estimates and Data Quality. *Public Opinion Quarterly*, 65. Jg., 574–584.
- Ledeneva, A. V 1998: *Russia's Economy of Favors: Blat, Networking and Informal Exchange*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lindblom, C. 1969: The Science of «Muddling Through.» In A. Etzioni (Ed.), *Readings on Modern Organizations*. Englewood Cliffs, New York: Prentice Hall, 154–173.
- Mayring, P. 2010: *Qualitative Inhaltsanalyse Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Portes, A. 2010: *Economic sociology: a systematic inquiry*. Princeton, New York: Princeton University Press.

- Tacoli, C. 1998: Bridging the Divide: Rural-Urban Interactions and Livelihood Strategies. London: International Institute for Environment and Development.
- Zoomers, A.E.B. 1999: Livelihood Strategies and Development Interventions in the Southern Andes of Bolivia. Contrasting view on development. Cuadernos del CEDLA, Nr. 4. Amsterdam: CEDLA, Centro de Estudios y Documentación Latinoamericanos.
- Zoomers, A.E.B., Kleinpenning, J.M.G. 1996: Livelihood and urban-rural relations in central Paraguay. Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, 87. Jg., 161-174.



Ad-hoc-Gruppe »Mobile Mittelschichten? Strategien und Muster sozialer  
Mobilität in Zeiten der Krise«  
– organisiert von Florian R. Hertel und Nadine Schöneck-Voß

# Der Blick von außen

Das Ende der gesellschaftlichen Mitte als Aspirationsraum

Friederike Bahl

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Mobile Mittelschichten? Strategien und Muster sozialer Mobilität in Zeiten der Krise« – organisiert von Florian R. Hertel und Nadine Schöneck-Voß*

Gehen wir von statistischen Daten zu Selbsteinschätzungen aus, dann ist die Anziehungskraft der Mitte groß. Die Gesellschaft der Mittelklassen ist bis heute ein Sehnsuchtsort von Aufstiegsaspirationen und sozialer Stabilität, ein Ort, dem man sich gerne zugehörig fühlt (Vogel 2009; Burzan, Berger 2010; Schimank et al. 2014).

Demgegenüber will ich heute aber den Blick von außen wagen und ein Milieu in den Blick nehmen, in dem die gesellschaftliche Mitte als identitätsstiftender Ort sozialen Aufstiegs jede normative Zugkraft verloren hat, das *Dienstleistungsproletariat* (Esping-Andersen 1993; Blossfeld et al. 1993; Oesch 2006; Bahl, Staab 2010; Bahl 2014).

Mit ihm geht es um eine Gruppe von Geringverdienenden in den Bereichen *einfacher* Dienstleistung. Hier handelt es sich zweifelsohne um einen besonderen Ausschnitt der bundesrepublikanischen Arbeitswelt und der Sozialstruktur, aber – und das gehört zum Stichwort der Relevanz – es ist ein heute nicht zu vernachlässigender Teil arbeitgesellschaftlicher Wirklichkeit. Das gilt einerseits zahlenmäßig: Nicht nur kennzeichnet Dienstleistungsarbeit heute einen Großteil von Erwerbstätigkeit (Statistisches Bundesamt 2008; Bosch, Weinkopf 2011: 439).<sup>1</sup> Dazu kommt, dass der Bereich *einfacher* Dienste mit circa elf Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung zahlenmäßig fast gleichauf liegt mit dem Segment industrieller *Einfacharbeit* (Oesch 2006: 88). Das gilt aber auch inhaltlich, denn der Bereich *einfacher* Dienstleistungsarbeit kann in besonderer Weise zeigen, dass sich in Gegenwartsgesellschaften eben nicht nur die Pluralisierung von Beschäftigungsverhältnissen, eine Steigerung von Bildungschancen, neue Arrangements der Geschlechterverhältnisse und die Globalisierung von Arbeitsmärkten beobachten lassen, sondern auch eine Verschärfung von Ungleichheit.

In meinen Forschungen zu diesem Bereich (Bahl 2014) habe ich fünf Branchen *einfacher* Dienstleistungsarbeit untersucht, angefangen von Gebäudereinigung, über Post- und Paketdienste, Discounter und Altenpflege bis hin zu Sicherheitsdiensten in vier Regionen Deutsch-

---

<sup>1</sup> Gut 70 Prozent der Erwerbstätigen sind heute im tertiären Sektor tätig.

lands.<sup>2</sup> In diesen Arbeitsmarktbereichen lässt sich beobachten, dass sich das Streben nach Aufstieg und Entwicklung weitgehend verflüchtigt hat, weil für die hier Beschäftigten Vorstellungen von Zukunft im Sinne eigener Entfaltung faktisch unverfügbar sind.

Die beiden entscheidenden gesellschaftlichen Instanzen, an denen sich diese Beobachtung festmachen lässt, sind die Institutionen des Arbeitsmarktes und des Wohlfahrtsstaates.

## Blockierte Aufstiegskanäle am Arbeitsmarkt

Beginnen wir mit dem Arbeitsmarkt, dann funktioniert die Anziehungskraft einer Gesellschaft der Mittelschichten entscheidend über Optionen beruflichen Aufstiegs. Das heißt bis heute ist sozialer Aufstieg an spezifische Professionalisierungsstrategien gekoppelt. In den Dienstleistungsbereichen von Sichern, Säubern und Service begegnen Fragen nach Chancen beruflichen Aufstiegs aber eher Wortmeldungen wie der einer Reinigungskraft in der OP-Sterilisation eines Klinikums:

»Umso mehr du weeßt, umso mehr musste machen. Und auf dem Standpunkt steh' ick. Umso mehr du kannst, umso mehr du weißt, musst du umso mehr machen. Lieber weißte nischt, weeßt nur, deine Pinzetten eintüten, und fertig. Hast deine Ruhe. So seh' ick det. Aber manche wollen natürlich weiter kommen. Na, sollen se kommen. Sollen se machen und strampeln.«<sup>3</sup>

Statt karrieristischer Aufstiegsorientierung zeugt die Wortmeldung der Reinigungskraft eher von der Absage an Professionalisierungsbemühungen. Sie träumt nicht einmal mehr davon, durch geeignete Qualifikationsmaßnahmen aufzusteigen und damit steht sie keineswegs allein.

Dass man diese Überzeugung in den *einfachen* Diensten branchenübergreifend wiederfindet, hat mit der Art der Arbeit zu tun: So unterschiedlich die Tätigkeiten des Sicherns, Zustellens, Säuberns und des Service sind, so haben sie doch eines gemeinsam: Es handelt sich um Normalisierungsarbeit. Ob es das beständige Durch-, Weg- und Einräumen von T-Shirts im Textildiscount ist oder das immer wieder aufs Neue erfolgende Herstellen von Sauberkeit im Bürokomplex – *einfache* Dienstleistungsarbeit ist ein ewiger Prozess der Herstellung eines Status Quo der Normalität. Mit der nächsten Arbeitsschicht beginnen sie von vorn. Von der Arbeit ihrer letzten Schicht ist nichts mehr zu sehen. Das heißt die Arbeit bleibt erstens notwendig unsichtbar. Zweitens können die Beschäftigten statt professionellem Sonderwissen in *Jedermannsarbeiten* nur allgemeine Kompetenzen für sich beanspruchen. Man könnte auch sagen, dass die eigentliche Professionalisierung in den *einfachen* Diensten vor allem Routinisierung bedeutet. Für die Art, wie die Beschäftigten ihre Arbeit erleben, haben diese Einsichten einen maßgeblichen Effekt: Als Normalisierungsarbeit erschwert die Arbeit Berufsstolz,<sup>4</sup> denn für die Mehrheit der Beschäftig-

<sup>2</sup> Ziel der explorativen qualitativen Studie war es, ein möglichst breites Spektrum an Tätigkeitsfeldern ebenso wie regionalen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Methodisch operierte die Studie in einem Dreischritt aus Interviews, Beobachtungen und Gruppendiskussionen.

<sup>3</sup> Das hier wie im Folgenden präsentierte empirische Material entstammt den Interview-, Beobachtungs- und Gruppendiskussionserhebungen der Studie (Bahl 2014).

<sup>4</sup> Zwar lassen sich Professionalisierungsbemühungen beobachten. Etwa ist die Gebäudereinigung 2011 unter den zehn größten Handwerksbetrieben in der Bundesrepublik vertreten (Die 1.000 größten Handwerksunter-

ten überwiegt eine Perspektive der Abgeklärtheit auf ihre Arbeit. Sie sind der Überzeugung, dass sie einen »ganz einfachen Job« (Bahl 2014: 93) verrichten, den auch ein »Affe« (Bahl 2014: 93) machen könnte. Mit diesen Worten beschreibt ein Postzusteller die Kompetenznotwendigkeiten seiner Arbeit. Seine Deutung steht symptomatisch für alle Branchen. Statt flexibler Spezialisierung werden aus Sicht der Beschäftigten nur geringe Qualifikation und die rasche Ausübung elementarer Fähigkeiten verlangt. Dazu zählen im Kompetenzpaket eines Zustellers dann etwa neben »Fahrradfahren« auch »ordentliches« Auftreten und ein »sauberes Führungszeugnis« – so wortwörtlich eine Zustellerin (Bahl 2014: 96f.). Fassen wir die Worte der jungen Frau zusammen, dann ist, spätestens wenn die notwendigen Kompetenzen aus ihrer Sicht auf ein sauberes Führungszeugnis zusammenschmelzen und die eigene Arbeit auch ein Affe machen könnte, jede professionelle Spezifik aus den Deutungen eigener Arbeit verschwunden. Handwerk ist ausradiert und die eigene Tätigkeit entwertet. Dass die Branchen *einfacher* Dienstleistungsarbeit Berufsgruppen sind, denen sich die Arbeitnehmer zugehörig fühlen, kommt für viele somit nicht in Frage. Anstelle der Identifikation mit Arbeitsinhalten und Berufsstolz setzen in den Belegschaften *einfacher* Dienstleistungsarbeit vielmehr Selbstdistanzierungsreflexe ein. Das heißt die Beschäftigten sind dann zwar stolz, wenn sie sich etwa in der Gebäudereinigung von einem üblichen Vier-Stunden-Vertrag zu einem für dieses Feld eher ungewöhnlichen Acht-Stunden-Vertrag hochgearbeitet haben. Doch oft schon im nächsten Satz relativieren sie die Leistung in der Selbstdistanzierung mit Beschreibungen wie: »Aber Putzfrau werd' ich nie im Leben.« (Bahl 2014: 267).

Zur Selbstdistanzierung und fehlendem Berufsstolz kommt zudem noch eine zweite Beobachtung am Arbeitsmarkt hinzu. Die wenigen Aufstiegsoptionen, die es gibt, sind für die Beschäftigten auch zusätzlich unattraktiv. Erstens, weil es eine fragwürdige Rekrutierung gibt: Aufstieg funktioniert häufig nicht durch Leistung, sondern dadurch, dass man gewissermaßen »auf die eigene Karte spielt« und Kollegen bei fehlender Leistung beim Vorgesetzten anschwärzt. In den *einfachen* Diensten lässt sich eine enorme Reichweite der Praxis persönlicher Günstlingschaft in der Beziehung zwischen Vorgesetzten und Belegschaft beobachten. Das heißt die wenigen Vorteile, die die Arbeit den Angestellten etwa in Form von Stundenvergabe, Urlaubsregelungen, etc. offerieren kann, werden informell verteilt. Und wo Gunst entscheidet, ist der sicherste Weg für den, der Vorteile anstrebt, sich mit den direkten Vorgesetzten gut zu stellen. Zweitens lässt sich beobachten, dass selbst da, wo die Aufstiegspositionen meritokratisch per Leistung verteilt werden, diese Aufstiege für die Inhaber der Leitungspositionen weder Spezialisierung, noch wesentliche Einkommenszuwächse bedeuten, sondern in der Regel ein unentgeltliches Mehr an Verantwortung und Arbeit. Das liegt daran, dass die verfügbaren Aufstiegspositionen in vielen Betrieben der *einfachen* Dienste keineswegs bedeuten, den gewohnten Tätigkeitskatalog gegen eine Spezialisierung in Administration und Geldgeschäft zu tauschen, sondern die Führungsaufgaben kommen oft einfach zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben dazu. Das heißt

---

nehmen 2011). Dennoch stehen solche Professionalisierungsbemühungen branchenübergreifend vor dem Problem, dass in den Bereichen von Sichern, Säubern und Service *Jedermannsarbeitsmärkte* entstanden sind, die gegenüber dem Vorweis einer zertifizierten Ausbildung indifferent sind und so das Lohn- und Anspruchsniveau für die Beschäftigten systematisch niedrig halten.

der Depotleiter stellt bei Bedarf Post mit zu, die Marktleiterin eines Supermarkts geht zusätzlich durchs Obst, kassiert ab und verteilt bei Bedarf die Waren aus dem Lager in die Regale.

So kommt es selbst für diejenigen, die diese Aufstiegsoption wählen, vor, dass aus der Karriereleiter in Sachen Aufstiegsmobilität nicht selten eine zweispurige Straße wird: Die Aufstiegsoptionen verlieren in der Aussicht auf Mindestlöhne und ohne Qualifizierungspfade ihre Attraktivität und die Angestellten lassen sich angesichts unentlohnter Mehrarbeit und Verantwortung von ihrem Posten als Marktleiterin, Depotleiter oder Vorarbeiterin der Reinigung daher wieder zurückstufen.

## Zukunftsverlust in den Sorgestrukturen des Wohlfahrtsstaates

Was sich für den Arbeitsmarkt beschreiben lässt, betrifft auch die zweite entscheidende gesellschaftliche Instanz: den Wohlfahrtsstaat. Funktioniert die Anziehungskraft einer Gesellschaft der Mittelschichten am Arbeitsmarkt über beruflichen Aufstieg, liegt diese beim Wohlfahrtsstaat im Stichwort der Vorsorge.

Fragt man allerdings im Dienstleistungsproletariat nach Vorsorge für die Zukunft, kommen in der Regel Antworten wie die einer bosnischen Reinigungskraft: »Rente werd' ich hier nie erleben [...] Da lande ich ja schneller ins Klapsmühle.« (Bahl 2014). Wie ist das zu erklären? Der Wohlfahrtsstaat reguliert das Feld stark. Diese Regulation bedeutet für die Dienstleister aber weniger Vorsorge für die Zukunft als vor allem Existenzsicherung in der Gegenwart und das heißt zugleich weniger Aufstieg und mehr eine Konsolidierung der eigenen sozialen Benachteiligungslage. Denn zwar ist der Wohlfahrtsstaat Türöffner für das institutionelle Sorgesystem, in der Deutung der Beschäftigten tritt er aber in Form von Mindestlöhnen und Lohnaufstockung lediglich als Gewährleister von Minimalstandards auf.

Lohnaufstockung spielt in den *einfachen* Diensten eine große Rolle, denn ein Lohn am oder knapp unter dem Existenzminimum gehört hier zum Alltag.<sup>5</sup> Mit der Lohnaufstockung entsteht nun eine zweifache Bewegung. Indem der Wohlfahrtsstaat *einfache* Dienstleistungsarbeit über das expandierende System der Lohnaufstockung direkt subventioniert, trägt er einerseits dazu bei, den Verbleib in den *einfachen* Diensten für die Beschäftigten überhaupt zu einem ökonomisch tragfähigen Modell zu machen. Andererseits leistet er aber weniger zukunftsbezogene Sorge als vor allem Existenzsicherung im Hier und Jetzt und damit eine Erhaltung ihres Status Quo.

Ähnlich sieht es für die existierenden Mindestlöhne aus. Die branchenspezifischen Mindestlöhne, ebenso wie der beschlossene allgemeine Mindestlohn, der für weite Teile der *einfachen* Dienste gelten wird, sind ebenfalls Ausdruck der Tatsache, dass die Lohnfindung in diesen Feldern genuin politischen Charakter hat. Denn die Mindestlöhne würden ohne politische Verbindlichkeitserklärung keine Breitenwirkung entfalten. Gleichzeitig sorgen die Mindestlöhne aber auch für eine Konsolidierung. Gerade am allgemeinen Mindestlohn lässt sich das zeigen. Er liegt

---

<sup>5</sup> Die Branchen »einfacher« Dienstleistungsarbeit gehören zu den Niedriglohnbereichen des Arbeitsmarktes (Bosch, Weinkopf 2007; 2011).

beispielsweise noch unter den branchenspezifischen Mindestlöhnen in der Gebäudereinigung.<sup>6</sup> Für die Einkommensverhältnisse bedeutet das, dass es den Beschäftigten nicht nur im Hier und Jetzt schwer fällt, sich etwas zu gönnen. Das Niveau des allgemeinen Mindestlohns lässt zudem für die Zukunft erwarten, dass viele Beschäftigte in der *einfachen* Dienstleistung auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben auf wohlfahrtsstaatliche Grundsicherung angewiesen sein werden, da die Konsequenz dieser Beschäftigungsformen schon heute systematisch niedrige Rentenansprüche sind (Oesch 2006: 213f.). Wie niedrig diese Ansprüche sind, kann das Beispiel des O-Tons eines Rentenberaters der untersuchten Branchen zeigen. Die Suggestion, dass sozialstaatliche Leistungssysteme gerade mit dem Rentensystem für Erwerbstätige Zukunft verbürgen, lässt er mit folgenden Worten ins Leere laufen: »Haben ist Haben. Ich rate Ihnen, sich kurz vor Renteneintritt die betriebliche Altersvorsorge auszahlen zu lassen. Dann kaufen Sie sich was Schönes und danach gibt es Grundsicherung.« (Bahl 2014: 211).

## Marktbezogene Statusfatalität und die Unwahrscheinlichkeit von Übergängen

Was passiert nun mit Arbeitnehmern, für die Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat keine Entwicklung ermöglichen? Eine Antwort auf diese Frage gibt ein Angestellter des Facility- und Transportbereichs: »Ich muss weitermachen. Was soll ich machen? Soll ich aufhören zu leben? Ich muss weiter machen.« (Bahl 2014: 308).

Statt Aufstiegsaspiration hält sich das Dienstleistungsproletariat in charakteristischen Überlebensökonomien über Wasser, die zwischen Lebensmodellen der körperlichen Verausgabung und der findigen Selbstbescheidung immer wieder die eigensinnigen Verhaltenspotentiale der Leute in diesem Feld zeigen und dennoch vor allem auf eine Sicherung der Gegenwart setzen. Vorstellungen einer gestaltbaren Zukunft lösen sich in düstere, teils regelrecht apokalyptische Visionen auf. Das heißt es dominieren solche Gesellschaftsbilder (Popitz et al. 1957; Goldthorpe et al. 1969; Kern, Schumann 1973; 1984; Lepsius 2009: 232), in denen Zukunft entweder gar nicht oder nur in Weltuntergangsszenarien thematisiert wird. Malen die Dienstleister positive Zukunftsbilder aus, sind es keine Aufstiegsnarrative, sondern private Phantasmen eines spektakulären Ausstiegs, von denen sich freilich gleich schon sagen lässt, dass ihre Realisierung wohl eher nicht stattfinden wird: In zwei Jahren sind sie nicht mehr in Discount oder Reinigung tätig, sondern machen ihre Viehranch in Texas oder ihren eigenen kleinen Bücherladen in Spanien auf. Das heißt in einem Ausstieg aus den Options- und Solidaritätszusammenhängen sehen die Beschäftigten die einzige Möglichkeit persönlicher Entwicklung. Das Problem ist aber, dass angesichts der Realität das Ende der imaginierten Frist nicht ernsthaft bestimmt werden kann. Das Phantasma dient bloß der flüchtigen Reduktion kognitiver Dissonanzen (Festinger 2012). Es gibt also keine Vorstellungen von möglichen eigenen Zukünften, die sie zum Autor ihres eigenen

---

<sup>6</sup> Der Mindestlohn in der Innen- und Unterhaltsreinigung (Lohngruppe 1) beträgt seit dem 1. Januar 2014 neun Euro einunddreißig im Westen und sieben Euro sechsendneunzig im Osten. Ab 1. Januar 2015 steigt er auf neun Euro fünfundfünfzig im Westen und acht Euro einundzwanzig im Osten an (Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks 2013). Der allgemeine Mindestlohn gilt ab Januar 2015 und liegt bei acht Euro fünfzig (BGB I. I 2014: 1348).

Lebens machten, außer im Ausbruch, in dem aber immer schon die Nicht-Realisierbarkeit mit kommuniziert ist.

Wie spezifisch dieser Zukunftsverlust ist, kann ein Blick in die eingangs erwähnten untersuchten Unternehmen der Altenpflege zeigen. Im Verlauf meiner Forschungsarbeit haben sie sich mehr und mehr als entscheidende Kontrastfälle gezeigt. Nicht nur ist Aufstieg hier an Spezialisierung und vor allem technische Qualifizierung durch Dokumentationspflichten gebunden, die die Tätigkeiten aufwerten. Gerade in den drei untersuchten stationären Pflegeunternehmen hatten alle Pflegekräfte auch klare Zukunftsvorstellungen und sahen Optionen für beruflichen Aufstieg, die etwa von der Zusatzqualifikation zur ausgebildeten Wundmanagerin bis hin zu verwaltenden Tätigkeiten der Pflegedienstleitung oder einer beratenden Tätigkeit im Rahmen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) reichen. Ganz im Sinne einer Gesellschaft der Mitte stattet ihre berufliche Stellung sie also aus ihrer Sicht mit einem sozialen Optionsspielraum aus.

Demgegenüber zeichnet sich im Dienstleistungsproletariat branchenübergreifend eine marktbezogene Statusfatalität ab, die vor allem die Unwahrscheinlichkeit von Übergängen anzeigt.

Marktbezogen ist diese Statusfatalität insofern, als es für die Beschäftigten einen Unterschied ums Ganze macht, jedenfalls im Kern für sich selbst sorgen zu können. Statusfatalität bleibt es aber insofern, als für die Beschäftigten Vorstellungen von Zukunft, Aufstieg und Entwicklung faktisch weitgehend unverfügbar sind.

Gegenwartsdiagnostisch wird damit die Frage danach, inwieweit sich die Mitte in einem Klima von sozialen Abstiegsängsten und Rückzugsgefechten heute nach innen abschließt, erweitert um die Frage, wer überhaupt hinein will und wo sich von außen ganz eigene Abschiebungsbewegungen beobachten lassen.

Nehmen wir diese Überlegungen zusammen, dann zeigt sich erstens, dass das Dienstleistungsproletariat auf einen sozialen Sachverhalt verweist, der mehr ist als ein Beschäftigungsverhältnis oder ein spezifischer sozialstruktureller Ort im Haus der Gesellschaft, sondern gerade dann scharf wird, wenn man den Selbst- und Weltbezug der Beschäftigten berücksichtigt.

Zweitens legen die Befunde für gesellschaftliche Ordnungsdiagnosen eine weitere Einsicht nahe: Wenn im Vorstellungsvermögen der Arbeitnehmer *einfacher* Dienste Möglichkeiten der Verbesserung verschwinden und persönliche Aufstiegsperspektiven lediglich durch einen spektakulären aber unwahrscheinlichen Ausstieg möglich erscheinen, dann ist der sozialliberalen Vorstellung, Ökonomie und wohlfahrtsstaatliche Anrechte würden eine gesellschaftliche Ordnung erzeugen, die die Lebenschancen aller Gesellschaftsmitglieder mehrt (Dahrendorf 1979), für die Beschäftigten jede Überzeugungskraft abhandengekommen. Stattdessen steigen die Reproduktionsrisiken ihrer eigenen sozialen Lage, da jede Perspektive realistischer Veränderung fehlt. Gesellschaft als Instanz, die Chancen verteilt, die verständlich macht, was man für sich eigentlich legitimer Weise wünschen kann, kommt nur noch als zerstückeltes Gebilde zu Bewusstsein. Im Kern reproduzieren die Dienstleister ideologische Entwürfe einer Zukunft, die leer bleibt. Man weiß, was andere für gewöhnlich wollen. Daher schmiedet man Pläne. Aber diese Überlegungen bleiben Stückwerke der Wunschproduktion und lassen sich nicht verwirklichen. Und je älter die Leute werden, desto mehr wissen sie um die Vergeblichkeit ihrer Projektionen.

## Literatur

- Bahl, F., Staab, P. 2010: Das Dienstleistungsproletariat. Theorie auf kaltem Entzug. *Mittelweg* 36, 19. Jg., Heft 6, 66–93.
- Bahl, F. 2014: *Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- BGB I 2014: Tarifautonomiestärkungsgesetz vom 11. August 2014. Artikel 1, 1348. [http://www.bgbl.de/banzxaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBl&jumpTo=bgbl114s1348.pdf#\\_bgbl\\_%2F%2F\\*\[%40attr\\_id%3D%27bgbl114s1348.pdf%27\]\\_\\_1413547077254](http://www.bgbl.de/banzxaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl114s1348.pdf#_bgbl_%2F%2F*[%40attr_id%3D%27bgbl114s1348.pdf%27]__1413547077254) (letzter Aufruf 31. März 2015).
- Blossfeld, H.-P., Giannelli, G., Mayer, K. U. 1993: Is There a New Service Proletariat? The Tertiary Sector and Social Inequality in Germany. In G. Esping-Andersen (Hg.), *Changing Classes. Stratification and Mobility in Post-industrial Societies*. London, Newbury Park, New Delhi: SAGE Publications, 109–135.
- Bosch, G., Weinkopf, C. (Hg.) 2007: *Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bosch, G., Weinkopf, C. 2011: Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor. In *WSI-Mitteilungen*, 9, 439–449.
- Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks 2013. [http://www.die-gebaeuedienstleister.de/presse/pressearchiv/detail/mindestlohnvertrag-in-der-gebaeudereinigung-20142015-allgemeinverbindlich-erklaert/\(letzter Aufruf 31. März 2015\)](http://www.die-gebaeuedienstleister.de/presse/pressearchiv/detail/mindestlohnvertrag-in-der-gebaeudereinigung-20142015-allgemeinverbindlich-erklaert/(letzter%20Aufruf%2031.%20März%202015)).
- Burzan, N., Berger, P. A. (Hg.) 2010: *Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte*. Wiesbaden: VS.
- Dahrendorf, R. 1979: *Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Die 1000 größten Handwerksunternehmen 2011. <http://www.fee.de/de/presse/zeitungsberichte/die-1000-groessten-Handwerksbetriebe-2011.pdf> (letzter Aufruf 31. März 2015).
- Esping-Andersen, G. 1993: Post-industrial Class Structures: An Analytic Framework. In G. Esping-Andersen (Hg.), *Changing Classes: Stratifikation and Mobility in Post-industrial Societies*. London, Newbury Park, New Delhi: SAGE publications, 7–31.
- Festinger, L. 2012: *Theorie der Kognitiven Dissonanz*. Bern: Hans Huber.
- Goldthorpe, J. H., Lockwood, D., Bechhofer, F., Platt, J. 1969: *The Affluent Worker in the Class Structure*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kern, H., Schumann, M. 1973: *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluss der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Kern, H., Schumann, M. 1984: *Das Ende der Arbeitsteilung. Rationalisierung in der industriellen Produktion*. München: C. H. Beck.
- Lepsius, M. R. 2009: Nation und Nationalismus in Deutschland. In M. R. Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen*. Wiesbaden: VS, 232–246.
- Oesch, D. 2006: *Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Popitz, H., Bahrtdt, H. P., Jüres, E. A., Kesting, H. 1957: *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*. Tübingen: Mohr.
- Schimank, U., Mau, S., Groh-Samberg, O. 2014: *Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Statistisches Bundesamt 2008: *Arbeitsmarkt. Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren Deutschland*. Quelle: Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).
- Vogel, B. 2009: *Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*. Hamburg: Hamburger Edition.



Ad-hoc-Gruppe »Nachbarschaft in der Weltgesellschaft«  
– organisiert von Andreas Herz und Lena Laube

# Nachbarn in der Weltgesellschaft

Lena Laube und Andreas Herz

*Einführung zur Ad-Hoc-Gruppe »Nachbarn in der Weltgesellschaft«*

## Unabhängig von Distanz und doch nah dran? <sup>1</sup>

Die Soziologie betrachtete Personen, Ereignisse und Kommunikationen lange Zeit im räumlich nahen Umfeld, also z.B. die umgebende Dorf- oder Stadtgemeinschaft, als dominanten Relevanzrahmen für Individuen. Alltägliche Kontakte, der individuelle Vergleich mit anderen oder die Ausbildung von Routinen sowie Sozialisation wurden in diesem sozialen Raum verortet. Es wurde ferner angenommen, dass spätestens seit dem 20. Jahrhundert speziell für identitäre, politische und wirtschaftliche Aspekte der nationale Bezugsrahmen eine herausragende Rolle darstellt (Beck, Grande 2004; Gerhards 1993; Mau et al. 2012). Globalisierungsprozesse öffnen diesen »nationalen Container« sowohl »nach oben« wie auch »an den Seiten« (Beck, Grande 2004: 151). Mit der horizontalen Öffnung treten Phänomene wie grenzüberschreitende soziale Kontakte und Kooperationen in den Blick, die Öffnung nach oben fokussiert auf eine neue Ordnungsebene oberhalb der einzelnen Nationalstaaten, die nicht allein in der Summe der einzelnen Interaktionen aufgeht (Stichweh 2000: 7).

Mit der Verstärkung grenzüberschreitender Mobilität und Kommunikation geht auch eine Veränderung der sozialräumlichen Bezüge von Akteur/-innen einher. Mindestens die Orientierung an anderen Ländern oder Weltregionen nimmt zu und für viele dehnt sich auch der Radius des Handelns aus. Globalisierungs- bzw. Transnationalisierungstheorien gehen davon aus, dass sich dadurch – parallel zum Bedeutungsrückgang des Nationalstaats als dominantem Bezugsrahmen sozialer Interaktionen – heute Kontakte, Kommunikation oder Bewegungen aus ihren jeweiligen Herkunftskontexten lösen und im Extremfall weltweit zufällig verteilt sein können. Demnach haben Menschen Kontakte in andere Länder der Erde, migrieren oder leben zeitweilig entfernt ihres Geburtsortes, konsumieren Kulturgüter und Medien, die in anderen Ländern produziert werden oder über Ereignisse an anderen Orten in den Regionen der Weltgesellschaft berichten. Boris Holzer vermerkt dazu: »Grenzüberschreitende Vernetzung gilt als ein Schlüsselaspekt der Globalisierung. Eine »Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen« drückt sich

---

<sup>1</sup> Für die angeregte Diskussion unseres Vorschlags der »Nachbarschaft in der Weltgesellschaft« wollen wir uns bei allen Beteiligten der Ad.Hoc-Gruppe herzlich bedanken.

darin aus, dass räumliche Nähe kein verlässlicher Indikator für die Relevanz von Ereignissen und die Anschlussfähigkeit von Kommunikationen mehr ist« (Holzer 2005: 314).

Obwohl es viele Hinweise auf den Bedeutungsverlust der nationalen Bezüge gibt, scheint die Annahme vorschnell, dass dadurch auch die geographische Nähe seltener soziale Kommunikation und Interaktionen bedingt. Denn empirische Studien zeigen die anhaltende Bedeutung von geographischer Nähe, auch für transnationale Beziehungsgeflechte auf. So reichen grenzüberschreitende Interaktionen vorzugsweise in die nahräumliche Umgebung, das heißt in Nachbarstaaten. Sowohl für personale, organisationale als auch staatliche Verflechtungsmuster wird immer wieder darauf verwiesen, dass Beziehungen nicht unabhängig von der räumlichen Distanz aufgebaut werden und räumliche bzw. regionale Nähe ein empirisch bedeutsamer Prädiktor für die Analyse von Kommunikation und Beziehungen bleibt. Trotz weltweiter Erreichbarkeit von Personen, Staaten und Organisationen bleiben lokale Verdichtungen also ausschlaggebend.

Der Beitrag dient der Zusammenschau dieser scheinbar widersprüchlichen Befunde und damit einer explorativen Problematisierung von »Nachbarschaft in der Weltgesellschaft«. Zu diesem Zweck stellen wir mit der Theorie der Weltgesellschaft sowie den Small World Studies<sup>2</sup> theoretische und empirische Ansätze vor, die sich weltgesellschaftlichen bzw. Globalisierungsphänomenen widmen. Entlang der Diskussion, inwiefern sich innerhalb dieser Perspektiven die Rolle der Nachbarschaft verorten ließe oder bereits angelegt ist, explorieren wir das Spannungsverhältnis der transnationalen Nachbarschaft. Mit dem Fokus auf transnationale Kontakte fragen wir, ob und wie die Tendenz zu »nachbarschaftlichen« Strukturmustern gegeben ist. Zum Schluss werfen wir einige Forschungsfragen für zukünftige Arbeiten auf. Anders formuliert interessiert uns: Ist bei transnationalen Interaktionen die geographisch-räumlicher Nähe obsolet geworden?

## Theorie der Weltgesellschaft

Der Zusammenhang zwischen geographischer Nähe oder Distanz und Kontakten zwischen Personen in transnationalen Beziehungen ist offenbar weitaus weniger eindeutig als angenommen. Dies wirft die Frage nach angemessenen theoretischen und empirischen Bezugspunkten auf. Überlegungen zum Zusammenhang von Distanz und Interaktion finden sich in der systemtheoretischen Theorie der Weltgesellschaft.

Die Theorie der Weltgesellschaft geht im Anschluss an Luhmann davon aus, »dass Gesellschaft über Kommunikation und über kommunikative Erreichbarkeit zu definieren« ist (Stichweh 2000: 246). Innerhalb dieser Gesellschaftsvorstellung spielen die Begriffe der Inklusion und der Exklusion eine herausragende Rolle. Inklusion als das Paradigma der Moderne fordert, dass prinzipiell jede/-r in eine Kommunikation einbezogen sein kann. Ob diese Inklusion dann auch tatsächlich verwirklicht wird, spielt für den Zugang zunächst keine Rolle. Medien, Sport oder

---

2 Unser Beitrag beschränkt sich in der Formulierung des Spannungsfeldes »Nachbarschaft in der Weltgesellschaft« aufgrund seines sondierenden Charakters auf Ansätze der Theorie der Weltgesellschaft und der Small World Studies. Auch andere Richtungen wie der Neo-Institutionalismus bzw. World Polity-Forschung mögen einen Beitrag zur Klärung dieser Fragen leisten.

Wissenschaft richten sich grundsätzlich an jede/-n. Es ist nicht hinnehmbar, dass People of Color keinen Zutritt zu Universitäten hätten oder Kinder aus armen Elternhäusern nicht in den Sportverein dürften. Der Akt der Exklusion hingegen vollzieht sich, wenn jemand nicht (mehr) als Adressat/-in für Kommunikation in Frage kommt. Das Vorliegen dieser Möglichkeiten, also die Anschließbarkeit und Vernetzbarkeit von Kommunikation, ist die Voraussetzung für eine Weltgesellschaft, die in der Moderne als gegeben angenommen wird (Stichweh 2006).

Systemtheoretisch gewendet, heißt die in diesem Beitrag gestellte Frage also: Sind alle Menschen und Regionen gleichermaßen potentielle Adressat/-innen von weltgesellschaftlicher Kommunikation? Dabei interessiert sich die Theorie der Weltgesellschaft weniger für tatsächlich erfolgte Kommunikation sondern für Erreichbarkeit und Adressierbarkeit. Kann jede Person in jeder Weltregion eine Mitteilung machen? Sind alle Regionen der Welt an ein und dasselbe Netzwerk an Flugverbindungen angeschlossen? Ist es für jeden Menschen möglich, sich auf ein global konstruiertes Wissenschaftssystem zu beziehen und potentiell Gehör zu finden? Erklärungsbedürftig ist in dieser Perspektive nicht, warum sich Kommunikation global erstreckt, sondern warum es dennoch Exklusionen aus der Weltgesellschaft gibt. Diese kommen, so die These, »immer auf der Basis von regionalen Sonderbedingungen in Funktionssystemen und problematischen strukturellen Kopplungen von Funktionssystemen zustande« (Stichweh 1997:123). Dahinter steht nicht die Idee, dass es einen Bereich der Inklusion und einen der Exklusion gibt, sondern die Annahme, dass in die Weltgesellschaft eingebettet, eine Vielzahl untereinander nicht vernetzter, regionaler Exklusionsbereiche existiert.

Des Weiteren sind einheitliche Lebensbedingungen und Modernisierungsgrade keine Voraussetzung für die Weltgesellschaft. Solche Unterschiede werden vielmehr als interne Differenzierung der Weltgesellschaft interpretiert. So erfasst zum Beispiel Stichweh mit dem Konzept der »regionalen Diversifikation in der Weltgesellschaft« (Stichweh 2015) Phänomene wie Ungleichheiten und Clusterbildungen auf globaler Ebene. Solche Regionalisierungen werden jedoch nicht einfach historisch abgeleitet, sondern erscheinen als anderweitig erklärungsbedürftige strukturelle Effekte der modernen Weltgesellschaft. Die Theorie der Weltgesellschaft hebt auf die Potentialität von Globalisierung ab. So stehen etwa eine prinzipielle kommunikative Erreichbarkeit, die Formation potentiell globaler Vergleichsmaßstäbe und universalisierte Normen im Zentrum des Interesses. Im Gegensatz dazu wählen die »Small World Studies« einen stärker empirisch orientierten Zugang zum Feld der Globalisierungsforschung.

## Small World Studies

Die Small-World-Studies gehen dem Zusammenhang zwischen geographischer Nähe bzw. Distanz und der Beziehungsgestaltung zwischen Personen explizit nach. Als Untersuchungsrichtung der sozialen Netzwerkforschung bedienen sich Small-World-Forschungen größerer Umfragen und mathematischer Simulationsmodelle. Ausgangspunkt nimmt die Diskussion um »Small Worlds« in der Beobachtung, dass die Welt scheinbar kleiner ist, als man für gewöhnlich annimmt. Wem ist es noch nicht passiert, dass er zusammen mit einer zufälligen Bekanntschaft entdeckt hat, dass es eine/-n gemeinsame/-n Bekannte/-n, Freund/-in oder Kollegen/-in gibt?

Eine derartige Erfahrung von zwei sich bis dahin unbekanntem Personen, die im Gespräch herausfinden, dass sie gemeinsame Bekannte haben, nahmen der Politologe Ithiel de Sola Pool und der Mathematiker Manfred Kochen Mitte der fünfziger Jahre als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zu *My, it's a small world* (Pool, Kochen 1978:5). Dabei steht diese Form der Bekanntschaft für eine allgemeinere Annahme: Menschen stehen nicht nur direkt in Verbindung zu anderen, vielmehr sind sie in eine umfassendere Struktur von direkten und indirekten Beziehungen eingeflochten, welche ebenfalls von Bedeutung für die Einzelperson sein kann. Das sogenannte »Small-World«-Phänomen ist mit der These verbunden, dass sich zwischen zwei beliebigen Menschen auf der Welt eine Verbindung mittels persönlicher Bekanntschaften herstellen lässt, die im Mittel aus sechs Zwischenschritten (»six degrees of separation«) besteht (überblicksartige Zusammenfassung der Small-World-Forschung siehe Schnettler 2009).

Milgram (1967) entwickelte in den sechziger Jahren eine Methode, um diese »Small-World«-These empirisch zu überprüfen. Milgram und seine Mitarbeiter/-innen baten zufällig ausgewählte Personen aus den Städten Omaha und Wichita einen Brief an einen Börsenmakler in die geographisch über 1.000 Meilen entfernte Zielstadt Boston zu übermitteln. Die Besonderheit des Untersuchungsdesigns lag nun darin, dass die Untersuchungsteilnehmer/-innen dazu aufgefordert wurden, diesen Brief nicht direkt an den Makler zu übersenden, sondern an jemanden weiterzuleiten, den sie persönlich kannten und von dem sie annahmen, dass er der Zielperson näher sei, als sie selbst. Diese »näher« stehenden Kontakte wurden aufgefordert, entsprechend zu verfahren. Ziel der Untersuchung war es, Bekanntschaftsketten aufzuspüren, die Menschen verbinden. Der durchschnittliche Wert, der auf Grundlage von etwa 30 Prozent der Ketten berechnet wurde, die nicht abgebrochen waren, lag bei 6,4 Zwischenschritten, was heute unter dem Schlagwort »six degrees of separation« bekannt ist. Während keine der Folgestudien genau Milgrams Vorgehensweise, zwei entfernt liegende Städte durch Bekanntschaftsketten zu verbinden, wiederholte, kamen doch einige Studien, die in geringeren geographischen Umkreisen durchgeführt wurden, auf vergleichbare Ergebnisse (durchschnittliche Kettenlängen zwischen 1,8 und 5,7) (Schnettler 2009: 169). Eine Ausnahme bildet eine Studie, die verglichen zu der Untersuchung von Milgram durch größere geographische Entfernung gekennzeichnet ist und für welche im Median ebenfalls zwischen fünf und sieben Schritten zwischen Start- und Zielperson berichtet wurden (Dodds et al. 2003)<sup>3</sup>.

Stellen diese Studien ein überraschendes Ergebnis dar? Geht man von durchschnittlich 100 Bekannten pro Person aus, so käme man mit zwei Schritten bereits auf 10.000 Bekannte von Bekannten und nach fünf Zwischenschritten hätte man so gesehen einen Kontaktpool erlangt, der größer ist als die Bevölkerung der Erde (Holzer 2005). In dieser Rechnung wird jedoch eine elementare Eigenschaft von Beziehungen, nämlich der Überlappung von Bekanntenkreisen (Clustering), übersehen. Es ist davon auszugehen, dass sich viele der Freund/-innen und Bekannten auch untereinander kennen, wodurch es praktisch ausgeschlossen ist, mit jedem Schritt hundert neue Kontakte zu erreichen (Holzer 2005).

---

<sup>3</sup> Dieses letzte Forschungsergebnis ist in zweifacher Hinsicht kritisch zu betrachten: Einerseits handelt es sich bei den Untersuchungsteilnehmern um eine »self-selected« Auswahl, die über eine Website zur Teilnahme an E-Mail Ketten aufgefordert wurde, und andererseits führten Ketten von lediglich 0,4 Prozent aller derer, die sich zur Teilnahme an der Untersuchung bereit erklärt hatten, zum Ziel.

Die »Small-World«-Experimente verdeutlichen, dass über Netzwerke, obwohl sie lokal verdichtet und redundant sind, jeder Kontakt in wenigen Schritten zu erreichen ist. Demnach erscheinen »six degrees of separation« als verhältnismäßig viel, um eine Information zwischen zwei beliebigen Personen zu transferieren. Mit Holzer (2005) ist daher zu vermuten, dass reale soziale Netzwerke ähnlich konfiguriert sind wie die Modelle der so genannten scale-free networks. Übertragen auf das Beispiel interpersonaler Netzwerke hieße das: nur wenige zentrale Personen stehen in Kontakt zu sehr vielen und räumlich weit entfernten Personen, während die Mehrheit der Individuen in räumlich konzentrierte »Cliques« eingebettet ist. Die Minderheit der eher zentralen Knoten fungiert dann als Gatekeeper und stellt mithin das Bindeglied zu weiteren Clustern von Beziehungen dar. Eine weltweite Erreichbarkeit lässt sich somit durch einige wenige zentrale Knoten im Netzwerk realisieren ohne dass jede/-r einzelne Akteur/-in im Netzwerk selbst Beziehungen zu weit entfernt liegenden Akteur/-innen haben muss.

Was bedeutet das jetzt für unsere Frage nach Nachbarschaft und Weltgesellschaft? Zunächst ist festzuhalten, dass die Small-World-Studien – wie die Netzwerkforschung überhaupt – eine eigene Idee von Nachbarschaft haben: Nachbarschaft bedeutet über eine direkte Beziehung zu anderen Knoten (Akteur/-innen) verbunden zu sein – und dies zunächst unabhängig von räumlicher Distanz. Bezieht man die Beobachtung ein, dass sich lokale Verdichtungen im Netzwerk auch mit der geographischen Nähe der Akteur/-innen decken können, so stellt sich die Frage, inwiefern das (Nicht-)Vorhandensein von Beziehungen in Netzwerken über geographische Nachbarschaft erzeugt wird, das heißt wie es zur Ungleichverteilung von Kontakten kommt. Anders formuliert: Bilden sich entlang von räumlich-geographischer Nachbarschaft spezifisch Kontakte aus?

## Strukturbildung = Ungleichverteilung?

Betrachten wir nun speziell transnationale Kontakte, und fragen welche Bedeutung hier die geographisch-räumliche Nähe spielt, insbesondere, wenn transnationale Kontakte nur eine Grenze überschreiten, die von den beiden Nachbarstaaten geteilt wird (»shared borders«). Oder anders formuliert: Wie steht es um die (Un-)Gleichverteilung bzw. die Regionalisierungen in transnationalen Beziehungsgeflechten? Beispielsweise geben Steffen Mau und Jan Mewes auf der Grundlage von Surveydaten einen Überblick über das Ausmaß der grenzüberschreitenden Beziehungen der deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft. Ihren Ergebnissen zufolge sind private, grenzüberschreitende soziale Beziehungen ein weit verbreitetes Phänomen: Fast die Hälfte der deutschen Wohnbevölkerung (46,5 Prozent) verfügt über regelmäßigen privaten Kontakt zu mindestens einer Person im Ausland. Jedoch unterliegen diese grenzüberschreitenden Beziehungen spezifischen räumlichen Konzentrationen, was sich allein daran zeigt, dass sich knapp zwei Drittel der erhobenen transnationalen Kontakte auf zehn Staaten verteilen. In der Kartographie der Auslandskontakte der deutschen Wohnbevölkerung liegen die Vereinigten Staaten ganz oben. Weiterhin stellen Frankreich und Großbritannien bedeutende Kontaktnationen der Deutschen dar. Insgesamt zeigt die Kartographie, dass die Wahrscheinlichkeit transnationaler Beziehungen besonders hoch ist, wenn es bei den Interakti-

onspartner/-innen um Personen aus einem angrenzenden Land handelt (Mau, Mewes 2007). Demnach sind transnationale Beziehungen der deutschen Wohnbevölkerung – im Sinne von »Kontakthaben« – weder global gleichmäßig gestreut, noch sind sie von geographisch-räumlicher Nähe (»geteilte Landesgrenze«) entbunden. Für transnationale Beziehungen mit anderer Qualität, beispielsweise für soziale Unterstützung, die über das bloße Kontakt haben hinausgeht, stehen entsprechende Belege noch weitestgehend aus (Herz et al. 2014).

Diese Ungleichverteilung von grenzüberschreitenden Beziehungen lässt sich auch für internationale Migration beobachten. Zwar wird häufig davon ausgegangen, dass die internationale Migration an Aufkommen, Diversität, geographischem Ausmaß und Komplexität im Zuge von Globalisierung zugenommen hat. Doch Mathias Czaika und Hein de Haas (2014) zeigen anhand Daten der »Global Bilateral Migration Database« der Weltbank, dass nur bestimmte Dimensionen von internationaler Migration angewachsen sind. Ihre Analyse der Migrationszahlen zwischen 1960 und 2000 verdeutlicht, dass sich sowohl die räumliche Strukturierung internationaler Bewegungen verändert und vervielfältigt als auch deren mittlere geographische Distanz von 3.000 auf 3.600 km zugenommen hat. Darüber hinaus wird dargelegt, dass sich zwar die Herkunftskontexte vermehrt haben, jedoch sind die Ankunfts-kontexte stärker konzentriert, während die relative Anzahl an internationalen Migrationen in den 40 Jahren abgenommen hat: »While immigrant populations come from an increasingly diverse array of origin countries, they have tended to concentrate in an increasingly small number of destination countries« (Czaika, de Haas 2014: 17). Diese Ankunfts-kontexte – Czaika und de Haas wählen den Begriff der »regional migration hubs« – konzentrieren hoch diverse Migration insbesondere auch aus der direkten räumlichen Umgebung: »It shows regional migration hubs which receive a highly diverse immigrant population – mostly from the same region but also and increasingly from all over the globe (...). Such regional and global migration hubs are surrounded by countries that are weakly or moderately integrated into global migration systems. From those countries, migration flows tend to be unidirectional oriented toward regional hubs« (Czaika, de Haas 2014: 31). Dieser Trend steht auch für eine geringe Reziprozität an Migrationen zwischen Ländern. Damit zeigt die Studie für internationale Migration insgesamt Asymmetrien der Globalisierung auf, wobei die Bedeutung der Nachbarländer bzw. der geteilten Grenzen in dieser Studie nur implizit anhand der regional hubs thematisiert wird. Eine spezifische Analyse der Bedeutung von Nachbarschaft für das Migrationssystem insgesamt, das heißt einer Perspektive jenseits einzelner Grenzen, steht damit noch aus. Nachbarschaftsphänomene können beobachtet werden, wo räumliche Nähe die Kommunikation vorstrukturiert oder bestimmte Regionen der Weltgesellschaft exkludiert werden.

Doch die Ungleichverteilung transnationaler Beziehungen zeigt sich nicht nur in interperso-nalen Beziehungen, sondern auch in bilateralen Beziehungen zwischen Nationalstaaten (vergleiche Maoz 2011). Verbindungen reichen auch hier mit höherer Wahrscheinlichkeit in die Nachbarländer oder aber zu bestimmten zentralen Akteur/-innen in einem Netzwerk. So zeigt eine Studie zur internationalen Visumpolitik, dass insbesondere die OECD-Länder über viele Beziehungen zu anderen Staaten verfügen, die ihren Bürger/-innen visa-freies Reisen ermöglichen (Mau et al. 2015: 11). Zudem sind die OECD-Länder untereinander sehr eng vernetzt und bilden ein regionales Cluster. Diese Tendenz zu starken Regionalisierungen unterstreicht sowohl

die Annahme über die Rolle der geographischen Nähe wie auch die Rolle zentraler Akteur/-innen für das Zustandekommen transnationaler Kontakte (siehe auch Fagiolo, Santoni 2015).

## Transnationale Nachbarschaft – offene Fragen einer Suchbewegung

Forschungen im Bereich der transnationalen Studien konnten zeigen, dass es nicht nur durch Migration zu »sozialen Strukturbildungen kommt, die sich nationalstaatlichen Einteilungen entziehen« (Bommes 2002: 92). Strukturierte und dauerhafte Austauschbeziehungen bilden sich über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Doch die transnationalen Kontakte wurden bislang theoretisch und empirisch kaum weiter differenziert. Wie weit entfernt liegen die anderen Akteur/-innen zu denen eine Beziehung besteht? Bisherige Betrachtungen machten zwar deutlich, dass eine relative Ungleichverteilung von transnationalen Beziehungen besteht, klammerten aber die Bedeutung von Nachbarschaft aus. Transnationale Nachbarschaft meint, dass grenzüberschreitende Kontakte doch in der Nähe stattfinden. Was aber charakterisiert diese Nähe bzw. generiert diese Kontakte? Welche Dimension dieser Nähe wird angesprochen? Unter Verweis auf Boschma (2005), der die Bedeutung von Nähe für organisationales Lernen und Innovation diskutiert, ist festzuhalten, dass Nähe (»Proximity«) nicht nur geographisch zu verstehen ist, sondern als mehrdimensionales Konstrukt, das auch kognitive, organisationale, soziale und institutionelle Nähe umfasst. Netzwerkanalysen können Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Dimensionen von Nachbarschaft als Erklärungsbeitrag für ungleiche Verdichtung von transnationalen Beziehungen aufzeigen und herausarbeiten welche Rolle ein geographisch-räumliches Nachbarschaftskonzept dabei spielt.

Eine solche Forschungsperspektive erlaubt für die unterschiedlichsten Forschungsfelder die folgenden Fragen: In welchen (Welt-)Regionen sind transnationale Nachbarschaftsbeziehungen verstärkt bzw. gar nicht anzutreffen? Welche Beziehungsspezifik bzw. Nahedimension haben transnationale Nachbarschaftsbeziehungen? Welche Bedeutung kommt transnationaler Nachbarschaft in regionalen Clustern zu? Weisen Nachbarschaftsbeziehungen eine Direktionalität auf? Welche grenzüberschreitenden Beziehungsformen weisen eine besondere Tendenz zur Regionalisierung auf? Ist Nachbarschaft für alle Gesellschaftsbereiche gleichermaßen relevant? Damit ist nur eine Auswahl an möglichen Fragestellungen angesprochen, zu deren fruchtbarer Diskussion die Ad-hoc-Gruppe »Nachbarschaft in der Weltgesellschaft« auf dem DGS-Kongress 2014 in Trier sowie diese Ausführungen zur transnationalen Nachbarschaft in der Weltgesellschaft einen ersten Beitrag leisteten.

## Literatur

- Beck, U., Grande, E. 2004: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bommes, M. 2002: Migration, Raum und Netzwerke. Über den Bedarf einer gesellschaftstheoretischen Einbettung der transnationalen Migrationsforschung. In J. Oltmer (Hg.), Migrationsforschung und interkulturelle Studien: Zehn Jahre Imis. Osnabrück. Universitätsverlag Rasch, 91–105.



- Boschma, R. 2005: Proximity and Innovation: A Critical Assessment. In *Regional Studies*, Vol. 39, Issue 1, 61–74.
- Czaika, M., de Haas, H. 2014: The Globalization of Migration: Has the World Become More Migratory? In *International Migration Review*, Vol. 48, Issue 2, 282–323.
- Dodds, P. S., Muhamad, R., Watts, D. J. 2003: An Experimental Study of Search in Global Social Networks. In *Science*, 301, 827–29.
- Fagiolo, G., Santoni, G. 2015: Human-Mobility Networks, Country Income, and Labor Productivity. *Network Science*, Vol. 3, Issue 3, 377–407.
- Gerhards, J. 1993: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In *Zeitschrift für Soziologie*, 22. Jg., Heft 2, 96–110.
- Herz, A., Herz-Jakoby, A., Klein-Zimmer, K., Olivier, C. 2014: »The Famous Aunt in America« or the Meaning of Transnational Relationships Revisited. In *Transnational Social Review*, Vol. 4, Heft 2–3, 283–89.
- Holzer, B. 2005: Vom globalen Dorf zur kleinen Welt: Netzwerke und Konnektivität in der Weltgesellschaft. In *Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft Weltgesellschaft*, 314–29.
- Maoz, Z. 2011: *Networks of Nations. The Evolution, Structure, and Impact of International Networks*, 1816–2001. Cambridge: Cambridge UP.
- Mau, S., Brabandt, H., Laube, L., Roos, C. 2012: *Liberal States and the Freedom of Movement. Selective Borders, Unequal Mobility*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Mau, S., Gülzau, F., Laube, L., Zaun, N. 2015: The Global Mobility Divide: How Visa Policies Have Evolved over Time. In *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 41, Issue 8, 1192–1213.
- Mau, S., Mewes, J. 2007: Transnationale Soziale Beziehungen. Eine Kartographie der deutschen Bevölkerung. In *Soziale Welt*, 58. Jg., Heft 2, 203–22.
- Milgram, S. 1967: The Small World Problem. In *Psychology Today*, 1, 60–67.
- Pool, I. d. S., Kochen, M. 1978: Contacts and Influence. In *Social Networks*, 1, 5–51.
- Schnettler, S. 2009: A Structured Overview of 50 Years of Small-World Research. In *Social Networks*, 31, 165–178.
- Stichweh, R. 1997: Inklusion/Exklusion, Funktionale Differenzierung und die Theorie der Weltgesellschaft. Inclusion/Exclusion, Functional Differentiation and the Theory of World Society. *Soziale Systeme*, 3. Jg., Heft 1, 123–36.
- Stichweh, R. 2000: *Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stichweh, R. 2006: Strukturbildung in der Weltgesellschaft – Die Eigenstrukturen der Weltgesellschaft und die Regionalkulturen der Welt. In T. Schwinn (Hg.), *Die Vielfalt und Einheit der Moderne. Kultur- und Strukturvergleichende Analysen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 239–57.
- Stichweh, R. 2015: Regionale Diversifikation und funktionale Differenzierung der Weltgesellschaft. Zum Arbeitsprogramm des Forum Internationale Wissenschaft der Universität Bonn. Vortrag zur Eröffnungsfeier im Bonner Universitätsforum, 13.11.2012. FIW WORKING PAPER, [www.fiw.uni-bonn.de/publikationen/FIWWorkingPaper/fiw-working-paper-no.-1](http://www.fiw.uni-bonn.de/publikationen/FIWWorkingPaper/fiw-working-paper-no.-1) (letzter Aufruf 6. August 2015).

# (Un)gewollte Nachbarschaft?

## Transnationale Beziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum

Elżbieta Opiłowska

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Nachbarschaft in der Weltgesellschaft« – organisiert von Andreas Herz und Lena Laube*

Der Prozess der europäischen Integration führt zur Wandlung der Rolle von Nationalstaat und seinen Grenzen. Der Einfluss der Europäischen Union auf den Nationalstaat wird dabei in zweierlei Perspektiven betrachtet – als vertikale Europäisierung, also die »Öffnung des nationalen Container nach oben« oder als horizontale Europäisierung im Sinne der »Öffnung der nationalen Container an den Seiten« (Beck, Grande 2004: 151). Für den vorliegenden Beitrag ist die letzte Perspektive von Bedeutung.

Grundsätzlich werden Grenzen, insbesondere zwischen Nationen, als Probleme wahrgenommen. Wie der Geograph Jean Gottmann meint, »The record of history demonstrates that political limits in geographic space have been and remain a major source of tension and conflict.« (Gottmann 1980: 433). Mit der wandelnden Rolle des Nationalstaates hat sich jedoch auch der Blick auf Grenzregionen verändert. Die Grenzen werden nicht als statische Trennlinien, sondern als bewegliche Gebilde betrachtet (Eigmüller, Vobruba 2006). Seit den neunziger Jahren entwickelte sich in den Sozialwissenschaften eine Debatte über die veränderte Rolle von Nationalgrenzen und die Beziehung zwischen Grenzen und Gesellschaft (Rumford 2006), in der die Grenzen als variabel, dynamisch und wandelbar aufgefasst werden. Der Wandel kann vom politischen Zentrum oder von lokalen Akteuren vor Ort ausgehen. Die Grenzen werden daher nicht nur als Trennlinien, sondern auch als Kontaktzonen angesehen, in denen sich Menschen unterschiedlicher Nationalitäten begegnen (Newman 2006; Müller 2014). Aus diesem Spannungsfeld zwischen Grenzen als Trennungslinien und Kontaktzonen ergibt sich die Typologie von Grenzregionen. Oscar Martinez (1994) unterscheidet vier Stadien in der Entwicklung der Grenzregionen:

- *alienated borderland* (Beide Seiten stehen sich feindlich gegenüber, befinden sich im Krieg oder Konflikt. Es gibt keine Interaktionen über die Grenze hinweg. Die Grenze wird streng kontrolliert und die angrenzenden Territorien stark überwacht.)
- *coexistent borderland* (Es gibt keinen Konflikt mehr und allmählich kommt es zu reglementierten und kontrollierten grenzüberschreitenden Kontakten.)

- *cooperating borderland* (Es gibt einen regen Austausch zwischen politischen, wirtschaftlichen Akteuren und auch zwischen beiden Gesellschaften in allen Lebensbereichen.)
- *integrated borderland* (Alle Barrieren fallen weg. Es herrscht freier Verkehr von Menschen, Waren und Dienstleistungen. An die Stelle von nationalen Identifikationen tritt die internationale Idee der friedlichen Kooperation und der Vermischung der Gesellschaften).

Dem letzten Typus der integrierten Grenzregion entspricht das Konzept von *transborderness* von Zbigniew Kurcz (2009). Er postuliert eine Art grenzüberschreitender Identität, die sich in Grenzregionen in zwei Etappen entwickelt. In der ersten Phase gibt es grenzüberschreitende Initiativen der lokalen Eliten und es herrscht eine generelle Offenheit gegenüber den Nachbarn. Erst in der zweiten Phase von *transborderness* nehmen die grenzüberschreitenden Kontakte einen Massencharakter an, die Kulturen und Gesellschaften vermischen sich und die Ziele werden grenzüberschreitend, transnational bestimmt (Kurcz 2009: 9).

In der Geschichte der deutsch-polnischen Grenzregion lassen sich die von Martinez charakterisierten Entwicklungsphasen der grenzüberschreitenden Beziehungen gut veranschaulichen. Die deutsch-polnische Grenze gehört zu den neueren Grenzen in Europa. Sie wurde 1945 als Folge des Zweiten Weltkrieges gezogen und erst im Grenzvertrag von 1990 letztendlich bestätigt. Die Unsicherheit der Grenze sowie die Umsiedlung von Tausenden von Menschen prägten die deutsch-polnischen Beziehungen für Jahrzehnte. Somit stellt die deutsch-polnische Grenzregion einen interessanten Fall für die Untersuchung der Evolution von Nachbarschaftsbeziehungen in Europa dar. Krieg und Judenverfolgung, Gewalt und Zwangsarbeit, Vertreibung und Ankunft der neuen Ansiedler/-innen, Denazifizierung und Entdeutschung/Polonisierung sowie sozialistische Freundschaftspropaganda bei hermetisch geschlossener Grenze gehören zum kollektiven Gedächtnis der Gesellschaften beiderseits der Grenze. Die Situation in der deutsch-polnischen Grenzregion in den ersten Nachkriegsjahren 1945–1950 entspricht dem Konzept der *isolierten Grenzregionen*. Beide Staaten befanden sich zwar nicht im Krieg, aber die Grenze wurde von Deutschland nicht anerkannt, die Grenzterritorien hatten einen militärischen Charakter und es herrschten Feindschaft und Chaos. Die Unterzeichnung des Grenzvertrags zwischen der DDR und Polen 1950 markiert den Beginn der zweiten Phase der *koexistierenden Grenzregionen*, die sich bis 1990 erstreckt. Eine Ausnahme bildet die Periode des visa- und passfreien Verkehrs (1972–1980), die dem kooperierenden Stadium zugeordnet werden kann (Opiłowska 2014). Die richtige Phase der kooperierenden Grenzregionen begann mit dem Abschluss des Grenzvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1990 und des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit ein Jahr später. Nach der politischen und wirtschaftlichen Transformation in Mittel- und Osteuropa befand sich die deutsch-polnische Grenzregion in der Mitte der Rekonfiguration des europäischen Raumes. Bis 1991 stellte die Grenze eine Trennlinie zwischen zwei Nachbargesellschaften dar. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004 und zum Schengen-Abkommen 2007 gab es eine Chance, dass sich die Grenze allmählich von der Barriere zur Brücke umwandelt, was insbesondere im politischen Diskurs betont war. Allerdings folgt das Zusammenwachsen der Grenzgesellschaften nicht automatisch dem politischen Willen. Nicht alle Grenzbewohner/-innen nahmen die Abschaffung der Grenzkontrollen mit Enthusiasmus auf. Die Grenzöffnung war mit einem Sicherheitsdiskurs verbunden. Deutsche Grenzbewohner/-innen hatten Angst

vor der Steigerung der Kriminalität und dem Ansturm polnischer Arbeitskräfte. Polnische Grenzanrainer/-innen befürchteten wiederum, dass die Deutschen massiv das Land in den Nord- und Westgebieten Polens auskaufen werden.

Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel, die neue polnische Migration im deutschen grenznahen Gebiet Uecker-Randow und ihren Einfluss auf die grenzübergreifenden Beziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum zu analysieren. Folgende Fragen stehen dabei im Vordergrund: Wie reagieren die lokalen Entscheidungsträger auf die polnische Migration? Wie integrieren sich die polnischen Ansiedler in der lokalen Gemeinschaft? Kommt es dadurch zur Entstehung neuer transnationaler sozialer Räume, die nationalstaatliche Grenzen überspannen? Es werden Potentiale und Hindernisse transnationaler Beziehungen analysiert und die Frage nach *transborderness* in der Grenzregion gestellt.

## Polnische Zuwanderung im deutschen grenznahen Gebiet in Mecklenburg-Vorpommern

Die an Polen angrenzende Region Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern hatte nach der Wende, ähnlich wie andere deutsche östliche Grenzregionen, mit Arbeitslosigkeit und Abwanderung der Bevölkerung zu kämpfen. Dies verursachte, dass zahlreiche Wohnungen und Häuser leer standen. Dagegen entwickelt sich die 12 km von der Grenze entfernte Stadt Stettin seit der Transformation dynamisch mit ihrer Werft und Überseehafen und bildet eine regionale Metropole mit 406.300 Einwohnern. In Stettin ist die Arbeitslosigkeit (8,8 Prozent, Stand: Ende April 2015),<sup>1</sup> viel geringer als im angrenzenden Kreis Vorpommern-Greifswald – 12,1 Prozent (in Mecklenburg-Vorpommern 13,1 Prozent, Stand: April 2015).<sup>2</sup>



Abb. 1: Deutsch-polnische Grenzregion zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Westpommerschen Woiwodschaft, Quelle: <http://www.interreg4a.info>

<sup>1</sup> Główny Urząd Statystyczny, 25.5.2015, <http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/rynek-pracy/bezrobocie-stopa-bezrobocia>).

<sup>2</sup> Statistik Arbeitsagentur, 25.5.2015, <http://statistik.arbeitsagentur.de>.

Im Gegensatz zum deutschen grenznahen Gebiet herrscht in Stettin wegen mangelnder Investitionen im Immobilienmarkt Wohnungsnot, die nicht befriedigt werden konnte. Deswegen machen die geringe Entfernung und die gut entwickelte Straßen- und Bahninfrastruktur die deutschen Ortschaften als Ansiedlungsziele für Polen sehr attraktiv (Jarosz 2011).

Mit dem Beitritt Polens zur EU und insbesondere zum Schengen Abkommen in 2007 wurde auch die Niederlassung in Deutschland viel einfacher. Die konkurrenzfähigen Preise der deutschen Immobilien zogen in kurzer Zeit viele Polen an (Jonda 2009).

Stand am 31.12.	Ausländische Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern und ihr Anteil an der Bevölkerung insgesamt.	Polnische Staatsbürger in Mecklenburg-Vorpommern	Polnische Staatsbürger im Kreis Uecker Randow/seit 2011 im Vorpommern-Greifswald <sup>3</sup>
2000	28181 (1,6 %)	1579	314
2004	31220 (1,8 %)	2193	304
2008	30631 (1,8%)	3918	1211
2009	29715 (1,8%)	3890	1252
2010	30068 (1,8%)	3990	1258
2011	31465 (1,9%)	4500	2001
2012	34037 (2,1 %)	5366	2291
2013	37827 (2,4 %)	6496 (14,3 %)	2517

Tab. 1: Ausländische/Polnische Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern (eigene Zusammenstellung nach: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Berichte in Mecklenburg-Vorpommern (Ausländerzentralregister) 2000–2013, 20.10.2014, <http://www.statistik-mv.de>).

Der Anteil der Ausländer/-innen an der Gesamtbevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern ist im Vergleich zum Durchschnitt Deutschlands (8,58 Prozent im 2013) sehr gering und betrug 2013 – 2,4 Prozent.<sup>4</sup> Den höchsten Anteil der in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Ausländer/-innen stellen jedoch mit 14,3 Prozent Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit dar. Viele von den Pol/-innen ließen sich gleich hinter der Grenze, in dem ehemaligen Landkreis Uecker-Randow nieder (Jonda 2009).

## Migrationsgründe und Reaktionen der lokalen Behörden

Die Nähe zum bisherigen Lebensort und zur Familie waren wichtige Faktoren für die Migrationsentscheidung der polnischen Bürger/-innen. Ausschlaggebend waren jedoch der oben erwähnte Leerstand, günstige Immobilienpreise sowie Sozialleistungen wie Wohnungszu-

<sup>3</sup> 2011 wurden die bisherigen 12 Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern aufgelöst. Der ehemalige Landkreis Uecker-Randow bildet seitdem mit dem bisherigen Landkreis Ostvorpommern, Greifswald sowie mit den Gemeinden der Ämter Jarmen-Tutow und Peenetal/Loitz den Landkreis Vorpommern-Greifswald.

<sup>4</sup> Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in Deutschland, 25.10.2014, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14271/umfrage/deutschland-anteil-auslaender-an-bevoelkerung>.

schuss, Kindergeld oder bessere ärztliche Betreuung (Jarosz 2011: 161). Viele junge Familien versprachen sich durch den Besuch einer deutschen Schule und Aufwachsen in zwei Kulturen eine bessere Zukunft für ihre Kinder. Die meisten von den Ansiedler/-innen leben auf beiden Seiten der Grenze, weil sie im deutschen Grenzgebiet wohnen und weiterhin in Stettin arbeiten. Da die polnischen Zuwanderer/-innen die Region Uecker-Randow als Ansiedlungsort gewählt haben, ist auch der gezielten Strategie der Gemeinde und der lokalen Wohnungsunternehmen zu verdanken, die kurz vor dem Beitritt Polens zur EU entwickelt wurde, um insbesondere polnischen Student/-innen aus Stettin preiswerten Wohnraum anzubieten und damit den Wohnungsleerstand zu bekämpfen (Kriszan, Szaniawska-Szwabe 2012: 65). In Löcknitz warben Immobilienhändler/-innen auf Deutsch und Polnisch für ihre Häuser in der dünn besiedelten Region. Außerdem können polnische Immobilienbesitzer bei Renovierungsarbeiten Zuschüsse von Förderprogrammen bekommen (Segeš-Frelak, Kriszan 2012: 47).

Der grenznahe Kreis wurde auch für viele polnische Unternehmen attraktiv. Auf dem Produkt *Made in Germany* vermerken zu können, befinden viele Unternehmer als großen Vorteil. "Durch die Produktion in Deutschland wird uns eher eine 100-prozentige Qualität zugetraut. Wir wollen schließlich die westeuropäischen Märkte erobern" – behauptet Marcin Baryliszin, der Inhaber einer Würzmischung-Firma in Löcknitz (Wassink 2008). Mit der Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für Pol/-innen zum ersten Mai 2011 wurde die Firmengründung wesentlich vereinfacht. Die lokalen Behörden freuen sich über polnische Investitionen, weil neue Arbeitsplätze geschaffen werden (Wassink 2008). Sie helfen polnischen Unternehmer/-innen bei Firmengründung oder Gewinnung der EU-Förderung. Außerdem gibt es grenzüberschreitende Verkehrsbeihilfen, wie das Pomerania-Ticket zwischen Stettin und Pasewalk. Das Mecklenburg-Vorpommern-Landesticket wird im öffentlichen Personennahverkehr Stettins anerkannt (Garsztecki 2011: 5).

Die 1995 gegründete Euroregion Pomerania unterstützt die grenzüberschreitende Kooperation. Im Jahr 2009 wurde in Löcknitz die Kontakt- und Beratungsstelle der Euroregion Pomerania für deutsche und polnische Staatsbürger/-innen eingerichtet, die den Kontakt zu Behörden und anderen Institutionen erleichtert und bei der Übersetzung von Unterlagen hilft. Am vierten Mai 2011 wurde auch auf polnischer Seite der Grenze – in Stettin, in den Räumen der Stadtverwaltung – ein weiterer Standort der Kontakt- und Beratungsstelle der Euroregion Pomerania eröffnet. Ähnlich wie in Löcknitz werden hier auch deutsche und polnische Bürger/-innen in sozialen und rechtlichen Aspekten ihres Aufenthalts im Nachbarland beraten und informiert. Ziel ist es, «durch die Beseitigung der Sprachbarriere den Integrationsprozess polnischer und deutscher Bürger in der Grenzregion zu begleiten und zu erleichtern.»<sup>5</sup> Das Projekt wird aus den INTEREG IV Mitteln gefördert. In Stettin sind auch das Haus der Wirtschaft, der deutsch-polnische Wirtschaftskreis und die Filiale der Agentur für Arbeit der Stadt Pasewalk tätig (Segeš-Frelak, Kriszan 2012: 53–54). Ein weiteres Beispiel liefert der Verein *Pomeraniak*, der sich für die in der Region Uecker-Randow wohnenden polnischen Bürger/-innen engagiert. Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2009 bewarb sich eine Kandidatin des Vereins um den Mandat im Gemeinderat in Löcknitz. Wegen niedriger Wahlbeteiligung der Pol/-innen und antipolnischer Kampagne der NPD ist es leider der Polin nicht gelungen, das Mandat zu gewinnen (Segeš-Frelak, Kriszan 2012: 51–52).

---

5 <http://www.pomerania.net> 17.10.2014.

Die Zuwanderung von Pol/-innen trug auch zu neuen Investitionen im deutschen Grenzgebiet bei. Die Erhöhung der Kaufkraft verursachte, dass drei neue Supermärkte in Löcknitz eröffnet wurden. Da viele junge polnische Familien mit Kindern zugewandert sind, wurde auch das Bildungswesen ausgebaut. Im Jahr 2011 wurde eine neue Kindertagesstätte *Randow-Spatzen* eingeweiht. Die Einrichtung zählt heute 160 Kinder. 25 Prozent davon machen polnische Kinder aus. Im Kindergarten arbeiten 24 Erzieher/-innen, davon sind vier polnische Muttersprachler/-innen. Die Mehrsprachigkeit wird als *Tor zur Welt* betrachtet, weswegen es sogar eine Warteliste für den Kindergarten gibt.<sup>6</sup> Im Jahr 1995 wurde das Gymnasium in Löcknitz in Deutsch-Polnisches Gymnasium Löcknitz umgewandelt, dem 2004 der Titel Europaschule verliehen wurde. Gegenwärtig besuchen 457 Schüler/-innen das Gymnasium, wovon 131 polnischer Herkunft sind. Am Gymnasium kann man ein deutsches und polnisches Abiturzeugnis erwerben.<sup>7</sup> Darüber hinaus hat die große Zahl der polnischen Kinder in den örtlichen Schulen zur Einführung des katholischen Religionsunterrichts in den Schulen beigetragen.

## Aktionen der rechtsradikalen Nationalistischen Partei Deutschlands (NPD)

Trotz vieler positiver Effekte, die die neue polnische Migration im deutschen Grenzgebiet herbeiführte, rief die Zuwanderung polnischer Migrant/-innen auch negative Reaktionen hervor, die durch die Propaganda der rechtsradikalen NPD verstärkt wurden. Auf den Wahlplakaten zu Landtags- und Kommunalwahlen waren solche Slogans wie *Raus mit den ausländischen Kriminellen!* oder *Arbeitsplätze schützen – die Grenze schließen!* zu sehen. Im Jahr 2008 wurden Autos mit polnischen Kennzeichen beschädigt und polenfeindliche Parolen (*Polacken raus aus Löcknitz*) auf die Wände eines Supermarktes geschmiert. Die NPD unterstellte in ihren Schriften, dass polnische Migrant/-innen größere Unterstützung als die Deutschen bekommen und dass sie ihnen Arbeitsplätze und Wohnungen wegnehmen würden. Der Unterricht in polnischer Sprache wurde auch kritisiert. Dies sorgte für Ängste unter den Pol/-innen und rief Diskussionen in der Presse hervor. Jedoch haben sich sowohl der Bürgermeister von Löcknitz als auch viele Einwohner/-innen gegen die NPD-Aktionen ausgesprochen und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen polnischen und deutschen Nachbar/-innen betont (Jarosz 2011: 165).

Stimmen für die NPD in Kommunalwahlen	Mecklenburg-Vorpommern	Landkreis Uecker-Randow/ ab 2011 Vorpommern-Greifswald
2009	3,2 %	9,1 %
2011	5,4 %	9,0%
2014	3,2 %	6,6 %

Tab. 2: Kommunalwahlergebnisse in Mecklenburg-Vopommern (eigene Zusammenstellung nach: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern).

<sup>6</sup> Braucht Löcknitz eine weitere Kita?, Nordkurier 2.05.2013. <http://www.nordkurier.de/cmlink/nordkurier/lokales/pasewalk/braucht-locknitz-eine-weitere-kita-1.567410>.

<sup>7</sup> Europaschule. Deutsch-Polnisches Gymnasium Löcknitz, 17.10.2014, <http://www.dpg-loecknitz.de/index.php?lang=de&id=1>.

Nichtdestotrotz bekam die NPD, wie die Tabelle oben veranschaulicht, in Landtags- und Kommunalwahlen in der Region viele Stimmen. Im Jahr 2011 hat die NPD in Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 6 Prozent der Stimmen bekommen und damit das beste Wahlergebnis im Bundesdurchschnitt erreicht (gefolgt von Sachsen 2014: 4,9 Prozent, Sachsen-Anhalt 2011: 4,6 Prozent und Thüringen 2013: 3,6 Prozent). Bei Kommunalwahlen 2014 hat die NPD in allen Wahlbezirken Mecklenburg-Vorpommerns Stimmen verloren, im Kreis Vorpommern-Greifswald jedoch immer noch das beste Ergebnis erreicht. Hier erzielte die fremdenfeindliche Alternative für Deutschland auch die meisten Stimmen (4,9 Prozent) im Land.<sup>8</sup>

## Die Integration in der lokalen Gemeinschaft

Trotz der polenfeindlichen Einstellungen und der Aktionen der NPD ließen sich die polnischen Zuwanderer und Zuwanderinnen nicht abschrecken und blieben im grenznahen Gebiet. Allmählich integrieren sie sich in der lokalen Gesellschaft und engagieren sich für die lokale Gemeinschaft. Polnische Migrant/-innen werden dadurch zu einem wichtigen Mittler in den deutsch-polnischen Beziehungen und tragen zur Überwindung gegenseitiger Vorurteile und Stereotype bei. Im Jahr 2008 gründeten sie das Informationsportal [pogranicze.de](http://pogranicze.de), auf dem man sich über das Leben in der Region (Niederlassung, Arbeit, Sprachkursen, Preise, Sehenswürdigkeiten etc.) informieren kann.

Laut den Ergebnissen der qualitativen Untersuchung unter den Bewohner/-innen dieser Region hängt die Integration der polnischen Migrant/-innen von vielen Faktoren ab (Kriszan, Szaniawska-Schwabe 2012; Bojar 2012). Die deutschen Nachbar/-innen sehen *polnische Mitbürger*, wie sie die polnischen Zuwandernden bezeichnen, meistens positiv an. Pol/-innen seien hilfsbereit, höflich, gastfreundlich, offen und spontan. Negativ fällt die Unpünktlichkeit der Pol/-innen auf (Kriszan, Szaniawska-Schwabe 2012: 67). Bei der Wahrnehmung der polnischen Nachbar/-innen werden Offenheit und Integrationswillen betont. Die Polinnen werden als gepflegt, modisch und selbstsicher angesehen. Weiterhin sind jedoch Stereotype und Vorurteile im Bewusstsein der Deutschen verankert. Der typische Pole ist in den Augen der Deutschen ein Handwerker und die Polin eine Pflegerin oder Verkäuferin. Viele Deutsche sind gegenüber den Pol/-innen geschlossen und xenophobisch eingestellt. Dies ergibt sich aus deren mangelnder interkultureller Erfahrung und aus sozialen Problemen.

»Der Pole als Verlierer und Krimineller passt besser zur Weltanschauung der enttäuschten Ostdeutschen als ein gebildeter und erfolgreicher Pole. Deswegen wundert es nicht, dass Straftaten wie Diebstahl oder Raub im Volksmund nach wie vor automatisch mit Polen in Verbindung gebracht werden. Auch der angebliche Missbrauch des Sozialleistungssystems durch Ankömmlinge aus Polen hat zur Festigung ihres negativen Images in der Region beigetragen« (Kriszan, Szaniawska-Schwabe 2012: 83).

Diese Bürger/-innen sind auch für die nationalistische Rhetorik der NPD besonders anfällig. Was sich jedoch im Vergleich zu den 1990er-Jahren geändert hat, ist die Rolle der Vergangenheit in den bilateralen Beziehungen. Sowohl die deutschen als auch die polnischen Befragten gaben in

---

<sup>8</sup> Mecklenburg-Vorpommern, Statistisches Amt, 19.10.2014, [www.statistik-mv.de](http://www.statistik-mv.de).



der Umfrage zu, dass Geschichte kein Thema in gegenseitigen Beziehungen sei und dass man pragmatische Einstellungen vertrete und in die Zukunft schaue (Kriszan, Szaniawska-Schwabe: 2012). Aus der Analyse der Interviews geht hervor, dass der direkte Kontakt mit Pol/-innen zur Verbesserung des Bildes beiträgt. Die mangelnden Sprachkenntnisse werden als die größte Barriere im Integrationsprozess betrachtet. In der Frage zeigen sich die Pol/-innen als besonders aktiv. Sie nehmen intensiv an Deutschkursen teil und schicken ihre Kinder zu deutschen Schulen. Polnischkurse, die an örtlichen Volksschulen angeboten werden, erfreuen sich keines großen Interesses unter den Deutschen. Polnische Zuwanderer und Zuwanderinnen wissen, dass es ohne Sprachkenntnisse schwierig wäre, die deutschen Vorschriften und Prozeduren zu verstehen. Am schnellsten integrieren sich die Kinder, die am deutschen Bildungssystem teilnehmen.

Zusammenfassend kann man behaupten, dass polnische Migrant/-innen in der Grenzregion in zwei Systemen leben und aus dem jeweiligen Reservoir auf beiden Seiten der Grenze das bessere Angebot für sich auswählen können. Die Sozialleistungen und das Gesundheitssystem sind Beispiele dafür. Bei den täglichen Kontakten mit den Nachbar/-innen lassen sie sich auch transnational sozialisieren. Polnische Zuwandernde lernen deutsche Grundsätze des sozialen Zusammenlebens – dass man beispielsweise »Guten Morgen« auch zu Fremden auf der Straße sagt, dass man als Neuankömmling zum Nachbarn oder zur Nachbarin mit Kuchen geht, um sich vorzustellen. Grundsätzlich herrscht unter den Zuwandernden die Meinung, dass man sich anpassen muss, weil man hierher als Fremder oder Fremde gekommen ist (Bojar 2012). Die Grundlage für die erfolgreiche soziale Integration der polnischen Migrant/-innen bilden die Aufnahme der direkten, persönlichen Kontakte und die Sprachkenntnisse.

## Schlussbemerkung

Der oben skizzierte Prozess der Integration der polnischen Zuwanderer und Zuwanderinnen in der deutschen grenznahen Region demonstriert, dass sich die deutsch-polnische Nachbarschaft von einer *zwangsverordneten* in eine gewollte, integrierte Nachbarschaft langsam entwickelt. Durch den hybriden Charakter der Migration, der darauf beruht, dass man wirtschaftliche und soziale Potenziale auf beiden Seiten der Grenze nutzt, entsteht eine Grundlage für die Herausbildung transnationaler sozialer Räume<sup>9</sup> und *transborderness*. Die nationalstaatliche Grenze scheint eine immer kleinere Rolle zu spielen. Viel wichtiger ist es, die sprachliche und mentale Grenze zu überwinden, was durch direkte, tägliche Kontakte allmählich erfolgt. Polnische Zuwandernde passen sich nicht nur an die neue Umgebung an, sondern bringen auch ihre Verhaltensmuster ein, die von deutschen Nachbar/-innen nachgeahmt werden. Im Endeffekt kann in der Zukunft eine grenzüberschreitende, transnationale Kultur entstehen. Derzeitig erfolgt der Prozess der Integration noch sehr asymmetrisch. Es sind die Pol/-innen, die sich in den deutschen Grenzortschaften ansiedeln, ihre Kinder zu deutschen Kindergärten und Schulen

9 »By transnational spaces we mean relatively stable, lasting and dense sets of ties reaching beyond and across the borders of sovereign states. They consist of combinations of ties and their contents, positions in networks and organizations, and networks or organizations that cut across the borders of at least two nation-states. Transnational spaces differ from clearly demarcated state territories.« (Faist 2009).

schicken, Firmen in Deutschland gründen und die deutsche Sprache erlernen. Für sie bildet die Grenze keine Barriere mehr.

## Literatur

- Beck, U., Grande, E. 2004: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der zweiten Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bojar, H. 2012: Die neue polnische Migration nach Deutschland. Das Leben in grenznahen lokalen Gemeinschaften aus der Perspektive der Migranten. In J. Segeš-Frelak, A. Łada (Hg.), Eine Grenze verschwindet. Die neue polnische Migration nach Deutschland aus lokaler Perspektive. Warschau: Institute of Public Affairs, 99–168.
- Eigmüller, M., Vobruba, G. 2006: Einleitung. Warum eine Soziologie der Grenze? In M. Eigmüller, G. Vobruba (Hg.), Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes. Opladen: VS Verlag, 55–74.
- Faist, T. 2009: Making and Remaking the Transnational: Of Boundaries, Social Spaces and Social Mechanisms, *Spectrum: Journal of Global Studies*, Band 1, Heft 2, 66–88.
- Garsztecki, S. 2011: Der deutsch-polnische Grenzraum: Verflechtungszone oder anhaltende Asymmetrien? *Polen-Analysen*, 99. Jg, 2–7.
- Gottmann, J. 1980: Spatial Partitioning and the Politician's Wisdom. *International Political Science Review*, Band 1, Heft 4, 432–55.
- Jarosz, A. 2011: Alltag im Grenzraum. Polen im Landkreis Uecker-Randow. *Inter Finitimos*, 9. Jg., 159–167.
- Jonda, B. 2009: Neue Formen der Migration und des Austausches im grenznahen Bereich. *Polen-Analysen*, 49. Jg., 2–6.
- Kriszan, A., Szaniawska-Schwabe, A. 2012: Die neue polnische Migration nach Deutschland in grenznahen lokalen Gemeinschaften aus deutscher Perspektive. In J. Segeš-Frelak, A. Łada (Hg.), Eine Grenze verschwindet. Die neue polnische Migration nach Deutschland aus lokaler Perspektive. Warschau: Institute of Public Affairs, 59–98.
- Kurcz, Z. 2009: O transgraniczu i transgraniczności. Wprowadzenie. In Z. Kurcz, A. Sakson (Hg.), *Polskie Transgranicza*. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, 9–18.
- Martinez, O. J. 1994: *Border People: Life and Society in the U.S.-Mexico Borderlands*. Tuscon: University of Arizona Press.
- Müller, N. 2014: *Die alltägliche Reproduktion nationaler Grenzen*. Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft.
- Newmann, D. 2006: The lines that continue to separate us: borders in our *borderless* world. *Progress in Human Geography*, 30. Jg., Heft 2, 143–161.
- Opiłowska, E. 2014: »The miracle at the Oder«: The opening of the Polish-German border in the 70s and its impact on the Polish-German relations in the borderland. *East Central Europe*, 41. Jg., 1–19.
- Rumford, C. 2006: Theorizing Borders. *European Journal of Social Theory*, 9. Jg., Heft 2, 155–169.
- Segeš Frelak, J. Kriszan, K. 2012: Charakterisierung des deutsch-polnischen Grenzgebiets und der in der Studie untersuchten Lokalen Gemeinschaften, In J. Segeš-Frelak, A. Łada (Hg.), Eine Grenze verschwindet. Die neue polnische Migration nach Deutschland aus lokaler Perspektive. Warschau: Institute of Public Affairs, 39–58.
- Wassink, M. 2008: Deutschland - ein Paradies für Polen. Immer mehr Unternehmen und Familien kommen nach Vorpommern - zum Geldverdienen und Wohnen. Beide Seiten profitieren davon, *Hamburger Abendblatt* 21.06.2008, <http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article544674/Deutschland-ein-Paradies-fuer-Polen.html> (letzter Aufruf 15. Oktober 2014).

Ad-hoc-Gruppe »Öffentliche Soziologie: Die Soziologie und ihre Publika«  
– organisiert von Oliver Neun und Stefan Selke

# Sociology goes Public

Der Science Slam als geeignetes Format zur Vermittlung soziologischer Erkenntnisse?

Daniel Grummt

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Öffentliche Soziologie: Die Soziologie und ihre Publika« – organisiert von Oliver Neun und Stefan Selke*

»Es gibt für den deutschsprachigen Raum bisher keine Monographie, die Traditionslinien, Herangehensweisen oder Motive einer öffentlichen Soziologie systematisch herausgearbeitet hat.« (Damitz 2013: 259) – konstatiert Ralf Damitz in dem Aufsatz *Soziologie, öffentliche*. Auch der vorliegende Beitrag kann die von Damitz aufgezeigte Fehlstelle innerhalb der deutschen Soziologie nicht schließen. Indem er aber der Frage nachgeht, inwiefern das Format des Science Slams geeignet ist, mit soziologischen Erkenntnissen gezielt in Öffentlichkeiten hinein *zu gehen* und damit soziologische Wissensbestände in potentiell an der Soziologie interessierte Öffentlichkeiten hineinzutragen, möchte der Aufsatz der Diskussion um die Bedeutung einer öffentlichen Soziologie innerhalb des Fachs einen weiteren Anstoß geben.

## Der Science Slam

Die nun folgenden drei Punkte sollen Aufschluss darüber geben, worum es sich bei einem Science Slam eigentlich handelt, woher dieser stammt und wie sich dieser entwickelt hat, was dessen zentrale Charakteristika und Kennzeichen sind und wie ein (ideal)typischer Science Slam in aller Regel abläuft.

## Zur Entstehung und Entwicklung des Science Slams – eine kurze Skizze

Nähert man sich dem sozialen Phänomen ›Science Slam‹ zunächst rein begrifflich an, so bedeutet das englische Wort ›Science‹ ›Wissenschaft‹ und unter ›Slam‹, das ebenfalls aus der englischen Sprache stammt, versteht man einen ›kräftigen Hieb‹ oder ›Schlag‹ (vergleiche Westermayer 2013: 26; zum Slam-Begriff auch Preckwitz 2002: 19 ff.). Nimmt man beide Begrifflichkeiten

zusammen, dann kann man bei einem ›Science Slam‹ von einem ›wissenschaftlichen Schlagabtausch‹ sprechen. Ursprünglich stammt dieser jedoch nicht aus der Sphäre der Wissenschaft, sondern aus jener des literarischen Feldes. Letztlich ist der Science Slam ein »stark abgewandeltes Format« (Westermayr 2013: 127) des 1986 in Chicago entstandenen »Poetry Slams«, also des »Dichterwettstreits« (Ohmer 2011: 5) oder des »öffentlichen Lesewettbewerbs« (Preckwitz 2002: 22), bei dem unterschiedliche – meist auch vollkommen unbekannte – Autor/-innen überwiegend mit ihren eigenen Texten um die Gunst des Publikums wetteifern. Angesichts dessen bieten Poetry Slams einen »sehr erfolgreichen Zugang zur Lyrik« (Ohmer 2011: 5) – und zwar nicht nur fachkundigen Lyrikexpert/-innen, sondern auch interessierten Laien. »Mittlerweile sind die seit 1994 in Deutschland veranstalteten Poetry Slams fester Bestandteil der weltweiten Kulturszene und haben dank des Westdeutschen Rundfunks sogar Eingang ins deutsche Fernsehen gefunden.« (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 157).

Die Idee, Poetry Slams in das Feld der Wissenschaft zu überführen, ist 2006 in Darmstadt entstanden, wo der erste Science Slam aufgeführt worden ist (Westermayr 2013: 127). Maßgeblich zur Institutionalisierung dieses Formats hat jedoch das *Haus der Wissenschaft* in Braunschweig beigetragen, welches seit 2008 regelmäßig Science Slams organisiert (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 157). Infolgedessen kam es in immer mehr deutschen Städten zur Durchführung und Etablierung von verschiedenen Science Slams. Aber auch außerhalb Deutschlands verzeichnet der wissenschaftliche Wettstreit in den letzten Jahren einen deutlichen Popularitätsgewinn, was die zunehmende Zahl von entsprechenden Veranstaltungsformaten in Ländern wie etwa der Schweiz oder Österreich, Dänemark, Schweden, aber auch Chile, Russland und Südamerika belegt (vergleiche Dittrich 2012: 736; Eisenbarth, Weißkopf 2012: 157).

## Der Science Slam als soziales Phänomen – allgemeine Charakteristika und Kennzeichen

Fasst man das Phänomen nun soziologischer, ließe der Science Slam sich wie folgt charakterisieren:<sup>1</sup>

(1) »Der Science Slam ist ein Wettbewerb für junge Wissenschaftler.« (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 156) – wobei man treffender noch anfügen müsste: für Wissenschaftler/-innen jeden Alters (von der Studentin bis zum Professor), denn auch wenn die Teilnehmer/-innen in aller Regel aus dem akademischen Mittelbau kommen, so schließt dies Professor/-innen und Student/-innen nicht aus.<sup>2</sup> Auch im Hinblick auf die jeweilige Fachrichtung ist keine Wissenschaftsdisziplin

1 Um den Science Slam soziologisch besser beschreiben zu können, stützen sich die weiteren Ausführungen nicht nur auf (theoretische) Texte zum Thema, sondern auch auf zwei teilnehmende Beobachtungen, die der Verfasser im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Thematik sowohl in Halle (Saale) (11.04.2014) als auch in Dresden (4.07.2014) durchführen konnte.

2 Dass diese Ergänzung unbedingt vorgenommen werden muss, zeigen verschiedene Science Slams, an denen inzwischen selbst gestandene Professor/-innen teilgenommen haben (Dittrich 2012: 737). Im Grunde wird hier ein Unterschied zum Poetry Slam ersichtlich, handelt es sich bei einem Science Slam doch meist ausschließlich

per se ausgeschlossen, sondern vielmehr *jede* dazu aufgefordert, sich durch entsprechende Repräsentant/-innen einzubringen und dadurch den (wissenschaftlichen) Austausch zwischen den verschiedenen Fachdisziplinen zu fördern (Westermayr 2013: 127).<sup>3</sup> Demnach darf sich auch die Soziologie als ausdrücklich ›eingeladen‹ betrachten.

(2) Neben dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs ist für einen Science Slam noch kennzeichnend, dass die einzelnen Beiträge (meist vier, fünf oder sechs im Rahmen einer Veranstaltung) zeitlich limitiert sind, und demzufolge in der Regel nicht länger als zehn (manchmal auch fünfzehn) Minuten dauern sollten (Dittrich 2012: 736; Westermayr 2013: 127). Andernfalls kann es passieren, dass der oder die Beitragende von den Organisator/-innen bzw. Moderator/-innen einer Slam-Veranstaltung unterbrochen wird.

(3) Die Herausforderung für den akademischen Slammer bzw. die akademische Slammerin besteht folglich darin, binnen kürzester Zeit das meist fachfremde Publikum für sich zu gewinnen, denn (3) die Zuschauer/-innen entscheiden darüber, wer aus dem Wettbewerb als Sieger/-in hervorgeht. Wie diese Wertung im Einzelnen erfolgt, wird von Slam zu Slam unterschiedlich gehandhabt (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 156). Zum Einsatz kommen bei manchen Slam-Veranstaltungen sogenannte ›Applausometer‹ (Schallpegelmesser), die in der Lage sind, den Schalldruck bzw. -pegel zu messen, der entsteht, wenn das Publikum im Anschluss an einen Auftritt applaudiert. Eine andere Methode besteht darin, bereits vor Beginn oder am Anfang der Veranstaltung laminierte Punktekarten an das Publikum auszugeben. Die Bewertung des jeweiligen Vortrages erfolgt hier jeweils am Ende durch das Hochhalten einer solchen Punktekarte. Vergeben werden können in aller Regel zwischen einem (eher mäßiger Vortrag) bis hin zu zehn Punkten (sehr guter Beitrag). Nachdem alle Teilnehmer/-innen mit Punktekarte ihr Votum abgegeben haben, werden die einzelnen Beiträge summiert und der Slammer/die Slammerin, die insgesamt die meisten Punkte erzielt hat, gewinnt. Ebenso üblich ist eine Bewertung allein qua Applaus (also ohne technische Erfassung des erzeugten Schalldrucks beim Klatschen oder mittels Wertungstafeln). Jedes der drei hier erwähnten Abstimmungsverfahren<sup>4</sup> hat natürlich so seine Nachteile. Während man das Applausometer recht einfach dadurch manipulieren kann, indem man direkt davor ordentlich Lärm macht, was verdeutlicht, dass vor allem die Teilnehmer/-innen am meisten Einfluss nehmen können, die in unmittelbarer Nähe zum Messgerät sitzen, lässt sich die Stimme von manchem Zuschauer/mancher Zuschauerin nicht erfassen, wenn er/sie zu weit weg von jemanden mit einer Wertungskarte sitzt, sodass die Stimme überhaupt keinen sichtbaren Ausdruck finden kann. Als sehr subjektiv in der Bewertung erweist sich oftmals die Abstimmung allein über das Heraushören der Applausstärke durch den Moderator/die Moderatorin. Wie will man auch entscheiden, ob bei einem Beitrag fünf Zuschauer/-innen mehr oder weniger geklatscht haben als bei dem davor? Anhand dieser Überlegungen wird ersichtlich, dass die Slammer/-innen zwar in einem Wettbewerb um das Wohlwollen des Publikums

---

um Akteur/-innen, die aus dem akademischen Milieu kommen. Ein Poetry Slam ist dagegen offen für die verschiedensten Poet/-innen aus allen Bereichen der Gesellschaft.

3 Gleichwohl lässt sich beobachten, »dass vorrangig männliche Naturwissenschaftler auf die Bühne streben.« (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 159).

4 Damit ist übrigens nicht gesagt, dass nur diese drei Wertungsvarianten im Kontext einer Science Slam-Veranstaltung zum Einsatz kommen können, aber es dürfte sich dabei wohl um die konventionellsten Methoden handeln, so wie sie auch vom Verfasser jeweils beobachtet worden sind.

stehen, aber das Verfahren zur Bestimmung des Gewinners/der Gewinnerin eher selten streng-wissenschaftlichen Messmethoden (wie beispielsweise bei einem Sportwettkampf) unterliegt. Daraus werden mindestens zweierlei Erkenntnisse ableitbar. Zum einen, dass die Zuschauer/-innen ausdrücklich dazu aufgefordert sind, sich in das Geschehen durch entsprechende Reaktionen (Äußerungen, Lachen, die Abstimmung usw.) mit einzubringen – anders als dies meist bei klassischen Vorlesungen der Fall ist. Und zum anderen ist die Hauptsache wohl: »Das Publikum hat Spaß und versteht.« (Dittrich 2012: 736). Ob die Zuschauer/-innen jedoch »verstehen« oder nicht, hängt maßgeblich von der Tatsache ab, wie es dem Slammer bzw. der Slammerin gelingt, sein bzw. ihr Thema »informativ[...] und unterhaltsam[...]« (Westermayr 2013: 128) zu vermitteln. Dabei kommt es insbesondere darauf an, die zum Teil komplexen und komplizierten wissenschaftlichen Sachverhalte dergestalt zu transformieren, dass ein interessierter Nichtfachmann überhaupt etwas damit anfangen kann.<sup>5</sup> Metaphorisch gesprochen muss der Wissenschaftler/die Wissenschaftlerin seinen/ihren »Elfenbeinturm« deshalb verlassen und das Publikum dort abholen, wo es jeweils gerade steht. Insofern gilt es, auf Fragen, wie »Gehören die Grundlagen meiner Forschung zum Allgemeinwissen? Kann ich mit meinem Thema beispielsweise an Diskussionen in den Medien oder an Schulwissen anknüpfen?« (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 160) oder »Können wissenschaftliche Erkenntnisse auf alltägliche Erfahrungen der Zuschauer angewendet werden?« (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 160), zufrieden stellende Antworten zu finden.

Verknüpft mit diesen Überlegungen ist ebenso der Gesichtspunkt, wie das eigene Forschungsthema präsentiert werden darf. Kann man sich zum Beispiel auf eine (Powerpoint-) Präsentation bei der Vermittlung der Inhalte stützen – was oftmals der Fall ist – oder ist dies explizit, wie bei einem Poetry Slam, als Hilfsmittel nicht gestattet?<sup>6</sup> Ist eine solche nicht zulässig, dann kommt es bei der Slam-Darbietung noch stärker auf das rhetorische Geschick und die Performance des jeweiligen Kandidaten/der jeweiligen Kandidatin an. Das gilt nicht zuletzt deshalb, weil der Slammer/die Slammerin ohne Präsentation ständig im Aufmerksamkeitsfokus der Zuschauer/-innen steht und mit deren »Ad-hoc-Hörverstehen« (Ohmer 2011: 11) konfrontiert ist, während an die Wand geworfene Folien die Möglichkeit bieten, sich neben diese zu stellen und sie für sich wirken zu lassen. Ein Nachteil an einem Slam mit Präsentation ist dagegen wiederum, dass man sich auf das Funktionieren der zum Einsatz kommenden Technik (Beamer, PC/Notebook usw.) verlassen muss. Technische Probleme können die Vorführung stören und vom Publikum negativ goutiert werden. In letzter Konsequenz können eine schlechte Performance und/oder ein technisches Problem unter Umständen die Chancen auf den Sieg deutlich schmälern. Hierzu sei jedoch angemerkt, dass die Preise oft eher einen symbolischen Charakter aufweisen. Zu gewinnen gibt es nämlich oftmals Bücher, Zeitschriftenabonnements, Gutscheine für Konzert- oder Theaterveranstaltungen und dergleichen mehr. »Am erfolgreichsten scheinen bislang Beiträge, die die Balance zwischen Witz und Ernst zwischen hohem wissenschaftlichen Anspruch und Verständlichkeit wahren.« (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 159). Das Publikum sollte

<sup>5</sup> Solch eine Wissenstransformation braucht es demgegenüber bei einem Poetry Slam in aller Regel nicht, da die Texte meistens in einer verständlichen, nicht-wissenschaftlichen Sprache verfasst sind und sich bereits unmittelbar an das Publikum richten.

<sup>6</sup> Präsentationsfolien sind deshalb bei einem Poetry Slam eher unüblich bzw. sogar nicht erlaubt, da es bei diesen primär auf die literarisch, lyrischen Texte ankommt.

zudem durch die gebotenen Darstellungen weder wesentlich über- noch unterfordert werden. Ferner ist es von Vorteil, wenn der eigene Slam-Beitrag »neue Erkenntnisse und Aha-Erlebnisse« (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 160) aufweist, die das Interesse des Publikums wecken.

## Der Ablauf eines idealtypischen Science Slams

Science Slams finden meistens an Orten statt, die ausreichend Platz bieten, um ein Publikum von mehreren hundert Personen unterzubringen. Hierfür eignen sich unter anderem Theater- und Kinosäle, Konzerthäuser oder die Hörsäle an Universitäten. Prinzipiell ist ein Science Slam aber überall dort denkbar, wo es möglich ist, eine Bühne und Sitzmöglichkeiten für die Zuschauer/-innen einzurichten. Das kann auch unter freiem Himmel geschehen (vergleiche zu den Science-Slam-Orten auch: Eisenbarth, Weißkopf 2012: 162). Ein Science Slam kann sowohl als singuläres Ereignis als auch im Rahmen eines übergeordneten Veranstaltungsformates (beispielsweise im Zusammenhang mit einer Langen Nacht der Wissenschaften) stattfinden. Je nachdem, in welchem Kontext und an welchem Ort die Science Slams veranstaltet werden, gestaltet sich auch deren jeweiliger Ablauf ein wenig anders. Es gibt jedoch ein idealtypisches Grundmuster, das man in mehr oder weniger abgewandelter Form überall antreffen wird. Dieses ist dadurch gekennzeichnet, dass sich zunächst der Veranstaltungsort mit Zuschauer/-innen füllt, die für den Abend entweder einen Eintrittspreis entrichten mussten oder gratis Zugang zu den Sitzplätzen erhalten haben.

Sobald das Publikum seine Plätze eingenommen hat und die Zeit für den Start erreicht ist, betritt normalerweise ein Moderator/eine Moderatorin (manchmal auch zwei) die Bühne, um das Publikum willkommen zu heißen. Die Begrüßung beginnt in der Regel damit, dass sich die Moderator/-innen vorstellen und anschließend den Ablauf des bevorstehenden Science Slams erläutern. Dabei wird insbesondere darauf Wert gelegt, die Regeln, nach denen der Slam durchgeführt werden soll, zu erklären. Die Vorgaben beziehen sich meist auf die Redezeit, die den Slammer/-innen für ihren Beitrag zur Verfügung steht, die im Vorfeld ausgeloste Reihenfolge der Vorträge und das Grundprinzip, wonach alle Kandidat/-innen um die Gunst des Publikums wetteifern. Wie das Publikum die jeweiligen Beiträge bewerten kann und welche Preise es zu gewinnen gibt, sind weitere wichtige Punkte, die bei jeder Eröffnung eines Science Slams vom Moderator/-innenteam angesprochen werden.

Es folgt eine kurze Vorstellung jeder Slammerin/jedes Slammers, durch die das Publikum darüber in Kenntnis gesetzt wird, woher die Beitragenden kommen, welche Fachrichtung sie vertreten und über welche Themen sie referieren werden. Nach Abschluss der Vorstellungsrunde und noch vor Beginn des eigentlichen Wettstreits gibt es außer der Wertung eine erste Slam-Performance. Das sogenannte »Opferlamm« (Dittrich 2012: 736) soll mit seinem Vortrag veranschaulichen, wie der weitere Abend ablaufen wird. Daneben stellt dieser Auftritt sicher, dass keiner der eigentlichen Wettbewerber/-innen als erster vor die Zuschauerjury treten muss. Dieser Premierenvortrag wird oftmals von einem der Moderator/-innen oder einem speziell dafür eingeladenen Wissenschaftler bzw. einer Wissenschaftlerin übernommen. Danach treten die Slammer/-innen in der vorab per Los bestimmten Reihenfolge auf und das Publikum bewertet



die Beiträge in der festgelegten Variante. Am Ende bestimmen demzufolge die Zuschauer/-innen den Gewinner oder die Gewinnerin des wissenschaftlichen Wettstreits. Die Überleitungen zwischen den einzelnen Beiträgen sowie die Ehrung des Siegers bzw. der Siegerin obliegen jeweils dem/der Moderator/-in bzw. den Moderator/-innen. Mit der Vergabe des Preises endet jede Science-Slam-Veranstaltung.

## Vermittlung soziologischer Erkenntnisse qua ›Science Slam‹?

Stellt man sich nun die Frage, inwiefern mit Hilfe des weiter oben skizzierten Science-Slam-Formats speziell soziologisches Wissen interessierten Öffentlichkeiten vermittelt werden kann, sieht sich die vorliegende Abhandlung maßgeblich von mindestens zwei Annahmen herausgefordert. Die erste stammt von Ronald Hitzler und die zweite von Stefan Selke. Hitzler schreibt in der Zeitschrift *Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*:

»Die Befassung mit dem Populären, mit dem was die Menschen (miteinander) tun, zu popularisieren, bedeutet, die Menschen entweder damit zu langweilen, ihnen zu sagen, was sie ohnehin zu wissen meinen, oder ihnen damit auf die Nerven zu gehen, das man meint, besser als sie selber zu wissen, was sie tun. Kurz: Soziologie verträgt wirklich nicht viel Popularisierung.« (Hitzler 2012: 397).

Im ersten Moment könnte man meinen: Stimmt, Ronald Hitzler hat Recht mit dem, was er schreibt. Menschen etwas erklären zu wollen, was sie schon zu wissen meinen, – und sei es bei einem Science Slam wie hier verhandelt – kann ›langweilig‹ sein. Auf einen zweiten – im Sinne Niklas Luhmanns ›soziologischen‹ (Luhmann 1991: 170) – Blick besehen, stellt sich jedoch die Frage, ob das denn tatsächlich so ist oder besteht die Vermittlung von soziologischem Wissen nicht immer auch darin, die Dinge einmal aus einer anderen Perspektive und damit gleichsam auf eine neue Art und Weise zu betrachten? Geht es uns als Soziolog/-innen nicht gerade darum, die eigene Kultur zu ›befremden‹ (Amann, Hirschauer 1997) und Sachverhalte in einem weiteren, oft auch anderen – eben einem soziologischen! – ›Licht‹ zu betrachten? Die bereits bemühten »Aha-Erlebnisse« (Eisenbarth, Weißkopf 2012: 160) entstehen nicht nur dann, wenn man Unbekanntes kennenlernt oder bisher Unverstandenes beginnt, zu begreifen, sondern ein genauerer Blick bzw. eine neue Perspektive können Selbstverständliches in Frage stellen, neue Zusammenhänge verdeutlichen oder bisher unerkannte Fragen an die Oberfläche bringen. Die tägliche Fahrt mit dem Fahrstuhl kann so zum Beispiel zu einer Erlebnisreise werden, wenn man einmal eingehender beobachtet und darüber nachdenkt, was passiert und wie sich die verschiedenen Akteur/-innen in diesem Setting verhalten. Auch wenn man sich schon intensiv mit einem bestimmten sozialen Phänomen befasst haben sollte (weil man vielleicht – um bei dem angedeuteten Beispiel zu bleiben – als Fahrstuhlbauer/-in beruflich mit dem Lift zu tun hat), dann können das bereits bestehende Wissen und die eigenen Erfahrungen vor dem Spiegel soziologischer Erkenntnisse durchaus die Grundlage für Neues, bisher Unbekanntes sein.<sup>7</sup> Die

<sup>7</sup> Einem Fahrstuhlbauer/einer Fahrstuhlbauerin kann auf diese Weise zum Beispiel einsichtig gemacht werden, warum es unter soziologischen Gesichtspunkten wichtig ist, eine Etageanzeige im Fahrstuhl zu haben. Ermöglicht sie doch erst das ›Aufhängen der Blicke‹ für jene, die den Fahrstuhl nutzen: »Der Blick auf die Stock-

Intention, soziologisches Wissen in die Öffentlichkeit zu tragen, besteht dabei nicht darin, den potentiellen Adressat/-innen zu erklären, wie etwas »besser« (Hitzler 2012: 397) sein, gedacht oder betrachtet werden könnte, sondern es geht vielmehr darum, mit Hilfe der Soziologie die Menschen »aufmerksamer« (Bauman 2000: 28; Hervorhebung im Original) für bestimmte soziale Phänomene oder Probleme zu machen oder sie für bestimmte Zusammenhänge zu sensibilisieren. Die Ausführungen von Ronald Hitzler, wonach die Soziologie keine weitere Popularisierung vertragen würde, sind jedenfalls eingedenk der hier getätigten Ausführungen nicht länger hinreichend plausibel.

Die gleiche Zeitschriftenausgabe der *Soziologie* enthält neben dem Aufsatz von Ronald Hitzler auch einen Doppelbeitrag von Stefan Selke und Annette Treibel. Für die vorliegende Argumentation ist insbesondere das Schlussstatement von Stefan Selke von Bedeutung. Selke, der darin unter anderem seine eigenen Erfahrungen bei einem Science-Slam-Auftritt reflektiert, schreibt: »Ernste soziologische Themen lassen sich jedoch nicht witzig vermitteln. Nicht jedes Publikum muss erreicht werden – nicht um jeden Preis.« (Selke, Treibel 2012: 410). Abermals ist man wohl zunächst geneigt, dem Autor beizupflichten und Stefan Selke zuzustimmen: Nicht jedes Publikum muss für die Soziologie begeistert und/oder erschlossen werden – warum auch? Denkt man jedoch genauer über die von Selke formulierte Position nach, so stellen sich die folgenden Fragen: Liegt eine besondere Herausforderung in der Vermittlung von Soziologie nicht *gerade* darin, soziologisches Wissen auch Menschen näher zu bringen, die sich bisher nicht unbedingt gezielt damit beschäftigt haben und folglich sogar Publika zu erreichen, die nach dieser Aussage vielleicht gar keine Berücksichtigung finden würden? Um zu unterstreichen, worauf sich diese Fragen gründen, seien ein paar Beispiele angeführt.

Es gibt Mathematikbücher für Kinder (vergleiche beispielsweise Friedrich et al. 2011), aber keine vergleichbaren Publikationen, wo eine Soziologin oder ein Soziologe versucht, einem Kind zu erklären, was sich hinter ihrer bzw. seiner Wissenschaft verbirgt und was sie zu leisten vermag. Der nahe liegenden Feststellung, dass die Mathematik für die Ausbildung und die weitere berufliche Zukunft eines Heranwachsenden wichtiger ist, kann das Argument entgegengestellt werden, dass ein umfassendes Verständnis sozialer Situationen, Probleme und Zusammenhänge nicht weniger relevant ist. Beispielhaft sind an dieser Stelle auch die Philosophie-Festivals, bei denen es sich Philosoph/-innen und Philosophie-Interessierte auf die Fahne geschrieben haben, Philosophie einer breiteren Öffentlichkeit an Orten näher zu bringen, die außerhalb des universitären Umfeldes liegen.<sup>8</sup> In Bezug auf die Soziologie ist (bisher?) nichts dergleichen bekannt. Es gibt keinen Grund, warum sich die Soziologie nicht ähnlicher Formate bedienen sollte, um ihre Erkenntnisse alltagswirksam einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Als Soziologinnen und Soziologen sollten wir uns die Frage stellen, warum sollten wir diese Öffentlichkeiten anderen Wissenschaften und deren Sichtweisen überlassen wollen? Hat die Soziologie nicht mindestens ebenso einen »öffentlichen Auftrag«, wie man mit Wolfgang Streeck (2012) konstatieren kann?

---

werksanzeige signalisiert wie der Blick auf die Uhr (etwa an Bushaltestellen) eine Inkongruenz von innerer und äußerer (hier: vom Automaten diktiert) Zeit. Er markiert also eine Zeitspanne, eine Befristung des Stillstands als vorübergehende Untätigkeit.« (Hirschauer 1999: 233).

<sup>8</sup> In Bezug auf Philosophie-Festivals siehe unter anderem: [www.philosophie-festival.de](http://www.philosophie-festival.de) (letzter Aufruf: 22.3.2015).

An diese Ausführungen schließen sich weitere Fragen unmittelbar an: Welche ›ernsten Themen‹ meint Stefan Selke, wenn er von Themen spricht, über die sich im Rahmen eines Science Slams nicht auf unterhaltsame Weise reden lässt? Ist diesbezüglich vielleicht an die Thematik von ›Tod und Sterben‹ zu denken? Aber warum sollte dies nicht ebenso auf unterhaltsame Weise darstellbar sein? Karikaturen vom Tod und kabarettistische Beiträge zum Sterben bezeugen doch, dass dies geht: Ein Publikum wird auch mit und durch eher unerfreuliche Themen durchaus unterhalten. Es kommt eben entschieden darauf an, wie man es vermittelt – und natürlich ist hierbei jederzeit die Gefahr gegeben, ins Lächerliche oder gar Groteske abzugleiten. Aber sind diese Gratwanderung und die Herausforderung, die sich mit der Transformation von wissenschaftlichem Wissen in unterhaltsames Wissen verbindet, hinreichende Gründe, nicht an einem Slam-Wettbewerb teilzunehmen? Norbert Elias jedenfalls, der sich unlängst in seinem Buch *Über die Einsamkeit der Sterbenden in unseren Tagen* mit der menschlichen Vergänglichkeit befasst hat, macht in seinem Werk darauf aufmerksam, dass über den Prozess der Todesverdrängung in modernen Gesellschaften kaum gesprochen wird (Elias 2002). Eine an der breiten Öffentlichkeit orientierte Soziologie könnte hier das Format des Science Slams gezielt einsetzen, um mittels der Ausführungen von Elias auf das Phänomen der kollektiven Verdrängung von Tod und Sterben aus unserer sozialen Wirklichkeit aufmerksam zu machen und für die damit verbundenen Probleme zu sensibilisieren. Ein soziologischer Slam-Beitrag zu diesem Themenkreis könnte durchaus geeignet sein, um die Diskussion über den Umgang mit Krankheit, Siechtum und den Tod neu zu beleben. Die Publikation *Darm mit Charme* von Giulia Enders (2014), der zuvor ein Auftritt bei einem Slam-Wettbewerb vorausgegangen war, zeigt überdies, dass unappetitliche oder angstbesetzte Themen, wie das menschliche Verdauungs- und Ausscheidungssystem, den Rezipient/-innen durchaus auf eine verständliche und mithin unterhaltsame Weise zugemutet werden können (vergleiche Enders 2014). Warum sollte die Soziologie das für ihre Themen, Fragestellungen und Probleme nicht ebenso können? Die wirklich ernsten Themen, über die im Rahmen eines Science Slams nicht geredet werden kann oder sollte, müssten erst noch nachvollziehbar aufgezeigt werden, bevor man derlei Aussagen gelten lassen kann.

Die Beobachtung, dass die verschiedenen Publika vielfach witzige Themen eher honorieren als vergleichsweise ernstere, lässt sich soziologisch nicht nur erklären, sondern für die Konzeption eigener Science-Slam-Beiträge ganz bewusst einsetzen. Offenbar wollen die Menschen zunehmend unterhalten werden und das gelingt beispielsweise, indem man die Zuschauer/-innen zum Lachen bringt. Fragt man sich nach einer Erklärung hierfür, so könnte eine These im Anschluss an Henri Bergson diesbezüglich lauten: In Krisenzeiten, und unter diesem Motto stand schließlich der DGS-Kongress 2014 in Trier (*Routinen der Krise. Krise der Routinen*), in denen oftmals mehr Fragen aufgeworfen werden, als dass befriedigende Antworten verfügbar wären, können Menschen eben nicht in Antwort- und/oder Ratlosigkeit *verharren*, sondern wollen bzw. müssen weiterleben, wobei ihnen speziell das Lachen als Methode dabei behilflich sein kann. Für Bergson dient das Lachen nämlich, wie man es etwa im Zusammenhang mit einer Slam-Veranstaltung exemplarisch erleben kann, dazu, »alles geschmeidig« (Bergson 1921: 17) werden zu lassen, »was an mechanischer Starrheit auf der Oberfläche des sozialen Körpers noch vorhanden ist.« (Bergson 1921: 17). »Das Starre, Stereotype, Mechanische [- vor dem Hintergrund des DGS-Kongresses ließe sich auch sagen: das Routinisierte -; Anmerkung DG] im Gegensatz zum Geschmeidigen, immerfort Wechselnden [...], kurz der Automatismus im Gegensatz zur

bewußten [sic!] Aktivität, das ist es schließlich, was durch das Lachen unterstrichen und womöglich korrigiert wird.« (Bergson 1921: 88). Das Lachen behebt somit zwar keineswegs die zum Teil doch recht dringenden und gravierenden Probleme unserer Zeit, aber es stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und hilft die ›Starre‹ zu lösen, denn: »Unser Lachen ist stets das Lachen einer Gruppe.« (Bergson 1921: 8).

Was ist bis hierhin deutlich geworden? Erstens: Die Soziologie – einschließlich ihrer ›ernsten‹ empirischen Befunde – verträgt durchaus ein ›Mehr‹ an Popularisierung oder anders gesagt: Warum sollte mehr Popularisierung der Soziologie schaden? Wovor haben wir als Soziolog/-innen – in Anlehnung an Heinz Budes (2014) Buch *Gesellschaft der Angst* – denn eigentlich solche Furcht, wenn es um die Vermittlung von soziologischen Erkenntnissen an potentiell interessierte Öffentlichkeiten geht? (2) Der Science Slam ist ein geeignetes Format, um soziologisches Wissen durchaus unterschiedlichen Zuschauergruppen zugänglich zu machen.

Um letzteres zu verdeutlichen, sollen die Vorteile dieses Popularisierungsmediums im Folgenden kurz dargestellt werden: (1) Man könnte auf diesem Wege Öffentlichkeiten außerhalb der Scientific Community, zum Beispiel im Rahmen einer Langen Nacht der Museen, ansprechen und für die Soziologie begeistern (vergleiche zu diesem Aspekt generell Dittrich 2012: 737). (2) Soziologie im Allgemeinen und soziologische Themen im Speziellen können dadurch bekannter gemacht werden. (3) Eine unterhaltsame und witzige Vortragsart muss nicht per se banal, lächerlich oder gar oberflächlich sein, sondern kann tatsächlich einen informativen Charakter haben, der zumindest zum Nachdenken und/oder zur weitergehenden Einarbeitung in eine präsentierte Thematik anregt. (4) »Im Idealfall kann fachfremdes Publikum inhaltliches Feedback geben.« (Dittrich 2012: 373). Hier bietet sich der Soziologin bzw. dem Soziologen die Chance, die eigenen Überlegungen außerhalb der üblichen Fachdiskurse zu erproben und gegebenenfalls weiter zu entwickeln. (5) Science Slams verschaffen den Slammer/-innen die Gelegenheit, »die eigenen Präsentationskünste« (Dittrich 2012: 373) zu optimieren. Davon wiederum profitieren die Studierenden in der Lehre sowie die Kolleg/-innen bei den Fachtagungen. (6) Überdies fördern Science Slams den Austausch der einzelnen Wissenschaften untereinander, da einem bei einer Slam-Veranstaltung ebenso Einblicke in andere Fachrichtungen und deren Forschungsgebiete gegeben werden.

Schließlich sollen bei allen angeführten Vorteilen – die an dieser Stelle keineswegs disjunkt ausgeführt werden sollten, sondern vielmehr einen Einblick in die Potentiale des Science Slams bei der Vermittlung fachspezifischen Wissens geben wollten – die Nachteile nicht übersehen werden. Ein negativer Aspekt bei der Präsentation von soziologischen Wissensinhalten in Form eines Science Slams ist dessen radikale Konzentration auf wenige inhaltliche Gesichtspunkte und Fakten. Bei einem Slam-Beitrag hat man eben nicht die Möglichkeit, ein Thema möglichst allumfassend, wie vielleicht im Rahmen einer Vorlesung, abzuhandeln, sondern es bleibt nur die Option, den Kern (zum Beispiel von einer soziologischen Theorie) zu präsentieren. Dies kann man durchaus als ein Manko dieses alternativen Formats der Wissensvermittlung kritisieren. Allerdings besteht auch bei wissenschaftlichen Tagungen nur selten die Gelegenheit, die eigenen Gedanken vollständig auszuführen, da es in aller Regel auch hier recht enge, zeitliche Begrenzungen gibt. Wenn man einen Sachverhalt demnach in all seinen Facetten und Dimensionen veranschaulichen möchte, so empfiehlt sich der Science Slam nicht. Dieser kann lediglich einen ersten Zugang zu einem sozialen Gegenstand, einem Phänomen oder Problem legen.

Ebenfalls als problematisch erweist sich der Umstand, dass die Performance eines Slammers/einer Slammerin zuweilen droht, den Inhalt der Präsentation in den Hintergrund zu (ver)drängen, sodass oftmals entscheidender ist, *wie* etwas vermittelt wird und nicht so sehr *was*. Jedoch ließe sich in diesem Kontext mindestens ebenso die Frage stellen: Was bleibt denn bei Student/-innen im Rahmen einer Soziologie-Vorlesung an präsentierten Fakten in erster Linie (und vor allem nachhaltig) wirklich im Gedächtnis? Sind es die Ausführungen über Georg Simmel, Ferdinand Tönnies und Max Weber oder doch die Art und Weise, wie der Dozent/die Dozentin die soziologischen Standpunkte der Soziologen jeweils präsentiert hat? Man wird wohl zu dem Schluss gelangen, dass es auch in Vorlesungen entscheidend mit darauf ankommt, *wie* jemand etwas zum Vortrag bringt.

### Statt einem Fazit: Ein soziologisches Gedicht

Mit den bis hierhin getätigten Ausführungen soll keineswegs behauptet werden, dass der Science Slam das einzig passende Format wäre, um soziologische Erkenntnisse in breitere Öffentlichkeiten hineinzubringen. Um abschließend noch ein weiteres Format bei der Vermittlung soziologischen Wissens noch anzudeuten und um den Unterschied zwischen Science und Poetry Slam besser zu veranschaulichen, folgt nun noch ein *sozio-poetischer* Beitrag des Verfassers, wie er auch im Rahmen eines Dichterwettstreits präsentiert werden könnte. Es handelt sich dabei um ein selbstverfasstes Gedicht, das in maßgeblicher Beschäftigung mit Georg Simmels *Exkurs* über die Frage *Wie ist Gesellschaft möglich?* (vergleiche Simmel 1992) entstanden ist.

## Soziologische Apriori

Wir sehen einander nur verallgemeinert,  
wodurch ein jeder des anderen *ich* verkleinert.  
Wir reduzieren den anderen auf diese Weise  
und verorten ihn in irgendeinem Kreise.

Dabei hat ein jeder auch ein individuelles *ich*,  
wodurch ein jeder ist – ganz für sich.  
Daneben sind wir aber auch Teil einer Gesellschaft,  
die für unser *ich* den Rahmen schafft.

Doch sind wir nicht nur Produkt von ihr,  
als hineingeworfenes, mangelhaftes Tier,  
sondern können uns ebenso darauf berufen,  
dass wir Positionen in ihr schufen.

Wir sind Produkt und Produzent zugleich  
und in dieser Doppelstellung mächtig reich.  
Wir sind individuell und vergesellschaftet,  
wobei beides aneinander haftet.

Nur wer das *ich* und die Gesellschaft studiert  
und dieses Zugleich für sich akzeptiert,  
der kann sich selber (wieder)finden  
und sein Leben mit Harmonie verbinden.

## Literatur

- Amann, K., Hirschauer, St. 1997: Die Befremdung der eigenen Kultur. Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bauman, Z. 2000: Vom Nutzen der Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bergson, H. 1921: Das Lachen. Jena: Eugen Diederichs.
- Bude, H. 2014: Gesellschaft der Angst. Hamburg: Hamburger Edition HIS.
- Damitz, R. M. 2013: Soziologie, öffentliche. Soziologische Revue, 36 Jg., Nr. 3, 251–261.
- Dittrich, J. 2012: Die Zehn-Minuten-Herausforderung. Über Science Slams. Forschung & Lehre, 19. Jg., Nr. 9, 736–737.
- Eisenbarth, B., Weißkopf, M. 2012: Science Slam: Wettbewerb für junge Wissenschaftler. In B. Dernbach, Ch. Kleinert, H. Münder (Hg.), Handbuch Wissenschaftskommunikation. Wiesbaden: VS, 155–163.
- Elias, N. 2002: Über die Einsamkeit der Sterbenden in unseren Tagen. In N. Elias, Gesammelte Schriften. Bd. 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Enders, G. 2014: Darm mit Charme. Alles über ein unterschätztes Organ. Berlin: Ullstein.

- Friedrich, G, de Galgóczy, V., Schindelhauer, B., Spanjardt, E. 2011: Komm mit ins Zahlenland. Eine spielerische Entdeckungsreise in die Welt der Mathematik. Freiburg im Breisgau: Herder.
- Hirschauer, St. 1999: Die Praxis der Fremdheit und die Minimierung von Anwesenheit. Eine Fahrstuhlfahrt. *Soziale Welt*, 50. Jg., Heft 3, 221–246.
- Hitzler, R. 2012: Wie viel Popularisierung verträgt die Soziologie? *Soziologie*, 41. Jg., Heft 4, 393–397.
- Luhmann, N. 1991: Unverständliche Wissenschaft: Probleme einer theorieeigenen Sprache. In N. Luhmann, *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*, 2. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag, 170–177.
- Ohmer, A. 2011: »It's showtime. Poetry Slam und Darstellendes Spiel.« *Spielend Darstellen. Thepakos. Interdisziplinäre Zeitschrift für Theater und Theaterpädagogik*, 15. Jg., 4–14.
- Philosophiefestival, <http://www.philosophie-festival.de> (letzter Aufruf 23.03.2015).
- Preckwitz, B. 2002: *Slam Poetry – Nachhut der Moderne. Eine literarische Bewegung als Anti-Avantgarde*. Berlin: Books on demand.
- Selke, S., Treibel, A. 2012: Soziologie für die Öffentlichkeit. Zwei Perspektiven auf die Initiative ›DGS goes public‹. *Soziologie*, 41. Jg., Heft 4, 398–421.
- Simmel, G. 1992: Exkurs über das Problem: Wie ist Gesellschaft möglich? In G. Simmel, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Gesamtausgabe Bd. 11. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 42–61.
- Streck, W. 2012: Der öffentliche Auftrag der Soziologie. *Leviathan. Berliner Journal für Sozialwissenschaften*, 40. Jg., Nr. 1, 129–147.
- Westermayr, S. 2013: *Poetry Slam in Deutschland. Theorie und Praxis einer multimedialen Kunstform*, 2. erw. Aufl., Marburg: Tectum.

# Öffentliche Selbst- und Fremddarstellungen der Soziologie

Jasper W. Korte und Christoph Mautz

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Öffentliche Soziologie: Die Soziologie und ihre Publika« – organisiert von Oliver Neun und Stefan Selke*

Zunächst eine Enttäuschung: Während des Vorbereitungen zu diesem Beitrag ist die Fremddarstellung der Soziologie in der Tagespresse leider so stark in den Hintergrund geraten, dass der Text eigentlich nur noch *eine spezifische* öffentliche Selbstdarstellung der Soziologie zum Thema hat.<sup>1</sup> Die These, mit der wir uns im Folgenden beschäftigen werden, ist denkbar einfach: Webpages von Soziologieprofessuren sind Teil der Öffentlichkeit der Soziologie. Um zu erläutern, was damit gemeint ist, werden wir folgendermaßen vorgehen: Zuerst führen wir mittels Anekdoten in die (Ir)Relevanz des Themas ein, um danach zu definieren, was wir unter Personenwebpages von Soziologieprofessor/-innen verstehen. Daran schließen sich Überlegungen zur Medialität und Neuartigkeit des Phänomens an. Im Anschluss arbeiten wir unsere Deutung des Phänomens als dilemmatisch heraus, um mit der Rückbindung an die Diskussion um die public sociology (Burawoy 2005) zu schließen.

## Zur Einführung: Anekdoten

Zwei Mal ist es uns bei der Vorbereitung auf diesen Vortrag passiert, dass wir uns mehr oder weniger gut bekannte Soziologen und Soziologinnen im Internet suchten, und auf *keine* Personenwebpage stießen. Es mag sicher auch an der Betriebsblindheit, die eine solche Vorbereitung produziert, liegen, aber beide Male waren die Assoziationen für die Gründe des Fehlens einer solchen Webpage eher negativ: Auf die Idee, dass selbst für Professoren der Soziologie eine Webpage *nicht* völlig normal ist, kamen wir gar nicht, sondern zogen die Berichte und Lebensphasen derjenigen, die wir gesucht haben, in Zweifel. Und diese spontanen Assoziationen sind sowohl Begründung als auch Einschränkung der Relevanz des Themas. Es scheint etwas in Be-

---

<sup>1</sup> Die Inhaltsanalyse der massenmedialen Präsenz der Sozialwissenschaften bleibt aber in Arbeit und spielt zumindest implizit hier auch in die Überlegungen ein (siehe Korte 2010).



wegung zu sein, was die öffentliche digitale Auffindbarkeit und Selbstdarstellung von Professionellen angeht. Dies betrifft nicht nur Wissenschaftler, sondern klassische Professionen wie Ärzte, Juristen, Therapeuten oder Lehrer vielleicht sogar in größerem Ausmaß. Dieser Ahnung nachzugehen, ist einer der Gründe für diesen Vortrag, und diese Ahnung steckt auch hinter der leitenden These, dass man die Öffentlichkeit der Soziologie, im Sinne der öffentlichen Präsentation und Einbettung, über die Selbstdarstellungen ihrer Protagonisten im Internet erhellen kann. Zum anderen: Es gibt tatsächlich wichtigere Themen, was eben auch ein Grund ist, nicht im Internet auffindbar zu sein, man denke nur an sensible Themen wie Rechtsradikalismus.<sup>2</sup> Man kann nun die Selbstbeschäftigung der Soziologie mit sich selbst als irrelevant und sogar schädlich ansehen (Burkart 2002) – wir denken jedoch, die Soziologie ist für die Soziologie ein Thema wie jedes andere. Die individuellen Strategien von Akteuren innerhalb der Gesellschaft mit verschiedensten Spannungslagen und Widersprüchlichkeiten, die sich über ihren Köpfen und hinter ihrem Rücken abspielen (Renn 2006), umzugehen, lassen sich genauso gut an Soziologen erforschen wie bei jedem anderen, ohne dass die hermeneutische Besonderheit der Situation aus dem Blick gerät: Wir sind Teil des hier betrachteten Felds, erwarten gleichsam nicht, dass nur, weil unser Blickwinkel potentiell die Gegebenheiten verständlich machen kann, alle Akteure stets auch in ihren Routinen diesen distanzierten Blick einnehmen – und dies gilt selbstverständlich auch für uns in unserem Alltag.

### Was sind eigentlich Personenwebpages von Soziologieprofessor/-innen?<sup>3</sup>

Wir verstehen unter Personenwebpages von Soziologieprofessor/-innen auffind- und -ruffbare Webpages, die in erster Linie der Identifikation und Kontaktaufnahme dienen: Der Autor<sup>4</sup> der Webpage nützt sie dazu, sich und seine Arbeit darzustellen und seine Adressierbarkeit zu regeln. Der Nutzer der Webpage um allerlei Informationen (zum Beispiel neuere Texte und Kontaktdaten) zu bekommen und zu deuten (zum Beispiel die Feldposition). Idealtypisch ist es diejenige Webpage, die man, wenn man einen Namen per Suchmaschine fahndet, als relevant und seriös identifiziert – etwa, wenn man die Organisatoren einer Adhoc-Gruppe googlet. Die Soziologie ist eine universitäre Wissenschaft, daher sind institutionelle Verankerungen bei der Frage, ob man nun den Richtigen unter den Vielen mit demselben Namen findet, von großer Bedeutung. Die Frage, inwieweit die Soziologie auch jenseits von Universitäten stattfindet, müssen wir hier aus verständlichen Gründen zurückstellen – wir befassen uns also hier mit akademischer Soziologie in Gestalt ihrer Hauptprotagonisten, also Hochschullehrer. Im Weiteren werden wir

<sup>2</sup> Oder um Shitstorms aus dem Weg zu gehen, wie im Pirinçci-Fall (vergleiche »taz«, Akif Pirinçci provoziert Mordaufruf, <http://www.taz.de/!142954/>, letzter Aufruf 26.2.2015).

<sup>3</sup> Vergleiche zu Personenwebpages auch den in diesem Band enthaltenden Text »Öffentliche Selbstdarstellung soziologischer Intellektueller. Eine makrohermeneutische Analyse von Personen-Webseiten« <http://publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband/article/view/63>.

<sup>4</sup> Diese Begriffswahl ist merkwürdig schwierig: Wie ist eigentlich das Verhältnis, was man zu seiner eigenen Personenwebpage hat, zu benennen? Betreiber, Besitzer, content-manager oder enduser? Der Autorenbegriff scheint aber trotz allem zwar hierfür noch unüblich, aber wohl am geeignetsten.

der Einfachheit halber von einem Professor an einem Institut für Soziologie einer Universität ausgehen. Idealtypisch ist also die Webpage, um die es hier geht, Teil einer Universitätswebpage und Teil einer Institutswebpage. Ihr Kopftitel sollte den Namen der Person enthalten. Wir finden in der Regel ein Bild, eine Kontaktadresse (elektronischer, postalischer und räumlicher Natur), eine Funktionsbeschreibung und eine Arbeitsbeschreibung vor. All dies kann je nach organisatorischen Vorgaben und persönlichen Vorlieben variieren. Diese Seiten interpretieren wir als Selbstdarstellungen: hier wird »impression management« betrieben. Wir gehen davon aus, dass diese Seiten zwar der Kontrolle derjenigen unterliegen, die dargestellt werden, in der Regel es aber ein je spezifisches Netzwerk an Akteuren gibt, die die Seite pflegen, designen und mit Inhalt füllen. Dieses Netzwerk, zu dem wir aber auch die mehr oder weniger verbindlichen Vorgaben von Universität und Institut zählen, ist in der Regel unsichtbar. Diese Webpages können verschiedene Bereiche aufweisen, die den Zugang kanalisieren: Zum einen die Weiterleitung auf eine wie auch immer geartete persönliche Webpage – wie das etwa in Bielefeld der Fall ist, aber eigentlich sind damit [www.vorname-nachname.de](http://www.vorname-nachname.de)-Webpages gemeint – oder aber die Verlinkung zu einem geschützten Bereich, der etwa Klausurergebnisse oder sonstige Materialien beinhaltet. Neben diesen Grundunterscheidungen ist der Kreativität der Selbstdarstellung kaum eine Grenze gesetzt. Regelmäßig findet man jedoch Unterkategorien (Reiter) wie Forschung, Lehre, Publikationen und Biographie. Die Seite kann wiederum selbst in einen Gruppenkontext eingebettet sein, wie beispielsweise einen Lehrstuhl.

Wir nähern uns diesem Phänomen unter der leitenden Heuristik, dass diese Webpages also Selbstdarstellungen von Funktionsrollenträgern sind und damit ähnlichen Bedingungen unterliegen wie alltägliche Selbstdarstellungen (Goffman 1969; 1980). Damit halten wir das Spezifische dieses Phänomens in der Frage, wie die Selbstdarstellung unter den dilemmatischen Bedingungen des Mediums und der Funktionsrolle Professor gelingt. Die Problemstellungen und Lösungen, die sich auf diesen Webpages finden lassen, halten wir für einen guten Schauplatz, um die Eingebettetheit und die spezifische Lage der Soziologie in der Gegenwartsgesellschaft, wie sie etwas in der Wissenschaftsratsevaluation der Soziologie aufgezeigt wurden (Steuerungsgruppe 2008), thematisieren zu können.

## Sind Personenwebpages Medien?

Webpages sind Überträger von Informationen und damit Verbreitungsmedien. Webpages können Massenmedien, im Sinne einer one-to-many Kommunikationsstruktur sein. Die mediale Infrastruktur des Internets relativiert dies jedoch. Sie stellen eine Form der Öffentlichkeit dar. Als Medium weisen sie Additivität, Multimedialität und Kanalität auf. Alle Facetten weisen selbst wiederum bestimmte Spannungen auf. Additivität im Sinne der raum-zeitlichen Mediendimension (Neuberger 2014) bedeutet, dass eine Webpage sowohl aktuell als auch speichernd ist. Der neueste Eintrag steht idealtypisch an erster Stelle einer langen Liste von Einträgen. Dies erzeugt natürlich einen Sog zur Pflege – und es ist nicht ungewöhnlich für Webpages von Soziologieprofessor/-innen, dass diese nur bis zu einem Zeitpunkt gepflegt sind. Für das Publikum, das sich etwa über die neuesten Texte informieren will, ist dies dann enttäuschend. Im Vergleich zu an-

deren personalen Webpages wie etwa in sozialen Netzwerken oder der privaten Webpage (Misch 2005) sind die Multimedialität und die Kanaltät eingeschränkt. Es handelt sich um eine one-to-many Kommunikation, die zwar die Kontaktadresse prominent platziert, aber die tatsächliche Kommunikation nicht sichtbar macht. Dies bedeutet zweierlei: Personenwebpage haben zum einen das Potential zum Massenmedium zumindest für Kleinstpublika. Zu einer Professur gehört die professionelle Aufgabe, die Disziplin inner- wie außer-wissenschaftlich zu vertreten. Die Personenwebpage gibt hierfür nun ein quasi individualisiertes Massenmedium zur Hand, welches vorher so nicht zu haben war. Zum anderen ist die Möglichkeit des Gatekeepings gegeben. Es gibt spezifische Codes, die für Teilnehmer des akademischen Soziologiespiels selbstverständlich sind, von anderen Publika allerdings nicht so leicht zu entschlüsseln sein dürften. Dies fällt gewissermaßen in die Kategorie der Barrierefreiheit. Daneben macht es einen variantenreichen Unterschied, wie transparent gelöst ist, wer etwa die Mailadressen betreut, inwieweit das Sekretariat oder andere formalisierte Ansprechpartner genannt und dargestellt werden. Man könnte also auch fragen, in wie weit die Stilisierung über die Webpage das Ensemble des Rollenspiels zeigt. Da über die Universitäten kontrolliert, ergibt sich in der Regel auch keine gesonderte Kommunikationsmöglichkeit bezüglich inhaltlichen und technischen Fragen.<sup>5</sup> Das Fehlen von Kommentar- und Diskussionsfunktionen oder gar Like-Buttons ist ein Hinweis auf die Beschränkung der Medialität. Allerdings gibt es durchaus die Möglichkeit, etwa Radio- oder Fernsehbeiträge in die Seite einzubetten. Musik ist dagegen ungewöhnlich,<sup>6</sup> kann aber, wie so ziemlich alles Download- oder Verlinkfähige auftauchen. Der geschriebene Text, im Design und der Aufteilung der Webpage, sollte vorherrschen. Im Vergleich zu anderen Formaten bleibt die Personenwebpage allerdings ein ziemlich standardisiertes. Spannend wird, in wie weit die aus unserer Sicht noch unklaren Deutungsmuster sich verfestigen werden: Werden in Zukunft, mit ausschließlich »digital natives« auf den Lehrstühlen, Personenwebpages zu Massenmedien im Dienste der professionalisierten Selbstdarstellung von Forschung und Disziplin, geht der Trend dagegen gar eher in ein Verschwinden aus dem Internet zum Schutz vor missliebiger Beobachtung (wie dieser hier) oder gleichen sich professionelle Webpages dem pöbeligen Narzissmus sozialer Netzwerke an? Allerdings sei an dieser Stelle daran erinnert, dass es in diesem Feld derzeit noch wenig Konkurrenzdruck für Innovationen gibt (gerade für Berufene), sodass das Feld sich nicht wirklich bald bewegen wird, sondern in der derzeitigen Buntheit und Arbitrarität weiter bestehen bleibt.<sup>7</sup> Die grundsätzlichen Möglichkeiten des Mediums Personenwebpage sollten aber die tatsächlichen Ziele und Fähigkeiten der Betreiber überschreiten (wie etwa der Mp3-Player bei Sennett 2005).

---

<sup>5</sup> Dies ist bei privaten Homepages meist anders.

<sup>6</sup> Vor allem eingebettet, wobei man sich natürlich vorstellen kann, ob es dann einen Zusammenhang gäbe zwischen Musikrichtung und soziologischem Paradigma.

<sup>7</sup> Dem steht allerdings gegenüber, dass die peers eine der wichtigen Adressaten dieser Webpages sind. Das führt wohl zu gewissen Angleichungen der Präsentation.

## Sind Personenwebpages ein neues Phänomen?

Personenwebpages als Medium sind neuartig – das heißt aber nicht, dass sie nicht verschiedene Vorläufer und Vorgänger haben. Das mediale Dilemma besteht jedoch in dieser Hybridität, es gibt eine Vielzahl von Funktionen, die erfüllt werden können – und dieser Vielzahl steht ein potentiell unkontrollierbares Publikum gegenüber. Selbst der Schutz des codesprechenden Kleinstpublikums steht der Diffusität und Größe des potentiell erreichbaren Publikums gegenüber – und wie wir inzwischen wissen: die NSA liest wirklich mit, und wer nicht auffindbar ist, wird zweifelhaft. Jede konkrete Manifestation einer Personenwebpage muss diese Komplexität reduzieren, kann aber das Dilemma nicht wirklich auflösen, da sich konventionelle Regelungen hierfür noch nicht sedimentiert haben. Es ist die Gleichzeitigkeit der verschiedenen anzusprechenden Publika, die die elektronische Selbstdarstellung so prekär macht. Mediale Vorläufer von Personenwebpages sind etwa die Visitenkarte, der Schaukasten, allerlei persönliche oder öffentliche Archive, CVs<sup>8</sup> und Portraits. Jedem einzelnen wäre nun gesondert nachzugehen, was aus verständlichen Gründen hier nicht geschehen kann. Gemein ist ihnen aber, dass die verschiedenen Selbstdarstellungen sich je an andere Publika richten – man kann seine berufliche Visitenkarte natürlich für private Angelegenheiten nutzen, allerdings gewöhnlich in einem interaktionellen Rahmen, der die Zweckentfremdung absichert. Gelehrtenportraits auf der anderen Seite stellen einen weiteren interessanten Vorläufer dar, da hier historisch deutlich wird, wie die Darstellung des Gelehrten, also des Universitätsprofessors, eben nicht nur dessen Eitelkeit bedient, sondern eben auch der Selbstdarstellung der Organisation Universität unterliegt. Gelehrtenportraits (inklusive ihrer Verwendung) sind Fremddarstellungen, die die Personen eingebettet in ihre Kontexte zeigen – und hiermit gehen sie Personenwebpages voraus und sind mit ihnen zu vergleichen (Alvermann, Dahlenburg 2006). Ein kurzer Blick auf Portraits von Gelehrten seit dem Mittelalter holt sodann auch Interessantes zu Tage, denn »[a]ls kulturhistorisches Dokument verhelfen sie uns über das Selbstverständnis eines bestimmten Wissenschaftlers Informationen zu dessen sozialer Stellung und Wertschätzung durch Zeitgenossen [zu; sic!] erhalten« (Dahlenburg 2006: 7): Gleich sind nämlich die relative Stereotypik der Darstellung, die Verheimlichung der Urheber der Darsteller, das Buch als abbreviaturartiges Symbol für Wissenschaft sowie das Rollenbündel der Wissenschaftler in und über die Wissenschaft hinaus. Allerdings sind frühneuzeitliche Portraits an der Darstellung des und der Zugehörigkeit zu dem gehobenen Stand interessiert und nicht an der authentischen Wiedergabe der Persönlichkeit. Es wird schon hier »Forschen [...] als ein isolierter, nur auf sich selbst und auf das Denken bezogener Vorgang vorgeführt« und »[z]wischen Spiegelbild und Rollenspiel artikulieren sich in diesen Dozentenbildern auch Wunschvorstellungen der Portraitierten, die sie beim Künstler einbringen konnten« (Dahlenburg 2006: 12). Digital spezifisch sind dagegen Linklisten, die es in reallife nur implizit gibt, einen Kasten mit Visitenkarten haben wir auf jeden Fall noch an keiner Professorentür gesehen. Dies ist ein nicht oft benutztes Werkzeug um das Netzwerk der Freunde, also vielleicht das Paradigma, zu zeigen.

---

<sup>8</sup> In diesem Falle heißt das, man kann seine Bewerbungsunterlagen für einen potentiellen Arbeitgeber zur Verfügung stellen – potentielle Arbeitnehmer informieren sich auf diesem Wege allerdings auch.

## Die Dilemmata der Selbstdarstellung

Jede Wissenschaft, und die Soziologie verstehen wir als solche, bzw. jeder Wissenschaftler und jede Wissenschaftlerin steht bei jeder ihrer Selbstdarstellungen vor dem grundsätzlichen Dilemma, dass man von sich selber schweigen sollte (Kohli 1981 und noch einmal Burkart 2002). Als Wissensform soll wissenschaftliches Wissen ja gerade Geltung jenseits des Urhebers erlangen. Gleichzeitig wird diese normative Forderung des Wissenschaftssystems durch die Heroisierung ihrer früheren Riesen, auf deren Schultern wir heute stehen, konterkariert.<sup>9</sup> Ein erstes Dilemma jeder Selbstdarstellung besteht also darin, dass die eigene Person nicht relevant sein soll, allerdings<sup>10</sup> wichtig ist, und auch die Community dieses Spannungsverhältnis reproduziert. Ein ähnliches Dilemma liegt für die eigene Karriereplanung vor: Man muss bekannt werden im Feld, allerdings im Schatten seiner Taten – damit besteht die unbedingte Notwendigkeit, Texte mit dem eigenen Namen zu verknüpfen. Die Dramen um Erst- oder Hauptautorschaft sind in der Soziologie dabei wohl noch geringer als in anderen Wissenschaften und wiederum spezifisch geregelt, auch dies ist jedoch ein anderes Thema.

Für Soziologieprofessor/-innen gibt es zwei weitere allgemeine dilemmatische Komplexe, die sich aus den Wortbestandteilen ergeben, für sich selbst je wieder eigene Vorträge beinhalten und daher nur kurz umrissen sind: Der Soziologe etwa muss, und noch mal je nach Ausrichtung gebrochen, sich noch immer gleichzeitig als Soziologe erklären und wissenschaftlich Richtiges präsentieren. Dabei steht er unter Banalitäts-, Obskuritäts- und Politisierungsverdacht (zum Beispiel die gängigen Vorurteile gegenüber der Soziologie bei Best 2003: »killing the messenger«). Und darüber hinaus muss die Soziologie davon ausgehen, dass ihre Tätigkeit ihren Objektbereich verändert, sie ist Teil der Gesellschaft, die sie untersucht (hier heißen die Stichwörter doppelte Hermeneutik und Versozialwissenschaftlichung). Die Professorenrolle unterliegt einer systematischen Überforderung (vergleiche Schelsky 1963 und daher nun die weibliche Form): Ihre Trägerin soll exzellente Forschung wie Lehre bieten, sie soll die universitäre und disziplinäre Selbstverwaltung leisten, sie soll als Expertin für jedwede gesellschaftliche Teilbereiche zur Verfügung stehen oder am besten gleich als Unternehmerin, Publizistin, Politikerin etc. öffentlich brillieren. Ebenfalls bleiben andere Funktionsausübungen vom Status der Professorin nicht unbeeindruckt – etwa als Bürgerin, Mutter oder Konsumentin. Und wer von Rolle redet, darf die Notwendigkeit, Rollendistanz darzustellen, und ein »authentisches Selbst« aufblitzen lassen zu müssen, nicht verschweigen. Dies umfasst sowohl die oben angedeutete Forscherpersönlichkeit, deren Pflege Teil der Lösung des wissenschaftlichen Selbstdarstellungsdilemmas ist, als auch den immer notwendigen Kerneffekt von Darstellungen (wiederum Goffman 1969 und 1980). Und auch insgesamt darf nicht übersehen werden, dass sich kulturelle oder gesamtgesellschaftliche Kontexte der Selbstdarstellung ebenfalls ändern – auch dies hier nur als Stichwort genannt und etwa auf Lifelogging verwiesen (Selke 2014). Es darf nun nicht vergessen werden, dass dieses ganze Rollenbündel (klassisch: Dahrendorf 2010) nicht ohne Konflikte auskommt, und die These ist, dass die zunehmende Professionalisierung der Teilbereiche (etwa

---

<sup>9</sup> In der Soziologie sind das die Klassiker, und in diesem Jahr wurden wir ja auch wieder durch eine Vielzahl von Weber- und Habermas-Biographien beglückt.

<sup>10</sup> Wenn man nicht gerade einem sehr strengen Objektivitätsfetisch unterliegt.

beobachtbar bei Forschung und Lehre bei Korte, Späte 2014) diese Konflikte verschärfen. Professorinnen sind als öffentliche Personen schon immer Beobachtung und Ehrerwartungen ausgesetzt, die Professionalisierung verbunden mit den Möglichkeiten des Internets sorgt allerdings dazu noch für einen Zwang zur Transparenz – genau dieses dilemmatische Kampffeld stellen die Webpages, die über ihre Medialität die Komplexität noch steigern, dar – genau deshalb ist die gelingende Selbstdarstellung prekär.

Wir verstehen also Webpages als Lösungen nicht-zu-lösender Probleme. Es wird eine authentische Selbstdarstellung gefordert, eines Selbstes, welches offensichtlich nicht nur der Person gehört. Dieses Selbst soll widersprüchlichen und konfligierenden Erwartungen genügen und gleichzeitig ein individuelles Profil besitzen. Grob lassen sich diese Anforderungen also ordnen in: Funktionsrolle (innerhalb der Universität und Profession), authentisches Selbst (Forscher- wie ganze Persönlichkeit), öffentliche Figur (der politisch-kulturellen Sphäre), Fachvertreter (auch innerhalb der Community), Forscher und weiteren Funktionsrollen (etwa in Wirtschaft, Publizistik, Politik). Hinzu kommt, dass die Neuartigkeit des Mediums Webpage Unsicherheiten hinzufügt, da es noch keine konventionellen oder gar traditionelle Wege gibt, sich darzustellen – von den sich ständig wandelnden technischen Anforderungen ganz zu schweigen: hieran schließt sich die These an, dass informationstechnische Disposition einen Unterschied macht. Die Vorgaben von Universität und Institut stellen hierbei zwar den am klarsten zu identifizierenden Zwang dar, aber auch die größte Entlastung – muss man nur Kategorien füllen, muss man kein Gesamtkunstwerk schaffen und die soziologische Habitustheorie sieht sich bestätigt. Weitere Lösungen können in der strikten Trennung von Rollen liegen, etwa über Pseudonyme, über verschiedene Webpages, über den Verzicht der Selbstdarstellung. Die Trennungslösung bleibt aber unter den Bedingungen des Internets prekär, dieses besitzt die Aporie, dass man gefunden und verknüpft werden soll. Und ein jedes nicht-Nennen auf öffentlicher Selbstdarstellungen setzt sich dem Verdacht des instrumentellen Verschweigens aus. Also bleiben Stilisierung hin zur Professionalisierung der Selbstdarstellung. Man stellt die gesamten Aktivitäten auf der Webpage mit der dazugehörigen Ironie aus. Man stilisiert sich und seine Lösung, was immer auch eine Selbsterklärung beinhaltet. Und man kann den Weg gehen, sich mittels anderer Professioneller, also Werbeagenturen, zu stilisieren.

## Personenwebpages und die *public sociology*

Zunächst zeigt sich die Personenwebpage als ein spezifisches Medium, das insbesondere in seiner formalen Ausgestaltung, den Vorgaben der jeweiligen Universität sowie den Konventionen eines Instituts unterliegt. Dabei bestehen mehr oder weniger Spielräume in der Ausgestaltung, um die Besonderheit der eigenen Arbeit, das spezifische Alleinstellungsmerkmal der eigenen Arbeit zu verdeutlichen. Spätestens hier schneiden sich spezifische Erwartungen an die Soziologie auf einer Bühne der Selbstdarstellung. Die auf ihre Umgebung bezogene Polykontextualität zeichnet sich für die Soziologie aber auch als ein spezifisches Back-up der fachinternen wissenschaftlichen Kommunikation ab: als ein normales Universitätsfach, das sich über die Webpage an ein bestimmtes universitätsinternes Publikum richtet: die Studierenden, Kollegen,

Fachbereiche, Dekanate und Rektorate. Für eine jede öffentliche Soziologie bedeutet dies, dass sie ihre eigenen Beobachter eben nicht steuern kann, was in der Gleichzeitigkeit des Mediums Personenwebpage auf den Punkt gebracht wird. Burawoys (2005) Vierfelderschema der verschiedenen Soziologien ist eben ein analytisches, in der Wirklichkeit sieht sich die Hochschulprofessorin damit konfrontiert, alle Kombinationen beherrschen zu müssen. Personenwebpages machen dabei die verschiedenen Beantwortungen der Anforderungen transparent, aber genau daran wird man auch gemessen. Zum einen durch die Organisation Universität (in Münster beispielsweise wurde die universitätsinterne Forschungsdatenbank, die letztendlich eben auch Leistungskontrolle ist, mit den Personenwebpages verbunden – Rationalitätsgewinn nur noch eine Liste mit Publikationen und Projekten füllen zu müssen, die gleichzeitig eben vergleichbar macht), zum anderen aber eben auch für alle anderen Publika und Bezugfelder gleichzeitig. Es handelt sich hier um die durchaus ambivalente Doppelbewegung von zunehmender Professionalisierung, Leistungskontrolle und Transparenz.

## Literatur

- Alvermann, D., Dahlenburg, B. 2006: Greifswalder Köpfe. Gelehrtenportraits und Lebensbilder des 16.–18. Jahrhunderts aus der pommerschen Landesuniversität. Rostock: Hinstorff.
- Best, J. 2003: Killing the Messenger: The Social Problems of Sociology. *Social Problems*, 50. Jg, Heft 1, 1–13.
- Burawoy, M. 2005: For Public Sociology. *American Sociological Review*, 70 Jg., 4–28.
- Burkart, G. 2002: Über die Unmöglichkeit einer Soziologie der Soziologie oder *De nobis ipsis non silemus*. In G. Burkart, J. Wolf (Hg.), *Lebenszeiten. Erkundungen zur Soziologie der Generationen*. Opladen: Leske + Budrich, 457–478.
- Dahlenburg, B. 2006: Universitäre Ahnengalerien. Die Greifswalder Bildungselite im Portrait. In D. Alvermann, B. Dahlenburg, *Greifswalder Köpfe. Gelehrtenportraits und Lebensbilder des 16.–18. Jahrhunderts aus der pommerschen Landesuniversität*. Rostock: Hinstorff, 7–13.
- Dahrendorf, R. 2010: *Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der sozialen Rolle*. Wiesbaden: VS.
- Kohli, M. 1981: »Von uns selbst schweigen wir«: Wissenschaftsgeschichte aus Lebensgeschichten. In W. Lepenies, W.-H. Krauth (Hg.), *Geschichte der Soziologie: Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*. 4 Bde. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 428–465.
- Korte, J. 2010: Exposé des Dissertationsprojekts »Lebensfremde Soziologen.« Zur Medialisierung der Sozialwissenschaften, [http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/soziologie/personen/korte\\_expose.pdf](http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/soziologie/personen/korte_expose.pdf) (letzter Aufruf 26. Februar 2015).
- Korte, J., Späte, K. 2014: Forschung und Lehre – zur Einheit dieser Differenz. In M. Löw (Hg.), *Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012*. Frankfurt am Main, New York: Campus, CD-Rom.
- Goffman, E. 1969: *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. München: Piper
- Goffman, E. 1980: *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Misoch, S. 2005: *My\_site.de – Webpages als Medien der Selbstdarstellung*. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 6. Jg., Heft 1, 21 Art.
- Neuberger, Ch. 2014: *Social Media in der Wissenschaftsöffentlichkeit. Forschungsstand und Empfehlungen*. In P. Weingart, P. Schulz (Hg.), *Wissen – Nachricht – Sensation. Zur Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien*. Weilerswist: Velbrück, 315–368.

- Renn, J. 2006: Übersetzungsverhältnisse – Perspektiven einer pragmatistischen Gesellschaftstheorie. Weilerswist: Velbrück
- Schelsky, H. 1963: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reform. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Selke, S. 2014: Lifelogging: Wie die digitale Selbstvermessung unsere Gesellschaft verändert. Berlin: Econ.
- Sennett, R. 2005: Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlinverlag.
- Steuerungsgruppe der Pilotstudie Forschungsrating im Auftrag des Wissenschaftsrates 2008: Forschungsleistungen deutscher Universitäten und außeruniversitärer Einrichtungen in der Soziologie. Köln: Wissenschaftsrat.



# Soziologie als ›Marke‹

Kernkompetenz, gesellschaftlicher Nutzen, Vermittlungswege

Jan-Felix Schrape

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Öffentliche Soziologie: Die Soziologie und ihre Publika« – organisiert von Oliver Neun und Stefan Selke*

»Social sciences is simultaneously marginalised and immensely popular in the public domain« (Cassidy 2008: 233): Einerseits wird insbesondere der Soziologie aufgrund ihres »hermetischen Jargon[s]« (Dahrendorf 1996: 31) oft Unverständlichkeit unterstellt, andererseits wird in der massenmedialen Berichterstattung insbesondere in Krisensituationen immer wieder gerne auf soziologische Protagonisten als gesellschaftspolitische Kronzeugen zurückgegriffen (Gibbons et al. 1994). Trotzdem aber scheint inner- wie außerhalb der Disziplin der Eindruck vorzuherrschen, dass die soziologischen Forschungssubstrate von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden: »An kaum einer der großen Debatten der Gegenwart sind Soziologen auffällig beteiligt. [...] Für manche Soziologen bedroht die Bereitschaft, einen durchaus vorhandenen öffentlichen Orientierungsbedarf mit empirisch schwer verifizierbaren Begriffen [...] zu befriedigen, die wissenschaftlichen Standards des Fachs.« (Hartmann 2004: 50; auch: Fleck 2008)

Auf ähnliche Weise diagnostizierte Heinz Bude (2004: 379), dass die Soziologie »wohl nicht um die selbstkritische Erkenntnis herumkommen [wird], dass sie an den beiden zweifellos einflussreichsten Deutungen nach der Auflösung des bipolaren Weltsystems nicht beteiligt war. Gemeint sind Huntingtons These über die Zusammenprall der Kulturen und Fukuyamas über das Ende der Geschichte«. Derartige Beobachtungen finden ihre Ursache vermutlich zum einen darin, dass die Soziologie über keinen exklusiven Beobachtungsgegenstand verfügt, sondern ihr Forschungsfeld kontinuierlich von populärwissenschaftlichen Autoren und anderen Fachbereichen bearbeitet wird (Lichtblau 2010; Damitz 2013). Zum anderen zeichnet sich die Disziplin durch eine zunehmende interne Diversifizierung aus: Nicht einmal ein Soziologe wird spontan all die ›Bindestrichsoziologien‹ oder theoretischen und methodischen Schulen benennen können, die sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet haben.

Positiv gewendet ließe sich eine solche Vielfalt als ein Beispiel für wissenschaftliche Pluralität umschreiben, andererseits wächst mit dieser zunehmenden Fragmentierung jedoch auch die Gefahr, dass die Soziologie ihren gemeinsamen Bezugspunkt verliert (Soeffner 2011: 147). Zugespitzt formuliert: Der soziologische Fachbereich hat in der Eigen- wie in der Fremdbeobachtung ein Identitätsproblem. Und wäre ›die Soziologie‹ ein Unternehmen, wäre wohl schon längst

der Zeitpunkt gekommen, sich an eine der zahlreichen Beratungsfirmen aus dem Markenführungsbereich zu wenden, um die Identität der Soziologie als ›Marke‹ neu zu definieren. Der Wirkungsgrad solcher oft schematischen Konzepte bleibt zu Recht umstritten, auch wenn sich neuere Markenmodelle vermehrt an sozialwissenschaftlichen Einsichten orientieren (zum Beispiel Esch 2008; Malik 2002), und sie lassen sich in der Realität kaum auf eine wissenschaftliche Disziplin anwenden. Vor dem Hintergrund der seit Jahren beklagten Knappheit an Forschungsgeldern erscheint es gleichwohl lohnenswert, sich in einem Gedankenexperiment mit drei Fragen zur Identität der Soziologie als ›Dachmarke‹ zahlreicher Forschungsfelder auseinanderzusetzen: Was ist die Kernkompetenz der Soziologie? Welchen Nutzen bietet die Soziologie der Gesellschaft? Und: Wie lässt sich soziologisches Wissen vermitteln?

Schon mit Blick auf die sehr unterschiedlich zugeschnittenen Einführungen in den Fachbereich muss jeder Anspruch auf Vollständigkeit zwar von vornherein aufgegeben werden, allerdings soll im nachfolgenden Beantwortungsversuch neben dem soziologischen Gründungsvater Auguste Comte mit Niklas Luhmann, Jürgen Habermas, Norbert Elias und Renate Mayntz zumindest ein breites Spektrum an vielzitierten inländischen Stimmen abgedeckt werden.

## Kernkompetenz

Der Begriff ›Marke‹ lässt sich von dem mittelhochdeutschen Wort ›marc‹ (Unterscheidungslinie) bzw. dem französischen ›marque‹ (Kennzeichen) ableiten. Dementsprechend repräsentiert eine Marke in komprimierter Form die Charakteristika und Differenzierungsmerkmale eines Produktes oder Unternehmens. Wird nach den Kennzeichen der Soziologie als ›Dachmarke‹ gefragt, geht es also zunächst darum, herauszufinden, wie sich ihre Kernkompetenzen definieren lassen und welche Lücke sie als spezialisierte Wissenschaft füllt. Diese Lücke aufzuzeigen war schon der Zweck von Auguste Comtes Buch »Entwurf der wissenschaftlichen Arbeiten welche für eine Reorganisation der Gesellschaft notwendig sind«, in dem er sich gegen Versuche wehrte, »die Sozialwissenschaft als Anwendungsgebiet der Mathematik« und soziale Phänomene als »unmittelbare Konsequenz der Physiologie« zu behandeln, da in beiden Fällen »die Schwierigkeit der Deduktion alsbald gar zu groß« würde (Comte 1919: 169). Stattdessen sah er die Zeit für eine »soziale Physik« gekommen, »die auf der unmittelbaren Beobachtung der Erscheinungen bezüglich der kollektiven Entwicklung des Menschengeschlechts beruht«, und der »die vielfachen Epochen [...] wirkliche Experimente« liefern (ebd.: 185).

Dass es der Soziologie mithin von Beginn an nicht nur um Beschreibung, sondern auch um Veränderung ging, macht schon der Titel von Comtes Gründerschrift deutlich. Während dieser aber noch von der Möglichkeit rein positiver Erkenntnis ausging, gab Jürgen Habermas (1973: 244) zu Protokoll, dass er soziologische Analysen ohne normativen Bezug als unlauter empfindet: »Reine Theorie, die aller praktischen Lebensbezüge entbunden [ist], ist Schein. Denn die Akte der Erkenntnis sind in Sinnzusammenhänge eingelassen, die sich in der Lebenspraxis [...] erst konstituieren.« Habermas forderte daher früh, das normative Telos jeder Gesellschaftsanalyse offenzulegen, welches in seinem Fall im »Denken für eine bessere Gesellschaft« (ARD 2009)

besteht und damit nicht zuletzt darin, auf die »Verformungen einer reglementierten, zergliederten, kontrollierten und betreuten Lebenswelt« hinzuweisen (Habermas 1985: 151).

Ein solches Engagement in gesellschaftspolitischen Fragen erschien Norbert Elias (1986: 15) wiederum hinterfragenswert, obwohl auch dieser den Standpunkt vertrat, dass objektive Beschreibungen in der Soziologie unmöglich sind: Menschenwissenschaftler »können nicht aufhören, an den sozialen und politischen Angelegenheiten ihrer Gruppen [...] teilzunehmen«, sie müssten allerdings eine jeweils spezifische Balance zwischen Engagement (›Was bedeutet es für uns?‹) und Distanzierung (›Wie sind diese Ereignisse miteinander verknüpft?‹) finden. Distanzierung bedeutet Elias zufolge aber nicht, einen quasi-objektiven Duktus aufrechtzuerhalten, sondern von den Einzelbeobachtungen auf die übergreifenden Entwicklungen zu schließen, weshalb er sich gegen jede Form der ›Zustandssoziologie‹ wehrte und die kritische Soziologie angesichts ihrer seines Erachtens monokausalen Denkketten zur ›Mythenjagd‹ freigab (Elias 1978: XXVII). Schon die Titel seiner Bücher (zum Beispiel Elias 1978) deuten überdies darauf hin, dass er die Aufgabe der Soziologie nicht in der Analyse tagesaktueller Ereignisse sah, sondern in der »generalisierenden Synthese« (Elias 1988: 5): Es ging ihm darum, die langfristigen Prozesse zu erklären, die sich aus der Verflechtung der Willensakte und Pläne vieler Menschen ergeben, obwohl sie von niemandem so geplant wurden.

Wie Elias wehrte sich auch Niklas Luhmann gegen monokausale Erklärungen und unreflektierte normative Bezüge, um jedoch eine möglichst unbefangene Würdigung der sozialen Wirklichkeit zu erreichen, riet er im Unterschied zur Figurationssoziologie zu einer trennscharfen Differenzierung zwischen den Sinnsphären inner- wie außerhalb der Gesellschaft. In seinem Theorie-Nexus ist die Soziologie Teil des sozialen Sinnsystems der Wissenschaft, das seine Beobachtungen an der Differenz ›wahr/unwahr‹ ausrichtet und so neues Wissen erzeugt (Luhmann 1990), wobei den Sozialwissenschaften keinesfalls ein Beschreibungsprimat zugesprochen werden kann, da Gesellschaft als ein »sich selbst beschreibendes System« gefasst wird. Schon alleine deshalb »kann die Form der Beobachtung nicht Besserwissen oder Kritik sein; denn gerade dafür fehlt es [...] an der Autorität einer ›Metaposition‹.« (Luhmann 1993: 20) Aus seiner Sicht kann die Soziologie daher einzig das Ziel verfolgen, »ein Modell der Gesellschaft in der Gesellschaft« zu schaffen, das »Beobachtungsmöglichkeiten frei[setzt], die nicht an die im Alltag oder in den Funktionssystemen eingeübten Beschränkungen gebunden sind« (ebd.: 24).

Renate Mayntz (1997: 199) wiederum hat die luhmannsche Systemtheorie scharf kritisiert, da sie aus ihrer Sicht »soziale Systeme auf bloße Kommunikationen verkürzt und sie damit ihres realen Substrats und aller faktischen Antriebskräfte beraubt«, spricht aber ihrer Disziplin ähnlich wie Luhmann einen stark eingegrenzten Erklärungsanspruch zu: »Nur Soziales ist der Erklärungsgegenstand der Soziologie, und dieses kann sie auch nur erklären, soweit es durch soziale Faktoren bestimmt wird.« (Mayntz 2006: 5) Entsprechend sieht Mayntz die Hauptaufgabe der Sozialwissenschaften darin, »gesellschaftliche ebenso wie wirtschaftliche Makrophänomene [...] aus dem Zusammenwirken absichtsvoll konstruktiven und steuernden Verhaltens mit ungeplant naturwüchsigen Entwicklungen zu erklären« (Mayntz 2000: 103), wobei »die Notwendigkeit einer Handlungstheorie, die sich mit den Ergebnissen der modernen Biologie auseinandersetzen müsste«, schwindet, »je mehr wir von der Mikrosoziologie zur Makrosoziologie übergehen«, da »sich das Tun und Lassen korporativer Akteure mit Hilfe weniger, axiomatisch gesetzter [...] Standardinteressen erklären« lasse (Mayntz 2006: 15).

Auf den ersten Blick herrscht insofern ein gewisser Dissens zwischen den diskutierten Antworten auf die Frage nach der Kernkompetenz der Soziologie vor. Auch in der Definition des Markenkerns eines Produkts oder Unternehmens herrscht indes oft Uneinigkeit zwischen den internen Stakeholdern. Vor diesem Hintergrund werden allgemein hin zunächst die Berührungspunkte zwischen den unterschiedlichen Positionen herausgearbeitet (Esch, Fischer 2009), welche sich mit Blick auf die skizzierten Grundsätze wie folgt zusammenfassen lassen:

- Soziologie beschäftigt sich mit der Beobachtung mittel- wie langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen jenseits der Tagesaktualität, in denen vielfältige intendierte Prozesse und ungeplante Dynamiken ineinander wirken.
- Rein objektive Analysen sind in der Gesellschaftswissenschaft aufgrund der soziokulturellen Verortung der Disziplin wie auch ihrer Vertreter nicht möglich. Es gilt daher stets, die angelegten Perspektiven offenzulegen und sich deren Kontingenz bewusst zu sein.
- Die Kette der Deduktionen sollte dabei nachvollziehbar bleiben und nicht allzu weit ausgedehnt werden, weshalb es beispielsweise wenig Sinn macht, von der biologischen Organisation des Menschen auf gesellschaftliche Phänomene zu schließen.

Uneinigkeit herrscht hingegen in der Frage, inwieweit die Soziologie den Anspruch verfolgen sollte, die Gesellschaft verändern zu wollen, oder ob sie lediglich neue Beobachtungsmöglichkeiten freisetzen kann.

## Gesellschaftlicher Nutzen

Aus solchen Leitsätzen zur Kern- bzw. Markenkompetenz, die kontinuierlich weiterspezifiziert werden sollten, lassen sich der Marketingtheorie zufolge nachkommend der Markennutzen und die Markentonaltät, die Markenattribute sowie das Markenbild ableiten, welche zusammen eine ausformulierte ›Markenidentität‹ bilden sollen (Esch 2008). Es geht also nicht nur um die Klärung der Frage, was Soziologie sein will, sondern auch darum, welchen Nutzen sie der Gesellschaft bieten möchte, und auch auf diese Frage fanden bereits Auguste Comte und Jürgen Habermas unmissverständliche Antworten: Comte (1919: 196) beschrieb das Ziel seiner Wissenschaft »in dem genauen Begreifen der Reihenfolge des Fortschritts [...] für die Gesamtheit des sozialen Körpers, wie auch für jede einzelne Wissenschaft, jede Kunst, jeden Teil der politischen Organisation« und schrieb ihr die Aufgabe zu, »die Kräfte in Betrieb zu setzen, welche die Gesellschaft auf dem Wege zum neuen System weiterführen« (ebd.: 3). Und Habermas charakterisierte die Soziologie gleichsam als ›angewandte Aufklärung‹ (Treibel 1993: 46), um einer offenen und egalitären Gesellschaft den Weg zu bereiten, indem sie »ohne Anklage und ohne Rechtfertigung zeigt, daß Sekurität um den Preis eines gewachsenen Risikos nicht Sicherheit; Emanzipation um den Preis steigernder Reglementierung nicht Freiheit; Prosperität um den Preis der Verdinglichung des Genusses nicht Überfluß ist [...]« (Habermas 1971: 303).

Das Nutzenversprechen der habermasschen Soziologie liest sich also relativ eindeutig, was wohl auch zu dem Erfolg angrenzender Publikationen in den 1970er Jahren beigetragen hat. Norbert Elias schrieb der Soziologie im Gegensatz dazu zwar keine konkrete Veränderungskraft

zu, aber auch er versprach sich aufgrund ihrer hinterfragenden Beobachtungsweise einen Beitrag zu einer höheren Wirklichkeitskongruenz in der wir-zentrierten Weltsicht und zur Vermeidung gefährlichen Phantasiewissens, wie er am Beispiel des Nationalsozialismus ausführt: »Wie im Fall der Pest entlud sich auch hier die Erregung über zum guten Teil unverstandene gesellschaftliche Nöte und Ängste in Phantasieerklärungen, die sozial schwächere Minderheiten als deren Urheber, als die Schuldigen, abstempelten [...].« (Elias 2006: 32) Soziologie ist qua Elias folglich »ein Unterfangen, bei dem die Hauptaufgabe darin besteht, uns zu helfen, uns in dieser unseren sozialen Welt besser zu orientieren« und »weniger blind zu handeln« (ebd.: 100).

Bei Niklas Luhmann hingegen scheint angesichts seiner Forderung nach einer Soziologie als ›Modell‹ jeder Praxisbezug verloren zu gehen, obgleich laut Spiegel (1971: 204) »die Faszination der Systemtheorie« zunächst darin bestand, dass »Luhmann eine neue pragmatische Einheit von Theorie und Praxis lehrt«. Bei näherer Betrachtung verfolgte Luhmann diesen Anspruch aber auch später noch, z.B. wenn er die Leistung der Wissenschaft daran festmacht, »was sie anderen Teilsystemen der Gesellschaft zu vermitteln vermag« (Luhmann 2005: 375): Nur wenn »dem Aspekt der Anwendungsleistung auch intern Geltung« verschafft werde, sei die »Selbstregulierung der Wissenschaft [...] haltbar«, wobei sich diese Anwendungsorientierung nicht in der »Bereitschaft zur freundlichen Mitteilung« erschöpfen sollte, sondern die Frage nach »einer methodischen und konzeptionellen Integrierbarkeit« impliziere. Ein mögliches Nutzenversprechen seiner Disziplin umriss er wie folgt: »Die Sozialwissenschaften haben [...] umfangreiche Erfahrungen mit Begriffsbildungen. Diese Erfahrungen betreffen empirische Gehalte, operative Tauglichkeit, heuristische Qualitäten oder auch einfach Auflösungs- und Rekombinationsvermögen [...].« (ebd.: 383) Die Soziologie könnte demnach aus Luhmanns Sicht auf unterschiedlichen Entscheidungsfeldern dazu beitragen, die Ausdrucks- und Beschreibungsauflösung zu erhöhen.

Renate Mayntz umschreibt den praktischen Nutzen der Soziologie auf ganz ähnliche Weise, wenn sie notiert, »dass Wissen im Alltagsleben zunächst und vor allem der Sinndeutung, der Interpretation von Ereignissen und der Definition und Umdefinition von Situationen dient« und deshalb »weniger das eine Rolle spielt, was wir etwa an gesicherter empirischer Theorie besitzen, als vielmehr die [...] angebotenen wahrnehmungslenkenden Begriffe« (Mayntz 1980: 315). Kaufmann (2007: 8) leitet daraus ab, dass die »Leistung sozialwissenschaftlichen Wissens für gesellschaftliche Praxis [...] in der Beeinflussung handlungsrelevanter Situationsdefinitionen« liegt, wobei Mayntz selbst darauf hinweist, dass »man das Geschäft erst gar nicht anfangen« sollte, »wenn man darauf versessen ist, dass das, was man vom Kothurn der Wissenschaft herab für richtig erklärt, nun auch von den anderen umgesetzt wird« (zitiert nach IDW 2010).

Die Leistung der Soziologie lässt sich nach Luhmann und Mayntz im Unterschied zu Comte oder Habermas heute also kaum mehr als ›Denken für eine bessere Gesellschaft‹ umschreiben, sondern eher als eine den Blick schärfende Beratung in Entscheidungsprozessen. Nichtsdestotrotz lassen sich folgende Schnittpunkte zwischen den skizzierten Positionen herausstellen, in deren Horizont sich Soziologie durchaus als ›angewandte Aufklärung‹ in ihrem ursprünglichen Wortsinne (›sich über etwas Klarheit verschaffen‹) begreifen lässt:

- Soziologie will vor dem Hintergrund ihres Auflösungs- und Rekombinationsvermögens zu einer tiefschärferen Erfassung sozialer Strukturen und Dynamiken beitragen.

- Dies geschieht durch die differenzierte Analyse von Handlungssituationen bzw. Problemstellungen und deren Einordnung in übergreifende gesellschaftliche Entwicklungszusammenhänge.
- Auf diese Weise sollen politische oder wirtschaftliche Entscheidungsprozesse begleitet sowie allgemein die Orientierung in der sozialen Welt erleichtert werden.

## Vermittlungswege

Nachdem mit der Kernkompetenz und dem gesellschaftlichen Nutzen der Soziologie zwei zentrale Aspekte des verbreitet angewendeten »Markenstewerrads« nach Esch (2008) diskutiert worden sind, soll nun der Frage nachgegangen werden, wie die Soziologie ihre Forschungssubstrate nach außen vermitteln kann, denn auch wenn die wissenschaftliche Publikation »die Definitionsbedingungen eines autopoietischen Elements auf verblüffend genaue Weise« erfüllt (Stichweh 1994: 64), muss jede Wissenschaft ihr Wissen gerade auch aus systemtheoretischer Sicht aktiv weitergeben, um ihre Ausdifferenzierung als Disziplin zu rechtfertigen.

Mit Blick auf das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft ging Niklas Luhmann (1997: 785) davon aus, dass die »Einrichtungen struktureller Kopplung [...] mehr und mehr in der Beratung durch Experten« liegen, die aber nicht einfach vorhandenes Wissen anwenden können, sondern »die in der Wissenschaft noch bestehenden Unsicherheiten in der Kommunikation zurückhalten« und es zugleich vermeiden sollten, »politische Fragen als Wissensfragen vorzuentcheiden«. Da ihre Beratung nicht »Autorität, sondern Unsicherheit« transportiere, bestehe zudem das Problem, dass »Experten wissenschaftlich als unseriös erscheinen und zugleich politisch inspirierte Kontroversen als unterschiedliche Einschätzung wissenschaftlichen Wissens austragen«. Luhmann schlug daher vor, Experten weder als Wissenschaftler noch Politiker anzusehen, sondern »als Schnellstraße für wechselseitige Irritationen« (Luhmann 1997: 786), was sich ebenso auf das Verhältnis der Soziologie zu anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen übertragen ließe.

Auch mit Jürgen Habermas lassen sich beratende Experten als wechselseitige Irritationsstellen fassen, wenn er beispielsweise bezogen auf die Schnittstelle von Wissenschaft und Politik notiert: »Politikberatung hat die Aufgabe, einerseits Forschungsergebnisse aus dem Horizont leitender Interessen, die das Situationsverständnis der Handelnden bestimmen, zu interpretieren, und andererseits Projekte zu bewerten, und solche Programme anzuregen und zu wählen, die den Forschungsprozess in die Richtung praktischer Fragen lenken.« (Habermas 1979: 134) Ähnlich umschreibt Renate Mayntz (2009: 15) die Expertenberatung als Vermittlungsscharnier zwischen Forschung und Praxis, wobei »die organisatorische Trennung zwischen der Produktion und der praktischen Nutzung von Wissen funktional [ist]«, um »grundlegende wissenschaftliche Innovationen« zu ermöglichen und »die epistemische Qualität der Beratungsergebnisse« zu erhalten. Brauchbare Beratung misst Mayntz (ebd.: 7) daran, inwieweit ihre »Informationen, Aussagen und Ratschläge [...] wissenschaftlich fundiert [...] und im Entscheidungsprozess praktisch verwertbar sind«.

Ein Feld der Wissensvermittlung besteht für die Soziologie also neben der Nachwuchsausbildung in der Beratung anderer Funktionssphären – und zwar über Experten, die wissenschaftliche Erkenntnisse auf den praktischen Anwendungsfall zuschneiden und dieses Wissen dann zur Erweiterung der Entscheidungsgrundlagen präsentieren. Auf der anderen Seite will die Soziologie als Orientierungswissenschaft aber auch die breite Öffentlichkeit erreichen, und um diesen Anspruch einzulösen, sollten ihre Forschungssubstrate – zumindest aus einer systemtheoretischen Sicht auf die gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion (Schrabe 2011) – Eingang in die massenmediale Berichterstattung finden, was derzeit zwar nicht mehr so intensiv geschieht wie Ende der 1960er Jahre, aber gemessen an den Archiven von *Spiegel* und *Zeit* auch nicht so selten wie befürchtet: Zwischen 1961 und 2010 fanden die Begriffe ›Soziologie‹ bzw. ›soziologisch‹ in durchschnittlich 25 *Spiegel*- und 50 *Zeit*-Artikeln (Print) pro Jahr Erwähnung; zwischen 2001 und 2014 waren es jährlich im Schnitt 21 gedruckte *Spiegel*-Artikel sowie 28 Texte auf *Spiegel Online* bzw. insgesamt 84 Beiträge in der gedruckten und elektronischen Ausgabe der *Zeit* (eigene Zählungen in den Archiven von *Der Spiegel* und *Die Zeit*).

Differenzierte empirische Betrachtungen zur Präsenz der Sozialwissenschaften in den Massenmedien liegen bislang primär für den angloamerikanischen Raum vor (zum Beispiel Revers 2009; Merton, Wolfe 1995), während in der BRD das Verhältnis von Wissenschaft und Medien eher auf theoretischer Ebene diskutiert (zum Beispiel Weingart 2008) und vordringlich die Mediatisierung der Naturwissenschaften in den Blick genommen wurde (zum Beispiel Schäfer 2008). Aus deren Mitte pflegen einige Protagonisten seit Jahren einen intensiven Kontakt zu den Massenmedien, so beispielsweise der Neurowissenschaftler Manfred Spitzer, der sich darum bemüht, »dass jeder weiß, was die Wissenschaft weiß« (zitiert nach Kerstan, Thadden 2004), und sich als öffentlicher Experte ähnlichen Vorwürfen der oberflächlichen und gerichteten Darstellung stellen muss, wie sie Luhmann für sozialwissenschaftliche Politikberater aufgezeigt hat. Letztlich reduzieren Spitzer (2006), Huntington (1998) oder auch Fukuyama (1992) die Komplexität ihrer Forschungsfelder derart konsequent, dass ihre Thesen in idealer Weise den Selektionskriterien der Massenmedien entsprechen, die angesichts ihrer Aufgabe, kurzfristig eine übergreifende Gegenwartsbeschreibung herzustellen, in der Regel allgemein anschlussfähige Neuigkeiten weiterverbreiten und dementsprechend häufig Quantitäten, Konflikten oder lebensweltlichen Bezügen den Zuschlag geben (Luhmann 1996). Aus Sicht eines Soziologen mögen die dargebotenen Erklärungen verkürzt erscheinen; sie führen jedoch zweifellos neue Beobachtungsweisen in den öffentlichen Aufmerksamkeitsbereich ein. Falls die Soziologie also (auch) eine öffentliche »Reflexionswissenschaft« (Bude 2004: 378) sein will, müsste sie sich verstärkt auf die Selektionskriterien der Massenmedien und ihrer Online-Derivate einlassen, und das hieße vor allen Dingen: Komplexitätsreduktion im Horizont kommunikativer Anschlussfähigkeit.

Der Soziologie stehen aus der angesprochenen Perspektive also vordringlich zwei unmittelbare Wege zur Wissensvermittlung zur Verfügung:

- die sozialwissenschaftliche Beratung von Organisationen und Akteuren in Politik, Wirtschaft oder anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen durch Experten;
- die Adressierung der allgemeinen Öffentlichkeit durch dezidierte Beobachtungsangebote an etablierte Print- und Rundfunkmedien oder vielrezipierte Online-Plattformen.

Daneben existieren weitere Mechanismen der indirekten Vermittlung wie die ›steinbruchartige‹ Weiterverarbeitung einzelner Forschungssubstrate in populärwissenschaftlichen Publikationen oder die selektive Anwendung soziologischer Methoden in der allgemeinen Marktforschung.

## Soziologie als ›Dachmarke‹

Zu Recht wird Markenführung seit jeher als einen äußerst vielschichtiger Prozess beschrieben, in dem die Impulse möglichst vieler Anspruchsgruppen berücksichtigt werden sollten (so bereits Domizlaff 1939). Im diesem Beitrag wurde freilich lediglich eine Auswahl an prominenten soziologischen Stimmen mit einigen Aspekten des ›Markensterrads‹ nach Esch (2008) in Bezug gesetzt, die für die Erarbeitung einer wissenschaftlichen ›Marke‹ elementar erscheinen. Insofern kann die folgende Bestimmung der Identität der Soziologie als ›Dachmarke‹ einer Vielzahl von Forschungsströmungen nur eine Möglichkeit unter vielen bleiben:

- Die Kernkompetenz der Soziologie liegt in der Beobachtung mittel- und langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen, in denen vielfältige Dynamiken ineinander wirken. In der Anwendung unterschiedlicher Perspektiven entstehen Beschreibungsalternativen, welche die Kontingenz eingespielter Betrachtungsweisen vor Augen führen.
- Der gesellschaftliche Nutzen der Soziologie besteht in einer tiefenschärferen Erfassung der sozialen Wirklichkeit bzw. der Erhöhung der Beschreibungsauflösung in Entscheidungsprozessen und damit in der Vermeidung von Phantasiewissen.
- Ihr Wissen kann die Soziologie entweder über beratende Experten vermitteln, die wissenschaftliche Erkenntnisse auf den jeweiligen Anwendungsfall zuschneiden, oder durch die Adressierung der Öffentlichkeit über die Massenmedien bzw. ihre Online-Derivate, was eine begriffliche wie konzeptuelle Komplexitätsreduktion voraussetzt.

Allgemeinhin liefert die Soziologie kaum die schnellsten Antworten auf tagesaktuelle Problemstellungen, sondern überlässt dieses Feld journalistischen Kommentatoren oder Protagonisten aus den jeweiligen Kommunikationssphären. Ausgehend von den hier umrissenen Positionen besteht ihre selbstgestellte Aufgabe vielmehr in der ›distanzierten‹ Beobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen sowie in der Freisetzung neuer Beobachtungsmöglichkeiten, welche die Orientierung in der sozialen Welt erleichtern und verbreitete Beschreibungsmythen konterkarieren. Letztlich lässt sich dieses Ansinnen bereits aus Comtes Gründerschrift herauslesen, auch wenn der Glaube an die uneingeschränkt positive Erkenntnis mittlerweile dem Bewusstsein der Kontingenz aller Beschreibungen gewichen ist.

Verbesserungswürdig erscheint aus Sicht der neueren Markenführung indes die Vermittlung soziologischer Forschungssubstrate gegenüber Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit, denn zur Aufrechterhaltung ihres Forschungsbetriebs bleibt die Soziologie auf öffentliche Gelder bzw. Drittmittel und insofern auf Anerkennung bzw. Anwendungsgeltung angewiesen. In einem Wirtschaftsunternehmen wird ab einem gewissen Grad der Ausdifferenzierung eine Marketing-Abteilung mit der entsprechenden externen Kommunikation betraut. Diese bleibt aus der Sicht interner Spezialisten zwar zumeist unterkomplex, will aber zunächst auch nur initiale Aufmerk-



samkeit für das jeweilige Produkt herstellen, die bestenfalls dazu führt, dass sich die Adressaten aktiv detaillierter informieren. Die Soziologie hingegen kann derzeit zumindest im deutschsprachigen Raum kaum auf eine solche funktionale Ressource zurückgreifen. In den meisten Fällen müssen die einzelnen Wissenschaftler ihr Wissen bei Interesse selbst in eine öffentlichkeitswirksame Sprache übersetzen und die Resultate als ›public sociologists‹ (Burawoys 2005) in ihren Weblogs veröffentlichen bzw. den Massenmedien Beobachtungsangebote machen, was zu ähnlichen Rollenkonflikten führen kann, wie sie Luhmann (1997) für Experten in der Politikberatung diagnostiziert hat, denn allzu massenwirksame Zeitdiagnostiker haben wiederum in der Wissenschaft einen schweren Stand (Osrecki 2011).

Wenn die Soziologie also neben ihren Beratungsleistungen für Organisationen bzw. angrenzende Funktionssphären auch eine öffentliche ›Reflexionswissenschaft‹ sein will, sollte sie ihre übergreifende Öffentlichkeitsarbeit weiter professionalisieren: Dadurch ließen sich nicht nur ihre internen Spezialisten entlasten, sondern auch Synergieeffekte auszunutzen und übertragbare Erfahrungen sammeln, die dabei helfen könnten, den Umgang mit den Massenmedien bzw. der allgemeinen Öffentlichkeit zu effektivieren.

## Literatur

- ARD-Mediathek 2009: Denken für eine bessere Gesellschaft. Jürgen Habermas im Porträt. BR2-Radio-Podcast. <http://bit.ly/18x7eDU> (letzter Aufruf 16. März 2015).
- Bude, H. 2004: Kommentar zu Michael Burawoy: Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie. *Soziale Welt*, 56. Jg., Heft 4, 375–380.
- Burawoy, M. 2005: For Public Sociology. *American Sociological Review*, 70. Jg., Heft 1, 4–28.
- Cassidy, A. 2008: Communicating the social sciences. In M. Bucchi, B. Trench (Hg.), *Handbook of Communication of Science and Technology*. London: Routledge, 225–236.
- Comte, A. 1919 [1822]: Entwurf der wissenschaftlichen Arbeiten welche für eine Reorganisation der Gesellschaft erforderlich sind. Leipzig: Unsema.
- Dahrendorf, R. 1996: Die bunten Vögel wandern weiter. In J. Fritz-Vannahme (Hg.), *Wozu heute noch Soziologie?* Opladen: Westdeutscher Verlag, 31–36.
- Damitz, R. 2013: Soziologie, öffentliche. *Soziologische Revue*, 36. Jg., Heft 3, 251–262.
- Domizlaff, H. 1939: Die Gewinnung des öffentlichen Vertrauens. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt.
- Elias, N. 2006: Was ist Soziologie? Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, N. 1988: Über die Zeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, N. 1986: Engagement und Distanzierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, N. 1978: Über den Prozess der Zivilisation. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Esch, F., Fischer, A. 2009: Markenidentität als Basis für die Gestaltung der internen und externen Kommunikation. In M. Bruhn, F. Esch, T. Langner (Hg.), *Handbuch Kommunikation*. Wiesbaden: Gabler, 379–396.
- Esch, F. 2008: Strategie und Technik der Markenführung. München: Vahlen.
- Fleck, C. 2008: Die Soziologie und ihr Publikum. In S. Sigmund, G. Albert, A. Bienfait (Hg.), *Soziale Konstellation und historische Perspektive*. Wiesbaden: VS, 391–404.
- Fukuyama, F. 1992: Das Ende der Geschichte. München: Kindler.
- Gibbons, M., Limoges, C., Nowotny, H., Schwartzmann, S., Scott, P., Trow, M. 1994: *The New Production of Knowledge*. London: Sage.
- Habermas, J. 1985: Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. 1979: Technik und Wissenschaft als »Ideologie«. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Habermas, J. 1973: Kultur und Kritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. 1971: Theorie und Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hartmann, M. 2004: Lange Narkose, verwirrtes Erwachen. *Die Zeit*, 41/2004, 50.
- Huntington, S. P. 1998: Kampf der Kulturen. München: Goldmann.
- Informationsdienst Wissenschaft (IDW) 2010: Grenzgängerin zwischen Sozialwissenschaft und politischer Praxis. Pressemitteilung. <http://idw-online.de/pages/de/news396689> (letzter Aufruf: 16. März 2015).
- Kaufmann, F. 2007: Was heißt »Anwendung« in den Gesellschaftswissenschaften? Dankrede. [www.schaderstiftung.de/themen/kommunikation-und-kultur/fokus/wissenschafts-praxis-dialog/artikel/was-heisst-anwendung-in-den-gesellschaftswissenschaften/](http://www.schaderstiftung.de/themen/kommunikation-und-kultur/fokus/wissenschafts-praxis-dialog/artikel/was-heisst-anwendung-in-den-gesellschaftswissenschaften/) (letzter Aufruf: 16. März 2015).
- Kerstan, T., Thadden, E. 2004: Wer macht die Schule klug? Interview mit Manfred Spitzer und Elsbeth Stern. *Die Zeit* 28/2004, 28.
- Lichtblau, K. 2010: Die Stellung der Soziologie innerhalb der geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen. *Soziologie*, 39. Jg., Heft 3, 279–285.
- Luhmann, N. 2005: Soziologische Aufklärung 3. Wiesbaden: VS.
- Luhmann, N. 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 1996: Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. 1993: »Was ist der Fall?« und »Was steckt dahinter?«. Bielefeld: StadtBlatt.
- Luhmann, N. 1990: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Malik, F. 2002: Strategie des Managements komplexer Systeme. Bern: Paul Haupt.
- Mayntz, R. 2009: Speaking Truth to Power. *Der moderne Staat*, 2. Jg., Heft 1, 5–16.
- Mayntz, R. 2006: Einladung zum Schattenboxen. *Die Soziologie und die moderne Biologie*. MPIfG Discussion Paper 06/7. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Mayntz, R. 2000: Individuelles Handeln und gesellschaftliche Ereignisse. MPG (Hg.), *Wie entstehen neue Qualitäten in komplexen Systemen?* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 95–104.
- Mayntz, R. 1997: Soziale Dynamik und politische Steuerung. Frankfurt am Main: Campus.
- Mayntz, R. 1980: Soziologisches Wissen und politisches Handeln. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 6. Jg., Heft 3, 309–320.
- Merton, R. K., Wolfe, A. 1995: The Cultural and Social Incorporation of Sociological Knowledge. *The American Sociologist*, 26. Jg., Heft 3, 15–39.
- Osrecki, F. 2011: Die Diagnosegesellschaft. Bielefeld: Transcript.
- Revers, Matthias, 2009: Sociologists in the Press. *American Sociologist*, 40. Jg., Heft 4, 272–288.
- Schäfer, M. 2008: Medialisierung der Wissenschaft? *Zeitschrift für Soziologie*, 37. Jg., Heft 3, 206–225.
- Schrape, J.-F. 2011: Social Media, Massenmedien und gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion. *Berliner Journal für Soziologie*, 21. Jg., Heft 3, 407–429.
- Soeffner, H.-G. 2011: Die Zukunft der Soziologie. *Soziologie*, 40. Jg., Heft 2, 137–150.
- Spiegel (o.V.) 1971: Der Geheimtip. *Der Spiegel* 45/1971, 202–207.
- Spitzer, M. 2006: Vorsicht Bildschirm! Elektronische Medien, Gehirnentwicklung, Gesundheit und Gesellschaft. Stuttgart: Klett.
- Stichweh, R. 1994: Wissenschaft, Universität, Professionen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Treibel, A. 1993: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart. Stuttgart: Leske+Budrich.
- Weingart, P. 2008: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist: Velbrück.

## *Public Sociology?* Nicht mit uns!

Über die disziplinäre Professionalisierung der frühen deutschen Soziologie<sup>1</sup>

Michael Reif

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Öffentliche Soziologie: Die Soziologie und ihre Publika« – organisiert von Oliver Neun und Stefan Selke*

Über *public sociology* wird seit Michael Burawoys Plädoyer für ihre Stärkung diskutiert. Die Soziologie denkt über ihr Selbstverständnis und ihre Rolle in der Öffentlichkeit nach. Diese Diskussionen weisen einen starken Gegenwartsbezug auf. Historische Betrachtungen von *public sociology* als auch von deren Verhältnis zu den anderen Soziologieformen werden bestenfalls skizzenhaft angestellt. Eine genauere Auseinandersetzung mit diesem Verhältnis wäre aber wichtig, gerade weil sich das soziologische Wissen und die Zielgruppen zwischen öffentlicher, *policy* bzw. anwendungsorientierter, professioneller und kritischer Soziologie unterscheiden (Burawoy 2005: 16). Die fehlende Thematisierung ist bemerkenswert, weil es *policy* und *public sociology* nicht geben könnte »without a *professional sociology* that supplies true and tested methods, accumulated bodies of knowledge, orienting questions, and conceptual frameworks.« Und Burawoy (2005: 10)<sup>2</sup> fährt fort, professionelle Soziologie sei »the *sine qua non* of their existence – providing both legitimacy and expertise for policy and public sociology.« Der professionelle Kern konstituiert das Herz der Disziplin.

Die Herausbildung der professionellen Soziologie in Deutschland steht im Zentrum dieses Beitrags. Die von Konflikten im akademischen Feld begleitete universitäre Institutionalisierung gelang der Soziologie im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Diese Konflikte wirkten sich auf das Wissen aus: »Fighting for a place in the academic sun, sociology developed its own specialized knowledge« (Burawoy 2005: 5). Im Folgenden steht ein solcher Konflikt in der Geschichte der frühen deutschen Soziologie im Fokus. Exemplarisch wird eine Debatte am Beginn der Weimarer Zeit beleuchtet, die sich um die Einrichtung soziologischer Lehrstühle und damit verbunden um die Frage nach der Anerkennung der Soziologie als eigenständiger Wissenschaft drehte.

---

<sup>1</sup> Für sehr wertvolle Kommentare zur Überarbeitung einer früheren Fassung danke ich Oliver Römer. Eine Langfassung dieses Beitrags wurde unter dem Titel »Professionelle und öffentliche Soziologie« in der Zeitschrift SOZIOLOGIE, 45. Jg., Heft 1, 2016 abgedruckt.

<sup>2</sup> Die Hervorhebungen in den Zitaten entsprechen grundsätzlich dem jeweiligen Original.

Dabei wird der Frage nachgegangen, weshalb die beteiligten Soziologen sich für professionelle und gegen öffentliche Soziologie ausgesprochen haben, obwohl *public sociology* im weitesten Sinne für die Genese der Soziologie eine wichtige Rolle gespielt hat. Es sei verwiesen auf die Verbindungen zur Sozialreform, zum Kathedersozialismus der Nationalökonomie und dem Verein für Socialpolitik (VfS), zum historischen Materialismus sowie zur Sozialdemokratie. Von dieser »Tradition öffentlicher Soziologie« grenzten sich die Wissenschaftler, die die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) dominierten und deshalb als Elite der Soziologie bezeichnet werden können, aber gerade ab, um Anerkennung im wissenschaftlichen Feld zu generieren (vgl. Evans 2009). Diese Strategie disziplinärer Professionalisierung wurde verfolgt, so die These, um Legitimation im wissenschaftlichen Feld zu erlangen und sich den an die Soziologie gerichteten politischen Erwartungen zu entziehen. Die von Georg Simmel und Max Weber formulierten Konzepte »Einzelwissenschaft« und »Werturteilsfreiheit« waren dabei von zentraler Bedeutung. Diese werden als definitionspolitische Konzepte bezeichnet. Darunter sind Denkfiguren zu verstehen, die zur Bestimmung disziplinärer Grenzen dienen. Sie markieren, was als soziologisch gilt, und werden in den Konflikten um die Grenzen der Soziologie dazu verwendet, andere Positionen auszugrenzen bzw. als nicht-soziologisch zu deklarieren sowie Grenzen zu anderen Wissenschaften zu ziehen (vgl. Borch 2012: 13-14).

Dieser soziologiegeschichtliche Beitrag versucht anhand der Debatte um die Anerkennung der Soziologie zu einem besseren Verständnis der Entwicklung der professionellen Soziologie in der Zwischenkriegszeit beizutragen. Zur geistesgeschichtlichen Kontextualisierung der Entwicklung der Soziologie werde ich im nachstehenden zweiten Abschnitt einige Anmerkungen machen. Dabei wird auf die definitionspolitischen Konzepte eingegangen. Der Kontext kann im gegebenen Rahmen nur grob umrissen werden. Detailliert wird im dritten Abschnitt die Debatte am Anfang der Weimarer Zeit rekonstruiert. Im vierten und letzten Abschnitt wird sie zusammenfassend und mit Bezug zu *public sociology* diskutiert.

## Zum geistesgeschichtlichen Kontext

Ungefähr auf die Mitte des 19. Jahrhunderts kann der Beginn des soziologischen Diskurses datiert werden. Auguste Comte, Karl Marx und Lorenz von Stein sind etwa als Repräsentanten zu nennen. Dieser Diskurs fand überwiegend außerhalb der Universitäten statt, »und zwar in Kontexten des Frühsozialismus und der Arbeiterbewegung.« (Habermas 1992: 32). In Deutschland forderte Robert von Mohl (1851) die Einführung einer »Gesellschafts-Wissenschaft«. Deren wissenschaftliche Existenzberechtigung blieb allerdings lange umstritten (Rehberg 2010: 217-222). Schon aus diesem Grund waren gesellschaftswissenschaftliche Diskussionen nicht allein eine akademische Angelegenheit. Die Verbindungen von Sozialreform und Sozialwissenschaft waren zahlreich. In Deutschland sticht der VfS heraus, in dem Sozialreform und Wissenschaft eng verflochten waren. In der im VfS organisierten Historischen Schule der Nationalökonomie entwickelte sich eine Forschungsperspektive, die man als soziologisch bezeichnen kann. Empirische soziologische Fragestellungen wurden zudem in den Enqueten des VfS bearbeitet (Gorges 1980).

Geistesgeschichtlich stellen besonders die methodologischen Auseinandersetzungen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert den Rahmen der Genese der Soziologie dar. Der Methoden- und der Werturteilsstreit waren wichtig für die Differenzierung der Sozialwissenschaften. Sie markieren den Anfang der Herausbildung des Regimes der sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Stellvertretend stritten Carl Menger und Gustav Schmoller über den Kern der Nationalökonomie. Eine Position dazwischen nahm Weber ein (Hennis 1994). Das im *Objektivitätsaufsatz* (Weber [1904] 1988) formulierte Postulat der Werturteilsfreiheit sollte großen Einfluss auf die Entwicklung und die Debatten in der frühen deutschen Soziologie haben. Es ist als wichtiges definitionspolitisches Konzept zu bezeichnen, das auf Betreiben Webers in der DGS-Satzung festgeschrieben wurde (Tönnies 1921; Käsler 1981; Rammstedt 1988).

Das zweite definitionspolitische Konzept wurde von Simmel im Zeitraum der methodologischen Diskussionen formuliert; daran beteiligt hat er sich nicht. Das Konzept der »Einzelwissenschaft« war wichtig für die Entwicklung der frühen deutschen Soziologie von einer akademischen Strömung zu einer professionellen Wissenschaft im Prozess der universitären Etablierung in der Weimarer Zeit. Es beinhaltete nicht zuletzt die Abgrenzung der Soziologie von bestehenden Disziplinen (Simmel [1894] 1992; Simmel [1908] 1992).

Die definitionspolitischen Konzepte sind Teil der kognitiven Identität der Soziologie. Die Gründung der DGS 1909 war dann der erste Schritt zur Institutionalisierung ihrer sozialen Identität. Simmel und Weber waren Mitglied. Ihre Austritte erfolgten dann auch aufgrund der Diskussionen um die Werturteilsfreiheit, die die DGS bis in die Weimarer Zeit begleiten sollten, und die damit zusammenhängende Frage nach der akademischen Legitimität der Soziologie. Der Streit um dieses methodologische Prinzip wurzelte darin, dass die DGS keine rein akademische Vereinigung war. Es bestanden zahlreiche Verbindungen zwischen DGS-Mitgliedern und Sozialreform (Neef 2012: 182-192).

Die sehr kurze Kontextualisierung hatte zum Ziel auf die für die Entwicklung der professionellen Soziologie wichtigen definitionspolitischen Konzepte hinzuweisen. Auf die Verflechtungen mit der »Tradition öffentlicher Soziologie« konnte nicht näher eingegangen werden. Im Kaiserreich war Soziologie schwach institutionalisiert. Dies änderte sich nach dem Ersten Weltkrieg.

### *For public sociology?* Nicht mit uns! Rekonstruktion einer Debatte

Die Stellung der Soziologie im wissenschaftlichen Feld veränderte sich am Anfang der Weimarer Republik. Verwiesen sei etwa auf die Berufung von Franz Oppenheimer in Frankfurt am Main oder die Gründung des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften in Köln. Dieses Institut und die universitäre Institutionalisierung der Soziologie insgesamt wurden von der Politik gefördert bzw. gefordert.

Die Forderung von soziologischen Lehrstühlen durch Carl Heinrich Becker, Referent für das Hochschulwesen im preußischen Kultusministerium, ist der Auslöser der Debatte. Desweiteren waren folgende Personen beteiligt: Georg von Below, Professor für Wirtschaftsgeschichte, der für die konservativ eingestellte Hochschullehrerschaft sprach, Leopold von Wiese, Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Soziologie in Köln und als einflussreichster akademi-

scher Entrepreneur der Soziologie in der Weimarer Zeit zu bezeichnen, und Ferdinand Tönnies, von 1909 bis 1933 Präsident der DGS. Tönnies beeinflusste durch seine Position die Diskussionen auf den Soziologentagen, die auch von Wiese mitbestimmte. Dieser hatte zudem als Herausgeber der Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, der offiziellen Zeitschrift der DGS, eine einflussreiche Stellung. Beide repräsentieren die Elite der frühen deutschen Soziologie.

### *For public sociology*

Mit Becker hatte die Soziologie einen einflussreichen Fürsprecher in der Ministerialbürokratie. In einer der beiden 1919 verfassten, programmatischen und thematisch breit gefächerten und für die weitere Entwicklung der Hochschulen bedeutende Schriften, den *Gedanken zur Hochschulreform*, forderte er soziologische Lehrstühle:

»Deutschland ist in dieser Wissenschaft ins Hintertreffen geraten. Soziologie entspricht eben nicht dem deutschen Denken, weil sie überhaupt nur aus Synthese besteht. Um so wichtiger ist sie als Erziehungsmittel. Soziologische Lehrstühle sind eine dringende Notwendigkeit für alle Hochschulen. Dabei ist die Soziologie im weitesten Sinne des Wortes gedacht einschließlich der wissenschaftlichen Politik und der Zeitgeschichte. [...] Durch soziologische Betrachtung allein kann auf intellektuellem Gebiet die geistige Gewöhnung geschaffen werden, die dann, auf das ethische Gebiet übertragen, zur politischen Überzeugung wird. So werde die Wissenschaft für uns der Weg vom Individualismus und Partikularismus zum staatsbürgerlichen Charakter.« (Becker 1919: 9).

Becker identifizierte eine intellektuelle Leerstelle, die die Soziologie schließen sollte. In Analogie zu charakteristischen Eigenschaften der deutschen Gesellschaft – Partikularismus und Individualismus – hätten sich die Wissenschaften spezialisiert. Das »Höchstmaß an spezialistischer Tüchtigkeit« (Becker 1919: 2) wiederum hätte die Produktion allgemeiner Ideen nicht gefördert. Zur geistigen Erneuerung wären solche Ideen sowie wissenschaftliche Synthese allerdings nötig. Und weil die Soziologie »überhaupt nur aus Synthese« (Becker 1919: 9) bestehe, könne sie die Leerstelle füllen.

Für Becker ist Soziologie demnach eine Synthese herstellende Wissenschaft, die das Wissen verschiedener Disziplinen zusammenführt. Dies war eine im sozialwissenschaftlichen Feld existierende Auffassung von Soziologie. Einen Konsens, was für eine Wissenschaft sie ist bzw. sein sollte, gab es zu dieser Zeit freilich noch nicht. Einig waren sich die frühen deutschen Soziologen allerdings hinsichtlich der universitären Etablierung. Der größere Teil bezog sich auf das definitionspolitische Konzept der Einzelwissenschaft, worunter man sich aber nicht unbedingt die von Simmel definierte Soziologie vorstellte. Becker hatte jedenfalls konkrete Vorstellungen zur Verbesserung des akademischen Bereichs und zum Beitrag der Soziologie zur Problemlösung im wissenschaftlichen Feld.

Darüber hinaus verband er mit soziologischen Lehrstühlen politische Erwartungen. Soziologie sollte einen Nutzen jenseits der Universität haben. Insbesondere sollte sie zur Lösung der diagnostizierten geistigen und moralischen Krise Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg beitragen. Soziologie sei als »Erziehungsmittel« Teil des angestrebten Neubeginns, da sie verantwortungsbewusste Staatsbürger ausbilden und dadurch zur geistigen und ethischen Erneuerung beitragen würde. Die Universitäten sollten nicht nur auf Forschung ausgerichtet, sondern

ebenso für die »politische Ausbildung« (Becker 1919: 28) zuständig sein. Eine besondere Verantwortung bei der politischen Bildung wird der Soziologie zugeschrieben. Hierin liegt die an sie herangetragene politische Erwartung, die Becker mit dem gesellschaftlichen Neubeginn nach dem Ersten Weltkrieg verknüpfte. Damit wurde die Soziologie allerdings in ein politisch nicht konsensfähiges Licht gerückt. Die »ethische Gesinnung« (Becker 1919: IX) des Sozialismus würde nämlich zur geistigen Erneuerung beitragen. Der Soziologie gestand er dabei eine tragende Rolle zu und rückte sie somit in die Nähe zum Sozialismus – einer gedanklichen Nähe, derer sich die entstehende Wissenschaft nicht zuletzt durch die Betonung des Postulats der Werturteilsfreiheit entziehen wollte. Becker lieferte ihren Gegnern somit die Möglichkeit, Soziologie aufgrund ihrer vermeintlichen Verbreitung sozialistischer Gedanken abzulehnen.

### *Against sociology*

Es überrascht nicht, wenn die Forderung von soziologischen Lehrstühlen mit einem Sozialismuskritik zurückgewiesen wird. Von Below (1920: 9) unterstellte dem preußischen Kultusministerium, das Wort Soziologie gefalle, »weil es an ›sozial‹ und ›sozialistisch‹ anklängt«. Die sozialdemokratische Regierung als Teil der sozialistischen Bewegung würde »größtenteils praktische politische und soziale Ziele« (Below 1920: 19) verfolgen. Durch die Soziologie würde sozialistisches Gedankengut an den Universitäten verankert. Diese Sichtweise hatte er nicht exklusiv. Die Soziologie galt »in konservativen Universitätskreisen als Rammbock der Sozialdemokratie, mit der sie die Pforte der Wissenschaften und des deutschen Geistes sprengen wollte.« (Stöltzing 2006: 9). Von Below kannte sicherlich die Relevanz des Postulats der Werturteilsfreiheit in den Debatten der DGS. Nichtsdestotrotz diskreditierte er die Soziologie als sozialistische Wissenschaft, um ihr die akademische Legitimation ab- und sich gegen die Einrichtung soziologischer Lehrstühle auszusprechen.

Die Unterstützung der Soziologie hatte Becker (1919: 41) ferner damit gerechtfertigt, dass im wissenschaftlichen Bereich »die Regierung ein offeneres Auge für den Wert des Neuen« besitze. Es handelte sich jetzt freilich um eine sozialdemokratische Regierung, die sich in die Angelegenheiten der staatlichen Universitäten einmischte. Und diese wurden von der Professorenschaft als rein akademische Angelegenheiten angesehen, trotz oder gerade wegen der nach Wahlen ins Amt gekommenen »linken« Regierung. Die Einmischung in akademische Fragen kritisierte von Below (1920: 9), zumal die Soziologie Gegenstand einer »Streitfrage, die die Wissenschaft noch keineswegs entschieden hatte«, sei. Es habe sich bisher kein einheitliches Verständnis von Soziologie herausgebildet. Und die Politik würde eine Vorentscheidung in einer akademischen Debatte treffen, die sich um die Frage drehe, »ob Soziologie als eine besondere Wissenschaft anerkannt werden dürfe« (Below 1920: 9). Bei einer universitären Institutionalisierung qua politischer Intervention bliebe allein zu klären, ob Soziologie als Einzelwissenschaft oder synthetisierende Sozialwissenschaft verstanden würde, wobei diese Frage durch die Vorstellung Beckers als vorgezeichnet erschiene.

Von Below sah die Soziologie nicht als benötigte Wissenschaft der Synthese. Schließlich würden selbst »die ernstesten Vertreter einer Wissenschaft der Soziologie sie als Sonderwissenschaft und zwar von analysierendem Charakter auffassen« (Below 1920: 5). Sie lehnten »die Soziologie

als Universalwissenschaft« (Below 1920: 47) bzw. Synthese ab. Diese vermeintliche Unterstützung diene von Below (1920: 5) vorbereitend zur Ablehnung der »Konstruktion der Soziologie als Sonderwissenschaft«. Und wenn »sie nicht als Spezialwissenschaft anerkannt werden kann, [...] dann kann sie überhaupt nicht anerkannt werden.« (Below 1920: 47). Die Ablehnung soziologischer Lehrstühle ist dann die logische Konsequenz.

Soziologie als Einzelwissenschaft sei »überflüssig« (Below 1921: 523), so sein zentrales wissenschaftliches Argument, weil verschiedene Disziplinen »ergiebigere Betrachtungen über die Stellung des einzelnen zur Gemeinschaft« (Below 1920: 20) vorgelegt hätten. Der Gegenstand der Soziologie würde in der romantischen Tradition durch die Vertreter der Geistes- und Kulturwissenschaften analysiert. Sie würden Soziologie betreiben, »als Vertreter vorhandener wissenschaftlicher Disziplinen« (Below 1920: 5). Demzufolge treffe die Feststellung Beckers nicht zu, dass Deutschland »in dieser Wissenschaft ins Hintertreffen geraten« (Below 1920: 27) sei. Die Existenz soziologischer Gegenstände und Fragen negierte er nicht, ihrer wissenschaftlichen Bearbeitung bedürfe es indes nicht der Soziologie. Der Streit könne gelöst werden, indem man die Soziologie »nicht als besonderes ›Fach‹ oder besondere ›Wissenschaft‹ auffaßt, sondern lediglich als Methode oder allenfalls als heuristisches Prinzip.« (Below 1921: 523). Von Below (1921: 513) vertrat die Position, dass Soziologie »nur eine Methode« sei, die in verschiedenen Disziplinen verwendet werden kann. Als methodische Forschungsrichtung würde sie in etablierten Wissenschaften – der Nationalökonomie etwa – ohnehin seit längerem angewendet. Eine eigenständige Soziologie neben den anderen Disziplinen mache keinen Sinn, vielmehr sollten letztere »sich in der soziologischen Methode üben« (Below 1921: 523).

Mit der Entstehung der Historischen Schule der Nationalökonomie, ergänzt um Geographie und Anthropologie, sei darüber hinaus eine »gewisse Vollständigkeit« (Below 1920: 15) der Sozialwissenschaften erreicht, deren Differenzierung abgeschlossen. Für die Soziologie gebe es keinen Platz im disziplinären Regime, zumal eine Wissenschaft zu einem gewissen Grad spezialisiert sein müsse. Als spezialisierte Wissenschaft wäre die Soziologie jedoch eine »Allerweltswissenschaft«, wenn sie »das gesamte Zusammenleben der Menschen zum Gegenstand« hätte (Below 1921: 524). Und konzentrierte sie sich auf »das Zusammenleben der Menschen nur im Hinblick auf ihre ökonomischen Verhältnisse« (Below 1921: 524), so wären Soziologie und Nationalökonomie identisch.

Gegen die Soziologie führte von Below demzufolge ein grundsätzliches Ressentiment an und reihte sich in eine Tradition des Sozialismusvorwurfs als Topos der Antisozilogie ein (Rehberg 2010: 218-227). Daneben traten wissenschaftliche Gründe: Soziologie sei keine Wissenschaft, sondern eine Methode. Außerdem gebe es keinen speziellen Gegenstandsbereich, eine wissenschaftliche Leerstelle würde sie nicht schließen. Von Below negierte also die Wissenschaftlichkeit der Soziologie.

### *For professional sociology*

Wie reagierten von Wiese und Tönnies auf die Forderung nach Lehrstühlen für Soziologie? Und wie auf die damit verbundenen politischen Erwartungen? Wie fiel ihre Reaktion auf die Ablehnung der Soziologie aus? Dass sie sich zurückhaltend an der Vorstellung des Förderers der Sozi-



ologie abarbeiteten, ist nicht überraschend; Becker agierte ja in ihrem Sinne. Sie konzentrierten sich auf die Kritik an der Ablehnung. Dabei wird deutlich, dass sie Soziologie als professionelle Disziplin »reiner« Wissenschaftlichkeit und keinesfalls als *public* oder *policy sociology* vertraten. Am Anfang seines Debattenbeitrags stellte von Wiese (1920: 348) fest, dass es irrelevant sei, dass »ein sozialistisches Regiment die Gesellschaftslehre als Universitätsfach fördert oder hemmt«. Es wird betont, die Frage der Einrichtung soziologischer Lehrstühle wäre eine akademische, die »aus den Verknüpfungen mit der praktischen Politik zu lösen« (Wiese 1920: 347) sei. Er verdeutlichte, dass es ihm um die universitäre Institutionalisierung der Soziologie aufgrund wissenschaftlicher Kriterien ging. Und dass Soziologie nicht zur Ausbildung verantwortungsbewusster Staatsbürger beitragen würde, veranschaulichte Tönnies (1920: 21) eindrucksvoll:

»Objektive leidenschaftslose Betrachtung der Dinge sei die eigentliche geistige Einstellung der akademischen Lehrer wie der Studenten geworden, und eine solche Geistesrichtung sei der Politik und dem öffentlichen Leben nicht günstig – meint Becker ferner. Ich behaupte hingegen, daß diese objektive leidenschaftslose Betrachtung wenigstens auf die sozialen, die politischen und darum auf die historischen Dinge nicht in so durchgeführter und folgerichtiger Weise angewandt worden ist und wird, wie es *wissenschaftliche* Erkenntnis erfordert.«

Mit Bezug auf die dem Postulat der Werturteilsfreiheit inhärente Objektivität sozialwissenschaftlicher Erkenntnis zeigte er den zukünftigen Charakter der universitären Lehre der Soziologie auf. Die Soziologen wendeten sich also gegen die politische Vereinnahmung der Soziologie und die geäußerten Erwartungen bzw. Hoffnungen Beckers, dass sie zur Lösung der gesellschaftlichen Krise beitragen könne.

Gegenüber von Below formulierte von Wiese (1920: 348) die Unabhängigkeit der Soziologie von sozialistischen Ideen schärfer: Die »plumpe Verwechslung von Sozialismus und Soziologie« habe »schon viel Schaden angerichtet«. Er distanzierte sie von sozialistischem Gedankengut und marxistisch orientierter Forschung und wies von Belows (1921: 514) Behauptung zurück, es sei »ja eine bekannte Tatsache, daß Sozialisten unter ›soziologischer‹ Erklärung die nach den Anschauungen des ökonomischen Materialismus, des Marxismus verstehen.« Von Wiese (1920: 354) räumte jedoch ein: »Der seltsame Bund von Geschichtsphilosophie und Soziologie war unnatürlich und verhängnisvoll zugleich.« Dies sei für die vermutete Nähe verantwortlich. Die wissenschaftliche Seriosität der Soziologie wird ferner damit untermauert, dass sie gegen die »materiale Geschichtsphilosophie mit ihrer Interpretationskluft und ihrer Neigung zu Spekulation und Metaphysik« (Wiese 1920: 354) abgrenzt wird. Er stellt fest, dass historischer Materialismus und Soziologie bisweilen in Verbindung miteinander entstanden sind. Umso stärker betont er die Abgrenzung zu dieser politischen und Forschungstradition. Für ihn ist Soziologie eine empirische und exakte Wissenschaft.

Von Wiese zog folglich eine Grenze zwischen Soziologie und historischem Materialismus. Außerdem widersprach er den von politischer Seite an die Soziologie herangetragenen Erwartungen. Soziologie sollte weder öffentliche noch anwendungsorientierte, sondern eine professionelle Wissenschaft sein. Insofern suchte sie sich ihre Zielgruppe im wissenschaftlichen Feld. Diese musste überzeugt werden, dass Soziologie eine professionelle Wissenschaft wie jede andere ist bzw. sein wollte. Dazu musste sie aufzeigen, dass sie Wissen generiert, das bestehende

Wissenschaften wie die Nationalökonomie nicht generieren. Der Status einer Einzelwissenschaft hing nicht zuletzt am spezifischen Gegenstandsbereich.

Die Soziologie wird demnach gegen von Belows Position, sie sei eine Methode, verteidigt. Er habe zwar Recht, dass vorhandene Wissenschaften soziologisch arbeiteten, nichtsdestotrotz sei »eine selbständige Einzelwissenschaft von den Formen der menschlichen Beziehungen notwendig und förderungswert« (Wiese 1920: 350). Die terminologische Übereinstimmung mit Simmels Definition der Soziologie ist offensichtlich. Vertreter anderer Disziplinen könnten soziologischen Problemen nicht ausreichend nachgehen, weil sie sich hauptsächlich ihrer Wissenschaft widmen. Die Soziologie als eigenständige Wissenschaft würde also von Vertretern etablierter Disziplinen vertreten (Wiese 1920: 349). Die Nachbardisziplin bilde den Grundstein des inhaltlichen Wissens des Soziologen, von welchem ausgehend »auf spezifisch soziologische Art« (Wiese 1920: 357) abstrahiert würde. Über den Inhalt hinausgehend würde die Soziologie, definiert als »Wissenschaft von den Begriffen des menschlichen Zusammenlebens, also von dessen möglichen Gestalten und Formen« (Tönnies 1920: 35), die Formen menschlicher Beziehungen analysieren. Analog zu Simmel wird betont, dass es spezifische soziologische Fragen gäbe – vor allem im Bereich theoretischer Reflexion. Diese würden von den auch soziologisch vorgehenden Wissenschaften nicht erforscht, weshalb für die Soziologie Platz im disziplinären Regime wäre.

Damit einher geht die Kritik an von Below, dass die wissenschaftliche Differenzierung abgeschlossen sei. »Wirtschaft« und »Volkswirtschaft« einerseits, »Gesellschaft« andererseits seien Gegenstand begrifflicher Kontroversen in der jeweiligen Wissenschaft. Soziologie und Nationalökonomie stünden beide am Anfang ihrer Entwicklung (Wiese 1920: 366-367). Die Nationalökonomie sei ebenfalls keine klar definierte Wissenschaft und schwierig zu beherrschen, wenn man an den *Grundriß der Sozialökonomik* denke (Tönnies 1920: 34). Dass die soziologische Methode Teil der Nationalökonomie ist, wird also anerkannt. Soziologie und Nationalökonomie werden von Tönnies als prinzipiell gleichrangige Wissenschaften angesehen. Der im wissenschaftlichen Feld mächtigeren Nachbarwissenschaft wurde allerdings signalisiert, dass die Soziologie andere Inhalte erforscht, sie nicht in intellektuelle Konkurrenz mit ihr tritt. Neben die Äußerung, dass Soziologie und Nationalökonomie nicht als feststehende Wissenschaften aufgefasst werden könnten, tritt die inhaltliche Abgrenzung der beiden Wissenschaften. Dass diese Grenzziehung eine thematische Reduktion der Soziologie im Sinne ihrer Entökonomisierung bedeutet, kann hier nicht näher betrachtet werden (vgl. Wagner 1990: 228-229). Nach von Wiese und Tönnies sollte sich die Soziologie nur mit »rein« soziologischen, von den Inhalten abstrahierenden Themen befassen, womit sie Simmels definitionspolitischen Konzept der Einzelwissenschaft folgten.<sup>3</sup> Für die professionelle Soziologie liegt der Platz unter der akademischen Sonne folglich jenseits der soziologisch arbeitenden Wissenschaften mit der Zuständigkeit für den Bereich theoretischer Reflexion.

---

<sup>3</sup> Die Schriften von Tönnies, in denen er seine Konzeption der Soziologie, auch in Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie, vorgelegt hat, sind nicht in der Weimarer Zeit entstanden und wurden kaum in den Diskussionen vertreten. Es scheint, als hätten sie eine untergeordnete Rolle für die Institutionalisierung der Soziologie gespielt.

## Diskussion

Die Rekonstruktion hat Konflikte um die Institutionalisierung der Soziologie aufgezeigt, die über das Ringen um ihre intellektuelle Begründung hinausweisen. Die universitäre Etablierung gelang ihr in der Weimarer Zeit. Maßgebliche Unterstützung bekam sie von staatlicher Seite. Becker förderte die Institutionalisierung, weil er Soziologie für sinnvoll hielt. Seine Erwartung war, dass sie durch die Universitäten und besonders die Lehre zur Überwindung der geistig-moralischen Krise beitragen würde. Diese Zielvorgabe erscheint als zu unkonkret, so dass zu bezweifeln ist, ob er sich für *policy sociology* aussprach (vgl. Burawoy 2005: 9). Der Status einer Universitätswissenschaft hätte der Soziologie außerdem eine gewisse Unabhängigkeit von staatlicher Einflussnahme gesichert, was gegen eine intendierte Anwendungsorientierung spricht.<sup>4</sup> Freilich erwartete er von der Soziologie Lösungsvorschläge für soziale Probleme. Daraus lässt sich schließen, dass Soziologie über das akademische Feld hinaus wirken sollte. Insofern forderte er Soziologie als *public sociology*. Daneben sah Becker ihr »kritisches Potenzial« als synthetisierende Wissenschaft, das heißt quasi als *critical science*.

Differenzen zwischen öffentlicher und professioneller Soziologie scheint Becker nicht gesehen zu haben – aber die Soziologen. Mit Bezug auf das Postulat der Werturteilsfreiheit distanzieren sie sich im Prozess der universitären Institutionalisierung von den politischen Erwartungen sowie von der »Tradition öffentlicher Soziologie«. Dies geschah nicht zuletzt wegen des Widerstands im akademischen Feld. Von Below bemühte den Sozialismusvorwurf, dem die Soziologen vehement widersprachen. Daneben führte er wissenschaftliche Gründe gegen die Soziologie an: Erstens würden bestehende Wissenschaften methodisch soziologisch arbeiten, und zweitens würde es keinen spezifischen Gegenstand der Soziologie geben. Auf diese Ablehnung reagierte die Soziologie mit einer auf die Professionalisierung ausgerichteten und somit die Generierung wissenschaftlicher Legitimation intendierenden Strategie. Die Zielgruppe im akademischen Feld sollte von ihrer Wissenschaftlichkeit überzeugt werden. Der Elite der Soziologie erschien es als irrelevant, dass Becker eine öffentliche Wissenschaft etablieren wollte. *Public sociology* wurde zurückgewiesen. Ihr ging es um den Platz an der akademischen Sonne, das heißt um die Anerkennung als Disziplin. Hierzu musste gezeigt werden, dass Soziologie eine Einzelwissenschaft mit einem Forschungsbereich jenseits bestehender Wissenschaften ist. Es galt die Eigenheit soziologischer Fragen herauszustellen, die nicht von den soziologisch vorgehenden Disziplinen analysiert wurden. Da sich am Anfang des 20. Jahrhunderts die Wissenschaften vor allem anhand ihrer Inhalte unterschieden, ging damit eine thematische Reduktion einher. Von Wiese und Tönnies vertraten die Konzeption der streng wissenschaftlichen und theoretischen Soziologie.<sup>5</sup> Dies kann als Simmels Definition übersteigernder, von Inhalten abstrahierender »soziologischer Reduktionismus« (Wagner 1990: 229) bezeichnet werden. Die definitionspolitischen Konzepte können folglich als wichtige Bestandteile der Strategie disziplinärer Professionalisierung der frühen deutschen Soziologie bezeichnet werden.

<sup>4</sup> Durch pekuniäre Forschungsförderung hätte die Politik die Soziologie mehr beeinflussen können. Die Geschichte der deutschen Soziologie entlang deren Ressourcenausstattung muss noch geschrieben werden.

<sup>5</sup> Die Unterschiede der beiden Soziologen können hier nicht genauer betrachtet werden. Tönnies ([1932] 2012) selber hat sich kritisch mit von Wiese auseinandergesetzt.

Inwiefern dem Nexus von Werturteilsfreiheit und Abstraktion von den Inhalten eine *pure sociology* inhärent ist, das heißt eine »scientific sociology purged of public engagement« (Burawoy 2005: 16), diese sogar von der Elite der Soziologie intendiert gewesen sein könnte, kann abschließend als Frage aufgeworfen werden. Dass sich die Soziologie in der Weimarer Zeit von aktuellen Themen distanzierte und somit die Erwartungen der Politik nicht erfüllte (Neef 2012: 263), ist hierfür ein Indiz. In jedem Fall war die professionelle Soziologie an den Universitäten keine Basis für *public* oder *policy sociology*, hatte sie doch gerade erst Grenzen gezogen und Verbindungen gekappt, um sich einen Platz im Regime der Disziplinen zu sichern.

## Literatur

- Becker, C. H. 1919: Gedanken zur Hochschulreform. Leipzig: Verlag von Quelle & Meyer.
- Below, G. von 1920: Soziologie als Lehrfach. Ein kritischer Beitrag zur Hochschulreform, Um ein Vorwort vermehrter Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch, 43. Jg., Heft 4, 1919. München, Leipzig: Duncker & Humblot.
- Below, G. von 1921: Soziologie und Hochschulreform. Eine Entgegnung. Weltwirtschaftliches Archiv, 16 Jg., Heft 4, 512–527.
- Borch, C. 2012: The Politics of Crowds. An Alternative History of Sociology. Cambridge: Cambridge University Press.
- Burawoy, M. 2005: For Public Sociology. American Sociological Review, 70. Jg., Heft 1, 4–28.
- Evans, M. S. 2009: Defining the public, defining sociology: hybrid public-science relations and boundary-work in early American sociology. Public Understanding of Science, 18. Jg., Heft 1, 5–22.
- Gorges, I. 1980: Sozialforschung in Deutschland 1872–1914. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des Vereins für Socialpolitik. Königstein: Verlag Anton Hain Meisenheim.
- Habermas, J. 1992: Soziologie in der Weimarer Republik. In H. Coing et al. (Hg.), Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 29–53.
- Hennis, W. 1994: »Die volle Nüchternheit des Urteils«. Max Weber zwischen Carl Menger und Gustav von Schmoller. Zum hochschulpolitischen Hintergrund des Wertfreiheitspostulats. In G. Wagner, H. Zipprian (Hg.), Max Webers Wissenschaftslehre. Interpretation und Kritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 105–145.
- Käsler, D. 1981: Der Streit um die Bestimmung der Soziologie auf den deutschen Soziologentagen 1910 bis 1930. In M. R. Lepsius (Hg.), Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23. Opladen: Westdeutscher Verlag, 199–244.
- Mohl, R. von 1851: Gesellschafts-Wissenschaften und Staats-Wissenschaften. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 7. Jg., Heft 1, 3–71.
- Neef, K. 2012: Die Entstehung der Soziologie aus der Sozialreform. Eine Fachgeschichte. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Rammstedt, O. 1988: Wertfreiheit und die Konstitution der Soziologie in Deutschland. Zeitschrift für Soziologie, 17. Jg., Heft 4, 264–271.
- Rehberg, K.-S. 2010: Das Unbehagen an der Soziologie. Antisozilogische Motive und die Etablierung einer akademischen Disziplin. In G. Kneer, S. Moebius (Hg.), Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaft vom Sozialen. Berlin: Suhrkamp, 217–253.
- Simmel, G. [1894] 1992: Das Problem der Sociologie, Georg Simmel Gesamtausgabe, Bd 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Simmel, G. [1908] 1992: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Georg Simmel Gesamtausgabe, Bd 11. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Stölting, E. 2006: Die Soziologie in den hochschulpolitischen Konflikten der Weimarer Republik. In B. Franke/K. Hammerich (Hg.), *Soziologie an deutschen Universitäten: Gestern – heute – morgen*. Wiesbaden: VS, 9–30.
- Tönnies, F. 1920: Hochschulreform und Soziologie. Kritische Anmerkungen über Becker's »Gedanken zur Hochschulreform« und Below's »Soziologie als Lehrfach«, Vermehrter Sonder-Abdruck aus »Weltwirtschaftliches Archiv«, Bd. 16. Jena: Verlag von Gustav Fischer.
- Tönnies, F. 1921: Die deutsche Gesellschaft für Soziologie. Kölner Vierteljahreshefte für Sozialwissenschaften, 1. Jg., Heft 1, 42–46.
- Tönnies, F. [1932] 2012: Mein Verhältnis zur Soziologie. In F. Tönnies, *Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft*. Herausgegeben von Klaus Lichtblau. Wiesbaden: Springer VS, 263–280.
- Wagner, P. 1990: *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Weber, M. [1904] 1988: Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In M. Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 146–214.
- Wiese, L. von 1920: Die Soziologie als Einzelwissenschaft. *Schmollers Jahrbuch*, 44. Jg., Heft 2, 347–367.

Ad-hoc-Gruppe »Politik und recht im Krisenmanagement: Die Rolle der Gerichte«  
– organisiert von Hartmut Aden

# Krisenmanagement unter dem Primat der Verrechtlichung?

Das Bundesverfassungsgericht und die »Eurokrise«<sup>1</sup>

Uwe Kranenpohl

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Politik und recht im Krisenmanagement: Die Rolle der Gerichte«  
– organisiert von Hartmut Aden*

»Die Ausnahmesituation ist die Stunde der Exekutive,  
weil in diesem Augenblick gehandelt werden muss [...].«  
Bundesinnenminister Gerhard Schröder (1960: 7177C)

## »Notstand« im demokratischen Rechtsstaat

Auch wenn »Ausnahmezustand« – wie auch der korrespondierende Begriff »Staatsnotstand« – historisch gesehen zwar ein eher junger Begriff ist, der erst im Vormärz Eingang in die politische Sprache fand (Boldt 1972: 343), ist er schon im 20. Jahrhundert vom vielleicht noch schillernderen Begriff »Krise« abgelöst worden (Boldt 1972: 376; Koselleck 1982). Die Auffassung, wenn die *res publica* bedroht sei, sei gegebenenfalls auch unbegrenzte Machtausübung erforderlich, um eine akute Bedrohungssituation der gesellschaftlichen Ordnung abzuwenden, manifestierte sich aber schon in der Römischen Republik im Institut des »Dictators« (Gizewski 1997). Es ist allerdings auch bemerkenswert, dass in Antike wie Neuzeit trotz der Proklamation, dass Not kein Gebot kenne (Koller 2009), doch das Bedürfnis bestand, den Machtträger in irgendeiner Weise rechtlich zu bestimmen (Boldt 1972: 375). Eine Fortentwicklung kann man im demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland vielleicht daran erkennen, dass der Gesetzgeber Ende der sechziger Jahre den Notstand verfassungsrechtlich zu zähmen suchte (Oberreuter 1978). Man geht wohl nicht falsch, auch diesen Schritt als Aspekt der seit den siebziger Jahren konstatierten Prozesse der »Verrechtlichung« und »Justizialisierung« (Voigt 1980) einzuordnen.

Die Regelungen der bundesrepublikanischen »Notstandsverfassung« treffen Vorkehrungen, um bedeutende Kompetenzverschiebungen zur Exekutivgewalt zu verhindern und eine fort-dauernde Beteiligung des Parlaments – gegebenenfalls in Form des Gemeinsamen Ausschusses nach Artikel 53a GG als »Notparlament« (Hofmann 2004: 1180) – sicherzustellen. Bezeichnenderweise wird auch eine Ausschaltung des Bundesverfassungsgerichts durch Artikel 115g GG im Notstandsfall verhindert (Schmidt-Bleibtreu, Hopfau 2004: 2018). Dieser Linie blieb Karlsruhe

---

<sup>1</sup> Der Beitrag entstand Mitte 2015 und betrachtet daher den Stand der Eurokrise bis zu diesem Zeitpunkt.

auch bei seinen Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets treu und verlangte dafür eine ausdrückliche Zustimmung des Parlaments (BVerfGE 89, 38 – *Somalia*; 90, 286 – *Out-of-area-Einsätze*). Damit entschieden der verfassungsändernde Gesetzgeber – und in der Folge auch das Bundesverfassungsgericht –, dass die Krise fürderhin nicht mehr die »Stunde der Exekutive« sein solle.

Im Folgenden wird dargelegt, wie Karlsruhe diese Linie auch in den Entscheidungen zur »Eurokrise« fortzuschreiben sucht. Dazu wird zunächst der Begriff der »Eurokrise« problematisiert, dann die bisherige Linie der Europarechtsprechung unter dem Aspekt der parlamentarischen Beteiligung betrachtet, die Umsetzung in den Entscheidungen zur »Eurokrise« nachgezeichnet und schließlich eine Bewertung dieser Bemühungen vorgenommen.

## Die »Eurokrise«: Chiffre für ein Krisengeflecht

Bevor betrachtet wird, wie das Bundesverfassungsgericht in der »Eurokrise« agiert, ist zunächst einmal diese Bezeichnung zu hinterfragen. Denn der Begriff suggeriert eine Krise des Außenwertes der gemeinsamen Währung der Euro-Staaten, was aber gerade nicht der Fall ist. So war der nominal effektive Außenwert des Euro gegenüber der EWK-19-Gruppe<sup>2</sup> im Jahresmittel zwischen 2009 und 2014 gerade einmal um ein knappes Zehntel gefallen (Deutsche Bundesbank 2015). Die unzweifelhaft bestehende Krisensituation im Euro-Währungsgebiet gestaltet sich dagegen als »Vielfachkrise« (Sachverständigenrat 2012: 1): Die makroökonomischen Probleme verursachen unter anderem Kreditausfälle bei den Banken, die durch ausbleibende Kreditvergabe ihrerseits die Wirtschaftskrise verstärken. Steuerausfälle und die Notwendigkeit höherer Transfers in Folge der Wirtschaftskrise erhöhen auch den Schuldenstand in den betroffenen Ländern, was seinerseits zu einer verringerten Binnennachfrage führt. Die Staatsschuldenkrise sorgt wiederum für die Abwertung oder den Ausfall der von Banken gezogenen Staatsanleihen, während die erforderliche Bankenrettung ihrerseits die Staatshaushalte zusätzlich belastet. Es handelt sich also um eine Gemengelage aus Bankenkrise, Staatsschuldenkrise und Wirtschaftskrise, die sich gegenseitig bedingen und verstärken (Sachverständigenrat 2012: 1–4).

Ebenso ist auch »Krise« ein schillernder Begriff: »>Krise« kann sowohl, als »chronisch« begriffen, Dauer indizieren, wie einen kürzer- oder längerfristigen Übergang« (Koselleck 1982: 617). Tatsächlich zeigt die »Eurokrise« auch hier beide Gesichter, denn zum einen ist sie Ausdruck struktureller Probleme, zum anderen hat sie Züge einer Entscheidungssituation, bei der wegen »Gefahr im Verzug« unverzüglich gleichsam lebensentscheidende Entscheidungen gefällt werden müssen (Koselleck 1982: 619). Auch wenn die »Eurokrise« somit mehr Chiffre ist, gilt doch auch, dass sie die typischen Züge einer Krisensituation trägt.

---

<sup>2</sup> Die EWK-19-Gruppe umfasst neben den neun EU-Staaten, die nicht am Euro teilnehmen, Norwegen und die Schweiz, die fünf wichtigsten fernöstlichen Währungen sowie den Australischen, Kanadischen und US-Dollar.



## Die bisherige Rechtsprechung zur Parlamentsbeteiligung in der Europapolitik

Die europarechtliche und -politische Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist seit der *Maastricht*-Entscheidung (BVerfGE 89, 155) vor zwei Jahrzehnten von der Frage bestimmt, wie verhindert werden kann, dass die Bundesrepublik im Zuge des Integrationsprozesses nationale Hoheitsrechte in einem Maße an die EU überträgt, dass damit der Kernbestand von Staatlichkeit verloren gehen könnte (Ooyen 2014). Den Schlüssel zur Bewältigung dieser Probleme sieht das Gericht zunächst in einer Formulierung von Kernbereichen nationalstaatlicher Hoheitsrechte, die im Rahmen des Grundgesetzes nicht übertragen werden können, da sonst die »demokratische Selbstgestaltungsfähigkeit eines Verfassungsstaates« verlorengelange (BVerfGE 123, 267 – *Lissabon*). Zum anderen versucht das Gericht einer Aushöhlung deutscher Hoheitsrechte entgegenzutreten, indem es schon in der *Maastricht*-Entscheidung umfassende parlamentarische Mitwirkungsrechte von Bundestag und Bundesrat im Bereich der Europapolitik formuliert und diese in der *Lissabon*-Entscheidung noch verstärkt.

Darüber hinaus hat Karlsruhe in der *Maastricht*-Entscheidung über die grundrechtsgleichen Wahlgrundsätze des Artikels 38 Absatz 1 GG die Möglichkeit eröffnet, Verfassungsbeschwerden gegen die Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU einzulegen. Denn das Wahlrecht garantiert in Verbindung mit dem Demokratieprinzip aus Artikel 20 GG die freie und gleiche Teilhabe an der in Deutschland ausgeübten Staatsgewalt.<sup>3</sup> Insofern sei ausgeschlossen, »die durch die Wahl bewirkte Legitimation und Einflussnahme auf die Ausübung von Staatsgewalt durch die Verlagerung von Aufgaben und Befugnissen des Bundestages so zu entleeren, dass das demokratische Prinzip [...] verletzt wird« (BVerfGE 89, 155). Damit eröffnete sich – da sicher davon auszugehen ist, dass sich ein Beschwerdeführer oder eine Beschwerdeführerin gegen eine (vermeintlich) verfassungswidrige Kompetenzübertragung finden wird – das Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit, den Integrationsprozess auch weiter kritisch zu begleiten.

## Parlamentsbeteiligung in der »Eurokrise«

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht in der Kette der Verfahren zur »Eurokrise« diese Konstruktion explizit beibehalten hat,<sup>4</sup> stellt sich ihm aber das Problem, dass es als Gericht gerade bei der krisenhaften Zuspitzung politischer Entscheidungssituationen immer »zu spät« kommen wird.<sup>5</sup> Umso mehr achten die Richterinnen und Richter aber darauf, dass essentielle Beteiligungsrechte des Parlaments erhalten bleiben. Schon die *Maastricht*-Entscheidung von 1993 pochte darauf, dass Aufgaben und Befugnisse des Bundestages durch Integrationsschritte nicht entleert werden dürften (BVerfGE 89, 155). In der Entscheidung zum *Europäischen Haftbe-*

---

<sup>3</sup> Das Demokratiegebot unterliegt der Ewigkeitsklausel des Artikels 79 Absatz 3 GG und gehört damit zum unantastbaren Kerngehalt der Verfassungsidentität.

<sup>4</sup> Vergleiche BVerfGE 129, 124 – *EFSS*; 131, 195 (234) – *ESM-Anordnung*; 134, 366 (380) – *OMT*; 135, 317 (384 f.) – *ESM*.

<sup>5</sup> Es ist von daher vielleicht auch nicht überraschend, dass Karlsruhe in den bisherigen Verfahren die Entscheidungen im Ergebnis letztlich immer »durchgewunken« hat.

*fehl* verpflichtete das Bundesverfassungsgericht 2005 den Gesetzgeber, die von EU-Richtlinien eröffneten Spielräume in jedem Fall auszunutzen (BVerfGE 113, 273). In der *Lissabon*-Entscheidung wurde 2009 schließlich verfügt, dass die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat bei der weiteren Übertragung von Hoheitsrechten in jedem Fall erforderlich ist – auch wenn keine Vertragsänderung erforderlich ist (BVerfGE 123, 267). In den Entscheidungen zur »Eurokrise« hat das Gericht diese Linie beibehalten.

### BVerfGE 129, 124 – Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Im Zuge der Staatsschuldenkrise einer Reihe von Mitgliedstaaten drohte Griechenland 2010 die Zahlungsunfähigkeit. In dieser Situation beschlossen die EU und die Mitgliedstaaten der Eurozone den »Euro-Rettungsschirm«. Ein Teil des Rettungsschirms war die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) als vorläufiger Stabilisierungsmechanismus. Gegenstand des Verfahrens waren Gesetze, mit denen das Bundesfinanzministerium ermächtigt wurde, Gewährleistungen einerseits von über 22 Milliarden Euro für Kredite an Griechenland, andererseits zur Absicherung von Krediten der EFSF bis knapp 148 Milliarden Euro zu übernehmen. Die Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer führten an, dass der Bundestag damit seine Haushaltshoheit unzulässig abgebe.

Dem stimmte das Bundesverfassungsgericht insoweit zu, als die Übertragung *unbestimmter* haushaltspolitischer Befugnisse verfassungswidrig sei. Damit stellt Karlsruhe das parlamentarische Budgetrecht als unübertragbares Hoheitsrecht heraus (Pehle 2011: 417 f.). Bedeutsame Hilfsmaßnahmen des Bundes müssten daher vom Bundestag im Einzelnen bewilligt werden, wobei diesem aber ein beträchtlicher Einschätzungsspielraum zuzubilligen sei. Konkret verlangte Karlsruhe im Zuge einer verfassungskonformen Auslegung, dass die Bundesregierung vor Übernahme von Gewährleistungen grundsätzlich verpflichtet ist, die vorherige Zustimmung des Haushaltsausschusses einzuholen – und sich nicht lediglich darum bemühen solle, wie dies das Stabilisierungsmechanismusgesetz (StabMechG) ursprünglich vorsah (BVerfGE 129, 124 [185 f.]).<sup>6</sup> Noch am Tag der Urteilsverkündung legte die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP einen entsprechenden Antrag vor (Deutscher Bundestag, Drucksache 17/6945, 07.09.2011), was verdeutlicht, dass entsprechende parlamentarische Sondierungen bereits im Gange waren (Pehle 2011: 419).

### BVerfGE 130, 318 – StabMechG

Diese Anstrengungen gingen aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts aber nicht weit genug, wie sich bereits ein knappes halbes Jahr später zeigte. Am 28. Februar 2012 entschied Karlsruhe über die Frage, ob das StabMechG in seiner – bereits gründlich reformierten – Fassung vom Oktober 2011 die Beteiligung des Bundestages im erforderlichen Maße vorsehe. In einem Organstreitverfahren griffen zwei Bundestagsabgeordnete insbesondere § 3 Absatz 3 StabMechG an, nach dem in Fällen besonderer Eilbedürftigkeit und Vertraulichkeit, das »Sondergremium«

<sup>6</sup> Vgl. zur Tenorierung der verfassungskonformen Auslegung: Kranenpohl 2010: 379–382.

des Haushaltsausschusses zu entscheiden habe. Der Gesetzgeber hatte dabei besonderen Wert darauf gelegt, dass das Gremium möglichst klein sei: »Die Anzahl der zu benennenden Mitglieder ist die kleinstmögliche, bei der jede Fraktion zumindest ein Mitglied bestellen kann und die Mehrheitsverhältnisse gewahrt werden« (§ 3 Absatz 3 Satz 2 StabMechG).<sup>7</sup> Das Bundesverfassungsgericht verwarf diese Regelung.

Zwar erlaube es das parlamentarische Selbstorganisationsrecht, die Funktionsfähigkeit durch Arbeitsteilung sicherzustellen. Dafür kann es sogar geboten sein, Sondergremien einzurichten, wenn etwa aufgrund von Zeitnot kein sachgerechter Plenarbeschluss gefasst werden kann (BVerfGE 130, 318 [359]) und es zu einem Leerlaufen der parlamentarischen Beteiligung kommen könnte.

Begrenzt sei dies allerdings durch die Grundsätze der repräsentativen Demokratie, insbesondere im Abgeordnetenstatus aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 GG. Dadurch ist für jeden Abgeordneten und jede Abgeordnete »die Gleichheit im Status als Vertreter des ganzen Volkes« (BVerfGE 130, 318 [352 f.]) gewährleistet. Generell nimmt der Deutsche Bundestag durch die Mitwirkung *aller* seiner Mitglieder seine Funktionen als das unmittelbare Repräsentationsorgan wahr, denn nur dies stellt das öffentliche Verhandeln und Debattieren, also Kernelemente des vom Grundgesetz vorgesehenen demokratischen Parlamentarismus, sicher. Dies ist vor allem im Bereich des Budgetrechts geboten, bei dem der Bundestag eine gegenüber allen anderen Verfassungsorganen hervorgehobene Stellung einnimmt. Die »Budgetöffentlichkeit« bleibt Grundprinzip der Wahrnehmung seiner haushaltspolitischen Verantwortung – eben auch im »unionalen Bereich«. Es ist Ausdruck der in Artikel 38 GG verankerten »Freiheit und Gleichheit des Mandats«, dass bei Fragen der Übernahme von Bürgschaften und Garantien zur Lösung der Euro- und Staatsschuldenkrise grundsätzlich im Plenum diskutiert werden soll (BVerfGE 130, 318 [342-347]).

Nach Meinung des Gerichts wird mit der Bildung des Sondergremiums aber in nicht verhältnismäßiger Weise in dieses Prinzip der Gleichheit der Abgeordneten eingegriffen. Insbesondere der vorgesehene Automatismus der Eilbedürftigkeit und Vertraulichkeit bei sogenannten »Ansteckungsgefahren« (§ 3 Absatz 3 Satz 3 StabMechG) und die Möglichkeit der Bundesregierung, in allen übrigen Fällen Eilbedürftigkeit und Vertraulichkeit geltend zu machen, schränke das Statusrecht der Abgeordneten zu sehr ein. Die vorgesehene pauschale Regelung werde den erforderlichen Besonderheiten des diese Rechte einschränkenden Einzelfalls nicht gerecht, zumal die Beteiligungsrechte des Plenums nicht ausreichend gesichert seien. (BVerfGE 130, 318 [359-367]).<sup>8</sup>

## BVerfGE 131, 152 – Unterrichtungspflicht

Die parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten stärkte das Bundesverfassungsgericht auch wenige Monate später am 19. Juni 2012. Die Grünen-Fraktion im Bundestag hatte bemängelt,

<sup>7</sup> In der konkreten Situation hatte das Sondergremium neun Mitglieder.

<sup>8</sup> Gelten lassen die Karlsruher Richterinnen und Richter lediglich, dass beim Ankauf von Staatsanleihen durch die EFSF absolute Vertraulichkeit der Beratungen vorliegen müsse, um den Erfolg der Maßnahme nicht zu gefährden (BVerfGE 130, 318 [362f.]).

der Bundestag sei im Zuge der Beratungen um den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den »Euro-Plus-Pakt« nicht in der nach Artikel 23 Absatz 2 GG gebotenen Weise unterrichtet worden. Karlsruhe bestätigte diese Einschätzung. Die Unterrichtungspflicht habe auch für den ESM, der als völkerrechtlicher Vertrag zwischen Mitgliedstaaten der EU ausgestaltet sei, bestanden, da der Passus »Angelegenheiten der Europäischen Union« weit auszulegen sei (BVerfGE 131, 152 [199-202]). Ebenso hat die Unterrichtung so frühzeitig und umfassend zu erfolgen, dass das Parlament in die Lage versetzt wird, sich fundiert mit dem betreffenden Vorgang zu befassen, bevor außenwirksame Erklärungen abgegeben werden (BVerfGE 131, 152 [202-215]). In besonderer Weise betonen die Richterinnen und Richter dabei auch, dass die Unterrichtung ebenso dem Ziel dient, Öffentlichkeit herzustellen: »Entscheidungen von erheblicher rechtlicher oder faktischer Bedeutung für die Spielräume künftiger Gesetzgebung muss grundsätzlich ein Verfahren vorausgehen, das der Öffentlichkeit Gelegenheit bietet, ihre Auffassungen auszubilden und zu vertreten, und das die Volksvertretung dazu anhält, Notwendigkeit und Umfang der zu beschließenden Maßnahmen zu klären« (BVerfGE 131, 152 [205]).

#### BVerfGE 132, 195 – ESM-Anordnung

Bereits wenige Wochen später mussten sich die Karlsruher Richterinnen und Richter erneut mit der »Eurokrise« beschäftigen. Gegen die Einrichtung des ESM hatten zahlreiche Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer Verfassungsbeschwerde eingelegt sowie die Fraktion Die Linke Organklage erhoben. Zugleich suchten sie im Verfahren der Einstweiligen Anordnung die Ratifikation des entsprechenden Vertrages zu verhindern.

Über diesen einstweiligen Rechtsschutz entschied das Bundesverfassungsgericht am 12. September 2012 und betonte dabei nochmals die Haushaltsautonomie des Bundestages sowie das Erfordernis ausreichender Information (BVerfGE 132, 195 [241f.]). Die Ratifikation könne erfolgen, wenn dies auch völkerrechtlich sichergestellt sei. Zugleich betont das Gericht nochmals die prozeduralen Aspekte der parlamentarischen Beratung: »Artikel 79 Absatz 3 GG gewährleistet nicht den unveränderten Bestand des geltenden Rechts, sondern Strukturen und Verfahren, die den demokratischen Prozess offen halten und dabei auch die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Parlaments sichern« (BVerfGE 132, 195 [244]).

#### BVerfGE 135, 317 – ESM

Am 18.03.2014 verkündete das Bundesverfassungsgericht schließlich seine Entscheidung in der Hauptsache zum ESM. Dabei bestätigte es seine bisherige Rechtsprechung und betonte nochmals, dass die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verfassungsorgane verpflichtet seien, diese Einflussmöglichkeiten auch beizubehalten. So müsse, um die Budgethoheit des Bundestags zu wahren, die Vetoposition der deutschen Vertreterin oder des deutschen Vertreters in den ESM-Organen durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden: Einerseits habe die Bundesregierung bei eventuellen Neuaufnahme in den ESM bei den erforderlichen Vertragsverhandlungen darauf hinzuwirken, dass das Stimmgewicht Deutschlands nicht unter die Sperrminorität falle (BVerfGE 135, 317 [411-413]). Andererseits sei dafür Sorge zu tragen, dass die Bundesre-

publik ihre Stimmrechte im ESM nicht verliere. Diese Gefahr bestünde, wenn Deutschland seinen vertraglichen Pflichten, insbesondere erforderlichen Kapitalabrufen, nicht nachkäme. Damit sieht das Gericht den Bundestag nicht nur in der Pflicht, gegebenenfalls Geld im ESM »nachzuschießen«, um die Beteiligungsrechte zu erhalten, sondern verpflichtet den Haushaltsgesetzgeber sogar dazu, eine gewisse Vorsorge für diesen Fall zu treffen (BVerfGE 135, 317 [413-420]).

### »Parlamentarisierung« als Ausweg?

Seit Beginn der »Eurokrise« traf das Bundesverfassungsgericht ein halbes Dutzend Entscheidungen zu diesem Thema.<sup>9</sup> Dabei blieb es zunächst auf der Linie seiner bisherigen Europarechtsprechung und betonte, dass nationale Hoheitsrechte unter dem Grundgesetz nicht unbegrenzt an supranationale Organisationen übertragen werden dürfen. Kernbereiche staatlichen Handelns müssten im Zugriff der von den Bürgerinnen und Bürgern demokratisch gewählten Abgeordneten verbleiben.

Dabei ist das Dilemma des Gerichts bereits eingangs skizziert worden: Zwar macht Karlsruhe durch die Entdeckung des »Grundrechts auf Kompetenzbewahrung des Bundestages« aus Artikel 38 Absatz 1 GG Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführern ein »niedrigschwelliges Angebot« und behält damit Zugriff auf alle relevanten Entwicklungen in der Europapolitik. Doch zeigt sich gerade im Verlauf der »Eurokrise«, dass gerichtliche Verfahren mit den Zeitläuften nur bedingt mithalten können. In dieser Situation haben die Richterinnen und Richter entschieden, mit einer weitgehenden »Parlamentarisierung« der Entscheidungsverfahren gegenzusteuern. Dieser Versuch eines Managements von Krisenentscheidungen stützt sich insbesondere auf die Vorgabe einer essentiellen Beteiligung des Deutschen Bundestages – und hierbei insbesondere auch des Plenums. Dies hat innerparlamentarisch vor allem zwei Effekte:

- Der parlamentarische Prozess setzt die Einhaltung von Fristen voraus. Dies zieht automatisch eine gewisse »Verzögerung« der Krisenentscheidung nach sich. Zwar können die Fristen erheblich verkürzt werden, wenn Konsens der Fraktionen besteht – wie bezeichnenderweise der Entscheidungsprozess zur »Griechenlandhilfe« zeigte (Kranenpohl, Gast 2010). Gewisse Verfahrensschritte und Fristen müssen aber in jedem Fall eingehalten werden.
- Die Notwendigkeit, im Plenum zu verhandeln, verhindert, dass die Entscheidungen in Netzwerken oder »Fachgeschwisterschaften« monopolisiert werden. Zumindest formal muss die Entscheidung durch alle Bundestagsabgeordneten getroffen werden. Damit eröffnet sich aber auch regelmäßig die Option zu einer breiteren fraktionsinternen Diskussion.

Zusätzlich eröffnet das Bundesverfassungsgericht, indem es in besonderer Weise auf die Plenardebatte abzielt, einen weiteren Weg nach Karlsruhe, denn mit Berufung auf sein Recht zur Mitwirkung an der Plenarentscheidung kann jede Bundestagsabgeordnete und jeder Bundes-

---

<sup>9</sup>Neben den erwähnten Entscheidungen ist noch die Anrufung des Europäischen Gerichtshof zur Vorabentscheidung in der Frage der OMTs anzuführen (BVerfGE 134, 366). Die Auffassung Luxemburgs liegt mittlerweile vor (EuGH, C-62/14, 16.06.2015 – *Gauweiler*).

tagsabgeordnete einen Organstreit anstrengen. Zudem sind die mittelbaren Auswirkungen der Karlsruher Vorgaben über den parlamentarischen Bereich hinaus nicht zu vernachlässigen:

- Sie erzwingen insgesamt eine gewisse »Entschleunigung« der Entscheidungsprozesse. So erst eröffnete sich überhaupt eine Chance für eine gesellschaftliche Diskussion über das Für und Wider der diskutierten Krisenentscheidungen. Die gerichtliche Vorgabe, zumindest ein paar Tage im Bundestag zu debattieren, lässt Interessengruppen und Medien, aber auch Parteimitgliedern somit Gelegenheit, sich in diesen Diskurs »einzuklinken«. Schließlich kann auf diese Weise auch fachlicher Expertise Einfluss eröffnet werden.
- Andererseits setzt eine Plenardebatte – insbesondere, wenn sie als Sondersitzung angesetzt wird – viel stärkere mediale Aufmerksamkeitsimpulse als eine Beratung im Fachausschuss. Mit der medialen Berichterstattung steigt aber auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger im Lande das Thema wahrnehmen und sich an der Debatte beteiligen.<sup>10</sup>

Zugleich werden aber auch die Grenzen einer gerichtlichen Überprüfung deutlich. Das Dilemma zeigt sich unverstellt bei der Haushaltsverantwortung des Bundestages. Regelmäßig spricht das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber hier einen beträchtlichen Einschätzungsspielraum zu. Hinsichtlich des Haftungsrisikos entschied Karlsruhe im *EFSS*-Verfahren, das Gericht prüfe nur, ob eine »evidente Überschreitung von äußersten Grenzen« vorliegt. Der Bundestag habe diese Grenzen mit seiner 170-Milliarden-Gewährleistungsermächtigung aber nicht überschritten, denn ein Leerlaufen der finanziellen Belastungsgrenze sei nicht zu vermuten, und es würde kein Automatismus in Gang gesetzt, der das Budgetrecht des Bundestags ad absurdum führe (BVerfGE 129, 124 [182-185]). Dabei zeigt die *ESM*-Entscheidung, dass sich beim Versuch, die Budgethoheit des Parlaments zu wahren, Dilemmata ergeben können. Denn die Vorgabe, die deutsche Vetoposition in den ESM-Organen auf jeden Fall zu erhalten, könnte den Bundestag dazu zwingen, über das eigentlich gewünschte Maß hinaus finanzielle Verpflichtungen zu übernehmen: Sei es, um im Falle von Kapitalabrufen das Stimmrecht nicht zu verlieren, oder sei es im Falle einer Kapitalerhöhung des ESM, um ausreichend viele Stimmrechte zu behalten.

Das Karlsruher Management von Krisenentscheidungen ist damit von zwei zentralen Aspekten geprägt: Einerseits soll durch Verfahrensvorgaben zumindest von den Akteuren selbst induzierter Entscheidungsdruck abgemildert und damit die Chance zu einer breiter fundierten Entscheidung eröffnet werden. Zugleich hat das Gericht damit die Entscheidungsverfahren stärker reglementiert – und auf diese Weise zur Verrechtlichung beigetragen. Allerdings kann das Bundesverfassungsgericht die Bundestagsabgeordneten nicht zum Jagen tragen, denn die bloße Existenz formaler Mitwirkungsmöglichkeiten stellt noch nicht sicher, dass diese auch genutzt werden. Dies ist umso relevanter, da die Europapolitik im Bundestag bislang eher ein Schatten-dasein fristet. Zudem kann bei tatsächlicher Eilbedürftigkeit die Beteiligung des Bundestages immer noch zum bloßen »Nachvollzug« verkommen.

Darum achtet Karlsruhe wohl auch peinlich darauf, vielfältige Klagewege zu öffnen, um auch zukünftig bei europarechtlichen Fragen aktiv sein zu können. Möglicherweise zahlt das Gericht dafür aber einen hohen Preis, wenn es regelmäßig europakritische Positionen insofern auf-

---

<sup>10</sup> Dies ist auch insbesondere wegen der Verfassungsbeschwerde über Artikel 38 Absatz 1 GG wichtig, über die das Bundesverfassungsgericht ebenfalls Zugriff auf die Materie erhält.

nimmt, da ihm damit die Möglichkeit zur Überprüfung europapolitischer Entscheidungen ermöglicht wird, diese sich aber nicht in entsprechenden Entscheidungen niederschlagen. Enttäuschte Erwartungen hinsichtlich der Möglichkeiten des Bundesverfassungsgerichts, die »Eurokrise« mitzugestalten, könnten aber einen Legitimationsverlust nach sich ziehen. Trotzdem erscheint die Zurücknahme des Gerichts in der Sache, angesichts der sehr eingeschränkten Möglichkeiten eines Senats mit acht Richtern und zwei Dutzend Mitarbeitern, für solche Gegenstandsbereiche eine korrekte Sachaufklärung durchführen zu können, doch recht klug (Kranenpohl 2010: 100–103; Landfried 1984: 161–171). Denn selbst das Bundesverfassungsgericht kann wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten nicht außer Kraft setzen...

## Literatur

- Boldt, H. 1972: Ausnahmezustand. *necessitas publica*, Belagerungszustand, Kriegszustand, Staatsnotstand, Staatsnotrecht. In O. Brunner et al. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Band 1. Stuttgart: Klett-Cotta, 343–376.
- Deutsche Bundesbank. 2015: Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro (EWU-19) gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe, [www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen\\_Datenbanken/Makrooekonomische\\_Zeitreihen/its\\_details\\_value\\_node.html?tsId=BBEE1.Q.I8.AAA.XZE012.A.ABAN.M00&listId=www\\_s33r\\_b01013\\_2b](http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/its_details_value_node.html?tsId=BBEE1.Q.I8.AAA.XZE012.A.ABAN.M00&listId=www_s33r_b01013_2b) (letzter Aufruf 20. Juli 2015).
- Di Fabio, U. 2011: Vom Recht, Recht zu sprechen: Die Legitimation des Bundesverfassungsgerichts. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61. Jg., Heft 35–36, 3–7.
- Gizewski, C. 1997: Dictator. In H. Cancik, H. Schneider (Hg.), *Der Neue Pauly. Enzyklopädie der Antike*. Band 3. Stuttgart, Weimar: Metzler, 535 f.
- Hofmann, H. 2004: Art. 53 a, Kommentar zum Grundgesetz. München: Luchterhand, 1179–1187.
- Koller, M. 2009: Not kennt kein Gebot. Entstehung – Verbreitung – Bedeutung eines Rechtsspruchwortes. Münster, Wien: LIT.
- Koselleck, R. 1982: Krise. In O. Brunner et al. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Band 3. Stuttgart: Klett-Cotta, 617–650.
- Kranenpohl, U. 2010: Hinter dem Schleier des Beratungsgeheimnisses. Der Willensbildungs- und Entscheidungsprozess des Bundesverfassungsgerichts. Wiesbaden: VS.
- Kranenpohl, U., Gast, H. 2010: »Enthaltung ist keine Haltung« – oder doch? Anmerkungen zum Stimmverhalten der Sozialdemokraten bei der »Griechenlandhilfe«, [www.regensburger-politikwissenschaftler.de/kommentar\\_kranenpohl.pdf](http://www.regensburger-politikwissenschaftler.de/kommentar_kranenpohl.pdf) (letzter Aufruf 20. Juli 2015).
- Landfried, C. 1984: Bundesverfassungsgericht und Gesetzgeber. Wirkungen der Verfassungsrechtsprechung auf parlamentarische Willensbildung und soziale Realität. Baden-Baden: Nomos.
- Oberreuter, H. 1978: Notstand und Demokratie. Vom monarchischen Obrigkeits- zum demokratischen Rechtsstaat. München: Vögel.
- Ooyen, R. C. van 2014: Die Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und Europa. Von Solange über Maastricht zu Lissabon und Euro-Rettung. Baden-Baden: Nomos.
- Pehle, H. 2011: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Griechenland-Hilfe und zum Euro-Rettungsschirm – ein integrationspolitisches Grundsatzurteil? In *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, 60. Jg., Heft 4, 415–422.
- Sachverständigenrat. 2012: Nach dem EU-Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen nutzen. Sondergutachten gemäß § 6 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates, 05.07.2012. Wiesbaden.

- Schmidt-Bleibtreu, B., Hopfauf, A. 2004: Vorbemerkung vor Art. 115a, Kommentar zum Grundgesetz. München: Luchterhand, 2008–2019.
- Schröder, G. 1960. In Deutscher Bundestag (Hg.), Stenographische Berichte. 3. Wahlperiode. 124. Sitzung, 28.09.1960. Bonn: .
- Voigt, R. (Hg.) 1980: Verrechtlichung. Analysen zu Funktion und Wirkung von Parlamentarisierung, Bürokratisierung und Justizialisierung sozialer, politischer und ökonomischer Prozesse. Königstein im Taunus: Athenäum.



Ad-Hoc-Gruppe »Prekarisierung als Krisendiagnostik – Potenziale, Grenzen und Herausforderungen der aktuellen Prekarisierungsdebatte«  
– organisiert von Christine Wimbauer und Mona Motakef

# Ungleiche Anerkennung?

›Arbeit‘ und ›Liebe‘ im Lebenszusammenhang prekär Beschäftigter

Christine Wimbauer und Mona Motakef

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Prekarisierung als Krisendiagnostik – Potenziale, Grenzen und Herausforderungen der aktuellen Prekarisierungsdebatte«*

Im Zentrum des Beitrages stehen der Wandel von Erwerbsarbeit und dessen Auswirkungen auf das Verhältnis von ›Arbeit‹ und ›Leben‹. Mit der Prekarisierung von Arbeit wird eine Zunahme an unsicheren und nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen diagnostiziert, die bis in die Mittelschicht reicht. Da prekäre Beschäftigung auch als Verlust von sozialer Anerkennung erfahren werden kann, werden Auswirkungen auf den ganzen Lebenszusammenhang vermutet. Die Geschlechterforschung weist darauf hin, dass vor allem Frauen prekär beschäftigt waren und sind. Doch die Ausweitung der Prekarisierung kann auch eine Verunsicherung des Geschlechterverhältnisses bedeuten, wenn vor allem über Erwerbsarbeit sozialisierte Männer ihre Ernährerrolle verlieren (Motakef 2015).

Wir berichten aus einem laufenden DFG-Forschungsprojekt, das am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelt ist und in dem eine anerkennungs- und geschlechtertheoretische Perspektive (Wimbauer 2012) auf prekäre Beschäftigung im Lebenszusammenhang entwickelt wird. Im Zentrum steht die interaktive (Paar-)Praxis der Herstellung von Anerkennung und von (Geschlechter-)Ungleichheiten bei prekär Beschäftigten mit und ohne Paarbeziehung. In Verbindung von Prekarisierungs- und Anerkennungsforschung im Anschluss an Axel Honneth und Judith Butler werden die Ambivalenzen und Wechselwirkungen von prekärer Beschäftigung mit Paar- und Nahbeziehungen (Freundschaften und Familienbeziehungen), dem Haushaltskontext, weiteren Lebensbereichen, mit Geschlechterkonzepten und dem Geschlechterverhältnis untersucht.

Mittels qualitativer Paar- und Einzelinterviews entlang einer rekonstruktiv-intersubjektiven Forschungslogik erforschen wir Anerkennungschancen, das Verhältnis von ›Arbeit‹ und ›Leben‹ / ›Liebe‹ sowie (Geschlechter-)Ungleichheiten bei prekär Beschäftigten: Wofür finden die Einzelnen in der Erwerbssphäre und in Nahbeziehungen Anerkennung, wie nehmen sie dies wahr? Weitert sich Prekarisierung auf den ganzen Lebenszusammenhang und damit auch auf Nah- und Paarbeziehungen aus? Oder können Nahbeziehungen Einschränkungen von Anerkennung in

der Erwerbssphäre mildern? Wie gestaltet sich dies bei Personen ohne Partner/in, die nicht über die Anerkennungsform ›Liebe‹ im Bereich von Paarbeziehungen verfügen? Und (wie) verändern sich Geschlechterleitbilder, Vorstellungen von Männlichkeit und Geschlechterverhältnisse durch prekäre Beschäftigung?

## Literatur

Motakef, M. 2015: Prekarisierung. Bielefeld: transcript.

Wimbauer, C. 2012: Wenn Arbeit Liebe ersetzt. Doppelkarriere-Paare zwischen Anerkennung und Ungleichheit. Frankfurt am Main, New York: Campus.

# Männlichkeit und Prekarisierung

## Anmerkungen zu einer krisenhaften Beziehung

Stephan Trinkaus und Susanne Völker

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Prekarisierung als Krisendiagnostik – Potenziale, Grenzen und Herausforderungen der aktuellen Prekarisierungsdebatte« – organisiert von Christine Wimbauer und Mona Motakef*

Für das Kongressthema *Routinen der Krise – Krise der Routinen* bieten die gegenwärtigen Prekarisierungsprozesse, die die heterogenen Gefüge dessen, was in der Soziologie gemeinhin als ›Gesellschaft‹ bezeichnet wird, durchwirken, breite Anknüpfungen. Prekarisierung übersetzt oder transformiert ›Krise‹ in ›Unsicherheit‹ in jener zweifachen Weise, die auch im Kongresstitel aufgenommen ist: als Herrschaftsmodus *durch* Unsicherheit (Routine der Krise) *und* als Entsicherung und Unbestimmtheit *von* sozialen Regelungen, des ›Sozialen‹ überhaupt (Krise der Routinen). Der zeitdiagnostische Begriff der Prekarisierung akzentuiert damit Ungesichertheiten und Instabilitäten, die zum einen in den aktuellen gesellschaftlichen Transformationen in besonderer Weise in Dienst genommen werden. Politiken institutioneller Deregulierung gehen Hand in Hand mit sozialpolitischen Aktivierungsaufrufen an vermeintlich autonome, über sich selbst verfügende Bürgersubjekte. Prekarisierung bezeichnet zum anderen das Instabil-Werden, das *Erschöpfen* sozialer Institutionen (etwa der Erwerbsarbeit, des fordistischen Geschlechterarrangements). Pierre Bourdieu hat mit Blick auf Wandlungsprozesse im Sozialen Raum schon zur Jahrtausendwende von der Zunahme von »Ungewissheitszonen« gesprochen (Bourdieu 2001: 202); Oliver Marchart (2013) hat in seinen Überlegungen zu einer postfundamentalistischen Theorie der Gesellschaft Kontingenz und Konflikt als zentrale Antriebe jenes ›unmöglichen Objekts‹, das wir Gesellschaft nennen, in den Mittelpunkt gestellt. Die Frage der Kontingenz als Offenheit und als Schwanken zwischen Unbestimmtheit und Bestimmtheit nimmt in Prekarisierungsprozessen zu. So werden vorgängige gesellschaftliche Regulierungen, Regierungsmodi und Routinen – wie sie etwa in fordistisch-keynesianistischen Wirtschafts- und Sozialmodellen bis in die siebziger Jahre hervorgebracht wurden – umgearbeitet, erschöpft, instabil. Sie geraten in die Krise, artikulieren sich in prekären Praktiken, die ihre Eindeutigkeit und Deutbarkeit miteinander verlieren und die in der Soziologie oftmals als krisenhaft gelesen werden.

Ein wesentlicher Modus der Vergesellschaftung und der Vergemeinschaftung, der Regierung und der (Selbst-)Verortung ist die Klassifizierung und Verhältnissetzung qua ›Geschlecht‹, dessen dominanter Part in der Relation vergeschlechtlichter Gegensätze Männlichkeit ist. Wenn nicht nur davon ausgegangen wird, dass Männlichkeit, kapitalistische Herrschaftsverhältnisse und globale, ethnisierte Ungleichheiten historisch kontingent und dennoch ausgesprochen wirksam miteinander verknüpft waren und bis heute sind (vergleiche dazu zuletzt: Aulenbacher, Riegraf, Völker 2015), sondern auch davon, dass eben jene Relationen, die Bourdieu (2005) als *Männliche Herrschaft* charakterisiert hat, von Prekarisierungsdynamiken in Mitleidenschaft gezogen, entsichert und rekonfiguriert werden, wie zeigt sich dies in aktuellen Bezugnahmen auf ›Männlichkeit‹ unter den Bedingungen der Prekarisierung? Welche Konzepte von ›Männlichkeit‹ werden den kritischen Situationen der Uneindeutigkeit entgegengestellt? Sind Praktiken vorstellbar, die sich der stabilen Verortung durch ›Männlichkeit‹ entziehen? Und gibt es vielleicht sogar Stellungnahmen, die andere Perspektiven und Dynamiken zeigen – wie etwa der Überschuss, den der Bezug auf die spezifische Logik der *Sorge* im Hinblick auf die *Männliche Herrschaft* produziert? Wenn es um die Entgegnung und die Bekämpfung von Prekarisierung als politisch initiiertem Entzug von Lebensgrundlagen geht, dann ist dem – so unser Ausgangspunkt – nicht mit einer Erweiterung der Politiken der Immunisierung gegen das Prekäre zu begegnen. Denn dies zielt zum einen auf den Versuch, die transversale Dynamik der Prekarisierung (Marchart 2013: 398) einzudämmen, abzuspalten und zu adressieren an eine vermeintlich verortbare, beherrschbare und in Kauf zunehmende kleine Gruppe der mit dem Makel der Prekarität behafteten Exkludierten. Politiken der Entprekarisierung sind zum anderen häufig mit Vorstellungen von Unabhängigkeit, Autonomie und Abgrenzung/Differenzsetzung verbunden. Denn Grundlage einer solchen Immunisierungspolitik (Lorey 2012) ist die Fiktion des autonomen, ausschließlich sich selbst verpflichteten und über sich und andere/s verfügenden Subjekts, das für die Konstruktionen von Männlichkeiten basal ist. Vielmehr ginge es aus unserer Sicht um eine affirmative Öffnung hin zum Prekären/Ungesicherten/Verletzlichen als grundlegender Dimension von Existieren. Dies zielt auch auf eine affirmative Öffnung hin zum *Prekär-Werden* (vergleiche Trinkaus 2015; Völker 2015), die nichts gemein hat mit der Akzeptanz von politisch motivierten prekarisierten Soziallagen, sondern mit einem Verständnis von gemeinsam, in wechselseitiger Abhängigkeit getragener Verantwortung für das Schaffen von ›Welt‹, bei der die Relationalität von *Sorge* und ›Sorgsamkeit‹ (Aulenbacher et al. 2015) eine entscheidende Rolle spielt. Zur Entfaltung dieser Sichtweise möchten wir zunächst in einer stärker soziologischen Perspektive Differenzsetzungen unter den Bedingungen der Prekarisierung skizzieren, Männlichkeiten als ›Krisenentschärfungen‹ aufgreifen und auf Bewegungen hinweisen, die sich auf den strategischen Ort der *Sorge* beziehen. Daran anschließend wenden wir uns stärker medienkulturwissenschaftlich jenen Dynamiken zu, denen sich Männlichkeit als Institution und Strategie der Ganzheit entgegensetzt: subalterne Prozesse der Fragmentierung, des Prekär-Werdens und der Mikroökologien des Alltäglichen.

## Differenzsetzungen unter den Bedingungen der Prekarisierung

Ausgangspunkt unserer Überlegungen zum Zusammenhang von Prekarisierung und Männlichkeit ist, dass Prekarisierung kein geschlossenes System, keine alles durchdringende Intention ist, sondern eine Entsicherung von Klassifikationen, Institutionen, von ›Routinen‹ – oder besser und weniger handlungstheoretisch enggeführt (Bongaerts 2007: 254 ff): von Gewohnheiten und von Praktiken. Hier zeigen sich sowohl in institutionellen Politiken als auch im alltäglichen Handeln der Akteur/-innen Praktiken der Differenzsetzung und Stabilisierung (also Strategien der Eindämmung und des Beherrschens des Prekären), aber auch des Stattgebens von Unsicherheit und Abhängigkeit. Gerade in der Logik des Alltagshandelns und der Notwendigkeit, soziale Zusammenhänge zu ermöglichen, ist oft nicht eindeutig zu entscheiden, welche Dynamiken – des Ausgrenzens oder des Haltens von Prekärem – angestoßen werden.

Institutionelle Prekaritätspolitikern zeichnen sich aktuell häufig durch spezifische Anrufungen aus, durch eine – mit Judith Butler und Athena Athanasiou (2014: 144) formuliert – »neoliberale Mobilisierung individualisierter Verantwortung«, die individuelle Risiken, Eigennutz, Privatinteresse/Privateigentum, Unabhängigkeit und Unverwundbarkeit zum Kern hat. Prekaritätspolitikern fachen das Verlangen nach Sicherheit, nach Entprekarisierung, nach einem »Rette sich, wer kann« – so die Precarias a la Deriva (2011) – an. Sie produzieren und provozieren die Vervielfältigung von Grenzziehungen. Mit dem Bild des »Schleppnetzes« hat Loïc Wacquant (2013: 300) am Beispiel der US-amerikanischen Gesellschaft Mitte der neunziger Jahre auf diese hochtourige Produktion von vergeschlechtlichten sozialen Randgruppen hingewiesen. In den Maschen des kunstvoll geknüpften sozialpolitischen Fang- und Schleppnetzes verfangen sich Lebensführungen, soziale (Notlagen-)Konstellationen und Praktiken von Menschen aus den unteren Regionen des sozialen Raums jenseits der Mittelklassen. Gruppen der Unwürdigen und Verfemten werden hervorgebracht, dies sind – für Wacquant paradigmatisch – die vergeschlechtlichten Figuren der ›kriminellen männlichen Afroamerikaner‹ und der ›jungen, alleinstehenden Mütter‹. Im hiesigen Kontext ist es wohl die Unterscheidung zwischen Leistungsträger/-innen und Leistungsempfänger/-innen (Winker 2015: 81), die durch Geschlechter-, Migrations-, Erwerbsarbeitsregime dekliniert wird und erwünschte Migrant/-innen und unerwünschte Flüchtlinge (Scherstel 2015), aktive, junge Alte und problematische, angewiesene Hochaltrige (Dyck 2013), Hochbegabte und Leistungsverweigerer/-innen (vergleiche vbw 2007) produziert.

Die Antworten der Akteur/-innen in diesen Prekaritätspolitikern finden *sowohl* als verdichtete Kämpfe um Ein- und Ausschlüsse, als Ringen um die Aufrechterhaltung von Besitzständen, sozialen Positionen und Ansprüchen statt, bei denen Geschlecht, Geschlechtsidentität und insbesondere Männlichkeit häufig eine prominente Rolle spielen. Es zeigen sich aber auch partiale, flüchtige Öffnungen, die sich als Praktiken der Nichtmännlichkeit oder in strategischen Positionierungen – wie etwa dem Vorschlag des Sorgestreiks der Precarias a la Deriva – zeigen.

## Männlichkeiten als ›Krisenentschärfungen‹

Die Ausweitung von gewalthaften, misogynen, häufig rassistischen, trans- und homophoben *Männlichkeitsfundamentalismen* wie sie beispielsweise von den mittelklassedominierten Maskulist/-innen im Netz artikuliert werden, können als intensivierete Produktionen von Männlichkeit zur Krisenentschärfung gelesen werden. Die aggressive Wucht der *Hate-Speech*-Angriffe der nicht nur männlichen Agitatoren gegen Gender- und Queerforscher/-innen und -aktivist/-innen und gegen gleichstellungspolitische Akteur/-innen zeigt eine Gemengelage von Affekten und totalitären Orientierungen. Dass Gender und Queer Studies wissenschaftliche Autorität beanspruchen können und Wissenschaft nicht mehr ausschließlich ›männlich‹ ist, schürt Ängste um Besitzstände und vor dem Verlust eindeutiger Geschlechtlichkeit und männlicher Dominanz. So ist der tobsüchtige Kampf gegen vermeintlich unrechtmäßige Anerkennung und unmäßige Mittelvergaben (an Gender Studies) verbunden mit der Beschwörung allgemeiner – sexueller – Perversion und Unnatur. Es handelt sich hierbei nicht um sogenannte ›traditionelle‹, ewig gestrige Männlichkeitskonzepte, sondern um Stellungnahmen zu aktuellen prekarisierenden Transformationen.

Dies zeigt sich auch in der breiter gefächerten Diskussion über Jungen als ›Bildungsverlierer‹. Und es ist kein Zufall, dass sich in einem Konglomerat von Abstiegsängsten, Furcht vor Uneindeutigkeiten, dem Gefühl der Ohnmacht und des Regiertwerdens, von rechts-konservativer Orientierung und aufschießenden Ressentiments durchaus partiell personelle Überschneidungen (siehe etwa die sogenannten ›besorgten Eltern‹) zwischen Mittelstandskämpfen und reaktionären Mobilisierungen zeigen. Die Debatte um die vermeintliche *Bildungsbenachteiligung von Jungen* meint dabei mitnichten alle ›Jungen‹ gleichermaßen. Die exkludierende Differenzsetzung zwischen ›migrantischen Underdogs‹ und ›wilden Kerlen‹ lässt schulische Bildung zum Schauplatz der Abwehrkämpfe der autochthonen Mittelklassen gegen Prekarisierung und der Herstellung problematischer und respektabler Varianten von Männlichkeit werden. In den Kämpfen um Ein- und Ausschlüsse greifen Diskurse um die Effektivierung von Bildung zwischen Expert/-innen (durchaus auch über die diffamierende Differenzsetzung zwischen leistungswilligen ›Lernern‹ und sich verweigernden ›Leistungsbetrügnern‹, vergleiche vbw 2007: 21), Eltern und Lehrkräften, die in diesen komplexen Konstellation alltäglich handeln und urteilen (müssen), ineinander (vergleiche dazu ausführlich Trinkaus, Völker 2015). Die Krise der gesellschaftlichen Reproduktion gerät über die ›Krise der Männlichkeit‹ zur ›Krise der Jungen in schulischen Bildungsinstitutionen‹. In die Debatte um Jungen als Bildungsverlierer sind dabei zunehmend Ethnisierungen und Kulturalisierungen eingewoben, die auf Auseinandersetzungen zwischen sozial unterschiedlich situierten Milieus um jeweils legitime Ansprüche und ihre Vorstellungen von Männlichkeit hindeuten.

Die mit der Erwerbsarbeit verbundenen gesellschaftlichen Entsicherungsprozesse und die Entflechtung von Arbeit und Männlichkeit werden nicht nur als Ungewiss-Werden der eigenen sozialen Position erlebt, sie treffen auch im Feld schulischer Auseinandersetzungen und der darin verhandelten Geschlechterkonstruktionen auf Resonanz. Schule und Bildung sind insofern Schauplatz und Teil der Diskursformation um die Vervielfältigung sozialer Unsicherheiten. Hier emergieren Abwehrkämpfe der Mitte gegen drohende Prekarisierung und Exklusionsstrategien zur Herstellung problematischer Gruppen über die Hervorbringung unterschiedlicher Varianten von Männlichkeit. In diesen Kämpfen geht es aber weniger um die Abwehr des eigenen sozialen

Abstiegs als um die Angst davor, um die Angst vor einem Brüchig-Werden der Kategorien, denen sich die Stabilität der eigenen Positionierung verdankt. Das ist nicht ganz dasselbe: Bei letzterem geht es nicht nur um die Wahrung eigener Interessen in einem spezifischen sozialen Feld, sondern um die Abwehr einer Unbestimmtheit, die den gesamten kulturellen Kosmos der mittleren Lagen heimzusuchen droht.

## Bewegungen: Der strategische Ort der Sorge

Es zeigen sich aber nicht nur Bemühen um Bestimmtheiten und Eindeutigkeit qua Männlichkeit, die zugleich mit der Vervielfältigung von Differenzsetzungen einhergehen, sondern auch Stellungnahmen, die Männlichkeiten unter den Bedingungen der Prekarisierung gerade *nicht* re-artikulieren, sondern das Verhandlungsfeld wechseln. Als »strategischen Beobachtungspunkt« (Precarias 2011: 58), von dem aus den Prekaritätspolitiken und ihrer Logik der Sicherheit entgegen getreten werden kann, bezeichneten die Madrider Aktivistinnen der Precarias a la Deriva zu Beginn der zweitausender Jahre die *Sorge*, konkreter: das Sorge-Sex-Aufmerksamkeits-Kontinuum feminisierter Arbeit. Der doppelte Ort der Sorge gründet darin, dass die Sorgearbeiten einerseits der Inwertsetzung entlang der Logik globaler, kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse unterliegen und zugleich über die Marktlogik hinausgehen und diese beständig unterlaufen (oder zu entleerten Sorgesurrogaten taylorisierter Pflege verkommen): »[D]ie Rede von der Sorge [bezieht] sich [aber] nicht allein auf konkrete Sorgetätigkeiten [...], sondern auf eine ganze Logik der Sorge (eine Logik, die den menschlichen Bedürfnissen den Vorrang gibt vor den Akkumulationsbekümmernissen des Kapitals)« (Precarias 2011: 126).

Die ‚andere‘ Logik der Sorge verweist auf jene onto-soziale Dimension von prekärem Leben, die mit Judith Butlers Unterscheidung zwischen Phänomenen der *Prekarität* bzw. *Precarity* als einem *politisch* bedingten und zu verantwortenden Zustand der Gefährdung bestimmter Bevölkerungsgruppen (Butler 2010: 32) und dem *Prekären* bzw. *Precariousness* als onto-sozialer Dimension von Leben in die Prekarisierungsdebatte eingebracht wurde. *Precariousness* betont, dass ›unser‹ Leben, unsere Materialität prekär ist, weil wir sozial, auf Andere verwiesen sind, um überleben zu können. Wir leben in Relation mit anderen, wir werden von ihnen (wie Butler schreibt) de-/komponiert und wir sind nicht autonom, sondern existieren im prekären Modus der Enteignung. Das heißt einmal, dass es das grundlegende Prekäre des Lebens nicht jenseits dieser sozialen Relationalität gibt. Diese onto-soziale Verwiesenheit bedeutet aber zum zweiten, und das profilieren queertheoretische Zugänge, einen Perspektivenwechsel und eine affirmative Öffnung hin zum Prekären/Ungesicherten/Verletzlichen als grundlegender Sozialität. Der Erfahrung, dass ‚unser Leben‹ nicht vollständig gesichert sein kann, es verletzbar bleibt, kann in der wechselseitigen Beziehung des/der Sorgenden und des/der Umsorgten Rechnung getragen werden. In ihr findet diese grundlegende Sozialität von Leben einen Widerhall. Unter den Bedingungen umfassender Ökonomisierung wird dies allerdings entnannt, unsichtbar, verborgen hinter der Fiktion des autonomen, männlichen Marktsubjekts, des aktivierten Bürgers und Sorge wird in das Format abgewerteter, vermarktlichter oder privatisierter Sorgearbeit gedrängt. Die Frage der Unsicherheit, oder besser: der Ungesicherheit wird daher nicht in neuen, ›mo-



derneren« Männlichkeits- und Weiblichkeitskonzepten oder in politischen Regulierungen (Vereinbarkeitspolitiken, Kommerzialisierung von Sorgetätigkeiten) der Erwerbsarbeitsgesellschaft gelöst. Die Precarias a la deriva plädieren für einen Sorgestreik, um »die Sorgepraktiken ins Zentrum [zu] rücken und damit eine Ordnung zu unterbrechen, die diese Praktiken beständig unsichtbar macht und negiert« (Precarias 2011: 116) So bestehe der Streik nicht darin: »die Produktion auszusetzen. Vielmehr muss er einen Überschuss produzieren« (Precarias 2011: 127). Eine nicht essentialisierende und nicht vergeschlechtlichte, politische Auffassung von Sorge und Lebensinteressen in den Mittelpunkt zu stellen, hieße zugleich – und das ist der Einsatz der Politisierung von Sorge – die Logik der männlichen, kapitalistischen Erwerbsarbeit anzufechten. Es geht hier um Praktiken prekärer Handlungsmacht in konkreten, alltäglichen Sorgearbeiten, die ‚mikrologisch«, situativ und flüchtig »die Nachhaltigkeit des gemeinschaftlichen Lebens ins Zentrum rücken« und damit – wenn auch nur für einen Moment der Unterbrechung – »die kapitalistische Akkumulationslogik in ihrem Kern herausfordern« (Precarias 2011: 116).

## Nichtmännlichkeit als Prekär-Werden

Der Historiker Dipesh Chakrabarty hat vorgeschlagen, Minderheitengeschichten von subalternen Vergangenheiten zu unterscheiden. Während es bei ersterem darum geht, spezifische Minderheiten in die Geschichte und damit in den modernen Staat zu integrieren, bezeichneten subalterne Vergangenheiten gerade das, was in die Vorstellungen von Kausalität und raumzeitlicher Lokalisierbarkeit des Staates/des Historikers nicht aufgenommen werden kann. Subalterne Vergangenheiten beharren auf dem, was nicht integrierbar ist, ja auf die Nichtintegrierbarkeit selbst:

»Lässt sich ein anderes Moment der subalternen Geschichte vorstellen, in dem wir – dauerhaft und nicht nur aus Gründen der politischen Taktik – beim Fragmentarischen und Episodischen verweilen? *Fragmentarisch* nicht im Sinne von Fragmenten, die sich auf ein Ganzes beziehen, sondern im Sinne von Fragmenten, die nicht nur die Idee einer Ganzheit, sondern auch die Idee eines Bruchstücks in Frage stellen (denn wo es kein Ganzes gibt, wovon sind Fragmente dann Fragmente?).« (Chakrabarty 2010: 107; Hervorhebung im Original)

In der Gramsci-Lektüre, aus der dieses Zitat stammt, bezieht das Chakrabarty erst einmal auf den Staat, es wird aber sehr schnell deutlich, dass es hier um die Idee der Ganzheit als Einheit, als Identität oder Subjekt oder Gesellschaft, also um die Vorstellung, dass sich etwas aus sich selbst, in Unabhängigkeit von Anderem, hervorbringen und selbst erhalten kann, geht: Eine Ganzheit als Homogenität, die sich wiederum aus homogenen Einzelnen zusammensetzt. Das Fragmentarische Chakrabartys wäre geradezu das Gegenteil dieser bezuglosen Ganzheit: Bezug, ohne Teil von etwas, ja ohne Bezug auf etwas zu sein. Es ist kein Ort, keine Position unter anderen Positionen, die gemeinsam einen Raum konstituieren, es ist gewissermaßen nichtlokalisierbar, nicht fixierbar, aber es ist nicht autonom.

Worauf wir hinaus wollen: Wir verstehen Männlichkeit als genau das, was sich diesem Fragmentarischen entgegengesetzt, als das Prinzip der Einheit, der Ganzheit, als souveräne Selbsterzeugung, als Auslöschung, Verwerfung, Unsichtbarmachung des Bezugs, der Abhängigkeit von

Anderen, der Sorge. Männlichkeit und Weiblichkeit sind im Rahmen der Ordnung der *Männlichen Herrschaft* genau diese Aufspaltung von Souveränität und Sorge, Phantasma der Selbsterzeugung bzw. Selbstaufgabe.

Es gibt in diesem Sinne einen begrifflich/klassifikatorischen Zusammenhang von Männlichkeit und Prekarität. Sicher ist Männlichkeit als Phantasma der Souveränität und Unverletzbarkeit dem Prekären entgegengesetzt, aber ganz so wie es nach Deleuze kein Mann- sondern nur ein Frauwerden, kein Majoritär- sondern nur ein Minoritärwerden geben kann, ist der Bezug des Männlichen auf das Werden nur über das Prekäre möglich: Männlichkeit muss immer wieder einer Krise abgerungen werden und ist insofern ständiger Effekt einer abgewehrten Prekarisierung. Von einer Krise des Weiblichen oder der Weiblichkeit zu sprechen macht in dieser Hinsicht ebenso wenig Sinn, wie von einer Prekarisierung des Weiblichen: Weiblichkeit ist (klassifikatorisch) Aufnahme der männlichen Gefährdetheit als Abwehr und Ausschließung der Verletzbarkeit des männlichen Subjekts: das wäre Sorge im Kontext *Männlicher Herrschaft*. Es liegt insofern nahe, dass die Precarias a la deriva als Form des feministischen Widerstands gegen die Prekarisierung den Sorgestreik erfunden haben: Eine Aussetzung der Aufhebung männlicher Prekarität und zwar als Öffnung auf einen Prozess des Werdens, dem das Konzept des Männlichen gewissermaßen entgegengesetzt ist.

Was wir damit sagen wollen ist, dass es vom Männlichen und auch von dem anderen, vielleicht noch enger an Prekarität gebundenen Begriff: der Arbeit, keinen Weg aus dem, was Bourdieu Prekarität als Herrschaftsform, Foucault Neoliberalismus oder Biopolitik und Deleuze Kontrollgesellschaft genannt hat, gibt, der über Restabilisierung, Aufhebung der Prekarität und Wiederherstellung von Sicherheit verlaufen würde. In diesem Sinne sind unseres Erachtens auch Männlichkeit und Arbeit, also genau das, was prekarisiert wird, keine Auswege aus der Prekarisierung sondern Dimensionen ihrer Performanz. Wenn man die Prekarisierung *auch* als Moment eines Prekärwerdens versteht, dann geht es darum, das zu affirmieren, was sich in ihr öffnet, ihre Fluchtlinien, und das wäre unseres Erachtens nicht die Restituierung von Männlichkeit und Arbeit, sondern – ganz im Gegenteil – die Affirmation von Nichtmännlichkeit und Nichtarbeit. (siehe dazu auch Egert et al. 2010)

Luca Di Blasi (2013) hat in seinem Essay *Der weiße Mann* versucht herauszuarbeiten, dass weiße Männlichkeit etwas ist, das sich nicht zu einer Gruppe zusammenschließen, das sich auf keine partikularen Interessen berufen kann, weil es selbst für das Ganze und Universale der Ungerechtigkeit der Herrschaftsordnung unserer Welt einsteht. Er entwickelt daraus das Konzept eines Transpartikularismus. Er sucht also die Potentialität des Männlichen in der Formulierung ihrer Unmöglichkeiten auf: der Unmöglichkeit eines identitätsstiftenden Selbstbezugs, der Unmöglichkeit sich auf sich selbst hin zu integrieren. Was bei Di Blasi aber ein blinder Fleck bleibt – gerade wenn er sich bspw. auf die Neunundneunzigprozentige der Occupy-Bewegung bezieht – ist die soziale Nichtmarkiertheit der Mittelschichten, die so zum konstituierenden Hintergrund seiner Transpartikularismusthese werden: die Mittelschicht als Mitte, als integratives Zentrum des sozialen Raums. Es gibt unseres Erachtens eine tiefe Abhängigkeit zwischen der unmarkierten Souveränität (weißer) Männlichkeit und dem Phantasma einer gesellschaftlichen Mitte als Mittelschicht: *Wo also, so wäre die Frage, liegt die Potentialität des Anders- und Neuerdens einer weißen, männlichen Mittelschichtswelt in den Zeiten ihrer Prekarisierung?*

## Mikroökologien des Alltäglichen

Es kann nicht um die Restituierung von Kohärenz und Totalität des Männlichen gehen, sondern um die Interferenzen, also die nicht völlig vorhersehbaren Prozesse des Anderswerdens, die mit der Prekarisierung einhergehen. Ein Problem der Männlichkeitsforschung nach Connell scheint uns zu sein, dass hier diese Totalität zwar aufgelöst, Männlichkeit aber mitunter wie ein Geschlecht, eine Form unter anderen, behandelt wird: ihre grundlegende Nichtmarkiertheit und Nichtgeschlechtlichkeit also zugleich in Frage gestellt und geleugnet wird. Das ist sicher die Stärke von Di Blasis Essay: In der Rede vom weißen Mann ist Männlichkeit gerade nicht eine Form geschlechtlicher Identität unter anderen, sondern eben auch das, was sich dem Spiel der Differenzen, dem *differential Becoming* (Barad 2007), entgegensetzt. Mehr als um ein Überschreiten des Partikularismus, wie er Di Blasi vorschwebt, geht es uns jedoch um die – mit Donna Haraway gesprochen – *diffraktive Partialisierung* des Männlichen in den »Microspaces of Everday Life« (Ettlinger 2007: 319). Hier ereignet sich die Diffraktion der krisenhaften Totalität des Männlichen (nicht der »Männer«) in unzählige, situierte Alltagspraktiken des dann eben Nicht-mehr-Männlichen. Hier entstehen Mikroökologien, in denen sich Sorge und Prekäres nicht mehr geschlechtlich differenziert gegenüberstehen, sondern neue, nicht immer klar bestimmbare Verbindungen eingehen.

Die amerikanische Literaturwissenschaftlerin Lauren Berlant hat im Zusammenhang ihres Konzepts eines *Cruel Optimism*, also dem Versprechen eines guten Lebens, das darauf hinausläuft, dass dieser Wunsch sich geradezu gegen seine Erfüllbarkeit wendet, ein Phänomen beschrieben, das sie *Impasse* genannt hat. Ein *Impasse* ist eine Situation, die keinen Ausgang hat, die nirgendwo hinführt, in der es also keine Unterscheidung zwischen Aktivität und Passivität gibt, da alles Handeln gleichzeitig Nichthandeln ist. Berlant spricht in diesem Zusammenhang auch von *Impassivity*. Der *Impasse* bezeichnet das Hervortreten des Alltäglichen im Moment seiner Krisenhaftigkeit:

»Instead of the vision of the everyday organized by capitalism that we find in Lefebvre and de Certeau, among others, I am interested in the overwhelming ordinary that is disorganized by it, and by many other forces besides. [...] This ordinary is an intersecting space where many forces and histories circulate and become ›ready to hand‹ in the ordinary, [...] as Stanley Cavell would put it, for inventing new rhythms that could, at any time, congeal into norms, forms, and institutions.« (Berlant 2011: 9 f.)

Wenn das Alltägliche sich aus eben den Mikropraktiken zusammensetzt, die unserer Wahrnehmung entkommen, wie Maurice Blanchot (1993) sagt, und die erst in den prekären Konstellationen der Krise in ihrer Vielstimmigkeit und Unabschließbarkeit erfahrbar werden, dann gilt es unseres Erachtens genau diese Momente zu affirmieren. Hier erfährt sich kein männliches, der Welt gegenüberstehendes Subjekt, sondern eine unauflösliche, nichtfixierbare Verwiesenheit von Autonomie und Abhängigkeit. Das wäre eine Erfahrung, in der wir – welchen Geschlechts auch immer – aufhören männlich zu sein und beginnen nichtmännlich zu werden. Eine Praxis, die sich gewissermaßen selbst, die ihre eigene Unbestimmtheit hält. In anderem Zusammenhang hat Isabell Stengers (2005) von einer *Ecology of Practices* gesprochen und sich dabei auf ein Konzept von Deleuze bezogen.

»An ecology of practices may be an instance of what Gilles Deleuze called ›thinking par le milieu‹, using the French double meaning of milieu, both the middle and the surroundings or habitat. ›Through the middle‹ would mean without grounding definitions or an ideal horizon. ›With the surroundings‹ would mean that no theory gives you the power to disentangle something from its particular surroundings, that is, to go beyond the particular towards something we would be able to recognise and grasp in spite of particular appearances.«

Das wäre eben kein Zentrum des Männlichen und auch nicht die Mitte der Mittelschicht, die Unmarkiertheit der mittleren Position, *Penser par le Milieu* hieße vielmehr, diesen Zusammenhang von Grundlosigkeit und Partialität aufzunehmen: Wir sind immer Teil einer spezifischen Situation, die machtdurchzogen, doch letztlich nicht bestimmbar ist, prekäre Momente eines relationalen Prozesses, die darauf hoffen, dass diese Prozesse das singuläre Ereignis ihrer Aktualisierung halten werden. Diese Mikroökologie unzähliger alltäglicher Praktiken ist genau das, was sich in der Prekarisierung des unmarkierten, universalen sozialen Raums der Exklusion und Inklusion, der stabilen Positionen und der Integrierbarkeit öffnet:

»Der Held«, schreibt Maurice Blanchot, »ist der, der das Alltägliche fürchtet; der es fürchtet, nicht weil er Angst davor hat sich zu behaglich darin einzurichten, sondern weil ihn graust, dem zu begegnen, was am furchterregendsten ist: einer Macht der Auflösung.« (eigene Übersetzung)<sup>1</sup>

## Literatur

- Aulenbacher, B., Dammayr, M., Décieux, F. 2015: Prekäre Sorge, Sorgearbeit und Sorgeproteste. Über die Sorglosigkeit des Kapitalismus und eine sorgsame Gesellschaft. In S. Völker, M. Amacker (Hg.), Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 59–74.
- Aulenbacher, B., Riegraf, B., Völker, S. 2015: Feministische Kapitalismuskritik. Einstiege in bedeutende Forschungsfelder mit einem Interview mit Ariel Salleh. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Barad, K. 2007: Meeting the Universe Halfway. Quantum Physics and the Entanglement of Matter and Meaning. Durham, London: Duke University Press.
- Blanchot, M. 1993: The Infinite Conversation. Minneapolis, London: University of Minnesota Press.
- Berlant, L. 2011: Cruel Optimism. Durham, London: Duke University Press.
- Bongaerts, G. 2007: Soziale Praxis und Verhalten – Überlegungen zum Practice Turn in Social Theory. Zeitschrift für Soziologie. 36. Jg., Heft 4, 246–260.
- Bourdieu, P. 2001: Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2005: Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, J. 2010: Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, J., Athanasiou, A. 2014: Die Macht der Enteigneten. Zürich, Berlin: diaphanes.
- Di Blasi, L. 2013: Der weiße Mann. Ein Antimanifest. Bielefeld: transcript.
- Dyck, S.van 2013. In guter Gesellschaft? Wandel in den Randzonen des Sozialen. Aus Politik und Zeitgeschichte, 63 Jg., : 14–20.
- Egert, G., Hagen, O. Powalla, S. Trinkaus 2010: Praktiken der Nichtmännlichkeit – Prekär-Werden Männlicher Herrschaft im ländlichen Brandenburg. In A. Manske, K. Pühl (Hg.), Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 186–209.

<sup>1</sup> »The hero is he who fears the everyday; fears it not because he is afraid of living in it with too much ease, but because he dreads meeting in it what is most fearful: a power of dissolution.« (Blanchot 1993: 244)

- Ettliger, N. 2007: Precarity Unbound. *Alternatives*, 32. Jg., Heft 2, 319–340.
- Lorey, I. 2012: Die Regierung der Prekären. Wien, Berlin: Turia + Kant.
- Marchart, O. 2013: Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Precarias a la deriva. 2011: ›Was ist dein Streik?‹ – Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität, Wien, Berlin: Turia + Kant.
- Scherschel, K. 2015: Menschenrechte, Citizenship und Geschlecht – Prekarität in der Asyl- und Fluchtmigration. In S. Völker, M. Amacker (Hg.), *Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 94–110.
- Stengers, I. 2005: An Ecology of Practices. *Cultural Studies Review*, 11. Jg., Heft 1, 183–196.
- Trinkaus, S. 2015: Prekäre Gemeinschaft. In S. Völker, M. Amacker (Hg.), *Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 237–253.
- Trinkaus, S., Völker, S. 2015: Nicht/Männlich: Alltag, Prekarität und soziale Reproduktion. In A. Heilmann, G. Jähnert, F. Schnicke, C. Schönwetter, M. Vollhardt (Hg.), *Männlichkeit und Reproduktion. Zum gesellschaftlichen Ort historischer und aktueller Männlichkeitsproduktionen*. Wiesbaden: Springer VS. 175–194.
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (Hg.) 2007: Bildungsgerechtigkeit. Jahresgutachten 2007. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Völker, S. 2015: Schlussbemerkungen: Dynamiken des Politischen – Enteignung, Mit-Sein, Affekt. In S. Völker, M. Amacker (Hg.), *Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 254–269.
- Wacquant, L. 2013: Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Ungleichheit. 2. Aufl. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich.
- Winker, G. 2015: Prekarisierungsprozesse in der sozialen Reproduktionskrise. In S. Völker, M. Amacker (Hg.), *Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, 75–92.

Ad-hoc-Gruppe »Qualitative Comparative Analysis (QCA) – Perspektiven für die soziologische Forschung Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?«  
– organisiert von Betina Hollstein und Jörg Raab

# Bedingungen der relativen Lohnungleichheit von Frauen und Männern

Eine vergleichende Analyse von OECD-Staaten<sup>1</sup>

Thomas Laux

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Qualitative Comparative Analysis (QCA) – Perspektiven für die soziologische Forschung Altern und Alter als individuelle und gesellschaftliche Krise?« – organisiert von Betina Hollstein und Jörg Raab*

Die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern verdeutlicht die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen in der Wirtschaft. Darüber hinaus führen geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten zu ungleichen »Lebenschancen« (Dahrendorf 1979) für Frauen. Erklärungen der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheit setzen dabei auf unterschiedlichen Ebenen an: Untersucht werden etwa der Einfluss der Humankapitalausstattung von Frauen und Männern (Gartner, Hinz 2009), des proportionalen Geschlechterverhältnisses in Betrieben (Pfeffer, Davis-Blake 1987), der Unterschiede zwischen Wirtschaftssektoren (Weichselbaumer, Winter-Ebmer 2005), der Geschlechtersegregation im Arbeitsmarkt (Busch 2013) oder familienpolitischer Maßnahmen (Korpi et al. 2013).

Lohnungleichheitsrechte werden in Studien zur geschlechtsspezifischen Lohnungleichheit, und wenn überhaupt, nur oberflächlich untersucht. So wird erfasst, ob Staaten internationale Abkommen zur Lohnungleichheit ratifiziert haben (Weichselbaumer, Winter-Ebmer 2007: 258) oder ob Lohnungleichheitsrechte institutionalisiert sind (Blau, Kahn 2003: 110). Um den Einfluss von Lohnungleichheitsrechten zu untersuchen, ist jedoch eine differenzierte empirische Erfassung notwendig. Es ist zu ermitteln, wie die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern im Recht bestimmt und mit welchen Maßnahmen die Geltung des Rechts gesichert ist (Lepsius 1995: 395). Anzunehmen ist, dass die Lohnungleichheitsrechte als politische Maßnahme eine wichtige Rolle spielen, um die Lohnungleichheit von Frauen zu verringern, denn das Recht liefert Standards, um die Lohnungleichheit wahrzunehmen, und Mittel, um gegen Lohndiskriminierung vorzugehen (Edelmann, Stryker 2005: 530; Schwinn 2007: 77).

---

<sup>1</sup> Ich danke Betina Hollstein und Jörg Raab für die Organisation der Veranstaltung sowie Daniela Grunow für Hinweise zu meinem Vortrag und Randy Stache für Hinweise zum Manuskript.

Ausgehend von der Erhebung der Stärke des Lohngleichheitsrechts in 28 OECD-Staaten wird untersucht welche Kontextbedingungen notwendig und/oder hinreichend sind für eine relative Lohngleichheit von Frauen und Männern.<sup>2</sup>

Staat	Relativer Stundenlohn für Frauen (in %)
Australien (AUS)	90,4*
Belgien (BEL)	87,6
Dänemark (DEN)	83,8
Deutschland (GER)	76,3
Finnland (FIN)	85
Frankreich (F)	80,9
Irland (IRE)	80,3
Island (ICE)	74,9
Italien (I)	82,3
Japan (JAP)	60,2
Kanada (CAN)	72,1
Mexiko (MEX)	69,6
Neuseeland (NZ)	81,9
Niederlande (NETH)	78,3
Norwegen (NOR)	89
Österreich (AUT)	74,2*
Polen (POL)	76,9
Portugal (PORT)	68,6
Schweden (SWE)	90,5
Schweiz (CH)	78
Slowak. Rep. (SZ)	70,4
Spanien (ESP)	75,3
Südkorea (KOR)	57,2
Tschech. Rep. (CZ)	72,8
Türkei (TURK)	81,9*
Ungarn (HUN)	72,9
Verein Königreich (UK)	79,6
USA	69,1

\* = Angaben für das Jahr 2006

*Tab. 1: Relative Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern im Industriesektor (2007), Quelle: Die Angaben für AUT, BEL, CH, CZ, DEN, ESP, FIN, F, I, IRE, NETH, POL, SZ und TURK sind von Eurostat (2013). Die Angaben für AUS, ICE, JAP, KOR, MEX, NOR, PORT, SWE und UK sind von der International Labour Organization (ILO) (2009). Die Angaben für GER, HUN und NZ sind von der ILO (2012). Die Angaben für CAN stammen von Statistics Canada (2012). Die Angaben für USA stammen vom United States Labor Department (2007). Teilweise eigene Berechnung des relativen Stundenlohns.*

<sup>2</sup> Diese Studie ist komplementär zur Analyse der Bedingungen der Lohnungleichheit in Laux (2016: 163–182). Das Vorgehen entspricht dem Prinzip der Asymmetrie von QCA. Demnach wird nicht automatisch die umgekehrte Erklärung eines Phänomens verwendet, um dessen Gegenteil zu erklären (Schneider, Wagemann 2012: 6).



Neben dem Lohngleichheitsrecht werden die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen, die Stärke der Gewerkschaften sowie der Einfluss der Frauenbewegung und die Einstellungen in der Bevölkerung zur Gleichstellung der Geschlechter in die Analyse miteinbezogen.

Untersucht wird die Lohnungleichheit anhand des Stundenlohns zwischen Frauen und Männern im Industriesektor für das Jahr 2007 (siehe Tabelle 1). In allen Staaten ist der Frauenanteil im Industriesektor gering und relativ gleich.<sup>3</sup> In den 28 OECD-Staaten bestehen Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern, trotz abnehmender Tendenzen. Der Vergleich erfolgt als Querschnittsanalyse mit einer Qualitative Comparative Analysis (QCA) (Ragin 2000; Schneider, Wagemann 2012) und hat das Ziel unterschiedliche Typen von Bedingungskonstellationen zu ermitteln, die zur relativen Lohngleichheit von Frauen und Männern beitragen. Basierend auf mengentheoretischen Annahmen wird mit QCA zwischen notwendigen und hinreichenden Bedingungen unterschieden. QCA ermittelt als diversitätsorientierte Methode dazu äquifinale und multikausale Lösungen (Ragin 2000: 92, 119).<sup>4</sup>

## Bedingungen der Lohngleichheit: Annahmen und Kalibrierung

Dieser Abschnitt stellt vor, wie die relative Lohngleichheit operationalisiert und kalibriert wird. Des Weiteren werden die vier zu untersuchenden Bedingungen sowie ihr angenommener Einfluss auf die Lohngleichheit erläutert und dargestellt, wie sie für die Analyse kalibriert werden. Die Kalibrierung ist ein zentraler Schritt einer QCA. Sie gibt die Mitgliedschaft der Fälle in den Mengen des zu untersuchenden Ergebnisses und der Bedingungen an. Mit Fuzzy-Sets (fs) werden qualitative Unterschiede zwischen den Fällen erfasst und anhand von drei Ankerpunkten (volle Mitgliedschaft = 1; Indifferenz = 0,5; keine Mitgliedschaft = 0) kalibriert (siehe Tabelle 3). Die Kalibrierung erfolgt auf Basis theoretischer Annahmen, von Fallwissen oder des Verhältnisses der Fälle zueinander (Ragin 2000: 6, 270, 309).

Die relative Lohngleichheit entspricht dem relativen Stundenlohn für Frauen im Industriesektor (siehe Tabelle 1).<sup>5</sup> Zur Kalibrierung der Angaben in Fuzzy-Sets (Lohn) wird der Mittelwert der Lohnunterschiede in den OECD-Staaten verwendet, der 77,1 Prozent beträgt. Der Indifferenzpunkt wird bei 75 Prozent des relativen Stundelohns für Frauen festgesetzt. Die volle Mitgliedschaft in der Menge von Staaten mit einer relativen Lohngleichheit besteht ab 90 Prozent des relativen Stundenlohns für Frauen. Dies impliziert keine ethische Bewertung der Lohnunterschiede und, damit einhergehend, die Legitimierung eines geschlechtsspezifischen Lohnunterschieds unterhalb von 10 Prozent, sondern orientiert sich an der Spanne der Daten (90,5 Prozent - 57,2 Prozent). Die volle Nichtmitgliedschaft besteht ab einem Lohnunterschied < 65 Pro-

---

3 Der Mittelwert des Frauenanteils beträgt für die 28 OECD-Staaten im Industriesektor 13,8 Prozent, der Median liegt bei 11,8 Prozent (eigene Berechnung auf Basis der Angaben der Weltbank (2012)).

4 Ausführliche Einführungen in QCA sind in Ragin (2000) und Schneider und Wagemann (2012) zu finden.

5 Die Analyse erfolgt nicht mit dekomponierten Daten zum Anteil der Diskriminierung am Lohnunterschied. Das Standardverfahren um den Anteil der Lohndiskriminierung am Lohnunterschied zu untersuchen ist die Blinder-Oaxaca-Dekomposition, die erklärte und unerklärte Lohnunterschiede trennt (Blinder 1973; Oaxaca 1973). Der unerklärte Lohnunterschied gilt als »Maß zur Abschätzung der Lohndiskriminierung« (Jann 2008: 149).

zent. Aufgrund dieser Kalibrierung ist eine differenzierte Analyse der relativen Lohngleichheit möglich.

Als erste Bedingung wird die Stärke des Lohngleichheitsrechts (Lohnrecht) untersucht. Hierzu wird angenommen, dass ein starkes Lohngleichheitsrecht als hinreichende Bedingung die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern verringert. Das Lohngleichheitsrecht regelt die Lohnbestimmung und beugt so einer Ungleichbehandlung von Frauen vor. Damit werden Standards gesetzt, die klären, was Lohngleichheit bedeutet. Diese prägen die Erwartungen an die Lohnbestimmung, helfen Ungleichbehandlung wahrzunehmen und eröffnen rechtlich Wege, um gegen die Ungleichbehandlung von Frauen vorzugehen (Edelmann, Stryker 2005: 530; Parsons 1967: 121 f.; Schwinn 2007: 77). Ein starkes Lohngleichheitsrecht berücksichtigt die Verschiedenheit der Geschlechter, zum Beispiel im Hinblick auf die horizontale Arbeitsmarktsegregation oder physische Unterschiede, und gewährleistet möglichst ihre Gleichbehandlung. Neben der Bestimmung von Lohngleichheit wird die Sicherung des Rechts erfasst. Letzteres beeinflusst, ob und wie das Lohngleichheitsrecht wirkt, etwa indem es ermöglicht die Lohnbestimmung zu überprüfen und gegebenenfalls die Gleichbehandlung der Geschlechter einzufordern (Lepsius 1995: 395; Winter 1998: 306).

Die Analyse der Stärke des Lohngleichheitsrechts für das Jahr 2007 geht auf den Modus der Lohnbestimmung und die Sicherung des Rechts ein. Der Modus der Lohnbestimmung wird mit einer Inhaltsanalyse der Rechtstexte in den OECD-Staaten erhoben (Mayring 2007). Es zeigen sich drei Modi, die als unterschiedlich stark eingeschätzt werden (siehe Tabelle 2).

	Merkmale	Stärke
(I) Allgemeine Lohngleichheit	Keine Konkretisierung der Lohngleichheit Keine Nennung von Geschlechterkategorien	0
(II) Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	Keine Beachtung von Geschlechterdifferenzen Lohngleichheit nur für dieselbe Tätigkeit	0,3
(III) Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit	Differenzen zwischen Geschlechtern werden erfasst Standards der Gleichwertigkeit sind zu bestimmen	1

Tab. 2: Bestimmung der Lohngleichheit im Recht, Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung (vergleiche Laux 2016: 99; 2015a: 93).

Der Modus (I) *Allgemeine Lohngleichheit* konkretisiert weder, was unter Lohngleichheit zu verstehen sei, noch wird die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern thematisiert. Aus diesen Gründen ist er als schwächster Modus einzustufen. Der Modus (II) *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit* bestimmt Lohngleichheit, geht aber nicht auf die Unterschiede zwischen Frauen und Männern ein (Kreckel 2004: 237). Der Modus wird deshalb als schwach bewertet. Der Modus (III) *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit* berücksichtigt die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Arbeitsmarkt, zum Beispiel die horizontale Arbeitsmarktsegregation, und schafft die Möglichkeit die Abwertung typischer Berufe von Frauen zu verhindern (England 1992: 304 ff.). Der Modus wird als stark eingestuft (Baer 2004: 74). Die eingestufte Stärke der Modi gibt ihre Mitgliedschaft in der Menge »Starker Modus der Lohngleichheit für Frauen« wieder und basiert auf qualitativen Unterschieden zwischen den Modi.

Als zweite Dimension wird die Sicherung des Lohngleichheitsrechts durch eine unabhängige Kommission unter Berücksichtigung ihrer Kompetenzen erhoben. Die Erhebung basiert auf Angaben der OECD (2008) und der EU (Prechal, Burri 2009) für das Jahr 2007.<sup>6</sup> Es zeigen sich vier unterschiedlich starke Formen der Sicherung (Tabelle 3). Die qualitative Abstufung orientiert sich daran, ob eine unabhängige Kommission existiert und wie weitreichend ihre Kompetenzen zum eigenständigen Handeln sind (Winter 1998: 357). Die Stärke gibt die Mitgliedschaft zur Menge »Starke Sicherung« an.

	Merkmale	Stärke
(i) Keine Sicherung	Keine unabhängige Kommission	0
(ii) Schwache Sicherung	Unabhängige Kommission existiert Keine eigenständige Überprüfung der Lohngleichheit	0,2
(iii) Mittelstarke Sicherung	Unabhängige Kommission existiert Regelmäßige und eigenständige Untersuchungen	0,7
(iv) Starke Sicherung	Unabhängige Kommission existiert Regelmäßige und eigenständige Untersuchungen Kompetenz für bindende Entscheidungen	1

Tab. 3: Sicherung des Lohngleichheitsrechts, Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung (vergleiche Laux 2016 104 f, 2015a: 94).

Die beiden Dimensionen des Lohngleichheitsrechts werden in einem Index (Lohnrecht) mit Hilfe einer Und-Verbindung der Booleschen Algebra zusammengefasst (Schneider, Wagemann 2012: 54). Die Indexkonstruktion berücksichtigt damit die starke Interdependenz zwischen den beiden Dimensionen und bildet diese ab (siehe Tabelle A).

Als zweite Bedingung wird die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen (Führung) untersucht. Es wird hierzu angenommen, dass eine starke Repräsentation von Frauen in Führungspositionen hinreichend ist, um die geschlechtsspezifische Lohnungleichheit zu verringern. In Führungspositionen haben Frauen die Möglichkeit Lohngleichheit durchzusetzen bzw. Lohnungleichbehandlung zu verhindern (Chafetz 1984: 48). Die Bedingung wird anhand des prozentualen Anteils von Frauen in mittleren und höheren Managementpositionen erhoben (Stand 2006) (United Nations Data 2012). Der Ankerpunkt für die volle Mitgliedschaft orientiert sich an der norwegischen 40-Prozent-Quote für Frauen in Aufsichtsräten (Sweigart 2012: 82). Die vollständige Nichtmitgliedschaft von Staaten in der Menge mit einer geringen Repräsentation von Frauen in Führungspositionen besteht ab einem Anteil < 10 Prozent. Der Indifferenzpunkt liegt bei einem Frauenanteil in Führungspositionen von 30 Prozent (Allmendinger 2010: 15).

Die dritte Bedingung ist die Stärke der Gewerkschaften (Gewerkschaft), die anhand des prozentualen Anteils der Gewerkschaftsmitglieder unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Jahr 2006 bestimmt wird (Ebbinghaus, Visser 2000: 59). Studien zur geschlechtsspezifischen Lohnungleichheit weisen darauf hin, dass ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad die Lohnungleichheit verringert (Akchurin, Lee 2013: 695; Blau, Kahn 2003: 135). Gewerkschaften setzten sich jedoch nicht immer für die Gleichstellung der Geschlechter ein, sondern vertraten

<sup>6</sup> Die Angaben zu Neuseeland, Schweiz und Türkei wurden selbstständig recherchiert.

vornehmlich die männlichen »Normalarbeitskräfte« (Kreckel 2004: 275). Starke Gewerkschaften mit einer breiten Basis vertreten jedoch weniger partikulare Interessen (Müller-Jentsch 2008: 55). Deshalb ist anzunehmen, dass starke Gewerkschaften hinreichend für eine relative Lohngleichheit der Geschlechter sind. Die Kalibrierung erfolgt auf Basis von Daten der OECD (2013) und mit Rückgriff auf datenimmanente Kennzahlen. Der Indifferenzpunkt ist am arithmetischen Mittel der Angaben zu Mitgliedschaften in Gewerkschaften orientiert, das bei 30 Prozent liegt. Die volle Mitgliedschaft in der Menge von Staaten mit starken Gewerkschaften besteht ab einem siebzigprozentigen Organisationsgrad. Wenn weniger als 9 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, liegt die volle Nichtmitgliedschaft vor.

Als vierte Bedingung wird der Einfluss der Zivilgesellschaft (Zivilgesellschaft) auf die Lohngleichheit von Frauen und Männern untersucht. Die Zivilgesellschaft ist zu beachten, weil sie die Ordnung der Gesellschaft bestimmt und damit das Handeln der Gesellschaftsmitglieder prägt (Alexander 2006: 31). Somit ist auch die Ungleich- oder Gleichbehandlung der Geschlechter im Arbeitsmarkt durch zivilgesellschaftliche Akteure und Prozesse mitbestimmt (Alexander 2006: 238). Der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die relative Lohngleichheit von Frauen und Männern wird mit zwei Indikatoren erfasst: der Stärke der zweiten Welle der Frauenbewegung und den Einstellungen in der Bevölkerung zur Gleichstellung der Geschlechter. Angenommen wird, dass beide Indikatoren äquivalent wirken. Sie werden deshalb mit einer Oder-Verbindung der Booleschen Algebra zu einer Bedingung zusammengefasst (Schneider, Wagemann 2012: 54). Die Annahme ist, dass eine starke Frauenbewegung oder eine mehrheitliche Einstellung in der Bevölkerung pro Gleichstellung hinreichend ist für die relative Lohngleichheit der Geschlechter (Achurin, Lee 2013: 695; Chafetz 1984: 11; Weichselbaumer, Winter-Ebmer 2007: 277).

Die Kalibrierung beider Indikatoren erfolgt zunächst separat. Die Einstellungen zur Gleichstellung werden mit Angaben des World Values Surveys (World Values Survey Association 2009) ermittelt.<sup>7</sup> Es wird die Bewertung der Aussage »If jobs are scarce: Men should have more right to a job than women« (Variable c001) verwendet. Zustimmung ist mit 1, »Weder noch« mit 2 und eine Ablehnung mit 3 kodiert. Je höher der Durchschnittswert ist, desto stärker ist die Einstellung pro Gleichstellung von Frauen und Männern. Der Indifferenzpunkt für die Kalibrierung liegt bei einem Durchschnittswert von 2,5. Die volle Mitgliedschaft in der Menge der Staaten mit starken Einstellungen pro Gleichstellung liegt ab einem Durchschnittswert > 2,91 vor. Die volle Nichtmitgliedschaft besteht ab einem Wert < 1,79.

Die Stärke der zweiten Welle der Frauenbewegung wird auf Basis von Janet S. Chafetz und Anthony G. Dworkin (1986) ermittelt und durch eigene Erhebungen ergänzt (Laux 2016: 67-71). Die Operationalisierung erfolgt anhand der medialen Sichtbarkeit der Bewegung und ihrer Größe (Eder 2000: 85). Vier Ausprägungen sind zu unterscheiden, die verschiedene Mitgliedschaftswerte in der Menge der Staaten mit starken Frauenbewegungen erhalten: Keine Frauenbewegung (0), schwache Frauenbewegung (0,2), mittelstarke Frauenbewegung (0,6) und starke Frauenbewegung (1) (Laux 2015b: 553). Die Bedingung Zivilgesellschaft fasst die Bedeutung der Zivilgesellschaft als Oder-Verbindung der beiden Bedingungen zusammen. In Tabelle 4 sind alle

---

<sup>7</sup> Alle Angaben sind aus dem Zeitraum zwischen 1999 und 2005, außer für die Schweiz (1996) und Norwegen (1990).

Ankerpunkte der Kalibrierung aufgeführt. Im Anhang (Tabelle A) sind die kalibrierten Angaben der Staaten zu finden.

	Volle Mitgliedschaft	Indifferenzpunkt	Volle Nichtmitgliedschaft
Lohn	> 90%	75%	< 65%
Lohnrecht	»Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit« und »Starke institutionelle Sicherung«	Kein »Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit« oder nur schwache institutionelle Sicherung	»Allgemeine Lohngleichheit« und »Keine institutionelle Sicherung«
Führung	> 40%	30%	< 10%
Gewerkschaft	> 70%	30%	< 9%
Zivilgesellschaft	Starke Frauenbewegung oder > 2,9 in der Bewertung der Aussage »When jobs are scarce: Men should have more right to a job than women«	Keine mittelstarke Frauenbewegung oder 2,5 in der Bewertung	Keine Frauenbewegung oder < 1,8 in der Bewertung

Tabelle 4: Ankerpunkte der Kalibrierung, Quelle: Eigene Darstellung.

## Analyse der Bedingungen für eine relative Lohngleichheit

Die QCA zeigt zunächst, dass keine der Bedingungen notwendig für die relative Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern ist. Um zu ermitteln, welche Bedingungen nun hinreichend sind, wird die Wahrheitstafel mit 16 logisch-möglichen Kombinationen minimiert (siehe Tabelle B) (Schneider, Wagemann 2012: 115).<sup>8</sup> Zwölf der 16 Kombinationen sind empirisch zu beobachten. Die Auswahl der Kombinationen für die Analyse erfolgt anhand des Konsistenzwerts 0,81 und des PRI-Werts 0,59, wobei die sparsame Analysestrategie angewendet wird. Die Analyse zeigt, dass drei Bedingungskombinationen hinreichend für die relative Lohngleichheit sind (Tabelle 5). Die Lösungen sind nicht trennscharf, so dass einige Staaten Mitgliedschaftswerte > 0,5 in mehreren Kombinationen haben.

<sup>8</sup> Die Analyse erfolgt mit der Programm fs.QCA 2.5 (Ragin, Davey 2009).

	(1) Führung * Zivilgesellschaft	(2) Lohnrecht * Zivilgesellschaft	(3) Führung * Gewerkschaft * Lohnrecht
Staaten	USA, Kanada, Italien, Neuseeland, Norwegen, Australien, Belgien, Frankreich, Deutschland, Irland, Großbritannien	Island, Schweden, USA, Dänemark, Kanada, Finnland, Niederlande, Norwegen, Frankreich, Irland, UK	Polen, Irland
Raw Coverage	0,68	0,55	0,38
Unique Coverage	0,21	0,09	0,02
Consistency	0,85	0,78	0,9
Solution Coverage	0,80		
Solution Consistency	0,81		

Tab. 5: Ergebnisse der QCA, Quelle: Eigene Analyse und Darstellung.

Das Analyseergebnis hat einen Konsistenzwert von 81,9 Prozent und deckt 80 Prozent der Fälle ab. Spanien, die Schweiz und die Türkei sind abweichende Fälle in Bezug auf die Abdeckung, das heißt die relative Lohngleichheit der Geschlechter wird für diese Fälle nicht adäquat erklärt. Island, die USA und Kanada sind dagegen abweichende Fälle in Bezug auf die Konsistenz, was bedeutet, dass die drei Fälle zwar einer der Lösungen entsprechen, aber keine relative Lohngleichheit aufweisen (vergleiche Schneider, Wagemann 2012: 307 f.).<sup>9</sup>

Die drei Lösungen zeigen Typen von Bedingungskombinationen auf, die hinreichend für die relative Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern sind. Im Folgenden werden kurz die Typen sowie das mögliche Zusammenwirken der darin erfassten Bedingungen diskutiert. Die kausale Wirkung der Bedingungen auf die relative Lohngleichheit wäre durch Fallrekonstruktionen zu überprüfen. Dies würde jedoch den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

Die erste Lösung (1) zeigt, dass die starke Repräsentation von Frauen in Führungsorganisationen in Kombination mit einer Pro-Gleichstellung engagierten Zivilgesellschaft hinreichend ist. Lösung (2) verdeutlicht ebenso den Einfluss der Zivilgesellschaft, die in Kombination mit einem starken Lohngleichheitsrecht hinreichend für eine relative Lohngleichheit ist. Beide Lösungen verweisen auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Gleichstellung der Geschlechter. Konkret besteht diese darin, dass Frauenbewegungen die Rechtssetzung in einem Staat prägen und so ein starkes Lohngleichheitsrecht bewirken (Laux 2015a: 99). Oder die Einstellungen der Zivilgesellschaft tragen als Kontextbedingung zu einer höheren Akzeptanz von Frauen und Führungspositionen bei und bestimmen somit mittelbar die relative Lohngleichheit der Geschlechter mit. Beide Lösungen gehen so auf die Zivilgesellschaft als Kontext zur Erklärung wirtschaftlichen Handelns ein. Zivilgesellschaftliche Akteure und Prozesse sind von Bedeutung, weil die Lohnbestimmung auch die Zugehörigkeit zur Gesellschaft und ihre Grenzen zumindest teilweise widerspiegelt (vergleiche Alexander 2006: 31). Lösung (1) und (2) legen zudem den Schluss nahe,

<sup>9</sup>Zur Überprüfung der abweichenden Fälle und um zu ermitteln, welche Bedingungen zur Abweichung führen sind Fallstudien notwendig (Schneider, Wagemann 2012: 311). Die Fallstudien werden in diesem Beitrag nicht durchgeführt.

dass ein starkes Lohngleichheitsrecht und die starke Präsentation von Frauen in Führungspositionen funktionale Äquivalente sind, die jeweils auf unterschiedlicher Weise die Lohnbestimmung unmittelbar beeinflussen. Die beiden Typen erfassen somit das Zusammenwirken unterschiedlicher Bedingungen, die auf verschiedenen Ebenen mittelbar und unmittelbar auf die Lohnbestimmung einwirken.

Die dritte Lösung (3) nennt eine starke Repräsentation von Frauen in Führungspositionen in Kombination mit starken Gewerkschaften und einem starken Lohngleichheitsrecht als hinreichend für die relative Lohngleichheit. Die Lösung verweist auf einen reflexiven Zusammenhang zwischen den genannten Akteuren und dem Recht. Starke Gewerkschaften, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und damit auch die Zivilgesellschaft repräsentieren, nehmen Einfluss auf die Institutionalisierung eines starken Lohngleichheitsrechts, zum Beispiel im Fall Dänemarks (Foged et al. 1984: 52; Laux 2015a: 100). Frauen in Führungspositionen und Gewerkschaften können dann das starke Lohngleichheitsrecht nutzen, um die Lohngleichheit einzufordern und durchzusetzen (vergleiche Blankenburg 1995: 7).

## Fazit

Die Studie hatte das Ziel, Bedingungskonstellationen für die relative Lohngleichheit von Frauen und Männern zu ermitteln. Ausgangspunkt dazu war die Feststellung, dass in allen untersuchten 28 OECD-Staaten Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern in Industriesektor bestehen. Das Hauptaugenmerk der empirischen Analyse lag auf der Wirkung des Lohngleichheitsrechts und seiner verschiedenen Ausprägungen für die relative Lohngleichheit. Dazu wurden die Lohngleichheitsrechte differenziert erhoben, um Unterschiede in ihrer Stärke zu erfassen. Daneben wurde untersucht, ob die Stärke der Gewerkschaften, die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen oder die Zivilgesellschaft notwendig und/oder hinreichend für die relative Lohngleichheit von Frauen und Männern sind. Einschränkend ist dabei zu erwähnen, dass das Humankapital (Bildung und berufliche Stellung) und dessen mögliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern nicht untersucht wurden (vergleiche Becker 1971: 111 ff.).

Keine der untersuchten Bedingungen ist notwendig für die relative Lohngleichheit. Die drei hinreichenden Lösungen verdeutlichen, dass die Zivilgesellschaft, etwa durch Frauenbewegungen, durchaus Einfluss auf die Lohngleichheit der Geschlechter hat, indem sie den gesellschaftlichen Kontext der Lohnbestimmung prägt. Die Zivilgesellschaft legitimiert oder delegitimiert soziale Ungleichheit in der Gesellschaft und in Interaktionen. Die kulturelle Prägung der Zivilgesellschaft und ihre institutionelle Wirkung, zum Beispiel in Form von Gesetzen, sind ein Ansatzpunkt für Untersuchung von Gleichheit und andauernder Ungleichheit in modernen Gesellschaften (vergleiche Akchurin, Lee 2013; Alexander 2007). Eine zivilgesellschaftliche Perspektive ergänzt damit strukturelle Erklärungen der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

Die Analyse verdeutlicht zudem, dass ein starkes Lohngleichheitsrecht, die starke Repräsentation von Frauen in Führungspositionen und starke Gewerkschaften die relative Lohngleichheit bedingen. Die äquifinalen und multikausalen Lösungen von QCA deuten darauf hin, dass die relative Lohngleichheit durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Bedingungen entsteht.

Hierbei sind ein starkes Lohngleichheitsrecht und mehr Frauen in Führungspositionen förderlich, aber nicht allein ausschlaggebend. Zur näheren und präziseren Aufklärung der relevanten Bedingungen sind Längsschnittanalysen und Fallrekonstruktionen notwendig. Anhand dieser ist zu überprüfen, welche Bedingungen die Lohnbestimmung prägen. Die hier dargestellte Analyse ist nur ein kleiner Schritt, um die Bedeutung von Lohngleichheitsrechten und der Zivilgesellschaft für die Lohngleichheit der Geschlechter zu bestimmen.

## Literatur

- Akchurin, M., Lee, C.-S. 2013: Pathways to empowerment: Repertoires of women's activism and gender earnings. *American Sociological Review*, Vol. 78, 679–701.
- Alexander, J. C. 2006: *The civil sphere*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Alexander, J. C. 2007: The meaningful construction of inequality and the struggles against it: A ›strong program‹ approach to how social boundaries change. *Cultural Sociology*, Vol. 1, 23–30.
- Allmendinger, J. 2010: Geschlecht bleibt eine wichtige Dimension sozialer Ungleichheit. Eine Replik auf Jens Alber. *WZB Mitteilungen*, Heft 129: 12–15.
- Baer, S. 2004: Geschlecht und Recht – zur rechtspolitischen Steuerung der Geschlechterverhältnisse. In M. Meuser, C. Neusüß (Hg.), *Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 71–83.
- Becker, G. S. 1971: *The Economics of Discrimination*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Blankenburg, E. 1995: *Mobilisierung des Rechts. Eine Einführung in die Rechtssoziologie*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Blau, F. D., Kahn, L. M. 2003: Understanding International Differences in the Gender Pay Gap. *Journal of Labor Economics*, Vol. 21, Heft 1, 106–144.
- Blinder, A. S. 1973: Wage Discrimination: Reduced Form and Structural Estimates. *The Journal of Human Resources*, Vol. 8, Heft 4, 436–455.
- Busch, A. 2013: Der Einfluss der beruflichen Geschlechtersegregation auf den »Gender Pay Gap«. Zur Bedeutung geschlechtlich konnotierter Arbeitsinhalte. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Vol. 65, Heft 2, 301–338.
- Chafetz, J. S. 1984: *Sex and Advantage. A comparative macro-structural theory of sex stratification*. Totowa: Rowman & Allanheld.
- Chafetz, J. S., Dworkin, A. G. 1986: *Female Revolt. Women's Movements in World and Historical Perspective*. Totowa: Rowman & Allanheld.
- Dahrendorf, R. 1979: *Lebenschancen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ebbinghaus, B., Visser, J. 2000: A comparative profile. In B. Ebbinghaus, J. Visser (Hg.), *The Societies of Europe. Trade Unions in Western Europe since 1945*. Basingstoke, Oxford: Macmillan, 33–74.
- Edelmann, L. B., Stryker, R. 2005: A Sociological Approach to Law and the Economy. In Smelser, N. J., Swedberg, R. (Hg.), *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton, Oxford: Princeton University Press, 527–551.
- Eder, K. 2000: *Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie. Soziale Bewegungen als Ort gesellschaftlicher Lernprozesse*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- England, P. 1992: *Comparable Worth. Theories and evidence*. New York: Aldine de Gruyter.
- Eurostat 2013: *Statistiken. Verdienste. Geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle, ohne Anpassungen in % – NACE Rev.1.1 (Methodik: Lohnstrukturhebung)*. Luxemburg, [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn\\_gr\\_gpg&lang=de](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn_gr_gpg&lang=de) (letzter Zugriff 15. Januar 2013).



- Foged, B., Otte, H., Olsen, A. 1984: Denmark. In A. H. Cook, V. R. Lorwin, A. K. Daniels (Hg.), *Women and Trade Unions in Eleven Industrialized Countries*. Philadelphia: Temple University Press, 37–62.
- Gartner, H., Hinz T. 2009: Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit in Betrieben, Berufen und Jobzellen (1993–2006). In *Berliner Journal für Soziologie*, Vol. 19, 557–575.
- International Labour Organization 2009: Key Indicators of the Labour Market (KILM) 6th Edition: »Wage equality between women and men for similar work (ratio)«. Genf, <http://kilm.ilo.org/> KILMnetBeta/default2.asp (letzter Zugriff 15. Januar 2013).
- International Labour Organization 2012: Department on Statistics: LABORSTA, 5b »Wages in Manufacturing«. Genf. <http://laborsta.ilo.org/STP/guest> (letzter Zugriff 20. Februar 2012).
- Jann, B. 2008: *Erwerbsarbeit, Einkommen und Geschlecht*. Wiesbaden: VS.
- Korpi, W., Ferrarini, T., Englund, S. 2013: Women's opportunities and different family policy constellations: Gender, class, and inequality tradeoffs in western countries re-examined. *Social Politics*, Vol. 20: 1–40.
- Kreckel, R. 2004: *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Laux, T. 2015a: Qualitative Comparative Analysis as a Method for Innovation Research: Analysing Legal Innovations in OECD Countries. *Historical Social Research*, Vol. 40, Heft 3, 79–108.
- Laux, T. 2015b: Nationalstaatliche Prozesse oder globale Strukturen? Eine Analyse der Mechanismen zur Gleichstellung von Frauen im Recht. *Berliner Journal für Soziologie*, 24. Jg., Heft 4, 531–558.
- Laux, T. 2016: *Erkämpfte Gleichstellung. Eine Qualitative Comparative Analysis von OECD Staaten*, Wiesbaden: Springer VS.
- Lepsius, M. R. 1995: Institutionenanalyse und Institutionenpolitik. In B. Nedelmann (Hg.), *Politische Institutionen im Wandel*, KZfSS Sonderheft 35. Opladen: Westdeutscher Verlag, 392–403.
- Mayring, P. 2007: *Qualitative Inhaltsanalyse*. Weinheim, Basel: Beltz.
- Müller-Jentsch, W. 2008: Gewerkschaften als intermediäre Organisationen. In W. Müller-Jentsch (Hg.), *Arbeit und Bürgerstatus*. Wiesbaden: VS, 51–78.
- Oaxaca, R. 1973: Male-Female Wage Differentials in Urban Labor Markets. *International Economic Review*, 14. Jg., Heft 3, 693–709.
- OECD 2008: *The Price of Prejudice: Labour Market Discrimination on the Grounds of Gender and Ethnicity. Legal and Institutional Framework in Force in 2007*. Paris, [www.oecd.org/employment/outlook](http://www.oecd.org/employment/outlook) (letzter Zugriff 22. November 2012).
- OECD 2013: OECDiLibrary: OECD Employment and Labour Market Statistics. Union member and employees. OECD, Paris. [http://stats.oecd.org/BrandedView.aspx?oecd\\_bv\\_id=ifs-data-en&doi=data-00323-en](http://stats.oecd.org/BrandedView.aspx?oecd_bv_id=ifs-data-en&doi=data-00323-en) (letzter Zugriff 15. Januar 2013).
- Parsons, T. 1967: Recht und soziale Kontrolle. In E. E. Hirsch, M. Rehbinder (Hg.), *Studien und Materialien zur Rechtssoziologie*, KZfSS Sonderheft 11. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag, 121–134.
- Pfeffer, J., Davis-Blake, A. 1987: The Effect of the Proportion of Women on Salaries: The case of college administrators. *Administrative Science Quarterly*, 32. Jg., Heft 1, 1–24.
- Prechal, S., Burri, S. 2009: *Geschlechtergleichstellungsrecht in 30 europäischen Ländern, Stand 2009*. Brüssel: Europäische Kommission.
- Ragin, C. C. 2000: *Fuzzy-Set Social Science*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Ragin, C. C., Davey, S. 2009: *fs/QCA, Version 2.5*. Tuscon. University of Arizona.
- Schneider, C. Q., Wagemann, C. 2012: *Set Theoretic Methods for the Social Sciences*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schwinn, T. 2007: *Soziale Ungleichheit*. Bielefeld: transcript.
- Statistics Canada. 2012: Table 282-0070 – Labour force survey estimates (LFS), wages of employees by type of work, National Occupational Classification for Statistics, CANSIM. Ottawa, [http://estat.statcan.gc.ca/cgi-win/cnsmcgi.exe?Lang=E&EST-Fi=EStat/English/CII\\_1-eng.htm](http://estat.statcan.gc.ca/cgi-win/cnsmcgi.exe?Lang=E&EST-Fi=EStat/English/CII_1-eng.htm) (letzter Zugriff 22. Februar 2012).
- Sweigart, A. 2012: Women on Board for Change: The Norway Model of Boardroom Quotas As a Tool For Progress in the United States and Canada. *Northwestern Journal of International Law & Business*, 32. Jg., Heft 4, 81–105.

- The World Bank 2012: Data. Employees, industry, female (% of female employment). The Worldbank. Washington, <http://data.worldbank.org/indicator/SL.IND.EMPL.FE.ZS/countries?display=default> (letzter Zugriff 23. Februar 2012).
- United Nations Data 2012: Statistics. Women's share of legislators and managers. New York, <http://data.un.org/Data.aspx?q=women+&d=GenderStat&f=inID%3a120#GenderStat> (letzter Zugriff 24. Februar 2012).
- United States Labor Department 2007. Bureau of Labor Statistics. Household Data – Annual Averages, 39. Median weekly earnings of full-time wage and salary workers by detailed occupation and sex. Washington, <ftp://ftp.bls.gov/pub/special.requests/lf/aa2007/pdf/cpsaat39.pdf> (letzter Zugriff 22. Februar 2012).
- Weichselbaumer, D., Winter-Ebmer, R. 2005: A meta-analysis of the international gender wage gap. *Journal of Economic Surveys*, Vol. 19, Heft 3, 479–511.
- Weichselbaumer, D., Winter-Ebmer, R. 2007: The Effect of Competition and Equal Treatment Laws on Gender Wage Differentials. *Economic Policy*, Vol. 22, 237–287.
- Winter, R. 1998: Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit. Ein Prinzip ohne Praxis. Baden-Baden: Nomos.
- World Values Survey Association 2009: WORLD VALUES SURVEY 1981 – 2008 OFFICIAL AGGREGATE v.20090901. Madrid: Aggregate File Producer: ASEP / JDS.

## Anhang

Tabelle A: Kalibrierte Fuzzy-Set-Werte

	Lohn (fs)	Lohnrecht (fs)	Führung (fs)	Gewerkschaft (fs)	Zivilgesellschaft (fs)
Australien	0,96	0,20	0,80	0,20	0,6
Belgien	0,93	0,20	0,70	0,80	0,6
Dänemark	0,85	1,00	0,30	0,90	0,9
Deutschland	0,56	0,20	0,80	0,30	0,6
Finnland	0,88	0,70	0,40	1,00	0,8
Frankreich	0,76	1,00	0,80	0,00	0,6
Irland	0,74	1,00	0,70	0,60	0,6
Island	0,49	1,00	0,40	1,00	1
Italien	0,81	0,20	0,70	0,60	1
Japan	0,01	0,30	0,10	0,20	0,2
Kanada	0,3	1,00	0,80	0,60	0,7
Mexiko	0,17	1,00	0,40	0,10	0,3
Neuseeland	0,8	0,20	0,90	0,30	0,7
Niederlande	0,66	0,70	0,40	0,10	1
Norwegen	0,94	1,00	0,70	0,30	0,7
Österreich	0,44	0,20	0,40	0,60	0,3
Polen	0,59	1,00	0,80	0,80	0,2
Portugal	0,13	0,70	0,70	0,20	0,3
Schweden	0,96	1,00	0,70	1,00	1
Schweiz	0,65	0,20	0,70	0,20	0,3
Slowak. Rep.	0,2	0,00	0,40	0,30	0,3
Spanien	0,51	0,00	0,70	0,20	0,4
Südkorea	0	0,00	0,00	0,30	0,1
Tschech. Rep.	0,34	0,00	0,40	0,20	0,4
Türkei	0,8	0,00	0,00	0,00	0,2
Ungarn	0,35	0,20	0,80	0,20	0,4
UK	0,72	1,00	0,80	0,40	0,6
USA	0,15	1,00	1,00	0,10	1

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

*Tabelle B: Wahrheitstafel der QCA*

Kombi- nation	Zivil- gesellschaft	Lohn- recht	Gewerk- schaft	Führung	N	Lohn	Raw Consis- tency	Consis- tency	PRI
1	1	0	1	1	2	1	0,93		0,84
2	1	1	1	0	3	1	0,93		0,83
3	1	1	1	1	3	1	0,92		0,81
4	0	1	1	1	1	1	0,91		0,73
5	1	0	0	1	3	1	0,90		0,74
6	1	1	0	0	1	1	0,88		0,63
7	1	1	0	1	4	1	0,81		0,59
8	0	1	0	1	1	0	0,81		0,51
9	0	0	0	1	3	0	0,81		0,50
10	0	1	0	0	1	0	0,77		0,39
11	0	0	1	0	1	0	0,75		0,36
12	0	0	0	0	5	0	0,60		0,28
13						0			
...									
16						0			

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

Ad-Hoc-Gruppe »Soziale Ungleichheit und Strategien der Akteure. Erfahrungen  
und Ergebnisse deutsch-polnischer Forschungs Kooperationen«  
– organisiert von Mathias Wagner und Wojciech Łukowski

# Ökonomisierung der Grenze

## Grenztourismus als Strategie gegen die Krise am Beispiel der polnisch-ukrainischen Grenze

Martin Barthel

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Soziale Ungleichheit und Strategien der Akteure. Erfahrungen und Ergebnisse deutsch-polnischer Forschungsoperationen« – organisiert von Mathias Wagner und Wojciech Łukowski*

In der Geografie wird Peripherie als reine Lagebezeichnung verstanden, die im Zusammenhang mit einem Zentrum gesehen werden muss. Die Lage ist durch Abhängigkeit und Benachteiligung vom Zentrum geprägt. Zur Erklärung von räumlichen Disparitäten wird das Zentrum-Peripherie-Modell herangezogen. Es behandelt die wechselseitigen Abhängigkeiten, die die Entwicklung des Zentrums begünstigen und die der Peripherie verzögern. Das Modell kann auf allen Maßstabsebenen, ob nationalstaatlich, global, regional oder lokal, angewandt werden. Die Peripherie befindet sich im Vergleich zum Zentrum in der Dauerkrise. (Brunotte et.al. 2005)

Der Soziologe Wolfgang Hein bezieht sich in seiner Definition von Peripherie auf den Gegensatz zwischen Entwicklungsländern als unterentwickelte Peripherie und den Industrienationen als entwickeltes Zentrum. Er beschreibt die *Dauerkrise der Peripherie* als Prozess in dem jeder Versuch die Krise zu überwinden, weitere Unterentwicklung nach sich zieht, die in seinen Worten zur *Entwicklung der Unterentwicklung* führt. (Hein 2013)

Verlässt man die globale Ebene und betrachtet die nationalstaatliche Maßstabsebene, werden neben den ländlichen Räumen vor allem Grenzregionen als Peripherie beschrieben. Anfang des Zwanzigsten Jahrhunderts beschrieb der politische Geograf Albrecht Haushofer Grenzen als periphere Organe des Staatsorganismus. Abgesehen von der geodeterministischen Sichtweise, definierte er die Grenze als abgelegene, unterentwickelte und dem Nachbarstaat ausgelieferte Regionen, in der das Zentrum seinen Einfluss wahren muss. (van Houtum, Scott 2005: 20)

In den postmodernen Forschungsansätzen lassen sich diese Einschätzungen wieder finden. Sowohl Saskia Ssassens Beschreibung der *Global Cities* als auch die Theorie der *Spaces of Flow* von Manuel Castells oder der *liquid modernity* von Zygmunt Bauman, sehen die Peripherie als Ort zwischen den globalen Knoten, die Gefahr laufen, von der räumlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt zu werden. (Sassen 2005; Castells 1996; Bauman 2000)

Die Dauerkrise der Peripherie ist auf europäischer Ebene besonders ausgeprägt in Grenzregionen. Gemeinden an der Grenze können in einer mehrfachen Peripherie liegen. Sie liegen im

Extremfall in der europäischen, regionalen und nationalen Peripherie und leiden unter Entwicklungsnachteilen zu drei Zentren. In der Grenzforschung werden verschiedene Strategien diskutiert, die helfen, die Peripherienachteile in Grenzregionen zu lindern.

Eine Strategie ist es, die Grenze als Ressource zu nutzen. Der politische Geograf Liam O´Dowd (2001) beschreibt verschiedene Funktionen von Grenzen. Grenzen dienen als trennende Barriere zum Nachbarn, als Filter und Kontrollmechanismus des Nationalstaates oder als Symbol nationaler Identität. Grenzen können aber auch als Brücken und offene Tore zum Nachbarn mit intensiven Austausch genutzt werden.

O´Dowd sieht Grenzen als Ressourcen für die lokale Bevölkerung, die hilft, Nachteile der Grenznähe abzumildern. Grenzen tragen somit dazu bei die Peripherienachteile zu schwächen, die erst durch das Vorhandensein der Trennungslinie entstanden. (O´Dowd 2001)

Oscar Martínez führt in diesem Zusammenhang an, dass GrenzbewohnerInnen von Ihrer Geburt an lernen, die Grenze als Ressource für illegale und legale Aktivitäten zu nutzen. Diese Aktivitäten umfassen neben Schmuggel, dem Ausnutzen von juristischen oder preislichen Unterschieden auf beiden Seiten der Demarkationslinie auch das Nutzen von Fördermitteln und Subventionen, die vom Zentrum investiert werden, um die peripheren Grenzregionen an sich zu binden. (Martínez 1994)

Tourismus spielt hier eine bedeutende Rolle. Der amerikanische Tourismuswissenschaftler Dallen J. Timothy beschäftigt sich mit Grenzen als *unlikely tourist attractions*. Die Grenze begünstigt verschiedene Formen von touristischen Aktivitäten. Die häufigste Form ist der Einkaufstourismus, der Waren- und/oder Preisunterschiede zwischen zwei Staaten ausnutzt. Die Grenzregion an sich kann als Attraktion gelten, da sie oft in umstrittenen Gebieten liegt und bereits von der benachbarten fremden Kultur beeinflusst wird. Regionen wie zum Beispiel das Saarland oder Baden sind französisch beeinflusst und gewinnen somit einen gewissen exotischen Reiz als Reiseziel. (Timothy 2011)

Grenzen, seien es die Schützengräben von Verdun, die Berliner Mauer oder die Demarkationslinie in Korea, können vom *Dark Tourism* profitieren. (Lennon, Foley 2006) Laut Timothy ist ein Vorteil der Peripherie, dass besonders in Grenznähe größere intakte Naturräume oder Nationalparks existieren, die durch aktiven und ökologischen Tourismus als Ressource genutzt werden können. (Timothy 2011)

In diesem Paper soll anhand einer Fallstudie über die polnische Grenzstadt Przemyśl die Frage beantwortet werden, welche Strategien von Stadtverwaltungen in Grenzstädten genutzt werden, um die Nachteile der Peripherie durch Tourismus zu überwinden.

Die Kernfragen sind:

- Wie werden Grenzen als touristische Ressourcen für die Überwindung von peripheren Entwicklungsnachteilen genutzt?
- Welche Rolle spielt der Tourismus für die Regionalentwicklung von peripheren Regionen?
- Welche konkreten Strategien können auf lokaler Ebene gefunden werden?

## Przemyśl – eine Grenzstadt in der dreifachen Peripherie

Nach Manuel Castells werden in der Globalisierung die Orte von der Entwicklung abgeschnitten, die sich in der Peripherie der globalen Knotenzentren befinden. (Castells 1998)

Przemyśl befindet sich sowohl durch seine geografische Lage, als auch seiner sozio-ökonomischen Entwicklung in einer dreifachen Peripherie. Die polnisch-ukrainische Grenze markiert nicht nur die Staatsgrenze, sondern platziert Przemyśl an einen der östlichsten Punkte der EU. Die Stadt weist neben der europäischen und nationalen Ebene auch Entwicklungsdefizite zum regionalen Zentrum, der Woiwodschaftshauptstadt Rzeszów auf. Historisch war die Stadt auf ihr Zentrum Lemberg ausgerichtet, von dem Przemyśl nach dem Zweiten Weltkrieg getrennt wurde. Die Stadt leidet unter einer schlecht entwickelten Infrastruktur und dem durch die Grenzziehung 1945 verlorenen Hinterland. Die Stadt verlor 1999 den Status als Woiwodschaftshauptstadt und damit einen großen Teil der Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor. Alleine zwischen 2010 und 2012 wanderten 4,9 Prozent der Bevölkerung ab. Der Bevölkerungsverlust geht einher mit einem *brain drain*. (Ustat 2014)

Die dreifache Peripherie drückt sich ebenfalls in den wirtschaftlichen Kenndaten aus. Polen erfährt als Staat zurzeit eine enorme wirtschaftliche Entwicklung. Im Vergleich mit allen EU-Staaten befindet sich das Land jedoch im hinteren Feld. Innerhalb Polens liegt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in keiner Woiwodschaft niedriger als in Podkarpackie. Die Woiwodschaft erreichte 2008 lediglich 64,8 Prozent des nationalen BIPs. Innerhalb der Woiwodschaft gibt es keinen Landkreis, der ein geringeres BIP aufweist, als Przemyśl. Der Stadt- und Landkreis zog 2012 neun Prozent weniger Investitionen an, als im Woiwodschaftsvergleich. (Ustat 2014) Mehr als durch die Peripherität ist die Stadt jedoch durch die sich ändernden Grenzlinien und -regime geprägt.

Bis 1772 lag Przemyśl in einer der zentralen Regionen Polens und bis 1918 der habsburgischen, polnischen Provinzen. Die Stadt bildete zusammen mit Lemberg (Lwiw) das kulturelle und ökonomische Zentrum der Provinz Ostgalizien. Die Region war multiethnisch, mit ukrainisch dominierten Dörfern und polnisch-jüdisch dominierten Städten. Ab 1918 änderten sich die Grenzen um Przemyśl mehrere Male. 1918 wurde die Stadt Teil der westukrainischen Volksrepublik, die Grenze verlief westlich der Stadt. Von 1920 bis 1939 war Przemyśl wieder Teil Polens. Die Grenze lag weit östlich und spielte für die Stadt keine Rolle. 1939 wurde die Stadt in der Mitte geteilt. Hier verlief die sogenannte Molotowlinie, die Polen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion aufteilte. 1941 geriet Przemyśl vollkommen unter deutsche Kontrolle. Mit der Grenze verschwand die multiethnische Identität der Stadt. 1945 wurde die Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion an ihrer heutigen Stelle östlich der Stadt gezogen und hermetisch abgeriegelt. Es kam zum Bevölkerungsaustausch, UkrainerInnen wurden in die Sowjetunion oder das westliche Polen umgesiedelt und PolInnen aus dem Osten angesiedelt. Gleichzeitig eskalierte ein gewaltsamer Partisanenkrieg zwischen ukrainischen Aufständischen und der polnischen Armee, der erst 1947 mit einer konzentrierten Aktion beendet wurde. Durch die Grenzziehung und -schließung verlor die Stadt ihr historisches Hinterland und ihre Verbindung zum Zentrum Lemberg. Die Grenze, obwohl als Freundschaftslinie titulierte, wurde eine massive Barriere sowohl für den Alltag der *borderlanders*, als auch für die Entwicklung der Region. (Barthel 2010)



Mit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 wurde die Grenze geöffnet und Polen tat sehr viel, um den Austausch mit der Ukraine zu erleichtern. Die Grenze diente als Brücke zwischen den beiden Ländern. Mit dem EU-Beitritt Polens 2004 wurde die Grenze wieder unzugänglicher. Die Stadt befindet sich seit dem an der EU-Außengrenze. Die Grenze erfüllt somit nicht nur die Funktion als nationales Symbol und Filter für den polnischen Staat, sondern erfüllt diese Funktionen für die gesamte EU. Hierdurch wurde die Kontrolle und Überwachung der Grenze intensiviert und neue Grenzbefestigungen installiert. Die Grenze ist somit heute verschlossener als 1991.

Erst seit 2009 öffnet sich die Grenze, dank visumfreie Einreise in die Ukraine und kleinen Grenzverkehr auf polnischer Seite, wieder. Es lässt sich jedoch festhalten, dass Przemysł, im Sinne von Oscar Martínez, eine *Interdependent border region* ist, in der die *borderlanders* mit der Grenze leben und bis zu einem gewissen Grad mit der anderen Seite interagieren. (Martínez 1996)

## Funktionen der Grenze

Oscar Martínez beschreibt *borderlanders* als Personen, die in Grenzregionen leben und von der Grenznahe beeinflusst werden. Die Ausgestaltung des Grenzregimes und die Beziehungen über die Grenze haben eine weit größere Bedeutung für sie, als für den Rest des Staates. Dies kann zu gegensätzlichen Interessen bis hin zu neuen regionalen Identitäten führen, die Martínez als *otherness* und *seperateness* bezeichnet. Für *borderlanders* bildet die Grenze eine alltägliche Ressource. (Martínez 1996: 227)

Nach O´Dowd ist dies eine von mehreren, teilweise gleichzeitig auftretenden Funktionen. Die Funktion als Ressource umfasst legale, graue und illegale Praktiken. Die Praktiken umfassen den normalen Einkaufstourismus genauso wie das Ausnutzen gesetzlicher Unterschiede auf beiden Seiten der Grenze und illegale Aktivitäten wie Schmuggel oder Schleusertum.

Die Grenze kann laut O´Dowd darüber hinaus die Funktion als Barriere, Filter, Brücke oder Symbol besitzen. Eine Grenze erfüllt oft mehrere Funktionen gleichzeitig. Die jeweiligen Funktionen können für verschiedene Personengruppen oder administrative Ebenen verschiedene Bedeutungen haben. Die Interessen des Nationalstaates oder der EU stehen oft gegen die Interessen der *borderlanders*. Während der Nationalstaat das Interesse hat, dass die Grenze einen effektiven Filter bildet und Kontrollen durchführt, haben die *borderlanders* das Interesse, die Grenze oft und ohne Behinderung zu überqueren. Die Filterfunktion des Nationalstaates wirkt sich für die *borderlanders* jedoch als Barriere aus.

Der Nationalstaat hat ein Interesse daran, dass die Grenze ein Symbol seiner Souveränität ist. Je nach außenpolitischer Ausrichtung zum Nachbarn dienen Grenzen entweder als Brücken, Filter oder Barrieren. Für die lokale Bevölkerung ist die Grenze jedoch hauptsächlich eine alltägliche Ressource, die möglichst ohne Barrierewirkung überschritten werden kann. (O´Dowd et. al. 2004: 24)

Auf die Frage der Peripherie übertragen, heißt dies, dass die Inwertsetzung der Grenze als Ressource von den *borderlanders* zur Linderung der Krise genutzt werden kann. In der Feldforschung, die diesem Artikel zugrunde liegt, wurde der Schwerpunkt auf die legalen Aktivitäten gelegt.

Die Stadt Przemyśl publizierte 2014 die *Strategia Sukcesu Miasta Przemyśla na lata 2014–2024* (die Erfolgsstrategie für Przemyśl in den Jahren 2014–2024), in der anhand von SWOT-Analysen der Zustand der Stadt und ihr künftiges Entwicklungspotenzial ermittelt werden. Bezogen auf die Lage Przemyśls zur Grenze werden folgende Potenziale beschrieben (Rada Miejska w Przemyślu 2014):

1. Die Natur entlang der Grenze.
2. Die multiethnische Geschichte.
3. Die historischen Befestigungen und Grenzeinrichtungen.
4. Der grenzüberschreitende Handel.
5. Przemyśl als *Landhafen* und Hub zur Ukraine.
6. Der Grenzübergang in Medyka.

Es lässt sich bei dieser Aufzählung feststellen, dass die Stadtverwaltung hauptsächlich das touristische Potenzial der Grenze für die sozioökonomische Entwicklung beschreibt. Lokale Diskurse verstehen die Grenze nicht als Barriere, sondern als Ressource.

## Die Ökonomisierung der Grenze im Tourismusmarketing

In der Tourismusforschung hat sich vor allem der Geograf Dallen J. Timothy mit politischen Grenzen beschäftigt. Er sieht internationale Grenzen als natürliche touristische Ressource, da alle internationalen Reisenden sie übertreten müssen. Die Erfahrung Grenzen zu überschreiten ist für viele TouristInnen Teil der Reiseerfahrung und Grenzstädte weisen unabhängig von ihrer Attraktivität Einrichtungen auf, die diesen Bedarf decken. Die Grenze selbst wird zur Attraktion, wenn sie durch Zeichen, Denkmäler oder andere Einrichtungen markiert wird. (Timothy, Saarkinen 2013: 64f.)

In Grenzregionen erleben TouristInnen kulturelle Vielfalt, ein *Anderssein*, das durch gezieltes Marketing für die Region in Wert gesetzt werden kann. Grenzen sind oft Orte von vergangenen oder aktuellen Konflikten. Der Geograf John J. Lennon sieht dieses Phänomen als Teil des *Dark Tourism*. Er schreibt: »What is on offer on either side of this border is a twin reflection of the shared past: in a most literal form the interpretative display offers a mirror image of a dark past on either side.« (Lennon, Foley 2006: 137)

Timothy sieht noch weitere Faktoren, die Grenzen als Reiseziel attraktiv machen. Er nennt unter anderem Formen, die nicht durch die Grenze als solche, sondern durch das Grenzregime beeinflusst werden. Er nennt Aktivitäten wie Glücksspiel, Prostitution und Alkohol. Diese Aktivitäten sind auf schnellen Konsum vor Ort angelegt und basieren auf Preisunterschied und/oder abweichenden gesetzlichen Regelungen. Der Einkaufstourismus ist für ihn eng verbunden mit Grenzhandel. Im Einkaufstourismus stehen jedoch der persönliche Konsum und das touristische Erleben im Vordergrund. (Timothy 2005)

In der *Strategia Sukcesu Miasta Przemyśla na lata 2014–2024* ist zu erkennen, dass Przemyśl einige der Faktoren aufgreift, um die Grenze als touristische Ressource zu nutzen (Rada Miejska w Przemyślu 2014).

Grundsätzlich lassen sich in Przemyśl vier Strategien erkennen, die die Grenze als touristische Ressource verstehen:

1. Przemyśl als Ziel für Ökotourismus
2. Przemyśl als Grenzstadt und Hub zur Ukraine
3. Przemyśl als Ort des Einkaufstourismus
4. Przemyśl als Ort mit multikultureller und militärischer Vergangenheit

Auf die einzelnen Aspekte wird im Folgenden eingegangen.

## Przemyśl und Ökotourismus

In der *Strategia Sukcesu Miasta Przemyśla na lata 2014–2024*, identifiziert die Stadtverwaltung die unberührte Natur als Potenzial für die Region. Die Stadt lag bis 1991 an der stark befestigten Grenze zur Sowjetunion. In der Aktion Weichsel wurden 1947 Dörfer umgesiedelt und landwirtschaftliche Aktivitäten eingeschränkt. Bis heute ist die Grenzregion durch eine geringe Bevölkerungs- und Siedlungsdichte charakterisiert. Der polnische Geograf Marek Wieckowski schreibt, dass insbesondere grenznahe Nationalparks herausragende Touristenattraktionen in Polen sind. Die Stadt bewirbt dem entsprechend die Nähe zum Bieszczady Nationalpark. (Wieckowski 2013)

In der Umgebung der Stadt sind Wander- und Radwege entlang des Festungsringes des Ersten Weltkrieges angelegt und man kann *auf den Spuren des braven Soldaten Schwejk* wandern. Es gibt polnisch-ukrainische Radwege, die durch die Euroregion Karpaten ausgezeichnet werden. Insgesamt ist zu erkennen, dass die Geschichte von Konflikten und Auseinandersetzungen an der Grenze auch für die Vermarktung von Sport- und Natururlaub genutzt wird.

## Przemyśl als letzte Stadt in der EU

Der nächste Grenzübergang zu Przemyśl ist Medyka. Er ist der einzige Übergang an der polnisch-ukrainischen Grenze, der zu Fuß überquert werden kann. Przemyśl ist gleichzeitig der östliche Endpunkt des polnischen Eisenbahnnetzes. Nach der Grenzschutzbehörde überquerten 2014 mehr als 4,6 Millionen Reisende den Kontrollpunkt. (Bieszczadzki Oddział Straży Granicznej 2015)

Der Grenzübergang entwickelt sich immer mehr zu einem inoffiziellen Reisetterminal. Minibusshuttle verbinden permanent beide Seiten der Grenze mit Przemyśl und Lemberg. Am Übergang haben sich eine große Anzahl von Restaurants und Bars angesiedelt, die sich auf Reisende eingestellt haben.

Es lässt sich beobachten, dass sich Medyka seit 2006 von einem Handelsort mit lebendigem Basar zu einem Transferhub für Reisende zwischen Polen und der Ukraine entwickelt hat.

In Interviews, die der Autor in 2006 mit VertreterInnen der Stadtverwaltung gemacht hat, wurde diese Entwicklung erhofft. Die Stadt vermarktete sich während der UEFA-Europameisterschaft 2012 als Hub innerhalb der EU, dass von ausländischen TouristInnen für Tagesausflüge nach Lemberg genutzt werden kann. Dieses Konzept wurde unter dem Motto *Become a Fan* umge-

setzt. Obwohl die Stadt selbst keine Spiele austrug, wurde eine *Fanzone* mit Public Viewing eingerichtet und in der Stadtmarketingbroschüre heißt es: »Are you going to the Euro 2012? Are you a football fan? So are we! We would like to invite you to picturesque Przemyśl [...] on the main route to Lviv direct on the EU border.“ (Urząd Miejskiej w Przemyślu 2012)

Polen profitierte von der *EURO 2012* als Tourismusdestination. Für Przemyśl lassen sich jedoch keine klaren Aussagen machen. Das Stadtmarketing wirbt aktuell weiter mit dem Slogan und versucht so sich als letzte Stadt in der EU zu positionieren, in der Reisenden EU-Standards geboten werden. Gleichzeitig bietet neben mehreren privaten Veranstaltern auch das städtische Tourismusbüro Tagesausflüge in die Ukraine an. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit diese Strategie aufgeht. Die Angebote werden hauptsächlich von inländischen Reisenden angenommen, ausländische TouristInnen finden kaum den Weg nach Przemyśl. (Wieckowski 2010).

## Einkaufstourismus in Przemyśl – vom Basar zur Mall

Laut Timothy wird Einkaufstourismus an den Grenzen interessant, an denen es einen signifikanten Preis- oder Angebotsunterschied zwischen den Nachbarstaaten gibt. Es sollte auf einer Seite der Grenze ein relevantes Zentrum liegen, das KundInnen generieren kann. Ermöglicht wird Einkaufstourismus durch ein liberales Grenz- und/oder Zollregime. Einkaufstourismus ist meist verbunden mit Tagestourismus und vermischt sich oft mit anderen Aktivitäten wie Grenzhandel oder Schmuggel. (Timothy 2005)

Als Grenzstadt zur Ukraine hat Przemyśl eine lange Tradition im Grenzhandel. Die Stadt entwickelte sich seit 1991 zur bedeutenden Basarstadt, in der Handel und Schmuggel die Wirtschaft dominierten. Der Handel konzentrierte sich nicht nur auf die grenznahen Bereiche bis Lemberg, sondern reichte weit in die Ukraine und bis Moldau hinein. Lemberg, als Zentrum mit knapp 700.000 Einwohnern, ist der Hauptmotor für den Handel. Aus Lemberg kommen nicht nur die HändlerInnen an den Basaren, sondern verstärkt auch KundInnen für die Geschäfte und Einkaufszentren in Przemyśl. Wie der Autor 2010 feststellte, waren zwei Drittel der lokalen Arbeitsplätze direkt mit Handel verbunden.

Seit 2008 zeichnet sich ab, dass die Bedeutung des Einkaufstourismus steigt. (Barthel 2010: 147f) Die *Gazeta Wyborcza* ermittelte 2013, dass ukrainische BürgerInnen Einkäufe im Wert von 1,36 Milliarden Złoty in Polen tätigen. (Gazeta Wyborcza 30.07.2014)

Die Entwicklung trug dazu bei, dass sich in der Stadt internationale Handelsketten wie *Media Markt*, *Tesco* oder *Carrefour* ansiedelten und großflächige Filialen eröffneten. Nördlich der Innenstadt eröffnete mit der *Galeria Sanowa*, ein großes Einkaufszentrum, das sich mit Ketten wie *C&A* oder *H&M* auf Bekleidung spezialisiert hat und so in direkte Konkurrenz zum Basar tritt. Es ist bemerkenswert, dass sich acht größere Hyper- oder Fachmärkte an der Straße zum Grenzübergang in Medyka angesiedelt haben. Diese Märkte sind so für ukrainische KundInnen einfach zu finden und auf sie ausgerichtet. Polnische KundInnen, müssen längere Anfahrten in Kauf nehmen und werden nicht direkt angesprochen.

Der Einkaufstourismus ist jedoch sehr abhängig von der wirtschaftlichen Situation in der Ukraine. Erste Interviews deuten an, dass der Handel in der aktuellen Krisensituation starke Ein-

bußen erlebt. Gleichzeitig verändert sich die Situation mit der bald fertiggestellten Autobahn in Richtung Krakau. Die Autobahn verläuft ca. 40 Kilometer nördlich der Stadt und verbindet Lemberg mit Südpolen. Bereits heute werben in Medyka nicht nur Märkte aus Przemyśl, sondern auch aus Rzeszów und Krakau um ukrainische KundInnen. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Konkurrenz auswirken wird, insbesondere da zum Einkaufstourismus laut Timothy auch Erlebnis und Auswahl gehört. Krakau hat allein wegen seiner Größe mehr Einkaufsmöglichkeiten und zusätzlich kulturelle Angebote zu bieten. (Timothy 2005)

## Zwei Weltkriege und die Sowjetunion – Dark Tourism in Przemyśl

*Dark Tourism* ist per Definition der Besuch von Orten, die mit Konflikt, Tod und Tragödie verbunden sind. John J. Lennon und Malcolm Foley definieren hierbei, dass sich mit der Thematik sowohl pädagogisch als auch kommerziell beschäftigt werden kann. Dies hängt hauptsächlich von der Motivation der lokalen EntscheiderInnen und der BesucherInnen ab. Es kann dazu führen, dass Anbieter das Makabere ausbeuten. (Lennon, Foley 2006)

Im Extremfall kommt es zur sogenannten Disneyfizierung der Erinnerung. Der Begriff umfasst laut Sybille Frank den Prozess der Schaffung von Authentizität, in dem »[...]Touristen dazu beitragen lokale Traditionen immer wieder neu auszuhandeln und neu zu verorten[...]« (Frank 2009: 297). Diese oft chaotisch verlaufenden Aushandlungsprozesse können zu Konflikten führen.

Die lokale Akzeptanz von *Dark Tourism* hängt stark vom pietätvollen Umgang mit der lokalen Geschichte zusammen. Dies ist besonders wichtig in Grenzregionen, die eine komplizierte und zum großen Teil noch nicht aufgearbeitete Geschichte besitzen. (Frank 2009)

Przemyśl versucht Teile seiner militärischen Geschichte, die stark mit der Grenze verbunden ist, für das Stadtmarketing zu nutzen.

Eine der meistbesuchten Attraktion der Stadt ist das Museum des Festungsringes (*Muzeum Twierdzy Przemyśl*). Das Museum erinnert neben den Aufbau der Festung vor allem an die Zeit des Ersten Weltkrieges. Die Stadt umgeben mehrere Festungswanderwege. Als besondere Events werden regelmäßig sogenannte Reenactments von Schlachten des Ersten Weltkrieges organisiert.

Für die Vermarktung der Stadt spielen die Curzon- und Molotowlinie besondere Rollen. Die Molotowlinie, die Polen 1939 in ein deutsches und ein sowjetisches Besatzungsgebiet teilte, verlief genau durch die Stadt. Bis heute finden sich im Stadtbild Bunker, Befestigungen und Einrichtungen aus der Zeit. Die Stadt bewirbt Spaziergänge entlang der Molotowlinie in offiziellen Broschüren in verschiedenen Sprachen und mit markierten touristischen Routen. (Urząd Miejskiej w Przemyślu 2008)

Der *Dark Tourism* stellt somit einen wesentlichen Teil des Stadtmarketings dar. Neben den sichtbaren Zeichen, wie die ehemaligen Befestigungs- und Grenzeinrichtungen, versucht Przemyśl sich als Ort der *Kresy* zu positionieren. Die *Kresy* umschreibt die ehemaligen Ostgebiete Polens, die 1945 von der Sowjetunion annektiert wurden. Der polnische Geograf Marek Koter schreibt hierzu:

»One of the most distinctive features of kresy is the romantic ethos associated with the frontier people. The fact is that the conquerors of new frontiers are thought of as incarnating some specific qualities such as courage, rashness, power, enterprise and patriotism which make up the frontier spirit. They are enveloped in an aura of heroism, grandeur and victory as 'missionaries' bringing the civilization to savage lands. Idealized heroes with a nimbus of glory, they have always been an inspiration for countless novels and movies.« (Koter 2001: 145)

Dieser Tourismus, der mit Verlust spielt und mit dem deutschen Heimwehtourismus verglichen werden kann, lässt sich in Spuren im Stadtbild finden. Firmen haben Galizien in ihren Namen, Restaurants und Cafés spielen mit Narrativen aus der Habsburgzeit und die Taxifirma *Kresy* wirbt um Fahrgäste. Galizien, das jüdische und ukrainische Erbe, aber auch Symbole der nationalen Zugehörigkeit zu Polen schlagen sich im Stadtbild nieder.

Die Stadt fängt an den *Dark Tourism* zu nutzen. Ob sich eine pädagogische oder kommerzielle Strategie für die Vermarktung der Vergangenheit durchsetzt, ist jedoch noch nicht absehbar.

## Zusammenfassung – Grenztourismus als Entwicklungsstrategie

Die Stadtverwaltung von Przemyśl hat erkannt, dass der Tourismus einer der wichtigsten Impulse für die Region ist. Die Stadtverwaltung sieht das Potenzial in folgenden Aspekten:

1. Die unberührte, intakte Natur für ökologischen und aktiven Urlaub.
2. Die Nähe zur Grenze und zur Ukraine.
3. Die Handelsbeziehungen und Verbindungen in die benachbarte Grenzregion.
4. Die Geschichte der Stadt, mit Ihrem multikulturellen und militärhistorischen Erbe.

(Rada Miejska w Przemyślu 2014)

Die vier Aspekte werden in vier Strategien umgesetzt:

1. Die Grenzregion und historischen Festungsanlagen werden durch Rad- und Wanderwege erschlossen.
2. Die Stadt vermarktet sich, initiiert durch die Fußball-Europameisterschaft *EURO 2012*, als Hub für Tagestouren in die Ukraine.
3. In der Stadt siedeln sich internationale Ketten und Einkaufszentren an, die den Einkaufstourismus fördern.
4. Die Festungen und die Molotowlinie werden als Teil der dunklen Vergangenheit der Stadt vermarktet und beworben.

Die vier Strategien basieren direkt oder indirekt auf der peripheren Lage der Stadt in einer Grenzregion. Der ökologische Tourismus profitiert von der peripher-ruralen Landschaft, die zum großen Teil durch das strikte Regime an der ehemaligen sowjetischen Grenze entstanden ist. Die Nähe zur EU-Außengrenze ermöglicht der Stadt sich als erste Stadt in der EU zu vermarkten. In dem Selbstverständnis als Hub zur Ukraine wird Lemberg aktiv in das Stadtmarketing einbezogen. Der Einkaufstourismus aus der Ukraine wird durch den Grenzübergang in Medyka und den entsprechenden Preis- und Angebotsunterschieden auf beiden Seiten der

Demarkation ermöglicht. Die Vergangenheit der Stadt, als umkämpfte Grenzstadt, die in einer früher kulturell durchmischten Region liegt, ermöglicht den *Dark Tourism*.

Die Grenze wird so im Sinne von Liam O´Dowd und Oscar Martínez als Ressource für die Regionalentwicklung genutzt. Im alltäglichen wirtschaftlichen Leben der Stadt und ihrer BewohnerInnen spielt die Grenze eine dominante Rolle. Die Lage an der Grenze wird wirtschaftlich in Wert gesetzt und die Nähe zur Ukraine in den touristischen Strategien berücksichtigt.

Es bleibt zu erforschen, inwieweit diese Strategien aufgehen. Der Shoppingtourismus ist stark abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Ukraine. Es ist ebenfalls fraglich, inwieweit Przemysł es schafft, internationale TouristInnen anzuziehen. Die Stadt ist schwer zu erreichen und der Nachteil der dreifachen Peripherie kann die Vorteile der Grenznähe überwiegen. Hier ist zu diskutieren, inwieweit der Tourismus alleine die Peripherienachteile überwinden kann, oder ob es nur zu einer Linderung der Symptome der sozioökonomischen Unterentwicklung kommt.

Die wichtigste Frage betrifft jedoch die Entwicklung des Grenzregimes. Der Grenztourismus benötigt eine möglichst offene und einfach zu überwindende Grenze. Die Grenze darf nicht zur Barriere werden. Da die Grenze jedoch eine wichtige Ressource für die Region ist, behält sie Ihre Legitimation. Eine totale Öffnung, wie zwischen den Staaten des Schengener Abkommens, würde die Funktion als Ressource für die Regionalentwicklung stark einschränken. Es führt zu der Situation, dass die lokale Bevölkerung stark protestiert, wenn es zu Einschränkungen an der Grenze kommt, gleichzeitig spricht sich eine Mehrheit gegen die vollständige Öffnung aus.

Przemysł lebt mit und von der Grenze, sie bildet somit nicht nur eine Konstante für die Regionalentwicklung, sondern auch ein Symbol für die lokale Identität. Die Gefühle von *separateness* und *otherness* geben der Stadt eine besondere Atmosphäre und sorgen dafür, dass das Image als Grenzstadt weiter touristisch vermarktet werden kann.

## Literatur

- Barthel, M. 2010: Standortfaktor und Ressource – Die Bedeutung der polnisch-ukrainischen Grenze für Przemysł. In M. Wagner, W. Lukowski (Hg.), *Alltag im Grenzland. Schmuggel als ökonomische Strategie im Osten Europas*. Wiesbaden: Springer.
- Bauman, Z. 2000: *Liquid Modernity*. Cambridge, Malden: Blackwell.
- Bieszczadzki Oddział Straży Granicznej 2015: Dane statystyczne 2014 rok, <http://www.bieszczadzki.straz-graniczna.pl/upload/stat/6b47563cf505706f6fee1f0637381996447e9d01.xlsx> (letzter Aufruf 31. Mai 2015).
- Brunotte, E. et. al. 2005: *Lexikon der Geographie*. Heidelberg: Spektrum.
- Castells, M. 1996: *The Information Age: Economy, Society, and Culture, Volume 1: The Rise of the Network Society*. Oxford, Malden: Blackwell.
- Castells, M. 1998: *The Information Age: Economy, Society, and Culture, Volume 3: End of Millennium*. Oxford, Malden: Blackwell.
- Frank, S. 2009: *Der Mauer um die Wette gedenken. Die Formation einer Heritage-Industrie am Berliner Checkpoint Charlie*. Frankfurt am Main: Campus.
- Gazeta Wyborcza 2013: Supermarket przygraniczny. Ukraińcy i Białorusini wydają w Polsce miliardy, [http://wyborcza.biz/biznes/1,100896,16398559,Supermarket\\_przygraniczny\\_Ukrajnicy\\_i\\_Bialorusini.html](http://wyborcza.biz/biznes/1,100896,16398559,Supermarket_przygraniczny_Ukrajnicy_i_Bialorusini.html) (letzter Aufruf 31. Mai 2015).

- Hein, W. 2013: *Unterentwicklung – Krise der Peripherie*. Grundwissen Politik Band 20. Wiesbaden: Springer.
- Koter, M. 2001: *Kresy as a Specific Type of Borderland – It's Origin and Characteristics*. In *Geographica Slovenica*, 34/1 2001, 131–148.
- Lennon, J., Foley, M. 2006: *Dark Tourism: The Attraction of Death and Disaster*. London: Thomson Learning.
- Martínez, O. 1994: *Border People. Life and Society in the U.S. – Mexico Borderlands*. Tucson: The University of Arizona Press.
- Martínez, O. 1996: *U.S. – Mexico Borderlands: Historical and Contemporary Perspectives*. Wilmington: Scholarly Resources.
- O´Dowd, L. 2001: *State Borders, border regions and the construction of European identity*. In M. Kohli, N. Novak (Hg.), *Will Europe work?* London: Routledge.
- O´Dowd, L. et al. 2004: *New Borders for a changing Europe: Cross-Border Cooperation and Governance*. London: Routledge.
- Rada Miejska w Przemyślu 2014: *Diagnoza sytuacji społeczno-gospodarczej Miasta (jakościowa) Strategia Sukcesu Miasta Przemysła na lata 2014–2024*. Przemyśl: Gmina Miejska Przemyśl.
- Sassen, S. 2005: *The Global City: Introducing a Concept*. *The Brown Journal of World Affairs*, Volume XI, Issue 2.
- Timothy, D. 2005: *Shopping Tourism, Retailing and Leisure*. Clevedon: Channel View.
- Timothy, D. 2011: *Cultural Heritage and Tourism: An Introduction*. Bristol: Channel View.
- Timothy, D., Saarinen, J. 2013: *Cross-border cooperation and Tourism in Europe*. In C. Costa et. al. (Hg.), *Trends in European Tourism Planning and Organisation*. Bristol: Channel View.
- Urząd Miejskiej w Przemyślu 2008: *Die Molotw-Linie*, Broschüre.
- Urząd Miejskiej w Przemyślu 2012: *The City of Przemyśl – Become a Fan! Top rated place to visit on Your way to the Championships*, Broschüre.
- Ustat 2014: *Statystyczne Vademecum Samorządowca Miasto: Przemyśl*, [http://rzeszow.stat.gov.pl/vademecum/vademecum\\_podkarpackie/portrety\\_miast/miasto\\_przemysl.pdf](http://rzeszow.stat.gov.pl/vademecum/vademecum_podkarpackie/portrety_miast/miasto_przemysl.pdf) (letzter Aufruf 31. Mai 2015).
- van Houtum, H., Scott, J. 2005: *Boundaries and Europeanisation of Space: The EU, Integration and Evolving Theoretical Perspectives on Borders*. EXLINEA State of the Art Report. Nijmegen, Berlin: EXLINEA.
- Wieckowski, M. 2010: *Tourism Development in the Borderlands of Poland*. *Geographica Polonica* 2010, 83, 2, 67–81.
- Wieckowski, M. 2013: *Eco-frontier in the mountainous borderlands of Central Europe*. *Journal of Alpine Research*, 101 (2).



# Armutsstrategien und soziale Ungleichheit in der polnischen Gesellschaft

Mathias Wagner

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Soziale Ungleichheit und Strategien der Akteure. Erfahrungen und Ergebnisse deutsch-polnischer Forschungs Kooperationen« – organisiert von Mathias Wagner und Wojciech Wukowski*

Obwohl unter dem Begriff von Neoliberalismus eine globale Entwicklung gefasst wird, führt deren Umsetzung in den verschiedenen Gesellschaften zu unterschiedlichen Ausprägungen. Beispielhaft finden wir in Polen eine landestypische Ausgestaltung der neoliberalen wirtschaftlichen Ideologie einer marktbeherrschten Gesellschaft. Damit wird deutlich, dass auch eine übermächtige ideologische Strömung die historischen Erfahrungen einer Gesellschaft nicht ignorieren kann. Vielmehr entwickeln sich hybride Formen, in denen historische Gesellschaftserfahrungen in die neoliberalen Konzepte integriert werden und letzteren eine für die jeweilige Gesellschaft spezifischen Zuschnitt geben.

Am Beispiel der polnischen Gesellschaft führt dieser Artikel die Eingangsthese aus. Mit folgenden Schritten werde ich meine These darlegen:

- eine Skizze des zugrunde gelegten Begriffs von Neoliberalismus,
- die historische Ausgangslage wird umrissen,
- und die Hoffnungen des gesellschaftlichen Wandels von 1989/90,
- sowie die Effekte des Transformationsprozesses in Polen werden dargestellt;
- außerdem werden Anmerkungen zum Sozialsystem gemacht,
- um schließlich die Reaktionen der Gesellschaft aufzuzeigen.

## Welches Verständnis von Neoliberalismus liegt der Analyse zugrunde?

Hier kann es sich nicht um eine ausführliche Darstellung handeln, sondern das Feld soll nur punktuell erhellt werden. Unter neoliberal verstehe ich den Versuch einer konsequenten Marktorientierung. Angestrebt wird die Unterwerfung aller gesellschaftlichen Bereiche unter private und damit individualisierte Wirtschaftsunternehmungen. Gleichzeitig wird von den Individuen die räumliche und inhaltliche Flexibilität verlangt, sich auf dem Arbeitsmarkt den Interessen der Wirtschaftsunternehmen zu unterwerfen. Soziale Bindungen oder berufliche Orientierungen und Präferenzen müssen sich den Unternehmen unterordnen. Um diese Ziele zu erreichen,

wird ein Bündel von begleitenden Strategien gesellschaftlich implementiert, die von den Individuen als quasinatürliche und damit unausweichliche Entwicklungen wahrgenommen werden. Zu diesen Strategien gehörten die Forderung von Aktivierung, wie sie von Lessenich beschrieben wird, sowie die allseitige Beschleunigung, die Rosa ausgeführt hat und die von Dörre analysierte Landnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen (Dörre, Lessenich, Rosa 2009).

Im Rahmen dieser Entwicklung werden auch die persönlichen Lebensbereiche dem Markt unterworfen. Wie der Siegeszug immer neuer Entwicklungen zeigt, werden dabei Lebensäußerungen zu Lebensentäußerungen umgeformt. Facebook ist in dem Kontext ein treffendes Beispiel der marktförmigen Umgestaltung von Freundschaft. Am Horizont neoliberaler Umgestaltungen stehen die Begriffe von Freiheit und Individualität und suggerieren das Versprechen einer Verbesserung der Lebensqualität. In einer von Marktinteressen beherrschten Gesellschaft, deren dominantes Ziel die Freiheit des Individuums ist, erscheint die Sozialgesetzgebung einer Wohlfahrtsgesellschaft als Einschränkung von Freiheit. An diesem historischen Punkt ist die Ideologie zu einem nicht mehr hinterfragten Teil des kulturellen Selbstverständnisses geworden.

Damit haben wir uns zwar schon der polnischen Gesellschaft angenähert, doch ist es notwendig noch einen Blick auf die historische Situation Ende der 1980er Jahre in Polen zu werfen.

## Die historische Situation der Systemtransformation

Seit Beginn der 1980er Jahre führte der wirtschaftliche Niedergang des Landes zu politischen Unruhen. Viele Produkte waren nur auf dem Schwarzmarkt zu übersteuerten Preisen erhältlich. 1986 entsprach der Wert von 50 Prozent der Renten eineinhalb Pfund Kaffee auf dem Schwarzmarkt. Mit der Gründung der *Solidarność* war die Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verbunden. Gegründet als Gewerkschaftsbewegung entwickelte sie sich zu Beginn der 1980er Jahre zu einer Volksbewegung mit 10 Millionen Mitgliedern, vom Landwirt über den Arbeiter bis zum Betriebsleiter. Nach ihrem Verbot und der Wiedezulassung waren die Mitgliederzahlen 1988 zwar auf 2,5 Millionen geschrumpft, lebendig war aber das Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen.

Getragen wurde die *Solidarność* vor allem von den Großbetrieben der Schwerindustrie und der Werften. Deren Idee war eine Vergemeinschaftung der Wirtschaft zum Wohl aller Bürger, hingegen die Privatisierung nicht im Vordergrund stand. Als 1990 die wirtschaftliche und politische Wende eingeleitet wurde, holte man sich jedoch als Berater die als *hicago bo s* bekannt gewordenen Ökonomen neoliberaler Prägung. Mit einer *Schocktherapie* wurde die Wirtschaft privatisiert. In deren Folge entließen gerade die Großbetriebe einen erheblichen Teil ihrer Belegschaft und es entwickelte sich eine ausgeprägte soziale und ökonomische Spaltung, die zudem räumlich gebunden ist. Die Ideen, mit denen die *Solidarność* zehn Jahre zuvor für einen gesellschaftlichen Aufbruch gesorgt hatte, erstickten in einer hohen Arbeitslosigkeit.

Problematisch war diese Entwicklung vor allem aufgrund eines fehlenden Sozialsystems, mit dem Verarmung zu verhindern gewesen wäre. Das polnische Sozialhilfesystem sieht lediglich vor, dass für einen begrenzten Zeitraum ein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht. Der Be-

zugszeitraum richtet sich nicht nach der individuellen Situation des Arbeitslosen, sondern errechnet sich aus der statistischen Arbeitslosenquote in der Wojewodschaft, in der ein Antragsteller seinen Wohnsitz hat. Diese Vorgehensweise beinhaltet zwei Probleme: Erstens besteht ein großer Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Regionen bezüglich des Umfangs der Arbeitslosigkeit. Da es sich aber immer um den Durchschnittswert einer Wojewodschaft handelt, werden die Bewohner der ländlichen Gebiete benachteiligt. Zweitens werden die individuellen Problemlagen der Arbeitslosen ignoriert. Letzteres wird vor allem zu einem Problem nach dem Ende des Bezugszeitraums von Arbeitslosengeld. Im polnischen Sozialsystem ist keine kontinuierliche finanzielle Hilfe im Anschluss an Arbeitslosengeld vorgesehen. Langzeitarbeitslosen droht eine Verarmung nach dem Ende ihres Bezugszeitraumes von Arbeitslosengeld. So konnten wir in einer Forschung in der Wojewodschaft Ermland-Masuren 2008/2010 beispielhaft an den Familien der Schüler einer Schule feststellen, dass von 249 Familien ohne festen Arbeitsplatz 214 kein Anrecht auf Arbeitslosengeld hatten. Finanzielle Unterstützung erhalten sie im Einzelfall nur zur Linderung aktuell konkreter Notlagen, ohne fortlaufenden Anspruch. Darüber hinaus besteht für Arbeitslose und ihre Angehörigen die Möglichkeit monatlich Lebensmittel im Wert von ca. zehn Euro pro Familienmitglied von der sogenannten Lebensmittelbank kostenlos zu erhalten (Wagner 2011: 76f). 1989 lebten 15 Prozent der polnischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze, 2011 lagen die offiziellen Zahlen bei 18 Prozent. 2006 hatten 40 Prozent der unter 24-Jährigen keine Stelle, das waren doppelt so viele wie im EU-Durchschnitt. Vor dem Beginn der Transformation betrug der Gini-Koeffizient zwischen 0,207 und 0,242, er stieg 1995 auf 0,288 und 2011 auf 0,31.

Obwohl in Polen während der letzten 25 Jahre der Lebensstandard gestiegen ist, besteht eine Spaltung zwischen den boomenden großstädtischen Einzugsgebieten und abgehängten ländlichen Regionen. Daher haben Durchschnittszahlen bezüglich Einkommen, Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung nur einen geringen Aussagewert. 2013 gibt das statistische Amt Polens beispielsweise für Warschau eine Arbeitslosenquote von fünf Prozent an. 130 Kilometer südlich steigt die offizielle Arbeitslosenzahl auf 37 Prozent und zwischen allen Wojewodschaften schwankt die Arbeitslosenzahl zwischen 10 und 21 Prozent. Anzumerken ist dabei, dass es sich um die offizielle Arbeitslosenzahl handelt, jedoch aufgrund unserer Forschungen von einem erheblich höheren Umfang der Arbeitslosigkeit ausgegangen werden muss. Im Mikrozensus der Befragung gelten Personen nicht mehr als arbeitslos, wenn sie wenigstens für eine Stunde in der Woche einer Arbeit nachgehen.

In Niederschlesien, unweit der Grenze zu Deutschland verdiente ein Tagelöhner auf dem Bau 2012 zwei Euro pro Stunde. Ein Erntehelfer kam in der gleichen Gemeinde während der Himbeerernte auf neun Euro pro Tag im Akkordlohn und Heimarbeiter konnten für 5 Eurocent pro Kilogramm Zwiebeln für einen weiterverarbeitenden Betrieb schälen (Wagner et al. 2013: 131).

Für die betroffene Bevölkerung bieten sich Auswege in drei Bereichen an:

1. Rückzug in die ländliche Subsistenzwirtschaft,
2. Tätigkeiten im informellen Sektor,
3. Saisonale oder dauerhafte Arbeitsmigration ins westliche Ausland.

Zu Beginn der 1990er Jahre konnte vor allem ein Anstieg der Subsistenzproduktion festgestellt werden. Arbeitslose, die über ihre Familie auf landwirtschaftliche Flächen und Kleinstbetriebe

zurückgreifen konnten, sahen darin eine wirtschaftliche Chance. Im Verlauf der Zeit führte dies aber vielfach ins wirtschaftliche Abseits, da die Betriebe in Anbetracht des EU-Beitritts nicht lebensfähig waren. Gleichzeitig entwickelte sich eine umfangreiche informelle Ökonomie. Sie reicht vom illegalen Abbau von Kohle in Niederschlesien und ihrer landesweiten Vermarktung bis zum Warenschmuggel aus den östlichen Nachbarländern. Den größten Bereich einer Existenzsicherung in Anbetracht von Arbeitslosigkeit bietet die Arbeitsmigration, die zu einem umfangreichen Teil als saisonale Wanderarbeit betrieben wird. Vielfach werden die einzelnen Tätigkeiten miteinander kombiniert, um ein existenzsicherndes Einkommen zu erreichen. Bei der Arbeitsmigration handelt es sich oftmals um Saisontätigkeiten in der Landwirtschaft oder Gastronomie. Für die Zwischenzeiten besteht häufig eine weitere Einkommensmöglichkeit in der informellen Ökonomie oder der Subsistenzproduktion.

Es stellt sich an dieser Stelle die Frage nach dem Umgang und den Reaktionen der Gesellschaft, wobei vor allem Tätigkeiten im informellen Bereich, der zudem auch illegale Handlungen umfasst, im Vordergrund stehen.

## Gesellschaftliche Reaktionen auf informelle Tätigkeiten

Unabhängig davon, ob es sich bei den einzelnen Tätigkeiten um informelle oder illegale Arbeiten handelt, reagiert die polnische Gesellschaft mit Toleranz. Diese Reaktion bedarf einer Erklärung, da man davon ausgehen kann, dass Steuerhinterziehung über Schmuggel oder Schwarzarbeit, wie sie im informellen Sektor anzutreffen sind, von den staatlichen Organen unterbunden werden soll. Jedoch steht bei der Bewertung die Aktivität der Individuen im Vordergrund, während Fragen der Illegalität in den Hintergrund treten. Allein die Tatsache der selbständigen Existenzsicherung durch Arbeit wird als Ausdruck von Flexibilität geschätzt. Vertreter der staatlichen Administration beschreiben beispielsweise den Warenschmuggel an der Grenze zu Russland als eine akzeptable Form der Aktivierung von Arbeitslosen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, wenn auch Vertreter von Zoll und Grenzschutz den Schmugglern gegenüber mit Nachsicht agieren.

Zu dieser toleranten Haltung gegenüber informellen und illegalen Handlungen tragen zwei Entwicklungen bei. Auf der einen Seite wird hier die Akzeptanz neoliberaler Vorstellungen eines aktiven Individuums deutlich, das selbständig für sein Einkommen in wirtschaftlichen Notlagen sorgt. Diese Form der Individualisierung wird in Polen als Ausdruck von moderner Lebensweise positiv bewertet. Auf der anderen Seite werden in der polnischen Gesellschaft der soziale Zusammenhalt sowie die Forderung nach einer egalitären Gesellschaft, wie sie in den 1980er Jahren von der *Solidarność* angestrebt wurde, als vom Staat zu verwirklichende Ziele angesehen. Unterstützt wird dieser Aspekt durch die lange historische Erfahrung von Unterdrückung und Okkupation. Die daraus entstandene Einstellung, eines Rechts auf Widerstand wendet sich nicht nur gegen fremde Besatzer, sondern schließt auch den Widerstand bei Versagen der Administration ein. Tatsächlich handelt es sich um zwei gegenläufige Bewegungen: Individualisierung auf der einen Seite und die Forderung nach gesellschaftlichen Ausgleich ökonomischer Unterschiede. Der historisch gewachsene Anspruch an die staatliche Verwaltung, einen sozialen Ausgleich in der

Gesellschaft herzustellen, konterkariert die neoliberale Ideologie des aktiven, für sich selbst verantwortlichen Individuums. Arbeitslosigkeit und damit verbundene Armut wird als Versagen des Staates wahrgenommen und berechtigt die Betroffenen dazu, auch illegale Wege der Existenzsicherung zu beschreiten. Das Individuum nimmt in dem Fall sein Recht auf Widerstand wahr und die Gesellschaft begegnet seinen Handlungen mit Toleranz. An diesem Punkt hat die neoliberale Ideologie in Polen eine landesspezifische Form angenommen. Historische Erfahrungen der Gesellschaft wurden von der Ideologie nicht weggeschwemmt, sondern teilweise durch aktuelle Entwicklungen überformt.

Nun darf man an dieser Stelle nicht übersehen, dass die Haltung gegenüber der informellen Ökonomie mit weiteren wirtschaftlichen Effekten verbunden ist. Erweitern wir also noch ein wenig die Perspektive und versuchen die Gewinner dieser toleranten Strategie zu fokussieren. Informelle Ökonomie, Subsistenzwirtschaft und Migration unterstützen die wirtschaftliche Entwicklung in Polen, da sie notwendige finanzielle Transferleistungen im sozialen Bereich reduzieren. Die Umverteilung von Gewinnen kann innerhalb der Gesellschaft begrenzt werden. Wäre das nicht der Fall, so müssten über Steuern die entsprechenden Mittel zur Unterstützung von Arbeitslosen aufgebracht werden. Indem dies vermieden wird, wächst das Einkommen privilegierter Schichten, und zugleich öffnet sich die ökonomische Schere zwischen den sozialen Gruppen.

Gleichzeitig sorgen die individuellen wirtschaftlichen Auswege für eine politische Befriedung. Wer sich nach der Wende als Verlierer sah, hatte zumindest die Möglichkeit in informellen und illegalen Wirtschaftsbereichen seine Existenz zu sichern. In den Hintergrund tritt dabei, dass es sich auch um eine individuelle Notwendigkeit handelt. Für die Akteure besteht zumindest die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, selbst wenn sie sich im Verlauf der Zeit als unrealistisch erweist. Aber nicht nur die polnische Gesellschaft profitiert von den Strategien der Arbeitsmigration, Subsistenzwirtschaft und informellen Ökonomie.

Den umfangreichsten Anteil an der Arbeitsmigration nimmt die saisonale Wanderarbeit in die westeuropäischen Staaten der EU ein. Deutschland steht hier vor Großbritannien an erster Stelle als Zielland polnischer Arbeitsmigranten. Das größte Kontingent der saisonalen Arbeitskräfte wird in der Landwirtschaft für jeweils zwei bis drei Monate angestellt. Für die Landwirtschaft der westlichen EU-Staaten besteht das gravierende Problem darin, dass ein großer Teil der Erntearbeiter nicht mechanisierbar sind, aber von einheimischen Arbeitskräften aufgrund der extremen Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten von 5 bis 21 Uhr, Unterbringung in Massenquartieren usw.) nicht attraktiv sind. Mit den polnischen Wanderarbeitern stehen der westeuropäischen Landwirtschaft hoch flexible Arbeitskräfte zur Verfügung, die Niedriglöhne erhalten, keine Ansprüche an Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen etc. stellen und doch eine erstaunliche Leistungsbereitschaft zeigen. Dies ist aufgrund der Umrechnung von Euro in Złoty und der in Polen gegenüber Deutschland, Frankreich oder Spanien niedrigeren Lebenshaltungskosten möglich.

Hier decken sich die Interessen westeuropäischer Landwirte, vertreten durch die EU, und die Praxis der polnischen Gesellschaft. Wie wir oben festgestellt haben, ist für Wanderarbeiter/-innen ein zweites wirtschaftliches Standbein notwendig. Insoweit sie die zweite Einkommensquelle in der informellen Ökonomie finden, besteht von Seiten der EU wenig Interesse informelle Tätigkeiten zu unterbinden.

Am Ende dieser Interpretation lässt sich feststellen, dass die gesellschaftliche Praxis einer neoliberalen Ideologie in Polen nicht losgelöst von den spezifischen historischen Erfahrungen

des Landes erfolgt. Die Praxis führt zu einer ökonomischen und sozialen Ungleichheit und unterstützt die wirtschaftlichen Interessen westeuropäischer Staaten.

## Literatur

Dörre, K., Lessenich, S., Rosa, H. 2009: Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Wagner, M., Fiałkowska, K., Piechowska, M., Łukowski, W. 2013: Deutsches Waschpulver und polnische Wirtschaft. Die Lebenswelt polnischer Saisonarbeiter. Ethnographische Beobachtungen. Bielefeld: Transcript.

Wagner, M. 2011: Die Schmugglergesellschaft. Informelle Ökonomien an der Ostgrenze der Europäischen Union. Eine Ethnographie. Bielefeld: Transcript.

Ad-hoc-Gruppe »Soziologie der Wissenskulturen – Zur Spezifik  
soziologischer Wissensproduktion«  
– organisiert von Reiner Keller und Angelika Pofertl

# Gemeinsam interpretieren

Richard Bettmann und Jo Reichertz

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Soziologie der Wissenskulturen – Zur Spezifik soziologischer Wissensproduktion« – organisiert von Reiner Keller und Angelika Pofert*

## Einleitung – von der sozialen zur kommunikativ konstruierten Wirklichkeit

Innerhalb der empirischen Sozialforschung hat sich über die letzten 20 Jahre langsam aber sicher eine Fokusverschiebung durchgesetzt. Im Zuge dessen wurde vermehrt die kommunikative Konstruktion bzw. der Anteil der Kommunikation an der Konstruktion der sozialen Wirklichkeit in den Blick der Forschenden genommen (Knoblauch 2013).

Diese Idee schließt explizit an Luckmanns Überlegungen zum *kommunikativen Aufbau der sozialen Welt* (2002) sowie an Schütz' Werk zum *sinnhaften Aufbau der sozialen Welt* (1981) und natürlich an den Sozialkonstruktivismus von Berger & Luckmann (1966/1969) an. Standen bei Schütz, Luckmann und Berger jedoch die *Sprache* und das in der Sprache enthaltene Wissen im Vordergrund, betont der Kommunikative Konstruktivismus die Bedeutung des kommunikativen Handelns für den Aufbau der sozialen Welt (Keller 2013; Reichertz 2013). Kommunikatives Handeln ist in diesem Konzept nicht nur als das Mittel zu betrachten, mit dem sich Menschen wechselseitig Wissen übermitteln (das haben auch schon Luckmann, Schütz und Berger gesehen), sondern kommunikatives Handeln wird primär als soziale Praxis begriffen, mit der Identitäten, Beziehungen, Gesellschaft und Wirklichkeit ausgehandelt, ermittelt, hergestellt und festgestellt werden (Keller et al. 2013: 13). So wird deutlich, dass das Verstehen des Aufbaus der sozialen Wirklichkeit an ein systematisches Verständnis und eine systematische Erforschung des kommunikativen Handelns, Verhaltens und seiner Medien gebunden ist. Im Zuge dessen wurde Kommunikation zunehmend als die empirisch beobachtbare Seite der Sozialität betrachtet und der Kommunikative Konstruktivismus als eine neue theoretische Herausforderung formuliert (ebd.). Darunter soll geklärt werden, wie die gesellschaftliche Wirklichkeit durch wechselseitiges situatives kommunikatives Handeln konstituiert wird. Vor diesem Hintergrund wurden Kommunikationssituationen und Kommunikationsprozesse zum zentralen Untersuchungsgegenstand vieler (qualitativer) Sozialforschungsprojekte, die daran interessiert waren, die Konstruktion der sozialen Wirklichkeit deutend zu verstehen und in ihren Abläufen ursächlich zu erklären.



Möchte man nun vor dem Hintergrund dieser Feststellungen Kommunikation untersuchen, dann wird die Sache ziemlich herausfordernd, sobald man dabei nämlich - quasi zwangsläufig - feststellt, dass man als Forscher/-in im Forschungshandeln selbst mit den Mitteln umgehen muss, die man eigentlich untersuchen wollte und das Untersuchungsmittel dabei selbst zum Gegenstand wird.

## Datenerhebung als Kommunikationsarbeit

So ist zum Beispiel die Erhebung von Daten – und vor allem von qualitativen Daten – ohne zu kommunizieren kaum denkbar. Datenerhebung wäre damit primär Kommunikationsarbeit, indem sich die Forscher/-innen als Lernende auf ein ihnen fremdes Feld einlassen. Dieses *Sich-einlassen* kann in letzter Konsequenz nur dann geschehen, wenn die Forscher/-innen bereit sind, sich kommunikativ in das Untersuchungsfeld einzuweben. Vor diesem Hintergrund kann wissenschaftliche Forschung bereits bei der Datenerhebung als eine kommunikative Praxis verschiedener Akteure aufgefasst werden,

»[...] die ihr gemeinsames Handlungsfeld gemeinsam gestalten und diese Praxis, d.h. die gesamte Forschungssituation, dadurch permanent beeinflussen bzw. verändern. Darin liegt nicht nur begründet, dass der Forscher selber Teil seiner Methoden wie seines Gegenstandes ist; der gesamte Forschungsprozeß erweist sich nunmehr als ein konstruktiver Vorgang: sowohl der Gegenstand als auch die Ergebnisse werden intersubjektiv [und damit vornehmlich kommunikativ: R.B.] konstituiert« (Dammann 1991: 299).

Damit ist angedeutet, dass der Forscher bzw. die Forscherin die soziale Wirklichkeit »[...] nicht durch Introspektion, sondern lediglich in kommunikativer Interaktion erfassen kann« (Schütze et al. 1976: 433). Der innerhalb der Wissenssoziologie formulierte Anspruch, nicht nur das Verstehen, sondern das Verstehen des Verstehens in den Blick zu nehmen, tritt damit wieder deutlich ans Licht, verleiht dem Anspruch nach selbstreflexivem, wissenssoziologischem Forschungshandeln an Gewicht (Hitzler 1999: 296f.) und stellt uns Forschende vor die Aufgabe, auch die kommunikative Konstruktionsarbeit der Forschung kritisch in den Blick zu nehmen<sup>1</sup>.

## Datenauswertung als Kommunikationsarbeit

Und auch bei der Datenauswertung setzt sich fort, was sich bei der Datenerhebung bereits abzeichnete: es wird (in aller Regel) kommuniziert. Besonders deutlich zeigt sich dies am Einsatz von Interpretationsgruppen zur Auswertung von Daten (Reichertz 2013a). Dabei wird das Verfahren der Gruppeninterpretation als ein gemeinsamer und damit kommunikativer Lernprozess aufgefasst (Strauss 1994). So hält beispielsweise auch Haubl (2013: 16) fest:

»Die Besprechungen in der Gruppe entwickeln sich zu einem gemeinsamen Lernprozess, der das Verständnis überholt, das die individuelle Bearbeitung eines Transkriptes erreicht hat. Das betrifft vor allem die Frage nach den Stellen, an denen sie gar nichts verstanden haben [...]«.

---

<sup>1</sup> Vgl. exemplarisch Deppermann 2014.

Andere wiederum verbinden mit dem Einsatz von Interpretationsgruppen die Hoffnung, den Kalibrierungsgrad der bemühten Analysen verbessern zu können:

»Die Wirksamkeit zentraler Aktivitäten der Datenanalyse [...] kann dadurch gesteigert werden, dass sie sich in der Interaktion einer Arbeitsgruppe [...] entfaltet: man entdeckt mehr im gemeinsamen – mündlichen – Beschreiben von Texten, die Darstellung wird facettenreicher und dichter; und das dialogische Argumentieren – das Behaupten, Bestreiten, Bezweifeln, Begründen und Belegen – führt zu einer Differenzierung und Verdichtung von analytischen Abstraktionen, kontrastiven Vergleichen und theoretischen Modellen (Riemann 2011: 413).

Was in diesen Gruppen ermittelt und später in Büchern und Texten der Gesellschaft als *Wissen* zur Hand gegeben wird, entsteht innerhalb dieser Gruppen also im Wesentlichen durch die Kommunikation der Gruppenteilnehmer/-innen untereinander. Wissen ist also das, was man nach kommunikativen Validierungen und Verifizierungen innerhalb der Gruppe gemeinhin als solches anerkannt hat. Die Praxis der kommunikativen Wissenskonstruktion in wissenschaftlichen Interpretationsgruppen – und damit sind nicht die Interpretationsverfahren im Einzelnen gemeint – bleibt im Detail allerdings schleierhaft, vielleicht gerade deshalb, weil Forschung – wendet man sich einmal den Interpretationsgruppen unter kommunikativen Gesichtspunkten zu – bei genauerer Betrachtung ihren *intellektuellen Anstrich* verliert und enorm an Alltäglichkeit dazugewinnt. Denn auch die Verschränkungen der jeweils lebensweltlich gewonnenen Weltperspektiven der Gruppenteilnehmer/-innen bei der Interpretation der Daten zeigen, dass es ziemlich weltfremd wäre, davon auszugehen, dass es sich bei der Interpretation eines Datums nur um die Interpretation handeln würde. Denn bei der Deutung eines Datums geht es nicht nur um die Deutung des Datums, auch wenn das der zweckgerichtete Fokus von Interpretationsgruppen ist, sondern auch um die kommunikative Konstruktion einer Wirklichkeit des Deutens, in der ebenso soziale Ordnungen und Identitäten erzeugt werden wie in anderen, kommunikativ konstruierten Welten eben auch.

## Rekonstruktion der kommunikativen Konstruktion

Damit wird deutlich, dass ermittelte Interpretationen wesentlich auf die diskursive Interaktion innerhalb von Wissenschaftler/-innengemeinschaften und auf die Kommunikation mit den Akteuren eines bestimmten Untersuchungsfeldes zurückgehen (Reichertz 2013). Nach welchen expliziten und impliziten Regeln der soziale Prozess der Wissensvermittlung im Einzelnen organisiert ist, liegt trotz der Wissenschaftssoziologie<sup>2</sup>, den Science and Technology Studies<sup>3</sup> und den Studies of Work (Bergmann 2006) weitgehend im Dunklen. Über den konkreten Alltag der sozialwissenschaftlichen Gruppeninterpretation gibt es bislang nur einzelne, kleinere Analysen<sup>4</sup>. Dies ist ein gravierender Mangel, der auch die Bonität der qualitativen Sozialforschung gefährdet. Das von uns (zusammen mit Rolf Haubl, Jan Lohl, Katharina Liebsch) geplante Projekt möchte diesen Mangel beseitigen und die konkreten Ablaufstrukturen und die darin zum Aus-

2 Zum Beispiel Weingart 2003, 2001, 1976, 1974.

3 Zum Beispiel Beck et al. 2012.

4 Zum Beispiel Reichertz 2013; allgemeiner: Pflüger 2013; Schröer et al. 2012; Pokladek, Hoffmann 2010.

druck kommenden Regeln und Praktiken von Gruppeninterpretationen aufdecken, verstehen und erklären. Es geht also um das Verstehen des Verstehens.

Die so angestrebte Aufhellung der Praktiken der Interpretationsarbeit in Gruppen soll mit Hilfe einer interdisziplinären Verschränkung verschiedener, für das angestrebte Ziel wesentlicher Perspektiven erfolgen. Dies sind im Einzelnen die *psychoanalytische*, die *kommunikationssoziologische* und die *wissenssoziologische* Perspektive.

Denn Interpretationen wachsen nicht von selbst aus den Daten heraus, sondern werden kommunikativ von den Beteiligten erst geschaffen, vorgetragen, gerechtfertigt und (manchmal auch) ratifiziert. Damit sind sie ein Unterfall des Entscheidens in Gruppen. Die Kommunikation setzt aber nicht voraussetzungslos an, sondern schließt immer an bestehende Bahnungen an, also an die Geschichte der Gruppe, an bestimmte Methoden, Fachdiskussion und dergleichen.

*Methoden* sind dabei zu verstehen als mehr oder weniger von der jeweiligen wissenschaftlichen Bezugsgruppe kodifizierte Bahnungen, was wann wie getan werden darf und soll, und Regeln, was ein Datum *ist*, also was es repräsentiert, zudem Regeln, die angeben, was eine Interpretation ist und was bei einer Interpretation gesagt werden darf und was nicht. Darüber hinaus gehören zu den Methoden auch die in der jeweiligen Gruppe gewachsenen Praktiken, Erfahrungen und Regeln, die angeben, was zu wem gesagt werden darf, woran man erkennt, dass die Diskussion zu Ende ist, wessen Wort zählt und wessen Wort wenig Gewicht hat, wie man Konflikte behandelt etc. (Keller et al. 2013).

Um die hier nur angedeuteten Prozesse genauer ausleuchten zu können, soll - so der DFG-Antrag bewilligt wird - in den nächsten drei Jahren der gesamte Prozess der Gruppeninterpretation bei mehreren Interpretationsgruppen (aus unterschiedlichen Schulen) mehrmals teilnehmend beobachtet und das *Wachsen der Deutungen* in der Gruppe Schritt für Schritt nachgezeichnet werden, um nicht nur wissenschaftliche Konstruktionen zu ermitteln, sondern auch, um über die kommunikative Konstitution der Konstruktionen endlich Rechenschaft ablegen zu können.

Die Frage nach der Kommunikationsmacht (Reichert 2009) in Interpretationsgruppen fokussiert dabei erst einmal allein das Geschehen *im* Rahmen und konzentriert sich auf die Frage, welche kommunikativen Handlungen akzeptiert werden und welche nicht. Um diese Frage zu klären, muss der *soziale Ort* von Interpretationsgruppen bestimmt werden. Diese finden in der Regel im Rahmen der Organisation der Hochschule, genauer im Rahmen der Organisation des Lehrgebiets/Instituts statt, wo sie Orte der (auch karriererelevanten) *Bewährung* und *Bewertung* sind. Deshalb sind sie objektiv immer auch *Assessments*. Gemeinsames Interpretieren ist also auch ein Kampf um symbolisches und soziales Kapital und insofern auch immer in *Konkurrenz* zueinander.

## Literatur

- Beck, S., Niewöhner, J., Sörensen, E. (Hg.) 2012: Science and technology Studies. Bielefeld: Transcript.
- Berger, P. L., Luckmann, T. 1966/1969: The Social Construction of Reality. New York: Free Press.
- Bergmann, J. 2006: Studies of Work. In F. Rauner (Hg.), Handbuch Berufsbildungsforschung. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, 639–646.

- Dammann, R. 1991: Die dialogische Praxis der Feldforschung. Der ethnographische Blick als Paradigma der Erkenntnisgewinnung. Frankfurt am Main: Campus.
- Deppermann, A. 2014: Das Forschungsinterview als soziale Interaktionspraxis. In G. Mey, K. Mruck (Hg.), Qualitative Forschung. Wiesbaden: Springer VS, 133–149.
- Haubl, R. 2013: Kollegiales Lernen in einer forschenden Interpretationsgruppe. Frankfurt am Main: MS.
- Hitzler, R. (1999): Konsequenzen der Situationsdefinition. Auf dem Wege zu einer selbstreflexiven Wissenssoziologie. In R. Hitzler, J. Reichertz, N. Schroer (Hg.), Hermeneutische Wissenssoziologie. Konstanz: UVK, 289–308.
- Keller, R., Knoblauch, H., Reichertz, J. (Hg.) 2013: Kommunikativer Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz. Wiesbaden: Springer VS.
- Keller, R. 2013: Kommunikative Konstruktion und diskursive Konstruktion. In R. Keller, H. Knoblauch, J. Reichertz (Hg.), Kommunikativer Konstruktivismus. Wiesbaden: Springer VS, 69–94.
- Knoblauch, H. (2013): Grundbegriffe und Aufgaben des kommunikativen Konstruktivismus. In R. Keller, H. Knoblauch, J. Reichertz (Hg.), Kommunikativer Konstruktivismus. Wiesbaden: Springer VS, 25–47.
- Luckmann, T. 2002: Der kommunikative Aufbau der sozialen Welt und die Sozialwissenschaften. In T. Luckmann (Hg.), Wissen und Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze 1981–2002. Konstanz: UVK, 157–181.
- Pflüger, J. 2013: Qualitative Sozialforschung und ihr Kontext: Wissenschaftliche Teamarbeit im internationalen Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.
- Reichertz, J. 2009: Kommunikationsmacht. Was ist Kommunikation und was vermag sie? und weshalb vermag sie das? Wiesbaden: VS Verlag.
- Reichertz, J. 2013: Grundzüge des Kommunikativen Konstruktivismus. In R. Keller, H. Knoblauch, J. Reichertz (Hg.), Kommunikativer Konstruktivismus. Wiesbaden: Springer VS, 49–68.
- Reichertz, J. 2013a: Gemeinsam interpretieren. Die Gruppeninterpretation als kommunikativer Prozess. Wiesbaden: Springer VS.
- Riemann, G. 2011: »Grounded theorizing« als Gespräch – Anmerkungen zu Anselm Strauss, der frühen Chicagoer Soziologie und der Arbeit in Forschungswerkstätten. In G. Mey, K. Mruck (Hg.), Grounded Theory Reader. Wiesbaden: VS Verlag, 405–426.
- Schröer, N., Bettmann, R., Sharma, A., Leifeld, U. 2012: Protointerpretative Horizontverschmelzung: Zur Bildung einer »gemeinsamen Mitspielkompetenz« in einer multiperspektivischen Interpretengruppe. In N. Schöer, V. Hinnenkamp, S. Kreher, A. Pöferl (Hg.) Lebenswelt und Ethnographie. Essen: Oldib, 231–242.
- Schütz, A. 1981 [1932]: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schütze, F., Meinefeld, W., Springer, W., Weymann, A. 1976: Grundlagentheoretische Voraussetzungen methodisch kontrollierten Fremdverstehens. In Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.), Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit 2. Reinbek: Rowohlt, 433–495.
- Strauss, A. 1994: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Stuttgart: Fink Verlag.
- Weingart .P. 1974: Wissenschaftssoziologie. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Weingart, P. 1976: Wissensproduktion und soziale Struktur. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Weingart, P. 2001: Die Stunde der Wahrheit. Weilerswist: Velbrück.
- Weingart, P. 2003: Wissenschaftssoziologie. Bielefeld: Transcript.

Ad-hoc-Gruppe »Soziologische Perspektiven auf den ›Neuen Materialismus‹« –  
organisiert von Benjamin Lipp und Katharina Hoppe

# Paradigma oder Parasit?

Der *New Materialism*, die Soziologie und die posthumanistische Herausforderung

Andreas Folkers

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Soziologische Perspektiven auf den ›Neuen Materialismus‹« – organisiert von Benjamin Lipp und Katharina Hoppe*

Was ist neu am Neuen Materialismus?<sup>1</sup> Neue Materialist/-innen (Barad 2007; Bennett 2010; Coole, Frost 2010) beantworten diese Frage zumeist über Abgrenzungen. So betonen sie immer wieder, dass es ihnen darum ginge, das Gespenst der Sprache zu bannen, das so beharrlich in den Sozial- und Kulturwissenschaften der letzten Dekaden herumspukte. Die Gründungsgeste<sup>2</sup> des Neuen Materialismus besteht folglich in der Diagnose eines Weltverlustes durch die Dominanz von Sozialkonstruktivismus, Repräsentationalismus und Linguistizismus.

Aber ist das wirklich so neu? Als Alternative zu rein sprachbasierten, mentalistischen oder symbolistischen Varianten der Soziologie haben sich bereits ganz andere theoretische Bewegungen positioniert. Dazu gehören so unterschiedliche Theorien und Ansätze wie die Praxistheorie (Reckwitz 2003), die Akteur-Netzwerk-Theorie (Latour 2007),<sup>3</sup> phänomenologische, post-strukturalistische und feministische Theorien der Verkörperung (Bourdieu 1997; Butler 1997), der Pragmatismus (Bogusz 2009) und nicht zu vergessen der historische Materialismus Marxscher Prägung. In diesem Sinne hat ein *Material Turn* schon seit längerem Einzug in die Soziologie gehalten. Materielle Dinge sind hier das Resultat von Praktiken und umgekehrt ermöglichen und stabilisieren, materialisieren und verkörpern diese Dinge soziale Beziehungen, stellen sie auf Dauer um und fungieren somit als Kitt des Sozialen jenseits sporadischer Nahfeldinteraktionen (Latour 2001; Reckwitz 2002). Deshalb müssen Dinge als »materielle Partizipanden des Tuns« (Hirschauer 2004), als Produkte und Ko-Produzenten der Gesellschaft eine genuine Aufmerksamkeit durch die Soziologie erfahren. Neben vielen gewichtigen Unterschieden ist diesen Ansätzen gemein, dass sie Materialität in Bezug auf Praxis denken. Materialität ist nicht nur ein Objekt der Vorstellung oder eine Leinwand für sozio-kulturelle Projektionen, sondern etwas an

---

1 Für hilfreiche Kommentare zu dieser Version des Textes danke ich Katharina Hoppe und Nadine Marquardt.

2 Für eine Kritik an der Rolle von Gründungsgesten im Neuen Materialismus siehe Ahmed (2008).

3 Latours (2013) Untersuchung der Existenzweisen hat gleichwohl eine neue Richtung eingeschlagen.

und mit dem gehandelt und gearbeitet wird. Der Leib als verkörperte Praxis und das Artefakt als Ding gewordene Praxis sind die bevorzugten Materialien der Praxismaterialismen.

Der Beitrag, den diese Ansätze zur soziologischen Debatte im Allgemeinen und zum Denken des Materiellen im Besonderen geleistet haben, ist kaum zu überschätzen. Dennoch werde ich die These vertreten, dass der Neue Materialismus weiter geht als die Praxismaterialist/-innen und deshalb von Interesse für die soziologische Debatte über Materialität und Materialismen ist. So vertritt der neue Materialismus einen radikaleren Posthumanismus als der Praxismaterialismus, insofern er beansprucht eine materielle Welt zu denken, die weder auf den Menschen bzw. menschliche Gesellschaften beschränkt, noch auf diesen zurückführbar ist (Braidotti 2014). Diese posthumanistische Haltung müsste den neuen Materialismus dann aber auch vom Grundbegriff der Praxis entfernen. Schließlich ist der heute zumeist gebräuchliche Begriff der Praxis untrennbar mit der Figur des Menschen als sprechendes, lebendes und vor allem arbeitendes Subjekt der Geschichte verbunden, die das 19. Jahrhundert erfunden hatte (Foucault 1974). Die posthumanistischen Ambitionen des Neuen Materialismus können – so meine These – nur dann voll zur Geltung kommen, wenn man sie mit den Theorien des (post)strukturalistischen Antihumanismus kurzschließt. Dieser hatte nämlich versucht, in Reaktion auf die politischen Aporien und Schrecken des Humanismus des 20. Jahrhunderts eine Theorie zu entwickeln, die ohne den Menschen als Fundament auskommt. Den leergewordenen Platz des Menschen ersetzte zunächst die Struktur, im Poststrukturalismus dann das Ereignis. Durch die Ersetzung des Grundbegriffs der Praxis durch den des Ereignisses begibt sich der *New Materialism* auf die Fluchtlinie, die sowohl seine Neuheit, wie auch seinen Posthumanismus verbürgt.

Ich möchte im Folgenden zunächst durch Rekurs auf zwei planetarische Krisenerfahrungen ein Problembewusstsein erzeugen, das den Sinn der posthumanistischen Herausforderung des neuen Materialismus ebenso hervortreten lässt, wie den problematischen Zusammenhang von Humanismus und Praxis. Zunächst werde ich den Praxismaterialismus in Person des jungen Karl Marx kritisieren, indem ich seine Theorie des Gattungswesens mit dem Phänomen des *Anthropozäns* in Verbindung bringe (1). Anschließend werde ich das partielle Festhalten am Praxiskonzept im Neuen Materialismus problematisieren. Hier werde ich mit Karan Barad den historischen *ground zero* ihres »agentiellen Realismus« (Barad 2012a) aufsuchen: die moderne Quantenphysik und ihre »posthumanistische Performativität« (Barad 2012a: 11) im Atomzeitalter (2). Dann werde ich unter Rückgriff auf den von Gilles Deleuze (1993) und Michel Foucault (2011) entwickelten »Materialismus des Körperlosen« eine Lesart des Neuen Materialismus vorschlagen, bei der das Ereignis die Stelle einnimmt, die in älteren Materialismen von der Praxis okkupiert ist (3). Schließlich möchte ich die im Titel angekündigte Frage aufwerfen, ob und in welchem Sinne der Neue Materialismus als soziologisches Theorie- und Forschungsparadigma taugt, oder ob er eher ein Störfaktor und ungebetener Gast für die Soziologie ist (4).

## *Aller bisheriger Materialismus – Marx und der Materialismus der Tat*

In seinen Feuerbachthesen hatte Karl Marx (1969: 433) allen »bisherigen Materialismus« dafür kritisiert, den »Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des *Objekts* oder der *Anschauung* [zu fassen], nicht aber als *menschliche sinnliche Tätigkeit, Praxis*«. Damit hatte Marx einen neuen Grundbegriff in den Materialismus eingeführt: die Praxis. Den Marxismus interessiert an der Materie nicht ihr inertes So-Sein, sondern ihre Transformationsfähigkeit durch Arbeit. In der Arbeit wirkt ein Subjekt (der tätige Mensch) auf ein Objekt (die Natur) ein (Marx 1968a: 192). Auch bei Marx können den Arbeitenden Dinge in ihrer Praxis beispringen – Werkzeuge und maschinelle Arrangements der Produktivkraft (Marx 1968a: 194). Die Dinge können aber nur an der Produktion partizipieren, weil sie zuvor von menschlicher Arbeit geschaffen worden sind. Die Produktionsmittel sind vergegenständlichte oder tote Arbeit im Gegensatz zur lebendigen Arbeit der Arbeiter (Marx 1968a: 198). Damit hat Marx eine Asymmetrie zwischen lebendiger und toter Praxis aufgestellt, die zum Ausgangspunkt einer ganzen Reihe von Verdinglichungstheorien werden sollte und noch in der heutigen Praxistheorie anzutreffen ist; etwa wenn der lebendige Leib gegen die erstarrten Dinge, der Fluss der Praxis gegen die geronnenen Dinge ausgespielt werden (Folkers 2013: 20–23).

Das unmittelbare Ergebnis des Wechselprozesses zwischen Mensch und Natur ist ein Produkt. Aber der größere Zusammenhang, der durch die zwischen den Menschen geteilte Arbeit gestiftet wird, ist die Gesellschaft bzw. das Gattungswesen Mensch, wie Marx (1968b) es in seinen humanistischen Frühschriften ausdrückt. Marx geht davon aus, dass der Mensch sich durch seine Arbeit, vermittelt über die Gesellschaft, überhaupt erst als Mensch erzeugt. Der *Homo Faber* ist deshalb immer zugleich *Homo Fabricatus*: »wie die Gesellschaft selbst den Menschen als Menschen produziert, so ist sie durch ihn produziert« (Marx 1968b: 537). Das gesellschaftliche Gattungswesen Mensch ist Produkt menschlicher Arbeit und es ist expansiv, man könnte auch sagen: imperialistisch. Weil der Mensch sich selbst produziert, indem er die Natur bearbeitet, wird auch die Natur dem Gattungswesen inkorporiert. Marx geht geradezu von einer umfassenden »Sozialisierung der Natur« aus: »Eben in der Bearbeitung der gegenständlichen Welt bewährt sich der Mensch daher erst wirklich als ein Gattungswesen. [...] Durch sie erscheint die Natur als sein Werk und seine Wirklichkeit. Der Gegenstand der Arbeit ist daher die Vergegenständlichung des Gattungslebens des Menschen« (Marx 1968b: 517).

Auch wenn einige Formulierungen von Marx etwas pathetisch klingen, gibt es gute Gründe ihm mehr Aufmerksamkeit in den *neuen* Debatten um Materialismus zukommen zu lassen. Nicht nur war er es, der zuerst den Begriff der Praxis in den Materialismus eingeführt hat. Darüber hinaus ist der Marxsche Materialismus attraktiv, weil er »aufs Ganze« zielt. Bei ihm geht es nicht nur um die Koproduktionen von Mensch und Materie in den begrenzten Settings wie etwa dem Labor, sondern um den umfassenden Stoffwechsel von Gesellschaft und Natur. Allerdings liegt hier aus heutiger Sicht auch der Haken. Die umfassende Vermenschlichung der Natur, die Marx beschwört, erinnert allzu sehr an die Beschreibungen des Anthropozäns. »Anthropozän« ist der Name den Paul Crutzen (2002) in seinem Artikel *Geology of Mankind* für die gegenwärtige erdgeschichtliche Epoche vorgeschlagen hat. Der Mensch habe seit der Erfindung der Dampfmaschine die Erde, auf der er lebt, so umfassend transformiert, dass er zur wichtigsten geologischen Kraft des Planeten geworden ist und damit die Natur gleichsam »humanisiert« hat. An-



ders als bei Marx, für den das Gattungswesen noch eine Chiffre für den Sozialismus war, steht das Anthropozän in natur- und kulturwissenschaftlichen Debatten heute für eine zwar sozialisierte, aber nicht sozialistische, sondern verwüstete Natur. Erderwärmung, steigende Meeresspiegel, vermehrte Wetterextreme, Versiegen der natürlichen Ressourcen und rapide sinkende Artenvielfalt sind nur einige der Phänomene, die auf die eine oder andere Art mit dem Anthropozän in Verbindung gebracht werden. Aus dieser Perspektive ist die Menschwerdung qua Sozialisierung der Natur aufs Engste mit der Bedrohung und dem Ende (der Lebensgrundlagen) des Menschen verbunden. Der Mensch hat sich so vollständig in der Natur vergegenständlicht, dass er überall nur noch sich selbst begegnet. Was Marx noch als reziproke Anerkennungsbeziehung konzipieren konnte, in der der Mensch sich in seinen Vergegenständlichungen sein eigenes Wesen zurückspiegelt und aneignet, hat die Ökodystopie *Soylent Green* als Spiel von Fressen und Gefressen-Werden filmisch inszeniert. Nachdem der Mensch alle natürlichen Ernährungsressourcen verbraucht hat, bleibt ihm nur noch »Soylent Green« als Nahrungsmittel, das aber, wie sich herausstellt, aus Menschen besteht: *It's People*.

Die mit dem Anthropozän in Verbindung stehenden Probleme erfordern Reaktionen, die der geradezu naturhistorischen Situation entsprechen. Es gibt kein Zurück zur unberührten Natur, sondern nur eine Intensivierung der Hybridisierungen zwischen dem Mensch gewordenen Anthropos und der sozialisierten Natur. Wenn man den Problemzusammenhang Anthropozän aber auf seine ontologischen und historischen Grundlagen hin befragen will, erscheint das gerade in der Soziologie beliebte Erklärungsmuster der »nicht-intendierten Nebeneffekte« inadäquat und verharmlosend. Vielmehr wäre eine grundsätzliche Reflexion auf den »Menschen« und seine ihn erst zum Menschen machende Praxis notwendig.

## Am *ground zero* des agentiiellen Realismus

Eine solche grundsätzliche Problematisierung des Menschen und seiner Praxis ereignete sich bereits im 20. Jahrhundert in Reaktion auf eine heute über Anthropozän und Klimawandel fast vergessene planetarische Krise. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sowie die in Atomtests immer wieder vor Augen geführte Zerstörungskraft der Bombe ließ damals eine ganze Intellektuellengeneration vor der durch Wissenschaft und Technik gesteigerten menschlichen Handlungsfähigkeit erschrecken. Der Mensch des 20. Jahrhunderts war mit der Entdeckung der mikrophysikalischen Struktur der Materie zugleich auf die extremsten Potentiale der materiellen Welt gestoßen, die »richtig« eingesetzt die unmenschlichste Konsequenz mit sich führten: die Möglichkeit zur Vernichtung der gesamten Zivilisation. Nicht nur für Michel Serres, der von seinen Leser/-innen fordert, das Problem der Bombe »auf allen Seiten (s)einer Bücher explodieren zu hören« (Serres 2008: 29), war die apokalyptische Potentialität des Atomzeitalters ein Grund zum Umdenken. Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule diagnostizierte eine grundlegende Verkehrung der Zweck-Mittel-Relation gesellschaftlicher Praxis (Horkheimer, Adorno 2010), während Hannah Arendt noch radikaler *The end of ends* (Masco 2012) im Angesicht der »technischen Entwicklung der Gewaltmittel« (Arendt 2000: 7) gekommen sah und eine grundsätzliche Neubesinnung im Denken des Handelns anstrebte. Martin Heideg-

ger verabschiedete sich von der Daseinsanalytik, in der er noch eine praktische Einstellung zur Welt gegen die Theoriefokussierung der Philosophie ausgespielt hatte, zugunsten einer historischen und radikal anti-instrumentellen Theorie der Technik (Heidegger 2007). In Frankreich beließ man es nicht beim *end of ends*, sondern dachte gleich über *The ends of men* (Derrida 1969) nach.

Flankiert wurden diese apokalyptischen Töne von einer Debatte über den epistemologischen und ontologischen Status der modernen Physik. Ein Rückblick auf diese Debatten zeigt dabei erstaunliche Ähnlichkeiten zwischen dem Naturbild der Quantenphysik und dem des jungen Karl Marx. So bemerkte der Wissenschaftshistoriker Gaston Bachelard zur wissenschaftlichen Revolution der modernen Physik »unter Bezugnahme auf Marx«: »Die Natur wird unter das Zeichen des tätigen Menschen gestellt, des Menschen, der die Technik der Natur eingräbt« (Bachelard, zitiert nach Marcuse 1994: 168). Damit artikulierte er eine Sicht auf die Natur, die von den maßgeblichen Physikern seiner Zeit geteilt wurde. Beim Physikerphilosophen Carl Friedrich von Weizsäcker können wir lesen: »In der Atomphysik definieren wir Materie durch ihre möglichen Reaktionen auf Experimente des Menschen [...]. Wir definieren Materie als einen möglichen Gegenstand des Menschen.« (von Weizsäcker 1964: 95) Bei Werner Heisenberg gipfelt eine ähnliche Überlegung in der Diagnose eines Verschwindens der Natur als Gegenüber: »In früheren Epochen sah sich der Mensch der Natur gegenüber [...]. In unserer Zeit aber leben wir in einer vom Menschen so völlig verwandelten Welt [...], daß wir gewissermaßen immer nur uns selbst begegnen.« (Heisenberg 1955: 17f.)

Das kritische Denken zeigte sich bestürzt über die physikalische Humanisierung der Natur und ihre geradezu narzisstischen Konsequenzen: Wo immer man hinschaut, stets glotzt nur ein Mensch zurück. Heidegger konzentrierte sich dabei noch auf das metaphysische Verhängnis des Objektverlustes, also darauf, dass »in der jüngsten Phase der Atomphysik auch noch der Gegenstand verschwindet und so allererst die Subjekt-Objekt-Beziehung als bloße Beziehung in den Vorrang vor dem Objekt und dem Subjekt gelangt und als Bestand gesichert werden will« (Heidegger 2004: 57). Herbert Marcuse – inspiriert von Heideggers Kritik – betonte zwar auch das ontologische Drama, dass das »metaphysische ›Sein als solches‹ [...] einem ›Instrument-Sein‹« (Marcuse 1994: 166) weicht. Zusätzlich stellte er jedoch auch den Machtcharakter der modernen Rationalität heraus, die in der Atomphysik ihren schärfsten Ausdruck hat. »Die Rationalität nimmt die Form methodischer Konstitution, Organisation und Handhabung der Materie als bloßen Stoffs der Kontrolle an« (Marcuse 1994: 168). Anders als beim jungen Marx ist die praktische Beherrschung der Natur für den Neomarxisten Marcuse keine positive Erscheinung mehr, sondern Teil eines Macht- und Herrschaftszusammenhangs, der die Natur ebenso wie den Menschen unterwirft.

Diese Ausführungen sollen nicht als Lobrede auf die Kritik der instrumentellen Vernunft und die (sehr deutsche) Technikskepsis verstanden werden, sondern dazu dienen, auf die verblüffenden Ähnlichkeiten zwischen Karan Barads (2012a) »agentiellem Realismus« und den historischen Interpretationen der Atomphysik aufmerksam zu machen. Jeweils wird ausgehend von der modernen Physik betont, dass Materie nicht mehr als ein den Menschen äußerer Gegenstand verstanden werden darf, sondern ein performativer Effekt von wissenschaftlichen Operationen ist. Barad – Wissenschaftstheoretikerin, Physikerin und zentrale Stichwortgeberin des Neuen Materialismus – verspricht eine Theorie der Verwobenheit von »matter and meaning« (Barad 2007) vorzulegen, die Kulturwissenschaft und Quantenphysik zusammenbringt. Sie

kombiniert Judith Butlers Konzept der Performativität, wo das, worüber gesprochen wird, durch den performativen Sprechakt in die Welt kommt, mit der Quantenphysik, wo wissenschaftliche Beobachtungen materielle Auswirkungen auf das Beobachtete haben. Erst in und durch die Beobachtung innerhalb einer apparativen Einrichtung wird ein zunächst indeterminiertes Prozessgeschehen zu einem abgrenzbaren Phänomen. Daraus folgt: Erstens ist das durch den Einsatz einer Reihe von »Phänomentechniken« (Bachelard 1974: 55) bzw. »Apparaten« (Barad 2012a: 23–32) erzeugte »epistemische Ding« (Rheinberger 2002) bzw. »Phänomen« (Barad 2012a: 19) der wissenschaftlichen Beobachtung nicht *vorgängig*, sondern wird erst durch die Beobachtung in Kraft gesetzt. Zweitens ist das Objekt dem wissenschaftlichen Subjekt und seinen Messinstrumenten nicht *äußerlich*, insofern es erst durch die »Intraaktion« (Barad 2012a: 19 f.) mit diesen entsteht. Auch für Barad hat also die »bloße Beziehung« Vorrang vor Subjekt und Objekt, auch bei ihr verschwindet das Objekt zugunsten eines universellen Tätigseins. Für Barad ist das aber kein Grund zur Kritik. Zwar nimmt sie explizit Bezug auf die Physikphilosophie des 20. Jahrhunderts, wenn auch nur in der Person Niels Bohrs. Allerdings bleibt sie seltsam wortkarg zu den historischen Entstehungsbedingungen, den politischen Einsätzen und den Effekten der Quantenphysik und damit auch zu den Hintergründen, dem historischen *ground zero*, ihrer eigenen Theorie. Das Denken und die experimentelle Praxis der Physik – insbesondere die von Niels Bohrs – ist für sie lediglich eine Stichwortgeberin, um ihre materialistische Theorie gegenüber einer vermeintlich heillos in »humanistischen Umlaufbahnen« (Barad 2012a: 10) gefangenen Kulturtheorie zu profilieren. Dass sie ihre posthumanistische Theorie ausgerechnet mit einer Wissenschaft begründen möchte, die im Urteil ihrer Zeitgenossen eine nie dagewesene Humanisierung der Welt herbeigeführt hat (und dadurch paradoxerweise die Existenz der Menschheit gefährdete) entgeht ihr.

Gerade Kommentator/-innen, die wie Barad den *science and technology studies* bzw. den *feminist technoscience studies* nahestehen, irritiert dieses Unvermögen, die eigene Theorie zu situieren (Pinch 2011: 434). Dabei ist Barads Vorgehensweise durchaus typisch für den neuen Materialismus. Immer wieder werden naturwissenschaftliche Theorien herangezogen und mit Philosophen von Lukrez bis Whitehead vermengt, um die agentielle Kraft der Materie hervortreten zu lassen. Historische und soziale Situierung des eingesetzten Wissens unterbleiben wohl vor allem deshalb, weil dies eine Nähe zum Sozialkonstruktivismus nahelegen würde, der ja gerade bekämpft werden soll. Der Denkfehler liegt allerdings darin, die – reflexive, kritische, soziologische, genealogische – Situierung des Wissens nur als etwas zu begreifen, das vermeintliche Wahrheiten als illusionäre Konstruktionen entlarven kann und nicht als etwas, was Theorien stärkt und Geltungsansprüche untermauert. Damit versperrt sich Barad einer zusätzlichen Reflexionsebene, die es ihr erlauben würde zu erkennen, dass sie sich selbst in humanistischen Umlaufbahnen bewegt. Ihr Hintergrund in der Quantenphysik und ihre grundbegriffliche Affinität zum Praxismaterialismus gipfelt nicht zufällig wie schon bei Marx in Überlegungen zur »Produktion der Natur« (Barad 2007: 83). Das schwächt ihre Fähigkeit, kritisch zu den ethischen Problemen Stellung zu beziehen, die mit der Quantenphysik verbunden sind. In ihren Büchern hört man das Problem der Bombe jedenfalls nicht explodieren. Den Leser/-innen werden lediglich vage und recht »beliebige« »*ethics of entanglement*« (Barad 2012b: 47) angeboten (Hoppe, Lemke, 2015). Überzeugende Überlegungen zu den Gegenständen, Problemen, den *matters*, auf die diese Verantwortung antwortet, sucht man vergeblich. Weder die Verbindung von *big science* und Militär wird problematisiert,

noch über die dissidenten Physiker/-innen berichtet, die gegen das nukleare Wettrüsten Stellung bezogen oder sich der *counterculture* angeschlossen haben (Pinch 2011: 434).

Aber nicht nur der Einsatz von Barads Ethik ist unklar, auch die Frage warum »matter matters« geht ironischerweise unter den reichlich redundant eingesetzten Begriffsbatterien unter. Warum sollten wir jetzt und heute die Materialität betonen und materialistische Kulturtheorien entwickeln? Darauf kann man sinnvoll und mit Rekurs auf die historische Situation antworten. So haben Kathrine Hayles (1999) und Donna Haraway (1995) Materialität, Körperlichkeit und Verwundbarkeit im Angesicht der kybernetischen Visionen einer dematerialisierten Informatisierung betont, die eine unangreifbare »Informatik der Herrschaft« (Haraway 1995: 48) organisieren sollte. Barad dagegen versteht ihren Materialismus weniger als Gegenpol zu den Problemen der Gegenwart, sondern lediglich als Einsatz gegen die Dominanz von Sprache in den Kulturwissenschaften. Ironischerweise entfernt sie sich dadurch jedoch von dem, was sie doch vorgibt, wieder ins Zentrum rücken zu wollen – den Sachen, den Gegenständen, den *matters*.

## Ereignis als Begegnung: Neuer Materialismus trifft Materialismus des Körperlosen

Gleichwohl ist Barads Theorie alles andere als unbrauchbar. Sie gibt wichtige Impulse und Stichworte, um Materialität zu denken. Das Problem ist aber, dass sie – wie andere neue Materialist/-innen – nicht in der Lage ist, ihren eigenen Diskurs zu situieren und deshalb nicht sieht, wie tief ihr Projekt mit einem bestimmten Humanismus »verschränkt« ist. Der Resthumanismus Barads lässt sich jedoch auflösen, indem man ihre zu starke Fokussierung auf Konzepte der Praxis und Performativität umgeht und stattdessen das Ereignis als Grundbegriff des neuen Materialismus ansetzt. Eine anschlussfähige Theorie des Ereignisses lässt sich im »Materialismus des Körperlosen« finden, den Gilles Deleuze (1993: 19-28) und Michel Foucault (2011: 37) Ende der 1960er Jahre in engem Austausch miteinander entwickelt haben, um eine weder strukturalistische noch humanistische Theorie des Sinns zu entwickeln.

Deleuze hat erste Überlegungen zum körperlosen Materialismus im Ausgang von den Theorien der Stoiker entwickelt. So wie diese unterscheidet er zwischen Körpern und körperlosen Ereignissen. Ein Körper wäre zum Beispiel das Fleisch, ein körperloses Ereignis ist, wenn ein Messer ins Fleisch schneidet. Die Oberflächenwirkung ist ein *körperloses* Ereignis, insofern es nicht auf einen der beiden Körper zurückzuführen ist. Die Ereignishaftigkeit der Materie liegt nicht in den Körpern, sondern an ihrer »Schnittstelle«, im Dazwischen. Das Ereignis gehört nicht zur »Ordnung der Körper. Und dennoch ist es keineswegs immateriell, da es immer auf der Ebene der Materialität wirksam ist, Effekt ist« (Foucault 2011: 37). Es gehört aber auch nicht zur kausalen Ordnung von Ursache und Wirkung. Ereignisse sind »Quasi-Ursachen« (Deleuze 1993: 24), die bei Michel Serres »Quasi-Objekte« (Serres 1981: 345) heißen. Es ist das Aufeinandertreffen, oder wie es bei Louis Althusser (Althusser 2010) heißt, die Begegnung, die ein materielles, unkörperliches Ereignis konstituiert. An diesen Begegnungen können Menschen beteiligt sein. Sie begegnen hier aber nicht immer nur sich selbst.

Ein solches körperlose Ereignis erzeugt einen Sinneffekt. Sinn ist hier nicht durch seine Tiefe oder Ewigkeit, sondern durch seine Oberflächlichkeit und Temporalität gekennzeichnet. Sinn ist ein Unterschied der einen Unterschied macht. Dieses allgemeine Verständnis von Sinn geht weit über eine sprachliche oder soziale Theorie des Sinns hinaus. Sinn ist kein zusätzlicher *sozialer* Stoff, der den Dingen oder der Materie gleichsam angeklebt werden muss, sondern Materie in einem bestimmten Modus – körperlos aber doch nicht ohne Körper möglich. In diesem Sinne kann *Matter* als Körper nur durch bzw. in den Oberflächenwirkungen *mattern*, das heißt relevant werden. Der Materialismus des Körperlosen vermeidet die unproduktive Polarisierung von Diskurs und Materialität und stützt sich demgegenüber auf einen verallgemeinerten Sinnbegriff. Ebenso wenig kommt es zu einer Polarisierung von Aktivität und Passivität, lebendiger und toter Praxis. Ein Ereignis ist ein symmetrisches Affektionsgeschehen. »Die Fähigkeiten zu affizieren und affiziert zu werden, sind zwei Facetten des gleichen Ereignisses. Es gibt eine Affektion und die ereignet sich im Dazwischen.« (Massumi 2010: 69). Die Emergenzebene materieller Ereignisse, die Effekte der Begegnung der Körper und nicht die Körper selbst, stehen im Vordergrund dieser Theorie. Dadurch verschwindet der Unterschied von Natur und Kultur, ohne dass die Natur zum Produkt menschlicher Praxis gemacht werden muss. Aus der Perspektive menschlicher Praxis, tritt dann weniger die Gemachtheit als die Unverfügbarkeit einer materiellen Welt im Werden in den Vordergrund.

## Para-Soziologie

Diese Version des neuen Materialismus, die auch bei einer Reihe bisher nicht genannter Autor/innen (Connolly 2013; Stengers 2011) anzutreffen ist, löst gewiss nicht alle theoretischen Probleme, die sich beim Versuch stellen, Materialität zu denken. Indem der Ereignismaterialismus aber darauf beharrt, eine Materialität zu denken, die mehr ist als bloße Materialisierung menschlicher Praxis, bewahrt er sich ein ebenso produktives, wie provokatives Potential. Er betont eine Materie, die immer ein Stück weit dunkel bleibt und sich der sozialen Erfassung widersetzt. Insofern taugt er gerade *nicht* als eigenständiges soziologisches Paradigma. Vielmehr kann er mit der Soziologie nur ein parasitäres Verhältnis unterhalten. Einerseits ist der neue Materialismus soziologisch nur lebensfähig, wenn er sich mit einer bestimmten Wirtstheorie verbindet. Andererseits könnte er als Parasit wie ein »thermischer Erreger« (Serres 1981: 292) operieren. Er kann seine Wirtstheorie irritieren und dadurch bereichern.

Als Parasit der *Praxistheorie* betont der neue Materialismus das, was der menschlichen Praxis entgeht; ein Unverfügbares, das nicht einfach Resultat der Praxis, also nicht Scheitern oder Misslingen, nicht-intendierter Nebeneffekt oder *counterperformativity* ist. Unverfügbarkeit heißt ja gerade, dass sich die Materialität als Ereignis systematisch der menschlichen Erfassung entzieht. Ereignishafte Materialität trägt ein intensives Potential in sich und steht in einem Prozess kontinuierlichen Werdens. Praxis kann diesen Prozess nicht einfangen und beherrschen, sondern wird von diesem Strom des Werdens mitgerissen.

Mit der *Systemtheorie* als Wirtstheorie könnte der neue Materialismus zur Komplexitätstheorie werden (Ansätze dazu finden sich etwa bei Connolly 2011; DeLanda 2006) – eine Komplexi-

tätstheorie, die nicht zwischen biologischen, psychischen und sozialen Systemen und dann noch einmal zwischen den einzelnen sozialen Systemen strenge Grenzen zieht. Sie würde auf die Punkte aufmerksam machen, an denen geordnete Ereignissequenzen kollabieren und vermeintlich geschlossene Systeme so nachhaltig durch ihre Umwelt irritiert werden, dass ihre Systemgrenzen porös werden.

Als Parasit der Theorien des *doing-gender* würden Neue Materialismen das Unförmige und Monströse von Geschlechtlichkeit und Sexualität betonen, das nie vollständig auf die Bühne gebracht, »performt« werden kann, aber doch jede Performanz und Parodie von Geschlechtlichkeit antreibt.

Gegen die *Wissenschaftsforschung*, die mit der Arbeitshypothese angetreten ist, dass die Wissenschaft nur eine »Praxis wie jede andere ist«, machen die Neuen Materialismen auf das Wunderbare und Verstörende der wissenschaftlichen Materien aufmerksam, die den praktischen Eifer der Wissenschaft überhaupt erst erzeugen (Stengers 2011).

Und was ist mit der *Kritik*? Was ist kritisch am Neuen Materialismus? Jenseits eines Verständnisses von Kritik als Aufzeigen der Grenzen des Wissens betont der Neue Materialismus, wie schon die Kritische Theorie der Frankfurter Schule (Horkheimer, Adorno 2010), die Notwendigkeit einer spekulativen Haltung, die sich jenseits dieser Grenzen bewegt. Die kritische Haltung könnte sich so mit einer spekulativen Haltung verbinden. Spekulation jenseits der Grenzen des Wissens, jenseits des Greif- und Erfahrbaren, spekuliert auf und mit dem Virtuellen, einer Welt im Werden.

Schließlich regt der Neue Materialismus aber nicht nur Theorien, sondern auch *empirische Forschung* an. Der *material turn* hat das Interesse an neuen Themen, neuen soziologischen »matters of concern« (Latour, 2004) geweckt. Wenn Soziolog/-innen heute von *Strukturen* sprechen, dann reden sie nicht nur von der Sozialstruktur oder der Struktur der Sprache, sondern ebenso von Infrastrukturen. So gesehen hätte der Neue Materialismus einen positiven Wahlspruch verdient: Nicht *weg mit der Sprache*, sondern lieber das alte *Zurück zu den Sachen!* sollte er sich auf die Fahnen schreiben.

## Literatur

- Ahmed, S. 2008: Open Forum Imaginary Prohibitions. Some Preliminary Remarks on the Founding Gestures of the New Materialism. *European Journal of Women's Studies*, 15 Jg., Heft 1, 23–39.
- Althusser, L. 2010: *Der Materialismus der Begegnung*. Zürich: diaphanes.
- Arendt, H. 2000: *Macht und Gewalt*. München: Piper.
- Bachelard, G. 1974: *Epistemologie*. Ausgewählte Texte. Frankfurt am Main, Berlin, Wien: Ullstein.
- Barad, K. 2007: *Meeting the universe halfway. Quantum physics and the entanglement of matter and meaning*. Durham, London: Duke University Press.
- Barad, K. 2012a: *Agentieller Realismus: Über die Bedeutung materiell-diskursiver Praktiken*. Berlin: Suhrkamp.
- Barad, K. 2012b: *Intra-active entanglements – An interview with Karen Barad by Malou Juelskjær and Nete Schwennesen*. *Kvinder, Køn & Forskning*, Heft1–2, 10–24.
- Bennett, J. 2010: *Vibrant Matter. A Political Ecology of Things*. Durham, London: Duke University Press.

- Bogusz, T. 2009: Erfahrung, Praxis, Erkenntnis. Wissenssoziologische Anschlüsse zwischen Pragmatismus und Praxistheorie – ein Essay. *Sociologia Internationalis*, 47. Jg., Heft 2, 197–228.
- Bourdieu, P. 1997: Sozialer Sinn: Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Braidotti, R. 2014: Posthumanismus: Leben jenseits des Menschen. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Butler, J. 1997: Körper von Gewicht: Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Connolly, W. E. 2011: *A world of becoming*. Durham, London: Duke University Press.
- Connolly, W. E. 2013: The ›New Materialism‹ and the Fragility of Things. *Millennium-Journal of International Studies*, Jg. 41, Heft 3, 399–412.
- Coole, D., Frost, S. (Hg.) 2010: *New Materialisms: Ontology, agency, and politics*. Durham, London: Duke University Press.
- Crutzen, P. J. 2002: Geology of mankind. *Nature*, Vol. 415, 3. Januar 2002, 23–23.
- DeLanda, M. 2006: *A New Philosophy of Society. Assemblage Theory and Social Complexity*. London, New York: Continuum.
- Deleuze, G. 1993: *Logik des Sinns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Derrida, J. 1969: The ends of man. *Philosophy and Phenomenological Research*, Jg. 30, Heft 1, 31–57.
- Folkers, A. 2013: Was ist neu am neuen Materialismus? Von der Praxis zum Ereignis. In T. Goll, D. Keil, T. Telios (Hg.), *Critical Matter. Diskussionen eines neuen Materialismus*. Münster: edition assemblage, 17–34.
- Foucault, M. 1974: *Die Ordnung der Dinge*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. 2011: *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Haraway, D. 1995: *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Hayles, N. K. 1999: *How We Became Posthuman. Virtual Bodies in Cybernetics, Literature, and Informatics*. Chicago, London: University of Chicago Press.
- Heidegger, M. 2004: *Vorträge und Aufsätze*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Heidegger, M. 2007: *Die Technik und die Kehre*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Heisenberg, W. 1955: *Das Naturbild der modernen Physik*. Hamburg: Rowohlt.
- Hirschauer, S. 2004: Praktiken und ihre Körper. Über materielle Partizipanden des Tuns. In K. H. Hörning, J. Reuter (Hg.), *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis*. Bielefeld: Transcript, 73–91.
- Hoppe, K., Lemke, T. 2015: Die Macht der Materie. Grundlagen und Grenzen des agentiellen Realismus von Karen Barad. *Soziale Welt*, 66. Jg., Heft 3, 261–280.
- Horkheimer, M., Adorno, T. W. 2010: *Dialektik der Aufklärung: Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Latour, B. 2001: Eine Soziologie ohne Objekt? *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 11, Heft 2, 237–252.
- Latour, B. 2004: Why has critique run out of steam? From matters of fact to matters of concern. *Critical inquiry*, Jg. 30, Heft 2, 225–248.
- Latour, B. 2007: *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 2013: *An inquiry into modes of existence*. Cambridge: Harvard University Press.
- Marcuse, H. 1994: *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Marx, K. 1968a: *Das Kapital*, Bd. 23. Berlin: Dietz.
- Marx, K. 1968b: *Ökonomisch-Philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1848*, In *Marx-Engels Werke. Ergänzungsband*, Berlin: Dietz, 465–588.
- Marx, K. 1969: *Thesen über Feuerbach* In *Marx-Engels Werke*. Bd. 3, Berlin: Dietz, 533–535.
- Masco, J. 2012: The end of ends. *Anthropological Quarterly*, Jg. 85, Heft 4, 1107–1124.
- Massumi, B. 2010: *Ontomacht. Kunst, Affekt und das Ereignis des Politischen*. Berlin: Merve.

- 
- Pinch, T. 2011: Karen Barad, Quantum Mechanics and the Paradox of Mutual Exclusivity. *Social Studies of Science*, Jg. 41, Heft 3, 431–441.
- Reckwitz, A. 2002: The status of the »material« in theories of culture: From »social structure« to »artefacts«. *Journal for the theory of social behaviour*, Jg. 32, Heft 2, 195–217.
- Reckwitz, A. 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken: Eine sozialtheoretische Perspektive. *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 32, Heft 4, 282–301.
- Rheinberger, H-J. 2002: Experimentalsysteme und epistemische Dinge: eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas. Göttingen: Wallstein.
- Serres, M. 1981: *Der Parasit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Serres, M. 2008: *Aufklärungen: fünf Gespräche mit Bruno Latour*. Berlin: Merve.
- Stengers, I. 2011: Wondering about materialism. In L. Bryant, N. Srnicek, G. Harman (Hg.), *The Speculative Turn. Continental Realism and Materialism*. Melbourne: re:press, 368–392.
- von Weizsäcker, K. F. 1964: *Die Geschichte der Natur*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.



Ad-hoc-Gruppe »Soziologische Perspektiven auf die Cloud«  
– organisiert von Michael Eggert und Daniel Kerpen

# Trust by design?

## Vertrauen als zentrale Ressource für die Cloud

Michael Eggert und Daniel Kerpen

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Soziologische Perspektiven auf die Cloud« – organisiert von Michael Eggert und Daniel Kerpen*

## Von der Notwendigkeit einer Soziotechnik des Cloud-Computings

Cloud-Computing und darauf basierende Technologien stellen zweifellos eine der einschneidendsten Veränderungen in der jüngeren Geschichte der Informationstechnik (IT) dar. Dabei beschreibt der Begriff *Cloud-Computing* keine konkrete Technologie, sondern in einem sehr allgemeinen Sinn Modelle, in denen IT-Infrastrukturen, Plattformen und Dienste von den Nutzern nicht mehr selbst vorgehalten werden. Stattdessen werden diese als Dienstleistungen bezogen, die dynamisch, skalierbar und – räumlich wie organisatorisch – nicht mehr eindeutig zuordenbar sind.

## Zur Alltagsubiquität des Cloud-Computings

Cloud-Technologien bieten Nutzungsmöglichkeiten, die über die Verlagerung und ubiquitäre Verfügbarmachung von Rechen- und Speicherkapazität im Rahmen typischer IT-Anwendungen hinausgehen: So wird bereits ein Großteil unserer täglichen Kommunikation über die Cloud abgewickelt. Weiter stellt die Nutzung cloud-basierter IT die notwendige Grundlage dar, die für die Entwicklung zu einem Internet der Dinge notwendigen Ressourcen effizient nutzen zu können (Atzori et al. 2010; Eggert et al. 2014a). Ebenso können realistischerweise nur über Cloud-Nutzung die für die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten des mobilen Internets erforderlichen Technologien bereitgestellt und die für Big-Data-Anwendungen benötigten Datenmengen erhoben, verwaltet und verarbeitet werden (Giese et al. 2011; Liu et al. 2011). Auch die unter dem Schlagwort Industrie 4.0 diskutierten Transformationen der industriellen Produktion gründen zu

weiten Teilen auf dem Einsatz von Cloud-Technologien (Hirsch-Kreinsen 2014; Ortmann, in diesem Band; Nof (Hg.) 2009).

Offensichtlich birgt dieses *Cloud-Paradigma* das Potential, (nicht nur) individuelle Arbeits- und Lebenswelten entscheidend zu verändern – man denke nur an mit Sensorik und Aktorik gespickte Wohn- und Arbeitsräume –, genauso wie sie neue Geschäftsfelder eröffnet, neue Beziehungen zwischen Personen und Unternehmen impliziert und neue Formen der Kooperation bedingt. Die Relevanz des Cloud-Computing für die Soziologie scheint also auf der Hand zu liegen.<sup>1</sup> Auf der anderen Seite ist die Cloud nicht nur ein Phänomen, das eine Vielzahl soziologisch motivierter Fragestellungen aufwirft, sondern soziologisches Wissen ist auch relevant für die (Weiter-)Entwicklung und Verbreitung von Cloud-Technologien und dahinter stehenden Ideen. Als Netzwerktechnologie im besten Sinne verknüpft Cloud-Computing nicht nur unterschiedliche technische Artefakte miteinander, sondern verbindet auch individuelle und kollektive soziale Akteure untereinander sowie mit der Technik und über diese. Cloud-Computing in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ist offensichtlich von der Entwicklung bis zur Anwendung ganz elementar abhängig von den die Technologie umgebenden und begleitenden sozialen Prozessen – und damit von Problemstellungen, die sich nicht aus einer exklusiv technologischen Perspektive verstehen, geschweige denn lösen lassen.

Umso erstaunlicher scheint es uns, dass das Phänomen Cloud-Computing in seiner Breite bislang kaum Eingang in die soziologische Forschung gefunden hat. Ein Blick auf das Technologieprogramm *Trusted Cloud*<sup>2</sup> des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) offenbart die sehr technikgetriebene, anwendungsorientierte Herangehensweise zentraler Projekte in diesem Bereich: Gemeinsam ist ihnen die deutliche Betonung technischer Mechanismen zur Entwicklung und Gewährleistung von (Informations-)Sicherheit (mit Blick auf Integrität/Verfügbarkeit/Vertraulichkeit bzw. security/safety/privacy von Daten) sowie, damit zusammenhängend, der Einführung von Bewertungsmöglichkeiten solcher Cloud-Angebote aus ökonomischer oder rechtlicher Perspektive (BMWi 2014).

Eine solche Herangehensweise hat ihre Berechtigung – zumindest, so lange es um die Lösung grundlegender technischer Probleme geht –; sie bleibt aber ergänzungsbedürftig durch eine dezidiert soziologische Herangehensweise (Möllering 2011; Eggert et al. 2014b). Anknüpfend und explizit auf Cloud-Computing fokussierend stehen für unsere Auseinandersetzung insbesondere folgende Aspekte im Mittelpunkt: einerseits die Frage nach der Akzeptanz und Nutzbarkeit von Cloud-Anwendungen auf Seiten der Anwenderinnen und Anwender (zum Beispiel als hochskalierbare Plattform global vernetzter Sensoren und Aktoren sowie als cloud-basierte altersgerechte Assistenzsysteme<sup>3</sup>). Damit ist nicht nur das Anliegen formuliert, Mecha-

---

1 Die Ad-Hoc-Gruppe Soziologische Perspektiven auf die Cloud wurde für den Kongress mit dem Ziel beantragt, in ihr unterschiedliche soziologische Perspektiven auf das Cloud-Computing und/oder mit ihm verknüpfte Phänomene zusammenzubringen, um damit der Frage nach der Relevanz der Cloud für die Soziologie oder umgekehrt derjenigen der Soziologie für ein Verständnis der Cloud nachzugehen (vgl. auch Dukat, Caton; Reischauer; Petersen, Kollek, alle in diesem Band).

2 Das Technologieprogramm *Trusted Cloud* wurde vom BMWi im Herbst 2010 ins Leben gerufen und ist Kernbestandteil des Aktionsprogramms *Cloud Computing* sowie Element der IKT- und Hightech-Strategien der deutschen Bundesregierung. Eine Übersicht der bis Anfang 2015 laufenden Projekte bietet BMWi (Hrsg.) 2014.

3 Beispielsweise im Rahmen des BMWi-Projekts *SensorCloud* (<http://www.sensorcloud.de/>) sowie des RWTH-Exzellenzmittelprojekts *IPACS: Intelligent privacy-aware cloud-based services* ([http://www.humtec.rwth-aachen.de/index.php?article\\_id=1034&clang=0](http://www.humtec.rwth-aachen.de/index.php?article_id=1034&clang=0)).

nismen einer sich herausbildenden Mensch-Cloud-Interaktion zu beschreiben, sondern im Kontext konkreter FuE-Projekte auch die Aufgabe gestellt, technische, kulturelle, strukturelle und organisatorische Hemmnisse für den Einsatz von Cloud-Technologien frühzeitig in den Innovationsprozess zurückzuspiegeln, um eine partizipative nutzerorientierte Technikgestaltung zu gewährleisten (Eggert et al. 2014a; Henze et al. 2014). Andererseits besteht das Erkenntnisinteresse darin, den Innovationsprozess selbst kritisch zu begleiten und zu analysieren, um dadurch zu einem empirisch begründeten Verständnis des Cloud-Computing-Innovationsprozesses zu gelangen und künftige Entwicklungstrends auf diesem Gebiet abschätzen zu können (Eggert et al. 2014b).

Nach diesem kurzen Aufriss zur soziotechnischen Basis des Cloud-Computing werden wir aufzeigen, warum sich Cloud-Computing als soziale Technologie im besten Sinne darstellt und inwiefern Vertrauen aus unserer Perspektive als Schlüsselressource für das Funktionieren des Prinzips Cloud-Computing fungiert. Daraus leiten wir die Forderung nach *trust by design* als Gestaltungsprinzip für Cloud-Technologien und Anwendungen ab und präsentieren abschließend ein Implementationsbeispiel dieses Prinzips.

### Steigerung von technischer und sozialer Komplexität

Nimmt man somit – wenn man von Cloud-Computing spricht – nicht nur einzelne technische Artefakte und Dienstleistungen in den Blick, sondern versucht, sich die Cloud als Gesamtes zu vergegenwärtigen, so wird deutlich, dass sich die Nutzung cloud-basierter IT in zentralen Aspekten elementar von bisherigen Paradigmen der IT-Anwendung unterscheidet. Rechenleistung, Speicherplatz und technologische Plattformen werden nicht mehr von Verwenderinnen und Verwendern vorgehalten, sondern im Rahmen dynamischer Technik- und Angebotsstrukturen als Dienstleistung bezogen. Anstatt eigene IT-Infrastruktur aufzubauen und zu betreiben, greifen die Anwenderinnen und Anwender also auf Technik und Expertise spezialisierter Anbieter zurück. Cloud-Nutzung beinhaltet damit immer auch eine soziale Komponente: Wer die Cloud nutzt, delegiert einen beträchtlichen Teil ihres oder seines Umgangs mit eigenen Daten an Dritte, also andere soziale Akteure, nämlich den Anbieter der Cloud-Dienstleistung, und ist gleichzeitig auf die Leistungen weiterer Akteure angewiesen, wie etwa diejenigen Unternehmen, die die Infrastrukturen für den Datentransport bereitstellen. Wie diese Akteure allerdings die Ihnen zugeschriebenen Aufgaben erfüllen – beispielsweise durch einen Rückgriff auf unterstützende Dienstleistungen weiterer Unternehmen oder Ähnliches –, bleibt für die Anwender/-innen zumeist intransparent.

Einwenden ließe sich, dass die Fragen und Probleme, die sich daraus ergeben, keineswegs so neuartig sind, wie sie auf den ersten Blick erscheinen: schließlich ist IT-Outsourcing – zumindest in industriellen Kontexten – schon spätestens seit den 1970er Jahren eine gängige Praxis.

Mit zunehmender Nutzung von Cloud-Dienstleistungen gewinnen diese Fragen allerdings qualitativ wie auch quantitativ eine neue Dimension: In *quantitativer* Hinsicht, weil sich die potentielle Nutzendenschicht von IT-Dienstleistungen durch den Einsatz von Cloud-Technologien drastisch verbreitert. Während klassisches IT-Outsourcing eigentlich nur für große Organisationen eine Option darstellte, richtet sich eine Vielzahl der Cloud-Angebote auch an kleinere Orga-

nisationen und Privatanwender/-innen. In *qualitativer* Hinsicht führt die vermehrte Verbreitung von Cloud-Anwendungen und deren technische Weiterentwicklung dazu, dass IT-Services zunehmend ad-hoc zur Verfügung gestellt, unter verschiedenen Nutzer/-innen geteilt und im Endeffekt gar über technische Grenzen von Organisationen (beispielsweise über verschiedene Rechenzentren und Anbieter) hinaus skaliert und verteilt werden können. Die Anzahl der beteiligten Akteure und technischen Elemente wird also beträchtlich gesteigert, wodurch die Komplexität des gesamten Systems der Datenverarbeitung merklich zunimmt, und es für die einzelnen Anwenderinnen und Anwender zunehmend unüberschaubar wird, durch wen, wo und in welcher Form ihre Daten gespeichert und verarbeitet werden.

Ein Verständnis *der Cloud*, das einer allein technischen Perspektive verpflichtet ist, muss somit zwangsläufig lückenhaft bleiben. Mit der Vielzahl technischer und sozialer Elemente, die beim Einsatz relevant sind, präsentiert sich das Prinzip Cloud-Computing als sozio-technisches Netzwerk *par excellence*. Sein Funktionieren bestimmt sich nicht alleine über das gelingende Zusammenspiel seiner technischen Elemente. Als eher abstraktes Konzept eines komplexen Netzwerks aus technischen Elementen, sozialen Akteuren und organisatorischen Kontexten ist für ein Funktionieren des Prinzips Cloud-Computing die Integration und Kooperation dieser einzelnen Teile eine *conditio sine qua non*. Vor einer möglichen Realisierung der technischen, ökonomischen und ökologischen Vorteile, die Cloud-Computing verspricht, steht also immer das *soziale Funktionieren* des Prinzips vor dem Hintergrund der jeweils konkreten Anwendungssituation. Diese gegenseitige Angewiesenheit von technischen und sozialen Elementen macht Cloud-Computing zu einer sozialen Technologie im besten Sinne, bei der parallel zur Steigerung der technischen auch die soziale Komplexität der Technikverwendung zunimmt.

Den Vorteilen auf Seiten der Anwender/-innen im Sinne reduzierter – oder im Extremfall vollständig vermiedener – Investitions- und Betriebskosten stehen damit aber auch Herausforderungen gegenüber, die sich aus der Steigerung sozio-technischer Komplexität ergeben. Für Cloud-Computing heißt das konkret, dass die Anwendenden die faktische Kontrolle über die Infrastruktur der Datenübertragung, -verarbeitung und -speicherung aus den Händen geben. Stattdessen liegt dieser relevante Anteil des Umgangs mit den Daten der Anwender/-innen bei Dritten, die den Anwendenden bestenfalls nicht näher bekannt sind und die sie daher nicht einschätzen können – sofern sie überhaupt davon Kenntnis haben, dass solche Dritte involviert sind.<sup>4</sup> Die Kehrseite der Cloud-Vorteile besteht auf Nutzer/-innenseite also darin, dass Handlungen im IT-Kontext einem höheren Maß an Unsicherheit unterliegen – bestehende Risiken werden verstärkt, neue Unsicherheiten werden geschaffen.

---

<sup>4</sup> Cloud-Angebote lassen sich einer von drei Klassen von Dienstleistungen zuordnen: (1) *Software as a Service (SaaS)*, (2) *Platform as a Service* oder (3) *Infrastructure as a Service (IaaS)*. Durch diese auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Dienste kann es zu der – nicht ungewöhnlichen – Situation kommen, dass der/die Anbieter/-in einer Cloud-Dienstleistung für Endanwender/-innen seinerseits wiederum auf andere Cloud-Dienste zurückgreift, um die Nutzer/-innendaten abzulegen und zu verarbeiten. So wissen Nutzende des Dienstes *Dropbox* in der Regel, dass sie eine Cloud-Anwendung nutzen. Dass *Dropbox* zur Realisierung des Dienstes seinerseits auf Infrastrukturangebote von *Amazon* zurückgreift und ihre Daten damit in einem Rechenzentrum des letztgenannten Unternehmens liegen, dürfte den Anwendenden andererseits nur in den seltensten Fällen bekannt sein.

## Zum Umgang mit Unsicherheit und Komplexität

Der Umgang mit Komplexität und daraus resultierenden Risiken und Unsicherheiten ist im Sozialen alltäglich und ein umfassend bearbeitetes Feld soziologischer Forschung (Endreß 2002). Eine zentrale Fragestellung der soziologischen Auseinandersetzung besteht darin, wie diese soziale – bzw. in unserem Kontext sozio-technische – Komplexität reduziert werden kann, um Handlungen und Sachverhalte erwartbarer und handhabbarer zu machen und damit Kooperation unter den Bedingungen von Risiko und Unsicherheit zu ermöglichen beziehungsweise zu erreichen, dass diese weniger unwahrscheinlich wird (Luhmann 1989). Für den Bereich des Cloud-Computing ist die Frage nach der Kooperation von besonderer Relevanz, da jede Anwendung von Cloud-Technologien immer auch auf die Leistungen anderer Akteure zurückgreift und damit auf deren Kooperation angewiesen ist. Handlung und Kooperation fallen beim Cloud-Computing ineinander. Insbesondere zwei Phänomene lassen sich dabei als wirksame Mechanismen identifizieren, um diesem Ziel näher zu kommen: *Kontrolle* einerseits und *Vertrauen* andererseits.

### Kontrolle und Vertrauen

Kontrolle als erste der beiden Möglichkeiten, das Handeln des Gegenübers erwartbarer zu machen, bedeutet, Handlungs- oder Kooperationshemmnisse mit Hilfe von Wissen zu beseitigen oder zumindest zu minimieren. Dazu ist allerdings erforderlich, dass die Konsequenzen sämtlicher Aktivitäten vollständig transparent sind. Eine Situation zu kontrollieren bedeutet also, aufgrund vollständiger Informationen um die Konsequenzen möglicher Handlungen oder Verfahren zu wissen und über geeignete Mittel zu verfügen, den Verlauf nach jeweils eigenen Vorstellungen zu gestalten und die weiteren Beteiligten zur Kooperation zu bewegen. Kooperation unter den Bedingungen von Kontrolle erweist sich damit als höchst voraussetzungsreiche Option, deren Anforderungen an vollständige Information und die gegenseitige Transparenz der Handlungskalküle der Beteiligten – wenn überhaupt – nur in sehr begrenztem Rahmen erfüllt werden können.

Bezogen auf die Kontrolle im Umgang mit Technik zeigt sich ein ähnliches Problem: Bei simplen technischen Artefakten, wie es etwa Werkzeuge oder einfache Maschinen sind, können die Folgen einer Handlung abgesehen und mithin kontrolliert werden. Wer einen Hammer benutzt, *weiß*, was passiert, wenn er mit diesem auf einen Nagel einschlägt. Auch das in feste Strukturen gegossene technische Funktionsprinzip eines Verbrennungsmotors kann *kontrolliert* werden. Beim Cloud-Computing ist aber eine solche vollständige Kontrolle nicht mehr möglich. Die Technologie weist hier ein Komplexitätsniveau auf, das es den Anwender/-innen nahezu unmöglich macht, ihr Funktionieren zu durchschauen. Ebenso komplex wie die Technik ist auch das dahinter stehende sozio-technische Netzwerk, das bei der Nutzung von Cloud-Anwendungen aktiv ist. Spätestens mit dem Zusammenfallen dieser beiden Aspekte entsteht bei der Nutzung von Cloud-Computing somit eine Kontrolllücke, die den Einsatz von Cloud-Technologien als hochriskantes Unterfangen erscheinen lässt.

Um diese Lücke zu schließen und damit erfolgreiche Kooperationsbeziehungen zu initiieren und aufrechtzuerhalten, bedarf es des zweiten Mechanismus: *Vertrauen*. Als »mittlerer Zustand zwischen Wissen und Nichtwissen« (Simmel 1992: 393) ermöglicht es die Initiierung einer Kooperation durch eine Vorleistung eines der Beteiligten – im Falle des Cloud-Computing der Anwenderin oder des Anwenders. Hätten diese vollständigen Informationen über das Handlungsrepertoire der anderen Beteiligten, so wäre kein Vertrauen nötig und sie könnten kontrollieren, was mit ihren Daten geschieht. Nicht möglich wäre Vertrauen andererseits, wenn die/der Vertrauensgeber/-in keinerlei Einblick in die Motive und Handlungskalküle der potentiellen Vertrauensnehmer/-innen hätte. Information und Unsicherheit sind also gemeinsam konstitutiv für Vertrauen.

Kontrolle und Vertrauen ergänzen sich folglich bei der Herstellung von Erwartbarkeit, und je weniger es möglich ist, Kontrolle auszuüben (zum Beispiel wegen zunehmender Undurchschaubarkeit), desto größere Anforderungen werden an das komplementäre Vertrauen gestellt. Die Unmöglichkeit einer vollständigen Information über die Konsequenzen der Cloud-Nutzung führt zwangsläufig dazu, dass die Rationalität von Entscheidungen grundsätzlich gewissen Beschränkungen unterliegt (Simon 1972) und somit immer ein bestimmtes Maß an Vertrauen notwendig ist, um eine Kooperation einzugehen. Der Einsatz von Cloud-Computing ist folglich immer auf ein gewisses Maß an Vertrauen angewiesen. Vertrauen stellt also eine zentrale Ressource für das Funktionieren der Cloud dar. Ausmaß und konkrete Ausprägung dieser Ressource, die nötig sind, um eine dauerhafte und ertragreiche Kooperationsbeziehung in Gang zu bringen, bestimmen sich dabei über die konkreten Charakteristika des sozio-technischen Netzwerks der jeweiligen Anwendung.

Vertrauen als Basis für erfolgreiche Kooperationen ist allerdings immer mit Unsicherheit bzw. mit Risiko in der Form behaftet, dass die Vertrauensgebenden – in unserem Fall die Anwender/-innen – von der/dem Vertrauensnehmer/-in *hintergangen* wird, sich diese/-r also nicht an die impliziten oder auch expliziten Vereinbarungen hält. Die Vertrauensgebenden treten also in eine »riskante Vorleistung« (Luhmann 1989: 23), indem sie ihre eigene Verwundbarkeit steigern. Allerdings ist dies erst »das Instrument, mit dem eine dauerhafte und wechselseitig ertragreiche Kooperationsbeziehung in Gang zu bringen versucht wird (Preisendörfer 1995: 264). Je höher dieses Risiko – und damit der Grad des erforderlichen Vertrauens – ist, desto geringer ist die Chance, dass sich die Akteure auf das riskante Vorgehen einlassen. Ein Mangel an Vertrauen – in die Technik, in die Anbieter etc. – geht dabei mit einem Überschuss an Misstrauen einher, der sich beim Cloud-Computing aus zwei Quellen speist: einerseits einer »Skepsis gegenüber der [...] Unbedenklichkeit der technischen Sachen und zum anderen [...] Zweifel an der Glaubwürdigkeit der technischen Experten« (Ropohl 2010: 117), wobei diese beiden Dimensionen sich auch gegenseitig aufeinander beziehen können.

Beide Ebenen adressieren zwei grundlegende Dimensionen von Vertrauen, die in der soziologischen Vertrauensforschung häufig unterschieden werden: Auf der einen Seite steht das *habituelle* Vertrauen, das sich auf Vertrautheit, Gewohnheit, Intuition und selbstverständliche Gewissheit stützt und in seiner Unmittelbarkeit den dominierenden Vertrauentypus vormoderner Gesellschaften darstellt. Im Zuge der Modernisierung und den damit einhergehenden Prozessen der Rationalisierung und (funktionalen) Differenzierung gewinnt das *reflexive* Vertrauen zunehmend an Bedeutung, das insbesondere auf Annahmen der Vertrauensgebenden über die Motive und Handlungsrationaltäten der Vertrauensempfangenden basiert.

Zwar steht das habituelle Vertrauen primär für interpersonelles Vertrauen, mit seiner grundlegenden Unterscheidung zwischen Vertrautheit und Fremdheit (Strasser, Voswinkel 1997: 220) kann es jedoch auch auf eine Betrachtung der Beziehung zur technischen Seite der Cloud angewendet werden. Wie jede Innovation provozieren auch Cloud-Technologien Irritationen bestehender Alltagsroutinen; es mangelt ihnen an Integration in die alltägliche Lebenswelt, die potentiellen Anwender/-innen sind noch nicht mit diesen vertraut. Darüber hinaus sind sie aufgrund ihrer Komplexität in ihrer Funktionsweise für Laien nahezu undurchschaubar (Ropohl 2010: 124). Der Vertrauensmangel, der sich daraus für die technische Basis der Cloud ergibt, ist ein Problem des Umgangswissens (*tacit knowledge*), das nur durch einen alltäglichen Umgang mit Cloud-Technologien bearbeitet werden kann (Irrgang 2010: 341) und daher an dieser Stelle nicht weiter verfolgt wird.

Zentraler für das Funktionieren des Cloud-Computing ist allerdings das Vorhandensein generalisierten Vertrauens in das sozio-technische Gebilde, das die Cloud trägt. Hierbei handelt es sich um die reflexive Spielart von Vertrauen, welche dieses als Ressource ausmacht. Mit dem Einsatz dieser Ressource gehen die Akteure eine Wette auf das kontingente Verhalten der anderen Involvierten ein, die eine gewisse Chance auf Erfolg aufweisen muss, damit die Akteure bereit sind, Vertrauen in die Technik bzw. das Geflecht aus technischen Artefakten und sozialen Akteuren zu investieren.

## Mechanismen der Vertrauensgenerierung

Somit stellt sich die Frage, wie die Erfolgchancen dieser Wette so weit gesteigert werden können, damit die Akteure – im Falle der Cloud die Anwender/-innen – sich auf diese einlassen. Wie also entweder der Umfang der notwendigen Vertrauensinvestition verringert oder wie die Investition gegen einen Verlust *abgesichert* werden kann. Neben der Möglichkeit einer rechtlichen Verregelung der Beziehung zwischen den Akteuren, also der Substitution der direkten Vertrauensbeziehung durch ein Verhältnis, das durch staatliche Macht vermittelt wird, bieten sich aus der Perspektive der Vertrauensforschung insbesondere zwei Strategien an, wie das für das Funktionieren der Cloud notwendige Vertrauen generiert werden kann.

## Risikostreuung

Eine erste Möglichkeit besteht darin, das Risiko zu streuen (Preisendörfer 1995: 265). Das Risiko für den einzelnen Akteur wird dadurch verringert, dass andere das gleiche Risiko tragen oder einen Teil des Risikos übernehmen. Nachahmung etwa ermöglicht eine solche Risikoübertragung, indem Erfahrungen früherer Anwender/-innen in die Risikokalkulation einbezogen werden. Die Reputation eines Anbieters oder einer Technologie, die auf diese Art und Weise generiert wird, macht für neue Anwender/-innen das Risiko weniger unberechenbar, ob ihre Investition von Vertrauen und anderen Ressourcen möglicherweise ein Verlustgeschäft wäre.

Ein weiterer Mechanismus der Risikostreuung ist die Übertragung von Vertrauen an Vertrauensagenturen und damit die Verlagerung der Vertrauensproblematik auf eine andere Ebene.



Diese »Vertrauensagenturen« bzw. »Vertrauensintermediäre« (Strasser, Voswinkel 1997: 224ff.) ermöglichen eine Form generalisierten Vertrauens, indem sie dem Umstand Rechnung tragen, dass Vertrauen auch immer einen Rückgriff auf Misstrauen enthalten muss, um nicht *blind* zu sein. Indem sie das dem Vertrauen komplementäre Misstrauen institutionalisieren, ermöglichen sie paradoxerweise die institutionelle Vermittlung von Vertrauen (Endreß 2002: 78f.). Beispiele für solche Agenturen sind etwa die *Stiftung Warentest*, der *TÜV*, *Verbraucherzentralen* oder auch *Zertifizierungsinstanzen*. Allerdings müssen diese Agenten nicht unbedingt in Form neutraler Dritter auftreten – auch Selbstverpflichtungen der Industrie können beispielsweise diese Rolle übernehmen.

## Kalkulierbarkeit von Handlungsweisen

Während Risikominimierung durch Risikostreuung primär darauf abzielt, die Wahrscheinlichkeit zu verringern, dass das Vertrauen enttäuscht wird, kann auch versucht werden, das Ausmaß des zu investierenden Vertrauens zu verringern. Dies kann erreicht werden, indem das Verhalten der Vertrauensempfängenden in gewissem Maß kalkulierbar gemacht wird. Die Erzeugung bspw. von Verhaltensgleichförmigkeit schafft in dieser Hinsicht Wiedererkennbarkeit und damit Verlässlichkeit der Handlungsweisen der Vertrauensempfängenden. Hinzu kommt die Annahme, dass sich die Vertrauensempfängenden – insbesondere im Fall von Organisationen – rational an ihrem Eigeninteresse orientieren. Zusammen reduzieren diese Aspekte aus Sicht der Vertrauensgebenden die Kontingenz des Verhaltens der Vertrauensnehmenden und können somit die Bildung des notwendigen Vertrauens erleichtern (Strasser, Voswinkel 1997: 224).

Im Kontext der Cloud stellt sich hier allerdings auch die Frage, wer jeweilige Vertrauensnehmer/-innen sein könnten. Vertrauen ist immer ein Element einer Beziehung von zwei oder mehr Akteuren. Der Cloud als solcher zu vertrauen, dürfte also kaum möglich sein. Vielmehr sind es die an der Cloud beteiligten Akteure und Artefakte, die als potentielle Vertrauensnehmer/-innen fungieren. Eine herausragende Rolle kommt dabei denjenigen Instanzen zu, die als *Gatekeeper* die Schnittstelle der Cloud zu den Anwender/-innen darstellen – also Anbieter, die in direkter Beziehung zu den Anwenderinnen und Anwendern stehen sowie die Technologien, die an dieser Stelle eingesetzt werden und die Cloud den Nutzer/-innen gegenüber repräsentieren. Das Vertrauen, das Anwenderinnen und Anwender diesen Gatekeepern entgegenbringen, stellt also die entscheidende Dimension für den Einsatz von Cloud-Technologien dar.

## Trust by Design – Cloud-Entwicklung als System-Building zur Vertrauenser-möglichung

Dass diese Schnittstelle zwischen der Cloud und den Nutzer/-innen und das an dieser Stelle vorhandene Vertrauen die relevanten Größen für den erfolgreichen Einsatz von Cloud-Technologien sind, zeigen auch empirische Untersuchungen im Rahmen des Projekts *Sensor Cloud*. In leitfadenunderstützten Interviews sowie einer Zukunftswerkstatt mit Nutzer/-innen und

Entwickler/innen zur Frage der Akzeptanz cloud-basierter intelligenter Objekte zeichnete sich auf Nutzer/-innenseite ein offensichtlicher Vertrauensmangel gegenüber Cloud-Technologien ab. Dieser wird zwar auch auf die Undurchschaubarkeit der Cloud zurückgeführt, in erster Linie allerdings an der konkret vorliegenden Technik sowie einer mangelnden Vertrauenswürdigkeit der Anbieter festgemacht (Rüssmann, Eggert 2014).

Das Funktionieren der Cloud hängt also zu einem großen Anteil davon ab, dass nicht nur die technischen Artefakte die ihnen zugeordnete Funktion zuverlässig erfüllen, sondern das gesamte Zusammenspiel der unterschiedlichen Elemente und Akteure von den Anwenderinnen und Anwendern als funktionierend eingeschätzt wird, was diese wiederum überwiegend an den Technologien und den Anbietern festmachen. Für die Entwickler/-innen und Anbieter/-innen von Dienstleistungen ergibt sich damit die Herausforderung, dass die Entwicklung von Technologien und Dienstleistungen für die Cloud nicht als rein technische Entwicklungsaufgabe verstanden werden kann, sondern auch immer die sozialen Bedingungen der Cloud-Nutzung reflektieren muss. Dazu ist es notwendig, dass die Entwicklerinnen und Entwickler eine Rolle als *system builder* einnehmen, deren zentrale Aufgabe auch darin besteht, Vertrauen sowohl in die einzelnen Dienste und Artefakte als auch in das System als Ganzes zu generieren und damit das Funktionieren des Systems Cloud-Computing zu ermöglichen. Dies bedeutet eine Übersetzung der Vertrauensanforderungen in technische Elemente und sozio-technische Prozeduren, die bereits in frühen Phasen der Entwicklung grundlegend stattfinden muss. Der erfolgreiche Einsatz von Cloud-Technologien erfordert es also, dass die Herstellung von Vertrauen von Anfang an eines der entwurfsleitenden Prinzipien darstellen muss – analog zu *privacy by design* lässt sich beim Cloud-Computing also das Erfordernis eines *trust by design* feststellen.

## IPACS – beispielhafte Implementierung von TbD

Die Umsetzung dieses Prinzips kann dabei unterschiedliche Dimensionen fokussieren: Nämlich erstens diejenige der Einbettung der Technik in organisationale Zusammenhänge wie Zertifizierung und Monitoring (um das Risiko zu streuen). Eine Sonderrolle nimmt hierbei noch die technische Normung ein, wie Wagner (1994) ausführt. Die zweite Ebene ist diejenige der Technik, wo die Erwartbarkeit und Berechenbarkeit des Verhaltens der Cloud, ihrer Akteure und Artefakte dadurch gesteigert werden kann, dass transparente Regeln implementiert werden, denen die sozio-technischen Prozesse unterworfen werden.

Vor allem an dieser Stelle setzt unser nachfolgendes Beispiel an, das diesen Gedanken illustrieren soll, *Trust by Design* als Gestaltungsprinzip schon in frühen Entwicklungsschritten zu implementieren. Es entstammt einem laufenden interdisziplinären Projekt, in welchem es um die nutzerzentrierte Entwicklung technischer Grundlagen für cloud-basierte Assistenzsysteme geht (RWTH-Exzellenzmittelprojekt IPACS<sup>5</sup>). Zwar bezieht sich das Beispiel auf ein konkretes Szenario aus dem Bereich altersgerechter Assistenzsysteme (Ambient Assisted Living, AAL), letztlich liegt

---

<sup>5</sup> IPACS steht für *intelligent privacy-aware cloud-based services*; es sollen Grundlagen für umfassende, sichere sensor- und cloud-basierte Lösungen geschaffen werden (zum Beispiel für tragbare Geräte als interaktive Hilfe in öffentlichen Räumen und im privaten Wohnumfeld).

dieser Konzeption aber die Annahme zugrunde, dass die Übersetzung der Vertrauensanforderungen in die nachfolgend dargestellten technischen Elemente und sozio-technischen Prozeduren über das konkrete Szenario hinaus verallgemeinerbar sind.

Nun zu dem konkreten Implementierungsbeispiel (vgl. nachfolgende Abbildung): Wir gehen davon aus, dass jede Nutzerin oder jeder Nutzer eine mehr oder weniger große Zahl an vernetzten Geräten im alltäglichen Gebrauch hat: Hierbei kann es sich beispielsweise um die inzwischen ubiquitären Smartphones oder Tablet-PCs handeln; genauso kann es sich allerdings um avanciertere Gerätschaften wie körpernah getragene Sensorik oder intelligente Wohnraumausstattung handeln. Jedes dieser Geräte ist vernetzt, das heißt letztlich in und mit verschiedenen Netzwerken (vom WAN, Wide Area Network, bis hin zum WBAN, Wireless Body Area Network) online. Alle diese technischen Artefakte, somit letztlich Netzwerke, formen die Privatsphäre (privacy sphere) der Nutzer/-in mit, wobei wir davon ausgehen, dass diese(r) in ihr die jeweiligen Komponenten mehr oder weniger habituell verwendet. Jedes dieser Netzwerke ist mit der Cloud über ein spezifisch ausgelegtes Gateway verbunden (GW; hier PEP genannt; dazu vgl. weiter unten); und Daten dieser Netzwerke werden über das GW in der Cloud gespeichert und für den Zugriff verschiedener Dienste/Services (S) und Notfallservices (emergency services, ES) vorgehalten. Diese verschiedenen Dienstangebote (welche ganz unterschiedliche aus dem Bereich des Ambient Assisted Living sein können) werden von Dienste-Entwicklern (service developer, SD) entwickelt und mit Blick auf ihre Funktionalität (zum Beispiel lastabhängiger Skalierung) implementiert.

Zentrale Herausforderung ist nun, dass potentiell persönlichkeitsensitive Daten möglicher Nutzerinnen und Nutzer Dritten natürlich nicht zugänglich sein sollen. Da jede Person nur ihre jeweiligen Daten sehen und ändern können soll, geschieht dies mittels der sogenannten privacy enforcement points (PEPs) am gerade bereits eingeführten Gateway. Die technische Funktionalität dieser Instanz lässt sich vereinfachend dahingehend zusammenfassen, dass die PEPs einerseits die sichere wechselseitige Authentifizierung zwischen den vernetzten Geräten und der Cloud garantieren, und es andererseits dem Nutzer erlauben, den Datentransfer mittels (semantischer) Annotationen (A) zu restringieren (zum Beispiel Metadaten im Sinne wer wann auf welche Daten zugreifen darf; Henze et al. 2014). Auf Entwickler/-innenseite werden durch die Benutzung einer vereinheitlichten Modellierungssprache (Unified Modeling Language, UML; Rumpe 2011) service-spezifische Teilspezifikationen (hier privacy policies, PP genannt) und genau solche gerade erwähnten Metamodellierungen (M) festgelegt, die dann wiederum durch einen vertrauenswürdigen Dritten (hier trusted third party, TTP genannt, zum Beispiel das Bundesamt für Sicherheit in der IT, BSI) begutachtet und in Form von privatsphäreschützenden Einstellungen (privacy configuration, PC) gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern als vertrauenswürdig verifiziert werden.

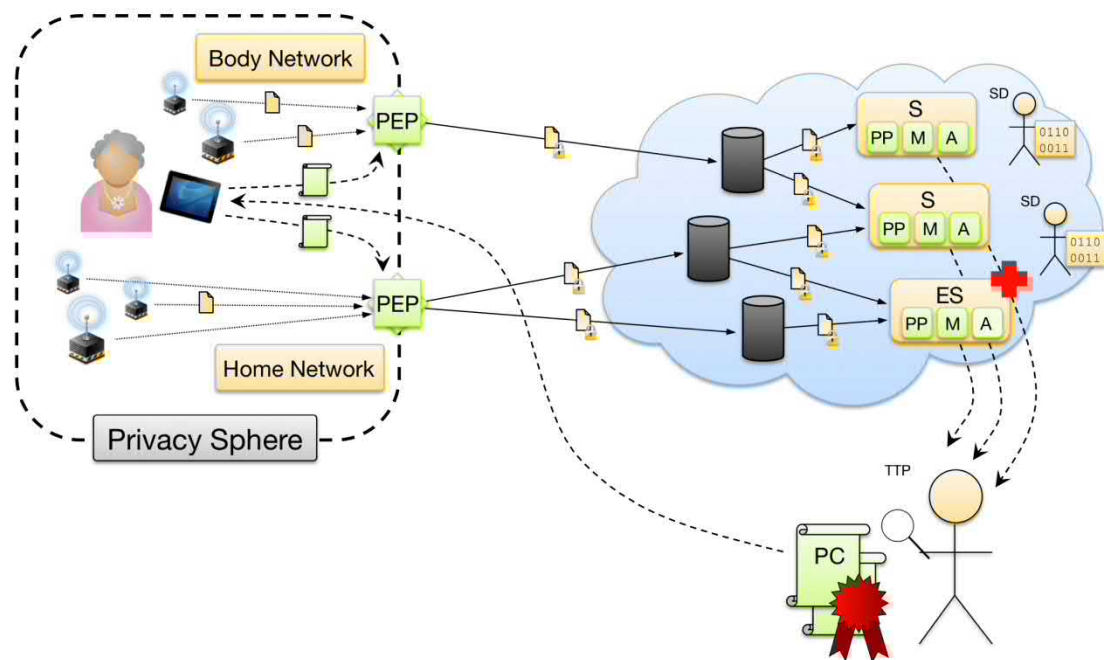


Abb. 1: technisches Schema der vorgestellten TbD-Implementierung (Henze et al. 2014)

## Zusammenfassung und Ausblick

Für den aktuell bereits umfassenden und zukünftig weiter zunehmenden Einsatz vernetzter IT bietet Cloud-Computing ein Konzept an, um die dafür notwendigen technischen Kapazitäten und Dienstleistungen ressourceneffizient vorhalten und verlässlich zur Verfügung stellen zu können. Ob das hinter der Cloud stehende Konzept allerdings funktioniert, ist keine ausschließlich technisch beantwortbare Frage. Die Vielzahl der technischen Elemente und sozialen Akteure, die an der Cloud beteiligt sind, machen aus dieser ein hochgradig komplexes sozio-technisches Netzwerk, das für die Nutzerinnen und Nutzer nahezu unüberblickbar ist. Eine Anwendung von Cloud-Computing ist also immer mit einem gewissen Risiko verbunden, das kompensiert werden muss, wenn Cloud-Technologien eingesetzt werden sollen. Ob dieses Risiko eingegangen werden kann, können die Akteure nur im unwahrscheinlichen Fall vollständiger Information alleine aufgrund des verfügbaren Wissens entscheiden. Daher ist der Einsatz von Cloud-Technologien und -Anwendungen immer auf das Vorhandensein von Vertrauen als investierbarer und investierter sozialer Ressource angewiesen.

Dieses Erfordernis einer Ermöglichung von Vertrauensinvestitionen in Cloud-Technologien und -Anbieter/-innen muss bereits während des gesamten Cloud-Entwicklungsprozesses reflektiert und im Entwurf der technischen Artefakte und Dienstleistungen berücksichtigt werden. Die Aufgabe, Anwendungen und Technologien für die Cloud zu entwickeln, kann damit nicht auf technische Entwicklungen reduziert werden. Cloud-Entwickler/-innen müssen darüber hinaus die Rolle von *system builders* einnehmen, deren Aufgabe auch darin besteht, geeignete Mechanismen zur Ermöglichung von Vertrauen in die einzelnen Anbieter und Techniken sowie in das

gesamte System Cloud-Computing zu implementieren und damit ein Prinzip von *trust by design* bei ihrer Entwicklungstätigkeit umzusetzen.

Das abschließend dargestellte Beispiel illustriert, wie eine Ebene der Forderung nach *trust by design* in der Entwicklung von Cloud-Technologien implementiert werden kann. Dabei erscheint der in diesem Kontext gewählte Implementierungsansatz als eine geeignete Möglichkeit, Vertrauen beziehungsweise das diesem komplementäre Misstrauen anhand des PEPs und der Vertrauensintermediäre (trusted third parties) zu institutionalisieren. Darüber hinaus verdeutlicht es, wie auch auf Seiten der Cloud-Entwickler/-innen mittels einer modellbasierten Herangehensweise, die soziologische Expertise einbezieht, versucht werden kann, die Eigenschaften und Verhaltensweise des Vertrauensempfängenden, also des cloud-basierten Systems, erwartbarer zu gestalten, um dadurch den beteiligten Akteuren die Aufnahme einer Kooperationsbeziehung zu erleichtern. Allerdings bezieht sich das hier vorliegende Beispiel lediglich auf einen Teil der Vertrauensfragestellungen. Im Sinne einer vertrauens- und nutzer/-innenorientierten Entwicklung von Cloud-Technologien und -Anwendungen besteht nun die weitere Herausforderung darin, Möglichkeiten des *trust by design* für die unterschiedlichen Dimensionen der cloud-relevanten Vertrauensproblematik zu formulieren und diese Prinzipien bei der Entwicklung cloud-basierter Technologien und bei deren sozialer Kontextualisierung zu implementieren.

## Literatur

- Atzori, L., Iera, A., Morabito, G. 2010: The Internet of Things: A survey. *Computer Networks*, 54. Jg., Heft 15, 2787–2805.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (Hg.) 2014: Trusted Cloud. Innovatives, sicheres und rechtskonformes Cloud Computing, akt. Neuauflage (Februar 2014). Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.
- Dukat, C., Caton, S.: »Social Cloud« – Spezifika dieses Cloud-Konzepts unter Berücksichtigung von Kompetenz und Vertrauen. In diesem Band.
- Eggert, M., Kerpen, D., Rüssmann, K., Häußling, R. 2014a: SensorCloud: Sociological Contextualization of an Innovative Cloud Platform. In H. Krcmar, R. Reussner, B. Rumpe (Hg.), *Trusted Cloud Computing*. Cham et al.: Springer International Publishing, 295–313.
- Eggert, M., Häußling, R., Henze, M., Hermerschmidt, L., Hummen, R., Kerpen, D., Navarro Pérez, A., Rumpe, B., Thißen, D., Wehrle, K. 2014b: SensorCloud: Towards the interdisciplinary development of a trustworthy platform for globally interconnected sensors and actuators. In H. Krcmar, R. Reussner, B. Rumpe (Hg.), *Trusted Cloud Computing*. Cham et al.: Springer International Publishing, 203–218.
- Endreß, M. 2002: *Vertrauen*. Bielefeld: transcript.
- Giese, H., Rumpe, B., Schätz, B., Sztipanovits, J. 2011: Science and Engineering of Cyber-Physical Systems (Dagstuhl Seminar 11441). *Dagstuhl Reports*, 1. Jg., Heft 11, 1–22.
- Henze, M., Hermerschmidt, L., Kerpen, D., Häußling, R., Rumpe, B., Wehrle, K. 2014: User-Driven Privacy Enforcement for Cloud-Based Services in the Internet of Things. 2nd International Conference on Future Internet of Things and Cloud (FiCloud-2014), 27–29 August 2014, Barcelona, Spain.
- Hirsch-Kreinsen, H., 2014: Wandel von Produktionsarbeit – Industrie 4.0. Soziologisches Arbeitspapier Nr. 38/2014 (Januar). Dortmund: Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der TU Dortmund, [http://www.wiso.tu-dortmund.de/wiso/de/forschung/gebiete/fp-hirschkreinsen/forschung/soz\\_arbeitspapiere/AP-SOZ-38.pdf](http://www.wiso.tu-dortmund.de/wiso/de/forschung/gebiete/fp-hirschkreinsen/forschung/soz_arbeitspapiere/AP-SOZ-38.pdf) (letzter Aufruf 31.05.2015).

- Irrgang, B. 2010: Technikvertrauen und autonom-intelligente Technologie. *Ethica*, 18. Jg., Heft 4, 339–363.
- Liu, Z., Yang, D.-S., Wen, D., Zhang, W.-M., Mao, W. 2011: Cyber-Physical-Social Systems for Command and Control. *IEEE Intelligent Systems*, 26. Jg., Heft 4, 92–96.
- Luhmann, N. 1989: *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: Enke.
- Möllering, G. 2011: Vernebeltes Vertrauen? Cloud Computing aus Sicht der Vertrauensforschung. In A. Picot, U. Hertz, T. Götz (Hg.), *Trust in IT. Wann vertrauen Sie Ihr Geschäft der Internet-Cloud an?* Berlin, Heidelberg: Springer, 39–47.
- Nof, S. Y. (Hg.) 2009: *Springer handbook of automation*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Ortmann, U.: »Was bedeutet Industrie 4.0 für unser Unternehmen?« Partizipative Technikfolgenabschätzung im Industriebetrieb. In diesem Band.
- Pantelopoulos, A., Bourbakis, N. G. 2010: A Survey on Wearable Sensor-Based Systems for Health Monitoring and Prognosis. *IEEE Transactions on Systems, Man, and Cybernetics, Part C: Applications and Reviews*, 40. Jg., Heft 1, 1–12.
- Petersen, I., Kollek, R.: Digitale Forschungskulturen in der Systemmedizin. In diesem Band.
- Preisendörfer, P. 1995: Vertrauen als soziologische Kategorie. Möglichkeiten und Grenzen einer entscheidungstheoretischen Fundierung des Vertrauenskonzepts. *Zeitschrift für Soziologie*, 24. Jg., Heft 4, 263–272.
- Reischauer, G.: Über den Wolken? Zur Grenzenlosigkeit von Cloud Computing aus der Perspektive des organisationalen Lernens. In diesem Band.
- Ropohl, G. 2010: Das Misstrauen in der Technikdebatte. In: M. Maring (Hg.), *Vertrauen – zwischen sozialem Kitt und der Senkung von Transaktionskosten*. Karlsruhe: KIT Scientific Publishing, 115–132.
- Rumpe, B. 2011: *Modellierung mit UML. Sprache, Konzepte und Methodik*, Berlin, Heidelberg: Springer.
- Rüssmann, K., Eggert, M. 2014: *Cloud-Computing im Kontext Smart Home: Akzeptanzbarrieren und Anforderungen*. Aachen: Publikationsserver der RWTH Aachen University. urn:nbn:de:hbz:82-opus-52552.
- Simmel, G. 1992: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Simon, H. A. 1972: Theories of bounded rationality. In: C. B. MacGuire, R. Radner (Hg.), *Decision and organization. A volume in honour of Jacob Marschak*. Amsterdam et al.: North-Holland Publishing Co, 161–176.
- Strasser, H., Voswinkel, S. 1997: Vertrauen im gesellschaftlichen Wandel. In M. Schweer (Hg.), *Interpersonales Vertrauen. Theorien und empirische Befunde*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 217–236.
- Wagner, G. 1994: Vertrauen in Technik. *Zeitschrift für Soziologie*, 23. Jg., Heft 2, 145–157.

# Digital Scientific Practice in Systems Medicine

## Europäische Vergesellschaftungsprozesse im Spannungsfeld von System- und Sozialintegration

Imme Petersen<sup>1</sup>, Regine Kollek<sup>2</sup>

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Soziologische Perspektiven auf die Cloud« – organisiert von Michael Eggert und Daniel Kerpen*

### Introduction

Evolving from systems biology, systems medicine tries to grasp the interactions between all components of health and disease to create a basis for innovative therapies and preventive measures (e.g. Fedoroff, Gostin 2009). To illuminate complex physiological and pathological processes, high-throughput technologies for molecular profiling are employed to produce large stocks of data on genomes, transcriptomes and proteomes. The variety of such data and their large volume require new approaches in data handling and processing. Compared to less data-intensive scientific practices in the life sciences, high capacity databases and infrastructures had to be developed to digitally store the different data types and to link separate databases at different geographical sites. High throughput production and digitalisation of scientific data have an enormous impact on how systems medical research is done today and what it may be able to achieve. Therefore it is critical to thoroughly understand the impact of the information and communication technology (ICT) employed and to assess the consequences it may have for the process of knowledge production. In other words: Is the impact of ICT simply a matter of speed and scale, as they store, process and analyse large amounts of data in very short time? Or does ICT make more fundamental changes with regard to the scientific practices of how knowledge is produced, organised and utilised?

Based on the concept of scientific practice introduced by Andrew Pickering (1992), Michael Lynch (1993), Joseph Rouse (2002), Karin Knorr-Cetina (1999) and others, this paper focuses on different factors and mechanisms that play a role in initiating and supporting the use of ICT in

---

<sup>1</sup> Research Centre for Biotechnology, Society and the Environment (FSP BIOGUM), Universität Hamburg, Lottestrasse 55, 22529 Hamburg, email: [imme.petersen@uni-hamburg.de](mailto:imme.petersen@uni-hamburg.de)

<sup>2</sup> Research Centre for Biotechnology, Society and the Environment (FSP BIOGUM), Universität Hamburg, Lottestrasse 55, 22529 Hamburg, email: [kollek@uni-hamburg.de](mailto:kollek@uni-hamburg.de)

daily scientific practice. By exploring the challenges generated by the concepts and methods of ICT-based research, we will argue that ICT is not only a science-supporting technology, but is deeply engraved in its practices of knowledge generation. Findings supporting our argument are derived from an empirical case study in which we analysed the challenges of organising and doing systems medical research in an ICT environment as well as the strategies of interlinking conceptual and material resources coming from both domains. The case under study is a research project in which an integrated European ICT infrastructure was designed and developed in order to support the systems medical research community in oncology.

In the following, the specific ways that systems medicine research produces, stores, and manages data in an ICT environment will be traced. In particular, how ICT modify the way data are perceived epistemically and what consequences arise from such ICT-induced epistemic shifts will be outlined. As the primary objective of ICT is to integrate and harmonise data, the standardisation processes will in particular be relevant for our reflexion regarding the technology's role in scientific practice.

## Information and Communication Technology in Systems Medicine

High-throughput technologies for molecular profiling - first used on a broader scale in the Human Genome Project - have produced large stocks of data of different types, often referred to as omics data. Omics data are generated from genomes, expressed DNA-sequences (transcriptomes), cellular proteins (proteomes) or metabolic pathways (metabolomes) in order to understand the mechanisms underlying health and disease and to identify and or even prevent potential pathologies as well as disease development and its progression. How components of cells and organisms in pathological processes relate to and interact with each other has been increasingly formalised in mathematical models. Their goal is to systematically explore such interactions by simulating metabolic pathways, virtual cells or organisms in the computer (Janes and Yaffe 2008). These activities were stimulated by the vision of finally being able to make individualised diagnoses, provide effective treatments for all kinds of diseases available and inform the public about how best to preserve their health and well-being (Weston, Hood 2004).

However, the plethora of data on (individual) genomes, transcriptomes and proteomes brought new urgency to the problem of how to deal with the large amount of heterogeneous data usually stored in separate databases at different geographical sites. Indeed, integration of patient-related data coming from such autonomous, distributed databases raises questions concerning data protection and audited data access (e.g. Forgó et al. 2010). Further problems have been identified with regard to data integration. For one, there are problems related to the fact that the data, coming from different data sources, significantly vary with regard to the circumstances they were collected (e.g. clinical or research context, history of data collection, local institution, national law). As well, the terminology and classification of data often differ between different databases (e.g. Meier, Gehring 2008). This situation, which creates numerous hurdles or even an inability to share data, is considered to be a major obstacle to the research process in systems medicine (e.g. Tsiknakis et al. 2006: 248). Even integrating data created by different technologies within a single



laboratory seems to be difficult; thus efficient research collaborations within the wider scientific community are demanding or problematic (Sweertz, Jansen 2007).

The increasing challenges of storing and sharing omics data gave rise to the development of new methodological and conceptual approaches. To systematise, integrate and share data from genomic research of a given domain (e.g. disease), computational-based databases and infrastructures were developed in the late 1990s and early 2000s. The use of digital technology has clear pragmatic advantages for scientific practice: It provides a comprehensive data management system, it enables secure access to databases on a global basis, it facilitates simultaneous access to various types of information for comparison, and it usually provides open access to all interested researchers (Leonelli, Ankeni 2012: 31). As a result, researchers who use ICT infrastructures in their scientific practice have the ability to access more and more data from available sources and to easily connect and collaborate within the emerging interdisciplinary and internationally growing communities of systems medicine (Leonelli 2014).

## Empirical Approach

The work presented here was conducted in the context of the research project “Towards a holistic conception of life? Epistemic presumptions and socio-cultural implications of systems biology” (THCL), which was carried-out by the research group composed of Martin Döring, Anne Brüninghaus, Imme Petersen and Regine Kollek (Principal Investigator) at the Research Centre for Biotechnology, Society and the Environment (FSP BIOGUM) at Universität Hamburg. The research was funded by the German Federal Ministry of Education and Research (BMBF) (project no.: 01GP0904) from May 2010 to July 2014. Based on an empirical social study of science, the project investigated the current systems approach in the life sciences. In more detail, the empirical analysis explored the epistemic preconditions, scientific practices, innovative potentials and policy implications of emerging and expanding concepts and practices of systems biology (Döring et al. forthcoming).

To explore the scientific practices in an ICT environment, one of the empirical studies of the project focused on the respective infrastructural requirements of systems biological and medical research. Imme Petersen and Regine Kollek analysed the conception and realization of an ICT infrastructure in the domain of cancer research. The case under study was the research project “Advancing clinico-genomic trials on cancer: open Grid services for improving medical knowledge discovery (ACGT)” funded by the 6th Framework Program of the European Commission (FP6/2004/IST-026996).<sup>3</sup> From February 2006 until July 2010, 26 research groups from twelve Eu-

---

<sup>3</sup> By intensely looking at an individual case, conclusions can only be drawn about that case in its specific context. From this follows that emphasis is placed on exploration and description and not on testing generalizable hypotheses. However, case studies aim at giving deep insights into the subject of the chosen case, and drawing indications from it to allow further elaboration and hypothesis creation on the subject (Yin 2009).

ropean countries and Japan designed and developed an integrated technological platform in support of postgenomic, multi-centric clinical trials targeting two major cancer diseases, namely breast cancer and paediatric nephroblastoma.<sup>4</sup>

The ultimate initial aims of the ACGT consortium were to design experiments for obtaining coherent and consistent medical and biological data; to develop methods for integrating heterogeneous data (e.g. genomic, clinical); to develop methods for selection, checking, cleaning, and pre-processing of combined genomic-medical data; and to incorporate collaborative approaches to data analysis (ACGT 2005: 9).<sup>5</sup> To address these goals, different ICT tools and services were developed and implemented into the ACGT infrastructure.

The main technical components are:

- (1) biomedical technology Grid layer: The Grid technology comprises the basic technology for the scheduling and brokering of resources;
- (2) distributed data access and applications. A set of software services based on web services provide uniform data access to distributed and heterogeneous data sources, i.e. clinical data, eHealth records, microarrays, SNP data, etc;
- (3) ontologies and semantic mediation tools. Formalised knowledge representations facilitate semantic data integration as well as annotation and data analysis of large-scale biomedical data;
- (4) clinical trial management system. The clinical trial builder based on an ontology-driven software aims to help easily set up new clinico-genomic trials;
- (5) technologies and tools for in-silico-oncology. The oncosimulator models tumour growth and therapy response in silico;
- (6) Grid-enabled application layer. The data-mining Grid services support and improve complex knowledge discovery processes and knowledge extraction operations;
- (7) the integrated ACGT architecture. Integration of applications requires a composite service that orchestrates other services in order to interoperate in a workflow (ACGT 2005, 11f.).

At the end of the ACGT research project, a first prototype of an ICT infrastructure was delivered that facilitated the integrated and secure access to heterogeneous data sources. Furthermore, tools for the analysis of such integrated data were provided and supported by discovery-driven analytical workflows. As well, these research activities were in compliance with existing ethical and legal regulations (ACGT 2005: 10; Bucur et al. 2011: 1120). However, several months after the ACGT project was completed, the integral infrastructure was shut down due to missing server capacities and an overall lack of financial sustainability (see Chapter 4.3 in Döring et al. forthcoming).

---

<sup>4</sup> Postgenomic clinical research investigates the role of the genome in the development and progression of disease, for example, which genes are active at particular times and under different environment conditions (gene expression).

<sup>5</sup> As the authors were part of the ACGT consortium, we had access to unpublished working papers, e.g. ACGT. 2005: Annex 1 – Description of Work, Proposal.

After the project was finished, we conducted guided interviews with participants of the consortium. To select interview partners, we identified the most relevant actors within the ACGT consortium keeping the consortium and the project running. In order to choose the relevant scientists, we assumed that the ACGT consortium was a network of actors working together on the joint task to develop an integrative ICT infrastructure. Accordingly, the most relevant actors were the ones working most intensely in cooperation with other ACGT members. As publications resulting from such large research projects are usually based on joint work, we conducted a bibliometric analysis of internal (deliverables) and external publications (peer-reviewed articles, books, conference proceedings). Our data cluster conjointly comprised co-authorship and cooperation within the ACGT consortium. From this we contacted the 20 first most active project participants. 18 scientists consented to an interview (13 computer scientists (IT), 4 biomedical researchers such as biologists, biostatisticians, and clinicians (BioMed), and 1 lawyer (LAW)). They were queried using a theme-structured interview guideline. It was structured into four sections addressing the following topics: (1) experiences of scientific and practical cooperation in the ACGT project (in particular interdisciplinary negotiations); (2) experiences in building the ICT infrastructure (in particular tasks and challenges); (3) judgments regarding the project outcome and science policy on supporting ICT in science; and (4) judgments regarding the anticipated profit of ICT for systems medical research in oncology and systems biology. The interviews were digitally recorded, anonymised and transcribed literally. The empirical results are based on qualitative content analysis by using the software MAXQDA 11. First, the interviews were paraphrased and sequenced. Then, we created headings (categories) for individual statements and compiled topically similar statements. This resulted in main headings characterising the topics that were jointly discussed in the interviews (Meuser, Nagel 1991). Below, the interview citations are characterised by the professional background of the interviewee.

In addition to the interview material, we analysed the content of internal ACGT documents accessed via the ACGT intranet (e.g. descriptions of work, progress reports, newsletter volumes, reviews, meeting minutes, deliverables, and conference presentations) and publications that were published by the interview partners. Internal documents reveal original goals, project progression, self-representation and evaluation by external reviewers, whereas publications offer more background information regarding the research being done in the ACGT project.

## Functions and Meanings of ICT in Systems Medicine

The primary goal of the ACGT consortium was to build an ICT infrastructure that provides data management for heterogeneous data stemming from different sources ranging from structural analysis of molecules (DNA, protein), pathology and other laboratory examinations, physiological and clinical data findings on case report forms (e.g. symptoms, histology, administered treatment, treatment response) to imaging data (MRI, CT, ultrasound). In addition to this, many external sources of data and knowledge about gene and protein sequences, pathways, genomic variations, microarrays experiments, etc. are systematically collected and used. Generally, all the collected data are immediately stored in digital databases (Bucur et al. 2011: 1120) because digital

systems are best suited to store large amounts of data and information (Ankeny, Leonelli 2011). However, many obstacles still occur, as one of the interviewees of our case study pointed out:

*“Due to the developments of the times, the new types and size of data generated through developments in the biological domain, molecular biology, and the new types of technology generating tons of new types of data - proteomics and other types of data - we realised that the key problem was the fact that there were a lot of inefficiencies in the pipeline of trying to bring together diverse types of data, diverse technological tools that need to exist to analyse these data. (Support for) more efficient ways of distributing teams that by nature are involved in such interdisciplinary types of research, clinicians like molecular biology, computer scientists, etc. is needed. So there are a lot of inefficiencies in the processes of semantics, harmonising the data and the representation of the data; developing shared tools therefore supports this concept of an open-source sharing of tools, avoiding reinventing the wheel, etc. Every specific lab investing in developing their own computational solutions and platforms. And therefore, the vision and the ultimate objective were to establish an infrastructure that would attempt to move forward toward a more efficient way of managing data, sharing data, sharing tools and enabling distributed collaborators to work as a virtual type of an organisation supported by an information technology solution” (Interview 7, IT)*

By emphasising the inefficiencies and obstacles to bring large stocks of heterogeneous data together and to develop shared tools to analyse such data, the interviewee above addresses insufficient integration of data and tools as a key problem in systems medicine today. In the literature on living systems, data integration widely refers to the process of making different data types comparable from a variety of different data sources (e.g. Philippi, Köhler 2006; Schmid, Blank 2010). In this process of theorising and modelling data sets, the data are quantified and accurately cleaned as well as edited in a way so that it can be re-used and re-analysed in novel ways (Ge et al. 2003; Lenzerini 2002). Here, data standardisation comes to the fore in order to finally integrate data:

*“Therefore, data have to be standardised or homogenised in (order to move data into) large data sets for data processing. Because studies or domains speak their own language, data can look quite different. Standardising all data was the big challenge.” (Interview 1, IT)*

Classical approaches to solve this challenge focus on syntactic interoperability, which basically means that two or more databases are capable of communicating and exchanging data (Sujanski 2001). Technically, a software component called a parser is required that analyses input data to build the underlying data structure which is often described as an abstract syntax tree or other hierarchical structure. The data structure enables different data and message formats (e.g. data-exchange protocols, programming languages) to be interconnected to an application programming interface called the data abstraction layer. Finally, the data abstraction layer is able to

unify the communication between a computer application and databases by representing the data structures in a unified data and message format.

However, consistent data and message formats do not ensure that the shared data are interpreted in a meaningful and accurate way by the ICT system. Here, semantic standards come into play. They usually harmonise and standardise terminology. A basic tool for doing this is a bio-ontology that formally represents knowledge in a given domain (such as cancer). The bio-ontology is concerned with which concepts are contained within the field, what information is required for each concept to exist, and how different concepts are related to each other. Therefore, bio-ontologies offer a structured knowledge repository that is used to describe the domain and can be used to draw conclusions about the entities within that domain.<sup>6</sup>

*“The semantics is more difficult than the syntax, because understanding the syntax of something or agreeing on the syntax doesn't guarantee that you know the meaning. And mostly the meaning is harder to agree upon.” (Interview 2, IT)*

Even if the interviewee prioritises the semantics, semantic and syntactic standards both are at work to facilitate data integration and to support the reliability and reproducibility of data and models. To reproduce data written in different formats and mapped from different bio-ontologies because of different source domains, metadata help to categorise the data coming from different data sources to map or define the data for further data processing. Hence, each data type has a profile defining how the data have to be treated. Once the profile is in place, all data of the same type are processed in the same way. However, data integration not only requires information on how data are profiled, but also on how they will be used.

*“In some cases, there are different standards that do different things, and so we have to decide on the standard that is best for the specific use of the data. How to do this is a very complex question ... and probably in most cases it is not good to just use one standard, because different ways of processing your data do give you different data.” (Interview 9, BioMed)*

This citation implies that the use of data in research basically depends on chosen standards in data processing. Therefore, the standards that are at work define how the data may be used. However, due to technological innovations regarding ICT, multiple standard operating procedures (SOPs) are triggered at the same time (Auffray et al. 2009: 2). As a result, a growing number of overlaps and duplications of ICT-based standards evolve (Field et al. 2009: 234). Of course, anyone can claim to develop a new standard, but standards necessarily need approval by users. Therefore, the standards that are preferred are those that are supported by large user communities. It is assumed, for instance, that the ICT tools and services that will be widely recognized and reused are those that are built on broadly accepted standards.

---

<sup>6</sup> Bio-Ontologies are already acknowledged as a relevant method for database integration in systems biology (Wierling et al. 2007). The ‘Gene Ontology’, for example, has been continuously developed since the late 1990s to classify, exchange, and compare data about gene products of a wide variety of species (Leonelli et al. 2011).

*“Well, the number of standards that you can use or that you could wish for is relatively high. The problem is just that there are simply too many of them. So, there’s no single standard in the sense that really everyone uses it, but there’s simply an incredible number of things that an incredible number of people have done in these areas, and in the end, everyone picks out whatever they happen to need. This means that the only thing that really is a standard is if you decide to take a particular tool and then simply use the format that that tool uses as a standard.” (Interview 13, IT)*

According to the interviewee, the ICT formats of existing tools work as standards for the creation of new tools. Hence, newly developed tools for scientific practice can be directly linked to the chosen ICT format. Taken the aspects outlined together, standardisation procedures in systems medicine are triggered by the need to make data and study designs comparable, ultimately in order to integrate and share data and study results. As data storing and processing is based on ICT systems, ICT also deploys sets of standards for data quality, annotation and exchange. Finally, ICT-based standards and guidelines define what counts as reliable evidence, clear nomenclature and commonly accepted experimental practices within the scientific community. Due to powerful standardisation procedures, the definition and use of data in scientific practice based on ICT is transformed. Data are split into at least two parts: the pure data content on the one side, and the metadata describing how the data were generated and how they are to be used on the other side. Of course, the distinction between data and metadata is a phenomenon with a long history in medicine and biology (Edwards et al. 2011; Leonelli 2010). What is different is the fact that the metadata in systems medicine are first and foremost defined and attached by ICT. It ultimately forms a new body of information including formal data and message formats, accurate classifications or other relevant ICT metadata. As a result, the significance and meaning of data have changed by defining which part is for scientific use and which one contains more or less purely technical information.

## Conclusions

Integration as a prerequisite for mining and making use of heterogeneous data in systems medicine is often conceived as the major challenge in managing high-throughput data (e.g. O’Malley, Soyer 2012: 611). In our case study, the ACGT consortium tackled the challenge by setting up an ICT infrastructure addressing two levels of integration: syntactic integration provided the technological rack to facilitate data exchange, whereas semantic integration ensured that the data exchanged are accurately interpreted. The interplay of syntactic and semantic standards intends to enable reliable and valid comparison of entities and processes. In the case study, a range of technological tools and services has been developed to assist both dimensions of data integration. These technological tools and services are continually developed further on the basis of ICT standards, whereby existing tools work as standards for the new ones. Hence, ICT-based standards seem to be the central instrument of coping with the overarching tasks of data integration. Such data - produced by almost fully automated and highly standardised procedures - become

valuable primarily because of their reproducibility and reliability based on ICT (GarciaSancho 2012: 26). Life science data standardised by ICT can now be treated as a new, unified stock of data that can easily be accessed and distributed among the scientific community. Hence, data stored in ICT infrastructures that facilitate 'open access' among interested scientists are often seen as public resources, particularly when they are created and maintained through governmental funding (Leonelli, Ankeny 2012: 35).

Against this backdrop, it is not surprising that ICT infrastructures and digital databases have already gained a strong position among the systems medicine scientific community. They are often pictured as service facilities to ease research activities and collaborations in data and knowledge sharing within a research domain. At the same time, individual scientists and laboratories reject responsibility for those activities that are associated with data standardisation and integration as they are ascribed to the scope of the ICT infrastructures (Leonelli, Ankeny 2012: 34). From their perspective, ICT infrastructures are regarded as purely technical aids; only the actual use of the stored data is regarded to be a scientific endeavour.

The often-made separation of service and research as two independent endeavours, however, hides the fact that data management and its inbuilt requirements fundamentally influence mining, interpretation and conceptualisation of data. As ICT standards address syntactic as well as semantic integration, ICT sets the standards for data storing and processing as well as the standards for data quality, annotation and exchange. ICT-based standards therefore define what counts as reliable and valid data in the research process. By assigning significance and meaning to data, the standards have an impact on how researchers think about classifications and experiments and therefore affect daily laboratory practice. By representing resources of knowledge and providing guidance for future action, ICT-based standards are not only powerful instruments to drive data integration and to facilitate research, but also systematically shape research practices from the outset. Thus, scientific practice in systems medicine has reached the mode of digitalisation.

## Bibliography

- Ankeny, R.A., Leonelli, S. 2011. What is so special about model organisms? *Stud Hist Philos Sci: Part A* 42(2), 313-323.
- Auffray, C., Chen Z., Hood L. 2009: Systems medicine: the future of medical genomics and healthcare. *Genome Med* 1(1), 2.
- Bucur, A., Rüping, S., Sengstag, T., Sfakianakis, S., Tsiknakis, M., Wegener, D. 2011: The ACGT project in retrospect. Lessons learned and future outlook. *Procedia Computer Science* 4, 1119-1128.
- Döring, M., Petersen, I., Brüninghaus, A., Kollek, R. forthcoming: Contextualizing systems biology. Presuppositions and implications of a new approach in biology. New York: Springer.
- Edwards, P.N., Mayernik, M.S., Batcheller, A.L., Bowker, G.C., Borgman, C.L. 2011: Science friction: data, metadata, and collaboration. *Soc Stud Sci* 41(5), 667-690.
- Fedoroff, H.J., Gostin, L.O. 2009: Evolving from reductionism to holism: is there a future for systems medicine? *JAMA* 302(9), 994-996.
- Field D., Sansone S.A., Collis, A., Booth, T., Dukes, P., Gregurick, S.K. et al. 2009: Megascience. 'Omics' data sharing. *Science* 326(5950), 234-236.

- Forgó, N., Kollek, R., Arning, M., Krügel, T., Petersen, I. 2010. Ethical and legal requirements for transnational genetic research. München: Beck.
- Garcia-Sancho, M. 2012. From the genetic to the computer program: the historicity of 'data' and 'computation' in the investigations on the nematode worm *C. elegans* (1963-1998). *Stud Hist Philos Biol Biomed Sci* 43(1), 16-28.
- Ge, H., Walhout, A.J., Vidal, M. 2003: Integrating 'omic' information: a bridge between genomics and systems biology. *Trends Genet* 19(10), 551-560.
- Janes, K.A., Yaffe, M.B. 2006. Data-driven modelling of signal-transduction networks. *Nat Rev Mol Cell Biol* 7(11), 820-828.
- Knorr-Cetina, K. 1999: *Epistemic Cultures. How the Sciences Make Knowledge*. Cambridge: Harvard University Press.
- Lenzerini, M. 2002: Data integration: A theoretical perspective. Proceedings of the twentyfirst ACM SIGACT-SIGMOD-SIGART symposium on principles of database systems. New York: ACM Press, 233-246.
- Leonelli, S. 2010: Packaging data for re-use: Databases in model organism biology. In P. Howlett, M.S. Morgan (eds.) *How well do facts travel? The dissemination of reliable knowledge*. Cambridge: Cambridge University Press, 325-348.
- Leonelli, S. 2014: What Difference Does Quantity Make? On The Epistemology of Big Data in Biology. *Big Data & Society* 1. doi:10.1177/2053951714534395 (accessed March 4, 2015)
- Leonelli, S., Ankeny, R.A. 2012: Re-thinking organisms: The impact of databases on model organism biology. *Stud Hist Philos Biol Biomed Sci* 43(1), 29-36.
- Leonelli, S., Diehl, A.D., Christie, K.R., Harris, M.A., Lomax, J. 2011: How the gene ontology evolves. *BMC bioinformatics* 12, 325.
- Lynch, M. 1993: *Scientific practice and ordinary action. Ethnomethodology and social studies of science*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Meier S., Gehring, C. 2008: A guide to the integrated application of on-line data mining tools for the inference of gene functions at the systems level. *Biotechnol J* 3(11), 1375-1387.
- Meuser, M., Nagel, U. 1991: ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In D. Garz, K. Kraimer (Hrsg.) *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 441-471.
- O'Malley, M.A., Soyer, O.S. 2012: The roles of integration in molecular systems biology. *Stud Hist Philos Biol Biomed Sci* 43(1), 58-68.
- Philippi, S., Kohler, J. 2006: Addressing the problems with life-science databases for traditional uses and systems biology. *Nat Rev Genet* 7(6), 482-488.
- Pickering, A. (ed). 1992: *Science as Practice and Culture*. Chicago: Chicago Press.
- Rouse, J. 2002: *How Scientific Practices Matter. Reclaiming Philosophical Naturalism*. Chicago: University of Chicago Press.
- Schmid, A., Blank, L.M. 2010: Systems biology: Hypothesis-driven omics integration. *Nat Chem Biol* 6(7), 485-487.
- Sujanski, W. 2001: Heterogeneous Database Integration in Biomedicine. *Journal of Biomedical Informatics* 34(4), 285-298.
- Swertz, M.A., Jansen, R.C. 2007: Beyond standardization: dynamic software infrastructures for systems biology. *Nat Rev Genet* 8(3), 235-243.
- Tsiknakis, M., Kafetzopoulos, D., Potamias, G., Analyti, A., Marias, K., Manganas, A. 2006: Building a European biomedical grid on cancer: the ACGT Integrated Project. *Stud Health Technol Inform* 120, 247-258.
- Weston, A.D., Hood, L. 2004: Systems biology, proteomics, and the future of health care: toward predictive, preventative, and personalized medicine. *J Proteome Res* 3(2), 179-196.
- Wierling, C., Herwig, R., Lehrach, H. 2007: Resources, standards and tools for systems biology. *Brief Funct Genomic Proteomic* 6(3), 240-251.
- Yin, R.K. 2009: *Case Study Research: Design and Methods*. Thousand Oaks: SAGE Publications, Fourth Edition.



Ad-hoc-Gruppe »Sterben und Tod als (ent-)routinisierte Krisen?«  
– organisiert von Antje Kahl und Nicole Sachmerda-Schulz

# Kein Tod ohne Leben

Zu Krisen des Trauerns nach Fehl- und Totgeburt

Julia Böcker

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Sterben und Tod als (ent-)routinisierte Krisen?« – organisiert von Antje Kahl und Nicole Sachmerda-Schulz*

»Leibesfrucht«, »Kind«, »Prinzessin« oder »Zellklumpen«. Bereits diese kleine Auswahl von Bezeichnungen verdeutlicht, wie unterschiedlich das Ungeborene konstruiert werden kann und wird. Endet eine Schwangerschaft vorzeitig mit einer Fehl- oder Totgeburt, stehen diese Vorstellungen des Ungeborenen in Wechselwirkung mit der Art, wie über es gesprochen wird, wie praktisch mit dem toten Körper umgegangen und wie – worum – getrauert wird.

In diesem Beitrag wird die Bedeutung des uneindeutigen Personenstatus des verstorbenen Ungeborenen für den individuellen Umgang mit einer Fehl- bzw. Totgeburt aufgezeigt. Ausgehend von der Frage nach der Spezifik der Krise, in der sich Betroffene nach einer Fehl- oder Totgeburt befinden können, zeigt die empirische Analyse, dass *eine* Krise, so die These, durch die genannte Uneindeutigkeit bedingt werden kann.

Nach dieser *Einführung* gehe ich kurz auf die gegenwärtige *Situation* und rechtlichen Regelungen der Bestattung von *Fehlgeburten und Totgeburten in Deutschland* ein. Im theoretischen Teil wird sozialkonstruktivistisch die *Kontingenz des menschlichen Lebensbeginn sowie von Trauer* konstatiert, die gleichwohl nicht ohne eine leibliche Dimension zu konzeptualisieren sind. Im Hauptteil wird exemplarisch *empirisches Datenmaterial aus einem Trauerforum* im Internet dargestellt, in dem sich verschiedene und verschieden krisenhafte Umgangsweisen mit Bestattungsmöglichkeiten von Fehl- bzw. Totgeburten gezeigt hatten. Zum *Schluss* fasse ich die induktiv aus dem Material entwickelten Hypothesen noch einmal zusammen und zeige vier Forschungsfelder auf, für die sie fruchtbar zu machen sind.

Im Call for Paper für diese Ad-hoc-Gruppe wurde danach gefragt, wie ein »zunehmend individualisierter, weil den gesellschaftlichen Vorgaben entzogener Umgang mit dem Tod dazu beitragen [kann], mit Krisen, die durch den Tod entstehen, umgehen zu können« (Kahl, Sachmerda-Schulz 2014). Ich bin dieser Frage im Bereich des Sterbens am Lebensbeginn nachgegangen. Es mag »beruhigen[...], dass die Zahl der Todesfälle in dieser Lebensphase – zumindest bezogen auf die heutige industrialisierte Welt – recht gering ist« (Vögele 2009: 66). Gleichzeitig verschiebt sich für Betroffene das Problem dahingehend, dass ihnen weniger Bearbeitungsroutinen, ver-

bindliche Rituale oder Deutungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Ihnen kommt heute der Status eines Einzelschicksals zu, das mit geringerer Wahrscheinlichkeit vorkommt, im Falle seines Eintritts aber deshalb auch schlechter zu verarbeiten ist.<sup>1</sup> Leitende Forschungsfragen meines Promotionsprojektes sind daher: Auf welche Deutungs- und Handlungsmöglichkeiten greifen von Fehl- oder Totgeburt betroffene Akteurinnen und Akteure überhaupt zurück, wenn davon ausgegangen werden kann, dass sie eher unvorbereitet und ohne Routinewissen in diese Lebenssituation gekommen sind? Worin bestehen im post- und perinatalen Todesfall Krisen des Umgangs mit dem Tod?<sup>2</sup>

Folgende Argumentation soll plausibilisiert werden. Das Ereignis einer Fehl- oder Totgeburt bedingt nicht zwangsläufig eine Krise. *Eine* Krise kann in der uneindeutigen Interpretation der Fehl-/Totgeburt bestehen. Während Betroffene das Ereignis *als* Todesfall, also als Verlust eines signifikanten Anderen, empfinden und als solchen behandeln (wollen), deuten Andere dasselbe Ereignis beispielsweise als unveränderten Zustand oder überstandene Krankheit. Ein Spannungsfeld kann für Erstere darin bestehen, dass ihnen weder Routinewissen für den Umgang mit einer Fehl- oder Totgeburt zur Verfügung steht, noch dass sie sich an traditionellen Umgangsformen mit Verstorbenen orientieren können, da diese im Bereich pränatalen Todes aufgrund rechtlicher Vorgaben nur eingeschränkt umsetzbar oder sozial anerkannt sind. Diese krisenhafte Deutungsschwierigkeit (die ungewisse Deutung, die mit ungewissen Handlungsentscheidungen einhergeht oder eine gewisse Deutung, die mit Deutungen Anderer kollidiert) soll in diesem Beitrag expliziert werden.<sup>3</sup>

## »Fehlgeburt« und »Totgeburt« in Deutschland

In Europa ist der vorzeitige Tod von Un- und Neugeborenen bis ins 19. Jahrhundert ein häufiges Ereignis gewesen. Auf 1.000 Lebendgeborene kamen im deutschen Reich je nach Region 100 bis 300 und mehr Säuglingssterbefälle (Vögele 2009: 67). »Erst um die Wende zum 20. Jahrhundert begann dann der bis heute andauernde nachhaltige Rückgang [der Säuglingssterblichkeit] bis auf unter zehn Promille« (Vögele 2009: 68). Die Säuglingssterberate liegt in Deutschland derzeit bei etwa drei bis vier je 1.000 Lebendgeborene (Kribs 2014: 59).

Die Rate perinataler Mortalität beinhaltet *Totgeburten* und Sterbefälle bis zum siebten Lebensstag. In Deutschland liegt sie seit 20 Jahren relativ stabil bei etwa 0,5 Prozent: Auf 1.000 Neugeborene kommen zwei bis vier Totgeborene (Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2015). *Fehlgeburten* finden ungleich häufiger statt. Es wird davon ausgegangen, dass etwa 20 Prozent aller Schwangerschaften mit einer Fehlgeburt enden, wobei ein großer Teil dieser Schwangerschaften sehr früh und daher unbemerkt zu Ende geht (Kribs 2014: 58).

<sup>1</sup> Die Erwähnung des historischen Wandels ist nicht kulturpessimistisch motiviert. Es soll die Spezifik der hier behandelten, gegenwärtigen Problematik betont werden.

<sup>2</sup> Der Begriff »Umgang« beinhaltet Deutungen und Praktiken, die stets aufeinander bezogen sind, gleichermaßen.

<sup>3</sup> Andere Krisen, denen ein Schwangerschaftsabbruch vorausging, wie Beziehungs-, Glaubens- oder durch körperliche Veränderungen (wie Infertilität) ausgelöste Krisen, werden hier vernachlässigt.

In Deutschland gilt ein Kind als tot geboren, wenn es nach der Geburt keines der drei Lebenszeichen (Atmung, Puls, Herzschlag) aufweist. »Von einer *Fehlgeburt* spricht man, wenn die Schwangerschaft bereits während der Embryonalperiode [bis zum Ende der 12. Schwangerschaftswoche] zu Ende geht oder in der Fetalzeit [13. Schwangerschaftswoche bis zur Geburt] ein Kind mit einem Gewicht unter 500g tot geboren wird. Hat das tot geborene Kind ein Gewicht über 500g, so spricht man von einer *Totgeburt*« (Kribs 2014: 57). Ein Unterschied ist, dass eine Totgeburt der Bestattungspflicht unterliegt, die Leibesfrucht einer Fehlgeburt dem Bestattungsrecht. Das Kind einer Totgeburt erhält einen Namen, der auf der Geburtsurkunde und dem Totenschein dokumentiert wird.

Seit einer Gesetzesänderung im Mai 2013 gibt es bei Fehlgeburten ein sogenanntes Eintragsrecht: Eine Fehlgeburt kann ins Familienbuch aufgenommen werden. Interessant ist, dass hier auf Initiative eines betroffenen Elternpaares<sup>4</sup> eine rechtliche Möglichkeit geschaffen wurde, die als eine Reaktion auf das Bedürfnis, die Existenz eines Menschen juristisch zu beglaubigen, gesehen werden kann. Eltern können dem fehlgeborenen Kind einen Namen geben und sogar dann ein Geschlecht angeben, wenn dieses noch nicht (klinisch) festgestellt worden war.<sup>5</sup>

Diese juristische, über das Gewicht definierte Festsetzung einer bestattungspflichtigen (das heißt *bestattungswerten*) Person konfliktiert, wie im Folgenden gezeigt wird, mit anderen Deutungen davon, wann das im Werden Begriffene zu einem »Kind«, zu einem Menschen wird.

## Tod und Trauer aus kultursoziologischer Perspektive

In den Kultur- und Sozialwissenschaften herrscht Konsens darüber, dass es keine anthropologisch konstante Form von Sterben, Tod und Trauer gibt. Die *Grenze des menschlichen Lebens*, der definierte Zeitpunkt, wann ein Mensch für tot zu erklären ist, ist Ergebnis kultureller Aushandlung (Nieder, Schneider 2007). Gleichermaßen ist gesellschaftlich bestimmt, wen oder was zu betrauern legitim bzw. obligatorisch ist. Und auf welche Weise. *Trauer* um Verstorbene in Form von (Gefühls)Deutungen, Praktiken und Normen ist also gleichsam in einen kulturellen Kontext eingebettet. Auf die Kulturabhängigkeit von Lebensgrenzen und Trauerformen, die aufgrund ihrer leiblichen Dimension häufig als anthropologisch->natürliche Tatsachen verdinglicht werden, gehe ich im Folgenden näher ein.

## Die Kontingenz des Lebensbeginns

Werner Schneider schreibt: »das ›in die Welt Kommen‹, das ›Geborenwerden‹ als auch das ›die Welt Verlassen, das Sterben ist ein kulturell formierter sozialer Prozess. Jede Gesellschaft hat die Aufgabe zu bewältigen, (*Handlungs-*)Sicherheit und (*Deutungs-*)Gewissheit darüber herzustellen,

<sup>4</sup> Das Ehepaar hat den Verlauf ihrer Initiative »Petition Sternenkinder« dokumentiert und auf einer Homepage öffentlich gemacht: <http://jltfpw.jimdo.com/> (letzter Aufruf 11. Mai 2015).

<sup>5</sup> Spannend zu klären wäre, inwiefern die Gesetzesänderung der Aufrechterhaltung eines heteronormativen Familienbildes in die Hände spielt.

*wann menschliches Leben beginnt, wann es endet und wie (mit welchen institutionellen Praktiken) mit dem Lebensbeginn und Lebensende umzugehen ist*« (Schneider 2011: 159, Hervorhebung im Original). Damit geht einher, dass der Eintritt in die geteilte Lebenswelt, der das neue Leben zum Gesellschaftsmitglied macht, markiert wird und werden muss. Der Zeitpunkt des Eintritts ist nicht nur länderspezifisch (vergleiche Cecil 1996), sondern er ist auch innerhalb funktional differenzierter Gesellschaften Gegenstand von Auseinandersetzungen – man denke an die Debatten um künstliche Befruchtung oder die Abtreibungskonflikte. Je nach gesellschaftlichem Teilsystem differieren die Zeitpunkte des Eintritts in die Gesellschaft. Es besteht Uneindeutigkeit darüber, wann eine Leibesfrucht ein schützenswertes Leben, wann es Kind seiner Eltern, wann Gesellschaftsmitglied oder rechtliche »Person« wird.

Für die familiäre Markierung des Lebensbeginns ist entscheidend, dass das, was da im Werden ist, überhaupt *als* Kind vorgestellt wird. Der Prozess der modernen Schwangerschaft ist gekennzeichnet von der sukzessiven »Formierung der Person« (Hirschauer et al. 2014: 168 f.) und Individualisierung des Kindes. Dies wird paar- bzw. familienintern zum Beispiel über die Namensgebung und durch die Visualisierung der individuellen Körperlichkeit des Kindes durch Ultraschall vollzogen. Vermutlich die längste Zeit der Geschichte wurden diese Individuierungsprozesse erst mit der Geburt, dem sichtbaren Prozess der Zweierdung, begonnen. Somit kann ein menschliches Leben mit dessen kommunikativer Konstruktion beginnen; *dieses eine* für uns oder mich bedeutsame Leben.

Das familiäre »in die Welt Kommen« (der erste Ultraschall, die erste paarinterne Benennung) unterscheidet sich offensichtlich von den Mechanismen und beobachtbaren Kriterien, die juristischen (»500 Gramm«) oder medizinischen Festlegungen (»Patient/-in«) einer Person zugrunde liegen. Im Todesfall in dieser Phase des uneindeutigen Zugehörigkeitsstatus bestehen demnach auch unterschiedliche Systemlogiken und Auffassungen darüber, wie das Ungeborene wieder auszugliedern ist. Und ob das überhaupt notwendig ist.

Betroffene sind mit den verschiedenen, systemimmanenten Zugehörigkeitslogiken konfrontiert. Sie erhalten je nach Gewicht ihres Kindes (keine) Geburts- und Sterbeurkunde, können oder müssen je nach Schwangerschaftswoche (keinen) Mutterschutz in Anspruch nehmen und werden sanktioniert, wenn sie eine Geburts- bzw. Trauerkarte für ihre Tot- oder Fehlgeburt verschicken. Die folgenreichen Grenzziehungen stehen teilweise miteinander im Widerspruch (zu juristischen Schwierigkeiten siehe Joerden 2010; zu medizinethischen Rogge 2008) und sind vor allem nicht unbedingt kongruent mit dem familial bereits etablierten Status des Kindes oder dem individuellen Verlustgefühl der Trauernden.

## Trauer als kulturelle Praxis

Begrifflich unterscheidet ich zwischen *Gefühl*(slage), Stimmung und körperlicher Empfindung auf der einen Seite und *Emotion* als kulturell kontextualisiertem Gefühl auf der anderen Seite. Im Fokus steht hier nicht das Gefühl Traurigkeit, das Symptom einer Depression oder die erlebte Stimmung nach einem Kinobesuch sein könnte, sondern die komplexe Emotion Trauer. Unter einer Emotion verstehe ich eine subjektive Empfindung, die aufgrund ihres sozialen Ursprungs

und der prinzipiell anschlussfähigen Interpretation durch das fühlende Subjekt ›Sinn‹ ergibt. Emotionen sind in dieser Begriffsfassung immer deutungs- und damit kulturabhängig.

Dieser Konzeption zu Folge ist Traurigkeit als Wechselwirkung von körperlichem Zustand und subjektivem Empfinden nur eine – die leiblich-vorsprachliche – Dimension der Emotion Trauer. Ohne diese leibliche Seite ließe sich nicht von Emotion sprechen. Empirisch untersuchen lässt sie sich dennoch ausschließlich in externalisierter Form, etwa als gefühlsbezogene Normen, Kommunikationen, Praktiken usw., die beobachtbar sind. Kurz gesagt, es besteht ein Unterschied zwischen dem Fühlen selbst und dem Ausdrücken eines Gefühls.

Als subjektives Gefühl ist Trauer die Folge eines unersetzlichen Verlusts (Hahn 1968: 7). »Trauer bezieht sich immer auf ein Objekt (Ende einer Freundschaft, Ehescheidung, Wohnortwechsel, Arbeitsplatzverlust)« (Jakoby 2012: 409). Individuell empfundene Trauer ist somit abhängig von der bewussten oder unbewussten Wahrnehmung des Verlusts *als* ein Verlust. Ihre Intensität ist abhängig vom Grad der empfundenen Unersetzlichkeit. Trauer ist an habituelle und soziale Ausdrucksweisen, Praktiken sowie Normierungen gekoppelt. Der kulturelle Kontext und das soziale Umfeld bestimmen die jeweils geltenden »Trauernormen« (Jakoby et al. 2013), also Normen, die die Angemessenheit des Trauerausdrucks, dessen Dauer und Intensität festlegen und entsprechend sanktionieren.

Die Grenze zwischen lebendig und tot, die Ein- und Austrittsgrenze aus der Gemeinschaft sowie die Art der Trauer um ehemalige Mitglieder sind, wie oben gezeigt, Ergebnis kultureller Aushandlung und gesellschaftlicher Strukturierung. Während die Bestimmung der Grenze die strukturelle Integration des Kollektivs absichert (wer ist schützens- und somit betrauernswertes Mitglied der Gemeinschaft, wer gehört dazu, wer nicht), legen Trauernormen Individuen Verhaltenspflichten auf, die dem Status des Todesfalls entsprechen.

## Die Trauer nach einem Todesfall oder die krisenhafte Traurigkeit nach »X«

Es ist also gesellschaftlich mitbestimmt, um welchen Todesfall wie getrauert werden darf (Butler 2010). Je schwerer der Verlust für das Kollektiv wiegt, desto öffentlicher, ritualisierter und symbolisch aufgeladener sind die Trauerpraktiken. Trauer sowie die Be-Handlung des toten Körpers sind an die Vorstellung von dem Verstorbenen, in diesem Fall des Kindes, gebunden. Bereits 1907 hat Robert Hertz konstatiert, dass die Leichenversorgung gemäß der kollektiv geteilten »Repräsentation des Todes« vollzogen wird (Hertz et al. 2007). Zum organischen Geschehen des Leichenzerfalls gehört, so sein Kernargument, ein Komplex von Vorstellungen über den Zustand der ›Seele‹ der Verstorbenen in dieser Übergangszeit. Es ist überdeutlich, dass im Falle einer Fehlgeburt keine solche, verbindliche Repräsentation der Toten gegeben ist.

Worin kann eine Krise der Trauernden bestehen? Bieten (nicht gerade) die Deutungspluralität, die Privatheit des Trauerns und die Tendenz zu individueller gestalteten Bestattungen und Erinnerungen die Möglichkeit, eine für sich adäquate, ›gute‹ Art des Abschieds zu wählen?

Bei der Verwendung des Krisenbegriffs lehne ich mich an die Konzeptualisierung Ulrich Oevermanns an, der Krise als Eigenschaft der Relation zwischen einem Gegenstand und dem Erfahrungssubjekt versteht. Krisenfähigkeit setzt Oevermann zufolge die Fähigkeit der Prädikation voraus, also die Bewusstseinsfähigkeit, einem Wahrnehmungsgegenstand eine Eigenschaft

zuzuordnen (Oevermann 2008: 9 f.). Erst ein konstruktionsfähiges Lebewesen kann in eine Krise kommen, wenn bewährte Wahrnehmungsroutinen scheitern.<sup>6</sup> Krisen gehören der »Sphäre der Gegenwärtigkeit« (Oevermann 2008: 23) an. Ist eine Zuordnung des Gegenstandes erfolgt, gehört die Krise der Vergangenheit an. Anders ausgedrückt, sich in einer Krise zu befinden, heißt erst einmal nur, (noch) nicht zu wissen, »was etwas ist«. In der Oevermannschen Konzeption kommen Krisen alltäglich vor, sind nicht zwangsläufig negativ und wirken stets sozialisierend.<sup>7</sup>

Erlebt die betroffene Mutter eine Fehlgeburt, bringt sie das nicht zwangsläufig in eine Krise. Das Ereignis kann zum einen so interpretiert werden, dass es sich gar nicht um eine Fehlgeburt, geschweige denn um einen betrauernswerten Todesfall handelt. »Sizilianische Bäuerinnen wollten noch in den 1930er Jahren nicht wahrhaben, dass ihre Versuche, gestocktes Monatsblut mithilfe der Hebamme und der entsprechenden Kräuter wieder in Gang zu bringen, als Abtreibung eines »Fötus« definiert werden könne« (Duden 2002: 15), zitiert Barbara Duden eine italienische Studie. Aber auch das Erleben *a/s* Fehlgeburt kann in routinierte Behandlung münden, beispielsweise wenn sie zum wiederholten Mal erfahren wird.<sup>8</sup>

Eine Besonderheit der Trauer nach einer Fehl-/Totgeburt ist, dass unklar sein kann, um wen oder was eigentlich getrauert wird. Julia Frost und Kolleginnen sprechen bei frühen Schwangerschaftsabbrüchen auch von einem »loss of possibilities« (Frost et al. 2007), dem Verlust einer vorgestellten Möglichkeit, der von den Betroffenen betrauert wird. Bei den Müttern kommt ein physiologischer Verlustschmerz (Separation Distress) hinzu. Dieses Verlust- und Leeregefühl kann sich postnatal selbst bei Müttern lebender Babys einstellen (vergleiche Hirschauer et al. 2014: 162). Die Deutung der eigenen schmerzhaften Gefühlslage als Folge eines Verlusts eines geliebten Anderen ermöglicht ein »stimmiges« Selbstbild und Körpergefühl. Nicht der Verlust bedingt die Krise, sondern die Unsicherheit darüber, was da eigentlich passiert ist, die Ambivalenz eigener Gefühle, die im Kontrast zu – medizinischen, rechtlichen, öffentlichen – Deutungen stehen und die Konfrontation mit institutionalisierten Erwartungen Anderer. (Und sei es, dass gefühlshormonell erwartet wird, dass man am Boden zerstört ist, selbst aber nichts dergleichen fühlt.)

## Empirische Analyse einer Trauerkrise

Im Folgenden möchte ich einen Fall vorstellen, in dem die mehrfache Un-ein-deutigkeit des Ereignisses zum krisenhaften Problem wird. Das dafür analysierte Material stammt aus einem

6 Der Übergang von Natur zur Kultur zeigt sich in der Differenz zwischen der reinen Lebenspraxis und dem Bewusstsein des hypothetischen Anders-Seins außerhalb des Hier und Jetzt, das überhaupt erst Handlungsalternativen ermöglicht. Diese Unterscheidung des Menschen als Lebewesen und Subjekt (»I« und »Me«) geht auf George H. Mead (1973) zurück. Um es mit Oevermann zu sagen: »Tiere haben nur stress (sic!), aber keine Krise« (Oevermann 2008: 9).

7 Oevermann entfaltet drei Krisen-Typen, auf die ich nicht eingehe. Ihnen liegt dasselbe, hier zur Analyse verwendete Muster fehlender Prädikation zugrunde.

8 Eine Mutter schreibt in ihrem Forumsbeitrag »Unser viertes Sternchenkind...« (2013): »Es ist aber auch erschreckend, dass da so ne Art »Routine« reinkommen kann [...] Ich konnte gar nicht in so ein Loch fallen, weil ich ja wusste, wie die Trauer weitergeht und dass ich aus diesem Loch irgendwann rauskommen würde. Wofür dann reinfallen?«.

Online-Trauerforum.<sup>9</sup> In Foren kommen kollektiv anschlussfähige Deutungsmuster zum Tragen, da in ihnen Formen des ›richtigen‹ Umgangs mit der Tot- oder Fehlgeburt (Trauernormen) ausgehandelt werden und zwar ausschließlich unter selbst davon Betroffenen. Bei Befragungen würden manche Deutungen eventuell nicht expliziert, anders gerahmt oder Krisen nicht offenbart, weil weniger Verständnis von Nicht-Betroffenen erwartet wird. In Posts<sup>10</sup> aus Trauerforen für Betroffene werden mögliche Krisen im Umgang mit Tot- und Fehlgeburt besonders gut dokumentiert, da der Widerspruch zwischen verschiedenen systemimmanenten Zugehörigkeitslogiken, der eine Trauerkrise hervorrufen kann, in den Blick gerät.

Untersucht wurde ein Thread aus einem Forum einer Initiative für trauernde Eltern. Er bestand zum Zeitpunkt der Auswertung aus insgesamt sechs Beiträgen von drei verschiedenen Frauen.

### »Massengrab« statt Einzelgrab

Der initiale Post ist mit »Anstehende Beisetzung« betitelt. Amina<sup>11</sup>, Mutter zweier weiterer, lebender Kinder, verliert Zwillingsföten im fünften Monat. Sie skizziert ihre derzeitige Situation: Vor vier Monaten hat sie ihre Ungeborenen verloren, die nun demnächst beigelegt werden. Sie schreibt:

»Bei uns werden 2 x im Jahr (Mai und Oktober) die \"Babys\" in einem ich nenn es mal Massengrab beigelegt. Und bald ist es soweit und ich kann endlich vernünftig Abschied von meinen Babys nehmen. [...]«

Aufgrund der üblichen Regelung von Sammelbestattungen durch die behandelnden Kliniken hat Amina »fast vier Monate« warten müssen. Die Möglichkeit einer eigenmächtigen Beisetzung der Leibesfrüchte nimmt sie nicht wahr. Das ist auch, wie gezeigt werden wird, der Übernahme von Deutungen ihres sozialen Umfeldes geschuldet, die in Widerspruch stehen zu ihren Gefühlen und ihren eigenen Deutungen – beispielsweise der ungeborenen Föten *als* Babys: Den Beisetzungsobjekten wird dieser Status durch die Anführungsstriche aberkannt, den Abschiedsobjekten hingegen zugesprochen. Bereits hier wird die Ambivalenz deutlich, die für Amina problematisch zu sein scheint.

Sie bezeichnet die Sammelbestattung als »Massengrab«, was die Anonymität ausdrückt, die sie damit verbindet. Die sie anklagt, der sie aber nichts entgegen zu setzen weiß. Ambivalent ist auch, dass sie eine Bestattungsform, die sie persönlich ablehnt, gleichzeitig herbeisehnt (»bald ist es soweit und ich kann endlich«). Wichtiger als die Ruhestätte ist zunächst die antizipierte Schmerzerleichterung durch das Abschiedsritual. Weiter unten schreibt sie:

9 Die Nutzung von digitalen Trauerforen ist *eine* Umgangsweise mit einem Verlustereignis. Die Spezifik solcher Foren (Funktionsweisen, Kommunikationskulturen usw.) lasse ich hier außen vor. Die Auswertung der Beiträge erfolgte sequenzanalytisch mit Hilfe einer Kopplung von Verfahrensweisen der objektiven Hermeneutik und der Grounded-Theory-Methodologie.

10 »Post« bezeichnet einen einzelnen Forumsbeitrag, »Thread« den gesamten Strang zusammengehöriger Beiträge.

11 Die Namen aller Forschungssubjekte wurden durch Pseudonyme ersetzt.



»Die Urne wird in ein kleines Loch auf der Tränenwiese (wie passend) gelassen und nur ein Pflasterstein mit Datum wird zu sehen sein doch ich weiß das<sup>12</sup> sie da sein werden. Alle toten Föten der Umgebung werden dort beigesetzt.«

Es gibt keinen Grabstein mit Namen oder Geburts- und Sterbedatum, die auf die Identität ihrer Kinder verweist. In ihren zynischen Worten steckt Empörung über die Unmöglichkeit, für ihre Ungeborenen ein eigenes Grab zu bekommen. Explizit schreibt sie:

»Entschuldigt bitte das klingt jetzt blöd und ich möchte niemanden hier verletzen aber ich hätte mir ein "richtiges" Grab gewünscht. Mit einem Grabstein einer Kerze, Blumen und was mir sonst noch in den Sinn gekommen wäre.«

Interessant ist zunächst, dass Amina auf die Art der Bestattung und Grabgestaltung eingeht und nicht auf Abläufe der Beisetzungszeremonie. Sie hat keine konkreten Vorstellungen von der Umsetzung der Beisetzung selbst. Dabei wäre erwartbar, dass gerade der rituelle Vollzug als Möglichkeit gesehen würde, »endlich vernünftig Abschied« zu nehmen. Stattdessen wird, wie bei der Sammelbestattung, eine passiv-»erleidende« (Schütze 1981) Haltung eingenommen (»was in den Sinn gekommen wäre«). Sprachlich findet eine Anlehnung an traditionelle Beerdigungsfeiern statt: Eine Urne kann man tragen oder legen, hier wird sie wie ein schwerer Sarg herab »gelassen«. Eine traditionelle Vorstellung einer Beerdigung, einer offiziellen Abschiednahme drückt sich hierin aus sowie in den klassischen Attributen eines Grabes: Grabstein, Kerze und Blumen, die hier als individuelle Grabgestaltung (»was *mir* in den Sinn gekommen wäre«) eingeführt werden. Indem sie sich diese für ihre Babys wünscht, verletzt sie die von ihr internalisierte und reproduzierte Trauerintensitätsnorm, wie im Folgenden deutlich werden soll.

Die Formulierung »Entschuldigt bitte« irritiert. Warum entschuldigt sie sich in einem Trauerforum für den Wunsch einer bestimmten Begräbnisform? Hier kommt zu der Empörung etwas Paradoxes hinzu: eine Selbst-Delegitimierung als Trauernde und als überhaupt – von einem Verlustfall – Betroffene. Deutlich wird das durch den letzten Ausschnitt ihres Beitrags:

»Viele von euch haben ihre Kinder aufwachsen sehen und mussten ertragen das sie ihnen viel zu früh entrisen wurden. Ich bewundere eure Stärke und beweine eure Verluste. Ich weiß das es die meisten hier viel schlimmer getroffen hat und euer Leid viel weitreichender ist. Aber ich kann mit niemanden reden alle sagen ich reagiere viel zu überzogen.«

Es besteht folgende Problemlage: Die voraussichtliche Bestattung wird von Amina als unzureichend empfunden. Eine individuelle Abschiednahme in Form einer Einzelbestattung wird wegen der Zuschreibung des Umfeldes (»überzogen«) als illegitim erachtet. Amina erlebt einen inneren Konflikt. Auf der einen Seite empfindet sie Verlustgefühle<sup>13</sup> und hat das Bedürfnis nach einer anderen Abschiednahme. Auf der anderen Seite sieht sie sich konfrontiert mit den institutionalisierten Bestattungsformen für »[a]lle toten Föten der Umgebung« sowie den Erwartungen des Umfelds. Der Deutung des Ereignisses als Verlust eines geliebten, »zu früh« verlorenen Kindes – den sie anderen trauernden Eltern zugesteht (»entrisen«, »ertragen« usw.) – entspräche ein liebevoll gestaltetes Einzelgrab als angemessene, »richtige« Bestattungsform. Aminas ungeborene Kinder versterben, bevor sie als Kinder »vorhanden« sind. Sie delegitimiert sich als nicht

<sup>12</sup> Schreibfehler in den Zitaten stammen aus den unverändert übernommenen Originaltexten.

<sup>13</sup> Sie schreibt: »[...] ich fühle diese Leere in mir. Der Bauch ist leer und mein Herz so voll mit Schmerz«.

ausreichend betroffen, als jemand, die keine signifikanten Anderen zu betrauern hat. Die Art, in der sie ihrer Traurigkeit Ausdruck verleiht, verletzt die von ihr internalisierte Trauerintensitätsnorm, man habe um Ungeborene bedeutend weniger zu trauern, als um ältere »zu früh«<sup>14</sup> verstorbene Kinder. An späterer Stelle, in einem zweiten Post schreibt sie:

»Ich hätte mir für meine süßen ein Einzelgrab gewünscht doch leider fanden alle das zu übertrieben, für Babys die noch nicht geboren waren.«

Statt eines individuellen Umgangs zeigt sich hier eine Orientierung an und der Wunsch nach einer anerkannten Form der Bestattung, die Kindern eine eigene Existenz bestätigt. Diese Existenzbestätigung kann Amina ihren Ungeborenen nicht selbst geben. Die Krisenhaftigkeit entsteht durch die Verunmöglichung, dem Verlustschmerz ein adäquates Verlustobjekt (Subjekt!) zuzuordnen<sup>15</sup> sowie der Limitierung durch das Umfeld, eigenen Bedürfnissen nachzugehen. Amina fordert zwar eine selbstbestimmte Abschiednahme ein, dabei geht es aber nicht um einen Anspruch auf Individualisierung. Die These ist, dass hier die fehlende Anerkennung und Deutung – auch die eigene – und damit die kollektive Nicht-Behandlung des Ereignisses *als* ein Todesfall zum eigentlich krisenhaften Problem wird.

#### »Familiengrab« und »Spielplatz« als kontrastive Deutungsangebote

Zwei Antworten gibt es auf diesen initialen Post. Als erstes antwortet, ohne ihren Namen anzugeben, eine Frau, die ihr Kind in der 13. Schwangerschaftswoche (SSW) verloren hat. Sie, hier »B.« genannt, schreibt folgenden Beitrag (vollständig zitiert):

»Hallo, auch ich habe vor kurzem mein Kind (in der 13. SSW) verloren. Da es sich um eine \\\\\\\»missed abortion\\\\\\« handelte, wurde die Fehlgeburt eingeleitet und anschließend eine Ausschabung vorgenommen. In der Klinik, wo ich lag, war es kein Problem, dass ich das \\\\\\\»Abortgewebe\\\\\\« – wie es medizinisch genannt wird – mit nach Hause nehmen konnte. Ich habe unser Kind dann still im bereits vorhandenen Familiengrab beigesetzt. Ich wünsche allen Betroffenen, dass auch sie auf so viel Verständnis in der Klinik treffen und selber entscheiden können, ob sie das Kind selber beerdigen möchten oder es in eine gemeinschaftliche Beisetzung einbezogen wird.«

B. kann das »Abortgewebe [...] mit nach Hause nehmen« (wie ein lebendes Baby nach der Geburt), um das Ungeborene im Familiengrab beizusetzen. Die Bestattung, anscheinend privat und »heimlich« vollzogen, wird so zur symbolischen *Eingliederung* in die Gemeinschaft der Familie, das Kind wird als familienzugehörig markiert. B. handelt selbstbestimmt und findet einen Weg adäquater Abschiednahme. Die Bemerkung am Schluss, dass die eigene Entscheidung, wie

14 Im Sinne eines »ungelebten Lebens«, das besonders von Diesseitsorientierten als katastrophal wahrgenommen wird.

15 An anderer Stelle versucht Amina, ihr Angstgefühl zu explizieren: »Wir möchten gerne noch ein Kind doch ich habe Angst. Ich weiß nicht was stärker ist die Angst das es nicht klappt oder die Angst das wieder etwas schief gehen könnte.« Die Angst vor dem Verlust eines geliebten Menschen überschneidet sich hier mit der Angst vor einer unerfüllten Familienplanung. Die Unmöglichkeit, dem diffusen Gefühl ein eindeutiges Angstobjekt zuzuordnen, macht das Krisenhafte aus und reproduziert Aminas Status einer illegitim – weil nicht um einen Verlust – Trauernden.

das Kind zu bestatten sei, den Betroffenen selbst überlassen werden solle, betont die Wichtigkeit der Selbstbestimmtheit.

Amina antwortet kurz darauf, dass sie diese Möglichkeit leider nicht gehabt habe. Die lange Wartezeit begründet sie mit »einer Organbiopsi oder wie man das nennt«, ein Familiengrab würde nicht existieren. Sie bekräftigt aber noch einmal, dass sie schön findet, dass B. diese Möglichkeit gegeben worden ist.

Daraufhin schreibt in ähnlicher Erzählstruktur eine dritte Frau namens Caroline vom Verlust ihres Kindes:

»Hallo! ich habe mein kind in der 22. SSW verloren, es wollte einfach raus und es war nichtmehr zu bremsen. bei der geburt ist das kind dann gestorben. ich konnte ihr einen namen geben. auch sie wurde auf einem kindergrabfeld beigesetzt. welches ich allerdings nicht als \"massengrab\" gezeichnen würde. ich stelle es mir einfach so vor, als wäre es ein \"spielplatz\". da sind die kinder nicht alleine und sie können miteinander spielen (auch wenns blöd klingt). bei uns gibt es da eine große engelstatue, diese ist für mich die \"anlaufstelle\". denn mein kind, denke ich, ist nicht da unter der erde, die seele ist ganz wo anders. auch ich hätte mir eine einzelbestattung gewünscht, doch ich bin erst 21 und ich konnte es mir einfach nicht leisten. ich wünsche dir auf jede fall alles gute«

Caroline bietet hier eine Umdeutung der gleichen Bestattungssituation an. Sie stellt zum einen der Deutung einer anonymen, würdelosen und gewaltsamen Massenbestattung eine feinstoffliche Erzählung entgegen, die die verstorbenen Ungeborenen in Beziehung zur Peergroup »Kinder« setzt und sie somit als Kinder konstruiert. Zum anderen nennt sie einen zum Grab alternativen Ort: eine »Engelstatue«, die sie als »Anlaufstelle« nutzt, um zu trauern und zu erinnern. Wichtig ist, zu bedenken, dass die Bestattung hier bereits vollzogen ist und Caroline eine routinetaufbauende Trauerpraxis etablieren konnte. Oevermann betont, dass Krisen stets gegenwärtigen Charakters sind. Amina befindet sich in zeitlicher und räumlich-praktischer Ungewissheit. Während Caroline die leibliche Erfahrung des praktischen Vollzugs der Abschiednahme bereits gemacht hat, stellt Amina sich keine Abschiedspraktiken, dafür eine anonyme Grabstätte vor. Außerdem – das ist ein entscheidender Unterschied zu Amina – gab Caroline »ihr« einen Namen und institutionalisiert die Existenz ihrer Tochter. Durch die Namensgebung weist Caroline ihrer Tochter eine Identität und einen Platz in der sozialen Welt zu.

Auch Caroline wünscht sich ein Einzelgrab. In der Tatsache, sich das Einzelgrab nicht leisten zu können, drückt sich vielleicht die Folge sozialer Benachteiligung aus (Armut und/oder mangelnde Unterstützung), nicht aber das Problem einer fehlenden Anerkennung der Existenz ihres Kindes.

Amina antwortet auch auf diesen Post. Dabei lehnt sie die Übernahme der von Caroline angebotenen Umdeutung ab:

»Deine Meinung mit dem Spielplatz kann ich leider nicht teilen. Finde es aber gut das du damit wohl besser zurecht kommst als ich.«

Amina sucht zunächst in ihrem Umfeld Unterstützung, ihrem Wunsch nach einem Einzelgrab Ausdruck zu verleihen. Dort erhält sie diese nicht, sondern verletzt mit ihrem Bedürfnis die Gefühlsnorm adäquater Trauerintensität. Daraufhin wendet sie sich an das Trauerforum im Internet, in dem sie Resonanz und Anerkennung »ihrer Kinder« erhält.

Ihr Problem mit der etablierten Trauerintensitätsnorm für Fehl- und Totgeburten wird dort allerdings nicht gelöst. Beide Frauen, die auf ihren Post antworten, haben jeweils andere Wege

gefunden, um mit den im Widerspruch zu den eigenen Gefühlen stehenden Trauernormen umzugehen: B. behandelt den Todesfall im Privaten, Caroline nimmt eine individuelle Umdeutung vor. Für Amina kommen beide alternativen Deutungsangebote nicht in Frage. Vorsichtig sei die These formuliert, dass Amina auch die *stille* Beisetzung in einem Familiengrab wie bei B. abgelehnt hätte, selbst wenn es die Möglichkeit dazu gegeben hätte, da eine inoffizielle Beisetzung nicht zur Legitimierung ihrer Trauer beitragen würde.

Ein Grund für Aminas ambivalente Traurigkeit und Ängste ist die vorerst unerfüllt bleibende Familienplanung. Im letzten Beitrag desselben Threads schreibt sie, einige Wochen später, dass sie wieder schwanger ist und formuliert die Sorge, ob alles gut gehe. Niemand antwortet darauf, da im Forum die implizite Norm herrscht, keine Probleme zum Thema zu machen, die nicht in Relation zum Verlust signifikanter Anderer stehen. So bleibt sie doppelt individuiert: im Umfeld und als Trauernde.

Die drei vorgestellten Umgangsweisen sind in Tabelle 1 systematisierend in einem Überblick zusammengestellt. Er zeigt den je fallspezifischen Zusammenhang von Trauer, kommunikativer Konstruktion der/des Ungeborenen und Krisenhaftigkeit des Umgangs.

Tab. 1: Umgangsweisen mit der Bestattung von Fehl- bzw. Totgeburt

	<b>Amina – »Massengrab«</b>	<b>B. – »Familiengrab«</b>	<b>Caroline – »Spielplatz«</b>
<i>Bestattungsart</i>	Kindergrabfeld	Private Beisetzung im Familiengrab	Kindergrabfeld
<i>Integration der Ungeborenen</i>	»Babys« versus »Babys« Zuordnung zu »toten Föten der Umgebung«; sind Beisetzungsobjekte einer fremden Autorität Keine Statuszuschreibung als signifikante Andere, da »noch nicht geboren«	»unser Kind« Symbolische Eingliederung in die Familie	»mein kind«; »konnte ihr einen namen geben« In Beziehung zur Peer-group »Kinder« gesetzt Feinstoffliche Erzählung
<i>Struktur des Umgangs</i>	Deutungsambivalenz: Verlustgefühle, für die passendes »Prädikat« fehlt Delegitimierung als von Verlust Betroffene; Kampf um Anerkennung	Selbstbestimmte, abgeschlossene Abschiednahme Todesfall im privaten, familialen Rahmen behandelt	Traueroutine: Engelstatue als »Anlaufstelle« Beziehung zum Kind narrativ erhalten
<i>(Mögliche) Problematik</i>	»Entrechtete Trauer« (Doka 2002) Krisenhafte, gegenwärtige Handlungsunsicherheit		(soziale Benachteiligung)

## Fazit

Die Analyse hat gezeigt, was die mehrfache Uneindeutigkeit im pränatalen Todesfall für die Betroffenen und deren Handlungsentscheidungen bedeuten kann. Der menschliche Lebensbeginn, mit ihm die Grenze des Sozialen, legitime Gründe und Ausdrucksformen der Trauer sind Ergebnisse kultureller Aushandlungsprozesse.

Mit den Ergebnissen aus dem empirischen Material lässt sich die Frage nach der Bedeutung eines individualisierten Umgangs mit dem Tod differenzierter beantworten. Deutlich wird, dass es zwar ein kommuniziertes Bedürfnis nach Selbstbestimmtheit im Sinne eigens getroffener Entscheidungen auf Basis konkreter Vorstellungen gibt. Bemerkenswert ist allerdings die partielle Orientierung an traditionellen Bestattungs- und Erinnerungsformen, die den in der Literatur konstatierten Individualisierungs- und Privatisierungstendenzen im Bereich des Sterbens zuwider läuft. Amina wünscht sich auch für Fehl- bzw. Totgeburten die Geltung von für andere Todesfälle gängigen Trauernormen. Da diese Formen für Ungeborene nicht uneingeschränkt anerkannt sind, empfinden Betroffene mitunter »entrechtete Trauer« (Doka 2002), einen Verlust, der nicht öffentlich anerkannt wird. Fehlen zudem konkrete, eindeutige Begriffe für das Erlebte, resultiert eine Krise aus der Anforderung, eine individuelle Deutung zu finden.

Dieses Problem findet sich schon in mittlerweile klassischen Studien zum Tod und Sterben mit gesellschaftstheoretischem Interesse. Da in modernen Gesellschaften kein allumfassender Sinnhorizont mehr vorhanden ist, der für die Erfahrung des Sterbens und des Verlusts Sinn stiftet, konstatieren Armin Nassehi und Georg Weber, dass es zur Aufgabe des sozialen Nahbereichs wird, kollektiv einen solchen Sinn auszuhandeln und zu etablieren (Nassehi, Weber 1988). Bei der Grabgestaltung und der Umsetzung der Feier mag es helfen, dass konkrete Umgangsweisen mit dem Tod zunehmend gesellschaftlichen Vorgaben entzogen sind. Für die individuelle Trauer und Abschiednahme braucht es aber Deutungsmöglichkeiten, auf die zurückgegriffen werden kann. Wenn diese fehlen oder im Konflikt mit dem eigenen Erleben stehen, eröffnet sich eine unüberwindbare Kluft zwischen leiblich-schmerzhaftem Empfinden, dem Bedürfnis nach Sozialität und der tatsächlichen Erfahrung einer (nicht) geteilten Lebenswelt.

Zeitgleich gibt es eine starke Normierung des Trauerns, die an den Status des verstorbenen Ungeborenen – als »Kind« und damit als Person oder als »Anderes« – geknüpft ist. Es ist keineswegs so, dass Trauernde so trauern können, »wie es ihnen gut tut«, da ihr Trauerausdruck an die intersubjektiv geteilte Wahrnehmung des Verlusts gekoppelt wird. Trauerforen im Internet fungieren im Zuge dessen als Orte, an denen Kindern eine personale Existenz gegeben und das Ereignis einer Fehl-/Totgeburt als trauerwürdiger Todesfall gedeutet wird. Im Unterschied zur juristischen Fixierung werden hier fluide die Grenze des Sozialen und damit verbundene Trauerintensitätsnormen ausgehandelt.

Für die qualitative Erforschung des Umgangs mit Fehlgeburten und Totgeburten lassen sich diese Ergebnisse auf vier analytischen Ebenen bzw. für vier aneinander gekoppelte Forschungsfelder fruchtbar machen. Erstens werden exemplarisch *Sinn-, Deutungs- und Handlungsangebote* rekonstruiert, auf die *Betroffene* zurückgreifen sowie aufgezeigt, wie und wo Routine- und Exper-

tinnenwissen zum Umgang mit dem ›individuell‹ erlebten Ereignis tradiert wird.<sup>16</sup> Dieser Artikel liefert zweitens einen Beitrag zur *sozialwissenschaftlichen Trauerforschung*. Es gilt, den Zusammenhang von leiblichem Erleben, kommunikativer Konstruktion des Ereignisses (und des Ungeborenen) sowie kulturellem Kontext, in den dieses eingebettet ist, weiter zu explizieren und zu fragen, welche Rolle gesellschaftliche Tabuisierung und Normierung für die individuellen Trauerprozesse spielen. Ein drittes Forschungsfeld sind die zahlreichen *Eltern- und Betroffenen-Initiativen*, die sich für die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Trauer oder für die ›Sichtbarkeit‹ der pränatal Verstorbenen einsetzen. Eine spannende Frage ist, wie sich Fürsprecherinnen und Fürsprecher dieser sozialen Bewegung zu Akteurinnen und Akteuren positionieren, die das Erlebte intim kommunizieren und privat Abschied nehmen. Eine Mittelstellung nehmen suböffentliche Trauerräume ein: Selbsthilfegruppen und Foren im Internet, in denen brüchig gewordene Normen (zum Beispiel durch juristische oder medizinische Setzungen) neu verhandelt werden, weil diese in Konflikt mit dem persönlichen Erleben der Betroffenen stehen. Nicht zuletzt lassen sich die Beobachtungen der Mikroebene auf *gesellschaftlichen Wandel* beziehen. Was sagt der veränderte Umgang mit Leben und Tod (zum Beispiel die Verschiebung der Grenze des Sozialen weiter vor die Geburt) über die gegenwärtige Gesellschaft aus? Wem obliegt in funktional-differenzierten Gesellschaften die Deutungshoheit über menschliches Leben? Und mit welchen Konsequenzen für die Betroffenen?

## Literatur

- Butler, J. 2010: Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt am Main: Campus.
- Cecil, R. (Hg.) 1996: The anthropology of pregnancy loss. Comparative studies in miscarriage, stillbirth, and neonatal death. Oxford, UK; Washington, D.C.: Berg Publishers.
- Doka, K. J. (Hg.) 2002: Disenfranchised grief. Champaign: Research Press.
- Duden, B. 2002: Zwischen ›wahrem Wissen‹ und Prophetie. Konzeptionen des Ungeborenen. In B. Duden, J. Schlumbohm, P. Veit (Hg.), Geschichte des Ungeborenen. Zur Erfahrungs- und Wissenschaftsgeschichte der Schwangerschaft, 17.–20. Jahrhundert, Bd. 170. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 11–48.
- Frost, J., Bradley, H., Levitas, R, Smith, L., Garcia, J. 2007: The loss of possibility. Scientisation of death and the special case of early miscarriage. *Sociology of Health & Illness*, Vol. 29, Heft 7, 1003–1022.
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE Bund) 2015: Totgeburten. <https://www.gbe-bund.de/stichworte/TOTGEBURTEN.html> (letzter Aufruf 30. Mai 2015)
- Hahn, A. 1968: Einstellungen zum Tod und ihre soziale Bedingtheit. Eine soziologische Untersuchung. Stuttgart: Kohlhammer.
- Hertz, R., Moebius, S., Papilloud, C. 2007: Das Sakrale, die Sünde und der Tod. Religions-, kultur- und wissenssoziologische Untersuchungen. Konstanz: UVK.
- Hirschauer, S., Heimerl, B., Hoffmann, A., Hofmann, P. 2014: Soziologie der Schwangerschaft. Explorationen pränataler Sozialität. (Qualitative Soziologie, 19), Stuttgart: Lucius & Lucius.

---

<sup>16</sup> Es ist Bestandteil meines iterativen Vorgehens, dass die anfänglich genannten *Leitfragen* meiner Dissertation hier als *weiterführende* Forschungsfelder reformuliert werden. Wenn ich sie umfassend beantwortet habe, ist das Buch geschrieben.

- Jakoby, N. 2012: Trauer als Forschungsgegenstand der Emotionssoziologie. In A. Schnabel, R. Schützeichel (Hg.), *Emotionen, Sozialstruktur und Moderne*. Wiesbaden: VS, 407–424.
- Jakoby, N., Haslinger, J., Gross, C. 2013: Trauernormen. Historische und gegenwärtige Perspektiven. In *SWS-Rundschau*, 53 Jg., Heft 3, 253–274.
- Joerden, J. C. 2010: Sterben am Beginn des Lebens. Juristische Schwierigkeiten. In M. Rosentreter, D. Groß, S. Kaiser (Hg.), *Sterbeprozesse. Annäherungen an den Tod*. Kassel: Kassel Univ. Press, 217–229.
- Kahl, A., Sachmerda-Schulz, N. 2014: Call for Papers: »Sterben und Tod als (ent-)routinisierte Krisen?« Ad-Hoc-Gruppe im Rahmen des 37. Kongresses der DGS, 06.-10.10.2014, [http://kongress2014.sociologie.de/fileadmin/user\\_upload/kongress2014/Calls\\_Ad-Hoc/CfP\\_DGS\\_2014\\_ad-hoc\\_Sterben\\_und\\_Tod\\_als\\_\\_ent\\_routinisierte\\_Krisen.pdf](http://kongress2014.sociologie.de/fileadmin/user_upload/kongress2014/Calls_Ad-Hoc/CfP_DGS_2014_ad-hoc_Sterben_und_Tod_als__ent_routinisierte_Krisen.pdf) (letzter Aufruf 30. Mai 2015).
- Kribs, A. 2014: Fehlgeburt, Totgeburt, früher Kindstod. Wissenschaftliche Grundlagen und Psychodynamik. In R. Kißgen, N. Heinen (Hg.), *Trennung, Tod und Trauer in den ersten Lebensjahren. Begleitung und Beratung von Kindern und Eltern*. Stuttgart: Klett-Cotta, 57–65.
- Mead, G. H. 1973: *Geist, Identität und Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nassehi, A., Weber, G. 1988: Verdrängung des Todes – Kulturkritisches Vorurteil oder Strukturmerkmal moderner Gesellschaften? Systemtheoretische und wissenssoziologische Überlegungen. *Soziale Welt*, 39. Jg., 377–396.
- Nieder, L., Schneider, W. 2007: Grenzfragen menschlichen Lebens. Lebensbeginn und Lebensende aus kultursoziologischer Sicht – Einleitung. In L. Nieder, W. Schneider (Hg.), *Die Grenzen des menschlichen Lebens. Lebensbeginn und Lebensende aus sozial- und kulturwissenschaftlicher Sicht. (Studien zur interdisziplinären Thanatologie, 10)*, Hamburg: Lit-Verlag, 7-24.
- Oevermann, U. 2008: »Krise und Routine« als analytisches Paradigma in den Sozialwissenschaften (Abschiedsvorlesung, gehalten am 28. April 2008), Institut für hermeneutische Sozial- und Kulturforschung e.V., [http://www.ihs.de/publikationen/Ulrich-Oevermann\\_Abschiedsvorlesung\\_Universitaet-Frankfurt.pdf](http://www.ihs.de/publikationen/Ulrich-Oevermann_Abschiedsvorlesung_Universitaet-Frankfurt.pdf) (letzter Aufruf 30. Mai 2015).
- Petition Sternenkinder, <http://jltfpw.jimdo.com/> (letzter Aufruf 11. Mai 2015).
- Rogge, P. 2008: Knowing how? Ethische Fragen an den Umgang mit Stillgeburten im medizinischen Alltag. In *Sic et Non*, Bd. 9, Nr. 1, <http://journ.sicetnon.org/index.php/sic/article/view/61> (letzter Aufruf 30. Mai 2015).
- Schneider, W. 2011: Das andere Leben im »toten« Körper. Symbolische Grenzprobleme und Paradoxien von Leben und Tod am Beispiel »hirntoter« Schwangerer. In P.-I. Villa, S. Moebius, B. Thiessen (Hg.), *Soziologie der Geburt. Diskurse, Praktiken und Perspektiven*. Frankfurt am Main: Campus, 155–182.
- Schütze, F. 1981: Prozeßstrukturen des Lebenslaufs. In J. Matthes, A. Pfeifenberger, M. Stosberg (Hg.), *Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive*. Nürnberg: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum der Universität Erlangen-Nürnberg, 67–156.
- Vögele, J. 2009: Wenn das Leben mit dem Tod beginnt. Säuglingssterblichkeit und Gesellschaft in historischer Perspektive. *Historical Social Research*, 34. Jg., Heft 4, 66–82. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-287580> (letzter Aufruf 30. Mai 2015).

# Sterben zuhause

## Krisen und Routinen des Sterben-Machens im Privaten

Stephanie Stadelbacher

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Sterben und Tod als (ent-)routinisierte Krisen?« – organisiert von Antje Kahl und Nicole Sachmerda-Schulz*

Krisen können als modernes Phänomen gelten, weil sie die gegebene gesellschaftliche Ordnung in Frage stellen, indem sie auf ihr Hergestelltsein verweisen: »Grundsätzlich kann jede Krise zunächst als Folge vorhergehender Ereignisse und als Vorlauf zukünftig noch zu fällender Entscheidungen verstanden werden. [...] Krisensituationen können somit – gerade wenn sie als existenziell gefährdend wahrgenommen werden – die Annahme und Erwartung erschüttern, dass gesellschaftliche Strukturen alternativlos sind.« (Endreß, Zillien 2014) Fasst man den Krisenbegriff über eine solche, auf Struktur-, Handlungs- und Entscheidungsaspekte zielende Blickrichtung hinausgehend weiter und versteht Krisen aus wissenssoziologischer Perspektive als jeweils (für-)wahr(-)genommene gesellschaftliche Probleme im Sinne von Aufgaben, die mit dem vorhandenen, vorherrschenden oder neu zu generierenden Wissen gedeutet und bewältigt werden müssen, dann wird *die Krise* zu einem konstitutiven Merkmal jeder Gesellschaft. Eine der – wenn man so will – *zeitlosen* Krisen, die als solche nie endgültig überwunden, sondern nur kontinuierlich bearbeitet werden können, ist das Sterben. Sterben kann mit Peter L. Berger und Thomas Luckmann gesprochen sogar als die existenzielle Krise des Menschen schlechthin gelten (Berger, Luckmann 2004: 108). Es stellt insofern ein permanentes gesellschaftliches Problem für die (Noch-)Weiterlebenden dar, als in Anbetracht des konkreten Sterbens des Anderen und des Wissens um die eigene Sterblichkeit, der Glauben an die Sinnhaftigkeit des eigenen Weiterlebens und damit auch an eine gesellschaftliche Ordnung, in der dieses Weiterleben zu erfolgen hat, aufrechtzuerhalten ist. Aber auch wenn das Sterben mit dieser gesellschaftlichen *Sinn-Frage* ein *zeitloses* Problem ist, ist doch die immer wieder von Gesellschaften zu findende Lösung durchaus variabel. Unter welchen Vorzeichen Sterben als Krise wahrgenommen wird und wie dieses Problem gesellschaftlich, das heißt symbolisch, institutionell, praktisch gelöst wird, ist immer eingebunden in die jeweiligen kulturellen und sozialen Kontexte des Sterbens. Die existenzielle Krise des Menschen wird entlang eines spezifischen gesellschaftlichen Sterbe- und Todeswissens bearbeitet, inklusive vorherrschender Leitvorstellungen und Normen, institutio-



nalisiert in spezifischen Praktiken mit ihren jeweiligen sozialen Beziehungsmustern und räumlich-dinglichen Anordnungen. Sterben ist somit immer ein sozio-kultureller Prozess des institutionellen Sterben-Machens (Schneider 1999, 2014; Schneider, Stadelbacher 2011).

Unterhalb dieser kurz skizzierten generellen Krisenhaftigkeit des Sterbens können auch die Bewältigungsstrategien im Prozess des Sterben-Machens krisenhaft werden, das heißt die symbolischen, institutionellen und/oder praktischen Lösungsangebote machen die Krise immer wieder aktuell erfahrbar und so – mitunter mit unbeabsichtigten Nebenfolgen – alltagsweltlich real. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden, auf der Grundlage empirischer Befunde (Schneider et al. 2012, 2014), eine analytische Dimensionierung des Krisenhaften bzw. des potenziell Krisenhaften bei der ambulanten Sterbebegleitung zuhause skizziert werden. Dabei wird der Begriff der Krise nicht vorab definiert, sondern induktiv aus der Praxis heraus gleichsam als empirisch fundierte Analyseheuristik des Krisenhaften erschlossen. Um das Krisenhafte in der ambulanten Sterbebegleitung zu rekonstruieren, wird in den folgenden Abschnitten zuerst kurz das neue Leitbild des *guten Sterbens* und dessen institutionelle und konkret-praktische Umsetzung am Beispiel des Sterbens zuhause skizziert.

## Sterben als Krise, Krise des Sterbens und die Idee des *guten Sterbens*

Sterben gilt insbesondere in der modernen Gesellschaft als Krise, weil es gültigen Orientierungsmustern wie Fortschritt, Gesundheit und Orientierung am diesseitigen Leben zuwider läuft bzw. im Weg steht. Gibt es in der traditionellen Gesellschaft noch einen kollektiv geteilten Sinnbezug zum Sterben als religiös gerahmter Übergang in eine andere Daseinsform, so zeichnet sich die Moderne durch den Verlust eben solchen kollektiv geteilten und damit integrativen Wissens zur sinnhaften Bewältigung des Sterbens aus (Ariès 1980; Nassehi, Weber 1989). Sterben gilt als Deutungs- und damit Handlungs-Krisenfall des modernen Lebens, weil es *entzaubert* ist, keinen Sinn mehr hat und auf nichts mehr verweist, auf kein Jenseits, auf kein ewiges Leben, sondern nur das Ende der eigenen Existenz und des einzigen diesseitigen Lebens ins Bewusstsein holt (Weber 1947: 569 f.). Auf institutioneller Ebene findet die Bearbeitung des Sterbens vorrangig im medizinischen Deutungs- und Handlungsrahmen der modernen Klinik statt, wo Sterben jedoch eine normative und organisationale Krise darstellt, weil es die professionellen Planungs- und Handlungsroutrinen stört und der institutionellen Zielsetzung des Heilens entgegen steht (Streckeisen 2001). Die Folge ist, dass Sterben in der Moderne keinen (gesamtgesellschaftlichen) Platz und der Sterbende weder Rolle noch Raum hat (Ariès 1980; Elias 1982). Sterben wird als »biotechnische Panne« (Aulbert in Schaeffer 2008: 227) gesellschaftlich verrandständigt und der Sterbende als Symbol dieser *Fehlerhaftigkeit* und *Krisenanfälligkeit* des Menschen gleich mit.

Diese *Verrandständigkeit* von Sterben und Sterbenden, manifestiert im technokratisch verwalteten, organisierten, verheimlichten (Tan 1996: 120) Sterben im Krankenhaus, stellt in der fortgeschrittenen Moderne nun aber selbst eine Krise dar: Mit der Kritik des *form- und raumlosen*, anonymen und ent-individualisierten Sterben-Machens entstand die neue Leitvorstellung eines *guten Sterbens*: Damit ist zum einen das schnelle, schmerzfreie Sterben zuhause gemeint,

zum anderen die Selbstbestimmung im Sterben als letztes Projekt des eigenen Lebens, das jeder individuell gestalten können soll, gleichsam als individualisiertes Ende seines je eigenen Lebens (Schneider 2005; Stadelbacher 2014).

Dieses Leitbild wird heute in der Hospizbewegung und der Palliativmedizin institutionell umgesetzt. Handlungsleitende Orientierungspunkte sind hier (1) eine ganzheitliche Perspektive auf das Sterben, das heißt die Beachtung der physischen, psychischen, sozialen und spirituellen Dimension, (2) die symbolisch-praktische Ausrichtung des Sterben-Machens an den Bedarfen und Bedürfnissen des Sterbenden und seiner Bezugspersonen, (3) die Versorgung und Begleitung des Sterbenden in seinem zuhause und (4) bei alledem die Adressierung des Sterbenden als Individuum, das seinen *eigenen* Tod sterben können soll (Student 1999; Pfeffer et al. 2012).

Diese normative Programmatik des *guten Sterbens* zielt darauf ab, auf kultureller und sozial-praktischer Ebene dem Krisenhaften des Sterbens entgegen zu wirken: Sterben soll auf der Erfahrungs- bzw. Deutungsebene so weit wie möglich *normalisiert* werden, und zwar indem Sterben als private Erfahrung gestaltet wird. Dieser Programmatik steht jedoch (noch) kein Handlungsprogramm zur Verfügung. Das heißt, es gibt keine routinisierten und ritualisierten Gemeinplätze im individuellen Sterben. Das bringt neue An- und Herausforderungen für das gesamte institutionelle Setting mit sich: für den Sterbenden, für seine Angehörigen (bzw. sein soziales Nahfeld) sowie für die *Sterbearbeiter/-innen* (also die haupt- und ehrenamtlichen Versorger/-innen und Begleiter/-innen). Diese Herausforderungen sollen nun im Folgenden skizziert werden.

## Die Praxis des Sterben-Machens zuhause und die damit verbundenen Ebenen und Dimensionen des Krisenhaften

Gemäß der skizzierten normativen Programmatik findet das *gute* Sterben im Privaten statt. Mehr noch, das Private soll ins Sterben mit einbezogen werden, und zwar auf unterschiedlichen Ebenen: In der Praxis zeigt sich das in einer (1) universellen Privatheitskommunikation, also einer offenen, thematisch unspezifischen Kommunikationsatmosphäre zwischen allen am Sterbeprozess Beteiligten, (2) einer möglichst umfassenden Partizipation der Betroffenen am *Projekt Sterben* und (3) vor allem in der Bedeutung des Zuhauses, also der eigenen Wohnung als Sterbeort (Stadelbacher et al. 2015; Schneider 2010, 2014). Gerade die eigene Wohnung ist hier als zentrale Referenz der institutionellen und praktischen Realisation des *guten Sterbens* hervorzuheben. Denn die Privatwohnung objektiviert und materialisiert das Private in räumlich-dinglicher Dimension, macht es sichtbar und fassbar.

Als Erfindung der Moderne gilt das Private symbolisch als gegeninstitutioneller Schonraum, der durch Intimität und emotionale Fürsorge, durch selbstbestimmte Gestaltung und Eigenkontrolle gekennzeichnet ist (Rössler 2002). Deutungshoheit und Gestaltungsmacht über die häusliche Lebenswelt, konkret: die Bestimmung über das Private als ein symbolisch-materielles Mensch-Ding-Netz, ist ein wesentliches Merkmal von Privatheit. Die Wohnung fungiert dabei zudem als zentrales »Territorium des Selbst« (Goffman 1974), als Ort der In-Dividualität und Authentizität. Insofern erscheint es folgerichtig, dass der hospizlich-palliative Anspruch auf ei-

nen selbstbestimmten, individualisierten, privatisierten Sterbeprozess gerade dort verwirklicht werden soll, wo der einzelne zuhause ist.

Durch die Betreuung des Sterbenden in seinen eigenen vier Wänden findet nun eine Aufhebung der Distanz zwischen der bisherigen, für die Moderne kennzeichnenden institutionellen Ordnung des Sterben-Machens und den privaten Lebenswelten der Patienten statt – mit der Folge einer in mehrfacher Hinsicht (potenziell) krisenhaften Verschränkung institutioneller und privater Denk-, Handlungs- und Beziehungslogiken. Durch die Komplexität des *guten Sterben-Machens* zuhause ergeben sich Unsicherheiten und Konfliktfelder, die sich auf verschiedenen analytischen Ebenen finden und unterschiedliche Dimensionen adressieren. Diese Ebenen und Dimensionen lassen sich – orientiert an der klassisch soziologischen Analyse-Heuristik von Makro-, Meso- und Mikro-Ebene – wie folgt differenzieren:

(1) Auf der Makro-Ebene der symbolischen Sinnwelten und Legitimationsmuster erfolgt die mehr oder weniger kontroverse Definition von Werten, Handlungsorientierung gebenden Deutungsangeboten, kollektiven Leitbildern und die daraus abgeleiteten normativen Programmatiken. Für die Frage nach dem Sterben-Machen zuhause sind hier konkret die bereits skizzierten Vorstellungen vom *guten Sterben* als selbstbestimmtes subjektzentriertes Abschließen des eigenen individuellen Lebens zu nennen. Analytisch unabhängig davon, aber praktisch dann darauf bezogen, ist die jeweils gültige Vorstellung von Privatheit relevant, also etwa als Raum der emotionalen Fürsorge und selbstbestimmten Gestaltung. Mit solchen eher globalen Vorstellungen oder Leitbildern sind zudem Deutungen verschiedener Wissensbestände und Praktiken verbunden, also etwa welcher Platz der Professionalität der Sterbearbeiter/-innen im eigenen Zuhause eingeräumt wird.

(2) Auf der Institutionenebene sind typisierte Rollen-, Handlungs- und Beziehungsmuster als wechselseitige Erwartungsmuster hinsichtlich typischem Verhalten, Rechten und Pflichten, Kompetenzen etc. zwischen den am Sterbeprozess beteiligten Akteuren verortet (zum Beispiel das Verhältnis Arzt-Patient, Patient-Angehöriger, Angehöriger-Sterbearbeiter). Gerade in der Organisation des *guten Sterbens* werden eingeschlifene Beziehungs- und Handlungsrouninen wie beispielsweise die Hierarchie zwischen Experten und Laien normativ in Frage gestellt, weil es hier verschiedene Arten von Experten in je unterschiedlichen Bereichen gibt (zum Beispiel der Sterbende als *Entscheidungen setzender Experte* seines eigenen Sterbens).

(3) Die Individual-, Interaktions- und Praxisebene schließlich nimmt den Umgang des Einzelnen mit Anforderungen oder Erwartungen, konkrete Beziehungen und die konkrete Praxis, also die alltagspraktische Ausgestaltung der Leitbilder und institutionellen Vorgaben, das Tun vor Ort sowohl der Sterbearbeiter als auch der Patienten und Angehörigen in den Blick. Hier geht es um die Frage, wie der Sterbeprozess individuell gestaltet wird, welche An- und Herausforderungen damit einhergehen und wie die verschiedenen Rollen und die mit ihnen verbundenen Legitimations- und Anerkennungsansprüche (zum Beispiel auf Professionalität und Privatheit) konkret-praktisch ausgefüllt werden.

(4) Quer zu diesen drei Ebenen und den damit adressierten Dimensionen des *Kulturellen* und *Sozialen* liegt die Dimension des *Materiellen* und seiner raum-zeitlichen Anordnung. Die Frage der Bedeutung, der Ordnung und des Einsatzes der Dinge kann allen drei Ebenen zugeordnet werden, wird hier aber gesondert genannt, weil sie gerade beim Sterben-Machen zuhause eine interessante und wichtige Rolle spielt. Bezogen auf das Sterben sind auf der symbolischen Ebe-

ne die Bedeutung der Dinge, also das Wissen und die Werte, die mit den Dingen transportiert werden bzw. gleichsam in sie eingeschrieben sind (zum Beispiel professioneller Umgang mit medizinischen Geräten), auf der Mesoebene institutionelle Sterberäume und -dinge wie das Pflegebett oder die Schmerzpumpe, kurz: die Materialität der Institution, und auf der Praxisebene der konkrete Einsatz der Dinge, aber auch das Agieren der Dinge selbst (zum Beispiel das Piepen der Schmerzpumpe) gemeint. Bezogen auf Privatheit kommen auf den unterschiedlichen Ebenen die symbolische Aufladung und praktische Nutzung der *eigenen*, individuellen Dinge und Räume sowie deren Identitätsrelevanz in den Blick.

Diese analytische Differenzierung dient dazu, die in der Praxis des Sterben-Machens im Privaten auftretenden Krisen aus soziologischer Sicht mit Blick auf die dabei in wechselseitigen Bezügen zueinander stehenden Ebenen nachzuzeichnen. Dies soll nun an drei Beispielen exemplarisch aufgezeigt werden.

### Krisenhafte Konstellationen auf sozial-symbolischer Ebene

Als erstes Beispiel sind krisenhafte Konstellationen in den privaten Beziehungen zwischen Sterbenden und Angehörigen zu nennen.

Zum einen kann es eher als im stationären Setting beim Sterben zuhause passieren, dass alte, vielleicht bis dahin latente Familienkonflikte aufbrechen und dann krisenhaft in das Sterbengeschehen einwirken. Das Verhältnis zwischen Sterbendem und seinen Angehörigen ist von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung des Sterbeprozesses zuhause, weil die Angehörigen als zentrale Schaltstelle und Stütze für die professionellen *Sterbearbeiter/-innen* fungieren. Wirken nun – manifestiert durch die besondere Situation – private Konflikte in den Sterbeprozess ein, kann dies zu einer praktischen sowie legitimatorischen Krise des Sterben-Machens zuhause führen und die Begleitung unter den gegebenen Umständen mit Blick auf die normative Vorgabe des *guten Sterbens* für die professionellen und ehrenamtlichen Begleiter, aber auch für den Sterbenden und die Angehörigen selbst fraglich bis unmöglich werden lassen. Familien- bzw. Beziehungskrisen erzeugen Sterbekrisen (Pfeffer et al. 2012).

Zum anderen können in einer ganz anderen Beziehungskonstellation auch personale Krisen für die Angehörigen entstehen. Wenn nämlich das Zuhause-sterben-lassen Ausdruck der besonderen Beziehungsqualität ist, ein Zeichen der Verbundenheit und der Verantwortung für den Anderen, dann besteht die Gefahr, dass dieses zuhause Sterben idealisiert und symbolisch überhöht wird: Es wird erwartet, dass ein Sterben zuhause immer schon besser ist als im Krankenhaus, eben weil es zuhause stattfindet. Die Folgen einer solchen *Romantisierung* können Überforderung und Enttäuschung sein, wenn sich dieses Projekt – aus welchen Gründen auch immer – doch nicht oder nicht so verwirklichen lässt, wie gewünscht. Die Verlegung in ein Hospiz oder gar in die Klinik kann dann zum Beispiel als persönliches Versagen und Verrat am Sterbenden wahrgenommen werden (Schneider et al. 2014).

Hier wirkt sich die Umsetzung des Leitbildes des *guten Sterbens* in einen konkreten Handlungsauftrag und Erwartungshorizont, gerahmt durch die besondere private Beziehungsqualität, krisenhaft aus.

## Krisenhafte Konstellationen auf praktisch-symbolischer Ebene

Ein zweiter Bereich – die praktische Ebene der Versorgung – zeigt, dass es von Bedeutung ist, nicht nur *was* gemacht wird, sondern auch *wie* etwas gemacht wird, wie also das Leitbild des *guten Sterbens* im institutionellen Kontext der professionellen Sterbebegleitung in konkretes Tun vor Ort übersetzt wird. Hier kommt die praktisch-symbolische Ambivalenz der professionellen Deutungs-, Entscheidungs- und Handlungsroutine in den Blick.

Ein wesentliches Qualitätsmerkmal der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV), aber auch in der ambulanten Hospizarbeit, ist neben der Symptomlinderung auch das Vermitteln von Sicherheit (Eschenbruch et al. 2011; Stadelbacher et al. 2015). Das ist insbesondere im eigenen Zuhause wichtig, das sich, wie bereits erwähnt, normalerweise eben gerade durch Vertrautheit, Verlässlichkeit und Kontrolle für die dort Lebenden auszeichnet. Für ein gelingendes Sterben zuhause gilt es, somatisches Leiden durch medizinisch-pflegerische Versorgung möglichst zu vermeiden und darüber hinaus die Angst der Patienten und Angehörigen vor akuten, in der Regel krankheitsbedingten Krisensituationen (im medizinischen Sinn) zu verringern. Dabei spielt die professionelle Routine (zum Beispiel der Palliativpflegekraft oder des Palliativmediziners) eine große Rolle, weil sie Erfahrung und Kompetenz demonstriert und so performativ Sicherheit und Vertrauen herstellt.

Diese Darstellung von Routine hat aber in ihrer privaten Kontextuierung einen unhintergehbaren, ambivalenten Charakter. Wie befremdlich routinisierte professionelle Praktiken für jemanden in seinen eigenen vier Wänden sein können, zeigt folgendes Beispiel. Das Beispiel stammt aus dem Interviewmaterial aus der Studie *Struktur- und Prozesseffekte der SAPV in Bayern* (Schneider et al. 2014). Eine Angehörige berichtete, wie verstörend es für sie war, mitzuerleben, wie die Bestatter beim Abholen des Leichnams ihres Mannes im Wohnzimmer die Handschuhe übergezogen haben. Dabei waren es weniger die Handschuhe bzw. ihr Einsatz an sich, sondern vor allem die Praxis, also das Handschuhüberziehen im Wohnzimmer im Angesicht des Leichnams, was symbolisch jene Personalität und Individualität des gerade Verstorbenen zerstörte, um deren Herstellung die gesamte Sterbebetreuung zuhause bemüht war. Die Krise wird hier durch den Umgang mit den symbolisch *vorbelasteten* Dingen ausgelöst, denn mit ihrem Tun drücken die Bestatter aus, dass sie sich gegen den unreinen Leichnam wappnen – und das mitten im privaten Raum.

Praktiker sind also damit konfrontiert, dass sie professionell handeln wollen und ja auch sollen, die organisatorischen Routinen aber im Deutungs- und Handlungsrahmen *Privatheit* bzw. *Individualität* an ihre Legitimitätsgrenzen stoßen. Professionalität als Standardisierung und Routinisierung wird skeptisch betrachtet, weil und insofern damit Ent-Individualisierung einhergeht. Wichtig ist deshalb vor allem das Deutungsmanagement der Professionellen: In der Performanz von Kompetenz und Versorgungssicherheit muss immer mitkommuniziert werden, dass die Betreuung des Sterbenden als Individuum keine Routine sein kann. Es geht gleichsam um die kommunikative und praktische Integration von Routine in die Individualisierungs- und Privatisierungspraxis des Sterben-Machens, man könnte sagen um die Inszenierung einer *Individualisierung von Routine*.

Als handlungsleitende Prinzipien beim Sterben-Machen zuhause gelten für die Praktiker die Leitbilder des *guten Sterbens* einerseits und der Wahrung bzw. Prozessierung von Privatheit

andererseits. Die zur Verfügung stehenden institutionellen Praxismuster und professionellen Routinen müssen dahingehend geprüft und jeweils an die vorgefundene Situation individuell angepasst werden – Routine wird so reflexiv und flexibilisiert. Ziel ist dabei immer, die symbolische Diskrepanz zwischen professioneller Routine und Privatisierungspraxis, die der normativen Leitvorstellung des guten, weil privaten Sterbens potenziell entgegensteht, zu überwinden. Und dabei kommt es vor allem auf das kommunikative und praktische Handeln als *Gap-Managing* der Professionellen an. Diese Aufgabe stellt – insbesondere im Rahmen der notwendigen Kooperation mit weiteren professionellen Akteuren – unter Umständen eine große Herausforderung dar. Und gelingt sie nicht oder nur bedingt, wird die Herstellung des *guten Sterbens* im Privaten – und nicht zuletzt auch das Private selbst (siehe unten) – gefährdet.

### Krisenhafte Konstellationen auf material-praktisch-symbolischer Ebene

Bei dem zuletzt skizzierten Beispiel spielten die Handschuhe als Dinge bereits eine Rolle. Als drittes Beispiel soll jetzt noch genauer auf die räumlich-dingliche Dimension des (potenziell) Krisenhaften beim Sterben zuhause eingegangen werden.

Für das Sterbesetting zuhause – gerade vor dem Hintergrund des Anspruchs einer professionellen, im besten Sinne routinisierten Versorgung – sind unter Umständen Änderungen im räumlich-dinglichen Arrangement der eigenen vier Wände notwendig. Wenn dort nun institutionelle Sterbedinge implementiert werden, zum Beispiel das Pflegebett im Wohnzimmer, so kann das für manche Beteiligte eine – nicht nur praktisch, sondern vor allem auch symbolisch – notwendige Umgestaltung sein. Denn zum einen wird durch dieses *helfende Ding* ermöglicht, den Sterbenden besser zuhause zu versorgen und ihn beispielsweise auch räumlich – eben sogar im Wohnzimmer – zu zentrieren. Zum anderen braucht es für manche Angehörige das Pflegebett im Wohnzimmer, um diesen vertrauten Lebens-Raum in einen Sterbe-Raum zu verwandeln, weil er nur durch diese temporäre materielle Umgestaltung später, nach dem Tod des Betreuten, wieder in das Wohnzimmer zurückverwandelt werden kann, sobald das Pflegebett abtransportiert wurde (was nicht so leicht möglich wäre, wenn die eigene Couch zum Sterbelager würde). Von anderen wird das Pflegebett dagegen als Fremdkörper betrachtet, weil es aus dem vertrauten privaten Lebensraum des Wohnzimmers eine *Behelfsintensivstation* macht und so einen Sterberaum herstellt, der dann nie wieder zum *normalen* Wohnzimmer werden kann. Oder – im gleichen Deutungskontext – das Pflegebett symbolisiert Tag für Tag, dass es – trotz der Betreuung zuhause – eben nicht möglich ist, dem Patienten das Gefühl von Alltag und Privatheit zu geben und ihn in seiner be- und gewohnten Umgebung sterben zu lassen, was durch das Pflegebett mitten im Wohnzimmer durchaus konterkariert werden kann (Schneider et al. 2012, 2014).

Im Aufeinandertreffen von Sterbedingen und Privatraum zeigen sich – ähnlich wie bei der professionellen Routine – die Konfliktlinien zwischen dem Leitbild des *Privaten* und dessen konkreter Ausgestaltung im Zuhause auf der einen Seite und dem institutionellen Versorgungshandeln auf der anderen Seite.

## Schluss: Grenzüberschreitungen des Privaten und neue Krisen des Sterbens

An den skizzierten Beispielen – vor allem an der materialen Umordnung des Privaten und dem Changieren zwischen routinierter und individualisierender Versorgung – zeigt sich als Quintessenz im ambulanten Sterben-Machen Folgendes: Es geht um die Problematik der zeitlich und symbolisch zu beschränkenden Grenzüberschreitung des Privatheitsraums und dessen Umdefinition in einen *temporär erfahrbaren Anders-Ort*, ein Sterbe-Heterotop.<sup>1</sup>

Krisenanfällig ist diese umdefinierende Grenzüberschreitung oder grenzüberschreitende Umdefinition deshalb, weil – mit Blick auf das Sterben – zu bedenken ist, dass nicht jedes Heterotop – hier die *räumliche* Struktur der privaten Sterbeumgebung in Abgrenzung zum Kliniksetting – auch eine Heterotopie im Foucaultschen Sinn ist, also eine *symbolisch-praktische* Realisierung der Utopie des *guten Sterbens*. Damit ist gemeint: Nur weil das Sterben in den eigenen vier Wänden stattfindet (und nicht im Krankenhaus), heißt das noch nicht, dass es automatisch ein *gutes* Sterben ist. Durch die Entgrenzung bzw. Hybridisierung von privaten und institutionellen Wirkräumen (Hayek 2006) kann auch der Effekt eintreten, dass das Krankenhaus einfach *nach Hause kommt* und das Sterben daheim nicht die erwartete private oder als privat inszenierte Erfahrung ist – was immer man sich darunter vorgestellt haben mag.

Zugleich kann dadurch – mit Blick auf das Zuhause – auch die moderne Privatheits-Heterotopie unterminiert werden. Privatheit ist in der Moderne der symbolische *Anders-Raum* zum öffentlichen Raum. Sie grenzt sich von Öffentlichkeit und den darin vorherrschenden Rollen, Anforderungen und Einschränkungen ab und bildet gleichsam einen Schon- und Rückzugsraum, in dem der Einzelne – so die symbolische Konnotation – *er selbst* sein kann, authentisch und selbstbestimmt. Foucault bezeichnet die symbolische, institutionelle und praktische Sphärenaufteilung in privat und öffentlich als »stumme Sakralisierung« in einer ansonsten entsakralisierten Welt (Foucault 1992: 37). Diese Trennung und mit ihr das Private als Schon- und Rückzugsraum droht nun beim Sterben zuhause nachhaltig beschädigt zu werden, denn »eine Heterotopie verträgt funktionale Durchmischungen nur sehr begrenzt.« (Hasse 2007: 191). Umso wichtiger ist es für das *gute Sterben* und auch für die Zeit danach, dass im Privaten die fremde, von außen kommende Institutionenlogik nicht überhandnimmt. Nicht zuletzt deshalb, weil für die Angehörigen nach dem Tod des Betreuten nicht nur die Beziehung zum zuhause verstorbenen und jetzt im alltäglichen Lebenszusammenhang *verlorenen*, weil toten Anderen neu gerahmt werden und das zuhause Sterben-Machen als private Erfahrung gedeutet werden muss, sondern auch weil der physische Raum ihres Zuhauses, die privaten Dinge, wieder zu einem alltäglichen, sinnhaft auf das Weiterleben hin geordneten *LEBENS-Raum*, zur alltäglichen Lebenswelt, gemacht werden (können) muss.

Die entscheidende Frage ist also, wie die unvermeidlichen Grenzüberschreitungen des Privaten beim Sterben-Machen zuhause prozessiert und gerahmt werden: Also ob durch die lebensweltliche Integration der professionellen Betreuung – bei Aufrechterhaltung der privatweltlichen

---

<sup>1</sup> Angesichts der Unschärfe des Heterotopie-Begriffs bei Michel Foucault (1992, 2005) differenziert Jörg Brauns analytisch zwischen Heterotopie und Heterotop. Heterotopie meint dann die kulturelle Bedeutung und sinnhafte Aufladung des *Anders-Ortes*, während *Heterotop* dessen »konkrete räumliche Ausprägung« bezeichnet (Brauns 1992: 163).

Logiken und Wirkmächtigkeiten – ein individualisiert-privatisiertes Sterben *gemacht* wird oder ob (entgegen dem normativen Programm) durch das Sterben zuhause eine institutionelle Entgrenzung im Sinne von zeitweiser Kolonialisierung der Lebenswelt durch das medizinische System befördert wird. Im ersten Fall – der Aufrechterhaltung der Privatheitslogik – kann das Zuhause als Kompensation des krisenhaften Sterbens im Krankenhaus fungieren und mit Blick auf das klinische Alternativsetting zur Normalisierungsheterotopie werden: Sterben kann als Teil des Lebens ein Stück weit *normalisiert* werden. Im zweiten Fall – dem institutionellen Übergriff auf das Private – kann das Zuhause eher als Krisenheterotopie (Foucault 1992: 40 f.) bezeichnet werden, in zweifacher Hinsicht: Zum einen in Bezug auf das Sterben als erfahrbarer Prozess, der weiterhin krisenhaft bleibt – nur dass diese Krise nicht im Krankenhaus, sondern zuhause stattfindet; zum anderen in Bezug auf den privaten *Anders-Raum* selbst, der in eine Krise gerät, in dem Sinn, dass die symbolische Bedeutung und Erfahrung von Raum, Dingen oder Beziehungen von einer *fremden* Logik und Ordnung überfrachtet werden. Dann könnte man von einer in die Krise geratenen Heterotopie des Privaten sprechen.<sup>2</sup>

Diese Frage, ob durch das Sterben zuhause dieser moderne Gegenraum zum gesellschaftlichen *Draußen* eine Normalisierungsheterotopie oder eine Krisenheterotopie wird, wird immer empirisch, also in der Praxis vor Ort entschieden. Insgesamt lässt sich festhalten: Man kommt letztlich wohl nicht umhin, festzustellen, dass die institutionelle Umsetzung des *guten Sterbens* als Reaktion auf das krisenhafte Sterben in der Klinik selbst zum Teil wieder neue Krisen produziert.

## Literatur

- Ariès, P. 1980: Geschichte des Todes. München: Hanser.
- Berger, P. L., Luckmann, T. 2004: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch.
- Brauns, J. 1992: Heterotopien. Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen, 38. Jg., Heft 3/4, 136–169.
- Elias, N. 1982: Über die Einsamkeit der Sterbenden in unseren Tagen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Endreß, M., Zillien, N. 2014: Routinen der Krise – Krise der Routinen. Themenpapier zum 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 6.-10. Oktober 2014 in Trier, [http://kongress2014.soziologie.de/fileadmin/user\\_upload/kongress2014/Kongressprogramm/dgs2014\\_Trier\\_Hauptprogramm-Download-inkl-Korrektur20140908.pdf](http://kongress2014.soziologie.de/fileadmin/user_upload/kongress2014/Kongressprogramm/dgs2014_Trier_Hauptprogramm-Download-inkl-Korrektur20140908.pdf), S.10–16 (letzter Aufruf 21. Mai 2015).
- Eschenbruch, N., Thoms, U., Schneider, W. 2011: Was wirkt in der Palliativarbeit? Wirksamkeit in der ambulanten Palliativversorgung am Beispiel der SAPV. In F. Nauck, T. Sitte (Hg.), Ambulante Palliativversorgung: Ein Ratgeber. Berlin: Deutscher Palliativverlag, 123–126.
- Foucault, M. 1992: Andere Räume. In K. Barck, P. Gente, H. Paris, S. Richter (Hg.), Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik. Leipzig: Reclam, 34–46.

<sup>2</sup> In dieser idealtypischen Darstellung kann es freilich auch andere, komplexere Verschränkungen geben: Dass Sterben zuhause gelingt, entspricht also den normativen Vorstellungen des *guten Sterbens*. Das Zuhause fungiert damit als Normalisierungsheterotopie im Vergleich zum Krankenhaus. Aber das Zuhause als Privatraum kann von den dort Weiterlebenden nicht zurück verwandelt werden – für sie wird das Zuhause zum krisenhaften Ort. Oder das Sterben verlief nicht wie gewünscht, sondern hatte vorwiegend krisenhafte Züge, aber das Zuhause selbst wird davon nicht nachhaltig beeinträchtigt und bleibt der *normale Anders-Raum*.



- Foucault, M. 2005: Die Heterotopien. In Ders., Die Heterotopien/Der utopische Körper. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–22.
- Goffman, E. 1974: Die Territorien des Selbst. In Ders., Das Individuum im öffentlichen Raum. Mikrostudien zur öffentlichen Ordnung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 54–96.
- Hasse, J. 2007: Übersehene Räume. Zur Kulturgeschichte und Heterotopologie des Parkhauses. Bielefeld: Transcript.
- Hayek, J. v. 2006: Hybride Sterberäume. Eine ethnographische Studie im ambulanten Hospizdienst. Münster: LIT.
- Nassehi, A., Weber, G. 1989: Tod, Modernität und Gesellschaft. Entwurf einer Theorie der Todesverdrängung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pfeffer, C., Hayek, J. v., Schneider, W. 2012: »Sterben dort, wo man zuhause ist...« – Zur Organisation und Praxis von Sterbebegleitungen in der ambulanten Hospizarbeit. In K. Wegleitner, K., Heimerl, A., Heller (Hg.), Zu Hause sterben – der Tod hält sich nicht an Dienstpläne. Ludwigsburg: Hospizverlag, 338–354.
- Rössler, B. 2002: Der Wert des Privaten. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schaeffer, A. 2008: Menschenwürdiges Sterben – funktional differenzierte Todesbilder. Vergleichende Diskursanalyse zu den Bedingungen einer neuen Kultur des Sterbens. Münster: LIT.
- Schneider, W. 1999: So tot wie nötig – so lebendig wie möglich!. Sterben und Tod in der fortgeschrittenen Moderne. Eine Diskursanalyse der öffentlichen Diskussion um den Hirntod in Deutschland. Münster: LIT.
- Schneider, W. 2005: Der »gesicherte« Tod – Zur diskursiven Ordnung des Lebensendes in der Moderne. In H. Knoblauch, A. Zingerle (Hg.), Thanatosoziologie: Tod, Hospiz und die Institutionalisierung des Sterbens. Berlin: Duncker & Humblot, 55–79.
- Schneider, W. 2010: Zu Hause sterben? – ein (W)Ort mit vielen Facetten. In E. Eichner, W. Schneider (Hg.), Palliative Care nur noch auf Krankenschein???, Tagungsband: 1. Augsburger Palliativgespräch, 28. November 2009, Augsburger Hospiz- und Palliativversorgung e.V. Augsburg: Wißner, 31–45.
- Schneider, W. 2014: Sterbewelten: Ethnographische (und dispositivanalytische) Forschung zum Lebensende. In M. W. Schnell, W. Schneider, H. Kolbe (Hg.), Sterbewelten. Eine Ethnographie. Wiesbaden: Springer VS, 51–138.
- Schneider, W., Eschenbruch, N., Thoms, U., Eichner, E., Stadelbacher, S. 2012: Wirksamkeit und Qualitätssicherung in der SAPV – eine explorative Begleitstudie. Augsburg, [www.philso.uni-augsburg.de/de/lehrstuehle/soziologie/sozio3/forschung/pdfs/SAPV-I\\_Endbericht.pdf](http://www.philso.uni-augsburg.de/de/lehrstuehle/soziologie/sozio3/forschung/pdfs/SAPV-I_Endbericht.pdf) (letzter Aufruf 21. Mai 2015).
- Schneider, W., Eichner, E., Thoms, U., Kopitzsch, F., Stadelbacher, S. 2014: Struktur- und Prozesseffekte der SAPV in Bayern – Evaluation/Qualitätssicherung und (Aus-)Wirkungen der SAPV auf die AAPV (unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raums). Augsburg, [www.philso.uni-augsburg.de/de/lehrstuehle/soziologie/sozio3/interne\\_medien/schneider/SAPV-II\\_Endbericht.pdf](http://www.philso.uni-augsburg.de/de/lehrstuehle/soziologie/sozio3/interne_medien/schneider/SAPV-II_Endbericht.pdf) (letzter Aufruf 21. Mai 2015).
- Schneider, W., Stadelbacher, S. 2011: Sterben in Vertrauen – Wissenssoziologisch-diskursanalytische Anmerkungen zum Sterben als Vertrauensfrage. In G. Höver, H. Baranzke, A. Schaeffer (Hg.), Sterbebegleitung: Vertrauenssache. Herausforderungen einer person- und bedürfnisorientierten Begleitung am Lebensende. Würzburg: Königshausen & Neumann, 107–142.
- Stadelbacher, S. 2014: Vom »Reisen« und »friedlichen« Sterben – Die wirklichkeitskonstitutive Macht von Metaphern am Beispiel der Hospizbewegung. In M. Junge (Hg.), Methoden der Metaphernforschung und -analyse. Wiesbaden: Springer VS, 99–116.
- Stadelbacher, S., Eichner, E., Schneider, W. 2015: Praxis der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung. In Klinische Sozialarbeit. Zeitschrift für psychosoziale Praxis und Forschung, 11. Jg., Nr. 1, 8–10.
- Streckeisen, U. 2001: Die Medizin und der Tod. Über berufliche Strategien zwischen Klinik und Pathologie. Opladen: Leske + Budrich.
- Student, J.-C. 1999: Das Hospiz-Buch. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Tan, D. 1998: Das fremde Sterben. Sterben, Tod und Trauer unter Migrationsbedingungen. Frankfurt am Main: IKO.
- Weber, M. 1947: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen: Mohr.

# »Der Tod wird kommen und kein Ende setzen.«

## Sozialverhältnisse zwischen Leben und Sterben

Thorsten Benkel

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Sterben und Tod als (ent-)routinisierte Krisen?« – organisiert von Antje Kahl und Nicole Sachmerda-Schulz*

»Der Tod wird kommen und kein Ende setzen.  
Denn weil das Gedächtnis der Menschen nicht reicht,  
ist das Gedächtnis der Familie da, eng und beschränkt,  
aber ein wenig länger.« (Ingeborg Bachmann)

Die Verschiedenheit der Debatten und Diskurse, die mittlerweile aus soziologischer Sicht das Verhältnis von Gesellschaft und Sterben/Tod kennzeichnen, soll in diesem Beitrag anhand zweier unterschiedlicher, aber doch miteinander verbundener Thematisierungsansätze verfolgt werden. Ausgangspunkt ist ein empirisches Forschungsprojekt, das zum einen den sozialen Wandel der Bestattungskultur nachzeichnet und in einer zweiten Stufe die *Autonomie der Trauer* untersucht, worunter konkret das Umgehen normativer, zumal juristischer Vorgaben des Umgangs mit Sterben und Tod zu verstehen ist (unter anderem Benkel 2008; Benkel 2015; Benkel, Meitzler 2014a). Nachfolgend soll auf Basis des gewonnenen Materials zunächst eine Betrachtung des zeitgenössischen *kommunikativen Status* erfolgen, der den Tod (nicht) thematisierbar macht. Dem schließt sich ein Blick auf die realen Bedingungen der *Verwaltung des Todes* anhand einer empirischen Untersuchung zur sozialen Funktion des Friedhofs an. Damit steht jene Raumanordnung im Fokus, deren Aufgabe unter anderem das Aufrechterhalten der sozialen Ordnung angesichts irreversibler Lebensweltverluste ist.

## Ein kurzes Gespräch über den Tod

Viel Begeisterung widerfährt einem üblicherweise nicht, wenn man eine Taxifahrt oder eine zufällige Begegnung in der Straßenbahn dazu benutzt, um sein Gegenüber in ein kurzes Gespräch über den Tod zu verwickeln. Das Thema ist vielen offenbar nicht nur zu makaber, sondern auch zu intim, um es mit Unbekannten ausdiskutieren; und was sollte man in diesem

Setting auch anderes vorbringen als Floskeln über das ominöse, aber leider doch ganz sicher eintreffende Ende, das uns allen bevorsteht, ob wir nun wollen oder nicht?

Der Tod ist als Gesprächsgegenstand, so könnte man folgern, in mehrfacher Hinsicht eine Angelegenheit, die für besondere Momente reserviert ist: Momente, in denen über ihn gesprochen werden darf, ja sogar gesprochen werden soll und gesprochen werden muss. Außerhalb dieser oft melancholischen und tragischen, manchmal sogar dramatischen Momente ist der Todesdiskurs still und unauffällig. Wo er doch zur Sprache kommt, braucht er Legitimation. Gewiss, der Tod taucht in den Medien auf, dort ist er sogar recht häufig präsent, aber er tritt dabei üblicherweise in einer Gestaltungsvariante in Erscheinung, die mit dem ›echten‹ Tod – dem Tod, der jenseits der Kameraeinstellungen und Nachrichtentexte zuschlägt –, zunächst wenig zu tun hat. Zu unterscheiden wäre grob zwischen journalistischen Inhalten, bei denen die Authentizität des Gezeigten mit der Form der Berichterstattung verbürgt wird, und fiktionalen Entwürfen, die das Lebensende als Unterhaltungsszenario aufgreifen, ohne auf reale Todesfälle zu referieren. Es ist eine epistemologische Frage, ob im Journalismus Tod und Sterben ›realer‹ ist als beispielsweise im Spielfilm; das soll hier jedoch nicht weiter erörtert werden. Geht es um Fiktionen, bietet die Thematisierung des Todes dem Publikum die Chance, sich zu fürchten und sich zu schockieren, sich aber auch faszinieren und ablenken zu lassen, ohne dass die eigene Lebensgewissheit in Gefahr gerät. Außerdem darf das moralische Gewissen ruhen, wenn erfundene Figuren sterben. Die Distanz ist nicht, wie bei Nachrichten und Pressemitteilungen, lediglich eine mediale, sondern auch eine ontologische: es gibt in der Fiktionalität keine greifbar ›andere Seite‹, auf der das Gezeigte jenseits des Zeigens Substanz hat. Hans Blumenberg hat eine ähnliche Variante dieser Distanzerfahrung einmal einen »Schiffbruch mit Zuschauer« genannt (Blumenberg 1979). Es wäre schwer auszuhalten, würde das Schauspiel des Sterbens real sein und im gleichen Moment der bloßen Unterhaltung des Publikums dienen; *panem et circenses* dieser Art sind moralisch verdammt und vielleicht gerade wegen ihrer allgemeinen Abwertung selbst zu einem beliebten Sujet innerhalb bestimmter fiktionalen Genres geworden. Steht im Vordergrund *fiction* und nicht *fact*, ist der erzählte/gezeigte Tod hingegen von vorn herein als Maskerade von (Weiter-)Lebenden festgeschrieben. Während sich also auf der Leinwand, der Bühne oder auf Buchseiten »das Fiasko schlechthin« (Cioran 1987: 140) vollzieht, sind die Zuschauer und Leser womöglich emotional betroffen, aber eben nicht mit dem wahren Sterben konfrontiert.

Etwas anders sieht es aus, wenn der Tod nicht aus der Perspektive der Teilnahmelosigkeit wahrgenommen, sondern in die Nähe der eigenen Lebenswelt gerückt wird, wie dies bei dem erwähnten unverbindlichen Plausch über den Tod der Fall ist. Überhaupt ist der Tod in jedem subjektiven Einzelfall, als der er sich abspielt (Jacques Derrida spricht sogar von einem je einzigartigen »Ende der Welt«; 2007), *konkret*. Er betrifft eine bestimmte Lebenswelt (und dadurch auch jene Lebenswelten, die daran ›angeschlossen‹ gewesen sind) auf eine derart nachdrückliche und prägende Weise, dass künftige Beschäftigungen der Hinterbliebenen mit dem Tod, auch wenn sie abstrakter Natur sind, häufig gedanklich zurück führen zu den Augenblicken der direkten Konfrontation. Hinzu kommt, dass das *Sterben der anderen* auch ein *memento mori* gegenüber der eigenen Sterblichkeit darstellt (Meitzler 2012). Nicht ob, sondern wann man stirbt, ist die fundamentale Zukunftsfrage der menschlichen Existenz. Zwiespältiger könnte die

Aussicht kaum sein: Man wird sterben, ohne zu wissen wann und wodurch; man hat also eine Gewissheit vor Augen, deren Feinheiten ungewiss sind.<sup>1</sup>

An anderer Stelle schrieb ich:

»Selbst Prophezeiungen in Jahrmarktzelten können an der Wirklichkeit nur in dem Punkt gemessen werden, wo sich ihre eindeutige Widerlegung zeigt. (»Professionelle« Hellseher werden daher aus der Glaskugel stets nur Voraussagen ablesen, deren Gehalt sich definitiver Widerlegbarkeit entzieht.) Wem also ewiges Leben attestiert wird, für den ist diese Prognose erst dann falsifiziert, wenn er doch gestorben ist. Damit sind alle Leser dieses Satzes noch im Rennen.« (Benkel 2007: 339)

Man ahnt es jedoch schon: Aus dem Umstand, bisher nicht gestorben zu sein, lassen sich keine allzu optimistischen Hoffnungen ableiten, dass einen der Fluch der Vergänglichkeit mit all seinen sozialen Begleiterscheinungen (Meitzler 2011) nicht einholen wird. Kein Wunder also, dass angesichts dieser Ausgangslage der Tod, und zumal das eigene Sterben, als Thema von Gelegenheitsplaudereien keinen guten Ruf genießt. Anders als die Sorge um Probleme und Hindernisse, die sich künftig ereignen können, aber doch vermeidbar scheinen, wenn man Vorsorge und Aufmerksamkeit investiert,<sup>2</sup> ist der Tod ein nahezu »indifferentes« Phänomen, das vorrangig an die physische Verletzbarkeit und den Alterungsverfall von Personenkörpern gebunden ist. Wer einen lebendigen Körper hat, kann daher auch sterben – und zwar potenziell immer und überall.

Anders als mit notgedrungener Akzeptanz kann man wohl nicht quittieren, dass das Sterbenkönnen das Sterbenmüssen flankiert; es ist eine zumeist nicht-intendierte Nebenfolge. Dieser dauerpräsenste »Stachel des Todes« (Gross 2008) ist derart bedrohlich, dass die Todeskommunikation häufig eher verstummt, als dass man sich konfrontativ dem Unausweichlichen stellt. Diesen Eindruck regt das Image des Todes als unangebrachter, unpassender Gegenstand nachhaltig an. Es spricht allerdings einiges dafür, dass diese Bedeutungszuweisungen tatsächlich nicht Fakten abbilden, sondern eher Fakten *schaffen*; dass sie also die Nichtbesprechbarkeit des Todes (oder wenigstens den *Legitimierungszwang*, der Gespräche über den Tod vielerorts begleitet) im Sinne einer sozialen Konstruktion stabilisieren, um in der Folge wie gesellschaftliche Spielregeln zu wirken, an die »man« sich eben zu halten hat. Hinter solchen kommunikativen Konstrukten mag die Absicht stehen, die gesellschaftliche Ordnung unsterblich zu machen, während die Protagonisten dieser Ordnung (ihre Befürworter und ihre Gegner) nach und nach wegsterben und ersetzt werden. Für Niklas Luhmann ist dies ein Kennzeichen »komplexer Gesellschaften«: Sie seien »gerade durch ihre Dekomponierbarkeit stabil; sie gewinnen ihre Permanenz dadurch, daß ihre Zusammensetzung geändert werden kann. Sie überdauern den Tod Einzelner.« (1984: 554) Ihre Anpassungsfähigkeit hält die komplexe Gesellschaft demnach also über den individuellen Sterbeprozess hinweg (und bleibt auch im Angesicht weiterer Wandlungsprozesse intakt). Das trifft in der Tat zu, aber nur insofern, als alles, was sozial ist, davon

1 Hinzu kommt, dass am Todeszeitpunkt nicht die Ungewissheit das Problem ist, sondern die Unausweichlichkeit. Wäre der Todestag vorab bekannt (wie in Elias Canettis Schauspiel *Die Befristeten*), wäre dadurch für die Kompensation abstrakter Todesangst nichts gewonnen, sondern im Gegenteil viel verloren.

2 Obwohl zumindest Soziologinnen und Soziologen wissen, dass die Risikoimmanenz jedweden Handelns nicht per se ausgeschaltet werden kann. Aber vielleicht kommt es nicht so sehr darauf an, Risiken zu vermeiden, als vielmehr ihre Bewusstwerdung zu dosieren.

abhängt, dass Menschen es mit ihren Kommunikationen, ihren Handlungen, und somit auch mit ihrem Körper realisieren: »Ohne den Körper könnten die Elemente nicht hergestellt werden, über die fast immateriell operierende Sozialsysteme sich reproduzieren.« (Bette 1989: 25) Welche Menschen und welche Körper es sind, die diese Reproduktion antreiben, ist – das steht in post-aristokratischen Zeiten fest – gesamtgesellschaftlich betrachtet in der Tat nicht besonders wichtig.

Gleichwohl gehört es zu den Komplexitätssteigerungen (in) der Moderne offenkundig dazu, dass der persönliche Lebensverlust nicht als Schicksal, als Lebenserfüllung oder in Verbindung mit irgendeiner anderen positiven Begriffsverwendung eingekleidet und abgefedert wird. Er ereignet sich überwiegend als lebensweltliche Tragödie, der gegenüber das Weiterleben die bessere Option wäre. Die Dekomponierbarkeit, von der Luhmann spricht, wird daher erkaufte um den Preis der Ächtung des Todes: Diese ist notwendig, weil ein affirmatives ›Kollektivbewusstsein‹ hinsichtlich des unbedingten Fortbestands der Gesellschaft – bei gleichzeitiger Akzeptanz des eigenen ›Präsenzverlustes!‹ – ohne entsprechende Orientierung schwach ausgeprägt wäre. Allenfalls in militärischen Kontexten mag die Parole noch tragen, dass Sterben für's Vaterland ein ehrenvoller Tod ist, und selbst hier ist Skepsis mittlerweile wohl weiter verbreitet als Zustimmung. In den meisten anderen Gesellschaftsbereichen steht das überpersönliche Weiterleben der Gesellschaft *nicht* vor der je individuellen »Sorge um sich« (Foucault), und das sogar ungeachtet der Tatsache, dass die Gesellschaft am Ende ohnehin ›gewinnen‹ wird. Dieses Problem verwaltbar zu machen, ist eine Aufgabe, die unter anderem durch die Tabuisierung des Todes erfüllt wird (Nassehi, Weber 1989).

Manche Gruppen und Subkulturen verstoßen absichtsvoll gegen die normative Vorgabe, die menschliche Sterblichkeit nicht über Gebühr auszubuchstabieren; zum Beispiel weil sie provozieren, weil sie sich inszenieren oder weil sie ein anderes Todesverständnis zeigen bzw. etablieren wollen. Für sie ist der Tod auch dann, wenn er nicht situativ im sozialen Umfeld des Einzelakteurs zugeschlagen hat, ein relevantes bzw. interessantes Feld (siehe etwa die *Gothic-Szene*; Schmitz, Neumann-Braun 2008). Eine Ausnahmestellung nehmen ohnehin ›Todesprofis‹ wie zum Beispiel Mediziner ein, für die die Beschäftigung mit Sterbevorgängen zur Berufsroutine gehört (Streckeisen 2001). Daraus ergibt sich keineswegs ein Zwang, den Tod auf ›persönliche‹ Weise zu (über-)denken, sondern eher die Chance, den Tod als *permanente Möglichkeitsverwirklichung* zu betrachten. Unfallchirurgen sind prädestinierte Geschichtenerzähler, wenn es um die Vielfalt möglicher Sterbensarten geht. Die Alltagserfahrungen in ihrem Beruf vermitteln ihnen ein Gefühl für die, bildersprachlich gefasst, ›Ruhelosigkeit‹ des Todes, welches Außenstehenden weitgehend fehlt. Ob diese Berufsgruppe dadurch die Aussicht auf den eigenen Tod als harmloser oder als problematischer einstuft als Vergleichsgruppen ohne tagtägliche ›Todesnähe‹, ist jedoch unklar. Der französische Historiker Philippe Ariès jedenfalls unterscheidet durchaus zwischen dem »gezähmten« und dem »wildem« Tod (2002: 42). Gezähmt ist der Tod dann, wenn mit ihm zu rechnen ist, wie es zum Beispiel im Mittelalter der Fall war, als wesentlicher häufiger, jünger und blutiger gestorben wurde als heute. Wild ist der Tod hingegen dann, wenn er in die Ferne verschoben und zeitlebens nur selten reflexiv berücksichtigt wird. Ereignet er sich dann doch, wirkt er umso brutaler und verstörender. Diese zuletzt genannte Denkweise ist laut Ariès das dominierende Verhältnis der Lebenden zum Tod im heutigen Europa.

## Flexibles Sterben

Viel mehr als das offene Bekenntnis, den Tod wertneutral betrachten zu wollen, braucht es fast nicht, um angesichts der vorherrschenden Distanz zum Sterben als ›morbide‹ oder ›seltsam‹ etikettiert zu werden. Wer vor diesem Hintergrund ein kurzes Gespräch über den Tod führt, hat gewiss anderes zu berichten als jene Akteure, die die konforme Strategie wählen und den (realen, nicht den fiktiven) Tod, so gut es eben geht, aus ihrer Lebenswelt verbannen. Doch überwiegend scheinen sich in der westlichen Welt sozialkonstruktivistische Positionen durchgesetzt zu haben, die den ›Vorteil‹ des Ausschlusses des Todes aus der Alltagswelt als ergiebige, anschlussfähige Kommunikationsbasis (oder, wenn man einen von Luhmann stammenden Begriff zweckentfremden möchte, als »Weltstimmungsgehalt«; 2005: 200) (an-)erkennen. Diese Position lässt sich gut zu den wichtigen diskursanalytischen Befunden über die Rhetorik und sprachliche Etikettierungskraft im Kontext des »Sterben-Machens« in Beziehung setzen (Schneider 2014). Auch dabei sind vermeintliche ›Tatsachen‹ von Sprechweisen, Definitionen und Vereinfachungen überlagert. Der Erfolg scheint solchen kommunikativen Taktiken Recht zu geben: Im Mikrokosmos des individuellen Alltagslebens zählen Tod und Sterben zweifellos nicht zu denjenigen Sujets, mit denen man sich selbst und Freunde und Verwandte gerne und ausgiebig konfrontiert. Oft erst im Rahmen konkreter ›Todesnähe‹ oder Sterbensbedrohung werden andere Positionen eingenommen, werden alltagsuntypische Haltungen adaptiert – und auch sie folgen etablierten Mustern für den Umgang mit dem ›Undenkbaren‹.

Das Bild des prinzipiell *vermeidenswert* Todes führt nun aber nicht automatisch zur Verdrängung todesbezogener Sachverhalte aus dem Alltagsleben. Es gibt neben dem medizinischen Feld zahlreiche weitere Professionen und Berufssparten, die vom Sterben leben (Herzog, Fischer 2003). Und es lassen sich immer wieder Besprechungen der – eben nur relativen – Sprachlosigkeit des Todes auffinden. Ob der Tod nun ein *verdrängtes*, oder – zum Beispiel angesichts seiner spezifischen medialen Auftritte – doch eher ein *geschwätziges* Thema ist, darüber streiten Thanato-Experten sich schon lange (Feldmann 2010: 60). Soviel steht fest: Das Besprechen (und auch das Verschweigen) des Todes und des Sterbevorganges ist ein diesseitiges Phänomen. Es wird eingerahmt von kulturspezifischen Umgangsweisen mit dem Lebensende und von der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen. Nichts von dem, was Menschen im Hinblick auf den (eigenen oder fremden) Tod tun, wird durch die Toten motiviert. Es sind immerzu die Lebenden, die sich mit anderen Lebenden befassen, wenn es um Todeskommunikation geht. Der Tod ist genau genommen eine durch und durch *soziale* Angelegenheit. Norbert Elias bringt es in seiner Studie über die *Einsamkeit der Sterbenden in unseren Tagen*, verfasst aus der Expertenperspektive eines 85jährigen, auf den Punkt: »Der Tod ist ein Problem der Lebenden« (2002: 11). Für die Toten stellt der Tod, soweit das von der Warte der Lebendigkeit aus erkennbar ist, kein Problem mehr da. Für Angehörige ist der Tod einer nahe stehenden Person hingegen fast immer problematisch, schwierig, traumatisierend. Er löst schwerwiegende Konsequenzen sozialer, psychologischer und ökonomischer Art aus. Wenn eine geliebte Person stirbt, so wirkt dies wohl in den allermeisten Fällen wie ein schockartiger »Sprung aus dem Alltag« (Schütz 1971: 397), der das sonst weitgehend reibungslose Funktionieren gemäß der routinierten Ablaufschemata lähmt. Dann helfen auch die Ablenkungs- und Abwertungstaktiken nicht mehr weiter, die an ungetrübten Tagen das Verhältnis zum Tod regulieren bzw. jegliche

Aufdringlichkeit, die das Thema unabhängig von persönlichen Betroffenheiten auslösen könnte, unterdrücken.

Was biologisch und medizinisch geschieht, wenn jemand stirbt, und erst recht, was dabei in seelischer und transzendentaler Hinsicht passiert, können Außenstehende nicht erfassen. Auch diese Erkenntnisgrenze mag ein Grund für die Neigung sein, in Sachen Tod die Distanz der Neugier vorzuziehen. Die meisten anderen Fragen des Lebens erlauben in der so genannten ›Wissensgesellschaft‹ – die, wie Hubert Knoblauch (2005: 280) zurecht betont, immer auch eine ›Nichtwissensgesellschaft‹ ist – präzise Nachforschungen darüber, was zu tun, zu lassen, zu hoffen und zu (ver-)wünschen ist. Geht es um den Tod, triumphiert die Spekulation über die Tatsächlichkeit. *Dass* gestorben wird, ist unübersehbar; aber wie Sterben ›ist‹, bleibt vage. Tröstlich für diejenigen, die trotzdem unbedingt mehr wissen wollen, ist, dass sie die Erfahrung wohl noch machen werden. Bis dahin müssen sie sich damit abfinden, dass ihre Auseinandersetzung mit dem Tod am ehesten in einer eher leise gehaltenen ›geschwätzigen‹ Form stattfinden kann, also in der – eben ziemlich reduzierten und alltagsuntypischen – Kommunikation *über* den Tod. Sie changiert, wenn man so will, zwischen Gerücht und übler Nachrede, zwischen Besorgniserregung und Lästerei.

Selbst die *Beobachtung* fremden Sterbens, etwa im Zusammenhang mit der Pflege älterer oder kranker Menschen, mit deren Lebenskräften es allmählich zu Ende geht, ist – bei aller individuellen Tragik – nicht mehr als eine Wahrnehmung, die sich thematisieren und die sich reflektieren lässt. Aus der Reflexion heraus, die auf gängige Wissensbestände, auf das Spezialwissen von Experten, auf soziale Impulse von außen und auf vieles mehr Rücksicht nimmt, entstehen Bedeutungen, die aber nicht ›an sich‹ vorhanden sind. Aufschluss über die Erfahrung des Lebensabschieds oder gar über die Realität des Totseins ergibt sich daraus nicht. »Das Sterben kann kein Mensch an sich selbst erfahren (denn eine Erfahrung machen, dazu gehört Leben), sondern nur an anderen wahrnehmen«, schreibt Immanuel Kant (1977: 465). Über das Wahrnehmen hinaus ist der eigene Tod jedoch immer denk- und damit auch besprechbar. »Mein Tod als Ereignis ist leicht zu denken«, bestätigt Thomas Nagel, »das Ende meiner Welt dagegen nicht.« (1992: 389) Zu denken, dass nicht einmal das Denken mehr ist, ist in der Tat keine leichte Übung. Luhmann nimmt Nagels Aussage beinahe wörtlich vorweg, wenn er schreibt: »Den eigenen Tod kann man sich als Ende des Lebens vorstellen, nicht aber als Ende des Bewußtseins.« (1984: 374) Doch auch für dieses Problem (das dann eigentlich gar keines mehr ist!), hält die Gesellschaft eine Lösung parat. Jean-Paul Sartre fasst sie bündig zusammen: »Tot sein heißt den Lebenden ausgeliefert sein.« (2001: 934) Anders formuliert: Was der Tod ist, was er bedeutet, wie er sich auswirkt usw. ist nicht eine Frage der ›feststehenden‹ Evidenz, sondern eine Angelegenheit der Handlungsbeobachtung. Der Tod ist schließlich ein Problem der Lebenden und seine Formung zum Problem ein Ergebnis (sozialen) Handelns. Die Lebenden verwirklichen anhand des Diskurs des Todes (und damit mittelbar ›an den Toten selbst‹) Methoden, die den Tod er- bzw. verklären; die Tod und Gesellschaftsleben miteinander versöhnen; und die, neben vielen weiteren Aspekten, dem Tod Raum geben.

Auf die empirische Untersuchung des vielleicht prominentesten ›Todesraumes‹, oder zumindest des *topografischsten*, wird – wie angekündigt – im letzten Abschnitt näher eingegangen. Der Friedhof ist, soviel vorab, auch deshalb ein spannungsreiches Forschungsareal, weil er eine Raumanordnung darstellt, die das Totenreich und die Lebenswelten der Menschen zusammen-

führt. Dieser eigenwilligen Konstellation wegen gelten für den Friedhof Ausnahmeregelungen, die in den meisten anderen, und vor allem in *öffentlichen* Handlungsbereichen unerwünscht, begründungsbedürftig und zum Teil verpönt sind. Auf Friedhöfen darf verweilt, darf getrauert und geweint, darf Abstand zur ›Außenwelt‹ genommen werden. Ihren diesbezüglichen Rang als Ausnahmefläche, auf der die Routinen des Alltags wenig Entfaltungsraum haben, haben Friedhöfe sich erkämpfen müssen. Michel Foucault (1991) führt den Friedhof unter anderem neben Bohrrinsel, Schiff, Bordell und Gefängnis unter den »anderen Räumen« auf, die sich nüchterner Anerkennung widersetzen, die nicht in die Alltagswirklichkeit integriert sind, sondern neben ihr her existieren, und die dem Illusorischen und Außeralltäglichen Platz bieten. Auch der Friedhof ist also, mit Foucault, ein *heterotopischer Raum*; und seine Vielschichtigkeit nimmt weiterhin zu. Die Transformation vom ursprünglich religiös fundierten Sakralbereich zur durchaus auch säkularen, pluralen und individualisierten Einrichtung vollziehen Friedhöfe in diesem Augenblick (Benkel 2012). »Das gesellschaftliche Problem des Todes ist deswegen besonders schwer zu bewältigen«, hält Elias fest, »weil die Lebenden es schwer finden, sich mit den Sterbenden zu identifizieren.« (2002: 11) Orte wie der Friedhof können als symbolische Versuchsanordnung verstanden werden, die die Todessituation mit der (Über-)Lebenssituation der Angehörigen auf Gleichklang bringt. Trauernde können ›erproben‹, ob die Kulturleistungen des Bestattungs- und Beerdigungswesens mit all ihren Erinnerungs- und Vergänglichkeitsmomenten ihnen Hilfestellungen geben oder nicht; sie können diese und weitere Angebote wie Trauerbegleitung, therapeutische Hilfe, religiösen Beistand usw. gemäß ihrer individuellen Bedürfnis- und Interessenlage heraus nutzen oder ablehnen. Die subjektive Involviertheit ist nicht alleine deshalb maßgeblich, weil die Gegenwartsgesellschaft in vielerlei Hinsicht individualistisch angelegt ist, sondern sie folgt zudem pragmatisch dem Umstand, dass Trauer, Tod und Sterben vor allem dann wichtige Themen sind, wenn man selbst oder Personen des näheren sozialen Umfeldes in Todesnähe geraten.

Es erscheint nicht ganz verfehlt, vom *flexiblen Tod* zu sprechen. Wie viel Raum das Lebende noch während des Lebens gewährt bekommt, ist schließlich zunehmend eine private Entscheidung, die mit wenig institutioneller Einmischung getroffen werden kann. Dennoch fügt sich diese Entscheidung in den allermeisten Fällen vorherrschenden Mustern. Der verinnerlichte Sinn für Angemessenheit sorgt dafür, dass das individuelle Handeln sich in jenen Bahnen abspielt, die gemäß überindividueller Geltungsmacht etabliert sind. Ein großer Vorteil (den manche allerdings als Nachteil ansehen) ist, dass die Geltungsmacht im Kontext Sterben/Tod breit gefächert ist und sehr unterschiedlichen Umgangsstrategien Zugeständnisse macht. Wie lässt sich das verdeutlichen? Im Sterben liegend, sind Individuen in eine kulturelle Umrahmung eingebettet, die sie selbst und ihre Angehörigen, aber auch das ärztliche Personal, das mitfühlende soziale Umfeld, ein etwaiger seelsorgerischer Beistand, Ratgeberinstanzen usw. errichten, um dem (biologischen) Sterbevorgang eine gesellschaftlich etablierte Bedeutungsaufladung zu verleihen. Tritt der Tod schließlich ein, verschiebt sich jedoch die Sichtweise. Die Hinterbliebenen entscheiden heutzutage vorwiegend anhand subjektiver Wertbestimmungen, welche Sinnhaftigkeit sie mit dem Verlust und mit ihrer Trauer verbinden. Und sie können in säkularisierten Zeiten weitgehend autonom regeln, wie sie (wenn überhaupt) entsprechende Sinnbezüge nach außen hin darstellen. Sie können sich lösen von Sinnangeboten, die im Todesfall in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen einholbar sind, oder diese Angebote annehmen bzw. modifizieren. Beispielsweise können sie den Tod im religiösen Sinne als Erlösung oder Erfüllung ansehen,



im medizinischen Sinne als Unumgänglichkeit begreifen, im rechtlichen Sinne als Verdinglichung interpretieren, im philosophischen Sinne als Grenzerfahrung deuten, im wirtschaftlichen Sinne als Belastung abbuchen, und sie können diese und andere Konzepte miteinander kombinieren. Doch wie auch immer Hinterbliebene mit dem Abschiednehmen von einer geliebten Person umgehen, sie tun dies auf der sozialen Bühne. Sie nutzen Kulissen, Requisiten, Drehbücher, dramaturgische Einfälle und darstellerische Mittel, die nicht *sie selber* mitbringen, sondern die sie von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt bekommen.

## Im Feld der Toten

Es wurde oben bereits betont: Die moderne Gesellschaft stellt Menschen, die ihre Lebenswelt mit den Sterbenswelten ihrer Angehörigen, oder überhaupt toter Personen verbinden wollen, Raum zu Verfügung. Damit sind nicht lediglich die maßgeblichen Freiheiten *im Denken* gemeint, die es Akteuren erlauben, das Thema Tod eigenwillig anzugehen bzw. Todeserfahrungen autonom zu interpretieren und zu gestalten: von der Selbstmordplanung über die Organspendeproblematik bis hin zur Patientenverfügung. Selbst solche medizinhistorisch zeitweilig tabuisierten Themen wie die Klärung der Frage, ob hirntote Schwangere, die gebären, *lebendige Tote* sind, lassen sich heute (bedingt) öffentlich diskutieren (Schneider 2011). Bei all der Vielfalt der Stimmen, die sich gleichberechtigt zu Wort melden, fehlen nämlich Verbindlichkeitsregeln, die den Diskurs steuern; sie fehlen, weil Leben, Sterben und Tod fundamentale Angelegenheiten sind, die keine eindeutigen Positionen zulassen.

Diesen vorrangig kommunikativen Aspekten gegenüber steht der wesentlich traditionsreichere und ›handgreifliche‹ Rahmen, den die Existenz der Institution *Friedhof* aufspannt. Die circa 32.000 Friedhöfe in Deutschland sind hinsichtlich ihrer Ausgangsfunktion Orte der *Verwaltung des Todes*, ganz gleich, ob sie sich nun in kirchlicher Trägerschaft befinden oder als Gemeindegut ohne konfessionelle Bindung auskommen (dazu ausführlich Benkel 2012). Sie können als Friedwald oder Ruheforst privatwirtschaftlich organisiert oder als historische Erinnerungstätte mehr Denkmal als Bestattungsareal sein; all diese Details ändern nichts an den Kernaufgaben. Friedhöfe sind topografische Arrangements, die das Problem der Sterblichkeit verräumlichen. Sie spiegeln die moralischen, juristischen, bautechnischen und natürlich auch sozialinteraktiven Dynamiken ihrer Zeit und folgen, mehr oder weniger schwungvoll, den Entwicklungslinien des gesellschaftlichen Wandels nach. Als *Nekropole* fungiert der Friedhof denjenigen gegenüber, die diese Bestattungsform den mittlerweile vorhandenen Alternativen vorziehen, wie ein Ort der *Rückvergemeinschaftung*. Keiner der ›Grabesbewohner‹ ist auf dem Friedhof toter als der andere, und alle teilen das (scheinbare) Schicksal, der sozialen Welt abhandengekommen zu sein. Selbst die dereinst in der Grabgestaltung sichtbare Statusdifferenz zu anderen Gräbern ist heute nicht mehr gängig; ein weiteres Merkmal der Distinktion stirbt aus. Dieser vermeintlichen Eindämmung des Partikularen zum Trotz spielen sich in zeitgenössischen Grabgestaltungen kleinere und größere Dramen ab; hier wird um Abschied und Erinnerung gerungen, hier werden Traditionen gepflegt, verworfen und wieder aufleben gelassen; hier setzen sich Körperbilder und die Spiegelung des Alltagserlebens immer stärker durch, aber auch die

traditionellen Darstellungsanliegen behaupten sich. All dies geschieht, weil der Friedhof selbst ein sozialer und somit ein *lebendiger* Ort ist: Die Sinnzuschreibungen, die er auf sich zieht, und die Sinnangebote, die er unterbreitet, kommen von Lebenden – und richten sich an Lebende.

Das oben angesprochene Forschungsprojekt offenbart, dass spezifische Formen der Erinnerungskultur und der Abschiedsgesten auf dem Friedhof der Gegenwart vor allem im Zusammenspiel mit Individualisierungstendenzen eingebracht werden (Basis der Feldforschung: über 850 Friedhöfe im deutschsprachigen Raum, neben Interviews, Beobachtungen und Sekundäranalysen; zur Methode näher Benkel, Meitzler 2015). Der diagnostische Blick kommt um weitere Einflussgrößen wie die Säkularisierung, die Entsakralisierung ehemals religiös besetzter Felder, und um die Pluralisierung von Wertvorstellungen zwar nicht herum; doch die Individualisierung ragt unter diesen Einflussgrößen hervor. Die verstärkte Präsenz des Individuums als ›Zielsubjekt‹ bestattungskulturellen Handelns ist Produkt und zugleich Produzent der gegenwärtigen Transformation der Friedhöfe. Es geht längst nicht mehr nur darum, dass dort tote Körper unsichtbar gemacht werden, sondern es geht vermehrt darum, dass dies im Zuge einer Feier der (verlorenen) Lebenswelt erfolgt. Eben dies soll in Sprüchen und Bildern, durch das Ablegen von Gegenständen und durch Lebendigkeitsevokationen wie Statuen und Fotos (Benkel, Meitzler 2014b) auf Jahrzehnte hinaus festgeschrieben werden.

Stellvertretend für die Fülle an gewonnenen Erkenntnissen sollen an dieser Stelle zwei herausragende Trends angesprochen werden. Zunächst soll es um die *Visualisierung des Körpers* gehen, im Anschluss um *Grabinschriften*.

Sowohl die Erdbestattung wie auch die Kremation, die seit dem Feuerbestattungsgesetz von 1934 als maßgebliche Beisetzungsformen etabliert sind, sorgen für einen Ausschluss des toten Körpers aus dem Blickfeld der Angehörigen und überhaupt aus der Gesellschaft. Gesetzliche Vorschriften wie etwa der Verlust der Persönlichkeitsrechte mit dem Eintritt des Todes flankieren diesen Ausgliederungsprozess. Bis auf wenige Ausnahmekontexte, zu denen beispielsweise Medienbilder gehören, haben Leichen keine Visualität. Die darauf beziehbare These, dass sich eine »neue Sichtbarkeit des Todes« (Macho, Marek 2007) abzeichnet, trifft indes auch auf den Friedhof zu. Dem Körper einer verstorbenen Person wird hier mehr und mehr eine ›Wiederkehr‹ im Angesicht ihres Todes ermöglicht. Allerdings geht es dabei nur am Rande um das Hervorheben des *toten* Körpers. Zentral ist vielmehr die Betonung der *gewesenen* Lebendigkeit, die diesen Körper dereinst ›beseelt‹ hat. Auszugehen ist also von den »zwei Körpern der Toten« (Benkel, Meitzler 2013: 58ff.). Da ist zunächst der *erste* Körper, der im Augenblick des Todes (vielmehr: im Augenblick der institutionell abgesicherten Todesfeststellung) einen Dinglichkeitsstatus angenommen hat und der niemals wieder die vertrauten sozialen Verhaltensweisen zur Schau stellen wird, die er ein Leben lang beherrschte. Dieser erste Körper ist das biologische Substrat der sozialen Handlungen, die eine Person mit ihrem Körper verwirklicht, und dieser erste Körper stirbt und wird durch Bestattungsrituale beseitigt.

Dem steht der *zweite Körper* gegenüber. Er ist der Körper, der sich in der Erinnerung der Hinterbliebenen als sozial wirksam agierender Körper zeigt. Im Alltag wird gemeinhin das Körperagieren mit dem Personensein zusammen gedacht; »Körper haben« steht hier üblicherweise für »Körper sein« (Gugutzer 2010: 146f.). Das ist insofern eine zuverlässige Heuristik, als Akteure in der Tat stets *mithilfe ihres Körpers* handeln und zudem über den Umweg ihres Körpers sozial adressiert werden. Wenn ein Mensch stirbt, ist zwar sein physisches Wirken unterbunden, im

Gedenken der (Über-)Lebenden sind diese Wirkweisen aber noch für eine Weile präsent. Dieser, der *soziale Körper*, ist es, der auf dem Friedhof zunehmend in Szene gesetzt wird. Zu den diesbezüglichen Inszenierungstechniken gehören vor allem zwei Trends: Noch etwas weniger populär, aber immer häufiger anzutreffen sind *Statuen*. Angelehnt an die traditionellen Vergänglichkeitssymbole wie die Engels- oder die Marienstatue handelt es sich um mitunter lebensgroße Figuren, die aber eben nicht in einen überzeitlichen Darstellungsgestus verfremdet sind, sondern verstorbene Personen so zeigen, wie sie als lebendige Körper ausgesehen haben. Von einer fotorealistischen Abbildung kann nicht gesprochen werden, weil die Beschaffenheit der Statuen keinen Zweifel an ihrer Stilisierung lassen. Aber es liegt dennoch ein enger Bezug hin zur lebensweltlichen Wirklichkeit der Toten vor, die unmittelbar und konkreter ausfällt, als es Textinschriften oder gar die traditionelle Grabgestaltung sein könnten.

Der dominierende Trend im Bereich der (Körper-)Visualisierung an Gräbern ist dem gegenüber ein bescheideneres, aber auch formbareres Medium. Die *Grabsteinfotografie* liegt auf deutschen Gottesäckern seit etwa 20 Jahren wieder im Trend. Schon in den ersten Jahrzehnten der Kulturgeschichte der Fotografie, also noch im 19. Jahrhundert, hat es Personenporträts auf Friedhöfen gegeben. Diese so genannten Porzellanfotos sind aber wegen der begrenzten Aufbewahrungsfristen der Gräber kaum erhalten geblieben, sofern es sich nicht – wie etwa auf dem Wiener Zentralfriedhof – um ›Ewigkeitsgrabstätten‹ handelt. Spätestens in der Zeit des Dritten Reiches, als die Kollektividee zum gesellschaftlichen Ideal deklariert wurde, waren derart individualistische Festschreibungen unpopulär, und ein Neustart der Grabsteinfotografie nach dem Ende der NS-Zeit erfolgte nur sehr zaghafte. Erst ab den 1980er Jahren bekommt die (zuvor am ehesten bei Kindergräbern tolerierte) Idee, den Aufbewahrungsraum des toten Körpers mit dem Bild seiner Lebendigkeit zu kontrastieren, neuen Auftrieb – vermutlich nicht zuletzt aufgrund der weiten Verbreitung dieser Praxis in südeuropäischen (Urlaubs-)Ländern. Heute sind Grabsteinfotos längst zu einem gewohnten Anblick geworden. Auch auf Dorffriedhöfen trifft man sie an, und die gewählten Motive bieten einen Querschnitt durch die Gesellschaft: Alle Altersklassen, vom Säugling, ja sogar vom Fötus bis zum Greis, sind vertreten; bei den ausgewählten Bildern handelt es sich mal um die Präferenz der Hinterbliebenen, die die Grabgestaltung verantworten, und mal um zu Lebzeiten geäußerte Vorlieben der Abgebildeten; es gibt Pärchen- und Familienmotive, selbst Freundeskreise und Schulkassen sind bisweilen abgebildet; vom professionellen Profilbild bis zum Urlaubsfoto und Alltagsschnappschuss ist ferner jedes denkbare Fotogenre berücksichtigt.

Beide, Statue und Fotografie, stellen durch ihre Vergegenwärtigung der gewesenen Lebendigkeit ein Gegengewicht zu der traditionellen Grabkonzeption dar, bei der – wenn überhaupt – häufig auf eine Zukunftsperspektive abgestellt wurde. Das familiäre Wiedersehen im Jenseits oder in himmlischen Sphären hatte nicht nur eine tröstliche Komponente, sondern stand im Einklang mit dem christlichen Todesbild, für das der Körper nur eine ›Durchgangsstation‹ war, die man verlassen und hypothetisch auch wieder betreten konnte (Brüntrup et al. 2010). Die Zurschaustellung des Gewesenen, für welche die Körperreferenz am Grabstein ein modellhaftes Beispiel ist, zelebriert anstelle dieser Zuversicht eine Rückversicherung. So ist dieses Leben – kompakt auf den (bildhaften) Punkt gebracht – gewesen; und so soll es auch erinnert werden, könnte die Botschaft der Körpervisualisierung sein. Außerdem werden die Betrachter, sowohl die zufälligen wie auch die absichtlich das Grab aufsuchenden, mit einer ›physischen Direktheit‹

konfrontiert, die das Unsichtbarmachen des *ersten Körpers* auf eigenwillige Weise kontrastiert. Und nicht zuletzt stabilisieren diese Darstellungsweisen die Erinnerungsleistungen derjenigen Akteure, die den Toten nahe standen (Benkel 2013). Sie setzen der relativen Flüchtigkeit der Erinnerung den Ausdruck einer vermeintlich unveränderlichen ›Tatsächlichkeit‹ entgegen, die überdies als eine Art Beweismittel für die (gemeinsame) Vergangenheit fungiert.

Aufschlussreiches Material lässt sich, neben vielem anderen, auch aus *Grabinschriften* generieren. Das traditionelle Vorbild stellen in der westlichen Welt Bibelzitate und Psalme dar, die den individuellen Todesfall symbolisch in das Kollektivschicksal des Sterbenmüssens einzurahmen wussten. Ihr Tonfall ist überwiegend ein optimistischer, wenngleich statt konkreter Adressierungen Auskünfte im Modus nüchterner ›Sachdienlichkeit‹ überwiegen, die folglich wie Fakten zu lesen sind. In der Bestattungskultur wurden angesichts der immer deutlicher spürbaren Individualisierungsschübe mittlerweile aber die – vereinzelt schon vor den 1990er Jahren auffindbaren – *Privatpoesien* aufgewertet. Darunter sind Sinnsprüche zu verstehen, die einerseits aus dem Lebenskontext der verstorbenen Person stammen (oder sich unmittelbar darauf beziehen), und die andererseits hinsichtlich der Adressierungslage unzuverlässig sind. Der Tote mag zu den Lebenden sprechen, die Lebenden zu dem Toten, beide/niemand Benanntes zu Dritten, und auch neutrale Adressaten bis hin zum zufälligen Friedhofsbesucher werden dialogisch in den Kommunikationstext einbezogen.

Zu Lebzeiten ist es eine überaus ungewöhnliche und gewiss auch verstörende Erfahrung, mit der Mitteilung konfrontiert zu werden: »Du bist tot« (Descola 2011: 383). Auf dem Friedhof der Gegenwart haben sich entsprechende Aussagen hingegen etablieren können. Das Totsein, aber auch das (vorläufige) Überlebthaben der Angehörigen wird hier in unterschiedlichen Ausschmückungen zum Ausdruck gebracht.<sup>3</sup> Hinzu kommen Botschaften, die im Ausgang von der Todessituation einer Person diese über zwischenzeitliche Ereignisse unterrichten und/oder persönliche Befindlichkeiten des (ehemaligen?) sozialen Umfeldes zum Inhalt haben. In diese Kategorie fallen Geburtstags- oder Hochzeitstagsgrüße, Einladungen zur Konfirmationsfeier, selbst nachträgliche Beglückwünschungen zu beruflichen oder privaten Erfolgen säumen die Gräber. Bei den Adressierungen der Verstorbenen überwiegen Inschriften bzw. abgelegte Nachrichten, die entweder retrospektiv das Gestorbensein als Verlust betrauern (bzw. das Gelebthaben als Gewinn zelebrieren), eine wie auch immer geartete gemeinsame Zukunft entwerfen, oder die genau das Gegenteil skizzieren, nämlich die endgültige Trennung, die nicht wieder kompensiert werden kann. Die Basis dieser Zueignungen ist stets die (nicht immer ausgesprochene) geteilte Lebenszeit, also die Phase der wechselseitigen sozialen Präsenz. Nach dem Tod endet sie für die Hinterbliebenen zunächst noch nicht, wie die hier aufgezählten Inschriften beweisen. Mit dem Tod hat sich zwar alles verändert, aber die übliche soziale Vertrautheit wird deswegen nicht schlagartig aufgegeben.

Am Grab vermerkte Aussprüche der Toten sind schon deshalb aufschlussreich, weil dabei zumeist die Trauernden entscheiden, was ihnen die verstorbene Person mitzuteilen gehabt hätte. Oft stehen Abschiedsworte, Mahnungen und Warnungen im Vordergrund, die bald gemäß üblicher Formulierungen und bald hochgradig individuell ausfallen, und auch Zufrieden-

<sup>3</sup> Die aufgeführten Beispiele sind dem Bildarchiv des Forschungsprojekts entnommen, das gegenwärtig ca. 50.000 Fotografien posttraditionaler Grabsteinvariante versammelt.

heit über ein erfülltes Leben wird bisweilen bekundet. Seltener sind konfliktrüchtige Aussagen, etwa das düstere Versprechen »Mein ist die Rache«. Resignative Schlussfolgerungen (zum Beispiel das Bekenntnis »Ich wollte das Beste für meine Familie, habe es aber nicht erreicht«) kommen dem gegenüber häufiger vor. Als weitere Adressierungsvariante kommen ungenannte oder transzendente Gesprächspartner in Frage. Dabei wird häufig über die Toten gesprochen, als fände am Fuße des Grabes ein imaginärer Austausch über ihre Lebensleistungen statt. Zu der bunten Vielfalt, die in diesem Zusammenhang sichtbar wird, gehören sogar in Stein gemeißelte Zwiegespräche zwischen den Hinterbliebenen und Gott, an den der Verstorbene laut Inschrift zwar nicht geglaubt hat, mit dem er nachträglich nun aber doch versöhnt wird.

Die genannten und viele weitere Beispiele, die im Projektarchiv abgelegt sind, dokumentieren ein Breiterwerden des Sozialverhältnisses zwischen Leben und Tod, konkret: zwischen lebenden Akteuren und toten Angehörigen. Selbst port mortem sind noch Revisionen der sozialen Beziehung möglich, die dann auch ausbuchstabiert werden. Von einem »Schlussstrich«, der die soziale Welt von ihren Verstorbenen ein für alle Mal trennt, kann angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen – und insbesondere angesichts ihres Echos in den Begräbnisstätten – nicht (mehr) gesprochen werden. Die empirische Sozialforschung ist das Instrument, das akut ablaufende Veränderungen, ihre Hintergründe und ihre möglichen Folgen zu reflektieren hilft. Sie leistet dadurch nicht weniger als einen Beitrag zum Verständnis der Rolle, die die Sterblichkeit in und für die moderne Gesellschaft spielt.

## Literatur

- Ariès, P. 2002: Geschichte des Todes. München: dtv.
- Benkel, T. 2007: Die Signaturen des Realen. Bausteine einer soziologischen Topographie der Wirklichkeit. Konstanz: UVK.
- Benkel, T. 2008: Der subjektive und der objektive Tod. Ein Beitrag zur Thanatosoziologie. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 32. Jg., Heft 2/3, 131–153.
- Benkel, T. 2012: Die Verwaltung des Todes. Annäherungen an eine Soziologie des Friedhofs. Berlin: Logos.
- Benkel, T. 2013: Bilder der Erinnerung. Vom Gedächtniswissen zur Festschreibung durch Fotografie. In R. Lehmann, F. Öchsner, G. Sebald (Hg.), *Formen und Funktionen sozialen Erinnerens. Sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen*. Wiesbaden: Springer VS, 131–151.
- Benkel, T. 2015: Todesrituale. Zur sozialen Dramaturgie am Ende des Lebens. In R. Gugutzer, M. Staack (Hg.), *Körper und Ritual. Sozial- und kulturwissenschaftliche Zugänge und Analysen*. Wiesbaden: Springer VS, 335–360.
- Benkel, T., Meitzler, M. 2013: Sinnbilder und Abschiedsgesten. Soziale Elemente der Bestattungskultur. Hamburg: Kovac.
- Benkel T., Meitzler M. 2014a: Trauer und Transzendenz. Das gemeinschaftsstiftende Potenzial von Begräbnisritualen. In M. Löw (Hg.), *Vielfalt und Zusammenhalt*. Frankfurt am Main, New York: Campus, unpag. (CD-Rom).
- Benkel, T., Meitzler M. 2014b: Sterbende Blicke, lebende Bilder. Die Fotografie als Erinnerungsmedium im Todeskontext. *Medien & Altern. Zeitschrift für Forschung und Praxis*, Heft 5, 41–56.
- Benkel, T., Meitzler M. 2015: Feldforschung im Feld der Toten. Unterwegs in einer Nische der sozialen Welt. In J. Reichertz, A. Poferl (Hg.), *Wege ins Feld. Methodologische Aspekte des Feldzugangs*. Essen: Oldib, 235–250.

- Bette, K.-H. 1989: Körperspuren. Zur Semantik und Paradoxie moderner Körperlichkeit. Berlin, New York: de Gruyter.
- Blumenberg, H. 1979: Schiffbruch mit Zuschauer. Paradigma einer Daseinsmetapher. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brüntrup, G., Rugel, M., Schwartz, M. (Hg.) 2010: Auferstehung des Leibes – Unsterblichkeit der Seele. Stuttgart: Kohlhammer.
- Butler, J. 2005: Gefährdetes Leben. Politische Essays. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Cioran, E. M. 1987: Der zersplitterte Fluch. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Derrida, J. 2007: Jedes Mal einzigartig, das Ende der Welt. Wien: Passagen.
- Descola, P. 2011: Leben und Sterben in Amazonien. Berlin: Suhrkamp.
- Elias, N. 2002: Über die Einsamkeit der Sterbenden in unseren Tagen. In N. Elias, Gesammelte Schriften, Bd. 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9–90.
- Feldmann, K. 2010: Tod und Gesellschaft. Sozialwissenschaftliche Thanatologie im Überblick. Wiesbaden: VS.
- Foucault, M. 1991: Andere Räume. In M. Wentz (Hg.), Stadt-Räume. Frankfurt am Main, New York, 65–72.
- Gross, P. 2008: Endlich. Der Stachel des Todes. In C.Y. Robertson-von Trotha (Hg.), Tod und Sterben in der Gegenwartsgesellschaft. Eine interdisziplinäre Auseinandersetzung. Baden-Baden: Nomos, 253–260.
- Gugutzer, R. 2010: Soziologie des Körpers. Bielefeld: transcript.
- Heidegger, M. 1993: Sein und Zeit. Tübingen: Niemeyer.
- Herzog, M., Fischer, N. (Hg.) 2003: Totenfürsorge. Berufsgruppen zwischen Tabu und Faszination. Stuttgart: Kohlhammer.
- Kant, I. 1977: Anthropologie in pragmatischer Hinsicht. In I. Kant, Werkausgabe, Bd. 12. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 395–690.
- Knoblauch, H. 2005: Wissenssoziologie. Konstanz: UVK.
- Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 2005: Unverständliche Wissenschaft. Probleme einer theorieeigenen Sprache. In N. Luhmann, Soziologische Aufklärung, Bd. 3: Soziales System, Gesellschaft, Organisation. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 193–201.
- Macho, T., Marek, K. (Hg.) 2007: Die neue Sichtbarkeit des Todes. München: Fink.
- Meitzler, M. 2011: Soziologie der Vergänglichkeit. Zeit, Altern, Tod und Erinnern im gesellschaftlichen Kontext. Hamburg: Kovac.
- Meitzler, M. 2012: Tot sind immer nur die anderen. Das eigene Lebensende zwischen Sterblichkeitswissen und Nicht-Erfahrbarkeit. Soziologie-Magazin, 5. Jg., Heft 1, 22–38.
- Nagel, T. 1992: Der Blick von nirgendwo. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nassehi, A., Weber, G. 1989: Tod, Modernität und Gesellschaft. Entwurf einer Theorie der Todesverdrängung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sartre, J.-P. 2001: Das Sein und das Nichts. Versuch einer phänomenologischen Ontologie. Reinbek: Rowohlt.
- Schmitz, A., Neumann-Braun, K. 2008: Die Welt der Gothics. Spielräume düster konnotierter Transzendenz. Wiesbaden: VS.
- Schneider, W. 2011: Das andere Leben im »toten« Körper. Symbolische Grenzprobleme und Paradoxien von Leben und Tod am Beispiel »hirntoter« Schwangerer. In P.-I. Villa, S. Moebius, B. Thiessen (Hg.), Soziologie der Geburt. Diskurse, Praktiken und Perspektiven. Frankfurt am Main, New York: Campus, 155–182.
- Schneider, W. 2014: Sterbewelten. Ethnologische (und dispositivanalytische) Forschung zum Lebensende. In W. Schneider, M. W. Schnell, H. Kolbe (Hg.), Sterbewelten. Eine Ethnographie. Wiesbaden: Springer VS, 51–138.
- Schütz, A. 1971: Symbol, Wirklichkeit und Gesellschaft. In A. Schütz, Gesammelte Aufsätze, Bd. 1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff, 331–411.
- Streckeisen, U. 2001: Die Medizin und der Tod. Über berufliche Strategien zwischen Klinik und Pathologie. Opladen: Leske+Budrich.

Ad-Hoc-Gruppe »Systemtheorie als kritische Theorie? Zur Normativität und  
Kritikfähigkeit einer amoralischen und apolitischen Theorie«  
– organisiert von Jasmin Siri und Kolja Möller

# Kann man mit Systemtheorie Gesellschaftskritik üben?

Zur Unterscheidung der Begriffe »System« und »Gesellschaft« und der Begriffe »Theorie« und »Kritik«

Maren Lehmann

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Systemtheorie als kritische Theorie? Zur Normativität und Kritikfähigkeit einer amoralischen und apolitischen Theorie« – organisiert von Jasmin Siri und Kolja Möller*

Die Frage, die ich mir und Ihnen heute vorlege, verdanke ich Jasmin Siri. Sie sprach von einem »thematisch vielleicht etwas abseitigen Anliegen«, nämlich mich »als Schlusskommentatorin oder Vortragende zum Thema ›Kann man mit Systemtheorie Gesellschaftskritik üben?‹ für eine beantragte Gruppe [...] zum Thema ›Systemtheorie als kritische Theorie? Zur Normativität und Kritikfähigkeit einer amoralischen und apolitischen Theorie« einzuladen.

In der Tat wäre es ›abseitig«, wenn ich versuchen würde, einen ›Schlusskommentar‹ auf die Systemtheorie (oder die Soziologie, oder die Theorie, oder die Gesellschaftskritik) abzugeben. Das ist schon so oft gemacht worden, dass ich dem nichts hinzuzufügen habe. Die Systemtheorie hatte ihr Ende schon hinter sich, als sie überhaupt soziologisch aufzutreten begann. Und die Soziologie selbst war ja, wenn man Comte da richtig versteht, nur im Modus des möglichen Endes überhaupt möglich. Das Ende eines »zweihundertjährigen Stils«, in dem »die bürgerliche Soziologie das Spiel von Kritik und Krise« inszeniert - und das ist, Koselleck folgend, nichts anderes als das Spiel um die Möglichkeit des Endes -, hat Luhmann (1991: 147) auch schon dämmern sehen. Es gibt eine gewisse Neigung des Bürgertums oder des Bürgerlichen zur Apokalypse, die sich unter dem Namen der Soziologie weniger versteckt als eben: offenbart hat; dieser Neigung versuchte die Mahnung zur Kritik zu begegnen, seit Kant (1784) sie (diese Neigung, also die Bürgerlichkeit) als Syndrom von »Faulheit und Feigheit« bestimmt hat: zu »bequem«, »mehr als Maschine« zu sein, zu »schüchtern«, um öffentliches »Fallen« zu riskieren, und zu gutsituiert, um den Untergang für unüberwindbar zu halten, solange man »nur bezahlen« kann. Das Ende ist nichts als »a good story« (Weick), die man unbedingt lesen will. Diese ›tolle Geschichte‹ war zuerst als Sturz unter die *Höllenmaschine von Paris* (Jean Paul) und in die Gruben und Fabriken erzählt und dann als *friedlicher* Lauf durch einen ungarischen Zaun direkt in die *Freiheit* der bundesdeutschen Sozialämter wiederholt worden (ein Marsch übrigens, der verblüffenderweise das Ende der Aufklärung und damit das Ende der bürgerlichen Gesellschaft in den beiden Kriegen des 20. Jahrhunderts zu einem Ende machte, das man nun auch glücklich hinter sich ge-



bracht zu haben meinte). Aus dieser Bestimmung der ›bürgerlichen Soziologie‹ als eines zum Voyeur gewordenen Beobachters der Differenz von Tragödie und Farce (Marx) entwickelt Luhmann die erwähnte These des Endes der kritischen Soziologie - übrigens mit dem Hinweis, Zuschreibungen wie Unmündigkeit, Faulheit, Feigheit seien eine »Zumutung der Philosophen an andere, sich so beschreiben zu lassen« (Luhmann 1991: 148), eine Zumutung, die man nicht hinnehmen müsse.

Vermutlich lohnt es sich daher, zwar das Ansinnen eines Schlusskommentars für abseitig zu halten, nicht aber unsere Fragestellung: *Kann man mit Systemtheorie Gesellschaftskritik üben?* Ich werde vorschlagen, das *man* ebenso zu streichen wie das *üben*. Denn ich vermag einerseits einen derart beliebig verallgemeinerbaren Beobachter wie das *man* nicht zu plausibilisieren und möchte daher an dessen Stelle die Systemtheorie selbst setzen. Andererseits möchte ich die so therapeutischen wie unterwürfigen Assoziationen des *Kritik üben* vermeiden (*konstruktive Vorschläge* machen, aber nicht *widersprechen*; hierher gehört auch die Formulierung ›Kritikfähigkeit‹, womit neben der Übung in Konstruktivität schließlich auch die Übung in der Hinnahme von Destruktivität gemeint ist: *einstecken lernen*); daher möchte ich an dessen Stelle die Kritik selbst setzen. Die Fragestellung lautet daher knapper: Ist die Systemtheorie Gesellschaftskritik? Oder anders, nämlich kritischer: Unterscheiden sich Systemtheorie und Gesellschaftskritik? Wenn ja: wie? Wenn nein: wieso nicht?

Um mich dieser Frage auszusetzen, nehme ich, wie im Abstract angekündigt, die beiden Kompositionen auseinander, kreuze sie und frage nach der Relationierung der Begriffe *System*, *Gesellschaft*, *Theorie* und *Kritik*. Schon in dieser Anlage wird eine mögliche Antwort auf die Frage sichtbar, weil sie die fragliche Gegenüberstellung in einen komplexer angelegten Kontext zu übersetzen versucht, um deutlich machen zu können, dass die Gegenüberstellung eine Unterscheidung markiert, aber keine Alternative. Um die Ersetzung des *man* durch die Systemtheorie ernst zu nehmen, nehme ich deren Position ein und ziehe zur Diskussion der Fragestellung vor allem vier Texte Luhmanns heran:

- 1) *Soziologische Aufklärung* (zumindest im Inhaltsverzeichnis unter dem Titel *Soziale Aufklärung* in Luhmann 1970: *Soziologische Aufklärung*); sodann
- 2) *Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse* sowie
- 3) *Kritik oder Apologie - oder die Unsicherheit der Gesellschaftstheorie* (beide aus Habermas, Luhmann 1971: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*).

Diese drei Texte sind allesamt allgemein bekannt und völlig vergessen; sie seien daher zunächst so bündig wie möglich referiert, um dann - gewissermaßen als *Schlusskommentar* dieser Texte - mit Blick auf das Krisenproblem mittels einer weiteren Lektüre eine abschließende und weitergehende These zu formulieren und möglichst auch in aller gebotenen Knappheit zu begründen:

- 4) *Am Ende der kritischen Soziologie* (Luhmann, 1991).

Es ist gute soziologische Praxis, solche Fragestellungen exemplarisch zu diskutieren; ich müsste aber, um das tun zu können, wissen, wofür der Begriff oder das Problem ›Gesellschaft‹ überhaupt exemplarisch ist. Das aber wäre zu klären.

Vorangestellt seien - ohne weitere Erläuterung - folgende Festlegungen:

- a) ein *System* soll hier heißen jede Form einer sich selbst kontextualisierenden Relation bzw. jede Form einer sich selbst eine Umgebung entwerfenden und diese Umgebung als eigenes Anderes reflektierenden Unterscheidung;
- b) als *Gesellschaft* soll hier bezeichnet werden der soziale Horizont funktionaler Differenzierung;
- c) als *Kritik* soll hier verstanden werden jede Beobachtung von Beobachtungen auf deren Kontingenz hin, also auch jede Beobachtung von Systemen auf deren Komplexität hin und jede Beobachtung von Gesellschaft auf deren In- bzw. Exklusivität hin;
- d) eine *Theorie* soll hier heißen jede Form der argumentativen Veranschaulichung von Grenzen (Relationen, Differenzen, Distinktionen, Beobachtungen, Unterscheidungen), namentlich auch von Disziplinargrenzen. Eine soziologische Theorie veranschaulicht in jedem ihrer Argumente immer auch die Grenzen der Soziologie.

Ich erinnere an Kants Überlegung, Bürgerlichkeit bezeichne eine Unterwerfung aus Bequemlichkeit (Faulheit, Feigheit), der auch durch Kritik (also Aufklärung) nicht beizukommen sei, weil sie Kritik als *good story* immer nur genüsslich bezahlt und immer nur genüsslich liest (nicht als Aufklärung, sondern als Verklärung ihrer selbst). Ich erinnere an diese ›Zumutung‹, um meine Beschränkung auf altbekannte Texte zu begründen und in aller Vorsicht zu entschuldigen.

Wir beginnen mit unseren Lektüren.

### Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung* (1970)

Diese Vorlesung beginnt mit einer diagnostischen Anstrengung: der *Abklärung der Aufklärung*. Es sei »bezeichnend, dass die Grenzen des Aufklärungsgedankens gesehen, aber die Kosten der Aufklärung nicht wirklich gegengerechnet werden«, heißt es zunächst (66). Und weiter: »Die Formulierung soziologischer Aufklärung hat ... etwas Gewagtes, Einseitiges, Nichtselbstverständliches«, weil sie »etwas zusammen[zieht], was ... als eine historische Differenz bewusst war« (ebd.), nämlich das 18. Jahrhundert, das Jahrhundert der Aufklärung im Medium der »Vernunft«, d.h. der Aufklärung frei oder sich selbst freizeichnend »von allen Bindungen an Tradition und Vorurteil« (ebd.), und das 19./20. Jahrhundert, das Jahrhundert der Soziologie im Medium der »feststellbaren Fakten und sozialen Verhaltensbedingungen«, nunmehr frei oder sich selbst freizeichnend von »voller Verantwortung für die Folgen ihres [nämlich des soziologischen] eigenen Tuns« (ebd.). Diese »These eines Nacheinanders von Aufklärung und Soziologie« verdanke sich einem »Abbruch« der Aufklärungshoffnung »mit harter Plötzlichkeit« im 19. Jh. (ebd.), der nicht mehr überzeugen könne. Worauf es ankäme, wäre, sich die damit »abgerissene[e]« Zeit wieder zu nehmen »für eine Abklärung der Aufklärung« (ebd.), also für die Frage, »ob und in welchem Sinne die Soziologie heute aufklärerische Züge trägt« (67).

Unsere erste Notiz muss also lauten, dass die Beobachtung der Aufklärung einerseits und der Soziologie andererseits die Annahme eines Traditionsabbruchs oder einer historisch-epistemologischen Katastrophe aufzugeben und die Gleichzeitigkeit beider Seiten ernst zu nehmen hat. Aufklärung und Soziologie sind als zwei Seiten einer Unterscheidung ernst zu

nehmen, und zwar (mit Dumont) einer inklusiven Unterscheidung. Das ist eine dezidiert kritische Position.

Der zweite Teil *Soziologie als Aufklärung* diskutiert die Möglichkeiten für die gesuchte Verknüpfung von Aufklärung und Soziologie im Kontext einer Unterscheidung. Der Sinn dieser Verknüpfung liege im Gewinn der Möglichkeit der »Erweiterung des menschlichen Vermögens, die Komplexität der Welt zu erfassen und zu reduzieren« (67). Luhmann nennt vier Punkte, die - darauf kommt es mir an - Kennzeichen der aufklärerischen, i.d.S. kritischen Soziologie sind und *daher* auch, mit gewissen Ergänzungen oder Verschiebungen, Kennzeichen einer systemtheoretischen Soziologie sein müssten:

1) *Inkongruente Perspektiven*: Nicht geschlossen-einheitliche Weltansichten, sondern offendistanzierende Beobachtungen sind gefragt, was der Soziologie »einen entlarvenden Zug« einbringt und sie auf ein »Geschäft der Enttäuschung« verweist, nämlich den Nachweis »sozialer Determination ... schon in den Wahrnehmungen und Bedürfnissen, in den Mythen, in den Selbstmordfrequenzen und im Konsum, in der Sprache selbst und erst recht in den Selbstverständlichkeiten der öffentlichen Moral« (68). Weder Welt noch Sinn können weiterhin irgendwie als homogen, geschlossen, kompakt verstanden werden. Folglich richtet sich die Aufklärung, die die Soziologie versuchen - oder genauer: die sie riskieren, die sie auf sich nehmen - muss, auf »die soziale Kontingenz der Welt«, auf den »Durchblick auf Grenzen der Aufklärung«, auf die »Abklärung der Aufklärung« (68). Luhmann riskiert diesen »Durchblick« später dadurch, dass er »die soziale Kontingenz der Welt« im Begriff der Gesellschaft als System beobachtet; hier macht er in voller Schärfe deutlich, dass die Soziologie nur dann der »abrutschenden.. Entlarvungsaufklärung einen Gehalt bietet«, wenn sie das Problem der »sozialen Kontingenz der Welt« zu »ihre[r] Theorie wird« (69). »Durchblick auf die Grenzen der Aufklärung« also heißt: Theorie, und zwar Theorie »der unfasslichen Komplexität einer sozial kontingenten Welt« (69) und genau in diesem Sinne: Soziologie. Keine middle-range theory, keine Bindestrich-Disziplin und schon gar keine anwendungsorientierte Forschung (die ja nur das Mögliche nach dem Akzeptablen durchforstet und daher jenen Durchblick als Anlass zur Umkehr vor dem Möglichen interpretiert) kann das leisten.

2. *Latente Funktionen*: Nicht Überblick und inklusive Berücksichtigung alles Möglichen ist gefordert, sondern - und sei es aus Gründen der Vermeidung von Überforderung - Ausblendung, Abschattung, »Verdrängung«, »eine gewisse Ignoranz« oder kurz: »Reduktion von Komplexität« (69). Der aufklärerische Impuls auch der Soziologie und gerade der Soziologie richte sich dabei auf den ausgeblendeten, abgeschatteten, verdrängten, ignorierten Bereich, versuche allerdings bisher nur, diese Komplexitätsreduktion zu denunzieren. Luhmann erinnert daran, dass eine solche Denunziation »verantwortbar« bleiben müsse (vgl. 70), dass sie also das Problem der Kognitions- und Handlungsökonomie, das durch Komplexitätsreduktion gelöst wird, respektieren müsse und nur dann denunzieren dürfe, wenn sie äquivalente Problemlösungen anbieten könne. Das kann nur heißen, dass die aufklärerische Position auf die Unterscheidung berücksichtigter und unberücksichtigter Bereiche zu achten hat, nicht auf nur einen der beiden Bereiche; und das kann außerdem nur heißen, dass die soziologische Beobachtung die Unterscheidungen, die ein sozialer Beobachter trifft, als Unterscheidungen in der Asymmetrie respektieren muss, die dieser Beobachter einzeichnet. Dieser Respekt ist die Voraussetzung für Kritik.

3. *Von Faktortheorien zu Systemtheorien*: Nicht Isolation von Ursachen und Bedingungen sozialen Handelns, sondern Verknüpfung bzw. Kontextualisierung (in Luhmanns Terminus: Funktionalisierung) möglicher Ursachen und möglicher Bedingungen ist Gegenstand soziologischer Beobachtung. Ersteres bezeichnet Luhmann als Faktortheorie, letzteres als Systemtheorie. Dieser Hinweis besagt, dass jede Kritik scheitern muss (sich »in unerträglicher Weise beschneide[t]«, heißt es 71), die Kontingenzprobleme von Komplexitätsproblemen zu trennen versucht. Der Vermeidung solchen Scheiterns bzw. der Verknüpfung von Kontingenz- und Komplexitätsproblemen dient die

4. *Funktionale Methode*, deren Gegenstand es ist, »alles, was ist, mit anderen Möglichkeiten zu vergleichen« (72), und dies - um das hier zu wiederholen - ohne das, »was ist«, angesichts dieser »anderen Möglichkeiten« als unzulänglich zu diskreditieren, sondern es als mögliche (nicht: unmögliche) Lösung des Komplexitätsproblems zu respektieren und Methoden zu entwickeln, die diesem Komplexitätsproblem gewachsen sind. Die funktionale Methode ist in diesem Sinne dezidiert kritisch gemeint; sie ist Kritik, weil sie (und solange sie) den »Durchblick auf die Grenzen der Aufklärung« diesseits dieser Grenzen riskiert. Das heißt nichts anderes als dass sie nicht andere herausfordert, sondern sich selbst. Die Grenzen der Aufklärung sind ihre Grenzen, die soziale Kontingenz der Welt ist ihre Kontingenz.

Dem Methodenproblem geht der dritte Teil *Erfassung und Reduktion von Komplexität* gründlicher nach. Luhmann sieht 1) vor allem ein Folgeproblem der Aufklärung als problematisch an: dass nämlich der vermutete lineare Zuwachs an Wissen zu einer Überforderung führt, die (solange das bereits bezeichnete Latenzproblem nicht akzeptiert ist) zu einer Privilegierung des Vergangenen im Modus des Bewährten führt, was der Aufklärung direkt zuwider läuft. Die Aufklärung, könnte man vielleicht sagen, vertraut sich selbst zu sehr und wird darüber vergesslich bis zur Borniertheit; und im Gegenzug kann eine antiaufklärerische Attitüde gerade das Vergessene romantisieren, ohne es auch nur andeutungsweise explizieren zu können. Das aber muss 2) eine »weltaufklärende Wirklichkeitswissenschaft« (73) wie die Soziologie leisten können; sie muss daher »das Problem der sozialen Komplexität in den Mittelpunkt rücken« (ebd.). Es ist nicht nur »prinzipiell unberechenbar«, »ob der andere überhaupt dasselbe erlebt wie ich, dieselben Dinge sieht, dieselben Werte schätzt, im selben Zeitrhythmus lebt, dieselbe Geschichte mit sich führt« (73). Vielmehr ist schlechterdings jede »unbezweifelbare[] Vernunftnotwendigkeit« und also jede Einheitsvorstellung und erst recht jede Einheitsnorm hinfällig und unplausibel (74). Aufklärung überzeugt daher nur als Form der »Erfassung und Reduktion von Komplexität« (ebd.) durch nichts anderes als eben »Erfassung und Reduktion von Komplexität«. Sie ist Form und Gegenstand ihrer selbst, also wird unvermeidlich 3) das Komplexitätsproblem zur Theorie (d.h.: zu Kritik). Sie muss das Komplexitätsproblem als sozial, *aber nicht als soziologisch* bereits gelöst betrachten; sie muss die Kontingenz aller Problemlösungen ansehen und zu ihrem methodischen Grundsatz machen und darf daher weder normativ noch axiomatisch vorgehen: nicht eine »Sprache der Axiome und ihrer [Entfaltungen bzw.] Konsequenzen«, sondern eine »Sprache der Probleme und ihrer Lösungen« sind soziologisch gefordert (75). Daher müssen Grenzprobleme in den Blick rücken, nicht aber Interieurs eines perfekten oder korrupten Ganzen - und daher sind 4) »System/Umwelt-Theorien«, nicht aber einfache Teil-Ganzes-Systemordnungsprogramme gefragt (75). Die System/Umwelt-Differenz ist - als Differenz, als

Grenze - der Gegenstand einer soziologischen Theorie, die sich der Herausforderung von Kontingenz und Komplexität stellt. In diesem Sinne seien Systeme »das Medium der Aufklärung« (76).

Wir erwähnen nur kurz, dass Luhmann im vierten Teil *Verwandte und konkurrierende Bemühungen* von einer Position aus formuliert, die er mit der (nun meinerseits groß geschrieben) Kritischen Theorie zu teilen meint und die er deswegen, behaupte ich, nicht nennen muss. Statt dessen erwähnt er die Transzendente Phänomenologie, die Kybernetik, die Theorie rationalen Handelns, die Rechtstheorie im Sinne v.a. der Normativitätstheorie, die Entscheidungswissenschaften im Sinne neuerer und neuester Informationsverarbeitungstheorien und sehr ausführlich die Geschichtswissenschaft, um die Zeit (und die Evolution sozialer Strukturen) als »Theoriekomponente« (83) wieder (oder erstmals) einzuführen und zu betonen, dass sich »alles ändern« lässt - »aber nicht alles auf einmal« (84). Unnötig vielleicht daran zu erinnern, dass das kein Witz ist, sondern eine Mahnung im Angesicht der apokalyptischen Inszenierungen des Totalitarismus.

Schließlich folgt, typisch für Luhmann, ein lapidarer pragmatischer Hinweis: Diese *Soziologie der Soziologie*, diese sich selbst aufklärende Aufklärung, diese Kritik »im Medium der Systeme« müsse sich - was sonst? - »als Arbeit organisieren« (86).

Nach all dem können wir als Zwischenstand festhalten: Systemtheorie ist nicht Gesellschaftskritik (der Ausdruck fällt im fraglichen Aufsatz allenfalls beiläufig), sondern Kritik der Beobachtung und Beschreibung von Kontingenz und Komplexität - und nur in diesem Sinne auch Kritik der Beobachtung und Beschreibung von Gesellschaft. Systemtheorie ist Soziologiekritik.

## 2) Niklas Luhmann: Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse (1971)

Es handelt sich hier - was kaum erwähnt werden muss, erst recht nicht in einem Arbeitskreis unserer Themenstellung - um das Auftaktreferat der Theoriedebatte zwischen Niklas Luhmann und Jürgen Habermas auf dem 16. Deutschen Soziologentag in Frankfurt 1968 - eine Debatte, die seither unter dem Namen *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie?* fragend, aber auch fragwürdig auftritt. Luhmann stellt sich der breiten Fachöffentlichkeit auch hier mit dem bereits diskutierten Problem einer theoretischen und methodischen Grundlegung der Soziologie vor, führt aber jetzt den Begriff der Gesellschaft prominent ein. Er fügt ihn exakt an der Stelle ein, an der er in seiner Antrittsvorlesung im Jahr zuvor von »sozialer Kontingenz der Welt« gesprochen hatte. Sehr genau im Sinne der Fragestellung, der ich mich hier ausgesetzt habe, bestimmt Luhmann das Thema als »Frage, ob Gesellschaft angemessen begriffen wird, wenn man sie als System begreift« (7). Zwei »konkurrierende Präentionen« (ebd.) seien damit markiert, nämlich die Bestimmung der Gesellschaft als etwas Besonderes und *zugleich* als etwas Allgemeines, als »eines unter anderen« (ebd.) und *zugleich* als eines, das alle anderen in sich einbegreift. Diese Gleichzeitigkeit ist offenbar das Systemproblem. Dieses Problem wird soziologisch bisher »eindeutig zugunsten der Gesellschaftstheorie entschieden« (ebd.). Denn den »aufs Ganze gehende[n] Anspruch« (8) verteidigt der Gesellschaftsbegriff (Luhmann verweist auf Adorno), während der Systembegriff einen auf Selektivität und Kontingenz gehenden Anspruch verteidigt, wenn er »nach wie vor nur die Möglichkeit zu[lässt], Gesellschaft als ein Sozialsystem unter anderen zu

begreifen« (ebd.). Luhmann konstatiert, dass ersteres in der Sozialtheorie, letzteres in der allgemeinen Systemtheorie weiterentwickelt wird, beides »weitgehend außerhalb der Soziologie« (8, 9), und stellt sich dem Problem einer Zusammenführung. Wieder also wird deutlich, dass das Programm der soziologischen Systemtheorie keine Alternative und kein Rivale der kritischen Theorie sein, sondern sich auf deren Seite stellen will - und sich deswegen der ›organisierten Arbeit‹ der Neuformulierung des Systembegriffs und des Gesellschaftsbegriffs stellt. Die Systemtheorie fordert die Kritische Theorie nur in dem Sinne heraus, dass sie sich von ihr *mit Blick auf das Bezugsproblem der Gesellschaft* herausgefordert sieht. Sie hat erkennbar gar keine andere soziologische Intention als eben: kritische Theorie zu sein.

Entsprechend führt Luhmann auch hier zunächst den Begriff der »sozialen Kontingenz der Welt« ein und nennt dies jetzt ausdrücklich das »Bezugsproblem der Gesellschaft«, das »eine Theorie sozialer Systeme« lösen können muss, wenn sie Gesellschaftstheorie sein will (10). Anschließend nennt er mit Ordnungsprogrammatiken, Gleichgewichtstheorien, adaptiven System/Umwelt-Theorien und Kybernetik vier Traditionslinien der Systemtheorie und fasst diese in der »allgemeine[n] These [zusammen], dass Systeme der Reduktion von Komplexität dienen, und zwar durch Stabilisierung einer Innen/Außen-Differenz« (11). Das »Problem der sozialen Kontingenz der Welt« muss und kann als Problem der »Reduktion von Komplexität« formuliert werden; gelingt das, so »kann die Systemtheorie ... Ausgangspunkt einer Theorie der Gesellschaft werden« (11). »Sie muss dazu nur«, ergänzt Luhmann in bewundernswertem Gleichmut, »Kontingenz in Komplexität umdefinieren« (ebd.). Soziale Kontingenz sei eine Form der Weltkomplexität, und zwar jene Form, die die Soziologie als Gesellschaftstheorie auszuarbeiten habe. Die Systemtheorie verfüge über die begrifflichen Mittel dieser Ausarbeitung.

Durch die Festlegung auf »sinnhaft identifizierte Systeme« (11) bzw. auf die »Grenzen dessen, was in Sinnzusammenhängen relevant sein kann« (11f.), schließt Luhmann sodann die soziologische Orientierung »am Organismus und an informationsverarbeitenden Maschinen« aus (11). Entscheidend ist für ihn der Hinweis darauf, dass Sinn ein Medium ist, das Selektivität zur Reduktion von Komplexität zwar strategisch einsetzt (vgl. 12), aber die soziale Kontingenz der Welt dadurch nicht löscht, sondern bewahrt. Dies, wenn überhaupt, ist der vielfach der Systemtheorie vorgehaltene Bewahrungsimpuls mit Blick aufs Soziale: dass, wie Luhmann schreibt, »die Welt sich nicht durch Akte der Selektion auf den jeweils gewählten Aufmerksamkeitsbereich zusammen[zieht], sondern als Horizont der Verweisung auf andere Möglichkeiten und damit als Bereich für anschließende weitere Selektionen erhalten [bleibt]« (12). Das ist, wie mit einem Seitenblick auf Kants Frage *Was ist Aufklärung?* leicht nachzuweisen wäre, eine ganz gezielt kritische Position, so dass man vielleicht sagen kann: der Begriff, der die Systemtheorie zur Gesellschaftstheorie macht - Sinn -, ist auch der Begriff, der die Systemtheorie zur kritischen Theorie macht - eben: Sinn. Einen anderen *Grundbegriff der Soziologie* hat Luhmann, um den an sich berühmtesten und wichtigsten Text in dem hier besprochenen Band zu erwähnen, nie festgelegt. Nicht System, nicht Gesellschaft, nur: Sinn; und Sinn nur bezogen auf ein einziges Bezugsproblem: das Problem der sozialen Kontingenz der Welt, das soziologisch (und nur: soziologisch) als Problem der Komplexitätsreduktion reformuliert werden muss.

In seinem Vortrag vor dem Soziologentag schließt Luhmann an dieser Stelle jene Parsons-Kritik an, die als *Zwar/Aber-Kritik* berühmt geworden ist. Parsons habe zwar Handeln nicht behavioristisch, sondern als Sinnbezug definiert; aber er habe diesen Sinnbezug als Eigenschaft des Han-

delns aufgefasst und damit sein kritisches Potential verfehlt (vgl. 13). Parsons habe zwar das Problem sozialer Ordnung nicht mehr nur politisiert, sondern als Strukturproblem verstanden; aber er habe die Strukturfrage als normativ vorentschieden behandelt und damit denselben Fehler wie hinsichtlich des Sinnproblems gemacht, nämlich das kritische Potential verfehlt und dieses Manko diesmal durch analytische Kleinkrämerei verdeckt (vgl. ebd.). Und Parsons habe zwar nach Binnenstrukturen gefragt, aber nicht nach Grenzen; er frage »nicht nach der Funktion von System überhaupt, von Struktur überhaupt« (14); das kritische Potential verfehle er also vollends und kompensiere diese fundamentale Niederlage durch »ein Riesenmodell interdependenten Variation von ungeheuerlicher Komplexität« (ebd.).

Nach der »Funktion von Gesellschaft« (Gesellschaft ›überhaupt, möchte ich ergänzen) (ebd.) könne daher Parsons auch nicht fragen; Gesellschaftskritik ist ihm unmöglich (aber er merkt es nicht, weil er in seinem Vierfeldernetz umherkruht). Luhmann nimmt das eingangs genannte Problem des englobement du contraire wieder auf, wenn er vorschlägt, die Funktion der Gesellschaft, ihr differentielles Spezifikum, auf der Ebene des Gesamtsystems *und nicht der Teilsysteme resp. Teilfunktionen* zu suchen. Die *Umfassung der Differenz, die die Gesellschaft ist*, durch eine ihrer Seiten muss dann nicht mehr durch die Politik und kann auch nicht mehr durch die Religion (das war Kants Problem) oder die Wirtschaft (das war Marx' Problem) geleistet werden, sondern *durch das System, das die Differenz System/Umwelt ist*. Gesellschaft sei also entweder »das jeweils größte, in sich funktional differenzierte Sozialsystem, neben dem es nur noch Sozialsysteme gleichen Typs gibt« (14f.); oder »diejenige Ebene der Systembildung, von der ab es funktionale Differenzierungen gibt« (15); oder - und dies ist der Punkt, der aus meiner Sicht entscheidend, also kritisch ist: »noch schärfer: Gesellschaft ist dasjenige Sozialsystem, das die letzterreichbare Form funktionaler Differenzierung institutionalisiert« (ebd.). Wir kommen darauf abschließend in den angekündigten knappen Reflexionen zum Krisenproblem zurück.

Sozialsysteme sind also »Sinnbeziehungen...«, die Komplexität reduzieren durch Stabilisierung einer Innen/Außen-Differenz« (15). Verschiedene Varianten der neueren Netzwerktheorie würden dies ganz ähnlich formulieren; einige der avanciertesten darunter würden darauf hinweisen, dass die Innen/Außen-Unterscheidung zugunsten jener Unterscheidungen ersetzbar ist, die Luhmann selbst später als Sinndimensionen (sachlich, zeitlich, sozial) bestimmt hat, und sie würden ergänzen, dass die Zeitdimension die entscheidende (kritische) unter diesen ist. Das kann uns hier nicht weiter beschäftigen, weil es Luhmann im fraglichen Vortrag nicht weiter beschäftigt hat - er fragt weiter nach der Möglichkeit von Gesellschaft als System. Was, so legt er nach, heißt ›letzterreichbar? Denn wenn es letzte Erreichbarkeiten gibt, so müssten diese auch letzte Gründe sein; ›letztlich und grundlegend« aber heiße »soviel wie: ins Unbestimmbare und Voraussetzungslose gebaut« (16), und es wäre - vorsichtig gesagt - nicht einfach, dies der soziologischen Kritik zugänglich zu halten. Luhmann formuliert daher den Ausdruck »letzterreichbare Form funktionaler Differenzierung« (15) um in »letzte, grundlegende Reduktionen« (16) und definiert: »Gesellschaft ist dasjenige Sozialsystem, dessen Strukturen darüber entscheiden, wie hohe Komplexität der Mensch aushalten, das heißt in sinnvolles Erleben und Handeln umsetzen kann« (ebd.). Das Problem der Kritik wird *um des Menschen willen* von der Gesellschaft auf die Sozial- bzw. genauer der Systemstrukturen verlagert. Wie der Folgeabschnitt diskutiert, riskiert man damit den Verlust jeden distinkten Sinns für den Gesellschaftsbegriff - er würde obsolet, bliebe er nicht unverzichtbar in zwei wichtigen Hinsichten: 1) Der Letzthorizont nicht der Identität

tät der funktionalen Teilsysteme als Binnenwelten, aber der Differenz der Teilsysteme muss bestimmbar bleiben; daher wird das System in seinen Grenzen hochgradig (und zunehmend hochgradig) abstrakt bestimmt (eine Gemeinschaft von einander Angehörigen gleicher Herkunft oder gleichen Bekenntnisses ist beispielsweise eine absurd konkrete Festlegung, die nur als Absurdität noch überzeugt; z.B. als Ideologie), während »unbestimmte und unbestimmbare ... Komplexität« ausgeschlossen wird (dazu gehört z.B. der Mensch) (19). Berücksichtigt werden kann alles, was sich variieren - was sich *auch ändern* - lässt (alles andere nicht; auch der Mensch nicht). Das heißt in unserem Zusammenhang: alles, was sich kritisieren lässt, ist gesellschaftlich möglich, und alles, was gesellschaftlich möglich ist, lässt sich also kritisieren. Damit das nicht ins Leere läuft, muss 2) die Evolution der Teilsysteme als zugleich statische und dynamische »requisite variety« (Ashby) eines sich selbst als Umweltbezug reflektierenden Zusammenhangs bestimmbar bleiben. Komplexität ist in diesem evolutionstheoretischen Sinne ein »systemtheoretisches Fortschrittskriterium« (22).

Wir halten daher als zweiten Zwischenstand fest: Systemtheorie ist kritische Theorie, weil sie (wenn sie) Komplexitätstheorie ist; und sie ist kritische Theorie der Gesellschaft, weil sie (wenn sie) das Komplexitätsproblem im Kontext der sozialen Kontingenz der Welt diskutiert, wenn sie es also am Problem kontingenter Sinnstrukturen entwickelt.

### 3) Niklas Luhmann: Kritik oder Apologie - oder die Unsicherheit der Gesellschaftstheorie (1971)

Dieser kurze Text beschließt den genannten Band mit dem (auch von mir eingangs betonten) Hinweis, dass »ein Diskussionsband nicht mit einem ›Schluss‹ geschlossen werden [sollte], schon gar nicht mit einem Schluss einer der Beteiligten« (398) - und mit dem Hinweis, ein Fragezeichen sollte »als Symbol für Unsicherheit« verstanden werden (ebd.). Diese Unsicherheit nun ist ein Kennzeichen von Komplexität und ein Hinweis auf Kontingenz; ihr Fehlen ist deshalb zumindest soziologisch nicht als Gewinn von Souveränität zu feiern, sondern als Verlust von Professionalität zu verspotten. Anders gesagt: Unsicherheit - hier: ein fragender Stil - ist der Habitus der Kritik. Einfache Dichotomien bleiben immer unterkomplex und sind daher soziologisch niemals leistungsfähig; entsprechendes gilt für die »Übersetzung theoretischer Unsicherheit in politische Opposition« (399), wofür sich alternativ gesetzte Dichotomien wie eben ›Apologie oder Kritik‹ oder auch ›Technologie oder Theorie‹ immer eignen.

Luhmann macht das, weil er sich mit Habermas' Kritik am Systembegriff auseinandersetzen muss, am Herrschaftsbegriff deutlich. Herrschaft könne nicht als andere Seite der Vernunft bestimmt werden, weil oder solange sie nur als andere Seite von Vernunft bestimmt werden könne. Dabei würden »ganz unnötige Hypotheken mitgeschleppt« (401), und sei dies nur deshalb, weil die Vernunft als andere Seite der Herrschaft deren Repräsentativanspruch auf ihre Weise übernehmen müsse und dadurch niemals ›herrschaftsfrei‹ regieren, sondern allenfalls Herrschaftsfreiheit als Regierungsform durchsetzen würde. Man schleppt also mit den Dichotomien zu viele Oppositionen und mit den Oppositionen zu viele Einheitsdesiderate mit. Die Systemtheorie habe sich daher von solchen Kontradiktionen »emanzipiert« (401).



Man mag sich fragen, wie zutreffend diese Behauptung ist, und zwar mag man sich das insbesondere für die Unterscheidung von Innen und Außen fragen, die in den hier vorgestellten frühen Texten Luhmanns noch sehr bestimmend ist. Insofern liegt hier tatsächlich ein kritischer Punkt der Systemtheorie; Luhmann selbst nennt ihn den »Indifferenzpunkt« (401). Er nennt ihn so, weil an diesem kritischen Punkt die Frage nach der Gesellschaft liegt - und mit der Frage die Unsicherheit über die Möglichkeit von Gesellschaft. Die Unterscheidung nämlich, die Luhmann hier als Grundunterscheidung bzw. *distinction directrice* der Gesellschaftstheorie bestimmt, benennt die Gesellschaft weder als die eine noch als die andere ihrer Seiten; sie betrifft »das Verhältnis von Welt und System« (402; wenn ›Verhältnis‹ schärfer bestimmt wird, lautet eben diese Festlegung ›System/Umwelt-Differenz‹). Der Grundbegriff, der diese Unterscheidung zu entfalten erlaubt, ist - wie gezeigt - Sinn; und die Bezugsprobleme, an denen diese Entfaltung zu orientieren ist, sind Kontingenz und Komplexität. Die Unsicherheiten, die sich aus dieser Konstellation eines Begriffs (Sinn), einer Unterscheidung (Welt/System) und zweier Bezugsprobleme (Kontingenz, Komplexität) ergeben, sollten soziologisch so sorgfältig und rücksichtslos wie möglich »bewusst[ge]halten, ja hervor[gekehrt]« werden (404). Das, was sonst, ist Kritik.

#### 4) Niklas Luhmann: Am Ende der kritischen Soziologie (1991)

Fast genau zwanzig Jahre später, Luhmanns *Grundriss* des Problems der sozialen Kontingenz der Welt liegt mittlerweile vor, nimmt Luhmann das Problem der Kritik noch einmal auf. Er nimmt »Realereignisse beim Zusammenbruch sozialistischer Politik- und Wirtschaftssysteme« (147) zum Anlass für die Notiz, dass solche Zusammenbrüche für sich genommen keine Änderung soziologischer Perspektiven zeitigen könnten, weil (auch) der Soziologie der Abstand für solche Änderungen fehle. Trotzdem sei »das Ende des Sozialismus« (ebd.) eine herausfordernde Frage, ja, Infragestellung für die Soziologie, genauer für »die kritische Soziologie der bürgerlichen Gesellschaft« (ebd.): der Verlust eines einheitlichen Weltkonzepts werde durch dieses Ende notorisch. »Die bürgerliche Soziologie [kann] das Spiel von Kritik und Krise nicht mehr weiterspielen« (ebd.). Sie kann es nicht mehr weiterspielen, heißt das, weil die Gesellschaft, die sich im Medium dieses Spiels arrangiert hatte, obsolet ist. Der Soziologie wäre also durch dieses Ende ihr Gegenstand abhanden gekommen - es sei denn, sie erlernte eine Beobachtungsform, die kein einheitliches Weltkontinuum unterstellen muss. Diese Beobachtungsform wird hier als Beobachtung zweiter Ordnung, als Beobachtung also nicht des Beobachtens, sondern des Beobachtetwerdens bestimmt. Der siegreiche Kapitalismus bleibt also nicht allein auf der Welt zurück (und die bürgerliche Gesellschaft hat nicht endlich ihre Ruhe), weil er eben *nicht allein* ist: er wird beobachtet, und das heißt: er wird *im Moment des Endes* des Sozialismus in Unsicherheit versetzt. Irgendetwas ist »schlimm geraten« (148). Diese Unsicherheit im Moment des Endes bezeichnet Luhmann als Krise: »eine vorübergehende Lage, einen bedenklichen Zustand, der nicht im ›Wesen‹, in der ›Natur‹, in der ›Struktur‹ des Systems begründet ist« (147, mit Verweis auf Koselleck). Er erscheint, könnte man mit Parsons sagen, nur deshalb als Ende, weil zwar klar ist, dass etwas geschehen muss, aber nicht klar ist, was das sein könnte - es stehen keine Mittel zur Verfügung, solange der Zweck unklar ist bzw. solange der Zweck nur das Warten auf irgend-

ein ›weiter‹ ist. Je häufiger allerdings Beschreibungen dieser vorübergehenden Bedenklichkeiten angeboten werden, je dichter die »Übergangsphasen« (148) aufeinander folgen, je zuversichtlicher man hinsichtlich der Überlebarkeit des Endes wird, desto wahrscheinlicher wird die Krise als Erscheinungsform der Gesellschaft selbst - und nicht als ihre Unterbrechung oder ihr Ende - verstanden werden. Dann ersetzt Erfahrung die fehlenden Mittel. Wir registrieren diesen Effekt im Kongressthema unter dem Titel der ›Krisenroutine‹, nehme ich an. Luhmann seinerseits weist der Soziologie eine Kritikroutine nach, die im gegenseitigen Nachweis selektiver und damit angreifbarer Beobachterperspektiven besteht und ebenso sehr lähmt, wie sie immer irgendwie weiter geht. Die daraus entstehende Verdachtskultur habe erkennbar nicht in einen Erkenntnisfortschritt münden können und werde dennoch gepflegt, weil sie eine Art Narkotikum ist: Man weiß nicht, wie es weitergehen soll, und macht solange weiter.

Etwas ist ›schlimm geraten‹, das Ende ist da: Eine klassische bürgerliche Kritik findet in derartigen Lagen keinen Ansatzpunkt, sondern rutscht gewissermaßen selbst in sie hinein. Man kann das, auch Luhmann macht dergleichen Andeutungen, damit erklären, dass sich die bürgerliche Kritik und mit ihr die bürgerliche Gesellschaft einer solchen ultimativen Krise verdankt: nicht allein den Distinktionsgewinnen im Schatten des Absolutismus, sondern vor allem dem Heraus-treten aus diesem Schatten im Moment des Sturzes des Absolutismus. Ihr eigenes Ende kann die bürgerliche Gesellschaft daher nicht oder nur als Duplikat eines solchen ultimativen Ereignisses erkennen - und ein solches ultimatives Ereignis war das Ende des Sozialismus eben nicht, sondern bloß ein ›Realereignis‹. Als Krise ist es konventionell - als Herausforderung der Kritik jedoch könnte es ernst genommen werden. Hat die soziologische Kritik die begrifflichen Mittel, um das Wegbrechen einer anderen Seite der Gesellschaft in der Gesellschaft zu beschreiben? Oder erweist sich die Soziologie immer dann als ebenso gelähmt und lahm wie die Gesellschaft, sobald eine ihrer fundamentalen Selbstunterscheidungen bzw. eines ihrer sicher geglaubten System/Welt-Verhältnisse zerbricht? Wie ist Kritik möglich, die sich nicht selbst vergisst, weil sie in den Untergang ihres Gegenstandes genussvoll hineinrutscht?

Als Gegenhalt und damit als mögliches Substitut dieser Kritik *in ihrer Funktion als Kritik* schlägt Luhmann die Beobachtung zweiter Ordnung vor. Er nennt es einfach »eine Form der Distanz« (151). Man könnte einwenden, dass der fragliche kurze Text resignativ gehalten ist, eben weil er Scherze wie ›schlimm geraten‹ macht und weil er im Angesicht einer veritablen sozialen Verunsicherung Vorschläge wiederholt, die Luhmann bereits zwanzig Jahre zuvor gemacht hatte. Man könnte sich aber auch fragen, ob die Vermutung, Gesellschaft sei ›dasjenige Sozialsystem, das die letzterreichbare Form funktionaler Differenzierung institutionalisiert‹ (s.o.) nicht genau so ›scharf‹ zu verstehen ist, wie Luhmann sie nennt. Daran, denke ich, erinnert dieser kurze Text. Man könnte also fragen, ob diese Gesellschaft ein Ende haben kann, und ob sie es bemerken würde (und also auch: ob die Soziologie es bemerken würde). Das müsste die kritische Frage schlechthin sein: Ist ein Ende der Gesellschaft möglich? Ist funktionale Differenzierung die Letztform der Gesellschaft, und wenn ja (und für dieses ›ja‹ spricht gerade die kritische Tradition, die sehr genau weiß, dass die Aufklärung die Begleitsemantik des säkularisierten, bürokratisierten und industrialisierten, pädagogisierten und therapeutisierten Kapitalismus ist): Welche ›requisite variety‹, welche Varianz möglicher Ordnungsformen erlaubt die Differenz von ›Welt und System‹? Diese Frage ist der erbetene ›Schlusskommentar‹. Ich danke Ihnen.

## Literatur

- Kant, Immanuel (1784): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, Akademie-Ausgabe VIII - Abhandlungen nach 1781, 33–42, zit. nach [www.korpora.org/kant/aa08/](http://www.korpora.org/kant/aa08/)
- Luhmann, Niklas (1970): Soziologische Aufklärung, In N. Luhmann, Soziologische Aufklärung 1. 6. Aufl. 1991. Opladen: Westdeutscher Verlag, 66–91.
- Luhmann, Niklas (1971a): Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse, In N. Luhmann, J. Habermas, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - Was leistet die Systemforschung? 10. Aufl. 1990. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–24.
- Luhmann, Niklas (1971b): Kritik oder Apologie - oder die Unsicherheit der Gesellschaftstheorie, In N. Luhmann, J. Habermas, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - Was leistet die Systemforschung? 10. Aufl. 1990. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 398–405.
- Luhmann, Niklas (1991): Am Ende der kritischen Soziologie. Zeitschrift für Soziologie, 20. Jg. Heft 2, 147–152.

Ad-hoc-Gruppe »Verfallende Körper – Verfallende Gesellschaft? Zur Erkundung von Endzeitszenarien« – organisiert von Tina Denninger und Julia Wustmann

# Wer tot ist, ist zu faul zum Leben

## *Warm Bodies* und die Prädestination des lebenden Körpers

Michael Baumann

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Verfallende Körper – Verfallende Gesellschaft? Zur Erkundung von Endzeitszenarien« – organisiert von Tina Denninger und Julia Wustmann*

Ein, wenn nicht der Klassiker des modernen Zombiefilms – Romeros *Dawn of the Dead* (Romero 1979) – hat als wesentlichen Schauplatz einen kapitalistischen Konsumtempel, die Mall. Zombies durchstreifen, ihre menschliche Tätigkeit als Konsumenten, Verkäufer, Produzenten nachahmend, die Flure, immer auf der Suche nach dem letzten und einzigen Konsumgut: dem Menschen.

Frühere Adaptionen des Zombie-Motivs seit den späten Zwanzigerjahren hatten sich noch allgemein der Angst vor den Revenants, der Angst vor der Wiederkehr der Toten gewidmet.

Sehr bald gab es auch Adaptionen, die – durch die Voodoo-Motive eigentlich naheliegend – die Sklaverei und den Kolonialismus kritisierten (Stiglegger 2013: 510f.). Auch hier ist Kapitalismuskritik – der willenlose Mensch als idealer Arbeiter – bereits latent angelegt; während *The Plague of the Zombies* (Gilling 1965) dieses Motiv anhand Voodoo-verhexter Bergwerksarbeiter im viktorianischen England hervorhebt und erstmals das Motiv des Zombies von Schwarzen trennt, geht Romeros Erstling *Night of the living Dead* (Romero 1968) einen Schritt weiter. Trotz zahlreicher Voodoo-Reminiszenzen, die sein Werk durchziehen (Stiglegger 2013: 511), sind Zombies hier erstmals von den Voodoo-Ursprüngen losgelöst.

Häufig holzschnittartiger, gelegentlich subtiler findet sich seither immer wieder der Zombie als kritische Metapher des Kapitalismus: Das Tote, das tötet, um – tot bleiben zu können. Wie für die Phantastik typisch, werden in *Dawn of the Dead* eigentlich getrennte Konzepte – Tod und Konsum – gekoppelt, ein einziger Raum – die Mall – wird mehrfach codiert und bekommt somit eine neue Bedeutung zugewiesen. Foucault geht davon aus, dass solche *Heterotopien* der Bewältigung von krisenhaften Momenten oder der Platzierung von deviantem Verhalten dienen (May 2013). Die Interpretation liegt hier recht nahe: Eine Gesellschaft, die auf einer allgemeinen Akzeptanz des Kapitalismus aufbaut, lagert ihre tabuisierten Ängste vor dem Kapitalismus in Heterotopien aus – beispielsweise in den Zombiefilm.

## Warm Bodies – zwischen Kapitalismuskritik, Love Story und Parodie

Jonathan Levines *Warm Bodies* (Levine 2012) koppelt den Zombie an einen anderen Raum: den Flughafen. Zusammen mit seinem älteren Bruder, dem Hafen, ist dieser Ort in der Literaturwissenschaft raumsemantisch recht eindeutig belegt – ein Ort der Offenheit, des Übergangs, des Aufbruchs, ja der Transzendenz (May 2013). Dieses Versprechen wird zunächst nicht eingelöst – auch hier gehen die Zombies ihren menschlichen Tätigkeiten in automatischer Erstarrung weiter nach, fahren Rolltreppe, warten auf ewig vorbeiziehende Koffer, überprüfen vorbeiwandernde Mitzombies mit dem *Sicherheitspieper*. Doch in der dumpf dahinvegetierenden Masse der Zombies sticht *R* (erst später von Julie so nach dem typischen Stöhngeräusch der Zombies benannt) hervor, der Held und Erzähler der Geschichte.

Ohne Erinnerung an sein früheres Leben, ohne Namen und ohne Ausdrucksmöglichkeit außer seiner inneren Stimme, verfügt er doch über eine ausgeprägte Selbsterkenntnis seiner Situation, über Selbstbewusstsein. Er hat eine diffuse Sehnsucht nach seinem früheren Leben und große Angst vor dem Verlust seiner Denkfähigkeit, vor einer weiteren Vertierung. Als einziger Zombie *wandert* *R* nicht, er *wohnt* – in einem Flugzeug, somit der Potenzierung des Symbolgehalts des Flughafens: der Ort des Aufbruchs wird zum Medium des Aufbruchs gesteigert. *R* zeigt noch eine weitere menschliche Verhaltensweise, er sammelt: Schallplatten, Nippesfigürchen, Kleidung, Dosen, Actionfiguren. Er ahmt menschliches Verhalten nach, versucht – und hier kommt durchaus wieder Kapitalismuskritik ins Spiel – sich eine Identität zusammenzusetzen, bleibt dabei allerdings auf Versatzstücke der Konsumgesellschaft angewiesen und scheitert daran letztlich. Seine Nachahmung menschlichen Verhaltens ist unvollständig, weist aber deutliche Unterschiede zum Automatismus der anderen Zombies auf.

Doch ist es auffällig, dass auch diese von Anfang an ein höheres Maß an Sozialverhalten zeigen, als der Zombiefilm normalerweise zulässt – gezielter Augenkontakt, zielgerichtete rudimentäre Kommunikation (*Hunger – Hirn – Stadt*), vor allem Kommunikation als Grundlage einfacher gemeinsamer Planung (ein Hirnfressausflug in die Stadt) ist ihnen durchaus bereits möglich. Mit einem solchen Ausflug beginnt auch die eigentliche Geschichte des Films: eine Zombiegruppe auf Nahrungssuche trifft auf eine Menschengruppe auf der Suche nach Arzneimitteln. Es kommt zum Kampf, und *R* frisst das Gehirn von Perry, jugendlicher Anführer der Menschen, vom Rezipienten wenig betrautes Ekelpaket und Freund von Julie – blond, zierlich, am Gewehr etwas hilflos. Mit dem Verzehr des Gehirns übernimmt *R* auch die Gedanken und Erinnerungen Perrys, und somit die Liebe zu Julie.

Der Fleisch- und vor allem Gehirnhunger ist für neuere Zombiadaptionen typisch; hier bekommt er eine Erklärung, die psychologisch anmutet, aber biologisch inszeniert wird: Der Wunsch des Zombies, das ihm Verslossene – die Welt menschlicher Emotionen, Erinnerungen und Beziehungen – wiederzuerlangen, wird bildlich durch ein mehrfarbiges Aufleuchten von grauen Synapsen, ein Flackern elektrischer Bahnen im Gehirn gezeigt. Die Liebe – und im weiteren Sinne die menschliche Interaktion – wird als neurobiologische Funktion dargestellt, zu der der Zombie nicht in der Lage ist. Soweit zumindest die Erklärung, die *R* selbst liefert – der Zuschauer darf sie getrost anzweifeln, denn noch vor dem Gehirnverzehr wird *R* der Schönen erstmals ansichtig, in einer Einstellung von etwa 5 Sekunden. Für einen zeitgenössischen Hollywoodstreifen ist das sehr lang.

Die *Liebe auf den ersten Blick* ist in Hollywoodfilmen ja kein so ungewöhnliches Konzept. Die Schlussfolgerung, die sich hier zumindest als Alternative zur Mechanik der *Hirnvariante* anbietet: Der Zombie R vermag aus eigener Kraft heraus zu lieben. Zu diesem Zeitpunkt ist ihm das nicht bewusst, es kann ihm nicht bewusst sein; R ist ein Kind seiner Zeit, das nicht – wie im Genre häufig vorausgesetzt – zum ersten Mal mit dem Phänomen Zombie in Berührung kommt, er hat vielmehr durchaus eine klare Vorstellung, was ein Zombie ist und wie er sich zu verhalten habe, und setzt auch als Erzähler in der Rezipientenansprache dieses popkulturelle Wissen selbstverständlich voraus.

Der Rezipient selbst kann und wird die Szene aber anders empfinden, und sei es nur durch die Tatsache, dass er durch Paratexte – Filmplakate, Movietrailer, Medienberichte über den Film – bereits mit einer anderen Erwartungshaltung und anderer Vorinformation an die Szene herangeht, als es der fiktiven Figur R möglich ist.

Da seine Mitzombies seine Gefühle nicht teilen, schmiert R etwas von seinem Leichenblut auf Julie und bringt sie, als Zombie getarnt, in die Sicherheit seines Flugzeugs. Nach anfänglichen Angstanfällen Julies kommen sich, wie könnte es auch anders sein, die beiden ein wenig näher. Schließlich kommt R für einen Zombie auch recht nahe an zeitgenössische Schönheitsideale heran<sup>1</sup>; insbesondere im Vergleich zu anderen zeitgenössischen Zombiedarstellungen wie etwa in *The walking Dead* (Darabont 2010) (eher die Variante der geistlosen Fressmaschine) oder auch dem *Dawn of the Dead*-Remake (Snyder 2004) (eher die Variante des gestaltgewordenen Bösen).

Die Liebesgeschichte zwischen R und Julie lehnt sich natürlich an *Romeo und Julia* an; die Shakespeareanleihen kommen oft über Oberflächlichkeiten kaum hinaus,<sup>2</sup> einschließlich einer etwas deplatzierten Südstaatenvilla, die den Balkon für die Balkonszene liefern muss. Seine Capulets und Montagues kennt der Film aber natürlich schon – so, wie die Zombies Julie fressen würden, würden die Menschen R sofort töten.

*Die Pest über eure beiden Häuser* – der Fluch des Mercutio hat sich auch hier erfüllt. Die menschliche Enklave, durch hohe Mauern relativ vor der Zombie-Bedrohung geschützt, droht in Isolation und geistiger Regression zu erstarren, ohne eine Hoffnung oder Zukunftsvision, und das Regime von Julies Vater nimmt die Züge einer diffus-faschistoiden Militärdiktatur an, wie sie für solch postapokalyptische Szenarien nicht untypisch ist.

Die Zombie-Gesellschaft des Flughafens wiederum ist von der völligen Vertierung bedroht – der nach einiger Zeit einsetzenden Verwandlung des normalen Zombies in den *Bonie*, den Skelettmenschen, dem außer verzehrendem Hunger nichts mehr geblieben ist.

Für das Genre spätestens seit Romero nicht ganz untypisch ist eine gewisse Verwirrung, oder vielleicht besser gesagt ein Vexierbild sozialer Ordnung. Die scheinbar so klare Trennung in die *Ingroup*<sup>3</sup> der Menschen – charakterisiert als lebendig, individuell, kooperativ, kreativ, emotional –

---

1 Ähnliche Wege gehen auch vergleichbare Zombiekomödien bzw. Genreparodien wie *Dead Girl* (Harel 2008) oder *Jennifers Body* (Kusama 2009); allerdings sind beide Werke viel eher als Coming-of-Age-Movies konzipiert als *Warm Bodies*.

2 Es liegt aber zumindest nahe, Rs besten Freund M als Mercutio, Perry als den für Julia als Ehemann vorgesehenen Grafen Peris zu interpretieren.

3 Die Terminologie folgt Tajfel, Turner 1986.

und die *Outgroup* der Zombies – tot, kollektiv, aber nicht zu Kooperation fähig, instinktiv, gefühllos – funktioniert selten über die gesamte Dauer des Films. Allein der Rückzug der Menschen auf Enklaven, während die Weite des Landes den Zombies überlassen bleibt, hebt die Machtverhältnisse aus, Leben und Tod verläuft hier konträr zu Stagnation und Bewegung. Verschwimmt die zusammengepferchte Menschheit zur grauen Masse, so stechen individuelle Zombies heraus. Viel davon funktioniert auch über Bildsprache und Filmmusik.

*Warm Bodies* setzt diese Tradition auf eigenwillige Weise fort. Während die Zombies am Aufbruchsort Flughafen frei umherstreifen, sich angrunzen, Nahrungssuche planen, insgesamt einen nur recht geringfügig verstorbenen Eindruck erwecken, so ist die menschliche Enklave auch optisch bewusst mit Anleihen nicht nur der Burg, sondern auch des Gefängnisses und des Friedhofs gestaltet und beherbergt eine alles andere als landläufig *lebendige* Gesellschaft. Hinzu kommt – neben einigen wenigen Szenen aus auktorialer Perspektive – R als Ich-Erzähler, durch dessen Augen der Zuschauer die Welt sieht, durch dessen Stimme er sie beschrieben und interpretiert bekommt. Dadurch entsteht eine Fokussierung *auf* und Sympathie lenkung *für* die Zombies.

Nach einigen Tagen am Flughafen wird Julie von anderen Zombies aufgespürt, R stellt sich der Meute entgegen. Sein *bester Freund* unter den Untoten, *M*, stellt sich jedoch schließlich auf Rs Seite, als die Bonies auftauchen, schließlich auch von anderen Zombies unterstützt. Die Zombies stellen sich ihrer Zukunft entgegen, halten die Bonies auf und ermöglichen somit dem Paar die Flucht.

Die bisher nur latent angelegte Unterteilung in Bonies und Zombies wird also hier virulent; den reinen Tieren steht eine diffus-empathische, zu sozialen und altruistischen Handlungen fähige Gemeinschaft gegenüber. Die vermeintliche *Outgroup* hat nun eine neue *Outgroup* hervorgebracht und wird somit zur *Ingroup* – und die Trennlinie ist recht deutlich geraten, hier schon deutlicher als die zwischen Menschen und Zombies. Gemäß Henri Tajfel ist es notwendig, sich in zumindest einem Punkt deutlich zu unterscheiden, um eine Gruppenidentität hervorzubringen. Dieser Punkt muss zwar nicht unbedingt bedeutend sein, kann es aber (Tajfel, Turner 1986: 22 ff.). Die scheinbar so natürliche Merkmalsunterscheidung tot/lebendig wird hier fragwürdig.

Auch die sich bisher abzeichnende, Shakespeare entlehnte Handlungsentwicklung – R und Julie gegen den Rest der Welt – wird hier gebrochen. Der von Anfang an außergewöhnliche Zombie R entwickelt sich durch Julies Hilfe vor und nach der Flucht ins Niemandsland der verlassenen und verwüsteten Vorstädte erheblich weiter. Angefangen bei motorischen Verbesserungen, der Rückkehr zu annähernd normalem sprachlichen Ausdrucksvermögen, Entwicklung einer grundlegenden Hygiene und kosmetischen Selbstversuchen, kommen schließlich komplexere Fähigkeiten wie Lächeln, Schlafen und auch Träumen. Als R sich in einem Damaskuserlebnis (das im Cockpit seines Flugzeuges, also der nochmaligen Steigerung der Semantik des Flughafens und des Flugzeugs, der symbolisch bewussten Steuerung des Mediums der Transzendenz) durch Perrys Augen selbst beim Angriff auf Perrys Gehirn sieht, stellt er auch das Hirnfressen ein. Von Schuldgefühlen getrieben, gesteht er Julie daraufhin, Perry getötet zu haben – Julie lässt daraufhin R im Niemandsland zurück und geht zurück zu den Menschen.

Die verlassenen Suburbs funktionieren, in der Terminologie Jurij Lotmans, als semantische Schwelle. Grundlegend nimmt Lotman an, dass mittels des künstlerischen Raums nichträumliche Reaktionen ausgedrückt werden (Lotman 1986: 331ff.). Insbesondere postuliert Lotman die Trennung des Raumes mittels einer grundsätzlich als unüberschreitbar charakterisierten Gren-



ze, die zur Aufteilung in zwei »disjunkte Teilräume« (Lotman 1986: 327) führt. Diese sind also in ihrer inneren Struktur verschieden und lassen sich daher durch mindestens eine binäre Opposition unterscheiden. Die Figuren gehören normalerweise einem der beiden Räume an (Lotman 1986: 327f.) Die grundsätzliche Unüberschreitbarkeit der Grenze kann nun von einem (sujetlosen) Text bestätigt oder von einem (sujethaften) Text gebrochen werden, indem eine Figur über die Grenze des semantischen Feldes versetzt wird, was Lotman ein Ereignis nennt (Lotman 1986: 332 ff.).

Wie schon gezeigt, sind die Binäroppositionen der semantischen Felder recht komplex; ist der Flughafen mit dem Zombie und damit eigentlich dem Tod besetzt, so ist er doch auch Ort des Aufbruchs. Umgekehrt ist die menschliche Exklave, eigentlich Ort des Lebens, als stagnierend gekennzeichnet. Der Zwischenraum der Vorstädte ist vor allem leer, gehört keiner der beiden Sphären an und kann daher für Julie und R als eigener Raum dienen. Beide Protagonisten sind zur Grenzüberschreitung fähig; Julie hat sich in den Raum der Zombies begeben, kehrt verändert zurück und bringt neues Leben, eine neue Perspektive auf die Zombies und die Welt zurück in ihren Ausgangsraum.

Der verlassene R irrt ziellos umher und entdeckt, dass er zwei neue menschliche Fähigkeiten angenommen hat: Frieren und Weinen. Nun trifft er auf die Zombies vom Flughafen, die sich auf der Flucht vor den Bonies befinden. Der Zuschauer erinnert sich bedeutungsvoll zurück an Rs erste Beschreibung der laufenden Skelette: »Ein Bonie jagt alles, was einen Herzschlag besitzt« (Levine 2012).

In der Tat fallen die Zombies inzwischen in das Beuteschema der Bonies. Rs Beispiel hatte katalysierende Wirkung – die Zombies erinnern sich an Fragmente ihrer menschlichen Existenz, an Konzepte wie Liebe, Freundschaft, Gemeinschaft. Diese Entwicklung führt letztlich auch zu einem wieder einsetzenden Herzschlag.

Die Bonies, in wachsender Zahl und getrieben von instinktivem Hunger, sind ihnen dicht auf den Fersen und somit auch auf dem Weg zur menschlichen Enklave. R beschließt, sich zu Julie durchzuschleichen und sie vor der Gefahr zu warnen. Nach einer Reihe von Irrungen, Wirrungen und Beinahe-Katastrophen rettet R erneut Julies Leben, diesmal vor den Bonies. Julies Vater schießt dennoch auf den vermeintlichen Zombie – und Rs Wunde blutet. Von der nicht mehr zu leugnenden Evidenz des Lebens beim Untoten entwaffnet, akzeptieren die Menschen die Zombies als Verbündete – und in neugewonnener Einigkeit stürzen sich beide Seiten auf die angreifenden Bonies.

R ist es also ebenfalls gelungen, seinen Ausgangsraum zu verlassen, die Grenzen seines semantischen Feldes zu überschreiten. Anders als Julie aber ändert er nicht nur sich, sondern auch den Raum, den er betritt. Zudem gelingt es ihm, durch sein Vorbild andere – die Zombies – ebenfalls zur Überschreitung der an sich unpassierbaren Schwelle zu bringen. Das Leben hat somit sein Feld gewechselt; der reine, unverfälschte Tod in Form der Bonies wird diesen Wechsel nicht mehr vollziehen können.

Der Epilog gestaltet sich erwartungsgemäß: Zombies werden reintegriert, die totale Rehumanisierung der Untoten ist nur mehr eine Frage der Zeit. Somit sind es die geläuterten Un-

toten, die auch den Menschen frisches Blut zurückbringen<sup>4</sup> – die Lethargie und Stagnation der menschlichen Gesellschaft wird durch die Zombies aufgebrochen, was sich auch in einer bildgewaltigen Detonation der gigantischen Mauern um die Enklave zeigt. Die Apokalypse ist überwunden, die Zombies gehen entweder als Bonies zugrunde oder werden rehumanisiert.

Einen Auslöser der Zombie-Epidemie – sei es der klassische Fluch oder die heute eher anzutreffende Virus-Variante – nennt der Film auch bezeichnenderweise nie, dieses Thema ist letztlich unerheblich. Während im Genre hier üblicherweise ein Virus, eine Bio- oder gelegentlich auch Chemiewaffe den *klassischen* Fluch ersetzt und zumindest kurz als Ursache genannt wird, das Setting des Films somit als Krisensituation gekennzeichnet wird, begründet *Warm Bodies* die Existenz von Zombies überhaupt nicht mehr – implizit werden sie damit zur ontologischen Konstante der gezeigten Welt, sie sind bereits Routine.

Zu guter Letzt bekommen R und Julie ihr Kusszenen-Happyend auf dem Brückengeländer, während im Hintergrund die Sonne aufgeht. Die Brücke als Ort des Übergangs und der Sonnenaufgang als Symbol des Neuanfangs sind nun wahrlich nicht subtil.

## Die Prädestination des lebenden Körpers

Welche Aussagekraft für einen soziologischen Blick auf die Art und Weise, wie eine Gesellschaft Leben, Verfall und Tod begreift, hat dieser Film nun? *Warm Bodies* ist eine Romantikkomödie, eine Parodie des Genres *Zombiefilm* sicherlich auch<sup>5</sup>, mit begrenztem Budget, kaum als Hollywood-Blockbuster geplant, sondern zumindest im Grenzbereich zum B-Movie (Rome 2013). Die Handlung ist weitgehend vorhersehbar, freiwillige und unfreiwillige Komik sind etwa gleichmäßig verteilt, die Dialoge oft hölzern.

Den *großen Wurf*, die intendierte Zustandsbeschreibung der Gesellschaft und die damit verbundene Kritik an der Gesellschaft, will dieser Film nicht liefern, oder zumindest weit weniger explizit als andere Zombiefilme, die über die Splatter-Ebene hinausgehen. Ein Film also, der intratextuell *nur* unterhalten und extratextuell *nur* Geld einspielen soll. Aus soziologischer und diskursanalytischer Sicht ist das unmöglich.

Gerade der große finanzielle Erfolg von *Warm Bodies* – über 400 Millionen Dollar allein in den USA binnen zwei Monaten<sup>6</sup> –, aber mindestens ebenso der popkulturelle Erfolg, der sich in einer Flut von Merchandisingprodukten wie auch einem weitgehend un gelenkt entstandenem Fandom, mit allen typischen Ausprägungen über Fanfiction, Fanart, Fanzines, Fanconventions et

4 Die Buchvorlage des Films (Marion 2010) setzt generell stärker auf diese Motiv; auch die Menschen sind hier innerlich Zombies, die moderne, der Natur entfremdete Lebensweise stellt den Auslöser der Zombiiepidemie dar. Erst die esoterische Erkenntnis des eigenen inneren (Un-)Todes kann zur Heilung von Mensch und Umwelt führen. Von diesen Motiven hat sich der Film weitgehend gelöst, was seiner Mainstreamtauglichkeit zu Gute gekommen sein dürfte.

5 Bereits vor den Romantik-Versionen (Vgl. Anmerkung 1) gab es seit etwa 1980 zahlreiche parodistische Bearbeitungen des Themas (Vgl. Stiglegger 2013: 512), eine für sich in Wiederholung erschöpfende Genres typische Entwicklung.

6 <http://www.filmstarts.de/kritiken/190969/charts/> (letzter Aufruf 30. Mai 2015).

cetera ausdrückt, gerade dieser Erfolg zeigt, dass *Warm Bodies* ungeachtet der Intention eben nicht *nur* irgendwie unterhalten hat.

Der Film muss bestimmte Prämissen gesellschaftlicher Erwartung erfüllen, bestimmte Grundstrukturen des zeitgenössischen sozialen Denkens – ob bewusst oder unbewusst – einlösen, um überhaupt vorhanden, mehr noch, um erfolgreich sein zu können.

Der Zombie ist hier eben nicht der tote, sondern der verfallende Körper. Der Verfall kann aufgehalten werden – hierzu muss der Zombie allerdings einen willentlichen Akt vollziehen, muss bestimmte Merkmale der Menschlichkeit zeigen: Kommunikation mit anderen, Empathie für andere, Freundschaft, Altruismus, Liebe – all diese Dinge, so diffus und unreflektiert sie hier auch dargestellt sein mögen, sind offenbar nötig, um ein Mensch zu sein.

Das Medium Film ist natürlich in besonderer Weise der im Wortsinne *bildlichen* Metapher verpflichtet, um innere Vorgänge darzustellen. Dennoch ist es zwar plump, aber doch bemerkenswert, dass hier die soziale Identität als Mensch, als Gemeinschaftswesen Mensch, untrennbar mit der biologischen Identität als Mensch verbunden wird. Eine Koexistenz des biologischen Menschen mit dem biologischen Zombie als neuer Spezies, beide aber verbunden durch ihre Eigenschaft als soziale Wesen – diese Alternative wäre ja immerhin möglich und wissenschaftlich nicht weniger unplausibel als die Existenz des Zombies per se. Der Film lässt sie aber nicht zu. Der menschliche, im traditionellen Sinne lebende Körper ist die Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft. Es sind ausschließlich junge, kraftvolle, landläufig *schöne* Körper, die hier als Zombies auf dem Weg zum Menschen dargestellt werden – keine Alten, wenige Middle-Ager, viele Kinder, hauptsächlich Teens und Twens, allen voran natürlich der Protagonist R.<sup>7</sup>

Das *Andere*, das diese Einheit von Körper und Gesellschaft stützt und eine Selbstdefinition der Gesellschaft erst möglich macht (Tajfel, Turner 1986: 34), ist der vollendete Verfall: der Bonie, der *Knochenmann*, das komplett Vertierte, das Nichtsoziale und damit Nichtmenschliche, die ultimative Bedrohung. Das letztendliche gezeigte Verenden der Bonies ohne Nahrung ist gar nicht mehr notwendig – sie sind bereits vorher der Tod: Kein lebender Körper und keine Möglichkeit, den Verfall noch umzukehren – zugleich logischerweise kein Empfinden mehr.

Die Infizierung mit dem Verfall, das Eintreten in den Zwischenstatus des Zombies, ist implizit als *natürlicher* Vorgang definiert – die Welt des Films liefert keinen Rückblick auf die Apokalypse, sie ist bereits in der Postapokalypse. Sie liefert keinen Grund mehr für das Zombieproblem, sondern sie stellt es wie bereits erwähnt als ontologische Konstante dar.

Ganz anders ist aber der weitere Verlauf: Nicht nur ist es eine individuelle Willensentscheidung, Mensch oder Bonie zu werden, es ist durch die Kopplung Körper-Gesellschaft auch ein *moralischer* Akt: Wer den naturgegebenen eigenen körperlichen Verfall nicht bekämpft, wer nicht jugendlich-vital sein *will*, kurz: wer faul ist, verhält sich asozial und bedroht den Bestand der Gesellschaft. Jugendwahn, Fitnesszwang, Körperkult – viele Schlagworte decken sich mit dieser Diagnose.

Es bedarf aber noch etwas mehr als nur des guten Willens, den *warm body* zurückzugewinnen. R ist ein Sonderfall, er ist von Anfang an anders als der durchschnittliche Zombie, sozialer und vitaler. Er kann lieben, er will leben, er will Gesellschaft sein und schaffen. Erst sein Vorbild

---

<sup>7</sup> Auch hier unterscheidet sich der Film deutlich von der Buchvorlage; R und Julie sind im Buch keine Teenager, es geht hier nicht um Jugendlichkeit im körperlichen Sinn, allenfalls um eine innere Verjüngung.

ist in der Lage, das Potential der anderen Zombies anzustoßen. Ohne ihn gäbe es nur den Weg zum Bonie. Es bedarf des einen ganz besonderen Erlösers, um die Gemeinschaft aus der ererbten Sünde des Verfalls, dem Schicksal des sozialen und biologischen Todes zu befreien und in eine bessere Zukunft zu führen.

Weder ein ethisch fragwürdiger Schönheitskult noch unterschwellig religiöse Erlöserfiguren scheinen so außergewöhnlich für einen Hollywoodfilm, für ein Produkt westlicher Kultur. In der Verbindung beider Motive sei aber noch auf eines hingewiesen: Wer *vor* R bereits Bonie ist, kann nicht erlöst werden, wer *mit* R – noch – Zombie ist, kann erlöst werden.

Die Berechtigung, von der Sünde erlöst zu werden, zeigt sich somit tautologisch darin, von der Sünde erlöst zu werden. Der große Max Weber zeigt diese Vorstellung der Prädestination als wesentliche Triebfeder der protestantischen Arbeitsethik; Göttliche Gnade bringt Erfolg, Erfolg beweist somit göttliche Gnade. Misserfolg ist ein Zeichen der Ungnade. (Weber 1972: 332 ff.). Dieselbe unbarmherzige Logik gilt auch für *Warm Bodies*, und auch sie atmet den Geist des Kapitalismus: Soziabilität bringt Gesundheit, Gesundheit beweist Soziabilität. Körperlicher Verfall ist asozial, ist sündig – und der Tod die Verdammnis.

Es ist nicht nötig, Max Weber neu zu erfinden – hier liegt keine Analogie zu Weber vor, sondern ein Teilsystem seiner Beschreibung vom Wesen einer Gesellschaft. Erst die Möglichkeit des Misserfolgs macht den Erfolg und somit die Gnade definierbar und erstrebenswert. Erst die Gewissheit des Todes macht den Kampf, sich als prädestinierten Körper und somit prädestiniertes Sozialwesen zu zeigen, als Leistung (durchaus im Sinne der notgedrungenen Selbstvermarktung des Kapitalismus) erkennbar und definierbar.

Dass R nicht nur ein Katalysator der Überwindung körperlichen Verfalls, sondern durch seine grundlegende Andersartigkeit ein Erlöser vom Verfall ist, sollte deutlich geworden sein. Die grundsätzlich auf eine Transzendenz ins Jenseitige angelegte Logik der christlichen Heilslehre verbleibt hier aber auf einer rein diesseitigen Ebene.

## Die Krise als ontologischer Zustand – auf dem Weg zum toten Körper

*Routinen der Krise – Krise der Routinen*, so lautete das Motto des Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2014, in dessen Rahmen der Vortrag gehalten wurde, der die Grundlage dieses Artikels bildet. Nun stellt sicher auch die ständige Verpflichtung zum materiellen Erfolg als Spiegel jenseitiger Gnade eine andauernde Krise, eine Krise der Routine dar. Dennoch ist sie prinzipiell überwindbar, und sei es erst im Tod. Ob das angestrebte Jenseits existiert, kann keine Frage der Soziologie sein – die Hoffnung darauf ist es schon. *Warm Bodies* zeigt, in gewisser Weise also durchaus der Tradition des Genres folgend, den Menschen als Produkt der kapitalistischen Gesellschaft. Der Produktcharakter wird durch Humor, Romantik und einen säkularen Überbau nach religiösem Muster verschleiert, der Produktoptimierung zur gesellschaftlichen Pflicht erklärt. Der grundlegende Widerspruch, die Unzulänglichkeit, die im Begriff des Produkts enthalten ist und für andauernden Konsum enthalten sein muss, bleibt bestehen.

Diese Wendung ins Diesseitige bringt aber ein Problem mit sich: Der als Krise erlebte Verfall des eigenen Körpers – und damit der Verfall der Soziabilität – lässt sich durch Fitness, Kosmetik,

Chirurgie und Mode aufhalten beziehungsweise überdecken; da eine jenseitige Ebene der Verheißung aber fehlt, der Verfall des Körpers bis hin zum Tod unausweichlich ist, müssen diese Strategien letztlich scheitern. Dass hier, ähnlich fest wie materieller Erfolg und göttliche Gnade, biologistische Konzepte von Jugendlichkeit und soziale Identität verschmolzen sind, sollte deutlich geworden sein.

»Die Prädestination gewährt dem Begnadeten das Höchstmaß von Heilsgewißheit, *wenn* er einmal sicher ist, zu der Heilsaristokratie der Wenigen zu gehören, die auserwählt sind.«(Weber 1972: 333)

Dieses *wenn* kann niemals eintreten, anders als der Film kennt die Wirklichkeit keine Abblende beim Happy End. Viel routinierter kann eine Krise nicht werden.

## Literatur und Filmquellen

- Darabont, F. 2010: *The Walking Dead*.
- Gilling, J. 1965: *The Plague of the Zombies*.
- Harel, G., Sarmiento, M. 2008: *Dead Girl*.
- Kusama, K. 2009: *Jennifers Body*.
- Levine, J. 2012: *Warm Bodies*.
- Lotman, J. 1986: *Die Struktur literarischer Texte*. München: Fink.
- Marion, I. 2010: *Warm Bodies*. London: Random House.
- May, M. 2013: Zeit- und Raumstrukturen (Chronotopen/Heterotopien). In H.R. Brittnacher, M. May (Hg.), *Phantastik. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart: Metzler, 510–513.
- Rome, E. 2013: *Knight of Cups*, <http://www.ew.com/article/2013/06/03/warm-bodies-teresa-palmer-exclusive-clip> (letzter Aufruf 30. Mai 2015).
- Romero, G. 1968: *Night of the Living Dead*.
- Romero, G. 1979: *Dawn of the Dead*.
- Snyder, Z. 2004: *Dawn of the Dead*.
- Stiglegger, M. 2013: *Zombie*. In H.R. Brittnacher, M. May (Hg.), *Phantastik. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart: Metzler, 510–513.
- Tajfel, H., Turner, J. 1986: *The social identity theory of intergroup behavior*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Weber, M. 1972: *Die protestantische Ethik I*. Herausgegeben von Johannes Winckelmann. Tübingen: GTB.

# Die Gesellschaft schlägt zurück!

Ein figurationssoziologisches Simulationsmodell von Ansteckungsprozessen am Beispiel der Zombieapokalypse

Jan R. Riebling und Andreas Schmitz

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Verfallende Körper – Verfallende Gesellschaft? Zur Erkundung von Endzeitszenarien« – organisiert von Tina Denninger und Julia Wustmann*

## Untote Forschungen

Warum sollte man sich eingehender mit dem zunächst einmal rein hypothetischen und spekulativen Szenario der Zombieapokalypse befassen? Neben dem offensichtlichen Grund, für den Fall der Fälle vorsorgen zu wollen, lassen sich noch weitere gute Argumente finden. Prinzipiell scheint die intellektuelle und tiefgreifende Beschäftigung mit dem Thema Zombies einen gewissen unseriösen und zugleich spielerischen Ruch zu haben. Daher kann es genutzt werden, um Aufmerksamkeit auf Themen zu lenken, die ansonsten als zu trocken und uninteressant gelten würden. So zum Beispiel die Frage, ob ein gezielter Einsatz von Zombies als Kriegswaffen gegen die Haager Landkriegsordnung verstoßen würde (Engler 2012). Hier dienen Zombies als Aufhänger und erleichtern den Einstieg in ein schwieriges und sehr spezifisches Feld wie die Regeln der zivilisierten Kriegsführung.

Ähnlich gelagert ist auch die größer angelegte, wissenschaftliche Diskussion über Zombies, als eine Form von Infektionsmodellen, in die sich auch der hier vorliegende Artikel einreihet. Die starke popkulturelle Beschäftigung mit dem Zombie als eine Bedrohung, die sich zumindest ähnlich einer Infektion verhält, hat hier auch die wissenschaftliche Vorstellung beflügelt. Die ersten Arbeiten, die sich explizit mit der Ausbreitung des Zombievirus befassten, zielten vor allem auf eine mathematische Modellierung der Zombieapokalypse in Form linearer Differentialgleichungen ab. Wegweisend war hier die Arbeit von Munz et al. (2009), welche das grundlegende Modell einer Zombieapokalypse bereitstellt. Zu den Komponenten des Modells gehören hauptsächlich die Reproduktionsraten von Menschen und Zombies sowie deren jeweilige Chancen, ein Mitglied der anderen Fraktion zu neutralisieren bzw. zu zombifizieren. Ihre Ergebnisse legen nahe, dass die Überlebenschancen der Menschheit in diesem Szenario sehr gering sind, es sei denn, die Menschen gehen bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit äußerster Effizienz

gegen die Untoten vor. Dieses grundlegende Modell ist in verschiedene Richtungen erweitert worden, um unterschiedliche Populationen von Untoten (zum Beispiel Vampire) miteinzubeziehen (Strielkowski et al. 2013a), die Rolle der Pflegekräfte (Stanley 2012) zu erforschen oder die Möglichkeiten einer friedlichen Koexistenz (Strielkowski et al. 2013b) auszuloten.

Wir schließen uns dieser hehren Forschungstradition an, kritisieren sie jedoch auch hinsichtlich ihrer Vernachlässigung genuin sozialer Prozesse und deren Rolle in der Zombieapokalypse. Wir gehen davon aus, dass der Fokus auf die hochgradig anti-soziale und essentialistische Figur des Zombies, den Blick auf das Wesentliche verstellt, nämlich die Zombieapokalypse selbst. Deren entscheidende Wesensmerkmale sind jedoch aus soziologischer Sicht nicht die wesenshaften Merkmale der hungrigen Toten, sondern deren wechselseitige Beziehung zu den Lebenden. Diese fassen wir in Anlehnung an die Arbeiten von Norbert Elias als eine Figuration auf, welche die Dynamiken und Prozesse der beiden Gruppen zu beschreiben erlaubt. Die zentrale Frage, die wir hier stellen, lautet wie folgt: Was passiert, wenn man die Dynamiken von Lebenden und Untoten als einen figurativen Prozess modelliert? Um dieser Fragestellung auf den Grund zu gehen und einen Beitrag zur bestehenden Debatte leisten zu können, bedienen wir uns des Verfahrens der Simulation.

## Der anti-soziale Zombie

Der gemeine Zombie (*homo nonsapiens cadaveriensis*) eignet sich jedoch nicht schon immer als das Modell einer Pandemie apokalyptischen Ausmaßes. Die frühen Zombiefilme wie *Der Fluch des Doktor Caligari* waren noch sehr viel mehr am ursprünglichen Zombiemythos des Voodoo-Kults orientiert. Der Zombie war hier meist eine einzelne Person oder eine kleinere Gruppe, die von einem Hexenmeister oder verrücktem Wissenschaftler geschaffen wurde. Der Schrecken basierte hier auf der Furcht, versklavt und willenlos gemacht zu werden, um anschließend in die Knechtschaft dunkler Mächte gezwungen zu werden. Man kann argumentieren, dass dies prinzipiell ein realistischeres Bild vom Verhältnis zwischen Menschen und Zombies zeichnet, wenn man das Schicksal derjenigen Spezies betrachtet, die uns kognitiv und technologisch unterlegen sind. Mit Romeros *Night of the Living Dead* änderte sich nicht nur die Beschreibung des Zombies<sup>1</sup>, sondern der gesamte Kontext der Zombiemythologie. Der Schrecken liegt nun nicht mehr in der Gefahr der Versklavung begründet. Vielmehr ist es die Zombieapokalypse, der absolute und endgültige Kollaps der Gesellschaft durch eine sich exponentiell ausbreitende Bedrohung, die unsere Freunde und Geliebten zu unseren erbarmungslosen Feinden macht.

Obwohl der Zombiefilm, wahrscheinlich aufgrund seiner Ursprünge, eher zum Genre der Horrorfilme gezählt wird, legen die erfolgreichen Filme und Fernsehserien der letzten Jahre eine andere Interpretation nahe. Da sie alle in einem apokalyptischen oder postapokalyptischen Setting spielen, in dem Menschen entweder bereits verloren haben oder kurz davor stehen, müssen sie eher als Katastrophenfilme aufgefasst werden. Dies unterstreicht auch den Wert

---

<sup>1</sup> Tatsächlich gibt es in Romeros Version der Geschichte bis zuletzt keine Erklärung für das Auftauchen der Untoten. Auch in neueren Filmen nimmt die Erklärung keinen besonderen Raum ein. Vielsagend ist auch, dass es sich stets um *Unfälle* handelt und selten um einen dahinterstehenden bösen Willen, der Kontrolle ausübt.

von Zombiengeschichten für die soziologische Forschung. Sowohl in Horror- als auch in Katastrophenfilmen geht es um die Bedrohung von Leib und Leben. Zombies bedrohen jedoch nicht einfach nur unsere Spezies, sondern unsere Gesellschaft und Zivilisation. Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die Zombieapokalypse stets in einer Welt spielt, in der sämtliche sozialen Bindungen zerschnitten sind und die Überlebenden keine Gelegenheit auslassen, über einander herzufallen.

In ihrer reinsten Form sind Zombies und die Zombieapokalypse eine fundamentale Bedrohung des sozialen Lebens. Sie verfügen über keinerlei soziale Impulse, Mitgefühl oder Steuerungsfähigkeit. Sie haben keine nennenswerte soziale Organisation. Sie sind atomistische Getriebene, die nur von einem zentralen Bedürfnis gelenkt werden. Eine Beschreibung, die zu Recht an den *Homo Economicus* erinnert. Wie dieser auch, ist der Zombie mit einer klaren und unumstößlichen Präferenzordnung ausgestattet, welche weder Regeln, Normen noch Mitgefühl kennt. Alle diejenigen Eigenschaften, wie abstraktes Denken, Kooperationsfähigkeit, soziale Organisation und Technologie, die uns auszeichnen, sind bei Zombies nicht vorhanden oder ins Gegenteil verzerrt.

Es muss noch angemerkt werden, dass die häufige Reduktion der Zombieapokalypse auf gesellschaftskritische Allegorien aus soziologischer Perspektive genauso abzulehnen ist wie die Reduktion des Zombies auf dessen furchterregende Merkmale. Mit Untoten lässt sich kein Staat machen und schon gar keine Gesellschaft.

## Figurationssoziologische Re-Interpretation

Der Topos der Zombieapokalypse kann bei aller stilistischen Unterschiedlichkeit durch eine diskursive Gemeinsamkeit charakterisiert werden. Stets wird das apokalyptische Szenario unter dem Gesichtspunkt *intrinsischer* Merkmale der Infizierten sowie direkter Interaktionen zwischen Zombies und Menschen erzählt. Literatur und Forschung vernachlässigen also das *relationale* Verhältnis von Zombies und Menschen, also all jene fundamentalen Mechanismen zwischen den beiden Akteursklassen, die über wertende Darstellung und unmittelbaren Kontakt hinausgehen. Während dies dramaturgisch notwendig sein mag, so scheint diese Erzählpraxis aus soziologischer Perspektive doch hochgradig unbefriedigend zu sein, ist die Soziologie doch die Wissenschaft der latenten, indirekten und hochgradig vermittelten Effekte. Als prominentes Beispiel für diese sozialtheoretische Perspektive sei die Figurationssoziologie von Norbert Elias genannt. Der Figurationsbegriff hebt auf den relationalen und prozesshaften Charakter sozialer Wirklichkeit ab und wurde insbesondere in seinem bahnbrechenden Werk *Etablierte und Außenseiter* mit John Scotson fruchtbar gemacht (Elias, Scotson 1993). Hier wurde das Verhältnis von alteingesessenen und hinzugezogenen Bewohner/-innen einer englischen Kleinstadt analysiert.

Elias' figurationssoziologische Betrachtung ist bestimmt durch die Rekonstruktion der Relationen von Menschengruppen, also durch die »Art ihrer Verflechtung« und »nicht durch irgendwelche davon unabhängigen Merkmale ihrer Angehörigen« (Elias, Scotson 1993: 27)

Wendet man diesen Blick nun auf die Relationen zwischen *Infizierten und Außenseitern* an, so ist die Gruppe der (noch) Nicht-Infizierten (der Menschen) in Relation zu der Gruppe der Zom-



bies als etabliert und alteingesessen charakterisierbar. Im Vergleich dazu sind die Zombies soziale Außenseiter, die sich noch nicht in der Gesellschaft etablieren vermochten. Eine unmittelbare Konsequenz ist, dass die Gruppe der Menschen nun in Anwesenheit der Zombies als relativ homogen beschrieben werden kann und eine steigende Gruppenkohäsion entwickelt, während die Gruppe der Infizierten durch eine besondere Vereinzelung, wechselseitige Fremdheit und damit eine mangelnde Kohäsion charakterisiert werden kann.

Selbst Konkurrenz findet nur höchst indirekt zwischen Infizierten statt. Gruppenstrukturen entwickeln sich im Lager der Infizierten nicht, allenfalls herdenartige Strukturen können erwartet werden. Damit unterscheiden sie sich aber wiederum in der figurativen Relation zu den um Ressourcen und Integration ringenden Überlebenden, deren Menschlichkeit im besonderen Maße offenkundig gemacht wird. Als Gruppe im soziologischen Sinn schließen die Menschen ihre sozialen Valenzen, das heißt sie werden zunehmend Teil einer überlebensfähigen Organisationsform, die auf die Durchsetzung von Gruppeninteressen bedacht ist. Die Menschengruppen sind sodann durch einen relativ hohen Organisationsgrad und einen hohen Grad an Kontrolle über ihre Mitglieder beschreibbar. Demgegenüber erscheint der einzelne Zombie umso mehr als von Durchsetzung seiner Einzelinteressen und durch seine offenen Valenzen getrieben. Figurationssoziologisch ist damit der Glaube an die Höherwertigkeit der Gruppe und die besondere Definitionsmacht der *Wir-Gruppe* gegenüber den Infizierten, aber auch gegenüber konkurrierenden Menschengruppen mit ihren jeweiligen Organisationsformen verbunden. Jedoch unabhängig von Konkurrenzen zwischen Menschengruppen innerhalb der Etablierten-Infizierten-Figuration, wird die normative Integration auf Seiten der Nicht-Infizierten durch diese Konstellation weiter steigen.

Ähnlich wie im Fall der Etablierten-Außenseiter-Figuration gilt: »Wer Pech anfasst, besudelt sich. Daher riskiert ein «Insider», der mit ihnen verkehrt, dass sein Status in der Etabliertengruppe sinkt. Er könnte die Achtung der anderen Mitglieder verlieren – könnte den Anschein erwecken, dass er nicht länger teil hat an dem höheren menschlichen Wert, den sich seine Gruppe beimisst« (Elias, Scotson 1993: 19). Auch wenn die einschlägige Literatur fraglos dazu tendiert, die Entmenschlichung der Menschengruppe unter den Bedingungen der Zombieapokalypse zu betonen, so ist doch aus relationaler Sicht insbesondere das Gegenteil augenfällig: angesichts der fundamentalen Anomie des infizierten Akteurs, seiner unkontrollierten Handlungen, die weder Belohnungsaufschub noch langfristige Vorwegnahme von Situationen erlaubt, mutet bereits das Minimum an sozialer, humaner, altruistischer Praxis als *iZivilisation der Triebe* an, legt man die Erscheinung des undisziplinierten und unsaubereren Zombies als Vergleichsmaßstab an. Damit stellt sich die Frage, welche Struktur eine Figuration in einem hypothetischen Szenario annehmen würde beziehungsweise, wie die figurativen Parameter auf verschiedene mögliche Strukturen wirken. Im Einzelnen seien die figurative Dynamik, die relative Entwicklung der Population sowie die Länge der Interdependenzketten nachfolgend analysiert.

## Die Zombieapokalypse als Infektionsmodell

Um die Zombieapokalypse unter sozialen Vorzeichen, das heißt als figurativen Prozess betrachten zu können, bedarf es eines dafür geeigneten Verfahrens. Zunächst besteht hierbei die Frage, wie der grundsätzliche Rahmen einer Vernichtung der menschlichen Zivilisation durch blutrünstige, willenlose Horden von Untoten operationalisiert werden kann. Aus offensichtlichen, ethischen und praktischen Gründen kommen sowohl Experimente als auch Feldbeobachtungen bzw. prozessgenerierte Daten nicht in Frage.

Eine weitere Begrenzung des methodischen Vorgehens ist in den Anforderungen der Theorie begründet. Eine entsprechende Methodologie muss im Stande sein, die relationale Struktur einer Mensch-Zombie-Figuration sowie deren Dynamik abbilden zu können. Ein Element der Eliaschen Methodologie besteht in der Argumentation mittels »Spiel-Modellen«, also »vereinfachende Gedankenexperimente, mit deren Hilfe es möglich ist, den Prozesscharakter von Beziehungen aufzuzeigen. Gleichzeitig machen sie deutlich, in welcher Weise sich die Verflechtung der Menschen verändert, wenn sich die Verteilung der Machtgewichte verändert.« (Elias 1996: 83) Spielmodelle erlauben, Beziehungsstrukturen und Machtdifferentiale in abstrakter Weise und unter verschiedenen Randbedingungen zu analysieren. Während Elias selbst Spielmodelle in historischer oder analytischer Weise in Anschlag brachte, schlagen wir die Verwendung von Simulationen vor, da diese die Möglichkeit bieten, verschiedene apokalyptische Szenarien (*Spielmodelle*) systematisch und unter Modifikation zentraler figurativer Parameter durchzuspielen. So soll eine Objektivierung der relationalen Struktur zwischen und innerhalb der Gruppen und unter Einbeziehung des inhärenten Prozesscharakters ermöglicht werden.

In einem direkten Vergleich des Modells von Munz et al. mit einem agentenbasierten Modell konnten Matthew Crossley und Martyn Amos (2011) zeigen, dass eine Simulation zu gleichartigen Schlüssen kommt, darüber hinaus jedoch zwei zentrale für unsere Betrachtung notwendige Eigenschaften aufweist. Zum einen können räumliche Gegebenheiten besser modelliert werden und zum anderen können so auch Effekte unterschiedlicher Populationen und ihrer Beziehungen miteinbezogen werden. Was einer ersten Annäherung an das Konzept der Figuration als einer relationalen Struktur entspricht und auch dem Prozesscharakter gerecht wird. Des Weiteren deckt es sich mit den Erfahrungen, die auch im weiteren Feld der epidemiologischen Studien gemacht werden, in denen sich Simulationsstudien ebenfalls einer steigenden Beliebtheit erfreuen (Ackerman et al. 1984; Hethcote 2000; Hufnagel et al. 2004).

Um unseren figurationssoziologischen Überlegungen gerecht zu werden, bedarf es einer räumlichen Topologie, die als Spielfeld herhalten kann und gleichzeitig dem relationalen Charakter von Figurationen gerecht wird. Für die Beschreibung der relationalen Interaktionsstruktur einer Figuration eignen sich die Verfahren der Sozialen Netzwerkanalyse (SNA) in besonderem Ausmaß (Baur, Ernst 2011: 130).<sup>2</sup> Diese Eignung ist insbesondere für den Fall der Etablierten-Außenseiter-Figuration herausgearbeitet worden (Fuhse 2012). Somit liegt es nahe, eine Netz-

---

<sup>2</sup> Wir implizieren hier keine Gleichsetzung von Netzwerktheorie und Figurationssoziologie, sondern vertreten die Ansicht, dass die relationale Interaktionsstruktur von Figurationen hinreichend gut durch Netzwerke beschrieben werden kann.

werkstruktur zur Simulation der Zombieapokalypse, als einer spezifischen Form dieser Figuration, zu nutzen.

Unsere Simulation einer Zombieapokalypse basiert auf einer Reihe einfacher Spielregeln. Gespielt wird in einem Netzwerkgraphen  $G$ , der sich aus einzelnen Knoten und Kanten zusammensetzt. Aus einer Reihe von möglichen Zufallsnetzwerken, die als Spielfeld in Frage gekommen wären, haben wir uns für ein skalenfreies Netzwerk gemäß dem Barabási-Albert-Modell (Barabási, Albert 1999) entschieden. Diese Art von Zufallsnetzwerken zeichnet sich dadurch aus, dass die Anzahl der Knoten und Kanten einem Potenzgesetz folgt, wie dies auch in empirisch beobachteten, sozialen Netzwerken der Fall ist (Newman 2003). Natürlich deckt dieses Zufallsnetzwerk bei weitem nicht alle Eigenschaften sozialer Netzwerke ab. Es ist jedoch von Vorteil, ein Modell zu wählen, welches robust ist und nur über wenige Parameter verfügt (in diesem Fall nur die Anzahl  $n$  der Knoten), um die Ergebnisse der Simulation nicht durch unterschiedliche Eigenschaften der Topologie zu verzerren.

Nach der Generierung des Zufallsnetzwerkes, welches zunächst nur aus Knoten besteht, die *uninfizierte* Personen repräsentieren, wird einer der Knoten per Zufallsprinzip zu *Patient Zero*. In jeder Iteration (*tick*) des Spiels wird für jeden Knoten  $u_n$ , der eine Beziehung zu  $v_{infiziert}$  aufweist, mittels der global festgelegten Infektionswahrscheinlichkeit  $P(\text{Infektion})$  festgestellt, ob der jeweilige Knoten mit dem Zombievirus infiziert wird. Alle Infizierten gelten dann im nächsten Spielzug ebenfalls als Zombies, deren Nachbarn daraufhin ebenfalls der Gefahr einer Zombifizierung ausgesetzt sind. Die Anzahl der Spielrunden wurde entsprechend einschlägiger Arbeiten zur Zombieapokalypse auf 28 ticks begrenzt. Soweit entspricht dieses Modell den bereits vorgestellten Analysen der Zombieapokalypse, mit dem Unterschied, dass in einem Netzwerk gespielt wird. Die erste eigenständige Erweiterung des Grundmodells gemäß figurationssoziologischer Gesichtspunkte besteht in der sozialen Antwort auf die Zombieapokalypse, die in unserem Fall durch die Entfernung der sozialen Beziehung modelliert wird. Wird ein Zombieknoten auf diese Weise isoliert, so trägt er nicht mehr zur Ausbreitung des Virus bei. Praktisch bedeutet dies, dass im Anschluss an den Infektionszug alle Kanten, die zwischen einem Zombie und einem *Menschen* bestehen, mit einer Wahrscheinlichkeit von  $P(\text{Isolation})$  entfernt werden. Was hier simuliert wird, ist das Schließen der eigenen Reihen gegenüber den Infizierten. Diese grundlegenden Spielregeln simulieren somit nur den Verlauf der Infektion durch das Netzwerk sowie den Versuch, diese durch das Kappen sozialer Verbindungen einzugrenzen. Damit stellen sie die Interpretationsgrundlage für die Ausweitung der Spielregeln hinsichtlich der Effekte sozialer Figurationen dar.

Wir modellieren drei figurationssoziologisch inspirierte Mechanismen im Rahmen des oben vorgestellten Grundmodells:

1. *Sentimentalität*: Die Zombieapokalypse ist ebenso wie das Leben in den *normalen* Figurationen der Gesellschaft eine Frage sozialer Bindungen, die im Prozess des Miteinanders entstehen und vergehen. Die Bindung des Einzelnen kann dabei sowohl Quell der Freude als auch die aus Anderen bestehende Hölle sein. Es ist gerade die Weigerung, die unheilige Existenz jener Wiedergänger zu beenden, die wir im Leben kannten und liebten, welche in vielen Zombiefilmen das Ende der Protagonisten bedeutet. Auch in der Figurationssoziologie wird angenommen, dass die sozialen Bindungskräfte – im Sinne geschlossener Valenzen – selbst

in den schrecklichsten und lebensfeindlichsten Situationen und Gruppen wirkmächtig sind. Wir modellieren dies durch einen Sentimentalitätsfaktor  $\gamma$ , der mit der Anzahl der Spielzüge, für die eine Verbindung zwischen zwei Knoten  $u$  und  $v$  besteht, multipliziert wird. Dieser Wert modifiziert  $P(Isolation)$  gemäß folgender Formel:

$$P(Isolation_{\gamma}) = P(Isolation_{u,v}) - (t_{u,v} \cdot \gamma)$$

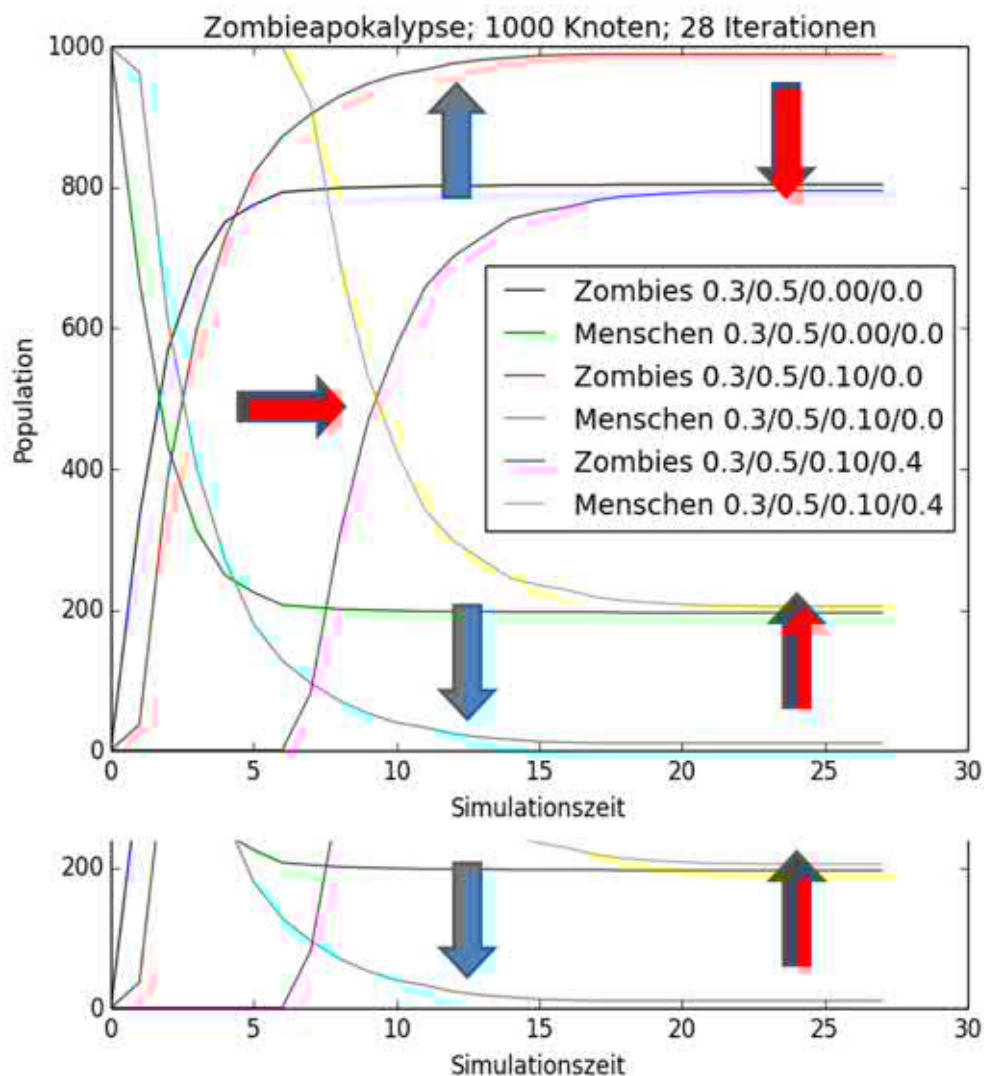
2. *Stigmatisierung*: Der Zusammenhalt von Figurationen führt auch dazu, dass die Attribute einzelner Mitglieder auf andere ausgeweitet werden. Dieser Stigmatisierungsprozess erfolgt über die Zuschreibung von problematischen Eigenschaften auf Basis der Gruppenmitgliedschaft anstelle der Betrachtung der jeweiligen Person. In der Zombiemythologie spiegelt sich dies darin wider, dass Gruppen von Überlebenden stets auch besonders gefährdete Personen beinhalten, die das Überleben der Gruppe in entscheidenden Momenten gefährden. Manche Personen scheinen einfach *Zombiefutter* auf die Stirn tätowiert zu haben. Oft besteht die einzig vernünftige Maßnahme darin, sie ihrem Schicksal zu überlassen. In der Simulation modellieren wir dies mittels einer Strategie, bei der die Menschen nicht nur ihre Beziehungen zu Zombies hinterfragen, sondern auch zu den besonders Gefährdeten. Dazu führen wir einen Stigmaparameter  $\tau$  ein, der die Wahrscheinlichkeit der Auflösung einer Kante  $\{u, v\}$  durch Knoten  $u$  angibt, wenn sich Zombies in der Nachbarschaft von  $u$  befinden. Die Prüfung dieser Bedingung findet nun für jeden Zombie statt, der eine Verbindung zu  $v$  hat.
3. *Schließung der Figuration*: Figurationen bedeuten immer zugleich Inklusion und Exklusion. Genau in dem Maße, wie sich die Horden der Untoten zusammenrotten, werden auch die Bindungskräfte zwischen den Menschen gestärkt. Die Gruppe der Überlebenden integriert sich in dem Maße, wie sie einer stetig wachsenden Masse von Untoten gegenübersteht. Im Modell operationalisieren wir diese wechselseitig wirksamen, figurativen Bindungskräfte unter Rückgriff auf den Sentimentalitätsfaktor  $\gamma$ . In diesem Modell sinkt die Wahrscheinlichkeit, die Verbindung zu einem Knoten abubrechen, wieder mit der Bindungsstärke ( $\gamma \cdot t_{u,v}$ ) und steigt gleichzeitig mit der Bindung an eine Gruppe, die nicht aus Zombies besteht. Diese wird hier als  $\kappa_n$  bezeichnet und entspricht dem  $\gamma$  mal der Anzahl der Knoten, mit denen ein Knoten Verbindungen unterhält, die noch nicht infiziert sind. Formell ausgedrückt ergibt sich folgender Zusammenhang:

$$P(Isolation_{\gamma\kappa}) = P(Isolation_{u,v}) - (t_{u,v} \cdot \gamma) + (\kappa_n \cdot \gamma)$$

## 28 Ticks später...

Betrachten wir das Basismodell, welches nur einen Infektionsparameter besitzt, aber keine Isolationsstrategie kennt, so zeigt sich das erwartete Bild eines rasanten Anstiegs der Zombiepopulation, bei gleichzeitigem Rückgang der Menschen-Population (siehe **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Die einzige Überraschung besteht darin, dass es sich hierbei eher um logarithmische Kurven handelt und nicht um logistische Kurven, wie sie in den Modellen vorkommen, die nicht auf Netzwerk-Topologien basieren (Crossley, Amos 2011; Munz et al. 2009). Wir nehmen an, dass dies eine Folge der Skalenfreiheit der verwendeten Netzwerke ist.

Abb. 1: Erweiterung des Basismodells; Parameter:  $P(\text{Infektion}) / P(\text{Isolation}) / \gamma / \tau$

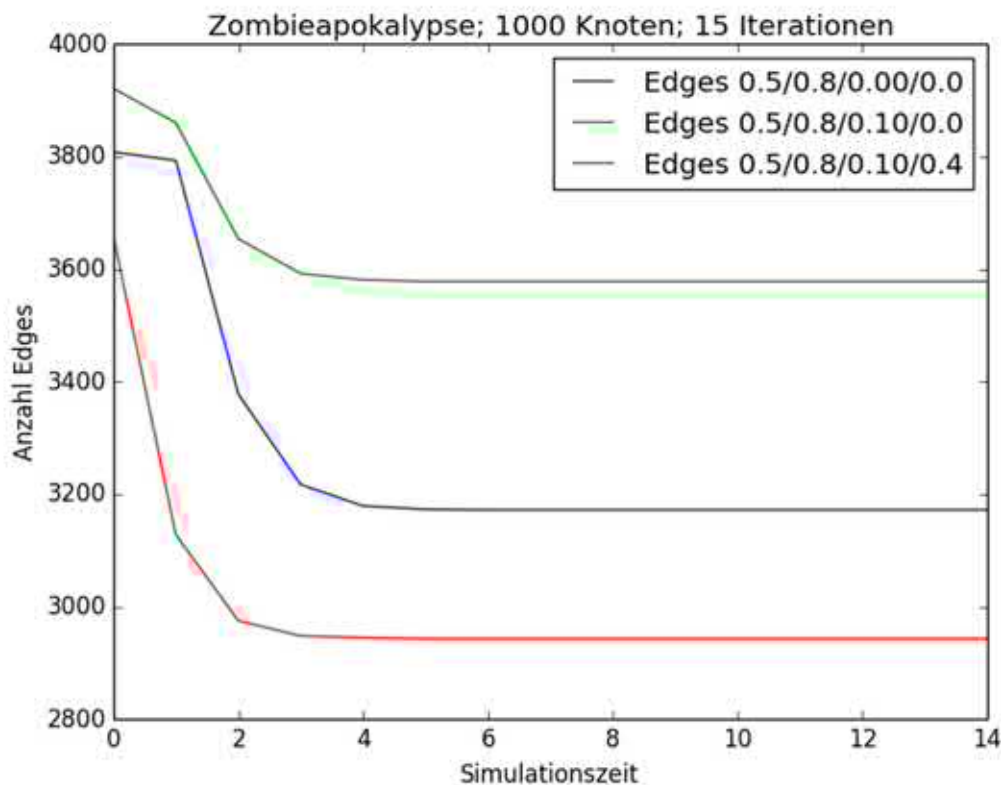


lässt sich dieser Zusammenhang deutlich erkennen. Führt man nun den Sentimentalitätsparameter  $\gamma$  ein, so führt bereits eine sehr geringe Präferenz ( $\gamma = 0,1$ ) Personen, zu denen man eine historisch gewachsene Verbindung unterhält, auch im Falle einer Zombiefizierung nicht im Stich zu lassen, zu einem dramatischen Anstieg der Population der Infizierten. Die generelle Richtung dieses Trends ist in der Grafik durch die blauen Pfeile gekennzeichnet. Rote Pfeile demonstrieren demgegenüber den Effekt der Stigmatisierung ( $\tau = 0,4$ ). In wiederholten Simulationen zeigt dieser Effekt zwei Tendenzen auf. Einerseits reduziert er das Ausmaß der Zombiefektion, andererseits bremst er die Ausbreitung der Infektion aus. Letzteres ist in besonderem Ausmaß von Interesse, da es auf einen Effekt der zugrundeliegenden Netzwerkstruktur schließen lässt. Die ursprüngliche Infektion kann sich nur langsam ausbreiten und muss große Umwege neh-

<sup>3</sup> Aus diesem Grund wurde hier eine Infektionsrate von 0,3 gewählt, da so die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Modellen besser verdeutlicht werden können.

men, um entfernte Knoten des Netzwerkes zu erreichen. Gleichzeitig verstärkt sich mit jedem Tick die Sentimentalität der Knoten und damit die Wahrscheinlichkeit, in der bereits zombifizierten Figuration zu verbleiben. In diesem Szenario mag die Zombieapokalypse als eine figurative Entdifferenzierung beziehungsweise als eine Verkürzung der »Handlungsketten« (Elias 1939: 373) interpretiert werden.

Abb. 2: Entwicklung der Anzahl der Netzwerkbeziehungen; Parameter:  $P(\text{Infektion}) / P(\text{Isolation}) / \alpha / \gamma$



Die Veränderung der figurativen Struktur im Laufe der Zeit illustriert diesen Effekt noch ausführlicher und hilft uns, die Mechanismen zu verstehen. Abb. 2 zeigt die Entwicklung der Häufigkeit von Beziehungen zwischen zwei Knoten im simulierten Netzwerk. Die rote Linie zeigt den Verlauf des obigen Modells mit Sentimentalität- und Stigmatisierungsparameter. Im Vergleich mit dem Sentimentalitätsmodell (grüne Linie) und dem einfachen Infektions/Isolations-Modell (blaue Linie) wird deutlich, dass der Preis für die Abwehr der Zombies über den Mechanismus der Stigmatisierung die Zerstörung der Netzwerkstruktur ist und zwar in einem sehr viel größeren Ausmaß als im Falle einer einfachen Isolationsstrategie, bei ungefähr gleicher Effektivität. Anders ausgedrückt: Man überlebt zwar, hat aber keine Freunde mehr.<sup>4</sup> Es bildet sich eine neue »Figuration interdependenter kleiner Gruppen« heraus, die nicht nur gegen die Zombiehorde bestehen müssen, sondern »alle zugleich als Rivalen um bestimmte von ihnen gleichermaßen begehrte Chancen interdependent bleiben« (Elias 1996: 89).

<sup>4</sup> Wir danken Lukas Szabo für diese prägnante Zusammenfassung des Sachverhalts.

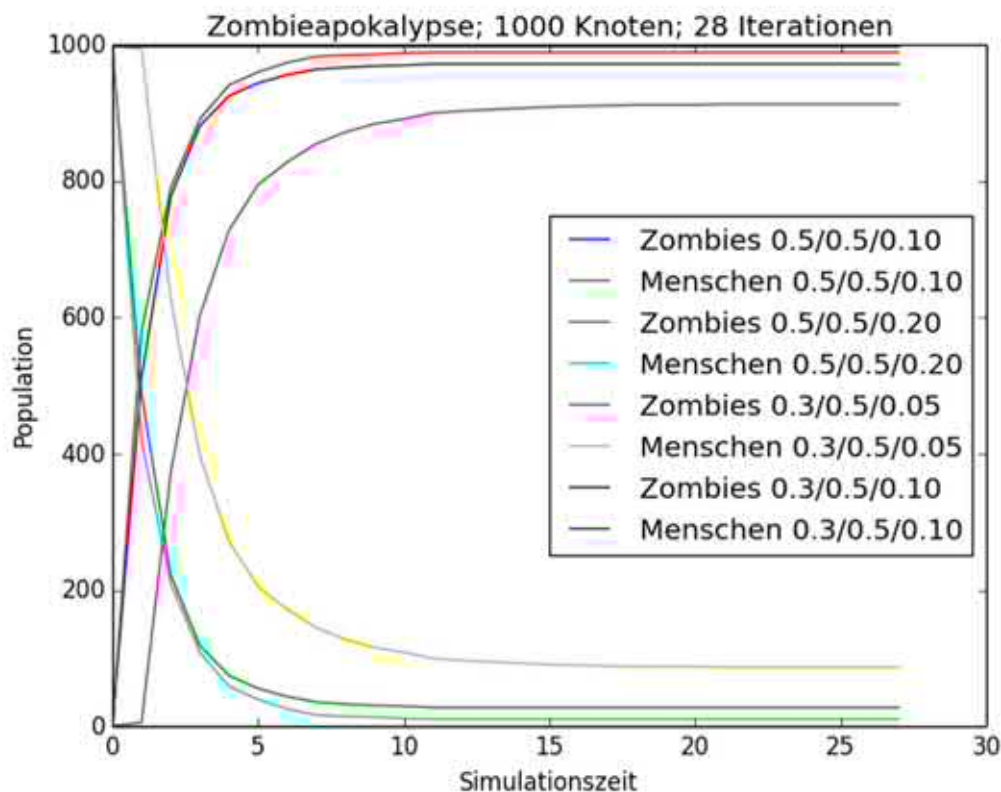


Abb. 3: Wechselseitige figurative Schließung; Parameter:  $P(\text{Infektion}) / P(\text{Isolation}) / P(\text{Isolation}_{27})$

Das abschließende Modell besteht in der Zusammenführung der bereits beobachteten Effekte im Sinne einer zweiseitigen Schließung der Figuration. In diesem Szenario nimmt mit jedem Tick sowohl die Stärke der Sentimentalität als auch die Bindung an die übrig gebliebenen Menschen zu. Dadurch steigt sowohl die Chance einer wohlmeinenden aber fatalen Zuwendung zu den vermindert Lebenden als auch die Tendenz zur Ausgrenzung, indem in jedem Spielzug nicht nur für jeden Zombie in der Nachbarschaft, sondern auch für jeden Menschen eine Probe abgelegt wird, ob die Beziehung zum Zombie gekappt wird. In gewisser Weise modelliert dies die soziale Koordination, die aus Figurationen erwächst. Betrachtet man Abb, so ähnelt diese zunächst den bereits vorgestellten Szenarien. Die letzte Simulation (0,3 / 0,5 / 0,1) zeigt jedoch einen interessanten neuen Effekt. Wenn die Infektionsrate hinreichend gering ist, reicht bereits eine relativ geringe Tendenz (0,1) zur wechselseitigen Schließung aus, um die Zombieapokalypse in den meisten Fällen zum Erliegen zu bringen. Die dünne blaue Linie weist darauf hin, dass der Zombieknoten frühzeitig isoliert wurde und somit keine Chance mehr zur weiteren Infektion hat. In diesem Spiel kommt es jedoch auch sehr darauf an, wo Patient Zero zuerst auftaucht. Wird ein zentraler, gut vernetzter Knoten befallen, so hat der Zombie kaum eine Chance, da die Figuration bereits stark integriert ist und eine weitere Ausbreitung unmöglich wird. Der kumulative

Vorteil des Etabliertenposition in der Figuration kommt also auch hier zum Tragen. Periphere Infektionen unter den Außenseitern sind gefährlicher, müssen sich jedoch schnell ins Zentrum ausbreiten, da sie sonst ebenfalls chancenlos sind.

## Fazit und Diskussion

Unsere Ergebnisse zeigen, dass eine Zombieapokalypse unter sozialen Vorzeichen teilweise anders verläuft, als man es erwarten würde. Die Effekte der Sentimentalität und der Stigmatisierung entsprechen in weiten Teilen den in einschlägigen Zombiefilmen vorgestellten Mechanismen. Das Modell der wechselseitigen Schließung legt jedoch nahe, dass die Zombieapokalypse durch soziale Mechanismen der Ausgrenzung, internen Schließung und gesteigerte Koordination entscheidend behindert werden würde, wenn nicht sogar im Keim erstickt. Vor dem Hintergrund der Geschichte unserer Spezies betrachtet, verstärkt sich der Eindruck, dass die sozial-unkoordinierten, unzivilisierten und triebgesteuerten Zombies uns hoffnungslos unterlegen wären. Die mächtigste Waffe im Arsenal der Menschheit war schon immer unsere Fähigkeit, uns sozial zu koordinieren, gemeinschaftliche Strategien zu entwickeln und die geballte Macht sozialer Organisation gegen jede andere Spezies einzusetzen, die uns im Weg war. Jede Spezies, die der menschlichen Dominanz im Wege war, wurde entweder an den Rand gedrängt, vernichtet oder versklavt. Entsprechende Praktiken sind auch konstitutiv für die Reproduktion sozialer Ordnungen, die aus figurationssoziologischer Perspektive betrachtet immer schon gesellschaftliche Machtdifferentiale reproduzieren. Es gibt wenig gute Gründe, die dagegen sprechen, dass es dem *Homo Cadaveriensis* anders ergehen würde als den Beherrschten in den historischen Epochen der realen Menschheitsgeschichte. Höchstwahrscheinlich würden Zombies als billige Arbeitskräfte enden.

An dieser Stelle lohnt es sich, die Metapher des Zombies beiseite zu legen und uns den hier untersuchten sozialen Prozessen und deren Implikationen für unsere Welt zu widmen. Wie eingangs erwähnt, ist es unser Ziel, an die bestehende Forschung anzuschließen und dies nicht nur in Hinsicht auf den Zombie-Topos. Die Simulation von Ausbreitungswegen in Netzwerken ist mittlerweile eine etablierte Technik der Epidemiologie. Unserer Ansicht nach weisen diese Modelle dasselbe fundamentale Problem auf, welches auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Zombie prägt. Eine individualistische und essentialistische Sichtweise, die soziale Prozesse und die Einbettung von Interaktionsprozessen vernachlässigt oder schlichtweg ignoriert, scheint ungeeignet, reale Infektionsprozesse in den Blick zu nehmen.

Eine Lektion, welche die Weltgesundheitsorganisation 2014 im Zuge der Ebola-Epidemie in Westafrika auf bittere Weise lernen musste. Man denke an die Reaktion weiter Teile der Populationen Westafrikas, die die Diffusionsprozesse der Krankheit zugunsten persönlicher Bindungen ignorierte. Viele Angehörige versuchen, Erkrankte im eigenen Haus zu verstecken, entweder aus persönlicher Sorge, weil sie dem Gesundheitssystem misstrauen oder soziale Stigmatisierung fürchten. Dies trägt nach Meinung der WHO bis heute entscheidend zur Ausbreitung der Krankheit bei (WHO 2014). Wie unsere Simulation zeigt, ist soziale Bindung (Sentimentalität) nicht nur in diesem Fall eine wichtige Komponente, die entscheidenden Einfluss auf eine Epidemie neh-



men kann. Ohne eine Berücksichtigung der Einbettung der Krankheitsausbreitung in konkrete soziale Figurationen, werden auch zukünftige Modelle den Verlauf einer Epidemie nur sehr unzureichend vorhersagen können – mit zum Teil dramatischen Konsequenzen.

Nicht nur die sozialen Einflussfaktoren, sondern auch die sozialen Folgen finden in epidemiologischen Studien wenig Platz. Ein trauriges, real-weltliches Beispiel für die empirische Bedeutung unseres Stigmatisierungsmodells ist die Aids-Epidemie in den achtziger Jahren. Stigmatisierungsprozesse können, wie wir gezeigt haben, den Verlauf einer Epidemie entscheidend eingrenzen. Jedoch ist der Preis dafür enorm hoch. Die Ausgrenzung von Schwulen, Drogensüchtigen und anderen Risikogruppen hat zur Zerstörung ganzer Subkulturen, zu bis heute andauernder Diskriminierung und enormen menschlichem Leid geführt. Gleichzeitig hat die Identifikation der Krankheit mit bestimmten Personengruppen auch dazu geführt, dass sich andere Personengruppen in trügerischer Sicherheit wähnten. In Verbindung mit dem oben beschriebenen Ängsten, die dazu führen, dass sich stigmatisierte Personengruppen zurückziehen oder ihre Erkrankung leugnen, ist anzunehmen, dass die Stigmatisierung in realen Settings höchstwahrscheinlich nicht zu einer Eindämmung der Krankheit führen würde. Solche Wechselwirkungen zwischen verschiedenen figurativen Prozessen stellen ein lohnendes Ziel für weitere Forschung dar.

Das Modell der wechselseitigen Schließung von Figurationen geht über den Rahmen von Epidemien hinaus und berührt die Frage nach den generellen Prozessen, die Integration und Diskriminierung zwischen Menschengruppen steuern. Betrachtet man die Zombies hier als die Außenseiten dieser Figuration, so wird deutlich, dass bestehende Bindungsstrukturen und verfestigte Gruppen eine Integration jenseits von Vernichtung und Ausbeutung praktisch unmöglich werden lassen. Dies wird durch Stigmatisierungen und ähnliche figurative Prozesse noch weiter verstärkt.

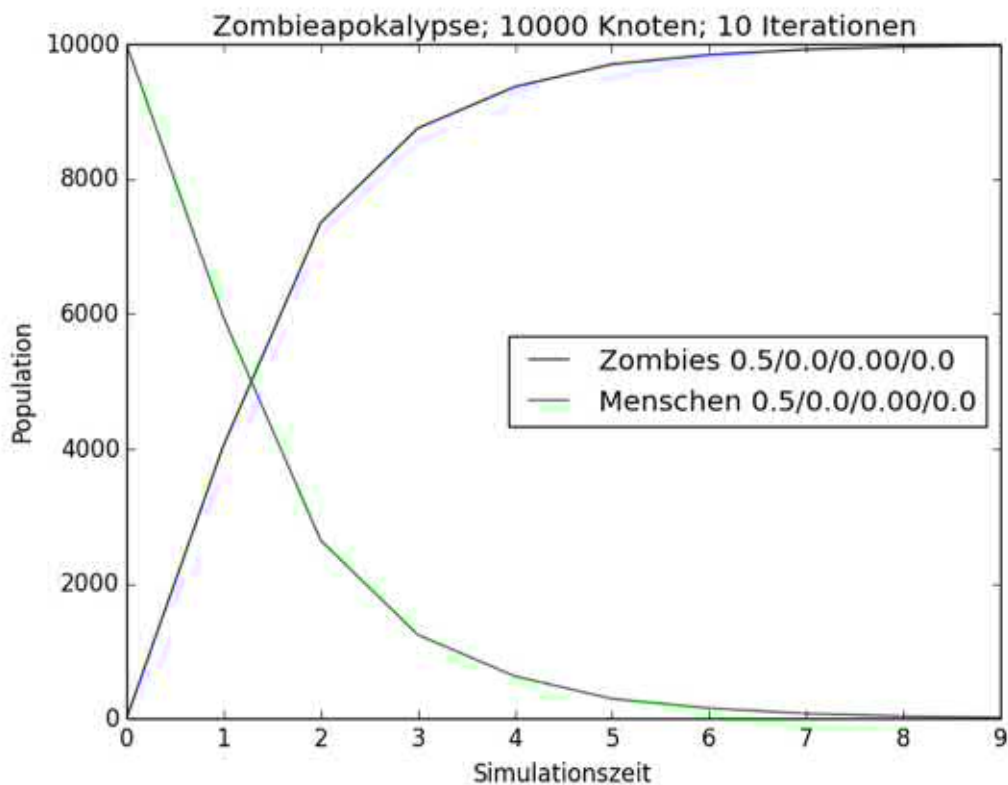
## Literatur

- Ackerman, E., Elveback, L.R., Fox, J.P. 1984: Simulation of infectious disease epidemics. Springfield: C.C. Thomas.
- Barabási, A.-L., Albert, R. 1999: Emergence of Scaling in Random Networks. *Science*, 286. Jg., Nr. 5439, 509–512.
- Baur, N., Ernst, S. 2011: Towards a process-oriented methodology: modern social science research methods and Norbert Elias's figurational sociology. *The Sociological Review*, 59. Jg., 117–139.
- Crossley, M., Amos, M. 2011: SimZombie: a case-study in agent-based simulation construction. In J. O'Shea, K. Crockett, N. T. Nguyen, R. J. Howlett, L. C. Jain (Hg.) *Agent and Multi-Agent Systems: Technologies and Applications*. B Springer.
- Elias, N., 1939: *Über den Prozeß der Zivilisation*. Bd. 2, Baden-Baden: Suhrkamp.
- Elias, N., 1996: *Was ist Soziologie?* München: Juventa.
- Elias, N., Scotson J. L. 1993: *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Engler, J.C., 2012: War of the Living Dead: An Analysis of the Permissibility of the Zombie Weapon in Modern International Armed Conflict (SSRN Scholarly Paper No. ID 2171477), <http://papers.ssrn.com/abstract=2171477>.
- Fuhse, J.A., 2012: Embedding the Stranger: Ethnic Categories and Cultural Differences in Social Networks. *Journal of Intercultural Studies* 33. Jg., 639–655.
- Hethcote, H.W., 2000: The mathematics of infectious diseases. *SIAM review* 42: 599–653.
- Hufnagel, L., Brockmann, D., Geisel, T. 2004: Forecast and control of epidemics in a globalized world. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 101. Jg. 15124–15129.

- Munz, P., Hudea, I., Imad, J., Smith, R.J. 2009: When zombies attack! Mathematical modelling of an outbreak of zombie infection. *Infectious Disease Modelling Research Progress*, 4. Jg., 133–150.
- Newman, M., 2003: The Structure and Function of Complex Networks. *SIAM Review*, 45. Jg., 167–256.
- Stanley, D., 2012: The nurses' role in the prevention of Solanum infection: dealing with a zombie epidemic. *Journal of Clinical Nursing*, 21. Jg., 1606–1613.
- Strielkowski, W., Lisin, E., Welkins, E. 2013a: How to Stop a Vampiric Infection? Using Mathematical Modeling to Fight Infectious Diseases. *Applied Mathematical Sciences*, 7. Jg., 4195–4202.
- Strielkowski, W., Lisin, E., Welkins, E. 2013b: Mathematical Models of Interactions between Species: Peaceful Co-existence of Vampires and Humans Based on the Models Derived from Fiction Literature and Films. *Applied Mathematical Sciences*, 7. Jg., 453–470.
- WHO, 2014: Why the Ebola outbreak has been underestimated. *who.int*, <http://www.who.int/mediacentre/news/ebola/22-august-2014/en/>.

## Anhang

Anhang 1: Basismodell mit  $P(\text{Infektion}) = 0,5$



Ad-hoc-Gruppe »Vertrauenskrisen – Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse« – organisiert von Michael Florian

# Vertrauenskrisen und der Verlust der Zuversicht

## Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse

Michael Florian

### *Einführung zur Ad-hoc-Gruppe »Vertrauenskrisen – Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse«*

Durch die transnationale Finanz- und Wirtschaftskrise haben Vertrauenskrisen und Verluste der Zuversicht im ökonomischen Diskurs und in der öffentlichen Diskussion in den letzten Jahren eine starke Aufmerksamkeit erfahren. Angesichts der wuchernden Krisenkommunikation über den allgegenwärtigen Verlust des Vertrauens in Wirtschaft, Politik oder Medien, in Wissenschaft, Sport oder Kultur, um nur einige publizistische Dauerkrisenherde zu nennen, stellt sich die Frage, wie die Soziologie mit der inflationären Thematisierung von Vertrauenskrisen und Gefährdungen der Zuversicht umgeht und welche Angebote sie für eine ernsthafte Analyse bereitstellt. Am Beispiel der Wirtschafts- und Organisationssoziologie, die den thematischen Schwerpunkt der Ad-hoc-Gruppe »Vertrauenskrisen« bildeten, soll im Folgenden eine Bestandsaufnahme des Forschungsstandes und der Perspektiven der soziologischen Analyse geleistet werden. In einem ersten Schritt wird eine integrative Vertrauenskonzeption vorgestellt und eine Unterscheidung zwischen Vertrauen und Zuversicht getroffen. Daran anschließend wird die Frage erörtert, unter welchen Bedingungen die Untersuchung von Vertrauenskrisen soziologisch »brauchbar« ist und als ein besonderer Typus sozialer Prozessverläufe neue Erkenntnisse verspricht. Auf dieser Grundlage können dann wirtschaftssoziologische Arbeiten von Richard Swedberg über den Verlust der Zuversicht in Finanzkrisen kritisch gewürdigt werden. In einem abschließenden Fazit werden Probleme und weiterführende Perspektiven der soziologischen Analyse von Vertrauenskrisen und Verlusten der Zuversicht skizziert.

### Ein integratives Vertrauenskonzept und die Unterscheidung zwischen Vertrauen und Zuversicht

Die unglaubliche Vielfalt und erstaunliche Konfusion bei der begrifflichen Bestimmung der Vertrauenskategorie ist oft bemängelt worden, kann hier aber nicht im Detail diskutiert werden. Erfreulicherweise ist in der Organisationsforschung ein »integratives Modell« (Mayer et al. 1995)

entwickelt worden, das sich als interdisziplinär anschlussfähiger Minimalkonsens für die Definition von Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit eignet und eine angemessene Grundlage bietet für weiterführende theoretische Überlegungen und empirische Analysen (vergleiche im Folgenden Florian 2013; 2015: 64ff.). Das integrative Modell definiert Vertrauen als »willingness of a party to be vulnerable to the actions of another party based on the expectation that the other will perform a particular action important to the trustor, irrespective of the ability to monitor or control that other party“ (Mayer et al. 1995: 712). Vertrauenswürdigkeit wird von den Autoren als Bedingung für die Vertrauensvergabe an drei Merkmale gekoppelt: *ability*, *integrity* und *benevolence* (Mayer et al. 1995: 717).

Für soziologische Ansprüche ist eine Reduzierung des Vertrauensbegriffs auf den mentalen Status oder Zustand von Individuen (positive »Erwartung« und »Bereitschaft«) allerdings nicht ausreichend, weil Vertrauen auch als praktizierte *Handlung*, als eine wechselseitige *soziale Beziehung* und als eine *soziale Praxis* verstanden werden muss, um die soziale Prozessdynamik der Entstehung und Entwicklung, der Erosion, Zerstörung und Wiederherstellung von Vertrauen angemessen analysieren und erklären zu können. Zudem ist *interpersonales* Vertrauen zu unterscheiden von dem »Systemvertrauen« als Vertrauen in die Funktionsfähigkeit von Systemen, ihre »Zustände oder Leistungen innerhalb bestimmter Grenzen identisch zu halten« (Luhmann 1973: 76; der Begriff des Systemvertrauens wird aber in Luhmann 2001 nicht mehr verwendet, sondern durch die Kategorie der Zuversicht ersetzt).

Die Bereitschaft, sich durch andere verletzlich zu machen und begrenzte Möglichkeiten der Überwachung und Kontrolle zu akzeptieren, ist bei Vertrauensverhältnissen eingebettet in eine besondere moralische Wertordnung, an der die *Vertrauenswürdigkeit* eines Vertrauensobjektes »gemessen« wird. Bei der Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit werden Fähigkeiten oder *Kompetenzen* danach beurteilt, ob sie den kognitiven, emotionalen und sachlichen Anforderungen an eine funktional angemessene Ausübung von Tätigkeiten entsprechen. Die *Integrität* wird als moralisch einwandfreies, ehrliches und glaubwürdiges Verhalten wahrgenommen, das dauerhaft und konsistent mit gemeinsamen Wertesystemen der beteiligten Handelnden übereinstimmt und das *Wohllwollen* wird danach bewertet, inwieweit die Interessen der Vertrauensgeber/-innen auch dann berücksichtigt werden, wenn dies auf Seiten der Vertrauensnehmer/-innen Intentionen der Maximierung des eigenen Nutzens widersprechen sollte (Florian 2013: 44, 2015: 64f.).<sup>1</sup>

Vertrauen setzt grundsätzlich die Freiwilligkeit des Engagements und die begrenzte Instrumentalität der Motivation voraus, es kann nicht erzwungen oder angeordnet (Luhmann 1973: 46), sondern nur »freiwillig« gegeben und angenommen werden. Rein instrumentelle Motive zweckrationaler Art (egoistische Nutzenmaximierung) oder starke wertrationale Forderungen (unbedingte Pflichterfüllung) gefährden die Grundlagen der Vertrauenswürdigkeit (Florian 2015: 65, 71). Unter Bedingungen von Ungewissheit und Mehrdeutigkeit verlangt Vertrauen eine »ris-

---

<sup>1</sup> Eine weiter führende Differenzierung unterschiedlicher Vertrauentypen (zum Beispiel wissensbasiertes Vertrauen, auf eigene Erfahrungen, soziale Eigenschaften oder Identifikation gründende Vertrauensarten oder der umstrittene Grenzfall einer auf Interessenkalkül oder Abschreckung basierenden Verlässlichkeit) mit möglicherweise unterschiedlichen Krisenverlaufsprofilen kann an dieser Stelle aus Platzgründen nicht näher behandelt werden, ist aber für die hier verfolgte grundsätzliche Argumentation auch nicht notwendig.

kante Vorleistung« (Luhmann 1973: 23, 45). Wer Vertrauen *schenkt*, macht sich verletzlich, weil ungewiss bleibt, ob die erbrachte Vorleistung in der Zukunft auch angemessen erwidert (Reziprozität eines »Gabentausches«) oder opportunistisch ausgenutzt wird (Florian 2015: 65f.). Mit Vertrauen ist ein besonderer Kontrollverzicht verbunden, der durch die positive Erwartung von Kompetenz, moralischer Integrität und Benevolenz begründet ist. Trotz mangelnder Kontrolle wird erwartet, dass sich Vertrauensnehmer/-innen kompetent, moralisch integer und wohlwollend verhalten und auf die Ausbeutung opportunistischer Chancen verzichten. Allerdings ist das Verhältnis von Vertrauen und Kontrolle mehrdeutig und paradox, weil es Situationen gibt, in denen Vertrauen und Kontrolle komplementär und kombinierbar sind, wenn zum Beispiel moderate und von den Kontrollierten selbst als hilfreich empfundene Kontrollaktivitäten getätigt werden, die dann sogar vertrauensbildend wirken können. Andererseits können detaillierte Fremdkontrollen auch Vertrauen ersetzen und als Zeichen von Misstrauen gewertet werden (zum spannungsgeladenen Verhältnis zwischen Vertrauen und Kontrolle vergleiche Florian 2015: 71f.).

Positive Erwartungen unter Bedingungen einer stets ungewissen Zukunft und die Bereitschaft trotzdem zu handeln finden sich aber nicht nur beim Vertrauen, sondern auch bei der *Zuversicht*. Beide Phänomene positiver Erwartungsbildung müssen differenziert werden. In der Soziologie (Barbalet 1996; Beckert 2006) und der Anthropologie (Hart 1988: 186f.) wird Zuversicht erstens als ein umfassenderer Oberbegriff verwendet, der auf eine ungewisse Zukunft als Objekt der Erwartungsbildung ausgerichtet ist, während Vertrauen als eine Unterkategorie eine spezifischere Erwartung an die gutartigen *Intentionen* potentieller Kooperationspartner/-innen bildet (Barbalet 1996: 77; Beckert 2006: 126).

Vertrauen und Zuversicht werden zweitens auch *graduell* voneinander unterschieden und auf einem Kontinuum lokalisiert je nach dem jeweiligen Ausmaß ihrer kognitiven Evidenz und der emotionalen Stärke ihrer Überzeugungskraft (Hart 1988: 186f. und daran anschließend Barbalet 1993: 229f. und Swedberg 2012: 68; 2014: 541f.). Vertrauen (*trust*) bewegt sich im Mittelfeld eines Kontinuums unterschiedlicher Evidenz- und Emotionalitätsgrade, weil es Ungewissheiten und Risiken trotz mangelnder Informationen, unvollständiger Evidenz und unzureichenden Beweisen toleriert und gefühlsmäßig stützt. Im Unterschied dazu wirkt der unerschütterliche Glaube (*»blind faith«*) an dem einen Extrem des Kontinuums wegen starker Gefühle und fragloser Akzeptanz auch ohne Wissen und Evidenz handlungsmotivierend und die Zuversicht (*confidence*) als »sense of certainty« (Barbalet 1996: 81) wird am anderen Ende als eine feste Überzeugung verortet, die auf sichere Evidenz und hohe Gewissheitsgrade baut und deshalb nur eine vergleichsweise geringe Intensität an Gefühlen benötigt (Hart 1988: 187). Angesichts der prinzipiellen Unvorhersehbarkeit zukünftiger Ereignisse basiert die Zuversicht auf einer subjektiven Gewissheitsempfindung, die auf die praktische Bewährung von Erfahrungswerten angewiesen ist, auf der Beobachtung des Verhaltens anderer beruht oder durch die Übernahme der Einschätzungen anerkannter Autoritäten (zum Beispiel Expert/-innen, Ratingagenturen und anderen Bewertungsinstanzen) gestützt wird.

Eine dritte Unterscheidungsoption zwischen Vertrauen und Zuversicht vertritt Niklas Luhmann (2001; 1973) auf der Grundlage einer Differenzierung zwischen Risiko und Gefahr. Die Vertrauensbildung beginnt danach genau dort, wo Ungewissheiten der Handlungssituation und zukünftiger Entwicklungen von den Handelnden bei der Interpretation ihrer Handlungsoptionen als potenzielles Enttäuschungsrisiko eigener Aktivitäten berücksichtigt und bei Misserfolg und

Enttäuschung auch der eigenen falschen Beurteilung und Entscheidung zugerechnet werden. Zuversicht dagegen ignoriert als positive Erwartung alternative Optionen, weil zuversichtlich Handelnde trotz gegebener Unsicherheit optimistisch Hoffnung fassen und dadurch die bestehenden Kontingenzen und Risiken des Handelns einfach eliminieren (Luhmann 1973: 25), die das Vertrauen berücksichtigt. Während sich Vertrauen »stets auf kritische Alternativen« (Luhmann 1973: 24) bezieht, ignoriert die Zuversicht den Risikogehalt des eigenen Handelns, verkennt bestehende Ungewissheiten und unterschätzt das Verletzungspotenzial (Florian 2015: 66–68). Als positive Erwartung sorgt die Zuversicht dafür, dass Entscheidungssituationen nicht als riskant wahrgenommen werden, sondern »als *Chancen bietend*, zugleich aber *nicht umfassend beherrschbar*« (Beckert 2006: 125). Damit verhindert Zuversicht Handlungsblockaden und Verhaltensparalysen, indem sie die Fähigkeit, Motivation und Bereitschaft handlungsfähig zu sein trotz ungewisser Zukunft fördert und durch optimistische, »sachlich nie zureichend begründbare, emotionsbasierte Einstellungen zur Welt erst Handlungsvermögen schafft« (Beckert 2006: 126).

## Eine prozessanalytische Perspektive auf »Krisen« des Vertrauens und der Zuversicht

*Defizite* an Vertrauen oder Zuversicht sind zum Beispiel in der politischen Theorie, in der Mediensozio­logie im Kontext von Skandalisierungen sowie in der Wirtschafts- und Industriosozio­logie häufig bemerkt und untersucht worden. Auch in der Organisationsforschung werden Vertrauensverluste inzwischen unter dem Label »*trust repair*« oder »*restoring trust*« studiert (für einen Überblick siehe Dirks et al. 2009 und Kramer, Pittinsky 2012). Aber hier werden die Besonderheiten von Vertrauens*krisen* nicht berücksichtigt, die Unterschiede zwischen Vertrauen und Zuversicht werden ignoriert und die deutschsprachige Soziologie hat diese vor allem sozialpsychologisch orientierten Arbeiten bis heute noch nicht hinreichend zur Kenntnis genommen, geschweige denn systematisch aufgearbeitet. *Krisen* des Vertrauens und der Zuversicht sind in der soziologischen Analyse und Erklärung bislang weitgehend vernachlässigt worden. Seltene Ausnahmen, bei denen Vertrauenskrisen zumindest thematisiert worden sind, finden sich in der Wirtschaftssoziologie (Beckert 2010; Strulik 2011) und in der Vertrauensforschung (Endreß 2010; Bachmann, Inkpen 2011), aber auch hier fehlt eine theoretisch fundierte Auseinandersetzung mit dem Konzept der Krise und es mangelt an einer Berücksichtigung der sozialen Dynamik krisenhafter Prozesse, in deren Verlauf Vertrauen erodiert, zerstört oder wiedergewonnen wird.

Lediglich Martin Endreß (2010: 32f.) hat versucht zumindest ein rudimentäres Verständnis für das Entstehen von Vertrauenskrisen zu entwickeln. Seine Unterscheidung von zeitlichen, räumlichen und sozialen Aspekten behandelt verschiedene Dimensionen der Enttäuschbarkeit von Vertrauen (zum Beispiel durch Zeitmangel in professionellen Zusammenhängen, durch räumlich gebundene Entfremdungserfahrungen oder durch mangelnde Informationen und Interessenberücksichtigung auf Seiten professioneller Akteure). Eine tragfähige prozess­theoretische Krisenkonzeption ist aber auch hier nicht zu finden, zumal sich Endreß inzwischen anlässlich des Soziologiekongresses 2014 in einem Interview sehr skeptisch über die generelle sozio-

logische Brauchbarkeit des Krisenbegriffs geäußert hat (zitiert nach Leusch 2014). Darüber hinaus werden in der soziologischen Analyse oftmals Unterschiede zwischen Vertrauen (*trust*) und Zuversicht (*confidence*) nicht hinreichend berücksichtigt, so dass nicht präzise entschieden werden kann, unter welchen Bedingungen eine Vertrauenskrise vorliegt, ob »nur« eine Erosion von Vertrauen festzustellen ist oder ob ein Verlust der Zuversicht identifiziert werden kann.

Was ist nun unter einer »Vertrauenskrise« zu verstehen und welcher soziologische Erkenntnisgewinn ist mit dem Gebrauch dieser Kategorie verbunden? Gegen eine unreflektierte und inflationäre Verwendung des Krisenbegriffs in den Sozialwissenschaften sind schon in den 1960er und 1970er Jahren bestimmte Merkmale insbesondere ökonomischer und politischer Krisen für eine prozedurale Krisendefinition verallgemeinert worden (zum Beispiel Robinson 1968: 510f.; Habermas 1973). In neueren Beiträgen werden Krisen als »Störung eines geordnet verlaufenden Prozesses« (Merten 2013: 156) begriffen und der Zusammenhang zwischen der Krisenentwicklung und der öffentlichen Krisenkommunikation wird stärker betont (Malsch et al. 2014; Merten 2013).

Daran anschließend lässt sich eine Vertrauenskrise als eine potenziell dynamisch verlaufende negative *Veränderung im Vertrauensniveau* eines sozialen Systems begreifen, die durch eine überraschende *Aufdeckung eines Vertrauensbruches* (Transgression) ausgelöst wird und sich in den sozialen Erwartungen, Handlungen und Beziehungen als Verlust von Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit bemerkbar macht, die als Bedrohung eines sozialen Systems interpretiert wird und die trotz Ungewissheiten unter hohem Zeit- und Handlungsdruck problemlösende Entscheidungen verlangt, die den weiteren Prozessablauf der Vertrauensentwicklung beeinflussen können, dessen Ausgang aber nicht sicher einschätzen können.<sup>2</sup>

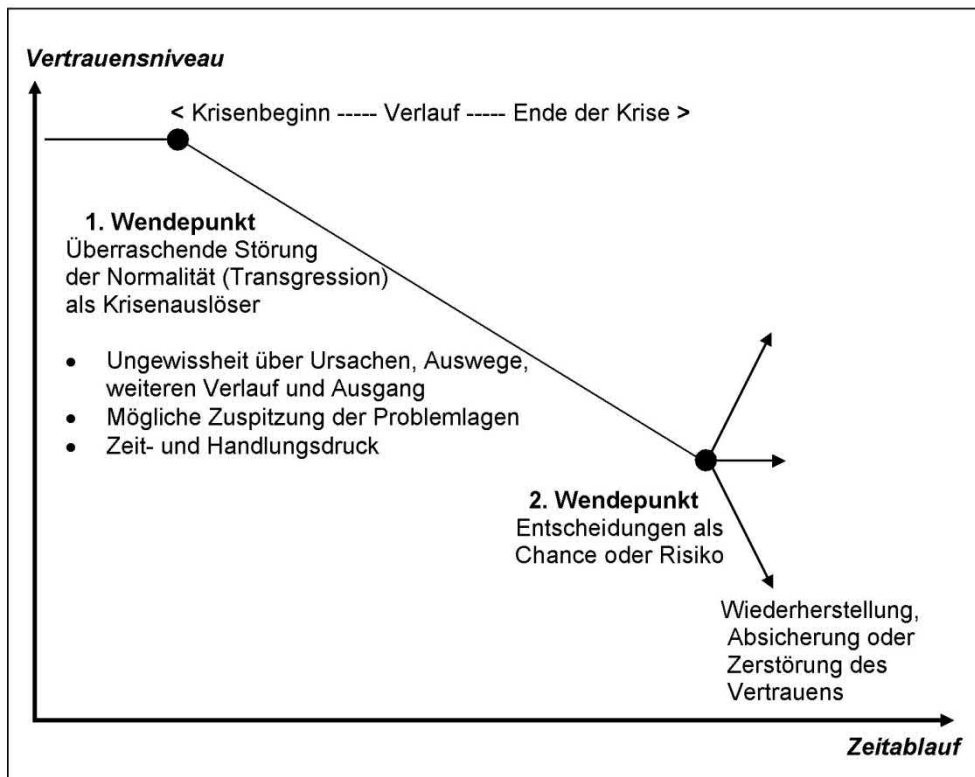
Eine Vertrauenskrise ist eine zeitlich vorübergehende Episode, die zwischen zwei Wendepunkten in den weitläufigeren Prozess der Entwicklung des Vertrauensniveaus eines sozialen Systems integriert ist. Nur wenn es gelingt, die spezifische Prozessverlaufsstruktur des Vertrauensverlustes als einen typischen Krisenverlauf zu rekonstruieren, ist es soziologisch angemessen von einer *Krise* des Vertrauens zu sprechen. Eine Vertrauenskrise unterscheidet sich durch ihr spezifisches Prozessverlaufsmuster von einem bloßen Verlust des Vertrauens. Im Folgenden wird ein idealtypisches Prozessmodell einer Vertrauenskrise vorgeschlagen, das erste Ansatzpunkte für eine theoretische Konzeption bietet, aber vor allem hinsichtlich der Linearität, Eindimensionalität und der mangelnden Berücksichtigung dynamischer sozialer Effekte noch weiterentwickelt werden muss (Abbildung 1).

---

<sup>2</sup> Zur Vereinfachung wird in diesem Definitionsvorschlag nicht zwischen verschiedenen Vertrauentypen unterschieden. Generell wirken Vertrauenskrisen bedrohlich für den Bestand und die Identität sozialer Systeme, wenn diese auf Vertrauen als Koordinationsmechanismus angewiesen sind. Der Verlust von Vertrauen wird hier aber nicht per se und in jedem Fall als kritisch bewertet, weil Vertrauen nicht prinzipiell positiv zu werten ist (zum Beispiel nicht bei unbegründeter »blinder« Vertrauensvergabe), weil Innovationen sozial erwünschte Vertrauenskrisen herbeiführen können und weil mit Misstrauen ein »funktionales Äquivalent« (Luhmann 1973: 78) für Vertrauen verfügbar ist, mit dem sich soziale Koordinierung auch in Vertrauenskrisenzeiten noch auf andere Weise ermöglichen lässt.



Abb. 1: Ein idealtypisches Prozessmodell einer Vertrauenskrise



Quelle: Eigene Darstellung

Eine Vertrauenskrise beginnt mit der Aufdeckung eines Vertrauensbruches (Transgression), die als eine überraschende Veränderung der Normalität wahrgenommen und als gravierende Abweichung von bestehenden Vertrauenserwartungen interpretiert wird und Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit relevanter Vertrauensobjekte aufkommen lässt (1. Wendepunkt). Die Änderungen im Vertrauensniveau werden in der Krisenkommunikation als ein starkes Bedrohungspotenzial für basale Ziele und Werte oder für den Bestand und die Identität des sozialen Systems gedeutet. Es herrscht starke Ungewissheit über die zeitlichen, sachlichen und sozialen Dimensionen der (ver-)störenden Veränderungen (vergleiche Merten 2013: 154ff.):

- Überraschender Zeitpunkt: Wann sind die Veränderungen aufgetreten?
- Unbekannte Verursachung der Störung: Warum sind Veränderungen aufgetreten und wer ist dafür verantwortlich?
- Ungewisse Dauer und Verlauf: Wie lange dauern und wann enden die Veränderungen?
- Unsichere Interventionsmöglichkeiten und Lösungswege: Wie lassen sich die Veränderungen bewältigen?
- Offener Ausgang mit ungewissem Ergebnis: Wie endet die Krise und welche Schäden oder Nutzen, Risiken oder Chancen sind zu erwarten?

Ungewöhnliche und inadäquate Informationen, Unsicherheiten über die angemessene Beurteilung der Situation und die Auswahl geeigneter Handlungsmöglichkeiten, die reduzierte Beeinflussbarkeit kritischer Ereignisse und deren potenzielle Effekte sowie die grundsätzliche Ergeb-

nisoffenheit der Zukunft erzeugen eine schwierige Entscheidungssituation unter hohem Zeit- und Handlungsdruck. Idealtypisch betrachtet enden Vertrauenskrisen nach einem zweiten Wendepunkt, an dem sich die weitere Entwicklung des Vertrauensniveaus entscheidet.

Für den spezifischen Prozessablauf und die besondere Prozessdynamik der Verschärfung oder Abschwächung einer Vertrauenskrise ist das Zusammenspiel zwischen »materiellen« und »symbolischen« Bedrohungsdimensionen relevant. Die tatsächlichen oder vermeintlichen Veränderungen im Vertrauensniveau werden in öffentlichen Krisennarrativen als bestandskritisch und identitätsgefährdend gedeutet und die soziale Wahrnehmung und Anerkennung einer kritischen Ausnahmesituation hängt in hohem Maße von der öffentlichen Krisenkommunikation ab. Unerwartete weitere Wendepunkte und plötzliche Zuspitzungen der Problemsituation im Prozessverlauf der Ereignisse können die rekursive Dynamik des Krisenprozesses beeinflussen und diesem ein spezifisches Verlaufsmuster aufprägen (zum Beispiel »Zyklen«, Entwicklungs- »Phasen« oder »Stufen« als temporäre Verlaufsdynamiken, »eigendynamische« Prozesse, »Teufelskreise« oder »Abwärtsspiralen« als Anzeichen für mögliche negativ wirkende Verstärkungseffekte). Es fehlen bislang aber soziologische Analysen über Details solcher Prozessstrukturen des krisenhaften Verlustes des Vertrauens und der Vertrauenswürdigkeit, darüber wie die Krisenentwicklung durch die soziale Diffusion von Informationen vorangetrieben oder gedämpft wird, wie sie durch Krisenkommunikation und symbolische Machtkämpfe um die soziale Anerkennung einer legitimen Deutung der Situation beeinflusst wird, durch welche Aggregationseffekte individuelle Vertrauensenttäuschungen kritische Schwellenwerte aufbauen und ob »reflexive Mechanismen« (Florian 2006) das Vertrauen in das Vertrauen anderer zerstören. Das soziologische Wissen über Strukturen und Dynamiken vertrauensrelevanter Prozessverläufe ist bislang begrenzt und lässt sich besonders im Kontext der soziologischen Vertrauens(krisen)forschung als ein relevantes Theorie- und Forschungsdefizit identifizieren.

## »Hidden losses«? Der Verlust von Zuversicht und die Krise der Finanzwirtschaft

Während einige Soziologen die Finanzkrise (auch) als eine Vertrauenskrise thematisiert haben (Beckert 2010: 14; Bachmann, Inkpen 2011: 282; Strulik 2011: 247f.), den Krisenbegriff dabei aber theoretisch unbestimmt lassen, analysiert Richard Swedberg (2010; 2012: 67) den Verlust an Zuversicht (»loss of confidence«) als einen Auslöser von Finanzkrisen:

»Confidence is an actor's readiness to base his or her decision to act, not on the best available information about some state of affairs (because this is not available to the actor), but on proxy signs that signal what this state of affairs is.« (Swedberg 2010: 74; im Original kursiv)

Swedberg definiert Zuversicht als die Bereitschaft, Handlungsentscheidungen trotz fehlender Informationen auf stellvertretende Zeichen (*proxy signs*) zu gründen, die als *Signale* für den tatsächlichen Zustand der Dinge fungieren. Die Zuversichtlichkeit, dass eine positive Entwicklung in Zukunft zu erwarten ist, basiert auf dem »Vertrauen« in diese stellvertretenden Zeichen, dass diese tatsächlich eine angemessene Repräsentation der »wirklichen« wirtschaftlichen Situation bieten. Verlieren diese Indikatoren ihren imaginären Realitätsgehalt, geht die Zuversicht verlo-

ren und die drohende Ungewissheit über die Zukunft belastet die ökonomische Entscheidungsbereitschaft und Handlungsfähigkeit.

Um den Erhalt oder Verlust der Zuversicht zu erklären, entwickelt Swedberg (2010: 77; 2012: 68f.; 2013: 507f.) eine »proxy sign theory of confidence« (2010: 105), die idealtypische Abbildungs-Wirklichkeits-Konstellationen als eine Vier-Felder-Matrix modelliert, in der positive oder negative Zeichen als stellvertretende Indikatoren für die ökonomische Situation in Beziehung gesetzt werden zu einem positiven oder negativen Zustand der ökonomischen Realität. Stimmen stellvertretende Zeichen und Realität überein, gibt es keine Probleme mit dem Realitätsgehalt der *proxy signs*, weil sie die ökonomische Situation adäquat abgebildet haben und dadurch die Zuversicht nicht gefährden. Unterscheiden sich aber Zeichen und Wirklichkeit, können ökonomische Akteure ihre Zuversicht verlieren: Ist der Indikator negativ und die ökonomische Situation aber positiv, kann es zu einem von Robert Merton als »self-fulfilling prophecy« beschriebenen »bank run« kommen (Florian 2006). Ist das Zeichen aber positiv und die ökonomische Situation negativ, werden verheimlichte oder verborgene Verluste (»hidden losses«) vermutet und die falsche Repräsentation der Realität kann zu einer Zerstörung der Zuversicht führen mit negativen Folgen für die Funktionsfähigkeit ökonomischer Systeme, weil die aufkommende Ungewissheit und zunehmender Zukunftspessimismus die Handlungsbereitschaft unterminieren und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit lähmen.

Swedbergs theoretischer Ansatz zur Erklärung des Verlustes der Zuversicht wirft im Lichte der hier diskutierten Konzeption der Vertrauenskrise einige Probleme auf. Zunächst ist die Schiefelage zu kritisieren, mit der Swedberg die Felder seiner Matrix in ihrer Gefährlichkeit für das Wirtschaftssystem gewichtet und dabei die Systemrelevanz einzelne Fälle vernachlässigt. Ein systemkritischer Verlust der Zuversicht wird von Swedberg primär als verlorenes »Vertrauen« in den Realitätsgehalt des Wissens über die ökonomische Situation behandelt, nicht als kritische Lage der dadurch repräsentierten ökonomischen Wirklichkeit selbst. Fraglich ist aber, ob ein Zuversichtlichkeitsniveau davon unberührt bleibt, wenn *proxy signs* eine kritische ökonomische Situation *korrekt* repräsentieren (Übereinstimmung negativer Repräsentation mit negativer Realität). In Swedbergs Erklärung der Entstehung von Finanzkrisen wird die Wirkung verborgener Verluste auf die Zerstörung der Zuversicht vorrangig betrachtet (mangelnde Übereinstimmung positiver *proxy signs* mit einer negativen wirtschaftlichen Situation), während das Krisenpotenzial anderer Fälle unterschätzt wird, wie zum Beispiel der zu »hidden losses« komplementäre Mechanismus *angezweifelter Gewinne*, den Swedberg nicht berücksichtigt. So ist es fraglich, ob eine Finanzkrise vermeidbar oder weniger gefährlich verläuft, wenn drohende Verluste in einer Krisensituation realitätsadäquat wahrgenommen werden und durch die Verlässlichkeit der Zeichen die Zuversicht in die Abbildqualität der *proxy signs* erhalten bleibt oder wenn eine »bank community« zwar tatsächlich solvent ist, aber viele Investor/-innen dies bezweifeln, ihre Einlagen zurückfordern und erst dadurch im Sinne der sich selbst erfüllenden Prophezeiung ein solventes Finanzsystem praktisch zahlungsunfähig machen (mangelnde Übereinstimmung negativer Zeichen mit einer positiven Situation). Fraglich ist auch, woher Handelnde überhaupt *wissen* können, welche »objektive« ökonomische Situation vorliegt, die als zuversichtlichkeitskritischer Maßstab für die Übereinstimmung zwischen Realität und Repräsentation benutzt wird, wenn die Urteilskraft stets auf irgendwelche stellvertretenden Zeichen oder Symbole angewiesen ist, um sich ein möglichst realistisches Bild von der Wirklichkeit machen zu können.

Zudem werden einzelne Krisentypen in Swedbergs Matrix nicht unabhängig voneinander wirksam. Wie das Beispiel der Insolvenz der *Lehman Brothers* zeigt, können die verborgenen Verluste einer als »systemrelevant« bewerteten Bank eine sich verstärkende Prozessdynamik des zunehmenden Verlustes von Zuversicht und Vertrauen auslösen, die den gesamten Bankensektor in Bedrängnis bringen (Paralyse des Interbankenhandels) und letztlich sogar zu einem Versagen der Finanzmärkte führen kann, wenn politische Interventionen dies nicht durch vertrauenswürdige staatliche Garantien verhindern. Führt die verlorene Zuversicht nur bei einer geringen Anzahl von Handelnden zu einem Verzicht auf Investitionen oder Kreditvergabe im Toleranzbereich normaler Fluktuationen, dürften die Folgen für Finanzmärkte und das ökonomische System außerdem weitgehend irrelevant sein. Kritisch für den Fortbestand werden erst eine weite Verbreitung pessimistischer Haltungen und die Überschreitung bestimmter kritischer Schwellenwerte durch die soziale Aggregation von Skepsis und Misstrauen, Pessimismus und (finanz-)wirtschaftlicher Inaktivität.

Ein weiteres Defizit bildet die mangelnde Beachtung wechselseitiger Übergänge zwischen Vertrauen und Zuversicht sowie die Vernachlässigung des Zusammenwirkens von Vertrauenskrisen und Verlusten oder Krisen der Zuversicht. Luhmann (2001: 157f., 160) hat solche kritischen Abläufe im Zusammenspiel eines durch den Verlust der Zuversicht ausgelösten Vertrauensverlustes als sich (selbst) verstärkende »Teufelskreise« bezeichnet: Ein soziales System, das durch die Erosion der Zuversicht auch persönliches Vertrauen untergräbt, ist auf Vertrauen als Eingangsbedingung für seine Funktionsfähigkeit angewiesen, so dass der Vertrauensverlust seinerseits zu einem weiteren Abbau der Zuversicht führt, der wiederum das Vertrauensniveau weiter reduziert. Solche komplexeren und kritischen Beziehungen zwischen Vertrauen und Zuversicht, die Luhmann (2001: 149f.) zwar thematisiert, aber nicht systematisch ausgearbeitet hat, werden auch von Swedberg nicht berücksichtigt.

Trotz einiger Schwächen offeriert Swedberg aber einen ersten wirtschaftssoziologischen Erklärungsansatz für den Verlust von Zuversicht im Kontext finanzökonomischer Krisenentwicklungen. Eine prozesstheoretische Rekonstruktion und Erklärung des prozeduralen Ablaufs, durch den Zuversicht verloren geht, bietet er aber nicht.

## Fazit

Bei allen berechtigten Bedenken hinsichtlich der Inflationierung und Trivialisierung des Krisenbegriffs in der öffentlichen Kommunikation ist die Krisenterminologie soziologisch unverzichtbar für eine theoretische Erklärung und empirische Analyse von *bestimmten Formen* sozialer Prozessverläufe, die als eine überraschende, zeitlich begrenzte und bedrohliche Störung der Normalität eines sozialen Systems interpretiert werden. Der gegenwärtige Forschungsstand in der Soziologie über *Krisen* des Vertrauens und Verluste der Zuversicht kann aber nur als enttäuschend gewertet werden. Eine systematische und theoretisch fundierte Auseinandersetzung mit dem Konzept der *Vertrauenskrise* hat in der Soziologie bislang kaum stattgefunden. Selbst bei den wenigen Ausnahmen, die sich etwas eingehender mit dem plötzlichen Verlust von Vertrauen oder Zuversicht beschäftigt haben, fehlt eine prozessorientierte Modellierung und Rekon-

struktion des jeweiligen Krisenverlaufs und der prozeduralen Abläufe des Verlierens. Eine präzise begriffliche und theoretisch tragfähige soziologische Konzeption von Vertrauenskrisen mit einer Abgrenzung gegenüber anderen Prozessformen der Erosion, der Zerstörung oder des Verlustes von Vertrauen und Zuversicht fehlt bislang und konnte auch in diesem einführenden Beitrag zu einer Ad-hoc-Gruppe nicht geleistet werden. Die sozialpsychologische Forschung über »trust repair« in Organisationen bietet interdisziplinäre Anschlusspotenziale, die bislang in der Soziologie der Vertrauenskrise noch nicht hinreichend genutzt werden. Eigentlich sind Vertrauenskrisen für die soziologische Analyse ein Glücksfall, gewähren sie doch seltene und tiefe Einblicke in jene sozialen Zusammenhänge, Mechanismen und Abläufe, die im Alltagsgeschehen unkritischer Zeiten aufgrund ihrer Selbstverständlichkeit und Fraglosigkeit weitgehend verborgen bleiben. Es wäre bedauerlich, wenn diese Erkenntnischancen auch in Zukunft weiter ungeutzt blieben.

## Literatur

- Bachmann, R., Inkpen, A. C. 2011: Understanding Institutional-based Trust Building Processes in Inter-organisational Relationships. In *Organization Studies*, 32. Jg., Heft 2, 281–301.
- Barbalet, J. M. 1993: Confidence: Time and Emotion in the Sociology of Action. *Journal for the Theory of Social Behavior*, 23. Jg., Heft 3, 229–247.
- Barbalet, J. M. 1996: Social Emotions: Confidence, Trust and Loyalty. *International Journal of Sociology and Social Policy*, 9. Jg., Heft 10, 75–96.
- Beckert J. 2006: Was tun? Die emotionale Konstruktion von Zuversicht bei Entscheidungen unter Ungewissheit. In A. Scherzberg (Hg.), *Kluges Entscheiden. Disziplinäre Grundlagen und interdisziplinäre Verknüpfungen*. Tübingen: Mohr Siebeck, 123–141.
- Beckert J. 2010: Die Finanzkrise ist auch eine Vertrauenskrise. MPIfG - Newsletter »Gesellschaftsforschung«, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Schwerpunkt: Politik im Defizit, Heft 1/2010, 9-13, [http://www.mpifg.de/aktuelles/newsletter/MPIfG\\_NewsL\\_1-10.pdf](http://www.mpifg.de/aktuelles/newsletter/MPIfG_NewsL_1-10.pdf) (letzter Aufruf 18.Mai 2015).
- Dirks, K. T., Lewicki, R. J., Zaheer, A. 2009: Repairing relationships within and between organizations: Building a conceptual foundation. In *Introduction to Special Topic Forum. Academy of Management Review*, 34. Jg., Heft 1, 69–84.
- Endreß, M. 2010: Vertrauenskrisen und Vertrauensverluste. *Widerspruch: Münchner Zeitschrift für Philosophie*, Jg. 51, 27–40.
- Florian, M. 2006: Die Self-fulfilling prophecy als reflexiver Mechanismus. Überlegungen zur Reflexivität sozialer Praxis. In M. Schmitt, M. Florian, F. Hillebrandt (Hg.), *Reflexive soziale Mechanismen. Von soziologischen Erklärungen zu sozionischen Modellen*. Wiesbaden: VS, 165–201.
- Florian, M. 2013: Paradoxien des Vertrauensmanagements. Risiken und Chancen einer widerspenstigen immateriellen Ressource. *Personalführung*, 46. Jg., Heft 2, 40–47.
- Florian, M. 2015: Vertrauen und Konventionen. Pluralitäten, Paradoxien und Kompromisse in der Koordination von Organisationen. In L. Knoll (Hg.), *Organisationen und Konventionen. Die Soziologie der Konventionen in der Organisationsforschung*. Wiesbaden: Springer, 61–88.
- Habermas, J. 1973: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Hart, K. 1988: Kinship, Contract, and Trust: the Economic Organization of Migrants in an African City Slum. In D. Gambetta (Hg.), *Trust. Making and Breaking Cooperative Relations*. New York: Blackwell, 176–193.
- Kramer, R. M., Pittinsky, T. L. (Hg.) 2012: *Restoring trust in organizations. Enduring challenges and emerging answers*. New York: Oxford University Press.

- Leusch, P. 2014: Soziologiekongress: Der Begriff Krise ist eigentlich unbrauchbar. Deutschlandfunk – Aus Kultur- und Sozialwissenschaften, Beitrag vom 9. Oktober 2014, 20:10 Uhr, [www.deutschlandfunk.de/soziologiekongress-der-begriff-krise-ist-eigentlich.1148.de.html?dram:article\\_id=299913](http://www.deutschlandfunk.de/soziologiekongress-der-begriff-krise-ist-eigentlich.1148.de.html?dram:article_id=299913) (letzter Aufruf 5. Mai 2015).
- Luhmann, N. 1973: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 2., erweiterte Auflage. Stuttgart: Enke.
- Luhmann, N. 2001: Vertrautheit, Zuversicht, Vertrauen: Probleme und Alternativen. In M. Hartmann, C. Offe (Hg.), Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt am Main, New York: Campus, 143–160.
- Malsch, T., Florian, M., Schmitt, M. 2014: Krisenkommunikation und Strukturwandel – Zur Verlaufsdynamik intermedialer Krisenkommunikationsprozesse. In T. Malsch, M. Schmitt (Hg.), Neue Impulse für die soziologische Kommunikationstheorie. Empirische Widerstände und theoretische Verknüpfungen. Wiesbaden: Springer VS, 215–236
- Mayer, R. C., Davis, J. H., Schoorman, F. D. 1995: An Integrative Model of Organizational Trust. *Academy of Management Review*, 20. Jg., 709–734.
- Merten, K. 2013: Krise, Krisenmanagement und Krisenkommunikation. In A. Thießen (Hg.), *Handbuch Krisenmanagement*. Wiesbaden: Springer, 153–173.
- Robinson, J. A. 1968: Crisis. In D. L. Sills (Hg.), *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Vol. 3. New York: MacMillan, 510–514.
- Strulik, T. 2011: Vertrauen. Ein Ferment gesellschaftlicher Risikoproduktion. *Erwägen Wissen Ethik*, 22. Jg., Heft 2, 239–251.
- Swedberg, R. 2010: The Structure of Confidence and the Collapse of Lehman Brothers. In P. Hirsch, M. Lounsbury (Hg.), *Markets on Trial: The Economic Sociology of the U.S. Financial Crisis: Part A. Research in the Study of Organizations*, 30. Jg., 71–114.
- Swedberg, R. 2012: How European Sovereign Debt Became the New Subprime: On the Role of Confidence in the European Financial Crisis (2009-2010). In J. Pixley (Hg.), *New Perspectives on Emotions in Finance: The Sociology of Confidence, Fear and Betrayal*. London: Routledge, 66–80.
- Swedberg, R. 2013: The Financial Crisis in the U.S. 2008-2009: Losing and Restoring Confidence. *Socio-Economic Review*, 11. Jg., Heft 3, 501–523.
- Swedberg, R. 2014: The Role of Confidence in Finance. In K. Knorr Cetina, A. Preda (Hg.), *The Oxford Handbook of the Sociology of Finance*. New York: Oxford University Press, 529–545.

# Finanzmarktinstitutionen und Vertrauensordnungen im Zeichen der Krise

Zur Notwendigkeit einer Kontrolle zweiter Ordnung

Rolf von Lüde, Jan Fleck

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Vertrauenskrisen – Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse« – organisiert von Michael Florian*

Finanzkrisen sind, auch wenn es gegenwärtig den Anschein erwecken mag, keine Erfindung unserer Tage. So erschütterte die Insolvenz der Herstatt-Bank infolge von massiven Devisenspekulationen im Jahre 1974 den Aufstiegsoptimismus des noch intakten Rheinischen Kapitalismus'. Ihr Zusammenbruch war die bis dahin größte Bankenpleite der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die letzten Gläubiger erhielten erst nach 32 Jahren (!) gerichtlicher Auseinandersetzungen etwa 80 Prozent ihrer Forderungen zurück. Diese Pleite, die damals als massiver Schock und Vertrauensverlust erlebt wurde, blieb jedoch nicht ohne gesellschaftliche Folgen: Die deutschen Banken gründeten einen Einlagensicherungsfonds und das Kreditwesengesetz wurde erheblich verschärft. Von Bankenkrisen, Vertrauen und Kontrolle handelt auch unser Vortrag.

»Vertrauen!? Was für ein altmodischer Gedanke«, so äußert sich James Bond in *Golden Eye* im Jahre 1995, als die Welt schon viele Krisen gesehen und überwunden hatte, aber das Jahr 2008 noch weit entfernt war.

2014, fast sechs Jahre nach dem Kulminationspunkt der Finanzkrise im Herbst 2008 und den extrem teuren Rettungsmaßnahmen der Nationalstaaten wie der supranationalen Organisationen, richtet sich nun die Aufmerksamkeit von der akuten Bedrohung des Finanzsystems hin zu der Frage, ob diese Krisenerfahrung auch für eine anhaltende Erosion des Vertrauens in die *institutionellen* Grundlagen des Finanzsektors verantwortlich ist. Wir zitieren noch einmal unseren Gewährsmann: »Was wäre das für eine Welt, in der man nicht einmal einem Schweizer Bankier vertrauen kann?« so Bond in *The World is not enough (TWINE)*. Vor dem Hintergrund milliardenschwerer Vergleiche nicht nur der schweizerischen Banken mit der US-Bankenaufsicht kann man an dieser Aussage bereits erkennen, dass es sich beim *personalen* und *institutionellen* Vertrauen offenkundig um zwei verschiedene Perspektiven handelt.

Nicht nur in der öffentlichen Diskussion ist beständig von einer »Crisis of Confidence« die Rede. Auch aus wissenschaftlicher Perspektive wird beobachtet, dass die Finanzkrise »so verdächtig wie einhellig als Vertrauenskrise verstanden« wird (Baecker 2008).

Zwar ist es gegenwärtig sicher noch zu früh, um Effekte bzw. mögliche Erfolge der eingeleiteten regulativen Restaurationsarbeiten einer abschließenden Bewertung zu unterziehen. Das gilt insbesondere für die 2014 ins Leben gerufene Europäische Bankenunion, aber auch für die institutionellen Regelungen des viel zügiger bereits im Jahre 2010 verabschiedeten Dodd-Frank-Acts in den USA.

Gleichwohl wollen wir vor dem Hintergrund der neuen Regulierungen für das Bankensystem in der Europäischen Union nach der Bedeutung des *institutionellen Vertrauens* fragen. Unser Ziel ist es zu zeigen, dass Vertrauensordnungen nicht auf strikte Kontrolle verzichten können und das nach der letzten schweren Krise die nationalen Gesellschaften wie die supranationalen Institutionen auf eine neue und weitergehende *Kontrolle zweiter Ordnung* und die damit verbundenen Sanktionsmöglichkeiten angewiesen sind (zu einer ausführlichen Analyse Fleck, von Lüde 2015).

Was aber bedeutet eigentlich *institutionelles* bzw. *persönliches* Vertrauen? In der Soziologie sind mit dem Begriff des Systemvertrauens bei Luhmann (2000) und dem »institutional-based trust« bei Zucker (1986) zwei Vorstellungen entwickelt worden, die eine idealtypische Unterscheidung ermöglichen. Dem »Personenvertrauen« liegen Erfahrungen über gemeinsame persönliche Austauschbeziehungen von Bankiers und Kunden und der in diesen Interaktionsprozessen erworbenen Reputation zugrunde.

Die eigentliche *institutionelle* Ebene des Vertrauens wird erst über den Begriff des »institutional-based trust« (Zucker 1986) verdeutlicht. Für die USA zeigt Zucker, dass es vor dem Hintergrund zunehmender Individualisierung, erhöhter wirtschaftlicher Unsicherheiten sowie starker Immigrationsbewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer Erosion des persönlichen Vertrauens gekommen war.

Als institutionell wird diese veränderte Form des Vertrauens im Hinblick auf die Ausbildung einer rationalen bürokratischen Organisation und zugehöriger Finanzintermediäre (zum Beispiel des Treuhandwesens) sowie begleitender Legalisierungs- und Standardisierungsprozesse bezeichnet (wie etwa die offizielle Listung einer Aktie an der Börse). Dabei entwickelt sich eine Art *lebensweltliches* Verständnis des institutionellen Vertrauens, weil es auf gesellschaftsweit geteilten Annahmen bzw. einem gemeinsamen Weltwissen beruht. Besondere Bedeutung kommt dabei der vertrauensstabilisierenden Wirkung der Sanktionierung abweichenden Verhaltens auf Grund von Gesetzen zu, die im Finanzsektor zu einer Minderung der Risiken von Investitionsentscheidungen beitrug.

Fortan ist *institutionelles Vertrauen* nicht mehr auf persönliche Attribute angewiesen sondern wirkt auf der Ebene anonymer Geschäftsbeziehungen. Damit wird institutionelles Vertrauen als Voraussetzung oder *Bindemittel* der gesellschaftlichen Differenzierung oder aber als wichtiger kultureller Faktor auf dem Weg zu ökonomischer Prosperität bei Francis Fukuyama (1995) bzw. Effizienz bei Kenneth Arrow (1974) angesehen.

Im Folgenden geht es um die Frage, ob das durch die Finanzkrise erschütterte Institutionenvertrauen – denken Sie etwa daran, dass in einem kritischen Moment nach der drohenden Pleite der Royal Bank of Scotland, die daraufhin verstaatlicht wurde, die Gefahr eines Bank Runs auch in Deutschland nicht mehr ausgeschlossen war, oder daran, dass sich Banken untereinander



der keine Kredite mehr gewährt haben – ob also dieses Institutionenvertrauen durch die neu geschaffenen Regulations- bzw. Kontrollansätze wieder herstellbar ist.

### »Guardians of Impersonal Trust« und die Notwendigkeit der Institutionalisierung einer Kontrolle zweiter Ordnung

Wenn dem institutionellen Vertrauen eine so große Bedeutung für die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung moderner Gesellschaften zugemessen wird, stellt sich die Frage, auf welche Art und Weise es denn gelingen kann, dieses Vertrauen zu sichern. In diesem Zusammenhang wird auf das Erfordernis institutioneller Kontrollmöglichkeiten in Form von »Guardians of Impersonal Trust«, also »Wächtern des institutionellen Vertrauens« verwiesen, die mit der Ausbildung eines Kontrollrahmens aus Verfahrensnormen, Organisationsformen und Kontrollspezialisten (Shapiro 1987: 635) die notwendige Kontrollfunktion übernehmen. Die Re-Analyse der Bankenkrise bis 2008, so ist heute wohl unbestritten, hat verdeutlicht, dass das tatsächliche Handeln insbesondere riesiger international agierender Investmentbanken den ja bereits existierenden Wächtern des institutionellen Vertrauens entglitten war.

Die amerikanische Soziologin Shapiro hat bereits 1987 fast hellseherisch zentrale Aspekte des Missbrauchshandelns wichtiger Finanzmarktakteure zum Beispiel bei der Zusammenstellung und dem Weiterverkauf mancher Collateralized Debt Obligations (CDOs) vorhergesehen. Sie analysiert, dass die eigentlich vertrauenssichernden »Guardians« – und dazu gehören Finanzintermediäre, denen wir unser Geld anvertrauen – eben auch Informations- oder Kompetenzvorsprünge nutzen können, um sie manipulativ, korrumpierend und betrügerisch zu verwerten (Shapiro 1987: 635). Ein Ergebnis der letzten Krise ist, dass diese Kontrollstrategien selbst verwundbar wurden.

Mit Blick auf die Finanzkrise fällt es nicht schwer, gleich eine ganze Reihe geeigneter Beispiele zu benennen. Zu denken wäre unter anderem an die umfangreiche Bilanzfälschung, mittels derer Lehman im ersten und zweiten Quartal 2008 jeweils knapp 50 Milliarden US-Dollar an toxischen Papieren aus den Unternehmensergebnissen so geschickt verschwinden ließ, dass es selbst Bilanzspezialisten nicht möglich war, diese Manipulation zu erkennen (Valukas 2010).

Das Verführerische und gleichzeitig Gefährliche am *unpersönlichen* Vertrauen sind seine sich selbstverfestigenden und selbstzerstörerischen Tendenzen. Dabei treten zwei *Fehlertypen* des institutionellen Vertrauens auf: Setzt man die Regulation des Vertrauens zu eng, werden an sich wünschenswerte Aspekte, wie zum Beispiel die Finanzierung auch riskanter Investitionen, unterdrückt. Ermöglicht man hingegen zu viel an Flexibilität, wird unangemessenes Verhalten toleriert und befördert. Denkt man jedoch an die schier unvorstellbare Schadens- und Garantiesumme in Folge der Finanzkrise von 1,6 Billionen Euro (European Commission 2014a), die von den Staaten der EU allein im Zeitraum 2008 – 2010 aufgebracht werden musste, sowie die damit verbundenen Wohlfahrtsverluste, dann scheint stärkere Kontrolle unerlässlich, selbst dann, wenn die Kosten erheblich sind.

Kontraintuitiv ruft gerade die institutionelle Absicherung des Vertrauens und deren Missbrauchspotentiale neue Kontrollbedürfnisse hervor: Diese Kontrollnotwendigkeit, die wir als

*Kontrolle zweiter Ordnung* bezeichnen, schließt das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit ihrer *immanenten* Kontrollen ein, womit eine zirkulär angelegte Vertrauensordnung entsteht. Damit wird die ursprüngliche Idee der institutionellen Vertrauensbildung natürlich verzerrt, weil eine *Kontrolle der Kontrolleure* notwendig wird.

Vor dem Hintergrund der in der Krise offenkundig gewordenen Missbrauchspotentiale überrascht es nicht mehr, dass mit Verabschiedung der Europäischen Bankenunion im April 2014 und der Umsetzung der makroprudentiellen Richtlinien nach den Vorgaben des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) nun endlich zwei neue institutionelle Regelwerke und ein präventives Prüfungsverfahren geschaffen wurden, die dazu beitragen sollen, »das Vertrauen in die Banken nach der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten« wiederherzustellen (Reuters, 29.4.2014).

Das Regelwerk zur Bankenunion sieht neue Bestimmungen vor mit der Aufgabe, durch bessere Regulation, Überwachung und Steuerung des finanziellen Sektors den Steuerzahler vor künftigen Belastungen aus Fehlern der Banken zu schützen (European Commission 2014b). Es implementiert die Standards der Vereinbarungen von Basel III in die EU-Gesetzgebung und umfasst nicht nur eine künftig in der EZB zentralisierte Aufsicht über die größten Geldinstitute der Eurozone, sondern strebt auch an, den Steuerzahler im Krisenfall zu schonen, indem Verluste von Kapitaleignern und Gläubigern, also auch Anlegern, zu tragen sind, wobei eine Einlagensicherung die Depositen von Privathaushalten und kleinen Unternehmen bis 100.000 Euro absichert. Gerade diese Garantie soll dem Privatanleger einen *Sense of financial Stability* vermitteln und ihn im Krisenfall davon abhalten, durch exzessive Bargeldabhebungen die Krise noch zu verstärken.

Zu den wichtigsten makroprudentiellen Maßnahmen auf europäischer Ebene gehört als präventives Prüfungsverfahren der *Stresstest*, mit dem die European Banking Authority (EBA) ab Sommer 2014 die Krisenresistenz der Großbanken der Eurozone überprüft hat. Insbesondere beim *Adverse Macroeconomic Scenario* handelt es sich um ein Narrativ, bei dem externe Schocks als Trigger auch die EU-weite Realwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen (ESRB 2014). Die Banken mussten nachweisen, dass sie derartigen Belastungen standhalten würden, wobei nicht nur das haftende Kernkapital, sondern vor allem auch die Bewertungsrisiken in den Bilanzen der Banken zum Gegenstand des in den Medien so benannten *Crash-Tests* werden.

Wir sehen in diesen Regelwerken das Bemühen, einen neuen europäischen Ordnungsrahmen für die Rückgewinnung des Systemvertrauens in die Finanzmärkte zu generieren. Wichtiges Ziel ist dabei, durch *Bail-in*, also die Beteiligung privater Gläubiger an der Stabilisierung von Banken im Krisenfall, die öffentliche Hand als *Lender of last Resort* zu entlasten.

Allerdings war auch schon vor der Finanzkrise eine mikro- wie makroprudentielle Aufsicht in Deutschland institutionalisiert. Mit Einführung der »Mindestanforderungen an das Risikomanagement« (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht 2005) wurde bereits eine Risikotragfähigkeitsanalyse unter Berücksichtigung von *Szenariobetrachtungen* durchgeführt. Erst mit der sogenannten *MaRisk* 2009 kamen Stresstests hinzu, die Sensitivitäts- und Szenarioanalysen umfassten, bei denen mehrere oder alle Risikofaktoren simultan verändert werden müssen. Auf diese Art und Weise sollten auch außergewöhnliche, aber *plausible mögliche* Ereignisse abgebildet werden, wobei geeignete historische und hypothetische Szenarien die Grundlage bilden (BaFin 2005, 11). Nach der Finanzkrise sollte an solchen Beispielen kein Mangel mehr herrschen.

Versucht man eine Bewertung der Risikokontrollstrukturen, dann zeigt sich, dass vor der Krise der Schwerpunkt eher auf der *mikroprudentiellen* Aufsicht lag, die von der Überzeugung getragen war, dass *die jeweilige Einzelstabilität der Banken in ihrer Summe auch die Stabilität des Systems garantieren würde*. Diese vor allem mikroprudentielle Aufsicht sehen wir als *Kontrolle erster Ordnung* an, da systemische Risiken zumindest unterbewertet oder aber in ihren Wirkungen angesichts der als angemessen erscheinenden Risikovorsorge der Einzelbanken unterschätzt wurden.

Worin also besteht die neue Qualität der von der EU (und den USA) beschlossenen Maßnahmen? Und wie lässt sich das Umstellen auf eine europaweit ausgedehnte makroprudentielle Aufsicht in der EZB sowie die Schaffung neuer »Guardians of Impersonal Trust« mit EBA und ESRB aus einer theoretischen Perspektive fassen? Einem kybernetischen Grundgedanken von Heinz von Foerster (1995) entsprechend, kommt hierin die Intention zum Ausdruck, das europäische Finanzsystem um eine *reflexive Kontrollebene* zu erweitern. Damit ist die institutionelle Verankerung einer Kontrolle zweiter Ordnung gemeint, die mögliche Systemrisiken schon im Ansatz zu bekämpfen in der Lage ist, bevor sie sich durch wechselseitige Interdependenzen und Ansteckung zu einer Gefährdung des gesamten Finanzsystems ausweiten.

Nach unserer Auffassung waren es vor allem Finanzmarktinstrumente wie die CDOs, die in der Vorgeschichte der Krise durch immer neue Variationen zu einer nicht mehr überschaubaren Rekonfiguration von Risiken beigetragen haben. Obwohl jedes Einzelrisiko der enthaltenen Risikopapiere bekannt war, blieb das systemische Risiko weitgehend verschleiert. Daraus entstehen Gefahren zweiter Ordnung, die mit Holzer und Millo (2005) als paradoxe Nebeneffekte von Risikomanagementsystemen bezeichnet werden können und ihren Ursprung darin haben, dass die Systeme sie nicht als eigenständiges Risiko behandeln und deswegen auch nicht handhaben können.

Der gegenwärtige Versuch, durch die Schaffung der Bankenunion und die Einbeziehung möglicher systemischer Risiken in die Prüfverfahren das System zu stabilisieren, bezeichnen wir deshalb als *Kontrollstrukturen zweiter Ordnung*. Künftig werden auch Risiken betrachtet, die *jede einzelne Bank aufgrund ihrer eigenen überschaubaren Risiken gar nicht in Betracht zöge*.

Die Ergebnisse des Stresstests, soweit bisher bekannt, haben auch belegt, dass Banken, wie nicht zuletzt die größte deutsche Privatbank, bereits im Vorfeld der Kontrolle, also auf der Basis von Ankündigungseffekten, massive und für die Shareholder unangenehme, weil teure Kapitalmaßnahmen durchgeführt haben. In den Kontext erweiterter Kontrollstrukturen gehören deshalb auch damit einhergehende veränderte Erwartungserwartungen, weil festgelegt wird, dass nicht mehr der Staat in erster Linie haftet, sondern die Kapitalgeber und Eigentümer. Diese werden ein deutlich gesteigertes Eigeninteresse daran haben, dass ihre Bank und damit ihr eigenes Kapital gegen alle potentiellen Risiken besser geschützt ist.

Man darf sich gleichwohl keinen Illusionen hingeben. Gefahren zweiter Ordnung wird man auch durch eine antizipative systemische Kontrollstrategie zweiter Ordnung nicht vollständig erkennen können. Das hängt damit zusammen, dass die Replikation perfekt rationaler und wirksamer Sicherheitsstrategien durch viele Einzelakteure aggregierte Wirkungen hervorrufen kann, die die eigenen (Sicherheits-)Prämissen unterlaufen und die Marktakteure den reflexiven und kumulativen Effekten des eigenen wie des Handelns der Anderen aussetzt.

So warnt das Mitglied des Sachverständigenrates Isabel Schnabel davor, dass im Bankensystem schon kleine Schocks zur abermaligen Destabilisierung führen könnten, da die Banken wei-

terhin nicht hinreichend kapitalisiert und die Staaten zu stark verschuldet seien. Auch äußert sie sich skeptisch, ob in künftigen Krisenfällen im Bankensystem tatsächlich die Gläubiger einer Bank an den Verlusten beteiligt und die Steuerzahler vollständig aus der Verantwortung entlassen würden (FAZ 9.5.2014). Ganz ähnlich, nur metaphorischer, drückt der frühere US-Finanzminister Timothy Geithner die künftige Rolle des Staates aus: »You can design a system, and I think we have, that allows you to be indifferent in most states of the world: the five-year flood, the 15-year flood, the 30-year flood, maybe even the 50-year flood. [...] But there are constellations of storms, of panics, of fires that are so bad that it's very hard to imagine that you could be indifferent to the failure of the financial system« (Sorkin 2014).

Erinnern wir uns: Die durch Devisenspekulationen ausgelöste Pleite der sicherlich nicht systemrelevanten Herstatt-Bank wurde in Deutschland als massive Bedrohung des öffentlich wahrgenommen institutionellen Vertrauens gedeutet. Aber dieser Schock hat zumindest zur Etablierung eines ersten grundlegenden makroprudentiellen Ordnungsrahmens beigetragen, wenn auch eines Rahmens erster Ordnung. Die Finanzkrise von 2008 hat die Grenzen dieser – inzwischen weiterentwickelten – Regulierung aufgezeigt. Auch die neuen makroprudentiellen Kontrollformen zweiter Ordnung werden sicher nicht die letzte Antwort auf die Herausforderungen eines sich ständig und vor allem auch außerhalb eines regulierten Bankensystems weiter entfaltenden Finanzsystems bleiben.

## Literatur

- Arrow, K. J. 1974: *The limits of organization*. New York: Norton.
- Baecker, D. 2008: Trügerisches Vertrauen: Über die Finanzkrise und die Frage, wie aus Unglaubwürdigkeit Unwiderstehlichkeit wird. In *Neue Zürcher Zeitung* vom 15.10.2008, .
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Hg.) 2005: Rundschreiben 18/2005 - Mindestanforderungen an das Risikomanagement.
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Hg.) 2009: Rundschreiben 15/2009(BA) - Mindestanforderungen an das Risikomanagement – MaRisk.
- European Commission (Hg.) 2014a: Memo/14/295, 15. April 2014, [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-295\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-295_de.htm) (letzter Aufruf 18. Mai 2015).
- European Commission (Hg.) 2014b: Memo/14/294, [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-294\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-294_de.htm) (letzter Aufruf 18. Mai 2015).
- European Systemic Risk Board (Hg.) 2014: EBA/SSM stress test: The macroeconomic adverse scenario, 17.04.2014. [www.eba.europa.eu/documents/10180/669262/2014-04-29\\_ESRB\\_Adverse\\_macro-economic\\_scenario\\_-\\_specification\\_and\\_results\\_final\\_version.pdf](http://www.eba.europa.eu/documents/10180/669262/2014-04-29_ESRB_Adverse_macro-economic_scenario_-_specification_and_results_final_version.pdf) (letzter Aufruf 18. Mai 2015).
- Fleck, J., von Lüde, R. 2015: Restoring trust and confidence at the institutional level by higher order control. The case of the formation of the European Banking Union. *Behemoth – A Journal on Civilisation*, 2015, Vol. 8, Issue 1, 98–108.
- Fukuyama, F. 1995: *Trust: the social virtues and the creation of prosperity*. New York: The Free Press.
- Holzer, B.; Millo, Y. 2005: From risks to second-order dangers in financial markets: unintended consequences of risk management systems. In *New Political Economy*, Vol. 10, Issue 2, 223–245.
- Luhmann, N. 2000: *Vertrauen. Ein Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: UTB Verlag.
- Sorkin, A. R. 2014: What Timothy Geithner Really Thinks, *New York Times Magazin* vom 8.5.2014, [www.nytimes.com/2014/05/11/magazine/what-timothy-geithner-really-thinks.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/05/11/magazine/what-timothy-geithner-really-thinks.html?_r=0) (letzter Aufruf).

- Shapiro, S. P. 1987: The Social Control of Impersonal Trust. In *American Journal of Sociology*, Vol. 93, Issue 3, 623–658.
- Valukas, A. R. 2010: Lehman Brothers Holdings Inc. Chapter 11 Proceedings Examiner's Report. <http://jenner.com/lehman/> (letzter Aufruf 18. Mai 2015).
- von Foerster, H. 1995: *Cybernetics of Cybernetics: The control of control and the communication of communication*. Minneapolis: Future Systems Inc.
- Zucker, L. G. 1986: Production of Trust: Institutional Sources of Economic Structure, 1840 – 1920. In B. M. Staw, L. L. Cummings (Hg.), *Research in Organizational Behavior* 8, 53–111.

# Über die Verwertung von Misstrauen auf Finanzmärkten

## Zur Rolle synthetischer CDOs im Rahmen der Finanzkrise von 2007

Henrik Dossall

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Vertrauenskrisen – Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse« – organisiert von Michael Florian*

Vertrauen und Misstrauen führen bei der Analyse von Finanzmärkten ein eher bescheidenes Dasein. Der schwedische Wirtschaftssoziologe Richard Swedberg konstatiert gar, das Thema Vertrauen auf Finanzmärkten sei »badly underresearched« (Swedberg 2010: 102). Einer der Gründe für diese eher geringe Aufmerksamkeit mag darin liegen, dass sowohl Vertrauen als auch Misstrauen als Chiffren für Systemzustände gedacht werden. Herrscht im Finanzsystem Vertrauen vor, funktioniert das System. Misstrauen im Gegenzug ist Ausweis einer Krise, da Marktbeziehungen in diesem Fall nicht länger durch Vertrauen charakterisiert sind. Dergestalt interpretiert, lässt sich die Unterscheidung von Vertrauen und Misstrauen ohne große Reibungsverluste der Unterscheidung von funktionierenden und krisenhaften Märkten subsumieren.<sup>1</sup> Problematisch ist dabei jedoch, dass eine solche Behandlung der Unterscheidung von Vertrauen und Misstrauen der Empirie auf Finanzmärkten nicht gerecht wird, wie im Folgenden am Beispiel der Finanzkrise von 2007 gezeigt werden soll.

Im Anschluss an die Arbeiten von Torsten Strulik (2004, 2008) geht die folgende Argumentation davon aus, dass eine der zentralen Vertrauensbeziehungen auf Finanzmärkten diejenige zwischen Ratingagenturen und Investoren<sup>2</sup> ist, wobei mit Investoren eine Vielzahl von Organisationen gemeint sein können wie Investmentbanken, Hedge- oder Pensionsfonds sowie kleinere Banken oder andere Formen von Investmentfonds. Der Grund für die Zentralität der Vertrauensbeziehungen zwischen Investoren und den Ratingagenturen liegt schlicht darin, dass die Komplexität vieler Produkte so hoch ist, dass die Investoren schlicht überfordert wären, müssten sie diese Produkte sachlich überprüfen. Stattdessen verlassen sich die Investoren auf die Urteile der Ratingagenturen, die Auskunft über die Riskanz spezifischer Produkte geben. Die

---

1 Gleichzeitig wird solch eine statische Sicht auf Vertrauen und Misstrauen dadurch befördert, dass bekannt ist, in welchem hohen Maße Finanzmärkte auf Vertrauen angewiesen sind. Es fällt, anders gewendet, schwer, sich vorzustellen, wie Finanzmärkte ohne ein hohes Maß an Vertrauen funktionieren könnten.

2 Aus Gründen der sprachlichen Einfachheit wird im Folgenden der generische Maskulin verwendet.

Ratingagenturen bieten also Gewissheitsäquivalente an (Strulik 2008: 294), die wiederum von Investoren genutzt werden, um Zahlungsentscheidungen zu treffen.

Für die Investoren, die auf die Ratings zur Orientierung ihrer Investitionsentscheidungen zurückgreifen, sind diese Ratings jedoch wiederum intransparent (Hiß, Nagel 2012: 18). Mit anderen Worten, ist es für die Investoren selber nicht möglich, das Zustandekommen der Ratings nachzuvollziehen. Folglich müssen die Investoren, die Ratings in Anspruch nehmen, den Ratingagenturen im Hinblick darauf vertrauen, dass deren Urteile der Produktriskanz gerecht werden. Dieses Vertrauen ist notwendig, da Kontrolle schlechterdings unmöglich ist. Das Rating selber bleibt eine Black Box. Entsprechend handelt es sich bei dem Verhältnis von Ratingagenturen und Finanzmarktorganisationen also um einen Fall interorganisationalen Vertrauens, in der die Nutzer von Ratings eine »riskante Vorleistung« (Luhmann 2000: 27) eingehen, deren Nutzen erst in der Zukunft sichtbar wird.<sup>3</sup>

Für den Fall der Finanzkrise 2007 lässt sich jedoch empirisch feststellen, dass eine große Anzahl Marktteilnehmer frühzeitig dazu überging, den Ratingagenturen fundamental zu misstrauen. Paradoxerweise führte dieses Misstrauen jedoch nicht zum Abkühlen des Marktes. Stattdessen wird gezeigt, dass es gerade das Misstrauen gegen die Ratingagenturen war, dass immer neue Investitionen in den Markt, der mit hypothekenbesicherten Anleihen handelte, erlaubte. Die Analyse dieses Verhältnisses zwischen Misstrauen und Vertrauen im Vorfeld der Finanzkrise setzt die Analyse eines der zentralen Produkte, die während der Krise gehandelt wurden, voraus: »*synthetische Collateralized Debt Obligations*« (im Folgenden: synthetische CDOs). Im Rekurs auf dieses Produkt wird die Ausgangsthese des Textes, dass Misstrauen eine Ressource für Investitionen in den Markt war, begründet werden.

In einem ersten Schritt wird die Differenz zwischen Vertrauen und Misstrauen aus theoretischer Perspektive dargestellt werden (II). Darauf aufbauend wird zunächst die Rolle von Ratingagenturen auf Finanzmärkten (III) und im Anschluss daran im Rahmen der Finanzkrise thematisiert (IV). Auf der Basis dieser Darstellungen werden in der Folge Kreditausfallversicherungen vorgestellt werden (V), die die zentrale Komponente von synthetischen CDOs sind. Letztere werden im finalen Analyseschritt (VI) behandelt, bevor die zentrale These der Argumentation noch einmal zusammenfassend dargestellt wird (VII).

## Vertrauen und Misstrauen

Das hier vorzutragende Argument greift auf einen funktionalistischen Vertrauensbegriff zurück (Luhmann 2000). Das zentrale Ausgangsproblem dieser Perspektive ist das Komplexitätsgefälle zwischen System und Umwelt. Grundsätzlich ist die Umwelt eines Systems immer komplexer als das System selber (ebd.: 39). Aus diesem Grund müssen soziale Systeme Komplexität reduzieren, um Handlungsfähigkeit herzustellen. Eine Möglichkeit, die Komplexität der Welt zu reduzieren, stellt dabei Vertrauen dar. Vertrauen erfüllt diese Funktion, indem unvollständige Informa-

---

<sup>3</sup> Vor diesem hier nur knapp skizzierten Hintergrund ist auch immer wieder auf die hohe Reputation, die Ratingagenturen wahren müssen, hingewiesen worden.

tionen hinsichtlich des Gegenübers »überzogen« werden (ebd.). Dieser Vorgang erlaubt es, die Überprüfung von Fakten durch Vertrauen zu ersetzen.

Ein zentrales Merkmal der Vertrauensbeziehung ist, dass der Vertrauensgeber nicht in der Lage ist, die Angaben des Vertrauensnehmers zu überprüfen. Mit Blick auf die hier relevante Beziehung zwischen Investoren und Ratingagenturen auf Finanzmärkten bedeutet dies, dass die Investoren, die auf Bewertungen der Ratingagenturen zurückgreifen, oftmals nicht in der Lage sind, die Adäquanz dieser Bewertungen zu kontrollieren. Stattdessen wird das Problem der unvollständigen Informationen aus der Sachdimension in die Sozialdimension verlagert. Entschieden wird folglich nicht über die sachliche Qualität der Ratings, sondern lediglich über die Frage, ob man den Ratingagenturen vertraut oder nicht. Dabei stellt Vertrauen immer eine »risikante Vorleistung« (ebd.: 27) dar, eine Vorleistung also, die Gefahr läuft enttäuscht zu werden, wenn der Vertrauensnehmer sich als nicht vertrauenswürdig erweist. Gleichsam erlaubt Vertrauen es jedoch, fehlende Informationen zu überwinden, indem der Informationsbedarf für den Vertrauensgeber reduziert wird (ebd.: 37f.): Vertrauen (statt Kontrolle) erlaubt also das Gewinnen eigener Handlungsgrundlagen.

Ein zentrales Charakteristikum des funktionalistischen Vertrauensbegriffes ist, dass er Misstrauen als funktionales Äquivalent zu Vertrauen behandelt. Auch Misstrauen dient folglich der Reduktion von Komplexität, ist also nicht einfach nur der Entzug von Vertrauen. Dieser Entzug würde die, vormals durch Vertrauen reduzierte, Komplexität der Welt lediglich wiederherstellen (ebd.: 92) und damit den möglichen Handlungsspielraum auf den sehr begrenzten Raum des sicher Wissbaren eingrenzen. Misstrauen ist also nicht einfach nur die Abwesenheit von Vertrauen, sondern muss als ein Mechanismus verstanden werden, der durch das Zuspitzen negativer Erwartungen Komplexität reduziert (ebd.: 93).

Im Folgenden soll die für diesen Argumentationsgang relevante Vertrauensbeziehung zwischen Ratingagenturen und Finanzmarktakteuren begründet werden.

## Ratingagenturen auf Finanzmärkten

Ratingagenturen adressieren ein zentrales Problem auf Finanzmärkten: die hohe Intransparenz und Komplexität vieler Produkte macht es für viele Investoren unmöglich, die Produkte sachlich nachzuvollziehen. Die Informationskosten wären schlicht so hoch, dass der Handel zum Erliegen käme. An dieser Funktionsstelle setzen Ratingagenturen ein (Hiß, Nagel 2012: 67ff.), indem sie auf ein Buchstabensystem zurückgreifen, das die Riskanz der jeweiligen Investition zum Ausdruck bringt. Dieses System sieht Bewertungen von AAA (sehr sicher) bis BB (hochriskant) vor. Dabei reduzieren die Ratings in allen drei Sinndimensionen Komplexität für Investoren: In der Sozialdimension machen sie davon unabhängig, von wem man etwas kauft, in der Sachdimension, welches Produkt man kauft, und in der Zeitdimension reduzieren sie Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Investition. In diesem Sinne stellen sie Entscheidungsgrundlagen für Finanzmarktakteure zur Verfügung. Während Ratingagenturen in ihrer Funktion (Cantor, Packer 1994; Strulik 2000, 2004, 2008; Hiß, Nagel 2012) sowie ihren historischen Ursprüngen (Berghoff 2005) an anderer Stelle bereits ausgiebig beschrieben und analysiert wor-



den sind, soll im Folgenden der Fokus auf die Vertrauensbeziehungen der Marktteilnehmer zu den Ratingagenturen gelegt werden.

Damit Ratingagenturen ihre Funktion für die Finanzmärkte erfüllen können, benötigen sie das Vertrauen der Marktteilnehmer. Da die Ratings selber eine organisationale Leistung darstellen, ist ihr Zustandekommen für die Umwelt der Ratingagenturen intransparent (Hiß, Nagel 2012: 18), was nichts anderes bedeutet, als dass die Marktteilnehmer darauf vertrauen müssen, dass die Ratings korrekt sind. Überprüfbar sind sie hingegen nicht, da der Ratingprozess selber eine Black Box darstellt (MacKenzie 2011: 1784).<sup>4</sup> Darüber hinaus ist allgemein bekannt, dass Ratings den Status einer Meinung haben. Den Organisationen, die Ratings in Anspruch nehmen, stehen also keinerlei Schadensersatzansprüche in dem Fall zu, dass sich eine Bewertung als nicht korrekt erweist.

Da die Marktteilnehmer also weder in der Lage sind, die Bewertungsprozesse der Agenturen nachzuvollziehen noch im Schadensfall rechtlich abgesichert sind, setzt das Nutzen von Ratings stattdessen Vertrauen in die Agenturen voraus.<sup>5</sup> Und dies in exakt dem oben beschriebenen Sinne: die Orientierung an den Bewertungen der Agenturen überführt das nicht lösbare Komplexitätsproblem, das sich mit Blick auf intransparente Finanzprodukte und deren unsichere Zukunftsentwicklung ergibt, in eine Frage, die in der Sozialdimension verortet ist: Vertraut oder misstraut man den Ratingagenturen? Damit ist auch gesagt, dass Ratingagenturen konstitutiv für die Differenz von Vertrauen und Misstrauen auf Finanzmärkten sind. In dem Maße, in dem die Bewertungen der Agenturen die Auseinandersetzung mit der sachlichen Komplexität der Produkte ersetzen, kontrollieren die Vertrauenden nicht mehr Fakten, sondern nur noch die Vertrauensbeziehung selber (Luhmann 2000: 36).

## Die Rolle der Ratingagenturen in der Finanzkrise

Blickt man mittels des hier skizzierten Vertrauensbegriffes auf die Finanzkrise von 2007, so fällt zunächst die immens hohe Komplexität der Produkte auf, die den Kern der Finanzkrise darstellen (MacKenzie 2011: 1778). Diese Produktkomplexität war in erster Linie dem Handel mit hypothekenbezogenen Wertpapieren geschuldet. Bei hypothekenbesicherten Wertpapieren handelt es sich um Anleihen, die einem einfachen Prinzip folgen: sie kaufen eine Vielzahl von Hypotheken auf und fassen diese in einem Pool zusammen. Dieser Hypothekenspool generiert in der

<sup>4</sup> Im Rahmen der Finanzkrise von 2007 machten die Ratingagenturen zumindest die mathematischen Modelle, mit denen sie ihre Bewertungen vornahmen, öffentlich. Als Folge davon stellten sich insbesondere die großen Wall-Street-Banken auf die Bewertungsmodelle der Agenturen bei der Strukturierung ihrer Finanzprodukte ein (FCIC 2011: 149f.). Carruthers folgert hieraus einen Fall von Performativität (Carruthers 2010: 168). Allerdings kommen Ratings nicht ausschließlich als mathematische Konditionalprogramme zustande. Vielmehr werden die errechneten Modelle durch die Einschätzung eines Gremiums ergänzt. Inwiefern die Banken diese qualitativen Bewertungsprozesse gezielt beeinflussen konnten, bleibt dabei unklar – auch wenn klar ist, dass es einen hohen Produktionsdruck bei den Agenturen gab.

<sup>5</sup> Entsprechend müssen Ratingagenturen ein hohes Maß an Reputation erzeugen. Hierbei handelt es sich um eine Bestandsbedingung, die oftmals als Argument dafür ins Feld geführt wird, dass Ratingagenturen wenig Anreize dafür haben, Bewertungen unnötig optimistisch ausfallen zu lassen. Schließlich fällt eine zunehmende Anzahl an falschen Bewertungen auf die Reputation der Agenturen zurück. Die Reputation der Agenturen wirkt also selbstdisziplinierend (siehe Cantor, Packer 1994: 4; Strulik 2008).

Folge Einnahmen durch die Tilgungszahlungen, die die Hypothekennehmer an den Pool leisten müssen. Ansprüche auf diese Einnahmen werden dann in der Form von Anleihen an Investoren verkauft. Diese wiederum sind durch den Erwerb dieser Anleihen zum Erhalt regelmäßiger Zinszahlungen aus dem Hypothekenpool berechtigt. Doch auch wenn sich das grundlegende Funktionsprinzip dieser Wertpapiere einfach beschreiben lässt, liegt die Bestimmung der Riskanz eines solchen Produktes weit außerhalb der Möglichkeiten der meisten Marktteilnehmer. Dies hat primär mit der hohen Anzahl der Hypotheken zu tun, die in solch einem Pool versammelt sind und deren Qualität, wenn überhaupt, nur unter hohem Aufwand zu bestimmen wäre. Entsprechend bedarf es einer dritten Partei, die den Investoren gegenüber die Qualität der geschaffenen Wertpapiere bestätigt. Diese Rolle übernahmen die Ratingagenturen.

Blickt man auf die immense Komplexität der oben nur kurz skizzierten Produkte, so fällt aus einer funktionalistischen Perspektive sofort das hohe Maß an Vertrauen auf, das den Ratingagenturen entgegengebracht wurde. Ohne dieses Vertrauen wiederum wäre die Komplexität hypothekenbesicherter Produkte nicht auszuhalten gewesen. In einer Formulierung von Jens Beckert könnte man auch sagen, dass sich die Käufer dieser Papiere ohne ein hohes Maß an Vertrauen in die Ratingagenturen nicht hätten »beruhigen« lassen (Beckert 2002). In diesem Sinne ist die Handelbarkeit dieser komplexen Produkte gleichzeitig Ausweis des hohen Vertrauens in die Ratingagenturen. Ohne das Vertrauen in die Korrektheit der Bewertungen der Agenturen wäre es nicht möglich gewesen, diese Produkte zu verkaufen (PSOI 2011: 29).

Diesem hohen Vertrauen zum Trotz waren die Annahmen, auf denen die guten Ratings für diese Produkte zustande kamen, jedoch in mindestens zwei Hinsichten fundamental fehlerhaft. Zum einen hatten die Ratingagenturen ein Datenproblem. Insbesondere für exotischere Produkte wie bspw. »*Collateralized Debt Obligations*«, die auf hochriskanten Hypotheken beruhten, standen ihnen kaum Daten zur Verfügung, auf deren Basis sie die Riskanz dieser Produkte hätten simulieren können (PSOI 2011: 288). Mit diesem Dilemma konfrontiert, schufen die Ratingagenturen dergestalt Abhilfe, dass sie einfach Daten nutzten, über die sie ohnehin bereits verfügten. Diese bezogen sich jedoch primär auf sichere Hypotheken und damit nicht auf die hochriskanten Hypotheken, die zum Inbegriff der Finanzkrise werden sollte. Ein Mitarbeiter der Ratingagentur Moody's fasste diesen paradoxen Versuch, die Qualität eines Wertpapiers, das auf hochriskanten Hypotheken basierte, durch den Rekurs auf Daten über relative sichere Hypotheken zu bestimmen dahingehend zusammen, dass die Ratingagenturen versuchten, mit »Wetterdaten für die Antarktis das Wetter in Hawaii vorauszusagen« (PSOI 2011: 289).

Zusätzlich zu den ungeeigneten Daten, die genutzt wurden, um die zukünftige Performance hochriskanter Wertpapiere vorherzusagen, wurde auch die Korrelation der Ausfälle von Hypothekennehmern falsch eingeschätzt. Damit ist gemeint, dass die Ratingagenturen nur ungenügend in Rechnung stellten, dass eine große Anzahl riskanter Hypothekennehmer dazu tendierte, zur selben Zeit auszufallen (MacKenzie 2011). Verschärfend kam hinzu, dass die Agenturen gegenüber den sich selber verstärkenden Effekten dieser Ausfälle weitestgehend blind waren (Tett 2010: 75; Lowenstein 2010: 44).<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Die Ausführungen verstehen sich in Anbetracht der Längenbeschränkungen des Textes als simplifizierte Annäherungen. Die tatsächlichen Vorgänge stellen sich als sehr viel komplizierter dar.

Das Resultat war, dass das Risiko dieser Produkte unterschätzt wurde. Entsprechend vergaben die Ratingagenturen bis zum Sommer 2007 zum Teil sehr gute Bewertungen für Finanzprodukte, die de facto aus der riskanten Wette bestanden, dass Hypothekennehmer mit schlechter Bonität in der Lage sind, ihre Kredite zurückzuzahlen. Gleichzeitig führten diese übermäßig optimistischen Einschätzungen der Agenturen zu einem wachsenden Misstrauen auf Seiten der Investoren.

## Misstrauen und Kreditausfallversicherungen

Vor dem Hintergrund dieser Fehleinschätzungen durch die Ratingagenturen lässt sich spätestens ab 2005 zunehmendes Misstrauen auf Seiten der Investoren gegenüber den Ratingagenturen feststellen. Differenziert man diese Investoren nach Organisationstypen, so fällt auf, dass es zunächst vor allem kleine Hedgefonds waren, in denen sich das Misstrauen gegenüber den Ratingagenturen manifestierte (Zuckerman 2010; Lewis 2011). Erst später begannen einige große Wall-Street-Banken damit, ihr Vertrauen hinsichtlich der Agenturen ebenfalls zu überprüfen. Eine Konsequenz dieses steigenden Misstrauens gegen die Agenturen war die Einführung von »Kreditausfallversicherungen« (Credit Default Swaps) ab 2005 (Lewis 2011; PSOI 2011: 34; MacKenzie 2012). Mit diesem Produkt war es das erste Mal möglich, sich effektiv gegen den Ausfall von Produkten zu versichern, die auf hochriskanten Hypotheken beruhten. Zu diesem Zweck bezahlte der Versicherungsnehmer eine Prämie an den Versicherungsgeber. Im Gegenzug verpflichtete sich der Versicherungsgeber den Versicherungsnehmer im Fall eines »credit events«, in dem Fall also, dass das Wertpapier unter eine zuvor festgelegte Preisgrenze fallen sollte, zu entschädigen. Auf diese Art und Weise war es möglich, sich durch den Kauf von Kreditausfallversicherungen gegen potentielle Wertverluste zu versichern, die sich aus der hypothekenbezogenen Produkten ergaben.

Trotz der Möglichkeit sich mittels Kreditausfallversicherungen buchstäblich gegen solche Verluste zu versichern, ist die Rede von Versicherung jedoch nicht korrekt. Dies liegt daran, dass der Käufer einer Kreditausfallversicherung das Wertpapier, gegen dessen Wertverlust er sich versichert, nicht besitzen musste. Bei Kreditausfallversicherungen handelt es sich also, um eine nach der Finanzkrise bekannt gewordene Formulierung zu nutzen, um Feuerversicherungen, die auf das Haus des Nachbarn abgeschlossen werden können (FCIC 2011: 236).

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass Kreditausfallversicherungen sowohl zu Versicherungszwecken (Risikomanagement), also auch zu Zwecken der Spekulation verwendet wurden. Während viele Banken diese Versicherungen auf Wertpapiere kauften, um sich gegen negative Preisentwicklungen ihres Portfolios abzusichern (MacKenzie 2008), verfolgten Hedgefonds oftmals eine andere Strategie, indem sie Kreditausfallversicherungen auf Wertpapiere kauften, die sich nicht in ihrem Besitz befanden. Mit anderen Worten wetteten sie auf eine Abwertung hypothekenbesicherter Produkte, die für sie wiederum hohe Gewinne versprach. Diese Wette basierte dabei auf der Annahme, dass sich die sehr guten Bewertungen hypothekenbesicherter Wertpapiere durch die Ratingagenturen als falsch erweisen würden. Zu dieser Annahme kamen die Hedgefonds oftmals auf der Basis eigener Rechenmodelle, die breite

Preiskorrektur im Markt für hypothekenbesicherte Anleihen prognostizierten (Lewis 2011). Zur Erinnerung: die Ratingagenturen vergaben auch als Hedgefonds und andere Marktteilnehmer damit begannen, in hohem Maß gegen Produkte zu wetten, die auf hochriskanten Hypotheken basierten, immer noch sehr gute Bewertungen für eben diese Produkte. Im Kern wetteten die Hedgefonds also gegen die Urteile der Ratingagenturen. In dem Moment, in dem sich diese Urteile als falsch erwiesen, würden die oben erläuterten Kreditausfallversicherungen greifen und die Hedgefonds für Wertverluste auf Wertpapiere entschädigen, in deren Besitz sie oftmals nicht waren. Möglich war dies vor allem, weil diejenigen, die den Urteilen der Agenturen zunehmend misstrauten, problemlos Versicherungen von denjenigen kaufen konnten, die den Urteilen der Agenturen nach wie vor vertrauten. Für die Investoren wiederum, die den Urteilen der Agenturen nach wie vor vertrauten, stellte sich der Verkauf von Kreditausfallversicherungen zunächst als profitables und weitestgehend risikofreies Geschäft dar; schließlich wurden zunehmend Versicherungen für sehr gut bewertete Wertpapiere nachgefragt, deren Rating so hoch war, dass man kaum mit einem Ausfall dieser Papiere rechnen musste. Vor diesem Hintergrund liegt die These des hier vorliegenden Beitrages darin, dass das Misstrauen, das sich in dem Kauf von Kreditausfallversicherungen dokumentierte, gleichzeitig eine Ressource für weitere Investitionen in den Markt darstellte, dass also erst das Misstrauen gegen die Ratingagenturen es ermöglichte, weiterhin in hohem Maß in den Markt zu investieren.

## Synthetische CDOs

Um zu verstehen, inwiefern der Abschluss von Versicherungen gegen den Markt dazu beitragen kann, dass neue Investitionen in den Markt stattfinden können, muss man die Produkte genauer analysieren, die die Finanzkrise prägten. Aufgrund der Platzbeschränkungen kann dies hier jedoch nur cursorisch geschehen.

Oben wurde bereits gezeigt, dass Hypotheken im Rahmen der Finanzkrise eine zentrale Rolle spielten. Dabei fokussierten sich die Banken, die diese hypothekenbasierte Produkte schufen, zunächst auf Hypotheken mit sehr guter Qualität, das heißt auf Hypotheken, die von Personen aufgenommen wurden, die insgesamt über eine gute Bonität verfügten. Mittels dieser Hypotheken wurden dann Anleihen geschaffen, die man an Investoren verkaufen konnte.

Hypotheken mit guter Bonität stellten jedoch eine begrenzte Ware da. Es gab schlicht nicht genug Hypotheken, die von Personen mit guter Bonität aufgenommen wurden, um den Appetit der Investoren für hypothekenbasierte Wertpapiere zu stillen. Die Folge dieser Diskrepanz aus hoher Nachfrage und geringem Angebot war, dass die Investmentbanken sich immer mehr in den Subprime Markt bewegten, also in den Markt, der aus Hypothekennehmern mit schlechter Bonität bestand. Dies war durch eine Entwicklung möglich geworden, deren Komplexität hier lediglich angedeutet werden kann. Im Kern aber geht es darum, durch Diversifizierung und Verbriefungen aus hochriskanten Hypotheken vermeintlich sichere Wertpapiere zu schaffen. Diese Entwicklung wurde maßgeblich durch so genannte Collateralized Debt Obligations ermöglicht, also durch Zweckgesellschaften, die sich auf das Aufkaufen riskanter verbriefter Hypotheken spezialisierten (FCIC 2011: 127ff.).

Gerade weil es jedoch möglich war, hochriskante Hypotheken in vermeintlich sichere Wertpapiere zu überführen, weil das Risiko dieser Hypotheken also vernachlässigbar schien, stieg die Nachfrage nach eben diesen riskanten Hypotheken noch einmal enorm an. Letztlich führte dies dazu, dass die Nachfrage nach hypothekenbezogenen Produkten das Angebot überstieg, so dass die Banken nach neuen Wegen Ausschau hielten, jene Produkte zu schaffen (ebd.: 8). An dieser Stelle kamen nun die oben bereits angesprochenen Kreditausfallversicherungen ins Spiel, da diese die Schaffung synthetischer CDOs erlaubten, also solcher Produkte, deren Schaffung nicht mehr länger die gleichzeitige Schaffung von Hypotheken voraussetzte.

Um zu verstehen, wie synthetische CDOs funktionierten, ist es hilfreich, noch einmal zu rekapitulieren, woher das Geld kommt, das den Besitzern hypothekenbesicherter Wertpapiere ausgezahlt wird. Hypothekenbesicherte Wertpapiere, dies wurde oben dargestellt, kaufen eine Vielzahl von Hypotheken auf und versammeln diese Hypotheken in einem Pool. Dieser Pool wiederum generiert Zinszahlungen, da die Hypothekennehmer ihren monatlichen Tilgungen zahlen müssen. Diese Tilgungszahlungen, die die Hypothekennehmer leisten, werden nun in der Form von Anleihen an Investoren verkauft. Festzuhalten bleibt also, dass die Zahlungsströme in einem solchen Arrangement auf den Zinszahlungen von Hypothekennehmern basieren. Synthetische CDOs hingegen sind nicht länger auf die Zinszahlungen von Hypothekennehmern angewiesen, sie ersetzen diese Zahlungen vielmehr durch die Prämienzahlungen, die für Kreditausfallversicherungen fällig werden.

Um synthetische CDOs zu schaffen, kauften die Banken nicht mehr länger Hypotheken auf, sondern verkauften stattdessen Versicherungen auf hypothekenbasierte Produkte. Diese Versicherungen wiederum wurden dann von Investmentbanken oder Hedgefonds gekauft, die sich, wie wir oben gesehen haben, mit diesen Versicherungen entweder gegen Kursschwankungen absichern oder aber radikal gegen den Markt wetten wollten. Der entscheidende Punkt an dieser Konstruktion ist nun, dass die Banken die Einnahmen, die sie durch den Verkauf der Versicherungen erhielten (das heißt die Versicherungsprämien) analog zu den oben beschriebenen Hypotheken in einen Pool zusammenführten und auf diesen Pool wiederum Anleihen an Investoren verkauften. Diese neuen Anleihen, synthetische CDOs, wurden also auf der Basis von Versicherungen gegen den Markt geschaffen.

Für die Investoren bedeutete dies, dass sie die exakt gegenläufige Position zu den Versicherungskäufern einnahmen. Die Versicherungskäufer machten in dem Moment Gewinn, in dem der Markt zu kollabieren begann, wohingegen die Käufer der Anleihen synthetischer CDOs nur dann Gewinne machten, wenn der Markt weiter funktionierte. Aus der hier eingeschlagenen Perspektive ist jedoch zentral, dass die Anleihenkäufer unter anderen auch deshalb in den Markt investieren konnten, weil es eine ausreichend hohe Zahl an Investoren gab, die den Ratingagenturen so weit misstrauten, dass sie breitflächig Versicherungen gegen den Markt kauften.

## Fazit

Die These dieses Artikels lautet, dass sich am Fall synthetischer CDOs zeigen lässt, dass Misstrauen gegen die Ratingagenturen im Rahmen der Finanzkrise von 2007 eine Ressource für

weitere Investitionen in den Markt darstellte. Möglich wurde dies, indem Banken Versicherungen gegen den Markt verkauften und mittels der Versicherungsprämien, die sie für den Verkauf dieser Versicherungen erhielten, Wertpapiere schufen, die Investitionen in den Markt ermöglichen. Um die These richtig einordnen zu können, sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass nicht alle Käufer von Kreditausfallversicherungen auf einen Kollaps des Marktes wetteten. Viele Banken kauften diese Versicherungen nur, wie wir gesehen haben, um sich gegen potentielle Preisschwankungen ihres eigenen Portfolios abzusichern.

Dieser Risikomanagementfunktion ungeachtet gab es jedoch auch eine Vielzahl von Investmentbanken, bspw. Goldman Sachs (PSOI 2011: 318ff.) und Hedgefonds (Lewis 2011; Zuckerman 2010), die sich mit zunehmender Riskanz des Subprime Marktes darauf verlegten, mittels Kreditausfallversicherungen radikal gegen den Markt zu wetten. Präziser noch muss man sagen, dass sie radikal gegen die Urteile der Ratingagenturen wetteten, deren sehr gute Bewertungen hochriskanter Produkte Wetten gegen den Markt überhaupt erst profitabel erschienen ließen. Im Kern wurde also nicht gegen den Markt gewettet, sondern stattdessen gegen die guten Urteile der Ratingagenturen. In der Konsequenz hieß dies, dass diejenigen, die den Ratingagenturen weiterhin vertrauten, in den Markt investieren konnten, weil diejenigen, die den Ratingagenturen fundamental misstrauten gegen deren Urteile wetteten. Auf diesem Wege wurde Misstrauen also paradoxerweise zu einer Ressource, die weitere Investitionen in den sich überhitzenden Immobilienmarkt erlaubte.

Die hier präsentierte These darf, darauf wurde mehrfach hingewiesen, nicht zu der reduzierten Annahme zugespitzt werden, die Marktteilnehmer ließen sich in zwei Gruppen unterscheiden, die den Ratingagenturen entweder exklusiv vertrauten oder misstrauten. Bei den Käufern von Kreditausfallversicherungen, die gegen den Markt wetteten, handelte es sich nur um eine Teilmenge derjenigen, die dieses Produkt nutzten. Das tatsächliche Bild ist folglich sehr viel komplexer. Gleichsam war es nicht das Ziel dieses Beitrages, dieses empirische Bild mit all seinen Facetten zu rekonstruieren. Stattdessen sollte anhand der Beschäftigung mit synthetischen CDOs der Punkt stark gemacht werden, dass sich, zumindest im Rahmen der letzten großen Finanzkrise, die Rolle von Misstrauen keineswegs auf die Aussage reduzieren lässt, Misstrauen sei das Ergebnis der Finanzkrise gewesen.<sup>7</sup> Vielmehr trug das Misstrauen gegenüber den Ratingagenturen zur Entstehung der Krise bei.

## Literatur

- Beckert, J. 2002: Vertrauen und die performative Konstruktion von Märkten. *Zeitschrift für Soziologie*, 31. Jg., Heft 1, 27–43.
- Berghoff, H., 2005: Markterschließung und Risikomanagement. *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 92. Jg., 141–162.
- Cantor, R., Packer F., 1994: The Credit Rating Industry. *FRBNY Quarterly Review Summer-Fall 1994*: 1–26.
- Carruthers, Bruce G. 2010: Knowledge and Liquidity. *Institutional and Cognitive Foundations of the Subprime Crisis*. In M. Lounsbury, P. M. Hirsch (Hg.), *Markets on trial: The Economic Sociology of the U.S. Financial Crisis: Part A. The Economic Sociology of the U.S. Financial Crisis*. Bingley: Emerald, 157–182

---

<sup>7</sup> Beispielsweise im Sinne einer Vertrauenskrise.

- Hiß, S., Nagel, S. 2011: Ratingagenturen zwischen Krise und Regulierung. Baden-Baden: Nomos.
- Lewis, M., 2011: *The Big Short. Inside The Doomsday Machine*. New York: W.W. Norton.
- Lowenstein, R. 2010: *The End of Wall Street*. New York: Penguin Press.
- Luhmann, N. 2000: *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- MacKenzie, D. A. 2008: End-of-the-World Trade. *London Review of Books*, 30. Jg., Heft 9, 24–26.
- MacKenzie, D. A. 2011: The Credit Crisis as a Problem in the Sociology of Knowledge. *American Journal of Sociology*, 116. Jg., Heft 6, 1778–1841.
- MacKenzie, D. A. 2012: Knowledge production in financial markets. Credit default swaps, the ABX and the subprime crisis. *Economy and Society*, 41. Jg., Heft 3, 335–359.
- Permanent Subcommittee On Investigations (PSOI) 2011: *Wall Street and The Financial Crisis. Anatomy of a Financial Collapse*. Hg. v. Permanent Subcommittee On Investigations. United States Senate.
- Strulik, T. 2000: Funktionen und Folgen privater Rating- Agenturen im Kontext der Regulierung globaler Finanzmärkte. *Soziale Welt*, 51. Jg., Heft 4, 443–462.
- Strulik, T. 2004: *Nichtwissen und Vertrauen in der Wissensökonomie*. Frankfurt, New York: Campus.
- Strulik, T. 2008: Evaluationen in der Wirtschaft: Ratingagenturen und das Management des Beobachtetwerdens. In H. Matthies, D. Simon (Hg.), *Wissenschaft unter Beobachtung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 288–314.
- Swedberg, R. 2010: The Structure of Confidence and the Collapse of Lehmann Brothers. In M. Lounsbury, P. M. Hirsch (Hg.), *Markets on trial. The Economic Sociology of the U.S. Financial Crisis*. Bingley: Emerald, 71–109.
- Tett, G. 2010: *Fool's gold. How unrestrained greed corrupted a dream, shattered global markets and unleashed a catastrophe*. Updated ed. London: Abacus.
- The Financial Crisis Inquiry Report (FCIC) 2011: *Final Report of the National Commission on the Causes of the Financial and Economic Crisis in the United States*. Official Government ed. Washington, DC: Financial Crisis Inquiry Commission.
- Zuckerman, G. 2010: *The Greatest Trade Ever. The Behind-The-Scenes Story of How John Paulson defied Wall Street and Made Financial History*. New York: Crown Business.

# Die Bewältigung von Vertrauenskrisen im Versicherungs-Strukturvertrieb – am Beispiel Kundenakquise

## Privates-persönliches Vertrauen als ökonomische Ressource

Bastian Bredenkötter

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Vertrauenskrisen – Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse« – organisiert von Michael Florian<sup>1</sup>*

Das Konzept des Vertrauens spielte in der sozialwissenschaftlichen Diskussion lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Dies hat sich seit Anfang der neunziger Jahren grundlegend geändert (vergleiche die Darstellung in Endreß 2002). Auch in der Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftsforschung ist seit dem ein gestiegenes Interesse am Thema Vertrauen zu verzeichnen (vergleiche zum Beispiel Beckert 2002; Gambetta 1988; Heisig, Littek 1995; Neubauer 1997), das bis heute anhält (vergleiche zum Beispiel Arbeit 1/2013; Böhle et al. 2014; Oswald 2010; Schilcher et al. 2012). Hier rückt Vertrauen insbesondere als Mechanismus der Ermöglichung von Tausch- und Kooperationsbeziehungen in ökonomischen Kontexten, also auf Märkten oder innerhalb von Unternehmen, in den Mittelpunkt.

Angesichts des Problems der Möglichkeit opportunistischen Verhaltens stellt Vertrauen auf unvollkommenen Wettbewerbsmärkten eine Bedingung für das Zustandekommen ökonomischer Transaktionen dar (vergleiche schon Granovetter 2000: 182 ff.). Damit einher geht eine grundlegende Krisenanfälligkeit von Märkten: »Die Ungewissheit hinsichtlich der Handlungsabsichten von Alter Ego macht Märkte zu äußerst prekären sozialen Strukturen, die dort implodieren, wo Vertrauensbereitschaft von den potenziellen Tauschpartnern zurückgezogen wird« (Beckert 2002: 38).

Betrachtet man die spezifischen Formen der Lösung dieses Kooperationsproblems in einer historischen Perspektive, so kann man von einer zunehmenden Umstellung von traditionellen Formen persönlichen Vertrauens auf Systemvertrauen ausgehen (grundlegend: Luhmann 2000; zum Wirtschaftssystem: Beckert 2009: 191 f.; Strulik 2012: 69 f.). Das für ökonomische Aus-

---

<sup>1</sup> Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine erweiterte Fassung des Vortrags »Die Bewältigung von Vertrauenskrisen im Versicherungs-Strukturvertrieb – am Beispiel Kundenakquise«. Ich danke den Teilnehmer/-innen der Ad-hoc Gruppe, Birgit Geissler sowie insbesondere Ursula Mense-Petermann für hilfreiche Kommentare.



tauschbeziehungen notwendige Vertrauen baut im »modernen Kapitalismus weniger auf kommunitären oder familiären Netzwerken mit ihren Sanktionsmöglichkeiten oder auf einem geteilten Wertesystem auf, wie es zum Beispiel Max Weber (1984) noch in seinem Aufsatz über protestantische Sekten in Amerika beschrieb« (Beckert 2009: 191). Stattdessen bezieht sich Vertrauen verstärkt auf Institutionen, übergreifende Strukturen und abstrakte Systeme; also darauf, dass bestimmte Organisationen, Professionen, Berufsgruppen, Kommunikationsmedien oder auch Funktionssysteme und ihre Kontrollinstanzen relativ zuverlässig funktionieren.

Besteht dieses Systemvertrauen aber in allen Bereichen eines modernen und hochkomplexen Wirtschaftssystems in ausreichendem Maße? Und wenn nicht: Welche Strategien entwickeln die beteiligten Akteure, wenn das notwendige Vertrauen einer Branche, Berufsgruppe oder Organisationsform gegenüber in einer akuten Krise steckt oder dauerhaft beschädigt ist? Welche Routinen werden in Unternehmen zur Erzeugung von Kooperationsbereitschaft ausgebildet, wenn bei potenziellen Transaktionspartner/-innen kein hinreichendes Systemvertrauen besteht?

Im Folgenden soll diesen Fragen am Beispiel einer außergewöhnlichen Form der Organisation, Steuerung und Ausführung von interaktiver Dienstleistungsarbeit auf einem spezifischen Markt nachgegangen werden. Der Beitrag untersucht, mit welchen Mitteln der Strukturvertrieb in der Versicherungsbranche versucht, ein dauerhaftes und für ihn existenzielles Vertrauensproblem zu lösen: das unzureichende Vertrauen zahlreicher potenzieller Kund/-innen in Versicherungsunternehmen und -vermittler/-innen und die damit verbundenen Schwierigkeiten der Kundenakquise. Er argumentiert, dass eine zentrale Strategie des untersuchten Strukturvertriebs darauf abzielt, mangelndes Systemvertrauen durch die systematische Ausbeutung persönlicher Vertrauensbeziehungen zu kompensieren.<sup>2</sup> Neben Einsichten in die Verwobenheit von »systemischen und personalen Aspekten des Vertrauens« (Sauer et al. 2013) liefert die Untersuchung interessante Hinweise darauf, inwiefern in privaten Kontexten entstandene Vertrauensbeziehungen zur Lösung von Tauschproblemen auf besonders »vertrauensbedürftigen« Märkten beitragen können, welche »performativen Akte der Selbstdarstellung des Vertrauensnehmers« (Beckert 2002: 27) dies erfordert und inwiefern der Rückgriff auf persönliches Vertrauen zur Anbahnung wirtschaftlicher Transaktionen organisierbar ist. Zudem wird die Frage berührt, welche »problemerzeugenden Effekte« (Strulik 2012: 71) die dargestellte Problemlösungsstrategie mit sich bringt.

Die Argumentation erfolgt in vier Schritten: Zunächst wird erläutert, was Strukturvertrieb überhaupt ist und mit welchen Vertrauensproblemen diese spezielle Form der Vertriebsorganisation in der Versicherungs-Branche zu kämpfen hat. Im Hinblick auf die Vertrauensproblematik

---

<sup>2</sup> Grundlage der Ausführungen sind die Ergebnisse eines 2012 abgeschlossenen Forschungsprojekts, das ich zusammen mit Karl Musiol durchgeführt habe und das von Birgit Geissler an der Universität Bielefeld begleitet wurde (vergleiche Bredenkötter, Musiol 2012). In der qualitativen Studie haben wir die Kundenakquise, die Personalrekrutierung und die Personalbindung in einem Strukturvertrieb der Versicherungsbranche aus arbeitssoziologischer Perspektive beleuchtet. Dazu haben wir sechs Interviews mit aktiven und ehemaligen Mitgliedern geführt, 41 längere Beiträge aus Internetforen analysiert und weitere einschlägige Dokumente ausgewertet, darunter Verkaufsleitfäden, Seminarunterlagen, Unternehmenszeitschriften, Videos, Internetseiten und Stellenanzeigen. Vergleiche für eine detailliertere Darstellung des Forschungsprozesses Bredenkötter, Musiol 2012: 35 ff. Der empirische Teil des vorliegenden Beitrags orientiert sich insbesondere an Bredenkötter, Musiol 2012: 41 ff.

im Kontext der Neukundengewinnung wird dann gezeigt, wie diese durch den gezielten Rückgriff auf die privaten Netzwerke von neuen Strukturvertriebsmitgliedern und Kund/-innen bewältigt werden soll. Anschließend wird argumentiert, dass zahlreiche Neueinsteiger<sup>3</sup> mit dem Geschäftsmodell an ihre Grenzen stoßen, sobald sie Versicherungen außerhalb ihres engeren sozialen Umfelds vermitteln wollen. Im vierten Schritt werden die Ergebnisse pointiert zusammengefasst. Darüber hinaus wird auf Folgeprobleme des Modells eingegangen und geklärt, in welcher Hinsicht man nicht nur von einer gezielten Nutzung, sondern sogar von einer Ausbeutung persönlicher Vertrauensbeziehungen sprechen kann. Abschließend wird diskutiert, welchen Beitrag die Untersuchung des Versicherungs-Strukturvertriebs zur arbeits-, wirtschafts- und organisationssoziologischen Vertrauensdebatte leisten kann.

## Strukturvertrieb und Vertrauenskrise

Unternehmen stehen verschiedene Möglichkeiten offen, den Vertrieb ihrer Waren und Dienstleistungen, in diesem Fall also Versicherungen, an Kundinnen und Kunden zu organisieren. Als Strukturvertrieb – oder Multi-Level-Marketing – bezeichnet man nun eine sehr spezielle Variante der Vertriebsorganisation, die bisher kaum öffentlich thematisiert oder wissenschaftlich untersucht wurde. Kennzeichnend für den Strukturvertrieb ist, dass, *erstens*, formal selbstständige, vollkommen provisionsabhängig bezahlte und oft fachfremde Außendienstler die Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens direkt an Endkund/-innen vermitteln. Dies geschieht, *zweitens*, im persönlichen Gespräch außerhalb von typischen Geschäftsräumen, also zum Beispiel in der Privatwohnung, am Arbeitsplatz oder an Orten der privaten Freizeitgestaltung des potenziellen Kunden. Da es sich bei diesen Kund/-innen, *drittens*, zunächst um Neukund/-innen handelt, müssen diese vor dem eigentlichen Verkaufsgespräch erst einmal identifiziert und angesprochen werden. Strukturvertriebshändler sind also nicht nur Berater und Verkäufer, sondern vor allem Akquisiteure. Der Kern des Modells besteht, *viertens*, darin, dass die Außendienstmitarbeiter nach einigen Verkaufserfolgen die Möglichkeit haben, selbst weitere Vermittler anzuwerben und zu trainieren, die dann ebenfalls die Produkte des Unternehmens vertreiben. Diese können dann ihrerseits nach einigen Erfolgen neue Vermittler rekrutieren und so weiter. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass ein Vermittler an den Umsätzen der von ihm geworbenen Mitglieder mitverdient und auch an den Umsätzen der wiederum von diesen angeworbenen Neueinsteiger und so weiter (im Strukturvertrieb spricht man in diesem Zusammenhang von seiner »Downline«). Andersherum betrachtet: Verkauft ein Strukturvertriebler

---

3 Von den Arbeitenden im Strukturvertrieb wird im Folgenden nur in der männlichen Form gesprochen, weil der männliche Strukturvertriebshändler im von uns untersuchten Unternehmen der Normalfall ist, während die weibliche Vermittlerin den Ausnahmefall darstellt. Auch innerbetriebliche Medien, Veranstaltungen, Incentives usw. adressieren einen von Männern dominierten Mitgliederkreis. In anderen Strukturvertrieben in anderen Branchen ist das durchaus anders, so richten sich einige Strukturvertriebe ausschließlich an einen weiblichen Mitgliederkreis, andere versuchen offenbar Paare zu inkludieren (vgl. für Deutschland die Fallstudien von Groß 2008). Nicole Woolsey Biggart (1989: 71) spricht in ihrer Untersuchung von fünf US-amerikanischen Strukturvertrieben gar von einer »feminine« form of organization«.

etwas, bekommen die über ihm stehenden Mitglieder (seine »Upline«, die Strukturhöheren) einen Teil der Provision ab. *Fünftens* verfügen Strukturvertriebsunternehmen über mehrstufige Karrieresysteme, die die Mitglieder in eine organisationsinterne Hierarchie einordnen, ihnen ansprechende Titel zuweisen und insbesondere die Verteilung von Provisionen und weiteren Incentives regeln. Über den Aufstieg in diesem Karriere- und Provisionssystem entscheidet lediglich der Vermittlungs- bzw. Markterfolg – der von einem Mitglied und seiner »Downline« erzielte Umsatz; organisationale Entscheidungen spielen praktisch keine Rolle.<sup>4</sup> Die genannten Merkmale haben zur Folge, dass Strukturvertriebe eine pyramidenförmige Netzwerkstruktur ausbilden, die aus formal selbstständigen, jedoch vielfach voneinander abhängigen Mitgliedern besteht (vergleiche für eine ausführliche Darstellung des Organisationsmodells Bredenkötter, Musiol 2012: 11 ff.; Groß 2008: 23 ff.)

Der untersuchte Strukturvertrieb ist auf Produkte zur Altersvorsorge spezialisiert und hatte zum Untersuchungszeitpunkt circa 11.000 Mitglieder. Im Rahmen unserer Forschung sind wir auf zwei existenzielle Vertrauensprobleme gestoßen, mit denen sich der Strukturvertrieb in der Versicherungsbranche dauerhaft konfrontiert sieht. Zunächst einmal besteht eine *Vertrauensproblematik im Kontext Personalrekrutierung*. Als »ungewöhnliche Organisationen« (Kieser 2008: 13) sind Strukturvertriebe für potenzielle Einsteiger nicht nur etwas Neues und Unbekanntes, aus verschiedenen Gründen ist das Geschäftsmodell für sie auch risikoreich und strukturell unattraktiv: Wie oben bereits erwähnt, ist das Einkommen vollständig erfolgsabhängig und damit ungewiss. Teile der Provisionszahlungen müssen dann auch noch an den Anwerber (den »Strukki«, den Strukturhöheren), dessen Anwerber usw. abgeführt werden. In unserem Fall erhalten Neueinsteiger anfangs weniger als ein Viertel der vom Unternehmen ausgezahlten Provision. Ein Problem des Strukturvertriebs besteht darin, immer wieder das Vertrauen potenzieller Einsteiger zu gewinnen. Nur wenn sie Vertrauen in das Geschäftsmodell haben und zuversichtlich hinsichtlich seiner Erfolgschancen sind, können sie als neue Mitglieder rekrutiert werden. Auf dieses komplexe Problem kann in diesem Beitrag jedoch nur am Rande eingegangen werden (vergleiche dazu aber Bredenkötter, Musiol 2012: 67 ff.).

Vielmehr soll das zweite existenzielle Vertrauensproblem des Versicherungs-Strukturvertriebs im Fokus stehen: Die *Vertrauensproblematik im Kontext der Kundenakquise*. Gerade weil bei Versicherungen große Wissenslücken auf Seiten zahlreicher Kund/-innen bestehen, mit entsprechenden Vertragsabschlüssen langfristige finanzielle Belastungen einhergehen, deren Nutzen sich erst noch erweisen muss und zahlreiche Produkte existieren, die nicht immer einfach zu vergleichen sind, ist die vermutete Vertrauenswürdigkeit des Vermittlers eine wichtige Entscheidungsgrundlage für potenzielle Kund/-innen. Strukturvertriebshändler können hier jedoch nicht, wie zum Beispiel Angehörige einer Profession, mit einem generalisierten Vertrauensvorschluss rechnen. Während Professionen über ein von konkreten Interaktionserfahrungen weitgehend gelöstes und verselbstständigtes Vertrauen verfügen (vergleiche Kühl 2008: 41 ff.), trifft für Versicherungsvermittler wohl eher das Gegenteil zu: »vor dem Hintergrund des »Dauerprob-

---

<sup>4</sup> Im untersuchten Unternehmen kann lediglich die Stufe des sogenannten Admiralexponenten nicht ausschließlich über Vermittlungserfolge erreicht werden (höchste Stufe, organisationsintern werden die wenigen Inhaber dieser Stufe als »Admiräle« bezeichnet); nur hier spielen organisationale Entscheidungen eine Rolle.

lems« Image ist Vertrauen ein besonderes Gut innerhalb der Vertreter-Kunden-Beziehung« (Ras-tetter 2008: 150).

»Zu Beginn eines jeden Kundengesprächs ist es notwendig, das Vertrauen des Kunden zu gewinnen.« (Interner Gesprächsleitfaden, Stand März 2004)

Das schlechte Image der Branche und insbesondere ihres Außendienstes (›der provisionsorientierte, überflüssige Verträge anbietende Versicherungsverticker‹) macht potenzielle Kund/-innen ebenso leicht misstrauisch wie die Tatsache, dass sie ungefragt und außerhalb typischer Geschäftsräume auf geschäftliche Dinge angesprochen werden. Die Gefahr ist groß, dass eine erhebliche Zahl potenzieller Kund/-innen bereits beim ersten Kontaktversuch ›dicht‹ macht und sich gar nicht erst auf ein Beratungsgespräch einlässt.

»Ja, und wenn wir jetzt natürlich sagen: ›Es geht um Versicherungen‹ und so weiter, dann geht bei dem Gesprächspartner, der am Telefon ist, erst mal der Rollladen runter.« (Int\_akt\_StB)<sup>5</sup>

Dass Strukturvertriebshändler oftmals fachfremde Quereinsteiger sind, erhöht, so meint man zumindest intuitiv, nicht gerade die Erfolgsaussichten. Welche Routinen haben sich also im Strukturvertrieb ausgebildet, um mit diesem Vertrauensproblem umzugehen?

## Private Vertrauensbeziehungen als ökonomische Ressource

Im Rahmen dieses Beitrags kann nur eine Strategie herausgegriffen werden: Zentraler Bestandteil des Geschäftsmodells des von uns untersuchten Unternehmens ist es, Vertrauensprobleme der Versicherungsvermittlung durch den gezielten Rückgriff auf private Vertrauensnetzwerke zu lösen.<sup>6</sup> Das Ansehen und generalisierte Vertrauen, dass die Strukturvertriebsmitglieder selbst und auch ihre Kund/-innen in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld genießen, wird systematisch genutzt, um das Problem des Kundenzugangs zu lösen und die Chance auf ein erfolgreiches Verkaufsgespräch zu erhöhen. Wie geschieht das?

<sup>5</sup> Dieses Kürzel bedeutet, dass es sich um ein Zitat aus einem Interview (Int) mit einem aktiven Mitglied (akt) handelt, das zum Interviewzeitpunkt die zweithöchste Stufe (StB) im organisationsinternen Karrieresystem erreicht hatte. Weitere Kürzel, die im Folgenden verwendet werden, sind: »P-Int« für protokolliertes Interview; »For« für Forenbeitrag; »ehem« für ehemaliges Mitglied und »kon« für eine Person, die mit dem untersuchten Unternehmen in Kontakt gekommen, aber nicht Mitglied geworden ist (zum Beispiel im Rahmen von Informationsveranstaltungen oder als Freund/-in oder Partner/-in eines Mitglieds). Die Stufen im internen Karrieresystem werden mit »StF« (niedrigste Stufe) bis »StA« (höchste Stufe) abgekürzt, »St1« steht für einen Anwärter-Status (nur Vermittlungs-, noch keine Rekrutierungsberechtigung). Die Kürzel von Forenbeiträgen sind zudem mit einer laufenden internen Bezeichnung (A, B, C usw.) und einer Jahreszahl versehen. Rechtschreibung und Grammatik der Forenbeiträge wurden übernommen und nicht korrigiert.

<sup>6</sup> Die Kundensuche in privaten Vertrauensnetzwerken ist in unserem Material zentral. Gleichwohl werden auch andere Vorgehensweisen thematisiert, zum Beispiel die Kundenansprache oder Rekrutierung von Neueinsteigern in Diskotheken oder Kneipen; in einem Interview ist gar von einer Sauna die Rede. Ein anderer Interviewpartner beschreibt eine Interaktionsstrategie mit der er im Fußballstadion potenzielle Kunden anspricht (vergleiche dazu Bredenkötter, Musiol 2012: 53 f.).

## Die Erschließung privater Vertrauensnetzwerke

Alle Strukturvertriebsmitglieder stehen zumindest zu Beginn ihrer Laufbahn vor der Aufgabe, selber Versicherungen zu vermitteln. Der Aufbau einer eigenen »Downline« und damit verbunden der mögliche Wechsel »von der Verkäufer-Ebene ins Management« (For\_ehm\_D\_2002) sind erst ab dem Erreichen der zweiten Stufe im Karrieresystem möglich. Einsteiger müssen dafür zunächst selber mindestens 500 »Einheiten« Umsatz innerhalb eines »Produktionshalbjahres« (Int\_akt\_StB) generieren.<sup>7</sup> Diese ersten »Eigeneinheiten« können als eine Art Eintrittszahlung betrachtet werden, denn erst anschließend kann vom Strukturvertriebsprinzip bzw. der Vermittlungsarbeit selbst angeworbener Mitglieder profitiert werden. Die eigenständige Vermittlung von Versicherungen bleibt darüber hinaus zentral für das Einkommen eines Strukturvertriebsmitglieds, solange keine funktionierende und ausreichend große »Downline« aufgebaut werden kann.

Damit stehen Einsteiger anfangs auch vor der Frage »Wo fange ich überhaupt an?«, schließlich werden ihnen von der Organisation keine Kontaktadressen oder gar ein bestehender Kundenstamm zur Verfügung gestellt. Um einen Ausgangspunkt für die neue Tätigkeit zu finden, werden sie daher vor oder direkt nach ihrem Einstieg, im Rahmen erster Seminare und Schulungen, aufgefordert, ein sogenanntes »Empfehlungsbuch« bzw. eine »Kontaktliste« anzulegen. In diese Liste sollen sie die Kontaktdaten von allen Personen eintragen, die ihnen irgendwie bekannt sind.

»Dann gibt es so ein Empfehlungsbuch, da wird's schon mal vorgeschlagen. Arbeitskollegen, Bekannte, Freunde [Pause] also, dass man diese Stichwörter hat: »Ok, die und die kenne ich, die und die kenne ich«, und die Namen werden da eingetragen, ne!? Mit Telefonnummer, Adresse [Pause] und das ist halt erst mal die Aufgabe, das Buch so voll wie möglich zu gestalten.« (Int\_ehm\_St1)

Um die Neuen in die Lage zu versetzen, eine möglichst umfassende und vollständige Liste anzulegen, haben die Anwerber verschiedene Tipps parat, wie sich die neuen »Geschäftspartner« entfernte oder vergessene Bereiche ihres sozialen Netzwerks ins Bewusstsein rufen können. Zum Beispiel wird auf Listen mit den beliebtesten Vornamen eines Geburtsjahrgangs verwiesen, so dass sich die Neueinsteiger auch an alte Mitschüler/-innen, Kolleg/-innen und Freund/-innen mit den entsprechenden Vornamen erinnern können. Als weitere Hilfsmittel werden soziale Netzwerke im Internet (zum Beispiel Facebook oder Xing) sowie diverse Onlinetelefonbücher zur Komplettierung unvollständiger Kontaktdaten empfohlen. Ziel ist es, dass diese Liste mindestens 100 Personen umfasst. Einer unserer Interviewpartner hat in einem Zeitraum von mehreren Tagen gar eine Liste mit Kontaktdaten von ca. 300 ihm zumindest entfernt bekannten Menschen zusammengetragen.

---

<sup>7</sup> Im untersuchten Unternehmen wird der Umsatz in »Einheiten« umgerechnet, wobei eine Einheit einem Vertragsumsatz von 520 Euro entspricht. Der Vertragsumsatz errechnet sich wiederum aus der Gesamtlaufzeit des Vertrags und der Höhe der monatlichen Beiträge. Wenn ein Kunde beispielsweise über einen Zeitraum von 30 Jahren monatlich 100 Euro einzahlt, beträgt der Gesamtumsatz des Vertrags 36.000 Euro, was ca. 70 Einheiten entspricht. Pro Einheit zahlt das Unternehmen 21,30 Euro Provision aus, die nach dem Verteilungsschlüssel des Karriere- und Provisionssystems zwischen dem erfolgreichen Vermittler und seiner »Upline« aufgeteilt werden.

Über die Funktion als Einstiegshilfe hinaus, soll das »Empfehlungsbuch« auch als Sicherheitsfiktion wirksam werden und so, aus Sicht der Strukturhöheren, auch zur Lösung der Vertrauensproblematik im Kontext der Personalrekrutierung beitragen: Zum einen soll es das Vertrauen von (potenziellen) Einsteigern in die Erfolgsaussichten des Geschäftsmodells stärken, indem es diesen vor Augen führt, welche Möglichkeiten schon in ihrem sozialen Umfeld ›schlummern‹, bevor sie überhaupt die schwierige und unangenehme Ansprache von »wildfremde[n]« Menschen (Int\_ehem\_StF; For\_ehem\_C\_2007) in Betracht ziehen müssen.<sup>8</sup> Dies soll vor allem durch die »Qualifizierung« (Int\_akt\_StB) der Liste erreicht werden. Damit ist gemeint, dass die Strukturhöheren gemeinsam mit den Einsteigern Vermutungen zum Einkommen und zur Lebenslage der eingetragenen Personen anstellen und so schätzen, welches Geschäftspotenzial im sozialen Netzwerk der Neuen steckt.

»Viele Menschen sind sich gar nicht bewusst, welches Potenzial überhaupt in ihrem Kontaktumfeld steckt.« (Int\_akt\_StB)

Zum anderen soll das »Empfehlungsbuch« – nach dem Motto ›Wenn mal ein Verkaufsversuch nicht klappt, sind ja noch viele andere potenzielle Kund/-innen da‹ – Versagensängste abschwächen, die Bedeutung von Zurückweisungen relativieren und so helfen, das frische, sich noch in der Entstehungsphase befindende und entsprechend leicht zerbrechliche Vertrauen der Einsteiger in das Geschäftsmodell zu festigen. Diese psychologische Wirkung kann es allerdings nur entfalten, wenn es einen gewissen Umfang erreicht. So ist auch die kritische Menge von 100 Kontakten zu interpretieren:

»Wenn es 50 sind oder wenn es nur 20 sind, dann ist natürlich die Angst auch groß: ›Jetzt habe ich hier nur 20 Namen auf meiner Liste, jetzt rufe ich einen an, dann sind es nur noch 19. Ich will doch die große Karriere machen. Oh, nur noch 18‹. Ja [lacht], zehn kleine Negerlein. Blöd. Wir schauen, dass wir 100 Namen auf der Liste haben. Und selbst wenn wir wissen, da sind nicht alle 100 Namen gleich werthaltig für den neuen Mitarbeiter, ist es doch für den Mitarbeiter eine Sicherheit erst mal zu wissen: ›Ah ok, selbst wenn der nicht klappt, habe ich noch 99, 98 andere.« (Int\_akt\_StB)

Um ein solches, für Neueinsteiger bedrohlich wirkendes Ende der »Kontaktliste« zu verhindern und die Liste erfolversprechender Kontakte stets zu erweitern, sollen Mitglieder des untersuchten Unternehmens im weiteren Verlauf ihrer Tätigkeit zudem auf das sogenannte »Empfehlungs-Marketing« zurückgreifen. Damit ist gemeint, dass sie mit Hilfe verschiedener Interaktionsstrategien versuchen sollen, von (potenziellen) Kund/-innen nach einem Verkaufsgespräch die Kontaktdaten von deren Bekannten und Familienmitgliedern zu bekommen (vergleiche dazu Bredenkötter, Musiol 2012: 49f.). Nach dem eigenen sollen so auch die sozialen Netzwerke der Gesprächspartner/-innen als ökonomische Ressource erschlossen werden.

<sup>8</sup> Das Strukturvertriebsprinzip eröffnet theoretisch die Möglichkeit, direkt nach den ersten 500 »Einheiten« eine ausreichend große »Downline« aufzubauen, um sein Einkommen und seinen Aufstieg im Karrieresystem fortan nur noch durch die Beteiligung an den Vermittlungserfolgen der selbst rekrutierten Mitglieder zu bestreiten. Deshalb kann beim Einstieg auch die Hoffnung bestehen (oder gezielt geweckt werden), schon bald nicht mehr selbst Versicherungen zu vermitteln und die Ansprache von ›Wildfremden‹ gar nicht erst in Betracht ziehen zu müssen.

## Kundenansprache im engeren privaten Umfeld

Wenn mit Hilfe der erstellten Liste ein Personenkreis identifiziert wurde, indem eine besonders hohe Vertrauensbereitschaft und damit -wahrscheinlichkeit vermutet wird, geht es darum, mit diesen Personen ›ins Geschäft‹ zu kommen. Während Direktvertriebshändler anderer Branchen ihre Produkte teilweise spontan und ungefragt an der Haustür oder auf sogenannten Partys anbieten, machen die oben geschilderten Eigenschaften des Produkts eine solche Strategie bei Versicherungen geradezu unmöglich. Ein entsprechender Versuch würde wohl wenig vertrauenerweckend wirken; das Bereitstellen von Alkohol mit hoher Wahrscheinlichkeit Misstrauen erzeugen. Versicherungsverträge schließt man eben nicht ›zwischen Tür und Angel‹ oder in geselliger Runde, sondern in einem formaleren und weniger spontanen Setting ab, das es potenziellen Kund/-innen ermöglicht, genauere Informationen über das Produkt und auch den Vermittler zu erlangen. Die Art des Produkts stellt den Vermittler daher zunächst vor die Herausforderung, potenzielle Kund/-innen im Voraus anzusprechen, um sie für einen Termin (meist in ihrer Wohnung) zu gewinnen. Dem eigentlichen Vermittlungsgespräch geht also eine Erstansprache mit dem Ziel der Terminvereinbarung für ein längeres Gespräch voraus.

Dass es vielen Menschen schwer fällt, anderen Menschen aktiv und ungefragt Produkte anzubieten, belegt nicht zuletzt der Markt für Akquise-Ratgeber und -Seminare. Um entsprechende Hemmungen und Unsicherheitsgefühle zu überwinden und Erfahrungen im Führen von Verkaufsgesprächen zu sammeln, wird den Neueinsteigern empfohlen, bei Verwandten, Freund/-innen und guten Bekannten anzurufen, um erste Termine zu vereinbaren.

»Es hieß ja am Anfang [Pause] da man noch wenig Erfahrung hat, sollte man erst die Verwandtschaft, Bekannten äh -kreise, ne!?, abtelefonieren. Da Termine machen. Weil die Leute kennt man halt und da kann man sich ein bisschen sicherer fühlen als wenn man direkt zum fremden Kunden raus fährt und da ein Gespräch führt.« (Int\_ehem\_St1)

Diese ersten Termine im engeren sozialen Umfeld sollen von den Neuen als eine Art Training oder Test wahrgenommen werden, bei dem der tatsächliche Verkauf nicht im Mittelpunkt steht.

»Also gerade bei den engsten Kontakten tun sich viele Leute natürlich leichter. Da können wir den Druck komplett raus nehmen. Wenn wir sagen: ›Hör mal zu, du musst irgendwo letztlich anfangen. Ob du jetzt verkaufst oder nicht, ist egal.« Wichtig sind erst mal die ersten Erfahrungen, ja die ersten Resonanzen auch zu bekommen.« (Int\_akt\_StB)

Die Inszenierung der ersten Verkaufsgespräche als Übung ermöglicht es Einsteigern, bei der Terminvereinbarung am Telefon in der Rolle des um Hilfe und Rat bittenden Freundes aufzutreten.

»Ja man erzählt zwar, man hat sich jetzt irgendwie ein neues Standbein aufgebaut oder möchte sich eins aufbauen und braucht halt die Hilfe von dem Kollegen [...] der einfach mal ne Stunde oder halbe Stunde sich eben ein Gespräch anhören sollte.« (Int\_ehem\_St1)

»Ich habe da ein Problem, hättest du morgen mal Zeit für mich?« (For\_ehem\_J\_2004)

Das Thema Versicherung soll dabei ausgeklammert bleiben. Der Einsteiger soll also noch nicht die stigmabehaftete Rolle des neuen Versicherungsvermittlers einnehmen, sondern ausschließlich auf die persönliche Vertrauensbeziehung rekurren.

»[...] da sollte man auch verhindern am Telefon von Versicherungen zu sprechen.« (Int\_ehm\_St1)

Ein solches Hilfesuch kann im engeren sozialen Umfeld natürlich kaum abgelehnt werden, würde ein Freund oder Verwandter durch das Abweisen eines Hilfesuchs die Beziehung doch grundlegend infrage stellen. Entsprechend hoch ist anscheinend die Erfolgsquote:

»Und jeder Kollege [sagt]: ›Ja klar, komm vorbei, auf einen Kaffee.« (Int\_ehm\_St1)

Insofern kann, anders als intuitiv vermutet, die mangelnde Erfahrung der Einsteiger indirekt zur Lösung der Vertrauensproblematik im Kontext Akquise beitragen: Sie bietet eine Möglichkeit, relativ einfach Gesprächstermine im engeren sozialen Umfeld neuer Mitglieder zu generieren.

### Kundenansprache im weiteren sozialen Umfeld

Die Ansprache in der Rolle des um Hilfe- und Rat bittenden ist jedoch nur im Freundes- und Verwandtenkreis möglich. Entsprechend ist bei der telefonischen Terminvereinbarung mit entfernteren Bekannten und Bekannten von Bekannten, die zum Beispiel über das »Empfehlungs-Marketing« ausfindig gemacht wurden, auf andere Konzepte zurück zu greifen. Hilfestellung bieten hier die Strategien zur Telefonakquise von verschiedenen Verkaufstrainern. Entsprechende Gesprächsleitfäden erarbeiten die Strukturhöheren mit Neueinsteigern in Zweiergesprächen sowie in wöchentlich stattfindenden Schulungen in der Geschäftsstelle. Die vermittelten Interaktionsstrategien konzentrieren sich zum Beispiel darauf, dass der Vermittler zunächst ausschließlich aus der Gebrauchswertperspektive des Kunden zu argumentieren lernt. Er soll nicht versuchen, direkt das Produkt zu bewerben, das ja immer zugleich Gebrauchs-, aber eben auch Tauschwert darstellt. Der Begriff Versicherung soll auch hier vermieden werden, um das Image- und Vertrauensproblem der Versicherungsbranche zunächst mit Mitteln der Informationskontrolle zu umgehen. In Zusammenhang mit dieser Form des Stigma-Managements (vergleiche Goffman 1975) wird auch von »Nutzen-Argumentation« gesprochen:

»[...] dann geht es nicht darum, dem Menschen den Bohrer zu verkaufen, sondern das Loch in der Wand. [...] Wenn wir ihm sagen: ›Ja, es geht um die staatlichen Förderungen, die bereitgestellt werden. Es geht darum, wie du mit relativ wenig Aufwand schon in jungen Jahren dir ein ordentliches finanzielles Polster aufbauen kannst und gleichzeitig noch aktuellste Informationen über die staatlichen Förderungen hast‹ und so weiter. Dann haben wir eine andere Akzeptanz am Telefon. Und unter dem Strich ist es genau das Gleiche, nur dass die Menschen komischerweise bei Versicherungen immer denken: ›Ich muss immer zahlen, kriege nie was zurück.‹ Und dass da einfach die Vorurteile vorherrschen.« (Int\_akt\_StB)

Wenn der Kontakt über das »Empfehlungs-Marketing« zustande gekommen ist, also keine direkte Bindung zum potenziellen Kunden besteht, soll zu Beginn des Gesprächs auf den Empfehlungsgeber verwiesen werden. Das natürlich gewachsene Vertrauen, das der vorherige Gesprächspartner in seinem sozialen Umfeld besitzt, soll so »ausgespielt« werden, um die Chance auf eine Terminvereinbarung und einen anschließenden Vertragsabschluss zu erhöhen.



## Das Ende des privaten Vertrauensnetzwerks als Grenze

Trotz der detaillierten Anleitung vermittelt ein großer Teil der Einsteiger lediglich wenige Versicherungsverträge, bevor er die Organisation wieder verlässt. Ein erfolgreicher Interviewpartner, der zum Interviewzeitpunkt die zweithöchste Stufe im internen Karrieresystem erreicht hatte, rechnet pro neurekrutiertem Mitglied nur mit einem sehr niedrigen Umsatz.

»Nee, also im Schnitt macht jeder 150 bis 200 [Einheiten]. Das heißt, manche machen 500, dafür macht'n anderer gar nichts.« (Int\_akt\_StB)

Viele Einsteiger vermitteln also nicht einmal die Menge an Verträgen, die notwendig ist, um anschließend selber neue Mitglieder rekrutieren zu dürfen.<sup>9</sup> Sowohl im Hinblick auf die hier diskutierte Vertrauensproblematik als auch auf eine Bewertung des Geschäftsmodells ist die Frage interessant, an welche Grenzen die Neueinsteiger stoßen.

Die ersten Versuche, Versicherungen im näheren sozialen Umfeld zu vermitteln, werden in den meisten Forenbeiträgen und auch in den Interviews als erfolgreich beschrieben.<sup>10</sup>

»So ist das auch aufgebaut: ›Üb doch mal mit deinem besten Freund, mit deinem Nachbarn oder sonst irgendwie weiter.‹ Und es war tatsächlich so ein Anfang. Du übst es und der Kunde sagt: ›Toll, wo kann ich unterschreiben?‹« (Int\_ehem\_StE)

Problematischer wird die Situation für zahlreiche Strukturvertriebseinsteiger jedoch offenbar, wenn das nähere soziale Umfeld abgearbeitet ist: Je weiter sie sich vom eigenen Freundes- und Verwandtenkreis entfernen, desto geringer sind die Erfolgchancen. Die Erfolgsquote sinkt rapide, die pro Vertragsabschluss benötigte Zeit steigt.

»Wenn du den Versprechungen des Motivationstrainings glauben solltest, hast du alle drei Termine einmal Erfolg. Ich will es trotzdem sagen: Diese Rechnung geht nicht auf [...]. Die Lösung: Als erstes nach dem Grundlagenseminar rennst du zu deinen Freunden und Verwandten. Diese vertrauen dir, weshalb du hier auch sehr viel Erfolg haben wirst. Vorerst. Danach rufst du deine alten Klassenkameraden an [...] Wenn du diese auch durch hast, sind wildfremde Leute dran [...] Klar, das du hier jetzt nicht mehr so viele Abschlüsse machst wie am Anfang.« (For\_ehem\_D\_2002)

---

<sup>9</sup> Laut Schätzungen desselben Mitglieds gibt es im Unternehmen zum Interviewzeitpunkt rund 360 Mitglieder, die eine der drei oberen Stufen erreicht haben. Ausgehend von 11.000 Mitgliedern entspricht das einem Anteil von nur ca. 3,3 Prozent.

<sup>10</sup> Bis hier wurde rekonstruiert, wie Strukturvertriebsmitglieder private Vertrauensbeziehungen »anzapfen«, um potenzielle Kund/-innen für ein Beratungs- bzw. Vermittlungsgespräch zu gewinnen. Die zusammenhängenden und im Hinblick auf den Erfolg in der Anfangsphase wichtigen Fragen, wie die vereinbarten Kundengespräche dann ablaufen und wie es im Unternehmen überhaupt gelingen kann, oftmals fachfremde Neueinsteiger innerhalb kürzester Zeit kostengünstig für das Führen von Vermittlungsgesprächen anzulernen, können hier nicht ausführlich behandelt werden. Zentral ist in diesem Kontext eine radikale Vereinfachung der Beratungs- und Vermittlungstätigkeit: Der gemeinsame Kern von zwei im untersuchten Unternehmen identifizierten Konzepten besteht darin, dass die voraussetzungsvolle »Symbolanalyse« (Jacobsen 2008: 205 ff.) aus der Dienstleistungsinteraktion herausgelöst wird, wodurch das Kundengespräch der Planung zugänglich gemacht und der Bedarf an abstraktem Fachwissen minimiert wird. Aufbauend auf die persönliche Vertrauensgrundlage ermöglicht so ein standardisiertes und vorher detailliert einstudiertes Vermittlungsgespräch den Erfolg in der Einstiegsphase. Zudem werden die Neuen anfangs häufig von ihren erfahreneren Anwerbern zu den Verkaufsgesprächen begleitet (vergleiche dazu Bredenkötter, Musiol 2012: 54ff.).

In vielen Fällen gelingt es offenbar auch nicht, die »Kontaktliste« mithilfe des »Empfehlungs-Marketings« zu verlängern. Gesprächspartner/-innen geben die Daten von Personen, die ihnen nahe stehen und ihnen vertrauen, nicht gerne an Versicherungsvertreter weiter. Das folgende Zitat zeigt deutlich die verzweifelten und doch erfolglosen Versuche des Interviewpartners, durch Kund/-innen an neue Kontaktdaten zu kommen.

»Ja man hat, man hat versucht da irgendwo auch die Liste weiter zu [Pause] aktualisieren oder weiter fortzuführen. [...] In der Hinsicht, dass man irgendwie Freunde noch angesprochen hat: ›Kennst du nicht wirklich noch jemanden, der da Interesse dran hat oder sich das eben anhören möchte?‹ [Pause] Aber [Pause] [...] Die Leute wollten das einfach nicht, die wollten keine Adressen raus geben. [...] Und es wurde zwar von dem AP-ler, von den Strukkis und von dem Höheren da, wurde immer gesagt, man solle unbedingt Empfehlungen nehmen [Pause]. Zur Not sollte man da solange sitzen bis man welche kriegt, mindestens fünf pro Termin. Aber was will man machen, wenn man dann beim Termin sitzt und der ›Nö‹ [sagt].« (Int\_ehm\_St1)

Die branchenfremden Strukturvertriebsmitglieder finden sich dann in der Situation wieder, außerhalb privater Beziehungen ihr Glück versuchen zu müssen. Dabei werden sie unmittelbar mit dem schlechten Image der Versicherungsbranche konfrontiert:

»[...] hat man gemerkt bei den Kunden, dass der Ruf der Versicherung wirklich kaputt ist.« (Int\_ehm\_St1)

Eine zentrale Grenze des Geschäftsmodells ist also, dass sich der Verkauf im Freundes-, Bekannten- und Verwandtenkreis für viele Einsteiger nicht nur als Einstiegshilfe, sondern auch als Endstation entpuppt: Ihnen gelingen einige Vertragsabschlüsse im privaten Umfeld, dann ist »das Pulver verschossen« (For\_akt\_C\_2007). Der Traum vom großen Geld und der steilen Karriere endet dann häufig bereits an der Grenze des eigenen sozialen Netzwerks.<sup>11</sup>

## Den »Bekanntenkreis einmal ›abfrühstücken‹« – Die Ausbeutung von privaten Vertrauensbeziehungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es zentraler Bestandteil des untersuchten Geschäftsmodells ist, private Vertrauensnetzwerke systematisch für wirtschaftliche Zwecke zu erschließen, um Image- und Vertrauensprobleme der Versicherungsbranche zu lösen bzw. zu umgehen. Zu Beginn ihrer Laufbahn sollen neue Mitglieder vor allem Verwandte und Personen aus dem eigenen Freundes- und Bekanntenkreis als Kund/-innen gewinnen. Parallel dazu soll damit begonnen werden, im Rahmen des sogenannten »Empfehlungs-Marketings« Verwandte und Freund/-innen von Kund/-innen anzusprechen. Das sozial fundierte und naturwüchsig durch Freundschaft und Verwandtschaft entstandene Ansehen und generalisierte Vertrauen,

<sup>11</sup> Neben der begrenzten Anzahl privater Vertrauensbeziehungen konnten als weitere Grenzen identifiziert werden, dass 1) auch persönliches Vertrauen nicht immer generalisiertes Vertrauen ist und nicht in jedem Kontext genutzt werden kann; 2) ein offensichtlich standardisiertes Verkaufsgespräch vom Kund/-innen negativ aufgenommen werden und Misstrauen erzeugen kann; 3) die notwendige Emotionsarbeit (Hochschild 1983), im Sinne einer Anpassung des wahrnehmbaren Gefühlsausdrucks an die Normen des sozialen Kontexts, vor dem Hintergrund des vollkommen leistungsabhängigen Einkommens misslingen kann: Der Vermittler will/muss womöglich »auf Teufel komm raus verkaufen« (Int\_ehm\_StE) und »den Druck kriegen meine Kunden mit« (Int\_akt\_Stf); die Folge ist auch hier Misstrauen (vergleiche dazu Bredenkötter, Musiol 2012: 60 ff.).

das Menschen in ihrem engeren Umfeld genießen, soll so – mit Hilfe standardisierter Vorgehensweisen und Interaktionsstrategien – gezielt als ökonomische Ressource verwertet werden.

Während zahlreichen Neueinsteigern durchaus Vermittlungen in ihrem engeren Umfeld gelingen, stoßen viele offenbar bei der Versicherungsvermittlung an ›Bekannte von Bekannten‹ an ihre Grenzen. Vermittlungsversuche an ›Wildfremde‹ sind noch weniger erfolgreich. Bei diesem Scheitern handelt es sich jedoch primär um eine Grenze für das einzelne Mitglied, nicht für die Strukturhöheren und das Strukturvertriebsunternehmen insgesamt, denn das Scheitern vieler Einsteiger ist einkalkuliert.

»Ja. [...] auf einem Grundlagenseminar mit fünfzehn Teilnehmern kann ich davon ausgehen, dass es ungefähr 2.000, 2.500 Einheiten sein werden.« (Int\_akt\_StB)

Ein ehemaliges Mitglied berichtet zudem, dass schnell absehbar sei, welche Neueinsteiger scheitern werden.

»Wenn man da jemanden vor sich sitzen hatte, dann wusste man eigentlich innerhalb von fünf Minuten, ob der das Potenzial hat längerfristig erfolgreich zu sein oder eben nicht.« (P-Int\_ehem\_StF)

Anstatt wenige Neueinsteiger gezielt auszuwählen und auf eine langfristige Tätigkeit im Unternehmen vorzubereiten, ist es im beschriebenen Strukturvertriebsmodell offenbar ökonomisch erfolgsversprechender, möglichst viele Mitglieder zu rekrutieren und diese dann einige Versicherungen an ihre Verwandten, Freund/-innen und guten Bekannten vermitteln zu lassen, bevor sie das Unternehmen kurz- oder mittelfristig mangels weiteren Erfolgs wieder verlassen. Dies wird auch in den oftmals emotionalen Beiträgen in Internetforen kritisiert.

»Jeder 1er<sup>12</sup> ist reine Statistik. Er ist 150 Einheiten wert, bevor er so demotiviert ist, das er das Handtuch wirft. Die Führungskräfte sind darauf getrimmt, sich immer an die Kandidaten zu heften, die gerade Einheiten-Geil sind und aufsteigen wollen. Und sie wissen, das nur ein kleiner Prozentsatz es schaffen wird, in die höheren Stufen zu kommen. Der Rest ist von Anfang an Ausschuss.« (For\_ehem\_D\_2002)

Das Geschäftsmodell wird entsprechend auf Formeln wie »Verwandtschaft abgrasen und dann hasta la vista« (For\_kon\_V\_2006) oder den »Bekanntenkreis einmal ›abfrühstücken‹« (For\_ehem\_J\_2004) gebracht.

Damit wird der Fokus auf die Schattenseiten der beschriebenen Strategie zur Lösung der Vertrauensproblematik in Kontext der Kundenakquise gelenkt. Aus einer kritischen Perspektive lassen sich durchaus Gründe anführen, nicht nur von einem gezielten Rückgriff (wie man wertfrei sagen könnte), sondern auch von einer systematischen Ausbeutung privater Vertrauensbeziehungen zu sprechen. Schließlich haben sich im Rahmen unserer Studie zahlreiche Hinweise darauf ergeben, dass

- a) Vertrauen im Strukturvertrieb häufig unter falschen Vorzeichen als ökonomische Ressource eingesetzt wird. Das gilt in doppelter Hinsicht: Die Vermittlung im engeren sozialen Umfeld wird von den Strukturhöheren als Übung und Einstiegshilfe in ein langfristig erfolgsversprechendes System deklariert, obwohl klar ist, dass sie sich für zahlreiche neue Mitglieder zugleich als Endstation entpuppen wird. Für Bekannte, Verwandte und Freund/-innen bleibt zudem zunächst verdeckt, dass die Vertrauensbeziehung zum Aufbau einer Wirtschaftsbe-

---

12 Gemeint sind neue Mitglieder der Stufe 1 (nur Vermittlungs-, noch keine Rekrutierungsberechtigung)

- ziehung genutzt werden soll, wenn die Neueinsteiger in der Rolle des um Hilfe bittenden Freundes auftreten.
- b) die Eigentümer der Ressource gegebenenfalls nur geringfügig am erzielten Profit beteiligt werden: Das Provisionssystem des untersuchten Unternehmens sorgt dafür, dass neue Mitglieder anfangs weniger als ein Viertel der vom Unternehmen ausgezahlten Provision erhalten; der Rest geht an die Strukturhöheren. Zudem dürfen neue Mitglieder erst ab dem Erreichen der zweiten Stufe im Karriere- und Provisionssystem ihrerseits neue Vermittler rekrutieren, von deren Provisionen sie dann Anteile erhalten. Das hat zur Folge, dass Einsteiger, die nach der Vermittlung einiger Verträge im eigenen Vertrauensnetzwerk die Organisation wieder verlassen, vor allem die Strukturhöheren »subventioniert« haben und kaum selber vom Strukturvertriebsprinzip profitieren konnten.
- c) der Versuch der ökonomischen Verwertung der Ressource zu ihrer Zerstörung führen kann: Das bereitwillige Anlegen des »Empfehlungsbuchs«, die Hierarchisierung des eigenen sozialen Netzwerks anhand von Einkommenschätzungen und die damit einhergehende Umrechnung von Freund/-innen, Bekannten und Verwandten in Umsatz-»Einheiten« stellen, genau wie das Vereinbaren von Terminen unter falschen Vorzeichen, Formen der sozialen Entfremdung von Vertrauenspersonen dar. Eine akute Bedrohung der Vertrauensbeziehung besteht insbesondere dann, wenn gängige Normen der sozialen Grenzziehung missachtet werden: Kann das einmalige, vorsichtige Ansprechen von privaten Kontakten auf geschäftliche Anliegen womöglich als legitim gelten, so muss eine zurückhaltende Reaktion auf einen solchen Akquiseversuch eigentlich äußerst sensibel als Grenzziehungsversuch des Angesprochenen interpretiert und akzeptiert werden. Wenn diese Norm der Akzeptanz der (Wieder-)Grenzziehung ignoriert wird, kann dies zu einer Vertrauenskrise führen, weil sich die angesprochenen Personen belästigt und ökonomisch instrumentalisiert fühlen. Es scheint wenig verwunderlich, dass zahlreiche Aussteiger in Forenbeiträgen Konflikte im sozialen Umfeld und gar den Verlust von Freund/-innen beklagen. Ein interviewter Aussteiger berichtet, dass die Frau eines Freundes ihn der Wohnung verwiesen habe, weil er zu penetrant versucht habe, diesen für das Produkt und/oder den Einstieg in den Strukturvertrieb zu gewinnen (vergleiche dazu Bredenkötter, Musiol 2012: 164 ff.).

## Beitrag der Untersuchung zur soziologischen Vertrauensdebatte

Mit dem Versicherungs-Strukturvertrieb hat der vorliegende Beitrag eine außergewöhnliche Form der Organisation, Steuerung und Ausführung von interaktiver Dienstleistungsarbeit auf einem spezifischen Markt betrachtet. Abschließend soll kurz diskutiert werden, welche Beiträge die vorliegende Untersuchung zur arbeits-, organisations- und wirtschaftssoziologischen Vertrauensdebatte leisten kann. Hier sind insbesondere Hinweise zur Bedeutung und dem Verhältnis von personalem und systemischem Vertrauen, zur Kontext(un)gebundenheit von Vertrauen, zur Nutzung privater Vertrauensbeziehungen in ökonomischen Kontexten, zur »Vertrauensbedürftigkeit« von Märkten sowie zu den Folgeproblemen der Lösung von Kooperationsproblemen zu nennen.

Zur ›Vertrauensbedürftigkeit‹ von Märkten und den nötigen Selbstdarstellungsleistungen der Vertrauensnehmer: Ausgangspunkt der Analyse war eine Vertrauensproblematik, die sich als unzureichendes Systemvertrauen potenzieller Kund/-innen auf einem besonders ›vertrauensbedürftigen‹ Markt beschreiben lässt. Jens Beckert (2002) zeigt, dass nicht alle Marktbeziehungen gleichermaßen auf Vertrauen angewiesen sind und damit auch die Selbstdarstellungsanforderungen an die Vertrauensnehmer variieren. Die Bedeutung der »Generierung von Vertrauensbereitschaft durch Akte performativer Selbstdarstellung« (Beckert 2002: 38 f.) ist demnach insbesondere auf solchen Märkten zentral, auf denen a) Ungewissheit hinsichtlich der Eigenschaften der zu tauschenden Ware aufgrund asymmetrischer Informationsverteilung zwischen Anbieter und Nachfrager besteht, b) auf denen durch eine Vielzahl von Konkurrenz- und Substitutionsangeboten eine besonders hohe Komplexität und damit verschärfte Ungewissheit herrscht und c) nur kurzfristige Tauschbeziehungen bestehen, zum Beispiel einmalige Transaktionen (vergleiche Beckert 2002: 39). All diese Merkmale treffen auf den untersuchten Fall mehr oder weniger zu (siehe oben). Zudem deutet sich im vorliegenden Material eine zusätzliche Dimension an, die die ›Vertrauensbedürftigkeit‹ eines Marktes beeinflussen dürfte: Das Image der Anbieter und seiner Agenten. Versicherungsvermittlern traut man anscheinend eher opportunistisches Verhalten zu als anderen Berufsgruppen. Das schlechte Image von Versicherungsvermittlern erhöht damit, so die These, die Bedeutung performativer Akte der einzelnen Vermittler auf einem strukturell sowieso schon ›vertrauensbedürftigen‹ Markt.

Zur Bedeutung und dem Verhältnis von personalem und systemischem Vertrauen: Die Ergebnisse zeigen, dass unzureichendes Systemvertrauen – in diesem Fall in Versicherungsunternehmen und -vertreter – stellenweise durch persönliches Vertrauen – in diesem Fall das Vertrauen, das Strukturvertriebsmitglieder und ihre Kund/-innen in ihren sozialen Netzwerken genießen – kompensiert werden kann. Auch in einer modernen und hochkomplexen Wirtschaft kann nicht von einer vollständigen Umstellung auf Systemvertrauen gesprochen werden. Damit soll jedoch keineswegs der These widersprochen werden, dass Systemvertrauen in einer funktional differenzierten Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. Letztlich schließen die Kund/-innen ihre Versicherungsverträge mit dem Versicherungsunternehmen und nicht mit ihrer Vertrauensperson ab. Dabei vertrauen sie darauf, dass das Unternehmen seinen vertraglichen Verpflichtungen nachkommen kann und wird. Sie verlassen sich zudem darauf, dass das Medium Geld auch zukünftig noch die verschiedensten Konsummöglichkeiten bietet, dass im Problemfall das Rechtssystem funktioniert usw. Gleichwohl ist persönliches Vertrauen offenbar für das Zustandekommen von Transaktionen auf besonders ›vertrauensbedürftigen‹ Märkten von zentraler Bedeutung. Das Beispiel Strukturvertrieb deutet damit auf eine Verwobenheit von »systemischen und personalen Aspekten des Vertrauens« (Sauer et al. 2013; vergleiche zur Diskussion Giacovelli, Richter 2013) hin. Persönliches Vertrauen substituiert dabei nicht Systemvertrauen, sondern überbrückt Lücken und Brüche im Systemvertrauen und vermittelt dieses.

Zur Kontext(un)gebundenheit von Vertrauen: Die Erkenntnis, dass ökonomisches Handeln auch in modernen Ökonomien in persönliche Vertrauensbeziehungen eingebettet ist, ist keineswegs neu. Mark Granovetter (2000) hat bereits in seinem klassischen Aufsatz herausgestellt, dass das auf unvollkommenen Wettbewerbsmärkten notwendige Vertrauen insbesondere in sozialen Beziehung und Netzwerken entsteht. Interessant ist jedoch, dass Granovetter dabei weniger von traditionellen Formen persönlichen Vertrauens ausgeht, als davon, dass »rationale Individ-

duen« sich daran orientieren, »ob sie oder ihr Umfeld in der Vergangenheit mit dieser Person zufriedenstellende Transaktionen hatten« (Granovetter 2000: 185 f.). In der Wirtschaft wirksame persönliche Vertrauensbeziehungen entstehen demnach also vor allem im Wirtschaftssystem selbst. Es ist gleichwohl keine neue Erkenntnis, dass auch in familiären und freundschaftlichen Beziehungen entstandenes Vertrauen nach wie vor eine wichtige Rolle in ökonomischen Kontexten spielt; das zeigen etwa wirtschaftssoziologische Untersuchungen zur Entstehung von Unternehmensnetzwerken sowie zu den wirtschaftlichen Netzwerken von ethnischen Minderheiten (vergleiche Hedtke 2014: 106, 161). Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen darüber hinaus, dass in privaten Kontexten entstandenes persönliches Vertrauen auch bei der Anbahnung von Markttransaktionen mit Endkund/-innen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft noch eine wichtige Rolle spielen und letztlich auch für Unternehmen eine ökonomische Ressource darstellen kann. Die nicht zuletzt unter Bedingungen funktionaler Differenzierung zunächst einmal überzeugende Annahme, dass Vertrauen »nicht generell gewährt [wird], sondern [...] immer gegenstands- und bereichsspezifisch [ist]« (Heisig 2013: 484), greift also etwas zu kurz. Gleichwohl deutet der abnehmende Erfolg zahlreicher Einsteiger daraufhin, dass generalisiertes Vertrauen vor allem im engeren Verwandten- und Bekanntenkreis entsteht und die Kontextgebundenheit von Vertrauen mit zunehmender Distanz vom engeren sozialen Umfeld schnell zunimmt. Dass einige Strukturvertriebler auch in ihrem privaten Umfeld scheitern, weil sie aufgrund ihrer vorherigen Tätigkeit vorbewertet werden, zeigt zudem, dass persönliches Vertrauen auch im Bekanntenkreis nicht immer generalisiertes Vertrauen ist.

*Zur gezielten Verwertung privaten-persönlichen Vertrauens in ökonomischen Kontexten:* Die Untersuchung weist zudem darauf hin, dass die Nutzung privater Vertrauensbeziehungen in ökonomischen Kontexten spezifische performative Akte des Vertrauensnehmers voraussetzt, etwa die Selbstdarstellung des Strukturvertriebsmitglieds als um Rat bittender Freund und gerade nicht als Versicherungsvermittler (»undoing Business« bzw. »doing Friendship/Family«). Aus Unternehmenssicht stellt privates Vertrauen auch deshalb eine wertvolle Ressource dar, weil es nicht erst langsam aufgebaut werden muss, sondern gewissermaßen »importiert« werden kann. Überraschend ist, wie umfassend diese Instrumentalisierung privater Vertrauensbeziehungen für ökonomische Zwecke von Dritten organisierbar und sogar weitgehend routinisierbar ist. In eine ähnliche Richtung zielen auch »Freunde werben Freunde«-Programme von Fitnessstudios, Telekommunikationsanbietern, Onlinehändlern usw. Im Strukturvertrieb erreicht dies gleichwohl eine andere Qualität, weil die umfassende Erschließung und Verwertung sozialer Netzwerke hier detailliert gesteuert wird und es für den Vermittler nicht nur um kleine »Gimmicks«, sondern um sein Erwerbseinkommen geht.

*Zu den Folgeproblemen der Lösung von Kooperationsproblemen:* Torsten Strulik (2012: 66, Hervorhebung im Original) kritisiert, dass die am Einbettungskonzept orientierte »neue Wirtschaftssoziologie« »im Wesentlichen auf die Erfordernisse einer *Lösung* von Kooperationsproblemen« fokussiert. Er hält es dagegen für geboten, auch »die problemerzeugenden Effekte von Problemlösungen (zum Beispiel Regulierung, Vertrauen) konzeptionell und empirisch zu berücksichtigen« (Strulik 2012: 66, Hervorhebung im Original). Mit der These der Ausbeutung privater Vertrauensbeziehungen hat der vorliegende Beitrag auf solche Probleme verwiesen: Was für das untersuchte Unternehmen eine Lösung der Vertrauensproblematik im Kontext der Kundenak-

quise darstellt, ist für die Arbeitenden mit einem hohen Risiko des Scheiterns verbunden und kann auch deren private Vertrauensbeziehungen belasten.

## Literatur

- Arbeit 2013: Schwerpunktheft Vertrauen in Organisationen, 22. Jg., Heft 1, 3–6.
- Beckert, J. 2002: Vertrauen und die performative Konstruktion von Märkten. *Zeitschrift für Soziologie*, 31. Jg., Heft 1, 27–43.
- Beckert, J. 2009: Wirtschaftssoziologie als Gesellschaftstheorie. *Zeitschrift für Soziologie*, 38. Jg., Heft 3, 182–197.
- Biggart, N. W. 1989: *Charismatic Capitalism. Direct Selling Organizations In America*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Böhle, F., Bolte, A., Huchler, N., Neumer, J., Porschen-Hueck, S., Sauer, S. 2014: *Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit. Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik jenseits formeller Regulierung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bredenkötter, B., Musiol, K. 2012: »Schalten Sie um auf Erfolg!« – Paradoxe Versprechen von Arbeit und Anerkennung im Versicherungs-Strukturvertrieb. Mit einem Beitrag von B. Geissler. Berlin: Edition Sigma.
- Endreß, M. 2002: *Vertrauen*. Bielefeld: Transcript.
- Gambetta, D. 1988 (Hg.): *Trust. Making And Breaking Cooperative Relations*. New York: Blackwell.
- Giacovelli, S., Richter, C. 2013: Interpersonelles oder Systemvertrauen: Ein empirisch-analytisches Problem? *Arbeit*, 22. Jg., Heft 1, 20–31.
- Goffman, E. 1975: *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Granovetter, M. 2000: Ökonomisches Handeln und soziale Struktur: Das Problem der Einbettung. In H.-P. Müller, S. Sigmund (Hg.), *Zeitgenössische amerikanische Soziologie*. Opladen: Leske + Budrich, 175–208. [Zuerst: Granovetter, M. 1985: *Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness*. In *American Journal of Sociology*, 91. Jg., Heft 3, 481–510.]
- Groß, C. 2008: *Multi-Level-Marketing. Identität und Ideologie im Network-Marketing*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hedtke, R. 2014: *Wirtschaftssoziologie. Eine Einführung*. Konstanz: UVK.
- Heisig, U. 2013: Vertrauen. In H. Hirsch-Kreien, H. Minssen (Hg.): *Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie*, 483–488.
- Heisig, U., Littek, W. 1995: Wandel von Vertrauensbeziehungen im Arbeitsprozess. *Soziale Welt*, 46. Jg., Heft 3, 282–304.
- Hochschild, A. R. 1983: *The Managed Heart. Commercialization Of Human Feeling*. Berkeley: University of California Press.
- Jacobsen, H. 2008: Dienstleistungsarbeit und Dienstleistungskultur. Zur Entwicklungsdynamik von Dienstleistungstätigkeiten. In R. Zwengel (Hg.): *Gesellschaftliche Perspektiven: Arbeit und Gerechtigkeit*. Essen: Klartext Verlag, 199–213.
- Kieser, A. 2008: Geleitwort. In Groß 2008, 13–15.
- Kühl, S. 2008: Die verflixte Sache mit der Kompetenzdarstellung. In U. Schimank, N. M. Schöneck (Hg.), *Gesellschaft begreifen. Einladung zur Soziologie*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 37–47.
- Luhmann, N. 2000: *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: Lucius & Lucius, 4. Aufl. [1. Aufl.: 1968.]
- Neubauer, W. 1997: Interpersonales Vertrauen als Management-Aufgabe in Organisationen. In M. Schweer (Hg.): *Interpersonales Vertrauen. Theorien und empirische Befunde*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 105–120.
- Oswald, M.E. 2010: Vertrauen in Organisationen. M. K. W. Schweer (Hg.), *Vertrauensforschung 2010: A State of the Art*. Frankfurt am Main: Peter Lang, 63–85.

- Rastetter, D. 2008: Zum Lächeln verpflichtet. Emotionsarbeit im Dienstleistungsbereich. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Sauer, S., Schilcher, C., Will-Zocholl, M. 2013: Zur Untrennbarkeit von systemischen und personalen Aspekten des Vertrauens: Wider vereinseitigender Differenzierungen. *Arbeit*, 22. Jg., Heft 1, 32–46.
- Schilcher, M., Will-Zocholl, M., Ziegler, M. 2012 (Hg.): *Vertrauen und Kooperation in der Arbeitswelt*. Wiesbaden: Springer VS.
- Strulik, T. 2012: Die Gesellschaft der »neuen Wirtschaftssoziologie«. *Zeitschrift für Soziologie*, 41. Jg., Heft 1, S. 58–74.



## Quis custodiet ipsos custodes?

Über die Schattenseite des Vertrauens in Systeme und Misstrauensagenturen am Beispiel des börslichen Stromhandels

Sebastian Giacovelli<sup>1</sup>

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Vertrauenskrisen – Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse« – organisiert von Michael Florian*

Die Energiemärkte und speziell der Strommarkt stehen seit jeher unter kritischer Beobachtung. Dies gilt insbesondere für die European Energy Exchange in Leipzig (umgangssprachlich: Strombörse<sup>2</sup>) als Referenzmarkt für die außerbörslichen Energiemärkte. Hier führten die Vorwürfe der Marktmanipulation durch die vier größten Stromproduzenten in Deutschland, RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW, genauso wie unterstellte Preismanipulationen durch Falschangaben von Börsenhändler/-innen zu erheblichen Vertrauenserrosionen. Einen Höhepunkt erfuhr dies, als im Börsenhandel negative Preise erzielt wurden. So führte das Überangebot an Strom zu einer *Entsorgungsgebühr für Elektrizität*, von der weder außerbörsliche Marktteilnehmer noch Haushalte, sondern ausschließlich die an der Börse gelisteten Marktteilnehmer profitieren können.

Der vorliegende Beitrag behandelt die Strategien der Strombörse, mit denen sie dieser Kritik begegnete, um das Vertrauen der Marktteilnehmer, aber auch der externen Beobachter/-innen wieder einzuwerben. Spannend an diesen Strategien ist, dass an dem Marktmodell und den Preisbildungsverfahren, also an den Handelsroutinen, faktisch keine Veränderungen durchgeführt wurden. Neben Gegendarstellungen durch die Börse selbst und externen wissenschaftlichen Gutachten lag der Kern der Strategie in der sogenannten »*Transparenzinitiative*« (Giacovelli 2014: 227–254), die im Wesentlichen auf die Außendarstellung und nicht auf die Steigerung von Markttransparenz setzt.<sup>3</sup>

---

1 Ich bedanke mich sehr herzlich für die Diskussionsbeiträge der Teilnehmer/-innen der von Michael Florian organisierten Ad-hoc-Gruppe im Rahmen der DGS-Konferenz am 7. Oktober 2014 an der Universität Trier.

2 Die Bezeichnung *Strombörse* greift etwas zu kurz, da an der EEX neben Stromprodukten auch Erdgas- und Kohleprodukte sowie CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate (vgl. Engels et al. 2008; Knoll, Huth 2008; Knoll 2012) und Herkunftsnachweise für Grünstrom gehandelt werden.

3 Das Anwenden solcher Strategien durch die Strombörse lässt sich mit Jens Beckert auch als performativer Akt des Vertrauensnehmers verstehen. Mithilfe solcher Akte erzeugen Vertrauensnehmer den Eindruck der Vertrauenswürdigkeit. Daher stellt Beckert die Selbstdarstellung der Vertrauensnehmer in den Mittelpunkt seines

Der Erfolg dieser Kampagne ist insbesondere an der Rolle der Börsenaufsicht ablesbar. Denn aufgrund einer hochgradigen Informationsselektion der Börse können Marktteilnehmer keine eigenständige Kontrolle des Preisbildungsverfahrens durchführen. Sie behelfen sich einerseits mit Preisvergleichen zwischen der Börse und außerbörslichen Märkten. Allerdings liegt hier die Krux darin, dass sich die außerbörslichen Handelspreise an den börslichen Referenzpreisen orientieren. Andererseits sehen sie sich in der Rolle des *Anwenders* erst gar nicht in der Pflicht, die Börse zu überprüfen. Diese Rolle übernahm, im Sinne einer »*Misstrauensagentur*« (Endreß 2012: 77 ff.), die sächsische Börsenaufsicht, durch die das Systemvertrauen in die Börse mittelbar hergestellt wird (Luhmann 2000; Giacobelli, Richter 2013). Besonders heikel wird dieses Systemvertrauen aber dann, wenn, wie im Jahr 2009 aufgrund der Fusion zwischen der deutschen und der französischen Strombörse geschehen, eine hoheitliche Börsenaufsicht für Handelsgeschäfte im deutschen Marktgebiet nahezu unkommentiert entfällt. Meine an dieser empirischen Beobachtung anschließende These ist, dass ein Systemvertrauen, das auf einer reinen Transparenzdarstellung beruht, obwohl dieser strukturell nicht überbrückbare Intransparenzen entgegenstehen, in Verbindung mit einer Vertrauensherstellung vermittelt nicht kontrollierter Misstrauensagenturen das Potential für zukünftige Krisenerscheinungen in der Wirtschaft liefert.

Hierzu nehme ich zunächst eine systemtheoretische Perspektive ein, die Systemvertrauen als einen bewusst riskierten Verzicht auf mögliche weitere Informationen versteht. Eine solche Sichtweise beruht auf bewährten Indifferenzen<sup>4</sup> und einer laufenden Erfolgskontrolle (Luhmann 2000: 27). Systemvertrauen hat in diesem Kontext eine entlastende Funktion: Wer auf das Funktionieren eines Systems, und damit nicht auf eine spezifische Person, vertraut, der tut dies nicht mehr auf eigenes, sondern auf das Risiko des Systems (Luhmann 1964/1999: 72–73; Luhmann 2000: 64, 124–125; Giacobelli, Richter 2013: 25 ff.). Man vertraut auf die Kontrolle durch andere und damit auf die selbst nicht kontrollierbare Kontrolle von Systemen durch Dritte (Jansen 2010a). Gerade dann, wenn Unbeobachtbarkeit gegeben ist, erweise sich Vertrauen, so Stephan Jansen, als zentrale ökonomische Ressource (Jansen 2010b).<sup>5</sup>

Zu einem solchen, systemspezifischen Vertrauen tritt institutionalisiertes Misstrauen unterstützend hinzu.<sup>6</sup> Institutionalisiertes Misstrauen, etwa in Form von Misstrauensagenturen, diene als Ressource, Voraussetzung oder unterstützende Rahmung der Vertrauensbildung (Endreß

---

Beitrags und misst ihnen eine besonders hohe Bedeutung für das Zustandekommen von marktlichen Tauschprozessen bei (Beckert 2002).

4 Indifferenz meint, dass durch das Vertrauen gewisse Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden: »*Man neutralisiert gewisse Gefahren, die nicht ausgeräumt werden können, die aber das Handeln nicht irritieren sollen*« (Luhmann 2000: 30).

5 Was nicht heißen soll, dass analog zu ökonomisch orientierten Konzepten ein reflexives und explizites Vertrauen, im Sinne eines kalkulierten Vertrauens, angenommen wird (vgl. Williamson 1993: 463, 485; Preissendörfer 1995: 268; Endreß 2002: 68–72). Zentrale Eigenschaft von Vertrauen ist es gerade, dass dieses nicht, oder bestenfalls im Nachgang eines Vertrauensbruchs, reflektiert wird (Endreß 2002: 72; Luhmann 2000: 29 ff.). Endreß verwendet hierfür den Begriff des impliziten, fungierenden Vertrauens (Endreß 2002: 68–72).

6 Allgemein formuliert ist unter einem Vertrauen in Institutionen das Vertrauen in das Gelten von Wertvorstellungen zu verstehen (Lepsius 1997; ausführlicher siehe Endreß 2002: 59–63).

2002: 78).<sup>7</sup> Nichtsdestotrotz können das Vertrauen in ein System und das Vertrauen in Institutionen auseinanderfallen (Kaase 1999; Sztompka 1999; Endreß 2002: 60). Und um genau dieses Verhältnis von Systemvertrauen in die Börsenorganisation und eine Vertrauensbildung über ein institutionalisiertes Misstrauen geht es in diesem Beitrag.

In der empirischen Vertrauensforschung gelang es, eine Fülle von Einflussgrößen herauszuarbeiten. So konnte in verschiedenen Studien gezeigt werden, dass Transparenz/Offenheit, Wohlwollen/Fürsorge/Verantwortlichkeit, Seriosität/Integrität, Identifikation, Zuverlässigkeit/Stabilität, Ruf/Reputation und Kompetenz einen erheblichen Einfluss auf das Vertrauen innerhalb und zwischen Organisationen haben (Giacovelli, Richter 2013; Pirson 2007; Friedrich 2005; Graeff 1998; Lewicki, Bunker 1995). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit steht die Wahl von Transparenz als Einflussmöglichkeit zur Vertrauensbildung im Vordergrund.<sup>8</sup>

Der Zielsetzung folgend werden im ersten Schritt Vorbemerkungen zur Liberalisierung des deutschen Strommarktes gemacht, um in der gebotenen Kürze in diesen spezifischen Markt einzuführen (Vorbemerkungen zum börslichen Stromhandel in Deutschland). Im zweiten Schritt wird auf zwei erste empirisch beobachtbare Probleme der Strombörse aufmerksam gemacht. So wird gezeigt, welche vertrauensstärkende Maßnahmen die Strombörse als Gegenmaßnahmen ergriffen hat und wie die Marktteilnehmer Problem und Problemlösungen wahrgenommen haben (Preismanipulationen, Marktabsprachen und das Problem der Unbeobachtbarkeit). Diese zwei empirischen Probleme dienen dabei vor allem als Heranführung an ein zweites, viel grundlegenderes Problem, das hier im Mittelpunkt steht: Nämlich dem Ersatz einer eigenen Kontrolle durch das Vertrauen in die Kontrolle durch einen Dritten, hier der Börsenaufsicht. Auch diesbezüglich werden Problemlage, vertrauensstärkende Maßnahmen und die Wahrnehmungen der Marktteilnehmer diskutiert (Systemvertrauen und Misstrauensagenturen: *Wer überwacht die Wächter?*). Die abschließenden Schlussfolgerungen nehmen vor allem das Krisenpotential in den Blick, welches mit dem Vertrauen, der hier untersuchten Art, einhergeht.<sup>9</sup>

---

7 Sztompka spricht in diesem Zusammenhang von dem Paradoxon einer Institutionalisierung von Misstrauen als vertrauensbildende Maßnahme (Sztompka 1997).

8 Ein alternativer Begriff zu dem der Intransparenz, und damit zugleich ein Gegenbegriff zur Transparenz, ist der der »Undurchsichtigkeit« (Sztompka 1999).

9 In der Analyse greife ich auf empirisches Material zurück, das im Rahmen eines Promotionsvorhabens gewonnen wurde (Giacovelli 2014). Hierbei handelt es sich um energiewirtschaftliche Fachliteratur, Gutachten, öffentlich zugängliche Marktinformationen sowie Experteninterviews mit Akteuren der Stromwirtschaft. Sie wurden in Form von leitfadengestützten Experteninterviews durchgeführt (Liebhold, Trinczek 2000; Bogner, Menz 2005). Die Interviews wurden auf zum Zweck eines größtmöglichen Erkenntnisgewinns im Sinne eines induktiv-deduktiven Wechselspiels hin organisiert (Witzel 2000). Michael Meuser und Ulrike Nagel folgend wurden die ausgewählten Interviewees in der Weise als Expert/-innen verstanden, als dass sie Funktionsträger innerhalb eines organisatorischen oder institutionellen Kontextes sind und damit spezifische Problemlösungen und Entscheidungsstrukturen repräsentieren (Meuser, Nagel 2005: 74).

## Vorbemerkungen zum börslichen Stromhandel in Deutschland

Strompreise werden marktförmig gebildet. Hierfür waren einschneidende Veränderungen notwendig. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre hatte die EU-Kommission das Bestreben, die Strommärkte in Europa zu liberalisieren. Im Jahre 1998 kam es dann zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel: weg von den historisch gewachsenen Gebietsmonopolen, hin zu einem freien Wettbewerb zwischen Stromanbietern.<sup>10</sup> Auf der Seite der Stromkonsument/-innen wurde damit die freie und vor allem diskriminierungsfreie<sup>11</sup> Wahl des Lieferanten gewährleistet.

Und nur zwei Jahre nach der Liberalisierung nahmen gleich zwei Energiebörsen<sup>12</sup> ihren Betrieb auf, die im Jahr 2002 zur heutigen Energiebörse, der European Energy Exchange (EEX) mit Sitz in Leipzig, fusionierten. Der börsliche Stromhandel erfolgt zum einen hochgradig standardisiert und bietet zum anderen den Marktteilnehmern die Möglichkeit, an einem physisch orientierten kurzfristigen Handel im Spotmarkt und am langfristig orientierten Terminhandel, hier werden typische Finanzmarktprodukte wie Futures und Optionen gehandelt, zu partizipieren. Vor allem im Terminhandel haben zudem neben den erwartbaren Stromproduzenten und Stromgroßkunden vormals marktexterne Akteure, wie Banken und Broker, Fuß gefasst, die ihren Profit mit Preiswetten zu erzielen versuchen (Baecker 1999; Giacobelli 2014: 136–145, 180–185). Im Jahr 2009 erfolgte eine weitere Fusion: der EEX-Spotmarkt in Leipzig und die Powernext in Paris fusionierten zur EPEX SPOT SE in Paris. Dieses neu gegründete Unternehmen konzentriert sich auf den Spothandel in Deutschland und Frankreich; hierbei ergab sich jedoch eine Besonderheit für die Börsenaufsicht, deren Relevanz an späterer Stelle (Systemvertrauen und *Wer überwacht die Wächter?*) diskutiert wird.

Die Strombörse hat sich seit ihrer Gründung zu einer zentralen Institution im Stromhandel entwickelt. Denn neben dem stetig gestiegenen Handelsvolumen und dem Anstieg der Anzahl der Marktteilnehmer prägte der Börsenhandel die Handelsstandardisierung und die Handelspraktiken auch im außerbörslichen Stromhandel (Giacobelli 2014: 200–208). Zudem wird hinsichtlich der Preisbildung in den Strommärkten der Strombörse die Rolle als Referenzpreisgeber zugeschrieben. Die Börse wird in den geführten Interviews als »Taktgeber« und die börslichen Preise als »Richtschnur für den Strompreis«, oder sogar als »einzigster Gradmesser für den Marktpreis« (Giacobelli 2014: 208) bezeichnet. Der Bund der Energieverbraucher (BdE) unterstreicht die Relevanz der börslichen Strompreise. Demzufolge basieren die Strompreise in den außerbörslichen Märkten »faktisch auf den an der Börse festgelegten Preisen. Der Börsenpreis hat sogar eine Leitfunktion für den Stromhandel in anderen europäischen Ländern.« (BdE 2011).

Diese bedeutende Rolle des börslichen Stromhandels spiegelt sich zudem in dem Wandel von Organisationsstrukturen der Energieversorgungsunternehmen wider. So ist beispielsweise

10 Als einzige Ausnahmen in der EU verzichteten Deutschland und Luxemburg zunächst auf eine eigene Regulierungsbehörde (Bontrup, Marquardt 2010: 30). Alternativ setzten sie auf eine Selbstregulierung der Märkte. Auf Druck der Europäischen Kommission wurde schließlich im Jahr 2005 die geforderte Regulierungsbehörde, die Bundesnetzagentur, gegründet (Konstantin 2009: 42, 84; Burmeister 2006: 73 ff.; vgl. Ambrosius 2008: 532).

11 Diskriminierungsfrei heißt, dass alle Marktteilnehmer gleich behandelt werden (Borchert et al. 2006: 7–8; Konstantin 2009: 41–42).

12 Zunächst nahm die LPX in Leipzig am 15.6.2000 und kurz danach, am 8.8.2000, die EEX in Frankfurt am Main den Handel auf.

zu beobachten, dass sich die Organisationsstrukturen auf den insbesondere börslichen Großhandel ausgerichtet haben und der Vertrieb an Relevanz verlor, eine Handels- die Produktionslogik verdrängte (Giacovelli 2014: 274–284), zunehmend Finanzhandelsexpert/-innen mit Führungspositionen bekleidet wurden (Giacovelli 2014: 284–289) und die Organisationssprache bis hin zu Großkunden dieser Personalpolitik folgte (Giacovelli 2014: 290–291). Für die weitere Argumentation ist also entscheidend zu wissen, dass die EEX, auch wenn etwa der börsliche Terminmarkt im Jahr 2014 nur 25 Prozent des gesamten Marktvolumens abdeckte (EEX 2015: 1)<sup>13</sup>, auch außerbörsliche Handelsprozesse und Preisbildungen erheblich beeinflusst (White & Case, Nera 2006: 58).

## Preismanipulationen, Marktabsprachen und das Problem der Unbeobachtbarkeit

Auf dem Weg zu dieser Marktpositionierung musste sich die EEX regelmäßig der Kritik stellen, dass die börslichen Handelspreise das Ergebnis erfolgreicher Preis- und Marktmanipulationen seien. So berichtete die FAZ bereits drei Jahre nach Handelsaufnahme über Preismanipulationen durch die Big-4<sup>14</sup> und der Bund der Energieverbraucher unterstellte Stromproduzenten Kapazitätszurückhaltungen, was zu höheren Börsenpreisen geführt haben sollte.<sup>15</sup> Dies mündete in Gegendarstellungen der EEX<sup>16</sup> und Ermittlungen der Europäischen Kommission gegen E.ON, RWE und Vattenfall (BKA 2011).

Aber die Kritik zielte nicht nur auf die Handelspraxis bestimmter Börsenteilnehmer und die Manipulationsmöglichkeiten im Börsenhandel, sondern auch auf die rechtswidrige Praxis der Börse selbst. So kam die Europäische Kommission erst im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis, dass sich die EPEX Spot SE und die norwegische Nord Pool Spot AS abgesprochen haben. Die Börsen hätten eine Vereinbarung darüber getroffen, im Europäischen Währungsraum mit ihren Dienstleistungen bezüglich des Strom-Sporthandels nicht miteinander zu konkurrieren (BdE 2014).<sup>17</sup>

<sup>13</sup> Zum Vergleich: Die Marktabdeckung der Skandinavischen Energiebörse Nord Pool betrage im Vergleich rund 75 Prozent. Die im Vergleich deutlich niedrigere börsliche Marktabdeckung in Deutschland ermögliche, so der Bund der Energieverbraucher, eine Preisbeeinflussung durch gezielte Käufe. Insbesondere Kraftwerksbetreiber haben dem BdE zufolge ein Interesse an hohen Börsenpreisen, was gezielte Käufe nahelege (BdE 2011).

<sup>14</sup> »Industrie hält die Strombörse für einen manipulierten Markt« in Frankfurter Allgemeine, 8. Juli 2005 [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energie-industrie-haelt-die-stromboerse-fuer-einen-manipulierten-markt-1253701.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energie-industrie-haelt-die-stromboerse-fuer-einen-manipulierten-markt-1253701.html) (letzter Aufruf 23. Dezember 2015).

<sup>15</sup> »Neue Manipulationsvorwürfe gegen Energieversorger« in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Dezember 2007, [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/stromboerse-neue-manipulationsvorwuerfe-gegen-energieversorger-1411139.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/stromboerse-neue-manipulationsvorwuerfe-gegen-energieversorger-1411139.html), letzter Aufruf 23. Dezember 2015.

<sup>16</sup> Die Gegendarstellung der EEX ist hier zu finden: [www.eex.com/de/Presse/Pressemitteilung%20Details/press/9183](http://www.eex.com/de/Presse/Pressemitteilung%20Details/press/9183) (letzter Aufruf 23. Juni 2011).

<sup>17</sup> Die EU-Kommission verhängte eine Geldbuße in Höhe von insgesamt 5,98 Millionen Euro abzüglich einer Ermäßigung von zehn Prozent, da beide Börsen einem kartellrechtlichen Vergleichsverfahren zugestimmt haben (BdE 2014).

Ebenso wie von der EEX in Auftrag gegebene Gutachten (Ockenfels et al. 2008: 9, 60) vertrete die Kommission in diesem Zusammenhang jedoch den Standpunkt, dass nur mithilfe von Strombörsen die Elektrizitätsmärkte »effizient funktionieren« (BdE 2014). Diese Einigkeit bezüglich der Notwendigkeit einer börslichen Marktorganisation macht auf eine typische Maßnahme aufmerksam, um das Vertrauen potentieller Marktteilnehmer (zurück) zu gewinnen: der Verweis auf wissenschaftliche Gutachten. Der vertrauensstiftende Verweis auf die Expertise externer Prüfer/-innen (Stichwort: Kompetenz als Vertrauenseinflussgröße) hebt einen zentralen Aspekt des börslichen Handels besonders hervor.<sup>18</sup> So heißt es in einem Interview mit Günther Rabensteiner, dem ehemaligen Vorsitzenden des EEX-Börsenrates, im Jahr 2009: »Die EEX ist eine Black Box, die von Gutachtern kreuz und quer untersucht wurde« (EnergyCareer.Net 2009). Damit verweist der Vorsitzende auf das zentrale Problem der Unbeobachtbarkeit in Märkten, deren Handelspraxis sich auf die wirtschaftswissenschaftlich legitime Anonymisierung der Marktteilnehmer und einer hochgradigen Informationsselektion stützt.<sup>19</sup>

Sehr plastisch wird diese Informationsasymmetrie zwischen Börse und Marktteilnehmern von einer interviewten Einkaufsleiterin eines Stromgroßkunden beschrieben<sup>20</sup>:

»Und dieses Vertrauen, dass die Börse funktioniert, die Frankfurter Börse oder die New York Stock Exchange, was auch immer, [...] dass die funktioniert. Das ist ja auch das Vertrauen der Anleger, dass die Nachfrage aufgenommen wird, dass die Angebote aufgenommen werden und dass dann der Preis, wo sich beide treffen, dass das dann der veröffentlichte Preis ist, dass zu dem eben dann gehandelt wird, dass die Ware, die Aktie über den Tisch geht. Und genauso denken wir oder erwarte ich, dass das bei der EEX ist. Dass dort die Händler, die Erzeuger ihre Angebote platzieren, das sehen wir auch auf dem Bildschirm. Da gibt es ein Bid und ein Ask und ein Last und was auch immer. Das können wir erkennen. Ob das jetzt manipuliert ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Das können wir so nicht beurteilen. Aber wir haben auch keine Erfahrung damit. Wir können weder das eine noch das andere beweisen.« (Einkaufsleiterin Stromgroßkunde: Absatz 134).<sup>21</sup>

Sie könne nur darauf vertrauen, dass »hinter dem Bildschirm« die Preisbildung wie oben geschildert zustande kommt, da die Preisbildung selbst nicht beobachtbar sei. Wie sie an anderer Stelle beschreibt, wird diese fehlende Kontrollmöglichkeit einerseits durch einen Vergleich der Börsenpreise mit Preisen anderer Strommärkte verglichen (Einkaufsleiterin Stromgroßkunde: Absätze 127, 130–132)<sup>22</sup> und andererseits durch das Vertrauen in die Kontrolle der Börse durch Dritte ersetzt.

18 Gerade in der Handlungsprofessionalisierung und -differenzierung (Laien- und Expertenrollen) liegt Potenzial für die Herausbildung von Vertrauen (Endreß 2002: 65).

19 Darunter ist insbesondere der Ausschluss persönlicher Präferenzen als eine Bedingung der sogenannten Homogenitätsbedingungen zu verstehen, die neben weiteren Kriterien die Voraussetzungen für einen vollkommenen Markt gemäß mikroökonomischer Theorie darstellen (Giacovelli 2014: 34–37; vgl. Albert 1967: 405ff.; Garcia-Parpet 1986/2007; Fritsch 2011: 25ff.).

20 Bei dem Interviewee handelt es sich um die Einkaufsleiterin eines industriellen Stromgroßkunden aus der Telekommunikationsbranche ohne eigene Stromerzeugungskapazitäten. Das Interview wurde am 31. Mai 2011 durchgeführt.

21 Detailliertere Ausführungen zu den Grenzen der börslichen Markttransparenz an der EEX finden sich an anderer Stelle (Giacovelli 2014: 232–237).

22 Wobei ein solcher Vergleich durch unterschiedliche Produktstrukturen und Handelsentgelte erschwert wird und das Vergleichsergebnis demzufolge nur als Annäherungswert gelte (Giacovelli 2014: 160, 210–211).

## Systemvertrauen und Misstrauensagenturen: *Wer überwacht die Wächter?*

Zwar habe die EEX aufgrund der Kritik großes Interesse daran, so der Leiter der Politischen Öffentlichkeitsarbeit im Interview, das Vertrauen in den Preisbildungsmechanismus weiter auszubauen und setze vor allem auf »Transparenz« als »eines der zentralen Standbeine«, da das Vertrauen in den Markt unglaublich wichtig sei (Leiter PÖ-EEX: Absatz 93).<sup>23</sup> Dies ändert aber nichts an gewollten und funktionalen Intransparenzen, wie etwa das der Anonymisierungen im Handelsgeschäft analog zum neoklassischen Konzept des vollkommenen Marktes.

Den Interviews zufolge bestehen zumindest leise Zweifel daran, was sich hinter dem Vorhang abspielt und was der Anwender in der *Black Box*-EEX letztlich nicht beobachten kann. Das Vertrauen in die gemäß Börsensatzung formal erwartbaren Prozesse wird aber nicht nur auf ein Systemvertrauen, sondern darüber hinaus auf ein Vertrauen in hoheitliche Misstrauensagenturen gestützt. Formell existieren neben der börseneigenen Handelsüberwachungsstelle (HÜSt)<sup>24</sup> zwei Kontrollorgane: das Sächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in der Funktion als Börsenaufsichtsbehörde und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für die Überwachung des Terminbörsengeschäfts (Cieslarczyk, Pilgram 2006: 640). Auch die interviewte Einkaufsleiterin verweist auf die behördliche Kontrollinstanzen und vertraut darauf, dass diese ihrer Kontrollverpflichtung nachkommen, da sie selbst nur Anwenderin sei (Einkaufsleiterin Stromgroßkunde: Absatz 130).

Aber was passiert, wenn eine solche Misstrauensagentur ihre Zuständigkeit verliert? Durch die Fusion verlor die Sächsische Börsenaufsicht ihre Zuständigkeit, während die Commission de Régulation de l'Énergie (CRE) nur für grenzüberschreitenden und französischen Handel zuständig war. Eine *hoheitliche Börsenaufsicht* für den Spot-Handel im deutschen Marktgebiet *entfiel* (Canty, Lüdemann 2010). Erst im Juli 2011, also fast zwei Jahre nach der Fusion, einigten sich eine Delegation des Europaparlaments und die Europäische Kommission auf einen Verordnungsentwurf zur europaweiten Überwachung der Energiegroßhandelsmärkte. Dieser sehe eine noch einzurichtende zentrale europäische Marktüberwachungsstelle vor (BdE 2011; BKA 2011). Die *Agency for the Cooperation of Energy Regulators* wurde auf Grundlage der Verordnung *EU No. 1227/2011* (EU 2011), die sogenannte *REMIT*, mit zusätzlichen Befugnissen bezüglich Marktintegration und Transparenz ausgestattet. Die Marktteilnehmer müssen sich allerdings erst ab dem 7. Oktober 2015 registriert haben (EPEX 2015a). Die entsprechende Information für die Marktteilnehmer der EPEX trägt den passenden Titel: *Market Surveillance: Creating Trust in the Market* (EPEX 2015b).

Diese dann verpflichtende Teilnahme an dem Handelsdaten-Reporting auf europäischer Ebene über das Einrichten bzw. die erweiterte Befugnis einer Misstrauensagentur schließt die durch die Fusion entstandene Kontrolllücke erst nach einigen Jahren.

23 Der Leiter der Politischen Öffentlichkeitsarbeit der EEX wurde am 26. April 2011 interviewt. Die Abteilung Politische Öffentlichkeitsarbeit erfülle den Zweck, hinsichtlich zukünftiger politischer Entscheidungen, eigene Interessen einbringen zu können und als Anlaufstelle für Anfragen aus der Politik zur Verfügung zu stehen.

24 Die HÜSt stellt gemäß Selbstdarstellung den »*fairen und manipulationsfreien*« Ablauf des Handels und der Preisermittlung sicher. Dies soll dadurch gewährleistet werden, dass sie ausschließlich den Weisungen der Börsenaufsichtsbehörde, des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit und der Börsengeschäftsführung unterstehe.

Aber nicht nur, dass die Interviewpartner, inklusive des Leiters der Politischen Kommunikation der EEX, auf dieses erhebliche Manko einer stetig kommunizierten Transparenz des Börsenhandels nicht eingegangen sind.<sup>25</sup> In den Jahren seit der Fusion ist ein kontinuierlicher Anstieg des Handelsvolumens im deutsch-französischen Strom-Spotmarkt zu verzeichnen: von 203 (2009) auf 345 (2013) Terrawattstunden (Statistika 2015). Und auch wenn es für diese Geschäftsentwicklung sicherlich eine Reihe von Einflussgrößen und Erklärungsansätze herangezogen werden können, ist es dennoch bemerkenswert, dass in der Phase einer fehlenden hoheitlichen Börsenaufsicht eine solche Steigerung des Umsatzes und der Mitgliedschaften beobachtet werden kann. Ein lauter Protest oder das Ziehen der Exit-Option durch die Marktteilnehmer sind eben nicht zu beobachten.

Es erscheint vielmehr so, dass zum einen einem Zweifel an dem Systemvertrauen gegenüber der Börse mit Indifferenz und pragmatischen Preisvergleichen begegnet wird und zum anderen volles Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Misstrauensagenturen gesetzt wird, auch wenn die Rechtslage ab 2009 dieses Vertrauen nicht begründen kann; zumindest dann, wenn die Marktteilnehmer dies prüfen würden.<sup>26</sup> Strukturell riskant wird ein solches Vertrauen in Misstrauensagenturen dann, so die hier vertretene These, wenn die bloße Existenz einer Misstrauensagentur den relevanten Akteuren genügt, um Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit einer Börsenorganisation zu besänftigen.

## Schlussfolgerungen und Ausblick

Diese kurze Fallbeschreibung hat damit zwei Aspekte des Vertrauens in hochgradig organisierte Börsen und in Misstrauensagenturen deutlich gemacht: (1) Die kommunikative Darstellung von Transparenz und das Erfüllen der zentralen Leistung eines Marktes, das Füllen von Lücken in der Preisstruktur der Wirtschaft (Baecker 1999), trifft auf die Indifferenz und ein pragmatisches Prüfen der Preisresultate und führt zu einer Vertrauensbeziehung, in der die Börsenorganisation den Vertrauensempfänger darstellt. Die scheint selbst dann zu gelten, wenn von Transparenz eher die Rede ist, als dass sie praktisch umgesetzt wird bzw. mit Blick auf den gewählten Marktzuschnitt umsetzbar wäre. Dieses Systemvertrauen wird gestützt durch ein Vertrauen in hoheitliche Misstrauensagenturen. Systemvertrauen und das Vertrauen in Misstrauensagenturen stabilisieren Marktbeziehungen.

(2) Im gleichen Maße, dabei die strukturell bedingten Intransparenzen eines solchen Börsenmodells sowie die entfallene Aufsichtszuständigkeit der Misstrauensagentur im Blick behaltend, kann ein solch geartetes System- und institutionalisiertes Vertrauen als Wegbereiter von Wirtschaftskrisen interpretiert werden. Auf der Internetseite des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ist nachzulesen, dass gerade die Finanzkrise Auslöser für eine ganze Reihe von neuen Regulierungen auf europäischer Ebene sei, die erhebliche Auswir-

---

<sup>25</sup> Zum Zeitpunkt der Interviewdurchführung hatte das Sächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die Zuständigkeit für die Überwachung der betreffenden Handelsgeschäfte seit zwei Jahren verloren.

<sup>26</sup> Dabei handelt es sich nicht um ein blindes Vertrauen, da sich die Vertrauensgeber durchaus der Risiken bewusst sind (vgl. Haubl 2005; Hartmann 2011: 252–256).



kungen auf den Energiehandel habe (SMWA 2015). Wenn aber Vertrauen auf einer Handels- und Kontrollpraxis beruht, das etwa im Fall von etwaigen Preismanipulationen oder einem temporär ersatzlosen Wegfall von Zuständigkeiten eigentlich nicht begründbar ist, dann erscheint ein Verständnis von Vertrauen als »*riskante Vorleistung*« (Luhmann 2000: 27) als umso zutreffender. Das Ausblenden zukünftiger Nebenfolgen des Vertrauens stellt ein Risiko dar, dies insbesondere dort, wo Intransparenzen und Zukunftsunsicherheiten in erhöhtem Maße bestehen (Luhmann 2000: 13 ff.; Strulik 2011).

(3) Zuletzt plädiert dieser Beitrag dafür, nicht nur die Funktionalität des Vertrauens, sondern auch eine Dysfunktionalität von Vertrauen sowie von institutionalisiertem Misstrauen stärker in den Fokus der Vertrauensforschung zu stellen (Offe 2001: 369). Gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise lohnt es sich, ebenfalls die Schattenseiten des Vertrauens in den Blick zu nehmen (Windolf 2012) und das Fazit Diego Gambettas ernst zu nehmen: »*Asking too little of trust is just as ill advised as asking too much*« (Gambetta 1988: 235).

## Literatur

- Albert, H. 1967: Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive. Neuwied: Luchterhand.
- Ambrosius, G. 2008: Konzeptionen öffentlicher Dienstleistungen in Europa, WSI-Mitteilungen 10/2008, 527–533.
- Baecker, D. 1999: Die Preisbildung an der Börse. Soziale Systeme 50 (2), 287–312.
- BdE, Bund der Energieverbraucher e.V. 2011: Europa kontrolliert Energiegroßhandelsmärkte: REMIT, [www.energieverbraucher.de/de/Energiebezug/Strom/Stromboersen\\_\\_366/](http://www.energieverbraucher.de/de/Energiebezug/Strom/Stromboersen__366/) (letzter Aufruf 14. Mai 2015).
- BdE, Bund der Energieverbraucher e.V. 2014: Strombörsen haben geschummelt. 30.06.2014, [http://www.energieverbraucher.de/de/site\\_\\_516/](http://www.energieverbraucher.de/de/site__516/) (letzter Aufruf 14. Mai 2015).
- BKA, Bundeskartellamt 2011: Sektoruntersuchung Stromerzeugung und -großhandel. Abschlussbericht gemäß §32e GWB. Januar 2011. Abschlussbericht, [www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Sektoruntersuchungen/Sektoruntersuchung%20Stromerzeugung%20Stromgrosshandel%20-%20Zusammenfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Sektoruntersuchungen/Sektoruntersuchung%20Stromerzeugung%20Stromgrosshandel%20-%20Zusammenfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (letzter Aufruf 27. Mai 2014).
- Beckert, J. 2002: Vertrauen und die performative Konstruktion von Märkten. Zeitschrift für Soziologie, 31. Jg., Heft 1, 27–43.
- Bogner, A., Menz, W. 2005: Expertenwissen und Forschungspraxis: die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um die Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld. In A. Bogner, B. Littig, W. Menz (Hg.), Das Experteninterview. 2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 7–30.
- Bontrup, H. J., Marquardt, R. M. 2010: Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Branchenentwicklung, Unternehmensstrategien, Arbeitsbeziehungen. Berlin: edition sigma.
- Borchert, J., Schemm, R., Korth, S. 2006: Stromhandel: Institutionen, Marktmodelle, Pricing und Risikomanagement. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Burmeister, T. 2006: Netznutzung und Bilanzkreissystem. In K.-P. Horstmann, M. Cieslarczyk (Hg.), Energiehandel. Ein Praxishandbuch. Köln: Carl Heymanns, 69–116.
- Canty, K., Lüdemann, V. 2010: Leipziger Strombörse. Strompreisbildung ohne Aufsicht. Frankfurter Allgemeine Zeitung. FAZ.NET. Erschienen am 23.11.2010, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/leipziger-stromboerse-strompreisbildung-ohne-aufsicht-1582479.html> (letzter Aufruf 15. Mai 2015).

- Cieslarczyk, M., Pilgram, T. 2006: Börsen. In K.-P. Horstmann, M. Cieslarczyk (Hg.), *Energiehandel – Ein Praxishandbuch*. Köln: Heymanns, 631–668.
- EEX 2015: EEX-Gruppe erreicht im Geschäftsjahr 2014 Rekordniveau. Pressemitteilung vom 29. April 2015, <http://www.eex.com/blob/86534/a9216b58e0277e56dfd5f1ed476b5d7c/20150429-bilanzpressekonferenz-data.pdf> (letzter Aufruf 14. Mai 2015).
- Endreß, M. 2002: *Vertrauen*. Bielefeld: Transcript.
- Endreß, M. 2012: *Vertrauen und Misstrauen – Soziologische Überlegungen*. In C. Schilcher, M. Will-Zocholl, M. Ziegler (Hg.), *Vertrauen und Kooperation in der Arbeitswelt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 81–102.
- EnergyCareer.Net 2009: Rabensteiner: Die EEX ist eine Black Box. Interview vom 9. November 2009, [www.energycareer.net/unternehmen/news/nachricht/5810](http://www.energycareer.net/unternehmen/news/nachricht/5810) (letzter Aufruf 15. Mai 2015).
- Engels, A., Knoll, L., Huth, M. 2008: Preparing for the »real« market. National patterns of institutional learning and company behaviour in the European Emission Trading Scheme (EU ETS). *European Environment* 18 (5), 276–297.
- EPEX, EPEX Spot SE 2015a: EEX, EPEX Spot, Gaspoint Nordic and Powernext to launch REMIT reporting services on 7 October, [www.epexspot.com/document/32193/20150527\\_REMIT\\_Reporting.pdf](http://www.epexspot.com/document/32193/20150527_REMIT_Reporting.pdf) (letzter Aufruf 29. Mai 2015).
- EPEX, EPEX Spot SE 2015b: Market Surveillance: Creating Trust in the Market, [www.epexspot.com/en/market\\_surveillance/creating\\_trust\\_in\\_the\\_market](http://www.epexspot.com/en/market_surveillance/creating_trust_in_the_market) (letzter Aufruf 29. Mai 2015).
- EU, European Parliament and of the Council of European Union 2011: Regulation (EU) No. 1227/2011 of the European Parliament and of the Council of 25 October 2011 on wholesale energy market integrity and transparency, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32011R1227&from=EN> (letzter Aufruf 27. Mai 2015).
- Friedrich, C. 2005: *Vertrauenswürdiges Verhalten von Transaktionspartnern. Determinanten der Einschätzung*. Wiesbaden: Gabler.
- Fritsch, M. 2011: *Marktversagen und Wirtschaftspolitik. Mikroökonomische Grundlagen staatlichen Handelns*. 8., überarbeitete Auflage. München: Vahlen.
- Gambetta, D. 1988: Can We Trust Trust? In D. Gambetta (Hg.), *Trust: Making and Breaking Cooperative Relations*, Oxford: Basil Blackwell, 213–237.
- Garcia-Parpet, M.-F. 1986/2007: The Social Construction of a Perfect Market: The Strawberry Auction at Fontaines-en-Sologne. In D. MacKenzie, F. Muniesa, L. Siu (Hg.), *Do Economics Make Markets? On the Performativity of Economics*. Princeton: Princeton University Press, 20–53.
- Giacovelli, S., Richter, C. 2013: Interpersonelles oder Systemvertrauen: Ein empirisch-analytisches Problem? *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*, 1/2013, Stuttgart: Lucius & Lucius, 20–31.
- Giacovelli, S. 2014: *Die Strombörse. Über Form und latente Funktionen des börslichen Stromhandels aus marktsoziologischer Sicht*. Marburg: Metropolis.
- Graeff, P. 1998: *Vertrauen zum Vorgesetzten und zum Unternehmen. Modellentwicklung und empirische Überprüfung verschiedener Arten des Vertrauens, deren Determinanten und Wirkungen bei Beschäftigten in Wirtschaftsunternehmen*. Berlin: wvb.
- Hartmann, M. 2011: *Die Praxis des Vertrauens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haubl, R. 2005: *Vertrauen in Mißtrauen. Über paranoide Gruppenprozesse*. Vortrag in Düsseldorf, Tagung »Täter und Opfer in Gruppen« der Sektion AG im DAGG, 7.5.2005, [http://www.sfi-frankfurt.de/fileadmin/redakteure/pdf/03\\_Mitarbeiter\\_PDFs/03\\_Haubl\\_Manuskripte/Haubl\\_Paranoide.pdf](http://www.sfi-frankfurt.de/fileadmin/redakteure/pdf/03_Mitarbeiter_PDFs/03_Haubl_Manuskripte/Haubl_Paranoide.pdf) (letzter Aufruf 12. Mai 2015).
- Jansen, S. A. 2010a: Undurchsichtige Transparenz – Ein Manifest der Latenz. Oder was wir aus Terrornetzwerken, von Geldautomatensprengungen und Bankaufsicht lernen können. In S. A. Jansen, E. Schröter, N. Stehr (Hg.), *Transparenz. Multidisziplinäre Durchsichten durch Phänomene und Theorien des Undurchsichtigen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 23–40.

- Jansen, Stephan A. 2010b: Der Treppenwitz der Transparenz, Brand Eins 12/10, 144–145.
- Kaase, M. 1999: Interpersonal Trust, Political Trust and Non-Institutionalised Political Participation in Western Europe, *West European Politics*, 22. Jg., Heft 3, 1–21.
- Knoll, L., Huth, M. 2008: Emissionshandel aus soziologischer Sicht: Wer handelt eigentlich wie mit Emissionsrechten? *UmweltWirtschaftsForum*, 16. Jg., Heft 2, 81–88.
- Knoll, L. 2012: Über die Rechtfertigung wirtschaftlichen Handelns. CO2-Handel in der kommunalen Energiewirtschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Konstantin, P. 2009: Praxishandbuch Energiewirtschaft: Energieumwandlung, -transport, und -beschaffung im liberalisierten Markt. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Lepsius, M. R. 1997: Vertrauen zu Institutionen. In S. Hradil (Hg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften*. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996. Frankfurt am Main: Campus, 283–293.
- Lewicki, R. J., Bunker, B. B. 1995: Developing and Maintaining Trust in Work Relationships. In: R. M. Kramer, T. R. Tyler (Hg.), *Trust in Organizations. Frontiers of Theory and Research*. Thousand Oaks: Sage, 114–139.
- Liebold, R., Trinczek, R. 2000: Experteninterview. In S. Kühl, P. Strodtz (Hg.), *Methoden der Organisationsforschung*. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt, 33–71.
- Luhmann, N. 1964/1999: Funktionen und Folgen formaler Organisation. Schriftenreihe der Hochschule Speyer. Band 20. 5. Auflage. Berlin: Duncker und Humblot.
- Luhmann, N. 2000: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 4. Auflage. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Meuser, M., Nagel, U. 1991: ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In D. Garz, K. Kraimer (Hg.), *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 441–471.
- Ockenfels, A., Grimm, V., Zoettl, G. 2008: Strommarktdesign. Preisbildungsmechanismus im Auktionsverfahren. Gutachten im Auftrag der European Energy Exchange AG zur Vorlage an die Sächsische Börsenaufsicht, [https://cdn.eex.com/document/38614/gutachten\\_eex\\_ockenfels.pdf](https://cdn.eex.com/document/38614/gutachten_eex_ockenfels.pdf) (letzter Aufruf 15. Mai 2015).
- Offe, C. 2001: Nachwort: Offene Fragen und Anwendungen in der Forschung. In M. Hartmann, C. Offe (Hg.), *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt am Main: Campus, 364–369.
- Pirson, M. 2007: Facing the Trust Gap. Measuring and Building Trust in Organizations. Unveröffentlichte Dissertation, University of St. Gallen, [www1.unisg.ch/www/edis.nsf/wwwDisplayIdentifier/3276/\\$FILE/dis3276.pdf](http://www1.unisg.ch/www/edis.nsf/wwwDisplayIdentifier/3276/$FILE/dis3276.pdf) (letzter Aufruf 12. April 2010).
- Preissendörfer, P. 1995: Vertrauen als soziologische Kategorie. Möglichkeiten und Grenzen einer entscheidungstheoretischen Fundierung des Vertrauenskonzepts, *Zeitschrift für Soziologie*, 24. Jg., Heft 4, 263–272.
- SMWA, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (2015): Börsenaufsichtsbehörde, <http://www.smwa.sachsen.de/292.htm> (Letzter Aufruf 29. Mai 2015).
- Statista 2015: Handelsvolumen am EEX Spot- und Terminmarkt für Strom in den Jahren 2002 bis 2013 (in Terrawattstunden), <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/12486/umfrage/entwicklung-der-eex-handelsvolumina-seit-2002/> (letzter Aufruf 29. Mai 2015).
- Strulik, T. 2011: Vertrauen – Ein Ferment gesellschaftlicher Risikoproduktion, *Erwägen, Wissen, Ethik*, 22. Jg., Heft 2, 239–251.
- Sztompka, P. 1997: Trust, Distrust and Two Paradoxes of Democracy. <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/1997/p97-003.pdf> (letzter Aufruf 24. Mai 2015).
- Sztompka, P. 1999: *Trust. A Sociological Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- White & Case LLP, NERA Economic Consulting 2006: Verbesserung der Transparenz auf dem Stromgroßhandelsmarkt aus ökonomischer sowie energie- und kapitalmarktrechtlicher Sicht. Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, [www.nera.com/content/dam/nera/publications/2006/PUB\\_SMWA\\_1618.pdf](http://www.nera.com/content/dam/nera/publications/2006/PUB_SMWA_1618.pdf) (letzter Aufruf 30. Mai 2015).
- Williamson, O. E. 1993: Calculativeness, Trust, and Economic Organization, *Journal of Law and Economics*, 36. Jg., 453–486.

Windolf, P. 2012: Wenn Geiselnahme Vertrauen ersetzt. Ein Rückblick auf die Finanzmarktkrise, WZB Mitteilungen 135, 34-37.

Witzel, A. 2000: Das problemzentrierte Interview (26 Absätze). Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research (Online Journal), [qualitative-research.net/fqs](http://qualitative-research.net/fqs) (letzter Aufruf 1. Juli 2007).

# Vertrauenskrisen als Felder betrieblicher Gestaltung

Stefan Sauer, Stephanie Porschen-Hueck und Norbert Huchler

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Vertrauenskrisen – Forschungsstand und Perspektiven der soziologischen Analyse« – organisiert von Michael Florian*

Ausgehend von der in unterschiedlichsten Kontexten auftretenden zeitdiagnostischen These einer Vertrauenskrise möchten wir im Folgenden anhand von Wandlungstendenzen der Arbeit (Kapitel 1) erläutern, warum wir diese Krise in Bezug auf die Arbeitswelt für *hausgemacht* halten (Kapitel 2). Anschließend zeigen wir auf, dass in der Praxis wirksames Vertrauen<sup>1</sup> als wechselseitiger Kreislauf zwischen Vertrauenswürdigkeit und Vertrauen auf Seiten der Belegschaft und des Unternehmens verstanden werden muss (Kapitel 3) und skizzieren unser alternatives Konzept eines erfahrungsgeleiteten reflexiven Vertrauens, das Vertrauen einer besonderen Form des Wissens und Handelns zuweist (Kapitel 4). Als Konklusion möchten wir den *kooperativen Mehrwert* von Vertrauen in Unternehmen skizzieren (Kapitel 5) und somit jenseits einer Defizit- oder Residualperspektive die Potenziale von Vertrauen als Regulationsmechanismus aufzeigen.

## 1. Wandlungstendenzen der Arbeit

### Von der tayloristischen (Fremd-)Kontrolle zur indirekten Steuerung

Zwei Zeitdiagnosen bilden den Ausgangspunkt unserer Überlegungen: die eines Vertrauensverlusts in relevanten gesellschaftlichen Feldern (Eisenblätter 2009) sowie die der Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit (Moldaschl, Voß 2003). Letztere kann als »doppelte Entgrenzung« oder »multiplen Entgrenzung« (Huchler 2013) gefasst werden, da zum einen die Grenzen zwischen Arbeit und Leben flüder werden und Arbeit von Beschäftigten zunehmend flexibel und

---

<sup>1</sup> Die dem Beitrag zugrunde liegenden empirischen Erkenntnisse wie auch das Konzept des reflexiv-erfahrungsbasierten Vertrauens gehen maßgeblich auf das Verbundprojekt Vertrauen in flexiblen Unternehmen - reflexiv, erfahrungsbasiert, dynamisch. Neue Verfahren zur Bewältigung der Risiken des Wandels (Verred), Laufzeit 07/2009–04/2013 zurück. Das Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Im Projekt wurden in fünf KMU Ansätze und Hindernisse für eine Vertrauensorganisation erkundet und erste Schritte in fünf Gestaltungsfeldern erprobt (siehe Böhle et al. 2014 – [www.verred.de](http://www.verred.de)).

eigenverantwortlich in lebensweltliche Kontexte integriert werden muss (Kratzer 2003; Pongratz, Voß 2003) und zum anderen in Betrieben mehr und mehr versucht wird, vormals vor allem auf der Arbeitsprozessebene ignorierte oder als störend erachtete Subjektpotenziale wie beispielsweise Kreativität und Innovation umfassend und auf allen Ebenen in die Arbeit zu integrieren und für die Arbeitsprozesse zu nutzen (Kleemann 2012).

Die *positiven* entfaltenden Potentiale einer Subjektivierung von Arbeit beziehen sich jedoch in der Regel lediglich auf spezifische Ausschnitte der Arbeitswelt und zumeist auf hochqualifizierte Tätigkeiten (Böhle et al. 2011). Und auch innerhalb dieser Tätigkeitsarrangements skizziert sie keineswegs eine umfassende Abkehr von alten, *tayloristischen* Kontroll- und Steuerungsparadigmen und eine selbstbestimmte, *freie* Tätigkeit der Beschäftigten (Böhle et al. 2011). In der Folge wird auch von einer »rationalisierenden Entgrenzung« gesprochen, die eben diese Potentiale zwar in den betrieblichen Verwertungsprozess integriert, dies aber auf eine restriktive, formalisierte und kontrollierende Weise, dass sie die Potentiale selbst wieder – in ihrer Einbringung und Reproduktion – gefährdet (Huchler 2013). Die häufigste und augenscheinlichste Variante ist die Kombination von Entgrenzung und Subjektivierung mit Kennzahlen- bzw. Ergebnissteuerung (Huchler et al. 2007). Die Gestaltung der konkreten Arbeitsprozesse wird weitgehend den Beschäftigten überlassen, während die Ziele, die Settings bzw. Wege und vor allem die Ressourcen bzw. Mittel hierfür rigide definiert, dokumentiert und kontrolliert werden (Huchler et al. 2007) – beispielsweise in Meetings (Neumer 2007). Diese »indirekte Steuerung« bedeutet somit keine Freisetzung der arbeitenden Subjekte aus betrieblichen Herrschaftslogiken, sondern kann mit der Formel *Markt(-integration) + Hierarchie + X* skizziert werden, wobei X die impliziten Leistungen der Subjekte bezeichnet, die vor allem zur Bearbeitung der Widersprüche zwischen Markt und Hierarchie bzw. der täglichen Probleme der Integration marktförmiger Elemente in die betriebliche Praxis notwendig sind (Huchler 2011).

Für Beschäftigte ist der bedingte Zugewinn an Freiräumen daher häufig weder mit der Anerkennung ihrer Leistung verbunden, noch mit der Möglichkeit, ihre Arbeit tatsächlich arbeitsprozessgerecht zu gestalten. Vielmehr lässt sich die Anforderung der Selbstrationalisierung und Selbstobjektivierung »Verbetrieblichung« (Huchler et al. 2007) bzw. »Herrschaft durch Objektivierung« (Böhle et al. 2011) bezeichnen. Das Austarieren einer Balance von flexiblem Agieren angesichts zahlreicher Unwägbarkeiten und stabilen Strukturen, die es selbstorganisiert aufrechtzuerhalten gilt, wird Teil des Arbeitshandelns der Beschäftigten (Böhle et al. 2004) und ihrer alltäglichen Lebensführung (Huchler 2013). Diese widersprüchlichen Anforderungen sind in der Folge mit erheblichen zusätzlichen Belastungen verbunden.

Ausgehend von dieser notwendig verkürzten Skizze der Zeitdiagnose einer doppelten Entgrenzung der Arbeit wird im Folgenden die These skizziert, dass die konstatierte Vertrauenskrise – gerade vor diesem Hintergrund – hausgemacht ist.

## 2. Vertrauen im Dunkeln oder warum die Vertrauenskrise hausgemacht ist

Angesichts der steigenden Bedeutung von Subjektpotenzialen im Rahmen der Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit wird auch Vertrauen – wie in Kapitel vier noch näher skizziert wird –

immer relevanter. Zugleich ist in der Arbeitswelt (ähnlich wie in Bezug auf die Gesellschaft und viele ihrer zentralen Institutionen insgesamt) von schwindendem Vertrauen die Rede (Diekmann et al. 2010). Hierfür lassen sich unserem Ermessen nach insbesondere drei Gründe anführen, die wir im Folgenden erläutern, ehe wir ein erstes Fazit in Bezug auf den damit verbundenen Vertrauensbegriff ziehen.

1. Seit einigen Jahren ist im Rahmen der Shareholder-Value-Orientierung eine offensive »Vermarktlichung« in Unternehmen mit einer Fokussierung auf kurzfristige Rentabilität zu beobachten (Moldaschl, Sauer 2000; Sauer 2005). An die Stelle einer Orientierung an langfristigen Unternehmenswertsteigerungen tritt eine kurzfristig ausgerichtete (Ver-)Nutzungslogik. Die Gebrauchswertorientierung tritt hinter die Tauschwertorientierung zurück. Das Vertrauen in nachhaltige Unternehmenspolitik und einen vorausschauenden Umgang mit Beschäftigten und Ressourcen erodiert dadurch nach und nach. Die indirekte, ergebnisbasierte Steuerung, die sich an kennzahlbasierter Logik ständiger Produktivitätsfortschritte häufig unter Absehen von deren praktischer Realisierbarkeit orientiert, bildet die betrieblich-organisationale Ausgestaltung eines solchen Vorgehens.

2. Damit zusammen hängt die Diagnose einer Instrumentalisierung von Krisendiskursen. Die zahlreichen Krisen in den letzten zehn Jahren, die in der Wahrnehmung vieler Beschäftigter zu einer einzigen Krise nicht zuletzt ihrer Interessen und zu arbeitspolitischen Niederlagen geführt hat, droht die Strategien betrieblicher Konsensfindung zu unterminieren (Sauer 2012). So wächst in Zeiten von Flexibilisierung und Globalisierung das Drohpotential der Arbeitgeberseite ebenso wie der Frust und die Defensiverfahrungen der Beschäftigten. Zugleich können die Früchte der arbeitspolitischen Zurückhaltung der 00er Jahre häufig nicht geerntet werden: Zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze sind nicht selten prekär und werden zum Teil gar nur an der Mindestlohngrenze bezahlt. Lohnsteigerungen und belastungsärmere Arbeitsbedingungen gelten darüber hinaus auch in Zeiten hoher Unternehmensgewinne nicht als Selbstverständlichkeit. Vielmehr kommt es auch in diesen Phasen zu Prekarisierung und Abbau von Sicherheiten, Rationalisierung und Qualifikations- und realen Einkommensverlusten. Folgen sind Existenzängste und vor allem psychosoziale Belastungen, aber auch eine steigende gesellschaftliche Ungleichheit mit einer zunehmend dezimierten Mittelschicht (Müller 2012: 308) und nicht zuletzt Burn-out als Massenphänomen (Moosbrugger 2012).

3. Aber nicht nur die Imperative von *immer mehr* und *immer billiger* an sich verursachen Probleme und Vertrauensverlust, sondern auch die in neue Arbeits- und Organisationsformen integrierten inneren Widersprüchlichkeiten (Huchler et al. 2007; Böhle et al. 2011). Zum einen erschweren die mittels indirekter Steuerung geschaffenen Widersprüche die Arbeit der Beschäftigten: Diese sollen einerseits eigeninitiativ, kreativ und selbstorganisiert ihre Arbeit möglichst schnell erledigen und andererseits in langwierigen Dokumentationsschleifen und »Rechtfertigungsmeetings« (Neumer 2007) detailliert und objektiviert Auskunft über ihre eigentliche Arbeit geben, während die (ansonsten) kostbare Arbeitszeit verrinnt. Der Widerspruch für die Beschäftigten ist somit auch einer für die Unternehmen: Ähnlich wie die tayloristische ist auch die indirekte Steuerung ineffektiv und wenig flexibel. Sie zerstört Ressourcen, obwohl sie mit dem Versprechen der Ressourceneffizienz angetreten ist. Wo tayloristische Steuerung scheiterte, muss daher – über kurz oder lang – wohl auch kennzahlbasierte indirekte Steuerung scheitern. Für

die Unternehmen bedeutet sie eine unnötige Bindung von (knappen) Ressourcen und ein nicht-eingelöstes Flexibilisierungsversprechen. Für die Beschäftigten erhöht sich der Arbeitsdruck sowohl durch die Ausdehnung von Aufgaben als auch durch die Widersprüchlichkeit der Anforderungen, die sie im eigenen Arbeitshandeln austarieren müssen. Die eklatante Zunahme von psychischen Erkrankungen hat wohl nicht zuletzt in diesen Belastungen ihren Grund (Moosbrugger 2012).

Auf Vertrauen in Arbeitsbeziehungen bezogen, lassen diese Befunde zwei zentrale Diagnosen zu: Von Arbeitgeberseite scheint ein Vertrauen in die Leistung und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten schlicht nicht vorhanden zu sein. Vielmehr führt die potentielle Nichtkontrollierbarkeit von Subjektpotenzialen wie Kreativität, Innovation, Initiative etc. zu immer neuen Versuchen, die Kontrolle der Arbeitgeberseite über die Arbeitsprozesse ›trotz allem‹ aufrechtzuerhalten und Subjektivität zu objektivieren und damit mindestens zu gefährden. Zum anderen würde Vertrauen auf der Arbeitnehmerseite angesichts dieser Phänomene geradezu naiv anmuten. Vertrauen fristet somit ein Dasein zwischen einer Residualkategorie, die Kontroll- und Informationsdefizite aufwiegen soll und doch stets defizitär ist, einem Naivitätsverdacht, einer einseitigen Instrumentalisierung und einem als geradezu selbstverständlich erscheinendem und wenig thematisiertem, nahezu unsichtbarem *sozialen Kitt*, der *im Stillen* für das Funktionieren betrieblicher Prozesse sorgt (Trinczek 2010). Gerade in Zeiten von Subjektivierung und Entgrenzung – so kann als Zwischenfazit festgehalten werden – wäre Vertrauen somit relevanter denn je, wird jedoch nicht oder falsch berücksichtigt.

Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass Vertrauen auch aktuell in der Arbeit eine wesentliche Rolle spielt. Zum einen ist dies vor allem in direkten sozialen Interaktionen und in Kooperationsbeziehungen der Fall und bezieht sich vordringlich auf informelle Anteile der Organisation. Zum anderen herrscht in nicht unerheblich vielen Unternehmen auch ein Vertrauen zwischen Unternehmen und Mitarbeitern/-innen – eben gerade dann, wenn diese vom den oben skizzierten, für klassische Unternehmen typischen Steuerungskonzepten und Kontrolllogiken abweichen. (Huchler et al. 2013) Um dieses in der alltäglichen Arbeitspraxis wirksame Vertrauen auf das Verhältnis von Unternehmen und Mitarbeiter/-innen zu übertragen, braucht es einen entsprechenden praktischen Vertrauensbegriff.

### 3. Vertrauen zwischen Unternehmen und Beschäftigten als wechselseitiger Kreislauf

Im Grunde müsste der aktuelle Vertrauensdiskurs auf zwei Ebenen stattfinden. Zum einen müsste gefragt werden, ob Unternehmen (bzw. die Gesellschaft und ihre relevanten Institutionen insgesamt) die notwendigen Bedingungen bereitstellen, damit sich Vertrauen ausbilden kann. Zum anderen müsste danach gefragt werden, was wir unter Vertrauen verstehen (wollen), um dann die gebräuchlichen Vertrauensbegriffe kritisch dahingehend zu hinterfragen, ob sie dieses Vertrauen tatsächlich fassen können. Es bedarf also eines genauen und kritischen Blicks auf als vertrauensrelevant bzw. vertrauensstiftend erachtete Momente – vor allem auf die umfänglich verbreiteten, aber stark fehlleitenden Interpretationen von Vertrauen als Risikokalkula-



tion<sup>2</sup> oder als soziales Nahbereichsphänomen. Um Vertrauen in der Praxis zu verstehen, scheint ein Perspektivenwechsel angebracht zu sein.

Vertrauen hat das Potenzial zum Mechanismus sozialer Regulierung im Betrieb, wenn es mit einer tatsächlich eingelösten Reziprozitätsbalance (zwischen Unternehmen und Beschäftigten) einhergeht, und nicht bei einer »halbierten Wechselseitigkeit« stehen bleibt (Böhle et al. 2014), wie es mit dem sozialen Kitt und seinem Funktionieren im Stillen als Aufgabe der Beschäftigten impliziert wird. Die Reziprozitätsbalance tritt zum Beispiel dann in Kraft, wenn die Chance der Unternehmen auf nachhaltige Flexibilisierung auch mit neuen Chancen der Durchsetzung der Interessen von Beschäftigten einhergeht. Dies betrifft insbesondere Interessen, die nicht oder nicht unmittelbar in formale Regelungen überführt werden können, und auch deren Durchsetzung, wenn die über gesetzliche Mindeststandards hinausweisen, aber gewahrt werden sollen bzw. müssen.<sup>3</sup>

Um die Chancen neuer Flexibilisierung tatsächlich umfänglich nutzen zu können, müssen sich Unternehmen auf ein in der Praxis wirksames »echtes Vertrauen« einlassen, das jenseits der typischen Kontrolllogik und vereinfachten Vertrauenskonzeptionen liegt (Huchler et al. 2013). So geraten auch die Unternehmen im Rahmen der neuen Flexibilisierung gegenüber den Mitarbeiter/-innen unter Vertrauensdruck und müssen sich durch die Berücksichtigung eben auch dieser nicht ohne weiteres formalisierbaren Beschäftigteninteressen als vertrauenswürdig erweisen. Erst dann können Mitarbeiter/-innen die begründete Erwartung entwickeln, dass die Risiken des permanenten Wandels nicht an sie durchgereicht werden (zum Beispiel in Form destabilisierter organisationaler Prozesse, unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und widersprüchlicher Arbeitsanforderungen) und dass komplexe Leistungen im Rahmen neuer Arbeitsanforderungen (zum Beispiel Selbstorganisation, informelle Kooperation) als Arbeitsleistungen anerkannt und honoriert werden. Erst wenn Beschäftigte sich dessen sicher sein können, haben sie selbst wiederum einen Anreiz dazu, den permanenten Wandel in ihrer täglichen Arbeit nicht zu fürchten oder gar zu boykottieren, sondern ihn produktiv mitzugestalten. Die Gewissheit der Beschäftigten, dass ihre Interessen und Bedarfe sowohl in übergreifenden Managementstrategien (Change Management) als auch im konkreten Arbeitsalltag (Leistungsbeurteilung, Ressourcenbereitstellung etc.) eine relevante Größe sind, gibt ihnen einen Grund, ihr Wissen und ihre subjektiven Ressourcen für *gute Arbeit* in dynamischen Umwelten einzusetzen – und sich so wiederum vertrauenswürdig gegenüber dem Unternehmen zu erweisen.

---

2 Vertrauen – wie es oft gehandelt wird – als kalkuliertes Risiko einzusetzen (zum Beispiel Williamson 1993), das Unternehmen eingehen und mit indirekten Kontroll- und Steuerungsformen zu minimieren suchen, ist ebenso wie direkte Kontrolle durchaus mit hohen Kosten und Aufwänden verbunden. Die Unternehmen setzen in dieser Situation also weiterhin auf Kontrolle, statt auf Vertrauen. In der kalkulierenden Perspektive auf Vertrauen stehen sich Kontrolle und Vertrauen zwangsläufig in einem Nullsummenspiel gegenüber.

3 Vgl. zu diesem Abschnitt die ausführliche Darstellung in Böhle et al. 2014: 43ff.

Die klassische Sicht – Unternehmen müssen den Mitarbeiter/-innen vertrauen (und zum Beispiel Handlungsspielräume geben), die Mitarbeiter/-innen müssen sich (zum Beispiel in diesen Handlungsspielräumen) als vertrauenswürdig erweisen – und die neue Sicht auf Vertrauen – Unternehmen müssen sich als vertrauenswürdig erweisen und die Mitarbeiter/-innen müssen dem Unternehmen vertrauen – treten in ein notwendiges Ergänzungsverhältnis, um den Vertrauenskreislauf wirksam zu schließen.



## Eine alternative Konzeption von Vertrauen

Wenn Vertrauen sich in einem solchen wechselseitigen Kreislauf etabliert hat, kann es eine zentrale strukturelle Bedeutung für die Organisation und Koordination von Arbeit erlangen.

Die Etablierung eines reflexiv-erfahrungsbasierten Vertrauens – als alternative Konzeption zu Vertrauen eingeführt (Böhle et al. 2014) – ist allerdings kein Selbstläufer. Es bedarf der bewussten Gestaltung durch...

- die Transformation etablierter Perspektiven auf Kontrolle und formale Regelung sowohl auf Seiten des Managements als auch auf Seiten der Beschäftigten,
- die aktive Vermittlung und Überbrückung der Differenzen zwischen indirekter Steuerung und Bedarfen auf der Arbeitsprozessebene und
- des authentischen Interesses des Unternehmens an Vertrauenswürdigkeit und der Erfahrbarkeit dessen durch die Beschäftigten.

Hierfür sind ein qualitativer Begriff von Vertrauen und ein entsprechendes alternatives Konzept zu Vertrauen notwendig, das in zentralen betrieblichen Handlungsfeldern verankert werden muss.<sup>4</sup>

Die folgenden sechs Dimensionen eines reflexiv-erfahrungsbasierten Vertrauensbegriffs zeigen auf, wie sich Vertrauen von expliziter Regulierung und Gewissheit einerseits und unreflektiertem Urvertrauen andererseits unterscheidet und wie sich Vertrauen als ein Mechanismus sozialer Regulierung systematisch bestimmen lässt. Der Ausgangspunkt für diese Dimensionen ist die Nicht-Objektivierbarkeit des Vertrauens. Das heißt Vertrauen folgt der Handlungslogik des *Sich-auf-jemanden-Verlassens* jenseits direkter institutioneller Kontrolle und formaler Regulierung (Herrschaft/Hierarchie) und jenseits indirekter Kontrolle über materielle Anreize (Markt) (Huchler et al. 2013). Vertrauen ist ein aktives *Sich-verwundbar-Machen* durch Absehen von planmäßig kalkulierender und objektivierender Ex-ante-Kontrolle und -Regelung. Vertrauen impliziert somit ein *Sich-in-Gefahr-Begeben*, das in der Vertrauensforschung als »Verletzbarkeit« (Baier 2001) gefasst wird.

### Kognitive Grundlagen des Vertrauens: Erfahrungswissen und Gespür

Vertrauen ist weder blind noch beruht es rein auf rational-verstandesmäßigem Erkennen und Wissen. Es kommt in einem (impliziten) Erfahrungswissen zum Tragen. Wissen steht hier in starker Verbindung mit Handeln und Gespür. Anknüpfend an das Konzept des subjektivierenden (Arbeits-)Handelns und des damit verbundenen Erfahrungswissens (Böhle et al. 2004) sowie der erfahrungsgeliteten Kooperation und Kommunikation (Bolte, Porschen 2006) ist dieses geprägt durch ein situatives Erfahrung-Machen und ein Gespür für die Situation und den Arbeits- bzw. Verhandlungsgegenstand. Die kognitiven Grundlagen des Vertrauens beinhalten, dass – im Unterschied zu formellen Regelungen – nicht explizit und exakt definiert ist, worauf sich Vertrauen konkret bezieht.

### Strukturelle Grundlagen des Vertrauens bzw. der Vertrauensbildung

Mit Vertrauen verbindet sich nicht nur eine zukunftsorientierte Erwartung an das Handeln und Verhalten anderer, sondern auch eine implizite Erwartung an ein kooperatives Verhalten anderer. Vertrauen beruht – bewusst oder unbewusst – auf grundlegenden Orientierungen, Handlungskonzeptionen, Menschenbildern und hiervon abgeleiteten Erwartungen an Sozialität und soziale (Selbst-)Verpflichtung. Wesentlich ist dabei die Unterstellung eines *Common Sense* des kooperativen Zusammenlebens – wenn man so will: einer kooperativen Vernunft. Dies impliziert auch das Erkennen und Verfolgen eines möglichen (vor allem auch längerfristigen) *kooperativen Mehrwerts*.

---

<sup>4</sup> Gestaltungsbeispiele und systematische Leitlinien zu fünf – für die Gestaltung von Vertrauen in Betrieben – zentraler Handlungsfelder werden in Böhle et al. 2014 ausführlich beschrieben.

## Soziale Bindung durch Vertrauen

Mit Vertrauen verbindet sich die implizite Mitteilung, dass derjenigen Person, der vertraut wird, auch zugetraut wird (inkl. Kompetenz, Integrität und Wohlwollen – Mayer et al. 1995), die Erwartung zu erfüllen. Einer solchen positiven Zuschreibung kann man sich nicht umstandslos entziehen. Will oder kann man die Erwartungen nicht erfüllen, so entsteht ein Rechtfertigungsdruck oder zumindest eine Irritation, dass einem etwas zugetraut wurde, was man nicht erfüllen will oder kann. Aufgrund dieses implizit verpflichtenden Charakters kann Vertrauen auch eine Belastung für diejenige Person sein, der vertraut wird. Damit ist Vertrauen nicht nur ein passives Moment, das die vertrauende Person schlechter stellt. Sie ist auch eine Anforderung an die Person oder das System, der / dem vertraut wird.<sup>5</sup>

## (Selbst-)Darstellung der Akteure in der Vertrauensbeziehung – Vertrauenswürdigkeit

Vertrauen lässt sich daran ablesen, was letztlich getan und was gelassen wird. Denn Vertrauen funktioniert vor allem dann, wenn Worten Taten folgen und diese in Zusammenhängen stehen, in denen es überhaupt sinnvoll erscheint, von Vertrauen zu sprechen (Hartmann 2011). Auf der Basis der oben umrissenen kognitiven Grundlagen des Vertrauens geht es dabei jedoch nicht um eindeutig definierbare und objektivierbare Indikatoren für Vertrauenswürdigkeit bzw. Reputation (Dasgupta 1988). Wesentlich sind vielmehr *Mitteilungen* (durch Systeme und/oder Personen), die kontext- und situationsabhängig sowie diffus und vielschichtig sind und deren Wahrnehmung und Deutung eine besondere Wahrnehmungsfähigkeit erfordert. Ob vertraut oder nicht vertraut wird, ist zudem keineswegs nur eine einseitige Angelegenheit derjenigen, die vertrauen. Maßgeblich ist vielmehr ebenso, in welcher Weise diejenige Person, der vertraut wird (oder werden soll), ihre Vertrauenswürdigkeit (selbst) wahrnehmbar und erfahrbar macht.

## Kommunikation von Vertrauen – materielle Gegebenheiten und symbolische Bedeutung

Die Kommunikation von Vertrauen ebenso wie von Vertrauenswürdigkeit erfolgt nicht allein und primär über explizite und verbale Mitteilungen, sondern vor allem durch praktische Handlungen und Gegebenheiten. Es ist aber auch in besonderer Weise notwendig, die jeweils ›materiellen‹ Handlungen und Gegebenheiten nicht nur als solche, sondern auch in ihrem auf Vertrauen verweisenden (symbolischen) Bedeutungsgehalt wahrzunehmen und zu deuten. Ein und dieselbe Handlung kann – abhängig von Kontext, Historie und Interpretation etc. – sowohl als vertrauensgenerierend als auch als Misstrauen evozierend wahrgenommen werden. So kann beispielsweise im Rahmen der Arbeitsorganisation der Verzicht auf die Kontrolle der Arbeitsleis-

---

<sup>5</sup> Das reflexiv-erfahrungsbasierte Vertrauen erhebt den Anspruch, prinzipiell sowohl für Personen- wie auch Systemvertrauen zu gelten (vgl. Böhle et al. 2014).

tung als Ausdruck und Beleg für Vertrauen wahrgenommen werden, aber auch als Indiz für die Nachlässigkeit von Vorgesetzten und Desinteresse.

### Reflexive Entstehung und Gestaltbarkeit von Vertrauen

Vertrauen weist eine eigenständige Struktur und Logik auf. Anknüpfend an das Konzept der reflexiven Modernisierung und an die Unterscheidung zwischen Erster und Zweiter Moderne<sup>6</sup> wird Reflexivität im Folgenden im Sinne einer (Selbst-) Reflexion über die Grundlagen wie auch Grenzen der Reflexion begriffen und breiter und offener gefasst: als sowohl verstandesmäßiges als auch sinnlich-erfahrungsbezogenes Bewusstwerden und Reflektieren. Dabei geht es nicht nur um eine Reflexion *über* praktische Gegebenheiten, sondern auch um die Möglichkeit ihrer praktischen Beeinflussung und Gestaltung. In dieser Perspektive zeichnet sich ein reflexives Vertrauen dadurch aus, dass zum einen die besondere Struktur und Logik des Vertrauens erkannt und anerkannt wird und zum anderen auf dieser Grundlage nach Wegen gesucht wird, die Entwicklung von Vertrauen bewusst zu beeinflussen und zu gestalten. Vertrauen kann nicht *hergestellt* werden und verwehrt sich weitestgehend der Instrumentalisierung. Es kann aber im praktischen Handeln und durch praktisches Handeln erwachsen und gefördert werden. Auch ist es möglich, sich nach und nach das notwendige Gespür, Vertrauen wahrzunehmen und auszusenden, anzueignen.

Bei reflexiv-erfahrungsbasierten Vertrauensbeziehungen geht es also weniger um die Frage, wie viel Kontrolle zu Gunsten von Vertrauensbeziehungen abgebaut wird oder wie viel Kontrolle Vertrauensbeziehungen vertragen, bevor sie unauthentisch werden. Es geht um die Frage, was eine (Interaktions-)Situation zu einer Kontrollsituation macht bzw. umgekehrt, welche Form und Qualität des Austauschs und welche Formen und Qualitäten gemeinsamer Erfahrungsräume erfahrungsbasiertes Vertrauen zwischen Management und Beschäftigten ermöglichen. Gemeinsame Erfahrungsräume und Austausch über Notwendigkeiten und Anforderungen im Arbeitsprozess generieren im günstigsten Fall ein geteiltes Verständnis über eben diese – und sie verschaffen der Führung Einblicke, die nicht zum Zweck der abstrahierenden Kontrolle vorgenommen werden, sondern die Nachvollzug und adäquate Unterstützung zum Ziel haben.

### Betriebliche Gestaltungsfelder und *kooperativer Mehrwert*

Angesichts unseres Verständnisses von Vertrauen als einen möglichen Regulationsmechanismus erscheint es uns weder als Residualkategorie noch als naiv. Stattdessen ermöglicht Vertrauen einen kooperativen Mehrwert, der für Beschäftigte eine faire Lastenverteilung angesichts aktueller Unwägbarkeiten und Herausforderungen und für Unternehmen die Nutzung von Subjektpotentialen und nachhaltiger Flexibilität und eine Kostenreduktion ermöglicht – wobei Letz-

---

<sup>6</sup> Vgl. zum Beispiel Beck, Lau 2004.

teres nicht vordringlich auf die *Kontrollkosten* abzielt, sondern vor allem auf die Folgekosten Subjektivität unterdrückender (indirekter) Kontrolle. Im Forschungsprojekt Verred (siehe Fußnote 1) haben wir mit fünf Unternehmen anhand der Achsen *Vertrauen und Selbstorganisation*, *Vertrauen und Führung* sowie *Vertrauen und Kunde* an der Ausgestaltung einer vertrauensbasierten Unternehmenskultur gearbeitet. Ausgangspunkt war die Einsicht der Unternehmen, angesichts der Entwicklungen des letzten Jahrzehnts in der *Bringschuld* zu sein. Unternehmen, die eine Vertrauenskultur *implementieren* möchten, müssen sich zunächst als vertrauenswürdig erweisen. Dies erfolgte – der Logik unserer Achsen entsprechend – auf zwei Wegen. Einmal wurden Beschäftigte in Unternehmensprozesse integriert, erhielten die reale (!) Möglichkeit zur Partizipation und Integration. Zum anderen wurde die Ergebnisorientierung durch eine Prozessorientierung ergänzt: Ob Ergebnisvorgaben umsetzbar sind, ist nicht allein eine Problemstellung für Beschäftigte, sondern auch für Unternehmen. Statt einer Distanz zwischen Ausführenden und Steuernden ist hierfür eine wechselseitige Bezugnahme notwendig. Die konkreten Bedarfe und Erfordernisse von Arbeits- und Kooperationsprozessen sind zu berücksichtigen und dürfen nicht als beliebig anpassbar missverstanden werden. Nur so können Subjektpotentiale nachhaltig genutzt (ohne die typischen negativen Nebenfolgen) und kann bürokratischer bzw. formaler Overhead – der vielfältige direkte wie indirekte Kosten verursacht – vermieden werden.

Begleitend ist vom Konterkarieren des sozialen Kitts abzusehen. Hierfür ist es notwendig zu verstehen, dass das kooperative Miteinander in Betrieben und die hohe Eigenverantwortung vieler Beschäftigter nicht zum Nulltarif zu haben ist, sondern ein ebenso kooperatives Handeln der Arbeitgeberseite voraussetzt. Abgekehrt werden muss sich hierfür auch vom Menschenbild X, das Menschen per se als faul, übersteigert egoistisch und arbeitsunwillig abqualifiziert – nicht solche Menschen, sondern die Unterstellung, es gäbe sie in hoher Anzahl, verursacht immense Kosten und verunmöglicht flexibles Agieren. Das Menschenbild Y vermeidet demgegenüber einseitige Festlegungen auf Paradigmen von übersteigert egoistischen und ausschließlich materiellen Orientierungen. Stattdessen werden Ansprüche, die insbesondere – aber nicht nur (!) – von der Generation Y an die Arbeitswelt gestellt werden, aufgegriffen. Die Möglichkeit zum selbstorganisierten, kreativen Handeln zum Wohl des eigenen Arbeitsvermögens wie auch des Unternehmens ist dabei mindestens so hoch zu gewichten wie kurzfristige Kosten-Nutzen-Erwägungen. Überspitzt formuliert gilt es, dass Management von der Lösung von Problemen abzuhalten, die es ohne es nicht gegeben hätte.

Und schließlich hat sich in unseren Fallbetrieben bewährt, Interessensgegensätze offen anzusprechen. Auch jenseits vom Menschenbild X gibt es Interessen von Beschäftigten und Unternehmen, die sich entgegenstehen. Ein prominentes Beispiel hierfür ist die Entlohnungsfrage (als ein Moment des viel weiter reichenden Aspekts der Anerkennung). Vertrauensbasiert lassen sich solche Differenzen ansprechen und unter Berücksichtigung der hierfür wesentlichen Kriterien aushandeln, statt sie konfrontativ auszutragen.

Zusammengefasst sehen wir Chancen für Vertrauen als sozialen Regulationsmechanismus im Betrieb, in dem jenseits eines bloßen Add-ons oder gar Defizits Vorteile für Beschäftigte wie Unternehmen im Sinne einer Ermöglichungskultur liegen können – unter den hier skizzierten Voraussetzungen.

## Literatur

- Baier, A. 2001: Vertrauen und seine Grenzen. In M. Hartmann, C. Offe (Hg.), *Vertrauen: Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt am Main: Campus, 37–84.
- Beck, U., Lau, C. 2004: *Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Böhle, F., Pfeiffer, S., Sevsay-Tegethoff, N. (Hg.) 2004: *Die Bewältigung des Unplanbaren*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Böhle, F., Pfeiffer, S., Porschen-Hueck, S., Sevsay-Tegethoff, N. 2011: Herrschaft durch Objektivierung. Zum Wandel von Herrschaft in Unternehmen. In W. Bonß, C. Lau (Hg.), *Macht und Herrschaft in der reflexiven Moderne*. Velbrück: Weilerswist, 244–283.
- Böhle, F., Bolte, A., Huchler, N., Neumer, J., Porschen-Hueck, S., Sauer, S. (2014): *Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit. Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik jenseits formeller Regulierung*. Wiesbaden: VS Springer.
- Bolte, A., Porschen-Hueck, S. 2006: *Die Organisation des Informellen - Modelle zur Organisation von Kooperation im Arbeitsalltag*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dasgupta, P. 1988: *Trust as a Commodity*. In D. Gambetta (Hg.), *Trust*. Oxford: Blackwell.
- Diekmann, J., Petendra, B., Sauer, S., Schilcher, C., Ziegler, M. 2010: Dem Vertrauen auf der Spur. Die Rekonstruktion von Vertrauensverhältnissen in unternehmensübergreifenden Kooperationen. *Arbeits- und Industriesoziologische Studien*, 3. Jg., Heft 1, 39–50.
- Eisenblätter, M. 2009: GfK Vertrauensindex 2009. Internet: [http://www.gfk.com/imperia/md/content/presse/pm\\_trust\\_index\\_june\\_2009\\_dfin.pdf](http://www.gfk.com/imperia/md/content/presse/pm_trust_index_june_2009_dfin.pdf) (letzter Aufruf 25. Mai 2015).
- Hartmann, M. 2011: *Die Praxis des Vertrauens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Huchler, N. 2011: Ergebnissteuerung von Arbeit: Begrenzende Entgrenzung? Entgrenzung im Konzept sozialer Mechanismen. In M. Bolte, E. Bösl (Hg.): *Verflüssigung von Arbeit und Zeit. eBook des Promotionskollegs »Arbeit – Gender – Technik. Koordinaten postindustrieller Modernisierung« der Hans-Böckler-Stiftung*. Neubiberg: Universität der Bundeswehr München, 27–51.
- Huchler, N. 2013: *Wir Piloten. Navigation durch die fluide Arbeitswelt*. Berlin: Edition sigma.
- Huchler, N., Voß, G., Wehrich, M. (2007): *Soziale Mechanismen im Betrieb. Theoretische und empirische Analysen zur Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit*. München: Rainer Hampp.
- Huchler, N., Porschen-Hueck, S., Zeller, C. 2013: *Situiertes statt kalkuliertes Vertrauensverständnis – Neuordnung des Kontrollparadigmas. ARBEIT: Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik. Schwerpunktheft Vertrauen in Organisationen*. 22. Jg., Heft 1, Stuttgart: Lucius & Lucius, 47–59.
- Kleemann, F. 2012: *Subjektivierung von Arbeit – Eine Reflexion zum Stand des Diskurses. Arbeits- und Industriesoziologische Studien*, 5. Jg., Heft 2, 6–20.
- Kratzer, N. 2003: *Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen*. Berlin: Edition Sigma.
- Mayer, R. C., Davis, J. J., Schoorman, F. D. 1995: An integrative model of organizational trust. *Academy of Management Review*, 20. Jg., 709–734.
- Moldaschl, M., Sauer, D. 2000: *Internalisierung des Marktes - Zur neuen Dialektik von Kooperation und Herrschaft*. In H. Minssen (Hg.), *Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit*. Berlin: Edition Sigma, 205–224.
- Moldaschl, M., Voß, G. G. (Hg.) 2003: *Subjektivierung von Arbeit*. München: Rainer Hampp.
- Moosbrugger, J. 2012: *Subjektivierung von Arbeit: Freiwillige Selbstaussbeutung. Ein Erklärungsmodell für die Verausgabungsbereitschaft von Hochqualifizierten*. Wiesbaden: VS Springer.
- Müller, N. 2012: *Prekäre versus kreative Arbeitskultur im Prozess der Computerisierung*. In G. Koch, B. Warneken (Hg.), *Wissensarbeit und Arbeitswissen. Zur Ethnografie des kognitiven Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Campus, 299–319.
- Neumer, J. 2007: *Und täglich ruft das Meeting ... – Eine Fallstudie über die Ambivalenzen selbstgesteuerter Abstimmung im Unternehmen*. München: ISF München Forschungsberichte.

- Pongratz, H. J., Voß, G. G. 2003: *Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen*. Berlin: Edition Sigma.
- Sauer, D. 2005: *Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen*. Hamburg: VSA.
- Sauer, D. 2012: »Krise ist immer« – Zum Verhältnis von Finanz- und Wirtschaftskrise und betrieblicher Krise in Permanenz. *Sozialismus*, 39. Jg., Heft 1, 45–50.
- Trinczek, R. 2010: Betriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen. In F. Böhle, G. G. Voß, G. Wachtler (Hg.), *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag, 841–872.
- Williamson, O. 1993: Calculativeness, Trust, and Economic Organization. *Journal of Law and Economics*, 36. Jg., Heft 1, 453–486.



Ad-hoc-Gruppe »Warten in der Krise – Krisen des Wartens«  
– organisiert von Andreas Göttlich

# Wenn Emotionen zum Warten zwingen

## Paradoxien des Wartens im Kontext konfligierender Diskursfelder

Eva-Maria Bub

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Warten in der Krise – Krisen des Wartens« – organisiert von Andreas Göttlich*

### Warten als Zeiterfahrung

Mit Aussagen wie »Wir alle warten« werden die wenigen sozialwissenschaftlichen Texte zum Thema Warten häufiger eingeleitet. Nicht weit ist dann auch der Verweis zu Samuel Becketts »Warten auf Godot« oder auch der Hinweis, dass Warten ein soziales System mit jeweils eigenen informellen Regeln darstellt, wodurch es erst zu einem soziologisch relevanten Forschungsgegenstand wird (Mann 1969). Für die folgenden Ausführungen zentral ist hingegen die Zeiterfahrung, die mit dem Warten verknüpft ist (Paris 2001 in Anlehnung an Weigert 1981; Nassehi 2008).

Warten ist eine Geduldsprobe, unter Umständen mit Langeweile verknüpft und vor dem Hintergrund gegenwärtiger Beschleunigungsdiskurse auch die individuelle Lebensführung betreffend eine Zumutung. Es steht demzufolge diametral zum viel besprochenen Beschleunigungsimperativ innerhalb der Gegenwartsmoderne, wie er insbesondere von Hartmut Rosa beschrieben wird (Rosa 2009: 26; Rosa 2013; Nassehi 2008). Während Zeit innerhalb der sogenannten Beschleunigungsgesellschaft immer knapper bemessen wird, die Dauer von Handlungen und Prozessen stets verkürzt werden soll und die Subjekte sich stets unter Zeitdruck wähnen, stellt das Warten eine wie aus der Zeit gefallene (Un-)Tätigkeit dar. Es schränkt unser Aktivitätspotential erheblich ein und wirft uns auf oftmals nicht mehr existent wahrgenommene Abhängigkeitsverhältnisse zurück. Es ist das Ergebnis kollidierender Tempi, beispielsweise wenn wir schneller am Bahnhof sind als der Zug. Im Warten kehrt sich Beschleunigung in ihr Gegenteil. Warten entschleunigt und dies zumeist ungewollt.

Letzteres ist auch der soziologischen Forschungslandschaft nicht entgangen, wenngleich sie bislang lediglich auf spezifische Wartesituationen und -zusammenhänge fokussiert, wie etwa dem so genannten »Queuing« (Mann 1969; Mann 1970; Schwartz 1975; Schwartz 1978), dem Warten in institutionalisierten Warteräumen wie etwa Amtsfloren (Paris 2001) oder der Verbin-

derung zwischen Warten und sozialer Ungleichheit (Schwartz 1974)<sup>1</sup>. Die Beschränkung der Analysen auf diese spezifischen Formen des Wartens bringt in der Folge auch eine auf diese Formen beschränkte Perspektive auf das Warten hervor. Im Mittelpunkt des Interesses dieses Artikels stehen hingegen das Warten als Zeiterfahrung im Rahmen von Entscheidungsunsicherheiten und emotionalen Ambivalenzerfahrungen und die damit einhergehenden Paradoxien des Wartens. Bevor hierauf jedoch Bezug genommen wird, führe ich zunächst meinen Warte-Begriff in Abgrenzung zum Zögern und im Anschluss an den eigenen Forschungskontext ein. Die hierauf aufbauenden weiteren Analysen des Wartens werden in der Gegenwartsmoderne eingebettet, die zum einen als eine »Kultur der Selbstständigkeit« (vgl. Neckel, Wagner 2014 in Anlehnung an Voß, Pongratz 1998) umschrieben wird, inklusive einer Diskursivierung des Subjekts als authentisches Selbst, und zum anderen durch diverse Beschleunigungsimperative gekennzeichnet ist (Rosa 2011). Hierbei handelt es sich im Zusammenhang mit Warten im Kontext von Entscheidungsunsicherheiten und emotionalen Ambivalenzerfahrungen um durchaus konfligierende, jedoch gleichermaßen sozial wirkmächtige Diskursfelder mit paradoxen Folgen für die Wartenden.

Im Vordergrund der Analyse stehen damit weniger eine Genealogie verschiedener diskursiver Praktiken, die beim Warten in Entscheidungsunsicherheiten ihre Wirkmacht entfalten, als vielmehr jene Widerstände, die sich auf Grund konfligierender Diskurse beim Warten für die Subjekte ergeben. Dabei gehe ich von einem weder determinierten noch dezentralisierten Subjekt aus und lehne mich an das »postsouveräne Subjekt« Judith Butlers an (Butler 1998: 198)<sup>2</sup>.

## Rainer Paris: Warten auf Amtsfluren

Eine zentrale Arbeit zum Thema Warten lieferte Rainer Paris. Mit dem Anspruch ein zwar spezielles Thema gewählt zu haben, hieraus jedoch allgemeine Schlussfolgerungen ziehen zu können (Paris 2001: 705), gruppieren sich um die Analyse des »Warten[s] auf Amtsfluren« umfassende Erkenntnisse, die als sensibilisierende Konzepte auch in meine Analysen eingehen. Dieser Text dient mir demzufolge als Grundlage für alle weiteren sich anschließenden Analysen und wird hier in den für mich relevanten Aspekten kurz rezipiert.

Paris benennt in diesem Zusammenhang fünf grundlegende Strukturmerkmale des Wartens. Eines dieser fünf Strukturmerkmale ist die *Zeit*. Zeit gilt im Zusammenhang des Wartens als »überpräsent«. Sie verwandelt sich im Akt des Wartens in »Erlebniszeit« im Unterschied zur sonstigen, weniger präsenten Zeiterfahrung. Zeit wird im Warten zur unsinnig vertanen Zeit und

<sup>1</sup> Einen Überblick zur aktuellen Forschungsliteratur gibt Andreas Göttlich: <http://www.soziologie.uni-konstanz.de/forschung/weitere-forschungsbereiche-und-forschungsaktivitaeten/dfg-projekt-warten-zur-erforschung-eines-sozialen-alltagsphaenomens/literatur/> (Zugriffsdatum: 18.03.2015) ebenso wie Alfred Bellebaum (2014).

<sup>2</sup> »Als Handlungsmacht eines postsouveränen Subjekts ist sein diskursives Vorgehen von vorneherein umschrieben, kann aber auch wieder neu und in unerwarteter Form umschrieben werden.« (Butler 1998: 198). Der jeweilige Eigensinn entfaltet sich demnach ebenso in einem bestimmten Diskursfeld, der wiederum mit anderen Diskursen in Konflikt geraten kann. So entstehen Gegenkräfte: Indem das Subjekt sich einer bestimmten Anrufung widersetzt und eine andere Subjektposition als die Angerufene einnimmt, werden wiederum neue Subjektivierungsregime produziert (Bröckling, Krasmann 2010: 30).

damit schnell zu Zeitdruck verkehrt (Paris 2001: 706). Sie soll tunlichst verstreichen und das Warten schnellstmöglich beenden. Zeit kommt beim Warten so eine neue Relevanzstruktur zu: »Sie ist nicht mehr nur unbefragte Qualität des Handelns und Erlebens, ein beständiges Herabsinken der Jetztpunkte in ein Kontinuum von Vergangenheiten [...], sondern wird darüber hinaus explizites Thema der Situation« (Paris 2001: 706 in Anlehnung an Husserl 1966: 27f).

Ein weiteres Strukturmerkmal des Wartens ist die *Zielgerichtetheit und Ereignisorientierung*. Es verweist auf die »teleologische Struktur« des Wartens (Paris 2001: 707). Der Eintritt des herbeigesehnten Ereignisses markiert sogleich den Zweck sowie den Endpunkt des Wartens. Womit das dritte Strukturmerkmal – die *erzwungene Passivität* – bereits angedeutet ist. Auf etwas zu warten bedeutet, der Handlungsmacht kurzzeitig verlustig zu werden. Es liegt außerhalb des eigenen Einflussbereichs, wann das Warten als beendet erklärt werden kann. Insofern verbleibt Warten passiv. Wann also die Ärztin nach ihrer Patientin ruft, bleibt nicht nur offen, sondern obliegt auch der Ärztin und nicht der wartenden Patientin. Tätigkeiten während des Wartens werden in der Folge zu »Nebenengagements« degradiert, zum von außen auferlegten Zeitvertreib oder in den Worten Paris« zu »Aktivitäten innerhalb dominanter Passivität« (Paris 2001: 708). Nach Paris handelt es sich hierbei auch um kein sinnvolles Handeln, sondern lediglich um Beschäftigung, denn »[V]on echtem Zeitvertreib, Arbeit oder Vergnügen unterscheiden sich diese Aktivitäten durch ihre nachrangige Gewolltheit« (Paris 2001: 708).

Als weiteres Strukturmerkmal wird die *Isolation bzw. Selbstbezogenheit* der Wartenden angeführt. So wartet jeder für sich allein: »Obwohl alle das gleiche tun, ist der andere präsent nur als Nebenmensch, ein abstraktes, austauschbares Individuum« (Paris 2001: 708). Eine Vergemeinschaftung der Wartenden findet nur selten statt. Mit *Abhängigkeit und Kontingenz* beschließt Paris die Liste: »Obwohl keineswegs immer im Kontext asymmetrischer Machtbeziehungen situiert, ist das Warten stets die Erfahrung einer fundamentalen Ohnmächtigkeit, das Bewusstwerden der Grenzen und Begrenztheit unseres Tuns, der Limitierung des Handelns durch das Widerfahrnis« (Paris 2001: 710). Warten bedeutet in diesem Sinne ein Agency-Verlust, verdeutlicht uns unsere Abhängigkeit von anderen und entschleunigt, indem es uns unsere Handlungsspielräume erheblich einschränkt. Abhängigkeit und Kontingenz bilden in diesem Sinne auch den Rahmen für die zuvor erwähnte Passivität des Wartens.

Paris« Anspruch des Allgemeinen im Speziellen erfüllt sich also, wie dieser kurze Überblick zeigt. Dennoch befasst er sich, wie bereits erwähnt, lediglich mit einer bestimmten Dimension des Phänomens: jenen Formen des Wartens im Kontext bürokratischer Einrichtungen analog zu Wartesituationen in Arztpraxen oder Bahnhöfen. Dennoch dient mir die Referenz zu Paris« Arbeit als wichtige Grundlage. Gemäß der Methode des kontinuierlichen Vergleichs, wie sie von Everett C. Hughes mit der Frage »How is a priest like a prostitute?« eingeführt wurde (Hughes 1970), liefert auch hier der Vergleich zwischen dem Warten auf Amtsfuren und dem Warten im Zusammenhang mit Entscheidungsunsicherheiten weitere Erkenntnisse im Kontext meiner Forschung, weshalb an der Stelle kurz auf Paris« programmatischen Essay eingegangen wurde.

## Forschungskontext: »Falls ihr mich sucht, ihr findet mich im Zwiespalt«<sup>3</sup>

Zahlreiche Zeitdiagnostiker\_innen sprechen im Zusammenhang mit der Gegenwartsmoderne von einer zunehmenden Erosion von Entscheidungssicherheiten, einem damit einhergehenden Werte- und Normenpluralismus und der Diversifizierung dessen, was sozial anerkannt wird. Handeln und Entscheiden in Handlungskrisen muss demnach nahezu zwangsläufig nach anderen Kriterien ausgerichtet werden. In der Folge rückt das Selbst<sup>4</sup> als handlungsleitende Instanz in den Fokus der individuellen Aufmerksamkeit und die Subjekte dürfen sich als selbstzuständig zur Überwindung der Kontingenz begreifen. Im Sinne einer begrenzten Konvergenzthese der vielen sich um wechselseitige Abgrenzung bemühenden Zeitdiagnosen wird im Folgenden die Gegenwartsmoderne daher als eine Kultur der Selbstzuständigkeit (vgl. Neckel, Wagner 2014 in Anlehnung an Voß, Pongratz 1998) gefasst, die auf die Frage, wie im Kontext von Kontingenz selbstzuständig entschieden werden soll, bereits eine für die weiteren Ausführungen zentrale Antwort gefunden hat.

Zur Erreichung von Entscheidungssicherheit geht mit der Kultur der Selbstzuständigkeit eine bestimmte Diskursivierung des Emotionalen als verleiblichte Positionierung einher. Emotionen werden so zu »authentische Signifikanten« (Frevert 2009: 186) stilisiert und Authentizität vermittelt durch Emotionen zur hegemonialen Subjektivierungsform und sinnstiftenden Handlungslogik in ebenjener Gegenwartsmoderne (Bröckling 2007: 27f.; Hahn 1987; 1997; Castel 1987). Emotionen geraten so mehr und mehr zu »new ›senses‹ of the modern self« (McCarthy 2002: 33), was wiederum der abermals diskursiv vermittelten Konzeption der Emotionen als von äußeren, zivilisatorischen Einflüssen unabhängige leibliche Repräsentationen geschuldet ist. Zwar haben Authentizitätsanrufungen nicht erst in der Gegenwartsmoderne Hochkonjunktur, jedoch lässt sich aktuell eine Verschiebung der Gründe für die Authentizitätsanrufung beobachten. Während Authentizität in den 1970er Jahren noch als ein Akt der Befreiung von Unterdrückung, kapitalistischer Kälte und den die freie Entfaltung hemmenden Traditionen galt (vgl. Reichardt 2008), wird Authentizität innerhalb der Kultur der Selbstzuständigkeit zu einer »strukturell bedingte[n] Notwendigkeit« (Winkel 2006: 288). Diskurse um Authentizität entfalten also eine Wirkmacht, da im Kontext der gegenwärtigen Kontingenz keine anderen legitimen Entscheidungshilfen außer der Anerkennung des Handelns aus dem Inneren heraus zur Verfügung stehen.

Basierend auf dieser theoretischen Grundlegung wurde im Kontext der weiteren Analysen der Frage nachgegangen, was eigentlich passiert, wenn im Kontext von Kontingenz die eigenen Emotionen nicht handlungsleitend wirken, da sie nicht klar eingeordnet werden können; sie sich also als ambivalent erweisen. Sehr nahe liegend wäre in diesem Zusammenhang eine Anknüpfung an Alain Ehrenbergs Analysen eines erschöpften oder auch depressiven Subjekts als Folge dieser Entwicklungen (Ehrenberg 2004). Und tatsächlich weisen weite Teile der Ambivalenzforschung in eine ähnliche Richtung und heben in ihren Analysen insbesondere die überfordernenden Aspekte von Ambivalenzerfahrungen hervor. Stets gilt es Ambivalenzen zu überwinden

<sup>3</sup> Der Titel ist inspiriert durch eine Postkarte [www.filosophieshop.de/images/product\\_images/original\\_images/fes1729-zwiespaltvs.jpg](http://www.filosophieshop.de/images/product_images/original_images/fes1729-zwiespaltvs.jpg) (letzter Aufruf 10. Mai 2012)

<sup>4</sup> Das Selbst wird hier und im Anschluss an Alois Hahn als ein in der subjektiven Wahrnehmung von sozialen Einflüssen unabhängiger, autonomer Wesenskern verstanden, auf dessen Suche sich die Subjekte machen sollen, um so Handlungssicherheit zu generieren (Hahn 1987).

oder zu bewältigen; eine Ambivalenztoleranz muss erst entwickelt werden und so wird die Ambivalenz auch zur Herausforderung eines sich nach Eindeutigkeit sehnenenden Subjekts (vgl. u.a. Jekeli 2002; Gould 2001). Meine Forschungsergebnisse verweisen jedoch im Kontext von Entscheidungsunsicherheiten auf ein anderes Ergebnis. Demzufolge kann die emotionale Ambivalenz als eine durchaus ambivalent wahrgenommene Emotion betrachtet werden, die die Subjekte in die Lage versetzt sich eigensinnig zu den zuvor beschriebenen Diskursen um Authentizität aber auch Beschleunigung ins Verhältnis zu setzen. Am Beispiel des Wartens in der emotionalen Ambivalenz wird dies besonders gut deutlich.

Die folgenden Ausführungen stellen demzufolge das Ergebnis einer Emergenz des Wartens als analytisches Konzept im Rahmen der Auseinandersetzung mit emotionalen Ambivalenzen im Kontext der Kultur der Selbstzuständigkeit dar<sup>5</sup>. Dabei von Warten zu sprechen ist jedoch durchaus erklärungsbedürftig und auf den ersten Blick möglicherweise kontraintuitiv, denn gemeinhin zögern die Subjekte in der emotionalen Ambivalenz.

## Warten in der emotionalen Ambivalenz?

Dem Zögern liegt nach Paris im Unterschied zum Warten, das von außen veranlasst ist, eine innere Handlungshemmung zu Grunde (Paris 2001: 707). Konstitutiv für die Differenzierung und Abgrenzung ist demzufolge der Gegensatz zwischen Innen und Außen. Bei emotionalen Ambivalenzen handelt es sich auf den ersten Blick ohne Zweifel um eine innere Handlungshemmung, jedoch schließt sich die Frage an, inwiefern Emotionen überhaupt je von äußeren Umständen und Einflüssen unabhängig betrachtet werden können. Der Perspektive Sighard Neckels folgend, stellen Emotionen »leiblich vermittelte Bewusstseinszustände [dar], in denen sich die sinnhaften Deutungen der erlebten sozialen Wirklichkeit dokumentieren« (Neckel 2006: 133.). Ebenso verdeutlicht Andreas Reckwitz« Geschichte der Subjektkulturen, dass die moderne Kultur stets Subjekte mit bestimmten Dispositionen sowie bestimmten kognitiven und emotionalen Innenwelten hervorbrachte (Reckwitz 2010: 35ff.). Emotionen sind also von Kultur nicht zu trennen und haben damit auch als innere Handlungshemmung eine äußere Veranlassung.

Auch aus Sicht der Subjekte gelten die Grenzen zwischen innen und außen als fließend. Emotionen repräsentieren aus dieser Perspektive sowohl einen inneren Bewusstseinszustand als auch etwas ihnen Äußerliches, das sie überwältigt. Emotionen werden so gewissermaßen externalisiert. Auch mit ihnen geht dementsprechend ein Verlust der eigenen Handlungsmacht einher. Die Paris'sche Konzeption von Innerlichem und Äußerlichem als distinkt und konstitutiv für die Definition des Wartens kann also in Frage gestellt werden. Darüber hinaus wird auch beim Zögern *auf* etwas gewartet; darauf, dass sich die so genannte »innere Handlungshemmung« (auf)löst. Insofern erscheint die vorgenommene Differenzierung zwischen Zögern und

---

<sup>5</sup> Es handelt sich hierbei um eine qualitative Studie im Rahmen meiner Dissertation, in der insgesamt 15 narrative Interviews zum Thema Zwiespalt und emotionale Ambivalenz geführt wurden. Diese wurden entlang der Leitlinien der Grounded Theory in der Konzeption Anselm Strauss' und Juliet Corbins analysiert (Strauss, Corbin 1996). Diese wurde des Weiteren durch eine Metaphernanalyse ergänzt (Lakoff, Johnson 1980; Schmitt 2003).

Warten eher analytischer Natur, die sich empirisch weniger manifestiert und damit die Betrachtung des Wartens im Zusammenhang mit Entscheidungsunsicherheiten als Warten legitimiert.

Des Weiteren impliziert Zögern im Zusammenhang mit Entscheidungssituationen, dass lediglich die Entscheidungsumsetzung verzögert wird, die Entscheidungsunsicherheit selbst jedoch als überwunden gelten kann. Letzteres ist im Rahmen der emotionalen Ambivalenz nicht gegeben.

Die Losung scheint zunächst also einfach: Wer auf Grund einer emotionalen Ambivalenzerfahrung basierend auf einer Entscheidungsunsicherheit nicht entscheiden kann, entscheidet zunächst nicht und wartet bis sich die Entscheidungsunsicherheit und damit auch die emotionale Ambivalenz auflöst. Die Entscheidung wird demnach nicht verzögert und auch nicht erwartet oder abgewartet als Grenzfälle des Wartens<sup>6</sup>, sondern es wird schlicht gewartet. Die Subjekte verbleiben in diesem Sinne zunächst passiv, was das Warten weiter als Warten qualifiziert. Bei näherer Betrachtung erweist sich jedoch auch diese für das Warten konstitutive Unterscheidung zwischen aktiv und passiv als obsolet, denn während des Wartens geschieht einiges, das nicht nur als Nebentätigkeit betrachtet werden kann. So üben sich die Subjekte im Warten beispielsweise darin, die konfligierenden diskursiv vermittelten Ansprüche um Authentizität und Beschleunigung der Entscheidungsfindung innerhalb der Kultur der Selbstzuständigkeit miteinander zu vereinbaren. In der Folge gilt das Warten in der emotionalen Ambivalenz innerhalb der Kultur der Selbstzuständigkeit den Subjekten als einzige Lösung zur Bewältigung ihrer Entscheidungsunsicherheit und wird gleichermaßen zum krisenhaften Moment.

## Warten als Lösung innerhalb der Kultur der Selbstzuständigkeit

Gemäß der in der Einleitung angedeuteten Definition des Wartens als das Ergebnis konfligierender Tempi, sind es an der Stelle die emotionalen Ambivalenzen, die als widerständiges Kraftfeld in Erscheinung treten und einer im Sinne der Beschleunigung schnellen Entscheidungsfindung zu wider laufen. Dabei gilt: Wo Diskursregime an den Erlebniswelten der Subjekte vorbei regieren, werden sie bekanntermaßen freigesetzt und Gegenkräfte kommen zur Entfaltung. Während also eine beschleunigte Entscheidungsfindung in der emotionalen Ambivalenz nicht möglich scheint, dann zumindest eine authentische. Das Warten in der emotionalen Ambivalenz trägt demnach der Diskursivierung der Emotionen als authentische Signifikanten innerhalb der Kultur der Selbstzuständigkeit Rechnung, durch welche wiederum das Warten bis zur Erlangung von Klarheit zur logischen Konsequenz der emotionalen Ambivalenz wird. Die Subjekte folgen im Warten also einem diskursiven Anspruch und negieren hierdurch zugleich einen anderen mit paradoxen Folgen für die Wartenden.

Vor diesem Hintergrund muss allerdings auch die nach Paris für das Warten konstitutive Passivität und die Degradierung der Handlungen im Rahmen des Wartens als Nebenengagements neu betrachtet werden. So steht zwar auch bei meinen Interviewpartner\_innen das Warten auf Klarheit, die sich aus ihrer Sicht irgendwann von selbst einstellen wird, im Vordergrund

---

<sup>6</sup> »Beides, sehnsüchtiges Erwarten und gelassenes Abwarten, sind keine Arten des Wartens, sondern Grenzfälle, in denen der Vorrang der Zeit suspendiert und die Intensität des Wartens zurückgeschraubt ist.« (Paris 2001: 714)

des Wartens, jedoch werden in diesem konzeptionellen Rahmen der sich von allein einstellenden Eindeutigkeit zahlreiche Anstrengungen zur Erlangung derselben unternommen, um die Wartezeit zu verkürzen. Das Warten selbst wird also gewissermaßen latent beschleunigt.

Die für das Warten im Sinne Paris' konstitutive Passivität drückt sich im Rahmen der Interviews also wie folgt aus: »die Klarheit kristallisiert sich erst irgendwann raus. die ist nicht in einem Moment da, die ist irgendwann später da. und das ist halt dann dieses Hinnehmen zu sagen, ich bin noch nicht klar, ich brauche da noch Zeit für mich« (Anna). Die eigenen emotionalen Ambivalenzen zu akzeptieren, sie auszuhalten und geduldig auszuharren, bis sie sich auflösen und so wieder Handlungssicherheit auf Grund eindeutiger Emotionen entsteht, wird zunächst mit einem eher passiv scheinenden Prozess des Sich-Heraus-Kristallisierens, das heißt des Sich-eigenständig-Erhärtens gleichgesetzt. Auch hier wird also *auf* etwas gewartet, das dieser Perspektive zunächst folgend außerhalb des eigenen Einflussbereichs liegt. Die Interviewpartner\_innen betrachten sich als gleichermaßen passiv gegenüber und abhängig von ihren eigenen Emotionen. Klarheit wird so zu einem sich schicksalhaft einstellenden Zustand und an der Stelle weniger als etwas betrachtet, das selbst erarbeitet werden kann. Auch hier erfordert Warten demnach Geduld und ist in der Hinsicht passiv, als dass auch bei dieser Form des Wartens kein Voranschreiten durch Handlungen möglich scheint. Es ist damit mit einer Ziel- und Ereignisorientierung verknüpft und kohärent mit dem Paris'schen Begriff des Wartens. Dem gegenüber stehen jedoch die bereits erwähnte ambigüe wahrgenommene Zeit und die damit einhergehenden aktiven Problembearbeitungsmodi. Zeit gilt demnach den Subjekten als einziger Heilsbringer. Auf der anderen Seite wännen sich die Subjekte in der emotionalen Ambivalenz auch unter Zeitdruck, eine Entscheidung zu treffen.

So verrinnt auch im Rahmen des Wartens in der emotionalen Ambivalenz die Zeit unaufhörlich ungenutzt. Sie läuft im Bewusstsein, dass die Wartezeit nicht ewig ausgedehnt werden kann, insbesondere dann nicht, wenn von der Entscheidung noch andere Akteure abhängen, gewissermaßen gegen die Subjekte. Insofern wartet das Subjekt in der emotionalen Ambivalenz nicht ausschließlich nur für sich allein. Es ist zugleich wartendes und warten lassendes Subjekt.

Dass im Zusammenhang mit emotionalen Ambivalenzen nicht entschieden werden kann, liegt wiederum an der Bedrohlichkeit der Entscheidung und ihrer Konsequenzen. Die Entscheidung *abzuwarten* ist in diesem Sinne also ein bequemer Ausweichakt. Im Warten emanzipieren sich die Subjekte demnach vom Entscheidungsdruck innerhalb der Kultur der Selbstständigkeit und nutzen den Authentizitätsimperativ eigensinnig für die eigenen Zwecke, indem die emotionale Ambivalenz und die damit einhergehende Unentschiedenheit als authentischer Signifikant des eigenen Selbst Anerkennung findet. Das Warten wird so zur Lösung der Entscheidungsunsicherheit, die es vorübergehend erlaubt, ebenjene Entscheidungsunsicherheit nicht aufzulösen. Gleichzeitig kann die Entscheidung auch nicht mehr länger *erwartet* werden, da das zu lange Ausharren in der emotionalen Ambivalenz die eigene Ambivalenztoleranz übersteigt und den Zeitdruck im Warten erhöht. Vor diesem Hintergrund wird eine Entscheidung im Kontext der emotionalen Ambivalenz auch nicht einfach erwartet oder abgewartet, sondern das Warten in der emotionalen Ambivalenz liegt zwischen diesen komplementären Polen. In diesem Sinne wird das Warten auf Klarheit immer wieder durch diverse Anstrengungen zur Erlangung von Eindeutigkeit ergänzt. Es handelt sich hierbei um mehr als um Nebenengagements im Warten. Es geht dabei um die nähere Ergründung des Handlungsproblems selbst, mit dem Ziel, dieses



aufzulösen, jedoch paradoxerweise innerhalb der konzeptionellen Rahmung, dass dieser Ereigniseintritt letztlich nicht forciert und weiter gewartet werden muss. Dennoch werden Anstrengungen unternommen die Selbstentdeckung – die Erfüllung des diskursiv vermittelten Anspruchs der authentischen Entscheidungsfindung – zu beschleunigen. Das Warten in der emotionalen Ambivalenz wird so zu einem Muster sub-inkrementalistischen Entscheidens, wie es unter anderem Uwe Schimank beschreibt (Schimank 2005: 405).

In diesem Sinne ist mit »[W]arten [...] nicht etwa gemeint, sich so lange nicht mehr um die Entscheidungssituation zu kümmern, bis sich etwas tut, was dann eine Entscheidungsgrundlage bietet [...] sondern das [W]arten besteht aus einem fortwährenden genauen Beobachten der Situation, um »aufspüren« zu können, wohin es geht« (Schimank 2005: 411). Die Phase des Wartens wird so also zu einer Phase des Sich-Auseinander-Setzens und Orientierens im Sinne eines Sich-Wieder-Neu-Verortens und Findens und ist an den Versuch geknüpft, die Wartezeit zu verkürzen. Es soll eben nicht nur passiv ausgeharrt werden, bis sich Eindeutigkeit von selbst einstellt, sondern zum Warten zählen so dann auch Prozesse des Immer-Wieder-»Für-Und-Wider-Abwägen[s]«, wie Anna beschreibt, jedoch ohne eindeutigen Ausgang, da sich auch hierdurch die Komplexität der Ambivalenz auslösenden Entscheidung nicht reduziert.

Um also beiden hier verhandelten diskursiven Ansprüchen Genüge zu tun, wird entgegen der Idee der Handlungsorientierung als Widerfahrnis das Warten zum Rahmen einer aktiven Tätigkeit der Verortung; eine Suche also, die ohne Ergebnis zwar lediglich der Beschäftigung dient, jedoch abermals die so eindeutig scheinende Grenze zwischen aktiv und passiv als konstitutiv für das Warten in Frage stellt. Die Wartezeit wird so zur wichtigen Sondierungszeit einer dem Authentizitätsimperativ unterworfenen Entscheidungsfindung ohne letztlich eine Entscheidung treffen zu müssen und findet Legitimation in der emotionalen Ambivalenz selbst. Doch was passiert, wenn sich trotz aller Bemühungen im Warten das so genannte »window of opportunity« nicht auftut? In diesem Fall wird das Warten selbst zum handlungsgenerierenden Moment und der diskursive Anspruch einer schnellen Entscheidungsfindung übernimmt wieder die Oberhand. Die Nichterfüllung des einen diskursiven Anspruchs im Warten führt also zur Zuwendung zum anderen, wie der nachfolgende Abschnitt aufzeigt.

## Warten als Krise innerhalb der Kultur der Selbstständigkeit

Warten als eine von den eigenen Emotionen auferlegte Phase des Sich-Orientierens impliziert zunächst, wie bereits aufgezeigt, kein sich in Handlungen manifestierendes Voranschreiten. In Zeiten des Sich-Permanent-Gewahr-Seins wird also innehalten, um sich überhaupt gewahr werden zu können, zu einer unmittelbaren Konsequenz desselbigen. Warten innerhalb von Handlungskrisen gerät also zu einem Phänomen des Stillstands und persönlichen Wachstums zugleich und erlaubt dabei eine Offenheit und Flexibilität, die so lange als positiv bewertet wird, bis die eigene Ambivalenztoleranz – die individuelle Grenze des Aushaltens des Gegensätzlichen im Gleichzeitigen – nicht überschritten wird. Gerade weil Warten kein sich in konkreten Handlungen manifestierendes Voranschreiten impliziert, bedeutet es zum einen, sich dem Entscheidungs- und Zeitdruck in der emotionalen Ambivalenz vorübergehend zu entziehen, aber zum

anderen auch einen schmerzlichen Zustand des Verharrens in Unsicherheit und Stillstand in einer sich beschleunigenden Welt. Während das Warten in der (Handlungs-)Krise eine also durch die eigenen Emotionen legitimierte willkommene Auszeit vom Entscheidungsdruck darstellen kann, kann es selbst zu einem krisenhaften Moment eines sich nach Eindeutigkeit und damit Fortgang strebenden Subjekts werden, wie folgendes Zitat aufzeigt:

»ich glaube, dass ich nicht mehr wochen lang darüber nachdenken werde. also ähm ich glaube den / ich glaube auch dass ich diesen zwiespalt gar nicht mehr länger mit mir / so viel länger mit mir rum tragen kann. das ist einfach so (--) wahnsinnig anstrengend ist, dass es mich quasi zu einer entscheidung zwingt. also das / ich kann das nicht mehr lange so machen.« (Jessica).

Hier gerät das Warten selbst zum handlungsgenerierenden Moment, da es als zu *anstrengend* empfunden wird. Das vorübergehende *laissez faire* in der emotionalen Ambivalenz weicht einem erneuten Handlungs-, Entscheidungs- und vor allem Zeitdruck. Doch was macht das Warten zu einer derart anstrengenden Phase, die in diesem Fall das Setzen eines Endpunkts auch fernab des Authentizitätsimperativs regelrecht erzwingt? Eine Ergründung dieser Frage wird vor allem durch die Analyse der verwendeten Metaphern zum Thema möglich.

Das Warten in der emotionalen Ambivalenz wird in diesem Zusammenhang mit *im Kreis drehen*, als *Endlosschleife*, als *in einer Zeitspule fest hängend* oder als sich in *einem rotierenden Kreisel befindend* umschrieben. Das Warten im Zwiespalt erscheint in diesem Sinne also zirkulär, wie in den unterschiedlichen Kreis-Metaphern deutlich wird. Kreise bieten keinen Ausgang. Es gibt keinen klar definierten Start- und Endpunkt. Sich im Kreis zu drehen suggeriert zudem, ohne erkennbaren Fortschritt immer wieder an den jeweiligen Ausgangspunkt zurückzukehren. Es verdeutlicht den infiniten Regress des Zwiespalts. Kreiseln impliziert zudem Schwindelgefühle und eine damit einhergehende Orientierungslosigkeit; das Gegenteil also von Stabilität und Sicherheit. Es führt zu keinem Ergebnis; zu keiner Entscheidung. Die Metapher *des rotierenden Kreisels* erweitert die Kreis-Metapher um eine weitere Dimension: Aus dieser Sicht ist das Sich-Im-Kreis-Drehen nicht selbstgewählt, sondern eine den Subjekten auferlegte Bürde. Es verdeutlicht abermals den wahrgenommenen Verlust der Handlungsmacht, denn ein Kreisel kann nur durch etwas Äußeres gestoppt werden. Diesen Metaphern folgend bedeutet Warten in der emotionalen Ambivalenz auch Stillstand in der Bewegung.

Die mit der emotionalen Ambivalenz weiter einhergehende ambigüe Situationsdeutung drückt sich auch in den metaphorischen Umschreibungen des Wartens als *Niemandsland* und *Vakuum* aus. Die Metapher *Niemandsland* vergegenwärtigt die Offenheit der Situation sowie den Kampf um Zugehörigkeiten, Besitztümer und damit im übertragenen Sinne definitorische Klarheit. Das Vakuum als luftleerer Raum hingegen umschreibt in diesem Sinnzusammenhang einen entscheidungsleeren Raum. Ein Raum ohne Anhaltspunkte, in dem das Subjekt letztlich erstickt bzw. erdrückt wird.

Ist die individuelle Ambivalenztoleranzgrenze also überschritten, kann die Beendigung des Wartens nur noch schwer abgewartet werden und der Zeitdruck nimmt im Unterschied zur Erfüllung des Authentizitätsimperativs überhand. Das Warten wird so zur Krise, die auch den Authentizitätsanspruch der Entscheidung unterminiert bzw. ad absurdum führt, denn wieder sind es nicht die Subjekte, die sich für das Warten und später für dessen Ende entscheiden, in Form einer regelrechten Irgendwie-Entscheidung, sondern ihre Überforderungs- und Unsicher-

heitsgefühle. Das heißt die zunächst noch souveräne Suche nach einem authentischen Selbst im Rahmen des Wartens in der emotionalen Ambivalenz wird durch zunehmenden Zeitdruck unterbrochen. Statt einer aus dem Inneren kommenden Entscheidung steht nunmehr das Entscheiden um des entscheiden Willens im Fokus der Aufmerksamkeit der Subjekte. Die emotionale Ambivalenz will nicht mehr authentisch überwunden werden, sondern nur noch überwunden werden. Die Freiheiten, die die Diskurse um Authentizität und Selbstverwirklichung versprechen, geraten so abermals zu einem Selbst-Determinismus, wie auch Sylvia M. Wilz im Zusammenhang mit Emotionen hervorhebt: »Nicht ich entscheide – es entscheidet mich (oder: Ich entscheide nicht, ich bin schon entschieden).« (Wilz 2009: 108). Und so entscheiden im Lichte der Beschleunigung am Ende der emotionalen Ambivalenz auch die eigenen Überforderungsgefühle über die Überwindung der selbigen.

## Paradoxien des Wartens in der emotionalen Ambivalenz

Die vorangegangenen Ausführungen verorteten das Thema Warten im Zusammenhang mit Entscheidungsunsicherheiten und emotionalen Ambivalenzerfahrungen in den konfligierenden Diskursfeldern einer Kultur der Selbstzuständigkeit mit ihren Authentizitätsimperativen und Beschleunigungsansprüchen auch die eigene Lebenszeit betreffend. Die Subjekte werden in diesem Kontext dazu aufgerufen, ihre Lebenszeit nicht zu vergeuden, sie mit Sinn zu füllen und dabei stets authentisch zu bleiben. Im Zusammenhang mit emotionalen Ambivalenzen im Kontext einer Entscheidungsunsicherheit ist eine emotionsbasierte authentische Entscheidung zunächst nicht möglich. Emotionen erscheinen hier als ein Phänomen, deren Eigenzeit mit dem sozial erwünschten Tempo kollidiert. Das Warten stellt eine Folge dieser Kollision dar und findet Legitimation in einer Gegenwartsmoderne, in der die eigenen Handlungen und Entscheidungen stets authentisch sein sollen. Insofern ist es nunmehr konsequent, auch die emotionale Ambivalenz als Handlungsorientierung anzuerkennen und dementsprechend sich dafür zu entscheiden, zunächst nicht zu entscheiden, sondern zu warten, bis die emotionale Ambivalenz einer eindeutigen Emotion weicht. Die emotionale Ambivalenz legitimiert also das Warten und unterminiert dabei zumindest vorübergehend jegliche Beschleunigungsansprüche. Auch das Warten in der emotionalen Ambivalenz entschleunigt demzufolge. Es bedeutet Zeitgewinn im Sinne von Sondierungszeit bei jedoch gleichzeitigem Zeitverlust im Sinne von Lebenszeit. Es ist demnach Lösung und Krise zugleich. In jedem Fall kann es als *Übergang* zwischen dem Handlungsproblem und der Entscheidung in Form des zunächst Unentschiedenen betrachtet werden. Es ist demzufolge nicht zwingend als Problem zu verstehen, sondern stellt vielmehr die vorübergehende Lösung des Sich-Nicht-Entscheiden-Könnens, aber damit auch Nicht-Müssens dar. In einer Situation, die so komplex ist, dass es keine einfachen Lösungen gibt, entsteht also die komfortable Situation, sich innerhalb der Kultur der Selbstzuständigkeit vom Entscheidungs- und Beschleunigungsdruck durch die emotional legitimierte Unentschiedenheit zumindest vorübergehend zu emanzipieren, womit eine weniger pessimistische Perspektive auf das Warten aber auch der (emotionalen) Ambivalenz generiert werden konnte.

Darüber hinaus konnten dem Thema Warten weitere Dimensionen hinzugefügt werden. Andere hingegen wurden in ihrem für das Warten konstitutiven Charakter in Frage gestellt. So lassen sich die vorgenommenen Distinktionen zwischen Zögern und Warten ebenso zwischen Erwarten, Warten und Abwarten in diesem Zusammenhang nicht länger aufrechterhalten. Warten, stets verbunden mit der Idee, dass uns etwas oder jemand warten lässt, konnte durch das Warten auf Grund von Emotionen ergänzt werden. Hierbei handelt es sich um ein Warten, das durch das eigene Innere veranlasst betrachtet werden muss und den Subjekten dennoch äußerlich ist. Insofern ist Warten auch nicht ausschließlich mit Machtlosigkeit verknüpft zu denken: Es impliziert in der emotionalen Ambivalenz zunächst ein bewusstes *laissez faire*, gefolgt von einem krisenhaften Moment des Verharrens in Unsicherheit, der dann wiederum abgelöst wird durch die Zurück-Erlangung der eigenen Agency in Form einer endgültigen Entscheidungsfindung und damit der Auflösung der Wartesituation. Das Warten selbst wird so zu einer Entscheidung entlang des – wenngleich sozial begrenzten – Eigensinns der Subjekte.

## Literatur

- Bellebaum, A. 2014: Warten. Über Umgang mit Zeit. In A. Bellebaum, R. Hettlage (Hg.), *Unser Alltag ist voll von Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 231–258.
- Bröckling, U. 2007: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, U., Krasmann, S. 2010: *Ni méthode, ni approche. Zur Forschungsperspektive der Gouvernementalitätsstudien – mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen zur Diskursforschung*. In J. Angermüller, S. van Dyk (Hg.), *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen*. Frankfurt am Main: Campus, 23–42.
- Butler, J. 1998: *Haß spricht. Zur Politik des Performativen*. Berlin: Berlin-Verlag.
- Castel, R. 1987: *Institutionalisierung des Uneingestehbaren und die Aufwertung des Intimen*. In A. Hahn, V. Kapp (Hg.), *Selbstthematisierung und Selbstzeugnis: Bekenntnis und Geständnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 170–180.
- Ehrenberg, A. 2004: *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Campus.
- Flam, H., Terpe, S. 2009: *About Emotional Ambivalence*. Vortrag auf der 9. Konferenz der ESA in Lissabon.
- Frevert, U. 2009: *Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?* In *Geschichte und Gesellschaft*, 35. Jg., Heft 2, 183–208.
- Gould, D. B. 2001: *Rock the Boat, Don't Rock the Boat, Baby. Ambivalence and the Emergence of Militant AIDS Activism*. In: J. Goddwin, J. J. Jasper, F. Poletta (Hg.): *Passionate Politics. Emotions and Social Movements*. Chicago: University of Chicago Press, 135–157.
- Hahn, A. 1987: *Identität und Selbstthematisierung*. In A. Hahn, V. Kapp (Hg.), *Selbstthematisierung und Selbstzeugnis: Bekenntnis und Geständnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9–24.
- Hahn, A. 1997: *Zur Soziologie der Beichte und anderer Formen institutionalisierter Bekenntnisse: Selbstthematisierung und Zivilisationsprozess*. In J. Friedrichs, K. U. Mayer, W. Schluchter (Hg.), *Soziologische Theorie und Empirie*. Wiesbaden: VS, 150–177.
- Hughes, E. C. 1970: *The sociological eye*. Chicago: Aldine.
- Husserl, E. 1966: *Zur Phänomenologie des inneren Zeitbewußtseins (1893–1917)*. Gesammelte Werke Band 10. Den Haag: Nijhoff.

- Jekeli, I. 2002: Ambivalenz und Ambivalenztoleranz. Soziologie an der Schnittstelle von Psyche und Sozialität. Osnabrück: Der Andere Verlag.
- Lakoff, G., Johnson, M. 1980: *Metaphors we live by*. Chicago: University of Chicago Press.
- Mann, L. 1969: Queue Culture: The Waiting Line as a Social System. *American Journal of Sociology*, 75. Jg., Heft 3, 340-354.
- Mann, L. 1970: The Social Psychology of Waiting Lines. *American Scientist*, 58. Jg., Heft 4, 390-398.
- McCarthy, D. E. 2002: The Emotions: Senses of the Modern Self. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 27. Jg., Heft 2, 30-49.
- Neckel, S. 2006: Kultursoziologie der Gefühle. Einheit und Differenz – Rückschau und Perspektiven. In R. Schützeichel (Hg.), *Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze*. Frankfurt am Main: Campus, 124-139.
- Neckel, S., Wagner, G. 2014: Burnout. Soziales Leiden an Wachstum und Wettbewerb. In: *WSI-Mitteilungen*, 67. Jg., Heft 7, 536-542.
- Paris, R. 2001: Warten auf Amtsfleuren. *KZfSS, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 53. Jg., Heft 4, 705-733.
- Reckwitz, A. 2010: Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reichardt, S. 2008: Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 21. Jg., Heft 3, 118-130.
- Rosa, H. 2009: Jedes Ding hat keine Zeit? Flexible Menschen in rasenden Verhältnissen In: V. King, B. Gerisch (Hg.), *Zeitgewinn und Selbstverlust: Folgen und Grenzen der Beschleunigung*. Frankfurt am Main: Campus, 21-39.
- Rosa, H. 2011: *Beschleunigung: die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosa, H. 2013: *Beschleunigung und Entfremdung: Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Schimank, U. 2005: *Die Entscheidungsgesellschaft: Komplexität und Rationalität der Moderne*. Wiesbaden: VS.
- Schmitt, R. 2003: Methode und Subjektivität in der Systematischen Metaphernanalyse. In *Forum für qualitative Sozialforschung*, 42. Jg., Heft 2, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0302415> (letzter Aufruf 12. Mai 2015).
- Schwartz, B. 1974: Waiting, Exchange, and Power: The Distribution of Time in Social Systems. *American Journal of Sociology*, 79. Jg., Heft 4, 841-870.
- Schwartz, B. 1975: *Queuing and Waiting, Studies in the Social Organisation of Access and Delay*. Chicago: University of Chicago Press.
- Schwartz, B. 1978: Queues, Priorities, and Social Process. *Social Psychology*, 41. Jg., Heft 1, 3-12.
- Strauss, A. L., Corbin, J. M. 1996: *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz Psychologie Verlags Union.
- Voß, G. G., Pongratz, H. J. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? *KZfSS, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50. Jg., Heft 1, 131-158.
- Weigert, A. J. 1981: *Sociology of Everyday Life*. New York: Longman.
- Wilz, S. M. 2009: Entscheidungen als Prozesse gelebter Praxis. In F. Böhle, M. Wehrich (Hg.), *Handeln unter Unsicherheit*. Wiesbaden: VS, 107-122.
- Winkel, H. 2006: Soziale Grenzen und Möglichkeiten der Kommunizierung von Trauer. In R. Schützeichel, A. Schnabel (Hg.), *Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze*. Frankfurt am Main: Campus, 286-304.

Ad-hoc-Gruppe »Wissenschaftsforschung meets soziologische Theorie«  
– organisiert von Andreas Langenohl und Doris Schweitzer

# Die Gesellschaft als Labor?

## Wissenschaftsforschung meets soziologische Theorie

Andreas Langenohl und Doris Schweitzer

### *Einleitung zur Ad-hoc-Gruppe »Wissenschaftsforschung meets soziologische Theorie«*

Bruno Latour hat es vorgemacht: Die Theoreme und Heuristiken, die er für die bzw. anhand der Untersuchung der naturwissenschaftlichen Laborarbeiten entwickelte, übertrug er auf die soziologische Theorie. Heraus kam bekanntermaßen *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft* (Latour 2007). Seitdem geistern *Aktanten* und *Quasi-Objekte* durch die soziologische Theoriearbeit. Aber auch andere Konzepte der Wissenschaftsforschung sind mittlerweile geradezu als *travelling concepts* (Bal 2002) anzusehen und vermehrt jenseits der Naturwissenschaften anzutreffen: *Paradigmenwechsel* (Kuhn 1970) ereignen sich schon lange nicht mehr nur in der Physik; *trading zones* (Galison 1997) gibt es auch jenseits der Naturwissenschaften (vergleiche Gorman 2010); die *Grenzobjekte* (Star, Griesemer 1989) und die *epistemischen Dinge* (Rheinberger 1992, 2006) haben das Labor verlassen (vergleiche etwa Hörster et al. 2013; Knorr Cetina, Bruegger 2000); ja das Labor selbst scheint keine vier Wände mehr zu haben, sondern ist fast überall anzutreffen (siehe Wansleben 2008).

All diese Beispiele mögen auf das produktive Potential verweisen, das solchen Konzepten nicht nur im Bereich der *Science Studies* zu eigen ist – und hierin mag auch einer der Gründe für die anhaltende Begeisterung für diese Ansätze zu suchen sein. Allerdings liegt auch eine andere Vermutung nahe, die mit der gegenwärtigen Entwicklung im soziologischen Feld zu tun hat: Mit dem *practice turn*, der seinerseits selbst eng mit den *Science Studies* verbunden ist (siehe Soler et al. 2014), erfolgte eine Aufwertung der Rolle der Dinge bzw. der nicht-menschlichen Entitäten für die und in der soziologischen Theorie: »Practice theory also joins a variety of ›materialist‹ approaches in highlighting how bundled activities interweave with ordered constellations of nonhuman entities.« (Schatzki 2001: 12) Gerade die neuen Dingkonzepte der *Science Studies* erwiesen sich hierfür als äußerst anschlussfähig. Denn die Laborstudien hatten exemplarisch gezeigt, dass und wie Objekte zur Stabilisierung (und Destabilisierung) von Praktiken und Wissensordnungen beitragen. Umgekehrt konnte sich durch die Einbindung dieser Dingkonzepte in die Praxistheorie das Interesse an Objekten soziologisch-theoretisch generalisieren. Die »Wiederkehr der Dinge« (Balke et al. 2011) führte zu den Entwürfen eines »neuen« oder »poststruk-

turalistischen Materialismus« (Reckwitz 2008; Hillebrandt 2012: 26), proklamiert wird nun auch der *material turn*, der eine Übertragung der Dingkonzepte aus den *Science Studies* in die soziologische Theorie weiter zu begünstigen scheint.

Neben einer generellen Skepsis gegenüber solchen Moden und Trends blieb diese Übertragung der Konzepte der *Science Studies* auf die soziologische Theoriearbeit nicht unwidersprochen. Insbesondere Latours Aktant-Netzwerk-Theorie (ANT) provozierte in dem Moment, in dem sie das Labor verließ, eine Reihe von grundlegenden Kritiken.

Sowohl von Seiten der Soziologie als auch von Seiten der Wissenschaftsforschung wird angezweifelt, dass die ANT ebenso gut über die Produktion sozialer Fakten sprechen könne wie über die Produktion wissenschaftlicher Fakten. Wenn das Labor verlassen wird, werden vielmehr Probleme generiert, deren Grund gerade in der Übersetzung der Ergebnisse der Untersuchung eines solchen spezifischen und begrenzten naturwissenschaftlichen Settings in die soziologische Theoriebildung zu suchen ist. Michael Hagner etwa sieht im Projekt der symmetrischen Anthropologie eine schleichende Anthropomorphisierung und damit Entwertung des Eigenwerts der Objekte, die im Sozialen die Tendenz aufweist, Probleme seitens der menschlichen Akteure lediglich auf eine andere Ebene zu verschieben (Hagner 2006: 130). Mehr noch: Latour verstrickt sich damit in die von ihm angegriffenen Prämissen, das Vorhaben läuft letztlich seinen Intentionen zuwider. So bewirkt etwa für Gesa Lindemann die Generalisierung der These Latours bezüglich der Allinklusion aller Akteure im Kollektiv keineswegs eine neue Form der Demokratie, die sich gegen den politischen Ausschluss der Repräsentation der Dinge richte. Vielmehr führe seine Theorie geradewegs zur »Expertokratie«, da die Entscheidungshoheit (wie im Labor) letztlich immer nur bei Experten läge (Lindemann 2008; Lindemann 2009). Differenzierter wird argumentiert, wenn die verschiedenen möglichen Lesarten der ANT und ihre Anschlussmöglichkeiten in den Blick genommen werden (siehe Kneer 2009; Greif 2006). Denn dann zeigen sich unterschiedliche Formen von Verallgemeinerungsstrategien, um den Sprung vom Labor in die Welt zu bewerkstelligen. Erst wenn man der dabei nötigen Übersetzungsarbeiten – mitsamt ihrer Transformationen und Neudefinitionen von Konzepten – gewahr wird, kann man sich von den Vorgaben der Selbstbeschreibung der ANT lösen und die Theorie Latours für die Soziologie fruchtbar machen (Tellmann 2014).

Dass indes Übertragungen aus der objektzentrierten Wissenschaftssoziologie gemacht werden und dass sie in diesem Sinne »funktionieren«, erscheint angesichts der Verbreitung etwa der neuen Dingbegriffe in der allgemeinen Soziologie außer Frage zu stehen. Insofern kann man das Problem auch aus epistemologischer Sicht angehen. Der Blick richtet sich dann nicht primär auf die Kritik einzelner Konzepte und den Nachweis ihrer Defizite, sondern auf die Frage, wie eine solche Übersetzung aus dem Bereich der *Science Studies* in die allgemeine Soziologie eigentlich funktioniert und was ihre Resultate sind. Folgt man dieser Perspektivverschiebung, so werden also nicht primär die jeweiligen Konzeptarchitekturen oder Theoriemodelle der *Science Studies* bzw. ihre Verwendung außerhalb des Labors in ihrer Angemessenheit problematisiert, sondern in ihren Effekten. Wir schließen mit diesem Vorschlag an die Analyse von Ute Tellmann (2014) an, die die Frage nach der Adäquanz von aus dem Labor kommenden Sozialtheorien in der Welt außerhalb des Labors aufgeworfen hat, möchten indes noch etwas näher an den genuinen Moment der Übersetzung heranreichen, also denjenigen Moment, in dem die aus den *Science Studies* kommenden Verallgemeinerungen der Dingsoziologie Theorieeffekte zeitigen.



Die Dingsoziologie bietet interessanter Weise selbst Instrumente an, diesen Vorgang und die mit ihm einhergehenden Problematiken näher zu beschreiben und zu begreifen. Laut Latour und Michel Callon ist »Übersetzung« nicht als Transfer, sondern als »Artikulation« oder »Transformation« zu begreifen (Latour 1986, Callon 1986, Latour 2000). Es geht dabei um die Transformation der Effektivität von Entitäten durch ihre Verbindung mit anderen Entitäten. Daher ist auch nicht davon zu sprechen, dass Übersetzung, wie es die landläufige Bedeutung des Begriffs will, zwischen »Kontexten« stattfindet – viel eher ist davon auszugehen, dass solche Kontexte im Akt des Übersetzens mit erzeugt werden (Langenohl 2014). Die »Artikulation« erzeugt somit sowohl den Herkunfts- wie den (avisierten) Zielkontext der Intervention.

Was würde geschehen, wenn man diese Übersetzungstheorie an die Effekte anlegte, die die aus den *Science Studies* stammende objektualistische Soziologie in der Gesellschaftstheorie zeitigt? Zunächst würde man sagen müssen: Die Effekte werden nicht *in*, sondern *mit* der Gesellschaftstheorie gezeitigt, und heraus kommt eine neue »Artikulation« der Wissenschaft vom Sozialen. Zugleich wäre jedoch zu beobachten, dass es in ebensolchem Maße zu *Disartikulationen* kommt, das heißt zur Abtrennung der Gesellschaftstheorie von einigen ihrer Verbindungen, die sie bislang unterhielt. Latours Übersetzungstheorie der Artikulation muss somit für die hiesigen Zwecke um den Aspekt der Disartikulation ergänzt werden. Man muss sich also fragen, was passiert, wenn eine solche Übersetzung der Erkenntnisse der *Science Studies* in den Bereich der soziologischen Theorie erfolgt, und zwar in kritischer Weise: Denn was, wenn diese Generalisierung – gemäß der unerbittlichen Logik der »Artikulation« – selbst Disartikulationen hervorbringt und somit »Übersetzungskosten« zeitigt?

Latour selbst gibt hierzu einen Hinweis in seiner Doppelkritik an gegenwärtigen Formen der Gesellschaftskritik: einerseits der modernistischen Gesellschaftskritik, die die Dinghaftigkeit von Objekten kritisiert und dabei deren angeblich entfremdende Wirkung für bare Münze nehme, ohne zu begreifen, dass Dinge Objekte seien, die aus vielen verschiedenen Einheiten und Einflüssen konstituiert werden; und andererseits eine postmodernistische Kritik, die die epistemologische Verbindung zu Dingen als Teil der Realität pauschal zu unterbinden versuche und damit auch die Verbindung zu den »things we cherish« abbreche (Latour 2004: 227). Latour hält dem als Alternative entgegen: »a multifarious inquiry launched with the tools of anthropology, philosophy, metaphysics, history, sociology to detect *how many participants* are gathered in a *thing* to make it exist and to maintain its existence«, einschließlich einer »bewildering variety of matters of concern«, die zur Genese und Aufrechterhaltung der dinglichen wie sozialen Realität beitragen (Latour 2004: 246, 247, Hervorhebung im Original). Dieser Vorschlag artikuliert eine Disartikulation bestehender Formen der Gesellschaftstheorie als kritischem Unterfangen, die letztlich darauf abzielt, nur den aus den *Science Studies* stammenden Kritikmodus – nämlich eine Kritik an allen analytischen Aussagen, die sich nicht direkt auf die Konstitution von Agentschaft beziehen – übrigzulassen.

Gerade mit Blick auf die Frage der Kritik liegt die Vermutung nahe, dass eine weitere folgenschwere Disartikulation zu den Übersetzungskosten zu zählen ist. Den *Science Studies* war seit den 1970er Jahren eine ausgesprochen kritische Pointe eingeschrieben: Als sozialwissenschaftliche Rekonstruktionen naturwissenschaftlicher Erkenntnisprozesse stellten sie die Fabriziertheit solcher Erkenntnis heraus und legten sich damit mit dem nomothetisch-empiristischen Wissenschaftsideal der Naturwissenschaften an. Dies transportierte auch eine sozialwissenschaftliche

Kritik an gesellschaftlichen Bezugnahmen auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse, die in naivem oder auch instrumentellem Gestus derlei Erkenntnisse als »objektive« anerkannten. Gerade angesichts der »problemlosen« Integration der neuen Dingbegriffe in die soziologische Theorie muss man sich jedoch fragen, ob damit nicht eine Disartikulation – um nicht zu sagen: Abspaltung – dieser spezifischen kritischen Intervention erfolgt. Geht der ursprüngliche kritische Impetus vieler dieser Konzepte wie zum Beispiel Quasi-Objekte, Hybride oder Grenzobjekte, die als Interventionen in spezifisch naturwissenschaftliche Dingkonzeptionen entworfen waren, nicht verloren, wenn man sie auf Gewährsträger der Objektivität des Sozialen reduziert? Das hat weitreichende Konsequenzen. Denn handelt es sich hierbei um »Übersetzungskosten« dieses Transports, so steht zur Debatte, wie denn dann diese den *Science Studies* eigene kritische Kraft in der soziologischen Theorie aktualisiert werden könnte. Oder anders formuliert: Was wäre eine kritische Soziologie bzw. Gesellschaftstheorie nach dem *material turn*?

Zu solchen Übersetzungskosten könnte aber auch eine »Verwissenssoziologisierung« der Gesellschaftstheorie im Zuge des Erfolges der objektualen Soziologie zählen. Sie zeigt sich beispielsweise in den gegenwärtigen *Social Studies of Finance*, die einerseits eine Genealogie in die *Science Studies* aufweisen, andererseits aber mit zuweilen grundlagentheoretischem Anspruch auftreten. Ein gutes Beispiel hierfür bilden die Arbeiten von Karin Knorr Cetina und Urs Bruegger (Knorr Cetina, Bruegger 2000, 2002), welche zeigen, dass epistemische Prozesse in der Finanzwirtschaft – etwa das *Pricing* – auf einem Zusammenspiel zwischen menschlichen und nichtmenschlichen Aktanten beruhen – und die zugleich diesen Befund zum Ausgangspunkt nehmen, Thesen über »postsoziale« Integrationsformen in zeitgenössischen Gesellschaften aufzustellen. Knorr Cetina und Bruegger geben ein Beispiel für eine Tendenz in der Finanzsoziologie, die hybride Natur von wirtschaftlichen Erkenntnisprozessen zur Gewährsträgerin der hybriden Natur von Vergesellschaftungsweisen zu nehmen. Der Kritikimpetus der ursprünglichen STS, die Wechselwirkung zwischen menschlichen und nichtmenschlichen Agentschaften einem naturwissenschaftlichen Erkenntnisideal entgegenzusetzen, wird hier insofern aufgegriffen, als diese Wechselwirkung auch in scheinbar mit mathematischer Präzision ablaufenden Prozessen identifiziert wird. Zugleich aber werden *ökonomische* Prozesse, an denen wesentlich mehr hängt als nur die Frage der Wissensgewinnung, auf ebensolche Fragen reduziert. Die Finanzwirtschaft wird so als ein sozial-dinglich konstituiertes Labor dargestellt – eine Sichtweise, die jedoch keinen Raum für den Gegengedanken lässt, dass die soziale wie die dingliche Welt mittlerweile zum Labor der Finanzwirtschaft geworden sein könnte.

Die aus der Wissenschaftssoziologie stammende Objektsoziologie gewinnt, so ist abschließend zu konstatieren, ihre theoretische Bedeutung aus einer sehr allgemeinen Geste der analytischen Eingemeindung von nichtmenschlichen Agentschaften – eine Geste, die immer auch Fragen der allgemeinen soziologischen Theorie und Kritik betrifft. Während dies auf der einen Seite zu einer vielfältigen gegenstandsbezogenen Artikulationsfähigkeit gerade der ANT geführt hat, ist zugleich zu vermuten, dass auf der anderen Seite die Disartikulationseffekte in zumindest einigen ihrer neuen Anwendungsfelder gewichtig sein könnten. Oder anders gesagt: Der Preis, der für den durchschlagenden Erfolg der Objektsoziologie zu zahlen ist, könnte darin bestehen, dass sie auf spektakuläre, aber auch relativ undifferenzierte Weise die Verbindungen zu bestehenden Theorie- und Kritikprogrammen kappt und sie für obsolet erklärt. Wir möchten daher dazu anregen, für die einzelnen soziologischen Forschungsfelder, in die die objektuale

Soziologie vorgedrungen ist, die »theoriefolgenabschätzende« Frage zu stellen, wie sich das Verhältnis von Artikulation und Disartikulation von Gesellschaftstheorie und -kritik unter dem Eindruck der Übersetzung der Konzepte der Wissenschaftsforschung in die soziologische Theorie, wie sie exemplarisch in der Objektsoziologie erfolgt, jeweils darstellt.<sup>1</sup>

## Literatur

- Bal, M. 2002: *Travelling concepts in the humanities: a rough guide*. Toronto [u.a.]: Univ. of Toronto Press.
- Balke, F., Muhle, M., Schöning, A. von (Hg.) 2011: *Die Wiederkehr der Dinge*. Berlin: Kadmos.
- Callon, M. 1986: *Some Elements of a Sociology of Translation. Domestication of the Scallops and the Fishermen of St Brieuc Bay*. In J. Law (Hg.), *Power, Action and Belief: A New Sociology of Knowledge?* London, Boston, Henley: Routledge & Kegan Paul, 196–233.
- Galison, P. 1997: *Image and logic. A material culture of microphysics*. Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Gorman, M. E. 2010: *Trading zones and interactional expertise. Creating new kinds of collaboration*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Greif, H. 2006: *Vom Verschwinden der Theorie in der Akteur-Netzwerk-Theorie*. In M. Voss, B. Peuker (Hg.), *Verschwindet die Natur? Die Akteur-Netzwerk-Theorie in der umweltsoziologischen Diskussion*. Bielefeld: Transcript, 53–69.
- Hagner, M. 2006: *Die Welt als Labor und Versammlungsort. Bruno Latours politische Ökologie aus dem Geiste der Wissenschaftsforschung*. In *Gaia*, 15. Jg., Heft 2, 127–134.
- Hillebrandt, F. 2012: *Die Soziologie der Praxis und die Religion – Ein Theorievorschlag*. In A. Daniel, F. Schäfer, F. Hillebrandt, H. Wienold (Hg.), *Doing Modernity – Doing Religion*. Wiesbaden: Springer VS, 25–57.
- Hörster, R., Königeter, S., Müller, B. (Hg.) 2013: *Grenzobjekte. Soziale Welten und ihre Übergänge*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kneer, G. 2009: *»Die Welt aus den Angeln heben«*. Über verschiedene Lesarten der ANT. In *Zeitschrift für Kulturwissenschaft*, Heft 2 (2009), 123–126.
- Knorr Cetina, K., Bruegger, U. 2000: *The Market as an Object of Attachment: Exploring Postsocial Relations in Financial Markets*. In *The Canadian Journal of Sociology/Cahiers canadiens de sociologie*, 25. Jg., Heft 2, 141–168.
- Knorr Cetina, K., Bruegger, U. 2002: *Traders' Engagement with Markets: A Postsocial Relationship*. In *Theory, Culture & Society*, 19 Jg., Heft 5–6, 161–185.
- Kuhn, T. S. 1970: *The structure of scientific revolutions*. 2. ed., enlarged. Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Langenohl, A. 2014: *Scenes of Encounter: A Translational Approach to Travelling Concepts in the Study of Culture*. In D. Bachmann-Medick (Hg.), *The Trans/National Study of Culture*. Berlin, Boston: De Gruyter, 93–118.
- Latour, B. 1986: *The Powers of Associations*. In J. Law (Hg.), *Power, Action and Belief: A New Sociology of Knowledge? (Sociological Review Monograph 32)*. London, Boston, Henley: Routledge & Kegan Paul, 264–280.
- Latour, B. 2000: *Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 2004: *Why Has Critique Run out of Steam? From Matters of Fact to Matters of Concern*. In *Critical Inquiry*, 30. Jg., Heft 2, 225–248.
- Latour, B. 2007: *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

<sup>1</sup> In der Ad-hoc-Gruppe Wissenschaftsforschung meets soziologische Theorie wurden diese Fragen in den Beiträgen von Ute Tellmann, Lars Gertenbach, Valentin Rauer und Doris Schweitzer diskutiert.

- Lindemann, G. 2008: »Allons enfants et faits de la patrie...« Über Latours Sozial- und Gesellschaftstheorie sowie seinen Beitrag zur Rettung der Welt. In G. Kneer, M. Schroer, E. Schüttpelz (Hg.), Bruno Latours Kollektive. Kontroversen zur Entgrenzung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 339–360.
- Lindemann, G. 2009: Bruno Latour. Von der Wissenschaftsforschung zur Expertokratie. Zeitschrift für Kulturwissenschaft, Heft 2 (2009), 113–118.
- Reckwitz, A. 2008: Der Ort des Materiellen in den Kulturtheorien. Von sozialen Strukturen zu Artefakten. In A. Reckwitz (Hg.), Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kultursoziologie. Bielefeld: Transcript, 131–156.
- Rheinberger, H.-J. 1992: Experiment, Differenz, Schrift. Zur Geschichte epistemischer Dinge. Marburg an der Lahn: Basiliken-Press.
- Rheinberger, H.-J. 2006: Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schatzki, Th. R. 2001: Introduction: practice theory. In T. R. Schatzki, K. Knorr-Cetina, E. v. Savigny (Hg.), The practice turn in contemporary theory. New York: Routledge, 10–23.
- Soler, L., Zwart, S., Lynch, M., Israel-Jost, V. (Hg.) 2014: Science after the practice turn in philosophy, history, and the social studies of science. New York: Routledge.
- Star, S. L., Griesemer, J. 1989: Institutional Ecology, 'Translations' and Boundary Objects: Amateurs and Professionals in Berkeley's Museum of Vertebrate Zoology, 1907-1939. *Social Studies of Science*, 19. Jg., Heft 3, 387–420.
- Tellmann, U. 2014: Die Welt als Labor. Über eine folgenreiche Gründungsszene der ANT. In S. Farzin, H. Laux, U. Schimank (Hg.), Gründungsszenen soziologischer Theorie. Wiesbaden: Springer VS, 25–40.
- Wansleben, L. J. 2008. Geisteswissenschaften als epistemische Praktiken. Was kann die Wissenschaftssoziologie zur Zukunft der Geisteswissenschaften beitragen? In C. Goshler, J. Fohrmann, H. Welzer, M. Zwick (Hg.), *Arts and Figures: GeisteswissenschaftlerInnen im Beruf*. Göttingen: Wallstein, 53–68.

# Die Wissenschaften als Laboratorium der Soziologie

## Zur Rolle der Science Studies bei der Reformulierung von Sozial- und Gesellschaftstheorie bei Bruno Latour

Lars Gertenbach

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Wissenschaftsforschung meets soziologische Theorie« – organisiert von Andreas Langenohl und Doris Schweitzer*

Das Verhältnis von soziologischer Theorie und Wissenschaftsforschung erscheint im Rahmen der gängigen Sortierungslogiken der Soziologie zunächst als eines zwischen allgemeiner und spezieller Soziologie. Diskussionen um den Beitrag der Science Studies in der oder für die Soziologie beziehen sich demzufolge auf das generelle Problem, wie die Erforschung eines Teilbereichs für die Erkenntnis von Gesellschaft insgesamt fruchtbar gemacht werden kann. Unterlegt sind dieser Beschreibung in der Regel differenzierungstheoretische Annahmen, mit denen schließlich davor gewarnt werden kann, einen Teilbereich von Gesellschaft absolut zu setzen (vergleiche beispielhaft Luhmann 1987: 554; 2009: 98 ff.). Mit Rücksicht auf dieses Problem ist es daher sinnvoll, die Fragerichtung ein Stück weit zu verschieben und zunächst nach Einfluss- und Überschneidungspunkten oder Wirkungen der Wissenschaftsforschung auf die soziologische Theorie im Allgemeinen zu fragen. Hiervon ausgehend geht es mir im Folgenden darum, die Frage des Verhältnisses von Wissenschaftsforschung und soziologischer Theorie, die im Zentrum dieser Ad-hoc-Gruppe steht, am Fall zu diskutieren, nämlich an Bruno Latour. Von allen Protagonisten der Science Studies eignet er sich hierfür am besten, weil er die weitreichendsten Konsequenzen aus der Beschäftigung mit den Wissenschaften gezogen hat. In einem ersten Schritt werde ich kurz auf die Entwicklung der Wissenschaftssoziologie seit den sechziger Jahren zu sprechen kommen, um Latours Position hierin situieren und von anderen Positionen abgrenzen zu können. Dadurch wird es möglich, sein zentrales Argument zu skizzieren: nämlich dass die soziologische Forschung im Labor selbst zum Problem wird und gezwungen ist, ihre sozialtheoretischen Prämissen zu überdenken. Um den Beitrag Latours im Detail diskutieren zu können und mehrfach formulierten Einwänden zu begegnen, beziehe ich seine Arbeiten anschließend auf die in der soziologischen Theorie verbreitete Unterscheidung von Sozial- und Gesellschaftstheorie. Da die Annahme des Scheiterns der Soziologie im Labor, die sich als Startpunkt seines gesamten Werkes begreifen lässt, auch noch das neue und umfangreiche Projekt

der Erforschung von Existenzweisen motiviert, schließe ich mit einer kurzen Schilderung der dortigen Begründung einer Sonderstellung der Wissenschaften in der Moderne, bevor diese Diskussion abschließend mit der Ausgangsfrage zusammengeführt wird. Dabei geht es auch darum, auf eine Kritik an Latour zu antworten, die genau an diesem Fall der Beziehung zwischen Wissenschaftsforschung und soziologischer Theorie ansetzt und behauptet, dass Latour (letztlich in all seinen Arbeiten nach seiner frühen Laborstudie (Latour, Woolgar 1986) aus den siebziger Jahren) zentrale Kategorienfehler begeht, die auf der Ebene der Theorie in Unterkomplexität und auf der Ebene der Politik in eine fatale Expertokratie münden (vergleiche Lindemann 2008, 2009a, 2011b). Beide Behauptungen gehen gleichermaßen an Latours Werk vorbei, sind aber nur hinreichend zu adressieren, wenn man die zentralen Argumente in der Beziehung zwischen Wissenschaftsforschung und soziologischer Theorie rekonstruiert.

## Die Science Studies und die Wissenschaften

Um das Verhältnis von Wissenschaftsforschung und soziologischer Theorie bei Latour zu diskutieren, ist ein kurzer Umweg über die Entwicklung und Dynamik jener Wissenschaftsforschung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erforderlich, aus der sich Latours Werk heraus entwickelt. Ein wesentliches Merkmal dieser Forschung wird ersichtlich, wenn man den spezifischen Enthusiasmus in den Blick nimmt, der die Science Studies ab den sechziger Jahren umgibt.<sup>1</sup> Während die Naturwissenschaften lange Zeit kein Gegenstand der soziologischen (und wissenssoziologischen) Forschung waren (klassisch hierzu: Mannheim 1964: 569; 1980: 310), so rücken sie in dieser Zeit immer mehr ins Zentrum des Interesses. Angeregt nicht zuletzt durch Thomas Kuhns Schrift *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* (Kuhn 1976) geht es in den Science Studies sukzessive um die Problematisierung der Vorstellung einer von sozialen, historischen und kulturellen Faktoren nicht tangierten Wissenschaft (hier insbesondere natürlich: Naturwissenschaft). Gerichtet ist dies auch gegen die klassische Wissenschaftstheorie und -philosophie, die mit verschiedenen Unterscheidungen an derartigen Reinigungsbemühungen beteiligt ist; etwa indem sie zwischen sozialen Umständen und dem kognitiv-inhaltlichen Kern der Wissenschaft, zwischen Entdeckungs- und Begründungszusammenhang oder zwischen Genesis und Geltung unterscheidet (vergleiche exemplarisch Popper 1935: 4 ff.; Reichenbach 1938: 6 f., 382 f.). Die Science Studies ziehen ihr Selbstverständnis aus dem Bruch mit derartigen Unterscheidungen, die stets darauf hinauslaufen, die soziologische, psychologische oder historische Forschung aus dem eigentlichen Kern der wissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit herauszuhalten. Die hierbei entstandenen Arbeiten umgibt demzufolge eine Art Gründergeistenthusiasmus. So heißt es etwa bei Michael Mulkay rückblickend zu den Forschungen dieser Zeit:

---

<sup>1</sup> Die Bezeichnung *Science Studies* wird im Folgenden als allgemeine Bezeichnung der neueren Wissenschaftsforschung verwendet, die in den sechziger Jahren beginnt. Sie ist grundlegend zu unterscheiden von der älteren Wissenschaftssoziologie (die vor allem mit Robert K. Merton verbunden ist), der Historischen Epistemologie (von und im Anschluss an Gaston Bachelard und Georges Canguilhem) und der (klassischen und neueren) Wissenschaftsphilosophie. Vergleiche dazu ausführlicher Gertenbach 2015: 151–204.

»sociologists of scientific knowledge had to concentrate on the most advanced physical studies because these areas of study appeared to provide the »hardest case« for sociological analysis. It was argued that, if one could demonstrate the social production of knowledge in, say, physics or radio astronomy, this would necessarily imply that knowledge was socially negotiated and socially contingent in all other less developed areas.« (Mulkay 1991: xiv)

Aus dieser Konstellation heraus zielen die Science Studies mehrheitlich auf das Auffinden sozialer Aspekte in den Wissenschaften. Es geht ihnen etwa in klassisch wissenssoziologischer Manier um sozialstrukturell gebundene Prägungen des Denkens (Shapin 1975), um klassen- oder positionsspezifische Interessen (Barnes 1977; Barnes, MacKenzie 1979), um die Bedeutungsge ladenheit und Interpretativität der Interaktionen im wissenschaftlichen Kontext (Knorr Cetina 2002) oder unter anderem im diskursanalytischen Sinne um die generelle Theorie- und Sprachabhängigkeit von Wissen (Gilbert, Mulkay 1984). Indem sie so die soziale oder kulturelle Relativität der wissenschaftlichen Erkenntnisse herauszustellen versucht, formuliert fast die gesamte neuere Wissenschaftsforschung eine konstruktivistische Forschungshypothese (Knorr Cetina 1982; Sismondo 1993). Ihr Ziel ist es zu zeigen, auf welche Weise bzw. dass wissenschaftliches Wissen das Ergebnis eines (sozialen/historischen/sprachlichen/kulturellen etc.) Konstruktionsprozesses ist. Genau an dieser Stelle setzt nun Latour an – mit einer These, die bis heute sein gesamtes Werk strukturiert und die das Labor zum paradigmatischen Fall und zur Gründungsszene seiner Theoriebildung werden lässt (Tellmann 2014). Er problematisiert letztlich, dass diese Perspektive und das damit verbundene Forschungsprogramm einer zu einfachen Logik der Ausweitung folgen, laufen sie doch im Wesentlichen darauf hinaus, den Radius des Sozialen immer weiter auszudehnen, das heißt vormalig nichtsoziale oder außerkulturelle Bereiche einer sozialen Erklärung zugänglich zu machen. Dass eine solche Forschung im Labor problematisch wird, hängt nach Latour mit der Besonderheit der Wissenschaften zusammen, die nun gerade eine solche Logik ad absurdum führen – und damit ein Nachdenken über die eigene Erklärungslogik und die eigenen kategorialen Grundannahmen erzwingen. »Während diese [die meisten Kolleginnen und Kollegen der Science Studies, L.G.] nämlich der Meinung waren, daß die Sozialtheorie *auch in bezug auf die Wissenschaft* funktioniert, zogen wir [die Forscherinnen und Forscher der ANT, L.G.] den Schluß, im allgemeinen und im Detail, daß die Sozialtheorie an der Wissenschaft so *radikal* gescheitert ist, daß man mit Sicherheit annehmen kann, daß sie auch auf anderen Gebieten *stets gescheitert* ist.« (Latour 2007: 162, Hervorhebung im Original)

## Vom Scheitern zur Reformulierung der Soziologie

Die These des Scheiterns einer bestimmten Art soziologischer Forschung im Labor bzw. angesichts der Naturwissenschaften kennzeichnet Latours Position in den Science Studies und markiert auch bereits den Weg, der später zur Ausrufung einer »neuen Soziologie« führen wird (Latour 2007). Worauf ist diese These aber genau gerichtet und was folgt daraus? Zu erkennen ist aus der Kritik an der sozientrischen Ausweitungslgik bereits, dass der Hauptangriffspunkt gegenüber der Soziologie auf die Frage hinausläuft, was als Soziales gelten kann. Denn problematisiert wird beispielsweise, ob die verbreitete Trennung von Natur und Kultur noch tragfähig

ist oder wem oder was Handlungsfähigkeit zuzuschreiben ist. Entlang einer gängigen Einteilung der soziologischen Theorie geht es damit zuallererst um Sozialtheorie. Denn im Unterschied zur Gesellschaftstheorie, die an den übergreifenden Fragen gesamtgesellschaftlichen Wandels und der umfassenden und historischen Bestimmung von Gesellschaft interessiert ist, bezieht sich Sozialtheorie primär auf die fundamentalen Analysekatoren der soziologischen Forschung (Vergleiche exemplarisch Lindemann 2009b: 19 f.; Fischer 2008: 122). Und insofern nicht die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben, sondern mit welcher Art von Grundbegrifflichkeit wir forschen, für Latour als zentrales Problem innerhalb des Laborkontextes aufscheint, zielt diese Kritik eben primär auf eine sozialtheoretische Reformulierung. Infrage gestellt wird, ob die komplexe, stets objektorientierte und auch hochgradig technisch vermittelte wissenschaftliche Praxis des Labors überhaupt auf adäquate Weise untersucht werden kann, wenn der Fokus von den gängigen sozialtheoretischen Kategorien bestimmt wird und die Erforschung oftmals auf eine recht schlichte soziozentrische Ausweitungslogik zuläuft (Latour, Woolgar 1986: 152; Lemke 2005).

Konzeptionell kommt dem Labor damit die Rolle zu, eine Irritation in die Sozialtheorie hineinzugetragen und genau dies begründet bei Latour ein wesentliches Interesse an den Wissenschaften. Es liegt also weniger daran, dass die Wissenschaften als *Bereich* von Gesellschaft besonders interessant sind (auch wenn das zweifelsfrei der Fall ist – vergleiche Latour 1996: 11 sowie allgemein Weingart 2001), sondern dass sie als Ort zu begreifen sind, der bereits selbst die Fragen stellt, die die konstruktivistische Wissenschaftsforschung entlang ihrer eigenen Dynamik aufgeworfen hat. Genau das ist gemeint mit Latours (genuin pragmatistischem) Diktum, dass es »angesichts schwieriger philosophischer Fragen nur eine Lösung [gibt]: noch tiefer in empirische Forschungsstätten vorzudringen, um zu sehen, wie die Wissenschaftler selbst mit dem Problem fertig werden« (Latour 2002: 154; vergleiche auch: Dewey 1995: 16 ff., 437 ff.).

Von entscheidender Bedeutung – gerade auch für das weitere Werk von Latour – ist nun aber, dass die Problematisierung der soziologischen Theorie nicht auf dieser Ebene stehenbleibt. Ohne Zweifel ermöglicht die Reformulierung der Sozialtheorie eine andere Beobachtung der gesellschaftlichen Wirklichkeit – etwa des Anteils der Artefakte an der Konstruktion von Realität oder eine andere Wahrnehmung der Wissenschaften. Sie ermöglicht aber auch einen anderen Blick auf gesellschaftstheoretische Fragen. Der letztlich interessantere Punkt, den man mit Latour aus der Problematisierung der Sozialtheorie ziehen kann, ist, dass diese generell unter gesellschaftstheoretischen Vorbehalt gestellt, das heißt auf ihre gesellschaftshistorische Prägung befragt werden muss. Denn die auf den ersten Blick vermeintlich neutralen sozialtheoretischen Annahmen verfügen selbst über einen gesellschaftshistorischen Index, der sich etwa in der spezifisch modernen Art der Trennung von Subjekt und Objekt oder Kultur und Natur offenbart. So führt die Begegnung mit den Wissenschaften bei Latour zur Problematisierung der Sozialtheorie, sie erzeugt aber gleichzeitig auch die Frage nach der Herkunft dieser nun fraglichen Grundannahmen. Genau dies ist der Ausgangspunkt, der die gesellschaftstheoretische Reflexion auf die sozialtheoretischen Begriffe motiviert, die sich spätestens in *Wir sind nie modern gewesen* zu einem Kernbestandteil seines Werkes entwickelt. Eine solche Frage nach der Herkunft etwa der Trennung zwischen einem objektiven, aber stummen Reich der Natur und einem historischen, aber sinnhaften Reich der Kultur (vergleiche auch Descola 2011) formuliert



zwar selbst noch keine Gesellschaftstheorie im engeren Sinne, sie enthält aber eine gesellschaftstheoretische Problematisierung von sozialtheoretischen Annahmen.<sup>2</sup>

Verfolgt man von dieser – im Grunde seit seinen ersten Arbeiten formulierten – These die weiteren Schriften Latours, so zeigt sich, dass er weder unmittelbar von einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich (den Wissenschaften bzw. dem Labor) zu Gesellschaft insgesamt springt, noch jegliche anderen Bereiche methodologisch dem Labor gleichsetzt (und damit so behandelt, als wären sie *wie* Wissenschaft).<sup>3</sup> Stattdessen finden sich zwei hiervon (und auch voneinander) unterschiedene Forschungsstrategien, die es im Interesse der angemessenen Rekonstruktion seines Werkes auseinanderzuhalten gilt: Erstens und leitend für nahezu die gesamten Schriften im Rahmen der Akteur-Netzwerk-Theorie (und damit auch *Wir sind nie modern gewesen*) wird jene Vermittlung und Verschränkung von Labor und Gesellschaft selbst zum Gegenstand gemacht (exemplarisch Latour 1988; Latour 2006). So wird etwa danach gefragt, mit welchen Übersetzungspraktiken die Wissenschaften selbst an der Transformation von Gesellschaft beteiligt sind: »Es wäre eine schwache Konzeption der Soziologie, wenn der Leser nur sagen würde, dass Mikro-Biologie ›einen Einfluss hat‹ oder ›durch den sozialen Kontext des 19. Jahrhunderts beeinflusst wird‹. Laboratorien der Mikro-Biologie sind einer der wenigen Orte, wo die wirkliche Komposition des sozialen Kontextes transformiert worden ist.« (Latour 2006: 121) Eine zweite und nun im Umkreis des Existenzweisen-Projekts leitende Strategie besteht darin, konträr zur Gleichsetzung verschiedener gesellschaftlicher Sphären deren Eigenlogiken herauszuarbeiten. Damit bin ich nun bei dem dritten Punkt angelangt, der aktuellen Forschung über die Existenzweisen, die der bis hierhin skizzierten Argumentation noch eine weitere Ebene hinzufügt.

## Die Wissenschaft und die Erforschung der Existenzweisen

Um den genauen Einsatzpunkt der Argumente aus *Existenzweisen* benennen zu können, sei das bis hierin rekonstruierte Argument noch einmal kurz skizziert. Betont wurde, dass das Labor für

---

2 In ihrer Kritik an Latour übersieht Lindemann (2008; 2011b), dass *Wir sind nie modern gewesen* in dem Sinne nicht als Gesellschaftstheorie im engeren Sinne gelten kann. Die Schrift folgt vielmehr der historischen Erkundung, die mit dem benannten Programm einer gesellschaftstheoretischen Problematisierung von Sozialtheorie einhergeht. Überlegungen, die auf eine eigene gesellschaftstheoretische Position hinauslaufen, finden sich eher in anderen Texten Latours, einmal in einigen verstreuten Aufsätzen rund um *Wir sind nie modern gewesen* und vor allem in dem Projekt der Erkundung der Existenzweisen. Diese Differenz zwischen einer gesellschaftshistorischen Rekonstruktion sozialtheoretischer Grundannahmen (der Moderne) und einer eigentlichen Gesellschaftstheorie der Moderne wird von Latour in der Regel so beschrieben, dass *Wir sind nie modern gewesen* eine rein *negative* Anthropologie der Moderne formuliert, während *Existenzweisen* dem eine *positive* Anthropologie der Moderne hinzufügt (Latour 2010: 606; 2013a: 299).

3 Ich verwende hier den Begriff Bereich (und nicht System oder Feld) als allgemeine (und möglichst neutrale) Bezeichnung dessen, was differenzierungstheoretisch unterschieden wird. Mir ist bewusst, dass eine von Latours Kernthesen freilich darauf hinausläuft, dass die Existenzweisen keinesfalls als Bereiche (von Wirklichkeit) begriffen werden dürfen (Latour 2014: 67 ff.). Die Schilderung in diesem Abschnitt erfolgt jedoch primär aus der Perspektive der üblichen differenzierungstheoretischen Annahmen.

Latour Ausgangspunkt einer neuen *Sozialtheorie* ist, die gegen die eingespielten Trennungen der Soziologie (sozial/natürlich, subjektiv/objektiv, menschliche Handlung/Passivität der Dinge usw.) opponiert. Sie setzt dabei auf ein offeneres und flacheres Rechercheinstrumentarium, das in Form der Akteur-Netzwerk-Theorie Übersetzungen und Vermittlungen heterogener Elemente in den Blick nimmt (Gertenbach 2015: 245 ff.). Mit diesem Instrumentarium wird nun nicht Gesellschaft *als* Labor untersucht, sondern jene Übersetzungs- und Vermittlungslogiken der wissenschaftlichen Praxis, die häufig nur sehr allgemein als »Verwissenschaftlichung der Gesellschaft« beschrieben werden (Weingart 1983). Damit eröffnet sich aber zugleich eine *gesellschaftstheoretische* Diskussionslinie, die zunächst als historische Recherche der nun als problematisch empfundenen, arrivierten sozialtheoretischen Annahmen begriffen werden kann. Erst im zweiten Schritt lässt sich dann davon sprechen, dass Latour ausgehend von den Reformulierungen auf der Ebene der Sozialtheorie auch einen eigenständigen Beitrag zur Gesellschaftstheorie formuliert – eben jenes Projekt der Erforschung von Existenzweisen, das insgesamt als Differenzierungstheorie der Moderne angelegt ist, sich darin aber von den bisher maßgeblichen Beiträgen in diesem Bereich deutlich unterscheidet.

In diesem Projekt geht es Latour um eine weitreichende differenzierungstheoretische Ergänzung der Akteur-Netzwerk-Theorie, die mit der Prämisse einsetzt, dass es etwas Eigentümliches in den wissenschaftlichen Praktiken gibt, das diese von rechtlichen, religiösen, künstlerischen und anderen Praktiken unterscheidet. Das prinzipiell nicht als Differenzierungstheorie angelegte (sozialtheoretische) Netzwerkmodell erscheint vor diesem Hintergrund nun als unterkomplex, einseitig und zu flach (Latour 2013b: 96 f.), so dass das gesamte Existenzweisen-Projekt als Versuch begriffen werden muss, hierauf aufbauend unterschiedliche Arten und Qualitäten von Netzwerken zu benennen. Dennoch kommt auch hier den Wissenschaften eine besondere Stellung zu, betont Latour doch, dass das gesamte Projekt nicht nur »mit der Ethnographie der Laboratorien anfangen« muss, sondern vielmehr »allgemeiner von der Entwicklung der science studies abhängig« (Latour 2014: 136) ist. Damit ist ein Argument benannt, das noch über die bis hierhin skizzierten Punkte hinausgeht. Denn trotz der immensen Bedeutung, die den Wissenschaften in der Reformulierung der soziologischen Theorie bei Latour zukommt, findet sich hierin prinzipiell noch kein Grund, warum diese Rolle nicht gleichermaßen auch anderen Bereichen von Gesellschaft zukommen können soll – schließlich ließe sich auch die Ökonomie oder das Recht als Instanz der Irritation sozialtheoretischer Konzepte begreifen. Latour besteht jedoch darauf, dass gerade hier den Wissenschaften eine Sonderstellung zukommt. Da eine solche Annahme direkt gegen grundlegende differenzierungstheoretische Prämissen der Soziologie gerichtet ist, ist die Frage zu stellen, was diesen Bereich spezifisch auszeichnet, so dass gerade er sich für den Sprung zur Gesellschaftstheorie anbietet.

Latours Hauptantwort hierauf ist, dass auf dem Feld der Wissenschaften die »prinzipiellen Hindernisse« anzufinden sind, »die alle unsere Anstrengungen, im Verständnis der Modernen voranzukommen, absurd und unverständlich erscheinen lassen könnten« (Latour 2014: 27). Damit findet sich auch auf der Ebene der Gesellschaftstheorie die These einer Sonderstellung der Wissenschaften, die dazu führt, dass das in *Existenzweisen* anvisierte Projekt einer Anthropologie der Modernen nur dann gelingen kann, wenn die Irrtümer auf diesem Feld beseitigt sind und – wie Latour es formuliert – überhaupt der Raum geschaffen ist, um eine Pluralität von Existenzweisen denken zu können (Latour 2014: 155 ff.). Mit Blick auf die gesamten Ausführungen

dieses Projekts lassen sich aber letztlich mindestens drei Aspekte ausmachen, die jene besondere Bedeutung der Wissenschaften und hierdurch auch der Wissenschaftsforschung begründen: Der erste ist schlicht institutioneller Art. Zu ihm gehört einerseits die These, dass sich die Science Studies (insbesondere in Form der Latour nahestehenden *Science and Technology Studies*) als Vorlage eines solchen Unterfangens eignen, weil sie mit den Hinweisen auf die zahlreichen Apparate, Techniken und Instrumente der wissenschaftlichen Praxis eine Pionierarbeit geleistet haben, die für die Untersuchung der Existenzweisen unverzichtbar ist. Und andererseits fällt hierunter auch das Argument, dass die Wissenschaft durch ihre institutionelle Stellung imstande ist, einer Ausweitung der soziozentrischen Erklärungslogik zu widerstehen, da die Wissenschaftler/-innen im Unterschied zu weniger artikulierten und kulturell minoritären Gruppen »die Soziologen nicht einfach über ihren Rasen laufen und ihre Objekte mit sozialen Erklärungen zerstören ließen, ohne laut und deutlich ihr Mißfallen zu bekunden« (Latour 2007: 174). Der zweite, wichtigere Grund referiert darauf, dass in den Wissenschaften jene Grundunterscheidungen liegen, die die Moderne definieren und die bereits in den gesellschaftstheoretischen Reflexionen aus *Wir sind nie modern gewesen* benannt wurden: die zwischen Materie und Geist, Subjekt und Objekt – kurz: die erkenntnistheoretische Grunddisposition der Moderne, die Latour nun mit Whitehead als »Bifurkation der Natur« (Latour 2014: 179) bezeichnet. Latours Untersuchung setzt nun an den Wissenschaften an, weil diese epistemische Ordnung es unmöglich macht, eine Pluralität von Existenzweisen anzuerkennen, ohne die hiermit getroffene Unterscheidung lediglich – wie bei Luhmann – als Unterscheidung verschiedener Sprachweisen zu denken. Räumt man – so Latour – diese Grundannahmen über die Spaltung der Welt in eine Ebene der Dinge und eine der Wörter nicht beiseite, so ist es unmöglich, die verschiedenen Artikulationsformen als Existenzweisen zu begreifen; sie wären lediglich inkomensurable Sprachspiele. Und der dritte Grund hängt damit zusammen, dass alle Existenzweisen bei Latour als spezifische Wahrheitspraktiken begriffen werden. So muss die Analyse deswegen bei den Wissenschaften ansetzen, weil diese in der Moderne den Wahrheitsbegriff monopolisiert bzw. auf ihre Sphäre verengt haben (vergleiche auch Harman 2014: 91). Wahrheit nimmt demzufolge stets die Form einer referentiellen Übereinstimmung zwischen Aussage und Objekt an, die in der Regel als konstativ begriffen wird – idealtypisch etwa bei Habermas, da mit Wahrheit dort (im Unterschied zu Wahrhaftigkeit und Richtigkeit) der Geltungsanspruch von Aussagen in Bezug auf die objektive Welt (im Unterschied zur subjektiven und sozialen Welt) bezeichnet ist (Habermas 1995: 439). Nach Latour ist dies aber nur ein Modus der Wahrheit – nämlich Referentialität (Latour 2014: 98, 190 ff.), denn letztlich etabliert jede Existenzweise eine eigene Form des Wahrsprechens, die ihrer spezifischen Artikulationsweise entspricht.

Die Konsequenzen dieser Annahmen sind zahlreich und soziologisch durchaus gewöhnungsbedürftig. Ohne sie im Einzelnen hier diskutieren zu können, sei lediglich angeführt, dass die verschiedenen Existenzweisen für Latour weder ontologisch auf der gleichen Ebene liegen noch in formaler Hinsicht gleich strukturiert sind. Es handelt sich also nicht – wie etwa in der Systemtheorie – um jeweils gleichartig operierende und sich auch auf der gleichen Wirklichkeitsebene befindliche Bereiche (also etwa operativ geschlossene, über Codes kommunikativ strukturierte Systeme von Gesellschaft) und ebenso wenig um formal auf ähnliche Weise strukturierte Felder wie etwa bei Bourdieu. Und schließlich, damit zusammenhängend, wird dadurch zugleich ausgeschlossen, dass es einen unmittelbaren Vergleichspunkt bzw. eine Metaebene

oder einen Metamodus geben kann – und sei es auch lediglich in dem Sinne, wie eben in der Systemtheorie alle sozialen Systeme sinnverarbeitende Systeme sind oder ihre Operationsweise sprachlich-kommunikativer Art ist.

## Ausblick

Ich komme damit zum Abschluss, an dem diese Punkte einerseits auf die Ausgangsdiskussion zurückgeführt werden sollen und es andererseits darum geht, zu skizzieren, was nun zu diskutieren wäre. Dass der Auseinandersetzung mit den Wissenschaften im Werk Latours eine fundamentale Rolle zukommt, ist nicht zu bestreiten. Die Wissenschaften sind aber nicht nur deshalb ein besonderes Feld für die Soziologie, weil sie in das Fach eine Experimentalsituation einführen und damit die Soziologie gewissermaßen einem Labortest unterziehen. Sie sind es auch, weil nach Latour die Auseinandersetzung mit der Moderne hier ihren archimedischen Punkt hat. Die Wissenschaften spiegeln der Soziologie dabei nicht nur ihre (eigenen) erkenntnistheoretischen Fragen zurück (und das ganz gleichgültig, ob die Soziologie sich überhaupt für zuständig erachtet, erkenntnistheoretische Fragen zu stellen oder zu problematisieren), sondern ermöglichen durch ihre experimentelle Ausrichtung auch einen anderen Zugang zu erkenntnistheoretischen, ontologischen und methodologischen Fragen – ein Argument, das Latour mit Dewey teilt (Dewey 1995: 23–28). Dass der Wissenschaftsforschung und den Wissenschaften bei Latour eine Sonderstellung zukommt, impliziert also mitnichten die reduktionistische These, dass die Gesellschaft zur Kopie des Labors oder das Labor zum Nomos der Gesellschaft wird. Ebenso wenig mutiert die Erforschung der Wissenschaften hier bereits zur Erforschung von Gesellschaft schlechthin, weshalb der Einwand, Latour betreibe eine schlichte »Verallgemeinerung seiner Theorie begrenzter Reichweite zu einer allgemeinen Sozial- und Gesellschaftstheorie« (Lindemann 2009a: 117), nicht stichhaltig ist – und das nicht erst mit der Publikation von *Existenzweisen*.

Die Konsequenzen, die Latour aus dieser Genese seines theoretischen Ansatzes zieht, können hier nur in Umrissen angedeutet werden. Der Hinweis auf Dewey lässt bereits erkennen, dass die Behandlung erkenntnistheoretischer Fragen bei Latour immer stärker an pragmatistische Theoriefiguren erinnert – gleiches gilt für die politische Orientierung an »matters of concern« bzw. pragmatistisch: »issues« (vgl. Marres 2007). Folgerichtig kommt dem Pragmatismus in *Existenzweisen* nun auch soziologisch ein größeres Gewicht zu, was sich vor allem in der Anbindung des Differenzierungstheorems an konkrete Erfahrung niederschlägt (Latour 2014: 260f.; Dewey 1995: 25). Gerade hierfür ist die Auseinandersetzung mit den Wissenschaften (in ihrer experimentalistischen Verfassung) entscheidend, da sie eine Öffnung bzw. Erweiterung des Erfahrungsbegriffs ermöglichen. Inwiefern Latours Tabulatur der Existenzweisen überzeugt und in welcher Hinsicht hier – gerade im Vergleich zu anderen Ansätzen – ein vielversprechender gesellschaftstheoretischer Neuentwurf vorliegt, lässt sich erst im Anschluss an diese grundsätzliche Behauptung sinnvoll diskutieren (siehe die Kritik in Latour 2015 sowie Blake 2015). Auch wenn dies im Rahmen dieses Vortrages nicht möglich ist, hoffe ich doch zumindest ange-

deutet zu haben, dass all dies ganz wesentlich davon abhängt, ob man dieser spezifischen Verbindung von Wissenschaftsforschung und soziologischer Theorie folgen mag.

Gezeigt hat sich damit auch, dass einige verbreitete Einwände und Lesarten an den Texten Latours vorbeigehen – von dem allgemeinen Einwurf, man habe es hierbei überhaupt nicht mit soziologischer Theorie zu tun bis zu der Kritik, Latour vermenge die verschiedenen Ebenen soziologischer Begriffsbildung (vergleiche Bloor 1999: 197; Greif 2006; Lindemann 2008).<sup>4</sup> Bei genauerer Betrachtung zeigt sich vielmehr, dass die Unterscheidung der verschiedenen Theorieebenen, die hier nur als Heuristik an sein Werk herangetragen wurde, gerade bei Latour überraschend gut passt und in gewissen Teilen sogar der Entwicklung seines Werkes entspricht. So bedient er entgegen der Behauptung von Gesa Lindemann fast schon mustergültig ihre selbst aufgestellte Nomenklatur soziologischer Theoriebildung (Lindemann 2011a), nach der die empirischen Forschungen begrenzter Reichweite (also etwa die Labor- und Naturwissenschaftsstudien) die Sozialtheorie irritieren können, die wiederum gesellschaftstheoretisch und -historisch problematisiert werden kann. Dass Latour im Anschluss hieran nun mit dem Existenzweisen-Projekt auch eine im klassischen Sinne gesellschaftstheoretische Studie vorlegt (bei der freilich noch zu diskutieren ist, ob ein solches Unterfangen angesichts der Verabschiedung des Gesellschaftsbegriffs noch als Gesellschaftstheorie gelten kann), lässt sich nun als Gelegenheit begreifen, deren systematischen Gehalt etwas genauer zu inspizieren und damit schlussendlich auch Latours Verhältnis zur soziologischen Theorie insgesamt sowie vergleichbaren Theoriebeiträgen genauer zu klären. Denn letztlich handelt es sich hierbei um einen der wenigen theoretischen Neuentwürfe, den die Soziologie in den letzten Jahrzehnten überhaupt formuliert hat. Es wäre kein rühmliches Zeichen für das Fach, wenn eine ernsthafte Diskussion dieses Ansatzes durch unbegründete, doch überraschend persistente Vorannahmen gegenüber Latour blockiert werden würde.

## Literatur

- Barnes, B. 1977: *Interests and the Growth of Knowledge*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Barnes, B., MacKenzie, D. 1979: *On the Role of Interests in Scientific Change*. In R. Wallis (Hg.), *On the Margins of Science. The Social Construction of Rejected Knowledge*. Sociological Review Monograph 27. Keele: University of Keele, 49–66.
- Blake, T. 2015: *Bruno Latour's Metaphysics of Religion: a position paper*, <https://terenceblake.wordpress.com/2014/12/22/bruno-latours-metaphysics-of-religion-a-position-paper/> (letzter Aufruf 27. Mai 2015).
- Bloor, D. 1999: *Anti-Latour*. *Studies in History and Philosophy of Science*, 30. Jg., Heft 1, 81–112.

---

<sup>4</sup> Zurückzuweisen ist schließlich auch die hiermit verbundene Kritik, Latour rede einer politischen Expertokratie das Wort (vergleiche Lindemann 2008: 355 ff.). Sie basiert schlichtweg auf einem Missverständnis in Bezug auf die Folgerungen, die Latour auf der Ebene der Sozialtheorie aus der These des Scheiterns der gängigen Soziologien angesichts der Erforschung der Naturwissenschaften zieht. Während Lindemann hier eine Hinwendung Latours zu Schütz und Durkheim zu erkennen glaubt, handelt es sich vielmehr um eine (zu Schütz und Durkheim konträr verlaufende) Hinwendung zur strukturalistischen Semiotik (vergleiche ausführlich Gertenbach 2015: 187 ff.).

- Descola, P. 2011: *Jenseits von Natur und Kultur*. Berlin: Suhrkamp.
- Dewey, J. 1995: *Erfahrung und Natur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fischer, J. 2008: Tertiärität. Die Sozialtheorie des »Dritten« als Grundlegung der Kultur- und Sozialwissenschaften. In J. Raab, M. Pfadenhauer, P. Stegmaier, J. Dreher, B. Schnettler (Hg.), *Phänomenologie und Soziologie. Theoretische Positionen, aktuelle Problemfelder und empirische Umsetzungen*. Wiesbaden: VS, 121–130.
- Gertenbach, L. 2015: *Entgrenzungen der Soziologie. Bruno Latour und der Konstruktivismus*. Weilerswist: Velbrück.
- Gilbert, N. G., Mulkay, M. 1984: *Opening Pandora's Box. A Sociological analysis of scientists' discourse*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Greif, H. 2006: Vom Verschwinden der Theorie in der Akteur-Netzwerk-Theorie. In M. Voss, B. Peucker (Hg.), *Verschwindet die Natur? Die Akteur-Netzwerk-Theorie in der umweltsoziologischen Diskussion*. Bielefeld: Transcript, 53–70.
- Habermas, J. 1995: *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Harman, G. 2014: *Bruno Latour. Reassembling the Political*. London: Pluto Press.
- Knorr Cetina, K. 1982: The Constructivist Programme in the Sociology of Science: Retreats or Advances? *Social Studies of Science*, 12. Jg., Heft 2, 320–324.
- Knorr Cetina, K. 2002: *Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft*. 2. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kuhn, T. S. 1976: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. 2. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 1988: *The Pasteurization of France*. Harvard: Harvard University Press.
- Latour, B. 1996: *Der Berliner Schlüssel. Erkundungen eines Liebhabers der Wissenschaften*. Berlin: Akademie Verlag.
- Latour, B. 2002: Von der Fabrikation zur Realität. Pasteur und sein Milchsäureferment. In B. Latour, Die Hoffnung der Pandora. *Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 137–174.
- Latour, B. 2006: Gebt mir ein Laboratorium und ich werde die Welt aus den Angeln heben. In A. Belliger, D. J. Krieger (Hg.), *ANTHology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*. Bielefeld: transcript, 103–134.
- Latour, B. 2007: Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 2010: Coming out as a philosopher. *Social Studies of Science*, 40 Jg., Heft 4, 599–608.
- Latour, B. 2013a: Biography of an inquiry: On a book about modes of existence. In: *Social Studies of Science*, 43. Jg., Heft 2, 287–301.
- Latour, B. 2013b: Den Kühen ihre Farbe zurückgeben. Von der ANT und der Soziologie der Übersetzung zum Projekt der Existenzweisen. Bruno Latour im Interview mit Michael Cuntz und Lorenz Engell. *Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung*, 5. Jg., Heft 2, 83–100.
- Latour, B. 2014: *Existenzweisen. Eine Anthropologie der Modernen*. Berlin: Suhrkamp.
- Latour, B. 2015: »... counter a metaphysical machine with a bigger metaphysical machine.« Does An Inquiry into Modes of Existence have a system? Interview with Carolina Miranda. In *Les Temps Modernes*, (im Erscheinen).
- Latour, B., Woolgar, S. 1986: *Laboratory Life. The Construction of Scientific Facts*. Princeton: Princeton University Press.
- Lemke, T. 2005: Die Natur in der Soziologie. Versuch einer Positionsbestimmung. *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 35. Jg., Heft 2, 248–255.
- Lindemann, G. 2008: »Allons enfants et faits de la patrie...«. Über Latours Sozial- und Gesellschaftstheorie und seinen Beitrag zur Rettung der Welt. In G. Kneer, M. Schroer, E. Schüttpelz (Hg.), *Bruno Latours Kollektive. Kontroversen zur Entgrenzung des Sozialen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 339–360.

- Lindemann, G. 2009a: Bruno Latour – Von der Wissenschaftsforschung zur Expertokratie. In S. Gießmann, U. Brunotte, F. Mauelshagen, H. Böhme, C. Wulf (Hg.), Politische Ökologie. Zeitschrift für Kulturwissenschaften. Heft 2/2009, Bielefeld: transcript, 113–118.
- Lindemann, G. 2009b: Das Soziale von seinen Grenzen her denken. Weilerswist: Velbrück.
- Lindemann, G. 2011a: Die Gesellschaftstheorie von der Sozialtheorie her denken – oder umgekehrt? Zeitschrift für Soziologie-Forum, 3. Jg., Heft 1, 1–19.
- Lindemann, G. 2011b: On Latour's Social Theory and Theory of Society, and His Contribution to Saving the World. Human Studies, 34. Jg., Heft 1, 93–110.
- Luhmann, N. 1987: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 2009: Selbst-Thematisierung des Gesellschaftssystems. Über die Kategorie der Reflexion aus der Sicht der Systemtheorie. In N. Luhmann (Hg.), Soziologische Aufklärung 2: Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. 6. Aufl. Wiesbaden: VS, 89–127.
- Mannheim, K. 1964: Das Problem einer Soziologie des Wissens. In K. Mannheim (Hg.), Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Berlin, Neuwied: Luchterhand, 308–387.
- Mannheim, K. 1980: Strukturen des Denkens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marres, N. 2007: The Issues Deserve More Credit: Pragmatist Contributions to the Study of Public Involvement in Controversy. Social Studies of Science, 37. Jg., Heft 5, 759–780, <http://eprints.gold.ac.uk/1967/> (letzter Aufruf 27. Mai 2015).
- Mulkay, M. 1991: Sociology of Science. A Sociological Pilgrimage. Indianapolis: Bloomington.
- Popper, K. 1935: Logik der Forschung. Zur Erkenntnistheorie der modernen Naturwissenschaft. Wien: Springer.
- Reichenbach, H. 1938: Experience and Prediction. An Analysis of the Foundations and the Structure of Knowledge. Chicago & London: University of Chicago Press.
- Shapin, S. 1975: Phrenological knowledge and the social structure of early nineteenth-century Edinburgh. Annals of Science, 32. Jg., Heft 3, 219–243.
- Sismondo, S. 1993: Some Social Constructions. Social Studies of Science, 23. Jg., Heft 3, 515–553.
- Tellmann, U. 2014: Die Welt als Labor - Über eine folgenreiche Gründungsszene der ANT. In S. Farzin, H. Laux (Hg.), Gründungsszenen soziologischer Theorie. Wiesbaden: Springer VS, 25–40.
- Weingart, P. 1983: Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft. Zeitschrift für Soziologie, 12. Jg., Heft 3, 225–241.
- Weingart, P. 2001: Wissenschaftssoziologie als Gesellschaftsdiagnose. Soziale Welt, 61. Jg., Heft 1, 89–98.

# Zum Kritikpotential der Untersuchung sozialer Phänomene als *epistemische Dinge*<sup>1</sup>

Doris Schweitzer

*Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Wissenschaftsforschung meets soziologische Theorie« – organisiert von Andreas Langenohl und Doris Schweitzer*

Das *epistemische Ding* des Wissenschaftshistorikers Jörg Rheinberger hat eine erstaunliche Karriere erfahren. Ursprünglich zur Untersuchung der molekularbiologischen Laborarbeit zur Biosynthese von Proteinen im Reagenzglas entwickelt (Rheinberger 1992, 2006), ist das epistemische Ding sukzessive aus dem Labor in den Bereich der soziologischen und kulturwissenschaftlichen Theorie gewandert. Es wird zunehmend für soziale und kulturelle Phänomene außerhalb der Laborwände in Einsatz gebracht: Am bekanntesten ist sicherlich die Bestimmung des »Market as an Epistemic Thing« durch Karin Knorr-Cetina und Urs Bruegger (Knorr-Cetina, Bruegger 2000: 145ff.). Der Begriff wird aber nicht nur auf den Finanzmarkt sowie seine Instrumente angewendet (so auch Vormbusch 2012: 334), sondern ebenso auf soziale Praktiken im Rahmen des Organisationsgeschehen (Miettinen, Virkkunen 2005), auf Kategorien wie *sex* und *gender* (Borst 2008; Deuber-Mankowsky 2008), auf Phänomene wie Rausch, ökonomischer Wachstum und Sport (Feustel 2013; Chassé 2014: 135; Stauff 2005: 108f.) bzw. auf Objekte wie das Ungeborene oder den Menschen in der Erziehungsanstalt (Heimerl 2013; Pethes 2007). Der Begriff scheint immer umfassendere Bereiche zu charakterisieren: So verwendet Knorr-Cetina das epistemische Ding etwa für materiale Wissensobjekte (Knorr-Cetina 1998) und damit quasi für alles, was »Teil eines auf Wissen bezogenen Entdeckungs- und Artikulationsprozesses ist« (Knorr-Cetina 2008: 57); Helga Nowotny kennzeichnet durch ihn die wissenschaftliche Grundlagenforschung (Nowotny 2005: 88); und Herbert Kalthoff wendet ihn generell auf die Untersuchungsgegenstände der Ethnographie an (Kalthoff 2003). Jegliches soziales Phänomen erscheint dann als epistemisches Ding fassbar – möglicherweise bis hin zum Sozialen selbst.

Diese Übersetzung des Begriffs aus den Laborstudien in den Bereich genuin soziologischer Phänomene erscheint erfolgsversprechend: Epistemischen Dinge sind – so Rheinberger – »die

---

<sup>1</sup> Ich danke meinem Mitorganisator Andreas Langenohl sowie den weiteren Beitragenden und Zuhörer/-innen der Ad-hoc-Gruppe *Wissenschaftsforschung meets soziologische Theorie* für die kritische Diskussion der hier vorgestellten Thesen.



Dinge, denen die Anstrengung des Wissens gilt« (Rheinberger 2006: 27). Es handelt sich um Objekte, deren Struktur und Funktionsweise noch nicht geklärt ist, die offen, komplex und fragengenerierend und durch eine irreduzible Verschwommenheit und Vagheit gekennzeichnet sind (Rheinberger 2006: 27, 2001: 61). Sie sind eher Prozesse und Projektionen als definitive Gegenstände. Rheinberger will dadurch den Entdeckungszusammenhang eines Wissens im Werden gegenüber einer immer erst herzustellenden Verfestigung des Objekts rehabilitieren: »Es geht vielmehr darum, das Primat der im Werden begriffenen wissenschaftlichen Erfahrung, bei der begriffliche Unbestimmtheit nicht defizitär, sondern handlungsbestimmend ist, gegenüber ihrem begrifflich verfaßten und verfestigten Resultat zur Geltung zu bringen.« (Rheinberger 2006: 27) Die Untersuchungsgegenstände der Soziologie entsprechen diesen Bestimmungen: Sie sind ebenso komplex, vage, verschwommen und instabil und werden erst im Prozess der Forschung performativ hervorgebracht. Einer Übernahme des Begriffs scheint nichts entgegenzustehen.

Der Sprung aus dem Labor der empirischen naturwissenschaftlichen Forschung in die Soziologie wird jedoch in der Regel nicht problematisiert.<sup>2</sup> Genau an dieser Stelle, das heißt an dem Übersetzungsprozess zwischen Wissenschaftsforschung im Labor und soziologische Forschung außerhalb des Labors, soll angesetzt werden.<sup>3</sup> Denn nur dann kann man fragen: Was sind die Gefahren, aber auch die heuristischen Potentiale dieses Übersetzungsprozesses? Und insbesondere: Was ist das spezifische kritische Potential der Verwendung des Konzeptes des epistemischen Dings? Um dies zu diskutieren, wird in drei Schritten vorgegangen: In einem ersten Teil soll genauer in den Blick genommen werden, was eigentlich übersetzt wird und was in diesem Prozess verloren geht, was sozusagen die Übersetzungskosten sind. Der zweite Teil versucht davon ausgehend zu bestimmen, worin das heuristisch-kritische Potential in dieser Übersetzung liegt. Abschließend sollen die Grenzen eines solchen kritischen Potentials umrissen werden.

## Das *epistemische Ding* im Übersetzungsprozess

Zunächst zur ersten Frage: Was wird eigentlich übersetzt? Um dies bestimmen zu können, wird eine Unterscheidung eingeführt: Man kann das Verfahren der Entwicklung des Konzepts des epistemischen Dings betrachten, und man kann den Fokus auf die Ergebnisse dieses Verfahrens legen, also an den inhaltlichen Bestimmungen des epistemischen Dings ansetzen.

Legt man den Fokus auf den ersten Punkt, das Verfahren der Generierung des Begriffs, so zeigt sich, dass dieser in einer bestimmten Konstellation zum Einsatz kam: Mittels des epistemischen Dings stellt Rheinberger die vorgebliche Objektivität des materiellen Dings als naturwissenschaftlichen Untersuchungsgegenstand in Frage. Hierzu greift er gerade nicht auf naturwis-

---

<sup>2</sup> Zum Problem der Übertragbarkeit des epistemischen Dings in die Literaturwissenschaften vgl. jüngst Martus 2015.

<sup>3</sup> Im Folgenden wird der Blick nicht auf die einzelnen spezifischen Übersetzungsleistungen gelegt, wie sie in der genannten Literatur vollzogen wurden. Vielmehr soll es um jenen Trend im Allgemeinen gehen, die Untersuchungsgegenstände außerhalb des Labors als epistemische Dinge zu behandeln – und damit verbunden um die Frage, welches Potential und welche Gefahren ein solcher Transfer in die soziale Welt jenseits des Labors bedeuten könnte.

senschaftliche Erkenntnisse wie zum Beispiel die der Quantenphysik zurück, durch welche der Dingcharakter, das Ding-an-sich, bereits relativiert wurde (Bachelard 1994, 1978; Barad 2012). Vielmehr wendet er ein – man könnte sagen: kritisches – Verfahren einer »erklärenden Vertauschung« (Serres 1991: 265) an: Sozialwissenschaftliche und philosophische Methoden und Theorien werden in das Labor transportiert, um gegen naive und konkretistische Vorstellung über das Objekt anzuschreiben.<sup>4</sup> Überspitzt formuliert gilt: Die Natur wird bei Rheinberger auch (!) durch das Soziale, die Kultur erklärt, das heißt die Natur wird kulturalisiert. Insofern sind epistemische Dinge für ihn »Mischgebilde« bzw. »Diskurs-Objekte« (Rheinberger 2006: 28, 16). Sie sind aufgespannt zwischen Natur- und Geisteswissenschaften.

Wollte man dieses kritische Verfahren nun in den Bereich der Soziologie übertragen, müsste man eigentlich den entgegengesetzten Weg wählen: Man müsste die naturwissenschaftlichen Verfahren, Theorien und Konzepte in den Bereich der Soziologie transportieren. Das ist kein unbekanntes Vorgehen: Die Relevanz des biologischen Konzepts des Organismus im 19. Jahrhundert für die entstehende Soziologie wurde an zahlreichen Stellen betont<sup>5</sup>, und später übernahm zum Beispiel Niklas Luhmann zur Entwicklung seiner Systemtheorie das Konzept der Autopoiesis der chilenischen Biologen Maturana und Valera. Ein programmatischer Vertreter eines solchen Vorgehens ist jedoch Michel Serres. Er macht sich diesen Transport zwischen den Wissenschaftskulturen der Natur- und der Geisteswissenschaften zum Programm. Mit seiner *Nordwest-Passage* propagiert und vollzieht er die Passage in *beide* Richtungen.<sup>6</sup> Damit wendet er sich einerseits gegen den fundamentalen Verlust der Kultur im Fortschreiten der sogenannten exakten Wissenschaften. Andererseits versucht er durch dieses Verfahren, die Ding- und Objektvergessenheit der Sozialwissenschaften zu überwinden – eine »Rückkehr zu den Sachen als Rückkehr zur Welt« (Serres in Jakob 1994: 180), um die Kluft von Natur und Kultur zu überwinden. Mit Serres gesprochen gilt: Es handelt sich nicht um ein einseitiges kritisches Unterfangen.<sup>7</sup>

In diesem Sinne müsste man also nun eigentlich, wenn man sich an dem kritischen Verfahren der Laborstudien orientiert, die Kultur zu einem gewissen Teil naturalisieren – ein Verfahren, das in der Soziologie jedoch traditionellerweise extrem kritisch gesehen wird und auf entsprechende Gegenwehr zu stoßen droht. Von einer solchen Kritik ist jedoch die Übersetzung des Begriffs des epistemischen Dings in die soziologische Theorie zunächst nicht betroffen. Denn Ansatzpunkt des Imports ist gerade nicht das Verfahren einer erklärenden Vertauschung, vielmehr wird sich an dessen Ergebnis orientiert: Rekuriert wird auf den Begriffsinhalt des epistemischen Dings, das heißt auf die Relativierung der Objektivität der Untersuchungsgegenstände durch die Betonung ihres spezifisch vagen, performativen und instabilen Charakters. Das bedeutet nun wiederum: Die Ergebnisse der Kulturalisierung der Natur werden in den Bereich der Kultur rücktransportiert. Letztlich wird das Soziale erneut durch das Soziale erklärt. Eine Naturalisierung droht hier im Bereich des Verfahrens der Begriffsentwicklung zunächst nicht.

---

4 Zentrale Referenzpunkte sind etwa auf methodischer Ebene die Ethnographie sowie auf methodologisch-theoretischer Ebene Jacques Derrida und Michel Foucault.

5 Statt vieler etwa Hejl 1998.

6 Das bedeutet etwa, um nur ein Beispiel für den entgegengesetzten Weg zu nennen, dass Serres die Gedichte von Lukrez durch die moderne Strömungslehre der Wirbel und Turbulenzen aus der Physik des 20. Jahrhunderts erklärt. Diesen Transport in *beide* Richtungen unterscheidet sein Vorgehen von demjenigen seines Schülers Bruno Latour, der einen Großteil seiner Konzepte von Serres übernommen hat.

7 Vgl. hierzu Schweitzer 2011: 219ff.

Mit dieser Begrenzung auf die Übersetzung der Bedeutungsinhalte des epistemischen Dings geht meines Erachtens jedoch zugleich die spezifische Theoriearchitektur Rheinbergers, das heißt das topologische *setting* des Begriffs, verloren. Rheinberger entwickelte das Konzept des epistemischen Dings als Objekt der Forschung in Abgrenzung zu den technischen Dingen, das heißt zu jenen Objekten, die als Mittel der Forschung dienen: »Während technische Dinge eine angebbare Funktion in der Herstellung anderer Dinge haben oder als Dinge selbst zum Gebrauch und Verbrauch bestimmt sind, sind epistemische Dinge Erkenntnisgegenstände, also Objekte, an denen oder über die wir Wissen gewinnen wollen.« (Rheinberger 2001: 61) Technische Dinge sind also gegenüber den epistemischen Dingen von einer charakteristischen Bestimmtheit, die eine Identität in der Ausführung ermöglicht und dadurch die Forschungspraxis zu stabilisieren vermag (Rheinberger 1992: 70f.). In Rheinbergers Studien fungieren diese beiden Dingarten als gegenseitiger Abgrenzungshorizont. Sie stehen sich dabei jedoch nicht streng gegenüber, sondern in einer Beziehung des gegenseitigen Austausches. Es kann sogar ein Übergang vom epistemischen zum technischen Ding von statten gehen – bzw. auch *vice versa*. Und in diesem Wechselspiel entfaltet sich die spezielle Dynamik der Forschung (Rheinberger 2006: 30f., 1992: 70f.).

Zwar erfolgt gelegentlich auch in den Übersetzungen in die soziologische Theorie der Rekurs auf die Kontrastierung des epistemischen Dings mit den technischen Dingen. So treten für Nowotny an die Stelle der technischen Dinge außerhalb des Labors die Institutionen, die die epistemischen Dinge »auf ihrem langen und niemals geradlinigen Weg« zur Innovation begleiten (Nowotny 2005: 85). Auch wenn sie das »ineinander verwobene Wechselspiel« von epistemischen und technischen Dingen betont, nützt sie dies nicht, um solche Übergänge zwischen den beiden Dingformen zu beschreiben, sondern vielmehr, um die einseitige Platzierung des Überraschenden und Neuen auf Seiten des epistemischen Dings bei Rheinberger zu kritisieren (Nowotny 2005: 87f.). Für Kalthoff übernehmen in der ethnografischen Forschung die relativ einfachen Instrumente der Aufzeichnung die Funktion der technischen Dinge, namentlich »die Beobachtung eines Wissensobjektes – etwa soziale Praktiken, Settings und Ereignisse – zu stabilisieren und die Fragehorizonte zu verschieben und zu begrenzen« (Kalthoff 2003: 73). Was aber der von Rheinberger festgestellte Übergang von epistemischen zu technischen Dingen und *vice versa* bedeuten kann, diese Frage spart Kalthoff explizit aus – bzw. er legt auch nicht nahe, dass das beobachtete soziale *setting* zu einem Instrument wie ein Stift oder ein Aufzeichnungsgerät wird. Das Wechselspiel und die spezielle Dynamik des Übergangs zwischen den beiden Dingformen geht hier im Übersetzungsprozess verloren – mit der Konsequenz, dass das epistemische Ding seinen Abgrenzungshorizont verliert. Dies wird besonders deutlich bei Knorr-Cetina: Sie ebnet den Unterschied zwischen epistemischen Ding und technischen Ding dadurch ein, dass sie die technischen Dinge ebenso vage und unbestimmt charakterisiert wie das epistemische Ding (Knorr-Cetina 2008: 56). Übrig bleiben dann aber nur noch epistemische Dinge – auf allen Ebenen.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Man könnte dies aber auch mit Blick auf eine mögliche Verdinglichungskritik (siehe hierzu den nächsten Abschnitt) positiv wenden: Gerade weil es keinen verfestigten Abgrenzungshorizont gibt, besteht auch nicht die Gefahr, die als epistemisches Ding verstandenen Untersuchungsgegenstände der Soziologie derart erstarrt und verfestigt wie ein technisches Ding zu betrachten.

Wird der Abgrenzungshorizont nicht mitübersetzt, verliert das epistemische Ding zugleich seinen spezifischen Ort: das Labor – respektive das Experimentalsystem, wie Rheinberger dieses Interaktionssystem von Personen, Dingen, Verfahren, Werten, Apparaten und Instrumenten etc. nennt. Denn epistemische Dinge können das Labor verlassen, aber verlassen es erst dann, wenn sie stabilisiert und handhabbar gemacht wurden. Also erst, wenn sie zu technischen Dingen wurden. Weder ist das Labor verallgemeinerbar bis hin zur Welt der Geisteswissenschaften (Wansleben 2008) noch ist das Labor der Ort der Gründungsszene einer allgemeinen soziologischen Theorie wie bei Bruno Latour (Tellmann 2014). Vielmehr gibt es bei Rheinberger eine Welt jenseits des Labors, wobei sich das epistemische Ding im Innenraum des Experimentalsystems befindet. Mit dem Verlust des technischen Dings wird letztlich die Idee des Übergangs zu einer Welt jenseits des Labors und damit einem Außen schlechthin aufgegeben.

Zusammengefasst kann man sagen: Übersetzt wird weder das implizite kritische Verfahren der Entwicklung des Begriffs des epistemischen Dings noch das topologische *setting* mit seiner spezifischen Dynamik – dies sind die Übersetzungskosten. Übersetzt wird vielmehr die mit dem Begriff implizierte Relativierung der Objektivität der Untersuchungsgegenstände aufgrund ihres vagen, instabilen Prozesscharakters. Dafür hätte man meines Erachtens aber nicht unbedingt das epistemische Ding gebraucht. Das leisten auch andere Begrifflichkeiten aus der konstruktivistischen Wissenssoziologie. Damit kann man eine erste Gefahr benennen: Der Begriff des epistemischen Dings droht zu einem Modewort zu verkommen, das jenseits seiner Herkunft und seiner speziellen Theoriearchitektur beliebige Wissensobjekte zu benennen vermag, dem aber auch einer Beliebigkeit der Anwendung entspricht.

## Zum heuristisch-kritischen Potential des *epistemischen Dings*: Wider der Entdinglichung der Soziologie

Damit kann man zur zweiten Frage übergehen: Worin ist das spezifische heuristisch-kritische Potential des epistemischen Dings im Bereich der soziologischen Theorie zu sehen? Dieses Potential liegt meines Erachtens nicht im Verfahren der Konstruktion des Begriffes und auch nicht in den übernommenen Eigenschaften hinsichtlich Vagheit, Performativität und Konstruiertheit des Gegenstandes, sondern im spezifischen Dingcharakter des epistemischen Dings. Denn auch wenn Rheinberger die Objektivität des naturwissenschaftlich untersuchten Dings relativiert, so gibt er damit keineswegs die Vorstellung von der materiellen *Dinghaftigkeit des Dings* auf. Zwar scheint es gelegentlich so, als ob für Rheinberger die Materialität keine Rolle spielt.<sup>9</sup> Allerdings besteht seine Strategie gerade nicht darin, die materielle Seite des Dingbegriffs aufzulösen, sei es in Bewusstsein, in Sprache oder in sonstige Ansätze eines radikalen Konstruktivismus.<sup>10</sup> Das Ding ist zwar nicht mehr als *rein* anzusehen, das heißt einer reinen Sphäre der äußeren Natur zuzuordnen. Doch stellt Rheinberger auch weiterhin auf die Körperlichkeit, die Materialität und

---

<sup>9</sup> So sind epistemische Dinge für Rheinberger »nicht unbedingt Objekte im engeren Sinn, es können auch Strukturen, Reaktionen, Funktionen sein« (Rheinberger 2006: 27).

<sup>10</sup> Anders jedoch David Bloor, der Rheinberger einen »linguistic idealism« vorwirft – eine Interpretation des epistemischen Dings, den letzterer entschieden von sich weist (vgl. Bloor 2005; Rheinberger 2005).

damit die physisch-haptischen Qualitäten des Dings ab: »The general thrust of my whole argument is about the power of material objects—in contrast to ideas or concepts—as driving forces in the process of knowledge acquisition. [...] My goal was to provide an objectcentered, materially founded account of knowledge production. According to my position, scientific or epistemic objects are clearly material things.« (Rheinberger 2005: 406)<sup>11</sup> Epistemische Dinge haben also ebenso ein materielles Substrat, auch wenn die Besonderheit in ihrer Opazität liegt, die Folge der konzeptionellen Zwischenlage zwischen Konstruktivismus und Realismus respektive Materialismus und Idealismus ist.

Verortet man das heuristisch-kritische Potential des Begriffs in einer solchen materialitätsbezogenen Dinghaftigkeit, so bewegt man sich aber gerade aus gesellschaftstheoretischer Sicht auf strittigem Terrain. Denn das Vorhaben, soziale Phänomene wie epistemische Dinge zu behandeln, erinnert dann frappant an eine der berühmtesten und berüchtigtsten Definitionen aus der Gründungsphase der Soziologie: Die »erste und grundlegendste Regel« der soziologischen Methode lautet, so Émile Durkheim im Jahre 1894, »die soziologischen Tatbestände wie Dinge zu behandeln« (Durkheim 2007: 115). In dem programmatischen Text *Die Regeln der soziologischen Methode* ging es Durkheim um die Gründung der Soziologie als eigenständige Disziplin. Ausgangslage ist dabei ein konstatiertes Mangel an Objektivität der sozialen Phänomene. Angesichts dessen zieht Durkheim die Analogie zu der naturwissenschaftlichen Erkenntnisweise, um den gleichen Grad an Wirklichkeit in Anspruch zu nehmen, der dort den Dingen zuerkannt wird: »Wir behaupten also keineswegs, daß die sozialen Phänomene materielle Dinge sind, sondern daß sie mit dem gleichen Rechtstitel Gegenstände sind wie die materiellen Dinge, wenn auch solche anderer Art.« (Durkheim 2007: 89) Die Eigenständigkeit der Sphäre des Sozialen gegenüber der Natur wird nicht in Frage gestellt – vielmehr richtet Durkheim in einer Art zirkulären Schluss sein Bestreben darauf, das Soziale durch das Soziale zu erklären. Was er mit der Analogie jedoch fordert, ist eine bestimmte geistige Haltung gegenüber den sozialen Tatsachen einzunehmen: Sie werden wie Dinge für die Naturwissenschaften als etwas Äußerliches, Gegebenes, der individuellen Willkür Entzogenes betrachtet, worüber man zunächst nichts weiß (Durkheim 2007: 89 ff.; Stedman Jones 1996). Als Dinge betrachtet gewinnen die sozialen Tatsachen ein unabhängiges Eigenleben, sie sind Objekte *sui generis* mit eigenständigen Gesetzen, die den Individuen von außen als Widerstand entgegentreten.

Von Anfang an wurde diese Forderung, die *faits sociaux* wie Dinge zu behandeln, zum Ausgangspunkt fundamentaler Kritiken, Durkheims Ansatz geriet als *chosisme* in Verruf.<sup>12</sup> Im deutschsprachigen Raum formulierte Theodor W. Adorno eine der scharfzüngigsten Kritiken diesbezüglich.<sup>13</sup> Die spezifische Fehlleistung einer auf positiv feststellbare Tatsachen ausgerichteten Soziologie kennzeichnet er mit dem Schlagwort der »Verdinglichung«: Sie ist Durkheims

<sup>11</sup> Vgl. auch Rheinberger 2001: 61, 2012.

<sup>12</sup> Vgl. zur Rezeption der *Regeln* in Deutschland Keim 2013; in Frankreich Berthelot 1995: 143ff. und Borlandi, Mucchielli 1995; in England Platt 1995; in Russland Gofman 1997.

<sup>13</sup> Adorno äußerte diese fundamentale Kritik insbesondere im Jahre 1976 im Rahmen seiner Einleitung zu der deutschen Übersetzung einer Aufsatzsammlung von Durkheim, die im Jahre 1924 unter dem Titel *Sociologie et Philosophie* posthum von Célestine Bouglé veröffentlicht worden war. An der Treffsicherheit der Kritik Adornos sind mitunter Zweifel angebracht, da die Bezugnahme auf Durkheim insbesondere der eigenen Positionierung im Rahmen des *Positivismusstreits in der deutschen Soziologie* diene (Peter 2013; siehe auch Adorno 1976: 8f., 1979: 280). Hier interessiert aber weniger die Frage, ob Adornos Kritik zutreffend ist oder nicht, sondern das Verhältnis von Ding und soziologischem Phänomen, wie es bei Durkheim und Adorno zur Debatte steht.

»blinder Fleck, die Formel, auf die sein Werk verhext ist« (Adorno 1976: 13).<sup>14</sup> Zwar beschreibe Durkheim eindringlich die institutionelle Verselbständigung des vom Menschen Gemachten gegen die Menschen. Indem er aber das institutionell Verselbständigte verobjektiviere, werde das eigentliche Grundwesen verdeckt, nämlich eine Beziehung zwischen Menschen zu sein. Die *zweite Natur* der von Menschen gemachten und gegen sie verselbständigten Institutionen wird Durkheim zur *ersten Natur* – zu einem Ding wie dasjenige in der Natur (Adorno 2003: 140). Deshalb sei es Durkheim möglich, in naiver Nachahmung der positivistischen Haltung der Naturwissenschaften der Gesellschaft gegenüberzutreten. Diese Haltung offenbart für Adorno jedoch den fundamentalen Mangel in Durkheims Denken: Es ist dualistisch, die Kategorien erstarren, werden zu verdinglichten Objekten. Der dialektische Charakter der Gesellschaft, der Ausdruck der der bürgerlichen Warengesellschaft zugrundeliegenden Antagonismen ist, muss Durkheim zwangsläufig entgehen – und damit zugleich, dass sein Denken selbst historisch bedingt ist. Es ist Ausdruck des verdinglichten Bewusstseins der bürgerlichen Gesellschaft und damit als ideologisch zu brandmarken.

Untersucht man nun soziale Phänomene als epistemische Dinge, befindet man sich mitten in der soziologischen Debatte um das Verhältnis von Gesellschaft und materieller Natur, wie sie in der Debatte um den *chosism* Durkheims zum Ausdruck kommt. Allerdings tritt eine Verschiebung in dieser Diskursmatrix ein. Denn im Kern beruhen sowohl die Verdinglichungskritik als auch die Soziologie à la Durkheim auf derselben Struktur: Etwas Nicht-Dingliches, Menschen-Gemachtes wird *wie* bzw. *als* ein äußerliches, beobachtbares Ding betrachtet – einmal positiv, als Voraussetzung der Wissenschaftlichkeit der Soziologie, das andere Mal negativ, als Ausgangspunkt der Kritik. Für beide gilt: Die Gesellschaft ist in der Sphäre des Nicht-Dinglichen zu verorten, und nicht in der der materiellen Phänomene. Durkheim hat dies explizit betont, wenn er die »Immaterialität *sui generis*« (Durkheim 2007: 221) der sozialen Phänomene herausstellt. Das gilt meines Erachtens aber auch für den historischen Materialismus der marxistischen Verdinglichungskritik, an den Adorno (trotz der Kritik am marxistischen Geschichtsverständnis) anschließt. Zwar bestimmt die Produktions- und Tauschweise, und damit die materielle Seite des Lebens die Gesellschaft. Aber es geht im Klassenkampf- oder Wertmodell um materielle Interessen, das heißt den menschlichen Interessen an den materiellen Dingen – es geht nicht um die konkreten materiellen Dinge selbst, sondern um mit Interessen und Wertformen überformte Dinge. Und erst in dieser Schwerpunktsetzung auf das Bewusstsein wird ersichtlich, warum die Verdinglichung der Gesellschaft überhaupt eine Kritik darstellen und weshalb sie zur Entlarvung der herrschenden Ideologie beitragen kann.

Hier ist also jene Episteme der Moderne am Werk, die für Bruno Latour in Anlehnung an Serres in der unüberbrückbaren Kluft von Natur und Kultur besteht (Latour 1995). Nicht *Verdinglichung*, sondern *Entdinglichung* ist das zentrale Motiv eines solchen Denkens: Denn einerseits werden die Untersuchungsgegenstände für die Soziologie auf menschliche Akteure beschränkt, diejenigen der Naturwissenschaften andererseits auf feststehende materielle Tatsachen. Erst

---

<sup>14</sup> Lukács entwickelt die Verdinglichungstheorie ausgehend von Marx' Analyse des Fetischcharakters der Ware (vgl. Lukács 1923: 97). In der Struktur des Warenverhältnisses sieht Lukács »das Urbild aller Gegenständlichkeitsformen und aller ihnen entsprechenden Formen der Subjektivität in der bürgerlichen Gesellschaft« (Lukács 1923: 97). Trotz Adornos späterer Kritik am Idealismus Lukács' (Adorno 2000) ist dessen Verdinglichungskritik ein zentraler Einfluss auf sein Denken zuzuschreiben.

aufgrund dieser epistemischen Struktur vermag sich Durkheims Vorgehensweise, aber auch die Kritik der Verdinglichung zu entfalten. Gerade hier setzt nun das heuristische Potential des epistemischen Dings im Bereich der soziologischen Theorie ein: Der Relativierung der Dinghaftigkeit der Dinge im Kontext der Naturwissenschaften entspricht im Rahmen der Übersetzung eine Relativierung der Immaterialität der Gesellschaft. Der Heterogenität des epistemischen Dings, das eben nicht nur als ein rein materielles Objekt, sondern als ein Gefüge aus materiellen und immateriellen Komponenten anzusehen ist, entspricht die Heterogenität der sozialen Phänomene, die ebensolche Gefüge darstellen. Es erfolgt eine Annäherung an einen Materialismus, der anerkennt, dass das Soziale nicht nur durch das Soziale, sondern ebenso durch das Materielle konstituiert wird und zu erklären ist. Nicht mehr passiv, sondern aktiv und widerständig erscheint nun das Ding in der Soziologie, mithin also konstitutiv für die Etablierung und Institutionalisierung sozialer Phänomene.<sup>15</sup> Ähnlich wie Durkheim orientiert man sich am Dingbegriff, jedoch aufgrund der Wandlung des Bedeutungsgehalts des Dingbegriffs bewirkt dies, dass es sich erstens nicht um starre Phänomene handelt, und zweitens, dass nun auch die materielle Seite der sozialen Phänomene ins Licht gerückt wird. Es erfolgt eine Aufwertung der materiellen Dinge, indem das Soziale nun als materielles-immaterielles Gefüge betrachtet wird.<sup>16</sup>

Das heuristisch-kritische Potential besteht somit darin, einer Entdinglichung der Soziologie entgegenzuwirken. Dies zeigt sich auf der Gegenstandsebene in der Einbeziehung physisch-haptischer, körperlicher und materieller Elemente in die Analyse (Vormbusch 2012; Borst 2008; Heimerl 2013). Dies kann aber auch die gesellschaftstheoretische Ebene betreffen, so etwa bei Knorr-Cetina, wenn sie die Entstehung von post-sozialen Gesellschaftsformen durch die massive Zunahme von objekt-zentrierten Umwelten diagnostiziert (Knorr-Cetina 1997, 2007). Im Gegenzug bedeutet dies aber auch: Wird der Begriff des epistemischen Dings nicht zur Aufwertung der Dinge im sozialen Gefüge verwendet, verliert er sein heuristisch-kritisches Potential.

## Schluss: Die Grenze der Entdinglichungskritik

Allerdings muss hier am Schluss mit Blick auf die Frage nach dem heuristisch-kritischen Potential des epistemischen Dings noch eine Einschränkung vorgenommen werden. Um dies zu verdeutlichen, ist nochmals kurz auf die Verdinglichungskritik Adornos zurückzukommen. Diese beinhaltet einen dreifachen Vorwurf. *Erstens* wirft Adorno Durkheim einen Kategorienfehler vor: Etwas Menschengemachtes wird wie ein Ding betrachtet. Dies stellt die menschliche Handlungsmacht in Frage. Das führt *zweitens* zu Verdinglichung des Denkens: Es erstarrt, die sozialen Phänomene werden zu Dingen im wörtlichen Sinne, das heißt *als* Dinge wahrgenommen (Nassehi 2009: 70). Dadurch wird *drittens* jedwede Kritik unmöglich gemacht. Denn Durkheim legt sich in den Augen Adornos damit auf das positivistische Geschäft der unkritischen Be-

<sup>15</sup> Vgl. Passoth 2012; Nordmann, Schwarz 2012, jeweils m.w.N.

<sup>16</sup> Damit schließt ein solches Unterfangen an die Formen eines »neuen« oder »poststrukturalistischen Materialismus« (Reckwitz 2008; Hillebrandt 2012: 26) in der gegenwärtigen Theoriebildung an, die zu einer »Wiederkehr der Dinge« (Balke et al. 2011) in höchst pluraler Gestalt führte. Seitdem werden nicht nur zunehmend Aktanten, Hybride, Quasi-Objekte und *boundary objects* im Untersuchungsfeld entdeckt, sondern ebenso die Kritik an der Episteme der Moderne vorangetrieben.

schreibung fest. Indem Durkheim die Gesellschaft als undurchdringliche Tatsache, als Ding, präsentiert, verunmöglicht er es, sie mit kritischer Vernunft zu durchdringen – in Adornos Terminologie: zwischen falschen und richtigem Bewusstsein zu unterscheiden. Adorno wendet hierfür das Verfahren einer immanenten Kritik an: Eine Situation stellt sich anders dar, als sie zu sein behauptet. Er beurteilt die bestehende Wirklichkeit dabei nicht von einem externen Standpunkt aus, sondern er misst sie an den immanenten normativen Maßstäben. Dabei orientiert er sich an der inneren Widersprüchlichkeit der Realität, die sich allerdings nicht als ein bloß logisches Defizit darstellt, sondern Ausdruck der notwendigen Widersprüche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist. Ausgehend hiervon wird das dialektische Verfahren der Ideologiekritik in Gang gesetzt.

Den ersten beiden Vorwürfen – dem Kategorienfehler und der Erstarrung des Denkens – kann man mit dem Rekurs auf ein neues Dingverständnis im epistemischen Ding entgegentreten. Mit dem dritten Punkt, der Frage nach der Kritik, wird es schwieriger. Denn auch wenn man mit dem Rekurs auf das epistemische Ding auf eine hybride, in einer Zwischenlage zwischen Materialismus und Idealismus angesiedelte Kategorie der Dialektik und den Dynamiken der Ideologiekritik eine Absage erteilt, verweist Adornos Verdinglichungskritik meines Erachtens auf ein entscheidendes Problem: Mit der Konzeption der sozialen Phänomene als epistemische Dinge erfolgt primär eine Veränderung der Beschreibungsmodelle, nun eben für genuin soziologische Kategorien wie etwa Gender, Markt, Kultur usw. Die Dinge werden darin als eigenständige Akteure aufgewertet. Damit erzielt man aber nicht zwangsläufig eine kritische Reformulierung dieser soziologischen Kategorien – und vielleicht scheitert ein solches Unterfangen gerade auch deshalb, weil sich nicht des kritischen Verfahrens der erklärenden Vertauschung bedient wird, wie es im Konzept des epistemischen Dings eingelagert ist. Vielmehr erfolgt eine situative Aufwertung der Rolle der materiellen Dinge, um der Entdinglichung entgegenzutreten. Ein wie immer gearteter Verweis auf die Fragen der Kritikwürdigkeit der sozialen Phänomene, der Kritikfähigkeit der nun als immateriell-materielle Gefüge konzipierten Phänomene, der spezifisch anders gelagerten Herrschafts- oder Machttechniken oder der expliziten bzw. impliziten Normativität der nun aktiven Dinge als Aktanten erfolgt damit nicht. Eine solche Form des Materialismus müsste erst noch entwickelt werden. Vielleicht kann das das epistemische Ding auch gar nicht leisten. Dann gilt aber: Auf der Ebene der Beschreibung sozialer Phänomene kann man die Konzeption als epistemisches Ding angesichts einer entdinglichten Soziologie als Kritik begreifen, auf der Ebene der Frage nach einer kritischen Soziologie gilt das nicht.

## Literatur

- Adorno, T. W. 1976: Einleitung. In É. Durkheim (Hg.), *Soziologie und Philosophie*. Mit einer Einleitung von Theodor W. Adorno. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–44.
- Adorno, T. W. 1979: Einleitung zum »Positivismusstreit in der deutschen Soziologie«. [1969]. In T. W. Adorno, R. Tiedemann (Hg.), *Soziologische Schriften 1*. Herausgegeben von Rolf Tiedemann. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 280–353.
- Adorno, T. W. 2000: *Negative Dialektik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



- Adorno, T. W. 2003: Einleitung in die Soziologie (1968). Herausgegeben von Christoph Gódde. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bachelard, G. 1978: Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes. Beitrag zu einer Psychoanalyse der objektiven Erkenntnis. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bachelard, G. 1994: Der neue wissenschaftliche Geist. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Balke, F., Muhle, M., Schöning, A. von (Hg.) 2011: Die Wiederkehr der Dinge. Berlin: Kadmos.
- Barad, K. 2012: Agentieller Realismus. Berlin: Suhrkamp.
- Berthelot, J.-M. 1995 : 1895 Durkheim. L'avènement de la sociologie scientifique. Toulouse: Presses universitaires du Mirail.
- Bloor, D. 2005: Toward a Sociology of Epistemic Things. *Perspectives on Science*, 13. Jg., Heft 3, 285–312.
- Borlandi, M. Mucchielli, L. (Hg.) 1995 : La sociologie et sa méthode. Les Règles de Durkheim un siècle après. Paris: L'Harmattan.
- Borst, E. 2008: Kommentar zum Beitrag: Gender - ein epistemisches Ding? In R. Casale, R. Rendtorff (Hg.), Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung. Bielefeld: Transcript, 191–197.
- Chassé, D. S. 2014: Was zählt der Preis? Dogmengeschichte und Wissensgeschichte der Ökonomie. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte*, 37. Jg., Heft 2, 132–147.
- Deuber-Mankowsky, A. 2008: Gender - ein epistemisches Ding? Zur Geschichtlichkeit des Verhältnisses von Natur, Kultur, Technik und Geschlecht. In R. Casale, R. Rendtorff (Hg.), Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung. Bielefeld: Transcript, 169–190.
- Durkheim, E. 2007: Die Regeln der soziologischen Methode. Herausgegeben und eingeleitet von René König. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Feustel, R. 2013: Grenzgänge. Kulturen des Rauschs seit der Renaissance. Paderborn: Fink.
- Gofman, A. 1997: La réception russe des Règles. In C.-H. Cuin (Hg.), Durkheim d'un siècle à l'autre. Lectures actuelles des Règles de la méthode sociologique: sous la dir. de Charles-Henry Cuin. Paris: Presses universitaires de France, 81–101.
- Heimerl, B. 2013: Die Ultraschallsprechstunde. Eine Ethnografie pränataldiagnostischer Situationen. Bielefeld: Transcript.
- Hejl, P. M. 1998: Protozoziologie. Wissenschaftliches Selbstverständnis und Beziehungen zur Biologie der deutschsprachigen Soziologie bis 1914. Siegen: LUMIS.
- Hillebrandt, F. 2012: Die Soziologie der Praxis und die Religion – Ein Theorievorschlag. In A. Daniel (Hg.), *Doing Modernity - Doing Religion*. Wiesbaden: Springer VS, 25–57.
- Jakob, M. 1994: Aussichten des Denkens. Gespräche mit Emmanuel Lévinas, George Steiner, Jean Starobinski, Cioran, Michel Serres, René Girard, Pierre Klossowski, André DuBouchet, Paul Virilio. München: Fink.
- Kalthoff, H. 2003: Beobachtende Differenz. Instrumente der ethnografisch-soziologischen Forschung. *Zeitschrift für Soziologie*, 32. Jg., Heft 1, 70–90.
- Keim, W. 2013: Émile Durkheims Programm einer wissenschaftlichen Soziologie in Deutschland. In T. Bogusz, H. Delitz (Hg.), *Émile Durkheim. Soziologie - Ethnologie - Philosophie*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 48–72.
- Knorr-Cetina, K. 1997: Sociality with Objects: Social Relations in Postsocial Knowledge Societies. *Theory, Culture & Society*, 14. Jg., Heft 4, 1–30.
- Knorr-Cetina, K. 1998: Sozialität mit Objekten. Soziale Beziehungen in post-traditionalen Wissensgesellschaften. In W. Rammert (Hg.), *Technik und Sozialtheorie*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 83–120.
- Knorr-Cetina, K. 2007: Postsoziale Beziehungen: Theorie der Gesellschaft in einem postsozialen Kontext. In T. Bonacker, A. Reckwitz (Hg.), *Kulturen der Moderne. Soziologische Perspektiven der Gegenwart*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 267–300.
- Knorr-Cetina, K. 2008: Theoretischer Konstruktivismus : Über die Einnistung von Wissensstrukturen in soziale Strukturen. In H. Kalthoff, S. Hirschauer, G. Lindemann (Hg.), *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 35–78.

- Knorr-Cetina, K., Bruegger, U. 2000: The Market as an Object of Attachment: Exploring Postsocial Relations in Financial Markets. *The Canadian Journal of Sociology / Cahiers canadiens de sociologie*, 25. Jg., Heft 2, 141–168.
- Latour, B. 1995: *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*. Berlin: Akademie.
- Lukács, G. 1923: *Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik*. Berlin: Malik.
- Martus, S. 2015: Epistemische Dinge der Literaturwissenschaft? In A. Albrecht (Hg.), *Theorien, Methoden und Praktiken des Interpretierens*. Berlin: de Gruyter, 23–52.
- Miettinen, R., Virkkunen, J. 2005: Epistemic Objects, Artefacts and Organizational Change. *Organization*, 12. Jg., Heft 3, 437–456.
- Nassehi, A. 2009: *Der soziologische Diskurs der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nordmann, A., Schwarz, A. 2012: Alte Objekte, neue Dinge: Von Wissenschaft zu Technoscience. In S. Maassen (Hg.), *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 291–302.
- Nowotny, H. 2005: *Unersättliche Neugier. Innovation in einer fragilen Zukunft*. Berlin: Kadmos.
- Passoth, J.-H. 2012: Dinge der Wissenschaft. In S. Maassen (Hg.), *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 203–212.
- Peter, L. 2013: Dialektik der Gesellschaft versus *Conscience Collective* Zur Kritik Theodor W. Adornos an Émile Durkheim. In T. Bogusz, H. Delitz (Hg.), *Émile Durkheim. Soziologie - Ethnologie - Philosophie*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 73–94.
- Pethes, N. 2007: *Zöglinge der Natur. Der literarische Menschenversuch des 18. Jahrhunderts*. Göttingen: Wallstein.
- Platt, J. 1995: La réception des Règles de la méthode sociologique en Angleterre et aux Etats-Unis (1930–1970). In M. Borlandi, L. Mucchielli (Hg.), *La sociologie et sa méthode. Les Règles de Durkheim un siècle après*. Paris: L'Harmattan, 321–351.
- Reckwitz, A. 2008: Der Ort des Materiellen in den Kulturtheorien. Von sozialen Strukturen zu Artefakten. In A. Reckwitz (Hg.), *Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kultursoziologie*. Bielefeld: Transcript, 131–156.
- Rheinberger, H.-J. 1992: *Experiment, Differenz, Schrift. Zur Geschichte epistemischer Dinge*. Marburg an der Lahn: Basiliken-Press.
- Rheinberger, H.-J. 2001: Objekt und Repräsentation. In B. Heintz, J. Huber (Hg.), *Mit dem Auge denken. Strategien der Sichtbarmachung in wissenschaftlichen und virtuellen Welten*. Zürich: Edition Voldemeer, 55–61.
- Rheinberger, H.-J. 2005: A Reply to David Bloor: »Toward a Sociology of Epistemic Things«. *Perspectives on Science*, 13. Jg., Heft 3, 406–410.
- Rheinberger, H.-J. 2006: *Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rheinberger, H.-J. 2012: Epistemische Dinge und Verkörperung. In A. Blume, J. M. Krois, H.-J. Rheinberger (Hg.), *Verkörperungen*. Berlin: Akademie, 3–9.
- Schweitzer, D. 2011: *Topologien der Kritik. Kritische Raumkonzeptionen bei Gilles Deleuze und Michel Serres*. Münster: LIT.
- Serres, M. 1991: *Hermes I. Kommunikation*. Aus dem Franz. übers. von Michael Bischoff. Berlin: Merve.
- Stauff, M. 2005: Instant Replay. Fernsehen und Video als Gebrauchsfilm des Sports. *montage/av: Zeitschrift für Theorie und Geschichte audiovisueller Kommunikation*, 14. Jg., Heft 2, 106–124.
- Stedman Jones, S. 1996: What does Durkheim mean by *thing*? *Durheimian Studies*, Heft 2, 43–59.
- Tellmann, U. 2014: Die Welt als Labor. Über eine folgenreiche Gründungsszene der ANT. In S. Farzin, H. Laux, U. Schimank (Hg.), *Gründungsszenen soziologischer Theorie*. Wiesbaden: Springer VS, 25–40.
- Vormbusch, U. 2012: Zahlenmenschen als Zahlenskeptiker. Daten und Modelle im Portfoliomanagement. In H. Kalthoff, U. Vormbusch (Hg.), *Soziologie der Finanzmärkte*. Bielefeld: Transcript, 313–337.
- Wansleben, L. 2008: Geisteswissenschaften als epistemische Praktiken. Was kann die Wissenschaftssoziologie zur Zukunft der Geisteswissenschaften beitragen? In C. Goschler (Hg.), *Arts and figures. GeisteswissenschaftlerInnen im Beruf*. Göttingen: Wallstein, 53–68.

Ad-hoc-Gruppe »Zur Soziologie des Publikums«  
- organisiert von Uta Karstein und Nina Tessa Zahner

# Anfragen an die Soziologie des Publikums

Uta Karstein und Nina Tessa Zahner

## *Einführung zur Ad-hoc-Gruppe »Zur Soziologie des Publikums«*

Dem Amateur bzw. der Amateurin wird derzeit von soziologischer Seite verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet. Das ist wenig verwunderlich. Seit der Etablierung einer flächendeckenden Expertenkultur durch die bürgerliche Gesellschaft sind Laien noch nie so nah an die Domänen der Professionellen herangerückt wie heute. Im Rahmen der Diskussion um den *Prosumer* und Web 2.0, das Hinterfragen der Deutungsmacht etablierter Medien durch Blogger/-innen, die Entthronung der *Götter in Weiß*, aber auch die zunehmende Infragestellung wissenschaftlich produzierten Wissens hat die Frage nach den Amateur/-innen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Von Seiten der Wissens- und Professionssoziologie wird dieses Phänomen vor allem als Ausdruck der Entgrenzung institutionalisierten Sonderwissens interpretiert (Knoblauch 2013; Pfadenhauer 2014). Wissen löse sich nicht nur von bestimmten professionalisierten Personen und Institutionen, auch der Wissenserwerb als solcher wird entstandardisiert, das heißt er folge zunehmend autodidaktischen Prinzipien. Durch neue technische Voraussetzungen wie das Internet und damit einhergehende neue Formen des Publizierens könne sich heute jede/-r Interessierte Spezialwissen erwerben, beispielsweise zu medizinischen, außenpolitischen oder künstlerischen Fragen bzw. selbst publizistisch tätig werden. Das provoziert zunächst einmal die Frage, »welchen Strukturwandel die Renaissance des Amateurs anzeigt und wie die Amateure diesen Wandel wiederum kulturell und ökonomisch prägen« (Pfadenhauer, Traue 2014). Die Prognose von Hubert Knoblauch lautet an dieser Stelle, dass sich eine »Popularisierung des Wissens« (Knoblauch 2013: 9) beobachten lasse, die auch die bislang etablierte und institutionalisierte Rollenteilung zwischen (Wissens-)Expert/-innen und Amateur/-innen auf den Prüfstand stelle.

Die damit thematisierte Frage nach dem Verhältnis der gesellschaftlichen Teilbereiche zu ihren jeweiligen Publika ist im Kern eine differenzierungstheoretische. Allerdings stand sie in den differenzierungstheoretischen Debatten der letzten Jahre nicht eben im Mittelpunkt. Diese drehten sich eher um die grundlagentheoretisch orientierte Frage, ob sich Differenzierungstheorie nicht auch handlungstheoretisch anlegen (Schwinn et al. 2011) oder zumindest ergänzen lasse (Schimank 1985; Schimank, Volkmann 1999) sowie die anhaltende Debatte darüber, inwiefern differenzierungs- und ungleichheitstheoretische Ansätze und Perspektiven einander aus-

schließen oder sich miteinander verschränken lassen (Schimank 1998; Degele 1999; Schimank, Burzan 2004; Witte 2014, Schwinn 2004).

Die Frage nach dem Verhältnis der gesellschaftlichen Teilbereiche zu ihrem jeweiligen Publikum als der »Allgemeinsphäre der Laien« (Nassehi 2009: 30) bzw. des Publikums zum jeweiligen Geschehen in den Teilbereichen bleibt dabei weitgehend ungestellt. Eine Ausnahme bilden nur die Überlegungen Rudolf Stichwehs (1988, 2005, 2009) sowie neuerdings Gregor Bongaerts (2011). Den genannten Autoren kommt das Verdienst zu, dass sie aus einer systemtheoretischen (Stichweh) und feldtheoretischen (Bongaerts) Perspektive gesellschaftliche Teilbereiche über ihr Verhältnis zu ihrem jeweiligen Publikum zu bestimmen versuchen. Rudolf Stichweh hat hierbei vor allem die Frage nach den gesellschaftlichen Mechanismen der Inklusion<sup>1</sup> vor Augen und betont, dass der Prozess der Ausdifferenzierung eines Funktionssystems im Sinne Niklas Luhmanns seinen Abschluss erst darin findet, »dass zusätzlich zu den systemdefinierenden Leistungsrollen *Publikumsrollen* entstehen, die die *Inklusion* der Gesamtbevölkerung in das jeweilige Sozialsystem über *komplementär zu den Leistungsrollen definierte Form der Partizipation* sichern« (Stichweh 1988: 261, Hervorhebungen im Original). Während er in den 1980er Jahren noch vier Formen der Inklusion unterscheidet<sup>2</sup>, sind dies in einem späteren Aufsatz von 2009 im Wesentlichen nur noch zwei. Die erste findet sich bei Funktionssystemen, die »die Form professioneller Betreuung des Publikums durch Leistungsrollenträger« in der Spezifikation von »Professioneller/Klient« wie beispielsweise in Gesundheitssystem, Erziehungssystem, Recht und Religion aufweisen (Stichweh 2009: 33), die zweite in Systemen, »in denen an die Stelle der Profession ein symbolisch generalisiertes Medium der Kommunikation« (Stichweh 2009: 34) getreten ist. In diesen mediengestützten Funktionssystemen – dazu zählen Politik, Wirtschaft, Kunst, Massenmedien und Sport – gebe es Stichweh zufolge gegenwärtig keine scharfe Differenzierung von Leistungs- und Publikumsrollen mehr.

Gregor Bongaerts (2011: 115) hebt demgegenüber vor allem den Charakter von Feldern als »rein professionellen Produktionszusammenhängen« hervor, die sich durch ihre jeweiligen Grenzziehungen zu den Nicht-Professionellen unterscheiden. Dies sei alles andere als trivial, weil die Frage der Grenzziehung auch die Frage der Legitimität berühre, so Bongaerts. In diesem Sinne lassen sich in einem ersten Zugriff Felder, die die Legitimation ihrer Praxis nahezu voll-

1 Das Inklusionskonzept wurde von Talcott Parsons eingeführt, um unter Bedingungen zunehmender sozialer Differenzierung die Notwendigkeit erweiterter Zugangsrechte für breitere Bevölkerungsgruppen zu thematisieren (Parsons 1966).

2 Erstens »die Form professioneller Betreuung des Publikums durch Leistungsrollenträger« in der Spezifikation von »Professioneller/Klient« in Gesundheitssystem, Erziehungssystem, Recht und Religion. Zweitens eine Inklusion des Publikums über *voice* und *exit*, als die dem Publikum vorgegebenen Formen, um kommunikative Äußerungen in das System hineingeben zu können – vorzufinden in Politik, Wirtschaft, Kunst, Massenmedien und Sport. Drittens ein Inklusionskonzept, das »von ein und derselben Person in Wechsel oder gleichzeitig die Übernahme beider Rollen verlangt. Dies sei in Expertensystemen der Fall, im Falle von Enthierarchisierungen und im Bereich der Intimbeziehungen. Viertens nennt Stichweh die Form »indirekter Inklusion«. Hier wird vonseiten der Leistungsrollen nur eine beschränkte Bezugnahme auf den Publikumsstatus unternommen und das im System Erarbeitete erreicht primär über »den Anschluss an Strukturen und Prozesse eines anderen Funktionssystems« Relevanz. Stichweh nennt hier das Wissenschaftssystem, das nie eine Publikumsrolle ausformuliert habe. Stattdessen vollzöge die Wissenschaft Inklusion primär indirekt »über Verwissenschaftlichung der Themen des Erziehungssystems und in diesem wiederum primär über Hochschulbildung« (Stichweh 1988: 168–176).

ständig intern regulieren, von solchen unterscheiden, deren jeweilige Praxis extern durch ein Laienpublikum legitimiert wird (Bongaerts 2011: 121). Typisches Beispiel für ersteres wäre das Feld der Kunst, für letzteres das ökonomische Feld. Dazwischen befindet sich eine Reihe von Feldern, die mit dem Feld der Ökonomie die Tatsache gemein haben, dass ein feldexternes Publikum Einfluss auf die internen Kräfteverhältnisse nimmt. Allerdings funktionieren diese Felder nicht wie das ökonomische Feld, sondern folgen einer Logik der kulturellen bzw. symbolischen Produktion – und ähneln damit eher dem Feld der Kunst. Zu diesen Feldern gehören Recht, Politik, Religion und die Massenmedien bzw. der Journalismus (Bongaerts 2011: 123). Vor allem die Verhältnisse im politischen und religiösen Feld sind eng verbunden mit Laienfraktionen, auf die hin entsprechende Angebote formuliert werden bzw. in deren Namen die Professionellen zu sprechen vorgeben (Bourdieu 2001: 49).

Die Konzeptionen von Stichweh und Bongaerts laufen zunächst einmal in typisierender Absicht auf einen Vergleich der gesellschaftlichen Teilbereiche untereinander hinaus. Nur ist die primäre Referenz nicht bzw. nicht vorrangig das Geschehen in den Bereichen selbst (im Sinne von Codes, Funktionen oder eines nomos), sondern das System-Umwelt-Verhältnis (Stichweh) bzw. die spezifische Grenzziehung (Bongaerts), die als Unterscheidungskriterien herangezogen werden. Über das Publikum selbst erfährt man jedoch auch hier relativ wenig.

Die empirischen Studien von Jürgen Gerhards (2001) und Nicole Burzan et al. (2008) führen an dieser Stelle etwas weiter. Im Anschluss an die frühe Systemtheorie und deren Verknüpfung mit professions- und rollensoziologischen Überlegungen analysiert Gerhards die Veränderungen im Verhältnis von Leistungs- und Publikumsrollen, die sich seit den 1960er Jahren abzeichnen. Diese Veränderungen sind Gerhards (2001: 167) zufolge vor allem dadurch charakterisiert, dass »die Rechte und Inklusionsansprüche der Laien [...] im Verhältnis zu den Autoritätsrollen fast überall gestiegen« seien. Die Reduktion auf einen recht selektiven Rollenzuschnitt sei demgegenüber aufgeweicht worden – kurz: ein »Aufstand des Publikums« habe stattgefunden (Gerhards 2001: 167). Anhand der Medizin, des Rechts, der Erziehung, der Kultur, der Politik und Ökonomie verdeutlicht er dann seine These einer Umcodierung von Leistungs- und Publikumsrollen, wobei er unterschiedlichste Quellen zu Rate zieht und sekundäranalytisch auswertet. Im Ergebnis sieht Gerhards die (weitere) Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilbereiche im Sinne der Ausbildung und Etablierung neuer Rollen und Institutionen. Das Verdienst Gerhards ist es, anhand empirischer Belege zeigen zu können, dass das Verhalten der Laien bzw. deren Ansprüche Effekte und Folgen für das Geschehen in den Feldern haben. Für eine differenzierungstheoretisch interessierte empirische Publikumsforschung ist Gerhards Studie daher bislang einer der wenigen anregenden Referenzpunkte. Kritisch ist anzumerken, dass die mit den Veränderungsprozessen einhergehenden Konflikte bei Gerhards zu wenig in den Blick kommen. Darüber hinaus spielen die Unterschiede zwischen den Laienfraktionen keine Rolle. Der Fokus liegt ausschließlich auf dem Mastertrend zunehmender Inklusion.

Auch die Studie von Nicole Burzan, Brigitta Lökenhoff, Uwe Schimank und Nadine M. Schöneck (Burzan et al. 2008) knüpft an die Systemtheorie und deren Inklusionssemantik an und sucht diese über das Konzept der Inklusionsverhältnisse für die Publikumsforschung methodisch fruchtbar zu machen. Burzan et al. identifizieren hier mit den Mitteln der quantitativen Sozialforschung über die »teilsystemspezifischen Aktivitätsmuster« (Burzan et al. 2008: 9) einer Person deren Inklusionsprofil, indem sie Häufigkeit, Intensität und Art der Teilnahme einer Per-

son in den Publikumsrollen verschiedener Systeme erheben.<sup>3</sup> Zwar eröffnet diese Konzeption die Möglichkeit, »den teilsystemisch geprägten Sozialcharakter eines Individuums neben die zumeist als Erklärungsfaktoren für ein bestimmtes Handeln herangezogenen Merkmale der sozialen Lage zu stellen« (Burzan et al. 2008: 10–11), jedoch bleiben auch diese Ergebnisse eigentümlich abstrakt und erschöpfen sich beispielsweise darin, einen ausgeprägten Zusammenhang zwischen der »Inklusion in Kunst«, »einem allgemeinen Interesse daran, was in der Welt passiert und wie sich solche Geschehnisse erklären lassen« (Burzan et al. 2008: 94) und akademischer Bildung zu diagnostizieren.

Diese Diagnosen gehen schlussendlich nicht wesentlich über die Befunde der Sozialstrukturanalyse hinaus. Diese interessiert sich hauptsächlich aus der Ungleichheitstheoretischen Perspektive der *Teilhabe* für die Aktivitäten bzw. Aktivitätsmöglichkeiten des Publikums und stellen seit der »kulturtheoretische(n) Wendung« (Eder 1989b: 15) der klassischen Sozialstrukturanalyse nicht nur Klassenlagen oder Schichtzugehörigkeiten, sondern auch und vor allem kulturelle Faktoren als »Medium der Reproduktion sozialer Ungleichheit« (Eder 1989a: 8) in Rechnung. Vor allem Pierre Bourdieu hatte in diesem Zusammenhang erfolgreich dafür plädiert, kollektive Erfahrungs- und Wahrnehmungsschemata als Faktoren für die Reproduktion objektiver Klassenlagen zu berücksichtigen (Bourdieu 1989, vgl. dazu auch Eder 1989b). Die kulturtheoretische Wendung der Ungleichheitsforschung hat dazu geführt, dass »Aspekte des Lebensstils, wie kulturelle Konsumtion und ähnliches mehr in ihrer Bedeutung für die Wahrnehmung bestimmter gesellschaftlicher Positionen/Berufsrollen« (Krais 1989: 54) erkannt wurden. Genau hier schließen sowohl die Lebensstilforschung<sup>4</sup> als auch Teile der Milieu-Forschung<sup>5</sup> an. Diese Forschungsrichtungen stellen die subjektive Wählbarkeit von Verhaltensweisen, Geschmacksmustern und Wertorientierungen heraus, entkoppeln sie mithin von objektiven Strukturen (Otte 2009a: 346). Sie stellen sich so mehr oder weniger explizit gegen Bourdieus Konzept des Habitus<sup>6</sup> als einen klassenspezifischen *Modus Operandi* von Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Praxisschemata, und Gerhard Schulze (2005: 16) rät denn auch im Rahmen seines Entwurfs einer »subjektorientierte Strukturanalyse«, Bourdieu »systematisch zu vergessen«. Lebensstilen wird im Rahmen dieser Studien eine *eigenständige Wirkung* zugeschrieben, sie seien mehr als nur »Reflexe der Sozialen Lage« (Otte 2009a: 349).

Gunnar Otte weist allerdings nach, dass Lebensstiltypologien zwar in den Bereichen der Freizeit und Kultur tatsächlich eigenständige Wirkungen entfalteteten, jedoch oftmals »zu einem er-

3 Burzan et al. unterscheiden sachliche, zeitliche und soziale Determinanten von Inklusionsprofilen. Die sachlichen Determinanten sind systemspezifisch definiert. Es werden drei zeitliche Facetten erarbeitet: 1. Häufig / Sporadisch, 2. Lang während / kurzzeitig, 3. Lebenslang / lebensphasenspezifisch und fünf soziale Facetten 4. obligatorisch / optional, 5. asymmetrisch zu Gunsten / zu Ungunsten des Inkludierten, 6. formalisiert / nicht formalisiert, 7. interaktiv / nicht interaktiv, 8. kommerziell / nicht kommerziell, 9. direkt / indirekt (Burzan et al. 2008: 33–38).

4 Für einen Überblick vgl. Otte 2008a; Rössel, Otte 2011.

5 Vgl. in diesem Sinne vor allem Schulze 2005.

6 Der Klassenhabitus wird so als ein »kollektives Klassenunbewusstsein« (Eder 1989b: 15) und als »Voraussetzung wie Effekt einer sozialen Klassenlage« gedacht. (Eder 1989b: 23) Ziel derartiger angelegter Klassenanalysen ist es zu untersuchen, welche »Verhaltensweisen, Attitüden, Meinungen und Handlungsweisen« (Eder 1989b: 24) einer gewissen Klassenlage zugeordnet werden können.

heblichen Anteil durch andere Sozialstrukturvariablen *gebunden* werden« (Otte 2009a: 350; Hervorhebungen im Original) und damit zumindest zum Teil sehr wohl »Reflexe« der sozialen Lage darstellten. Lebensstile seien hinsichtlich ihrer Erklärungskraft sozialer Phänomene demnach vor allem eine »Ergänzung zu anderen Sozialstrukturkonzepten«, wobei ihre Stärke vor allem in der detailreichen Beschreibung läge (Otte 2009a: 359). Ihre vergleichsweise gute Anwendbarkeit in den Bereichen der Freizeit und der Kultur zeige die Notwendigkeit ihrer *gegenstandsspezifischen* theoretischen und empirischen Modellierung auf (Otte 2009a: 355).

Neueren, durch diese Befunde zur Lebensstilforschung angeregten Studien der Sozialstrukturanalyse kommt das Verdienst zu, eine solche gegenstandsspezifische Modellierung unternommen zu haben. In Zusammenführung der Konzepte des Habitus und des Feldes als eines spezifischen Grundnormen folgenden gesellschaftlichen Ortes der Auseinandersetzung um legitime Weltansichten (Zahner, Karstein 2014) wird nun – differenzierungstheoretisch informiert – die Partizipation an und in den gesellschaftlichen Teilbereichen zum Gegenstand empirisch-quantitativer Studien. Vor allem bezogen auf kulturelle Felder wurden hierzu in den letzten Jahren eine Reihe von Studien durchgeführt (Otte 2007a, 2007b, 2008b, 2009b; Rössel 2009a, 2009b; Rössel, Bromberger 2009; Behnke 2012).

Eine nähere Betrachtung dieser Studien offenbart jedoch, dass hier oftmals die Praktiken und Äußerungsformen der Laien einer Wertung unterzogen werden, die den Diskursen der Produktionsfelder selbst entwachsen ist; beispielsweise was als legitime oder illegitime Form der Kunstrezeption zu gelten habe.<sup>7</sup> Damit aber wird das Publikum primär durch die Brille der Professionellen betrachtet und die Praktiken und Äußerungsformen der Laien als tendenziell inadäquat herab gesetzt. Dieses Defizit ist einer allzu engen Orientierung der Untersuchungen an den Regeln und Strukturen der jeweiligen, von einem Stab von Expert/-innen beherrschten Produktionsfelder und den dort vorherrschenden Regeln geschuldet (Zahner 2014). Dass diese aber nur im Produktionsfeld Gültigkeit besitzen und es sich bei den Laien um Akteur/-innen mit eigenen Interessen (Degele 1999: 347) und Vorstellungen handelt, die es in ihrer Eigensinnigkeit ernst zu nehmen gilt, gerät dabei aus dem Blick (Frank 2015). Vielmehr wird die Eigenlogik des »alltagsweltlichen Feldes« (Karstein 2013: 26) normativ überformt.<sup>8</sup>

Mit dem Konzept eines solchen *alltagsweltlichen Feldes* ließen sich stattdessen die Bezugnahmen der Laien auf das Geschehen in den gesellschaftlichen Teilbereichen und ihre jeweiligen Stellungnahmen für differenzierungstheoretische Analysen weit besser erfassen, als dies bislang mit den Konzepten der Publikumsrolle (Stichweh, Gerhards), des Inklusionsprofils (Burzan et al.) oder des Lebensstils (Rössel, Otte) der Fall ist – und zwar, weil es der Eigenlogik dieser Stellungnahmen von vornherein systematisch Rechnung trägt. Ein solches alltagsweltliches Feld weist eine gedankliche Nähe zur Sozialtheorie Bourdieus auf. Dort nimmt es gewissermaßen eine Zwischenstellung zwischen den Konzepten des sozialen Raumes und des sozialen Feldes ein und bringt zum Ausdruck, dass die Positionen, die Akteure als Publikum eines sozialen Feldes einnehmen, weder aus dem Raum der professionellen Stellungnahmen, die das soziale Feld

---

7 Vgl. beispielsweise Rössel 2009b: 243; Behnke 2012: 126. Die Autoren folgen damit durchaus der Spur, die Bourdieu (1986) mit seinen rezeptionstheoretischen Überlegungen selbst gelegt hatte. Zur Kritik an der Bourdieuschen Rezeptionstheorie vgl. Zahner 2010, 2011, 2012a, 2012b, 2014.

8 Vgl. hierzu Zahner 2010, 2014.



bereitstellt, noch aus ihren Positionen, die sie im soziale Raum einnehmen, einfach so abgeleitet werden können (Karstein 2013: 26, 77). Für das Feld der Kunst hieße das beispielsweise, sich für die Teilnahme am Kunstbetrieb im Sinne alltagsweltlicher Praktiken der Akteur/-innen zu interessieren. Man würde dann die Praktiken des Ausstellungsbesuchs und die Auseinandersetzung mit Kunstwerken als von der alltagsweltlichen Kunst-Orientierung der Rezipient/-innen beeinflusst denken und so der Frage nachgehen, inwieweit sie für die Akteur/-innen mit »alltagspraktischem Sinn« (Weiß 2005: 61) in Zusammenhang gebracht werden können. Ähnliches ließe sich für den Bereich der Medizin denken. Eine am alltagsweltlichen Feld orientierte Forschung interessiert sich dann zunächst einmal primär für alltagsweltliche Praktiken des Umgangs mit körperlicher und geistiger Gesundheit, Vorstellungen von Krankheit etc. Es ginge zunächst und vor allem um den verstehenden Nachvollzug solcher alltagsweltlicher Stellungnahmen<sup>9</sup>. Erst in einem zweiten und dritten Schritt ließe sich dann danach fragen, in welchem Verhältnis diese Stellungnahmen zu denen im professionellen Feld der Medizin stehen und ob die Stellungnahmen der Laien etwas mit ihrer sozialen Lage zu tun haben.

Das mit diesem Konzept einhergehende Potential an empirischer Forschung stellt damit unseres Erachtens eine lange überfällige Ergänzung zu den meist auf hohem Abstraktionsniveau geführten differenzierungstheoretischen Debatten der letzten Jahre dar.

## Literatur:

- Behnke, Ch. 2012: Gründe für den Besuch von Ausstellungen und Fragen der Kunstvermittlung. In U. Wuggenig, H. Munder (Hg.), *Das Kunstfeld. Eine Studie über die Akteure der zeitgenössischen Kunst*. Ennetbaden: Lars Müller Verlag, 125–141.
- Bongaerts, G. 2011: Grenzsicherung in sozialen Feldern. Ein Beitrag zu Bourdieus Theorie gesellschaftlicher Differenzierung. In T. Schwinn, C. Kroneberg, J. Greve (Hg.), *Soziale Differenzierung. Handlungstheoretische Zugänge in der Diskussion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 113–133.
- Bourdieu, P. 1986: Elemente zu einer soziologischen Theorie der Kunstwahrnehmung. In P. Bourdieu (Hg.), *Zur Soziologie der symbolischen Formen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 159–201.
- Bourdieu, P. 1989: Entwurf einer Theorie der Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2001: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK.
- Burzan, N., Lökenhoff, B., Schimank, U., Schöneck, N. M. 2008: *Das Publikum der Gesellschaft. Inklusionsverhältnisse und Inklusionsprofile in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Degele, N. 1999: Soziale Differenzierung: eine subjektorientierte Perspektive. *Zeitschrift für Soziologie*, 28. Jg., Heft 5, 345–364.
- Eder, K. 1989a: Einleitung. In K. Eder (Hg.), *Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–11.

---

<sup>9</sup> Erstaunlicherweise ist es vor allem die (auftragsbestimmte) Meinungs-, Umfrage, Markt und Konsumforschung, die die Stellungnahmen des Publikums noch am ehesten erfasst. Zielsetzung entsprechender Studien ist es, Vorlieben, Meinungen und Haltungen spezifischen Milieus oder sozialstrukturell zu bestimmenden Publikumssegmenten zuzuordnen, die dann mit den Werkzeugen des Marketing bzw. der PR zielgenau angesprochen werden können. Dieser Forschungsrichtung wird allerdings zu Recht ein ausgeprägter Empirismus, gepaart mit Theorieferne vorgeworfen (Eder 2001; Otte 2008a). Für differenzierungstheoretische Fragen fruchtbar gemacht wurden die Befunde u.E. bislang nicht.

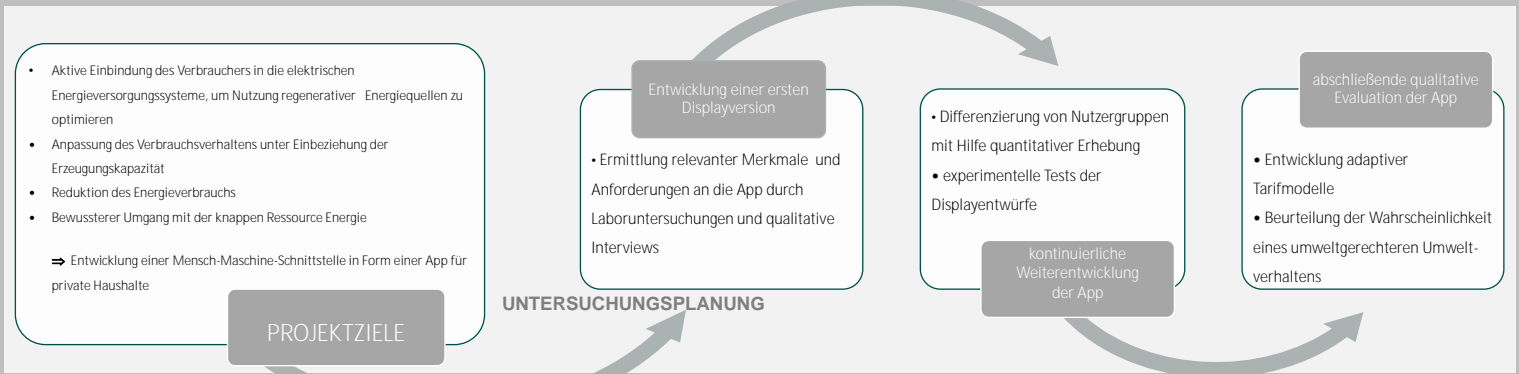
- Eder, K. 1989b: Klassentheorie als Gesellschaftstheorie. Bourdieus dreifache kulturtheoretische Brechung der traditionellen Klassentheorie. In K. Eder (Hg.), *Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 15–43.
- Eder, K. 2001: Klasse, Macht und Kultur. Zum Theoriedefizit der Ungleichheitsforschung. In A. Weiß (Hg.), *Klasse und Klassifikation. Die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 27–60.
- Frank, A. 2015: Große Gesellschaft in kleiner Gruppe. Bürgerschaftliches Engagement in Fördervereinen von Theater- und Musiktheaterhäusern (Unveröffentlichtes Dissertationsmanuskript).
- Gerhards, J. 2001: Der Aufstand des Publikums. Eine systemtheoretische Interpretation des Kulturwandels in Deutschland zwischen 1960 und 1989. *Zeitschrift für Soziologie*, 30. Jg., Heft 3, 163–184.
- Karstein, U. 2013: Konflikt um die symbolische Ordnung. Genese, Struktur und Eigensinn des religiös-weltanschaulichen Feldes in der DDR. Würzburg: Ergon-Verlag.
- Knoblauch, H. 2013: Wissenssoziologie, Wissensgesellschaft und die Transformation der Wissenskommunikation. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63. Jg., Band. 18–20, 9–16.
- Krais, B. 1989: Soziales Feld, Macht und kulturelle Praxis. Die Untersuchungen Bourdieus über die verschiedenen Fraktionen der »herrschenden Klasse« in Frankreich. In K. Eder (Hg.), *Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 47–70.
- Nassehi, A. 2009: *Der soziologische Diskurs der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 18–41.
- Otte, G. 2007a: Jugendkulturen zwischen Klassenästhetik und freier Geschmackswahl - das Beispiel der Leipziger Clubszene. In U. Göttlich (Hg.), *Arbeit, Politik und Religion in Jugendkulturen. Engagement und Vergnügen*. Weinheim: Juventa-Verlag, 161–177.
- Otte, G. 2007b: Körperkapital und Partnersuche in Clubs und Diskotheken: eine ungleichheitstheoretische Perspektive. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 2. Jg., Heft 2, 169–186.
- Otte, G. 2008a: Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Otte, G. 2008b: Lebensstil und Musikgeschmack. In G. Gensch, E. M. Stöckler, P. Tschmuck (Hg.), *Musikrezeption, Musikdistribution und Musikproduktion. Der Wandel des Wertschöpfungsnetzwerks in der Musikwirtschaft*. Wiesbaden: Gabler, 25–56.
- Otte, G. 2009a: Hat die Lebensstilforschung eine Zukunft? Eine Auseinandersetzung mit aktuellen Bilanzierungsversuchen. In H. Solga, J. Powell, P. A. Berger (Hg.), *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt am Main: Campus, 345–358.
- Otte, G. 2009b: Jugendkulturen in Clubs und Diskotheken - Ergebnisse empirischer Publikumsanalysen in Leipzig. In S. Keuchel (Hg.), *Das 1. Jugend-KulturBarometer. »Zwischen Eminem und Picasso ...«; mit einer ausführlichen Darstellung der Ergebnisse des JugendKulturBarometers sowie weiteren Fachbeiträgen zur empirischen Jugendforschung und Praxisbeispielen zur Jugend-Kulturarbeit*. Bonn: ARcult, 222–229.
- Parsons, T., 1966: Full Citizenship for the American Negro? In T. Parsons, *Sociological Theory and Modern Society*. New York: Free Press, 422–465.
- Pfadenhauer, M., Traue, B. 2014: »Die neuen Amateure – Zur Konjunktur einer Sozialfigur« Call for Papers für die Jahrestagung der Sektion Professionssoziologie in Zusammenarbeit mit der Sektion Wissenssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. (Die Tagung fand am 5. und 6. Juni 2014 an der TU Berlin statt).
- Pfadenhauer, M., 2014: (Kunden-)Kompetenz vs. Professionalität. Zur Differenz zweier Begrifflichkeiten am Beispiel der Beteiligung von Konsumenten an Geschäftsprozessen. (unveröffentlichtes Vortragsmanuskript)
- Rössel, J. 2009a: Individuelle Ressourcenausstattung und der Zugang zum Feld der Kunst. In R. Stichweh, P. Windolf (Hg.), *Inklusion und Exklusion. Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1–19.

- Rössel, J. 2009b: Kulturelles Kapital und Musikrezeption. Eine empirische Überprüfung von Bourdieus Theorie der Kunstwahrnehmung. *Soziale Welt*, 60. Jg., Heft 3, 239–257.
- Rössel, J., Bromberger, K. 2009: Strukturiert kulturelles Kapital auch den Konsum von Populärkultur? *Zeitschrift für Soziologie*, 38. Jg., Heft 6, 494–512.
- Rössel, J., Otte G. (Hg.) 2011: *Lebensstilforschung*. Sonderheft 51 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, U. 1985: Der mangelnde Akteurbezug systemtheoretischer Erklärungen gesellschaftlicher Differenzierung – Ein Diskussionsvorschlag. *Zeitschrift für Soziologie*, 14. Jg., Heft 6, 421–434.
- Schimank, U. 1998: Funktionale Differenzierung und soziale Ungleichheit: die zwei Gesellschaftstheorien und ihre konflikttheoretische Verknüpfung. In H.-J. Giegel (Hg.), *Konflikt in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 61–88.
- Schimank, U., Volkmann, U. 1999: *Gesellschaftliche Differenzierung*. Bielefeld: transcript.
- Schimank, U., Burzan, N. 2004: Inklusionsprofile – Überlegungen zu einer differenzierungstheoretischen »Sozialstrukturanalyse« In T. Schwinn (Hg.), *Differenzierung und soziale Ungleichheit – Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*. Frankfurt am Main: Humanities Online, 209–237.
- Schulze, G. 2005: *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Schwinn, T. (Hg.) 2004: *Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*. Frankfurt am Main: Humanities Online.
- Schwinn, T., Kroneberg, C., Greve, J. (Hg.) 2011: *Soziale Differenzierung. Handlungstheoretische Zugänge in der Diskussion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stichweh, R. 1988: Inklusion in Funktionssysteme der modernen Gesellschaft. In R. Mayntz, B. Rosewitz, U. Schimank, R. Stichweh (Hg.), *Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 261–293.
- Stichweh, R. 2005: *Inklusion und Exklusion: Studien zur Gesellschaftstheorie*. Bielefeld: transcript.
- Stichweh, R. 2009: Leitgesichtspunkte einer Soziologie der Inklusion und Exklusion. In: R. Stichweh, P. Windolf (Hg.), *Inklusion und Exklusion. Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 29–42.
- Weiß, R. 2005: Sinn und Form. Rezeptionsmodalitäten als Bewusstseinsinstellungen. In V. Gehrau, H. Bilandzic, J. Woelke (Hg.), *Rezeptionsstrategien und Rezeptionsmodalitäten*. München: Fischer, 59–76.
- Witte, D. 2014: Zur Verknüpfung von sachlicher Differenzierung und sozialer Ungleichheit: Perspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieus Theorie der Felder. In M. Löw (Hg.), *Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012*, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag (CD-ROM).
- Zahner, N. T. 2010: Die Selektivität des Publikums zeitgenössischer Kunst als Herausforderung für die Rezeptionstheorie Pierre Bourdieus? In S. Bekmaier-Feuerhahn, K. van den Berg, S. Höhne, R. Keller, B. Mandel, M. Tröndle, T. Zembylas (Hg.), *Jahrbuch für Kulturmanagement. Theorien für den Kultursektor*. Bielefeld: transcript, 55–75.
- Zahner, N. T. 2011: Die heterogene Praxis des Ausstellungsbesuchs im zeitgenössischen Kunstfeld. Eine Herausforderung für die Kulturtheorie Pierre Bourdieus? In D. Šuber, H. Schäfer, S. Prinz (Hg.), *Pierre Bourdieu und die Kulturwissenschaften. Zur Aktualität eines undisziplinierten Denkens*. Konstanz: UVK, 253–273.
- Zahner, N. T. 2012a: Zur Soziologie des Ausstellungsbesuchs. Positionen der soziologischen Forschung zur Inklusion und Exklusion von Publika im Kunstfeld. *Sociologia Internationalis. Europäische Zeitschrift für Kulturforschung*, Band 50, Heft 1/2, 209–232.
- Zahner, N. T. 2012b: Inklusion und Exklusion im Konsumtionsfeld der Bildenden Kunst. In S. Bernhard, C. Schmidt-Wellenburg (Hg.), *Feldanalyse als Forschungsprogramm*. Band 2. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 340–361.

- 
- Zahner, N. T. 2014: Das Laienpublikum als Herausforderung für die Feldanalyse. In D. Danko, O. Moeschler, F. Schumacher (Hg.), *Perspektiven der Kunstsoziologie II. Kunst und Öffentlichkeit*. Reihe «Kunst und Gesellschaft», Wiesbaden: Springer VS, 187–210.
- Zahner, N. T., Karstein, U. 2014: Autonomie und Ökonomisierung. Vergleichende Betrachtungen von System- und Feldtheorie. M. Franzen, A. Jung, D. Kaldewey, J. Korte (Hg.), *Autonomie revisited. Beiträge zu einem umstrittenen Grundbegriff in Wissenschaft, Kunst und Politik*. 2. Sonderband der Zeitschrift für Theoretische Soziologie, Beltz: Juventa, 188–210.

## Posterpräsentationen

Amrit Bruns: „Identifizierung relevanter Merkmale und Anforderungen an eine Mensch-Maschine-Schnittstelle“ - Welcher Mehrwert ergibt sich aus der Verknüpfung qualitativer und quantitativer Daten?



**„Identifizierung relevanter Merkmale und Anforderungen an eine Mensch-Maschine-Schnittstelle“**

Welcher Mehrwert ergibt sich aus der Verknüpfung qualitativer und quantitativer Daten?

**Qualitative Daten**

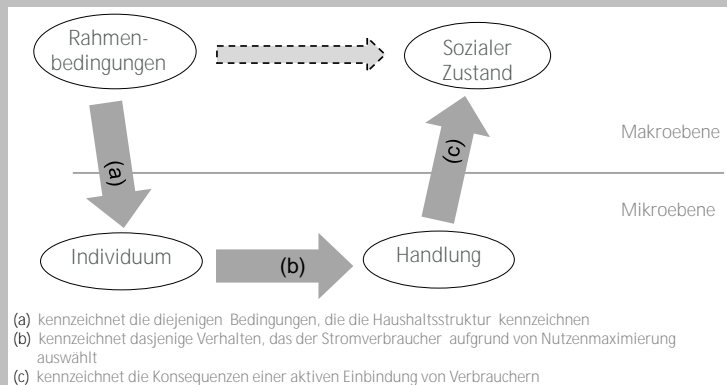
Leitfadengestützte Interviews (n = 20) mit Einpersonenhaushalten, Wohngemeinschaften, Familien, älteren Personen

Transkription und qualitative Inhaltsanalyse

**Quantitative Daten**

Standardisierte Fragebogenerhebung (n = 365) im Großraum Braunschweig

Deskriptive und multivariate Auswertung: individuelle und haushaltsbezogene Auswertung



**Theoretischer Rahmen**

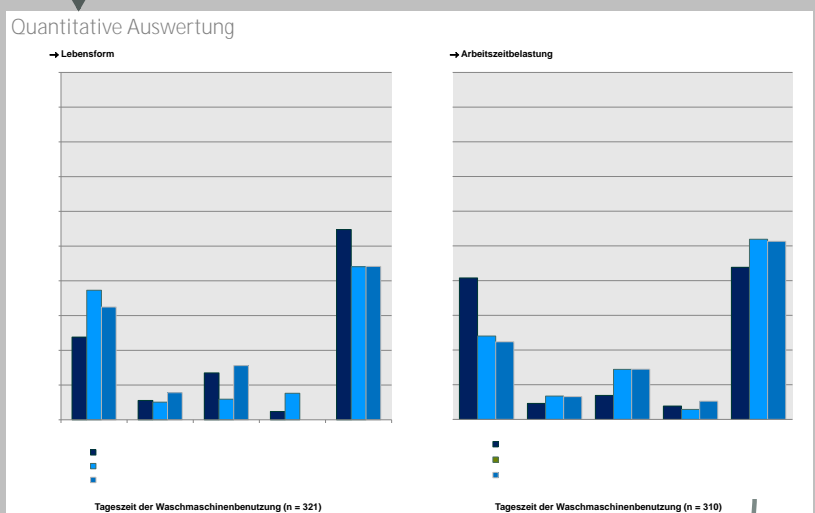
→ Low Cost-Hypothese

Umweltgerechtes Verhalten wird umso wahrscheinlicher, je geringer die Verhaltenskosten sind, die es verursacht und umso unwahrscheinlicher, je höher der Aufwand des entsprechenden Verhaltens ist

(Diekmann/Preisendörfer 1998)

Der andere Typus lässt sich dahingehend charakterisieren, dass er keine Bereitswilligkeit signalisiert erprobte Routinen im Alltag zu verändern und formuliert den Standpunkt, dass sich die App in ihrer Funktionalität nach den bewährten Abläufen zu richten hat

„[...] es gibt da auf jeden Fall Punkte, ich weiß nicht Wäsche waschen, [...] kann man immer in die Abend-/Nachtstunden legen, das ist kein Thema, [...] Wäschetrockner, wenn es doch so sein muss oder auch ah ja Geschirrspüler, sind alles Dinge denke ich, die kann ich einstellen, die müssen jetzt nicht sofort fertig werden, wenn ich flexibel bin, [...] rein praktisch möglich sollte es eigentlich sein, gerade so Großverbraucher [...]“ / FA4, 45



**Fazit**

es gibt diejenigen Haushalte, die Bereitswilligkeit signalisieren alte Routinen zu überdenken, sich an neue Herausforderungen des Energieversorgungssystems anzupassen und andererseits die, die formulieren, dass es für sie nicht praktikabel ist ihre eingespielten Alltagsroutinen zu verändern → die Ungebundenheit an geregelte Tagesabläufe begünstigt die Nutzung (low cost Situation)

aber bezogen auf Lebensformen zeigt sich, dass alle Lebensformen mehrheitlich dazu tendieren zu unterschiedlichen zu wechselnden Tageszeiten zu waschen ⇒ App kann jegliche Lebensform unterstützen

ausschlaggebend kann nicht ausschließlich die Ungebundenheit an geregelte Tagesabläufe sein, da ohne Arbeitszeitbelastung eher zu ganz bestimmten Tageszeiten die Wäsche gewaschen wird ⇒ Nutzungswahrscheinlichkeit der App hängt sowohl von Rahmenbedingungen als auch von der individuellen Bereitschaft ab

**Literatur**

Coleman, James S (1992): Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1 – Handlungen und Handlungssysteme & Band 2 – Körperschaften und die moderne Gesellschaft. München: Oldenbourg Verlag.

Diekmann, Andreas/Preisendörfer, Peter (1998): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Low- und High-Cost-Situationen. Eine empirische Überprüfung der Low-Cost-Hypothese. In: Zeitschrift für Soziologie, H. 27, 1998, 438-452.

# Die Erstellung von sozialen Indikatoren als Entscheidungswissen im transdisziplinären Diskurs

Empirische Fallanalyse der European Expertgroup on Youth Indicators

Jean Philippe Décieux

## *Beitrag zur Postersession*

In postindustriellen Gesellschaften und insbesondere im Zeitalter der Wissensgesellschaft greift die Politik zur gesellschaftlichen Steuerung immer häufiger auf extern generiertes (Experten-) Wissen zurück. Soziale Indikatoren sind ein Beispiel für externes Wissen, welches für politische Entscheider generiert wird. Bei der Produktion solcher Indikatoren gibt es eine lange und gut erforschte wissenschaftliche und methodologische Tradition, die zumeist nur im akademischen Kontext stattfand (Benz et al. 2007; Jacob 2006; Noll 1999; Zapf et al. 1987).

Für die Wissensgesellschaft beschreiben jedoch zahlreiche Studien einen Wandel in den Prozessen der Wissensproduktion (Gibbons et al. 1994; Nowotny et al. 2003; Weingart 2010). Heutige Modelle sind offen und von transdisziplinären Diskursen heterogener Akteure geprägt. Im Gegensatz zu der Wissensgenerierung im akademischen Kontext besteht hier erheblicher Nachholbedarf an Informationen, über die Art und Weise sowie die Prozesse, wie Wissen in diesen interaktiven Diskursen generiert wird.

Hier setzt die vorliegende Arbeit an und erforscht im Rahmen einer Fallanalyse die Einflüsse des interaktiven Wissensdiskurses von heterogenen Akteuren bei der Entwicklung von Sozialindikatoren.

## Die zunehmende Bedeutung von Wissen in der Moderne

Wie bereits angedeutet greift die Politik zum Zwecke der gesellschaftlichen Steuerung zunehmend auf extern generiertes (Experten-)Wissen zurück. Dieses nutzt sie, um sich frühzeitig über Entwicklungen aufklären zu lassen, dadurch Wissenslücken auszugleichen bzw. Risiken zu kalkulieren und Entscheidungen zu treffen bzw. zu legitimieren (Beck 2007; Hansson et al. 2014; Hitzler 1994; Lau, Bösch 2003; Nyhlén, Lidén 2014; Sarris, Proto 2014; Toivanen, Suominen 2014; Zapf et al. 1987).



Wissen wird hinsichtlich der gesellschaftlichen Funktion und Bedeutung zu einem wichtigen ›Produktionsmittel‹ (Weingart, 2011), welches der Entscheidungsfindung, der symbolischen Darstellung, der Eliminierung von Vetopositionen oder der Legitimation von bereits vorher getroffener Entscheidungen dient (Boswell 2009; Krick 2014). Auf EU-politischer Ebene wird dieses Treffen von Entscheidungen auf Basis von Wissen als »evidence-based-policy-making« bezeichnet (Clancy, Cronin 2005; Wesselink et al. 2014). Eine solche entscheidungsrelevante Form des Wissens wird in diesem Kontext praktisch angewendet und verbindlich.

»Die Wissenschaft [hat sich heute] als soziale Institution ... aus ihrer vormaligen relativen sozialen Isolation [gelöst] und [ist in] [...] viele Bereiche der Gesellschaft [diffundiert]; das heißt, die Regeln und Werte wissenschaftlichen Forschens werden in anderen gesellschaftlichen Handlungskontexten verbindlich« (Weingart 2011).

## Wandel der Organisation und Produktion von Wissen

Eine direkte Folge dieser verbindlichen Anwendung ist der Wandel in der Organisation und Produktion von Wissen in modernen Gesellschaften, vor allem in politikberatenden Entscheidungskontexten. Die ursprüngliche »axiomatische Differenz« von Produktion und Anwendung von Wissen hat sich mehr und mehr aufgelöst (Krohn 2003) und seit vielen Jahren floriert die angewandte Sozialforschung bspw. als »public-« bzw. »policy-sociology« (Bonß 1982; Burawoy 2005; Scheffer, Schmidt 2013).

### Traditionelle Modelle der Wissensproduktion

Die traditionellen Modelle (Mode 1) dieser anwendungsbezogenen Forschung und Beratung folgen einer linearen Zweierbeziehung zwischen zwei klar abgegrenzten funktionalen Systemen. Das eine System bildet die beratende Instanz, also die Wissenschaft und das andere die Adressaten der Beratung (zum Beispiel die Politik) (Bogner, Menz 2002; Lau, Beck 1989). In dieser Beziehung produziert die Wissenschaft in ihrem traditionellen Sinne wissenschaftliches Wissen: Also »allgemeingültige Wahrheiten«, die unter bestimmten Umständen und Annahmen vorübergehend gültig sind und sukzessive im wissenschaftlichen »Peer Review« redigiert, hinterfragt und präzisiert werden (Hansson et al. 2014; Luhmann 1992).

Genau dies sorgt in verbindlichen Entscheidungssituationen jedoch für Probleme. Denn solche realen Kontexte sind zumeist hoch spezifische Einzelfälle, in denen die Folgen von Handlungen unmittelbar verbindlich werden. Der Anspruch an die Sicherheit der Informationen rückt aus diesem Grund immer stärker in den Vordergrund. Im Einzelfall einer Entscheidung ist vor allem wichtig, dass ihre Entscheidungsgrundlage der spezifischen Wirklichkeit des Anwendungsfalles gerecht wird, denn es gibt kein Handeln auf Probe (Nowotny et al. 2001; Weingart 2010). Genau hier wird der Schwachpunkt des kontextfreien universell gültigen Wissens deutlich, welches die traditionelle wissenschaftliche Methode anstrebt. Es beruht einerseits zumeist, um allgemeingültig zu sein, auf hypothetischen Annahmen. Andererseits bildet das disziplinäre Wissen die komplexe Situation oft nicht ab, sodass in der Anwendung Risiken, Probleme und

Unsicherheiten häufig nicht umfassend genug durch einzelne disziplinäre Verantwortlichkeiten kalkuliert oder gelöst werden können (Mutz et al. 2014; Wesselink et al. 2014). »Durch das Sieb der Überspezialisierung fallen sie [die Risiken und Unsicherheiten] hindurch. Sie sind das, was zwischen den Spezialisierungen liegt.« (Beck 1986: 93).

Aus diesem Grund können die Entscheider ihre Entscheidungen zumeist nicht allein auf Basis allgemeingültiger jedoch hypothetischer Wissensgrundlagen treffen. Sie benötigen ein Wissen, welches zugleich »wahr« und »verlässlich« im spezifischen Anwendungsfall ist (Bader 2014; Dawid et al. 2014; Fretschner, Hubert 2006; Jahn et al. 2012). Nur ein solches Wissen ermöglicht es, riskante Entscheidungen adäquat zu kalkulieren beziehungsweise abzuschätzen, eine »Folgenreflexion« (Bösch 2003: 194) oder »Risikothematisierung« anzustellen (Lau, Bösch 2003: 233) und dadurch möglichst sicher auf Basis von »fictional expectations« (Beckert 2013: 229) oder »Quasi-Gewissheiten« (Bösch 2003: 214) Entscheidungen zu treffen. Trotzdem ist eine solche kalkulierte Entscheidungsgrundlage immer auch mit einer gewissen Restunsicherheit verbunden, denn es ist immer möglich, dass »ein nicht gesehenes oder ein nicht für wahrscheinlich gehaltenes Risiko [...] die Entscheidung diskreditiert« (Luhmann 1991: 212).

### Moderne diskursive Modelle der Wissensproduktion

Dieser Nachfrage nach möglichst validem und zugleich in der Anwendung verlässlichem Wissen tragen die heutigen Kooperationsmodelle (Mode 2) Rechnung, indem sie Wissen im Diskurs von unterschiedlichen Experten und Interessensakteuren in einem hybriden Wissensforum produzieren. Zentrales Ziel ist nicht die allgemeine Gültigkeit ihrer Expertise, sondern eine möglichst passgenaue Lösung eines situationsspezifischen Problems (Jung et al. 2014; Krohn 2003). Hierzu werden Akteure mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Methoden, Perspektiven und Interessen am Reflexionsprozess beteiligt. Diesen Prozess bezeichnet man beispielsweise als »reflexive Verwissenschaftlichung« (Böhle et al. 2004: 97) oder als »Kontextualisierung von Wissen« (Nowotny et al. 2001). In der Folge hat sich die Wissensproduktion sowohl vergrößert als auch verbreitert (Bergmann, Schramm 2008; Jahn et al. 2012; Meier, Schimank 2014; Van Rijnsoever, Hessels 2011). Vergrößert in dem Sinne, dass sich die Anzahl der an der Entscheidung beteiligten Akteure erhöht hat. Verbreitert, weil sich auch die Grenzen zwischen spezialisierten Disziplinen auflösen und heterogene Akteure zum Beispiel in einer transdisziplinären Kooperation aus Wissenschaft, Politik und Praxis gemeinsam komplementäres Wissen über Austausch und Verhandlung ko-produzieren. Die einzelnen Wissensakteure werden zum »broker between different fields« (Mégie 2014: 4), die sich im Diskurs einer Expertengruppe (»trading-zone« (Galison 2004)) durchsetzen müssen, um ihr Wissen, ihre Erfahrungen sowie ihre Interessen und Ziele in den Entscheidungs- bzw. Problemlösungsprozess zu integrieren. Erfolgreiche Austauschprozesse sind solche, in denen jeder Akteur etwas zur Lösung beitragen kann, welches die anderen Akteure als wertvoll für die Lösung des Problems erachten. Zentral hierfür sind Personen, die eine Art »Brücken-« (Limoges 1993) oder »Scharnierfunktion« (Seabrooke, Tsingou 2015) einnehmen. Denn diese können die unterschiedlichen teilweise divergierenden Standpunkte und Interessen (»Worlds of relevance«) – zum Beispiel der Politik-, der Wissenschafts- und der Praxisakteure – zusammenbringen und eine gemeinsame Diskussionsgrundlage schaffen (Hardeman et al. 2014).

Die diskursiven Prozesse über die relevanten Inhalte des Entscheidungswissens beeinflussen dieses nachhaltig und spielen auch bei der Qualitätsbeurteilung des Wissens eine wichtige Rolle. Neben den traditionellen wissenschaftlichen Kriterien und gegebenenfalls den Interessen des direkten Wissensadressaten spielen zusätzliche Relevanzkriterien der jeweils beteiligten Akteure eine gleichwertige Rolle. Ziel dieses Austausches ist ein möglichst breiter Konsens (bzw. zumindest ein Mehrheitsvotum) der Akteure des hybriden Forums für eine Problemlösung. In diesem Fall spricht man von »negotiated expertise« oder »socially robust knowledge« (Krick 2014; Nowotny et al. 2001: 178).

Was theoretisch bzw. im Modell aussieht wie ein idealer Rahmen zum wechselseitigen Profitieren aller beteiligten Akteure ist in der Praxis zumeist ein schwer zu steuernder Prozess, der keinen Erfolg garantiert (Rosenlund et al. 2014). Die Bedingungen für Konsens sind innerhalb der Modus 2-Kontexte aufgrund der heterogenen Hintergründe (Fach, Disziplin, Ausbildung, Identität, Sprache, Einstellungen, Erwartungen etc.), die in Einklang zu bringen sind, noch herausfordernder als in den homogenen disziplinären Kontexten des Peer Reviews im Modus 1. Denn mit der Beteiligung der unterschiedlichen Akteure geht immer auch die Gefahr von inkompatiblen Vorstellungen einher (Popa et al. 2015). Aus diesem Grund stellt sich die Frage, warum der Wert eines erzielten Konsenses im neuen Modus abnehmen sollte, wenn der Zustimmungsrahmen des Problems über die Integration weiterer Expertenperspektiven diversifiziert wird.

»It is not clear, why the importance of consensuality should be less within such diverse group, despite the (apparently) greater difficulties in communicating and reaching a consensus.« (Nowotny et al. 2001: 175)

## Unterschiedliche Perspektiven auf den neuen Modus der Wissensproduktion

Bei der Bewertung dieser hybriden Wissensformen kommt es auf die Perspektive der Beurteilung an. Kritiker argumentieren, dass das produzierte Wissen und die Kriterien der Wahrheitsorientierung bei heutigen Expertisen deutlich schwächer seien, weil diese nicht mehr dem Motiv einer allgemeinen Gültigkeit folgten und »zertifiziertes Wissen« entwertet werde. Sie sprechen beispielsweise von einer »Laien-Revolution« (Berger, Luckmann 1969; Krohn 2003). Fürsprecher argumentieren, dass sich die Form der Expertise ihren gewandelten Anforderungen angepasst hat. Durch den klaren Anwendungsbezug sei das Erfahrungswissen eines Praktikers (»experience-based-expertise«) nicht mehr per Definition hierarchisch unter dem wissenschaftlichen Wissen (»certified-expertise«) eingeordnet (Bader 2014: 427).

Für den Modus 2 der Wissensproduktion lassen sich unterschiedliche Motive finden. Einerseits kann man dies als eine Strategie auffassen, die das Risiko streut und auf den Schultern verschiedener Akteure verteilt sowie potenzielle Vetopositionen in den Entscheidungsprozess integriert und dadurch eliminiert. Andererseits ist dies aber auch ein Versuch, möglichst viele Risiken und Unsicherheiten der Entscheidung zu reflektieren und über eine möglichst hohe Passung zwischen Planung und tatsächlichem Ergebnis in der Anwendung die negativen Folgen der Entscheidung zu minimieren (Nowotny et al. 2001).

## Sozialberichterstattung und Soziale Indikatoren als Form von Entscheidungswissen

Soziale Indikatoren sind eine Form externen Wissens, welches über quantitative Sozialberichterstattungen (SBE) hervorgebracht wird, um politische Entscheider im Entscheidungsprozess zu entlasten (Espeland, Sauder 2007; Espeland, Stevens 2008; Jacob et al. 2013; Noll, Zapf 1994).

Etwa seit Anfang der 1980er Jahre fragt die Politik immer vermehrt empirische Messungen und Forschungen nach, welche soziale Phänomene vereinfacht abbilden sollen (Bjørnholt, Larsen 2014; Vormbusch 2012). Sie dienen der regelmäßigen empirischen Beobachtung, Erforschung und Bewertung gesellschaftlicher Ziele (Zapf et al. 1987) und sind Grundlage für zukünftige Entscheidungen. Vereinfacht dargestellt repräsentiert die Arbeitslosenquote als Indikator die Situation auf dem Arbeitsmarkt eines Landes. Stellt man nun eine sinkende Arbeitslosenquote fest, so kann hieraus unter Umständen geschlossen werden, dass eine vergangene arbeitsmarktpolitische Maßnahme Erfolg hatte und gegebenenfalls die Strategien in diesem Bereich an die neue Arbeitsmarktsituation angepasst werden müssen. Soziale Indikatoren dienen also als »Warnlämpchen« und »Stellschrauben« (Zapf et al. 1987) einer »Quantifying Society« (Porter 2006: 1274) und haben einen »Doppelcharakter«: Denn sie versuchen einerseits die Wirklichkeit abzubilden und stellen andererseits zukünftige Wirklichkeiten her (Heintz 2012: 8).

Weiterhin besitzen Zahlen unterschiedliche Eigenschaften, die sich positiv auf eine Argumentation auswirken können. Sie bieten die Möglichkeit ein komplexes Phänomen in der Regel vereinfacht darzustellen – im Idealfall durch die Ausprägung einer einzigen Zahl, wie zum Beispiel einem Index. Aus diesem Grund sind sie zumeist einfach zu verstehen und bieten die Möglichkeit Informationen über längere Distanzen zu transportieren bzw. zu kommunizieren (transkulturell bzw. -kontextuell) (Carruthers, Espeland 1991; Heintz 2010; Porter 1996). Aus diesem Grund spricht Porter von Zahlen als »technology of distance« (Porter 2006: 1282). Weiterhin hat der Gebrauch von Zahlen für eine Argumentation mediale Eigenqualitäten, die in der Regel die Annahmewahrscheinlichkeiten von Kommunikationen und Handlungen erhöhen. Ähnlich wie Bilder sind sie aufgrund ihrer binären Struktur schwerer zu negieren. Gegenpositionen müssen in der Regel stärkere Voraussetzungen erfüllen, um diese Art von Fakten zu entkräften. Es benötigt zumindest alternative Zahlen oder Wissen darüber, wie diese Zahlen entstanden sind. Heintz (2010, 2012) nennt dies »numerische Differenz«. Weiterhin ist es schwer Zahlen, die sich als anerkannter Fakt etabliert haben, in der öffentlichen Wahrnehmung zu revidieren, selbst bei erfolgreicher Falsifizierung (Opp 2012).

## Co-Evolution der Wissensproduktion im Bereich der Sozialberichterstattung

Im zweiten Abschnitt wurde ein Wandel in der Produktion von Wissen und Expertise von einer linearen dichotomen – hin zu einer dialogischen hybriden Wissensproduktion beschrieben. Dieser Wandel hat auch in der Disziplin der SBE stattgefunden. Ausgehend von einigen wissenschaftlichen Sozialberichten im 19. Jahrhundert entwickelte sich im Laufe der Jahre ein Nebeneinander von offenen, transdisziplinären und integrativen Berichtssystemen (Noll 1999). Mardorf

(2006) spricht hier von einem Verlassen der kontextlosen disziplinären Tunnelperspektive. Welche Auswirkungen diese Hybridisierung und das Verlassen der wissenschaftlichen Perspektive auf die Erstellung von Sozialindikatoren hatten, wurde bisher nicht untersucht.

»[...] the design process becomes part of a political process« (De Neufville 1975).

## Explorative Fallanalyse der »European Expert Group on Youth Indicators«

An diesem Punkt setzt diese Fallanalyse an und ermittelt, welche Faktoren bei der Erstellung von Indikatoren im hybriden Forum eine Rolle spielen. Kontext der Fallanalyse ist die *European Expert Group on Youth Indicators*. Diese erstellte das *European Dashboard on Youth Indicators* — eine Sammlung von Indikatoren zur Beschreibung der Situation der Jugend in Europa — im Diskurs transdisziplinärer Interessen (Politik, Praxis und Wissenschaft) sowie zugleich in unterschiedlichen (inter-)nationalen Interessen und Identitäten. Relevante Kriterien, Prozesse und Strukturen sollen über eine multiple Triangulation möglichst detailliert rekonstruiert werden.

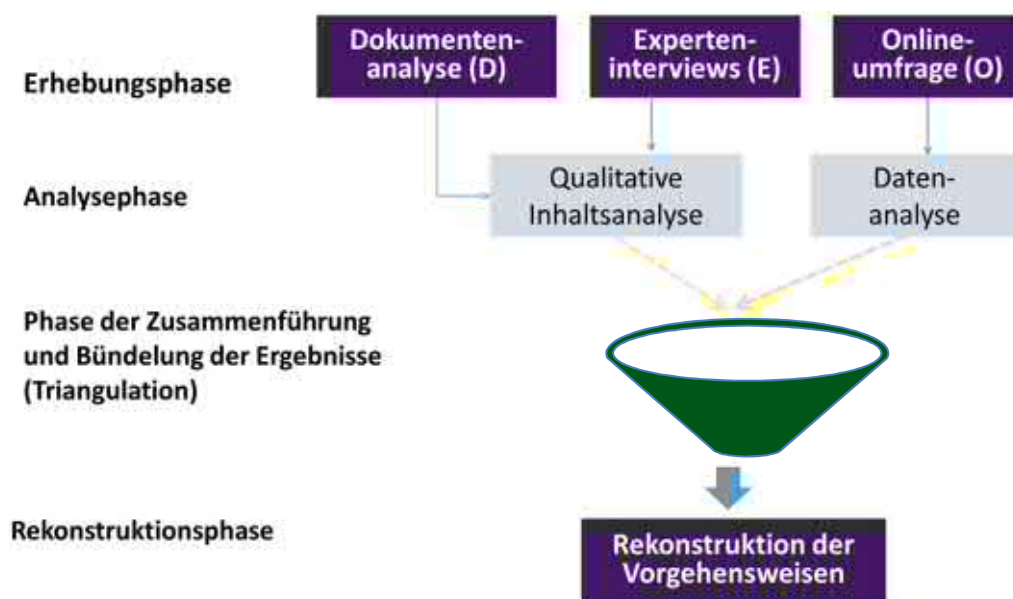
### Methodologie

Das Design dieser Studie ist zum einen eine *Between-Method-Triangulation*, denn sie bedient sich unterschiedlichen Datenerhebungsmethoden (Dokumentenanalysen von Meeting-Protokollen und Kommissionspublikationen sowie Experteninterviews, die beide inhaltsanalytisch ausgewertet werden und einer Onlinebefragung, die deskriptiv analysiert wird). Weiterhin kombiniert das Design reaktive Verfahren (Interviews) mit non-reaktiven Erhebungsverfahren (Dokumenten). Zu guter Letzt unterscheiden sich die Methoden bezüglich ihrer Offenheit von möglichst offen (Experteninterviews) über hybrid (standardisierter Fragebogen mit offenen und geschlossenen Frageelementen) zu geschlossenen Dokumenten (Flick 2011; Marotzki 1996).

Zum anderen ist es auch eine Perspektiven-Triangulation (Flick 2011), denn sie betrachtet denselben Gegenstandsbereich aus unterschiedlichen Perspektiven (internationale EU-Perspektive über Dokumentenanalysen und Experteninterviews, unterschiedliche nationale Perspektiven über Onlinebefragung und Experteninterviews).

Weiterhin werden die Datenbestände immer wieder zu unterschiedlichen Untersuchungszeitpunkten über den Forschungsprozess hinweg, also mit einem unterschiedlichen Wissensstand, analysiert. Aus diesem Grund ist das vorliegende Design auch eine Daten-Triangulation (Flick 2011).

Abb. 1: Design der Studie: multiple Triangulation



In der Regel entstehen aus den einzelnen Elementen der Triangulation keine identischen Repräsentationen des zu untersuchenden Phänomens. Aus diesem Grund ist der zentrale Schritt der Triangulation diese unterschiedlichen Repräsentationen begründet miteinander zu verbinden und wechselseitig abzusichern. Gelingt dies, so können über komplementäre Ergebnisse die Grenzen und Schwächen sowie Unschärfen und Einseitigkeiten der Einzelmethoden überschritten bzw. kompensiert werden. Das Resultat ist eine schärfere Rekonstruktion des Untersuchungsgegenstandes. Dadurch soll ein tiefer und breiter gehendes Verständnis für den zu untersuchenden Gegenstand erreicht werden (Flick 2011; Steinke 2008).

## Deskriptive Ergebnisauswahl

Diese Darstellung liefert einen deskriptiven Überblick über einzelne Faktoren, welche die Wissensproduktion in der Expertengruppe beeinflussen.<sup>1</sup>

## Heterogener Konsensrahmen

Eine wichtige Variable, die den Prozess der Wissensgenerierung nachhaltig beeinflusst, ist der *Expertenkontext* der an der Wissensproduktion beteiligten Akteure. Im Rahmen der European Expert Group on Youth Indicators treffen Experten aus heterogenen Kontexten aufeinander, um das European Dashboard on Youth Indicators zu erstellen, zu diskutieren und zu modifizieren.

<sup>1</sup> Aufgrund der Begrenzung des Umfangs ist an dieser Stelle nur eine Auswahl der Ergebnisse der empirischen Studie möglich. Die Quellen der Erkenntnisse sind jeweils durch die Abkürzungen D (Dokumentenanalyse), E (Experteninterviews) und O (Onlinebefragung) gekennzeichnet.

Die Experten sind aufgrund ihres nationalen Kontextes heterogen zusammengesetzt, denn sie stammen aus den unterschiedlichen Mitglieds- und Kandidatenstaaten. Außerdem sind sie auch aufgrund ihrer Disziplin heterogen, da sie aus unterschiedlichen Departments der EU-Politik, der nationalen und internationalen Statistik (Eurostat) sowie der nationalen Politik (zum Beispiel Ministerien), Wissenschaft und aus verschiedenen Praxisbereichen (Jugendarbeit und Jugendforschung) stammen. Die nationalen Experten unterscheiden sich also auch bezüglich ihrer Expertisen (Fähigkeiten, Wissen und Methoden) und ihrer Erfahrungen in punkto Berichterstattung **(D, O, E)**.

Dies ist vor allem relevant, weil ihre handlungsleitende Perspektive nach eigenen Angaben eindeutig von den nationalen Perspektiven, Interessen und kulturellen Identitäten geprägt wird und sie nicht aus einer europäischen Perspektive arbeiten **(O, E)**. Dafür nennen die Experten vor allem drei Gründe:

1. die Form, wie die Experten zu den Meetings berufen werden (nationale Ministerien werden aufgefordert einen Repräsentanten für die Expertengruppe zu benennen) **(E)**,
2. die Tatsache, dass sich die Experten auch nur im nationalen Kontext als Experte ansehen **(E)**,
3. das vorgefundene Setting in den Meetings **(E)**.

### Hierarchien in der Gruppe

Im Rahmen dieses hybriden Forums zeigen sich weiterhin hierarchische Asymmetrien, die zu einer mehr oder weniger klaren Aufgabenverteilung in der Gruppe führen **(E)**.

#### *Nationale Experten*

Eine primäre Aufgabe der nationalen Experten ist der Austausch von Erfahrungen und Best Practices sowie im reflexiven Dialog voneinander zu lernen (»mutual learning«). Über diesen Austausch sollen sie weiterhin das Wissen für die Kommissionsmitarbeiter organisieren, um »evidence« zu produzieren. Genau dies findet vor allem in den Diskussionen während der Meetings statt **(D, O, E)**.

Hierfür sind neben fachlichem Wissen und Erfahrung vor allem Soft Skills und flüssige englische Sprachkompetenzen Voraussetzung, um eigene Positionen in die Diskussionen einzubringen **(O, E)**. Insgesamt zeigt sich, dass die nationalen Experten bezweifeln, einen großen Einfluss auf das Dashboard nehmen zu können. Lediglich ein nahezu einstimmiger Konsens der mächtigen Mitgliedsstaaten und eine hiervon ausgehende starke Initiative dieser Akteure könnte einen Einfluss haben, da die finale Entscheidung eine Veränderung vorzunehmen prinzipiell bei der EU liegt **(O, E)**. Ein solcher Konsens gestaltet sich jedoch in der Regel schwierig, da die heterogenen Hintergründe und Prioritäten der einzelnen Länder und deren Repräsentanten einen breiten Konsensrahmen generieren, der die Konsensfindung in den Verhandlungen und Diskussionen bei den Meetings erschwert.

### *Eurostat*

Auch der Einfluss von Eurostat auf die Inhalte des Dashboards ist nur sehr eingeschränkt. Zwar sind sie rein formal auf einer Hierarchieebene mit dem für das Dashboard zuständigen Department General Education and Culture (DG), doch sind sie in der Expertengruppe nach eigener Beschreibung eher eine Art extern beratender Dienstleister, der seine Kernkompetenz im Bereich Europäischer Statistik hat **(E)**. Auch hier ist es so, dass zwar einige Anmerkungen von Eurostat, zum Beispiel Veränderungen der Breakdownvariablen für bivariate Analysen (Arbeitslosigkeit nach Geschlecht) oder Verschiebungen von Indikatoren in andere Schwerpunktbereiche realisiert wurden, jedoch signifikantere Veränderungen aufgrund von politischen Prioritäten nicht verändert werden **(E)**. Weiterhin nutzt die DG neben den von Eurostat angebotenen Datenbeständen auch eigens bei externen Dienstleistern in Auftrag gegebene Daten, die den Qualitätskriterien von Wissenschaft und Eurostat in einigen Bereichen nicht genügen **(E)**.

### *Kommissionsabteilung (DG)*

Die DG hat über den Vorsitz der Expertengruppe die Möglichkeit, Einfluss auf die Strukturen und Prozesse innerhalb der Gruppe zu nehmen. Sie geben zum Beispiel Kriterien vor, die ein Indikator des Dashboards erfüllen muss, beispielweise sollen sie auf bestehenden europäischen Datensätzen basieren (Data-Driven Approach) und die Kernbereiche der EU Youth Strategy repräsentieren (concern driven approach) **(D, E, O)**.

Wenig relevant bei der Suche nach geeigneten Indikatoren sind hingegen wissenschaftliche Theorien **(E, O)**. Hier zeigt sich, dass sowohl die nationalen als auch die internationalen Experten den Ort der Theoriearbeit immer jeweils der anderen Akteursebene zuschreiben.

Die nationalen Experten geben beispielsweise an, dass die vorsitzenden DG wissenschaftliche Theorien bei der Definitionen ihrer Strategien nutzen und dass Eurostat, ihre Indikatoren theory-driven erstellt. Die europäischen Akteure geben hingegen die nationalen Kontexte als Forum für diese an. Es wird deutlich, dass sich die Experten der Wichtigkeit der Theorien als Leitlinie der Indikatorenerstellung bewusst sind, jedoch bleibt während der Meetings keine Zeit für solche Diskussionen, auch wenn sich die Experten teilweise mehr Austausch in diesem Bereich wünschen würden. Hier wird vielmehr Erfahrungswissen ausgetauscht **(O, E)**.

Neben der Vorgabe von Qualitätskriterien der Jugendindikatoren kann die DG weiter Einfluss auf die Inhalte des Dashboards nehmen, indem sie die Agenda und die Diskussionsinhalte der Meetings festlegt. Außerdem trifft sie die finale Entscheidung über eine Veränderung des Dashboards, gegebenenfalls auch unabhängig von Inhalten oder Ergebnissen der Diskussionen der Expertengruppe. Sie kann dadurch das Wissen, welches das Dashboard generiert kontrollieren **(O, E)**.

### *Organisation*

Neben der Heterogenität der einzelnen Akteure wird die Konsensfindung durch den organisatorischen Rahmen der Meetings erschwert. Zentral sind hier beispielsweise die Frequenz der Meetings (sie finden mittlerweile nur noch einmal im Jahr statt), die hohe Fluktuation der Mitglieder



sowie die Tatsache, dass in der Zeit zwischen den Meetings keine Kommunikation stattfindet (**D,O,E**).

Dies alles trägt nach Meinung der Experten nicht dazu bei, dass Diskussionen vergangener Meetings wieder aufgenommen werden. Gerade bei einer solchen heterogenen Kooperation ist eine Konsensfindung innerhalb weniger Stunden im Rahmen eines einmaligen Meetings kaum möglich. Die Experten nennen häufigere Treffen und eine bereits seit Jahren angedachte digitale Kommunikationsplattform als Verbesserungsmöglichkeiten (**D, O, E**).

### *Das Dashboard als Wissensquelle*

Die empirische Untersuchung zeigt weiterhin, dass das Dashboard als Wissensquelle durchaus seine Berechtigung besitzt. Beispielsweise gaben die nationalen Experten an, dass dieses ein übersichtliches Informationssystem sei, welches einen ersten Überblick über die europäische Jugend ermöglicht. Es eignet sich somit gut als Startpunkt für eine Untersuchung. Für tiefere Analysen benötigen sie jedoch zusätzliche (nationale) Informationsquellen (Datenquellen oder gezielten Austausch mit Kollegen). Auch auf europäischer Expertenebene dient das Dashboard als Wissensquelle. Das prominenteste Beispiel ist sicherlich der aktuelle Europäische Jugendbericht. Dieser enthält alle 42 Indikatoren des Dashboards, was einerseits die Relevanz der Indikatoren für die EU-Jugend-Politik untermauert. Andererseits wird auch deutlich, dass die vom Dashboard ausgehenden Informationen bei weitem nicht ausreichen, um ein detailliertes Bild von der Situation der Jugend in Europa zu erstellen. Denn im Rahmen des Jugendberichtes – der wie das Dashboard die Schwerpunktbereiche der EU-Jugend-Strategie beschreiben soll – mussten zahlreiche Indikatoren für die Beschreibung ergänzt werden. Auch hier zeigt sich also, dass die Informationen des Dashboards zwar nutzbar und für bestimmte Zwecke wertvoll sein können, jedoch die Informationsreichweite und Relevanz stark eingeschränkt sind.

## Fazit

Die empirische Fallstudie ermittelt einige Faktoren, welche die Erstellung von Sozialindikatoren in hybriden Foren und deren Qualität beeinflussen. Insgesamt läuft die Indikatorenbildung in der untersuchten Gruppe wesentlich pragmatischer ab, als im traditionellen wissenschaftlichen Modus der SBE. Sowohl die Vorgehensweise, um einen geeigneten Indikator zu finden, als auch die Qualitätskriterien für die Eignung eines Indikators differieren.

Der Idealtypus des wissenschaftlichen Modus 1 startet mit einer neutralen unabhängigen Theoriereflexion und entwickelt ein »Theorienetz«, welches den Forscher im Prozess des Findens des bestmöglichen Indikators leitet (»theory driven approach«) (Durkheim 1984; Niemeijer 2002; Zapf 1976).

Der Modus 2 des hybriden Wissensforums reflektiert demgegenüber andere Faktoren. Hierzu zählen die heterogenen Interessens- und Reflexionsrahmen der beteiligten Akteure (Ziele, Interessen, Erfahrungen, Methoden etc.), unterschiedliche Arten von Kompetenzen (fachliche, soziale Kompetenzen und Soft Skills), politische Strategien und Ziele (»agenda driven approach«), praktische Kriterien, wie Datenverfügbarkeit (»data driven approach«) sowie die Über-

sichtigkeit und die Verständlichkeit des Instruments. Weiterhin wird deutlich, dass der Vorsitz der Kommission und die damit einhergehende hierarchische Begünstigung dazu führt, dass die Kontrolle und die Deutungshoheit über das Wissen, welches über das European Dashboard on Youth Indicators generiert wird, bei der vorsitzenden Kommissionsabteilung liegt. Hieraus entsteht die Gefahr, dass der strukturell offene Informationsfluss der Experten und der Grad der Kontextualisierung des Wissen durch diese Machtassymetrie in der Gruppe gehemmt beziehungsweise eingegrenzt wird.

Eine abschließende Beurteilung kommt auf die Perspektive der Nutzung an. Unter streng wissenschaftlichen Kriterien lassen sich hier zahlreiche Kritikpunkte an der Vorgehensweise finden, die in vielen wissenschaftlichen Anwendungsfällen gegen eine Nutzung eines großen Teils der Dashboard-Indikatoren sprechen. In anderen Anwendungskontexten scheint diese Wissensquelle hingegen anerkannt und wertvoll zu sein.

## Literatur

- Bader, V. 2014: Sciences, politics, and associative democracy: democratizing science and expertizing democracy, *Innovation* 27, 420–441.
- Beck, U. 1986: *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. 2007: *Die Weltrisikogesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beckert, J. 2013: Imagined futures: fictional expectations in the economy. *Theory and Society* 42, 219–240.
- Benz, A. et al. 2007: *Handbuch Governance*. Wiesbaden: VS.
- Berger, P., Luckmann, T. 1969: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bergmann, M., Schramm, E. 2008: Innovation durch Integration: Eine Einleitung In M. Bergmann, E. Schramm (Hg.), *Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten*. Frankfurt am Main: Campus, 7–18.
- Bjørnholt, B., Larsen, F. 2014: The politics of performance measurement: ›Evaluation use as mediator for politics‹. In *Evaluation* 20, 400–411.
- Bogner, A., Menz, W. 2002: Wissenschaftliche Politikberatung? Der Dissens der Experten und die Autorität der Politik. *Leviathan* 30, 384–399.
- Böhle, F. et al. 2004: Der gesellschaftliche Umgang mit Erfahrungswissen: Von der Ausgrenzung zu neuen Grenzziehungen In U. Beck, C. Lau (Hg.), *Entgrenzung und Entscheidung: Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 95–122.
- Bonß, W. 1982: *Die Einübung des Tatsachenblicks*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Böschen, S. 2003: Wissenschaftsfolgenabschätzung: Über die Veränderung von Wissenschaft im Zuge reflexiver Modernisierung In S. Böschen, I. Schulz-Schaeffer (Hg.), *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*. Wiesbaden: VS, 193–219.
- Boswell, C. 2009: Knowledge, Legitimation and the Politics of Risk: The Functions of Research in Public Debates on Migration. *Political Studies* 57, 165–186.
- Burawoy, M. 2005: For Public Sociology. *Soziale Welt* 56, 347–374.
- Carruthers, B., Espeland, W. 1991: Accounting for Rationality: Double-Entry Bookkeeping and the Rhetoric of Economic Rationality. *American Journal of Sociology* 97, 31–69.
- Clancy, C., Cronin, K. 2005: Evidence-Based Decision Making: Global Evidence, Local Decisions. *Health Affairs* 24, 151–162.

- Dawid, P. et al. 2014: Fitting Science Into Legal Contexts: Assessing Effects of Causes or Causes of Effects? *Sociological Methods & Research* 43, 359–390.
- De Neufville, J. 1975: *Social Indicators and Public Policy: Interactive Process of Design and Application*. Amsterdam: Elsevier.
- Durkheim, É. 1984: *Die Regeln der soziologischen Methode*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Espeland, W., Sauder, M. 2007: Rankings and Reactivity: How Public Measures Recreate Social Worlds. *American Journal of Sociology* 113, 1–40.
- Espeland, W., Stevens, M. 2008: A Sociology of Quantification. *European Journal of Sociology / Archives Européennes de Sociologie* 49, 401–436.
- Flick, U. 2011: *Triangulation: eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Fretschner, R., Hubert, J. 2006: Soziologie und Politikberatung: Anmerkungen zu einem spannungsreichen Verhältnis In S. Falk et al. (Hg.), *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden: VS, 59–72.
- Galison, P. 2004: Heterogene Wissenschaft: Subkulturen und Trading Zones in der modernen Physik. In J. Strübing et al (Hg.), *Kooperation im Niemandsland*. Wiesbaden: VS, 27–57.
- Gibbons, M. et al. 1994: *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*: SAGE Publications.
- Hansson, F. et al. 2014: Modernize the public sector through innovation? A challenge for the role of applied social science and evaluation. *Evaluation* 20, 244–260.
- Hardeman, S. et al. 2014: Characterizing and comparing innovation systems by different 'modes' of knowledge production: A proximity approach. *Science and Public Policy*.
- Heintz, B. 2010: Numerische Differenz. Überlegungen zu einer Soziologie des (quantitativen) Vergleichs. *Zeitschrift für Soziologie* 39, 162–181.
- Heintz, B. 2012: Welterzeugung durch Zahlen. Modelle politischer Differenzierung in internationalen Statistiken, 1948–2010. *Soziale Systeme* 18, 7–39.
- Hitzler, R. 1994: Wissen und Wesen des Experten. In R. Hitzler (Hg.), *Expertenwissen*. Wiesbaden: VS, 13–30.
- Jacob, R. 2006: *Sozial- und Gesundheitsberichterstattung: Hintergründe, Defizite, Möglichkeiten*. Frankfurt am Main: P. Lang.
- Jacob, R. et al. 2013: *Umfrage: Einführung in die Methoden der Umfrageforschung*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Jahn, T. et al. 2012: Transdisciplinarity: Between mainstreaming and marginalization. *Ecological Economics* 79, 1–10.
- Jung, A. et al. 2014: Embedded expertise: A conceptual framework for reconstructing knowledge orders, their transformation and local specificities. *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 27, 398–419.
- Krick, E. 2014: Negotiated expertise in policy-making: How governments use hybrid advisory committees. *Science and Public Policy*, 42. Jg., Heft 4, 487–500.
- Krohn, W. 2003: Das Risiko des (Nicht-)Wissens. Zum Funktionswandel der Wissenschaft in der Wissensgesellschaft In S. Böschen, I. Schulz-Schaeffer (Hg.), *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*. Wiesbaden: VS, 97–118.
- Lau, C., Beck, U. 1989: *Definitionsmacht und Grenzen angewandter Sozialwissenschaft : Eine Untersuchung am Beispiel der Bildungs- und Arbeitsmarktforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lau, C., Böschen, S. 2003: Wissensgesellschaft und reflexive Modernisierung In S. Böschen, I. Schulz-Schaeffer (Hg.), *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*. Wiesbaden: VS, 220–235.
- Limoges, C. 1993: Expert knowledge and decision-making in controversy contexts. *Public Understanding of Science* 2, 417–426.
- Luhmann, N. 1991: *Soziologie des Risikos*. München: De Gruyter.
- Luhmann, N. 1992: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marotzki, W. 1996: Forschungsmethoden der erziehungswissenschaftlichen Biographieforschung In H. Krüger, W. Marotzki (Hg.), *Erziehungswissenschaftliche Biographieforschung*. Wiesbaden: VS, 55–89.

- Mégie, A. 2014: The origin of EU authority in criminal matters: a sociology of legal experts in European policy-making. *Journal of European Public Policy* 21, 230–247.
- Meier, F., Schimank, U. 2014: Cluster-Building and the Transformation of the University. *Soziologie*, 43. Jg., Heft 2, 139–166.
- Mutz, R. et al. 2014: Cross-disciplinary research: What configurations of fields of science are found in grant proposals today? *Research Evaluation* 24.
- Niemeijer, D. 2002: Developing indicators for environmental policy: Data-driven and theory-driven approaches examined by example. *Environmental Science & Policy* 5, 91–103.
- Noll, H. 1999: Die Perspektive der Sozialberichterstattung. Frankfurt am Main: Campus.
- Noll, H., Zapf, W. 1994: Social Indicators Research: Societal Monitoring and Social reporting In I. Borg, P. P. Mohler (Hg.), *Trends and perspectives in empirical social research*. München: W. de Gruyter
- Nowotny, H. et al. 2001: *Re-Thinking Science: Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*. Cambridge: Polity Press.
- Nowotny, H. et al. 2003: Introduction: ›Mode 2‹ Revisited: The New Production of Knowledge. *Minerva* 41, 179–194.
- Nyhlén, J., Lidén, G. 2014: Methods for analyzing decision-making: A framework approach. *Quality & Quantity* 48, 2523–2535.
- Opp, K. 2012: Die Produktion historischer ›Tatsachen‹. *Soziologie*, 41. Jg., Heft 2, 143–157.
- Popa, F. et al. 2015: A pragmatist approach to transdisciplinarity in sustainability research: From complex systems theory to reflexive science *Futures*, 45–56.
- Porter, T. 2006: Speaking precision to power: The modern political role of social science. *Social Research: An International Quarterly* 73, 1273–1294.
- Porter, T. M. 1996: *Trust in Numbers: The Pursuit of Objectivity in Science and Public Life*: Princeton University Press.
- Rosenlund, J. et al. 2014: A cross-national environmental cluster collaboration: Shifting between an analytical and management level of the triple helix. *Science and Public Policy*, 42. Jg., Heft 4, 583–593.
- Sarris, C. M., Proto, A. N. 2014: Quantum models for decision making and opinion dynamics the role of the Lie algebras. *Quality & Quantity* 48, 1945–1956.
- Scheffer, T., Schmidt, R. 2013: Public Sociology: Eine praxeologische Reformulierung. *Soziologie*, 42. Jg., Heft 3, 255–270.
- Seabrooke, L., Tsingou, E. 2015: Professional emergence on transnational issues: Linked ecologies on demographic change. *Journal of Professions and Organization* 2, 1–18.
- Steinke, I. 2008: Gütekriterien qualitativer Forschung In U. Flick et al (Hg.), *Qualitative Forschung: Ein Handbuch*. Reinbek: Rowohlt, 319–332.
- Toivanen, H., Suominen, A. 2014: Epistemic integration of the European Research Area: The shifting geography of the knowledge base of Finnish research, 1995–2010. *Science and Public Policy*.
- Van Rijnsoever, F., Hessels, L. 2011: Factors associated with disciplinary and interdisciplinary research collaboration. *Research Policy* 40, 463–472.
- Vormbusch, U. 2012: *Die Herrschaft der Zahlen: zur Kalkulation des Sozialen in der kapitalistischen Moderne*. Frankfurt am Main: Campus.
- Weingart, P. 2010: Wissenschaftssoziologie In D. Simon et al (Hg.), *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: Springer, 118–129.
- Weingart, P. 2011: *Die Stunde der Wahrheit?* Birkach: Velbrück.
- Wesselink, A. et al. 2014: Evidence and policy: discourses, meanings and practices. *Policy Sciences* 47, 339–344.
- Zapf, W. 1976: *Sozialberichterstattung: Möglichkeiten und Probleme*. Wiesbaden: Verlag Otto Schwartz & Company.
- Zapf, W. et al. 1987: *Individualisierung und Sicherheit: Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland*. München: Beck.

# To force or not to force. That is the question!

## Die Auswirkungen des Einsatzes von Forced Answering-Fragen auf die Qualität der Befragungsergebnisse

Alexandra Mergener, Philipp Sischa und Jean Philippe Décieux

### *Beitrag zur Postersession*

Die Methode der Onlinebefragung hat sich innerhalb des letzten Jahrzehnts als Befragungsroutine etabliert. Sie ist zumeist mit niedrigen Kosten verbunden und ermöglicht es innerhalb kürzester Zeit hohe Fallzahlen zu erzielen sowie »fundierte« Ergebnisse zu generieren. Dies führte einerseits zu einer »Demokratisierung der Umfrageforschung« (Batinic 2003: 6), denn mithilfe der Onlinebefragung ist es nahezu jedem möglich ein Befragungsprojekt durchzuführen. Andererseits resultiert daraus aber auch, dass viele Befragungen von Laien umgesetzt werden, dadurch häufig eine schlechte Qualität aufweisen und zahlreiche Operationalisierungsfehler enthalten (Jacob et al. 2013; Schnell et al. 2011).

Ein Beispiel hierfür ist die Verwendung der Forced Answering-Option (FA)<sup>1</sup>, welche die Möglichkeit bezeichnet den Respondenten einer Umfrage zur Beantwortung einer Frage zu verpflichten. Bei den meisten Programmpaketen zur Durchführung eines Onlinesurveys ist dies auf einfache Art und Weise zu realisieren. Diese Praxis kommt zuweilen sehr häufig auch zur Anwendung, ohne dass sich die Fragesteller über eventuelle Folgen ihrer Wahl bewusst sind. In den Handbüchern einiger Programme (Questback 2013) und auch in einigen wissenschaftlichen Publikationen (Albaum et al. 2010; Roster et al. 2014) wird diese Option als eine Lösung angesehen, die den Item Nonresponse verringert.

Aus unserer Perspektive gibt es jedoch zahlreiche Bedenken bei der Implementierung dieses methodischen Features. Diese Bedenken speisen sich aus der Überlegung, dass der Befragte plausible Gründe haben kann, um nicht zu antworten (bspw. versteht der Befragte die Frage nicht; fehlt die entsprechende Antwortkategorie, will der Befragte die Frage aus persönlichen Gründen bewusst nicht beantworten, usw.). Verpflichtet man den Befragten unter diesen Umständen eine Antwort zu geben, könnte es möglicherweise dazu führen, dass die Befragung abgebrochen wird oder der Befragte eine willkürliche/inhaltsunabhängige Antwort gibt.

---

<sup>1</sup> Häufig wird auch von Forced Response (FR) gesprochen.

Wir sind damit argumentativ auf einer Linie mit Empfehlungen von zahlreichen methodologischen Standardwerken (Dillman et al. 2014; Jacob et al. 2013; Kaczmirek 2005; Peytchev, Crawford 2005; Schnell et al. 2011). Diese warnen zwar vor der Nutzung dieser Option auf Basis von praktischem Erfahrungswissen, liefern jedoch wenig empirische Evidenz für ihre Empfehlung.

### Die Forced Answering-Option:

Es gibt eine Fülle an methodologischen Studien, die sich mit den Auswirkungen von unterschiedlichen Designelementen beziehungsweise -features bei Onlineumfragen und ihren Konsequenzen für den Befragungsverlauf, die Datenqualität, die Abbruchquoten etc. beschäftigt haben (Fan, Yan 2010; Galesic, Bosnjak 2009; Ganassali 2008; Marcus et al. 2007; Sakshaug et al. 2010; Vicente, Reis 2010).

Eine Option, der hingegen bisher wenig Beachtung geschenkt wurde, ist die Möglichkeit, den Befragten in einer Onlineumfrage den Fragebogen erst dann weiter bearbeiten zu lassen, nachdem er die Fragen der aktuellen Seite beantwortet hat. Dies mag zum Teil damit zusammenhängen, dass die Option sehr spezifisch für Onlinebefragungen ist. In Offline-Befragungsarten gibt es wenige bis keine wirkliche Entsprechung: Bei postalischen Befragungen ist die Implementierung einer solchen Option faktisch nicht realisierbar und auch im Rahmen einer persönlichen Interviewsituation (telefonisch oder Face-to-Face) wäre dies – so wie in Onlinebefragungen umgesetzt – gleichbedeutend mit einer Situation, in der der Interviewer das Interview nicht weiterführt, wenn der Respondent nicht auf eine gestellte Frage antworten möchte.<sup>2</sup>

Sucht man nach ähnlichen Elementen innerhalb einer Befragung, so findet man beispielsweise Gemeinsamkeiten zur Forced Choice Frageoption<sup>3</sup>, die den Befragten dazu zwingt, sich aus zwei oder mehreren Antwortalternativen für eine einzige zu entscheiden. Der Unterschied ist hier jedoch, dass Forced Choice ein spezifisches Antwortformat darstellt und die Forced Answering-Option lediglich ein Antwortfeature im Rahmen einer Befragung ist, welche komplett unabhängig vom Antwortformat der Frage ist. Die Implementierung von Pflichtfragen ist bei allen Antwortformaten möglich, beginnend bei Forced Choice Fragen, Multiple Choice Fragen sowie bei offenen Fragen (Stieger et al. 2007).

Das zentrale Motiv für die Implementierung der Forced Answering-Option ist in den meisten Fällen die Idee, einen möglichst vollständigen Datensatz ohne Item-Nonresponse zu generieren: »When used for all questions, it virtually eliminates item omissions, or item nonresponse error.« (Roster et al. 2014: 91)

---

<sup>2</sup> Preisendörfer 2008 implementierte in mündlichen Interviews zur Untersuchung der Erhebung heikler Fragen mittels Randomised Response Technik die Variante »forced response« in Form eines Kartenspiels. Dabei zwangen Karten mit Ja oder Nein die Befragten zu genau diesen unter Umständen nicht der Realität entsprechenden Antworten, während andere Karten mit dem Aufdruck »Wahrheit« die Befragten dazu aufforderten eine wahre Antwort zu geben. Diese Forced Response Option ist jedoch nicht direkt mit derjenigen zu vergleichen, die in diesem Beitrag untersucht wird.

<sup>3</sup> Zuweilen werden diese häufig auch missverständlicher Weise als Synonym gebraucht.

Die Entscheidung der Nutzung dieser Option sollte jedoch mit den Kosten einer Implementierung ausbalanciert werden. Einige Forscher äußern zahlreiche Bedenken und Gegenstimmen für diese Vorgehensweise, ohne sich jedoch auf fundierte empirische Untersuchungen zu beziehen (Dillman et al. 2014; Jacob et al. 2013; Kaczmirek 2005; Peytchev, Crawford 2005; Schnell et al. 2011). Die tatsächlichen Konsequenzen der Implementierung der Forced Answering-Option werden daher in diesem Beitrag systematisch analysiert.

## Bisheriger Forschungsstand

Es gibt bisher sehr wenige Studien, die den Einfluss von Forced Answering auf verschiedene Qualitätsparameter einer Onlineumfrage evaluieren. Diese fokussieren beispielsweise die Auswirkungen von Forced Answering auf die Abbruchquote, auf den Item-Nonresponse oder auf die Validität der Antworten. DeRouvray und Couper (2002) untersuchen den Einfluss von Warnmeldungen, die den Befragten angezeigt werden, wenn sie keine Antwort geben und stattdessen weiterklicken. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass dadurch Item-Nonresponse verringert werden kann (DeRouvray, Couper 2002). O'Neil et al. (2003) untersuchen in mehreren Studien die Auswirkungen von verschiedenen Methodendesigns auf die Abbruchquote und die Stichprobenszusammensetzung. Dabei stellen sie einen minimalen Effekt auf die Abbruchquote fest, wenn auf der letzten Seite die Angaben zur Demographie erzwungen werden (O'Neil et al. 2003). Stieger et al. (2007) führten ein Online-Experiment mit Studenten durch, um den Einfluss von Forced Answering auf Unit-Nonresponse zu untersuchen. Wenn die Studenten eine Frage nicht beantworteten, bekamen Sie eine Aufforderung dies zu tun und konnten die Befragung erst weiterführen, wenn sie eine Antwort gaben. Dabei verglichen sie in ihrer Studie diejenigen Studenten, die mindestens einmal eine Fehlermeldung bekommen haben, mit denjenigen, die immer alle Antworten gegeben haben und daher niemals eine Fehlermeldung gesehen haben. Sie stellen deutlich höhere Abbruchquoten in der Forced Answering-Gruppe (64,1%) als in der Nicht Forced Answering-Gruppe (NFA) (18,6%) fest. Sie kommen weiterhin zu dem Ergebnis, dass sich die Forced Answering-Option als sogenannte »hurdle technique« eignet. Solche können zu Beginn einer Umfrage genutzt werden, um wenig motivierte Respondenten zum Abbruch der Befragung zu bewegen und dadurch auszusortieren (Stieger et al. 2007). Ganassali (2008) untersucht in seiner Studie den Einfluss bestimmter Designeffekte auf verschiedene Parameter der Datenqualität (u.a. Abbruchquote). Dabei stellt er fest, dass eingebaute Interaktionsfeatures (Warnmeldungen und Hinweise bei nicht beantworteten der Frage) den Item-Nonresponse verringern (Ganassali 2008). Weitere Studien wurden von Albaum und seinem Forscherteam (Albaum et al. 2014; Albaum et al. 2010; Albaum et al. 2011; Roster et al. 2014) durchgeführt. Albaum et al. (2010) untersuchen die Auswirkungen von FA auf Item- und Unit-Nonresponse, wobei sie in ihrem Design folgende Faktoren variieren: FA oder NFA, »keine Angabe«-Option (»Prefer not to answer«, PNA) verfügbar beziehungsweise nicht verfügbar, Item-Batterie Reihenfolge: 8- oder 15-Item-Block zuerst<sup>4</sup>. Sie stellen weder Haupteffekte noch Interak-

<sup>4</sup> Die letzte Versuchsanordnung führen sie durch, da sie die Hypothese aufstellen, dass Befragte, die zunächst mit einem längeren Fragenblock konfrontiert werden, eher abbrechen werden.

tionseffekte der verschiedenen Bedingungen auf Unit-Nonresponse fest. Allerdings kommen sie auf Haupteffekte sowohl für FA als auch für die Verfügbarkeit einer ›keine Angabe‹-Option auf Item-Nonresponse. Sowohl die NFA-Option als auch die Verfügbarkeit einer ›keine Angabe‹-Option erhöhen den Item-Nonresponse: »To summarize, we find no evidence to suggest that use of forced answering, with or without PNA, decreases completion rates to Web surveys.« (Albaum et al. 2010: .292). Den Einfluss auf das Antwortverhalten versuchen sie dadurch zu ermitteln, indem sie mögliche Unterschiede in den Summenscores der Skalen untersuchen. Dabei kommen sie auf keine signifikanten Unterschiede zwischen den Versionen. Bezüglich der ›keine Angabe‹-Option kommen sie zu folgender Schlussfolgerung: »On the other hand, we do find differences in mean item omissions based on whether or not PNA is included as a response option. It appears that use of PNA along with forced answering can erode the advantages of forced answering in terms of generating a higher quantity of substantive responses to critical questions.« (Albaum et al. 2010: 291). Albaum et al. (2011) berichten über dieselbe Studie wie Albaum et al. (2010) und kommen dementsprechend zu gleichen Ergebnissen. Roster et al. (2014) ergänzen diese Studien und prüfen, ob die erzielten Ergebnisse auch bei einem sensitiven Thema auftreten. Dazu nutzen sie ein Design mit den folgenden Manipulationen: FA beziehungsweise NFA, keine Angabe-Option verfügbar oder nicht verfügbar, hoch beziehungsweise gering sensitives Thema<sup>5</sup>. Dieses Design nutzen sie in zwei verschiedenen Kulturkreisen (U.S. und Hong Kong). Dabei stellen sie keinen Einfluss von FA auf die Abbruchquote fest. Tendenziell ist der Unit-Nonresponse in der FA-Bedingung sogar geringer. Der Item-Nonresponse ist in der FA-Bedingung dagegen signifikant geringer, als in der NFA-Bedingung. Auch die ›keine Angabe‹-Option hat keinen Einfluss auf die Abbruchquote und den Item-Nonresponse. Daher kommen sie zu folgendem Schluss: »The findings generally support prior research concerning the lack of effects of FA, regardless of whether a PNA response option is employed.« (Roster et al. 2014: 91) Betrachtet man die Studien von Albaum et al. (Albaum et al. 2014; Albaum et al. 2010; Albaum et al. 2011; Roster et al. 2014) genauer, so fällt für die Interpretation der Ergebnisse ein nicht unerhebliches Detail auf. Die Ergebnisse seiner Studien basieren alle auf Online-Access-Panel Populationen. Die spezifische Befragungssituation in einem Online-Access-Panel ist jedoch nur mit Einschränkungen übertragbar auf die Situation einer normalen Umfrage (Göritz 2007). Dies könnte die fundamental unterschiedlichen Ergebnisse bezüglich Dropouts im Vergleich zu anderen Studien, wie zum Beispiel von Stieger, Reips, Voracek (2007) erklären.

Der kurze Überblick über den Stand der Forschung in diesem Bereich zeigt, dass es bisher keine Einigkeit bezüglich des Einflusses der Implementierung der Forced Answering-Option gibt. Die Resultate variieren zwischen positiven und negativen Einflüssen auf die Qualität der Daten. Hier besteht also ein enormes Forschungsdesiderat, welches sowohl für die Wissenschaft als auch die Umfragepraxis von großer Relevanz ist. Daher benötigt es vor allem Studien, die die Folgen von Forced Answering unter realistischen Bedingungen testen. An dieser Stelle setzt

---

<sup>5</sup> Das Thema mit geringer Sensitivität behandelte Fragen zum Markenimage von Coca-Cola, das sensitive Thema kreiste um Fragen zu Familieneinkommen und persönlichen Finanzen (Albaum et al. 2014: 151). Den Grad der Sensitivität stellten sie mittels Manipulationscheck mit folgender Frage fest: »To what extent did you find the items listed in question 2 above [the topic manipulation question] to be sensitive (i.e. intrusive or threatening) to you personally?« (Albaum et al. 2014: 154).



dieser Beitrag an. Das zentrale Ziel der Studie ist es die Konsequenzen der Implementierung der Forced Answering-Option zu testen.

## Forschungsfrage und Hypothesen

Im Rahmen des folgenden Experiments wollen wir die genauen Folgen der Implementierung einer Forced Answering-Option empirisch abbilden. Unsere zentrale These ist, dass der Zwang des Befragten eine Antwort zu geben, dazu führen kann, dass dieser die Befragung abbrechen oder eine willkürliche/ inhaltsunabhängige Antwort gibt.

Hierzu wurden den Befragten verschiedene kognitiv und im Antwortprozess mehr oder weniger aufwändige Frageformen (bspw. Itembatterien, semantisches Differential, offene Fragen etc.) mit unterschiedlicher Sensitivität präsentiert. Weiterhin soll der Einfluss einer neutralen Antwortkategorie »keine Angabe« untersucht werden. Über diese zusätzliche Antwortoption werden die Befragten von der »Pflicht«, auf die Fragen zu antworten entbunden. Die Folgen sollen über die Analyse von Abbruchquoten und Antwortverhalten abgebildet werden.

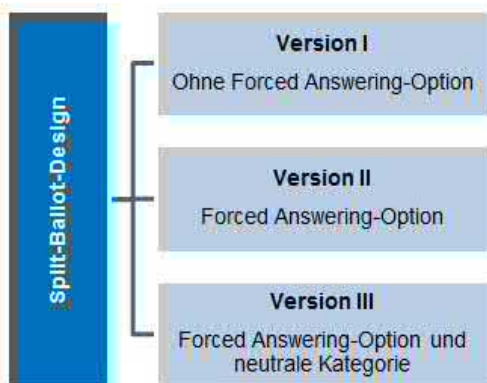
Wir wollen diesbezüglich drei Hypothesen überprüfen:

1. Forced Answering führt zu erhöhtem Unit-Nonresponse.
2. Eine neutrale Antwortkategorie kann den negativen Effekt der Forced Answering-Option auf den Unit-Nonresponse einschränken.
3. Forced Answering führt zu weniger validen Antworten (Lügen oder Zufallsantworten).

## Design

Um dies zu analysieren, haben wir ein Split-Ballot-Feld-Experiment durchgeführt. Split-Ballot-Experimente bieten die Möglichkeit Designeffekte im Gegensatz zu Laborexperimenten unter möglichst realen Bedingungen (extern valide) zu testen (Décieux 2012: 15). Im Rahmen unseres Experimentes findet eine zufällige Zuordnung der Befragungspersonen in Subgruppen, die unterschiedliche Versionen der Befragung durchlaufen, statt. Respondenten, die die Befragung in Version 1 durchlaufen, nehmen an der Befragung unter ganz normalen Umständen teil; es besteht bei keiner Frage ein Antwortzwang. In Version 2 können die Respondenten die nächste Seite des Fragebogens erst sehen, wenn sie bei allen Fragen einer Seite mindestens eine der möglichen Antwortkategorien ausgewählt haben. Auch in Version 3 des Experimentes sind die Befragten gezwungen eine Antwortkategorie auszuwählen, allerdings ist diese Version um die Antwortoption »keine Angabe« (»Prefer not to answer«, PNA) erweitert, so dass die Respondenten — zumindest theoretisch — vom Zwang Informationen freizugeben befreit sind. Daraus ergibt sich das in Abb. 1 dargestellte Forschungsdesign.

Abb. 1: Forschungsdesign



Um einen möglichst hohen Rücklauf zu erreichen, haben wir ein inhaltliches Thema gewählt, das allgemein und bekannt ist, sodass möglichst viele Personen als Respondenten infrage kommen. Das Leitthema der Befragung war «Kriminalität und ihre Wahrnehmung in der Bevölkerung». Hier nutzten wir das Steuerdelikt von Uli Hoeneß, das zu dieser Zeit ein großes Thema in den Medien war als Aufhänger, um ein möglichst großes Interesse zu wecken und dadurch eine entsprechend hohe Teilnahmequote zu erreichen. Weiterhin wurden Incentives in einem Gesamtwert von 350 € verlost. Die Befragung beinhaltete neben Fragen zu Uli Hoeneß (Bewertung der Person, Bewertung der Straftat, etc.) und zur Medienpräsenz dieses Falles auch einige sehr sensible Items zum eigenen delinquenten Verhalten sowie zu eigenen Opfererfahrungen.

Die Befragung startete am 12.06.2014 (unmittelbar nach der Verurteilung von Ulli Hoeneß) und dauerte bis zum 12.07.2014. Es wurden Studierende der Hochschule Trier sowie der Universität Trier über den jeweiligen Emailverteiler kontaktiert. Insgesamt nahmen 1056 Personen an der Befragung teil, davon waren 37,3% weiblich; das Durchschnittsalter der Teilnehmer lag bei 27 Jahren.

## Ergebnisse

Unsere Analyse fokussiert die Einflüsse auf die Qualität der Daten aus zwei unterschiedlichen Perspektiven. In einem ersten Schritt betrachten wir den Einfluss der verschiedenen Befragungsszenarien auf die Abbruchs- beziehungsweise Beendigungsquoten. In einem zweiten Schritt fokussieren wir die Einflüsse auf das Antwortverhalten.

### Abbruchs- und Beendigungsquoten

Tab. 1 zeigt die Abbruch- und Beendigungsquote nach den verschiedenen Versionen. Dabei zeigt sich kein signifikanter Unterschied zwischen der Abbruchquote des gesamten Fragebogens und den verschiedenen Bedingungen. Die Abbruchquote ist über alle Versionen sehr niedrig und liegt zwischen 15,9% und 17,6%.

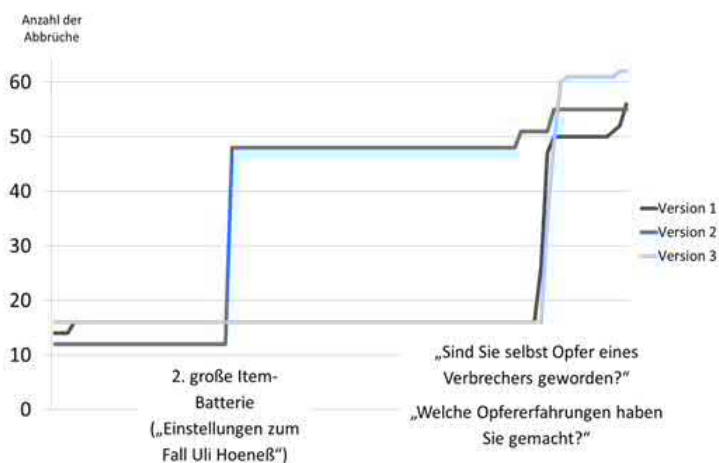
Tab. 1: Dropouts nach Version

	Version 1 (NFA)		Version 2 (FA)		Version 3 (FA/PNA)	
	N	%	N	%	N	%
Abgebrochen	56	15,9%	55	15,6%	62	17,6%
Beendet	296	84,1%	297	84,4%	290	82,4%
Gesamt	352		352		352	

Abb. 2 zeigt die kumulierten Abbruchhäufigkeiten der Befragung nach den verschiedenen Versionen. Hier konnten hochsignifikante Zusammenhänge bzgl. des Abbruchverlaufs festgestellt werden (Cramers  $V=0,762^{***}$ ).

In der FA-Option sind die Abbrüche insbesondere am Anfang sehr hoch und zwar an einer Stelle im Fragebogen, an der den Befragten hintereinander zwei aufwändige Item-Batterien zu Uli Hoeneß präsentiert wurden. An dieser Stelle messen wir 87% aller Abbrüche in der FA-Option. Hier scheint sich das von Stieger, Reips und Voracec (2007) beschriebene Phänomen zu zeigen: Gering motivierte Befragte werden durch diese weniger spannenden Item-Batterien und durch den Zwang diese komplett zu beantworten zum Abbruch gebracht. In den anderen Versionen zeigt sich dieser Effekt nicht. Hier findet der Abbruch in beiden Versionen erst später statt und zwar zu dem Zeitpunkt, an dem die sensiblen Fragen gestellt werden (ohne FA 89%, FA/PNA 96%). Auf die Abbruchquote in der FA-Bedingung haben diese sensiblen Fragen jedoch nur noch einen geringen Effekt. Hier könnte durch die von uns in Aussicht gestellten Incentives ein »Behavioral Sunk Costs« Effekt (Cunha Jr, Caldieraro 2009; Zeelenberg, Van Dijk 1997) aufgetreten sein, denn die Befragten in der FA-Option haben zu diesem Zeitpunkt schon relativ viel Zeit investiert, da sie jede Frage beantworten mussten und lassen sich nun auch nicht durch die sensiblen Fragen zu einem Abbruch und damit zu dem Verlust der Chance ein Incentive zu gewinnen bringen.

Abb. 2: Abbruchverläufe während der Befragung nach Version



Über eine Einfaktorielle Varianzanalyse, die die Mittelwerte der kumulierten Abbruchhäufigkeiten<sup>6</sup> nach den drei Versionen betrachtet, lassen sich die Unterschiede in den drei Versionen präzisieren. Während sich zwischen der Version ohne FA ( $\bar{x}=20,91$ ) und der FA/PNA-Version ( $\bar{x}=22,01$ ) keine relevanten Unterschiede feststellen lassen, hat die FA-Bedingung den höchsten Mittelwert ( $\bar{x}=37,67$ ), wonach die Befragten dort am frühesten abbrechen.

Dementsprechend zeigen sich auch im Post-hoc-Test mittels Scheffé-Prozedur (Tab. 2) hochsignifikante Unterschiede zwischen den Versionen NFA und FA/PNA zur FA-Version. Vergleicht man die Abbruchverläufe zwischen der Forced Answering-Option mit Ausweichkategorie und derjenigen ohne Forced-Answering lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen diesen beiden Versionen feststellen.

Tab. 2: Scheffé-Test

(I) Version	(J) Version	Mittlere Differenz (I-J)	Standardfehler	Signifikanz
NFA	FA	-16,764	2,31	0,000
	FA/PNA	-1,101	2,31	0,893
FA	NFA	16,764	2,31	0,000
	FA/PNA	15,663	2,31	0,000
FA/PNA	NFA	1,101	2,31	0,893
	FA	-15,663	2,31	0,000

## Antwortverhalten

Tab. 3 bildet die Verteilung der Antworten auf die Frage nach eigenen Straftaten differenziert nach den Versionen ab. Wir haben diese als sehr sensibel einzuordnende Frage exemplarisch ausgewählt, um das jeweilige Antwortverhalten bei sehr persönlichen und heiklen Themen beschreiben zu können.

Es zeigt sich zum einen, dass die Befragten in der FA-Option signifikant seltener angeben, eine Straftat begangen zu haben. In beiden FA-Versionen sind es etwa 20 Prozent der Befragten, in der Version ohne Antwortzwang sind es hingegen 26 Prozent. Dies lässt – wie bei Stieger 2007 – einen Reaktanzeffekt vermuten. Dann würde der Antwortzwang dazu führen, dass die Tendenz sozial wünschenswert und dadurch nicht ehrlich zu antworten steigt. Weiterhin stellen wir fest, dass bei der FA-Version ohne neutrale Ausweichkategorie 80 Prozent mit »Nein« antworteten, während es bei der FA/PNA-Version 73 Prozent sind, die »Nein« und 6 Prozent, die die Kategorie »keine Angabe« wählten. Diese beiden Auffälligkeiten könnten zumindest ein Indiz für unsere dritte Hypothese sein: FA führt zu einer Abnahme valider Antworten. Um diese Vermutung jedoch adäquat zu begründen bedarf es weiteren Untersuchungen auf Basis von spezifischen Untersuchungssitem, die es ermöglichen, das Antwortverhalten gezielt zu analysieren.

<sup>6</sup> Ein höherer Mittelwert bedeutet demnach, dass diese Fragebogenversion im Durchschnitt früher abgebrochen wurde, da die kumulierte Abbruchhäufigkeit schon an früherer Stelle relativ hoch war.

Tab. 3: Angabe zu eigenen Straftaten nach Version

Eigene Straftaten	Version 1 (NFA)	Version 2 (FA)	Version 3 (FA/PNA)
Ja	26,4%	19,5%	20,7%
Nein	72,3%	80,5%	73,1%
Keine Angabe	-	-	6,2%
nicht beantwortet	1,4%	-	-
Gesamt (beendet)	296	297	290

*Sig.=.000, Cramer's V=.152*

## Zusammenfassung der Ergebnisse

Hinsichtlich der gesamten Dropout-Raten könnten wir in unserem Experiment keine Unterschiede zwischen den drei verschiedenen Bedingungen NFA, FA und FA/PNA feststellen. Die Abbruchverläufe und damit die Zeitpunkte des jeweiligen Abbruchs innerhalb der Befragung unterscheiden sich hingegen. Es wird deutlich, dass der Zwang auf Fragen zu antworten dazu führt, dass die Teilnehmer signifikant früher abbrechen. Dieser Effekt kann jedoch über eine neutrale Antwortkategorie deutlich abgeschwächt werden. Die fehlende Freiheit auf eine Frage nicht antworten zu müssen, sei es durch das Überspringen einer Frage oder durch eine »keine Angabe«-Funktion, scheint dazu zu führen, dass in der Forced Answering-Version bei heiklen Fragen häufiger die sozial erwünschte Antwortkategorie gewählt wird, beispielsweise um eine potenziell diskreditierende oder zu persönliche Information nicht preisgeben zu müssen. Entsprechend unserer Forschungshypothesen lässt sich Folgendes zusammenfassen:

- Zu Hypothese 1: FA hat in unserer Studie zwar nicht insgesamt zu einem erhöhten Unit-Nonresponse geführt, allerdings unterschieden sich die Zeitpunkte der Abbrüche signifikant.
- Zu Hypothese 2: Die Möglichkeit einer »keine Angabe«-Option hat diesen Effekt signifikant reduziert.
- Zu Hypothese 3: Die Antworten bei sensiblen Fragen unterscheiden sich zwischen den verschiedenen Bedingungen signifikant. Unter Antwortzwang scheinen die Befragten eher zu sozial wünschenswerten Antworten zu tendieren. Allerdings lässt sich anhand unserer Daten nicht eindeutig sagen, ob die Angaben in der NFA-Option tatsächlich valider sind.

## Kritische Reflexion der Ergebnisse

Insgesamt fällt auf, dass die Abbruchquoten in allen drei Versionen der Befragungen vergleichsweise gering sind. Gründe hierfür gibt es mehrere: Zum einen handelt es sich bei Studierenden um eine Stichprobe mit ganz spezifischen Eigenschaften, beispielsweise einer hohen Affinität zu Umfragen (Jacob et al. 2013; Schnell et al. 2011). Weiterhin findet man bei einer Onlineumfrage eine höhere Bereitschaft Auskünfte, auch über sensible Themen zu geben (Décieux 2012; Dé-

cieux, Hoffmann 2014; Taddicken 2008). Ebenfalls ist zu vermuten, dass über den langen und einfachen Einstieg mit interessanten, kognitiv wenig anspruchsvollen und wenig sensiblen Fragen zum Fall Uli Hoeneß das Interesse an der Befragung und den noch folgenden Fragen geweckt wurde (Jacob et al. 2013; Meier et al. 2005). Einen besonders positiven Effekt auf die Abbruchquote werden jedoch die verhältnismäßig hohen Incentives gehabt haben (Göritz 2007). Bei der Bewertung und Interpretation des Effektes der Abbruchquoten sollte also wie auch schon bei den Studien von Albaum et. al (Albaum et al. 2014; Albaum et al. 2010; Albaum et al. 2011; Roster et al. 2014) bedacht werden, dass die Befragungssituation hier eine sehr spezifische ist, weil die Motivation die Umfrage zu beenden im Rahmen dieser Befragung deutlich höher ist, als unter realen Bedingungen.

## Fazit

Auch wenn in diesem Experiment (unter Umständen aus oben genannten Gründen) kein Effekt auf die Höhe der Abbruchquoten insgesamt nachgewiesen wurde, so haben wir gezeigt, dass die Implementierung einer Forced Answering-Option in einer Onlinebefragung in mehrfacher Hinsicht einen Einfluss auf die Ergebnisse haben kann. Diese führt zum einen dazu, dass die Respondenten früher abbrechen beziehungsweise die neutrale Antwortkategorie häufiger wählen. Einen Effekt auf die Validität des Antwortverhaltens konnte nicht eindeutig nachgewiesen werden; es zeigt sich jedoch, dass unter Antwortzwang, signifikant häufiger die sozial wünschenswerte Antwortkategorie gewählt wurde.

Sowohl was die Analyse der Abbruchquoten als auch was die Validität der Antworten angeht, bedarf es weiterer Experimente, bei denen einerseits die Motivation eine Befragung zu beenden realistischer ist (weniger hohe oder keine Incentives) und die andererseits über die Implementierung von spezifischen Items und Fragelementen, fundierte Aussagen über die Zufälligkeit und die Ehrlichkeit der Antworten erlauben.

Insgesamt kommen wir bezüglich der Frage der Implementierung der Forced Answering-Option bei Onlinebefragungen zu dem Schluss, dass diese tendenziell eher einen negativen Einfluss auf die Qualität der Antworten und die Ergebnisse haben. Aus diesem Grund empfehlen wir diese nur in spezifischen Anwendungsfällen anzuwenden.

## Literatur

- Albaum, G., Roster, C., Smith, S. 2014: Topic sensitivity and research design: effects on internet survey respondents' motives. *Asia Pacific Journal of Marketing and Logistics* 26, 147–161.
- Albaum, G., Wiley, J., Roster, C., Smith, S. M. 2011: Visiting item non-responses in internet survey data collection. *International Journal of Market Research* 53, 687–703.
- Albaum, G. et al. 2010: Designing web surveys in marketing research: does use of forced answering affect completion rates? *The Journal of Marketing Theory and Practice* 18, 285–294.
- Batinic, B. 2003: Internetbasierte Befragungsverfahren. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 28, 6–18.

- Cunha Jr, M., Caldieraro, F. 2009: Sunk-Cost Effects on Purely Behavioral Investments. *Cognitive Science* 33, 105–113.
- Décieux, J. P. P. 2012: Modeeffekte bei Onlineumfragen: Ein multivariater Methodenvergleich unter Zuhilfenahme eines Propensity Score Matchings. München: Akademische Verlagsgemeinschaft.
- Décieux, J. P. P., Hoffmann, M. 2014: Antwortdifferenzen im Junk & Crime Survey: Ein Methodenvergleich mit goffmanscher Interpretation. S. In M. Löw (Hg.), Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012. Frankfurt am Main: Campus.
- Derouvray, C., Couper, M. P. 2002: Designing a strategy for reducing «no opinion» responses in web-based surveys. *Social Science Computer Review* 20, 3–9.
- Dillman, D. A., Smyth, J. D., Christian, L. M. 2014: Internet, phone, mail, and mixed-mode surveys: the tailored design method: John Wiley & Sons.
- Fan, W., Yan, Z. 2010: Factors affecting response rates of the web survey: A systematic review. *Computers in Human Behavior* 26, 132–139.
- Galesic, M., Bosnjak, M. 2009: Effects of questionnaire length on participation and indicators of response quality in a web survey. *Public Opinion Quarterly* 73, 349–360.
- Ganassali, S. 2008: The influence of the design of web survey questionnaires on the quality of responses. *Survey Research Methods*.
- Göritz, A. S. 2007: Using online panels in psychological research. *The Oxford handbook of Internet psychology*, 473–485.
- Jacob, R., Heinz, A., Décieux, J. P. 2013: Umfrage: Einführung in die Methoden der Umfrageforschung. München: Oldenbourg Verlag.
- Kaczmirek, L. 2005: Web Surveys: A Brief Guide on Usability and Implementation Issues. Center for Survey Research and Methodology (ZUMA) 22.
- Marcus, B. et al. 2007: Compensating for Low Topic Interest and Long Surveys: A Field Experiment on Non-response in Web Surveys. *Social Science Computer Review* 25, 372–383.
- Meier, G., Schneid, M., Stegemann, Y., Stiegler, A. 2005: Steigerung der Ausschöpfungsquote von Telefonumfragen durch geschickte Einleitungstexte. *Zuma Nachrichten* 29: 37–55.
- O'Neil, K. M., Penrod, S. D., Bornstein, B. H. 2003: Web-based research: Methodological variables' effects on dropout and sample characteristics. *Behavior Research Methods, Instruments, & Computers* 35, 217–226.
- Peytchev, A., Crawford, S. 2005: A typology of real-time validations in web-based surveys. *Social science computer review* 23, 235–249.
- Preisendörfer, P. 2008: Heikle Fragen in mündlichen Interviews: Ergebnisse einer Methodenstudie im studentischen Milieu. Zürich. Working Paper. 6.
- Questback 2013: Enterprise Feedback Suite EFS Survey 9.1. Köln.
- Roster, C. A., Albaum, G., Smith, S. M. 2014: Topic sensitivity and Internet survey design: A cross-cultural/national study. *Journal of Marketing Theory and Practice* 22, 91–102.
- Sakshaug, J. W., Yan, T., Tourangeau, R. 2010: Nonresponse error, measurement error, and mode of data collection: tradeoffs in a multi-mode survey of sensitive and non-sensitive items. *Public Opinion Quarterly* 74, 907–933.
- Schnell, R., Hill, P. B., Esser, E. 2011: Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg Verlag.
- Stieger, S., Reips, U. D., Voracek, M. 2007: Forced-response in online surveys: Bias from reactance and an increase in sex-specific dropout. *Journal of the American Society for Information Science and Technology* 58, 1653–1660.
- Taddicken, M. 2008: Methodeneffekte bei Web-Befragungen. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Vicente, P., Reis, E. 2010: Using questionnaire design to fight nonresponse bias in web surveys. *Social Science Computer Review* 28, 251–267.
- Zeelenberg, M., Van Dijk, E. 1997: A reverse sunk cost effect in risky decision making: Sometimes we have too much invested to gamble. *Journal of Economic Psychology* 18, 677–691.

# Die Krise des Sinns in der Arbeit?

»Sinnvolle Arbeit« als Gegenstand soziologischer Krisendiskurse

Friedericke Hardering und Mascha Will-Zocholl

## *Beitrag zur Postersession*

Seit einigen Jahren lässt sich eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit für Fragen, die sich mit der Sinnhaftigkeit von Erwerbsarbeit beschäftigen, beobachten. So finden sich Berichte über Berufswechslerinnen und -wechsler, die ihren alten Beruf für eine neue, aus ihrer Sicht sinnvollere Tätigkeit aufgegeben haben oder über soziale Unternehmerinnen und Unternehmer, deren Geschichte als Beispiel einer gelingenden Suche nach einer persönlich erfüllenden und gesellschaftlich nützlichen Arbeit herangezogen wird.<sup>1</sup> Auch die nachrückende Generation Y ist wichtiger Bezugspunkt aktueller Diskussionen um gesteigerte Erwartungen an Arbeitgeber und Wünsche nach einer sinnstiftenden Tätigkeit, die sich mit dem Familienleben vereinbaren lässt (Hurrelmann, Albrecht 2014). Diese Berichte lassen sich als Symptome einer neuerlichen Auseinandersetzung mit Fragen des guten Lebens und des guten Arbeitens deuten. Gefragt wird hier, wie ein gelingendes Verhältnis zur Arbeit beschaffen sein kann, welche Wünsche von Beschäftigten an die Erwerbsarbeit adressiert werden und welche Faktoren zu einem positiven Arbeitsleben beitragen.<sup>2</sup>

Bereits in den 1970er und 1980er Jahren waren in der Arbeitssoziologie Fragen danach, was eine sinnvolle Arbeit ausmacht, Gegenstand kontroverser Diskussionen. In diesem Zusammenhang sind vor allem ältere Studien über das Arbeitsbewusstsein zu nennen, in denen die Verbindung der Selbstwahrnehmung der Arbeitenden, ihre betrieblichen Erfahrungen und damit verknüpfte Gesellschaftsdeutungen verhandelt wurden (Kern, Schumann 1977; Voß 1980). Dabei wurde besonders die Relation von strukturellen Bedingungen und subjektiven Erlebenszuständen von Arbeit sowie die Ausbildung von positiven Bezügen auf die Arbeit wie Arbeitsfreude (Ferber 1959) thematisiert. Neben diesen Forschungsarbeiten wurde in der Diskussion um ei-

---

1 So werden in der Serie Chancen zum Wechsel in der Zeit Online regelmäßig Jobwechslerinnen und Jobwechsler portraitiert. Auch im Magazin Enorm zum Thema Sinn@work - Wie die Suche nach Erfüllung die Arbeitswelt umkrempelt (1/2013) werden Berufswechsel beschrieben.

2 Der Artikel ist im Kontext des Forschungsprojektes Gesellschaftliche Vorstellungen sinnvoller Arbeit und individuelles Sinnerleben in der Arbeitswelt entstanden, welches an der Goethe Universität Frankfurt durchgeführt wird. Wir danken Heather Hofmeister für Ihre hilfreiche Anmerkungen zum Beitrag.



nen Wertewandel (Inglehart 1977) gefragt, inwieweit sich neue Ansprüche an Arbeit herauskristallisiert haben, die stärker auf die subjektive Verbindung zur Arbeit selbst und die Qualität der Arbeit zielen als auf die materiellen Aspekte von Arbeit (Baethge 1991). Beide Diskurse greifen somit die Entstehung von positiven Bezügen auf Arbeit und subjektive Arbeitsansprüche auf. Richtet man den Blick auf die arbeitssoziologischen Paradigmen der letzten Jahre, zeigt sich, dass Fragen nach wünschenswerter Arbeit oder einem positiven Arbeiterleben weniger im Fokus stehen. Vielmehr sind es die verschiedenen Krisen der Arbeitswelt, die die Aufmerksamkeit innerhalb der Arbeitssoziologie steuern: Von der Arbeitslosigkeit über die Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigungsformen bis hin zu veränderten Steuerungsmechanismen der Arbeitsorganisation, die mit einer Steigerung von Überforderung und Erschöpfung assoziiert sind, ist die Krisenhaftigkeit der Arbeit allgegenwärtiger Bezugspunkt (Dörre et al. 2014). Fragen nach dem guten Leben scheinen vor dem Hintergrund von fundamentalen Problemlagen und Ungerechtigkeiten dagegen sekundär (Hardering 2015a).

Allerdings ist zu vermuten, dass wenngleich die genannten Diskurse anderen Aufmerksamkeiten folgen, sie nichtsdestoweniger Vorstellungen sinnvoller Arbeit implizit zum Bezugspunkt machen. Daher werden wir im Folgenden prüfen, inwieweit in verschiedenen soziologischen Diskursen die Sinnhaftigkeit der Arbeit thematisiert wird. Dabei werden drei deutschsprachige Diskussionen, die in der jüngeren Vergangenheit das Nachdenken über die Krisenhaftigkeit von Arbeit entscheidend geprägt haben, daraufhin analysiert, inwiefern die Frage nach einer sinnvollen Arbeit adressiert wird: erstens, die Diskussion über das Ende der Arbeitsgesellschaft, zweitens diejenige über die Prekarisierung von Arbeit und drittens jene über Entfremdung von Arbeit. Der Beitrag zeigt, wie die Sinnhaftigkeit von Arbeit in allen diesen Diskursen zum Thema wird, allerdings mit unterschiedlicher Vertiefung und mit einem je anders gelagerten Sinnverständnis. Bevor die einzelnen Diskurse vorgestellt werden, ist zunächst zu klären, wie Fragen der Sinnhaftigkeit von Arbeit begrifflich zu verorten sind. Eine besondere Herausforderung liegt im Begriff *Sinn*, der vielfältig verwendet wird, und sich in der Soziologie auf ganz unterschiedliche Gegenstandsbereiche bezieht. Sinn lässt sich zudem als Plastikwort bezeichnen, da das Bezugnahmegebiet des Begriffs nicht eindeutig ist, und zugleich viele positive Konnotationen mit dem Sinnbegriff assoziiert sind (Pörksen 2011).

Diese Unschärfen finden sich entsprechend in der Rede von sinnvoller Arbeit wieder. Unter sinnvoller Arbeit verstehen wir ein Paradigma, innerhalb dessen über Fragen des positiven Arbeiterlebens und der gelingenden Einbettung von Arbeit in den eigenen Werte- und Lebenszusammenhang reflektiert wird (Dik et al. 2013). Als Orientierung für den Durchgang durch die verschiedenen Krisendiskurse bietet es sich an, zunächst zwei verschiedene Dimensionen der Frage nach der Sinnhaftigkeit von Arbeit zu differenzieren (Hardering 2015b).<sup>3</sup> Welche Rolle Arbeit für die Stiftung von Lebenssinn hat und wie zentral Arbeit im Leben ist, kann dem Diskurs über den *Sinn der Arbeit* zugeordnet werden. Diese Perspektive wird besonders in philosophischen Ausführungen bei Hannah Arendt und Max Weber, aber auch in der Arbeitslosigkeitsforschung oder in der Thematisierung sozialer Inklusionsmechanismen aufgegriffen (Arendt 1960; Jahoda 1983; Weber 2002 [1922]). Von dieser allgemeineren Perspektive ist der Diskurs über

---

<sup>3</sup> Eine ähnliche Differenzierung der zwei Diskurse findet sich bei Schnell et al. 2013, die zwischen *meaning of work* und *meaning in work* differenziert.

den *Sinn in der Arbeit* abzugrenzen, der auf die Wahrnehmung der konkreten Tätigkeit zielt. Erforscht wurde in diesem Zusammenhang das Wechselspiel zwischen ›objektiv‹ sinnlosen, restriktiven Tätigkeiten, und dem subjektiven Erleben, mit dem Ergebnis, dass sich das subjektive Erleben nicht als Ableitung objektiver Bedingungen begreifen lässt und Beschäftigte auch unter erschwerten Bedingungen Sinnzuschreibungen leisten können (Senghaas-Knobloch et al. 1997). Beide Diskurse werden häufig zusammen verhandelt, eine Differenzierung ist jedoch hilfreich, um eine höhere Trennschärfe der verschiedenen Thematisierungen von Sinn in der Arbeitswelt erzielen zu können.

## Das Ende der Arbeitsgesellschaft und die Krise des Sinns der Arbeit

In den 1980er Jahren stand das Ende der Arbeit(-sgesellschaft) im Zentrum der disziplinären Debatte in der Soziologie, und auf dem 21. Soziologentag 1982 in Bamberg wurde zentral die *Krise der Arbeitsgesellschaft* verhandelt. Ausgangspunkt war die zunehmende Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten, die 1982 für die OECD-Staaten mit einem Durchschnittswert von 10 Prozent (2015: 7,4 Prozent; OECD 2015) angegeben wurde. Zudem waren die Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit sowie der Lebensarbeitszeit durch eine längere Ausbildung, frühere Pensionierung und längeren Urlaub der Beschäftigten zentrale Ankerpunkte der Diskussion. Über Ursachen und Ausmaße des Wandels von Arbeit wurde kontrovers diskutiert. Die Vertreterinnen und Vertreter der These vom Ende der Arbeit sahen in diesem faktischen Rückgang der Erwerbstätigen ein Indiz für eine abnehmende Zentralität von Arbeit im Leben der Menschen und in der Konsequenz der Funktion von Arbeit als zentralem Vergesellschaftungsmodus. Diese Entwicklung gefährde die Existenz der Arbeitsgesellschaft insgesamt (Dahrendorf 1983; Habermas 1981; Offe 1983). Unter den Vertreterinnen und Vertretern der provokanten These lassen sich hinsichtlich der Ursachen des Verschwindens von Arbeit zwei Strömungen identifizieren: Dahrendorf (1982) interpretiert die steigende Arbeitslosigkeit als ein Ergebnis der Steigerung der Realeinkommen, die zu einer Verteuerung von Arbeit führt. Dies wiederum befeuert die Rationalisierung von Arbeit und setze erneut Beschäftigte frei. Der zunehmende Erfolg der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (sowie der Gewerkschaften), die sich in der Erhöhung von Löhnen und der Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit<sup>4</sup> niederschlugen, sind aus seiner Perspektive treibende Kräfte in einer Arbeitsgesellschaft, die schließlich zu deren Auflösung führe. Im Gegensatz zu Dahrendorfs Annahme, dass der zunehmende Einsatz von Technik eine Folge und nicht Ursache der steigenden Arbeitslosigkeit sei, überwog in der Debatte um das Verschwinden der Arbeit die Ansicht, dass die Ursache in der zunehmenden Technisierung läge. Dieses Argument findet sich bereits bei Arendt (1960), die die fortschreitende Technisierung als Ursache für die Ausweitung von Arbeit (in ihrer spezifischen Definition als »Labor«) und die Verdrängung anderer Tätigkeitsformen wie Herstellen und Handeln vermutete.

Die These des Verschwindens der Arbeit wurde nicht von allen, nicht einmal mehrheitlich von den thematisch involvierten Soziologinnen und Soziologen getragen, auch wenn dieser

---

<sup>4</sup> Dabei stand damals die große Kampagne der IG Metall zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, die 1984 mit umfangreichen Streiks startete, erst bevor.

Eindruck in der späteren Rezeption der Diskussion häufig entsteht. Dies ist meist der Kürze der Darstellung geschuldet und hängt damit zusammen, dass insbesondere die Thesen von Autoren wie Ralf Dahrendorf oder Claus Offe aufgrund ihrer Prominenz große öffentliche Wirksamkeit erreichten<sup>5</sup>. Die Gegenseite insistierte darauf, dass es zwar einen – vor allem technikinduzierten – Wandel gebe, Arbeit als Modus der Vergesellschaftung aber keinesfalls an Bedeutung einbüße. Vielmehr veränderten sich Ansprüche an Arbeit und deren Rolle im Produktionsprozess. Sie sahen aber sowohl politische wie auch betriebliche Gestaltungsoptionen einer »Zukunft der Arbeit« (Dunkel, Sauer 2006; Schmidt 1999). Dahrendorf (1982) dagegen argumentiert das Ende der Arbeitsgesellschaft als nahezu unausweichlich. Diese Entwicklung sei, nun erst einmal in Gang gebracht, kaum mehr mit politischen Maßnahmen zu stoppen. Vielmehr müsse man sich mit den Konsequenzen auseinandersetzen und die Frage adressieren, wie zukünftig die Lücke, die das Verschwinden der (Erwerbs-)Arbeit hinterlässt, zu füllen ist. Arbeit müsse sinnvolles Tun werden, so auch der Titel seines Beitrags in der Wochenzeitung »Die Zeit« von 1982, indem sie durch Tätigkeit ersetzt oder versehen werde mit einem »Schuss Autonomie« (Dahrendorf 1982). Er stützt seine Ausführungen auf die Freiwilligenarbeit, die den unbändigen Wunsch der Menschen dokumentiere »etwas Sinnvolles zu tun« und zeige zudem, dass monetäre Anreize nachrangig seien (Dahrendorf 1982)<sup>6</sup>. Später greift er diesen Aspekt unter »Bürgerarbeit« (siehe auch Beck 1999) wieder auf. Ob ein Ende der Arbeitsgesellschaft nun als Glücksfall oder Misere zu deuten ist, wurde äußerst kontrovers diskutiert. Einigkeit herrschte in der Annahme, dass bei einer Erosion von Erwerbsarbeit als Schlüsselkategorie der Vergesellschaftung die Suche nach der Erfüllung von Sinnansprüchen außerhalb der Arbeit an Bedeutung gewinne. Die geringere Erwerbstätigen- und höhere Arbeitslosenquote vermindere zudem die Möglichkeit, die soziale Identität über den Beruf zu definieren, weshalb die Sphäre außerhalb der Arbeitswelt, die Freizeit, an Identifikationskraft gewinne und über die Entwicklung einer neuen Freizeitkultur gemutmaßt wurde (Dahrendorf 1983; Krupp 1984; Offe 1983; Schulze 1992).

Geht es allgemein in der Diskussion um das Ende der Arbeitsgesellschaft zunächst also um den Sinn von Arbeit als Modus sozialer Integration, der Sicherung der Existenzgrundlage und der sozialen Identität, die Menschen über ihren Beruf definieren, so werden bei der dadurch aufgeworfenen Infragestellung der Konzeption von Arbeit – auch von jenen, die ein Verschwinden der Arbeit bestreiten – Sinnfragen adressiert (Arendt 1960; Bahrtdt 1983; Dahrendorf 1983; Schmidt 1999). Die Sinnkrise von Arbeit ist dabei eine doppelte: Die zeitliche Reduktion von Arbeit und die geringere Verfügbarkeit von Arbeit gelten als Indizien einer zunehmenden lebensweltlicheren Orientierung, also einer Zuwendung zu einem Sinnbezug außerhalb der Arbeit, zumindest aber einer Pluralisierung von Arbeit aufgrund interner Ausdifferenzierungsprozesse. Für das Subjekt besteht die Sinnkrise darin, dass technisierte und rationalisierte Arbeit nicht mehr als sinnvoll erlebbar wahrgenommen werden kann.

---

<sup>5</sup> Man denke nur an die beiden aufeinanderfolgenden Beiträge von Ralf Dahrendorf in der Zeitschrift »Die Zeit« von 1982.

<sup>6</sup> Diese Ansätze Arbeit neu zu denken, lassen sich bis heute fortführen über Jeremy Rifkin 1995, Ulrich Beck 1996, André Gorz 1999 und den Vertreterinnen und Vertreter neuerer Postwachstumstheoreme wie Paul Ariès 2012, Frithjof Bergmann 2004 oder Dominique Méda 1995.

## Sinnvolle Arbeit und sinnvolles Leben in der Prekarität

Nach dem Abklingen der Diskussion über das Ende der Arbeit sowie über Arbeit in der Risikogesellschaft hat kaum ein anderer Diskurs die arbeitssoziologische Diskussion seit der Jahrtausendwende ähnlich geprägt wie derjenige über die Prekarisierung der Arbeit. Vor dem Hintergrund von neuen Beschäftigungsformen, veränderten Logiken sozialer Inklusion und auch instabileren Erwerbsbiographien füllte der Begriff eine Leerstelle für eine neue Grauzone der Arbeitsgesellschaft, und wurde sodann rasch zum Bezugspunkt öffentlicher wie arbeitssoziologischer Debatten (Hardering 2011). Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Diskussion über Prekarität erst seit Beginn der 2000er-Jahre in Deutschland intensiver geführt wird, obwohl der Begriff bereits seit mehreren Dekaden in der Forschung etabliert ist (Mayer-Ahuja 2003). Kern der Diskussion ist die Ausweitung einer neuen Zwischenzone der Beschäftigung, die instabile, zeitlich begrenzte und sozial schlecht abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse umfasst. Diese Zwischenzone ist von Robert Castel (2000) als »Zone der Prekarität« beschrieben worden, welche sich zwischen der »Zone der Integration« mit sicheren Normalarbeitsverhältnissen und der »Zone der Entkoppelung«, die die Exkludierten der Arbeitsgesellschaft umfasst, ausdehnt. Die »Zone der Prekarität« umfasst diejenigen, die sich zwischen einer stabilen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bewegen. Die Prekarisierungsdiskussion konzentriert sich allerdings nicht ausschließlich auf diese Gruppe von Beschäftigten, sondern hatte von Beginn an auch im Blick, dass eine solche Veränderung sozialer Inklusionsmechanismen nicht ohne Rückwirkungen für das soziale Gefüge insgesamt bleibt. Was Bourdieu (1999) in seinem Essay »Prekarität ist überall«, bereits formulierte und Castel als »Bumerang-Effekt« bezeichnete, wurde besonders in Forschungen zur Verunsicherung der Mittelschicht aufgegriffen: Prekarität ist ein gesellschaftliches Phänomen, welches von der »Zone der Prekarität« ausstrahlt in die stabilen Bereiche der Gesellschaft hinein, und dort Verunsicherungsgefühle und Ängste vor der Veränderung des Lebensstandards hervorruft (Burzan, Berger 2010; Lengfeld, Hirschle 2009). Gerade an diesen Forschungsarbeiten zeigt sich, dass die Debatte um Prekarisierung sich primär um Fragen von sozialer Desintegration und neuen Linien der Ungleichheit dreht und weniger mit der Qualität von Arbeit oder den Möglichkeiten der Führung eines guten Lebens befasst ist (Boltanski, Chiappello 2003; Dörre et al. 2009). Zugleich ist anzumerken, dass auch innerhalb der Prekarisierungsdiskussion an verschiedenen Stellen Fragen nach dem guten Leben bzw. nach guter Arbeit adressiert werden. Dabei wird auch die Sinnhaftigkeit von Arbeit zum Thema, was sich besonders an zwei Diskussionsfeldern zeigt: Erstens in der Thematisierung von Arbeitsinhalten prekärer Arbeit sowie zweitens in der Diskussion um die Normalbiographie als biographisches Skript der Lebensführung. Wie sich im Folgenden zeigt, handelt es sich dabei um je verschiedene Verständnisse sinnvoller Arbeit bzw. von Sinnhaftigkeit in der Arbeit, die sich vor allem im Hinblick auf ihre Reichweite unterscheiden.

In Definitionen prekärer Arbeit werden verschiedene Vergleichsdimensionen aufgezeigt, entlang derer sich die Abweichung von prekärer Arbeit zum Normalarbeitsverhältnis bemessen lässt. Eine dieser Dimensionen betrifft die Arbeitsinhalte. Untersuchungen über die subjektive Verarbeitung von Prekarität zeigen, dass prekäre Beschäftigung auf dieser Ebene mit Sinnverlusten einhergeht (Brinkmann et al. 2006). Brinkmann et al. (2006) betonen in ihren Ausführungen, dass sich Sinnverlust unter anderem als Folge von repetitiven, monotonen oder gering

qualifizierten Arbeiten einstellt. Bei wenig anspruchsvollen und sich wiederholenden Arbeitsinhalten handelt es sich zwar nicht primär um Charakteristika prekärer bzw. atypischer Beschäftigungsformen, aber gerade in Bereichen mit niedrigem Qualifikationsniveau ist der Anteil von atypischer Beschäftigung besonders hoch. So sind mehr Beschäftigte ohne Berufsabschluss in atypischen Beschäftigungsformen zu finden und auch Beschäftigte, die zwar über ein höheres Qualifikationsniveau verfügen, aber unter ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt sind (Keller, Seifert 2013). Die fehlende Sinnstiftung durch Arbeit in der Prekarität lässt sich also eher als Effekt der Kumulation von Problemlagen begreifen und ist nicht unmittelbar auf die Beschäftigungsform zurückzuführen. Weiterhin betonen Brinkmann et al. (2006), dass die Problematik des Sinnverlustes auch in Feldern (prekärer) hochqualifizierter Wissensarbeit auftreten kann. In diesen Bereichen sehen sie die Gefahr von psychischen Erkrankungen, die als Folge einer zu hohen Identifikation mit dem Beruf auftreten können. Sowohl für niedrigqualifizierte als auch für hochqualifizierte Arbeit bezieht sich die These des Sinnverlustes in den genannten Arbeiten auf die fehlende oder eingeschränkte Möglichkeit, sich positiv auf die Arbeitsinhalte beziehen zu können oder sich mit der Arbeit identifizieren zu können. Hinzu kommt für Wissensarbeit die Schwierigkeit, einerseits eine innere Verbindung zum Beruf und den Arbeitsinhalten zu haben und andererseits durch die fehlende berufliche Kontinuität keine Sicherheiten dahingehend zu haben, diese als subjektiv wertvoll erachtete Tätigkeit auch langfristig ausüben zu können. Wie sich zeigt, geht es also im Kontext der Arbeitsinhalte auch nicht ausschließlich um den Sinn in der Arbeit, sondern daran anschließend immer auch um Fragen der Zentralität von Arbeit im Leben. Diese weitere Dimension ist auch Gegenstand der Diskussion um die Normalbiographie als Skript des guten Lebens.

Ein weiterer zentraler Bezugspunkt der Prekarisierungsdebatte war von Beginn an die Frage, inwieweit sich durch Prekarisierungsprozesse normalbiographische Vorstellungen verändern, bzw. neue biographische Deutungsmuster entstehen, die einen veränderten Umgang mit erwerbsbiographischen Diskontinuitäten ermöglichen. Solche neuen »Bastelexistenzen« (Hitzler, Honer 1994) wurden als kulturelles Gegenmodell zu der durch das Normalarbeitsverhältnis geprägten »Normalbiographie« begriffen. Unter »Normalbiographie« wird dabei eine idealtypische Form des Lebenslaufes begriffen, die durch Institutionen geformt wird und in drei Phasen von Ausbildung, Erwerbsarbeit und Ruhestand ausdifferenziert ist. Zudem ist die Normalbiographie auch als Orientierungsrahmen zu verstehen, der Erwartungssicherheiten produziert und zugleich einen Zeithorizont in die Zukunft hinein aufspannt, der das Leben plan- und gestaltbar erscheinen lässt und so Kontinuität ermöglicht. Darüber hinaus kommt der Normalbiographie noch eine weitere zentrale Bedeutung zu: Sie ist als biographisches Skript von Planbarkeit und einer gelingenden Lebensführung zu sehen (Hardering 2011). Neben dem Umgang mit Unsicherheiten und der Erzeugung einer Zeitperspektive ist dies eine wichtige Dimension, die bei Martin Kohli (1994) unter dem Begriff der »Biographizität« angesprochen wird: Über das Ablaufschema hinaus, nach dem die verschiedenen Phasen aufeinander folgen, regt die Normalbiographie zugleich an, das Leben als Entwicklung zu begreifen, die auf ein bestimmtes biographisches Ziel hinausläuft, wobei das Ziel »das verwirklichte Selbst« oder »die entfaltete Lebensstruktur« sein kann (Kohli 1994: 221). Es handelt sich damit bei der Normalbiographie nicht nur um ein Ablaufschema, sondern zugleich um ein Skript der Lebensführung, welches mit Vorstellungen eines guten und richtigen Lebens angereichert ist. Schiek (2010) bringt diese Dimen-

sion folgendermaßen auf den Punkt: »Sie (die Normalbiographie, Anm. FH) offenbart das Maß eines ›guten‹ und sinnvollen Lebens, ja für Leben überhaupt. Der dreigeteilte Lebenslauf steht konkurrenzlos für Produktivität und Sinn von Leben sowie die Teilhabe im ›Drinnen‹ der Gesellschaft« (Schiek 2010: 117). Auch wenn sich prekäre Arbeit formal durch ein Fehlen normalbiographischer Strukturen auszeichnet, finden sich doch in den subjektiven Bezugnahmen auf Arbeit und in den Erwerbsorientierungen Rekurse auf die Normalbiographie: Gerade in prekärer Beschäftigung wird so die normative Gültigkeit normalbiographischer Orientierungen als Ablaufskript wie auch als Orientierungspunkt für ein richtiges und gutes Leben bestärkt.

Insgesamt finden sich in der Prekarisierungsdiskussion somit wichtige Bezüge auf Fragen nach der sinnvollen Gestaltung von Arbeit: Die Diskussion über Arbeitsinhalte bezieht sich dabei primär auf den Sinn in der Arbeit, wohingegen die normalbiographischen Orientierungslinien Fragen der Zentralität von Arbeit berühren. Zugleich reichen die Überlegungen zur Normalbiographie über das engere Feld der Arbeit hinaus, und adressieren die grundlegende Frage nach dem guten bzw. sinnvollen Leben.

## Sinnvolle Arbeit und Entfremdung

Was gutes Leben ist, wonach es sich bemisst und welche Faktoren zum Gelingen beitragen, wird auch in der aktuellen Diskussion über Entfremdung zum Thema. Gegenwärtig lässt sich gar eine Renaissance der einstigen Schlüsselkategorie der kritischen Theorie beobachten, nachdem sie für einige Dekaden kaum Beachtung gefunden hat (Jaeggi 2005). Anders als in früheren essentialistisch aufgeladenen Konzeptionen des Entfremdungsbegriffs wird unter Entfremdung gegenwärtig eine »Beziehung der Beziehungslosigkeit« (Jaeggi 2005: 19) bzw. die »Erfahrung der Unfähigkeit, konstitutive Bindungen oder Beziehungen zur Welt (in ihren subjektiven, objektiven oder sozialen Dimensionen) zu entwickeln« (Rosa 2012: 53) verstanden. Kern des Entfremdungsbegriffes sind nicht gelingende Formen der Bezugnahme auf die Welt bzw. der Aneignung oder Resonanzzeugung. Die Arbeitswelt wird dabei als ein wichtiger, wenn auch nicht einzig relevanter Ort begriffen, an dem eine gelingende Aneignung gegenwärtig systematisch erschwert wird. Als Ursachen dieser neuen Entfremdung werden besonders veränderte Zeitstrukturen ausgemacht, die eine langfristige Bindung an Arbeitsplätze, -orte und Kolleginnen und Kollegen untergraben (Rosa 2012).

Bemerkenswert ist, dass die Reaktualisierung der Entfremdungskategorie nun nicht durch die Arbeitssoziologie selbst vorangetrieben wurde, durch Rahel Jaeggis sozialphilosophische Ausführungen und Hartmut Rosas Verwendung des Entfremdungsbegriffes als zeitdiagnostische Kategorie. Ausgehend von ihren Arbeiten, die sich ebenfalls mit Arbeit befassen und auch die arbeitssoziologische Auseinandersetzung mit der Entfremdungskategorie explizit einfordern (Rosa 2012), wird nun auch in der Arbeitssoziologie Entfremdung vereinzelt aufgegriffen, um die Veränderung von Arbeitsbedingungen zu charakterisieren, die dafür sorgen, dass Beschäftigte ihre Arbeit nicht so ausführen können, wie sie es eigentlich für richtig halten (Voß, Handrich 2013; Voß, Rieder 2005). Damit ist zugleich auch ein Unterschied zur alten Entfremdungsdiskussion benannt: Anders als in jenen älteren Auseinandersetzungen über fragmentierte bzw. rest-

riktive und geringqualifizierte Tätigkeiten, die es den Beschäftigten unmöglich macht, das Ergebnis ihrer Arbeit zu erkennen und die Vielfalt ihrer Fähigkeiten und Talente in die Arbeit einzubringen, wird über Entfremdung heute in hochqualifizierten Tätigkeiten diskutiert, die zwar grundsätzlich Identifikationspotenzial bieten, denen aber aufgrund von Steuerungsprinzipien oder zeitlichen Planungshorizonten dieses Potenzial wieder entzogen wird. Exemplarisch zeigt sich dies an Untersuchungen, die die Arbeit von Professionen zum Gegenstand haben: Hier finden sich Hinweise darauf, dass der Wunsch, Arbeit entlang der professionell geformten Qualitätsansprüche auszuführen, häufig auf Arbeitsrealitäten und -anforderungen trifft, innerhalb derer eben dieser Qualitätsanspruch nicht oder nur unter Einsatz zusätzlicher persönlicher Ressourcen eingelöst werden kann (Haubl, Voss 2011; Voß, Handrich 2013).

Auch jenseits von professioneller Arbeit wird in Verbindung mit Ökonomisierungsprozessen über neue Formen der Entfremdung diskutiert. Entfremdung resultiert danach aus einer »Ökonomisierung des Selbst« (Moldaschl 2002), also der Anpassung an ökonomische Verhaltensmaximen, die ein authentisches Verhalten untergraben. Dieser Verlust von Authentizität und die wachsenden Sogkräfte von Subjektformen, die das Verhalten von eigenen Werten und Zielen entfernen, markiert die genuine Krisenkonstellation, auf die in der aktuellen Entfremdungsdiskussion abgestellt wird. In Figuren wie dem unternehmerischen Selbst oder dem Arbeitskraftunternehmer zeigen sich die neuen Sollenserwartungen an Subjekte in verdichteter Form (Voß, Pongratz 1998; Bröckling 2007). Mit dieser Wiederkehr der Entfremdung wird zugleich deutlich, dass sich die Hoffnungen auf eine humanere Arbeitswelt, die auch als Folge des Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensarbeit betrachtet wurde, nicht bewahrheitet haben.

Wie sich an den Ausführungen zeigt, wird anders als in den oben genannten Diskursen im Kontext von Entfremdung sinnvolle Arbeit unmittelbar zum Thema. Der Logik eines Krisendiskurses folgend steht allerdings die Abwesenheit, das Fehlen einer subjektiv gelingenden Bezugnahme auf die eigene Arbeit im Zentrum. Fragen nach der Zentralität von Arbeit werden nur peripher aufgegriffen, und zwar immer dann, wenn Modelle gelingender Aneignung bzw. Resonanzerzeugung adressiert werden.

## Sinnvolle Arbeit und gutes Leben in Zeiten gesellschaftlicher Transformation: Diskussion und Fazit

Wie der Durchgang durch die verschiedenen Krisendiskurse zeigt, findet in allen eine je unterschiedlich gelagerte Auseinandersetzung mit Fragen nach sinnvoller Arbeit statt. Die Zentralität der Arbeit bzw. der Sinn der Arbeit wird besonders in der Diskussion über das Ende der Arbeitsgesellschaft verhandelt, in dem Chancen wie auch Risiken der Aufwertung außerarbeitsweltlicher Bereiche abgewogen werden. Die auch gegenwärtig wieder aktuelle Frage, welche Rolle Arbeit im Leben einnehmen soll und wie man zu einem weiteren Arbeitsverständnis gelangen kann, welches vielfältigere Perspektiven auf ein gutes Leben eröffnet, wurde damals facettenreich durchdekliniert. In der Prekarisierungsdiskussion wird mit der Normalbiographie die Frage einer sinnvollen Lebensgestaltung angesprochen, die sich zwar auch auf die Wichtig-

keit von Arbeit im Leben bezieht, aber noch darüber hinaus grundlegende Themen des guten Lebens anspricht. Gerade durch die der Normalbiographie inhärente Entwicklungsperspektive, die in Richtung Entfaltung und Selbstverwirklichung orientiert ist, finden sich zugleich konkret ausbuchstabierte Vorstellungen einer guten Lebensgestaltung. Die arbeitsinhaltliche Perspektive, der Sinn in der Arbeit, wird in der Debatte um die Prekarisierung der Arbeit zwar aufgegriffen, bildet allerdings keinen genuinen Aufmerksamkeitsschwerpunkt. Dagegen ist die jüngere Entfremungsdiskussion unmittelbar auf die Erfahrung der Arbeit selbst und die Bemühungen um eine gelingende Aneignung von Arbeit ausgerichtet.

Wenngleich lediglich die aktuelle Entfremungsdiskussion explizit an Fragen der Gestaltung von Arbeit orientiert ist, zeigt der Durchgang dennoch, dass keiner der Krisendiskurse ohne den Bezug auf Fragen sinnvoller Arbeit und des guten Lebens auskommt: Sie lassen sich vielmehr als genuiner Bestandteil der Diskurse ausmachen. Für die aktuelle Debatte darüber, was gutes Leben ist und wie ein solches gestaltet sein soll, erweisen sich die Krisendiskurse der Arbeit als wichtige Fundstellen, aus denen normative Vorstellungen sinnvoller Arbeit und eines guten Lebens rekonstruiert werden können. Um ein breites Bild von solchen Entwürfen zu gewinnen, ist es zudem hilfreich nachzuvollziehen, was gegenwärtig von Beschäftigten unter einer sinnvollen Arbeit verstanden wird und wann sie ihre Arbeit als sinnvolle Arbeit erleben. Darüber wird es möglich, die Krisenbeschreibungen zu ergänzen um eine Perspektive auf Vorstellungen sozial wünschenswerter Formen von Arbeit. Diese Perspektiven auf das Wünschenswerte, die sich anhand subjektiver Deutungen rekonstruieren lassen, liefern gerade in Zeiten, in denen über neue Gesellschaftsmodelle wie die Postwachstumsgesellschaft nachgedacht wird, wichtige Hinweise auf Zielvorstellungen für den gesellschaftlichen Wandel.

## Literatur

- Arendt, H. 1960: *Vita activa oder vom tätigen Leben*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Ariès, P. 2012: *Le socialisme gourmand. Le bien-vivre: un nouveau projet politique, Les empêcheurs de penser en rond*. Paris : La Découverte.
- Baethge, M. 1991: Arbeit, Vergesellschaftung, Identität. Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit. In *Soziale Welt*, 42. Jg., Heft 1, 6–19.
- Bahrndt, H.-P. 1983: Arbeit als Inhalt des Lebens. In J. Matthes (Hg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt: Campus, 120–137.
- Beck, U. 1996: Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In U. Beck, A. Giddens, L. Scott (Hg.), *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 19–112.
- Beck, U. 1999: *Schöne neue Arbeitswelt*. Frankfurt am Main: Campus
- Bergmann, F. 2004: *Neue Arbeit – neue Kultur*. Freiburg: Arbor.
- Boltanski, L., Chiapello, E. 2003: *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P. 1999: Prekarität ist überall. In P. Bourdieu: *Gegenfeuer*. Konstanz: UVK.
- Brinkmann, U., Dörre, K., Röbenack, S., Kraemer, S., Speidel, F. 2006: *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bröckling, U. 2007: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



- Burzan, N., Berger, P. A. 2010: Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte. Sozialstrukturanalyse. Wiesbaden: VS.
- Castel, R. 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.
- Dahrendorf, R. 1982: Wenn aus Arbeit sinnvolles Tun wird. In *Die Zeit*, 36. Jg., Heft 49, 44.
- Dahrendorf, R. 1983: Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In J. Matthes (Hg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt am Main: Campus, 25–37.
- Dik, B. J., Byrne, Z. S., Steger, M. F. 2013: Introduction: Toward an Integrative Science and Practice of Meaningful Work. In B. J. Dik, Z. S. Byrne, M. F. Steger (Hg.), *Purpose and meaning in the workplace*. Washington, D.C.: American Psychological Association, 3–14.
- Dörre, K., Lessenich, S., Rosa, H. 2009: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dörre, K., Jürgens, K., Matuschek, I. 2014: *Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe*. Frankfurt am Main: Campus.
- Dunkel, W., Sauer, D. 2006: Von der Allgegenwart der verschwindenden Arbeit. In W. Dunkel, D. Sauer (Hg.), *Von der Allgegenwart der verschwindenden Arbeit. Neue Herausforderungen für die Arbeitsforschung*. Berlin: Edition Sigma, 9–20.
- Enorm 2013: *Sinn@work - Wie die Suche nach Erfüllung die Arbeitswelt umkremplelt*. Heft 1, 16-17.
- Ferber, C. 1959: *Arbeitsfreude. Wirklichkeit und Ideologie*. Stuttgart: Enke.
- Gorz, A. 1999: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hardering, F. 2011: *Unsicherheiten in Arbeit und Biographie. Zur Ökonomisierung der Lebensführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hardering, F. 2015: Erzählen über Arbeit? Verlust- und Fortschrittsnarrative der Arbeit. In T. Erdbrügger, I. Nagelschmidt, I. Probst (Hg.), *Arbeit als Narration*. Essen, Ruhr: Klartext, 25-36.
- Hardering, F. 2015: Meaningful work: Sinnvolle Arbeit zwischen Subjektivität, Arbeitsgestaltung und gesellschaftlichem Nutzen. In *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 40 Jg., Heft 4, 391–410.
- Haubl, R., Voss, G. G. 2011: *Risikante Arbeitswelt im Spiegel der Supervision. Eine Studie zu den psychosozialen Auswirkungen spätmoderner Erwerbsarbeit*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hitzler, R., Honer, A. 1994: Bastelexistenz: Über subjektive Konsequenzen der Individualisierung. In U. Beck, E. Beck-Gernsheim (Hg.), *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 307–315.
- Hurrelmann, K., Albrecht, E. 2014: *Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert*. Weinheim: Beltz.
- Inglehart, R. 1977: *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Jaeggi, R. 2005: *Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems*. Frankfurt am Main: Campus.
- Jahoda, M. 1983: *Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert*. Weinheim: Beltz, Weinheim.
- Keller, B., Seifert, H. 2013: *Atypische Beschäftigung zwischen Prekarität und Normalität. Entwicklung, Strukturen und Bestimmungsgründe im Überblick*. Berlin: Edition Sigma.
- Kern, H., Schumann, M. 1977: *Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluss der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewusstsein*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Krupp, H. 1984: Werden wir's erleben? Ein technisch-wirtschaftliches Zukunftspanorama. In J. Allmendinger (Hg.), *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 17. Jg., Heft 1, 5–8.

- Kohli, M. 1994: Institutionalisierung und Individualisierung der Erwerbsbiographie. In U. Beck, E. Beck-Gernsheim (Hg.), *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 219–244.
- Lengfeld, H., Hirschle, J. 2009: Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984–2007. In *Zeitschrift für Soziologie*, 38. Jg., Heft 5, 379–398.
- Mayer-Ahuja, N. 2003: *Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen »Normalarbeitsverhältnis« zu prekärer Beschäftigung seit 1973*. Berlin: Edition Sigma.
- Méda, D. 1995: *Le Travail. Une valeur en voie de disparition*. Paris: Aubier (Flammarion).
- Moldaschl, M. 2002: Ökonomien des Selbst: Subjektivität in der Unternehmergeellschaft. In J. Klages, S. Timpf (Hg.), *Facetten einer Cybergesellschaft. Subjektivität, Eliten, Netzwerke, Arbeit, Ökonomie*. Hamburg: VSA, 29–62.
- OECD 2015: *OECD-Wirtschaftsausblick November 2015, 2/2015*. [online verfügbar unter [http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/economics/oecd-wirtschaftsausblick-ausgabe-2015-2\\_eco\\_outlook-v2015-2-de#page1](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/economics/oecd-wirtschaftsausblick-ausgabe-2015-2_eco_outlook-v2015-2-de#page1); zuletzt geprüft am 23.11.2015]
- Offe, C. 1983: Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie? In J. Matthes (Hg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt am Main: Campus, 38–65.
- Pörksen, U. 2011: *Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Rifkin, J. 1995: *Das Ende der Arbeit*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Rosa, H. 2012: Arbeit und Entfremdung. In K. Dörre, D. Sauer, V. Wittke (Hg.), *Kapitalismustheorie und Arbeit: Neue Ansätze soziologischer Kritik*. Frankfurt am Main: Campus, 410–420.
- Schiek, D. 2010: *Aktivistinnen der Normalbiographie. Zur biographischen Dimension prekärer Arbeit*. Wiesbaden: VS.
- Schmidt, G. 1999: Kein Ende der Arbeitsgesellschaft. Überlegungen zum Wandel des Paradigmas der Arbeit in »frühindustrialisierten Gesellschaften« am Ende des 20. Jahrhunderts. In G. Schmidt (Hg.), *Kein Ende der Arbeitsgesellschaft. Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozeß*. Berlin: Edition Sigma, 9–19.
- Schnell, T., Höge, T., Pollet, E. 2013: Predicting meaning in work. Theory, data, implications. *The Journal of Positive Psychology*, 8. Jg., Heft 6, 543–554.
- Schulze, G. 1992: *Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Campus.
- Senghaas-Knobloch, E., Nagler, B., Dohms, A. 1997: *Zukunft der industriellen Arbeitskultur. Persönliche Sinnansprüche und Gruppenarbeit*. Münster: LitVerlag.
- Voß, G. G. 1980: *Arbeitssituation und Bewusstsein. Zur Kritik arbeitssoziologischer Erklärungen gesellschaftlichen Bewusstseins*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Voß, G. G., Pongratz, H. J. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50. Jg., Heft 1, 131–158.
- Voß, G. G., Handrich, C. 2013: Ende oder Neuformierung qualitätsvoller und professioneller Arbeit? In R. Haubl, B. Hausinger, G. G. Voß (Hg.), *Risikante Arbeitswelten: Zu den Auswirkungen moderner Beschäftigungsverhältnisse auf die psychische Gesundheit und die Arbeitsqualität*. Frankfurt am Main: Campus, 107–139.
- Voß, G. G., K. Rieder. 2005: *Der arbeitende Kunde. Wenn Konsumenten zu unbezahlten Mitarbeitern werden*. Frankfurt am Main: Campus.
- Weber, M. 2002 [1922]: *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck.